

Beschlussempfehlung und Bericht

des Untersuchungsausschusses zur "Organisierten rechtsextremen Gewalt und Behördenhandeln, vor allem zum Komplex Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)"

Berichterstatter:

Abgeordneter Holger Rupprecht (SPD)

Beschlussempfehlung:

Der Landtag nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Die Anschläge der Terrorgruppe „NSU“ sind Ansporn und Verpflichtung, alles dafür zu tun, gemeinsam unsere demokratische und rechtsstaatliche Gesellschaft gegen Extremismus und Fremdenhass zu verteidigen.

Dies gebietet schon der Respekt vor den Opfern dieser schrecklichen Serie von Morden. Auch wenn es in Brandenburg selbst keine Anschläge oder Tätigkeiten des Mördertrios Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt gab, so ist doch zu hinterfragen, ob es aus der rechtsextremen Szene Brandenburgs Beiträge zur Unterstützung des NSU gab bzw. ob darüber hinaus Fehler im Bereich der brandenburgischen Sicherheitsbehörden gemacht wurden.

In seiner 28. Sitzung am 29. April 2016 fasste der Landtag Brandenburg den Beschluss zur „Einsetzung und Ausstattung eines Untersuchungsausschusses zur Organisierten rechtsextremen Gewalt und Behördenhandeln, vor allem zum Komplex Nationalsozialistischer Untergrund“. Der Untersuchungsauftrag enthält 34 Punkte, in denen der Untersuchungsgegenstand ausführlich begründet wird.

Seither hat der Untersuchungsausschuss in 45 Sitzungen über hundert Zeuginnen und Zeugen, einige davon mehrfach, angehört. Die Anzahl der vom Ausschuss beigezogenen Akten beläuft auf über 12 300 Einzeldokumente, die allermeisten davon sind mehrseitig und bis zu 350 Seiten stark, was sich zu einer Gesamtseitenzahl von weit über einer Million Seiten addiert.

Aus zeitlichen Gründen musste sich der Untersuchungsausschuss auf die zentralen Themen beschränken:

- die Nationale Bewegung (NaBe), eine rechtsextreme Gruppierung, die in den Jahren 2000 und 2001 durch eine Tatserie in der Region Potsdam und mehrere Bekennerschreiben auf sich aufmerksam machte,

- den Komplex um den V-Mann „Piatto“ des brandenburgischen Verfassungsschutzes, dessen Meldungen an den Verfassungsschutz aus dem Jahre 1998 einen Bezug zum später sogenannten NSU-Trio aufwiesen,
- den Komplex um den V-Mann „Stadler“ des brandenburgischen Verfassungsschutzes und seine Einbindung in die rechtsextreme Musikproduktion und die Rolle des Verfassungsschutzes in diesem Zusammenhang und
- die Frage der Unterstützung der Aufklärung der Straftaten des NSU durch die brandenburgischen Behörden.

Die Aufklärung der Thematik ist damit nicht abgeschlossen und die Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus bleibt weiterhin eine zentrale Aufgabe von Politik und Zivilgesellschaft.

Der Untersuchungsausschuss hat sich dazu entschieden, in seinem Bericht eine Vielzahl von Dokumenten zu zitieren und teilweise auch abzdrukken. Ausgewählte Sitzungsprotokolle, die der Ausschuss für besonders wichtig hält, werden im Anhang abgedruckt.

Es ist der ausdrückliche Wunsch des Ausschusses, dass der Bericht zu weiteren Forschungen anregt.



Holger Rupprecht
Vorsitzender

Rechtschreibung, Grammatik und sprachliche Eigenheiten wurden unverändert aus den zitierten Dokumenten übernommen. Tippfehler u. ä. werden in der Regel nicht kenntlich gemacht. Eine Kennzeichnung durch „sic.“ erfolgt nur, wenn sie aus inhaltlichen Gründen unbedingt erforderlich ist.

Die Fußnoten verweisen auf das digitale Archiv des Untersuchungsausschusses 6/1, in dem die vom Untersuchungsausschuss beigezogenen Dokumenten gespeichert sind. Da diese Unterlagen dem Geheimschutz und dem Datenschutz unterliegen, ist für die Einsichtnahme – etwa im Rahmen von Forschungsprojekten – eine Genehmigung der Landtagspräsidentin erforderlich, die mit Auflagen (z.B. Geheimschutzüberprüfung) verbunden sein kann.

Ein Teil der Sitzungsprotokolle des Untersuchungsausschusses 6/1, die von mehreren sachverständigen Zeugen eingereichten schriftlichen Stellungnahmen sowie eine Dokumentenauswahl sind jedoch im Anhang zum Abschlussbericht frei einsehbar.

Aus Gründen des Geheimschutzes und des Datenschutzes werden zahlreiche Personen im Abschlussbericht nur in anonymisierter Form genannt. Die für die Seiten 448 bis 451 vorgesehenen Zitate konnten mangels Freigabe durch das Bundesamt für Verfassungsschutz nicht abgedruckt werden.

Inhaltsübersicht

Die Einsetzung des Untersuchungsausschusses und der Rahmen seiner Tätigkeit

Feststellungsteil

Bewertungsteile der Fraktionen (in Reihenfolge ihrer Stärke)

- SPD
- CDU
- DIE LINKE
- AfD
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNE

Gemeinsame Bewertungsteile mehrerer Fraktionen

- SPD und DIE LINKE
- CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNE

Anlagen

- Protokolle sowie Protokollerklärungen
- Sachverständigenvorträge
- Dokumentation ausgewählter dem Untersuchungsausschuss von Sicherheitsbehörden zur Verfügung gestellter Unterlagen

Inhaltsverzeichnis

Die Einsetzung des Untersuchungsausschusses und der Rahmen seiner Tätigkeit	13
1. Der rechtliche Rahmen	13
1.1. Verfassung des Landes Brandenburg vom 20. August 1992 (GVBl. I / 92, S. 298) zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. März 2015 (GVBl. I, 15, Nr. 6) (Auszug)	13
1.2. Gesetz über die Einsetzung und das Verfahren von Untersuchungsausschüssen des Landtages Brandenburg (Untersuchungsausschussgesetz - UAG) vom 17. Mai 1991 (GVBl. I / 91, Nr. 08, S. 86) zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. April 2017 (GVBl. I / 17, Nr. 9)	14
1.3. Verfahrensordnung für den Untersuchungsausschuss 6/1 (UA 6/1)	28
1.4. Geheimhaltungsbeschluss für den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss 6/1 des Landtages Brandenburg (gilt zugleich als Geheimhaltungsbeschluss gemäß § 80 b GOLT) ..	34
1.5. Verfahrensleitende Beschlüsse	36
1.5.1. Einbeziehung der vorgelegten Dokumente in die Beweisaufnahme	37
1.5.2. Regelung zur Wahrung des informationellen Selbstbestimmungsrechts	37
1.5.3. Einbeziehung der Fraktionen - Diskussion des Abschlussberichts in den Fraktionen	38
1.5.4. Fragen zum Umgang mit als VS-NfD eingestuften Dokumenten, der Einsicht in Protokolle und der Archivierung von Ausschussunterlagen nach Beendigung der Ausschusstätigkeit:	38
2. Die Antragsteller	40
2.1. Beschluss zur Einsetzung und Einsetzung und Ausstattung eines Untersuchungsausschusses zur „Organisierten rechtsextremen Gewalt und Behördenhandeln, vor allem zum Komplex Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)“ gemäß Artikel 72 Absatz 1 der Verfassung des Landes Brandenburg in Verbindung mit § 2 Absatz 1 sowie § 3 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes	44
2.2. Die Ergänzungsbeschlüsse zum Einsetzungsbeschluss	55
2.2.1. Beschluss des Landtages Brandenburg Ergänzung der Ausstattung des Untersuchungsausschusses 6/1 (Drucksache 6/3993-B)	55
2.2.2. Beschluss des Landtages Brandenburg Ergänzung der Ausstattung des Untersuchungsausschusses 6/1 (Drucksache 6/3993-B), geändert durch Beschluss des Landtages vom 18. Mai 2017 (Drucksache 6/6581-B)	55
2.3. Zusammensetzung und Konstituierung des Ausschusses	56
2.4. Die Referentinnen und Referenten der Fraktionen	58
2.5. Beauftragung externer Sachverständigen:	59
2.6. Parlamentsverwaltung und Ausschussbüro	61
2.7. MIK-Koordinierungsstelle, Teilnahme von Vertreterinnen und Vertretern der Landesverwaltung an den Sitzungen des Untersuchungsausschusses, Schutz staatlicher oder persönlicher Belange	62
3. Der Verlauf der Untersuchung	64
3.1. Übersicht der Beweisanträge und der daraus folgenden Beweisbeschlüsse	64
3.2. Übersicht der angehörten Zeuginnen und Zeugen	116

Feststellungsteil	122
1. Sachverständigenanhörung.....	122
1.1. Erster Komplex: Sicherheitsarchitektur in Brandenburg von 1990 bis heute	122
1.1.1. Die Sicherheitsarchitektur.....	122
1.1.1.1. Gliederung der Sicherheitsarchitektur	122
1.1.1.1.1. Drei Säulen der inneren Sicherheit.....	122
1.1.1.1.2. Trennungsgebot.....	123
1.1.1.1.3. Die föderale Gliederung.....	125
1.1.1.1.4. Überschneidungsbereiche in der Sicherheitsarchitektur	126
1.1.1.2. Entwicklung der Sicherheitsarchitektur seit 1990	127
1.1.2. Situation in Brandenburg	130
1.1.2.1. Aufbau des Verfassungsschutzes	130
1.1.2.2. Kontrolle.....	131
1.1.2.3. Die Regelungen zum Trennungsgebot und zur Informationsübermittlung	131
1.1.2.4. Änderungsmöglichkeiten	133
1.2. Zweiter Komplex: Das V-Mann-Wesen in Brandenburg von 1990 bis heute: Rechtliche Grundlagen, praktische Handhabung und Spannungsfelder	138
1.2.1. Rechtlicher Rahmen	138
1.2.1.1. Regelungsstruktur in Brandenburg	139
1.2.1.2. Regelungsbedarf und bestehende Regelung	139
1.2.2. Quellenschutz	141
1.2.3. Die rechtspolitische Bewertung des Einsatzes von V-Leuten	142
1.2.4. Verbesserungsvorschläge	144
1.3. Dritter Komplex: „Organisierte rechte Gewalt im Land Brandenburg von 1991 bis heute“	146
1.3.1. Die Entwicklung des Rechtsradikalismus in Brandenburg	146
1.3.1.1. Die Entwicklung rechtsextremer organisierter Gewalttaten in Brandenburg.....	146
1.3.1.2. Organisation und Radikalisierung der extremen Rechten.....	148
1.3.1.3. Ungewisse Rolle des Verfassungsschutzes bei der Restrukturierung der rechten Szene 151	
1.3.2. Wahrnehmung von Rechtsradikalismus und Einbindung der Zivilgesellschaft zur Bekämpfung desselben.....	152
1.3.2.1. Wahrnehmung und Engagement in der Bevölkerung	152
1.3.2.2. Wahrnehmung und Reaktionen staatlicher Stellen	153
1.3.2.3. Zusammenwirken von Staat, Wissenschaft und Zivilgesellschaft	156
2. Die „Nationale Bewegung“ (NaBe) – der NaBe-Komplex	157
2.1. Die Tatserie	157
2.2. Die Sichtweise des Generalstaatsanwalts Rautenberg.....	159
2.3. Die Ermittlungen	161

2.3.1.	Ermittlungen durch die Staatsanwaltschaft Potsdam	161
2.3.2.	Übernahme des Verfahrens durch den Generalbundesanwalt	161
2.3.3.	Ermittlungsansätze und –ergebnisse	164
2.3.3.1.	Tatverdächtigengruppe 1: F. L./M. K./Dirk H./Stefan R.	164
2.3.3.2.	Tatverdächtigengruppe 2: M. S./ I. S. /D. K./F.	164
2.3.3.3.	Tatverdächtigengruppe 3: D. J./M. F./J. B./ P. W.	166
2.3.3.4.	Tatverdächtigengruppe 4: O. K./H. G./ D. Lz.	166
2.3.3.5.	Tatverdächtiger Uwe Menzel.....	168
2.3.3.6.	Weitere Hinweise	173
2.3.3.6.1.	„Nationale Friedeburger Bewegung“ bzw. „Nationale Bewegung Friedeburg“	174
2.3.3.6.2.	„Nationales Infotelefon“	174
2.4.	Behördenhandeln	175
2.4.1.	Verfassungsschutz Brandenburg	175
2.4.1.1.	Meinungsverschiedenheiten bei der Übernahme des NaBe-Verfahrens durch die Generalbundesanwaltschaft	175
2.4.1.2.	Der Terrorismusbegriff der Verfassungsschutzbehörde.....	177
2.4.1.3.	Das Behördenzeugnis	180
2.4.1.4.	Veröffentlichung von Bekennerschreiben der NaBe auf der Homepage des Verfassungsschutzes.....	183
2.4.1.5.	Vorwürfe der Abteilung 5 gegen LKA-Ermittler KOK M. K. (LKA BB)	185
2.4.1.6.	Erteilung einer Aussagegenehmigung für den V-Mann-Führer Max Sandmann	187
2.4.2.	Polizei	188
2.4.2.1.	Kontakte zu Sven Sch.	188
2.4.2.2.	Maßnahmen gegen den LKA-Beamten M. W. (LKA BB)	200
2.4.3.	Bundesamt für Verfassungsschutz.....	201
2.4.4.	Der Geheimnisverrat	201
2.4.4.1.	Die geplante Razzia.....	201
2.4.4.2.	Chronologie des Geheimnisverrats	205
2.4.4.3.	Abläufe innerhalb der Abteilung 5 nach dem Geheimnisverrat	208
2.4.4.4.	LKA-interne Ermittlungen nach dem Geheimnisverrat	221
2.4.4.5.	Nicht-Unterrichtung der Staatsanwaltschaft Potsdam	223
2.4.4.6.	Das Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Potsdam 2003	226
2.4.4.7.	Verdacht der Strafvereitelung gegen LKA-Chef Lüdders	230
3.	Der „Piatto“-Komplex	235
3.1.	„Piatto“ Vorleben	235
3.1.1.	Heranwachsen, Schul- und Berufsausbildung	235
3.1.2.	Das rechtsextreme Vorleben Szczepanskis	235
3.1.3.	Ku-Klux-Klan und Kontakte zu Dennis Mahon	237

3.1.3.1.	Hinwendung zum Ku-Klux-Klan.....	237
3.1.3.2.	Kreuzverbrennung am 20.09.1991 in Halbe.....	241
3.1.3.3.	Ermittlungsverfahren des Generalbundesanwalts gegen den KKK	242
3.1.3.3.1.	Durchsuchung in Königs Wusterhausen bei E. O.	253
3.1.3.3.2.	Vernehmungen Szczepanskis vom Februar 1992	256
3.1.3.3.3.	Zwischenergebnis des Generalbundesanwalts	259
3.1.3.3.4.	Erneute Vernehmung am 12.03.1992	260
3.1.3.3.5.	Weitere Ermittlungsmaßnahmen gegen KKK-Gruppierungen deutschlandweit	261
3.1.3.3.6.	Schlussbericht des Bundeskriminalamts vom 04.08.1992	262
3.1.3.3.7.	Teilabtrennung- und Einstellung durch den Generalbundesanwalt	263
3.1.3.3.8.	Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Potsdam wegen der Sprengstoffdelikte, Herausgabe des „Feuerkreuzes“ u.a.	269
3.1.4.	United Skins.....	273
3.1.5.	Mordversuch in Wendisch Rietz	276
3.1.6.	Ermittlungsverfahren zum Konzert in Gussow im Jahr 1993	285
3.2.	Anwerbung.....	288
3.2.1.	Die ersten Kontakte der Abteilung 5 zu Carsten Szczepanski (1994)	288
3.2.2.	Problematisierung der V-Mann-Tätigkeit „Piattos“ durch Verfassungsschutzleiter Hans-Jürgen Förster (1996/1997)	292
3.2.3.	Unterrichtung der Parlamentarischen Kontrollkommission	294
3.2.4.	Aussagen zur Motivation Carsten Szczepanskis	296
3.3.	Die Führung der Quelle „Piatto“	299
3.3.1.	Szczepanski in der JVA	299
3.3.1.1.	Allgemeine Situation in den Justizvollzugsanstalten Königs Wusterhausen und Brandenburg an der Havel in den 1990er Jahren	299
3.3.1.2.	Die V-Mann-Führung Carsten Szczepanskis als Gefangener.....	302
3.3.1.3.	Haftbedingungen	304
3.3.1.3.1.	Untersuchungshaft in der Haftanstalt Königs Wusterhausen.....	304
3.3.1.3.2.	Haftzeit Carsten Szczepanski in der JVA Cottbus	309
3.3.1.3.3.	Strafhaft Carsten Szczepanskis in der JVA Brandenburg an der Havel	309
3.3.1.3.3.1.	Das Postfach 2224 in Brandenburg an der Havel	311
3.3.1.3.3.2.	Möglichkeit zum Kopieren	314
3.3.1.3.3.3.	Postkontrolle	315
3.3.1.3.3.4.	Besuchsregelung	320
3.3.1.3.3.5.	Haftraumkontrollen	322
3.3.1.3.3.6.	Nutzung von Mobilfunkgeräten	324
3.3.1.3.3.7.	PC-Nutzung	328
3.3.1.3.3.8.	Unterbringung im Einzelhaftraum	329

3.3.1.4. Verdacht des Vertriebs von rechtsextremistischen Schriften aus der Justizvollzugsanstalt Brandenburg an der Havel.....	331
3.3.1.4.1. Ermittlungen wegen des Verdachts des Vertriebs rechtsextremer Schriften aus der JVA Brandenburg an der Havel.....	331
3.3.1.4.2. Exkurs: Weiterführende Erkenntnisse des Untersuchungsausschusses zur Publikation „Der weiße Wolf“	340
3.3.1.4.3. Die Weiterführung der „United Skins“ während der Haft	343
3.3.1.5. Haftverkürzung	347
3.3.1.5.1. Dolgenbrodt-Verfahren und Ermittlungshinweise	347
3.3.1.5.1.1. Verwertung von Szczepanskis Angaben im Dolgenbrodt-Verfahren	348
3.3.1.5.1.2. Informelle Verfahrensabsprachen	354
3.3.1.5.2. Vollzugslockerungen, Anpassungsfortbildung, Praktikum und Arbeit	363
3.3.1.5.2.1. Vollzugslockerungen.....	363
3.3.1.5.2.2. Anpassungsfortbildung, Praktikum und Arbeit	366
3.3.1.5.3. Haftentlassung.....	370
3.3.1.5.3.1. Antrag auf Strafaussetzung zum Halbstrafetermin.....	370
3.3.1.5.3.2. Antrag auf Strafaussetzung zum April 1999.....	372
3.3.2. Tätigkeitsfelder der Quelle „Piatto“ und Informationsaufkommen	378
3.3.2.1. „Rollkommando/Terrormaschine“	382
3.3.2.2. „Combat 18“	386
3.3.3. Szczepanskis V-Mann Führer	396
3.3.3.1. V-Mann-Führer Dieter Borchert (1994-2000)	396
3.3.3.2. V-Mann-Führer Gordian Meyer-Plath (1997-1998)	401
3.3.4. Führungsmittel und Führungsumfang	407
3.3.5. Förmliche Verpflichtung als V-Mann.....	413
3.4. Tätigkeitsfelder der Quelle „Piatto“ in den Jahren 1999 und 2000	418
3.4.1. Sonnenwendfeier am 18.12.1999 in Spreehagen	418
3.4.2. Bedrohungspostkarte der „United Skins“ an den Landtagsabgeordneten Ludwig.....	420
3.4.3. Beobachtungsobjekt NPD und Einsatz der Quelle „Piatto“	423
3.4.3.1. Das Heransteuern der Quelle „Piatto“ an das Beobachtungsobjekt NPD	423
3.4.3.2. Szczepanskis Rolle in der NPD	428
3.4.4. Szczepanskis Ladengeschäft „Thule“ in Königs Wusterhausen	429
3.4.5. „Piatto“'s Meldungen zu den National-revolutionäre Zellen	437
3.4.6. „Piatto“'s Meldungen zu einem geplanten Anschlag auf ein „Antifa-Café“.....	440
3.4.7. Waffendelikte	443
3.4.8. Ermittlungsverfahren wegen Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion gegen Nick G. und Ralf L. u.a.	456
3.4.9. Tabellarische Übersicht	469
3.5. Ermittlungsverfahren gegen Carsten Szczepanski in den Jahren 1998-1999	471

3.5.1.	Ermittlungen wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und der Bildung einer kriminellen Vereinigung	472
3.5.1.1.	Verfahren 96 Js 528/98 wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen	472
3.5.1.2.	Aktenvermerk zum Fanzine „Nationaler Beobachter“	474
3.5.1.3.	Erkenntnisanfrage zum Postfach 2224 vom 06.01.1999.....	474
3.5.1.4.	Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung u.a. (496 Js 39638/99).....	474
3.5.1.5.	Berücksichtigung der Ermittlungsverfahren bei der Entscheidung zur vorzeitigen Haftentlassung	484
3.5.2.	Informationsaustausch zwischen brandenburgischem Verfassungsschutz und brandenburgischen Strafverfolgungsbehörden	485
3.5.3.	Weitere gegen Szczepanski geführte Ermittlungsverfahren	493
3.6.	Abschaltung und Enttarnung der Quelle „Piatto“	494
3.6.1.	Abschaltung der Quelle „Piatto“.....	494
3.6.1.1.	Misstrauen des Abteilungsleiters Wegesin.....	494
3.6.1.2.	Endgültige Entpflichtung „Piattos“	501
3.6.1.3.	Unterrichtung der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) des Landtags	504
3.6.2.	Enttarnung „Piattos“ als Quelle des Verfassungsschutzes	509
3.6.3.	Bewährungsaufgaben und weitere Verurteilung.....	515
3.7.	Die Bewertung der Quelle „Piatto“ durch den Verfassungsschutz Brandenburg (von 1994-2000).....	519
3.7.1.	Aktenlage	519
3.7.2.	Aussagen vor dem Untersuchungsausschuss	523
3.8.	Szczepanski und der NSU.....	528
3.8.1.	Verbindung Szczepanskis nach Chemnitz.....	529
3.8.1.1.	Kontakte zu Jan Werner, Thomas Starke und Michael und Antje P.	529
3.8.1.2.	Szczepanski als Erkenntnisquelle zu Blood & Honour und zur Musikszene.....	531
3.8.1.3.	Berichte über die rechtsextreme Szene in Chemnitz	534
3.8.2.	Hinweise Szczepanskis auf das untergetauchte Trio und deren Weiterleitung	541
3.8.2.1.	Benachrichtigung des Brandenburgischen Verfassungsschutzes über das geflüchtete Trio 541	
3.8.2.2.	Das Meldeaufkommen Szczepanskis zum untergetauchten Trio	544
3.8.2.2.1.	„Bericht zum Urlaub vom 15. & 16. August 1998“	545
3.8.2.2.2.	Deckblattmeldung vom 19.08.1998	546
3.8.2.2.3.	Deckblattmeldung vom 09.09.1998	548
3.8.2.2.4.	Deckblattmeldung vom 16.09.1998	554
3.8.2.2.5.	Treffvermerk vom 22.09.1998	555
3.8.2.2.6.	Deckblattmeldung vom 29.09.1998	555

3.8.2.2.7.	Vermerk vom 09.10.1998	556
3.8.2.2.8.	Deckblattmeldung vom 13.10.1998	556
3.8.2.3.	Weiterleitung der Meldungen innerhalb des Verfassungsschutzverbunds	556
3.8.3.	Auswertung und Übermittlung der Deckblattmeldungen zum untergetauchten Trio.....	558
3.8.3.1.	Auswertung der Deckblattmeldungen innerhalb der Abteilung V des Innenministeriums – der „Ackrath-Vermerk“	558
3.8.3.2.	Das Treffen der Verfassungsschutzämter am 16.09.1988 in Potsdam.....	567
3.8.3.2.1.	Vermerk vom 17.09.1998 zum Treffen in Potsdam	569
3.8.3.2.2.	Getroffene Verabredungen zwischen den Verfassungsschutzämtern	572
3.8.3.2.3.	Weiterleitung der Meldung an die Polizei	574
3.8.3.2.4.	Vermerk zum Aufenthalt drei gesuchter Rechtsextremisten aus Thüringen und ihren Unterstützern	576
3.8.3.3.	Anfrage des Bundesamtes für Verfassungsschutz vom 04.01.1999 und deren Bearbeitung 578	
3.8.3.4.	Lichtbildvorlage	580
3.8.4.	SMS vom 25.8.1998 („HALLO. WAS IST MIT DEN BUMS“)	580
3.8.4.1.	Telekommunikationsüberwachung des LKA Thüringen	580
3.8.4.2.	Austausch des Handys	583
3.8.4.3.	Hat die SMS Szczepanski erreicht?	585
3.8.4.4.	Bedeutung der Nachricht	588
3.8.5.	Erkenntnisse über und Maßnahmen gegen das mutmaßliche Unterstützerumfeld in Chemnitz 592	
3.8.5.1.	Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden zu dem Trio aus dem Jahr 1998	592
3.8.5.1.1.	Telefonüberwachung und Quellenerkenntnisse	592
3.8.5.1.2.	Observationen	594
3.8.5.2.	Maßnahmen in den Folgejahren.....	595
4.	Der Stadler-Komplex	597
4.1.	Anwerbung.....	597
4.2.	Führung und Informationsaufkommen der Quelle „Barte“	608
4.3.	Stadlers Beteiligung an CD-Produktionen und deren Vertrieb	623
4.3.1.	Mitwirkung an der Landser-CD „Ran an den Feind“	623
4.3.2.	Stadlers Rolle bei Produktion und dem Vertrieb der „White Aryan Rebels“-CD „Noten des Hasses“	636
4.3.2.1.	Erste Auflage der CD „Noten des Hasses“	636
4.3.2.2.	Zweite Auflage der CD „Noten des Hasses“	640
4.3.3.	Ermittlungsverfahren gegen Toni Stadler	652
4.3.3.1.	Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Halle.....	654
4.3.3.2.	Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Cottbus	655
4.3.3.3.	Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Berlin.....	664

4.3.4.	Verfahren gegen den V-Mann-Führer Dirk Bartok	678
4.3.4.1.	Zuständigkeitsstreit zwischen Berlin und Brandenburg.....	678
4.3.4.2.	Die Einstellungsverfügungen.....	685
4.3.5.	Konsequenzen des Innenministeriums aus dem Fall Stadler	721
5.	Verhalten von Brandenburger Behörden nach dem 04.11.2011.....	725
5.1.	Ermittlungshilfe für das Bundeskriminalamt und den Generalbundesanwalt durch den Verfassungsschutz	725
5.1.1.	Lieferungen der Deckblattmeldungen im Fall „Piatto“ am 18.11.2011	727
5.1.2.	Treffen in Karlsruhe	728
5.2.	Polizeiliche Ermittlungen im Land Brandenburg zum NSU	732
5.2.1.	Bezüge der Ermittlungen des BKA zum Land Brandenburg	732
5.2.2.	Arbeitsgruppe „Rechtstextremistische Netzwerke“ in Brandenburg	736
5.2.3.	Ermittlungsüberhänge NSU	737
5.2.4.	Untersuchung von Altfällen ergebnislos für Brandenburg	738
5.3.	Die Vernehmung von Carsten Szczepanski vor dem Oberlandesgericht München	741
5.3.1.	Zustandekommen der eingeschränkten Aussagegenehmigung und nachgeordneten Sperrerklärung	747
5.3.2.	Zeugenschutz in vorherigen Verfahren und Aussagegenehmigung beim BKA	759
5.4.	Die Vernehmungen von Dieter Borchert am OLG München	763
5.4.1.	Grundsätzliches Aussageverhalten	763
5.4.2.	Zustandekommen der Sperrerklärung.....	765
5.4.3.	Aufhebung der Sperrerklärung zur Handakte.....	780

Die Einsetzung des Untersuchungsausschusses und der Rahmen seiner Tätigkeit

1. Der rechtliche Rahmen

Grundlagen für die Arbeit des Untersuchungsausschusses 6/1 sind insbesondere Artikel 72 der Verfassung des Landes Brandenburg, das Gesetz über die Einsetzung und das Verfahren von Untersuchungsausschüssen des Landtages Brandenburg (Untersuchungsausschussgesetz - UAG), die Strafprozessordnung (StPO) sowie die Geschäftsordnung des Landtages (GOLT) einschließlich ihrer Anlagen. Für das Verfahren mit als Verschlussachen eingestuften Unterlagen gilt der Geheimhaltungsbeschluss des Untersuchungsausschusses 6/1 vom 12. Juli 2016. Darüber hinaus beschloss der UA 6/1 eine Verfahrensregelung für den Ausschuss.

1.1. Verfassung des Landes Brandenburg vom 20. August 1992 (GVBl. I / 92, S. 298) zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. März 2015 (GVBl. I, 15, Nr. 6) (Auszug)

Artikel 72 (Untersuchungsausschüsse)

- (1) Der Landtag hat das Recht und auf Antrag eines Fünftels seiner Mitglieder die Pflicht, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Der Gegenstand der Untersuchungen ist in einem Beschluss festzulegen. Der Untersuchungsauftrag darf gegen den Willen der Antragsteller nicht verändert werden.
- (2) Bei der Einsetzung jedes neuen Untersuchungsausschusses wechselt der Vorsitz unter den Fraktionen in der Reihenfolge ihrer Stärke. Der Vorsitzende hat im Ausschuss kein Stimmrecht.
- (3) Die Untersuchungsausschüsse haben das Recht, Beweise zu erheben. Sie sind dazu verpflichtet, wenn dies von den Antragstellern oder einem Fünftel der Ausschussmitglieder beantragt wird. Die Beweiserhebung ist unzulässig, wenn sie offensichtlich nicht im Rahmen des Untersuchungsauftrages liegt. Das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis bleibt unangetastet. Gerichte, Behörden und Verwaltungseinrichtungen des Landes und der Kommunen sind zur Rechts- und Amtshilfe, einschließlich der Beweiserhebung und Aktenvorlage, verpflichtet.

- (4) Berichte der Untersuchungsausschüsse unterliegen nicht der gerichtlichen Nachprüfung. Die Gerichte sind frei, den festgestellten Sachverhalt zu würdigen.
- (5) Das Nähere regelt ein Gesetz.

1.2. Gesetz über die Einsetzung und das Verfahren von Untersuchungsausschüssen des Landtages Brandenburg (Untersuchungsausschussgesetz - UAG) vom 17. Mai 1991 (GVBl. I / 91, Nr. 08, S. 86) zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. April 2017 (GVBl. I / 17, Nr. 9)

I. Aufgaben, Einsetzung und Zusammensetzung

§ 1 Aufgabe

Ein Untersuchungsausschuss des Landtags hat die Aufgabe, Sachverhalte, deren Aufklärung im öffentlichen Interesse liegt, zu untersuchen und dem Landtag darüber Bericht zu erstatten.

§ 2 Einsetzung

- (1) Ein Untersuchungsausschuss wird für einen bestimmten Untersuchungsauftrag durch Beschluss des Landtags eingesetzt.
- (2) Der Landtag hat das Recht und auf Antrag von einem Fünftel der gesetzlichen Zahl der Mitglieder die Pflicht, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Der Antrag muss schriftlich unter Beifügung der erforderlichen Zahl von Unterschriften eingebracht werden. Zwischen Einbringung und Beschluss müssen 48 Stunden liegen. Nach Ablauf dieser Frist ist der Antrag auf Verlangen der Antragsteller unverzüglich zu behandeln.
- (3) Ein Untersuchungsauftrag, der das Verfassungsrecht verletzt, kann von der Mehrheit des Landtages zurückgewiesen werden. Gegen den Beschluss ist der Rechtsweg zum Verfassungsgericht eröffnet.
- (4) Im Übrigen gelten für Anträge auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses die Bestimmungen der Geschäftsordnung.

§ 3 Gegenstand

- (1) Im Antrag und im Einsetzungsbeschluss muss der Gegenstand der Untersuchung hinreichend bestimmt sein. Die Untersuchung muss geeignet sein, dem Landtag Grundlagen für eine Beschlussfassung im Rahmen seiner verfassungsmäßigen Zuständigkeit zu vermitteln.
- (2) Der Untersuchungsausschuss ist an den ihm erteilten Auftrag gebunden und zu seiner Ausdehnung nicht berechtigt.
- (3) Der im Einsetzungsantrag und im Einsetzungsbeschluss bezeichnete Untersuchungsgegenstand kann durch Beschluss des Landtags nur dann verändert werden, wenn der Kern des ursprünglichen Untersuchungsgegenstandes gewahrt bleibt und dadurch keine wesentliche Verzögerung des Untersuchungsverfahrens zu erwarten ist.
- (4) Der Einsetzungsbeschluss soll einen Vorschlag über den im Rahmen des Untersuchungsverfahrens erforderlichen Umfang der personellen Ausstattung des Ausschusses und der Fraktion enthalten.

§ 4 Zusammensetzung, Vorsitz

- (1) Der Untersuchungsausschuss setzt sich aus ordentlichen Mitgliedern und der gleichen Zahl von stellvertretenden Mitgliedern zusammen, die auf Vorschlag der Fraktionen vom Landtag gewählt werden. Die Zahl der Mitglieder des Untersuchungsausschusses bestimmt der Landtag. Dem Untersuchungsausschuss können nur Mitglieder des Landtags angehören. Im Untersuchungsausschuss sind die Fraktionen und die Antragstellenden mit mindestens je einem Mitglied vertreten. Im Übrigen werden die Sitze unter Berücksichtigung des Stärkeverhältnisses der Fraktionen verteilt; dabei muss gewährleistet sein, dass die Mehrheitsverhältnisse im Untersuchungsausschuss den Mehrheitsverhältnissen im Landtag entsprechen.
- (2) Der Landtag wählt den Vorsitzenden und seinen Stellvertreter. Der Vorsitzende und der Stellvertreter müssen verschiedenen Fraktionen angehören, unter denen sich eine Regierungsfraktion und eine Oppositionsfraktion befinden müssen. Bei der Einsetzung weiterer Untersuchungsausschüsse wechselt der Vorsitz unter den Fraktionen in der Reihenfolge ihrer Stärke.

- (3) Der Landtag kann den Vorsitzenden abwählen. Der Antrag kann von jeder Fraktion des Landtages gestellt werden. Die Abstimmung über den Abwahantrag kann frühestens nach Ablauf des Tages erfolgen, der auf den Tag des Eingangs des Antrags beim Präsidenten folgt. Über den Antrag ist ohne Aussprache abzustimmen. Der Vorsitzende ist abgewählt, wenn zwei Drittel der anwesenden Mitglieder des Landtags dem Antrag zustimmen. Stimmenenthaltungen und ungültige Stimmen zählen bei der Berechnung der Mehrheit nicht mit.
- (4) Wird der Vorsitzende abgewählt, bleibt das Recht seiner Fraktion auf den Vorsitz unberührt.
- (5) Verlässt ein Mitglied des Untersuchungsausschusses seine Fraktion, so scheidet es aus dem Untersuchungsausschuss aus. § 8 Abs. 3 findet entsprechende Anwendung.

§ 5 Vorsitzender

- (1) Der Vorsitzende leitet das Untersuchungsverfahren unparteiisch und gerecht und wahrt die Ordnung des Ausschusses. Er ist im Ausschuss nicht stimmberechtigt. Auf die Zahl der gewählten Mitglieder nach § 4 Abs. 1 wird er nicht angerechnet.
- (2) Dem Vorsitzenden obliegt es,
 - die verhandlungsleitenden Verfügungen zu erlassen, insbesondere Ort und Termin von Beweiserhebungen festzulegen,
 - im Rahmen der durch den Ausschuss gefassten Beschlüsse Zeugen und Sachverständige zu laden, ihre Vernehmung einzuleiten und ihre Vereidigung vorzunehmen sowie Beweismittel bei den zuständigen Stellen anzufordern.

Der Vorsitzende hat ferner die weiteren ihm von diesem Gesetz übertragenen Befugnisse.

- (3) Gegen Anordnungen des Vorsitzenden oder deren Unterlassung kann von jedem Mitglied die Entscheidung des Ausschusses beantragt werden. Der Ausschuss entscheidet mit einfacher Mehrheit, soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt.

§ 6 Stellvertretender Vorsitzender

Der stellvertretende Vorsitzende besitzt bei Verhinderung des Vorsitzenden dessen Rechte und Pflichten. Übt er die Aufgaben des Vorsitzenden aus, ist er im Untersuchungsausschuss nicht stimmberechtigt; seine Rechte und Pflichten als ordentliches Mitglied werden solange von einem stellvertretenden Mitglied aus seiner Fraktion wahrgenommen.

§ 7 Stellvertretende Mitglieder

Die stellvertretenden Mitglieder können an allen Sitzungen teilnehmen. Bei Verhinderung eines ordentlichen Mitgliedes nimmt ein Stellvertreter der Fraktion, der das verhinderte Mitglied angehört, dessen Aufgabe wahr.

§ 8 Ausscheiden von Ausschussmitgliedern

- (1) Ein Mitglied des Landtags, das an den zu untersuchenden Vorgängen persönlich oder unmittelbar beteiligt ist oder war, darf dem Untersuchungsausschuss nicht angehören; liegen diese Voraussetzungen bei einem Mitglied des Untersuchungsausschusses vor und wird dies erst nach Einsetzung des Ausschusses bekannt, so hat das Mitglied aus dem Untersuchungsausschuss auszuscheiden.
- (2) Hält das betreffende Ausschussmitglied die Voraussetzung des Absatzes 1 für nicht gegeben, entscheidet der Untersuchungsausschuss mit der Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder; bei dieser Entscheidung wird das Mitglied gemäß § 7 vertreten.
- (3) Bei Ausscheiden eines Mitglieds tritt ein Stellvertreter an seine Stelle. Für das Mitglied wird ein neuer Stellvertreter gewählt. Das Mitglied und der Stellvertreter werden vom Landtag auf Vorschlag der Fraktion gewählt, der das ausscheidende Mitglied angehört.

II. Verfahren

§ 9 Einberufung und Beschlussfassung

- (1) Der Vorsitzende beruft den Untersuchungsausschuss unter Angabe der Tagesordnung ein. Er ist zur Einberufung einer Sitzung binnen zwei Wochen verpflichtet, wenn dies von mindestens einem Fünftel der ordentlichen Untersuchungsausschussmitglieder unter Angabe des Beratungsgegenstandes verlangt wird.
- (2) Der Untersuchungsausschuss ist nicht beschlussfähig, wenn nur die Hälfte oder weniger seiner Mitglieder anwesend sind und dies auf Antrag festgestellt worden ist.
- (3) Ist der Untersuchungsausschuss nicht beschlussfähig, so unterbricht der Vorsitzende sofort die Sitzung auf bestimmte Zeit. Ist nach dieser Zeit die Beschlussfähigkeit noch nicht eingetreten, so vertagt er die Sitzung. In der nächstfolgenden Sitzung zur gleichen Tagesordnung ist der Untersuchungsausschuss beschlussfähig, auch wenn nicht die Mehrheit der gesetzlichen Mitglieder anwesend ist. Darauf ist in der Einladung hinzuweisen.
- (4) Soweit in diesem Gesetz nichts Anderes bestimmt ist, beschließt der Untersuchungsausschuss mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit ist der Antrag abgelehnt.
- (5) Für das Verfahren gilt im Übrigen die Geschäftsordnung des Landtags.

§ 10 Unterausschuss

- (1) Der Untersuchungsausschuss kann eine vorbereitende Untersuchung durch einen Unterausschuss beschließen (vorbereitender Unterausschuss).
- (2) Der Unterausschuss sammelt und gliedert den Untersuchungsstoff und beschafft das erforderliche Beweismaterial, insbesondere die einschlägigen Akten und Unterlagen.
- (3) Die Sitzungen des Unterausschusses sind nicht öffentlich. Die Sitzungen sind zu protokollieren.

§ 11 Öffentlichkeit der Sitzungen

- (1) Die Beweisaufnahme erfolgt in öffentlicher Sitzung. Ton- und Filmaufnahmen sind nicht zulässig.
- (2) Der Vorsitzende kann die Öffentlichkeit oder einzelne Personen ausschließen, wenn das überwiegende öffentliche Interesse oder berechtigte Interessen eines einzelnen dies gebieten, oder wenn es zur Erlangung einer wahrheitsgemäßen Aussage erforderlich erscheint. Bei Widerspruch eines Ausschussmitgliedes entscheidet der Untersuchungsausschuss mit Zweidrittelmehrheit.
- (3) Beratung und Beschlussfassung sind nicht öffentlich.
- (4) Mitglieder der Landesregierung und die von ihnen Beauftragten sowie sonstige Personen, die nicht dem Untersuchungsausschuss angehören, können an nichtöffentlichen Sitzungen mit Zustimmung des Untersuchungsausschusses teilnehmen. Über die Teilnahme beschließt der Untersuchungsausschuss mit Zweidrittelmehrheit.
- (5) Sitzungen, insbesondere Beweiserhebungen, sowie Vorgänge und Dokumente können für geheim oder für vertraulich erklärt werden. Darüber entscheidet der Untersuchungsausschuss mit Zweidrittelmehrheit. Für Aussagen von Mitgliedern der Landesregierung und Bediensteten des Landes sowie für vorgelegte Akten ist der notwendige Geheimnisschutz zu gewährleisten.

§ 12 Mitteilungen über Sitzungen und Unterlagen

- (1) Über Art und Umfang von Mitteilungen an die Öffentlichkeit aus nichtöffentlichen Sitzungen entscheidet der Untersuchungsausschuss.
- (2) Die Mitglieder des Untersuchungsausschusses sind zur Verschwiegenheit verpflichtet, soweit es sich um Tatsachen handelt, die sie bei ihrer Tätigkeit im Untersuchungsausschuss erfahren haben und die nicht Gegenstand der öffentlichen Verhandlung gewesen sind; die Verschwiegenheitspflicht gilt nicht für die Beratung in nichtöffentlichen Fraktionssitzungen, an denen nur Mitglieder des Landtages und besonders verpflichtete Mitarbeiter teilnehmen.

- (3) Vor Abschluss der Beratung über einen Gegenstand der Verhandlung sollen sich die Mitglieder des Untersuchungsausschusses einer öffentlichen Beweiswürdigung enthalten.
- (4) An Pressekonferenzen und der Abfassung schriftlicher Mitteilungen des Untersuchungsausschusses an die Presse sind Ausschussmitglieder aller im Untersuchungsausschuss vertretenen Fraktionen zu beteiligen.

§ 13 Ordnungsgewalt

- (1) Die Aufrechterhaltung der Ordnung in der Sitzung obliegt dem Vorsitzenden. Zeugen, Sachverständige, Betroffene, Beistände, Zuhörer und Sitzungsteilnehmer, die seinen Anordnungen nicht Folge leisten, können auf Beschluss des Untersuchungsausschusses aus dem Sitzungssaal entfernt werden.
- (2) Der Untersuchungsausschuss kann außerdem gegen Personen, die sich in der Sitzung einer Ungebühr schuldig gemacht haben, unbeschadet einer strafrechtlichen Verfolgung ein Ordnungsgeld bis zu 2 000 DM verhängen. Gegen den Beschluss über die Verhängung eines Ordnungsgeldes können die betroffenen Personen innerhalb einer Frist von 14 Tagen Antrag auf gerichtliche Entscheidung beim Brandenburgischen Oberlandesgericht stellen. Der Antrag auf gerichtliche Entscheidung hat aufschiebende Wirkung.
- (3) Das Ordnungsgeld wird auf Veranlassung des Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses nach Beendigung des Untersuchungsverfahrens auf Veranlassung des Präsidenten des Landtages durch die Gerichtskasse des zuständigen Gerichts nach den Vorschriften über die Beitreibung von Kosten und Forderungen in der Justiz eingezogen.

§ 14 Protokollierung

- (1) Über die Sitzungen des Untersuchungsausschusses ist ein Protokoll aufzunehmen und von dem Vorsitzenden zu unterschreiben.
- (2) Beweisaufnahmen sind wörtlich zu protokollieren. Über die Art der Protokollierung der Beratungen entscheidet der Untersuchungsausschuss.

- (3) Bezüglich der Einsicht und der Weitergabe der Protokolle gilt die Archivordnung des Landtags Brandenburg, soweit der Untersuchungsausschuss nicht eine andere Regelung beschließt.

§ 15 Beweisaufnahme

- (1) Der Untersuchungsausschuss erhebt die durch den Untersuchungsauftrag gebotenen Beweise aufgrund von Beweisbeschlüssen.
- (2) Beweise sind zu erheben, wenn die Erhebung von den Untersuchungsausschussmitgliedern, die zu den Antragstellern gehören, oder einem Fünftel der Untersuchungsausschussmitglieder beantragt wird.
- (3) Die Erhebung der Beweise ist unzulässig, wenn die Beweiserhebung wegen Offenkundigkeit überflüssig ist, wenn die Tatsache, die bewiesen werden soll, für die Untersuchung ohne Bedeutung, ungeeignet oder unerreichbar ist oder wenn der Antrag ersichtlich zum Zwecke der Verschleppung des Verfahrens gestellt ist.
- (4) Der Untersuchungsausschuss kann einen Unterausschuss mit der Erhebung einzelner Beweise beauftragen (Unterausschuss zur Beweisaufnahme). Für die Einsetzung gilt § 10 Abs. 1 entsprechend. Auf die Beweiserhebung durch den Unterausschuss finden die für den Untersuchungsausschuss geltenden Vorschriften Anwendung.

§ 16 Aktenvorlage, Aussagegenehmigung, Zutrittsrecht

- (1) Die Landesregierung und alle Behörden des Landes sowie die Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, die der Aufsicht des Landes unterstehen, sind verpflichtet, dem Untersuchungsausschuss jederzeit Zutritt zu den von ihnen verwalteten öffentlichen Einrichtungen zu gestatten, die erforderlichen Aussagegenehmigungen zu erteilen und die Akten vorzulegen.
- (2) Ersuchen um Zutritt, Aussagegenehmigungen und Aktenvorlage sind an die zuständige oberste Dienstbehörde oder oberste Aufsichtsbehörde zu richten. Im Falle der Versagung sind die Gründe dem Untersuchungsausschuss im Einzelnen darzulegen. Im Falle der Versagung kann der Untersuchungsausschuss beschließen, ein Verfahren vor dem Verfassungsgericht zu beantragen.
- (3) Ersuchen nach Abs. 1 können insbesondere zurückgewiesen werden,

- a. bei offensichtlichem Fehlen der räumlichen, zeitlichen oder sachlichen Untersuchungskompetenz,
- b. bei Vorliegen von Geheimhaltungsvorschriften, wenn keine Vorkehrungen zur Geheimhaltung solcher Geheimnisse durch den Untersuchungsausschuss getroffen worden sind.

§ 17 Zeugen und Sachverständige

Zeugen und Sachverständige sind verpflichtet, auf Ladung des Untersuchungsausschusses zu erscheinen. Sie sind in der Ladung auf die gesetzlichen Folgen des Ausbleibens hinzuweisen. Die Pflicht trifft auch Zeugen, die nicht im Lande Brandenburg ihren Wohnsitz haben, aber eine persönliche, sachliche oder räumliche Beziehung zum Untersuchungsgegenstand besitzen.

§ 18 Zwangsmittel

- (1) Gegen einen ordnungsgemäß geladenen Zeugen, der ohne genügende Entschuldigung nicht erscheint oder ohne gesetzlichen Grund das Zeugnis oder die Eidesleistung verweigert, oder gegen einen zur Erstattung des Gutachtens verpflichteten Sachverständigen, der ohne genügende Entschuldigung nicht erscheint oder ohne gesetzlichen Grund die Erstattung des Gutachtens oder die Eidesleistung verweigert, werden auf Antrag des Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses durch das zuständige Gericht nach dessen Ermessen Ordnungsgeld, Ordnungshaft oder Erzwingungshaft festgesetzt sowie ihm die entstandenen Kosten auferlegt. Auf Antrag des Untersuchungsausschusses kann das zuständige Gericht die Vorführung eines Zeugen anordnen.
- (2) Der Vorsitzende stellt den Antrag auf Beschluss des Untersuchungsausschusses, auf Verlangen der Untersuchungsausschussmitglieder, die zu den Antragstellern gehören, oder auf Verlangen eines Fünftels der Untersuchungsausschussmitglieder.
- (3) Die Vorschriften über den Strafprozess finden im Übrigen entsprechende Anwendung mit der Maßgabe, dass an die Stelle des Amtsgerichts das Bezirksgericht tritt.

§ 19 Zeugnisverweigerungsrecht, Gutachtenverweigerungsrecht

- (1) Ein Zeuge kann die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung ihm selbst oder einem der in § 52 Abs. 1 StPO bezeichneten Angehörigen die Gefahr zuziehen würde, wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit verfolgt zu werden. Die Vorschriften der Strafprozessordnung (§§ 52 - 56) finden Anwendung.
- (2) Ein Zeuge kann ferner die Auskunft auf solche Fragen verweigern, bei deren wahrheitsgemäßer Beantwortung er sich der Gefahr einer Ministeranklage aussetzen würde.
- (3) Dieselben Gründe, die einen Zeugen berechtigen, das Zeugnis zu verweigern, berechtigen einen Sachverständigen zur Verweigerung des Gutachtens.

§ 20 Belehrung

- (1) Zeugen und Sachverständige sind über ihre Rechte nach § 19 zu belehren.
- (2) Zeugen und Sachverständige sind vor ihrer Vernehmung zur Wahrheit zu ermahnen und darauf hinzuweisen, dass der Untersuchungsausschuss nach Maßgabe dieses Gesetzes zu ihrer Vereidigung berechtigt ist. Hierbei sind sie über die Bedeutung des Eides und die strafrechtlichen Folgen einer unrichtigen oder unvollständigen Aussage zu belehren.

§ 21 Vernehmung, Fragerecht

- (1) Zeugen sollen einzeln und in Abwesenheit der später zu hörenden Zeugen vernommen werden.
- (2) Zeugen und Sachverständige werden zunächst durch den Vorsitzenden vernommen. Anschließend können die übrigen Untersuchungsausschussmitglieder Fragen stellen. Sie können auch jeweils mehrere Fragen stellen, wenn diese im Sachzusammenhang stehen. Zeugen und Sachverständige dürfen nur zum Thema des Beweisbeschlusses befragt werden. Der Vorsitzende kann nicht zum Beweisthema gehörende Fragen zurückweisen.
- (3) Bei Zweifeln über die Zulässigkeit von Fragen des Vorsitzenden sowie über die Rechtmäßigkeit der Zurückweisung von Fragen der übrigen Ausschussmitglieder

entscheidet auf Antrag eines Untersuchungsausschussmitgliedes der Untersuchungsausschuss.

§ 22 Vereidigung

- (1) Der Untersuchungsausschuss entscheidet über die Vereidigung von Zeugen und Sachverständigen.
- (2) Zeugen und Sachverständige sollen nur vereidigt werden, wenn der Untersuchungsausschuss es wegen der Bedeutung der Aussage oder zur Herbeiführung einer wahrheitsgemäßen Aussage für geboten erachtet.
- (3) Die Vereidigung ist auf ein genau zu bezeichnendes Beweisthema zu beschränken. Dem Zeugen oder Sachverständigen ist vor der Vereidigung Gelegenheit zu geben, sich noch einmal zu diesem Beweisthema zu äußern. Die §§ 66 c bis 67 und 79 Abs. 2 und 3 der Strafprozessordnung finden Anwendung.
- (4) Von der Vereidigung ist abzusehen,
 1. wenn der Verdacht besteht, der Zeuge könne an einer strafbaren Handlung beteiligt sein, deren Aufklärung nach dem Sinn des Untersuchungsauftrages zum Gegenstand der Untersuchung gehört,
 2. bei Personen, die zur Zeit der Vernehmung das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben oder die wegen mangelnder Verstandesreife oder wegen Verstandesschwäche vom Wesen und der Bedeutung des Eides keine genügende Vorstellung haben.

§ 23 Andere Beweismittel

- (1) Auf Antrag des Vorsitzenden ordnet das zuständige Gericht Beschlagnahmen und Durchsuchungen an, wenn dies zur Aufklärung des Sachverhalts notwendig ist. Auf die Durchführung der Anordnung finden die Vorschriften des 8. Abschnittes des Ersten Buches der Strafprozessordnung entsprechende Anwendung mit der Maßgabe, dass an die Stelle des Amtsgerichts das Bezirksgericht tritt.
- (2) § 18 Abs. 2 gilt entsprechend.
- (3) Das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis bleiben unberührt.

§ 24 Rechts- und Amtshilfe

- (1) Bei Ersuchen um Rechts- und Amtshilfe zur Vernehmung von Zeugen oder Sachverständigen sind die an den Zeugen oder Sachverständigen zu richtenden Fragen im Einzelnen festzulegen. Dem Ersuchen ist eine schriftliche Fassung des Untersuchungsauftrags beizufügen. Der Untersuchungsausschuss gibt an, ob der Zeuge oder Sachverständige vereidigt werden soll.
- (2) Über die Untersuchungshandlung ist ein Protokoll aufzunehmen.
- (3) Das Ersuchen um Rechtshilfe zur Erhebung von Beweisen ist an das Bezirksgericht zu richten, in dessen Bereich die Untersuchungshandlung vorgenommen werden soll.

§ 25 Verlesen von Protokollen und Schriftstücken

- (1) Die Protokolle über Untersuchungshandlungen von Gerichten, Verwaltungsbehörden und Untersuchungsausschüssen sowie Schriftstücke, die als Beweismittel dienen, sind vor dem Untersuchungsausschuss zu verlesen.
- (2) Von der Verlesung kann Abstand genommen werden, wenn die Protokolle oder Schriftstücke allen ordentlichen Untersuchungsausschussmitgliedern zugänglich gemacht worden sind und die Mehrheit auf die Verlesung verzichtet.
- (3) Die Verlesung hat in nichtöffentlicher Sitzung zu erfolgen, wenn die Voraussetzungen des § 11 Abs. 2 gegeben sind.

III. Beendigung des Verfahrens

§ 26 Beendigung

Die Arbeit des Ausschusses endet durch

- a. Auflösung des Ausschusses, § 27 Abs. 2,
- b. die Vorlage des Schlussberichtes, § 28,
- c. Ablauf der Wahlperiode des Landtages.

§ 27 Aussetzung und Auflösung

- (1) Das Untersuchungsverfahren kann ausgesetzt werden, wenn eine alsbaldige Aufklärung auf andere Weise zu erwarten ist oder die Gefahr besteht, dass gerichtliche Verfahren oder Ermittlungsverfahren beeinträchtigt werden. Über die Aussetzung entscheidet der Landtag auf Antrag des Untersuchungsausschusses. Die Aussetzung darf nicht erfolgen, wenn ein Fünftel der Mitglieder des Landtages, die zu den Antragstellern gehört haben, der Aussetzung widerspricht. Ein ausgesetztes Verfahren kann jederzeit durch Beschluss des Landtages wiederaufgenommen werden. Der Beschluss muss gefasst werden, wenn er von einem Fünftel der Mitglieder des Landtages, die zu den Antragstellern gehört haben, beantragt wird. § 2 Abs. 2 und 4 gilt entsprechend.
- (2) Der Landtag kann einen Untersuchungsausschuss vor Abschluss der Ermittlungen auflösen. Eine Auflösung findet nicht statt, wenn ein Fünftel der Mitglieder des Landtages widerspricht. Die widersprechenden Abgeordneten müssen jedoch zu den Antragstellern des Untersuchungsausschusses gehört haben.

§ 28 Schlussbericht

- (1) Nach Abschluss der Untersuchung erstattet der Untersuchungsausschuss dem Landtag einen schriftlichen Bericht.
- (2) Die Anfertigung des Berichtsentwurfs obliegt dem Vorsitzenden. Über die Endfassung entscheidet der Untersuchungsausschuss.
- (3) Jedes Mitglied des Untersuchungsausschusses hat das Recht, seine in der Beratung vertretene abweichende Meinung in gedrängter Form darzulegen; dieser Bericht ist dem Bericht des Untersuchungsausschusses anzuschließen.
- (4) Über abtrennbare Teile des Einsetzungsauftrages hat der Untersuchungsausschuss auf Verlangen des Landtags oder der Antragsteller einen Teilbericht zu erstatten, wenn die Beweisaufnahme zu diesem Teil abgeschlossen und der Bericht ohne Vorgriff auf die Beweiswürdigung der übrigen Untersuchungsaufträge möglich ist.
- (5) Der Landtag kann vom Untersuchungsausschuss jederzeit bei Vorliegen eines allgemeinen öffentlichen Interesses oder wenn ein Schlussbericht vor Ablauf der Wahlperiode nicht erstellt werden kann, einen Zwischenbericht über den Stand der

Untersuchungen verlangen. Dieser darf eine Beweiswürdigung nur über solche Gegenstände der Verhandlungen enthalten, die der Untersuchungsausschuss mit zwei Dritteln seiner Mitglieder beschlossen hat.

- (6) Auf Teil- und Zwischenbericht finden die Regelungen der Absätze 1 bis 3 entsprechende Anwendung.

§ 29 Kosten und Auslagen

Die Kosten des Untersuchungsverfahrens trägt das Land; das gilt auch für die Kosten einer angemessenen Personalausstattung des Ausschusses und der Fraktionen. Zeugen und Sachverständige werden nach dem Gesetz über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen entschädigt. Die Entschädigung wird durch die Verwaltung des Landtages festgesetzt. Der Zeuge oder Sachverständige kann bei dem zuständigen Gericht die gerichtliche Festsetzung bei Entschädigung beantragen; § 16 des Gesetzes über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen gilt entsprechend.

§ 30 Gerichtliches Verfahren

- (1) Zuständiges Gericht im Sinne des Gesetzes ist das Bezirksgericht am Sitz des Landtages.
- (2) Gegen die Entscheidung des Bezirksgerichts können der Untersuchungsausschuss, nach Beendigung des Untersuchungsverfahrens der Präsident des Landtags und die Personen, die betroffen sind, Beschwerde erheben. Die Vorschriften der Strafprozessordnung über die Beschwerde sind mit der Maßgabe anzuwenden, dass anstelle der Staatsanwaltschaft der Vorsitzende, nach Beendigung des Untersuchungsverfahrens der Präsident des Landtages tritt.
- (3) Zuständig für die Entscheidungen nach Abs. 2 ist der besondere Senat des Bezirksgerichts nach Anlage 1 des Einigungsvertrages, Kapitel 3, Sachgebiet A, Abschnitt III, Ziffer 1, Maßgabe K und L Abs. 1.

IV. Übergangs- und Schlussvorschriften

§ 31 Bis zur Errichtung eines Landesverfassungsgerichts ist für Streitigkeiten nach diesem Gesetz das Bundesverfassungsgericht gemäß Artikel 93 Abs. 1 Ziffer 4 GG zuständig.

§ 32 Inkrafttreten

- (1) Das Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Für Untersuchungsausschüsse, die vom Landtag vor Inkrafttreten dieses Gesetzes bereits eingesetzt wurden, finden die Vorschriften dieses Gesetzes über die Zusammensetzung und das Verfahren des Untersuchungsausschusses Anwendung.

1.3. Verfahrensordnung für den Untersuchungsausschuss 6/1 (UA 6/1)

§ 1 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen

Die Fraktionen benennen namentlich ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für den Untersuchungsausschuss und veranlassen eine Sicherheitsüberprüfung nach dem Brandenburgischen Sicherheitsüberprüfungsgesetz (BbgSÜG) mindestens mit der Stufe Ü2 (§ 11 BbgSÜG). Die Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen für den Untersuchungsausschuss wird auf höchstens zwei Personen beschränkt.

Soweit im Folgenden von „Fraktion“ die Rede ist, umfasst dieser Begriff die Abgeordneten der einzelnen Fraktionen im Untersuchungsausschuss, insofern sich aus dem Kontext keine andere Bedeutung ergibt.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen haben eine förmliche Verpflichtungserklärung gemäß § 5 Absatz 7 Nummer 3 der Verschlusssachenordnung (VSO) des Landtages Brandenburg zur Wahrung der Vertraulichkeit und zur Einhaltung des Geheimschutzes zu unterzeichnen und werden darin über die Strafbarkeit der Geheimnisverletzung nach § 3531b Strafgesetzbuch (StGB) belehrt. Ein Nachweis hierüber geht zu den Akten des Untersuchungsausschusses.

Der Untersuchungsausschuss beschließt mit Zweidrittelmehrheit, dass die sicherheitsüberprüften und förmlich verpflichteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen an allen Sitzungen des Ausschusses teilnehmen und Einsicht in alle Unterlagen im Zusammenhang mit dem Untersuchungsausschuss nehmen dürfen.

§ 2 Zutritt von Mitgliedern der Landesregierung und deren Beauftragten zu nichtöffentlichen und geheimen Sitzungen

Mitglieder der Landesregierung und die von ihnen Beauftragten sowie sonstige Personen, die nicht dem Untersuchungsausschuss angehören, können an nichtöffentlichen Sitzungen mit Zustimmung des Untersuchungsausschusses teilnehmen.

Ein entsprechender Beschluss gilt für sämtliche Folgesitzungen. Hält der Untersuchungsausschuss es für geboten, kann er die erteilte Zustimmung für einzelne Ausschusssitzungen zurückziehen.

Für die Teilnahme an geheimen Sitzungen ist von den Beauftragten der Landesregierung eine Sicherheitsüberprüfung nach dem Brandenburgischen Sicherheitsüberprüfungsgesetz mindestens mit der Stufe Ü2 11 SÜG) nachzuweisen. Der Nachweis hierüber geht zu den Akten des Untersuchungsausschusses. Über die Teilnahme beschließt der Untersuchungsausschuss mit Zweidrittelmehrheit.

§ 3 Rederecht

Rederecht im Ausschuss steht nur den Mitgliedern des Ausschusses oder in deren Abwesenheit den Stellvertretern zu. Das Wort kann mit Zustimmung der Mehrheit der Ausschussmitglieder, insbesondere zur Klärung von Detailfragen, auch den Mitarbeitern der Fraktionen oder der Landtagsverwaltung erteilt werden.

§ 4 Fragerecht

Im Rahmen der Beweisaufnahme verfügen ausschließlich die Mitglieder des Untersuchungsausschusses oder in deren Abwesenheit die Stellvertreter über ein Fragerecht. Zeugen werden zunächst durch den Vorsitzenden vernommen.

Das Fragerecht wird in der Reihenfolge der Fraktionsstärke ausgeübt. Die Dauer der Fragezeit für jede Fraktion wird auf 20 Minuten je Fragerunde begrenzt. Die Zahl der Fragerunden ist nicht begrenzt.

§ 5 Protokolle

Die Sitzungen des Ausschusses werden wörtlich protokolliert. Die Protokolle sind vom Vorsitzenden zu unterschreiben und spätestens fünf Arbeitstage vor der darauffolgenden Sitzung zu verteilen. Protokolle des Ausschusses mit als VS - VERTRAULICH oder höher eingestuften Informationen stuft der Ausschuss entsprechend ein. Die Einspruchsfrist für Beanstandungen von Formulierungen oder der sachlichen Korrektheit des Protokolls beträgt zwei Wochen nach Verteilung. Der Ausschuss hat zu entscheiden, ob dem Einspruch stattzugeben ist.

§ 6 Einsichtnahme in Protokolle, Veröffentlichung

Für die Einsichtnahme in die Protokolle der Sitzungen sowie für deren Veröffentlichung gelten nach der Autorisierung durch den Ausschuss die Regelungen der §§ 4 und 5 der Anlage 11 der Geschäftsordnung des Landtages sowie falls erforderlich die Verschlussachenordnung des Landtages Brandenburg mit der Maßgabe, dass die Mitglieder der Landesregierung und deren Beauftragten im Fall der Einstufung als Verschlussache (§ 4 Anlage 11 GOLT) nur Einsicht nehmen können, sofern sie der Untersuchungsausschuss zur Sitzung zugelassen hatte oder der Ausschuss die Einsichtnahme im Einzelfall mit einer Mehrheit von Zweidritteln seiner Mitglieder gestattet.

§ 7 Verteilung von Arbeitsmaterialien

Die Verteilung der Protokolle und sonstiger Arbeitsunterlagen für den Untersuchungsausschuss erfolgt - soweit keine Einstufung als Verschlussache „VS – VERTRAULICH“ oder höher erfolgt ist - im geschlossenen Briefumschlag. Dem Ausschuss zugehendes Beweismaterial wird - soweit nicht als Verschlussache „VS – VERTRAULICH“ oder höher eingestuft - je nach Umfang an die ordentlichen Mitglieder, deren Stellvertreter und die benannten Mitarbeiter der Fraktionen verteilt oder zur Einsichtnahme in einem gesonderten Raum zur Verfügung gestellt.

Die Mitglieder des Ausschusses, deren Stellvertreter sowie die gemäß § 1 dieser Verfahrensordnung benannten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen erhalten die Gelegenheit zur Einsichtnahme, soweit keine Einstufung als Verschlussache „VS-Vertraulich“ und höher erfolgt ist. Kopien von Akten oder Akteilen werden seitens der Landtagsverwaltung gefertigt und allen Fraktionen zur Verfügung gestellt. Nach Möglichkeit werden die Beweismittel und andere Arbeitsunterlagen in elektronischer Form bereitgestellt, ebenso ein entsprechendes Softwareprogramm zum elektronischen Abgleich von Suchbegriffen.

Mit Zustimmung der Mehrheit der Ausschussmitglieder können Beweismittel und andere Arbeitsunterlagen - soweit keine Einstufung als Verschlussache „VS – VERTRAULICH“ oder höher erfolgt ist - als elektronische Datei im pdf-Format, wenn möglich in elektronisch recherchierbarer Version, eingereicht und an die Mitglieder des Untersuchungsausschusses, deren Stellvertreter sowie die gemäß § 1 dieser Verfahrensordnung benannten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen verteilt werden.

§ 8 Umgang mit Verschlussachen

Zur Regelung des Verfahrens im Umgang mit Verschlussachen fasst der Untersuchungsausschuss einen Geheimhaltungsbeschluss gemäß § 80b der Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg, dessen Regelungen ergänzend zu dieser Verfahrensordnung verbindlich gelten.

§ 9 Festlegung über Arbeitsmaterialien bei Beendigung des Untersuchungsausschusses

Vor Beendigung seines Auftrages hat der Untersuchungsausschuss rechtzeitig über die spätere Behandlung seiner Protokolle und der vorhandenen Akten inklusive der den Fraktionen zur Bearbeitung überlassenen Kopien zu entscheiden mit der Maßgabe, dass in den Unterlagen enthaltene grundrechtlich geschützte Daten Dritter (personenbezogen Daten Privater oder Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse) und ggf. schutzbedürftige Staatsgeheimnisse wirksam geschützt werden. Verschlussachen sind prinzipiell an die ausgebende Behörde zurückzugeben.

§ 10 Beweisanträge

Der Antrag auf Erhebung eines Beweises ist spätestens fünf Werktage vor der Beschlussfassung schriftlich bei der Ausschussassistentin einzureichen. § 102 Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg gilt entsprechend.

Ein Beweisantrag muss folgende Mindestanforderungen erfüllen und enthalten:

- den Namen und die Fraktion des Antragstellers,
- die Behauptung einer hinreichend bestimmten Beweistatsache,
- die Angabe eines genau bezeichneten Beweismittels, das geeignet und erforderlich sein muss und nicht unverhältnismäßig sein darf,
- den Namen und in der Regel die ladungsfähige Adresse von Zeugen und Sachverständigen,
- bei der Benennung von Schriftstücken als Beweismittel in der Regel den Namen des Besitzers der Schriftstücke und dessen Anschrift,
- Unterzeichnung durch den Antragsteller.

§ 11 Geltung der Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg

Im Übrigen gilt - soweit das UAG nichts anderes bestimmt - die Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg inklusive der Verschlussachenordnung des Landtages Brandenburg.

§ 12 Umgang mit den Medien

Die Unterrichtung der Presse und der Informationsmedien erfolgt gemeinsam durch den Vorsitzenden und die Obleute der Fraktion. Sie wird Medienvertretern in der Regel an Tagen mit öffentlichen Ausschusssitzungen angeboten.

Der Vorsitzende und die Obleute der Fraktionen einigen sich über die Erforderlichkeit der Unterrichtung.

§ 13 Nichtöffentlichkeit von Sitzungen

Soweit die Nichtöffentlichkeit der Sitzung auf datenschutzrechtliche Aspekte gemäß § 80 a Absatz 1 Satz 1 GOLT gestützt wird, soll eine Zeugenvernehmung in einer nichtöffentlichen Vernehmung zur Person und einer anonymisierten öffentlichen Vernehmung zur Sache erfolgen. Am Ende der Vernehmung zur Person entscheidet der Untersuchungsausschuss mit einer Mehrheit von Zweidritteln, ob gewichtige Gründe bestehen, die Vernehmung zur Sache in nichtöffentlicher Sitzung gemäß § 80 a Absatz 1 GOLT durchzuführen. Hierbei ist abzuwägen, ob als milderer Mittel der Ausschuss die Vernehmung zur Sache in einem gesonderten Raum durchführt und der Ton in den Sitzungssaal zur Gewährleistung der Öffentlichkeit der Sitzung übertragen wird.

Der Inhalt dieser Zeugenaussagen kann, soweit nicht als „VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH“ oder höher eingestuft, in der nächsten öffentlichen Sitzung anonymisiert durch Verlesung eines Ergebnisprotokolls wiedergegeben werden. Für die inhaltliche Vollständigkeit und Korrektheit dieses Protokolls gilt § 5 Satz 4 und 5 dieser Verfahrensregeln.

1.4. Geheimhaltungsbeschluss für den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss 6/1 des Landtages Brandenburg (gilt zugleich als Geheimhaltungsbeschluss gemäß § 80 b GOLT)

- 1) Die aufgrund eines Beschlusses des Untersuchungsausschusses vorgelegten oder auf sonstige Art und Weise eingebrachten Akten oder Datenträger werden der Geheimhaltung unterworfen, soweit es sich hierbei um Verschlussachen handelt.

Handelt es sich bei den vorgelegten Akten oder den Datenträgern um Verschlussachen im Sinn der Verschlussachenordnung des Landtages Brandenburg, bestimmt sich der Geheimhaltungsgrad der Verschlussachen nach § 4 Absatz 2 Verschlussachenordnung des Landtages Brandenburg.

Für den gesamten Umgang mit derartigen Verschlussachen gilt die Geschäftsordnung des Landtages einschließlich der Verschlussachenordnung des Landtages Brandenburg.

- 2) Verschlussachen des Geheimhaltungsgrades „VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH“ werden verschlossen verwahrt.

Nach Möglichkeit werden die Ausfertigungen in elektronischer Form zur Verfügung gestellt. Ein Softwareprogramm zum elektronischen Abgleich von Suchbegriffen wird zur Verfügung gestellt.

Den Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Untersuchungsausschusses sowie den für den Untersuchungsausschuss benannten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fraktionen können Ausfertigungen in Form von Ablichtungen zum dauerhaften Gebrauch in verschlossenen Umschlägen mit der Maßgabe überlassen werden, dass diese eine Verwahrung der überlassenen Ausfertigungen nach Maßgabe des § 9 Absatz 5 der Verschlussachenordnung des Landtages Brandenburg gewährleisten. Pro Fraktion wird ein Exemplar gefertigt. Im Übrigen gilt das Merkblatt zur Behandlung von Verschlussachen des Geheimhaltungsgrades „VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH“ im Landtag Brandenburg (Anlage 1 dieses Geheimhaltungsbeschlusses).

- 3) Von der Landesregierung auf der Grundlage eines Beweisbeschlusses des Untersuchungsausschusses oder im Weg der Amtshilfe übermittelte Unterlagen und Akten mit einer Einstufung „VS – VERTRAULICH“ und höher werden gemäß § 11 Absatz 5 UAG als „VS – VERTRAULICH“ bzw. „GEHEIM“ behandelt. Für diese Unterlagen werden gemäß § 9 Absatz 5 UAG die Geheimschutzmaßnahmen der Stufen „VS VERTRAULICH“ und „GEHEIM“ wie folgt angewandt:

Verschlussachen des Geheimhaltungsgrades „VS – VERTRAULICH“ und höher werden im Aktensicherungsraum hinter dem VS-Datenraum (abhörgeschützter Raum U.017 R) im Untergeschoss des Landtages aufbewahrt. Einsicht in derartige Verschlussachen erhalten die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Untersuchungsausschusses, die von den Fraktionen und der Landtagsverwaltung für den Untersuchungsausschuss benannten und nach § 5 Absatz 7 der Verschlussachenordnung des Landtages Brandenburg ermächtigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen sowie die beauftragten Mitarbeiter der Landtagsverwaltung im VS-Datenraum (Raum U.017 R) des Landtages.

Zum Zweck der Einsichtnahme in digitalisiert angelieferte Akten wird dort für jede Fraktion sowie für die Landtagsverwaltung je ein Rechner ohne Speicher- und Druckfunktion eingerichtet. Vor der Einsichtnahme ist von den durch die Fraktionen ermächtigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Beisein der Geheimschutzbeauftragten des Landtages Brandenburg die als Anlage 2 zu diesem Beschluss beigefügte förmliche Verpflichtungserklärung gemäß § 5 Absatz 7 Nummer 3 der Verschlussachenordnung des Landtages Brandenburg zur Wahrung der Vertraulichkeit und zur Einhaltung des Geheimschutzes zu unterzeichnen.

Die Landtagsverwaltung wird in Abstimmung mit den Fraktionen im Rahmen der verfügbaren Kapazitäten die Einsichtnahme in die im Aktensicherungsraum aufbewahrten Akten wochentags zu den üblichen Geschäftszeiten ermöglichen. Für den Aufenthalt im VS-Datenraum gelten die Bestimmungen für die Nutzung des abhörgeschützten Raumes (Anlage 3 dieses Geheimhaltungsbeschlusses); das Mitbringen von Mobiltelefonen, privaten Computern, Tablets, von digitalen oder analogen Kameras oder anderweitiger elektronischer oder analoger Aufzeichnungsgeräte ist nicht gestattet. Persönliche Gegenstände sind in ein

Schließfach im Flur vor dem VS-Datenraum einzuschließen. Handschriftliche Aufzeichnungen müssen nach der Einsichtnahme in einem für jede Fraktion bereitzustellenden Schließfach im Aktensicherungsraum verwahrt werden.

- 4) Zur gesetzlichen Ausnahme der Verschwiegenheitspflicht gemäß § 12 Absatz 5 UAG, zweiter Halbsatz, gilt, dass die Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht nur für Beratungen der Fraktionsmitglieder im Ausschuss samt ihrer Stellvertreter und der dem Ausschuss zugeordneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen gelten soll.
- 5) Verschlussachen des Geheimhaltungsgrades „VS – VERTRAULICH“ und höher werden den Fraktionen und dem Vorsitzenden im Bedarfsfall ausschließlich für die Dauer der Ausschusssitzungen ausgehändigt, soweit diese Sitzungen in dem VS-Datenraum (Raum U.017 R) stattfinden.
- 6) Im Übrigen gilt das Merkblatt zur Behandlung von Verschlussachen des Geheimhaltungsgrades „VS – VERTRAULICH“ und „GEHEIM“ im Landtag Brandenburg (Anlage 4 dieses Geheimhaltungsbeschlusses).

1.5. Verfahrensleitende Beschlüsse

Gegen Ende seiner Sitzungstätigkeit fasste der Ausschuss neben dem förmlichen Beschluss zur Beendigung der Beweisaufnahme verschiedene weitere Beschlüsse.¹ Er bestimmte, welche Protokolle und anderen Dokumente ungekürzt in den Anhang des Abschlussberichts aufnehmen waren und bezog die ihm vorgelegten Dokumente unter Verzicht auf deren Verlesung in die Beweisaufnahme ein. Zum Umgang mit personenbezogenen Daten im Zusammenhang mit der Vorlage und Veröffentlichung des Abschlussberichts nebst seinen Anlagen, zum Umgang mit NfD eingestuftem Dokumenten bei der Diskussion des Abschlussberichts in den Fraktionen sowie schließlich zum Umgang mit ausgegebenen als vertraulich anzusehenden Dokumenten und zu Fragen der Archivierung und Einsicht in Unterlagen des Gremiums nach der Beendigung der Arbeit des Ausschusses wurden weitere Beschlüsse gefasst. Sie betreffen zwar nicht die eigentliche Untersuchung, sind aber als flankierende Maßnahmen für deren Absicherung unerlässlich.

¹ 44. (nichtöffentliche) Sitzung vom 29. April 2019

1.5.1. Einbeziehung der vorgelegten Dokumente in die Beweisaufnahme

Der Ausschuss bezieht die ihm im Rahmen seiner Untersuchung zugesandten Unterlagen in die Beweisaufnahme ein, ohne sie jeweils konkret in den Sitzungen verlesen zu haben, indem er hierzu einstimmig einen Beschluss fasst:

„Es wird auf die Verlesung der dem Ausschuss zu den einzelnen Beweisbeschlüssen vorgelegten Dokumente sowie der von den Sitzungen angefertigten Protokolle gemäß § 25 Abs. 2 UAG Bbg verzichtet. Sie dienen dem Untersuchungsausschuss in vollem Umfang als Beweismittel. Auf die eingegangenen Dokumente wurde hingewiesen, ihr Eingang ist durch das Ausschussbüro des Untersuchungsausschusses UA 6/1 dokumentiert. Der Zugang zu digitalisierten Dokumenten, die nicht höher als „VS - nur für den Dienstgebrauch – VS-NfD“ eingestuft sind, wird über das gesondert für den Untersuchungsausschuss UA 6/1 eingerichtete W-Laufwerk im Informationsverarbeitungssystem des Landtags ermöglicht. VS-vertraulich oder höher eingestufte Dokumente können für die Dauer der Arbeit des Untersuchungsausschusses von allen Mitgliedern des Ausschusses sowie durch die Referentinnen und Referenten der Fraktionen mit entsprechender Sicherheitsfreigabe (SÜ 2) im Geheimschutzraum des Landtages eingesehen werden.“

1.5.2. Regelung zur Wahrung des informationellen Selbstbestimmungsrechts

„Zum Schutz der informationellen Selbstbestimmung sollen in dem Abschlussbericht grundsätzlich alle Namen von Personen, Firmen, Vereinen usw. anonymisiert werden, es sei denn ihre Nennung ist für die Klärung des Untersuchungsauftrages unabdingbar oder die Betroffenen nehmen am öffentlichen Leben teil. Gleiches gilt für hervorgehobene Bedienstete des Landes bis zum einschließlich des einer Referatsleiterin oder eines Referatsleiters vergleichbaren Wirkungsbereiches.“

Neben diesem Beschluss verständigte sich der Ausschuss in Abstimmung mit der MIK-Koordinierungsstelle² darauf, welche Personen im Bericht offengenannt werden könnten bzw. welche Pseudonymisierungen für nicht offen zu nennende Personen zu nutzen sind.

² S.o. unter 2.7.

1.5.3. Einbeziehung der Fraktionen - Diskussion des Abschlussberichts in den Fraktionen

Der Ausschuss hatte sich zur Wahrung der Interessen aller Beteiligten aber auch zur Beachtung sicherheitsrelevanter Aspekte staatlicher Stellen darauf verständigt, nur den Mitgliedern des Ausschusses und Ihren Vertreterinnen und Vertretern sowie ihren für den Ausschuss tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Zugang zu vertraulichen Ausschussunterlagen zu gewähren und ging damit über den vorgeschriebenen gesetzlichen Mindeststandard, der auch den übrigen Fraktionsmitgliedern Zugang zu als „NfD“ eingestuften Sachverhalten erlaubt. Um die Erörterung der Bewertung der Ergebnisse unter Einbeziehung von Inhalten aus als „VS-NfD“ eingestuften Unterlagen in den Fraktionen zu ermöglichen, wurde diese strikte Begrenzung mit folgendem Beschluss zurückgenommen:

„Der Untersuchungsausschuss hebt die Beschränkung nach Nr. 4 seines Geheimhaltungsbeschlusses vom 12. Juli 2016 für den parlamentarischen Untersuchungsausschuss UA 6/1 des Landtages Brandenburg mit der Wirkung auf, dass zum Zweck der Beratung des Abschlussberichtes in den Fraktionen § 12 Abs. 2 UAG Bbg in vollem Umfang zur Anwendung gelangt.“

1.5.4. Fragen zum Umgang mit als VS-NfD eingestuften Dokumenten, der Einsicht in Protokolle und der Archivierung von Ausschussunterlagen nach Beendigung der Ausschusstätigkeit:

„BESCHLUSS zum Umgang mit VS-Sachen nach Beendigung der Tätigkeit des Untersuchungsausschusses UA 6/1³

a) Zum Umgang mit Protokollen

Protokolle über öffentliche Beweisaufnahmen werden, bis auf die mit dem Abschlussbericht selbst zu veröffentlichenden Passagen, nicht öffentlich zur Verfügung gestellt. Von diesen Protokollen wird eine Fassung angefertigt, die so überarbeitet ist, dass die nach den Bestimmungen für Verschlussachen (Verschlussachenordnung, Anlage 5 GOLT des Landtages;

³ 45. (nichtöffentliche) Sitzung vom 23. Mai 2019

Geheimhaltungsbeschluss für den UA 6/1 nach § 80b GOLT, Merkblatt VS-NfD) nicht offen verwendbaren Teiltex te entfernt werden.

Gemäß § 5 Anlage 11 GOLT können die Protokolle über öffentliche Sitzungen unter Darlegung eines berechtigten Interesses auf schriftlichen Antrag eingesehen werden. Über den Antrag entscheidet die Präsidentin oder der Präsident des Landtages bzw. eine durch sie oder ihn beauftragte Stelle. Eine Einsicht kann nicht erfolgen, wenn überwiegende Interessen Dritter oder schutzwürdige Geheimhaltungsinteressen des Landes Brandenburg, anderer Länder oder des Bundes entgegenstehen. Die einschlägigen Geheimhaltungsvorschriften sind zu beachten. Personen, die zu Forschungszwecken Einsicht nehmen, haben die entsprechenden Sicherheitsfreigaben zu erbringen.

b) Zum Umgang mit Unterlagen der Mitglieder des Untersuchungsausschusses und solcher ihrer Referentinnen und Referenten

Mit dem Ende der Arbeit des UA 6/1 erlöschen die Zugangsrechte der Mitglieder des UA 6/1 und ihrer Referentinnen und Referenten auf die Informationen des Informationssystems des Landtages Brandenburg. Im Zusammenhang mit der Arbeit des UA 6/1 unter Verwendung eingestuf ter und nicht freigegebener Dokumente (Kopien, Übernahme daraus entnommener Zitate) erstellte Dateien sind zu löschen bzw. so zu überarbeiten, dass die nach den Bestimmungen für Verschluss sachen (Verschluss sachenordnung, Anlage 5 GOLT des Landtages; Geheimhaltungsbeschluss für den UA 6/1 nach § 80b GOLT, Merkblatt VS-NfD) nicht offen verwendbaren Teiltex te entfernt werden. Schriftliche Unterlagen (Ausdrucke) von eingestuften Dokumenten oder daraus entnommene Zitate sind datenschutzgerecht und entsprechend den Vorschriften für Verschluss sachen zu vernichten. Hierüber ist von allen Beteiligten jeweils eine schriftliche Erklärung abzugeben, die zu den Akten des Untersuchungsausschusses sekretariats zu nehmen ist.

Unterlagen, die im Zusammenhang mit der Tätigkeit des UA 6/1 in den Fraktionen (durch Referentinnen und Referenten oder Abgeordnete) entstanden sind, können statt vernichtet zu werden, an das Untersuchungsausschusses sekretariat zum Zwecke der weiteren Aufbewahrung und Verwendung für Forschungszwecke abgegeben

werden. In diese Unterlagen kann unter Darlegung eines berechtigten Interesses, insbesondere

zu Zwecken zeitgeschichtlicher Forschung im Einvernehmen mit der Fraktion oder den Abgeordneten von der oder denen die Unterlagen herrühren, mit Genehmigung der Präsidentin oder des Präsidenten des Landtages Brandenburg bzw. der durch sie oder ihn beauftragten Stelle Einsicht genommen werden. Sie werden als NfD - Nur für den Dienstgebrauch - eingestuft, sofern sie sich auf ebenso eingestufte Dokumente beziehen. Es gelten im Übrigen die Bestimmungen zum Umgang mit Verschlussachen.

c) Zum Umgang mit Unterlagen des Ausschussessekretariats

Die Akten des Ausschussessekretariats einschließlich der dem Ausschuss zur Erfüllung seines Untersuchungsauftrages zur Verfügung gestellten Kopien von Verschlussachen sowie der von den Fraktionen oder Abgeordneten abgegebenen Dokumente und Dateien werden entsprechend der Archivordnung des Landtages aufbewahrt und spätestens nach Ablauf der zweiten Wahlperiode, in der das Archivgut entstanden ist, dem Brandenburgischen Landeshauptarchiv übergeben. Wunsch des Ausschusses ist es, dass sämtliche Dokumente langfristig archiviert werden. Die Unterlagen anderer Stellen werden an diese zurückgegeben.“

2. Die Antragsteller

Zur Untersuchung der möglichen Versäumnisse brandenburgischer Behörden im Zusammenhang mit organisierter rechtsextremer Gewalt und des NSU-Komplexes beantragen folgende Mitglieder (alphabetische Reihenfolge) des Landtages Brandenburgs die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses:

Elisabeth Alter (SPD)

Kristy Augustin (CDU)

Diana Bader (DIE LINKE)

Helmut Barthel (SPD)

Dr. Andreas Bernig (DIE LINKE)

Mike Bischoff (SPD)
Frank Bommert (CDU)
Steeven Bretz (CDU)
Marco Büchel (DIE LINKE)
Ralf Christoffers (DIE LINKE)
Kathrin Dannenberg (DIE LINKE)
Dieter Dombrowski (CDU)
Thomas Domres (DIE LINKE)
Danny Eichelbaum (CDU)
Tina Fischer (SPD)
Udo Folgart (SPD)
Rainer Genilke (CDU)
Andreas Gliese (CDU)
Inka Gossmann-Reetz (SPD)
Thomas Günther (SPD)
Barbara Hackenschmidt (SPD)
Marie Luise von Halem (B90/GRÜNE)
Anja Heinrich (CDU)
Gordon Hoffmann (CDU)
Ralf Holzschuher (SPD)
Dierk Homeyer (CDU)
Andrea Johlige (DIE LINKE)
Michael Jungclaus (B90/GRÜNE)
Kerstin Kircheis (SPD)
Sören Kosanke (SPD)

Simona Koß (SPD)

Daniel Kurth (SPD)

Björn Lakenmacher (CDU)

Uwe Liebehenschel (CDU)

Matthias Loehr (DIE LINKE)

Dr. Saskia Ludwig (CDU)

Stefan Ludwig (DIE LINKE)

Björn Lüttmann (SPD)

Margitta Mächtig (DIE LINKE)

Ina Muhß (SPD)

Britta Müller (SPD)

Ursula Nonnemacher (B90/GRÜNE)

Raik Nowka (CDU)

Sven Petke (CDU)

Benjamin Raschke (B90/GRÜNE)

Dr. Jan Redmann (CDU)

Barbara Richstein (CDU)

Wolfgang Roick (SPD)

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (DIE LINKE)

Roswitha Schier (CDU)

Prof. Dr. Michael Schierack (CDU)

Uwe Schmidt (SPD)

Dr. Volkmar Schöneburg (DIE LINKE)

Anke Schwarzenberg (DIE LINKE)

Ingo Senftleben (CDU)

Erik Stohn (SPD)

Anita Tack (DIE LINKE)

Isabelle Vandré (DIE LINKE)

Axel Vogel (B90/GRÜNE)

René Wilke (DIE LINKE)

2.1. Beschluss zur Einsetzung und Ausstattung eines Untersuchungsausschusses zur „Organisierten rechtsextremen Gewalt und Behördenhandeln, vor allem zum Komplex Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)“ gemäß Artikel 72 Absatz 1 der Verfassung des Landes Brandenburg in Verbindung mit § 2 Absatz 1 sowie § 3 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 28. Sitzung am 29. April 2016 zum TOP 13 folgenden Beschluss⁴ einstimmig gefasst:

„I. Gemäß Artikel 72 der Verfassung des Landes Brandenburg wird ein Untersuchungsausschuss zur ‚Organisierten rechtsextremen Gewalt und Behördenhandeln, vor allem zum Komplex Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)‘ eingesetzt.

II. Untersuchungsgegenstand

A. Das Aufgabenfeld soll konkret Folgendes umfassen:

1. Der Untersuchungsausschuss soll umfassend aufklären, ob ein Handeln oder Unterlassen der Brandenburger Sicherheits- und Justizbehörden, einschließlich der Vertrauenspersonen (V-Personen), der verdeckten Ermittler und der sonstigen menschlichen Quellen, der Landesregierung unter Einschluss der politischen Leitungen der zuständigen Ministerien und der ihrer Fach-, Rechts- und Dienstaufsicht unterliegenden Behörden (= betroffene staatliche Stellen des Landes Brandenburg), auch im Zusammenwirken mit Bundesbehörden (z. B. BfV, BKA, BND, MAD) und Behörden anderer Länder, die Bildung und die Taten der Terrorgruppe ‚Nationalsozialistischer Untergrund‘ (NSU) sowie deren Unterstützer (= rechtsextreme Organisationen und Personen sowie Strukturen der rechtsradikal motivierten Kriminalität) begünstigt und/oder die Aufklärung und Verfolgung der von der Terrorgruppe begangenen Straftaten erschwert haben. Es soll ebenfalls ermittelt werden, ob alle rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten zur Aufklärung und Verhinderung von Straftaten durch Brandenburger Sicherheits- und Justizbehörden ausgeschöpft wurden.
2. Der Untersuchungsausschuss soll klären, welche Erkenntnisse wann beim brandenburgischen Verfassungsschutz, den Staatsanwaltschaften und der Polizei, den Gerichten, den Ministerien und angeschlossenen Behörden, insbesondere den verantwortlichen Ministern des Inneren, über die Tätigkeiten

⁴ Drs. 6/3993-B

des untergetauchten Trios und deren Unterstützungsnetzwerk vorgelegen haben und welche Schlüsse daraus gezogen wurden.

3. Der Untersuchungsausschuss soll insbesondere klären, ob in Brandenburg eingesetzte sogenannte Informanten, Gewährspersonen, Vertrauens-Personen und verdeckte Ermittler Erkenntnisse über die Gruppe NSU und ihre Taten hatten, ob und wie sie diese Informationen mit den Brandenburger Sicherheitsbehörden und anderen Diensten teilten und ob und inwieweit eine Beteiligung von V-Leuten an Straftaten im Umfeld des Trios vorgelegen hat.
4. Der Untersuchungsausschuss soll aufklären, ob durch die brandenburgischen Sicherheits- und Justizbehörden eine Zusammenarbeit mit den Sicherheits- und Justizbehörden sowie den Diensten des Bundes oder der Länder erfolgt ist und ob dabei alle rechtlichen Regelungen beachtet wurden. Soweit dies unterblieben sein sollte, sollen die Gründe hierfür aufgeklärt werden.
5. Der Untersuchungsausschuss soll insbesondere aufklären, ob und in welchem Maße brandenburgische Behörden an der Gründung, dem Aufbau und der Unterstützung rechtsextremer Strukturen, Personen und Personengruppen durch den Einsatz von Vertrauenspersonen (V-Personen) und verdeckten Ermittlern beteiligt waren, diese aktiv oder durch Unterlassen geeigneter Maßnahmen förderten und ob eingesetzte V-Personen und verdeckte Ermittler an der Durchführung oder Vorbereitung von Straftaten und Aktivitäten, die sich gegen das Grundgesetz richteten, beteiligt waren oder diese begünstigten.
6. Der Untersuchungsausschuss soll klären, ob bei Maßnahmen im Zusammenhang mit der Beobachtung rechtsextremer Strukturen der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel, insbesondere die Praxis der Führung von V-Personen, rechtmäßig war und ist und ob sie ausreichend kontrolliert und evaluiert wurde. Dies schließt eine Überprüfung der Dienst- und Fachaufsicht ein.
7. Der Untersuchungsausschuss soll klären, ob und in welcher Weise die Mitglieder des Terrornetzwerks ‚Nationalsozialistischer Untergrund‘ durch von brandenburgischen Diensten beobachtete Kontakte zu rechtsradikalen Personen, Personengruppen und Organisationen, insbesondere ‚Hammerskins‘, ‚Blood & Honour‘, ‚Thüringer Heimatschutz‘, ‚Nationalistische Front‘, ‚Ku-Klux-Klan‘, ‚Nationale Bewegung Königs Wusterhausen‘, ‚Vandalen‘, ‚Artgemeinschaft‘, ‚HDJ‘, ‚Bewegung Neue Ordnung/Schutz-bund Deutschland‘, ‚Die Nationalen e. V.‘, ‚Berlin-Brandenburger Zeitung‘ und ‚Märkischer Heimatschutz‘, sowie internationale Kontakte, z.B. nach Südafrika, in ihrem terroristischen Handeln gefördert wurden.
8. Der Untersuchungsausschuss soll klären, wie mit Informationen, Erkenntnissen, Hinweisen, Beweismitteln oder sonstigen Daten über den NSU und dessen Umfeld, die für die heutigen Ermittlungen von Bedeutung hätten sein können, umgegangen wurde, insbesondere ob alle Akten den betreffenden ermittelnden Behörden weitergeleitet sowie den Parlamentarischen

Untersuchungsausschüssen des Bundes und der Länder zur Verfügung gestellt wurden. War oder ist dies nicht der Fall, soll der Untersuchungsausschuss die Gründe hierfür aufklären.

9. Weiterhin sind mögliche Versäumnisse und Fehler staatlicher Stellen des Landes Brandenburg im Zusammenhang mit dem sogenannten ‚NSU-Prozess‘, der seit dem Jahr 2013 vor dem 6. Strafsenat des Oberlandesgerichts München stattfindet, zu untersuchen.
10. Der Untersuchungsausschuss soll aufklären, ob und inwieweit Mängel in der Organisationsstruktur oder der Ausübung der den Brandenburger Sicherheits- und Justizbehörden übertragenen Befugnisse, im Rahmen der Dienst- und Fachaufsicht sowie im Rahmen eines rechtlich gebotenen und zulässigen Informationsaustausches untereinander dazu beigetragen haben, dass sich militante und terroristische rechtsextreme Strukturen herausbilden konnten, dass aus diesem Milieu Straftaten begangen wurden sowie Fahndungsmaßnahmen nach den Mitgliedern des ‚Nationalsozialistischen Untergrundes‘ erfolglos blieben.

B. Der Untersuchungsausschuss soll dazu insbesondere die folgenden Fragen beantworten. Jedes Mitglied kann im Untersuchungsausschuss im Rahmen der Geschäftsordnung des Ausschusses und des UAG weitere Fragen stellen, die unter den Untersuchungsgegenstand fallen oder an diesen unmittelbar anknüpfen.

1. Wann lagen welchen staatlichen Stellen des Landes Brandenburg welche Informationen zum NSU und zu den unterstützenden rechtsextremen Organisationen und Personen sowie Strukturen der rechtsradikal motivierten Kriminalität vor? War die Aufgabenerfüllung der staatlichen Stellen ordnungsgemäß und falls nein, wem hätten sonst wann welche Informationen zu diesem Themenkomplex vorliegen können? Zu den unterstützenden bzw. in Verbindung stehenden Organisationen zählt insbesondere das ‚Blood & Honour‘-Netzwerk.
2. Geschah eine mögliche Unterstützung der V-Person ‚Piatto‘ und anderer V-Personen beim Aufbau rechtsextremistischer Strukturen aus Kalkül und welche Überlegungen wurden seitens der staatlichen Stellen dazu angestellt?
3. Wann und unter welchen Umständen und zu welchen Zielen wurde der verurteilte militante Neonazi C. S. als V-Person ‚Piatto‘ durch den Verfassungsschutz angeworben und eingesetzt?

4. In welchem Umfang wurde die V-Person ‚Piatto‘ durch den Verfassungsschutz bzw. die jeweils betroffenen staatlichen Stellen des Landes Brandenburg finanziell und/oder in einer anderen Weise unterstützt?
5. Hat das Innenministerium Brandenburg versucht, Einfluss auf die Haftbedingungen und die vorzeitige Entlassung der V-Person ‚Piatto‘ zu nehmen? Wenn ja, wie?
6. Welche Straftaten hat die V-Person ‚Piatto‘ während ihrer Tätigkeit für den Verfassungsschutz begangen? In welchem Maße hat diese Person die rechtsextreme Szene unterstützt?
7. Auf wessen Betreiben wurde im Jahr 1997 die verhängte Postkontrolle bei der V-Person ‚Piatto‘ in der Justizvollzugsanstalt Brandenburg gelockert?
8. Welche Erkenntnisse über, welche Verbindungen zu und welchen Einfluss auf Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos, Beate Zschäpe und die übrigen im NSU-Prozess angeklagten Personen sowie mit diesen in Verbindung stehenden rechtsextremen Organisationen und Personen sowie Strukturen der rechtsradikal motivierten Kriminalität hatte wann die V-Person ‚Piatto‘? Von wem bezog die V-Person ‚Piatto‘ wann welche Informationen über diese Personen und Gruppen?
9. Welche Informationen und Erkenntnisse hatte wann die V-Person ‚Piatto‘ und an welche staatliche Stelle wurden diese wann übermittelt? Welche jeweils betroffenen staatlichen Stellen des Landes Brandenburg hatten wann Informationen oder Kenntnis?
10. Wie sind die betroffenen staatlichen Stellen des Landes Brandenburg mit diesen Informationen umgegangen?
11. Wollte, und wenn ja, wann und wie, der mutmaßliche Unterstützer des NSU-Trios, J. W., der ‚Sektionschef‘ des Neonazi-Netzwerkes ‚Blood & Honour‘ in Sachsen, Waffen über die V-Person ‚Piatto‘ beschaffen und/oder an das NSU-Trio weiterleiten? Hat die V-Person ‚Piatto‘ den Vorgang an seinen V-Personen-Führer gemeldet? Wurden diese Informationen adäquat weiterbearbeitet?
12. Warum wurde das Mobiltelefon der V-Person ‚Piatto‘ eingezogen und nicht ausgewertet? Welche Informationen haben sich auf dem Mobiltelefon und in den SMS des J. W. befunden? Erhielt die V-Person ‚Piatto‘, nachdem sie ein neues Mobiltelefon vom Verfassungsschutz bekommen hatte, von J. W. noch

Nachrichten, wenn ja, mit welchem Inhalt? Seit wann hatten der Verfassungsschutz bzw. die jeweils betroffenen staatlichen Stellen des Landes Brandenburg davon Kenntnis?

13. Welche Kontakte unterhielt und welche Informationen erhielt die V-Person ‚Piatto‘ zu bzw. von anderen V-Personen im Umfeld des NSU-Trios wie z. B. von Tino B., ‚Riese‘, ‚Küche‘, ‚Alex‘, ‚Tarif‘, ‚Corelli‘, ‚Ibrahim‘ und ‚Primus‘?
14. Wurden Informationen und Erkenntnisse der V-Person ‚Piatto‘ durch den Verfassungsschutz an die Polizei und/oder Justizbehörden des Landes Brandenburg, des Bundes oder anderer Bundesländer weitergegeben und/oder Maßnahmen über das weitere Vorgehen mit diesen abgesprochen? Wenn ja, wann, wie und welche? Welche Informationen sind in diesem Zusammenhang aus welchem Grund nicht weitergegeben worden?
15. Haben die jeweils betroffenen staatlichen Stellen des Landes Brandenburg - und wenn ja, wann und inwieweit - die Gründung, den Aufbau, das Gefahrenpotential und die Gefahrenlage des NSU bzw. der rechtsextremen Organisationen und Personen sowie Strukturen der rechtsradikal motivierten Kriminalität einschließlich der von diesen ausgehenden Straftaten falsch eingeschätzt oder diese durch Tun oder Unterlassen unterstützt, befördert, begünstigt oder geduldet?
16. Wurden gesetzlich übertragene Befugnisse durch die jeweils betroffenen staatlichen Stellen des Landes Brandenburg überschritten und/oder wurde beim Einsatz, beim Führen und beim Beaufsichtigen von V-Personen bzw. von verdeckten Ermittlern oder sonstigen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Beobachtung des NSU bzw. der rechtsextremen Organisationen und Personen sowie Strukturen der rechtsradikal motivierten Kriminalität und bei der Verfolgung und Aufklärung von durch diese begangenen Straftaten gegen Rechtsvorschriften verstoßen? Wenn ja, wann und inwieweit?
17. Wurden der NSU bzw. die rechtsextremen Organisationen und Personen sowie Strukturen der rechtsradikal motivierten Kriminalität unzureichend durch die jeweils betroffenen staatlichen Stellen des Landes Brandenburg beobachtet und gegen sie unzureichend strafrechtlich oder im Rahmen der Gefahrenabwehr ermittelt? Wenn ja, wann und inwieweit?

18. Wurde durch Handeln oder Unterlassen der jeweils betroffenen staatlichen Stellen des Landes Brandenburg die Aufklärung und Verfolgung des NSU bzw. der rechtsextremen Organisationen und Personen sowie Strukturen der rechtsradikal motivierten Kriminalität zugerechneten Straftaten verhindert oder behindert? Wenn ja, wann und inwieweit?
19. Wurden Informationen über staatsanwaltschaftliche und polizeiliche Ermittlungs- und Fahndungsmaßnahmen an Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe, an deren Umfeld oder an Vertrauenspersonen vorsätzlich oder fahrlässig weitergegeben? Wenn ja, wann und inwieweit?
20. Welche Unzulänglichkeiten wurden wann in der Organisationsstruktur, bei der Ausübung übertragener Befugnisse, im Rahmen der Dienst- und Fachaufsicht sowie im Rahmen eines rechtlich gebotenen und zulässigen Informationsaustausches der jeweils betroffenen staatlichen Stellen des Landes Brandenburg untereinander und zu den betroffenen staatlichen Stellen des Bundes sowie anderer Bundesländer und Staaten festgestellt, die dazu beigetragen haben, dass sich der NSU bzw. die rechtsextremen Organisationen und Personen sowie Strukturen der rechtsradikal motivierten Kriminalität herausbilden konnten, dass aus diesem Milieu Straftaten begangen wurden sowie Maßnahmen der Zielfahndung insbesondere nach Mitgliedern des NSU bzw. der rechtsextremen Organisationen und Personen sowie Strukturen der rechtsradikal motivierten Kriminalität erfolglos blieben?
21. Wann und inwieweit wurde von staatlichen Stellen des Landes Brandenburg weiteren Vertrauensleuten oder Gewährspersonen in rechtsextremistischen Milieus Geld oder andere Unterstützung für die Übermittlung welcher Informationen und Hinweise angeboten oder gezahlt?
22. Wann und inwieweit bestand seitens des Verfassungsschutzes bzw. der jeweils betroffenen staatlichen Stellen des Landes Brandenburg direkt oder indirekt über Dritte Kontakt zu Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und/oder Beate Zschäpe?
23. Unter welchen Umständen erfolgte die Festnahme von André E. auf dem Grundstück seines Bruders M. E. in Grabow in Brandenburg? Welche Erkenntnisse liegen den brandenburgischen Behörden über seinen Aufenthalt vor? In welcher Form wurde er von seinem Bruder M. E. unterstützt? Gibt es Hinweise auf die Vernichtung von Beweismitteln unmittelbar vor der Verhaftung?

24. Ließen sich aus Presseerzeugnissen der rechten Szene wie z.B. dem ‚Nationalen Beobachter‘ des Nationalen Pressearchives, dem ‚Weißen Wolf‘ oder dem ‚United Skins‘ Hinweise auf den NSU oder sein Umfeld entnehmen? Welche Informationen und Erkenntnisse vom Ku-Klux-Klan in Königs Wusterhausen, von den Proissenheads sowie von Toni S. und U. M. lagen zum NSU oder seinem Umfeld vor? Wurden diese Informationen und Erkenntnisse systematisch ausgewertet?
25. In den Jahren 2000 bis 2001 beging eine Gruppe mit dem Namen ‚Nationale Bewegung‘ zahlreiche Straftaten in Brandenburg. Sind von den Sicherheitsbehörden Bezüge zum NSU und seinem Umfeld geprüft worden? Welche Rolle spielte bei den Aktionen der Gruppe der brandenburgische Verfassungsschutz?
26. Wann, von wem und über welche Informationen und Erkenntnisse zu Martin W. sowie zu dessen Verbindungen zum NSU und zum Umfeld verfügten der Verfassungsschutz bzw. die jeweils betroffenen staatlichen Stellen des Landes Brandenburg? Hat Martin W. Waffen aus Brandenburg besorgt?
27. Wurden Waffenlieferungen an den NSU bzw. an dessen Umfeld über Brandenburg abgewickelt? Was wussten der Verfassungsschutz bzw. die jeweils betroffenen staatlichen Stellen des Landes Brandenburg wann über Waffenkäufe und Waffenweitergaben durch bzw. an den NSU, dessen Umfeld und rechtsextreme Organisationen und Personen sowie Strukturen der rechtsradikal motivierten Kriminalität zwischen 1990 und 2011?
28. In welchem Umfang haben die staatlichen Stellen des Landes Brandenburg den sog. NSU-Prozess vor dem OLG München unterstützt? Haben staatliche Stellen des Landes Brandenburg der Bundesanwaltschaft, dem Gericht oder anderen Untersuchungsausschüssen des Bundes bzw. anderer Länder Beweismittel vorenthalten oder Auskunftersuchen unvollständig entsprochen? Wenn ja, welche, auf wessen Veranlassung und aus welchem Grund?
29. Haben staatliche Stellen des Landes Brandenburg versucht, eine Aussage der V-Person ‚Piatto‘ oder ihrer ehemaligen V-Personen-Führer in München beim NSU-Prozess zu verhindern oder deren Aussagen zu beeinflussen? Wenn ja, warum und in welcher Weise?

30. Warum haben staatliche Stellen des Landes Brandenburg die ‚Piatto‘-Akte zunächst als Verschlussache eingestuft und schließlich dann doch für den NSU-Prozess freigegeben? Welche Akten wurden aus welchem Grund dem Gericht nicht übergeben?
31. Wurde die Parlamentarische Kontrollkommission bzw. die G 10-Kommission des Landtages von der Landesregierung hinreichend über rechtsradikale oder rechtsterroristische Strukturen sowie über diesbezügliche Ermittlungstätigkeiten im Zusammenhang mit dem NSU-Trio und dessen Umfeld, über die Zusammenarbeit des Landes mit der V-Person ‚Piatto‘ informiert? Falls ja, wann und mit welchem Inhalt, falls nein, warum nicht?
32. Wurden bei staatlichen Stellen Brandenburgs Akten oder Datenträger vernichtet oder Daten gelöscht, deren Inhalt den NSU und die mit diesem in Verbindung stehenden rechtsextremen Organisationen und Personen sowie Strukturen der rechtsradikal motivierten Kriminalität betreffen? Wenn ja, in welchem Umfang, auf wessen Veranlassung und aus welchem Grund?
33. Auf welcher rechtlichen und tatsächlichen Grundlage erfolgte der Einsatz von Quellen oder verdeckten Ermittlern bzw. Mitarbeitern der Sicherheits- und Ermittlungsbehörden des Landes Brandenburg im rechtsextremen Milieu, nach welchen Kriterien wurden die Quellen ausgewählt, unter welchen Umständen angeworben und geführt? Wie ist der Einsatz jeweils nachvollziehbar dokumentiert, sachgerecht evaluiert und rechtsstaatlich kontrolliert worden?
34. Inwiefern wurden die in den Berichten der Untersuchungsausschüsse zum NSU-Komplex des Bundes und anderer Landtage enthaltenen Handlungsempfehlungen hinsichtlich der staatlichen Stellen Brandenburgs umgesetzt?

III. Abschlussbericht und Empfehlungen

Der Untersuchungsausschuss soll einen Abschlussbericht anfertigen und auch Schlussfolgerungen aus den Untersuchungsergebnissen ziehen, insbesondere für

- die künftige Abwehr, Verfolgung und Aufklärung von Straftaten rechtsextremer Organisationen und Personen,

- die demokratische und parlamentarische Kontrolle der jeweils betroffenen staatlichen Stellen,
- eine möglicherweise notwendige Neuorganisation der jeweils betroffenen staatlichen Stellen unter Beachtung bestehender verfassungsrechtlicher Grenzen, um ermittelte Versäumnisse und Fehler in Zukunft zu vermeiden,
- die Weiterentwicklung und Verbesserung des ‚Toleranten Brandenburgs‘ zur Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft und der Prävention von Rechtsextremismus und
- eine Verbesserung des Opferschutzes und der Opferhilfe für tatsächliche und potenzielle Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt.

IV. Arbeitsweise

Zur Aufklärung des Untersuchungsgegenstandes sind neben den zwingend einzubeziehenden Beweismitteln auch die Berichte der bereits abgeschlossenen und laufenden Untersuchungsausschüsse zum ‚NSU‘ im Bund und in anderen Bundesländern, weitere Berichte im Kontext des ‚NSU‘, z. B. der Schäfer-Kommission in Thüringen sowie ggf. Erkenntnisse aus dem Münchener NSU-Prozess einzubeziehen.

V. Zusammensetzung und Ausstattung des Untersuchungsausschusses

1. Der Untersuchungsausschuss besteht aus neun stimmberechtigten Mitgliedern und dem Vorsitzenden.
2. Unter Berücksichtigung des Stärkeverhältnisses der Fraktionen verteilen sich die Sitze im Untersuchungsausschuss 6/1 wie folgt:

Vorsitzender (SPD)

sowie im Weiteren:

SPD	3 Mitglieder
CDU	2 Mitglieder
DIE LINKE	2 Mitglieder

AfD

1 Mitglied

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

1 Mitglied

3. Jede Fraktion des Landtages kann vom 29. April 2016 bis zum Ablauf des Monats, der auf den Monat folgt, in dem die Arbeit des Untersuchungsausschusses endet, für jeden Kalendermonat Mittel in Höhe von jeweils bis zu 6 800 Euro in Anspruch nehmen. Ergibt sich aus dem Abschluss eines Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder eine Erhöhung der Entgelte, so erfolgt eine Anpassung der in Satz 1 genannten Summe in Höhe der Änderung der Personaldurchschnittskosten für eine E 14.

Die in den vorangegangenen Monaten nicht in Anspruch genommenen Mittel stehen noch bis zum Ablauf des jeweiligen Haushaltsjahres zur Verfügung.

Die Mittel sind für Zwecke bestimmt, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Tätigkeit des Untersuchungsausschusses stehen. Ihre Verwendung ist nachzuweisen.

4. Der Ausschuss wird inhaltlich und organisatorisch von der Verwaltung des Landtages betreut.

Unabweisbar erforderliche zusätzliche Personal- und Sachmittel können insbesondere

- für die vorübergehende Beschäftigung einer wissenschaftlichen Mitarbeiterin bzw. eines wissenschaftlichen Mitarbeiters (bis Besoldungsgruppe A 15 oder R 2),
- für die vorübergehende Beschäftigung einer Mitarbeiterin bzw. eines Mitarbeiters (Entgeltgruppe E 8),
- für die Vergütung von Gaststenografen,
- für die Beschaffung von IT-Ausstattungen (auch für die Fraktionen),
- für die Erstellung von Gutachten,
- für die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen, die Vergütung von Dolmetschern sowie für deren Reisekosten,

- für die Vorbereitung und Durchführung der Ausschusssitzungen sowie
- für die Erarbeitung und Veröffentlichung des Schlussberichtes

in Anspruch genommen werden.“

2.2. Die Ergänzungsbeschlüsse zum Einsetzungsbeschluss

2.2.1. Beschluss des Landtages Brandenburg Ergänzung der Ausstattung des Untersuchungsausschusses 6/1 (Drucksache 6/3993-B)

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 46. Sitzung am 18. Mai 2017 zum TOP 15 folgenden Beschluss⁵ gefasst:

„Über die mit Beschluss des Landtages vom 29. April 2016 in Ziffer V Nummer 4 geregelte Ausstattung hinaus können unabweisbar erforderliche zusätzliche Personalmittel für eine vorübergehende Beschäftigung einer weiteren wissenschaftlichen Mitarbeiterin bzw. wissenschaftlichen Mitarbeiters (bis Besoldungsgruppe A 15 oder R2) und für die vorübergehende Beschäftigung einer weiteren Mitarbeiterin bzw. eines Mitarbeiters (bis Entgeltgruppe 8) in Anspruch genommen werden.

Über den im Ansatz im Titel 526 60 hinaus können unabweisbar erforderliche Mittel für die Vergütung von Sachverständigen zur Unterstützung der Arbeit des Untersuchungsausschusses in Anspruch genommen werden.“

2.2.2. Beschluss des Landtages Brandenburg Ergänzung der Ausstattung des Untersuchungsausschusses 6/1 (Drucksache 6/3993-B), geändert durch Beschluss des Landtages vom 18. Mai 2017 (Drucksache 6/6581-B)

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 66. Sitzung am 21. September 2018 zum TOP 29 folgenden Beschluss⁶ gefasst:

„Über die mit Beschluss des Landtages vom 29. April 2016 in Ziffer V Nummer 4 geregelte Ausstattung hinaus können unabweisbar erforderliche zusätzliche Mittel für eine vorübergehende Beschäftigung einer wissenschaftlichen Mitarbeiterin oder eines wissenschaftlichen Mitarbeiters (bis Entgeltgruppe E 15) in Anspruch genommen werden.

Über den Ansatz im Titel 526 60 hinaus können unabweisbar erforderliche Mittel für die Vergütung von Sachverständigen zur Sichtung und Aufbereitung von

⁵ Drs. 6/6581-B

⁶ Drs. 6/9599(ND)-B

Dokumentenmaterial bei der Generalbundesanwaltschaft und dem Bundesamt für Verfassungsschutz in Anspruch genommen werden.“

2.3. Zusammensetzung und Konstituierung des Ausschusses

Entsprechend dem Einsetzungsbeschluss des Landtages vom 29. April 2016 besteht der UA 6/1 aus neun ordentlichen und neun stellvertretenden Mitgliedern von allen im Landtag vertretenen Fraktionen. Der Vorsitzende leitet den Ausschuss als weiteres Mitglied, jedoch verfügt er über kein Stimmrecht hinsichtlich der zu treffenden Entscheidungen.

Alle Mitglieder sowie deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter wurden durch das Plenum des Landtages gewählt.

Vorsitzender: Holger Rupprecht (SPD)

Stellvertretender Vorsitzende: Björn Lakenmacher (CDU)

Ordentliche Mitglieder: Inka Gossmann-Reetz (SPD)

Björn Lüttmann (SPD)

Uwe Schmidt (SPD)

Björn Lakenmacher (CDU)

Dr. Jan Redmann (CDU)

Andrea Johlige (DIE LINKE)

Dr. Volkmar Schöneburg (DIE LINKE)

Andreas Galau (AfD)

Ursula Nonnemacher (GRÜNE/B90)

Stellvertretende Mitglieder:

Daniel Kurth (SPD)

Erik Stohn (SPD)

Sören Kosanke (SPD)

Dieter Dombrowski (CDU)

Dierk Homeyer (CDU)

Thomas Domres (Die LINKE)

Isabelle Vandre (Die LINKE)

Franz Josef Wiese (AfD)

Marie Luise von Halem (GRÜNE/B90)

In dieser Zusammensetzung konstituierte sich der Ausschuss in seiner 1. Sitzung am 12. Juli 2016.

Mit Beschluss des Landtages vom 7. März 2018⁷ traten an die Stelle der stellvertretenden Mitglieder des Ausschusses Kurth und Stohn (beide SPD) Günter Baaske (SPD) und Simona Koß (SPD).

Um die Arbeit des Ausschusses effizienter zu gestalten, bestimmte er aus dem Kreise seiner Mitglieder Obleute, die sich in einem vorgeschalteten Arbeitsgremium teilweise unter Hinzuziehung weiterer Personen regelmäßig einige Tage vor den Sitzungen des Ausschusses zusammenfanden. Es bereite den Ablauf der Sitzungen vor, mache Vorschläge zur Tagesordnung und zur Umsetzung von gefassten Beweisbeschlüssen insbesondere zur Reihung und der Form der zur Anhörung geladenen Zeuginnen und Zeugen.

Dieser Obleuterunde gehörten an:

Holger Rupprecht als Vorsitzender (SPD)

⁷Drs. 6/8247-B

sowie

Inka Gossmann-Reetz (SPD)

Ursula Nonnemacher (GRÜNE/B90)

Dr. Jan Redmann (CDU)

Dr. Volkmar Schöneburg (DIE LINKE)

Franz Josef Wiese (AfD)

2.4. Die Referentinnen und Referenten der Fraktionen⁸

Um das umfangreiche Aktenmaterial aufzubereiten sowie den Abschlussbericht vorzubereiten beschäftigten die Fraktionen zur Unterstützung der Mitglieder des Untersuchungsausschusses (hauptamtliche) Referentinnen und Referenten bzw. Berater:

A. E. (GRÜNE/B90)

Tobias Jorczik (SPD)

A.-K. K. (CDU)

Norman Lenz (DIE LINKE)

Maik Schuparis (SPD)

T. Z. (AfD)⁹

⁸ Stand zum Zeitpunkt der Abgabe des Abschlussberichts

⁹ Als Nachfolger von Dr. E. U. ab 1. November 2017

2.5. Beauftragung externer Sachverständigen:

Die Beauftragung externer Sachverständiger erfolgte zur Unterstützung der Arbeit des Untersuchungsausschusses in unterschiedlichen Formen.

Zu Beginn seiner Arbeit verschaffte sich der Ausschuss einen Überblick über die Problematik der Entwicklung des Rechtsextremismus in Brandenburg seit Beginn der neunziger Jahre sowie über den Aufbau und die Funktionsweise der Sicherheitsstruktur des Landes Brandenburg.

In den ersten Sitzungen des Gremiums erfolgte daher die Anhörung sachverständiger Zeuginnen und Zeugen, die in Vorträgen und Sachverständigengesprächen¹⁰ eine Grundlage für das weitere Vorgehen des Ausschusses legten:

- | | |
|--------------------|--|
| 9. September 2016: | Sachverständigengespräch zur „Sicherheitsarchitektur des Landes Brandenburg von 1990 bis heute“ mit Prof. Dr. Ralf Alleweldt und Prof. Dr. Heinrich Amadeus Wolff |
| 14. Oktober 2016: | Sachverständigengespräch „Rechtliche und tatsächliche Struktur des V-Mann-Wesens in Brandenburg von 1990 bis heute“ mit Prof. Dr. Hans-Jürgen Lange und Prof. Dr. Heinrich Amadeus Wolff |
| 18. November 2016: | Sachverständigengespräch „Organisierte rechte Gewalt im Land Brandenburg 1991 bis heute“ mit Dr. Gideon Botsch, Prof. Dr. Hajo Funke, Dirk Laabs und Prof. Dr. Erardo Cristoforo Rautenberg |
| 19. Dezember 2016: | Anhörung der Vorsitzenden bzw. ehemaligen Vorsitzenden der NSU-Untersuchungsausschüsse - Clemens Binninger (Bundestag), Dorothea Marx (Landtag Thüringen), Patrick Schreiber (Landtag Sachsen) und Sven Wolf (Landtag Nordrhein-Westfalen) |

¹⁰ Die Vorträge dieser Sachverständigen befinden sich im Anhang zu diesem Abschlussbericht

24. Februar 2017: Anhörung der Sachverständigen Robert Andreasch, Antonia von der Behrens, und Friedrich Burschel zum Prozess gegen Beate Zschäpe u.a. vor dem 6. Strafsenat des OLG München und seinen Bezügen zu Vorgängen im Land Brandenburg
24. März 2017: Anhörung des Sachverständigen Rolfdieter Bohm zur Vorbereitung der Ausschussuntersuchungen durch Sichtung der Beschaffungsakten des Verfassungsschutzes Brandenburg

Im weiteren Verlauf der Untersuchung wurden die Sachverständigen

Rolfdieter Bohm,

Ottmar Breidling,

Prof. Dr. Christoph Kopke

Gerd Schnittcher und

Gebhard Schultz

beauftragt, um bei der Abteilung für Verfassungsschutz im MIK des Landes Brandenburg, dem LKA und anderen Polizeibehörden des Landes Brandenburg, der Generalstaatsanwaltschaft des Bundes bzw. dem Bundesamt für Verfassungsschutz die Vorsichtung der umfangreichen Aktenbestände vor Ort vorzunehmen und für den Ausschuss eine Vorauswahl der Dokumente mit Bezug zum Untersuchungsgegenstand zu treffen und bei den Bundesbehörden die Dokumente mit Bezug zum Handeln brandenburgischer Behörden herauszufiltern. Die identifizierten Dokumente wurden von den jeweils zuständigen Behörden auf ihre Sicherheitsrelevanz geprüft und in Abhängigkeit davon als offen, nur für den Dienstgebrauch (NfD), vertraulich oder geheim eingestuft den Abgeordneten und ihren Referentinnen und Referenten zugänglich gemacht. Ausnahmsweise waren sie nur den Abgeordneten zugänglich, wenn sie unter Sicherheitsaspekten derart bedeutsam waren, dass anders die Einhaltung von Geheimschutzbedürfnissen nicht garantiert werden konnte.

2.6. Parlamentsverwaltung und Ausschussbüro

Die Mitglieder des Untersuchungsausschusses konnten zum einen auf die allgemeine Verwaltung des Landtages als Dienstleister zurückgreifen. Sie arbeitete dem Ausschuss bei der Bereitstellung der Infrastruktur zu, koordinierte die Planung hinsichtlich der benötigten Sitzungsräume und stellte die Erstattung der Kosten für Gutachten, Sachverständige und die der Auslagen der Zeuginnen und Zeugen sicher.

Da der Ausschuss in großem Umfang mit als vertraulich und geheim eingestuften Dokumente vorgelegt bekommen hatte, wurde auch eine entsprechende Sicherheitsarchitektur bereitgestellt, die es erlaubt, mit solchen Dokumenten umzugehen und die damit verbundenen Sicherheitsaspekte einzuhalten bzw. die besonderen technischen Voraussetzungen für geheim tagende Sitzungen zu gewährleisten.

Hervorzuheben ist auch die besondere Inanspruchnahme des Stenografischen Dienstes, der teilweise durch externe Kräfte verstärkt wurde und die Wortprotokolle, die laut dem Untersuchungsausschussgesetz von den Aussagen der Zeuginnen und Zeugen im Rahmen der Beweiserhebung durch den Ausschuss zu fertigen waren, erstellte.

Schließlich stand dem UA 6/1 ein gesondertes Ausschussbüro zur Seite, das mit Aufnahme der Untersuchungen mit zwei Personen besetzt war und in der weiteren Entwicklung, insbesondere auch zur Unterstützung der Anfertigung des Abschlussberichts auf zeitweise fünf Personen aufgestockt wurde.¹¹

¹¹ Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ausschussbüros Stand April 2019: Alexander Bandelow (ab 1. Oktober 2017), Madeliene Dimmelmeier (als Nachfolgerin von Madlen Gumz ab 15. Mai 2018), Dr. Frank Jendro (als Nachfolger von Oberstaatsanwalt Benedikt Welfens ab 1. August 2018), Gebhard Schultz (ab 1. Oktober 2018), Johanna Wallbaum (ab 1. Dezember 2018)

2.7. MIK-Koordinierungsstelle, Teilnahme von Vertreterinnen und Vertretern der Landesverwaltung an den Sitzungen des Untersuchungsausschusses, Schutz staatlicher oder persönlicher Belange

Im Laufe seiner Tätigkeit forderte der Untersuchungsausschuss eine Vielzahl von Dokumenten, vor allem von den Sicherheits- und Justizbehörden des Landes, an. Darüber hinaus galt es Personen, die zur Zeit der zu untersuchenden Geschehnisse Funktionen in eben diesen Verwaltungen innehatten, zu identifizieren und ggf. vor deren Anhörung für sie die erforderlichen Aussagegenehmigungen zu erwirken. Ferner war zu prüfen, welche Dokumente in welcher Art und Weise zu verwenden waren, insbesondere auch zu klären, ob sie in öffentlichen Sitzungen und Berichten zitiert werden konnten, ohne sicherheitsrelevante Belange zu beeinträchtigen.

Um Prüffristen zu minimieren und Entscheidungsläufe zu vereinheitlichen, wurde beim Ministerium des Innern und für Kommunales (MIK) als zentraler Ansprechpartner die Koordinierungsstelle Untersuchungsausschuss des Landtages Brandenburg 6/1 (Kost UA) eingerichtet und zunächst von Herrn Polizeipräsident a.D. M. Kü. geleitet. Im März 2018 übernahm Herr Kasüschke die Funktion des Leiters der Kost UA. Alle Anfragen seitens des Untersuchungsausschusses wurden an die Kost UA geleitet und von dort an die betreffenden Ministerien oder sonstigen mit der Thematik befassten Stellen übermittelt.

Im Bestreben des Ausschusses eine möglichst große Transparenz zu erzeugen, sollten Anhörungen von Zeuginnen und Zeugen im Rahmen der Beweiserhebung des Untersuchungsausschusses nach Möglichkeit stets öffentlich erfolgen. Der Grundsatz der Öffentlichkeit stößt jedoch dort auf seine Grenzen, wo Geheimschutzbelange oder Persönlichkeitsrechte Betroffener verletzt wären oder gar die Gefahr bestehen könnte, Personen in ihrer körperlichen Integrität zu gefährden.

In Abhängigkeit von der Gefährdung konnte in solchen Fällen die Vernehmung dergestalt erfolgen, dass die anzuhörende Person sich nicht der teilnehmenden Öffentlichkeit zeigen musste, sondern von der Vernehmung lediglich eine Tonübertragung erfolgte. War der dadurch entstehende Schutz nicht ausreichend, konnten Vernehmungen in nichtöffentlicher Sitzung ohne jegliche Beteiligung oder sogar in geheimer Sitzung durchgeführt werden.

Zudem war zu entscheiden, inwieweit im Einzelfall den anzuhörenden Personen Vorhaltungen aus eingestuften Dokumenten in öffentlicher Sitzung gemacht werden durften:

Für als vertraulich oder geheim eingestufte Dokumente war dies klar mit nein zu beantworten, anderes gilt für als NfD – nur für den dienstlichen Gebrauch – eingestufte Unterlagen. Hier kann nur im Einzelfall das prinzipielle Interesse der Zivilgesellschaft an der Öffentlichkeit der Anhörung hinter den Geheimhaltungsinteressen zurückstehen müssen. Die Entscheidung, welchen Interessen Vorrang einzuräumen war, bedurfte stets einer Bewertung des konkreten Einzelfalls. Um diese Grenzen abzustecken, nahmen an den Sitzungen stets offiziell benannte Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung teil, die bei bestimmten Fragen oder Vorhaltungen aus nichtöffentlichen Dokumenten ihre Bedenken anmelden konnten, sodass der Ausschuss in die Lage versetzt wurde, die notwendige Abwägung der beteiligten Belange vorzunehmen. In den Sitzungen waren regelmäßig die Leiter der Kost UA sowie für den Geschäftsbereich des MIK und für das Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz (MdJEV) u.a. Frau Dr. Wagner, Herr Dr. Treffke, Frau Melbert, Herr Berlin sowie Herr Roth anwesend.

Entweder konnte er die Bedenken zurückweisen, weil er der Auffassung war, dass das Informationsinteresse der Öffentlichkeit als vorrangig anzusehen war oder aber er erkannte die Interessen an und verzichtete auf bestimmte Fragen bzw. Vorhaltungen aus Dokumenten. Hielt er es für geboten, an seinen Fragen im konkreten Fall festzuhalten, hatte er die Möglichkeit zu entscheiden, bestimmte Vernehmungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit fortzuführen.

Die eben skizzierte Systematik spiegelt sich in der Abfassung des veröffentlichungsfähigen Abschlussberichts wieder. Er entstand unter dem Primat, die Fragestellungen und Arbeit des Untersuchungsausschusses sowie die Herleitung und Darstellung seiner Ergebnisse möglichst transparent zu gestalten. Soweit das Gremium der Auffassung war, das Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit nicht ausreichend mit dem Berichtselbst befriedigen zu können, werden als Anhang zum Bericht ausgewählte Dokumente veröffentlicht. Andererseits unterlässt er es, Details

zum privaten Umfeld Betroffener jenseits des Kerns des Untersuchungsauftrags zu benennen.¹²

3. Der Verlauf der Untersuchung

Der Ausschuss fasste auf der Basis der von den Vertreterinnen und Vertreter eingebrachten Anträge Beweisbeschlüsse, aufgrund derer Dokumente angefordert wurden bzw. Zeuginnen und Zeugen vor den Ausschuss geladen und angehört wurden. Ganz überwiegend konnten die Anhörungen im Rahmen einer in öffentlichen Beweisaufnahmen Aufgrund stattfinden. In wenigen Fällen erfolgten die Vernehmungen insbesondere zur Wahrung der Interessen der Vernommenen, die, soweit sie etwa wie der Zeuge „Piatto“ sich in einem Zeugenschutzprogramm befanden, nicht der Gefahr für Leib und Leben ausgesetzt werden durften, unter besonderen Sicherheitsvorkehrungen bzw. in nichtöffentlicher oder geheimer Sitzung.

3.1. Übersicht der Beweisanträge und der daraus folgenden Beweisbeschlüsse

Antrags-Nr.	Antragsteller	Eingangsdatum	Beschluss-Nr.	Art (Zeuge/Akte/SV) Kurzzinhalt
1	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	07.07.2016	B1	Durchführung eines Sachverständigengesprächs - Prof. Dr. Heinrich Amadeus Wolff - Prof. Dr. Ralf Alleweldt
2	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	07.07.2016	B2	Durchführung eines Sachverständigengesprächs - Prof. Dr. Heinrich Amadeus Wolff - Prof. Dr. Hans-Jürgen Lange

¹² Zum Ganzen auch das Gutachten des Parlamentarischen Beratungsdienstes des Landtages Brandenburg vom 19. März 2019 abrufbar unter <https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/gu/58.pdf>

3	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	08.07.2016	B3	Durchführung eines Sachverständigengesprächs - Prof. Dr. Erardo Cristoforo Rautenberg - Prof. Dr. Hajo Funke - Dirk Laabs - Dr. Gideon Botsch
4	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	07.07.2016	B4	Beauftragung eines Sachverständigen zur Vorsichtung der Akten im Landesamt für Verfassungsschutz Brandenburg
5	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	07.07.2016	B5	Beauftragung eines Sachverständigen zur Vorsichtung der Akten im Landeskriminalamt Brandenburg
6	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	07.07.2016	B6	Beauftragung eines Sachverständigen zur Vorsichtung der Akten des Generalbundesanwalts
7	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	06.07.2016	B7	Beiziehung sämtlicher Verfassungsschutzberichte aus den Jahren 1991 - 2015 der Abteilung Verfassungsschutz des Ministeriums für Inneres und

				Kommunales des Landes Brandenburg
8	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	06.07.2016	B8	Beiziehung sämtlicher Abschlussberichte und Protokolle Parlamentarischer Untersuchungsausschüsse des Bundes und der Länder mit dem Themenkomplex "Nationalsozialistischer Untergrund"
9	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	06.07.2016	B9	Beiziehung einer Aktenübersicht der Abteilung Verfassungsschutz des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes Brandenburg
10	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	08.07.2016	B10	Erstellung einer Übersicht über die Anzahl der Quellenführer und Quellen 1991 bin inklusive 2011 im Bereich "Rechtsextremismus" bei VS und Polizei
11	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	07.07.2016	B11	Beiziehung sämtlicher interner Regelungen über die Auswahl, Einsatz und Führung von Vertrauenspersonen
12	SPD CDU	07.07.2016	B12	Beiziehung von Organigrammen/Organisationsplänen des

	DIE LINKE B90/GRÜNE			Innenministeriums, der Polizeibehörden sowie der Verfassungsschutzbehörde des Landes Brandenburg
13	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	07.07.2016	B13	Beiziehung von Organigrammen/Organisation splänen des Justizministeriums, der Generalstaatsanwaltschaft und der Staatsanwaltschaften des Landes Brandenburg
14	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	06.07.2016	B14	Einholung einer Behördenauskunft beim Bundesamt für Verfassungsschutz bezüglich menschlicher Quellen und verdeckter Ermittler in Brandenburg
15	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	06.07.2016	B15	Einholung einer Behördenauskunft beim Bundeskriminalamt bezüglich menschlicher Quellen und verdeckter Ermittler in Brandenburg
16	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	06.07.2016	B16	Einholung einer Behördenauskunft beim Militärischen Abschirmdienst (MAD) bezüglich menschlicher Quellen und verdeckter Ermittler in Brandenburg

17	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	07.07.2016	B17	Beiziehung sämtlicher Erkenntnisse zu „Piatto“ und „Barte“ aus dem Geschäftsbereich des Berliner Innensenators
18	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	07.07.2016	B18	Beiziehung sämtlicher Erkenntnisse zu „Piatto“ und „Barte“ aus dem Geschäftsbereich des Innenministeriums des Saarlandes
19	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	07.07.2016	B19	Beiziehung sämtlicher Erkenntnisse zu „Piatto“ und „Barte“ aus dem Geschäftsbereich des Sächsischen Staatsministeriums des Innern
20	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	07.07.2016	B20	Beiziehung sämtlicher Erkenntnisse zu „Piatto“ und „Barte“ aus dem Geschäftsbereich des Innenministeriums Baden-Württemberg
21	SPD CDU DIE LINKE	07.07.2016	B21	Beiziehung sämtlicher Erkenntnisse zu „Piatto“ und „Barte“ aus dem Geschäftsbereich des

	B90/GRÜNE			Innenministeriums Rheinland-Pfalz
22	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	07.07.2016	B22	Beiziehung sämtlicher Erkenntnisse zu „Piatto“ und „Barte“ aus dem Geschäftsbereich des Innenministeriums Bayern
23	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	07.07.2016	B23	Beiziehung sämtlicher Erkenntnisse zu „Piatto“ und „Barte“ aus dem Geschäftsbereich der Senatsverwaltung für Inneres in Bremen
24	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	07.07.2016	B24	Beiziehung sämtlicher Erkenntnisse zu „Piatto“ und „Barte“ aus dem Geschäftsbereich der Innenbehörde Hamburg
25	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	07.07.2016	B25	Beiziehung sämtlicher Erkenntnisse zu „Piatto“ und „Barte“ aus dem Geschäftsbereich des Innenministeriums Hessen
26	SPD CDU DIE LINKE	07.07.2016	B26	Beiziehung sämtlicher Erkenntnisse zu „Piatto“ und „Barte“ aus dem Geschäftsbereich des

	B90/GRÜNE			Innenministeriums Mecklenburg-Vorpommern
27	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	07.07.2016	B27	Beiziehung sämtlicher Erkenntnisse zu „Piatto“ und „Barte“ aus dem Geschäftsbereich des Innenministeriums Niedersachsen
28	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	07.07.2016	B28	Beiziehung sämtlicher Erkenntnisse zu „Piatto“ und „Barte“ aus dem Geschäftsbereich des Innenministeriums Nordrhein- Westfalen
29	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	07.07.2016	B29	Beiziehung sämtlicher Erkenntnisse zu „Piatto“ und „Barte“ aus dem Geschäftsbereich des Innenministeriums Schleswig- Holstein
30	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	07.07.2016	B30	Beiziehung sämtlicher Erkenntnisse zu „Piatto“ und „Barte“ aus dem Geschäftsbereich des Innenministeriums Thüringen
31	SPD CDU DIE LINKE	07.07.2016	B31	Beiziehung sämtlicher Erkenntnisse zu „Piatto“ und „Barte“ aus dem Geschäftsbereich des

	B90/GRÜNE			Innenministeriums Sachsen-Anhalt
32	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	07.07.2016	B32	Beiziehung sämtlicher Erkenntnisse zu „Piatto“ und „Barte“ aus dem Geschäftsbereich des Bundesamtes für Verfassungsschutz
33	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	07.07.2016	B33	Beiziehung sämtlicher Erkenntnisse zu „Piatto“ und „Barte“ aus dem Geschäftsbereich des Bundeskriminalamtes
34	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	07.07.2016	B34	Beiziehung sämtlicher Erkenntnisse zu „Piatto“ und „Barte“ aus dem Geschäftsbereich des Militärischen Abschirmdienstes
35	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	08.07.2016	B35	Beiziehung von MESTA-Datensätzen zu Personen im NSU-Umfeld
36	SPD CDU DIE LINKE	06.07.2016	B36	Beiziehung von Beweismitteln, die Behörden des Landes Brandenburg den NSU-Untersuchungsausschüssen

	B90/GRÜNE			des Bundestages und/oder der Länder und/oder der Bund-Länder-Kommission "Rechtsterrorismus" zur Verfügung gestellt haben
37	AfD	11.07.2016	abgelehnt	Antrag Nr. 1, Landesregierung wird gebeten, dem UA eine umfassende schriftl. Stellungnahme zum Untersuchungsgegenstand, gegliedert entsprechend dem UA-Auftrag vorzulegen
38	AfD	11.07.2016	abgelehnt	Antrag Nr. 2, Landtagsverwaltung wird gebeten, zum ges. Untersuchungsauftrag eine umfassende Zusammenstellung sämtlicher auf Untersuchungsauftrag bezogenen parl. Dokumente und sämtl. Pressemitteilungen der Fraktionen des Landtages ab dem 01.01.1992 zu stellen
39	AfD	11.07.2016	abgelehnt	Antrag Nr. 3, Der Ausschuss möge beschließen: die Landesregierung wird gebeten, sämtl. Akten dem UA vorzulegen, die sie dem 2. UA der 17. WP des Deutschen Bundestages übergeben hatte
40	AfD	11.07.2016	abgelehnt	Antrag Nr. 4, Der Ausschuss möge beschließen: Die

				Landesregierung wird gebeten, eine umfassende Zusammenstellung und Erläuterung der Organisation des Verfassungsschutzes des Landes Brandenburg dem UA vorzulegen
41	AfD	11.07.2016	abgelehnt	Antrag Nr. 5, Der Ausschuss möge beschließen: der brandenburgische Minister des Inneren und für Kommunales wird ersucht, die internen Regelungen über die Auswahl, den Einsatz und Führung v. Vertrauenspersonen im MIK nachgeordneten Behörden in jeweils geltenden Fassungen dem UA vorzulegen
42	AfD	11.07.2016	abgelehnt	Antrag Nr. 7, der Ausschuss möge beschließen: der Minister des MIK wird gebeten, sämtl. Dokumente und Akten dem UA vorzulegen, betreffen LT-DS 6/3993-B
43	AfD	11.07.2016	abgelehnt	Antrag Nr. 8, Der Ausschuss möge beschließen: die Landesregierung wird gebeten, dem Deutschen Bundestag um Übergabe sämtl. Beweismittel, die vom

				2. UA der 17. WP des Deutschen Bundestages beigezogen waren, zu ersuchen und diese dem UA vorzulegen
44	AfD	11.07.2016	abgelehnt	Antrag Nr. 9, Der Ausschuss möge beschließen: Landtagsverwaltung wird gebeten, ladungsfähige Anschrift des ehemaligen Vorsitzenden des 2. UA der 17. WP des Deutschen Bundestages, Herr Sebastian Edathy, zu ermitteln sowie ob dieser Aussagegenehmigung vom Deutschen Bundestag erhielt
45	AfD	11.07.2016	abgelehnt	Antrag Nr. 10, Der Ausschuss möge beschließen: Der Generalbundesanwalt wird gebeten, den Untersuchungsausschuss wissen zu lassen, ob die Bereitschaft besteht, untersuchungsrelevante Akten, dem UA zur Verfügung zu stellen
46	AfD	11.07.2016	abgelehnt	Antrag Nr. 11, Der Ausschuss möge beschließen: Der Generalbundesanwalt wird gebeten, den Untersuchungsausschuss

				wissen zu lassen, ob die Bereitschaft besteht, untersuchungsrelevante Akten, die er als Generalbundesanwalt nicht in das Verfahren vor dem OLG München eingebracht hat, dem Untersuchungsausschuss zur Verfügung zu stellen
47	AfD	11.07.2016	abgelehnt	Antrag Nr. 12, Der Ausschuss möge beschließen: Die Landesregierung wird gebeten, mitzuteilen, ob sie selbst oder Landesbehörden direkt oder indirekt dem OLG München Akten für den NSU Prozess vor dem OLG München zur Verfügung gestellt haben
48	AfD	11.07.2016	abgelehnt	Antrag Nr. 13, Der Ausschuss möge beschließen: der brandenburgische Minister der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz wird ersucht: Zuordnung sämtlicher Strafverfahren und strafrechtliche Ermittlungsverfahren
49	AfD	11.07.2016	abgelehnt	Antrag Nr. 14, Der Ausschuss möge beschließen: der brandenburgische Minister

				des Inneren und für Kommunales wird ersucht: Zuordnung sämtlicher polizeilichen Ermittlungsvorgänge und Vorgangsakten zur polizeilichen Gefahrenabwehr
50	AfD	12.07.2016	abgelehnt	Antrag Nr. 16, Anhörung Sachverständigen Prof. Dr. phil. habil. Wolfgang Frindte
51	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	31.08.2016	B37	Beiziehung sämtlicher Fassungen der "Richtlinie für die Zusammenarbeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz und der Landesbehörden für Verfassungsschutz gemäß Beschluss der Innenministerkonferenz vom 26. November 1993" und etwaiger Vorgängerregelungen
52	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	31.08.2016	B38	Beiziehung des "Leitfadens der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder zur Optimierung der Zusammenarbeit zwischen Polizei und Verfassungsschutz"
53	SPD	31.08.2016	B39	Beiziehung parlamentarischer Dokumente des Landtages

	CDU DIE LINKE B90/GRÜNE			Brandenburg zum Untersuchungsauftrag
54	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	31.08.2016	B40	Ermittlungsmaßnahmen in Brandenburg
55	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	01.09.2016	B41	Beiziehung der gesamten Akte im Ermittlungsverfahren gegen Jan Werner des LKA Thüringen
56	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	02.09.2016	B42	Beiziehung eines Regierungsberichtes
57	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	02.09.2016	B43	Zusammenfassende Erkenntnisse anderer NSU- Untersuchungsausschüsse und des Prozesses gegen Beate Zschäpe u.a. vor dem 6. Strafsenat des Oberlandesgerichts München
58	SPD	02.09.2016	B44	Beiziehung einer Aktenübersicht

	CDU DIE LINKE B90/GRÜNE			
59	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	02.09.2016	B45	Beiziehung des "BfV Spezial Rechtsextremismus Nr. 21"
60	AfD	02.09.2016	abgelehnt	Antrag Nr. 18, Prof Dr. Dietmar Sturzbecher als Sachverständigen zum Untersuchungsauftrag zu hören
61	AfD	06.10.2016	abgelehnt	Antrag Nr. 22, Ich beantrage aus aktuellem Anlass, der Minister der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz berichtet dem Untersuchungsausschuss in der Sitzung am 14.10.2016 unmittelbar zu dem Thema „Löschung von Verfahrensakten im Zusammenhang mit dem NSU-Komplex durch die Staatsanwaltschaften des Landes Brandenburg".

62	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	06.10.2016	B46	Beziehung der Gefangenenbücher und Personalakten der Gefangenen der Justizvollzugsanstalten in Brandenburg
63	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	06.10.2016	B47	Beziehung einer Behördenauskunft beim Bundesamt für Verfassungsschutz bezüglich des Informationsaustausch zwischen den Verfassungsschutzämtern
64	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	06.10.2016	B48	Beziehung sämtlicher Erkenntnisse zu der Person S. F. (geb. E.) aus dem Geschäftsbereich des Innenministeriums Baden- Württemberg
65	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	06.10.2016	B49	Beziehung sämtlicher Erkenntnisse zu der Person S. F. (geb. E.) aus dem Geschäftsbereich des Innenministeriums Bayern
66	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	06.10.2016	B50	Beziehung sämtlicher Erkenntnisse zu den Personen Maik und S. F. (geb. E.) aus dem Geschäftsbereich das Innenministeriums Brandenburg

67	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	06.10.2016	B51	Beiziehung sämtlicher Erkenntnisse zu der Gruppierung "National-Bewegung" aus dem Geschäftsbereich des Innenministeriums Brandenburg
68	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	06.10.2016	B52	Beiziehung sämtlicher Erkenntnisse zu der Gruppierung "National-Revolutionäre Zellen" aus dem Geschäftsbereich des Bundesamtes für Verfassungsschutz
69	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	06.10.2016	B53	Beiziehung sämtlicher Erkenntnisse zu der Gruppierung "National-Revolutionäre Zellen" aus dem Geschäftsbereich des Berliner Innensenators
70	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	06.10.2016	B54	Beiziehung sämtlicher Erkenntnisse zu der Gruppierung "National-Revolutionäre Zellen" aus dem Geschäftsbereich des Innenministeriums Brandenburg
71	SPD CDU	06.10.2016	B55	Einholung einer Behördenauskunft beim Justizministeriums Brandenburg bezüglich des

	DIE LINKE B90/GRÜNE			Umgangs mit Rechtsextremismus-Akten seit dem 4. November 2011
72	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	06.10.2016	B56	Einholung einer Behördenauskunft beim Innenministerium Brandenburg bezüglich des Umgangs mit Rechtsextremismus-Akten seit dem 4. November 2011
73	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	06.10.2016	B57	Beiziehung sämtlicher Erkenntnisse zu den Personen Il. Kü. (zeitweise Haser) und Ronald Haser aus dem Geschäftsbereich dem Innenministeriums Bayern
74	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	06.10.2016	B58	Beiziehung sämtlicher Beweismittel hinsichtlich des Informationsaustauschs zum Themenfeld "Rechtsextremismus" zwischen sächsischen und brandenburgischen Sicherheitsbehörden aus dem Geschäftsbereich des Sächsischen Staatsministeriums des Innern
75	SPD CDU	06.10.2016	B59	Beiziehung sämtlicher Beweismittel hinsichtlich des Informationsaustauschs zum Themenfeld

	DIE LINKE B90/GRÜNE			"Rechtsextremismus" zwischen thüringischen und brandenburgischen Sicherheitsbehörden aus dem Geschäftsbereich des Thüringischen Ministeriums für Inneres und Kommunales
76	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	06.10.2016	B60	Beiziehung von Erkenntnissen zu "Ku-Klux- Klan"-Gruppen und klantypischen Aktivitäten aus dem Geschäftsbereich des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales
77	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	06.10.2016	B61	Beiziehung sämtlicher Ermittlungs- und Justizakten zur rechtsextremistischen Musikgruppe "Landser" und ihrer Mitglieder aus dem so genannten "Landser"- Verfahren aus dem Geschäftsbereich des Berliner Justizsenators, des Berliner Innensenators und der Senatskanzlei Berlin
78	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	06.10.2016	B62	Beiziehung sämtlicher Erkenntnisse zu Maik und André Eminger aus dem Geschäftsbereich des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport

79	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	06.10.2016	B63	Beiziehung sämtlicher Erkenntnisse zu Maik und André Eminger aus dem Geschäftsbereich des Sächsischen Staatsministeriums des Innern
80	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	06.10.2016	B64	Beiziehung sämtlicher Erkenntnisse zu Maik und André Eminger aus dem Geschäftsbereich des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales
81	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	06.10.2016	B65	Beiziehung von Beweismitteln zu „Piatto“ und „Barte“ aus dem Geschäftsbereich des Justizministeriums Brandenburg
82	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	06.10.2016	B66	Beiziehung von Beweismitteln zu „Piatto“ und „Barte“ aus dem Geschäftsbereich des Kulturministeriums Brandenburg
83	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	06.10.2016	B67	Beiziehung von Auszügen aus Bundeszentralregister und Zentralen Staatsanwaltschaftlichen Verfahrensregister zu Personen des NSU und

				seines Umfeldes, der darüber hinausgehenden militanten rechtsextremistischen Szene und zu ehemaligen V-Personen beim Bundesjustizministerium
84	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	06.10.2016	B68	Ladung eines „Überblickszeugen“ / einer „Überblickszeugin“ des BfV bzgl. der NSU-Untersuchungen mit Brandenburg-Bezug
85	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	06.10.2016	B69	Ladung eines „Überblickszeugen“ / einer „Überblickszeugin“ des BKA bzgl. der NSU-Ermittlungen mit Brandenburg-Bezug
86	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	06.10.2016	B70	Ladung eines „Überblickszeugen“ / einer „Überblickszeugin“ des GBA bzgl. der NSU-Ermittlungen mit Brandenburg-Bezug
87	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	06.10.2016	B71	Ladung eines „Überblickszeugen“ / einer „Überblickszeugin“ der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg bzgl. der NSU-Untersuchungen

88	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	06.10.2016	B72	Beiziehung sämtlicher Ermittlungs- und Justizakten zum „White Aryan Rebels“-Verfahren gegen „Barte“ aus dem Geschäftsbereich des Berliner Justizsenators, des Berliner Innensenators und der Senatskanzlei Berlin
89	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	06.10.2016	B73	Ergänzungsantrag zum Beweisbeschluss Nr. 4 „Beauftragung eines Sachverständigen zur Vorsichtung der Akten im Landesamt für Verfassungsschutz Brandenburg“
90	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	06.10.2016	B74	Ergänzungsantrag zum Beweisbeschluss Nr. 5 „Beauftragung eines Sachverständigen zur Vorsichtung der Akten im Landeskriminalamt Brandenburg“
91	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	06.10.2016	B75	Einholung einer Behördenauskunft beim Generalbundesanwalt zu Ermittlungsverfahren im Rechtsextremismus-Bereich, die dem Generalbundesanwalt zur Übernahme vorgeschlagen, vom Generalbundesanwalt

				geprüft und/oder von ihm übernommen worden sind
92	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	06.10.2016	B76	Beiziehung von Beweismitteln des Generalbundesanwalts aus Prüfvorgängen und Verfahren mit Brandenburg- und Rechtsextremismus- Bezug
93	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	07.10.2016	B77	Beiziehung Vernehmungsprotokolle des Bundeskriminalamtes mit Bezug zu „Piatto“ und „Barte“
94	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	07.10.2016	B78	Beiziehung aller Akten, die aus dem Geschäftsbereich des Justizministeriums Brandenburg an den 2. Untersuchungsausschuss des Bundestages übersandt wurden
95	AfD	17.10.2016	abgelehnt	Antrag Nr. 18, Ausschuss möge beschließen: Prof. Dr. Dietmar Sturzebecher, Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung e.V. an der Universität Potsdam, als Sachverständiger zum Untersuchungsauftrag, insbesondere zu Teil 3, zu hören

96	AfD	17.10.2016	abgelehnt	Antrag Nr. 19, Der Ausschuss möge beschließen: das Brandenburgische Ministerium des Inneren und für Kommunales wird, sämtliche Akten, Daten, Übersichten zu menschlichen Quellen und sonst. Informationen vorzulegen
97	AfD	17.10.2016	abgelehnt	Antrag Nr. 20, Der Ausschuss möge beschließen: das Sekretariat des Untersuchungsausschusses möge die Anschriften aller Nebenklagevertreter des OLG-Verfahrens München zusammenstellen und dem Ausschuss vorzulegen
98	AfD	17.10.2016	abgelehnt	Antrag Nr. 21, Der Ausschuss möge beschließen: Es wird Beweis erhoben zum gesamten Untersuchungsauftrag, insbesondere zur Evaluierung der Zusammenarbeit von Bundes- und Landesbehörden durch Zeitschrift "Der weisse Wolf", Ausgabe 1/2002, Nr. 18, in einem Originalexemplar, Auswertung dieser, aller Unterlagen zu etwaigen auf

				Auswertung hin ergriffenen Maßnahmen
99	AfD	17.10.2016	abgelehnt	Antrag Nr. 22, Ich beantrage aus aktuellem Anlass: Der Minister für Justiz und für Europa und Verbraucherschutz berichtet dem UA in Sitzung 14.10.2016 unmittelbar zum Thema "Löschung von Verfahrensakten im Zusammenhang mit NSU-Komplex durch Staatsanwaltschaften des Landes Brandenburg"
Ohne Antragsnummer	-	-	B79 nicht vergeben	-
100	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	10.11.2016	B80	Beiziehung der Protokolle und Vermerke zu den gemeinsamen Runden der Verfassungsschutzämter
101	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	10.11.2016	B81	Beiziehung der Protokolle und Vermerke zu den gemeinsamen Runden der Verfassungsschutzämter

102	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	10.11.2016	B82	Beiziehung der Protokolle und Vermerke zu den gemeinsamen Runden der Verfassungsschutzämter
103	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	10.11.2016	B83	Beiziehung der Akten zu internen Untersuchungen
104	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	10.11.2016	B84	Beiziehung der Protokolle und Vermerke zu den gemeinsamen Runden der Verfassungsschutzämter
105	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	10.11.2016	B85	Beiziehung der Protokolle und Vermerke zu den gemeinsamen Runden der Verfassungsschutzämter
106	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	10.11.2016	B86	Beiziehung sämtlicher Akten, Dokumente, Schriftverkehr, sonstiger Unterlagen und Korrespondenz, in Dateien oder auf sonstige Weise gespeicherte Daten zu

				internen Untersuchungen, vorgeschalteten Abläufen zu derartigen Untersuchungen und begleitender Kommunikationsvorgängen, die innerhalb der Abteilung V des Ministeriums des Innern und für Kommunales im Zusammenhang mit der Führung der Quellen „Piatto“, „Barte“, „Backobst“ und S. Sch. Angedacht, begonnen oder durchgeführt wurden
107	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	10.11.2016	B87	Beiziehung der Protokolle und Vermerke zu den gemeinsamen Runden der Verfassungsschutzämter
108	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	10.11.2016	B88	Beiziehung der Protokolle und Vermerke zu den gemeinsamen Runden der Verfassungsschutzämter
109	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	10.11.2016	B89	Beiziehung der Protokolle und Vermerke zu den gemeinsamen Runden der Verfassungsschutzämter

110	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	10.11.2016	B90	Beiziehung der Protokolle und Vermerke zu den gemeinsamen Runden der Verfassungsschutzämter
111	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	10.11.2016	abgelehnt	Weiterverfolgung und Durchsetzung von Beweisbeschlüssen
112	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	11.11.2016	B92	Einholung einer Behördenauskunft beim Innenministerium Brandenburg zur Person des Rechtsextremisten Frank Schwerdt (1944 - 2016)
113	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	11.11.2016	B93	Beiziehung sämtlicher Namen von Funktionsträgerinnen/Stelleninhaberinnen zu den Organigrammen/Organisationsplänen des Innenministeriums, der Polizeibehörden sowie der Verfassungsschutzbehörde des Landes Brandenburg sowie ihrer Amtszeiten
114	SPD	11.11.2016	B94	Beiziehung sämtlicher Anhörungsprotokolle des

	CDU DIE LINKE B90/GRÜNE			Bundesamt für Verfassungsschutz mit Brandenburg-Bezug, die im Rahmen der NSU-Aufklärung angefertigt wurden
115	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	11.11.2016	B95	Beiziehung sämtlicher Erkenntnisse zur Person Matthias Fischer aus dem Geschäftsbereich des Innenministeriums Bayern
116	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	11.11.2016	abgelehnt	Beiziehung sämtlicher Namen von Funktionsträgerinnen/ Stelleninhaberinnen zu den Organigrammen/ Organisationsplänen des Justizministeriums, der Generalstaatsanwaltschaft und der Staatsanwaltschaften des Landes Brandenburg sowie ihrer Amtszeiten
117	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	11.11.2016	B97	Beiziehung sämtlicher Erkenntnisse zu „Piatto“ und „Barte“ aus dem Geschäftsbereich des Justizministeriums Mecklenburg-Vorpommern
118	SPD CDU	11.11.2016	B98	Einholung einer Behördenauskunft bei der Abteilung Verfassungsschutz

	DIE LINKE B90/GRÜNE			des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes Brandenburg
119	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	09.12.2016	B99	Beiziehung sämtlicher NSU- Untersuchungsausschussabs- chlussberichte und Protokolle
120	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	09.12.2016	B100	Einholung einer Behördenauskunft beim Innenministerium Brandenburg zur Auswertung der sogenannten 129er Liste
121	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	09.12.2016	B101	Beiziehung der Akten zum AO 774
122	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	09.12.2016	B102	Einholung einer Behördenauskunft beim Bundesamt für Verfassungsschutz zur Steuerung einer BKA-Analyse zum Thema „V-Leute“ vom 3. Februar 1997 und des darauf folgenden Positionspapiers des BW

123	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	09.12.2016	B103	Einholung einer Behördenauskunft beim Bundeskriminalamt zur Steuerung einer BKA-Analyse zum Thema „V-Leute“ vom 3. Februar 1997
124	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	09.12.2016	B104	Beiziehung von Beweismitteln zur Gruppierung „Bewegung Neue Ordnung / Schutzbund Deutschland“ aus dem Geschäftsbereich des Justizministeriums Brandenburg
125	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	09.12.2016	B105	Beiziehung von Protokollen der Parlamentarischen Kontrollkommission des Landtages Brandenburg
126	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	09.12.2016	B106	Beiziehung des Positionspapiers, in dem das BfV auf ein Thesenpapier des BKA zum Thema „V-Leute“ vom 3. Februar 1997 reagiert hat, beim Bundesamt für Verfassungsschutz
127	SPD CDU DIE LINKE	09.12.2016	B107	Beiziehung der BKA-Analyse zum Thema „V-Leute“ vom 3. Februar 1997 beim Bundeskriminalamt

	B90/GRÜNE			
128	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	09.12.2016	B108	Einholung einer Behördenauskunft beim Innenministerium Brandenburg zu einer BKA- Analyse zum Thema „V- .Leute" vom 3. Februar 1997 und des darauf folgenden Positionspapiers des BfV
129	AfD	09.12.2016	abgelehnt	Antrag Nr. 6, Der Ausschuss möge beschließen: Minister des Inneren und für Kommunales wird gebeten, Untersuchungsausschuss sämtliche Dienstvorschriften zu nachrichtdienstlichen Mitteln (DV-ND-Mittel) und zur Beschaffung nachrichtendienstlicher Mittel (DV-Beschaffung) bezogen auf Untersuchungszeitraum, und ergänzend Bewirtschaftungsvorschriften für betreffenden Mittel im jeweiligen Haushalt des Landes Brandenburg vorzulegen
130	AfD	09.12.2016	abgelehnt	Antrag Nr. 23, Der Ausschuss möge beschließen: Beweiserhebung, durch Beiziehung sämtl. Akten, Dokumente, in Dateien oder

				anderer Weise gespeicherten Daten und sächlicher Beweismittel, insbesondere sämtl. Akten, im Wege des Ersuchens um Amtshilfe beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof, Karlsruhe
131	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	12.12.2016	B109	Beauftragung eines Sachverständigen zur Vorsichtung der Akten beim Oberlandesgericht München
132	AfD	11.01.2017	abgelehnt	Antrag Nr. 24, Der Ausschuss möge beschließen: Beweis zu erheben zum gesamten Untersuchungsauftrag (DS 613993-13 des Landes Brandenburg), durch Vernehmung des sachverständigen Zeugen Jerzy Montag, Rechtsanwalt, Richter am Bayerischen Verfassungsgerichtshof
133	AfD	11.01.2017	abgelehnt	Antrag Nr. 25, Der Ausschuss möge beschließen: Beweis zu erheben zum gesamten Untersuchungsauftrag (DS 6/3993-13 des Landes Brandenburg), durch Beiziehung des Berichtes BT-Drucksache 18/6545 („Corelli-

				Bericht") des mit Untersuchung beauftragten Rechtsanwaltes Jerzy Montag
134	AfD	13.01.2017	abgelehnt	Antrag Nr. 26, Der Ausschuss möge beschließen: Beweis zu erheben zum gesamten Untersuchungsauftrag (DS 613993-13 des Landes Brandenburg), durch Beiziehung der Akte des Ermittlungsverfahrens beim Generalbundesanwalt (Aktenzeichen 2 BJs 162-2 ST 14— 140006/11) „BAO Trio"
135	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	16.02.2017	B112	Einholung einer Behördenauskunft beim Berliner Innensenator zu „Piatto“, dem ehemaligen V- Mann „Piatto" des brandenburgischen Verfassungsschutzes
136	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	16.02.2017	B113	Einholung einer Behördenauskunft beim Bundesamt für Verfassungsschutz zu „Piatto“, dem ehemaligen V- Mann „Piatto" des brandenburgischen Verfassungsschutzes

137	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	16.02.2017	B114	Einholung einer Behördenauskunft beim Bundesamt für Verfassungsschutz zu einer Liste mit rechtsextremistischen Kroatien-Söldnern
138	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	16.02.2017	B115	Beiziehung sämtlicher Erkenntnisse aus dem Geschäftsbereich des Bundesamtes für Verfassungsschutz zu rechtsextremistischen Treffen am 10.10.1998 im Raum Wilsdruff
139	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	16.02.2017	B116	Beiziehung sämtlicher Erkenntnisse aus dem Geschäftsbereich des Berliner Innensenators zu rechtsextremistischen Treffen am 10.10.1998 im Raum Wilsdruff
140	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	16.02.2017	B117	Beiziehung sämtlicher Erkenntnisse aus dem Geschäftsbereich des sächsischen Innenministeriums zu rechtsextremistischen Treffen am 10.10.1998 im Raum Wilsdruff

141	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	16.02.2017	B118	Beiziehung sämtlicher Erkenntnisse aus dem Geschäftsbereich des Thüringer Innenministeriums zu rechtsextremistischen Treffen am 10.10.1998 im Raum Wilsdruff
142	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	16.02.2017	B119	Beiziehung von Lagebildern des BKA und des BW zu Verbindungen zwischen der rechtsextremistischen Szene und Rockergruppierungen
143	AfD	24.02.2017	abgelehnt	Antrag Nr. 26, Der Ausschuss möge beschließen: Beweis zu erheben zum gesamten Untersuchungsauftrag (DS 6/3993-B des Landes Brandenburg), durch Zeugenvernehmung des Gordian Meyer-Plath (Präsident LfV Sachsen) Zu laden über das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen
144	AfD	24.02.2017	abgelehnt	Antrag Nr. 27, Der Ausschuss möge beschließen: Beweis zu erheben zum gesamten Untersuchungsauftrag (DS 613993-13 des Landes Brandenburg), durch

				Zeugenvernehmung des „Piatto“ zu laden
145	AfD	24.02.2017	abgelehnt	Antrag Nr. 28, Der Ausschuss möge beschließen: Forderung an Landesregierung, in Erfüllung Nr. 42 (Beweisantrag 56) v. 09.09.2016 unverzüglich eine umfassende schriftl. Stellungnahme zum UA-Gegenstand vorzulegen
146	AfD	24.02.2017	abgelehnt	Antrag Nr. 29, Der Ausschuss möge beschließen: Beweis zu erheben zum gesamten Untersuchungsauftrag (DS 6/3993-13 des Landes Brandenburg), durch Zeugenvernehmung des Dieter Borchert (LfV Brandenburg)
147	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	16.03.2017	B122	Einholung einer Behördenauskunft beim Innenministerium Sachsen zu polizeilichen Überwachungsmaßnahmen gegen Jan Werner und Antje P. im Jahr 1998

148	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	16.03.2017	B123	Einholung einer Behördenauskunft beim Thüringer Innenministerium zu polizeilichen Überwachungsmaßnahmen gegen Jan Werner und Antje P. im Jahr 1998
149	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	16.03.2017	B124	Zeugenvernehmung: Prof. Dr. Erardo Rautenberg, Wolfgang Siegmond, I. S.
150	AfD	20.04.2017	abgelehnt	Antrag Nr. 31, Der Ausschuss möge beschließen: Frau Dr. Katrin Wagner als Zeugin
151	AfD	20.04.2017	abgelehnt	Antrag Nr. 32, Der Ausschuss möge beschließen: Jörg Schönbohm, Eike Lancelle, Heiner Wegesin, Winfriede Schreiber und Gordian Meyer- Plath zu laden
152	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	21.04.2017	B125	Zeugenvernehmung: KR S. K., KK'in B. I., KOK'in M. L., KOK M. W., KOK M. K.
153	AfD	05.05.2017	abgelehnt	Antrag Nr. 31, Der Ausschuss möge beschließen: Beweis zu erheben zum gesamten

				Untersuchungsauftrag durch Beiziehung des Berichtes BT-Drucksache 18/6545 („Corelli-Bericht“) des mit Untersuchung beauftragten Rechtsanwaltes Jerzy Montag, im Wege der Amtshilfe beim 18. Deutschen Bundestag, Parlamentarisches Kontrollgremium
154	AfD	05.05.2017	abgelehnt	Antrag Nr. 32, Der Ausschuss möge beschließen: Beweis zu erheben zum gesamten Untersuchungsauftrag durch Vernehmung des Herrn Jerzy Montag, Rechtsanwalt und Richter am Bayerischen Verfassungsgerichtshof, als Zeugen
155	AfD	05.05.2017	abgelehnt	Antrag Nr. 33, Der Ausschuss möge beschließen: Beweis zu erheben zum gesamten Untersuchungsauftrag durch Zeugenvernehmung der Frau Dr. H. W. zu laden
156	AfD	05.05.2017	abgelehnt	Antrag Nr. 34, Der Ausschuss möge beschließen: Das Ministerium des Inneren und für Kommunales wird

				gebeten, dem UA den vollständigen Namen der Leiterin des Büros des Staatssekretärs Frau Dr. Wagner aus dem Organigramm Stand 01.03.2007 mitzuteilen
157	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	24.05.2017	B126	Zeugenvernehmung: „Backobst“, Herrn Giebler, Abteilung 5, Max Sandmann, Heiner Wegesin
158	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	26.05.2017	B127	Beiziehung aller Akten des Ermittlungsverfahrens gegen Stefan R. u.a. der Staatsanwaltschaft Halle, Az.: 426 Js 9081/01
159	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	26.05.2017	B128	Beiziehung aller Akten, die die Straf- und Disziplinarverfahren der Polizeibeamten G. und ehem. Polizeibeamter H. betreffen
160	CDU, B/90GRÜNE	26.05.2017	B129	Einholung einer Behördenauskunft beim Landeskriminalamt Brandenburg zu Asservaten (CD-ROMs) aus dem Ermittlungsverfahren gegen „Die Nationale Bewegung“

161	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	26.06.2017	B130	Beiziehung sämtlicher Dokumente zur Vertrauensperson „Matthias“ des LKA Brandenburg im NABE Verfahren
162	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	26.06.2017	B131	Beiziehung von Beweismitteln aus dem Geschäftsbereich des Justizministeriums zu den Vorermittlungen und Ermittlungen mit Bezug zum Geheimnisverrat des V-Mannes „Backobst“
163	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	26.06.2017	B132	Einholung einer Behördenauskunft beim Justizministerium Brandenburg bzgl. Disziplinarverfahren u. ä.
164	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	26.06.2017	B133	Einholung einer Behördenauskunft beim Innenministerium Brandenburg bzgl. Disziplinarverfahren u. ä.
165	CDU, B90/GRÜNE	06.07.2017	B134	Einholung einer Behördenauskunft beim Bundesamt für Verfassungsschutz zu Überwachungsmaßnahmen

				gegen Jan Werner und Antje P. im Jahr 1998
166	CDU, B90/GRÜNE	06.07.2017	B135	Beiziehung sämtlicher Erkenntnisse zu „Piatto“, „Barte“ und „Backobst“ aus dem Geschäftsbereich des Bundesnachrichtendienstes
167	CDU, B90/GRÜNE	06.07.2017	B136	Einholung einer Behördenauskunft beim Innenministerium Brandenburg betreffend „Piatto“, „Barte“ und „Backobst“
168	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	26.06.2017	B137	Zeugenvernehmung: H. F., Bundesanwalt Beck, „Dieter Borchardt“, KD M. G., Oberstaatsanwältin Böhm, Ministerin a.D. Richstein
169	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	26.06.2017	B138	Zeugenvernehmung: S. Sch., M. K., I. H., J. W. (EKHK, ehemaliger Leiter 4. Kommissariat PP Potsdam), Herr Hohnen, Jörg Schönbohm
170	SPD DIE LINKE B90/GRÜNE	31.08.2017	B139	Zeugenvernehmung: Wolfgang Siegmund, Eike Lancelle, Ute Intveen-Treppmann

Sitzung s- begleite nder Antrag (ohne Numme r)	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE AfD	08.09.2017	B140	Die Ladung für Ministerin a.D. Richstein aus dem Beweisbeschluss 137 wird aufgehoben
171	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	28.09.2017	B141	Beauftragung eines Sachverständigen zur Vorsichtung der Akten im Landesamt für Verfassungsschutz Brandenburg
172	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	28.09.2017	B142	Zeugenvernehmung: KHK P. K., EKKH H., Bundesanwalt Beese, Beamten des Bundeskriminalamts, die „Piatto“ am 22.02.1992, im Zeitraum vom 24. bis 26.02.1992, sowie am 12.03.1992 im Rahmen des KKK-Ermittlungsverfahrens (GBA 2 Bis 12/92-2; ST 32 - 085002/92) vernommen haben.
173	SPD CDU DIE LINKE	28.09.2017	B143	Sachverständigengespräch zum Thema „Rechtsextremistische Szene in Berlin-Brandenburg“

	B90/GRÜNE			
174	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	03.11.2017	B144	Beiziehung TÜ-Protokolle S. Sch.
175	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	03.11.2017	B145	Einholung einer Behördenauskunft bei der Staatskanzlei des Landes Brandenburg zu der Person einer „KM‘in B.“
176	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	06.11.2017	B146	Einholung einer Behördenauskunft beim Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Brandenburg zu „Lehrperson/en“ im Rahmen der V-Mann-Führung
177	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	03.11.2017	B147	Zeugenvernehmung: 1. die noch vom Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg zu benennenden - Leiter der JVA (JAA) Königs Wusterhausen, Zeitraum 1994-1995

				<p>- Abteilungsleiter Untersuchungshaftabteilung JVA (JAA) Königs Wusterhausen, Zeitraum 1994-1995, in welcher der Gefangene „Piatto“ inhaftiert war,</p> <p>- Leiter JVA Brandenburg/Havel, Zeitraum 1995-1999 sowie</p> <p>- Abteilungsleiter JVA Brandenburg/Havel, Zeitraum 1995-1999, in welcher der Gefangene „Piatto“ inhaftiert war,</p> <p>2. Petra Marx (Staatsanwältin, sowie</p> <p>3. KHK K. S. vom PP Berlin, 5 II</p>
178	<p>SPD</p> <p>CDU</p> <p>DIE LINKE</p> <p>B90/GRÜNE</p>	03.11.2017	B148	<p>Erweiterung der Sichtungsschwerpunkte Schultz, Kropke und Schnittcher (Anlagen zu B4 und B5)</p>
179	<p>SPD</p> <p>CDU</p> <p>DIE LINKE</p>	03.11.2017	B149	<p>Beiziehung aller Akten zu G-10-Maßnahmen gegen S. Sch., Stefan R. und Dirk H. aus dem Zeitraum 2000-2002</p>

	B90/GRÜNE			
180	AfD	28.11.2017	abgelehnt	Antrag auf Beweiserhebung (interne Nr. 35), Zeugenvernehmung Kliesing und „Piatto“
181	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	01.12.2017	B150	Zeugenvernehmung: Rechtsanwalt Christoph Kliesing, Ehemaliger Abteilungsleiter Justizministerium Brandenburg Dertinger, Leitender Oberstaatsanwalt Junker, Staatsanwalt R. S., Staatsanwalt Michalik, Herrn R. A.
182	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	01.12.2017	B151	Zeugenvernehmung: die noch vom Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg zu benennenden Zeugen 1. Mithäftlinge, die mit Herrn „Piatto“ in Justizvollzugsanstalten Königs Wusterhausen, Cottbus und Brandenburg an der Havel, den Haftraum teilten.

				2. Oberstaatsanwältin Langen, LOStA a.D. bei der Generalstaatsanwaltschaft Brandenburg Bröhmer, ehemaliger Abteilungsleiter im Justizministerium Brandenburg Prof. Dr. Lemke
183	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	03.01.2018	B152	Zeugenvernehmung: Sozialarbeiterin Frau G., Frau M., Frau R., Richter Sanftleben oder Senftleben, Dr. med. U. W., Dr. medic Ch. U. L., Staatsanwalt Sörries, Richterin A. I.
184	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	15.02.2018	B153	Zeugenvernehmung: Herr Wolfgang Pfaff, Herr Hans- Jürgen Förster, Herr R. K., Herr Alwin Ziel, Herr Jörg Milbradt, den von Abt. 5 MIK BB zu identifizierenden Verfasser der Vermerke vom 14.09.1998 und 21.01.1999 (Name geschwärzt) aus Aktenkonvolut Abt. 5 MIK BB zum Beweisbeschluss B4, Herr M., Herr A. L., Frau R., Dieter Borchardt, Gordian Meyer-Plath, sowie alle weiteren vom MIK BB benannten Personen, welche die Quelle „Piatto“ geführt haben

185	AfD	19.02.2018	abgelehnt	Antrag auf Beweiserhebung (interne Nr. 36), Zeugenvernehmung „Piatto“, P. und Werner
186	CDU B90/GRÜNE	01.03.2018	B154	Beauftragung eines Sachverständigen zur Vorsichtung von Akten im Bundesamt für Verfassungsschutz
187	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	02.03.2018	B155	Beiziehung von Akten des Bundesamtes für Verfassungsschutz mit Brandenburg-Bezug
188	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	15.03.2018	B156	Zeugenvernehmung: H. L., Heiner Wegesin, „Piatto“, J. B., erneut G. K., den vom Bundesamt für Verfassungsschutz zu identifizierenden Verfasser des Aktenvermerks zur Organisation „C 18“ vom 16.06.1997 aus dem Aktenkonvolut „B4 - 01.12.2016 - S. 160, R. L., Henning Kunz
189	CDU	22.03.2018	B157	Zeugenvernehmung: Gl 1, Stefan Ludwig
190	SPD,	28.03.2018	B158	Zeugenvernehmung: Jörg Schönbohm, Eike Lancelle

	DIE LINKE			
191	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	12.04.2018	B159	Beiziehung Akten und TKÜ-Protokolle gegen Maik EMINGER aus den Jahren 2011 und 2012
192	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	26.04.2018	B160	Zeugenvernehmung: R. Z., Herr O. S., D. L., KHK R. B., KD Junge, Unterzeichner des handschriftlichen Polizei-Vermerks auf Schreiben des stellv. Verfassungsschutz-Leiters Milbradt vom 28.02.00, Staatsanwältin M. H., R. S., Wolfgang Cremer, erneut Herr Jörg Milbradt
193	SPD, DIE LINKE	27.04.2018	B161	Zeugenvernehmung: U. M.
194	AfD	06.06.2018	abgelehnt	Antrag auf Beweiserhebung (interne Nr. 37), Zeugenvernehmung Böhm, P., Werner u. Starke
195	B90/GRÜNE	26.06.2018	B162	Zeugenvernehmung - „Piatto“
196	SPD CDU	26.06.2018	B163	Zeugenvernehmung - Frau S. F. - Herr D. S.

	DIE LINKE B90/GRÜNE			
197	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	26.06.2018	B164	Zeugenvernehmung - Frau StA M. L. - Herr StA P. P.
198	AfD	26.06.2018	abgelehnt	Zeugenvernehmung - Nick G. - Christian W. - Stefan Berg
199	CDU B90/GRÜNE	26.06.2018	B165	Einholung einer Behördenauskunft beim MIK - Kontaktaufnahme „Piatto“ während des Zeugenschutzes
200	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	26.06.2018	B166	Zeugenvernehmung - K. M.
201	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	24.08.2018	B167	Zeugenvernehmung - „Barte“ - Heiner Wegesin - Horst Peter Giebler - Dr. M. M. - Dirk Bartok - H. B. - Jürgen Heinke - Günther Oehme - Gernot Bantleon - A. R. - LKA und BKA

202	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	26.09.2018	B 168	Beiziehung der Akten zu internen Entscheidungsfindungen
203	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	27.09.2018	B169	Zeugenvernehmung: - Frau H. M. (Staatsanwaltschaft Berlin)
204	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	30.10.2018	B170	Zeugenvernehmung: - A. L. - N. E. - C. N. - S. F.
205	GRÜNE/B90	14.11.2018	B171	Zeugenvernehmung: - G. L.
206	CDU, B/90GRÜNE	14.11.2018	B172	Vernehmung eines Beamten oder einer Beamtin oder ggf. mehrerer Beamt*innen des Bundeskriminalamtes (BKA)
207	CDU, B/90GRÜNE	14.11.2018	B173	Vernehmung eines Vertreters oder einer Vertreterin des Generalbundesanwalts (GBA) oder im Bedarfsfall mehrerer

				Vertreter*innen der Bundesanwaltschaft
208	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	10.12.2018	B174	<p>Zeugenvernehmung:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Herrn Dr. K. D., - Herrn B. K., - Frau Dr. Heike Wagner, - Herrn Dr. Herbert Trimbach, - Frau Winfriede Schreiber, - den mit Funktionsbezeichnung 54.1 im Jahr 2015 bezeichneten Herrn, der den Vermerk vom 2. November 2015 verfasst hat (B 168, 2. Teillieferung, OLG R.G., S. 248 – Paginierung), - die mit der Funktionsbezeichnung 51.1 im Jahr 2015 bezeichnete Frau M., die das Anschreiben für die Sperrerklärung, sowie den Vermerk vom 10. August 2015 verfasst hat (B 168, 2. Teillieferung, OLG R.G., S. 178ff. und S. 203ff. - Paginierung), - Herrn Mathias Rhode,

				- Herrn Matthias Kahl.
209	SPD CDU DIE LINKE B90/GRÜNE	10.12.2018	B 175	Zeugenvernehmung: - Herrn Vizepräsident des Bayerischen Obersten Landgerichts Manfred Götzl, - Herrn Bundesanwalt Dr. Herbert Diemer, - Herrn Rechtsanwalt Se. Scha.
210	DIE LINKE, B90/GRÜNE	10.12.2018	B176	Zeugenvernehmung: - D. S.

3.2. Übersicht der angehörten Zeuginnen und Zeugen

In 37 Sitzungen seiner 45 ordentlichen Sitzungen hörte der Ausschuss neben den bereits erwähnten Sachverständigen in insgesamt 291 Stunden über hundert Zeugen zu den unterschiedlichen Beweisthemen der Beweisbeschlüsse an. Die Befragungen erfolgten aufgrund der Auswertung vom Ausschuss angeforderter Unterlagen unterschiedlicher Stellen aus dem Land Brandenburg, anderer Bundesländer sowie Stellen des Bundes. Die Unterlagen finden sich in 12 300 (davon über 4 000 als vertraulich oder geheim eingestuft) überwiegend elektronisch aufbereiteten Dokumenten, die ihrerseits eine Vielzahl von einzelnen Schriftstücken enthalten, deren Seitenzahl sich auf 1 050 000 summiert.

Sitzung	Datum	Zeuginnen und Zeugen
9	28.04.2017	<ul style="list-style-type: none"> • I. S. (Staatsanwaltschaft Potsdam) • Prof. Dr. Erardo Rautenberg (Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg) • Wolfgang Siegmund (Bundesanwalt beim Bundesgerichtshof)
10	02.06.2017	<ul style="list-style-type: none"> • S. K. (Kriminalrat) • B. I. (Kriminalkommissarin) • K. L. (Kriminaloberkommissarin) • M. W. (Kriminaloberkommissar) • M. K. (Kriminaloberkommissar)
11	03.07.2017 07.07.2017	<ul style="list-style-type: none"> • „Backobst“ • Horst Peter Giebler • M. S. • Heiner Wegesin (Leiter Verfassungsschutz Brandenburg)
12	07.09.2017	<ul style="list-style-type: none"> • Horst Peter Giebler • Heiner Wegesin (Leiter Verfassungsschutz Brandenburg) • Thomas Beck (Bundesanwalt)
13	08.09.2017	<ul style="list-style-type: none"> • Dieter Borchardt • M. G.
14	06.10.2017	<ul style="list-style-type: none"> • M. K. • J. W.
15	06.11.2017	<ul style="list-style-type: none"> • Marianne Böhm (Oberstaatsanwältin) • Eike Lancelle (Staatssekretär a.D.)
16	10.11.2017	<ul style="list-style-type: none"> • P. K. • K. R. • Dieter Beese (Bundesanwalt) • Marianne Böhm (Oberstaatsanwältin)

17	08.12.2017	<ul style="list-style-type: none"> • K. S. • Petra Marx (Oberstaatsanwältin) • Frank Henkel (Justizbediensteter a.D.)
18	11.01.2018	<ul style="list-style-type: none"> • Christoph Kliesing (Rechtsanwalt und Notar) • Kerstin Langen (Oberstaatsanwältin) • Ewald Bröhmer (Leitender Oberstaatsanwalt) • Prof. Dr. Michael Lemke (Ministerialdirigent a.D.) • Heinrich Junker (Leitender Oberstaatsanwalt)
19	12.01.2018	<ul style="list-style-type: none"> • K. E. • W. H. • G. K. • ehemalige Mithäftlinge von „Piatto“
20	23.02.2018	<ul style="list-style-type: none"> • R. S. • K. E. • Bernd Richardt (Ministerialrat a.D.) • R. A. • A. R. • I. V. • U. W. • Dr. F. • Jörn Sanftleben (Richter a.D.) • A. I.
22	22.03.2018	<ul style="list-style-type: none"> • Joachim Sörries (Oberstaatsanwalt) • R. K. • Jörg Milbradt (Stellv. Abteilungsleiter) • Alwin Ziel (Minister a.D.)
23	23.03.2018	<ul style="list-style-type: none"> • M. M. • C. R. • M. A. • A. L.

24	20.04.2018	<ul style="list-style-type: none"> • Horst Peter Giebler • Gordian Meyer-Plath (Leiter Verfassungsschutz Sachsen) • Dieter Borchardt
25	27.04.2018	<ul style="list-style-type: none"> • Stefan Ludwig (Minister der Justiz, Europa und Verbraucherschutz) • Eike Lancelle (Staatssekretär a. D.)
26	04.05.2018	<ul style="list-style-type: none"> • Heiner Wegesin (Leiter Verfassungsschutz) • H. L. • H. P.
27	11.06.2018	<ul style="list-style-type: none"> • „Piatto“
28	15.06.2018	<ul style="list-style-type: none"> • U. M. • R. L. • J. B.
29	02.07.2018	<ul style="list-style-type: none"> • R. Z. • D. L. • O. S. • R. B. • M. H.
30	23.08.2018	<ul style="list-style-type: none"> • KD Junge (Kriminaldirektor a.D.) • M. L. • P. P.
31	30.08.2018	<ul style="list-style-type: none"> • S. F. • Dr. Hans-Jürgen Förster • K. M. • D. S.
32	31.08.2018	<ul style="list-style-type: none"> • Wolfgang Cremer. • Jörg Milbradt (Stellv. Abteilungsleiter)
33	27.09.2018	<ul style="list-style-type: none"> • H. B. • Jürgen Heinke

34	04.10.2018	<ul style="list-style-type: none"> • Gernot Bantleon (Oberstaatsanwalt) • A. R. • Günther Oehme (Leitender Oberstaatsanwalt) • M. M. • „Barte“
35	22.11.2018	<ul style="list-style-type: none"> • „Piatto“ • Jürgen Heinke • H. M. • U. J. • B. K.
36	23.11.2018	<ul style="list-style-type: none"> • Dirk Bartok • Horst Peter Giebler • Heiner Wegesin (Leiter Verfassungsschutz) • R. S.
37	17.12.2018	<ul style="list-style-type: none"> • A. L. • Wolfgang Pfaff (Leiter Verfassungsschutzabteilung) • S. S.
38	18.12.2018	<ul style="list-style-type: none"> • S. F. • K. W.
39	10.01.2019	<ul style="list-style-type: none"> • Manfred Götzl • Dr. Herbert Diemer (GBA-Prozess München) • Dr. K. D. • B. K. • H. T.
40	11.01.2019	<ul style="list-style-type: none"> • W. S. • A. M. • C. F. • M. R. • M. K.

41	25.01.2019	<ul style="list-style-type: none"> • Heiner Wegesin • C. N. • Wolfgang Siegmund (Generalbundesanwaltschaft) • G. L.
----	------------	---

Feststellungsteil

1. Sachverständigenanhörung

Der Untersuchungsausschuss informierte sich zunächst durch die Anhörung von Sachverständigen und Zeugen über die Sicherheitsarchitektur, das V-Mann-Wesen und die Entwicklung des Rechtsextremismus in Brandenburg.

1.1. Erster Komplex: Sicherheitsarchitektur in Brandenburg von 1990 bis heute

1.1.1. Die Sicherheitsarchitektur

1.1.1.1. Gliederung der Sicherheitsarchitektur

1.1.1.1.1. Drei Säulen der inneren Sicherheit

Der Sachverständige **Prof. Dr. Heinrich Amadeus Wolff**¹³ führte allgemein in die Sicherheitsarchitektur der Bundesrepublik Deutschland ein. Die Gewährleistung der inneren Sicherheit ruhe auf drei Säulen, dem repressiven nachträglichen Schutz der Rechtsordnung durch das Ordnungswidrigkeiten- und Strafrecht, der präventiv-polizeilichen Gefahrenabwehr sowie der präventiv-nachrichtendienstlichen Tätigkeit.

Die polizeiliche Tätigkeit setze in der Regel das Vorhandensein konkreter Anhaltspunkte für Gefahren oder Straftaten voraus, während die Sicherheitsgewährleistung auf der Ebene der Nachrichtendienste im Vorfeld einer polizeilichen Gefahrenlage oder eines Strafverdachts erfolge. Die nachrichtendienstliche Tätigkeit könne auch bereits die Beobachtung legalen Verhaltens umfassen. Im Gegensatz zur Polizei seien die Nachrichtendienste auf die Informationssammlung beschränkt und spezialisiert, ohne über die Befugnis zu Zwangsmaßnahmen zu verfügen. Die Aufgabenteilung zwischen Polizei und Nachrichtendienst diene der Sicherung der Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger nach dem Leitgedanken, dass diejenige Behörde, die alles weiß (Nachrichtendienste), nicht alles dürfen soll und diejenige Behörde, die alles darf (Polizei), nicht alles wissen soll. Weiterhin werde durch die Aufteilung die

¹³ Hochschullehrer an der Universität Bayreuth und dort Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht. Er war bereits sachverständiger Zeuge vor den Untersuchungsausschüssen des Bundes und der Länder Sachsen und Baden-Württemberg zur NSU-Problematik sowie Mitglied der Regierungskommission des Bundes zur Bearbeitung der Sicherheitsgesetze. Ferner vertrat er das Bundesamt für Verfassungsschutz und den Bundesnachrichtendienst in gerichtlichen Verfahren sowie die Bundesregierung im Verfahren zum Antiterrordateigesetz vor dem Bundesverfassungsgericht.

Gefahrenabwehr effektiert, weil „die Teile der Sicherheitsgewährleistung jeweils derjenigen Behörde zugeordnet werden, die dafür am besten geeignet ist“.¹⁴

Der Sachverständige **Prof. Dr. Ralf Alleweldt**¹⁵ betonte, der Verfassungsschutz als nachrichtendienstliches Instrument sei darauf beschränkt und spezialisiert, Informationen zu sammeln über Strukturen, Zusammenhänge und Entwicklungspotenziale von Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung. Zusätzlich solle er Informationen sammeln über Spionage und Bestrebungen, die durch die Anwendung von Gewalt oder deren Vorbereitung die auswärtigen Belange Deutschlands gefährden und über Bestrebungen, die gegen die Völkerverständigung gerichtet sind. Er sei „*Sammler und kein Jäger*“. Die Verhinderung oder Aufklärung von Straftaten berühre nicht seine Kernkompetenz.

1.1.1.1.2. Trennungsgebot

Die Aufgabenteilung von Polizei und nachrichtendienstlich organisiertem Verfassungsschutz werde durch das Trennungsgebot abgesichert. **Wolff** und **Alleweldt** erklärten, das Trennungsgebot habe schon im sogenannten „Polizeibrief“ der alliierten Militärgouverneure vom 14.04.1949 vor der Verabschiedung des Grundgesetzes eine organisatorische und befugnisbezogene Trennung vorgesehen. Der Polizeibrief lautet auszugsweise:

„Der Bundesregierung wird es gestattet, eine Stelle zur Sammlung und Verbreitung von Auskünften über umstürzlerische, gegen die Bundesregierung gerichtete Tätigkeiten einzurichten. Diese Stelle soll keine Polizeibefugnis haben.“¹⁶

Wolff erläuterte, dass das Trennungsgebot historisch auch durch die Erfahrungen mit der Gestapo und dem Reichssicherheitshauptamt im „Dritten Reich“ bedingt sei.¹⁷

Das Trennungsgebot bestehe auch noch heute einerseits in der organisatorischen Trennung von Polizei und Nachrichtendienst.

¹⁴ Anlage zum Protokoll der 2. öffentlichen Sitzung vom 09.09.2016, S. 146.

¹⁵ Professor für Verfassungsrecht und Europarecht an der Fachhochschule der Polizei des Landes Brandenburg in Oranienburg.

¹⁶ Protokoll der 2. öffentlichen Sitzung vom 09.09.2016, S. 28.

¹⁷ Anlage zum Protokoll der 2. öffentlichen Sitzung vom 09.09.2016, S. 147.

Andererseits äußere es sich darin, dass die Nachrichtendienste nicht mit klassischen polizeilichen Gefahrenabwehrinstrumentarien ausgestattet würden. Die Nachrichtendienste dürften den Polizeibehörden keine Weisungen erteilen oder sie in sonstiger Weise zu eigenen Zwecken einsetzen.

Eine weitere Ausprägung des Trennungsgebots liege darin, dass für die Weitergabe von Informationen der Nachrichtendienste eine besondere Rechtfertigung im Sinne eines herausragenden öffentlichen Interesses verlangt werde. Diese Facette des Trennungsgebots leite das Bundesverfassungsgericht aus dem Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung her. Denn der Grundrechtsschutz dürfe nicht durch eine freie Weiterleitung von Informationen der Nachrichtendienste unterlaufen werden. Die Nachrichtendienste dürften nämlich Informationen schon bei viel geringerer Eingriffsschwelle als die Polizei, insbesondere auch über legales Verhalten, sammeln, und agierten zumeist geheim. Andererseits bestünden auch grundrechtliche Schutzpflichten des Staates, die ihm zum Schutz von Leben und körperlicher Unversehrtheit der Bürger verpflichteten. Aufgrund dieser Schutzpflichten könne eine Weitergabe wiederum gerechtfertigt sein, sagte **Wolff**:

„Das Trennungsgebot sagt: Weiterleitung von Informationen des Verfassungsschutzes an die Polizei muss die Ausnahme bleiben. Und die Schutzpflichten sagen: Ja, solche Ausnahmen wird es aber geben müssen. Wenn eine staatliche Behörde wie der Verfassungsschutz von einem bevorstehenden Mord oder auch einer Gewalttat erfährt, dann greift diese Schutzpflicht. Und das kann zum Beispiel bedeuten, dass mindestens mal das Opfer gewarnt werden muss. Es kann auch bedeuten, dass so was wie Polizeischutz oder andere Möglichkeiten noch ergriffen werden. Aber Nichtstun ist dann eben keine Option.“¹⁸

Wolff merkte noch an:

„Also beim informationellen Trennungsgebot würde ich gern noch einwerfen dürfen, dass das nun auf einem Niveau ist, das so niedrig ist, dass man das vor 20 Jahren von wissenschaftlicher Seite nicht für möglich gehalten hat. Vor 20 Jahren hat man noch ganz andere Sachen aus dem Trennungsgebot hergeleitet, und das, was das Verfassungsgericht jetzt herleitet, ist also wirklich die unterste Basis des Trennungsgebotes.“¹⁹

Alleweldt lenkte den Fokus darauf, dass der Staat neben der Gefahrenabwehr auch die verfassungsrechtliche Pflicht habe, eine effektive Strafverfolgung zu gewährleisten.

¹⁸ Protokoll der 2. öffentlichen Sitzung vom 09.09.2016, S. 32f.

¹⁹ Protokoll der 2. öffentlichen Sitzung vom 09.09.2016, S. 63.

Eine Pflicht zur Übermittlung von Informationen an die Polizei werde deshalb auch unter dem Gesichtspunkt der Erleichterung der Aufklärung von Straftaten diskutiert. Als problematisch auch im Hinblick auf die Grundrechte sehe es der Sachverständige jedenfalls, wenn der Verfassungsschutz polizeiliche Aufklärungsmaßnahmen behindere oder vereitere, etwa jemanden warne, dessen Wohnung durchsucht werde. Der Sachverständige erklärt, dass seiner Auffassung nach auch der Quellenschutz in entsprechender Gewichtung bei besonders schweren Straftaten zurücktreten müsse.

Wolff führte zum Nutzen der nachrichtendienstlich gewonnenen Erkenntnisse des Verfassungsschutzes im Hinblick auf das Trennungsgebot aus:

„Also, der Nährwert ist erst einmal, dass die Verfassungsschutzbehörden die Informationen, die Bestrebungen, die sie aufklären sollen, stärker aufklären können. Sie wissen also ziemlich genau, was die Bestrebung macht, so sie hingeht, und sie kann dementsprechend die Regierung informieren. Das ist ja ihr Hauptzweck, dass sie sagen: Wir haben in der und der Region stärkere verfassungsfeindliche Bestrebungen; wir haben hier ein Treffen der Rechten; wir haben eine Mitgliederzuwanderung der Linken; wir haben das und das. Das ist ja die Hauptaufgabe. Diese Strafverfolgungssachen sind Nebenprodukte. Das ist nicht die eigentliche Aufgabe, sondern die eigentliche Aufgabe ist, der Regierung zu sagen: Wach auf! Du hast den Rechtsextremismus verschlafen, du hast den Linksextremismus verschlafen, du musst was machen! - Und das ist der Hauptzweck der Nachrichtendienste, und dafür können sie es verwenden, auch selbst wenn sie es nicht weitergeben. Das ist für sie eine ganz wichtige Erkenntnis. Verfügen die über Waffen, verfügen die nicht über Waffen? Insbesondere ist für die ja enorm wichtig, wie die Entwicklung ist. Haben sie mehr Waffen als früher? Haben wir mehr Meldungen in dem Bereich als früher?

Deswegen: In ihrem eigentlichen Kerngeschäft besitzen sie eine enorme Bedeutung. Ich weiß, dass man sich immer fragt: Was haben wir denn davon, wenn die Kugel es weiß und niemand außerhalb der Kugel es weiß? Aber so ist die Konstruktion.“²⁰

1.1.1.1.3. Die föderale Gliederung

Eine weitere Untergliederung der Kompetenzverteilung sei dem Föderalismus geschuldet, erläuterte **Wolff**. Im Polizeirecht sowie im Bereich der Ermittlungsbehörden seien vornehmlich die Länder zuständig. Im Bereich der Nachrichtendienste besitzen die Länder zwar die Zuständigkeit der Landesämter für Verfassungsschutz. Der Sache nach bestehe aber tatsächlich ein deutliches

²⁰ Protokoll der 2. öffentlichen Sitzung vom 09.09.2016, S. 82.

Übergewicht der Kompetenzen des Bundes, wobei der Bund seine Kompetenzen gegenwärtig erheblich ausweiten würde:

„Wenn der Bund also Interesse hat, die Möglichkeit hat, eine Aufgabe polizeilich oder nachrichtendienstlich zu erklären, wird er sie nachrichtendienstlich erklären, weil er dann nämlich eine Kompetenz begründet.“²¹

1.1.1.1.4. Überschneidungsbereiche in der Sicherheitsarchitektur

Die gegliederte Sicherheitsarchitektur bedeute ein Nebeneinander von verschiedenen Behörden, die aufgrund verschiedener landesrechtlicher oder auch bundesrechtlicher Bestimmungen und aufgrund abweichender Zielrichtungen voneinander tätig würden. Dies führe zu unterschiedlichen Informationsständen bei den einzelnen Behörden.

Die Sachverständigen führten zu den vielfältigen Überschneidungsmöglichkeiten der verschiedenen Behörden, insbesondere zwischen den Polizeibehörden der Länder mit den Nachrichtendiensten aus. Eine beiderseitige Zuständigkeit bestehe, sobald sich eine Lage aus dem Zuständigkeitsfeld der Verfassungsschutzbehörden zu einer konkreten Gefahr verdichte. Dies könne beispielsweise bei gewalttätigen oder terroristischen Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung der Fall sein.

Auch die Überschneidungen zwischen den Landesämtern für Verfassungsschutz und dem Bundesamt für Verfassungsschutz seien laut **Wolff** weitreichend. Die Verfassungsschutzbehörde des Landes Brandenburg ist innerhalb des Verfassungsverbundes des § 6 Bundesverfassungsschutzgesetz (im Folgenden: BVerfSchG) eingebunden. Der Aufgabenbereich werde durch § 3 BVerfSchG für den Bund und die Länder gemeinsam definiert. Nach § 5 BVerfSchG seien grundsätzlich die Landesbehörden zuständig. Das Bundesamt sei zuständig, sofern die Bestrebungen sich entweder gegen den Bund richteten, über den Bereich eines Landes hinausgingen, sich auf Gewaltanwendung bezögen, ausländische Belange der Bundesrepublik Deutschland berührten oder das Landesamt das Bundesamt ersuche. Eine parallele Zuständigkeit sei daher in einer Reihe von Fällen angelegt.

Ob Überschneidungsbereiche bei Polizei und Verfassungsschutz vorteilhaft oder diese möglichst klein zu halten seien, werde intensiv diskutiert. Den Nachteilen der

²¹ Protokoll der 2. öffentlichen Sitzung vom 09.09.2016, S. 39.

Informationsverteilung auf verschiedene Behörden, insbesondere der Gefahr des Informationsverlusts, der Behinderung der Sicherheitsbehörden untereinander bis hin zur gegenseitigen Überwachung, des „Kompetenzgerangels“ aufgrund persönlicher Eitelkeiten sowie der Zersplitterung der Kontrolle und den erhöhten Kosten und Ressourcen stünden laut **Prof. Dr. Wolff** auch Vorteile gegenüber. Diese lägen in den unterschiedlichen Möglichkeiten, Informationen zu gewinnen und der erhöhten Überprüfbarkeit der Verlässlichkeit der aus verschiedenen Quellen gewonnenen Informationen:

„Die Probleme des Überschneidungsbereiches: Überschneidungen haben Vorteile und Nachteile. Fangen wir mit den Nachteilen an: Wenn Sie mehrere Behörden für zuständig erklären, zersplittern Sie die Aufgaben, die Informationen auf mehrere Behörden. Es kann also sein, dass es nicht in einer Hand ist. Sie haben partiell doppelte Kosten, Sie haben unterschiedliche politische Leitideen der Behörden, die unterschiedlich geführt werden. [...].

In die Grundrechte der Betroffenen wird gleich zweimal eingegriffen. [...]

Diesen Nachteilen stehen Vorteile gegenüber. Die Vorteile sind erstens: Doppeltgemoppelt hält besser. [...] Die zweite Möglichkeit ist, dass unterschiedliche Behörden verschiedene Möglichkeiten haben, Informationen aus vertraulich arbeitenden Bestrebungen herauszubekommen. Jeder hat einen anderen Zugang. Es kann durchaus sein, dass der eine Quelle eröffnet, die der andere nicht eröffnen könnte, aus welchen Gründen auch immer. Deswegen ist es durchaus sinnvoll, zwei unabhängige Instanzen an die gleiche Sache zu setzen.“²²

1.1.1.2. Entwicklung der Sicherheitsarchitektur seit 1990

Wolff führte aus, dass einerseits ein Voranschreiten der Verrechtlichung des Sicherheitsbereiches zu beobachten sei. Die Evaluationspflicht von Gesetzen werde zum Standard und die parlamentarische Kontrolle gestärkt.

Zugleich gebe es eine Verdichtung der nachrichtendienstlichen Befugnisse auf der Ebene des Bundes und auf europäischer Ebene.

Unter dem Gesichtspunkt der höheren Effektivität werde die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden sowohl zwischen den Nachrichtendiensten und der Polizei innerhalb eines Bundeslandes als auch darüber hinaus zwischen den Nachrichtendiensten und Polizeibehörden verschiedener Bundesländer und der

²² Protokoll der 2. öffentlichen Sitzung vom 09.09.2016, S. 39f.

Bundesebene intensiviert. Als Beispiel sei das GTAZ – das gemeinsame Terrorabwehrzentrum – zu nennen, wobei **Wolff** jedoch die fehlende gesetzliche Grundlage bemängelte.

Prof. Dr. Hans-Jürgen Lange²³ verwies darauf, dass die Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden im Mittelpunkt der Überlegungen nach der Reformdebatte, die durch das Bekanntwerden des NSU angestoßen worden sei, stehe. Gemeinsame Abwehrzentren, wie z.B. das Gemeinsame Extremismus- und Terrorabwehrzentrum, welches *„sämtliche Phänomenbereiche wie Rechtsextremismus, Linksextremismus, Extremismus von Ausländern und die anderen Bereiche des Verfassungsschutzes“*²⁴ umfasse, als auch der Ausbau gemeinsamer Datenbanken, wie z.B. die Rechtsextremismusdatei, und Änderungen der Übermittlungspflichten im Bundesverfassungsschutzgesetz sollten diesem Gedanken Rechnung tragen.

Wolff und **Alleweldt** führten weiter übereinstimmend aus, dass die bisherigen Grenzziehungen zwischen Polizeibehörden und Nachrichtendiensten durchlässiger würden. Die Polizei werde auch im Vorfeld einer konkreten Gefahr insbesondere zur Beschaffung von Informationen tätig. Zudem sei eine Vorverlagerung der Strafbarkeit beispielsweise im Terrorismusbereich zu konstatieren. Die Nachrichtendienste würden sich von der politischen Information hin zur spezifischen Sicherheitsgewährleistung entwickeln. Insbesondere konzentrierten sie sich immer mehr auch auf Einzeltäter. Es entstünden somit in diesem Bereich größere Überschneidungsbereiche.

Wolff erklärte dazu:

*„Die bisherigen Grenzziehungen verwischen, das ist völlig eindeutig. Strafrecht wird ins Vorfeld verlagert, die Polizeibehörden werden immer mehr vernachrichtendienstlich.“*²⁵

Alleweldt bestätigte:

*„[...] es gibt inzwischen weite Überschneidungsbereiche, zum Beispiel bei gewalttätigen- oder terroristischen Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung.“*²⁶

²³ Präsident der deutschen Hochschule der Polizei in Münster.

²⁴ Protokoll der 3. öffentlichen Sitzung vom 14.10.2016, S. 51.

²⁵ Protokoll der 2. öffentlichen Sitzung vom 09.09.2016, S. 41.

²⁶ Protokoll der 2. öffentlichen Sitzung vom 09.09.2016, S. 29.

Wolff machte ein Umdenken beim Gesetzgeber aus:

„Die Bedeutung, ob eine Behörde eine Nachrichtendienstbehörde oder eine Polizeibehörde ist, ist für die Grenzen des Gesetzgebers bei der Aufgabenbestimmung und bei der Befugnisbestimmung heute deutlich geringer, als man vor 50 Jahren dachte. Der Gesetzgeber darf weitgehend gleich die Behörden mit Kompetenzen ausstatten, so, wie er es will.“²⁷

Auf die Frage, ob in Anbetracht der Überlappungen Verfassungsschutz und polizeilicher Staatsschutz nicht gleich oder sogar besser aus einer Hand erfolgen könnten, sagte **Alleweldt**:

„Also da wäre die Gefahr, wenn wir eine Behörde hätten, die all das kann, was Verfassungsschutz und Polizei können, dass das dann eben doch eine Geheimpolizei werden würde, die wir aus verschiedenen Gründen nicht wollen.“²⁸

Wolff vertrat die Auffassung, dass es teilweise schon so weit gekommen sei:

„Herr Prof. Dr. Alleweldt hat jetzt gerade gewissermaßen die herrschende Meinung vorgetragen. Ich bin mir schon gar nicht so sicher, ob wir nicht wirklich eine Geheimpolizei haben - das BKA ist mit § 4 eine Geheimpolizei. Also die Befugnisse, die Unterschiede zwischen Verfassungsschutz und Polizei sind minimal.“²⁹

Wolff führte aus:

„Als ich groß geworden bin, hab ich noch gedacht, dass die organisatorische Trennung zwischen Polizei und Nachrichtendienst einen Sinn hat, dass also damals tatsächlich die Nachrichtendienste mehr dürfen, als die Polizei aus grundrechtschützender Sicht darf. Das hat das Verfassungsgericht ja mittlerweile ausgeräumt. Aber aus dieser damaligen Sicht - da erschrecke ich immer noch, wenn ich das lese, was die Polizei alles darf. Das sind ja totale nachrichtendienstliche Sachen, mit bisschen höheren Dingen, aber Sie erschrecken ja.“³⁰

Aber:

„[...] trotz aller Vernachrichtendienstlichung der Polizei ist der Nachrichtendienst immer noch etwas nachrichtendienstlicher. Aber die Mittel selbst sind fast identisch [...]“³¹

²⁷ Protokoll der 2. öffentlichen Sitzung vom 09.09.2016, S. 39.

²⁸ Protokoll der 2. öffentlichen Sitzung vom 09.09.2016, S. 66.

²⁹ Protokoll der 2. öffentlichen Sitzung vom 09.09.2016, S. 67.

³⁰ Protokoll der 2. öffentlichen Sitzung vom 09.09.2016, S. 68.

³¹ Protokoll der 2. öffentlichen Sitzung vom 09.09.2016, S. 69.

Alleweldt wies darauf hin:

„Also, es gibt ja Leute, die sagen: Eigentlich genügt uns das, was die Polizei kann, und vor allem das, was sie heute kann. Immer dann, wenn es um Gewalt geht, kann die Polizei eingreifen - mal vereinfacht gesagt. Und solange Verfassungsfeinde nicht zur Gewalt greifen und nicht gewalttätig werden, gäbe es ja auch die Möglichkeit - wie in anderen Ländern - zu sagen: Na ja, dann fällt das bei uns noch mit unter Meinungs- und Vereinigungsfreiheit.“³²

1.1.2. Situation in Brandenburg

Der Verfassungsschutz im Land Brandenburg stellt nach § 2 Abs. 1 BbgVerfSchG eine besondere Abteilung des Innenministeriums dar.

1.1.2.1. Aufbau des Verfassungsschutzes

Rechtsgrundlage für die Tätigkeit des Landesverfassungsschutzes in Brandenburg war zunächst ein Vorschaltgesetz vom 03.12.1991, das die Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel ausdrücklich untersagte. Die Behörde befand sich im Aufbau und hatte nur wenige Mitarbeiter. Nach Angaben des Zeugen Jörg Milbradt, der im September 1991 als Auswertungsreferent³³ seine Tätigkeit beim Verfassungsschutz Brandenburg aufnahm, bestand der „Arbeitsstab Verfassungsschutz“ im Innenministerium „zunächst aus kaum mehr als einem halben Dutzend Personen“.³⁴ Man beschränkte sich auf die Auswertung öffentlich zugänglicher Informationen und Erkenntnisse anderer Behörden.

Erst ab dem 05.04.1993 wurden durch das Gesetz über den Verfassungsschutz im Land Brandenburg (BbgVerfSchG) nachrichtendienstliche Befugnisse wie der Einsatz von Quellen erlaubt. Eine eigene Dienstanweisung zum Umgang mit nachrichtendienstlichen Quellen gab es in Brandenburg zunächst nicht. Man orientierte sich an entsprechenden Vorschriften des Bundes und anderer Bundesländer.³⁵ Inzwischen sind entsprechende Verwaltungsvorschriften geschaffen.

³² Protokoll der 2. öffentlichen Sitzung vom 09.09.2016, S. 71.

³³ Alle Informationen, die zu verfassungsfeindlichen Bestrebungen gesammelt werden, laufen in der sogenannten „Auswertung“ zusammen. Aufgabe der mit der Auswertung befassten Mitarbeiter ist es, den Aussagewert und die Bedeutung der jeweiligen Information zu analysieren, Lagebilder zu erstellen und Anfragen zu beantworten.

³⁴ Protokoll der 22. öffentlichen Sitzung vom 22.03.2018, S. 80.

³⁵ Landesregierung Brandenburg: Bericht zur organisierten rechtsextremen Gewalt und Behördenhandeln im Land Brandenburg bezüglich der ehemaligen Quelle „Piatto“ der

1.1.2.2. Kontrolle

Da der Verfassungsschutz in das Innenministerium eingegliedert ist, besteht als verwaltungsinterne Kontrolle die ministerialinterne Aufsicht des zuständigen Landesministers. Das brandenburgische Verfassungsschutzgesetz bestimmt zudem die Kontrolle der Landesregierung in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes durch die Parlamentarische Kontrollkommission (PKK). Deren Befugnisse seien nach Ansicht von **Wolff** schwach ausgestaltet, was damit einhergehe, dass der Verfassungsschutz in Brandenburg im Vergleich zu anderen Bundesländern über wenige operative Mittel verfüge und eine auf Aufklärung und Information der Bevölkerung zielende Grundausrichtung innehave. Die Kontrolle durch das parlamentarische Kontrollgremium (PKK) besteht neben der allgemeinen Kontrolle der Exekutive durch das Parlament. Auch das Land Brandenburg kennt die G-10 Kommission, ein Gremium, welches Eingriffe in den Schutzbereich von Art.10 des Grundgesetzes (Brief-, Post, und Fernmeldegeheimnis) kontrolliert. Schließlich besteht der Schutz durch die Gerichte in den Fällen, in denen der Betroffene nachträglich von einem Grundrechtseingriff erfährt.

1.1.2.3. Die Regelungen zum Trennungsgebot und zur Informationsübermittlung

Wolff wies darauf hin, dass das Trennungsgebot in der Brandenburgischen Verfassung in Art. 11 Abs. 3 verankert sei. Hier heißt es: *„Der aufgrund bundesrechtlicher Vorschriften einzurichtende Verfassungsschutz des Landes unterliegt einer besonderen parlamentarischen Kontrolle. Ihm stehen keine polizeilichen Befugnisse zu. Er darf die Polizei auch nicht im Wege der Amtshilfe um Maßnahmen ersuchen, zu denen er selbst nicht befugt ist.“* Einfachrechtlich umgesetzt werde dieses verfassungsrechtliche Gebot durch § 6 Abs. 4 BbgVerfSchG. Er merkte an, dass der Brandenburgische Verfassungsschutz im Vergleich zu anderen Ländern über wenig operative Befugnisse verfüge und die Grundausrichtung vornehmlich die Aufklärung in den Fokus nehme. Der Sachverständige legte weiter dar, dass schon die Beschreibung des Zwecks des Verfassungsschutzes in § 1 Abs. 2 S. 2 BbgVerfSchG,

Verfassungsschutzbehörde Brandenburg. Teil A: Bericht des Ministeriums des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg, Potsdam 2018, S. 57. Der Bericht wird im Folgenden zitiert als: Regierungsbericht MIK.

nach dem die für die Gefahrenabwehr zuständigen Stellen in die Lage versetzt werden sollen, rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen zur Abwehr dieser Gefahren zu ergreifen, verdeutliche, dass das Trennungsgebot nicht absolut gelte.

Alleweldt erläuterte die Regelungen des brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes zur Übermittlung von Daten des Verfassungsschutzes.

Nach § 17 BbgVerfSchG habe der Verfassungsschutz die Pflicht, Daten an die Staatsanwaltschaft und an die Polizei zu übermitteln zur Verhinderung oder Verfolgung von Staatsschutzdelikten.

Nach § 16 BbgVerfSchG dürfe die Übermittlung an inländische Behörden erfolgen, wenn die Übermittlung zur Abwehr einer erheblichen Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder zur Verfolgung einer Straftat von erheblicher Bedeutung erforderlich sei. Eine Übermittlung müsse indes nach § 19 BbgVerfSchG unterbleiben, wenn u.a. überwiegende Sicherheitsinteressen dies erforderten oder aus den anderen dort genannten Gründen.

Es folge aus den Grundrechten, dass eine Informationsweiterleitung bei schweren Gewalttaten zwingend erfolgen müsse, so dass der nach § 16 BbgVerfSchG eröffnete Ermessensspielraum auf Null reduziert werden müsse. Diese Auslegung stehe auch im Einklang mit dem Strafrecht. § 138 StGB stelle die Nichtanzeige bestimmter Straftaten unter Strafe, unter anderem auch Mord, Totschlag und Raub. Diese Vorschrift gelte auch für Mitarbeiter des Verfassungsschutzes.

Wolff vertrat im Hinblick auf die strafrechtliche Bewertung der Informationsweiterleitung eine andere Auffassung. Die Regelungen zur Informationsübermittlung nach den Verfassungsschutzgesetzen seien spezieller und stellten einen die Strafbarkeit ausschließenden Rechtfertigungsgrund dar. Beide Sachverständige waren sich im Ergebnis jedoch darin einig, dass die Regelung des § 138 StGB zur Auslegung der jeweiligen Vorschrift und im Rahmen der Ermessensausübung herangezogen werden kann.³⁶

Wolff führte aus, die Verfassungsschutzbehörde des Landes Brandenburg sei innerhalb des Verfassungsschutzverbundes (§ 6 BVerfSchG) eingebunden, der

³⁶ Protokoll der 2. öffentlichen Sitzung vom 09.09.2016, S. 59 f.

wechselseitige Unterrichtungspflichten bei relevanten Informationen vorsehe. Darüber hinaus würden Informationsaustauschregeln und die konkreten Vorschriften zur Zusammenarbeit mit anderen Sicherheitsbehörden bei den gemeinsamen Dateien, insbesondere bei der Anti-Terror-Datei und der Rechtsextremismus-Datei greifen. Schließlich gebe es Formen des Zusammenwirkens, wie insbesondere bei den Terrorismusabwehrzentren, die bislang ohne gesonderte gesetzliche Grundlage vorstättengingen.

1.1.2.4. Änderungsmöglichkeiten

Alleweldt sprach sich insbesondere für die einfachgesetzliche Klarstellung von Übermittlungspflichten bei der Gefahr einer Tötung oder einer schweren Gewalttat aus:

„Im Falle einer drohenden Tötung oder schweren Gewalttat gebieten jedoch, wie gesagt, die Grundrechte, dass die Verfassungsschutzbehörde Schutzmaßnahmen ergreift, das heißt im Allgemeinen mindestens die Polizei verständigt. Das ist ein Gebot. Die Gesetzeslage sagt das nicht ausdrücklich. Sie sagt das nur für Staatsschutzdelikte. Nicht jeder Mord ist ein Staatsschutzdelikt. Es wäre wünschenswert oder es würde die verfassungsrechtliche Lage noch deutlicher widerspiegeln, wenn das Gesetz sagen würde, allgemein bei schweren Straftaten gegen - mindestens gegen - Leben und körperliche Unversehrtheit, dass eine Übermittlungspflicht besteht. In einem solchen Fall können - so gebietet es die Verfassung - auch nicht andere Sicherheitsinteressen überwiegen. Der § 19 könnte in so einem Fall dann nicht zur Anwendung kommen.“³⁷

Des Weiteren befürwortete er Regelungen zu Befugnissen des Verfassungsschutzes bei der Gefahr von Beeinträchtigungen strafprozessualer Maßnahmen, eine stärkere Regelung des V-Mann-Einsatzes, insbesondere im Hinblick auf die Anwerbevoraussetzungen sowie eine Verstärkung der parlamentarischen Kontrolle aus.

Er führte weiter aus:

Fokussierung des Verfassungsschutzes auf sein Kerngebiet“: Ich sage nur, das ist eine Möglichkeit, die diskutiert wird. Der Ursprung, ich komme darauf zurück, war die Sammlung von Auskünften über umstürzlerische Tätigkeiten. Also, das ist schon gut, wenn man es immer im Hinterkopf hat: Es geht darum, einen Umsturz zu verhindern. Das ist der Ausgangspunkt des Verfassungsschutzes.

³⁷ Protokoll der 2. öffentlichen Sitzung vom 09.09.2016, S. 33.

Das heißt, dass es auch eine ganze Menge Probleme im Staat geben kann, die dann eben nicht Angelegenheit des Verfassungsschutzes sind.“³⁸

Wolff führte aus:

„Der Verfassungsschutz bewegt sich in Brandenburg innerhalb der zulässigen Spannbreite der Gestaltungsbefugnis, befindet sich aber insgesamt in einem Zustand, der nicht unbedingt dem gegenwärtigen Stand der Entwicklung entspricht, was die operativen Regelungen bewirkt. [...]

Dann gibt es eine ganze Reihe von Befugnissen, die die anderen Länder haben, die Sie nicht haben. Das ist aber bei Ihrer Grundausrichtung durchaus konsequent. Sie können die Grundausrichtung aufgeben, dann sollten Sie eben mehr operative Befugnisse geben. Das ist aber eine politische Entscheidung.“³⁹

Wolff fasste seine Anregungen zu Änderungsmöglichkeiten in seinem mündlichen Vortrag wie folgt zusammen:

„Welche Reformvorschläge gibt es? [...] Es gibt mehrere Optionen, und es gibt vernünftige Gründe, sich für das eine oder das andere zu entscheiden. [...] Die Befugnisse der Verfassungsschutzbehörden könnten Sie ändern. Es gibt den IMSI-Catcher. [...] Das ist standardmäßig; haben die anderen meistens. Sie haben aber eben auch die besondere Ausrichtung. Sie haben die präventive Wohnraumüberwachung nicht vorgesehen. Viele Länder haben sie, können sie aber kaum einsetzen, weil das Verfassungsgericht sie faktisch totgemacht hat. Da geht Ihnen nicht viel verloren, dass Sie sie nicht haben. Was Sie nicht haben, ist der Zugriff auf zugangsgesicherte Telekommunikationseingriffe im Internet. Das hat das Land NRW, das würde ich Ihnen nahelegen. Das würde auch zu Ihrer Ausrichtung der Behörde passen. Dass also Ihre Bediensteten passwortgeschützt auf Foren zugreifen dürfen, das läge nahe, hat aber bisher nur NRW; aber es ist trotzdem vernünftig. Die Quellen-TKÜ und Onlinedurchsuchung haben Sie nicht, liegt bei Ihnen auch ein bisschen fern, weil Sie operativ zurückgehen. Die Rasterfahndung haben Sie auch nicht, liegt bei Ihnen aber auch eher fern bei der Ausrichtung [...].

Der § 14a Brandenburgisches Verfassungsschutzgesetz soll dringend reformiert werden. [...] Das ist total veraltet.

[...] das Verhältnis von Registereinsichtsrecht zu sonstigen Datenerhebungsbefugnissen. Der Bund hat es gerade andersherum. Beim Bund ist das Registereinsichtsrecht das, was er als einen niedrigschwelligen Eingriff sieht, Sie halten den für den höherrangigen, höherschwelligen Eingriff. Ich kann nicht sagen, was von beiden richtig ist. Es ist nur erstaunlich, dass hier so ein richtiger Unterschied in der Gewichtung zwischen dem Bund und Ihnen bestand.

³⁸ Protokoll der 2. öffentlichen Sitzung vom 09.09.2016, S. 36.

³⁹ Protokoll der 2. öffentlichen Sitzung vom 09.09.2016, S. 43f.

Dann brauchen Sie in meinen Augen die Überlegung, ob Sie die langfristige Observation und die langfristige V-Mann-Einsetzung oder verdeckte Ermittler - V-Männer nicht, sondern verdeckte Ermittler - rechtstaatlich stärker regeln. [...] Insgesamt muss Ihre Regelung mit dem BKA-Gesetz noch einmal durchgeschaut werden. Da gibt es Regelungen zum Kernbereichsschutz, bei dem ich mir nicht sicher bin, ob Sie die überall erfüllen. [...] Die Befugnisse des Parlamentarischen Kontrollgremiums sollten in meinen Augen dringend ausgestaltet werden. [...]

Die Mitteilungen der Verfassungsschutzbehörden an die gemeinsamen Dateien sollten ausdrücklich untersucht und festgeschrieben werden. Der Bund öffnet die Möglichkeiten der Beteiligung bei der Anti-Terror-Datei und bei der Rechtsextremismus-Datei, setzt aber voraus, dass die Länder das ausdrücklich gesetzlich regeln. [...]

Die Landesregelung hinsichtlich der Datenverarbeitung - habe ich schon gesagt - finde ich toll. [...] Sie haben auch die Auskunft ausländischer Nachrichtendienste teilweise geregelt; da gibt es eine europäische Richtlinie, die Sie damit umgesetzt haben. Und was Sie nicht haben, ist die Regelung: Was passiert, wenn Sie von ausländischen Nachrichtendiensten Informationen bekommen? Ich kenne Ihre Praxis nicht genug, um zu wissen, ob Sie unmittelbaren Kontakt mit ausländischen Stellen haben oder ob das alles über das BfV läuft, wenn Sie Informationen von ausländischen Stellen haben. Ich versuche nun seit Jahrzehnten den Bund dazu zu bewegen, dass er eine Vorschrift zur Datenqualität aufnimmt, dass er eine Untersuchung aufnimmt: Welche Qualität haben die Daten, die von außen kommen, und eine Vorschrift: Wie sind sie erhoben worden?, dass Daten, die aus erkennbar rechtsstaatswidrigen Quellen erhoben wurden, nicht verwendet oder nur bei erheblichen Notwendigkeiten verwendet werden. Wenn Sie einen ausländischen Kontakt hätten, läge es nahe, dass Sie darüber nachdenken würden, ob Sie das auch machen, weil Sie im Informationsbereich nun wirklich eine schöne Regelung haben.

Das Bundesverfassungsgericht hat das Verhältnis von Auskunftsrechten und Mittelungsrechten anders gesehen, als wir bisher immer dachten. Bisher dachten wir, dass die Mitteilungspflichten die Auskunftsrechte sperren, dass die Mitteilungspflicht eine Lex specialis ist. Das Bundesverfassungsgericht [...] hat die Auskunftspflichten vollständig daneben gestellt. Das war rechtsstaatlich sehr naheliegend. Das könnte man in den Gesetzen noch einmal deutlicher machen. Ich bin mir - - Die Vertraulichkeitsregeln sind nicht gesetzlich geregelt. Das heißt, es gibt Verwaltungsvorschriften. Die Nachrichtendienste haben enorme Interessen daran, dass die Regeln zur Vertraulichkeit nicht verobjektiviert werden und nicht vom Parlament angeschaut werden. Ich kann nicht kontrollieren, ob das nun aus Eigeninteresse ist oder aus Sachgründen, ich finde nur: Die Vertraulichkeit ist ein Punkt, der irgendwann auch vom Parlament genau angeschaut werden müsste. Damit meine ich nicht, dass alles offengelegt werden muss.

Auf Bundesebene bin ich der Auffassung, dass die G 10-Kommission nicht mehr zeitgemäß ist. Sie kommt aus einer Zeit, in der die Nachrichtendienste ein völlig anders Arbeitsaufkommen hatten als heute. Sie kommen mit dem

ehrenamtlichen Gremium in meinen Augen nicht zurecht. Es kann die grundrechtsschützende Funktion nicht wahrnehmen. Wir brauchen es auch nicht mehr, weil die Bedeutung von 10 Absatz 2 GG vom Bundesverfassungsgericht ausgehöhlt wurde. Sie sehen, dass wir im strafrechtlichen Bereich, beim Strafprozessrecht fast identische verdeckte Informationsermittlungsbefugnisse geben und wir da mit einem reinen Richtervorbehalt auskommen und deswegen den Rückgriff auf 10, 2 GG nicht brauchen. Deswegen glaube ich, dass wir ihn hier auch nicht brauchen. Ich kann die Tätigkeit der G 10-Kommission auf Landesebene nicht abschätzen. [...]

Eine immer zu diskutierende Möglichkeit ist die Stärkung des Grundrechtsschutzes durch einen institutionellen Bürgerbeauftragten oder irgendjemanden, der verdeckt in die Akten reinschauen darf. [...]

Bei der Mitteilungspflicht auf Bundesebene besteht das Problem, dass die endgültige Mitteilung ohne richterliche Beteiligung endgültig zurückgestellt werden kann. Das ist nicht rechtsstaatsgemäß. [...] Das wäre ein Verbesserungsvorschlag, dass Sie da noch mal jemand Unabhängiges einsetzen. Der muss ja nicht offen arbeiten. [...]

Der Bund hat jetzt, vor ein, eineinhalb Jahren die Möglichkeit geschaffen, gemeinsame Verfassungsschutzbehörden zu errichten. Bei Berlin-Brandenburg liegt natürlich die Frage nahe, ob sie eine gemeinsame Verfassungsschutzbehörde einrichten sollen. [...]

Dann hat der Bund infolge des NSU seine Befugnis des BfV nicht unerheblich erweitert. [...] In meinen Augen läge es nahe, dass Sie eine eigene Informationssammlung anlegen, von Ihrer Landesbehörde Informationen sammeln, wie diese neue Zusammenarbeit läuft, damit Sie, wenn es in vier oder fünf Jahre zu der Frage geht: Hat sich diese Reform bewährt oder nicht?, mit eigenen Daten und nicht nur mit Daten des Bundesamtes für Verfassungsschutz in die Diskussion kommen.“⁴⁰

Wolff erklärte auf die Nachfrage, wie die Befugnisse des parlamentarischen Kontrollgremiums gestärkt werden könnten:

„[...] Ich bin der Auffassung, dass die parlamentarische Kontrolle selektiv ist, dass die Parlamentarier sich aussuchen dürfen, wo sie kontrollieren und wann sie kontrollieren und wie tief. Wenn Sie das zugrunde legen, dann würde das parlamentarische Kontrollgremium keine flächendeckende Kontrolle machen, sondern Sie bräuchten die Befugnisse, wann immer Sie wollen, so tief, wie Sie wollen gewisse Fragen sich anzusehen. [...]“⁴¹

⁴⁰ Protokoll der 2. öffentlichen Sitzung vom 09.09.2016, S. 45-48.

⁴¹ Protokoll der 2. öffentlichen Sitzung vom 09.09.2016, S. 73f.

Er erläuterte auf Nachfrage, dass die Regelung, dass für eine Befragung von Mitarbeitern durch die PKK das Einverständnis der Regierung erforderlich sei, geändert werden könne.⁴²

Wegen weiterer Einzelheiten wird auf die von den Sachverständigen schriftlich angefertigte Beantwortung der Beweisfrage verwiesen.⁴³

⁴² Protokoll der 2. öffentlichen Sitzung vom 09.09.2016, S. 57.

⁴³ Die schriftliche Stellungnahme des Sachverständigen Wolff liegt diesem Bericht als Anlage bei.

1.2. Zweiter Komplex: Das V-Mann-Wesen in Brandenburg von 1990 bis heute: Rechtliche Grundlagen, praktische Handhabung und Spannungsfelder

Der Sachverständige **Wolff** führte aus, abzugrenzen seien die Begrifflichkeiten „verdeckter Ermittler“, „V-Leute“ und „Informanten“. V-Leute seien geheime, der jeweiligen Behörde nicht angehörende Personen, die gegen Bezahlung mit den Sicherheitsbehörden zusammenarbeiteten und in der Regel wegen ihrer Zugehörigkeit zu dem Beobachtungsobjekt geheim berichteten. Sie seien keine Angestellten des Staates. Verdeckte Ermittler hingegen seien Angestellte des Staates, die unter einer Legende ermittelten. Informanten seien Personen aus der Szene, die nur im Einzelfall Informationen für Geld gäben. Darüber hinaus bestünden zwischen ihnen und den staatlichen Stellen - anders als bei den V-Leuten - keine vertraglichen Bindungen und keine verbindlichen Zusagen.

1.2.1. Rechtlicher Rahmen

Wolff führte aus, das Institut der V-Leute bestehe nicht nur im Bereich des Verfassungsschutzes sondern auch im Polizeirecht und, allerdings weniger von Relevanz, im Bereich der Strafverfolgung. Es gebe keine einheitlichen Regelungen zum Einsatz dieser Personen, vielmehr seien die Teilbereiche, für die die staatlichen Sicherheitsbehörden zuständig seien, jeweils speziell geregelt.

Wolff erläuterte:

„Also wir müssen wirklich vorsichtig sein mit diesem Verhältnis von Polizei und Verfassungsschutzbehörden. Auch die Polizei hat V-Leute. Das, was ‚Piatto‘ gesagt hat und was nicht weitergegeben worden wäre, hätte auch von einem V-Mann der Polizei ermittelt werden können - sowohl die Strafverfolgungsfrage als auch die Polizeifrage -, weil es sowohl die künftige Abwehr erheblicher Gefahren gewesen wäre als auch die Strafverfolgung. Das heißt, die Aussage von ‚Piatto‘ wäre auch für einen V-Mann von Polizei und Strafverfolgung möglich gewesen, sie hatten ihn nur nicht. Aber Sie würden daran, wenn es - - nichts ändern, dass die gesetzlichen Vorschriften in Brandenburg diesen Informationsfluss gelassen hätten. Wenn Brandenburg die Verfassungsschutzbehörde abstellt, ist es im Bereich von Strafverfolgung und von Gefahrenabwehr marginal, weil dann die Polizei einschreitet und die Strafverfolgungsbehörde. Da haben Sie auf Landesebene ganz ähnliche Vorschriften.“

Der einzige Bereich, der unterbelichtet bleibt, ist der Verfassungsschutz außerhalb des illegalen Bereiches. Die legalen verfassungsfeindlichen

Bestrebungen werden dann nicht mehr bekämpft in Brandenburg, wenn Sie die Verfassungsschutzbehörde abbauen. Darüber kann man diskutieren, aber das ist der einzige Bereich, der Schaden nimmt. Der Bund wird es auf keinen Fall machen, weil der Bund auf Verfassungsschutzebene eine völlig andere Kompetenzlage hat als auf Polizeiebene. Deswegen wird er einen Teufel tun, den Verfassungsschutz auf Bundesebene abzuschaffen. Wenn Sie dem Bund über den Bundesrat Kompetenzen im Polizeibereich geben, dann wird sofort die Kompetenz vom Bundesamt für Verfassungsschutz zurückgeschraubt, weil er die nicht mehr braucht, weil er die über die Polizeibehörden hat.

Der Verlust bei der normalen Gefahrenabwehr, Terrorbekämpfung, Strafverfolgung für ein Land ist, wenn die ihre Landesämter - - relativ gering. Der einzige Verlust ist, dass sie jetzt ein zusätzliches Standbein verlieren, und wir sagen, Terrorabwehr ist so gefährlich, dass es gut ist, wenn wir von verschiedenen Ansätzen aus probieren. Aber das Land könnte es auch ohne Verfassungsschutz. Beim Bund ist es anders.“⁴⁴

1.2.1.1. Regelungsstruktur in Brandenburg

In Brandenburg seien die nachrichtendienstliche Zulässigkeit des Einsatzes von V-Leuten in den §§ 6, 7 BbgVerfSchG geregelt.⁴⁵ Einzelregelungen seien in Verwaltungsvorschriften niedergelegt, die nicht öffentlich zugänglich seien und die auch er nicht eingesehen habe.

Dies entspreche nach **Wolff** der klassischen Ausgestaltung der Regelungen zum V-Mann-Einsatz. Es bestehe bundesweit allerdings die allgemeine Entwicklung, die Rechtsgrundlagen für den Einsatz von V-Leuten aus dem Bereich der Verwaltungsvorschriften auf die Ebene des formellen Gesetzes zu erheben, wie etwa im Rahmen der Änderung des Bundesverfassungsschutzgesetzes.

1.2.1.2. Regelungsbedarf und bestehende Regelung

Die Sachverständigen erörterten allgemein, welche Punkte grundsätzlich der Regelung bedürften.

Regelungsbedarf sehen die Sachverständigen weitestgehend übereinstimmend insbesondere zu folgenden Punkten: Zum einen sollten die persönlichen Voraussetzungen eines V-Mannes gesetzlich geregelt werden. Es müsse vor allem

⁴⁴ Protokoll der 3. öffentlichen Sitzung vom 14.10.2016, S. 93.

⁴⁵ Vor dem Inkrafttreten des Gesetzes im Jahr 1993 gab es in Brandenburg keine gesetzlichen Regelungen zum Einsatz von V-Personen.

geklärt werden, ob auch Personen, die bereits wegen einer erheblichen Straftat verurteilt worden seien, eingesetzt werden dürfen.

Weiter solle es Regelungen zur Straffälligkeit von Vertrauensleuten während der Zeit ihrer Verpflichtung geben. Hierbei könne zwischen der Strafbarkeit von szenetypischen Straftaten und schweren, gegen Individualgüter gerichteten Straftaten unterschieden werden.

Weiter müsse geregelt werden, wer über den Einsatz der V-Leute entscheiden und wie dieser ausgestaltet werden solle. Insbesondere bedürfe es einer Regelung zum Schutz des absoluten Persönlichkeitskerns. Sinnvoll seien Regelungen zum Verhältnis des V-Mannes zum Führungsbeamten, beispielsweise eine Rotation. Weiter könne die Abberufungsmöglichkeit sowie eine zeitliche Befristung geregelt werden. Regelungsbedarf bestehe auch bei der Frage, ob eine Dokumentationspflicht oder eine Mitteilungspflicht nach Beendigung der Maßnahme vorzusehen sei. Schließlich seien Regelungen zur Koordinierung von V-Männern verschiedener Dienste sinnvoll.

Zu den bestehenden Regelungen in Brandenburg erklärte **Wolff**, dass das Brandenburgische Verfassungsschutzgesetz in § 6 Abs. 3 die Frage regele, wer als V-Mann angeworben werden dürfe. Minderjährige seien ausdrücklich ausgeschlossen. Inhaber von Vertrauensberufen ebenfalls. Nicht gesetzlich geregelt sei allerdings die Frage, ob auch Straftäter angeworben werden dürften.

Nach § 6 Abs. 7 BbgVerfSchG dürften beim Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel keine Straftaten begangen werden, wobei die abschließende Aufzählung der Straftatbestände, die verwirklicht werden dürfen, in einer Dienstvorschrift nach Vorlage in der Parlamentarischen Kontrollkommission erfolge. Eine entsprechende Dienstvorschrift existiert jedoch nicht.

Nicht (gesetzlich) geregelt seien in Brandenburg ansonsten das Verhältnis zwischen Vertrauensleuten und Führungsbeamten, die Frage der Abberufungspflicht bei Begehung unzulässiger Straftaten, die Frage der zeitlichen Befristung der Inpflichtnahme, die Dokumentationspflicht sowie eine Kernbereichsregelung.

Die Kontrolle der Führung der V-Männer erfolge durch die ministerialinterne Weisungsbefugnis und Dienstaufsicht.

1.2.2. Quellenschutz

Der Sachverständige **Wolff** führte aus, dass der Quellenschutz für die Verfassungsschutzbehörden eine hohe Bedeutung habe.

Insbesondere bei gerichtlichen Verfahren überwiege für den Verfassungsschutz das Interesse an der Geheimhaltung der Quelle.

„Das ist den Verfassungsschutzbehörden völlig egal, einen Prozess zu verlieren, weil sie sagen: Die Quelle ist uns hunderttausendmal wichtiger. [...] denn da geht es nicht um ihre Aufgabe, da müssen sie nichts aufklären - keine Gefahrenabwehr - da haben sie kein eigenes Interesse, deswegen verlieren sie da gern.“⁴⁶

Gegenüber anderen Verfassungsschutzbehörden, mit Einschränkungen auch an die Polizei, würden Informationen deutlich großzügiger weitergegeben. Das Vertrauen zwischen den Verfassungsschutzbehörden sei gut.

„Man gibt gerne weiter, weil man darauf vertraut, dass die anderen Verfassungsschutzbehörden das auch ernst nehmen, den Quellenschutz, und die Informationen nicht weitergeben, ohne rückzufragen. [...] Jemand, der innerhalb der Verfassungsschutzfamilie von jemand anderem eine Information bekommt, gibt sie nicht weiter, ohne nachgefragt zu haben. Die Weitergabe an die Polizei ist nicht ganz so schlimm wie die Weitergabe an die Gerichte, aber sie ist was deutlich anderes als die Weitergabe an eine Verfassungsschutzbehörde.“⁴⁷

Lange führte in diesem Zusammenhang aus, dass beim Bundesamt für Verfassungsschutz eine Datei aufgebaut werde, in der V-Leute geführt werden. Diese Koordinierung solle gewährleisten, dass frühzeitig erkannt werden könne, wenn zu viele V-Männer in einer Organisation tätig werden. Darüber hinaus solle sie jeder Verfassungsschutzbehörde auch auf Landesebene ermöglichen, im Rahmen eines internen Controlling-Verfahrens rechtzeitig Kenntnis zu erlangen, wenn sich V-Leute in einer Organisation überproportional bündelten.

⁴⁶ Protokoll der 3. öffentlichen Sitzung vom 14.10.2016, S. 42.

⁴⁷ Protokoll der 3. öffentlichen Sitzung vom 14.10.2016, S. 43.

Alleweldt wies darauf hin, dass eine Einschränkung des Quellenschutzes schon aus den Grundrechten wegen der Schutzpflichten des Staates zur Verhinderung von schweren Gewalttaten bestehe.

1.2.3. Die rechtspolitische Bewertung des Einsatzes von V-Leuten

Die Sachverständigen legten dar, dass das „Für und Wider“ des Einsatzes von V-Leuten einen der Kernpunkte der durch das Bekanntwerden des NSU angestoßenen Debatte bilde. **Alleweldt** wies darauf hin, dass Thüringen aus der NSU-Affäre den Schluss gezogen habe, auf den Einsatz von V-Leuten weitestgehend zu verzichten.

Es gebe nach **Wolff** aus wissenschaftlicher Sicht kein eindeutiges Ergebnis für oder gegen den Einsatz von V-Leuten. Es bleibe

„dem demokratischen Gesetzgeber überlassen, ob und unter welchen Bedingungen er ihn einsetzt.“⁴⁸

Sollte Brandenburg selbst keine V-Leute einsetzen wollen, gebe es die Möglichkeit,

„dem Bundesamt zu gestatten, auf Ihrem Gebiet Leute anzuwerben; das Bundesamt hat ja Interesse, anzuwerben.“⁴⁹

Lange stellte dar, dass neben dem V-Mann Einsatz auch die Möglichkeit des Einsatzes von verdeckten Ermittlern, von technischer Überwachung oder der Information aus allgemein zugänglichen Quellen bestünden. Diese Möglichkeiten würden allerdings an Grenzen der Praktikabilität stoßen bzw. selbst erhebliche Grundrechteingriffe mit sich bringen:

„[Die Konzentration auf offene Quellen bedeutet] die Analyse von Parteiprogrammen, von Diskussionspapieren, die Mitglieder der Organisation geschrieben haben, von Vorträgen, Reden, die sie halten. Ich denke, das sind alles wichtige Quellen zur Beurteilung. Aber die Frage, die es eben schwierig macht, gerade immer auch wieder vor dem Hintergrund, was wir mit NSU und mit vielen anderen Organisationen erleben, auch vor dem Hintergrund des islamistischen Terrorismus: Was ist, wenn aber selbst bei solchen Programmen, Reden usw. die tatsächlichen Ziele verschwiegen oder beschönigt werden? [...] Und dann ist man eben genau mit dieser Frage sozusagen verbunden, ob ein Verfassungsschutz in einem demokratischen Rechtsstaat dieses Recht hat, verdeckt Informationen einzubeziehen. Wenn man das verneint, könnte man natürlich sagen: Okay, dann kann es eigentlich auch durch ein

⁴⁸ Protokoll der 3. öffentlichen Sitzung vom 14.10.2016, S. 40.

⁴⁹ Protokoll der 3. öffentlichen Sitzung vom 14.10.2016, S. 98.

wissenschaftliches Forschungsinstitut geleistet werden, mit solchen offenen Quellen zu arbeiten. [...] Wenn man allerdings zu dem Ergebnis kommt, dass das nicht reicht, dann muss man sich gerade mit diesen verdeckten Quellen - und da bilden die V-Leute auch ein sehr wichtiges Instrumentarium - intensiv beschäftigen.

Die Möglichkeit, die ich ja auch angesprochen hatte, Informationsbeschaffung durch technische Überwachung: Da muss man ganz klarsehen: Ein ganz wesentlicher Nachteil ist hier natürlich, dass bei einer technischen Überwachung sehr viele Nichtbeteiligte betroffen sind, und das will die Gesellschaft in ihrer großen Mehrheit eigentlich in dieser Form nicht, was auch sehr gut nachvollziehbar ist.

Noch mal der Form halber sozusagen zu dem verdeckten Ermittler [...] Ich glaube, in der Praxis zeigt sich dann schnell, dass das ein Instrument ist, was sich vielleicht für spannende Krimis eignet [...] aber ein Beamter, der einmal längere Zeit in einer Organisation verdeckt tätig ist, ist für längere Zeit oder sogar für immer ‚verbrannt‘“⁵⁰

Für die Zulässigkeit von Vertrauensleuten gerade im Bereich des Verfassungsschutzes spreche nach **Wolff**, dass es diesem prinzipiell nicht um Einzeltäter gehe, sondern um die Entwicklung einer Bestrebung. Die Annahme lege nahe, dass sich diese besonders gut durch den dauerhaften Einsatz von Personen aus der Szene aufklären lasse. Wissenschaftlich sei dies allerdings schwer zu beurteilen; die Dienste jedenfalls hielten sie offensichtlich für notwendig. Zudem handele es sich bei der Bekämpfung von verfassungsfeindlichen Bestrebungen um einen Zweck, der den Einsatz von Mitteln, die auch Bedenken hervorrufen, rechtfertigen könne.

Bedenken ergäben sich hingegen aufgrund der zweifelhaften Zuverlässigkeit der V-Leute. Es bestehe auch die Gefahr, dass der Staat die verfassungsfeindlichen Bestrebungen über die V-Leute selbst steuere. Insbesondere bestehe hierbei die Möglichkeit, dass der V-Mann-Führer die V-Leute dazu anleite, ihre Stellung in einer Organisation noch weiter zu vertiefen oder gar bestimmte Taten zu begehen. Über die finanziellen Zuwendungen bestehe auch die Gefahr, Interesse bei den V-Leuten zu erwecken, bei der verfassungsfeindlichen Organisation zu verbleiben. Es gebe auch immer wieder Berichte darüber, dass die Vertrauensleute die geleisteten Zahlungen zur Finanzierung von verfassungsfeindlichen Aktivitäten verwenden würden, wobei der Sachverständige darauf hinweist, dass die geflossenen Beträge geringer sein dürften

⁵⁰ Protokoll der 3. öffentlichen Sitzung vom 14.10.2016, S. 56f.

als allgemein angenommen. Im Übrigen „paktiere“ der Staat mit Personen, die sich nicht von verfassungsfeindlichen Bestrebungen lossagten.

Lange führte aus:

„Der typische V-Mann ist ein Überzeugungstäter, der von der Ideologie beispielsweise überzeugt ist. Also, es ist nicht jemand, der jetzt in seine Organisation geht und sagt: Ich tue jetzt mal so, als ob ich irgendwie dazugehöre, weil ich irgendwie als V-Person tätig sein will. - Sondern das sind Leute, die zutiefst da drin eingebunden sind, und dann gibt es irgendeinen biografischen Grund, warum sie plötzlich bereit sind, mit den Verfassungsschutzbehörden zusammenzuarbeiten. Erstaunlicherweise spielt Geld immer eine große Rolle; man ist in irgendeiner Finanzklemme und sieht hier eine Möglichkeit, für ein paar Informationen, die man mal gibt, Geld zu bekommen. [...] Das heißt, wenn er ein Neonazi ist, ist er auch weiterhin ein Neonazi, und er liefert aus Geldgründen - was auch immer - Informationen.“⁵¹

Alleweldt sagte:

„Wenn es um gewalttätige oder terroristische Gruppierungen geht, dann sind das immer Straftäter, die man dann praktisch anwirbt. Von diesen Straftätern will man Informationen bekommen. Und das ist für den Rechtsstaat nicht der geborene Kooperationspartner.“⁵²

Wolff erläuterte: Der Fall des ehemaligen Neonazis Carsten Szczepanski alias „Piatto“, der als V-Mann für den brandenburgischen Verfassungsschutz tätig gewesen sei, mache in besonderer Weise die Zweiseitigkeit des Einsatzes von V-Leuten deutlich. Der brandenburgische V-Mann sei wegen eines rechtsextremistisch motivierten Mordversuchs straffällig gewesen. Er habe durch seine Tätigkeit eine Mobilität und Privilegien genossen, in deren Genuss er ohne die Stellung als V-Mann nicht gekommen wäre. Nach Darstellung des Verfassungsschutzes habe es sich zwar um eine sehr aufschlussreiche Quelle gehandelt, die einen „Quantensprung“ an Informationen hervorgebracht habe. Er habe Informationen zum NSU geliefert. Diese seien allerdings nicht effektiv genutzt worden.

1.2.4. Verbesserungsvorschläge

Wolff sprach sich für eine Überarbeitung der Übermittlungsverbote aus und plädierte auch für eine stärkere interne Kontrolle hinsichtlich der Weitergaberegelungen.

⁵¹ Protokoll der 3. öffentlichen Sitzung vom 14.10.2016, S. 70.

⁵² Protokoll der 2. öffentlichen Sitzung vom 09.09.2016, S. 51.

Insbesondere sollte intern überprüft werden, ob die Möglichkeiten der Weitergabe erschöpft würden.

Weiter sprach er sich dafür aus, dass die Grenzen der Zusammenarbeit mit Personen, die im verfassungsfeindlichen Bestreben tätig sind, auf gesetzlicher Ebene und nicht lediglich durch eine Verwaltungsvorschrift geregelt würden. Diese Entscheidung sei vom Parlament und nicht von den Behörden zu treffen. Gleiches gelte für die Abwägung zwischen den Belangen der Strafverfolgung, der Gefahrenabwehr und dem Quellenschutz. Schließlich seien die vom Bundesverfassungsgericht im Urteil zum „BKA-Gesetz“⁵³ aufgestellten Vorgaben für verdeckte Ermittler auch beim Einsatz von V-Leuten zu beachten (insbesondere Regelungen zur Zuständigkeit und zum Kernbereichsschutz).

Wegen weiterer Einzelheiten wird auf die von den Sachverständigen schriftlich angefertigte Beantwortung der Beweisfrage⁵⁴ verwiesen.

⁵³ BVerfG, Urteil vom 20.04.2016 - 1 BvR 966/09, 1 BvR 1140/09.

⁵⁴ Die schriftliche Stellungnahme zum Beweisbeschluss liegt diesem Bericht als Anlage bei.

1.3. Dritter Komplex: „Organisierte rechte Gewalt im Land Brandenburg von 1991 bis heute“

1.3.1. Die Entwicklung des Rechtsradikalismus in Brandenburg

Der Sachverständige **Dr. Gideon Botsch**⁵⁵ führte in der Anhörung vom 18.11.2016 aus, dass sich im Laufe der 1990er Jahre aus einer bereits bestehenden diffusen rechten „Skinhead-Subkultur“ der späten DDR eine rechtsextreme politische Bewegung entwickelt habe. Einen entscheidenden neuen Impuls habe die Szene seit 1990 durch organisierte Neonazis aus der alten Bundesrepublik, etwa die „Deutsche Alternative“ und die „Nationalistische Front“, erhalten.

Der Sachverständige **Prof. Dr. Hajo Funke**⁵⁶ sah die gewalttätigen rechtsextremen Strukturen in Brandenburg nach 1990 als Resultat prekärer gesellschaftlicher, ökonomisch-sozialer und politisch-kultureller Prozesse infolge der Umbruchphase nach der Wende.

1.3.1.1. Die Entwicklung rechtsextremer organisierter Gewalttaten in Brandenburg

Botsch legte die Entwicklung der rechtsextremen Gewalttaten in Brandenburg dar. Der Zeitraum 1991-2011 lasse sich in fünf Abschnitte unterteilen.

Die Jahre 1991 bis 1992 seien durch eine rechtsextreme Gewaltwelle geprägt, die sowohl von spontaner als auch organisierter Gewalt gezeichnet sei.

Zwischen 1993 und 1995 sei ein Rückgang rassistischer und rechtsextremer Gewalttaten zu verzeichnen. Dies stehe im Zusammenhang mit der Auflösung von Organisationen, die durch Verbote und andere repressive Maßnahmen erzwungen worden sei.

In den Jahren 1996 bis 1999 seien wiederum neue Strukturen und Netzwerke aufgebaut worden, einhergehend mit einer ideologischen und sachlichen Vorbereitung

⁵⁵ Politikwissenschaftler, Leiter der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle Antisemitismus und Rechtsextremismus (EJGF) am Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien (MMZ), außerplanmäßiger Professor an der Universität Potsdam.

⁵⁶ Politikwissenschaftler, Professor an der Freien Universität Berlin im Ruhestand.

auf schwere und auch terroristische Gewalttaten. Der Sachverständige bezeichnet diese Phase als „prototerroristische Latenzphase“.⁵⁷

Die Jahre 2000 bis ca. 2007 seien sodann durch einen hohen Stand politisch motivierter rechter Gewalttaten, begleitet von terroristischen oder zumindest „prototerroristischen“ Aktivitäten, gekennzeichnet.

Für die Jahre 2008 bis 2011 sei ein relativ geringes Gewaltaufkommen, vor allem im Kontext der NPD und Jungen Nationaldemokraten oder regional, insbesondere auf den Südosten des Landes begrenzt, zu verzeichnen.

„[...] ab 1996 gelang den Akteuren im rechtsextremen Lager nach und nach eine organisatorische und politische Regeneration. Deren Bedingungen müssen uns in besonderem Maße beschäftigen; denn mit Abschluss dieser Phase entstand um die Wende zu den 2000ern eine brandgefährliche Situation, in der auch unser Bundesland sich hart am Rande des Rechtsterrorismus befand.

Ich darf hier nur auf die prototerroristischen und terroristischen Aktivitäten von Gruppen wie den ‚Nationalrevolutionären Zellen Königs Wusterhausen‘, der ‚Nationalen Bewegung Potsdam‘, [...] das [...] ‚Freikorps Havelland‘ verweisen, aber zudem auch an die teils engen Verbindungen vergleichbarer auswärtiger Gruppen nach Brandenburg erinnern. Die wurden beispielsweise im Zusammenhang mit dem Plan eines Anschlags auf die Grundsteinlegung der Münchner Synagoge 2003 offenbar.

Noch bis Mitte der 2000er-Jahre waren erhebliche besorgniserregende Vorgänge in Brandenburg zu beobachten. In den Jahren 2003 und 2004 kam es begleitend zu den Anschlägen des ‚Freikorps Havelland‘ - der Verein ‚Opferperspektive‘ hat das gründlich dokumentiert - zu einer solchen Häufung von Übergriffen auf ausländische Imbissbuden und Gastronomiebetriebe, also nicht die Aktion des ‚Freikorps Havelland‘, dass man schon von systematischem Vorgehen sprechen kann. 2005 etwa kündigten Potsdamer Neonazis einen ‚Summer of Hate‘ an, sie verübten mehrere schwere Übergriffe auf politische Gegner oder vermeintliche politische Gegner.

Und das geschieht etwa zeitgleich mit den NSU-Morden am 9. Juni in Nürnberg an Ismail Yasar und am 15.06.2005 in München an Theodoros Boulgarides. Ich nenne diese Akte organisierter Gewalt, um Ihnen zu verdeutlichen - und viele von Ihnen werden sich daran erinnern -: Im Zeitraum der Mord- und

⁵⁷ Protokoll der 4. öffentlichen Sitzung vom 18.11.2016, S. 48.

Anschlagsserie des NSU hat es auch in Brandenburg ein erhebliches Bedrohungspotenzial gegeben, und dies blieb keineswegs latent.“⁵⁸

Der Sachverständige **Prof. Dr. Erardo Cristoforo Rautenberg**⁵⁹ ergänzte, dass die Instrumentalisierung der Zuwanderungswelle in den Jahren 1988 bis 1993 und der Diskussion um die im Mai 1993 geänderte Regelung des Grundgesetzes zum Asylrecht 1993 - auch durch organisierte Rechtsextreme aus den alten Bundesländern - zu schweren ausländerfeindlichen Gewalttaten im gesamten Bundesgebiet geführt hätten, so auch in Brandenburg. **Botsch, Rautenberg** und **Funke** wiesen auf eine stark wiederansteigende Zahl rechter Gewalttaten seit dem Jahr 2014 im Zusammenhang mit der erneuten „Flüchtlingskrise“ hin.

1.3.1.2. Organisation und Radikalisierung der extremen Rechten

Der Sachverständige **Botsch** führte aus, dass die Mobilisierungswelle der extremen Rechten, die in einem antisemitischen Brandanschlag auf die KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen im Herbst 1992 gipfelte, im selben Jahr einen Wendepunkt erlebt habe. Eine erste Verbotsstufe ab 1992, groß angelegte bundesweite Ermittlungen gegen rechte Rockbands und rechtsradikale Zeitschriften, von denen auch das Fanzine „United Skins“ von Carsten Szczepanski betroffen gewesen sei, sowie die Inhaftierung zahlreicher rechtsradikaler Gewalttäter hätten die rechtsextreme Szene in eine Krise und Umbruchsphase geführt.

„Unter diesem Druck kristallisierten sich aus der Masse der jungen Menschen, die zu Beginn der 1990er von der radikal-nationalistischen Mobilisierungswelle berührt worden waren, mit Beginn der prototerroristischen Latenzphase, also ab 1996 etwa, gesinnungsfeste Kerne rechtsextremer Aktivisten heraus, für die eben die typischen Charakteristika - jung, schwierige Situation und politische Delinquenz, Alkohol- und Drogenkonsum usw. - in der Form nicht mehr unbedingt galten.“⁶⁰

Es sei ab 1996 zu einer Verfestigung rechtsextremistischer Gesinnungskerne gekommen. Nach dem Verbot wichtiger Neonazi-Parteien hätten sich lokale Netzwerke zur örtlichen Kameradschaften verdichtet. In Brandenburg sei so die „Kameradschaft Oberhavel“ entstanden, die bereits 1997 vom Innenministerium

⁵⁸ Protokoll der 4. öffentlichen Sitzung vom 18.11.2016, S. 49.

⁵⁹ Von 1996 bis 2018 Generalstaatsanwalt des Landes Brandenburg, verstorben am 17.07.2018.

⁶⁰ Protokoll der 4. öffentlichen Sitzung vom 18.11.2016, S. 51.

verboten worden sei. Lokale Strukturen seien wiederum unter regionalen Dachstrukturen zusammengefasst worden. Es sei zu Kontaktaufnahmen zu überregionalen, teils internationalen rechtsextremen Netzwerken gekommen.

Mit dieser Vernetzung einhergegangen seien eine völkisch-neonazistische Ideologisierung, eine Radikalisierung und eine Intensivierung der Gewalt in der Form von Bewaffnung und „prototerroristischen“ Tendenzen.

Botsch erläuterte, dass sich dieser Prozess auch deutlich anhand der Rechtsrockszene zeige. Neben unmittelbar politischen Kampagnen, führte der Sachverständige aus, habe die Mobilisierung in der Skinhead-Subkultur über Rechtsrock stattgefunden. Ein herausragendes Ereignis sei hierbei das Konzert „Rock gegen Kommunismus“ Ende Mai 1992 bei Brandenburg an der Havel mit fast 1.500 Teilnehmern gewesen. Bis Mitte der 1990er Jahre sei eine breite Hörerschaft entstanden. Die zunehmenden Repressionen hätten allerdings zur Herausbildung klandestiner Strukturen geführt, in denen sich Skinheads enger und verbindlicher zusammengeschlossen hätten. Hierzu sei beispielsweise die Kameradschaft „United Skins“ um Carsten Szczepanski zu rechnen.

Eine wichtige Rolle in der Organisation der extremen Rechten und in der Verbreitung von Rechtsrock habe die deutsche Sektion des internationalen neonazistischen Netzwerks „Blood & Honour“ gespielt. In Brandenburg hätten sich zwei regionale Sektionen gebildet, die eng mit Berlin vernetzte Sektion Brandenburg, zu der auch die Potsdamer Band „Proissenheads“ gehört habe, und die im Südosten Brandenburgs aktive Sektion um die Band „Senfheads“ aus Senftenberg.

Über das Netzwerk „Blood & Honour“ sei eine engere Anbindung an tradierte Netzwerke im Kern des postfaschistischen rechtsextremen Milieus erfolgt. Auch die Kontakte Brandenburger Neonazis nach Chemnitz hätten unter anderem aus Verbindungen zum dortigen „Blood & Honour“-Netzwerk hergerührt. Dieses Netzwerk in Chemnitz habe dabei geholfen, das Leben des NSU-Trios im Untergrund zu organisieren. Die guten Beziehungen zwischen den Neonazis in Brandenburg, Sachsen und anderer Länder seien in den einschlägigen Fanzines dokumentiert.

Die Einbindung in die „Blood & Honour“-Strukturen habe auch Kontakte zu internationalen Neonazi-Netzwerken ermöglicht. Diese hätten sich in den USA,

Großbritannien oder Schweden seit längerer Zeit in Richtung Terrorismus bewegt. In diesen Ländern seien die Ideen zur Bildung kleiner, autonom agierender, auf einer Szene aufbauender Untergrund-Zellen bereits vorangeschritten gewesen. Teils sei man bereits zur Tat übergegangen. Dieses Konzept sei unter dem Label „Combat 18“ auch in Deutschland verbreitet worden. In Brandenburg sei dies durch die Zeitschriften „Der weisse Wolf“ und „United Skins“, die beide im Umfeld von Carsten Szczepanski anzusiedeln seien, erfolgt.

Uwe Menzel und Thomas Starke, ein V-Mann des Berliner LKA, und andere „Blood & Honour“-Aktivisten seien im Frühjahr 1997 in die USA gereist. Dabei seien auch Aktivisten gewesen, die in der Folge ein Unterstützernetzwerk für den NSU gebildet hätten. Durch Vorbilder in den USA angeregt sei in der Folgezeit eine Tendenz zur Militarisierung der deutschen „Blood & Honour“-Netzwerke festgestellt worden. So sei es im Sommer 2000 im Umfeld der Gruppen um Carsten Szczepanski und um Uwe Menzel aus Potsdam zu Waffen- und Sprengstofffunden durch die Polizei gekommen.

Die Einbindung in Netzwerke der Nazi-Skinheadszone sei auch mithilfe des „Deutschen Rechtsbüros“ erfolgt. Dieses habe eine Sammlung zur Rechtslage im Bereich der Rechtsrock-Szene angelegt. Damit sollte den Bemühungen der Strafverfolgungsbehörden und Jugendschutzeinrichtungen, die Verbreitung von Hassmusik einzudämmen, entgegengewirkt werden.

Um das Jahr 2000 hätten Neonazis vermehrt eine festere Anbindung an die NPD gesucht. In diesem Kontext seien die Aktivitäten des verstorbenen NPD-Funktionärs Frank Schwerdt hervorzuheben. Er habe als Netzwerker zwischen alten rechtsextremen Milieuverbindungen, NPD und dem Kameradschaftsspektrum im Berlin-Brandenburger Raum agiert. Es habe wiederholt punktuelle Verbindungen zur „Kameradschaft Jena“, zum „Thüringer Heimatschutz“ und zu dessen Aktivisten, einschließlich Uwe Mundlos, gegeben. Die NPD habe im Laufe der Zeit als Ersatzorganisation für verbotene Vereinigungen in der Neonaziszene fungiert.

1.3.1.3. Ungewisse Rolle des Verfassungsschutzes bei der Restrukturierung der rechten Szene

Gideon Botsch warf die Frage auf, ob und inwiefern der Verfassungsschutz indirekt an der Restrukturierung und Entwicklung der rechtsextremen Szene beteiligt gewesen sei:

„Gegen Ende der Latenzphase gelang es auch, die ‚Heimattreue Deutsche Jugend‘ zum funktionalen Ersatz für die verbotene ‚Wiking – Jugend‘ zu machen. Motor waren damals Kräfte aus dem Berlin-Brandenburger Raum. Maik Eminger, auf dessen Privatgelände 2011 sein Zwillingbruder André Eminger wegen des Vorwurfs der Unterstützung des NSU-Trios verhaftet wurde, gilt als einer der Brandenburger Aktivisten der HDJ. Es wäre interessant, zu wissen, ob die brandenburgische Verfassungsschutzbehörde auch in dieser Organisation oder ihrem unmittelbaren Umfeld über V-Leute verfügte. Wenn dies der Fall sein sollte, wäre ferner zu fragen, ob und in welchem Umfang sich die V-Person oder V-Personen am Auf- und Ausbau der HDJ beteiligten, denn mit der HDJ gelang es dem neonazistischen Lager, die empfindliche Lücke zu schließen, die durch das Verbot der ‚Wiking-Jugend‘ 1994 gerissen worden war.

Ich stelle diese Frage auch vor dem Hintergrund von Beobachtungen, die im Bereich des polizeilichen Staatsschutzes während der Restrukturierungsphase des rechtsextremen Lagers gemacht wurden; denn in diese entscheidende Phase fällt ja auch die Ausarbeitung eines Thesenpapiers des Bundeskriminalamts, das sich kritisch mit dem Einsatz von V-Personen der Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern auseinandersetzte. In diesem bereits auf den 3. Februar 1997 datierten Papier wird frühzeitig die Frage aufgeworfen - ich zitiere nach Dirk Laabs -, ‚ob bestimmte Aktionen oder innovative Aktivitäten dieser Quellen‘ - also der V-Leute der Verfassungsschutzämter – ‚überhaupt in der späteren Form stattgefunden hätten‘ – Zitat Ende -, nämlich, wenn diese Personen nicht für den Verfassungsschutz tätig geworden wären.“⁶¹

Der Sachverständige **Rautenberg** kritisierte, dass der Verfassungsschutz im Zeitraum von Januar 2000 bis Dezember 2004 die Produktion von rechtsextremer Musik unterstützt habe, um ihre Produktionswege aufzuklären. In diesen Zeitraum falle die Tätigkeit des V-Manns Toni S. des Brandenburger Verfassungsschutzes, der den

⁶¹ Protokoll der 4. öffentlichen Sitzung vom 18.11.2016, S. 55.

Auftrag gehabt habe, Informationen über die Produktion der volksverhetzenden CD „Noten des Hasses“ der Gruppe „White Aryan Rebels“ zu sammeln.

Auch die Rolle des Verfassungsschutzes im Verhältnis zu der sogenannten „Nationalen Bewegung“ sei für ihn aufklärungsbedürftig. Im Januar 2001 sei ein Brandanschlag auf die Trauerhalle des Jüdischen Friedhofs in Potsdam verübt worden. Es habe ein wie zuvor schon bei anderen Straftaten mit „Die Nationale Bewegung“ unterzeichnetes Bekennerschreiben gegeben. Ein durch die Generalbundesanwaltschaft durchgeführtes Verfahren habe nicht zur Ermittlung der Täter geführt. Nach diesem Brandanschlag sei die „Nationale Bewegung“ nicht mehr in Erscheinung getreten. **Rautenberg** äußerte Zweifel daran, ob es die Vereinigung „Nationale Bewegung“ tatsächlich je gegeben habe.

1.3.2. Wahrnehmung von Rechtsradikalismus und Einbindung der Zivilgesellschaft zur Bekämpfung desselben

1.3.2.1. Wahrnehmung und Engagement in der Bevölkerung

Botsch warf ein Schlaglicht auf die Wahrnehmung des Phänomens Rechtsradikalismus durch eine Auswahl von engagierten Akteuren, Journalisten und Wissenschaftlern, die ihre Erkenntnisse durch offen zugängliche Quellen, fernab von der Lageeinschätzung durch Polizei und Verfassungsschutz, bezogen hätten.

Botsch ging insbesondere auch auf die Bedeutung sogenannter „antifaschistischer Recherchenetzwerke“ und speziell auf ein 1996 erschienenes Buch unter dem Titel „Drahtzieher im braunen Netz - Ein aktueller Überblick über den Neonazi-Untergrund in Deutschland und Österreich – Ein Handbuch des antifaschistischen Autorenkollektivs“ ein, in dem vor terroristischen Neonazi-Aktionen und organisierten Ansätzen zum Aufbau einer Terrorstruktur gewarnt worden sei. Im Land Brandenburg habe ein unregelmäßig erscheinendes Zirkular „Hinter den Kulissen“ auf rechtsextreme Zirkel und Netzwerke aufmerksam gemacht, die sich im weiteren Verlauf auch als bedeutsam erwiesen hätten.

Ähnlich habe beispielsweise Bernd Wagner im Rahmen des „Bulletin – Schriftenreihe des Zentrums für demokratische Kultur“ die Entstehung einer gewalttätigen rechtsextremen Alltagskultur in den neuen Bundesländern, die den Hintergrund für

terroristische und „prototerroristische“ Gewalttaten bilde, analysiert. Seine Analysen habe er oft aus Erfahrungen in den Kommunen des Landes Brandenburg abgeleitet.

1998 sei die zivilgesellschaftliche Initiative „Opferperspektive e. V.“ gegründet worden. Diese habe auf rechtsextreme Gewalttaten und vor allem auf deren Opfer im Land Brandenburg aufmerksam gemacht.

Der Rechtsextremismus in Brandenburg habe auch Aufmerksamkeit von Journalisten bekommen. Die Journalisten Frank Jansen und Heike Kleffner hätten nach ausgiebiger Recherchearbeit zu Tötungsdelikten und anderen schweren Gewalttaten im Jahr 2000 eine „Liste über Todesopfer rechter und rassistischer Gewalt“ veröffentlicht. Taten aus dem Land Brandenburg hätten aufgrund der Opferzahlen eine herausgehobene Stellung eingenommen.

Botsch führte aus, die politikwissenschaftliche Rechtsextremismusforschung hingegen habe die Brisanz des Themenfeldes offenbar systematisch unterschätzt. Man hätte bei der Auswertung von Primärmaterial die Symbolwelt, die sich in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre in der Musikszene mit Motiven wie Sprengstoff, Pistolen mit Schalldämpfern und Handgranaten gezeigt habe, ernster nehmen und auswerten sollen.

1.3.2.2. Wahrnehmung und Reaktionen staatlicher Stellen

Rautenberg führte aus, seitens der Politik habe zunächst die Sorge um einen „Imageverlust“ des neuen Bundeslandes bestanden. Er führte aus, dass sich die Haltung der Politik mit dem 1997 gegründeten „Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ und dem 1998 beschlossenen Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ geändert habe. Brandenburg habe damit als erstes Bundesland eingeräumt, ein Problem mit rassistischer und fremdenfeindlicher Gewalt zu haben und zivilgesellschaftliche Gruppen zur Bekämpfung miteinbezogen. **Botsch** erklärte vor dem Untersuchungsausschuss, erste Verbote seien - nach der bundesweiten Verbotswelle im Jahr 1992 - durch das Innenministerium des Landes Brandenburg im Jahr 1995 erfolgt.

Nach Einschätzung des Sachverständigen **Rautenberg** hätten Polizei und Justiz in Brandenburg Anfang der 1990er Jahre das Phänomen „Rechtsradikalismus“ zunächst unterschätzt, weil sie sich noch in einer Umbruch- und Aufbauphase befunden hätten.

Als Generalstaatsanwalt habe er ab 1998 eine Liste von Gewaltstraftaten zum Nachteil von Personen aus rechtsextremistischer, rassistischer, fremdenfeindlicher oder antisemitischer Motivation eingeführt, um den Verfahrensablauf zu überwachen, den Druck gegen Wiederholungstäter zu erhöhen, möglicherweise Hinweise auf Organisationsstrukturen zu erhalten und eine wissenschaftliche Auswertung zu ermöglichen.

Im Dezember 2003 sei die Neufassung des § 129 a des Strafgesetzbuchs (StGB) erfolgt, nach der unter bestimmten Voraussetzungen auch Brandstiftungen als Straftaten einer terroristischen Vereinigung anzusehen seien. Zuvor seien weder der Generalbundesanwalt noch das brandenburgische Innenministerium bei Straftaten rechter Gruppierungen vom Bestehen terroristischer Vereinigungen ausgegangen. Verurteilt worden seien im Jahr 2005 wegen der Bildung einer terroristischen Vereinigung 11 Angeklagte der Gruppe „Freikorps Havelland“ im Zusammenhang mit den von ihnen begangenen Brandstiftungen. Der Sachverständige führte aus, dass eine gewisse Organisationsstruktur Voraussetzung für die Annahme einer terroristischen Vereinigung sei. Diese bestünde bei rechtsextremen Taten vielfach nicht, da es sich eher um „situative Straftaten“ handele.

Zu der Frage, inwieweit der Waffenbesitz Anlass für eine ernsthafte Besorgnis gegeben habe oder als szenetypisch hingenommen wurde, äußerte sich der ehemalige Generalstaatsanwalt **Rautenberg** dahingehend, dass er in den 1990er Jahren die Bedrohungslage in Brandenburg zumindest nicht so eingeschätzt habe, dass es eine reale Gefahr von gegen Personen gerichteten rechtem Terrorismus gegeben habe. Zwar sei es Anfang der 1990er Jahre zu offenen Gewalttaten gegen Personen gekommen. Zumindest jedoch nach der Formierung von Widerstand gegen Taten rassistischer Gewalt in der Zivilgesellschaft habe er damals - trotz entsprechender Texte etwa in der rechten Rockmusikszene, die auf einen Einsatz von Waffen gegen Personen hindeuteten - keine ernsthafte Gefahr gesehen, dass planmäßig „Leute liquidiert würden“.

Botsch sagte, es könne angenommen werden, dass der Verfassungsschutz auf Grundlage nachrichtendienstlich gewonnener Informationen durchaus von einer Gefährdungslage ausgegangen sei.

Der Zeuge **Gordian Meyer-Plath** schilderte dem Untersuchungsausschuss die Zugangslage im Bereich Rechtsextremismus. Er kam im April 1994 zum Verfassungsschutz in Brandenburg und wurde dort bis zum Dezember 1996 zunächst als Referent in der Auswertung eingesetzt. Die Informationszugänge des Verfassungsschutzes zum Beginn seiner Tätigkeit schätzte Meyer-Plath als „quantitativ und auch qualitativ stark verbesserungswürdig“ ein.

„Natürlich waren wir angebunden an den Informationsfluss der Polizei im Staatsschutzbereich und natürlich auch an den Verfassungsschutzverbund. Uns erreichten also Meldungen etwa des Bundesamtes für Verfassungsschutz und unserer Partnerbehörden, insbesondere der von Berlin, mit der uns ja sehr viele überlappende Extremismusalagen im Bereich Rechtsextremismus beschäftigten.“⁶²

Zudem sei die Presseauswertung wichtig gewesen. „Zugangslagen von menschlichen Quellen“ seien anfangs „wirklich noch sehr rudimentär und auch sehr stark eben auf die Quellenmeldungen anderer Behörden beschränkt“ gewesen.

„Also, ich habe jetzt keine genaue Erinnerung mehr daran, ob es da überhaupt schon Quellen gab. Es könnte sein, dass es damals bereits Quellen in der Phase der Übergabe des Bundesamtes für Verfassungsschutz an die Brandenburger Verfassungsschutzbehörde gab, weil ja auch [...] die Gesetzeslage es lange gar nicht erlaubte, solche nachrichtendienstlichen Mittel überhaupt anzuwenden, also der Bund in diese Lücke gesprungen ist. Aber das war sicherlich eine Anzahl von Quellen im Bereich Rechtsextremismus, die zu der Phase noch an einer Hand abzuzählen war.“

Auf die Frage, was sich durch die neue Quelle „Piatto“ geändert habe, äußerte Meyer-Plath:

„Für einen Auswerter im Bereich Rechtsextremismus brach ein anderes Zeitalter an. Das waren exklusive Zugänge zu verschiedenen Szenen, zu denen „Piatto“ eben Zugang hatte, also zu dem ganzen Bereich Skinheadorganisationen, Skinheadstrukturen, zu denen er Zugang hatte. Das waren natürlich auch Informationen über die Szenen im Land, zu denen er Zugang hatte, insbesondere die im südlichen Berliner Umland. Dadurch, dass er aber auch überregional vernetzt war, kamen auch viele Informationen, die nicht nur für das regionale, sondern bundesweite Lagebild von Bedeutung

⁶² Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 64.

waren, insbesondere durch seine Kontakte zu Berliner und sächsischen Rechtsextremisten. Also, das war ein Quantensprung.“⁶³

1.3.2.3. Zusammenwirken von Staat, Wissenschaft und Zivilgesellschaft

Botsch erwähnte in seinem Vortrag auch die 2015 veröffentlichte Studie des Moses Mendelssohn Zentrums zur Überprüfung umstrittener Todesfälle rechtsextremer und rassistischer Gewalt in Brandenburg.⁶⁴ Ende 2012 wurde von der brandenburgischen Landesregierung entschieden, 24 Tötungsdelikte zu überprüfen, in denen von zivilgesellschaftlichen Initiativen oder seitens der Medien ein rechtsextremes oder rassistisches Motiv vermutet wurde, die aber bis dahin nicht in der polizeilichen Statistik erfasst waren. Neben einer internen Prüfung durch die Polizei wurde eine Studie beim Moses Mendelssohn Zentrum in Auftrag gegeben. Mit der Vergabe einer externen, unabhängigen Überprüfung beschritt das Land Brandenburg Neuland.⁶⁵ 9 der 24 strittigen Fälle wurden vom MMZ als politisch motiviert eingestuft. Diese Fälle wurden vom Land nachträglich in die Statistik der politisch motivierten Tötungsdelikte aufgenommen.

Vom Land Brandenburg sei hier, so Botsch, „auf eine wirklich beeindruckende und überzeugende Weise die Voraussetzung geschaffen worden, die Dinge wirklich anhand des Akten- und Quellenmaterials zu prüfen“. Zu den positiven Erfahrungen dieses Forschungsprojekts gehöre die Arbeit des projektbegleitenden Expertenarbeitskreises, in dem auch Vertreter zivilgesellschaftlicher Einrichtungen mitwirkten.⁶⁶

⁶³ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 65.

⁶⁴ Christoph Kopke / Gebhard Schultz: Forschungsprojekt „Überprüfung umstrittener Altfälle Todesopfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt im Land Brandenburg seit 1990“. Abschlussbericht, Potsdam 2015.

https://mik.brandenburg.de/media_fast/4055/MMZ_Abschlussbericht.pdf

⁶⁵ Inzwischen liegt für Berlin eine vergleichbare Untersuchung vor: Dorina Feldmann / Michael Kohlstruck / Max Laube / Gebhard Schultz / Helmut Tausendteufel, Klassifikation politisch rechter Tötungsdelikte – Berlin 1990 bis 2008, Berlin 2018. <http://dx.doi.org/10.14279/depositonce-6417>

⁶⁶ Am Arbeitskreis nahmen Vertreter der folgenden staatlichen und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen teil: Landeskriminalamt (Abteilung Staatsschutz); Amadeu Antonio Stiftung, Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit; Fachhochschule der Polizei; Büro der Integrationsbeauftragten des Landes; Ministerium des Innern und für Kommunales, Generalstaatsanwaltschaft; Verein Opferperspektive und demos - Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung.

In einer nach dem Abschluss des Forschungsprojekts verfassten gemeinsamen Erklärung der Mitglieder des Expertenarbeitskreises heißt es: „Durch die Diskussionen ist bei allen Beteiligten das Verständnis für die unterschiedlichen Ansätze und Bewertungen von zivilgesellschaftlichen bzw. staatlichen Einrichtungen gewachsen.“ (abgedruckt in Kopke/Schultz 2015, S. 183f).

2. Die „Nationale Bewegung“ (NaBe) – der NaBe-Komplex

2.1. Die Tatserie

In den Jahren 2000 und 2001 machte eine Gruppierung mit dem Namen „Nationale Bewegung“ (NaBe) durch eine Tatserie in der Region Potsdam auf sich aufmerksam. Bei 15 Anschlägen lagen entsprechende Bekennerschreiben vor. Insgesamt werden bis zu 21 Taten der Gruppierung zugerechnet. Die Bandbreite der Straftaten reicht dabei vom Anbringen von Hakenkreuzfahnen über Drohbriefe bis hin zu Brandanschlägen auf türkische Imbisse. Auffällig ist die antisemitische Zielrichtung bei einem erheblichen Teil der Taten. Große öffentliche Aufmerksamkeit erregte ein Brandanschlag auf die jüdische Trauerhalle in Potsdam am 08.01.2001, zu dem sich die NaBe in einem am Tatort aufgefundenen Schreiben bekannte. Bis heute sind die Taten der NaBe nicht aufgeklärt, die Täter unbekannt.

Die Taten der „Nationalen Bewegung“⁶⁷

Nr.	Datum	Tat	Ort	Bekennung
1	10.01.2000	1. Drohbrief an L. B. von der „Kampagne gegen Wehrpflicht“	Potsdam	Drohbrief (kein konkreter Hinweis auf NaBe)
2	30.01.2000	Holztafel mit Hakenkreuzabbildung	BAB 115 / Dreieck Drewitz	Nein
3	24.02.2000	Holzkreuz mit Hakenkreuz auf dem Jüdischen Friedhof	Potsdam	Bekennung auf Kreuz; Anruf bei „Radio 1“
4	22.03.2000	Hakenkreuzfahne an Eisenbahnbrücke/Havel	Potsdam	Bekennerschreiben „Die nationale Bewegung“
5	28./29.03.2000	2. Drohbrief an L. B. von der „Kampagne gegen Wehrpflicht“	Potsdam	Drohbrief „DIE NATIONALE BEWEGUNG“

⁶⁷ Angaben aus: LKA Brandenburg: Sachstandsbericht im Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung gem. § 129 a StGB, 23.03.2005 (GBA-NaBe Sachakten, Band XIV, S. 5-7).

6	21.04.2000	Hakenkreuzfahne an Werbegerüst	Potsdam	Bekennerschreiben „Die nationale Bewegung“
7	21.04.2000	Hakenkreuzfahne an einem Holzgerüst einer Apfelplantage	B 273	Bekennerschreiben mit Textpassage „die nationale Bewegung“
8	08.05.2000	Hakenkreuz an Sowjetischem Ehrenmal	Stahnsdorf	Bekennerschreiben mit Textpassage „die nationale Bewegung“
9	13.06.2000	Brand türkischer Imbiss	Kleinmachnow	Nein
10	06.09.2000	Parolen auf Sowjetischem Ehrenfriedhof	Mahlow-Glasow	Bekennerschreiben „Die Nationale Bewegung“
11	21.09.2000	Schmierereien Villa „Grenzenlos“	Potsdam	Bekennerschreiben „Die Nationale Bewegung“
12	21.09.2000	Brand türkischer Imbiss	Stahnsdorf	Brief in Geldkassette „Die Nationale Bewegung“
13	13./14.11.2000	Briefe Jüdische Gemeinde: Androhung von Straftaten	Potsdam	(Droh-) Briefe „Die nationale Bewegung“
14	28.12.2000	Brand türkischer Imbiss	Trebbin	Brief in Geldkassette; teils verbrannt: „...e Bewegung“
15	08.01.2001	Brand Trauerhalle auf Jüdischem Friedhof	Potsdam	Bekennerschreiben „Die nationale Bewegung“
16	15.01.2001	Schweinefleisch-Paket an Durchgangsheim für Jüdische Einwanderer	Potsdam	Bekennerschreiben „Die nationale Bewegung“
17	16.01.2001	Postkarte an Jüdische Gemeinde	Potsdam	Postkarte (kein konkreter Hinweis auf NaBe)
18	04.10.2000	Antisemitischer Brief an die „Märkische Allgemeine“	Potsdam	Brief „Die nationale Bewegung“

19	30.01.2001	Brief an Ausländerbeauftragte: Ankündigung von Straftaten bei einer Veranstaltung im Hans- Otto-Theater	Potsdam	Drohbrief „Die nationale Bewegung“
20	14.08.2001	Heiß-Fahne im Bereich Nuthestraße	Potsdam	Nein
21	17.08.2001	Heiß-Fahne an BAB 115	BAB 115 / AS Drewitz	Nein

2.2. Die Sichtweise des Generalstaatsanwalts Rautenberg

Mit dem Tatkomplex NaBe beschäftigte sich der Untersuchungsausschuss gemäß dem Einsetzungsbeschluss vom 29.04.2019 (Drs. 6/3993-B) B.25 sowie aufgrund von Vermutungen des Generalstaatsanwalts Prof. Dr. Erardo Cristoforo Rautenberg. Dieser äußerte am 18.11.2016 als Sachverständiger vor dem Ausschuss, ihm seien aufgrund des Agierens des brandenburgischen Verfassungsschutzes Zweifel gekommen, ob es die NaBe überhaupt gegeben habe.⁶⁸ Rautenberg wurde daraufhin am 28.04.2017 nochmals als Zeuge vernommen.⁶⁹ Er bekräftigte bei dieser Vernehmung, die NaBe sei für ihn „eine dubiose Sache gewesen“⁷⁰ und nannte dafür vier Gründe:

- Er habe nicht verstanden, dass Verfassungsschutzleiter Wegesin ihm gegenüber Bedenken gegen die Übernahme des Verfahrens durch den Generalbundesanwalt geäußert habe.
- Der brandenburgische Verfassungsschutz habe ein Bekennerschreiben ins Internet gestellt und damit die Ermittlungen behindert:

„Dann die Auffälligkeit, dass das Bekennerschreiben der ‚Nationalen Bewegung‘ ins Internet gestellt worden war. Man kann sich also vorstellen, man hätte jetzt bei einer Durchsuchung bei irgendeinem dieses Bekennerschreiben als Datei gefunden, dann hätte der sagen

⁶⁸ Protokoll der 4. öffentlichen Sitzung vom 18.11.2016

⁶⁹ Protokoll der 9. öffentlichen Sitzung vom 28.04.2017.

⁷⁰ Protokoll der 9. öffentlichen Sitzung vom 28.04.2017, S. 19.

können: Ja, das habe ich mir runtergeladen. Das heißt, das war als Beweismittel nicht mehr zu gebrauchen.“⁷¹

- Eine für den 17.02.2001 geplante polizeiliche Durchsuchungsaktion sei durch einen V-Mann⁷² an ein Mitglied der rechten Szene verraten worden und musste vorgezogen werden.
- Die NaBe sei nach dem Brandanschlag auf die Trauerhalle „einfach vom Boden verschwunden“, man habe „nichts mehr davon“ gehört.⁷³

Weiter sagte Rautenberg:

„Ich sage mal, man hat ja eine gewisse Erfahrung mit Fällen, wo Leute sich zusammenfinden zu irgendeiner Vereinigung - also, wenn man das mal unterstellt, dass es so eine Vereinigung gegeben hat; das bedeutet, es sind mehrere Personen im Spiel - und was dann passiert, wenn man sich sozusagen wieder auflöst. Nach meiner Erfahrung redet irgendwann immer einer. Das ist jedenfalls auch eine Ungewöhnlichkeit so von der Erfahrung eines Ermittlers. Das ist sehr unwahrscheinlich, dass darüber nicht irgendwann jemand das Schweigen bricht und sich irgendwie äußert dazu. Und das ist in dem Fall ja offenbar - jedenfalls soweit ich weiß - auch nicht passiert.“⁷⁴

Zugleich betonte Rautenberg mehrfach, er wolle gegenüber dem Untersuchungsausschuss nur seine Zweifel bekunden, kenne aber die Ermittlungsakten des Generalbundesanwalts nicht.

„Für mich bleibt dieses Verfahren ein Stachel in der Wunde. Die einzige Institution, die da noch etwas Licht hineinbringen könnte, ist dieser Untersuchungsausschuss. Deshalb habe ich meine Zweifel hier vorgetragen.“⁷⁵

⁷¹ Protokoll der 9. öffentlichen Sitzung vom 28.04.2017, S. 16.

⁷² Protokoll der 9. öffentlichen Sitzung vom 28.04.2017, S. 15.

⁷³ Protokoll der 9. öffentlichen Sitzung vom 28.04.2017, S. 16.

⁷⁴ Protokoll der 9. öffentlichen Sitzung vom 28.04.2017, S. 19.

⁷⁵ Protokoll der 9. öffentlichen Sitzung vom 28.04.2017, S. 23

2.3. Die Ermittlungen

2.3.1. Ermittlungen durch die Staatsanwaltschaft Potsdam

Zunächst ermittelten die Staatsanwaltschaft Potsdam und das Polizeipräsidium Potsdam. Am Anfang wurden die Ermittlungen jedoch noch nicht unter dem Oberbegriff NaBe geführt. Relativ bald wurde den Ermittlern deutlich, dass es sich um zusammenhängende Taten handelte und dass mit einer Fortsetzung zu rechnen war. Die zuständige Sachbearbeiterin M. L. (LKA BB) vom Polizeipräsidium Potsdam berichtete, sie sei „nach der dritten Tat sehr sicher“ gewesen, „dass es hier möglicherweise eine Fortsetzung geben könnte“.⁷⁶

Auch aufgrund des wachsenden Ermittlungsumfangs wurde im Polizeipräsidium eine eigene Ermittlungsgruppe gebildet. M. L. (LKA BB), die deren Leitung übernommen hatte, schildert diese Phase in den NaBe-Ermittlungen folgendermaßen:

„Und bis sich so was aufbaut, das dauert halt immer ein Weilchen, bis man Örtlichkeiten, Technik und so was zusammen hat. Und natürlich gingen die entsprechenden Ermittlungen weiter. Aber so richtig hat diese Ermittlungsgruppe ihre Arbeit nicht aufgenommen, also als Gruppe aufgenommen, weil dann war Weihnachten, und dann war ja im Januar gleich der Brandanschlag, sodass dann sofort die Akten an das LKA übergeben wurden und ich dann eben in beratender Weise zur Einarbeitung in dieses Umfangsverfahren zur Verfügung stand.“⁷⁷

2.3.2. Übernahme des Verfahrens durch den Generalbundesanwalt

Am 08.01.2001 wurde ein Brandanschlag auf die Trauerhalle des Jüdischen Friedhofs in Potsdam verübt. Die Staatsanwaltschaft Potsdam benachrichtigte aufgrund der Schwere der Tat und eines aufgefundenen Bekennerschreibens der NaBe kurzfristig auf telefonischem Wege den Generalbundesanwalt. Die zunächst zuständige Potsdamer Staatsanwältin Irene Stari erinnerte sich vor dem Untersuchungsausschuss:

„Unmittelbar - ich weiß nicht, ob am gleichen Tag oder jedenfalls ziemlich schnell danach - kam auch Oberstaatsanwalt Siegmund vom Generalbundesanwalt, um zu prüfen, ob Anhaltspunkte eben für ein Delikt bestehen, das zur Zuständigkeit des Generalbundesanwalts gehören würde. Das heißt, für dieses Verfahren war ich eigentlich nur im Wege des ersten

⁷⁶ Protokoll der 10. öffentlichen Sitzung vom 02.06.2017, S. 23.

⁷⁷ Protokoll der 10. öffentlichen Sitzung vom 02.06.2017, S. 45.

Zugriffs zuständig, da unmittelbar die Generalbundesanwaltschaft den Anfangsverdacht geprüft hat. Und im Rahmen dieser Prüfung war ich eigentlich nur Zuarbeiterin. Das heißt, ich habe Akten rausgesucht und markiert und Ähnliches und stand sozusagen Herrn Siegmund zur Verfügung.“⁷⁸

Ihr sei dies in Erinnerung geblieben, „weil das eben auch nicht so häufig ist, dass Vertreter der Generalbundesanwaltschaft vor Ort Akten und Anfangsverdachtsprüfungen vornehmen“. Bei anderen Verfahren sei die Abgabe „einfach mit Akte und Bericht“ erfolgt.⁷⁹

Am 12.01.2001 wurden die Ermittlungen wegen der besonderen Bedeutung des Falls von der Generalbundesanwaltschaft übernommen, die das Verfahren einige Wochen später auf den Verdacht der Bildung einer terroristischen Vereinigung (§ 129a Strafgesetzbuch) erweiterte. Bundesanwalt Wolfgang Siegmund, der damals als Oberstaatsanwalt in der Generalbundesanwaltschaft tätig war, erinnerte sich vor dem Untersuchungsausschuss an die Übernahme des Falls:

„In diesem Fall war uns von der Staatsanwaltschaft Potsdam schon - meine ich - im Jahr 2000 diese Straftatenserie zur Kenntnis gegeben worden. Und wir haben dann einen - wir nennen das - Beobachtungsvorgang angelegt; wir prüfen halt in gesonderten Vorgängen unsere Zuständigkeit. Und die Zuständigkeit der Bundesanwaltschaft im Bereich rechtsextremistischer Straftaten ist ja relativ begrenzt. Das wird inzwischen etwas anders gesehen, als es damals gesehen wurde. Immer zuständig waren wir bei terroristischen Vereinigungen. Sobald also bestimmte Straftaten von einer kriminellen Vereinigung begangen wurden, war das eine terroristische Vereinigung. Dazu zählten Brandstiftungsdelikte. Als dann dieser Anschlag auf die Tür der Trauerhalle passierte, war also diese förmliche, formale Voraussetzung für die Übernahme des Verfahrens durch die Bundesanwaltschaft gegeben. Sie wäre auch ohne eine terroristische Struktur gegeben gewesen, wenn man davon ausgeht, dass die Brandstiftung als solche ‚bestimmt und geeignet‘ war - so hieß es damals im Gesetz, inzwischen ist es anders formuliert -, die innere Sicherheit zu gefährden, und der Vorgang besondere Bedeutung hatte.

Und das ging bei uns im Hause, meine ich, so ein bisschen hin und her. Also unser damaliger Behördenleiter, Generalbundesanwalt Nehm, meinte eher, das sei unter dem Gesichtspunkt Brandstiftung und besondere Bedeutung zu sehen. Ich meinte eher - weil ja die Bekennerschreiben entsprechend abgefasst waren -, dass man auch an eine terroristische Vereinigung denken konnte. Das machte letztlich keinen Unterschied: Sowohl nach dem einen als auch nach

⁷⁸ Protokoll der 9. öffentlichen Sitzung vom 28.04.2017, S. 43f.

⁷⁹ Protokoll der 9. öffentlichen Sitzung vom 28.04.2017, S. 53f.

dem anderen Gesichtspunkt waren wir für die Übernahme des Verfahrens zuständig, nachdem dieser Brandanschlag passiert war.“⁸⁰

Mit den Vor-Ort-Ermittlungen wurde das LKA Brandenburg beauftragt. Der Zeuge KR S. K., bis zum Sommer 2003 Leiter der Ermittlungskommission NaBe, berichtete, „bis knapp 50 Mitarbeiter“ hätten zeitweise in der Kommission gearbeitet. Nach einigen Monaten sei die Personalstärke reduziert worden. Nach den Terroranschlägen am 11.09.2001 habe die Ermittlungskommission „nur noch sehr wenige Kräfte“ gehabt:

Weiter berichtete KR S. K., er sei nach einer viermonatigen Abwesenheit im Oktober 2001 in den Dienst zurückgekehrt und habe anschließend neben der Leitung der NaBe-Kommission noch viele andere Aufgaben erledigen müssen⁸¹. Über ähnliche Probleme berichtete der Zeuge KD Gellenbeck: Er habe im Sommer 2003 für nur einen Monat die Leitung der Ermittlungskommission NaBe übernommen. Da jedoch seine anschließende Abordnung zur Fachhochschule bereits feststand, habe er „keine großartigen Ermittlungen mehr geleitet“.⁸² In einem „Abschlussbericht der Auswerteeinheit EK ‚NaBe‘“ (LKA Brandenburg) vom 18.12.2003⁸³ heißt es:

„Durch die Behördenleitung des LKA Brandenburg wurde mit Datum vom 21.08.2003 angeordnet, dass das Sammelverfahren der EK ‚NaBe‘, Az der GBA 3 BJs 1/01 - 4 (1) durch eine zusätzliche Auswerteeinheit - bestehend aus drei Vollzugsbeamten - einer nochmaligen Prüfung unterzogen wird. Die Durchsicht des gesamten Aktenbestandes der EK ‚NaBe‘ sollte zur Sichtung und Auswertung des Aktenmaterials, zur Bewertung der Spurenlage und zur Herausarbeitung neuer Ermittlungsansätze führen.“

Neue Ermittlungsansätze ergaben sich nicht.

⁸⁰ Protokoll der 9. öffentlichen Sitzung vom 28.04.2017, S. 60 f.

⁸¹ Protokoll der 10. öffentlichen Sitzung vom 02.06.2017, S. 173.

⁸² Protokoll der 13. öffentlichen Sitzung vom 08.09.2017, S. 43.

⁸³ LKA B 51\NfD-DVD - NABE Ermittlungsverfahren\E0037-B.pdf, S. 2-6.

2.3.3. Ermittlungsansätze und –ergebnisse⁸⁴

Im Rahmen des NaBe-Verfahrens wurde gegen vier Gruppen von Tatverdächtigen ermittelt.

2.3.3.1. Tatverdächtigengruppe 1: F. L./M. K./Dirk H./Stefan R.

F. L. konnte ein PKW zugeordnet werden, den ein Zeuge am Tatort gesehen haben wollte. M. K. wurde am 30.01.2001 in einem Behördenzeugnis der Abteilung 5 des Innenministeriums als Täter des Brandanschlags auf die jüdische Trauerhalle benannt (s. dazu im Detail 3.1.2.). Nachdem Durchsuchungen bei F. L. und M. K. stattgefunden hatten, warnte M. K.s Freundin Dirk H. und Stefan R. vor eventuellen Durchsuchungen, so dass die Ermittler eine Tatbeteiligung vermuteten. Im Ergebnis erbrachten die Ermittlungen keine Hinweise auf eine Tatbeteiligung, so dass das Verfahren am 25.04.2001 eingestellt wurde. Auf S. 29 des LKA-Sachstandsberichts vom 23.03.2005 heißt es:

„Erkenntnisse aus dem Behördengutachten des Landesamtes für Verfassungsschutz Brandenburg, dass M. K. für den Brandanschlag auf die Trauerhalle des Jüdischen Friedhofs Potsdam verantwortlich ist und sich dazu telefonisch bekannte, konnten durch umfangreiche Ermittlungen nicht bestätigt werden.

In Auswertung der realisierten Telekommunikationsüberwachungs- und Durchsuchungsmaßnahmen sowie der sichergestellten Asservate und der durchgeführten Vernehmungen ergaben sich keinerlei Anhaltspunkte, dass es sich bei den Beschuldigten F. L., M. K., Dirk H. und Stefan R. um die Täter zum Brandanschlag handelt.“

2.3.3.2. Tatverdächtigengruppe 2: M. S./ I. S. /D. K./F.

I. S., Mitglied der rechtsextremen Band „Proissenheads“, war (außerhalb des NaBe-Verfahrens) bereits wegen Bedrohung von L. B. („Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär“) rechtskräftig verurteilt worden. Er geriet daher in Verdacht, auch für die beiden Drohbriefe an L. B. vom Januar und März 2000 verantwortlich zu sein, die der NaBe zugerechnet wurden (Fälle 1 und 5). In diesem Kontext wurde auch

⁸⁴ Die nachfolgende Darstellung beruht – soweit nicht besonders gekennzeichnet – auf: LKA Brandenburg: Sachstandsbericht im Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung gem. § 129a StGB (23.03.2005), GBA-NaBe-Sachakten, Band XIV, S. 2-52.

gegen D. K., Mitglied der Rechtsrockband „Unbending Bootboys“, ermittelt, der in engem Kontakt zu I. S. stand.

Im Rahmen des GBA-Ermittlungsverfahrens gegen die Band „Landser“ wurde vom LKA Berlin am 01.02.2001 ein Telefonat zwischen M. S. und Christian W. („Landser“ und „Proissenheads“) abgehört. Der Anruf wurde von Uwe Menzel („Proissenheads“) angenommen; Christian W. war nur im Hintergrund zu hören. Im Gespräch sagte M. S.: „Jut, ick wollt nur sagen ich hab die Bombe gelegt, ja. [...] Nationale Bewegung, Junge - he, he, he“. (Zu diesem Telefonat s. im Detail Kapitel 2.3.3.5.) Daraus ergab sich der Verdacht, M. S. könne für den Drohbrief vom 30.01.2001 zur Veranstaltung im Hans-Otto-Theater verantwortlich sein (Fall 19).

H. F. geriet ins Blickfeld der Ermittler, weil bei M. S. eine Diskette mit der Aufschrift „Die Nationale Bewegung“ gefunden wurde, die er von H. F. erhalten hatte. Aktuell war auf der Diskette jedoch lediglich eine Installationssoftware für einen PC gespeichert.

Es fanden umfangreiche polizeiliche Ermittlungsmaßnahmen statt. Im Ergebnis konnte keinem Tatverdächtigen eine Beteiligung an den Straftaten der NaBe nachgewiesen werden.

Am 28.07.2005 erließ der Bundesgerichtshof gegen mehrere Verdächtige im NaBe-Verfahren Beschlüsse zur Entnahme von Speichel- und Haarproben. Einer der Betroffenen, H. F., rief Anfang August 2005 Bundesanwalt Thomas Beck auf dem Mobiltelefon an und sprach lallend auf die Mailbox: Er wolle wissen, wieso er schon wieder eine DNA-Probe abgeben müsse. H. F. war am 09.06.2005 in einem anderen Ermittlungsverfahren vom Polizeipräsidium Potsdam erkennungsdienstlichen Maßnahmen unterzogen worden. Dabei hatte er freiwillig eine Speichelprobe abgegeben.

Ungeklärt ist, wie er an die Telefonnummer von Bundesanwalt Beck kommen konnte. Beck war zur damaligen Zeit Leiter des Grundsatzreferats der Abteilung Terrorismus, fungierte in Karlsruhe als Ansprechpartner für die Geheimdienste und hatte keinen „Publikumskontakt“. In die NaBe-Ermittlungen war er nicht involviert. Beck hatte bei seiner Vernehmung keine konkrete Erinnerung an den Anruf, versuchte aber den Vorfall anhand von wenigen Vermerken zu rekonstruieren. Der Anruf sei auf seinem Diensthandy eingegangen. Die Telefonnummer sei nicht öffentlich auffindbar

gewesen, sondern nur den Justiz- und Sicherheitsbehörden bekannt gewesen, mit denen er in Kontakt gestanden habe. Auf Frage schätzte Beck, die Zahl seiner Kontakte ginge „schon vielleicht in den dreistelligen Bereich hinein“. ⁸⁵

Es stellt sich die Frage, woher H. F. die Information über die geplanten Speichelproben hatte. Dazu äußerte Beck gegenüber dem Untersuchungsausschuss die Vermutung, H. F. sei vom Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs benachrichtigt worden. Bei der Anordnung von Speichel- und Haarproben sei rechtliches Gehör zu gewähren. Davon könne nur abgesehen werden, wenn der Untersuchungszweck gefährdet werde. Das sei für ihn hier nicht ersichtlich.

Weitere Ermittlungen zu diesem Vorfall wurden im Übrigen nicht eingeleitet.

2.3.3.3. Tatverdächtigengruppe 3: D. J./M. F./J. B./ P. W.

D. J. und P. W. konnte die gemeinsame Begehung der Straftaten (§ 86a) in den Fällen 20 und 21 (Transparente mit der Aufschrift „Ewig treu wie Hess“) nachgewiesen werden. Zu diesen beiden letzten Fällen der Tatserie (August 2001) lagen allerdings keine Bekennerschreiben vor; sie können mithin nicht eindeutig der NaBe zugerechnet werden.

Die weiteren Beschuldigten gerieten im Zuge der Ermittlungen ins Blickfeld. Obwohl laut Sachstandsbericht „keine beweiskräftigen Erkenntnisse“ ermittelt werden konnten, könne eine Täterschaft „nicht ausgeschlossen“ werden. ⁸⁶

2.3.3.4. Tatverdächtigengruppe 4: O. K./H. G./ D. Lz.

Der Hinweis auf diese Tätergruppe stammte von einem Informanten des LKA Brandenburg. Mit Einwilligung des Generalbundesanwalts wurde der Quelle die Geheimhaltung der Identität zugesichert. Dieser Zeuge sagte

⁸⁵ Protokoll der 12. öffentlichen Sitzung vom 07.09.2017, S.151.

⁸⁶ LKA Brandenburg: Sachstandsbericht im Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung gem. § 129 a StGB, 23.03.2005, GBA-NaBe-Sachakten, Band XIV, S. 45.

aus, er habe aus der rechten Szene Potsdams erfahren, dass die Täter des Brandanschlags auf den jüdischen Friedhof von einer Party bei O. K. gekommen seien.

„Bei dieser Party soll ordentlich gesoffen worden sein. Im Laufe des Abends soll dann darüber diskutiert worden sein, dass man wieder einmal auf sich aufmerksam machen müsste und der Stadt Potsdam und der jüdischen Gemeinde zeigen müsste, dass man noch da ist. Dazu wollte man ein Zeichen setzen. Später sollen dann mehrere Personen zur BP-Tankstelle in Potsdam, Am Schlaatz/Alte Zauche gefahren sein, um dort in einem Kanister Sprit zu holen. Mit diesem Sprit soll dann der Anschlag auf den jüdischen Friedhof begangen worden sein.“⁸⁷

Das LKA beendete später die Zusammenarbeit mit der Quelle, weil sie strafrechtlich in Erscheinung getreten war und als unzuverlässig (Nichteinhaltung von Terminen) galt.⁸⁸

Die vom LKA-Informanten benannten Täter bestritten in ihren Vernehmungen,

dass in der fraglichen Nacht eine Party stattgefunden habe. Zudem habe man sich zum damaligen Zeitpunkt noch gar nicht gekannt. Um Widersprüche in den Aussagen aufzuklären, wurde sowohl beim LKA als auch beim Generalbundesanwalt erwogen, den Informanten nochmals zu vernehmen. Schließlich entschied sich das LKA dagegen. In einem Schreiben an den Generalbundesanwalt vom 29.07.2005 heißt es: *„Neben der nicht zu erwartenden neuen Erkenntnisse ist eine mögliche negative bzw. unbedachte Reaktion des Informanten zu bedenken.“* Man befürchte eine *„Selbstoffenbarung“* und damit *„nicht unerhebliche Gefahren für den Informanten sowie die Interessen der Strafverfolgungsbehörden“*.⁸⁹

Letztendlich sah sich das LKA aufgrund seiner eigenen Ermittlungen nicht in der Lage, die Behauptungen der Quelle zu bestätigen. Angeführt wird hierbei insbesondere der fehlende Kontakt der Beschuldigten zum Tatzeitpunkt.⁹⁰

⁸⁷ Vernehmung vom 30.04.2003, E0015-5, S. 232-238. Eine weitere Vernehmung fand am 16.05.2003 statt (ebenda, S. 270-276).

⁸⁸ E0015-7, S. 44.

⁸⁹ GBA Sachakten Band XIV, S. 141-143.

⁹⁰ Sachstandsbericht EK NABE zum Fall 15, 08.01.2004, E0026-B, S. 163; LKA Brandenburg: Sachstandsbericht im Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung gem. § 129 a StGB, 23.03.2005, GBA-Sachakten, Band XIV, S. 50f

2.3.3.5. Tatverdächtiger Uwe Menzel

Am 12.01.2001 erstellte das Polizeipräsidium Potsdam den ersten Entwurf einer Personenliste für die geplanten Durchsuchungen am 17.02.2001. Uwe Menzel wird darin an erster Stelle genannt.⁹¹ In späteren Listen wird Menzel nicht mehr aufgeführt.⁹² Menzel wurde am 15.02.2001 von Kriminaloberkommissar (KOK) M. K. (LKA BB) unter Vorhalt wichtiger Spuren vernommen. Im Gesprächsprotokoll vom 20.02.2001 heißt es:

„In der, am 15.02.2001 zwischen 09.00 bis 13.00 Uhr durchgeführten Befragung wurden folgende Themen besprochen:

Im Auftrag der Sonderkommission ‚Nabe‘ des LKA Brandenburg sollten Erkenntnisse zu einem Telefonat zwischen

*a) Herrn **Stefan R.** / Herrn **M. K.** mit Bezug zur ‚Nationalen Bewegung‘ und*

*b) zwischen Herrn **M. S.** / Herrn **Christian W.** mit Bezug zur ‚Nationalen Bewegung‘ sowie*

c) zu einer Person namens ‚H.‘ (phon.)

beschafft werden.

zu a)

*Es wurde gefragt, ob es im Umfeld der Person **S.S.** Hinweise auf die ‚**Nationale Bewegung**‘ gibt. Dieses verneinte er zunächst, gab aber auf Nachfrage zur Person **Stefan R.** an, dass dieser ihm von einem Telefonat berichtete, welches Herr **Stefan R.** mit einem **M. K.** geführt hatte. Den Namen **M. K.** benannte er auf Nachfrage, wer der Anrufende gewesen sein soll. Er stellte das von **Stefan R.** wiedergegebene Gespräch wie folgt dar:*

*In dem Telefonat sprach der Herr **M. K.** davon, dass alle aus Stahnsdorf zu den Bullen mußten und zur ‚**nationalen Bewegung**‘ befragt wurden. Herr **M. K.** äußerte, dass sie **‚aber nicht wüßten wer die (Täter) sind. Ha, ha, ha...‘***

*Die Reaktion des Herrn **Stefan R.** nach dem Telefonat beschrieb er als wütend: **‚...was war denn das eben ...‘, sowie **‚...so was bringt nur Arger...‘.*****

*Weitergehende Angaben zum Herrn **M. K.** konnte er nicht machen. Der **M. K.** ist ihm vom Sehen her bekannt, kann aber seine Rolle innerhalb der Szene nicht*

⁹¹ LKA B 51- NaBe-Ermittlungsverfahren E0095, S. 51-55.

⁹² S. z.B. die Liste des Polizeipräsidiums Potsdam vom 07.02.2001, in: LKA B 51- NaBe-Ermittlungsverfahren E0095, S. 66-68

einschätzen. Es bestehen keine unmittelbaren Verbindungen zwischen ihm und den Stahnsdorfer Rechten (M. K.). [...]

Das persönliche Umfeld von Herrn **M. K.** ist ihm nicht bekannt. Die von dem **M. K.** gemachten Äußerungen kann er nicht werten.

Er erklärte sich bereit, das Telefonat zwischen **M. K.** und **Stefan R.** noch einmal mit **Stefan R.** zu besprechen.

zu b)

Er wurde zu einer Person namens **M. S.** aus Potsdam befragt. Als Hintergrund wurde ihm benannt, dass M. S. der Polizei aufgrund eines Bildes (Hakenkreuzfahne) bekannt sei.

Daraufhin berichtete er von einem Telefonat zwischen **M. S.** und **Christian W.**

Das Telefonat wurde im Auto geführt. Anrufer war der **M. S.** Im Telefonat äußerte der Anrufer, dass er die Bombe gelegt hat und machte die Bemerkung ‚**Nationale Bewegung**‘.

Er vermutet, dass der Anrufer **M. S.** in der Zeitung den Sachverhalt zum Hans Otto Theater gelesen hat und seine Äußerungen nicht ernsthaft gewesen sind. Es könnte aber möglich sein, dass M. S. etwas mit der Sache zu tun hat: ‚... **dem ist alles zu Zutrauen...**‘

weitere Personen:

Auf Frage, welche Personen ihm von früher noch bekannt, jedoch nicht mehr ‚aktiv‘ sind, antwortete er, dass er den ‚**H.**‘ von früher her noch kennt. Dieser war früher ‚recht heftig‘ in der Szene, aber seit längerem ist es ruhig um ihn. Ihm ist noch bekannt, dass er als Krankenpfleger arbeitet. Seine Wohnung kennt er nicht.

Bekennerschreiben:

Ihm wurden einzelne Auszüge aus den Bekenner-schreiben vorgelesen, u.a.
Dir lieber Adolf... im Himmel viel Glück im Kampf gegen...‘

Er erwiderte, dass die Formulierung ‚Dir lieber Adolf...‘ sehr untypisch sei. Bekannt sind Äußerungen wie ‚Geliebter Führer‘.

Bezogen auf antisemitische Äußerungen in den Bekenner-schreiben, äußerte er, dass er selbst einen ‚Vergleich mit der Tierwelt und den Juden‘ geschrieben hätte. Anhand der ihm bekanntgegebenen Auszüge, konnte er niemanden benennen.

weitere Gesprächsinhalte:

- allg. Lebenssituation

- Musik: ,Landser‘, ,Macht und Ehre‘, ,Hate Society‘,
, W.A.R.‘ Konzerte in Slowakei und Hamburg (Noie Werte,
Nordmacht)
- Unterschied zwischen Blackmetal Musik und Metalmusik
Verbindungen zwischen Gruftmusik und rechter Szene
Lindenberg Tour (lächerlich)
- Bezogen auf Landser meinte er, dass man ihm bieten
könnte, was man wollte. Er steht voll hinter der Musik.

Situation in der Szene:

Durchsuchungen bei Christian W., Sven Sch. und I. S.

DS bei I. S.: Polizisten sagten, dass das die Durchsuchung vom 17. ist

Er meinte, was dass soll, die ganzen Einzelexemplare von Christian W.
mitzunehmen, die bekommt man ja doch immer wieder zurück.

Bajuwarische Befreiungsarmee

Aussteigerprogramm

Rückgabe von Asservaten

Handy - Nr. ausgehändigt

Anhand einer Vernehmung des Herrn Sven Sch. vom 22.02.2001 wurde
bekannt, dass der Befragte auf die Frage, ob ihm die CD ,White Aryan Rebels‘
bekannt sei, die Unwahrheit gesagt hat. Aus der Vernehmung vom 22.02.2001
geht hervor, dass Herr Sven Sch. diese CD beim Befragten nach dem
15.02.2001 gehört hatte. Bei diesem Treffen erzählte der Befragte dem Sven
Sch. auch, dass ihm einzelne Passagen der Bekennung mitgeteilt wurden.

M. K. (LKA BB), KOK⁹³

Mit Schreiben vom 03.04.2001 schickte das LKA Berlin die „inhaltliche Bewertung“
einer TKÜ vom 01.02.2001 an die EK NaBe.⁹⁴ Die Telefonüberwachung war im
Rahmen des „Landser-Verfahrens“ durchgeführt worden, das von Bundesanwalt
Siegmond parallel zum NaBe-Verfahren geführt wurde. In dem Dokument heißt es:

⁹³ LKA B 51- NaBe-Ermittlungsverfahren E0051, S. 119-120.

⁹⁴ LKA B 51- NaBe-Ermittlungsverfahren E0015-3, S. 210-214. Als Anlage wurde auch das
vollständige TKÜ-Protokoll mitgeschickt (S. 213-214).

„Der amtsbekannte Uwe MENZEL nimmt am 01.02.2001, gegen 17.56 Uhr einen Anruf auf dem Handy des Christian W. entgegen.

Anrufer ist ein:

M. S.

[...] Potsdam,

der augenscheinlich beide Personen (Christian W. und MENZEL) persönlich kennt. Das Gespräch wird von MENZEL geführt, da Christian W. das Fahrzeug - in dem die Beiden unterwegs sind - führt.

Durch den M. S. (der sich selber als ‚Braunhemd S.‘ bezeichnet) wird gefragt, ob die Beiden mit zum Udo LINDENBERG Konzert (Anmerkung des Unterzeichners: Es handelte sich dabei um das Konzert ‚Rock gegen Rechts‘ in Berlin) kommen wollen.

Der MENZEL bejaht zunächst, was bei dem M. S. und MENZEL Heiterkeit auslöst. Diese hält über die Erwähnung M. S.‘ s, er habe dort eine Bombe gelegt solange an, bis dieser sagt: **‚Nationale Bewegung, Junge, he, he.‘**

Daraufhin wird der MENZEL sofort ernst und sagt: **‚Ich distanziere mich davon.‘**

Der M. S. versucht weiter diese Äußerung ins Lächerliche zu ziehen, als der Christian W. im Hintergrund ebenfalls sehr ernsthaft bemerkt: **‚Ich mich übrigens auch!‘**

MENZEL ergänzt diesen Ausspruch mit den Worten: **‚Das ist Satire, das ist reine Satire!‘** und klingt dabei sehr beunruhigt.

Die Deutlichkeit seiner Worte und die gehobene Stimmlage mit dem sorgenvollen Unterton erwecken den Eindruck, als ob er damit - vor dem Hintergrund einer möglichen Telefonüberwachung durch Strafverfolgungsbehörden - verdeutlichen will, dass seinerseits keinerlei Verbindungen zu dieser Gruppierung bestehen.

Von Christian W. wird dieser Aspekt noch ergänzt, indem er sagt: **‚Der soll sich mal überlegen was er da erzählt am Telefon, an meinem zumindest.‘**

Es ist festzustellen, dass ein zunächst scherzhaft geführtes Gespräch bei dem auch über das ‚Bomben legen bei einem Konzert‘ die Rede war, eine schlagartige Wende nach der Erwähnung der ‚Nationalen Bewegung‘ nahm. Wegen der sehr deutlichen Bagatellisierungshaltung der Gesprächsteilnehmer MENZEL (unmittelbar) und Christian W. (mittelbar) ist anzunehmen, dass hier

ein engerer Zusammenhang bzw. eine tatsächliche Beziehung zumindest des MENZEL zu der ‚Nationalen Bewegung‘ besteht.“⁹⁵

In einem „Sachstandsbericht“ des Sachbearbeiters M. W. (LKA BB) der EK NaBe, unterzeichnet durch Herrn KD Gellenbeck, an LKA-Chef Lüdders vom 20.08.2003 wird über Hinweise eines LKA-Informanten berichtet:

„Durch einen polizeilich erlangten Hinweis konnten Informationen zu einer möglichen weiteren Tätergruppe, die den Anschlag auf dem Jüdischen Friedhof Potsdam (Fall 15) begangen haben soll, gewonnen werden. In der am 30.04.2003 geführten Vernehmung wurden die Hinweise konkretisiert. Dabei wurde bekannt, dass in der Nacht vor dem Brandanschlag auf dem jüdischen Friedhof, eine Party bei O. K., [...] Potsdam [...], stattgefunden haben soll. Auf dieser soll die o.g. Straftat verabredet und vorbereitet worden sein. Namentlich konnten drei weitere Personen bekannt gemacht werden, die an der Durchführung der Straftat beteiligt gewesen sein sollen. An der benannten Party sollen ca. 20 Personen der rechten Szene aus Berlin und Brandenburg teilgenommen haben.“⁹⁶

Einem „Auswertungsvermerk“ des LKA Brandenburg vom 11.12.2003⁹⁷ ist zu entnehmen, dass die Vernehmungen von O. K., D. Lz., H. G. und R. H. einer Auswertung „im Hinblick auf ihren Wahrheitsgehalt bzw. vorhandene Widersprüche“ unterzogen worden sind.

Festgestellt wurden z.B. widersprüchliche Aussagen zu den Internetkenntnissen und handwerklichen Fähigkeiten von O. K. sowie unterschiedliche Aussagen zum Zeitpunkt des Kennenlernens bei mehreren Personen.

Im Vermerk wird aus einer TKÜ zwischen O. K. und dem Berliner Neonazi Paul B. zitiert:

*„Nach der Vernehmung hatte **O. K.** einen TKÜ Kontakt mit **Paul B.***

(TKÜ-Nr. H936 ‚Hallo! LKA5 macht eine Umfrage zu sehen was Sie von uns halten: A>Nette Beamte B>Alle sind ‚cool‘ C> Bastard Pisser das Man ohne bedenken erschießen kann.‘ TKÜ-Nr. H954: ‚Gespräch zwischen O. K. und Stuart. O. K. erzählt Stuart, dass er bei den ‚Bullen‘ war. O. K. wurde dort auch nach Stuart gefragt. Stuart meint, er wäre eben sehr populär. O. K. erzählt, dass sein halbes Zimmer leer geräumt wurde. Es wurden die ganzen Fotos mitgenommen. Danny hat Stuart auch erzählt, dass die Polizei nach ihm gefragt hatte. O. K. wurde auch gefragt, welche Organisationen und Leute er kennt. O.

⁹⁵ LKA B 51- NaBe-Ermittlungsverfahren E0015-3, S. 211f.

⁹⁶ LKA B 51- NaBe-Ermittlungsverfahren E 0045-B, S. 167.

⁹⁷ GBA-NaBe / GBA Fall 14 Band 2, Fall 14 Band 3, Fall 15 Band 7, S. 361-362.

K. hat der Polizei gesagt, dass er keine Ahnung davon hat. O. K. erzählt, dass es Polizei aus Berlin war. Er fand gut, dass er auf der Rücktour mitgenommen wurde. Die waren stinkfreundlich. O. K. fährt heute noch zum Dicken. O. K. erzählt, dass es um die Nationale ‚Scheiße‘ ging. O. K. wurde vorgehalten, der Anführer von Potsdam zu sein. Es ging um den 7. Januar 2001. Dafür hat O. K. aber ein Alibi, das können seine Eltern bestätigen. Das hat denen gar nicht gefallen. Stuart sagt, dass das Telefon von O. K. und auch sein Handy abgehört wird. O. K. weiß das auch. Stuart meint noch, dass normalerweise 2 Durchsuchungen gemacht werden. O. K. hat das letzte mal vor zwei Jahren eine Durchsuchung gehabt. Stuart sagt ihm auch, dass er eigentlich nirgendwo mit hin gehen muss. O. K. weiß auch das, er ist nur hingegangen, weil er dachte, dass er seine Sachen wiederbekommt. Stuart erzählt, was die Polizei mit den Fotos macht. Diese werden kopiert und markiert. Der Rechner von Paul ist auch schon ein halbes Jahr bei der Polizei. Stuart erzählt weiter, dass wenn die das nächste mal kommen, er auf dem Boden liegen wird und er zusammengeschlagen wird oder so was. Stuart will die Namen von den Beamten wissen. O. K. kann diese nicht genau lesen, da gleich unterschrieben wurde. O. K. erzählt noch, dass bei Jens auch durchsucht wurde. Jens war auch nicht zu Hause. Stuart meint, dass die Polizei seine Wohnung so oder so kennt. Die waren schon so oft das. Stuart sagt noch zu O. K., dass die Polizei evtl. eine Wanze bei ihm in der Wohnung installiert hat. Daran hat O. K. noch nicht gedacht. Er hält es aber für möglich. Stuart bedankt sich für den Anruf. Verabschiedung‘).“

Zu einem Telefonat zwischen Paul B. und D. Lz. heißt es:

*„Nach der Vernehmung hatte **D. Lz.** einen TKÜ Kontakt mit **Paul B.***

(TKÜ-Nr. B585, Die sind gekommen. Zu zehn Personen. An die Wand gedrückt. Wegen Silvester. Was haben die gefragt? Wegen Silvester. Einsatzverlauf wird geschildert. Hat das vielleicht mit heute zu tun? Vielleicht. Die Struktur wird aufgelöst. Es wird alles allgemeiner. Sag allen Leuten Bescheid, mit denen du zuletzt Spaß hattest. Letzte Verurteilung sind 750.-Euro. Verabschiedung‘).“

Am Schluss des zweiseitigen Vermerks heißt es:

„Im Ergebnis der Auswertung der Vernehmungen unter Verwendung der Quellenaussagen und der angeführten polizeilichen Systeme kann geschlussfolgert werden, dass es erhebliche Widersprüche in den entsprechenden Zeiträumen sowohl der Aussagen untereinander als auch zur Quelle, gibt. [...]“

2.3.3.6. Weitere Hinweise

In den Akten finden sich vereinzelte Hinweise auf zwei rechtsextreme „Projekte“, bei denen Verbindungen zur NaBe denkbar wären. In den Ermittlungen spielten diese allerdings keine große Rolle.

2.3.3.6.1. „Nationale Friedeburger Bewegung“ bzw. „Nationale Bewegung Friedeburg“

Hinter der „Nationalen Friedeburger Bewegung“, die teils auch als „Nationale Bewegung Friedeburg“ bezeichnet wurde, stand vermutlich der V-Mann „Corelli“ des Bundesamtes für Verfassungsschutz Thomas R. Die in einer „täglichen Lagemeldung“ des BKA vom 10.01.2001 enthaltene Behauptung, die Gruppierung habe „mehrere Straftaten im Raum Berlin/Potsdam“ begangen, wurde durch das LKA Brandenburg als „Zuordnungsfehler“ gewertet. Gleichwohl bittet es um weitere Erkenntnisse zur „Nationalen Bewegung Friedeburg“.⁹⁸ In den Akten findet sich auch eine Anfrage des LKA Brandenburg vom 17.01.2001 beim LKA Sachsen-Anhalt in Magdeburg, (in Sachsen-Anhalt liegt ein Ort namens Friedeburg) mit der Bitte um Ermittlung von Erkenntnissen zu Thomas R., der „mit der bezeichnung ‚nationale friedeburger bewegung‘ textpassagen auf der homepage der gemeinde friedeburg staatsschutzrelevant verändert haben“ solle.⁹⁹ Eine „Nationale Friedeburger Bewegung“ war indes bei der Polizeidirektion Halle nicht bekannt. Ein weiterer Ort mit dem Namen Friedeburg liegt in Ostfriesland. Hier hatte es auf der Homepage der Gemeinde einen Eintrag im Gästebuch gegeben, der Thomas R. zugeordnet wurde. Aufgrund des Wohnorts von Richter in Sachsen-Anhalt wurden die Ermittlungen von der Polizeidirektion Aurich an die Polizeidirektion Halle abgegeben.¹⁰⁰ Die Zeugin M. L. (LKA BB) konnte sich auf entsprechenden Vorhalt „an Kontakte mit Magdeburg“ nicht erinnern.¹⁰¹

2.3.3.6.2. „Nationales Infotelefon“

Auf der Internetseite des „Nationalen Infotelefons“ (nit.de) war im Jahre 2001 ein Artikel mit dem Titel „Die nationale Bewegung“ einsehbar, der ursprünglich 1994 in der rechtsextremen Publikation „Progress“ veröffentlicht worden war. In diesem Strategiepapier zum „Aufbau der nationalen Bewegung“ heißt es u.a.:

„Kleinste Einheit der nationalen Bewegung ist der örtliche Stützpunkt. Dieser besteht aus mindestens drei Personen [...]“¹⁰²

⁹⁸ LKA B 51/Nabe-Ermittlungsverfahren E0055-B, S. 315

⁹⁹ LKA B 51/Nabe Ergänzung-Auswertung/A01015, S. 80.

¹⁰⁰ GB-Sachakten Band VI, pdf, S. 311f.

¹⁰¹ Protokoll der 10. öffentlichen Sitzung vom 02.06.2017, S. 72.

¹⁰² LKA B 51/Nabe-Ermittlungsverfahren/E0014-B, S. 122.

„Die regionalen Netzwerke sollten auf eine Namensgebung verzichten oder sie bundeslandbezogen verwenden, wie z.B. ‚Nationale Bewegung Niedersachsen‘.“¹⁰³

Die vom Untersuchungsausschuss befragten Zeugen M. L. (LKA BB), KK'in B. I. (LKA BB) und M. W. (LKA BB) konnten sich nicht daran erinnern, dass die Internetseite nit.de und das Strategiepapier bei den Ermittlungen zur NaBe relevant waren. B. I. (LKA BB) sagte dazu:

„Ich gehe nicht davon aus, dass jemand aus dem NaBe-Verfahren - also sprich: eingesetzte Beamte aus dem NaBe-Verfahren - sich explizit mit der täglichen Lesung dieser Internetseite beschäftigt hat; das wäre rein vom Personaleinsatz überhaupt nicht zu stemmen gewesen.“¹⁰⁴

Die Taten der NaBe blieben unaufgeklärt. Lediglich die Fälle 20 und 21 konnten aufgeklärt werden. Da hier keine Bekennerschreiben vorlagen, bleibt allerdings unklar, ob diese beiden letzten Fälle der Tatserie der NaBe zugerechnet werden können. Am 25.10.2005 stellte die Generalbundesanwaltschaft das NaBe-Verfahren nach § 170 Abs. 2 Strafprozessordnung ein, weil nach ihrer Auffassung kein hinreichender Tatverdacht gegeben war.

2.4. Behördenhandeln

2.4.1. Verfassungsschutz Brandenburg

2.4.1.1. Meinungsverschiedenheiten bei der Übernahme des NaBe-Verfahrens durch die Generalbundesanwaltschaft

Generalstaatsanwalt Rautenberg berichtete dem Untersuchungsausschuss, er sei nach dem Anschlag auf die Trauerhalle von Verfassungsschutzleiter Wegesin angerufen worden:

„Zuvor [Gemeint ist hier: vor der Übernahme des Verfahrens durch die Generalbundesanwaltschaft am 12.01.2001] rief mich der Leiter der Verfassungsschutzabteilung des Innenministeriums an und kritisierte, dass das Verfahren dem Generalbundesanwalt zur Übernahme angeboten worden sei. Dies sei unnötig, man könne doch dieses Verfahren selbst bearbeiten. Ich habe ihn darauf hingewiesen, dass wir verpflichtet seien, den Generalbundesanwalt über Verfahren, die in seine Zuständigkeit fallen könnten, zu informieren, und kein Recht hätten, auf die Entscheidung über die Übernahme Einfluss zu nehmen. Anschließend führte ich noch ein Telefonat mit dem Leitenden

¹⁰³ LKA B 51/Nabe-Ermittlungsverfahren/E0014-B, S. 125.

¹⁰⁴ Protokoll der 10. öffentlichen Sitzung vom 02.06.2017, S. 43.

Oberstaatsanwalt in Potsdam. Wir kamen aber zu dem Ergebnis, die Angelegenheit auf sich beruhen zu lassen. Ich habe noch folgenden Satz des Leitenden Oberstaatsanwalts in Erinnerung, den ich Ihnen jetzt nicht vorenthalten möchte. Er hat gesagt: Das ist doch nur Blödheit. - Und damit haben wir dann die Sache auf sich beruhen lassen.“¹⁰⁵

Auch Wolfgang Siegmund (Generalbundesanwaltschaft) kommt in seiner Vernehmung auf die damalige Sichtweise des Verfassungsschutzes zu sprechen:

„Dann kann ich mich dran erinnern, dass eigentlich von Anfang an, nachdem oder schon bevor wir das Verfahren übernommen hatten - - hatte sich der hiesige Verfassungsschutz dazu geäußert, zu dieser Gruppierung, und hatte die Aussage getroffen - sehr eindeutig -, das sei abwegig, hier in diesem Zusammenhang an eine terroristische Struktur zu denken; das sei also mehr so eine ideologische Konstruktion, das Ganze mit der ‚Nationalen Bewegung‘. Das ist ja auch klar, also, die ‚Nationale Bewegung‘ kann man ja auch als Überbegriff bezeichnen. Aber diese Eindeutigkeit, mit der behauptet wurde vonseiten des Verfassungsschutzes, das ist keine terroristische Struktur im Sinne § 129 a StGB - das war ja der rechtliche Gesichtspunkt, unter dem wir da ermittelt haben -, das hat mich erstaunt, das hat auch die Kollegen erstaunt, weil wir nicht wussten: Wie kommen sie zu dieser Eindeutigkeit, das von vornherein so zu verneinen? - Letztendlich hatten sie ja möglicherweise recht; wir haben ja keine gefunden. Insofern kann ich das also gar nicht weiter kritisieren. Aber es hat uns damals gewundert, dass - - zu einem sehr frühen Zeitpunkt schon von vornherein gesagt hatte: Das ist das nicht. - Das war für uns erstaunlich.“¹⁰⁶

Auf Nachfrage äußerte Siegmund, die Zuständigkeit des Generalbundesanwalts für derartige Verfahren sei damals in der juristischen Diskussion durchaus umstritten gewesen:

„Das wurde schon diskutiert, das wurde infrage gestellt - auch im Kollegenkreis, wie ich gesagt habe, wurde das infrage gestellt, ob wir für solche Art von Verfahren zuständig sind. [...] Also das war durchaus nicht selbstverständlich, dass wir solche Verfahren führten, und das wurde diskutiert - juristisch diskutiert auch. Ich weiß, dass sich auch Professoren dazu geäußert haben, inwieweit der Generalbundesanwalt für die Führung solcher Verfahren zuständig ist. Das war also kein Selbstläufer.“¹⁰⁷

¹⁰⁵ Protokoll der 9. öffentlichen Sitzung vom 28.04.2017, S. 14.

¹⁰⁶ Protokoll der 9. öffentlichen Sitzung vom 28.04.2017, S. 58.

¹⁰⁷ Protokoll der 9. öffentlichen Sitzung vom 28.04.2017, S. 68f.

2.4.1.2. Der Terrorismusbegriff der Verfassungsschutzbehörde

Bereits am 16.10.2000 - also vor dem Brandanschlag auf die Trauerhalle - hatte der „Spiegel“ einen Artikel über die Anschlagserie der NaBe veröffentlicht, in dem u.a. Parallelen zur „RAF“ gezogen werden:

„Bekennerschreiben wie die der Nationalen Bewegung gelten Experten als Indiz für wachsendes Selbstbewusstsein und verstärkte Ideologisierung innerhalb der militanten braunen Szene - bis hin zu Frühformen terroristischer Organisationsstrukturen. Die seit Anfang des Jahres auffällige Gruppe operiert konspirativ und bereitet ihre Aktionen offenbar von langer Hand und mit ideologischem Unterbau vor - die Parallelen zu ihren linksextremen Vorgängern sind unübersehbar.“¹⁰⁸

Gegen diesen Artikel bezog der Verfassungsschutz Brandenburg unmittelbar nach dem Erscheinen - auch öffentlich - Position. "Zwar wurden Bekennerschreiben der ‚Nationalen Bewegung‘ gefunden, aber die sind primitiv und haben nicht den ideologischen Unterbau wie die der RAF", wird Wegesin in der „Berliner Zeitung“ vom 17.10.2000 zitiert. Es könne sich auch um Nachahmungstäter handeln. "Nationale Bewegung“ sei „der Sammelbegriff der Szene“ und stehe für alle Rechten, die außerhalb parlamentarischer Strukturen agieren". Weiter heißt es im Artikel:

„Sein Amt habe zwar im Sommer Waffen bei Rechten gefunden, aber die sollten gegen die Antifa benutzt werden und nicht gegen Institutionen des Staates. ‚Das wäre dann organisierter rechter Terror‘, sagte Wegesin. Aber dafür gebe es derzeit nicht einmal die Vorstufe.“¹⁰⁹

Mit Schreiben vom 18.10.2000 erkundigt sich die Generalbundesanwaltschaft bei der Brandenburger Verfassungsschutzbehörde nach Erkenntnissen zur NaBe. Es werde geprüft, „ob tatsächliche Anhaltspunkte für eine in den Zuständigkeitsbereich des Generalbundesanwalts fallende Straftat vorliegen“.¹¹⁰ Die Verfassungsschutzabteilung antwortet am 30.10.2000, man habe bislang keine Informationen über den Täterkreis. Es sei nicht ausgeschlossen, dass ein Einzeltäter die Taten begangen habe. Man vermute hinter der NaBe keine neue Organisation. Vielmehr handele es sich um ein „ideologisches Konstrukt“: „Zahlreiche

¹⁰⁸ Sven Röbel: Intensiv und zielgerichtet. In Brandenburg agiert eine extremistische Gruppe, die ihre Anschläge nach RAF-Manier in Bekennerschreiben ideologisch verbrämt, in: DER SPIEGEL, Nr. 42/2000, S. 38.

¹⁰⁹ Jens Blankennagel: Innenministerium dementiert Existenz rechter Terrorgruppen, in: Berliner Zeitung vom 17.10.2000.

¹¹⁰ 001#001018 231-S-360 036-0170_2000 offen GBA vom 18_10_00-bws, S. 1.

Rechtsextremisten in Deutschland, organisierte wie unorganisierte, fühlen sich seit Jahren einer ‚nationalen Bewegung‘ zugehörig.“ Weiter heißt es in dem von Abteilungsleiter Wegesin unterzeichneten Schreiben:

„Die im ‚SPIEGEL‘, Nr. 42/2000 vom 16.10.2000, S. 38, vorgetragenen Spekulationen, dass hier eine terroristische Vereinigung am Werke sein könnte, werden hier als abwegig beurteilt. Denn die bloße Tatsache, dass der oder die Täter bei ihren Delikten Bekennerschreiben hinterlassen, erlaubt selbstverständlich nicht, eine Parallele zur RAF zu ziehen. In der linksextremistischen Szene ist es bis heute nicht unüblich, politisch motivierte Sachbeschädigungen mit Bekennerschreiben zu begründen. In der rechtsextremistischen Szene ist eine solche Vorgehensweise selten zu beobachten, aber gleichwohl nicht ohne Beispiel. Es gibt aus hiesiger Sicht keinen sachlichen Grund, die oben genannten Taten – es handelt sich um Propagandadelikte, ggf. auch um Sachbeschädigungen – auch nur in die Nähe terroristischer Aktionen zu rücken.“¹¹¹

Auch nach dem Anschlag auf die Trauerhalle hielt der Verfassungsschutz Brandenburg die Verwendung des Begriffs Terrorismus für unangemessen. Das Bundesamt Verfassungsschutz grenzte sich in einem Vermerk zur NaBe vom 16.01.2001 von dieser Sichtweise ab:

„In ersten Stellungnahmen des Brandenburgischen Innenministeriums hieß es – Pressemeldungen zufolge – der jüngste Anschlag bedeute zwar eine neue Qualität, von Terrorismus könne jedoch noch nicht gesprochen werden. Die ‚Potsdamer Neuesten Nachrichten‘ zitieren am 10. Januar den Sprecher des Innenministeriums mit den Worten: ‚Von Terrorismus sprechen wir ganz bewusst noch nicht.‘

*Abweichend von dieser Auffassung **kann jedoch hinsichtlich der ‚Nationalen Bewegung‘ durchaus von rechtsterroristischen Bestrebungen gesprochen werden.** Nach der seit Jahren geltenden **Definition** der Verfassungsschutzbehörden ist **Terrorismus** der nachhaltig geführte Kampf für politische Ziele, die mit Hilfe von Anschlägen auf Leib, Leben und Eigentum anderer Menschen durchgesetzt werden sollen, insbesondere durch schwere Straftaten, wie sie in § 129a Abs. 1 StGB genannt sind oder andere Straftaten, die zur Vorbereitung solcher Straftaten dienen (Verfassungsschutzbericht 1999, S. 228, Erläuterung 101). [...]*

Zumindest mit dem Brandanschlag auf die Trauerhalle des jüdischen Friedhofs in Potsdam, ein der Religionsausübung dienendes Gebäude (§ 306a Abs. 1 Nr. 2 StGB) liegt eine Katalogtat i.S. des § 129a Abs. 1 StGB vor. Bei den Brandanschlägen auf die Imbisswagen können, je nach den Tatumständen, Katalogstraftaten i.S. des § 129a Abs. 1 StGB erfüllt sein, wenn die

¹¹¹ 004#001030 231-S-360 036-0198_2000 offen MIBB vom 30_10_00-bws, S. 2; nahezu wortgleiche Formulierungen finden sich in einem von Auswertungsleiter Milbradt verfassten Vermerk vom 19.10.2000 (B 51 Abschluss Koordinierung, Register 3b, Gruppierung Nationale Bewegung).

Voraussetzungen des § 306 Abs. 1 Nr. 1, 2. Alternative (Hütte) oder Nr. 2 StGB (Betriebsstätten oder technische Einrichtungen) erfüllt sind.“¹¹²

Nach Erhalt einer Stellungnahme des Verfassungsschutzes Brandenburg legte das Bundesamt einen modifizierten Vermerk vor, in dem nun vom „Verdacht des Vorliegens einer rechtsterroristischen Bestrebung“ die Rede ist.¹¹³ Im Begleitschreiben vom 31.01.2001 heißt es:

„Aufgrund der von Ihnen angesprochenen noch unklaren Erkenntnislage im Fall der ‚Nationalen Bewegung‘ erscheint es sachgerecht, bis auf weiteres von einem vorliegenden Verdachtsfall des Rechtsterrorismus zu sprechen.

Sollte allerdings sich der Verdacht bestätigen, dass der oder die Täter nachhaltig für ihre politischen Ziele kämpfen, indem die Brandstiftungen gem. § 306 StGB begehen, so wäre dieser Sachverhalt [...] eindeutig als rechtsterroristisch zu qualifizieren.“¹¹⁴

Vor dem Untersuchungsausschuss konnte sich Wegesin an keine „konkrete Äußerung“ gegen die Übernahme des Verfahrens durch den Generalbundesanwalt erinnern.¹¹⁵ Weiter äußerte er, die damals bei den Verfassungsschutzbehörden gängige Definition des Begriffs Terrorismus sei durch die Erfahrungen mit dem Terrorismus der RAF geprägt gewesen. Zu dieser Definition gehörten lt. Wegesin: „[...] die Professionalität, das totale Abtauchen, die Arbeitsteiligkeit etc. pp. [...]“. Es habe „bei aller Militanz auch im rechtsextremistischen Bereich“ eine „gewisse Scheu“ gegeben, hier „auch sofort diesen Terrorismus-Begriff anzuwenden“.

„Die Definition ist heute eine andere. Wir reden heute schon von Terrorismus auch bei einem Einzeltäter, wie wir es im Bereich haben, wenn eine Selbstradikalisierung beispielsweise erfolgt ist. Unter dem, sagen wir - ich will mich da nicht rausreden -, erweiterten, vielleicht heute gängigen phänomenologisch-fachlichen Begriff - wie gesagt, die Legaldefinition im Strafgesetzbuch ist noch mal ganz was anderes - würde ich meinen, müsste kritisch hinterfragt werden, ob wir das heute noch mal so aufschreiben würden. Das möchte ich sagen.“¹¹⁶

¹¹² B 51 Abschluss Koordinierung, 012#010116, S. 5-6.

¹¹³ B 51 Abschluss Koordinierung - offen und VS NfD_017#010131, S. 3-7.

¹¹⁴ Ebenda, S. 2.

¹¹⁵ Protokoll der 12. öffentlichen Sitzung vom 07.09.2017, S. 76.

¹¹⁶ Protokoll der 12. öffentlichen Sitzung vom 07.09.2017, S. 127.

2.4.1.3. Das Behördenzeugnis

Am 30.01.2001 erstellte der Verfassungsschutzleiter Wegesin auf der Basis einer Deckblattmeldung des V-Manns „Backobst“ (Christian K.) im NaBe-Verfahren ein an den Generalbundesanwalt gerichtetes Behördenzeugnis:

„Dienstlich wurde hier durch eine zuverlässig und stets nachrichtenehrlich berichtende Quelle bekannt, dass mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit der M. K. als Täter oder Mittäter an dem Anschlag auf die Trauerhalle auf dem jüdischen Friedhof in Potsdam am 8. Januar 2001 in Betracht kommt.

Diese Erkenntnis hat die Quelle erlangt, als sie zufällig bei einem Telefonat zwischen einer ihr bekannten Person und dem ihr flüchtig bekannten Anrufer M. K. anwesend war. Die Quelle hat zunächst nur die Antworten der ihr bekannten Person gegenüber dem anfangs nicht namentlich bekannten Anrufer mitgehört. Erst im Laufe des Gesprächs konnte die Quelle den oben genannten Sachverhalt schlussfolgern. Im Anschluss an das Telefonat wurden die Vermutungen der Quelle durch Nachfrage bei der ihr bekannten Person bestätigt. Darüber hinaus habe der Anrufer berichtet, dass er von der Polizei dazu schon vernommen worden sei, ihm aber nichts habe nachgewiesen werden können.“¹¹⁷

Die im Behördenzeugnis behauptete Wahrscheinlichkeit wurde von Wegesin gegenüber dem Untersuchungsausschuss deutlich relativiert:

„[...] Tatsache ist immer: Es gibt eine Ebene, wo Sie denken: Reicht das? Reicht das nicht? - Uns erschien das damals - - Die Quelle hat es behauptet, das war eine klare Tatsachenbehauptung. Natürlich hatten wir Zweifel. Und dann steht da Staatsanwalt oder Polizist und sagt: Ja, was denn nu? Schreib es mir möglichst konkret auf. - Und das sorgt dann dafür, dass Sie da manchmal zwei, drei oder vier Rädchen mehr anziehen, ohne den Richter täuschen zu wollen. Letztendlich wollen sie bei dem Kerl durchsuchen oder ihn befragen etc. pp. Das will der Verfassungsschutz dann so gerne wie die Polizei. Dann spitzt man manchmal zu. Ich gebe zu, dass es im Hinblick auf das, was ich gesagt habe - - dieses um eine grenzwertig zugespitzte Sache sich handeln mag. Aber es hat mich nicht um den Nachtschlaf gebracht, dass dann möglicherweise ein weiterer Rechtsextremist, weil der Verfassungsschutz den Mund ein bisschen vollgenommen hat, mit einer Ermittlungsmaßnahme überzogen würde. Da haben wir andere Dinge gedreht.“¹¹⁸

Angesichts der dürftigen Ergebnisse bei den NaBe-Ermittlungen habe man es gleichwohl für wichtig gehalten, dem Hinweis weiterzugeben.

¹¹⁷ U.a. LKA B51/Nabe Ermittlungsverfahren/E0015-1-B, S. 376.

¹¹⁸ Protokoll der 12. öffentlichen Sitzung vom 07.09.2017, S. 79.

Nach Angaben der Zeugin M. L. (LKA BB) wurde das Behördenzeugnis damals zumindest für so glaubwürdig gehalten, „dass es Ermittlungen nach sich zog“. ¹¹⁹ Der Zeuge M. W. (LKA BB) erinnerte sich, dass dann nach „intensiven Ermittlungen“ der „Wahrheitsgehalt“ des Zeugnisses widerlegt wurde. ¹²⁰

Ähnlich äußerte sich der Zeuge KOK M. K. (LKA BB):

„Es gab damals auch so eine Äußerung innerhalb der Kollegen, dass das Behördengutachten eigentlich das Papier nicht wert ist, auf das es gedruckt worden ist. Das ließ sich eigentlich auch durch die Ermittlungen, durch die Vernehmungen letztendlich bestätigen, dass von diesem Ausgangssachverhalt, dass mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit derjenige als Täter zu sehen ist - - muss einfach im Laufe der Zeit Abstand genommen werden.“ ¹²¹

Auch Wolfgang Siegmund erinnerte sich, dass dem Hinweis nachgegangen wurde. Im Ergebnis habe man ausschließen können, dass M. K. an dem Anschlag beteiligt war. Er habe dies zum Anlass genommen, Wegesin zu bitten, ihm die Quelle zu benennen. ¹²² Aus der Vernehmung der Quelle habe sich dann ergeben, dass der im Behördenzeugnis behauptete hohe Wahrscheinlichkeitsgrad unbegründet gewesen sei: „Aus den Angaben, die diese Quelle dem Verfassungsschutz gegenüber gemacht hatte, war das jedenfalls nicht herzuleiten.“ ¹²³

Christian K. wurde von Herrn Siegmund am 27.03.2001 vernommen. Ein Protokoll dieser Vernehmung liegt dem Untersuchungsausschuss trotz mehrfacher Anfragen bei der Generalbundesanwaltschaft nicht vor.

Aufgrund des Behördenzeugnisses vom 30.01.2001 wurden am 27.03.2001 die Wohnung des Beschuldigten M. K. sowie dessen Arbeitsstelle durchsucht. Es erfolgte auch eine Beschuldigtenvernehmung des M. K. Zu seinem Telefonat mit Stefan R. äußerte sich M. K. folgendermaßen:

*„Das stimmt, dass ich mit dem **Stefan R.** telefoniert habe. Ich wollte aus ihm*

¹¹⁹ Protokoll der 10. öffentlichen Sitzung vom 02.06.2017, S. 27.

¹²⁰ Protokoll der 10. öffentlichen Sitzung vom 02.06.2017, S. 130.

¹²¹ Protokoll der 10. öffentlichen Sitzung vom 02.06.2017, S. 77f.

¹²² Ähnlich stellt Wegesin den Ablauf in seiner Vernehmung im Verfahren wegen Geheimnisverrats dar. B51 – 477JS2054203, S. 42-48.

¹²³ Protokoll der 9. Sitzung vom 28.04.2017, S. 59.

*rauskriegen, wer an der Tat beteiligt war. Ich weiss, dass der **Stefan R.** in gewissen Kreisen verkehrt und bei B&H tätig ist und deshalb vermutete ich, dass er etwas über den Täterkreis wissen konnte.*

An den genauen Wortlaut dieses Telefonates kann ich mich nicht mehr erinnern. Ich bin der Meinung, dass ich ihm vorgehalten habe, dass er vielleicht weiss, wer das auf dem Jüdischen Friedhof gemacht hat.

*Meiner Erinnerung nach hat **Stefan R.** erklärt, dass er das auch nicht weiss. Auf Vorhalt, dass **Stefan R.** es abgelehnt haben soll, am Telefon darüber zu reden, gebe ich an, dass ich das Gespräch anders in Erinnerung habe.“¹²⁴*

Am selben Tag fanden weitere Vernehmungen statt, in denen auf das im Behördenzeugnis erwähnte Telefonat eingegangen wurde: Stefan R. äußerte in seiner Zeugenvernehmung:

„[...] M. K. rief mich an und sagte mir, daß er und seine Freundin an diesem Tag (oder wenige Tage zuvor) von der Polizei abgeholt wurden und wegen der Sache am jüdischen Friedhof befragt wurden. In diesem Zusammenhang sei er auch nach Namen befragt worden. [...]

Er sagte, daß sie befragt wurden und äußerte dann mit einem eigenartigen Lachen, ‚aber wir kennen ja keinen, wir wissen ja nicht wer das war‘. Diese letzte Formulierung wiederholte er mehrfach, wobei er dazu meinen Namen nannte. [...]

Ich weiß bis heute nicht, wie ich diesen Anruf werten soll. Einerseits schien es, daß er mich mit den Sachen in Verbindung bringen wollte, andererseits halte ich es für möglich, das er vielleicht etwas über diese Vorkommnisse weiß.

Ich war über diesem Anruf einfach nur verärgert.

Ich hielt es nicht für ausgeschlossen, das die Polizei durch Abhören von Telefonen auf diesen Anruf kommt und mich mit diesen Straftaten in Verbindung bringt. Und darüber war ich verärgert, da dies ja allen Tatsachen widerspricht.

Ich habe das Gespräch dann auch abrupt beendet in dem ich ihm sagte, daß ich jetzt keine Zeit mehr habe. [...]“¹²⁵

A. B., die Freundin von Stefan R., bestätigt in ihrer Zeugenvernehmung das Telefonat, bei dem außer Stefan R. nur sie anwesend gewesen sei.¹²⁶ Dirk H. berichtet in seiner Beschuldigtenvernehmung¹²⁷ von einem Treffen in einer Pizzeria:

¹²⁴ LKA B51/Nabe Ermittlungen/E0015-2-B, S. 465.

¹²⁵ LKA B51/Nabe Ermittlungen/E0015-3-B, S. 7-9 (Die Vernehmung wird kurz darauf als Beschuldigtenvernehmung weitergeführt.)

¹²⁶ E0015-3-B, S. 125-128.

¹²⁷ E0015-3-B, S. 151-155.

„Dabei waren außer mir Stefan R. mit seiner Freundin, K. [im Original ausgeschrieben], Sven Sch. und dessen Freundin C. In diesem Kreis hat sich der Stefan R. darüber aufgeregt, daß M. K. ihn angerufen und am Telefon dummes Zeug erzählt hatte. Es ging irgendwie um den Anschlag auf dem jüdischen Friedhof. Darauf bezogen soll M. K. am Telefon in etwa gesagt haben: ‚Stefan, ha ha, wir wissen ja nicht, wer das war.‘

Das kam dem Stefan sehr blöd vor, weil es für nicht eingeweihte Leute so klingt, als ob M. K. und Stefan R. gerade doch gewusst hatten, wer den Anschlag begangen hat bzw. daran beteiligt war. Stefan äußerte, ob M. K. bescheuert wäre und was er damit bezwecken würde.“

Trotz der Zweifel der vom Untersuchungsausschuss vernommenen Zeugen KOK M. K. (LKA BB) und Siegmund hinsichtlich des Wahrscheinlichkeitsgrads des Behördenzeugnisses haben die Zeugen bzw. Beschuldigtenvernehmungen im NABE – Ermittlungsverfahren (Stefan R., Dirk H. und A. B. wie auch Menzel) den dem Zeugnis zugrundeliegenden Anruf bestätigt.

2.4.1.4. Veröffentlichung von Bekennerschreiben der NaBe auf der Homepage des Verfassungsschutzes

Wolfgang Siegmund berichtete in seiner Zeugenaussage, der Verfassungsschutz Brandenburg habe ohne vorherige Absprache ein Bekennerschreiben der NaBe auf seiner Homepage veröffentlicht:

„Also, man konnte sich das da runterladen, und das haben wir, meine ich, so ein halbes, Dreivierteljahr nachdem die Ermittlungen von uns übernommen worden waren, zur Kenntnis genommen. Dann bin ich mit einem Kriminalbeamten zusammen hingefahren zum Leiter des Verfassungsschutzes hier und habe darum gebeten, das da wieder runterzunehmen, weil das waren ja im Prinzip die Texte, nach denen wir suchten bei Durchsuchungen, und das schien uns nicht günstig zu sein, dass das nun für jedermann runterladbar beim Verfassungsschutz verfügbar war, weil das halt eventuelle Funde von uns relativiert hätte. Dieser Bitte ist nicht entsprochen worden. Ich hatte eigentlich gedacht, nachdem wir die Bitte geäußert hatten, das werde gemacht. Das wurde nicht gemacht. Das hat mich, als ich das später merkte - zwei Jahre später, glaube ich, wurde ich drauf hingewiesen von der Polizei, dass es immer noch da stand -, schon gewundert. Das war also schon eine Besonderheit, sage ich mal, die mir da begegnet ist.“¹²⁸

¹²⁸ Protokoll der 9. öffentlichen Sitzung vom 28.04.2017, S. 58.

Heiner Wegesin äußerte gegenüber dem Ausschuss, das Material sei bereits bekannt gewesen. Man habe gehofft, durch die Veröffentlichung Hinweise aus der rechtsextremen Szene zu bekommen:

„Wir haben ausschließlich Dinge veröffentlicht, die öffentlichkeitsbekannt waren oder die aus pressefreien Polizeimeldungen kamen. Also, uns war nicht nachvollziehbar - weil es ging ja wohl um das Bekennerschreiben damals bei dem Brandanschlag auf die jüdische Totenhalle hier in Potsdam -, dass wir da Täterwissen preisgegeben hätten oder der Staatsanwaltschaft einen Ermittlungsnachteil eingebrockt hätten. Aus unserer Sicht waren das öffentlichkeitsklare Tatsachen, die wir auch in die Öffentlichkeit gebracht haben mit einem gewissen Spin, weil wir merkten, dass die Leute in der rechtsextremen Szene sauer waren auf die ‚Nationale Bewegung‘, weil sich einfach die Ermittlungstätigkeit, aber auch die präventiv-polizeiliche Tätigkeit intensiviert - man stand den Leuten auf den Füßen -, und wir die Hoffnung hatten, durch Preisgabe dieser öffentlichkeitsbekannten Informationen durch den Verfassungsschutz vielleicht jemanden zu haben, der uns einen Tipp gibt: ‚Ich habe da gehört ...‘ - Man ist ja sonst ermittlungsmäßig damals überhaupt nicht weitergekommen. - Das war der eigentliche Sinn.“¹²⁹

Eine ähnliche Darstellung findet sich in einer von Wegesin unterzeichneten Stellungnahme vom 05.02.2004 („Herrn Staatssekretär zur Information“) zu einem Vortrag des Bundesanwalts Siegmund auf einer Tagung der Generalstaatsanwälte am 19.11.2003:

„Bundesanwalt Siegmund führt [...] aus, es sei festgestellt worden, dass die

Bekennerschreiben durch die Verfassungsschutzbehörde ins Internet eingestellt worden seien. Durch den Leiter der Verfassungsschutzbehörde sei eine Entfernung der Bekennerschreiben aus dem Internet abgelehnt worden.

Dazu wird seitens der Abteilung V wie folgt erwidert:

Bei der in Frage kommenden Information handelt es sich um die PDF-Datei ‚Die Nationale Bewegung - eine Deliktserie‘ und wurde im September/Oktober 2001 ins Netz gestellt. Auf der Website des Verfassungsschutzes findet sich keine Aussage, die nicht vorher in der Presse bzw. in pressefreien Polizeimeldungen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden wäre. Auch sind nicht alle bekannten Bekennerschreiben veröffentlicht worden. Ein ausdrückliches Entfernsbegehren lag zu keinem Zeitpunkt und von keiner Behörde vor. Der damals zuständige Leiter des für die Betreuung der Website verantwortlichen Referats kann sich erinnern, dass die Veröffentlichung der Bekennerschreiben auch mit der Absicht verbunden worden war, die seit Monaten inaktive ‚Nationale Bewegung‘ auf diese Weise zu einer Reaktion zu bewegen. Dies sei auch in der Morgenrunde unter Anwesenheit von Vertretern der Abt. IV¹³⁰

¹²⁹ Protokoll der 12. Sitzung vom 07.09.2017, S. 78.

¹³⁰ Es handelt sich um die Polizeiabteilung des Innenministeriums.

erwähnt worden. Zahlreiche Details der Veröffentlichung waren bereits zuvor dem ‚Spiegel‘ vom 16. Oktober 2000 zu entnehmen.“¹³¹

2.4.1.5. Vorwürfe der Abteilung 5 gegen LKA-Ermittler KOK M. K. (LKA BB)

Der Zeuge KOK M. K. (LKA BB) berichtete, die Abteilung 5 habe ihm Beweismanipulationen vorgeworfen. Sämtliche Vorwürfe konnten in einem Gespräch zwischen Vertretern des LKA und des Verfassungsschutzes ausgeräumt werden. KD Gellenbeck, der Vorgesetzte von KOK M. K. (LKA BB), verfasste dazu am 12.08.2002 ein Ergebnisprotokoll. KOK M. K. (LKA BB) zitierte bei seiner Vernehmung am 02.06.2017 aus diesem dem Untersuchungsausschuss bis dahin noch nicht bekannten Dokument:

„Aktuelle Hinweise auf Gefährdung des Sven S[...]

Vorwürfe gegen KOK M. K. (LKA BB), niedergelegt in einem Vermerk des Verfassungsschutzes BB vom Januar 2001

Anfang 2001 wurde über die Abt. 1 des LKA BB ein Vermerk vorgelegt, der weder Datum noch Unterschrift trägt und durch Mitarbeiter der Abt. V des MI BB – Verfassungsschutzbehörde – angereicht worden war. Darin wird an der polizeilichen Ermittlungsarbeit bzw. dem Verhalten des Sachbearbeiters, KOK M. K. (LKA BB), Kritik geübt.

Konkret wird behauptet, das Protokoll der Vernehmung des Beschuldigten, Sven Sch., sei manipuliert worden (‚Ungereimtheiten‘). Dies sei möglich gewesen, weil von den angeblich 8 Seiten nur eine dem S. zur Unterschrift vorgelegt worden sei.

Zudem seien die Angaben in einem zusätzlich erstellten Vermerk wahrheitswidrig.

Für den 25.01.02 kamen der sachbearbeitend mit dem Vorgang befasste Mitarbeiter des Verfassungsschutzes, Herr Giebler, in seiner Begleitung Herr Meyer-Plath, der beschuldigte KOK M. K. (LKA BB) und Unterzeichner im LKA zusammen.

Nach Vorhalt legte Herr KOK M. K. (LKA BB) das Duplikat der Ermittlungsakte vor, aus dem einwandfrei hervorgeht, dass er die besagte Vernehmung zusammen mit der Kollegin KK’in K. gemacht hat. Jedes der insgesamt 4 Blatt der Vernehmung ist von Herrn Sven Sch. mit Unterschrift abgezeichnet. Ein anderes, achtseitige Vernehmungsprotokoll gibt es nicht.

Weiterhin fand sich ein fünfseitiger Ermittlungsbericht, der sachlich die Ermittlungsinhalte darstellt. Gemeinsam konnte durch die Anwesenden nichts

¹³¹ MIK 13_2 – Terroristische Vereinigung Nabe VS-NfD, S. 9.

gefunden werden, was den Vorwurf „... eigentlich belastende Angaben“ hätte rechtfertigen können. Zudem konnte Sch[...] den Inhalt dieses Berichtes zu dem Zeitpunkt nicht kennen, so dass fraglich wäre, wie er zu der kritischen Feststellung gekommen sein kann.

Unterzeichner stellte zum Ende des Gesprächstermins fest, dass die vagen Vorwürfe sich nicht bestätigt haben.

Von Seiten des Verfassungsschutzes wurde eingeräumt, dass derartige Vermerke auf nicht verifizierte Äusserungen teilweise krimineller Personen entstünden und nicht überbewertet werden sollten.

Mangelnde Relevanz und offenbar unwahre Angaben/Vermutungen lassen eine Weiterverfolgung der Sache unsinnig erscheinen.

Einvernehmlich wurde bekräftigt, dass die Beteiligten eine gute Zusammenarbeit, insbesondere auch bei der Gewinnung und Führung von V-Leuten für sinnvoll erachten und frühzeitige Konsultationen angestrebt werden.

(Gellenbeck) KD“¹³²

¹³² Protokoll der 10. öffentlichen Sitzung vom 02.06.2017, S. 88f.

2.4.1.6. Erteilung einer Aussagegenehmigung für den V-Mann-Führer Max Sandmann

Wolfgang Siegmund von der Generalbundesanwaltschaft erinnerte sich vor dem Untersuchungsausschuss, dass der Leiter des Verfassungsschutzes Brandenburg Heiner Wegesin ihn nach der Vorladung des V-Manns „Backobst“ kritisierte:

„Ja, ist mir rememberlich.

(Der Zeuge überlegt)

Also, wer mich da kritisiert hat - - Ich meine, es ging darum - - Also, die Kritik wurde daran festgemacht, dass ich für diesen V-Mann, den ich dann gehört habe, für diese zweite Vernehmung - ich hatte ihn ja schon mal vernommen, mit Wissen und Billigung des Verfassungsschutzes, der mir ja dann seine Erreichbarkeit erst zur Verfügung gestellt hatte im Jahr 2001 - - dass ich den noch mal vernommen habe, ohne mich noch mal um eine Aussagegenehmigung für ihn zu kümmern. Ich glaube, dieser Vorwurf kam auch nicht nur vom Verfassungsschutz, er kam auch von der hiesigen Staatsanwaltschaft. Da wurde das jedenfalls infrage gestellt, ob man das machen darf oder nicht. Ich meine, oder ich bin mir sicher, dass ich mir damals dazu Gedanken gemacht habe. Ich halte das auch heute noch für richtig, dass ich nicht noch eine weitere Aussagegenehmigung eingeholt habe; ich glaube, ich brauchte sie dafür nicht, um diese Fragen zu stellen. Da kann man anderer Meinung sein.

Das wurde vonseiten des Verfassungsschutzes - - Also es ging ja dann noch weiter. Wir haben dann erwogen, den V-Mann-Führer auch zu befragen, also nicht nur den V-Mann selbst - den hatte ich ja schon gehört -, sondern wir hatten uns überlegt, dass uns ja mal jemand erklären muss, warum nun dieser Durchsuchungstermin bekannt gegeben worden war.

Es ergab sich übrigens - an der Stelle muss ich noch mal einhaken - durch die Befragung dieses V-Mannes nicht, dass er aufgefordert worden war, den Termin in die Szene durchzustecken, sondern das war sozusagen den Umständen geschuldet, dass er nicht wusste, wie er sonst seine Wohnung leer machen sollte, ohne dem Sven Sch., der die Wohnung nutzte, den Termin zu nennen. Aber aufgefordert worden war er dazu nicht.

Aber wir haben uns dann überlegt, den V-Mann-Führer dazu vernehmen zu lassen, und wollten das vom Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs machen lassen, weil das dann für einen Zeugen ein anderes Gewicht hat, wenn er vor Gericht aussagt. Er steht auch bei uns unter Wahrheitspflicht, aber er steht dann unter einer besonderen Wahrheitspflicht insofern, als unwahre Angaben dann auch strafbar sind. Wir meinten überhaupt, dass der Rahmen, der angemessen wäre in einem solchen Zusammenhang - es ging ja um einen Behördenbediensteten - - dass wir ihn nicht selber vernehmen, sondern dass wir den Ermittlungsrichter ihn vernehmen lassen. Und in dem Zusammenhang

habe ich dann das Amt hier gebeten, mir die Personalien zur Verfügung zu stellen. Und das wurde dann so ein bisschen - für mich nicht nachvollziehbar - mit dem Vorwurf verknüpft, ich hätte ja nun diesen V-Mann ohne Aussagegenehmigung vernommen, und dann sollte ich erst mal erklären, warum ich das gemacht hätte, vorher würden sie mir nicht sagen, wie ich diesen V-Mann-Führer erreichen kann. Aber das hat sich hinterher alles im Grunde genommen recht unspektakulär aufgelöst, weil wir dann mitbekamen - - Der V-Mann-Führer wurde dann von der Behörde zur Vernehmung zur Verfügung gestellt, es wurde - damit waren wir auch einverstanden - ihm auferlegt, seinen Klarnamen nicht zu sagen, aber es wurde uns eine Möglichkeit, also ein Name vorgegeben, unter dem wir ihn laden konnten in der Behörde.“¹³³

Aus den Akten ist ersichtlich, dass die Aussagegenehmigung für den V-Mann-Führer Max Sandmann am 07.07.2003 von der Generalbundesanwaltschaft beantragt wurde. Erteilt wurde sie vom Innenministerium Brandenburg am 05.08.2003.¹³⁴

2.4.2. Polizei

2.4.2.1. Kontakte zu Sven Sch.

Thematisiert wurde im Untersuchungsausschuss auch der polizeiliche Umgang mit dem rechtsextremen Versandhändler Sven Sch. Der Zeuge KOK M. K. (LKA BB) berichtete, er sei erstmals am Rande einer Beschuldigtenvernehmung mit Sven Sch. in Kontakt gekommen. Sven Sch. habe von seinem Aussageverweigerungsrecht Gebrauch gemacht, aber „außerhalb des Protokolls“ doch auf Fragen geantwortet. Diese Informationen habe man in einem Aktenvermerk festgehalten.¹³⁵ Hierzu liegen dem Untersuchungsausschuss u.a. die folgenden Dokumente vor:

Dem Protokoll einer Beschuldigtenvernehmung¹³⁶ ist zu entnehmen, dass Sven Sch. am 22.01.2001 vom LKA Brandenburg vernommen wurde. Unter dem vorgedruckten Standard-Belehrungstext auf der zweiten Seite steht die folgende handschriftliche Eintragung, die von Sven Sch. unterschrieben wurde: *„Nachdem mir der Vorhalt eröffnet wurde, entscheide ich mich, zunächst Rücksprache mit meinem Rechtsanwalt zu nehmen.“*

Darunter steht der ebenfalls von Sven Sch. unterschriebene handschriftliche Text:

¹³³ Protokoll der 9. Öffentlichen Sitzung vom 28.04.2017, S. 87f.

¹³⁴ B51 – 477JS2054203, S. 262 f.

¹³⁵ Protokoll der 14. öffentlichen Sitzung vom 06.10.2017, S. 5.

¹³⁶ LKA B 51 E0051 S. 298f.

„Herr Sven Sch., Sie werden beschuldigt, Tonträger (CDs) mit volksverhetzendem Inhalt bezogen sowie verbreitet zu haben. Ich schlage Ihnen folgende Vorgehensweise vor: die bei Ihnen aufgefundenen Asservate werden im Einzelnen durchgesprochen. Dabei handelt es sich insbesondere um die CD ‚Hate Society‘, Cover der Band ‚Nordmacht‘, B&H-Cds, CD’s vom ‚Macht und Ehre‘ sowie CDs der Band ‚White Aryan Rebels‘. Sind Sie damit einverstanden?“

Im Anschluss findet sich in der Akte ein am 22.02.2001 vom LKA Brandenburg verfasster „Vermerk zur Vernehmung“:

*„Die Beschuldigtenvernehmung des **Sven Sch.** wurde am heutigen Tag vorladungsgemäß im PP Potsdam um 10:00 Uhr begonnen. Zu Beginn der Vernehmung wurde Herr Sven Sch. über seine Rechte und Pflichten belehrt. Ihm wurden die gegen ihn erhobenen Vorwürfe bekannt gegeben. Des Weiteren wurden ihm die strafprozessualen Maßnahmen, die im Verfahren gegen ihn durchgeführt wurden, genannt. Der strafrechtliche Hintergrund der einzelnen Vorhalte wurde ihm detailliert erklärt.“¹³⁷*

Das Typoskript wurde nicht unterzeichnet.¹³⁸

Des Weiteren findet sich in den Akten ein „Befragungsprotokoll“ vom 22.02.2001 zu dieser Vernehmung,¹³⁹ das nachfolgend vollständig zitiert wird:

*„Die Beschuldigtenvernehmung des **Sven Sch.** wurde am heutigen Tag vorladungsgemäß im PP Potsdam um 10:00 Uhr begonnen. Zu Beginn der Vernehmung wurde Herr Sven Sch. über seine Rechte und Pflichten belehrt. Ihm wurden die gegen ihn erhobenen Vorwürfe bekannt gegeben. Des Weiteren wurden ihm die strafprozessualen Maßnahmen, die im Verfahren gegen ihn durchgeführt wurden, genannt. Der strafrechtliche Hintergrund der einzelnen Vorhalte wurde ihm detailliert erklärt.*

*Herr Sven Sch. machte zunächst allgemeine Bemerkungen über die bei ihm und **Christian K. [im Original ausgeschrieben]** durchgeführten Durchsuchungen. Er bezog sich auf das bei Herrn K. durch die Polizei hinterlegte Durchsuchungsprotokoll und brachte zum Ausdruck, dass der Beginn der Durchsuchung falsch eingetragen sei. Angeblich soll im Durchsuchungsverzeichnis als Beginn der Durchsuchung bei Herrn K. 11:15 Uhr eingetragen sein. Zu diesem Zeitpunkt befand sich Herr Sven Sch. gemeinsam mit Herrn K. noch in der Wohnung des K. Nach Einsicht in die Durchsuchungsunterlagen K.s wurde festgestellt, dass als*

¹³⁷ LKA B 51 E0051 S. 300.

¹³⁸ Auf dem nächsten Blatt der Akte wird aus dem nachfolgend zitierten Befragungsprotokoll der Punkt 7.2. vollständig abgedruckt.

¹³⁹ B 51 Zweite-Handakte Band I, S. 48-52.

Durchsuchungsbeginn 14:10 Uhr und nicht wie von Sven Sch. angegeben, eingetragen war.

Des Weiteren brachte er sein Unverständnis darüber zum Ausdruck, dass die Durchsuchung erst dann begonnen wurde, als er nicht mehr in seiner Wohnung war bzw. das er nicht angerufen wurde. Ihm wurde erklärt, dass der Durchsuchungsbeginn in Abhängigkeit von polizeilichen Organisationsmaßnahmen entstanden ist. Der Ablauf der Durchsuchung wurde ihm geschildert.

Zunächst wurde der **Komplex ‚Durchsuchung‘** besprochen. Herr Sven Sch. bezweifelt, dass die Durchsuchung aufgrund der CD ‚Macht und Ehre‘ durchgeführt wurde. Er war der Meinung, dass die Durchsuchung einen anderen Hintergrund hatte. [handschriftl. Randvermerk: „welchen?“]

1. Die Vernehmung begann nun konkret zur beschlagnahmten CD ‚Sounds of racial hatred‘ der Band ‚Hate Society‘.

Auf Nachfrage wurde ihm mitgeteilt, wo diese aufgefunden wurden. Auf die Frage, ob ihm die strafrechtliche Relevanz der Texte bekannt sei, erwiderte er, dass er die Textpassage ‚Sieg Heil‘ versteht. Ihm wurden weitere einzelne Textauszüge bekannt gegeben. Herr Sven Sch. gab an, dass er die CD von einem Bernd P. hat und die CD auch von diesem produziert wurde. Auf weitere konkret gestellte Fragen, machte er von seinem Aussageverweigerungsrecht gebrauch und wollte erst mit seinem Anwalt Rücksprache nehmen. Das Angebot seinen Anwalt sofort anzurufen, lehnte er ab. Herr Sven Sch. brachte zum Ausdruck, dass er keine Namen nennen kann, da die Polizei dann gegen diese Personen ermitteln wird und er als ‚Verräter‘ in der Szene dastehen würde. Er wollte wissen, ob die Polizei gegen diese Personen ermitteln würde, die er beliefert hat.

Auf folgende Fragen machte er keine Angaben:

- Herr Sven Sch., warum versteckten Sie die CDs S.O.R.H. im Schuppen?
- Wann und wo wurden die CD gepreßt? Von wem?
- Wann und wo wurden die Cover hergestellt? Von wem?
- Wer war für das Layout der Cover verantwortlich'?
- Wer ist die Band ‚Hate Society‘?
- Woher haben Sie die CDs und wofür waren Sie bestimmt?
- Wieviel haben Sie in Umlauf gebracht?
- Wieviel haben Sie gezahlt?
- Auf welchem Weg?
- Wie verlief die Anbahnung, Bestellung?
- Auf welchem Weg kamen die CDs in Ihren Besitz?
- Wie verlief der Weiterverkauf bzw. die Bestellungen?

- Wieviel haben Sie insgesamt verdient?
- Welche Personen waren an der Herstellung und am Vertrieb dieser CD/ Cover beteiligt?

2. Als nächster Punkt wurden die beschlagnahmten CD - Cover der Band ‚Nordmacht‘ mit dem Titel ‚Ihre Ehre hieß Treue‘ zum Tatvorwurf gemacht.

Diese stellen Verstöße gegen §§ 86, 86a StGB dar. Im Hintergrund des Frontcovers ist eine Flagge gem. Reichsflaggengesetz vom 15.09.1935 abgebildet. Lt. Organisationsbuch der NSDAP (Seite 417) handelt es sich bei dem Leitspruch der SS der NSDAP: ‚Meine Ehre heißt Treue‘. Der Titel der CD ‚Ihre Ehre hieß Treue‘ bezieht sich somit eindeutig auf den o.g. Leitspruch der SS. Ein weiteres auf dem Cover abgebildetes Hakenkreuz verstößt gegen § 86a StGB. Aufgrund der hohen Stückzahl, die bei Herrn Sven Sch. aufgefunden wurde, besteht der Verdacht, dass er diese Cover für die Verbreitung vorrätig gehalten hat.

Herr Sven Sch. gab an, dass er den Druck der Cover in Auftrag gegeben hatte. Das Layout ist von ihm. Er gab zunächst an, dass die Druckerei in Deutschland sei. Weitere Angaben wollte er nicht machen. Kurze Zeit später machte er diesbezüglich folgende Angaben: eine Person, die der Polizei bekannt sein soll, hat die Verbindung zur Druckerei besorgt. [handschriftlicher Randvermerk: „? Abt. V“] Die Druckerei ist ihm angeblich nicht bekannt. Als nächstes gab er an, dass er einen Anruf bekommen hatte, wo ein anderer von ihm in Auftrag gegebener Druck bearbeitet und er gefragt wurde, ob der ‚Nordmachtauftrag‘ gleich mit erledigt werden soll. Dieses wurde von Sven Sch. bestätigt. Angeblich soll die anrufende Person und die Druckerei keine weiteren Druckaufträge durchgeführt haben.

Auf weitere konkrete Fragen machte er keine Angaben.

- Warum wurden die ‚Nordmacht-Cover‘ im Schuppen versteckt?
- Woher stammen die Covers, wofür waren diese bestimmt?
- Wann, wer und wo wurden hergestellt?
- Wo sind die dazugehörigen CDs?
- Wie bezogen?
- Bezahlung?
- Was kostet eine CD?
- Wo wurden die Cover gedruckt?
- Was hat die Herstellung gekostet?

Ihm wurde mitgeteilt, dass aus einem Asservat Bestellungen von ‚Nordmacht‘- CDs mit Preisangaben hervorgehen.

- 3. Als nächster Komplex wurden die Asservatenfunde (Zeitschriften und ,Mistreat – CDs'), die sich auf die verbotene Organisation ,Blood und Honour' beziehen und den Tatbestand ,des vorrätig halten's' erfüllen, zum Vorhalt gemacht.**

Herrn Sven Sch. wurde das Kennzeichenverbot gem. § 20 VereinsG i.V.m. § 20 VereinsG bekannt gegeben. In diesem Komplex wurde ihm gleichzeitig das Cover der CD ,Blood und Honour Brandenburg' zum Vorhalt gemacht. Herr Sven Sch. gab an, dass die Cover des CD - Samplers vor dem Verbot hergestellt wurden. Weitere Angaben wollte er nicht machen. Er wollte wissen, ob die Texte strafbar sind.

- 4. Als nächstes wurde der bei der Durchsuchung beschlagnahmte Brief, aus dem eine an Sven Sch. gerichtete Bestellung von CDs der Gruppe ,Landser' hervor geht, zum Vorhalt gemacht.**

Er bestätigte, dass er den Brief von einem Kress erhalten hat. Bei der ,Landser' - CD handelt es sich um die CD mit dem Titel ,Ran an den Feind.' Er gab an, dass er die Lieferung nicht erfüllen konnte, da er derzeit keine CD mit dem Titel vorrätig hatte.

- 5. In diesem Zusammenhang wurde ihm die Aussage des Thomas Starke vorgehalten, dass Sven Sch. ,Landser' - CDs bestellt hat.**

Er bestätigte dieses und gab an, ca. 100 ,Landser' - CDs erhalten zu haben und diese weiter vertrieben zu haben. Auf Nachfrage, welche Personen er beliefert hat, erwiderte er, dass er die Namen nicht nennen könne. Er meinte, wenn er aussagen würde, dass er 100 CDs an Thomas P. weitergegeben, die Polizei dann gegen Thomas P. ermitteln würde. Es könnte auch sein, dass er 300 CDs erhalten hat. Er gab an, dass ihm die Aussage des Starke bekannt sei und sich Starke diesbezüglich mit ihm unterhalten hat.

- 6. Im gleichen Zusammenhang wurde ihm ein weiterer Brief zum Vorhalt gemacht, aus dem wiederum hervorgeht, dass bei ihm ,Landser' - CDs bestellt wurden.**

Er ging von sich auf den weiteren Inhalt des Briefes (Rechte auf Stahlgewitter) ein. Dadurch benannte er den Absender des Briefes. Bei diesem handelt es sich um J. H. Er bestätigte die Frage, ob er kurz nach Erhalt des Briefes den J. H. besucht hat.

- 7. Als nächstes wurde Herr Sven Sch. zu weiteren beschlagnahmten Gegenständen befragt:**

7.1 Zur Verwendung der **CD - Hüllen** sagte er, dass er früher mal, die CDs mit Hülle verschickt hat.

Jetzt verschickt er die CDs ohne Hüllen. Die CD - Hüllen sind Restbestände, die er verwendet, wenn welche kaputt sind.

Ihm wurde diesbezüglich mitgeteilt, dass der Verdacht besteht, dass er als Zwischenhändler für den CD - Vertrieb rechtsextremistischer Bands für die Zusammenstellung von CDs, Cover und Hüllen verantwortlich ist.

7.2 Auf die Frage warum sich das **Asservat Nr. 11** (handschriftliche Äußerungen und Fotos) hinter der Revisionsklappe der Badewanne befand, äußerte er, dass er diese Unterlagen besonders versteckt hielt, weil er eine neue CD produzieren sollte. Dafür wurden ihm die handschriftliche Aufzeichnungen aus dem Altbundesgebiet mit den Fotos übersandt. Er bemerkte, dass die Polizei einen Handschriftenvergleich mit ihm anstellen könne. Die Person, die ihm die Unterlagen übersandt hatte, wollte er nicht benennen.

Das Cover sollte für eine CD vor dem Hintergrund des Heldengedenktages sein. Interpreten sollten die Liedermacher ‚Lüders‘ und ‚Stigger‘ sein. Auch die Fotos wurden ihm mit den handschriftlichen Aufzeichnungen übersandt. Zu den Personen auf den Bildern machte er keine Angaben. Die Verwendung des Wortes ‚national - revolutionäre Bewegung‘ steht nicht im Zusammenhang mit Bekennerschreiben von Straftaten in Potsdam.

In diesem Zusammenhang äußerte er die Bitte ein Bekennerschreiben zu sehen. Dieses wurde abgelehnt.

7.3 Herr Sven Sch. wurde nunmehr zu den ‚**Weihnachtspaketen**‘, die er an verschiedene Leute übersandte befragt.

Diesbezüglich wurden ihm Kopien der beiden Rechnungszettel (Inhalt der Pakete mit Geldangaben) vorgelegt.

Er bestätigte auf Nachfrage, dass es sich bei einem Empfänger um M. B. (SN: Frösi) handelt. Weitere Angaben, u.a. zum zweitem Empfänger, wollte er nicht machen.

Als nächster Punkt wurde der Komplex ‚**Postbeschlagnahme**‘ besprochen.

8. Am 19.01.2001 wurde ein Päckchen, welches an Herrn Sven Sch. adressiert war, angehalten. Inhalt diese Päckchens waren 30 CDs der Band ‚Macht & Ehre‘ mit dem Titel ‚Herrenrasse‘.

Texte und Cover dieser CD begründen den Verdacht gern. § 130 StGB. Das Beziehen solcher Tonträger ist strafbar. Herrn Sven Sch. wurde die Originalverpackung des an ihn gerichtete Päckchen vorgelegt.

Er gab an, dass ihm diese CDs von **Bernd P.** übersandt wurden. Die Sendung soll jedoch aus dem Norden kommen sollte. Herr Bernd P. hatte noch Schulden bei ihm und die Lieferung dieser CD war als ‚Bezahlung‘ gedacht. Weitere Angaben machte er nicht.

9. Am 23.01.2001 wurde ein Päckchen, welches an Herrn Sven Sch. adressiert war, angehalten. Inhalt diese Päckchens waren ca. 200 CDs und Cover der Band ‚White Aryan Rebels‘ mit dem Titel ‚Noten des Hasses‘.

Texte und Cover dieser CD begründen den Verdacht gern. § 130 StGB. Auf dem Cover ist eine Flagge gern. Reichsflaggengesetz abgebildet und erfüllt somit den Tatbestand des § 86 StGB. Weitere auf dem Cover abgebildete Hakenkreuze verstoßen gegen § 86a StGB. In dem Buch ‚Die Uniformen der Braunhemden‘ von 1934 (Zentralverlag der N.S.D.A.P.) sind die Armscheiben der ‚Jungvolk‘ - Führer abgebildet. Dieses sind wiederum auf dem Cover der genannten CD abgebildet und verstoßen somit gg. § 86 StGB.

Herr Sven Sch. gab daraufhin an, dass er bei einem Bekannten, Uwe Menzel aus Potsdam, bei dem er vor kurzem war, diese CD gehört hatte. Er ist der Meinung, dass die Polizei mit den abgefangenen CDs (‚Macht und Ehre‘ und ‚White Aryan Rebel‘) ihm nichts könne, da sie ja nicht in seinem Besitz waren. Er gab an, dass sobald eine neue CD produziert wurde, man ihm welche übersendet, auch wenn er diese nicht bestellt hat. Diese CD würde sich sowieso nur sehr schlecht verkaufen, weil die Musik sehr schnell ist.

Angaben zur Bandbesetzung machte er nicht. Zum Absender des Paketes machte er keine Angaben.

10. Bis zum jetzigen Zeitpunkt war abzusehen, dass der Beschuldigte Sven Sch. keine konkrete Angaben zu den Vorhalten machen wird.

Ihm wurde diesbezüglich noch einmal der Grundsachverhalt des Strafverfahrens sowie die Verdachtsmomente, die seine Stellung innerhalb der Vertriebsszene rechtsextremer Musik beschreiben, dargelegt. Ihm wurde vorgehalten, dass aus zwei Briefen, die an ihm gerichtet waren und die er auch empfangen hatte, Herr Sven Sch. als Anlaufpunkt für Bestellungen der ‚Landser CD‘ angesprochen wurde. Außerdem wird er von einer weiteren Person belastet, Landser CDs bestellt zu haben.

Herr Sven Sch. wollte wissen, ob als zu erwartende Straftat eine Geldstrafe in Frage kommen könnte. Eine Geldstrafe würde er einer Bewährungsstrafe vorziehen. Er möchte einen legalen Versand von rechtlich nicht relevanten CDs gründen. Er befürchtet, dass die Polizei dennoch ‚drei mal im Monat‘ bei ihm durchsucht und auch die legalen CDs beschlagnahmt. Ein Versand zu betreiben, wäre dann aber nicht möglich. Er schlug vor, dass die Polizei seinen Katalog auf rechtliche Relevanz hin überprüfen könnte.

Ihm wurde mitgeteilt, dass im Ergebnis nur eindeutig unrelevante CDs von der Polizei genehmigt werden könne. Das Cover der CD der Band ‚Before God‘ mit dem Titel ‚Under the blood banner‘ könnte schon den Tatbestand des § 86a StGB erfüllen. Ihm wurde mitgeteilt, dass seine Frage zum jetzigen Zeitpunkt nicht entschieden werden kann. Ihm wurde vorgeschlagen eine rechtliche Bewertung seines Versandkataloges durch einen Rechtsanwalt vornehmen zu lassen.

Des Weiteren wollte er wissen, ob das Cover der Band ‚Nordmacht‘ mit dem Titel ‚Ihre Ehre hieß Treue‘ so im Layout verändert werden kann, dass die Hakenkreuzfahne nicht mehr als solche zu erkennen sind bzw. Hakenkreuze gänzlich auf dem Cover zu löschen.

Er fragte weiterhin, ob er die bei Herrn K. beschlagnahmte CD der Band ‚Schwarzer Orden‘ an ihm herausgegeben werden könnte. Diese sind textlich und vom Cover her rechtlich irrelevant. Bei diesen CDs handelt es sich um sein Eigentum. Er gab an, dass er ansonsten seine Bestellungen nicht erfüllen kann.

Auf Frage, wie er sich die weitere Vernehmung (12:30 Uhr) vorstellt, bat er, die Vernehmung in der nächsten Woche fortzuführen, damit er ein paar Tage Bedenkzeit hat. Es will sich Gedanken über einen Mittelweg machen, wo er der Polizei Angaben machen kann, aber nicht als ‚Verräter‘ dasteht. Er wiederholte mehrfach, dass das nicht gehen würde. Er könnte sich vorstellen, gegen solche Personen auszusagen, die aufgrund der Ermittlungen gegen ihn, sowie in das Blickfeld der Polizei geraten sind.

Es wurde vereinbart, dass Herr Sven Sch. am Montag angerufen wird, um einen neuen Termin zu vereinbaren. Er bat zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht, einen „Deal“ zu machen.

11. Abschließend wurde Herr Sven Sch. auf seine Bestellung der CD ‚die Gelben‘ angesprochen.

Herr Sven Sch. widersprach, dass es sich dabei um die CD ‚Die Härte‘ handelt, sondern um die CD der Band ‚Day of the swart‘ mit dem Titel ‚Ear to Ea‘. Diese soll ebenfalls gelb sein. Da das Cover der CD eindeutig strafrechtlich relevant ist, wurde ihm vorgeschlagen, diese CDs freiwillig an die Polizei herauszugeben. Auch zu diesem Punkt bat er um Bedenkzeit.

12. Bereits auf dem Weg von der Wache in das Vernehmungszimmer sprach Herr Sven Sch. Unterzeichner auf die Durchsuchungen vom 17.02.2001 an, die infolge ungeklärter Umstände an ein Mitglied der rechten Szene bekannt wurde und daraufhin am 07.02.2001 durchgeführt werden mußte.

Zu diesem Komplex machte Herr Sven Sch. folgende Angaben:

Auf die Frage, welche Person im mitgeteilt hat, dass am 17.02.2001 Durchsuchungen durchgeführt wurden, antwortete er, dass es sich dabei um Christian K. handelt. Diese Information wurde erst nicht ernst genommen, da Herr K. bereits in der Vergangenheit nicht ernst genommen wurde. Er wird offen verdächtig, Informationen aus der Szene abfließen zu lassen. Herr Sven Sch. kann sich aber nicht wirklich vorstellen, dass man an K. Interesse haben könnte, da er aus den wichtigen Sachen raus gelassen wird.

Auf die Frage, ob Herr Sven Sch. weiß, wie der K. an die Information vom 17.02.2001 gelangt ist, erwiderte er, dass K. ihm dazu folgendes mitgeteilt hat:

Er hat die Info von einer Frau, die Polizistin sein soll und in unmittelbarer Nachbarschaft wohnen soll. Die Polizisten soll ein Sohn haben, mit dem K. in die Schule gegangen sein soll. K. soll die Mutter in der Kaufhalle getroffen haben und von ihr angesprochen worden sein, sie mal wieder zu besuchen, da auch ihr Sohn da ist. K. besuchte die Familie und bei dieser Gelegenheit soll er diese Information erhalten haben. Die Polizisten, soll zur Umschulung bzw. zur Weiterbildung im PP Potsdam Den Namen der Polizisten konnte er im Moment nicht nennen, er ist sich aber sicher, den Namen von K. gehört zu haben.

Auf Nachfrage, wer in einem Telefonat zwischen Sven Sch. und Dirk H. mit dem Name ‚W.‘ gemeint sei, erwiderte er, dass damit ein Polizeibeamter des 4.Komm. des PP Potsdams gemeint ist. Dieser ist ihm auch bekannt. Dieser Name sei jedoch nur ein ‚Joke‘ gewesen; er hätte mit der ganzen Sache nichts zu tun.

M. K. (LKA BB), KOK“

Zu der von Sven Sch. angefragten Prüfung seines Versandkataloges äußerte KOK M. K. (LKA BB) vor dem Untersuchungsausschuss:

„Weitere Kontakte gab es dahingehend, dass er von sich aus wollte, dass er einen legalen Versand aufbauen möchte mit Devotionalien, die der rechten Szene zugehörig sind, aber strafrechtlich unbelastet sind, weil er - wenn ich mich recht erinnere; so zitiere ich mal ihn - die Schnauze voll hatte, ständig von den Bullen Besuch zu bekommen, die ihm alles wegnehmen.

Und in dem Sinne hat er uns seinen Katalog mit vorgelegt, seine Broschüre, wo er seine Dinge angeboten hat, und uns gefragt, welche Sachen verboten oder indizierungswürdig sind, woraufhin wir uns erneut zusammengesetzt haben, auch mit anderen Kollegen des damaligen, vor Ort befindlichen Staatsschutzkommissariats, mit dem Leiter, und uns dann beraten haben dazu: Wie weit können wir gehen in dieser Sache? Was können wir ihm empfehlen oder raten?“¹⁴⁰

Man habe dabei mit einem „Musikauswerter“ des LKA zusammengearbeitet.

„Der hatte auch den wirklichen Fachverstand. Das müssen Sie mir nachsehen, dass ich zu dem Zeitpunkt nicht die Tiefe der Materie kannte, welche Bands indizierungswürdig sind oder verboten waren oder welche Textpassagen gegen bestimmte Paragraphen verstoßen. Da war dieser Kollege sehr hilfreich, der uns dort zur Seite gestanden hat und explizit diese Sachen bewertet hat.“¹⁴¹

¹⁴⁰ Protokoll der 14. öffentlichen Sitzung vom 06.10.2017, S. 6.

¹⁴¹ Protokoll der 14. öffentlichen Sitzung vom 06.10.2017, S. 6.

Diese Gespräche seien „gefahrenabwehrrechtlich“ erfolgt, und hätten das Ziel gehabt, Straftaten zu verhindern.¹⁴² Eine Rechtsberatung habe nicht stattgefunden.¹⁴³

„Wir haben - das ist auch schriftlich niedergelegt - zuerst darauf hingewiesen, dass er sich dazu mit seinem Rechtsanwalt konsultieren soll. Erst dann haben wir die Sachen bewertet.“¹⁴⁴

Sein Verhältnis zu Sven Sch. beschrieb KOK M. K. (LKA BB) folgendermaßen:

„Über ein Vertrauensverhältnis würde ich nicht sprechen. Aber dass wir uns geduzt haben, das kann sein, ja.“¹⁴⁵

KOK M. K. (LKA BB) bestritt, dass Sven Sch. von der Polizei als V-Person angeworben wurde. Man habe ihn weder entlohnt noch Versprechungen gemacht.¹⁴⁶ Zum damaligen Zeitpunkt habe es beim polizeilichen Staatsschutz keine Organisationseinheit zur VP-Führung oder Informantengewinnung gegeben.

„Ob ich es erwogen hätte? Es wäre zu einem Punkt gekommen, wo er sicherlich - - Oder: Hätte er Informationen gebracht, für die er eine Vertraulichkeit gewollt hätte - alles sehr im Konjunktiv -, hätte man sich Gedanken machen müssen an der Stelle. Hinsichtlich einer kompletten Führung als V-Person mit dem Ziel, Informationen zu beschaffen, gab es nie auch nur einen Gedanken.“¹⁴⁷

Allerdings legte KOK M. K. (LKA BB) selbst dem Untersuchungsausschuss in der Sitzung vom 02.06.2017 ein Dokument vor, das dieser Darstellung widerspricht. Es handelt sich um ein 7-seitiges Protokoll einer „Fachaufsichtlichen Anhörung“ durch das Ministerium des Innern Brandenburg, die am 04.09.2003 im LKA in Eberswalde durchgeführt wurde. In dem Protokoll, das von KOK M. K. (LKA BB) „genehmigt und unterschrieben“ wurde, heißt es u.a.:

„Während der Verfahrensbearbeitung im Februar 2001 war noch nicht erwogen worden, den Sven Sch. als VP zu gewinnen. [...]“

Ich war mir später mit J. W. und H. einig, dass wir versuchen wollten, den Sven Sch. als VP/Informant zu gewinnen. Eine Weisung meiner Vorgesetzten habe ich dazu nicht erhalten. Mit seinem Katalogangebot hat er für uns ein Fenster der Annäherung geöffnet. Auch habe ich ihm ja abgenommen, dass er Interesse

¹⁴² Protokoll der 14. öffentlichen Sitzung vom 06.10.2017, S. 6.

¹⁴³ Protokoll der 14. öffentlichen Sitzung vom 06.10.2017, S. 13.

¹⁴⁴ Protokoll der 14. öffentlichen Sitzung vom 06.10.2017, S. 13f.

¹⁴⁵ Protokoll der 10. öffentlichen Sitzung vom 02.06.2017, S. 106

¹⁴⁶ Protokoll der 14. öffentlichen Sitzung vom 06.10.2017, S. 11.

¹⁴⁷ Protokoll der 14. öffentlichen Sitzung vom 06.10.2017, 21.

an legalen Geschäften hatte. Uns bot sich eine Chance, einen mit echtem Szenewissen für uns zu gewinnen. Wir wollten uns ganz langsam in diese Richtung bewegen. Das PP Potsdam wurde eingespielt, da die viel näher am Ort dran waren. Ich war zu der Zeit auch noch Verfahrensführer, so dass ich als V-Mann-Führer gar nicht infrage gekommen wäre. Als dann die Vorwürfe gegen Sven Sch. aus der Szene im Oktober 2001 so akut wurden, haben wir dann endgültig von diesem Vorhaben abgesehen.“

Durchgeführt wurde die Anhörung von Kriminaldirektor (KD) Grieger, der ebenfalls vom Untersuchungsausschuss vernommen wurde. Grieger stellte vor dem Untersuchungsausschuss in Abrede, dass Sven Sch. „Informant im rechtlichen Sinne“ war.

„Informant im rechtlichen Sinne ist man dann, wenn es eine Vertraulichkeitszusage seitens der Behördenleitung gibt und die Information unter dieser Vertraulichkeitszusage dann für die polizeiliche Arbeit verwendet wird. Das war ja bei Sven Sch. nie der Fall.“¹⁴⁸

Darüber hinaus qualifizierte KD Grieger Sven Sch.'s Informationen als „Maßnahmen im Rahmen des Überprüfens, ob er möglicherweise als Informant oder V-Person perspektivisch hätte eingesetzt werden können“.¹⁴⁹ Damals habe es dazu für den polizeilichen Staatsschutz noch keine Regeln gegeben. „Da ist der arme Kollege KOK M. K. (LKA BB) auch alleine gewesen. Und das ist sicher auch eine Erkenntnis aus dieser Situation.“¹⁵⁰

Auch der Zeuge Kriminalbeamter J. W. wies darauf hin, es habe beim polizeilichen Staatsschutz damals keine V-Personen gegeben. Man sei weder personell noch finanziell in der Lage gewesen, V-Personen zu führen. Dass bei Sven Sch. Informationen abgeschöpft wurden, hielt J. W. hingegen für möglich:

„Also, Informationen von ihm abzuschöpfen in dem Zusammenhang mit Skinheadmusik, das kann - - Sicher. Wenn der - - Es kann sein, dass es so war.“¹⁵¹

Sven Sch. sei es jedoch nur um die Prüfung seiner Liedtexte gegangen. Schon beim ersten Gespräch sei deutlich geworden:

„Das wird nichts werden mit dem Herrn Sven Sch.“

¹⁴⁸ Protokoll der 13. öffentlichen Sitzung vom 08.09.2017, S. 30.

¹⁴⁹ Protokoll der 13. öffentlichen Sitzung vom 08.09.2017, S. 31.

¹⁵⁰ Protokoll der 13. öffentlichen Sitzung vom 08.09.2017, S. 32.

¹⁵¹ Protokoll der 14. öffentlichen Sitzung vom 06.10.2017, S. 57.

Der hatte auch gar keine Informationen, glaube ich, zu Skinkonzerten. Der wollte nur so einen Vertrieb da machen. Es ging nur um seine Liedtexte, um nichts anderes. Damit war im Grunde genommen schon eigentlich aus meiner Sicht alles erledigt.“¹⁵²

Die von Sven Sch. gewünschte Überprüfung von Musiktiteln fand nach J. W.'s Erinnerung nicht statt: „Es gab da keine Hinweise: Den Titel kannst du vertreiben und den nicht. - Ging gar nicht.“¹⁵³

Der Zeuge KD Gellenbeck berichtete über KOK M. K.s (LKA BB) Aktivitäten:

„Er hat mir mehrfach berichtet zu seinen Bemühungen, Erkenntnisse zu gewinnen, und ich hatte ein bisschen die Sorge, dass er über das Ziel hinausschießen könnte, und habe mir deshalb auch mal relativ detailliert berichten lassen, welche Qualität seine Zielperson Sven S. hat.

Er hat mir relativ rundheraus gesagt, dass man den Mann nicht als V-Mann anwerben könne, weil er nicht bereit ist, Angaben zu machen, weil er eigene Interessen verfolgt. Er hat da so einen Devotionalienhandel und Musikträgerhandel betrieben und wollte sich da mehr oder weniger absichern, hat immer wieder versucht, durchaus mit der Polizei in Kontakt zu bleiben, aber - so wie mir mein Mitarbeiter sagte - niemals irgendwas gesagt, was wir nicht ohnehin schon wussten.

In dem Zusammenhang habe ich ihm auch gesagt: Wenn das so ist, dann sollten wir auch unzweifelhaft klarmachen, dass wir mit ihm keine direkte Zusammenarbeit wollen und dass er für uns als V-Person nicht infrage kommt. Ich erinnere mich, dass der Herr KOK M. K. (LKA BB) mir dann so eine Brücke bauen wollte, er selber habe ja auch gar keinen Kontakt mehr, sondern es gebe einen anderen Kollegen, der einen relativ nahen Kontakt nach wie vor hat, der allerdings, wenn es was Herausragendes an Erkenntnissen gäbe, ihn informieren würde.“¹⁵⁴

Gegen diese Verfahrensweise habe KD Gellenbeck keine Bedenken gehabt. Dann sei allerdings ein an die Staatsanwaltschaft gerichteter Vermerk KOK M. K.s (LKA BB) versehentlich an die Öffentlichkeit gelangt:

„Er hatte ganz groß über diesen Vermerk ‚Nur für die Handakte!‘ drüberschrieben. Und durch unglückliche Umstände ist dieser Vermerk in der Strafakte in einer anderen Sache gelandet, und bei der Akteneinsicht durch den

¹⁵² Protokoll der 14. öffentlichen Sitzung vom 06.10.2017, S. 60.

¹⁵³ Protokoll der 14. öffentlichen Sitzung vom 06.10.2017, S. 65.

¹⁵⁴ Protokoll der 13. öffentlichen Sitzung vom 08.09.2017, S. 65.

Anwalt des Beschuldigten oder Angeklagten ist dann bekannt geworden, dass Sven S. diese Informationen gegenüber der Polizei gemacht hat.“¹⁵⁵

Man habe daraufhin ein Schutzkonzept für Sven Sch. entwickelt. Sven Sch. selbst sei dabei nicht zur Mitwirkung bereit gewesen. „Er vertrat die Auffassung, dass er sich in der Szene erklären könne, dass er keinen verraten hat und dass die anderen ihm das wohl abnehmen würden, und er sah sich nicht als gefährdet.“¹⁵⁶

In einer Pressemitteilung des Generalstaatsanwalts vom 28.08.2003 zum Geheimnisverrat (s. 4.) wird am Rande auch auf Sven Sch.’s vermutete V-Mann-Eigenschaft eingegangen:

„Der in den Medien geäußerte Verdacht, Sven S. habe vor dem Verrat durch Christian K. von dem Durchsuchungstermin bereits von anderer Seite Kenntnis erhalten, konnte durch die Ermittlungen ebenso wenig belegt werden wie die Behauptung, Sven S. sei V-Mann des Brandenburgischen Landeskriminalamtes gewesen.“¹⁵⁷

Die Zeugin Marianne Böhm konnte dem Untersuchungsausschuss nicht sagen, welche Ermittlungen zu Sven Sch.’s V-Mann-Tätigkeit hier gemeint sind; sie sei nur für das Verfahren wegen des Geheimnisverrats zuständig gewesen. Den Hintergrund der Presseerklärung kenne sie nicht. Weitere Ermittlungen zur polizeilichen Beratung Sven Sch.’s hinsichtlich des CD-Vertriebs wurden von der Staatsanwaltschaft nicht für erforderlich gehalten, da die Tätigkeit der Polizei auf die Verhinderung von Straftaten gerichtet gewesen sei.¹⁵⁸

2.4.2.2. Maßnahmen gegen den LKA-Beamten M. W. (LKA BB)

Nachdem die Staatsanwaltschaft Potsdam Ermittlungen wegen des Geheimnisverrats aufgenommen hatte (s. Kapitel 2.4.4.6.), wurde auch der Generalbundesanwalt aktiv, um die Angelegenheit unter NaBe-Aspekten zu beleuchten. In diesem Zusammenhang wurde Christian K. vorgeladen. Der damalige Leiter der Ermittlungskommission M. W.

¹⁵⁵ Protokoll der 13. öffentlichen Sitzung vom 08.09.2017, S. 65. Gemeint ist hier ein Ermittlungsverfahren gegen das fränkische „Blood & Honour“-Mitglied Bernd P.

¹⁵⁶ Protokoll der 13. öffentlichen Sitzung vom 08.09.2017, S. 66.

¹⁵⁷ B83/Pressemitteilung von GBA Dr Rautenberg vom 28. August 2003, S. 3.

¹⁵⁸ Vermerk der Staatsanwaltschaft Potsdam, 09.09.2003, in: B51 - 477 JS2054203 Fortsetzung ab Blatt 251, 44f.

(LKA BB) erhielt den Auftrag, K. nach Karlsruhe zu bringen und war dort am 05.07.2003 auch an der Vernehmung beteiligt.

M. W. (LKA BB) berichtete vor dem Ausschuss, er sei nach seiner Rückkehr von seiner Abteilungsleiterin Intveen-Treppmann zur Stellungnahme aufgefordert worden. Unter anderem sei ihm vorgehalten worden, K. habe keine Aussagegenehmigung gehabt. Er habe sich „wegen Verdachts der strafbaren Anstiftung zum Geheimnisverrat“ rechtfertigen müssen. „Man hat mir sozusagen Kumpanei mit der Bundesanwaltschaft vorgeworfen, und ich sollte mir [...] überlegen, wer mein Dienstherr ist.“ Er habe dies als „sehr bedrohlich“ empfunden. Ein dienstrechtliches Vergehen habe er nicht erkennen können. „Wenn sie für uns als Täter infrage gekommen ist, dann hatten wir die verdammt Pflicht, auch entsprechend gegen diese Person zu ermitteln.“ Weiter äußerte M. W. (LKA BB): „Ich habe mich im Nachhinein auch mit dem Bundesanwalt Siegmund darüber intensiv verständigt und ich konnte dort keinen Verstoß gegen irgendeine Dienstanweisung entdecken oder auch mir als Vorwurf machen.“¹⁵⁹

2.4.3. Bundesamt für Verfassungsschutz

Am 23.10.2002 meldete sich ein Mitarbeiter vom Bundesamt für Verfassungsschutz telefonisch bei der LKA-Sachbearbeiterin KK'in B. I. (LKA BB) und erkundigte sich nach dem Stand der Ermittlungen wegen des Anschlags auf die Trauerhalle. Namentlich erwähnte er M. S., I. S. und H. F. KK'in B. I. (LKA BB) erteilte keine Auskunft, sondern verwies den Anrufer an die Generalbundesanwaltschaft.¹⁶⁰

KK'in B. I. (LKA BB) konnte sich an kein anderes Verfahren erinnern, in dem sie direkt vom Verfassungsschutz kontaktiert worden wäre. Für sie sei das damals „merkwürdig“ gewesen.¹⁶¹

2.4.4. Der Geheimnisverrat

2.4.4.1. Die geplante Razzia

Bereits seit Ende 2000 bereitete das Polizeipräsidium Potsdam umfangreiche Durchsuchungen in der rechten Szene in Potsdam und Umgebung vor. Geplant waren

¹⁵⁹ Protokoll der 10. öffentlichen Sitzung vom 02.06.2017, 128, 135f u. 138.

¹⁶⁰ E0015-5-B, S.191.

¹⁶¹ Protokoll der 10. öffentlichen Sitzung vom 02.06.2017, S. 59.

präventive Maßnahmen nach dem Polizeirecht, die nicht im Zusammenhang mit den NaBe-Ermittlungen standen. Gleichwohl erhoffte man sich auch Erkenntnisse für das bislang wenig erfolgreiche NaBe-Verfahren. An den Vorbereitungen waren daher auch Beamte der Ermittlungskommission NaBe beteiligt. KR S. K., der damalige Leiter der Ermittlungskommission, berichtete, die Durchsuchungsliste sei mit der Generalbundesanwaltschaft abgestimmt worden:

„[...] es war so, dass wir jede Ermittlungsmöglichkeit, die sich bot, auch ausschöpfen wollten, und der Generalbundesanwalt war da absolut zugänglich. Deswegen haben wir mit dem die Liste auch abgestimmt.“¹⁶²

Wolfgang Siegmund stellte klar, die Bundesanwaltschaft habe die Durchsuchungen „nicht veranlasst“. Er sei vorab informiert worden und habe darauf hingewirkt, dass bei den NaBe-Beschuldigten keine Maßnahmen stattfanden. An weiteren Besprechungen zur Durchsuchungsaktion habe er nicht teilgenommen. Weiter äußerte Siegmund:

„Und darüber hinaus glaube ich nicht, dass ich das als störend empfunden habe. Es war ja schon auch durchaus zu erhoffen, dass bei so einer breit angelegten Durchsuchungsaktion in der rechten Szene vielleicht irgendwas anfällt, was für uns von Bedeutung sein könnte.“¹⁶³

Nach dem Anschlag auf die Trauerhalle nahm ein Vertreter der Landesverfassungsschutzbehörde regelmäßig an Besprechungen der Polizei teil. In der Regel wurden diese Termine von Beschaffungsleiter Giebler wahrgenommen, der als Verbindungsmann zwischen Ermittlungskommission und Verfassungsschutz agierte. Durch den nahezu täglichen Austausch sei der Verfassungsschutz, so der damalige Leiter der NaBe-Ermittlungskommission KR S. K., „von Anfang an sozusagen in alle Maßnahmen der Polizei eingebunden“¹⁶⁴ gewesen. Wie Heiner Wegesin berichtete, war der Landesverfassungsschutz auch in die Vorbereitung einer Durchsuchungsmaßnahme involviert:

„Also, wir wussten, dass es eine polizeitaktische Maßnahme im Rahmen des polizeilichen Gefahrenabwehrrechtes geben wird zur Durchsuchung der Szene im Umfeld, also ‚Aktion Wasserschlag‘: Wir nehmen die Szene mal unter Wind; die fühlen sich dann dadurch gestört und vielleicht geben sie preis - - weil wir Szenediskussionen wahrgenommen hatten, dass diese ganze NaBe-Geschichte die Rechten nervte, weil sie dadurch einfach vermehrt unter Wind genommen wurden. Wir wussten davon. Wir haben ja dann auch - - oder sind

¹⁶² Protokoll der 10. öffentlichen Sitzung vom 02.06.2017, 176.

¹⁶³ Protokoll der 9. öffentlichen Sitzung vom 28.04.2017, S. 58, 73, 86f.

¹⁶⁴ Protokoll der 10. öffentlichen Sitzung vom 02.06.2017, S. 185.

gebeten worden, auch von uns aus eine Liste von Personen einzusteuern, die man möglicherweise durchsuchte.“¹⁶⁵

Schon am 06.12.2000 hatte das Polizeipräsidium die Abteilung 5 um Hinweise zu den Taten der NaBe und zu verdächtigen Personen gebeten. In einem Vermerk, den Abteilungsleiter Wegesin am 11.01.2000 an die Abteilung IV des Innenministeriums Brandenburg (Polizeiabteilung) schickte, heißt es:

„[...] Da sämtliche Taten in Potsdam oder im - weiteren - Umkreis der Stadt begangen wurden, wurden alle hier bekannten Rechtsextremisten aus der Potsdamer Region mit Blick darauf geprüft, ob sie - abstrakt - als Täter in Betracht kommen könnten. Die Prüfung konzentrierte sich dabei auf jene Personen, die in früheren Jahren in neonazistischen Vereinigungen agierten und sich seither teilweise oder gänzlich von den überschaubaren Gruppenzusammenhängen zurückgezogen haben, aber auch auf einzelne Skinheads, die stärker von der neonazistischen Ideologie geprägt scheinen als der ‚durchschnittliche‘ Skinhead mit rechtsextremistischer Orientierung.

Als Ergebnis der Prüfung wird von hier aus angeregt, mit Blick auf polizeiliche Ermittlungen und Präventionsmaßnahmen ggf. auch die folgenden Personen zu berücksichtigen:

R.P. [persönliche Angaben], Beelitz

R.P. ist hier seit Anfang 1993 bekannt. Er war Mitglied der verbotenen ‚Direkten Aktion/Mitteldeutschland‘ (JF) und beging Gewalttaten und Propagandadelikte. Außerdem soll er gemeinsam mit anderen Personen Waffen- und Sprengstoffübungen abgehalten haben; er hatte Kontakte zu Personen, die der mutmaßlichen ‚nationalrevolutionären Zelle‘ in Berlin zugerechnet werden.

S. F. [persönliche Angaben], Potsdam

S. F. ist hier ebenfalls seit Anfang 1993 bekannt. Er war einer der führenden Aktivisten der verbotenen JF, die die Anwendung von Gewalt in der politischen Auseinandersetzung befürwortete. Auch nach dem Verbot der JF sind extremistische Aktivitäten von ihm bekannt geworden.

P. W. [persönliche Angaben], Potsdam

Er gehörte dem Kreisverband Potsdam der DLVH zumindest bis Anfang 1998 an. Auf Grund seiner Bildung und ideologischen Prägung wäre ihm die Abfassung von Texten, wie sie die ‚Nationale Bewegung‘ erstellt, eventuell zuzutrauen; außerdem gilt er in der Szene als arroganter Einzelgänger.

Aus dem Kreis der rechtsextremistischen Skinheadband ‚Proissenheads‘ und ihrer Sympathisanten gab es bereits mehrfach Aktionen gegen Mitglieder der

¹⁶⁵ Protokoll der 12. öffentlichen Sitzung vom 07.09.2017, S. 95.

„Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär‘ (KgWZM), darunter gegen L. B. Sollten die an L. B. gerichteten Schreiben, deren Urheberschaft bei der ‚nationalen Bewegung‘ gesucht wird, aus dem gleichen Kreise stammen, kämen u. a. folgende Personen als Tatverdächtige in Betracht, zumal da sie ihre ‚Anti-Antifa‘- Gesinnung seit Jahren offen zur Schau tragen:

I. S. [persönliche Angaben], Potsdam

T.W. [persönliche Angaben], Potsdam

Christian W. [persönliche Angaben], Potsdam

Schließlich ist von folgendem Rechtsextremisten bekannt, dass er eine neonazistische Gesinnung hegt und terroristische Neigungen bekundet hat:

K.D. [persönliche Angaben], Potsdam

K.D. führte zumindest 1998 und 1999 diverse Experimente mit Sprengmitteln durch.“¹⁶⁶

Am 07.02.2001 erstellte das Polizeipräsidium Potsdam eine „Auflistung von Personen zwecks Durchsuchungsmaßnahmen gem. BbgPolG“. ¹⁶⁷ Einleitend heißt es:

„Im 4. Kommissariat der ZKD wurden 53 Personen aus dem Zuständigkeitsbereich des PP Potsdam, die bisher als fremdenfeindliche bzw. rechtsextremistische Gewalttäter in Erscheinung traten, einer Einzelfallprüfung als Adressaten von Durchsuchungen nach §§ 23 und 24 BbgPolG unterzogen.

Bei 21 Personen wurde festgestellt, dass sie mehrfach mit szenetypischen Delikten in Erscheinung getreten sind. Zu diesen Personen wurden Anträge zur Durchsuchung der Wohnräume im Rahmen der Gefahrenabwehr gem. BbgPolG bei den zuständigen Amtsgerichten gestellt.“

Anschließend werden 21 Personen aufgelistet, die jeweils dem zuständigen Amtsgericht zugeordnet sind.

Amtsgericht Potsdam: I. S., Christian W., S. M., M. F., M. B., O. [Nachname nicht genannt], H. G., C. Sp., St. G., M. P., R. P., C. B., D. E.;

Amtsgericht Zossen: H. K., B. G.;

¹⁶⁶ LKA B 51 E0045; S. 365-367. Lt handschriftl. Vermerk von Wegesin wurde der Vermerk Oberstaatsanwalt Siegmund zur Kenntnis gegeben.

¹⁶⁷ LKA B51, E 0095, S. 47-49.

Amtsgericht Königs Wusterhausen: H. B. (durchgestrichen, handschriftlicher Vermerk: „entfällt“);

Amtsgericht Luckenwalde: A. P., R. Z., S. H., M. K., S. U.

Von den sieben Personen, die die Verfassungsschutzbehörde vorgeschlagen hatte, wurden also nur I. S. und Christian W. in die Durchsuchungsliste aufgenommen.¹⁶⁸

2.4.4.2. Chronologie des Geheimnisverrats

Am Vormittag des 06.02.2001 fand im Polizeipräsidium Potsdam eine Einsatzbesprechung unter Leitung des Polizeipräsidenten Schultheiß statt. Festgelegt wurde, dass die Durchsuchungen am 27.02.2001 stattfinden sollten. An der Besprechung nahm auch der Referatsleiter Beschaffung in der Abteilung V im Brandenburgischen Ministerium des Innern Peter Giebler teil. Am Nachmittag gab Giebler nach Abstimmung mit seinem Abteilungsleiter Wegesin, dem V-Mann-Führer Max Sandmann die Weisung, den V-Mann „Backobst“ (Christian K.) vor einer Durchsuchung zu warnen.

Unstrittig ist, dass Sandmann diese Warnung an seinen V-Mann weitergab und dass „Backobst“ kurz darauf den mit ihm befreundeten Neonazi-Versandhändler Sven Sch. informierte. Um 15.54 Uhr rief Christian K. Sven Sch. an und warnte ihn – nur wenig verklausuliert - vor der geplanten Razzia am 17.02. Das Telefonat wurde im Rahmen einer TKÜ vom LKA abgehört. Aus dem TKÜ-Protokoll:

„K.: ,... wir müssen uns ganz dringend mal beide unterhalten.“

Sven Sch.: ,Können wir machen.“

K.: ,Weil, geht nicht am Telefon. Ich hab da eine schöne Info gekriegt.“

Sven Sch.: ,Ach ja, von wem denn?“

K.: ,Ist ... na das kann ich am Telefon nicht sagen. Das ist es.“

¹⁶⁸ S. auch Bericht des Ministeriums des Innern: Verdacht des Verrats von Dienstgeheimnissen und der Strafvereitelung im Amt. Beantwortung des Fragenkatalogs, 20.05.2003, MIK 13_2 – Terroristische Vereinigung Nabe VS-NfD, S. 91.

Sven Sch.: „Gib mal bloß ein kleines Stichwort, da kann ich mir den Rest denken. Oder du...“

K.: „Von der Polizei. Das hat mit uns allen etwas zu tun.“

Sven Sch.: „Ach ja?“

K.: „Ja. Ich kenne dort jemanden und der hat mit etwas verklickert. Also Du müßtest mal bitte vorbeikommen.“

Sven Sch. „Jetzt sofort oder was? Wo bist Du denn?“

K.: „Ich bin in Damsdorf.“

Sven Sch.: „Ja, komme ich mal rum.“

K.: „Ja, hat was mit dem siebzehnten, mit dem siebzehnten zu tun. Da sind wir aber nicht da¹⁶⁹ und da kommen aber andere. Du weißt, was ich meine?“

Sven Sch.: „Alles klar. Ich komme gleich mal rüber.“¹⁷⁰

KR S. K. informierte Beschaffungsleiter Giebler noch am Nachmittag telefonisch über das TKÜ-Protokoll und die Weitergabe des Durchsuchungstermins durch Christian K. Am Abend erschienen Wegesin, Milbradt und Giebler bei der Ermittlungskommission NaBe im Polizeipräsidium Potsdam und wurden dort über den Sachverhalt informiert. Dabei offenbarte Wegesin die V-Mann-Tätigkeit von Christian K.. Dass dieser vom Verfassungsschutz vor der Durchsuchung gewarnt worden war, verschwieg er.

Aufgrund des aufgefliegenen Termins wurden die Durchsuchungen kurzfristig auf den 07.02.2001 vorgezogen. Funde mit Bezug zur NaBe wurden dabei nicht gemacht.

Sowohl das LKA als auch der Leiter der Abteilung 5 unterrichteten die Generalbundesanwaltschaft über den Geheimnisverrat. Die Staatsanwaltschaft Potsdam erfuhr im Mai 2003 von den Vorgängen und leitete daraufhin ein Ermittlungsverfahren ein (siehe Kapitel 2.4.4.6.).

¹⁶⁹ Christian K. und Sven Sch. wollten am 17.02.2001 ein Konzert in der Schweiz besuchen (Vernehmung K. durch Siegmund/ M. W. (LKA BB)).

¹⁷⁰ Das Protokoll findet sich u.a. in: B51 – 477JS2054203, S. 230. Die TKÜ wurde nicht im NaBe-Verfahren, sondern in einem anderen Verfahren (u.a. wegen Volksverhetzung) gegen Sven Sch. durchgeführt.

Die Details der Informationsweitergabe wurden von den involvierten Personen unterschiedlich dargestellt; zudem machten einige Beteiligte im Zeitverlauf unterschiedliche Angaben zum Geschehen.

2.4.4.3. Abläufe innerhalb der Abteilung 5 nach dem Geheimnisverrat

Am 15.02.2001 trafen sich Giebler und der V-Mann-Führer mit K., um ihn in der Angelegenheit zu befragen. Giebler fertigte dazu noch am selben Tag eine dienstliche Erklärung, in der es u.a. heißt:

„Mit der Quelle im Fall ‚BACKOBST‘ wurde am 15.02.2001 [...] ein Treff [...] durchgeführt.

An dem Treff nahmen [Beschaffungsleiter Giebler und der V-Mann-Führer] teil.

Bei diesem Treff sollte folgender Sachverhalt hinterfragt und, wenn möglich, geklärt werden:

[Dieser Absatz ist im Original kursiv hervorgehoben.] Laut Mitteilung des LKA Brandenburg hat die Quelle in einem Telefonat am 06.02.2001 um ca. 15.45 Uhr gegenüber Sven Sch. den Termin 17.02.2001 für eine Durchsuchungsaktion der Polizei genannt Auf Nachfrage des Sven Sch. gab Quelle an, diese Information aus der Polizei erhalten zu haben.

Auf Befragung gab die Quelle an, daß Sven Sch. ihr — der Quelle — diese Information gegeben habe. Die Quelle selbst gab auf intensive Nachfrage an, lediglich private, nachbarschaftliche Kontakte zu Polizeibeamten zu haben. Dienstliche Bezüge zur Polizei habe sie nur im Rahmen von Personalienfeststellungen, Ermittlungsverfahren u. ä. gehabt.

*Die Quelle räumte ein, daß der VMF mit ihr über eine bevorstehende Durchsuchung gesprochen habe und ihr nahelegte, die Wohnung ‚zu räumen‘. Ein Datum sei jedoch nicht genannt worden. (**Anmerkung:** Dieses Vorgehen erfolgte gemäß Absprache mit [Abteilungsleiter Wegesin und Referatsleiter Giebler]*

[...]

Anmerkung:

Die Quelle wurde unvorbereitet und sehr intensiv zu o.g. Sachverhalt befragt. Die Quelle antwortete klar, fest und überzeugend. Ihre Angaben sind nicht in Zweifel zu ziehen.

Somit kann nach derzeitigem Sachstand ausgeschlossen werden, daß die Informationen über den genauen Zeitpunkt der Durchsuchungsmaßnahme aus hiesiger Behörde abgefließen sind.“¹⁷¹

¹⁷¹ B51- 477 JS 2054203, S. 52f.

Auch Sandmann verfasste am 15.02.2001 eine dienstliche Erklärung:

„Laut Aussage von V/5.1 [Beschaffungsleiter Giebler] informierte mich dieser am späten Vormittag des 06.02.2001 darüber, daß am 17.02.2001 von der Polizei eine Durchsuchungsaktion in der rechten Szene geplant sei. Er erklärte, daß dieser Termin in einer an diesem Vormittag bei der Polizei stattfindenden Sitzung beschlossen worden sei.

Analog zur Verfahrensweise bei der vorherigen Durchsuchung (hier wurde die Quelle gemäß Rücksprache mit AL V und V/5.1 vor einer kurzfristig anstehenden Durchsuchung gewarnt) wurde mit V/5.1 beschlossen, die Quelle wiederum zu warnen. Dies sollte wie üblich kurzfristig vorher erfolgen.

Da ich die Quelle erst am Tag zuvor (05.02.2001) getroffen hatte [...] war geplant, die Quelle im Laufe der Woche erneut anzurufen [...]. Dienstag beabsichtigte die Quelle, bei einer Person der rechten Szene Hilfe bei Bauarbeiten zu leisten. Es wurde daher nicht über diese Dinge am Telefon gesprochen. [...] Der entscheidende Anrufer folgte m.E. daher erst am Mittwoch (07.02.2001) oder Donnerstag (08.02.2001). Hier wurde [...] auch nochmals dazu angehalten, einen bestimmten Sachverhalt in der Szene zu streuen. In diesem Zusammenhang wurde eine codierte Warnung (mit einem versteckten Hinweis auf eine anstehende Durchsuchungsmaßnahme, die kein Datum enthält) ausgesprochen. Eine zügigere Mitteilung erschien nicht nötig, da bis zu dem avisierten Durchsuchungstermin noch 10 Tage Zeit waren. Die Quelle sollte dann beim nächsten Treff nochmals in einem persönlichen Gespräch gewarnt werden.“¹⁷²

In einem Vermerk vom 28.02.2001 berichtet Sandmann von einem Treff mit Christian K. am 26.02.2001.

„Mit dem LKA war abgestimmt worden, daß die Erkenntnisse zu Sven Sch. auch der Quelle mitgeteilt werden können.

Die Quelle wurde zum Ende des Treffs, der in der gewohnt entspannten Atmosphäre verlief, nochmals zum Telefonat zwischen Sven Sch. und ihr befragt. Sie räumt nach Zögern ein, Sven Sch. etwas am Telefon angedeutet zu haben. Der Quelle wurden die Erkenntnisse des LKA und eine entsprechende Aussage Sven Sch.'s vorgehalten. Quelle gab an, in einer Kneipe in Borkwalde ein Gespräch zwischen zwei - ihm unbekannten männlichen Personen – auszugswise mitbekommen zu haben. Der eine habe ein Telefonat entgegengenommen und man habe sich anschließend angeregt unterhalten. Quelle habe nur soviel mitbekommen, daß es sich um eine mögliche Durchsuchung rechter Personen am 17. handeln soll. Er habe unmittelbar danach Sven Sch. angerufen, habe dies möglicherweise am Telefon angedeutet und sei dann zu ihm gefahren. Hier habe Sven Sch. ihm eröffnet, daß er gehört habe, daß Für den 17.02.2001 eine Durchsuchung bei Mitgliedern der rechten Szene geplant sei. Dies deckte sich mit den von der Quelle

¹⁷² B51- 477 JS 2054203, S. 54

verstandenen Wortfetzen. Daher habe Quelle immer darauf bestanden, daß Sven Sch. ihm die eigentliche Info gegeben habe.

In diesem Zusammenhang wies Quelle nochmals daraufhin, daß Sven Sch. schon des öfteren offenbar aus Polizeikreisen Informationen hatte. **(Anmerkung:** Quelle hat schon vor Wochen angegeben, daß Sven Sch. ‚polizei-interne Papiere‘ zu Hause aufbewahre.)¹⁷³

Ein weiterer Treff mit „Backobst“ fand am 19.04.2001 statt. An diesem Treff nahm auch Giebler teil, der dazu am 26.06.2001 den folgenden handschriftlichen Vermerk verfasste:

„Am Treff mit der Quelle am 19.4.01 nahm ich aktiv teil, um abschließend den möglichen Terminverrat 17.2.01 – Hausdurchsuchungen in Potsdam u. Umgebung zu klären.

Auf meine nachhaltigen Rückfragen bestätigte B. seine bereits früher vorgetragene Version. Danach sei B. am 6.2.01 in der Gaststätte Pippi Langstrumpf [...], wo die Quelle recht regelmäßig verkehrt, zufällig Ohrenzeuge eines Gesprächs von möglicherweise zwei Polizeibeamten geworden. Einer der beiden der Quelle unbekannten männlichen Personen erhielt, während B. an der Bar saß, einen Handyanruf und teilte den Inhalt des Gesprächs, nämlich die für den 17.2.01 anstehenden Durchsuchungsmaßnahmen seinem Gesprächspartner mit.

B., beunruhigt und überrascht, nahm sofort telef. Kontakt zu Sven Sch. auf, berichtete die Neuigkeit und drängte auf ein Treffen. Nach B.'s Empfinden reagierte Sven Sch. so, als wenn ihm dieser Termin bereits bekannt gewesen sei. B. behauptete intern zur Absicherung seiner Glaubwürdigkeit, eine weitläufige Nachbarin, die beim PP Potsdam arbeite, habe der Quelle gesprächsweise von der Maßnahme berichtet, ohne sich damit wichtig tun zu wollen.

Auf meine konkrete Nachfrage, ob B. in seinem persönlichen Umfeld noch andere Versionen seiner Informationsgewinnung verbreitet habe, verneinte die Quelle nachdrücklich.“¹⁷⁴

V-Mann Christian K. wurde zum Sachverhalt am 01.07.2003 in Potsdam von Oberstaatsanwältin Marianne Böhm als Beschuldigter vernommen (zu diesem Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Potsdam s. 4.5.).¹⁷⁵ Zum „Tatvorwurf Geheimnisverrat am 6.2.2001 gegenüber Sven Sch.“ äußerte er:

„Am 6.2.2001 rief ich in den Nachmittagsstunden meinen Kumpel Sven Sch. an und erzählte ihm, dass ich einen Tipp bekommen hätte, dass am 17.2.2001

¹⁷³ B51- 477 JS 2054203, S. 57f.

¹⁷⁴ B51- 477 JS 2054203, S. 61.

¹⁷⁵ B51- 477 JS 2054203, S. 149-154.

Besuch von der Polizei bevorstehen würde. Weiteres sagte ich ihm nicht, da wir uns treffen sollten. Um den 17.02.2001 hatten wir vor in die Schweiz zu fahren.

Der Termin 17.2. wurde mir von mein V-Mannführer ‚Max‘ kurz bevor ich Sven Sch. angerufen habe mitgeteilt. Max sagte mir, dass an diesem Termin Hausdurchsuchungen in der rechten Szene stattfinden würden, wobei er die ‚nationale Bewegung‘ erwähnte. Die Durchsuchungen sollten wohl zur Auffindung von irgendwelchen Flugblättern o.ä. dienen. Ich sollte meine Wohnung sauber halten. Max wusste, dass sich zu diesem Zeitpunkt noch Sachen von Sven Sch. bei mir in der Wohnung bzw. im Keller befanden. Max hatte selbst die Sache jedoch nicht gesehen, da er nicht in meiner Wohnung war. Die Sachen lagerten deshalb bei mir, weil Sven Sch. kurz zuvor noch mit mir gemeinsam in dieser Wohnung gewohnt hatte und bis dahin noch nicht sämtliche Sachen ausgeräumt hatte. Die Wohnung sollte eigentlich längst leer geräumt sein, da sie gekündigt war und übergeben werden sollte. Deshalb hatte mich Max auch in der Vergangenheit immer wieder darum gebeten, die Wohnung endlich leer zu räumen.

Ob mir Max am 7.2.2001 die Info persönlich, d.h. im Rahmen eines Treffens oder telefonisch gegeben hatte, weiß ich heute nicht mehr. Ich weiß auch nicht mehr, ob er mich oder ich ihn auf Handy angerufen habe. Seine Festnetznummer hatte ich sowieso nicht. Es war das erste Mal, dass mir das Datum einer bevorstehenden Aktion mitgeteilt wurde. In der Vergangenheit erhielt ich des öfteren auch von meinen anderen V-Mannführern zwar ‚Warnungen‘, diese waren aber eher allgemein gehalten, d.h. es war ein entsprechender Code vereinbart, an den ich mich heute aber nicht mehr erinnern kann.“¹⁷⁶

Weiter äußerte K.:

„Auf Frage:

Max hat mir nicht gesagt, dass ich Sven Sch. über das Datum unterrichten sollte, damit dieser seine Sachen bei mir aus der Wohnung holt. Vielmehr war klar, dass ich meine Wohnung sauber halten sollte und somit auch die Sachen von Sven Sch. rausgeholt werden sollten. Max konnte auch nicht davon ausgehen, dass ich Sven Sch. warnen würde oder ihm sogar das Datum mitteilen würde.

Auf Frage:

Sven Sch. wusste ganz genau, dass die Wohnungsübergabe erst im April 2001 stattfinden sollte, wobei ich mich bei dem Datum heute nicht exakt mehr festlegen will. Auf jeden Fall wusste Sven Sch., dass ein plötzliches Leerräumen eigentlich nicht notwendig war. Sven Sch. sollte eigentlich zu diesem Zeitpunkt an mich die Miete bezahlen, da er die Wohnung allein nutzte, da ich bereits ausgezogen war. Die Miete habe ich bis heute nicht bekommen. Da ich nicht wusste, wie ich ihm sonst klar machen sollte, dass seine Sachen zeitnah aus der Wohnung müssen, nannte ich ihm das mir von Max genannte Datum. Es

¹⁷⁶ B51- 477 JS 2054203, S. 150f.

war für mich irgend wie die einzige Möglichkeit ihm die Wichtigkeit deutlich zu machen.“¹⁷⁷

Die unterschiedlichen Erzählversionen zur Frage, woher er den geplanten Durchsuchungstermin wusste, begründete K. folgendermaßen:

„Ich glaube als ich mich mit Sven Sch. nach dem Telefonat am 6.2. getroffen hatte, wollte dieser wissen, woher ich die Info hatte. Ich erzählte ihm darauf die Geschichte mit der Polizeibeamtin in Damsdorf, die einen Sohn in meinem Alter hat und von der ich die Info bekommen habe. Es handelt sich um dabei um die Polizeibeamtin H. [...]. Diese Geschichte habe ich frei erfunden, da ich Sven Sch. ja nicht sagen konnte, dass ich ein V-Mann bin.

Auf Frage:

Da Max Sandmann so viel für mich getan hatte, wollte ich ihn nicht in Schwierigkeiten bringen. Deshalb erzählte ich zunächst die Geschichte Polizeibeamtin Damsdorf gegenüber Sven Sch. und dann die Story, dass ich die Info von Sven Sch. bekommen haben soll. Letzteres war anlässlich eines Treffens mit meinem V-Mannführer und seinem Vorgesetzten [...]. Datum weiß ich heute nicht mehr. Später erzählte ich dann die Geschichte ‚Pippi Langstrumpf‘, d.h. zufälliges Mithören eines Telefonats, die auch gelogen war.

Max Sandmann war sehr aufgeregt darüber, dass mein Verrat an Sven Sch. bekannt wurde. Ob er damals selber wusste, dass er mir den Termin am 6.2.2001 gesagt hatte oder nicht, weiß ich nicht. mehr genau. Es war auf jeden Fall so, wie ich es hier ausgesagt habe.

Soweit ich mich erinnern kann, hat Max Sandmann auf Arbeit heftig Druck wegen der Sache bekommen. Wir haben eigentlich nicht mehr darüber geredet, dass ich das Datum von ihm wusste. Dazu bestand zumindest aus meiner Sicht auch keine Veranlassung, da klar war, dass er mir den Termin gesagt hatte.

Zu einem späteren Termin (Datum nicht mehr rememberlich) sagte Max Sandmann mir dann dass mir die Sven Sch.-Story keiner abkauft, da ein Telefonmitschnitt vorliegen würde, der eindeutig belegt, dass ich Sven Sch. die Info gegeben habe und nicht umgekehrt. Irgend wie wollten wir beide ‚heil‘ aus der Sache raus kommen. Darauf entstand die Story ‚Pippi Langstrumpf‘. Ich glaube wir haben sie uns beide zusammen ausgedacht. Das war im Rahmen eines Treffs, der sehr lange dauerte.“¹⁷⁸

Am 05.07.2003 wurde K. bei der Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe im NaBe-Ermittlungsverfahren von Bundesanwalt Siegmund, Staatsanwalt Zöller, Kriminaloberkommissar M. W. (LKA BB) und Kriminalbeamter J. zeugenschaftlich

¹⁷⁷ B51- 477 JS 2054203, S. 151.

¹⁷⁸ B51- 477 JS 2054203, S. 151f.

vernommen.¹⁷⁹ Anlass der Vernehmung ist offenbar ein Zeitungsartikel, der K. vorgehalten wird:

„In der Märkischen Allgemeinen Zeitung („MAZ“) vom 6. Juni 2003 werden Sie mit Äußerungen zitiert, wonach Ihnen ein Mitarbeiter ‚Max Sandmann‘ des L6/ Brandenburg am 6. Februar 2001 den Termin einer für den 17. Februar 2001 geplanten Polizeirazzia mitgeteilt und Sie aufgefordert haben soll, dafür zu sorgen, dass illegale CDs, die einem Sven S. gehörten, bei der Razzia nicht gefunden wurden.“¹⁸⁰

K. äußert sich in der Vernehmung u.a. zu den in seiner Wohnung eingelagerten CD's:

„Sven Sch. war damals im CD-Geschäft tätig. Er betrieb, so kann man sagen, einen eigenen Laden. Er war mit C. W.-K. befreundet, die vorher in der Schweiz gelebt hatte. Sie hatte sich dort im großen Stil als CD-Produzentin betätigt. [...] Meine alte Wohnung stand [...] leer. Ich habe Sven Sch. erlaubt, für die Zeit der Renovierung seines Hauses zusammen mit C. W.-K. dort einzuziehen. Etwa Anfang des Jahres 2001 war Sven Sch. mit C. W.-K. in meine Wohnung gezogen. Sie hatten dort auch eine große Anzahl von CDs eingelagert, die C. W.-K. aus der Schweiz mitgebracht hatte. Die CDs waren zum Teil, weil es sich um illegale Musikstücke handelte, in kleineren Paketen per Post von der Schweiz nach Deutschland geschickt worden.“¹⁸¹

Nach K.s Darstellung war dieses CD-Lager auch beim Verfassungsschutz Brandenburg bekannt:

„‘Max Sandmann‘ wußte, dass ich außer der von mir selbst bewohnten Wohnung in [...] noch die Wohnung in [...] hatte und er wußte auch, dass Sven Sch. mit C. W.-K. dort wohnte und dass sie dort ihre Sachen untergestellt hatten. Er wußte auch dass sich darunter CDs und T-Shirts befanden. Über den genauen Umfang der eingelagerten Sachen wußte er nicht Bescheid. Anders als meine beiden früheren V-Mann-Führer hat er sich die Sachen von Sven Sch. und Carolina dort in meiner Wohnung nicht angeschaut. [...] Die beiden waren im Herbst 2000 einmal zusammen mit mir in meiner Wohnung in [...] und in dem dazu nutzbaren Kellerraum. Zu diesem Zeitpunkt waren Sven und Carolina dort noch nicht eingezogen. Sven hatte aber bereits seine Sachen im Keller untergestellt. Es waren mehrere Umzugskartons und Plastiktüten mit CDs und Sektions-T-Shirts von B & H. Diese Sachen haben sich die Mitarbeiter des LfV dort angeschaut. Mit ‚Max Sandmann‘ bin ich nicht in dem Wohnhaus [...] gewesen.

Als ‚Max Sandmann‘ mich bei dem besagten Gespräch aufforderte, meine Wohnungen ‚sauber‘ zu machen, habe ich ihm erwidert, dass in der Wohnung

¹⁷⁹ B51 – 477JS2054203, S. 182-193.

¹⁸⁰ B51 – 477JS2054203, S. 183

¹⁸¹ B51 – 477JS2054203, S. 185.

[...] ja Sven und C. W.-K. wohnten und ich nicht wüßte, wie ich deren Sachen dort herausholen sollte. Er meinte darauf, dies sei mein Problem.“¹⁸²

Verfassungsschutzleiter Heiner Wegesin wurde am 10.06.2003 im Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Potsdam wegen des Geheimnisverrats von Oberstaatsanwältin Böhm als Zeuge vernommen.¹⁸³ Wegesin verweist in der Vernehmung zunächst auf die Rechtslage:

„Die Quellen dürfen unter Beachtung von § 6 Abs. 7 Satz 1 grundsätzlich nur abstrakt darauf hingewiesen werden, dass zum Beispiel exekutive Maßnahmen beabsichtigt sind. Auf keinen Fall dürfen Hinweise auf Zielpersonen, Zeitpunkte und andere konkrete Modalitäten exekutiver Maßnahmen gegeben werden, um eine Gefährdung dieser Maßnahmen auszuschließen. Konkrete Hinweise werden wenn überhaupt nur in Abstimmung mit den jeweils zuständigen Strafverfolgungsbehörden gegeben. [...] Es ist in jedem Fall verboten, dass der V-Mannführer seiner Quelle das konkrete Datum nennt.“¹⁸⁴

Weiter führte Wegesin aus:

„Soweit ich mich erinnern kann, wurde der seinerzeitige Referatsleiter Beschaffung, Herr Giebler, am 6.02.2001 durch den Leiter der SOKO Nabe des LKA Brandenburg, KR S. K., mündlich unterrichtet worden, dass wohl im Rahmen einer staatsanwaltschaftlicher TÜ-Maßnahme K.[im Original ausgeschrieben] am 6.02.2001 Sven Sch. darüber unterrichtet hatte, dass für den 17.2.2001 polizeiliche Durchsuchungsmaßnahmen im Umfeld der rechtsextremistischen Potsdamer Szene erfolgen sollten. Das Protokoll des entsprechenden Gespräches wurde uns gezeigt. Nach meiner Erinnerung war aufgrund des Gesprächsablaufes auch nicht auszuschließen, dass die Indiskretion aus dem Bereich der Polizei käme. Unter Polizei verstehe ich in diesem Zusammenhang sowohl LKA Brandenburg als auch das PP Potsdam. [...] Nachdem mich Herr Giebler über die Preisgabe unterrichtet hatte, begab ich mich in den Abendstunden des 6.2.2001 in Begleitung meines Stellvertreters Herrn Milbradt und Herrn Gieblers in die Diensträume der SOKO Nabe. Dort wurde ich über den Sachverhalt nochmals unmittelbar durch den Leiter der SOKO Nabe, KR S. K. unterrichtet. [...] Es wurde die Frage erörtert, von wem K. die Information erhalten hatte. Zum damaligen Zeitpunkt hielten wir es nicht für ausgeschlossen, da in der Vergangenheit bereits mehrfach Verdachtsmomente aufgekommen waren, dass im Bereich des PP Potsdam interne polizeiliche Informationen an die rechte Szene abgeflossen waren, dass auch im konkreten Fall dort die undichte Stelle zu finden sein könnte. Gleichwohl sicherte ich persönlich eine interne Überprüfung im Rahmen meines Hauses, insbesondere auch im Hinblick auf Herrn Max Sandmann zu.“¹⁸⁵

¹⁸² B51 – 477JS2054203, S. 186.

¹⁸³ B51- 477 JS 2054203, S. 42-48. Im Typoskript wurde der Name des V-Mann-Führers durchgehend geschwärzt und handschriftlich durch "Max" ersetzt.

¹⁸⁴ B51- 477 JS 2054203, S. 43.

¹⁸⁵ B51- 477 JS 2054203, S. 44.

Erst im „Nachhinein“ sei ihm bekannt geworden, dass der Leiter des Referats Beschaffung Giebler den V-Mann-Führer Sandmann über den Durchsuchungstermin am 17.02.2001 in Kenntnis gesetzt habe.¹⁸⁶

„Anzumerken ist, dass zum damaligen Zeitpunkt es noch nicht untersagt war, die V-Mannführer konkret über beabsichtigte Maßnahmen in Kenntnis zu setzen. Es lag insoweit im Ermessen des Referatsleiters.“¹⁸⁷

Weiter führte Wegesin aus:

„Ich habe Herrn Giebler beauftragt, in seinem Referat der Frage nachzugehen, ob ggf. Max über den zulässigen Rahmen hinaus, K. über den Termin unterrichtet hat. Da Max Sandmann bis dato ein gewissenhafter Beamter war und wir nicht ausschlossen, dass K. aus dem polizeilichen Umfeld unterrichtet worden war, beschränkten sich die Nachforschungen letztlich auf die Überprüfung des V-Mannes. Die Quelle, d.h. K., wurde erst am 15.2.2001 befragt, worüber ein Treffbericht, der zu den Akten gereicht wird, gefertigt wurde. Max selbst gab am 15.2.2001 eine dienstliche Erklärung diesbezüglich ab, in der die Weitergabe des konkreten Termins an K. in Abrede gestellt wird. Hintergrund der zeitlichen Verzögerung war u.a. auch, dass wir wissen wollten, ob sich noch andere Hinweise ergeben, mit denen wir Max konfrontieren können. Die Überprüfung der Handygespräche erbrachte keine weiterführenden Erkenntnisse. Am 15.2.2001 fand ein Treffen [...] zwischen Giebler, Max Sandmann und K. statt. Treffvermerk vom 15.2.2001 wird zur Akte gereicht. Erklärung K.: ‚Zufälliges Mithören eines Telefonats in Gaststätte‘. Zum damaligen Zeitpunkt hielt ich aufgrund meiner Erfahrungen diese Variante nicht für völlig abwegig. Aus damaliger Sicht hielt ich es für förderlich, dass das Gespräch mit K. in Beisein Max Sandmann stattfindet, damit sich Herr Giebler auch einen Eindruck der Beziehungen der beiden zueinander machen konnte. Für mich war damit nach Abgabe der dienstlichen Erklärung von Max die Angelegenheit zunächst erledigt, da ich einen Abfluss in meiner Behörde zum damaligen Zeitpunkt nach Würdigung der Gesamtumstände ausschloss. Eine detaillierte Unterrichtung des Herrn Staatssekretärs hat es nicht gegeben, da ich als Behördenleiter zu einer negativen Abschlussentscheidung gekommen bin.“¹⁸⁸

Auch Peter Giebler, der Leiter des Referats Beschaffung in der Verfassungsschutzabteilung wurde von Oberstaatsanwältin Böhm vernommen. In seiner Zeugenvernehmung vom 24.06.2003¹⁸⁹ äußert sich Giebler zunächst zu seiner formalen Stellung innerhalb der Verfassungsschutzabteilung:

¹⁸⁶ B51- 477 JS 2054203, S. 45.

¹⁸⁷ B51- 477 JS 2054203, S. 45.

¹⁸⁸ B51- 477 JS 2054203, S. 45f.

¹⁸⁹ B51- 477 JS 2054203, S. 110-112. Im Typoskript wurde der Name des V-Mann-Führers "Max Sandmann" durchgehend geschwärzt.

„Seit Anfang März 2000 war ich als Referent in der Abteilung V des MI – Beschaffung – eingesetzt. Obwohl ich nur als Referent eingesetzt war, übte ich faktisch die Funktion eines Referatsleiters aus. Mir kam letztlich die Aufgabe der ‚Schaltstelle‘ zwischen Herrn AL V, Herrn Wegesin, und den Mitarbeitern des Referates, d.h. auch der VMF zu. Referatsleiter wurde ich erst im Mai 2001.“¹⁹⁰

Weiter führte Giebler aus:

„Am 6.2.2001 nahm ich an einer Besprechung in den Räumen des PP Potsdam teil. Ich kann mich heute nur noch an KR S. K. als Leiter der Ermittlungsgruppe im sogenannten Nabeverfahren erinnern. Ergebnis dieser Besprechung war, dass am 17.2.2001 eine Polizeiaktion in der rechten Szene stattfinden sollte. Von diesem Termin unterrichtete ich anschließend Herrn [geschwärzt] der zum damaligen Zeitpunkt der VMF von K.[im Original ausgeschrieben] war mit dem Ziel, dass er, wie allgemein üblich K. als V-Mann codiert warnen sollte. [...] Die codierte Warnung an K. sollte entsprechend der Regelung des § 6 Abs. 7 Satz 1 BrdgbgVerfSchutzG erfolgen.“¹⁹¹

Auf Vorhalt sagte Giebler:

„Es ist zwar richtig, dass ich Herrn [geschwärzt] das Datum der Polizeiaktion mitgeteilt habe, ich habe ihm jedoch nicht gesagt, dass er K. das Datum mitteilen sollte. Vielmehr ging ich davon aus, dass eine codierte Warnung unter Weglassung des Datums erfolgt. Diese allgemeine Warnung entsprach der üblichen Vorgehensweise.“

Nachdem ich aus der Besprechung am 6.2.2001 gekommen bin, habe ich zunächst Herrn Wegesin unterrichtet. Wir kamen überein, dass K. aufgrund seiner Tätigkeit codiert zu warnen sei, was ich am Anschluss daran, auch mit [geschwärzt] dargestellt besprach. Konkret kann ich mich jedoch weder an den Inhalt des Gespräches mit Herrn Wegesin, noch an das mit Herrn [geschwärzt] geführte erinnern.“¹⁹²

Auf Vorhalt seiner dienstlichen Erklärung vom 15.02.2001, in der er „nach derzeitigem Sachstand ausgeschlossen“ hatte, „daß die Informationen über den genauen Zeitpunkt der Durchsuchungsmaßnahme aus hiesiger Behörde abgefließen sind“, äußerte Giebler:

„Aus heutiger Sicht muss ich sagen, dass meine dort niedergelegte Schlussfolgerung voreilig war. Ich hatte jedoch ‚Bauchschmerzen‘, d.h. eigentlich habe ich Herrn [geschwärzt] aufgrund des Vorfalls nicht mehr richtig vertraut, was ich auch Herrn Wegesin gegenüber deutlich machte. Ausfluss dieses ‚Misstrauens‘ war auch die Anforderung von dienstlichen Erklärungen von Herrn [geschwärzt] und schließlich auch mein nochmaliges Treffen mit K.“

¹⁹⁰ B51- 477 JS 2054203, S. 110.

¹⁹¹ B51- 477 JS 2054203, S. 110 f.

¹⁹² B51- 477 JS 2054203, S. 111.

am 19.4.2001, worüber ich einen Vermerk niedergelegt habe [...]. Aufgrund meiner dienstlichen Stellung hatte ich keine Befugnis bzgl. Herrn [geschwärzt] dienstliche Veränderung vorzunehmen, d.h. ich konnte ihn nicht aus dem Referat Beschaffung umsetzen. Diese mögliche personellen Konsequenzen oblagen Herrn Wegesin.“¹⁹³

V-Mann-Führer Max Sandmann wurde am 18.06.2003 von Oberstaatsanwältin Böhm vernommen.¹⁹⁴ Der Zeuge erwähnte zunächst, er sei im Laufe seiner beruflichen Tätigkeit nur zweimal angewiesen worden, Quellen vor Durchsuchungen zu warnen. In beiden Fällen habe es sich um die Quelle „Backobst“ gehandelt. Der erste Fall habe „zeitlich vor Februar 2001“ gelegen, „ich glaube etwa 3 Monate“. Es habe nur ein kurzes Treffen mit „Backobst“ gegeben.

„Ich wies Herr K.[im Original ausgeschrieben] darauf hin, dass er seine Wohnung sauber zu halten habe. Genaue Angaben konnte ich nicht machen; da ich selber diesbezüglich keine Kenntnis hatte. Es musste aber Herrn K. klar gewesen sei, dass die Aktion unmittelbar bevorstand, da ansonsten die Kurzfristigkeit des Treffens keinen Sinn ergeben hätte.“¹⁹⁵

Zum zweiten Fall äußerte Sandmann:

„Hier wurde ich am späten Vormittag, genaue Uhrzeit weiß ich nicht, des 6.2.2001 von Herrn Giebler darüber in Kenntnis gesetzt dass am 17.2.2001 in der rechten Szene ein polizeiliche Durchsuchungsaktion geplant sei. [...] Herr Giebler wies mich unmißverständlich an, Herrn K. über die geplante Aktion zu informieren. Die Art und Weise hierzu legte er nicht fest. Für mich stand außer Zweifel, dass K. konkret unterrichtet werden sollte, auch unter Nennung des Datums, da er mir selbst diese konkrete Information gegeben hatte.“¹⁹⁶

Die Warnung K.s schilderte Sandmann zunächst folgendermaßen:

„Am 7.2. oder 8.2.2001, das genaue Datum war mir auch zum Zeitpunkt der Fertigung des Vermerks am 15.2.2001 nicht mehr genau rememberlich, rief ich K. an. Ob auf dem Handy oder Festnetz weiß ich nicht mehr. Ich warnte ihn codiert. Wie der Code genau lautete weiß ich nicht mehr. Er müsste. aber, da er mit K. abgesprochen wir, in den Akten stehen. Es hatte irgend etwas mit dem Hinweis auf CDs zutun. Das Datum habe ich ihm jedoch nicht mitgeteilt, weil dies in dem Code keinen Sinn machen würde. Diese codierte Warnung war nicht der einzige Anlass meines Telefonats mit K.. Wir hatten einige Frage im Zusammenhang mit Versicherungen u.ä. zu klären. Da ich wusste, dass die Durchsuchung erst am 17.2.2001 stattfinden sollte, wollte ich ihm eine konkrete Warnung erst im

¹⁹³ B51- 477 JS 2054203, S. 111.

¹⁹⁴ B51- 477 JS 2054203, S. 90-100.

¹⁹⁵ B51- 477 JS 2054203, S. 92.

¹⁹⁶ B51- 477 JS 2054203, S. 92.

Rahmen unserer regelmäßigen Treffen geben, was zeitlich noch ausreichend gewesen wäre.“¹⁹⁷

Auf Nachfragen korrigierte Sandmann seine Aussage:

„Auf konkrete Frage, ob ich Herrn K. am 6.2.2001 unter Nennung des Datums 17.2. gewarnt hätte, muss ich sagen, dass ich es nicht ausschließen kann. Wie bereits in meiner dienstlichen Erklärung vom 15.2.2001 durch die Verwendung ‚m.E.‘ deutlich klargemacht, konnte ich mich bereits damals an die konkreten Daten der Gespräche mit K. und Inhalte nicht mehr erinnern, da es zum damaligen Zeitpunkt aufgrund der Vielzahl der im persönlichen Umfeld K.s anstehenden Probleme, eine Menge Erörterungs- und Klärungsbedarf gab. [...] Insbesondere unter Berücksichtigung, dass K. am 6.2.2001 in den Nachmittagsstunden Sven Sch. über das Datum unterrichtet hat und ich auch tatsächlich regelmäßigen Kontakt mit K. hatte und auch die Weisung Gieblers zur konkreten Warnung bestand, muss ich einräumen, dass die Angaben K. insoweit schlüssig sind. Ich kann sie somit nicht auszuschließen. Es erscheint durchaus wahrscheinlich, dass ich K. doch am 6.2.2001 informiert habe. Ich kann auch nicht ausschließen, dass ich ihm das genaue Datum der Maßnahme genannt habe.“¹⁹⁸

Auf die Frage

„Hatten Sie Kenntnis, davon, dass Sven Sch. verbotene CDs o.ä. unter Strafe gestellte Materialien in der Wohnung K. gelagert hat und aufgrund dessen K. aufgefordert haben, seine Wohnung leer zu räumen?“¹⁹⁹

antwortete Sandmann:

„Mir war bekannt, dass Sven Sch. einen Schlüssel zur Wohnung K. hatte, und dass er vorübergehend auch in der Wohnung K. mitgewohnt hatte. Zudem wusste ich, dass Sven Sch. noch persönliche Gegenstände in der Wohnung K. hatte. Ich selber war nie in der Wohnung K. in [...]. Ich war und bin fest davon, überzeugt gewesen, dass es sich bei den von Sven Sch. dort ‚zwischengelagerten‘ Gegenständen (Bett, CD-Sammlung u.ä.) möglicherweise auch um auf dem Index stehenden CDs gehandelt hat. Von dem Vorliegen der Voraussetzungen zum Beispiel des § 130 Abs. 2 StGB bin ich jedoch zu keinem Zeitpunkt ausgegangen, zumal ich K. immer wieder darauf hingewiesen hatte, keine Straftaten zu begehen. K. hatte lediglich auftragsgemäß einige CDs für den Verfassungsschutz besorgt, die er auch auftragsgemäß an uns weiter gegeben hatte. Ein Vorrätighalten o.ä. schloss ich deshalb aus.“²⁰⁰

¹⁹⁷ B51- 477 JS 2054203, S. 93.

¹⁹⁸ B51- 477 JS 2054203, S. 94.

¹⁹⁹ B51- 477 JS 2054203, S. 94.

²⁰⁰ B51- 477 JS 2054203, S. 94f.

Sandmann äußerte sich im Laufe der Vernehmung auch zum Treff am 15.02.2001, an dem neben ihm und Backobst auch Giebler teilnahm:

„Kurz vor dem Treffen unterrichtete mich Herr Giebler, dass er teilnehmen werde, worüber ich K. jedoch nicht unterrichten sollte, was ich auch nicht tat. Diese Teilnahme kam auch für mich sehr überraschend, zumal dies völlig unüblich ist. Das Treffen fand [...] statt. Wie bereits gesagt, war ich mir zu diesem Zeitpunkt selber nicht sicher, wann und insbesondere wie ich K. unterrichtet hatte. Da Herr Giebler sehr aggressiv sofort die Befragung K. an sich zog und lautstark K. unter Druck setzte, hielt ich mich zurück. Es ging immer nur um den 6.2.2001 und die Frage wer K. an diesem Tage vom 17.2. in Kenntnis gesetzt. Wie gesagt, war ich mir nicht sicher, ob ich es war. Ich war irgendwie erleichtert, als dann K. plötzlich die Variante brachte, den Termin von Sven Sch. erfahren zu haben. Zudem sagte K., ich hätte ihn nur vor einer Durchsuchung ohne Nennung des Datums gewarnt. K. war durch die Vorgehensweise von Giebler, der ihn u.a. auch mit strafprozessualen Maßnahmen und Einstellung der Geldzahlungen ‚gedroht‘ hatte, völlig eingeschüchtert. Ich hielt mich bei der Befragung sehr zurück, zumal ich froh war, dass K. gesagt hatte, dass ich ihm am 6.2. das Datum nicht genannt hatte.

Mich hat die Vorgehensweise von Herrn Giebler sehr gestört, zumal Herr K. ein Vertrauensverhältnis zu mir aufgebaut hatte und dies durch des Verhalten von Herrn Giebler nachhaltig gestört war.

Nach dem Treffen fuhr ich gemeinsam mit Herrn Giebler zu Herrn Wegesin. Sicherlich haben wir uns auf der Fahrt unterhalten. An den Gesprächsinhalt kann ich mich jedoch nicht mehr erinnern. Herr Giebler sagte glaube ich, ich sollte warten, bis wir bei Herrn Wegesin sind.

Nachdem Herr Giebler in meinem Beisein Herrn Wegesin über das Treffen mit K. unterrichtet hatte, kritisierte ich das Vorgehen von Herrn Giebler ggü. Herrn K.. Insbesondere äußerte ich meinen Unmut darüber, dass man mir offensichtlich nicht getraut hatte, da ich ansonsten das Gespräch mit K. hätte alleine führen und lediglich über das Ergebnis berichtet hätte. In diesem Zusammenhang äußerte ich auch sinngemäß, was als Überreaktion meinerseits im Nachhinein anzusehen ist, dass ich ‚wenn derartige Aktionen Laufen‘, ich auch meinen Posten zur Verfügung stellen würde. Herr Wegesin hat sich dann für die Vorgehensweise bei mir entschuldigt und um Verständnis für die Vorgehensweise gebeten. Die Angelegenheit war damit zunächst erledigt, zumal wir davon ausgingen, dass das ‚Leck‘ nicht im Verfassungsschutz zu suchen ist.“²⁰¹

Zu der Erzählversion, K. habe den Durchsuchungstermin durch zufälliges Mithören eines Gesprächs zwischen zwei Polizisten erfahren, äußerte Sandmann:

„[...] Ich war auch sein Ansprechpartner bei partnerschaftlichen Problemen. Damit will ich sagen, dass K. mich möglicherweise als seinen ‚großen Bruder‘

²⁰¹ B51- 477 JS 2054203, S. 95f

angesehen hat. Es kann also sein, dass K. den Eindruck hatte, dass ‚wir‘ eine Story dem Verfassungsschutz präsentieren müssen, damit endlich Klarheit herrscht. Da ich zu diesem Zeitpunkt eigentlich davon aus ging, dass ich K. nicht am 6.2.01 über das Datum unterrichtet hatte, war dies auch nicht Gegenstand der Erörterung. Möglicherweise dachte K., wenn er den ‚wirklichen‘ Sachverhalt offen legt, dass ich ihn tatsächlich am 6.2.2001 über das Datum und die Aktion unterrichtet bzw. gewarnt habe, dass ich Probleme bekomme. Ob dies so ist kann ich jedoch nicht sagen. Es wäre für mich jedoch eine logischer Erklärung dafür, dass K. ggü. den Pressevertretern behauptet hat, dass ich mir die Geschichte Kneipe [...] ‚Pippi Langstrumpf‘ quasi für ihn und damit für uns ausgedacht habe.“²⁰²

Verfassungsschutzleiter Wegesin stellte vor dem Untersuchungsausschuss eine Weisung zur Mitteilung des konkreten Termins entschieden in Abrede:

„Ermittlungsmaßnahmen der Polizei oder der Strafverfolgungsbehörden, von denen der Verfassungsschutz, ob zuständig, an Besprechungen beteiligt oder wie auch immer Kenntnis erhält, werden einer Quelle nicht übermittelt - Punkt! So war die ständige Weisungslage, die Vorschriftenlage in der Behörde und auch meine klare Weisungslage. [...]

Wenn Sie eine polizeiliche Maßnahme als V-Mann-Führer einer Quelle konkret sagen, sodass sie sich oder Angehörige der Szene darauf einstellen können, diese Maßnahme zu unterlaufen, dann bewegen Sie sich schon im Bereich einer strafbaren Handlung. Und ich weise mit aller Deutlichkeit zurück, eine solche Weisung je gegeben zu haben, sie geduldet zu haben.“²⁰³

Dem stehen seine Angaben im Januar 2004 vor der Staatsanwaltschaft Cottbus als Zeuge im Ermittlungsverfahren gegen den V-Mann-Führer, Dirk Bartok, gegenüber:

„Eine Warnung vor strafprozessualen oder auch gefahrenabwehrrechtlichen Maßnahmen, z. B. Wohnungsdurchsuchungen, kommt nach der Rechtslage - und genauso ist die Weisungslage - nur in Betracht, wenn nach der gesamten Erkenntnislage der Verfassungsschutzbehörde klar ist, dass eine Quelle nicht Zielperson dieser Maßnahmen (Tatverdächtiger, Beschuldigter u. ä.) ist. Jegliche andere Handhabung des Quellenschutzes zöge die Gefahr nach sich, dass sich Mitarbeiter des Verfassungsschutzes selbst i. S. d. §§ 257 ff. StGB strafbar machen könnten. Wenn überhaupt, erfolgen gezielte Hinweise über strafprozessuale Einzelmaßnahmen oder über ein eingeleitetes Verfahren überhaupt nur dann, wenn nach Rücksprache mit den zuständigen Strafverfolgungsbehörden, d.h. den Staatsanwaltschaften oder - vorbehaltlich der staatsanwaltschaftlichen Sachleitungsbefugnis - mit den Polizeibehörden darüber Einvernehmen erzielt wird. Das kann im Einzelfall nach Maßgabe der Strafverfolgungsbehörde nur dann der Fall sein, wenn erkennbar unverdächtige

²⁰² ebenda, S. 99.

²⁰³ Protokoll der 12. Öffentlichen Sitzung vom 07.09.2017, S. 89.

nachrichtendienstliche Quellen zur Wahrung des Quellenschutzes aus Ermittlungsverfahren ‚herausgehalten‘ werden sollen.

Das bedeutet, dass derartige Warnungen nur nach einer sorgfältigen Einzelfallabwägung, die auf Behördenleitungsebene zu erfolgen hat, gegeben werden können. Die Befugnisse des V-Mann-Führers (VMF) beschränken sich einzig und allein darauf, ihre Quellen zu rechtstreuem Verhalten anzuleiten.“²⁰⁴

In der Anhörung des Untersuchungsausschusses am 06.09.2017 führte Wegesin auch aus:

„Und ich habe natürlich auch autorisiert, was [...] de lege artis ist: dass die Quellen eine abstrakte Warnung erhalten, dass wieder mal polizeiliche Maßnahmen anstehen und sie sich bitte so verhalten mögen, dass, wenn sie Gegenstand einer Durchsuchung werden - was man nie weiß -, sich so verhalten, dass wir hinterher eine Quelle haben, die sich einer Straftat schuldig gemacht hat, und dann gibt es Ärger. Sondern die haben sozusagen die Ohren anzulegen und brav wie der Fisch im Wasser in der Szene mitzuschwimmen.

Das war die Weisungslage, und das war ja auch die Lage, mit der dann Herr S. loszuziehen hatte und der Quelle zu sagen hatte auf Stichwort - - Man kann das durch so eine Stichwortvereinbarung machen, wo der Quelle vorher gesagt wird: Pass auf, wenn wir dieses Stichwort sagen, heißt das wieder: Es gibt Maßnahmen im Umfeld der rechten Szene; verhalte dich bitte rechtstreu als Quelle, damit es keinen Ärger gibt.“²⁰⁵

Der V-Mann „Backobst“ und sein V-Mann-Führer Max Sandmann wurden vom Untersuchungsausschuss am 07.07.2017 in geheimer Sitzung vernommen. Die Vernehmung erbrachte keine grundsätzlich neuen Erkenntnisse.

2.4.4.4. LKA-interne Ermittlungen nach dem Geheimnisverrat

Im Rahmen weiterer TKÜ-Maßnahmen wurde am 10.02.2001 ein Gespräch zwischen Sven Sch. und Dirk H. abgehört, aus dem hervorging, ein Kriminalbeamter J. W. habe den Durchsuchungstermin mitgeteilt. „Nicht, dass J. W. da einen auf den Deckel kriegt.“²⁰⁶. Seitens des LKA Brandenburg wurde vermutet, dass es sich hierbei um den Leiter der Potsdamer Staatsschutzkommission handeln könne.

Daraufhin beauftragte LKA-Chef Lüdders KOK M. K. (LKA BB) mit Ermittlungen zu einem evtl. „Leck“ in den eigenen Reihen. Am 22.02.2001 äußerte Sven Sch. bei einer

²⁰⁴ B 36 Generalstaatsanwaltschaft Bbg Band III, S. 113.

²⁰⁵ Protokoll der 12. öffentlichen Sitzung vom 07.09.2017, S. 97f.

²⁰⁶ TKÜ-Protokoll in: B51 – 477JS2054203, S. 6.

Vernehmung gegenüber KOK M. K. (LKA BB), Christian K. habe das Durchsuchungsdatum von einer Polizistin erfahren, die in seiner Nachbarschaft wohne. Die Nennung des Namens W. sei ein „Joke“ gewesen. Er habe vermutet, dass sein Telefon abgehört wird.²⁰⁷ (Zu dieser Vernehmung s. auch Kapitel 2.4.2.1.)

KOK M. K. (LKA BB) fand bei weiteren Ermittlungen heraus, dass in K.s Nachbarschaft eine Polizeibeamtin mit dem Namen H. wohnte. Da diese aufgrund von Schulungsveranstaltungen nicht erreichbar war, entschied KOK M. K. (LKA BB), K. selbst zu befragen. Die Abteilung 5 des Innenministeriums erteilte hierfür jedoch keine Genehmigung. Am 28.02.2001 fertigte KOK M. K. (LKA BB) einen Vermerk über ein Telefonat mit Christian K.s V-Mann-Führer:

„Am heutigen Tag wurde Unterzeichner fernmündlich von Herrn [geschwärzt] informiert, dass er keine Freigabe zum Sachverhalt ‚K.‘ [im Original ausgeschrieben] durch den Abteilungsleiter Herrn Wegesin erhalten hat. Herr [geschwärzt] gab den Hinweis, dass die Polizei nicht in die Richtung ‚Polizeibeamtin aus Damsdorf‘ weiter ermitteln braucht.

Auf Nachfrage, wie Herr K. reagiert hat, gab Herr [geschwärzt] keine konkrete Antwort und verwies auf die momentane Situation. Angeblich soll der Informationsverlust infolge eines ‚Lecks‘ entstanden sein. Möglicherweise hat Herr K. auch nur etwas ‚aufgeschnappt‘ und sich etwas zusammen gereimt.

Auf Nachfrage, wo das ‚Leck‘ sich befinden soll, ob bei der Polizei oder im Innenministerium, machte der die Bemerkung, ‚vielleicht der große Unbekannte‘.

Herrn [geschwärzt] wurde die rechtliche Situation diesbezüglich erklärt. Er erwiderte, dass man sich noch mal mit Herrn Wegesin unterhalten muß.“²⁰⁸

Als KOK M. K. (LKA BB) dies seinem Abteilungsleiter KD Junge mitteilte, antwortete dieser, dass sich KOK M. K. (LKA BB) „um diese Angelegenheit nicht mehr kümmern müsse, da diese auf anderer Ebene geklärt werde“.²⁰⁹

Gleichwohl ergab sich für KOK M. K. (LKA BB) eine Gelegenheit zur Befragung von K. Am 27.03.2001 wurde K. im NaBe-Verfahren durch Bundesanwalt Siegmund vernommen. In einer Vernehmungspause erzählte K. – in Abwesenheit von Siegmund

²⁰⁷ B 51 Zweit-Handakte Band 1, S. 48-52.

²⁰⁸ B 51 Zweit-Handakte Band 1, S. 55.

²⁰⁹ Bericht des Leitenden Oberstaatsanwalts: Ermittlungsverfahren gegen Christian K. u.a. wegen Verletzung des Dienstgeheimnisses und einer besonderen Geheimhaltungspflicht u.a. (18.08.2003), B51 – Zweit-Handakte, Bd. I, S. 176.

- KOK M. K. (LKA BB), er habe in der Gaststätte [...] zufällig ein Gespräch von Polizeibeamten mitgehört und dabei den Durchsuchungstermin erfahren.

Der weitere Verlauf stellt sich folgendermaßen dar:²¹⁰ KD Junge informierte im März LKA-Chef Lüdders über KOK M. K.s (LKA BB) Ermittlungsergebnisse. Ein zu diesem Zweck von ihm verfasster Vermerk vom 05.03.2001 enthält auch den Hinweis, dass gegen K. ein Anfangsverdacht wegen Geheimnisverrats bestehe. Eine Weisung erteilte Lüdders nicht. Weitere Gespräche zwischen KD Junge und Lüdders fanden dazu nicht statt. KD Junge fragte auch nicht nach. Da er 2001 hauptsächlich mit anderen dienstlichen Aufgaben beschäftigt war und im Juli aus seinem Amt als Abteilungsleiter ausgeschieden war, habe er die Angelegenheit aus den Augen verloren.

KD Junge, Nachfolger von KD Gellenbeck erhielt von KOK M. K. (LKA BB) im September 2002 einen Hefter mit sämtlichen Vermerken zu dessen Recherchen. Er erkannte die Relevanz des Hefters nicht, sondern legte ihn in seinen Panzerschrank, wo auch der KD Junge-Vermerk vom 05.03.2001 lagerte. Die Unterlagen blieben unbearbeitet und wurden erst am 01.08.2003 von KD Gellenbeck wieder aufgefunden.²¹¹

2.4.4.5. Nicht-Unterrichtung der Staatsanwaltschaft Potsdam

Eine Unterrichtung der Staatsanwaltschaft Potsdam durch das LKA unterblieb. Der damalige LKA-Direktor Axel Lüdders äußerte dazu vor dem Untersuchungsausschuss:

„Im Rahmen einer §-100a-Maßnahme, also einer Telefonüberwachungsmaßnahme, ist unserer Sachbearbeitung - - gab es Hinweise darauf, dass eine bevorstehende polizeiliche Maßnahme möglicherweise verraten worden war. Man hat mir später den Vorwurf gemacht, ich habe diesen Geheimnisverrat nicht zur Anzeige bei der Staatsanwaltschaft gebracht. Das war der Vorwurf.

Ich konnte diesen - - Oder ich musste aus meiner Wahrnehmung das nicht zur Anzeige bringen, weil es sich um ein staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren - - war - Sie kennen den Begriff: die Staatsanwaltschaft ist Herrin des Ermittlungsverfahrens - und ich sicher davon ausgehen musste, dass

²¹⁰ Bericht des Leitenden Oberstaatsanwalts: Ermittlungsverfahren gegen Christian K. u.a. wegen Verletzung des Dienstgeheimnisses und einer besonderen Geheimhaltungspflicht u.a. (18.08.2003), B51 – Zweit-Handakte, Bd. I, S. 172-185, hier insbesondere S. 177. Es handelt sich um die Kurzfassung eines Vermerks von Oberstaatsanwältin Böhm.

²¹¹ B51 – 496 Js 45910-00, S. 227.

die Staatsanwaltschaft, die ja an Bord war - das waren ja keine isolierten polizeilichen Maßnahmen -, dann, wenn sie es für richtig hielt, entsprechende Ermittlungen in einem gesondert zu führenden Verfahren aufnahm.

Davon musste ich ausgehen, zumal auch definitiv die Generalbundesanwaltschaft, die im Zusammenhang mit dem Brandanschlag zum Jüdischen Friedhof die Sachbearbeitung vonseiten der Staatsanwaltschaft übernommen hatte, dieses Wissen hatte. Ich ging also sicher davon aus, dass die Staatsanwaltschaft alle Möglichkeiten hatte, entsprechende Ermittlungen aufzunehmen.

Darüber hinaus wäre es aus meiner Sicht auch ein rechtliches Problem geworden für die Polizei, nicht nur für mich, das jetzt ohne Weiteres zur Anzeige zu bringen, weil nach meinem Rechtsverständnis ein Geheimnisverrat ja nicht zur Katalogstraftat des § 100a StPO gehört und dann möglicherweise sich die Frage des Verwertungsverbotes aus der Staatsanwaltschaft gestellt hätte.

Aber ich muss deutlich sagen: Ich habe dieserhalb überhaupt keine Prüfpflichten bei mir gesehen, weil die Staatsanwaltschaft eben an Bord war und das gesamte Wissen - auch die Protokolle aus den TÜ-Maßnahmen - der Staatsanwaltschaft vorlag.“²¹²

KD Gellenbeck, 2001 Schutzbereichsleiter Potsdam und 2003 für kurze Zeit Leiter der Ermittlungskommission NaBe, äußerte sich vor dem Untersuchungsausschuss:

„Ich sage mal: Meine Befindenslage und auch die meiner Kollegen im Ermittlungsbereich war: Das ist ein heißes Eisen; das müssen die politisch Verantwortlichen entscheiden, wie hier weiter vorgegangen wird. [...]

Ich glaube, keiner meiner Kollegen hatte das Gefühl: Wir tun jetzt Unrecht, wenn wir das jetzt nicht formell in einer Anzeige niederlegen und der Staatsanwaltschaft Potsdam vorlegen.“²¹³

Auf die Frage, ob nicht der Leiter des LKA habe tätig werden müssen, antwortete KD Gellenbeck.:

„Ich kann mich recht gut an ein Gespräch mit ihm erinnern; da habe ich nämlich genau diese Frage gestellt. Da hat er gesagt, er habe das mit dem zuständigen Bundesanwalt erörtert, und der müsse nun entscheiden, ob man in der Sache ein förmliches Verfahren einleitet. Der hat also ein ganz reines Gewissen und hatte nicht das Gefühl, dass da noch irgendetwas vonseiten der Polizei zu unternehmen ist.“²¹⁴

²¹² Protokoll der 37. öffentlichen Sitzung vom 17.12.2018, S. 8.

²¹³ Protokoll der 13. öffentlichen Sitzung vom 08.09.2017, S. 59 f.

²¹⁴ Protokoll der 13. öffentlichen Sitzung vom 08.09.2017, S. 60.

In einer staatsanwaltschaftlichen Vernehmung des Leiters der Ermittlungskommission NaBe KR S. K. vom 30.06.2003 heißt es:

„Soweit Herr Lüdders ausführt, dass Siegmund ‚der Herr des Verfahrens‘ gewesen sei, ist dies für mich nicht nachvollziehbar, da die Bundesanwaltschaft lediglich Herr des Ermittlungsverfahrens Nabe war. Für das Sven Sch.-Verfahren und auch den durch K.[im Original ausgeschrieben] begangenen Geheimnisverrat bestand zumindest nach meiner Auffassung keine Zuständigkeit. Wie Herr Lüdders zu der Einschätzung kommen kann, dass er seinem ‚rechtsstaatlichen Auftrag‘ dadurch genüge getan hätte, dass die Bundesanwaltschaft Kenntnis hatte, ist für mich nicht nachvollziehbar.“²¹⁵

Staatssekretär Eike Lancelle, von 1997 bis 2006 Staatssekretär im Brandenburgischen Innenministerium, konnte sich an die genauen Abläufe nicht erinnern. Vor dem Untersuchungsausschuss sagte er:

„Ich kann Ihnen meine Haltung sagen: So was darf nicht sein. Und wenn es so gewesen ist, musste es - - hätte es strafrechtlich belangt werden müssen. Es ist wirklich ein Punkt, der zu untersuchen ist, warum das unterlassen worden ist. Aber da für Ordnung zu sorgen, in den jeweiligen Bereichen, hätte es schon der Aktivitäten der jeweiligen Abteilungsleiter oder des LKA bedurft, und die hätte ich auch erwartet von denen.“²¹⁶

Auf die Frage, ob er sich als Staatssekretär sich „nicht mit in der Pflicht“ gesehen habe, antwortete Lancelle:

„Also, wenn ich seinerzeit die Kenntnis davon gehabt hätte - was ich definitiv jetzt nicht weiß -, dann hätte ich, denke ich, mit Sicherheit ein Auge darauf gehabt, dass das dann seinen strafrechtlichen Weg läuft. Denn keiner kann Straftäter in den eigenen Reihen dulden. Das ist einfach ein absolutes No-Go.“²¹⁷

Michael Lemke, damals Abteilungsleiter im Justizministerium, konnte sich an die konkreten Vorgänge ebenfalls nicht erinnern und äußerte vor dem Ausschuss:

„Sie haben Recht: Das kann es eigentlich nicht geben. Aber was es nicht geben kann, gibt es trotzdem gelegentlich. Das heißt also, gerade mit V-Leuten, wo die Frage des Einsatzes von V-Leuten und die Beurteilung ihres Einsatzes so kompliziert und schwierig im Einzelfall ist, kann es schon sein, dass ein Innenministerium den Einsatz der V-Leute unter dem Deckel hält - ich will es mal so sagen - und einfach nichts mehr dazu sagen will und auch davon nichts hören will. Wenn ich zum Beispiel als Strafrechtsabteilungsleiter weiß, da ist etwas gewesen, und ich frage die nicht, dann bin ich mitschuldig. Also würde ich sie gefragt haben. Aber ich wusste das mit Sicherheit auch nicht, das ist klar;

²¹⁵ B 51 - 477JS2054203 S. 146.

²¹⁶ Protokoll der 15. öffentlichen Sitzung vom 06.11.2017, S. 56.

²¹⁷ Protokoll der 15. öffentlichen Sitzung vom 06.11.2017, S. 56.

*denn sonst wäre ja das Gespräch mit der Staatsanwaltschaft viel früher gelaufen. Das ist klar.*²¹⁸

Auf die Frage des Untersuchungsausschusses, was ihm Heiner Wegesin, der Leiter des Verfassungsschutzes Brandenburg, damals über den Geheimnisverrat erzählt habe, antwortete Bundesanwalt Wolfgang Siegmund:

*„Ich habe eben hier in der Vorbereitung hierauf gelesen, dass er sagt, er habe vielfach mit mir darüber gesprochen - so ungefähr. Ich kann mich an kein einziges Gespräch mit ihm darüber erinnern.“*²¹⁹

2.4.4.6. Das Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Potsdam 2003

Im Frühjahr 2003 recherchierten der „Tagesspiegel“ und die „Märkische Allgemeine Zeitung“ zum Geheimnisverrat. In diesem Kontext rief der Journalist Frank Jansen („Tagesspiegel“) am 05.05.2003 Bundesanwalt Siegmund an und informierte ihn über den Stand seiner Recherchen. In einem Vermerk vom 06.05.2003 hielt Siegmund dazu u.a. fest:

*„Herr Jansen wollte wissen, ob der Bundesanwaltschaft die genannten Umstände bekannt sind. Ich habe bestätigt, dass die - erfolglose - Durchsuchungsaktion im Februar 2001 stattgefunden hat. Mir war auch erinnerlich, dass der Durchsuchungstermin seinerzeit vorverlegt wurde. Dies habe ich Herrn Jansen gegenüber indes nicht erwähnt/bestätigt.“*²²⁰

Während Siegmund in diesem Vermerk noch behauptet, die „Gründe für die Vorverlegung“ seien ihm „damals nicht bekannt gewesen“, räumt er in einem Schreiben an die Staatsanwaltschaft Potsdam vom 13.05.2003 ein:

*„Ob der Bundesanwaltschaft zur damaligen Zeit oder später ein mündlicher Hinweis auf den Grund der Verschiebung der polizeilichen Durchsuchungsaktion zugegangen ist, kann aus der Erinnerung der beteiligten Staatsanwälte weder verifiziert noch völlig ausgeschlossen werden.“*²²¹

Siegmund setzte sich noch am 05.05.2003 telefonisch mit der Staatsanwaltschaft Potsdam in Verbindung. Diese leitete am 08.05.2003 ein Ermittlungsverfahren gegen unbekannte Bedienstete des Landes Brandenburg wegen des Verdachts der Verletzung eines Dienstgeheimnisses und einer besonderen Geheimhaltungspflicht (§

²¹⁸ Protokoll der 18. öffentlichen Sitzung vom 11.01.2018, S. 139f.

²¹⁹ Protokoll der 41. öffentlichen Sitzung vom 25.01.2019, S. 84.

²²⁰ B 51 Zweit-Handakte Band 1, S. 17.

²²¹ B 51 Zweit-Handakte Band 1, S. 61.

353b StGB) ein. Die Ermittlungen wurden auf Oberstaatsanwältin Marianne Böhm übertragen

Am 19.11.2003 hielt Siegmund auf einer Arbeitstagung des Generalbundesanwalts mit den Generalstaatsanwälten der Länder ein Referat mit dem Titel „V-Personen als Zeugen und Beschuldigte in Staatsschutzsachen“. In seinem Vortrag geht Siegmund zunächst auf das – ebenfalls von ihm geführte „Landser“-Verfahren ein. Im zweiten – hier vollständig zitierten - Teil befasst er sich ausführlich mit dem NaBe-Verfahren:

„Der Generalbundesanwalt führt seit einigen Jahren – ohne greifbares Ergebnis – ein Verfahren gegen eine in ihrer Zusammensetzung unbekannte terroristische Vereinigung, die u.a. verschiedene Brandanschläge begangen und in Bekennerschreiben die Verantwortung dafür übernommen hat. Schon bevor der Generalbundesanwalt das Verfahren im Januar 2001 übernahm, erklärte der Verfassungsschutz des betroffenen Landes, die Annahme, hier sei etwa eine terroristische Vereinigung am Werke gewesen, sei abwegig. KK'in K. drei Wochen nach Übernahme des Verfahrens teilte die Verfassungsschutzbehörde per Behördenzeugnis mit, dass eine darin namhaft gemachte Person ‚mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit‘ an einem der in Rede stehenden Brandanschläge beteiligt gewesen sei. Dies sei ‚durch eine zuverlässig und stets nachrichtenehrlich berichtende Quelle bekannt‘ geworden. Die daraufhin gezielt gegen den Verdächtigen durchgeführten Ermittlungen ergaben dessen Unschuld. Auf hiesiges Verlangen machte der Verfassungsschutz seine Quelle namhaft und stellte sie für eine Vernehmung zur Verfügung. Diese ergab, dass dem seinerzeit abgegebenen Behördenzeugnis jede tragfähige Grundlage fehlte. Das Verfahren gegen den Verdächtigen wurde eingestellt und auf andere Tatverdächtige erstreckt. Das war im April 2001. Im Dezember 2001 stellten wir fest, dass die Verfassungsschutzbehörde sämtliche Bekennerschreiben der Vereinigung, die per Computer hergestellt worden waren, im Wortlaut ins Internet eingestellt hatte. Wir haben den Leiter der Verfassungsschutzbehörde aufgesucht und aufgefordert, die Bekennerschreiben aus dem Internet zu entfernen. Das unterblieb.

Im Mai 2003 trat der Tagesspiegel mit der Frage an die Bundesanwaltschaft heran, ob bekannt sei, dass im Februar 2001 eine Razzia der Polizei im vermuteten Umfeld jener terroristischen Vereinigung durch einen V-Mann des Verfassungsschutzes an die Szene verraten worden sei. Wir baten den Leiter der Verfassungsschutzbehörde um Auskunft. Er bestätigte den Sachverhalt und erklärte, dies sei derselbe V-Mann gewesen, auf den man seinerzeit das Behördenzeugnis gestützt habe. Der V-Mann habe den Termin der Razzia allerdings nicht von seinem V-Mann-Führer, sondern per Zufall durch das Belauschen zweier Polizeibeamter in einer Gaststätte erfahren.

Ende Juni 2003 traten LKA-Beamte an uns heran, die demselben Dienstherrn unterstehen wie der Leiter jener Verfassungsschutzbehörde. Sie erklärten uns, auf der Ebene der polizeilichen Sachbearbeiter des Verfahrens mache sich

zunehmend das Gefühl breit, die Angelegenheit könne sich als zweites ‚Celler Loch‘ entpuppen. Der V-Mann habe öffentlich erklärt, von seinem V-Mann-Führer dazu aufgefordert worden zu sein, den Razzia-Termin in der Szene bekannt zu geben. Dies haben wir zum Anlass genommen, den V-Mann umgehend vorzuladen und zu den Umständen des Verrats der Razzia zu vernehmen. Das war Anfang Juli an einem Samstag. Am darauf folgenden Freitag erhielt ich den Anruf einer Staatsanwältin des Bezirks, in dem sich der Sitz der Verfassungsschutzbehörde befindet. Sie teilte mir mit, dass sie die Vernehmung des V-Mannes, die ohne Aussagegenehmigung der Behörde durchgeführt worden sei, für strafbare Anstiftung zum Geheimnisverrat halte. Drei Tage später fragte – offenbar die Rechtsauffassung der Staatsanwältin teilend – der Leiter der Verfassungsschutzbehörde schriftlich an, ‚ob und gegebenenfalls welche Aussagegenehmigung der staatsanwaltschaftlichen Vernehmung des Zeugen in Karlsruhe zugrundegelegt habe.

Ich möchte die weitere Entwicklung hier nicht darlegen. Unser Verfahren ist noch nicht abgeschlossen. Der V-Mann wurde im September – rechtskräftig – wegen Verletzung einer Geheimhaltungspflicht zu 5 Monaten mit Bewährung verurteilt, weil er zum Sachverhalt Interviews gegeben hat. Seine Aussage in Karlsruhe wurde ihm nicht zu Last gelegt.

Es würde mich aber interessieren, ob hier in diesem Kreis die Auffassung besteht, bei einem objektiven Fehlverhalten des Verfassungsschutzes, das die Frage aufwirft, ob sich eine Verfassungsschutzbehörde an schwerwiegenden Straftaten, nämlich solchen einer terroristischen Vereinigung, beteiligt hat, habe es die betroffene Behörde selbst oder ihr Dienstherr in der Hand, die staatsanwaltschaftliche Erforschung der Wahrheit durch Verweigerung von Aussagegenehmigungen zu verhindern. Dies würde bedeuten, dass in solchen Fällen das Interesse der Allgemeinheit an einer geordneten Strafrechtspflege gegenüber dem Interesse an der Geheimhaltung von Einzelheiten aus der operativen Praxis des Verfassungsschutzes zurückzutreten hätte. Ich halte das – insoweit übereinstimmend mit dem Vorsitzenden des Kammergerichts – für abwegig.“²²²

Bereits am 17.10.2003 schickte Staatssekretär Eike Lancelle (Ministerium für Inneres Brandenburg) das folgende Schreiben²²³ an den Generalstaatsanwalt des Landes Brandenburg Rautenberg:

„Sehr geehrter Herr Generalstaatsanwalt,

Presseveröffentlichungen - insbesondere der letzten beiden Monate - ist die Unterstellung zu entnehmen, die Verfassungsschutzbehörde des Landes Brandenburg habe ‚bei den immer noch erfolglosen Ermittlungen gegen die ‚Nationale Bewegung‘ eine dubiose Rolle gespielt‘ (Auszug aus dem Artikel ‚V-Mann-Affäre: Neuer Verdacht‘, erschienen in den Potsdamer Neuesten Nachrichten vom 30. September 2003). Am 6. Oktober 2003 (Artikel ‚Die ewige

²²² 031119_Vortrag Bundesanwalt Siegmund_46-50-bpw, S. 3-5.

²²³ B 51, 4100 EI 001-03 Band 2, S. 151-152.

Affäre‘ im Tagesspiegel) wird behauptet: Da der Generalbundesanwalt - der gegen Mitglieder der ‚Nationalen Bewegung‘ aufgrund des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung nach § 129a StGB ermittelt - bis heute keinen Fahndungserfolg vorweisen könne, erscheine der Verdacht nicht ganz abwegig, dass ‚der Verfassungsschutz den Spitzel Christian K. zum Verrat der Polizeirazzia animierte, weil in der Terrorgruppe auch ein V-Mann mitgemischt hat — und vor der Polizei geschützt werden musste‘.

Diese Aussage, die sich mehr oder minder verbrämt in verschiedenen Medienberichten desselben Blattes wiederfindet, wird als vermeintliche Folgerung aus Details präsentiert, die offenbar durch die Staatsanwaltschaft Potsdam im Verfahren gegen den früheren V-Mann des Verfassungsschutzes Christian K. ermittelt wurden.

In strafrechtlicher Hinsicht insinuieren die vorgenannten Behauptungen die möglicherweise erfolgte Realisierung von Straftatbeständen durch Mitarbeiter des hiesigen Verfassungsschutzes, insbesondere:

- § 129 a Abs. 3 StGB, Unterstützung einer terroristischen Vereinigung, wenn die ‚Nationale Bewegung‘ in ihrem Zusammenhalt bestärkt wurde;
- § 258 Abs. 1 StGB, Strafvereitelung in der Tatbestandsalternative Verfolgungsvereitelung, wenn zum Schutz eines V-Mannes eine Bestrafung verhindert wurde;

oder

- Beteiligungshandlungen an sonstigen der ‚Nationalen Bewegung‘ zuzurechnenden Straftaten (etwa Propagandadelikten), wenn diese bei strafbaren Handlungen, wie dem Anschlag auf die jüdische Totenhalle, Unterstützung erfahren hat.

Ich habe diese öffentlich geäußerten Unterstellungen zum Anlass genommen, die folgenden leitenden Mitarbeiter des Verfassungsschutzes eindringlich zu den Vorwürfen zu befragen:

Herrn MDgt Wegesin, Leiter der Abteilung Verfassungsschutz,

Herrn Milbradt, ständiger Stellvertreter des Abteilungsleiters,

Herrn MR Palenda, Leiter des für Rechtsfragen zuständigen Referates der Verfassungsschutzabteilung,

sowie

Herrn Meyer-Plath, Leiter des mit der Informationsbeschaffung betrauten Referates.

Die Genannten haben unabhängig voneinander einheitlich und mit großem Nachdruck diese Unterstellungen zurückgewiesen. Diese Zurückweisung ist in entsprechenden dienstlichen Erklärungen bekräftigt worden.

Ich gehe davon aus, dass die genannten Presseberichte Ihrer Behörde bekannt sind und auf ihre strafrechtliche Relevanz geprüft wurden bzw. werden. Sollte dies (noch) nicht der Fall sein, erlaube ich mir die dringliche Empfehlung, in eine solche Prüfung einzutreten, die ich wegen des erheblichen Gewichts der öffentlich aufgestellten Behauptungen für unerlässlich halte, auch wenn ich keine Veranlassung sehe, an den dienstlichen Erklärungen der vorgenannten Mitarbeiter zu zweifeln.

Im übrigen halte ich eine derartige Prüfung nicht allein aus rechtlichen Gründen für geboten, sondern auch im Interesse der gesetzlichen Aufgabenerledigung durch den Verfassungsschutz, der sich seit geraumer Zeit massiven Kampagnen ausgesetzt sieht, die bereits jetzt zu einer Gefährdung seiner Funktionsfähigkeit und einer tiefgreifenden Beunruhigung seiner Mitarbeiter geführt haben.

Hochachtungsvoll

Lancelle“

2.4.4.7. Verdacht der Strafvereitelung gegen LKA-Chef Lüdders

Ermittelt wurde 2003 auch gegen den LKA-Chef Lüdders. Dieser äußerte vor dem Untersuchungsausschuss, er sei „sehr überrascht“ gewesen, von der Staatsanwaltschaft „überhaupt vorgeladen worden zu sein“.²²⁴

„Vorher war, glaube ich, eine Oberstaatsanwältin oder eine Staatsanwältin bei mir im Büro. Die hat also eine Handakte auch von mir bekommen; wir waren ja durchaus kooperativ. Und dann bin ich über fünf Stunden bei der Staatsanwaltschaft vernommen worden mit dem Bemerkten, ich solle doch mal meine Überlegungen darstellen, was ich bei dem ganzen Vorgang gedacht hätte. Diese Fragen habe ich damals schon nicht beantwortet, weil die nicht weiterhelfen. Da bewegen wir uns im Rahmen der Hypothese.

Ich muss noch mal sagen: Die sachbearbeitende Staatsanwaltschaft war zu jedem Zeitpunkt über die Ergebnisse der Polizei informiert.“²²⁵

Böhm ließ am 10.07.2003 Lüdders als Beschuldigten nacherfassen, da dieser die Staatsanwaltschaft Potsdam nicht über den Geheimnisverrat unterrichtet hatte und

²²⁴ Protokoll der 37. öffentlichen Sitzung vom 17.12.2018, S. 11.

²²⁵ Protokoll der 37. öffentlichen Sitzung vom 17.12.2018, S. 15.

somit nach Böhms Auffassung ein Anfangsverdacht auf Strafvereitelung im Amt (§ 258a StGB) bestand.²²⁶

Nach Rückkehr aus seinem Urlaub erklärte der Leitende Oberstaatsanwalt Junker das Verfahren zur Chefsache und erteilte die Weisung, diese Entscheidung rückgängig zu machen. Böhm ließ daraufhin den LKA-Chef am 25.07.2003 als Beschuldigten wieder austragen.²²⁷ Vor dem Untersuchungsausschuss äußerte Böhm, Junkers Entscheidung sei „kein diktatorischer Akt“ gewesen. Ihre „Rechtsauffassung zur Frage des Vorliegens des Anfangsverdachts“ sei „nicht geteilt“ worden. „Das muss nicht meine Meinung sein; aber sie war vertretbar.“ Sie habe weiter im Verfahren mitgewirkt. Gegen eine rechtswidrige Entscheidung hätte sie remonstriert. Es sei um die Frage des Vorsatzes gegangen:

„Die objektiven Tatbestände sind hier eigentlich nie zweifelhaft gewesen, aber für die Frage eines Anfangsverdachts [...] brauchen wir auch die subjektive Seite, zumindest darf die nicht ausgeschlossen sein. Und da kann man wahrlich unterschiedlicher Auffassung sein.“²²⁸

Heinrich Junker erklärte vor dem UA, er habe als Behördenleiter dafür Sorge zu tragen, dass wesentliche Entscheidungen nicht ohne seine Mitwirkung getroffen werden. Er habe nach seinem Urlaub noch etwas Zeit für die Prüfung der Angelegenheit gebraucht und daher die Entscheidung von Frau Böhm nicht akzeptiert. Er treffe in seiner Behörde „nicht einsame Entscheidungen“ und habe sich bei seiner Entscheidungsfindung mit einem Oberstaatsanwalt beraten. Junker sah den objektiven Tatbestand – die Nicht-Unterrichtung der Staatsanwaltschaft Potsdam - als gegeben an. Der subjektive Tatbestand lag allerdings nach seiner Auffassung nicht vor, weil Lüdders angenommen habe, die von ihm über den Geheimnisverrat informierte Bundesanwaltschaft werde sich um die Angelegenheit kümmern.

Auch das Justizministerium und der Generalstaatsanwalt waren mit der Angelegenheit befasst. Justizministerin Barbara Richstein entzog der Staatsanwaltschaft Potsdam Ende Juli 2003 die Pressearbeit bezüglich der Geheimnisverrats-Ermittlungen. Dr.

²²⁶ B 51 - 477JS2054203, S. 157.

²²⁷ B 51 - 477JS2054203, S. 194.

²²⁸ Protokoll der 16. öffentlichen Sitzung vom 10.11.2017, S. 37f.

Michael Lemke, Abteilungsleiter im Ministerium, verfasste am 05.08.2003 ein an seinen Staatssekretär gerichtetes internes „Non-Paper“, in dem es u.a. heißt:

„Mit dem Generalstaatsanwalt persönlich ist am 30. August 2003²²⁹ folgendes Vorgehen vereinbart worden:

Die Staatsanwaltschaft Potsdam wird ihm - insoweit abgetrennt vom Ermittlungsverfahren gegen K. im Übrigen - einen Absichtsbericht hinsichtlich LKA-Chef Lüdders übermitteln. Dieser Bericht wird voraussichtlich die Absicht, ein Js-Verfahren einzutragen und sodann sofort gemäß § 170 Abs. 2 StPO einzustellen, enthalten. Der Generalstaatsanwalt wird je nach Formulierung des Absichtsberichts entweder selbst entscheiden, dass nach seiner Auffassung die Fallkonstellation auch schon nicht die Eintragung eines Js-Verfahrens trägt, oder dies in einem weiteren Prüfauftrag der Staatsanwaltschaft Potsdam mitteilen.

Der Generalstaatsanwalt prüft im Übrigen derzeit die von mir nach eingehender Erörterung in Abt. III erneut in Zweifel gezogene Selbstverständlichkeit, mit der die Staatsanwaltschaft Potsdam den objektiven Tatbestand einer Strafvereitelung im Amt annimmt.

Derzeit zu erwartendes Ergebnis:

Gegen LKA-Chef Lüdders wird, sei es schon aus objektiven, sei es zumindest aus subjektiven Gründen gar nicht erst ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Zugunsten des LKA-Chefs Lüdders läuft der Vorgang in die für ihn allergünstigste Richtung, obwohl es gut begründbare, teilweise deutlich ungünstigere Wege der weiteren Abwicklung gibt. [...] Der Verzicht auf letztlich unnütze Ermittlungen gegen Unbekannt wegen Geheimnisverrats (Teilaspekt LKA-Chef Lüdders) bedeutet zugleich den Verzicht auf weitere Ermittlungen im Bereich des Innenministeriums.“

Inwieweit das Justizministerium oder die Generalstaatsanwaltschaft direkt Einfluss auf die Entscheidung der Staatsanwaltschaft Potsdam ausübten, ist aus den Akten nicht ersichtlich. In einer Pressemitteilung informierte die Generalstaatsanwaltschaft am 28.08.2003 über das „Ergebnis der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Potsdam gegen den ehemaligen V-Mann Christian K. wegen Verletzung des Dienstgeheimnisses u. a.“. In dem von Rautenberg unterzeichneten Text wird vom Vorliegen des objektiven Tatbestands der Strafvereitelung ausgegangen. Es sei „seitens des LKA Brandenburg unterlassen worden, die zuständige Staatsanwaltschaft Potsdam von der Straftat des Geheimnisverrats des Christian K an Sven S. in einem

²²⁹ Offenkundiger Fehler; vermutlich ist der 30. Juli 2003 gemeint.

gesonderten Vorgang zu unterrichten“. Der subjektive Tatbestand wird hingegen verneint:

„Andererseits ist der Direktor des Landeskriminalamtes Brandenburg, der Anlaß und Inhalt der Besprechungen mit der Bundesanwaltschaft nicht in den Einzelheiten kannte, unwiderlegbar davon ausgegangen, dass dem Legalitätsprinzip durch die Erörterungen des Verrats mit der Bundesanwaltschaft bereits Genüge getan worden sei und diese das Erforderliche veranlassen werde. Jedenfalls konnte der für eine Strafvereitelung im Amt erforderliche Vorsatz beim Direktor des Landeskriminalamts nicht festgestellt werden.“²³⁰

Angeklagt wurde schließlich am 12.09.2003 nur der V-Mann Christian K..²³¹ Sowohl Böhm als auch Junker verteidigten vor dem UA die Entscheidung, nur den V-Mann, nicht aber die Verantwortlichen in der Abteilung 5 anzuklagen. Junker äußerte, die Weitergabe der Information des Termins der Durchsuchung sei innerhalb der Hierarchie zulässig gewesen. Erst durch den V-Mann habe die Information den „geschlossenen Kreis“ der dienstlich zur Geheimhaltung verpflichteten verlassen. „Der V-Mann war nun mal verpflichtet nach dem Verpflichtungsgesetz.“

Auch Böhm verweist auf die Verpflichtungserklärung, die Christian K. unterschrieben habe. Im Unterschied zu K. sei der V-Mann Führer Sandmann Beamter und stehe in einem Weisungsverhältnis. „Und wenn der Giebler zu ihm gesagt hat - und das müssen wir zugunsten [Sandmanns] unterstellen -: ‚Du wirst dem das Datum sagen‘, [...] dann hat der das zu machen.“ Ähnliches könne für Giebler und Wegesin gelten.

In der o.g. Pressemitteilung des Generalstaatsanwalts vom 28.08.2003 heißt es:

„Nach dem weiteren Ergebnis der Ermittlungen treffen die Angaben des Christian K. zu, dass ihm der Durchsuchungstermin von seinem damaligen V-Mann-Führer mitgeteilt worden war. Diese Mitteilung des V-Mann-Führers ist allerdings strafrechtlich nicht relevant, weil die Weitergabe eines geplanten Durchsuchungstermins an einen zur Verschwiegenheit verpflichteten V-Mann jedenfalls dann nicht die unbefugte Weitergabe eines Geheimnisses darstellt, wenn dies geschieht, um den verpflichteten V-Mann zu veranlassen sich im

²³⁰ B83/Pressemitteilung von GBA Dr. Rautenberg vom 28. August 2003, S. 2.

²³¹ Gegen den V-Mann-Führer Sandmann wurde ein Disziplinarverfahren geführt. Vgl. Frank Jansen: V-Mann-Affäre: Neuer Verdacht gegen Verfassungsschutz, Tagesspiegel vom 30.09.03, in: B 51 MİK Abt. 5, 2017-06-23 B 51 und B 86, Geheimnisverrat Milbradt, Berichterstattung Entwicklung Rex 1-62, S. 28 sowie B 51, B 51 – 477 JS2054203 Fortsetzung ab Blatt 251, S. 90f.

Interesse der Geheimhaltung seiner Funktion von der Aktion fernzuhalten, und dieser nicht selbst Beschuldigter ist.“²³²

Am 18.09.2003 verurteilte das Amtsgericht Brandenburg an der Havel K. wegen „der Verletzung des Dienstgeheimnisses und einer besonderen Geheimhaltungspflicht“ zu einer Freiheitsstrafe von 5 Monaten auf Bewährung. Sowohl in der Anklageschrift als auch im Urteil findet sich der Satz: „Dem Angeschuldigten war das konkrete Datum der geplanten Polizeiaktion zuvor von seinem V-Mannführer mit dem Arbeitsnamen ‚Max‘ aus dienstlichem Anlass mitgeteilt worden.“

²³² B83/Pressemitteilung von GBA Dr. Rautenberg vom 28. August 2003, S. 1.

3. Der „Piatto“-Komplex

3.1. „Piattos“ Vorleben

3.1.1. Heranwachsen, Schul- und Berufsausbildung

Carsten Szczepanski wurde 1970 in Berlin-Neukölln geboren und wuchs dort zusammen mit seinem fünf Jahre jüngeren Bruder bei seinen Eltern, einem kaufmännischen Angestellten und einer Hausfrau (ausgebildete Floristin), auf. Er schloss seine Schulausbildung nach der 10. Klasse mit einem erweiterten Hauptschulabschluss ab.

Nach der Schule bewarb sich Szczepanski nach eigenen Angaben bei der Polizei, der Bundeswehr, der Deutschen Post und als Krankenpfleger.²³³ Er begann schließlich eine Ausbildung zur Dienstleistungsfachkraft im Postdienst bei der Deutschen Bundespost. Im Rahmen dieser Ausbildung erreichte er einen Realschulabschluss. Im Jahr 1989 bestand Szczepanski die Abschlussprüfung als Dienstleistungsfachkraft im Postdienst. Er war zwei Jahre in seinem erlernten Beruf tätig. Sein Arbeitgeber entließ ihn jedoch im Jahr 1991 wegen seiner offen vertretenen politischen Einstellung, die im öffentlichen Dienst als nicht tragbar angesehen wurde.

In der Folgezeit bestritt Szczepanski seinen Lebensunterhalt mit unterschiedlichen Tätigkeiten. Ab 1992 vertrieb er Zeitungen und Zeitschriften. Hierbei lernte er auch den späteren Mittäter aus dem Verfahren wegen versuchten Mordes in Wendisch Rietz, K. Mü., kennen, der zu diesem Zeitpunkt sein Verkaufschef war. Es schlossen sich einige Monate Arbeitslosigkeit, eine kurze Tätigkeit bei einer Tiefbaufirma und eine selbstständige Tätigkeit im Vertrieb und in der Herstellung von Tonträgern an.²³⁴

3.1.2. Das rechtsextreme Vorleben Szczepanskis

Szczepanski schilderte seine Jugend vor dem Untersuchungsausschuss wie folgt:

„Es war für mich - - hat es sich so entwickelt, dass ich über die Musikszene und die Mode reingekommen bin, zuerst in die Skinheadbewegung, und dass eben aus der Musik- und Konzertgeschichte - - wurde es dann halt zusehends so, dass ich immer weiter politisiert wurde, bis am Ende das für mich eigentlich - -

²³³ B 76, Handakte I, S. 81.

²³⁴ Die Feststellungen aus diesem Abschnitt fußen – soweit nicht anders gekennzeichnet – auf den Gründen des Urteils des Landgerichts Frankfurt (Oder) vom 13.02.1995, Az.: 25 KS 93/94; B 65/MAT_A_BB-9/MAT_A_BB-9-1e_Band_I, S. 12 -66, hier Seite 12-21.

Ja, es war ein fließender Übergang von dieser Skinheadszene dann in die rechte Szene.“²³⁵

Die Berliner Skinheadszone beschreibt er in seiner Zeugenvernehmung vor dem Untersuchungsausschuss als „zersplittert“, es habe eine „Gangmentalität“ geherrscht.

Im Herbst 1989 verwiesen ihn seine Eltern aufgrund seiner politischen Einstellung des Hauses. Er fand sodann Aufnahme bei Andreas P., einem Mitglied der 1987 aufgelösten West-Berliner Skinheadband „Kraft durch Froide“ und früherem Funktionär der 1992 verbotenen „Nationalistischen Front“²³⁶, der Kontakt zu den Berliner „Vandalen“ pflegte. Während dieser einige Monate andauernden Wohngemeinschaft machte sich Szczepanski umfangreich mit rechtsextremen Auffassungen vertraut, radikalisierte sein Denken und seine politische Einstellung und integrierte sich nachhaltig in die rechtsextreme Szene.

„[...] ich hatte damals eben Kontakt zu Herrn Andreas P. zum Beispiel, bei dem ich dann später auch eingezogen bin. Das war so - na ja, ich möchte jetzt nicht sagen, ‚Ziehvater‘, aber auch jemand, zu dem man halt aufgucken konnte.“²³⁷

„[...] Ich habe mich damals für die Politik der Strasser-Brüder interessiert, was dann für mich auch der Hauptgrund war, in die NF zu gehen und nicht zum Beispiel in die FAP.“²³⁸

Aufgrund politischer Differenzen zog Szczepanski bei Andreas P. aus und fand nach seinen Angaben vor dem Untersuchungsausschuss zunächst eine Wohnung in Berlin-Neukölln, anschließend in Berlin-Prenzlauer Berg zur Untermiete. Anlässlich von zwei Wohnungsdurchsuchungen ab Dezember 1991 wurden in der nicht mehr von ihm bewohnten Wohnung im Prenzlauer Berg Rohrbombenrohlinge und chemische Substanzen gefunden (hierzu näher unter Kapitel 3.1.3.3.).

Am 08.12.1991 beteiligte sich Szczepanski an einem Brandanschlag auf einen Bus der „Sozialistischen Jugend Deutschlands - Die Falken“ und wurde dafür am 20.10.1993 durch das Amtsgericht Tiergarten verurteilt.²³⁹

²³⁵ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 5.

²³⁶ Die Nationalistische Front (NF) war eine 1985 gegründete deutsche rechtsextreme Partei, die 1992 als verfassungswidrige Organisation verboten wurde.

²³⁷ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S.7.

²³⁸ Ebenda, S. 6f.

²³⁹ Regierungsbericht MIK, S. 28.

Szczepanski zog zum Ende des Jahres 1991 zu verschiedenen Freunden bzw. Bekannten aus der Skinhead-Szene nach Königs Wusterhausen. Zeitweise wohnte er bei E. O., der später wegen eines bewaffneten Angriffs vom August 1991 auf das Schloss Zeesen, auch Gründgens-Villa genannt, verurteilt wurde. Bis zu seiner Inhaftierung im Jahr 1994 lebte Szczepanski schließlich mit seiner Freundin, die er im Kreis der Skinheadszenen aus Königs Wusterhausen kennen gelernt hatte, und dem gemeinsamen Sohn zusammen.²⁴⁰

3.1.3. Ku-Klux-Klan und Kontakte zu Dennis Mahon

3.1.3.1. Hinwendung zum Ku-Klux-Klan

Seit Januar des Jahres 1991 befasste sich Szczepanski intensiv mit dem amerikanischen Ku-Klux-Klan²⁴¹ (im Folgenden: KKK).

„Ja, das war für mich damals ein Gebiet, was erst mal natürlich neu war, spannend war. Dieser ganze Background des Ku-Klux-Klan mit diesen Verschwörungen, diesen Geheimbünden im Hintergrund, das wirkte auf mich damals sehr anziehend, sehr neu und halt auch geheimnisvoll.“²⁴²

Vom KKK erfuhr Szczepanski über das Skinheadmagazin „Der Querschläger“.²⁴³ Er sagte vor dem Untersuchungsausschuss, dass es noch keine KKK-Strukturen in Berlin oder Brandenburg gegeben habe. Er suchte daher Kontakt zum amerikanischen KKK und dessen deutschen Untergliederungen. Szczepanski erklärte vor dem Untersuchungsausschuss, er habe Dennis Mahon, ein führendes Klan-Mitglied in den USA, über die in der Zeitschrift angegebene Adresse in Kansas-City angeschrieben.²⁴⁴ Hierfür habe Szczepanskis Schulenglisch ausgereicht.²⁴⁵ In der Folgezeit telefonierte er mit Mahon und bekam von ihm Infomaterial zugesandt.²⁴⁶

²⁴⁰ Urteil des Landgerichts Frankfurt (Oder) vom 13.02.1995, Az.: 25 KS 93/94, B65/MAT_A_BB-9/MAT_A_BB -9-1e_Band_I, S. 14.

²⁴¹ Bei dem KKK handelt es sich um eine rassistische und auf Geheimhaltung ihrer Mitglieder bedachten Vereinigung, der es insbesondere um politische und wirtschaftliche Vorherrschaft der „weißen Rasse“, um deren genetische Reinhaltung und um die Verhinderung der Rassenintegration geht. Diese Vereinigung verfolgt ihre Ziele militant; sie ist für zahlreiche Morde an dunkelhäutigen US-Mitbürgern verantwortlich. Bekanntestes Ritual ist die öffentliche Kreuz-Verbrennung durch maskierte Kapuzenmänner im Blickfeld des späteren Opfers, das diese Handlung als „letzte Warnung“ vor einer möglichen Tötung verstehen soll. (vgl. Regierungsbericht MIK S. 39.)

²⁴² Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 14.

²⁴³ Vgl. B 76, Handakte –SO – Vernehmung, S. 9.

²⁴⁴ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 15.

²⁴⁵ Ebenda, S. 30.

²⁴⁶ Vgl. B 76, Handakte –SO – Vernehmung, S. 9.

Szczepanski begann in dieser Zeit mit der Herausgabe des Fanzines „Feuerkreuz“. Mithilfe des „Feuerkreuz“ vermittelte Szczepanski den Eindruck, dass eine Unterorganisation des KKK in Berlin, nämlich die „White Knights Berlin“, gegründet worden sei. Die Publikation stellte er als deren Sprachrohr dar.²⁴⁷ In dem Fanzine veröffentlichte Szczepanski rassistische Inhalte, durch die er in der rechtsextremen Szene bundesweit bekannt wurde. In der Zeitschrift waren Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, wie Keltenkreuze, Hakenkreuze und SS-Runen sowie Waffen abgebildet. Die Inhalte waren teils von Texten und Flugblättern Mahons, wie etwa von dessen rassistischer Hetzschrift „White Beret“, inspiriert. Das Fanzine vertrieb Szczepanski an ausgewählte Partner aus der rechten Szene, vornehmlich aus Berlin und Königs Wusterhausen.

Szczepanski bekam in Reaktion auf die erste Ausgabe des „Feuerkreuzes“ Zuspruch und Post von Interessenten. Im November 1991 erhielt er, vermittelt über Mahon, Post von Stefan S. aus der Nähe von Buxtehude, der ihm mitteilte, seit einem halben Jahr Mitglied im Klan zu sein und dort den Rang eines Pagen zu bekleiden. Stefan S. bat ihn um ein Treffen.²⁴⁸ In seiner polizeilichen Vernehmung vom 29.07.1992 gab Stefan S. an, dass Szczepanski ihm nicht geantwortet habe.²⁴⁹ Stefan S. hatte Kontakte zu sechs verschiedenen Klan-Organisationen in den USA.²⁵⁰ In einem Schreiben der "Knights of the Ku-Klux-Klan" vom August 1991 wurde Stefan S. aufgefordert, mit dem Aufbau regionaler Gruppen des KKK zu beginnen. Im Ermittlungsbericht des EKHK H.(BKA) vom Bundeskriminalamt im Rahmen des Ermittlungsverfahrens des Generalbundesanwalts gegen Szczepanski u.a. wegen des Verdachts der Gründung/Unterstützung einer Teilorganisation des amerikanischen KKK auf deutschem Boden gem. § 129 a StGB vom 28.04.1992 heißt es zu dem Aufbau regionaler Gruppen durch Stefan S.:

„Anhaltspunkte dafür haben sich weder aus den bei ihm aufgefundenen Unterlagen ergeben noch liegen polizeiliche Erkenntnisse darüber vor.“²⁵¹

²⁴⁷ Vgl. B 76, Handakte 1, S. 37.

²⁴⁸ EV gegen SZCZEPANSKI Band I, S. 78f.

²⁴⁹ KKK Band III-5-3, S. 39. In einer Deckblattmeldung vom 21.07.1999 wird Bezug genommen auf ein Schreiben eines St. S. (sic!), Chef von „Blood & Honour“ Nordmark. B 4\Ordner 3b, 1999 BDM Teil 2 „Piatto“, S. 106.

²⁵⁰ EV gegen SZCZEPANSKI Band I, S. 79.

²⁵¹ Ebenda, S. 79.

Stefan S. misshandelte am 18. März 1992 mit einem weiteren Naziskinhead den 53-jährigen Seemann G. S. in Buxtehude so schwer, dass er an den Folgen der Verletzungen starb. Zuvor hatte G. S. Hitler als „großen Verbrecher“ bezeichnet. Die Bundesregierung erkennt G. S. als Opfer rechter Gewalt an. Stefan S. und sein Mittäter wurden wegen Totschlags zu Haftstrafen von sechs bzw. acht Jahren verurteilt.²⁵²

Über „Das Feuerkreuz“ lernte Szczepanski auch N. Z. kennen,²⁵³ der später wegen einer Tat vom 29.08.1992 wegen Körperverletzung mit Todesfolge verurteilt worden ist. N. Z. schlug am 29.08.1992 nachts in Berlin-Charlottenburg mit einem Baseballschläger auf den wohnungslosen Kunstmaler G. Sch. und einen weiteren Obdachlosen ein und fügte G. Sch. dabei einen tödlichen Schädelbruch zu. Die Bundesregierung nennt G. Sch. 1993 in einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage als Todesopfer rechter Gewalt.²⁵⁴ Szczepanski, N. Z. und ein Bekannter Szczepanskis, T. D., wurden in der Folge als Kernpersonen des KKK in Berlin und Umgebung angesehen. Szczepanski stellte für sich, N. Z. und T. D. Mitgliedsausweise des KKK aus.²⁵⁵ Szczepanski selbst wurde in der Mitgliederkartei des Klans in Kansas City mit dem sehr hohen internen Rang „Grand Dragon“ geführt.²⁵⁶

T. D. und Szczepanski vertrieben T-Shirts mit selbst kreierten KKK-Symbolen und fertigten Aufkleber und Flugblätter zur Werbung an.²⁵⁷

In seiner Zeugenvernehmung wurde Szczepanski wie folgt befragt:

„[Frage]: ‚Der Szeneaussteiger Ingo Hasselbach beschreibt in einem seiner Bücher einen Angriff auf die sogenannte Gründgens-Villa, der gemeinsam mit dem Ku-Klux-Klan durchgeführt wurde - so steht es im Buch und die KKK-Mitglieder seien in Kutten und mit Maschinenpistolen - so steht es dort wortwörtlich - losgestürmt. Wussten Sie von diesem Angriff? Können Sie sich daran erinnern?‘

Zeuge Carsten Szczepanski: ‚Nein. Das höre ich jetzt zum ersten Mal.‘“²⁵⁸

²⁵² vgl. Bericht des 2. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses der 17. Wahlperiode des Deutschen Bundestages, Drucksache 17/14600, (im Folgenden in der Fußnote: Deutscher Bundestag, Drucksache 17/14600), S. 189.

²⁵³ Vgl. B 76, Handakten – SO-Vernehmung, S. 11.

²⁵⁴ Deutscher Bundestag, Drucksache 17/14600, S. 189.

²⁵⁵ B 76, Handakte-SO-Vernehmungen, S. 17.

²⁵⁶ Vgl. Ebenda.

²⁵⁷ Ebenda, S. 15-16.

²⁵⁸ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 15.

Die Darstellung Hasselbachs wird nicht von den Feststellungen des Untersuchungsausschusses getragen. In den Gründen des Urteils des Landgerichts Potsdam vom 22.12.1997, mit dem E. O. und ein weiterer Tatbeteiligter aufgrund eines Angriffs auf das Schloss Zeesen vom 25.08.1991 verurteilt wurden, gibt es weder Hinweise auf den KKK noch auf Vermummungen oder Maschinenpistolen. Die Urteilsgründe lauten zu den Tatbeteiligten und zum Tathergang auszugsweise:

„Am Abend des 25.08 1991 holten die beiden Angeklagten und der Zeuge [geschwätzt] zunächst [geschwätzt] von zu Hause ab. Sie hatten bereits zu diesem Zeitpunkt vor, sich bei den Besetzern des Schlosses Zeesen wegen der Verletzung von R. P. und wegen des Schadens am Auto zu rächen. Deshalb hatten sie zwei Gewehre vom Kaliber 4-6 mm eingepackt, die sie möglicherweise verändert hatten. Der Zeugin [geschwätzt] kündigten sie an, sie werde ‚heute Nacht etwas erleben‘. Zu viert fuhren sie los [...]

Er [R. P.] näherte sich dem Schloss mit nur geringer Geschwindigkeit, entweder ohne Licht oder nur mit Standlicht.

Ohne jede Vorwarnung schoss R. Pk. mit seiner Waffe aus dem hinteren linken Fenster [...] Das Projektil verfehlte die Zeugen und die bei ihnen Stehenden und schlug gegen einen Zaunpfahl. [...] Bevor sie die Gefahr, in der sie schwebten, vollends erfaßten, schoss E. O. mit seiner Waffe durch die Öffnung der ausgeschlagenen Frontscheibe. [...] Das von E. O. abgeschossene Projektil hatte seinen [des Zeugen/ Geschädigten] rechten Oberarm durchschlagen und zwei Öffnungen von etwa 4 mm Durchmesser hinterlassen. [...]

Nachdem R. Pk. und E. O. geschossen hatten, gab R. P. Gas. Der Pkw entfernte sich in so schneller Fahrt, dass keiner der drei Zeugen zuverlässig Marke und Typ erkennen konnte. [...]

Während sich die Angeklagten mit den Zeugen [geschwätzt] und R. Pk. vom Tatort entfernten, stellen Sie zufrieden fest, daß sie den ‚Linken‘ einen ordentliche Denkkzettel verpaßt hätten. [...].“²⁵⁹

Auch der Zeuge Ralf L. konnte sich an keine festen und größeren Strukturen des KKK im Raum Berlin-Brandenburg erinnern. Es habe nur zwei Mitglieder, nämlich Szczepanski und N. Z., gegeben. Er sei kein Mitglied gewesen, habe aber entsprechende T-Shirts getragen, „wie man andere T-Shirts auch angezogen hat“.²⁶⁰

Szczepanski erklärte vor dem Untersuchungsausschuss:

²⁵⁹ B4 iV B73 _ 2019-01-28_72. Lieferung_Ordner 4_65-S. 11 – 14.

²⁶⁰ Protokoll der 28. öffentlichen Sitzung, vom 15.06.2018, S. 164.

„Also wir waren in Berlin ja im Endeffekt mit unserem Ku-Klux-Klan-Interesse drei Leute. [...] Ja, das war der Herr N. Z. und dann war es noch ein sehr guter Freund von Herrn N. Z. Den Namen weiß ich jetzt nicht.“²⁶¹

3.1.3.2. Kreuzverbrennung am 20.09.1991 in Halbe

Im September 1991 besuchte Dennis Mahon Deutschland. Für die Fahrtkosten sammelte Szczepanski nach seinen Angaben vor dem Untersuchungsausschuss etwa 200 DM.²⁶² Die restlichen Fahrtkosten habe Mahon von seiner Klan-Gruppierung in Amerika erhalten.

Szczepanski und N. Z. organisierten für Mahon am 20.09.1991 auf einer Waldlichtung bei Halbe nahe Königs Wusterhausen eine „Kreuzverbrennung“ und assistierten ihm in der typischen Klan-Bekleidung. Die Zeremonie wurde von einem vorher informierten Fernsighteam des Senders RTL-Plus gefilmt und am 08.10.1991 im Abendprogramm „RTL-Plus-Explosiv“ ausgestrahlt. Anwesend waren laut der polizeilichen Vernehmung Szczepanskis vom 25.02.1992 „höchstens“ 14 Personen, unter anderem auch N. Z. und E. O. sowie Ralf L.²⁶³ Letzteren bezeichnete Szczepanski vor dem Untersuchungsausschuss als „zentrale Ansprechfigur“ der Szene in Königs Wusterhausen.²⁶⁴

Szczepanski sagte vor dem Untersuchungsausschuss:

„Und während der Vorbereitungen zu diesem TV-Bericht hatte ich so für mich schon den Eindruck, dass die Szene vor Ort das eher belustigend fand, den Gedanken, da mit Bettlaken durch die Gegend zu rennen und sich Löcher ins Kopfkissen zu schneiden. Ich denke, das war - - Das Interesse war halt kurzzeitig da, aber ist nicht wirklich - - es mündete nicht in festen Strukturen oder in einer großen Organisation. [...] Und am Tag, als das aufgenommen worden ist, war es dann so, dass, ich meine, drei oder vier Fernsehleute vor Ort waren und die auch völlig entsetzt waren, wie laienhaft das alles wirkte und wie wenig Material davon eigentlich verwendbar war.“²⁶⁵

Weiter erklärte Szczepanski, dass sich mehr Teilnehmer nicht gefunden hätten:

„Zum einen wegen dem Fernsehen, zum einen wegen der amerikanischen Thematik, sage ich mal. Und es war halt auch so, dass, wie gesagt, die Szene in Königs Wusterhausen nicht komplett politisiert war und dass die Leute, die

²⁶¹ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 16.

²⁶² Ebenda, S. 23.

²⁶³ Vgl. B 76, Handakte- SO-Vernehmungen, S. 22-24.

²⁶⁴ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 10.

²⁶⁵ Ebenda, S. 16.

vielleicht mehr an Fußball, Party, Kneipe interessiert waren, da von vornherein gesagt haben: Das machen wir nicht.“²⁶⁶

Im Ermittlungsbericht von EKHK H. (BKA) vom 28.04.1992²⁶⁷ ist zur Bedeutung Mahons weiter ausgeführt:

„Weiter sagte SZCEPANSKI aus, daß MAHON versucht habe, Einfluss auf seine weiteren Aktivitäten zu nehmen. So habe er einen in englischer Sprache verfassten Rundbrief übergeben [...], der, übersetzt ins Deutsche, unter anderem auch an die Presse versandt werden sollte. [...]

Er wird als ‚wichtige interne Information‘ vorgestellt und enthält Verhaltensmaßregeln für die Zukunft. So müsse sich jeder Klanmann darauf vorbereiten, in den totalen Untergrund zu gehen. Außerdem müsse man auf bewaffnete Auseinandersetzungen vorbereitet sein. Die nächste Phase der Arbeit beginne mit dem Aufbau von Kleinstgruppen, Einbunkern von Waffen, Munition, Ausrüstungsgegenständen sowie die Schaffung einer finanziellen Sicherheit.

Ferner legte MAHON ein Buch mit dem Titel ‚The Poor Man's James Bond‘ vor, mit dem Ansinnen, die Seiten 26 bis 29 in das nächste ‚Feuerkreuz‘ hineinzukopieren.

Das aufgeführte Buch ist eine Sammlung von Anleitungen zum Eigenbau von Spreng- und Brandvorrichtungen sowie zur Herstellung von Waffen und Giften.“

In einem Interview in der Ausgabe Nr.12/91 der Zeitschrift „Tempo“²⁶⁸ unter der Überschrift „Unsere Show für RTL-Plus war ein großer Erfolg“ stellte Mahon seine Deutschlandreise als Erfolg dar. Er arbeite mit „Untergrundorganisationen der Neonazis“ zusammen, die sehr gut organisiert seien und propagiert eine „Doppelstrategie“ wie die PLO und die IRA aus einer zivilen Front und einer Terrororganisation im Untergrund, um seine Ziele zu erreichen.

3.1.3.3. Ermittlungsverfahren des Generalbundesanwalts gegen den KKK

Übernahme durch den Generalbundesanwalt

Nachdem zunächst die Staatsanwaltschaft Berlin und die Staatsanwaltschaft Potsdam ermittelten, übernahm der Generalbundesanwalt das Verfahren. Der Generalbundesanwalt ist gemäß §§ 120 Abs.1 Nr. 6, 142 a Gerichtsverfassungsgesetz

²⁶⁶ Ebenda S. 18.

²⁶⁷ GBA KKK Szczepanski, EV gegen Szczepanski Band I, S. 86.

²⁶⁸ B 76, Handakte III, S. 29 u. Handakte II, S. 15f.

(GVG) zuständig bei Zuwiderhandlungen gegen das Vereinsverbot im Sinne der Bildung einer terroristischen Vereinigung nach § 129 a StGB.

Die Berliner Staatsanwaltschaft ermittelte im Zusammenhang mit den Aktivitäten Szczepanskis im Rahmen des KKK wegen des Verdachts der Volksverhetzung und Beleidigung, nachdem dem polizeilichen Staatsschutz über die Senatsverwaltung für Inneres im September 1991 ein Exemplar des Fanzines „Das Feuerkreuz“ und ein Flugblatt „gegen multikulturelle Gesellschaft“ bekannt geworden waren.²⁶⁹

Nachdem die Vermieterin der – inzwischen von Szczepanski aufgegebenen -- Wohnung in Prenzlauer Berg am 08.12.1991 der Polizei mitteilte, dass in der Wohnung Sprengstoff gelagert sei, durchsuchte diese die Wohnung am 08.12. und 10.12.1991.

Im Zwischenbericht des LKA Berlin heißt es hierzu:

„Der Zeuge gab hierbei an, daß die o.a. Wohnung seit etwa Juli 1991 fortlaufend bis zu diesem Tage mit mündlichem Mietvertrag an den Beschuldigten Szczepanski vermietet worden sei und dieser den vereinbarten vertraglichen Verpflichtungen nicht nachgekommen ist. Der Zeuge [...] bzw. dessen Ehefrau hat daraufhin dem Szczepanski den weiteren Zutritt bzw. die Nutzung der Wohnung dadurch verwehrt, daß er den schließzylinder der Wohnungstür austauschen ließ. Bei der Durchsicht der in der Wohnung verbliebenen persönlichen Gegenstände des Szczepanski stellte der Zeuge Ka. das Vorhandensein seiner Einschätzung nach gefährlicher Substanzen bzw. verdächtiger Gegenstände fest.“²⁷⁰

Aufgefunden wurde weiteres KKK-Propagandamaterial sowie Exemplare des „Feuerkreuzes“. Darüber hinaus wurden vier Rohrbombenkörper, chemische Substanzen und eine Zündvorrichtung gefunden.

Beschlagnahmt wurden ausweislich der Durchsuchungsprotokolle:²⁷¹

Lfd. Nr.	Stückzahl, Gewicht, Maß, Menge	Gegenstand
1	1 Block	H ₂ SO ₄
2	1 Block	(CH ₃) ₂ N-CHO

²⁶⁹ Vgl. B 76, Handakte 1, S. 36-37 und S. 46.

²⁷⁰ B 76, Handakte I, S. 37-38.

²⁷¹ B 76 Handakte I S. 11 und S. 15

3	1 Block	Konz. HCC
4	250 g	Citronenesäure Monohydrat $C_6H_8O_7 \cdot H_2O$
5	1000 g	Kaliumnitrat KNO_3
6	100 g	Urotropin $C_5H_{12}N_4$
7	100 g	Ammoniumnitrat NH_4NO_3
8	250 ml	Schwefelsäure 96 % H_2SO_4
9	50 ml	Nitromethan H_3C-NO_2
10	4	Metallhülsen Ø ca. 5 cm h. 12 cm mit Rohraufsatz Ø ca. 0,8 cm, h. 4 cm
11	1000 ml	Aceton $H_3C-CO-CH_3$
12	1	Glas mit unbekannter Substanz

sowie

Lfd. Nr.	Stückzahl, Gewicht, Maß, Menge	Gegenstand
1	1	Knallkörper
2	1	Kabelanschluss mit Birne
3	1	Isolierter Textilfaden
4	1	Schreiben Ku-Klux-Klan v. 20.07.91
5	1	Briefumschlag mit Brief v. 10.11.91
6	7	Negativstreifen für DIA
7	3 ²⁷²	Flugblätter „No Niggers“
8	3	Flugblätter „Klan Women“

²⁷² Nur 3 Exemplare wurden zunächst jeweils als Belegexemplare beschlagnahmt, es waren mehr Flugblätter vorhanden, vgl. B 76, Handakte 1, S. 26-27.

9	3	<i>Flugblätter „Böhse Onkelz“</i>
10	3	<i>Flugblätter „Wehr Dich“</i>
11	3	<i>Flugblätter „A smahing Time“</i>
12	1	<i>Braune Flasche mit Flüssigkeit</i>

Die Staatsanwaltschaft Berlin leitete daraufhin weitere Ermittlungsverfahren unter anderem wegen des Verdachts der Vorbereitung eines Sprengstoffverbrechens, des Verstoßes gegen das Sprengstoffgesetz, Propagandadelikten sowie des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung ein.²⁷³ Die Vorfälle wurden in einem Gesamtverfahren zusammengeführt.

Nach Aussagen Szczepanskis vor dem Untersuchungsausschuss habe er die Wohnung in Prenzlauer Berg verlassen müssen, weil das Untermietverhältnis ausgelaufen sei. Nach dem Grund befragt, weshalb er den Sprengstoff in der Wohnung gelassen habe, antwortete Szczepanski:

„Ja. Also, es erschien mir in dem Augenblick jetzt nicht so wichtig. Oder vielleicht konnte ich mich in dem Augenblick auch gar nicht mehr dran erinnern, dass der Karton - ich meine, er stand unter dem Bett - da noch steht.“²⁷⁴

Vor dem Untersuchungsausschuss sagte Szczepanski aus, dass er die Chemikalien über eine Mitarbeiterin aus einem Ostberliner Chemielabor bekommen habe. Den Kontakt habe ihm Ralf L. vermittelt.

„Ich meine, mich zu erinnern, dass da kein Sprengstoff dabei war. Die Flüssigkeiten, die ich da in der Wohnung hatte - also, ich war auch in Chemie nie wirklich gut -, die hatte ich von einer Mitarbeiterin aus einem Ostberliner Chemielabor bekommen.“²⁷⁵

Auf weitere Nachfrage:

²⁷³ Vgl. B 76, Handakte 1, S. 36-39.

²⁷⁴ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.6.2018, S. 41-42.

²⁷⁵ Ebenda, S. 18.

„Der Kontakt kam auch über Herrn Ralf L. zustande. Das war eine junge Frau damals. Warum jetzt die Flüssigkeiten am Ende da drin waren, die da drin waren - ich vermag es nicht mehr zu sagen.“²⁷⁶

Ralf L. hat diese Aussage vor dem Untersuchungsausschuss bestätigt. Die Frau sei eine gute Freundin gewesen.²⁷⁷

In seiner damaligen Zeugenvernehmung im Februar 1992 vor der Polizei²⁷⁸ hatte Szczepanski stattdessen angegeben, die Chemikalien über einen jungen Mann aus der rechtsextremen Szene Ostberlins erhalten zu haben, den er in einer Diskothek in Blankenfelde kennengelernt habe.

Szczepanski erklärte vor dem Untersuchungsausschuss:

„Es gab damals so eine Art - wie nennt man das jetzt? - Schulungsheft, Schulungsmaterial. Die sind damals kursiert in der Szene, ja. [...] Ich habe mir da, ehrlich gesagt, keine Gedanken drüber gemacht, und ich meine, der Karton stand auch noch unberührt da. Also, da ist nichts zusammengebaut worden. [...] Na ja, was heißt ‚gedankenlos‘? Man war halt in der Szene schon so, dass man gesagt hat, man will für diesen Tag X [den Zusammenbruch des politischen Systems] vorbereitet sein.“²⁷⁹

Am 22.01.1992 übersandte die Staatsanwaltschaft Berlin die vorab genannten Vorgänge dem Generalbundesanwalt zur Übernahme wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung.

Die Berliner Staatsanwaltschaft vermerkte in der Übersendungsverfügung:

„Als Anlage überreiche ich die hiesigen Akten sowie die Beiakten 72 Js 1827/91 mit der Bitte um Prüfung der Übernahme zuständigkeitshalber.

Dem Verfahren liegt folgender Sachverhalt zugrunde:

Am 8. Dezember 1991 wurden in der vom Beschuldigten Szczepanski genutzten Wohnung am Prenzlauer Berg schriftliche Unterlagen wie Briefe und Flugblätter sichergestellt, die einen Verdacht dahingehend begründen, daß er als Mitglied einer Organisation ‚White Storm Berlin‘ bzw. ‚White Knights of the Ku-Klux-Klan‘ die Stellung eines ‚Grand Dragon‘ bekleidet, mit weiteren

²⁷⁶ Ebenda, S. 18.

²⁷⁷ Protokoll der 28. öffentlichen Sitzung vom 15.06.2018, S. 173 und S. 186.

²⁷⁸ Vernehmung vom 26.02.1992, B 76, Handakte 1, S. 104-106.

²⁷⁹ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 8f.

Mitgliedern unter dem Briefkopf dieser Organisation korrespondiert und sich hierfür einer Postlagerkarte bedient.

Wegen politisch motivierter Straftaten ist er bereits in Erscheinung getreten [...].

In seiner Wohnung wurden ferner als Sprengkörper geeignete Metallhülsen mit Resten einer zünd- bzw. explosionsgeeigneten Mischung aufgefunden [...].

Außerdem wurden weitere zur Sprengstoffherstellung geeignete Chemikalien, insbesondere 50 ml Nitromethan gefunden [...].

Die bisherigen Ermittlungen lassen Anhaltspunkte dafür erkennen, daß der Beschuldigte Szczepanski Mitglied bzw. Funktionsträger einer Organisation ist, deren Tätigkeit unter anderem darauf gerichtet ist, Druckschriften volksverhetzenden Inhalts herauszugeben. Die Auffindung der Metallhülsen, der dem Sprengstoffgesetz unterliegenden Chemikalien sowie seine frühere Beteiligung an einer gemeinschaftlich begangenen Sachbeschädigung durch Inbrandsetzen [...] könnte in Zusammenhang mit seiner Funktionsstellung zu dem Verdacht Anlaß geben, daß auch diese Straftaten im Rahmen der Organisation begangen worden sind und es sich bei dem ‚White Storm Berlin‘ bzw. dem ‚White Knights of the Ku-Klux-Klan‘ um eine Vereinigung im Sinne des § 129a StGB handelt.“²⁸⁰

Auch die Staatsanwaltschaft Potsdam, die aufgrund der Kreuzverbrennung ermittelte, übersandte ihre Akten an den Generalbundesanwalt mit folgendem Anschreiben:

„Am 20.09.1991 trafen sich in einer Jagdhütte in der Nähe Ortschaft Freidorf, im Kreis Königs Wusterhausen (nördlich des Ortes Briesen) ca. 30 Personen. Unter ihnen befand sich der Beschuldigte A. K., [...] selbständiger Sägewerker [...]. A. K. gehört der rechtsextremen Szene in Königs Wusterhausen an und ist Anlaufperson Berliner Skinheads. Die Jagdhütte, in der das Treffen stattfand, war A. K. von der Jagdgemeinschaft Halbe zur Durchführung einer Geburtstagsfeier gemietet worden. Bei den Teilnehmern handelte es sich um Mitglieder der ‚Nationalistischen Front‘/Ortsgruppe Königs Wusterhausen (rechte Gruppierung) und Personen, die der Berliner Skinhead - Szene zugerechnet werden, nach Erkenntnissen der Polizei vermutlich Personen aus der ‚Frohnauer Wehrsportgruppe‘. Die Anreise erfolgte mit dem PKW.

Ein Sendeteam der Fernsehstation ‚RTL plus‘ wurde auf das Treffen am 20.09.1991 hingewiesen und begab sich zum vereinbarten Treffpunkt. Man fuhr mit den Journalisten in den Wald, damit sie die Orientierung verlieren. Während dieser Fahrt wurde ihnen mitgeteilt, daß es um die Gründung eines Ku-Klux-Klan ging, an der auch der Führer des Ku-Klux-Klan Texas, Dennis Mahon, teilnehmen werde. Das Sendeteam wurde zu dem ehemaligen Ausbildungsobjekt des Ministeriums für Staatssicherheit Massow gefahren. Dieses Objekt ist etwa 2 km von der Jagdhütte entfernt. Dort wurde ein Kreuz abgebrannt und Reden gehalten. Gegen 22.00 Uhr erschienen die Teilnehmer des Jagdhüttentreffs und es wurde in Anwesenheit des texanischen Ku-Klu-

²⁸⁰ B 76, Handakte I, S. 2f.

Klan-Führers Mahon eine ‚Kreuzweihe‘ vollzogen. Danach wurde die Geburtstagsfeier fortgesetzt.

Die Gründungsgruppe des Ku-Klux-Klan ist mit Gewalttaten bislang nicht in Erscheinung getreten.“²⁸¹

Mit Schreiben vom 12.02.1992 übermittelte die Abteilung V des Innenministeriums Brandenburg an das Landeskriminalamt Brandenburg, das Polizeipräsidium Potsdam und den Polizeipräsidenten in Berlin unter dem Betreff „Ku-Klux-Klan“ folgenden Hinweis:

„Dienstlich wurde bekannt, daß Karsten SZCZEPANSKI [...] sich zur Zeit bei E. O. [...] aufhalten soll. E. O. ist wahrscheinlich im Besitz scharfer Waffen.

Anmerkung:

E. O. soll hauptsächlich von Autodiebstählen leben und an mehreren schweren Straftaten beteiligt gewesen sein.“²⁸²

Am selben Tag leitete die Abteilung V des Innenministeriums einen weiteren Hinweis an das Landeskriminalamt Brandenburg und an das Polizeipräsidium Potsdam unter dem Betreff „Hinweise auf rechtsextremistische Gewalttäter“ zu:

„1) Dienstlich wurde bekannt, daß E. O. [...] und R. Pk. [...] vor ca. zwei bis drei Monaten die Post in Märkisch Buchholz (Kreis Königs Wusterhausen) überfallen und einen erheblichen Geldbetrag erbeutet haben sollen.

Anmerkung:

Soweit bekannt, fand am 05. 03. 1991 gegen 14.15 Uhr ein Raubüberfall auf die Post und am 10. 12. 1991 gegen 17.15 Uhr ein Überfall auf die Sparkasse statt.

2) Weiterhin soll ein A. (nähere Personalien unbekannt), der ein Freund der Mutter des R. Pk. sei, einen Überfall auf den Pächter der Tankstelle Q 1 in Zeesenplanen. Er habe abendliche Fahrten des Pächters zu seiner Bank in Königs Wusterhausen bereits auskundschaftet.

3) R. Pk. und E. O., die hauptsächlich von Autodiebstählen leben sollen, sollen sich zumindest Anfang Februar 1992 in einem Waldgelände bei Freidorf/Storkow/Massow angeblich in der Nähe eines ehemaligen MfS-Ausbildungsgeländes für Antiterrorereinheiten, aufgehalten und in einem Zelt gelebt haben. Sie würden einen roten VW-Bus oder einen weißen Trabant mit hellblauem Dach, der R. Pk. gehöre, benutzen.

²⁸¹ B 76, Handakte Band I, S. 127f.

²⁸² B 76, Handakte I, S. 62f.

4) R. Pk., E. O. und andere gehören wahrscheinlich zu einer Gruppe, die unter der Anleitung des einschlägig bekannten A. K. wehrsportähnliche Übungen abhält. A. K., E. O. sowie ein T. K. [...] sollen scharfe bzw. scharfgemachte Waffen besitzen, so E. O. eine Panzerfaust, die er eventuell gegen das Schloß Zeesen einzusetzen beabsichtigt.“²⁸³

Beide Vermerke sind handschriftlich mit „-E-“ gezeichnet. Darunter versteht man im Amtsgebrauch „Entwurf“. Handschriftlich ist jeweils vermerkt, dass Herr Pfaff, der Leiter des brandenburgischen Verfassungsschutzes, die Vermerke Herrn Löchner, dem Abteilungsleiter bei der Generalbundesanwaltschaft, am 16.02.1992 übergeben habe:

„Mir von H. BA Pfaff am 16.02.1992 übergeben Lö 16/2 Ref II 2“.

Mit Verfügung vom 13.02.92 erklärte sich der Bundesanwalt beim Bundesgerichtshof Beese für zuständig und leitete wegen des Verdachts der Gründung einer Teilorganisation des KKK auf deutschem Boden bzw. der mitgliedschaftlichen Beteiligung an einer solchen Organisation sowie gegen Mahon wegen des Verdachts der Unterstützung der vorgenannten Tat ein Ermittlungsverfahren ein. Er beauftragte das Bundeskriminalamt mit den Ermittlungen. Bundesanwalt Beese vermerkte hierzu am 13.02.1992 in der Einleitungsverfügung:

„Das Ermittlungsverfahren richtet sich gegen den genannten Szczepanski und weitere unbekannte Personen wegen des Verdachts der Gründung einer Teilorganisation des amerikanischen Ku-Klux-Klans (KKK) auf deutschem Boden bzw. der mitgliedschaftlichen Beteiligung an einer solchen Vereinigung, zumindest wegen des Versuchs ihrer Gründung, sowie gegen Dennis W. Mahon wegen des Verdachts der Unterstützung der vorgenannten Tat.

Bei dem amerikanischen KKK handelt es sich nach allgemeinem Wissen um eine Vereinigung, die aus Gründen des Rassismus zum Nachteil von Farbigen Morde und Brandstiftungen begeht, mithin Katalogtaten nach § 129a Abs. 1 StGB. Seit Jahren bestehen Anzeichen dafür, daß der Klan auch in Deutschland Fuß zu fassen sucht. Deshalb sind hier schon seit mehr als zehn Jahren Beobachtungsverfahren geführt worden (2 ARP 278/81-2 und 2 ARP 363/91-2) und die Betätigungen des KKK unter ständiger Beteiligung von Bundeskriminalamt und Bundesamt für Verfassungsschutz aufmerksam verfolgt worden. Dabei war bislang die Existenz einer Teilvereinigung auf deutschem Boden mit dem Zweck der Begehung von Katalogtaten nach § 129a StGB oder einer darauf gerichteten Tätigkeit nicht festzustellen. Es gab zwar - vermehrt im Jahre 1991 - Erkenntnisse über Aktivitäten, insbesondere über Treffen im Walde, Verbrennungen von Kreuzen, auch über ausländerfeindliche Handlungen und Straftaten, nicht aber über solche, die in die Zuständigkeit des

²⁸³ B 76, Handakte I, S. 64f.

Generalbundesanwalts fallen. Daran änderte sich auch nichts durch den Besuch von Dennis W. Mahon, dem ‚Imperial Dragon‘ der ‚White Knights‘, eines Teilverbandes des KKK, bei deutschen Skinheads im Jahre 1991 und die Berichte in verschiedenen Medien darüber.

Nunmehr hat jedoch die Staatsanwaltschaft Berlin gemäß Nr. 202 Abs. 1 RiStBV zwei Ermittlungsverfahren übersandt, die weitergehende Erkenntnisse enthalten und den Anfangsverdacht begründen, daß eine Teilorganisation der ‚White Knights‘ auf deutschem Boden bereits existiert, zumindest aber gegründet werden soll, und zwar zum Zwecke der Begehung von Straftaten im Sinne des § 129a StGB, und daß diese von dem Beschuldigten Mahon unterstützt wird.

Aus den übersandten Akten geht folgendes hervor:

a) Ende September 1991 sind in Berlin eine Druckschrift ‚Das Feuerkreuz‘ Nr. 2 und ein Flugblatt ‚Gegen multikulturelle Gesellschaft‘ aufgetaucht, beide unter Nennung der ‚White Knights‘ als Herausgeber. Das Datum der Erstverbreitung der Schriften ist nicht bekannt und kann aus dem Text auch nicht mit der notwendigen Sicherheit erschlossen werden, so daß der Eintritt der kurzen presserechtlichen Verfolgungsverjährung nicht ausgeschlossen werden kann und es deshalb einer Darlegung der einzelnen Straftaten in den Druckerzeugnissen nicht bedarf. Diese sind jedoch gleichwohl für das vorliegende Verfahren von Bedeutung.

Auf Seite 13 der durchweg rassistischen Druckschrift befindet sich die grob verzerrte Bilddarstellung eines Juden im Fadenkreuz eines Zielfernrohrs. Die - englische – Umschrift enthält die Aufforderung, jemanden zu treffen (‚touch‘), den Ausspruch ‚Haß ist unser Gesetz und Rache unsere erste Pflicht‘, sowie die Empfehlung ‚Hau ab Jude, so lange Du noch kannst‘. Auf Seite 12 heißt es dementsprechend: ‚Kampf der zionistisch-jüdischen Macht!! Schlagt sie wo ihr sie trifft. Vernichtet die Brut, bevor die Brut uns vernichtet‘. Ferner befindet sich auf Seite 37 eine wohl als ‚Witz‘ gedachte Darstellung, bei der jemand hinter dem Rücken eines Juden ein großes Beil hochhebt, ersichtlich um auf ihn einzuschlagen. Auf derselben Seite ist eine Eierhandgranate abgebildet, auf den Seiten 8, 11, 30 sowie auf dem Flugblatt eine Maschinenpistole, wohl ein ‚Markenzeichen‘ des KKK. Diese Abbildungen und Texte sprechen eindeutig dafür, daß die ‚White Knights‘ aus Gründen des Rassismus Tötungsdelikte begehen wollen.

b) In dem zweiten Ermittlungsverfahren befindet sich ein Interview, das Dennis W. Mahon der Zeitschrift ‚TEMPO‘ gegeben haben soll. Darin nennt er als Ziel des KKK, in den ‚Nordwestlichen Staaten Amerikas einen Lebensraum ... ausschließlich für Weiße‘ zu schaffen. Setze sich die bisherige Entwicklung der Einwanderung von Mexikanern und Japanern fort, müßten die ‚Arier nach Europa zurück‘. Aus diesem Grunde müsse man den Europäern, vor allem den Deutschen, bei ‚ihrem Kampf für ein weißes Europa‘ helfen. Zur Erreichung der Ziele des KKK benutze man eine ‚Doppelstrategie wie die PLO oder die IRA. Auf der einen Seite eine zivile Front, die sich in den politischen Prozeß eingliedert, auf der anderen eine Terrorfront im Untergrund‘. Gewalt gelte nicht einfachen Bürgern, sondern ziele auf ‚Volksverräter, Politiker, Bankiers

Wirtschaftsführer'. Ohne Macht und Geld könne man nur Terror einsetzen. Er arbeite in Deutschland mit einer 'Untergrundorganisation der Neonazis' zusammen. In diesem Zusammenhang führt er aus: 'Wir sind in Deutschland sehr gut organisiert' und weiter: 'Unsere Leute in Deutschland operieren eigenständig. Das einzige, was wir von ihnen verlangen, ist, daß sie vor großen Aktionen unseren Rat einholen. Schließlich haben wir jahrzehntelange Erfahrung im White-Power-Kampf und können sie davor bewahren, die gleichen Fehler zu machen wie wir'.

Diese Ausführungen sprechen dafür, daß die 'White Knights' bereits eine Teilorganisation auf deutschem Boden unterhalten, die hier selbständig arbeitet, aber von der Ursprungsorganisation unterstützt wird und die 'im Untergrund' Terroranschläge ausüben soll.

Der Beschuldigte Szczepanski ist verdächtig, einer der Mitglieder dieser deutschen Teilorganisation zu sein; mutmaßlich gehört er sogar zu deren Rädelsführern. Die oben erwähnten Druckerzeugnisse enthalten beide als Kontaktadresse eine Berliner Postlagerkarte, unter der man nach der Druckschrift das 'National Office' der 'White Knights' erreichen kann. Die Nummer dieser Postlagerkarte findet sich auch auf einem in der Wohnung des Beschuldigten sichergestellten Brief und in einem eigenen, nicht abgesandten Brief, den er mit dem Kopf 'White Knights of the Ku-Klux-Klan/The Realm of Germany' verfaßt und mit 'Grand Dragon of the White Knights of the Ku-Klux-Klan' unterzeichnet hat. Außerdem ist in der Druckschrift seine damalige Telefonnummer angegeben.

In der Wohnung des Beschuldigten waren auch rund 250 Flugblätter des KKK. Eines von ihnen enthält zusätzlich die Bezeichnung 'White Storm Berlin' und wiederum die Nummer der erwähnten Postlagerkarte. Außerdem wurden vermutlich selbstgefertigte zylindrische Schweißkörper mit Resten pyrotechnischer Sätze sowie Nitro-Methan (ein Sprengstoff) und typische Bestandteile von Selbstlaboraten gefunden. Danach besteht der Verdacht, daß der Beschuldigte ein Anführer der deutschen Teilorganisation der 'White Knights' ist und sich mit der Herstellung von Brand- und Sprengsätzen befaßt.

Es liegen auch genügend Anhaltspunkte dafür vor, daß die Teilorganisation aus mindestens drei Personen besteht. In der Druckschrift 'Das Feuerkreuz' Nr. 2 wird auf Seite 3 wenigstens zwei Personen mit deutschem Vornamen (Christian und E.) für ihre Mitarbeit gedankt. Nach einem Bericht auf Seite 6 muß es auch in Herford Mitglieder geben. Eine weitere Person hat sich in einem in der Wohnung des Beschuldigten Szczepanski gefundenen Brief als Mitglied des Klan vorgestellt.

Da der Beschuldigte Mahon die deutsche Gruppe als selbständig bezeichnet hat, kann er nach dem gegenwärtigen Stand der Erkenntnisse nicht als deren Mitglied angesehen werden. Aus seinen Ausführungen über ihre Beratung und auch aus seinem Besuch bei ihr ergibt sich aber der Verdacht der Unterstützung, die auch bei nur versuchter Gründung einer terroristischen

Vereinigung möglich ist.

*Gemäß § 120 Abs. 1 Nr. 6, § 142a Abs. 1 GVG ist die originäre Zuständigkeit des Generalbundesanwalts gegeben. Im Hinblick darauf, daß Erkenntnisse über Aktivitäten des KKK in Deutschland weit über den Großraum Berlin hinausgehen, ist mit den polizeilichen Ermittlungen das Bundeskriminalamt zu beauftragen.*²⁸⁴

Beese notierte am 13.02.1992 in einem weiteren Vermerk den Inhalt mehrerer Telefonate. Der Vermerk wurde am selben Tag von Abteilungsleiter Löchner abgezeichnet. Er lautet wie folgt:

„In dieser Angelegenheit hat mich heute KOR G. vom LKA Brandenburg [...] angerufen. Er hatte von Herrn S. (Berliner Polizeibeamter) von S II gehört, daß ich mit dieser Sache befaßt bin. Er teilte mir mit, daß es gestern zu einer Besprechung beim LfV Brandenburg gekommen ist, bei der schneller Handlungsbedarf festgestellt worden ist.

Er konnte nur Andeutungen machen, erklärte aber, daß angeblich Berlin die Ermittlungen auch für Königs Wusterhausen übernehmen wolle, daß der Beschuldigte S. dort lebe, daß operative Maßnahmen und sogar eine Tü geplant seien. Es gebe konkrete Erkenntnisse für bevorstehenden Straftaten, nämlich Raubüberfälle zur Beschaffung von Tatmitteln, [...]. Außerdem teilte er mir mit, daß bei der StA Potsdam auch noch ein Ermittlungsverfahren wegen dieser Dinge anhängig sei.

Ich habe ihm erklärt, ich prüfte die Sache zur Zeit noch, voraussichtlich würde der Ermittlungsauftrag aber dem BKA erteilt werden müssen, weil auch in den Alt-Bundesländern zu ermitteln sein werde. Er zeigte sich insoweit sehr kooperativ und erklärte, dem BKA stünden bei ihm Räumlichkeiten zur Verfügung, so daß die Ermittlungsarbeit vor Ort keine Probleme biete.

Ich habe sodann LKD Klink angerufen, ihm den Sachverhalt und die Eilbedürftigkeit geschildert und fernmündlich Ermittlungsauftrag erteilt. Er hat zugesagt, noch heute Beamte in Marsch zu setzen, die sich dann vor Ort in den Sachverhalt einweisen lassen können. Ich habe ihm zugesagt, Einleitungsvermerk und Ermittlungsauftrag per Telefax zu überspielen, sobald sie geschrieben worden sind. Sodann meldete sich Herr S. (Berliner Polizeibeamter) [...] und teilte mir ungefähr das mit, was ich von Herrn KOR G. (LKA BB) schon wußte. Er erklärte, daß der Verfahrensaufwand nunmehr seine Möglichkeiten übersteige und war glücklich zu hören, daß das BKA den Ermittlungsauftrag bekommen hat. Er hat versichert, daß er bis zur vollen Übernahme des Verfahrens durch das BKA alles erforderliche tun werde. S. lebe bei einem gewissen E. O., der ein Krimineller sei und schon Raubüberfälle begangen habe. ‚Sie‘ (Bedeutung unklar) planten nunmehr einen Raub auf eine Tankstelle; Objekt und Tatzeit stünden schon fest. Berliner Obs. Kräfte seien bereitgestellt, um gegebenenfalls zugreifen zu können.

Sodann meldete sich Herr EKHK H. (BKA) von ST 32 und teilte mit, daß er den Ermittlungstrupp des BKA leite. Ich habe ihm von den Telefonaten mit den

²⁸⁴ B 76, Handakte I, S. 45-50.

Herren KOR G. (LKA BB) und S. (Berliner Polizeibeamter) berichtet und ihm erklärt, der Ermittlungsauftrag umfasse alles, was mit der mutmaßlichen Teilorganisation des KKK auf deutschem Boden zusammenhänge, also auch den Vorfall in Königs Wusterhausen. Es sei allerdings nicht meine Absicht, Taten von Allgemeinkriminellen zu übernehmen, wenn sie keinen Organisationsbezug hätten.“²⁸⁵

3.1.3.3.1. Durchsuchung in Königs Wusterhausen bei E. O.

Am 21.02.1992 meldete der EKHK H. (BKA) vom Bundeskriminalamt um 13.38 Uhr an das Landeskriminalamt Brandenburg:

„[...] soll ein E. O. [...] im besitz von waffen und einer panzerfaust sein, eine rücksprache mit der bundesanwaltschaft – ba beese – hat ergeben dasz die bundesanwaltschaft z.zt. keine möglichkeit sieht, diese straftat im rahmen ihres verfahren zu verfolgen. es wird gebeten, [...] masznahmen in eigener zustaendigkeit, ohne hinweis auf obiges verfahren zu treffen.

bei evtl. exekutivmasznahmen wird gebeten, hiesige dienststelle zu beteiligen.“²⁸⁶

Im Laufe des 21.02.1992 änderte Bundesanwalt Beese seine Auffassung bezüglich einer Durchsuchung im Rahmen des von ihm geführten Verfahrens bei E. O. In einer Verfügung vom selben Tag legte er seine Entscheidungsfindung dar:

„In dieser Sache hat mich gestern KOR J. (BKA) und hat mich heute KHK EKHK H. (BKA) von ST 32 angerufen. Beide Male ging es um die Panzerfaust, die E. O. angeblich haben solle. Ich habe erklärt, daß sich die Ermittlungen nicht gegen E. O. richten und der GBA nicht zuständig ist für Verstöße gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz. Wenn hier seitens der Polizei präventives Handeln für erforderlich gehalten werde, müsse das in eigener Zuständigkeit der örtlichen Dienststellen geschehen. Diese müßten dann auch mit dem LfV Brandenburg klären, ob der Hinweis auf die Panzerfaust umgesetzt werden könne.

Offensichtlich als Ausfluß dieser Telefonate hat mich heute Herr Pfaff angerufen und erklärt, er könne diese Erkenntnis nicht umsetzen. Er halte es aber für dringend geboten, der Sache nachzugehen, weil er die Verantwortung nicht länger tragen könne. Seines Erachtens müsse in dem Verfahren gegen S. nach § 102 StPO²⁸⁷ durchsucht werden und bei E. O. nach § 103 StPO²⁸⁸. Ich habe Herrn Pfaff darauf hingewiesen, daß das letztere sicher nicht geht, weil ja eben gerade das bestimmte zu suchende Beweismittel nicht benannt werden dürfe. Klar war aber, daß gegebenenfalls bei etwaiger gemeinsamer Benutzung aller Räume natürlich die Durchsuchung nach § 102 StPO auch auf die ganze

²⁸⁵ B 76, Handakte I, S. 55.

²⁸⁶ B 76, Handakte I, S. 66.

²⁸⁷ § 102 StPO regelt die Voraussetzungen für die Durchsuchung beim Beschuldigten.

²⁸⁸ § 103 StPO regelt die Voraussetzungen für die Durchsuchung bei anderen Personen.

Wohnung erstreckt werden könne. Auf meinen Einwand, daß ein derartiger Einzelzugriff mein ganzes Verfahren gefährde, schlug er eine teilweise Rückabgabe insoweit vor und zu diesem Zwecke eine gemeinsame Besprechung für etwa den 24. Februar.“ [geschwärzter Text]

„an KHK EHKH H. (BKA) fernmündlich weitergegeben. Er hat mir erklärt, daß er eine gewisse Vorbereitungszeit brauche, um einen Trupp zusammenzustellen, wobei die Kollegen sich auch noch mit den notwendigen Reiseutensilien versehen müßten. Außerdem sei mit einer Fahrtzeit von etwa acht Stunden zu rechnen, so daß heute - das Gespräch fand um 13.00 Uhr statt - eine Durchsuchung nicht mehr möglich sei. Wir haben vereinbart, daß der Trupp noch heute vor Ort fährt und die Durchsuchung morgen früh vornimmt. Dabei soll sich die Durchsuchungsanordnung nach § 102 StPO auch auf E. O. beziehen. Auch er ist nunmehr verdächtig, Mitglied des KKK zu sein. Dieser Verdacht gründet sich einmal auf die Wohnungsgewährung für S. zum anderen auf einen von KHK EHKH H. (BKA) in einem anderen Verfahren gefundenen polizeilichen Vermerk, wonach eine Zeugin gesagt habe, auch E. O. habe an dem KKK-Spektakel in Königs Wusterhausen teilgenommen * Diese beiden Umstände begründen einen Anfangsverdacht dafür, daß auch er Mitglied in der genannten Vereinigung ist. * [handschriftlich: „Von diesem Vermerk habe ich erst heute erfahren“]

[geschwärzter Text]

„BA Pfaff konnte ich noch nicht erreichen; ich werde ihn jedoch von der bevorstehenden Maßnahme noch unterrichten“ [handschriftlich: „Ist kurz nach 14.00 Uhr geschehen. B.“] ²⁸⁹

Bundesanwalt Beese vermerkte am selben Tag unter dem Betreff „Anordnung der Durchsuchungen wegen Gefahr im Verzug“: ²⁹⁰

„Ich habe heute gegenüber Herrn EHKH H. (BKA) von ST 32 fernmündlich die Durchsuchung der Wohnung von E. O., in der sich der Beschuldigte Szczepanski aufhalten soll, wegen Gefahr im Verzuge (§§ 102, 105 Abs. 1 StPO) angeordnet. Grund für die Maßnahme ist folgendes:

S. war bis vor kurzem unbekannten Aufenthaltes. Erst unlängst ist festgestellt worden, daß er sich bei E. O. aufhält. Da er der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung verdächtig ist und schon in seiner früheren Wohnung Chemikalien gefunden worden sind, die auf die Herstellung von Spreng- oder Brandsätzen hindeuten, ist zu vermuten, daß die Durchsuchung der Wohnung zur Auffindung neuer Beweismittel gegen den Beschuldigten führen wird. Es ist auch davon auszugehen, daß seine KKK-Verkleidung und schriftliche Unterlagen aufgefunden werden, die seine Mitgliedschaft bestätigen.

²⁸⁹ B 76, Handakte I, S 67-69.

²⁹⁰ B 76, Handakte I, S. 70-71.

Da E. O. ihm augenscheinlich seit längerer Zeit Wohnung gewährt und nach einem mir heute mitgeteilten Vermerk über die Angaben einer bisher nicht vernommenen Zeugin auch an der KKK-Veranstaltung mit dem Beschuldigten Mahon in Königs Wusterhausen teilgenommen haben soll, ist auch er der Mitgliedschaft in der Vereinigung verdächtig. Es ist deshalb zu vermuten, daß die Durchsuchung auch zu Beweismitteln gegen ihn führen wird.

Die Annahme von Gefahr im Verzuge gründet sich auf einen dienstlich erhaltenen Hinweis, wonach E. O. auch Waffen haben soll. Da nicht ausgeschlossen werden kann, daß mit diesen Katalogtaten im Sinne des § 129a StGB begangen werden sollen, und zwar in allernächster Zeit, war Eile geboten. Eine richterliche Durchsuchungsanordnung war wegen der Zeitverhältnisse (Freitag Nachmittag) nicht mehr herbeizuführen.

Mit der Durchführung der Maßnahme habe ich das Bundeskriminalamt beauftragt.“

Die Durchsuchung fand am 22.02.1992 statt. Die im Durchsuchungsbeschluss angegebene Adresse erwies sich als nichtzutreffend, die Polizeibeamten des Bundeskriminalamts konnten jedoch den tatsächlichen Aufenthaltsort ermitteln.²⁹¹

Hierzu heißt es im Bericht des Bundeskriminalamts vom 28.04.1992:

„Am 22.02.92 wurde auf Anordnung der Bundesanwaltschaft wegen Gefahr im Verzuge erneut am derzeitigen Aufenthaltsort des SZCZEPANSKI, der mindestens seit dem 08.12.91 unbekannten Aufenthaltes war, in der Wohnung des Mitbeschuldigten E. O [...] durchsucht, da beide Personen einem dienstlich erhaltenen Hinweis zufolge im Besitz von Waffen sein sollen. In der Wohnung wurden SZCZEPANSKI und E. O. angetroffen. In den Wohnräumen wurden umfangreiche schriftliche Unterlagen, Flugschriften und andere Gegenstände sichergestellt. Für das Verfahren im einzelnen sind von Bedeutung

*[Auflistung der Asservate]“.*²⁹²

Es wurden Flugblätter, T-Shirts mit Hakenkreuzsymbol und solche mit KKK-Motiv und weitere zur Veröffentlichung ausgearbeitete Beiträge sichergestellt. Weiter wurde eine Liste mit Anschriften von 15 Waffenhändlern sowie die Skizze einer Handgranate sichergestellt. Außerdem wurden in einem Koffer Szczepanskis zwei Reisepässe fremder Personen gefunden.²⁹³ Waffen wurden nicht aufgefunden.²⁹⁴

²⁹¹ Vgl. B 76, Handakte I, S. 76.

²⁹² B 76, Handakte II, S 21.

²⁹³ B 76, Handakte I, S. 117.

²⁹⁴ B 76, Handakte II, S. 21-28.

3.1.3.3.2. Vernehmungen Szczepanskis vom Februar 1992

Zeitliche Abfolge

Am 23.02., 24.02., 25.02 und am 26.02.1996 vernahmen Beamte des Bundeskriminalamts Szczepanski als Beschuldigten.

Der Zeuge Kliesing wunderte sich vor dem Untersuchungsausschuss, dass es in den GBA Akten *„nichts, absolut nichts über den 23. Februar“* gebe.²⁹⁵

In der Handakte des Generalbundesanwalts ist – handschriftlich und gut leserlich –, auf dem Protokoll der ersten Vernehmung Szczepanskis das Datum 23.02.1992, Beginn: 17:15 Uhr vermerkt.²⁹⁶ Auf einer Faxkopie der Vernehmung ist zwar die Uhrzeit, jedoch ein handschriftliches Datum nicht vermerkt.²⁹⁷ In dem Feld: „Umstand der Vernehmung“ ist maschinenschriftlich angegeben: „als vorläufig Festgenommener“.

Szczepanski sagte vor dem Untersuchungsausschuss zu den Vernehmungen aus:

*„Ja. Ich meine, dass am zweiten Tag die Polizeibeamten mich befragt hätten. Aber das ging auch relativ schnell vorüber, meine ich. Ich hätte jetzt aus der Erinnerung auch nicht gewusst, dass es drei Tage waren.“*²⁹⁸

Der Zeuge K.-U. R. vom Bundeskriminalamt (BKA), der die Vernehmung durchführte, erklärte zu dem zeitlichen Rahmen der Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuss:

„[...] Wir waren an einem Samstag, früher Nachmittag bis zum frühen Abend, etwa 18 Uhr, in Königs Wusterhausen [...] in einer Dreizimmerwohnung, haben dort auch eine junge Dame angetroffen, die wohl die Lebensgefährtin des Wohnungsgebers gewesen ist.

Wir sind also in die Wohnung rein. Und während der Ansprache der Person und der Suche nach ihrem Lebensgefährten erschien dann Carsten Szczepanski, auch aus einem hinteren Raum. Ihm wurde dann auch der Durchsuchungsgrund erklärt, und die Wohnung wurde durchsucht. Die Festnahme wurde ihm durch Herrn EKHK H. (BKA) erklärt. Er wurde dann, soweit ich mich erinnern kann, durch einen Kollegen aus Königs Wusterhausen

²⁹⁵ Protokoll der 18. öffentlichen Sitzung vom 11.01.2018, S. 24 f.

²⁹⁶ Handakte-SO-Vernehmungen, S. 4.

²⁹⁷ B76, Handakte I, S. 80.

²⁹⁸ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 24.

oder LKA Brandenburg zum Polizeigewahrsam verbracht, festgenommen. Im Lauf des weiteren Nachmittags wurde dann die Wohnung durchsucht.

Am gleichen Tag, abends, haben wir eine erste Vernehmung gestartet - das heißt, Herr EKHK H. (BKA) und ich, die dann auch - das weiß ich aber nicht aus den Erinnerungen her, sondern aufgrund der Unterlagen, die zugeliefert worden sind - bis etwa 21 Uhr gedauert hat.

Am nächsten Sonntag glaube ich mich zu erinnern, dass wir erst einmal die Asservate gesichtet haben. Der Herr EKHK H. (BKA) und ich haben dann noch drei oder vier Tage - ich habe da keine genaue Erinnerung mehr dran - weitere Vernehmungen mit dem Herrn Szczepanski durchgeführt. Aus den Unterlagen ergibt sich - so ist auch noch meine Erinnerung, dass auch noch eine weitere Vernehmung mit Herrn Szczepanski durchgeführt wurde.

Im Einzelnen habe ich wenig Erinnerung an den Inhalt.[...]“²⁹⁹

Freilassung nach der vorläufigen Festnahme

Der Zeuge K.-U. R. (BKA) sagte an anderer Stelle, Szczepanski sei nach Ablauf des Tages nach der Festnahme in Freiheit gesetzt worden:

„Also, meiner Erinnerung nach ist er, als er vorläufig festgenommen worden ist, zur Wache nach Königs Wusterhausen gebracht worden. Es wurde aber kein Haftbefehl beantragt und auch kein Haftbefehl erlassen.

Er wurde dann, nach Ablauf des nächsten Tages, entlassen aus der Haft. Wo er sich dann aufgehalten hat, habe ich keine Erinnerung mehr dran. Möglicherweise - aber das ist eine Spekulation - an dem Wohnort, wo wir ihn auch angetroffen haben: in Königs Wusterhausen.“³⁰⁰

Szczepanski bestätigte die Freilassung. Auf die Frage, ob er nicht in der Wache übernachtete habe, sagte er aus:

„Übernachtet ja, aber ich meine, es waren zwei Tage. Also, ich erinnere mich an zwei Tage. Dass ich zwei Tage in Haft geschlafen habe, daran -- weiß ich nicht mehr.“³⁰¹

„Aber ich meine, dass die Vernehmung -- dass ich da schon wieder zu Fuß hingelaufen bin am zweiten Tag.“³⁰²

²⁹⁹ Protokoll der 16. öffentlichen Sitzung vom 10.11.2017, S. 61f.

³⁰⁰ Protokoll der 16. öffentlichen Sitzung vom 10.11.2017, S. 67.

³⁰¹ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 45.

³⁰² Ebenda, S. 24.

Die Aussagen Szczepanskis

Im Rahmen der ersten Vernehmung, die um 17.15 Uhr begann und um 21.15 Uhr geschlossen wurde, machte Szczepanski Angaben zur Person. *„Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit“* wurde die Vernehmung unterbrochen und *„mit Herrn Szczepanski die Punkte besprochen, die in einer späteren Vernehmung niedergelegt werden“* sollten.³⁰³ Als solche sind aufgeführt:

*„seine Tätigkeit im Zusammenhang mit seiner Schrift ‚Feuerkreuz‘, die Einladung des Mahon, die Kreuzverbrennung am Wald von Halbe, die Chemikalien, die in seiner ehemaligen Wohnung in Berlin sichergestellt wurden, die Pistole, die auf einer seiner Abbildungen festgestellt wurde, zur Reise mit Dennis Mahon durch Deutschland, seine Kenntnisse zu allen ihm bekannten KKK-Gruppen und zur Szene in Kgs- Wusterhausen“*³⁰⁴

Während der Vernehmung am 24.02.1992 von 10.15 Uhr bis 19.10 Uhr gab Szczepanski an, dass ihm die Sache über den Kopf gewachsen und ihm eine größere Rolle zugewiesen worden sei als er eigentlich innegehabt habe. Er schilderte die Kontaktaufnahme zu Mahon und die Produktion des „Feuerkreuzes“. Weiter machte er Angaben zu weiteren deutschlandweiten Klanmitgliedern und Gruppierungen und zu der Struktur des KKK. Er berichtete auch über die Kontaktaufnahme nach Königs Wusterhausen, insbesondere zu Ralf L.³⁰⁵

Im Rahmen der dritten Vernehmung vom 25.02.1992, von 10.30 Uhr bis um 20.50 Uhr, sagte Szczepanski aus, es habe sich letztlich bei seiner Klan-Gruppe um einen „Zwei-Mann-Verein“ mit N. Z. gehandelt, nachdem sich T. D. aus beruflichen Gründen nur noch „gesprächsweise“ beteiligt habe, allerdings nicht mehr an Aktionen mitgewirkt habe. Szczepanski schilderte die Umstände von Mahons Besuch und der Kreuzverbrennung. Er sagte aus, dass Mahon ihn aufgefordert habe, den Auszug aus dem „Poor Man's James Bond“ in das „Feuerkreuz“ zu kopieren sowie den Aufruf zur Bildung von bewaffneten Kleingruppen im Untergrund in der rechten Szene zu verteilen und an die Medien zu schicken.³⁰⁶

Die Vernehmung vom 26.02.1992 dauerte von 09.15 Uhr bis 21.40 Uhr. Szczepanski sagte zu der Herkunft des in seiner Wohnung in Berlin - Prenzlauer Berg gefundenen

³⁰³ B 76, Handakte-SO-Vernehmung, S. 8.

³⁰⁴ B 76, Handakte-SO-Vernehmung, S. 8.

³⁰⁵ B 76, Handakte-SO-Vernehmung, S. 9-18.

³⁰⁶ B 76, Handakte-SO-Vernehmung, S. 19-27.

Sprengstoffs aus. Er beantwortete auch Fragen zu den aufgefundenen Gegenständen, Fotos und Videokassetten. Ein aufgefundener Zettel mit der Notiz „Waffenlager ausgeräumt“ und Pässe seien ihm nicht bekannt.³⁰⁷

Auf die Frage, ob der KKK im Besitz von Waffen sei erklärte Szczepanski:

„Nein wir sind nicht im Besitz von Waffen. Als ich die Sendung zum ersten Mal sah, dachte ich bei der Frage des Reporters: ‚Au, Backe‘, was für eine peinliche Frage, da wir ja nichts zu bieten hatten. Ich hätte nicht gewußt, was ich auf diese Frage hätte antworten sollen. Auf dem Filmstreifen ist auch die Verlegenheit des Norman erkennbar, ich bewunderte ihn jedoch, als er sich gefangen hatte und dann noch so einen Satz zu Stand brachte, denn mit den Fäusten haben wir gemeinsam Auseinandersetzungen auf der Straße gehabt.“³⁰⁸

Der Zeuge K.-U. R. (BKA), der die Vernehmung durchführte, sagte vor dem Untersuchungsausschuss aus:

„Im Grunde genommen hat er kooperativ auf die Fragen geantwortet - wenn ich das vielleicht mal so zusammenfassen kann. Wir haben die Vernehmungsfragen gestellt, und er hat uns dazu Auskunft gegeben. Ob das jetzt heißt, dass er dadurch irgendwie geschult war - - Nein, kann ich nicht sagen.“³⁰⁹

3.1.3.3.3. Zwischenergebnis des Generalbundesanwalts

In einem Vermerk vom 24.2.1992 hält Bundesanwalt Beese folgendes Zwischenergebnis fest:

„[...] Bei der Durchsuchung sind Waffen nicht gefunden worden, wohl aber Papiere zum KKK, die noch der Durchsicht bedürfen. S. macht Angaben zur Sache. Er hat als weitere Mitglieder des KKK sechs bis acht Personen im Raum Königs Wusterhausen benannt, ferner jeweils zwei in Hamburg und Herford. Er hat versichert, Straftaten seien nicht geplant gewesen. Der Zeitschrift "TEMPO" sei seine Postlagerkarte bekanntgeworden. Sie habe über diese mit ihm Verbindung aufgenommen und um Informationsmaterial gebeten. Das habe er übersandt. Dann sei RTL aufgetreten und habe das Drehbuch für die - uns bekannte - Fernsehsendung über die Kreuzverbrennung im Wald bei Königs Wusterhausen verfaßt.

Bislang sind keine Erkenntnisse angefallen, die den Eingangsvorwurf bestätigen könnten, es handele sich bei der Gruppe um S. um eine (Teil-) Vereinigung im Sinne des § 129a StGB. Soweit in einem Papier davon die Rede ist, daß die erste Phase abgeschlossen sei und die zweite nunmehr beginnen

³⁰⁷ B 76, Handakte-SO-Vernehmung, S. 28 – 39.

³⁰⁸ B 76, Handakte I, S. 110.

³⁰⁹ Protokoll der 16. öffentlichen Sitzung vom 10.11.2017, S. 65.

solle, zu der die Beschaffung von Waffen und Geld gehöre, seien das Vorgaben von Mahon gewesen, z.T. auch einfach aus dem englischen übersetzt. Nach Angaben von S. habe das bislang keinen realen Hintergrund gehabt.“³¹⁰

3.1.3.3.4. Erneute Vernehmung am 12.03.1992

Am 12.03.1992 wurde Carsten Szczepanski erneut ergänzend vernommen.³¹¹

Er erklärte vorab, dass er sich in der nächsten Zeit nach Sprengstoff umsehen werde, um die Wahheitsgemäßheit seiner Angaben unter Beweis zu stellen:

„Über meine Rechte bin ich am heutigen Tag erneut belehrt worden; diese Belehrung habe ich verstanden. Ich bin auch weiterhin bereit auszusagen. Ferner wurde mir der Inhalt des § 153 e StPO³¹² bekanntgegeben und erörtert.

In meinen bisherigen Vernehmungen habe ich durchweg die Wahrheit gesagt, auch wenn dies bezweifelt wird. Auch meine Darstellung über den Erhalt der bei mir gefundenen Chemikalien entspricht der Wahrheit. Ich kann dem nichts hinzufügen. Ich werde mich in der nächsten Zeit auf den Weg machen, in der Skinszene nach dem Anbieter der Chemikalien Ausschau zu halten, neues Material zu ordern, um so den Beweis für die Wahrheit meiner Angaben anzutreten.“³¹³

Auf den Vorhalt des folgenden Auszugs eines Spiegelartikels:

„Bei den Vernehmungen durch Beamte des Bundeskriminalamtes (BKA) zur Ku-Klux-Klan-Feier Anfang der neunziger Jahre in Königs Wusterhausen packte er über Hintermänner in den USA und Sympathisanten in Deutschland aus. Als ein Ermittler ihm daraufhin in Aussicht stellte, bei weiterer Kooperation mit einer ‚Dienststelle‘ könne das Verfahren nach Paragraf 153 e der Strafprozessordnung wegen ‚tätiger Reue‘ eingestellt werden, löste das endgültig seine Zunge.“³¹⁴

sagte Szczepanski in seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuss:

„Also, an so einen Verlauf kann ich mich nicht erinnern.“³¹⁵

Weiter sagte er aus:

³¹⁰ B 76, Handakte I, S. 76f.

³¹¹ B 76_Handakte SO-Vernehmungen, S. 39-43

³¹² § 153 e StPO regelt das Absehen von der Verfolgung bei Staatsschutzdelikten wegen tätiger Reue durch den Generalbundesanwalt mit Zustimmung des zuständigen Oberlandesgerichts

³¹³ B 76, Handakte I, S. 157.

³¹⁴ B 65, MAT_A_BB-14b_Band_II, S. 113.

³¹⁵ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 25f.

„Also, wie gesagt, ich kann mich nur noch dunkel erinnern; aber ich kann mich nicht dran erinnern, dass mir irgendein Angebot gemacht worden ist, dass ich - - auch nicht, dass ich noch Material irgendwie besorgen soll oder so.“³¹⁶

Auf wiederholte Nachfragen danach, ob ihm ein Angebot nach § 153 e StPO gemacht worden sei:

„Ich kann mich nicht dran erinnern und ich meine auch nicht, dass das so klar gesagt worden ist. Also, wüsste ich nicht, nee.“³¹⁷

Eine Kontaktaufnahme durch eine „Geheimdienstbehörde“ habe in diesem Zeitraum - vor 1994 - nicht stattgefunden.³¹⁸

Der Zeuge K.-U. R. (BKA), der auch diese Vernehmung durchführte, antwortete auf die Frage, ob es zwischen Bundeskriminalamt und dem Bundesamt für Verfassungsschutz einen Informationsaustausch zum laufenden Verfahren gegeben habe:

„Zu dem Kontakt zu Herrn Beese kann ich auch keine Angaben machen. Das lag auch nicht in meinem, sage ich mal, Zuständigkeitsbereich. Wir haben uns um die Vernehmung Szczepanski gekümmert. Von einer Verbindung zu Verfassungsschutzbehörden weiß ich nichts.“³¹⁹

3.1.3.3.5. Weitere Ermittlungsmaßnahmen gegen KKK-Gruppierungen deutschlandweit

Im Ermittlungsbericht EKHK H. (BKA)s vom 28.04.1992 heißt es:

„Der Beschuldigte SZCZEPANSKI gab in seinen Vernehmungen an, Kontakte zu anderen Klan-Gruppen, insbesondere in Herford, in Elmshorn und in Essen, hergestellt zu haben. Vom Bestehen dieser Gruppen habe er von MAHON schon vor dessen Aufenthalt in der Bundesrepublik erfahren. Die Gruppen untereinander hätten persönliche Kontakte unterhalten und ihre Druckschriften/ Flugblätter ausgetauscht.“³²⁰

Es werden in dem Bericht die einzelnen Gruppierungen unter Verwertung der von Szczepanski erlangten Informationen dargestellt, beispielsweise:

³¹⁶ Ebenda, S. 27.

³¹⁷ Ebenda, S. 28.

³¹⁸ Ebenda, S. 45.

³¹⁹ Protokoll der 16. öffentlichen Sitzung vom 10.11.2017, S. 63.

³²⁰ B 76, Handakte II, S. 28.

„Nach Erkenntnissen des Polizeipräsidiums Bielefeld besteht im Raum Herford eine Gruppe des Ku Klux Klan, die nach dortiger Einschätzung etwa 20 Mitglieder umfaßt. Gestützt werden diese polizeilichen Erkenntnisse durch die Aussage des SZCZEPANSKI, der angab, etwa im Herbst 91 Kontakt zu S. B., einem Mitglied dieser Gruppe, bekommen zu haben. Dieser habe sich über seine Postlageradresse an ihn gewandt und die Druckschrift ‚Das Feuerkreuz‘ bestellt. In der Folgezeit sei es zu einem Schriftwechsel und auch zu persönlichen Zusammentreffen gekommen. Aus Äußerungen des S. B. wisse er, daß er in Herford und Bielefeld eine Klan-Gruppe von etwa 100 Mitgliedern führe. Als weiteren Angehörigen der Gruppe habe er einen M. (vermutlich M. Sp.) kennengelernt. Beide hätten, sagte SZCZEPANSKI, an dem unter Ziffer 3 geschilderten Treffen teilgenommen.“³²¹

In der Folge kam es zur Ausweitung der Ermittlungen des Generalbundesanwalts auch auf diese Gruppierungen. Im Mai 1992 beantragte Bundesanwalt Beese eine Reihe von Durchsuchungsbeschlüssen gegen die weiteren Tatverdächtigen.³²²

3.1.3.3.6. Schlussbericht des Bundeskriminalamts vom 04.08.1992

Aus dem Schlussbericht des Bundeskriminalamts vom 04.08.1992 ergibt sich, dass in dem Verfahren im Zusammenhang mit dem deutschen KKK insgesamt 34 Personen beschuldigt wurden, die unterschiedlichen regionalen Verbänden zugeordnet waren. Im Teilkomplex Berlin/Königs Wusterhausen wurden zeitweise sieben Personen beschuldigt, unter ihnen Szczepanski, N. Z., E. O., Ralf L. und Mahon.

Der Verfasser des Berichts, EKHK H. (BKA), stellt fest:

„Aus dem Gesamtergebnis der in diesem Teilkomplex geführten Ermittlungen ist zu ersehen, daß zumindest SZCZEPANSKI und N. Z., unterstützt durch MAHON und Ralf L., dringend verdächtig sind, eine Organisation des Ku Klux Klan in Berlin zur Begehung von Straftaten gegründet und unterhalten zu haben. Die aufgefundenen Asservate belegen, daß die Gruppe sich mit der Herstellung von Sprengkörpern beschäftigte. Die hierfür erforderlichen Chemikalien und Rohrkörper waren bereits vorhanden; Funktionsskizzen sind gefertigt worden. In vorrätig gehaltenen Rundbriefen an die ‚Klanmänner‘ werden diese aufgerufen, sich darauf einzustellen, in den totalen Untergrund zu gehen sowie sich auf bewaffnete Auseinandersetzungen vorzubereiten.“

Konkrete Straftaten im Zusammenhang mit der Gründung einer terroristischen Vereinigung jedoch sind nicht bekanntgeworden.“³²³

³²¹ B 76, Handakte II, S. 29.

³²² B 76, Handakte II, S. 47-102.

³²³ B 76, Handakte III, S. 141.

3.1.3.3.7. Teilabtrennung- und Einstellung durch den Generalbundesanwalt

Am 01.09.1992 vermerkte Bundesanwalt Beese eine vom Schlussbericht des Bundeskriminalamts abweichende Einschätzung. Es habe sich kein hinreichender Tatverdacht wegen der Gründung oder des Versuchs der Gründung einer Teilorganisation des KKK auf deutschem Boden ergeben. Die deutschen Klans seien untereinander nicht verbunden – es bestünden nur einige persönliche Kontakte zwischen den Mitgliedern – und verfügten auch über keine gemeinsame Dachorganisation. Sie müssten deshalb jeweils einzeln überprüft werden. Für den Raum Berlin und Umgebung sei eine Gruppe von drei Personen, bestehend aus den Beschuldigten Szczepanski, N. Z. und T. D. festzustellen.³²⁴ Bundesanwalt Beese führte aus:

„[...] Es hat sich jedoch nicht feststellen lassen, daß es in der kurzen Mitwirkungszeit von T. D. zur Gründung einer Vereinigung im Sinne der §§ 129, 129a StGB, also einem Zusammenschluß auf einige Dauer mit festen Organisationsstrukturen gekommen ist. Da die Gruppe danach nur noch aus zwei Mann bestand, fehlt es schon an den Grundvoraussetzungen für eine vollendete Tat. Auch für einen Versuch einer Gründung einer kriminellen oder terroristischen Vereinigung oder eine Verabredung dazu (§ 30 Abs. 2 StGB) bestehen nicht genügend Anhaltspunkte. Der Besitz von Sprengstoff und Chemikalien und die beträchtliche verbale Militanz in ‚Feuerkreuz‘ und anderen Asservaten wie dem ‚Rundbrief‘ (Ass. 1.2.3.10.1) ist zwar ein Indiz dafür, jedoch kein zwingendes. Im übrigen muss hinsichtlich einer eventuellen versuchten oder verabredeten Tat von einem freiwilligen Rücktritt der Beschuldigten ausgegangen werden. Szczepanski hat alle wesentlichen Tatmittel in einer von ihm vorübergehend gemieteten Wohnung zurückgelassen und hätte nicht mehr an sie gelangen können. Zudem hat er - insoweit nicht unglaublich - geschildert, wie er zum KKK gelangt ist und wie ihm die Angelegenheit "über den Kopf gewachsen ist", so daß er sie hat fallen lassen [...]. Auch nach der Einlassung von N. Z. hat keine Organisation bestanden [...].

Mit dem Fehlen eines hinreichenden Tatverdachts für ein Verbrechen nach § 129a Abs. 1 StGB, und sei es auch nur in der Form der Verabredung nach § 30 Abs. 2 StGB, entfällt auch eine Unterstützung durch Mahon. Die weiteren Beschuldigten aus dem Raum Berlin sind ohnehin nicht näher an die ursprünglich vermutete Vereinigung heran zu bringen.³²⁵

Eine vollständige Einstellung des Verfahrens erfolgte seinerzeit aus dem Umkreis der „Berlin-Brandenburgischen Gruppe“ nur gegen T. D. Bundesanwalt Beese vermerkte in dem vorab zitierten Vermerk vom 01.09.1992, es hätten sich bezüglich der anderen

³²⁴ EV gegen Szczepanski, Band I, S. 211 – 213.

³²⁵ EV gegen Szczepanski, Band I, S. 213 – 214.

Beteiligten im Laufe des Verfahrens Anhaltspunkte für andere Straftaten ergeben, die nicht in die Zuständigkeit der Generalbundesanwaltschaft fielen. Bezüglich dieser Beteiligten erfolgte deshalb eine Teileinstellung wegen des in den Zuständigkeitsbereich des Generalstaatsanwalts fallenden Tatvorwurfs der Bildung einer terroristischen Vereinigung und im Übrigen Abgaben an die Staatsanwaltschaft Berlin.

Zu Carsten Szczepanski führt Bundesanwalt Beese in seiner Einstellungsverfügung vom 01.09.1992 aus:

„Szczepanski ist jedenfalls eines Verstoßes gegen das Sprengstoffgesetz verdächtig, weil er Nitro-Methan in seinem Besitz hatte, eventuell sogar der Vorbereitung eines Sprengstoffverbrechens (§ 311b StGB), zumal er auch noch Chemikalien hatte, die zur Herstellung von Sprengsätzen geeignet sind [...], ferner wegen des Herstellens, Bereithaltens und Verbreitens von zwei Ausgaben der Druckschrift ‚Feuerkreuz‘ zweier Vergehen nach § 131 StGB [...] und der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (Hakenkreuzfahne, Hitlergruß) nach § 86a StGB [...]. Weitere Straftaten kommen im Zusammenhang mit den Reisepässen in Betracht [...], die er in seinem Besitz hatte [...].“³²⁶

Weiter führt er auch bezüglich der anderen Beschuldigten aus:

[...] Für die Verfolgung der verbleibenden möglichen Straftaten der genannten Beschuldigten ist der Generalbundesanwalt nicht zuständig. Das Verfahren gegen die Beschuldigten Szczepanski, N. Z., E. O., Ralf L., Mahon und P. K. ist deshalb abzutrennen und an die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin abzugeben.“³²⁷

Das Verfahren wegen der Bildung einer terroristischen Vereinigung endete auch gegen die weiteren Beschuldigten aus anderen Regionen Deutschlands mit Einstellungen bzw. Abgaben der Verfahren an die zuständigen Staatsanwaltschaften.

Der Bundesanwalt Beese hatte keine Erinnerung mehr an das durch ihn 1992 geführte Verfahren. Auf die entsprechende Frage, welche Erinnerungen er an das durch ihn geführte KKK-Verfahren hatte, führte er aus:

„Natürlich gibt es Kenntnis über den KKK; den kennt man schon aus den USA. Und ich weiß auch, bei der Rechten hat das immer eine Rolle gespielt. Die

³²⁶ EV gegen Szczepanski, Band I, S. 214f.

³²⁷ EV gegen Szczepanski, Band I, S. 217.

trugen auch Transparente, Fahnen und sonst was. Ich habe das öfter gesehen. Aber ob ich es aus den Akten kenne, weiß ich nicht mehr.“³²⁸

Auf Nachfrage zu Strukturen und der kriminellen Energie der deutsche KKK-Vereinigung sagte der Zeuge Beese:

„Ja, Strukturen, die haben wir immer gesucht. Wir brauchen ja eine Vereinigung - drei Leute, - ...

[Zwischenruf: „Ja.“]

...sonst ist der Generalbundesanwalt nicht zuständig. Und ich kenne auch meine Einstellungsverfügung, die ich [...] Man hat mir in der Behörde gesagt, ich habe eingestellt und abgegeben wegen der anderen Delikte. Ich habe es auch nicht für nötig gehalten, mir das noch mal anzusehen; das hätte ja nur Einfluss vielleicht auf mein Gedächtnis gehabt. Und so kann ich guten Gewissens sagen: Ich erinnere mich nicht.“³²⁹

Der Zeuge Beese schätzte das Bedrohungspotential durch den KKK auch im Rahmen seiner Zeugenvernehmung vor dem Untersuchungsausschuss als gering ein. Er sagte aus:

„[...] Ich meine, ich habe vorher im Linksterrorismus - - bearbeitet – Bewegung 2. Juni, RAF und Revolutionäre Zellen -, überall habe ich gearbeitet. Aber das - - Von daher war man gewisse Sachen gewohnt, an Organisationen. Das habe ich eigentlich - - habe ich nie gefunden bei den Rechten.“³³⁰

Weiter führte er zum damaligen KKK-Verfahren vor dem Untersuchungsausschuss aus:

„Es liegt an der Art des Falles - den würde man auch, wenn er in Westdeutschland spielt, eben beiseiteschieben, weil - - wenn nichts da ist.“³³¹

Der Zeuge P. K. sagte übereinstimmend vor dem Untersuchungsausschuss aus:

„Ich muss Ihnen auch ehrlich sagen: Diese Ku-Klux-Klan-Hintergründe habe ich nicht so ernst gesehen, wie das vielleicht andere tun. Für mich waren die Beteiligten, auf Deutsch gesagt, größtenteils Spinner.[...]“³³²

Weiter führte der Zeuge P. K. zum KKK-Deutschland aus:

³²⁸ Protokoll der 16. öffentlichen Sitzung vom 10.11.2017, S. 99.

³²⁹ Ebenda, S. 103.

³³⁰ Ebenda, S. 100.

³³¹ Ebenda, S. 110.

³³² Ebenda, S. 88.

„Wobei sich die Ku-Klux-Klan-Interessierten oder die Angehörigen der einzelnen Ortsgruppen hier oftmals untereinander gar nicht kannten, sondern - so wie es auch bei diesem Stefan S. da war - Adressen und Namen aus den USA geschickt bekamen von Personen in Deutschland, mit denen sie sich dann erst mal in Verbindung setzen sollten. Also, ich habe damals auch in diesem Verfahren gegen Stefan S. nicht den Eindruck gehabt, dass wir tatsächlich hier große Bedenken haben müssten, dass sich gefährliche Ku-Klux-Klan-Organisationen hier etablieren.“³³³

Hinsichtlich der Relevanz des Mordversuchs an S. E. führt der 2. Parlamentarische Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages aus:

„Die Tatsache, dass während des Mordversuchs in Wendisch Rietz unter anderem durch Szczepanski mehrmals die Hetzparolen ‚Ku-Klux-Klan‘ angestimmt worden waren, hatte keinen Einfluss auf das o. a. Ermittlungsverfahren des Generalbundesanwalts, obwohl dem Generalbundesanwalt diese Tat (begangen am 8. Mai 1992) bekannt geworden war, bevor er das Ermittlungsverfahren wegen Bildung terroristischer Vereinigungen gemäß § 129a StGB am 1. September 1992 einstellte: Aus einem Bericht des Generalbundesanwalts an das Bundesjustizministerium vom 29. Mai 1992 geht hervor, dass aus Sicht des Generalbundesanwalts kein Verdacht dafür bestünde, dass die Tat vom 8. Mai 1992 ‚wegen der Zugehörigkeit der Täter zum ‚Ku-Klux-Klan‘ und in Erfüllung des Vereinszwecks begangen worden sei.“³³⁴

Das Bundeskriminalamt übermittelte dem Generalbundesanwalt mit Fax vom 12.05.1992 eine Mitteilung des Polizeipräsidiums Frankfurt (Oder) über die Tat, in der es heißt: ‚ku-klu-klan-bezug moeglich‘. Es wird von den Ku-Klux-Klan-Rufen und der Aussage von K. Mü., dass „einige personen aus der gruppe dem ku-klux-klan anhoeren“ berichtet.³³⁵

In den Gründen des Urteils des Landgerichts Frankfurt (Oder) vom 13.02.1995 heißt es auszugsweise:

„Hierzu begann er [Szczepanski] repetitiv und rhythmisch zu rufen: ‚Ku-Klux-Klan‘ und wiederholte diesen Ruf lauter und solange bis nach und nach große Teile der den K. Mü. umringenden Gruppe einstimmten; sodann steigerte er Lautstärke und Tempo des Mannschaftschores, der zuletzt stakkatoartig und hemmungslos brüllend den K. Mü. mit diesem Ruf anfeuerte. K. Mü., immer wieder schreiend: ‚Ich bring ihn um! Ich bring ihn um!‘, folgte in der Ausführung seiner Schläge und Tritte dem durch den Mannschaftschor vorgegebenen Rhythmus. Auf einen, ein Tötungsritual des Ku-Klux-Klan aufgreifenden Zuruf aus der Gruppe: ‚Warum hat denn niemand einen Strick? Aufhängen, das

³³³ Ebenda, S. 89.

³³⁴ Deutscher Bundestag, Drucksache 17/14600, S. 287.

³³⁵ B 76, Handakte II, S. 102-106.

Schwein!’ entgegnete er: ‚Ist doch egal ob ich ihn draußen aufhänge oder ihm hier drinnen das Genick breche‘ und schlug S. E. in Tötungsabsicht mit dem Kopf gegen das Gitter, an dem sich das Opfer immer noch festklammerte.“³³⁶

Der Mittäter K. Mü. bei dem Mordversuch gegen S. E. sagte in seiner Beschuldigtenvernehmung am 10.05.1992 bezüglich der weiteren Beteiligten aus:

„Einige Personen davon gehören dem Kuck Kucks Klan [sic!] an, welche auch im Bereich Königs Wusterhausen organisiert sind. Mehr will ich dazu aber nicht sagen.“³³⁷

In seiner Vernehmung als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuss darauf angesprochen, sagte er:

„Ich denke, da haben die Vernehmer irgendwas reingeschrieben. Also, kann ich mich nicht dran erinnern.“³³⁸

und an anderer Stelle:

„Jedenfalls habe ich mit Sicherheit zum Anfang, in der allerersten Vernehmung war ich der Meinung, ich erzähle denen da ein bisschen was, und dann kann ich wieder laufen. Da war ja auch nicht klar, dass sie mich überhaupt schon identifiziert haben. Ich wurde ja im Prinzip, wenn mich nicht alles täuscht, identifiziert über ein paar Fingerabdrücke, die eigentlich schon längst hätten gelöscht sein müssen. Gut, irgendwann hätten sie mich sowieso gekriegt. Aber auf alle Fälle war mir das gar nicht bewusst. Also, egal was ich denen in der ersten Vernehmung erzählt habe -- Polizisten darf man sowieso anlügen, also braucht es nicht verjährt sein. Also: War garantiert erlogen, um da irgendwie --

Die haben mir ein Tötungsdelikt mit rechtsradikalem Hintergrund vorgehalten und wollten dazu was wissen, und ich wollte da erst mal raus. So. Und da habe ich denen erst mal -- Die Tatsache, dass -- Es kam ja auch nie wieder zum Gespräch über dieses erste Protokoll. Ich dachte, ich erzähle denen irgendwie ein bisschen was, dass da vielleicht irgendwer und sonst was -- die lassen mich erst mal raus. Das war ja - vielleicht verständlich - der einzige Sinn, den man erst mal sieht, dass man da erst mal wieder wegkommt oder irgendwie den Hals aus der Schlinge zieht, wenn man erst mal gar nicht wusste, worum es überhaupt ging.“³³⁹

Oberstaatsanwältin Petra Marx sagte als Zeugin:

„Wenn ich da am 10.05. den Verfahrensstand Szczepanski/Ku-Klux-Klan gewusst hätte und dann die Zeilen lese: ‚Einige Personen davon gehören dem Ku-Klux-Klan an, welche auch im Bereich Königs Wusterhausen organisiert

³³⁶ B 65, MAT_A_BB-9-1e_Band_I, S. 26.

³³⁷ B 65, MAT_A_BB-9-li_Band_I, S. 45.

³³⁸ Protokoll der 31. öffentlichen Sitzung vom 30.08.2018, S. 109

³³⁹ Ebenda, S. 110f.

sind; mehr will ich dazu aber nicht sagen‘, dann hätte man sofort - was ich dann im Nachgang gemacht habe; auch mein Kollege Staatsanwalt Bannenberg damals - die Verbindung finden können. Dann wäre Szczepanski - das sagte ich ja schon - genauso wie K. Mü. vorläufig festgenommen worden und genauso dem Haftrichter vorgeführt worden und nicht erst weitaus später. [...]. Das ist ja auch das Tragische an dieser ganzen Ermittlungsarbeit“³⁴⁰

Umgekehrt bemängelte sie, dass der Generalbundesanwalt über KKK-Bezüge des Mordversuchs offenbar nicht ausreichend informiert gewesen sei:

„Wenn der GBA - das ist aber eine hypothetische Frage - von unserem Verfahren gewusst hätte mit dem Ku-Klux-Klan, was sich dort in dieser Mordtat illustrierte - - [...] Da fragt man sich im Nachgang: Hätte der GBA vielleicht auch eingestellt? Oder hätte er vielleicht nicht doch die - - weil ja hier auch ein größerer Personenkreis war, dann gesagt: Ich nehme jetzt den Personenkreis da raus, weil hier wieder einer weggebrochen war, und mache einfach und wage eine Anklage“³⁴¹

Der Zeuge Kliesing warf vor dem Untersuchungsausschuss die Frage auf, weshalb der Generalbundesanwalt das Verfahren nicht übernommen oder zumindest die Akten beigezogen habe, obwohl es sich um denselben Beschuldigten gehandelt habe und bei der Tat in Wendisch Rietz Ku-Klux-Klan-Parolen gerufen worden seien.³⁴²

Das Gerichtsverfassungsgesetz knüpft die Ermittlungszuständigkeiten des Generalbundesanwalts, § 142a GVG, an die erstinstanzlichen Zuständigkeiten der Oberlandesgerichte, § 120 GVG. Der Generalbundesanwalt ist demnach wie oben ausgeführt gem. § 120 Abs. 1 Nr. 1 6 GVG i.V.m. § 142 a Abs. 1 GVG zuständig für eine Zuwiderhandlung gegen das Vereinigungsverbot gemäß § 129 a StGB (Bildung einer terroristischen Vereinigung), sofern er sie nicht wegen minderer Bedeutung an die Landesstaatsanwaltschaften abgibt, § 142a Abs. 2 Nr. 2 GVG. Soweit andere Taten innerhalb einer prozessualen Tat (§ 264 StPO) liegen, ist er auch für diese zuständig. Können in den Fällen des § 120 Abs. 1 GVG die Beamten der Staatsanwaltschaft eines Landes und der Generalbundesanwalt sich nicht darüber einigen, wer von ihnen die Verfolgung zu übernehmen hat, so entscheidet der Generalbundesanwalt, § 142 a Abs. 1 S. 2 GVG. Der Generalbundesanwalt ist

³⁴⁰ Protokoll der 17. öffentlichen Sitzung vom 08.12.2017, S. 70f.

³⁴¹ Ebenda, S. 71f.

³⁴² Protokoll der 18. öffentlichen Sitzung vom 11.01.2018, S. 25.

befugt, Erhebungen darüber anzustellen, ob ein Anfangsverdacht (§ 152 Abs. 2 StPO) für eine in seine Zuständigkeit fallende Straftat besteht.³⁴³

3.1.3.3.8. Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Potsdam wegen der Sprengstoffdelikte, Herausgabe des „Feuerkreuzes“ u.a.

Die Staatsanwaltschaft Berlin gab die an sie vom Generalbundesanwalt abgegebenen „Restverfahren“ wiederum an die Staatsanwaltschaft Potsdam ab, die aufgrund des Wohnsitzwechsels Szczepanskis zuständig geworden war, § 143 Abs. 1 GVG i.V.m. § 8 Abs. 1 StPO. Die Akte (Az.: 10/4 JS 511/94) wurde ausweislich des Registereintrags der Staatsanwaltschaft Potsdam am 15. September 2005 aufgrund der gesetzlichen Vernichtungsfristen vernichtet.³⁴⁴ Die Berichtsvorgänge des Generalstaatsanwaltes sowie des Justizministeriums sind ebenfalls bereits vernichtet.³⁴⁵

³⁴³ Meyer-Goßner in Meyer-Goßner/Schmitt, StPO, 58. Auflage, 2015, § 142a Rn. 1.

³⁴⁴ „Aufgrund der gesetzlichen Aufbewahrungs- und Vernichtungsregelungen ist die überwiegende Anzahl der Akten zu den bei den Staatsanwaltschaften des Landes gegen Szczepanski geführten Verfahren bereits vernichtet, wobei die Vernichtungen zumeist vor dem 4. November 2011, dem Tag des Aufdeckens des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU), erfolgten. Teilweise sind noch sogenannte Restakten vorhanden. Nach der aufgrund von § 2 Abs. 1 des Brandenburgischen Justiz-Schriftgutaufbewahrungsgesetzes vom 29. Oktober 2008 erlassenen Verordnung über die Aufbewahrung von Schriftgut der ordentlichen Gerichtsbarkeit, der Staatsanwaltschaften und der Justizvollzugsbehörden (Aufbewahrungsv) vom 20. Juni 2009, zuletzt geändert durch Verordnung vom 6. Januar 2015, sind die Akten der Staatsanwaltschaften nach Ablauf der in der Verordnung benannten Fristen auszusondern und zu vernichten. Nach Nr. 629 der zu der Verordnung ergangenen Anlage sind Urteile und Strafbefehle, in denen rechtskräftig auf Strafe erkannt ist, einschließlich etwaiger Gesamtstrafenbeschlüsse und ähnliches auch nach Vernichtung der Akten noch für eine wiederum bestimmte Frist aufzubewahren. Zu diesem Zweck werden aus der ursprünglichen Akte sogenannte Restakten gebildet und aufbewahrt.

Teilweise wurden auch Akten, die dem 2. Untersuchungsausschuss der 17. Wahlperiode des Deutschen Bundestages (2. UA) auf Grundlage dortiger Beweisbeschlüsse zur Verfügung gestellt worden waren, nach ihrer Rückkehr aufgrund der gesetzlichen Vorschriften durch die Staatsanwaltschaften vernichtet bzw. es wurden Restakten angelegt (namentlich die Verfahren 26 Js 270/92 der Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) sowie 496 Js 23487/00, 496 Js 6461/03, 467 AR 475/09 und 467 AR 560/09 der Staatsanwaltschaft Potsdam). Aufgrund einer Bitte des Ministers der Justiz vom 7. Oktober 2016 an den Vorsitzenden des 3. Untersuchungsausschusses der 18. Wahlperiode des Deutschen Bundestages (3. UA), dem die Beweismittel des 2. UA elektronisch vorliegen, übergab der 3. UA dem Justizministerium am 14. Oktober 2016 sämtliche dort elektronisch vorhandenen und auf Grundlage der Beweisbeschlüsse BB-9 und BB-14 betreffend Carsten Szczepanski an den 2. UA übermittelten Vorgänge, so dass der Inhalt der Akten trotz der zwischenzeitlichen Vernichtung nachvollzogen werden kann. Im Rahmen der Erledigung des Beweisbeschlusses B 65 wurden die vom 3. UA an MdJEV übergebenen elektronischen Dokumente auf einer DVD auch dem Untersuchungsausschuss 6/1 zur Verfügung gestellt.“

Quelle: Landesregierung Brandenburg: Bericht zur organisierten rechtsextremen Gewalt und Behördenhandeln im Land Brandenburg bezüglich der ehemaligen Quelle „Piatto“ der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg. Teil B: Bericht des Ministeriums der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg, Potsdam 2018, S. 4. Der Bericht wird im Folgenden zitiert als: Regierungsbericht MdJEV.

³⁴⁵ Regierungsbericht MdJEV, S. 28.

Aus einem Schreiben des damaligen leitenden Oberstaatsanwalts vom 20.10.1994 an das Justizministerium über die Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburgs ergibt sich, dass das Verfahren zunächst nach § 154 Abs. 1 StPO eingestellt worden war, nach einem Hinweis des Generalstaatsanwalts wieder aufgenommen und sodann nach § 170 Abs. 2 StPO eingestellt wurde. Nach § 154 Abs. 1 StPO kann die Staatsanwaltschaft dann von der Verfolgung einer Tat absehen, wenn die Strafe neben einer Strafe, die der Beschuldigte wegen einer anderen Tat zu erwarten hat, nicht beträchtlich ins Gewicht fällt. Nach § 170 Abs. 2 StPO erfolgt eine Einstellung, wenn die Ermittlungen nicht genügend Anlass zur Erhebung der öffentlichen Klage geben.

Das Schreiben lautete auszugsweise:

„Anliegend überreiche ich je eine Mehrfertigung der Einstellungsvermerke vom 25.07.1994 und 14.10.1994 sowie des Vermerks des Generalbundesanwalts vom 1.9.1992.

[...]

Am 25.7.1994 habe ich das Ermittlungsverfahren gegen den Beschuldigten Szczepanski gemäß § 154 Abs. 1 StPO vorläufig und gegen den Beschuldigten E. O. gemäß § 153 StPO eingestellt: das Ermittlungsverfahren gegen die Beschuldigten Ralf L. und Mahon habe ich gemäß § 170 Abs. 2 StPO eingestellt. [...]

Aufgrund des Randberichts des Generalstaatsanwalts vom 03.08.1994 [...] zum Verfahren 96 Js 567/93³⁴⁶ [...] habe ich das Ermittlungsverfahren gegen den Beschuldigten Szczepanski wieder aufgenommen und nach Überprüfung gemäß § 170 Abs. 2 StPO erneut eingestellt. [...]"³⁴⁷

Die Einstellungsverfügung nach § 170 Abs. 2 StPO im Ermittlungsverfahren gegen Carsten Szczepanski vom 14.10.1994 lautet wie folgt:

„1. Vermerk:

a) Der Beschuldigte Szczepanski ist einer Straftat nach § 40 SprengG nicht hinreichend verdächtig: Das in der von ihm verlassenen Wohnung sichergestellte Nitromethan ist nicht nach § 2 Abs. 3 SprengG der Stoffgruppe A, für welche nach § 1 Abs. 3 Nummer 1 SprengG die Strafvorschriften alleine gelten, aufgeführt. Auch bestehen keine zureichenden Anhaltspunkte für den Verdacht der Vorbereitung eines Explosionsverbrechens.

³⁴⁶ Es handelt sich hierbei um das Verfahren wegen des Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz u.a. aufgrund des Konzerts in Gussow.

³⁴⁷ MAT A BB 9 – 1i-Band-V, S. 368, 376-377.

b) Soweit Szczepanski durch die Herausgabe der Druckschrift ‚Das Feuerkreuz‘ Ende September 1991 in Berlin Vergehen nach § 86 a, 131 StGB zur Last gelegt werden, ist gemäß § 22 PressegG Berlin bereits im Juni 1992 Verjährung eingetreten.

Soweit er sich bei der Kreuzverbrennung am 20.09.1992 bei Königs Wusterhausen wegen Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen strafbar gemacht haben könnte, wäre die Tat aus den Gründen des Vermerks zu Ziffer 1 der Verfügung vom 25.7.1994 [...] bereits verjährt.

c) Zu den bei der Durchsuchung der Wohnung des Beschuldigten E. O. am 22.2.1992 in einem Koffer des Beschuldigten Szczepanski aufgefundenen Reisepässen eines B. K. und einer I. B. gab Szczepanski an, diese Pässe nie gesehen zu haben; sie stammten eventuell von E. O. [...]. Diese Angabe ist nicht widerlegt – angesichts der von dem Beschuldigten Szczepanski im Übrigen gezeigten Aussage – und Selbstbelastungsfreude erscheint sie auch nicht unglaubhaft.

2. Herrn AL IX

3. Die Ermittlungen gegen den Beschuldigten Szczepanski werden wieder aufgenommen.

4. Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen den Besch. Szczepanski gemäß § 170 Abs. 2 StPO aus den Gründen des Vermerks zu Ziffer 1 dieser Vfg.

[...]“³⁴⁸

Zu Ziffer 1 b) des Vermerks: Die Presse- bzw. Mediengesetze der Länder formulieren von den allgemeinen Verjährungsvorschriften abweichende Regelungen im Hinblick auf die Verfolgungsverjährung. Zum einen schreiben sie für Presseverstöße einen früheren Beginn der Verjährung vor, nämlich schon mit Veröffentlichung oder Verbreitung des Druckwerks, zum anderen ordnen sie eine deutlich kürzere Dauer der Verjährungsfrist an. Zu dieser Thematik heißt es im Einleitungsvermerk des Generalbundesanwalts vom 13.02.1992:

„Ende September 1991 sind in Berlin eine Druckschrift ‚Das Feuerkreuz‘ Nr. 2 und ein Flugblatt ‚Gegen multikulturelle Gesellschaft‘ aufgetaucht, beide unter Nennung der ‚White Knights‘ als Herausgeber. Das Datum der Erstverbreitung der Schriften ist nicht bekannt und kann aus dem Text auch nicht mit der notwendigen Sicherheit erschlossen werden, so daß der Eintritt der kurzen presserechtlichen Verfolgungsverjährung nicht ausgeschlossen werden kann und es deshalb einer Darlegung der einzelnen Straftaten in den

³⁴⁸ B 65 MAT_A_BB-9-1i_Band_V, S. 366.

Druckerzeugnissen nicht bedarf. Diese sind jedoch gleichwohl für das vorliegende Verfahren von Bedeutung.“³⁴⁹

Rolf Sternberg, der Potsdamer Staatsanwalt, der das Verfahren bearbeitet hatte, erklärte vor dem Untersuchungsausschuss:

„Also, letztlich kam das Verfahren dann zu mir. Und er [Szczepanski] war damals bereits wegen des Mordversuchs in Wendisch Rietz an dem Asylbewerber aus Nigeria angeklagt, stand schon vor Gericht. Also habe ich dieses Ermittlungsverfahren erst mal sofort nach § 154 StPO als unwesentliche Nebenstraftat vorläufig eingestellt und das ans Ministerium berichtet.

Wenn das alles gewesen wäre, dann hätte ich heute keinerlei Erinnerung mehr daran. Aber dann ging der Ärger los: Dann kam ein, man muss schon sagen, wutschnaubender Erlass aus dem Ministerium runter - mal salopp formuliert - des Inhalts, das ginge bei so einem doch gar nicht, den müsse man doch wegen allem anklagen usw.

Na gut, ich kriege also Anweisung: Ermittlungen wieder aufnehmen. Mache ich; gucke mir die Sache genauer an. Dann waren also diese Propagandadelikte, sprich diese Skinzine-Sachen - wohlgemerkt in Berlin herausgegeben - nach Berliner Pressegesetz bereits verjährt. Dann blieb noch über diese explosive Substanz; das war nicht viel, im Grammbereich. Ich weiß nicht mehr, wie das Zeug hieß. Ich habe mich also zum ersten und letzten Mal in meinem Leben in das Sprengstoffgesetz vertieft und stellte dann fest: Das unterlag nach Anlage - ich weiß nicht mehr, welche - zwar Handelsbeschränkungen, aber jeder Mensch durfte es besitzen. Daraufhin habe ich das gesamte Ermittlungsverfahren mangels hinreichenden Tatverdachts nach § 170 Absatz 2 StPO eingestellt.

Darauf kam dann der nächste Erlass aus dem Ministerium runter: Man verstehe überhaupt nicht, warum ich diese Propagandadelikte eingestellt hätte; nach Brandenburger Pressegesetz seien die nicht verjährt - wären sie auch nicht gewesen; aber Tatort war Berlin -, und man müsse doch prüfen, ob diese explosive Substanz nicht zur konkreten Planung von Sprengstoffdelikten, also Anschlägen, gedacht gewesen sei. - Gut. Für Letzteres gab es keine Anhaltspunkte. Ich hatte dann auch noch mal bei der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung angerufen; da wurde mir dann auch die Auskunft zuteil: Das eignet sich nicht für einen Anschlag - nicht genug -, hätte wohl einen lauten Knall gemacht, und es brauche auch noch eine Initialladung, um das überhaupt hochjagen zu können. Dafür war auch nichts gefunden worden. - Habe ich eben entsprechend noch mal berichtet, und das war es dann.“³⁵⁰

³⁴⁹ GBA-Ku-Klux-Klan_Ku-Klux-Klan Band IV-1, S. 10f.

³⁵⁰ Protokoll der 20. öffentlichen Sitzung vom 23.02.2018, S. 16.

3.1.4. United Skins

Szczepanski gab vor dem Untersuchungsausschuss an, dass eine „Entzauberung“³⁵¹ eingetreten sei, nachdem er Mahon persönlich kennengelernt habe. Er vernachlässigte ab Januar 1992 seine Aktivitäten im Zusammenhang mit dem KKK und widmete sich verstärkt der Produktion des Fanzines „United Skins“. Diese Zeitschrift enthielt extrem rassistisches Gedankengut und war das sinnstiftende Fanzine der gleichnamigen Skinheadgruppierung „United Skins“ in Königs Wusterhausen.

Zu der rechtsextremen Szene in Königs Wusterhausen, führte Szczepanski vor dem Untersuchungsausschuss aus:

„Also ich meine, dass mir mal erzählt worden ist, dass es die bereits zu DDR-Zeiten gab als lose Gruppierung.“³⁵²

„Also, es war aus meiner Erinnerung raus eine bunte Zusammensetzung aus Skinheads, Fußballhooligans - also, die Personengröße lag vielleicht bei 40 Leuten ungefähr, geschätzt - und war halt, wie gesagt, im Gegensatz zu der Szene in Berlin relativ bunt.“³⁵³

„Also, die Szene in Königs Wusterhausen war damals relativ stark. Meiner Empfindung nach war die Szene dort eben einheitlich, also eine Gruppierung, hat sich nicht, wie in Berlin, aufgeteilt zwischen verschiedenen Bewegungen, Vereinen, Parteien. Und meiner Erinnerung nach war es in Königs Wusterhausen immer so, dass die Szene schon autark war, also für sich abgeschlossen als eigenständige Gruppe.“³⁵⁴

„Also zu dem Zeitpunkt, wo ich die, ich nenne es mal jetzt, Gemeinschaft dort kennengelernt habe, war das noch gar nicht so politisiert. Es bestanden halt schon Kontakte nach Berlin zu den ‚Blood & Honour‘-Leuten oder zu den ‚Hammerskins‘, aber es war ja auch so, dass diese Kameradschaft zum Beispiel ein Amateurfußballteam betrieben hat, Fußballturniere ausgetragen hat. Also, es war auf keinen Fall so, dass das jetzt rein eine politische Kameradschaft war.“³⁵⁵

Das Fanzine „United Skins“, habe er zusammen mit Ralf L. in Königs Wusterhausen, vertrieben.

³⁵¹ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 31.

³⁵² Ebenda, S. 11

³⁵³ Ebenda, S. 10

³⁵⁴ Ebenda.

³⁵⁵ Ebenda, S. 13.

„Es gab in Königs Wusterhausen ein Postfach, und das war in dem Magazin abgedruckt. Und die Leute, also die Leute von außerhalb, konnten es bestellen, bzw. die Leute innerhalb hatten alle so eine Handvoll Exemplare, die sie dann verteilt haben.“³⁵⁶

„[...] ich meine, dass der Herr Ralf L. damals eine Postvollmacht hatte; ich meine, ja.“³⁵⁷

„Ich meine, auf dem Postweg kamen kaum richtige Bestellungen rein. Das war mehr so: Wenn man irgendwo hingefahren ist, zum Fußball, hat man eine Handvoll mitgenommen oder auf einem Konzert verteilt.“³⁵⁸

Ralf L. widersprach dieser Darstellung vor dem Untersuchungsausschuss:

„Ich habe mit dem Heft überhaupt nichts zu tun gehabt. Null.“³⁵⁹

Im Verfassungsschutzbericht Brandenburg 1993 heißt es zum Fanzine „United Skins“:

„Am 15.07.1993 wurden mit der – auch von Verfassungsschutzbehörden – langfristig vorbereiteten Aktion ‚Druckstock‘ bundesweit Exekutivmaßnahmen gegen Herausgeber rechtsextremistischer Fanzines ergriffen. In Brandenburg richteten sie sich gegen den Herausgeber des Fanzines ‚United Skins‘, den genannten Organisator des Konzerts in Prieros, dessen Wohnung durchsucht und gegen den ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wurde.“³⁶⁰

Akten zu dem Ermittlungsverfahren liegen dem Untersuchungsausschuss nicht vor, da diese nach den gesetzlichen Aufbewahrungsfristen vernichtet worden sind.

Den Registerbüchern der Staatsanwaltschaft Potsdam sind laut dem Regierungsbericht³⁶¹ Einträge zu zwei gegen Carsten Szczepanski geführten Ermittlungsverfahren unter den Aktenzeichen 96 Js 447/93 und 96 Js 502/93 zu entnehmen. Die Verfahren bezogen sich u. a. auf die Herstellung und Verbreitung des Magazins „United Skins“. Die Verfahren wurden auch im Rahmen der Hauptverhandlung vor dem Landgericht Frankfurt (Oder) wegen des Vorwurfs des versuchten Mordes erörtert. Zu diesem Zweck wurde – auf einen entsprechenden Beweisantrag der Staatsanwaltschaft – die in den Verfahren ermittelnde Staatsanwältin in der Hauptverhandlung vernommen. Neben den Skin-Fanzines, in denen Carsten Szczepanski im Impressum benannt war, waren im Rahmen einer

³⁵⁶ Ebenda, S. 12.

³⁵⁷ Ebenda.

³⁵⁸ Ebenda.

³⁵⁹ Protokoll der 28. öffentlichen Sitzung vom 15.06.2018, S. 161.

³⁶⁰ Verfassungsschutzbericht 1993, S. 28

³⁶¹ Regierungsbericht MdJEV, S. 24.

Durchsuchung am 15. Juli 1993 in der Wohnung von Szczepanski zudem 10 T-Shirts sichergestellt worden, wovon 4 mit Keltenkreuzen, Hakenkreuzen und einem Bildnis von Adolf Hitler versehen waren.

Das Verfahren 96 Js 447/93 wurde ausweislich der Registerbücher am 7. Juli 1994 gemäß § 170 Abs. 2 StPO eingestellt. Die Akten wurden am 27. November 2000 vernichtet.

Das Ermittlungsverfahren 96 Js 502/93 wurde ausweislich der Registerbücher am 23. Dezember 1994 gemäß § 170 Abs. 2 StPO eingestellt und am 27. Juni 2005 vernichtet. Soweit hinsichtlich dieses Verfahrens in den Handakten zu dem wegen versuchten Mordes geführten Verfahren 26 Js 270/92 ein Einstellungsvermerk vom 7. Juli 1994 enthalten ist, soll das Verfahren – wie dem o.g. Beweisantrag zu entnehmen ist – wiederaufgenommen und am 23. Dezember 1994 endgültig gemäß § 170 Abs. 2 StPO eingestellt worden sein.³⁶²

Der Zeuge Kliesing sagte vor dem Untersuchungsausschuss, dass mehrere presserechtliche Ermittlungsverfahren gegen Carsten Szczepanski bei der Staatsanwaltschaft Potsdam wegen des Eintritts der kurzen presserechtlichen Verjährung eingestellt worden seien.³⁶³

Der Untersuchungsausschuss hat neben der in diesem Abschnitt dargestellten Verfahren wegen des Fanzines „United Skins“ und dem zuvor dargestellten Verfahren wegen des „Feuerkreuzes“ keine weiteren presserechtlichen Verfahren in dem Zeitraum bis 1994 festgestellt. Den Registerbüchern der Staatsanwaltschaft Potsdam lässt sich ein Verfahren 96 Js 330/95 wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen gegen Szczepanski entnehmen. Das Verfahren wurde am 21. November 1995 gemäß § 154 StPO eingestellt. Weitere Erkenntnisse, insbesondere zum Tatvorwurf, liegen zu dem Verfahren nicht vor.³⁶⁴

Die Zeugin Mareen Laggies sagte vor dem Untersuchungsausschuss aus, Anfang der 1990er Jahre die zuständige Dezernentin für presserechtliche Delikte gewesen zu sein. Normalerweise habe sie die Verfahren innerhalb der Verjährungsfristen

³⁶² Regierungsbericht MdJEV, S. 24.

³⁶³ Protokoll der 18. öffentlichen Sitzung vom 11.01.2018, S. 23.

³⁶⁴ Regierungsbericht MdJEV S. 31.

bearbeiten können. An die konkreten Verfahren und die Bearbeitung im Zusammenhang mit „United Skins“ hatte sie keine Erinnerung.³⁶⁵

Zur Produktion von „United Skins“ während der Haftzeit und zu dem Ermittlungsverfahren wegen der 13. Ausgabe von „United Skins“ wird auf die Kapitel 3.3.1.4.3. und 3.5.1. verwiesen.

3.1.5. Mordversuch in Wendisch Rietz

In der Nacht vom 09.05.92 misshandelte eine Gruppe von Rechtsextremen den nigerianischen Lehrer S. E. aus rassistischen Motiven in einer Diskothek bei Wendisch Rietz. S. E. kam bei den schweren Misshandlungen fast ums Leben. Szczepanski beteiligte sich nicht durch den Einsatz von Gewalt, sondern stachelte die anderen Tatbeteiligten und insbesondere den Haupttäter K. Mü. durch lautes Gegröle an. Es handelte sich bei den Tatbeteiligten vorwiegend um Jugendliche oder Heranwachsende. Szczepanski und K. Mü. waren die einzigen Erwachsenen.

In den Urteilsgründen heißt es auszugsweise:

„Als die Ordnungskräfte die Schlägerei bemerkten, die Musik sofort ausstellten und die Tanzfläche voll ausleuchteten, zerrte Müller das Opfer unter weiteren wuchtigen Schlägen und begleitet von den ihn inzwischen anfeuernden umstehenden Gruppenmitgliedern, unter ihnen der Angeklagte, hinaus in den Vorraum. Der Angeklagte hatte wie auch alle anderen in dieser Sache bereits verurteilten Gruppenmitglieder spätestens bei diesem Rauszerren anhand seiner Äußerungen und seines brutalen Vorgehens erkannt, daß der wuchtig einschlagende K. Mü. tatsächlich den Tod des Opfers herbeiführen wollte.

Dem vor Angst und Verzweiflung laut um Hilfe rufenden Opfer gelang es zunächst, sich an einem Eisengitter im Vorraum festzuhalten. Sofort drängte sich der überwiegende Teil der Gruppe, darunter der Angeklagte, abschirmend und als Traube um K. Mü. und sein wehrloses Opfer, um zu Hilfe eilen die Gäste und insbesondere Ordner und Sicherheitspersonal der Discothek vom Eingreifen abzuhalten. Der Angeklagte Carsten Szczepanski beschloß spätestens jetzt, sich die Gewaltbereitschaft K. Mü.s und die angeheizte, im Kern von Rassenhass getragene Stimmung der Gruppe, aus der vereinzelt bereits lautere und hemmungslosere ausländerfeindliche Anforderungen erfolgten, zunutze zu machen und diese Situation zur Tötung des dunkelhäutigen S. E. voranzutreiben.

Hierzu begann er repetitiv und rhythmisch zu rufen: ‚Ku-Klux-Klan‘ und wiederholte diesen Ruf lauter und solange bis nach und nach große Teile der

³⁶⁵ Protokoll der 30. öffentlichen Sitzung vom 23.08.2018, S.63-65.

den K. Mü. umringenden Gruppe einstimmten; sodann steigerte er Lautstärke und Tempo des Mannschaftschores, der zuletzt stakkatoartig und hemmungslos brüllend den K. Mü. mit diesem Ruf anfeuerte. K. Mü., immer wieder schreiend: ‚Ich bring ihn um! Ich bring ihn um!‘, folgte in der Ausführung seiner Schläge und Tritte dem durch den Mannschaftschor vorgegebenen Rhythmus. Auf einen, ein Tötungsritual des Ku-Klux-Klan aufgreifenden Zuruf aus der Gruppe: ‚Warum hat denn niemand einen Strick? Aufhängen, das Schwein!‘ entgegnete er: ‚Ist doch egal ob ich ihn draußen aufhänge oder ihm hier drinnen das Genick breche‘ und schlug S. E. in Tötungsabsicht mit dem Kopf gegen das Gitter, an dem sich das Opfer immer noch festklammerte.

[...]

Unterdessen leitete der stets inmitten Traube um K. Mü. befindliche Angeklagte den Chor der aufgeheizten Meute durch das Geschehen. Er variierte dabei gelegentlich die textlichen Vorgaben der Gruppe mit ‚White Power‘ und der Mannschaftschor folgte. Vereinzelte Gruppenmitglieder riefen auch ‚Niggerschwein, Niggersau‘ und ähnliches, während der Angeklagte stets sorgsam darauf achtete, daß die aufgeheizte Situation fortbestand. Sowie die anfeuernden Ruf abschwollen, peitschte er das Geschehen durch weiteres Rufen wieder an, bekräftigte dabei insbesondere den Ku-Klux-Klan-Chor, den er, wann immer er schwächer zu werden droht, stets erfolgreich erneuerte. Der Angeklagte hatte dabei die Ziele des Ku-Klux-Klan für sich übernommen und war sich der Bedeutung dieses Rufes in der konkreten Situation, nämlich als Tötungsaufruf bewusst.

Von den ihn anfeuernden Rufen des Mannschaftschores beflügelt gelang es K. Mü. schließlich, so heftig an S. E. zu reißen, daß er das Eisengitter, an dem sich das Opfer noch immer anklammerte, aus der Verankerung hob, wodurch beide zu Fall kamen. K. Mü. rappelte sich sofort auf und tracktierte, nunmehr gemeinsam mit mehreren, vom Mannschaftschor aufgepeitschten Mitglieder der Traube, das inzwischen schon wie bewußtlos am Boden liegende Opfer mit weiteren Tritten und Faustschlägen. Unter weiterem Geschrei und Anfeuerungsrufen zerrte K. Mü., immer noch von der Traube umringt, den bewußtlosen oder jedenfalls schwer benommenen S. E. an den Armen wie ein Stück Fleisch durch das Foyer in Richtung Ausgang, während der Angeklagte dieses Geschehen jubelnd umtanzte.

Auf der Terrasse ließ K. Mü. sein Opfer mit dem Gesicht auf den Boden fallen. Auf Zurufe der aufgepeitschten Meute ‚Töte ihn, umbringen das Schwein‘ und ‚Ku-Klux-Klan‘, die an Intensität weiter zugenommen hatten, trat er seinen mit Turnschuhen bekleideten Fuß dem Opfer wiederholt und wuchtig gegen den Kopf und sprang mehrfach auf S. E. Schädel, während der Angeklagte K. Mü.s Tritte und Sprünge aus etwa ein Meter Entfernung verfolgte.

Spätestens jetzt hatte S. E. endgültig das Bewußtsein verloren. Nach weiteren Tritten gegen den Körper seines Opfers zerrte K. Mü. den bewußtlosen S. E. von der Terrasse in Richtung Scharmützelsee. Auf die Rufe der durch den Mannschaftschor in Verzückung geratenen Zeugin D. ‚Hat denn niemand Benzin, einen Kanister Benzin, anstecken die Kohle, verbrennt das Schwein‘ hielt K. Mü. inne und suchte sein Feuerzeug. Der Angeklagte begrüßte diese

Idee mit lautem Gelächter und als der Zeuge Pfeifer, der vor den Konsequenzen einer Menschenverbrennung zurückschreckte, einen Ordner zum Eingreifen bewegen wollte und dem Angeklagten seine Bedenken mitteilte, hielt dieser ihm die Worte entgegen: ‚So schnell stirbt man nicht‘.

K. Mü. hatte inzwischen sein Feuerzeug hervorgeholt und versuchte den Nebenkläger an dessen Jacke anzuzünden, um ihn zu verbrennen. Als ihm dies mangels Benzin mißlang, erscholl aus der in Ektase versetzten Meute der Ruf: ‚Ertränken das Schwein‘. Der durch die Gruppe hochstimulierte und von ihr noch immer gegen helfende Gäste abgedeckte K. Mü. ließ daraufhin von den Verbrennungsversuchen ab, packte sein bewußtloses Opfer, schleppte es zum Seeufer und warf es, da es noch röchelte, bäuchlings soweit ins Wasser, daß nur noch die Unterschenkel und Füße über die Wasseroberfläche ragten.

[...]

Nach den Feststellungen hat der Angeklagte in rechtswidriger Weise den Tatbestand des versuchten Mordes erfüllt, indem er gemeinschaftlich, als Mittäter des K. Mü. versucht hat, S. E. zu töten (§§ 211, 22, 23, 25 Abs. 2 StGB). Er hat nicht nur fremdes Tun gefördert, sondern einen eigenen Tatbeitrag derart in eine gemeinschaftliche Tat eingefügt, daß sein Beitrag als Teil der Tätigkeit des anderen und umgekehrt dessen Tun als Ergänzung seines eigenen Tatanteils erscheint [...].

[...]

Der Angeklagte handelte aus niedrigen Beweggründen im Sinne des § 211 Absatz 2 StGB, nämlich aus Rassenhaß.

[...]

Die Kammer sieht sodann strafschärfend die tief verfestigte rechtsradikale, neofaschistische, gewaltverherrlichende, und menschenverachtende Gesinnung des Angeklagten im engen Zusammenhang zur Tat. Denn in der erhofften Tötung des S. E. erblickte der Angeklagte die Verwirklichung der von ihm fest verinnerlichten Ziele des Ku-Klux-Klan und die Gelegenheit dessen Methoden exemplarisch zu vollziehen.“³⁶⁶

K. Mü. wurde am 10.12.1992 wegen versuchten Mordes zu einer Freiheitsstrafe von acht Jahren verurteilt.³⁶⁷

Am 14.12.1992 leitete die Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) ein Ermittlungsverfahren gegen Szczepanski ein.³⁶⁸ Sie erhob am 21.07.1993 zunächst Anklage vor dem Kreisgericht – Strafrichter – in Fürstenwalde wegen gefährlicher

³⁶⁶ B 65, Mat_A_BB-9-1e_Band_I, S. 25-65.

³⁶⁷ MAT_A_BB-9-1i_Band_III, S. 158-175.

³⁶⁸ MAT_A_BB-9-1i_Band_I, S. 7-11.

Körperverletzung.³⁶⁹ Im Dezember 1993 wurden weitere Beteiligte wegen Beihilfe zum Mord durch das Landgericht Potsdam verurteilt. Der Nebenklägervertreter des S. E., Rechtsanwalt Kliesing, forderte das Amtsgericht Fürstenwalde mit Schreiben vom 10.01.1994 auf, die Akte dem Schwurgericht bei dem Landgericht Frankfurt (Oder) vorzulegen und legte dar, dass es sich zumindest um einen Fall der psychischen Beihilfe handele.³⁷⁰ Am 25.02.1994 nahm die Staatsanwältin der politischen Abteilung Petra Marx die Anklage vor dem Amtsgericht zurück.³⁷¹

Die Zeugin Marx erinnerte sich vor dem Untersuchungsausschuss, dass ihr Abteilungsleiter Lehmann die Abteilung Politik wegen der zunehmenden Zahl rechtsextremistischer Straftaten ins Leben gerufen und sie zunächst mit einem Dezernenten bestückt habe. Sie sei als zweite in die Abteilung gekommen.³⁷² Das Verfahren gegen Szczepanski wegen der Tat in Wendisch Rietz habe sie übernommen, als es im Stadium der Anklage wegen gefährlicher Körperverletzung war. Sie erklärte:

„[...] Es war eine Berichtssache vom ersten Tage an bis letztlich der sogenannten - - also auch im Rahmen der Strafvollstreckung, sodass über alle besonderen Ausgangslagen den vorgesetzten Behörden berichtet werden musste.

Ich gehe davon aus - so versuche ich es einzuordnen -, dass mir wegen einer anstehenden Berichtsfrist das Verfahren vorgelegt worden war Anfang 1994 und ich aufgrund auch der, denke ich, Presselage, die eben davon ausging, dass die sogenannten Gehilfen beim Landgericht in Potsdam wegen Beihilfe zum versuchten Mord verurteilt worden sind zu Jugendstrafen, drei Jahren und sechs Monaten - - habe ich damals eine Verfügung in den Akten gefunden, dass ich mir das Urteil vom Landgericht Potsdam einschließlich der Sitzungsniederschrift angefordert habe.

Nachdem wir das hatten und nachdem ich selber mich mit der Materie auseinandergesetzt habe, bin ich damals - um das voranzustellen - zu meinem Abteilungsleiter, dem Leitenden Oberstaatsanwalt Herrn Lehmann, gegangen und habe meinen Eindruck geschildert, dass hier irgendetwas fehlbehandelt wurde, dass die Dinge hier auseinandergelaufen sind und dass die Person des Angeklagten Szczepanski überhaupt nicht, weder vom Staatsschutz in den Akten noch von uns, überprüft oder ermittelt worden sind [sic!]. [...]"³⁷³

³⁶⁹ MAT_A_BB-9-1i_Band_II, S. 265-267..

³⁷⁰ MAT_A_BB-9-1i_Band_II, S. 299-301.

³⁷¹ MAT_A_BB-9-1i_Band_III, S. 5 f.

³⁷² Protokoll der 17. öffentlichen Sitzung vom 08.12.2017, S. 59.

³⁷³ Ebenda, S. 60.

Oberstaatsanwältin Marx sagt aus, dass sie „in den sogenannten *Registerauskünften*“³⁷⁴ einen Hinweis auf das eingestellte Verfahren des Generalbundesanwalts gefunden habe.

*„[...] Der Leitende Oberstaatsanwalt, also immer auch in der Person des Abteilungsleiters, hat mich angewiesen, die Anklage sofort zurückzunehmen, in weitere Ermittlungen, so wie ich ihm vorgetragen habe - - die Akten des Generalbundesanwaltes mal einzusehen, um überhaupt zu wissen: Mit wem haben wir es hier zu tun? - Diese Frage schien überhaupt noch nicht beantwortet zu sein.[...]“*³⁷⁵

Nach Beiziehung der Akten und Telefonaten mit Beamten des Bundeskriminalamts sei ihr klargeworden, dass Szczepanski der „geistige Kopf“ gewesen sein müsse.³⁷⁶ Sie bemängelte, dass die Informationen, die bei verschiedenen Behörden zu Szczepanski vorhanden waren, nur unzureichend kanalisiert worden seien.

„[...] wir haben es hier mit einem zu tun, der wahrscheinlich bisher als Neonazi - und hochkarätiger Neonazi - noch nicht erkannt wurde.

*Frappierend war, dass unsere Ermittlungsakten das alles überhaupt nicht hergaben. Es ist also kein Ruhmesblatt - so will ich es mal bezeichnen -, dass die Akten, die vom Staatsschutz damals in Frankfurt (Oder) zu uns gelangten, sich mit der Person des Szczepanski, außer dass er mal vorgeladen wurde --*³⁷⁷

„Ich habe lange Jahre ja die Abteilung ‚Politik‘ selbst geleitet und bin immer wieder zu der Erkenntnis gekommen, dass zwischen dem Staatsschutz und dem Verfassungsschutz nicht ein Austausch erfolgt, sondern man sich dort in irgendeiner Weise, die uns als Justiz sich eben auch nicht erschließt - das haben wir auch nicht zu prüfen - - aber keine Vernetzung erfolgt, was ich immer vorausgesetzt habe.

*Ich hatte damals auch ein Gespräch mit dem Leiter des Staatsschutzes aufgrund eben dessen, dass mir diese Unstimmigkeiten und vor allen Dingen diese nicht abgestimmten Erkenntnisstände eben irgendwo ins Auge gefallen sind. Das hat man dann eben auch mit - ich will das mal so salopp sagen - Selbstbehauptung oder: ‚Das ist eben der Stil!‘, Futterneid oder wie auch immer dargestellt.“*³⁷⁸

Jörg Milbradt, damals Referatsleiter Auswertung in der Abteilung V für Verfassungsschutz, bat die Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) mit Schreiben vom

³⁷⁴ Ebenda.

³⁷⁵ Ebenda.

³⁷⁶ Ebenda, S. 61.

³⁷⁷ Ebenda, S. 61

³⁷⁸ Ebenda, S. 66f.

08.03.1994 um Übersendung der Anklageschrift und des gegebenenfalls gegen Szczepanski bereits ergangenen Urteils.³⁷⁹ Der Bericht der Landesregierung ordnet diese Anfrage als üblichen Informationsaustausch gem. § 14 BbgVerfSchG ein, der „regelmäßig unabhängig von etwaigen Verbindungen der Verurteilten zum Verfassungsschutz“³⁸⁰ erfolge. Mit Schreiben vom 27.04.1994 unterrichtete die zuständige Dezernentin Petra Marx das Innenministerium:

*„Die Anklage wegen gefährlicher Körperverletzung beim Amtsgericht Fürstenwalde wurde zurückgenommen. Eine neue Anklage, die nunmehr bei der Schwurgerichtskammer des Landgerichts Frankfurt (Oder) erhoben werden soll, liegt noch nicht vor.“*³⁸¹

Am selben Tag beantragte die Staatsanwaltschaft einen Haftbefehl wegen Beihilfe zum versuchten Mord, der am 03.05.1994³⁸² erging.

Aus der Untersuchungshaft heraus diente sich Szczepanski im Juli 1994 dem Verfassungsschutz an (hierzu näher unter Kapitel 3.2.1.). Oberstaatsanwältin Marx führte vor dem Untersuchungsausschuss hierzu aus:

„Es muss, weil ich unterrichtet worden bin damals von meinem Leitenden Oberstaatsanwalt, der als Abteilungsleiter -- So war das Usus, und so war das auch die gesamte Strecke seiner Behördenleitertätigkeit, auch des nachfolgenden Leitenden Oberstaatsanwalts, dass die Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz, insbesondere die Vertraulichkeitszusagen und alles, was in dem Bereich läuft, aus-schließlich über ihn zu erfolgen hat. Das ergibt sich auch nicht aus den Akten, die wir als Staatsanwälte und Dezernenten dann zu bearbeiten haben. Da sind gesonderte Vorgänge -- werden dort angelegt. Die kommen dann rein mit einem Ersuchen, werden dem LOStA, also immer dem Abteilungsleiter in der Funktion ‚Politik‘, vorgelegt, und dann wandern die auch wieder in einen Tresor der Verwaltungsgeschäftsstelle.

Auch für alle Akteneinsichtsgesuche des Verfassungsschutzes gibt es einen besonderen Dezernenten - so war das immer , einen Verwaltungsdezernenten. Dem müssen sämtliche Anträge des Verfassungsschutzes vorgelegt werden.

Ich bin dann - wann, weiß ich nicht mehr - zu einer Rücksprache zum LOStA gebeten worden in den Ermittlungen, nachdem also Szczepanski in Untersuchungshaft saß und ich mit Hochdruck natürlich diese ganzen Erkenntnisse zusammenführen wollte und wir uns mit der Anklage beschäftigten. Dort sagte mir mein Chef: ‚Frau Marx, entweder‘ - und das weiß

³⁷⁹ B 65 MAT_A_BB-14a-Bd. Ia, S 48.

³⁸⁰ Regierungsbericht MdJEV, S. 18 f.

³⁸¹ MAT_A-BB-14a_Band_Ia, S. 57.

³⁸² B 65_MAT_BB-14a – Bd. II, S. 6f.

ich jetzt nicht mehr – ‚hat sich Szczepanski dem Dienst angedient, oder der Verfassungsschutz ist an ihn herangetreten.‘ Wie das war, weiß ich nicht.

Ich habe dann die Frage gestellt an meinen Chef: ‚Was heißt das jetzt für das Verfahren?‘, und da sagte er zu mir [...] ‚Frau Marx, auf das Verfahren hat das keinen Einfluss. Sie ermitteln mit aller Hartnäckigkeit, mit aller Geradlinigkeit, Entschlossenheit - so, wie Sie das immer machen. Es gibt keinerlei Zugeständnisse in diesem Verfahren. Er wird einer Verurteilung im Sinne der Anklage zugeführt.‘ Das hieß wohl nicht, dass man nicht miteinander redet. Aber es lief immer, in allen Absprachen, über meinen Chef, über den damaligen Abteilungsleiter ‚Politik‘.³⁸³

Und weiter:

„Nebenher hatte aber der Leitende Oberstaatsanwalt durchaus Gespräche mit dem Leiter des Verfassungsschutzes damals. Das, denke ich mal, gehörte auch dazu. [...]

Für mich in diesem Verfahren vor der Schwurgerichtskammer spielte es überhaupt keine Rolle, sondern der Verfassungsschutz, wenn -- Sie müssen sich das so vor-stellen: Der Chef hat, denke ich mal, mit unserem LOStA -- Wenn Absprachen zu führen waren, war das diese Ebene. Und Mitarbeiter des Verfassungsschutzes, die also dann mal gekommen sind und Akten, die eine oder die andere Akte zur Einsicht abgeholt oder gebracht haben, haben dann mal begrüßt. Man hat allgemeine Dinge erörtert. Entscheidungen aber hinsichtlich der Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz sind ausschließlich über unseren Abteilungsleiter getroffen worden. Die hat er auch nicht delegiert. Da hat sich also auch nichts irgendwie verändert. Wir sind dann als Dezernenten nur immer insoweit unterrichtet worden, soweit es erforderlich war.“³⁸⁴

Die Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz bezeichnete sie auch aus der Erfahrung als spätere Abteilungsleiterin aus dem Bereich Politik als „Einbahnstraße“. Der Verfassungsschutz habe „abgeschöpft“, selbst kaum Hilfestellungen geliefert.³⁸⁵

Am 19.10.1994 erhob Staatsanwältin Marx Anklage wegen versuchten Mordes in Mittäterschaft.³⁸⁶ Nachdem die Schwurgerichtskammer des Landgerichts Frankfurt (Oder) zunächst wegen des Tatvorwurfs der Beihilfe eröffnete³⁸⁷, erfolgte am 13.02.1995 die Verurteilung wegen versuchten Mordes in Mittäterschaft. Nachdem Carsten Szczepanski zunächst am 13.02.1995 Revision gegen das Urteil eingelegt

³⁸³ Protokoll der 17. öffentlichen Sitzung vom 08.12.2017, S. 67f.

³⁸⁴ Ebenda, S. 68f.

³⁸⁵ Ebenda, S. 69

³⁸⁶ B 65_MAT_BB-14a-Bd. II, S. 112-122.

³⁸⁷ MAT_A_BB-9-1i_Band_V, S. 33.

hatte³⁸⁸, nahm er diese mit Schreiben vom 04.04.1995 selbst zurück.³⁸⁹ Am 07.04.1995 wurde das Urteil rechtskräftig.

Auf die Frage, weshalb Szczepanski die Revision zurückgenommen habe, erklärte er:

„Die Motivation? Ich meine, dass das in Absprache mit dem Amt damals erfolgte.“³⁹⁰

Auf Nachfrage, mit wem er darüber gesprochen habe:

„Der Kontakt da war, meine ich, nur der V-Mann-Führer B. Hintergrund war die Verlegung in den Strafvollzug, weil die Haft in Cottbus - - Es war vielleicht ein bisschen angenehmer als in Königs Wusterhausen, aber es war auch denkbar schlecht dort.“³⁹¹

„Ich hätte es wahrscheinlich -- Ich weiß nicht, ob ich es hätte laufen lassen. Im Endeffekt war auch da der Gedanke: Man will irgendwann abschließen, man will es vom Tisch haben, man will auch, wie gesagt, neu anfangen. So eine Revisionsfrist kann ja auch, ich weiß nicht, ein Jahr betragen. Da war halt der Gedanke: Strafantritt, und dann ist die Sache erst mal formal erledigt.“³⁹²

Der Zeuge Dieter Borchert konnte sich vor dem Untersuchungsausschuss hieran nicht mehr erinnern.³⁹³

Der Zeuge Förster, späterer Leiter der Abteilung V, sagte aus:

„Ich habe dieses Urteil ja gelesen mit den Augen des Strafruristen und hatte dann auch erfahren, dass der Verfassungsschutz vor meiner Zeit darauf Einfluss genommen hatte, dass das Rechtsmittel der Revision von dem Szczepanski zurückgenommen wird. Ich habe festgestellt als einer, der von strafrechtlichen Revisionen durchaus Kenntnis hat, dass insbesondere an einem Punkt eine Revision, die sonst sehr schwer zu begründen ist - ganz allgemein im Strafrecht - - dass das Rechtsmittel der Revision an einem speziellen Punkt durchaus auch eine Erfolgsaussicht gehabt hätte, weil nämlich ein Tatbestandsmerkmal des Mordes bei der konkreten Strafzumessung strafscharfend ins Gewicht fiel. Das ist ein schwerwiegender Rechtsfehler, der nicht sein darf. Mit anderen Worten: Eine Anfechtung dieses Urteils des Landgerichts Flensburg [sic!] durch den verurteilten Szczepanski wäre nicht aussichtslos gewesen.“³⁹⁴

³⁸⁸ 65_MAT_BB-14a-Bd. III, S. 90.

³⁸⁹ MAT-A-BB-9-1i Band VII, S. 130.

³⁹⁰ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 57.

³⁹¹ Ebenda.

³⁹² Ebenda.

³⁹³ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 144.

³⁹⁴ Protokoll der 31. öffentlichen Sitzung vom 30.08.2018, S. 137.

Rechtsanwalt Kliesing, seinerzeit Nebenklägervertreter S. E., sagte vor dem Untersuchungsausschuss aus, dass die Schadensersatzzahlung an S. E., zu der Szczepanski verurteilt worden war, nach dessen Enttarnung durch das Land Brandenburg gezahlt worden sei. Dies sei geschehen, nachdem er für seinen Mandanten eine Pfändungsmaßnahme gegenüber dem Land Brandenburg ausgebracht habe. Nach Zustellung des sog. Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses habe das Land Brandenburg keine Zahlungen an Szczepanski mehr leisten dürfen, bis die Schmerzensgeldsumme getilgt sei.³⁹⁵

Laut dem Regierungsbericht³⁹⁶ regte der Vorsitzende der Parlamentarischen Kontrollkommission in einer Sondersitzung vom 12.07.2000 nach der Enttarnung Szczepanskis an, „... zu prüfen, ob die noch nicht erfüllten Schadensersatzansprüche des Opfers aus der Straftat des ehemaligen V-Mann „Piatto“ von dem Land Brandenburg bezahlt werden könnten.“ Hierzu findet sich in den Akten der Entwurf eines Ministerschreibens vom 13.09.2000 an den PKK-Vorsitzenden mit folgendem Text:

„ich habe nach Abwägung aller rechtlichen und moralisch-ethischen Aspekte des Falles entschieden, dass der Anspruch von Herrn E. auf Zahlung von Schmerzensgeld durch den Einsatz von Landesmitteln kurzfristig und unbürokratisch erfüllt werden soll. Die Auszahlung wird durch Einschaltung einer Institution, die sich die Unterstützung der Opfer von Gewalttaten zum Ziel gesetzt hat, erfolgen.“

Auf dem Entwurf des Schreibens findet sich folgender handschriftlicher Vermerk vom 27.11.2000 von Wegesin:

„Der u. a. Entwurf wurde nicht versandt, da die PKK i. d. Sitzung v. 24.10.2000 mdl. abschließend z. d. Schmerzensgeldzahlung an Herrn E. unterrichtet wurde.“

Der 1995 vom Gericht festgesetzte Schmerzensgeldanspruch betrug 50.000,00 DM und war in Gesamtschuldnerschaft der acht Verurteilten zu erbringen. Am 26.10.2000 wurden an den Anwalt des Geschädigten die noch ausstehenden 46.212,95,00 DM gezahlt. Dies war kurz zuvor von der damaligen Hausleitung des Innenministeriums entschieden worden. Diese kam damit einem entsprechenden Votum der PKK nach.

³⁹⁵ Protokoll der 18. öffentlichen Sitzung vom 11.01.2018, S. 27f.

³⁹⁶ Die folgenden Ausführungen beruhen auf dem Regierungsbericht MIK, S. 106 f.

Szczepanski antwortete vor dem Untersuchungsausschuss auf die Frage, ob er vor der Aufnahme in das Zeugenschutzprogramm bereits Zahlungen auf die Schadensersatzforderung geleistet habe:

„Ich meine, dass mir von meinem JVA-Konto damals Geld abgebucht worden ist. Aber ich vermag jetzt nicht zu sagen, wann und wie viel das war. Aber ich meine, ich habe da die Erinnerung, dass da mal was gegangen ist, ja.“³⁹⁷

3.1.6. Ermittlungsverfahren zum Konzert in Gussow im Jahr 1993

Szczepanski befasste sich mit der organisierenden Vorbereitung sowie dem Ablauf von Konzerten von Bands der rechten Szene. Sein Interesse galt dabei insbesondere der Aufrechterhaltung und dem Ausbau seiner Kontakte zur rechten und rechtsextremistischen Szene im In- und Ausland.

„Auch das [die bundesweiten und internationalen Kontakte] fing zunächst mit der Musikszene an. Wir haben halt bundesweit Konzerte besucht. [...] Also, man hat sich ausgetauscht, ist dann eben zu Konzerten gefahren, hat sich mit Leuten unterhalten, hat sich vernetzt. Und so war es dann auch bei mir in der Politszene später. Ich habe mir viele Sachen angeguckt, war dann in der NPD und in der ‚Nationalistischen Front‘ selber Mitglied.“³⁹⁸

Am 19.06.1993 organisierte Szczepanski in Gussow-Friedrichsbauhof mit zwei weiteren Beteiligten ein Skinheadkonzert, das Szczepanskis Durchbruch in der rechten Musikszene darstellte. Das Konzert war als Geburtstagsfeier getarnt.³⁹⁹ In der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft Potsdam heißt es:

„Am 19.06.1993 gegen etwa 16.00 Uhr begann das von den drei Angeschuldigten organisierte und auf dem Grundstück des Angeschuldigten Wendland durchgeführte Konzert, zu dem etwa 750 der politisch ‚Rechten Szene‘ zugehörnde Personen anreisten. Die Konzertbesucher zahlten jeweils ein Eintrittsgeld in Höhe von DM 30,00. Bei den aufgetretenen Skinhead-Bands handelte es sich namentlich um die Gruppen ‚Frontal‘ aus Kaiserslautern, ‚Brutale Haie‘ aus Erfurt, ‚Boots Brothers‘ aus Delmenhorst, ‚Elbsturm‘ aus Magdeburg, ‚Razors Edge‘ sowie ‚Close Shave‘ aus Großbritannien, die allesamt rechtsradikales Gedankengut in ihrem Repertoire haben. Während des Konzerts skandierten infolgedessen in den Liedpausen die Zuhörer ‚Sieg Heil‘, ‚Heil Hitler‘, ‚Deutschland den Deutschen, Ausländer raus‘ und ‚Juden raus‘, was über eine größere sie über die Grundstücksgrenzen hinaus teilweise für die angegebenen Zeugen deutlich vernehmbar war. Darüber hinaus führten Besucher des Konzerts zumindest eine Hakenkreuzfrage, die sie offen

³⁹⁷ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.6.2018, S. 107.

³⁹⁸ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S.6.

³⁹⁹ B 35, Strafsache - S.M. usw, S. 7.

*ausgebreitet hielten, sowie Hakenkreuzarmbinden, die weithin deutlich sichtbar waren, mit sich.*⁴⁰⁰

Szczepanski wurde am 22.11.1994 in erster Instanz zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr wegen Verstößen gegen das Versammlungsgesetz und Beihilfe zum Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen verurteilt.⁴⁰¹ In der Berufungsinstanz erfolgte eine Einstellung des Verfahrens nach § 154 Abs. 2 StPO⁴⁰² im Hinblick auf das Urteil des Landgerichts Frankfurt (Oder) vom 13. Februar 1995 wegen des Mordversuchs auf Antrag der Staatsanwaltschaft.⁴⁰³ Der leitende Oberstaatsanwalt Lehmann von der Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) berichtete am 20.12.1995 an die Generalstaatsanwaltschaft über ein Verfahren wegen Brandstiftung in Dolgenbrodt, in dem Szczepanski am 29.09.1995 als Zeuge vernommen worden war (hierzu näher unter Kapitel 3.3.1.5.1.). Er teilte mit, dass die Einstellung des Verfahrens wegen des Konzerts in Gussow gemäß § 154 Abs. 2 StPO auf folgenden Umstand zurückzuführen sein könnte:

„[...] Nachdem Szczepanski in der Hauptverhandlung am 29.9.1995 als Zeuge gehört worden war, suchte der Unterzeichnete am 10.10.1995 auf Intervention des Leiters der Abt. V des Innenministeriums des Landes Brandenburg, der sich insoweit für Szczepanski bei ihm verwandt hatte, den Leitenden Oberstaatsanwalt in Potsdam auf, und bat ihn zu erwägen, ob im Hinblick darauf, daß Szczepanski bei seiner Aussage vom 29.9.1995 der Wahrheit die Ehre gegeben und einen rechtsradikalen Gesinnungsgenossen belastet hatte und daher eine gewisse Wandlung Szczepanskis zumindest nicht auszuschließen sei, eine Einstellung des dort noch in der Berufungsinstanz anhängigen Strafverfahrens gegen Szczepanski in Betracht käme und sein Dezernent einen entsprechenden Antrag bei der Berufung Strafkammer stelle.

Staatsanwältin Marx hat Szczepanski selbstverständlich vor seiner zeugenschaftlichen Vernehmung vom 29.9.1995 keinerlei Zusicherungen gemacht. Die Anregung des Unterzeichneten an den LOStA in Potsdam erfolgte vielmehr erst am 10.10.1995 und damit fast zwei Wochen nach der zeugenschaftlichen Vernehmung Szczepanskis auf Vorsprache des Leiters von Abt. V des Innenministeriums des Landes Brandenburg, der sich in der vorgeschilderten Weise für Szczepanski verwandt hatte, und gegenüber dem sich der Unterzeichnete wegen der guten Zusammenarbeit der

⁴⁰⁰ B 35, Strafsache - S.M. usw, S. 19.

⁴⁰¹ Regierungsbericht MdJEV, S. 25.

⁴⁰² Nach dieser Vorschrift kann von der Verfolgung abgesehen werden, wenn die Strafe, zu der die Verfolgung führen kann, neben einer Strafe, die gegen den Beschuldigten wegen einer anderen Tat rechtskräftig verhängt worden ist oder die er wegen einer anderen Tat zu erwarten hat, nicht beträchtlich ins Gewicht fällt.

⁴⁰³ Regierungsbericht MdJEV, S. 25.

*Staatsanwaltschaft Frankfurt (O) mit seiner Behörde zu einem
Entgegenkommen verpflichtet fühlte. [...]*⁴⁰⁴

Die damals zuständige Dezernentin bei der Staatsanwaltschaft, Mareen Laggies, konnte sich vor dem Untersuchungsausschuss an diesen Vorfall nicht erinnern.⁴⁰⁵

⁴⁰⁴ 2017-04-19 B13 - B65 - B104\StA FFO - 205 Js 110-95 VA - Stand 10_02_2017\205A js 110-95 VA\205A js 110-95 Handakte Bd. IV, S. 86 - 87.

⁴⁰⁵ Protokoll der 30. öffentlichen Sitzung vom 23.08.2018, S. 65.

3.2. Anwerbung

3.2.1. Die ersten Kontakte der Abteilung 5 zu Carsten Szczepanski (1994)

1994 schrieb der in der JVA Königs Wusterhausen einsitzende Untersuchungshäftling Carsten Szczepanski an das Innenministerium Brandenburg und bat um Zusendung des Verfassungsschutzberichts.⁴⁰⁶ Der Bericht für 1993 wurde ihm zugeschickt. Am 08.07.1994 bedankte sich Szczepanski in einem handschriftlichen Brief für die Zusendung und bekundete seine Bereitschaft zu einem Informationsaustausch:

„Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Zusendung des Verfassungsschutzbericht 1993. Besonders interessant fand ich Ihre Darstellung der ‚rechtsextremistischen Bestrebungen‘. Bedanken muß ich mich auch für die kostenlose Werbung die Sie meinem Skinheadmagazin ‚United Skins‘ haben zukommen lassen. Ferner haben Sie mit der Darstellung des Geburtstagskonzert vom 19.06.93 mir bestätigt das die Feier ein Erfolg war. Allerdings verwahre ich mich gegen den Begriff ‚Neonazi‘ und ‚neonazistisches Magazin‘!

Leider ist es mir zur Zeit nicht möglich persönlich nach Potsdam zu kommen, aber sollten Sie vielleicht an einem Informationsaustausch interessiert sein, würde ich mich über eine schriftliche Reaktion Ihrerseits freuen, denn Ihr VS-Bericht scheint mir nur sehr unvollständig zu sein. Und vielleicht könnten Sie auch etwas für mich tun. Bis dahin verbleibe ich ...

... mit vielen Skinheadgrüßen

Carsten Szczepanski“⁴⁰⁷

Der Zeuge M. M. war zum damaligen Zeitpunkt beim Verfassungsschutz Brandenburg im Bereich der „Forschung und Werbung“ – also der Anwerbung von nachrichtendienstlichen Quellen - tätig. Vor dem Untersuchungsausschuss berichtete er, man habe beim Verfassungsschutz aufgrund der Anklage wegen versuchten Mordes zunächst überlegt, ob man überhaupt auf Szczepanskis Angebot eingehen sollte.

⁴⁰⁶ Szczepanski gab vor dem Untersuchungsausschuss zunächst an, er habe schon 1991 oder 1992 Kontakt zum Verfassungsschutz Brandenburg gesucht (Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 33f). Bei Nachfragen stellte er jedoch klar, dass die Kontaktaufnahme während seiner Untersuchungshaft in Königs Wusterhausen wegen des Mordversuchs an S.E. erfolgte (S. 37). Da diese Haftzeit 1994 stattfand, ist offenkundig, dass Szczepanskis erste Zeitangabe nicht stimmen kann. In der Tat äußerte Szczepanski bei seiner Vernehmung mehrfach, er habe Schwierigkeiten, sich an konkrete Jahreszahlen zu erinnern.

⁴⁰⁷ „Piatto“-Komplex, 1994, S. 3.

„Das wurde auch diskutiert auf der Referatsleiterebene. Dann trat man an mich heran und sagte: ‚Okay, wir haben uns entschieden: Wir reden. Also, Sie fahren los, und Sie reden mal mit Szczepanski. Mal sehen, was er will. Vielleicht gibt es irgendwas, was uns hilft; aber dieses Angebot sollten wir nicht per se abschlagen.‘“⁴⁰⁸

Nach Absprache mit der Staatsanwältin Langen (Staatsanwaltschaft Frankfurt/Oder) und dem JVA-Leiter Henkel fuhr M. M. am 02.08.1994 nach Königs Wusterhausen, um in der JVA ein erstes Gespräch mit Szczepanski zu führen.⁴⁰⁹ M. M. trat der Staatsanwältin und dem JVA-Leiter mit seiner Klaridentität und als Mitarbeiter des Innenministeriums gegenüber. Vor dem Untersuchungsausschuss äußerte M. M.:

„Zwischen Behörden gibt es in der Regel keine Geheimnistuerei. Also, da wird man schon mit seinem Namen auftauchen, natürlich.“⁴¹⁰

Weder die Staatsanwältin⁴¹¹ noch der JVA-Leiter Henkel⁴¹² hatten irgendeine Erinnerung an einen Kontakt zum Verfassungsschutz.

Bereits beim ersten Treffen machte Szczepanski ein konkretes Angebot. In einem Vermerk, den M. M. am 03.08.1994 verfasste, heißt es:

„Mehrfach deutete S. während der Unterredung an, daß keinesfalls sein Verteidiger Rechtsanwalt Aribert STREUBEL von einem möglichen ‚Deal‘ zwischen der Sicherheitsbehörde und ihm (wörtliches Zitat SZCEPANSKI) ‚erfahren dürfe‘. S., dem möglicherweise bis zu seiner endgültigen Aburteilung Haftverschonung gewährt wird, bot während dieses Zeitraums ein sogenanntes Mitarbeiterverhältnis auf Probe mit unserer Dienststelle an.

Zu folgenden Sachverhalten ist S. bereit, Informationen abfließen zu lassen;

- *Namen und Adressen seiner Magazinbesteller*
- *Strukturen und Namen autonomer rechter Gruppen*
- *Rechte Gruppierungen mit Kontakten zur Russenmafia*
- *Namen, Adressen, Anlaufpunkte der sog. Tourismussöldner für die afrikanische Widerstandsbewegung (AWB).“⁴¹³*

⁴⁰⁸ Protokoll der 23. öffentlichen Sitzung vom 23.03.2018, S. 18.

⁴⁰⁹ Die zeitlichen Angaben stimmen in etwa mit Szczepanskis Angaben vor dem Untersuchungsausschuss überein. Hier gab er an, „dass zwei Wochen, maximal drei Wochen nach meinem Schreiben an die Behörde jemand zu Besuch kam“ (Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 35).

⁴¹⁰ Protokoll der 23. öffentlichen Sitzung vom 23.03.2018, S. 48.

⁴¹¹ Protokoll der 18. öffentlichen Sitzung vom 11.01.2018, S. 63-70.

⁴¹² Protokoll der 17. öffentlichen Sitzung vom 08.12.2017, S. 25-29, 32f, 41-44.

⁴¹³ „Piatto“-Komplex, 1994, S. 2.

In einer „Anmerkung“ stellte M. M. klar:

„Bezüglich einer Reduzierung des zu erwartenden Strafmaßes wurden von Uz. Gegenüber SZCEPANSKI keine Versprechungen gemacht, solche sind auch nicht beabsichtigt.“

Am 01.09.1994 fuhr M. M. zu einem zweiten Treffen nach Königs Wusterhausen. Im Laufe des gut einstündigen Gesprächs machte Szczepanski „mehr oder weniger detaillierte Angaben“, u.a. zum Ku-Klux-Klan, zu den Hammerskins und zur „Anti-Antifa“. Er übergab eine Liste seiner Fanzine- bzw. Tonträgerbesteller. In einem Vermerk, den M. M. am 01.09.1994 verfasste, heißt es:

„[...] S. machte wiederum deutlich, daß er im Falle einer Haftverschonung an einer Zusammenarbeit auf Probe mit unserer Dienststelle stark interessiert sei. Noch vor Rückkehr seines Anwaltes STREUBEL aus dem Urlaub am 11. September 1994 wird S. am 05. September d.Js. einen Antrag auf Haftprüfung stellen.“⁴¹⁴

Am Ende des Vermerkes hielt M. M. fest:

„Hinsichtlich der von S. während des Gespräches mehrfach erwähnten Haftverschonung, wurden von Unterzeichner keinerlei Zusagen bzw. Versprechungen gemacht.“⁴¹⁵

Der Haftprüfungstermin im September 1994 führte nicht zu der von Szczepanski begehrten Aufhebung des Haftbefehls bis zum Abschluss des Strafverfahrens (Haftverschonung).

Auf die Frage, welche Bedeutung die ihm übergebene Namensliste für den Verfassungsschutz gehabt habe, äußerte M. M. vor dem Untersuchungsausschuss:

„Ich hatte das Gefühl, dass es mehr als vier Richtige sein könnten, wenn Sie verstehen, was ich meine.“⁴¹⁶

Am 26.09.1994 fuhr M. M. zum letzten Mal zu Szczepanski in die JVA. Diesmal wurde er von Dieter Borchert begleitet, der von nun an die V-Mann-Führung übernahm.⁴¹⁷ Es wurde ein Folgegespräch für den 30.09.1994 in Aussicht genommen, an dem M. M. nicht mehr teilnahm. Über die weitere Entwicklung wurde M. M. nach eigenen Angaben

⁴¹⁴ „Piatto“-Komplex, 1994, S. 7.

⁴¹⁵ „Piatto“-Komplex, 1994, S. 7-10.

⁴¹⁶ Protokoll der 23. öffentlichen Sitzung vom 23.03.2018, S. 22.

⁴¹⁷ Nach Szczepanskis Erinnerung war bereits beim zweiten Gespräch sein späterer V-Mann-Führer anwesend (Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 35).

nicht mehr informiert. Ihm sei zum damaligen Zeitpunkt auch nicht bekannt gewesen, ob Szczepanski (weiter) als Quelle geführt worden sei. Derartige Rückmeldungen habe er grundsätzlich nicht bekommen. *„Das war nicht mein Zuständigkeitsbereich.“*⁴¹⁸

M. M. gab weiterhin an, dass er keine Erkundigungen über das Vorleben Szczepanskis, insbesondere keine Erkenntnisabfragen bei der Polizei oder anderen Verfassungsschutzbehörden getätigt habe. Dafür sei er einerseits nicht zuständig gewesen, sondern die Auswertung. Andererseits seien *„damals die Zusammenarbeitsmechanismen zwischen den einzelnen Behörden durchaus als mangelhaft zu bezeichnen“*⁴¹⁹ gewesen.

Der Zeuge „Borchert“ sagte hingegen aus, es gehöre grundsätzlich zur Anwerbung, auch den Hintergrund und das Vorleben eines potenziellen V-Mannes zu überprüfen. Er sei aber im Fall von Szczepanski nicht in die Anwerbung eingebunden gewesen⁴²⁰.

Die Frage des Untersuchungsausschusses, ob er den Eindruck gehabt habe, dass sich Szczepanski evtl. auch anderen Sicherheitsbehörden angeboten habe, wurde von M. M. verneint.⁴²¹ Er habe auch nicht gewusst, dass dieser im September 1994 beim Verfassungsschutz Berlin eine Informationsbroschüre zur „Jungen Freiheit“ bestellt und erhalten habe.⁴²² Am 26.09.1994 – dies war der Tag, an dem M. M. das letzte und „Borchert“ das erste Mal „Piatto“ in der JVA besuchten - schrieb Szczepanski laut einer Formkarte für abgehende Post an das Landesamt für Verfassungsschutz Berlin⁴²³. Szczepanski selbst konnte sich an das Schreiben an den Berliner Verfassungsschutz nicht mehr erinnern. Es könne aber sein, dass er auch dort den Verfassungsschutzbericht angefordert habe.

*„Also, gerade in der U-Haft in Königs Wusterhausen war man über jeden Fetzen Lesestoff wirklich dankbar. Also das ist das Einzige, was für mich Sinn macht, weil ich meine, ich habe dort keine persönlichen Briefe geschickt.“*⁴²⁴

⁴¹⁸ Protokoll der 23. öffentlichen Sitzung vom 23.03.2018, S. 40.

⁴¹⁹ Protokoll der 23. öffentlichen Sitzung vom 23.03.2018, S. 29.

⁴²⁰ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 142.

⁴²¹ Protokoll der 23. öffentlichen Sitzung vom 23.03.2018, S. 21.

⁴²² Protokoll der 23. öffentlichen Sitzung vom 23.03.2018, S. 28. Auch dem Zeugen Dieter Borchert war dies nicht bekannt. (Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung am 20.04.2018, S. 143). Der Hinweis auf die Bestellung der Infobroschüre findet sich in: B33 Zulieferung BKA Ordner Nr.1, S. 168.

⁴²³ MAT_A-BB-14a_Band_I, S. 132.

⁴²⁴ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 104f.

Er sei auch nicht als Quelle für andere Nachrichtendienste und Sicherheitsbehörden tätig gewesen.⁴²⁵

Der Zeuge Jörg Milbradt, damals Leiter des Auswertungsreferats, schilderte vor dem Untersuchungsausschuss den Abwägungsprozess in der Verfassungsschutzabteilung: Aufgrund seiner Vorgeschichte und der Mordanklage wäre die Verfassungsschutzbehörde

„selbstverständlich niemals und unter keinen Umständen von sich aus werbend auf Szczepanski zugegangen. Nun aber hatte er sich selbst angeboten.

Der damalige Leiter der Verfassungsschutzabteilung, Herr Pfaff, hat - so darf ich sagen - das Für und Wider einer positiven Reaktion auf dieses Angebot skrupulös abgewogen und in seine Überlegungen auch seine engsten Mitarbeiter, zu denen ich zählen durfte, einbezogen. Schließlich hat er sich dafür entschieden, diesen derart eröffneten operativen Zugang zur Szene zu nutzen. Wie hochproblematisch diese Entscheidung war, ist keinem Beteiligten verborgen geblieben. Aber die vernünftigen Gründe dafür überwogen und haben auch mich persönlich überzeugt.

Zugespielt formuliert: Der Einsatz Szczepanskis als Quelle war im Hinblick auf seine Person und seine Vita ein offenkundiges moralisches Übel. Aber es wäre aus damaliger Sicht ein noch größeres, objektives Übel gewesen, auf seine Dienste zu verzichten, da sich die Behörde in diesem Falle wissentlich und sehenden Auges eines wirksamen Mittels begeben hätte, den Rechtsextremismus in Brandenburg einzudämmen. So fiel die Entscheidung zugunsten des kleineren Übels.“⁴²⁶

3.2.2. Problematisierung der V-Mann-Tätigkeit „Piattos“ durch Verfassungsschutzleiter Hans-Jürgen Förster (1996/1997)

Die Anwerbung „Piattos“ erfolgte in der Amtszeit des Verfassungsschutzleiters Wolfgang Pfaff. Über die durch den Zeugen Milbradt dargestellten internen Abwägungsprozesse hinaus wurde der Fall „Piatto“ nach dem Amtsantritt von Pfaffs Nachfolger Hans-Jürgen Förster problematisiert. Förster trat im November 1996 sein Amt an. Er erinnerte sich vor dem Untersuchungsausschuss, er habe den ersten Hinweis auf „Piatto“ „in einem scheinbar normalen Aktenvorgang, der mir auf den Tisch kam“, gefunden.⁴²⁷ Er sei darüber entsetzt gewesen, dass seine Behörde diesen V-Mann führte. Er habe daraufhin in der Abteilung V für Verfassungsschutz nachgefragt,

⁴²⁵ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 69f, 105.

⁴²⁶ Protokoll der 22. öffentlichen Sitzung vom 22.03.2018, S. 83. Das Zitat stammt aus einer vorbereiteten Erklärung, die Milbradt vor seiner eigentlichen Vernehmung vortrug.

⁴²⁷ Protokoll der 31. öffentlichen Sitzung vom 30.08.2018, S. 128.

ob der Staatssekretär oder der Minister von diesem V-Mann wüssten. Da beides verneint wurde, habe er sofort Innenminister Ziel aufgesucht und ihn über den Sachverhalt informiert.

„Ich habe ihm gesagt, dass aus meiner Sicht der Verfassungsschutz einen Mann, der wegen versuchten Mordes zu acht Jahren Freiheitsstrafe verurteilt wurde - wobei der Umstand, dass es beim Versuch geblieben war, nicht ihm zuzurechnen ist -, dass der Verfassungsschutz so einen Mann nicht führen darf.“⁴²⁸

Auch der Minister sei entsetzt gewesen. Allerdings habe man bereits in diesem ersten Gespräch auch über die Probleme gesprochen, die durch ein Abschalten des V-Manns hätten entstehen können. „Abschalten, dann begibt man sich natürlich auch der Erkenntnisse, die gerade durch diesen V-Mann geliefert wurden.“⁴²⁹

„Dann haben wir das diskutiert. Das war eigentlich ein eher philosophisches Gespräch um diese beiden Handlungsaspekte.“

Teil der rechtsextremistischen Bedrohung sind ja auch in Deutschland lebende Juden. Jetzt schildere ich Ihnen das, was ich im Bundestagsuntersuchungsausschuss nicht geschildert habe: Es kam der Gedanke, uns schlauzufragen in dieser moralischen Situation, in dieser moralischen Notlage, dass die Sache zu entscheiden war: Entlassen oder mit dem weiterarbeiten? Von dieser Entscheidung konnte uns auch niemand entbinden. Es kam der Gedanke, den Zentralratsvorsitzenden der Juden Ignatz Bubis zu fragen.

Warum kam dieser Gedanke? Weil, es gab ein enges Verhältnis zwischen Minister Ziel und Herrn Bubis. Dieses enge Verhältnis hatte leider böse Ursachen. Es gab den Brand der Baracke in Sachsenhausen.“⁴³⁰

Er habe dann zusammen mit Innenminister Ziel an einem Treffen in einem Besprechungsraum auf dem Flughafen Tegel teilgenommen, wo Bubis einen anderen Termin gehabt habe.

„Herr Bubis wurde in Kenntnis gesetzt über den Sachverhalt - komplett, ohne Namensnennung, einschließlich der Verurteilung. Das weiß ich sehr genau. Und wir haben ihm natürlich das Argument nicht vorenthalten, dass jemand, der so übel beleumdet ist, dass er acht Jahre Freiheitsstrafe kriegt wegen versuchten Mordes - bei uns, sage ich mal, so übel beleumdet ist -, dass der auf der anderen Seite bei seinen rechtsextremistischen Gesinnungsfreunden natürlich umso angesehener ist. Warum sage ich das? Weil: So einer weiß eben

⁴²⁸ Protokoll der 31. öffentlichen Sitzung vom 30.08.2018, S. 130.

⁴²⁹ Protokoll der 31. Öffentlichen Sitzung vom 30.08.2018, S. 130.

⁴³⁰ Protokoll der 31. öffentlichen Sitzung vom 30.08.2018, S. 132.

viel. So ein V-Mann weiß viel. Und darum geht es ja: die Informationen von V-Leuten ganz allgemein abzuschöpfen und nutzbar zu machen.“⁴³¹

Und weiter:

„Wir haben ihn ausdrücklich - das weiß ich, dass Herr Ziel das gesagt hat -, ihn, Herrn Ziel, angesprochen als moralische Autoritätsperson und ihm die Frage weitergegeben, die wir uns stellen und die wir aber auch alleine entscheiden müssen. Die ist also nicht sozusagen ausgelagert worden, die Frage: Darf man mit so einem als Staat zusammenarbeiten? Und wie aus der Pistole geschossen hat Herr Bubis gesagt: Muss man. - Ende der Sache mit Herrn Bubis.“⁴³²

Innenminister a.D. Alwin Ziel räumte vor dem Untersuchungsausschuss ein, er habe schon im Oktober 1995 mit dem Fall „Piatto“ zu tun gehabt.⁴³³ Er sei beim Aktenstudium zur Vorbereitung auf den Untersuchungsausschuss auf zwei von ihm abgezeichnete Briefentwürfe von Verfassungsschutzleiter Pfaff gestoßen, in denen es darum gegangen sei, dass bei einer Gerichtsverhandlung Szczepanskis V-Mann-Eigenschaft nicht preisgegeben werde.⁴³⁴ Er gehe davon aus, dass er zuvor über den Sachverhalt auch mit Verfassungsschutzleiter Pfaff gesprochen habe. Das gesamte Straftatenregister Szczepanskis habe er jedoch erst von Förster erfahren.

3.2.3. Unterrichtung der Parlamentarischen Kontrollkommission

Der ehemalige Verfassungsschutzleiter Hans-Jürgen Förster berichtete vor dem Untersuchungsausschuss, er habe nach dem Gespräch mit dem damaligen Innenminister Ziel zusammen mit ihm die Parlamentarische Kontrollkommission (PKK) aufgesucht.⁴³⁵ Dort sei der Sachverhalt unter Nennung von Klarnamen vorgetragen worden. Minister a.D. Ziel erinnerte sich an die Debatte in der PKK:

„Eine sehr, sehr intensive Auseinandersetzung hat es dort gegeben, nicht bloß: Der Innenminister hat uns jetzt hier was gesagt, und wir folgen ihm. - Es ist sehr intensiv alles noch einmal diskutiert worden, ob man das mit diesem Mann mit diesem Charakter machen kann. Die Mitglieder der PKK haben es sich wirklich nicht leicht gemacht, überhaupt nicht leicht gemacht.“

⁴³¹ Protokoll der 31. öffentlichen Sitzung vom 30.03.2018, S. 133.

⁴³² Protokoll der 31. öffentlichen Sitzung vom 30.08.2018, S. 133.

⁴³³ Protokoll der 22. öffentlichen Sitzung vom 22.03.2018, S. 146f, 153.

⁴³⁴ B65, MAT_A_BB-9-1b, S. 9-11. Es handelt sich hierbei um den Prozess um den Brandanschlag auf eine Asylbewerberunterkunft in Dolgenbrodt (s. hierzu Kapitel 3.3.5.1.5.1.)

⁴³⁵ In Angelegenheiten des Verfassungsschutzes unterliegt die Landesregierung nach § 23 des Gesetzes über den Verfassungsschutz der Kontrolle durch die Parlamentarische Kontrollkommission (PKK).

Am Ende stand, nach langem Ringen, nach langer Diskussion - und wenn Sie wünschen, erkläre ich Ihnen das -, ein Ergebnis, und das Ergebnis war einstimmig: Der Innenminister soll diese Quelle nutzen.“⁴³⁶

Eine exakte zeitliche Datierung der PKK-Unterrichtung ist nicht mehr möglich, da in den PKK-Sitzungen keine Wortprotokolle angefertigt werden.

Nach der Enttarnung „Piattos“ veröffentlichte die PKK im Juli 2000 eine von ihrem Vorsitzenden Christoph Schulze unterzeichnete Presseerklärung, der zu entnehmen ist, dass die PKK „seit Anfang 1997 kontinuierlich“ über die Quelle informiert wurde:

„Das Magazin ‚Der Spiegel‘ berichtet in seiner aktuellen Ausgabe über einen den brandenburgischen Verfassungsschutz betreffenden Vorgang. Die Parlamentarische Kontrollkommission war seit Anfang 1997 kontinuierlich mit dem Vorgang befasst. Sie hat sich in einem schwierigen und langwierigen Abwägungsprozess unter Berücksichtigung aller Umstände dazu entschlossen, die seinerzeitige, vom damaligen Innenminister Alwin Ziel getroffene Grundsatzentscheidung und die nachfolgenden operativen Maßnahmen der brandenburgischen Verfassungsschutzbehörde mitzutragen.

Bei ihrer Entscheidung ließ sich die Kommission von dem Grundsatz leiten, dass der Zugang zu Informationen, die der Bekämpfung menschenverachtender Formen des militanten Rechtsextremismus dienen, auch im Ausnahmefall den Kontakt der Sicherheitsbehörden zu wegen schwerer politisch motivierter Gewalttaten vorbestraften Szeneangehörigen notwendig werden lassen kann. Bei aller gebotenen Distanz der Institutionen des Rechtsstaates zu seinen Gegnern, sind als Ergebnis einer Güterabwägung derartige Entscheidungen dann gerechtfertigt, wenn hierdurch die Begehung schwerster Straftaten durch ihre Aufklärung schon im Vorbereitungsstadium verhindert werden kann.“⁴³⁷

Das Ministerium des Innern und für Kommunales kommt in seinem „Piatto-Bericht“ hinsichtlich der Entscheidungsfindung und der PKK-Unterrichtung zu folgendem Fazit:

„Die Entscheidung, dass Szczepanski überhaupt in Anspruch genommen werden sollte, ist vom Leiter des LfV Brandenburg getroffen worden. Diesem war bekannt, dass der anhaltend und offen rechtsextremistisch agierende Szczepanski wegen krimineller Delikte in diesem Bereich wiederholt in Erscheinung getreten war und gegen ihn Anklage wegen Mordversuches unter rassistischer Motivation erhoben worden war. Die Entscheidung ist 1997 durch Innenminister Ziel unter Zustimmung aller Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission des Landtages Brandenburg nach einem intensiven Abwägungsprozess bestätigt worden. Dieser Abwägungsprozess berücksichtigte vor allem die drängende Situation des Landes Brandenburg bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus. Szczepanski war infolge der o. a.

⁴³⁶ Protokoll der 22. öffentlichen Sitzung vom 22.03.2018, S. 149.

⁴³⁷ Zit. nach Regierungsbericht MIK, S. 53.

Anklage 1995 zu acht Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden. Die Entscheidung seines Amtsvorgängers hat der seit Oktober 1999 im Amt befindliche Innenminister Schönbohm bestätigt. Die Parlamentarische Kontrollkommission ist seit 1997 fortlaufend über die Inanspruchnahme des Informanten Szczepanski unterrichtet worden.“⁴³⁸

3.2.4. Aussagen zur Motivation Carsten Szczepanskis

M. M., Mitarbeiter der „Forschung und Werbung“, äußerte sich vor dem Untersuchungsausschuss zu seinem ersten Eindruck von Szczepanski:

„Szczepanski wirkte auf mich nicht so, wie er in der Anklage, wie er in dem Haftbefehl beschrieben wurde. Er war sehr introvertiert, er war zurückhaltend, er war, ja, fast verängstigt. [...] Und der Grund, warum er sich mit uns in Verbindung setzte, war eigentlich, dass er enttäuscht war von den Leuten, mit denen er zusammen gelebt hat, mit denen er zusammen auch in der Szene aktiv war, die ihn angeblich in diese missliche Situation, nämlich in die Situation, jetzt in Haft sitzen zu müssen, gebracht haben.“⁴³⁹

Auch in einem Vermerk vom 03.08.1994 geht M. M. auf Szczepanskis Motiv zur Kontaktaufnahme ein:

„Im Verlaufe des Gespräches wurde deutlich, daß S. darauf spekuliert, im Falle einer Kooperation mit dem VS, das Ausmaß der zu erwartenden Höchststrafe bis zu fünf Jahren positiv beeinflussen zu können. Als Begründung für eine mögliche Zusammenarbeit führte er an, daß er aufgrund von Zeugenaussagen in diese für ihn so mißliche Situation geraten sei und er jetzt keinesfalls mehr einsehe, andere Leute schützen zu müssen.“⁴⁴⁰

Szczepanski selbst äußerte vor dem Untersuchungsausschuss, er habe zunächst den Verfassungsschutzbericht beim Innenministerium Brandenburg nur angefordert, weil er „sehen wollte, wie so ein Verfassungsschutzbericht aufgebaut ist“. In der rechten Szene sei es damals üblich gewesen, Verfassungsschutzberichte zu sammeln. Erwähnungen seien „quasi wie Auszeichnungen oder Siegerurkunden betrachtet worden“.⁴⁴¹

Nach dem Lesen des Berichts habe er sich dann nochmals an den Verfassungsschutz gewandt. Er nennt dafür folgende Gründe:

⁴³⁸ Regierungsbericht MIK, S. 181.

⁴³⁹ Protokoll der 23. öffentlichen Sitzung vom 23.03.2018, S. 18f.

⁴⁴⁰ „Piatto“-Komplex, 1994, S. 1.

⁴⁴¹ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 48.

„Ich habe mich an dem Zeitpunkt an den Verfassungsschutz gewandt, als für mich klar war, dass ich aus dieser ganzen Szene aussteigen will. Da habe ich einen Brief hingeschrieben und habe quasi sinngemäß angefragt, ob sie an Informationen interessiert sind.

[...]

Ich wusste, dass in dem Augenblick, wo ich diesen Brief schreibe, für mich der Ausstieg aus der rechten Szene definitiv und endgültig ist. Ich hätte mir auch einfach die Haare lang wachsen lassen können oder für mich selber einfach nur Abschied nehmen können aus dieser ganzen Szene. Aber ich wollte es für mich so machen, dass es endgültig ist, dass es auch keinen Weg zurück gibt in diese Szene. Es war für mich auch einfach ein Teil der versuchten Wiedergutmachung, dass ich für mich sagen kann: Okay, du hast in deiner Vergangenheit, in deiner Jugend so viel Mist gebaut und Straftaten begangen; versuchst du zumindest so ein kleines bisschen zurückzugeben.

[...]

Ich wollte einfach einen radikalen Schlusstrich mit der Möglichkeit, dass es keine Möglichkeit mehr gibt, da irgendwie noch mal reinzurutschen.

[...]

Was ich mir erhofft habe in dem Augenblick? Wie gesagt, Hauptmotivationsgrund war halt der Schlusstrich. Das Zweite, was mir in den Sinn kam, war, wie gesagt, auch eine Teilwiedergutmachung, wobei man das nicht wiedergutmachen kann. Da muss man, glaube ich, auch nicht drüber diskutieren. Das ist einfach so. Aber - - Ja, das waren so die zwei Motivationsgründe für diesen Brief.“⁴⁴²

Auf Nachfragen schildert Szczepanski seinen Distanzierungsprozess von der rechten Szene:

„Die Haft dauerte ja ein wenig länger. Das war ja jetzt nicht binnen 14 Tagen. Es gab auch während der Haft Geschichten, wo ich gesagt habe: Na, wenn das die Szene ist, wie sie sich selber darstellt, sich aber hintenrum ganz anders verhält und benimmt - -

[...]

Zum Beispiel hat mich meine damalige Lebensgefährtin noch besucht in der Haft, die ja auch Teil der Szene war. Da gab es halt die Begegnung, dass ich gesehen habe, wie sie mit ihrem - zu dem Zeitpunkt schon neuen - Freund ankam, der auch Mitglied der Szene war, die beiden sich küssend voneinander verabschiedet haben und mir noch während dieses Besuchstages Sachen vorgespielt worden sind. Das war halt so eine Schlüsselszene, wo ich gedacht

⁴⁴² Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 49-51.

habe: Na ja, da kann es ja mit Ehre und Treue und allem Drum und Dran nicht weit her sein. - Das sind halt so die Sachen, die auch dazu beigetragen haben.

Es gab auch noch die Verhandlung wegen diesem Skinhead-Konzert, das ich mitorganisiert habe. Die Verurteilung da lautete ja: ein Jahr ohne Bewährung. Ich habe zum Beispiel während der Verhandlung selber keine Aussage gemacht, bin aber von allen Mitangeklagten beschuldigt und belastet worden. Das war auch so eine Schlüsselszene, wo ich gesagt habe: Hätten jetzt alle den Mund gehalten, wäre es wahrscheinlich nicht so empfindlich geworden.

Das kam halt alles sehr schnell auf mich ein und auf mich zu und hat definitiv auch dazu beigetragen, dass ich gesagt habe: Ich will damit in Zukunft nichts mehr zu tun haben.“⁴⁴³

Einfluss habe auch seine Begegnung mit anderen Häftlingen gehabt:

„Ich habe während der Haftzeit in Königs Wusterhausen auch mit rumänischen und asiatischen Gefangenen - - in einer Zelle verbracht, viel Zeit verbracht auch. Das war das, was ich vorhin meinte mit dem „prägend“: Es prägte halt schon. Wenn man auf engstem Raum 23 Stunden zusammensitzt, sich irgendwann mit den Menschen unterhält, dann lernt man auch von denen, und man hat dann irgendwann die Erkenntnis: Bis hierher warst du ganz schön auf dem falschen Weg.“⁴⁴⁴

Auf weitere Nachfragen äußerte Szczepanski, er habe auch eine konkrete Forderung gestellt:

„Ich kann mich dran erinnern, dass meine erste und einzige richtige Forderung, wenn man das so nennen möchte, war, dass ich eine Einzelzelle bekomme. Das war selbst in Königs Wusterhausen so. Das habe ich dann später in Cottbus und vor allen Dingen in Brandenburg wiederholt. Das war quasi so mein Verlangen: Ich wollte Ruhe haben. Ich wollte auch keinen mehr sehen. Das ist mir auch in Aussicht gestellt worden, ist aber bis zur Haftentlassung nicht geschehen, also in keinem der Gefängnisse.“⁴⁴⁵

Später habe er seine V-Mann-Tätigkeit „als Job betrachtet“.⁴⁴⁶

⁴⁴³ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 51.

⁴⁴⁴ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 52.

⁴⁴⁵ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 54.

⁴⁴⁶ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 54.

3.3. Die Führung der Quelle „Piatto“

3.3.1. Szczepanski in der JVA

Die Untersuchungshaft verbrachte Carsten Szczepanski vom 03.05.1994 bis zum 02.01.1995 in der Justizvollzugsanstalt Königs Wusterhausen. Anschließend wurde er in die Justizvollzugsanstalt Cottbus verlegt. Am 03.05.1995 trat Szczepanski seine Strafhaft in der Justizvollzugsanstalt Brandenburg an. Das Ende der regulären Strafhaft war auf den 29.05.2002 datiert.⁴⁴⁷ Entlassen wurde Szczepanski am 15.12.1999 (hierzu mehr im Kapitel 3.3.1.5.3.).

3.3.1.1. Allgemeine Situation in den Justizvollzugsanstalten Königs Wusterhausen und Brandenburg an der Havel in den 1990er Jahren

Sowohl die vom Untersuchungsausschuss vernommenen Zeugen der Justizvollzugsanstalten als auch die als Zeugen vernommenen Gefangenen schilderten eine zeittypisch unzureichende materielle Ausstattung in den Haftanstalten.

Mitgefangene Szczepanskis in der JVA Brandenburg erinnerten sich vor dem Untersuchungsausschuss, dass einige Beamte wegen vorheriger Tätigkeiten im Staatsdienst der DDR um ihre berufliche Existenz fürchteten. Die Bediensteten seien eher mit sich selbst beschäftigt gewesen, so dass der Vollzug nicht immer konsequent organisiert worden sei und sie relativ viele Freiheiten gehabt hätten. Zu den Freiheiten habe nach Aussage eines Zeugen beispielsweise das laute Abspielen rechtsextremer Musik in den Hafträumen gehört.

Der Zeuge Kai M. – ebenfalls ein Gefangener in der JVA Brandenburg an der Havel und verurteilter Mittäter im „Wendisch-Rietz-Verfahren“ – antwortete auf die Frage, ob rechtsextreme Musik durch die Gänge geschallt sei:

„Nee, durch die Gänge nicht. Da wäre die Justiz, denke ich mal, eingeschritten.“⁴⁴⁸

⁴⁴⁷ Mat_A_BB-9-1e_Band_ 1, S. 75.

⁴⁴⁸ Protokoll der 31. öffentlichen Sitzung vom 30.08.2018, S. 121.

Er erklärte:

„Die sind dann schon irgendwann eingeschritten. Aber das war ja teilweise auch ein gewisses Gewaltpotenzial. Wenn da zehn Leute, die jeden Tag nur Kraftsport machen, losmachen, da haben die normalen Bediensteten der JVA erst mal schlechte Karten, also da muss dann schon mal - - Und ehe dann so ein Sturmtrupp da ist, das dauert dann ein bisschen; das ist schon klar. Das ist jetzt nicht so, dass die Justiz sich das hat gefallen lassen. Die haben versucht, zu deeskalieren. Also, ich will jetzt nichts schönreden im Knast, und ich habe da auch meine Auseinandersetzungen gehabt, aber generell denke ich mal, die haben das relativ vernünftig im Griff gehabt von der Justizseite.

Gegen manche Sachen kannst du da nichts machen, oder du müsstest wahrscheinlich dreißigmal mehr Bedienstete hinstellen. Aber wenn du da einen Bediensteten pro Etage hast und es tun sich zehn Leute, die irgendwo heimlich Schnaps bekommen haben und besoffen sind, zusammen, dann haben die drei halt keine Chance; ist ja klar. Die können das dann abriegeln, und dann kann nur das kaputt gemacht werden, wo sie rankommen. Und mehr kannst du da gar nicht machen.“⁴⁴⁹

Der Zeuge J.B. erklärte zur JVA Brandenburg:

„...aber es gab eben auch sehr viele Bedienstete - und das waren vor allem die älteren, das muss man dazusagen, die wahrscheinlich schon 20 Jahre in der DDR da gedient hatten -, die waren zufrieden, wenn sie ihre Ruhe hatten, und die haben nicht mehr großartig kontrolliert, und die haben auch nicht mehr großartig die Zellen durchsucht. Die haben auch nicht mehr - - Die wollten einfach ihre Ruhe haben. Die haben alles irgendwie durchlaufen lassen.“⁴⁵⁰

und zu in der JVA zirkulierenden Fanzines:

„Das passt aber in den Alltag der damaligen Zeit. Tatsache ist: Solche komischen Fanzeitschriften - oder wie man sie jetzt auch immer nennen will -, die gab es zuhauf in der JVA. Die wurden nicht etwa versteckt oder so, die haben die Gefangenen ganz offen in ihren Unterlagen liegen gehabt. Die sind auch von Hand zu Hand weitergegeben worden. Ich habe da drinnen zum ersten Mal so ein Ding überhaupt gesehen. Ich musste - - als wohlgermerkt definitiv erklärter Antinazi. Das war kein Problem, die Dinger in die Hände zu kriegen. Ich habe die durchgeblättert, ich habe viele Sachen daraus gelernt, was ich vorher nicht wusste. Und so, wie ich die als bestimmt nicht befreundeter Gefangener relativ locker kriegen konnte, wäre das für das Personal der JVA noch viel einfacher gewesen. Die wären bei jeder Post- oder Haftraumkontrolle normalerweise aufgefallen. Es hat aber niemanden interessiert.“⁴⁵¹

⁴⁴⁹ Protokoll der 31. öffentlichen Sitzung vom 30.08.2018, S. 121.

⁴⁵⁰ Protokoll der 28. öffentlichen Sitzung vom 15.06.2018, S. 141.

⁴⁵¹ Protokoll der 28. öffentlichen Sitzung vom 15.06.2018, S. 129.

Die vom Untersuchungsausschuss vernommenen JVA-Bediensteten schilderten, dass es keine wesentlichen Mängel in der Vollzugsgestaltung gegeben habe. Zu Problemen bei der Umsetzung der neuen Vollzugsgesetze⁴⁵² und insbesondere mit aufkommenden rechtsextremen Gefangenen berichtete der seinerzeitige Leiter „Sicherheit und Ordnung“ der JVA Brandenburg O. S.:

„Die Erinnerung kam, dass wir Anfang der 90er, so 92/93 bis 96/97 - so ungefähr -, ziemlich Probleme hatten mit Gefangenen, die dem rechtsextremen Hintergrund zuzuordnen waren. Also, die haben uns schon dolle beschäftigt im Vollzug. Mich insoweit, weil als Leiter ‚Sicherheit und Ordnung‘ der Anstalt war ich ja nicht für eine Abteilung zuständig und auch nicht für einzelne Gefangene, sondern im Prinzip für das Gesamtbild.

Es gab eine Unmenge Unterlagen, schriftliche Unterlagen, Zeitungen, Zeitschriften, gedruckte Artikel und Ähnliches, die den Gefangenen zugeschickt worden sind. Und wir mussten die immer bewerten, ob die ausgehändigt werden können oder nicht: Sind die vollzuglich geeignet, ausgehändigt zu werden an den Einzelnen? Sind da sogar strafbare Inhalte dabei? - Das hat uns schon ganz schön beschäftigt.“⁴⁵³

Der Zeuge Frank Henkel, Leiter der Justizvollzugsanstalt Königs Wusterhausen, antwortete vor dem Untersuchungsausschuss hingegen auf die Frage, ob Rechtsextremismus in den 1990er Jahren ein bedeutendes Thema innerhalb der Justizvollzugsanstalten war:

„Nein, meinem Erachten nach nicht. Wie gesagt, wir hatten Probleme in den 90er-Jahren, gerade mit ausländischen Gefangenen. Wir hatten im Hause sehr viele Rumänen. Das waren eigentlich unsere Problemkinder. Bei deutschen Gefangenen gab es eigentlich weniger Probleme.“⁴⁵⁴

Auf die zunehmende Organisierung rechtsextremer Strafgefangener reagierte das Justizministerium Brandenburg im Jahr 1993 mit einem Runderlass:

„Nach hiesigen Erkenntnissen sind auch in Brandenburg insbesondere im Jugendvollzug im zunehmendem Maße – von außen gesteuerte – rechtsextremistische Aktivitäten zu verzeichnen. Zielgruppen sind zu Jugend- und Freiheitsstrafe verurteilte Skinheads, Mitglieder und Sympathisanten der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP), der verbotenen Nationalistischen Front (NF) sowie anderer Organisationen und Vereinigungen.“⁴⁵⁵

⁴⁵² Protokoll der öffentlichen 29. Sitzung vom 02.07.2018, S. 91.

⁴⁵³ Protokoll der 29. öffentlichen Sitzung vom 02.07.2018, S. 90.

⁴⁵⁴ Protokoll der 17. öffentlichen Sitzung vom 08.12.2017, S. 30.

⁴⁵⁵ B 65 MAT_A_BB-9-1i, Band IV, S. 140.

In dem Runderlass wird unter anderem auf die Gefangenenbetreuung durch das „Internationale Hilfskomitee für Nationale politisch Verfolgte e.V. (IHV e.V.)“ sowie auf die 2011 verbotene „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)“ aufmerksam gemacht. Ferner wird auf allgemeine äußerliche Merkmale rechtsextremer Gefangener und deren interne Information mittels Fanzines und Rundbriefen hingewiesen. Gleichzeitig wird die gesetzliche Verpflichtung der Justizvollzugsanstalten zur Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz Brandenburg ausführlich dargestellt. So wird beispielsweise die Übersendung von festgestellten Druckschriften und anderen Veröffentlichungen der rechtsextremen Szene an den Verfassungsschutz angeraten.⁴⁵⁶

3.3.1.2. Die V-Mann-Führung Carsten Szczepanskis als Gefangener

Zeugen des Brandenburger Verfassungsschutzes und der Justizvollzugsanstalten berichteten vor dem Untersuchungsausschuss, dass die Führung einer Quelle in der Haft sowohl im Hinblick auf die Sicherheit der Quelle als auch auf die Zugangslage grundsätzlich problematisch ist. Denn die Kontaktmöglichkeiten zu Personen außerhalb der JVA sind naturgemäß eingeschränkt. Daneben besteht eine größere Gefahr der Enttarnung der Quelle, da die sozialen Kontakte der Gefangenen und ihr gewährte Privilegien sowohl von den JVA-Bediensteten als auch von den Mitgefangenen registriert werden können. Zudem durften Szczepanskis Aktivitäten innerhalb der rechtsextremen Szene nicht dazu führen, dass seine Sozialprognose negativ ausfiel.

Die vom Untersuchungsausschuss angehörten Mitgefangenen Szczepanskis äußerten, dass sie überrascht gewesen seien, als sie im Nachhinein über dessen Tätigkeit als V-Mann erfahren hätten. Sie beschrieben ihn als im Großen und Ganzen unauffällig. Er sei nach außen hin klar als rechtsextrem aufgetreten, habe aber keine zentrale Rolle in der Anstalt gespielt.

Der Zeuge J.B. beschrieb Szczepanskii beispielsweise folgendermaßen:

„Carsten Szczepanski war einer der bekannten Rechten gewesen, der sich auch definitiv nicht in der Anstalt davon distanziert hatte, der weiterhin als einer - - Wir haben Neonazis zu denen gesagt, klipp und klar. Ob das nun passt oder nicht, ist eine andere Frage. Der war auch mit mehreren gleich orientierten

⁴⁵⁶ B 65 MAT_A_BB-9-1i, Band IV; S. 140-147.

Leuten dicke befreundet innerhalb der Anstalt, nur als Beispiel - Name, den ich jetzt noch präsent habe -: J.-. K.“⁴⁵⁷

Die Leitungen der jeweiligen Justizvollzugsanstalten, in denen Szczepanski inhaftiert war, waren zumindest nach Aktenlage über Szczepanskis Kontaktaufnahme zum Verfassungsschutz Brandenburg bzw. die fortlaufenden Kontakte informiert.

Ausweislich eines Vermerkes des Verfassungsschutzes vom 03.08.1994 war der Leiter der JVA Königs Wusterhausen Henkel - der sich in seiner Zeugenvernehmung allerdings weder an Szczepanski noch an Kontakte zum Verfassungsschutz erinnern konnte – über ein Gespräch zwischen dem Untersuchungsgefangenen und dem Mitarbeiter des Verfassungsschutzes Brandenburg M. M. informiert. In dem Vermerk heißt es:

„In Absprache mit der zuständigen Staatsanwältin, Frau LANGEN der StA Frankfurt/O. sowie dem Leiter der JVA Königs Wusterhausen, Herrn HENKEL wurde S. am 02.08.1994 von Unterzeichner in der JVA Königs Wusterhausen aufgesucht.“⁴⁵⁸

Der Zeuge Bernd Richardt war im Jahr 1995 Leiter der JVA Brandenburg und anschließend im Justizministerium tätig. Auf die Frage ob er Kenntnis von der Zusammenarbeit Szczepanskis mit dem Verfassungsschutz Brandenburg hatte, sagte er aus:

„Ja, das weiß ich noch, dass der angekündigt wurde und dann auch gekommen war. Ja. [...]“⁴⁵⁹

Bernd Richardt und K. E., Abteilungsleiter der JVA Brandenburg im geschlossenen Vollzug, sagten übereinstimmend aus, dass es zu einem Gespräch mit Vertretern des Verfassungsschutzes über die Haftbedingungen von Szczepanski gekommen sei.⁴⁶⁰ Ausweislich der Akten des Verfassungsschutzes nahm auch Herr Dertinger, Abteilungsleiter IV (Strafvollzug und soziale Dienste) des Brandenburgischen Justizministeriums, an einem Treffen am 10.01.1997 teil. Richardt und Dertinger äußerten Bedenken, einen Gefangenen als Quelle des Verfassungsschutzes zu führen. In einem Vermerk des V-Mann-Führers Meyer-Plath heißt es zu dem Treffen:

⁴⁵⁷ Protokoll der 28. öffentlichen Sitzung vom 15.06.2018, S.:126.

⁴⁵⁸ Piatto Komplex, 1994, S 1.

⁴⁵⁹ Protokoll der 20 öffentlichen Sitzung vom 23.02.2018, S. 70.

⁴⁶⁰ Protokoll der 20. öffentlichen Sitzung vom 23.02.2018, S. 26 und S. 71 ff.

„Beim Unterzeichner entstand der Eindruck, daß vor allem Herr D[geschwärzt] die bisherige Zusammenarbeit des Häftlings SZCZEPANSKI mit der Abteilung V als gefährlich für das weitere Leben des SZCZEPANSKI ansieht. Die Zusammenarbeit zwingt SZCZEPANSKI dazu, weiterhin im rechtsextremistischen Milieu tätig zu sein, was wiederum eine vorzeitige Haftentlassung in seinen Augen ‚sehr unwahrscheinlich‘ mache. Außer dem bestehen vor allem bei Herr R[geschwärzt] Bedenken, daß das ‚Ausspitzeln‘ von Häftlingen an alte Staasi-Methoden erinnere. Der Unterzeichner versicherte Herrn R[geschwärzt], daß der Einsatz der Quelle nicht der Ausspitzelung der Mithäftling diene, sondern der Erkenntnisgewinnung über rechtsextremistische Aktivitäten bundesweit und im Ausland. Erkenntnisse über Mithäftlinge vielen nur am Rande an.“⁴⁶¹

3.3.1.3. Haftbedingungen

Der Untersuchungsausschuss ist der Frage nachgegangen, wie Szczepanski als Quelle in der JVA den Kontakt zu seinem V-Mann-Führer und zur Szene aufrechterhalten konnte und ob für ihn besondere Haftbedingungen galten.

3.3.1.3.1. Untersuchungshaft in der Haftanstalt Königs Wusterhausen

Es fanden ab der Anwerbung Szczepanskis (s. Kapitel 3.2.) regelmäßig Treffen zwischen dem V-Mann-Führer und Carsten Szczepanski in Absprache mit der Leitung der JVA und der Staatsanwaltschaft statt. Die Treffen erfolgten in einem wöchentlichen bis zweiwöchentlichen Rhythmus.

Der Mitarbeiter der Abteilung V des Innenministeriums mit dem Arbeitsnamen M. M. stellte sich am 27.07.1994 persönlich in den Räumen der Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) vor, um eine Besuchserlaubnis für die JVA Königs Wusterhausen zu erlangen.⁴⁶² Die anwesende Staatsanwältin Langen bearbeitete stellvertretend das Ermittlungsverfahren gegen Carsten Szczepanski. Sie vermerkte, dass der Mitarbeiter Anfang August fernmündlich weitere Einzelheiten mitteilen wolle. Ein Vermerk über die Erteilung einer Besuchserlaubnis konnte sich in den Akten nicht finden; die Gefangenepersonalakten werden turnusmäßig gelöscht. In den Akten finden sich lediglich Hinweise darauf, dass Gesprächstermine mit der Staatsanwaltschaft

⁴⁶¹ B 4\Herabstufungen\Anfrage UA 6_1 vom 31_01_2018 3_1997_Vermerke-PIATTO-308-532-Seite7-8-Page314-315-VSnfd-bwpsmd.pdf, S. 2.

⁴⁶² B 65 MAT_A_BB-14a_Band_II, S. 62.

Frankfurt (Oder) abgestimmt waren.⁴⁶³ Staatsanwältin Langen sagte vor dem Untersuchungsausschuss:

„Da bin ich nicht mehr sicher, ob ich das gemacht habe oder ob ich die Akte deshalb auch auf genaue Frist gelegt habe, damit Frau Marx den Vermerk zur Kenntnis nimmt, man noch den weiteren Anruf des Verfassungsschützers abwartet und sie dann an den Behördenleiter herantritt.

Ich nehme nämlich auch an, dass Herr Lehmann an dem Tag nicht da war, weil ich sonst wahrscheinlich mit dem Verfassungsschützer sofort meinen Abteilungsleiter aufgesucht hätte und ihn entsprechend auch informiert hätte über diesen Besuch und was sein Begehr ist etc. Aber offenkundig war er nicht da.“⁴⁶⁴

Die zuständige Staatsanwältin Marx sagte vor dem Untersuchungsausschuss aus, selbst keine Besuchserlaubnis für die regelmäßigen Treffen mit dem V-Mann-Führer erteilt zu haben. Hierzu führte sie vor dem Untersuchungsausschuss aus:

„Also, ich kann mich nicht entsinnen, eine derartige Besuchserlaubnis erteilt zu haben. Ich habe einen Vermerk von meiner Kollegin, die in Abwesenheit von mir dann wohl einen Mitarbeiter, einen Herrn M. M. - oder wie der hieß - vom Verfassungsschutz, der bei ihr vorstellig wurde und der eine Besuchserlaubnis haben wollte - - So wie ich jetzt ein bisschen konsterniert gucke und sage, ich wüsste jetzt gar nicht damit umzugehen, hat meine Kollegin darum gebeten, dass das doch alles mal schriftlich vorgetragen wird. Das heißt also, sie hat dort, so wie ich es entnehmen kann, wohl nichts veranlasst.“⁴⁶⁵

Der damalige Leiter der Justizvollzugsanstalt Königs Wusterhausen Henkel sagte, er könne sich an keine Kontakte mit dem Verfassungsschutz erinnern.⁴⁶⁶ Er erklärte, regelmäßige Besuche von Mitarbeitern des Verfassungsschutzes hätten nur mit entsprechender richterlicher Anordnung⁴⁶⁷ stattfinden können. Spezielle Räume hätten hierfür nicht zur Verfügung gestanden. Die Treffen hätten in den zwei hierfür vorgesehenen Besuchsräumen in der Nähe der Pforte stattfinden müssen. Andere Gefangene hätten von Besuchen nichts mitbekommen. Eine Übergabe von Gegenständen im Rahmen solcher Besuche hielt Henkel für ausgeschlossen. Bei den Besuchen sei immer ein Bediensteter der JVA anwesend gewesen⁴⁶⁸. Die Gefangenen

⁴⁶³ Vermerk vom 01.09.1994, Piatto Komplex, 1994, S. 9 und Piatto Komplex, 1994, S. 53-54.

⁴⁶⁴ Protokoll der 18. öffentlichen Sitzung vom 11.01.2018, S. 68f.

⁴⁶⁵ Protokoll der 17. öffentlichen Sitzung vom 08.12.2017, S. 76.

⁴⁶⁶ Protokoll der 17. öffentlichen Sitzung vom 08.12.2017, S. 28f.

⁴⁶⁷ Die Anordnung kann auf die Staatsanwaltschaft übertragen werden; vermutlich meinte der Zeuge die staatsanwaltliche Anordnung.

⁴⁶⁸ Protokoll der 17. öffentlichen Sitzung vom 08.12.2017, S. 30 und 44.

seien nach dem Besuch kontrolliert worden. Kassetten, CD's oder Fanzines hätten keinen Eingang in die JVA gefunden.⁴⁶⁹

Szczepanski bestätigte, dass die Treffen mit seinem V-Mann-Führer Dieter Borchert (zumindest „anfangs“) in den Besuchsräumen stattgefunden hätten. Dort habe sich nur ein Besucherpaar aufhalten können. Er sei allerdings mit seinem V-Mann-Führer alleine gewesen. Dieser habe ihm beispielsweise Kakaopulver und Schokolade mitgebracht.⁴⁷⁰

In einem Aktenvermerk vom 21.10.1994 ist die Erteilung einer Dauertelefonerlaubnis durch die Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) für Carsten Szczepanski mit einem Sozialarbeiter namens Wolf Egbert Schulz dokumentiert.⁴⁷¹ Carsten Szczepanski vermutete hinter dem Sozialarbeiter seinen V-Mann-Führer Dieter Borchert.

„Also, ich hatte in der Haft keinen Berliner Sozialarbeiter. Ich denke, es wird Herr B. gewesen sein.“⁴⁷²

In der 24. Sitzung des Untersuchungsausschusses konnte auf Nachfrage bei den Sitzungsvertretern der Landesregierung festgestellt werden, dass es sich bei dem Sozialarbeiter Wolf Egbert Schulz um den zwischenzeitlich verstorbenen Referatsleiter Beschaffung in der Abteilung V des Ministerium des Innern, Herrn Odendahl, handelte.⁴⁷³

Ein Vermerk des Beschaffungsreferates des Brandenburger Verfassungsschutzes vom 01.11.1994 fasst die Entwicklung bis zu diesem Zeitpunkt zusammen:

„In Absprache mit der zuständigen Staatsanwaltschaft Frankfurt/O. sowie dem Leiter der JVA Königs Wusterhausen wird S. zusammen mit V/4.xx seit Ende September 1994 etwa wöchentlich in der JVA aufgesucht, um die komplexen Kenntnisse des S. über die rechtsextremistische Szene in Brandenburg abzuschöpfen. S. zeigte während der Gespräche Strukturen und Verbindungen der rechtsextremistischen Szene auf (entsprechende Meldungen sind teilweise noch zu erstellen). [...]

⁴⁶⁹ Protokoll der 17. öffentlichen Sitzung vom 08.12.2017, S. 45.

⁴⁷⁰ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 78.

⁴⁷¹ MAT_AA_BB-14a_Band_II, S. 148.

⁴⁷² Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 84f, 103f.

⁴⁷³ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 78f.

Weitere aktuelle Informationen, die S. zur Zeit lediglich über seine Lebensgefährtin erfährt, die sich in der rechtsextremistischen Szene bewegt und intensive Kontakte unterhält, gibt S. detailliert weiter.

Während der Gespräche zeigt S. eine große Kooperationsbereitschaft. Bei einer freien Bewegungsmöglichkeit wäre eine umfangreichere Informationsgewinnung möglich.

An dieser Stelle wird nochmals betont, daß von unserer Seite aus dem S. keinerlei Zusagen auf Einflußnahmen in schwebende Verfahren gemacht wurden. S. wurde bisher lediglich mit Literatur und kleineren Mengen an Genußmitteln versorgt.“⁴⁷⁴

Zur Untersuchungshaft und den Haftbedingungen in der JVA Königs Wusterhausen führte Carsten Szczepanski vor dem Untersuchungsausschuss aus:

„Die Haft in Königs Wusterhausen an sich: Es war ein sehr kleines Gefängnis, ein sehr enges Gefängnis, überbelegt. Das war teilweise - ich möchte jetzt nicht sagen: beeindruckend -, aber schon auch prägend, wenn man sieht, wie die Menschen da miteinander umgegangen sind, wenn man sieht, was da alles während meiner Haftzeit alleine passiert ist. Das war unter anderem, dass da ein Transporter mitten auf den Gefängnishof gefahren ist, die Tür aufgebrochen hat und, ich meine, vier, fünf rumänische Häftlinge einfach durch die offene Tür spaziert sind. Die waren dann weg. Es gab Häftlinge, die sind einfach über die Mauer geklettert. Also, das war - - Abenteuerlich [...].“⁴⁷⁵

Szczepanski sagte aus, während der Untersuchungshaft neben den Besuchen des V-Mann-Führers auch Besuche aus der örtlichen rechtsextremen Szene aus Königs Wusterhausen“ bekommen zu haben.⁴⁷⁶ Es sei ihm auch möglich gewesen, aus der Zelle hinaus Gespräche mit „Besuchern“ auf dem drei bis vier Meter entfernten Gehweg zu führen.⁴⁷⁷

Szczepanski schilderte dem Untersuchungsausschuss verschiedene Erlebnisse, die während seiner Haftzeit in Königs Wusterhausen prägend gewesen seien. Er erklärte:

„Zum Beispiel hat mich meine damalige Lebensgefährtin noch besucht in der Haft, die ja auch Teil der Szene war. Da gab es halt die Begegnung, dass ich gesehen habe, wie sie mit ihrem - zu dem Zeitpunkt schon neuen - Freund ankam, der auch Mitglied der Szene war, die beiden sich küssend voneinander verabschiedet haben und mir noch während dieses Besuchstages Sachen vorgespielt worden sind. Das war halt so eine Schlüsselszene, wo ich gedacht

⁴⁷⁴ Piatto Komplex_1994, S. 53f.

⁴⁷⁵ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 46.

⁴⁷⁶ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 48.

⁴⁷⁷ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 61.

habe: Na ja, da kann es ja mit Ehre und Treue und allem Drum und Dran nicht weit her sein. - Das sind halt so die Sachen, die auch dazu beigetragen haben.

Es gab auch noch die Verhandlung wegen diesem Skinhead-Konzert, das ich mitorganisiert habe. Die Verurteilung da lautete ja: ein Jahr ohne Bewährung. Ich habe zum Beispiel während der Verhandlung selber keine Aussage gemacht, bin aber von allen Mitangeklagten beschuldigt und belastet worden. Das war auch so eine Schlüsselszene, wo ich gesagt habe: Hätten jetzt alle den Mund gehalten, wäre es wahrscheinlich nicht so empfindlich geworden.

Das kam halt alles sehr schnell auf mich ein und auf mich zu und hat definitiv auch dazu beigetragen, dass ich gesagt habe: Ich will damit in Zukunft nichts mehr zu tun haben.“⁴⁷⁸

„Ich habe während der Haftzeit in Königs Wusterhausen auch mit rumänischen und asiatischen Gefangenen - - in einer Zelle verbracht, viel Zeit verbracht auch. Das war das, was ich vorhin meinte mit dem „prägend“: Es prägte halt schon. Wenn man auf engstem Raum 23 Stunden zusammensitzt, sich irgendwann mit den Menschen unterhält, dann lernt man auch von denen, und man hat dann irgendwann die Erkenntnis: Bis hierher warst du ganz schön auf dem falschen Weg.“⁴⁷⁹

Szczepanski wurden im Rahmen der Untersuchungshaft zwei Ausführungen genehmigt, einmal zum Besuch seiner Großmutter und ein zweites Mal anlässlich des Begräbnisses derselben am 26.01.1995.⁴⁸⁰

Die Staatsanwältin Petra Marx sagte vor dem Untersuchungsausschuss aus, dass Ausführungen im Rahmen der Untersuchungshaft aus familiären Anlässen gewährt worden seien.⁴⁸¹ Eine Einflussnahme des Verfassungsschutzes bei der Entscheidung, Szczepanski die Ausführungen zu gewähren, habe es nicht gegeben.

Die Postkontrolle während der Untersuchungshaft führte die Staatsanwaltschaft durch. Die Zeugin Marx sagte, dass die Briefkontrolle, die in der Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft lag, sehr aufwändig war.

„[...] wir haben sehr viel an Briefpost angehalten, Briefe beschlagnahmen lassen beim zuständigen Richter dann, weil entweder wieder Hetze, Propaganda dort veröffentlicht war.“⁴⁸²

⁴⁷⁸ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 51.

⁴⁷⁹ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 52.

⁴⁸⁰ MAT A BB 9-1i Band V, S. 220.

⁴⁸¹ Protokoll der 17. öffentlichen Sitzung vom 08.12.2017, S. 74f.

⁴⁸² Protokoll der 17. öffentlichen Sitzung vom 08.12.2017, S. 73.

3.3.1.3.2. Haftzeit Carsten Szczepanski in der JVA Cottbus

Über die kurze Haftzeit in der JVA Cottbus wurde im Untersuchungsausschuss kein Beweis erhoben. Es haben sich keine relevanten Anhaltspunkte zum Untersuchungsthema ergeben. Die Verlegung in die JVA Cottbus erfolgte zur erleichterten Zuführung zur Hauptverhandlung vor dem Landgericht Frankfurt (Oder) („Wendisch-Rietz-Verfahren“). Mit Rechtskraft des Urteils trat Carsten Szczepanski seine Strafhaft in der JVA Brandenburg an der Havel an.

3.3.1.3.3. Strafhaft Carsten Szczepanskis in der JVA Brandenburg an der Havel

Carsten Szczepanski trat am 03.05.1995 seine Strafhaft in der Justizvollzugsanstalt Brandenburg an der Havel im geschlossenen Vollzug an. Der JVA-Bedienstete D. L. erinnerte sich:

„Nach Rechtskraft des Urteils wurde er in den Strafvollzug der JVA Brandenburg aufgrund der Vollstreckungszuständigkeit, die damals noch gegeben war, mit Langstrafen verbracht und kam dort - - Am ersten Tag ist der Gang über die Kammer. Das heißt, er kommt mit seinen Sachen, dann werden ihm die Sachen abgenommen, er kriegt Haftsachen usw. Meine Aufgabe war es, an dem ersten Tag ihn zu begleiten, dort abzuholen und in die zuständige Haftabteilung, was die Aufnahmeabteilung in der JVA Brandenburg ist, zu führen, auf seinen Haftraum.“⁴⁸³

„Dann war ungefähr - kann ich jetzt nicht sagen - - Sechs bis acht Wochen dauert das Aufnahmeverfahren bis zum ersten Vollzugsplan, und dann werden die auf eine Abteilung verlegt, auf eine geschlossene Abteilung.“⁴⁸⁴

Der Mitgefangene J.B. von Carsten Szczepanski beschrieb die Haftbedingungen im geschlossenen Vollzug:

„Es gab maximal Drei-Mann-Belegungs-Hafträume. Also, wo ich in die JVA gekommen bin - das war Anfang 96 -, da gab es noch vier Personen auf einzelnen Hafträumen. Das ist auf maximal drei Personen runtergestockt worden - in relativ großen Hafträumen, muss man dazusagen. Die waren früher dann für 20 Mann oder so gewesen.“

Aber die Normalbelegung war Zwei-Mann-Belegung oder Drei-Mann-Belegung. Einzelbelegung gab es nur bei denen, die schon ganz, ganz lange da waren und zuzusagen Privilegien erworben hatten - muss man mal so sagen -, bei den sehr, sehr langen Strafen - also lebenslängliche oder 10, 15 Jahre oder so was. Das waren eigentlich die einzigen Leute, die Einzelbelegung hatten.“

⁴⁸³ Protokoll der 29. öffentlichen Sitzung vom 02.07.2018, S. 50.

⁴⁸⁴ Protokoll der 29. öffentlichen Sitzung vom 02.07.2018, S. 51.

Ich persönlich war auf einer Zwei-Mann-Belegung untergebracht, also in einem Doppelhaftraum. Die waren relativ klein. Was war das? Drei mal vier Meter oder so was, einschließlich Toilette und Waschbecken. Und die Einzelhafträume waren noch kleiner, die waren anderthalb Meter mal vier Meter oder so, und da war die Toilette mit Waschbecken schon drin.“⁴⁸⁵

Mit der Einrichtung einer offenen Vollzugsabteilung in der JVA Brandenburg wurde Carsten Szczepanski im August 1997 dorthin verlegt. Der Bereichsleiter im offenen Vollzug D. L. erinnerte sich:

„Ich muss aber dazusagen, dass dieser offene Vollzug, wie er sich damals dort gestaltet hat in Brandenburg - - Das war ein Containerbau. Der ist eigentlich für den offenen Vollzug untypisch. Der hatte Gitter vor den Fenstern, die Hafträume konnten auch verschlossen werden, und das Außengelände lag auf dem Gelände der JVA. Normalerweise ist ein offener Vollzug gekennzeichnet durch verminderte Vorkehrungen gegen Entweichungen und kann auch außerhalb der Anstalt liegen; sieht aus wie ein Pionierferienlager zum Beispiel, wenn ich an die offenen Vollzüge in Berlin denke. Das war die Besonderheit dabei. Aber trotzdem, wie gesagt, waren die Hafträume außerhalb der Nachtzeit offen. Die Gefangenen konnten sich relativ frei innerhalb des Gebäudes und des angrenzenden Hofes dort bewegen.“⁴⁸⁶

Befragt zu den Unterbringungsbedingungen Szczepanskis im offenen Vollzug führte D. L. aus:

„Die Haftbedingungen sahen bei ihm genauso aus wie bei jedem anderen Gefangenen, ganz normal; wie gesagt, auf einem Einzelhaftraum.“⁴⁸⁷

Nach vorübergehender Rückverlegung in den geschlossenen Vollzug (siehe Kapitel 3.3.1.5.2.1.) erhielt Szczepanski ab Anfang 1999 den Freigängerstatus und wurde mit Beschluss des Landgerichts Potsdams vom 01.12.1999 zur Bewährung entlassen (vgl. Kapitel 3.3.1.5.3.).

Die Gefangenenpersonalakte Carsten Szczepanskis konnte der Untersuchungsausschuss nicht beiziehen, da diese aufgrund gesetzlicher Bestimmungen nach 10 Jahren vernichtet worden ist.

Der Untersuchungsausschuss hat einzelne Aspekte der Haftbedingungen während der Haftzeit in der JVA Brandenburg an der Havel genauer untersucht.

⁴⁸⁵ Protokoll der 28. öffentlichen Sitzung vom 15.06.2018, S. 130.

⁴⁸⁶ Protokoll der 29. öffentlichen Sitzung vom 02.07.2018, S. 52.

⁴⁸⁷ Protokoll der 29. öffentlichen Sitzung vom 02.07.2018, S. 53.

3.3.1.3.3.1. Das Postfach 2224 in Brandenburg an der Havel

Im Regierungsbericht zu „Piatto“ heißt es zur Einrichtung des Postfaches für Carsten Szczepanski:

„Seit der rechtskräftigen Verurteilung Szczepanskis fanden in dem vorerwähnten Rhythmus regelmäßige Treffen statt, bei denen er rechtsextremistisches Material übergab. Zur Sicherstellung des Nachrichtenweges und zur Verbesserung des Kommunikationsweges wurde am 29.05.1995 ein Postfach (mit der Nummer 22 24) eingerichtet, an das Szczepanski von ihm gewonnene Erkenntnisse übermitteln konnte.“⁴⁸⁸

Die Einrichtung des Postfaches erfolgte durch den V-Mann-Führer Dieter Borchert. Weitere Postfachinhaber waren Carsten Szczepanski sowie ein F. B.⁴⁸⁹ Szczepanski begründete die Einrichtung des Postfaches vor dem Untersuchungsausschuss:

„Ich meine, dass der Hauptgrund damals gewesen ist, dass wir gesagt haben: Wir entlasten den Briefverkehr in die JVA.“⁴⁹⁰

Der Zeuge Meyer-Plath erklärte vor dem Untersuchungsausschuss:

„Das Postfach: Soweit ich das eben aus Beschaffungssicht sehe, war es notwendig für die Kommunikation. Wir leben ja in einer Zeit ohne Handys, wo also tatsächlich noch mit Briefen viel gearbeitet wurde. Und es ermöglichte die Kommunikation von ‚Piatto‘ mit Extremisten unter den Augen des Verfassungsschutzes, dass man also sehen konnte: ‚Wer schreibt ihm? Was schreibt er ihm?‘, was durchaus als nachrichtendienstlicher Gewinn zu werten ist.

Ob er ein großes Lager und einen Handel mit diesen Dingen dann gemacht hat, weiß ich nicht. Er bekam ja sicherlich keine großen Stückzahlen da geschickt, sondern es waren Einzelexemplare, die er zu seiner Habe genommen hat. So kann ich mir das vorstellen.“⁴⁹¹

Geleert wurde das Postfach nach eigenen Angaben von Dieter Borchert, der die Post nach seiner Aussage zunächst an das Auswertungsreferat übergeben habe. Er habe sodann ausgewählte Schriftstücke an Szczepanski weitergeleitet.⁴⁹² Nach Angaben

⁴⁸⁸ Regierungsbericht MIK, S. 64.

⁴⁸⁹ B 5 Vorinhaltsverzeichnis - Anlagen zu Ziff. 23 - 25\B5 i.V. B148 Ergänzungsberichte\VS NfD\UA6-1, BB B5, Ergänzung Band 1+2, Ergänzung Band 1, S. 26.

⁴⁹⁰ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 164.

⁴⁹¹ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.4.2018, S. 77.

⁴⁹² Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 137f.

Szczepanskis sei dies im Rahmen von Besuchen geschehen. Szczepanski sagte, er habe die Post „geöffnet“ erhalten. Er erklärte vor dem Untersuchungsausschuss:

„[...] Also, ich gehe davon aus, dass ich alle Briefe bekommen habe. Ich war beim Leeren natürlich nicht dabei. Wir sind aber damals so verblieben, dass eben offensichtliches NS-Material und was dabei gewesen ist, bei ihm verbleibt, dass er das nicht mitbringt, sondern rein wirklich nur die Anschreiben.“⁴⁹³

Der Zeuge Meyer-Plath, der damals noch in der Auswertung tätig war, erklärte vor dem Untersuchungsausschuss, dass die logistischen Fragen Beschaffungsarbeit seien, deren Modalitäten ihm nicht bekannt bzw. nicht erinnerlich seien.⁴⁹⁴ Er mutmaßte, dass Sendungen, die ans Postfach gegangen seien, teilweise zuerst in die Auswertung gekommen, teilweise zunächst an Szczepanski übergeben worden:

„Das wird unterschiedlich gewesen sein. Das kann mal so, mal so gewesen sein.“⁴⁹⁵

Er habe die Schriftstücke im Original erhalten.⁴⁹⁶ Er schilderte:

„Es gab durchaus häufig die Aussage der Beschaffung: Wertet das schnell aus, weil es muss wieder zurück in den Kreislauf. Es wäre nicht zu erklären, wenn ‚Piatto‘ nicht mehr im Besitz bestimmter Schriftstücke oder anderer Dinge wäre. [...] zum Beispiel gegenüber einem Autor, der eine Antwort auf seinen Brief erwartet und der dann sagt: Ich habe den Brief gar nicht bekommen. Hm, merkwürdig. - Das heißt, die Auswertung war zum Teil auch unter einem gewissen Zeitdruck, diese Dinge auszuwerten, in der Regel dann bei relevanten Dingen durch Kopien oder durch das schnelle Verfassen von Deckblattmeldungen.“⁴⁹⁷

Der V-Mann-Führer Dieter Borchert sagte aus, dass lediglich die Adressen derjenigen, die über das Postfach Kontakt mit Szczepanski aufgenommen hätten, ausgewertet worden seien:

„Die Adressen, die Leute, die Kontakt mit dem Postfach aufnahmen -- Diese Adressen wurden, wie gesagt, durch die Auswertung dann bearbeitet.“

⁴⁹³ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 164f.

⁴⁹⁴ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 67.

⁴⁹⁵ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 69.

⁴⁹⁶ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 68f.

⁴⁹⁷ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 69.

Der Zeuge Borchert konnte vor dem Untersuchungsausschuss keine Aussage dazu treffen, was im Einzelnen im Postfach einging, ob bzw. inwieweit Szczepanski die Briefe beantwortet hat oder wer gegebenenfalls die Antwortschreiben verschickt hat.⁴⁹⁸

Er erklärte auf Nachfrage:

„Es wurde keine „Anti-Antifa“-Arbeit über dieses Postfach abgewickelt.“⁴⁹⁹

Szczepanski äußerte hierzu:

„Ich habe die Post beantwortet, und der Postversand erfolgte teilweise über die JVA, teilweise über Herrn Borchert. Also, ich würde jetzt aus der Erinnerung raus sagen, es hat sich die Waage gehalten.“⁵⁰⁰

Der Zeuge Wegesin sagte zu der Nutzung des vom Verfassungsschutz eingerichteten Postfachs 2224 als Kontaktadresse für die „NSM“ vor dem Untersuchungsausschuss:

„Zugegeben: Borderline. Kann man skandalisieren. Auf der anderen Seite: Postfach anmieten - na gut, kann auch jemand selbst machen. Wenn man dadurch Kenntnis -- Wenn man sich dadurch in einen Informationsstrang erheblichen Interesses einbinden kann: nicht ganz uninteressant. Ich weiß es im Einzelnen nicht, da ich diese Maßnahme nicht im Detail geprüft und dahin abgeklopft habe. Aber das sind die beiden Stichworte.

In der Tat, jawohl, eine operative Infrastruktur, ja. Bei der Anmietung eines Postfaches falle ich da noch nicht aus dem Stuhl.“⁵⁰¹

Der Zeuge Jörg Milbradt erklärte vor dem Untersuchungsausschuss hierzu:

„Ich bewerte das als positiv, weil genau diese Maßnahme dazu diene, Interessenten, deutsche Interessenten von ‚Combat 18‘ ausfindig zu machen, zu identifizieren; denn über dieses Postfach sollten ja diese Interessenten sich selbst zu erkennen geben. Damit rückten dann diese Personen in den Fokus der Sicherheitsbehörden. Das war höchst erwünscht.“⁵⁰²

Aus dem Aktenbestand der Polizei geht hervor, dass Carsten Szczepanski in seiner Haftzeit weitere Postfächer unterhielt.⁵⁰³ Unter anderem wurde ab Ausgabe Nr. 6 des Fanzines „United Skins“ die Kontaktadresse „United Skins – Postfach 29 – 15742

⁴⁹⁸ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 178.

⁴⁹⁹ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 179.

⁵⁰⁰ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.6.2018, S. 165.

⁵⁰¹ Protokoll der 26. öffentlichen Sitzung vom 04.05.2018, S. 85.

⁵⁰² Protokoll der 22. öffentlichen Sitzung vom 22.03.2018, S. 137.

⁵⁰³ B 50 - LKA\2016-12-13 UA 6_1 B50 - Zuarbeit LKA - CD\Maik F.\PDF Fundstellen\Maik F. gesamt.pdf, S. 131

Wildau“ angegeben. In seiner Vernehmung gab Carsten Szczepanski an, dass während seiner Haftzeit dieses Postfach von Ralf L. geleert worden sei.⁵⁰⁴ Dieser bestritt in seiner Vernehmung das Postfach der „United Skins“ geleert zu haben.⁵⁰⁵

3.3.1.3.3.2. Möglichkeit zum Kopieren

Der Untersuchungsausschuss ist der Frage nachgegangen, inwiefern Szczepanski in der JVA Brandenburg an der Havel Kopien anfertigen konnte. Dies ist für die Beweisthemen der Weitergabe von Postsendungen an seinen V-Mann-Führer (vgl. hierzu 3.3.1.3.3.1. u. 3.3.1.3.3.3.) wie auch der Produktion und Vervielfältigung von rechtsextremen Schriften (s. hierzu Kapitel 3.3.1.4.) relevant.

Szczepanski schrieb am 12.01.1996 an Dieter Borchert:

„Was ich dir noch vorschlagen wollte ist, ob es nicht organisatorisch besser wäre, wenn ich denn Dir fortan ‚nur‘ noch Kopien aushändige. Die bräuchte ich nicht zurück und du hättest mehr Zeit zur Sichtung.“⁵⁰⁶

Zur Frage, inwieweit Kopien in der JVA durch Szczepanski hergestellt werden konnten, liegen Hinweise in Briefen Szczepanskis an seinen V-Mann-Führer vor:

- Am 14.02.1996 übersandte er *„zwei kopierte Hefte die wieder ‚zum Verbleib bestimmt sind‘“* Weiter führt er aus: *„Mit dem Geld, was du mir gibst komme ich nicht mehr klar. [...] Es werden immer mehr Briefe.“⁵⁰⁷*
- Am 08.05.1996 informierte er Borchert: *„Ich habe mich noch mal erkundigt und z.Zt. wäre es mir ohne Probleme möglich, gewisse Dinge kopieren zu lassen. Entscheide Du nun, ob Du das finanzieren kannst. Mir ist daß egal, da es für mich kein Problem darstellt.“⁵⁰⁸*
- Am 18.07.1996 schreibt Szczepanski an seinen V-Mann-Führer: *„Und dann wollte ich Dich noch fragen, ob Du mir beim Sprecher Zigaretten kaufen*

⁵⁰⁴ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 82.

⁵⁰⁵ Protokoll der 28. öffentlichen Sitzung vom 15.06.2018, S. 161.

⁵⁰⁶ Piatto Komplex 1996, S. 1.

⁵⁰⁷ Piatto Komplex 1996, S. 12.

⁵⁰⁸ Piatto Komplex 1996, S. 21.

*könntest? Diese würde ich zum Bezahlen von Fotokopien sehr gut gebrauchen können.*⁵⁰⁹

Szczepanski sagte vor dem Untersuchungsausschuss, es sei ihm möglich gewesen, Kopien im Büro des Abteilungsleiters K. E. zu fertigen.⁵¹⁰ Der Zeuge K. E. sagte aus, dass es jedem Gefangenen möglich gewesen sei, Kopien „in zumutbarer Anzahl“ bei der Abteilungsleitung anzufertigen. Die Kopien habe ein Mitarbeiter gefertigt.⁵¹¹ Dass diese Möglichkeit allen Gefangenen auf eigene Kosten offen stand, bestätigte auch der Zeuge J.B.⁵¹²

Auf den Vorhalt, dass er seinen V-Mann-Führer um Zigaretten gebeten habe, um Kopien zu fertigen⁵¹³, sagte Szczepanski aus:

*„Das waren dann aber Sachen, die in dem anderen Hafthaus, in der Druckerei, gelaufen sind.“*⁵¹⁴

Szczepanski sagte aus, dass er selbst keinen Zugang zum Kopierer in der gefängniseigenen Druckerei gehabt habe. Es sei allerdings möglich gewesen, trotz der Trennung durch eine „Gitteranlage“ Sachen „von einem Hafthaus zum anderen Hafthaus“ zu übergeben.⁵¹⁵

3.3.1.3.3.3. Postkontrolle

Der Untersuchungsausschuss ist der Frage nachgegangen, inwiefern es Szczepanski möglich war, in der JVA Brandenburg rechtsextreme Schriften zu empfangen oder zu versenden.

Die Anordnung, die Bestimmung der Art und Weise sowie die Durchführung der Postkontrolle im geschlossenen Vollzug oblagen der Justizvollzugsanstalt. Der

⁵⁰⁹ Diese Bitte findet sich in einem Schreiben an seinen V-Mann-Führer vom 18.07.1996, B 4, Herabstufungen, Anfrage UA 6_1 Nr. 2 vom 31.01.2018, 2_PiATTO_Vermerke1996 Seite 28-Page197-VSnfd.pdf, Seite 1.

⁵¹⁰ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 82.

⁵¹¹ Protokoll der 20. öffentlichen Sitzung vom 23.02.2018, S. 57.

⁵¹² Protokoll der 28. öffentlichen Sitzung vom 15.06.2019, S. 135.

⁵¹³ Diese Bitte findet sich in einem Schreiben an seinen V-Mann-Führer vom 18.07.1996, B 4, Herabstufungen, Anfrage UA 6_1 Nr. 2 vom 31.01.2018, 2_PiATTO_Vermerke1996 Seite 28-Page197-VSnfd.pdf, Seite 1.

⁵¹⁴ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 82.

⁵¹⁵ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 83.

ehemalige Anstaltsleiter Bernd Richardt gab in seiner Vernehmung an, dass es zwei Arten der Postkontrolle gegeben habe:

„Das eine ist die Textkontrolle, wo Sie dann Wort für Wort lesen. Das andere ist die Sichtkontrolle, wo Sie gucken, ob da verbotene Gegenstände drin sind. Und diese hat in jedem Fall stattgefunden, die zweite.“⁵¹⁶

Der damalige Bereichsleiter „Sicherheit und Ordnung“ R. Z. schilderte den üblichen Ablauf wie folgt:

„Die Post wurde durch den Stationsdienst abgeholt von der Poststelle - jetzt im Groben; das konnte die Zentrale sein oder eben die Poststelle damals noch -, und in der jeweiligen Abteilung wurde die Post dann den einzelnen Betreuerinnen oder Betreuern zugeordnet. Die Bereichsleiter haben die Gefangenen - - Oder der Stationsdienst ist zum Gefangenen hingegangen mit dem Brief: Bitte öffnen Sie den. - Die einfache Postkontrolle erfolgte immer in Gegenwart des Gefangenen, nur auf Sichtkontrolle: Blätter umgedreht. Nüschts drinne - weg. Haben sie was gefunden, wurde es weggenommen, wurde ein Protokoll gefertigt. So haben wir ja auch manchmal die Drogen in den Briefen sicherstellen können.“⁵¹⁷

In einem Vermerk vom 15.11.1995 heißt es:

„Die Postkontrollen der JVA Brandenburg sind nach Angaben von SZCEPANSKI oberflächlich und lückenhaft.“⁵¹⁸

In einem Brief Szczepanskis an seinen V-Mann Führer Borchert vom 08.05.1996 heißt es:

„Um es gleich vorweg zu nehmen, die allgemeine Situation ist wieder ruhig und es gab keinen Ärger wegen den Fotos! Aber zu allem Überfluß hat mir irgendjemand aus Seattle (USA) am gestrigen Tage Hakenkreuzaufkleber zugeschickt. Das Theater kannst Du Dir ja ganz bestimmt vorstellen, das auch noch ein 5-Dollarschein gefunden worden ist erwähne ich mal lieber erst gar nicht. Kannst Du nicht wegen meiner Briefpost irgendetwas unternehmen? Wenn der Schr. jeden dickeren Umschlag gleich wieder an den Absender zurückschickt dann geben wir unser Geld für nichts und wieder nichts aus!“⁵¹⁹

In einem Vermerk vom 20.12.1996 stellte Richardt fest:

„Bis Januar 1996 wurde die ein- und ausgehende Briefpost ungeöffnet durch Abtasten und auf Auffälligkeiten kontrolliert und ggf. geöffnet. Wegen des

⁵¹⁶ Protokoll der 20. öffentlichen Sitzung vom 23.02.2018, S. 87.

⁵¹⁷ Protokoll der 29. öffentlichen Sitzung vom 02.07.2018, S. 23.

⁵¹⁸ Piatto Komplex- 1995, S. 98.

⁵¹⁹ Piatto Komplex_1996, S. 21.

Überhandnehmens von Schwarzgeld in der Anstalt wird die eingehende Post seit dem geöffnet und – nicht textlich - geprüft.

Ausgehende Briefpost wird grundsätzlich nicht geöffnet.

*Päckchen werden nur bei entsprechender Genehmigung zugelassen, geöffnet und kontrolliert.*⁵²⁰

Der Vermerk wurde aufgrund des Artikels „Nazi-Druckerei im Knast?“ in der "Jungen Welt“ vom 19. Dezember 1996 erstellt (hierzu mehr im Kapitel 3.3.1.4.1.).

Aufgrund des auch gegen Szczepanski bestehenden Verdachts der Herstellung rechtsextremer Schriften in der JVA Brandenburg war er zum Ende des Jahres 1996 von einer verschärften Postkontrolle betroffen (vgl. Kapitel 3.3.1.3.3.).

Szczepanski beschwerte sich in einem Brief vom 07.01.1997 an seinen V-Mann-Führer:

*„Wie ich gerade vor wenigen Minuten erfahre habe, wird die Postkontrolle gar nicht mehr wegen der ‚Weißen Wolf‘-Sache aufrechterhalten, sondern weil bei mir ‚rechtsradikales‘ Material gefunden worden ist. [...] Das muss man sich mal überlegen, von ca. 40 Briefsendungen die mich seit meiner Postkontrolle erreichten wurden ganze zwei (!) Briefsendungen angehalten. Das sind wohl 0,5% der Sendungen und die restlichen 99,5% Briefe waren ja folglich in Ordnung. Ist das nicht eine absolute Farce?“*⁵²¹

Zu den Absprachen zwischen der JVA Brandenburg an der Havel und dem brandenburgischen Verfassungsschutz zur Postkontrolle erklärte der Zeuge Richardt:

*„Wir haben vereinbart, dass wir nicht auf die Postkontrolle verzichten, was ja nun das Eigentliche gewesen wäre, was aber nach außen deutlich gemacht hätte: ‚Wieso bei dem nun ausgerechnet keine Postkontrolle?‘ - das hätte ihn ja in Schwierigkeiten gebracht -, sondern haben dann auf diese Lösung zurückgegriffen, dass einer, ersatzweise noch ein zweiter Bediensteter die Postkontrolle alleine übernimmt und dass der aber auch über die ganzen Hintergründe informiert ist. Der Rest der Bediensteten sollte eigentlich nicht informiert sein.“*⁵²²

Für diese Aufgabe wurden laut Richardt der Sicherheits- und Ordnungsinspektor der JVA O. S. sowie der Abteilungsleiter „Sicherheit und Ordnung“, Schr., ausgewählt.⁵²³

⁵²⁰ B 65_MAT_A_BB-9-1 d, S. 129.

⁵²¹ B 4 iV B 73\Übergabe Piatto Bearbeitete Fassung 97_98, 1997, S. 1.

⁵²² Protokoll der 20. öffentlichen Sitzung vom 23.02.2018, S. 73f.

⁵²³ Protokoll der 20. öffentlichen Sitzung vom 23.02.2018, S. 74.

Aus einem Vermerk des Verfassungsschutzes vom 10.01.1997 ergibt sich, dass die Bedingungen der Postkontrolle zwischen Verfassungsschutz und Herrn K. E., der nach seiner Zeugenaussage für die Anordnung und Aufhebung der Postkontrolle zuständig war, am 08.01.1997 besprochen wurden. Der Vermerk lautet auszugsweise:

„Herr E[geschwärzt] erklärte, dass die bisherige verschärfte Postkontrolle keine einschlägigen Erkenntnisse erbracht hätte und er deshalb mit einer sofortigen Einstellung der verschärften Maßnahme einverstanden wäre. Für die Einstellung brauche er allerdings eine Anweisung des Justizministeriums.

Der Häftling Szczepanski verhalte sich darüber hinaus im Vollzug vorbildlich. Lediglich seine durch häufige Eingaben dokumentierte Verstimmung über die verschärfte Postkontrolle sowie Versuche, diese durch kleineren ‚Tricks‘ zu umgehen, brächten die Anstaltsleitung in Schwierigkeiten, da solche Aktivitäten die Aufmerksamkeit sowohl der anderen Häftlinge, als auch der JVA-Bediensteten erregen. E[geschwärzt] wurde vom Unterzeichner zugesagt, daß die Abteilung V darauf hinwirken werde, daß derartige Aktivitäten eingestellt würden.

Im übrigen erklärte E[geschwärzt], dass die enge Kooperation⁵²⁴ mit der Abteilung V so weitergehen können wie bisher, unter anderem können Gesprächstermine mit Szczepanski weiterhin unbürokratisch telefonisch mit Herrn E[geschwärzt] vereinbart werden.

E[geschwärzt] selbst regte an, dass sich die Abteilung V mit dem Justizministerium über die Frage der Postkontrolle in Verbindung setzt.“⁵²⁵

In einem Vermerk des brandenburgischen Verfassungsschutzes vom 14.01.1997 über ein Gespräch zwischen den Vertretern des Justizministeriums, Bediensteten der JVA Brandenburg an der Havel und des Verfassungsschutzes am 10.01.1997 heißt es:

„Herr D[geschwärzt] erklärte, daß wegen der Presseveröffentlichung eine Lockerung der Maßnahme innerhalb des nächsten ¼ Jahres nicht in Betracht komme. Sie müsse sich weiterhin auf alle betroffenen Rechtsextremisten beziehen. Ohnehin ergänzte R[geschwärzt], daß die jetzige Qualität der Postkontrolle in den meisten JVA's Deutschland die Regel sei. [...]

Die Vertreter des MDJBE stimmten deshalb einem Vorschlag zu, daß die Postkontrolle der rechtsextremistischen Häftlinge von einem einzigen Bediensteten der JVA durchgeführt werden soll, der in die Zusammenarbeit des

⁵²⁴ Auf den Vorhalt dieses Vermerks sagt der Zeuge K. E. aus, dass die „enge Kooperation“ sich in der Vermittlung von Gesprächsterminen und der Information über die Vollzugsfortschreibung erschöpft habe.

⁵²⁵ B 4\Herabstufungen\Anfrage UA 6_1 Nr. 2 vom 31.01.2018\1_PIATTO_Vermerke1997-Seite6-Page313-VSnfd, S.1.

*Häftlings SZCZEPANSKI mit der Abteilung V eingeweiht wird. Dieser wird dann die Post SZCZEPANSKI ungehindert ein- und ausgehen lassen.*⁵²⁶

Das MdJBE wolle diesen Vorschlag im Rahmen der Entscheidung über den weiteren Vollzugsplan der JVA unterbreiten.

In einem Vermerk des Verfassungsschutzmitarbeiters Meyer-Plath vom 27.02.1997 wird auf eine weitere Besprechung im MdJBE Bezug genommen. Die getroffene Vereinbarung der Postkontrolle im Fall „Piatto“ könne nun ab März umgesetzt werden. Mit Herrn E.[geschwärzt] sei klargestellt dass *„größere Postsendungen, die die Quelle dem VM-Führer zur Verfügung gestellt hat, in einem Paket bei E[geschwärzt] abgegeben werden können, da dieses die Übergabe dieser Materialien von der VM-Führung an die Quelle erheblich erleichtert“*.⁵²⁷

Auf den Vorhalt dieses Vermerkes sagt der Zeuge K. E., dass er keine Pakete für Szczepanski entgegengenommen habe.

*„Also das kann ich mir gar nicht erklären. Ich nehme keine Pakete entgegen und befördere auch keine Pakete, und schon gar nicht – Kann ich auch gar nicht; Ich sitze in der Verwaltung und nicht in der Paketdienststelle.“*⁵²⁸

Am 12.03.1997 fand ein weiteres Gespräch zwischen den Vertretern des MDJBE, der JVA Brandenburg an der Havel sowie des brandenburgischen Verfassungsschutzes statt. In einem Vermerk des Verfassungsschutzes Brandenburg vom 13.03.1997 heißt es zu den Vereinbarungen:

„Am 12.3.1997 suchten V/4.01 und der Unterzeichner den Leiter der JVA Brandenburg, Herrn Höflich, auf, um sich über das Prozedere der Postkontrolle für die Quelle im Fall ‚Piatto‘ abzustimmen. An dem Gespräch waren auch Herr K. E. und Herr O. S. beteiligt.

Wie zuvor in Gesprächen mit Herrn K. E. und Vertretern des MDJBE vereinbart, soll die verschärfte Postkontrolle, bei der eingehende wie ausgehende Post textlich kontrolliert wird, im Laufe des Monats März für die betroffenen Rechtsextremisten, darunter die Quelle, aufgehoben werden. Die Anstaltsleitung sieht in den Ergebnissen der seit Dezember laufenden verschärften Postkontrolle keine Anhaltspunkte, die eine Weiterführung rechtfertigen.

⁵²⁶ B 4\Herabstufungen\Anfrage UA 6_1 vom 31_01_2018_ 3_1997_Vermerke-PIATTO-308-532-Seite7-8-Page314-315-VSnfd-bwpsmd, S. 1.

⁵²⁷ B 4, Herabstufungen, Anfrage UA 6_1 vom 31_01_2018, Nr. 6, S. 1.

⁵²⁸ Protokoll der 20. öffentlichen Sitzung vom 23.02.2018, S. 45.

Bis zum Ende der verschärften Postkontrolle ist diese zentral bei Herrn O. S. angesiedelt, der diese textlich für die Quelle nur pro forma durchführt. [...]

Telefonwünsche der Quelle sollen so unbürokratisch wie möglich behandelt werden, wobei auch hier im Sinne der Tarnung auf die Gleichbehandlung aller Gefangenen geachtet werden muss.“⁵²⁹

Befragt zum konkreten Übergabeprozedere führte der Zeuge O. S. in seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuss aus:

„Ich wurde vom Anstaltsleiter aufgefordert, an einer Zusammenkunft teilzunehmen, und habe an dieser Zusammenkunft auch teilgenommen. Da gab es einen Herrn Gordian Meyer-Plath. Der hat mir dann auch seine Visitenkarte überreicht für eine Zusammenarbeit.“⁵³⁰

Und weiter:

„Dort, bei dieser Besucheranmeldung, kam der Herr Meyer-Plath nach meiner Erinnerung immer an Tagen, wo kein Besuch war für die Gefangenen, wo er praktisch nicht auf die Angehörigen getroffen ist. Er hat dann im Warteraum gewartet, bis ich aus dem Verwaltungsgebäude gekommen bin, hat mir einen Beutel, eine Tüte, wie auch immer, mit Unterlagen gegeben, und die habe ich mit in mein Büro genommen. Also, der Herr Meyer-Plath hat niemals direkt mit dem Szczepanski - aus meiner Sicht - irgendwie zu tun gehabt.“⁵³¹

Abweichend zur Darstellung von Herrn O. S. führte der Zeuge Gordian Meyer-Plath vor dem Untersuchungsausschuss aus:

„Das weiß ich nicht. Das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich habe selber keine Post in die JVA gebracht. Also, dieser Kreislauf, der sich ja aus der bisherigen Diskussion ergeben hat - es schreibt jemand an das Postfach, der V-Mann-Führer leert es, bringt es zur Behörde oder zu ‚Piatto‘, je nachdem -, wie das ablief, kann ich Ihnen nicht sagen. Daran war ich nicht beteiligt.“⁵³²

3.3.1.3.3.4. Besuchsregelung

Zu den für Szczepanski geltenden Besuchsregelungen im geschlossenen Vollzug in der JVA Brandenburg an der Havel führte der Zeuge K. E. aus:

„[Dieter Borchert] hat dann, wie gesagt, Besuch beantragt. Meist haben die mich angerufen. Über den Besuchsdienst habe ich dann den Besuchstermin geregelt, und dann fand der Besuch unten im Besucherzentrum statt. Wir hatten

⁵²⁹ B 4 iV B 73\Übergabe Piatto Bearbeitete Fassung 97_98, 1997.pdf, S. 93f.

⁵³⁰ Protokoll der 29. öffentlichen Sitzung vom 02.07.2018, S. 93.

⁵³¹ Protokoll der 29. öffentlichen Sitzung vom 02.07.2018, S. 96.

⁵³² Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 76.

da so ein Besucherzentrum mit bestimmten Räumen, wo auch die Rechtsanwälte mit ihren Mandanten gesprochen haben. Da fand dann der Besuch statt.“⁵³³

In einem auf den 10.01.1997 datierten Vermerk des brandenburgischen Verfassungsschutzes wurden die Details zu den weiteren Besuchsrechten der V-Mann-Führer in der JVA Brandenburg an der Havel dargelegt:

„Im übrigen erklärte E[geschwärzt] daß die enge Kooperation mit der Abteilung V so weiter gehen könne wie bisher, unter anderem können Gesprächstermine mit SZCZEPANSKI weiterhin unbürokratisch telefonisch mit Herrn E[geschwärzt] vereinbart werden.“⁵³⁴

Szczepanski führte zu den Besuchskontrollen in der JVA Brandenburg an der Havel aus:

„Also, es war so, dass die Kontrollen von allen Gefangenen sehr sporadisch stattfanden. Es war so, dass -- Ich habe teilweise zum Beispiel einen Aktenordner dabeigehabt mit Unterlagen, konnte Sachen ausheften, einheften, übergeben. Das hat irgendwie niemanden interessiert dort. [...]“⁵³⁵

Und weiter:

„Also, es war relativ lasch gehandhabt, möchte ich mal sagen. Und ob da jetzt Herr P., Herr Ralf L. oder der Herr Borchert saß, das machte keinen Unterschied, glaube ich“⁵³⁶

„Es gab einzelne Seiten, die man halt schon kopiert und rausgegeben hat oder abgetippt oder geschrieben hat, und die wurden dann natürlich auch so ‚rausgeschmuggelt‘, raustransportiert.“⁵³⁷

Der Mitgefangene J.B. sagte vor dem Untersuchungsausschuss aus, dass der Fokus der Besuchskontrolle auf dem aufkommenden Drogenhandel gelegen habe und nicht auf der Kontrolle von Schriftstücken.⁵³⁸

Ein weiterer Mitgefangener bestätigte, dass die Besuchskontrolle nicht gründlich gewesen sei. Seiner Auffassung habe allerdings nur die Möglichkeit bestanden, kleine

⁵³³ Protokoll der 20. öffentlichen Sitzung vom 23.02.2018, S. 27.

⁵³⁴ B 4\Herabstufungen\Anfrage UA 6_1 Nr. 2 vom 31.01.2018\1_PIATTO_Vermerke1997-Seite6-Page313-VSnfd, S.1.

⁵³⁵ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 85.

⁵³⁶ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 86.

⁵³⁷ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 87.

⁵³⁸ Protokoll der 28. öffentlichen Sitzung vom 15.06.2018, S. 132.

Gegenstände, beispielsweise Geldscheine von außen mit in die Anstalt zu bringen, größere Umschläge nicht.

Dieser Darstellung widersprachen Bedienstete der JVA. Der Zeuge K. E. führte aus:

„Nein, also mitgegeben kann er gar nichts haben, weil bei uns gehen Gefangene durch die Durchsuchung. Wenn also, wie gesagt, Besuch ist, werden sie vor Besuch durchsucht und nach Besuch durchsucht. Das macht der Besucherdienst und nicht meine Wenigkeit, auch nicht mein Team im Haus, sondern dafür gibt es extra einen Besucherdienst, der abteilungsübergreifend agiert.“⁵³⁹

Beweis erhoben wurde auch über den Umstand, dass Carsten Szczepanski von der Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG) betreut wurde. Nach eigenen Angaben lernte er darüber Michael und Antje P. aus Sachsen kennen. In den Besucherlisten ist dokumentiert, dass Szczepanski regelmäßige Besuche von rechtsextremen Szeneangehörigen erhielt. Zu diesen gehörten u.a. Henning K. (P.), Frank Schwerdt, Rita Böhnisch, Ralf L., Thomas Starke, die Eheleute Antje und Michael P. und Silvia E. (F.). Aus den Besucherlisten geht ebenfalls hervor, dass der V-Mann-Führer Dieter Borchert regelmäßig in die Besucherlisten eingetragen wurde.⁵⁴⁰

3.3.1.3.3.5. Haftraumkontrollen

Der Leiter „Sicherheit und Ordnung“ der JVA Brandenburg an der Havel, O. S., schilderte dem Untersuchungsausschuss die Praxis der Haftraumkontrollen:

„Laut Vorschrift einmal im Monat, eine vollständige Tiefenkontrolle des Haftraums im Monat. Aber das haben wir aus personellen Gründen nicht geschafft. Wir hatten ja auch fast nur Gemeinschaftsunterbringung in der Anstalt, riesengroße, total vollgemüllte Zellen, wo wir Jahre gebraucht haben, um da Ordnung und Grund reinzukriegen. Aber da der Szczepanski ja auch zu dieser benannten Szene gehörte, waren die Kontrollen mit Sicherheit auch öfter, also mit Sicherheit öfter als - - im Monat bei ihm. Möglicherweise - - Ich weiß nicht, ob die Personalakte irgendwo vorliegt. Da müsste normalerweise eine Übersicht drin sein über die Haftraumkontrollen.“⁵⁴¹

Die Anzahl und die konkreten Umstände der Kontrollen des Haftraums von Carsten Szczepanski konnte der Untersuchungsausschuss nicht nachprüfen, da die

⁵³⁹ Protokoll der 20. öffentlichen Sitzung vom 23.02.2018, S. 33.

⁵⁴⁰ B 65\MAT_A_BB-9\MAT_A_BB-9-1d, S. 225-227.

⁵⁴¹ Protokoll der 29. öffentlichen Sitzung vom 02.07.2018, S. 106f.

Gefangenenpersonalakte turnusmäßig vernichtet wurde. Belegt ist eine Durchsuchung im Zusammenhang mit dem Verdacht, dass in der JVA Brandenburg an der Havel rechtsextreme Zeitschriften, wie der „Weißen Wolf“, produziert werden. Szczepanski schilderte die Durchsuchung seinem V-Mann-Führer in einem undatierten handschriftlich verfassten Brief:

„HALLO DIETER!

HEUTE WURDE HIER EIN RIESIGER ‚SCHLAG GEGEN RECHTS‘ DURCHGEFÜHRT, BEI DER SÄMTLICHE HAFTRÄUME VON RECHTEN UND SYMPHATISANTEN GEFILZT WURDEN. DA KANNST DU DIR VORSTELLEN WIE LEER MEINE BUDE WAR. GRUND FÜR DIE FILZUNG WAR DER ‚WEISSE WOLF‘.

DIE STIMMUNG IST DENKBAR MIES UND ZIEMLICH AM KOCHEN. MIR WURDE ‚NAHEGELEGT‘ DOCH INS HAUS VIER ZU ZIEHEN! ES GIBT HIER ALSO MÄCHTIG STRESS + ÄRGER.

ES WÄRE NETT WENN DU DICH MAL ERKUNDIGEN KÖNNTEST WAS DA ABLÄUFT UND MIT WAS ICH RECHNEN MUSS.

AUF BALD

*EGON O.*⁵⁴²

Ein Mitgefangener aus der JVA Brandenburg, der sich für eine kurze Zeit mit Szczepanski im geschlossenen Vollzug eine Zelle geteilt habe, erinnert sich, dass es ihm aufgefallen sei, dass Szczepanski im Besitz verbotener Gegenstände gewesen sei. Als Beispiel nannte er eine CD „Die Zillertaler Türkenjäger“.⁵⁴³ Szczepanskis Zelle sei zumindest in der Zeit, in der sie sie zusammen bewohnt hätten, nicht durchsucht worden.⁵⁴⁴

Dem steht die Aussage des Zeugen O. S. gegenüber, der erklärte:

„Ich kann jetzt nicht sagen, ob ich selber bei Szczepanski eine Haftraumkontrolle durchgeführt habe. Ich habe bei vielen Gefangenen selber, persönlich Haftraumkontrollen durchgeführt. Ich hätte mit Sicherheit keine Ausnahme gemacht. Ich glaube auch nicht, dass der Herr Schr. als Bereichsleiter da eine Ausnahme gemacht hat. Er hat mit Sicherheit auch keinen Bediensteten des Hauses weiter darüber informiert, dass der Szczepanski irgendwo beim Verfassungsschutz anhängig ist. Das heißt, die

⁵⁴² Piatto Komplex-1996, S. 38.

⁵⁴³ Protokoll der 19. nichtöffentlichen Sitzung vom 12.01.2018, S. 5f.

⁵⁴⁴ Protokoll der 19. nichtöffentlichen Sitzung vom 12.01.2018, S. 16.

Bediensteten des Allgemeinen Vollzugsdienstes, die verantwortlich sind für die Durchsuchungen, werden die mit Sicherheit so gemacht haben - bei Szczepanski wie bei allen anderen auch.“⁵⁴⁵

Ein weiterer Bereichsleiter Sicherheit und Ordnung im geschlossenen Vollzug beschrieb die Haftraumkontrollen folgendermaßen:

„Ich glaube, die Kontrollen wurden zu unterschiedlichen Zeiten durchgeführt. Es gab auf Anordnung oder, man kann sagen, Erlass des Ministeriums bei bestimmten Gefangenen - - Die mussten zwei-, dreimal in der Woche nach Stufe II kontrolliert werden, teilweise sogar nach Stufe III, also nicht nur Sichtkontrolle. Stufe I wäre eine Sichtkontrolle, draufgucken, ob alles okay ist. Stufe II wäre dann schon mehr zu tätigen. Also, da werden Büchsen aufgemacht, da werden Bücher durchgeblättert und, und, und. Da ist eine richtige Tiefenkontrolle angesagt. Und da wurde bei einigen Gefangenen auf Erlass eben bis zwei- oder dreimal in der Woche eine Kontrolle durchgeführt.“⁵⁴⁶

„Also, die waren sehr aufwändig, die Stufe II und III, eigentlich gar nicht zu schaffen, wenn ich ehrlich sein soll. Für diese Vielzahl an Hafträumen, die wir in der Abteilung hatten, haben wir uns schon bemüht. Das war ja immer mit beiden Seiten - - Der Gefangene musste rausgeholt werden, wenn er sich im Haftraum befand, wenn er während der Arbeit ist; ist klar. Anschließend wurde er dann darauf aufmerksam gemacht, dass man eine Haftraumkontrolle durchgeführt hat. Das Protokoll wurde ihm übergeben, und dann wusste er, was wir alles entnommen haben. Das heißt, sind Disziplinarverfahren einzuleiten, habe ich es gemacht, von mir aus. Das war meine Aufgabe, da brauchte ich nicht erst den Abteilungsleiter fragen, sondern - - die Befragung.“⁵⁴⁷

Auch der Leiter im offenen Vollzug G. K. wurde zu den Regelungen der Haftraumkontrollen befragt. Er sagte aus:

„Die Hafträume wurden wie alle regelmäßig kontrolliert, und wenn so was gefunden wurde, wurde es eingezogen und zur Habe des Gefangenen genommen. Ansonsten kann ich jetzt - - ist mir nicht Erinnerung, dass es da Besonderheiten gegeben haben soll.“⁵⁴⁸

3.3.1.3.3.6. Nutzung von Mobilfunkgeräten

Die Nutzung von Mobilfunktelefonen durch Gefangene war in der JVA Brandenburg an der Havel nicht gestattet. Szczepanski erhielt von seinem V-Mann-Führer ein

⁵⁴⁵ Protokolle 29. Sitzung vom 02.07.2018, S. 106.

⁵⁴⁶ Protokoll der 29. öffentlichen Sitzung vom 02.07.2018, S. 15.

⁵⁴⁷ Protokoll der 29. öffentlichen Sitzung vom 02.07.2018, S. 20.

⁵⁴⁸ Protokoll der 19. Öffentlichen Sitzung vom 12.01.2018, S. 111.

Handy im Zuge seiner Verlegung in den offenen Vollzug. In einem Vermerk des brandenburgischen Verfassungsschutzes vom 15.11.1997 heißt es dazu:

„Aus operativer Sicht beantrage ich die Ausstattung der Quelle im Fall ‚Piatto‘ mit einem Handy.

Die besonderen Umstände der Quellenführung im Fall ‚Piatto‘ erfordern eine uneingeschränkte Kommunikationsfähigkeit mit dem VM-Führer.

Aus diesem Grund ist die Quelle bereits für bestimmte Einsätze tageweise mit einem Handy ausgestattet worden.

Da es dem Umfeld der Quelle auf Dauer nicht verborgen bleiben wird, daß sich die Quelle im Besitz eines Handys befindet, ist eine punktuelle Ausstattung schwer legendierbar.

Eine dauerhafte Ausstattung ließe sich z.B. als Geschenk der Eltern der Quelle im Fall ‚Piatto‘ schlüssig legendieren. [...]

Da die Quelle bisher punktuell mit dem Handy von V/4.2 ausgestattet wurde, empfehle ich, entweder dieses Handy der Quelle zu geben und V/4.2 ein neues zur Verfügung zu stellen, oder die Quelle mit einem identischen Modell auszustatten“⁵⁴⁹

Handschriftlich wurde in dem Vermerk vom 15.11.1997 auch auf die Problematik des Besitzes in der JVA Brandenburg an der Havel eingegangen:

„Das Handy - darf nach R. [Rücksprache] mit der JVA BB (Herrn K. E.) – auf keinen Fall mit in die JVA genommen werden. Er empfiehlt eine Deponierung außerhalb der JVA und ein Modell, daß nicht aufgeladen werden muß.“⁵⁵⁰

Im Bericht der Landesregierung heißt es hierzu:

„Als Folge größerer Vollzugsfreiheiten konnte Szczepanski im Jahr 1998 wesentlich mehr Informationen liefern. Bereits im ersten Halbjahr 1998 erreichte der Umfang der Informationen fast den des gesamten Jahres 1997. Dies wurde begünstigt durch die Zurverfügungstellung eines Mobiltelefons, das er jedoch nicht mit in die JVA nehmen durfte.“⁵⁵¹

In seiner Vernehmung schilderte Szczepanski, dass er per SMS Informationen, z.B. konspirative Veranstaltungsorte, an seinen V-Mann-Führer weitergegeben habe:

⁵⁴⁹ B 4 iV B 73_Übergabe Piatto Bearbeitete Fassung 97_98\1997, S. 200f.

⁵⁵⁰ B 4 iV B 73_Übergabe Piatto Bearbeitete Fassung 97_98\1997, S. 201.

⁵⁵¹ Regierungsbericht MIK, S. 130.

„Besprochen haben wir so was eigentlich nur bei den Treffen. Also so viel telefoniert hat man in so einer Situation natürlich nicht. Man hat versucht, die Information abzusetzen, und hat halt tunlichst versucht, dabei nicht erwischt zu werden.“⁵⁵²

Szczepanski sagte aus, dass er das Handy nur im Rahmen von Ausgängen und Freigängen benutzt habe.⁵⁵³ Sein V-Mann-Führer Dieter Borchert habe das – ausgeschaltete - Handy für ihn verwahrt, wenn er in die Anstalt zurück gekehrt sei. Vereinzelt habe er das Handy auch mit in die Haftanstalt genommen, wenn er alleine in den offenen Vollzug zurückgefahren sei. Manchmal sei es auch von anderen Szenemitgliedern genutzt worden, wenn sie danach gefragt hätten.⁵⁵⁴

Der sachverständige Ermittlungsbeauftragte des Untersuchungsausschusses Rolfdieter Bohm berichtete:

„Richtig ist, dass PIATTO durch den VS-Bbg ein Mobiltelefon zur Verfügung gestellt worden ist. Ein solches ist schon deshalb notwendig, damit stets ein gesicherter Kontakt zwischen Quelle und Fallführung möglich ist. Die Übergabe eines solchen Handys ist daher zunächst nicht zu beanstanden. Allerdings ist zu bemerken, dass grundsätzlich ein solches Handy nur zur Kommunikation zwischen Quelle und Fallführer benutzt werden soll, während hier das Handy - was dem VS-Bbg aus den dort eingehenden Rechnungen auch bekannt war - offensichtlich auch zur Kommunikation mit der beobachteten Szene verwendet wurde.“⁵⁵⁵

Es ließ sich nicht aufklären, ob Szczepanski die Weisung erhielt, das Handy nur zur Kommunikation mit seinem V-Mann-Führer zu nutzen. Der damalige stellvertretende Abteilungsleiter Jörg Milbradt sagte vor dem Untersuchungsausschuss:

„[...] Ob Szczepanski definitiv die Weisung erhalten hatte, dieses Handy ausschließlich für Kontakte mit dem Verfassungsschutz, also mit seinem V-Mann-Führer, zu benutzen oder nicht, weiß ich nicht.“⁵⁵⁶

Der Zeuge Szczepanski sagte auf die Frage, weshalb er sein Diensthandy auch innerhalb der Szene genutzt habe, dies sei „sozusagen Geschäftsgrundlage“:

⁵⁵² Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 142.

⁵⁵³ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 100.

⁵⁵⁴ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S.174.

⁵⁵⁵ Protokoll der 8. öffentlichen Sitzung vom 27.03.2017, S. 81.

⁵⁵⁶ Protokoll der 32. öffentlichen Sitzung vom 31.8.2018, S. 76.

„Also, das war mein einziges Handy, was ich hatte. Das stand gar nicht zur Frage.“⁵⁵⁷

„Da gab es keinen Grund, das irgendwie nicht zu nutzen.“⁵⁵⁸

Zur Frage der Auswertung des Handys äußerte Szczepanski:

„Also, er [der V-Mann-Führer] hat es nicht gesagt. Aber ich bin natürlich schon davon ausgegangen, dass dieses Diensthandy halt auch ausgewertet wird, klar. Also, ich für mich selber bin davon ausgegangen, dass ich da nicht wirklich privat mit bin.“⁵⁵⁹

Als das an Szczepanski ausgehändigte Mobilfunkgerät in einer TKÜ-Maßnahme des Bundesamtes für Verfassungsschutz auffiel, wurde die Arbeitsweise im Verfassungsschutz Brandenburg überdacht. In einem Vermerk vom 17.07.1998 heißt es:

„Am 17.07.1998 informierte [geschwärzt] Unterzeichner darüber, daß im Rahmen einer Maßnahme der Eigentümer eines Handy-Anschlusses abgeklärt wurde. Als Ergebnis der Abklärung wurde ‚Innenministerium des Landes Brandenburg‘ angegeben. Aus den bisherige Ergebnissen der BfV-Maßnahme konnte [geschwärzt] schließen, daß es sich bei dem Verwender dieses Handy-Anschlusses um die Quelle im Fall ‚PIATTO‘ handele.

Dieser Anruf von [geschwärzt] läßt Zweifel an der Richtigkeit der bisherigen Vorgehensweise aufkommen, daß der Quelle zur Verfügung gestellte Handy als Behörden-Telefon zu führen. Es läßt sich nicht völlig ausschließen, daß auch Privatpersonen den Anschlußinhaber des von der Quelle im Fall ‚PIATTO‘ verwendeten Handys überprüfen und dann feststellen, daß es sich um ein Handy des Innenministeriums handelt.

Dies gefährdet nicht nur in erheblicher Weise die Quelle im Fall ‚PIATTO‘ [...].“⁵⁶⁰

In der weiteren V-Mann-Führung ist es laut Szczepanski häufiger zu einem Austausch des Handys und der Nummer gekommen (vgl. hierzu auch Kapitel 3.8.4.). In diesen Fällen habe Szczepanski seine wichtigsten Kontakte sofort darüber informiert. Vorkehrungen, dass Kontaktversuche auf eine alte Nummer noch nachvollziehbar

⁵⁵⁷ Protokoll der 35. öffentlichen Sitzung vom 22.11.2018, S. 13.

⁵⁵⁸ Protokoll der 35. öffentlichen Sitzung vom 22.11.2018, S. 13.

⁵⁵⁹ Protokoll der 35. öffentlichen Sitzung vom 22.11.2018, S. 24.

⁵⁶⁰ B 4_Herabstufungen_53-004-S-530 003-0000-0038_2018 VS NfD_Liste 2, Nr. 7_Piatto-699-859-S710-VS nfd-bpwsmd, S. 1.

waren, habe es Szczepanskis Wissens nach nicht gegeben.⁵⁶¹ Der Zeuge Dieter Borchert sagte aus, dass die Handys jeweils kurzfristig vernichtet worden seien.⁵⁶²

3.3.1.3.3.7. PC-Nutzung

Die Ausstattung von Hafträumen der Jutizvollzugsanstalten in Brandenburg mit PCs war durch eine Verordnung des Ministeriums der Justiz aus dem Jahr 1993 unter bestimmten Voraussetzungen erlaubt:

„Geräte mit elektronischer Datenspeicherung, namentlich Personalcomputer, Taschencomputer, Laptops, Notebooks sowie elektronische Schreibmaschinen mit Diskettenlaufwerk dürfen im geschlossenen Vollzug den Gefangenen zur Nutzung im Haftraum grundsätzlich nicht überlassen werden.

Eine Ausnahme zu vorstehendem Grundsatz kann zugelassen werden wenn

- *die Nutzung eines solchen Gerätes im Rahmen einer anerkannten Aus- und Fortbildungsmaßnahme oder einer zugelassenen Selbstbeschäftigung erforderlich ist. Die Erforderlichkeit ist durch die Gefangenen nachzuweisen.“*⁵⁶³

Seit dem 05.04.1998 absolvierte Carsten Szczepanski eine Weiterbildungsmaßnahme zum „Computer aided publishing“ beim Europäischen Bildungswerk für Beruf und Gesellschaft e.V. in Brandenburg an der Havel. Am 17.04.1998 genehmigte der Bereichsleiter im offenen Vollzug die Ausstattung des Haftraum Szczepanskis mit einem PC.⁵⁶⁴

Hierzu äußerte der Bereichsleiter im offenen Vollzug D. L. vor dem Untersuchungsausschuss:

„Den hat er nicht gehabt, weil er Szczepanski war und weil er so nett war, sondern den hat er gehabt aufgrund der Zulassungskriterien, mit seinem Fernstudium und was da eben gewesen ist, über den Pädagogischen Dienst.

Dazu, muss ich sagen, gibt es einen Erlass - die Nummer weiß ich jetzt nicht mehr; er war jedenfalls von 1994 -, einen Erlass des Ministeriums der Justiz, wonach die Kriterien festgelegt sind für die Anstalten, nach welchen Zulassungskriterien dort praktisch PCs auf Hafträumen zu gestatten sind.

⁵⁶¹ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S.176 ff.

⁵⁶² Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 173.

⁵⁶³ B 4 iV B 73_Übergabe Piatto Bearbeitete Fassung 97_98, 1. Halbjahr 1998, S. 62.

⁵⁶⁴ B 4 iV B 73, Übergabe Piatto bearbeitete Fassung 97_98, 1. Halbjahr 1998, S. 64f.

Man muss natürlich dazusagen, dass 1997, 98, 99 dort draußen ein Internetempfang nicht möglich war. Es gab zwar Modemleitungen, aber in dem Schrottcontainer, in dem wir da gewohnt haben, waren keine Modemanschlüsse. Das heißt, das war ein autarkes System mit einem Drucker und wo er dann bestimmte Festplattendateien draufhatte, wo er schreiben konnte mit.“⁵⁶⁵

Und weiter:

„Da gehe ich von aus, dass er einen Drucker hatte, ja. Das macht ja Sinn, wenn er im Studium da auch was mit ausdruckt. Das kann ich jetzt aber ohne Akte auch nicht mehr aus dem Kopf nachvollziehen.“⁵⁶⁶

3.3.1.3.3.8. Unterbringung im Einzelhafttraum

Szczepanski sagte vor dem Untersuchungsausschuss:

„Ich kann mich dran erinnern, dass meine erste und einzige richtige Forderung, wenn man das so nennen möchte, war, dass ich eine Einzelzelle bekomme. Das war selbst in Königs Wusterhausen so. Das habe ich dann später in Cottbus und vor allen Dingen in Brandenburg wiederholt. Das war quasi so mein Verlangen: Ich wollte Ruhe haben. Ich wollte auch keinen mehr sehen. Das ist mir auch in Aussicht gestellt worden, ist aber bis zur Haftentlassung nicht geschehen, also in keinem der Gefängnisse.“⁵⁶⁷

Diese Forderung erhob Carsten Szczepanski aufgrund seines Aussageverhaltens im sogenannten Dolgenbrodt-Prozess (vgl. Kapitel 3.3.1.5.). Im Rahmen der Erörterung zwischen Verfassungsschutz und Staatsanwaltschaft zu seiner Aussage in diesem Prozess wurde die Gewährung einer Einzelzelle thematisiert. In einem Vermerk des Verfassungsschutzes vom 20.08.1996 heißt es hierzu:

„Im übrigen zeigte sich S. auch darüber enttäuscht, daß es trotz der Zusage der Staatsanwältin, Frau Marx [von der Staatsanwaltschaft], noch immer nicht gelungen sei, ihm eine Einzelzelle für sein im Dolgenbrodt-Prozess geleistetes Engagement zur Verfügung zu stellen. Ich versuchte, hierfür Sicherheitsgründe anzuführen, um nicht durch eine Sonderbehandlung aufzufallen.“

Im Grunde hat S. jedoch Recht.“⁵⁶⁸

⁵⁶⁵ Protokoll der 29. öffentlichen Sitzung vom 02.07.2018, S. 71.

⁵⁶⁶ Protokoll der 29. öffentlichen Sitzung vom 02.07.2018, S. 71.

⁵⁶⁷ Protokoll der 27. Sitzung vom 11.06.2018, S. 54.

⁵⁶⁸ Piatto Komplex 1996, S. 37.

Zuvor bat Carsten Szczepanski in einem Brief an seinen V-Mann-Führer Dieter Borchert vom 14.02.1996:

„Könntest Du den K. E. nochmals wegen der Einzelzelle bequatschen? Es wird nämlich in Kürze eine frei.“⁵⁶⁹

Der Zeuge K. E. sagte aus, dass Szczepanski selbst ihn hierauf öfters angesprochen habe.

„Einzelzelle wollte er öfter haben, kann ich mich gut erinnern. Aber damals war die Anstalt noch nicht umgebaut. [...]“

„Wie auch alle anderen Gefangenen. Einzelzellen waren sehr begehrt, weil ja nur Gemeinschaftshafträume in der Überzahl waren. Einzelzellen waren sehr begehrt. Da gab es, wie gesagt, na ja, keine richtigen Wartelisten, aber es waren sehr wenige. Die Masse war gemeinschaftlich oder eben zu dritt untergebracht.“⁵⁷⁰

Aus den Unterlagen des brandenburgischen Verfassungsschutzes geht hervor, dass Szczepanskis Wunsch nach einer Einzelunterbringung vom Verfassungsschutz aufgenommen wurde. In einem Vermerk vom 19.06.1997 heißt es:

„Am 18.06.1997 suchte der Uz die Herren O. S. und SCHR. in der JVA Brandenburg auf, um über die Haftsituation des Informanten im Fall ‚PIATTO‘ zu diskutieren. Herr O. S. wies darauf hin, daß wegen der totalen Überfüllung der JVA Brandenburg nicht alle Sprecherterminwünsche des Innenministeriums erfüllt werden könnten. Man habe seitens der JVA Brandenburg darauf geachtet, daß der neue Zellengenosse des Informanten im Fall ‚PIATTO‘ ein unpolitischer Häftling ist, der den größten Teil seiner Haft bereits außerhalb der JVA verbringt.“⁵⁷¹

Handschriftlich wurde vermerkt:

„Wie ist es mit der Einzelzelle? – Davon gibt es 6 Stück für solche, die auf keinen Fall mit anderen Häftlingen untergebracht werden dürfen.“⁵⁷²

Nach der Verlegung in den offenen Vollzug wurde Carsten Szczepanski in einem Einzelhaftraum untergebracht.⁵⁷³

⁵⁶⁹ Piatto Komplex 1996, S. 12.

⁵⁷⁰ Protokoll der 20. öffentlichen Sitzung vom 23.02.2018, S. 28.

⁵⁷¹ B 4 iV B 73_Übergabe Piatto Bearbeitete Fassung 97_98_1997, S. 136.

⁵⁷² B 4 iV B 73_Übergabe Piatto Bearbeitete Fassung 97_98_1997, S. 136.

⁵⁷³ Aussage des Zeugen D. L., Protokoll der 29. öffentlichen Sitzung vom 02.07.2018, S. 53.

3.3.1.4. Verdacht des Vertriebs von rechtsextremistischen Schriften aus der Justizvollzugsanstalt Brandenburg an der Havel

3.3.1.4.1. Ermittlungen wegen des Verdachts des Vertriebs rechtsextremer Schriften aus der JVA Brandenburg an der Havel

In einem am 19.12.1996 in der Tageszeitung „Junge Welt“ erschienen Artikel wurde über die sogenannten „Knast- und Kerkerkameradschaften“ (KKS) berichtet. In dem Artikel wurde behauptet, dass innerhalb der JVA Brandenburg an der Havel rechtsextremistische Schriften, insbesondere der „Weiße Wolf“, hergestellt und außerhalb der Anstalt vertrieben würden.⁵⁷⁴

Über die Gründung von „Knast- und Kerkerkameradschaften“ berichtete Carsten Szczepanski bereits Mitte 1995. So heißt es in einem Vermerk des Verfassungsschutzes Brandenburg vom 11.05.1995:

*„Von einem A. S. wurde im April 1995 ein an ‚Kameraden in Systemknästen‘ gerichteter Rundbrief (Anlage 1) versandt. Neben A. S. zeichnen auch ein M. K. (JVA Remscheid) und Maik F. (JVA Brandenburg) für den Rundbrief verantwortlich. In diesem Rundbrief wird ein verstärkter Zusammenhalt und eine engere Kooperation der ‚Nationalisten in Knästen‘ gefordert. Dies gilt nicht nur für die ‚rechten‘ Gefangenen innerhalb einer JVA, sondern für alle ‚national-politischen Gefangenen‘ bundesweit. Der Rundbrief endet mit den Forderungen: ‚Wir müssen in die Offensive gehen! Wir müssen intelligenten, nationalen Widerstand in Knästen leisten! Drinnen und ‚Draußen‘ - eine Front!‘ Die letzte Forderung zielt auf eine bessere Unterstützung der inhaftierten Rechtsextremisten durch ‚Kameraden‘ von außen ab.“*⁵⁷⁵

Im Brandenburger Verfassungsschutzbericht 1995 heißt es zu den „Knast- und Kerkerkameradschaften:

„Außerhalb dieser Organisationen [HNG e.V. und IHV e.V.] haben sich im Jahr 1995 inhaftierte Rechtsextremisten bemüht, einen eigenen Zusammenschluß ins Leben zu rufen.

Ziel solcher ‚Selbsthilfegruppen‘ – die sich gern als ‚Knast‘- oder ‚Kerkerkameradschaften‘ bezeichnen – ist es, sich über den Stand der jeweiligen Strafverfahren bzw. die Haftbedingungen gegenseitig auszutauschen sowie den ‚politischen Kampf‘ auch im Gefängnis zu koordinieren. Außerdem wollen sie dabei helfen, die Verbindung zu den Kameraden nach ‚draußen‘ aufrechtzuerhalten. Mit diesem neuen Ansatz wollen die betreffenden Rechtsextremisten die Konkurrenz zwischen HNG und IHV überwinden. Auch

⁵⁷⁴ B 65, MAT_A_BB-9-1d, S. 103f..

⁵⁷⁵ Piatto Komplex 1995, S. 46.

in brandenburgischen Haftanstalten hat dieses Konzept bei rechtsextremistischen Gefangenen Anklang gefunden.“⁵⁷⁶

Der Mitgefangene Szczepanskis in der JVA Brandenburg an der Havel J.B. erstattete am 04.09.1996 Anzeige wegen der Vervielfältigung rechtsextremer Schriften in der Redaktion der Gefangenenzeitung. Er beschrieb die Redaktion:

„Insgesamt waren zum betreffenden Zeitraum ein weiterer Gefangener als hauptamtlicher Redakteur und fünf Gefangene (mich eingeschlossen) als ehrenamtliche Redakteure (nebenberuflich, nach der regulären Arbeitszeit und ohne Bezahlung) tätig. Ich persönlich bin seit Februar 1996 als ehrenamtlicher Redakteur der Gefangenenzeitung tätig.

In den Räumlichkeiten der Redaktion stehen den durch die JVA bestätigten Redakteuren neben umfangreichen Schrift- und sonstigen Druckmaterial, einer Druckmaschine (Offset-Druck), verschiedener Diktiertechnik, einer PC-Anlage (386 DX 40) einschließlich Laserdrucker und Flachbettscanner auch ein leistungsfähiger Kopierer (bis A2-Format) zur Verfügung. Selbstverständlich dürfen diese Gerätschaften ausdrücklich nur für die redaktionelle Tätigkeit und natürlich nur im Rahmen der gesetzlichen Basis genutzt werden. Demgemäß ist auch das Statut der Zeitung gestaltet. In entsprechender Berücksichtigung hat außer den bestätigten Redakteuren kein anderer Gefangener der JVA ohne gesonderte Einzelgenehmigung durch die Verantwortlichen seitens der JVA Zutritt zu diesen Räumlichkeiten.“⁵⁷⁷

In der an die Staatsanwaltschaft Potsdam gerichteten Strafanzeige gegen R. S. und Carsten Szczepanski⁵⁷⁸ heißt es weiter:

„Nach konkreter Absprache einzelner Redaktionsmitglieder untereinander und mehrfachen intensiven ‚Durchsuchungen‘ der Redaktionsräume wurden eine Anzahl verschiedener Schriften und Kopiervorlagen gefunden, die inhaltlich eindeutig dem rechten (faschistischen) Ideologiespektrum zuzuordnen sind. (vgl. Anlagen).

Im Ergebnis einer lückenlosen (jedoch nicht offensichtlichen) Überwachung des Kopiergerätes konnte dann festgestellt werden, daß o.g. von den als Anlagen beigelegten (ohne Wissen des o.g. abkopierten) Vorlagen in mindest drei Fällen innerhalb von einer Woche jeweils 60 Kopien gefertigt hat. In der darauf folgenden Redaktionssitzung mit dieser Feststellung konfrontiert, hat o.g. erstens diesen Sachverhalt der Kopierungen zugegeben und im übrigen auch bestätigt, daß er die Kopien für (und im Auftrag) eines Herrn F., Maik (VA I der JVA) gefertigt hat. Ebenfalls hatte er Verbindungen zu einem Herrn Szczepanski, Carsten (VA III der JVA) eingeräumt. Letztgenannter war im übrigen unzweifelhaft, wie sich im nachhinein ergeben hat, Mitinitiator des Diebstahls des Diktiergerätes (siehe oben). O.g. wurde durch die

⁵⁷⁶ <https://verfassungsschutz.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.187796.de>, S. 46.

⁵⁷⁷ B 65\MAT_A_BB-9\MAT_A_BB-9-1d, S. 279.

⁵⁷⁸ B 65\MAT_A_BB-9\MAT_A_BB-9-1d, S. 279-283.

*Redaktionsgemeinschaft (mehrheitlich) eingeräumt, freiwillig, d.h. aus persönlichen Gründen die Redaktionsarbeit zu beenden, was letztlich geschehen ist.*⁵⁷⁹

Bei den der Anzeige beigefügten Kopien handelte es sich um einzelne Seiten des rechtsextremistischen Gefangenenrundbriefes „Der weiße Wolf“. Der Zeuge J.B. schilderte vor dem Untersuchungsausschuss:

*„Es waren einzelne Seiten von solchen rechtsradikalen oder rechtsorientierten Zeitschriften. Man hat damals Fanzines oder Skinzines dazu gesagt - im Prinzip so was Ähnliches wie Gefangenenzeitung, auch in einer ähnlichen Art und Weise hergestellt, aber natürlich ausdrücklich nur für die entsprechende rechte Ecke produziert.“*⁵⁸⁰

Und weiter:

*„Also, worum es damals ging, das war ‚Der Weisse Wolf‘.“*⁵⁸¹

Der Zeuge J.B. brachte den Vorfall nach seinen Angaben auch der Anstaltsleitung zur Kenntnis. Er gab an, im Gespräch mit der Anstaltsleitung nicht das Gefühl gehabt zu haben, „dass da irgendwie groß was passieren würde“.⁵⁸²

Die Staatsanwaltschaft Potsdam berichtete am 07.10.1996 dem MdJBE (Abteilung III) über die Generalstaatsanwaltschaft und stellte fest:

*„Die von dem Anzeigenden übersandten Druckerzeugnisse, die der Anzeige zufolge in der JVA vervielfältigt und vermutlich verteilt worden sind, haben keinen strafbaren Inhalt. Es handelt sich zwar um typische szenenübliche Druckerzeugnisse; sie beinhalten jedoch weder Kennzeichen im Sinne von § 86 a StGB noch sind sie Propagandamittel im Sinne von § 86 StGB. Ein Vergehen gegen das Vereinsgesetz ist gleichfalls nicht ersichtlich.“*⁵⁸³

Staatsanwältin Böhm von der Generalstaatsanwaltschaft vermerkte am 30.10.1996 dass sie der Auffassung der Staatsanwaltschaft Potsdam dahingehend beitrete, dass „die beigefügten Druckerzeugnisse keinen strafrechtlich relevanten Inhalt“ hätten. Sie führte jedoch aus:

„Darin dürfte sich jedoch der Gegenstand des Verfahrens, so wie der Sachverhalt in der Strafanzeige dargestellt ist, nicht erschöpfen. Der

⁵⁷⁹ B 65\MAT_A_BB-9\MAT_A_BB-9-1d, S. 281.

⁵⁸⁰ Protokoll der 28. öffentlichen Sitzung vom 15.06.2018, S. 124.

⁵⁸¹ Protokoll der 28. öffentlichen Sitzung vom 15.06.2018, S. 124.

⁵⁸² Protokoll der 28. öffentlichen Sitzung vom 15.06.2018, 128.

⁵⁸³ B 65 MAT_A_BB-9-1d, S. 271.

Anzeigenerstatter bringt zum Ausdruck [...], daß auf dem der Redaktion zur Verfügung gestellten Kopiergerät seit geraumer Zeit in erheblichem Umfang Kopien gefertigt worden seien, die nicht von der redaktionellen Tätigkeit gedeckt seien [...].

Sollte sich dieser Verdacht bestätigen und es wären in erheblichen Mengen derartige Kopien gefertigt worden, wäre ein Sachverhalt vorstellbar, der entweder den Tatbestand der Untreue oder des Betrugs verwirklichen könnte.

Die in diesem Zusammenhang noch zu führenden Ermittlungen dürften jedoch zwingend eine Mitwirkungsbereitschaft – zumindest – der Anstaltsleitung mit sich bringen. Sollte sich jedoch der Sachverhalt bewahrheiten und es wäre ein nennenswerter Umfang festzustellen, läge eine Pflichtverletzung des Anstaltsleiters nicht ganz fern, so daß dieser nicht besonders geneigt sein könnte, bei den Ermittlungen aktiv mitzuwirken.“⁵⁸⁴

Bereits in einer auf den 09.12.1996 datierten Deckblattmeldung im Fall „Piatto“ wurde über den Druck und die Herstellung des rechtsextremistischen Gefangenenrundbriefes „Der Weiße Wolf“ berichtet:

„Die neueste Ausgabe des ‚Weißen Wolfes‘ steht kurz vor ihrer Fertigstellung. Das Layout wird von K. F. (Rostock, wPb) am Computer erstellt. Die ‚Kameradschaft Oberhavel‘, zu der Jens Z. (wPb) engen Kontakt pflegt, übernimmt den kostenlosen Druck von 500 Exemplaren. Die ‚Kameradschaft Oberhavel‘ verfügt über eine eigene Druck- und Kopieranlage. Sie hat sich angeblich von Frank SCHWERDT getrennt und agiert nunmehr unabhängig von den ‚Nationalen e.V.‘.“⁵⁸⁵

Am 17.12.1996 richtete die Redaktion der Zeitschrift „Junge Welt“ eine Anfrage zu den Umständen der Herstellung der Fanzines „Weisse Wölfe“, „Wehrpass“ und „United Skins“ an das Justizministerium.⁵⁸⁶

In einem Vermerk zur Vorbereitung der Beantwortung dieser Anfrage führte das MdJBE am 19.12.1996 aus:

„Vermutlich ist mit der Frage (auch) ‚Der weiße Wolf‘ gemeint. Die Existenz dieser Publikation, die als ‚Rundbrief‘ inhaftierter Kameraden der ‚Justizvollzugsanstalt‘ Brandenburg‘ gekennzeichnet ist, ist dem Unterzeichner durch eine Mitteilung des Niedersächsischen Justizministeriums am 12. Dezember 1996 bekannt geworden. Ein Exemplar dieser (nationalsozialistisches Gedankengut enthaltenden) Publikation ist bei der Postkontrolle eines dort Inhaftierten am 27.11.1996 angehalten worden. Bei

⁵⁸⁴ B 65\MAT_A_BB-9\MAT_A_BB-9-1d, S. 275.

⁵⁸⁵ B 4\Ordner 3\1996; S. 18.

⁵⁸⁶ B 65\MAT_A_BB-9\MAT_A_BB-9-1d, S. 67.

dem Absender handelt es sich um eine Person aus dem Land Brandenburg, jedoch nicht um einen hier Inhaftierten.“⁵⁸⁷

Und weiter:

„Nach Informationen, die der J.W. vorliegen, werden die Skinzines ‚Weisse Wölfe‘ und ‚United Skins‘ von Insassen der JVA Brandenburg erstellt und können von dort aus bezogen werden.

Es wird für unwahrscheinlich erachtet, daß die Publikation in der JVA Brandenburg hergestellt wird (Zusammenstellung der Sammlung - überwiegend Beiträge von Verfassern - u.a. auch von Inhaftierten) aus anderen Bundesländern). Nicht ausgeschlossen werden kann, daß die als Anlage beigefügten Seiten in der JVA Brandenburg von den dort genannten Personen verfaßt und (offenbar per Computer) geschrieben worden sind. Dies wird derzeit geprüft.“⁵⁸⁸

Als Verantwortliche der vom Niedersächsischen Justizministerium übersandten dritten Ausgabe des „Weißen Wolfs“ wurden in der Schrift die damaligen Gefangenen der JVA Brandenburg Maik F. und Jens Z. genannt. „Jens“ grüßte „Carsten von US.“, „Maik“ richtete Grüße an einen „Karsten Sch.“⁵⁸⁹

Mit Schreiben vom 19.12.1996 bat das Justizministerium (Abteilung IV) den Verfassungsschutz unter Bezugnahme auf den inzwischen erschienenen Artikel der „Jungen Welt“ mit dem Titel „Nazi-Druckerei im Knast?“ um Zusendung von „Informationen, die im Zusammenhang mit der Presseveröffentlichung bedeutsam sein könnten“.⁵⁹⁰ In dem Antwortschreiben des Brandenburger Verfassungsschutzes vom 19.12.1996 heißt es:

„Hier liegen keine Erkenntnisse darüber vor, daß in den JVAe des Landes Brandenburg, insbesondere der JVA Brandenburg a.d.H. rechtsextremistische Publikationen gedruckt oder in organisierter Form vertrieben werden. Dies gilt auch für die im Artikel der ‚jungen Welt‘ genannten Publikationen, die hier bekannt sind.

Bei den Publikationen ‚Wehrpaß‘ und ‚United Skins‘ handelt es sich um sogenannte Fanzines – Rundbriefe innerhalb meist regionaler Skinheadszenen -, die nach hier vorliegenden Erkenntnisse weder in einer JVA gedruckt noch über sie vertrieben werde.

⁵⁸⁷ B 65\MAT_A_BB-9\MAT_A_BB-9-1d, S. 81-83.

⁵⁸⁸ B 65\MAT_A_BB-9\MAT_A_BB-9-1d, S. 83.

⁵⁸⁹ B 65 MAT_A_BB-9-1d, S. 17.

⁵⁹⁰ Vgl. B 65\MAT_A_BB-9\MAT_A_BB-9-1d, S. 109.

Die Beteiligung des inhaftierten Rechtsextremisten Mike D. an der Publikation ‚Wehrpaß‘ kann sich den Umständen nach offenkundig allenfalls auf einzelne Textbeiträge beziehen; daß er zugleich in persönlichen Kontakten für dieses Fanzine wirbt, wird nicht ausgeschlossen.

Das gleiche gilt für die Mitarbeit des inhaftierten Rechtsextremisten Carsten SZCZEPANSKI am Fanzine ‚United Skins‘.

Bei dem Rundbrief ‚Weißer Wolf‘ handelt es sich um eine sogenannte Gefangenzeitung, d.h. in dieser Publikation wird Beiträgen von inhaftierten Rechtsextremisten Vorrang eingeräumt.

Tatsächlich waren die genannten und hier einschlägig bekannten Maik F. und Jens Z. in die Vorbereitung des ‚Weißen Wolfs‘ eingebunden. Beide sitzen zur Zeit in der JVA Brandenburg a.d.H. ein und sind auch auf der Gefangenenliste der HNG verzeichnet. Für den Druck und Vertrieb des ‚Weißen Wolfs‘ gilt das gleiche wie für die zuvor erwähnten Fanzines.⁵⁹¹

Im Rahmen der wegen der Vorwürfe vorgenommenen Untersuchungen in der JVA Brandenburg an der Havel wurde neben den anderen Verdächtigen am 20.12.1996 auch Szczepanski zu etwaigen Erkenntnissen zum „Weißen Wolf“ befragt.⁵⁹² Dieser wies die Vorwürfe zurück, er sei selbst in die Herstellung involviert.

In einem Vermerk der Abteilung IV des Justizministeriums vom 20.12.1996 zur Vorbereitung einer Presseerklärung am selben Tag hieß es, es könne nicht mit letzter Sicherheit ausgeschlossen werden, dass rechtsradikale Druckerzeugnisse in der Justizvollzugsanstalt hergestellt worden seien:

„Insgesamt kann nach den bisherigen Feststellungen nicht mit letzter Sicherheit ausgeschlossen werden, daß rechtsradikale Druckschriften in der JVA Brandenburg a.d.H. hergestellt worden sind, weil die technischen Voraussetzungen dafür in der Anstalt bestehen, Mißbrauch nicht absolut sicher ausgeschlossen werden kann und ein Versenden der dünnen Blattsammlungen mit der Briefpost möglich gewesen wäre. Es spricht jedoch mehr für die Richtigkeit der Angaben der Gefangenen, daß einzelne Beiträge für solche Blätter an außenstehende Kontaktadressen verschickt und dort weiterverarbeitet und vertrieben worden sind. Insgesamt haben sich die spekulativen Teile des Zeitungsberichtes ‚Nazi-Druckerei im Knast?‘ nicht bestätigt“⁵⁹³

⁵⁹¹ B 65 MAT_A_BB-9-1d, S. 119.

⁵⁹² B 65 MAT_A_BB-9-1d, S. 205 – 207.

⁵⁹³ B 65\MAT_A_BB-9\MAT_A_BB-9-1d, S. 137.

Die Herstellung in der Anstaltsdruckerei sei kaum möglich. Hinweise dafür, dass die Schriften in der Redaktion der Gefangenenzeitung erstellt worden seien, gebe es nicht:

„Vielmehr kann aufgrund des Vorfalls im August 1996, der zum Ausschluß des Redakteurs R. S. geführt hat, weil dieser versucht hat, rechtsradikales Schriftgut in der Redaktion zu vervielfältigen, geschlossen werden, daß die Redaktion den Mißbrauch ihrer Geräte zu diesem Zwecke nicht dulden würde.“⁵⁹⁴

In demselben Vermerk wird die Anfertigung an einem der „anstaltseigenen“ Computer erwogen. Es ist vermerkt, dass Szczepanski, im Rahmen der Vorbereitung auf die Abiturprüfung, unter „unregelmäßiger Kontrolle“ Zugang zu diesen Computern habe. Sollten die Fanzines in der Haft produziert worden sein, könnten sie über die Post, über die Redaktion der Gefangenenzeitung oder von Jens Z. und F., die im Möbeltransportkommando eingesetzt seien und die Anstalt täglich verließen, aus der Anstalt gelangt sein. Es seien Hafträume – allerdings nicht Szczepanskis – durchsucht und die im Verdacht stehenden Gefangenen befragt worden, ohne dass sich der Verdacht erhärtet habe. „Aufgrund der geäußerten Verdächtigungen“ sollte gleichwohl eine Textkontrolle der ein- und ausgehenden Post angeordnet werden

Der Zeuge Richardt, der den Fall für die Abteilung IV des MdJBE bearbeitete, erklärte auf entsprechende Nachfrage, dass er sich die Schriften nicht angesehen habe und seine Einschätzung, dass die Produktion der Fanzines in der Anstalt technisch ausgeschlossen gewesen sei, vor allem auf der Stellungnahme eines Mitarbeiters aus dem Bereich EDV in der Anstalt gefußt habe.⁵⁹⁵

Er sagte vor dem Untersuchungsausschuss:

„Da wurde technisch praktisch ausgeschlossen, dass ganze Hefte da produziert wurden, in der Redaktionsdruckerei.“

Was letztlich nicht ausgeschlossen werden konnte, war - wie ich es eben schon sagte -, dass einzelne Aufsätze oder was auch immer da hergestellt werden und dann auch vervielfältigt werden. Aber auch dafür hat es keine Hinweise gegeben.“⁵⁹⁶

In dem Vermerk des Justizministeriums vom 20.12.1996 hieß es hierzu:

⁵⁹⁴ B 65\MAT_A_BB-9\MAT_A_BB-9-1d, S. 135.

⁵⁹⁵ Protokoll der 20. öffentlichen Sitzung vom 23.02.2018, S. 103-105.

⁵⁹⁶ Protokoll der 20. öffentlichen Sitzung vom 23.02.2018, S. 91.

„Nach Mitteilung des Computerfachmannes der Anstalt [...] würde ein Absuchen der Festplatten nach eventuell gespeicherten oder gelöschten Texten Tage dauern.“⁵⁹⁷

Der Zeuge Richardt bestätigte auf Nachfrage vor dem Untersuchungsausschuss, dass eine tiefergehende Untersuchung der Festplatte oder des Herausbringens etwaiger Zines über das Möbeltransportwesen nicht erfolgt sei:

„Nein, wir haben insgesamt gesagt: Es gibt kaum Anhaltspunkte dafür, dass es so war.“⁵⁹⁸

Der Abteilungsleiter IV des Justizministeriums vermerkte am 03.01.1997 in Reaktion auf eine Mitteilung der Abteilung III vom 20.12.1996 über das Ermittlungsverfahren gegen den Redakteur R. S.⁵⁹⁹ dass aus der Anzeige nicht hervorgehe, dass die Kopien für den „Weißen Wolf“ verwendet würden und somit die Presseerklärung⁶⁰⁰ vom 20.12.1996 zutreffend bleibe:

„Sieben (von 11) der Ablichtungen, die der Anzeige beigelegt waren [...] tauchen als Bl. 14, 7, 3, 6, 11, 10, 12 der Nr. 3 des Heftes ‚Der weiße Wolf‘ auf, das Gegenstand der Presseerklärung vom 20.12.1996 war. [...]“

Dieser Zusammenhang ist auch nicht mit Übersendung der Strafanzeige an die Anstalt für diese erkennbar geworden; die Anzeige enthält keinen Hinweis auf das Skinhead-Heft. Erst mit Bekanntwerden des Inhalts des kompletten Heftes wurde die Übereinstimmung mit sieben der Kopien deutlich, welche die Redaktion übergeben hat. Die Feststellung, bis zu diesem Zeitpunkt habe es keine Hinweise auf das Heft gegeben, bleibt demnach zutreffend. Dies gilt auch für die Mitteilung, daß ‚Der weiße Wolf‘ mit größter Wahrscheinlichkeit nicht in der Druckerei der Justizvollzugsanstalt Brandenburg a.d.H. oder in der Redaktion der Gefangenenzeitung hergestellt worden sei. Allerdings wird davon auszugehen sein, daß mehr Beiträge – möglicherweise auch vervielfältigt – aus der Anstalt gelangt sind, als dies bisher angenommen werden konnte.“⁶⁰¹

In Berichten der JVA Brandenburg vom 17.01.1997 und 04.02.1997 heißt es, dass sich der Vorwurf der systematischen Herstellung und professionellen Vervielfältigung rechtsextremer Propaganda trotz Kontrolle der ein- und ausgehenden Post nicht bestätigt habe. Es wird eingeräumt, dass eine lückenlose Postzensur in der gesamten

⁵⁹⁷ B 65\MAT_A_BB-9\ MAT_A_BB-9-1d, S. 135.

⁵⁹⁸ Protokoll der 20. öffentlichen Sitzung vom 23.02.2018, S. 104.

⁵⁹⁹ B 65 MAT A BB-9-1d, S. 315.

⁶⁰⁰ B 65 MAT AB BB – 9-1d, S. 263.

⁶⁰¹ B 64 MAT_A_BB 9-1-d, S. 321-323.

Anstalt nicht möglich sei. Auch habe eine Durchsicht aller durch Gefangene genutzte Computer keine Anhaltspunkte ergeben.⁶⁰²

In seiner Zeugenvernehmung vor dem Untersuchungsausschuss erinnerte sich Szczepanski, er habe von der Herstellung des Fanzines „Der weiße Wolf“ in der JVA gewusst und dies auch seinem V-Mann-Führer mitgeteilt.⁶⁰³ Er sagte aus:

„Es war so, dass in der JVA Brandenburg eine gefängniseigene Druckerei vorhanden war, wo zum Beispiel das Magazin vom „Weissen Wolf“ hergestellt worden ist. Das wurde halt direkt dort vervielfältigt.“⁶⁰⁴

Und weiter zum Vertriebsweg befragt:

„Der [Maik F.] wird es wahrscheinlich auch bei Besuchen dann mit rausgegeben haben. Verschicken hat sich ja nicht so angeboten.“⁶⁰⁵

Auf die Frage, ob die Fanzines aus der Justizvollzugsanstalt auch nach draußen transportiert werden könnten, sagte der Zeuge J.B.:

*„Ohne Probleme. Kann ich Ihnen noch was dazu sagen: Im Unterschied zu vielleicht existierenden normalen Postkontrollen von einzelnen Gefangenen -
- Die Redaktion der Zeitung hatte erst - da muss ich überlegen, warten Sie - seit 1999 oder 2000 eine Postkontrolle. Vorher hat die Redaktion alles, was sie gekriegt hat, unangeguckt bekommen und auch genauso wieder rausgeschickt - in Klammern: Pressegeheimnis.“⁶⁰⁶*

Der Bereichsleiter Sicherheit und Ordnung der JVA Brandenburg, O. S., sagte vor dem Untersuchungsausschuss:

„Da fällt mir spontan zu ein, dass wir so viel Dresche vom Ministerium gekriegt haben, weil wir nicht rausgekriegt haben, wo der hergestellt wird. Also, da haben wir sehr drunter leiden müssen, unter diesem ‚Weissen Wolf‘. Wir haben den auch regelmäßig gefunden bei den Gefangenen, bei Postkontrollen oder auch bei Haftraumkontrollen. Wir konnten uns aber nie erklären: Wo wird dieser hergestellt?

Wir haben alle Hinweise geprüft, auch in der Anstalt. Wir hatten ja eine Druckerei, und wir hatten auch eine Gefangenenredaktion, wo man - prädestiniert – sagen könnte: Die stellen die Dinger her. - Aber dazu hätte man den natürlich auch wieder in Größenordnungen rausschicken müssen aus der

⁶⁰² B 36_Generalakten – 4510-IV.007, S. 165f und S. 206f.

⁶⁰³ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 186.

⁶⁰⁴ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 81.

⁶⁰⁵ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 81.

⁶⁰⁶ Protokoll der 28. öffentlichen Sitzung vom 15.06.2018, S. 148.

Anstalt. Der wurde ja auch nicht nur bei uns verteilt, der wurde ja überall verteilt, auch in anderen Anstalten, zum Beispiel auch in Spremberg.“⁶⁰⁷

Und weiter:

„Wir haben tatsächlich versucht, die Zeitung und die Druckerei unter Beobachtung zu stellen und zu gucken: Kann es sein, dass dort irgendwas hergestellt wird? Wir haben Papier gezählt. Wir haben die Drucker überprüft. Wir haben von den dort beschäftigten Gefangenen - - Die haben wir verstärkt durchsucht, wenn die ihren Arbeitsbereich betreten oder verlassen haben. Also, wir haben schon auch auf die Gefangenen dort eine Menge Druck ausgeübt. Aber wir haben keinerlei Informationen bekommen: Wo sind die nun tatsächlich hergestellt worden? Wo werden die Zeitungen tatsächlich hergestellt?“⁶⁰⁸

Die vom Gefangenen J.B. auch angezeigte Nötigung und der Diebstahl eines Diktiergerätes der Redaktion der Gefangenenzeitung wurden von der Staatsanwaltschaft Potsdam mangels Beweis nicht weiterverfolgt. In seiner Zeugenvernehmung sagte J.B. aus, dass Szczepanski den Zeugen J.B., nachdem letzterer der Anstaltsleitung über die Vorfälle informiert sowie angezeigt habe, dass auch ein Diktiergerät fehle, bedroht habe:

„Und zwei Tage später, wirklich zwei Tage später, spricht mich der Szczepanski im Treppenhaus irgendwo unterwegs an und sagt: Mach kein Theater, ansonsten gibt's Ärger. - Also klipp und klar, und zwar mit dieser - - Ich muss dazusagen: Ich bin schon immer ein schmaler Hänfling gewesen, Szczepanski war immer schon, ich will nicht sagen, doppelt so viel, aber doch deutlich kräftiger gebaut. Ich wusste, wer er ist, ich wusste, wer da im Hintergrund alles voll zu ihm steht. Das war eine ganz klare Drohung.

Jetzt muss man dazusagen, um die Sache vollständig zu machen: Eine Woche später war das Diktiergerät wieder da. Es ist rein zufällig beim Friseur, der öffentlich war in der JVA, in einer Tasche gefunden worden.“⁶⁰⁹

3.3.1.4.2. Exkurs: Weiterführende Erkenntnisse des Untersuchungsausschusses zur Publikation „Der weiße Wolf“

„Der Weisse Wolf“ – die Schreibweise des Fanzines wechselt - wurde im Zusammenhang mit dem NSU relevant. In der Ausgabe Nr. 18 findet sich die Danksagung:

⁶⁰⁷ Protokoll der 29. öffentlichen Sitzung vom 02.07.2018, S. 98.

⁶⁰⁸ Protokoll der 29. öffentlichen Sitzung vom 02.07.2018, S. 99.

⁶⁰⁹ Protokoll der 28. Öffentlichen Sitzung vom 15.06.2018, S. 127f.

„Vielen Dank an den NSU, es hat Früchte getragen ;-) Der Kampf geht weiter...“⁶¹⁰

Zum Zeitpunkt der Danksagung (2002) hatte sich das Fanzine vom „Knastrundbrief“ zu einer Szenepublikation für Mecklenburg-Vorpommern entwickelt. Verantwortlich wurde der „Weisse Wolf“ vom späteren NPD-Landtagsabgeordneten David Petereit herausgegeben. Der Begriff „NSU“ war dem Brandenburger Verfassungsschutz bis zur Selbstenttarnung im Jahr 2011 nicht bekannt. Im Bericht der Landesregierung heißt es:

„Dem LfV Brandenburg lag seit Januar 2003 ebenfalls ein Exemplar der Nr. 18 des ‚Weissen Wolfs‘ vor. Das Fanzine wurde vom Beschaffungsreferat als Anlage zu einer DBM an die Auswertung übergeben. Wie von der Auswertung mit der Anlage verfahren wurde, ist aus den hier bisher vorliegenden Unterlagen nicht ersichtlich. Da das Fanzine wie erwähnt inzwischen seinen inhaltlichen Schwerpunkt in Mecklenburg-Vorpommern hatte, war es für das LfV Brandenburg auch nicht von zentraler Bedeutung.“⁶¹¹

Zum Beweisthema „Weißer Wolf“ wurde auch die damalige Lebensgefährtin von Maik F. vom Untersuchungsausschuss befragt. Sie war HNG-Aktivistin und stand Anfang 1997 zeitweise mit Uwe Mundlos in brieflichen Kontakt.⁶¹²

In ihrer Vernehmung bestritt sie, an der Herstellung des Weißen Wolfes beteiligt gewesen zu sein.

In der 7. Ausgabe des „Weissen Wolfs“ aus dem Jahr 1998 heißt es:

„Grüße von Sylvia gehen an [...] Kerkergemeinschaft Brandenburg, [...]Charlie, Martin, Steve und & Rest (England) [...]“⁶¹³

Der Zeugin wurde sowohl dieser Auszug als auch ein Szenemagazin „Ostara“ vorgehalten, in der sie als Kontaktadresse für die „Kerkergemeinschaft Brandenburg“ angegeben war. Sie erklärte, sie könne sich lediglich an den Namen „Charlie“ erinnern. Die Kerkergemeinschaft sage ihr nichts. Sie könne sich auch nicht mehr an den Grund der Grüße an Charlie erinnern:

„[...] Dass es vielleicht vom Carsten weitervermittelt wurde, jemanden anzuschreiben, in Haft usw., weil die HNG wollte ja auch im Ausland Gefangene

⁶¹⁰ Deutscher Bundestag, Drucksache 17/4600, S. 274.

⁶¹¹ Regierungsbericht MIK, S. 75.

⁶¹² B 43_Gutachten und Anlagen der Sachverständigen Antonia von der Behrens, S. 50f.

⁶¹³ „Der Weisse Wolf Nr. 7, S. 35.

betreuen - dass es da ein Zusammenhang ist. Aber das weiß ich auch nicht mehr.“⁶¹⁴

Sie führte aus:

„[...] Mit dem ‚Weissen Wolf‘ hatte ich nichts zu tun. Ich habe lediglich in verschiedenen Fanzines damals überall Artikel über die HNG geschrieben, oder Grüße, wie Sie jetzt gerade vorlegten. [...]

Ich war die Frau von Maik. Dass er, wenn er ein Fanzine macht, Grüße von mir mit reinschreibt, liegt auf der Hand. Aber ich habe nichts mit dem Inhalt oder der Herausgabe vom ‚Weissen Wolf‘ zu schaffen gehabt. Ich war nie dadran beteiligt.“⁶¹⁵

Auf die Frage, weshalb sie die dieselbe Postfachanschrift wie der „Weisse Wolf“ genutzt habe, sagte sie:

„Das kann sein, als wir nach Kronach⁶¹⁶ zogen, weil ich nicht wollte, dass meine Eltern da die ‚HNG-Nachrichten‘ bekommen, dass es hierbei um die gleiche Postanschrift ging. Ich habe auch sehr ungünstige Arbeitszeiten. Deshalb hatte ich unter Garantie mal irgendein Postfach. Aber ich weiß nicht, ob das das gleiche wie der ‚Weisse Wolf‘ war, weil das hat mein Mann gemacht, also das Postfach. [...]

Ich habe jetzt keine Erinnerung dran, wann ich ein Postfach hatte. Ich war an verschiedenen Orten, und ich hatte verschiedene Adressen und hatte auch Postfächer. Aber dass es gemeinsam mit dem ‚Weissen Wolf‘ war, lag dadran, dass ich halt in der Zeit mit meinem Mann zusammen war und wir dann keine zwei Postfächer brauchen. Und ich weiß auch nicht, warum er ein ‚Weisser Wolf‘ Postfach angegeben hatte, wo er den ‚Weissen Wolf‘ doch meines Erachtens nach nicht mehr machte.“⁶¹⁷

Auf die Frage, wie lange ihr Ehemann an der Herstellung des „Weissen Wolfs“ beteiligt gewesen sei, sagte sie:

„Das weiß ich nicht. Er fing mit dem ‚Weissen Wolf‘ an, als ich ihn noch nicht kannte, in der Zeit, als er in Haft war. Ich habe ihn ja erst 97 kennengelernt, und er hat dann auf meinen Wunsch hin den ‚Weissen Wolf‘ beendet. Aber in welchem Jahr er damit aufgehört hat, weiß ich nicht. Er hat es dann irgendeinem Freund von ihm übergeben, der das weitermachen sollte. [...]“⁶¹⁸

Die Zeugin verortete die Beteiligung zeitlich bis ca. ins Jahr 1999.

⁶¹⁴ Protokoll der 38. öffentlichen Sitzung vom 18.12.2018, S.47f.

⁶¹⁵ Protokoll der 38. öffentlichen Sitzung vom 18.12.1018, S. 50.

⁶¹⁶ Der Umzug fand im Jahr 2000 statt.

⁶¹⁷ Protokoll der 38. Öffentlichen Sitzung vom 18.12.2018, S. 50f

⁶¹⁸ Protokoll der 38. öffentlichen Sitzung vom 18.12.2018, S. 49.

Ein Beitrag aus dem „Weissen Wolf“ aus dem Jahre 1999 hatte eine Todesanzeige eines A. F. aus Rostock zum Inhalt, dem leiblichen Bruder des Maik F. In den HNG-Nachrichten (Ausgabe 220, Jahrgang 1999) findet sich eine Todesanzeige mit dem Text:

„Aufruf zur Hilfe! Unser erst 17jähriger Kamerad, André F., wurde von einem Aufgehetzten ermordet. Seine Familie braucht jetzt die Hilfe unserer Gemeinschaft“⁶¹⁹

Befragt nach der Tötung André F.s im Februar 1999 antwortete die Zeugin Silvia F. (E.):

„Mein Mann war immer sehr ruhig und ausgeglichen. Er hat nichts getrunken, als wir zusammenkamen. Also, ich stehe nicht auf Alkohol. Er hat nicht viel getrunken. Und zu dem Zeitpunkt hat er viel getrunken. Ja, er war halt immer traurig und wollte immer nach Rostock und die Täter suchen.“⁶²⁰

Und weiter:

„Er hatte unter Garantie Racheabsichten. Er hat aber immer zu mir gesagt, er hätte die Leute damals schon gesucht, die seinen Bruder umgebracht haben, aber da er ein Kind hat, ist ihm sein Kind wichtiger und die Zukunft von seinem Kind.“⁶²¹

3.3.1.4.3. Die Weiterführung der „United Skins“ während der Haft

Während seiner Untersuchungshaft in Königs Wusterhausen 1994 kam es bereits zu einem ersten Treffen zwischen Carsten Szczepanski und einem Mitarbeiter des Beschaffungsreferates des brandenburgischen Verfassungsschutzes. Aus dem Vermerk des VS-Mitarbeiters vom 03.08.1994 geht hervor, dass Carsten Szczepanski die Namen und Adressen der Magazinbesteller dem brandenburgischen Verfassungsschutz aushändigte.⁶²²

Szczepanski erklärte vor dem Untersuchungsausschuss auf die Frage, wie er „United Skins“ in der Haft weitergeführt habe:

⁶¹⁹ B 35_Verfassungsfeindliche Druckwerke, S. 421.

⁶²⁰ Protokoll der 38. öffentlichen Sitzung vom 18.12.2018, S. 30.

⁶²¹ Protokoll der 38. öffentlichen Sitzung vom 18.12.2018, S. 30f.

⁶²² Piatto Komplex_1994, S. 2.

„Das war eine Mischung aus Ablichtungen und Fotokopien, die man halt draußen gemacht hat, in Königs Wusterhausen. [...]“⁶²³

Auf die Frage, wer die Kopien in die Haftanstalt brachte, sagte Szczepanski:

„Das war diese Gemeinschaft der ‚United Skins‘.“⁶²⁴

Und weiter:

„Von Leuten wie Herrn Ralf L. zum Beispiel oder Frau B. M.“⁶²⁵

Seinem V-Mann-Führer Dieter Borchert habe er nur die fertigen Magazine übergeben.⁶²⁶

Szczepanski sagte, dass die Weiterführung des Fanzines auch im Interesse des Verfassungsschutzes lag. So habe er auch die Wertung des Verfassungsschutzschutzes verstanden:

„Ich hätte mir sonst die Mühe und die Arbeit damit auch nicht gemacht. Ich hätte zu diesem Zeitpunkt kein eigenes Szenemagazin gebraucht, um mich da irgendwie, keine Ahnung, zu profilieren oder aufzuwerten oder so. Nicht mehr zu dem Zeitpunkt.“⁶²⁷

Und weiter:

„Ich sehe das heute auch so – habe es damals eigentlich auch so gesehen -, weil über dieses Instrument des Magazins war es halt auch möglich, Leute anzuschreiben, die man vielleicht noch gar nicht kannte [...]. Also, das war schon auf jeden Fall ein nützliches Werkzeug.“⁶²⁸

Der Zeuge H.P. gab an, dass ihm Szczepanski von der Herstellung des Fanzines „United Skins“ erzählt habe:

„Zeuge H. P.: Also, er hatte mir das mal erklärt, dass das über die Gefängnisdruckerei wohl läuft, dass er das da wohl hat machen lassen. Die, sage ich mal, Leute, also aus der Szene, haben ihm Berichte zugeschickt, Fotos, und er hat das dann zusammengestellt und ...“

⁶²³ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 80.

⁶²⁴ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 80.

⁶²⁵ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 80.

⁶²⁶ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 81.

⁶²⁷ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 90.

⁶²⁸ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 90.

[Zuruf:] ... im Gefängnis drucken lassen.

*Zeuge H. P.: Im Gefängnis drucken lassen.*⁶²⁹

Der Zeuge Milbradt sagte vor dem Untersuchungsausschuss, dass Szczepanski auch während seiner Haftzeit die Möglichkeit gegeben gehabt habe, Einfluss auf die Gestaltung dieser Hefte zu nehmen. Aufgrund der (Haft-) Umstände habe er aber nicht die Redaktionsleitung innegehabt.⁶³⁰ Er habe jedoch Beiträge geliefert und auf die Gestaltung des Hefts durch Ratschläge Einfluss genommen⁶³¹. Hinsichtlich der Einflussnahme des Verfassungsschutzes bestätigte Milbradt auf entsprechende Nachfrage, die Hefte seien mit Einverständnis und Wissen des Verfassungsschutzes „betrieben“, aber nicht aktiv gefördert worden. Unterbunden hätte er die Produktion aber auch nicht.⁶³²

Dieter Borchert sagte vor dem Untersuchungsausschuss aus, dass ihm „nicht bekannt“ sei, dass Szczepanski das Fanzine „United Skins“ in der JVA erstellt habe.⁶³³ Er halte es für möglich, dass Szczepanski aus der Haft Beiträge geliefert habe. Dass er in der JVA das „Gesamtwerk“ hergestellt habe, könne er sich allerdings nicht vorstellen. Zur Begründung führt er aus, dass Szczepanski schließlich „nicht im Besitz einer Druckerei“⁶³⁴ gewesen sei.

Bei seiner Befragung vor dem Untersuchungsausschuss wurde dem V-Mann-Führer Dieter Borchert ein Vermerk des Leiters der Abteilung V des Innenministeriums Dr. Förster vom 03.04.1997 vorgelegt, in dem es heißt:

„In der von mir erbetenen Rücksprache am 3. April 1997 erklärte der V-Mann-Führer, dass er aufgrund seines Kontaktes mit Carsten S. definitiv wisse, dass ‚United Skins‘ nicht in der JVA Brandenburg gedruckt wurde und werde. Auf meine konkrete Nachfrage erklärte er zudem, dass der brandenburgische Verfassungsschutz bzw. er selbst in Person in keiner Weise an der Herstellung von ‚United Skins‘ beteiligt gewesen sei, auch nicht etwa durch Transport von Manuskripten oder dergleichen in die JVA oder aus der JVA heraus. Es sei lediglich nicht auszuschließen bzw. zu vermuten, daß die der Quelle bei Besuchen ausgehändigten Schreibmaschinenbänder nicht nur für sonstigen

⁶²⁹ Protokoll der 26. öffentlichen Sitzung vom 04.05.2018, S. 114.

⁶³⁰ Protokoll der 22. öffentlichen Sitzung vom 22.03.2018, S. 112.

⁶³¹ Protokoll der 22. öffentlichen Sitzung vom 22.03.2018, S. 100.

⁶³² Protokoll der 22. öffentlichen Sitzung vom 22.03.2018, S. 123.

⁶³³ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 158f.

⁶³⁴ Protokoll der 24. Öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 159.

Schriftverkehr, sondern auch im Zusammenhang mit den Fanzines Verwendung gefunden hätten.“⁶³⁵

An das dem Vermerk zugrundeliegende Gespräch hatte der Zeuge Dieter Borchert keine Erinnerung mehr. Die Frage, ob er als V-Mann-Führer einzelne Artikel des „United Skins“ Szenenangehörigen übergeben habe, verneinte Dieter Borchert. Er habe möglicherweise Artikel des Fanzines United Skins im Referat Auswertung der Verfassungsschutzbehörde vorgelegt.⁶³⁶

Der damalige Abteilungsleiter des Verfassungsschutzes Dr. Förster erinnerte sich vor dem Untersuchungsausschuss, dass er Sorge hatte, dass Szczepanski die ihm vom Verfassungsschutz zur Verfügung gestellten Schreibmaschinenbänder benutze, um Schriften herzustellen, die die Verbindung der rechtsextremen Szene unterstützten. Er ließ sich vor dem Untersuchungsausschuss wie folgt ein:

„Ich kann mich auch erinnern, dass ich eine schriftliche Verfügung gemacht habe, die nur zwei Menschen betraf, den Herrn G. und seinen Referatsleiter, vor dem Hintergrund dieser Schreibmaschinenbänder, dass die zu den Akten schriftlich zu versichern hätten, dass keine Gegenstände dem Szczepanski in die Haft geliefert würden seitens des Verfassungsschutzes a conto V-Mann-Führung, die verboten wären.

Und ich kann mich sehr genau erinnern - weil das ist eigentlich eine gruselige Erinnerung -, dass der Referatsleiter das blitzschnell unterschrieben hat, diese Versicherung, und dass der Herr G. sich sehr viel Zeit genommen hat, das zu unterschreiben. Das hat mein Vertrauen nicht unbedingt gefördert.“⁶³⁷

Der Zeuge Milbradt versicherte:

„Wie hätte er beteiligt sein können? Also, die technische Herstellung hat ganz gewiss nichts mit dem V-Mann-Führer zu tun. Und auf den Inhalt hat er insofern Einfluss genommen, als Szczepanski angewiesen wurde, keine offenkundig strafbaren Inhalte in dieses Heft aufzunehmen. Diese Weisung ist ihm durch den Quellenführer übermittelt worden, ja.“⁶³⁸

Rudolf Keseberg, von Februar 1992 bis Oktober 1996 stellvertretender Abteilungsleiter und bis 1998 Referatsleiter des Grundsatzreferats, erklärte vor dem Untersuchungsausschuss, dass es bei der Anwerbung Szczepanskis „sicherlich“ auch eine Rolle gespielt habe, dass er „in der Verbreitung rechtsextremistischer

⁶³⁵ B 4 Herabstufungen, 53-004-S-530 003-0000-0040_2018 VS NFD Liste 4, Nr. 37.

⁶³⁶ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 160f.

⁶³⁷ Protokoll der 31. öffentlichen Sitzung vom 30.08.2018, S. 146.

⁶³⁸ Protokoll der 22. öffentlichen Sitzung vom 22.03.2018, S. 113.

*Propaganda auch eine wichtige Rolle als Redakteur quasi einnahm*⁶³⁹ und dadurch an viele Kontakte und Informationen rankam, „*bevor er einfuhr*“⁶⁴⁰. Dass Szczepanski die Kontakte als Redakteur auch in der Haft weiter pflegen müsse, sei bei den Entscheidungen, an denen er „dann in der frühen Zeit beteiligt“ gewesen sei, „*nicht Inhalt*“ gewesen, *sondern da ging es um die Abschöpfung seiner Erkenntnisse*.⁶⁴¹

Im Nachgang zu den Ermittlungen zur Fanzine-Herstellung in der JVA Brandenburg an der Havel vermerkte der stellvertretende Abteilungsleiter des Verfassungsschutzes Brandenburg Milbradt auf der Deckblattmeldung im Fall „Piatto“ vom 06.10.1997:

*„V/4: Es hat dabei zu verbleiben (vgl. meine Vfg. V. 3.4.97), daß sich der Bbg. Verfassungsschutz in keiner Weise - innerhalb und außerhalb der JVA – an der Erstellung von „United Skins“ beteiligt.“*⁶⁴²

In dieser Deckblattmeldung wird auch über die 11. Ausgabe der „United Skins“ und deren Produktion berichtet:

„Vor kurzem ist die elfte Ausgabe des Zines ‚United Skins‘ in einer Auflage von 500 Exemplaren erschienen. Hergestellt und vertrieben wird das Zine von Chemnitzer und Brandenburger Skinheads unter redaktioneller Beteiligung des in der JVA Brandenburg einsitzenden Carsten SCZCEPANSKI

*Die Chemnitzer Skinszene läßt viele ihrer Schriften bei folgender Firma herstellen: [...] Chmenitz.“*⁶⁴³

Die Produktion des Fanzines „United Skins“ war in den Jahren 1999 und 2000 Gegenstand eines Ermittlungsverfahrens des LKA Brandenburgs (vgl. hierzu Kapitel 3.5.1.).

3.3.1.5. Haftverkürzung

3.3.1.5.1. Dolgenbrodt-Verfahren und Ermittlungshinweise

In der Nacht vom 31.10.1992 auf den 01.11.1992 wurde im brandenburgischen Dolgenbrodt auf ein als Wohnunterkunft für Asylbewerber vorgesehenes und bezugsfertiges ehemaliges Kinderferienheim ein Brandanschlag verübt. Es fanden mindestens zwei Molotowcocktails Verwendung. Durch den Brand wurde der gesamte

⁶³⁹ Protokoll der 22. öffentlichen Sitzung vom 22.03.2018, S. 72.

⁶⁴⁰ Protokoll der 22. öffentlichen Sitzung vom 22.03.2018, S. 72.

⁶⁴¹ Protokoll der 22. öffentlichen Sitzung vom 22.03.2018, S. 72.

⁶⁴² B 4_Ordner 3_1997, S.108.

⁶⁴³ B 4_Ordner 3_1997, S.102.

Wohntrakt zerstört. In einem ersten Gerichtsverfahren wurde der Angeklagte Silvio J. vor dem Landgericht Potsdam freigesprochen. Der Bundesgerichtshof hob das Urteil auf und verwies es zur erneuten Verhandlung an das Landgericht Frankfurt (Oder) zurück. Carsten Szczepanski sagte in der Hauptverhandlung vor dem Landgericht Frankfurt (Oder) als Zeuge gegen den Angeklagten Silvio J. aus und belastete ihn.⁶⁴⁴

Die Einführung der Aussage Szczepanskis in die öffentliche Hauptverhandlung war problematisch, weil er zu diesem Zeitpunkt bereits Quelle des Verfassungsschutzes war.

Der Untersuchungsausschuss ist der Frage nachgegangen, ob bzw. in welchem Maße die Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) Szczepanski für seine Zeugenaussage in diesem Verfahren Hafterleichterungen oder gar eine Haftverkürzung in Aussicht stellte.

3.3.1.5.1.1. Verwertung von Szczepanskis Angaben im Dolgenbrodt-Verfahren

Staatsanwältin Petra Marx, die bereits an der Verurteilung Szczepanskis wegen des Mordversuchs an Steve Erehni mitgewirkt hatte, übernahm das sogenannte Dolgenbrodt-Verfahren gemeinsam mit ihrem Kollegen Joachim Sörries. Sie erinnerte sich vor dem Untersuchungsausschuss:

„[...] Ein möglicher Schlüssel, um Silvio J. zu überführen, ist die Spur 21, Szczepanski. Das habe ich sofort gesehen [...].“⁶⁴⁵

Und weiter:

„Zu diesem Zeitpunkt war uns klar, dass Szczepanski - also als V-Mann oder wie auch immer - für den Verfassungsschutz arbeitet. [...]“⁶⁴⁶

Und weiter:

„Er [der Abteilungsleiter und leitende Oberstaatsanwalt Lehmann] hat jetzt aber nicht gesagt: ‚Frau Marx, an den können wir nicht ran, das ist ein V-Mann, den können wir jetzt hier nicht bringen‘, sondern unter Abwägung auch: Wir wollten

⁶⁴⁴ Regierungsbericht MdJEV, S. 31.

⁶⁴⁵ Protokoll der 17. öffentlichen Sitzung vom 08.12.2017, S. 80. In einem Vermerk des Abteilungsleiters III MDJE Dr. Lemke vom 17.10.1995 ist hierzu vermerkt: „Frau Staatsanwältin Marx wußte aus anderer Aktenkenntnis, daß Sz. den Angeklagten des Dolgenbrodt-Prozesses Silvio J. kannte. Dies wußte allerdings auch Abteilung III, wobei entsprechende Hinweise an die den ersten Dolgenbrodt-Prozeß führende StA Potsdam keine weiteren Ermittlungstätigkeiten ausgelöst hatten.“ (B 65 MAT A BB-9-1b, S. 37)

⁶⁴⁶ Protokoll der 17. öffentlichen Sitzung vom 08.12.2017, S. 80.

*dieses Verfahren, wir müssen alles tun und können nicht diese schlüssige, mögliche Beweiskette und Beweisermittlungslinie, die ich gesehen habe, jetzt unterdrücken und einfach sagen: ‚Das blenden wir mal aus, und dann bleibt das eben ungeklärt, [...]‘.*⁶⁴⁷

Und weiter:

*„Dann sagte Herr Lehmann: ‚Frau Marx, Sie fahren hin und hören ihn informell, also hören sich ihn an‘, nachdem er - das schlussfolgere ich jetzt - unser Chef, mit dem Chef des Verfassungsschutzes gesprochen haben muss, ihm ‚die Beweissicht von Frau Marx‘ mitgeteilt hat und gesagt hat: Frau Marx wird - und das ist schlüssig, dem müssen wir nachgehen - Szczepanski in den Zeugenstand rufen lassen. - Damit war das natürlich nachvollziehbar für den Verfassungsschutz eine schwierige Lage.“*⁶⁴⁸

Es kam nach Angaben von Staatsanwältin Marx zunächst zu einem Gespräch zwischen einem Mitarbeiter des Verfassungsschutzes und ihr. In diesem Gespräch schilderte ihr der Verfassungsschützer, was Szczepanski über die Tat wusste.⁶⁴⁹

Am 06.09.1995 fuhr Staatsanwältin Marx zu Szczepanski in die Justizvollzugsanstalt Brandenburg, um ihn informatorisch zu befragen.

Nach einem Vermerk des Verfassungsschutzes vom 25.09.1995 fand am 20.09.1995 ein weiteres Gespräch zwischen Szczepanski und Marx als Vertreterin der Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) in der JVA Brandenburg a. d. Havel statt, an dem nun auch ein Vertreter des Verfassungsschutzes teilnahm. Im Vermerk heißt es:

„Frau Staatsanwältin Marx informierte S. im Beisein des Unterzeichners über die aktuelle Entwicklung des ‚Dolgenbrodt-Prozesses‘. Sie führte aus, daß der Name des S. vom Angeklagten Jankowski selbst in das Verfahren eingebracht worden sei. Eine Ladung des S. könne nunmehr vom Gericht selbst beschlossen werden.“

Der Unterzeichner wies S. darauf hin, daß er bereits durch seine Aussagen vom 06.09.1995 erheblich zur Aufklärung des Falles beigetragen habe. Die Änderung der jetzigen Taktik diene vorrangig dazu, möglichen Schaden von ihm selbst abzuwenden. Die ursprünglich angedachte Variante ‚Zeuge vom Hörensagen‘ habe die Gefahr in sich getragen, das Interesse der Öffentlichkeit über Gebühr zu wecken.“

⁶⁴⁷ Protokoll der 17. öffentlichen Sitzung vom 08.12.2017, S. 80.

⁶⁴⁸ Protokoll der 17. öffentlichen Sitzung vom 08.12.2017, S. 80f.

⁶⁴⁹ Protokoll der 17. öffentlichen Sitzung vom 08.12.2017, S. 81.

S. äußerte sein Einverständnis, als Zeuge in der Verhandlung gegen Jankowski auszusagen.

Staatsanwältin Marx wies den S. darauf hin, daß er vereidigt werden würde und versicherte ihm gleichzeitig, ihm keine ihn belastenden Fragen zu stellen.

*Eine Ladung des S. wird für Freitag, den 29.09.1995 erfolgen.*⁶⁵⁰

Staatsanwältin Marx erinnerte sich vor dem Untersuchungsausschuss, dass im Hinblick auf den Status Szczepanskis als Quelle des Verfassungsschutzes zunächst Unschlüssigkeit darüber bestand, ob Szczepanski selbst, lediglich sein V-Mann-Führer oder sie selbst als Zeugin vom Hörensagen vernommen werden sollte. Letztlich sei die Entscheidung der Staatsanwaltschaft dahingehend gefallen, Szczepanski selbst als Zeugen zu hören.⁶⁵¹

Der Vorsitzende Richter am Landgericht Frankfurt (Oder) sollte über die Kontakte Szczepanskis zum Verfassungsschutz informiert werden. Dieses Vorgehen war innerhalb der Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) allerdings vorab weder mit der Generalstaatsanwaltschaft noch mit dem Justizministerium abgestimmt. Vor der Abgabe ihrer Prozessklärung vom 12.10.1995 informierte Staatsanwältin Marx den Vorsitzenden Richter außerhalb der Hauptverhandlung, dass Carsten Szczepanski mit dem Verfassungsschutz zusammenarbeite.⁶⁵²

Das rührte daher, dass im Hauptverhandlungstermin vom 10.10.1995 die Verteidigung des Angeklagten Silvio J. beantragt hatte, die Besucherliste bezüglich des Zeugen Szczepanski in der JVA Brandenburg an der Havel der letzten sechs Monate beizuziehen. Staatsanwältin Marx gab im Sitzungstermin am 17.10.1995 eine am 12.10.1995 verfasste Prozessklärung ab. In dieser schilderte sie, dass sie Szczepanski am 06.09.1995 in der JVA Brandenburg an der Havel aufgesucht habe, um ihn informatorisch zu befragen. Sie begründete dies damit, dass sich ihr beim Studium der Verfahrensakten der Eindruck aufgedrängt habe, Szczepanski könne zur Aufklärung des Sachverhaltes beitragen. Am 20.09.1995 habe sie ihn ein weiteres Mal

⁶⁵⁰ Piatto Komplex 1995, S. 38.

⁶⁵¹ Protokoll der 17. öffentlichen Sitzung vom 08.12.2017, S. 82.

⁶⁵² B 65 MAT A BB-9-1b, S. 67.

aufgesucht, um seine Angaben zu überprüfen.⁶⁵³ Über den Inhalt der Gespräche verfasste sie einen Vermerk.⁶⁵⁴

In einem Schreiben des damaligen Abteilungsleiters Wolfgang Pfaff an den Leitenden Oberstaatsanwalt beim Landgericht Frankfurt (Oder) und an das Ministerium der Justiz und für Bundes- und Europaangelegenheiten, datiert auf den 16.10.1995 heißt es dazu:

„Frau Staatsanwältin Marx hat ohne unsere Zustimmung den Vorsitzenden der Großen Strafkammer in Frankfurt (Oder) hierüber [Kontakte zwischen Szczepanski und der brandenburgischen Verfassungsschutzbehörde] unterrichtet. Eine Ermächtigung unsererseits dazu war nicht erklärt worden.

Ich widersetze mich mit Nachdruck einer öffentlichen Erörterung dieses Sachverhaltes in der Hauptverhandlung. Die Offenbarung der von seiten Sz's bestehenden Kontakte zu Verfassungsschutzbehörden führt zu aktueller Lebensgefährdung über Jahrzehnte und zwar jetzt während des Verweils in der Haftanstalt, als auch im Falle einer späteren Entlassung. Zu seinem Schutz werden – und das belegen vielerlei Erfahrungen – Aufwendungen in Höhe mehrerer Millionen DM entstehen. Hierfür werden die Justizbehörden haftbar gemacht.“⁶⁵⁵

Als Reaktion hierauf konnte Staatsanwältin Marx den Vorsitzenden Richter überzeugen, von einer formellen Einführung der Mitteilungen der Staatsanwaltschaft in das Verfahren abzusehen.⁶⁵⁶

Zehn Tage später, am 26.10.1995, wiederholte Verfassungsschutz-Leiter Pfaff in einem Schreiben an das Justizministerium seine Befürchtung:

„Sollte durch eine der morgen zu erwartenden Zeugenaussagen eine Verbindung des Zeugen Szczepanski zu Sicherheitsbehörden, insbesondere zum Ministerium des Innern des Landes Brandenburg erkennbar werden, wird die in meinem Schreiben vom 18.10. d.J. dargestellte Gefährdung des Sz. sofort eintreten“⁶⁵⁷

Mit der Abgabe der Prozessklärung von Staatsanwältin Marx sollte diese als Zeugin in die Hauptverhandlung eingeführt werden. Infolge dessen kam es zu einem

⁶⁵³ 2017-04-19 B13 - B65 - B104\StA FFO - 205 Js 110-95 VA - Stand 10_02_2017\205A js 110-95 VA\205A js 110-95 Sachakten, Band VIII, S. 281-283.

⁶⁵⁴ 2017-04-19 B13 - B65 - B104\StA FFO - 205 Js 110-95 VA - Stand 10_02_2017\205A js 110-95 VA\205A js 110-95 Sachakten, Band VIII, S. 327.

⁶⁵⁵ Piatto Komplex_1995, S. 69f.

⁶⁵⁶ B 65, MAT A BB -9-1b, S. 69f.

⁶⁵⁷ Piatto-Komplex_1995, S. 93.

Gesprächstermin zwischen Vertretern des Justizministeriums und dem brandenburgischen Verfassungsschutz am 18.10.1995. An diesem Besprechungstermin nahmen unter anderem der damalige Abteilungsleiter III im Justizministerium Dr. Lemke, der damalige Abteilungsleiter Pfaff, der Vertreter der Generalstaatsanwaltschaft Leitender Oberstaatsanwalt Bröhmer, Staatsanwältin Marx und die stellvertretende Leitende Oberstaatsanwältin aus Frankfurt (Oder) Hundertmark teil. Der Abteilungsleiter des Verfassungsschutzes Pfaff und der Vertreter der Generalstaatsanwalt Bröhmer setzten sich zunächst für eine Verweigerung der Aussagegenehmigung von Staatsanwältin Marx nach § 54 StPO⁶⁵⁸ ein, um zu verhindern, dass Kontakte zum Verfassungsschutz preisgegeben würden. Staatsanwältin Marx wurde am 19.10.1995 eine Aussagegenehmigung erteilt, die solche Angaben nicht umfasste, die „dem Wohle des Bundes oder eines deutschen Landes Nachteile bereiten oder die Erfüllung öffentlicher Aufgaben ernstlich gefährden oder erheblich erschweren würden“, was näher erläutert wurde.⁶⁵⁹

Die Kontakte Szczepanskis zum Verfassungsschutz wurden in seiner erneuten Vernehmung am 14.12.1995 und auch in der Vernehmung von Staatsanwältin Marx nicht erörtert.

Die Aussage Szczepanski war nach Einschätzung des MdJBE zur Belastung des Angeklagten im Dolgenbrodt-Prozess nicht unwesentlich, allerdings auch nicht unabdingbar. So vermerkte Dr. Lemke am 17.10.1995:

„Auf der anderen Seite ist aus Sicht von Abteilung III der Angeklagte inzwischen so intensiv belastet worden, daß nach meiner richterlichen Prozeßerfahrung ein Freispruch mangels Beweises wie seinerzeit in Potsdam nicht mehr begründet werden kann. Im Hinblick darauf könnte auch eine als unglaublich angesehen Aussage des Zeugen Sz. die bisherige Belastung nicht aus der Welt schaffen.“⁶⁶⁰

⁶⁵⁸ Nach § 54 StPO gelten für die Vernehmung von Beamten als Zeugen über Umstände, auf die sich ihre Pflicht zur Amtsverschwiegenheit bezieht, und für die Genehmigung zur Aussage die besonderen beamtenrechtlichen Vorschriften. Eine Genehmigung durfte nach den beamtenrechtlichen Vorschriften versagt werden, wenn die Aussage dem Wohle des Bundes oder eines deutschen Landes Nachteile bereiten oder die Erfüllung öffentlicher Aufgaben ernstlich gefährden oder erheblich erschweren würde.

⁶⁵⁹ 2017-04-19 B 13–B 65–B 104, StA FFO – 205 Js 110-95 VA, Sachakten, 205A js 110-95 Bd.X_ocr.pdf, S. 329.

⁶⁶⁰ B 65, MAT A BB-9-1b, S. 73-75.

Seine Motivation für die Aussage im Dolgenbrodt-Verfahren erklärte Szczepanski vor dem Untersuchungsausschuss folgendermaßen:

„Ich habe es auch als Teil von meinem Job gesehen. Wie gesagt, diese Einzelhaftunterbringung war da auch noch mal ein Thema. Ich weiß auch gar nicht mehr - - Ich meine, das wäre schon in der JVA Brandenburg gewesen. Ich meine, dass ich gefragt worden bin, ob ich da aussagen würde und ob das für mich quasi okay wäre, wenn die Frau Marx das macht.“⁶⁶¹

Zudem sei der Angeklagte Silvio J. in der rechten Szene nicht angesehen gewesen; er habe deswegen nicht befürchtet, sich durch eine Aussage besonders verdächtig zu machen.

Neben Carsten Szczepanski belastete der ebenfalls in der JVA Brandenburg an der Havel einsitzende Mittäter beim Mordversuch in Wendisch-Rietz, K. Mü., den Angeklagten Silvio J. im sogenannten Dolgenbrodt-Verfahren. Dazu sagte Frau Marx vor dem Untersuchungsausschuss:

„K. Mü. wurde ja parallel am 22.09. von meinem Kollegen - das war auch die Weisung aus der Beratung, auch K. Mü. zu Silvio J. zu vernehmen - gehört. Herr Sörries ist da auch in die JVA gefahren, hat ihn vernommen. K. Mü. hat tendenziell das also auch bestätigt, was Szczepanski - - Das beides zusammen hat uns die Sicherheit gegeben: Wir können das vertreten.“⁶⁶²

Der Zeuge Sörries schilderte dem Untersuchungsausschuss die Vernehmung von K. Mü. wie folgt:

„Ich wurde zum Behördenleiter gerufen, sollte trotz der schon laufenden Hauptverhandlung nach Brandenburg (Havel) fahren und den K. Mü. vernehmen, weil er eben auch wohl annonciert hatte, dass er Angaben zur Sache machen könne.“⁶⁶³

Und weiter:

„Diese Möglichkeit wollte sich dann eben auch K. Mü. eröffnen und hat dann auch entsprechend im Dolgenbrodt-Verfahren ausgesagt, also quasi den Silvio J. in gewisser Weise - sagen wir es mal - angeschissen und ans Messer geliefert.“⁶⁶⁴

⁶⁶¹ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 61.

⁶⁶² Protokoll der 17. öffentlichen Sitzung vom 08.12.2017, S. 83.

⁶⁶³ Protokoll der 22. öffentlichen Sitzung vom 22.03.2018, S. 27.

⁶⁶⁴ Protokoll der 22. öffentlichen Sitzung vom 22.03.2018, S. 30.

K. Mü. erklärte vor dem Untersuchungsausschuss:

„Er kam irgendwann zu mir, praktisch an die Gefängnismauer. Da konnte man damals noch so schön pendeln, also halt so alles Mögliche, Schnaps und solche Sachen, und auch ein bisschen quatschen und alles Mögliche. Und der hat mir irgendwann halt erzählt, dass er das gemacht hat, was sich die anderen nicht getraut haben, in diesem Zusammenhang. Konnte ich erst mal nichts mit anfangen. Konnte dann später damit was anfangen, wo ich wusste, worum es ging. Als ich dann im Gefängnis davon gehört habe, dass er jetzt plötzlich irgendwelche anderen Leute da beschuldigt, wo ich wusste, dass die damit definitiv nichts zu tun hatten - weil er mir ja selber gesagt hat, dass er es gemacht hat -, da habe ich mich der Staatsanwaltschaft zur Verfügung gestellt.“⁶⁶⁵

3.3.1.5.1.2. Informelle Verfahrensabsprachen

Der Untersuchungsausschuss ist der Frage nachgegangen, ob die Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) Szczepanski im Gegenzug für seine Aussage im Dolgenbrodt-Prozess eine Entlassung nach der Verbüßung der Hälfte der Haftstrafe in Aussicht stellte.

Eine Haftverkürzung ist nach der Verbüßung der Hälfte oder zwei Dritteln der Haftstrafe gesetzlich geregelt.

Nach § 57 Abs. 1 des Strafgesetzbuches (StGB) setzt das Gericht die Vollstreckung des Restes einer zeitigen Freiheitsstrafe zur Bewährung aus, wenn (1.) zwei Drittel der verhängten Strafe, mindestens jedoch zwei Monate, verbüßt sind, (2.) dies unter Berücksichtigung des Sicherheitsinteresses der Allgemeinheit verantwortet werden kann, und (3.) die verurteilte Person einwilligt. Bei der Entscheidung sind insbesondere die Persönlichkeit der verurteilten Person, ihr Vorleben, die Umstände ihrer Tat, das Gewicht des bei einem Rückfall bedrohten Rechtsguts, das Verhalten der verurteilten Person im Vollzug, ihre Lebensverhältnisse und die Wirkungen zu berücksichtigen, die von der Aussetzung für sie zu erwarten sind.

Nach § 57 Abs. 2 StGB kann das Gericht schon nach Verbüßung der Hälfte einer zeitigen Freiheitsstrafe, mindestens jedoch von sechs Monaten, die Vollstreckung des Restes zur Bewährung aussetzen, wenn (1.) die verurteilte Person erstmals eine Freiheitsstrafe verbüßt und diese zwei Jahre nicht übersteigt oder (2.) die

⁶⁶⁵ Protokoll der 31. öffentlichen Sitzung vom 30.08.2018, S. 111.

Gesamtwürdigung von Tat, Persönlichkeit der verurteilten Person und ihrer Entwicklung während des Strafvollzugs ergibt, dass besondere Umstände vorliegen, und die übrigen Voraussetzungen des Absatzes 1 erfüllt sind.

Auf die Frage, ob die damals im Wendisch-Rietz- und Dolgenbrodt-Prozess zuständige Staatsanwältin Petra Marx, an irgendeiner Stelle Hafterleichterungen oder einen so genannten Halbstrafentermin in Aussicht gestellt habe, antwortete sie im Untersuchungsausschuss:

„Nein, natürlich nicht.“⁶⁶⁶

Im Mai 1995 soll es laut Vermerk des brandenburgischen Verfassungsschutzes zur Vorbereitung eines Gesprächs mit der Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) vom 05.03.1997 - in dem der Verfasser, der damalige Referatsleiter Beschaffung Odendahl, den bisherigen Geschehensablauf rekonstruiert - zu einem Gespräch zwischen dem Leiter der Abteilung für Verfassungsschutz und Vertretern der Staatsanwaltschaft gekommen sein. In dem Vermerk heißt es:

„In diesem Gespräch war von den dem Informanten zu gewährenden Vorteilen (Ausführung zu Großmutter oder der Lebenspartnerin [...]) die Rede, insbesondere wenn sich der Informant im sogenannten ‚Dolgenbrodt-Prozess‘ kooperativ zeige.

Dieses Gespräch ist zunächst ohne konkrete Ergebnisse abgebrochen und dann – nach durchgeführter Prüfung der bestehenden Möglichkeiten – von Herrn AL V und V/4.01 und den Vertretern der Staatsanwaltschaft zu einem späteren Gesprächstermin fortgesetzt worden.“⁶⁶⁷

Weiter heißt es in dem Vermerk vom 05.03.1997:

„Auch muß sie hier [Staatsanwältin Marx im Gespräch am 6.9.1995] zum ersten Mal angeboten haben, sich aufgrund des kooperativen Verhaltens des Informanten für eine Reduzierung seiner Haftstrafe einzusetzen. In diesem Zusammenhang ist zum ersten Mal von einer sogenannten ‚Halbstrafe‘ die Rede gewesen.“⁶⁶⁸

Im weiteren Verlauf des Vermerkes heißt es:

⁶⁶⁶ Protokoll der 17. öffentlichen Sitzung vom 08.12.2017, S. 78.

⁶⁶⁷ B4 Herabstufungen Anfrage UA 6-1 vom 31_1_2018 VSNFD, 7_1997_Vermerke-PIATTO-308-532-Seite86-90_Page393-397-VSndf-bwpsmd, S. 2.

⁶⁶⁸ B4 Herabstufungen Anfrage UA 6-1 vom 31_1_2018 VSNFD, 7_1997_Vermerke-PIATTO-308-532-Seite86-90_Page393-397-VSndf-bwpsmd, S. 2.

„Am 04.10.1995 hat Frau M[geschwärzt] V/4.01 angerufen und ihm mitgeteilt, daß sie mit der (ersten) Aussage des Informanten im Strafprozess sehr zufrieden gewesen sei und nun über die Konkretisierung der Vorteile für ihn nachdenke. Zur Diskussion standen die Verlegung in eine andere JVA und in eine Einzelzelle (der Informant saß zu der Zeit noch in Königs Wusterhausen ein) sowie die Gewährung einer Umschulungsmaßnahme. Eine solche Maßnahme könne jedoch nur in der JVA Brandenburg durchgeführt werden. V/4.01 hat Frau M[geschwärzt] in diesem Gespräch erklärt, daß die Umschulungsmaßnahme im Vordergrund der Überlegungen stehen würde. In diesem Gespräch war vom Angebot einer ‚Halbstrafe‘ nicht die Rede.“⁶⁶⁹

Weiter heißt es im Vermerk vom 05.03.1997:

„Nach diesen Kontaktaufnahmen zum MdJBE [im Zuge der Aussagegenehmigung von Staatsanwältin Marx] hat es weitere Gespräche zwischen den AL V und den Abteilungsleitern des MdJBE (Herrn D[geschwärzt] und Herrn [geschwärzt] gegeben, die nicht dokumentiert sind. Im Verlauf dieser Gespräche müssen die Gesprächspartner des MdJBE die Idee der ‚Halbstrafe‘ nicht nur aufgenommen haben, es war auch von einer ‚Amnestie‘ für den Informanten die Rede. Eine solche Maßnahme wurde jedoch von hier (AL V) ausdrücklich abgelehnt, um den Informanten nicht gefährden.“⁶⁷⁰

Zum Ende des Vermerkes heißt es:

„Nach Abschluß des ‚Dolgenbrodt-Verfahrens‘ sind weder der MdJBE, noch die Staatsanwaltschaft auf einzelne der dem Informanten gemachten Angebote zurückgekommen.“

Der Informant

- *nimmt zwar an einer Schulungsmaßnahme teil (Abitur) und*
- *er hat bis zum Jahresende verschiedentlich Ausgang gehabt.*

Er

- *sitzt aber weiterhin in einer Gemeinschaftszelle und*
- *er hat noch keine Nachricht über weitere möglichen Vergünstigungen“⁶⁷¹*

Abschließend heißt es im Vermerk vom 05.03.1997:

⁶⁶⁹ B4 Herabstufungen Anfrage UA 6-1 vom 31_1_2018 VSNFD, 7_1997_Vermerke-PIATTO-308-532-Seite86-90_Page393-397-VSnfd-bwpsmd, S. 3.

⁶⁷⁰ B4 Herabstufungen Anfrage UA 6-1 vom 31_1_2018 VSNFD, 7_1997_Vermerke-PIATTO-308-532-Seite86-90_Page393-397-VSnfd-bwpsmd, S. 4.

⁶⁷¹ B4 Herabstufungen Anfrage UA 6-1 vom 31_1_2018 VSNFD, 7_1997_Vermerke-PIATTO-308-532-Seite86-90_Page393-397-VSnfd-bwpsmd, S. 4f.

„Frau M[geschwärzt] hat in einem Telefongespräch mit V/4.01 dazu geraten, daß der Informant seinen Antrag auf Halbstrafe zu gegebener Zeit stellen soll. Sie hat sich zu einem solchen Antrag nicht negativ geäußert.“⁶⁷²

Der Abteilungsleiter des MdJBE, Dr. Lemke informierte in einem Vermerk vom 17.10.1995 die Hausleitung des Justizministeriums und legte dar:

„[...] Was er [Szczepanski] zu erwarten scheint, ist nichts weiter als die Möglichkeit zum Aufbau einer günstigen Sozialprognose durch Anknüpfung persönlicher Bindungen und Erlernung eines Berufs in der JVA, um zu gegebener Zeit (nach einer Mindestverbüßungszeit von 4 Jahren) die Strafvollstreckungskammer davon zu überzeugen, dass die Gesamtwürdigung von Tat, Persönlichkeit des Verurteilten und seine Entwicklung während des Strafvollzuges ergibt, dass besondere Umstände vorliegen, die auch in diesem Fall ein Halbstrafengesuch nach § 57 Abs. 2 Nr. 2 StGB rechtfertigen kann. Dieses Bestreben erscheint legitim, insbesondere dann, wenn es mit einem inneren und vielleicht sogar erklärten Lossagen von der rechtsextremen Szene verbunden ist. Aus Sicht von Abteilung III, die insbesondere im konkreten Fall auch von Abteilung IV geteilt werden, sind derartige Bemühungen auch ohne Rücksicht auf die Belange des Verfassungsschutzes zu unterstützen. Sie entsprechen dem Resozialisierungsziel des Strafvollzugsgesetzes, das uneingeschränkt auch für rechtsextreme Gewalttäter gilt.“⁶⁷³

Mit Schreiben vom 15.01.1996 an den Leitenden Oberstaatsanwalt Frankfurt (Oder) weist er die in einem Randbericht der Generalstaatsanwaltschaft vom 28.12.1995 aufgestellte Behauptung, er habe eine Halbstrafenentlassung im Gnadenwege in Aussicht gestellt, zurück.⁶⁷⁴ Der Leitende Oberstaatsanwalt Lehmann aus Frankfurt (Oder) und Vorgesetzter von Staatsanwältin Petra Marx schreibt in Bezug zu dem Randbericht, es habe sich um ein Missverständnis gehandelt:

„Nachdem der Leiter der Abteilung V des Innenministeriums des Landes Brandenburg den Unterzeichneten aufgesucht und ihn gebeten hatte, bei den insoweit maßgeblichen Stellen auf eine vorläufige Einstellung gemäß § 154 Abs. 2 StPO eines in der Berufungsinstanz beim Landgericht Potsdam gegen Szczepanski anhängigen Strafverfahrens sowie auf die Gewährung bestimmter Hafterleichterungen für Szczepanski hinzuwirken und außerdem zu gegebener Zeit eine Aussetzung des Strafrestes der zur Zeit von Szczepanski zu verbüßenden Freiheitsstrafe von 8 Jahren schon nach Verbüßung der Hälfte zu befürworten, sprach der Unterzeichnete bei Herrn Ministerialdirigent Dr. Lemke vor, einmal um abzuklären, ob dieser Bedenken gegen eine vorläufige Einstellung gemäß § 154 Abs. 2 StPO des bei dem Landgericht Potsdam gegen Szczepanski anhängigen Verfahrens habe, zum anderen um ihn zu bitten, ihn

⁶⁷² B4 Herabstufungen Anfrage UA 6-1 vom 31_1_2018 VSNFD, 7_1997_Vermerke-PIATTO-308-532-Seite86-90_Page393-397-VSnfd-bwpsmd, S. 5.

⁶⁷³ B 65 MAT A BB 9 1b S. 45.

⁶⁷⁴ 2017-04-19 B13 - B65 - B104\StA FFO - 205 Js 110-95 VA - Stand 10_02_2017\205A js 110-95 VA\205A js 110-95 Handakte\ 205A js 110-95 Ha. Bd. IV _ocr.pdf, S. 101.

bei Herrn Ministerialdirigent Dertinger einzuführen, den der Unterzeichnete um die von dem Leiter der Abteilung V des Innenministeriums angeregten Hafterleichterungen für Szczepanski bitten wollte.

Mehr beiläufig erwähnte hierbei der Unterzeichnete, daß er auch im Übrigen der Bitte des Leiters der Abteilung V des Innenministeriums folgen und eine Aussetzung des Strafrestes der zur Zeit von Szczepanski verbüßten Freiheitsstrafe gem. § 57 Abs. 2 StGB befürworten wolle. In diesem Zusammenhang bemerkte Herr Ministerialdirigent Dr. Lemke - ebenfalls völlig beiläufig -: ‚Das macht auch der [Justizminister] Bräutigam‘.

Diese Bemerkung legte der Unterzeichnete selbstverständlich nicht dahin aus, daß damit Herr Ministerialdirigent Dr. Lemke eine Begnadigung Szczepanskis nach Verbüßung der Hälfte der von ihm zur Zeit zu verbüßenden Strafen in Aussicht gestellt habe. Er ging vielmehr davon aus, daß damit Ministerialdirigent Dr. Lemke lediglich abstrakt auf das neben der Möglichkeit einer Aussetzung des Strafrestes gem. § 57 Abs. 2 StGB [...] bestehende Gnadenrechts des Ministers der Justiz des Landes Brandenburg hingewiesen habe, ohne dieser Äußerung jedoch irgend einen Erklärungswert beizulegen.“⁶⁷⁵

Zu Ende des Berichts heißt es:

„Er [Lehmann] ist sich jedoch völlig sicher, daß an keiner Stelle des Ferngespräches von einem Inaussichtstellen einer Begnadigung Szczepanskis durch Herrn Ministerialdirigent Dr. Lemke die Rede war.“⁶⁷⁶

Die Abteilung Verfassungsschutz ging offenbar davon aus, dass die Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) in Aussicht gestellt habe, sich für eine Reduzierung der Haftstrafe Szczepanskis nach der Verbüßung der Hälfte der Freiheitsstrafe einzusetzen.

In einem Vermerk des Verfassungsschutzes vom 09.02.1996 wird hierzu dargelegt:

„Auch die für S. durch sein Engagement im Dolgenbrodt-Prozess entstandene unangenehme und teilweise auch gefährliche Situation hat der Zusammenarbeit keinen Abbruch getan. Dabei ist zu berücksichtigen, daß diese Situation ausschließlich durch das Verhalten der Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) verursacht wurde. Schon aus diesem Grunde muß von hier aus darauf geachtet werden, daß die Zusage der Staatsanwaltschaft FF, vertreten durch die Staatsanwältin Frau Marx, vom 06.09.1995 hinsichtlich der Ableistung einer Halbstrafe (spätestens Mai 1998) auch eingehalten wird.“⁶⁷⁷

⁶⁷⁵ 2017-04-19 B13 - B65 - B104\StA FFO - 205 Js 110-95 VA - Stand 10_02_2017\205A js 110-95 VA\205A js 110-95 Handakte\ 205A js 110-95 Ha. Bd. IV _ocr.pdf, S. 108f.

⁶⁷⁶ 2017-04-19 B13 - B65 - B104\StA FFO - 205 Js 110-95 VA - Stand 10_02_2017\205A js 110-95 VA\205A js 110-95 Handakte\ 205A js 110-95 Ha. Bd. IV _ocr.pdf, B 65, B 104 Sta FFO, 205 js 110-95, ha. Bd. IV, S. 109.

⁶⁷⁷ Piatto Komplex_ 1996, S. 8.

Vertreter des Verfassungsschutzes und des MdJBE besprachen am 10.01.1997 eine Reduzierung der Haftstrafe. Sie wurde von Vertretern MdJBE abgelehnt. In einem Verfassungsschutz-Vermerk vom 14.01.1997 heißt es zu dem Gespräch:

„Am Rande des Gesprächs wurden die Möglichkeiten einer Haftkürzung für den Häftling SZCZEPANSKI erörtert. Beide Gesprächspartner hielten eine Verkürzung der Strafe, vor allem einer Halbstrafe, für fast ausgeschlossen. Der Briefkontakt des Häftlings SZCZEPANSKI zeige deutlich, daß er sich von seinen ehemaligen Gesinnungskameraden nicht distanziert habe. Das Argument, daß er dies nur für die Sicherheitsinteressen des Staates tue, wurde zwar von den Vertretern des MdJBE akzeptiert, für eine vorzeitige Haftentlassung wäre dies allerdings keine einschlägige Begründung, da auch das Wirken als ein ‚Verräter‘ keine günstige Sozialprognose erlaube.

Beim Unterzeichner entstand der Eindruck, daß vor allem Herr D[geschwärzt] die bisherige Zusammenarbeit des Häftlings SZCZEPANSKI mit der Abteilung V als gefährlich für das weitere Leben des SZCZEPANSKI ansieht. Die Zusammenarbeit zwinge SZCZEPANSKI dazu, weiterhin im rechtsextremistischen Milieu tätig zu sein, was wiederum eine vorzeitige Haftentlassung in seinen Augen ‚sehr unwahrscheinlich‘ mache. Außerdem bestehen vor allem bei Herrn R[geschwärzt] Bedenken, daß das ‚Ausspitzeln‘ von Häftlingen an alte Stasi-Methoden erinnere.“⁶⁷⁸

Bereits in einem Vermerk vom 10.08.1995 hatte das Beschaffungsreferat festgehalten:

„In den Gesprächen wurde S. wiederholt dargelegt, daß eine Distanzierung von der rechtsextremistischen Szene für die Anstaltsleitung auf jeden Fall erkennbar werden müsse, um eine Verkürzung der Haftzeit zu erreichen. [...]

S. versicherte, dass er bestrebt sei, der Anstaltsleitung den Eindruck zu vermitteln, keine Führungsrolle anzustreben sowie eine Distanzierung soweit wie möglich zu dokumentieren.“⁶⁷⁹

Ein weiterer Vermerk vom 29.01.1997 bezieht sich auf ein Telefonat des Verfassungsschutzes mit der Staatsanwältin Marx vom selben Tag:

„Der Unterzeichner nutzte die Gelegenheit, und erinnerte Frau Marx daran, daß für S. Anfang 1998 die Halbstrafenregelung zur Entscheidung anstehe. Frau Marx erklärte, daß die Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) als Strafverfolgungsbehörde ihr Urteil dazu abgeben müsse, S. aber selbst den erforderlichen Antrag stellen müsse. Frau Marx stellte ein Gespräch in den Räumen der Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) in Aussicht und bat um eine Terminabsprache, sobald der geeignete Zeitpunkt für die Einreichung eines Gnadengesuchs gekommen sei.

⁶⁷⁸ B4, Herabstufungen, Anfrage UA 6_1 vom 31:01_2018, Nr. 3 1997.

⁶⁷⁹ Piatto Komplex 1995, S. 31.

*Eine weitere Erörterung war nicht möglich, da Frau Marx erklärte, unter Zeitdruck zu stehen.*⁶⁸⁰

In einem Vermerk vom 04.02.1997 wird der sinngemäße Inhalt eines Gesprächs zwischen Szczepanski und der Staatsanwältin vom 30.01.1997 wiedergegeben:

*„Schließlich soll sich Frau Marx beim Informanten nach dem Ablauf der Halbstrafe erkundigt und nachgefragt haben, ob es zutreffe, daß der anstehende Termin im Mai 1998 liege. Auf die Entgegnung des Informanten, daß die Praxis der Halbstrafe in Brandenburg doch wohl nicht üblich sei (er habe dabei auf den Fall K. Mü. verwiesen) soll Frau Marx ihm geraten haben, die Halbstrafe auf jeden Fall erst einmal zu beantragen.“*⁶⁸¹

Am 07.03.1997 fand zwischen Vertretern des brandenburgischen Verfassungsschutzes und Vertretern der Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) statt. Gegenstand war „die Verkürzung der Haftstrafe auf eine Halbstrafe“. Der Leitende Oberstaatsanwalt Lehmann habe deutlich gemacht, dass die Staatsanwaltschaft einer Reduzierung der Strafe grundsätzlich positiv gegenüberstehe, allerdings nur, wenn sich Szczepanski deutlich von der rechten Szene trenne. Der Gesprächsvermerk aus den Akten des Verfassungsschutzes lautet auszugsweise:

*„AL V [der Abteilungsleiter der Abteilung V] erläuterte, daß er die gegen den Informanten verhängte Haftstrafe für außergewöhnlich hoch halte und bezweifelte, daß das Urteil im Falle einer Revision in dieser Form Bestand behalten hätte.“*⁶⁸²

Weiter gaben die Vertreter der Abteilung V zu verstehen, daß eine Lösung des Informanten aus der rechten Szene weder im Interesse unserer Abteilung, noch in dem der öffentlichen Sicherheit liegen würde, weil man zur Gefahrenabwehr auch auf seine Informationen angewiesen sei.

Die Vertreter der Staatsanwaltschaft erklärten, daß sie bei Einleitung des entsprechenden Verfahrens von der JVA eine Stellungnahme anfordern würden. Sie ließen erkennen, dass sie Gespräche zwischen der Abt. V und Vertretern der JVA im Vorfeld für angebracht halten. Eine befürwortende Stellungnahme der JVA sei von großer Bedeutung.

⁶⁸⁰ B 4 iV B 73_Übergabe Piatto Bearbeitete Fassung 97_98_ 1997, S. 15.

⁶⁸¹ B 4 iV B 73_Übergabe Piatto Bearbeitete Fassung 97_98_ 1997, S. 19.

⁶⁸² Der damalige Abteilungsleiter Dr. Hans-Jürgen Förster sagte in der 31. öffentlichen Sitzung des Untersuchungsausschusses am 30.08.2018 aus, dass unzulässigerweise ein Mordmerkmal strafscharfend berücksichtigt worden sei. „Ob und dass der Verfassungsschutz überhaupt darauf Einfluss nimmt, dass ein nicht rechtskräftig Verurteilter sein Rechtsmittel zurücknimmt, das stand für mich nicht mehr zu entscheiden. Ich weiß nur, dass ich das niemals gemacht hätte, weil - ich bin jetzt Strafverteidiger - ich weiß, wie das unter dem Gesichtspunkt des fairen Verfahrens Probleme aufwerfen kann.“ (S. 137).

*Vereinbart wurde, daß der notwendige Antrag durch den Informanten frühestens 3 Monate vor dem Halbstrafetermin gestellt werden soll. Da der Informant die Hälfte der Strafe im Mai 1998 abgesessen hat, müßte der Antrag im März 1998 gestellt werden.*⁶⁸³

Befragt zu möglichen Versprechungen des Verfassungsschutzes oder der Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) sagte Szczepanski vor dem Untersuchungsausschuss:

„Nee, wie gesagt, eher das Gegenteil, was das Amt betrifft. Und das Gespräch mit der Staatsanwältin: Auch da war das mit dem Haftraum halt ein Thema, ein wichtiges Thema für mich; aber Halbstrafenentlassung habe ich nicht erwartet, ganz ehrlich nicht.

*Gerade die Frau Marx, die ist in dem Prozess auch - na ja, wie soll ich es beschreiben? - recht hart aufgetreten, zu Recht sicherlich auch größtenteils. Aber das wäre jetzt auch nicht die Person gewesen, wo ich gedacht hätte: Erst steckt sie mich für acht Jahre ins Gefängnis, und dann komme ich nach der Hälfte raus. Nee.*⁶⁸⁴

Die Zeugin Marx antwortete auf die Frage, ob sie Szczepanski eine Entlassung zum Halbstrafetermin in Aussicht gestellt habe:

*„Das ist von mir nie erklärt worden gegenüber Szczepanski. Als ich Szczepanski - und ansonsten hatte ich keinen Kontakt - an diesen beiden Tagen vor der Vernehmung im Dolgenbrodt-Verfahren aufgesucht habe am 06.09. und am 20.09., war die Frage einer Halbstrafe ja überhaupt noch nicht zu erörtern. Das wäre auch nicht mein Ansinnen gewesen. Ich hatte da weder eine Befugnis noch eine Ermächtigung, ihm etwas in Aussicht zu stellen. Wenn überhaupt - - Ich habe auch keine Erinnerung daran.*⁶⁸⁵

An anderer Stelle sagte Marx:

*[...] Alles das wird erörtert worden sein zwischen dem Verfassungsschutzchef und meinem Chef. [...]*⁶⁸⁶

Lemke sagte aus, von in Aussicht gestellten Hafterleichterungen nichts gewusst zu haben und konnte sich auch nicht daran erinnern, dass eine angebliche Zusage seinerseits thematisiert worden sei.⁶⁸⁷

⁶⁸³ B 4_Herabstufungen_Anfrage UA 6_1 vom 31_01_2018_ 8_1997_Vermerke-PIATTO-308-532-Seite91-92-Page398-399-VSnfd-bwpsmd, S.1f.

⁶⁸⁴ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 61.

⁶⁸⁵ Protokoll der 17. öffentlichen Sitzung vom 08.12.2017, S. 103.

⁶⁸⁶ Protokoll der 17. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 99.

⁶⁸⁷ Protokoll der 18. öffentlichen Sitzung vom 11.01.2018, S. 97f.

Der Zeuge Sörries, Staatsanwalt in Frankfurt (Oder), konnte keine Aussage dazu treffen, was Szczepanski versprochen worden war. Er erinnerte sich jedoch in seiner Zeugenvernehmung, dass er dem Hauptangeklagten K. Mü. im Wendisch-Rietz-Verfahren, der ebenfalls im Dolgenbrodt-Prozess eine Aussage gegen „Gesinnungsgenossen“ gemacht habe, in Absprache mit dem leitenden Oberstaatsanwalt eine wohlwollende Prüfung einer Aussetzung der Freiheitsstrafe zugesichert habe, ohne allerdings konkretes zuzusagen.⁶⁸⁸

An anderer Stelle führte der Zeuge Sörries aus:

„Es ist auch keine Entlassung zum Halbstrafentermin von Amts wegen gewollt gewesen, sondern Carsten Szczepanski hat sich an die Staatsanwaltschaft gewandt: Wie sieht es aus, wann kann ich entlassen werden? Vielleicht sogar zum Halbstrafentermin? - Da hat er sich natürlich letztendlich verklausuliert bezogen auf gewisse schwammige Zusagen, die ihm höchstvermutlich von Frau Marx gemacht worden sind, die sie ihm gemacht hat - was ich nicht sagen kann -, die ich aber gegenüber K. Mü. so gemacht habe. Und daraus schließe ich, dass die auch ihm gemacht worden sind.“⁶⁸⁹

Der Verfassungsschutz revidierte im Zusammenhang mit den Erörterungen zum Thema „Halbstrafe“ seine Auffassung zu einem späteren Zeitpunkt. Szczepanski war in der JVA - und auch nach außen – weiter in der rechtsextremen Szene aktiv, was auch wahrgenommen wurde. Eine vorzeitige Haftentlassung hätte damit nicht in Einklang gestanden und ihn als möglichen V-Mann enttarnen können.

In einem Vermerk des Verfassungsschutzes vom 15.04.1997 heißt es:

„Im Laufe der gemeinsamen Aktivitäten versuchte ich, die positive Grundstimmung des Informanten aufzunehmen und sprach die von der Staatsanwaltschaft Frankfurt/Oder auf Grund des Aussageverhaltens des Informanten im Dolgenbrodt-Prozeß in die Diskussion gebrachte Halbstrafe an. Ich gab dem Informanten zu bedenken, daß sowohl die Szene als auch der Nebenkläger sowie die Presse Vergünstigungen in seinem Fall beobachten und werten würden. Jeglicher Anfangsverdacht müßte vermieden werden, um eine Gefährdung oder Enttarnung unmöglich zu machen.“⁶⁹⁰

Der damalige Referatsleiter Beschaffung im brandenburgischen Verfassungsschutz, Andreas Lorsch erklärte:

⁶⁸⁸ Protokoll der 22. öffentlichen Sitzung vom 22.03.2018, S. 30f.

⁶⁸⁹ Protokoll der 22. öffentlichen Sitzung vom 22.03.2018, S. 57.

⁶⁹⁰ B 4 iV B 73_Übergabe Piatto Bearbeitete Fassung 97_98_ 1997, S. 110.

„Eine vorzeitige Haftentlassung hätte meines Erachtens überhaupt keinen Sinn gemacht. Sie müssen sehen, dass ‚Piatto‘ über lange Zeit weitgehende Möglichkeiten des Ausgangs, des Freigangs hatte. Eine vorzeitige Haftentlassung hätte insoweit keine Steigerung des Informationsgewinnes gebracht. ‚Piatto‘ hatte einen derart großen Aktionsradius, den man auch mit einer frühzeitigen Haftentlassung nicht hätte erweitern können.“⁶⁹¹

3.3.1.5.2. Vollzugslockerungen, Anpassungsfortbildung, Praktikum und Arbeit

3.3.1.5.2.1. Vollzugslockerungen

Aus einer Stellungnahme⁶⁹² des Leiters des offenen Vollzugs in der JVA Brandenburg G. K. vom 10.03.1998 ergibt sich, dass Szczepanski bereits seit 1996 Besuchsausgänge erhielt. Ein entsprechender Vollzugsplan liegt dem Untersuchungsausschuss nicht vor. In einem nach der Abschaltung der Quelle „Piatto“ erstellten Vermerk der Verfassungsschutzabteilung vom 05.07.2000 heißt es dazu:

„Im April 1996 steht erstmalig eine Ausführung der Quelle in Begleitung des sie betreuenden ‚Sozialarbeiters‘ zur Diskussion.“⁶⁹³

Laut Vermerk des Verfassungsschutzes Brandenburg vom 19.06.1997 wurde mit den JVA-Mitarbeitern O. S. und Schr. u.a. der weitere Vollzugsplan von Carsten Szczepanski erörtert. Im Vermerk heißt es:

„Der Uz hat seinen Gesprächspartnern zu verstehen gegeben, daß es in seinem Interesse wäre, daß der Informant im Fall ‚PIATTO‘ möglichst viel Zeit außerhalb der JVA Brandenburg verbringen kann. Herr SCHR. eröffnete die Möglichkeit, daß der Informant im Rahmen seines Abiturs eine Vielzahl von Weiterbildungsveranstaltungen und Bibliotheksbesuchen außerhalb der JVA Brandenburg erbitten könne, die dann wohlwollend geprüft würden. Dazu müsse allerdings zuerst der Vollzugsplan dementsprechend geändert werden. Dies müsse vom Informanten im Fall ‚PIATTO‘ angeregt werden.“⁶⁹⁴

Der Vollzugsplan vom 27.06.1997 sieht monatliche Besuchsausgänge Szczepanskis mit seinen Eltern, seiner Lebensgefährtin und „Herrn Borchert/Sozialarbeiter“ vor.⁶⁹⁵

Am 30.09.1997 sicherte sich der Meyer-Plath bei den JVA-Bediensteten ab, wie die Ausgänge zu organisieren seien:

⁶⁹¹ Protokoll der 23. öffentlichen Sitzung vom 23.03.2018, S. 104.

⁶⁹² MAT-A-BB-9-1e_Band_I, S. 128f.

⁶⁹³ B 4 iV B 73\Matrix-Liste Abteilung 5, Nr. 41, S. 2.

⁶⁹⁴ B 4 iV B 73_Übergabe Piatto Bearbeitete Fassung 97_98, 1997, S. 136.

⁶⁹⁵ B 4 iV B 73_Übergabe Piatto Bearbeitete Fassung 97_98, 1997, S. 225.

„Am heutigen Tage wurde Herr. K. E. vom Unterzeichner angerufen mit der Bitte nach einer rechtlichen Definition der Zeiten, die die Quelle im Fall ‚PIATTO‘ außerhalb der JVA verbringen darf. Herr K. E. bezeichnete diesen Status als Ausgang mit der Weisung der Begleitung. [...]

Die Rolle des Begleiters beim Ausgang mit der Weisung der Begleitung bezeichnete K. E. als ‚moralische Funktion‘. Der Begleiter trägt keinerlei Verantwortung für etwaige Handlungen des Ausgangsberechtigten. Der Ausgang nach § 11 Abs. 1 Nr. 2 stelle eine Prüfung des Häftlings dar, ob er mit dieser Art der Lockerung verantwortlich umgehen könne.“⁶⁹⁶

Zu dieser Regelung heißt es in dem oben bereits zitierten Vermerk der Verfassungsschutzbehörde vom 05.07.2000:

„Im September 1997 wird über eine Statusänderung der inhaftierten Quelle nachgedacht, die ihr eine grössere Bewegungsfreiheit einräumt (Status als ‚Ausgang mit der Weisung der Begleitung‘, die aber lediglich eine ‚moralische Funktion‘ beinhaltet). Die erreichte Statusänderung steigert die Ergebniseffizienz der Zusammenarbeit beachtlich.“⁶⁹⁷

Aus der oben benannten Stellungnahme⁶⁹⁸ des Leiters des offenen Vollzugs in der JVA Brandenburg vom 10.03.1998 ist ersichtlich, dass Szczepanski seit dem 29.08.1997 - mit einer Unterbrechung - im offenen Vollzug einzeln untergebracht war. Die einmalige Rückverlegung in den geschlossenen Vollzug (vom 20. November 1997 bis zum 13. Januar 1998) erfolgte aufgrund von Ermittlungen gegen ihn wegen des Verdachts der Erpressung eines Mitgefangenen, die in der Folgezeit jedoch eingestellt wurden. Szczepanski gab gegenüber dem Verfassungsschutz an, dass eine Verwechslung mit einem ähnlich lautenden Gefangenennamen vorliege.⁶⁹⁹

Der Zeuge D. L. erinnerte sich vor dem Untersuchungsausschuss:

„Irgendwann im November, glaube ich, 98 war es dann so weit, dass sich die Indizien verdichtet haben, dass er da unterwegs ist in der Subkultur. Wir haben dann beschlossen in der Konferenz mit meinem damaligen Abteilungsleiter, Herrn G. K., die Eignung für den offenen Vollzug gemäß § 10 II oder § 14 II StVollzG damals zu widerrufen, haben den Gefangenen angehört im Abteilungsleiterzimmer, zu dritt, also der Gefangene und wir beide, Herr G. K. und ich. Und da habe ich das erste Mal ein komisches Gefühl gekriegt, dass mit ihm was nicht stimmt, weil er dieses - - Im Grunde sind die Gefangenen dann ziemlich schockiert. Also, normalerweise, wenn man so etwas eröffnet bekommt, dass jetzt die Lockerungen weg sind – kein Ausgang, kein Urlaub, kein offener Vollzug mehr - und es geht in den Geschlossenen, dann sind die

⁶⁹⁶ B 4 iV B 73_Übergabe Piatto Bearbeitete Fassung 97_98, 1997, S. 158.

⁶⁹⁷ B 4 iV B 73\Matrix-Liste Abteilung 5, Nr. 41, S. 2.

⁶⁹⁸ MAT-A-BB-9-1e_Band_I, S. 128.

⁶⁹⁹ B 4 iV B 73_Übergabe Piatto Bearbeitete Fassung 97_98_1997, S. 221.

eigentlich ein bisschen schockiert und reagieren teilweise aggressiv, verbalaggressiv, teilweise geknickt, teilweise Niedergeschlagenheit und, und, und. Dieser Eröffnung folgt dann aber auch die unmittelbare Rückführung. Um nicht noch Sicherheitsprobleme zu provozieren, werden die dann unmittelbar begleitet und gelten ab dem Zeitpunkt der Eröffnung als widerrufen, als Gefangener des geschlossenen Vollzuges.

So. Das wurde ihm, wie gesagt, eröffnet. Er grinste uns an und sagte wortwörtlich: ‚Ich bin sowieso bald wieder hier‘ - das werde ich nie vergessen, weil, wie gesagt, so ist mir noch keiner gekommen und auch in der Nachschau nie wieder jemand gekommen -, und grinste uns feist an. Er wurde dann zurückverlegt, und dann sagte ich zu meinem Abteilungsleiter - weiß ich auch noch -: ‚Du, Gerd, mit dem stimmt was nicht.‘ – ‚Wieso?‘ - Ich sage: ‚Na - - Und tatsächlich: Er kam ja auch bald wieder. Es wurde Weihnachten, es wurde Januar 1999, und Herr Szczepanski klopfte wieder an die Tür.

In der Zwischenzeit - - Muss ich auch jetzt vielleicht noch mal erläutern zum Verständnis: Wenn wir Gefangene zurückverlegen, haben die ja das Recht der gerichtlichen Überprüfung. Nach § 109 - war das damals - Strafvollzugsgesetz konnten sie beim Gericht jede vollzugliche Entscheidung überprüfen lassen auf Rechtmäßigkeit. Da wurde rege von Gebrauch gemacht, von diesem Recht, in der Regel. Ich habe mir da jedes Mal die Finger wundgeschrieben. Man muss das dann gut begründen, und dann hat das Gericht das gehalten, oder die haben gesagt: ‚Nee, macht mal neu, überprüft mal wieder. Da sind noch ein paar Mängel‘, oder so - kann auch vorkommen. Aber in der Regel war man sich ja sicher, wenn man jemanden rückverlegt, dass die Fakten auch gestimmt haben.

Es kam keine Beschwerde ans Ministerium. Es kam auch kein Antrag auf § 109 in der kurzen Zeit. Jedenfalls stand er im Januar wieder vor der Tür mit einem neuen Vollzugsplan: geeignet für den offenen Vollzug - Punkt. “⁷⁰⁰

Der Zeuge, der auf Nachfrage einräumte, sich in der Jahreszahl geirrt zu haben können, präziserte zu den von Mitgefangenen erhobenen Vorwürfen:

„Dass er dort Leute bedroht, erpresst und dass er dort praktisch - - Subkultur bedeutet: abgeschlossene Kreise der Gefangenen, die dort eine Hierarchie aufbauen, wo sie andere Gefangene beim Essen benachteiligen, Geld abziehen etc. pp. Das wird ja auch nicht alles angezeigt.“⁷⁰¹

Es habe sich nicht um eine Namensverwechslung seitens der Mitgefangenen gehandelt:

“Nee, nee, nee. Das war eindeutig. Da haben wir nicht im Dunkeln gestochert. Also die Vorwürfe, die waren haltbar.“⁷⁰²

⁷⁰⁰ Protokoll der 29. öffentlichen Sitzung vom 02.07.2018, S. 54f.

⁷⁰¹ Protokoll der 29. öffentlichen Sitzung vom 02.07.2018, S. 56.

⁷⁰² Protokoll der 29. öffentlichen Sitzung vom 02.07.2018, S. 55.

Ab Januar 1998 erhielt er selbständige Ausgänge, die laut der vorgenannten Stellungnahme des Leiters der Justizvollzugsanstalt G. K. beanstandungsfrei verliefen.

Mit Konferenzbeschluss vom 04.03.1998 wurde die Urlaubseignung ab März 1998 festgestellt, so dass Szczepanski im März und April 1998 je einen Urlaub mit maximal zwei Übernachtungen erhalten sollte. Ab Mai 1998 sollte er über seinen Regelurlaub nach § 13 Abs. 1 des Strafvollzugsgesetzes (StVollzG) frei verfügen können.⁷⁰³ Aus einem Vollzugsplan⁷⁰⁴ vom 12.08.1998 ergibt sich, dass Szczepanski im Januar 1999 zudem 3 Tage Sonderurlaub in Anspruch nehmen können sollte. Szczepanski bekam Regelurlaub gem. § 13 Abs. 1 StVollzG, sowie vier Ausgänge bis Dezember 1998 und ab Januar 1999 zwei Ausgänge.

Im Vollzugsplan vom 12.08.1998 wurde festgelegt, dass Szczepanski zu diesem Zeitpunkt Freigang von 06:00 Uhr bis 20:00 Uhr erhielt und ab Januar 1999 Freigang von 06:00 bis 21:00 Uhr.

3.3.1.5.2.2. Anpassungsfortbildung, Praktikum und Arbeit

Während seiner Haftzeit in der JVA Brandenburg an der Havel nahm Carsten Szczepanski ab 1996 an einem Fernstudium teil, um sein Abitur nachzuholen. Vom 06.04.1998 bis zum 01.04.1999 führte Szczepanski eine Anpassungsqualifizierung beim Europäischen Bildungswerk für Beruf und Gesellschaft e. V. in Brandenburg an der Havel im Bereich „Computer Aided Publishing“ durch. Szczepanski bestätigte vor dem Untersuchungsausschuss die Teilnahme daran.⁷⁰⁵

Im Rahmen seiner Anpassungsfortbildung sollte Szczepanski ab Februar 1999 ein sechswöchiges unbezahltes Praktikum in der Firma von Michael P., in Limbach-Oberfrohna absolvieren. Limbach-Oberfrohna liegt in Sachsen und ist rund 220 km von Brandenburg an der Havel entfernt. Bei P.'s Laden „Sonnentanz“ handelte es sich um einen Neonazi-Szeneladen, in dem vorwiegend Musik vertrieben wurde.

Szczepanski sagt vor dem Untersuchungsausschuss aus:

⁷⁰³ MAT_A_BB-9-1-e_Band_I.pdf, S. 129.

⁷⁰⁴ MAT-A-BB-9-1e_Band_II, S. 6.

⁷⁰⁵ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 98.

„Das Praktikum kam zustande - - Also, die Familie P. hat mich auch besucht in der Haft. Und an einem der Besuchstage hatte Herr P. mir angeboten, mir quasi einen Arbeitsvertrag zu geben von seiner Firma, seinem Laden.“⁷⁰⁶

Sein V-Mann Führer Dieter Borchert erklärte:

„Ich nehme an, es wird aufgrund eines Freundschaftsdienstes innerhalb der rechtsextremistischen Szene passiert sein, aufgrund seiner Kontakte zu Antje oder zu dem Ehepaar P.“⁷⁰⁷

Szczepanskii bestätigte auf Nachfrage, das Praktikum habe eigentlich nicht stattgefunden. Es habe auch niemand ernsthaft nachgefragt, warum es in der Nähe von Chemnitz stattfinden sollte.⁷⁰⁸ Er habe das Angebot mit seinem V-Mann-Führer Dieter Borchert besprochen:

„Also, es war für mich in der Situation damals eben der Vorteil, diesen Praktikumsvertrag bei der JVA vorlegen zu können. Und ich kann mich noch daran erinnern, dass ich mit Herrn Borchert da auch drüber gesprochen habe. Ich meine, seine Reaktion war so im Sinne von: Ja, warum nicht? Ist ja praktisch. - So salopp gesagt.“⁷⁰⁹

Die Entscheidung für die Annahme des Praktikums sei ihm aber selbst überlassen worden; der Verfassungsschutz habe hierauf keinen Einfluss genommen.⁷¹⁰

Im Anschluss daran schloss Szczepanski darauf aufbauend einen Arbeitsvertrag mit der Firma von Michael P. Er wurde formell unbefristet zum 06.04.1999 als Vertriebsassistent und Werbegestalter angestellt.

Zu Szczepanskis Aufgaben habe gezählt, zu Kunden Kontakt herzustellen, die CDs oder Schallplatten kaufen wollten.⁷¹¹ Er habe auch ein Cover für eine „nationale“ Weihnachts-CD entworfen.⁷¹² Szczepanski sagte aus, sowohl während des unbezahlten Praktikums als auch im Rahmen des Arbeitsvertrags zwar mit einer „gewissen Regelmäßigkeit“, aber nur „gelegentlich“ im Laden „Sonnentanz“ gewesen

⁷⁰⁶ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 65.

⁷⁰⁷ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 156.

⁷⁰⁸ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 98.

⁷⁰⁹ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 137.

⁷¹⁰ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 137.

⁷¹¹ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2017, S. 66.

⁷¹² Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 97.

zu sein.⁷¹³ Er habe nur einen Monat lang, nämlich für April oder Mai, ein Gehalt in Höhe von circa 800 bis 900 DM bezogen und auch nur diesen Monat gearbeitet. Herr P. habe ihm sodann sinngemäß mitgeteilt, dass sich der Vertrag für P. nicht „rechne“. ⁷¹⁴ Er sei allerdings weiter gelegentlich zu Herrn P. gefahren. Es sei ihm vor allem um den Nachweis gegangen, regelmäßig arbeiten zu gehen.⁷¹⁵ Bei seiner Anhörung vor der Strafvollstreckungskammer zum Zweidritteltermin im November 1999 habe er den Vertrag trotzdem vorgelegt und ihn auch bei der psychologischen Begutachtung erwähnt. Sein V-Mann-Führer habe hiervon gewusst. ⁷¹⁶ Der V-Mann-Führer Dieter Borchert wurde diesbezüglich nicht befragt.

Der Zeuge G. K., Abteilungsleiter, sagte vor dem Untersuchungsausschuss aus, dass die Entscheidung darüber, ob ein Gefangener ein Praktikum absolvieren dürfte, im Rahmen der Vollzugskonferenz getroffen würde.

Er gab in seiner schriftlichen Befragung vom 24.01.2019 zum Praktikum Szczepanskis an:

„Das in meiner Stellungnahme vom 12.03.1999 erwähnte Praktikum war nicht als Massnahme in einem FBV (Freien Beschäftigungsverhältnis) vorgesehen, sondern als Massnahme der Entlassungsvorbereitung. Eine solche Massnahme musste nicht von der JVA genehmigt werden, da es sich hierbei um eine Massnahme handelte, die nach der Entlassung des S. durchgeführt werden und seiner Eingliederung dienen sollte. Zum Zeitpunkt der Entlassung sollten die Gefangenen wohnungsmäßig und arbeitsmäßig wiedereingegliedert sein. Dazu mussten für den Gefangenen ein Mietvertrag und ein Arbeitsvertrag vorliegen. Diese konnten durch die Gefangenen beigebracht werden oder durch Hilfe des Sozialdienstes erreicht werden. Beide Verträge bedurften nicht der Genehmigung der JVA, da sie die Zeit nach der Entlassung regelten.“⁷¹⁷

In seiner Stellungnahme vom 12.03.1999 heißt es hingegen:

„Herr Szczepanski beginnt ab 06.04.1999 seine Tätigkeit [...] bei der Firma P.“⁷¹⁸

Der Zeuge G. K. sagte in seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuss – wohl bezogen auf ein Praktikum als „Freies Beschäftigungsverhältnis“ - , dass in der

⁷¹³ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2017, S. 66.

⁷¹⁴ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2017, S. 98f.

⁷¹⁵ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2017, S. 66.

⁷¹⁶ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 99 f.

⁷¹⁷ B 156_2019_01_24-K. zu B156, S. 5

⁷¹⁸ Aktenkonvolut K. E., 02, S. 2.

Regel zunächst die Arbeitsstelle überprüft worden sei⁷¹⁹ und es sodann im Schnitt alle zwei Monate Nachfragen zum Verhalten des Praktikanten bei der Praktikumsstelle gegeben habe.⁷²⁰ An die konkreten Abläufe im Fall Szczepanskis hatte er keine Erinnerung.

Auf die Frage der Relevanz des Umstands, dass der Sonnentanzladen der rechtsextremen Szene zugehörig war, erklärte der Zeuge G. K., der bekundete, nicht von der V-Mann-Eigenschaft Szczepanskis gewusst zu haben:

*„Das ist ein Laden, wo Thor-Steinar-Sachen und so was verkauft wurden. Das ist mir noch rememberlich. [...]“*⁷²¹

Nach offiziellen Angaben ist die Marke Thor-Steinar erst im Oktober 2002 von Axel K. aus Königs Wusterhausen registriert worden. In seiner schriftlichen Befragung durch den Untersuchungsausschuss antwortete der Zeuge G. K. auf die Frage - „Wussten Sie, dass es sich bei der Firma P. um einen rechtsextremen Szeneladen handelt“ - aus:

*„Ja. Ich habe in einem Fernsehbericht über „Thor Steiner“ Läden davon gehört.“*⁷²²

an anderer Stelle antwortete der Zeuge G. K. auf die Frage:

*„Das war Ihnen aber schlicht und ergreifend nicht bekannt und ist Ihnen nicht in Erinnerung [dass es sich um einen rechten Szeneladen handelte]“: „Nein“*⁷²³

Die Zeugin I. V., ehemals Sozialarbeiterin im offenen Vollzug erläuterte, dass der Arbeitsvertrag vom Arbeitgeber, vom Gefangenen und vom Abteilungsleiter unterschrieben werden müsse.⁷²⁴ Es sei zumeist ihre Aufgabe gewesen, Arbeitsstätten zu überprüfen. Sie sagte aus, die Firma P. nicht überprüft zu haben und hielt ein Praktikum oder ein Arbeitsverhältnis in Limbach für ausgeschlossen.

„Das kann ich mir nicht vorstellen, dass er ein Praktikum aus dem offenen Vollzug gemacht hat, weit weg, dass er das nicht mehr erreichen konnte. Wenn, dann ging das im Rahmen des Freigangs, und das hieß, dass er jeden Tag die

⁷¹⁹ Protokoll der 19. Öffentlichen Sitzung vom 12.01.2018, S. 123.

⁷²⁰ Protokoll der 19. Öffentlichen Sitzung vom 12.01.2018, S. 118.

⁷²¹ Protokoll der 19. öffentlichen Sitzung vom 12.01.2018, S. 111.

⁷²² B 156_2019_01_24-K. zu B156, S. 5

⁷²³ Protokoll der 19. öffentlichen Sitzung vom 12.01.2018, S. 116.

⁷²⁴ Protokoll der 20. öffentlichen Sitzung vom 2.02.2018, S. 125.

Anstalt wieder aufsuchen muss. Wenn das Praktikum weit weg war, dann konnten wir dann nicht zustimmen.

Also: Das weiß ich nicht, da kann ich mich auch nicht dran erinnern, dass wir überhaupt so was jemals praktiziert haben. Wenn das so war - in einem gesetzlichen - - war es möglich -, dann wurden die aber in diese Anstalt verlegt, wo sie nah an dieser Praktikumsstelle waren. Und das war, glaube ich, bei Herrn Szczepanski nicht so. Ich weiß es nicht ganz genau.“⁷²⁵

Hinsichtlich der Entfernung des Praktikumsplatzes sagte der JVA Bedienstete im offenen Vollzug D. L. vor dem Untersuchungsausschuss aus:

„Ja, hier wurde auch gesagt, dass so was gar nicht zustande kommen durfte, weil es so weit weg ist. Das kann ich auch nicht nachvollziehen. Ein Freigänger hat ein gewisses Ausgangskontingent. Das heißt, er hat eine Mindestzeit, die er in der Anstalt sein muss. Das sind acht Stunden - von 22 bis 6 Uhr – während der Nachtruhe. Er kann sehr wohl - - Wir hatten zum Schluss sogar Lkw-Fahrer, wir hatten Nachtschichtarbeiter. Der muss acht Stunden Ruhezeit in der Anstalt sein. Und wenn der um 6 Uhr früh die Anstalt verlässt und dahingekutscht wird nach Limbach - weiß ich nicht, wie lange man da fährt von Brandenburg, zweieinhalb Stunden, drei Stunden -, dann ist der halb neun, neun da, dann kleckert er da bis um drei rum und kommt halt abends zu seiner Zeit zum Einkaufen, weil er um 22 Uhr erst wieder im offenen Vollzug sein muss. Natürlich ist das möglich.“⁷²⁶

3.3.1.5.3. Haftentlassung

Szczepanskis sogenannter 2/3-Termin fiel auf den 31.08.1999. Seine Entlassung auf Bewährung (3 Jahre) erfolgte indes erst am 15.12.1999.

3.3.1.5.3.1. Antrag auf Strafaussetzung zum Halbstrafentermin

Mit Schreiben vom 02.01.1997⁷²⁷ bat Szczepanski bei der Staatsanwalt Frankfurt (Oder) um eine Prognose für seinen Entlassungstermin und eine Einschätzung bezüglich der Halbstrafenentlassung, die zum 01.05.1998 möglich gewesen wäre.

Der zuständige Staatsanwalt Sörries teilte Szczepanski mit Schreiben vom 29.01.1998 mit, dass eine vorzeitige Entlassung nach Verbüßung der Halbstrafe nicht möglich sei. Die hierfür erforderlichen besonderen Umstände lägen nicht vor. Er werde aber den Leiter der JVA Brandenburg an der Havel um eine Einschätzung seiner Entwicklung

⁷²⁵ Protokoll der 20. öffentlichen Sitzung vom 02.02.2018, S. 118.

⁷²⁶ Protokoll der 29. Öffentlichen Sitzung vom 02.07.2018, S. 63.

⁷²⁷ Das MdJBE geht in seinem Bericht davon aus, dass es sich um einen Schreibfehler handele und es sich um dem 02.01.1998 handele (Regierungsbericht MdJBE, S. 13)

während des Strafvollzugs bitten.⁷²⁸ Sörries stellte Szczepanski in Aussicht, zu prüfen, ob eine vorzeitige Entlassung schon vor dem Erreichen des sogenannten Zweidritteltermins, der auf den 31.08.1999 fiel, in Betracht komme.

Sörries gab vor dem Untersuchungsausschuss an, dass ihm nicht bekannt gewesen sei, dass Szczepanski V-Mann des Verfassungsschutzes gewesen sei. Auf die Frage, was ihn dazu bewogen habe, eine Entlassung vor dem Zweidritteltermin zu erwägen, sagte Sörries vor dem Untersuchungsausschuss:

„Ich meine nicht, dass im Vorfeld irgendjemand zu mir gekommen ist und mir gesagt hat: ‚Wir machen da eine vorzeitige Entlassung‘, sondern ich wusste ganz einfach um die Bedeutung seiner Aussage [im Dolgenbrodt-Prozess], und das war das Wohlwollen, was er sich dann damit verdient hatte. Das war eine reguläre Entlassung zum Zweidritteltermin am 31.08. - wäre dann unter Umständen, wenn alles geklappt hätte, vier Monate eher gewesen. Das wäre auf die Zeit von acht Jahren oder auf die Zeit von zwei Dritteln dann, die zu verbüßen war, gerechnet - ich weiß nicht, wie viel Prozent er dann eher rausgekommen wäre - - finde ich vernachlässigungswürdig; aber dazu kann man sicherlich geteilter Meinung sein.“⁷²⁹

Der Abteilungsleiter der JVA Brandenburg an der Havel G. K. sprach sich am 10.03.1998 in der Stellungnahme gegen eine Haftentlassung nach Verbüßung der Halbstrafe aus, weil „besondere Umstände“ nicht vorlägen.⁷³⁰ Er schrieb allerdings:

„Von ehemaligen Kameraden der rechten Szene beginnt er [Szczepanski] sich jetzt zu lösen, was auch seine Zeugenaussage im Verfahren gegen Silvio J. wegen Brandstiftung belegt.“⁷³¹

Die Einschätzung, dass sich Szczepanski von der rechten Szene distanzieren würde, habe auf dessen eigenen Äußerungen gefußt, sagte G. K. vor dem Untersuchungsausschuss:

„Es wurden ja mehrere Gespräche mit ihm geführt, und da hat er sich ja auch dahingehend geäußert, dass er sich von der Szene lossagen wollte.“⁷³²

Und weiter:

„Na, durch Gespräche mit den Betreuern, mit dem Sozialdienst, mit den Fachdiensten, die ja mit ihm geredet haben, wurde es natürlich thematisiert, und

⁷²⁸ B 65_MAT-A-BB-9-1e_Band_I S. 110f.

⁷²⁹ Protokoll der 22. öffentlichen Sitzung vom 22.03.2016, S. 43.

⁷³⁰ B 65_MAT-A-BB-9-1e_Band_I, S. 128f.

⁷³¹ B 65_MAT-A-BB-9-1e_Band_I, S. 129.

⁷³² Protokoll der 19. öffentlichen Sitzung vom 12.01.2018, S. 112.

da hat er sich dann schon so geäußert. Ob er das nun ernst gemeint hat oder ob das aus irgendwelchen anderen Gründen zweckdienlich war, kann ich nicht einschätzen.“⁷³³

In der richterlichen Anhörung vom 05.05.1998 nahm Szczepanski seinen Antrag auf Entlassung zum Halbstrafentersmin mangels Erfolgsaussichten zurück. Der zuständige Richter Jörn Sanftleben am Amtsgericht Brandenburg sagte in seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuss:

„Er wird sich das auch überlegt haben. Wenn der Richter sagt: ‚Jetzt ist es unrealistisch; das wird jetzt nichts. Sie können noch mal – vielleicht‘ - ich habe ihm einen Zeitraum gesagt, wann er einen nächsten Antrag platzieren könnte - - Er wusste vielleicht sicher ganz genau, dass er keine Entscheidung von mir sofort bekommt – ‚Ja, Entlassung‘ -, sondern dass dann alles genau untersucht wird, Gutachter und Ähnliches herbeigezogen wird. Ich nehme mal an, dass er das wusste. Das wissen nämlich eigentlich alle, wie es langgeht.“⁷³⁴

3.3.1.5.3.2. Antrag auf Strafaussetzung zum April 1999

Szczepanski suchte Staatsanwalt Sörries am 12.01.1999 in dessen Büro auf und schilderte seine derzeitige Situation. Er überreichte einen Antrag auf Haftentlassung zum nächstmöglichen Termin und bat darum, zu prüfen, ob diese zum 06.04.1999 oder zum 03.05.1999 erfolgen könne.⁷³⁵ In einem von Sörries verfassten Vermerk vom 19.01.1999 heißt es:

„Am 12.01.1999 erschien der Verurteilte nach vorheriger fernmündlicher Terminvereinbarung beim Unterzeichner und übergab die Blattsammlung Bl. 100 bis 104 des Vollstreckungsheftes. Außerdem erläuterte er seine gegenwärtige Haftsituation sowie seine persönlichen und beruflichen Zukunftspläne. Danach wird der Verurteilte im Zeitraum April/Mai 1999 einen EDV-Lehrgang erfolgreich abschließen und im September/Okttober 1999 eine Abiturprüfung ablegen können. Bereits ab April 1999 könnte er eine günstige Wohnung mieten und plant dort mit seiner Freundin zusammen einzuziehen. Überdies wurde sowohl die Tat als auch die persönliche Entwicklung des Verurteilten besprochen. Nach alledem konnte der Unterzeichner den Eindruck gewinnen, daß der Verurteilte sich im Vollzug sehr positiv entwickelt hat und dementsprechend konkrete und realistisch persönliche und berufliche Zukunftspläne gefaßt hat. Unter Abwägung all dieser Umstände und unter besonderer Berücksichtigung der Tatsache, daß der Verurteilte sich offensichtlich schon vor längerer Zeit von der rechten Szene komplett gelöst

⁷³³ Protokoll der 19. öffentlichen Sitzung vom 12.01.2018, S. 112.

⁷³⁴ Protokoll der 20. öffentlichen Sitzung vom 23.02.2018, S. 147.

⁷³⁵ B 65_MAT-A-BB-9-1e_Band_II, S. 5.

hat, erscheint eine vorzeitige Entlassung entsprechend § 57 Abs. 2 Nr. 2 StGB ausnahmsweise vertretbar.

2. Frau AL mit der Bitte um Kenntnisnahme“ [Es folgt die Paraphrase von Frau Marx datiert auf den 27.01.]⁷³⁶

Sörries übersandte die Akten dem Amtsgericht Brandenburg an der Havel mit dem Antrag, eine vorzeitige Haftentlassung zum April 1999 zu beschließen.⁷³⁷

Vor dem Untersuchungsausschuss erinnerte sich Sörries:

„Der war nicht dumm, und das beeindruckte mich sehr wohl, was er darstellte. Ich wusste natürlich aus den Akten und auch aus den Gesprächen im Kollegenkreis, dass er eine Aussage gemacht hatte, die sehr wohl geholfen hatte, eine Schnur, auf der einzelne Perlen aufzuziehen waren, im Dolgenbrodt-Prozess abgeliefert hatte. Ich will nicht sagen, dass er den Silvio J. ans Messer geliefert hat, aber es war offenbar eine Aussage, die ein wichtiger Baustein für die Verurteilung des Silvio J. war. Das war mir bewusst und dementsprechend wusste ich, dass er im weiteren Verlauf natürlich mit entsprechendem Wohlwollen vonseiten der Staatsanwaltschaft rechnen konnte - Wohlwollen im Hinblick auf seine Aussage im Verfahren Dolgenbrodt und dann persönlich auch von meiner Seite Wohlwollen, weil seine Entwicklung offenbar sehr positiv war. Also, das hat mich durchaus beeindruckt: dass es ihm gelungen ist, Abitur zu machen.“⁷³⁸

Weiter befragt, warum Sörries den Antrag auf vorzeitige Haftentlassung vor dem Zweidritteltermin befürwortet habe, antwortete der Zeuge vor dem Untersuchungsausschuss:

„Da weiß ich nicht, wie Ihre Erfahrungen sind. Meine sind da andere. Wenn der eine positive Stellungnahme der JVA hat, dann kommt er in aller Regel zum Zweidritteltermin raus. Ich kenne niemanden, der nicht eine positive Stellungnahme hat, wo die Staatsanwaltschaft sich dann noch dagegen wehrt, der nicht trotzdem rauskommen würde.“⁷³⁹

Szczepanski stellte einen weiteren ausführlichen Antrag auf Haftentlassung am 22.02.1999.⁷⁴⁰

In seiner Stellungnahme vom 12.03.1999⁷⁴¹ befürwortete der Abteilungsleiter offener Vollzug der JVA Brandenburg an der Havel G. K. die Entlassung Szczepanskis zum

⁷³⁶ B 65_MAT-A-BB-9-1e_Band_II, S. 13.

⁷³⁷ B 65_MAT-A-BB-9-1e_Band_II, S. 13.

⁷³⁸ Protokoll der 22. öffentlichen Sitzung vom 22.03.2016, S. 28.

⁷³⁹ Protokoll der 22. öffentlichen Sitzung vom 22.03.2016, S.42.

⁷⁴⁰ B 65_MAT-A-BB-9-1e_Band_II, S. 27.

⁷⁴¹ B 65_MAT-A-BB-9-1e_Band_II, S. 18f.

Zweidritteltermin. Er stützte seine positive Prognose auf Szczepanskis Anpassungsqualifizierung beim Europäischen Bildungswerk und das in diesem Rahmen bei der Firma P. in Limbach-Oberfrohna durchgeführte Praktikum sowie auf die voraussichtliche Festanstellung Szczepanskis ab dem 06.04.1999 bei der Firma P. Es sei eine Zweigstelle im Raum Berlin geplant. Verwertbare Erkenntnisse, die noch auf einen engen Kontakt zur rechten Szene hindeuten, hätten nicht gewonnen werden können.

„Mit der Frage zu Kontakten zur rechten Szene konfrontiert, sage Szczepanski selbst, dass er dort rauswachse und zu damaligen Freunden kaum Kontakte bestünden und diese jetzt teilweise selbst Familien und Kinder hätten.“⁷⁴²

Szczepanski nahm seinen Antrag wiederum in der gerichtlichen Anhörung nach Erörterung der Sach- und Rechtslage vom 20.04.1999 zurück und beantragte eine Entlassung zum 31.08.1999⁷⁴³, die die Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) befürwortete⁷⁴⁴.

Das Gericht holte mit Beschluss vom 23.09.1999 ein nervenfachärztliches Gutachten gem. § 454 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 StPO ein. Der Sachverständige Dr. U. W. stellte in dem Gutachten vom 3.11.1999 fest, dass die Gefahr der Wiederholung einschlägiger Straftaten nicht bestünde. Zur Begründung führt er in dem 14-seitigen Gutachten im Wesentlichen aus, dass Szczepanski nachhaltig durch die Haft beeindruckt sei, die Tat bereue und Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele ablehne. Positiv für die Prognose würde sich die Anpassungsfortbildung beim Europäischen Bildungswerk nebst Praktikum sowie stabile soziale Bindungen, namentlich zur Lebensgefährtin und zu den Eltern sowie zu dem Sozialarbeiter Dieter Borchert auswirken.⁷⁴⁵ In seiner Zeugenvernehmung vor dem Untersuchungsausschuss sagte der Sachverständige aus, dass er seine Beurteilung – wie auch sonst üblich - anhand des persönlichen Eindrucks und den seitens des Gerichts zu Verfügung gestellten Akten getroffen habe.⁷⁴⁶ Grundlage des Gutachtens war unter anderem das Vollstreckungsheft der JVA, aus dem sich laut Angaben des Sachverständigen keine Hinweise daraus ergeben hätten, dass sich Szczepanski noch in der Szene verwurzelt sei. Die

⁷⁴² B 65_MAT-A-BB-9-1e_Band_II, S. 19.

⁷⁴³ B 65_MAT-A-BB-9-1e_Band_II, S. 37f.

⁷⁴⁴ Ebenda, S. 45.

⁷⁴⁵ B 65_MAT-A-BB-9-1e_Band_II, S. 55-68.

⁷⁴⁶ Protokoll der 20. öffentlichen Sitzung vom 23.02.2018, S. 164-166.

Gefangenenpersonalakte hätte dem Gutachter nicht vorgelegen. Der Sachverständige erklärt vor dem Untersuchungsausschuss:

„Na ja, aus heutiger Sicht muss ich auch einräumen, dass das Gutachten relativ schwach und sehr dünn ist. Aber das war damals so üblich.“⁷⁴⁷

Seine damalige Kollegin, die das Gutachten im Wesentlichen mit erstellt hatte, beschrieb den Erstellungsprozess so:

„[ich] habe sicherlich das Vollstreckungsheft gelesen und bin davon ausgegangen, dass die Einschätzung hier stimmig ist [...]. gut, die Personalakte habe ich dann nicht gelesen; weiß ich auch nicht, dass es die extra gibt - - sondern ich habe das genommen, was mir zur Verfügung gestellt wird. [...]“⁷⁴⁸

„Also Dinge, die im Vollstreckungsheft stehen, würde ich persönlich nicht noch mal überprüfen.“⁷⁴⁹

Mit Beschluss vom 01.12.1999, am 15.12.1999 rechtskräftig geworden, setzte die Strafvollstreckungskammer des Landgerichtes Potsdams nach Anhörung Szczepanskis am 30.11.1999 die Vollstreckung der Restfreiheitsstrafe nach Verbüßung von zwei Dritteln zur Bewährung aus.⁷⁵⁰ Die Bewährungszeit wurde auf drei Jahre festgelegt. Szczepanski wurde einem Bewährungshelfer unterstellt und erhielt unter anderem die Auflage:

„mit bestimmten Personen oder mit Personen einer bestimmten Gruppe, die ihm Gelegenheit oder Anreiz zu weiteren Straftaten bieten können, nicht zu verkehren, sie nicht zu beschäftigen, auszubilden oder zu beherbergen.“⁷⁵¹

Befragt ob sie mit dieser Auflage Personen der rechtsextremen Szene gemeint habe, antwortete die zuständige Richterin der Strafvollstreckungskammer am Landgericht Potsdam, Astrid Igendaay-Herrmann, vor dem Untersuchungsausschuss:

„Ja, so ist es gemeint.“⁷⁵²

Im Beschluss vom 01.12.1999 heißt es:

⁷⁴⁷ Protokoll der 20. öffentlichen Sitzung vom 23.02.2018, S. 166.

⁷⁴⁸ Protokoll der 20. öffentlichen Sitzung vom 23.02.2018, S. 151.

⁷⁴⁹ Protokoll der 20. öffentlichen Sitzung vom 23.02.2018, S. 152.

⁷⁵⁰ B 65 MAT-A-BB-9-1e_Band_II, S. 81.

⁷⁵¹ B 65 MAT-A-BB-9-1e_Band_II, S. 81.

⁷⁵² Protokoll der 20. öffentlichen Sitzung vom 23.02.2018, S. 181.

„Die Tatsache, dass er sich mit Erfolg fortgebildet hat und nunmehr eine Festanstellung bei der Firma P. erhalten hat, lässt auf eine deutliche Nachreife schließen und die Kriminalprognose günstig erscheinen.“⁷⁵³

Und weiter:

„Er hat dem Gericht gegenüber überzeugend dargestellt, dass er zu den ‚alten Kameraden‘ keinen Kontakt mehr habe und dass im übrigen auch diese mittlerweile nachgereift seien. Er vermittelte den Eindruck, dass er mit dieser Vergangenheit abgeschlossen hat und die Zukunft straffrei gestalten will.“⁷⁵⁴

Auf die Frage, ob die Zeugin Ingendaay-Herrmann gewusst habe, dass Szczepanski durch sein persönliches Umfeld und das Arbeitsverhältnis mit der Firma P. weiterhin in der rechtsextremen Szene eingebunden war, und während des Vollzugs ein Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung gegen Szczepanski eingeleitet worden sei, verneinte sie. Sie führte aus:

„Also, es gab ja zwei Stellungnahmen von der JVA. Wenn ich die lese und höre, dass der lange im offenen Vollzug war und er war in dieser Firma, dann gehe ich natürlich davon aus, dass die das geprüft haben.“

Das ist klar: Das ist nicht Aufgabe der Strafvollstreckungskammer. Ich habe aber damals auch deswegen offensichtlich gar keinen Anlass gesehen, das zu hinterfragen, was das für eine Stelle ist.“⁷⁵⁵

„So was muss die JVA mir sagen oder die Staatsanwaltschaft oder wer immer. Ich meine, die Strafvollstreckungskammer hat da keinen Zugang, keine Kenntnisse. Das müssen die mir zutragen. Dafür gibt man ja allen Gehör.“⁷⁵⁶

Der Untersuchungsausschuss ist der Frage nachgegangen, ob der Verfassungsschutz Einfluss auf die Stellungnahmen der Justizvollzugsanstalt ausgeübt habe. Der Zeuge Hans-Jürgen Förster erklärte hierzu vor dem Untersuchungsausschuss:

„Also, mit meinem Wissen ist sicherlich niemand - - versucht worden, in eine Richtung sich zu äußern, die nicht stimmt.“⁷⁵⁷

⁷⁵³ B 65\MAT-A-BB-9\MAT-A-BB-9-1e_Band_II, S. 95.

⁷⁵⁴ B 65\MAT-A-BB-9\MAT-A-BB-9-1e_Band_II, S. 96.

⁷⁵⁵ Protokoll der 20. öffentlichen Sitzung vom 23.02.2018, S. 177.

⁷⁵⁶ Protokoll der 20. öffentlichen Sitzung vom 23.02.2018, S. 187.

⁷⁵⁷ Protokoll der 31. öffentlichen Sitzung vom 30.08.2018, S. 141.

Der Zeuge Hasso Lieber, Leiter des Verfassungsschutzes von November 1998 bis Oktober 1999, verneint die Frage, ob es Gespräche zwischen ihm und der Justizvollzugsanstalt gegeben habe.⁷⁵⁸

Auch Absprachen mit der Staatsanwaltschaft habe es nach seinen Angaben nicht gegeben:

„[...] Wenn es eine Absprache mit der StA gegeben hat, war die vor meiner Zeit. Dass ich irgendet- - An ein direktes Gespräch mit irgendeiner Staatsanwaltschaft kann ich mich nicht erinnern und schließe eigentlich auch - - Nee, ich kann mich nicht nur nicht erinnern, weil die Zeit so lange her ist, sondern ich schließe aus, dass es ein Gespräch zwischen der Behördenleitung einer Staatsanwaltschaft und mir gegeben hat zur weiteren Behandlung dieses Herrn.“⁷⁵⁹

Befragt zur möglichen Einflussnahme des Verfassungsschutzes auf die Stellungnahmen der JVA Brandenburg an der Havel zur vorzeitigen Entlassungseignung Szczepanskis äußerte der verantwortliche Abteilungsleiter im offenen Vollzug G. K. in seiner schriftlichen Befragung am 24.01.2019:

„In den Vollzugskonferenzen wurde auch zu der Frage Stellung genommen, von welchem voraussichtlichen Entlassungszeitpunkt aus Sicht der Anstalt ausgegangen wird. Also Halbstrafe oder Zweidrittelzeitpunkt. Dies traf für jeden Gefangenen zu. Auf dieser Grundlage wurde die Stellungnahme geschrieben. Wenn ich geschrieben habe, das ich keine verwertbaren Erkenntnisse gewonnen habe, die noch auf einen engen Kontakt S. zur rechten Szene hindeuteten, dann war das allenfalls das Ergebnis der Erkenntnisse, die wir zum damaligen Zeitpunkt hatten. Ich habe das aus keinem anderen Grund geschrieben.“⁷⁶⁰

Der Leiter des Bereichs Sicherheit und Ordnung K. verweigerte Szczepanski die Erlaubnis, J.-W. K. im Februar 2000 zu besuchen. Szczepanski würde die Resozialisierung Ks gefährden. Szczepanski widersprach dieser Einschätzung und verwies auf das Gutachten und die positive Sozialprognose, die der Haftentlassung zugrunde gelegen habe. K. E. erteilte sodann die beantragte Besuchserlaubnis. Die Zulassung früherer Mitgefangener bedürfe der besonders sorgfältigen Prüfung, „die nun abgeschlossen“ sei.⁷⁶¹

⁷⁵⁸ Protokoll der 26. öffentlichen Sitzung vom 04.05.2018, S.10.

⁷⁵⁹ Protokoll der 26. Öffentlichen Sitzung vom 04.05.2018, S.10.

⁷⁶⁰ B 156_ 2019_01_24-K. zu B156, S. 8.

⁷⁶¹ B 46, J.-W. K. Band IV, S. 18-21.

3.3.2. Tätigkeitsfelder der Quelle „Piatto“ und Informationsaufkommen

Das Informationsaufkommen der Quelle „Piatto“ lässt sich anhand der Anzahl der Deckblattmeldungen, die dem Untersuchungsausschuss in Gänze vorlagen, nachvollziehen. Insgesamt wurden 269 ungeschwärzte Deckblattmeldungen durch das Ministerium für Inneres und Kommunales vorgelegt. Die Hälfte aller Deckblattmeldungen ist im Jahr 1999 und im ersten Halbjahr 2000 entstanden.

Im Zuge seiner Selbstandienung im August/September 1994 gab Szczepanski von sich aus Informationen zum „Ku-Klux-Klan“, zur „Hammerskin-Bewegung“, zum „Nibelungen-Sturm“, zur „Anti-Antifa“, zur „Afrikanischen Widerstandsbewegung (AWB)“ und zu rechtsextremen Konzerten im Allgemeinen an den brandenburgischen Verfassungsschutz. Er stellte außerdem eine handschriftlich erstellte Liste mit sämtlichen Namen und Adressen der Besteller seines Magazins „United Skins“ zur Verfügung.⁷⁶²

Die weitere nachrichtendienstliche Verwendung Szczepanskis ist in den jährlich erstellten Bewertungen durch die brandenburgische Verfassungsschutzbehörde – die dem Untersuchungsausschuss vorgelegt wurden – nachzuvollziehen.

Im Bewertungsvermerk der Verfassungsschutzbehörde vom 22.08.1995 heißt es:

„Sein Bekanntheitsgrad und seine Popularität in der rechtsextremistischen Szene sind durch die Inhaftierung erheblich gewachsen. Rechtsextremisten aus den verschiedenen Regionen und Organisationen wenden sich mit Solidaritätsbekundungen von sich aus an ihn und verbreiten seine Kontaktadresse. Deshalb empfängt die Quelle reichlich Post von Rechtsextremisten aus Deutschland und dem Ausland, die oftmals aufschlußreiche Interna aus rechtsextremistischen Organisationen oder aus der rechtsextremistischen Skinheadszone sowie frische Publikationen, Rundschreiben, Nachrichten u.ä. aus diesem Spektrum enthält. Auf diese Weise können ohne eine besondere operative Steuerung über die Quelle bereits wertvolle Informationen gewonnen werden, die in der Mehrzahl von bundesweiter Relevanz sind. Häufig werden so auch aktuelle Planungen bekannt.“

Die Quelle kann sich, ohne Verdacht zu erregen, an eine Vielzahl von rechtsextremistischen Personen und Organisationen wenden. Dies gilt insbesondere für solche Adressaten, mit denen er schon vor seiner Haftzeit in regem Kontakt stand. Dazu gehören u.a. die brandenburgische, bundesweite und europäische Skinmusik- und Fanzineszene, die

⁷⁶² Piatto Komplex_1994 S. 7-9.

*Gefangenenhilfsorganisationen wie IHV und HNG und die Skinheadszene um Königs Wusterhausen.*⁷⁶³

In der Phase nach seiner rechtskräftigen Verurteilung und der Unterbringung im geschlossenen Vollzug in der JVA Brandenburg an der Havel wurden zunächst durch die eingeschränkten Kommunikationsmöglichkeiten verhältnismäßig wenige Informationen gewonnen. Als wichtige Informationszuträger fungierten ehemalige Kameradinnen und Kameraden aus der rechtsextremen Szene. Nachvollziehbar ist anhand der vorliegenden Treffvermerke, dass sich die Anzahl der Treffen zwischen V-Mann-Führer Dieter Borchert und Szczepanski steigerte. Überwiegend wurde dabei „rechtsextremistische Szene Deutschlands und international“ thematisiert.⁷⁶⁴

Einem auf den 06.08.1996 datierten Vermerk ist zu entnehmen, dass sich das Informationsaufkommen nach Auffassung des Brandenburger Verfassungsschutzes im Vergleich zum Vorjahr nicht änderte:

*„Die Zusammenarbeit mit Sz. gestaltet sich, trotz der besonderen Treffumstände, weiterhin äußerst positiv. Szczepanski stellt die ihm zugänglichen Materialien der nationalen sowie der internationalen rechtsextremistischen Szene zur Verfügung. Ebenso ergeben sich aus der großen Menge des von ihm geführten Schriftverkehrs interessante Zusammenhänge und Erkenntnisse aus der rechtsextremistischen Szene.“*⁷⁶⁵

Die im Jahr 1997 beginnenden Vollzugslockerungen (erster betreuter Ausgang 10.04.1997) führten dazu, dass sich das Informationsaufkommen steigerte. Weiterhin wurde Szczepanski ab 15.11.1997 mit einem Mobiltelefon ausgestattet. In einem Bewertungsvermerk des brandenburgischen Verfassungsschutzes vom 12.11.1997 heißt es:

*„Der Kontakt zur Quelle besteht seit dem 01.09.1994. Die Quelle arbeitet zuverlässig, nachrichtenehrlich und erledigt Aufträge absprachegemäß. Während der wöchentlichen Ausgänge zeigt sich die Quelle führbar und kooperativ. Relevante Ereignisse und Termine werden dem Unterzeichner über dessen Handy-Nummer unverzüglich mitgeteilt oder über das für diesen Zweck eingerichtete Postfach zugeschickt. Diese Informationen finden Eingang in die recht umfangreichen Deckblattmeldungen.“*⁷⁶⁶

⁷⁶³ Piatto Komplex 1995, S 63f.

⁷⁶⁴ Piatto Komplex_1996, S. 96-138.

⁷⁶⁵ Piatto Komplex 1996, S. 29.

⁷⁶⁶ B 4 iV B 73_Übergabe Piatto Bearbeitete Fassung 97_98_1997, S. 195.

Mit den regelmäßigen Haftausgängen im Jahr 1998 erhöhte sich das Meldeaufkommen Szczepanskis weiter. Ausweislich der Deckblattmeldungen und Treffvermerke gehörten zu den Tätigkeitsschwerpunkten die B&H-Bewegung sowie die Musikszene, insbesondere Erkenntnisse zur Produktion der neuen „Landser“-CD „Rock gegen oben“. In einem Treffvermerk vom 27.11.1998 heißt es u.a.:

„Weiterhin war es der Quelle zu verdanken, daß die Ermittlungen über Vertriebswege der neuen ‚Landser‘ CD – ‚Rock gegen Rom‘ [sic!] – erfolgreich und zügig betrieben werden konnten“⁷⁶⁷

Am 02.07.1999 verfasste Jörg Milbradt, Leiter des Auswertungsreferats in der Abteilung V, einen Vermerk zur „Beurteilung der Quelle ‚PIATTO‘“. Einleitend heißt es in diesem Vermerk:

„Die Quelle ‚PIATTO‘ wird in zahlreichen unterschiedlichen Beobachtungsfeldern der hiesigen Verfassungsschutzbehörde, nämlich in nahezu allen Spektren im Bereich des Rechtsextremismus, mit Erfolg eingesetzt.“

Anschließend werden die „Einsatzbereiche“ der Quelle aufgeführt:

„- Unorganisierte bzw. schwach strukturierte rechtsextremistische Jugendcliquen aus den Regionen Königs Wusterhausen, Cottbus/Spremberg/Guben/Forst, Fürstenwalde, Brandenburg a. d. Havel/Premnitz/Rathenow, Potsdam

- Gruppierung ‚Rollkommando/Terrormaschine‘, eine ‚Städtepartnerschaft‘ von gewaltbereiten Rechtsextremisten aus Berlin und Brandenburg gegen den politischen Gegner

- ‚Blood & Honour‘ ergänzt um die Jugendorganisation ‚White Youth‘⁷⁶⁸ Hammerskins

- subkulturelle Skinheadszone und ihre Kommunikationswege mit Konzertgeschehen, Fanzines, Vertriebe, Handelsunternehmen, Ansätze zur Strukturbildungen, bundesweit

- Kontakte zu führenden Neonazis

- Kontakte zu Brandenburger NPD-Strukturen

⁷⁶⁷ B 4_NfD zum Piatto Komplex_elektronische Dokumente_Band 1b_1998, S.132.

- Zugänge zur Internetkommunikation der rechtsextremistischen Szene.“⁷⁶⁸

Eine ähnliche Auflistung findet sich in einem Vermerk, den Milbradt am 05.07.2000 – kurz vor der Enttarnung „Piatto“ – verfasste:

- „Überregionale rechtsextremistische Jugend-, insbesondere Skinheadszene, einschließlich
- Skinheadmusikszene, Fanzines, Verlage und Vertriebsdienste von Skinheadmaterialien
- Szenen in der Region Cottbus/Sprenberg/Guben/Forst
- Szenen in der Region Königs Wusterhausen und Umgebung
- Szenen in der Region Brandenburg a.d.Havel / Premnitz / Rathenow
- ‚Nationaldemokratische Partei Deutschlands‘ (NPD) und ‚Junge Nationaldemokraten‘ (JN)
- ‚Hilfsgemeinschaft für nationale Gefangene und deren Angehörige‘ (HNG)
- Neonazistische Kameradschaften bzw. Kreis um Frank S.
- Internet“⁷⁶⁹

Befragt zur Wertigkeit der Quelle „Piatto“ äußerte der Zeuge Milbradt in seiner Vernehmung:

„[...] eben weil Szczepanski Kontakte nicht nur in Brandenburg hatte, sondern in die verschiedensten Regionen Deutschlands und - wie auch schon hier heute erwähnt - über Deutschland hinaus ins Ausland, nach Großbritannien, USA, Schweden usw.

Er hat Informationen zu den verschiedensten Spektren des Rechtsextremismus geliefert, angefangen von den unorganisierten Skinhead-Szenen zu den Skinhead-Organisationen, zu Fanzines, zu CD-Vertriebswegen und -Herstellungswegen, zu Konzertorganisationen, zur NPD. Also, er hatte ein überaus breites und insofern mit anderen Quellen nicht vergleichbares Spektrum von Zugängen, die er auch offensiv genutzt hat, um der Verfassungsschutzbehörde Informationen zur Verfügung zu stellen.“⁷⁷⁰

⁷⁶⁸ Zit. nach der zusammenfassenden Darstellung im Regierungsbericht MIK, S. 115.

⁷⁶⁹ Zit. nach: Regierungsbericht MIK (NfD), S. 117f.

⁷⁷⁰ Protokoll der 22. öffentlichen Sitzung vom 22.03.2018, S. 106.

3.3.2.1. „Rollkommando/Terrormaschine“

Seit 1998 berichtete Carsten Szczepanski über erste Ansätze zur Bildung einer paramilitärischen Gruppierung in der rechtsextremen Szene im Raum Berlin/Brandenburg mit der Bezeichnung „Rollkommando/Terrormaschine“. In einem Vermerk des Auswertungsleiters Jörg Milbradt vom 02.07.1999 heißt es:

„Aktivisten aus den genannten Szenen und aus Berlin haben eine Gruppierung ‚Rollkommando/Terrormaschine‘ gebildet. Sie stellt eine Städtepartnerschaft von gewaltbereiten Aktivisten dar, die als schnelle Eingreiftruppe in der Lage sein soll, z. B. rechtsextremistische Szenetreffe und Skinheadkonzerte gegen Angriffe der Antifa abzusichern, aber auch den politischen Gegner aufzuklären und gewaltsam anzugreifen. Da hier Organisationsansätze und Gewaltpotenzial zusammentreffen, ist besondere Aufmerksamkeit auf o. g. Beobachtungsobjekte geboten. ‚PIATTO‘ ist bundesweit die einzige Quelle, die hierzu Informationen liefert.“⁷⁷¹

In den vorliegenden auf die Quelle „Piatto“ zurückgehenden Deckblattmeldungen finden sich u.a. die folgenden Hinweise auf die Gruppierung:

In der Deckblattmeldung vom 03.03.1999 heißt es unter der Überschrift „Städtepartnerschaften-Rollkommando“:

„Im Vorfeld eines möglichen ersten Einsatzes des ‚Rollkommandos‘, der terminlich jedoch noch nicht feststeht (definitiv nicht am 06.03.1999 in Forst), sollen am 06.03.1999 in Forst bereits Zielobjekte, An- und Abfahrtswege auskundschaftet werden.

Strategisch sollen bei Einsätzen die ortskundigen Personen stets im Hintergrund (eventuell als Fahrer) agieren, um nicht erkannt zu werden; jedoch die Aktion leiten. An den eigentlichen Einsätzen werden Personengruppen aus anderen Städten in Aktion treten.

‚Rollkommandos‘ sind bisher bekannt für die Städte Forst, Königs Wusterhausen und Berlin. Der ‚Leiter des Rollkomandos Forst‘ soll Maik RATTEI sein.

⁷⁷¹ B 4_NfD zum Piatto Komplex_elektronische Dokumente_Band 2_1999-ab dem 19991215 5-42-VSnfd-bwpsmd, S. 28.

H. L. habe für das ‚Rollkomando Berlin‘ ca. 30 Personen rekrutiert. Zum Einsatz komme sein ‚Rollkomando‘ in Berlin und bei Anfrage auch unterstützend im Land Brandenburg.“⁷⁷²

In der Deckblattmeldung vom 10.03.1999 heißt es:

„Am 1. Aprilwochenende 1999 beabsichtigen unter anderem Ralf L., Henning K. (P.), Sb., M. R., R. Sch., M. Br. und H. sich in Königs Wusterhausen, zu einem Arbeitstreffen des ‚Rollkomandos‘ zu treffen.

Das ‚Rollkomando‘ soll derzeit folgenden Strukturen aufweisen:

*Koordinator für alle Städte und Einsätze: Ralf L.
Verantwortlicher der Stadt Rathenow: Henning K. (P.)
Verantwortlicher der Stadt Brandenburg: Henning K. (P.)
Verantwortliche der Stadt Berlin: H. L. und Sb.
Verantwortliche der Stadt Königs Wusterhausen: Ralf L.
Verantwortlicher der Stadt Forst: M. R.
Verantwortlicher der Stadt Guben: R. Sch.*

Anmerkung Quelle: Das sog. ‚Rollkomando‘ wird auch in der Szene

‚Terrormaschine‘ genannt.“⁷⁷³

In der Deckblattmeldung vom 19.04.1999 wird über das angekündigte Treffen in Königs Wusterhausen berichtet:

„[...] Dieses Treffen sollte schwerpunktmäßig dem Zweck dienen, die Möglichkeiten und Arbeitsweisen einer ‚Selbstschutztruppe‘ zu erörtern.

Ferner sollten mögliche Aktionen besprochen werden, um die Stärke der Antifa-Szene festzustellen. Darüber hinaus sollten Perspektiven für die Zusammenarbeit der einzelnen Städte besprochen werden. [...]“

Als Teilnehmer werden u.a. Uwe Menzel, Ralf L., I. S. und Henning K. (P.) genannt.⁷⁷⁴

Eine weitere Deckblattmeldung vom 10.05.1999 enthält den Hinweis, mehrere Mitglieder des „Rollkomandos/Terrormaschine“ planten am 11.05.1999 einen Besuch des Fußballspiels BFC Dynamo gegen Türkspor im Berliner Jahnstadion. „Auseinandersetzungen‘ mit Ausländern sind geplant.“⁷⁷⁵

⁷⁷² B 4_Ordner 3a_1999-DBM-Teil 1-Jan-Mai, S. 75.

⁷⁷³ B 4_Ordner 3a_1999-DBM-Teil 1-Jan-Mai, S. 94.

⁷⁷⁴ B 4_Ordner 3a_1999-DBM-Teil 1-Jan-Mai, S. 142f.

⁷⁷⁵ Ordner B 4, 2016-12-01 B4- VS NfD, Ordner III a, 1999-DBM-Teil 1-Jan-Mai.pdf, Seite 214.

In der Deckblattmeldung vom 09.06.1999 wird eine geplante Saalveranstaltung der NPD erwähnt, bei der die Mitglieder der „Rollkommando/Terrormaschine“ die Ordnergruppe stellen sollen. Ralf L. solle den Einsatz organisieren.⁷⁷⁶

In der Deckblattmeldung vom 23.06.1999 wird über diese Veranstaltung berichtet. 15 Mitglieder der Gruppierung hätten „die Aufgabe der Security übernommen“.⁷⁷⁷

In der Deckblattmeldung vom 28.12.1999 heißt es:

„[...] Erörtert wurden auch die zukünftigen Aktivitäten der Terrormaschine bzw. des Rollkommandos.

*Dabei vertrat MENZEL die Absicht, künftig verstärkt mit seinen Potsdamer Kameraden an Demonstrationen der rechtsextremistischen Szene teilnehmen zu wollen. [...]*⁷⁷⁸

Am 05.04.2000 ist von einer „Arbeitsbesprechung des sog. ‚Rollkommando/Terrormaschine‘“ am Rande einer NPD-Veranstaltung in Königs Wusterhausen am 02.04.2000 die Rede.

*„Grund des Treffens war der Plan Ralf L.s, an einem noch zu bestimmenden Tage, die Fahrzeuge von Linksextremen und zwei linken Jugendclubs in Eichwalde und Königs Wusterhausen anzugreifen.“*⁷⁷⁹

In einem nach der Aufdeckung „Piattos“ verfassten Vermerk des Auswertungsleiters Milbradt vom 26.07.2000 zur „Gefährdung der ehemaligen Quelle PIATTO“ heißt es:

*„Aktivisten aus mehreren brandenburgischen Szenen und Berlin haben eine Gruppierung ‚Rollkommando / Terrormaschine‘ gebildet. Sie war als eine. Städtepartnerschaft von gewaltbereiten Rechtsextremisten konzipiert. Ihr Zweck war es, als schnelle Eingreiftruppe z. B. rechtsextremistische Szenetreffs und Skinheadkonzerte gegen Angriffe der Antifa abzusichern, aber auch den politischen Gegner aufzuklären und gewaltsam anzugreifen. Allerdings hat diese Gruppierung niemals funktionstüchtige Strukturen ausgebildet. Ihre Abklärung ist wesentlich PIATTO zu verdanken.“*⁷⁸⁰

⁷⁷⁶ B 4_Ordner 3b 1999-DBM-Teil 2-Jun-Aug, S. 30.

⁷⁷⁷ B 4_Ordner 3b 1999-DBM-Teil 2-Jun-Aug, S. 63.

⁷⁷⁸ B 4_Ordner 3b 1999-DBM-Teil 3-Sep-Dez, S. 226.

⁷⁷⁹ B 4_Ordner 3c 2000_DBM-T2-Piatto-2774-2936-wwkps-VS-NfD, S. 9.

⁷⁸⁰ B 168_Erste Teillieferung_UA 6-1; B 168 - Akte - VS-NfD (geschwärzt) S. 32.

In seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuss verortete Carsten Szczepanski die Gruppierung „Rollkommando/Terrormaschine“ im Umfeld von Uwe Menzel:

„Für mich war das ganz klar Herr Menzel und sein Bekanntenkreis, den er so hatte, auch mit der Band, die er damals hatte.“⁷⁸¹

Und weiter:

„‘Proissenheads‘, genau. Das war seine Band. Dieses Umfeld war halt das ‘Rollkommando‘.“⁷⁸²

Befragt, ob es sich dabei um die Security von Menzels Band „Proissenheads“ handle, antwortete Szczepanski vor dem Untersuchungsausschuss:

„Sozusagen, genau. Auch so ein bisschen nach englischem Vorbild, halt diese ‘Skrewdriver‘-Security, die es ja gab und die ja berüchtigt war.“⁷⁸³

Befragt zu Grüßen an eine Gruppierung namens „Terrormaschine (BRB)“ in einschlägigen Szenemagazinen gab sich der Zeuge Menzel vor dem Untersuchungsausschuss unwissend:

„Welche Gruppe soll denn in Brandenburg ‘Terrormaschine‘ geheißen haben?“⁷⁸⁴

Auf Nachfrage sagte er, dass er sich „jetzt tatsächlich nicht daran erinnern“⁷⁸⁵ könne, eine „Terrormaschine Brandenburg“ begrüßt zu haben, „aber kann schon sein“. Wenige Sätze später erklärte er, wie sein Gruß der „Terrormaschine“ gemeint gewesen sei:

„Wenn ich zum Beispiel den ‘WAW Brandenburg‘ [‘Weißer Arischer Widerstand‘] begrüßt hätte, wäre das keine feste Gruppierung gewesen, sondern wir alle - Sie nicht - sind Teil des ‘Weißen Arischen Widerstands‘, und so ist auch dieser ‘Terrormaschine‘-Spruch gemeint.“

Menzel fügte noch hinzu:

„Es gab keine feste Gruppierung, die sich ‘Terrormaschine‘ nannte.“

⁷⁸¹ Protokoll der 27. Öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S.124.

⁷⁸² Protokoll der 27. Öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 124.

⁷⁸³ Protokoll der 27. Öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 125.

⁷⁸⁴ Protokoll der 28. Sitzung vom 15.06.2018, S. 42.

⁷⁸⁵ Protokoll der 28. Sitzung vom 15.06.2018, S. 42f.

Die Zeugen H.P. und Ralf L., die nach Aktenlage an den Aktivitäten des „Rollkommandos“ beteiligt waren, äußerten vor dem Ausschuss auf mehrfache Fragen, dass ihnen die Gruppierung nicht bekannt sei.⁷⁸⁶

Die vor dem Untersuchungsausschuss befragten Verfassungsschützer erklärten, dass ihnen die Bezeichnung „Rollkommando/Terrormaschine“ noch rememberlich sei, konkrete Einzelheiten wussten sie aber nicht mehr zu nennen.

Die Frage, ob Szczepanski selbst in dieser Gruppierung aktiv war, wurde von ihm verneint.⁷⁸⁷

3.3.2.2. „Combat 18“

Die Gruppe „Combat 18“ entstand 1992 in Großbritannien. Das englische Wort „Combat“ bedeutet Kampf oder Schlacht. Die „18“ steht für den ersten („A“) und den achten („H“) Buchstaben des Alphabets, stellvertretend für den Namen Adolf Hitler. Die Gruppierung dokumentiert damit ihre Verbundenheit mit Hitler und ihre Identifikation mit der Ideologie des Dritten Reiches. „Combat 18“ rekrutierte sich fast ausnahmslos aus Personen mit hoher Gewaltbereitschaft.

„Combat 18“ (C18) wurde als bewaffneter Arm des Neonazinetzwerks „Blood and Honour (B&H)“ gebildet. Nach Erkenntnissen der britischen Sicherheitsbehörden bekämpft „Combat 18“ politische Gegner auch unter Einsatz von Gewalt nach dem Prinzip „Leaderless Resistance“ („führerloser Widerstand“) und agiert konspirativ. Unter den gewaltbereiten deutschen Rechtsextremisten genoss „Combat 18“ hohe Anerkennung. Szenenintern diente das Bekenntnis zu „Combat 18“ der persönlichen Aufwertung – man wollte damit suggerieren, dass man einer kämpferischen Elite angehöre.

Im Umfeld von „Blood and Honour“ und „Combat 18“ kursierten zahlreiche Strategiepapiere, u.a. auch Handlungsweisen zum Leben im Untergrund und zur

⁷⁸⁶ Protokoll der 26. Öffentlichen Sitzung vom 05.05.2018, S. 149f, 171f (H.P.); Protokoll der 28. Öffentlichen Sitzung vom 15.06.2018, S. 171f, 213 (Ralf L.).

⁷⁸⁷ Protokoll der 27. Sitzung vom 11.06.2018, S. 125.

Durchführung militanter Aktionen. Die „Blood & Honour Division Deutschland“ wurde im September 2000 verboten.⁷⁸⁸

In dem bereits zitierten Vermerk des Auswertungsleiters Milbradt vom 26.07.2000 heißt es unter der Überschrift „Kontakte zu Rechtsextremisten im Ausland“:

„PIATTO pflegte weit reichende Kontakte zu Neonazis im Ausland.

Besonders eng waren seine Verbindungen nach Großbritannien, insbesondere zu den Gruppen ‚National Socialist Movement‘ (NSM) und ‚Combat 18‘, mithin zu den militanten Aktivisten Charlie und Steve S.

Da „PIATTO“ als Kontaktmann für deutsche NSM-Interessenten fungierte, führte er insoweit Korrespondenzen mit einem im einzelnen nicht überschaubaren Personenkreis“⁷⁸⁹

Szczepanski berichtete vor dem Untersuchungsausschuss, er habe während seiner Haft in der JVA Brandenburg Kontakt zu „Combat 18“ aufgenommen. Über Henning K. (P.) habe er Marcel Schilf kennengelernt, der ihm die Adresse gegeben habe.⁷⁹⁰ Er habe dann Kontakt mit den Gebrüdern Sargent aufgenommen.⁷⁹¹ Wilf Browning habe er nach seiner Erinnerung auf einem Konzert in Brandenburg kennengelernt.⁷⁹²

Auf die Frage, ob er den Kontakt zu „Combat 18“ im Auftrag des Verfassungsschutzes aufgenommen habe, antwortete Szczepanski:

„Nee. Also, ich meine, das war so gewesen, dass ich, wie gesagt, auf Anraten von Herrn Schilf da hingeschrieben habe. Ich war mir in dem Augenblick auch nicht sicher, ob die zurückantworten, wie die antworten und was da für ein Kontakt zustande kommt. Das war halt auch wieder eine Art der Informationsgewinnung, die man halt einfach auf gut Glück versucht. Hat ja auch geklappt.“⁷⁹³

Auf Nachfrage äußerte Szczepanski, er könne sich nicht daran erinnern, ob er mit seinem V-Mann-Führer vorher über die Kontaktaufnahme gesprochen habe.

⁷⁸⁸ Gesamtübersicht Beweisbeschlüsse, B 22 Anlage 1.

⁷⁸⁹ B 168_Erste Teillieferung_UA 6-1; B 168 - Akte - VS-NfD (geschwärzt)UA 6-1; B168 – Akte . VS-NfD (geschwärzt), S. 34.

⁷⁹⁰ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 119f.

⁷⁹¹ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S.119.

⁷⁹² Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 120.

⁷⁹³ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 159.

„Also, ich meine, das habe ich aus eigenen Stücken gemacht.“⁷⁹⁴

Auf die Frage, welche Szeneaktivitäten er während seiner Tätigkeit ohne Rücksprache mit dem Verfassungsschutz initiiert habe, sagte Szczepanski:

„Also, beim Anschreiben von Leuten war ich schon so frei, zu sagen: Den schreibe ich jetzt an, den finde ich vielleicht interessant, das könnte vielleicht in der Folge interessant werden. - Das habe ich schon selber entschieden. Und das wäre jetzt auch im Nachhinein betrachtet technisch nicht möglich gewesen, jeden Brief vorher abzustimmen oder jedes Telefonat - - vorher um Erlaubnis zu fragen oder so. Das wäre so nicht machbar gewesen, denke ich.“⁷⁹⁵

Auf die Nachfrage, ob Szczepanskis Intention zu hundert Prozent auf die Gewinnung von Informationen für den Verfassungsschutz ausgerichtet gewesen sei, antwortete der Zeuge: „Genau“⁷⁹⁶. Er fügte hinzu:

„Aber, wie gesagt, im Vorfeld jede Informationsgewinnung abzusprechen, das ist in der Praxis, glaube ich, nicht möglich.“⁷⁹⁷

1997 gab es interne Auseinandersetzungen bei „Combat 18“ in Großbritannien, die zu einer Aufspaltung in zwei Flügel führten. Am 10.09.1997 schreibt Szczepanski an seine V-Mann-Führer Dieter Borchert:

„Überlege Dir bitte mal bis zum 15. September an wen ich mich mehr ranhängen soll, an das sog. ‚Sargent-Camp‘ oder an die ‚Wilf-Seite‘.“⁷⁹⁸

Aus den Akten ist nicht ersichtlich, wie Dieter Borchert Szczepanskis Anfrage beantwortete. Szczepanski ließ sich dazu als Zeuge wie folgt ein:

„Ich meine, mich erinnern zu können, dass es hieß, dass die Schilf/Browning Seite interessanter wäre.“⁷⁹⁹

Und weiter:

⁷⁹⁴ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 160.

⁷⁹⁵ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 192.

⁷⁹⁶ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 192f.

⁷⁹⁷ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 193.

⁷⁹⁸ Gemeint ist Wilf Browning. B 4_Herabstufungen_Anfrage UA 6_1 vom 31_01_2018_11_1997_Piatto Vermerke; S. 1

⁷⁹⁹ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 123.

„Ich denke - das ist meine Vermutung -, es war eben zum einen die Position von Schilf, die er hatte, mit seiner Tonträgerproduktion, mit den Konzerten und halt eben der Umstand, dass seine Fraktion die stärkere war.“⁸⁰⁰

Milbradt erklärte hierzu:

„Ja, diese Abstimmung hat stattgefunden. Wenn er seinem Quellenführer diese Frage vorlegt, kann ich davon ausgehen, dass der Quellenführer sie dann auch beantwortet hat, also ihm geraten hat, welche der beiden alternativen Aktivitäten er unternehmen soll. Insofern hat eine Steuerung stattgefunden, ganz sicherlich. Aber der Ursprungsort dieser Aktivitäten war ja doch der Kopf von Szczepanski selbst, der von sich aus diese beiden Möglichkeiten ins Gespräch gebracht hat und nur um einen Hinweis gebeten hat, welche den Vorzug verdiene. Wenn Sie das schon Steuerung nennen wollen, dann mögen Sie es tun; dem würde ich dann auch nicht widersprechen.“⁸⁰¹

Nach Aktenlage hat Szczepanski die Kontakte zum Sargent-Flügel aufrechterhalten. Vor dem Untersuchungsausschuss sagte Szczepanski, dass er Ehrenmitglied der „Nationalist Socialist Movement“ (NSM) gewesen sei.⁸⁰² Er habe auch nach September 1997 Kontakte zu den Sargent-Brüder gehalten.⁸⁰³ Szczepanski erklärte vor dem Untersuchungsausschuss, dass sich in der NSM nach der Spaltung von „Combat 18“ in Großbritannien die Anhänger des Sargent-Flügels organisierten:

„Das kam zustande, indem man eines Tages einen Brief aufmacht und eine Ehrenmitgliedsnadel von einem der Brüder bekommt. Das sieht nach viel aus, war aber im Endeffekt nix. Und auch bei ‚Combat 18‘ war es so, dass es keine Mitgliedschaften im eigentlichen Sinne gab. Es war auch so angedacht, dass es eigentlich eine Bewegung sein soll, der man sich anschließen kann, die aber eben keine festen Strukturen hat.“⁸⁰⁴

Befragt zur Ehrenmitgliedschaft, sagte Szczepanski vor dem Untersuchungsausschuss:

„Und diese Ehrenmitgliedschaft in der NSM war dann schon zu einem Zeitpunkt, als ‚Combat 18‘ in Großbritannien völlig zerstritten war und sich zwei Flügel herauskristallisierten. Ich habe dem eigentlich nichts beigemessen.“⁸⁰⁵

Zum Zustandekommen der Ehrenmitgliedschaft sagte Szczepanski:

⁸⁰⁰ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 124.

⁸⁰¹ Protokoll der 22. öffentlichen Sitzung vom 22.3.2018, S. 135 f.

⁸⁰² Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.6.2018, S. 121.

⁸⁰³ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.6.2018, S. 145.

⁸⁰⁴ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.6.2018, S. 121f..

⁸⁰⁵ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 122.

„Ich hatte mit dem jüngeren Bruder sehr lange Kontakt und auch sehr ausgiebigen Kontakt. Im Nachhinein betrachtet ist es wahrscheinlich ähnlich wie mit dem Dennis Mahon, dass die sich über Kontakte in andere Länder halt einfach gefreut haben und das damit wahrscheinlich auch ein bisschen hochgespielt haben.“⁸⁰⁶

Es seien „vielleicht drei, vier Leute“ gewesen, die NSM unterstützten. Die Gruppierung um Browning sei „die wesentlich größere und stärkere Fraktion“ gewesen.⁸⁰⁷ Der Zeuge Ralf L. meinte, „C18“ sei in Brandenburg „eher so ein T-Shirt-Ding“ gewesen, ohne ernsthaften politischen Hintergrund. Szczepanski habe eher dem Sargent-Camp angehört. Deshalb sei das Thema „Spaltung“ und C 18 im Fanzine „United Skins“ immer wieder aufgenommen worden, vermutlich um Werbung für eine Seite zu machen. Jedenfalls habe sein Umfeld mit den C 18-Ideen sympathisiert. Szczepanski sei aber der einzige gewesen, der Kontakt zu Charlie S. gehalten habe.⁸⁰⁸

In einem Brief an den Nürnberger Neonazi Norman K. schrieb Szczepanski am 05.01.1999:

„Ich könnte Dir jetzt seitenlange Erklärungen zu diesem Thema abgeben und einen ganzen Roman dazu niederschreiben, doch ich bin dieses Thema dermaßen leid, daß ich diesen nicht tun werde. Charlie und Martin sitzen mit lebenslangen Haftstrafen im Knast und weiteren Anklagen werden sogar noch vorbereitet. Nun weiß ich nicht was Sylvia Dir schon berichtet hat. Aber ich kann Dir nur sagen, daß es in diesem Fall um verdammt viel Geld geht. Geld, das scheinbar ‚verschwunden‘ ist.

Meine persönliche Meinung ist die, daß Charlie und Martin ganz böse hereingelegt worden ist und daß Wilf Browning das faule Ei im Nest ist. Browning ist politisch in England absolut ‚tot‘ und lediglich im skandinavischen Ausland unterstützt man ihn noch

Ich habe damals mein gesamtes belastendes Material über Browning und über den Prozeß auch an den Kameraden Heise und an Michael See (Sonnenbanner) gesandt, mit der Bitte mir Material zu senden, daß sie im Besitz haben wollen. Nun, es ist bis heute nicht angekommen.

Einig sind wir uns dabei wohl, daß wir Combat 18 freundlich sind (der Streit zwischen C18 Gegnern und Befürworter besteht ja zusätzlich auch noch), was an der Sache an sich natürlich nichts verändert.

Grundsätzlich stehe ich selber noch immer zu dem was ich veröffentlicht habe, aber ich habe es so satt auf Flugblätter zu antworten, in dem man sich damit

⁸⁰⁶ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 122.

⁸⁰⁷ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 123.

⁸⁰⁸ Protokoll der 28. öffentlichen Sitzung vom 15.06.2018, S. 168-171.

auseinandersetzt, daß Charlie ein dicker Mann ist und Martin Segelohren hat. Das ist einfach zu billig.

Im übrigen war Charlies jüngerer Bruder, Steve S. zu Besuch bei uns in Deutschland und niemand hat ihn auf seinen Bruder angesprochen (man wirft ja von Brownings Seite auch Steve vor er wäre ein Agent) Auch der Chef der NSM, Tony Williams, ist desöfteren zu Besuch in Deutschland. Aber wie es so oft ist in der Szene, hinter dem Rücken wird gehetzt, offen ins Gesicht wird niemanden etwas gesagt.

Ich kann Dir sehr gerne ein Treffen mit Steve S.und/oder Leuten der NSM vermitteln oder meinetwegen können wir uns auch gerne mal treffen. Auf jeden Fall bin ich der festen Ansicht und Überzeugung. Charlie S.ist kein Agent!“⁸⁰⁹

In einem weiteren Brief von Szczepanski an Norman K. (09.1.1999), der dem Untersuchungsausschuss vorliegt, heißt es über „Combat 18“:

„Glaub mir eins, die Leute die heute von sich behaupten Combat 18 zu sein, hatten zu der eigentlichen C 18 Zeit gar nichts mit der Truppe zu tun. Außer Wilf Browning ist heute aus dieser Gruppierung bei C 18 gewesen. Combat 18 war eine Art Einsatzgruppe, die sich auf der Straße durchsetzte und einen Namen verschaffte. Heute druckt man C18 T-Shirts, Pullover und Tonträger und das war es dann auch schon. Du kannst Dir nicht vorstellen wieviel Geld alleine mit dem Namen Combat 18 gemacht wird und was da an Kapital im Spiel ist. Ähnlich wie bei den Streitigkeiten in den deutschen B&H Sektionen geht es nur darum unliebsame Konkurrenten auszuschalten.

Es ist sehr schade, daß Du kein Englisch kannst. Ich hätte Dich gerne mal den ursprünglichen C18 Leuten vorgestellt. Denn wie Du vielleicht weißt, kamen die Leute aus den diversen englischen Gruppierungen wie der NF, des BM, der NSA oder auch den Chelsea Headhunter. Gerade am letzten Wochenende fand ein Treffen der alten Leuten statt, an dem auch die NSM Leute (angeblich ja auch alles Agenten) teilnahmen. Und niemand kann wohl ernsthaft annehmen, daß sich all diese Kameraden mit Polizeispitzeln an einen Tisch setzen würden.

Ich verstehe schon, daß Du Browning nicht reinwaschen willst und ich weiß worum es Dir persönlich geht. Doch wenn Charlie von der Gefangenenliste gestrichen wird, ist das natürlich ein Vorzeigesieg für Browning und seine Leute, mit dem er sich reinwaschen kann. Ganz unter dem Motto: ‚Seht her, die HNG kann sich nicht irren‘“⁸¹⁰

Ein Postfach in London diente als Kontaktadresse für „Combat 18“- und NSM-Interessenten aus Deutschland. Szczepanski äußerte vor dem

⁸⁰⁹ Gesamtübersicht Beweisbeschlüsse, B22, Schr_an_Vorsitz_v_23.06.2017_v_Bay.Staatsministerium_B22 Asservate.pdf, S.2.

⁸¹⁰ Gesamtübersicht Beweisbeschlüsse, B22, Schr_an_Vorsitz_v_23.06.2017_v_Bay.Staatsministerium_B22 Asservate.pdf, S. 3.

Untersuchungsausschuss, dass Steve S. die Bitten um Infomaterial aus Deutschland an ihn weitergeleitet habe.

„Also, ich meine, dass wir drüber geschrieben hatten, dass die eine Ausgabe von dem Magazin bekommen und man quasi dadurch irgendwann mal so eine Art Datenbank mit interessierten Menschen hat. Es war auch so, dass der S. meinte, dass ihm da auch die Zeit und die Lust fehlen würden, jetzt jeden Interessenten anzuschreiben. Das war halt auch so bedingt: Dieses Postfach in London war halt in der Szene bekannt und berühmt-berüchtigt. Es war halt das Postfach von ‚Skrewdriver‘, von ‚Blood & Honour England‘, also quasi die - - so das erste Postfach, was überhaupt so benutzt worden ist.

Nach der Spaltung war es halt so, dass Herr S. wohl noch die Postfachschlüssel hatte und deshalb dieses dann nutzen und weiterbenutzen konnte. Ich meine, dass da auch Leute noch hingeschrieben haben, die irgendwie Autogramme von irgendwelchen Bands wollten oder eine CD bestellen wollten - so was alles, so ein Sammelpostfach für jedes Anliegen.“⁸¹¹

Weiter befragt zum Postfach in London schilderte Szczepanski:

„Es war, wie gesagt, kein reines ‚Combat 18‘- Postfach. Es war Postfach für viele Gruppen und Organisationen. Ich vermag jetzt nicht zu sagen, wie viele ‚Combat 18‘-Interessenten vielleicht auf CD-Besteller kamen oder so. Also, das weiß ich nicht mehr.“⁸¹²

Aus zahlreichen Deckblattmeldungen ist ersichtlich, dass Szczepanski regelmäßig die Namen und Adressen von deutschen Rechtsextremisten an den Verfassungsschutz übermittelte, die an das C18-Postfach in England mit der Bitte um Info-Material geschrieben hätten.

Auf die Frage des Untersuchungsausschusses zu den Strukturen und Verbindungen von „Combat 18“ nach Deutschland führte Szczepanski aus:

„Ich glaube, Sie haben da in dem Punkt eine falsche Vorstellung von dem Namen ‚Combat 18‘. ‚Combat 18‘ sollte ja so organisiert werden, dass es eigentlich keine Strukturen gibt, möglichst wenig Verbindungen, das Ganze eher zellenartig, ohne große Verlinkungen oder Vernetzungen.

Wie gesagt, dieses Postfach, aus dem ich die Briefe bekommen habe, weitergeleitet bekommen habe, war halt auch ein Postfach für viele andere Organisationen. Also, es war - ich wiederhole das noch mal - kein ‚Combat 18‘-Postfach.“⁸¹³

⁸¹¹ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 160f.

⁸¹² Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 161.

⁸¹³ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 162.

Und weiter:

„Der Herr Werner war letzten Endes sehr gut befreundet mit dem Browning; der war ja halt, wie gesagt, der Gegenflügel zu den Sargents. Und ich meine, dass da auch Tonträger veröffentlicht worden sind, denn es wurde halt nicht nur die ‚Combat 18‘-Bewegung, nenne ich es mal, gespalten, sondern auch teilweise Bands. Und ich weiß noch, dass Herr Browning zum Beispiel die Band ‚No Remorse‘ übernommen hat. Und ich meine, dass die auch unter anderem für Werner gespielt haben.“⁸¹⁴

Befragt zum Interesse des Verfassungsschutzes an „Combat 18“ und zu dem Grund dafür, wieso er die „Bewerbung“ dieser Gruppierung im United Skins nicht unterbunden habe, erklärte der Zeuge Jörg Milbradt:

„Zunächst: Dieses Fanzine ‚United Skins‘ mit der Nummer, die Sie erwähnt hatten, ist zu einer Zeit erschienen, als Szczepanski in Haft war und, soweit ich sehe, gerade erst die ersten Freigänge unternehmen konnte. In dieser Zeit - wie ich schon mehrfach heute erwähnt habe - hatte er nicht die alleinige Verantwortung für die Gestaltung von ‚United Skins‘, sondern die Herstellung und der Vertrieb dieses Heftes geschahen außerhalb der Haftanstalt, von anderen Personen, und er konnte nur mit Rat und Beiträgen etwas dazu beisteuern.“

Die Aufklärung von ‚Combat 18‘ war im hohen Interesse des Verfassungsschutzes, weil diese Organisation als besonders gewaltbereit und damit als gefährlich angesehen werden musste. Alle Erkenntnisse, die zur Aufklärung dieser Organisation und deren Ausstrahlung auf Deutschland gewonnen werden konnten, waren für den Verfassungsschutz selbstverständlich hochinteressant, um in der Folge dann auch tatsächliche Gewalttaten, die etwa von dieser Gruppe ausgehen könnten, von vornherein zu unterbinden. Insofern wurde in der Tat Szczepanski darin unterstützt, wenn er sein Aufklärungsinteresse auf diese Gruppe gelenkt und fokussiert hat.“⁸¹⁵

Szczepanski habe „Informationen erbeten und erhalten, wie sich die Lage in Großbritannien entwickelt“. Außerdem habe er „berichtet, wie er die rechtsextremistische Szene und deren Entwicklung in Deutschland einschätzt“.⁸¹⁶

Milbradt erklärte:

„Es gab Interessenten insofern, als sie an dem Treiben von ‚Combat 18‘ Interesse nahmen und auch eine gewisse Vorbildfunktion ‚Combat 18‘ zubilligten. Aber die Gründung sozusagen einer eigenen Sektion ‚Combat 18‘

⁸¹⁴ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 163.

⁸¹⁵ Protokoll der 22. öffentlichen Sitzung vom 22.03.2018, S. 137.

⁸¹⁶ Protokoll der 22. öffentlichen Sitzung vom 22.03.2018, S. 101.

auf deutschem Boden ist jedenfalls durch Szczepanski nicht befördert worden und hat meines Wissens auch nicht stattgefunden.“⁸¹⁷

Dass sich Interessenten auch über das Postfach 2224 an Szczepanski gewendet hatten, konnte er „aus dem Gedächtnis nicht sagen“, aber es klinge „plausibel“. Milbradt betonte:

„[...] sein Interesse, solange er als Quelle für den Verfassungsschutz tätig war, war in erster Linie, Informationen zu sammeln, und nicht, die Szene zu bestärken. Aber ist natürlich klar, wenn er Informationen weiterleitete oder vermittelte, dass es natürlich dann auch zu der ideologischen Festigung solcher Interessenten geführt haben mag.“⁸¹⁸

Gordian Meyer-Plath wurde vom Untersuchungsausschuss gefragt, ob in der Verfassungsschutzbehörde auch über die Risiken diskutiert worden sei, die mit Szczepanskis engen Verbindungen zu „Combat 18“ einhergingen. Meyer-Plath bejahte diese Frage. Man sei zu dem Ergebnis gekommen, dass:

„[...] es natürlich von hohem Interesse ist, herauszukriegen, welche Leute in Deutschland sich an ‚Combat 18‘ wenden, um mit ihnen in Kontakt zu treten - das ist ja der Schlüssel dazu, dass Sie die Gründung solcher Strukturen in Deutschland rechtzeitig erkennen -, und dass es das Risiko wert ist.“⁸¹⁹

Und weiter:

„Wir waren uns sicher, dass, wenn welche einen Weg suchen, um mit ‚Combat 18‘ in Kontakt zu treten, dann werden sie es tun, unabhängig davon, ob jetzt ein V-Mann der Mittler ist. Es hätte andere Wege gegeben. Insofern war es uns wichtig, zu sagen: Wenn wir diesen Weg mitbekommen, dann ist damit etwas für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland getan. Denn es hätte sonst einen anderen gegeben, der diese Adressen in irgendeiner Form gemakelt hätte.“⁸²⁰

Zudem habe man ja Szczepanskis Schriftwechsel mit „Combat 18“ gekannt.

„Wir wussten, was er schreibt und was er von denen bekommt. Insofern war er überwacht.“⁸²¹

⁸¹⁷ Protokoll der 22. öffentlichen Sitzung vom 22.03.2018, S. 102.

⁸¹⁸ Protokoll der 22. öffentlichen Sitzung vom 22.03.2018, S. 102.

⁸¹⁹ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 124.

⁸²⁰ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 125.

⁸²¹ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 125.

Den Akten ist zu entnehmen, dass Szczepanski sehr gut über „Combat 18“-Strukturen in Deutschland informiert war. In einem Brief an den Urlaubsvertreter seines V-Mann-Führers schrieb Szczepanski am 04.07.1996:

„Der Charlie von ‚Combat 18‘ hat sich auch wieder gemeldet. So wie es aussieht will sich C18 auch in Deutschland zunehmend etablieren und bestehende ‚Größen‘ für sich gewinnen.“⁸²²

In einem Brief Szczepanskis an Dieter Borchert vom 08.08.1996 heißt es:

„Von Combat 18 kam auch wieder Post an. Einige von den Jungs waren übrigens auch auf dem Konzert am 03. August im Frankenland. Naja, wir werden sehen, wann die erste deutsche C18-Zelle zuschlägt.“⁸²³

In den Akten des brandenburgischen Verfassungsschutzes findet sich ein undatiertes einseitiges maschinenschriftliches Dokument mit dem Titel „Aktueller Aufbau und Struktur der NS-SZENE in K.W.“ In dem von Carsten Szczepanski verfassten Vermerk wird auf „Combat 18“-Strukturen in Königs Wusterhausen eingegangen:

„Zur Vorbereitung der Aufbauarbeiten einer unabhängigen Combat 18 Einheit in K. W. wurde am 20.10.1996 ein erster Briefkontakt von Maik F. nach England aufgenommen. Die Aufbauarbeiten sollen sich an dem bekannten 3-Punkte-Plan von Combat 18 in England orientieren. Nach dem Motto des ISD-Labels wird versucht in offizieller Art und Weise Geld für die Szene einzunehmen, welches angelegt werden soll. Udo, Betreiber der K. W. Skinheadkneipe ‚Vier Stufen‘, will sich an dieser ‚offiziellen Geschäftspolitik‘ beteiligen und sich engagieren – natürlich ohne zu wissen daß er Combat 18 unterstützen wird. Zwar lehnt besagter Udo die Durchführung von Konzerten in seinen Gaststätten ab, jedoch ist er bereits dabei einen möglichen Versand zu unterstützen. Er kennt nach eigener Aussage jemanden der sehr gute Kontakte zu einem Preßwerk hat und ohne jede Nachfrage auch CDs mit NS-Texten preßen würde. (Die Gewinne von CD-Verkäufen sind in England Hauptsäule des C18 Zellaufbaus)“⁸²⁴

Auch in der Deckblattmeldung vom 14.11.1996 wird auf Maik F. eingegangen:

„M.F. hat am 05. November seine erste Rückantwort aus England bekommen. Die Gründung einer eigenen C18-Einheit ist damit beschlossen. M.F. wird in Kürze eine Liste mit Anschriften von Personen bekommen, die bereits heute für Combat 18 und die NSA arbeiten und im Bundesgebiet wohnen. Ferner liegt bereits ein Flugticket für ihn bereit, um ihm die Anreise nach England zu ermöglichen. Dort sollen dann alle näheren Schritte besprochen werden. Mit Schreiben vom 06. November bedankt sich M.F. für das Angebot und gibt

⁸²² Piatto-Komplex, Datei „1996“, S. 26.

⁸²³ Piatto Komplex_1996, S. 31.

⁸²⁴ Piatto Komplex_1996, S. 43.

bekannt, dass er mit seiner Haftentlassung für das nächste Jahr rechnet. M.F. versucht einen Sonderurlaub zu bekommen, um dann eventuell nur schnell mal für einen Tag rüberzufliegen.“⁸²⁵

Ausweislich einer Deckblattmeldung vom 21.07.1997 berichtete „Piatto“ außerdem über C18-Aktivitäten des Rechtsextremisten Didier Magnien:

„In der ersten Septemberwoche soll ein Treffen zwischen deutschen C18-Anhängern und tschechischen B&H-Mitgliedern in 86633 Neuburg stattfinden. Maik F. ist dazu eingeladen. Organisiert wird dieses Treffen von einem D. M.. M. soll C18-Anhänger mit europaweiten Beziehungen sein.“⁸²⁶

In der Deckblattmeldung vom 16.03.1998 ist von einer weiteren Combat-18-Gruppe in Deutschland die Rede:

„Die Szene Königs Wusterhausen hat regen Kontakt zur Szene in Rostock, vor allem zur Band ‚Nordmacht‘. In Rostock soll sich eine Combat 18-Gruppe gebildet haben.“⁸²⁷

Szczepanskis vorgefertigtes Briefpapier, auf dem er an seinen V-Mann-Führer mindestens drei Briefe schrieb, enthielt die „Combat 18“-Losung „What ever it takes“, illustriert mit einem ver mummt en Kämpfer samt Sturmgewehr.⁸²⁸

3.3.3. Szczepanskis V-Mann Führer

3.3.3.1. V-Mann-Führer Dieter Borchert (1994-2000)

Bevor Dieter Borchert 1993 seinen Dienst in der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg aufnahm, hatte er bereits bei einer anderen Landesbehörde für Verfassungsschutz gearbeitet. Szczepanski war ihm aus dieser Zeit dienstlich bekannt.

In der Abteilung V des Brandenburger Innenministeriums war Borchert nach eigenen Angaben bis zum Jahre 2000 im Beschaffungsreferat für den Bereich Rechtsextremismus zuständig. Anschließend wurde er in einem anderen Bereich eingesetzt.⁸²⁹

⁸²⁵ B 4_Ordner 3_ 1996_DBM-Piatto-1344-1369-wwkps-VS-NfD, S. 12.

⁸²⁶ Datei „1997-DBM“, S. 80.

⁸²⁷ B 4_Ordner 3_ 1998_DBM-T1-Piatto-1510-1695-wwkps-VS-NfD, S. 49.

⁸²⁸ Datei „1996“ im „Piatto-Komplex“, S. 21.

⁸²⁹ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 132f.

Von 1994 bis 2000 war Dieter Borchert V-Mann-Führer von „Piatto“. Carsten Szczepanski äußerte sich vor dem Untersuchungsausschuss zu seinem V-Mann-Führer:

„Also, das Auftreten von Herrn B. war anfangs so, wie man sich halt vorstellt, wenn man auf fremde Leute trifft. Er war nett, er war höflich. Er wirkte auf mich wie so ein typischer Sozialarbeiter, also jetzt auch nicht wie jemand, der nur hinterm Schreibtisch sitzt und den Computer füttert. Wie gesagt, nette Erscheinung.“⁸³⁰

Und weiter:

„Nee, das war eher ein lockerer Umgang miteinander. Man hat schon auch privat gesprochen, klar.“⁸³¹

Befragt zu den Dingen, die privat besprochen wurden, äußerte Szczepanski:

„Über alles Mögliche. Wie es einem halt in der JVA ergeht. Wie Sie schon gerade sagten: über Fußballergebnisse oder so.“⁸³²

Nach der Haftentlassung habe Dieter Borchert ihn auch zu Hause besucht, „zwei-, dreimal vielleicht“.⁸³³

Der Zeuge Dieter Borchert beschrieb sein Verhältnis zu Carsten Szczepanski vor dem Untersuchungsausschuss folgendermaßen:

„Zu Ihrer Frage: man hat sich geduzt. Das war ein professioneller Umgang, indem man Informationen entgegengenommen hat, das in einer, sage ich mal, möglichst konfliktfreien Atmosphäre. Wenn man sich gegenseitig irgendwie unsympathisch ist, dann kommt da auch wenig rüber.“⁸³⁴

Auf Nachfragen äußerte Borchert:

„Man war bedacht, die nötige Distanz zu halten.“⁸³⁵

Befragt, ob er die Distanz zur Quelle „Piatto“ gehalten hätte, antwortete der Zeuge:

⁸³⁰ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 77.

⁸³¹ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 94.

⁸³² Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 94.

⁸³³ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 94.

⁸³⁴ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 164.

⁸³⁵ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 176.

„Das ist mir nach meiner Einschätzung gelungen, ja.“⁸³⁶

Der Tonfall in Szczepanskis Briefen an Dieter Borchert ist ungezwungen; manchmal unterzeichnet er mit „die Panzerknackerbande“ oder „Egon Olsen“. Manche Briefe sind mit NS-Symbolen und rechtsextremen Kürzeln versehen (z.B. „Combat 18“-Logo, „Mit den besten Grüßen & 88“ u.ä.).⁸³⁷ Dazu sagte der Zeuge Borchert, er habe derartiges im Rahmen sein „Informationsbeschaffung“ entgegengenommen und weitergeleitet.

„Wenn ich als Beschaffer solche Dinge erhalte, dann nehme ich sie an und gebe sie an die Auswertung weiter. Das hat jetzt nichts mit irgendwelchen persönlichen Geschichten zu tun.“⁸³⁸

In den Akten finden sich Hinweise darauf, dass sich Dieter Borchert nach Absprache mit Szczepanski auch mit Szeneangehörigen traf bzw. Botendienste übernahm. In einem Brief Szczepanskis an Borchert vom 09.05.1996 heißt es:

„Du mußt mir bitte unbedingt Bescheid geben wenn Du die ca. 70 CDs von meiner Ex-Tante Christiane erhalten hast! [...] Ich werde dann nämlich einen Paketschein beantragen, damit du mir einen Teil der CDs ganz offiziell zusenden kannst. Der andere Rest geht dann an eine Person, die auch nen Paketschein beantragen wird. So ist das Problem mit der Einbringung auch schon weggefallen.“⁸³⁹

Gemeint ist hier Szczepanskis Ex-Freundin C. S. (C. N.). Auf diesen Vorhalt antwortete Dieter Borchert vor dem Untersuchungsausschuss:

„Also, das sagt mir überhaupt nichts. Und das wäre eigentlich jetzt - - Ich schließe das mal aus.“⁸⁴⁰

Der Zeuge Gordian Meyer-Plath, der zeitweise als zweiter V-Mann-Führer von Carsten Szczepanski fungierte, sagte zu diesem Vorgang vor dem Untersuchungsausschuss aus:

„Normal nicht, nein. Möglicherweise ist hier seine Legende genutzt worden, um die Übermittlung bestimmter Gegenstände unter den besonderen Voraussetzungen zu ermöglichen. Aber normal ist es nicht.“⁸⁴¹

⁸³⁶ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 176.

⁸³⁷ Z.B. Piatto-Komplex/1996/ S. 21-26 (und viele andere).

⁸³⁸ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 176f.

⁸³⁹ Piatto-Komplex/1996/ S. 22.

⁸⁴⁰ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 166.

⁸⁴¹ Protokoll 24. Sitzung vom 20.4.2018, S. 127.

Die als Zeugin vernommene ehemalige Lebensgefährtin konnte sich nicht daran erinnern, dass sich ein Sozialarbeiter Dieter Borchert bei ihr vorgestellt habe, um CD's abzuholen.⁸⁴² Sie erinnerte sich, dass Szczepanski mit CDs gehandelt habe. Sie habe den CD-Handel allerdings während der Haftzeit nicht weitergeführt und auch keine Pakete zur Post gebracht.⁸⁴³

Am 14.05.1996 schreibt Szczepanski an Borchert:

„Ich habe Dir noch das neueste Rundschreiben der C18 beigelegt, welches Du behalten kannst. Was ich noch kopiert habe ist der Rundbrief ‚THE WINNING HAND‘, welcher von den Gegnern C18's stammt. Beides kam in dieser Woche bei mir an. Ich werde das denn so beibehalten daß ich Dir gewisse Publikationen immer gleich kopiere, ansonsten erstickst Du bald an Material. Schon jetzt türmen sich hier die Briefe wieder ziemlich hoch.

Denke bitte daran daß ich die Übersetzung des Rundbriefes benötige. Vergiß‘ bitte auch nicht mir Bescheid zu sagen wenn Du die CDs von Christiane erhalten hast, das ist sehr wichtig für mich!“⁸⁴⁴

Am 18.07.1996 schreibt Szczepanski an seinen V-Mann-Führer Dieter Borchert:

„Von COMBAT 18 müßte zu 100% ein T-Shirt und eine CD ans Postfach gekommen sein. Beides benötige ich hier sehr dringend und darum würde ich Dich bitten daß Du mir beides in der nächsten Woche mitbringst.“⁸⁴⁵

Zu diesem Vorhalt äußerte sich der Zeuge Borchert vor dem Untersuchungsausschuss:

„Dass er ein T-Shirt da in den Knast bekommen hat, da gehe ich nicht von aus, dass er das bekommen hat.“⁸⁴⁶

In einem anderen Brief an Dieter Borchert schreibt Szczepanski am 10.09.1997:

„Sonst erstmal nichts Neuss. Vergiß‘ bitte nicht den dicken H[geschwärtzt] anzurufen und Dir den Umschlag geben zu lassen.“⁸⁴⁷

⁸⁴² Protokoll der 41. öffentlichen Sitzung vom 25.01.2019, S. 36.

⁸⁴³ Protokoll der 41. öffentlichen Sitzung vom 25.01.2019, S. 38f.

⁸⁴⁴ Piatto Komplex 1996, S. 23.

⁸⁴⁵ Ordner B 4, Herabstufungen, Anfrage UA 6_1 vom 31_01_2018, 1_1996_Vermerke-PIATTO-Seite28-Page197-VSnfd-bwpsmd.pdf. Szczepanski hatte bei seiner Vernehmung keine konkrete Erinnerung an diesen Vorgang. 27/92.

⁸⁴⁶ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 139f.

⁸⁴⁷ Ordner B 4, Herabstufungen, Anfrage UA 6_1 vom 31_01_2018, 11_1997_Vermerke-PIATTO-308-532-Seite138-Page445-VSnfd-bwpsmd.pdf, Seite 1.

Zu diesem Vorhalt äußerte sich Borchert:

„Also, das wäre keine professionelle Praxis, jetzt hier irgendwelche Botendienste oder so zu übernehmen. Ich kann Ihnen auch nicht mehr sagen, was im Einzelnen der Geschichte da zugrunde liegt.“⁸⁴⁸

Befragt, ob sich der Zeuge H.P. an Treffen mit dem als Sozialarbeiter legendierten Dieter Borchert erinnern könne, sagte dieser vor dem Untersuchungsausschuss:

„Nein. Da sagt mir auch der Name überhaupt nichts.“⁸⁴⁹

Zur Legendierung als Sozialarbeiter erklärte der Zeuge Dieter Borchert vor dem Untersuchungsausschuss:

„Die Legende ‚Sozialarbeiter‘ - ich bitte das wirklich entgegen - - Das diente eigentlich nur der Legendierung gegenüber seinen Freunden, wenn die fragten: ‚Mit wem bist du denn da zusammen?‘ oder so was Ähnliches, dass er sagen konnte: Den kenne ich von früher her, das ist ein Sozialarbeiter. - Das war also keine Funktion gegenüber Behörden oder sonst irgendwas. Dafür fehlen mir auch die Kenntnisse eines Sozialarbeiters.“⁸⁵⁰

Wenn erforderlich habe er „Piatto“ auch zu Konzerten oder Veranstaltungen gefahren.

„Es war ja nun hier Entscheidung der Behörde, sich der Informationen und Kontakte des Szczepanski zu bedienen. Im Zuge dieser Ausgänge wurde natürlich versucht, den Szczepanski logistisch in die Lage zu versetzen, Extremisten oder Veranstaltungen aufzusuchen und hier dann eben die Informationen abzugreifen.“⁸⁵¹

Die Frage, ob er selbst an solchen Veranstaltungen teilgenommen habe, verneinte der Zeuge Borchert.⁸⁵²

Auf die Frage, auf welche Weise „Piatto“ gesteuert worden sei, antwortete Borchert:

„Also, animiert werden musste Herr Szczepanski nicht großartig. Er gab die Informationen umfangreich und freiwillig wieder. Da waren keine großartigen Hilfestellungen oder Nachfragen notwendig.“⁸⁵³

⁸⁴⁸ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 165f.

⁸⁴⁹ Protokoll der 26. öffentlichen Sitzung vom 04.05.2018, S. 104.

⁸⁵⁰ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 165.

⁸⁵¹ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 168f.

⁸⁵² Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 169.

⁸⁵³ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 152.

Weiter sagte der Zeuge im Laufe der Vernehmung:

„Im Prinzip brauchte man keine großen Vorschläge zu machen. Er hatte hinreichend Möglichkeiten, der Informationserhebung nachzugehen. Im Einzelfall ist im Gespräch mit dem Auswertungsleiter dann besprochen worden, wo vielleicht eine Informationserhebung dringend notwendig wäre.“⁸⁵⁴

Und weiter:

„Also, Herr Szczepanski hatte ohne Zweifel ein sehr gutes Ansehen, ein Standing in dieser rechtsextremistischen Szene, und daher war es ihm ein Leichtes, mit allem und jedem Kontakt herzustellen.“⁸⁵⁵

Nach Aktenlage gab es im Beschaffungsreferat Überlegungen, Dieter Borchert durch einen anderen V-Mann-Führer zu ersetzen. Auf einem Vermerk vom 07.05.1998 findet sich die folgende handschriftliche Notiz vom damaligen Beschaffungsleiter Odendahl:

„Was soll das heißen? Wir sollten langsam über eine Abgabe an einen anderen VMF nachdenken.“⁸⁵⁶

Auf die Frage, ob es in der Verfassungsschutzbehörde Überlegungen zu einem Wechsel in der V-Mann-Führung gab, erklärte der Zeuge Dieter Borchert sich daran nicht erinnern zu können.⁸⁵⁷ Der Zeuge Meyer-Plath äußerte vor dem Untersuchungsausschuss, ihm seien derartige Erwägungen nicht bekannt.⁸⁵⁸

3.3.3.2. V-Mann-Führer Gordian Meyer-Plath (1997-1998)

Gordian Meyer-Plath kam 1994 zur Verfassungsschutzabteilung. Dort arbeitete er zunächst bis Dezember 1996 als Referent im Referat Auswertung. Anschließend war er als Referent im Referat Beschaffung tätig. Zu seinem Wechsel in das Beschaffungsreferat erklärte Meyer-Plath vor dem Untersuchungsausschuss: Ende 1996 sei er vom Personalreferatsleiter gefragt worden, ob er zu einem Wechsel bereit sei. Als Begründung habe dieser angegeben:

„dass dort sozusagen die Aufbauarbeit noch nicht so weit fortgeschritten war wie – aus seiner Sicht – im Auswertungsreferat“.⁸⁵⁹

⁸⁵⁴ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 185.

⁸⁵⁵ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 214.

⁸⁵⁶ B 4 iV B 73_Übergabe Piatto Bearbeitete Fassung 97_98_1. Halbjahr 1998.pdf, S. 71.

⁸⁵⁷ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 182.

⁸⁵⁸ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 93.

⁸⁵⁹ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 70.

Auf die Frage, ob er diese Sicht teile, antwortete Meyer-Plath:

„Auf jeden Fall war die Zugangslage nach wie vor ausbaufähig. Auswertung kann nur das auswerten, was es auszuwerten gibt. Natürlich kann Auswertung in vieler Hinsicht auch proaktiv laufen, aber eben mit bestimmten Grenzen. Insofern: Ja, die Beschaffung konnte besser werden.“⁸⁶⁰

Im Oktober 1998 ließ sich Meyer-Plath beurlauben und arbeitete als wissenschaftlicher Mitarbeiter der CDU-Bundestagsabgeordneten Katherina Reiche. Im April 2001 kehrte Meyer-Plath zur Verfassungsschutzabteilung zurück und war dort bis 2012 Leiter des Referats Auswertung und kurzzeitig Leiter des Referats Beschaffung. Anschließend übernahm er das Amt des Präsidenten des Landesamtes für Verfassungsschutz in Sachsen.

Meyer-Plath (Arbeitsnamen: G. M. und C. M.) wurde ab Anfang 1997 zur Unterstützung von Dieter Borchert als zweiter V-Mann-Führer „Piattos“ eingesetzt. Die Beordnung eines zweiten V-Mann-Führers erfolgte durch den Abteilungsleiter Dr. Förster im selben Zeitraum in dem Carsten Szczepanski erste Vollzugslockerungen und begleitete Haftausgänge erhielt. Carsten Szczepanski äußerte, im Gegensatz zu Dieter Borchert sei Meyer-Plath „nicht so der kumpelhafte Typ“ gewesen, „eher sachlich“:

„Ich möchte jetzt nicht sagen, dass er irgendwie kühl war in dem Sinne; aber es war schon ein anderer Schlag Mensch.“⁸⁶¹

Meyer Plath berichtete, die doppelte V-Mann-Führung sei von seinen Vorgesetzten folgendermaßen begründet worden:

„Das war - - So wurde mir das dann auch vom Referatsleiter geschildert: Das Erkenntnisauftreten von ‚Piatto‘ ist so hoch, und die Möglichkeit, ihn auch eben zu Dingen zu befragen, die einen Auswertungshintergrund sinnvoll machen, wurde als so wertvoll erkannt, zu sagen: Ja, da schicken wir den mit. - Denn es ist natürlich eins, als Beschaffer, sozusagen als reiner Auftragsmittler zu pendeln, oder ob ich in der Lage bin, selbstständig eben auch dann gleich auf die Erkenntnisse zu reagieren und viel tiefer zu fragen. Das war der Vorteil, den ich eben durch diesen jahrelangen Vorlauf gerade auch seiner Erkenntnisse hatte.“⁸⁶²

⁸⁶⁰ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 71.

⁸⁶¹ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 113.

⁸⁶² Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 79f.

Befragt zu den Umständen der Beiordnung eines zweiten V-Mann-Führers äußerte Hans-Jürgen Förster, zum damaligen Zeitpunkt Leiter der Abteilung V, vor dem Untersuchungsausschuss:

„Ich hatte immer die Sorge - und die muss man haben -, dass die Distanz zu gering wird zwischen dem V-Mann-Führer und dem V-Mann, einfach durch die Vielfältigkeit der Kontakte. Das fand nicht unbedingt Wohlwollen, dass ich mein Glaubensbekenntnis immer wiederholt habe, dass das V eben für Verrat steht und dass die V-Mann-Führer, die ja dann auf meine Veranlassung zwei wurden, sich am besten vor den Treffs noch mal das Urteil gegen diesen V-Mann durchlesen, um zu wissen, wen sie da eigentlich treffen. Das ist kein Mitarbeiter des Verfassungsschutzes. Das ist ein Mann, der aus eigenem Interesse seine eigenen Leute verrät. Das muss man sich klarmachen. Wenn einer seine eigenen Leute verrät, dann muss man auch extrem sensibel dafür sein, ob man wirklich selber die Wahrheit immer erzählt bekommt.“⁸⁶³

An anderer Stelle gab der Zeuge Förster an:

„Weil ich eben Sorge hatte, dass dieser ursprüngliche, alleinige V-Mann-Führer zu distanzlos wurde. Der hat mich auch immer überzeugen wollen, dass eine vollständige Wendung dieses Mannes stattgefunden hätte. Dieser Überzeugungsversuch war aber aus meiner Sicht eher dilettantisch. Ich hatte ein – ‚Misstrauen‘ kann ich schlecht sagen, aber jedenfalls kein vollständiges Zutrauen zu diesem Mann, der aber ja wichtig war, weil er über lange Zeit eben die Kontaktperson von dem Szczepanski war und auch immer bekundet hat, dass der Szczepanski zu ihm Vertrauen hätte.

Dann habe ich, um die Sache - - dass da wirklich alles und mit Argwohn aufgenommen wird, was der sagt - mit Argwohn, weil man ja immer nicht vergessen darf, wer der andere ist -, ihm einen zweiten Mann dazugegeben, den besten, den ich hatte, einen aus dem höheren Dienst - so viele hatte ich da nicht -, aus derselben Abteilung, und habe angeordnet, dass die V-Mann-Führung durch beide zusammen stattfinden soll.“⁸⁶⁴

Auf die Frage, warum er G. nicht abgelöst habe, antwortete Förster, er habe sich „sozusagen für das mildere Mittel entschieden“ weil er gemeint habe, durch den zweiten V-Mann-Führer das Problem der zu großen Nähe „in den Griff nehmen“ zu können.⁸⁶⁵

Weiter äußerte Förster:

„Warum ich den nicht abgelöst habe - - Wie gesagt, ich habe mich entschieden für den anderen Weg. Man muss halt mit den Leuten arbeiten, die man hat. Das

⁸⁶³ Protokoll der 31. öffentlichen Sitzung vom 30.08.2018, S. 135.

⁸⁶⁴ Protokoll der 31. öffentlichen Sitzung vom 30.08.2018, S. 144

⁸⁶⁵ Protokoll der 31. öffentlichen Sitzung vom 30.08.2018, S. 159.

impliziert auch die Gefahr, dass sich alle irgendwie mit dem solidarisieren. Das ist problematisch.“⁸⁶⁶

Der damalige Referatsleiter Beschaffung Andreas Lorsch verneinte in seiner zeugenschaftlichen Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuss, dass es jemals Anhaltspunkte für ein zu enges Verhältnis von V-Mann-Führer Dieter Borchert zu „Piatto“ gegeben hätte.⁸⁶⁷

Befragt zum Verhältnis zwischen dem V-Mann-Führer Borchert und Szczepanski sagte der damalige Abteilungsleiter Hasso Lieber vor dem Untersuchungsausschuss:

„Ich kann nur sagen: Wenn es Auffälligkeiten gegeben hätte, die an den Rand der rechtlichen Möglichkeiten gegangen wären - Kumpanei beispielsweise -, dann wäre mit Sicherheit, sagen wir mal, mindestens eine ernsthafte Überprüfung erfolgt, die ich aber so nicht mehr im Gedächtnis habe.“⁸⁶⁸

Meyer-Plath beschrieb sein Verhältnis zu Dieter Borchert als „kollegial“. Er habe keine Probleme im Umgang mit Dieter Borchert gehabt. Aus seiner Sicht sei „Teamwork“ bei „sehr wertigen Quellen“ ohnehin vorzuziehen.⁸⁶⁹

„Insofern waren diese Abschöpfungsgespräche - - an die habe ich sehr, sehr gute Erinnerungen, weil hier zwei Leute mit ‚Piatto‘ zu tun hatten, die sein Erkenntnisaufkommen sehr gut eben auch aufnehmen konnten, was bei mir an diesem Auswertungsvorlauf lag.“⁸⁷⁰

Da Szczepanski nur einen begrenzten Zeitraum außerhalb der JVA Brandenburg an der Havel verbringen konnte, habe man immer „unter Zeitdruck“ gestanden.⁸⁷¹

„Deswegen war eine ganze Menge Logistik notwendig, um das so effizient wie möglich zu gestalten. Das heißt, es war in der Regel so, dass ich nur zu den Abschöpfungsgesprächen dazukam, die möglichst weit außerhalb seines Wirkungsbereichs JVA Brandenburg oder der Einsatzbereiche, die er dann extremismusrelevant hatte, durchgeführt wurden, um dann wieder schnell zur JVA zurückgebracht zu werden, was in der Regel Dieter Borchert machte.“⁸⁷²

Im Vertretungsfall, u.a. im Sommer 1998, habe Meyer-Plath die Treffen mit Szczepanski aber auch selber durchgeführt:

⁸⁶⁶ Protokoll der 31. öffentlichen Sitzung vom 30.08.2018, S. 159.

⁸⁶⁷ Protokoll der 23. öffentlichen Sitzung vom 23.03.2018, S. 111.

⁸⁶⁸ Protokoll der 26. öffentlichen Sitzung vom 04.05.2018, S. 23.

⁸⁶⁹ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 71f.

⁸⁷⁰ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 72.

⁸⁷¹ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 72.

⁸⁷² Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 72.

„Ich weiß, ich bin im Berliner Untersuchungsausschuss - oder eher danach - kritisiert worden, ich wäre so eine Art Fahrdienstleiter oder persönlicher Fahrer von ‚Piatto‘ gewesen. Die Treffs im Auto, die Modalitäten auch der Abschöpfung zum Teil im Auto waren für die operative Sicherheit notwendig. Anders hätte man das nicht geschafft.“⁸⁷³

Diese Gespräche mit Szczepanski beschreibt Meyer-Plath folgendermaßen:

„Ja, das war eine Druckbetankung, und zwar gegenseitig: einerseits durch die Informationen, die von ‚Piatto‘ an uns flossen, und andererseits mit den Fragen - Fragen, die aus dem Gespräch selber kamen, Fragen, die wir mitgebracht hatten, Fragen, die die Auswertung mitgegeben hatte, Lichtbildvorlagen, konkrete Fragen zu Personen, zu Strukturen, zu Ereignissen. Das waren sehr, sehr intensive, anstrengende Gespräche.“⁸⁷⁴

Die Aufträge an Szczepanski stammten nach Angaben Meyer-Plaths von der Auswertung, seien aber manchmal auch spontan vor Ort erteilt worden:

„Wenn Sie natürlich sozusagen ein Ereignis, was die Auswertung noch gar nicht kennen konnte, weil es etwas war, was ‚Piatto‘ jetzt exklusiv bei diesem Gespräch brachte - - und ad hoc eine Entscheidung getroffen wurde: ‚Wie gehen wir damit um?‘, dann war damals in der Regel keine Rückkopplung mit der Auswertung möglich, und es wurden dann auch von der Beschaffung selber Schwerpunkte gesetzt.“⁸⁷⁵

Szczepanski äußert in seiner Vernehmung mehrfach, sein Arbeitspensum als V-Mann habe man gemeinsam festgelegt. Nicht jede Informationsgewinnung habe man aber im Detail abgesprochen.

„Also, es war schon so, dass die Informationen entweder kurz besprochen worden sind oder halt im Nachgang noch mal Nachfragen kamen. Wie gesagt, es war halt schon so ein Gefühl, dass man halt - - Ich weiß nicht, ob man das jetzt als Team bezeichnen kann; aber es war jetzt nicht so dieses Gefühl, dass ich da jemanden über mir stehen habe, dem Rechenschaft schuldig bin und da jetzt wöchentlich meine Anweisungen bekomme. So hat es sich halt nicht angefühlt.“⁸⁷⁶

Meyer-Plath berichtete, „Piatto“ sei auch gebeten worden, Musikbands einzuschätzen:

„Er wurde schon gefragt, wie er bestimmte Bands einschätzt, wo man die zuordnen muss, im ‚Blood & Honour‘-Kontext etwa. Aber es ist ja auch manchmal für Außenstehende gar nicht einfach, jetzt bestimmte Bands zu kategorisieren, wenn es jetzt etwa unpolitische Oi!-Musik ist oder gar Red-Skin-

⁸⁷³ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 72f.

⁸⁷⁴ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 73.

⁸⁷⁵ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 73.

⁸⁷⁶ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 172

*Musik oder Ähnliches. Da ist natürlich jemand, der sich damit auskennt, jemand, den man um eine Bewertung hier auch bittet.*⁸⁷⁷

Das Verhältnis der V-Mann-Führer zu Szczepanski bezeichnete Meyer-Plath als „professionell“. Man habe sich geduzt, der „Umgangston“ sei „von gegenseitigem Respekt geprägt“ gewesen. „Da wurde auch mal gelacht“.⁸⁷⁸

*„Natürlich wird auch über Privates gesprochen. Es wird über Fußball gesprochen, über Filme, über Musik. Und da saß mir ein Mensch gegenüber, der eben auch ganz normale Interessen hatte, also Interessen, wie wir sie in dem Alter vielleicht auch gehabt haben.“*⁸⁷⁹

Zur V-Mann-Führung Szczepanskis und den Vorgaben in seinem Referat erklärte der damalige Referatsleiter Beschaffung Andreas Lorsch:

*„[...] Ich habe in meiner Arbeit mit den Quellen und der Quelle ‚Piatto‘ immer auf zwei Dinge geachtet, die mir persönlich wichtig gewesen sind. Zum einen habe ich ein genaues Auge darauf geworfen, dass es niemals zu einer Verbrüderung zwischen Quelle und Quellenführer gekommen ist. Das ist sehr leicht der Fall, wenn man sich regelmäßig trifft und dann natürlich auch in dem Gespräch mal abgleiten kann in persönliche Belange [...].“*⁸⁸⁰

Auf die Frage, ob er sich wie ein „Mitarbeiter“ des Verfassungsschutzes gefühlt habe, sagte Szczepanski vor dem Untersuchungsausschuss:

*„Ja. Mitarbeiter. Schon, klar.“*⁸⁸¹

Und an anderer Stelle:

*„(Der Zeuge lacht.) Was den Zeitaufwand betrifft, wahrscheinlich schon. Und das ist auch mit ein Grund, warum ich heute beim besten Willen zeitliche Abfolge und so nicht mehr einordnen kann. Es waren nach meiner Auffassung sehr viele Informationen, es waren viele Berichte, viele Meinungen, die man eingefangen hat. Also, das Arbeitspensum war schon umfangreich.“*⁸⁸²

Meyer-Plath wurde vom Untersuchungsausschuss auch zu den mit rechtsextremen Symbolen versehenen Briefen „Piattos“ an Dieter Borchert befragt. Er sagte dazu:

„Ich denke, dass ‚Piatto‘ gegenüber vielen der Beobachtungsobjekte, von denen hier die Rede war, selber eine Distanz hatte, die eben dann offensichtlich in

⁸⁷⁷ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 118.

⁸⁷⁸ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 74.

⁸⁷⁹ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 81.

⁸⁸⁰ Protokoll der 23. öffentlichen Sitzung vom 23.03.2018, S. 103.

⁸⁸¹ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 172.

⁸⁸² Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 204.

diesem Schriftverkehr mit Dieter Borchert eine ironische Distanz auch war. Also, ich lese aus diesen Briefen ein hohes Maß an Ironie, was dafür spricht, dass die beiden ein Verhältnis hatten, die gegenseitige Ironie zu verstehen, was aber, wenn man doch über Jahre eben eine solche V-Mann-Führer-V-Mann-Beziehung hat, nicht ausbleibt, dass man sich so kennt, dass man auch weiß, unter Umständen auch das Mittel des Humors einzusetzen, so schwierig dieser Humor sicherlich für Dritte dann nachvollziehbar ist.“⁸⁸³

3.3.4. Führungsmittel und Führungsumfang

Der Untersuchungsausschuss ging der Frage des Umfangs der Auftragsvergabe an Szczepanski nach.

In einem Schreiben an den Leiter der Abteilung V Wegesin und an den Leiter des Referats Beschaffung vom 09.06.2000 äußerte sich Auswertungsleiter Jörg Milbradt zur Steuerbarkeit „Piattos“:

„PIATTO‘ ist eine herausragende, besonders wertvolle Quelle. Sie berichtet zuverlässig und umfassend. Anfänglich gab es gelegentlich Aktivitäten von ‚PIATTO‘, die nicht restlos von den ihm vorgegebenen Aufträgen und Verhaltensrichtlinien gedeckt waren. Seit mindestens drei Jahren hat sich die Quelle aber als uneingeschränkt steuerbar und insoweit vertrauenswürdig erwiesen. [...]

- *Einsatzbereitschaft: Bisher hat sich „Piatto“ in alle Bereiche, die für ihn vorgesehen waren, steuern lassen. Ich rege an, den weiteren Einsatz „Piatto“s mittelfristig zu planen und dabei seinen Einsatzwillen und seine Fähigkeiten entsprechend zu nutzen. Die Einsatzbereitschaft einer Quelle hängt gewiss auch davon ab, dass sie eine verlässliche Perspektive für ihre Tätigkeit sieht.“⁸⁸⁴*

Zur Frage, ab wann eine Steuerung überhaupt vorliege, sagte der Zeuge Wegesin vor dem Untersuchungsausschuss:

„Er darf natürlich nicht radikalieren und er darf insbesondere nicht heute - - Damals war das eine Dienstvorschriftslage, heute ist es eine förmliche Gesetzeslage, zumindest im Bund, in Brandenburg noch nicht; aber dazu möchte ich nichts sagen. Natürlich darf er nicht Organisationen steuern, heranziehen etc. pp. Er darf nur beobachten. Er darf eigentlich nur passiver Sensor sein. Dass, wenn Sie eine dynamische Person in eine kleinstädtische, juvenil geprägte Struktur hineingeben, sich dort irgendetwas verändern mag:

⁸⁸³ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 75.

⁸⁸⁴ Datei „2000 43-226-VSnfd-bwpsmd“, S. 166/167.

Ja, das mag passieren. Die Frage ist: Ab wann ist es verboten, ab wann eigentlich nicht?“⁸⁸⁵

Und weiter:

„Die Quelle können wir auf die Bäume scheuchen, hoch und runter. Solange sie das mitmacht und - sich der Zusammenarbeit verpflichtet habend - das tut, dann ist das in Ordnung. Das ist nun mal ein hartes Schicksal. Das ist so.

Die Frage ist, ob dadurch Organisationen beeinflusst werden - ja oder nein -, indem Sie einen Landesvorsitzenden platzieren und dem aufschreiben, was denn mal so die nächsten strategischen, taktischen Ziele des Landesverbandes der Partei XY sein sollen. Das ist jetzt wieder das andere Extrem.

Aber hier dieses konkrete Beispiel sehe ich nun mal als eine zugegeben sehr engagierte, hochdynamische Abfolge von Informationsbeschaffung, aber notabene eben Informationsbeschaffung.“⁸⁸⁶

Der Zeuge Milbradt definierte Steuerung so:

„Möglicherweise entstehen Missverständnisse daraus, wie man den Begriff ‚Steuerung‘ definiert. Aufträge hat Szczepanski selbstverständlich vom Verfassungsschutz erhalten, durch die Beschaffung zuallererst und direkt, aber auch dann öfter auf Veranlassung der Auswertung über die Beschaffung. Das nenne ich nicht Steuerung, wenn es nur um Informationsbeschaffung geht.

Steuerung nenne ich, wenn er zu einem vorher nicht geübten Verhalten bewogen werden soll, das über die Erkenntnisgewinnung hinausgeht, die klare Erkenntnisgewinnung. Also: Der Eintritt in eine Organisation, das nenne ich Steuerung. Wenn er aber den Auftrag erhält: ‚Erkundige dich bitte nach diesen und jenen Personen und nach deren Plänen‘, so ist das keine Steuerung, sondern ein normaler Auftrag an eine Quelle.“⁸⁸⁷

„Steuerung ist ein Verhalten, auf das die Quelle von sich aus nicht ohne Weiteres gekommen wäre, während die Erteilung von Aufträgen zu Handlungen, die er möglicherweise auch von sich aus und ohne Auftrag unternommen hätte, nach meinem Begriff keine Steuerung darstellt.“⁸⁸⁸

Eine Auftragsvergabe an Szczepanski ist in einer Vielzahl von Treffvermerken erwähnt. Beispielsweise erhielt er Aufträge, militante Strukturen zu untersuchen, wie sich aus einem Treffvermerk vom 08.09.1999 ergibt:

⁸⁸⁵ Protokoll der 26. öffentlichen Sitzung vom 04.05.2018, S. 56f.

⁸⁸⁶ Protokoll der 26. öffentlichen Sitzung vom 04.05.2018, S. 63.

⁸⁸⁷ Protokoll der 32. öffentlichen Sitzung vom 31.08.2018, S. 80.

⁸⁸⁸ Protokoll der 32. öffentlichen Sitzung vom 31.08.2018, S. 81.

„Die Quelle erhielt den Auftrag, weitere Erkenntnisse zu einem geplanten Anschlag von Rechtsextremisten auf ein Antifa-Café in Berlin-Prenzlauer Berg in Erfahrung zu bringen.“⁸⁸⁹

Der Zeuge Milbradt verneinte eine „Übersteuerung“ der Quelle:

„Die einzige Steuerung, wenn man so sagen kann, die vom Verfassungsschutz selbst nachdrücklich befördert wurde, war sein Eintritt in die NPD. Die Grundkontakte hatte er schon, und die brauchte er nur zu nutzen. Wenn er sie ausbaute, tat er das im eigenen Interesse, sodass die Verfassungsschutzbehörde da gar keine Steuerungsfunktion übernehmen musste.“⁸⁹⁰

Und weiter:

„Bis auf die NPD [...] waren alle anderen Einsatzgebiete solche, in denen Szczepanski ohnedies tätig war oder in die er aus eigenem Antrieb eingedrungen ist.“⁸⁹¹

Die Frage der Führung der Quelle in den Bereichen Combat 18, United Skins und NPD ist in den jeweiligen Kapiteln dargestellt.

Szczepanski selbst führte aus, dass er seine Tätigkeit als „Job“ gesehen habe. Er erklärte:

„Die Frage, wie autonom das war, kann ich jetzt natürlich nach all den Jahren nur schwer auseinanderklamüsern. Es war halt so, dass ich alles, was irgendwie im Zusammenhang mit der rechten Szene war, jeden Schnipsel, jede Info, quasi gespeichert habe, abgeliefert habe und danach für mich dann auch gelöscht habe.“⁸⁹²

Und weiter:

„es gab keinen klaren Auftrag. Es gab gelegentlich Bitten oder Nachfragen.“

Zu dem zeitlichen Umfang der Tätigkeit Szczepanskis und seinen Aufträgen seien beispielhaft folgende Vermerke des Verfassungsschutzes angeführt:

- Vermerk vom 02.02.2000:

„Im Laufe der konstituierenden Sitzung des neuen Vorstandes des NPD-Landesverbandes Berlin-Brandenburg stellte sich die Quelle

⁸⁸⁹ Datei „1999-VS-NfD“, S. 143.

⁸⁹⁰ Protokoll der 22. öffentlichen Sitzung vom 22.03.2018, S. 108.

⁸⁹¹ Protokoll der 22. öffentlichen Sitzung vom 22.03.2018, S. 108.

⁸⁹² Protokoll der 35. Öffentlichen Sitzung vom 22.11.2018, S. 13f.

auftragsgemäß für das Amt des Landesorganisationsleiters zur Verfügung. Die Quelle wurde einstimmig in dieses Amt gewählt. [...] Die Quelle muss in dieser Position nun erheblich mehr Zeit aufbringen, um die Aufträge zu erfüllen.“⁸⁹³

- Treffvermerk vom 28.03.2000

„Darüber hinaus wurde mit der Quelle die Teilnahme an folgenden Veranstaltungen besprochen:

- 24.03.00

Vorstandssitzung des NPD-KV Spreewald in Calau

- 24.03.00

*Veranstaltung des Bezirksverbandes Berlin mit Horst Mahler
Treffpunkt 19.30 bis 19.00 Uhr S-Bahnhof Buch. Erwartete
Teilnehmerzahl ca. 120 Personen. [...]*

- 25.03.00

Veranstaltung des NPD-KV Oderland

- 25.03.00

Stadtverbandsgründung der NPD Schwedt

- 25.03.00

Konzert mit den Gruppen ‚Frontalkraft‘, ‚Neue Argumente‘, ‚Sturm und Drang‘ und ‚Doitschum‘ im Raum Niesky/Sachsen. Hier war ein Treffen mit dem bekannten Rechtsextremisten Nick G. geplant.

- 26.03.00

*Besuch bei Reinhard G. in Freidorf
Besuch des Danny B. [Baumbach] in Fürstenwalde
Besuch der Skinheadband ‚Barbaren‘ in Eisenhüttenstadt*

- 27.03.00

*NPD-Mitglieder-Versammlung des KV Hellersdorf-Marzahn unter
Teilnahme des Landesvorstandes in Berlin“⁸⁹⁴*

Der Zeuge Milbradt widersprach der Darstellung, dass es sich um eine „Vollbeschäftigung“ handelte:

„Nein, denn die ist rechtlich schon nicht erlaubt gewesen, und deswegen hat der Verfassungsschutz auch dergleichen nicht betrieben. Ich räume ein, dass

⁸⁹³ Ordner „B4“, Datei „2000 43-226-VSnfd-bwpsmd“, S. 23.

⁸⁹⁴ Datei „2000 43-226-VSnfd-bwpsmd“, S. 109.

natürlich ‚Piatto‘ etliche Zeit hat aufwenden müssen, um all diesen Vorhaben nachzukommen. Aber dass er damit sozusagen vollbeschäftigter Bediensteter des Verfassungsschutzes geworden wäre, kann ich nicht bestätigen; denn wie Sie wissen, hat er, um seinen Lebensunterhalt zu verdienen, eigene Geschäfte betrieben - Sie haben den Laden in Königs Wusterhausen erwähnt - und seine sonstigen kommerziellen Interessen auch schon anklingen lassen, sodass eine Vollbezahlung und Bestreitung des Lebensunterhaltes von Szczepanski durch den Verfassungsschutz durch die Angaben, die Sie vorgetragen haben, nicht belegt sind.“⁸⁹⁵

Ein straffes Wochenprogramm sei keine Steuerung,

„jedenfalls dann nicht, wenn angenommen werden kann, dass Szczepanski auch von sich aus, wenn er keine Quelle des Verfassungsschutzes gewesen ist, solche Aktivitäten unternommen hätte, oder sie ihm jedenfalls nicht ferngelegen haben.“⁸⁹⁶

Der frühere Abteilungsleiter V im Innenministerium Heiner Wegesin sagte vor dem Untersuchungsausschuss zu Führungsmitteln:

„Also, am besten geht es mit Geld. Kann ich sagen als jemand, der nun wirklich 30 und mehr Jahre in diesem Bereich tätig war. Wenn es jemanden gibt, der für Judaslohn tätig wird, ist das eine Grundlage, auf der man sich sehr gut einigen kann.“⁸⁹⁷

Und weiter:

„Also, ob der Einkommenssituation der Klientel, die wir als Quelle gewinnen wollten: Die hat nicht viel, und da gab es nicht viel, und wir haben auch nicht viel gezahlt. Also insofern: pekuniäre Probleme oder irgendwelche Kostenlinien - da haben wir nie ein konkretes Problem gehabt. Eins muss man allerdings sagen - das ist so -: Man darf Quellen nicht Zuwendungen in einem solchen Bereich gewähren, dass sie ausschließlich ihren Lebensunterhalt davon bestreiten.“⁸⁹⁸

In ihrem Bericht zur Quelle „Piatto“ beziffert die Landesregierung die für die Quelle „Piatto“ aufgewendeten Kosten auf 44.988,00 DM. Im Bericht heißt es:

„Da die Detailakten der damaligen Haushaltsunterlagen bereits fristgerecht vernichtet sind, wurden die für die Führung von Szczepanski aufgewendeten Kosten aus den vorhandenen Meldungen, Vermerken und Treffberichten rekonstruiert. Danach hat der V-Mann in den rund 6 Jahren seiner Inanspruchnahme 44.988,00 DM an Zuwendungen erhalten. Im Jahr 2000 ist darüber hinaus der Schmerzensgeldanspruch des Geschädigten gegenüber

⁸⁹⁵ Protokoll der 22. öffentlichen Sitzung vom 22.03.2018, S. 138.

⁸⁹⁶ Protokoll der 32. öffentlichen Sitzung vom 31.08.2018, S. 81.

⁸⁹⁷ Protokoll der 12. öffentlichen Sitzung vom 07.09.2017, S. 72.

⁸⁹⁸ Protokoll der 12. öffentlichen Sitzung vom 07.09.2017, S. 72.

allen acht Tätern/Tatbeteiligten an dem Mordversuch gegen ihn bestand, erfüllt worden. Dafür wurden durch die Landesregierung 46.212,95 DM gezahlt.“⁸⁹⁹

Der von der Landesregierung bezifferte Umfang an Zuwendungen an die Quelle „Piatto“ deckt sich mit der Aktenlage des Untersuchungsausschusses. Zu den Zuwendungen zählen die monatlichen Zuwendungen, die Auslagen zur Beschaffung von rechtsextremen Materialien sowie Schreibwaren (wie z.B. Schreibmaschinenbänder) für den inhaftierten Carsten Szczepanski.⁹⁰⁰ Die monatlichen Zuwendungen steigerten sich im Zeitverlauf.

Durch die Verfassungsschutzbehörde wurden teilweise die Studiengebühren zum Nachholen seines Abiturs während seiner Haftzeit in der JVA Brandenburg an der Havel übernommen.⁹⁰¹ Mit dem Status als Freigänger stiegen Szczepanskis Kosten, um Informationen für den brandenburgischen Verfassungsschutz zu besorgen. Auch diese Auslagen - etwa Handyrechnungen oder Benzinkosten sowie Szenematerial - wurden durch die VS-Behörde erstattet.

Befragt nach der Nutzen-Kosten-Abwägung äußerte der Zeuge Meyer-Plath:

„Ich kann nur für die Phase sprechen bis zum Oktober 1998, und in dieser Phase habe ich keinen Zweifel daran, dass mit diesen Informationen - - dem Rechtsextremismus in Brandenburg, in Deutschland erheblich geschadet hat durch die Informationen, die „Piatto“ geliefert hat, und deswegen die Rechnung in diesem Bereich für mich so ist, dass sich das sehr gelohnt hat.“⁹⁰²

Dahingegen sagte der frühere Abteilungsleiter Hasso Lieber aus:

„Also das, was ich noch im Gedächtnis habe - und es ist mir im Gedächtnis, weil es so wenig war -: Er wurde mit einem Pkw ausgestattet, er wurde mit Bargeld ausgestattet und fuhr dann zu irgendwelchen Rockkonzerten rechtsextremer Organisationen - „Blood & Honour“ ist mir als Begriff noch im Gedächtnis. Und dass bei solchen Konzerten antisemitische, rassistische Texte gesungen werden, dass ein Teil des Publikums unter Muskelkontraktionen der rechten Hand litt, die dann nach oben schnellte, das war, Herrgott noch mal, nicht so was Besonderes, was meines Erachtens damals einen solchen Menschen für notwendig im Umgang zu erachten hatte.“⁹⁰³

⁸⁹⁹ Regierungsbericht MLK, S. 183. Nach Darstellung des Berichts werden die Forderungen gegen die zahlungspflichtigen Täter auch weiterhin durch das Ministerium für Inneres und Kommunales begetrieben (S. 107).

⁹⁰⁰ Piatto Komplex_1995, S. 41.

⁹⁰¹ Piatto Komplex_1996, S. 30.

⁹⁰² Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 122.

⁹⁰³ Protokoll der 26. öffentlichen Sitzung vom 04.05.2018, S. 7.

Nach Szczepanskis Haftentlassung gehörte zu den von der Verfassungsschutzbehörde getätigten Zuwendungen auch eine Anschubfinanzierung seines Szeneladens in Königs Wusterhausen sowie ein finanzieller Zuschuss für den Erwerb eines gebrauchten Pkw. Szczepanskis Auto war im Zuge eines Brandanschlages ausgebrannt.

3.3.5. Förmliche Verpflichtung als V-Mann

Eine förmliche Verpflichtung Szczepanskis als Quelle des Verfassungsschutzes wurde nach Aktenlage mit dem Einsetzen der Vollzugslockerungen im Herbst 1997 in Erwägung gezogen. Im Regierungsbericht heißt es dazu, man habe Szczepanski während seiner Inhaftierung zunächst im Status des Informanten belassen:

„Als Gefangener war er in Bezug auf die Erschließung von Informationen kaum – wie in der vorstehenden Definition der V-Leute beschrieben – als Quelle einsetzbar.“⁹⁰⁴

In einem Vermerk vom 17.11.1997 für Abteilungsleiter Förster plädierte Beschaffungsleiter Odendahl für eine Verpflichtung als V-Mann:

„Wegen der besonderen Verhältnisse [handschriftliche Anmerkung Dr. Förster: ‚Haft‘] ist der Informant im Fall ‚Piatto‘, im Einvernehmen mit dem AL V, nicht als V-Mann geworben und daher nicht schriftlich verpflichtet worden. Er wird bisher noch als Informant geführt.

Diese Einstufung erschien notwendig, weil der Informant sich selbst bei der hiesigen Dienststelle angeboten hatte und keinerlei Anhaltspunkte für den Grund seines Anerbietens und über seine Nachrichtenehrlichkeit vorlagen.

Darüber hinaus war das gegen den Informanten laufende Strafverfahren zum Zeitpunkt seiner Kontaktaufnahme noch nicht abgeschlossen; nach seiner Verurteilung war das Urteil längere Zeit nicht rechtskräftig und die Rechtslage, ob in dieser Situation ein V-Mann übernommen werden konnte, war nicht klar.

AL V hat aus diesem Grunde in einem Schreiben an den LOSTA beim LG Frankfurt vom 16.10.1995 über das hiesige Verhältnis zum Informanten die Formulierung gewählt: ‚In mehreren bisher mit ihm geführten Gesprächen hat er durch seine Auskünfte dazustellen versucht, welche Anbindung er an die Rechte Szene hatte. Seine Glaubwürdigkeit wird zur Zeit noch durch weitere Gespräche mit ihm überprüft.‘ Auch nach der Rechtskraft des Urteils waren Statusänderungen nicht angeraten, weil die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Frankfurt den Informanten als Zeugen im ‚Dolgenbrodt-Prozess‘

⁹⁰⁴ Regierungsbericht MIK, S. 58.

benannt hatte und er in diesem Verfahren keinesfalls als V-Mann des Verfassungsschutzes hätte benannt oder erkannt werden dürfen.

Auf die Einhaltung des Status und die sich daraus ergebenden Einschränkungen ist auch in der Folgezeit geachtet worden. Der Informant ist, solange er fest an die Anstalt gebunden war, nie mit Aufträgen der hiesigen Abteilung versehen, sondern nur abgeschöpft worden. Dabei kann allerdings nicht ausgeschlossen werden, dass er einige briefliche Kontakte mit unserem Wissen und auch in unserem Interesse aufgebaut und unterhalten hat.

Da der Informant jetzt, nach dem er

- über mehr als drei Jahre im Hinblick auf seine Nachrichtenehrlichkeit überprüft worden und es zu keinen Beanstandungen gekommen ist

- als ‚Freigänger‘ der Justizvollzugsanstalt auch Aufträge der Abteilung annehmen kann und auch ausführt,

eine erhebliche Veränderung seines Status im Verhältnis zu unserer Abteilung erfahren hat, muss er meines Erachtens nunmehr schnellstens als V-Mann eingestuft und auch als solcher verpflichtet werden. Die ihm bei fast jedem Treffen gegebenen Weisungen und Anregungen im Hinblick auf sein Verhalten reichen nicht mehr aus.

Die Verpflichtung sollte beim „nächsten Treffen erfolgen“.⁹⁰⁵

Abteilungsleiter Förster stimmte Odendahls Vorschlag nicht zu. Förster sagte auf Nachfrage nach der Bedeutung eines Vermerks vom 20.11.1997, mit dem er die Anregung Odendahls mit der Begründung ablehnt, Szczepanski sei am 20. November 1997 wegen des Verdachts der Schutzgelderpressung wieder in den geschlossenen Vollzug verlegt worden, aus:

„Kann ich nicht beantworten, weil ich mich daran nicht erinnere. Aber an dessen V-Mann-Eigenschaft für den Verfassungsschutz hatte ich keinen Zweifel.“⁹⁰⁶

Im Regierungsbericht heißt es:

„In den Akten ist keine weitere Befassung in dieser Angelegenheit nachweisbar, obwohl dies nach dem o. a. Vermerk Odendahls dringlich erschien. Damit bleibt offen, ob Szczepanski jemals formell den Status einer V-Person erhielt, entsprechend belehrt und auch nach dem Verpflichtungsgesetz verpflichtet wurde.“

⁹⁰⁵ B 4 iV B 73_Übergabe Piatto Bearbeitete Fassung 97_98_1997.pdf, S. 204f.

⁹⁰⁶ Protokoll der 31. öffentlichen Sitzung vom 30.08.2018, S. 168.

Tatsächlich hat die Verfassungsschutzabteilung Szczepanski in der Folge wie einen V-Mann geführt und ihm insbesondere Aufträge zur Beschaffung von Informationen erteilt.

Am 30.06.2000 unterschrieb Szczepanski die bei Ausscheiden von VM vorgesehene formelle Beendigungserklärung.⁹⁰⁷

Zur Frage der Notwendigkeit einer förmlichen Verpflichtung wurden vom Untersuchungsausschuss mehrere Verfassungsschützer befragt.

So äußerte u.a. der Zeuge Peter Giebler, damaliger Referatsleiter Beschaffung, dass er Szczepanski eine Beendigungserklärung am 30. Juni 2000 habe abzeichnen lassen, sich jedoch nicht vergewissert habe, ob zuvor eine Verpflichtungserklärung vorgelegen habe. Das sei aus seiner Sicht nicht notwendig gewesen.⁹⁰⁸

Auf die Frage, ob er sich vorstellen könne, dass die förmliche Verpflichtung Szczepanskis nicht erfolgt sei bzw. wegen der Rückverlegung in den offenen Vollzug „schlicht vergessen wurde“, antwortete der Zeuge Meyer-Plath:

„Das kann ich Ihnen nicht sagen. Man kann aus bestimmten Gründen von einer Verpflichtung absehen. Ob das aber ein bewusster Akt war, das zu tun - - Das hätte auch dokumentiert werden müssen, wenn man sich dagegen entscheidet. Aber das kann ich Ihnen nicht mehr sagen.“⁹⁰⁹

Der Zeuge Dieter Borchert sagte vor dem Untersuchungsausschuss:

„Das war letztendlich nicht meine Entscheidung, sondern Entscheidung der Referatsleitung. Warum die letztendlich nicht durchgeführt worden ist, das entzieht sich meiner Kenntnis.“⁹¹⁰

Der damalige Staatssekretär im Ministerium für Inneres und Kommunales Eike Lancelle erklärte vor dem Untersuchungsausschuss:

„Ich will jetzt hier in Ansehung von anderen Juristen kein Privatissimum halten, aber ich gehe mal davon aus, dass in Ermangelung einer förmlichen Verpflichtung durch die jahrelange Übung ein, sagen wir mal, ähnliches Verhältnis entstanden ist, ohne dass es der Kodifizierung bedurft hätte. Aber das - - Wissen Sie, das kam damals auch zum Abschluss dieser Zusammenarbeit überhaupt nicht drauf an, ob die Genesis irgendwann mal - das ist ja, wenn ich mal rechne, viele Jahre vorher gewesen - - ob da quasi ein Geburtsfehler dem Vorgang anhaftete. Das war ja zu dem Zeitpunkt, als er

⁹⁰⁷ Regierungsbericht MIK, S. 59.

⁹⁰⁸ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 35f.

⁹⁰⁹ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 74.

⁹¹⁰ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 197.

abzuschalten war und ja auch die Verpflichtung wohl seinerseits oder die Entpflchtung seinerseits auch unterschrieben hat und akzeptiert hat, ohne Relevanz.“⁹¹¹

Auch der Zeuge Wolfgang Cremer, ehemaliger Leiter der Abteilung II „Rechtsextremismus“ im BfV, sagte vor dem Untersuchungsausschuss:

„Es gibt Quellen, die man nicht verpflichten kann oder nicht verpflichten sollte, weil dies eventuell die Zusammenarbeit gefährden könnte, weil die Quelle nicht bereit ist, sich der Verpflichtung zu unterwerfen.“⁹¹²

Und weiter:

„Eine Verpflichtung ist nicht zwingend erforderlich, um eine Quelle zu führen. Man kann auch auf eine solche Verpflichtung verzichten. Es kommt darauf an, inwieweit die Quelle bereit ist, mit einem Dienst zusammenzuarbeiten.“⁹¹³

Und schließlich:

„Eine verpflichtete Quelle ist über ihre Rechte und Pflichten informiert und ist aus dem Grunde auch leichter zu führen.“⁹¹⁴

Der ehemalige Leiter der Verfassungsschutzabteilung Heiner Wegesin sagte vor dem Untersuchungsausschuss:

„Dann reden wir von einem faktischen Kooperationsverhältnis. Also, die Tätigkeit, Quelle zu sein, setzt nicht konstitutiv - jetzt auf der gesetzlichen Ebene - voraus, dass so was erfolgt. Er ist dann - ich bin ja gelernter Arbeitsrechtler, da redet man vom faktischen Arbeitsverhältnis - als solcher eingesetzt worden und als solcher auch instruiert worden und auch als solcher entlohnt worden.“

Also, die Abwesenheit einer förmlichen Verpflichtungserklärung: Ich weiß das im Einzelnen gar nicht, muss ich Ihnen sagen. Ich kenne die Aktenlage nicht. Ich weiß nicht, wie das im Einzelnen eingestelt worden ist. Darauf will ich mich auch gar nicht hinausreden, weil ich es nicht weiß; allein ich erlaube mir, darauf hinzuweisen, dass die Tatsache, dass jemand so eingesetzt wird und wir finden jetzt nicht die Verpflichtungserklärung, nicht zur Rechtswidrigkeit des operativen Einsatzes dieser Quelle führt.“⁹¹⁵

⁹¹¹ Protokoll der 25. öffentlichen Sitzung vom 27.04.2018, S. 62.

⁹¹² Protokoll der 32. öffentlichen Sitzung vom 31.08.2018, S. 7.

⁹¹³ Protokoll der 32. öffentlichen Sitzung vom 31.08.2018, S. 7.

⁹¹⁴ Protokoll der 32. öffentlichen Sitzung vom 31.08.2018, S. 8.

⁹¹⁵ Protokoll der 26. öffentlichen Sitzung vom 04.05.2018, S. 64.

Die Zeugin Winfriede Schneider, Leiterin des Brandenburger Verfassungsschutzes von 2005 bis 2013, sagte vor dem Untersuchungsausschuss zum Thema Verpflichtungserklärungen:

„Das ist eine sehr strittige Frage immer gewesen, wie das mit den Verpflichtungen überhaupt funktioniert. Ich habe persönlich aus juristischen Gründen meine Zweifel, ob man jemanden, der nicht in einem Dienstverhältnis steht - und das ist es nicht -, überhaupt verpflichten kann. [...]

Also, die Mitarbeiter waren ja große Fans davon, aber ich hatte den Eindruck, das ist das Papier nicht wert, auf dem es steht. Von daher meinte ich, das ist entbehrlich. Entweder man hat eine ordentliche Führung und man kriegt sie oder nicht.“⁹¹⁶

⁹¹⁶ Protokoll der 40. öffentlichen Sitzung vom 11.01.2019, S. 21.

3.4. Tätigkeitsfelder der Quelle „Piatto“ in den Jahren 1999 und 2000

In den Jahren 1999 und 2000 betätigte sich Szczepanski intensiv in der rechtsextremen Szene und für den brandenburgischen Verfassungsschutz. Die Darstellung erfolgt hier nach Themenkomplexen. Zur besseren Übersicht erfolgt am Ende eine chronologische tabellarische Darstellung zusammen mit anderen wichtigen Ereignissen.

3.4.1. Sonnenwendfeier am 18.12.1999 in Spreehagen

Am 20.12.1999 fertigte Andreas Lorsch (Leiter des Referats Beschaffung) einen Vermerk mit der Überschrift „*Quellenerkenntnisse zum Wochenende*“⁹¹⁷ dem zu entnehmen ist, dass „Piatto“ „*gegen 17.30 Uhr*“ Hinweise auf mehrere „Sonnenwendfeiern“ in Brandenburg und Berlin übermittelte. Gemeint ist hier offenkundig der 18.12.1999 (s.u.). U.a. heißt es in dem Vermerk:

„Nach seinen Angaben sollte auf dem Gelände der ehemaligen Autobahntankstelle Spreehagen der Treffpunkt für eine Sonnenwendfeier in Fürstenwalde sein. Nach der sofortigen Übermittlung an das Lagezentrum habe ich diese Meldung gegen 19.00 Uhr ergänzt. Zu diesem Zeitpunkt befand sich der aktuelle Treffpunkt am Ortseingang Spreehagen (Richtung K.W.), an der ersten Bushaltestelle. Die Polizei wurde von mir gebeten, den Teilnehmern möglicherweise zu folgen.

Anlässlich einer anderen telefonischen Unterredung wies mich das Lagezentrum gegen ca. 22.00 Uhr darauf hin, dass die Polizei die Veranstaltung nicht habe finden können. Nach neuerlicher Rücksprache mit der Quelle konnte dann der genaue Ort beschrieben werden. Mit der Wegbeschreibung konnte die Polizei zur Veranstaltung geführt werden.

Die Quelle war dort bis ca. 22.00 Uhr anwesend. Sie berichtete von ca. 60 Personen mit Mützen des Ku-Klux-Klans und Hakenkreuzen.

Bei Erscheinen der Polizei (23.15 Uhr) waren ca. noch 30 bis 40 Teilnehmer vor Ort. Das Veranstaltungsgelände befand sich in einem Wald und war über einen Weg zu erreichen, der hinter der Bushaltestelle nach rechts abzweigte.“

⁹¹⁷ B 4\2016-12-01 B4- VS NfD\Ordner IIIb, 1999-DBM-Teil 3-Sep-Dez, S. 216f. Der Vermerk wurde an den Leiter des Referats Auswertung geschickt und noch am selben Tag dem Leiter der Abteilung Verfassungsschutz per E-Mail übermittelt.

Einer Lagemeldung des Polizeipräsidiums Frankfurt (Oder) vom 19.12.1999⁹¹⁸ ist zu entnehmen, dass das Lagezentrum die oben erwähnten Mitteilungen am 18.12.1999 um 17.45 Uhr und 19.06 Uhr weiterleitete. Da sofort eingeleitete Aufklärungsmaßnahmen vor Ort ohne Ergebnis blieben, wurde der Einsatz um 21.20 Uhr beendet. Um 22.02 Uhr wurde vom Lagezentrum mitgeteilt, „dass ueber eine auskunftsperson ein ku – klux – klan- treffen an einem lagerfeuer in einem waldstueck bei spreenhagen bekannt wurde“. Um 23.15 Uhr wurden bei einem weiteren Einsatz von 40 Personen, die sich auf einer Lichtung an einem Lagerfeuer versammelt hatten, die Personalien festgestellt.

„eine adv- maeszige ueberpruefung⁹¹⁹ ergab, dass die mehrheit der angetroffenen polizeilich wegen verstoesz gegen das versammlungsgesetz bzw. verwenden von kennzeichen verfassungswidriger organisationen bekannt ist. dem platzverweis kamen sie nach.“

In den Akten findet sich ein „Protokoll über die Erstmaßnahmen des MET FFO [Mobile Einsatztruppe Frankfurt (Oder)] bzgl. mgl. KKK-Aktivitäten bei Spreenhagen“ des LKA vom 20.12.1999, in dem es u.a. heißt:

„In den späten Abendstunden des 18.12.1999 wurde dem PP FFO durch das IM BB mitgeteilt, daß es im Bereich Spreenhagen zu einem Treffen rechtsgerichteter Personen kommen soll. Desweiteren wurden gemäß Informationen des IM BB Rituale begangen, welche auf einen Ku-Klux-Klan-Bezug deuten lassen. Im Rahmen des Polizeieinsatzes [...] wurden aber entsprechende Anhaltspunkte nicht festgestellt. Da das MET FFO an diesem Einsatz nicht beteiligt war, erfolgten am 19.12.1999 erste Maßnahmen zur Erkenntnisgewinnung

1. *Durch den KvD wurden dem MET FFO die Daten der festgestellten Personen ausgehändigt. Die Namensauflistung enthielt u. a. folgende Person:*

Carsten Szczepanski [...]

*Der S. ist auf Grund von KKK-Aktivitäten im Raum KW Anfang der 90er Jahre bekannt. Er befindet sich momentan in Haft, war aber auf Freigang. [...]*⁹²⁰

In einem von „Piatto“ verfassten „Erkenntnisbericht“ heißt es:

⁹¹⁸ Ebenda, S. 218.

⁹¹⁹ Allgemeiner Datenvergleich, in diesem Fall eine Personenüberprüfung

⁹²⁰ Vorinhaltsverzeichnis digital, S. 239.

„Die Sonnenwendfeier die nachts auf einer Lichtung in einem Waldstück bei Spreenhagen (bei Fürstenwalde) organisiert wurde, war da ein ganz anderes Kaliber. Vorrangig organisiert von einem gewissen Danny aus Fürstenwalde (03361-30XXXX) zog diese ‚Feier‘ ein recht buntes Publikum an. Zwar waren größtenteils ortskundige Personen anwesend (dabei auch das NPD-Mitglied Oboy (o.ä.)), doch neben Mitgliedern des Ku-Klux-Klan Fürstenwalde erschienen auch einige Blood&Honour Fürstenwalde Mitglieder und einige autonome Skinheads – alles in allem ein Publikum von ca. 50 Personen. [...]

Im Laufe der Sonnenwendfeier wurde ein Hakenkreuz und ein Ku-Klux-Klan Kreuz verbrannt und eine junge Mutter aus Fürstenwalde hielt vor drei Ku-Klux-Klan Mitgliedern in weißer Robe eine kurze Feuerrede in der es um die Herkunft und Geschichte der germanischen Sonnenwende ging.“⁹²¹

In einem Schreiben von Jörg Milbradt (Leiter des Referats Auswertung) an das LKA Brandenburg vom 28.02.2000 wird u.a. ausgeführt:

„In meinem o. g. Schreiben vom 04.02.00⁹²² hatte ich Sie darauf aufmerksam gemacht, dass die rechtsextremistische Sonnenwendfeier am 18.12.1999 im Raum Spreenhagen kein KKK-Ritual darstellte, obwohl von einigen Beteiligten eine Anlehnung an KKK-Gebräuche (Verwendung von KKK-ähnlichen Roben) gesucht wurde. Um welche Beteiligte es sich dabei handelt, ist mir nicht bekannt. Einen konkreten Verdacht gegen bestimmte Personen vermag ich in diesem Zusammenhang also nicht zu erheben oder zu belegen.“⁹²³

3.4.2. Bedrohungspostkarte der „United Skins“ an den Landtagsabgeordneten Ludwig

Wie auch im Kapitel 3.6.2. dargestellt, reiste Szczepanski Ende Dezember 1999 zu einer Silvesterparty nach Schweden. Von dort versandten er und mitgereiste Angehörige der United Skins aus Königs Wusterhausen eine Postkarte an den PDS-Landtagsabgeordneten Stefan Ludwig. In der „Piatto“-Deckblattmeldung 1/00 vom 06.01.2000 heißt es dazu:

„Die Silvesterparty der ‚Nationalsocialistik front-Örebro‘ (NSF), die von mehreren Skinheads aus Königs Wusterhausen und Mittenwalde besucht wurde, darunter M. Sch., M. L. und I. Z., fand im schwedischen Ort Falun (nördlich von Örebro) statt.

⁹²¹ B4, Herabstufungen, 53-004-S-530 003-0000-0038_2018 VS NfD_Liste 2, Nr. 31_Piatto-860-1058-S1061-1063-VS nfd-bpwsmd, S. 2. Der Erkenntnisbericht ist undatiert. Man kann aber davon ausgehen, dass er in der Zeit vom 20. bis 23.12.1999 verfasst wurde. Szczepanski berichtete über den Zeitraum vom 17.12.1999 bis 19.12.1999. Zudem wird eine Veranstaltung genannt, die für den 24.12.1999 geplant ist.

⁹²² Dieses Schreiben liegt dem Untersuchungsausschuss nicht vor.

⁹²³ B5 Vorinhaltsverzeichnis - Anlagen zu Ziff. 23 - 25\B5 i.V. B148 Ergänzungsberichte\VS NfD\UA6-1, BB B5, Ergänzung Band 1, S. 175.

Organisiert wurde die Silvesterparty von der NSF-Ortsgruppe Örebro, die von Jonas P. geleitet wird.“⁹²⁴

Vor dem Untersuchungsausschuss erinnerte sich Ludwig:

„Kurz nach dem Jahreswechsel 99/2000 war ich dann allerdings auch persönlich in einer besonderen Weise involviert, weil ich - in Schweden abgeschickt - Empfänger einer Postkarte war, wo mir – ‚auf ein neues Kampffahr‘ - ein Gruß ins Haus flatterte. Aufgeklebt war irgendein Aufkleber, der mit ‚Blood & Honour‘ zu tun hatte.

‚Blood & Honour‘ war demjenigen wie mir, der sich damals politisch damit beschäftigt hatte, dahingehend bekannt, dass in Schweden, wo die Postkarte abgesandt wurde, mehrere Personen von ‚Blood & Honour‘ in Haft saßen, weil sie verdächtig waren, sowohl Polizisten als auch Gewerkschafter getötet zu haben. Deswegen habe ich diese Karte unverzüglich der Polizei zukommen lassen, die dann meines Wissens ihre Aufklärungsarbeit, aber auch Sicherungsarbeit für meine Person begann.“⁹²⁵

In einer KTA-S-Ergänzungsmeldung⁹²⁶ des Polizeipräsidiums Potsdam vom 24.02.2000, heißt es:

„durch das bka meckenheim wurde mitgeteilt, dass der pkw fiat, rot, mit dem amtlichen kennzeichen [...], zugelassen auf czczepanski, carsten, am 31.12.1999 in schweden bei einem von den ‚nationalsocialistisk front-oerebro‘ (ortsgruppe) veranstalteten neujahrsfeier in einem ort noerdlich von oerebro, festgestellt wurde.

die an den Landtagsabgeordneten herrn ludwig aus schweden abgeschickte karte hatte diesen aufkleber der nsf oerebro, sowie den vermerk ‚united skin kw‘.“⁹²⁷

In der „Piatto“-Deckblattmeldung vom 09.02.2000 wird auf eine geplante USA-Reise von M. H. und anderen Rechtsextremisten eingegangen. U.a. wird berichtet:

„M. H. soll angekündigt haben, aus den USA an den MdL Ludwig eine Postkarte zu adressieren. Mit dieser Postkarte soll Ludwig in Anlehnung an die Postkarte von I. Z. in Schweden verfasste Karte weiterhin provoziert werden.“⁹²⁸

⁹²⁴ B 4, Ordner 3 c, 2000_DBM-T1-Piatto-2572-2773, S. 5.

⁹²⁵ Protokoll der 25. öffentlichen Sitzung vom 27.04.2018, S. 6.

⁹²⁶ KTA-S = „Kriminaltechnische Anfrage Staatsschutz“. Staatsschutzdienststellen müssen meldepflichtige Straftaten an das zuständige LKA (oder an das BKA) melden.

⁹²⁷ B 4\NfD zum Piatto Komplex\elektronische Dokumente\Band 2_2000 43-226-VSnfd-bwpsmd, S. 68.

⁹²⁸ B 4, Ordner 3 c, 2000_DBM-T1-Piatto-2572-2773, S. 82.

Wie bereits im Kapitel 3.5.1.4. dargestellt, beantragte das LKA Brandenburg am 16.03.2000 unter anderem auch wegen des Versands der Postkarte die Ausschreibung von Carsten Szczepanski zur Fahndung, was nach einer Intervention des Verfassungsschutzes wieder rückgängig gemacht wurde.

Mit Schreiben vom 10.04.2000 wird Carsten Szczepanski vom Polizeipräsidium Potsdam zu einer Beschuldigtenvernehmung in der Polizeihauptwache Königs Wusterhausen am 19.04.2000 vorgeladen:

„Sie stehen im Verdacht, aus Schweden, dem Landtagsabgeordneten Stefan Ludwig im Januar eine Postkarte mit beleidigendem Inhalt zugeschickt zu haben.“⁹²⁹

Die Staatsanwaltschaft Potsdam führte im Jahr 2000 unter dem Aktenzeichen 496 UJs 714/00 bzw. 496 Js 3530/00 ein Verfahren gegen Carsten Szczepanski wegen Beleidigung. Als Tattag wurde im Verfahren der Staatsanwaltschaft Potsdam der 07.01.2000 aufgeführt. Der Ausgang des Verfahrens ist nicht dokumentiert, da die Akten turnusmäßig vernichtet wurden. Die Landesregierung geht in ihrem Bericht davon aus, dass es zu keiner Verurteilung Szczepanskis kam, weil ein in einem anderen Verfahren eingeholter Bundeszentralregisterauszug vom 04.05.2001 diesbezüglich keine Eintragungen enthalte.⁹³⁰

Am 05.07.2000 – nach der förmlichen Entpflichtung „Piattos“ - verfasste Jörg Milbradt, Leiter des Referats Auswertung, einen 7-seitigen Vermerk zur „Quelle 370 004“, der eine Chronologie mit „ausgewählten Daten“ zu den von „Piatto“ gelieferten Informationen enthält. Zum Jahr 2000 findet sich u.a. die folgende Eintragung:

„Mit ihrem Bericht über eine Sylvesterparty von Neonazis im schwedischen Falun vermochte die Quelle aufzuklären, wer mit welcher Absicht von dieser Feier aus eine Droh-Postkarte an einen brandenburgischen PDS-Landtagsabgeordneten abgeschickt hat [...].“⁹³¹

⁹²⁹ B 4\NfD zum Piatto Komplex\elektronische Dokumente\Band 2_ 2000 43-226-VSnfd-bwpsmd, S. 122.

⁹³⁰ Regierungsbericht MdJEV, S. 41f.

⁹³¹ B 4 iV B 73\Matrix-Liste Abteilung 5\Nr.42_2000_Vermerke_Piatto_Schutzakte-S18-24-VS nfd-bwpsmd - Kopie.pdf, S. 7.

3.4.3. Beobachtungsobjekt NPD und Einsatz der Quelle „Piatto“

Die brandenburgischen Verfassungsschutzberichte belegen, dass die „Nationaldemokratische Partei Deutschland“ (NPD) und deren Aktivitäten ein schwerpunktmäßiges Beobachtungsobjekt des brandenburgischen Verfassungsschutzes waren. Während die Verfassungsschutzberichte Mitte der 1990er Jahre davon ausgingen, dass die NPD Brandenburg zusehends an Bedeutung verliere, markiert das Jahr 1997 eine Trendwende. So verzeichnete laut Verfassungsschutzbericht Brandenburg (1997) die NPD-Brandenburg einen Mitgliederzuwachs und baute landeseigene Parteistrukturen auf. Der Mitgliederzuwachs in der brandenburgischen NPD erklärte sich laut Verfassungsschutzbericht mit der zunehmenden Kooperation mit der unorganisierten rechtsextremen Szene und der Kameradschaftsszene. Diese enge Zusammenarbeit zeigte sich unter anderem am NPD-Eintritt von Frank Schwerdt, der als Identifikationsfigur in der Kameradschaftsszene galt und ein Mitbegründer der „Nationalen e.V.“ war.

Die Deckblattmeldungen im Fall „Piatto“ belegen, dass „Piatto“ seit 1998 intensiv und detailliert über die NPD berichtete. Neben Informationen zur Parteistruktur und den Mitgliedern der NPD Brandenburg und Berlin lieferte die Quelle „Piatto“ auch Hinweise auf konspirative Strategien, Projekte und Veranstaltungsvorhaben sowie zu internen Machtkämpfen und Kontroversen. Mit Antrag vom 10.09.1999 trat Carsten Szczepanski in die NPD ein. Am 23.01.2000 wurde Szczepanski zum Landesorganisationsleiters des NPD-Landesverbandes Berlin-Brandenburg gewählt.⁹³²

3.4.3.1. Das Heransteuern der Quelle „Piatto“ an das Beobachtungsobjekt NPD

Der Untersuchungsausschuss hat Beweis darüber erhoben, inwieweit der Verfassungsschutz Szczepanski an die NPD herangesteuert⁹³³ und dadurch Einfluss auf die politische Ausrichtung des Beobachtungsobjektes hatte.

⁹³² B 4, Ordner 3c, 2000 DBM T1, S. 49.

⁹³³ Dem Verfassungsschutz ist es untersagt, ein Beobachtungsobjekt zu steuern. Davon begrifflich zu unterscheiden ist die Steuerung des nachrichtendienstlichen Mittels V-Mann durch Erteilung von Aufträgen zur Informationsgewinnung.

In einem Treffvermerk vom 26.05.1999 ist niedergelegt:

„Die Quelle wird auftragsgemäß am 27.05.1999 an einem Treffen mit Frank SCHWERDT, Ch. W. und dem NPD-Kandidaten K. in Königs Wusterhausen teilnehmen.

Ferner erhielt die Quelle den Auftrag, das Arbeitstreffen des NPD-Kreisverbandes Spreewald am 28.05.1999 in Calau zu besuchen.“⁹³⁴

In einem Treffvermerk vom 15.09.1999 heißt es:

„Auftragsgemäß hat die Quelle im Laufe des Arbeitstreffens des NPD-Kreisverbandes Spreewald am 10.09.99 ihren Aufnahmeantrag in die NPD gestellt (siehe Anlage).“⁹³⁵

Am 10.12.1999 schreibt der V-Mann-Führer Szczepanskis in einem Treffvermerk:

„Nach Rücksprache mit AL [Abteilungsleiter] und RLr V/4 soll die Quelle im Fall ‚Piatto‘ seine Bereitschaft erklären, die Nachfolge D.s im NPD-Landesverband Berlin-Brandenburg anzutreten.“⁹³⁶

In einem Treffvermerk vom 17.01.2000 steht wiederum:

„Die Quelle hat auftragsgemäß an einer Versammlung der Organisationsleiter des NPD Landesverbands Berlin-Brandenburg am 13.01.2000 teilgenommen.“⁹³⁷

In einem Treffvermerk vom 25.01.2000 heißt es zur Wahl Szczepanskis in den Landesvorstand:

„Die Quelle berichtete ausführlich über den Parteitag des NPD-Landesverbandes Berlin-Brandenburg am 23.01.00. Im Laufe der Veranstaltung wurde die Quelle in den Landesvorstand gewählt. Hier hat sie u. a. die Funktion des Landesorganisationsleiters der NPD inne.“⁹³⁸

Die Meldungen Szczepanskis zur NPD fanden Einfluss in ausführliche Deckblattmeldungen, wie beispielsweise in eine 12-seitige Deckblattmeldung vom 02.02.2000⁹³⁹, in der Erkenntnisse über ein Treffen der Jungen Nationalisten (JN) und

⁹³⁴ B 4, NfD zum Piatto Komplex\elektronische Dokumente, Band 1b, 1999 VS NfD, S. 8.

⁹³⁵ Ebenda, S. 147.

⁹³⁶ Ebenda, S. 189.

⁹³⁷ B 4, NfD zum Piatto Komplex, elektronische Dokumente, Band 2, 2000 43-226, S. 4.

⁹³⁸ Ebenda, S. 18.

⁹³⁹ B 4, Ordner 3c, DBM T1, S. 59-71.

Kreisvorstands- und -verbandssitzungen sowie die konstituierende Landesverbandssitzung festgehalten sind.

In einem Treffvermerk vom 17.05.2000 heißt es:

„Ferner wurde mit der Quelle eine Strategie besprochen, mit der sie gegenüber der Szene eine Erklärung artikulieren sollte, dass die Aktivitäten der Quelle innerhalb der NPD nicht mehr in dem bisherigen Umfang erfolgen können.“⁹⁴⁰

Im Rahmen eines weiteren Treffens am 23.05.2000 wird die Thematik nochmals aufgegriffen. So heißt es in dem Vermerk vom 24.05.2000:

„In diesem Zusammenhang wurde nochmals mit der Quelle eine Einschränkung ihrer bisher gezeigten vielfältigen Aktivitäten besprochen.“⁹⁴¹

Der Zeuge Wegesin erklärte auf die Frage, ob die Wahl in den Landesvorstand auf einer Konzeption des Verfassungsschutzes beruhte und zur Bedeutung der V-Männer für das NPD-Verbotsverfahren:

„Nee. Die Konzeption ist nicht entwickelt worden, sondern: Wenn ich mich recht erinnere, kam der eines Tages an und sagte meinen Quellenführern - er hat ja nun schon durchaus einen Impact, einen Footprint, ein Profil hinterlassen in der Szene -: Die haben mich zum Landesorganisationsleiter machen wollen, und ich habe erst mal Ja gesagt. - Dann haben wir nicht Nein gesagt. So. Und das hat später beim NPD-Verbotsverfahren schon eine gewisse Rolle gespielt, als klar war, dass die Verfassungsschutzbehörden Landesorganisationsleiter - ist da ja schon eher noch fast, ich will nicht sagen, ein kleines Licht, aber nichts Exponiertes - bis hin zu Landesvorsitzenden - - Quellen geführt hatten.

Bei Szczepanski kam eben hinzu, nachdem das Verfahren in diese Schieflage geriet, dass der Name Szczepanski eben bekannt war im Gegensatz zu vielen anderen Quellen. Das hat damals in den Erörterungen, die wir Verfassungsschützer mit den verfahrensführenden Anwälten der drei klagenden Verfassungsorgane hatten, eine Rolle gespielt. Ich erinnere mich noch sehr daran, weil ich im norddeutschen Verfassungsschutzverbund - das waren also die ostdeutschen Länder mit Ausnahme von Sachsen und Thüringen, Hamburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen - mit dem niedersächsischen Kollegen eine Koordinierungsfunktion hatte im Hinblick auf diese ganzen Quellengeschichten.

Unsere Position damals war: Landesorganisationsleiter ist noch kein Organ oder kein Organteil, was eine politisch gestaltende Aufgabe hat, sondern eben eher ein exekutierendes, exekutives Organ, was für die Organisation von

⁹⁴⁰ B 4\Nfd zum Piatto Komplex\elektronische Dokumente\Band 2\2000 43-226-VSnfd-bwpsmd.pdf, S. 144.

⁹⁴¹ Ebenda, S. 153.

Parteiveranstaltungen, Versendung von bestimmten Dingen und sonst was - also eher ein ausführendes Organ - zuständig ist. Das kann man so oder so sehen. Damals haben wir, als er das wurde - - ehrlich gesagt noch halbwegs im Stande der Unschuld gesehen, weil eigentlich noch niemand das NPD-Verbotsverfahren am Horizont heraufziehen sah.“⁹⁴²

Eine Koordinierung mit anderen Verfassungsschutzämtern bezüglich der Funktion Szczepanskis in der NPD hat laut dem Zeugen Wegesin nicht stattgefunden:

„Nein. Generell ist es so - das war damals so; heute mag es ein bisschen anders sein, weil wir ja nun gerade sehen und im NSU-Komplex besichtigen, dass diese Abwesenheit von Kooperation zu schlimmen Dingen führen kann -, dass man nicht nur wechselseitig sich behindert, sondern im Gesamtverbund der Verfassungsschutzbehörden unkoordinierte, zum Teil widersprüchliche Maßnahmen macht. Damals war es so, dass keine Verfassungsschutzbehörde die Klaridentität ihrer Quelle - schon gar nicht -, aber auch die Führung der Quelle strategisch, also in der grundsätzlichen Richtung, von einer anderen Behörde hätte beeinflussen lassen. Das mag mal im Einzelnen so gewesen sein, dass man sagt: Dann und dann soll ein Skinhead-Konzert im Bundesland XY stattfinden. Habt ihr jemanden in dieser Struktur oder könnt ihr jemanden da reinführen, der ...? - Und dann sagt die andere Behörde: Wir gucken mal. Ja, wir haben hier jemanden. Wir bringen den halbwegs da rein, und ihr kriegt die Informationen. - Aber grundsätzlich bestand auch im Binnenverbund striktester Quellenschutz.“⁹⁴³

Befragt, ob die Quelle durch den brandenburgischen Verfassungsschutz „übersteuert“ wurde führte der Zeuge Milbradt sagte aus:

„Nein, die Kontakte hatte er weithin selbst Die einzige Steuerung, wenn man so sagen kann, die vom Verfassungsschutz selbst nachdrücklich befördert wurde, war sein Eintritt in die NPD. Die Grundkontakte hatte er schon, und die brauchte er nur zu nutzen. Wenn er sie ausbaute, tat er das im eigenen Interesse, sodass die Verfassungsschutzbehörde da gar keine Steuerungsfunktion übernehmen musste.“⁹⁴⁴

Er erklärte in anderer Sitzung auch hinsichtlich der Steuerung:

„Möglicherweise entstehen Missverständnisse daraus, wie man den Begriff ‚Steuerung‘ definiert. Aufträge hat Szczepanski selbstverständlich vom Verfassungsschutz erhalten, durch die Beschaffung zuallererst und direkt, aber auch dann öfter auf Veranlassung der Auswertung über die Beschaffung. Das nenne ich nicht Steuerung, wenn es nur um Informationsbeschaffung geht.

⁹⁴² Protokoll der 26. öffentlichen Sitzung vom 04.05.2018, S. 54.

⁹⁴³ Ebenda, S. 54f.

⁹⁴⁴ Protokoll der 22. öffentlichen Sitzung vom 22.03.2018, S.108.

Steuerung nenne ich, wenn er zu einem vorher nicht geübten Verhalten bewogen werden soll, das über die Erkenntnisgewinnung hinausgeht, die klare Erkenntnisgewinnung. Also: Der Eintritt in eine Organisation, das nenne ich Steuerung. Wenn er aber den Auftrag erhält: ‚Erkundige dich bitte nach diesen und jenen Personen und nach deren Plänen‘, so ist das keine Steuerung, sondern ein normaler Auftrag an eine Quelle.“⁹⁴⁵

Der Zeuge Milbradt führte aus:

„Ein klein wenig muss ich ausholen. Der Verfassungsschutz hat Wert gelegt, dass er, Szczepanski, in der NPD keine Funktion übernahm, bei der er auf die Ideologie und die Ausrichtung der NPD einen steuernden Einfluss gehabt hätte. Als Organisationsleiter hatte er nur praktische Aufgaben, also Umsetzung dessen, was der Parteivorstand an Aktivitäten beschlossen hatte. Insofern hat er eine steuernde Funktion und Wirkungsweise in der NPD nicht entfaltet und sollte es auch ausdrücklich nicht. Aber der Quelleneinsatz ist ja insgesamt beim ersten Verbotsverfahren gegen die NPD zur Ursache dessen geworden, dass das Verfahren dann schon sozusagen auf der halben Strecke gescheitert ist. Neben vielen anderen Quellen in der NPD kann man natürlich auch Szczepanski in diese Reihe von Quellen stellen, die dem Bundesverfassungsgericht als Hinderungsgrund für die Weiterverfolgung des Verfahrens galten.“⁹⁴⁶

Der Zeuge Milbradt präzisierte zur Funktion des Landesorganisationsleiters:

„Natürlich ist es eine Führungsfunktion, aber eben keine, die die ideologische Ausrichtung der NPD per se beeinflusst hätte, sondern der Verfassungsschutz hat Wert gelegt, dass, wenn er, Szczepanski, in der NPD in höhere Ränge aufsteigt, eben nur eine solche Funktion übernehmen solle und dürfe, bei der er im Wesentlichen auf praktische Organisationsaufgaben beschränkt blieb.“⁹⁴⁷

Und an anderer Stelle:

„[...] Ich meine schon, dass die ideologische Ausrichtung - und Zuspitzung - erst das Fundament dann auch für praktische Maßnahmen, die sich gegen die Verfassungsordnung richten, sein kann und muss; denn ohne dieses ideologische Fundament würden solche Aktivitäten gar nicht entfaltet werden, sodass es letztlich auch und gerade auf die ideologische Ausrichtung ankommt.

Wenn Szczepanski Organisationsleiter war, hat er praktisch also nur organisatorisch die Aufträge des Landesvorstandes ausgeführt, welche praktischen Maßnahmen, Veranstaltungen, Mitgliederwerbung oder dergleichen zu befolgen sind. Aber er hat damit keinen direkten Einfluss auf das ideologische Fundament nehmen sollen und wollen und können.“⁹⁴⁸

⁹⁴⁵ Protokoll der 32. öffentlichen Sitzung vom 31.08.2018, S. 80.

⁹⁴⁶ Protokoll der 22. öffentlichen Sitzung vom 22.03.2018, S.123.

⁹⁴⁷ Ebenda, S. 124.

⁹⁴⁸ Ebenda, S. 128.

3.4.3.2. Szczepanskis Rolle in der NPD

In einer Meldung des LKA Brandenburg vom 03.03.2000 heißt es:

„Herr S. [Szczepanski – im Original abgekürzt] trat im Januar 2000 mehrfach als Anmelder von NPD-Veranstaltungen in Erscheinung.“⁹⁴⁹

Der Zeuge Ludwig, um die Jahrtausendwende Landtagsabgeordneter aus Königs Wusterhausen, sagte vor dem Untersuchungsausschuss, dass Szczepanski für den Aufbau von NPD-Strukturen in Königs Wusterhausen verantwortlich gewesen sei:

„Die Situation änderte sich so ungefähr 99/2000, weil die bis dahin Parteien eher ablehnenden rechten Kräfte in Königs Wusterhausen und Umgebung plötzlich ihren Sinn für Parteistrukturen scheinbar entdeckten. Es gab Kräfte der NF. Aber es begann auch plötzlich ein NPD-Ortsverein zu existieren, seitdem ein Herr Carsten Szczepanski in der Stadt war. Das war sehr auffällig, weil, wie gesagt, bis dahin weder NPD noch DVU irgendwelche Wurzeln in Königs Wusterhausen schlagen konnten. Erst mit diesem - - daran ließ es sich wirklich festmachen. Erst mit diesem Zutritt in den Kreis der rechten Kräfte in Königs Wusterhausen begann so was wie eine Parteistruktur zu entstehen.“⁹⁵⁰

Und weiter:

„Er war erkennbar ein Mittelpunkt rechtsextremer Strukturen in Königs Wusterhausen, wie gesagt, baute überraschend eine NPD-Struktur auf mit Kräften, die bis dahin auch öffentlich rechte Parteistrukturen abgelehnt hatten. [...]“⁹⁵¹

Auf die Frage, wie die Aufnahme Szczepanskis im Sommer 2000 in das Zeugenschutzprogramm sich auf die rechtsextreme Szene und ihre Aktivitäten in Königs Wusterhausen ausgewirkt habe, erklärte der Zeuge Ludwig:

„Der deutlichste Unterschied war, dass die NPD von der Bildfläche verschwand. Die gab es einfach nicht mehr.“⁹⁵²

Mit den Aussagen des Zeugen Ludwigs konfrontiert, erklärte der Zeuge Wegesin:

„Das ist natürlich eine sehr starke Bewertungsfrage. Wir haben die Problematik schon gesehen, dass Herr Szczepanski, der selbst initiativ sehr tätig wurde - aus welcher Motivationslage auch immer heraus; das ist eine andere Ebene -,

⁹⁴⁹ B 4\NfD zum Piatto Komplex\elektronische Dokumente\Band 2\2000 43-226-VSnfd-bwpsmd, S. 64.

⁹⁵⁰ Protokoll der 25. öffentlichen Sitzung vom 27.04.2018, S. 5.

⁹⁵¹ Ebenda, S. 12

⁹⁵² Ebenda, S. 17.

schon Aufmerksamkeit auf sich zog und sicherlich auch schon ein Kristallisationspunkt für Aktivitäten war.

Dass mit dem Auftauchen von Herrn Szczepanski sozusagen ein Höhepunkt im Szenegeschehen in Königs Wusterhausen eingetreten sei und mit seiner Dekonspiration und seinem Verschwinden dieses wieder kollabiert sei, das würde ich mir nicht ganz zu eigen machen. Nach meiner Erinnerungslage war das eine virulente Szene und blieb auch noch lange nach Herrn Szczepanski eine virulente Szene, sogar mit einer leichten zunehmenden Tendenz zur Militarisierung insbesondere in der Auseinandersetzung zwischen den jungen Teilen der Antifa, die auch mal militant wurden, überwiegend, weil sie sich gegen die Rechten - in Führungszeichen - wehrten.

Also, das kann ich so nicht ganz unterschreiben. Das mag sein. Das hat natürlich eine Dynamik, steigende Wirkung. Aber hinterher war in Königs Wusterhausen auch noch ganz schön was los, sagen wir es mal so.“⁹⁵³

Und weiter:

„Er darf natürlich nicht radikalisieren und er darf insbesondere nicht heute -- Damals war das eine Dienstvorschriftslage, heute ist es eine förmliche Gesetzeslage, zumindest im Bund, in Brandenburg noch nicht; aber dazu möchte ich nichts sagen. Natürlich darf er nicht Organisationen steuern, heranziehen etc. pp. Er darf nur beobachten. Er darf eigentlich nur passiver Sensor sein. Dass, wenn Sie eine dynamische Person in eine kleinstädtische, juvenil geprägte Struktur hineingeben, sich dort irgendetwas verändern mag: Ja, das mag passieren. Die Frage ist: Ab wann ist es verboten, ab wann eigentlich nicht? Nach Möglichkeit soll man versuchen, das zu verhindern. Dann wären wir aber bei der Frage, ob man Szczepanski überhaupt anwerben darf oder nicht.“⁹⁵⁴

3.4.4. Szczepanskis Ladengeschäft „Thule“ in Königs Wusterhausen

Szczepanski eröffnete am 17.04.2000 in Königs Wusterhausen ein Geschäft mit der Firmenbezeichnung „Thule“.

Am 17.05.2000 informierte Beschaffungsleiter Giebler den Referatsleiter Auswertung Milbradt:

„Weiterhin teile ich Ihnen mit, dass SZCZEPANSKI am 17.04.00 [...] in Königs Wusterhausen ein Geschäft eröffnet hat. Das Geschäft trägt den Namen ‚Thule‘. In dem Geschäft werden CD'en (nicht indiziert), Zeitschriften, Bücher, Schallplatten, Teesortimente, esoterische Öle, Videos und Getränke

⁹⁵³ Protokoll der 26. öffentlichen Sitzung vom 04.05.2018, S. 55.

⁹⁵⁴ Ebenda, S. 56f.

angeboten. Das Geschäft dient nicht als Szenetreff, sondern soll der Absicherung einer Existenzgrundlage dienen.“⁹⁵⁵

Der Zeuge Henning P. beschrieb den Laden vor dem Untersuchungsausschuss:

„Also, wie ich das in Erinnerung habe - ist ja nun auch schon ein Weilchen her -, war der Laden relativ klein gewesen. Da waren ein paar T-Shirts von irgendwelchen Bands, ein paar CDs im Angebot.“⁹⁵⁶

Der Zeuge Menzel erinnerte sich vor dem Untersuchungsausschuss:

„Also, ich glaube, ich war in diesem Laden insgesamt vielleicht dreimal - zweimal mit Sicherheit, aber maximal dreimal. Und ich muss ganz ehrlich sagen: Wenn ich da war, war da nicht so unbedingt wahnsinnig viel los. Das war ja auch irgendwie so ein komischer Hinterhof. Also, ich kann mich auch nicht erinnern, dass es da Außenwerbung oder irgend so was gegeben hat. Es sah eigentlich - aus meiner Erinnerung heraus; ich kann mich da auch furchtbar irren - eher aus wie ein Lagerraum, ein ein bisschen schick gemachter Lagerraum.“⁹⁵⁷

Im Rahmen der Geschäftseröffnung kam es zu einem Treffen mit Toni Stadler, um gemeinsame geschäftliche Kontakte zu eruieren, da auch Stadler am 28.03.2000 ein Ladengeschäft mit einem ähnlichen Portfolio in Guben eröffnet hatte.⁹⁵⁸

Der Untersuchungsausschuss ist der Frage nachgegangen, von wem die Initiative zur Eröffnung des Ladengeschäfts kam.

Szczepanski sagte vor dem Untersuchungsausschuss:

„Die Idee hatte ich mit Herrn Ralf L. zusammen.“⁹⁵⁹

Ralf L. antwortete vor dem Untersuchungsausschuss auf die Frage, ob die Idee, den Laden zu eröffnen auch von ihm gekommen sei: *„Kann sein“*.⁹⁶⁰ Er erinnerte sich, dass er zusammen mit der Skin-Gruppe „United Skins“ diesen Szeneladen renoviert habe.⁹⁶¹

⁹⁵⁵ B 4\Ordner 3c, 2000 DBM T2, S. 102.

⁹⁵⁶ Protokoll der 26. öffentlichen Sitzung vom 04.05.2018, S. 122.

⁹⁵⁷ Protokoll der 28. öffentlichen Sitzung vom 15.06.2018, S. 32.

⁹⁵⁸ Regierungsbericht MIK, S. 89.

⁹⁵⁹ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 179.

⁹⁶⁰ Protokoll der 28. öffentlichen Sitzung vom 15.06.2018, S. 206.

⁹⁶¹ Ebenda.

Der Zeuge Dieter Borchert erklärte:

„Diese Anmietung des Ladens erfolgte auf seine Initiative hin. [...]“⁹⁶².

Auf die Frage, wie die Idee mit dem Verfassungsschutz kommuniziert worden sei, erklärte Szczepanski:

„Es war ein Thema, das ich angesprochen habe, und es gab da jetzt kein Veto dagegen oder -- Also, ich hatte nicht den Eindruck, dass das irgendwie nicht passen würde. Ich meine, salopp gesagt, das war okay.“⁹⁶³

Der Ausschuss hat Beweis darüber erhoben, mit welcher Zielrichtung das Ladengeschäft eröffnet worden ist.

In einem nach der Abschaltung Szczepanskis als Quelle erstellten Vermerk vom 05.07.2000 zu dem Thema: „Maßnahmen zum operativen Aufbau der Quelle, Steuerungsmechanismus“ wird die Eröffnung des Ladens als Maßnahme sowohl zur Legendierung als auch als zur Sicherung einer Existenzgrundlage für die Quelle dargestellt:

„Für die weitere Zusammenarbeit stellte sich nunmehr dringend die Frage einer praktikablen Legendierung.“

Ende Januar 2000 bot sich der Quelle durch ein freies Angebot die Möglichkeit, ein Ladengeschäft in exponierter Lage eröffnen zu können, in dem sie Szenezeitschriften, esoterische Bücher, Kleidung etc. anzubieten gedenkt. Aufgrund der dynamischen Entwicklung der Quelle und der Stützung ihrer Legendierungsbemühungen wurde [Schwärzung] [...] Die Bemühungen um eine Legendierung der Quelle konnten in sinnvoller Weise mit ihrer Lebensplanung in Deckung gebracht werden. Ab 1.3.2000 mietete die Quelle die angebotenen Räume an, um sich durch die Eröffnung des Ladens nach o.g. Angaben eine Existenzgrundlage zu schaffen.“⁹⁶⁴

Szczepanski bezeichnete den Laden als „Anlaufpunkt für die Szene“⁹⁶⁵. Auf die Frage, ob der Laden auch aus Sicht des Verfassungsschutzes als Anlaufpunkt für die rechtsextreme Szene zur Informationsabschöpfung bestimmt war, erklärte er:

⁹⁶² Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 209.

⁹⁶³ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 179.

⁹⁶⁴ B 4 iV B 73\Matrix-Liste Abteilung 5, Nr. 41, S. 3f.

⁹⁶⁵ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 182.

„Ich denke schon, klar. Ich denke schon. Das war aufgrund der T-Shirts - so Musik-T-Shirts, ‚Lonsdale‘-T-Shirts - und CDs auch gar nicht anders zu werten, denke ich.“⁹⁶⁶

Die Frage, ob der Laden einen „Plan B“ für die Zeit nach der Quellentätigkeit dargestellt habe, erklärte Szczepanski:

„Nee, die Idee, den Laden aufzumachen, waren halt finanzielle Gründe. Dass der nach meinem Ausscheiden -- ich da weiterhin irgendwie arbeiten könnte oder so - nee, nee, das war klar, dass das nicht auf Dauer ist.“⁹⁶⁷

Auf die Frage, ob die Umsätze dafür ausgereicht hätten:

„Das vielleicht schon, aber Herr Borchert hätte wissen müssen, dass ich aus der Szene raus- und wegwill und mich nach dem Ausscheiden beim Verfassungsschutz nicht mit rechtem Merchandising hätte irgendwie weiterbeschäftigen wollen. Ich glaube, die Info, die ist schon bei ihm angekommen.“⁹⁶⁸

Der Zeuge Dieter Borchert erklärte:

„Er wollte sich unter Umständen damit ein Standbein im Leben--“

[Zuruf:] *„Eine Perspektive aufbauen“*

„Eine Perspektive aufbauen“⁹⁶⁹

Der Zeuge Milbradt antwortete auf die Frage, ob Szczepanski den Laden zur Legendierung eröffnet habe:

„Ja, damit ihm die Möglichkeit erhalten blieb oder sogar noch erweitert wurde, umfängliche Kontakte in die Szene nach allen Seiten hin auszubauen.“⁹⁷⁰

Er präzisierte:

„Ja gut, zur Verfügung gestellt hat der Verfassungsschutz ihm das nicht. Er hat dieses Geschäft aus eigenem Antrieb eröffnet. Aber der Verfassungsschutz war darüber informiert und hat es zugelassen aus seinen Erkenntnisinteressen heraus.“⁹⁷¹

⁹⁶⁶ Ebenda, S. 199.

⁹⁶⁷ Ebenda.

⁹⁶⁸ Ebenda, S. 200.

⁹⁶⁹ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 209.

⁹⁷⁰ Protokoll der 22. öffentlichen Sitzung vom 22.03.2018, S. 104.

⁹⁷¹ Ebenda, S. 105.

Auf die Frage, ob er das Vorhaben abgesegnet habe, sagte der Abteilungsleiter Zeuge Wegesin vor dem Untersuchungsausschuss:

„Ja, ich habe dem zumindest nicht widersprochen. Es hat mir alles zur Genehmigung vorgelegen, also habe ich es abgesegnet, ja.“⁹⁷²

Er erklärte:

„[...] Die Idee des Ladens, der auch Szeneladen sein sollte, das war eine Legendierungsidee.[...]“⁹⁷³

Wegesin erklärte vor dem Untersuchungsausschuss:

„Da komme ich auf meine Anfangsausführungen zurück, dass die Führung eines Rechte-Szene-Ladens natürlich auch ein Risiko in sich birgt. Auf der anderen Seite: Solange wir als informationelles Wasserloch, wo alle schlimmen Tiere hinkommen und Informationen ausgetauscht werden - - Das ist ein Modus Operandi. Ich sprach eben von den netten Weinlokalen in manchen Szene-Schwerpunkten der linksextremen terroristischen Szene. Das kann man beckmesserisch sehen oder nicht sehen: Das ist immer mal so gemacht worden.“⁹⁷⁴

Er führte an anderer Stelle aus:

„[...] Aus heutiger Sicht würde ich meinen: Ist eine zweiseitige Sache. Auf der einen Seite können Sie so relativ schnell sicherlich eine Art Legendierung herbeiführen, die eben für eine gewisse Aufmerksamkeit in der Szene sorgt und dass sich da nicht irgendjemand hinsetzt und macht ein Lädchen auf und hat da irgendwelche Pamphlete, und die Rechten, die ja nun sehr spezifische Interessen - Lektüre- oder Konsuminteressen - hatten, lachen sich kaputt, weil das halt nicht das Richtige ist.

Auf der anderen Seite ist das natürlich immer auch ein Ritt auf der strafrechtlichen Rasierklinge, weil die inkriminierten Inhalte und Schriften, die Sie dort darbieten, von strafrechtlicher Relevanz sein können. Dann sind Sie natürlich auch schnell in Problemlagen, dass eine Quelle des Verfassungsschutzes rechtswidriges Material vertreibt. Das ist problembehaftet.“⁹⁷⁵

Auf die Frage, wie kontrolliert wurde, dass keine inkriminierenden Gegenstände in dem Geschäft verkauft werden wurden, erklärte der Zeuge Wegesin:

⁹⁷² Protokoll der 26. öffentlichen Sitzung vom 04.05.2018, S. 51.

⁹⁷³ Ebenda.

⁹⁷⁴ Ebenda, S. 88f.

⁹⁷⁵ Ebenda, S. 52.

„Ich muss sagen: Das weiß ich im Einzelnen nicht. Wenn es richtig gelaufen ist, dann hat sich die Auswertung mal über die Inhalte gebeugt, die da vertrieben werden, was vertrieben werden kann und was nicht und was vielleicht schon als rechtsextremistisch zu bewerten ist, aber eben nicht indiziert, oder eindeutig strafrechtlich relevant ist. Wir wissen ja alle, dass es da auch eine Grauzone gab und dass es Material gab, was vielleicht strafrechtlich inkriminierungsfähig ist, es aber halt auch noch nicht war, aber trotzdem noch halbwegs interessant ist. Aber ich muss ehrlich sagen: Dass es sozusagen eine vom Verfassungsschutz gecheckte Liste im Einzelnen gab, das glaube ich nicht, dass es das gegeben hat.“⁹⁷⁶

Auf die Frage, ob der Verfassungsschutz beratend tätig geworden sei:

„Ja. Rechtsberatend und eigentlich auch inhaltlich beratend, und ich hoffe auch, das einziehend, was also eindeutig -- Denn Sie haben eben den sportlichen Austausch erlebt, was polizeiliche Aktivitäten angeht. Wenn ein Nachrichtendienst gut arbeitet, versucht er, seine Quellen auch so zu führen, dass er nicht polizeiliche Aufmerksamkeit erzeugt. Das führt zu Problemen auf beiden Seiten.“⁹⁷⁷

Der Zeuge Dieter Borchert erklärte auf die Frage, ob Vorkehrungen getroffen worden seien, um Strafverfolgungen zu verhindern:

„Diese Vorkehrungen sind nicht bekannt, nee.“⁹⁷⁸

Zu dem Ladensortiment sagte der Zeuge Dieter Borchert:

„Ich kann Ihnen nur sagen: Mir ist im Einzelnen nicht bekannt, was da vertrieben wurde.“⁹⁷⁹

Dieter Borchert erklärte:

„Ich war mit ihm keine Läden besichtigen. Herr Szczepanski war ein erwachsener Mensch - wie wir festgestellt haben, auch ein intelligenter -, der hier eigenverantwortlich tätig war“⁹⁸⁰

Auf den Vorhalt eines Vermerks vom 31.01.2000, in dem es heißt:

„Ferner wurde mit der Quelle eine Immobilie [...] in Königs Wusterhausen besichtigt. Hier hat die Quelle die Möglichkeit, Räumlichkeiten (ca. 35 qm) zu einem monatlichen Mietpreis in Höhe von ca. 350,- DM anzumieten.“⁹⁸¹

⁹⁷⁶ Ebenda.

⁹⁷⁷ Ebenda, S. 53.

⁹⁷⁸ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 186.

⁹⁷⁹ Ebenda, S. 211.

⁹⁸⁰ Ebenda, S. 209.

⁹⁸¹ B 4\Nfd zum Piatto Komplex\elektronische Dokumente\Band 2,2000 43-226-VSnfd-bwpsmd, S. 20.

räumte der Zeuge Dieter Borchert ein:

„Es ist möglich, dass er mir das Ding gezeigt hat, das ist richtig. Es ist möglich.“⁹⁸²

Dem Zeugen Milbradt wurden der vorab genannte Vermerk vom 31.01.2000 sowie wie zwei weitere Vermerke vorgehalten:

- Die handschriftliche Notiz auf dem Treffvermerk vom 10. Mai 2000:

„Lt. beigelegtem Vorschlag zur Gothaer Multirisk-Police vom 24.03.2000 wird [...] nach Entscheidung durch AL V die Kostenübernahme der Betriebs- u. Betriebshaftpflichtversicherung bestätigt.“⁹⁸³

- sowie der Treffvermerk vom 06.06.2000:

„Im Rahmen des Treffs wurden auf Bitten der Quelle gemeinsam Getränke von einem Großhandelsbetrieb in Luckenwalde zum Weiterverkauf in dem Laden der Quelle in Königs Wusterhausen abgeholt.“⁹⁸⁴

Er erklärte in diesem Zusammenhang auf die Frage, ob alle Informanten und V-Leute so intensiv betreut worden seien:

„[...] Die Sorge um die Quelle und deren Unterstützung bei Aktivitäten, wie sie von Ihnen gerade in Erinnerung gerufen worden sind, ist nicht vergleichbar mit dem, was man anderen Quellen hat angedeihen lassen, da - wie ich schon oft erwähnte - eben die Quelle „Piatto“ eine herausragende war und insofern auch mit anderen Quellen des brandenburgischen Verfassungsschutzes nicht ohne Weiteres zu vergleichen gewesen ist.“⁹⁸⁵

Auf die Frage, nach dem Umsatz von Szczepanskis erklärte dieser vor dem Untersuchungsausschuss:

„Der Laden hat Geld gebracht, klar. Der war auch gut besucht. [...]. Ich wüsste jetzt nicht mehr, welchen Umsatz ich da hatte.“⁹⁸⁶

Offenbar reichten die Einnahmen jedoch (noch) nicht für eine Existenzgrundlage. In einem Schreiben Wegesins an den Staatssekretär vom 19.06.2000, in dem es um die Beendigung der Zusammenarbeit mit der Quelle „Piatto“ bis zur Klärung potenzieller strafrechtlicher Vorwürfe ging, heißt es:

⁹⁸² Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 210.

⁹⁸³ B 4/NfD zum Piatto Komplex\elektronische Dokumente\Band 2, 2000 43-226-VSNFD, S. 137.

⁹⁸⁴ B 4/NfD zum Piatto Komplex\elektronische Dokumente\Band 2, 2000 43-226-VSNFD, S. 161.

⁹⁸⁵ Protokoll der 22. öffentlichen Sitzung vom 22.03.2018, S. 120.

⁹⁸⁶ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 157.

„Die Quelle hat bisher regelmäßige monatliche Zuwendungen erhalten. Sie hat vor einigen Monaten ein kleines Einzelhandelsgeschäft eröffnet und bestreitet z. Zt. bis zum ‚Anlaufen‘ des Geschäftes einen erheblichen Teil des Lebensunterhaltes aus der Zuwendung. Ggf. werden die Zahlungen an die Quelle zu reduzieren sein.“⁹⁸⁷

Für die Einrichtung des Ladens erhielt Szczepanski vom Verfassungsschutz eine Anschubfinanzierung, wie auch in Kapitel 3.3.4. dargestellt.

Abteilungsleiter Heiner Wegesin erklärte auf die Frage, wie der Laden finanziert worden sei:

„Das weiß ich im Einzelnen nicht mehr. Ich habe die Zuwendungen jetzt in der Akte gesehen, ich habe sie mir im Einzelnen nicht aufgeschrieben. Das waren dreistellige Beträge. Mal, ich glaube, eine Grundausstattung mit Zeitschriftenmaterial - da war es vierstellig. Tja, wenn man die Entscheidung trifft, eine Person so in die Szene zu bringen, dann halte ich das für okay, eine solche Anfinanzierung zu machen. Er war ja nun selber wirklich völlig mittellos und hatte durchaus, wie Sie noch wissen, Schulden gegenüber seinem Arbeitgeber, der Deutschen Post, ehemaliger Sträfling. Das ist in Ordnung, dass man das anschiebt.“⁹⁸⁸

Wegesin erklärte zur Problematik der Anschubfinanzierung für den Laden und der weiteren finanziellen Zuwendungen:

„[...] Es kann ambivalent beurteilt werden - das gebe ich durchaus zu -, dass man einer Quelle, die aus der Strafhaft kommt, erst mal quasi einen Anschub gibt, um überhaupt auf die Füße zu kommen und die dann selbst zu schaffende Einkommensmöglichkeit, um nicht zu sagen, berufliche Existenz ins Laufen zu bringen. Für eine Übergangsphase mag das verantwortbar sein, dass man sagt: Gut, die Zusammenarbeit soll langfristig angelegt sein. Irgendwann soll der mal wirklich mit seinem Lädchen da so viel Geld verdienen, dass das Ausschlussmerkmal, eine Quelle soll nicht ihre Haupteinkünfte und ihren hauptsächlichen Lebensunterhalt aus Quelleneinkünften beziehen - - verletzt worden ist. - Das kann man so oder so sehen.

Ich sage es einfach mal so: Wenn man sich zur Zusammenarbeit mit einer solchen Quelle in einer solchen Konstellation - aus der Strafhaft heraus - entschließt, wird es sehr schwer möglich sein, dem zu sagen: So, das Tor hat sich jetzt geöffnet, und was machst du heute Abend? Wie kommst du da einkommensmäßig weiter? - Das ist in der Tat schwierig. Ich halte es noch für vertretbar, wenn klar ist, dass in der Fernperspektive und möglichst schnell diese Quelle finanziell überwiegend auf eigenen Beinen steht. Ich nenne das mal Anschubfinanzierung. Dass man das anders sehen kann bei wirklich

⁹⁸⁷ B 4/Herabstufungen/ 53-004-S-530 003-0000-0038_2018 VS NfD_Liste 2, Nr. 30_Piatto-860-1058-S1273-1275-VS nfd-bpwsmd, S. 3.

⁹⁸⁸ Protokoll der 26. öffentlichen Sitzung vom 04.05.2018, S. 51.

hochexakter Anwendung dieses Ausschlussstatbestandes, gebe ich gerne zu.“⁹⁸⁹

Und weiter:

„Nun ist es bei Szczepanski so, dass die Zusammenarbeit zu Ende war, als er noch von dieser - ich bleibe bei diesem Begriff - Anschubalimentation überwiegend oder weitgehend lebte. Ich meinte, damals gehört zu haben: Jawohl, das läuft allmählich an mit dem Laden. - Das weiß ich aber nicht. Das ist ja rein episodisch zu sehen.“⁹⁹⁰

3.4.5. „Piattos“ Meldungen zu den National-revolutionäre Zellen

Der Untersuchungsausschuss ist den Deckblattmeldungen im Fall „Piatto“ mit Hinweisen zu den „National-revolutionären Zellen“ (NRZ) nachgegangen und hat weitere Erkenntnisse ausgewertet.

Im Mai 1999 erschien im „Hamburger Sturm“ Nr. 20 ein „Interview aus dem Untergrund – national-revolutionäre Zellen“⁹⁹¹. Die NRZ beschrieben sich darin wie folgt:

„Wir sind eine Gruppe von mehreren Personen, die in der NPD tätig sind, aber mit dem NPD-Führungsstil unzufrieden geworden sind. [...] Unser Weg ist der aus dem Untergrund handelnde Aktivist [...] Unser weg wird der richtige für die Zukunft sein, weil der Staat die restlichen nationalen Parteien verbieten wird und wir dann schon vorbereitet sein werden, nicht mehr angreifbar sind. Du kannst aus dem Untergrund besser und flexibler arbeiten. Auch ist die Einschleusung von V-Männer in eine geschlossene Gruppe dann sehr schwierig für den Staat. [...]“

Ein Aktivist der NRZ müsse:

„absolut zuverlässig und verschwiegen sein, wenn möglich Kampfsport betreiben und mit Waffen umgehen können. Auch ist das Alter entscheidend: unter 21jährige werden nicht aufgenommen, auch keine Frau, weil diese meistens labil sind.

Computerkenntnisse sind wichtig!“

Explizit unerwünscht seien dagegen die „ganzen Fun-Glatzen und Schnulzen-Bands“. Die „NRZ“-Aktivisten erklärten weiter:

⁹⁸⁹ Ebenda, S. 88.

⁹⁹⁰ Ebenda, S. 89.

⁹⁹¹ B 54 MIK KoSt UA 6_1\2016-12-13 UA 6_1 B54 - Zuarbeit LKA – CD_05 2000-07-27 Fax LKA BB, S. 2-4.

„Es gibt viele Arten Widerstand zu leisten und sich politisch einzubringen, doch glauben wir das von den ganzen Gruppen nur noch eine wirklich den Anspruch politisch zu sein scheint und das ist nach unserer Meinung, Combat 18!“

Zu dem Mord an dem Polizisten, begangen durch den Rechtsextremisten Kai Diesner heißt es:

„Man darf einfach nicht vergessen das wir im Krieg sind mit diesem System und da gehen nun mal Bullen oder sonstige Feinde drauf“.

Am Ende des Interviews geben die verummten und mit Waffen posierenden NRZ-Aktivisten Tipps für das Leben im Untergrund, etwa zur konspirativen Gesprächsführung und dazu, wie Wohnungen von allen Spuren illegaler Aktivitäten gesäubert werden können.

In einem vom 19.06.2000 im Tagesspiegel erschienenen Artikel⁹⁹² „Rechte Szene: mindestens drei Attentate geplant“ berichtete der Journalist Frank Jansen über die NRZ.

„[...] Mitte September 1999 waren Neonazis mit Brandflaschen zu einem Treffpunkt der linken Szene in Prenzlauer Berg unterwegs, kehrten aber kurz vor Erreichen des Lokals um. Im Mai nahm die Polizei einen Brandenburger Rechtsextremisten fest, der sich ein halbautomatisches Gewehr mit Zielfernrohr und Schalldämpfer besorgt hatte. Zuletzt vereitelten die Sicherheitsbehörden vor anderthalb Wochen einen Anschlag: In Berlin wurde ein Mann abgeführt, der eine Rohrbombe aufbewahrte.

Bei dem geplanten Neonazi-Angriff im September wäre nach Ansicht von Sicherheitsexperten eine Brandkatastrophe zu befürchten gewesen, die mehr Opfer gefordert hätte als die Anschläge in Solingen und Mölln. Der zur Zeit geschlossene Treffpunkt mit dem bizarren Namen ‚Pesthund‘ in Prenzlauer Berg befindet sich in einem fünfgeschossigen Altbau mit 19 Wohnungen und einer Bäckerei. [...]

Die Beinahe-Attentäter werden nämlich von Sicherheitsexperten der Gruppierung ‚National-Revolutionäre Zellen‘ zugerechnet [...]

Den harten Kern der ‚National-Revolutionären Zellen‘ bilden nach Informationen des Tagesspiegels drei Berliner Neonazis und zwei Brandenburger aus dem nahen Königs Wusterhausen. Ein dort lebender Rechtsextremist, der mindestens zum Umfeld der ‚Zellen‘ gezählt werden muss, wurde jetzt im Mai verhaftet. Der Mann wollte von einem Mitglied der Berliner Neonazi-Gruppe ‚Vandalen‘ ein halbautomatisches Gewehr kaufen. Dieses war mit Zielfernrohr und Schalldämpfer zu einer Präzisionswaffe für Attentate umgerüstet worden. Die

⁹⁹² B 54 MIK KoSt UA 6_1\2017-02-15 B54 - LKA Nachtrag\National Revolutionäre Zellen\PDF Fundstellen 2_A0822.

Beamten beschlagnahmten auch die passende Munition. Nach Ansicht der Strafverfolgungsbehörden sollte das Gewehr für einen Racheakt gegen die linke Szene eingesetzt werden. Mutmaßliche ‚Antifa‘-Aktivisten haben in Königs Wusterhausen in den vergangenen Monaten mehrmals Autos von Neonazis abgebrannt

Vor demselben Hintergrund hat sich die Verhaftung eines erst seit kurzem in Berlin ansässigen Rechtsextremisten in diesem Juni abgespielt. Bei einer Durchsuchungsaktion fanden Polizei und Staatsanwaltschaft in einem Keller eine Rohrbombe. Sie sollte, so glauben die Strafverfolgungsbehörden, ebenfalls als Vergeltung für die Brandanschläge auf Wagen von Königs Wusterhausener Rechtsextremisten gezündet werden - unter dem Auto eines Linken.“

Der Zeuge Szczepanski hatte vor dem Untersuchungsausschuss keine Erinnerung an die NRZ.

Auf den Vorhalt des Tagesspiegelartikels erklärte er:

„Na ja, wie ich letztes Mal ja schon sagte: Bei Rohrbomben denke ich persönlich immer an Herrn G., Nick G. Aber ob da wirklich eine Struktur hinter diesen fünf Personen stand oder die sich den Namen jetzt einfach so gegeben haben - keine Ahnung.“⁹⁹³

Bei dem im Tagesspiegel dargestellten Anschlag auf den „Pesthund“ handelt es sich vermutlich um den von einer Personengruppe um L. G., H. L. und Ralf L. geplanten Anschlag auf ein „Antifa-Café“ vom 11.09.1999, zu dem unter Kapitel 3.4.6. ausgeführt wird. Dieser den NRZ möglicherweise zuzuordnende Personenkreis ist nicht komplett identisch mit dem Personenkreis, der in dem Artikel des „Tagesspiegels“ vom 20.06.2000 als Anhänger der NRZ suggeriert wird. Bei den im Artikel angesprochenen Waffengeschäften handelt es sich um Geschäfte, in die u.a. Uwe Menzel, Ralf L. und F. L. involviert waren und wegen derer auch Carsten Szczepanski verurteilt worden ist. Hierzu wird auf das Kapitel 3.4.7. verwiesen. Bei dem „seit kurzem in Berlin ansässigen Rechtsextremisten“, in dessen Keller eine Rohrbombe gefunden wurde, handelt es sich um Nick G. (3.4.8.).

⁹⁹³ Protokoll der 35. öffentlichen Sitzung vom 22.11.2018, S. 8f.

3.4.6. „Piattos“ Meldungen zu einem geplanten Anschlag auf ein „Antifa-Café

In einer Deckblattmeldung vom 03.02.1999 berichtete Szczepanski von einem Postfach mit dem Namen „Freunde der sozialistischen Zellen im Nationalen Widerstand“, welches L. G. gehören sollte. Die „Prügeltruppe“ von L. G. sei am 30.01.1999 bei einer NPD-Demonstration in Kiel mitgelaufen.⁹⁹⁴ Bei L. G. handelt es sich um einen bekannten Berliner Rechtsextremisten.

In einer Deckblattmeldung von 27.08.1999 heißt es:

„Quelle berichtete, [...] dass vermutlich am 11. Sept. ein Anschlag auf einen Antifatreffpunkt geplant sei. H. L. hätte in Schwedt von einer Aktion gegen ein Antifacafé gesprochen. Dies soll sich in der Nähe des Pistoriusplatz [sic!] (Prenzlauer Berg) befinden. Geplant sei der Bewurf mit zwei Molotowcocktails. Von dieser Aktion hätten bislang nur die Quelle, H. L., Ralf L. und L. G. Kenntnis.“⁹⁹⁵

Eine Deckblattmeldung vom 09.09.1999 lautet:

„Quelle berichtet über ein Treffen am gestrigen Tag.

Hier wären mit Ralf L. und H. L. in einem Waldstück nahe dem S-Bahnhof Grünau Einzelheiten zu dem geplanten Anschlag am 11.09.1999 verabredet worden.

Ziel sei hier das Antifa-Café, Kuglerstraße/Ecke Dunckerstraße (Berlin). Dieses Objekt steht seit geraumer Zeit unter Beobachtung durch H. L. H. L. selbst mache äußerlich den Eindruck eines Linken und würde dort wenig auffallen.

Anlässlich einer zurückliegenden NPD-Demonstration in Berlin habe man dort störende Linke verfolgt. Diese verfolgten Personen hätten sich dann in dem o.g. Café eingefunden.

Nunmehr sei geplant, dieses Café anzugreifen. Dazu wolle man zunächst abwarten, bis am 11.09.1999 der Lautsprecherwagen von der Antifa-Demo zurückkommt.

Nach Erkenntnissen der Rechtsextremisten würde dieses Fahrzeug nach jeder Demonstration zunächst wieder am o.g. Café abgestellt. Dort würde dann H. L. ein ‚Signal‘ an Ha. (phon.) geben. Dieser gehöre zum engeren Umfeld des M. B. und wäre als gewaltbereit bekannt. Er solle insgesamt zwei Molotow-Cocktails

⁹⁹⁴ B 4\Ordner 3a, 1999 DBM Teil 1, S. 39.

⁹⁹⁵ B 4, Ordner 3 b, 1999-DBM-T2, S. 173f.

werfen, wovon einer das Café und der andere den Lautsprecherwagen treffen soll.

Treffpunkt der ‚Angreifergruppe‘ um Ha. wären die Grünanlagen hinter dem Ernst-Thälmann-Platz. Erwartet werden 10 bis 15 Personen.

Weitere Einzelheiten werden am heutigen Tag, gegen ca. 17.00 Uhr, mit H. L. besprochen.

Wichtig:

Die gesamte Aktion ist bislang neben der Quelle nur vier Personen bekannt. Eine Unterrichtung des LfV Berlin darf daher nur erfolgen, wenn gesichert werden kann, dass die Polizei nicht in Dienstfahrzeugen vor Ort den Anschlag erwartet

Mit einer anderen Verfahrensweise wäre zwingend die Enttarnung der Quelle verbunden.

Lediglich wenige Zivilfahrzeuge dürften sich unauffällig in der Nähe aufhalten.

Anderenfalls wäre nicht nur ein Erkenntnisverlust, sondern auch ein hoher Kostenaufwand zu erwarten.

Derzeit wird vom Referat V/4 geprüft, ob die von der Quelle gemachten Angaben zu der Adresse des Cafés richtig sind.“⁹⁹⁶

Laut dem Regierungsbericht wurden sowohl das Berliner Landesamt für Verfassungsschutz als auch die Berliner Polizei über die geplante Tat in Kenntnis gesetzt.⁹⁹⁷

Über den gescheiterten Anschlag wird in einer Deckblattmeldung vom 15.09.1999 berichtet:

„Ralf L. berichtete, dass er zusammen mit einem G. W. am 11.09.99 in Berlin gewesen sei, um an dem Anschlag auf ein Antifa-Café teilzunehmen. Durch die starke Präsenz der Schutzpolizei habe ‚H.‘ die geplante Aktion schließlich abgebrochen. Laut ‚H.‘ sei die Aktion nicht aufgehoben, sondern lediglich aufgeschoben worden.

(Weitere Details konnten - ohne aufzufallen - von der Quelle nicht in Erfahrung gebracht werden.)“⁹⁹⁸

⁹⁹⁶ B 4, Ordner 3b, 1999-DBM-T3-Piatto, S. 24f.

⁹⁹⁷ Regierungsbericht MIK, S. 88.

⁹⁹⁸ B 4, Ordner 3 b, 1999-DBM-T3-Piatto, S. 31.

In der Folge gab es laut dem Regierungsbericht einen regelmäßigen Informationsaustausch zwischen dem Berliner und dem Brandenburger Verfassungsschutz zum Sachverhalt; im Ergebnis wurde Ralf L. überwacht. Das Bundesamt für Verfassungsschutz war in den Informationsaustausch einbezogen.⁹⁹⁹

Zu seinen Erinnerungen nach einem Anschlag auf den „Pesthund“, der von H. L. und Ralf L. geplant gewesen sei, befragt, erklärte Szcepanski vor dem Untersuchungsausschuss:

„Prenzlauer Berg? Also, ich kann mich dran erinnern, dass Herr Ralf L. damals über einen Anschlag gesprochen hat, aber ich meine, er hat - zumindest aus der Erinnerung heraus jetzt - damals kein konkretes Ziel benannt.“¹⁰⁰⁰

Dazu, dass die Personen, die den Anschlag auf den „Pesthund“ geplant hätten, den NRZ zuzuordnen gewesen sein sollen, sagte er:

„Ich kann es mir, ehrlich gesagt, nicht vorstellen, gerade bei Herrn Ralf L., ob der sich so einen Namen gegeben hätte. [...]

Weil Herr Ralf L. eigentlich auch mehr so aus dieser ganzen Skinhead-Ecke stammte und das doch eher so nach einer rein politischen Gruppierung klingt. [...]

Also, es klingt eher so, als wenn -- Oder ich fange mal anders an: Die Skinhead-Szene war ja nicht bis ins Mark durchpolitisiert in dem Sinne. Die Leute haben damals schon Wert darauf gelegt, sich auch von - in Führungsstrichen - ‚Politaffen‘ zu unterscheiden und sich zu distanzieren. Und den Namen, den Sie mir da gerade vorgelesen haben -- Also, hätten Sie mich gefragt, ob das zu Ralf L. passt, hätte ich wahrscheinlich ‚Nein‘ geantwortet.“¹⁰⁰¹

Er erklärte:

„[...] ich könnte mir vorstellen, dass es diesen Begriff, wenn der in der Szene selber so verwendet worden ist - - einfach so, ich will nicht sagen, zur Tarnung, aber um die Sache vielleicht größer darzustellen, gewählt worden ist. Also, ich habe ihn, wie gesagt, überhaupt gar nicht in Erinnerung.“¹⁰⁰²

⁹⁹⁹ Regierungsbericht MIK, S. 88.

¹⁰⁰⁰ Protokoll der 35. öffentlichen Sitzung vom 22.11.2018, S. 6.

¹⁰⁰¹ Ebenda, S. 7

¹⁰⁰² Ebenda, S. 10.

Der Zeuge Ralf L. sagte aus, er kenne die NRZ lediglich aus der Presse.¹⁰⁰³

Bei dem geplanten Attentat handelte es sich offenbar um den in einem Vermerk über die Gefährdungslage Szczepanskis nach dessen Enttarnung aufgelisteten Anschlag:

„Im September 1999 planten

H. L. (Berlin)

H. S. (Berlin)

L. G. (Berlin)

Ralf L. (s.o.)

einen Brandanschlag auf ein Berliner Antifa-Objekt. Obwohl sie wegen der hohen Polizeipräsenz im letzten Moment vor der Ausführung der Tat zurückschrecken, müssen Sie von einer Weitergabe der Pläne durch „PIATTO“ ausgehen.“¹⁰⁰⁴

3.4.7. Waffendelikte

Der Untersuchungsausschuss hat sich intensiv mit der Frage befasst, ob und inwieweit Carsten Szczepanski in seiner Zeit als Quelle des Verfassungsschutzes Brandenburg in Waffengeschäft – auch im Hinblick auf Jan Werner und das spätere NSU-Trio – verwickelt war.

In den Zeitraum seiner förmlichen Entpflichtung und zeitnahen Enttarnung, also ca. April-Juni 2000, fiel auch der rechtswidrige Erwerb von Schusswaffen durch die Brandenburger Neonazis Ralf L. und Uwe Menzel von den Berliner Rechtsextremisten Jean Rene B. und F. L.

In einer Deckblattmeldung vom 10.05.2000 zu einem Treffen des V-Mann-Führers mit Szczepanski am 09.05.2000 heißt es:

„Am Samstag, dem 06.05.00, fand in Königs Wusterhausen ein Gespräch mit dem hier bekannten Berliner Rechtsextremisten H. L. statt.

[...]

H. L. berichtete weiter, dass er ein Gespräch mit Ralf L. geführt habe. In diesem Gespräch will sich H. L. dahingehend geäußert haben, dass er bereit sei, mit seinen Leuten im Rahmen des von Ralf L. geplanten ‚Aktionstages‘ zwei Ziele

¹⁰⁰³ Protokoll der 28. öffentlichen Sitzung vom 15.06.2018, S. 221.

¹⁰⁰⁴ B 4 iVm B 73/Matrix Liste 5, Nr. 40, S. 6.

in Königs Wusterhausen zu übernehmen. Aktuelle Ziele sollen lt. H. L. Jedoch noch nicht ‚ausgespäht‘ worden sein.

Auf Nachfrage erklärt H. L., dass der vor längerer Zeit geplante Anschlag auf ein Antifa-Café in Berlin zur Zeit nicht aktuell sei. Das betreffende Café werde nach Beobachtungen von H. L. zur Zeit nicht bewirtschaftet. H. L. gab bekannt, dass er trotzdem dieses Café ‚unter Beobachtung halte‘. Im Rahmen dieses Gesprächs teilte H. L. mit, dass er weiterhin engen Kontakt zu L. G. unterhalte.

H. L. gab bekannt, dass er von einem Russen jegliche militärische Ausrüstung beschaffen könne. Zur Zeit habe er eine Waffe - ‚Skorpion‘ - mit Munition zum Preise von DM 1.200,-- im Angebot.

Am Montag, dem 08.05.00, fand ein Gespräch in Königs Wusterhausen statt, an dem u.a. Uwe MENZEL und Ralf L. teilnahmen. In diesem Gespräch wurde bekannt, dass Uwe MENZEL bei Ralf L. einen Revolver zum Preise von DM 800,-- bestellt habe. Diese Waffe beabsichtige MENZEL zum Zweck der Selbstverteidigung einzusetzen.

Ralf L. berichtete, dass er am Freitag, den 12.05.00, ein Gewehr und einen Revolver zum Preise von insgesamt DM 2.000,-- im Tätowierladen UTGART in Berlin erwerben werde. Ralf L. berichtete weiter, dass ihm F. L. berichtet habe, dass F. L. Waffengeschäfte mit Arabern betreibt. Lt. F. L. erwarten seine arabischen Geschäftspartner Auseinandersetzungen im Rotlichtmilieu. Daher gestalteten sich die Geschäfte mit Arabern zurzeit recht schwierig.

Ralf L. gab bekannt, dass er ein Kleinkalibergewehr, das er seinerzeit von F. L. erworben habe, bei R. M. in Zossen ‚zwischengelagert‘ habe.

[...] Die Aktivitäten der rechtsextremistischen Szene beschrieb MENZEL mit ‚sehr ruhig‘. [...]“¹⁰⁰⁵

Zu dem der Meldung zugrundeliegenden Treffen vom 09.05.2000 wird im Treffvermerk vom 10.05.2000 ausgeführt:

„Die Quelle berichtete über Waffengeschäfte und geplante Anschläge innerhalb der rechtsextremistischen Szene. Die Erkenntnisse hatte die Quelle im Rahmen von Besuchen durch die hier bekannten Rechtsextremisten H. L., Ralf L. und Uwe MENZEL im Laden der Quelle in Königs Wusterhausen erhalten.

Die Quelle wurde angewiesen, weder auf die Angebote zu Waffenkäufen einzugehen noch sich an geplanten Anschlägen oder Waffenübungen von Mitgliedern der rechtsextremistischen Szene zu beteiligen. Als Argumentationsstrategie für die Ablehnung von angebotenen Waffengeschäften jeglicher Art wurde mit der Quelle abgesprochen, dass sie hier auf ihre angespannte finanzielle Situation (Ladeneinrichtung, Abschluss

¹⁰⁰⁵ B 4, Ordner 3c, 2000 DBM Teil 2, S. 78f.

von Versicherungen, Brandanschlag auf ihr Fahrzeug etc.) hinweisen solle. Die Quelle akzeptierte diese Weisungen.“¹⁰⁰⁶

Zu einem Treffen am 12.05.2000 wird in einem Vermerk vom 15.05.2000 ausgeführt:

„Darüber hinaus wurde die Quelle nochmals angewiesen, sich nicht an Waffengeschäften jeglicher Art zu beteiligen. Insbesondere wurde die Quelle gebeten, den persönlichen Kontakt zu den hier bekannten Rechtsextremisten Ralf L., F. L. und H. L. in den nächsten Tagen zu vermeiden.“¹⁰⁰⁷

Mit Meldung des Landeskriminalamt Berlin vom 19.05.2000 wird über dessen Einsatz vom 13.05.2000 bei einem Waffenhandel zwischen Ralf L. und F. L. berichtet:

„hier: festnahme von rechtsextremisten nach erfolgtem waffenhandel

am 12.05.00 wird bekannt, dass zwischen

Ralf L. [persönliche Daten]

und dem amtsbekannten rechtsextremisten

F. L. [persönliche Daten]

ein waffenhandel von statten gehen wird.

am 13.05.00, gegen 20.00 uhr, wird der Ralf L. [mit weiteren Tatbeteiligten] [...] vorläufig festgenommen, da entsprechende aufklärungsmaßnahmen ergeben hatten, dass die uebergabe einer waffe stattgefunden hat und im pkw des D.G. transportiert wird. bei der durchsuchung des kofferraums wird ein halbautomatisches gewehr, 22 lr (long rifle), modell e m 122 der firma erma [...], eine schulterstuetze in leichtbauweise, drei passende magazine 22 l r, ein zielfernrohr, eine passende mobile stuetze, drei schachteln Munition [...] beschlagnahmt.

unter beteiligung des sek berlin und lka 6317pms werden saemtliche relevanten anschriften zum teil mit erfolg durchsucht.

[...]

bis auf den F. L. lassen sich saemtliche beschuldigten auf den tatvorwurf ein

[...]

Ralf L. sagt aus, den F. L. ‚als taetowierer‘ zu kennen und bei einem termin in dessen studio ‚utgard‘ erwaeht zu haben, eine scharfe waffe erwerben zu wollen, wobei F. L. mitteilte, er werde in kuerze deswegen ‚von ihm hoeren‘.

¹⁰⁰⁶ B 4, NfD zum Piatto Komplex, elektronische Dokumente, Band 2, 200-43-226-VSnfd, S. 136.

¹⁰⁰⁷ B 4, NfD zum Piatto Komplex, elektronische Dokumente, Band 2, 200-43-226-VSnfd, S. 142.

*auf weisung der sta bei dem lg berlin werden die beschuldigten Ralf L., D.G. und Mi. entlassen. F. L. erhielt haftbefehl.*¹⁰⁰⁸

In seiner Zeugenvernehmung bestätigte Carsten Szczepanski, dass F. L. „Kontakte zu den Vandalen“ gehabt habe.¹⁰⁰⁹ Er erklärte auf die Frage, ob er selbst ein „Bindeglied“ zwischen F. L. und Ralf L. gewesen sei:

*„Nein. Ich hatte auch -- Also, man hat sich mit den „Vandalen“ -- Die hat man mal gesehen irgendwo, auf Veranstaltungen oder so, aber ich war da jetzt nicht so tief in der Materie drin.“*¹⁰¹⁰

Ralf L. erklärte vor dem Untersuchungsausschuss, dass er bei F. L. für sich selbst eine Langwaffe gekauft habe, um sich zu verteidigen:

*„Gegen zum Beispiel die Menschen, die das Auto von meiner Mutter vor unserem Haus angezündet haben.“*¹⁰¹¹

In einer Deckblattmeldung vom 22.05.2000 berichtet Szczepanski über ein weiteres Waffendelikt:

„Am Donnerstag, dem 18.05.2000, suchte Uwe MENZEL unter anderem Ralf L. in Königs Wusterhausen auf. Hintergrund des Besuches war die geplante Übergabe eines Revolvers, den MENZEL bei Ralf L. bestellt hatte. Aufgrund des Zugriffs der Polizei vom Wochenende war Ralf L. nicht in der Lage, die Bestellung MENZEL auszuhändigen.

Daraufhin schlug Ralf L. MENZEL vor, dass Kleinkalibergewehr, das Ralf L. bei R. M. in Zossen ‚zwischengelagert‘ hatte, einschließlich Munition anstelle des Revolvers zu übernehmen. MENZEL akzeptierte diesen Vorschlag. [...]

Am Donnerstag, dem 18.05.2000, suchte Nick G. Kameraden in Königs Wusterhausen auf. Nick G. wurde dabei von zwei ca. 18 bis 19 Jahre alten männlichen Person begleitet.

In dem Gespräch teilte Nick G. mit, dass er zur Zeit im ‚Untergrundkampf‘ stehe. Auf Nachfrage erklärte Nick G., dass er NSDAP/AO-Material in der Umgebung seiner neuen Wohnung in Berlin verteile und verklebe. [...]

Nachdem Ralf L. von dem Besuch Nick G. erfahren hatte, äußerte er den Verdacht, dass Nick G. aufgrund seines Auftretens als Spitzel der Polizei anzusehen sei.

¹⁰⁰⁸ B 4, NfD zum Piatto Komplex, elektronische Dokumente, Band 2, 2000-43-226-VSnfd, S. 146f.

¹⁰⁰⁹ Protokoll der 35. öffentlichen Sitzung vom 22.11.2018, S. 6.

¹⁰¹⁰ Ebenda, S. 7.

¹⁰¹¹ Protokoll der 28. öffentlichen Sitzung vom 15.06.2018, S. 211.

Als Beweis dafür nannte Ralf L. das Verhalten Nick G. im Vorfeld der Planung seines ‚Aktionstages‘ in Königs Wusterhausen. Hier habe Nick G. zunächst seine aktive Beteiligung artikuliert. Nachdem die Planung dann konkreter wurde, habe sich Nick G. schließlich vor dem Vorhaben völlig zurückgezogen.

Diese Taktik werde von der Polizei angewandt.“¹⁰¹²

Bei einem Treff am 23.05.2000 erklärte Szczepanski „auf nochmalige eindringliche Nachfrage“, dass er „weder in das Waffengeschäft des Ralf L. noch in Waffengeschäfte irgendeiner Art verwickelt oder beteiligt“ sei.¹⁰¹³

In einer Deckblattmeldung vom 14.06.2000 steht:

„Im Laufe der Konzerts“

- am 10.06.2000 -

„berichtete Uwe MENZEL, dass er inzwischen eine neue Pistole erworben habe. Das von Ralf L. übergebene Kleinkalibergewehr bezeichnete MENZEL als ‚Spielzeug‘. MENZEL bekundete Interesse am Erwerb von Kleinkaliberpistolen.“¹⁰¹⁴

Auf den Vorhalt des Vermerks erklärte Menzel, dass er lediglich die Pistole „Ceska“ besessen habe und diese auch bereits vor Juni 2000 (vgl. hierzu weiter unten):

„Eine andere hatte ich nicht“.¹⁰¹⁵

In der letzten „Piatto“-Deckblattmeldung vom 21.06.2000 wird u.a. ausführlich über das durch das Berliner LKA am 12.05.2000 vereitelte Waffengeschäft zwischen F. L. und Ralf L. berichtet:

„In einem Gespräch am 19.06.00 teilte der Rechtsextremist Jean Rene B. mit, dass er im Zuge der Lieferung eines Gewehrs und einer Pistole, sonntags gegen 17.00 Uhr, von der Polizei verhaftet wurde. Jean Rene B. erklärte, dass er zu Beginn des Geschäftes nicht gewusst habe, für wen die Waffe bestimmt war. Das Gewehr habe er schließlich auf Bitten des F. L. beschafft. Mit dem Erwerb der Pistole habe er nichts zu tun. F. L. habe schließlich Ralf L. als den Empfänger der Waffen angegeben. Bei der Übergabe der Waffen habe sich Ralf L. und die ihn begleitenden Personen recht dilettantisch verhalten. So habe Ralf L. beim Anblick des Gewehrs wörtlich gefragt: ‚ob das denn was Gutes sei‘. Ein

¹⁰¹² B 4, Ordner 3c, 2000 DBM T 2, S. 110.

¹⁰¹³ B 4, NfD zum Piatto Komplex, elektronische Dokumente, Band 2, 200-43-226-VSnfd, S. 153.

¹⁰¹⁴ B 4, 2016-12-01 B4-VSNfD, Ordner 3 c, 2000-DBM-Teil 2-Apr-Jun.pdf, Seite 145.

¹⁰¹⁵ Protokoll der 28. öffentlichen Sitzung vom 15.06.2018, S. 96f.

Kenner hätte die Qualität der Waffe und deren Einsatzmöglichkeit sofort erkennen müssen.

Über N. H. habe Jean Rene B. nun in Erfahrung bringen können, dass der Empfänger der Waffen, Ralf L., sowie die ihn begleitenden D. G. und dessen Freundin, an dem betreffenden Sonntag, vor 17.00 Uhr, aus der U-Haft entlassen wurden.

Jean Rene B. nimmt daher an, dass aufgrund der Aussagen des Ralf L. seine Verhaftung veranlasst wurde.

Auch über Michael P. (Limbach) will Jean Rene B. eine Bestätigung dafür erhalten haben, dass Ralf L. ‚ausgepackt‘ habe.

Anmerkung der Quelle:

Aufgrund der vielfältigen Kontakte des Jean Rene B. innerhalb der rechtsextremistischen Szene, u.a. zu Mitgliedern der ‚Vandalen‘ und Mitgliedern der ‚Rockerszene‘, ist nicht auszuschließen, dass Jean Rene B. unter Mithilfe dieser Person eine Vergeltung gegen Ralf L. anstrebt.

Es wird in rechtsextremistischen Kreisen vermutet, dass der Brandanschlag auf das Kfz der Mutter möglicherweise schon eine Vergeltungsaktion des Jean Rene B. darstellen könnte. Üblicherweise sind die Autonomen über die exakten Daten eines Kfz-Halters im Vorfeld ihrer Anschläge detailliert informiert.“¹⁰¹⁶

Szczepanski wurde am 09.12.2002 wegen des ersatzweise an Uwe Menzel ausgehändigten abgesägten Kleinkalibergewehrs mit Laserpointer wegen eines Verstoßes gegen das Waffengesetz (496 Js 23487/00) vom Amtsgericht Potsdam verurteilt. Zu dieser Zeit befand sich Szczepanski bereits im Zeugenschutzprogramm des LKA Brandenburg.

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

¹⁰¹⁶ B4, 2016-12-01 B4 VS NfD, 2000-DBM-Teil2-Apr-Jun.pdf, S. 160f.

[REDACTED]

[REDACTED]
"1017

[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED] :

[REDACTED] . -

[REDACTED] .

[REDACTED] :

[REDACTED] .

[REDACTED] .

[REDACTED] .

[...] "1018

Menzel erklärte hierzu, er wisse nicht mehr, wer diejenigen seien, „die wilde Sachen offen haben“ .¹⁰¹⁹

¹⁰¹⁷ B 65, MAT_A_BB-14b_BAND I, S. 49f.

¹⁰¹⁸ B 65, MAT_A_BB-14b_BAND I, S. 65.

¹⁰¹⁹ Protokoll der 28. öffentlichen Sitzung vom 15.06.2018, S. 97.

Der Leiter der Abteilung V für Verfassungsschutz Wegesin informierte den Leiter der Abteilung IV am 30.06.2000:

„[redacted]
[redacted]“

[redacted]
[redacted].

Nach hier vorliegenden nicht gerichtsverwertbaren Angaben aus der Szene, die durch das beigefügte Protokoll vom 29.06.00 bestätigt werden, hat in der Nacht zum 29.06.00 ein Brandanschlag auf den Pkw des Dirk H. [persönliche Daten] stattgefunden; er sei der ‚Antifa‘ zuzuschreiben.

Dieser Vorfall hat die Bereitschaft zu Racheaktionen in der Szene verstärkt. Gespräche über weitere Waffengeschäfte (vgl. Protokolle vom 26.06. und 28.06.00), in die u.a. auch D. B. [persönliche Daten] einbezogen ist, gewinnen auf diesem Hintergrund eine neue Brisanz.“¹⁰²⁰

Am 06.07.2000 übermittelte das LKA Brandenburg der Staatsanwaltschaft Potsdam eine Anregung zur Beantragung einer TKÜ. „Durch Übermittlung von Erkenntnissen aus einer verdeckten Maßnahme des Verfassungsschutzes“ sei bekannt geworden, dass die Beschuldigten Dirk H. und Uwe Menzel in einem Telefongespräch verabredet hätten, die für den 09.07.2000 angemeldete Demonstration in Potsdam unter dem Motto „Die Stadt sind wir alle“ aus dem politisch linken Spektrum anzugreifen.¹⁰²¹ Dirk H. war dem Landeskriminalamt als Organisator von „Blood & Honour“-Konzerten und Skinheadtreffen, Menzel als Mitglied der Band „Proissenheads“ bekannt.¹⁰²²

[redacted]

[redacted]:

[redacted]
[redacted].

[...]

[redacted]
[redacted].

¹⁰²⁰ B 65, MAT_A_BB-14b_BAND I, S. 47.

¹⁰²¹ Ebenda, S. 17.

¹⁰²² Ebenda, S. 19-21.

[...]

[REDACTED]

[REDACTED] „¹⁰²³

Die Staatsanwaltschaft ordnete am 07.07.2000 die TKÜ antragsgemäß an¹⁰²⁴ und ersuchte das LKA Brandenburg um die Durchführung der Ermittlungen¹⁰²⁵.

Bei einer Durchsuchung am 09.07.2000 fand das LKA Brandenburg bei Uwe Menzel verschiedene Waffen, u. a. ein Kleinkalibergewehr, auf, wegen dessen Besitz Carsten Szczepanski später verurteilt wurde.¹⁰²⁶ Am nächsten Tag übergab Menzel der Polizei zudem ein Maschinenpistole.

Der ermittlungsführende Staatsanwalt Petersen aus Potsdam sagte hierzu in seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuss aus:

„Der Ursprung dieses Verfahrens hatte mit dem Mann [Szczepanski] gar nichts zu tun. Es gab eine Mitteilung vom Bundesamt für Verfassungsschutz, die im Rahmen einer G-10-Maßnahme, also einer Telekommunikationsüberwachungsmaßnahme, Gespräche zwischen zwei bekannten Potsdamer Rechtsextremisten aufgezeichnet hatten, die in einer recht prahlerischen Form miteinander darüber sprachen, bei einer Demonstration, die eher dem linken Spektrum zugeordnet werden konnte, ein Blutbad anzurichten. Die wollten da Demonstrationsteilnehmer töten.

[...] Einer der Beteiligten war Herr Menzel. Der war bekannt, weil er in einer Rechtsrockband namens ‚Proissenheads‘ Sänger war. Der war in Teilen dieses Telefonats wegen offensichtlicher Trunkenheit gar nicht mehr zu verstehen.

Natürlich hat man das ernst genommen. Die Staatsschutzabteilung des Landeskriminalamtes hat die Ermittlungen übernommen. Das war am 07.07.2000. Die Demo sollte am 09.07. stattfinden. Offensichtlich hat das LKA der Justiz nicht zugetraut, bis zu diesem Zeitpunkt Durchsuchungsbeschlüsse erwirken zu können, und hat sich entschlossen, die Durchsuchung bei Menzel und dem anderen – der hieß, glaube ich, Dirk H. - auf das Brandenburger Polizeiaufgabengesetz zu stützen. Bei der Durchsuchung Menzel wurde eine scharfe Schusswaffe, eine Pistole, gefunden plus Munition, und es wurde ein

¹⁰²³ Ebenda, S. 55.

¹⁰²⁴ Ebenda, S. 32f.

¹⁰²⁵ Ebenda, S. 35.

¹⁰²⁶ Ebenda, S. 115-117.

Kleinkalibergewehr gefunden, ebenfalls mit Munition und einem aufmontierten Laser; das ist eine Zielbeleuchtungseinrichtung.“¹⁰²⁷

Und weiter:

„Im Rahmen der Durchsuchung ist ein Foto aufgefunden worden, das einen maskierten - also im Gesicht maskierten - Mann gezeigt hat, der eine Maschinenpistole in der Hand hielt. Die Polizei war der Meinung - die Hände waren zu sehen -, dass die Tätowierungen, die dort erkennbar waren, Anhaltspunkte für bestimmte Rechtsextremisten ergaben, bei denen dann Anschlussdurchsuchungen stattgefunden haben. Das waren insbesondere Herr T. W. und Herr Christian W. - bekannte Rechtsextremisten. Herr Christian W. war Mitglied der, es fällt einem schwer zu sagen, Musikgruppe ‚Landser‘; mit Musik hatte das meinem persönlichen Geschmack nach nicht unbedingt viel zu tun. Die Maschinenpistole konnte aber nicht aufgefunden werden.“¹⁰²⁸

Der Zeuge Menzel erklärte vor dem Untersuchungsausschuss am 15.06.2018:

„Na ja, die Polizei hatte Fotos gefunden, wo wir mit der Maschinenpistole drauf waren, und war natürlich jetzt auf der Suche nach dem Ding. Ich bin entlassen worden, und die meinten zu mir: Du brauchst dir aber keinen Kopf zu machen. Bis wir das Ding haben, nehmen wir jede Bude in Potsdam auseinander. Wir werden hier alles auf links drehen. - Da ich ja wusste, dass das keine schussfähige Waffe war - - Das war eine Dekowaffe. Keine offizielle Dekowaffe - ja, stimmt -, sie war aber definitiv nicht beschussfähig.“¹⁰²⁹

Menzel sagte in seiner ersten polizeilichen Vernehmung am 09.07.2000 aus, dass er das Kleinkalibergewehr nebst Munition und einer Pistole für 1.500 € von „dem Raul“ gekauft habe. Er habe die Waffen seit 1998.¹⁰³⁰ Bei der Pistole handelte es sich um das Modell „Ceska 52“.

Der aufgrund seiner Enttarnung am 10.07.2000 im Zeugenschutz befindliche Szczepanski wurde - in einem gegen Ralf L. durch die Staatsanwaltschaft Berlin wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz geführten Verfahren – durch das Berliner LKA am 23.08.2000 als Zeuge vernommen.¹⁰³¹ Er sagte aus, dass das oben erwähnte Kleinkalibergewehr zunächst Ralf L. gehört habe. Menzel habe bei Ralf L. „Anfang bis Mitte des Jahres“ eine Pistole bestellt und ihm hierfür bereits 800 Euro gezahlt. Die Waffenübergabe sei gescheitert und die involvierten Personen festgenommen worden. Anstelle der Pistole habe Ralf L. dem Menzel kurz nach seiner Festnahme wegen des

¹⁰²⁷ Protokoll der 30. öffentlichen Sitzung vom 23.08.2018, S. 40f.

¹⁰²⁸ Ebenda, S. 41.

¹⁰²⁹ Protokoll der 28. öffentlichen Sitzung vom 15.06.2018, S. 99.

¹⁰³⁰ B 65, MAT_A_BB-14b_BAND I, S. 121-123.

¹⁰³¹ Ebenda, S. 242-244.

Waffenhandels das Kleinkalibergewehr überlassen. Menzel sei zur Übergabe nach Klausberg zu einem K. Mü. gefahren und habe das in einen Stoffbeutel verpackte Kleinkalibergewehr bei diesem abgeholt.

Uwe Menzel erklärte dem LKA Brandenburg in seiner Nachvernehmung am 11.10.2000¹⁰³² sodann, dass er versucht habe, über Ralf L. an einen Trommelrevolver zu gelangen. Letztlich habe er, nachdem Carsten Szczepanski ihm die Telefonnummer gegeben habe, eine Tüte bei einem „R.“ (R. M.) abgeholt, in der sich das bei ihm sichergestellte Kleinkalibergewehr befunden habe.

Der als Zeuge vernommene R. M. gab am 17.11.2000 an, den an Menzel übergebenen Beutel zuvor von Carsten Szczepanski in dessen Ladengeschäft mit der Bitte erhalten zu haben, diesen für Uwe Menzel mitzunehmen.¹⁰³³

Carsten Szczepanski wurde sodann am 25. Januar 2001 als Beschuldigter vernommen.¹⁰³⁴ In seiner Vernehmung bestritt er, jemals im Besitz des Kleinkalibergewehrs gewesen zu sein, und äußerte, dass er *„von diesen Personen angeschissen“* würde. Er sagte aus, dass er Uwe Menzel mitgeteilt habe, *„dass das mit der Pistole nicht geklappt“* habe, das Geld *„jedoch futsch“* sei und *„Ralf L. was anderes für ihn“* habe und *„dass er sich das bei R. M. abholen“* solle.

Vor dem Untersuchungsausschuss sagte Menzel aus:

„Szczepanski fing halt irgendwann in regelmäßigen Abständen immer an: ‚Wir müssen uns bewaffnen‘, ‚Wir müssen uns bewaffnen‘, bla, bla, bla, und hat irgendwann mal fallen lassen, dass er wohl durch seinen Haftaufenthalt durchaus auch Kontakte ins kriminelle Milieu gezogen hat und dass er eventuell durchaus in der Lage wäre, auch Schusswaffen zu besorgen.“¹⁰³⁵

Und weiter:

„Also, er hat zu mir gesagt: Du, Mensch, frag doch mal den Ralf L.; der hat da irgendwas angeleiert, da ist bestimmt auch was für dich mit bei. - Da haben wir uns, soweit ich mich entsinnen kann, in seinem Ladengeschäft getroffen.“¹⁰³⁶

¹⁰³² Ebenda, S. 330-334.

¹⁰³³ Ebenda, S. 337-341.

¹⁰³⁴ Ebenda, S. 358-361.

¹⁰³⁵ Protokoll der 28. öffentlichen Sitzung vom 15.06.2018, S. 92.

¹⁰³⁶ Ebenda,

Auf den Einwurf: „Ralf L. und Sie“

„Ja. - Und Carsten wuselte immer mit lang, und wir fingen dann irgendwann an, uns zu unterhalten, und er meinte, ja, na ja, er will da was kaufen. Und ich habe halt gesagt, ich wollte einen Trommelrevolver.[...]“¹⁰³⁷

Ihm sei nicht mitgeteilt worden, wo die Waffen besorgt werden sollten.

„Also, soweit ich es noch in Erinnerung habe, sind die ja bei dieser Waffenübergabe festgenommen worden - oder kurz danach -, und ich weiß nicht mehr, ob wir uns auf einen bestimmten Tag verabredet hatten bei ihm, bei Szczepanski im Laden, oder ob der Szczepanski mich irgendwie angerufen hat oder angeschrieben hat. Das weiß ich nicht mehr aus der Entfernung.“

Fakt ist: Ich bin irgendwann danach bei Szczepanski im Laden gewesen, und er hat mir dann aufgeregt erzählt: Du, Mensch, stell dir vor, die haben die verhaftet, mit Polizei, allem Drum und Dran. Aber du, da liegt was für dich, hol dir das mal ab. - Da hat er mir eine Adresse gegeben, dann bin ich da hin. Der Typ selber wusste nicht wirklich, worum es ging, der hat gesagt: ‚Ja, da steht irgendwie eine Tasche oder ein Beutel. Ist die für dich, oder was?‘ - also die Tasche. Ich sage: ‚Ja, das ist hier - - Carsten hat gesagt ...‘ – ‚Ja, gut, dann nimm die mit.‘

[...]

Da war dann dieses Kleinkalibergewehr drin.“¹⁰³⁸

Auf die Frage, wieso Menzel nicht über seinen guten Kontakt zu den „Vandalen“ eine Waffe besorgt habe, erklärte er:

„Hätte ich zu diesem Zeitpunkt auch nur den ansatzweisen Verdacht gehabt, dass ich über die Leute da an irgendwas hätte rankommen können zu dem Zeitpunkt, hätte ich natürlich die selber gefragt, hätte ich den Ralf L. nicht gefragt. Beziehungsweise: Ich hatte ja zu dem Anfangszeitpunkt auch gedacht, weil Szczepanski da mal anfing, er würde besorgen, er könnte besorgen, er könnte aus dem Knast und kennt da Leute, dass die das dann auch über irgendwelche anderen Leute - - Da bin ich gar nicht - - Da wäre ich ja nicht im Leben drauf gekommen, wo das angeleiert wurde.“¹⁰³⁹

Szczepanski sagte vor dem Untersuchungsausschuss aus:

„Es gab einen Umstand, für den ich dann ja auch verurteilt worden bin. Das war, ich meine, ein abgesägtes Kleinkalibergewehr, das sich in meinem Laden

¹⁰³⁷ Ebenda.

¹⁰³⁸ Ebenda, 93f.

¹⁰³⁹ Ebenda, S. 111.

zeitweise befand. Ich weiß jetzt nicht mehr, ob es von Herrn Menzel an Herrn Ralf L. war oder umgekehrt, jedenfalls hat das in dem Laden stattgefunden.“¹⁰⁴⁰

Auf die Frage, ob er das Gewehr übergeben habe:

„Ich war in der Nähe - ich war im Laden -, aber es befand sich in so einem weißen Turnbeutel, so einer Jutetasche.“¹⁰⁴¹

Im Zuge der Ermittlungen war den Beschuldigten Dirk H. und Menzel nicht nachzuweisen, dass sie tatsächlich einen Anschlag auf die Teilnehmer der Demonstration verüben wollten. Das Verfahren wegen des Verdachts einer Straftat gemäß § 30 StGB wurde daher nach § 170 Abs. 2 StPO eingestellt.¹⁰⁴²

Hinsichtlich Uwe Menzel, Carsten Szczepanski u.a. erhob die Staatsanwaltschaft Potsdam am 16. Mai 2001 Anklage zum Amtsgericht – Schöffengericht – Potsdam. Menzel und Szczepanski wurden Verstöße gegen das Waffengesetz vorgeworfen.¹⁰⁴³

Der Verteidiger Szczepanskis stellte in seinem Schriftsatz vom 07.03.2002¹⁰⁴⁴ auf die Tätigkeit Szczepanskis als V-Mann ab. Er äußerte die Vermutung, dass die belastenden Aussagen gegen Szczepanski, die sämtlich nach dessen Enttarnung am 10.7.2000 erfolgt seien, einen Racheakt gegen Szczepanski darstellen könnten. Im Hinblick darauf, dass Szczepanski an Uwe Menzel lediglich einen Zettel mit der Telefonnummer von R. M. gegeben habe, regte er eine Einstellung gemäß § 153 a StPO an. Die Staatsanwaltschaft stimmte dem jedoch nicht zu.¹⁰⁴⁵

In der Hauptverhandlung bestritt Szczepanski jemals im Besitz der Waffe gewesen zu sein. Er räumte lediglich ein, Menzel die Telefonnummer des K. Mü. übergeben zu haben und gesagt zu haben: „Hol Dir dort was ab“.¹⁰⁴⁶

Mit Urteil vom 09.12.2002¹⁰⁴⁷ sprach das Amtsgericht Potsdam Carsten Szczepanski für schuldig, ohne die erforderliche Erlaubnis entgegen § 28 Abs. 1. S. 1 Waffengesetz die tatsächliche Gewalt über eine Schusswaffe ausgeübt zu haben. Das Gericht sah

¹⁰⁴⁰ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 180.

¹⁰⁴¹ Ebenda.

¹⁰⁴² B 65, MAT_A_BB-14b_BAND II, S. 12-14.

¹⁰⁴³ Ebenda, S. 15-19.

¹⁰⁴⁴ Ebenda, S. 104-111.

¹⁰⁴⁵ Regierungsbericht MdJEV, S. 44.

¹⁰⁴⁶ B 65, MAT_A_BB.14b_BAND II, S. 164.

¹⁰⁴⁷ Ebenda, S. 189-193.

aufgrund der Angaben von Menzel und anderen Mitangeklagten als erwiesen an, dass K. Mü. das Gewehr nebst Munition von Szczepanski „erhalten“ habe. Szczepanski wurde zu einer Geldstrafe von 120 Tagessätzen in Höhe von je 15 € verurteilt.

Szczepanski sagte zu der Verurteilung vor dem Untersuchungsausschuss:

„Ja, das fand ich auch, wenn ich das so sagen darf, nicht sonderlich gerecht.

[...]

Das war halt mein Laden in dem Sinne, und irgendwie - - Ich habe das Urteil jetzt nicht mehr im Kopf, aber - - Ja. Mitgefangen, mitgehangen.“¹⁰⁴⁸

Und weiter:

„Ich meine, dass wir da das Gespräch hatten auch mit Herrn Borchert, dass wir gesagt haben: Lass einfach geschehen, so dolle wird's schon nicht kommen. - Ich meine, ich war an einem Verhandlungstag auch durch mit der Geschichte und habe dann eine Geldstrafe bekommen, meine ich.“¹⁰⁴⁹

„Ich habe einen Teil bezahlt, und der restliche

Teil - - Ach so.“¹⁰⁵⁰

An anderer Stelle erwiderte er auf die Aussage, dass er durch sein Agieren in der Szene zwangsläufig „in die Nähe komme, selbst Straftaten zu begehen“:

„Also, für mich war klar, dass ich keine Straftaten begehe oder fördere. Für mich war der Umstand, dass ich halt aufkläre, Informationen beschaffe und dadurch im Idealfall Straftaten verhindert werden. Das war so mein Gedanke dazu.“¹⁰⁵¹

3.4.8. Ermittlungsverfahren wegen Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion gegen Nick G. und Ralf L. u.a.

Szczepanski sagte im Rahmen einer richterlichen Vernehmung durch das Amtsgericht Tiergarten am 08.08.2000 über Anschlagspläne von Nick G. und weiteren Szeneangehörigen aus Königs Wusterhausen aus.¹⁰⁵² Diese Angaben hatte Szczepanski bereits dem Verfassungsschutz Brandenburg zugetragen, der ihn

¹⁰⁴⁸ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 180.

¹⁰⁴⁹ Ebenda, S. 181.

¹⁰⁵⁰ Ebenda.

¹⁰⁵¹ Ebenda, S. 204.

¹⁰⁵² B 65, MAT_A_BB-14d_Band IV, S. 126-129.

beauftragt hatte, Informationen über den nach Brandenburg verzogenen Nick G. zu beschaffen.

Nick G. wurde am 07.09.1999 aus der Haft in der JVA Zeithain (Sachsen) entlassen und zog zunächst nach Potsdam. Das LKA Dresden teilte dem LKA Brandenburg am 02.12.1999 mit, dass Nick G. einen Anschlag auf die jüdische Synagoge in Dresden plane. Einem Mitgefangenen habe er mitgeteilt, dass er sich zu diesem Zweck in Südafrika ausbilden lassen wolle. Nach seiner Haftentlassung ging in der JVA Zeithain eine nicht abgestempelte Postkarte aus Südafrika ein, unterzeichnet mit Nick G. Am 10.01.2000 übersandte das LKA Sachsen eine Gefährdungsanalyse. Nach dieser wurde ein Anschlag auf die damals genutzte Synagoge in Dresden für unwahrscheinlich gesehen. Allerdings werde am 21.06.2000 die Grundsteinlegung für einen Synagogenneubau in Dresden, dessen Einweihung im November 2001 vorgesehen sei, stattfinden. Diesbezüglich sei ein schädigendes Ereignis „einzukalkulieren“.

Das Polizeipräsidium Potsdam führte am 28.01.2001 eine Gefährderansprache mit Nick G.¹⁰⁵³

Ende März 2000 erhielt Szczepanski den Auftrag, „weitere Erkenntnisse“ zu Nick G. zu beschaffen.

In einem internen Schreiben der Abteilung V heißt es:

„Durch das LKA Sachsen wurde mitgeteilt, dass Nick G. als Strafgefangener - er wurde an 07.09.1999 aus der JVA Zeithain entlassen- gegenüber Mitgefangenen geäußert habe, er plane einen Sprengstoffanschlag auf die jüdische Synagoge in Dresden. Für diesen Anschlag soll Nick G. in Südafrika ausgebildet worden sein.

Weitere verifizierbare Erkenntnisse bezüglich der Tatausführung und/oder von Vorbereitungshandlungen liegen dem LKA Sachsen nicht vor.

Deckblattmeldungen von Ihnen aus den letzten Wochen enthielten weitere Erkenntnisse zu Nick G., aber ohne einen Hinweis auf vorgenanntes Vorhaben.

¹⁰⁵³ B 65, MAT_A_BB-14d_Band I, S. 123 f.

Um Erkenntnisse über die Vorhaben des Nick G. gewinnen zu können, bitte ich Sie sicherzustellen, dass ihre Quelle weiterhin Kontakt zu Nick G. pflegt und diesen so ausbaut, dass eine Ausforschung von dessen Plänen möglich ist.“¹⁰⁵⁴

Handschriftlich ist am 13.03.2000 auf dem Schreiben vermerkt: „Ermittlungen zu Nick G. dauern an“.

Der Zeuge Dieter Borchert sagte vor dem Untersuchungsausschuss:

„Ich meine mich zu erinnern, dass Nick G. - ich weiß nicht mehr - irgendwie in Untersuchungshaft - - oder eine Haftstrafe in Dresden angetreten hatte und dort die Absicht bekundet hatte, eine jüdische Synagoge in die Luft zu jagen. Daraufhin gab es einen Vermerk der Auswertungsabteilung Brandenburgs, ob es möglich sei - - Ich kann Ihnen das wirklich nicht mehr - - dass sich Szczepanski um den Nick G., sage ich jetzt mal, ‚kümmert‘.“¹⁰⁵⁵

Und weiter:

„Dass Szczepanski den Kontakt zu Nick G. suchen sollte, ja. [...] Das hat hervorragend geklappt, ja.“¹⁰⁵⁶

Er führte aus:

„Er hatte den Kontakt zu Nick G., hatte über Versammlungen berichtet und hatte auch den Hinweis auf diese Rohrbombe gegeben, wie ich mich zu erinnern glaube.“¹⁰⁵⁷

Szczepanski sagte vor dem Untersuchungsausschuss auf die Frage, welche Erinnerungen er an „die Rohrbombenpläne des Nick G.“ habe:

„Also, ich kann mich dran erinnern, dass wir – ‚wir‘ in dem Fall: Herr Ralf L. und ich - nach Berlin gefahren sind, dort Herrn Nick G. auf einer Art Kameradschaftsabend - wie man das ja immer so schön nannte – getroffen haben und er da einen relativ langen Monolog hielt und dass da auch das Thema Bewaffnung mit eine Rolle spielte und der Umstand, dass er halt in Nordirland und in Südafrika war. Das Thema Rohrbomben hat er dort, meine ich, auch angesprochen.“¹⁰⁵⁸

Auf die Frage, ob er an Nick G. herangesteuert worden sei:

¹⁰⁵⁴ B 4\Ordner 3c, 2000 DBM T1 Piatto, S. 154.

¹⁰⁵⁵ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 203.

¹⁰⁵⁶ Ebenda, S. 204.

¹⁰⁵⁷ Ebenda.

¹⁰⁵⁸ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 194.

„Nee, Nick G. habe ich auch über Ralf L. kennengelernt. Ich meine, mich erinnern zu können, dass das sinngemäß mit den Worten war: Den musst du mal kennenlernen, den musst du dir mal anhören, das ist so ein ganz verrückter Hund. - Also sinngemäß. Und, ja, habe ich natürlich nicht Nein gesagt und habe dann Herrn Nick G. kennengelernt“¹⁰⁵⁹

Zur Person Nick G. sagte Szczepanski:

„[...] im Speziellen bei Herrn Nick G. war es so, dass man da eigentlich gar nicht nachfragen musste; der ist von sich aus am Erzählen gewesen, am Selbstdarstellen.“¹⁰⁶⁰

Zu Nick G. Aufenthalt in Südafrika berichtete er vor dem Untersuchungsausschuss:

„Also, er hat dort an Schießübungen teilgenommen, hat an Safaris wohl teilgenommen und hat da, meine ich, auch einen Zeitraum über gelebt oder gewohnt. Das ist das, was mir so in Erinnerung geblieben ist.“¹⁰⁶¹

In einem Vermerk vom 31.03.2000 zu „Erkenntnissen zu dem hier bekannten Rechtsextremisten Nick G.“ heißt es:

„Die Quelle im Fall ‚PIATTO‘ berichtete von Kameradschaftstreffen, die von dem hier bekannten Rechtsextremisten Nick G. organisiert wurden.

Nick G. hat einen nachrichtendienstlichen Vorlauf beim LfV Sachsen. Aufgrund dieses Vorlaufes besteht nun vorrangig ein Erkenntnisbedarf der hiesigen Verfassungsschutzbehörde.

Auch aus diesem Grund erhielt die Quelle im Fall ‚PIATTO‘ den Auftrag weitere Erkenntnisse im Fall Nick G. zu beschaffen.

Im Rahmen dieses Auftrages teilte die Quelle aktuell mit, dass sie Nick G. am Sonntag, den 2.4.00 gegen 16.00 Uhr zu einem Gespräch in ihrer Wohnung in [...] Königs Wusterhausen erwarte.“¹⁰⁶²

In einer Deckblattmeldung vom 05.04.2000 wurde über ein konspiratives Treffen der rechten Szene Königs Wusterhausen berichtet. Bei diesem wurde über einen als Vergeltungsaktion geplanten Anschlag gesprochen. Der Anschlag stand vor dem Hintergrund, dass Angehörige der linken Szene mehrere Sachbeschädigungen an Autos von Rechtsextremen vorgenommen hatten. Am 02.03.2000 verübten

¹⁰⁵⁹ Ebenda.

¹⁰⁶⁰ Ebenda, S. 204.

¹⁰⁶¹ Ebenda, S. 108.

¹⁰⁶² B 4\NfD zum Piatto Komplex\elektronische Dokumente\Band 2, 2000 43-226-VsNfd, S. 115.

unbekannte Täter beispielsweise einen Brandanschlag auf das Fahrzeug Szczepanskis. Der PKW brannte vollständig aus.¹⁰⁶³

„Im Anschluss an die Einweisung der Ordner nahmen Ralf L., M. H., Nick G., G. W., R. M. und C. R. an einer Arbeitsbesprechung des sog. ‚Rollkommando/Terrormaschine‘ teil. Grund des Treffens war der Plan Ralf L.’s, an einem noch zu bestimmenden Tage, die Fahrzeuge von Linksextremen und zwei linken Jugendclubs in Eichwalde und Königs Wusterhausen anzugreifen. Ralf L. schlug vor, mehrere Dreiergruppen zu bilden, die dann die Anschläge zeitgleich an einem bestimmten Tage verüben sollen. Nick G. erklärte hier, dass er schon seit einiger Zeit an der Herstellung von improvisierten Rohrbomben experimentiere. G. W. und Nick G. verabredeten ein baldiges Treffen, um einige der gebastelten Bomben zu testen.

Anmerkung der Quelle:

Hintergrund dieser Diskussion sind die Anschläge von Linksextremisten aus Pkw von Mitgliedern der rechtsextremistischen Szene in Königs Wusterhausen.“¹⁰⁶⁴

Befragt zu diesem Treffen sagte Carsten Szczepanski vor dem Untersuchungsausschuss aus:

„Also, woran ich mich jetzt nach diesem Vorhalt erinnern kann, ist, dass dieses Treffen in meiner Wohnung stattgefunden hat und dass Herr Ralf L. vorher noch drauf bestanden hat, dass wir unsere Handys abgeben, die Akkus rausnehmen und die Fenstervorhänge zuziehen. Also daran kann ich mich jetzt, nachdem Sie mir das vorlesen, erinnern.

Die Information, dass Nick G. Rohrbomben beisteuern wollte: Weiß ich heute nicht mehr, aber es würde zur Person Nick G. passen.

R. M., der an dem Tag - - Ja, der war, glaube ich, schon dabei. Das war also auch wieder eher so ein Menzel-Typ, der eben zu allem irgendwie eine Meinung hat, aber auch eine schwierige Person. Also, in dem Augenblick, als Herr Ralf L. darüber gesprochen hat und ich gesehen habe, dass der R. M. vor Ort mit dabei sitzt, da war für mich schon so im Hinterkopf: Na ja, muss man jetzt nicht so wahnsinnig ernst nehmen.“¹⁰⁶⁵

Zu der Reaktion des Verfassungsschutzes Brandenburg zu den Meldungen erklärte Szczepanski vor dem Untersuchungsausschuss:

¹⁰⁶³ Regierungsbericht MdJEV, S. 46.

¹⁰⁶⁴ B 4\Ordner 3c, 2000 DBM T2, S. 9.

¹⁰⁶⁵ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 195.

„Ich versuche gerade, mich zu erinnern, wie das im Folgegespräch abgelaufen ist. Also, es stand jetzt nicht ernsthaft zur Debatte, dass ich an irgendwelchen Anschlägen teilnehme, und ich glaube, das wäre vom Amt weder gewollt gewesen, noch hätte man das gedeckt, glaube ich. Also, das kann ich mir nicht vorstellen.“¹⁰⁶⁶

Der Zeuge Ralf L. sagte vor dem Untersuchungsausschuss zu dem Treffen:

„Da wurde ein Treffen anberaumt von Carsten in seiner Wohnung. Und als dann alle da waren, hat er nicht - - hat er zu mir gesagt, er hat ein wichtiges Telefongespräch, er kann jetzt nicht, und ich soll reingehen und mit den Leuten reden.“

[...]

Ich kannte den Nick G. ja gar nicht. Er hat ja da Leute eingeladen gehabt, die miteinander sonst überhaupt nichts zu tun hatten

[...]

Es ging ja nicht um einen Sprengstoffanschlag oder so was, sondern es ging darum, dass man miteinander spricht. Also, es waren ja fast alle Leute, von denen die Autos angezündet wurden. Und da ging es eigentlich eher darum, wie man reagiert auf die Situation, und nicht: Wir treffen uns jetzt und überlegen, wo wir eine Bombe hinwerfen. - Also, war gar kein Thema, eine Bombe.“¹⁰⁶⁷

An das Ergebnis des Gesprächs konnte sich Ralf L. vor dem Untersuchungsausschuss nicht erinnern.¹⁰⁶⁸

Im Rahmen eines Treffens mit seinem V-Mann-Führer am 25.04.2000 teilte Szczepanski mit, dass Nick G. tags zuvor von seinen Bemühungen berichtet habe, Schwarzpulver zu erwerben. Er beabsichtige auch, eine Pistole zu kaufen und habe angeboten, erforderlichenfalls eine Verbindung zu dem (russischen) Händler herzustellen, wenn Waffen benötigt würden. Ferner wolle er auch die Wirkung einer Rohrbombe testen.¹⁰⁶⁹

Am 10.05.2000 schreibt der V-Mann-Führer in einer Deckblattmeldung:

„Nick G. teilte mit, dass er zur Zeit für die Durchführung und Planung von Veranstaltungen ‚keine Zeit‘ habe.“¹⁰⁷⁰

¹⁰⁶⁶ Ebenda.

¹⁰⁶⁷ Protokoll der 28. öffentlichen Sitzung vom 15.06.2018, S. 224.

¹⁰⁶⁸ Ebenda, S. 225.

¹⁰⁶⁹ Regierungsbericht MIK, S. 89.

¹⁰⁷⁰ 2000-DBM-T2-Piatto-2774-2936-wwkps-VS-NfD, S. 81.

Handschriftlich ist angemerkt: „Was macht er?“ und „Teilte er leider nicht mit.“.

In der „Piatto“-DBM vom 14.06.2000 wird wiederum über Nick G. berichtet:

„Am 09.06.00 besuchte Nick G. Angehörige der rechtsextremistischen Szene in Königs Wusterhausen. Hier berichtete Nick G., dass er wieder bemerkt habe, dass er von Polizei beobachtet werde. Nick G. erzählte weiter, dass er einer polizeilichen Vorladung im Zusammenhang mit einem an ihn gerichteten ‚Materialpaket‘ der NSDAP/AO aus Nebraska nicht gefolgt sei. Diesen Vorfall sollen die Beamten zum Anlass genommen haben, um ihm eine ‚persönliche Vorladung‘ vorbeizubringen. Nach Ansicht Nick G. beabsichtigen die Beamten mit ihrem Erscheinen zu demonstrieren, dass sie Kenntnis über seinen aktuellen Aufenthaltsort hätten. [...] Aufgrund der hier geschilderten Umstände will sich Nick G. nun polizeilich in seiner neuen Wohnung in Berlin angemeldet haben.“

Nick G. führte weiter aus, dass er mit einigen Kameraden eine ‚Hakenkreuzsprühaktion‘ in seinem Stadtbezirk durchgeführt habe. In Mittenwalde habe er Hakenkreuzaufkleber und Flugblätter aus einem fahrenden Auto geworfen. Nick G. erwähnte stolz, dass beide ‚Aktionen‘ in den jeweiligen Lokalnachrichten große Beachtung gefunden hätten.“¹⁰⁷¹

Aufgrund eines dienstlichen Hinweises, der durch das Bundesamt für Verfassungsschutz übermittelt wurde, wurde durch die Staatsanwaltschaft Potsdam am 09.06.2000 unter dem Aktenzeichen 496 Js 19747/00 ein Ermittlungsverfahren gegen Nick G. wegen des Verdachts der Vorbereitung eines Explosionsverbrechens nach § 310 StGB eingeleitet sowie mündlich die Durchsuchung seiner Wohnung in Berlin angeordnet, da Nick G. im Besitz einer Rohrbombe sein sollte.¹⁰⁷²

In dem vom LKA Brandenburg angefertigte Aktenvermerk heißt es:

„Herr Petersen von der Staatsanwaltschaft Potsdam ruft Unterzeichner an und teilt mit, dass das BfV der Verwertung des dienstlichen Hinweises, dass Nick G. im Besitz einer Rohrbombe ist, zugestimmt habe und dies zur Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gemäß § 310 StGB ausreichend sei. [...] Durch der Unterzeichner wurde die Beantragung von TÜ-Maßnahmen angeregt. Herr Petersen hielt dies unter Verweis auf die Maßnahme des BfV nicht für erforderlich.“¹⁰⁷³

¹⁰⁷¹ Ebenda, S. 142f.

¹⁰⁷² MAT_A_BB-14d_Band_I, S. 28.

¹⁰⁷³ Ebenda.

Der Zeuge Petersen von der Staatsanwaltschaft Potsdam erklärte, er habe nicht gewusst, dass der dienstliche Hinweis durch das Bundesamt für Verfassungsschutz auf die Rohrbombe von Szczepanski gekommen sei:

„Also, aus der Mitteilung des Bundesamtes war für mich nicht ersichtlich, dass Szczepanski dahintersteckt.“¹⁰⁷⁴

Am 10.06.2000 durchsuchte das LKA Berlin im Rahmen der Amtshilfe die Wohnung von Nick G. in Berlin Treptow.¹⁰⁷⁵ Nachdem die Rohrbombe im Rahmen der Durchsuchung zunächst nicht gefunden werden konnte, wurde diese aufgrund eines Hinweises des Nick G.s ¹⁰⁷⁶ bei einer weiteren Durchsuchung im Keller seiner Wohnung aufgefunden.¹⁰⁷⁷

Am 11.06.2000 erließ das Amtsgericht Königs Wusterhausen einen Haftbefehl¹⁰⁷⁸ gegen Nick G. Nick G. belastete Szczepanski bei seiner Vernehmung durch die Polizei am 12.06.2000 im Zusammenhang mit einem Rohrbombenanschlag auf das Auto eines Antifa-Aktivisten.

„A.: Mit B. Habe ich eigentlich nur über die NPD gesprochen. Er sagte, ich sollte da eintreten. Das hat er mir ebenfalls nahegelegt. Ich habe gesagt, dass das nichts für mich ist, und er hat mich dann an den Schepanski aus KW weitervermittelt.“

F.: Was haben ihre Kontakte zu den Schepanski ergeben?

A.: Das ein Racheakt geplant ist, mit einem von den Linken und da? ein Auto zerstört werden soll.

F.: Nach einem Ordnergespräch, was vor ca. 3 Mon. vor einer NPD-Veranstaltung in Fürstenwalde bei dem SCHEPANSKI zu hause stattfand, saß ich noch mit dem alleine und einem G. W., dem sie auch das Auto angesteckt hatten, zusammen. Es wurde darüber geredet, daß man denjenigen, der das Auto angesteckt hatte, auch das Auto zerstören wollte. [...]

F.: Schildern Sie bitte genau, was da besprochen wurde?

A. Es wurde besprochen einen Racheakt gegenüber den mutmaßlichen Linken der wahrscheinlich das Auto von dem G. W. angezündet hat, dem auch das Auto zu zerstören.

¹⁰⁷⁴ Protokoll der 30. öffentlichen Sitzung vom 23.08.2018, S. 57.

¹⁰⁷⁵ MAT_A_BB-14d_Band_I, S. 37f.

¹⁰⁷⁶ MAT_A_BB-14d_Band_I, S. 100.

¹⁰⁷⁷ MAT_A_BB-14d_Band_I, S. 107.

¹⁰⁷⁸ MAT_A_BB-14d_Band_I, S. 133-136.

F.: Wer war der Initiator?

A.: Laufen sollte das über den G. W.

F.: Was genau war geplant?

A.: Dem das Auto kaputt zu machen, wie genau, hat man sich dabei nicht unterhalten, entweder Scheiben einschmeißen o. ä. Später wollte man sich noch einmal zusammensetzen und darüber beraten, wie es geschehen soll.

[...]

Ich habe vorhin die Besprechung mit dem Schepanski und dem G. W. in Königs Wusterhausen erwähnt, an der ich teilgenommen habe.

Zuvor hatte ich schon mehrfach in Gesprächen dem Schepanski gegenüber erwähnt, daß ich eine Rohrbombe habe.

Dieser sagte mir nun, daß ich nach der Ordnerbesprechung noch länger bleiben solle. In seinem Wohnzimmer fand dann eine Besprechung statt, es kam mir vor wie Hochsicherheitsbedingungen. Wir, d. h. Schepanski, Ralf L., G. W. und noch ein großer Dicker und ich, mußten unsere Handys ausschalten und die Batterie herausnehmen. [Es folgen Personenbeschreibungen] Also noch mal: rechts neben mir saß der Dicke, neben dem der G. W., rechts neben G. der C. R. aus Alt-Glienicke, neben dem rechts der Ralf L. und dann schließt sich der Kreis zwischen mir und Ralf L. mit dem Schepanski.

Er sprang des öfters auf und lief zu Tür. Er war anscheinend nervös und aufgeregt.

Ralf L. hatte noch die Musik lauter gestellt, so daß man sich gerade noch unterhalten konnte.

Ich muß dazu sagen, dass der Ralf L. eigentlich der war, der das Thema immer in der Hand hatte und Verhaltensregeln aufstellte. So sagte er mal, das tut jetzt nichts zur Sache und ein anderes Mal, ein bißchen leiser. Er hat die Linie dort komplett vorgegeben.

Es kam das Gespräch auf das Auto vom G. W.. Ich wußte da noch nicht, daß sie ihm auch das Auto abgefackelt hatten, ich wußte nur von dem Schepanski.

G. W. habe ich dort das erste Mal gesehen.

Schepanski meinte, dass ich eine Bombe haben würde und ob ich das Auto damit wegsprengen würde. Da habe ich ja gesagt. Ich der G. W. und der C. R. sollten das machen.

Es drehte sich dabei um das Auto von dem Linken, der mutmaßlich das Auto von dem G. W. zerstört hat. Wir sollten die eine Gruppe bilden, der Schepanski, der Ralf L. und der Dicke die andere. Die wollten zur selben Zeit ein anderes Auto kaputt machen. Das sollte aber bei denen intern in der Gruppe bleiben, ich

sollte mich bloß mit dem G. W. treffen und mit dem C. R. zusammen die Örtlichkeit angucken, wo das Fahrzeug steht.

Wenn wir das angeguckt haben, sollte der G. W. dem Schepanski Bescheid sagen, der hätte dann die Zeit bestimmt, wann es stattfinden soll, hätte uns aber nicht gesagt, wo seine Gruppe bzw. was eine Gruppe macht.

Ich habe die Tel-Nr. vom G. W. bekommen und sollte mich gleich am Tag darauf, bei ihm melden. Ich sollte weder meiner Freundin noch keinem anderen darüber reden.

Ich habe die Nummer weggeworfen und haben mich nicht mehr bei ihm gemeldet, nicht einmal mehr.

F.: Warum nicht?

A.: Ich wußte nicht mehr, wie ich mich verhalten sollte. Ich habe gemerkt, dass aus meiner Prahlerei mit dem Ding jetzt ernst wird. Das wollte ich aber nicht. Ich wußte, wenn ich da erst einmal mitmache, hänge ich da immer drin. Es wäre sicherlich nicht bei dem geblieben. [...]

Als ich den Schepanski dann Wochen darauf wieder gesehen habe, da hat er mich gefragt, warum ich den G. W. nicht angerufen habe. Ich habe gesagt, weil ich die Nummer verloren habe. Da hat er sie mir noch einmal gegeben. Ich habe auch wieder nicht angerufen. Vor zwei Wochen, also nachdem der Popai weg war, bin ich mit Zweien aus Rudow zu Schepanski in den Laden gefahren (s. Skizze), weil ich dachte daß er dort zwei Bücher hat über Geheimgesellschaften Autor: Jan von Helsing. Diese zwei Bücher wollten die aus Rudow haben. Der Schepanski hatte die aber nicht, sagte aber, dass er Auszugskopien besorgen könne.

Er hat mich dann wieder gefragt, warum ich den G. W. nicht angerufen habe. Ich habe gesagt, daß ich z. Zt. viel um die Ohren habe und nicht dazu komme.

Er meinte, ich soll den anrufen, er komme sich verarscht vor. Ich habe gesagt, ich rufe die nächsten Tage an.

Dann hat er mich letzte Woche (Mo oder Dienstag) angerufen hat gesagt, daß er seine zwei Videofilme wiederhaben will, so schnell wie möglich. Ich habe gesagt, daß ich sie in den nächsten Tagen vorbei bringe.

Am Donnerstag letzter Woche war ich noch einmal bei ihm und habe ihm die Filme gebracht. Das stimmt wirklich.

Da hat er mich gefragt, ob ich am Samstag, 10.06. zum Konzert mitkomme. Ich sagte nein. Dann hat er mich gefragt, ob ich am 17.6. zur NPD-Demo nach KW kommen. Ich habe gesagt, daß ich da auch nicht hinkomme. Ich sollte wenigstens alle Leute informieren, daß so viel wie möglich kommen. Ich habe gesagt, ja das mache ich.

F: wurde nochmals mit Bombe gesprochen?

A: nein er hat das nicht mehr angesprochen, ich habe mich auch darüber gewundert. [...]"¹⁰⁷⁹

Der Zeuge Petersen von der Staatsanwaltschaft sagte dazu vor dem Untersuchungsausschuss aus:

„Auch Herr Nick G. ist dann mehrfach intensiv befragt worden. Und in der letzten Vernehmung hat er dann eingeräumt, ja, er habe eine Rohrbombe gebaut, und er wird sie uns auch zeigen. Er hat uns dann zu dem Ort gebracht, wo er die zusammengebastelt hat, hat aber erzählt, er sei kein Märtyrer und auch kein Terrorist. Er habe die aus Neugier zusammengebaut und nie vorgehabt, eine Synagoge in die Luft zu sprengen.

Das habe ich ihm eher weniger geglaubt. Ich habe einen Haftantrag gestellt. Zuständiger Ermittlungsrichter des Amtsgerichts Königs Wusterhausen - - Kann ich mich noch sehr lebhaft erinnern; denn der Ermittlungsrichter war der damals noch relativ neue Direktor des Amtsgerichts. Es war ein echt energischer Richter. Der hat auch den Haftbefehl erlassen, Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion oder so was.“¹⁰⁸⁰

Das Ermittlungsverfahren wurde am 13.06.2000 zuständigkeithalber an die Staatsanwaltschaft Berlin abgegeben.¹⁰⁸¹

Im einem Treffvermerk vom 14.06.2000 zu einem Treff mit „Piatto“ am 13.06.2000 in Wildau heißt es:

„Im Laufe des Treffs wurde entsprechend der Rücksprache mit V/4.1 [Giebler, Leiter des Beschaffungsreferats] die Quelle darüber informiert, dass sie möglicherweise zu einer Zeugenaussage durch die Polizei vorgeladen werden könnte. Hintergrund sei hier eine gegen den der Quelle bekannten Rechtsextremisten, Nick G., gerichtete Polizeiaktion. Bei Nick G. seien im Rahmen dieser Aktion strafrechtlich relevante Gegenstände gefunden worden. Durch die Bekanntschaft mit Nick G. könne möglicherweise eine Zeugenaussage durch die Polizei veranlasst werden.

Die Quelle wurde gebeten, über diesen Gesprächsinhalt Vertraulichkeit zu bewahren und sich im Falle einer Reaktion der Polizei unmittelbar beim Unterzeichner zu melden.“¹⁰⁸²

¹⁰⁷⁹ Mat_A_BB-14d_Band I, S. 149-167.

¹⁰⁸⁰ Protokoll der 30. öffentlichen Sitzung vom 23.08.2018, S. 56f.

¹⁰⁸¹ Mat_A_BB-14d_Band I, S. 179.

¹⁰⁸² B4 NfD zum Piatto Komplex elektronische Dokumente, Bands 2, 200 43-226-VSnfd, S. 164.

Am 20.06.2000 wurde anlässlich eines Treffs der Quelle eröffnet, dass Nick G. inzwischen inhaftiert worden sei, da man bei ihm eine Rohrbombe gefunden habe. Weiter wurde die Quelle wie folgt instruiert:

„Durch die auftragsgemäße Bekanntschaft der Quelle mit Nick G. bestehe nun die Möglichkeit, dass Nick G. gegenüber der Polizei Angaben machen könne, durch die die Quelle zu Aussagen gegenüber der Polizei veranlasst werden könnte.

Bis zur Klärung strafrechtlich relevanter Vorgänge und dem Abschluss staatsanwaltschaftlicher Maßnahmen, soll der Kontakt zwischen der Behörde und der Quelle kurzfristig begrenzt werden.“¹⁰⁸³

Im Zuge des Ermittlungsverfahrens weitete die Staatsanwaltschaft Berlin die Ermittlungen auch gegen Ralf L., G. W., C. R., M. H. und R. M. wegen der Verabredung zur Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion aus. Carsten Szczepanski schilderte das konspirative Treffen vom 02.04.2000 im Rahmen seiner Vernehmung durch das LKA Brandenburg am 04.08.2000 wie folgt:

„Danach fand das bewußte Gespräch statt, welches durch Ralf L. geführt wurde. [...] Inhaltlich bei diesem Gespräch ging es darum der Antifa Königs Wusterhausen Einhalt zu gebieten. Hintergrund sind unter anderem die Brandanschläge auf mein Auto und auf G. W. sein Auto. [...] Die anwesenden Leute kannten sich mehr oder weniger alle. Der einzige unbekannte Faktor war der Nick G. Das Gespräch verlief in sehr lockerer Runde. Wie gesagt, es ging darum, sich etwas zu überlegen, weil es nicht so weitergehen konnte mit der Antifa. Es ging im Endeffekt darum eine Straftat vorzubereiten.

Der Ralf L. hat das Arbeitstreffen eröffnet. Ich erinnere mich noch dass er sagte: ‚Ihr wisst ja alle worum es geht. Was habt ihr euch denn nun gedacht.‘

[...] Ralf fragte daraufhin, ob sich alle darüber im Klaren sind, dass das keine Spielerei ist und wer will soll den Raum jetzt verlassen. Es ist aber niemand rausgegangen. Dann kann meiner Erinnerung der erste Vorschlag von Nick G., dass er eine Möglichkeit hätte, eine Rohrbombe zu basteln. Nick G. erzählte in diesem Zusammenhang von seiner Reise nach Südafrika. Ralf L. erwiderte, dass sowas in Ordnung ist. Ralf L. schlug vor, dass der Nick G. mit C. R. und G. W. C. R. äußerte sich gar nicht, und G. W. stimmte ohne großen Wortbeitrag zu. Einen richtigen deutlichen Widerspruch gab es nicht.

Es wurde noch keine konkrete Person genannt, die geschädigt werden sollten. [...] Was wirklich feststand war, dass die Bombe von Nick G. verwendet werden sollte. Er sollte sich mit G. W. und Christian noch einmal treffen und einen Testlauf machen. Meines Wissens fand das Treffen nicht mehr statt.

¹⁰⁸³ Ebenda, S. 168f.

Christian äußerte später noch in einem Gespräch mit mir, dass ihm der Nick G. nicht geheuer vorkommt. Er kennt ihn schon von früher und er würde bei der Sache nicht mitmachen.“¹⁰⁸⁴

Entsprechend ließ Szczepanski sich in seiner gerichtlichen Zeugenvernehmung am 08.08.2000¹⁰⁸⁵ sowie einer weiteren polizeilichen Vernehmung am 23.08. 2000¹⁰⁸⁶ ein. In der Vernehmung vom 23.08.2000 sagte er aus, dass er „*in Kenntnis, dass es ja nie zur Durchführung gekommen wäre, sicherlich irgendwann*“ seine Beteiligung den anderen gegenüber zusagen hätte müssen. Er habe den Inhalt der „*Arbeitsbesprechung*“ noch am selben Abend seinem V-Mann-Führer übermittelt.

Nachdem die Staatsanwaltschaft Berlin aus dem unter dem Aktenzeichen 81 Js 2066/00 gegen Ralf L., G. W., C. R., M. H. und K. Mü. geführten Ermittlungsverfahren das Verfahren gegen Ralf L. zur Prüfung einer Einstellung gem § 154 Abs. 1 StPO wegen einer Verurteilung zu zwei Jahren Freiheitsstrafe mit Bewährung in anderer Sache (Az: 81 Js 1231/00) abgetrennt hatte¹⁰⁸⁷, erhob sie am 06.09.2001 gegen die übrigen Beschuldigten Anklage vor dem Amtsgericht Tiergarten – Schöffengericht – wegen gemeinschaftlicher Verabredung zum Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion in Tateinheit mit dem Sich-Verschaffen von Sprengstoff zur Vorbereitung einer Straftat nach § 308 Abs. 1 StGB.¹⁰⁸⁸

Die Staatsanwaltschaft Berlin bat mit Verfügung vom 24.01.2003 die Staatsanwaltschaft Potsdam um die Übernahme des Verfahrens, da das Amtsgericht Tiergarten sich nicht als örtlich zuständig sah.¹⁰⁸⁹

Am 12.05.2003 erhob die Staatsanwaltschaft Potsdam sodann unter dem Aktenzeichen 496 Js 6461/03 beim Amtsgericht Königs Wusterhausen – Schöffengericht – Anklage gegen G. W., C. R., M. H. und K. Mü. wegen des gemeinschaftlichen Verabredens zu einem Verbrechen. Die Verteidigung hatte Bedenken gegen eine audiovisuelle Zeugenvernehmung im Hauptverhandlungstermin vom 21.04.2004. Die Hauptverhandlung begann am 24.10.2007 erneut, nachdem die zuständige Richterin wegen Befangenheit abgelehnt worden war.¹⁰⁹⁰ Das Verfahren

¹⁰⁸⁴ MAT_A_BB-14d_Band II, S. 18f.

¹⁰⁸⁵ MAT_A_BB-14d_Band IV, S. 126-129.

¹⁰⁸⁶ Ebenda, S. 150-152.

¹⁰⁸⁷ MAT_A_BB-14d_Band_IV, S. 191.

¹⁰⁸⁸ MAT_A_BB-14d_Band_V, S. 47-57.

¹⁰⁸⁹ Ebenda, S. 128 f.

¹⁰⁹⁰ MAT_A_BB-14d_Band_VII, S. 53 f.

gegen den Angeklagten M. H. wurde auf Antrag der Staatsanwaltschaft gem. § 154 Abs. 2 StPO eingestellt.¹⁰⁹¹ Im nachfolgenden Termin wurde die aktuelle Gefährdungslage im Hinblick auf eine Vernehmung Szczepanskis erörtert. Hierzu wurde u. a. ein Beamter des LKA Brandenburg gehört.¹⁰⁹² Schließlich wurde Szczepanski in der Hauptverhandlung am 27.11.2007 im Gericht als Zeuge vernommen.¹⁰⁹³ Mit Urteil vom 06.12.2007 wurden die Angeklagten freigesprochen.¹⁰⁹⁴

3.4.9. Tabellarische Übersicht

03.02.1999	Deckblattmeldung zu „Freunde der sozialistischen Zellen im Nationalen Widerstand“ um L. G.
Mai 1999	Interview mit den „NRZ“ im Hamburger Sturm
11.09.1999	Vereiteter Anschlag auf ein Antifa-Café in Berlin durch Ralf L., F. L., H. L. u.a.
10.09.1999	Eintritt in die NPD noch während der Haftzeit.
01.12.1999	Beschluss des LG Potsdam – Strafvollstreckungskammer –, die Vollstreckung der Restfreiheitsstrafe zur Bewährung auszusetzen (Bewährungszeit: 3 Jahre).
15.12.1999	Rechtskraft des Beschlusses des LG Potsdam und Entlassung Szczepanskis aus der Haft.
18.12.1999	Kreuzverbrennung
Jahreswende 1999/2000	Postkarte an Ludwig aus Schweden
23.01.2000	Wahl zum Landesorganisationsleiter des NPD-Landesverbandes Berlin-Brandenburg.
02.03.2000	Brandstiftung an Szczepanskis Pkw in Königs Wusterhausen.
02.04.2000	Treffen bei Szczepanski u.a. mit Nick G. und Ralf L. im Rahmen dessen ein Rohrbombenanschlag erörtert wird.

¹⁰⁹¹ Ebenda, S. 244-253.

¹⁰⁹² MAT_A_BB-14d_Band_VIII, S. 7-20.

¹⁰⁹³ Ebenda, S. 55-57.

¹⁰⁹⁴ MAT_A_BB-14d_Band_IX, S. 288 f.

17.04.2000	Szczepanski eröffnet in Königs Wusterhausen ein Geschäft mit Namen „Thule“.
13.05.2000	Nach Hinweisen Szczepanskis erfolgt durch das LKA Berlin die Festnahme von Berliner und Brandenburger Rechtsextremisten, unter anderem Ralf L. und F. L., die in Waffenhandel verstrickt waren.
15.05.2000	Bitte Wegesins an das BfV um eine Ausweitung der TKÜ betreffend Szczepanski aufgrund des Verdachts konspirativer Gespräche mit Angehörigen der rechten Szene
17. und 24.05.2000	In Treffvermerk wird von einer Einschränkung der Aktivitäten Szczepanskis gesprochen.
11.06.2000	Verhaftung des mutmaßlichen Rechtsterroristen Nick G. nach Auffinden einer Rohrbombe aufgrund von Hinweisen Szczepanskis.
12.06.2000	Nick G. belastet Szczepanski bei seiner Vernehmung durch die Polizei im Zusammenhang mit einem geplanten Rohrbombenanschlag.
19.06.2000	LfV-Abteilungsleiter beendet mit Zustimmung des Staatssekretärs mit sofortiger Wirkung die Informationsbeschaffung mit Szczepanski.
20.06.2000	Artikel des Tagesspiegels zu den NRZ
30.6.2000	Förmliche Entpflichtung der Quelle im Fall „Piatto“
09.07.2000	Durchsuchung bei Menzel wegen des Verdachts der Planung eines Anschlags auf eine Demonstration; bei ihm werden Waffen sichergestellt.

3.5. Ermittlungsverfahren gegen Carsten Szczepanski in den Jahren 1998-1999

Der Untersuchungsausschuss ist der Frage nachgegangen, ob es Abstimmungen zwischen dem brandenburgischen Verfassungsschutz und den brandenburgischen Strafverfolgungsbehörden gab, die Auswirkungen auf die Ermittlungen gegen Carsten Szczepanski hatten bzw. die Quellentätigkeit Szczepanskis offenbarten.

Im September 1998 und im Januar 1999 erhielten die Strafverfolgungsbehörden Kenntnis von rechtsextremen Material, das an das von Szczepanski genutzte Postfach 2224 in Brandenburg an der Havel adressiert war bzw. dieses als Kontaktadresse angab. Ab Mai 1999 wurde gegen Szczepanski auch wegen der 13. Ausgabe des Fanzines „United Skins“ ermittelt. Auch der V-Mann-Führer Dieter Borchert wurde in diesem Verfahren zeitweise als Beschuldigter geführt. Aufgrund der in den Publikationen enthaltenen Bezüge zu der „National Socialist Movement (NSM)“ fanden Ermittlungen gegen Szczepanski auch wegen des Verdachts der Bildung bzw. Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung statt.

Der Untersuchungsausschuss hat weitere gegen Szczepanski geführte Ermittlungsverfahren festgestellt. Die Verfahrensakten sind jedoch bereits größtenteils im Rahmen der gesetzlichen Fristen vernichtet worden und die entsprechenden Einträge in MESTA (technisches Unterstützungssystem zur Verfahrensverwaltung) gelöscht.¹⁰⁹⁵

Eine Übersicht der vom Polizeipräsidium geführten Ermittlungsverfahren gegen Carsten Szczepanski wurde dem Untersuchungsausschuss am 19. April 2017 übermittelt.¹⁰⁹⁶ Diese enthält von 1992-2000 neun Einträge.

¹⁰⁹⁵ Zu der Aktenvernichtung aufgrund der gesetzlichen Aufbewahrungs- und Vernichtungsregelungen siehe Fußnote zum Kapitel 3.1.3.3.8.

¹⁰⁹⁶ 2017-04-19 B42_UA 6_1 B42 - vom LKA_Bericht B42 Szczepanski.xlsx

3.5.1. Ermittlungen wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und der Bildung einer kriminellen Vereinigung

3.5.1.1. Verfahren 96 Js 528/98 wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen

Am 15.09.1998 leitete die Post eine Sendung mit rechtsextremem Material aus Neuseeland fehl. Der A-4-Briefumschlag war an das Postfach Szczepanskis 2224 in Brandenburg an der Havel adressiert.¹⁰⁹⁷ Laut einer Mitteilung vom 15.06.1999 von KHK B. (4. Kommissariat des Polizeipräsidiums Potsdam) an das LKA enthielt die Sendung umfangreiches Material in Text und Bild in englischer Sprache.¹⁰⁹⁸

Die Staatsanwaltschaft Potsdam ermittelte hierzu unter dem Aktenzeichen 96 Js 528/98 wegen des Verdachts des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen gegen Carsten Szczepanski.

Szczepanski wurde am 02.06.1999 vom 4. Kommissariat des Polizeipräsidiums Potsdam dazu vernommen, ob er die Materialien angefordert habe. Die Vernehmung dauerte insgesamt 20 Minuten.¹⁰⁹⁹ Szczepanski sagte aus:

*„Dieses Postfach habe ich genutzt, um darüber die Post zu empfangen die ursprünglich noch nach Klein Eichholz geschickt wurde. Dort habe ich bei meiner damaligen Freundin gewohnt. Das Postfach gehört einem Sozialarbeiter. * Dieser war mir als Betreuer zugewiesen gewesen.*

Daraus ergibt sich dann auch, daß ich das Postfach nutzen durfte. Die mir hier vorgelegte Postsendung habe ich nicht angefordert. Ich kann nicht sagen, wie der Absender an diese Postfachanschrift gekommen sind. Ich vermute, daß meine damalige Freundin eventuell meine Anschrift mitteilte damit keine Postsendung mehr bei ihr eingehen.

Die darauf angegebene Anschrift ist zu der Zeit noch richtig gewesen. Die Ankunft dieser Postsendung war mir auch nicht bekannt geworden bis zum heutigen Tag. Ich bin mit der außergerichtlichen Einziehung der Gegenstände dieser Postsendung einverstanden.

¹⁰⁹⁷ B 5 Vorinhaltsverzeichnis - Anlagen zu Ziff. 23 - 25\B5 i.V. B148 Ergänzungsberichte\VS NfD\UA6-1, BB B5, Ergänzung Band 1+2, Ergänzung Band 1, S. 206.

¹⁰⁹⁸ Ebenda.

¹⁰⁹⁹ Ebenda, S. 23f.

Ich möchte noch hinzufügen, dass ich mit dieser Szene nichts mehr zu tun haben möchte und derartiges Material nicht anfordere.“¹¹⁰⁰

** handschriftliche Anmerkung: „Herrn Dieter Borchard [sic!] (Potsdam)“*

KHK B. übermittelte am 15.06.1999 dem LKA Brandenburg die Erkenntnisse aus der Vernehmung und führte weiter aus:

„szczepanski steht kurz vor seiner entlassung aus der jva. das gefaehrlichkeitsgutachten ueber seine person steht noch aus. szczepanski verbueszt eine haftstrafe wegen versuchten mordes an einem schwarzafrikaner. (2/3 - regelung soll in kraft treten) er befindet sich z.z. im offenen vollzug als freigaenger.

szczepanski ist somit berechtigt, die jva in der zeit von 6.00 uhr bis 22.00 uhr zu verlassen.

zwischenzeitlich hat er einen anpassungslehrgang fuer computer absolviert und mit ‚sehr gut‘ bestanden.

nach eigenen angaben habe er sich von der ‚rechten szene‘ losgesagt. derzeit will er in einer ‚computer und werbeagentur‘ mit hauptsitz in limbach im freistaat bayern mit nebensitz bei der firma P. in königswusterhausen, als betriebsassistent arbeiten.

diese arbeitsstelle sucht szczepanski jeden tag auf. (vermutlich mit pkw)

ansonsten ist szczepanski im vollzug unauffellig. vorkommnisse gab es schon lange nicht mehr. rechtes gedankengut in form von druckerzeugnissen, t-shirt, mcs usw. wurden nicht festgestellt.

verbindungen zu Maik S. 25.08.1972 (geschlossener vollzug) habe er abgebrochen. selber bezeichnet er diesen als: ‚absoluten spinner‘ (ausrufez.)“¹¹⁰¹

Das Verfahren wurde am 23.06.1999 gemäß § 170 Abs. 2 StPO eingestellt.¹¹⁰² Die Ermittlungserkenntnisse flossen in das Ermittlungsverfahren gegen Carsten Szczepanski hinsichtlich der 13. Ausgabe von „United Skins“ ein, das Anfang Dezember 1999 von der Staatsanwaltschaft Potsdam übernommen wurde (496 Js 39638/99), näheres hierzu unter Kapitel 3.5.1.4. Am 7. Juli 2006 wurde die Akte turnusmäßig vernichtet.¹¹⁰³

¹¹⁰⁰ Ebenda, S. 24.

¹¹⁰¹ Ebenda, S. 206f.

¹¹⁰² B 36 Handakte Strafsache - Bussgeldsache, S. 2.

¹¹⁰³ Regierungsbericht MdJEV, S. 40.

3.5.1.2. Aktenvermerk zum Fanzine „Nationaler Beobachter“

Im Januar 1999 übersandte das LKA Brandenburg dem Polizeipräsidenten Potsdam Teile des Fanzines „Nationaler Beobachter“, das als Kontaktadresse das Postfach 2224 auswies.¹¹⁰⁴

In der Publikation wurden als Kontaktadresse für weitere Informationen zu der „NSM“ sowohl das Postfach Szczepanskis 2224 in Brandenburg an der Havel als auch ein Postfach 5608 in London angegeben.¹¹⁰⁵ Bei letzterem handelt es sich um ein von mehreren rechtsextremen Gruppierungen genutztes Postfach, über das auch Szczepanski Post empfangt.

3.5.1.3. Erkenntnisanfrage zum Postfach 2224 vom 06.01.1999

KHK B. übermittelte am 06.01.1999 dem LKA Brandenburg auf eine Erkenntnisanfrage des LKAs zum Postfach 2224 und zur „NSM“ vom selben Tag fernschriftlich Erkenntnisse zu den Postfachinhabern. KHK B. nannte als Postfachinhaber Dieter Borchert, Carsten Szczepanski und F. B. KHK B. habe den Leiter für Ordnung und Sicherheit der JVA Brandenburg an der Havel O. S. aufgesucht. Dieter Borchert und F. B. seien keine Strafgefangenen der JVA und „*völlig unbekannt*“. Bei Szczepanski solle eine Haftraumkontrolle nach dem Haftraumvollzugsgesetz durchgeführt werden. Zur „*Organisation ,NSM‘*“ seine derzeit keine Erkenntnisse vorhanden.¹¹⁰⁶

3.5.1.4. Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung u.a. (496 Js 39638/99)

Am 29.05.1999 fand die Polizei in Bayern im Kfz einer Schweizer Skin-Konzertbesucherin ein Exemplar des Fanzines „United Skins“ Nr. 13.¹¹⁰⁷ Sie ermittelte wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Am 30.08.1999 übersandte die Kriminalpolizeiinspektion (KPI) Regensburg der Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth den Vorgang mit dem Vorschlag, die örtlich

¹¹⁰⁴ B 5 Vorinhaltsverzeichnis - Anlagen zu Ziff. 23 - 25\B5 i.V. B148 Ergänzungsberichte\VS NfD\UA6-1, BB B5, Ergänzung Band 1+2, Ergänzung Band 1, S. 28 und „Nationaler Beobachter“, Ausgabe 1998-9/10, S. 28.

¹¹⁰⁵ Ebenda.

¹¹⁰⁶ Ebenda, S. 56.

¹¹⁰⁷ B 5 Vorinhaltsverzeichnis - Anlagen zu Ziff. 23 - 25\B5 i.V. B148 Ergänzungsberichte\VS NfD\UA6-1, BB B5, Ergänzung Band 1+2, UA6-1, BB B5, Ergänzung Band 1, S. 76.

zuständigen Behörden mit den weiteren Ermittlungen zu beauftragen.¹¹⁰⁸ Das Verfahren wurde unter Aktenzeichen 496 Js 39638/99 geführt.

In einem Vermerk der Staatsanwältin Martina Hemmersbach bei der Staatsanwaltschaft Potsdam vom 20.01.2000 ist ein Durchsuchungsbeschluss des Amtsgerichts Brandenburg an der Havel gegen Carsten Szczepanski vom 16.11.1999 erwähnt, der nicht vollzogen worden sei.¹¹⁰⁹ In seiner schriftlichen Befragung bestätigte KHK B. vom 4. Kommissariat des Polizeipräsidiums Potsdam, dass es einen solchen Durchsuchungsbeschluss gegen Szczepanski gab.¹¹¹⁰

Die Ermittlungsakte der Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth wegen des „United Skins“-Magazins Nr. 13 wurde ausweislich eines Vermerks KHK B.s am 08.12.1999 übernommen. Als Straftatbestände sind aufgeführt: §§ 86, 86a und 130 StGB, Verbreiten von Propagandamitteln und Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen sowie Volksverhetzung.¹¹¹¹

In einem Aktenvermerk vom 09.12.1999 schrieb KHK B.:

„[...] Beschäftigt ist Szczepanski, Carsten bei einer Werbe und Desiner Agentur ‚Michael, P.‘ in 09212 Limbach-Oberfrohna, [...]. (Sachsen, Erzgebirge).

In 15711 Königs Wusterhausen arbeitet Szczepanski in einer Nebenagentur als Vertriebsassistent. Die genaue Adresse ist nicht bekannt. Er nutzt das Handy mit der Telefonnummer [...]“¹¹¹²

Als Inhaber der von Carsten Szczepanski genutzten Mobilfunknummer wurde später Dieter Borchert ermittelt:

„Der Inhaber vom Handy ist jedoch: Dieter Borchert [persönliche Daten] aktiv seit 25.08.1998“¹¹¹³

¹¹⁰⁸ Regierungsbericht MIK, S. 93f.

¹¹⁰⁹ B 5 Vorinhaltsverzeichnis - Anlagen zu Ziff. 23 - 25\B5 i.V. B148 Ergänzungsberichte\VS NfD\UA6-1, BB B5, Ergänzung Band 1+2, UA6-1, BB B5, Ergänzung Band 1, S. 51.

¹¹¹⁰ 6-1005 PE Schriftliche Befragung des Zeugen KHK B.pdf, S. 2

¹¹¹¹ B 5 Vorinhaltsverzeichnis - Anlagen zu Ziff. 23 - 25\B5 i.V. B148 Ergänzungsberichte\VS NfD\UA6-1, BB B5, Ergänzung Band 1+2, UA6-1, BB B5, Ergänzung Band 1.pdf, S. 14.

¹¹¹² B 5, Vorinhaltsverzeichnis digital, S. 212.

¹¹¹³ B 5 Vorinhaltsverzeichnis - Anlagen zu Ziff. 23 - 25\B5 i.V. B148 Ergänzungsberichte\VS NfD\UA6-1, BB B5, Ergänzung Band 1+2, UA6-1, BB B5, Ergänzung Band 1.pdf, S. 45.

Am 09.12.1999 suchte KHK B. auch die JVA Brandenburg an der Havel auf und sprach erneut mit dem Leiter für Sicherheit und Ordnung O. S. sowie mit dem Leiter des offenen Vollzugs D. L. Er vermerkte:

„[...] Herr D. L. gab an, daß der Haftraum von Szczepanski Carsten lediglich zum schlafen genutzt wird. In diesem sich keinerlei ‚Werkzeug zum Herstellen des Magazines‘ befindet.

Bei in letzter Zeit durchgeführte Haftraumkontrollen nach dem Strafvollzugsgesetz wurden keinerlei Anzeichen aufgefunden, die in Richtung ‚rechte Szene‘ deuteten. Lediglich konnte man feststellen, dass sich Szczepanski Carsten mit der Fußballszene beschäftigt. [...]

Die Adresse der Nebenagentur in Königswusterhausen [sic!] konnte Herr D. L. nicht benennen. Er müsse sich hier erst mit dem europäischen Bildungswerk in Verbindung setzen.

Um die Ermittlungen nicht zu gefährden, wurde vorerst auf die Durchsuchung des Haftraumes des Szczepanski, Carsten verzichtet.“¹¹¹⁴

Der Zeuge KHK B. verwies in seiner schriftlichen Befragung zu der Frage, warum der zuvor erwähnte Durchsuchungsbeschluss vom 16.11.1999 nicht vollzogen wurde, auf das Gespräch mit O. S. und D. L. am 09.12.1999: *„Es wurden keine Anhaltspunkte bekannt, die zur Herstellung einer Fanzine dienen könnten. (entsprechende Werkzeuge usw.)“*. Er erklärte, dass die Durchsuchung später nachgeholt werden sollte und die Staatsanwältin Hemmersbach verständigt worden sei.¹¹¹⁵

Am 10.12.1999 vermerkte KHK B.:

„Telefonischer Rückruf durch Herr D. L. als Leiter des offenen Vollzuges.

Beim Europäischen Bildungswerk konnte in Erfahrung gebracht werden, daß Szczepanski, Carsten ein Zimmer als Büro in

*15711 Königswusterhausen
[...]
nutzt.*

Es handelt sich hier um eine Dreizimmerwohnung. Die Nutzung des einen Zimmers als Büro wurde vom Europäischen Bildungswerk genehmigt.

¹¹¹⁴ Ebenda, S. 19.

¹¹¹⁵ 6-1005 PE Schriftliche Befragung des Zeugen KHK B.pdf, S. 2.

Szczepanski, Carsten soll bei der Werbe und Desiner Agentur ‚Michael P.‘ fest eingestellt werden.“¹¹¹⁶

Das Landeskriminalamt Brandenburg erstellte am 10.12.1999 einen zweiseitigen Auswertungsbericht. Darin heißt es:

„Druckschrift ‚United Skins, Nr. 13‘ (erschieden verm. ab Januar 1999)

Auswertungsbericht

Impressum:

Ausgabe Nr. 13:

*Impressum bzw. Kontaktanschrift der Redaktion: BM Box 5608
London, WCIN 3 XX
England – U.K.*

Wichtig: diese Kontaktanschrift verwendet auch die englische rechtsextremistische Organisation ‚National Socialist Movement (NSM)‘ sowie verschiedene deutschsprachige Skinanzine. [...]“¹¹¹⁷

Und weiter heißt es:

„Kontaktpersonen: [...]“

G. Hal, c/o N.Z.F.U., Box 477, Dunedin, New Zealand

(New Zealand Facist Union, Bericht über diese Organisation,

von Org, hat Szczepanski, an sein Postfach in Brandenburg, bereits Post erhalten)“¹¹¹⁸

Am 13.12.1999 vermerkte KHK B. nach erneuten Recherchen zum Postfach 2224 zu den Inhabern des Postfachs:

„[...]“

Borchert, Dieter, [persönliche Angaben]

Szczepanski, Carsten [persönliche Angaben, Adresse; handschriftlich: ‚Adresse von B. bis 31.5.97‘].

¹¹¹⁶ B 5 Vorinhaltsverzeichnis - Anlagen zu Ziff. 23 - 25\B5 i.V. B148 Ergänzungsberichte\VS NfD\UA6-1, BB B5, Ergänzung Band 1+2, UA6-1, BB B5, Ergänzung Band 1, S. 21.

¹¹¹⁷ Ebenda, S. 42.

¹¹¹⁸ Ebenda.

F. B. wh.: Anton-Saefkow-Allee 22, 14772 Brandenburg

Vermerk: Szczepanski, Carsten war noch nie [...] in [...] Eberswalde gemeldet gewesen (laut EMA)

die Adresse Anton-Saefkow-Allee 22 in 14772 Brandenburg ist die JVA Brdbg. Einen Strafgefangenen F. B. gab und gibt es dort nicht.

Die Angaben von Borchert sind korrekt (soll als Sozialarbeiter arbeiten, laut Angaben von Szczepanski, Carsten)¹¹¹⁹

KHK B. hielt in einem Aktenvermerk vom 15.12.1999 fest:

„Durch das LKA Brandenburg wurde bereits im Januar 99 zwei Seiten der Fanzine ‚Nationaler Beobachter‘ übersandt, da das Postfach 2224 als Kontaktadresse genannt wurde.

Was hinter den Kürzeln NSM stand, war dem Unterzeichner nicht mitgeteilt worden bzw. war selbst dem LKA noch nicht eindeutig bekannt.

Die Verbindung zu Szczepanski, Carsten ist aber offensichtlich gegeben.

In dem Text von Seite 27 der Fanzine ‚Nationaler Beobachter‘ wird das antifaschistische Magazin ‚Searchlight‘ genannt. Aus dem INTERNET wurde ein Artikel vom 03.05.98 zugearbeitet. Hier wird die NSM als ‚neueste politische Neonazigruppierung in Grossbritannien‘ bezeichnet.

NSM steht hier für: Nationalsozialist Movement

National Sozialistische Bewegung

Auf Blatt 28 des ‚Nationalen Beobachter‘ wird ersichtlich, dass auch in Deutschland die NSM sich organisiert und als Kontaktadresse das Postfach von Szczepanski u.a. angegeben wird.“¹¹²⁰

Am selben Tag vermerkte KHK B.:

„Grobe Sichtung der Fanzine ‚United Skins‘ Nummer 13 in Bezug zu Königs-Wusterhausen und NSM

- als Herausgeber und Verbreiter der Fanzine gibt Szczepanski [...] die Kontaktadresse für die Anti-AntiFa der NSM in England an.*

*BM Box 5608
London WC 1N 3XX
England, U.K.*

- Es werden die ‚United Skins KW‘ für König-Wusterhausen begrüßt. [...]*

¹¹¹⁹ Ebenda, S. 26.

¹¹²⁰ B 5 Vorinhaltsverzeichnis digital pdf, S. 276.

- desweiteren wird die Kontaktaderesse, [...] aus dem Verfahren 96 JS 528/98:

G. Hal
c/O N.Z.F.U.
Box 477
Dunedin
New Zealand

genannt.

- Es wird die NSM in England begrüßt und für die Logistik gedankt. [...]
- Besuch der Kameraden der NSM aus England Sep. 98 in Königs-Wusterhausen [...]

Die Fanzine selber wurde offensichtlich über das Jahr 1998 fortlaufend hergestellt. Letzter Artikel November 98, so daß die eigentliche Fertigstellung der Fanzine in der Zeit zwischen Dez. 98 und Mai 1998 liegen müßte.

Szczepanski, Carsten befindet sich seit dem 13.01.1998 im offenen Vollzug und hatte somit genügend Zeit und Möglichkeiten die Fanzine, durch Unterstützung des P., Michael; des Borchert, Dieter unter der B. M. in Königs-Wusterhausen herzustellen und zu verbreiten.

Die B. M. hatte Szczepanski, Carsten mit seiner Adresse [...] in [...] Königs Wusterhausen in der JVA als Urlaubsadresse angegeben.

Ein weiterer Bezug zu Königs-Wusterhausen, in der Fanzine, wird auf Blatt 122 der Akte sichtbar.

Organisation von Fußballturniere.

Organisiert durch „United Skins KW“

M. konnte für M. H. aus Königswusterhausen stehen.“¹¹²¹

In seiner schriftlichen Zeugenbefragung erklärte der Zeuge KHK B. zu seiner Einschätzung des Zeitraums der Herstellung:

„Über die Angaben im letzten Absatz auf dieser Seite vom 15. Dezember 1999 hinaus, hatte ich keine weiteren Erkenntnisse.

Die Zeitangaben auf dieser Seite beruhen auf meiner Annahme, dass die Fertigstellung und der Vertrieb einer solchen Fanzine rund ein halbes Jahr umfassen dürfte.

¹¹²¹ B 5 Vorinhaltsverzeichnis - Anlagen zu Ziff. 23 - 25\B5 i.V. B148 Ergänzungsberichte\VS NfD\UA6-1, BB B5, Ergänzung Band 1+2, UA6-1, BB B5, Ergänzung Band 1, S. 30f.

Ich besitze keine Erkenntnisse, wie die Heftproduktion konkret ablief^{f1122}

Am 15.12.1999 Tag erstellte KHK B. auch eine Strafanzeige gegen Szczepanski wegen des Verdachts der Bildung bzw. Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung gem. § 129 StGB. Unter „Tatvorwürfe“ führte er auf:

„Gründung einer NS-Bewegung Deutschland

NSM für ‚National Sozialistische Bewegung Deutschland‘

bzw. Mitgliedschaft in der NSM für ‚National Socialist Movement‘ in Großbritannien“^{f1123}

In seiner schriftlichen Zeugenvernehmung führte der Zeuge KHK B. auf die Frage, wie er zu dem Anfangsverdacht gekommen sei, aus:

„Der Anfangsverdacht richtete sich u.a. aus dem Auswertebereich vom LKA Brandenburg. Protokoll vom 10.12.1999 [...]“

C. S. hatte oder hat die gleiche Kontaktanschrift wie die englische rechtsextremistische Organisation NSM in London Großbritannien. Die Kontaktanschrift ist in der Fanzine ‚United Skins Nr.: 13‘ vermerkt.

BM Box 5608

London WCIN 3XX

England - U.K.

Ein weiterer Anfangsverdacht ergibt sich aus der Fanzine ‚Nationaler Beobachter‘ von 1998.

Die Fanzine selber, bzw. Auszüge von dieser aus der Akte, liegen mir nicht vor. Ich fertigte aber über die Erkenntnis ein Protokoll vom 15.12.1999 Blatt 166. Es wurde wiederum eine Kontaktadresse von C. S. genannt. Postfach 2224 Kontaktadresse in Brandenburg an der Havel.

In der Fanzine ist auch zu lesen, dass sich in Deutschland die NSM organisiert. Für mich kam nun in Betracht, dass C. S. in der Bundesrepublik Deutschland einen Ableger der NSM Großbritannien organisiert.

Ich nannte diesen Ableger ‚National Sozialistische Bewegung Deutschland‘, um einen Bezug herzustellen, der zu beweisen wäre.

¹¹²² 6-1005 PE Schriftliche Befragung des Zeugen KHK B.pdf, S. 1.

¹¹²³ Vorinhaltsverzeichnis, S. 272.

Des Weiteren wurde das antifaschistische Magazin ‚Searchlight‘ genannt. Die NSM wird in diesem Magazin als ‚neuste politische Neonazigruppierung in Großbritannien‘ genannt.

Rechtsextremistische Organisationen begehen strafbare Handlungen. C. S. beging regelmäßig strafbare Handlungen. (aus der Akte ersichtlich)

Diese Organisationen haben gemeinsam das Ziel, die Bestrebungen der ehemaligen nationalsozialistischen Organisationen fortzusetzen oder wieder aufleben zulassen.

Konkrete Ziele der Gruppierung in Großbritannien, sind mir nicht bekannt.“¹¹²⁴

KHK B. regte sodann am 16.12.1999 bei der Staatsanwaltschaft Potsdam an, Durchsuchungsbeschlüsse für die Tatverdächtigen zu erwirken. Als solche führte er neben Szczepanski selbst auch Michael und Antje P., B. M., M. H. und Dieter Bochart auf:

„Diese Tatverdächtigen stehen in Verdacht, den Szczepanski, Carsten bei der Herstellung der Fanzine ‚United Skins‘ bzw. dessen Vertreibung aktiv zu unterstützen.

Die Mitwirkung in der NSM Deutschland kann nicht ausgeschlossen werden!“¹¹²⁵

Daneben sollte Szczepanski observiert und eine TKÜ für dessen Handy erwirkt werden. Außerdem schlug KHK B. vor, eine „Postüberwachung“ des Postfaches 2224 in Brandenburg a. d. Havel „anzuweisen“. Die Ermittlung weiterer Postfächer sei erforderlich. Handschriftlich sind die Postfächer 36/PA2 in 15706 KW sowie das Postfach 29 in 15745 Wildau notiert.¹¹²⁶

Der Zeuge KHK B. verneinte in seiner schriftlichen Zeugenvernehmung vom 28.09.2018 die Frage, ob er angesprochen worden sei, nicht gegen Dieter Borchert ermitteln zu müssen.¹¹²⁷

Staatsanwältin Hemmersbach von der Staatsanwaltschaft Potsdam vermerkte am 20.01.2000 zum Aktenzeichen 496 Js 39638/99:

¹¹²⁴ 6-1005 PE Schriftliche Befragung des Zeugen KHK B.pdf, S. 3f.

¹¹²⁵ B 5_Vorinhaltsverzeichnis digital, S. 274

¹¹²⁶ B 5_Vorinhaltsverzeichnis digital, S. 273.

¹¹²⁷ 6-1005 PE Schriftliche Befragung des Zeugen KHK B.pdf, zu Frage III 2b, S. 6.

„[...]“

Nach dem bisherigen Ergebnis der Ermittlungen bestehen zureichende Anhaltspunkte anzunehmen, daß der Beschuldigte Szczepanski ‚United Skins‘-Fanzine zum Zwecke der Verbreitung im Inland erstellt und alsdann an der Verbreitung mitwirkt. Die Ausgabe ‚United Skins‘ Nummer 13 enthält ausweislich Bl.16 f d.A. Inhalte, die dazu geeignet sind, Bestrebungen einer ehemaligen nationalsozialistischen Organisation fortzusetzen, so daß Straftaten nach § 86 Abs. 1 Nr. 4 StGB im Raume stehen. Der Durchsuchungsbeschluss des Amtsgerichts Brandenburg/Havel vom 16.11.1999 (Bl. 140 d.A.) wurde aus den Gründen Bl. 144 d.A. nicht vollzogen. Ausweislich Bl. 191 d.A. wurde der Beschuldigte am 15.12.1999 aus der Justizvollzugsanstalt Brandenburg/Havel entlassen. Es soll daher ein neuer Durchsuchungsbeschluss betreffend seine Wohnung in [...] Königs Wusterhausen, von denen der Beschuldigte ein Zimmer als Büro nutzt, (Bl.151 d.A.) beantragt werden. Die Durchsuchung soll darüber hinaus auf den von ihm genutzten Pkw Fiat [...] erstrecken (Bl.143 d.A.). Als Tatzeitraum kommt Dezember 1998 bis Mai 1999 in Betracht (Bl. 171 d.A.). Dieser Umstand ist im Hinblick auf die verjährungsunterbrechende Maßnahme der Durchsuchungsanordnung vom 16.11.1999 bedeutend (Pressestraftat). Dieser Tatzeitraum sollte in den Durchsuchungsbeschluss aufgenommen werden. Ferner soll die im Postfach 2224 bei der Post AG in der Stadt Brandenburg/Havel eingehende Post des Beschuldigten beschlagnahmt und eine Telefonüberwachung angeordnet werden, da mildere Maßnahmen zur Erlangung von Beweismitteln nicht zur Verfügung stehen. [...]“¹¹²⁸

Dementsprechend beantragte sie beim Amtsgericht Brandenburg an der Havel Wohnungsdurchsuchungen bei Szczepanski in Königs Wusterhausen und Eberswalde, die Beschlagnahme von Beweismitteln, die Postbeschlagnahme in Bezug auf das Postfach 2224 sowie eine TKÜ für Szczepanskis Handy.¹¹²⁹

Das Amtsgericht Brandenburg an der Havel erließ wegen des Verdachts der Volksverhetzung am 02.02.2000 einen Durchsuchungsbeschluss für die Wohnanschriften Szczepanskis in Königs Wusterhausen und in Eberswalde.¹¹³⁰ Zu den von der Staatsanwaltschaft Potsdam angeregten weiteren strafprozessualen Maßnahmen, insbesondere zur TKÜ, liegen keine weiteren Erkenntnisse in den Akten der Polizei oder des Verfassungsschutzes Brandenburg vor.¹¹³¹

¹¹²⁸ B 5 Vorinhaltsverzeichnis - Anlagen zu Ziff. 23 - 25\B5 i.V. B148 Ergänzungsberichte\VS NfD\UA6-1, BB B5, Ergänzung Band 1+2, UA6-1, BB B5, Ergänzung Band 1, S. 51.

¹¹²⁹ Ebenda, S. 51-54.

¹¹³⁰ B 4\NfD zum Piatto Komplex\elektronische Dokumente\Band 2 2000 43-226-VSnfd-bwpsmd, S. 90.

¹¹³¹ Regierungsbericht MIK, S. 96.

Die Durchsuchung von Szczepanskis Wohnung in Königs Wusterhausen fand ausweislich eines Treffvermerkes von Dieter Borchert am 07.03.2000 statt.

In dem Vermerk, datiert auf den 08.03.2000, heißt es hierzu:

„In den Abendstunden des 07.03.00, gegen 20.00 Uhr, teilte die Quelle mit, dass eine Durchsuchung ihrer Wohnung stattgefunden habe. Die beteiligte Staatsanwältin beschlagnahmte die Festplatte des PC's der Quelle sowie Materialien der rechtextremistischen Szene, die der Verfassungsschutzabteilung des Landes Brandenburg vorliegen und aus Gründen der Tarnung in der Wohnung der Quelle vorrätig gehalten werden mußten.

Die Quelle zeigte für diese Maßnahme völliges Unverständnis. Aufgrund des Verhaltens der Quelle ist eine intensive Betreuungs- und Führungsarbeit erforderlich, um weitere Nachteile für die Quelle zu mindern und Schaden von der Abteilung V, dem Innenministerium und der politischen Führung abzuwenden.“¹¹³²

Am 10.03.2000 vermerkte der V-Mann-Führer Dieter Borchert zur Durchsuchungsmaßnahme:

„Die Quelle zeigte sich weiterhin verunsichert und beeindruckt durch die erfolgte Durchsuchung ihrer Wohnung im Zusammenhang mit dem Ermittlungsverfahren nach § 86 StGB aufgrund der anlässlich eines Skinkonzerts Mitte 1999 durch die Staatsanwaltschaft Nürnberg beschlagnahmte Broschüre ‚United Skins‘, Ausgabe 13.“¹¹³³

Eine Durchsuchung unter der Wohnanschrift in Eberswalde ist nicht aktenkundig. Über den weiteren Fortgang des Ermittlungsverfahrens liegen keine Unterlagen mehr vor.¹¹³⁴

Mit Fernschreiben vom 16.03.2000 beantragte das LKA Brandenburg beim Bundesgrenzschutz die Ausschreibung von Szczepanski im geschützten Grenzfahndungsbestand, um Informationen über Grenzübertritte ins Ausland und umgekehrt zu gewinnen und informierte hierüber auch die Abteilung V des Innenministeriums.¹¹³⁵ Zur Begründung wird auf die Kontakte Szczepanskis ins Ausland, auf die von „United Skins“ aus Schweden versandte Postkarte an den

¹¹³²B 4\NfD zum Piatto Komplex\elektronische Dokumente\Band 2 2000 43-226-VSnfd-bwpsmd, S. 81f.

¹¹³³ Ebenda, S. 83f.

¹¹³⁴ Regierungsbericht MIK, S. 96f. sowie Regierungsbericht MdJEV, S. 41.

¹¹³⁵ B 5 Vorinhaltsverzeichnis - Anlagen zu Ziff. 23 - 25\B5 i.V. B148 Ergänzungsberichte\VS NfD\UA6-1, BB B5, Ergänzung Band 1+2, UA6-1, BB B5, Ergänzung Band 1, S. 183f..

Landtagsabgeordneten Ludwig (vgl. hierzu unter Kapitel 3.4.2.) wie auch auf die von Szczepanski begangenen Propagandadelikte und insbesondere auf das Verfahren wegen „United Skins Nr. 13“ Bezug genommen. Handschriftlich ist auf dem in den Akten des Verfassungsschutzes vorhandenen Fax vermerkt:

„AL V veranlasste noch während meiner Anwesenheit durch R. beim LKA BB die Rücknahme dieser Maßnahme“¹¹³⁶

Die Ermittlungsakten zum Verfahren 496 Js 39638/99 wurden am 09.05.2000 an die Staatsanwaltschaft Potsdam abgegeben.¹¹³⁷

Da dem im Verfahren 496 Js 23487/00 wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz eingeholten Bundeszentralregisterauszug bezüglich Szczepanski vom 04.05.2001 insoweit nichts zu entnehmen ist, ist es jedenfalls zu keiner Verurteilung Szczepanskis in diesem Verfahren gekommen.¹¹³⁸

Die zum Ausgang des Verfahrens angehörten Zeugen Hemmersbach und KHK B. konnten hierzu keine Angaben machen.¹¹³⁹

3.5.1.5. Berücksichtigung der Ermittlungsverfahren bei der Entscheidung zur vorzeitigen Haftentlassung

Die Entscheidung der Strafvollstreckungskammer des Landgerichts Potsdam vom 01.12.1999 über die vorzeitige Haftentlassung Szczepanskis auf Bewährung wurde am 15.12.1999 umgesetzt. Am 08.12.1999 wurden – wie bereits dargestellt - die Ermittlungsakten zum Verfahren (496 Js 39638/99) an KHK B. übergeben. Dieser erstellte am 15.12.1999 - wie oben dargestellt – die Strafanzeige wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung. Wegen dieser zeitlichen Überschneidung kann davon ausgegangen werden, dass weder die Vollstreckungsstaatsanwaltschaft Frankfurt/Oder noch die Strafvollstreckungskammer des Landgerichts Potsdams über das Ermittlungsverfahren informiert wurden. Unbeachtet blieb das Vorhaben von KHK B., am 09.12.1999 den Haftraum Szczepanskis aufgrund des

¹¹³⁶ B 4\NfD zum Piatto Komplex\elektronische Dokumente\Band 2 2000 43-226-VSnfd-bwpsmd, S. 100.

¹¹³⁷ B 5 Vorinhaltsverzeichnis - Anlagen zu Ziff. 23 - 25\B5 i.V. B148 Ergänzungsberichte\VS NfD\UA6-1, BB B5, Ergänzung Band 1+2, UA6-1, BB B5 Ergänzung Band 1, S. 177.

¹¹³⁸ Regierungsbericht MdJEV, S. 41.

¹¹³⁹ 6-1005 PE Schriftliche Befragung des Zeugen KHK B.pdf, S. 2., Protokoll der 29. öffentlichen Sitzung vom 02.07.2018, S. 135.

Durchsuchungsbeschlusses des Amtsgerichts Brandenburg an der Havel vom 16.11.1999 zu durchsuchen (siehe oben). Hierzu sagte der Bereichsleiter im offenen Vollzug, D. L., vor dem Untersuchungsausschuss, dass eine wechselseitige Unterrichtung von Staatsanwaltschaft, Gericht und Justizvollzugsanstalt vor der Einführung der Vorschriften über die Mitteilungen in Strafsachen „nicht funktioniert“ habe.¹¹⁴⁰

Weiter erklärte er:

„Normalerweise wäre es das sinnvollste Vorgehen, dort zu sagen: Wir legen da noch mal nach in der Stellungnahme. – Aber wie gesagt, an der Stellungnahme war ich nicht beteiligt. [...]“¹¹⁴¹

Und an anderer Stelle:

„[...] Dass ein Ermittlungsverfahren nur läuft, heißt nicht unbedingt, dass eine vorzeitige Entlassung nicht stattfindet. Im Ermittlungsverfahren gilt immer die Unschuldsvermutung. Es kommt natürlich auch auf den Strafvorwurf an; ist klar. Wenn jemand jetzt beschuldigt wird, vielleicht im Ausgang eine Vergewaltigung begangen zu haben seit seiner Haftzeit, dann wird er wahrscheinlich nicht entlassen werden. Da führen dann andere - - Da wird dann wieder U-Haft anschließend verkündet nach der Entlassung, bzw. nach zwei Dritteln wird nicht zur Bewährung ausgesetzt. [...].“

Aber das geht ja weiter [...]. Wenn Sie sehen: 99, 2000, wo er dann raus war, und diese Sache mit den Sprengsätzen: Da war er auf Bewährung. Die wurde ja nicht widerrufen. Er wurde auf Bewährung entlassen 99 und stand vor Gericht mit diesem schwerwiegenden Vorwurf. Dagegen ist ja so ein Fanzine -- ist ja dagegen -- “¹¹⁴²

3.5.2. Informationsaustausch zwischen brandenburgischem Verfassungsschutz und brandenburgischen Strafverfolgungsbehörden

Aktenkundig ist eine am 11.02.2000 erstellte sogenannte KTA-S-Meldung¹¹⁴³ des Landeskriminalamtes Brandenburg an das Bundeskriminalamt und den Verfassungsschutz Brandenburg, in welcher das Verfahren (496 Js 39638/99) der Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth noch als Ermittlungsverfahren wegen Verbreitung

¹¹⁴⁰ Protokoll der 29. öffentlichen Sitzung vom 02.07.2018, S.85.

¹¹⁴¹ Ebenda, S. 83f.

¹¹⁴² Ebenda, S. 84.

¹¹⁴³ „Kriminaltaktische Anfrage Staatsschutz“; Staatsschutzdienststellen müssen meldepflichtige Straftaten an das jeweilige zuständige LKA oder an das BKA melden. Weitergabe der KTA-S an andere Stellen (u.a. den Verfassungsschutz) kann erfolgen.

von Propagandamitteln und Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen bezeichnet wird.¹¹⁴⁴

Zum Betreff „*Informationsaustausch in Staatsschutzsachen*“ verfasste der Leiter der Abteilung Staatsschutz des Landeskriminalamts Brandenburg, Kriminaldirektor Junge, am 22.02.2000 folgendes Schreiben:

„Rechtsextremistische Aktivitäten des Carsten Szczepanski

Dem LKA Brandenburg, Abteilung 2, liegen Erkenntnisse vor, wonach der einschlägig bekannte Carsten Szczepanski [...] nach seiner Haftentlassung am 15.12.1999 mehrfach Aktivitäten im Zusammenhang mit folgenden Sachverhalten entwickelt hat.

- *Mehrfache Veranstaltungs-/Saal Anmeldungen für NPD-Treffen;*
- *Aktivitäten im Zusammenhang mit der Skinheadgruppe ‚United Skins‘ in Königs Wusterhausen bzw. den bekannt gewordenen Sachverhalt der Bedrohung des PDS-Abgeordneten Stefan Ludwig,*
- *Feststellung des Szczepanski bei einem Lagerfeuer, welches (aufgrund von Informationen der Abteilung V des MI BB) Bezüge zum Ku-Klux-Klan aufweisen soll.*

Um mögliche Überschneidungen/Behinderungen zu vermeiden, bitte ich Sie mitzuteilen, inwieweit zur Person Szczepanski, Carsten, Maßnahmen Ihrerseits durchgeführt wurden, die mit möglichen polizeilichen Maßnahmen kollidieren könnten.“¹¹⁴⁵

Der Zeuge KD Junge konnte sich auf Vorhalt des Schreibens nicht daran erinnern, welche konkreten Maßnahmen gegen Szczepanski geplant gewesen seien.¹¹⁴⁶

Auf die Frage, ob regelmäßig der Verfassungsschutz vor Maßnahmen kontaktiert worden sei:

„Durchaus nicht. In den vielen Unterlagen, die ich gesichtet habe, gibt es vielleicht zwei, drei direkte Kontakte, Schriftverkehr mit dem Bereich Verfassungsschutz. Also, das war ein Novum. Und wenn Sie jetzt nachfragen, wieso gerade bei Szczepanski, muss ich Ihnen sagen: Ich kann es mir nicht erklären, weil, wie gesagt, ich nicht in der Sachbearbeitung vertieft war. Wenn natürlich abteilungsübergreifend Verkehr läuft, Schriftverkehr, dann läuft es über den Abteilungsleiter, und dann steht meine Unterschrift drüber. Aber ich habe jetzt nicht rememberlich, dass ich vielleicht bei Herrn Sp. - oder wer da als

¹¹⁴⁴ B 5_Vorinhaltsverzeichnis digital, S. 266f.

¹¹⁴⁵ B 5 Vorinhaltsverzeichnis - Anlagen zu Ziff. 23 - 25\B5 i.V. B148 Ergänzungsberichte\VS NfD\UA6-1, BB B5, Ergänzung Band 1+2, UA6-1, BB B5_Ergänzung Band 1, S. 172.

¹¹⁴⁶ Protokoll der 30. öffentlichen Sitzung vom 23.08.2018, S. 14

Sachbearbeiter steht - nachgefragt habe, was konkret hier der Anlass ist. Weiß ich nicht. Damals vielleicht möglich. Ich kann Ihnen das nicht definitiv beantworten.“¹¹⁴⁷

Der Zeuge Milbradt erklärte zu der Häufigkeit solcher Anfragen der Polizei, diese seien *„mit Blick auf eigene Maßnahmen eher selten, aber [...] nicht völlig unüblich.“¹¹⁴⁸*

Mit Schreiben vom 28.02.2000 antwortete Milbradt unter Bezugnahme auf zwei eigene Schreiben vom 25.01.2000 und vom 04.02.2000 und das vorgenannte Schreiben des LKA per Fax:

„Die brandenburgische Verfassungsschutzbehörde bearbeitet die rechtsextremistische Szene in und um Königs Wusterhausen intensiv, auch unter Einsatz operativer Mittel. Einbezogen in diese Bearbeitung sind alle einschlägigen Szeneangehörigen, darunter auch der von ihnen genannte Carsten SZCZEPANSKI. Ihre Besorgnis, dass eventuelle operative Maßnahmen von Seiten der Polizei mit hiesigen Maßnahmen kollidieren könnten, ist berechtigt. Ich bitte Sie deshalb vom Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel - soweit die Polizei grundsätzlich hierzu befugt ist - gegen Personen aus der rechtsextremistischen Szene Königs Wusterhausen abzu sehen; sollten Sie im Einzelfall den Einsatz solcher Mittel gleichwohl als unerlässlich ansehen, bitte ich um konkrete Abstimmung. Reguläre polizeiliche Ermittlungen in strafprozessualen Verfahren werden hingegen durch hiesige Interessen keineswegs gehindert.

Zu Carsten SZCZEPANSKI liegen hier umfangreiche Informationen über rechtsextremistische Aktivitäten, gerade auch nach seiner Haftentlassung vor. Sie enthalten jedoch, soweit ersichtlich, keine Anhaltspunkte für strafbare Handlungen.

Im einzelnen:

- *Es trifft zu, dass SZCZEPANSKI sich innerhalb der rechtsextremistischen NPD intensiv betätigt. Diese Aktivitäten werden von hier aus beobachtet.*
- *Wie Ihnen mit meinem o.g. Schreiben vom 25.01.00 mitgeteilt, haben sich nach hiesigen Erkenntnissen zum Jahreswechsel 1999/2000 Rechtsextremisten aus Königs Wusterhausen - Carsten SZCZEPANSKI, M. L., M. Sch. und I. Z. - bei Gesinnungskameraden in Schweden aufgehalten. Bei dieser Gelegenheit wurde die Postkarte an den Landtagsabgeordneten Stefan Ludwig abgefasst, die Gegenstand polizeilicher Ermittlungen ist. Meinem Hinweis konnten Sie des Weiteren entnehmen, dass als der Urheber dieser Karte nach hiesigen Erkenntnissen M. Sch. oder I. Z. in Betracht kommt.*
- *In meinem o.g. Schreiben vom 04.02.00 hatte ich Sie darauf aufmerksam gemacht, dass die rechtsextremistischen Sonnenwendfeier am 18.12.1999 im Raum Spreenhagen kein KKK-Ritual darstellte, obwohl*

¹¹⁴⁷ Ebenda, S. 15f.

¹¹⁴⁸ Protokoll 32. öffentlichen Sitzung vom 31.08.2018, S.75.

von einigen Beteiligten eine Anlehnung an KKK-Gebräuche (Verwendung von KKK-ähnlichen Roben) gesucht wurde. Um welche Beteiligte es sich dabei handelt, ist mir nicht bekannt. Einen konkreten Verdacht gegen bestimmte Personen vermag ich in diesem Zusammenhang also nicht zu erheben oder zu belegen.“¹¹⁴⁹

Handschriftlich ist auf dem beim LKA Brandenburg eingegangenen Faxschreiben von einem „A.“ vermerkt:

„Am 03.03. Herrn KHK B., 4. K Potsdam, fernmündlich informiert. Einsatz entfällt.“

Der Untersuchungsausschuss hat Zeugen dazu vernommen, ob bzw. inwieweit der Verfassungsschutz mit dem Schreiben die polizeiliche Tätigkeit beeinflusst hat.

Der Zeuge Jörg Milbradt erklärte auf die Frage, welche nachrichtendienstlichen Mittel die Polizei einstellen sollte:

„Nicht einstellen. Sie hat ja erwogen, welche zu unternehmen. Welche, weiß ich natürlich nicht - heute nicht. Ob ich es damals wusste, welche seinerzeit erwogen wurden, kann ich nicht rekonstruieren. In erster Linie muss man natürlich an Observationen denken oder auch an den Einsatz eigener V-Leute der Polizei. Aber immerhin hatte ich ja die Klausel angefügt: Sollte die Polizei solche Maßnahmen als unerlässlich ansehen, möge sie sie bitte mit uns abstimmen. - Da die Polizei eine solche Abstimmung nicht gesucht hat, musste ich daraus schließen, dass sie keine solche Maßnahme seinerzeit für unerlässlich hielt.“¹¹⁵⁰

Eine Abstimmung verstehe er folgendermaßen:

„Dass die Polizei uns mitteilt, welche Maßnahmen gegen wen sie erwägt, und von uns zu hören verlangt, ob wir das kommentieren können und, wenn ja, wie.“¹¹⁵¹

Nach seiner juristischen Bewertung gefragt, sagte der Zeuge:

„Strafprozessuale Ermittlungen, wie ich ausdrücklich in diesem Schreiben festgehalten habe, waren von unserer Bitte und Anregung in keiner Weise berührt, sondern lediglich eventuelle nachrichtendienstliche Verfahren der Polizei, die ja nach Polizeirecht nicht im Zentrum der polizeilichen Arbeit stehen, sondern sozusagen nur ein zusätzliches oder am Rande stehendes Mittel polizeilicher Arbeit sind. Eine Bitte ist keine Anweisung. Und wie eine Behörde auf die Bitte einer anderen reagiert, liegt wiederum bei ihr. Irgendeine

¹¹⁴⁹ B 5 Vorinhaltsverzeichnis - Anlagen zu Ziff. 23 - 25\B5 i.V. B148 Ergänzungsberichte\VS NfD\UA6-1, BB B5, Ergänzung Band 1+2, UA6-1, BB B5_Ergänzung Band 1, S. 174f.

¹¹⁵⁰ Protokoll der 32. öffentlichen Sitzung vom 31.08.2018, S. 72.

¹¹⁵¹ Ebenda.

*Anordnungsbefugnis gegenüber der Polizei hat der Verfassungsschutz selbstverständlich nicht und hat sie sich auch niemals angemaßt.*¹¹⁵²

Der Zeuge Wegesin erklärte zum Faxschreiben von Herrn Milbradt:

*„Sie werden mich nicht erwischen, dass wir dieses Schreiben skandalisieren werden.“*¹¹⁵³

Und weiter:

*„Der Verfassungsschutz darf sehr wohl seine Auffassung auch im Hinblick auf die Ausbringung polizeilicher Mittel zum Ausdruck bringen. Ob die Polizei sich daran hält - - Der Verfassungsschutz kann sich die Welt viereckig wünschen, den Mond, und das wird es nicht sein. [...]“*¹¹⁵⁴

Weiter erklärte der Zeuge Wegesin:

*„Wir sind ja jetzt hier nicht gleich im Bereich der Strafvereitelung, wenn ein Mitarbeiter einen solchen handschriftlichen Vermerk - - betrifft. Auf welche Maßnahmen die Polizei im Einzelnen verzichtet oder sie verschiebt oder sie anders gestaltet, das müssen Sie die Polizei fragen. Das liegt auch in der Verantwortung der Polizei, selbst wenn der Verfassungsschutz aus einer Eigeninteressenlage heraus etwas fordert, was unter polizeilichen Kontexten als Zumutung empfunden wird. Dann mag man dem Verfassungsschutz zeihen, dass er seine Einflussmöglichkeiten überzieht oder versucht, einen Einfluss zu nehmen, der ihm, nachdem die Polizei dem Legalitätsprinzip natürlich strikt verpflichtet ist, nicht zusteht, aber es liegt an der Polizei, dann auf ein solches, vielleicht auch etwas unsittliches Ansinnen einzugehen oder nicht einzugehen. Das sehe ich sehr leidenschaftslos.“*¹¹⁵⁵

Der Zeuge KD Junge erklärte auf den Vorhalt des Faxes:

„Ich weiß, dass es spärlichen Informationsaustausch gab mit Herrn Milbradt. Es ist ja in den Unterlagen auch ein Fax von mir drin, ein Antwortschreiben an den Herrn Milbradt. Es wurde mehr als Einbahnstraße - der Informationsaustausch - betrachtet, ist mein Eindruck. Und was die verdeckte Arbeit anbelangt, ist sehr viel - ob ‚sehr viel‘, weiß ich nicht - an mir vorbei, über mich und hinter mir und direkt von Leiter zu Leiter, sprich von Herrn Lüdders zu Herrn Wegesin seinerzeit - - Mit Herrn Milbradt hatte ich zwei-, dreimal Kontakt. Er hatte Befürchtungen, dass eine Grundsteinlegung - Synagogenbau in Dresden - da gefährdet würde, hat mir da falsche Daten übermittelt. Da ging es nicht um Dresden, sondern da ging es damals um Chemnitz, und das Datum stimmte nicht, da haben wir korrigiert. Also, das war alles nicht so ganz koscher. Ich kann mich an Details hier nicht erinnern. Ich weiß, dass wir dann keinerlei

¹¹⁵² Ebenda, S. 73.

¹¹⁵³ Protokoll der 26. öffentlichen Sitzung vom 04.05.2018, S. 42.

¹¹⁵⁴ Ebenda, S. 43.

¹¹⁵⁵ Ebenda, S. 45.

Maßnahmen ergriffen haben, um hier irgendetwas des Verfassungsschutzes zu gefährden. Das kann ich wohl ruhigen Gewissens so behaupten.“¹¹⁵⁶

Als Weisung habe er das Fax nicht verstanden:

„[...] Wir wollen ja den Kollegen da die Arbeit auch nicht unnötig erschweren, und wenn sie sinnvoll an einer Sache dran sind, von der wir nur bruchstückhaft wissen, dann sind wir vorsichtig genug, um da kein Porzellan zu zerschlagen. Aber es war in keiner Weise als Weisung für uns - ich habe es zumindest nicht so verstanden, hier tunlichst alles zu unterlassen und die eigene Arbeit in dieser Richtung einzustellen --“ ¹¹⁵⁷

Auf die Frage, ob es Überlegungen gegeben habe, dass das Landeskriminalamt Carsten Szczepanski als V-Person anwerben könne, sagte der Zeuge:

„Kann ich klar sagen: Von meiner Person aus nicht. Ich hatte vorhin betont, dass ich vier Jahre Referent Kriminalitätsangelegenheiten war, und es gab wiederholt Vorstöße vom LKA, diesen verdeckten Bereich bei uns auszubauen. Der Landeskriminaldirektor Kl. hatte ein gespaltenes Verhältnis zu diesem Arbeitsinstrumentarium. Er muss da in Nordrhein-Westfalen schlechte Erfahrungen gesammelt haben. Er hat sich gesträubt, das zu forcieren. Und diese seine Auffassung dazu habe ich als sein Abwesenheitsvertreter natürlich auch getragen.

Also, ich hatte im Staatsschutz während meiner Zeit keine verdeckten Ermittler. Wir hatten einen Bereich an das LKA aufgebaut, er war aber angesiedelt im Bereich Organisierte Kriminalität, bei Herrn S. (?) (LKA BB), und nicht im Bereich Staatsschutz, sodass also die Frage über meinen Tisch nicht lief, Szczepanski irgendwie anzuwerben, anzusprechen und für unsere Aufgaben sinnvoll einzusetzen. Nein.“¹¹⁵⁸

Auf Nachfrage: „Auch V-Leute, nein, hatten wir keine.“¹¹⁵⁹

Auf die Frage, ob das Schreiben des Verfassungsschutzes für das Landeskriminalamt das Ende der Ermittlungen bedeutet habe, sagte der Zeuge:

„Nein, also, das Verfahren lief ja nicht nur im LKA. Das Dezernat 4 des Polizeipräsidiums Potsdam war ja auch mit dieser Person Szczepanski befasst, und da liefen Dinge; das war ja nicht alles nur im LKA. Und das bedeutet nicht, dass wir dann unsere Aktivitäten einstellen.

Ich sage: Ich sah keine Gefahr der konkreten Überschneidung, sonst wäre infolge dieses Schriftverkehrs -- hätte ja etwas passieren müssen, was man ja auch dann schriftlich festhält und fixiert. Wenn ich also durch diese Bitte irgendwie unsere Ermittlungserfolge gefährdet gesehen hätte, dann hätte ich

¹¹⁵⁶ Protokoll der 30. öffentlichen Sitzung vom 23.08.2018, S. 12.

¹¹⁵⁷ Ebenda, S. 17.

¹¹⁵⁸ Ebenda, S. 15.

¹¹⁵⁹ Ebenda.

drauf reagiert. Zumindest hätten dann meine Mitarbeiter mich aufmerksam gemacht: Abteilungsleiter, hier werden wir beschnitten, das geht so nicht. - Und da so etwas nicht erfolgte, sah ich da keine Gefahr.“¹¹⁶⁰

Keiner der hierzu vernommenen Zeugen konnte sagen, um was für einen Einsatz es sich bei dem entfallenen Einsatz handelte, auf den im handschriftlichen Vermerk von A. Bezug genommen wurde.

Der Zeuge Milbradt erklärte, er könne die nicht rekonstruieren¹¹⁶¹ und führte aus:

„Dieses Schreiben war mir nicht mehr präsent, aber es macht jetzt die Zusammenhänge klar. In dem Schreiben kündigt die Polizei ja an, dass sie nachrichtendienstliche Mittel einzusetzen gedenke gegen Szczepanski und weitere Personen. Und darauf reagiert mein Schreiben. Ob die Polizei trotz alledem solche Maßnahmen ergriffen hat, weiß ich nicht. Jedenfalls hat sie sie nicht mit uns - - Wenn ja, hätte sie sie nicht mit uns abgestimmt. Aber - in Anführungsstrichen – ‚normale‘ polizeiliche Ermittlungen sind ja vorangetrieben worden, und eine Folge davon war ja die eben erwähnte Hausdurchsuchung samt Beschlagnahme des PC bei Szczepanski am 7. März 2000.“¹¹⁶²

Auch die Zeugen KD Junge¹¹⁶³ und KHK B.¹¹⁶⁴ konnten zu dem entfallenen Einsatz keine Angaben machen.

Es ist insofern festzustellen, dass die Ermittlungshandlungen nicht durch das Landeskriminalamt Brandenburg, sondern durch das 4. Kommissariat des Polizeipräsidiums Potsdam durchgeführt wurden. Dementsprechend fand die oben dargestellte Durchsuchung von Szczepanskis Wohnung am 07.03.2000 statt, was durch die Aussage des Zeugen KHK B. und die Hinweise in den Treffvermerken belegt ist.

Der Untersuchungsausschuss ist der Frage nachgegangen, ob Szczepanski aufgrund des Schriftwechsels für die Polizei als Quelle des Verfassungsschutzes erkennbar war.

Der Zeuge KD Junge erklärte dazu:

¹¹⁶⁰ Ebenda, S. 18.

¹¹⁶¹ Protokoll der 32. öffentlichen Sitzung vom 31.08.2018, S. 73.

¹¹⁶² Ebenda, S. 74.

¹¹⁶³ Protokoll der 30. öffentlichen Sitzung vom 23.08.2018, S. 18.

¹¹⁶⁴ 6-1005 PE Schriftliche Befragung des Zeugen KHK B.pdf, S. 3.

„Die Frage kann ich weder mit Ja noch mit Nein -- kann ich nicht beantworten. Weiß ich nicht. Das wäre spekulativ, und darauf will ich mich nicht einlassen.“¹¹⁶⁵

Der Zeuge Milbradt führte hierzu aus:

„Nein, das sehe ich nicht. Ich räume ein, dass geistig wache Polizeibeamte sich die Frage vorlegen könnten, ob es so sei. Aber dass gerade Szczepanski hier namentlich genannt ist, ist der Ausfluss dessen, dass die Polizeibehörde ausdrücklich nach ihm gefragt hatte. Ich weiß jetzt nicht mehr - es geht ja auch aus diesem Schreiben nicht hervor, in welchem Zusammenhang und mit welcher Zuspitzung die Polizei gerade den Namen Szczepanski ins Spiel gebracht hat und ob dieses Ins-Spiel-Bringen Szczepanskis etwa schon Ausfluss eines bei der Polizei vorhandenen Verdachts oder einer Mutmaßung war, dass Szczepanski eine Quelle des Verfassungsschutzes sein könnte. Ich habe darum diesen Vermerk so neutral formuliert, dass dieser mögliche Verdacht - ob er bestanden hat, weiß ich ja nicht - weder gestützt noch von vornherein als völlig abwegig dargestellt wurde. Und auch beim heutigen Lesen dieses Vermerks wüsste ich jetzt keine Formulierung in diesem Schreiben, die ich anders und besser hätte treffen können.“¹¹⁶⁶

Und weiter:

„Da ausdrücklich nach Szczepanski gefragt worden ist, bin ich auch nur gerade auf ihn eingegangen. Und wenn dieses Schreiben höher eingestuft worden wäre, hätte das ja umgekehrt bei der Polizeibehörde den Verdacht entstehen lassen oder gegebenenfalls verstärken können, dass es hier doch um Quelleninteressen des Verfassungsschutzes gehe, und diesen Eindruck wollte ich selbstverständlich nicht hervorrufen oder gar bestärken.“¹¹⁶⁷

Der Zeuge Wegesin erklärte:

„Es ist nicht unüblich, dass der Verfassungsschutz Personen auch namentlich erwähnt, die er als Quelle führt, wenn er davon ausgehen kann, dass die Quelleneigenschaft nicht klar ist. [...]

*Die Tatsache, dass der Verfassungsschutz Personen auch öffentlich erwähnt -
- Es sind auch Personen des Verfassungsschutzes, V-Leute des Verfassungsschutzes im jährlichen Verfassungsschutzbericht erwähnt worden. Die Frage ist, ob Sie es offenlegen, dass er Quelle ist oder nicht.“¹¹⁶⁸*

¹¹⁶⁵ Protokoll der 30. öffentlichen Sitzung vom 23.08.2018, S. 14.

¹¹⁶⁶ Protokoll 32. öffentlichen Sitzung vom 31.08.2018 S, 73f.

¹¹⁶⁷ Ebenda, S. 75.

¹¹⁶⁸ Protokoll 26. öffentlichen Sitzung vom 04.05.2018, S. 45.

3.5.3. Weitere gegen Szczepanski geführte Ermittlungsverfahren

Der Bericht der Landesregierung führt anhand von Restakten weitere gegen Szczepanski geführte Ermittlungsverfahren auf:¹¹⁶⁹

- Verfahren 96 Js 330/95 wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen: Das Verfahren wurde am 21. November 1995 gemäß § 154 StPO eingestellt. Weitere Erkenntnisse liegen zu dem Verfahren nicht vor.
- Verfahren 496 Js 3530/00 wegen Beleidigung: Das Verfahren wurde zunächst gegen unbekannt geführt, Tattag war der 7. Januar 2000. Der Tatvorwurf war das Versenden einer Postkarte an den Landtagsabgeordneten Ludwig, hierzu näher unter Kapitel 3.4.2. Da dem im Verfahren 496 Js 23487/00 wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz eingeholten Bundeszentralregisterauszug bezüglich Szczepanski vom 04.05.2001 insoweit nichts zu entnehmen ist, ist es zu keiner Verurteilung Szczepanskis in diesem Verfahren gekommen.
- Verfahren 496 Js 23487/00 wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz: Szczepanski wurde nach seiner Enttarnung wegen des Tatvorwurfs, ohne die erforderliche Erlaubnis die tatsächliche Gewalt über eine Schusswaffe ausgeübt zu haben, zu einer Geldstrafe verurteilt. Siehe hierzu unter Kapitel: 3.4.7.
- 100 Js 772/97 wegen Erpressung: Es könnte es sich dabei um die vom Leiter der Justizvollzugsanstalt Brandenburg an der Havel im Rahmen seiner Stellungnahme vom 10.03.1998 benannten Ermittlungen wegen des Verdachts der Erpressung eines Mitgefangenen gehandelt haben, die sich im Ergebnis nicht bestätigt haben sollen. Das Verfahren wurde ausweislich des Eintrags im Registerbuch der Staatsanwaltschaft Potsdam am 29.01.1998 gemäß § 170 Abs. 2 StPO eingestellt.
- 101 Js 150/98 wegen Bedrohung: das Verfahren wurde zum Aktenzeichen 100 Js 61/98 abgegeben.
- 100 Js 61/98 wegen Bedrohung: das Verfahren wurde ausweislich der Registerbücher am 03.09.1998 gemäß § 170 Abs. 2 StPO eingestellt.

¹¹⁶⁹ Regierungsbericht MdJEV, S. 31 und S. 40-42.

3.6. Abschaltung und Enttarnung der Quelle „Piatto“

Im Fall „Piatto“ erfolgten die Abschaltung, also die förmliche Entpflichtung als V-Mann am 30.06.2000, und die Enttarnung, also das öffentliche Bekanntwerden seiner geheimdienstlichen Tätigkeit am 09.07.2000, in zeitlich enger Folge.

3.6.1. Abschaltung der Quelle „Piatto“

Obwohl die förmliche Verpflichtung Carsten Szczepanskis wie bereits in Kapitel 3.3.5. dargestellt, nach seiner Rückverlegung in den offenen Vollzug der JVA Brandenburg an der Havel durch den Verfassungsschutz Brandenburg nicht weiter betrieben wurde, wurde er vom Referat Beschaffung faktisch wie ein verpflichteter V-Mann geführt. Aktenkundig ist eine Notiz von Referatsleiter Odendahl, in der er Szczepanski noch am 04.06.1998 als „*Informant*“¹¹⁷⁰ bezeichnete.

Staatssekretär im Innenministerium Eike Lancelle sagte vor dem Untersuchungsausschuss, „*in Ermangelung einer förmlichen Verpflichtung*“ könne „*durch die jahrelange Übung ein [...] ähnliches Verhältnis entstanden*“ sein, „*ohne dass es der Kodifizierung bedurft hätte*“.¹¹⁷¹ Die ehemalige Abteilungsleiterin Schreiber wiederum äußerte Zweifel, ob man jemanden, der nicht in einem Dienstverhältnis stehe, überhaupt verpflichten könne. Das sei immer eine sehr strittige Frage gewesen, „*wie das mit den Verpflichtungen überhaupt funktioniert*“.¹¹⁷²

3.6.1.1. Misstrauen des Abteilungsleiters Wegesin

Verfassungsschutzleiter Wegesin bekundete gegenüber dem Bundesamt für Verfassungsschutz Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit „Piattos“. Sinngemäß äußerte Wegesin, dass er vermute, Szczepanski verfolge auch eigene Ziele.¹¹⁷³ Am 15.05.2000 schrieb Wegesin an das Bundesamt für Verfassungsschutz, dass im Rahmen der

„Maßnahmen nach G 10“

¹¹⁷⁰ § 6 Absatz 3 BbgVerfSchG unterscheidet zwischen „V-Leuten“ und „sonstigen geheimen Informanten“, wobei letztere in der Regel nur gelegentlich Informationen beschaffen.

¹¹⁷¹ Protokoll der 25. öffentlichen Sitzung vom 27.04.2018, S. 62.

¹¹⁷² Protokoll der 40. öffentlichen Sitzung vom 11.01.2019, S. 21.

¹¹⁷³ B 4 iV B 73, 004-S-530003-0000-0088-2018, 18017585.0.

[...] die unbeschränkte Überwachung des nachfolgend aufgeführten Anschlusses dringend erforderlich: [ist]

0172/380XXXX

Anschlussinhaber:

Ministerium des Innern des Landes Brandenburg [...]

Begründung:

*Der Anschluss wird genutzt von **Carsten Szczepanski**, der in operativer Verbindung zu dem Ministerium des Innern des Landes Brandenburg, Abteilung V, Verfassungsschutz, steht. Der Anschluss wurde dem **Carsten Szczepanski** am 8. März 2000 zur ausschließlichen Verbindungsaufnahme mit einem Mitarbeiter der hiesigen Verfassungsschutzabteilung überlassen.*

***Szczepanski** wird bereits unter dem Anschluss 0172/386XXXX [...] überwacht.*

*Aus den TÜ-Maßnahmen der AO Nr. [geschwärzt] haben sich Hinweise dafür ergeben, dass der **Carsten Szczepanski** über den Anschluss 0172/380XXXX entgegen der Weisung konspirative Gespräche mit Angehörigen der rechtsextremistischen Szene führt.*

*Darüber hinaus gibt es Anhaltspunkte dafür, dass **Szczepanski** bei den Anschluss 0172/380XXXX über seinen Auftrag hinaus Ziele der rechtsextremistischen Szene verfolgt.“¹¹⁷⁴*

Belegt sind mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz abgestimmte G10-Maßnahmen, die auch alle Mobilfunkgeräte Szczepanskis bzw. Dieter Borcherts betrafen, und bis mindestens Ende August 2000 dauerten.

Der Zeuge Szczepanski sagte auf die Frage, weshalb er sein „Diensthandy“ auch innerhalb der Szene genutzt habe, dies sei „sozusagen Geschäftsgrundlage“:

„Also, das war mein einziges Handy, was ich hatte. Das stand gar nicht zur Frage.“¹¹⁷⁵

und

„Da gab es keinen Grund, das irgendwie nicht zu nutzen.“¹¹⁷⁶

¹¹⁷⁴ B 4 iV B 73, 004-S-530003-0000-0088-2018, 18017585.0.

¹¹⁷⁵ Protokoll der 35. öffentlichen Sitzung vom 22.11.2018, S. 13.

¹¹⁷⁶ Protokoll der 35. öffentlichen Sitzung vom 22.11.2018, S. 13.

Auf die Frage, was mit der über den Auftrag hinausgehenden Verfolgung von Zielen der rechtsextremistischen Szene gemeint sein könne, sagte der Zeuge Szczepanski:

„Also, es gab keinen klaren Auftrag. Es gab gelegentlich Bitten oder Nachfragen, wo es dann hieß: ‚Kennst du die und die Gruppe? Ist es möglich, da irgendwie mal eine Info einzuholen?‘, oder so; das gab es. Aber dass ich jetzt während der ganzen Zeit einen klaren Auftrag hatte, das gab es so nicht. Nein.“¹¹⁷⁷

Der Zeuge Szczepanski erklärte zur Frage der Auswertung des Handys:

„Aber ich bin natürlich schon davon ausgegangen, dass dieses Diensthandy halt auch ausgewertet wird, klar. Also, ich für mich selber bin davon ausgegangen, dass ich da nicht wirklich privat mit bin.“¹¹⁷⁸

In einer Beurteilung der Quelle „Piatto“ vom 02.07.1999 hielt Milbradt, Leiter des Auswertungsreferats, fest:

„PIATTO‘ berichtet zuverlässig und umfassend. Aufträge führt er gewissenhaft aus. Er ist in hohem Maße lernfähig. Seine Einsatzbereitschaft ist bemerkenswert. Aus Sicht der Auswertung hat sich die Quelle als uneingeschränkt steuerbar und glaubwürdig erwiesen.“¹¹⁷⁹

Auf die Frage, ob er Zweifel daran hatte, dass Szczepanski den vom Verfassungsschutz gesteckten Rahmen überschreite, erklärte der Zeuge Milbradt vor dem Untersuchungsausschuss:

„Prinzipiell ja, obwohl ich jetzt auf Anhieb keine Tatsachen nennen könnte, die diesen Verdacht gestützt haben. Aber bei seinen weitgespannten Aktivitäten hätte ich das von vornherein niemals ausschließen können und wollen.“

[...]

Seine Kontakte in die rechtsextremistische Szene und auch seine eigenen Aktivitäten waren ja weit über Königs Wusterhausen hinaus ausgebreitet. Sie reichten in die verschiedensten Regionen Deutschlands und ins Ausland. Und ein Umstand, der mindestens seine Unvorsichtigkeit belegt hat, war ja eine Tatsache, die vielleicht auch schon in anderem Zusammenhang hier in Rede stand, nämlich dass er sich beteiligt hatte an einer Postkarte, die aus Schweden an den damaligen Abgeordneten Stefan Ludwig geschickt worden ist. Das war mindestens, allermindestens ein unkluges Verhalten von Szczepanski, eigentlich auch ein unprofessionelles; denn er hat ja damit rechnen müssen,

¹¹⁷⁷ Protokoll der 35. öffentlichen Sitzung vom 22.11.2018, S. 13f.

¹¹⁷⁸ Protokoll der 35. öffentlichen Sitzung vom 22.11.2018, S. 24.

¹¹⁷⁹ B 4, NfD zum Piatto Komplex, elektronische Dokumente, Band 2, 1999-ab dem 19991215 5-42-VSndf-bwpsmd“, S. 31.

dass diese Postkarte Ermittlungen auslösen würde, die dann auch ihn betreffen könnten.“¹¹⁸⁰

Am 09.06.2000 verfasste Milbradt ein Schreiben an den Abteilungsleiter sowie an den Leiter Beschaffung, in dem es unter anderem heißt:

„Anlässlich der Eröffnung einer Ausstellung des BfV in Rathenow am 08.06.2000 sprach mich Herr Cremer, Leiter der Abteilung II des BfV, u. a. zu folgendem Punkt an: Seiner Kenntnis nach werde hier erwogen, die Quelle ‚PIATTO‘ abzuschalten. Ich erwiderte darauf, es sei mir nicht bekannt, dass diese Frage sich so stelle. Gewiss würden alle Quellen immer wieder, und gelegentlich besonders intensiv, kritisch überprüft, und in diesem Sinne treffe es zu, dass die kritische Linse gegenüber ‚PIATTO‘ aktuell etwas schärfer eingestellt sei. Diese Prüfung habe aber nicht bis zu dem Punkt geführt, an dem sich definitiv die Frage ‚Abschaltung: ja oder nein?‘ stelle.

Ich unterstelle hier, dass ich gegenüber Herrn Cremer insoweit zutreffend Auskunft gegeben habe. Denn es ist für mich schlechterdings nicht vorstellbar, dass die Entscheidung über die Abschaltung oder Nichtabschaltung einer hochbedeutenden Quelle gefällt oder auch nur vorbereitet werden könnte, ohne dass der Auswertungsleiter hierzu konsultiert worden ist.

Herr Cremer betonte in diesem Zusammenhang, dass das BfV eine mögliche Abschaltung der Quelle ‚PIATTO‘ außerordentlich bedauern würde. Denn ‚PIATTO‘ sei eine aus bundesweiter Sicht hochwichtige, kaum ersetzbare Quelle. Die Erkenntnisverluste wären bei einer Abschaltung auch für das BfV unabsehbar.

Ich teile diese grundsätzliche Auffassung. Meine Bewertung in meinem Schreiben vom 22.03.1999 [...] halte ich aufrecht:

‚PIATTO‘ ist eine herausragende, besonders wertvolle Quelle. Sie berichtet zuverlässig und umfassend. Anfänglich gab es gelegentlich Aktivitäten von ‚PIATTO‘, die nicht restlos von den ihm vorgegebenen Aufträgen und Verhaltensrichtlinien gedeckt waren. Seit mindestens drei Jahren hat sich die Quelle aber als uneingeschränkt steuerbar und insoweit vertrauenswürdig erwiesen. [...]‘

[...]

Wie bekannt, sind jüngst Zweifel an der Quelle ‚PIATTO‘ aufgekommen. Ich beurteile sie wie folgt:

- *Nachrichtenehrlichkeit: Es gibt keine Indizien dafür, dass ‚PIATTO‘ unzutreffend oder gar wissentlich falsch berichtet. Gelegentlich sind, wenn man sehr strenge Maßstäbe anlegt, seine Angaben nicht umfassend und erschöpfend. Dem wäre durch entsprechende Befragung und Steuerung abzuhelpfen.*

¹¹⁸⁰ Protokoll der 32. öffentlichen Sitzung vom 31.08.2018, S. 77.

- Motivation: Motivationsschwankungen könnten durch persönliche Veränderungen verursacht sein, aber auch durch den Umstand, dass ‚PIATTO‘ den Eindruck gewinnt, seine Leistungen würden nicht mehr wie ehemals geschätzt und gebraucht. Dem wäre durch eine entsprechende Steuerung abzuhelpfen.
- Einsatzbereitschaft: Bisher hat sich ‚PIATTO‘ in alle Bereiche, die für ihn vorgesehen waren, steuern lassen. Ich rege an, den weiteren Einsatz ‚PIATTO‘’s mittelfristig zu planen und dabei seinen Einsatzwillen und seine Fähigkeiten entsprechend zu nutzen. Die Einsatzbereitschaft einer Quelle hängt gewiss auch davon ab, dass sie eine verlässliche Perspektive für ihre Tätigkeit sieht.“¹¹⁸¹

Dazu befragt konnte sich der Zeuge Cremer der Wegesin von der Schule für Verfassungsschutz kannte, vor dem Untersuchungsausschuss daran erinnern, dass er in Rathenow eine Ausstellung zum Thema Rechtsextremismus eröffnet hatte. *„Ich kann mich aber nicht dran erinnern, ob ich anlässlich dieser Ausstellungseröffnung Herrn Milbradt getroffen habe und über was ich mit ihm gesprochen habe.“*¹¹⁸² Auf Nachfrage konnte er sich auch nicht erinnern, ob zu diesem Zeitpunkt schon Gerüchte über eine Abschaltung „Piattos“ in Umlauf waren.¹¹⁸³ Auf die Frage, wie es sein könne, dass er gegenüber Milbradt einen Informationsvorsprung gehabt habe, äußerte sich der Zeuge Cremer:

*„Es gibt einen vielfältigen - persönlichen, telefonischen - Austausch zwischen Mitarbeitern [...] des BfV und den Kollegen in den Landesbehörden, Gespräche zwischen den Beschaffern. Denkbar ist, dass ich auf diesem Wege auch von etwas erfahren habe, von dem ich aber jetzt nicht mehr weiß, ob ich es erfahren habe.“*¹¹⁸⁴

Der damalige Abteilungsleiter Heiner Wegesin erinnerte sich vor dem Untersuchungsausschuss:

*„Wir haben damals schon sehr virulent diskutiert, und die Sorge, die ist auch wirklich aktenkundig, dass der Szczepanski irgendwann hochgeht, weil der einen sportlichen Reifen fährt und sich so in der Szene betätigt.“*¹¹⁸⁵

¹¹⁸¹ B 4, NfD zum Piatto Komplex, elektronische Dokumente, Band 2, 2000 43-226-VSnfd-bwpsmd, S. 166f.

¹¹⁸² Protokoll der 32. öffentlichen Sitzung vom 31.08.2018, S.10.

¹¹⁸³ Protokoll der 32. öffentlichen Sitzung vom 31.08.2018, S.11.

¹¹⁸⁴ Protokoll der 32. öffentlichen Sitzung vom 31.08.2018, S. 25.

¹¹⁸⁵ Protokoll der 26. öffentlichen Sitzung vom 04.5.2018, S. 81.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz habe jedoch „keine anderen Erkenntnislagen“¹¹⁸⁶ gehabt:

„Ich möchte von meinem gesamten Erkenntnisstand ausschließen, dass der Bund mehr wusste als wir. Auf der anderen Seite kann ich Ihnen dann auch nur sagen, weil ich nun belehrt bin durch den Herrn Vorsitzenden, dass ich mich strikt an die Wahrheit zu halten habe, und Ihnen auch sagen kann, woran ich mich erinnere: Ich erinnere - - Ich möchte eine Erinnerung ausschließen, dass der Bund was davon wusste. Wenn Sie das so umtreibt, laden Sie das BfV.“¹¹⁸⁷

Im Rahmen einer länderübergreifenden Aktion der Verfassungsschutzbehörden gegen den bekannten Rechtsextremisten Nick G. erhielt „Piatto“ Ende März 2000 den Auftrag, die Bekanntschaft mit dem ins Land Brandenburg gezogenen Nick G. zu suchen.¹¹⁸⁸

Die Angaben, die Szczepanski gegenüber seinem V-Mann-Führer zu Nick G. machte, fanden Eingang in Ermittlungen der Landeskriminalämter Brandenburg und Berlin, die Nick G. am 12.06.2000 verhafteten und als Beschuldigten vernahmen (ausführlich hierzu Kapitel 3.4.8.).

In einem Treffvermerk vom 21.06.2000 zu einem Treff mit „Piatto“ am 20.06.2000 in Wildau heißt es:

„Der Quelle im Fall ‚Piatto‘ wurde eröffnet, dass der bekannte Rechtsextremist Nick G. inzwischen inhaftiert wurde, da man bei Nick G. eine Rohrbombe gefunden habe. Durch die auftragsgemäße Bekanntschaft der Quelle mit Nick G. bestehe nun die Möglichkeit, dass Nick G. gegenüber der Polizei Angaben machen könne, durch die die Quelle zu Aussagen gegenüber der Polizei veranlaßt werden könnte.“

Bis zur Klärung strafrechtlich relevanter Vorgänge und dem Abschluss staatsanwaltschaftlicher Maßnahmen, soll der Kontakt zwischen der Behörde und der Quelle kurzfristig begrenzt werden. Die Quelle habe jedoch die Möglichkeit, jederzeit die Verbindung zum Unterzeichner herzustellen, wenn sie sich in irgendeiner Weise einer Gefahr ausgesetzt sehe oder Kenntnisse über links- oder rechtsextremistische Gewalttaten der Szene erhalte.“¹¹⁸⁹

¹¹⁸⁶ Protokoll der 26. öffentlichen Sitzung vom 04.5.2018, S. 80.

¹¹⁸⁷ Protokoll der 26. öffentlichen Sitzung vom 04.5.2018, S. 81.

¹¹⁸⁸ B4, NfD zum Piatto Komplex, elektronische Dokumente, Band 2, 2000 43-226 VSndf-bwpsmd.pdf, S.115.

¹¹⁸⁹ B4, NfD zum Piatto Komplex, elektronische Dokumente, Band 2, 2000 43-226-VSndf-bwpsmd.pdf, S. 168 f.

In einem weiteren Treffvermerk vom 23.06.2000 wird ausgeführt:

„Die Quelle im Fall ‚Piatto‘ meldete sich am Mittwoch, dem 21.06.00 telefonisch beim Unterzeichner und teilte mit, dass sie zunächst telefonischen Kontakt mit dem hier bekannten Berliner Rechtsterroristen H. L. hatte und bat um ein persönliches Gespräch. Darauf hin wurde für den 23.06.00 ein Termin vereinbart.“¹¹⁹⁰

Zu diesem Treff heißt es:

„Im Laufe des Treffs wurde mit der Quelle im Fall ‚Piatto‘ nochmals die Situation, die aufgrund der Inhaftierung des Nick G. entstanden ist, besprochen. Der Quelle wurde nochmals verdeutlicht, dass die Einschränkung des Kontaktes durchaus auch in seinem Interesse liege, da ein Bekanntwerden ihrer Zusammenarbeit mit der Behörde aus Gründen des Quellenschutzes gegenüber Dritten auf jeden Fall vermieden werden müsse. Die Quelle im Falle ‚Piatto‘ akzeptierte diese Sichtweise und erklärte sich damit einverstanden, bei Vorliegen einer subjektiv empfundenen Gefährdungslage oder bei der Erlangung von Erkenntnissen über Gewalttaten unverzüglich mit dem Unterzeichner Kontakt aufzunehmen.“

Ein weiterer Gesprächsschwerpunkt war der möglicherweise perspektivische Einsatz der Quelle. Auch hier zeigte sich die Quelle offen für die Verlegung ihres schwerpunktmäßigen Einsatzes zu einem späteren Zeitpunkt.“¹¹⁹¹

Der Treffvermerk enthält die folgende handschriftliche Verfügung des Abteilungsleiters Wegesin vom 23.06.2000:

„Ich bitte, nachdem die Quelle sich von sich aus im Hinblick auf eine mögliche Gefährdung des Ralf L. hin gemeldet hat und dabei noch einmal die Modalitäten der Kommunikation zw. V-Mann-Führer u. Quelle (Kontaktabbruch!) verdeutlicht wurden, bis auf weiteres jeden weiteren Kontakt zu unterlassen!“¹¹⁹²

In einem Vermerk vom 26.06.2000 heißt es u.a.:

„Die Quelle rief am Freitag, dem 23.06.00, an und teilte mit, dass der Berliner Rechtsterrorist H. L. zusammen mit H. S., entgegen seiner Ankündigung, bereits am 23.06.00 nach Königs Wusterhausen angereist war. H. L. und H. S. hätten ein Gespräch mit Ralf L. geführt. Weitere Angaben wollte die Quelle nicht machen und ersuchte um ein persönliches Gespräch. In dieser Unterhaltung sollte die sich aus dem Besuch vom H. L. und H. S. ergebende

¹¹⁹⁰ B4, NfD zum Piatto Komplex, elektronische Dokumente, Band 2, 2000 43-226-VSnfd-bwpsmd.pdf, S. 171.

¹¹⁹¹ B4, NfD zum Piatto Komplex, elektronische Dokumente, Band 2, 2000 43-226-VSnfd-bwpsmd.pdf, S. 172.

¹¹⁹² B4, NfD zum Piatto Komplex, elektronische Dokumente, Band 2, 2000 43-226-VSnfd-bwpsmd.pdf, S. 173.

Gefährdungslage hinsichtlich der Person der Quelle erörtert werden. [...] Laut Rücksprache mit V/4.1. soll nun ein gemeinsamer Treff am 30.06.00 durchgeführt werden.“¹¹⁹³

Dieser Vermerk enthält die folgende handschriftliche Notiz von Beschaffungsleiter Giebler:

„AL V unterrichtete V/4.xx und den Unterzeichner am 28.6.00, 9.00 h, mündlich über die Weisung des StS, die Zusammenarbeit mit der Quelle im Fall ‚Piatto‘ mit sofortiger Wirkung zu beenden. Der Quelle ist diese Entscheidung anlässlich des Treffs am 30.6.00 mitzuteilen und eine schriftliche Beendigungserklärung – [...] - abzufordern. Zur zeitlich begrenzt fortwirkenden Fürsorgepflicht der Quelle und den Modalitäten über das Auslaufen der Betreuung ist der VMF allgemein informiert worden. RL V/3 ist durch AL V über die Entwicklung informiert worden.“¹¹⁹⁴

3.6.1.2. Endgültige Entpflichtung „Piatto“

Bereits am 19.06.2000 hatte Abteilungsleiter Wegesin in einem Schreiben an Staatssekretär Lancelle¹¹⁹⁵ vorgeschlagen, die Zusammenarbeit mit „Piatto“ bis zur Klärung eventueller strafrechtlicher Vorwürfe im Zusammenhang mit dem Strafverfahren gegen Nick G. zu beenden:

„I. Votum

Zustimmung zur Beendigung der Zusammenarbeit mit der Quelle ‚Piatto‘ bis zur abschließenden Klärung gegen sie gerichteter potentieller strafrechtlicher Vorwürfe im Zusammenhang mit dem o.a. Strafverfahren durch die ermittelnde Staatsanwaltschaft beim LG Berlin (Einzelheiten siehe Ziff. III-Maßnahmen)

II. Sachverhalt

Auf Grund mehrerer Hinweise der Quelle ‚Piatto‘ und Erkenntnissen einer daraufhin gegen Nick G. eingeleiteten [Beschränkungsmaßnahme] des BfV ergab sich der dringende Verdacht, dass dieser im Besitz einer von ihm selbst hergestellten Rohrbombe (Stahlrohr mit Schwarzpulverladung) sei. Bei der daraufhin durch die Polizeibehörden vorgenommenen Durchsuchung der Wohnung des Nick G. wurde die Rohrbombe sowie NS-Propagandamaterial der NSDAP/AO aufgefunden.

In seiner ersten polizeilichen Beschuldigtenvernehmung durch das LKA Berlin am 12.06. präsentierte Nick G. mehrere, sich widersprechende Aussageversionen zum geplanten Verwendungszweck des Sprengkörpers. In

¹¹⁹³ 2000 43-226-VSnfd-bwpsmd.pdf, S. 174f.

¹¹⁹⁴ 2000 43-226-VSnfd-bwpsmd.pdf, S. 175.

¹¹⁹⁵ Ordner B 4, Herabstufungen, 53-004-S-530 003-0000-0038_2018 VS NfD_Liste 2, Nr. 30_Piatto-860-1058-S1273-1275-VS nfd-bpwsmd.pdf, S. 1-3.

seiner Aussageversion behauptet Nick G., die Quelle habe ihn im Rahmen eines Treffens von Szeneangehörigen in ihrer Wohnung gefragt, ob er die Rohrbombe für einen Anschlag auf die Kraftfahrzeuge von Angehörigen der linken Antifa-Szene einsetzen wolle. Als er dieses bejaht habe, sie ihm durch die Quelle ein Zettel mit der Telefonnummer eines rechten Szeneangehörigen, G. W., mit der Maßgabe ausgehändigt worden, sich mit diesem in Verbindung zu setzen. Nach Vorstellung der Quelle – so Nick G. – sollte er gemeinsam mit G. W. einen Tatort für einen Anschlag auf das Kfz des Antifa-Angehörigen ausspähen, der zuvor bereits das Fahrzeug des G. W. angezündet habe. Nick G. solle dann den geplanten Tatort der Quelle übermitteln; diese werde dann die Tatzeit festlegen. Nick G., so seine Einlassung, habe den Zettel weggeworfen und sich nicht bei G. W. gemeldet. Einige Wochen später habe ihn die Quelle noch einmal daran erinnert, er möge mit G. W. in Verbindung treten.“

Anschließend heißt es unter der Überschrift „Bewertung“:

„Aufgrund der Einlassung des Nick G. kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Quelle versucht hat, Nick G. zur Vorbereitung eines Explosionsverbrechens i. S. v. § 310 StGB anzustiften. Es liegen damit zumindest erste Anhaltspunkte für die objektive Verwirklichung dieses Tatbestandes vor. Das bisherige Führungsverhalten der Quelle, ihre Berichtstreue sowie ihr früheres zuverlässiges, weisungskonformes Verhalten in vergleichbaren Situationen (Hinweise auf geplante Brandanschläge, Sicherstellung von Schusswaffen u. ä.) sowie eine erste Auswertung der Quellenmeldungen und Treffberichte sprechen demgegenüber dagegen, dass die Quelle gegen ihre klare Weisungslage (Keinerlei Tatbeitrag zu Straftaten!) verstoßen hat. Nach einer ersten Lagebeurteilung muss vielmehr davon ausgegangen werden, dass die Quelle im Rahmen der auch nach ihren Berichten stattgefundenen Besprechung mit dem Ziel handelte, durch eine Beteiligung an der Festlegung von Tatort und –zeit die weitere Lageentwicklung operativ kontrollierbar zu halten, um den Zugriff durch die Polizei zu ermöglichen.

Gleichwohl ist nach derzeitiger Sachlage – zumindest durch Realisierung des objektiven Tatbestandes – die Beteiligung der Quelle an einer Straftat i. S. d. § 310 StGB nicht mit einem für einen verantwortbaren Einsatz der Quelle im militanten rechtsextremen Milieu erforderlichen Maß auszuschließen. Insoweit sollte der weitere Fortgang der Sachaufklärung und die flankierende rechtliche Würdigung durch die Staatsanwaltschaft abgewartet werden, um eine abschließende Bewertung über die zukünftige Einsetzbarkeit der Quelle zu treffen.

Im Hinblick auf das in § 6 Abs. 7 Satz 1 BbgVerfSchG statuierte Verbot, beim Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel rechtswidrig und schuldhaft Straftaten zu begehen – wie auch aus übergeordneten politischen Erwägungen – halte ich daher die Beendigung der Zusammenarbeit der Quelle bis zur abschließenden Klärung potentieller gegen sie gerichteter strafrechtlicher Vorwürfe für geboten.

Nachrichtendienstliche Zugangsverluste im militanten rechtsextremistischen Bereich [...] sind demgegenüber hinzunehmen“

Unter der Überschrift „Maßnahmen“ schlug Wegesin abschließend vor, die „Zusammenarbeit mit der Quelle [...] bis auf weiteres unverzüglich“ zu beenden.

„Der Quelle wird aufgegeben, keine weiteren Informationen i.S.d. § 3 Abs. 1 BbgVerfSchG zu erheben. Die Kontakte der Quellenführung zur Quelle werden abgebrochen. Umgekehrt hat die Quelle den Kontakt zur Quellenführung abubrechen. Der Quelle bleibt lediglich vorbehalten, im Falle konkreter Gefährdungen von Leib und Leben oder mit Hinweisen auf Gewalttaten von sich aus mit der Verfassungsschutzbehörde in Kontakt zu treten.“

Darüber hinaus kündigte Wegesin unverzügliche Gespräche mit der Staatsanwaltschaft Berlin „mit dem Ziel einer möglichst raschen abschließenden Würdigung des o. a. Sachverhaltes“ an.

„Ich halte ein positives Gesprächsergebnis für sehr kurzfristig erreichbar. Das Gespräch mit GStA Dr. Karge ist für den 23.06. terminisiert.“

Im letzten Absatz des Schreibens heißt es:

„Die Quelle hat bisher regelmäßige monatliche Zuwendungen erhalten. Sie hat vor einigen Monaten ein kleines Einzelhandelsgeschäft eröffnet und bestreitet z. Zt. bis zum ‚Anlaufen‘ des Geschäftes einen erheblichen Teil des Lebensunterhaltes aus der Zuwendung. Ggf. werden die Zahlungen an die Quelle zu reduzieren sein.“

Das Schreiben enthält den folgenden handschriftlichen Vermerk des Staatssekretärs Lancelle vom 19.06.2000

„1. Ich danke der Abt. V für die umsichtige, fachlich, rechtlich und politisch sensible Behandlung der Angelegenheit.

2. Mit Vorschlag einverstanden. Zur finanziellen Seite der Sache [...] müßte allerdings noch gesondert gesprochen werden.

3. Grundsätzlich für diesen Fall und alle anderen: Wir müssen penibel darauf achten, daß der rechtliche Rahmen, der das Verhalten der Quellen und das unsere definiert und begrenzt, niemals überschritten wird.

4. Ich bitte, die konsequente Umsetzung des obigen Verfahrensvorschlags strikt zu überwachen.

5. Ich bitte, eine geeignete Unterrichtung der PKK vorzubereiten.“¹¹⁹⁶

¹¹⁹⁶ Ordner B 4, Herabstufungen, 53-004-S-530 003-0000-0038_2018 VS nFD_Liste 2, Nr. 30_Piatto-860-1058-S1273-1275-VS nfd-bpwsmd.pdf, S. 3.

Im letzten Absatz von Wegesins Schreiben (s.o.) wurde der folgende Satz von Lancelle handschriftlich unterstrichen: „Ggf. werden die Zahlungen an die Quelle zu reduzieren sein.“ Daneben steht die handschriftliche Anmerkung: „Hierzu bitte Rücksprache“.

Am 30.06.2000 unterzeichnete Carsten Szczepanski eine „Beendigungserklärung“. Im Treffvermerk heißt es: „Im Laufe des Gesprächs berichtete die Quelle, dass sie weder in ihrem Laden noch unter ihrer Wohnadresse von Polizeibeamten in letzter Zeit aufgesucht wurde.“ Handschriftlich wurde folgender „Zusatz“ nachgetragen: „Auf wiederholte Nachfrage erklärte Quelle, daß ein Mitarbeiter des 4.4. [gemeint ist das 4. Polizeikommissariat des Potsdamer Polizeipräsidiums] fernmündliche Nachfrage hielt, auf die sie nicht eingegangen sei.“¹¹⁹⁷

3.6.1.3. Unterrichtung der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) des Landtags

Mit Schreiben vom 05.07.2000 informierte Staatssekretär Lancelle den Vorsitzenden der PKK Christoph Schulze über die Entpflichtung „Piatto“s:

„[...] im Nachgang zu meinem Schreiben vom 04.07., mit dem ich um die kurzfristige Einberufung einer Sitzung der Parlamentarischen Kontrollkommission gebeten hatte, darf ich Sie aus aktuellem Anlass über folgenden Vorgang unterrichten:

Am 29.06.2000 wurde im Rahmen eines Gespräches eines Mitarbeiters der Verfassungsschutzabteilung meines Hauses mit einer Gewährsperson aus Königs Wusterhausen, mit der auf offener Basis Informationsgespräche geführt werden, bekannt, dass in der örtlichen Antifa-Szene verbreitet werde, die Quelle „PIATTO“ (Klarnamen: Carsten Szczepanski) sein ein ‚Maulwurf‘ des ‚Staats-schutzes‘ in der NPD. Es sei in der örtlichen Antifa-Szene, der die Gewährsperson zuzurechnen ist, auffällig gewesen, dass Szczepanski, obwohl er wegen versuchten Mordes an einem ausländischen Mitbürger vorbestraft sei, als prominentes Mitglied der rechten Szene und als Wahlfunktionär der NPD (Landesorganisationsleiter) völlig unbehelligt durch die Polizei habe agieren können. Die Gewährsperson habe sich daraufhin telefonisch an einen ihr seit Jahren persönlich bekannten Polizeibeamten beim 4. Kommissariat des Polizeipräsidenten Potsdams gewandt und ihm vorgehalten, dass Szczepanski offenkundig ‚Spitzel‘ der Polizei sei. Der Beamte habe bestätigt, dass Szczepanski mit der Polizei zusammenarbeite und hierfür auch Geld erhalte. Er habe des Weiteren eingeräumt, dass die Polizei auf Grund der Hinweise von Szczepanski in der Lage gewesen sei, den Ankauf eines halbautomatischen Gewehrs mit Zielfernrohr und Schalldämpfer durch ein Mitglied der Königs

¹¹⁹⁷ Treffvermerk und Beendigungserklärung in: 2000 43-226-VSnd-bwpsmd, S. 180-184.

Wusterhausener Skinhead-Szene zu beobachten und durch Festnahme der Tatbeteiligten zu vereiteln.

Die Gewährsperson wies die Verfassungsschutzbehörde darauf hin, dass auch Mitglieder der militanten Antifa-Szene in Königs-Wusterhausen über diesen Sachverhalt unterrichtet seien. Darüber hinaus seien mehrere Vertreter der Medien davon unterrichtet, dass Szczepanski als prominentes Mitglied der rechten Szene in Königs-Wusterhausen Informant des ‚Staatsschutzes‘ sei.

Es werde erwogen, Szczepanski im Rahmen einer parlamentarischen Anfrage im Landtag oder durch Presseveröffentlichungen öffentlich bloßzustellen.

Die Zusammenarbeit der Verfassungsschutzbehörde mit der Quelle wurde am 30.06.2000 durch Unterzeichnung einer förmlichen Entpflichtungserklärung endgültig beendet.

Schon zuvor war die Zusammenarbeit am 16.06. seitens der Verfassungsschutzbehörde ausgesetzt worden, um die Vertretbarkeit und den Nutzen einer weiteren Kooperation zu prüfen. Der Leiter der Verfassungsschutzbehörde hatte hierzu in der Sitzung der PKK am 20.06.00 vorgetragen.

Die Quelle wird z. Zt. durch die Verfassungsschutzbehörde im Hinblick auf die zwischenzeitlich eingetretene potentielle persönliche Gefährdung ausschließlich sicherheitsbetreut.

Die Quelle hat mitgeteilt, dass am 03.07. ein Mitarbeiter der Berliner Redaktion des Nachrichtenmagazins ‚Der Spiegel‘ sich telefonisch bei ihr gemeldet habe und Informationen zu dem o. a. Sachverhalt erbeten habe. Die Quelle habe jeglichen Kontakt abgelehnt. Am 04.07.00 sei die Quelle durch den Mitarbeiter des Spiegel erneut mehrfach angerufen worden. Sie hat nach ihren Angaben erneut jeglichen Gesprächskontakt abgelehnt. Daraufhin sei der Quelle bedeutet worden, es sei besser mit der Presse zusammenzuarbeiten, da ihre Informantentätigkeit für den ‚Staatsschutz‘ bekannt sein.

Bei der Entscheidung, die Quelle ‚abzuschalten‘, waren folgende Aspekte gegeneinander abzuwägen:

Die im Jahre 1994 geworbene Quelle hatte aufgrund ihres Vorlebens und ihrer Verankerung in der rechten Szene vorzüglichen Einblick in deren Strukturen und Handlungen. Insofern besaß sie hohen Informationswert bereits in der ersten Phase der Zusammenarbeit, als sie sich noch in Strafhaft mit der Möglichkeit zu Freigängen befand. Bei ihrer Anwerbung wurde davon ausgegangen, dass sich der Informationswert nach Abbüßung der Strafhaft weiter erhöhen würde.

Die Anwerbung erfolgte seinerzeit unter Zurückstellung von Bedenken, die sich an dem Charakter und Wesen der Quelle und ihres strafrechtlichen Vorlaufs festmachten, weil der erhoffte Informationsnutzen als die genannten Bedenken überlagernd angesehen wurde. Wegen dieses auch politisch sensiblen Abwägungsprozesses hatte die seinerzeitige Leitung des Innenministeriums -

deutlich über den üblichen, gesetzlich normierten Unterrichtsrahmen hinaus – eine enge Abstimmung mit der PKK gesucht und hat aus demselben Grund eine kontinuierliche Berichterstattung gegenüber der PKK vorgenommen. Diese eingehende Unterrichtspraxis wurde von der neuen Führung des Innenressorts beibehalten.

Aufgrund der ‚Enttarnung‘ der Quelle ist die seinerzeitige Legitimation dafür, sich einer derartigen Person überhaupt zu bedienen, entfallen, da davon auszugehen ist, dass ihr Zugang zu verfassungsschutzmäßig relevanten Informationen zukünftig verschlossen sein wird.

Über diesen Aspekt hinaus sprach auch die nunmehr eingetretene persönliche Gefährdung der Quelle dafür, die Zusammenarbeit definitiv zu beenden.

Die Verfassungsschutzbehörde hat sowohl im Hinblick auf die offenkundige Indiskretion aus den Sicherheitsbehörden des Landes wie auch im Hinblick auf die potentielle Gefährdung der Quelle die notwendigen Maßnahmen veranlasst. Über den weiteren Fortgang der Angelegenheit werde ich Sie unterrichten.“¹¹⁹⁸

Die von Lancelle unterschriebene Ausfertigung trägt den handschriftlichen Zusatz „WER IST DER MAULWURF BEI UNS?“. Die Passage „persönlich bekannten Polizeibeamten beim 4. Kommissariat“ ist unterstrichen. Daneben ist handschriftlich vermerkt: „WER IST DAS?“.

Am 06.07.2000 fand eine außerplanmäßige PKK-Sitzung statt, an der neben den Abgeordneten Klaus Bochow, Dierk Homeyer und Michael Schumann auch Staatssekretär Eike Lancelle und Verfassungsschutzleiter Heiner Wegesin teilnahmen. Im PKK-Protokoll wird der Verlauf der Sitzung wie folgt zusammengefasst:

*„**Staatssekretär Lancelle** informiert durch die Übergabe eines Schriftstückes an die Mitglieder der PKK und durch mündliche Erläuterungen über eine zu erwartende Presseveröffentlichung in der die Identität eines ‚V-Mannes‘ der brandenburgischen Verfassungsschutzabteilung aufgedeckt zu werden droht.*

*Der Vorsitzende, **Abg. Bochow** (SPD), **Abg. Homeyer** (CDU) und **Abg. Prof. Dr. Schumann** (PDS) stellen weitere Nachfragen zu dem Vorgang und diskutieren ausführlich über den Sachverhalt und über das weitere Vorgehen in dieser Sache.*

***Staatssekretär Lancelle** und Herr **Wegesin** (MI) beantworten die Fragen.*

¹¹⁹⁸ Regierungsbericht MIK, S. 102-104, mit Schwärzungen in: B 4\Herabstufungen\2018-04-26 Übergabe NfD Fassung\Matrix-Liste 7\ Nr 48_Seiten aus 2000_Vermerke_Piatto-Schutzakte_VS-NfD_bwpsmd.pdf, S. 1-3.

Die **Mitglieder der PKK** einigen sich einvernehmlich darauf, eine gemeinsame Presseerklärung (s. Anlage) abzugeben.

*Der Vorsitzende schließt die Sitzung.*¹¹⁹⁹

Die im Protokoll erwähnte Anlage liegt dem Untersuchungsausschuss nicht vor. Gemeint ist hier vermutlich eine Pressemitteilung, die sich auf den Artikel „Führer der Meute“¹²⁰⁰ über Szczepanski in der „SPIEGEL“-Ausgabe vom 10.07.2000 bezieht. Im Regierungsbericht heißt es dazu:

*„Ein Vorabdruck des betreffenden Artikels war jedenfalls bereits am 08.07.2000 im Innenministerium verfügbar, das hierzu eine kurze Presseerklärung des Innenministers abgegeben hat. Möglicherweise ist die Presseerklärung der PKK auch bereits vor Erscheinen der Druckausgabe des Magazins veröffentlicht worden.“*¹²⁰¹

In dem „SPIEGEL“-Artikel wird zunächst auf den Mordversuch in Wendisch-Rietz eingegangen:

„Das Kommando wurde von einem der schlimmsten brandenburgischen Neonazis angeführt: Der gebürtige West-Berliner stammt aus der Clique der mittlerweile verbotenen Nationalistischen Front. Nach der Wende ging der einschlägig Vorbestrafte in den Osten.

Im Februar 1995 verurteilte ihn das Landgericht Frankfurt (Oder) wegen ‚versuchten Mordes‘ zu acht Jahren Haft. [...]

Das Verdikt hielt den Brandenburger Verfassungsschutz nicht davon ab, den Schwermkriminellen anzuheuern. Bereits in der Untersuchungshaft hatte sich der Neonazi den Staatsschützern als Spitzel angedient und war gern genommen worden. Seitdem berichtet Quelle ‚Piato‘ [sic!] den Auftraggebern fast wöchentlich aus der Szene. [...]

*Bis zu tausend Mark kassierte ‚Piato‘ [sic!] jeden Monat aus der Staatskasse für seine Spitzeldienste, zuzüglich der Kosten für ein Diensthandy. Er informierte seine Auftraggeber über die intensiven Kontakte zwischen berüchtigten Brandenburger ‚freien Kameradschaften‘ und schwedischen Nazis ebenso wie über geplante Skinhead-Konzerte oder mögliche Verbindungen zwischen rechten Prügelkommandos und der NPD. Selbst zu Nazi-Treffs in Bayern schwärmte der Spitzel schon als Freigänger aus.“*¹²⁰²

¹¹⁹⁹ PKK Protokolle, 6. Sitzung vom 06.07.2000, S. 2.

¹²⁰⁰ MAT_A-BB-14b_Band_II, S. 112f.

¹²⁰¹ Regierungsbericht MIK, S. 105.

¹²⁰² MAT_A-BB-14b_Band_II, S. 112.

Vermutet wird in diesem Artikel auch, „Piatto“ könne für das Bundesamt für Verfassungsschutz gearbeitet haben:

„Noch etwas spricht dafür, dass der Neonazi den Bund mit Informationen belieferte. 1993 hatten Unbekannte bei Zeesen in Brandenburg aus einem Auto heraus einem Holländer den Oberarm durchschossen. Die Ermittler tappten zunächst im Dunkeln, bis plötzlich das Bundesamt für Verfassungsschutz die Täter präsentierte. Einer von denen war ein Rechtsradikaler aus Königs Wusterhausen, mit dem ‚Piatto‘ zusammengewohnt hatte.“¹²⁰³

An einer weiteren außerplanmäßigen PKK nahmen am 12.07.2000 neben den Abgeordneten Christoph Schulze (Vorsitzender), Klaus Bochow, Dierk Homeyer und Michael Schumann auch Minister Schönbohm sowie Abteilungsleiter Wegesin teil. Im Protokoll heißt es:

*„Der **Vorsitzende** eröffnet die 7. und außerplanmäßige Sitzung der Parlamentarischen Kontrollkommission und verliest die Fragen aus dem Schreiben vom 10.07.2000 des PKK-Mitgliedes, Abg. Prof. Dr. Schumann (PDS) zum Hintergrund der Tätigkeit des ‚V-Mannes Piatto‘.*

Minister Schönbohm bedankt sich für die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der PKK in dieser Frage.

Herr Wegesin (MI) beantwortet die Fragen und Nachfragen von Abg. Prof. Dr. Schumann (PDS),

Minister Schönbohm erläutert seine Vorstellungen von der Vorgehensweise des Verfassungsschutzes.

*Der **Vorsitzende** regt an, zu prüfen, ob die noch nicht erfüllten Schadensersatzansprüche des Opfers aus der Straftat des ehemaligen ‚V-Mannes Piatto‘ von dem Land Brandenburg bezahlt werden könnten.*

Nach einer weiteren Aussprache zwischen den Mitgliedern der PKK und den anwesenden Vertretern des Ministeriums des Innern schließt der Vorsitzende die Sitzung.“¹²⁰⁴

¹²⁰³ MAT_A-BB-14b_Band_II, S. 113.

¹²⁰⁴ PKK Protokolle, 7. Sitzung am 12.07.2000, S. 2.

3.6.2. Enttarnung „Piattos“ als Quelle des Verfassungsschutzes

Die Gefahr einer Enttarnung drohte bereits zu Beginn von Szczepanskis Tätigkeit aufgrund der Überwachung während der Haft. Diese Gefahr konkretisierte sich, als sein Handy in der Telekommunikationsüberwachung gegen Jan Werner durch das LKA Thüringen erfasst wurde (3.8.4.).

Wie der Sachverständige Dirk Laabs vor dem Untersuchungsausschuss darstellte, geriet Szczepanski in der sächsischen „Blood & Honour“-Szene in Verdacht, als am 18.10.1998 eine Lieferung von „Landser“-CDs aus einem tschechischen Presswerk an der tschechischen Grenze vom Zoll gestoppt wurde.¹²⁰⁵ Laabs legte dem Untersuchungsausschuss dazu die Kopie einer handschriftlichen Notiz von Thomas Starke aus Chemnitz vor. Darauf hatte Starke „*Achtung vor*“ notiert. Nach einer Reihe von anderen Namen folgen auch die Kontaktdaten von Carsten Szczepanski.¹²⁰⁶ Auch der damalige Referatsleiter Milbradt wies in seiner Vernehmung am 19.01.2017 vor dem 3. PUA des Deutschen Bundestages auf diesen Sachverhalt hin.

Die Gefahr einer Enttarnung ergab sich sodann, als die Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth ab Anfang 1999 und ab dem 08.12.1999 das Polizeipräsidium Potsdam gegen Szczepanski und seinen V-Mann-Führer Dieter Borchert wegen der Ausgabe Nr. 13 des Fanzines „United Skins“ ermittelten (vgl. Kapitel 3.5.1.). Der Untersuchungsausschuss ist der Frage nachgegangen, ob der im Kapitel (3.5.2.) dargestellte – nicht eingestufte – Schriftwechsel zwischen KD Junge und Referatsleiter Milbradt im Februar 2000 in Polizeikreisen zu dem Verdacht einer V-Mann-Tätigkeit Szczepanskis führte. Aus den dem Untersuchungsausschuss vorliegenden Akten der Polizei ist dies nicht ersichtlich. Wegen des Ergebnisses der Zeugenbefragung wird auf das Kapitel 3.5.2. verwiesen.

In einem Vermerk des Beschaffungsreferats vom 30.06.2000 wird über einen Treff mit einem Informanten am 29.06.2000 berichtet:

„[...] Wie dem Abteilungsleiter V, Herrn Wegesin, und dem Referatsleiter V/4, Herrn Giebler, schon vorab am 27.06.2000 berichtet, erhielt VMF am 26.06.2000 von [der Quelle] telefonisch die Information, dass der in Königs Wusterhausen ansässige und hinlänglich bekannte Rechtsextremist (Mitglied

¹²⁰⁵ Protokoll der 4. öffentlichen Sitzung vom 16.11.2016, S. 46.

¹²⁰⁶ B 3 Laabs und Botsch\SV Laabs\ PIATTO_POTSDAM.pdf, S. 150.

der NPD) – Carsten SZCZEPANSKI – ein ‚Maulwurf‘ in der NPD für das 4. K PP Potsdam sei. [...]

Da [die Quelle] seit Jahren enge und vertrauensvolle Kontakte zum 4. K PP Potsdam pflege, habe sie am Montag, dem 26.06.2000, einen ihr seit Jahren vertrauten Beamten angerufen (ohne Namensnennung) und ihm auf den Kopf zugesagt, dass das 4. K mit SZCZEPANSKI zusammenarbeiten muss, da sich SZCZEPANSKI in Königs Wusterhausen offensichtlich völlig unbehelligt alles erlauben könne ohne dass die Polizei tätig werde.

Darauf soll der Beamte erwidert haben, dass dies stimme, da man ja sonst keine sogenannten ‚Insiderinformationen‘ über die rechte Szene und speziell der NPD erhalten würde. [...]

Zu SZCZEPANSKI hätte der Beamte des 4. K noch erwähnt, dass SZCZEPANSKI beim 4. K nicht als Quelle geführt, sondern als Informant regelmäßig abgeschöpft werde. [...]

Was nun im Detail in naher Zukunft passiere, wisse [die Quelle], nicht genau. Sie habe erfahren, dass [...] bei der nächsten Sitzung des Brandenburger Landtags das PDS-Mitglied S[geschwärzt] L[geschwärzt] eine öffentliche Anfrage an den Innenminister des Landes Brandenburg, Jörg Schönbohm, einbringen werde.

Frage: ‚Gibt es Erkenntnisse darüber, dass hochrangige Rechtsextremisten aus Königs Wusterhausen vom 4. K geführt und bezahlt werden? [...]‘¹²⁰⁷

Über diesen Treff wurde am 04.07.2000¹²⁰⁸ ein weiterer Vermerk gefertigt. Hier heißt es unter anderem:

„Das PDS-Mitglied Stefan Ludwig soll vor einiger Zeit aus Schweden eine Postkarte erhalten haben mit dem Text ‚Wir wünschen ein schönes Kampffahr‘. Ludwig sei daraufhin sehr verunsichert gewesen und hat bei der örtlichen Polizei den Schutz der PDS-Zentrale in Königs Wusterhausen gefordert. Er hätte geäußert, dass er Angst vor Anschlägen habe. [...]

Des weiteren habe Ludwig [...] geäußert, dass er in der vorigen Woche, am 22. Oder 23.06.2000, beim Verfassungsschutz in Potsdam gewesen sei, um sich vor Ort über die dort vorhandenen Erkenntnisse über die rechtsextremistische Szene in Königs Wusterhausen und benachbarten Orten zu informieren.

Ludwig habe sich dabei auf einen Artikel im Tagesspiegel vom 20.06.2000 berufen, in dem dort in unmissverständlicher Weise auf die Problematik, auch

¹²⁰⁷ XX, Az. 55-004-S. 530 003-0000-0056-2018, lfd Nr. 43, S. 1-5.

¹²⁰⁸ Das ursprüngliche Datum auf dem Typoskript (30.06.2000) wurde handschriftlich korrigiert.

was Waffen betrifft, aufmerksam gemacht wird. Jedoch hätten die vorliegenden Erkenntnisse beim Verfassungsschutz noch alles übertroffen.“¹²⁰⁹

In einem Vermerk vom 10.07.2000 wird über mehrere Telefonate mit der Quelle am 07.07.2000 und 08.07.2000 berichtet:

„[...] Sie bemerkte, dass sie vor kurzer Zeit [...] ein Telefonat mit dem PDS-Mitglied in Königs Wusterhausen – S[geschwärzt] L[geschwärzt] – geführt hätte. L[geschwärzt] hätte ihr bestätigt, dass er gemeinsam mit den ‚Spiegel‘-Redakteuren in Königs Wusterhausen recherchiert habe und diesen bei der Arbeit zur Erstellung des am 10.07.2000 herauskommenden ‚Spiegel‘ und dem darin enthaltenen Artikel im Speziellen über Carsten SZCZEPANSKI geholfen hätte. [...]“¹²¹⁰

Dem Vermerk ist auch zu entnehmen, dass der unterzeichnende Quellenführer am 08.07.2000 beim „Spiegel“ anrief und auf Nachfrage noch am selben Tag den Artikel über Szczepanski per Fax erhielt.

Dem ging (wie in Kapitel 3.4.2. dargestellt) die Bedrohung Ludwigs durch die aus Schweden versandte Postkarte voraus. Am 25.01.2000 hatte Referatsleiter Milbradt per Fax die folgende Mitteilung an das Polizeipräsidium Potsdam (sowie nachrichtlich an die Polizeiabteilung im Innenministerium und das LKA Brandenburg) versandt:

„Aktivitäten der Anti-Antifa in Brandenburg

hier: Bedrohung des Herrn Stefan Ludwig, MdL, mittels einer Postkarte aus Schweden

In der im Bezug genannten Angelegenheit hat die Verfassungsschutzbehörde nicht gerichtsverwertbare Erkenntnisse darüber erlangt, welche Personen aus der einschlägigen Szene der Region Königs Wusterhausen sich zum Jahreswechsel in Schweden aufgehalten haben.

Es handelt sich um:

- Carsten SZCZEPANSKI*
- M. L.*
- M. Sch.*
- I. Z.*

¹²⁰⁹ B 4 Herabstufungen, 2018-04-26, Übergabe NfD Fassung, Matrix-Liste 6, Nr. 45_XX 1_068-S-445002-0101-52_01, S. 2.

¹²¹⁰ XX – Az 55-004-S-530 003-0000-0056-208, Lfd Nr. 44, S. 7.

Eigene Nachforschungen haben ergeben, dass der Verfasser der an Herrn Ludwig gerichteten Postkarte wohl unter den beiden zuletzt genannten Personen zu suchen sein mag.

Weitergehende Angaben können nicht gemacht werden.

Im Auftrag

*Milbradt*¹²¹¹

Jörg Milbradt sprach diesen Sachverhalt in seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuss von sich aus an:

*„[...] Und ein Umstand, der mindestens seine Unvorsichtigkeit belegt hat, war ja eine Tatsache, die vielleicht auch schon in anderem Zusammenhang hier in Rede stand, nämlich dass er sich beteiligt hatte an einer Postkarte, die aus Schweden an den damaligen Abgeordneten Stefan Ludwig geschickt worden ist. Das war mindestens, allermindestens ein unkluges Verhalten von Szczepanski, eigentlich auch ein unprofessionelles; denn er hat ja damit rechnen müssen, dass diese Postkarte Ermittlungen auslösen würde, die dann auch ihn betreffen könnten.“*¹²¹²

Der damalige Abteilungsleiter Heiner Wegesin erinnerte sich vor dem Untersuchungsausschuss er habe von Staatssekretär Lancelle den Auftrag bekommen, ein Gespräch mit Ludwig zu führen.

*„Also, mir sagte Herr Staatssekretär Lancelle, dass es ein Gespräch zwischen Herrn Ludwig und ihm - ich weiß nicht, ob auch mit dem Minister, das kann ich nicht sagen -, aber eben auf Leitungsebene gegeben hatte - ich weiß auch nicht, wer wen kontaktiert hatte -, dass Herr Ludwig sich Sorgen machte - ich möchte nicht von einer Verunsicherung oder Ängstigung reden; dazu kann ich nichts sagen, wie die Perzeptionslage bei Herrn Ludwig war - und dass Herr Lancelle in diesem Zusammenhang angeboten hatte, dass der Verfassungsschutz durch seinen Leiter auf Herrn Ludwig zugeht und mit ihm ein Gespräch führt. Das habe ich dann getan.“*¹²¹³

Wegesin datierte dieses Gespräch auf den Anfang seiner Amtszeit: *„es mag der erste oder zweite Tag meines Daseins gewesen sein“*¹²¹⁴. Wegesin hatte nach Aktenlage Mitte Januar 2000 sein Amt angetreten.

„Ich bin - ich weiß gar nicht mehr, wer mich begleitet hat, es mag Herr Milbradt gewesen sein; ich weiß auch nicht, ob jemand aus dem Staatssekretärsbüro

¹²¹¹ B 5 Vorinhaltsverzeichnis - Anlagen zu Ziff. 23 - 25\B5 i.V. B148 Ergänzungsberichte\VS NfD\UA6-1, BB B5, Ergänzung Band 1, Ergänzung Band 1, S. 194

¹²¹² Protokoll der 32. öffentlichen Sitzung vom 31.08.2018, S. 77.

¹²¹³ Protokoll der 26. öffentlichen Sitzung vom 04.05.2018, S. 47f.

¹²¹⁴ Protokoll der 26. öffentlichen Sitzung vom 04.05.2018, S. 46.

oder jemand anderes mit gewesen ist; auf jeden Fall war ich nicht alleine - in den Landtag gefahren und habe mit Herrn Ludwig das Gespräch geführt.“¹²¹⁵

Weiter äußerte Wegesin:

„Dieses Gespräch, soweit ich mich daran erinnere, hatte den Inhalt, dass dem Verfassungsschutz der Umstand der Versendung und auch der Inhalt - der war ja nun sehr, sehr kurz - dieser Postkarte geläufig sei und dass wir nach unserer Erkenntnislage ausschließen würden, dass eine reale Gefährdungs- oder Bedrohungslage in Hinblick auf die Person von Herrn Ludwig vorliege, sondern dass wir eher von einer sicherlich nicht sehr humorvollen, sagen wir, Silvesterburlesque ausgingen, wohl wissend, dass natürlich jegliche Äußerung einer Szene gegen die andere von den betroffenen Personen, insbesondere wenn auf örtlicher Ebene solche Szenen aufeinandertreffen, Bedrohungscharakter haben kann. Das werde ich etwa gesagt haben, aber nach bestem Wissen und Gewissen. Ich bitte schon, auch im Lichte der Belehrung: Das ist 18 Jahre her. Da muss ich mich sehr anstrengen, das zusammenzukriegen und Ihnen nichts Falsches zu erzählen; das möchte ich nicht.“¹²¹⁶

Auf Nachfrage ergänzte Wegesin:

„Ich konnte ihm nur kurz sagen: Erstens, wir hatten die Schilderung von Szczepanski, der in der Tat sagte, das war - Sie entschuldigen den polizeiumgangssprachlichen Ausdruck, den man so gebraucht - Besoffenenkram, und die Einschätzung von Szczepanski, dass dieser Maßnahme keine wirkliche Bedrohungslage folgt, indem die beteiligten Personen, die dort in Schweden Silvester feierten, in irgendeiner Art und Weise planten oder ernsthaft die Absicht hatten, Herrn Ludwig irgendwie ins Visier zu nehmen.

Ich konnte ihm natürlich nicht sagen: ‚Nach Auskunft unserer Quelle ...‘, sondern ich habe ihm gesagt: Wir kennen die Postkarte. Die Personen, die diese verfasst haben, wir meinen, dass wir sie kennen. - Sehr konkreter wollte ich dann auch nicht werden. Und: Nach unserer Erkenntnislage und nach unserer Einschätzung liegt eine wahre Bedrohung nicht vor, sondern es handelt sich um einen ungehörigen und sicherlich nicht sehr geschmackvollen - - aber eben: ‚Jetzt erschrecken wir den mal‘; so auf der Augenhöhe von ‚irgendetwas in den Briefkasten werfen‘ oder ‚Klingelmännchen spielen‘, sagen wir mal.“¹²¹⁷

Der Zeuge Ludwig schilderte vor dem Untersuchungsausschuss seine damalige Bedrohungssituation:

„Kurz nach dem Jahreswechsel 99/2000 war ich dann allerdings auch persönlich in einer besonderen Weise involviert, weil ich - in Schweden

¹²¹⁵ Protokoll der 26. öffentlichen Sitzung vom 04.05.2018, S. 48.

¹²¹⁶ Protokoll der 26. öffentlichen Sitzung vom 04.05.2018, S. 48.

¹²¹⁷ Protokoll der 26. öffentlichen Sitzung vom 04.05.2018, S. 50.

abgeschickt - Empfänger einer Postkarte war, wo mir – ‚auf ein neues Kampffahr‘ - ein Gruß ins Haus flatterte. Aufgeklebt war irgendein Aufkleber, der mit ‚Blood & Honour‘ zu tun hatte.

‚Blood & Honour‘ war demjenigen wie mir, der sich damals politisch damit beschäftigt hatte, dahin gehend bekannt, dass in Schweden, wo die Postkarte abgesandt wurde, mehrere Personen von ‚Blood & Honour‘ in Haft saßen, weil sie verdächtig waren, sowohl Polizisten als auch Gewerkschafter getötet zu haben. Deswegen habe ich diese Karte unverzüglich der Polizei zukommen lassen, die dann meines Wissens ihre Aufklärungsarbeit, aber auch Sicherungsarbeit für meine Person begann.“¹²¹⁸

Bezüglich seiner persönlichen Situation habe er mit der Polizei in Kontakt gestanden.¹²¹⁹ An Gespräche mit dem Verfassungsschutz konnte sich Ludwig nicht erinnern.¹²²⁰ *„Ich habe an ein solches Gespräch keine Erinnerung, gehe aber davon aus, dass ich mich mit Sicherheit um ein solches Gespräch bemüht habe.“¹²²¹*

Weiter äußerte der Zeuge Stefan Ludwig in seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuss:

„Ich will deshalb gleich zu Anfang sagen, dass ich von der Existenz dieses V-Manns des Verfassungsschutzes im Juli des Jahres 2000 aus dem ‚Spiegel‘ erfahren habe - ein Artikel, den ich gezielt gesucht habe, weil ich von seinem Erscheinen, nicht von seinem Inhalt, Kenntnis hatte. [...] Ich gehe davon aus, dass einiges in dem ‚Spiegel‘-Artikel von Juli möglicherweise aufgrund von Gesprächen mit mir über die lokale Szene beruht. Mehr habe ich zu dem Zeitungsartikel nicht beitragen können. Schon gar nicht wurde mir die Frage gestellt, ob ich was über V-Leute wüsste. Das hätte ich mir gemerkt.“¹²²²

Die These, dass Szczepanski für die Polizei arbeiten könne, sei im Frühjahr 2000 in der Antifa in Königs Wusterhausen aufgekommen, erinnerte sich der Zeuge Ludwig:

„Ich habe diese These anfänglich nicht geglaubt. Ich habe der Antifa erklärt, dass ich mir so etwas überhaupt nicht vorstellen kann.“¹²²³

Der Zeuge Wegesin sagte hinsichtlich der Enttarnung von „Piatto“ in seiner Vernehmung:

„Ich muss sagen: Ich habe bis heute keine Erklärung dafür. Wir haben es zur Kenntnis genommen. Es hat dann immer eine Bezichtigungslage im Hinblick

¹²¹⁸ Protokoll der 25. öffentlichen Sitzung vom 27.04.2018, S. 6.

¹²¹⁹ Protokoll der 25. öffentlichen Sitzung vom 27.04.2018, S. 14.

¹²²⁰ Protokoll der 25. öffentlichen Sitzung vom 27.04.2018, S. 24f.

¹²²¹ Protokoll der 25. öffentlichen Sitzung vom 27.04.2018, S. 10.

¹²²² Protokoll der 25. öffentlichen Sitzung vom 27.04.2018, S. 4-7.

¹²²³ Protokoll der 25. öffentlichen Sitzung vom 27.04.2018, S. 28.

auf die Polizei und bestimmte Polizeibeamte gegeben, Kollegen des 4. Kommissariats. Das war eigentlich nicht unsere Arbeitshypothese. Man weiß es nicht. Dieses Ermittlungsverfahren ist ins Leere gelaufen. Das hat man nicht herausgefunden.

Ich möchte - - Ich kann da auch gar nicht, ehrlich gesagt, spekulieren. Wir haben zur Kenntnis genommen: Der Kerl ist hochgegangen. Es ist alles Mögliche denkbar. Wer hat davon wirklich gewusst? Wie diszipliniert war Szczepanski, auch völlig dichtgehalten zu haben? Auch das schließe ich nicht aus. Also, Herr Szczepanski - bei allem Respekt - war kein eigentlich wirklich dummer Mensch, aber er war auch nun nicht wirklich die hellste Kerze auf der V-Mann-Torte. In einem Roman von John le Carré hätte er vielleicht mal einen toten Briefkasten leeren dürfen. Viel mehr war da auch nicht dran. Also, auch da kann was passiert sein.

Irgendwann nehmen Sie das als Verfassungsschützer dann auch fatalistisch und sehen zu, wie Sie die Scherben aufkehren und Folgemaßnahmen veranlassen. Die Hauptsorge, die man dann auch als leitender Verfassungsschützer hat: ob das noch in der eigenen Badewanne war und aus der eigenen Behörde heraus etwas erfolgt ist, möglicherweise - Sie führten ja eben dieses Fernschreiben an - gar nicht mal mit bösem Willen, sondern wenn irgendwo eine Verdachtslage ist und jetzt wird er erwähnt - -

Also, wir haben es nie herausbekommen. Und ehrlich gesagt: Nachdem wir Herrn Szczepanski los waren und er aufgrund einer Leitungsentscheidung im Innenministerium in das Zeugenschutzprogramm des LKA wechselte, war für uns der Käse gegessen. Die Quelle war weg, und wir mussten was Neues machen.“¹²²⁴

Mit der Veröffentlichung des „SPIEGEL“-Artikels am 10.07.2000 wurde Szczepanski enttarnt. Die Frage, woher der Journalist des Magazins „SPIEGEL“ die Informationen über die V-Mann-Tätigkeit im Artikel „Führer der Meute“ vom 10.07.2000 hatte, konnte aufgrund des Pressegeheimnisses vom Untersuchungsausschuss nicht abschließend geklärt werden. Der „SPIEGEL“-Redakteur wurde hierzu nicht vernommen.

3.6.3. Bewährungsaufgaben und weitere Verurteilung

Im Hinblick auf die noch andauernde Bewährung wegen der Verurteilung wegen versuchten Mordes wandte sich die Bewährungshelferin Szczepanskis mit Schreiben vom 10.08.2000 an die Strafvollstreckungskammer des Landgerichts Potsdam und teilte mit, dass Szczepanski als V-Mann des Verfassungsschutzes enttarnt worden sei. Wie aus der Presse zu entnehmen sei, befinde er sich im Zeugenschutzprogramm.

¹²²⁴ Protokoll der 26. öffentlichen Sitzung vom 04.05.2018, S. 61.

Die Bewährungshelferin bat um Mitteilung, wie mit der Bewährungssache weiter zu verfahren sei.¹²²⁵

Das Landeskriminalamt Brandenburg teilte der Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) mit Schreiben vom 06.10.2000 mit, dass sich Szczepanski seit dem 31.08.2000 im Zeugenschutzprogramm befinde. In Realisierung der Richtlinien zum Schutz gefährdeter Zeugen – Gemeinsamer Runderlass des Ministeriums der Justiz (4100-III.24) und des Ministeriums des Innern (IV/8.1-6595-VS-nfd) vom 28.01.1994 – übernehme die Zeugenschutzdienststelle die Aufgaben der Bewährungshelferin.¹²²⁶

Mit Beschluss vom 27.10.2000 änderte die Strafvollstreckungskammer des Landgerichts Potsdam den Beschluss vom 01.12.1999 dahingehend, dass die Unterstellung unter die Aufsicht und Leitung des Bewährungshelfers sowie die Weisungen, den Einladungen des Bewährungshelfers pünktlich Folge zu leisten, wie auch jeglichen Wohnsitzwechsel unverzüglich anzuzeigen, mit sofortiger Wirkung aufgehoben wurden.¹²²⁷ Mit Schreiben vom 15.12.2000 an das Landeskriminalamt bat die Staatsanwaltschaft darum, alle sechs Monate über die allgemeinen Lebensumstände und die persönliche Entwicklung von Carsten Szczepanski zu berichten.¹²²⁸ Dem kam das Landeskriminalamt, zuletzt mit Abschlussbericht vom 11.12.2002, nach.¹²²⁹

Die Verurteilung in dem Verfahren 496 Js 23487/00 wurde der Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) gemäß Nr. 13 der Anordnung über Mitteilungen in Strafsachen (MiStra) unter Hinweis darauf, dass eine Mitteilung nach Nr. 13 MiStra an das die Bewährungsaufsicht führende Gericht bereits erfolgt sei, am 30.08.2001 bekannt gegeben.¹²³⁰ Eine entsprechende Mitteilung ist dem Bewährungsheft, das durch das Gericht geführt wurde, jedoch nicht zu entnehmen.¹²³¹ Sie wurde im Verfahren 496 Js

¹²²⁵ MAT_A_BB-9-1h, S. 138 und MAT_A_BB-9-1e_Band_II, S. 126; die Darstellung in diesem Abschnitt folgt derjenigen im Regierungsbericht MdJEV, S. 18 und 19-21.

¹²²⁶ MAT_A_BB-9-1h, S. 145 und MAT_A_BB-9-1e_Band_II, S. 138 f.

¹²²⁷ MAT_A_BB-9-1h, S. 144 und MAT_A_BB-9-1e_Band_II, S. 142.

¹²²⁸ MAT_A_BB-9-1e_Band_II, S. 149 f.

¹²²⁹ MAT_A_BB-9-1e_Band_II, S. 155 f, S. 175 f, S. 203 f., MAT_A_BB-9-1h, S. 161-163 und MAT_A_BB-9-1e_Band_II, S. 206.

¹²³⁰ MAT_A_BB-9-1e_Band_II, S. 161 ff.

¹²³¹ MAT_A_BB-9-1h.

23487/00 allerdings verfügt und ausweislich der Akten wurde die Verfügung auch ausgeführt.¹²³²

Am 12.12.2002 teilte ein Mitarbeiter des Landeskriminalamtes der Vorsitzenden der Strafvollstreckungskammer mit, dass Carsten Szczepanski seit Juli 2000 als V-Mann für den Verfassungsschutz tätig und in ein umfangreiches Zeugenschutzprogramm aufgenommen sei. Im Rahmen seiner Tätigkeit für den Verfassungsschutz sei es 1999 zu einer Anklage wegen eines Waffendelikts gekommen. Wegen dieser Sache sei er durch das Amtsgericht Potsdam zu einer Geldstrafe von 120 Tagessätzen zu je 15,00 Euro verurteilt worden. Entgegen einer „erhofften“ Verurteilung als Gehilfe sei er als Mittäter verurteilt worden. Das Landeskriminalamt habe regelmäßig Bewährungsberichte an die Staatsanwaltschaft übersandt und die Sozialprognose als positiv eingeschätzt. Der Verurteilte habe sich positiv entwickelt und sich allen Restriktionen unterworfen. Nach Auffassung des Landeskriminalamtes sollte ein Widerruf oder eine Verlängerung der Bewährung daher nicht erfolgen. Die zuständige Richterin vermerkte, dass dem Mitarbeiter des Landeskriminalamtes mitgeteilt worden sei, dass dem Gericht weder die erwähnten Bewährungsberichte noch das aktuelle Urteil oder ein Antrag der Staatsanwaltschaft auf Widerruf bzw. Verlängerung vorlägen. Nach ständiger Rechtsprechung der Kammer erfolge jedoch in der Regel bei einer einmaligen Verurteilung zu einer Geldstrafe und einer im Übrigen bestehenden positiven Sozialprognose weder ein Widerruf der Bewährung noch eine Verlängerung der Bewährungszeit.¹²³³

Die Strafvollstreckungskammer übersandte sodann am 18.12.2002 unter Hinweis auf den Vermerk der Vorsitzenden die Akten an die Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) zur Stellungnahme zu dem beabsichtigten Straferlass. Nachdem das Amtsgericht Potsdam das Urteil gegen Szczepanski, mit dem dieser wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz verurteilt worden war, der Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) übermittelt hatte, beantragte diese am 06.02.2003 unter Hinweis auf die Berichte des Landeskriminalamtes zur positiven Entwicklung des Verurteilten, die Strafe nach

¹²³² MAT_A_BB-14b_Band_II, S. 55.

¹²³³ MAT_A_BB-9-1h, S. 157.

Ablauf der Bewährungszeit zu erlassen.¹²³⁴ Ein dem Antrag entsprechender Beschluss der Strafvollstreckungskammer erging am 06.04.2003.¹²³⁵

¹²³⁴ MAT_A_BB-9-1h, S. 177.

¹²³⁵ MAT_A_BB-9-1h, S. 167.

3.7. Die Bewertung der Quelle „Piatto“ durch den Verfassungsschutz Brandenburg (von 1994-2000)

3.7.1. Aktenlage

Verfassungsschutzbehörden bewerten regelmäßig die Qualität ihrer Quellen. Die Bewertung wird jeweils von der quellenführenden Behörde vorgenommen.

Die Quelle „Piatto“ wurde vom Referat Auswertung des Verfassungsschutzes Brandenburg bis zum Februar 1997 als Quelle, die sich noch in der Erprobung befindet, geführt. Bis 1999 wurde die Quelle kontinuierlich als gut bewertet.

In einem Vermerk von Gordian Meyer-Plath, der zu diesem Zeitpunkt im Referat Auswertung arbeitet, vom 22.08.1995 heißt es:

„Das Referat V/3 erhält seit Herbst 1994 Informationen von der o.g. Quelle. Während des gesamten Zeitraums der bisherigen Zusammenarbeit befand sich die Quelle in Haft. Dieser Zustand wird voraussichtlich noch einige Jahre andauern. Die Quelle kann also nur eingeschränkt eingesetzt werden. Dennoch ist sie aus folgenden Gründen ein wichtiger Bestandteil der hiesigen operativen Informationsgewinnung:

1)

Bei der Quelle handelt es sich um einen seit Jahren in der bundesweiten rechtsextremistischen Szene bekannten Aktivist, der durch seine Beteiligung an der versuchten Tötung eines Nigerianers und der daraus resultierenden Verurteilung zu einer langjährigen Haftstrafe einen Ruf erlangt hat, den man durchaus mit einer Helden- oder Märtyrerrolle vergleichen kann. Sein Bekanntheitsgrad und seine Popularität in der rechtsextremistischen Szene sind durch die Inhaftierung erheblich gewachsen. Rechtsextremisten aus den verschiedensten Regionen und Organisationen wenden sich mit Solidaritätsbekundungen von sich aus an ihn und verbreiten seine Kontaktadresse. Deshalb empfängt die Quelle reichlich Post von Rechtsextremisten aus Deutschland und dem Ausland, die oftmals aufschlußreiche Interna aus rechtsextremistischen Organisationen oder aus der rechtsextremistischen Skinheadszone sowie frische Publikationen, Rundschreiben, Nachrichten u.ä. aus diesem Spektrum enthält. Auf diese Weise können ohne eine besondere operative Steuerung über die Quelle bereits wertvolle Informationen gewonnen werden, die in der Mehrzahl von bundesweiter Relevanz sind. Häufig werden so auch aktuelle Planungen bekannt. [...]

3)

In ihrer jetzigen Situation kann sich die Quelle jedoch auch erfolgreich an solche Personen und Organisationen wenden, zu denen sie bisher nur sporadischen Kontakt hatte. Mit operativer Steuerung konnten bereits relativ rege Korrespondenzen mit mutmaßlichen Anhängern der verbotenen ‚Direkten Aktion/Mitteldeutschland‘ (JF) und der ‚Nationalen e.V.‘ initiiert werden. [...]

Aus Sicht des Referats V/3 ist eine Weiterführung der Quelle, gerade bei der momentan schwachen allgemeinen Zugangslage im hiesigen Zuständigkeitsbereich, dringend geboten.“¹²³⁶

Am 02.07.1999 verfasste Jörg Milbradt, Leiter des Referats Auswertung, einen Vermerk mit dem Titel „Beurteilung der Quelle ‚PIATTO‘“. Darin beschreibt er die Tätigkeitsfelder der Quelle „Piatto“, die sich *„in nahezu allen Spektren im Bereich des Rechtsextremismus mit Erfolg“* erstrecken würden. Milbradt zählt hierzu u.a.: schwachstrukturierte Jugendcliquen (im Bereich Königs Wusterhausen, Cottbus, Spremberg, Guben, Forst, Fürstenwalde, Brandenburg an der Havel, Premnitz, Rathenow und Potsdam), städteübergreifende gewaltbereite Partnerschaften, Ansätze der Strukturbildung (Blood & Honour, White Youth und Hammerskins), *„ausgezeichnete Kontakte zu den wichtigsten Szeneunternehmern der rechtsextremistischen Skinheadszone (‚Pinocchio‘, ‚Pernod‘, Dorteia B., P., Re. u.a.)“¹²³⁷* und bundesübergreifende Einzelkontakte zu Führungspersonen (Bendix W., Frank Schwerdt, NPD-Funktionäre u.a.). Weiter heißt es im Vermerk:

„[...] Herauszuheben sind die präzisen Einsätze von ‚PIATTO‘, durch die rechtsextremistische Skinheadkonzerte [...] polizeilich unterbunden werden konnten. Es ist nicht zuletzt derartigen aus sicherheitspolitischer Perspektive gelungenen Operationen zuzuschreiben, dass die Szeneunternehmer vor der Veranstaltung rechtsextremistischer Skinheadkonzerte in Brandenburg zurückschrecken und in andere Bundesländer ausweichen, weil ihnen das organisatorische und finanzielle Risiko, in Brandenburg ein Konzert durchzuführen, unkalkulierbar hoch erscheint.

Ohne die Informationen ‚PIATTOs‘ wären auch die von den Verfassungsschutzbehörden in der Vergangenheit vorbereiteten, von den Exekutivbehörden durchgeführten Schläge gegen die rechtsextremistische Musikszene bundesweit (z.B. die Aktionen ‚Notenschlüssel‘) kaum möglich gewesen. [...]

2. Einsatzbereitschaft, Zuverlässigkeit und Glaubwürdigkeit

¹²³⁶ Piatto-Komplex, 1995, S. 63-65.

¹²³⁷ Bei „Pinocchio“ und „Pernod“ handelt es sich um Stefan Lange und Bernd P.

„PIATTO“ berichtet zuverlässig und umfassend. Aufträge führt er gewissenhaft aus. Er ist in hohem Maße lernfähig. Seine Einsatzbereitschaft ist bemerkenswert. Aus Sicht der Auswertung hat sich die Quelle als uneingeschränkt steuerbar und glaubwürdig erwiesen. Eine Aufwertung [...] wird V/4¹²³⁸ empfohlen.

3. Vergleichende Bewertung

„PIATTO“ ist mit Abstand die beste Quelle der hiesigen Behörde. Sie ist aber auch im bundesweiten Maßstab eine herausragende, besonders wertvolle Quelle. In der Breite ihres Einsatzes lässt sie sich aus hiesiger Sicht mit keiner anderen Quelle einer Verfassungsschutzbehörde vergleichen. Es erscheint deshalb gerechtfertigt, dass bei der Führung der Quelle „PIATTO“ ein über dem Durchschnitt liegender Aufwand kalkuliert wird.

Problematisch ist allerdings, dass die Qualität der quellengestützten Informationsbeschaffung der hiesigen Behörde in hohem Maße von der Quelle „PIATTO“ abhängt. Sollte „PIATTO“ – aus welchen Gründen auch immer – als Quelle nicht mehr zur Verfügung stehen, würde das nachrichtendienstliche Niveau der Informationsbeschaffung der hiesigen Behörde nicht zu halten sein.

Um eine Überprüfung der vorstehenden Bewertung zu ermöglichen, rege ich an, das BfV um eine Beurteilung der Meldungen der Quelle „PIATTO“ hinsichtlich ihres Gehaltes und Wertes – auch im Vergleich zu den Berichten sonstiger Quellen – zu bitten.“¹²³⁹

Im Regierungsbericht heißt es zu den Reaktionen auf den Vermerk:

„Der Vermerk ging u.a. an den Abteilungsleiter V. Welche bzw. ob es Reaktionen auf diesen Vermerk gegeben hat ist aus den vorliegenden Unterlagen nicht ersichtlich. Allerdings ist die Quelle in der nächsten auf den Vermerk folgenden DBM [Deckblattmeldung] vom 07.07.1999 [aufgewertet].“¹²⁴⁰

Die Spitzenbewertung „Piatto“ wurde bis zu dessen Abschaltung beibehalten

Jörg Milbradt wurde am 19.01.2017 vom NSU-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages zu diesem Sachverhalt vernommen. Auf die Frage „Ist es richtig, dass das LfV Brandenburg das BfV einmal gebeten hat, den V-Mann „PIATTO“ zu evaluieren?“, äußerte Milbradt:

„Daran kann ich mich nicht erinnern. Ich kann mich nur daran erinnern, dass in der Tat eine solche Evaluation vorlag - aus welchem Anlass, weiß ich nicht – und dass in diesem Papier die Bedeutung, und zwar die überregionale

¹²³⁸ Beschaffungsreferat.

¹²³⁹ B 4_NfD zum Piatto Komplex_elektronische Dokumente_Band 2_1999-ab dem 19991215 5-42-VSbfd-bwpsmd, S. 29-32.

¹²⁴⁰ Regierungsbericht MIK, S. 116.

Bedeutung ‚Piattos‘ hervorgehoben wurde, ja ausgesprochen wurde, dass es eine vergleichbare Quelle unter allen Quellen der Verfassungsschutzbehörden in der Bundesrepublik mit diesem Informationsaufkommen nicht gäbe.“¹²⁴¹

Auf die Frage „Gab es so was öfter, oder ist das ein einmaliger Vorgang?“ antwortete Milbradt: „Das gab es nicht öfter, nein. Das ist schon ein Sonderfall.“¹²⁴²

In den Akten ist die von Milbradt erwähnte Evaluation nicht zu finden.¹²⁴³

Nach der Abschaltung „Piattos“ formulierte der damalige Auswertungsleiter Jörg Milbradt am 05.07.2000 unter der Überschrift „Quelle 370 004“ einen Vermerk, in dem es u.a. heißt:

„Die Quelle 370 004 ist eine herausragende, besonders wertvolle Quelle. Sie berichtet zuverlässig und umfassend. Seit Jahren hat sich die Quelle als uneingeschränkt steuerbar und insoweit vertrauenswürdig erwiesen.

Nachrichtenehrlichkeit: Es gibt keine Indizien dafür, dass die Quelle je unzutreffend oder gar wissentlich falsch berichtet hat.

Motivation: Die Motivation war, von gelegentlichen Schwankungen abgesehen, im Ganzen bemerkenswert hoch.

Einsatzbereitschaft: Die Quelle hat sich in alle Bereiche, die für sie vorgesehen waren, steuern lassen und ist dort effektiv tätig geworden.“¹²⁴⁴

Im Einzelnen werden im Vermerk chronologisch Szczepanskis Tätigkeitsfelder aufgeführt. Unter dem Jahr 1998 steht u.a.:

„[...]“

- Die Produktion und Auslieferung strafwürdiger Tonträger konnte mehrfach durch die Quelle aufgedeckt werden. So verhalf sie z.B. den Strafverfolgungsbehörden zum Zugriff auf eine Tonträgerlieferung der Berliner Band ‚Landser‘, vgl. Berichte vom 19.8.1998 Az.: [...], vom 13.10.1998 Az.: [...] und vom 21.10.1998 Az.: [...].

¹²⁴¹ http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/CD12950/Anlagen%200001-0094/Anlage%2028%20-%2045.%20Sitzung_endg.%20stenogr.%20Protokoll_19.01.2017.pdf, Stenographisches Protokoll der 45. Sitzung (endgültige Fassung), S. 87.

¹²⁴² http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/CD12950/Anlagen%200001-0094/Anlage%2028%20-%2045.%20Sitzung_endg.%20stenogr.%20Protokoll_19.01.2017.pdf, Stenographisches Protokoll der 45. Sitzung (endgültige Fassung), S. 87f.

¹²⁴³ Auch im Regierungsbericht MIK heißt es, die „Evaluation“ sei „in den vorliegenden Unterlagen nicht vorhanden“ (S. 117).

¹²⁴⁴ B 4 iV B 73/Matrix-Liste Abteilung 5/Nr.42_2000_Vermerke_Piatto_Schutzakte-S18-24-VS nfd-bwpsmd - Kopie.pdf, S. 1.

- Die Quelle gab weiterführende Hinweise auf den Verbleib dreier flüchtiger Rechtsterroristen aus Thüringen, vgl. Bericht vom 13.10.1998 Az.: [...].¹²⁴⁵

3.7.2. Aussagen vor dem Untersuchungsausschuss

Andreas Lorsch, ab Mai 1999 Leiter des Referates Beschaffung, antwortete auf die Frage des Untersuchungsausschusses nach dem Grund der Spitzenbewertung „Piattos“:

„Da kann ich ja jetzt nicht aus eigenem Erkenntnisstand berichten, sondern ich muss berichten von einem Vermerk von der Auswertung aus Juli 99, den ich schon zitiert habe: Die Einstufung der Quellen erfolgt durch das Bundesamt, eigenständig. Und man kann höchstens - so hat es damals, V/3, die Auswertung, getan - eine Hochstufung beantragen. Das muss begründet werden durch die Auswertung, indem sie von ‚Glaubhaftigkeit‘, von ‚Gewissenhaftigkeit‘, von ‚Verwendungsbreite‘, was auch immer, spricht.

Ich kann heute nicht mal mehr sagen, ob diesem Antrag durch das Bundesamt stattgegeben worden ist, ob das Bundesamt diese Einschätzung des Landes Brandenburg geteilt hat. Ich weiß also nicht, ob ‚Piatto‘ [aufgewertet worden ist].“¹²⁴⁶

Im weiteren Verlauf der Vernehmung äußerte Andreas Lorsch dazu:

„Diese Einstufung ist keine Einstufung, die zugehörig ist zu der Beschaffung - da hat die Beschaffung nichts mit zu tun -, sondern das passiert bundesweit durch die Auswertung.“¹²⁴⁷

Auf die Frage nach der Bedeutung der Quelle „Piatto“ antwortete Andreas Lorsch:

„Ich glaube, dass diese Quelle bundesweit Beachtung gefunden hat, weil sie Erkenntnisse geliefert hat, die sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht für den Bund und alle anderen Landesverfassungsschutzämter von größtem Gewicht waren.“¹²⁴⁸

Wolfgang Cremer, der von Mitte der 1990er Jahre bis 2004 die Abteilung Rechtsextremismus im Bundesamt für Verfassungsschutz leitete, erklärte vor dem Untersuchungsausschuss, dass die Quelle „Piatto“ in seiner Behörde *„als hochwertig eingeschätzt wurde“*.¹²⁴⁹ Cremer konnte sich auf Frage nicht daran erinnern, dass das

¹²⁴⁵ B 4 iV B 73\Matrix-Liste Abteilung 5\Nr.42_2000_Vermerke_Piatto_Schutzakte-S18-24-VS nfd-bwpsmd - Kopie.pdf, S. 4f.

¹²⁴⁶ Protokoll der 23. öffentlichen Sitzung vom 23.03.2018, S.113.

¹²⁴⁷ Protokoll der 23. öffentlichen Sitzung vom 23.03.2018, S.139.

¹²⁴⁸ Protokoll der 23. öffentlichen Sitzung vom 23.03.2018, S.128.

¹²⁴⁹ Protokoll der 32. öffentlichen Sitzung vom 31.08.2018, S. 5.

Bundesamt für Verfassungsschutz vom brandenburgischen Verfassungsschutz um eine Beurteilung der Quellenmeldungen „Piattos“ gebeten worden war:

„Ich kann mich weder an diese noch an andere erinnern.“¹²⁵⁰

Dass das Bundesamt eine umfassende Bewertung abgegeben hat, konnte sich Cremer nicht vorstellen, da seine Behörde nur die Deckblattmeldungen „Piattos“ bekommen habe:

„Also, zur Führbarkeit, zum operativen Risiko kann man sicherlich aufgrund der Deckblattmeldungen nichts sagen. Wir kennen ja zu dem Zeitpunkt noch nicht einmal die Identität der Quelle, sondern nur das, was die Quelle gesagt hat. Also kann sich eine Bewertung auch nur auf zum Beispiel den Wahrheitsgehalt und die Bedeutung der Informationen beschränken, die sich aus den Deckblattmeldungen ergeben. Alles, was darüber hinausgeht, kann da nicht Gegenstand der Bewertung sein.“¹²⁵¹

Hans-Jürgen Förster, der von 1996 bis 1998 die Verfassungsschutzabteilung leitete, bezeichnete „Piatto“ vor dem Untersuchungsausschuss mehrfach als „wertige Quelle“.¹²⁵² Auf die Frage, was dies bedeute, erläuterte Förster:

„Ich weiß nicht, ob das in Brandenburg so war. Quellen werden richtig bewertet im Hinblick auf Nachrichtenehrlichkeit und auf Wertigkeit der Informationen. Und die Wertigkeit der Informationen von dem ‚Piatto‘ war groß. Warum? Weil er in dieser Musikszene sehr vertraut war. Und diese Musikszene war von Rechtsterrorismus, wie wir ihn jetzt leider alle im Nachhinein konstatieren - - war bei der Anwerbung von ‚Piatto‘ sicherlich nicht die Rede. Aber dieser ‚Piatto‘ hatte extreme Kontakte in die Musikszene. Sie wissen alle, der kam vom Ku-Klux-Klan; das war seine ursprüngliche Idee.

Und dann ist es ja so gewesen, dass in Brandenburg - das habe ich aufgenommen schon in der Zeit, als ich Pressesprecher im Ministerium war - diese jedes Wochenende stattfindenden Musikveranstaltungen im Vordergrund standen, die konspirativ geplant waren, wo man sich an Orten traf und dann per Telefon wieder neue Orte zu wissen bekam, um dann hingeleitet zu werden an diese Orte. Ich kann mich an eine Sitzung des Innenausschusses erinnern, wo der Minister heftig angefeindet wurde, dass seine Polizei nicht in der Lage sei, das zu unterbinden. Auch das verbinde ich mit einem Ortsnamen: Rüdersdorf. Das muss eine Riesenveranstaltung gewesen sein, wo sich Skins und Neonazis getroffen haben zu Musik.

Diese Musik ist keine Musik, wie unser Verständnis ist, sondern diese Musik war sozusagen der Nährboden, der dazu geführt hat, dass sich

¹²⁵⁰ Protokoll der 32. öffentlichen Sitzung vom 31.08.2018, S. 8.

¹²⁵¹ Protokoll der 32. öffentlichen Sitzung vom 31.08.2018, S. 9.

¹²⁵² Protokoll der 31. öffentlichen Sitzung vom 30.08.2018, S. 161 und 164.

Rechtsextremisten fanden und solidarisierten. Und meine Sorge war - das habe ich auch irgendwann mal gesagt -, dass dieser anpolitisierten, gewaltbereiten Menge von Ideologen dann so eine Art ideologischer Trichter aufgesetzt wird. Und dieser Bereich, das war der Bereich, in dem ‚Piatto‘ wertige Erkenntnisse lieferte.“¹²⁵³

Hasso Lieber, von Dezember 1998 bis Oktober 1999 Leiter der Abt. V, äußerte vor dem Untersuchungsausschuss, er habe die von „Piatto“ gelieferten Informationen für „ausgesprochen dürftig“ gehalten.¹²⁵⁴ Die zuständigen Mitarbeiter seiner Abteilung hätten dies jedoch anders gesehen:

„Das per Weisung zu beenden und zu sagen: ‚Da machen wir Schluss‘, wäre nicht mein Stil gewesen. Das diskutiert man mit den Mitarbeitern, und wenn die Auswertung meint, daraus Schlüsse ziehen zu können, die ich beispielsweise so nicht ziehe, dann ist das halt so. Dann muss man damit leben.“¹²⁵⁵

Jörg Milbradt zeigte sich vor dem Untersuchungsausschuss verwundert über Hasso Liebers Darstellung:

„Was die Einschätzung von Herrn Lieber angeht, überrascht sie mich. Sie ist mir aus seinem praktischen Handeln niemals deutlich geworden.“

[...]

Mit der Quelle wurde in der Amtszeit von Herrn Lieber - in Anführungsstrichen – ‚normal‘ weitergearbeitet, so wie zuvor und später auch, ohne dass ich mich erinnern könnte, dass Herr Lieber das wesentlich problematisiert hätte.“¹²⁵⁶

Heiner Wegesin, der Anfang 2000 das Amt des Verfassungsschutzleiters übernahm, schilderte vor dem Untersuchungsausschuss die Situation zu Beginn seiner Amtszeit:

„Um auf das Beweisthema relativ schnell zuzusteuern: Mir wurde dann die Zugangs- und Quellenlage präsentiert. Die war bescheiden. Das Beschaffungsreferat wurde durch einen sicherlich tüchtigen Beamtenkollegen, aber einen völlig fachfremden Verwaltungsbeamten geleitet, der vorher noch nie eine sicherheitsbehördliche Verwendung, geschweige denn eine nachrichtendienstliche Expertise hatte. Herr Szczepanski war also die - ein wenig nach autosuggestivem Befinden derjenigen, die ihn führten - Star-Quelle schlechthin. Das war so die Ausgangslage.“¹²⁵⁷

Auf die Frage, wie er „Piatto“ als Quelle einschätze, führte Wegesin aus:

¹²⁵³ Protokoll der 31. öffentlichen Sitzung vom 30.08.2018, S. 161f.

¹²⁵⁴ Protokoll der 26. öffentlichen Sitzung vom 04.05.2018, S. 7.

¹²⁵⁵ Protokoll der 26. öffentlichen Sitzung vom 04.05.2018, S. 10.

¹²⁵⁶ Protokoll der 32. öffentlichen Sitzung vom 31.08.2018, S. 42.

¹²⁵⁷ Protokoll der 26. öffentlichen Sitzung vom 04.05.2018, S. 38.

„[...] Seine Zugangslagen waren natürlich schon sehr gut durch diese Heroisierungswirkung, die seine fürchterliche Straftat hatte. Das sorgt schon für einen Heroenstatus und für Zugangsmöglichkeiten und einfach auch für einen Vertrauensvorschuss, wo Sie einer Quelle einfach mal sagen können: Horch Dich mal um. - Das ging ja auch über das Bundesland hinaus. Also, das muss man schon sagen: Sein Zugangspotenzial kraft seines Persönlichkeitsprofils, weil er eben eine widerwärtige, schlimme Straftat begangen hatte, die aber in der rechten Szene natürlich auf große Zustimmung stieß, die Tatsache, dass er dafür eingessesen hatte, dieses - in Anführungszeichen - Für-die-Bewegung-eingesessen-Haben, das sorgt noch mal für einen zusätzlichen Heldenstimulus. Und das sorgte schon dafür, dass Szczepanski über örtliche Strukturen hinaus bis hin ‚Blood & Honour‘ und andere Geschichten - sehr lange war er dann ja draußen nicht tätig -, aber in relativ kurzer Zeit schon Dinge beibrachte, die auch, wie gesagt, in dem Lagebild, was die Verfassungsschutzbehörden untereinander austauschen, und im Gesamtlagebild des Bundes ein großes Aufmerksamkeitsprofil genossen.“¹²⁵⁸

Und weiter:

„Ja, dieses Potenzial hatte er, wenngleich ich sagen muss: Das war meine innere Befindlichkeit damals. Inwieweit ich das gegenüber den Mitarbeitern zum Ausdruck gebracht habe, weiß ich eigentlich gar nicht. Ich habe immer gelernt als jemand - - wenn man seine Beschaffungsstruktur sieht und versucht, Quellen zu platzieren, nicht alle Eier in einen Korb zu legen, sprich nicht nur auf eine Quelle zu setzen. Und so ein bisschen hatte ich den Eindruck: Haben wir es nicht ein bisschen kleiner? Können wir nicht ein paar andere, noch ein paar neue Quellen generieren, forschen und werben und ansprechen, nicht sozusagen: ‚Der Szczepanski kriegt alles raus; den schicken wir raus, und da kriegen wir irgendwie eine Information, und dann machen wir einen Treff mit dem, und dann bringt er das das nächste Mal ran‘? Ein klein wenig war das für diese Behörde, die nun auf einmal meinte, einen Riesen-Nugget ausgegraben zu haben, wo es vorher vielleicht nur einmal im Jahr zwei, drei Goldstäubchen gab, ein großes Ding; das muss man sagen. Aber das, was er ranbringen konnte - und ich glaube auch, in manchen Bereichen, nicht allen Bereichen, was er erbracht hat, da kann ich dem positiven Votum meiner Vorgänger - - Herr Lieber mag das etwas kritischer gesehen haben; ich denke da eher an Gordian Meyer-Plath oder an Jörg Milbradt -, da möchte ich nicht sagen: Nee, das war nichts. Das war durchaus schon beträchtlich.“¹²⁵⁹

Befragt zur Qualität der von ihm erhobenen Informationen äußerte Szczepanski vor dem Untersuchungsausschuss:

„Es gab die Situation, dass ich mich gefragt habe: Warum vertrauen dir die Leute so sehr, dass sie dir solche Sachen anvertrauen, dass sie dir die erzählen? Es gab auch die Situation, dass ich mich - gerade bei so Leuten wie Werner [Jan Werner, zeitweise „Blood & Honour“-Chef in Sachsen] oder so - gefragt habe: Ihr kennt mich eigentlich nur vom Hörensagen oder auf

¹²⁵⁸ Protokoll der 26. öffentlichen Sitzung vom 04.05.2018, S. 57.

¹²⁵⁹ Protokoll der 26. öffentlichen Sitzung vom 04.05.2018, S. 58.

Empfehlung und erzählt aber Geschichten, die man eigentlich ja nicht erzählt. - Also, das ist ja eigentlich schon Wahnsinn gewesen.“¹²⁶⁰

Und weiter:

„Ja, gerade so Leute wie Nick G. [ein damals bei Sicherheitsbehörden als militant eingeschätzter Rechtsextremist], wenn die über irgendwelche Waffengeschichten erzählen, oder Werner, wenn er erzählt, dass er zigtausend Mark mit seinen Konzerten verdient hat und das alles ja praktischerweise Schwarzgeld ist, weil man es ja nicht versteuert, das wären so Beispiele, wo ich mir dann denke: Okay. - Ich habe mich innerlich für die Information bedankt, habe die weitergegeben, aber das war halt schon so die Frage, die man sich selber stellt: Warum vertrauen die Leute einem so?“¹²⁶¹

¹²⁶⁰ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 198.

¹²⁶¹ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 198.

3.8. Szczepanski und der NSU

Am 26.01.1998 tauchten Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe (nachfolgend auch als Trio bezeichnet) unter, nachdem die Polizei in Jena einen Garagenkomplex durchsucht und u.a. vier Rohrbomben gefunden hatte. Am 28.01.1998 erließ das Amtsgericht Jena Haftbefehle gegen das Trio wegen des Ablegens der sogenannten „Theater-Bombe“ im September 1997. Diese Haftbefehle wurden am 23.06.1998 abgeändert, ergänzt und neu gefasst hinsichtlich des dringenden Tatverdachts einer Straftat im Zusammenhang mit den Sprengstofffunden am 26.01.1998 sowie dem Ablegen zweier weiterer Bombenattrappen in Jena. Das Trio benutzte nach heutigem Kenntnisstand von Januar 1998 bis August 2000 Wohnungen in Chemnitz und von Juli 2000 bis November 2011 Wohnungen in Zwickau als Unterschlupf.¹²⁶²

Der Untersuchungsausschuss hat die Informationen von Brandenburger Sicherheitsbehörden zu Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe und den Umgang mit diesen untersucht. Er hat anhand der vorliegenden Akten festgestellt, dass das Innenministerium, Abteilung V (Verfassungsschutz), fünf entsprechende Deckblattmeldungen mit Informationen Szczepanskis im Zeitraum von August bis Oktober 1998 erstellt hatte. Über das Zustandekommen der Meldungen und den behördlichen Umgang mit diesen wurde umfassend Beweis erhoben. Dass brandenburgische Behörden weitere Informationen aus eigenen nachrichtendienstlichen Quellen zu Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe erhoben hätten, konnte nicht festgestellt werden.

Szczepanski war im Sommer und Herbst 1998, dem Zeitraum der Informationserhebung, mehrmals in Chemnitz und Umgebung. Er verfügte über Kontakte zur sächsischen Sektion von „Blood & Honour“ im Raum Chemnitz und Dresden.

¹²⁶² vgl. Bericht des 2. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses der 17. Wahlperiode des Deutschen Bundestages, Drucksache 17/14600, (im Folgenden in der Fußnote: Deutscher Bundestag, Drucksache 17/14600), Seite 313 f.

Mundlos, Bönnhardt und Zschäpe sollen selbst keine „Blood & Honour“-Mitglieder gewesen sein; sie hatten aber intensive Kontakte zu Mitgliedern und Anhängern des Netzwerks¹²⁶³ Nach bisherigen Erkenntnissen der Untersuchungsausschüsse der Länder und des Bundes unterstützten „Blood & Honour“-Aktivisten aus Sachsen das Trio beim Abtauchen und dem Leben im Untergrund. Thomas Starke war eine der wichtigsten Kontaktpersonen bei „Blood & Honour“. Starke hatte dem Trio den Sprengstoff besorgt, der bei der Garagendurchsuchung gefunden wurde. Er organisierte für die Flüchtigen nach ihrem Untertauchen das erste Versteck in Chemnitz. Zu den mutmaßlichen Helfern aus der „Blood & Honour“- Szene aus Chemnitz gehörten auch Jan Werner sowie Antje P.

3.8.1. Verbindung Szczepankis nach Chemnitz

3.8.1.1. Kontakte zu Jan Werner, Thomas Starke und Michael und Antje P.

Szczepanski erklärte vor dem Untersuchungsausschuss zu seinen Kontakten in der Szene in Chemnitz:

„Also, ich hatte in Chemnitz ganz guten Kontakt zu Herrn Werner, zu der Familie P., zum Herrn Starke. Das waren so, im Nachhinein betrachtet, die Hauptinformationsquellen.“¹²⁶⁴

Er schilderte in seiner Zeugenvernehmung, er habe sich in Chemnitz in einer Art „Blase“¹²⁶⁵ bewegt.

„Also die Leute, zu denen ich Kontakt hatte, das waren eben Familie P., dann Jan Werner, der Herr Starke und dann noch ein jüngeres Skinhead-Pärchen, die in Limbach, meine ich, wohnten.“¹²⁶⁶

Noch während seiner Haftzeit im geschlossenen Vollzug erhielt Szczepanski Besuch von Mitgliedern der rechtsextremen Szene aus Chemnitz. Zu seinen Besuchern gehörten im Zeitraum von Juli 1996 bis Mitte Januar 1997 u.a. Antje und Michael P. sowie Thomas Starke.¹²⁶⁷

¹²⁶³ Deutscher Bundestag, Drucksache 17/14600, S. 157-159.

¹²⁶⁴ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 102.

¹²⁶⁵ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 127.

¹²⁶⁶ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 114.

¹²⁶⁷ Vgl. B 65 MAT_A_BB-9-1d, S. 227.

Szczepanski hatte im Rahmen der ab 1997 gewährten Hafterleichterungen größeren Bewegungsspielraum. Aus den Treffvermerken und Deckblattmeldungen ergibt sich, dass er ab Anfang 1998 im Rahmen von Freigängen seine Chemnitzer Kontakte pflegen konnte. Wie bereits im Kapitel 3.3.1.5.2. dargestellt, war Szczepanski im Rahmen seiner späteren Anpassungsfortbildung Anfang 1999 im Szeneladen „Sonnentanz“ von Michael P. in Limbach-Oberfrohna bei Chemnitz – pro forma – beschäftigt.

Szczepanski antwortete auf die Frage, wie er Michael P. kennen gelernt habe:

„Ich bin echt gerade am Überlegen, ob es erst in der U-Haft war oder vorher bei einer Fahrt nach Chemnitz war, auf einem Konzert. Ich meine, wir hätten uns vorher flüchtig gekannt und dann halt auch durch die Besuche während der Haftzeit die Freundschaft quasi vertieft.“¹²⁶⁸

Michael P. habe ihm weitere Kontakte vermittelt, unter anderem zu Jan Werner:

„Herrn Werner habe ich durch Herrn P. kennengelernt. Ich meine, das wäre auch im Umfeld eines Konzertes gewesen. Herr Werner war damals bei ‚Blood & Honour Sachsen‘ Mitglied und hat in der Eigenschaft halt Konzerte organisiert, Fahrten veranstaltet zu anderen Konzerten, in andere Bundesländer, und war quasi der Kontaktmann für ‚Blood & Honour‘.“¹²⁶⁹

Auf Nachfrage zum persönlichen Verhältnis zu Jan Werner sagte Szczepanski:

„Wir haben uns immer wieder mal auf Veranstaltungen und Konzerten gesehen. Ich hatte, ich möchte jetzt nicht sagen, ein gutes Verhältnis, aber ich habe ihn schon regelmäßig gesehen, sagen wir mal so.“¹²⁷⁰

Zu den geschäftlichen Beziehungen erinnerte sich Szczepanski:

„Das kam halt auch über Herrn P., weil Herr Werner in seiner Eigenschaft auch CDs produziert hat, ‚Blood & Honour‘-CDs, die dann teilweise in dem Laden von Herrn P. gelandet sind. [...]

Ich sollte gucken, ob ich halt auch Sachen verkaufen kann.“¹²⁷¹

Befragt zu den geschäftlichen Beziehungen zu „Movement-Records“ antwortete Szczepanski:

¹²⁶⁸ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 115.

¹²⁶⁹ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 116.

¹²⁷⁰ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 116.

¹²⁷¹ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 117.

„Ja, also ich würde es nicht mal als so eine feste Beziehung darstellen wie zu Herrn P. und seinem Label; der hatte ja dann noch ein eigenes Label. Aber, ja, ich denke schon, dass er mir da vertraut hat.“¹²⁷²

Befragt zur Inhaberschaft von „Movement-Records“ erklärte Szczepanski:

„Ich meine, dass der Chef eben der Werner war. Starke und sein Freund mit ‚G‘ – G.? Wie hieß er? [...] Die waren so die Handlanger“¹²⁷³

Und weiter:

„Der Herr Henning K. (P.) hat auch regelmäßig bei Werner eingekauft und Sachen abgenommen, aber ich würde es jetzt nicht so einschätzen, dass er da Geschäftspartner im eigentlichen Sinne war.“¹²⁷⁴

3.8.1.2. Szczepanski als Erkenntnisquelle zu Blood & Honour und zur Musikszene

Die von Stefan Lange 1994 in Berlin gegründete Vereinigung „Blood & Honour Division Deutschland“ unterteilte sich im Laufe der 1990er Jahre bundesweit in bis zu 20 als Sektionen bezeichnete Ableger. Im Jahr 1998 befand sich die „Blood & Honour“-Sektion in Sachsen im Umbruch. Im Herbst 1998 spaltete sich die sächsische Sektion in Folge eines Richtungsstreites von der „Blood & Honour“-Division Deutschland ab. Der Richtungsstreit hatte sowohl ideologische als auch geschäftliche Gründe. Zur Abspaltung beigetragen hatte auch der Umstand, dass sich die sächsischen „Blood & Honour“-Anhänger auf den militanten Arm der Bewegung - „Combat 18“ - beriefen. Das Selbstverständnis der sächsischen Aktivisten bewegte sich 1998 weg von einer Musikbewegung eher hin zu einer neonationalsozialistischen Kampfgemeinschaft. Die Aktivitäten, die ideologische Ausrichtung und die Netzwerke der ehemaligen „Blood & Honour“-Mitglieder Sachsens bestanden nach der Abspaltung fast unverändert weiter.¹²⁷⁵

¹²⁷² Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 117.

¹²⁷³ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 118.

¹²⁷⁴ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 118.

¹²⁷⁵ Abweichenden Bericht der Fraktion DIE LINKE, der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum 3. Untersuchungsausschuss der 5. Legislaturperiode des Sächsischen Landtags (im Folgenden: Abweichender Bericht UA 5/3 des Sächsischen Landtages), S. 135-137.

Szczepanski konnte zu den Hintergründen der Abspaltung berichten. Zeitlich fiel die Spaltung von „Blood & Honour“-Deutschland mit den letzten beiden Berichten Szczepanskis zum Trio zusammen.¹²⁷⁶

Der Zeuge Meyer-Plath erklärte zum Einsatz Szczepanskis in Sachsen:

„Also, meine Erinnerung ist nicht, dass er hauptsächlich in Sachsen eingesetzt wurde. Er war sporadisch auch in Sachsen. Das waren Dinge, die aber auch die Brandenburger sehr interessierten, insbesondere die Entwicklung der damals sehr virulenten ‚Blood & Honour‘-Bewegung, also zu gucken: ‚Wie gestaltet die sich?‘ - da gab es ja Spaltungen -, und die Frage: ‚In welche Richtung gehen wir? Eher Richtung Militanz, eher Richtung kommerzielle Aktivitäten?‘. Das war auch aus Brandenburger Sicht relevant, und das war auch der Grund, warum er sporadisch an sächsischen Veranstaltungen teilgenommen hat, insbesondere eben solchen, bei denen er viele Extremisten treffen konnte, also bei überregionalen Veranstaltungen.“¹²⁷⁷

Der Zeuge erklärte auf Nachfrage, dass Szczepanski auch „richtig gute Informationen“ zu der Berliner Rechtsrockband „Landser“ lieferte:

„Also, ich meine, es spielte 98. Und es ging ja hier insbesondere darum: Wie komme ich an diesen Vertriebsweg ran? Gibt es dort Zwischenhändler? Wo werden die Booklets hergestellt? Wo werden die Tonträger gepresst? Wie ist der Vertriebsweg? Wer sind schon erste Endabnehmer? Und eben immer die Frage: Wie kann ich das eben in Exekutivmaßnahmen münden lassen? Federführend war hier in meiner Erinnerung das Bundesamt für Verfassungsschutz, weil es auch noch andere Erkenntnisquellen gab. Aber ‚Piatto‘...“¹²⁷⁸

Auf den Einwurf: „Aber von ‚Piatto‘ kamen hier schon sehr entscheidende Hinweise“:

„Von ‚Piatto‘ kamen hier sehr entscheidende Sachen. Das ist zumindest meine Erinnerung.“¹²⁷⁹

Zu den entscheidenden Informationen gehörten u.a. Carsten Szczepanskis Hinweise zu einer geplanten Einfuhr einer großen Stückzahl der neuen Landser-Produktion „Rock gegen oben“ sowie zur damaligen Bandbesetzung, die bis dahin ihre Auftritte konspirativ gestaltete. So berichtete Carsten Szczepanski im Mai 1998, dass der damalige B&H-Sektionsleiter Brandenburgs, Christian W., der Schlagzeuger und

¹²⁷⁶ Regierungsbericht MIK, S. 136.

¹²⁷⁷ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 84.

¹²⁷⁸ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 96.

¹²⁷⁹ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 96.

Gitarrist der Band „Landser“ sei. Und weiter heißt es in der Deckblattmeldung vom 27.05.1998:

„Laut Christian W. hat sich die Band ‚LANDSER‘ 16 Tage in den Vereinigten Staaten aufgehalten und dabei in St. Paul im Bundesstaat Minnesota ihre neue CD eingespielt. Die Pressung der CDs fand im US-Bundesstaat Florida statt.

Anmerkung: *Die Band ‚LANDSER‘ besteht zur Zeit aus drei Personen, Christian W. (Gitarre und Schlagzeug), ‚Lunikoff‘ (Gesang) und eine unbekannte männliche Person (Baß).*

Der Kontaktmann der Band ‚LANDSER‘ in den U.S.A. ist ein Ed, Kopf der amerikanischen Band ‚BOUND FOR GLORY‘. In Florida wurden insgesamt 12.000 Exemplare gepreßt, die innerhalb der nächsten 14 Tage nach Deutschland geschickt werden sollen. Die Empfänger bestehen aus dem Freundes- und Verwandtenkreis der ‚LANDSER‘-Mitglieder. Auf diese Weise hofft die Band, daß die CDs unbehelligt nach Deutschland geschickt werden können. Die CDs werden ohne Hülle, lediglich mit dem Beiheft versandt.“¹²⁸⁰

In einem Treffbericht vom 27.11.1998 heißt es zudem:

„Weiterhin war es der Quelle zu verdanken, daß die Ermittlungen über Vertriebswege der neuen ‚Landser‘ CD – ‚Rock gegen Rom‘ [sic!] – erfolgreich und zügig betrieben werden konnten“¹²⁸¹

¹²⁸⁰ B 4_Ordner 3_1998_DBM-T1-Piatto-1510-1695-wwkps-VS-NfD, S. 104.

¹²⁸¹ B 4_NfD zum Piatto Komplex_elektronische Dokumente_Band 1b_1998, S.132.

3.8.1.3. Berichte über die rechtsextreme Szene in Chemnitz

Im Folgenden werden exemplarisch Aktenauszüge zu Szczepanskis Informationen und Kontakten zur sächsischen Szene aufgeführt.

Bereits in einer Deckblattmeldung vom 07.09.1994 berichtete Szczepanski dem Brandenburgischen Verfassungsschutz erstmals von Jan Werner als Veranstalter eines Skinheadkonzerts und nennt dessen Wohnadresse in Chemnitz.¹²⁸²

Intensiver wurde der Kontakt erst ab August 1997¹²⁸³ im Zusammenhang mit Szczepanskis Vollzugslockerungen. In einer Deckblattmeldung vom 13.08.1997 wird von Jan Werners Plänen, einen Sampler unter anderem mit der Band „Landser“ zu produzieren, berichtet:

„Der Skinheadaktivist ‚Jan‘ [Chemnitz] ist dabei einen neuen Sampler zu produzieren, der unter dem Arbeitstitel ‚Gegen politische Verfolgung‘ läuft. U.a. sollen die Band ‚Landser‘, Frank RENNICKE und einige Bands aus Sachsen völlig neue Lieder dafür einspielen. Auf der CD sollen die Interpreten nicht genannt werden.“¹²⁸⁴

Szczepanski berichtete in einer Deckblattmeldung vom 06.10.1997 zu Werners, Henning K. (P.) und P.'s „Movement-Records“-Label und deren Pläne, Bands zu produzieren:

„Die neueste CD der Band ‚Thorshammer‘ ist von ‚Movement Records‘, Postfach 18, 01720 Wilsdruff produziert, worden. Für dieses Label sind maßgeblich das Ehepaar P. und Jan WERNER (Chemnitz) und Henning K. (P.) tätig. Demnächst wollen auch ‚Razor’s EDGE‘ und ‚Chingford Attack‘ in Chemnitz Cds auf diesem Label einspielen. [...]“¹²⁸⁵

In zwei Vermerken von Anfang 1998 wird berichtet, dass Szczepanski mit Mitgliedern der „Blood & Honour“-Szene Chemnitz in Verbindung kommen solle. In einem Treffvermerk vom 30.01.1998 heißt hierzu:

¹²⁸² B4, Ordner 3, 1994 DBM, S. 7f.

¹²⁸³ Regierungsbericht MIK, S. 135.

¹²⁸⁴ B4, Ordner 3, 1997 DBM, S. 90.

¹²⁸⁵ B4, Ordner 3, 1997 DBM, S. 103.

„Im Laufe des Gesprächs berichtete die Quelle über die Fortschreibung ihres Vollzugsplanes. Danach darf die Quelle ab Februar 1998 die JVA ohne Begleitung zu den Ausgängen verlassen.

Die nächsten Ausgänge finden am 31.01.1998, 08.02.1998, 10.02.1998, 14.02.1998 und 16.02.1998 statt.

Aus hiesiger Sicht erscheinen besonders die folgenden Ausgänge interessant:

*Am 08.02.1998 wird die Quelle mit den Köpfen der Skinheadszene Chemnitz zusammentreffen, die für die Organisation überregionaler Skinkonzerte und für die Produktion hochwertiger Skinmusiktonträger verantwortlich sind. [...]*¹²⁸⁶

In einem Vermerk vom 25.02.98 heißt es wiederum:

„Die Quelle hat die folgenden Ausgänge beantragt. Auftragsgemäß werden an diesen Tagen die genannten Kontakte stattfinden:

08.03.1998 Besuch der Szene in Königs Wusterhausen

15.03.1998 Treffen mit Frank SCHWERDT in Königs Wusterhausen. SCHWERDT plant die Gründung eines NPD-Stützpunktes. Die unorganisierten Szenen sollen hier involviert werden.

21.03.1998 Treffen mit Blood & Honour Szene Chemnitz.

*28.03.1998 Treffen mit Vertretern der rechtsextremistischen Szene Guben; hier im besonderen mit Bernd B. und M. Kn.*¹²⁸⁷

Der Untersuchungsausschuss ist der Frage nachgegangen, ob die Treffen Szczepanskis mit der Chemnitzer Szene, die zeitlich auf das Untertauchen des Trios (26.01.1998) folgten, mit diesem im Zusammenhang standen. Die in den beiden vorab zitierten Vermerken vom 30.01.1998 und 25.02.1998 erwähnten Treffen haben nach Aussage des Zeugen Meyer-Plath keinen Bezug zum untergetauchten Trio gehabt:

„Das kann ich Ihnen nicht mehr genau beantworten. Ich weiß nicht, ob das jetzt die allererste Frage war, wo ‚Piatto‘ Sachsenbezüge hatte - das glaube ich eher nicht -, sondern dass das eher schon eine Folge von Informationsbedürfnissen sowohl der Brandenburger als auch der sächsischen als auch der Bundesbehörden war, zu sagen: In dieser Szene, da passiert eine Menge; dann wollen wir jede Information bekommen, die wir haben können.

Ich glaube nicht - und das wird auch der Hintergrund Ihrer Frage sein, vermute ich -, dass dies in irgendeinem Zusammenhang bereits mit dem Untertauchen

¹²⁸⁶ B 4 iV B 73, Übergabe Piatto Bearbeitete Fassung 97_98, 1. Halbjahr 1998.pdf, Seite 18.

¹²⁸⁷ B 4 iV B 73, Übergabe Piatto Bearbeitete Fassung 97_98, 1. Halbjahr 1998.pdf, S. 31.

Thüringer Rechtsextremisten stand. Zumindest war das sicherlich dem Autor auch des Schriftstücks, was Sie vor sich haben, nicht bewusst.“¹²⁸⁸

Auf Nachfrage zum Grund des Treffens Szczepanskis mit Chemnitzer Szeneangehörigen am 21. März 1998 und ob dieses etwas mit der Suche des untergetauchten Trios zu tun gehabt hätte, sagte der Zeuge Meyer-Plath:

„Ich vermute: nein. Ich vermute, dass es eher genau um diese Phase ging, die ich geschildert habe, als bei „Blood & Honour“ Spaltungstendenzen vorhanden waren, Richtungsstreitigkeiten, und ein hohes Interesse daran bestand, das mitzuverfolgen, in welche Richtung das geht. Das spielte ja auch für die Berlin-Brandenburger ‚Blood & Honour‘-Sektion eine große Rolle. Das wird im Mittelpunkt gestanden haben. Denn ein Bezug zu NSU und Fragen in dem Bereich ist mir aus der Zeit eben nicht Erinnerung, das andere hingegen schon, dass das eine ganz wichtige Erkenntnisfrage war: Wie geht es mit der sehr gewaltbereiten Skinhead-Szene Ostdeutschlands weiter?“¹²⁸⁹

Der Zeuge Dieter Borchert sagte zu dem Grund der Treffen im Februar und März 1998 aus:

„Also, der Hintergrund ist mir jetzt im Augenblick nicht bekannt. Wahrscheinlich - ist jetzt meine Annahme -, um über ‚Blood & Honour‘ Informationen zu erzielen.“¹²⁹⁰

Am 30.03.1998 vermerkte Meyer-Plath zum Thema: *„Erkenntnisse über mögliche ‚undichte‘ Stellen im Bereich des Polizeipräsidiums Potsdam bzw. des LfV Sachsen“*, dass nach Informationen der „Quelle“ die Szene in Chemnitz aufgrund der Kontakte zum Verfassungsschutz über Exekutivmaßnahmen informiert sei. Eine gedruckte Fallbezeichnung ist handschriftlich durchgestrichen und durch „Piatto“ ersetzt. Der Zeuge Meyer-Plath erklärte zu diesem Vorgang:

„Ich vermute, dass das eine Arbeitsbezeichnung war, die vom Beschaffungsleiter ausgegeben wurde: Wie gehen wir mit diesen undichten Stellen um? [...]“¹²⁹¹

Der Vermerk lautet auszugsweise:

„Der Quelle [...] wurde am 28.03.1998 folgender Sachverhalt bekannt. Der bekannte Rechtsextremist Henning K. (P.) aus [...] soll nach eigenen Angaben

¹²⁸⁸ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 85.

¹²⁸⁹ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 85.

¹²⁹⁰ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 155.

¹²⁹¹ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 91.

über gute Kontakte zu 2 Kriminalpolizeibeamten aus dem Bereich des Polizeipräsidiums Potsdam verfügen.

[...] Über diesen Polizisten hatte Henning K. (P.) erfahren, daß die Polizei nicht davon ausging, daß für das am 28.03.1998 in Kirchmöser geplante Skinheadkonzert ein Sammlungsraum Magdeburg sein sollte.

Über noch intensivere Kontakte soll Henning K. (P.) zu einem weiteren Kriminalpolizisten aus dem Bereich des PP Potsdam verfügen. Dieser Polizist soll Henning K. (P.) deshalb mit Informationen versorgen, weil Henning K. (P.) im Besitz mehrerer Fotos ist, auf dem dieser Polizist den Hitlergruß entbietet und andere für ihn kompromittierende Handlungen vollführt. Dieser Polizist soll ihm im Voraus Informationen über polizeiliche Maßnahmen liefern. Darüber hinaus steht Henning K. (P.) der Polizeibeamte für Personen- und Kfz-Abfragen zur Verfügung.

Laut Antje P. läßt sich das Gedeihen der Skinheadszone Chemnitz auch dadurch erklären, daß Mitglieder der Szene Kontakte zum sächsischen Verfassungsschutz haben. P. geht davon aus, daß der Verfassungsschutz in Sachsen davon überzeugt ist, diese Personen als Quellen zu führen. In Wirklichkeit aber würden diese Personen lediglich versuchen, den Erkenntnisstand des Verfassungsschutzes heraus zu bekommen. Auf diesem Wege sei die Szene in Chemnitz in der Lage, Exekutivmaßnahmen vorhersehen zu können. Darüber hinaus kann die Szene Veranstaltungen besser planen und durchführen.

Anmerkung:

Der die Szene Chemnitz betreffende Sachverhalt ist nur einer äußerst begrenzten Anzahl von Personen bekannt.

[...]

[Handschriftlich:]

*Weitere Vorgehensweise im Fall [...]:*¹²⁹²

Der Zeuge Meyer-Plath erklärte auf die Frage, ob die Meldung über die mutmaßliche „Doppelnatur“ von Quellen des sächsischen Verfassungsschutzes an diesen weitergeleitet worden seien:

„Davon gehe ich aus. Das ist ja eine Meldung, wo man sofort kollegial an die Beschaffungsbereiche des Landes, was davon betroffen ist, zugeht, um zu gucken: Hier gibt es diese Äußerung. Ob die einen Wahrheitsgehalt hat, lasse ich mal dahingestellt sein, was Antje P. da möglicherweise erzählt. Aber ich

¹²⁹² B 4 iV B 73 Übergabe Piatto bearbeitete Fassung 97_98, 1. Halbjahr 1998, S. 54f.

gehe fest davon aus, dass hier auf der Ebene gerade der Leitungen der Beschaffungen darüber gesprochen wurde.“¹²⁹³

Weiter äußerte er auf die Frage, welche Maßnahmen bezüglich der vermerkten Erkenntnisse hinsichtlich der Polizei ergriffen worden seien:

„Offensichtlich - ich erkenne das an der Paraphe, aber auch an der Schrift - hat sich hier der damalige Abteilungsleiter, also der Behördenleiter, dieses Falles angenommen, gerade wahrscheinlich wegen der Brisanz. Was dann aber weiter unternommen wurde, das weiß ich nicht. Ich vermute, dass es hier bei dieser Brisanz Gespräche eben auf der Ebene der Präsidenten gegeben hat, sei es im Bereich der Polizei oder im Bereich des Verfassungsschutzes.

Im Verfassungsschutz ist es [...] sicherlich einfacher, weil hier der Quellenschutz nicht zu beachten war. Man konnte sozusagen diese Information direkt an den sächsischen Verfassungsschutz weitergeben. Hier wird natürlich zu beachten gewesen sein: Wie kann diese Information fließen, ohne die Quelle ‚Piatto‘ zu gefährden? Aber über den weiteren Fortgang habe ich keine Erkenntnisse, was daraus passiert ist. Aber wenn ich sehe, dass sich der Abteilungsleiter Dr. Förster - darf man ja sagen, denke ich -- damit befasst hat, dann wird da auch was passiert sein. Davon gehe fest aus.“¹²⁹⁴

In einem Vermerk des Verfassungsschutzes vom 03.07.98 schrieb Meyer-Plath:

„Die Quelle erhielt den Auftrag, über das Wochenende 03./04./05.07.1998, an dem die Quelle Urlaub hat, Kontakte zu Führungspersonen von ‚Blood & Honour‘ Brandenburg bzw. Sachsen aufzunehmen. Durch diese Kontakte sollen weitere aktuelle Erkenntnisse zum Liefertermin der neuesten ‚Landser‘-CD gewonnen werden. Außerdem erhielt sie den Auftrag, in Anbetracht des Wegfalls der Quelle im Fall [...] ihre Kontakte zur rechtsextremistischen Szene Guben zu intensivieren.“¹²⁹⁵

Szczepanski berichtete in einem selbstverfassten „Bericht zum Urlaub vom 03.-05. Juli 1998“¹²⁹⁶ über das Netzwerk „Blood & Honour“ aus Chemnitz und die Verbindung nach Brandenburg. In dem Bericht wird auch ein Brandenburger Kontakt erwähnt, der Waffen beschaffen könne:

„Freitag, 03. Juli 1998

Die Fahrt nach Chemnitz-Rabenstein erfolgte im Beisein des Betreibers des sogenannten ‚Greenland‘-Shops (Brandenburg), K. M. Während der ca. dreistündigen Fahrt verhielt sich K. M. wie gewöhnlich sehr freundschaftlich,

¹²⁹³ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 87.

¹²⁹⁴ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 90.

¹²⁹⁵ B 4_NfD zum Piatto Komplex_elektronische Dokumente_Band 1b 1998-VS-NfD, S. 5

¹²⁹⁶ Das Layout dieses von Szczepanski verfassten Berichts ähnelt wie auch in anderen Fällen dem Drucksatz des „United Skin“-Magazins aus dieser Zeit.

wißbegierig und offen. K. M. interessierte sich für die aktuelle Skinheadmusik, über die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit anderen mitteldeutschen Geschäften, über die von Skins getragene Mode und war auf das Treffen mit der Familie P. äußerst neugierig. [...]

In Chemnitz-Rabenstein unterhielt sich M. über mehrere Stunden hinweg mit Antje & Michael P., den Betreibern des Skinheadgeschäftes ‚Sonnentanz‘. Gemeinsame Planungen und mögliche Zusammenarbeitsaussichten zielten u.a. auf das Produzieren von Szenebekleidung ab. K. M. kaufte für ca. 1.500,- DM im ‚Sonnentanz‘-Geschäft diverse rechte Tonträger, diverse T-Shirts (mit den wohl heute üblichen Motiven) und andere Bekleidungsgegenstände. Sichtlich zufrieden und regelrecht glücklich kehrte K. M. alleine nach Brandenburg zurück. [...]

Während der Autofahrt nach Chemnitz bot M. die Möglichkeit an, daß ‚gute Kameraden‘ mit ihm zusammen als Gäste auf einen der drei von ihm besuchten Schießplätze gehen könnten. Auch hielt er es für machbar, Faustfeuerwaffen für 800,- DM (pro Stück) besorgen zu können, da: ‚es immer Jäger gäbe die Geld bräuchten.‘

Vor dem Besuch des für den Abend angesetzten B&H-Sachsen Sektionstreffen, ergab sich noch die Möglichkeit Aktivisten der Chemnitzer Skinszene zu besuchen. Dabei ergab sich ein guter Einblick in die Organisationsstruktur der dortigen B&H-Szene. Die Arbeit der B&H-Mitglieder ist dort relativ einfach gestaffelt. Andreas G. [...] ist zuständig für die Leerung der Postfächer und die Absendung der Post, außerdem ist die Anschrift Andreas G.s die Adresse für den Empfang von Lieferungen der von Movement produzierten Tonträger.

Jan Werner ist als Sprecher (= Chef) der B&H-Sachsen Sektion zuständig für den Kontakt zu den anderen Labels, zu den nationalen und internationalen Bands und zu anderen vermeintlich wichtigen Leuten in der Szene.

Hendrik L. ist zuständig für die musikalischen Belange. Hendrik L. besitzt die Masterbänder aller von B&H-Sachsen veranstalteten Konzerte und die technische Ausrüstung zur Vorbereitung von Tonträgerproduktionen.

Thomas Starke ist verantwortlich für das in Vorbereitung befindliche, neue Magazin ‚White Supremacy‘. Das ‚W.S.‘ wird 56 A4 Seiten in Hochglanzformat bekommen, mit einem vollfarbigen Cover. Ein erster Blick in die Druckvorlagen verhalf zu dem Eindruck daß mit dem ‚W.S.‘ ein qualitativ sehr gutes Magazin erscheinen wird, welches mit einer Mischung von politischen Themen und Skinheadartikeln erscheint.

Über den Grund warum man nun ein eigenes Magazin herausbringt (Starke und Werner schrieben davor an dem B&H-Magazin aus Berlin mit) muß man die bestehenden Differenzen zwischen den einzelnen Sektionen sehen. Die nach außen hin zur Schau gestellte Einigkeit und Stärke ist lediglich eine zerbrechliche Fassade, was der Besuch des B&H-Treffen am gleichen Abend dann schließlich endgültig bestätigte.

Das Treffen der sächsischen B&H Mitglieder fand in einem Jugendklub in der Stadt Riesa statt. Der von außen unscheinbar wirkende Jugendklub wurde an diesem Abend von ca. 20 B&H-Mitglieder und von ca. weiteren 15 nicht organisierten Skinheads besucht.

[...]

Sonntag, 05. Juli 1998

[...]

Interessant war jedoch die Hauptfrage des Abends, in der es um die besagten Differenzen innerhalb der bundesdeutschen B&H-Bewegung ging. Es ist den Sachsen zuwider auf Befehle und Anweisungen aus Berlin handeln zu müssen und die Führerschaft des Stefan ‚Pinocchio‘ Lange wird mehr als nur in Frage gestellt. Einig war man sich darüber, daß die Sachsen der zentrale Mittelpunkt der momentanen B&H-Arbeit sind, was nicht zuletzt durch die Vielzahl der organisierten Konzerte bewiesen wird. [...]

Ausdrücklich ausgesprochen hat sich die sächsische B&H-Szene für eine Zusammenarbeit mit der Brandenburger B&H Sektion. Die Band Proissenheads wird als ehrlich und kameradschaftlich eingeschätzt und gilt als absolut unterstützenswert. Auch die Ansicht von Uwe Menzel, daß er auch für andere Skinheadorganisationen als B&H spielen würde, legt einer Zusammenarbeit keinen Stein in den Weg. Auch Henning K. (P.) wird als eine weitere Möglichkeit zur Zusammenarbeit beurteilt. Im Allgemeinen wird B&H-Brandenburg als Sachsen-freundlich angesehen. Ganz offensichtlich wird bereits jetzt versucht einzuschätzen welche Mitglieder und welche Sektionen sich bei einem Split zu einer Freundschaft mit den Sachsen entschließen.

Als Nicht-Sympathisanten gelten hingegen die Vertreter der B&H-Südbrandenburg Fraktion. Diese gelten als absolut Berlin-hörig und abhängig von Lange. [...]

Es ist augenscheinlich so, daß der große Streß in der B&H-Bewegung schon bald anbrechen wird und man in Deutschland dann wahrscheinlich englische Verhältnisse haben wird.[...]“¹²⁹⁷

Der Zeuge Meyer-Plath erklärte, befragt zur Einzelinformation des vorgenannten Vermerks „auch hielt er [K. M.] es für machbar, Faustfeuerwaffen für 800 DM (pro Stück) besorgen zu können.“ dem Untersuchungsausschuss:

„Also, ich kann daraus nur schließen: Es gab für Rechtsextremisten Möglichkeiten, an Waffen ranzukommen. Das bestätigt dieser Vermerk. Ob das jetzt im Zusammenhang mit den Gesprächen, auf die Sie anspielen, die Jan Werner geführt hat -- das kann ich nicht beurteilen, diesen Schluss. Dass Waffen in der Szene sind und dass Rechtsextremisten in der Lage sind, sich

¹²⁹⁷ B 4, NfD zum Piatto Komplex, elektronische Dokumente, Bd. Ib, 1998, S. 38 – 40.

Waffen illegal zu beschaffen, das ist, denke ich, etwas, worauf jetzt nicht nur diese Meldung einen Hinweis gibt.“¹²⁹⁸

Der Zeuge Szczepanski erklärte vor dem Untersuchungsausschuss hierzu:

„Ich kann mich an diesen Händler erinnern, ja. Das war auch ein Händler, der das CD-Sortiment von Herrn P. und von Herrn Werner im Angebot hatte. Ich meine, es wäre -- War das direkt in der Stadt Brandenburg? Ich meine, ja. Und ich meine, mich auch erinnern zu können, dass ich mit ihm zu P. gefahren bin, weil er -- Ich meine, er wollte irgendwie eine große Bestellung an CDs aufgeben. Also, ich habe den Herrn vielleicht zwei-, dreimal gesehen. Und das war halt -- Für mich war es gut, dass er bei Herrn P. bestellen wollte, in dem Zusammenhang, dass ich sagen kann: ‚Hier, guck, ich habe hier einen Händler für dich, der will was kaufen‘, und so, was ja eigentlich meinem Praktikumsarbeitsvertrag entspricht.

Also, ich weiß nicht, ob ich das damals wirklich so ernst genommen habe. Das war halt auch eine Info, die ich halt von dem Herrn bekommen habe, die ich weitergegeben habe, aber ich konnte das nicht gewichten. Ich konnte nicht wissen, ob der Herr wirklich diese Kontakte und Möglichkeiten hat oder ob es einfach nur Prahlerei war.“¹²⁹⁹

3.8.2. Hinweise Szczepanskis auf das untergetauchte Trio und deren Weiterleitung

Aus dem Umfeld der Chemnitzer B&H-Szene erfuhr Carsten Szczepanski im Rahmen seiner Aufenthalte in Sachsen auch von drei untergetauchten Skinheads, die das spätere NSU-Trio bildeten. In insgesamt fünf Deckblattmeldungen des brandenburgischen Verfassungsschutzes wurden diese Informationen von den V-Mann-Führern überwiegend unter „Verschiedenes“ festgehalten. Sämtliche Deckblattmeldungen wurden innerhalb des Verfassungsschutzverbundes weitergeleitet. Aktenkundig sind Übermittlungen an die Landesämter Sachsen und Thüringen sowie an das Bundesamt für Verfassungsschutz.

3.8.2.1. Benachrichtigung des Brandenburgischen Verfassungsschutzes über das geflüchtete Trio

Der Brandenburgischen Verfassungsschutz wurde im Rahmen des Informationssystems ELKOM über den Fall dreier flüchtiger Rechtsextremisten informiert. Am 03.02.1998 berichtete das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz

¹²⁹⁸ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 117.

¹²⁹⁹ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 148.

in einem an das Bundesamt für Verfassungsschutz und alle Landesbehörden für Verfassungsschutz gerichteten Fax-Schreiben vom untergetauchten Trio und bat um Hinweise oder Erkenntnisse zum Aufenthalt der „*Flüchtlinge*“ [sic!].¹³⁰⁰ Mit Telefax vom 05.02.1998 übermittelte das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz erstmalig Fotos der „*flüchtigen Personen zur Quellenvorlage*“.¹³⁰¹ Die erhaltenen Dokumente zeigen schlecht erkennbare Abbildungen von Bönhard, Mundlos und Zschäpe. Auf dem Telefax vom 5.2.1998, Eingangsstempel „5.Feb.1998“ ist handschriftlich am 12.02.1998 vermerkt: „*Fotos wurden in Thüringen angefordert*“.¹³⁰² Auf dem Postweg sind dann mit Eingangsstempel vom „9. Feb. 1998“ Fotos von Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe dem brandenburgischen Verfassungsschutz zugegangen. Handschriftlich wurde am 18.2.1998 darauf vermerkt: „*Laut Rücksprache mit V/4.1 Quellenvorlage der Fotos derzeit nicht erfolversprechend*“.¹³⁰³

Der Zeuge „Michael Ackrath“, damaliger Sachbearbeiter im Auswertungsreferat des brandenburgischen Verfassungsschutzes, erklärte vor dem Untersuchungsausschuss, dass die Initiative zur Übersendung der Fotos von Brandenburg ausgegangen sei:

„Ich meine, gelesen zu haben - ich bitte um Verständnis, das ist genau 20 Jahre her, Herr Vorsitzender; das war, meine ich, im Januar des Jahres 1998 -, dass drei Personen aus Thüringen untergetaucht sind. Beziehungsweise: Was uns sehr merkwürdig vorkam, war die Tatsache, dass dann eine Garage durchsucht wurde, eine Person einfach laufen gelassen wurde. Da haben wir uns schon damals Fragen gestellt: Geht es hier mit rechten Dingen zu? - Und das ist damals auch in Brandenburg unter Rechtsterrorismus gebucht worden. Ich habe schon 98 die Bezeichnung ‚Bombenbastler‘ - die war in den Sicherheitsbehörden ein Begriff - abgelehnt. Ganz klar nachweisbar: Es ist in Brandenburg gebucht unter Rechtsterrorismus.

Wir haben uns damals gefragt: Was ist denn das? Hier geht es nicht mit rechten Dingen zu. - Und obwohl nicht zuständig, hat Brandenburg versucht, die Dinge aufzuklären, indem nämlich diese Fotos - - Ich habe dann in Thüringen angerufen: ‚Das ist aber komisch hier‘, und habe Fotos erbeten. Die Fotos kamen. Die Fotos kamen in schlechter Qualität. Daraufhin habe ich wieder angerufen; Wir hätten gern die Fotos in guter Qualität. - Dann kamen die Fotos der drei Untergetauchten - die Namen sind ja bekannt -, und ich habe dann - - [...].“¹³⁰⁴

¹³⁰⁰ B 4, 2016-12-06, 55-004-S-530 003 00000 0036, Nr. 1, S. 15.

¹³⁰¹ B 4, 2016-12-06, 55-004-S-530 003 00000 0036, Nr. 4.

¹³⁰² B 4, 2016-12-06, 55-004-S-530 003 00000 0036, Nr. 4.

¹³⁰³ B 4, 2016-12-06, 55-004-S-530 003 00000 0036, Nr. 5, S. 1.

¹³⁰⁴ Protokoll der 23. öffentlichen Sitzung vom 23.03.2018, S. 69.

Der Zeuge „Ackrath“ erläuterte weiter hinsichtlich der handschriftlichen Vermerke auf dem Schreiben des Landesamts für Verfassungsschutz Thüringen vom 05.02.1998 (Eingangsstempel „9. Feb. 1998“):

„Das war meine Schrift. Das ist eine Schrift des Auswerter. Ich habe geschrieben - nach Rücksprache mit der Beschaffung -: Die Vorlage dieser schlechten Fotos – [...] ich denke, die kann man auch gerne mal zeigen - ist nicht erfolversprechend, weil man nichts drauf gesehen hat.“¹³⁰⁵

Der Zeuge Milbradt, damals Leiter der Abteilung Auswertung und stellvertretender Abteilungsleiter, erklärte vor dem Untersuchungsausschuss zu der Notiz über die mangelnde Erfolgsaussicht:

„Der Grund der Aussichtslosigkeit in der Beurteilung dessen, der diese Notiz niedergelegt hatte, war, dass es keinerlei Anhaltspunkte - wie schon gesagt - dafür gab, dass das Trio irgendetwas mit Brandenburg und Personen in Brandenburg zu tun haben könnte.[...]

Ist natürlich kein Schluss, der zu dem Urteil führen könnte, dass es absolut unmöglich sei; aber es gab eben keinerlei Indizien, die dafür sprachen. Und die Vorlage der Fotos einige Monate später hat ja dann eben auch noch einmal gut dokumentiert und belegbar gezeigt, dass tatsächlich keine Quelle in Brandenburg etwas mit diesen drei Personen anfangen konnte. Das Einzige, was aus Brandenburg substantiell zu diesem Trio und zu dessen Aufklärung beitragen konnte, waren die bekannten Meldungen von ‚Piatto‘.¹³⁰⁶

Weiter erklärte er zur Frage, welche Priorität die Suche nach den Geflüchteten eingenommen habe:

„Es gab in der Tat keinerlei Anhaltspunkte - im Übrigen auch später nicht und bis heute nicht -, dass dieses Trio belastbare Kontakte oder Beziehungen

nach Brandenburg hätte. Die Suche nach dem Trio war in erster Linie natürlich Sache der Polizei. Die Verfassungsschutzbehörden konnten in dieser Situation zunächst ja erst mal nichts anderes tun, als ihre Quellen zu sensibilisieren, sich umzuhören, ob sie irgendetwas über dieses Trio in Erfahrung bringen könnten. Und da war eben die Quelle ‚Piatto‘ eine, die wesentliche Informationen lieferte, die sonst anderswoher nicht gewonnen werden konnten.“¹³⁰⁷

¹³⁰⁵ Protokoll der 23. öffentlichen Sitzung vom 23.03.2018, S. 71.

¹³⁰⁶ Protokoll der 22. öffentlichen Sitzung vom 22.03.2018, S. 91.

¹³⁰⁷ Protokoll der 22. öffentlichen Sitzung vom 22.03.2018, S. 90.

3.8.2.2. Das Meldeaufkommen Szczepanskis zum untergetauchten Trio

Im Zeitraum August bis Oktober 1998 erhielt der Verfassungsschutz Brandenburg von Szczepanski mehrere Hinweise, die einen Bezug zum untergetauchten Trio aufwiesen.

Auf die Frage, wie er mit den Informationen bezüglich des untergetauchten Trios umgegangen sei, erklärte Szczepanski vor dem Untersuchungsausschuss:

„[...] Für mich war ja die Aufgabe die Erkenntnisgewinnung. Ich für mich selber habe die Informationen nicht gewertet. Ich habe das, was ich erfahren habe, weitergegeben und habe mir in dem Augenblick auch keine Gedanken gemacht, was an Informationen wichtig sein könnte, wo vielleicht andere Mitarbeiter des Amtes dann dem nachgehen. Keine Ahnung.“¹³⁰⁸

Auf Nachfrage ob er gezielt nach Informationen zum untergetauchten Trio gefragt habe, schilderte Szczepanski, dass er stets den Gesprächsinhalt u.a. mit der Familie P. und Jan Werner wiedergegeben hätte. Wörtlich sagte er:

„Nee, ich meine, das wäre in der Folge ganz normales Gesprächsthema gewesen. [...] Mit P. und Werner.“¹³⁰⁹

Und weiter:

„Woran ich mich heute noch erinnere, ist halt der Umstand, dass die Frau P. mir sagte, dass sie ihren Reisepass verleiht. Also, die Info habe ich so noch im Kopf behalten. Aber zu welchem Zeitpunkt sie mir das gesagt hat - ich weiß es nicht mehr.“¹³¹⁰

Szczepanski antwortete auf die Frage, ob er Anfang Januar 1998 mit konkreten Aufträgen nach Chemnitz geschickt worden sei:

„Es gab keine konkreten Arbeitsanweisungen in dem Sinn. Meine Aufgabe, wie gesagt, war die Informationsgewinnung.“¹³¹¹

Der Zeuge Dieter Borchert führte hierzu aus:

„Na ja, ‚angesetzt‘ - - Sicherlich ist er gebeten worden, noch mal nachzufragen. Bloß, er kann natürlich, um nicht aufzufallen, nicht pausenlos, sage ich mal jetzt übertrieben, nachfragen: Weißt du was über die Waffen? Weißt du was über die

¹³⁰⁸ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S.131.

¹³⁰⁹ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 131.

¹³¹⁰ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 131.

¹³¹¹ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 135.

Waffen inzwischen? - Also, er hat da - - Das waren die letzten Informationen, die er erhalten hat. Und danach gab es nichts mehr.“¹³¹²

Angesprochen auf seine Aussage vor dem Bundestagsuntersuchungsausschuss, Szczepanski habe zwar den Auftrag erhalten, sich nach dem Trio umzuhören, habe aber, um nicht aufzufallen, nicht insistieren können, erklärte der damalige Referatsleiter Auswertung im Verfassungsschutz Brandenburg Jörg Milbradt:

„[...] während Szczepanski, wenn er in Chemnitz allzu nachdrücklich nach diesem Trio gefragt hätte, natürlich hätte begründen müssen, warum er sich so lebhaft für dieses Trio interessiert. Und dazu hätte er nichts sagen können.“¹³¹³

Aus Szczepanskis Informationen zum untergetauchten Trio entstanden fünf Deckblattmeldungen. Die Deckblattmeldungen wurden jeweils dem Abteilungsleiter zur Kenntnis verfügt. Bezüge zu dem Trio finden sich auch in einem Urlaubsbericht Szczepanskis sowie in zwei Treffvermerken. Die relevanten Fundstellen werden im Folgenden chronologisch dargestellt.

3.8.2.2.1. „Bericht zum Urlaub vom 15. & 16. August 1998“

Hinweise auf ein flüchtiges Trio finden sich - neben zahlreichen anderen Informationen wie zu geplanten Konzerten, Entwicklung der B&H-Szene und der Hooligan-Szene - zum ersten Mal in einem „Bericht zum Urlaub vom 15. & 16. August 1998“:

„15. August, Chemnitz & Limbach/Oberfrohna:

[...]

Die drei sächsischen Skins (zwei Männer und eine junge Frau), die sich wegen verschiedener Delikte und Straftaten auf der Flucht befinden (siehe u. a. ‚Kripo Live‘), wollen in den kommenden drei Wochen das Staatsgebiet der Bundesrepublik verlassen und nach Südafrika fliegen um dort neue Identitäten zu erlangen. Die drei Personen reisen mit gültigen Reisepässen anderer, nicht gesuchter, Personen.“¹³¹⁴

¹³¹² Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 151.

¹³¹³ Protokoll der 22. öffentlichen Sitzung vom 22.03.2018, S. 91.

¹³¹⁴ B 4, NfD zum Piatto Komplex, elektronische Dokumente, Bd. Ib, 1998, S. 37.

3.8.2.2.2. Deckblattmeldung vom 19.08.1998

In einer siebenseitigen Deckblattmeldung vom 19.08.1998 heißt es unter dem Punkt

„5. Verschiedenes“:

„Laut Antje P. sind drei sächsische Skinheads (zwei Männer und eine Frau) zur Zeit wegen verschiedener Straftaten auf der Flucht vor der Polizei. Dieser Fall sei medienbekannt. Die drei, von denen einer anonym Artikel für die Publikation ‚White Supremacy‘ geschrieben habe, wollen sich angeblich innerhalb der nächsten drei Wochen mit ‚geliehenen Pässen‘ nach Südafrika absetzen und dort in neue Identitäten schlüpfen.“¹³¹⁵

In der von Meyer-Plath erstellten Meldung wird zuvor zu den Gliederungspunkten: „1. Aktivitäten im Rahmen der ‚Rudolf-Heß-Aktionswoche‘“, „2. Rechtsextremistische Musikproduktion“, „3. rechtsextremistische Skinkonzerte“ und „4. rechtsextremistische Szene Guben“ berichtet. In einer handschriftlichen Anmerkung fragt der Leiter der Abteilung V bezüglich der Musikproduktion nach. Er fragt ferner, was zur Verhinderung der Einfuhr einer in Guben produzierten Publikation veranlasst worden sei. Der Referatsleiter vermerkt, dass „pflichtgemäß“ das Bundesamt für Verfassungsschutz „durch Übersendung der vorliegenden Meldung“ unterrichtet worden sei. Anmerkungen zu den „sächsischen Skinheads“ finden sich nicht.

Weder diese noch anderen Deckblattmeldungen enthalten die Information, dass Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe sich in Chemnitz aufhielten. Antonia von der Behrens erwähnt in ihrem für den Untersuchungsausschuss erstellten Gutachten vom 21.03.2017 einen Vermerk des LfV Thüringen, der dem Untersuchungsausschuss nicht vorlag. Dazu heißt es:

„Jedoch findet sich in der ‚Akte Drilling‘ des TLfV ein handschriftlicher Vermerk vom 7. September 1998 von Norbert W., dem dortigen V-Mannführer, der zentral in die Operation Drilling eingebunden war, der lautet: ‚Nach telef. Rücksprache mit dem zuständigen V-Mannführer Herrn G.¹³¹⁶ LfV Sachsen [sic!], am 7.9.98 hat die Quelle keine neuen Erkenntnisse mitgeteilt. Sie hat nur mitgeteilt, dass die ‚sächsischen Skins‘ sich im Raum Chemnitz aufhalten, so Antje P. Neuere Erkenntnisse werden dem TLfV unverzüglich mitgeteilt.“¹³¹⁷

¹³¹⁵ B 4, 2016-12-01 B4- VS NfD, Ordner IIIa, 1998-DBM-Teil 2-Aug-Dez.pdf, Seite 33.

¹³¹⁶ Gemeint ist der V-Mann-Führer Dieter Borchert.

¹³¹⁷ B 43 Gutachten und Anlagen, S. 37.

Die Sachverständige hat die Frage aufgeworfen, auf welcher Grundlage Dieter Borchert am 07.09.1998 dem Verfasser des Vermerks, Norbert W., mitteilen konnte, dass sich das Trio im Raum Chemnitz aufhalte, obwohl in der Deckblattmeldung vom 19.08.1998 diese Information nicht ausdrücklich genannt wurde. Der Untersuchungsausschuss ist dieser Frage nachgegangen. Zunächst ist zu beachten, dass eine Deckblattmeldung durch einen V-Mann-Führer auf der Grundlage der mündlichen oder schriftlichen Information des V-Mannes angefertigt wird. Es handelt sich somit um ein Extrakt der ursprünglichen Information, das nicht wortgleich sein muss. Im vorliegenden Fall hatte Szczepanski am 18.08.1998 seinen zuvor bereits in Teilen zitierten schriftlichen Bericht an seinen V-Mann-Führer Dieter Borchert ausgehändigt.¹³¹⁸ Hierauf basiert die auf den 19.08.1998 datierte erste Deckblattmeldung zum untergetauchten Trio.

Zwischen dem Abfassen der Deckblattmeldung am 19.08.1998 und dem von der Sachverständigen angeführten Telefonat vom 07.09.1998 sind insgesamt fünf weitere Treffen zwischen Carsten Szczepanski und seinen V-Mann-Führern aktenkundig.¹³¹⁹ Inwieweit dort eine Konkretisierung des Aufenthaltsortes des untergetauchten Trios erfolgte, konnte durch den Untersuchungsausschuss nicht festgestellt werden. Befragt, ob sich der Zeuge Dieter Borchert an ein Telefonat mit einem thüringischen Kollegen erinnern könne, äußerte dieser vor dem Untersuchungsausschuss:

„Mir ist nicht bekannt, dass ich solch eine Information am Telefon einem Herrn W. mitgeteilt habe. Wenn das so gewesen wäre - haben Sie völlig recht -, hätte das Einfluss in eine Deckblattmeldung finden müssen.“¹³²⁰

Dass zum Aufenthaltsort des untergetauchten Trios den thüringischen und sächsischen Sicherheitsbehörden bereits zum Zeitpunkt des Telefonats vom 07.09.1998 weitere zielführende Hinweise aus anderen Quellen vorlagen, kann ebenfalls angenommen werden (vgl. Kapitel 3.8.5.1.).

¹³¹⁸ B 4, NfD zum Piatto Komplex, elektronische Dokumente, Bd. Ib, 1998, S. 36.

¹³¹⁹ B 4, NfD zum Piatto Komplex, elektronische Dokumente, Bd. Ib, 1998, S. 36-57.

¹³²⁰ Protokoll 24. öffentlichen Sitzung vom 20.4.2018, S. 190.

3.8.2.2.3. Deckblattmeldung vom 09.09.1998

Die meisten Informationen zum untergetauchten Trio sind in der Deckblattmeldung vom 09.09.1998 enthalten. Diese geht auf ein Treffen mit Szczepanskis V-Mann-Führer Dieter Borchert am 08.09.1998 um 15.00 in Brandenburg an der Havel zurück.¹³²¹ Die Deckblattmeldung enthält Berichte Szczepanskis über ein Skinheadkonzert der „Blood & Honour-Sektion-Südbrandenburg“ am 05.09.1998 in Hirschfeld (Brandenburg). Unter dem Punkt „Verschiedenes“ werden auch Informationen über das untergetauchte Trio aufgeführt.

Der geplanten Teilnahme Szczepanskis am B&H-Konzert in Hirschfeld (05.09.1998) ging ein Treffen voraus. In dem dazu erstellten Treffvermerk, datiert auf den 07.09.1998, heißt es, dass Szczepanski angewiesen wurde, dem Konzert fernzubleiben:

„Fall ‚PIATTO‘

hier: Treff am 04.09.1998

Die Quelle wurde am 04.09.1998, um 9:00 Uhr, vor ihrer Ausbildungsstelle in Brandenburg a.d.H. abgeholt und in das Dienst-Kfz [...] aufgenommen.

Das Treffen diente vorrangig dazu, Erkenntnisse über den Veranstaltungsort des Skinheads Konzertes der Sektion ‚Blood & Honour‘-Süd Brandenburg am 05.09.1998 zu erhalten. Durch Telefonate konnte die Quelle den Treffpunkt Nossen in Sachsen und Frauendorf bei Lauchhammer in Brandenburg genauer bestimmen. [...]

Ferner wurde mit der Quelle eine Strategie besprochen, die sie anlässlich des Besuches des o.g. Skinheadkonzertes befolgen sollte, um Nachteile für ihren Strafvollzug zu vermeiden. Danach wurde die Quelle zunächst angewiesen, möglichst ständigen telefonischen Kontakt über Handy zum Uz zu halten.

Anmerkung: Aufgrund der Polizeipräsenz und der Gewaltbereitschaft der Konzertbesucher wurde der Quelle am 5.9.1998, gegen 15:30 Uhr, nachdem sie sich vereinbarungsgemäß aus Frauendorf meldete, angewiesen, dem Konzert fernzubleiben.“¹³²²

¹³²¹ B 4, NfD zum Piatto Komplex, elektronische Dokumente, Bd. Ib, 1998., S. 68.

¹³²² B 4, NfD zum Piatto Komplex, elektronische Dokumente, Bd. Ib, 1998, S. 56.

In der von Dieter Borchert erstellten Deckblattmeldung vom 09.09.1998 werden zunächst vier Konzerttermine aufgezählt. Es folgt ein Bericht über ein Hammerskinkonzert in Neustrelitz vom 05.09.1998. Die Deckblattmeldung lautet sodann auszugsweise:

„An dem Konzert der ‚Blood & Honour-Sektion Südbrandenburg‘ in Hirschfeld bei Lauchhammer haben u.a.

Christian W.

M. W.

Jan WERNER

S. F.

Henning K. (P.)

Uwe MENZEL (plus ‚Proissenhead‘-Umfeld)

Dirk H.

D. S.

Thomas STARKE

teilgenommen.

Unter anderem wurden Henning K. (P.) und MENZEL im Laufe der Polizeiaktion gegen die Teilnehmer des Skinkonzertes festgenommen: Sie haben mit einem Verfahren wegen schweren Landfriedensbruchs, gefährlicher Körperverletzung, Widerstands gegen die Staatsgewalt und Verwendens verfassungswidriger Symbole zu rechnen.

Thomas STARKE soll während der Auseinandersetzungen den Polizeifunk abgehört haben. Zahlreiche Hefte der neuen Ausgabe des ‚Blood & Honour‘-Magazins wurden von der Polizei in Hirschfeld beschlagnahmt.

[...].¹³²³

Unter dem Punkt „Verschiedenes“ wird ausgeführt:

„Einen persönlichen Kontakt zu den drei sächsischen Skinheads [...] soll Jan WERNER haben. Jan WERNER soll zur Zeit den Auftrag haben, ‚die drei Skinheads mit Waffen zu versorgen‘. Gelder für diese Beschaffungsmaßnahme soll die ‚Blood & Honour‘-Sektion Sachsen bereitgestellt haben. Die Gelder stammen aus Einnahmen aus Konzerten und dem CD-Verkauf.

Vor ihrer beabsichtigten Flucht nach Südafrika soll das Trio einen weiteren Überfall nach dem Erhalt der Waffen planen, um mit dem Geld sofort Deutschland verlassen zu können.*

Der weiblichen Person des Trios will Antje P. ihren Paß zur Verfügung stellen.

¹³²³ B 4, 2016-12-01 B4- VS NfD, Ordner IIIa, 1998-DBM-Teil 2-Aug-Dez.pdf, Seite 60.

*P. und WERNER sollen unabhängig voneinander und ohne Wissen des anderen für die drei tätig sein.*¹³²⁴

* Das Wort „weiteren“ ist handschriftlich unterstrichen und am Rand mit einem Fragezeichen versehen.

Szczepanski sagte vor dem Untersuchungsausschuss aus, er könne sich nicht mehr erinnern, in welchem Kontext er die Informationen zu dem Trio erhalten habe.¹³²⁵

Auch an das konkrete Konzert in Hirschfeld am 05.09.1998 könne er sich nicht erinnern:

*„Ich halte es für möglich, dass der Herr Werner mir auf einem dieser Konzerte diese Informationen gegeben hat. Das ist auch wahrscheinlich. Aber wann? - Ich weiß es echt nicht mehr.“*¹³²⁶

Auf die Frage, mit wem Jan Werner eine Information wie *„Da sind übrigens gerade drei in unserem Umfeld untergetaucht, wir versorgen die mit Geld und wir sind auf der Suche nach Waffen für die“* teilen würde bzw. ob es sich um eine *„exklusive Information“* handele, sagte Szczepanski:

*„Es klingt nach einer exklusiven Information, aber – wie ich ja schon gerade sagte – er war halt viel am Reden, und ich meine, dass er das wahrscheinlich auch vielen anderen erzählt hätte oder hat.“*¹³²⁷

Szczepanski hielt es auf Nachfrage auch für wahrscheinlich, dass er einer Aufforderung seines V-Mann-Führers, das Konzert in Hirschfeld nicht zu besuchen, Folge geleistet hätte.¹³²⁸ Denn wäre er in die polizeiliche Maßnahme geraten, wäre der offene Vollzug wahrscheinlich gestrichen gewesen.¹³²⁹

*„Ich kann mich, wie gesagt, an das spezielle Konzert nicht erinnern; aber wenn mir das so vehement gesagt worden ist, dann wäre ich wahrscheinlich auch weggeblieben, klar.“*¹³³⁰

Und weiter:

¹³²⁴ B 4, 2016-12-01 B4- VS NfD, Ordner IIIa, 1998-DBM-Teil 2-Aug-Dez.pdf, Seite 61.

¹³²⁵ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 132.

¹³²⁶ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 133.

¹³²⁷ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 151.

¹³²⁸ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 141.

¹³²⁹ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 152.

¹³³⁰ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 141.

Also, ich hätte so einen entsprechenden Hinweis schon ernst genommen, ja.“¹³³¹

Auf wiederholte Nachfrage, ob möglicherweise einer der Konzertteilnehmer Szczepanski von den Vorfällen berichtet habe, sagte Szczepanski aus:

„Also, denkbar wäre halt, dass das aus dem Personenkreis Henning K. (P.)/P./Werner mir im Nachgang erzählt worden ist. Aber ich weiß jetzt auch nicht, wann die Information - - wann ich die weitergegeben habe an Herrn Borchert und wann das Konzert war, wie viel Zeit dazwischenlag. Sieht man das?“¹³³²

Auf die Information, dass vier Tage vergangen seien:

„Wäre schon denkbar, dass man dann vielleicht mit Herrn Henning K. (P.) oder so telefoniert hat und die dann berichtet haben, was da passiert ist.“¹³³³

Auf weitere Nachfrage sagte Szczepanski:

„Wie gesagt, ich weiß es nach 20 Jahren wirklich nicht mehr, wie die Informationen an dem Tag, an diesem speziellen Abend zustande gekommen sind. Es ist einfach zu lange her.“¹³³⁴

Befragt, ob Carsten Szczepanski am 05.09.1998 das Konzert in Hirschfeld besuchte, sagte der Zeuge und damalige Konzertteilnehmer Henning K. (P.) vor dem Untersuchungsausschuss:

„Also, ich kann mir nicht vorstellen, dass er - - Also, ich weiß, dass zum Beispiel Herr Menzel da mit war, weil wir die Nacht in Cottbus in einer Zelle verbracht haben. Aber an Herrn Szczepanski - - kann ich mich dran nicht erinnern. Ich wusste nicht, dass der vor Ort war.“¹³³⁵

Auf die Frage, ob er mit Szczepanski über den betreffenden Abend in Hirschfeld gesprochen habe, antwortet der Zeuge Henning P. (Henning K.):

„Ist mir nicht bewusst. Ich kann – Ich kann Ihnen - - Wenn Sie das jetzt so sagen, wie das so - - werde ich ihm das wohl erzählt haben, was da los war, von der Prügelei, von der Straßenschlacht, sage ich mal.“¹³³⁶

¹³³¹ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 141.

¹³³² Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 144.

¹³³³ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 144.

¹³³⁴ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.06.2018, S. 144.

¹³³⁵ Protokoll der 26. öffentlichen Sitzung vom 04.05.2018, S. 137.

¹³³⁶ Protokoll der 26. öffentlichen Sitzung vom 04.05.2018, S. 171.

Auf die Frage, wie er damals zu diesem Konzert gelangt sei, erklärte der Zeuge Henning P. (Henning K.):

„Nach Hirschfeld? Mit Auto. Ich glaube, auch mit Jan Werner und seiner Freundin. Und ich glaube, Herr Menzel hat noch im Auto gesessen. Also nach Hirschfeld speziell.“¹³³⁷

Auf Nachfrage räumte er ein, dass er Szczepanski über das Konzert in Hirschfeld vom 05.09.1998 unterrichtet haben könnte:

„Bei einem Besuch, danach. Ich weiß nicht, ob er da schon Freigänger war. Ich glaube, 1998 könnte er schon Freigänger gewesen sein. Weiß ich nicht genau.“¹³³⁸

Der Zeuge Meyer-Plath antwortete auf die Frage, ob „Piatto“ sich in der Regel an Anweisungen, (doch) nicht an Konzerten teilzunehmen, gehalten habe:

„Also, wenn ich das der Akte entnehme, dann ist das in dem Fall genau so passiert.“¹³³⁹

Auch der zweite V-Mann-Führer Dieter Borchert bestätigte, dass „Piatto“ sich an Absprachen gehalten habe. Er habe da keine gegenteiligen Erinnerungen.¹³⁴⁰

Der Zeuge Milbradt beantwortete die Frage, ob aus dem zitierten Vermerk zur Anweisung am 05.09.1998 geschlossen werden könne, dass Szczepanski nicht bei dem Konzert war:

„Das kann ich jetzt nicht beantworten. Nein, dazu fehlen mir jetzt die Informationen, die es zuließen, dass ich dort eine definitive Antwort geben könnte. Aber aus dem Verkehr zwischen dem Quellenführer und der Quelle muss ich schließen, dass er in der Regel den Anweisungen seines Quellenführers auch gefolgt ist.“¹³⁴¹

Zu der Frage, ob „Piatto“ die Information zu den Waffen dann nicht von Werner, sondern einer dritten Person erhalten haben könnte, führt der Zeuge Meyer-Plath aus:

„[...]Ich habe keinen Zweifel daran, dass die Information, die ‚Piatto‘ bekommen hat, von diesen beiden¹³⁴² selber stammt. Vielleicht nicht auf dem Konzert, weil

¹³³⁷ Protokoll der 26. öffentlichen Sitzung 04.05.2018, S. 165.

¹³³⁸ Protokoll der 26. öffentlichen Sitzung vom 04.05.2018, S. 171

¹³³⁹ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 103.

¹³⁴⁰ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 149.

¹³⁴¹ Protokoll der 22. öffentlichen Sitzung vom 22.03.2018, S. 96.

¹³⁴² Gemeint waren die in den Deckblattmeldungen genannten Personen Antje P. und Jan Werner.

er da nicht war; aber er wird schon Zeit in Sachsen verbracht haben, um sich vor oder nach dem Konzert genau über diese Themen auseinanderzuhalten. Das heißt, die Theorie, nur ein Dritter kann ihm das gesagt haben, das ist Ihre, und die zu bewerten ist nicht meine Aufgabe.“¹³⁴³

Und weiter:

„[...] Wenn er es von Henning K. erfahren hätte, hätte er es ja auch sagen können; denn er hat ja viel anderes über Henning K. und was er von ihm erfahren hat, berichtet. Also mir scheint, wenn ich mir das erlauben darf, die Theorie jetzt nicht ganz schlüssig.“¹³⁴⁴

Der Zeuge Milbradt sagte zu diesem Thema aus:

„Dann kann er natürlich telefonischen Kontakt haben; denn anders kämen ja nicht die Informationen zu Jan Werner, die sich auch auf andere Punkte beziehen - - gewonnen haben. Szczepanski war ja damals noch in Haft, aber Freigänger, und so waren natürlich Reisen außerhalb der Haftanstalt zeitlich begrenzt, und so hat er viele Informationen dann eben nur durch Telefonkontakte gewinnen können.“¹³⁴⁵

Damit konfrontiert, dass Szczepanski sehr detaillierte Angaben zu den Teilnehmern und zu den Umständen des Konzertes berichtete, führte er aus:

„Ich kann dazu nichts Definitives sagen, aber ich halte es für möglich, dass Szczepanski das entweder durch mündliche Kontakte nach verschiedenen Seiten hin erfahren hat oder eben doch am Rande des Konzertes aufgetaucht ist – oder nur zu Beginn und vorher mit Anreisenden gesprochen hat und sich dann zurückgezogen hat. Aber ich betone: Das sind Spekulationen, weil ich über den tatsächlichen Verlauf dieses Konzertes und den genauen Zeitpunkt der Anwesenheit oder Abwesenheit Szczepanskis an diesem Tag jetzt keine Auskunft geben kann mangels Kenntnis.“¹³⁴⁶

Zu der These, dass es genauso plausibel erscheine, dass „Piatto“ die Information zur Waffenbeschaffung nicht von Werner direkt, sondern über einen Potsdamer erhalten habe, sagt der Zeuge Milbradt:

„Das ist unwahrscheinlich, weil Szczepanski den Informationsgeber ganz sicher auch genannt hätte; denn es ist kein Grund ersichtlich, warum er gerade in diesem Punkte den Informationsgeber hätte verschweigen sollen, während er doch sonst immer in aller Detailfreude über Personen berichtet hat, die ihm dies

¹³⁴³ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 107.

¹³⁴⁴ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 107.

¹³⁴⁵ Protokoll der 22. öffentlichen Sitzung vom 22.03.2018, S. 89.

¹³⁴⁶ Protokoll der 22. öffentlichen Sitzung vom 22.03.2018, S. 97.

und jenes mitgeteilt haben. Entsprechend lang sind die Personenlisten, die in seinen Meldungen auftauchen.“¹³⁴⁷

Dass „Piatto“s Hauptinformant in der Haft Henning K. gewesen sei, sehe er nicht *„als Gegenbeweis oder als Stütze Ihrer Hypothese an [...]“*¹³⁴⁸

Der Zeuge Borchert hatte weder an die Inhalte der Deckblattmeldungen, noch an die Umstände der Informationsentstehung Erinnerungen¹³⁴⁹.

Auf die Frage, wieso er zur Darstellung der Information „Waffenbeschaffung“ den Konjunktiv verwendet habe, antwortet der Zeuge:

„Na ja, so werden normalerweise Deckblattmeldungen abgefasst, weil man nicht weiß, ob sich die Dinge wirklich so zugetragen haben.“¹³⁵⁰

Der hierzu ebenfalls befragte Zeuge Milbradt führt aus:

„Die Formulierung stammt natürlich von dem V-Mann-Führer. Warum er zwischen Konjunktiv und Indikativ gewechselt ist, mag stilistische Gründe haben, aber daraus jetzt sachlich einen Unterschied zu konstruieren, schiene mir doch allzu sehr gewagt.“¹³⁵¹

Die Frage, ob Szczepanski die in der Deckblattmeldung vom 09.09.1998 enthaltenen Informationen von dritter Seite oder direkt von Werner erhalten hatte, konnte nicht abschließend geklärt werden.

3.8.2.2.4. Deckblattmeldung vom 16.09.1998

Eine von Dieter Borchert erstellte Deckblattmeldung vom 16.09.1998 lautet auszugsweise:

„Ein Angehöriger des ‚sächsischen Skinheads-Trios‘ hat den Artikel auf Seite 26 der Publikation ‚White Supremacy‘ verfaßt (siehe Anlage).“¹³⁵²

¹³⁴⁷ Protokoll der 22. öffentlichen Sitzung vom 22.03.2018, S. 117.

¹³⁴⁸ Protokoll der 22. öffentlichen Sitzung vom 22.03.2018, S. 118.

¹³⁴⁹ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 147 f.

¹³⁵⁰ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 149.

¹³⁵¹ Protokoll der 22. öffentlichen Sitzung vom 22.03.2018, S. 117.

¹³⁵² B 4, Ordner 3 a 1998 DBM T2, S. 67.

3.8.2.2.5. Treffvermerk vom 22.09.1998

In einem Treffvermerk vom 22.09.1998 ist handschriftlich notiert:

„Keine neuen Erkenntnisse zu den drei Gesuchten aus Thüringen“¹³⁵³

3.8.2.2.6. Deckblattmeldung vom 29.09.1998

Der nächste relevante Hinweis auf das untergetauchte Trio stammt vom 29.09.1998 und wird in einer Deckblattmeldung von Dieter Borchert als Randerkenntnis zu einem Konzert niedergelegt. Die Deckblattmeldung lautet auszugsweise:

„2. Skinheadkonzert am 26.09.1998 in Munzig

Auf einem von B& H-Sachsen organisierten Konzert im Kulturhaus in Munzig traten unter dem Motto ‚Gedenken an Ian Stuart Donaldson‘ die Bands ‚Gesta Bellica‘ (Italien), ‚Senfheads‘, ‚Storm‘, ‚Max Resist‘ (USA) sowie eine Nachwuchsband aus Italien vor ca. 500 Zuschauern auf. Bis auf F. B., LANGE und Christian W. nahmen alle Teilnehmer des Kameradschaftsabends der KS ‚United Skins‘ vom Vorabend an diesem Konzert teil.

Außerdem waren der Quelle folgende Teilnehmer bekannt: Henning K. (P.), Jan WERNER, Thomas STARKE, Antje P., Andreas G. [...], M. R., Uwe MENZEL, ‚Wisse‘ (Hersteller des ZINES ‚der Ripper‘), ‚Furchi‘ (Rathenow). ‚Nico‘ (Musikhaus Potsdam, lieferte gemeinsam mit Henning K. (P.) die Soundanlage) und Hendrik L. (B&H-Sachsen, verkaufte CDs, Zines und T-Shirts im Auftrag von B&H-Sachsen).

Die beiden italienischen Bands wurden von ca. 50 italienischen Fans, darunter C. Pu., begleitet.

Viele Teilnehmer stammten aus Dresden, darunter die Hersteller des neuen ZINES ‚Foiersturm‘

Bernd B., M. R. und R. Sch. wurden von den vier Mitgliedern der noch namenlosen Skinband aus Forst begleitet.

Anmerkung des VMF

[...]

Am Rande des Konzerts erfuhr die Quelle, dass Jan WERNER bei seinen Versuchen, die drei flüchtigen Neonazis aus Thüringen mit Waffen zu versorgen, noch nicht erfolgreich war und die Versuche fortsetzt.

¹³⁵³ B 4, NfD zum Piatto Komplex, elektronische Dokumente, Bd. Ib, 1998., S. 75; der Vermerk trägt die Handschrift des verstorbenen Referatsleiters Beschaffung Odendahl.

[...]“¹³⁵⁴

Diese Information gab der brandenburgische Verfassungsschutz am 2. Oktober 1998 an das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz weiter.

3.8.2.2.7. Vermerk vom 09.10.1998

In einem Treffvermerk Meyer-Plaths vom 09.10.1998 heißt es u.a.:

*„[...] Die Quelle erhielt den Auftrag, die weitere Entwicklung der ‚Blood & Honour‘-Spaltung zu verfolgen. Darüber hinaus erhielt sie erneut den Auftrag, Erkenntnisse zu den drei flüchtigen Thüringer Neonazis zu beschaffen. Aus diesen beiden Gründen wird die Quelle am Wochenende nach Chemnitz und Dresden reisen. [...]“*¹³⁵⁵

3.8.2.2.8. Deckblattmeldung vom 13.10.1998

In der Deckblattmeldung vom 13.10.1998 heißt es unter dem Punkt „3. Skinkonzert am 10.10.1998 bei Dresden“ im Anschluss an die Information zu Teilnehmern und Verlauf des Konzerts:

*„Gesprächsweise konnte die Quelle von WERNER erfahren, dass dieser immer noch auf der Suche nach Waffen für die drei flüchtigen thüringischen Neonazis ist.“*¹³⁵⁶

3.8.2.3. Weiterleitung der Meldungen innerhalb des Verfassungsschutzverbunds

Der Zeuge „Michael Ackrath“ bestätigte, dass sämtliche Deckblattmeldungen im Fall „Piatto“ an das Bundesamt für Verfassungsschutz und an betroffene Landesbehörden weitergeleitet worden seien:

*„Also, es war ganz üblich, wenn wir eine Meldung von ‚Piatto‘ bekommen haben - die waren ja sehr umfangreich, wie Sie wissen -, dass wir die aufgeteilt haben und grundsätzlich an alle zuständigen Behörden geschickt haben. [...] Und dann war schon mal klar: Alle Meldungen gingen an den Bund und dann geteilt an infrage kommende Landesbehörden, im Grunde genommen im gesamten Bundesgebiet. [...] das war ganz normales Behördenhandeln.“*¹³⁵⁷

¹³⁵⁴ B 4, 2016-12-01 B4- VS NfD, Ordner 3a, 1998-DBM-Teil 2-Aug-Dez.pdf, Seite 86f.

¹³⁵⁵ B 4, NfD zum Piatto Komplex, elektronische Dokumente, Bd. Ib, 1998, S. 83.

¹³⁵⁶ B 4, Ordner 3 a 1998 DBM T2, S. 112.

¹³⁵⁷ Protokoll der 23. öffentlichen Sitzung vom 23.03.2018, S. 90.

Die Deckblattmeldung vom 19.08.1998 wurde laut Regierungsbericht¹³⁵⁸ am 24.08.1998 an das Bundesamt für Verfassungsschutz und an das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen weitergegeben. Aktenkundig sind insoweit Auszüge aus dem elektronischen Versandsystem zum Teil mit persönlichen Kommentierungen Meyer-Plaths.¹³⁵⁹ Am 02.09.1998 sei die Meldung dem Landesamt für Verfassungsschutz Thüringen übermittelt worden, da erst nach einem Hinweis des Bundesamtes für Verfassungsschutz dem brandenburgischen Verfassungsschutz der Bezug nach Thüringen bekannt geworden sei.

Die Deckblattmeldung vom 09.09.1998 sei am 11.9.1998 an das Bundesamt für Verfassungsschutz und die Landesämter für Verfassungsschutz Sachsen und Thüringen übermittelt worden.

Die Deckblattmeldung vom 16.09.1998 sei den zuvor genannten Ämtern am 18.09.2019 übermittelt worden.

Die Übermittlung der Deckblattmeldung vom 29.09.1998 sei am 02.10.1998 erfolgt und die Meldung vom 13.10.1998 sei am 14.10.1998 weitergeleitet worden.¹³⁶⁰

Ein Vermerk des brandenburgischen Verfassungsschutzes vom 21.01.1999 stellt die Weiterleitung der Deckblattmeldungen Szczepanskis zum untergetauchten Trio an das Bundesamt für Verfassungsschutz sowie die Landesämter für Verfassungsschutz Sachsen und Thüringen im Jahr 1998 dar.¹³⁶¹ Danach wurde das Bundesamt für Verfassungsschutz bereits mit Elkom vom 19.08.1998 und vom 11.09.1998 *„bezüglich hier vorliegender Quellenmeldungen über drei untergetauchte Rechtsextremisten, die polizeilich gesucht werden“*, unterrichtet. Das Landesamt für Verfassungsschutz Thüringen wurde laut dem Vermerk am 31.08.1998 und am 11.09.1998 per Elkom unterrichtet, das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen am „4. August 1998“ (sic!) und am 11.09.1998. Weiter heißt es in dem Vermerk:

„Ferner wurden mit Anrufen vom 21. Januar 1999 Frau [geschwärzt] (LfV Sachsen) auf das ELKOM vom 18. September 1998 [...] Herr [geschwärzt] (BfV) auf das ELKOM vom 18. September 1998 [...] und Frau [geschwärzt] (LfV Thüringen) auf das ELKOM vom 18. September 1998 hingewiesen. Das BfV,

¹³⁵⁸ Regierungsbericht MIK, S. 140-143.

¹³⁵⁹ B 4, Ordner 3 a 1998 DBM T2, S. 36.

¹³⁶⁰ Quelle für Vorstehendes: Regierungsbericht MIK, S. 140-143

¹³⁶¹ B 4\2016-12-06 B4- VS NfD\55-004-S-530 003-0000-0036_2018 VS-NfD, Nr. 6.

die LfV Sachsen und Thüringen sagten eine Prüfung zu, ob die in den oben genannten ELKOMs geschilderten Vorgänge in einem Zusammenhang mit den Abgetauchten aus Thüringen stehen könnten.

Anmerkung: *In diesen ELKOMs steht der Satz: ‚Ein Angehöriger des ‚Sächsischen-Skinheads-Trios‘ hat den Artikel auf Seite 26 der Publikation ‚White Supremacy‘ verfasst.‘“¹³⁶²*

3.8.3. Auswertung und Übermittlung der Deckblattmeldungen zum untergetauchten Trio

3.8.3.1. Auswertung der Deckblattmeldungen innerhalb der Abteilung V des Innenministeriums – der „Ackrath-Vermerk“

Der Sachbearbeiter „Michael Ackrath“ im Referat Auswertung fertigte am 14.09.1998 einen Vermerk, in dem er seine Einschätzung zu den Deckblattmeldungen zum untergetauchten Trio darlegte und die Prüfung einer Weiterleitung derselben an die Polizei empfahl. Der Vermerk folgte zeitlich auf die Deckblattmeldung vom 09.09.1998, in der es hieß, dass das Trio auf der Suche nach Waffen sei und weitere Überfälle plane.

Der Vermerk zum Aktentitel *„Wehrsportgruppen, Rechtsterrorismus: allgemein“*¹³⁶³ lautet auszugsweise:

„hier: Vermerk zu möglichen Bezügen dreier aus Thüringen stammenden abgetauchten Rechtsextremisten/Rechtsterroristen

[...]

Beiliegende Auszüge aus hier vorliegenden Quellenmeldungen informieren höchstwahrscheinlich über drei aus Thüringen stammende Rechtsterroristen, die polizeilich gesucht werden [...]:

[...] 19.08.1998:

„Laut Antje P. sind drei sächsische Skinheads (zwei Männer und eine Frau) zur Zeit wegen verschiedener Straftaten auf der Flucht vor der Polizei. Dieser Fall sei medienbekannt. Die drei, von denen einer anonym Artikel für die Publikation ‚White Supremacy‘ geschrieben habe, wollen sich angeblich innerhalb der

¹³⁶² B 4\2016-12-06 B4- VS NfD\55-004-S-530 003-0000-0036_2018 VS-NfD, Nr. 6.

¹³⁶³ Im Regierungsbericht MIK (S. 150) heißt es dazu: „Zum damaligen Zeitpunkt wurden unter diesem Aktenzeichen alle nicht eindeutig zuzuordnenden Sachverhalte im Zusammenhang mit Sprengstoffdelikten gesammelt.“

nächsten drei Wochen mit ‚geliehenen Pässen‘ nach Südafrika absetzen und dort in neue Identitäten schlüpfen.‘

Anmerkung zu diesem Auszug aus der Quellenmeldung: Hier sind lediglich drei aus Thüringen stammende Personen bekannt.

[...] 09.09.1998:

„Einen persönlichen Kontakt zu den drei sächsischen Skinheads [...] soll Jan WERNER haben. Jan WERNER soll zur Zeit den Auftrag haben, ‚die drei Skinheads mit Waffen zu versorgen‘. Gelder für diese Beschaffungsmaßnahme soll die ‚Blood & Honour‘-Sektion Sachsen bereitgestellt haben. Die Gelder stammen aus Einnahmen aus Konzerten und dem CD-Verkauf. Nach der Entgegennahme der Waffen – noch vor der beabsichtigten Flucht nach Südafrika – soll das Trio einen weiteren Überfall planen, um mit dem Geld sofort Deutschland verlassen zu können.

Der weiblichen Person des Trios will Antje P. ihren Paß zur Verfügung stellen.

P. und WERNER sollen unabhängig voneinander und ohne Wissen des anderen für die drei tätig sein.‘

Anmerkung zu dieser Quellenmeldung:

Es wird angeregt, erneut in dieser Angelegenheit das BfV, das LfV Sachsen und das LfV Thüringen zu kontaktieren. Eine Möglichkeit, zu den drei Gesuchten zu gelangen, könnte darin bestehen, wenn die oben genannten P. und WERNER durch Spezialkräfte observiert würden.

Ferner könnte die Quelle zu weiteren Erkenntnissen in dieser Angelegenheit befragt werden.

Auch sollte zusammen mit V/4 geprüft werden, ob und wenn ja welche Informationen an die Polizei weitergeleitet werden können.

Anmerkung: Inwiefern die drei Gesuchten bei einem Scheitern des Überfalls auch von der Schußwaffe Gebrauch machen und evtl. Menschen töten könnten, ist hier nicht bekannt. Der Fall Kai DIESNER zeigt aber, daß derartiges in der rechtsextremistischen/rechtsterroristischen Szene nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden kann. [...]“¹³⁶⁴

Der Vermerk war durch den Sachbearbeiter sowohl den Leitern der Referate Beschaffung und Auswertung zur Kenntnis verfügt als auch dem „Abteilungsleiter V z.K. mit der Bitte um weitere Veranlassung“.

¹³⁶⁴ B 4, 2016-12-06 B4- VS NfD, 55-004-S-530 003-0000-0036_2018 VS-NfD, Nr. 1, S. 1f.

Die Verfügung zur Weiterleitung an den Abteilungsleiter sowie an den Referatsleiter V/4 ist handschriftlich durchgestrichen. Daneben befindet sich die Datumsangabe „14.9.“ und das Kürzel des damaligen Leiters des Referats Auswertung und stellvertretenden Abteilungsleiters Jörg Milbradt.

Es findet sich folgender handschriftlicher Vermerk Milbradts vom 14.09.1998 auf dem Schriftstück:

„bitte Hinweis aus SN bzw. BfV, daß es sich möglicherweise um die gesuchten Personen aus TH handeln könnte, sowie die hiesige Unterrichtung THs beifügen.“¹³⁶⁵

Milbradt vermerkte sodann am 15.09.1998:

„Vermerk: Weiteres ist z.Zt. von hier aus nicht erforderlich, da SN + TH bereits Observation untereinander vereinbart haben,-

Weitergabe an Polizei kommt nur in Betracht, wenn SN + TH von sich aus darum ersuchen. Dies ist gegenwärtig nicht der Fall. Die Angelegenheit wurde im Übrigen heute mdl. mit AL V erörtert.“¹³⁶⁶

Der Zeuge Jörg Milbradt sagte zu der Unterrichtung des Abteilungsleiters vor dem Untersuchungsausschuss, dass er den Inhalt des Vermerks mit dem Abteilungsleiter mündlich erörtert und dabei in einen größeren Kontext¹³⁶⁷ gestellt habe.

„Nun, ich habe, wenn ich mich recht entsinne, bei dem Gespräch mit dem Abteilungsleiter auch den gesamten Kontext erörtert, der natürlich aus diesem Vermerk nicht hervorgeht.

Und noch einmal gesagt: Vermerke eines Sachbearbeiters werden dem Abteilungsleiter immer dann zugeleitet, wenn der Referatsleiter der Meinung ist, er soll unkommentiert und so, wie er vorliegt, dem Abteilungsleiter zur Kenntnis gebracht werden. Und ich meinte in diesem Falle, meine eigenen Kommentare dazu wären gegenüber dem Abteilungsleiter wichtig und von Gewicht, und habe deswegen die Sachverhalte, die in diesem Vermerk festgehalten sind, eben in den größeren Kontext und in die Abwägung, was weiter zu geschehen habe, gestellt.“¹³⁶⁸

¹³⁶⁵ B 4, 2016-12-06 B4- VS NfD, 55-004-S-530 003-0000-0036_2018 VS-NfD, Nr. 1, S. 2.

¹³⁶⁶ B 4, 2016-12-06 B4- VS NfD, 55-004-S-530 003-0000-0036_2018 VS-NfD, Nr. 1, S. 2.

¹³⁶⁷ Protokoll der 32. öffentlichen Sitzung vom 31.08.2018, S. 49.

¹³⁶⁸ Protokoll der 32. öffentlichen Sitzung vom 31.08.2018, S. 49.

Der Vermerk habe keinen neuen Erkenntnisstand dargeboten, da „allseits bekannt“ gewesen sei, dass die drei Geflüchteten „wegen des Besitzes von Sprengstoff, womöglich auch Waffen“, geflohen seien.¹³⁶⁹

„Ja, über die Unterrichtung der Polizei hatten wir ja gesprochen. An sich gibt die Bewertung keinen neuen Sachstand oder Erkenntnisstand wieder. Dass die drei Geflüchteten wegen des Besitzes von Sprengstoff, womöglich auch Waffen, geflohen waren, war allseits bekannt. Deswegen war die Möglichkeit,

dass sie irgendwann und irgendwie von den Sprengmitteln oder Waffen auch Gebrauch machen könnten, auf der Hand liegend. Aber es gab - -“¹³⁷⁰

Befragt, warum der Vermerk „Ackraths“ nicht den damaligen Behördenleiter Förster persönlich vorgelegt worden sei, und konfrontiert mit der Aussage, dass dies nach der von Förster im Untersuchungsausschuss geschilderten Auffassung eine Mitteilung an die Strafverfolgungsbehörden in Form eines Behördenzeugnisses zur Folge gehabt hätte, erklärte der Zeuge Milbradt:

„Dann muss ich natürlich die Frage aufwerfen, warum der Abteilungsleiter nicht aus der Kenntnis dieser Quellenmeldungen heraus ebendiesen Schluss gezogen hat und darauf hätte warten müssen, dass ein Sachbearbeiter sie ihm souffliert.“¹³⁷¹

Und:

„Weil die Tatsachen dem Abteilungsleiter allesamt bekannt waren und natürlich auch die Schlussfolgerungen, die man daraus ziehen kann.“¹³⁷²

Der Zeuge Milbradt erklärte auf weitere Nachfragen:

„Ich kann nur wiederholen: Alle Quellenschutzmeldungen [sic!], aus denen hier zitiert wird, hatten auch dem Abteilungsleiter vorgelegen. Dass die Gefahr rechtsterroristischer Anschläge nicht auszuschließen sei, wusste der Abteilungsleiter, wie er in seinem von Ihnen zitierten Presseinterview¹³⁷³ ja öffentlich bekannt gegeben hat, sodass ein wesentlicher Erkenntnisschritt mit der Vorlage dieses Vermerks beim Abteilungsleiter in seiner schriftlichen Form

¹³⁶⁹ Protokoll der 32. öffentlichen Sitzung vom 31.08.2018, S. 50.

¹³⁷⁰ Protokoll der 32. öffentlichen Sitzung vom 31.08.2018, S. 50.

¹³⁷¹ Protokoll der 32. öffentlichen Sitzung vom 31.08.2018, S. 56f.

¹³⁷² Protokoll der 32. öffentlichen Sitzung vom 31.08.2018, S. 57

¹³⁷³ Es handelt sich um ein Interview mit dem Abteilungsleiter Förster aus März 1998: „Ich sehe eine Entwicklung zum Terrorismus. Diese beschränke sich nicht nur auf durchgeknallte Einzeltäter wie den Polizistenmörder Kay Diesner. Bei Durchsuchungen seien in den vergangenen Monaten zunehmend Waffen und Sprengstoff entdeckt worden. Als Beispiele nannte Förster den Fund von vier Rohrbomben bei Neonazis in Jena und von Bombenbausätzen bei der ‚Kameradschaft Treptow‘ in Berlin.“ zitiert nach dem Protokoll der 32. öffentlichen Sitzung vom 31.08.2018, S. 53.

unabhängig von meiner mündlichen Unterrichtung für mich nicht erkennbar war und auch jetzt, nach Ihren Darlegungen, nicht erkennbar ist.“¹³⁷⁴

Er führte weiter aus:

„Ich hatte ja schon bei der ersten Vernehmung erklärt, dass ein direkter Zugang eines Sachbearbeiters zum Abteilungsleiter ungewöhnlich ist und nicht dem normalen Verfahren dient. Und wie mit einem Vermerk wie diesem umzugehen ist, entscheidet der Referatsleiter, in dessen Referat der Sachbearbeiter arbeitet. Wie ich mich entschieden habe, habe ich in dem handschriftlichen Vermerk festgelegt. Ich habe es mit dem Abteilungsleiter mündlich erörtert und im Übrigen es im Augenblick mit der Unterrichtung der Landesbehörden für Verfassungsschutz in Sachsen und Thüringen bewenden lassen.“¹³⁷⁵

Befragt, warum er eine Weiterleitung des Vermerks von „Michael Ackrath“ an das Beschaffungsreferat für nicht notwendig hielte, sagte Milbradt:

„Nein, dafür sah ich keine Notwendigkeit; denn das, was hier als ‚grundsätzlich nicht ausgeschlossen‘ gekennzeichnet ist, war selbstverständlich auch Kenntnisstand des Beschaffungsreferates, ohne dass es noch mal mit der Nase darauf gestoßen werden musste.“¹³⁷⁶

In seiner vorherigen Vernehmung am 22.03.2018 hatte der Zeuge Milbradt zum Umgang mit dem Vermerk von „Michael Ackrath“ erklärt:

„Das ist nicht üblich, dass ein Sachbearbeiter entscheidet, wie mit einem Vermerk umzugehen ist und wem er vorzulegen ist. Das fällt in die Obliegenheiten des Referatsleiters, und das war ich. Ich hielt eine mündliche Erörterung für angemessen.“

Zu dem anderen Punkt: Wenig später ist auch die Informationsweitergabe neu und anders bewertet worden. Wie Ihnen sicherlich bekannt ist, hat wenige Tage später eine Besprechung in Potsdam stattgefunden, die vom Beschaffungsleiter veranlasst worden war und an der Teilnehmer aus Sachsen und Thüringen teilnahmen. Dort ist vereinbart worden, dass die insoweit dann umfassend unterrichteten thüringischen Verfassungsschützer ihrerseits das LKA Thüringen mündlich über die Erkenntnisse in Kenntnis gesetzt - - werden sollte. Und das ist dann ja auch geschehen.“¹³⁷⁷

Zur Frage der direkten Weiterleitung der Informationen des Brandenburgischen Verfassungsschutzes an die Strafverfolgungsbehörden Thüringens oder Sachsens erklärte der Zeuge Milbradt vor dem Untersuchungsausschuss:

¹³⁷⁴ Protokoll der 32. öffentlichen Sitzung vom 31.08.2018, S. 58.

¹³⁷⁵ Protokoll der 32. öffentlichen Sitzung vom 31.08.2018, S. 46.

¹³⁷⁶ Protokoll der 32. öffentlichen Sitzung vom 31.08.2018, S. 51.

¹³⁷⁷ Protokoll der 22. öffentlichen Sitzung vom 22.03.2018, S. 92.

[...] Die Zuständigkeit nach Ländern darf nicht einfach übersprungen werden. Da es sich bei diesem Sachverhalt um einen solchen handelt, der die Länder Thüringen und Sachsen betraf, hätten nach den behördlichen Usancen und auch Vorschriften die Landesbehörden von Sachsen und Thüringen, die von uns ja vollumfänglich informiert worden waren, in dem Maße tätig werden können und müssen, wie sie es nach eigener Abwägung und Beurteilung der Lage für nötig erachtet haben.

[...]

Es war nicht die Aufgabe der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg, sächsische oder thüringische Strafverfolgungsbehörden von sich aus sozusagen im Übersprung zu informieren, es sei denn, es drohe eine unmittelbare Gefahr. Die war nicht erkennbar, sondern nur allgemeine Schlussfolgerungen, die zwar gewichtig waren, aber von der unmittelbaren Vorbereitung einer Straftat jedenfalls nichts hergaben.

[...]

Das Brandenburgische Verfassungsschutzgesetz regelt im Grundsatz nur den Verkehr zwischen brandenburgischen Behörden und nicht den mit den Behörden anderer Länder. Insofern gibt es keine Pflicht des brandenburgischen Verfassungsschutzes, Strafverfolgungsbehörden anderer Länder von sich aus und unter Umgehung der zuständigen Behörden der anderen Länder zu informieren.

Zweitens. Es gab - ich kann nachsehen, ab wann - Observationen sowohl der Polizeien als auch der Verfassungsschutzbehörden in Chemnitz, die bei den in den Deckblattmeldungen genannten Personen ansetzten, aber jedenfalls, wie Sie alle wissen, nicht dazu führten, dass man der drei Gesuchten aus Thüringen habhaft werden konnte. Insofern sind die Präventionsmaßnahmen der Polizei durchaus auch gelaufen, und es trifft nicht zu, dass Brandenburg sie etwa verhindert hätte, denn es gab sie ja.“¹³⁷⁸

Auf die Frage, welche polizeilichen Fahndungs- und Überwachungsmaßnahmen gegen Jan Werner und Antje P. ab Mitte September 1998 bis wann lückenlos liefen, sagte der Zeuge Milbradt:

„[...] ich kann jetzt nicht alle Daten nennen -, es gab von Februar 98 bis Februar 2000 verschiedene Telefonüberwachungsmaßnahmen des Landeskriminalamtes Thüringen, und zwar gegen die hier genannten Personen und auch noch gegen weitere in Sachsen. Von August bis September 98 gab es Telekommunikationsüberwachungsmaßnahmen ebenfalls von Thüringen gegen Werner. Das thüringische Verfassungsschutzamt hat G-10-Maßnahmen vom August bis zum Oktober 98 gegen die Personen aus dem Umfeld des Trios gemacht. Und eine Observation sowohl des LfV Sachsen als auch des LfV Thüringen ist im September gegen Antje P. vorgenommen worden, im September weitere Observationsmaßnahmen der beiden Behörden aufgrund

¹³⁷⁸ Protokoll der 32. öffentlichen Sitzung vom 31.08.2018, S. 58f.

der Hinweise, die ‚Piatto‘ geliefert und wir den Behörden in Thüringen und Sachsen zugeleitet hatten.

Diese Maßnahmen haben sich dann ja auch fortgesetzt. Im Oktober und November gab es Telekommunikationsüberwachungsmaßnahmen gegen Antje P., ebenfalls in diesem Zeitraum von der gleichen Behörde solche Maßnahmen gegen Michael P. Das sächsische Landesamt hat im Oktober 98 Werner observiert. Und dabei habe ich dann noch -- Das will ich noch hinzufügen: Es gab Observationen im März 99, ebenfalls vom thüringischen Landesamt, gegen Werner und andere Personen in Chemnitz, die damit in Zusammenhang stehen, im Jahre 2000 eine Observation gegen eine weitere mögliche Kontaktperson und im September bis Oktober gegen wiederum eine weitere Person durch die Polizei aus Thüringen bzw. Sachsen.

Also, mir kann niemand verdeutlichen, welche operativen Maßnahmen zur Beobachtung der Kontaktpersonen in Chemnitz unterlassen worden wären, sodass die Frage, ob an dieser Unterlassung die brandenburgische Verfassungsschutzbehörde schuld sein könnte, gegenstandslos wird.“¹³⁷⁹

Der Zeuge Förster, damaliger Abteilungsleiter, erklärte auf die Frage, ob er mündlich von Milbradt am 15.9.1998 unterrichtet worden sei:

„Ich denke, nicht. Also, Sie fragen mich nach Sachverhalten, die 20 Jahre her sind; aber ich glaube, nicht.“¹³⁸⁰

Der Zeuge Förster führte weiter aus, dass seiner Auffassung nach eine Weitergabe der Informationen nach § 17 BbgVerfSchG an die Polizei habe erfolgen müssen:

„Die Lösung steht im Gesetz: In § 17 Brandenburgisches Verfassungsschutzgesetz, da steht die Lösung drin, wann der Verfassungsschutz die Strafverfolgungsbehörden unterrichtet: bei dem Verdacht für bestimmte schwere Straftaten. Diese Mischung: Rechtsextremisten - in der Form von Skinheads; egal - suchen Waffen, beauftragen jemanden mit der Beschaffung von Waffen - das ist der Sachverhalt, der weitergegeben werden muss.

Aber es ist so, dass ich nicht einbezogen war in diese Entscheidung, das nicht zu tun, die nicht nachvollziehbar ist. Es gibt aber weitere Möglichkeiten, diese

Entscheidung herbeizuführen. Diejenigen von Thüringen und Sachsen, die an der Besprechung teilnahmen und deren Wunsch - so die Unterlagen im Ausschuss des Bundes - die Freigabe für die Polizei war, die hätten auf ihrer Amtsebene das nachholen können, sollen, müssen, was in Brandenburg nicht stattgefunden hat. Wenn die nämlich berichten über dieses Treffen [gemeint ist das Treffen vom 16.09.1998 in Potsdam; vgl. Kapitel 3.8.3.2. und sagen: ‚Da gibt es Erkenntnisse, die unbedingt an die Polizei müssen‘, und die

¹³⁷⁹ Protokoll der 32. öffentlichen Sitzung vom 31.08.2018, S. 67.

¹³⁸⁰ Protokoll der 31. öffentlichen Sitzung vom 30.08.2018, S. 154.

Brandenburger wollen das nicht, dann haben die auch einen Chef, der das in die Hand nehmen kann, indem er mit mir spricht beispielsweise.

Aus dem Bundesbericht weiß ich, dass die beiden Vertreter von Thüringen trotz des Brandenburger Vetos sozusagen gegen die Unterrichtung der Polizei - - Die haben ausgesagt, sie seien gleichwohl zu ihrem LKA-Chef gelaufen und hätten den unterrichtet. Der bestreitet das aber.“¹³⁸¹

Und weiter:

„Es gibt sehr vielfältige Möglichkeiten, das an die Polizei zu steuern unter Aufrechterhaltung des Quellenschutzes. Das ist eigentlich Tagesgeschäft, dass man Berichte bekommt, die im ersten Satz anfangen: ‚Dienstlich wurde bekannt ...‘“¹³⁸²

Auf den Vorhalt des Vermerks „Ackraths“ vom 14.09.1998 erklärte der Zeuge Förster:

„Das ist bitter, das zu lesen. - Ich weiß nicht, ob ich das hier sagen kann, soll.

[Zwischenruf: Ja!]

Aber das war immer die Sorge: Der Förster schaltet den ab. - Mag sein. Ich will nicht spekulieren. Hier ist schon so viel spekuliert worden. Ich tue dem Mann vielleicht auch Unrecht, der das durchgestrichen hat. Aber die Sorge - - Ich war wirklich der Einzige, der diesen V-Mann nicht wollte, und habe dann sozusagen diese Hilfskonstruktion mit einem zweiten V-Mann-Führer gesucht. Aber dass ich den nicht wollte, das wusste nun jeder im Amt, und dass, wenn ich so was gelesen hätte - - Natürlich hätte ich den Leuten den § 17 und die Pflicht gezeigt, die Polizei zu unterrichten. Dann hätten die alle gesagt: Dann ist unser V-Mann tot. - Und dann hätte ich gesagt, weil ich das auch schon häufiger gesagt habe: V-Leute zu führen, ist kein Selbstzweck. Das ist kein Selbstzweck, sondern wenn ein V-Mann sich erledigt hat durch eine herausragende Nachricht und dadurch auffliegt, dann ist es eben so. Das Sammeln von Informationen ist in der Tat wichtig, aber wenn das zu so einem Ziel führt, dann muss man eben abwägen, dann fliegt der V-Mann eben auf.“¹³⁸³

Konfrontiert mit den Aussagen von Herrn Förster vom 30.08.2018, dass eine mündliche Unterrichtung unterblieben sei aus Angst vor einer möglichen Abschaltung der Quelle Szczepanski, erklärte Milbradt in seiner Vernehmung vom 31.8.2018:

„Nein. Wenn ich schreibe ‚wurde erörtert‘, dann ist das auch geschehen.“¹³⁸⁴

¹³⁸¹ Protokoll der 31. öffentlichen Sitzung vom 30.08.2018, S. 156.

¹³⁸² Protokoll der 31. öffentlichen Sitzung vom 30.08.2018, S. 155.

¹³⁸³ Protokoll der 31. öffentlichen Sitzung vom 30.08.2018, S. 157f.

¹³⁸⁴ Protokoll der 32. öffentlichen Sitzung vom 31.08.2018, S. 45.

Der Zeuge „Michael Ackrath“ sagte in seiner Vernehmung vom 23.03.2018 über das Arbeitsverhältnis zu seinem damaligen Referatsleiter Milbradt sowie zur Arbeitsweise im Referat:

„Also, die Auswertung hat den Auftrag, die Informationen, die sie bekommt - seien sie offen, seien sie durch ND-Mittel - - auszuwerten und zu bewerten und natürlich auch Risikoprognozen abzugeben.“

Ich habe eben die Lage von 98 geschildert: Ein Kay Diesner hat einen Buchhändler angeschossen, einen Polizisten erschossen. Wir waren in Deutschland in Sorge vor rechtsterroristischen Anschlägen, und insbesondere der Brandenburger Verfassungsschutz hat auch öffentlich vor dieser Thematik gewarnt.“¹³⁸⁵

Und weiter:

„Der damalige Referatsleiter und ich - - Das Arbeitsverhältnis war nicht ganz spannungsfrei gewesen. Ich bin zum Thema Rechtsterrorismus wiederholt direkt zum Abteilungsleiter gegangen, und wir hatten verschiedene Bewertungen.“¹³⁸⁶

Konfrontiert mit den Aussagen „Ackraths“ vom 23.03.2018 sagte der Zeuge Jörg Milbradt am 31.08.2018 vor dem Untersuchungsausschuss aus:

„Es ist nicht ganz einfach für mich, einen Bediensteten meines eigenen Referates jetzt zu beurteilen oder gar kritisch zu beurteilen, weil ich das auch als unfair verstehen würde. Ich wage trotzdem folgende Sätze: Dieser Mitarbeiter ist erst auf mein Votum hin überhaupt in der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg eingestellt worden; denn sein beruflicher Vorlauf hat ihn jedenfalls nicht offensichtlich für eine Tätigkeit im Verfassungsschutz prädestiniert. Aber bei seiner Vorstellung machte er auf mich den Eindruck eines sehr engagierten und energisch handelnden Mannes. Das hat mich dann dazu bewogen, für seine Einstellung zu plädieren. Den eben geschilderten Eindruck hat er auch später bestätigt.“¹³⁸⁷

Und weiter:

„Dass er ein energischer und engagierter Mitarbeiter war. Allerdings - und jetzt gehe ich an die Grenze dessen, was ich sagen kann und sagen will - blieb hinter ebendiesem Eifer, den er an den Tag legte, sein Urteilsvermögen doch erkennbar zurück. Das war im Übrigen auch ein Grund dafür, dass seine mehrmaligen Versuche, in den Status eines Referenten aufzusteigen, allesamt gescheitert waren.“¹³⁸⁸

¹³⁸⁵ Protokoll der 23. öffentlichen Sitzung vom 23.03.2018, S. 71.

¹³⁸⁶ Protokoll der 23. öffentlichen Sitzung vom 23.03.2018, S. 73.

¹³⁸⁷ Protokoll der 32. öffentlichen Sitzung vom 31.08.2018, S. 47.

¹³⁸⁸ Protokoll der 32. öffentlichen Sitzung vom 31.08.2018, S. 47.

3.8.3.2. Das Treffen der Verfassungsschutzämter am 16.09.1998 in Potsdam

„Ackraths“ Vermerk vom 14.09.1998 und Milbradts handschriftliche Anmerkungen vom 15.09.1998 gehen zeitlich einher mit einem am 16.09.1998 in Potsdam durchgeführten Treffen. Aufgrund der Informationen der „Piatto“-Deckblattmeldung vom 09.09.1998 fand am 16.09.1998¹³⁸⁹ eine Besprechung im Innenministerium Brandenburg in Potsdam statt, an der auch Mitarbeiter der Landesämter für Verfassungsschutz Thüringen und Sachsen sowie der Referatsleiter Beschaffung, Odendahl sowie der V-Mann-Führer Dieter Borchert vom brandenburgischen Verfassungsschutz teilnahmen. Trotz Einladung waren keine Mitarbeiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz anwesend. Nach Angaben des damaligen Abteilungsleiters Rechtsextremismus im Bundesamt für Verfassungsschutz, Wolfgang Cremer, war das Treffen ursprünglich in Dresden terminiert und kurzfristig nach Potsdam verlegt worden. Zur Frage, ob das Bundesamt für Verfassungsschutz über die Ergebnisse des Treffens unterrichtet wurde, führte der Zeuge Cremer aus:

„Wenn ich es recht erinnere, hat die Referatsleiterin die telefonische Information über das Besprechungsergebnis in den Akten dokumentiert.“¹³⁹⁰

In der Besprechung vom 16.09.1998 ging es darum, wie die „Piatto“-Deckblattmeldung für die Fahndung verwertet werden könne, ohne die Quelle zu gefährden. So wurde unter anderem vereinbart, dass das Thüringer LKA mit „*hoher Sensibilität*“ über den Sachverhalt unterrichtet werden dürfe, ohne die Herkunft dieser Information preiszugeben. Außerdem wurde erwogen, ein Behördenzeugnis durch das Bundesamt für Verfassungsschutz ausstellen zu lassen. Der Brandenburgische Verfassungsschutz war im Nachhinein aber nicht mehr bereit, der Erstellung eines Behördenzeugnisses zuzustimmen. Begründet wird dies im Regierungsbericht mit dem Quellenschutz, da „Piatto“ die Information im Vier-Augen-Gespräch erlangt habe.

¹³⁸⁹ In dem in diesem Abschnitt zitierten Vermerk vom 17.09.1998 ist das Treffen auf den 17.09.1998 datiert. Da allerdings ausweislich des Vermerks „RL 21“ (s.u.) ein Vertreter des thüringischen Landesamtes für Verfassungsschutzes am Morgen des 17.09.1998 über ein Gespräch mit dem thüringischen Landeskriminalamt, das am Abend des 16.09.1998 stattgefunden habe, sowie über die Rücksprache mit dem brandenburgischen Innenministerium, das nicht mehr zur Erstellung des Behördenzeugnisses bereit gewesen sei, berichtet habe, erscheint es naheliegend, dass das Gespräch tatsächlich am 16.09.1998 stattgefunden hat.

¹³⁹⁰ Protokoll 32. Sitzung vom 31.08.2018, S. 13.

Eine Enttarnung der Quelle hätte auch die parallel laufenden Landser-Maßnahmen gefährdet.¹³⁹¹

Teilnehmer des brandenburgischen Verfassungsschutzes am Treffen 16.09.1998

Für den Verfassungsschutz Brandenburg sollen lediglich zwei Mitarbeiter des Beschaffungsreferats anwesend gewesen seien. Die anderen Verfassungsschutzämter sollen nach Angaben des Zeugen Milbradt auch mit Vertretern der Auswertung vertreten gewesen sein.¹³⁹² Bei den Brandenburger Teilnehmern handelte es sich laut einem Vermerk vom 17.09.1998 des Landesamts für Verfassungsschutz Sachsen um:

„Herr Odenthal (phon.), IM BB

Herr Dieter Borchert, IM BB“¹³⁹³

Bei dem bereits verstorbenen Herrn Odendahl handelte es sich um den Referatsleiter Beschaffung in der Abteilung V des Innenministeriums (April 1994 - April 1999). Im Abschlussbericht des 2. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses der 17. Wahlperiode des Deutschen Bundestags (im Folgenden: 2. PUA Bundestag) heißt es, dass eine Person an dem Treffen teilnahm, die den Nachnamen des V-Mann-Führers Dieter Borchert trug. V-Mann-Führer Dieter Borchert konnte sich jedoch vor dem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages nicht an das Treffen erinnern.¹³⁹⁴ Befragt zu seiner Teilnahme am Treffen vom 16.09.1998 sagte der Zeugen Dieter Borchert vor dem brandenburgischen Untersuchungsausschuss aus:

„Ich kann mich an dieses bewusste Zusammentreffen nicht erinnern, vor allen Dingen schon aufgrund der Tatsache: Wenn Sie da die, glaube ich - - Es geht da - - Wenn ich mich an die Namen erinnere: Das sind wohl Referatsleiter, die sich da getroffen haben und da irgendetwas besprochen haben.“¹³⁹⁵

Und weiter:

¹³⁹¹ Regierungsbericht MIK, S. 160.

¹³⁹² Protokoll der 22. öffentlichen Sitzung vom 22.03.2018, S. 95.

¹³⁹³ zitiert nach Regierungsberichte MIK, S. 155.

¹³⁹⁴ Deutscher Bundestag, Drucksache 17/14600, S. 405.

¹³⁹⁵ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 157.

„Mein Name steht da. Aber ich als Sachbearbeiter wüsste nicht, was ich da zu suchen gehabt hätte oder was ich dazu hätte beisteuern können. Ich bin kein Entscheidungsträger gewesen, heute auch noch nicht.“¹³⁹⁶

Der Zeuge Milbradt erklärte zu dem Treffen vor dem Brandenburgischen Untersuchungsausschuss:

„[...] Ich sagte schon, dass der Beschaffungsleiter aus Brandenburg diese Besprechung anberaumt hatte. Er hatte mich davor über dieses Vorhaben in Kenntnis gesetzt und dabei betont, dass es sich ausschließlich um operative Belange handeln werde und nicht um die Gewinnung oder Bewertung von Erkenntnissen. Erst im Nachhinein habe ich dann erfahren, dass aus Thüringen und Sachsen tatsächlich auch Auswerter beteiligt waren. Ich hatte also keinen Grund, zunächst an den Angaben des Beschaffungsleiters zu zweifeln, und blieb guten Glaubens, dass es tatsächlich nur um reine und spezielle Beschaffungsangelegenheiten gehen würde.“¹³⁹⁷

Ferner waren für Thüringen zwei Mitarbeiter des dortigen Landesamts für Verfassungsschutz und für Sachsen drei Mitarbeiter des Landesamts für Verfassungsschutzes anwesend.

3.8.3.2.1. Vermerk vom 17.09.1998 zum Treffen in Potsdam

In einem Vermerk vom 17.09.1998, erstellt im Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (Dresden), der nicht mit den anderen Verfassungsschutzämtern abgestimmt worden war, heißt es zu dem Treffen:

„Vermerk

Am 17.09.1998 fand im Innenministerium des Landes Brandenburg eine Beratung zwischen Vertretern der Landesämter für Verfassungsschutz Thüringen, Sachsen und dem IM Brandenburg eine Beratung statt.

Anlass für diese Beratung war ein Hinweis in einem Quellenbericht des IM Brandenburg vom 14.09.1998.:

Jan WERNER soll z.Zt. den Auftrag haben, für die drei flüchtigen sächsischen (Anm.: Gemeint sind aller Wahrscheinlichkeit nach die gesuchten Rechtsextremisten aus Thüringen, die im Zusammenhang mit selbstgebauten Sprengkörpern gesucht werden)¹³⁹⁸ Skinheads Waffen zu beschaffen. Gelder für diese soll die B&H-Sektion Sachsen bereitgestellt haben. Nach Entgegennahme der Waffen, noch vor der beabsichtigten Flucht nach Südafrika, soll das Trio einen weiteren

¹³⁹⁶ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 157.

¹³⁹⁷ Protokoll der 22. öffentlichen Sitzung vom 22.03.2018, S. 93.

¹³⁹⁸ Anmerkung im Original.

Überfall planen, um mit dem Geld sofort Deutschland verlassen zu können. Antje P. wolle der weiblichen Person des Trios ihren Pass zur Verfügung stellen.

P. und WERNER sollen unabhängig voneinander und ohne Wissen des anderen für die drei tätig sein.

Ziel der Beratung war es, Maßnahmen festzulegen, die den Nachrichtengeber (Quelle BB) nicht gefährden.

Teilnehmer: [geschwärzt; es werden zwei Vertreter des brandenburgischen Innenministeriums, zwei Vertreter des Landesamts für Verfassungsschutz aus Thüringen sowie drei Vertreter des Landesamts für Verfassungsschutz aus Sachsen genannt]

Folgende Festlegungen wurden getroffen:

- 1. IM Brandenburg ist grundsätzlich nicht bereit, die Quellenmeldung als solches für die Polizei freizugeben.*
- 2. Ggf. Erstellung eines Behördenzeugnisses durch BfV, da Unterstützung von dort zugesagt.*
- 3. LfV Thüringen informiert ohne Nennung der Herkunft der Information das LKA Thüringen über den Sachverhalt - Behandlung der Hinweise mit hoher Sensibilität wird vorausgesetzt.*
- 4. Beginn der Observation der Antje P. durch LfV Thüringen am 16.9.1998 Nachmittag.*
- 5. Fortsetzung der Observation durch LfV Sachsen ab 17.9.1998 ab 7.00 Uhr, Ende wird operativ festgelegt*

Vermerk RL 21¹³⁹⁹:

Am 17.09.1998, gegen 10:45 Uhr teilte [geschwärzt] LfV TH, auf Anfrage folgenden Sachverhalt mit:

Am 16.09.1998 abends gab es eine Besprechung mit dem Präsidenten des LKA TH. Dabei forderte dieser für die Umsetzung zu polizeilichen Maßnahmen einen schriftlichen Bericht, um beim Amtsrichter Beschlüsse für TÜ und Observation zu beantragen.

Nach Rücksprache des LfV TH mit [geschwärzt] IM BB, war dieser nicht mehr bereit, die Zustimmung zur Erstellung des Behördenzeugnisses zu geben.

¹³⁹⁹ Laut Regierungsbericht MIK (S. 156): Referatsleiter 21 des Landesamts für Verfassungsschutz Sachsen.

[Geschwärzt] wurde mitgeteilt, dass das LfV Sachsen die Observation von Antje P. am 17.09.1998, 7.00 Uhr übernommen hat.

[Geschwärzt] teilt dann noch mit, dass am 21.09.1998 beim LfV SN zwischen [geschwärzt] und Herrn Tü. ein weiteres Gespräch in dieser Angelegenheit vorgesehen ist.

[Geschwärzt] wurde jegliche Unterstützung durch das LfV Sachsen zugesagt.¹⁴⁰⁰

Handschriftlich finden sich nachfolgend weitere Anmerkungen auf dem Vermerk:

„Vermerk L2

Auf Anregung LfV SN am 21.09. Thema erneut erörtert, nachdem BfV am Vormittag (erstmalig) vom Gang der Erörterung informiert wurde. (Vorsorglich wurde BfV [geschwärzt] auch um Obs.unterstützung gebeten, Elkom an BfV läuft).

TH erklärte, eine vertrauliche Umsetzung der Meldung in TH Polizei sei nach Auskunft LKA P nicht problematisch. Aber bei Anschlußmaßnahmen helfe auch Behördenzeugnis kaum mit Blick auf QS. Die Maßnahme Tü gegen WERNER laufe vermutlich noch bis 30.09.

BB erklärte, Quelle könne nicht in Zeugenschutzprogramm. Weiterverbreitung der Meldung sei unmittelbar gefährlich für Quelle, da Vier-Augen-Gespräch. Es handele sich mglw. um Test, da andere Beschaffungsform leichter. Am kommenden Wochenende nähere Klärung in Aussicht.

SN sagt jedwede Unterstützung zu. Ergebnis:

- BB hält die Forderung nach QS aufrecht. Die Meldung darf nicht in einer Weise verwertet werden, die ggf. eine Offenbarung nach außen nach sich zieht.
- TH ist federführend für die Maßnahmen, die die 3 flüchtigen Rex. betreffen.
- [unleserlich, laut Regierungsbericht:]¹⁴⁰¹ SN wird die Beobachtung B & H intensivieren. Obs am Wochenende. SN bemüht sich um G 10¹⁴⁰²

¹⁴⁰⁰ B 44 MIK Kost UA 6_1\Transfer zum UA 6_1 Landtag BB\2016-11-11 B44_B44 - Handakte G geschwärzt 100-153_für UA61, S. 6f.

¹⁴⁰¹ Regierungsbericht MIK, S. 156.

¹⁴⁰² B 44 MIK Kost UA 6_1\Transfer zum UA 6_1 Landtag BB\2016-11-11 B44_B44 - Handakte G geschwärzt 100-153_für UA61, S. 7.

3.8.3.2.2. Betroffene Verabredungen zwischen den Verfassungsschutzämtern

Der Zeuge Milbradt erklärte zu den bei dem Treffen in Potsdam getroffenen Verabredungen:

„Da muss ich noch mal darauf zurückkommen, dass ich ja schon hier auch ausgesagt hatte, dass ich an diesem Treffen nicht teilgenommen habe, sondern nur nachträglich über das Ergebnis vom Beschaffungsleiter unterrichtet wurde. Nach seiner Aussage - und alles deutet darauf hin, dass sie auch absolut zuverlässig ist - wurde verabredet, dass das thüringische Landesamt für Verfassungsschutz das LKA Thüringen in geeigneter Weise in Kenntnis setzt. Das hieß in diesem Falle: mündlich.

Bekannt ist auch - und oftmals schon erörtert worden, dass das LKA Thüringen mit einer mündlichen Unterrichtung nicht zufrieden war, sondern eine schriftliche Unterlage anforderte, die ihm aber aus Quellenschutzgründen nicht gegeben wurde und nicht gegeben werden konnte.

Unverständlich ist für mich weiterhin - auch das hatte ich wohl schon gesagt, dass im LKA Thüringen nicht eigenständig ein Vermerk gefertigt wurde: ‚Dienstlich wurde bekannt, dass ...‘ usw. Ein solcher Vermerk hätte als Grundlage für weitere strafprozessuale oder auch sonst nachrichtendienstliche Aktionen durchaus dienen können.“¹⁴⁰³

Der Sachverständige Rolfdieter Bohm konstatierte in seinem Gutachten für den Untersuchungsausschuss:

„Nach Auffassung des Unterzeichners, der zu dieser Zeit Staatsanwalt in Hof/Saale war, hätte ein Antrag auf (weitere) Telekommunikationsüberwachungsmaßnahmen gegen Jan WERNER und Familie P. auf Basis einer dienstlichen Erklärung eines Polizeibeamten ungefähr des Inhaltes ‚dienstlich wurde bekannt, dass Jan WERNER für die gesuchten Personen Waffen beschaffen soll und dass Fam. P. für die gesuchten Personen Papiere zur Verfügung stellen will‘ mit hoher Aussicht auf Erfolg beim AG Chemnitz – Ermittlungsrichter - stellen können. Die spätere grundrechtsfreundliche Rechtsprechung des BVerfG mit höheren Anforderungen an den Verdachtsgrad und die Nutzbarkeit der zugrundeliegenden Informationen bestand zu diesem Zeitpunkt (noch) nicht. Zahlreiche Richter/Staatsanwälte im Raum Chemnitz stammten aus Hof/Saale bzw. waren dort (oder sonst in Bayern) ausgebildet. Dort wurde dem Gesichtspunkt der Effektivität der Strafverfolgung traditionell eine große Bedeutung beigemessen, so dass mit hoher Wahrscheinlichkeit für einen Zeitraum von 4-6 Wochen - auch ohne Behördenzeugnis, sondern lediglich auf eine entsprechenden polizeilichen Vermerk hin - mit Blick auf die vollziehbaren

¹⁴⁰³ Protokoll 32. öffentlichen Sitzung vom 31.08.2018, S. 46.

- Haftbefehle aus Thüringen zum Zweck der Aufenthaltsermittlung erlassen worden wären.“¹⁴⁰⁴

Zur Entscheidungsbefugnis zur Weitergabe von Quelleninformationen erklärte der Zeuge Milbradt:

„Sagen wir es so: Die Auswertung kann solche Informationen weitergeben, muss sich aber der Zustimmung des Beschaffungsreferates versichern, wenn es sich eben um Quelleninformationen handelt. Und wenn das Beschaffungsreferat ein Veto einlegt, ist das dann auch für die Auswertung verbindlich, es sei denn, der Abteilungsleiter selbst fällt ein anderes Urteil.“¹⁴⁰⁵

Der Zeuge Förster erklärte vor dem Untersuchungsausschuss, dass er von der Besprechung in Potsdam nicht informiert worden sei.¹⁴⁰⁶ Eine Information habe allerdings aufgrund der herausgehobenen Natur der Besprechung erfolgen müssen:

„[...] Aus dem Bericht des Bundestages weiß ich, dass diese Frage auch besprochen wurde. Natürlich muss das intensiv besprochen worden sein. Es

gibt sehr vielfältige Möglichkeiten, das an die Polizei zu steuern unter Aufrechterhaltung des Quellenschutzes. Das ist eigentlich Tagesgeschäft, dass man Berichte bekommt, die im ersten Satz anfangen: ‚Dienstlich wurde bekannt ...‘“¹⁴⁰⁷

Und weiter:

„Das ist die Verschleierung; aber dann bleibt derjenige, der dahinter steht, der diese Information beschafft hat, ich denke, geschützt. Wobei, man kann vieles dann kombinieren. Aber gleichwohl: Das ist eine Möglichkeit. Man hätte diese Erkenntnis auch anders unmittelbar weitergeben können.

Ich weiß auch aus dem Bericht des Bundes, dass die beiden Landesämter Thüringen und Sachsen in dieser Besprechung sehr gedrängt hätten auf ‚Freigabe‘ - in Anführungszeichen - in welcher Form auch immer, an die Polizei.

Wenn es denn so war, dass Brandenburg sich dagegen sehr gesträubt hat, dann wäre es angezeigt gewesen, dieses Sich-dagegen-Sträuben sich von dem Chef absegnen zu lassen. Wenn ich zwei Landesämter gegen mich habe und mich berufe auf den Quellenschutz, den man, wie ich schon gesagt habe, auch anders gewährleisten kann, dann muss man das kundtun. Das ist ein Ereignis, was über Routine hinausgeht.“¹⁴⁰⁸

¹⁴⁰⁴ Bericht Bohm_2017-01-31 B4_ 161205_Schlussbericht_V1, S. 12.

¹⁴⁰⁵ Protokoll der 22. öffentlichen Sitzung vom 22.03.2018, S. 93.

¹⁴⁰⁶ Protokoll der 31. öffentlichen Sitzung vom 30.08.2018, S. 155.

¹⁴⁰⁷ Protokoll der 31. öffentlichen Sitzung vom 30.08.2018, S. 155.

¹⁴⁰⁸ Protokoll der 31. öffentlichen Sitzung vom 30.8.2018, S.155.

Der Zeuge Wolfgang Cremer erklärte vor dem Untersuchungsausschuss auf die Frage nach dem Inhalt des von der Referatsleiterin des Bundesamts angefertigten Gesprächsvermerks:

„Meine Erinnerung sagt mir, dass die Landesbehörde Thüringen es übernommen hat, die Polizei in Thüringen zu unterrichten. Konkretere, weitere Informationen kann ich Ihnen jetzt hier nicht präsentieren.“¹⁴⁰⁹

Auf die Frage ob ein Behördenzeugnis im konkreten Fall hätte erstellt werden müssen, erklärte der Zeuge Cremer:

„Das kann ich auch nicht sagen, weil ich habe ja an der Besprechung nicht teilgenommen, in der alle Fakten zu dem Komplex auf den Tisch gelegt wurden. Und wenn man nicht alle Fakten kennt, kann man ausgesprochen schwer nur sagen, ob und in welcher Form ein Behördenzeugnis erstellt werden soll.“¹⁴¹⁰

Befragt, ob und inwieweit der brandenburgische Verfassungsschutz auf die Unterstützung bei der Erstellung eines Behördenzeugnisses auf das Bundesamt für Verfassungsschutz hätte zurückgreifen können, antwortete der Zeuge Cremer:

„Das ist eine sehr hypothetische Frage. Sie setzt voraus, dass die Landesbehörde Brandenburgs einverstanden ist mit der Weitergabe der Informationen. Und solange die Landesbehörde das nicht ist oder war, wäre eine solche Erstellung eines Behördenzeugnisses durch das BfV nicht möglich gewesen.“¹⁴¹¹

Auf Nachfrage ergänzte er:

„Möglich, ja, wenn die Landesbehörde Brandenburg einverstanden ist, auf diese Art und Weise die Information an die Polizei weiterzugeben. [...] Solche Behördenzeugnisse werden dann in der Regel Wort für Wort abgestimmt mit den beteiligten Behörden.“¹⁴¹²

3.8.3.2.3. Weiterleitung der Meldung an die Polizei

Eine Übermittlung der brandenburgischen Informationen zum untergetauchten Trio durch das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen an das sächsische LKA erfolgte trotz Bezug zum Land Sachsen nicht.¹⁴¹³

¹⁴⁰⁹ Protokoll der 32. öffentlichen Sitzung vom 31.08.2018, S. 25.

¹⁴¹⁰ Protokoll der 32. öffentlichen Sitzung vom 31.08.2018, S. 22.

¹⁴¹¹ Protokoll der 32. öffentlichen Sitzung vom 31.08.2018, S. 32.

¹⁴¹² Protokoll der 32. öffentlichen Sitzung vom 31.08.2018, S. 33.

¹⁴¹³ vgl. Abschlussbericht Sächsischer Landtag, Drucksache 5/14688, Seite 74f.

Im Vermerk des Landesamts für Verfassungsschutz Sachsen vom 17.09.1998 zum Treffen in Potsdam am 16.9.1998 wird auf ein Gespräch zwischen Mitarbeitern des Landesamtes für Verfassungsschutz Thüringen mit dem damaligen Präsident des LKA Thüringen, Egon Luthardt, vom 16.09.1998 Bezug genommen:

„Am 16.9.1998 abends gab es eine Besprechung mit dem Präsidenten des LKA TH. Dabei forderte dieser für die Umsetzung zu polizeilichen Maßnahmen einen schriftlichen Bericht, um beim Amtsrichter Beschlüsse für Tü und Observation zu beantragen.“¹⁴¹⁴

Dass es ein Gespräch zwischen Teilnehmern an der Besprechung in Potsdam vom thüringischen Verfassungsschutz (Schrader und Nocken) und dem LKA-Präsidenten Luthardt gegeben hat, wird von den Mitarbeitern des Landesamtes für Verfassungsschutz Thüringen bestätigt. Die Zeugen Schrader und Nocken sagten unter anderem vor dem 2. PUA Bundestag aus, den LKA-Präsidenten Thüringens, Luthardt, nach der Besprechung in Potsdam mündlich von der in der Deckblattmeldung vom 09.09.1998 enthaltenen Informationen zur Waffensuche des untergetauchten Trios unterrichtet zu haben. Der Zeuge Nocken sagte aus, dass der gesamte Inhalt der Meldung weitergegeben worden sei. Dem LKA-Präsidenten Thüringens sei nicht untersagt worden, die Meldung an die Fahndung weiterzugeben, ihm sei lediglich aufgegeben worden, mit der Meldung „vorsichtig“ umzugehen und in „geeigneter Form“, daher nicht schriftlich.¹⁴¹⁵

Im Gegensatz hierzu steht die Zeugenaussage des LKA-Präsidenten Thüringen, der vor dem thüringischen Untersuchungsausschuss und auch vor dem 2. PUA Bundestag¹⁴¹⁶ bestritt, überhaupt informiert worden zu sein.

Der Leiter der Zielfahndung des LKA Thüringen, P. W., sagte vor dem ersten Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestags zum NSU aus, nicht über die Waffensuche des Trios informiert worden zu sein.¹⁴¹⁷

Der Thüringer Untersuchungsausschuss führt hierzu aus:

¹⁴¹⁴ B 44 MIK Kost UA 6_1\Transfer zum UA 6_1 Landtag BB\2016-11-11 B44_B44 - Handakte G geschwärzt 100-153_für UA61, S. 7.

¹⁴¹⁵ Deutscher Bundestag, Drucksache 17/14600, S. 406f.

¹⁴¹⁶ Deutscher Bundestag, Drucksache 17/14600, S. 407.

¹⁴¹⁷ Deutscher Bundestag, Drucksache 17/14600, S. 407.

„Auch wenn die lediglich mündlich erfolgte Unterrichtung des Präsidenten des TLKA am Abend des 16. September 1998 im Wesentlichen auf den durch das Innenministerium Brandenburgs vorgegebenen Beschränkungen beruhte, bleibt festzuhalten, dass der Inhalt dieser wichtigen Quellenmeldung jedenfalls nicht die zuständigen Sachbearbeiter der Abteilung Zielfahndung erreichte. Über die Gründe der fehlenden Steuerung dieser Information an die zuständige Zielfahndungsabteilung lässt sich nur spekulieren. Welche Einzelheiten dem Präsidenten mitgeteilt wurden und ob dieser innerhalb des TLKA diese Erkenntnisse weitergeleitet hat, ist in den Akten nicht dokumentiert. Der Zeuge LKD Egon Luthardt bestritt, überhaupt informiert worden zu sein. Allerdings lassen sowohl die Aktenvermerke als auch die Aussagen vor allem der Zeugen aus dem Bereich des sächsischen LfV den Schluss zu, dass zumindest eine mündliche Information an eine verantwortliche Person im TLKA, im Zweifel den Präsidenten, gelangt sein dürfte. Rekapitulieren lässt sich jedoch, dass der Präsident des TLKA einen schriftlichen Bericht forderte, um gerichtsverwertbare Unterlagen für weitere Maßnahmen zu erlangen, und dieser Forderung nicht nachgekommen wurde.“¹⁴¹⁸

3.8.3.2.4. Vermerk zum Aufenthalt drei gesuchter Rechtsextremisten aus Thüringen und ihren Unterstützern

Dem Untersuchungsausschuss liegt ein Vermerk des LfV-Beschaffungsreferatsleiters Odendahl, erstellt am 17.09.1998 in Potsdam, mit Überlegungen zum Aufenthalt der Geflüchteten und zu deren Unterstützern vor. Wahrscheinlich handelt es sich um den Entwurf eines Besprechungsprotokolls bezüglich der Lageerkennnisse.¹⁴¹⁹ Das Schreiben wurde als Fax an das Landesamt für Verfassungsschutz Thüringen versandt. Dort wurde es bei den Recherchen zum NSU-Komplex aufgefunden. In den Unterlagen des Verfassungsschutzes Brandenburg ist es nicht mehr vorhanden.¹⁴²⁰ Das Schreiben ist mit handschriftlichen Korrekturen und der Notiz „Referat 22 z. Vorgang ‚Drillinge‘“¹⁴²¹ versehen. Handschriftlich ist ebenfalls am 17.09.1998 vermerkt: „Über handschriftlichen Verbesserungen wurde Hr. Odendahl fermündlich informiert“.

Der Vermerk lautet auszugsweise wie folgt:

„Überlegungen zum Aufenthalt drei gesuchter Rechtsextremisten aus Thüringen

Folgende Informationen liegen vor:

¹⁴¹⁸ Vgl. Thüringer Landtag, Drucksache 5/8080, S. 1478 f.

¹⁴¹⁹ Regierungsbericht MIK, S. 157.

¹⁴²⁰ Regierungsbericht MIK, S. 157.

¹⁴²¹ Der Fall „Drillinge“ ist eine Bezeichnung des LfV Thüringen zu dem untergetauchten Trio

- Die gesuchten Extremisten sollen sich in Sachsen, und zwar in der Nähe von Chemnitz aufhalten,

- sie beabsichtigen eine Ausreise nach Südafrika, der dortige Unterkunftsgeber ist bekannt, er war kürzlich in Deutschland [handschriftlich:] ist noch etwa 10 Tage in Deutschland (17.9.98)

- zwei [drei ist handschriftlich durchgestrichen und durch zwei ersetzt] namentlich bekannte Rechtsextremisten waren kürzlich nachweislich in Südafrika

- die gesuchten Extremisten wollen sich vor ihrer Ausreise mit Finanzmitteln ausstatten, dafür benötigen sie Waffen, die Werner (SN) beschaffen soll, - sie benötigen auch Personalpapiere, die als Fälschungen gekauft werden sollen, für die gesuchte Frau will ggf. die P. (SN) ihre eigenen Papiere zur Verfügung stellen.

- P. und Werner haben unabhängig voneinander Quelle über ihre Aufträge berichtet. Es besteht die Vermutung, daß keiner etwas vom Auftrag für den anderen weiß.

- Alle aus Sachsen und Thüringen Beteiligten sind aktive Angehörige der dortigen B&H-Szenen.

In beiden Szenen wird weder über den Aufenthalt der Gesuchten, noch über deren und für diese entfalteten Aktivitäten geredet.

Auffällig ist, daß die bekannten Aktivitäten von sächsischen Szenemitgliedern ausgehen. Das spricht für einen Aufenthalt der Gesuchten in Sachsen.

[Folgender Satz ist kursiv hervorgehoben] Da die beiden Personen, die sich erkennbar mit der Versorgung der Gesuchten befassen, offenbar gegenseitig nichts von ihren Aktivitäten wissen, muß zwangsläufig davon ausge- [mindestens eine Zeile fehlt, laut Regierungsbericht¹⁴²²: gangen werden, daß es einen ‚Dritten‘ gibt, der diese Aktivitäten koordiniert.]

Daß dieser Dritte bisher nicht erkennbar in Erscheinung getreten ist, gibt Anlaß zu weiteren Vermutungen:

1. Er kann nicht handeln oder hält es nicht für zweckmäßig, weil er seinen Aufenthalt in einem anderen Land hat als die Gesuchten und daher die örtlichen Verhältnisse nicht kennt,
2. er arbeitet bewußt konspirativ oder
3. beides.

Da bekanntermaßen enge Verbindungen zwischen

¹⁴²² Regierungsbericht MIK, S. 158.

- Werner (SN),
- P. (SN),
- Starke SN [TH ist handschriftlich durchgestrichen und durch SN ersetzt],
- Kapke (TH) und
- Hendrik L. SN [TH ist handschriftlich durchgestrichen und durch SN ersetzt],

bestehen, spricht einiges dafür, daß sich der Gesuchte in diesem Kreis befindet.

P. will ihre eigenen Ausweispapiere zur Verfügung stellen. Das spricht dafür, daß sie um Hilfe gebeten worden und damit nicht die Koordinatorin ist.

Werner hat nicht gesagt, daß er bereits Waffen beschafft oder geordert hat, sondern er hat mehr den Eindruck vermittelt, daß er jemanden suche, der Waffen beschaffen kann. Das könnte auf eine entsprechende Auftragsvergabe durch ihn hindeuten und schließt somit eine koordinierende Tätigkeit nicht aus.

Viel spricht aber für die Vermutung, daß einer der drei Thüringer Szeneangehörigen der Auftraggeber sein könnte da diese ja auch in Südafrika gewesen sind. Das könnte der Vorbereitung eines Aufenthaltes gedient haben.

Soweit noch nicht geschehen, könnte eine Untersuchung der persönlichen Beziehungen oder Bindungen der Gesuchten oder eines/einer von ihnen zu Angehörigen der Thüringer Szene nützlich sein. Dazu bieten sich in erster Linie die drei genannten Thüringer Szeneangehörigen an.

[Folgende Passage wurde kursiv hervorgehoben] Von der örtlichen Lage her bietet sich das offensichtlich alleinstehende Wohnhaus P. in der Nähe von Chemnitz als Versteck an. Möglicherweise auch eine Dependance zu diesem Haus, die noch abgelegener liegt. Eine ständige Beobachtung der P. und ihrer Familienangehörigen scheint ein erfolgversprechender Ansatz.“¹⁴²³

Der Vermerk enthält sodann eine Prinzipskizze mit den o. g. Personen.

3.8.3.3. Anfrage des Bundesamtes für Verfassungsschutz vom 04.01.1999 und deren Bearbeitung

In den Akten des Untersuchungsausschusses findet sich ein weiterer Vermerk mit dem Aktentitel: „Wehrsportgruppen, Rechtsterrorismus: allgemein“, „hier: USBV in Jena“. In diesem Vermerk vom 04.01.1999 von „Michael Ackrath“ zu einem Telefonat mit einem Mitarbeiter des Bundesamtes Verfassungsschutz vom selben Tage heißt es:

„Beim heutigen Telefonat teilte Herr [geschwärzt] sein Bedauern darüber mit, daß im Zusammenhang mit den Aktivitäten der drei abgetauchten Rechtsextremisten, die offenkundig Unterstützer hätten – sonst könnten diese

¹⁴²³ B 44 MIK Kost UA 6_1\Transfer zum UA 6_1 Landtag BB\2016-11-11 B44_Handakte 100-153, S. 10-12.

nicht zu lange untertauchen – das BfV fast keine Informationen erhalte. Eigentlich sei das BfV zu informieren, da es sich um eine länderübergreifende Angelegenheit handle.

Das BfV habe an einer in Dresden angesetzten Besprechung teilnehmen wollen; diese sei dann aber sehr kurzfristig nach Potsdam verlegt worden. Über Inhalte und beschlossene Maßnahmen wisse das BfV nur sehr wenig. Dies sei angesichts der Pläne der drei Abgetauchten – hierbei spielte Herr [geschwärzt] offenkundig auf den geplanten Banküberfall an – besornerregend.

Deshalb sei es nach wie vor ein Anliegen des BfV, daß sich alle Beteiligten – darunter auch das BfV – über diese Angelegenheit austauschten. Das BfV stehe bereit, um ggf. unterstützend tätig zu werden.¹⁴²⁴

Handschriftlich merkte Milbradt am 09.01.1999 an: „Aus BB erhielt das BfV alle einschlägigen Informationen umgehend!“

Weiter ist durch den Mitarbeiter „Michael Ackrath“ vermerkt, dass das BfV mit Elkom vom 04.08.1998 und vom 11.09.1998 „über die Inhalte der Quellenmeldungen des Vermerks vom 14.9.1998“ - gemeint ist der Ackrath-Vermerk - informiert worden sei.

Der zuständige Sachbearbeiter „Michael Ackrath“ fasste in einem weiteren Vermerk vom 21.01.1999 noch einmal zusammen, welche Verfassungsschutzbehörden zu welchem Zeitpunkt die Deckblattmeldungen der Quelle „Piatto“ vom Herbst 1998 erhalten hatten.¹⁴²⁵

Dieser Vermerk vom 21.01.1999 wurde erst am 28.05.1999 von der Registratur gebucht. Der Leiter des Auswertungsreferats nahm ihn erst am 18.06.1999 zur Kenntnis. Im Regierungsbericht heißt es hierzu:

„Aufgrund des handschriftlichen Vermerks des zuständigen Sachbearbeiters „Michael Ackrath“ vom 18.06.1999 regte er eine Rücksprache mit dem Beschaffungsreferat an. Diese Besprechung soll laut einer weiteren Notiz des Sachbearbeiters auf einen späteren Zeitpunkt verlegt worden sein. Näheres wird aus dem Vorgang nicht ersichtlich.“¹⁴²⁶

¹⁴²⁴ W:\B 4\2016-12-06 B4- VS NfD\55-004-S-530 003-0000-0036_2018 VS-NfD, Nr. 2.

¹⁴²⁵ B 4\2016-12-06 B4- VS NfD\55-004-S-530 003-0000-0036_2018 VS-NfD, Nr. 6, bereits unter Kapitel 3.8.2.3. dargestellt.

¹⁴²⁶ Regierungsbericht MIK, S. 153.

3.8.3.4. Lichtbildvorlage

„Michael Ackrath“ vermerkte nochmals am 21.01.1999, dass aufgrund der Quellenmeldungen vom 19.08.1998 und vom 09.09.1998 eine Lichtbildvorlage der vom Thüringer Verfassungsschutz übersandten Fotos vorzunehmen sei. Handschriftlich ist vom V-Mann-Führer Szczepanskis mit Datum vom 27.1. notiert: *„Die o.g. Personen sind bei hiesigen Quellen nicht bekannt.“*¹⁴²⁷

Auf dem Vermerk ist eine Widervorlage für den 10.03.99 handschriftlich verfügt. Am 17.03.99 wurde handschriftlich festgehalten, dass eine Rücksprache mit dem Referatsleiter Auswertung am 17.03.99 erfolgte. Eine mündliche Nachfrage beim Referatsleiter Beschaffung wurde auf den 18.03.99 verlegt. Was Inhalt dieser Rücksprachen war, lässt sich den Akten nicht entnehmen. Der Zeuge „Ackrath“ hatte zu diesem Sachverhalt keine Erinnerung vor dem Untersuchungsausschuss.¹⁴²⁸

Szczepanski erklärte auf die Frage, ob ihm Fotos von dem Trio vorgelegt worden seien:

*„Ich meine nicht, nee; Aber ich mag es nicht mit Bestimmtheit sagen.“*¹⁴²⁹

3.8.4. SMS vom 25.8.1998 („HALLO. WAS IST MIT DEN BUMS“)

Am 25.08.1998 wurde von Jan Werners Handy an Carsten Szczepanski eine SMS mit dem Inhalt: „HALLO. WAS IST MIT DEN BUMS“ verschickt. Der Untersuchungsausschuss hat die Bedeutung der Textnachricht und die Umstände ihres Versands vor dem Hintergrund der zuvor dargestellten Erkenntnisse untersucht.

3.8.4.1. Telekommunikationsüberwachung des LKA Thüringen

Das thüringische Landeskriminalamt zeichnete vom 04.08.1998 bis zum 24.09.1998 die Telefonverbindungen Jan Werners im Rahmen einer Telefonüberwachung, die aufgrund der Fahndung nach dem untergetauchten Trio eingeleitet worden war, auf.

¹⁴²⁷ B 4\2016-12-06 B4- VS NfD\55-004-S-530 003-0000-0036_2018 VS-NfD, Nr. 3

¹⁴²⁸ Protokoll der 23. öffentlichen Sitzung vom 23.03.2018, S. 81.

¹⁴²⁹ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 11.6.2018, S. 133

Am 25.08.1998 um 19.19 Uhr erfolgte ein abgehender Anruf vom Handy Jan Werners auf das Handy mit der Rufnummer 00491-72392XXXX. Kurz darauf, um 19.21 Uhr, wurde vom Handy Jan Werners eine SMS mit dem Inhalt: „HALLO. WAS IST MIT DEN BUMS“ an diese Rufnummer geschickt. Das Handy mit der Rufnummer 00491-72392XXXX war Szczepanski vom Verfassungsschutz überlassen worden und auf das Innenministerium Brandenburg zugelassen.¹⁴³⁰

Im Abschlussbericht des 2. PUA Bundestag werden in einer Auswertung der Protokolle der TKÜ folgende Verbindungen zwischen den beiden Nummern dargestellt. Bei den SMS sei nicht feststellbar, ob diese angenommen oder versandt worden seien und bei den Telefonanrufen unklar, ob die Verbindung zustande gekommen sei und wie lange die Verbindung andauert habe¹⁴³¹:

- Verbindung am 23. Juli 1998, 15.30 Uhr
- Verbindung am 26. Juli 1998, 19.21 Uhr
- Verbindung am 15. August 1998, 22.45 Uhr, abgehend (vom Mobiltelefon von Jan Werner)
- Verbindung am 15. August 1998, 23.11 Uhr, abgehend
- SMS vom 16. August 1998, 2.07 Uhr: „BITTE UM 8.45 UHR MICH MIT DEINER STIMME BEL[STIGEN. JAN“
- Verbindung am 16. August 1998, 8.47 Uhr, eingehend (auf dem Mobiltelefon von Jan Werner)
- SMS vom 16. August 1998, 11.48 Uhr: „IM US#10 STAND ETWAS ZU B.B!“
- SMS vom 16. August 1998, 11.55 Uhr: „H[?“
- Verbindung am 16. August 1998, 12.14 Uhr, eingehend
- SMS vom 20. August 1998, 13.24 Uhr: „IST DAS PAKET AN HENNING UNTERWEGS? CS@“
- SMS vom 20. August 1998, 13.25 Uhr: „JA!“
- SMS vom 20. August 1998, 13.30 Uhr: „O.K., DANKE! CS“

¹⁴³⁰ B 41 (Überrn 5.1.2017), 5_ZF 2_TLKA Bd. 18, S. 136.

¹⁴³¹ Abschlussbericht Bundestag S. 409-410.

- SMS vom 20. August 1998, 13.31 Uhr: „DANKE FÜR DEN ANRUF AM MONTAG.“
- SMS vom 20. August 1998, 14.03 Uhr: „KEINE GELEGENHEIT, DA OHNE HANDY! BIN JETZT GERADE IM UNTERRICHT! CS“
- Verbindung am 23. August 1998, 16.53 Uhr, eingehend
- Verbindung am 25. August 1998, 19.19 Uhr, abgehend
- SMS vom 25. August 1998, 19.21 Uhr: „HALLO. WAS IST MIT DEN BUMS?“¹⁴³²
- SMS vom 26. August 1998, 12.25 Uhr: „AM SONNTAG INNERHALB DES D2 NETZES UND VON D2 ZUM FESTNETZ KOSTENLOS TELEFONIEREN. MANNESMANN FEIERT 5 MIO.KUNDEN“
- Verbindung am 30. August 1998, 9.45 Uhr, abgehend (der nachfolgende Anruf ist 40 Sekunden später verzeichnet)

Die in den Akten des brandenburgischen Verfassungsschutzes noch vorhandene D2-Rechnung für August 1998 (0172/392xxxx) weist zu dem Telefonanschluss Jan Werners folgende Verbindungsdaten aus:

- 06.08.1998 16.56 Uhr Dauer: 14.57 Minuten
- 06.08.1998 17.13 Uhr Dauer: 01.04 Minuten,
- 16.08.1998 08.47 Uhr Dauer: 01.00 Minuten,
- 16.08.1998 12.14 Uhr Dauer: 03.35 Minuten,
- 23.08.1998 16.53 Uhr Dauer: 08.44 Minuten.¹⁴³³

Die SMS „HALLO. WAS IST MIT DEN BUMS“ wurde vom thüringischen Landeskriminalamt als Telekommunikationsverbindung mit der laufenden Nummer 1569 erfasst. Am darauffolgenden Tag, dem 26.08.1998, endet um 15.31 Uhr die Liste der Telekommunikationsvorgänge auf „Seite 7“ mit der laufenden Nummer 1747. Die darauffolgende Seite trägt wiederum die Nummer 7 und sie beginnt mit einem Kommunikationsvorgang mit der laufenden Nummer 1863 am 27.08.1998 um 06.58 Uhr.¹⁴³⁴ Die Akten, die dem Untersuchungsausschuss vorliegen, sind durchgehend

¹⁴³² In der aufgezeichneten SMS gibt es kein Satzschlusszeichen.

¹⁴³³ Regierungsbericht, S. 146.

¹⁴³⁴ B 41 (Überr 5.1.2017), 5_ZF 2_TLKA Bd. 18, S. 145-146.

paginiert, woraus der Schluss möglich ist, dass die Datensätze bereits in den Originalakten des LKA Thüringen lückenhaft angelegt wurden.

Das Protokoll der Telekommunikationsverbindungen Jan Werners weist zwischen der Verbindung mit der laufenden Nummer 3448 vom 04.09.1998 um 13.20 Uhr bis zur laufenden Nummer 4316 vom 10.09.1998 um 13.47 Uhr ebenfalls eine Lücke auf.¹⁴³⁵ Auch diese Aktenseiten sind durchgehend paginiert.

3.8.4.2. Austausch des Handys

Aus den Treffbericht des V-Mann-Führers vom 26.08.1998 geht hervor, dass am selben Tag, an dem die SMS von Jan Werner eingegangen ist, bei einem Treff mit „Piatto“ in einem Potsdamer Geschäft „zwei Mobiltelefone auf den Arbeitsnamen des Uz käuflich erworben“ wurden.

Grund für den Handy-Kauf war, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz den Brandenburgischen Verfassungsschutz am 17.07.1998 darüber informierte, dass das Handy in eine G-10-Maßnahme gelaufen sei. In dem Vermerk des brandenburgischen Verfassungsschutzes heißt es:

„Am 17.07.1998 informierte [geschwärzt] Unterzeichner darüber, daß im Rahmen einer Maßnahme der Eigentümer eines Handy-Anschlusses abgeklärt wurde. Als Ergebnis der Abklärung wurde ‚Innenministerium des Landes Brandenburg‘ angegeben. Aus den bisherige Ergebnisse der BfV-Maßnahme konnte [geschwärzt] schließen, daß es sich bei dem Verwender dieses Handy-Anschlusses um die Quelle im Fall ‚PIATTO‘ handele.

Dieser Anruf von [geschwärzt] läßt Zweifel an der Richtigkeit der bisherigen Vorgehensweise aufkommen, daß der Quelle zur Verfügung gestellte Handy als Behörden-Telefon zu führen. Es läßt sich nicht völlig ausschließen, daß auch Privatpersonen den Anschlußinhaber des von der Quelle im Fall ‚PIATTO‘ verwendeten Handys überprüfen und dann feststellen, daß es sich um ein Handy des Innenministeriums handelt.“¹⁴³⁶

Das Handy fiel auch im Rahmen der Maßnahme des thüringischen Landeskriminalamts als Behördenhandy des Brandenburgischen Verfassungsschutzes auf; dies allerdings erst im November 1998.¹⁴³⁷

¹⁴³⁵ B 41 (Überm 5.1.2017), 5_ZF 2_TLKA Bd. 18, S. 267-268.

¹⁴³⁶ B4_Herabsstufungen_53-004-S-530 003-0000-0039_VS NfD_Liste 3_Nr. 33, S. 1.

¹⁴³⁷ Thüringer Landtag, Drucksache 5/8080, Seite 1151-1154.

Die Sommerferien im Land Brandenburg im Jahr 1998 dauerten vom 9. Juli bis zum 21. August 1998. Sämtliche „Piatto“-Treffvermerke vom 30. Juni bis 13. August 1998 wurden von Gordian Meyer-Plath erstellt. Der Treffvermerk vom 20. August 1998 über das Treffen am 18. August 1998 wurde von Dieter Borchert abgezeichnet.

„Die Tatsache, dass das Mobiltelefon überhaupt durch die Thüringer Polizei insoweit identifiziert werden konnte, als dass es an das Innenministerium Brandenburg ausgegeben worden war“, bezeichnete der Zeuge Meyer-Plath vor dem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages als „operativen Super-GAU“.¹⁴³⁸

Zum Austausch des Handys steht in einem Treffvermerk vom 26.08.1998:

„Die Quelle im Fall ‚PIATTO‘ wurde am 25.08.1998, um 15:00 Uhr, an ihrer Arbeitsstelle in Brandenburg an der Havel abgeholt und in das Dienst-Kfz [geschwärzt] aufgenommen.

Wie mit V/1.x abgesprochen, wurden in dem D2-Shop [...] in Potsdam zwei Mobiltelefone auf den Arbeitsnamen des Uz. käuflich erworben.

Die Quelle übergab 11 CDs mit Texten rechtsextremistischen Inhalts, die sie auftragsgemäß erworben hatte.

[geschwärzter Text]

Nach Beendigung des Treffs gegen 20:00 Uhr setzte Uz die Quelle ~~wurde~~ vor der JVA Brandenburg ab.“¹⁴³⁹

Dieter Borchert verlas zu diesem Thema vor dem Untersuchungsausschuss eine Erklärung, die er auch vor dem OLG München abgegeben habe:

„Zum Handy 0172/39 22 834 mit der SMS ‚Hallo. Was ist mit den Burns‘ hatte ich zunächst keine Erinnerung mehr, da der Sachverhalt nun 20 Jahre her ist. Es geht um eine SMS vom 25.08.1998. Anhand eines von mir verfassten Treffberichts konnte ich jetzt, 2015, feststellen, dass ich an diesem Tag ein Treffen mit ‚Piatto‘ in der Zeit von etwa 15 bis 20 Uhr hatte. Unter anderem ging es darum, das alte gegen ein neues Handy auszutauschen. Deshalb bin ich zusammen mit ‚Piatto‘ in ein Geschäft in Potsdam gegangen und habe zwei neue Handys gekauft mit jeweils einer Rufnummer. Ich habe ‚Piatto‘ ein Handy übergeben. ‚Piatto‘ hat mir das alte Handy ausgehändigt. Das Telefon habe ich an mich genommen. Diese Geschichte muss sich gegen 16 Uhr ereignet haben. Laut Treffbericht habe ich ‚Piatto‘ gegen 15 Uhr aus Brandenburg an der Havel

¹⁴³⁸ Deutscher Bundestag, Drucksache 17/14600, S. 289-290

¹⁴³⁹ B 4, NfD zum Piatto Komplex, elektronische Dokumente, Bd. Ib, 1998, S. 44.

abgeholt. Anschließend sind wir nach einer ca. 30 Minuten dauernden Fahrt in Potsdam angekommen und haben dort direkt das Geschäft aufgesucht. Das Aussuchen und das Bezahlen hat etwa weitere 30 Minuten gedauert. Danach hat mir ‚Piatto‘ gegen 16 Uhr das alte Handy übergeben. Weil das alte Handy aus dem Verkehr gezogen werden sollte, gehe ich davon aus, dass ich es abgeschaltet habe. Da ich ‚Piatto‘ ausweislich des Treffberichts gegen 20 Uhr in Brandenburg an der Havel abgesetzt habe, bin ich nicht noch einmal ins Büro gefahren.

Zusammengefasst: Wie sich mir der Sachverhalt anhand des Treffberichtes darstellt, hat ‚Piatto‘ mir das Handy am 25.08.1998 gegen 16 Uhr übergeben. Dann habe ich es ausgeschaltet - wenn es nicht schon ausgeschaltet war - und am nächsten Tag in der Verwaltung abgegeben. Eingezogene Handys und die enthaltenen SIM-Karten werden regelmäßig kurzfristig vernichtet und nicht wiederverwendet. Mir ist bekannt geworden, dass das Handy physisch nicht mehr existiert. Das heißt, die Nachricht am 25.08. um 19.21 Uhr - ‚Was ist mit den Bums‘ - hat ‚Piatto‘ nicht mehr erreicht, weil er das alte Handy an mich übergeben hatte und das Handy ausgetauscht war. Ich habe es definitiv nicht eingeschaltet, denn es sollte eingezogen werden.

Das alles habe ich anhand des Treffberichtes rekonstruiert. Seinerzeit - 1998, vor nunmehr 20 Jahren - habe ich von der SMS ‚Was ist mit den Bums‘ nichts mitbekommen.“¹⁴⁴⁰

Der damalige Vorgesetzte von Meyer-Plath und Dieter Borchert, der Referatsleiter für Beschaffung Odendahl, ist mittlerweile verstorben, sodass er nicht zu diesem Sachverhalt befragt werden konnte.

3.8.4.3. Hat die SMS Szczepanski erreicht?

Der Untersuchungsausschuss ist der Frage nachgegangen, ob die SMS „HALLO. WAS IST MIT DEN BUMS“ Szczepanski erreicht hat.

Ein an die „Firma Ministerium des Innern des Landes Brandenburg“ versandter Verbindungsnachweis der „D2-Rechnung“ der Mannesmann Mobilfunk GmbH vom 08.09.1998 weist als letzten Eintrag einen Anruf am 25.08.1998 um 16:25 Uhr ins D1-Netz zur Telefonnummer 0171/82xxxxx aus.¹⁴⁴¹

Die Zeugin Dr. Wagner führte vor dem Untersuchungsausschuss zu der Rechnung aus:

¹⁴⁴⁰ Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung vom 20.04.2018, S. 173.

¹⁴⁴¹ B 4, NfD zum Piatto Komplex, elektronische Dokumente, Bd. Ib, 1998-VS-NfD.pdf, S. 67.

„Und in der Akte selbst war genau eine dieser Handyabrechnungen [...], und die war auch nur dort verankert, um nachzuweisen, dass danach dieses Handy als solches – also praktisch, dass dieser Vertrag nicht mehr existierte. Das war praktisch die Abschlussrechnung. Deshalb befindet sie sich überhaupt noch oder befand sie sich in der Akte, weil das passend zu dem Treffvermerk eben dann begründete, dass der Wechsel dieses Handys als solches stattgefunden hat. Das war einer der wesentlichen Punkte, wo wir Dinge nachvollziehen konnten.“¹⁴⁴²

Der Sachverständige Bohm führte hierzu in seiner Vernehmung am 18.11.2016 aus:

„Die Telefonrechnung enthält keine Hinweise, dass dieses Handy nach dem 25.08. um 16.25 Uhr noch einmal aktiv benutzt wurde. Das heißt nicht zwingend, dass es ausgeschaltet war, aber gemäß den Unterlagen, die im Verfassungsschutz vorliegen, gibt es keinerlei Hinweise darauf, dass es nach diesem Zeitpunkt aktiv benutzt wurde.“¹⁴⁴³

Nach der Selbstenttarnung des NSU-Trios erfolgte ein Auskunftersuchen des Bundeskriminalamts an das Brandenburgische Innenministerium hinsichtlich des von Szczepanski genutzten Handys. Im Antwortschreiben der damaligen Abteilungsleiterin Winfriede Schreiber vom 28.06.2012 rekonstruierte sie den Hergang des Telefonaustausches und ging der Frage nach, ob Szczepanski die SMS von Werner erreicht haben könnte. Das Schreiben lautet auszugsweise:

„[...]“

Die erste und letzte Rechnung zu der in Rede stehenden Mobilfunknummer, die hier noch vorliegt, datiert vom 8. September 1998. Sie ist an das Ministerium des Innern des Landes Brandenburg adressiert und deckt den Abrechnungszeitraum vom 4. August 1998 bis zum 25. August 1998 ab.

Die Auswertung der hier noch vorhandenen Verbindungsdaten und eine Mitteilung des Bundesamtes für Verfassungsschutz vom 17. Juli 1998 legen den Schluss nahe, dass das Handy von der ehemaligen Quelle ‚Piatto‘ zumindest zeitweise genutzt wurde.

Die letzte Verbindung mit dem fraglichen Handy datiert vom 16. August 1998, 20:48 Uhr. Nach den mir vorliegenden Unterlagen besteht die Möglichkeit, dass die ehemalige Quelle ‚Piatto‘, die am 15./16. August 1998 Freigang hatte, in Chemnitz gewesen ist, eindeutige Belege für diese Annahme liegen allerdings nicht vor.

Im Treffvermerk vom 20. August, der über einen Quellentreff vom 18. August 1998 berichtet, wird ausgeführt, dass die ehemalige Quelle verschiedene Telefonate mit bekannten Rechtsextremisten führte. Die Rechnung für die in

¹⁴⁴² Protokoll der 41. öffentlichen Sitzung vom 25.01.2019, S. 27.

¹⁴⁴³ Protokoll der 4. öffentlichen Sitzung vom 18.11.2016, S. 22.

Rede stehenden Mobilfunknummer führt aber für den 18. August 1998 kein Gespräch mit dem Handy auf. Das folgt, dass die ehemalige Quelle jeweils angerufen wurde oder bereits am 18. August über ein anderes Handy verfügte.

Ausgeschlossen werden kann allerdings, dass die ehemalige Quelle ‚Piatto‘ sich am 25. August 1998 gegen 19:21 mit dem fraglichen Handy in Chemnitz befand. Zu diesem Zeitpunkt wurde ein Treff der ehemaligen Quelle mit seinem Quellenführer im Raum Brandenburg an der Havel und Potsdam durchgeführt, anschließend wurde er zurück in die Justizvollzugsanstalt Brandenburg an der Havel gebracht. Aus der o.g. Rechnung geht hervor, dass die letzten fünf Anrufe von dem in Rede stehenden Anschluss am 25. August 1998 zwischen 15:03 und 16:25 Uhr, d.h. während des Quellentreffs, getätigt wurden. Bei diesem wurde die ehemalige Quelle ‚Piatto‘ zudem mit einem neuen Handy ausgestattet. In dem Treffvermerk ist allerdings weder die Rede davon, dass die ehemaligen Quelle während des Treffs telefoniert noch dass sie das Handy zurückgegeben hat. Diese Umstände legen den Schluss nahe, dass das in Rede stehende Handy zumindest am 25. August 1998 von einer dritten Person aktiv genutzt worden sein muss.

Die von der ehemaligen Quelle ‚Piatto‘ erhobenen verfahrensrelevanten Informationen wurden dem Bundesamt für Verfassungsschutz, dem LfV Sachsen und dem LfV Thüringen ohne zeitliche Verzögerungen in Form von Deckblattmeldungen übermittelt.

Mit Schreiben vom 18. November 2011 wurden diese Deckblattmeldungen auch an Ihre Behörde übersandt.

Im Zusammenhang mit offenen Fragen regen wir an, die ehemalige Quelle ‚Piatto‘ als Zeuge zu vernehmen. Die ehemalige Quelle befindet sich nach wie vor im Zeugenschutzprogramm des LKA Brandenburg. [...]“¹⁴⁴⁴

Ein Gesprächsvermerk vom 30.01.2013 der Abteilung V des Innenministeriums von Frau Dr. Wagner dokumentiert ein Treffen beim Generalbundesanwalt in Karlsruhe am 28.01.2013. Zu den Gesprächsteilnehmern gehörten die Bundesanwälte Dr. Diemer und Dr. Bruns, Staatsanwalt Schmidt, Abteilungsleiter bei der Generalbundesanwaltschaft Griesbaum sowie Vertreter des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Vertreter des Bundeskriminalamtes. In dem Vermerk heißt es:

„[...] Gegenstand des Gesprächs waren

1. die Anhörung (BfV) und Vernehmung (BKA) des im o.g. Verfahren als Zeugen benannten Carsten Szczepanski und die gegenseitige Abstimmung und Unterrichtung.

¹⁴⁴⁴ B 168_Zweite Teillierung_BKA_GB_BfV_2012_06_28_GBA Erkenntnisse Handy Piatto; S. 1-3.

2. die Fragen zum Handy des Carsten Szczepanski, welches ihm von hiesiger Behörde zur Verfügung gestellt wurde.

Zu 2. wurde dann auf hiesigen Vortrag zum Ablauf des 25.8.1998, Quellentreff, Handykauf und Übergabe des neuen (legendierten Handys) an die ehemalige Quelle ‚Piatto‘, seitens des BKA eingeräumt, dass sich die Angabe des Schäfer-Gutachtens zum Standort Chemnitz wohl nur auf das Handy des in diesem Verfahren Beschuldigten bezieht und das Gutachten insoweit ungenau wäre, der Standort des Handys von ‚Piatto‘ folglich nicht belegt werden kann. Weiterhin wurde auf die Frage des GBA, ob die bewusste SMS ‚Was ist mit dem Bums‘ vom 25.8.1998, 19:21 Uhr, ‚Piatto‘ überhaupt erreicht hat, vom BKA eingeräumt, dass lt. den dort vorliegenden Unterlagen der WERNER versucht haben soll, die ehemalige ‚Quelle‘ unmittelbar vor Absendung der SMS per Anruf zu erreichen. Da dies nicht gelang, wurde offensichtlich die SMS abgesetzt. Dies verstärkt das Indiz dafür, dass die bewusste SMS den Empfänger nicht mehr erreichte, denn dieser hatte zu diesem Zeitpunkt bereits das neue Handy erhalten.

Unterzeichnerin bat in diesem Zusammenhang die BKA-Vertreter um Beantwortung hiesigen Schreibens zum unter 2. genannten Komplex. Darüber hinaus wurde durch das BfV zugesichert, das Protokoll der Anhörung von ‚Piatto‘ auch an Brandenburg zu übersenden.[...]“¹⁴⁴⁵

Die Auswertung der vorliegenden TKÜ-Protokolle des LKA Thüringen gegen Jan Werner hat ergeben, dass Carsten Szczepanski am 31.08.1998 Jan Werner seine neue Mobilfunknummer mitteilte. In der SMS vom 31.08.1998 (13:26 Uhr) heißt es:

„NEUE NUMMER XXXX XXX 0786 ! SEHEN WIR UNS SAMSTAG? HAST DU MIT DEM NORMAN GESPROCHEN (MAGAZIN) ?“¹⁴⁴⁶

3.8.4.4. Bedeutung der Nachricht

Der Untersuchungsausschuss hat näher beleuchtet, welchen Sinn besagte SMS „HALLO. WAS IST MIT DEN BUMS“ haben könnte. Im Abschlussbericht des 2. Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages heißt es: „Mit ‚Bums‘ waren offenbar Waffen gemeint.“¹⁴⁴⁷ Der brandenburgische Untersuchungsausschuss ist der Frage nachgegangen, welche Bedeutungen von „BUMS“ möglich sind.

Nach der Auswertung der vorliegenden TKÜ-Protokolle des LKA Thüringen gegen Jan Werner konnten folgende Feststellungen getroffen werden:

¹⁴⁴⁵ B 168_Zweite Teillieferung_BKA_GB_BfV_2013_01_30_Gesprächsvermerk GBA, BfV LfV.

¹⁴⁴⁶ B 41 (Überm. 05.01.2017)_5_ZF 2_TLKA Bd. 18, S. 196.

¹⁴⁴⁷ Deutscher Bundestag, Drucksache 17/14600, S. 160.

Der Begriff „BUMS“ wurde an keiner anderen Stelle verwandt. Lediglich in einer an Jan Werner gerichteten SMS vom 31.8.1998 (eingegangen um 17:15 Uhr) Protokoll-Nr. 2628 heißt es: *„IN MALORCA KANN MAN DA LEICHT NE OLLE BUMSEN? IST ERNST GEMEINT DIE FRAGE.“*¹⁴⁴⁸

Der Satzbau der SMS „HALLO. WAS IST MIT DEN BUMS“ verwendet den Artikel „den“. Außerdem fehlt ein Satzzeichen. Die SMS ist vollständig in Großbuchstaben verfasst. Dies lässt verschiedene Interpretationen des Satzes zu.

Der Inhalt der Telefonüberwachung Jan Werners offenbart in weiten Teilen seine Geschäfte hinsichtlich seines Labels „Movement Records“. Dabei geht es auch um Merchandising, die Organisation von Konzerten und Übernachtungsmöglichkeiten sowie den Vertrieb von Tonträgern, in den auch Szczepanski eingebunden wurde. Am 18.09.1998 sind beispielsweise folgende Kurznachrichten aufgezeichnet:

„KANN ICH 30 STURMTRUPP GEGEN 30 FORTRESS MIT DIR TAUSCHEN?“

„NEIN, ICH HABE NUR NOCH 10.“

„SEHR TOLL. DENKE 25 IST KEIN PROBLEM?“

*„DU WEISS JA, DASS CARSTEN DA WAR. DER HAT VIELE MITGENOMMEN WEIL DER AUF SOLCHEN M^{ALL} STEHT. DAS WAR NICHT GEPLANT.“*¹⁴⁴⁹

Am 25.08.1998 sind folgende SMS aufgezeichnet:

„WO BLEIBEN DIE CDS? DU HAST DEIN WORT GEGEBEN“ [...]

*„DIE 10? ODER DER REST? WENN DIE 10 NOCH NICHT DA SIND DANN FRAG MAL NACH BEIDIR. HAB SIE JA VOR 6-7 TAGEN GESENDET. PACKETNR. KANN ICH DIR IN 2 STUNDEN GEBEN.“*¹⁴⁵⁰

Am 26.08.1998 eine SMS mit dem Inhalt:

„WAS IST DENN NUN MIT DEN ONKELZ?“ [...]

*„WAS IST NUN MIT DEN ONKELZ?“*¹⁴⁵¹

¹⁴⁴⁸ B 41 (Überm. 05.01.2017)_ 5_ZF 2_TLKA Bd. 18, S. 200.

¹⁴⁴⁹ B 41 (Überm. 05.01.2017)_ 5_ZF 2_TLKA Bd. 18, S. 82.

¹⁴⁵⁰ B 41 (Überm. 05.01.2017)_ 5_ZF 2_TLKA Bd. 18, S. 130.

¹⁴⁵¹ B 41 (Überm. 05.01.2017)_ 5_ZF 2_TLKA Bd. 18, S. 140.

Auch in weiteren Telekommunikationsüberwachungsmaßnahmen aus dem rechtsextremen Milieu um Szczepanski, die dem Untersuchungsausschuss bekannt wurden, wird der Begriff „Bums“ nicht wieder verwendet. Als Codewörter für Waffen, soweit aus den dem Untersuchungsausschuss vorliegenden Unterlagen über G-10-Maßnahmen ersichtlich, fallen die Begriffe „Angeln“ und „Spielzeug“. So schreibt die Abteilung V an das Bundesamt für Verfassungsschutz am 28.06.2000 über Erkenntnisse aus einer G-10-Maßnahme betreffend Ralf L. und Menzel:

„In ihren Gesprächen benutzen die Betroffenen für Waffen die Synonyme „Angel“, „Angelzeug“ oder „Angelei“¹⁴⁵².

Der Zeuge Heiner Wegesin sagte vor dem Untersuchungsausschuss:

„Angeln steht für Schusswaffen, das ist richtig. Das ist einer der gebräuchlichen Aliud-Begriffe gewesen.“¹⁴⁵³

Der Zeuge Milbradt verneinte die Frage, ob ihm der Begriff „Bums“ als Codewort für Waffen bekannt sei. Er sagte aus:

„Wie gesagt, diese Interpretation dieser SMS [als Waffen] ist freihändig, sie kann sich nicht auf weitere Informationen stützen. Aber es ist mir und anderen kompetenten Fachleuten keine Möglichkeit eingefallen, wie man denn sonst plausibel ‚Bums‘ erklären könnte, zumal ja eben diese SMS sich, wie gesagt, kombinieren lässt mit den Angaben Szczepanskis, dass Jan Werner eben sich nach Waffen umtue.“¹⁴⁵⁴

Der Zeuge KHK K.W. (BKA), erklärte zur Bezeichnung: „Bums“:

„Jetzt habe ich den Edeka-Raub schon genannt. Den muss man nämlich kennen, um einen weiteren Sachverhalt einordnen zu können. Da geht es - ich mutmaße mal, dass da auch im Kern Ihre Frage drauf abzielt - um Erkenntnisse, die aus den Altakten in Thüringen, aus den Fahndungsunterlagen der Thüringer stammen. Und zwar wurde da eine Telefonüberwachung geschaltet bei Jan Botho Werner, und aus den Protokollen, die davon noch vorhanden waren, geht hervor, dass am 25.08.98 um 19.21 Uhr vom Anschluss des Werner auf den Telefonanschluss von Carsten Szczepanski die Nachricht gesendet wurde: ‚Hallo, was ist mit den Bums‘. Da haben jetzt viele, auch öffentlich, schon eine ganz klare Denkvorentscheidung getroffen und gesagt: Ganz klar, ‚Bums‘, das ist eine Waffe. - Da müssen wir - und sind wir auch etwas offener drangegangen. Die Frage, ob eine Waffe gemeint sein muss, würde ich verneinen, ob sie gemeint sein kann, klar bejahen. Das kann aber auch, gerade weil der Werner und auch der Szczepanski mit Musik-CDs gehandelt haben, im

¹⁴⁵² B 65_MAT_A_BB-14b_Band_I, S. 49.

¹⁴⁵³ Protokoll der 26. öffentlichen Sitzung vom 04.05.2018, S. 93

¹⁴⁵⁴ Protokoll der 22. öffentlichen Sitzung vom 22.03.2018, S. 87

Bereich Musik - Geräuschkulisse, Lautsprecher, CDs, wie auch immer - zu tun haben. Es könnte auch ein nicht ganz unüblicher Begriff für „das Zeug“ - was ist mit - - Dann wäre es ‚dem Bums‘, ‚den Bums‘. Wäre aber auch denkbar; ist nicht ganz unüblich. Und ob die sprachlichen Fertigkeiten von allen oder möglicherweise auch Vertipper nicht mit einberechnet werden müssen - - Ganz klar, um es kurz zu sagen, ist der Fall so nicht. Und wir haben auch keine korrespondierenden weiteren Nachrichten auf der TKÜ feststellen können, die jetzt eine ganz klare Richtung, wie das einzuschätzen ist, vorgegeben hätten.

Letztlich war aber auch für uns klar - deswegen haben wir auch in die Richtung weiterermittelt -: Es kann sich sehr wohl um eine Schusswaffe oder aber auch um Sprengstoff handeln. Verstärkend für diese These kommt dann hinzu, dass Erkenntnisse des Landesamts für Verfassungsschutz in Brandenburg vorlagen aus dem Jahr 98. Das waren Erkenntnisse vom 09.09.98 und vom 29.09.98, aus denen hervorgeht, dass - ich versuche, das mal sinngemäß, aber mit wesentlichen Begriffen wiederzugeben - die drei untergetauchten Skinheads versuchen würden, sich über den Herrn Werner Waffen zu beschaffen, um einen weiteren Überfall zu begehen, bevor sie dann nach Südafrika flüchten wollten. Das ist aufgrund des zeitlichen Kontexts natürlich ein guter, verstärkender Hinweis darauf, dass wir es möglicherweise bei dieser SMS tatsächlich mit einer Anfrage nach einer Waffe zu tun haben. Gleichwohl ist es immer noch nicht klar.“¹⁴⁵⁵

Weiter führte der Zeuge KHK K.W. (BKA) aus:

„Und es ist letztlich aber auch so, dass die Aussichten, das zweifelsfrei zu klären und auszuermitteln, dadurch erheblich erschwert sind, dass wir davon ausgehen - und jetzt komme ich wieder zum Edeka zurück -, dass die Waffe beschafft werden sollte für den ersten Überfall, der unmittelbar nach diesen Meldungen war, nämlich diesen Überfall auf den Edeka-Markt, und dass einfach dieses ‚ein weiterer Überfall‘ eine inhaltliche Unschärfe ist. Da haben wir aber keine Waffe, wie ich Ihnen gerade schon berichtet habe, und dann beißt sich die Katze in den Schwanz: ohne Waffe keine Herkunftsermittlungen, keine konkreten Vorhalte, kein Beleg, wer diese Waffe je gehabt hat. Da wird es einfach schwierig.“¹⁴⁵⁶

Der Zeuge Henning P. (Henning K.) erklärte dem Untersuchungsausschuss, befragt zum Auftrag des Jan Werner Waffen für das spätere NSU-Trio zu besorgen, wie es Szczepanski dem brandenburgischen Verfassungsschutz berichtete:

„Zu dem Zeitpunkt hatte Herr Werner gute Kontakte auch ins osteuropäische Ausland, nach Polen. Ich glaube, da ist es einfacher, von da her was zu besorgen als von woanders her.“¹⁴⁵⁷

¹⁴⁵⁵ Protokoll der 38. öffentlichen Sitzung vom 18.12.2018, S. 75f.

¹⁴⁵⁶ Protokoll der 38. öffentlichen Sitzung vom 18.12.2018, S. 77.

¹⁴⁵⁷ Protokoll der 26. öffentlichen Sitzung vom 04.05.2018, S. 146.

3.8.5. Erkenntnisse über und Maßnahmen gegen das mutmaßliche Unterstützerumfeld in Chemnitz ¹⁴⁵⁸

3.8.5.1. Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden zu dem Trio aus dem Jahr 1998

Im Regierungsbericht heißt es zu Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden zu dem Trio aus dem Jahr 1998:

„Spätestens seit dem Frühjahr 1998 gab es ernstzunehmende Hinweise, dass die drei Gesuchten sich in Sachsen aufhalten könnten. Dabei wurde auch sehr bald deutlich, welcher Personenkreis als Unterstützer in Frage kam. Gegen Personen dieses vermutlichen Unterstützerkreises gab es ab Mai 1998 zahlreiche Maßnahmen der Verfassungsschutzbehörden Thüringens und Sachsens sowie der Thüringer Polizei. Unterstützend war zeitweilig auch das Bundesamt für Verfassungsschutz eingebunden. Diese Maßnahmen standen einerseits in direktem Bezug zur Fahndung nach dem Trio, andererseits konnten im Rahmen anderer Maßnahmen (z. B. im Zusammenhang mit der Verbreitung rechtsextremistischer Tonträger) Erkenntnisse gewonnen werden.“¹⁴⁵⁹

3.8.5.1.1. Telefonüberwachung und Quellenerkenntnisse

Hinweise auf Chemnitz

Laut dem Abschlussbericht des Sächsischen Landtages gab es bereits Ende Februar 1998 eine Anfrage der zu diesem Zeitpunkt mit der Fahndung beauftragten Zielfahndung des LKA Thüringen zum Trio bei der Polizeidirektion-Chemnitz.¹⁴⁶⁰ Der Zielfahnder übergab ein Fahndungsblatt und erkundigte sich nach einer „Partywohnung“ in Chemnitz.¹⁴⁶¹

Die Überwachung des Festnetzanschlusses eines Szenemitglieds aus Jena ergab einen weiteren Hinweis auf Chemnitz als Aufenthaltsort der Untergetauchten. Vermutlich ging es bei den Anrufen um Unterstützungsleistungen für das Trio. Am 17.03.1998 erfolgte ein solcher Anruf aus einer Telefonzelle in Chemnitz. Eine Nachricht wurde nicht hinterlassen. Am 16.04.1998 wurde aus einer Telefonzelle in Chemnitz eine Bitte an einen Ralf (vermutlich Wohlleben) übermittelt, „mit Geld, Klamotten und einem Videorekorder“ am Sonntag, um 14.00 Uhr, an einem bestimmten

¹⁴⁵⁸ Wegen weiterer Einzelheiten wird auf den Regierungsbericht, S. 163 – 169 verwiesen.

¹⁴⁵⁹ Regierungsbericht MIK, S. 170. Wegen weiterer Einzelheiten wird zu diesem Abschnitt auf den Regierungsbericht verwiesen.

¹⁴⁶⁰ vgl. Abschlussbericht Sächsischer Landtag, Drucksache 5/14688, S. 60.

¹⁴⁶¹ Abweichender Bericht UA 5/3 des Sächsischen Landtages, S. 283.

Ort zu sein. Am 20.04.1998 wurde erneut ein Anruf aus einer Chemnitzer Telefonzelle registriert, mit der Bitte an Ralf, am Mittwoch, um 18.00 Uhr, den Treffpunkt aufzusuchen. Der letzte Anruf aus dieser TKÜ erfolgte am 22.04.1998 aus einer Chemnitzer Telefonzelle, wiederum ohne eine Nachricht zu hinterlassen. Ein entsprechender Aktenvermerk liegt beim Thüringer LKA mit Datum vom 23.07.1998 vor.¹⁴⁶²

TKÜ gegen Werner und Starke

Am 03.08.1998 ordnete die Staatsanwaltschaft Gera im Rahmen ihrer Eilzuständigkeit bei Gefahr im Verzug eine Auskunft zum Fernmeldeverkehr im Zeitraum vom 01.08. bis 03.08.1998 am Festnetzanschluss der Mutter des Jan Werner an. Die Gründe für diese Maßnahme sind unbekannt. Es bestand aber ein Zusammenhang zu nachfolgend aufgeführter Telefonüberwachung der Anschlüsse von Jan Werner und Thomas Starke ab dem 04.08.1998.

Auf Anregung des Zielfahndungskommandos des Thüringer LKAs vom 03.08.1998 beantragte die Staatsanwaltschaft Gera beim Amtsgericht Jena ein TKÜ des Festnetzanschlusses von Jan Werner (Anschlussinhaberin war seine Mutter) sowie der Mobiltelefone von Thomas Starke und Hendrik L. Zur Begründung führte sie aus:

„Nach Auswertung der geführten Gespräche zum Telefonanschluss des Jürgen H., Jürgen, wurde festgestellt, dass durch eine unbekannte männliche Person aus einer Telefonzelle in Chemnitz insgesamt fünf Mal legendierte Nachrichten übermittelt wurden. Durch Ermittlungen konnten jetzt drei Personen der rechten Szene in Chemnitz ermittelt werden, welche mit hoher Wahrscheinlichkeit Wissen über den momentanen Aufenthalt der Gesuchten haben könnten.“¹⁴⁶³

Die Staatsanwaltschaft Gera führte aus, dass nach bisherigen Ermittlungen zu vermuten sei, die Personen Jan Werner, Thomas Starke und Hendrik L. würden

„[...] legendiert Kontakt zu den gesuchten Beschuldigten bzw. deren Hintermännern aufnehmen, um deren weitere Flucht zu organisieren bzw. deren weiteres Verstecken abzusichern.“¹⁴⁶⁴

¹⁴⁶² vgl. Abweichender Bericht UA 5/3 des Sächsischen Landtages, S. 33-34 und Deutscher Bundestag, Drucksache 17/14600, S. 382.

¹⁴⁶³ Abweichender Bericht UA 5/3 des Sächsischen Landtages, S. 35 f.

¹⁴⁶⁴ vgl. Abweichender Bericht UA 5/3 des Sächsischen Landtages, S. 6.

In den am 04.08.1998 ergangenen stattgebenden Beschlüssen des Amtsgerichts Jena wurde angegeben, die Beschuldigten Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe würden sich nach Südafrika absetzen wollen. Die Flucht nach Südafrika ist weder auf dem Anregungsvermerk der Zielfahndung noch in dem Antrag der Staatsanwaltschaft erwähnt.¹⁴⁶⁵

Die TKÜ-Maßnahmen gegen Werner, Starke und Hendrik L. waren auf einen Monat befristet. Die TKÜ-Maßnahme gegen den Festnetzanschluss der Mutter Werners wurde am 11.08.1998 zugunsten eines erneuten Beschlusses, der sich nun direkt gegen den Mobilfunkanschluss Werners richtete, eingestellt. Sein Telefon wurde bis zum 24.09.1998 abgehört.¹⁴⁶⁶

TKÜ gegen Antje und Michael P.

Zwischen dem 08.10.1998 und dem 07.11.1998 erfolgte eine TKÜ des Festnetzanschlusses von Michael P. Vom 15.10. bis 15.11.1998 wurde zudem ein auf ihn eingetragener Mobilfunkanschluss überwacht. In einem Vermerk vom 07.10.1998 zur Beantragung der Maßnahme des LKA Thüringen heißt es u. a.:

„In Auswertung der bereits angeordneten Überwachung der einzelnen Anschlüsse und umfangreicher Ermittlungen wurde festgestellt, dass in der rechten Chemnitzer Szene (BLOOD AND HONOUR) über die gesuchten Personen gesprochen wurde.

Weiterhin wurde dienstlich bekannt, dass die nachfolgend aufgeführte Person Kontakt zu o. g. Personen unterhält. Hierbei handelt es sich um P. Antje.“

Ein weiterer Vermerk des LKA Thüringen vom 14.10.1998 enthält ähnliche Hinweise bezüglich Michael P.¹⁴⁶⁷

3.8.5.1.2. Observationen

Der Abweichende Bericht UA 5/3 des Sächsischen Landtages führt folgende Observationsmaßnahmen aus dem Jahr 1998 auf:¹⁴⁶⁸

¹⁴⁶⁵ vgl. Deutscher Bundestag, Drucksache 17/14600, Seite 342.

¹⁴⁶⁶ vgl. Abweichender Bericht UA 5/3 des Sächsischen Landtages, S. 37-39 und Deutscher Bundestag, Drucksache 17/14600, S. 341-342.

¹⁴⁶⁷ vgl. Deutscher Bundestag, Drucksache 17/14600, Seite 343.

¹⁴⁶⁸ vgl. Abweichender Bericht UA 5/3 des Sächsischen Landtages, S. 52 ff und Übersicht S. 277 ff.

23.04. bis 24.04.1998: Observation von Jan Werner, Michael und Antje P. durch das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen

26.07.1998: Das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen beobachtet im Zusammenhang mit einem Treffen der Sektion-Sachsen von „Blood & Honour“ ein Objekt.

11.09. bis 12.09.1998: Das Thüringische Landesamt für Verfassungsschutz observiert mit Unterstützung des Landesamts für Verfassungsschutz Sachsen Jan Werner und Antje P. sowie offenbar auch Thomas Starke in der Absicht, Kontaktpersonen aus dem Bereich Thüringen festzustellen.

17.09. bis 22.09.1998: Das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen observiert die Zielpersonen Jan Werner und Antje P.

25.09. bis 28.09.1998: Das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen observiert mit Unterstützung des Bundesamts für Verfassungsschutz Jan Werner und Antje P. im Zusammenhang mit einem geplanten Konzertbesuch in der Schweiz.

15.10. bis 16.10.1998: Observation von Jan Werner durch das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen

3.8.5.2. Maßnahmen in den Folgejahren

Zwischen dem Jahr 1999 und September 2003 (am 15.09.2003 wurde das Verfahren wegen des Verdachts der Vorbereitung eines Explosions- und Sprengstoffverbrechts gegen Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe und weitere Personen wegen Verjährung eingestellt) gab es nach dem abweichenden Bericht UA 5/3 des Sächsischen Landtags im Umfeld der sächsischen „Blood & Honour“-Szene eine Vielzahl weiterer Maßnahmen, von denen auch der Personenkreis betroffen war, über den Szczepanski im Zusammenhang mit dem Trio berichtete.

Es erfolgten:

- 2 Ermittlungsverfahren,
- 11 G 10-Maßnahmen oder TKÜ,

- 14 Observationen, insbesondere aus dem Jahr 1999:

15.-21.03.1999: Observation der Wohnobjekte Starkes und Werner durch das Landesamt für Verfassungsschutz Thüringen unterstützt durch das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen

18.-19.03.1999: Observation von Jan Werner und Antje P. durch das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen zur Unterstützung des Landesamts für Verfassungsschutz Thüringen

19./20.11.1999: Observation von Jan Werner durch das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen in einem anderen Sachzusammenhang

- 1 Hausdurchsuchung,

- 6 Quellenhinweise mit thematisch eindeutigem Bezug,

- 4 Befragungen von Szenemitgliedern (darunter auch Thomas Starke),

- 1 Öffentlichkeitsfahndung,

- 9 weitere Maßnahmen.¹⁴⁶⁹

Die Maßnahmen erfolgten teils eigenständig durch die Polizei und die Verfassungsschutzbehörden der Länder Sachsen, Thüringen und Berlin, teils in Kooperation.

Ermittlungen gegen Mitglieder des „Thüringer Heimatschutzes“ führten ebenso wenig zu entscheidenden Erkenntnissen. Der mutmaßliche Helfer des Trios, Holger G., wurde bereits 1999 auf Bitte des Landesamts für Verfassungsschutz Thüringen vom Landesamt für Verfassungsschutz Niedersachsen observiert.¹⁴⁷⁰

¹⁴⁶⁹ Abweichender Bericht UA 5/3 des Sächsischen Landtages, Übersicht, S. 277 ff, Übersicht hier teils aus Regierungsbericht MIK, S. 168, übernommen.

¹⁴⁷⁰ Regierungsbericht MIK, S. 168.

4. Der Stadler-Komplex

Der Frage nach Kontakten zwischen dem NSU-Trio und Stadler sind die NSU-Untersuchungsausschüsse im Deutschen Bundestag, in Nordrhein-Westfalen sowie in Hessen umfänglich nachgegangen. Toni Stadler lebte nach seiner Enttarnung als V-Mann des brandenburgischen Verfassungsschutzes im Jahr 2002 u.a. in Dortmund in der Nähe des Kiosks, in dem Me. Ku. am 04.04.2006 vom NSU ermordet wurde. Die V-Person „Heidi“ der Polizei Dortmund meldete sich am 20.11.2011 beim Polizeipräsidium Dortmund und gab an, Stadler und Mundlos am 01.04.2006 vom Hauptbahnhof Dortmund zu Stadlers Wohnung gefahren zu haben. Stadler habe ihm dabei eine Waffe gezeigt.¹⁴⁷¹ Außerdem soll das Mobiltelefon der Halbschwester Stadlers am 06.04.2006 in der Funkzelle in Kassel, am Tag des NSU-Mords an H. Y. in Kassel, registriert worden sein.¹⁴⁷² Die Feststellungen zu Stadler durch die NSU-Untersuchungsausschüsse im Deutschen Bundestag, in Nordrhein-Westfalen und in Hessen wurden durch den brandenburgischen Untersuchungsausschuss beigezogen.

4.1. Anwerbung

Toni Stadler wurde 1974 in Guben geboren. Erstmals trat er am 06.09.1995 wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz polizeilich in Erscheinung.¹⁴⁷³ Am 11.07.1997 wurde er vom Amtsgericht Tiergarten wegen der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (die Tat wurde am 01.03.1997 begangen) zu einer Geldstrafe von 30 Tagessätzen verurteilt.¹⁴⁷⁴ Ebenfalls im Jahre 1997 wurde gegen Stadler ein Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung (§ 130 StGB) geführt. Der Ausgang des Verfahrens ist unbekannt.¹⁴⁷⁵ Das Amtsgericht Cottbus verurteilte Stadler am 08.12.1998 wegen Trunkenheit im Verkehr (Datum der Tat: 09.09.1997) zu einer Geldstrafe von 40 Tagessätzen.¹⁴⁷⁶

Nach Aktenlage ist Toni Stadler dem brandenburgischen Verfassungsschutz zumindest seit dem Jahr 1999 bekannt. Berichte des ehemaligen V-Manns „Piatto“ über Stadlers rechtsextreme Aktivitäten, wie etwa über dessen Rolle in der NPD, fanden

¹⁴⁷¹ Schlussbericht Landtag Nordrhein-Westfalen, Drucksache 16/14400, S. 492-499.

¹⁴⁷² NSU-UA NRW, 32. Sitzung, 07.04.2016, Protokoll S. 50f.

¹⁴⁷³ B 5, Vorinhaltsverzeichnis digital, S. 36. Näheres ist dazu nicht bekannt.

¹⁴⁷⁴ B 5, Vorinhaltsverzeichnis digital, S. 51.

¹⁴⁷⁵ B 5, Vorinhaltsverzeichnis digital, S. 11.

¹⁴⁷⁶ B 5, Vorinhaltsverzeichnis digital, S. 51 f.

Eingang in Deckblattmeldungen. In einem Vermerk des brandenburgischen Verfassungsschutzes vom 20.12.1999 wurden die Quellenerkenntnisse vom Wochenende zusammengetragen. Dieser Vermerk belegt, dass Stadler exklusiven Zugang zur Band „Landser“ (vgl. hierzu auch Kapitel 4.3.) hatte:

„Nach Meldung von [...] hatte der VS Kenntnis von einer Veranstaltung in Spremberg. [...]. Hier konnte gegen 23.00 Uhr beobachtet werden, dass sich mindestens 20 Personen auf einem alten NVA-Gelände in Spremberg getroffen hatten. [...] Nach Angaben des Informanten soll Toni STADLER mittlerweile von einem Konzert der Gruppe ‚Landser‘ gesprochen haben. Dies sei vor geladenen Gästen (in kleinem Kreis) gegeben worden.“¹⁴⁷⁷

Bis zur Enttarnung „Piattos“ als V-Mann des brandenburgischen Verfassungsschutzes berichtete dieser ab Anfang 2000 vermehrt über Stadlers Szeneaktivitäten. Der Sachverständige Rolfdieter Bohm schrieb hierzu:

„Nach Auswertung der Aktenlage ergibt sich, dass für den VS-Bbg im Grundsatz eine günstige Lage insoweit bestand, als zumindest für eine gewisse Zeit eine parallele Quelle vorlag, die im Regelfall die Berichterstattung von STADLER bestätigte. Im Nachhinein, insbesondere aus den Erkenntnissen des späteren Strafverfahrens ergibt sich aber, dass STADLER offensichtlich weit stärker in die Produktion und den Vertrieb der LANDSER-CD (und andere vergleichbarer Tonträger) involviert war, als er gegenüber dem VS-Bbg berichtete. Insbesondere die enge Zusammenarbeit mit Jan WERNER machte er gegenüber dem VS-Bbg nicht in der tatsächlichen Intensität bekannt. Aufschlussreich ist aber der Kontakt mit dem Quellen STRONTIUM und PRIMUS des BfV, wobei zumindest STRONTIUM ebenfalls zu erheblichen Strafen im Zusammenhang mit seiner Beteiligung an der LANDSER-CD verurteilt wurde.

Als neue Erkenntnis ist festzuhalten, dass STADLER wohl zweimal bei Urlaubsaufenthalten im europäischen Ausland auf einen bekannten Rechtsextremisten traf, der lange Zeit in Süddeutschland an einem mehrfachen Tatort der Ceska-Mordserie ansässig war und der ebenfalls in der bekannten MUNDLOS-Garagenliste verzeichnet ist.“¹⁴⁷⁸

In einem Vermerk¹⁴⁷⁹ des Referats Beschaffung vom 14.02.2000 ist die Erstansprache Toni Stadlers („BARTE“) am 11.02.2000 dokumentiert:

¹⁴⁷⁷ B 4_2016-12-01 B4- VS NfD_Ordner IIIb_1999-DBM-Teil 3-Sep-Dez, S. 217.

¹⁴⁷⁸ B 4 - Bericht Bohm_161205_Schlussbericht_V1, S. 13.

¹⁴⁷⁹ B4_Herabstufungen\004-S-530003-0000-0119-2018 NfD_1. Teillieferung Matrix Liste 8 vom 07_08_2018_Z83_B04_2000_tv-Barte_Band II-81-263-nfd, S. 5-9.

„Nachdem die ZP [Zielperson] dort ihre Einkäufe erledigt hatte, wurde sie beim Wiedereinsteigen in ihr Fahrzeug von V/4.xx und V/4.xx [Mitarbeiter des Referats Beschaffung] angesprochen.

Die ZP war überrascht und zeigte sich, nachdem die Fallführer sich als Angehörige der Verfassungsschutzbehörde des Landes Brandenburg ausgewiesen hatten, sehr nervös und aufgeregt. [...]

ZP teilte mit, daß sie durchaus eine nationalistische Gesinnung vertritt. Sie nimmt lediglich an Kameradschaftsabenden in Cottbus teil, politische Absichten verfolgt sie nicht.

Auf die Frage hin, warum sie dann Aufkleber für die NPD in Cottbus verteilte, zeigte sich ZP sehr überrascht, daß die Fallführer davon Kenntnis hatten, teilte dann jedoch mit, dies habe sie ‚nur aus Spaß‘ getan. [...]

ZP teilte weiterhin mit, daß sie aktives Mitglied der Reservistenkameradschaft Guben (RK) ist. Diese RK führt entsprechend ihrer Statuten verschiedene Aktionen durch. [...] Als Nächstes ist eine Schießübung der RK in Berlin-Tegel geplant. [...]

*Mit der ZP wurde ein Folgetreff für den 16.02.2000 verabredet.*¹⁴⁸⁰

Der Vermerk enthält die folgende „Anmerkung“:

„Im Verlaufe des Gespräches wurde der ZP mitgeteilt, dass die Fallführer Kenntnis davon haben, dass sie derzeit über keine gültige Fahrerlaubnis verfügt. Dies wurde kontrovers diskutiert. Die ZP teilte mit, daß sie vorhat, ihren Führerschein noch im Verlaufe der 7. KW bei der Führerscheinstelle abzuholen. Über das dazu notwendige psychologische Gutachten verfüge sie. Die ZP erklärte sich auf Nachfrage hin bereit, eine Kopie dieses psychologischen Gutachtens beim nächsten Treff mitzubringen.

*Desweiteren wurde die ZP durch die Fallführer dazu aufgefordert, einige Exemplare der CD'en die sie vertreibt zur Ansicht mitzubringen.*¹⁴⁸¹

Auf die Frage, welche Rolle Stadler damals in der rechtsextremen Szene gespielt habe, sagte sein V-Mann-Führer Dirk Bartok vor dem Untersuchungsausschuss:

*„Also, ich weiß nicht, wie seine Position in der Szene war.“*¹⁴⁸²

Auf die Nachfrage, aus welchen Gründen Stadler angeworben worden sei, sagte der Zeuge:

¹⁴⁸⁰ Ebenda, S. 5-7.

¹⁴⁸¹ Ebenda, S. 8.

¹⁴⁸² Protokoll der 36. öffentlichen Sitzung vom 23.11.2018, S. 14.

„Also, aus meiner Erinnerung war bekannt, dass Herr Stadler innerhalb der rechtsextremistischen Musikszene aktiv ist. Ob das jetzt einer der Gründe war, ihn seinerzeit für eine Zusammenarbeit - - kann ich Ihnen nicht sagen.“¹⁴⁸³

Der damalige Verfassungsschutzleiter Heiner Wegesin sagte vor dem Untersuchungsausschuss:

„Die Beschaffung hat Herrn Stadler angesprochen, hat ihn dann auch als V-Mann verpflichtet. Natürlich hat es die üblichen Beteiligungen und die mir zur Unterschrift und zur Genehmigung vorliegende Akte gegeben; das ist völlig klar. Aber meine Aufmerksamkeitsspanne hat sich da gar nicht so drauf erstreckt. Und da ich ein erhebliches Defizit meiner Behörde - und das schließt auch meine Person damals bei der Gewinnung dieses V-Manns überhaupt ein - auch im Lichte der nachträglichen Ereignisse gesehen habe, muss ich einfach sagen: Der wurde angeboten; es hieß, wir haben hier eine gute Möglichkeit, im Bereich der rechtsextremen Musikszene weiter in Vertriebs- und Hierarchiestrukturen hineinzukommen. Und dann habe ich das laufen lassen.“¹⁴⁸⁴

Zur Zielsetzung erklärte Wegesin:

„[...] sein Einsatzschwerpunkt, auch im Hinblick auf die gezielte Einstellung, sollte diese Musikszene sein.“¹⁴⁸⁵

Wegesin antwortete auf die Frage, welche Eigenschaften ein V-Mann - unabhängig von Fach- und Sachwissen in der Szene - haben müsse:

„Na ja, denken wir es mal vom Ende her: Ein Verfassungsschutz oder ein Nachrichtendienst trägt auch eine Gewährspflicht dafür, dass die Auswahl, was die Zuverlässigkeit, die Befolgung von Weisungen und die sonstigen Persönlichkeitsmerkmale eines V-Manns angeht - - dass die adäquat sind und dem voraussichtlichen Einsatzgebiet entsprechen.“

[...]

„Adäquat‘ heißt, dass er sich strikt an Weisungen hält, insbesondere, wenn er eingesetzt wird, in kriminelle Milieus einzudringen. Dann trägt ein Verfassungsschutz auch eine Ergebnisverantwortung jenseits aller strafrechtlichen oder sonstigen Fragen, wenn Sie wollen, eine politische oder eine Ergebnisverantwortung dafür, dass die Auswahl so erfolgt, dass so was möglichst nicht passiert. Und da sehe ich - da schließe ich auch meine Person ein - den nächsten - wenn Sie so wollen - Fehler, dass man - so wie Herr Stadler sich später dargestellt hat und wie sich die Straftaten manifestiert haben - nicht hinreichend sorgfältig gewesen ist. Es ist offenkundig jemand, der für das Einsatzgebiet, für den Aufgabenkreis, vielleicht aber auch generell als V-Mann nicht geeignet war. Vielleicht wäre er geeignet gewesen, dass man sagt: Na ja,

¹⁴⁸³ Protokoll der 36. öffentlichen Sitzung vom 23.11.2018, S. 15.

¹⁴⁸⁴ Protokoll der 36. öffentlichen Sitzung vom 23.11.2018, S. 97.

¹⁴⁸⁵ Protokoll der 36. öffentlichen Sitzung vom 23.11.2018, S. 115.

der kann für uns mal ein paar CDs ankaufen, und die nehmen wir dann gern entgegen, weil wir selber das nicht machen und er da was war. - Aber mindestens für weitergehende Aufgaben, wie man sie ihm hinterher halt zugewiesen und zugetraut hat, muss ich nachträglich sagen - und ich sage das als jemand mit insgesamt 23 Jahren Berufserfahrung im Bereich operativer nachrichtendienstlicher Tätigkeiten -: Das war wohl nicht so doll, was wir da an Auswahlorgfalt haben gelten lassen. - Das muss man auch heute, 15 Jahre danach, bei der Verantwortungszumessung mal sagen dürfen.“¹⁴⁸⁶

Über das Folgetreffen am 16.02.2000 fertigte das Referat Beschaffung zwei Vermerke. Im Vermerk vom 18.02.2000¹⁴⁸⁷ wird zunächst auf die persönliche Situation Stadlers eingegangen. Es wird erwähnt, dass Stadler als Tischler tätig sei, derzeit jedoch Schlechtwettergeld vom Arbeitsamt erhalte. Weiter heißt es:

„Sie, ZP, arbeite manchmal noch ein oder zwei Tage pro Woche ‚schwarz‘, allerdings nur, wenn die Bezahlung stimme.“

Anschließend wurde die ZP ausführlich zu Personen und Gruppierungen der rechten Szene in Guben und Cottbus befragt. Sie gab auf alle Fragen bereitwillig Auskunft.“¹⁴⁸⁸

Am Ende des Vermerks steht unter der Überschrift „weitere Vorgehensweise“:

„Es ist denkbar, über die ZP Informationen zur ‚Wanderjugend Gibor‘ zu erhalten. Desweiteren kann ZP mit Sicherheit wichtige Informationen aus dem Bereich des Musikvertriebs und –handels liefern. Nach eigenen Angaben kann die ZP, wegen ihrer ausgezeichneten Kontakte, sämtliche auf dem Markt befindlichen CD’en beschaffen. Da sie Kenntnisse über Herstellung und Vertrieb dieser indizierten Musik hat, wäre es auch denkbar über die ZP Informationen über Hintermänner aus der rechten Musikbranche zu erlangen. Darüber hinaus ist die ZP nach eigenem Bekunden in der Lage, von geplanten Musikveranstaltung aus dem rechten Bereich frühzeitig Kenntnis zu erlangen. [...]

In einem, am 17.02.2000 mit der ZP geführten, Telefonat wurde die ZP darauf hingewiesen, daß sie, aufgrund der eindeutigen Stellungnahme des DEKRA-Gutachters, ihre Fahrerlaubnis zum jetzigen Zeitpunkt vermutlich nicht zurückbekommen wird.

Aus diesem Grunde wurde der ZP durch die Fallführung nahegelegt, ihren Pkw derzeit. Bis zur endgültigen Klärung der Angelegenheit, nicht weiter zu benutzen. Andernfalls müsse sie, falls ihr unerlaubtes Fahren der Polizei

¹⁴⁸⁶ Protokoll der 36. öffentlichen Sitzung vom 23.11.2018, S. 98f.

¹⁴⁸⁷ B4_Herabstufungen\004-S-530003-0000-0119-2018 NfD_1. Teillieferung Matrix Liste 8 vom 07_08_2018_Z83_B04_2000_tv-Barte_Band II-81-263-nfd, S. 26-34.

¹⁴⁸⁸ Ebenda, S. 27.

*bekannt werden würde, mit nicht unerheblichen rechtlichen Konsequenzen rechnen.*¹⁴⁸⁹

Der Vermerk enthält die folgende handschriftliche Notiz des Abteilungsleiters Heiner Wegesin vom 22.02.2000:

*„Ich bitte, die weitere Fallführung im Detail mit mir abzusprechen, bitte R. erldgt.“*¹⁴⁹⁰

Der zweite Vermerk zu diesem Treff wurde am 23.02.2000 verfasst.¹⁴⁹¹ Hier heißt es:

„Nach eigenen Angaben habe sich ZP gegenüber dritten Personen bis jetzt nicht offenbart. [...] Auch sei sie, die ZP, nicht daran interessiert, daß andere bekannte Szeneangehörige von ihrer Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz Kenntnis bekämen, da sie ansonsten in der Szene geoutet werden würde. Dies würde zudem auch ihren finanziellen Spielraum stark einschränken, da sie sich durch den Verkauf von CD'en und T-Shirts innerhalb der rechten Szene ein beachtliches Zubrot verdient.

Anmerkung: [Text geschwärzt]

Zu ihrer persönlichen Situation teilte die ZP den Fallführern mit, daß sie am vergangenen Donnerstag (17.02.2000) bei der zuständigen Sachbearbeiterin der Führerscheinstelle in Cottbus ihr psychologisches Gutachten abgegeben hätte. Von Seiten der Führerscheinstelle wurden der ZP keinerlei Hoffnungen gemacht, daß sie ihre Fahrerlaubnis vorerst wiederbekommen würde. In einem weiteren Gespräch mit der zuständigen Sachbearbeiterin in den nächsten Tagen soll ZP die endgültige Entscheidung der Führerscheinstelle mitgeteilt werden.

*Der ZP wurde von Seiten der Fallführung signalisiert, daß die weitere Verfahrensweise in dieser Angelegenheit mit uns abgesprochen werden sollte. In [geschwärzt]**

Die ZP wurde durch die Fallführer nochmals eindringlich darauf hingewiesen, ihr Fahrzeug ~~möglichst~~¹⁴⁹² nicht selbst zu bewegen sowie ihren Alkoholkonsum stark einzuschränken. Nur unter diesen Voraussetzungen sei es, unter Umständen auch mit unserer Hilfe, möglich, den Führerschein schnellstmöglich zurückzuerlangen.

[...]

¹⁴⁸⁹ Ebenda, S. 33f.

¹⁴⁹⁰ Ebenda, S. 34.

¹⁴⁹¹ Ebenda, S. 35-38.

¹⁴⁹² Die Streichung wurde offenkundig nachträglich ins Typoskript eingefügt.

*Zudem erklärte sie sich bereit, weitere Musik CD'en für die Fallführer zu beschaffen. Eine entsprechende Liste, auch mit indizierter Musik, wurde der ZP vorgelegt.*¹⁴⁹³

* Handschriftliche Anmerkung: „* Dies gilt in Abhängigkeit zur Leistung der Quelle“

Dem Vermerk ist als Anlage die von Toni Stadler am 22.02.2000 unterschriebene Verpflichtungserklärung beigelegt.¹⁴⁹⁴

Bei den nachfolgenden Treffs wird erneut über die Führerscheinproblematik gesprochen. Über die Erkenntnisse zu Sachverhalten mit rechtsextremen Bezug wurden gesonderte Deckblattmeldungen verfasst. Diese umfassten vornehmlich NPD-Veranstaltungen sowie die Planung von Konzerten in der rechtsextremen Szene. Der Vermerk zu einem Treff am 09.03.2000, der vom Beschaffungsreferat am 10.03.2000 verfasst wurde, enthält die folgende „Anmerkung“:

„Der Informant hat in der Vergangenheit zuverlässig – überprüfbar über die rechte Musikszene, mit regionalem sowie überregionalem Bezug, berichtet. Er ist in der Lage, schnellstmöglich die verschiedensten, auch indizierten CD'en zu beschaffen. Darüberhinaus verfügt er über Insiderwissen über die gesamte unorganisierte rechte Szene im Bereich Cottbus – Guben – Jänschwalde.

Informant hat gegenüber den Fallführern erwähnt, daß er im Verlaufe der letzten Wochen eine Vertrauensbasis zu seinen Gesprächspartnern aufgebaut hat.

[geschwärzter Text] Informant hat sein Vertrauen auch nicht zuletzt dadurch gezeigt, daß er zu den Treffs zu Fuß erschien (ohne seinen Pkw zu benutzen) und vermutlich auch seinen Alkoholkonsum deutlich eingeschränkt hat.

*In der derzeitigen Vorbereitungsphase den Informanten zum V-Mann aufzubauen, wird ein Zuwendungsrahmen in Höhe von monatlich [...] zuzüglich Auslagenerstattung beantragt.*¹⁴⁹⁵

Bei einem Treff am 16.03.2000 reichte Stadler eine Quittung der Stadtverwaltung Cottbus in Höhe von 20 DM für die Beantragung eines polizeilichen Führungszeugnisses ein.¹⁴⁹⁶

¹⁴⁹³ B4_Herabstufungen\004-S-530003-0000-0119-2018 NfD_1. Teillieferung Matrix Liste 8 vom 07_08_2018_ Z83_B04_2000_tv-Barte_Band II-81-263-nfd, S. 36-38.

¹⁴⁹⁴ Ebenda, S. 39.

¹⁴⁹⁵ Ebenda, S. 44f.

¹⁴⁹⁶ Treffvermerk vom 17.03.2000 mit Anlage ebenda, S. 46-48.

Im Vermerk vom 24.03.2000 zu einem Treff am 23.03.2000 heißt es:

„Wie bereits bei den vorhergehenden Treffs zeigte sich die Quelle gesprächsbereit und berichtete über Erkenntnisse der rechten Szene unaufgefordert.

Ihr Einblick bzw. Kenntnisstand im Bereich der rechten Musikszene verbunden mit der Möglichkeit, auch indizierte CD'en zu besorgen, kann als sehr gut bezeichnet werden.

Ihre überregionalen Kontakte sind ausbaufähig und für hiesige Behörde von Bedeutung.

Absprachegemäß wird die Quelle erneut versuchen, ihren Führerschein wieder zu erlangen.

[geschwärzter Text]

Die Quelle wurde darauf hingewiesen, ihren Lebenswandel dementsprechend zu gestalten, dass das benötigte ärztliche Gutachten positiv ausfiele. Dies bedeutet im Klartext, über einen längeren Zeitraum abstinent (ohne Alkohol) zu leben. Außerdem wurde der Quelle untersagt, ihr Kfz in dieser führerscheinlosen Zeit zu bewegen. Die Quelle versprach alles dafür zu tun, diese Absprachen einzuhalten.“¹⁴⁹⁷

In einem Vermerk vom 29.03.2000 zu einem Treff am 28.03.2000 wird zunächst wiederum die Führerscheinproblematik angesprochen:

„Quelle teilte weiterhin noch mit, daß sie am 29.03.2000 einen Termin beim TÜV in Cottbus wahrnehmen werde, wo sie sich für eine weitere psychologische Begutachtung anmelden wolle. Quelle wurde in diesem Zusammenhang von den Fallführern wiederholt darauf hingewiesen, beim TÜV ein zuvorkommendes, unauffälliges Auftreten zu zeigen, da das Wiedererlangen der Fahrerlaubnis unbedingt im Vordergrund zu stehen habe.

Quelle wurde in diesem Zusammenhang nochmals angewiesen, ihren Pkw in keinem Falle zu benutzen sowie auf den Genuß alkoholischer Getränke zu verzichten. Quelle sagte zu, sich an diese Absprache zu halten und sich auch in der Vergangenheit an diese Vorgaben gehalten zu haben.“¹⁴⁹⁸

Im zweiten Teil des Vermerks geht es um die Beteiligung Stadlers an einem Ladengeschäft:

„Quelle hat gemeinsam mit dem hier bekannten M. B. in Guben einen etwa 30 m² großen Laden plus Lagerraum mit dem Namen ‚Top One‘ eröffnet. Dort werden Devotionalien aus dem ‚rechten Umfeld‘ verkauft. Insbesondere handelt

¹⁴⁹⁷ Ebenda, S. 50f.

¹⁴⁹⁸ Ebenda, S. 54.

es sich hier um Kleidung der Marken: ‚Walhalla‘, ‚Londsale‘, ‚Landser‘ sowie ‚Fred Perry‘ und ‚Dr. Martens‘. Weiterhin werden auch CD'en, allerdings nur solche die frei verkäuflich und ohne indizierten Inhalt sind, verkauft.

M. B. fungiert nach außen hin als alleiniger Eigentümer in dem Laden. Quelle hat allerdings den Mietvertrag für den Laden mit unterschrieben und zahlt den monatlichen Mietzins in Höhe von 500,- DM kalt. Quelle legt jedoch besonderen Wert darauf, nicht als Teilhaber an dem Laden bekannt zu werden, da sie befürchtet, ansonsten ihre finanzielle Unterstützung vom Arbeitsamt in Höhe von 1200,- DM zu verlieren.

Ermittlungen, um den vorgenannten Sachverhalt zu bestätigen, werden durch V/4 durchgeführt.

Anmerkung: Nach Aussage der Quelle kaufen in dem genannten Laden eine Vielzahl von Angehörigen der rechten Szene in Guben ein. So z.B. auch Beteiligte der Schändung der Gedenktafel für den im letzten Jahr in Guben zu Tode gekommenen Algeriers O. B. N.

Da Guben einer der Schwerpunkte rechtsextremistischer Aktivitäten in Brandenburg ist, böte sich über diese Anlaufstelle (Devotionalienhandel) eine hervorragende Gelegenheit, die rechte Klientel in Guben zuordnen und beurteilen zu können. Hieraus gewonnene Erkenntnisse könnten dann zielgerichtet operativ umgesetzt werden.¹⁴⁹⁹

In einem Vermerk vom 07.04.2000 zu einem Treff am 06.04.2000 steht:

„Weiterhin berichtete Quelle, daß ihr Partner in dem vorab genannten Laden ‚Top One‘ in Guben, M. B., derzeit aufgrund privater Verpflichtungen, nicht im Laden anwesend sein könne und deshalb sie, Quelle, den Laden führe. Dahingehend befragt teilte Quelle mit, daß M. B. beim zuständigen Gewerbeamt in Guben den Laden bereits angemeldet hätte.

Quelle wurde aufgetragen, dies zu überprüfen, damit nicht eventuelle Ansprüche von Seiten der Stadt Guben gegen Quelle und M. B. geltend gemacht werden können, falls der Laden nicht angemeldet worden ist.“¹⁵⁰⁰

In einer „Anmerkung“ heißt es, dass am 04.04.2000 beim Gewerbeamt noch keine Anmeldung für den Laden vorgelegen habe.

In einem Vermerk vom 25.04.2000¹⁵⁰¹ zu einem Treff vom 20.04.2000 findet sich die folgende „Anmerkung“:

¹⁴⁹⁹ Ebenda, S. 55.

¹⁵⁰⁰ Ebenda, S. 57f.

¹⁵⁰¹ Ebenda, S. 61-63.

„Seit die Quelle im Fall „BARTE“ von unserer Behörde geführt wird, war es ein Ziel unserer Behörde, sie aus ihrer Position des Vorsitzenden der Reservistenkameradschaft Guben herauszulösen. Während jeden Treffs wurde durch die Fallführer dahingehend auf die Quelle eingewirkt, bei einer anstehenden Gelegenheit ihr Amt in der RK Guben aufzugeben.

Bei der, am 14.04.2000 stattgefundenen Vorstandswahl der RK Guben ist die Quelle nunmehr von ihrem Amt zurückgetreten. Neuer Vorsitzender der RK Guben ist der hier bekannte A. F.

Die Entscheidung der Quelle, ihre Stellung in der RK Guben aufzugeben, ist ein deutlicher Beweis dafür, dass die Quelle Vertrauen zu den Fallführern gefasst hat, und zeigt zudem auch, dass die Quelle einer weiteren, noch eingehenderen Zusammenarbeit mit hiesiger Behörde offen gegenüber eingestellt ist.

Um die Entscheidung der Quelle zu honorieren, wird daher, zusätzlich zu dem bereits bestehenden Zuwendungsrahmen, eine Prämie in Höhe von [...] beantragt.“¹⁵⁰²

In den Treffvermerken aus dem Jahr 2000 spielten Maßnahmen zur Wiedererlangung der Fahrtüchtigkeit Stadlers eine große Rolle. Rechnungen für den TÜV sowie für ein Überweisungsformular für einen „Kurs zur Wiederherstellung der Kraftfahreignung“ wurden den jeweiligen Treffvermerken vom 13.07.2000¹⁵⁰³ und 12.10.2000¹⁵⁰⁴ als Anlage beigelegt.

Weiterhin ist einem Treffvermerk vom 23.06.2000¹⁵⁰⁵ eine Rechnung für die Reparatur von Stadlers Kfz beigelegt. In welcher Höhe und in welcher Form die finanziellen Beteiligungen des Verfassungsschutzes Brandenburg an den von Stadler überreichten Rechnungen ausfielen, ist den VS-NfD eingestuften Fassungen der Treffvermerke nicht zu entnehmen. Dass finanzielle Zuwendungen an Stadler genehmigt wurden, belegen die von Abteilungsleiter Wegesin abgezeichneten Anweisungen auf den jeweiligen Treffvermerken.

Zu den weiteren Zuwendungen des brandenburgischen Verfassungsschutzes an Stadler zählten die finanziellen Zuschüsse für den Erwerb eines PCs (Treffvermerke

¹⁵⁰² Ebenda, S. 62.

¹⁵⁰³ Ebenda, S. 97-101.

¹⁵⁰⁴ Ebenda, S. 136-139.

¹⁵⁰⁵ Ebenda, S. 87-92.

vom 05.09.2000¹⁵⁰⁶ und 21.09.2000¹⁵⁰⁷) sowie für einen Mallorca-Aufenthalt vom 17.08. bis zum 24.08.2000 (vgl. hierzu Kapitel 4.2.).

In einem Treffvermerk vom 28.07.2000 steht:

„Da die Quelle bislang nicht über die notwendige Hardware verfügt, wird aus den o. g. Gründen weiterhin beantragt, einen voll funktionsfähigen PC für die Quelle zu beschaffen.

Um Zustimmung wird gebeten.“¹⁵⁰⁸

In einem Treffvermerk vom 21.09.2000 ist dann festgehalten:

„Im Laufe des Treffs händigte die Quelle die Rechnung in Höhe von 2566,60 DM über die Anschaffung eines PC vom 19.09.2000 aus.

Die Anschaffung des PC wurde bereits am 05.09.2000 beantragt und genehmigt. Allerdings wurde in dieser Genehmigung auf Grund eines Kostenvoranschlags von einem Betrag in Höhe von 2246,00 DM ausgegangen.

[geschwärzt]

Ich bitte um die Genehmigung der Quelle im Rahmen des nächsten Treffs ein Betrag in Höhe von 1966,60 DM (Anschaffungspreis 2566,60 DM abzüglich 600,00 DM Vorschuss) auszahlen zu dürfen.“¹⁵⁰⁹

Zum Vorschlag des V-Mann-Führers und des Referatsleiters Beschaffung, sich an den voraussichtlichen Kosten für die Mallorca-Reise von 750 DM zu beteiligen, vermerkte der stellvertretende Abteilungsleiter Milbradt auf einem Treffvermerk vom 09.08.2000 handschriftlich: *„Flugreise nach Mallorca wäre unverhältnismäßig; insoweit keine Zustimmung; ansonsten o.k.; i.V.; Mi 10.08“*¹⁵¹⁰

Die Entscheidung über die Beteiligung an den Reisekosten sollte im brandenburgischen Verfassungsschutz nach der Rückkehr Stadlers von der Reise erneut erörtert werden. Hierzu notierte Referatsleiter Giebler auf dem Treffvermerk vom 09.08.2000: *„[...] Die Einschätzung von AL i.V. [Milbradt] teile ich nicht. Da Quelle reist, kann aber im Nachhinein nach Vorliegen der Informationen über eine finanzielle*

¹⁵⁰⁶ Ebenda, S. 120-122.

¹⁵⁰⁷ Ebenda, S. 129-131.

¹⁵⁰⁸ Ebenda, S. 106.

¹⁵⁰⁹ Ebenda S. 129.

¹⁵¹⁰ Ebenda, S. 113.

Beteiligung entschieden werden.; AL V z.K. u. Entscheidung; Giebler 16/8.00“
Daneben steht: „*Einverstanden 16./8.*“ und das Namenskürzel von Abteilungsleiter Wegesin.¹⁵¹¹

Die Mallorca-Reise nutzte Stadler unter anderem, um sich mit Mirko Hesse und dessen Geschäftskontakten zu treffen. Zu Hesses Geschäftspartnern zählten S. W., der das „Hatecrime“-Label „*erfunden*“ haben soll sowie „*früher*“ einen Szeneladen in Bautzen geführt hatte, und eine männliche Person aus Nürnberg, die das „*Skin-Magazin mit dem Titel ‚Landser – Magazin‘*“ herstellte.¹⁵¹² Dem Treffvermerk vom 22.11.2000 ist ein Kontoauszug Stadlers beigelegt, der die Kosten für die Mallorca-Reise belegt.¹⁵¹³

4.2. Führung und Informationsaufkommen der Quelle „Barte“

Der Fokus des Brandenburger Verfassungsschutzes bei der V-Mann-Führung Stadlers lag auf der Aufklärung von rechtsextremer Musik-Produktion sowie von NPD-Aktivitäten. Ein Führungsmittel im Fall „Barte“ (Stadler) waren Geldzuwendungen. Stadler sagte in seinen Beschuldigten- und Zeugenvernehmungen, dass er unter Druck gesetzt worden sei, weil er beispielsweise beim „Fahren ohne Führerschein“ erwischt worden sei. In den Akten zeigte sich, dass Stadler durch die auch beratende Hilfestellung seiner V-Mann-Führer in der Lage war, seine Geschäftsfelder auszubauen.

Auf die Frage, ob der Verfassungsschutz ihm dabei geholfen habe, seinen „*Führerschein wiederzubekommen*“, antwortete Stadler: „*Wurde mir so gesagt.*“¹⁵¹⁴
Auf Nachfrage erläuterte Stadler:

*„Mir wurde gesagt, dass man wohl bei der Führerscheinstelle in Cottbus war und sich dort mal kündigt gemacht hat: Der Stadler kommt ja nächste Woche seinen Führerschein abholen; kriegt er den denn wieder, oder kriegt er den nicht wieder? Gibt es da Probleme? - Und dann hat die Frau da ein bisschen Angst gekriegt, und dann hat sie mir den Führerschein wiedergegeben.“*¹⁵¹⁵

¹⁵¹¹ Ebenda, S. 113.

¹⁵¹² Ebenda S. 151 sowie Deckblattmeldungen: B 4\2016-12-06 B4- VS NfD_ 2000_dbm-Barte_Band IIIa_VSnfd-bws, S. 189f.

¹⁵¹³ B4_Herabstufungen\004-S-530003-0000-0119-2018 NfD_1. Teillieferung Matrix Liste 8 vom 07_08_2018_Z83_B04_2000_tv-Barte_Band II-81-263-nfd, S.151f.

¹⁵¹⁴ Protokoll der 34. öffentlichen Sitzung vom 04.10.2018, S. 99.

¹⁵¹⁵ Ebenda, S. 99.

Auf weitere Nachfragen äußerte Toni Stadler:

„Habe ich alleine bezahlt, weil das - - Das ging ja - - Du musst dort eine MPU machen, und wenn Zeit verstrichen ist, dann muss man auch den kompletten Führerschein noch mal neu machen, nach zwei Jahren oder so. - Natürlich habe ich das alleine bezahlt. Mir ging's doch gut. Ich habe einen spektakulären Laden gehabt.“¹⁵¹⁶

Auf den Vorhalt:

„Aus unseren Unterlagen geht hervor, dass Sie neben den monatlichen Zuwendungen vom Verfassungsschutz auch die Reparaturkosten nachher von Ihrem Auto bezahlen konnten und einen neuen PC, und eigentlich auch, dass die Führerscheinprüfung aus diesen Geldern finanziert worden ist.“

antwortete Stadler:

„Das weiß ich nicht mehr. Na ja, das müssen Sie sich so vorstellen: Das ist doch alles temporär. Da wird - - ‚Pass auf, hier sind mal ein paar hundert Euro‘, ‚Da kriegst du mal ein bisschen Geld.‘ Ich habe auch nie für irgendwas unterschrieben. Man hat immer ein Kreuz gemacht irgendwo, und dann hat man was gekriegt. Das muss natürlich dann irgendwie gerechtfertigt werden, und dann wurde eben gesagt: ‚Pass auf, das ist für das, das ist für das‘, dass erst mal irgendwie bei der Abrechnung ein Grund drinsteht. Was nun genau für was war und wo zugeordnet wurde, das war doch nebensächlich.“¹⁵¹⁷

Die Quelle „Barte“ wurde überwiegend von Dirk Bartok geführt. Vertretungsweise übernahm auch Dieter Borchert die Quellenführung. Dirk Bartok äußerte vor dem Untersuchungsausschuss:

„Aus meiner Erinnerung heraus haben wir den Herrn Stadler nicht unter Druck gesetzt, mit dem Verfassungsschutz zusammenzuarbeiten.“¹⁵¹⁸

Nach der Führerscheinangelegenheit befragt, sagte Dirk Bartok:

„Uns war bewusst zu dem Zeitpunkt - da glaube ich mich, auch nach dem Aktenstudium, so zu erinnern -, dass Herr Stadler zum Zeitpunkt seiner Anwerbung - Beginn des Jahres 2000 - keinen Führerschein hatte. Wir haben natürlich - - Also, ich sage mal: Der Verfassungsschutz hat keine Möglichkeit, darauf einzuwirken. Ich denke aber, wir haben ihm angeboten, ihn finanziell zu unterstützen, da für die Wiedererlangung des Führerscheins enorme Kosten auf ihn zukamen.“¹⁵¹⁹

¹⁵¹⁶ Ebenda, S. 99f.

¹⁵¹⁷ Ebenda, S. 100.

¹⁵¹⁸ Protokoll der 36. öffentlichen Sitzung vom 23.11.2018, S. 8.

¹⁵¹⁹ Ebenda, S. 8.

Auf die Frage, ob der Fallführer dem Stadler im Anwerbungsgespräch „mitgeteilt“ habe, dass er „keinen gültigen Führerschein“ besitze, antwortete der Zeuge Bartok:

„Wenn der Umstand so in dem Treffvermerk vermerkt ist, dann wäre das möglich, dass ich ihm das so gesagt habe. Ja.“¹⁵²⁰

Nach Einschätzung des Zeugen Bartok „waren die finanziellen Anreize der Hauptgrund für Herrn Stadler, mit der Verfassungsschutzbehörde zusammenzuarbeiten“. ¹⁵²¹

Heiner Wegesin, der damalige Leiter des Brandenburger Verfassungsschutzes, sprach in seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuss den Fall „Barte“ (Stadler) hinsichtlich der Wiedererlangung der Fahrerlaubnis an:

„Andere Mittel: Gebrauchen wir mal diesen schönen altmodischen Begriff des ‚Kompromates‘, wie man das früher sagte, das heißt also, bestimmte Lagen, in denen man eine Information, die der Verfassungsschutz hat, die für die Quelle kompromittierend ist, um sie zur Zusammenarbeit zu bewegen - - ist ein Grenzgebiet. Ich sage Ihnen mal einen Fall, wo es Ärger gegeben hat, der auch stattgefunden hat: Da hatte der Verfassungsschutz festgestellt, dass eine Quelle ein Kfz besaß und Auto fuhr, obwohl sie gar keinen Führerschein hatte. Dann hat man der Quelle gesagt: ‚Du hast ja keinen Führerschein! Das kann aber zu Problemen führen. Wir wissen das. Weiß das die Polizei? Die weiß das wohl nicht. Wenn du für uns arbeitest, helfen wir dabei, dass du den Führerschein machst. Den bezahlen wir dir. Und dann arbeitest du für uns.‘ - Das ist als sehr grenzwertig empfunden worden. Das war vielleicht schon das Allerhöchste.“¹⁵²²

Der Zeuge Wegesin bezeichnete den Vorfall mehrfach als „grenzwertig“. Gefragt, was er damit meine, sagte er:

„Na ja, ich sage, schon Ausnutzung einer Lage, wo sehr schnell eine Schieflage herbeigedacht werden kann, die in Richtung einer Erpressung oder einer ähnlichen Geschichte geht. Also, das ist, wissen Sie, die Figur des sogenannten Kompromats, wie man dazu sagt; das heißt, der Ausnutzung eines persönlichen Lebensumstandes, der wirklich als Erpressung oder Bedrohung empfunden werden kann.“¹⁵²³

Auf die Nachfrage, ob das bei Anwerbeverfahren des Verfassungsschutzes Brandenburg öfter so abgelaufen sei, sagte Wegesin:

¹⁵²⁰ Ebenda, S. 39.

¹⁵²¹ Ebenda, S. 7; ähnlich S. 23.

¹⁵²² Protokoll der 12. öffentlichen Sitzung vom 07.09.2017, S. 135f.

¹⁵²³ Protokoll der 36. öffentlichen Sitzung vom 23.11.2018, S. 101.

„Das mag im Einzelnen sein. Ich kann Ihnen sagen - generell -, dass das Anspracheverhalten von Verfassungsschutzbehörden - - Es hat da beispielsweise auch mal Gemeinschaftsaktionen der Bundesbehörden und mehrerer Landesbehörden gegeben - zum Beispiel mit den Berliner Landesbehörden -, wo man in die Szene hinausgegangen ist und zum Stichpunkt X den Leuten auf dem Weg zur Arbeitsstelle, auf dem Nachhauseweg oder sonst was aufgelauert hat und das Überraschungsmoment ausgenutzt hat oder durch vorherige Observation geschaut hat: Wo können wir die am besten erwischen? - Das ist schon recht robust gemacht worden. Ich will nicht ausschließen, dass es andere Situationen gegeben hat, die also, was die - sagen wir - Problematik, die ich aufriss im Hinblick auf den Umstand ‚keine Fahrerlaubnis, fährt aber trotzdem Auto‘ - - auszunutzen. Es ging damals sehr robust zur Sache. Ich würde mal sagen, da haben wir uns gut im Mainstream bewegt.“¹⁵²⁴

Der Sachverständige Rolfdieter Bohm stellte fest, dass die finanziellen Aufwendungen des brandenburgischen Verfassungsschutzes im Falle „Barte“ den üblichen Rahmen übertrafen. Er fasste zusammen:

„Zusammenfassend wird deutlich, dass Toni STADLER die Zusammenarbeit mit dem VS-Bbg offensichtlich genutzt hat, um ein Stück weit unter dem Schutz des VS-Bbg seinen geschäftlichen Aktivitäten im Vertrieb von Tonträgern und sonstigen Szeneartikel/Devotionalien nachgehen zu können. Konkrete Anhaltspunkte auf eine Einflussnahme des VS-Bbg auf die zuständige Führerscheinbehörde finden sich nicht. Die aktenkundigen Ratschläge (Reduzierung des Alkoholkonsums, Überprüfung der Leberwerte etc.) sind sachgerecht und zutreffend. Der – gelegentlich – erhobene Vorwurf, der VS-Bbg hätte hier Einfluss genommen, ist jedenfalls aus den Akten heraus nicht zu bestätigen.“¹⁵²⁵

Der zur Zeit seiner Anwerbung arbeitslose Handwerker Stadler war in der Lage, sein Ladengeschäft „TOP ONE“ auszubauen und sogar Angestellte zu beschäftigen. Zur Gewerbeanmeldung wurde Stadler zumindest beratend vom brandenburgischen Verfassungsschutz unterstützt. Der Szeneladen „TOP ONE“ war in der Bevölkerung in Guben unbeliebt, da dieser sich zu einer Anlaufstelle für die rechte Szene entwickelte.¹⁵²⁶ Die Frage, ob der Verfassungsschutz ihn bei der Eröffnung und Führung seines Ladens „Top One“ in Guben unterstützt habe, verneinte Stadler.¹⁵²⁷ Die Idee zur Eröffnung des Ladens sei nicht vom Verfassungsschutz gekommen. Es habe für den Laden keine Geldzuwendungen des Verfassungsschutzes gegeben und

¹⁵²⁴ Ebenda, S. 101f.

¹⁵²⁵ B 4 - Bericht Bohm_ 161205_Schlussbericht_V1; S. 13

¹⁵²⁶ B4_Herabstufungen\004-S-530003-0000-0119-2018 NfD_1. Teillieferung Matrix Liste 8 vom 07_08_2018_Z83_B04_2000_tv-Barte_Band II-81-263-nfd, S. 79.

¹⁵²⁷ Protokoll der 34. öffentlichen Sitzung vom 04.10.2018, S. 98 u. 111.

dieser habe auch nicht versucht, das Sortiment zu beeinflussen.¹⁵²⁸ In einem Treffvermerk vom 13.07.2000 ist dokumentiert, wie der Verfassungsschutz die Szene-Aktivitäten von Stadler begleitet hat:

„[...] Lars B. bot Quelle an, an der nächsten Wehrsportübung seiner ‚Weißen Arischen Bruderschaft‘ teilzunehmen. Quelle wurde von Seiten der V-Mannführung angeraten, ggf. an solchen Übungen teilzunehmen.“¹⁵²⁹

In einem Treffvermerk vom 17.11.2000 heißt es:

„Am 16.11.2000 wurde der VMF durch den Referatsleiter V/3 darüber informiert, daß bei der geplanten Geburtstagsfeier des Sven Sch. am 17.11.2000, bei dem unter anderem die Skinheadband ‚Nordmacht‘ auftreten soll, unter Umständen mit einem Polizeizugriff gerechnet werden muss. V/3 bat darum, die gefährdeten Quellen ggf. von diesem Sachverhalt zu unterrichten.“

Die Quelle im Fall ‚BARTE‘ hatte zuletzt am 14.11.2000 berichtet, dass Bernd B. eine Einladung zu der Feier von Sven Sch. erhalten habe und das Bernd B. plane, Quelle zu dieser Veranstaltung mitzunehmen.

Quelle wurde dahingehend instruiert, das Angebot von Bernd B. nicht wahrzunehmen.“¹⁵³⁰

Auf die Frage, wer „V/3“ sei, sagte „Bartok“:

„Die Frage beantworte ich in der Form, dass es der Referatsleiter des Auswertungsreferats war. Ob diese Funktion seinerzeit noch durch den Herrn Milbradt oder schon durch den Herrn Meyer-Plath wahrgenommen worden ist, weiß ich nicht mehr vom zeitlichen Ablauf her. Aber: der Referatsleiter Auswertung.“¹⁵³¹

Die Nachrichtenehrlichkeit aber auch die Führbarkeit der Quelle „Barte“ (Stadler) wurde durch den brandenburgischen Verfassungsschutz zunehmend hinterfragt. Aktenkundig sind Treffvermerke, in denen der Quelle „Barte“ die Beendigung der Zusammenarbeit angedroht wird, sofern sie sich nicht an Weisungen der V-Mann-

¹⁵²⁸ Ebenda, S. 109 u. 111.

¹⁵²⁹ B4_Herabstufungen\004-S-530003-0000-0119-2018 NfD_1. Teillieferung Matrix Liste 8 vom 07_08_2018_Z83_B04_2000_tv-Barte_Band II-81-263-nfd, S. 97.

¹⁵³⁰ Ebenda, S. 164.

¹⁵³¹ Protokoll der 36. öffentlichen Sitzung vom 23.11.2018, S. 55.

Führer auch hinsichtlich ihrer CD-Geschäfte (z.B. „Landser“¹⁵³² und „Ethnic Cleansing“¹⁵³³) hält.

Der erste Anlass zu Zweifeln an der Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit „Bartes“ ergab sich im November 2000, als dem Verfassungsschutz Brandenburg dienstlich bekannt wurde, dass Stadler bereits CDs der Band „Landser“ mit dem Titel „Ran an den Feind“ erworben hatte, ohne dies dem Verfassungsschutz Brandenburg mitzuteilen (vgl. Kapitel 4.3.).¹⁵³⁴

Auch im weiteren Verlauf der V-Mann-Führung kam es immer wieder zu Ermahnungen der Quelle.

Im Treffvermerk vom 08.03.2002 heißt es:

„Des weiteren wurde durch die Quelle ein Cover der kürzlich beschafften CD ‚Hail Aids‘ der australischen Skinheadband Ethnic Cleansing ausgehändigt. In dem Cover sind mehrfach rote Hakenkreuze abgebildet.

Die Quelle wurde durch den VMF dringend aufgefordert, den Verkauf der von Tom Nnu. („Frontrecords“) produzierten CD einzustellen. Andernfalls, sollte die CD verboten werden, und die Quelle mit dem somit illegalen Verkauf der CD in Verbindung gebracht werden, würde hiesige Behörde keinerlei Hilfestellung in einem möglichen Verfahren gegen die Quelle leisten können. Quelle wurde darüber informiert, daß schon jetzt, obwohl die CD noch nicht verboten ist, der Verkauf dieser CD untersagt sei, da sich mehrfach Hakenkreuze im Booklet der CD befänden.

Quelle teilte mit, daß sie bislang etwa 200 Exemplare der CD von Tom Nnu. erhalten habe, und daß sie, Quelle, die CD sehr vorsichtig, nur an ihr bekannte Szeneangehörige, verkaufen würde. Quelle sagt dem VMF, auch im Hinblick auf die angedrohten Konsequenzen, zu, ihre Verkaufsmodalitäten bis zum nächsten Treffen nochmals zu überdenken.“¹⁵³⁵

Verfassungsschutz-Leiter Wegesin merkte am 12.03.2002 handschriftlich an:

„Kein Verkauf, keine Weitergabe!“¹⁵³⁶

¹⁵³² B4_Herabstufungen\004-S-530003-0000-0119-2018 NfD_1. Teillieferung Matrix Liste 8 vom 07_08_2018_Z83_B04_2000_tv-Barte_Band II-81-263-nfd, S.160-163

¹⁵³³ B4_Herabstufungen\004-S-530003-0000-0119-2018 NfD_1. Teillieferung Matrix Liste 8 vom 07_08_2018_Z85_B04_2000_tv-Barte_Band II-81-263-nfd, S.13-15.

¹⁵³⁴ B4_Herabstufungen\004-S-530003-0000-0119-2018 NfD_1. Teillieferung Matrix Liste 8 vom 07_08_2018_Z83_B04_2000_tv-Barte_Band II-81-263-nfd, S. 160.

¹⁵³⁵ B4_Herabstufungen\004-S-530003-0000-0119-2018 NfD_1. Teillieferung Matrix Liste 8 vom 07_08_2018_Z85_B04_2000_tv-Barte_Band II-81-263-nfd, S. 11.

¹⁵³⁶ Ebenda, S. 12.

In einem Treffvermerk vom 11.03.2002 steht:

„Bei dem gemeinsamen Treff mit der Quelle im Fall ‚Barte‘ vom 06.03.2002 war dem VMF das Cover inkl. Booklet der CD ‚Hail Aids‘ der australischen Band Ethnic Cleansing übergeben worden.

Sowohl auf der Rückseite des Cover als auch im Innern des Booklets sind mehrere Hakenkreuze abgebildet.

Bereits während des Treffs war die Quelle darüber informiert worden, daß ein Vertrieb dieser CD strafrechtliche Konsequenzen haben könne, da die abgebildeten Symbole den Straftatbestand des § 86 a StGB erfüllen würden. Quelle wurde daher von einem weiteren Vertrieb der CD eindringlich abgeraten.

Nach Rücksprache mit V/5 und V/5.x am 07.03.02 in dieser Angelegenheit war Einigkeit darüber erzielt worden, daß dem Vertrieb einer derartigen CD durch hiesige Behörde nicht zugestimmt werden könne.

*Quelle wurde durch den VMF dahingehend informiert und weiterhin darauf hingewiesen, daß sich, für den Fall, das die Quelle die CD weiter vertreiben würde, einschneidende Veränderungen in der gemeinsamen Arbeit ergeben würden. In der letzten Konsequenz könnte die gemeinsame Arbeit an dieser Stelle auch beendet werden. Dies wurde von der Quelle auf keinen Fall gewünscht, die Quelle sagte ihre uneingeschränkte Kooperation zu. **

Der Quelle wurde dringend angeraten, den Vertrieb der CD einzustellen, bzw. das Cover der CD so zu verändern, das keinerlei Hakenkreuze oder vergleichbare Symbole mehr zu erkennen seien. VMF schlug vor, die betreffenden Symbole mit einem Textmarker (Edding) zu übermalen, so daß sie nicht mehr zu erkennen seien.

*Quelle sagte ausdrücklich zu, keine CD's der Band Ethnic Cleansing mit unbearbeitetem Cover mehr** zu verkaufen.¹⁵³⁷*

* handschriftliche Randbemerkung: „Abschaltung erwogen!“

** handschriftliche Randbemerkung: „Also hat er schon?“

Im Treffvermerk vom 15.03.2002 ging es erneut um diese CD:

„Darüberhinaus wurde mit der Quelle nochmals die Sachlage um die CD ‚Hail Aids‘ der Band Ethnic Cleansing besprochen. Der Quelle wurde unmißverständlich mitgeteilt, daß ihr Verhalten beim anfänglichen Vertrieb der CD entgegen jeglicher Absprache erfolgte. Spätestens als die Quelle das Paket mit den Booklets erhielt, hätte sie von einem Vertrieb Abstand nehmen müssen.

Anmerkung: Quelle sollte zunächst eine Prüfung hiesiger Behörde abwarten, bevor sie ggf. einen Vertrieb der CD durchführt. An diese sehr eindeutige Absprache hat sich Quelle nicht gehalten. Von den 500 CD's,

¹⁵³⁷ Ebenda, S. 13f.

die sich seit dem 04.03.2002 im Besitz der Quelle befanden, hatte sie bis zu dem Telefonat mit dem VMF am 08.03.2002 schon ca. 150 Stück verschickt bzw. verkauft.

[...] Gemäß der Absprache mit V/5 und V/5.x vom 08.03.2002 sollte ein weiterer Vertrieb der CD nur noch unter der Maßgabe erfolgen, daß sämtliche verfassungswidrigen Symbole im Booklet der CD übermalt und somit nicht mehr zu erkennen seien. Obwohl der Quelle diese Weisungslage bereits am 08.03.2002 telefonisch mitgeteilt worden war, wurde sie der Quelle gegenüber nochmals eindringlich wiederholt.

Die Konsequenzen, für den Fall das bekannt werden sollte, daß die Quelle weiterhin ‚unbearbeitete‘ CDs verkaufen würde, wurden der Quelle nochmals wie folgt erläutert:

- *Sollten ‚unbearbeitete‘ CDs durch die Polizei beschlagnahmt werden und infolge dessen ein Ermittlungsverfahren gegen die Quelle eröffnet werden, könne Quelle mit keinerlei Hilfeleistung hiesiger Behörde rechnen.*
- *Ein Verstoß gegen die Maßgabe des VMF könnte ggf. die Beendigung der gemeinsamen Arbeit nach sich ziehen.“¹⁵³⁸*

Am 18.03.2002 vermerkte der Beschaffungsreferatsleiter Giebler auf dem Treffvermerk vom 15.03.2000:

„Trotz einiger Unebenheiten im Führungsverhalten der Quelle liefert sie gute Informationen. Beim nächsten Treff werde ich der Quelle selbst begegnen und sie nachhaltig ermahnen.“¹⁵³⁹

Aus den Akten und den späteren Vernehmungen Stadlers geht u.a. hervor, dass Stadler seine Geschäftsbeziehungen teilweise verheimlichte, und dass er für den Booklet-Druck der „Landser“-CD „Ran an den Feind“ verantwortlich war (vgl. hierzu Kapitel 4.3.1.). Stadler hielt sich nicht immer an Verhaltensabsprachen, etwa bzgl. seines Geschäftsgebarens.

Giebler ermahnte Stadler sodann persönlich bei einem Treffen am 20.03.2002, sich künftig an Absprachen zu halten. Im Treffvermerk vom 22.03.02 heißt es:

*„Im Verlaufe des Treffs erschien kurzzeitig V/5 [Giebler]. V/5 machte in seinem etwa 10-minütigen Gespräch mit der Quelle darauf aufmerksam, daß durch sie in der vergangenen Zeit eine sehr gute Arbeit geleistet wurde. In jüngster Vergangenheit habe die Quelle jedoch einige Unaufmerksamkeiten begangen *, die in der Konsequenz dazu führen könnten, daß hiesige Behörde keinerlei Schutz für die Quelle leisten könne. In diesem Zusammenhang sprach V/5 auch*

¹⁵³⁸ Ebenda, S. 16-18.

¹⁵³⁹ Ebenda, S. 20.

*über den offenen Vertrieb der CD ‚Hail Aids‘ der Band Ethnic Cleansing. V/5 deutete der Quelle an, daß, für den Fall, daß sie ihre Arbeit mit hiesiger Behörde nicht offen und ehrlich gestalten würde, die Zusammenarbeit jederzeit beendet werden könne. Quelle soll in Zukunft vorsichtiger in der Szene agieren. Bevor offensichtlich illegale CD's durch die Quelle vertrieben werden, soll sie ggf. den VMF um Mithilfe oder Rat bitten. ***¹⁵⁴⁰*

* handschriftliche Randbemerkung: „Quelle auf Weisungsverstöße hingewiesen!“

** handschriftliche Randbemerkung: „Weisung ist: Absprache und Kenntnisse mit/durch VMF immer vor Vertrieb!!“

Dem ehemaligen V-Mann-Führer Bartok wurde im Untersuchungsausschuss ein Auszug aus dem Song „Piles Of Dead Jews“ von der CD „Hail Aids!“ der Band „Ethnic Cleansing“ vorgehalten, in dem zur Ermordung aller Juden aufgerufen wird. Auf die Frage, ob er im Handel mit solchen CDs keinen Grund gesehen habe, die Zusammenarbeit mit der Vertrauensperson sofort einzustellen, sagte der Zeuge Bartok:

„Also, da kann ich mich in der Form nicht mehr dran erinnern.“¹⁵⁴¹

Auf die Nachfrage, ob solche Texte für ihn als V-Mann-Führer ein Grund hätten sein müssen, die Zusammenarbeit mit einer solchen V-Person zu problematisieren und infrage zu stellen, antwortete Bartok:

„Diese Art der Bewertung ist durch mich als V-Mann-Führer ja nicht zu treffen. Diese Art der Bewertung wird seitens der Behördenleitung oder anderer Teile des Verfassungsschutzes getroffen.“¹⁵⁴²

In einem Treffvermerk vom 18.07.2002 heißt es schließlich:

„Quelle wurde eindringlich, auch unter Berücksichtigung des derzeit noch anhängigen Ermittlungsverfahrens gegen sie, dahingehend belehrt, derartige indizierte oder verbotene Produktionen durch das neu gegründete Label zu unterlassen.

Quelle wurde nochmals belehrt keinerlei Straftaten zu begehen bzw. sich an deren Durchführung zu beteiligen.

Sollte die Quelle den Empfehlungen des VMF nicht folgen, könnte im Falle der Entstehung weiterer Ermittlungsverfahren gegen die Quelle eine Hilfestellung hiesiger Behörde ggf. nicht erfolgen. Unter Umständen könnte eine

¹⁵⁴⁰ Ebenda, S. 21f.

¹⁵⁴¹ Protokoll der 36. öffentlichen Sitzung vom 23.11.2018, S. 39.

¹⁵⁴² Ebenda, S. 39.

Zu widerhandlung der Quelle schlimmstenfalls zu einer Beendigung der gemeinsamen Zusammenarbeit führen.

Die Quelle sicherte dem VMF ihre volle Kooperation in dieser Angelegenheit zu und versprach, sämtliche geplanten Produktionen des Labels ‚Shockrock-Records‘ im Vorfeld mit dem VMF abzusprechen“¹⁵⁴³

In seiner Zeugenvernehmung bei der Staatsanwaltschaft Cottbus am 24.06.2004 sagte Beschaffungsreferatsleiter Giebler:¹⁵⁴⁴

„Ich habe mich immer gefragt, wie wir also damit umgehen sollen, wenn die Quellen CDs mit übelstem Inhalt herstellen oder vertreiben. Ich habe darauf keine Antwort gehabt, ich habe dann gefragt, was machen wir jetzt, wie gehen wir damit um. Auf der einen Seite haben wir natürlich einen Aufklärungsbedarf, wie sind die Wege, wie ist der Vertrieb organisiert. Ja und insofern habe ich diese Formulierung [...die Quelle erneut gebeten, vorsorglich strafrechtlich relevante Materialien aus ihrer Wohnung und den von ihr angemieteten Geschäftsräumen auszulagern] immer interpretiert. Also dass es immer um CDs geht oder irgendwelche Devotionalien, die er vertreibt. Aber diese Formulierung macht mir Bauchschmerzen.“¹⁵⁴⁵

Auf die Frage, ob diese Formulierung noch als „Belehrung zu rechtstreuem Verhalten“ verstanden werden könne, sagte er:

„Wir haben doch nicht mit Waisen- oder Chorknaben gearbeitet. Aber die rechtliche Dimension war nie meine Sache, dafür hatte ich ja Fr. Dr. E. oder meinen Abteilungsleiter.“¹⁵⁴⁶

Häufig berichtete Stadler erst im Nachgang zu Ereignissen, so dass Exekutivmaßnahmen der Strafverfolgungsbehörden nicht möglich waren. Die Abteilung Auswertung bewertete die von Stadler erbrachten Informationen nie höher als mit „C“.

Am 13.08.2002 – nach der Enttarnung Stadlers – verfasste die Verfassungsschutzbehörde Brandenburg einen Vermerk mit der Überschrift „Einsatz des V-Mannes Toni Stadler – Fakten und Wertungen“. Unter Punkt 1 werden hier die

¹⁵⁴³ Ebenda, S. 89f.

¹⁵⁴⁴ Giebler wurde eine Formulierung vorgehalten, die sich in einem Treffvermerk vom 26.09.2001 findet: „Im Laufe des Treffs wurde die Quelle erneut gebeten, vorsorglich strafrechtlich relevante Materialien aus ihrer Wohnung und den von ihr angemieteten Geschäftsräumen auszulagern.“ (s.u. 4.3.3.2.)

¹⁵⁴⁵ B36, Generalstaatsanwaltschaft Bbg. Band III, S. 167.

¹⁵⁴⁶ B36, Generalstaatsanwaltschaft Bbg. Band III, S. 167.

„Aufklärungserfolge der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg durch den Einsatz der Quelle Toni Stadler“ aufgeführt:

- Am **22.02.2000** wurde Toni Stadler **als Vertrauensmann (V-Mann)** der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg **förmlich verpflichtet**.
- Toni Stadler erwies sich rasch als **ergiebige Quelle**, weil er über folgende Beobachtungsspektren berichten konnte:
 - **rechtsextremistische Szene** der Region Cottbus/Guben
 - **„Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)** – durch Kontakte (Stadler ist nicht NPD-Mitglied)
 - Organisation von **Skinheadkonzerten** bundesweit
 - Konspirative **Vertriebsstrukturen** zur Verbreitung einschlägiger Tonträger (**Skinheadmusik**).
- Um insbesondere die **Netzwerke** der Produktion und der Verbreitung einschlägiger Tonträger **aufzuklären**, musste sich Stadler entsprechend in der Szene positionieren. Er führte deshalb in Absprache mit der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg in Guben einen **Szeneladen**, in dem er szenetypische Produkte verkaufte. Dabei wurde ihm der Vertrieb indizierter und verbotener Artikel von der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg ausschließlich zu Aufklärungs- und Tarnungszwecken und nur in einem entsprechend eng begrenzten Rahmen gestattet. Maßgebend bei der **Abwägung** war hierbei, dass dank den Informationen Stadlers künftig internationale konspirative Produktions- und Vertriebsnetze aufgedeckt und führende Szeneaktivisten strafrechtlich verfolgt werden könnten.
- Im März 2000 berichtete Stadler erstmals von der Band ‚White Aryan Rebels‘ und deren **CD ‚Noten des Hasses‘**. Zuvor war diese Band sämtlichen Sicherheitsbehörden in Deutschland unbekannt. Stadler nahm alsdann zu dem Kopf der Band, dem einschlägig bekannten Berliner Neonazi **Lars B.**, Kontakt auf und erfuhr von dessen Vorhaben, CDs zu produzieren und zu vertreiben.
- Mitte Dezember 2000 berichtete Stadler von der Bitte Lars B.s, er möge 500 bis 1000 Stück der CD **‚Noten des Hasses‘** vertreiben. Nach intensiver Abwägung wurde entschieden, die Quelle nicht davon abzuhalten. Vor allem konnten durch die Beteiligung Stadlers am Vertrieb ab Februar 2001 die **Vertriebswege der CD aufgeklärt** werden. Keine andere Sicherheitsbehörde hatte zu diesem Zeitpunkt vergleichbare Informationszugänge. Insbesondere das Landesamt für Verfassungsschutz Berlin und das Bundesamt für Verfassungsschutz hatten in diesem Zusammenhang um operative Amtshilfe gebeten.
- Zu den **Großabnehmern**, die im Februar 2001 von Stadler benannt werden konnten, gehörten Personen aus Berlin, Schweden, Ungarn, Hessen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg. Die **zuständigen Verfassungsschutzbehörden** wurden umgehend durch Zuleitung der Quellenberichte unterrichtet und so in die Lage versetzt, die entsprechenden Informationen an Polizeibehörden weiterzuleiten. Die jeweiligen **Polizeibehörden** wiederum konnten auf Basis dieser Informationen

Exekutivmaßnahmen (etwa Beschlagnahmeaktionen auf der nachgeordneten Vertriebssebene) planen und ggf. eigene **Strafverfahren** einleiten [...]. Ferner konnten die jeweiligen Polizeibehörden die ihnen übermittelten Erkenntnisse in der **Gefährdungsanalyse** für jene Personen, die in Texten der CD ‚Noten des Hasses‘ bedroht werden, berücksichtigen und ggf. entsprechende **Schutzmaßnahmen** veranlassen.

- Im Juni 2001 wurde deutlich, dass von der CD ‚Noten des Hasses‘ weit mehr Exemplare abgesetzt werden könnten. Die **zweite Auflage** der CD sollte nach Lars B.s Plänen in Höhe von 1500 Stück hergestellt werden.
- Stadler teilte im Dezember 2001 mit, dass Lars B. ‚derzeit‘ weitere **2000 Exemplare der CD ‚Noten des Hasses‘ produzieren** wolle. Stadler sollte als Kontaktperson zwischen Lars B. und Thomas P. [...], dem Produktionsmanager, fungieren. Im April 2002 erhielt Stadler von Lars B. das Geld für die Produktion (1970 Euro), damit er es an Thomas P. weiterleite; dieser sollte die Produktion in einem Presswerk in Ungarn über einen slowakischen Mittelsmann sicherstellen. Da die **Weitergabe des Geldes** einen Straftatbestand dargestellt hätte, wurde nach intensiven Erörterungen mit den Verfassungsschutzbehörden des Bundes, Sachsens und Berlins im Mai 2002 entschieden, dass Stadler Lars B. das Geld zurückgibt und stattdessen den Kontakt zwischen Lars B. und Thomas P. direkt herstellt. Auf diese Weise sollte gewährleistet werden, dass der gesamte Herstellungs- und Vertriebsprozess der zweiten Auflage durch die Sicherheitsbehörden aufgeklärt und zu einem geeigneten Zeitpunkt die **gesamte kriminelle Struktur durch Festnahmen und Beschlagnahmen** zerschlagen werde. Zu diesem Zweck waren über das BfV auch der slowakische und der ungarische Nachrichtendienst eingebunden worden.
- Die Einzelheiten der abgetarnten Überweisungen des Geldbetrages von Lars B. an Thomas P. sollten unter Mitwirkung Stadlers am Rande eines geplanten **Konzerts am 20. Juli 2002** in Lars B.s gerade eröffneten Szenetreff in Berlin-Marzahn besprochen werden. Dazu kam es wegen der mit den Brandenburger Sicherheitsbehörden nicht koordinierten **Festnahmeaktion der StA Berlin** nicht.
- Bereits im September 2001 hatte Stadler berichtet, dass die Band ‚White Aryan Rebels‘ eine **CD mit neuen Liedern** eingespielt habe, die unter dem Titel ‚Intoleranz gegen Intoleranz‘ veröffentlicht werden solle. Im Dezember 2001 gab Lars B. diese Pläne aus Sorge vor Exekutivmaßnahmen auf.

[...]“¹⁵⁴⁷

Unter Punkt 2 des Vermerks wird die „Zusammenarbeit der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg mit anderen Verfassungsschutz- und mit Strafverfolgungsbehörden“ wie folgt dargestellt:

- Die Verfassungsschutzbehörde Brandenburg hat, wie bereits dargelegt, **alle relevanten Informationen** unverzüglich durch Weitersendung der

¹⁵⁴⁷ B 4 iV B 73\004-S-530003-0000-0124-2018 VSNfD_Z89, S. 28f.

jeweiligen Quellenberichte dem BfV und den im Rahmen erkennbarer Vertriebsstrukturen zuständigen Landesverfassungsschutzbehörden **mitgeteilt** und sich ggf. mit ihnen zum weiteren **Vorgehen abgestimmt**.

- Als im April 2001 der Vertrieb der CD ‚Noten des Hasses‘ durch eine Veröffentlichung des Journalisten Jansen im Berliner ‚Tagesspiegel‘ öffentlich wurde, informierte der Leiter der Brandenburger Verfassungsschutzbehörde den **ermittelnden Staatsanwalt in Berlin** darüber, dass erste operative Erkenntnisse über die Zusammensetzung der Band ‚White Aryan Rebels‘, den Texter und Produzenten der Lieder, Lars B., und über die Vertriebswege vorliegen.
- Im November 2001 wurde die zuständige **StA Cottbus** durch den Leiter der Verfassungsschutzabteilung darüber informiert, dass Nachfolgeproduktionen der CD ‚Noten des Hasses‘ bevorstünden und in diesem Zusammenhang Exekutivmaßnahmen und eine Erweiterung des laufenden Strafverfahrens gegen Stadler ins Auge gefasst werden müsse. [...]“¹⁵⁴⁸

Befragt zu seiner Nachrichtenehrlichkeit bzw. Führbarkeit als Quelle erklärte Toni Stadler vor dem Untersuchungsausschuss:

„Ja gut, wie ich eingangs schon gesagt habe: Es ist ja nicht so, dass ich über alles und jeden da berichtet habe. Viele Sachen habe ich ja gar nicht erzählt, was mir im Nachhinein sehr übelgenommen wurde. Es gab auch viele Sachen, die man entschärfen konnte. Es gibt ja viele Ereignisse, die zum Beispiel sehr heftig, sehr krass gesehen wurden. Ich wurde gefragt: Pass auf, wie verhält sich das da? - Da konnte man dann ein paar Sachen auch mal richtigstellen: Den könnt ihr in Ruhe lassen, das ist Pillepalle.“¹⁵⁴⁹

Und an anderer Stelle:

„Und übrigens habe ich auch Fragen nur wahrheitsgemäß beantwortet, anders, wie das manchmal behauptet wird. Ich habe ja dafür unterschrieben, dass ich keine Falschbehauptung mache, niemanden fälschlich belaste oder dass das, was ich sage, den Tatsachen entsprechen muss. Das habe ich gemacht. Ich habe aber nicht dafür unterschrieben, dass ich nun über alles und jeden da plaudere von mir aus.“¹⁵⁵⁰

Und im weiteren Verlauf der Vernehmung:

„Ich war immer nachrichtenehrlich! Sie werden nicht einen einzigen Punkt finden, wo ich irgendwo gelogen habe oder die Unwahrheit gesagt habe. Das wird es nicht geben. Ich habe Sachen nicht gesagt, wo ich der Meinung war,

¹⁵⁴⁸ Ebenda, S. 30.

¹⁵⁴⁹ Protokoll der 34. öffentlichen Sitzung vom 04.10.2018, S. 118.

¹⁵⁵⁰ Ebenda, S. 96.

dass es eben zu dem Zeitpunkt - - für mich selber entschieden, dass ich diese Info nicht weitergebe.“¹⁵⁵¹

In einem Vermerk der Brandenburger Verfassungsschutzbehörde vom 01.11.2001 zu einem Treff mit „Barte“ am 29.10.2001 heißt es:

„Im Vorfeld des Treffs waren Unstimmigkeiten hinsichtlich der Zuverlässigkeit bzw. Glaubwürdigkeit der Quelle entstanden.

Um sicherzustellen, daß sich Quelle an Anweisungen des VMF hält, sowie um herauszufinden, ob die Quelle unter Beobachtung von Szeneangehörigen oder anderen staatlichen Institutionen steht, wurden der Quelle am Morgen des 29.10.2001 präzise Anweisungen zu den Treffmodalitäten übermittelt.

[geschwärzter Text]

Es konnte festgestellt werden, daß sich die Quelle genau an die ihr gegebenen Anweisungen hielt und pünktlich am Treffort erschien. Darüber hinaus konnte herausgefunden werden, daß die Quelle weder von Angehörigen der rechtsextremistischen Szene noch von anderen Personen verfolgt wurde.

[...]

Im Verlaufe des Treffs wurde die Quelle ausführlich zu ihren geschäftlichen Aktivitäten befragt. Sie wurde eindringlich dazu aufgefordert sämtliche geschäftliche Aktivitäten, egal wie unwichtig sie der Quelle erscheinen mögen, dem VMF mitzuteilen.

Quelle äußerte sich offen zu derzeit aktuellen Produktionen bzw. zu bestehenden Geschäftsoptionen [...].“¹⁵⁵²

Es folgt im Treffvermerk eine Auflistung der aktuellen und geplanten geschäftlichen Aktivitäten nach den Angaben Stadlers. Hierzu zählten auszugsweise¹⁵⁵³:

- Herstellung von Mousepads mit Adolf-Hitler-Abbild für S. W.
- Herstellung von Hitler- und Waffen-SS-Plakaten für René Schneider und Martin Seidel
- Herstellung einer CD der Band „Offensive“ (Auflage 2.000 Stück)
- Herstellung einer CD des Bandprojektes „Razors Edge“ und „Kraftschlag“ (Auflage 4.000 Stück)
- Herstellung einer CD der Band „Noie Werte“ (Auflage unbekannt)

¹⁵⁵¹ Ebenda, S. 119.

¹⁵⁵² B4, Herabstufungen, 004-S-530003-0000-0119-2018 NfD, 1. Teillieferung Matrix Liste 8 vom 07_08_2018, Z84, S. 112-114.

¹⁵⁵³ Ebenda, S. 114f.

- Herstellung einer CD der Band „Iron Youth“ und der Band „Deutsch, Stolz, Treue“ (D.S.T.)
- Herstellung des „Blood & Honour“-Magazins (1.200 Stück); hierzu findet sich die Anmerkung: *„wird aufgrund des B&H-Verbetes wahrscheinlich nicht realisiert“*
- Herstellung der neuen CD der Band „White Aryan Rebels“ (WAR); hierzu findet sich die Anmerkung: *„wird aufgrund der derzeitigen Situation um Lars B. vorerst nicht realisiert“*
- Der Verkauf von 50 „Landser“-CDs soll derzeit aufgrund der *„brisanten Situation um die Band“* auch nicht stattfinden.

Auf die Frage, ob Stadler CDs verkauft habe, sagte sein V-Mann-Führer „Bartok“ vor dem Untersuchungsausschuss:

„Davon gehe ich aus.“¹⁵⁵⁴

Auf Nachfrage, warum er davon ausgehe, antwortete der Zeuge „Bartok“:

„Ich habe das Aktenstudium, wie gesagt, im Vorfeld dieser Vernehmung durchgeführt, und da wird ja an mehreren Stellen darauf hingewiesen, dass Herr Stadler CDs verkaufte.“¹⁵⁵⁵

Auf die Frage, wie der Verfassungsschutz mit ihm „umgegangen“ sei, antwortete Stadler:

„Es wurde eben gesagt: Pass auf, bei uns läuft das so, eine Hand wäscht die andere. Du tust was für uns, wir können ein bisschen was für dich tun, wenn du mal Probleme hast. - So in etwa ging das.“¹⁵⁵⁶

Auf die Fragen nach dem Verhältnis zu seinem V-Mann-Führer Bartok sagte Stadler:

„Es ging ja nur anderthalb bis zwei Jahre insgesamt, glaube ich, so. Und das ist natürlich - - Man lernt sich kennen, und man wird dann immer enger ein bisschen. Man versteht sich gut, und ein Vertrauensverhältnis wird aufgebaut. Man gewöhnt sich dran, wie ich es vorhin schon gesagt habe.“¹⁵⁵⁷

Die Treffs hätten unterschiedlich lange gedauert. „Stunde bis zwei Stunden.“¹⁵⁵⁸ Man habe sich „zweimal, dreimal im Monat“ getroffen.¹⁵⁵⁹ Man habe sich „mitunter“ auch

¹⁵⁵⁴ Protokoll der 36. öffentlichen Sitzung vom 23.11.2018, S. 16.

¹⁵⁵⁵ Ebenda, S. 16.

¹⁵⁵⁶ Protokoll der 34. öffentlichen Sitzung vom 04.10.2018, S. 97.

¹⁵⁵⁷ Ebenda, S. 101.

¹⁵⁵⁸ Ebenda, S. 102.

¹⁵⁵⁹ Ebenda, S. 106.

über Privates unterhalten.¹⁵⁶⁰ Auf die Frage nach seiner Beziehung zur Quelle „Barte“ antwortete „Bartok“:

„Die Beziehung zwischen Herrn Stadler und mir war in der Form, dass ich diese Treffen mit Herrn Stadler als Amtsperson wahrgenommen habe und die in einem dienstlichen Rahmen durchgeführt habe.“¹⁵⁶¹

Auf Nachfragen ergänzte „Bartok“:

„Da wir zu dem Zeitpunkt - ich weiß es nicht genau - sicherlich in einem vergleichbaren Alter waren, war ich nicht der Vaternotyp, sondern doch eher - - Wie soll ich sagen? Dem Ziel entsprechend, die Informationen zu erlangen, die ich haben wollte, hatten wir ein Vertrauensverhältnis aufgebaut, was von seiner Seite möglicherweise auch als freundschaftlich wahrgenommen wurde. Meiner Pflicht entsprechend ist es aber, den Abstand zu wahren und ihm aber dahingehend, sage ich mal, auch zu vermitteln, dass wir ein vertrauensvolles Verhältnis haben, ja. Unbenommen dessen habe ich aber doch noch den fachlichen und sachlichen Abstand, da ich ja als Behördenvertreter agiere.“¹⁵⁶²

„Aber ich denke schon, dass Herr Stadler möglicherweise die Empfindung hatte, dass das ein Vertrauensverhältnis ist.“¹⁵⁶³

4.3. Stadlers Beteiligung an CD-Produktionen und deren Vertrieb

4.3.1. Mitwirkung an der Landser-CD „Ran an den Feind“

Wie bereits dargestellt, erhoffte sich der brandenburgische Verfassungsschutz über Stadler auch einen Zugang zur Band „Landser“, gegen die mittlerweile der Generalbundesanwalt in einem Verfahren wegen der Bildung einer kriminellen Vereinigung (§ 129 StGB) ermittelte. Belegt sind in den Akten regelmäßige Absprachen des brandenburgischen Verfassungsschutzes mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz und anderen Verfassungsschutzbehörden hinsichtlich des Quelleneinsatzes.

Bereits Szczepanski hatte im Jahr 1998 Hinweise zur Mitgliedschaft des Potsdamers Christian W. in der Band „Landser“ sowie zu konkreten Umständen der CD-Produktion und deren Vertriebswegen geliefert (Vgl. hierzu Kapitel 3.8.1.2.).

¹⁵⁶⁰ Ebenda, S. 101.

¹⁵⁶¹ Protokoll der 36. öffentlichen Sitzung vom 23.11.2018, S. 12.

¹⁵⁶² Ebenda, S. 13.

¹⁵⁶³ Ebenda, S. 13.

In einer „BARTE“-Deckblattmeldung vom 13.11.2000 heißt es:

„An 18 Personen im Bundesgebiet soll ein Brief abgesandt worden sein, in dem die neue CD der Band Landser ‚Ran an den Feind‘ zum Kauf angeboten wird. Einer der Empfänger dieses Briefes soll Inhaber des Labels ‚Moin-Moin-Records‘, C. P. sein. Insgesamt sollen etwa 5.000 Landser CD’en hergestellt worden sein. Toni STADLER soll am Sonntag, den 05.11.2000 auf einem Autobahnparkplatz am südlichen Berliner Ring 20 Exemplare dieser CD von S. W. erhalten haben. An der Übergabe dieser CD’en waren neben STADLER und S. W. noch zwei andere, hier namentlich nicht bekannte, männliche Personen beteiligt.“¹⁵⁶⁴

In einem Vermerk des Beschaffungsreferats vom 16.11.2000 zu einem Treff mit „BARTE“ am 14.11.2000 steht:

„Weiterhin teilte Quelle mit, daß sich derzeit etwa 5.000 Exemplare der neuen CD der Band Landser ‚Ran an den Feind‘ im Umlauf befinden sollen. In drei bis vier Wochen sollen weitere 5.000 Exemplare auf den Markt gebracht werden. Quelle hat ihr Interesse daran bekundet, eine größere Anzahl dieser CDen, etwa 200 Stück, erwerben zu wollen.“¹⁵⁶⁵

In einer ebenfalls am 16.11.2000 gefertigten „BARTE“-Deckblattmeldung ist zu lesen:

„Von der neuen CD der Band Landser ‚Ran an den Feind‘ sollen derzeit etwa 5000 Exemplare in Umlauf sein. In drei bis vier Wochen sollen weitere 5.000 Exemplare auf den Markt gebracht werden. Der Cottbuser Devotionalienhändler Toni STADLER soll sein Interesse daran bekundet haben, eine größere Anzahl dieser CD’en erwerben zu wollen. Wo und wann eine Übergabe geplant ist, steht hier derzeit noch nicht fest.

Bei der letzten Übergabe von Landser CD’en an STADLER am 05.11.2000 war der hier bekannte S. W. [...] als Überbringer in Erscheinung getreten. S. W. soll an diesem Tag etwa 200 Landser CD’en bei sich gehabt haben.“¹⁵⁶⁶

In einem Vermerk des Referats Beschaffung vom 17.11.2000 zu einem Treff mit „BARTE“ am 10.11.2000 heißt es:

„Dienstlich wurde hier bekannt, dass die Quelle im Fall Barte, entgegen ihrer eigenen Einlassungen, mehrere Exemplare der neuen Landser CD ‚Ran an den Feind‘ erhalten und weiterverkauft hat!

[geschwärzter Text] [...]

¹⁵⁶⁴ B4 2016-12-06-Ordner 2000dbm-BARTE IIIa, S. S. 274.

¹⁵⁶⁵ B 4\Herabstufungen\004-S-530003-0000-0119-2018 NfD\1. Teillieferung Matrix Liste 8 vom 07_08_2018_Z83, S. 154.

¹⁵⁶⁶ B4 2016-12-06-Ordner 2000dbm-BARTE IIIa, S. 279.

Im Laufe des Gespräches machte die Quelle zu der Thematik Landser-CD'en auf Nachfrage folgende Angaben:

Quelle habe in der 44. Kalenderwoche von C. P., dem Inhaber des Labels ‚Moin-Moin-Records‘, erfahren, daß im gesamten Bundesgebiet 18 Personen einen Brief erhalten hätten, in dem die neue CD der Band ‚Landser‘ zum Verkauf angeboten wurde. Sie selbst habe von dem ihr sehr gut bekannten S. W. das Angebot erhalten^{1567}, mehrere dieser CD'en zu erwerben. [...]*

Dahingehend befragt, warum die Quelle diese Angaben nicht bereits während des letzten Treffs am 07.11.00 gemacht habe, erklärte die Quelle, daß bei der Übergabe der CD'en der Personenkreis sehr übersichtlich gewesen sei (4 Personen). Quelle wäre daher davon ausgegangen, daß, da ihr die Brisanz des Themas Landser durchaus bewusst sei, diese Informationen an die Polizei weitergegeben worden wären. Quelle habe ihre Enttarnung innerhalb der rechten Szene befürchtet.

Der Quelle wurde von Seiten der V-Mannführung entgegnet, daß gerade eine detaillierte, zeitnahe und umfassende Berichterstattung erforderlich sei, um ihre Sicherheit zu gewährleisten. Nur durch eine derart gewissenhafte Zusammenarbeit könne eine Gefährdung ihrer Person frühzeitig erkannt und dieser Situation entgegengesteuert werden.

Die Quelle erkannte ihr Fehlverhalten und sicherte für die künftige Zusammenarbeit, an der sie weiterhin Interesse habe, zu, auch bei sensiblen Themen eine besondere Sorgfalt und Nachrichtenehrlichkeit zu beachten. An dieser Stelle wurde die Quelle darauf hingewiesen, dass bei der Wiederholung eines derartigen Verhaltens eine weitere Zusammenarbeit unmöglich sein werde.

Die Quelle wurde nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Beachtung der Nachrichtenehrlichkeit unbedingte Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der gemeinsamen Zusammenarbeit ist. Ein Verstoß gegen diese Regel hat die unverzügliche Beendigung der Zusammenarbeit zur Folge.

Im Verlaufe des Gespräches wurde anhand der Schilderungen der Quelle auch erkennbar, dass sie zur Zeit mit dem sog. ‚Verräterkomplex‘ zu kämpfen hat.

[...]“¹⁵⁶⁸

** Handschriftliche Randbemerkung: „BfV meldet gegenteiligen Sachverhalt“*

Unter dem Vermerk findet sich die handschriftliche Notiz:

¹⁵⁶⁷ Handschriftlich unterstrichen.

¹⁵⁶⁸ B4\Herabstufungen\004-S-530003-0000-0119-2018 NfD\1. Teillieferung Matrix Liste 8 vom 07_08_2018\Z83_B04_2000_tv-Barte_Band II-81-263-nfd, S. 160-162.

*„Hinweis: [BfV] teilt mit, BARTE habe angeboten!
Informationsübertragungsfehler? – bitte Rü – “¹⁵⁶⁹*

In einem Vermerk des Beschaffungsreferats vom 17.11.2000 zu einem Telefonat mit der Quelle „BARTE“ heißt es:

„Desweiteren hinterfragte die Quelle, ob dem geplanten Kauf von 200 Landser CD'en die Interessen der gemeinsamen Zusammenarbeit entgegenstehen würden. VMF sagte der Quelle Klärung in dieser Angelegenheit zu.

Anmerkung: Quelle hatte beim Treff am 14.11.2000 berichtet, daß in drei bis vier Wochen weitere 5.000 Exemplare der Landser CD: ‚Ran an den Feind‘ in Umlauf gebracht werden würden. Quelle hatte ihr Interesse daran bekundet, ggf. 200 dieser CD'en zu erwerben.

Es wird vorgeschlagen, der Quelle von dem Kauf einer so großen Anzahl der CD'en abzuraten. Stattdessen sollte die Quelle eine geringere Anzahl, etwa 20 – 30 CD'en, ankaufen, um ihre Glaubhaftigkeit und Stellung innerhalb der rechten Szene im Bereich Cottbus/Guben nicht zu gefährden.

Anmerkung: Die Quelle hat zugesichert, über Kontakte sowie terminliche Festlegungen, die den Ankauf der CD'en betreffen, den VMF frühzeitig zu unterrichten.

Auf der anderen Seite sollte die Überlegung angestellt werden, daß die Quelle bei dem geplanten Kauf einer größeren Anzahl von CD'en (200 Stück), ggf. tiefere Einblicke in Vertriebs- und Produktionsstrukturen der CD erhalten könnte. Diese Informationen könnten für unsere Behörde von besonderem Interesse sein.

In diesem Zusammenhang wird um Entscheidung gebeten.“¹⁵⁷⁰

Unter dem Text findet sich der folgende handschriftliche Vermerk des Abteilungsleiters Heiner Wegesin:

„Bitte mit Abt. II d. BfV klären, ob der Erwerb von 200 CD's der Quelle eine verbesserte Zugangslage zu höheren Vertriebshierarchien ermöglicht und im Nachgang insoweit Strafverfolgungsmöglichkeiten d. GBA unterstützt werden können.

Wgs. 20.11.“

Peter Giebler, der Leiter des Referats Beschaffung, reagierte darauf mit folgendem handschriftlichen Vermerk:

¹⁵⁶⁹ Ebenda, S. 163.

¹⁵⁷⁰ Ebenda, S. 164f.

„BfV - Abt. II - bewertet die Möglichkeiten der Zugangs- u. Informationsverbesserung analog hiesiger Einschätzung und hält den Ankauf durch Quelle für ein geeignetes Mittel, weist gleichzeitig darauf hin, dass in angemessenem Umfang ein Szeneverkauf stattfinden sollte, um glaubwürdig zu sein.

Giebler 20.11.“

Die Vorgehensweise wird abschließend von Heiner Wegesin genehmigt:

„Einverstanden m. o. a. Vorschlag

Wgs. 20.11.“

Am 22.11.2000 heißt es in einer „BARTE“-Deckblattmeldung:

„In zwei bis drei Wochen sollen weitere 5.000 Exemplare der neuen CD der Band Landser, ‚Ran an den Feind‘, in Umlauf gebracht werden. In Berlin sollen im Zusammenhang mit dem Vertrieb dieser CD Hausdurchsuchungen vorgenommen worden sein. Eine Person soll sich derzeit in Haft befinden.

Der Betreiber des Szeneladens ‚Streetwear‘ in Spremberg, T. W., soll in seinem Laden Kassetten verkaufen, auf die die neue CD der Band Landser überspielt wurde. T. W. hatte ein Exemplar dieser CD von dem Cottbusser Devotionalienhändler Toni STADLER erworben.“¹⁵⁷¹

In der „BARTE“-Deckblattmeldung vom 08.12.2000 ist zu lesen:

„Jan WERNER aus Chemnitz soll weitestgehend Kenntnisse über Aktivitäten des Chemnitzer Labels ‚Movement Records‘ besitzen. Quelle nimmt an, daß WERNER maßgeblich an der Produktion der neuen CD der Band Landser ‚Ran an den Feind‘ beteiligt ist. Weiterhin wäre es denkbar, daß S. W. die Landser-CD'en die er vertreibt, von WERNER bekommen hat. Eine Bestätigung hierzu liegt nicht vor.“¹⁵⁷²

Lt. Vermerk vom 15.01.2001 zu einem Treff am 11.01.2001 habe die Quelle mitgeteilt, *„daß sie in nächster Zeit damit rechnet, mehrere Exemplare der CD der Band Landser ‚Ran an den Feind‘ auf postalischem Wege zu erhalten. Die CD'en sollen von einem Lars G. aus Hamburg bzw. von Jan WERNER von ‚Movement Records‘ an Quelle geschickt werden.“¹⁵⁷³*

¹⁵⁷¹ B4 2016-12-06-Ordner 2000dbm-BARTE IIIa, S. 286f.

¹⁵⁷² Ebenda, S. 302.

¹⁵⁷³ B4\Herabstufungen\004-S-530003-0000-0119-2018 NfD\1. Teillieferung Matrix Liste 8 vom 07_08_2018_Z84, S. 10.

In einem Vermerk vom 01.11.2001 zu einem Treff am 29.10.2001 findet sich in einer Auflistung der „Geschäftsoptionen“ Stadlers die folgende Eintragung:

„Verkauf von 50 CD's der Band ‚Landser‘ (‚Best of Landser‘) die über eine amerikanische Kontaktperson, welche Quelle auf dem Ian-Stewart-Memorial-Konzert kennengelernt hat, angeboten werden;

Anmerkung: *Soll wegen der derzeitig brisanten Situation um die Band ‚Landser‘ nicht stattfinden.“*¹⁵⁷⁴

Am 07.08.2002 wurde Toni Stadler von der Generalbundesanwaltschaft im „Landser“-Verfahren als Zeuge vernommen.¹⁵⁷⁵ Stadler äußerte sich in dieser Vernehmung zu seiner Mithilfe bei der „Landser“-CD:

„Ich habe etwa zu Beginn des Jahres 1999 damit begonnen, mit CDs zu handeln. Das war anfangs im kleinen Rahmen, ohne nennenswertem Gewinn.

Im Lauf des Jahres 1999 habe ich S. W. kennen gelernt. Der fuhr mit seinem Pkw durch die Lande und verkaufte CDs für Mirko HESSE. Über S. W. habe ich dann auch Kontakt zu Mirko HESSE bekommen. Dies war etwa zu Beginn des Jahres 2000. HESSE hatte offenbar den Eindruck, dass er mit mir als zuverlässigem Geschäftspartner zusammenarbeiten könnte. Jedenfalls kam es dann in der Folgezeit dazu, dass er mir verschiedene Aufträge erteilte. Diese bezogen sich auf die Herstellung von T-Shirts und den Druck von Booklets. Mit der Herstellung von CDs hatte ich nichts zu tun, das besorgte HESSE selbst.

*Kurze Zeit, bevor ich HESSE kennen lernte, hatte ich zusammen mit M. B. in Guben ein Textilgeschäft übernommen, in dem Szenebekleidung (Streetwearklamotten) für die rechte wie auch die linke Szene verkauft wurde. Aus diesem Ladengeschäft heraus habe ich in der Folgezeit mitunter dann auch CDs verkauft, die ich von Mirko HESSE als Gegenleistung für die von mir erfüllten Aufträge erhalten hatte.“*¹⁵⁷⁶

Er habe zu Mirko Hesse einen „stetigen Geschäftskontakt“ gehabt, man habe sich „sehr häufig persönlich getroffen“.¹⁵⁷⁷ Toni Stadler berichtet dann über ein Treffen mit Jan Werner an der Autobahn zwischen Dresden und Chemnitz:

„Jan WERNER kannte ich bis dahin nicht persönlich. Ich wusste aber, dass er das Label ‚Movement Records‘ betrieb. Er hatte in der rechten Szene einen Namen. Mirko HESSE erklärte mir, dass er ein Treffen mit Jan verabredet hatte und bat mich, ihn dort hinzufahren. Dazu war ich bereit. Auf der Fahrt hatte ich

¹⁵⁷⁴ Ebenda, S. 115.

¹⁵⁷⁵ B 4 iV B 73\004-S-530003-0000-0124-2018 VSNfD_Z89; S. 17-24.

¹⁵⁷⁶ Ebenda, S. 18.

¹⁵⁷⁷ Ebenda, S. 18.

keine Vorstellung davon, dass es darum gehen würde, dass ich für Jan WERNER ein Booklet herstellen sollte.

Es kam dann zu dem [...] Zusammentreffen von ‚Hate Records‘ und ‚Movement Records‘ auf freiem Feld unweit einer Autobahnabfahrt.

Im Rahmen des Gesprächs – wir hatten schon ca. 20 Minuten zusammen gestanden – fragte WERNER den HESSE, wie sein Geschäft so laufe und ob er gute Connections habe. Er fragte ihn nach seinen Press-Bedingungen. HESSE pries seine Verbindungen und stellte heraus, dass bei seinen Produktionen alles gut klappte. WERNER ist dann zu dem von mir bereits erwähnten¹⁵⁷⁸ Gulliloch gegangen und hat den Entwurf des Booklets für die LANDSER-CD ‚Ran an den Feind‘ herausgeholt. Dann hat er mit Mirko Einzelheiten des Layouts besprochen und die beiden wurden sich einig, dass HESSE die Herstellung des Booklets für Jan WERNER organisieren sollte. Dass ich dabei als Auftragnehmer für Mirko HESSE tätig werden sollte, kam nicht zur Sprache. Ich glaube, dass Jan WERNER bis heute nicht weiß, dass ich den Druck des Booklets für Mirko HESSE realisiert habe.

Nach meiner heutigen Erinnerung ist bei dem damaligen Zusammentreffen auch bereits die Pressung der CD angesprochen worden. Ich meine, dass Jan WERNER das entsprechende Dat-Band damals ebenfalls aus dem Gulliloch holte und Mirko HESSE mit dem Auftrag übergab, auch die Herstellung der CD zu organisieren. Ganz sicher bin ich mir, dass damals auch bereits über die Stückzahl gesprochen wurde: zweimal 5.000. Dies war für den Druckauftrag (Booklet) ja von Bedeutung. Hinter der Überlegung, den Auftrag in zweimal 5.000 zu teilen, stand der Gedanke, dass für den Fall, dass eine Produktion auffliegen würde, nicht gleich die Gesamtproduktion gefährdet und der finanzielle Verlust nicht allzu hoch war.

Ich kann nicht ausschließen, dass der Auftrag für die Pressung der CD erst etwas später erteilt wurde und ich hier zwei verschiedene Treffen in der Erinnerung miteinander vermische. Ich glaube aber eher, dass es so gewesen ist, wie ich eben angegeben habe.

Ich habe bei dem Treffen am Gulliloch im Wesentlichen nur dabei gestanden. Mir war natürlich klar, dass HESSE den Druckauftrag bzgl. des Booklets an mich weitergeben würde. Er hatte ja gar keinen anderen, der das hätte für ihn realisieren können. Schon auf der Rückfahrt sind Mirko HESSE und ich uns dann diesbezüglich auch einig geworden. Über meine Entlohnung war dabei noch nicht die Rede.

In der Folgezeit hat Mirko HESSE das Layout des Booklets auf seinem PC hergestellt und mir dann die CD überlassen. Ich selbst habe mich in der Zwischenzeit um ein Druckwerk gekümmert. Ich hatte erst die Vorstellung, das Booklet in meiner bewährten Druckerei in Gubin/Polen herstellen zu lassen. Meinem polnischen Mittelsmann zu dieser Druckerei war die Sache aber zu heiß. Letztlich ist es mir dann gelungen, über Mittelsmänner in Deutschland, deren Namen ich hier nicht angeben möchte, weil sie über die Brisanz der

¹⁵⁷⁸ Stadler bezieht sich hierbei auf eine zuvor erfolgte polizeiliche Vernehmung.

Angelegenheit auch gar nicht unterrichtet waren und ich sie nicht in irgend etwas hineinziehen möchte, eine andere Druckerei in Polen ausfindig zu machen, die den Druck des Booklets dann durchgeführt hat. Dies war mit ziemlich viel Fahrerei und Aufwand verbunden. Ich habe – wie ja von Anfang an geplant – erstmal nur 5.000 Stück in Auftrag gegeben. Dem Drucker war aber klar, dass ein Auftrag über weitere 5.000 Exemplare folgen sollte. Der Preis, den er mir machte, war an der Gesamtstückzahl von 10.000 orientiert. Wahrscheinlich wartet der gute Mann heute noch darauf, dass ich die zweite Lieferung von 5.000 Stück in Auftrag gebe.

[...]

Die Grüße und weiteren Textteile, die in dem Booklet enthalten sind, habe ich nur flüchtig überflogen und nicht weiter beachtet. Ich habe daran keine Erinnerung mehr.

Ich bin jetzt hier gefragt worden, ob ich mich daran erinnern, dass in dem Booklet die Ausländerbeauftragte, Frau Beck, erwähnt wird. Davon weiß ich nichts. So genau habe ich den Text damals nicht gelesen. Mir ist auch damals nicht aufgefallen, dass von ‚Michel F.‘ die Rede war.

Die 5.000 hergestellten Booklets wurden mir aus Polen nach Deutschland gebracht. Selbst wollte ich sie nicht holen, weil ich fürchtete, an der Grenze kontrolliert zu werden. Die Einfuhr hat deshalb ein Bekannter von mir erledigt, der die Fahrt als Familienausflug tarnen konnte.¹⁵⁷⁹

100 Booklets behielt Toni Stadler für sich selbst.

„Mit Mirko HESSE war abgesprochen, dass er mir zu den einbehaltenen Booklets eine entsprechende Anzahl CDs überlassen sollte. Das sollte der Lohn für meine Arbeit sein. Als ich die 4.900 Booklet-Exemplare bei S. W. ablieferte, fragte ich sogleich nach meinen CDs. S. W. erwiderte, dass er keine CDs für mich habe. Ich bin daraufhin umgehend zu Mirko HESSE gefahren und habe ihn aufgefordert, mir 100 CDs zu geben. Er hat dann nach einigem Zögern 100 Stück vom Dachboden geholt, die Kennungen herausgefräst und mir die CDs übergeben. [...]

In der Folgezeit habe ich die CDs mit den einbehaltenen Booklets zusammengefügt und sie – bis auf fünf oder zehn – unter der Hand in Cottbus verkauft. Ich hätte sie alle an einem Tag verkaufen können, habe mir meinen Vorrat aber etwas eingeteilt, so dass sich der Verkauf insgesamt über etwa 2-3 Wochen hinzog.

Mindestens fünf, höchstens zehn CDs – die genaue Stückzahl vermag ich nicht anzugeben – habe ich dem LfV Brandenburg überlassen.¹⁵⁸⁰

¹⁵⁷⁹ Ebenda, S. 18-20.

¹⁵⁸⁰ Ebenda, S. 20.

Über seine Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz Brandenburg geht Stadler im Lauf der Vernehmung noch genauer ein:

„Zu dem Zeitpunkt, als ich [...] mit MIRKO und Jan WERNER ‚am Gulliloch‘ zusammen getroffen bin, hatte meine Zusammenarbeit mit dem LfV noch nicht richtig begonnen. Zur damaligen Zeit haben wir uns gegenseitig noch mit Skepsis beäugt. Ich habe ‚Dirk‘ nicht erzählt, dass ich vorhatte, mit HESSE zusammen Jan WERNER zu treffen. Ich wusste ja auch gar nicht, was dort besprochen werden würde und hätte also gar keinen Anlass gehabt, über dieses bevorstehende Treffen mit ‚Dirk‘ zu reden.

Nachdem das Treffen mit HESSE und WERNER stattgefunden hatte, sah die Situation natürlich anders aus. Ich wusste ja nun, dass das Erscheinen einer neuen LANDSER-CD bevorstand.

Wie oben geschildert, hat sich der Druckauftrag nach Polen einige Zeit hingezogen. Aus meiner heutigen Erinnerung habe ich ‚Dirk‘ vor Erteilen des Druckauftrags berichtet, dass in nächster Zeit die neue LANDSER-CD kommen werde. Weitere Details habe ich ihm zu diesem Zeitpunkt nicht genannt. Ich habe ihm insbesondere nicht gesagt, dass ich den Auftrag übernommen hatte, den Druck des Booklets zu organisieren. Das habe ich ihm erst später gesagt, nachdem ich ihm bereits eine Muster-CD überlassen hatte. Dazu kam es wie folgt:

Kurze Zeit, nachdem ich meine 100 CDs von HESSE erhalten hatte, maximal drei Tage später, habe ich mich erneut mit ‚Dirk‘ getroffen. In der Zwischenzeit hatten wir nicht mehr über die LANDSER-CD gesprochen.

Bei dem Treffen habe ich ihm eine der CDs zusammen mit dem zugehörigen Booklet übergeben. Ich habe ihm gesagt, dass dies die neue LANDSER-CD sei. Ich habe ihm bei dieser Gelegenheit nicht erklärt, wo ich sie her hatte.

Einen Tag später rief er mich aufgeregt an, um ein Treffen zu vereinbaren. Dieses fand noch am selben Tag statt. ‚Dirk‘ kam zusammen mit einem älteren Kollegen. Sie erklärten mir, dass die Angelegenheit mit der CD hochbrisant und ‚erste Liga‘ sei. Sie wollten von mir wissen, wie ich an die CD gekommen war und wie viele Exemplare in meinem Besitz waren. Ich sagte erstmal nur allgemein, dass ich S. W. und Mirko HESSE getroffen und von denen 100 Exemplare bekommen hätte.

Ich habe nicht gesagt, dass dies die Gegenleistung für den Druck des Booklets war. Ich habe auch nicht gesagt, dass ich die CDs gekauft hätte. Sie mussten sich also denken, dass es die Gegenleistung für irgendetwas war, was aber nicht zur Sprache kam. Entweder bei diesem oder beim nächsten Treffen habe ich den Herren auf ihre Frage gesagt, dass insgesamt 10.000 Exemplare hergestellt werden sollten, derzeit aber erst 5.000 produziert seien. Ich meine, dass die Herren von mir dann wissen wollten, wo die 5.000 Exemplare gelagert wurden. Das wusste ich ja aber selbst nicht.

In der Folgezeit trafen wir uns im Schnitt etwa wöchentlich. Nach und nach habe ich den Sachverhalt aufgedeckt. Den genauen Zeitablauf kann ich aus der Erinnerung hier nicht schildern. Beim zweiten oder dritten Zusammentreffen fragten sie mich von sich aus, ob Jan WERNER mit der Produktion zu tun hatte. Das habe ich bejaht. Zu diesem Zeitpunkt hatte ich meine 90 Exemplare schon verkauft. Sie fragten mich, ob WERNER in der Hierarchie über oder unter HESSE stünde. Ich habe geschildert, dass WERNER dem HESSE das Dat-Band und den Entwurf für das Booklet überlassen hatte und dass HESSE beauftragt war, die Herstellung zu realisieren. Die Herren haben mich nicht wie Polizeibeamte befragt. An Details waren sie nicht groß interessiert. Deshalb weiß ich heute auch nicht mehr, ob ich die Episode mit dem ‚Gulliloch‘ geschildert habe.

Erst nachdem ich die mir überlassenen CDs – bis auf fünf bis zehn Stück – schon alle verkauft hatte, habe ich den Herren vom LfV erzählt, dass ich seinerzeit den Druck des Booklets organisiert hatte. Die Druckerei habe ich ihnen nicht genannt. Überwiegend habe ich nur ihre Fragen beantwortet. Dass der Druck in Polen stattgefunden hat, dürfte ich wohl gesagt haben. Auf jeden Fall habe ich berichtet, dass ich die 5.000 fertigen Booklets – bis auf 100 Stück – bei S. W. abgeliefert hatte.

Nach und nach wollten die Herren über das erste Musterexemplar hinaus weitere Einzelstücke der CD ‚für ihren Eigengebrauch‘ von mir haben, die ich ihnen auch gegeben habe. Es waren – wie bereits gesagt – insgesamt etwa fünf bis zehn. Sie wussten von vornherein, dass ich meine Exemplare alle verkaufen wollte. Davon haben sie mir auch nicht abgeraten. Sie haben mich im Gegenteil aufgefordert, noch mehr Exemplare zu ordern, weil sie die Übergabe verdeckt filmen wollten. Das ging aber schon deshalb nicht, weil zu diesem Zeitpunkt bereits alle CDs vertrieben worden waren.

Ich hatte die ausdrückliche Anweisung erhalten, mich persönlich an diesem Vertrieb nicht zu beteiligen, mich also nicht in das Vertriebsnetz aufnehmen zu lassen, weil klar war, dass in diesem Bereich intensiv von der Polizei ermittelt werden würde. Daran habe ich mich gehalten. Ich wollte keinesfalls weitere größere Stückzahlen ordern, ohne dem LfV Bescheid zu geben. Dazu ist es ja ohnehin nicht gekommen.

Nach und nach habe ich den Herren vom LfV auf deren Fragen viele Details zu der CD ‚Ran an den Feind‘ erzählt. Das zog sich im Grunde bis kurz vor meine Festnahme. Ich kann im Einzelnen nicht angeben, wann ich über welches Detail berichtet habe. Das ist mir aus der Erinnerung einfach nicht möglich. Wenn ich die Angelegenheit bewerten soll, würde ich sagen, dass das LfV aufgrund meiner Angaben nicht in der Lage gewesen wäre, den Vertrieb zu verhindern. Dazu hätten sie frühzeitiger Informationen von mir abfragen müssen.

Irgendwann habe ich den Herren auch gesagt, dass ich den Druckfilm für das Booklet in einem Versteck aufbewahrte. ‚Dirk‘ forderte mich auf, ihm den Film zu geben. Das habe ich abgelehnt, weil ich dann ja für den Fall eines weiteren Druckauftrages diesen nicht hätte ausführen können. Das hat er akzeptiert. Wann dieses Gespräch stattgefunden hat, weiß ich nicht mehr. Jedenfalls waren auch zu dieser Zeit meine Exemplare bereits verkauft.

Im Laufe meiner Zusammenarbeit mit dem LfV ist auch über die Band LANDSER und deren Mitglieder gesprochen worden. Das können Sie sich so vorstellen, dass beispielsweise gefragt wurde: ‚Gibt’s was Neues von Luni?‘ Ich meine, dass auch der Name REGENER im Gespräch mit den Herren gefallen ist. Wann dies war und die näheren Umstände dieser Unterredung kann ich beim besten Willen nicht mehr angeben. Da ich keinen engeren Kontakt zu ‚LANDSER‘ hatte, konnte ich zu der Band nichts Bedeutsames sagen.

Über das Vertriebsgeschehen bzgl. der ‚Ran an den Feind‘ habe ich im Nachhinein erfahren, dass die CD per anonymen Rundbrief angeboten wurde. Als dies aktuell stattfand, habe ich davon nichts gewusst und entsprechend auch dem LfV darüber nichts berichtet.“¹⁵⁸¹

Am 14.08.2002 wurde Toni Stadler vom LKA Sachsen (im Beisein von zwei Beamten des LKA-Berlin) als Zeuge in einem Ermittlungsverfahren gegen Mirko Hesse wegen des Verdachts der Volksverhetzung durch die Herstellung und den Vertrieb der CD „Noten des Hasses“ vernommen. Hier äußerte Stadler:

„Das LfV forderte mich nach der LANDSER-Geschichte auf, meinen Kontakt zu HESSE während der Zeit des Vertriebes der LANDSER-CD zu minimieren, was ich auch tat.

Ich sollte mit der LANDSER-Sache nichts zu tun haben, d.h. ich sollte mich aus dem Vertrieb der LANDSER-CD raushalten. Mehr als 100 Stück habe ich nicht von HESSE erhalten.“¹⁵⁸²

In einem Vermerk des Verfassungsschutzes Brandenburg vom 27.08.2002 werden der Vertrieb der „Landser“-CD und die Beteiligung Toni Stadlers chronologisch dargestellt:

„A. 16. November 2000

Der T. Stadler teilte mit, daß sich zum Zeitpunkt ca. 5.000 Exemplare der CD ‚Ran an den Feind‘ im Umlauf befanden. In den folgenden drei oder vier Wochen sollten bis zu 5.000 weitere Exemplare auf den Markt gebracht werden.

Der T. Stadler äußerte sein Interesse, von dieser Auflage eine Anzahl von ca. 200 Tonträgern erwerben zu wollen.

B. 17. November 2000

Der Verfassungsschutzbehörde des Landes Brandenburg war bekannt geworden, daß der T. Stadler bereits zu diesem Zeitpunkt mehrere Exemplare der CD ‚Ran an den Feind‘ erhalten und weiterverkauft hatte.

Auf Nachfrage teilte der T. Stadler mit, daß er von C. P., Inhaber des Labels ‚Moin-Moin-Records‘ erfahren habe, daß im gesamten Bundesgebiet 18

¹⁵⁸¹ Ebenda, S. 22-24.

¹⁵⁸² B 72_Band III, S. 153.

Personen einen Brief erhalten hätten, in welchem die o.g. CD zum Kauf angeboten wurde.

Stadler selber habe von S. W. das Angebot erhalten, eine Anzahl von Tonträgern zu erwerben. Diesen Sachverhalt teilte Stadler dem M. N. sowie T. B. mit.

Nach eigenen Angaben hatte sich Stadler am 05. November 2000 mit S. W. auf einem Parkplatz am Berliner Ring getroffen und ca. 20 Ausfertigungen der o.g. CD erhalten. Diese Tonträger veräußerte Stadler in seinem privaten Umfeld im Raum Cottbus, letztmalig am 09. November 2000 in einem Szene-Lokal in Cottbus.

Hinsichtlich seiner anderslautenden Einlassungen vom 16. November äußerte Stadler, daß er den bereits erfolgten Kauf der o.g. CD deshalb nicht eingeräumt hatte, weil er angesichts der geringen Anzahl von Mitwissern und einer möglichen polizeilichen Informationsübermittlung seine ‚Enttarnung‘ befürchtete.

C. 17. November 2000

Im Rahmen eines Telefonates wurde seitens des Stadler der Verfassungsschutzbehörde des Landes Brandenburg die Frage vorgelegt, ob ein weiterer Ankauf von ca. 200 Exemplaren der CD ‚Ran an den Feind‘ der Zusammenarbeit mit der Behörde entgegenstehen würde.

Nach behördeninterner Einschätzung der nachrichtendienstlichen Zugangsperspektive, die eine vertiefte Aufklärung der fraglichen Organisationsstrukturen aussichtsreich erscheinen ließ (Verweis: § 86 Abs. 3 StGB u. § 86 a Abs. 3 StGB), und erfolgter Rücksprache mit der Abteilung II des Bundesamtes für Verfassungsschutz wurde dem Ankauf von 200 Tonträgern der o.g. CD mit der Begründung zugeraten, daß die Glaubwürdigkeit des Stadler durch einen angemessenen Szeneverkauf erhöht werden könnte.

D. 22. November 2000

Der T. Stadler teilte mit, daß er aus eigener Veranlassung nur noch 50 Exemplare der CD ‚Ran an den Feind‘ erwerben wollte, da einerseits der polizeiliche Verfolgungsdruck als sehr hoch wahrgenommen wurde und andererseits im Wieder- und Weiterverkauf des Artikels eine zu geringe Gewinnspanne bestand.

E. 21. Dezember 2000

Der T. Stadler teilte mit, daß ihm noch vor dem 31. Dezember 2000 weitere Exemplare der o.g. CD zum Kauf angeboten wurden.

F. 05. Januar 2001

Der T. Stadler äußerte die Annahme, daß der ihm bekannte René Struch Mitarbeiter einer ‚Sicherheitsbehörde‘ wäre, da dieser während eines

Telefonates unverschlüsselt über die CD der Band ‚Landser‘ gesprochen hatte, obgleich der Tonträger in Szene-Kreisen üblicherweise als ‚Weinflasche(n)‘ bezeichnet wurde.

G. 15. Januar 2001

Der T. Stadler teilte mit, daß er eine Lieferung mehrerer Exemplare der CD ‚Ran an den Feind‘ auf dem Postweg erwartet.

Absender soll ein Lars G. mit Aufenthaltsort Hamburg oder Jan Werner (‚Movement Records‘) sein.

H. 16. Mai 2001

Der T. Stadler teilte mit, daß Mirko HESSE berichtet habe, daß im Zusammenhang einer polizeilichen Maßnahme gegen S. W. 1.000 bis 2.000 Exemplare der CD ‚Ran an den Feind‘ beschlagnahmt wurden. Die Tonträger sind von einem nicht bekannten Herstellungsort an eine Gewährsperson des S. W. gesendet worden (Hinweis: Die Anlieferung wurde polizeilich überwacht.). Da S. W. die Lieferung von der Gewährsperson nicht abholte, wurden die CD'en polizeilich sichergestellt.

I. 06. September 2001

Der T. Stadler teilte mit, daß Mirko HESSE dem A. U. mitgeteilt habe, daß er Angst davor besitze, daß im Rahmen eines zum Zeitpunkt anhängigen Strafprozesses bekannt werden könnte, daß er 7.000 Exemplare der CD ‚Ran an den Feind‘ herstellen ließ. Da HESSE über exzellente Geschäftsverbindungen zu verschiedenen Herstellerfirmen von Tonträgern verfügte, hatte ihn der Jan WERNER mit der Produktion der o.g. CD beauftragt. Der Produktionsumfang sollte 5.000 Stück umfassen.

Da J. WERNER dem M. HESSE lediglich eine Gegenleistung von 50 Tonträgern aus dieser Produktion einräumen wollte, was dieser, gemessen am Produktionsrisiko, als zu geringfügig betrachtete, entschloss sich der M. HESSE eigenmächtig zu einer Mehrproduktion von 2.000 Tonträgern.

(Hinweis: zum Erhebungszeitpunkt hatten von dieser Handlung des M. HESSE lediglich A. U. und T. STADLER selbst Kenntnis, insofern ging von einer Offenlegung ein erhöhtes Risiko für M. HESSE aus.)

J. 30. November 2001

Der T. Stadler teilte mit, daß es in der rechtsextremistischen Szene bekannt geworden sei, daß Mirko HESSE [...] eigenmächtig etwa 3.000 Tonträger (ohne Titel-Nennung) der Gruppe ‚Landser‘ hatte herstellen lassen. STADLER führt aus, daß HESSE nach Verbüßung einer Haftstrafe mit deutlichen Reaktionen aus der rechtsextremistischen Szene zu rechnen hätte.

*Der Verfassungsschutzbehörde des Landes Brandenburg liegen keine Erkenntnisse über den Ort und die Lage des von Stadler erwähnten Erdverstecks des Jan Werner vor.*¹⁵⁸³

4.3.2. Stadlers Rolle bei Produktion und dem Vertrieb der „White Aryan Rebels“-CD „Noten des Hasses“

Die Produktion der ersten Auflage der CD „Noten des Hasses“ der Band „White Aryan Rebels“ (WAR) erfolgte anfangs durch Lars B. und Mirko Hesse und fiel in das Jahr 2000. Der V-Mann Stadler nahm hierbei die Rolle eines Zwischenhändlers ein. Er belieferte auch den „B&H“-Aktivisten und Szenehändler Sven Sch. mit 200 CDs.

Die mit dieser CD-Lieferung in Verbindung stehende Durchsuchung bei Sven Sch. durch LKA Brandenburg am 25.01.2001 wurde bereits im Kapitel „Nationale Bewegung“ dargestellt. Sven Sch. wohnte zu diesem Zeitpunkt bei dem als Quelle „Backobst“ geführten Christian K. zur Zwischenmiete. Stadler, der dem brandenburgischen Verfassungsschutz über die bevorstehende CD-Lieferung berichtet hatte, rückte selbst in den Fokus der Ermittlungen. Die beschlagnahmte Postsendung an Sven Sch. mit den sichergestellten 200 CDs enthielt daktyloskopische Spuren von Stadler. Die Ermittlungen wurden im weiteren Verlauf von der Staatsanwaltschaft Cottbus übernommen (vgl. Kapitel 4.3.3.2.)

Im Jahr 2002 sollte eine zweite Auflage der CD „Noten des Hasses“ produziert werden. Nach der Aussage Stadlers als Beschuldigter im Ermittlungsverfahren des LKAs Berlin im Sommer 2002 (siehe Kapitel 4.3.3.2.) und nach Aktenlage war der brandenburgische Verfassungsschutz über die Schritte dieser Produktion zeitnah informiert. Zum weiteren Vorgehen bei der Produktion dieser CD wurden zwischen Stadler und dessen V-Mann-Führer Dirk Bartok Absprachen getroffen.

4.3.2.1. Erste Auflage der CD „Noten des Hasses“

Erstmals wird in der „BARTE“-Deckblattmeldung vom 24.03.2000¹⁵⁸⁴ über eine geplante neue CD der Band „White Aryan Rebels“ (WAR) berichtet:

„In der Berliner Skinhead-Musikszene wird derzeit eine neue CD (White Aryan Rebels) produziert. Der Sänger, der aus der rechten Szene kommt, hat

¹⁵⁸³ Ebenda, S. 25-27.

¹⁵⁸⁴ B4/2016-12-06 B4-VS-NfD/2000_dbm-Barte_Band IIIa_VSnfd-bws.pdf, S. 36-39, hier: S. 39.

vorgenannte CD mit Musikern, die nicht unbedingt der rechten Szene zuzuordnen sind, aufgenommen. Auf dieser CD sind überwiegend indizierte Lieder (gerichtet gegen Juden) aufgenommen worden.

Vorgenannte CD wird aller Voraussicht nach im Mai diesen Jahres mit einer Stückzahl von ca. 1.000 produziert. Am Tag X sollen diese CD'en (max. 100 Stück) dem Verteilerkreis zugänglich sein.

Auf dem Cover ist der Verkaufspreis von 25,00 DM aufgedruckt. Ein erhöhter Verkaufspreis soll damit verhindert werden.“

Der nächste Hinweis auf die erste CD-Produktion findet sich erst in der „BARTE“-Deckblattmeldung vom 08.12.2000:¹⁵⁸⁵

„Die erste CD der Band White Arian Rebels, ‚Noten des Hasses‘ die von Lars B. gegründet wurde, befindet sich derzeit in Dänemark im Presswerk. Mit einem Erscheinen der CD wird noch vor Weihnachten 2000 gerechnet.

Das Booklet sowie das Layout der CD sind schon fertiggestellt. [...]

Die CD soll in einer Auflage von 3.000 Stück erscheinen. Sie soll in dem Laden von Lars B. in Berlin-Pankow vertrieben werden. Als Eröffnungstermin für den Laden bleibt nach wie vor der 01.01.2001 bestehen, der Laden soll dann die Bezeichnung ‚Resistance‘ tragen. Derzeit befindet sich Lars B. allerdings in akuten Geldsorgen, weswegen er gezwungen war, verschiedene Kameraden um Geld zu bitten.“

Als „Anlage 2“ ist der Deckblattmeldung das Cover der CD beigelegt. Es ist angemerkt:

„In diesem Zusammenhang wird auf den besonderen Quellenschutz hingewiesen, da derzeit lediglich vier Personen von dem beigelegten Layout Kenntnis haben, von denen eine die hier berichtende Quelle ist.“

In einem Treffvermerk vom 14.12.2000¹⁵⁸⁶ (Treff am 13.12.2000) heißt es:

„Zudem teilte Quelle mit, daß sie sich bei einem Treffen mit Lars B. in Freiwalde am 12.12.2000 bereit erklärt hätte, 500 – 1000 Exemplare der von Lars B. produzierten CD der Band White Arian Rebels, ‚Noten des Hasses‘, abzunehmen und den Vertrieb der CD'en zu organisieren. BARTE will den Vertrieb in Hessen (über die hier bekannten Vnu. PE. sowie Vnu. ZIR. von der ‚Blood and Honour‘-Sektion Hessen), Hamburg (über den hier bekannten C. P.) sowie in der Schweiz (über die hier bekannte K. W.-K.) organisieren. Die CD soll noch vor dem 22.12.2000 in Umlauf gebracht werden.“

¹⁵⁸⁵ Ebenda, S. 298-304, hier: S. 302f.

¹⁵⁸⁶ B 4\Herabstufungen\004-S-530003-0000-0119-2018 NfD\1. Teillieferung Matrix Liste 8 vom 07_08_2018/ Z83_B04_tv_Barte_Band II-81-263-nfd-bwpks.pdf, S. 179-181, hier: S. 180.

Anmerkung: Die ursprüngliche Intention, die Quelle nach Möglichkeit aus dem Vertrieb dieser CD herauszuhalten, konnte aufgrund der persönlichen Nähe der Quelle zu Lars B. nicht realisiert werden.

Da die Quelle nunmehr sehr stark in den Vertrieb der CD involviert ist, können auf diesem Wege, im Zuge der engen Zusammenarbeit zwischen der Quelle und Lars B., ggf. weitere wichtige Informationen zu Lars B., ‚Infront‘, dem ‚Weißen Arischen Widerstand‘ sowie der Band ‚White Arian Rebels‘ gewonnen werden.“

In einem Treffvermerk vom 15.01.2001 (Treff am 11.01.2001) heißt es:

„Weiterhin rechnet Quelle damit, dass am kommenden Wochenende (13.01.-14.01.2001) die CD der von Lars B. produzierten Band ‚White Arian Rebels‘ an die Händler ausgeliefert wird.“¹⁵⁸⁷

Und in einem Treffvermerk vom 19.01.2001 steht:

„Des weiteren teilte die Quelle mit, dass die CD „Noten des Hasses“ der von Lars B. produzierten Band White Arian Rebels (W.A.R.) sich nunmehr im Vertrieb befindet. Quelle selbst hat auch eine Anzahl von Exemplaren dieser CD von Lars B. abgenommen.“¹⁵⁸⁸

In der „BARTE“-Deckblattmeldung vom 01.02.2001¹⁵⁸⁹ wird mitgeteilt, dass Lars B. „die Verteilung der CD der Band White Arian Rebels in die Wege geleitet“ habe. Insgesamt sieben Empfänger, die je 100 oder 200 Stück erhalten haben, werden namentlich und mit Adresse genannt. Genannt wird auch „S. Sch.“ in Borkwalde (200 Stück).

In seiner Beschuldigtenvernehmung¹⁵⁹⁰ beim LKA Berlin erklärte Toni Stadler am 22.07.2002:

„Ca. Anfang 2000 habe ich erfahren, dass Lars eine CD aufnehmen will. Entsprechende Texte hat er während seiner Knastzeit in Norwegen verfasst, die von der Qualität her ähnlich wie von der Band ‚Blue eye Devils‘ sein sollten, nur in deutsch. Proben habe ich da nicht mitbekommen. Ich wusste damals auch nichts über die Einspielung und Aufnahme sowie die Herstellung und Vertriebswege.

Ich weiß, dass Mirko HESSE für die Herstellung verantwortlich war. Ich war für den Vertrieb zuständig, zusammen mit Lars. Jetzt weiß ich, dass die Aufnahmen in dem Studio stattgefunden haben, indem auch ‚DST‘ später aufgenommen

¹⁵⁸⁷ B 4\Herabstufungen\004-S-530003-0000-0119-2018 NfD\1. Teillieferung Matrix Liste 8 vom 07_08_2018_Z84, S. 10-12, hier: S. 10.

¹⁵⁸⁸ Ebenda, S. 13

¹⁵⁸⁹ B4/2016-12-06 B4-VS-NfD/2001_dbm-Barte_Band IIIb_VSnfd-bws.pdf, S. 24-32, hier: S. 30f.

¹⁵⁹⁰ B 72_Band II, S. 173-179.

hat. Dieses Studio ist auch in Berlin. Ich war aber noch nie dort. Das Studio betreibt der Sänger der Band ‚Infront‘. Die Aufnahme muss irgendwann im Jahr 2000 stattgefunden haben, evtl. auch noch eher.

Ich habe den Kontakt zwischen Lars und Mirko hergestellt, weil ich den Mirko kannte und auch nicht die entsprechenden Möglichkeiten zum Pressen hatte.“¹⁵⁹¹

Weiter sagte er:

„Diese 2.800 CDs haben Lars und ich geteilt. Jeder konnte ca. 1.400 CDs verkaufen. Allerdings blieben alle CDs bei mir liegen. Lars hatte keine CDs davon in der Hand. Er übersandte mir nur Zettel mit Interessenten, an die ich diese schicken sollte.“¹⁵⁹²

Am 25.07.2002 wurde Toni Stadler erneut als Beschuldigter vom LKA Berlin vernommen.¹⁵⁹³ In dieser Vernehmung äußerte sich Stadler auch zur Rolle seines V-Mann-Führers „Dirk Bartok“.

Gefragt, ob „Bartok“ wusste, dass er (Toni Stadler) 2.800 CDs verteilt habe, antwortete Stadler: „Ja, das war ihm bekannt. Ich habe ihm auch die Produktionswege geschildert, Von den ersten CDs hat er einige bekommen.“¹⁵⁹⁴

Auf die Frage:

„An wen gingen die ersten 1.000 CDs von Lars B.?“

äußerte Stadler:

„Ich habe detaillierte Anweisungen von Lars bekommen. Es handelte sich in der Hauptsache um größere Posten (2x200 und 6x100 Stück). 1x200 waren Sven Sch. und 1x200 Stück nach Schweden. 1x100 gingen nach Ungarn, 1x100 nach Berlin zu ‚Casper‘. Den Rest weiß ich nicht mehr. Auf jeden Fall hat Dirk von mir eine Liste mit den Adressen der Empfänger bekommen.“¹⁵⁹⁵

¹⁵⁹¹ Ebenda, S. 174.

¹⁵⁹² Ebenda, S. 175.

¹⁵⁹³ B 72_Band III; S. 17-23.

¹⁵⁹⁴ Ebenda, S. 19.

¹⁵⁹⁵ Ebenda. 20.

4.3.2.2. Zweite Auflage der CD „Noten des Hasses“

Nachdem die erste Produktion verteilt worden war und entsprechenden Absatz in der rechtsextremistischen Szene gefunden hatte, entschieden sich Lars B. und Toni Stadler, eine weitere Auflage der „WAR“-CD „Noten des Hasses“ herzustellen. Hierzu sagte Stadler in seiner Beschuldigten-Vernehmung am 22.07.2002 beim LKA Berlin:

„Im letzten Jahr im Sommer war das Interesse an der CD immer noch hoch. Lars fragte mich, ob wir nicht eine Nachpressung machen könnten. [...] Da Mirko im Knast saß, wollte ich mich darum kümmern, dass wir diese Nachpressung machen. [...] Ich habe dann Thomas P. kennen gelernt und bekam mit, dass er zu einem Presswerk in Ungarn Kontakt hat. Der Kontaktmann für ihn ist ein Slowake in Bratislava.“¹⁵⁹⁶

In einem Treffvermerk vom 19.12.2001 heißt es zu den Plänen Lars B.s und Stadlers zur Produktion einer weiteren Auflage der „WAR“-CD:

„Weiterhin teilte die Quelle mit, daß Lars B. derzeit weitere 2.000 Exemplare der CD ‚Noten des Hasses‘ der WAR produziert. Die Herstellung der CD soll über eine Kontaktperson der Quelle, Tom P. (w.P.u.) [...], erfolgen. Die CD selbst soll in Ungarn hergestellt werden. Die Quelle fungiert zwischen Tom P. und Lars B. als Kontaktperson. [...]

Am Abend des 17.12.2001 wurde der VMF durch V.5 darüber informiert, daß gegen den hier bekannten Lars B. derzeit Ermittlungen des LKA Berlin anhängig sind. Auf Anweisung von V/5 sollte die Quelle in geeigneter Weise zur Vorsicht im Handling und im technischen Umgang mit Lars B. aufgefordert werden. Die Quelle wurde weisungsgemäß dahingehend instruiert.“¹⁵⁹⁷

Auf entsprechende Nachfrage sagte Stadler bei seiner Beschuldigtenvernehmung beim LKA Berlin vom 25.07.2002, er habe seinen V-Mann-Führer „Bartok“ umgehend über die geplante zweite Pressung informiert. „Es war ja für ihn eine total wichtige Nachricht.“¹⁵⁹⁸ Weiter sagte Stadler:

„Zuerst meinte er zu mir, dass ich ‚die Füße still halten‘ soll bevor er es nicht absegnet. Er wollte dies erstmal in höheren Ebenen klären.

Das hat mehrere Wochen gedauert. Während dieser Zeit hat Lars schon immer gedrängelt und fragte mich nach dem momentanen Stand der Produktion. Ich musste ihn regelrecht hinhalten und sagte ihm, dass meine persönlichen Treffen mit den Beteiligten sich verzögert hätten. Das nahm er auch so hin, musste er

¹⁵⁹⁶ B 72_Band II, S. 176.

¹⁵⁹⁷ B 4_Herabstufungen_004-S-530003-0000-0119-2018 NfD\1. Teillieferung Matrix Liste 8 vom 07_08_2018_Z84_B04_2001_tv-Barte_Band II-12-142-nfd-bwpks; S. 128f.

¹⁵⁹⁸ B 72_Band III, S. 21.

ja. Lars war auch mit seinem Club sehr beschäftigt, sonst hätte der sich wahrscheinlich intensiver drum gekümmert.

Nach ca. 1 Monat sprach ich Dirk auf die CDs an und sagte ihm, dass ich langsam eine Entscheidung brauche. Ich müsste sonst Lars absagen oder mit seiner Zustimmung die Produktion in die Wege leiten, ansonsten würde das unglaublich werden.

Er bat mich noch um drei Wochen Wartezeit.

Nach diesen drei Wochen war alles abgeklärt. Es sollte über Thomas P. laufen. Ich sollte von Thomas P. eine Kontonummer organisieren. Auf dieses Konto hätten wir zusammen, Dirk und ich, das Geld in mehreren kleinen Beträgen überwiesen. Dazu war geplant, von verschiedenen Banken aus Einzahlungen zu tätigen.

Dirk ermahnte mich, es auf diesem Wege zu machen und keine eigenständigen Schritte dahingehend zu unternehmen. Er äußerte auch mir ggü., dass es so abgesichert ist. Das war vor ca. vier Wochen.¹⁵⁹⁹

Im Treffvermerk vom 11.04.2002 wurden die Produktionsschritte sowie die Geldübergabe durch Lars B. an die Quelle „Barte“ dokumentiert:

„Bei einem Treffen zwischen der Quelle ‚BARTE‘ und Lars B. am 06.04.2002 in Berlin wurde der Quelle € 1970,- für die Produktion der CD übergeben. Quelle soll diese Summe unverzüglich an ihre Kontaktperson Thomas P. weitergeben.

Thomas P. hatte der Quelle im Vorfeld bereits mitgeteilt, daß, wenn das Geld für die Produktion der CD nicht bis zum 18.04.2002 bei ihm vorläge, er zunächst die Produktion einer anderen CD (neue CD der Band ‚Gestapo‘) vorziehen würde.

Laut Schilderung der Quelle wäre sie an folgenden Punkten in die Produktion der CD involviert:

- *Quelle übersendet bis zum 18.04.2002 die o.g. Geldsumme an Thomas P.; gemäß einer Absprache zwischen Quelle und Thomas P. soll das Geld per Briefsendung an die Geschäftsadresse von Thomas P. (Label ‚Frontrecords‘) versandt werden;*
- *Thomas P. teilt der Quelle nach Produktionsabschluß mit, wann und wo die Quelle ihren Teil der CD-Lieferung erhält*

Anmerkung: *Von ursprünglich 2.200 CD's werden lediglich 2.000 Exemplare zu Thomas P. gelangen. Der Produzent der CD erhält für seine Bemühungen 200 Freiemplare. 100 Freiemplare erhält Thomas P., die restlichen 1.900 CD's sollen laut Absprache*

¹⁵⁹⁹ Ebenda, S. 21.

vom 06.04.2002 zu gleichen Hälften an Lars B. und die Quelle ausgeliefert werden.

Der weitere Verlauf für Thomas P. wäre folgender:

- Thomas P. kontaktet den bereits mehrfach genannten Marek Nnu. und teilt ihm mit, daß das Geld für die Produktion der WAR-CD nunmehr vorliegt.
- Thomas P. übersendet die Summe an die vorab genannte österreichische Kontaktperson des Marek Nnu.; mutmaßlich G. H., auch zu erreichen über die Adresse [es wird die Emailadresse genannt]
- Marek Nnu. gibt den Auftrag zur Herstellung der CD an das hier nicht bekannte Presswerk in Ungarn weiter;
- Marek Nnu. teilt dem Thomas P., vermutlich etwa drei bis vier Wochen später, ggf. wieder über HESS, mit, daß die CD's fertiggestellt sind;
- Die CD's gelangen aus Ungarn nach Österreich;

Anmerkung: Der letzte Kenntnisstand hierzu wäre der, daß Marek Nnu. ggf. direkt nach Ungarn fährt und die CD's nach Österreich verbringt.

- Die CD's gelangen von Österreich nach Deutschland zu Thomas P.;

Anmerkung: Eine Möglichkeit ist die bereits vorab beschriebene, daß die CD's per Kuriere der Firma ‚Rent-a-car‘ nach Deutschland geschmuggelt werden; eine zweite Möglichkeit hat Thomas P. kürzlich genannt, dabei würde er, Thomas P., die CD's direkt aus Österreich abholen; laut Thomas P. würden somit das Geld für die Fahrzeugkuriere der Firma ‚Rent-a-car‘ und darüber hinaus noch **€ 350,- für die Bestechung eines bestimmten österreichischen Zollbeamten** wegfallen.¹⁶⁰⁰

In einem weiteren Treffvermerk vom 19.04.2002 wurden Details zur Produktion der „WAR“-CD und die Anweisungen an die Quelle „Barte“ schriftlich festgehalten:

„Darüber hinaus wurde das mit der Quelle die weitere Vorgehensweise betreff der Herstellung der CD ‚Noten des Hasses‘ der Band WAR besprochen:

Quelle soll die besprochene Summe von € 1.970,- zum jetzigen Zeitpunkt nicht an Thomas P. senden. Eine Zahlung der Summe, und somit ein Beginn der Produktion der CD, soll innerhalb der nächsten drei Wochen nicht erfolgen. Das Geld soll erst auf Zuruf des VMF an Thomas P. versandt werden.

¹⁶⁰⁰ B 4_Herabstufungen\004-S-530003-0000-0119-2018 NfD\1. Teillieferung Matrix Liste 8 vom 07_08_2018_ Z85_B04_2002_tv-Barte_Band II-29-120-nfd-bwpks, S. 42f.

Sollte von Thomas P., Lars B. oder einem weiteren, mit diesem Komplex befassten, Szeneangehörigen andere Intentionen an die Quelle herangetragen werden, soll der VMF unmittelbar informiert werden.

Quelle sagte ihre unbedingte Kooperation in diesem Sachverhalt zu.

Sie teilte weiter mit, daß in der zweiten Maihälfte ein Treffen zwischen der Quelle, Thomas P. und dem Marek Nnu. geplant sei. Der Quelle wurde vorgeschlagen, anlässlich dieses Besuches die Geldsumme dem Marek Nnu. persönlich zu übergeben. Durch die Geldübergabe würde dann der Produktionsbeginn der CD bestimmt werden.

*Bei dem Besuch könnte die Quelle darüber hinaus weitergehende Informationen über den Marek Nnu. gewinnen, sowie weitere Erkenntnisse über Geschäftspraktiken und Vertriebswege des Marek Nnu. beibringen.*¹⁶⁰¹

In der Folge verzögerte sich die Geldübergabe von Stadlers an Thomas P. In einem Treffvermerk vom 17.05.2002 heißt es dazu:

*„Bislang konnten noch nicht mit Vertretern aller betroffenen Bundesländer Übereinkünfte hinsichtlich der Vorgehensweise in diesem Sachverhalt besprochen werden. Da eine letzte Besprechung in der 21. KW erfolgen wird, soll die Geldübergabe erst nach dieser Absprache erfolgen.“*¹⁶⁰²

Von der vereinbarten Strategie zur Geldübergabe wurde abgerückt, wie im Treffvermerk vom 23.05.2002 festgehalten:

„Die ursprüngliche Strategie sah vor, durch eine Übergabe des Geldes von der Quelle an den hier bekannten Musikproduzenten Thomas P. den Zeitpunkt der Produktion der CD zu bestimmen. Im weiteren Verlauf war geplant das Geld unter Beteiligung der Quelle an das Mitglied der ‚Blood & Honour‘-Division Slowakei, Marek Nnu., übergeben werden.

Auf diese Weise war beabsichtigt Erkenntnisse über Produktion und Vertriebsstrukturen von CDs mit rechtsextremistischem Inhalt zu gewinnen.

Da dieses Vorgehen strafrechtlich relevant gewesen wäre, wurde diese Planung geändert:

*Die Quelle soll nun den o.g. Geldbetrag in Höhe € 1.970,- an Lars B. zurückgeben werden. Eine entsprechende Legende soll bei dem nächsten Treff mit der Quelle ‚BARTE‘ besprochen werden.“*¹⁶⁰³

¹⁶⁰¹ Ebenda, S. 48.

¹⁶⁰² Ebenda, S. 57

¹⁶⁰³ Ebenda, S. 66f.

Im weiteren Verlauf verzögerte sich die Geldübergabe zwischen Toni Stadler, Lars B. und Thomas P. Im Treffvermerk vom 31.05.2002 heißt es dazu:

„Im Hinblick auf die Produktion der zweiten Auflage der CD ‚Noten des Hasses‘ der Band WAR wurde mit der Quelle, entsprechend der vorherigen Absprache mit V/5, die weitere Vorgehensweise besprochen:

- *Quelle wird sich von dem hier bekannten Thomas P., bei einem in der 23. KW vereinbarten Treffen, eine Kontoverbindung mitteilen lassen, auf der die vereinbarte Summe von € 1.970,- für die Herstellung der CD ‚Noten des Hasses‘ in mehreren kleinen Raten bar eingezahlt werden soll.*
- *Noch innerhalb der 23. oder 24. KW wird die Quelle dem Lars B. bei einem persönlichen Treff mitteilen, daß sie, die Quelle, aufgrund der kürzlich bei ihr und bei Thomas P. stattgefundenen Hausdurchsuchungen dem Thomas P. das Geld nicht selbst übergeben wolle, sondern daß er, Lars B., dem Thomas P. das Geld auf die o.g. Kontoverbindung anweisen soll.*

Anmerkung; *Eine direkte Rückgabe der Geldsumme von der Quelle an Lars B. ist nach Aussage der Quelle nicht erforderlich, da Lars B. noch Schulden bei der Quelle hat. Diese Schulden werden mit den € 1.970, für die CD verrechnet.*

- *Ihre Vorgehensweise unterstützend soll die Quelle Lars B. weiter mitteilen, daß sie den Verdacht hege, ständigen polizeilichen Überwachungsmaßnahmen (Post, Telefon, Observation) ausgesetzt zu sein.*

Lars B., bzw. eine Person aus dem Umfeld von Lars B., soll im weiteren Verlauf die vereinbarten € 1.970,- auf das o.g. Konto von Thomas P. bar einzahlen. Ob Lars B. so vorgehen wird, ist nach Einschätzung der Quelle wahrscheinlich.

Bei dieser beschriebenen Vorgehensweise ist davon auszugehen, daß das Ansehen der Quelle bei Lars B. Schaden nehmen wird. Zur Zeit sind Lars B. und Thomas P. jedoch nicht persönlich bekannt, so daß Lars B. auch in Zukunft CD's sowie anderes ‚Band-Merchandising‘ wie T.-Shirts, Sweatshirt u.a., über die Quelle herstellen lassen wird. Hinzu kommt in diesem Zusammenhang auch noch, daß die Möglichkeit für die Herstellung von CD's über M. Bu. (‚Infront‘, ‚DST‘) in Berlin weggefallen ist, so daß Lars B. auch aus diesem Grunde weiterhin auf die Verbindungen der Quelle angewiesen sein wird.

Anmerkung: *Da hiesige Behörde ein hohes Interesse am weiteren Verlauf der anstehenden Produktion der CD ‚Noten des Hasses‘ hat, wird angeraten, diesbezügliche Gespräche mit Vertretern der sächsischen Verfassungsschutzbehörde zu führen.“¹⁶⁰⁴*

¹⁶⁰⁴ Ebenda, S. 69f.

Weiter heißt es in einem Treffvermerk vom 14.06.2002 zur geplanten Geldübergabe:

„Darüber hinaus teilte die Quelle mit, daß sie am 10.06.2002 den Thomas P. [...] besucht habe. Gemäß der vorherigen Absprache mit dem VMF sollte Quelle von dem Thomas P. eine Kontonummer zur Überweisung der € 1.970,- für die Herstellung der zweiten Auflage der CD ‚Noten des Hasses‘ der Band WAR erhalten.

Thomas P. teilte mit, daß er zur Zeit, aufgrund der kürzlich stattgefundenen Hausdurchsuchungen bei ihm sowie bei seiner Freundin [...] sehr vorsichtig agieren müsse. Die Weitergabe einer Kontonummer an die Quelle wäre daher für Thomas P. ein sehr risikoreicher Weg. Er würde eine persönliche Geldübergabe vorziehen.

Quelle erwiderte dem Thomas P., daß diese Option nicht zur Verfügung stünde, da Thomas P. das Geld nicht von der Quelle direkt sondern von ‚den Berlinern‘ erhalten würde.

Anmerkung: *Im Interesse der Quelle soll ein persönlicher Kontakt zwischen Lars B. und Thomas P. nicht zustande kommen. Quelle befürchtet, daß im Falle einer persönlichen Bekanntschaft der beiden sie, die Quellem aus verschiedenen geschäftlichen Transaktionen herausgehalten werden würde.*

Thomas P. erklärte sich nach längerem Zögern bereit, der Quelle bis zum Ablauf der 24. KW eine Kontoverbindung mitzuteilen. Diese Kontoverbindung soll einer Person aus dem weiteren Umfeld von Thomas P. zurechenbar sein. Weitere hierzu wurde bislang nicht bekannt.

Weiterhin bat Thomas P. die Quelle, ihn in naher Zukunft zu dem Marek Nnu. zu begleiten. Thomas P., dem im Zuge der kürzlich stattgefundenen Hausdurchsuchung auch die Fahrerlaubnis entzogen worden war, will mit dem Marek Nnu. den genauen Ablauf der Herstellung der CD der Band WAR besprechen. Da auch Marek Nnu. kürzlich polizeilichen Maßnahmen ausgesetzt war, will dieser zur Zeit nicht nach Deutschland einreisen.

Da im Zuge eines persönlichen Kontaktes zwischen der Quelle und Marek Nnu. weitere Einzelheiten aus dem Umfeld der Produktion sowie dem Vertrieb der von Marek Nnu. produzierten CD's bekannt werden würden, wurde der Quelle nahegelegt, dieser Bitte von Thomas P. nachzukommen.

Die Fahrt an den Wohnort des Marek Nnu. (mutmaßlich Bratislava, Slowakei) soll wahrscheinlich im Verlaufe der 26. KW, nicht am Wochenende, stattfinden.“¹⁶⁰⁵

¹⁶⁰⁵ Ebenda, S. 74f.

Zur Fahrt der Quelle „Barte“ (Stadler) zu Marek Nnu. und geplanten Transaktion zwischen Thomas P. und Stadler heißt es in einem Treffvermerk vom 21.06.2002:

„Darüber hinaus teilte die Quelle mit, daß sie am 21.06.2002 erneut den Thomas P. [...] besuchen wolle. Bei dieser Gelegenheit werde sie, die Quelle, von Thomas P. die Kontoverbindung erhalten, auf die von Lars B. € 1.970,- für die Herstellung der zweiten Auflage der CD ‚Noten des Hasses‘ der Band WAR eingezahlt werden sollen.

Ursprünglich wollte Thomas P. der Quelle diese Kontoverbindung bereits bis zum 16.06.2002 mitteilen. Da bei PERSODRF sowie bei einigen seiner Kontaktpersonen kürzlich Hausdurchsuchungen stattgefunden haben, musste er zunächst eine ‚sichere‘ Kontoverbindung organisieren.

Bei einem Treffen mit Lars B. am 23.06.2002 will BARTE die o.g. Kontoverbindung dann an Lars B. weitergeben.

Absprachegemäß wurde die Quelle dahingehend instruiert, bei der gemeinsamen Fahrt mit Thomas P. zu dem hier bekannten Marek Nnu. nach Bratislava lediglich als Fahrer zu fungieren.

An ggf. geplanten Geldübergaben soll sich die Quelle nicht beteiligen. Desweiteren soll die Quelle keineswegs illegale bzw. indizierte Tonträger oder andere Devotionalien im Auftrag des Thomas P. aus Bratislava zurück nach Deutschland transportieren.

Die Quelle erklärte sich mit dieser Vorgehensweis einverstanden teilte aber weiter mit, daß die geplante Fahrt nach Bratislava frühestens in der 28. KW stattfinden wird. Als Grund für diese Verzögerung nannte die Quelle zeitliche Engpässe sowohl bei ihr als auch bei Thomas P.“¹⁶⁰⁶

Nach den weiteren Treffberichten des brandenburgischen Verfassungsschutzes ist es bis zur Entpflichtung der Quelle „Barte“ (22.07.2002) nicht mehr zu einem Austausch der Kontoverbindungen gekommen.

In seiner Beschuldigtenvernehmung vom 14.08.2002 beim LKA Berlin bestätigte Stadler die Darstellung in den zuvor zitierten Vermerken des brandenburgischen Verfassungsschutzes:

„Lars B. und ich stellten fest, dass es nach der ‚WAR‘ noch immer eine große Nachfrage gab. Daraufhin entschieden wir uns beide eine zweite Auflage von 2.000 Stück mit leicht abgeänderten Layout noch einmal herstellen zu lassen.

¹⁶⁰⁶ Ebenda, S. 77f.

Dieses teilte ich meinem Quellenführer mit, der mich darauf anhielt, die Produktion erst einmal hinauszuzögern.

Nach ca. einem Monat wurde mir gesagt, dass die Ämter für Verfassungsschutz sich untereinander abgesprochen hatten und diese den Produktionsweg kontrolliert verfolgen lassen wollten. Ich sollte die Informationen hierzu liefern.

Es war geplant, die 2.000 CDs an der Grenze Österreich/Deutschland beschlagnahmen zu lassen, um der Szene einen finanziellen und ideologischen Schaden zuzufügen. Um meine Zusammenarbeit geheim zu halten, sollte ich aber aus einer Strafverfolgung rausgehalten werden.

So war es mit BARTOK abgesprochen. Ich sollte aber über sämtliche Schritte und evtl. Änderungen Informationen liefern, was ich auch getan hätte.“¹⁶⁰⁷

In einer Beschuldigtenvernehmung am 28.08.2002 wird Toni Stadler beim LKA Berlin auf eine Äußerung in einer früheren Vernehmung angesprochen.

„Frage:

In der Vernehmung vom 25.07.02 äußerte Sie, dass Ihnen gesagt wurde, dass die Angelegenheit mit ‚höheren Ebenen‘ abgeklärt werden muss. Wer ist damit gemeint?

Antwort:

Das weiß ich auch nicht mehr so genau. Soweit wie ich weiß, sollten die Verfassungsschützer der beteiligten Bundesländer und des BfV informiert werden.

Dirk erzählte mir nach einem Treffen, dass nach Aussage eines anderen LfV's, evtl. Thüringen oder Sachsen, die Sache eingestellt werden sollte, da es zu brisant ist.

Der WEGESIN soll sich dagegen ausgesprochen haben, da es sich um eine professionelle Arbeit handelt und keine Gefahr besteht.“¹⁶⁰⁸

Unter anderem mit diesen Zitaten konfrontiert, sagte der Zeuge Wegesin, damals Leiter der Abteilung V für Verfassungsschutz im Innenministerium, vor dem Untersuchungsausschuss:

„Die Maßnahmen, die Sie da schildern, sollten letztendlich ja dazu dienen, die Möglichkeit, Einblick zu nehmen in die Produktions- und Vertriebsstrukturen, so zu erfassen, dass nicht nur 2 000 CDs irgendwo abgefasst werden, sondern dass man in der Tat die Produktionsstrukturen - - Das war immer ein großes Problem, wo man diese Dinger pressen lassen kann. Man hat sich da - das

¹⁶⁰⁷ B 72_Band III, S. 153.

¹⁶⁰⁸ B 72 Band V, S. 47-59, hier S. 54.

wussten wir aus der Szene - nicht in Deutschland hingetraut an irgendwelche kleinen Presswerken oder Mittelständler, weil man Sorge hatte, dass da die Polizei möglicherweise schon wartet, oder man mit derartig brisanten Materialien eigentlich nur ausländische Produktionsstätten in Anspruch nehmen kann.

Wenn Stadler in diesem Umfang über mögliche Maßnahmen - ich will das gar nicht ausschließen - der Verfassungsschutzbehörden, der Sicherheitsbehörden unterrichtet war, dann durfte das nicht sein, weil natürlich einer Quelle, auch wenn sie arbeitsteilig eingebunden ist - ich habe ja eben sehr grundsätzlich dazu gesagt, dass wir uns da offenkundig überhoben haben, in bester Absicht - - Eine Quelle hat nur in dem Umfang Informationen über beabsichtigte sicherheitsbehördliche Maßnahmen zu bekommen, als sie sich dann verantwortlich und rollenkonform verhalten kann. Wenn in der Tat derartige Strukturinformationen, was die Verfassungsschutzbehörden ermittlungstaktisch vorhatten und insbesondere welche Zugriffsmöglichkeiten dann selbstverständlich nicht durch die Verfassungsschutzbehörden, sondern durch die solchermaßen unterrichteten Polizeibehörden und sonstigen Strafverfolgungsbehörden passierten - - Das darf nicht sein. Eine Quelle darf nicht wissen, wann und wie ein Zugriff stattfindet. Die Gefahr, dass sie das durchsticht, nicht bei sich behalten kann oder eine solche Aktion schlicht und einfach - ich nenne es mal umgangssprachlich - vermässelt, ist viel zu groß.

Aber in der Tat ist so der Versuch unternommen worden, die Produktion der zweiten Auflage unter Wissen des Verfassungsschutzes so durchführen zu lassen - in der Hoffnung, dass man die 2 000 Dinger abgreift und hinterher dann wirklich auch Produktions- und Vertriebsstrukturen abschließend lahmlegen kann. Dass das nicht gelungen ist, ist bedauerlich, rechtfertigt aber - nach dem Motto „Pech gehabt!“ - nicht den Umfang, in dem man sich damals da hineinbegeben hat. Das ist aus meiner Sicht bei dem, was wir wussten, was wir konnten, wie das auch organisiert werden kann - - Ich sage Ihnen ja, ich habe hinterher beruflich in hochkomplexen Dingen die Konzepte und die Leitung gehabt, und ich würde sogar heute sagen: Das war damals jenseits meiner eigenen beruflichen Fähigkeiten; so was machst du mal nicht eben so. Das habe ich auch erst mühsam lernen müssen. Da haben wir uns drastisch verhoben und waren da recht, sagen wir, begeistert, aber unbedarft und rechtlich, glaube ich, dann auch nicht hinreichend sensibilisiert, in welche Grenzbereiche wir uns begeben, unterwegs. Das war ein veritabler Verfassungsschutzskandal.“¹⁶⁰⁹

Er führte näher aus, dass man Quellen „legitimieren“ müsse, um in derartige Strukturen einzudringen. Dies sei ähnlich bei beispielsweise bei Scheinankäufen im Drogenbereich durch die Polizei, bei denen aber „Undercover Agents“, also hauptamtliche Quellen, eingesetzt würden. Konkret zu Stadler führte er aus:

„Sie kommen an derartige Informationen, wenn Sie sozusagen im Ameisenprinzip das Straßenhändlerniveau, wo jeder mal sagt: ‚Komm hier, ich

¹⁶⁰⁹ Protokoll 36. öffentlichen Sitzung vom 23.11.2018, S. 131f.

kaufe zehn Dinger, und mit einem gewissen Gewinnaufschlag verkaufe ich die weiter' - - Wenn Sie wirklich in der Vertriebshierarchie höher wollen, dann kommen Sie in alle diese Problematiken rein. Man hat damals gesagt oder gedacht: Das kriegen wir mit Stadler hin. Der ist durch diese berühmte Entscheidung - ein weiteres Fragezeichen dahinter -, eine bestimmte CD, 'Noten des Hasses', vertreiben zu dürfen und ankaufen zu dürfen, vielleicht hinreichend legitimiert - also aus Sicht der höherhierarchischen Vertriebsstrukturen -, jemand, dem man sagen kann: 'Jawoll, den machen wir' - ich sage das mal etwas lapidar - ,zum Gebietsverkaufsleiter; der kriegt nicht nur ein paar Dinger, die er dann auf eigene Rechnung verticken kann und verdient dabei ein paar Cent.'

Das ist das Prinzip, wenn Sie versuchen, mit menschlichen Aufklärungsmitteln, mit Quellen, in solche hierarchischen Vertriebs- und Produktionsstrukturen einzusteigen. Und wie gesagt: böses Lehrgeld bezahlt. Der Stadler war dafür wohl nicht geeignet - ich glaube, weder intellektuell noch im Hinblick auf seine Zuverlässigkeit und Ehrlichkeit. Das müssen wir uns zurechnen lassen."¹⁶¹⁰

Das brandenburgische Innenministerium behauptete in einer Presseerklärung im November 2002, Stadler habe sich über klare Weisungen von Seiten der Verfassungsschutzbehörde hinweggesetzt und ohne deren Kenntnis Geschäfte betrieben, mit denen er sich strafbar gemacht habe. Die Verfassungsschutzbehörde sei nicht verantwortlich für Taten, die ein V-Mann unabgestimmt und auf eigene Faust begehe. In einem Artikel der Märkischen Allgemeinen Zeitung vom 11.10.2002 nehmen der damalige PKK-Vorsitzende und der Pressesprecher des Brandenburgischen Innenministeriums zu den Vorwürfen Stadlers gegen den Abteilungsleiter Wegesin, dass der Verfassungsschutz über seine Aktivitäten Bescheid wusste und diese billigte, Stellung:

„Für die Kontrollkommission steht laut Schulze fest, dass die Anschuldigungen, die der Ex-V-Mann gegen Wegesin erhebt, 'reine Schutzbehauptungen' seien. 'Toni S. versucht offensichtlich, andere mit reinzuziehen, um seine eigene Schuld zu mindern.' Damit, so der Sprecher des Innenministeriums Heiko Homburg, wolle Toni S. augenscheinlich davon ablenken, dass er 'sich möglicherweise über die Weisungen des Verfassungsschutzes hinweggesetzt und damit strafbar gemacht' habe."¹⁶¹¹

In seiner Zeugenvernehmung bei der Staatsanwaltschaft Cottbus am 27.01.2004 attestierte Wegesin dem ehemaligen V-Mann-Stadler:

„Es ist allerdings in der Gesamtbewertung anzumerken, dass Stadler mit zunehmender Zusammenarbeit mit der Verfassungsschutzbehörde ein

¹⁶¹⁰ Ebenda, S. 104.

¹⁶¹¹ B 35\Presseheft.pdf, S. 318

Eigeninteresse am gewinnorientierten Vertrieb rechtsextremistischer Tonträger entwickelte und insoweit die Weisung erhielt, sich bestimmter Vertriebsmaßnahmen zu enthalten. Hiervon auszunehmen ist seine Einbindung in die beabsichtigte Herstellung und den Vertrieb einer geplanten zweiten Auflage des Tonträgers ‚Noten des Hasses‘. Hier hielt sich Stadler weitestgehend an die Weisungen der Verfassungsschutzbehörde. Die in Zusammenarbeit mit den Verfassungsschutzbehörden des Bundes sowie der Länder Berlin und Sachsen beabsichtigte Übergabe dieser Operation zur strafrechtlichen Verfolgung der Gesamtvertriebsmaßnahme kam jedoch wegen der gesondert erfolgten Strafverfolgung des Stadler in dieser Sache durch die Staatsanwaltschaft Berlin nicht zustande.“¹⁶¹²

In seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuss räumte Wegesin ein:

„Die rechtliche Grundlage - über die können wir nachher reden -, die sehe ich heute auch als sehr schwankend an, aber das ist nachrangig; es ist ja passiert. Also, da würde ich heute sagen: Das war schon eine, vielleicht die gravierendste, Fehlentscheidung, die ich in solchen Leitungsfunktionen ausgeübt habe. Das hat mir persönlich leidgetan. Ich habe mich dann hinterher - da hat es ja ein Bedrohungslied gegeben bei ‚Noten des Hasses‘, in dem alle möglichen Persönlichkeiten bedroht worden sind - bei fünf oder sechs persönlich entschuldigt. Das hat mein Minister mir dann auferlegt, wenn die sich bei ihm beschwerten, wie beispielsweise Frau Süßmuth - völlig zu Recht. Und da ist mir klar geworden, dass das wohl nicht so gut war.

Es stand - das ist für mich das entscheidende Fazit - in keinem angemessenen Verhältnis dazu, was man hätte herausbekommen können. Und der Verfassungsschutz und ich persönlich müssen uns dann auch den Vorwurf gefallen lassen - den trage ich dann auch -, deutlich mehr Schaden angerichtet zu haben als tatsächliche Informationen, die langfristig strategisch in diesem Sektor den Vertriebsstrukturen das Handwerk hätten legen können, herausbekommen zu haben. Das ist nicht in Ordnung gewesen.“¹⁶¹³

An anderer Stelle sagte er:

„Und ich bin der Auffassung - so wie ich hinterher dann doch die professionellen Strukturen international gesehen habe; die Presswerke für diese Dinge waren ja dann zum Teil in der Tschechoslowakei oder in Polen -, da haben wir uns ein bisschen überschätzt. Das ist so, als ob man mit frisch absolviertem Seepferdchen gleich sagt: Und nächste Woche die Kanaldurchquerung! - Vor dem Hintergrund bin ich heute der Auffassung, wir hätten da rausbleiben sollen.“¹⁶¹⁴

Und weiter:

¹⁶¹² B 36 Generalstaatsanwaltschaft Band III, S. 107.

¹⁶¹³ Protokoll der 36. öffentlichen Sitzung vom 23.11.2018, S. 116.

¹⁶¹⁴ Ebenda, S. 103.

„Da ist ein Stück postmortaler Klugscheißerei dabei. Das hätte man sich allerdings damals bei sorgfältiger Analyse vielleicht auch denken können. Wir haben damals gesagt: Na ja, das machen wir mal; da ist ein großes Dunkelfeld; da kommen auch die Strafverfolgungsbehörden nicht rein. Wir nehmen nur zur Kenntnis, dass das Zeug irgendwo hergestellt und verbreitet wird; jetzt müssen wir doch mal gucken, dass man vielleicht Presswerke stilllegt oder irgendwie halt Vertriebsstrukturen unterbindet, um zur Wurzel des Übels vorzustoßen. - Das ist ein frommer Gedanke, aber das rechtfertigt dann nicht die Pannen, die wir da hinterher hingelegt haben.“¹⁶¹⁵

Dem Zeugen Wegesin wurde vorgehalten, dass die ihm untergebenen Mitarbeiter des Verfassungsschutzes ausgesagt hätten, dass sie für die Bewertung antisemitischer und rassistischer Tonträger nicht zuständig gewesen seien. Der Zeuge Wegesin selbst habe ja ausgesagt, dass ihm das heute „leidtue“. Auf die Feststellung, dass dadurch „Verantwortung zum Schutz der Verfassung“ „nicht wahrgenommen“ worden sei, erklärte Wegesin:

„Was diese konkrete Entscheidung angeht, kann ich dem nichts entgegensetzen - möchte ich auch nicht. Ich persönlich habe mir damals sicherlich nicht jeden CD-Text angesehen. Also, wenn Sie ein persönliches Ranking wollen: Ich fand damals die ‚Noten des Hasses‘ in ihrer wirklich sehr konkreten Ausprägung, was eben auch die Hassfiguren anging, wie auch in ihrer Gefährlichkeit - man kann ja nachträglich froh sein, dass sich davon niemand hat motivieren lassen, dass er versucht hat, dann wirklich gegen diese Persönlichkeiten etwas zu unternehmen - - Das war für mich das Prägende. Die anderen Musikgruppen, die genannten Tonträger: alles nicht schön, alles schlimm, alles für sich genommen tief im extremistischen und menschenverachtenden Bereich. Für mich ist ‚Noten des Hasses‘ die Speerspitze. Das hätte nicht passieren dürfen, eigentlich auch die anderen Dinge nicht in dieser Menge. Wenn man so was überhaupt gemacht hätte - ist jetzt schwer zu sagen -: Was hätte man denn zugelassen? Aber vielleicht nur einige wenige Dinge.

Wissen Sie, wir hatten damals die etwas leichtfertige, vielleicht auch der Selbstrechtfertigung dienende Hoffnung nach dem Motto: Wir wissen ja, wo es hingeht; dann geben wir entsprechende Hinweise, das Zeug wird wieder eingesammelt, und es grassiert ohnehin. - Gleichwohl, insbesondere im Licht einer V-Person, bei der von Anfang an Zuverlässigkeits- und Ehrlichkeitszweifel angebracht waren, hätte man niemals so weit gehen dürfen. Ich bin jetzt frisch in Pension; man kann auch mal sagen, dass man gravierende Fehler begangen hat. Das tut mir heute noch von Herzen leid. Das war einer der Tiefpunkte meiner beruflichen Tätigkeit. Es gibt ein paar positive - braucht man ja nicht sagen; komme ich mit klar -, aber das war sehr daneben. Ich kann mich dafür

¹⁶¹⁵ Ebenda, S. 103f.

heute auch nur - das ist vielleicht wohlfeil - in aller Form entschuldigen. Ich wünschte, das wäre nicht geschehen. [...] ¹⁶¹⁶

4.3.3. Ermittlungsverfahren gegen Toni Stadler

Es gab mehrere Ermittlungsverfahren gegen Toni Stadler. Seit dem Frühjahr 2001 führte die Staatsanwaltschaft Cottbus Ermittlungen gegen Stadler und übernahm inhaltsgleiche Verfahren anderer Staatsanwaltschaften gegen ihn.

Ab Mai 2002 führte die Staatsanwaltschaft Berlin ebenfalls ein Verfahren gegen Stadler.

Die brandenburgische LKA-Beamtin K. führte in ihrer Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuss einleitend ihre Erinnerungen an die Ermittlungen gegen Stadler in Brandenburg aus:

„Das erste Mal wurde mir vom Verfahren Toni Stadler bekannt, dass er Handel mit strafrechtlich relevanten Tonträgern und Bekleidung betreiben soll. In einer Durchsuchung bei Sven Sch. wurden Tonträger, CD-Cover und Verpackungsmaterial beschlagnahmt und DNA-Spuren dem Toni Stadler zugeordnet.

Daraufhin fand eine Postbeschlagnahme bei Toni Stadler statt, an der ich selbst nicht beteiligt war. Es sind 200 CDs und Covers der Band ‚White Aryan Rebels‘, kurz WAR, mit dem Titel ‚Noten des Hasses‘ beschlagnahmt worden. Das Verfahren wurde von der Staatsanwaltschaft Cottbus gegen Toni Stadler eingeleitet. Zu vermuten war, dass aufgrund der hohen Anzahl Toni Stadlers Vertrieb nicht nur an Endabnehmer erfolgte, sondern er könnte auch Zwischenhändler sein. Das zweite Mal [...] hatte ich den Auftrag, den TKÜ-, also Telekommunikationsüberwachungs-Auswertungsbericht zu fertigen, und verfasste diesen am 18.03.2002.

Die Schaltung einer TKÜ, Telekommunikationsüberwachung, war auf das Festnetz des Toni Stadler, auf das Handy des Toni Stadler und auf den Geschäftsanschluss vier Monate - vom 18.06. bis 18.10.2001 - geschaltet. Hier wurden durch Beamte des LKA der Abteilung Staatsschutz die Telefonate verschriftet. Der Vertrieb und Handel von Tonträgern und Bekleidung zu mehreren Personen bestätigte sich.

Nach Akteneinsicht stellte ich fest, dass durch mich mehrere Strafanzeigen wegen strafrechtlich relevanten Handels und Vertriebs von Tonträgern und Bekleidung gefertigt worden sind. Es betraf auch die Bundesländer Sachsen und Berlin. Beim dritten Mal fand die Durchsuchung bei Toni Stadler in der Wohnung in Cottbus am 21.03.2002 statt, und dazu fertigte ich den Bericht am 22.03. Leiter der Durchsuchungsgruppe der Wohnung von Toni Stadler war ich

¹⁶¹⁶ Ebenda, S. 117.

selbst. Es handelte sich um ein mehrstöckiges Wohngebäude und eine Zweiraumwohnung. Im Vorfeld wurden wir in Kenntnis gesetzt, dass zwei Personen vom Verfassungsschutz uns begleiten werden. Der Grund wurde uns nicht genannt.

Erinnern konnte ich mich an einen alten PC, der älter war als meiner zu Hause, weshalb ich mir die Frage stellte: Wie soll man mit so einem alten Ding etwas produzieren? Einer der Kollegen teilte nebenbei mit, dass der Kühlschrank fast leer sei, aber ein verschimmelter Joghurt drinstand. Nach meinem Überblick waren weder Schmutzwäsche aufzufinden noch eine Waschmaschine. Die Wohnung kam mir nicht gerade bewohnt vor, da der Staub längere Zeit zu liegen schien und wenig Benutzungsspuren zu sehen waren.

Unangenehm war mir, dass die Personen vom Verfassungsschutz zusahen, wie wir unsere Arbeit machten. Mir stellte sich die Frage, was für eine Rolle der Verfassungsschutz spielt. Vor allem: Was hat Herr Stadler mit dem Verfassungsschutz zu tun?

Zwischenzeitlich kam mir das Gefühl, dass Toni Stadler uns schon erwartet hatte, da nach dem Klingeln mit unwesentlichem Zeitverlust die Tür geöffnet wurde und er schon angezogen war. Was bei der Durchsuchung sichergestellt wurde, kann ich Ihnen nach 17 Jahren leider nicht mehr sagen, da bei der Akteneinsicht kein Sicherstellungsprotokoll dabei war oder sich dort befand.

Das vierte Mal hatte ich mit dem Verfahren Toni Stadler zu tun, indem ich beauftragt wurde, einen Sachstand an die Generalbundesanwaltschaft am 19.04.2002 zu fertigen - vor dem Hintergrund, dass Toni Stadler umfangreiche, strafrechtlich relevante Aktivitäten betrieb, die den Verdacht gemäß §§ 86, 86a, 130 und 131 StGB durch den Handel und Vertrieb von inkriminierten Tonträgern und Bekleidung begründeten.

Als Beispiel kann ich hierzu sagen: Verfahren vom LKA Sachsen gegen Mirko Hesse, wo dem LKA Brandenburg mitgeteilt wurde, dass dieser eine hohe Stückzahl - 3 000 - von Tonträgern an Toni Stadler versandt haben soll.

Als ich das fünfte Mal im Verfahren tätig wurde, wurde ich beauftragt, zum Verfahren Toni Stadler den Schlussbericht zu fertigen, den ich am 12.06. geschrieben habe. Es wurde über Toni Stadler bekannt durch - - also Toni Stadler wurde durch das Verfahren bekannt durch Sven Sch. Es wurden DNA-Spuren von Toni Stadler auf beschlagnahmten Gegenständen bei Sven Sch. festgestellt. Es erfolgte eine Postbeschlagnahme mit Inhalt von strafrechtlich relevanten Tonträgern. Die Staatsanwaltschaft Cottbus führte das Verfahren.

Eine Rolle spielte auch eine Anzeigenerstattung gegen Toni Stadler von der Staatsanwaltschaft Aurich, indem Kontakte zwischen C. P. und Toni Stadler - - und ein Verfahren wegen Volksverhetzung - § 130 StGB - geführt wurde, Handel mit Tonträgern. Zu vermuten war: Nicht nur Handel, sondern auch Vertrieb von Tonträgern und Bekleidung in hoher Stückzahl sollte erfolgen.

Das Verfahren der StA Aurich übergab man an die Staatsanwaltschaft Cottbus. Es sind strafprozessuale Maßnahmen geführt worden, zum Beispiel eine

verfügte einmonatige Observation - die ergab keine Relevanz -, dann die angeordnete Telekommunikationsüberwachung mit über circa 4 000 Gesprächen, in denen der Verdacht aufkam, dass Toni Stadler in der rechten Szene als Kontaktmann bei CD-Produktionen auftrat, bei der Herstellung von Bekleidung mit strafrechtlich relevanten Aufdrucken tätig war und mit diesen Handel trieb, die richterlich angeordnete Postbeschlagnahme mit strafrechtlich relevanten Tonträgern, die Durchsuchung der Wohnung und Geschäftsräume mit richterlichem Beschluss, die Vernehmungen, in denen Toni Stadler vom Aussageverweigerungsrecht Gebrauch machte, und nach Akteneinsicht erfolgte auch eine Zusammenfassung der Rekonstruktion zum Tathergang. Das ist der strafrechtliche Kern des von mir verfassten Schlussberichtes.

Die CD von WAR, ‚Noten des Hasses‘, soll Mirko Hesse mutmaßlich in Auftrag gegeben haben. Nach Erkenntnissen des LKA Sachsen soll diese CD mutmaßlich über den in der Slowakei ansässigen Deutschen A. P. in Thailand hergestellt worden sein. A. P. soll vermutlich 3 000 CDs in Auftrag gegeben haben. Nach Herstellung der CDs wurden diese vermutlich dann über A. P. an Hesse geschickt. Aufgrund der Geschäftskontakte zwischen Toni Stadler und Mirko Hesse wurden diese CDs an Stadler geliefert, und dieser bot diese CDs unter anderem dem Sven Sch. an und handelte damit - Ermittlungsverfahren LKA Sachsen gegen Hesse und den damaligen noch anhängigen Ermittlungsverfahren im LKA Schwerin gegen A. P.

Die weitere Verteilung der CDs in Bezug auf den Beschuldigten Stadler ist anhand der TKÜ-Protokolle nachzuvollziehen. Eine Vielzahl von Personen, die der rechten Szene zuzuordnen sind, haben Stadler in strafrechtlich relevanter Stückzahl die CDs und Bekleidung - - bestellt bzw. herstellen und verbreiten lassen. Dazu muss man sich einfach die TKÜ-Protokolle anschauen, und wenn es 4 000 Gespräche waren, werden die dort auch aufgezeichnet worden sein.

Bei meinem sechsten und letzten Kontakt im Verfahren Toni Stadler hatte ich mit einem Telefax am 20.09.2002 an das LKA Sachsen zu tun. Ich wurde beauftragt, eine Anfrage an das LKA Sachsen zu stellen, da gegen Toni Stadler ein Bedrohungshinweis einging, und zwar: Vergeltungsaktion durch Thomas P., einen damaligen Haftinsassen.“¹⁶¹⁷

4.3.3.1. Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Halle

Am 16.01.2001 leitete die Staatsanwaltschaft Halle ein Ermittlungsverfahren gegen Toni Stadler wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Volksverhetzung und Gewaltdarstellung ein, §§ 86 a, 130, 131 StGB ein. Hintergrund war die Beschlagnahme von CDs der Band „Extrem Hatred“ bei I. G. Das Verfahren wurde nach Brandenburg abgegeben. Ein Vermerk des Brandenburger Verfassungsschutzes hierzu vom 08.12.2001 lautet auszugsweise: „Quelle wurde in diesem Zusammenhang zugesichert, Informationen des aktuellen Stands des

¹⁶¹⁷ Protokoll der 35. öffentlichen Sitzung vom 22.11.2018, S. 99-101.

Verfahrens umgehend an sie weiterzugeben.“ Wegesin vermerkte handschriftlich am 08.02.2001: „Bitte in der Staatsschutzabteilung des LKA zuständigen Sachbearbeiter und zu Staatsanwalt erfragen, dann Rü. bei mir“¹⁶¹⁸

Damit konfrontiert sagte Wegesin vor dem Untersuchungsausschuss:

„Ich muss Ihnen ehrlich sagen, das erschüttert mich jetzt selbst, das nachträglich so zur Kenntnis zu nehmen. - ad eins.

Ad zwei. Wenn es überhaupt so etwas gegeben hat und das nicht nur Einzelfallpanne oder sonst was war, dann - - sicherlich die Absicht, Stadler da weiter reinzusteuern. Eine Systematik sozusagen, jeder Quelle ist alles gesagt worden, das möchte ich entscheidend - - Das möchte ich nicht sagen, das war nicht der Fall - generell nicht. Das möchte ich nicht querschreiben.“¹⁶¹⁹

Am 28.02.2001 vermerkte der V-Mann-Führer:

„Bereits Anfang Februar 2001 wurde durch VMF um Klärung dieses Sachverhaltes gebeten. Bis zum heutigen Tage liegen hier keinerlei Informationen vor, ob ggf. Absprachen hinsichtlich der weiteren Verfahrensweise mit der Staatsanwaltschaft in Halle bzw. mit dem LKA in Basdorf getroffen wurden oder überhaupt getroffen werden sollen. In diesem Zusammenhang wird nochmals dringend um Klärung des Sachverhalts gebeten.“¹⁶²⁰

Wegesin verwies handschriftlich auf seine Verfügung vom 08.02.2001 (s.o.) und fragte:

„[...]wo bleibt der aktuelle Sachstand d. Verfahrens, damit ich an geeigneter Stelle intervenieren kann[...]“¹⁶²¹

4.3.3.2. Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Cottbus

Ein weiteres Ermittlungsverfahren leitete die Staatsanwaltschaft Potsdam – das Verfahren wurde im April an die Staatsanwaltschaft Cottbus abgegeben – aufgrund eines CD-Funds bei Sven Sch. am 25.01.2001 ein. Auf den CDs der Band „Hate Society“ befanden sich Stadlers Fingerabdrücke.¹⁶²² Zuvor war am 23.01.2001 ein

¹⁶¹⁸ B 4\Herabstufungen\004-S-530003-0000-0119-2018 NfD\1. Teillieferung Matrix Liste 8 vom 07_08_2018, Z84_B04_2001_tv_Barte_Band II, S. 20.

¹⁶¹⁹ Protokoll der 36. öffentlichen Sitzung vom 23.11.2018, S.127f.

¹⁶²⁰ B 4\Herabstufungen\004-S-530003-0000-0119-2018 NfD\1. Teillieferung Matrix Liste 8 vom 07_08_2018, Z84_B04_2001_tv_Barte_Band II, S. 31.

¹⁶²¹ Ebenda, S. 34.

¹⁶²² B 5 iV B74\2018-08-17 Ordner 02 LKA B 5_B 74 VS-NfD-Fassung, Verwaltungsermittlungen Band II, S. 178.

Paket mit 200 CDs „Noten des Hasses“ von Stadler an Sven Sch. beschlagnahmt worden.¹⁶²³ Von den Ermittlungen erfuhr der Verfassungsschutz am 21.03.2001 durch eine Polizeimeldung. Auf dieser ist am „21.02.“ vermerkt: „Al V [Abteilungsleiter] hat Kopie“. Die Meldung wurde von Giebler am 04.04.2001 abgezeichnet.¹⁶²⁴ Nach der Zeugenaussage Gieblers Anfang 2004 sei es möglich gewesen, dass der V-Mann-Führer Bartok bereits vorab Kenntnis von der Meldung erhalten habe.¹⁶²⁵

Am 22.03.2001 wies der V-Mann-Führer Stadler an, *„im Hinblick auf die am selben Tage in Frankfurt (Oder) bei Szeneangehörigen durchgeführten Hausdurchsuchungen [...] in ihren Wohn- und Geschäftsräumen keinerlei rechtsextremistische Devotionalien, insbesondere solche die den Tatbestand des § 86 a StGB erfüllen, aufzubewahren“*¹⁶²⁶.

Am 04.04.2001 bat Giebler darum, Aktenzeichen und Staatsanwaltschaft von zwei Ermittlungsverfahren zu ermitteln, die bei dem PP Cottbus „laufen sollen“.¹⁶²⁷

In einem Treffvermerk vom 12.04.2001 über ein Treff vom 10.04.2001 schreibt der V-Mann-Führer:

„Weiterhin war hier im Zuge des Informationsaustauschs mit der Polizei bekannt geworden, daß gegen die Quelle derzeit zwei Ermittlungsverfahren anhängig sind (siehe Anlage). Gemäß der vorherigen Absprache mit V/5.1 wurde die Quelle von diesem Sachverhalt in Kenntnis gesetzt“.¹⁶²⁸

Giebler widersprach am 03.05.2001 der Darstellung, dass es eine entsprechende Absprache gegeben habe:

„Wegen krankheitsbedingter Abwesenheit ist mir erst heute vorstehender Vermerk zur Kenntnis gegeben worden. Die [...] vom VMF getroffene Aussage, er habe von mir als handelnder Verantwortlicher im Referat V/5, die ausdrückliche Erlaubnis erhalten, die Quelle über laufende Ermittlungsverfahren inhaltlich oder von der Tatsache her zu unterrichten, trifft nicht zu. Ich habe dem VMF lediglich den Hinweis gegeben, die Quelle ‚in geeigneter Weise‘ auf mögliche polizeiliche Maßnahmen hinzuweisen und – wie

¹⁶²³ Ebenda, S. 178.

¹⁶²⁴ B 4\Herabstufungen\004-S-530003-0000-0119-2018 NfD\1. Teillieferung Matrix Liste 8 vom 07_08_2018, Z84_B04_2001_tv_Barte_Band II, S. 54f.

¹⁶²⁵ B36, Generalstaatsanwaltschaft Bbg. Band III, S. 164f

¹⁶²⁶ B 4\Herabstufungen\004-S-530003-0000-0119-2018 NfD\1. Teillieferung Matrix Liste 8 vom 07_08_2018, Z 84_B04_2001_tv_Barte_Band II, S. 42.

¹⁶²⁷ Ebenda, S. 45.

¹⁶²⁸ Ebenda, S. 52.

allgemein in der Quellenführung üblich – auf ‚notwendige Ordnung und Sauberkeit‘ im privaten u. geschäftlichen Bereich Einfluß zu nehmen“¹⁶²⁹

Es folgt ein handschriftlicher Vermerk von Bartok:

„[unleserlich] wurde nach Rücksprache am 07.05.01 mitgeteilt, daß Quelle natürlich in geeigneter Weise über evtl. pol. Maßnahmen unterrichtet wurde. Dass keine spezifische Sachverhalte an die Quelle weitergegeben wurden, versteht sich somit auch von selbst. [geschwärzt] 10.05.“

Im weiteren Verlauf des Jahres 2001 ist die Quelle „Barte“ (Stadler) mehrmals durch seinen V-Mann-Führer darauf hingewiesen worden seine Wohn- und Geschäftsräume „sauber zu halten“.

Im Treffvermerk vom 26.09.2001 heißt es:

„Im Laufe des Treffs wurde die Quelle erneut gebeten, vorsorglich strafrechtlich relevante Materialien aus ihrer Wohnung und den von ihr angemieteten Geschäftsräumen auszulagern.[geschwärzt]“¹⁶³⁰

In den Akten der Generalstaatsanwaltschaft Brandenburg heißt es hierzu:

„Laut weiteren überlassenen Unterlagen ist der STADLER am 25.09.2001, 04.10.2001, 11.10.2001, 29.10.2001, 29.11.2001 und 13.12.2001 dahin instruiert worden, seine Wohn- und Geschäftsräume von strafrechtlich relevanten Devotionalien freizuhalten bzw. diese vorsorglich auszulagern, wobei die Hinweise vom 04.10.2001, 11.10.2001 und 29.10.2001 vom Beschuldigten herrühren und die übrigen von seinem Vertreter.“¹⁶³¹

Im Zuge eines Treffens am 11.10.2001 ist Stadler zudem ein ministeriumseigener PC ausgehändigt worden, wie in den Akten der Generalstaatsanwaltschaft Brandenburg festgehalten ist:

„Am 11.10.2001 ist dem Beschuldigten STADLER ein ministeriumseigener Computer, dessen Festplatte von allen Daten des Ministeriums gereinigt worden war, für eine ‚zeitlich begrenzte Nutzung‘ zur Verfügung gestellt worden [...]. Die Übergabe des Gerätes ist durch den Beschuldigten B. erfolgt.“¹⁶³²

Im Treffvermerk vom 15.10.2001 heißt es:

¹⁶²⁹ Ebenda, S. 53.

¹⁶³⁰ Ebenda, S. 107

¹⁶³¹ B36 Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg – Band IV.pdf, S. 49.

¹⁶³² Ebenda, S. 50.

„Der PC soll nach entsprechender Verwendung durch die Quelle wieder an hiesige Behörde zurückgegeben werden.“¹⁶³³

Mit Beschluss des Amtsgerichts Cottbus vom 18.06.2001 wurde die Überwachung und Aufzeichnung der Telefongespräche von Toni Stadler angeordnet. Sie wurde für vier Monate - vom 18.06. bis 18.10.2001 – durchgeführt. Der Telekommunikationsüberwachung unterlagen sowohl die privaten als auch die geschäftlichen Festnetzanschlüsse von Stadler sowie sein Handy. Im Laufe der vom brandenburgischen LKA durchgeführten Telekommunikationsüberwachung wurde im Rahmen einer Anschlussinhaberermittlung als Inhaber des Mobilfunktelefons das Innenministerium ausgemacht.

Der Leitende Oberstaatsanwalt Robineck (Cottbus) vermerkte in einem Schreiben an das Justizministerium Brandenburg am 21.10.2002:

„Ergänzend dazu bemerke ich, dass das LKA Brandenburg - Herr M. W. (LKA BB) - auf Anfrage heute fernmündlich mitgeteilt hat, er habe das LfV Ende September oder Anfang Oktober 2001, nachdem die Telefonüberwachung gegen Stadler ausgewertet worden sei, darüber in Kenntnis gesetzt, dass gegen Stadler ermittelt werde.“¹⁶³⁴

Vor dem Untersuchungsausschuss darauf angesprochen, wie er dieses Vorgehen seines einstigen Mitarbeiters bewerte, sagte der damalige LKA-Chef Axel Lüdders:

„Ich habe da keine Erinnerung dran. Aber wenn das so gewesen ist, dann hat der LKA-Mitarbeiter sehr gut gehandelt, sehr aufmerksam gehandelt. Allerdings hätte ich ihm gesagt: Das kannst du gerne machen, das Gespräch; aber du wirst kaum eine hilfreiche Antwort kriegen vom Verfassungsschutz. - Das wäre so meine Einstellung gewesen.“¹⁶³⁵

Daraufhin kam es zu einem Gespräch zwischen Mitarbeitern des LKA Brandenburg, der StA Cottbus und des brandenburgischen Verfassungsschutzes. Aktenkundig ist ein Treffen in Cottbus, in dessen Nachgang der Referatsleiter Giebler in einem Treffvermerk vom 01.11.2001 handschriftlich notierte:

„Das Gespräch mit dem ermittelnden StA in Cottbus, Herrn RICHTER, am 16.10.2001, dem die Quelle offenbart wurde, war konstruktiv. Gemäß

¹⁶³³ B 4 iV B 73\2018-09-27 Matrix 9, 108_Z84_B04_2001_tv_Barte_Band II-12-142_bwmd.pdf, S. 1

¹⁶³⁴ B35, Generalstaatsanwaltschaft Bbg. – Band I, S. 75.

¹⁶³⁵ Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung vom 17.12.2018, S. 24.

Absprache werden wir nach Abschluß der Ermittlungen kontaktiert, um den weiteren Ablauf zu besprechen.“¹⁶³⁶

Aus den Akten der Generalstaatsanwaltschaft wird ersichtlich, dass ein Treffen stattgefunden hat; dies aber am 18.10.2001:

*„Absprachegemäß hat am 18.10.2001 die bei der Staatsanwaltschaft Cottbus angeregte Besprechung stattgefunden, an der als Vertreter des LKA Herr **M. W. (LKA BB)**, als Vertreter des LfV der Leiter des Referats Beschaffung, Herr **Giebler**, und dessen damalige Stellvertreterin, Frau **Dr. E.**, sowie Staatsanwalt **A. Richter** teilgenommen haben. Gegenstand der Besprechung am 18.10.2001 ist u. a. die Bewertung des bisherigen Ermittlungsergebnisses gewesen; konkrete prozessuale Folgemaßnahmen sind nicht erörtert worden“¹⁶³⁷*

Auch in einem Schreiben des LKA Brandenburg an die StA Cottbus vom 21.02.2003 wurde der Hergang des Treffens in Cottbus dargelegt:

„Aufgrund der Erkenntnisse aus der Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) insbesondere einer Anschlussinhaberermittlung mit den Angaben ‚Ministerium des Innern‘ und der in diesem Zusammenhang möglichen Enttarnung eines V-Mannes, wurde im September 2001 StA Richter von Herrn [geschwärzt] über die Inhalte der TKÜ in Kenntnis gesetzt. Im Ergebnis der Unterredung sowie der Sachverhaltsprüfung wurde ein Besprechungstermin zwischen Mitarbeitern der Abteilung V des Ministeriums des Innern des Landes Brandenburg (MI BB) – Verfassungsschutzbehörde -, der Staatsanwaltschaft und der sachbearbeitenden Dienststelle für den 18.10.2001 in der Staatsanwaltschaft Cottbus vereinbart. An diesem Gespräch nahmen aus Ihrer Behörde Herr StA [geschwärzt], aus meinem Haus Herr [geschwärzt] und von der Abteilung V des MI BB Frau [geschwärzt] und Herr [geschwärzt] teil. Frau [geschwärzt] und Herr [geschwärzt] wurden über die mögliche Enttarnung ihres V-Mannes in Kenntnis gesetzt.

Es wurden ferner mögliche strafrechtliche Folgen für STADLER, wie Anklage oder Strafbefehl, erörtert. Konkrete taktische Alternativen der Verfahrensbearbeitung bzw. Beweisführung, einschließlich einer Terminierung zur Durchführung von strafprozessualen Maßnahmen, wurden nicht besprochen.“¹⁶³⁸

Im weiteren Verlauf des Ermittlungsverfahrens kam es zu einem nochmaligen Treffen zwischen den oben Benannten am 20.03.2002 in den Räumlichkeiten der Staatsanwaltschaft Cottbus. Diese weitere Besprechung zwischen dem

¹⁶³⁶ B 4\Herabstufungen\004-S-530003-0000-0119-2018 NfD\1. Teillieferung Matrix Liste 8 vom 07_08_2018_Z84_B04_2001_tv-Barte_Band II-12-142-nfd-bwps, S. 116.

¹⁶³⁷ B36 Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg – Band IV.pdf, S. 50.

¹⁶³⁸ B 4 MIK KoSt UA 6_1\B 4 i V mit B 73\2017-09-28 Übergabe 3. Teillieferung B4 iVm B73 und B86\2017-09-28_KOST_54_STADLER-Strafverfahren\Stadler Akte III (geschwärzt) STADLER_2003_02_776-781-bwps, S. 5f.

brandenburgischen Verfassungsschutz und der Staatsanwaltschaft Cottbus fand einen Tag vor einer Durchsuchung bei Stadler statt.

Zu diesem Treffen äußerte sich der Leitende Oberstaatsanwalt Robineck am 17.12.2002 wie folgt schriftlich:

„Im Rahmen des Gesprächs ist auch über die am 21.03.2002 anstehende Durchsuchung gegen Stadler gesprochen worden. Gegenstand der Unterredung war u. a. die Frage, ob eine Durchsuchung bei Stadler negative Auswirkungen auf dessen V-Mann-Tätigkeit haben könnte. Dies wurde von den Vertretern der Verfassungsschutzbehörde verneint. Bedenken gegen die Durchsuchung, über deren Termin die Mitarbeiter der Abteilung V des IM unterrichtet wurden, wurden nicht erhoben. Ein detaillierter Besprechungsvermerk ist nicht angefertigt worden.“¹⁶³⁹

Der Staatsanwalt Günther Oehme erinnerte sich vor dem Untersuchungsausschuss an ein Gespräch mit seinem Kollegen M., dem sachbearbeitenden Dezernenten:

„Das muss im Anschluss an diese Besprechung gewesen sein, dass wir uns da so ein bisschen süffisant über dieses Ergebnis unterhalten haben. Sie nehmen mir nicht übel, wenn ich Ihnen das auch mal so platt formuliere. Wir haben dann beide übereinstimmend gesagt: Nach dem Ergebnis der Besprechung oder so, wie die Dinge jetzt ihren Verlauf genommen haben, können wir uns die Durchsuchung schenken. Da finden wir eh nix.“¹⁶⁴⁰

Und an anderer Stelle sagte er:

„Ich weiß jedenfalls - das ist, wie gesagt, so ein Detail, das mir haften geblieben ist -, dass sowohl der Herr M. als auch ich gesagt haben: Meine Güte, jetzt haben die die Nase im Wind, und was soll noch eine Durchsuchung?“¹⁶⁴¹

Auf Nachfrage sagte er:

„Warum? Die Frage ist einfach gestellt und einfach zu beantworten: Weil auch wir gesehen haben, dass wir möglicherweise nicht ausschließen können, dass Informationen an den V-Mann-Führer oder auch an den V-Mann gelangen. Ich denke mal, mehr muss ich dazu nicht sagen.“¹⁶⁴²

Auf die Frage, ob die Besprechung mit dem Verfassungsschutz ein Fehler gewesen sei, antwortete Oehme:

¹⁶³⁹ B35, Generalstaatsanwaltschaft Bbg. – Band I, S. 119.

¹⁶⁴⁰ Protokoll der 34. öffentlichen Sitzung vom 04.10.2018, S. 65.

¹⁶⁴¹ Ebenda, S. 66.

¹⁶⁴² Ebenda, S. 65.

„Nein. Diese Überlegung kann ich so nicht teilen. Denn natürlich haben wir unsere Entscheidung immer auf der Grundlage einer sehr eingehenden Diskussion intern, einer Diskussion, die alle Für und Wider abgewägt hat, getroffen. Im Ergebnis hat, soweit ich mich erinnere, die Durchsuchung dann auch stattgefunden, allerdings, wenn ich das richtig sehe im Nachhinein, mit einem sehr mageren Ergebnis.“¹⁶⁴³

Im Schreiben des LKA Brandenburg an die StA Cottbus vom 21.02.2003 (s.o.) heißt es:

„Weitere Termine, ebenfalls den Beschuldigten STADLER u.a. betreffend, fanden am 18.03.2002 und am 20.03.2002 im Zusammenhang mit einem Prüfungsvorgang zur strafrechtlichen Relevanz der inkriminierten Zeitschrift ‚Combat 2000‘ und seiner Verteiler in Ihrer Behörde statt. Es war beabsichtigt, die beantragten Durchsuchungsbeschlüsse gegen die Verteiler dieser Zeitschrift sowie den bestehenden Durchsuchungsbeschluss gegen den Beschuldigten STADLER zeitgleich zu realisieren. Der Ursprung der Ermittlungen ‚Combat 2000‘ lag nach hiesigen Erkenntnissen bei der Abteilung V des MI BB.

Herr StA [geschwärzt] informierte am 18.03.2002 die Beamten des LKA Brandenburg, Herrn [geschwärzt] und Herrn [geschwärzt] über die beabsichtigten strafprozessualen Maßnahmen in dieser Sache. Da die beantragten Durchsuchungsbeschlüsse seitens des Ermittlungsrichters nicht erlassen wurden, fand eine weitere Besprechung zu diesem Thema am 20.03.2002 statt. Im Ergebnis wurde der Termin für eine Durchsuchung im o.g. Ermittlungsverfahren aus kriminalpolizeilichen sowie taktischen Gründen seitens der Staatsanwaltschaft für den 21.03.2002 festgelegt. Diese Besprechung fand ebenfalls in Ihrem Haus statt und es nahmen neben Ihren Mitarbeitern, Herrn OStA Öhme und Herrn StA [geschwärzt] auch die bereits benannten Mitarbeiter meines Hauses, Herr [geschwärzt] und Herr [geschwärzt] sowie die Mitarbeiter der Abteilung V des MI BB, Frau [geschwärzt] und Herr [geschwärzt] teil.

Wann und von wem der Beschuldigte [geschwärzt] Kenntnis vom bestehenden Ermittlungsverfahren erhielt, ist hier nicht nachvollziehbar. Einen direkten Kontakt zu Herrn [geschwärzt] hatte keiner meiner Mitarbeiter.“¹⁶⁴⁴

Bei der Durchsuchung bei Stadler am 21.03.2001 wurden der ministeriumseigene PC sowie mehrere CDs, CD - ROMs, Geschäftsunterlagen sowie diverses Kleinmaterial sichergestellt. Die an der Dursuchungsmaßnahme beteiligte Beamtin KK'in B. K. schilderte den Zustand der Wohnung Stadlers vor dem Untersuchungsausschuss wie folgt:

¹⁶⁴³ Ebenda, S. 66.

¹⁶⁴⁴ B 4 MIK KoSt UA 6_1\B 4 i V mit B 73\2017-09-28 Übergabe 3. Teillieferung B4 iVm B73 und B86\2017-09-28_KOST_54_STADLER-Strafverfahren\Stadler Akte III (geschwärzt) STADLER_2003_02_776-781-bwps, S. 6

„Ob es eine leere Wohnung war - letztlich in dem Durchsuchungsbericht selbst wurde etwas sichergestellt. Wir haben lange nach dem Sicherstellungsprotokoll gesucht, was nicht auffindbar war. Es ist alles digitalisiert worden und - - keine Ahnung. Wir haben es nicht gefunden. Ich kann auch nicht mehr sagen, was sichergestellt worden ist. Und ob es strafrechtlich relevant ist, weiß ich auch nicht. Deswegen kann ich diese Frage jetzt - - Erst mal für mich kam sie so leer vor.

Was sich letztendlich herausstellte, war der Computer, dass der zu alt war, dass mit so einer Karte, Grafikkarte oder eventuell mit so einer Grafikkarte gar nicht so etwas hergestellt werden kann. Ich habe festgestellt, dass dieser Computer dort älter war als meiner zu Hause, und der konnte so was nicht - meiner zu Hause.“¹⁶⁴⁵

Auf die zwei bei der Durchsuchung anwesenden Verfassungsschützer angesprochen, sagte der Zeuge Wegesin:

„Das ist ein schwieriges Vorgehen, grenzwertig - grenzwertig vonseiten der Polizei - ohne Zweifel, das brauchen wir hier rechtlich nicht zu vertiefen -; aus der Sicht des Verfassungsschutzes ein willkommenes Kontrollelement, was man machen kann oder nicht machen kann.“¹⁶⁴⁶

Auf Nachfrage sagte Wegesin:

„Ich kann mich nicht erinnern, das angeordnet zu haben. Je nach Polizeibehörde war es damals gelegentlich möglich, dass Mitarbeiter des Verfassungsschutzes - die dann quasi unter fremder Flagge als Polizeibeamte einfach mitliefen und natürlich bitte nicht der V-Mann-Führer sein sollten, sondern der Quelle nicht bekannte Personen - Einblick nehmen, um auch zu sehen: ‚Was macht denn die Quelle so?‘, also sozusagen ein zusätzliches Kontrollelement. Ich weiß, das wird sehr verschieden gesehen: Manche Polizeibehörden lehnen das überhaupt ab, viele Staatsanwälte sehen das kritisch. Ich kenne auch andere Fälle, wo - umgekehrt - der Verfassungsschutz quasi eine Einladung bekommen hat. Kann man als schwierig ansehen im Hinblick auf das Trennungsgebot. Auf der anderen Seite war das natürlich eine, sagen wir, faktisch durchaus willkommene Möglichkeit, wirklich mal zu sehen, wie es bei der Quelle aussieht, ob sie sich an die Vorgaben hält, an alle möglichen Dinge; Kontrollelement.

Ob ich das angeordnet habe, ob mir das der Kollege Lüdders, zu dem ich ein sehr enges kollegiales, hinterher sogar freundschaftliches Verhältnis hatte, angeboten hat: ‚Guckt euch das doch mal an‘, das weiß ich nicht. Ich weiß nicht, ob ich es angeordnet habe. Es war sicherlich nicht die Praxis, nach dem Motto: Bei jeder Quelle marschieren wir mal mit ein. - Es ist eigentlich eher eine deutliche Ausnahme. Wenn es angeboten wurde, haben wir das gerne mitgenommen, weil es eben eine Kontrollmöglichkeit war, um zu sehen, wie sich

¹⁶⁴⁵ Protokoll der 35. öffentlichen Sitzung vom 22.11.2018, S. 104f.

¹⁶⁴⁶ Protokoll der 36. öffentlichen Sitzung vom 23.11.2018, S. 124.

eine Quelle verhält - und das natürlich möglichst oder bitte ohne das Wissen der Quelle.“¹⁶⁴⁷

Auf Nachfrage, ob er den Einsatz der beiden Verfassungsschützer bei der Durchsuchung mit Lüdders besprochen habe, sagte Wegesin:

„Daran kann ich mich nicht erinnern. Ich weiß nur, dass im Einzelfall so etwas möglich sein konnte, dass er das im Einzelfall zuließ, aber konkret im Kontext Stadler kann ich da nichts zu sagen. Und, wie gesagt, das war mit Sicherheit nicht die Regel. Das war schon eine große Konzession vonseiten der Polizei, die es mal gelegentlich gab und die wir nicht aktiv eingefordert haben, nach dem Motto: Können wir mal mitgehen? - Das ist schon eine heikle Materie, wo man Polizeibeamten dann auch sehr schnell zu nahe tritt“¹⁶⁴⁸

Drauf angesprochen, sagte der Zeuge Lüdders:

„An entsprechende Angebote kann ich mich überhaupt nicht erinnern. Die halte ich auch für ziemlich ausgeschlossen meinerseits, weil das ja Dinge gewesen wären, die die Arbeit meiner Mitarbeiter vor Ort nicht erleichtert, sondern allenfalls erschwert hätten; denn bei der Durchsetzung strafprozessualer Maßnahmen können natürlich Dinge passieren; ich sage mal hier den Begriff ‚Schutz‘, ‚Eigenschutz‘. Und wenn da Menschen dabei sind, die da eigentlich nicht von Berufs wegen hingehören, zum Beispiel Journalisten, dann haben in der Regel unsere Mitarbeiter das Problem gehabt, auch noch die Journalisten zu schützen.“¹⁶⁴⁹

Lüdders erklärte:

„Eine solche Absegnung, wenn da Mitarbeiter des Verfassungsschutzes dabei sein müssen und wenn es strafprozessuale Maßnahmen gewesen wären oder waren - - dann hätte die Staatsanwaltschaft um Erlaubnis gefragt werden müssen und nicht der LKA-Leiter.“¹⁶⁵⁰

Staatsanwalt Günther Oehme sagte:

„Ich möchte ausschließen, dass wir - - bzw. seitens der Behördenleitung in irgendeiner Form da ein Einverständnis signalisiert worden ist, wonach bei der anstehenden Durchsuchung auch Mitarbeiter des Verfassungsschutzes anwesend sein sollen. Ich kann Ihnen nur so viel sagen: Wäre mir das seinerzeit positiv bekannt gewesen, hätte ich dagegen widersprochen.“¹⁶⁵¹

¹⁶⁴⁷ Ebenda, S. 118.

¹⁶⁴⁸ Ebenda, S. 119.

¹⁶⁴⁹ Protokoll der 37. öffentlichen Sitzung vom 17.12.2018, S. 26.

¹⁶⁵⁰ Ebenda, S. 26.

¹⁶⁵¹ Protokoll der 34. öffentlichen Sitzung vom 04.10.2018, S. 68.

4.3.3.3. Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Berlin

In einem Schreiben des LKA Brandenburg vom 19.04.2002 wird der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof über den Stand der Ermittlungen gegen Stadler unterrichtet. Darin wird zudem dargelegt, dass die Landeskriminalämter Sachsen und Berlin über die Ermittlungen informiert wurden:

„Vor dem Hintergrund der geschilderten Sachverhalte wird deutlich, dass Herr Stadler umfangreiche strafrechtlich relevante Aktivitäten betreibt, die den Verdacht gem. §§ 86, 86a, 130, 131 StGB durch den Handel und Vertrieb von inkriminierten Tonträgern sowie Bekleidung begründen.

Eine persönliche Verbindung zu White Aryan Rebels kann dem Stadler seitens hiesiger Dienststelle zum jetzigen Zeitpunkt nicht nachgewiesen werden.

Im Austausch von Erkenntnissen zu White Aryan Rebels zwischen dem LKA Brandenburg, LKA Sachsen und dem LKA Berlin gibt es keine neue Informationen zur Band W.A.R. es soll sich um eine Band aus dem Raum Berlin handeln. Ein Beamter des LKA Berlin bemerkte eine Ähnlichkeit mit der Musik der Band ‚Infront‘. ‚Infront‘ setzt sich aus Mitgliedern der Ost-Berliner Hooliganszene zusammen.“¹⁶⁵²

Im Abschlussvermerk des Ermittlungsverfahrens des LKA Brandenburg vom 12.06.2002¹⁶⁵³ sowie im Auswertungsbericht zu den TKÜ-Maßnahmen vom 18.03.2002¹⁶⁵⁴ werden die Ermittlungsergebnisse dargestellt. Im Ergebnis wurden durch das LKA Brandenburg am 28.05.2002 neunzehn Strafanzeigen wegen Volksverhetzung gegen bundesweit agierende Szenehändler erstellt. Darunter war auch Hendrik L. aus Chemnitz.¹⁶⁵⁵

Am 22.05.2002 erstattete der Polizeipräsident in Berlin Strafanzeige gegen Lars B. und Toni Stadler u.a. wegen der Mitgliedschaft in der „Weißen Arischen Bruderschaft“ wegen § 127 StGB („Bildung bewaffneter Gruppen“), nachdem eine V-Person der Staatsanwaltschaft Berlin die Mitgliedschaft von Lars B. und Stadler bestätigt hatte. Ab Juni 2002 wurden seitens der Staatsanwaltschaft Berlin Telefonüberwachungen gegen Stadler veranlasst. In diesen wurden auch Absprachen zwischen Stadler und seinem V-Mann-Führer Dirk Bartok mitgeschnitten. Aus den Mitschnitten des LKA

¹⁶⁵² B 5 iV B74\2018-08-17 Ordner 02 LKA B 5_B 74 VS-NfD-Fassung_ 02. Verwaltungsermittlungen_Band_2_VS-NfD; S. 431.

¹⁶⁵³ B 5_Vorinhaltsverzeichnis digital, S. 30-37.

¹⁶⁵⁴ B 5_Vorinhaltsverzeichnis digital, S. 10-25.

¹⁶⁵⁵ B 5 iV B74\2018-08-17 Ordner 02 LKA B 5_B 74 VS-NfD-Fassung, 02. Verwaltungsermittlungen, S. 61-104.

Berlin (05. bis 08.07.2002) geht hervor, dass „Bartok“ Erkundigungen hinsichtlich gegen Stadler laufender Observationsmaßnahmen einholen will.

Aus dem Protokoll der Telekommunikationsüberwachung vom 05.07.2002:

„[...] STADLER sagt ja, er hat aber eine ganz wichtige Sache:

Gestern sei ihm schon aufgefallen, daß er von einem BMW verfolgt wird. ER war auf der Rückfahrt von BAUTZEN. da sei ihm auch wieder ein BMW aufgefallen. Der sei immer dran geblieben. Auch bei Überholmanövern. Das habe ihn stutzig gemacht, da wollte er testen, was los ist, denn sie fahren dann ja mit mehreren Autos. Da seien ihm dann ein Pontiac und ein Passat aufgefallen. Die seien auch an ihm drangeblieben.

Dann hat er an einer Bushaltestelle angehalten und sich versteckt. Da wäre der Passat angekommen, habe sich umgesehen und wäre mit quietschenden Reifen wieder in Richtung Spremberg gefahren.

Das sei offensichtlich.

BARTOK sagt: „Also wir sind es nicht. Definitiv nicht!“

STADLER: „Ja, das wäre mir ja noch lieb, wenn Ihr das wärt.

BARTOK fragt nach einem genauen Nummernschild, doch STADLER hat sich keines gemerkt. Er ärgert sich auch schon darüber. BARTOK ärgert dies auch und sagt, daß er sich auf jeden Fall das Nummernschild merken muß, wenn sie nochmal an ihm dran sind. STADLER hat sich schon einen Zettel und Stift ins Auto gelegt, und er schreibt sich auf jeden Fall das Kennzeichen auf, wenn er wieder Verdacht schöpft. ER hat sich die drei Autos gemerkt. [...]

BARTOK will das abklären und den STADLER dann auf diesem Handy zurückrufen.“¹⁶⁵⁶

Es folgen Auszüge aus einem TKÜ-Protokoll vom selben Tag:

„BARTOK hat es in Auftrag gegeben. Es wird jetzt abgeklärt. Sie sind es definitiv nicht. Das hatte er sich auch schon gedacht. [...]

BARTOK redet weiter und sagt, daß es nur die Polizei sein kann. Schade sei nur, daß STADLER sich kein Kennzeichen gemerkt habe. Das hätte er dann abklären können und gewußt, wem der Wagen gehört.

ER hat es seinem Chef gesagt und der klärt es ab. Der kann es aber erst am Montag klären. Da bekommt er auf jeden Fall Bescheid, ob da eine Maßnahme

¹⁶⁵⁶ B72, Band II, S. 58.

läuft. BARTOK warnt den STADLER: „Du weißt, daß da eine Maßnahme läuft, dann sei heute abend also vorsichtig!“

STADLER sagt, daß sie nicht dran sind, weil er bei Stan auf dem Geburtstag ein Bier saufen geht. Die werden vielleicht was mitbekommen haben. Denn seit ein paar Tagen würde das Telefon wieder im Laden rauschen. Das wäre auch vor der Durchsuchung so gewesen. Und nach der Hausdurchsuchung wäre es auch schlagartig wieder weg gewesen.

Es kann sein, daß er wieder abgehört wird.

STADLER fragt den BARTOK wie es nun sein, wie sich die Bullen verhalten würden. BARTOK sei, daß sie nun erstmal abbrechen würden und heute abend oder morgen wieder ansetzen werden. STADLER fragt nach, ob sie auf jeden Fall wieder ansetzen werden. BARTOK sagt ja, wenn die Maßnahme läuft, setzen sie wieder an. [...]

BARTOK sagt, daß wenn sie mitbekommen, daß eine Maßnahme läuft, dann wissen sie ja hundertpro bescheid, dann müßten sie sich bei ihrem Treffen nächste Woche sehr sehr vorsichtig verhalten. Ganz konspirativ. Dann ist er am Mittwoch mit zwei Kollegen unten, die aufpassen, daß sie sauber sind. Sie würden auf keinen Fall auffliegen.

STADLER fragt den BARTOK, ob sie DEFINITV herausbekommen, ob da was läuft oder nicht. BARTOK antwortet, daß sein Chef über so gute Kontakte verfügt, daß der es herausbekommt. STADLER hat Angst, daß sie es nicht gesagt bekommen und er dann doch observiert wird, weil die Polizei etwas vermutet. Aber BARTOK, sagt, daß sie es mitbekommen. STADLER findet das sehr beruhigend. [...]

BARTOK wird dem STADLER bescheid sagen, wenn er eine Nachricht erhält und wird ihn auf diesem Handy anrufen oder eine SMS schicken. „Wir sollten in diesem Stadium unbedingt darauf achten, daß wir das andere Handy komplett herauslassen“.“¹⁶⁵⁷

In einem TKÜ-Protokoll vom 08.07.2002 ist folgendes dokumentiert:

„Dirk fragt nach, ob ‚die‘ noch hinter Toni her sind. Ihm ist bisher nichts aufgefallen. Toni fragt, ob ‚dein Chef etwas rausgekriegt hat‘. Dirk antwortet, dass sein Chef heute in Berlin ist und das abklären will. Er will heute abend noch einmal mit ihm telefonieren oder eine SMS schicken. Falls Toni feststellen sollte, dass ein Auto hinter ihm her sei, so soll er sich das Kennzeichen notieren. Er soll vorsichtig sein. Dirk sagt: ‚... Jetzt zu sagen sieh zu dass du die Bude vielleicht ein bisschen sauber kriegst, ick weeiß es nicht. Nicht dass da einer irgendwelche miesen Aktionen vorhat.‘“¹⁶⁵⁸

¹⁶⁵⁷ Ebenda, S. 59.

¹⁶⁵⁸ Ebenda, S. 61.

In einem Sachstandsbericht des LKA Berlin vom 11.07.2002 wurde eine SMS von Bartok an Stadler vom 08.07.2002 aufgeführt:

„Chef hat nix rausbekommen. Nur so viel : Kein LKA, kein BfV, ggf. TOMEK muß aber morgen noch klären.“¹⁶⁵⁹

Zudem wurde folgendes Telefonat vom 09.07.2002 dokumentiert:

*„**BARTOK** beginnt das Telefonat mit **STADLER** erst, als er sich darüber rückversichert hat, ob **STADLER** auch das ‚richtige‘ Handy benutzen würde.*

***BARTOK** erklärt dem **STADLER** auf seine SMS am Vortag beziehend, daß es nicht das LKA und auch nicht das Bundesamt sei. Es könnte die TOMEK sein, die vor kurzem neu strukturiert wurde und mit der sie aus diesem Grunde noch nicht so gut zusammenarbeiten würden. Sein Chef sei am heutigen Tage nach Frankfurt / Oder gefahren, um sich dort nach Maßnahmen gegen **STADLER** zu erkundigen. Dies wird er nicht direkt machen, sondern eher nebenbei.*

***BARTOK** und **STADLER** vereinbaren ein Treffen für den kommenden Donnerstag, zu welchem der **BARTOK** zwei Kollegen mitbringen wird, um eine eventuelle Observation des **STADLER** aufzudecken und ggf den Grund direkt zu erfragen.“¹⁶⁶⁰*

In einem Vermerk des LKA Berlin vom 08.07.2002 heißt es:

*„Der Beschuldigte **STADLER** bemerkte am Freitag, den 5. Juli 2002 die Observation. Seine Erkenntnis teilte er umgehend Dirk **BARTOK** mit, dessen Funktion im Beziehungsgeflecht der Beschuldigten bislang unbekannt war.*

***BARTOK** erwies sich dem **STADLER** in dieser Situation gegenüber beratend, gab Verhaltensanweisungen (z.B. Aufschreiben/Fotografieren der Kennzeichen) und ermahnte zu erhöhtem konspirativen Verhalten. Er wies **STADLER** an, sich ab sofort verdächtige Kennzeichen zu notieren, damit er diese abklären und ermitteln könne, wer Halter der Fahrzeuge ist. Seine Vermutung zielt in Richtung Polizei, „sie selbst wären es definitiv nicht“.*

*Vor diesem Hintergrund und insbesondere aus der Ankündigung seitens des **BARTOK**, dass bei ihrem nächsten Treffen außer ihm zwei weitere Kollegen vor Ort sein werden und der Chef des **BARTOK** klären wird, ob ein Strafverfahren gegen **STADLER** anhängig ist, lässt sich eindeutig schließen, dass **BARTOK** den Beschuldigten **STADLER** als V-Mann führt.*

OStA Heinke und StA'in Mendrina wurden über diese Feststellung im Rahmen einer persönlichen Besprechung in Kenntnis gesetzt. Anwesend waren außer dem Unterzeichner auch KOK H. (LKA Berlin) sowie KK'in E. (LKA Berlin).

¹⁶⁵⁹ Ebenda, S. 68.

¹⁶⁶⁰ Ebenda, S. 68.

Auch auf die Gefahr hin, dass hiesiges Verfahren durch entsprechende Erkundigungen des LfV Brandenburg aufgedeckt werden könnte, entschied sich OStA Heinke gegen die Vollstreckung der erwirkten Durchsuchungsbeschlüsse. Er bewertete die Gefahr der Aufdeckung als gering, da bislang keine weiteren Sicherheitsbehörden vom vorliegenden Verfahren informiert wurden. Vor weiterer Ausforschung könne man sich schützen, wenn die zu diesem Verfahren gespeicherten Daten des **STADLER** aus den Informationssystemen der Polizei und der Staatsanwaltschaft vorläufig gelöscht werden.

Auf Anordnung der StA Berlin seien die bisherigen Maßnahmen in ihrer gewohnten Form fortzusetzen, bei Anzeichen für Verdunklungshandlungen sollte eine umgehende Alarmierung der StA Berlin erfolgen.

Die Durchsuchungsmaßnahmen seien erst auf ausdrückliche Genehmigung des OStA Heinke durchzuführen.

Am Montag, den 08.07.2002 kam es zu einem weiteren Gespräch zwischen den Beschuldigten **STADLER** und **BARTOK**. Dieser hatte es bis dahin nicht geschafft, Erkundigungen über etwaige Verfahren gegen **STADLER** einzuholen, warnte den **STADLER** erneut ausdrücklich zur Vorsicht und gab den ausdrücklichen Hinweis, die ‚Bude sauber‘ zu machen, falls in naher Zukunft eine ‚miese Sache‘ (Durchsuchungsmaßnahme ?) bevorstünde.

Dies muss zwingend als eine klare Aufforderung zu einer Verdunklungshandlung angesehen werden.

OStA Heinke wurde aus diesem Grunde die sofortige und zeitgleiche Durchsuchung sämtlicher Örtlichkeiten vorgeschlagen, da **STADLER** nun vor hoheitlichen Maßnahmen gewarnt und in der nächsten Zeit nicht mehr zu erwarten sei, dass **STADLER** strafbare Handlungen vornimmt. Vielmehr sei nun mit der Vornahme der von **BARTOK** empfohlenen Verdunklungshandlungen zu rechnen.

OStA Heinke nahm von dieser Anregung jedoch Abstand.

Seiner Einschätzung zufolge kann das LfV Brandenburg immer noch nicht über das vorliegende Verfahren in Kenntnis gelangt sein. Das Verfahren sei aus diesem Grunde nicht mehr gefährdet als zu einem früheren Zeitpunkt.

Man müsse zwar nun die Örtlichkeit, die **STADLER** zur Lagerung von inkriminierter Ware nutzt, mit dem Ziel beobachten, Verdunklungshandlungen (Fortschaffen von strafbaren Gegenständen) festzustellen und ggf. zeitgleich einschreiten zu können (s. hierzu Vermerk des KK E. v. 08.07.02). Doch sei die Beschlagnahme der 3.000 CDs ‚Noten des Hasses‘ immer noch oberstes Ziel hiesigen Verfahrens. Diese wäre gefährdet, wenn die Durchsuchungsbeschlüsse vollstreckt würden und **STADLER** auf diesem Weg in Erfahrung bringen könnte, Objekt eines Ermittlungsverfahrens wegen Volksverhetzung zu sein.“¹⁶⁶¹

¹⁶⁶¹ Ebenda, S. 62f.

Befragt, warum der leitende Oberstaatsanwalt Heinke den Ermittlungsvorgang aus dem Informationssystem der Polizei und der Staatsanwaltschaft löschen ließ, antwortete die Berliner Staatsanwältin Hildegard Mendrina vor dem Untersuchungsausschuss:

„Na ja, es mutete - um es mal vorsichtig auszudrücken - schon seltsam an, wenn - - Wie gesagt, aus diesen Gesprächen ergab sich - das waren dann unsere Rückschlüsse -, dass Herr Bartok der V-Mann-Führer sein muss, und - jetzt mit meinen Worten - es drängte sich auf, dass da Schutzmaßnahmen getroffen wurden. Das wollten wir natürlich nicht, dass unser Ermittlungserfolg dann vereitelt wird.“¹⁶⁶²

Auf den Vorhalt der oben dargestellten TKÜ-Protokolle vom 08.07.2002 sagte der Zeuge Bartok:

„In der Tat erinnere ich mich nicht an dieses Gespräch. Wenn Sie aber aus einer TKÜ zitieren, kann es durchaus sein, dass das Gespräch stattgefunden hat.“¹⁶⁶³

Auf die Frage, ob ihm bezüglich seines Handelns betreffend die Observationsmaßnahmen „mal in den Kopf gekommen“ sei, dass das „vielleicht auch Strafvereitelung“ sein könnte, sagte Bartok:

„Da kann ich Ihnen nichts zu sagen, welche Gedanken ich mir damals zu dem einzelnen Sachverhalt gemacht habe.“¹⁶⁶⁴

Unmittelbar nach der Festnahme Stadlers am 22.07.2002 wurde dessen Zusammenarbeit mit dem brandenburgischen Verfassungsschutz beendet. Am 07.08.2002 wurde Stadler auch durch den Generalbundesanwalt Siegmund als Zeuge vernommen. Dabei räumte er seine Produktionsbeteiligung an der Landser-CD ein. Im Ergebnis wurde Stadler vom Landgericht Berlin am 11.11.2002 wegen Verstoßes gegen § 86a StGB zu zwei Jahren auf Bewährung verurteilt.

Auf die Frage, wie es mit dem Berliner Ermittlungsverfahren gegen Stadler nach dessen Wohnungsdurchsuchung und Verhaftung am 20./21.07.2002 weiterging, erklärte die Zeugin Mendrina vor dem Untersuchungsausschuss:

„Er ist in der Nacht von Samstag auf Sonntag - - Da war ja mehr oder weniger eine groß angelegte Durchsuchungsaktion. Da sollte nämlich die Eröffnung

¹⁶⁶² Protokoll der 35. öffentlichen Sitzung vom 22.11.2018, S. 49f.

¹⁶⁶³ Protokoll der 36. öffentlichen Sitzung vom 23.11.2018, S. 45.

¹⁶⁶⁴ Ebenda, S. 47.

dieses Vereinsheims, wie ich es immer sage, also von dieser ‚Weißen Arischen Bruderschaft‘ erfolgen. Da hatten wir - ich weiß jetzt nicht, ob aufgrund von TÜ-Erkenntnissen oder weil es einfach, ich sage mal, naheliegend war -, aber ich glaube, Stadler sollte kommen. Wir haben natürlich vermutet, dass dann die CDs – ich glaube, das ist aufgrund der TÜ-Erkenntnisse - verkauft werden sollten, sodass in der Nacht oder an dem Abend, natürlich auch um den Ermittlungserfolg nicht zu vereiteln, parallel durchsucht wurde an sämtlichen Durchsuchungsobjekten. Also, wir hatten dann ja auch noch mehrere Personen. Es wurde in Sachsen, in Nordrhein-Westfalen - - Also, es wurde an mehreren Stellen durchsucht, weil da irgendwelche Verbindungen waren, Leute da involviert waren. Wir mussten dann ja zeitgleich durchsuchen, wie gesagt, um nicht den Ermittlungserfolg zu vereiteln. Deswegen hatten wir Durchsuchungsbeschlüsse mit der Aufhebung der Nachtschranke, und dann wurde halt bei den Adressen, die bekannt waren, parallel durchsucht. Wie gesagt, in diesem Vereinsheim wurde dann durchsucht. Die Leute, die Beschuldigten, wurden vorläufig festgenommen, insbesondere auch Herr Lars B., Herr Stadler und noch andere, die zu dieser Bruderschaft gehören sollten. Das Auto wurde auch durchsucht, und danach erst wurde dieser sogenannte Bunker in Cottbus durchsucht.“¹⁶⁶⁵

Und weiter:

„Also, wir waren noch bis zum Ende der Nacht und einen halben Sonntag, glaube ich, in Cottbus, waren dann irgendwann im Gebäude des LKA sind dann erst mal nach Hause gefahren. So wie ich es in Erinnerung habe: Montag war ich erst in meinem Dienstraum und bin dann mit Herrn Heinke zum LKA gefahren. Ich weiß nicht, ob Stadler - er hatte schon nachts, glaube ich, ein Vernehmungsangebot - dann schon was gesagt hat, hat dann aber gesagt, er könne nichts sagen. Und dann kam nämlich die Entpflichtung.“¹⁶⁶⁶

Nach den Feststellungen des Untersuchungsausschusses erschienen noch am Abend des 21.07.2002 Abteilungsleiter Wegesin sowie Dirk Bartok beim LKA Berlin und legten Stadler eine förmliche Entpflichtungserklärung vor, die dieser widerspruchslos unterschrieb. Die Zeugin Mendrina erinnerte sich:

„Jedenfalls kam Herr Wegesin damals als Leiter des LfV Brandenburg und Herr Bartok [...]. Die hatten ein Gespräch in Anwesenheit der Beamten des LKA.“¹⁶⁶⁷

An dieser Besprechung sei die Zeugin nicht dabei gewesen:

„Ich weiß nur, dass die Entpflichtungserklärung unterschrieben worden ist, und danach erfolgten dann Aussagen. Ich glaube, ich habe zu dem Zeitpunkt, als

¹⁶⁶⁵ Protokoll der 35. öffentlichen Sitzung vom 22.11.2018, S. 59f.

¹⁶⁶⁶ Ebenda, S. 60.

¹⁶⁶⁷ Ebenda, S. 60.

das - - habe ich schon meinen Haftbefehl geschrieben, wenn ich es recht in Erinnerung habe.“¹⁶⁶⁸

Der Zeuge Wegesin erklärte vor dem Untersuchungsausschuss, dass auch Dieter Borchert bei diesem Vorgang anwesend gewesen sei.

„Dann sind wir also über diesen Scherbenhaufen, der sich da angesammelt hatte, und was man im besagten Bunker gefunden hatte, und ähnliche Dinge unterrichtet worden. Frau Mendrina hatte den Charme einer Klapperschlange. Das war völlig klar, man war sehr empört. Dann habe ich das zur Kenntnis genommen. Herr Heinke hat die allgemeine Einführung gemacht, Frau Mendrina hat die konkrete Vorwurfslage referiert, und dann habe ich entschieden: Ja, wenn das so ist - alles sehr schlimm -: Gestatten Sie es - natürlich Kontakt zum Verfassungsschutz -, liebe Staatsanwaltschaft Berlin, dass jemand von uns, in Ihrer Begleitung selbstverständlich, damit Sie jegliche Einflussnahme oder was weiß ich – ‚Halt ja die Klappe!‘ – sofort unterbinden können - - Und dann kriegten Borchert und Bartok den Auftrag, den gloriosen V-Mann Toni Stadler abzuschalten. Das ist dann erfolgt. Und ich habe draußen gesessen und gewartet, bis sie zurückkamen.“¹⁶⁶⁹

Das Landgericht Berlin hat Toni Stadler am 11.11.2002 zu zwei Jahren auf Bewährung verurteilt. Es folgen Auszüge aus dem Urteil:

„Dem Brandenburger Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) war schon zu einem frühen Zeitpunkt bekannt, dass der gesondert Verfolgte Lars B., der in der rechtsextremistischen Szene führend tätig war, einen Tonträger mit ‚brisantem Inhalt‘ aufgenommen hatte und diesen veröffentlichen wollte. Im Sommer 2000, zu einer Zeit, als der Angeklagte und die gesondert Verfolgten Lars B. und Hesse sich bereits über die Herstellung und den Vertrieb der CD ‚Noten des Hasses‘ geeinigt hatten, sprachen deshalb zwei Beamte des Brandenburger Verfassungsschutzes, darunter der gesondert Verfolgte Dirk Bartok (Tarnname), den Angeklagten an, um ihn als V-Mann zu werben. Hierbei setzten sie den Angeklagten mit dem Hinweis unter Druck, im Weigerungsfall strafrechtliche Ermittlungen wegen eines ihnen bekannten, von dem Angeklagten begangenen Verkehrsdelikts zu veranlassen. Der Angeklagte erklärte sich daraufhin nach kurzer Bedenkzeit zu einer Zusammenarbeit mit dem Brandenburger Verfassungsschutz bereit; sein V-Mann-Führer wurde der gesondert Verfolgte Dirk Bartok. Zwischen dem Angeklagten und dem gesondert Verfolgten Bartok entwickelte sich in der Folge eine enge, vertrauensvolle Zusammenarbeit und eine von dem Angeklagten sogar als freundschaftlich empfundene Beziehung. Gleich zu Beginn seiner V-Mann-Tätigkeit erhielt der Angeklagte für die Gespräche mit dem Brandenburger Verfassungsschutz ein – wie er aufgrund der Ausführungen seines V-Mann-Führers irrtümlich annahm – abhörsicheres Handy mit der Telefonnummer [...]. Einzelne über dieses Handy geführte Gespräche zwischen dem Angeklagten und dem gesondert Verfolgten Bartok sind in die Hauptverhandlung eingeführt

¹⁶⁶⁸ Ebenda, S. 63.

¹⁶⁶⁹ Protokoll der 36. öffentlichen Sitzung vom 23.11.2018, S. 138.

worden. Sie belegen u. a. die enge persönliche Verbindung beider Personen sowie allgemeine Warnungen des gesondert verfolgten Bartok vor gegen den Angeklagten laufenden Strafverfolgungsmaßnahmen und Hinweise zu deren grundsätzlichen Abläufen.

Der Angeklagte erfüllte seine Tätigkeit als V-Mann zuverlässig. Er unterrichtete das LfV rechtzeitig und umfassend über die hier verfahrensgegenständlichen Taten, deren Planungen und Ablauf. So informierte er den gesondert Verfolgten Bartok über jeden Schritt der Herstellung der ersten Auflage der CD ‚Noten des Hasses‘ (Fall 1). Er teilte dem gesondert Verfolgten sogar den Tag mit, an dem die 2.800 Exemplare der CD bei ihm eintreffen sollten. Auch zeigte er dem gesondert Verfolgten bei einem gemeinsamen Treffen am 31. Januar 2001 die Liste, auf der sich die Abnehmer des gesondert Verfolgten Lars B. befanden. Dies ist bestätigt worden durch ein in der Hauptverhandlung verlesenes Behördenzeugnis des Ministeriums des Innern – Verfassungsschutzbehörde – vom 31. Juli 2002. Darüber hinaus übergab er dem gesondert Verfolgten noch im Januar 2001 – also zu einem Zeitpunkt, als die CD’s noch gar nicht oder zumindest nicht vollständig verteilt waren – ein Exemplar der CD. Das LfV unternahm nichts gegen die (weitere) Verteilung der CD durch den Angeklagten. In der Folgezeit informierte dieser das LfV auch über die geplante zweite Auflage. Er nannte dem gesondert Verfolgten Bartok die Namen der an der Nachpressung beteiligten Personen und agierte jeweils nach Rücksprache und mit dem Einverständnis seines V-Mann-Führers, der wiederum – nach seinen, gegenüber dem Angeklagten gemachten Angaben – Rücksprache mit seinen Vorgesetzten nahm. Obwohl die Gefährlichkeit der CD, in der u. a. in dem Lied ‚Die Kugel ist für Dich‘ das Töten verschiedener Personen des öffentlichen Lebens besungen wird, in der Öffentlichkeit längst bekannt war und erregt diskutiert wurde und dem LfV zudem sämtliche an der CD beteiligte Personen bekannt waren, schritt es auch nicht gegen die geplante Herstellung der zweiten Auflage ein. Vielmehr begleitete es deren Vorbereitungen und erteilte dem Angeklagten entsprechende Weisungen für seine Aktivitäten.

Der Angeklagte hielt auch hinsichtlich seines Lagers in Cottbus (Fall 2) ausführlich Rücksprache mit dem gesondert Verfolgten Bartok. Er legte sich dieses konspirative Lager erst auf ausdrückliches Anraten, sogar Drängen des LfV zu, um im Falle von Durchsuchungen abgesichert zu sein. Er informierte den gesondert Verfolgten über den Inhalt seines Lagers und händigte ihm regelmäßig ein Probeexemplar der darin befindlichen Gegenstände aus.

Das LfV belohnt den Angeklagten für seine Zusammenarbeit, indem es anfangs seine Schulden bezahlte und später großzügig seine Spesen ersetzte. Außerdem erreichte es die Einstellung verschiedener gegen den Angeklagten in Brandenburg geführter Ermittlungsverfahren. Darüber hinaus warnte der gesondert Verfolgte Bartok den Angeklagten vor Durchsuchungen seiner Wohnung und Geschäftsräume durch brandenburgische Ermittlungsbehörden. Hierbei sicherte er ihm zu, dass der Verfassungsschutz im Ernstfall beweiserhebliches Material verschwinden lassen würde. Im März 2002 plante das LKA Brandenburg im Rahmen eines bei der Staatsanwaltschaft Cottbus geführten Ermittlungsverfahrens eine Durchsuchung bei dem Angeklagten wegen der Versendung von 200 Exemplaren der CD ‚Noten des Hasses‘ an den gesondert verfolgten Szenehändler Sven Sch. In diesem Zusammenhang

erkundigte sich der gesondert Verfolgte Bartok bei dem Angeklagten, ob sich in seinen Räumen (noch) strafrechtlich relevantes Material befände. Der Angeklagte verwies auf seinen Computer. Daraufhin übergab ihm der gesondert Verfolgte Bartok einen Computer, den er zuvor von Beamten hatte ‚säubern‘ lassen. Dieser Computer war nicht mit den Peripheriegeräten des Angeklagten kompatibel. Er stellte ihn trotzdem bei sich auf und versteckte seinen eigenen Computer im Kellerraum eines Nachbarn. Im Zuge der dann tatsächlich einige Zeit später bei dem Angeklagten erfolgten Durchsuchung wurde der betreffende Computer sichergestellt und anschließend ausgewertet. Hierbei stellte das LKA Brandenburg einen ‚jungfräulichen Zustand‘ fest; infolgedessen wurde die Freigabe des Computers verfügt. Der Angeklagte bedankte sich bei dem gesondert Verfolgten Bartok für dessen Unterstützung und nutzte seinen eigenen Computer weiter. Er sandte dem gesondert Verfolgten Bartok am 19. Juli 2002 eine SMS, die in die Hauptverhandlung eingeführt worden ist und lautet: ‚Jetzt weiss ich auch was wichtig war. Muss nächste Woche zum Staatsschutz wegen Deinem Computer. Gruss Toni‘. Des weiteren wurde dem Angeklagten zugesichert, dass sein Lager in Cottbus ‚absolut sicher‘ sei. Durch diese Maßnahmen fühlte sich der Angeklagte in allem, was er tat, abgesichert, und weitete – auch deshalb – seine geschäftlichen Aktivitäten erheblich aus. Auf seine Nachfrage erklärte ihm der gesondert Verfolgte Bartok einmal: ‚In Haft von uns (V-Leute) musste noch nie einer gehen!‘

Nach der Festnahme des Angeklagten in dem hiesigen Verfahren hat das LfV am 23. Juli 2002 die Zusammenarbeit mit dem Angeklagten beendet. Der Angeklagte soll nach dem Abschluss des hiesigen Verfahrens in das Zeugenschutzprogramm des Landes Brandenburg aufgenommen werden.¹⁶⁷⁰

In der rechtlichen Bewertung heißt es unter anderem:

„[...] Die Sozialadäquanzklausel des § 86 Abs. 3 StGB als tatbestandsausschließend war auf den vorliegenden Sachverhalt ganz offensichtlich nicht anwendbar, so dass es hierzu keiner Ausführungen bedurfte.

[...]

Zugunsten des Angeklagten sprach sein umfassendes Geständnis, das er gleich nach seiner Festnahme abgelegt und in der Hauptverhandlung wiederholt hat. Es ist durch objektive, in die Hauptverhandlung eingeführte, Beweismittel bestätigt worden. Diesem Geständnis kam eine ganz erhebliche, das Verfahren abkürzende Bedeutung zu. Strafmildernd hat die Kammer außerdem berücksichtigt, dass der Angeklagte durch seine bereits in dem hiesigen Ermittlungsverfahren umfassend getätigten Aussagen die Strafverfolgung zahlreicher weiterer Personen ermöglicht hat. Hierdurch hat er sich selbst einer ernst zu nehmenden Gefahr für Leib und Leben ausgesetzt, denn er gilt nun in der rechtsextremistischen Szene als Verräter. In diesem Zusammenhang hat die Kammer auch bedacht, dass der Angeklagte nicht in sein bisheriges Leben wird zurückkehren können. Infolge seiner ihm von den Brandenburger Behörden angekündigten Aufnahme in das Zeugenschutzprogramm wird er sämtliche Kontakte zu seiner Familie, seinen Freunden und seinem bisherigen

¹⁶⁷⁰ B5/Vorinhaltsverzeichnis S. 73-77.

Umfeld abbrechen müssen. Weiter wirkte sich für den Angeklagten günstig aus, dass er sich mit der außergerichtlichen Einziehung sämtlicher bei ihm beschlagnahmter Gegenstände, auch nicht verfahrensgegenständlicher, einverstanden erklärt hat. Hierdurch hat er Einsicht und Reue in sein Fehlverhalten gezeigt und zudem eine wirtschaftliche Einbuße größeren Umfanges erlitten. Strafmildernd war außerdem die von dem Angeklagten in diesem Verfahren erstmals erlittene Untersuchungshaft zu bewerten, die unter verschärften Bedingungen vollstreckt wurde. Darüber hinaus war im Fall 1 zugunsten des Angeklagten zu berücksichtigen, dass er nicht der geistige Urheber der ‚Noten des Hasses‘ war. Zu diesen Aspekten trat in beiden Fällen noch ein weiterer, sehr gewichtiger Umstand hinzu: Die Kammer hat das – aus ihrer Sicht unverantwortliche und nicht nachvollziehbare – Verhalten des LfV in ganz erheblichem Umfang strafmildernd bewertet. Der Angeklagte hat die Taten, die schwerwiegen, jeweils mit Wissen und Billigung des LfV begangen und ist hierfür auch noch belohnt worden. Statt – nachdem spätestens am 31. Januar 2001 die an der Herstellung und dem Vertrieb der ersten Auflage der CD ‚Noten des Hasses‘ beteiligten Personen bekannt waren – die tatsächliche Verbreitung der CD zu unterbinden, förderte das LfV sogar noch die Vorbereitungen zu ihrer zweiten Auflage. Der Angeklagte durfte sich hierdurch sicher fühlen, zumal ihm von seinem V-Mann-führer wiederholt zugesichert wurde, dass ihm nichts geschehen könne. Schließlich erst die Zusicherung des LfV, dass sein Warenlager in Cottbus ‚absolut sicher‘ sei, veranlasste den Angeklagten zu einem Handel mit Tonträgern, Videos, Büchern und Bekleidungsstücken mit rechtsextremistischen Aufdrucken in einem der Kammer bislang nicht bekannt gewordenen Umfang.“¹⁶⁷¹

Der Vorsitzende Richter Hans-Jürgen Brüning bestätigte auf Nachfrage vor dem Untersuchungsausschuss, dass das Urteil im Wesentlichen auf den Aussagen von Toni Stadler beruhte: *„Auf seiner eigenen Einlassung, ja.“*¹⁶⁷² Stadler habe gestanden und seine Aussage habe das Gericht als glaubhaft bewertet.¹⁶⁷³ An die Beweiswürdigung hatte er *„keine detaillierten Erinnerungen“* mehr: *„Ich weiß nur, dass wir Telefonate, die mitgeschnitten worden sind, eingeführt haben in die Hauptverhandlung, und zwar zwischen dem Stadler und dem ‚Bartok‘. Aber Einzelheiten kann ich Ihnen leider nicht sagen.“*¹⁶⁷⁴

Am 11.11.2002, nach dem Urteil gegen Stadler, veröffentlichte das brandenburgische Innenministerium eine Pressemitteilung:

„Das Innenministerium des Landes Brandenburg begrüßt die heutige Verurteilung des Toni S. Dieser ehemalige V-Mann des brandenburgischen Verfassungsschutzes hatte klare Weisungen seines Quellenführers missachtet und sich durch eigenmächtige Aktionen strafbar gemacht. Die Verurteilung ist

¹⁶⁷¹ Vorinhalteverzeichnis digital, S. 77-79.

¹⁶⁷² Protokoll der 33. öffentlichen Sitzung vom 27.09.2018, S. 10.

¹⁶⁷³ Ebenda, S. 11.

¹⁶⁷⁴ Ebenda, S. 10.

daher konsequent. Um sich selbst zu entlasten, hat Toni S. jedoch dem Verfassungsschutz die Verantwortung für diese Aktivitäten aufbürden wollen. Das Innenministerium bedauert, dass die Schutzbehauptungen des Toni S. im Laufe des Verfahrens nicht einer objektiveren Überprüfung unterzogen worden. So wurde leider kein Mitarbeiter des brandenburgischen Verfassungsschutzes hierzu vernommen. Auch eine vom Anwalt des Quellenführers bei der Berliner Staatsanwaltschaft hinterlegte, ausführliche Aussage seines Mandanten ist in der Anklageschrift nicht berücksichtigt worden. Gleiches gilt für Äußerungen von Toni S. gegenüber anderen Staatsanwaltschaften, die seinen Schutzbehauptungen zuwiderlaufen. Mit Blick auf die Verfahrensführung wirft diese Vorgehensweise grundsätzliche Fragen auf. Wesentliche Teile der besonders in den letzten Wochen und Monaten über schwerwiegende Indiskretionen öffentlich kommunizierten Vorwürfe gegen den brandenburgischen Verfassungsschutz konnten nicht erhärtet werden. Dies gilt insbesondere für die Behauptung, Toni S. hätte konkrete Durchsuchungswarnungen erhalten. Aber auch der Vorwurf, es hätte ohne den brandenburgischen Verfassungsschutz die in Rede stehende CD nicht gegeben, erwies sich schließlich als haltlos. Denn im Prozess wurde deutlich, dass Toni S. an Komposition, Einspielung und Pressung der CD nicht beteiligt war. Als gescheitert gilt ebenso der Versuch der Staatsanwaltschaft, die von Beamten des brandenburgischen LKA mit dem Angeklagten Toni S. Anfang November geführten Gespräche über Möglichkeiten des Schutzes seiner Person in ein schlechtes Licht zu rücken. Die drängende Frage, warum die ermittelnden Berliner Einrichtungen vor ihrem Zugriff keinen Kontakt mit anderen Sicherheitsbehörden aufnahmen - obwohl klar war, dass sie mit ihren Maßnahmen in die Maßnahmen anderer Sicherheitsbehörden eingriffen - wurde im Zuge der Verhandlung leider nicht ausreichend erörtert. Daher ist die Einschätzung von Beobachtern, das von einem karriereorientierten Staatsanwalt forcierte Verfahren habe Züge eines Schauprozesses gegen den brandenburgischen Verfassungsschutz in sich getragen, nur schwer zu entkräften. Mit Blick auf die schweren Indiskretionen der letzten Wochen und Monate begrüßt das Innenministerium die - in der Presse gemeldeten - personellen Konsequenzen im Berliner Landeskriminalamt. Mit dieser Entscheidung hat man dort den richtigen Weg eingeschlagen. Sollte dieser Weg weiter beschritten werden, so besteht damit die Möglichkeit, das erschütterte Vertrauensverhältnis wieder zu verbessern.“¹⁶⁷⁵

Ergänzend veröffentlichte das Innenministerium folgende Mitteilung:

„Eine angebliche ‚V-Mann-Affäre‘ des Brandenburger Verfassungsschutzes war in die Medien geraten, als die Staatsanwaltschaft Berlin am 20. Juli am Rande eines Konzertes in Berlin-Marzahn Toni S. festnehmen ließ - ohne sich mit den zuständigen Brandenburger Behörden abzustimmen.

Seither wucherten, genährt durch zahlreiche Indiskretionen außerhalb Brandenburgs, die Spekulationen und Verdächtigungen. Ihnen konnte die Verfassungsschutzbehörde kaum entgegentreten, da ihr über Monate Einsicht in die entsprechenden Akten verwehrt wurde.

¹⁶⁷⁵ <https://mik.brandenburg.de/sixcms/detail.php/53669>

Heute verurteilte das Landgericht Berlin Toni S. wegen Volksverhetzung, Gewaltdarstellung und Verwendung verfassungswidriger Kennzeichen zu zwei Jahren auf Bewährung.

Innenministerium begrüßt Verurteilung

Der ehemalige V-Mann des brandenburgischen Verfassungsschutzes Toni S. hatte die CD ‚Noten des Hasses‘ der rechtsextremistischen Berliner Band ‚White Aryan Rebels‘ (WAR) ebenso wie andere verbotene Tonträger vertrieben.

Er behauptete vor Gericht, er habe dafür Rückendeckung vom Verfassungsschutz bekommen. Leider ist diese durchsichtige, zur eigenen Entlastung vorgebrachte Schutzbehauptung ungeprüft stehen geblieben; was der Verfassungsschutz selber hierzu vortragen kann, ist im Prozess gar nicht berücksichtigt worden. Tatsächlich hat sich Toni S. über klare Weisungen von Seiten der Verfassungsschutzbehörde hingestellt und ohne deren Kenntnis Geschäfte betrieben, mit denen er sich strafbar gemacht hat.

Dafür ist er nun zu Recht verurteilt worden. Denn soweit er außerhalb des vom Verfassungsschutz gesetzten Handlungsrahmens agiert hat, haftet er selbst dafür; die Verfassungsschutzbehörde ist nicht verantwortlich für Taten, die ein V-Mann unabgestimmt und auf eigene Faust begeht.

Die Aufgabe des V-Mannes

Welche Rolle hatte der Verfassungsschutz Toni S. zugedacht? Toni S. war V-Mann - also eine Person aus der rechtsextremistischen Szene, die mit dem Verfassungsschutz zusammenarbeitete, damit ebendiese Szene aufgerollt werden konnte. Er hatte u. a. den Auftrag, die hochkonspirativ agierende Band WAR, ihre Produktionsbeziehungen und die Vertriebswege ihrer CDs aufzuklären. Um an die internationalen Hintermänner und an das Netz der Vertreiber in Deutschland näher heranzukommen, war der V-Mann mit Wissen der brandenburgischen Verfassungsschutzbehörde an der Verbreitung einer bestimmten Menge der inkriminierten CD beteiligt; nicht jedoch an deren Produktion.

Die Verbreitung verfassungswidriger Propagandamittel ist zwar nach § 86 Absatz 1 Strafgesetzbuch verboten. Doch bestimmt der Absatz 3 dieses Paragraphen, dass man sich nicht strafbar macht, wenn die Verbreitung verfassungswidriger Propagandamittel der Abwehr verfassungswidriger Bestrebungen dient. Der Zweck rechtfertigt in diesem Fall das Mittel. Der Zweck: die Aufklärung und nachfolgende Zerschlagung eines internationalen Ringes von Produzenten und Vertreibern, die menschenverachtende, hetzerische Aufrufe auf Tonträgern in der einschlägigen Szene verbreiteten und noch massiver verbreiten wollten. Das Mittel: eine zeitlich und sachlich begrenzte Mitwirkung an diesem Treiben. Diese Rechtsauffassung hat gute Gründe für sich.

Ungeheuerliche Vorwürfe

Die Behauptung der Berliner Staatsanwaltschaft, die ausländischen Hersteller und die inländischen Vertreiber seien auch ohne Zutun des brandenburgischen Verfassungsschutzes bekannt, trifft nicht zu. Und der ungeheuerliche Vorwurf, ohne den Verfassungsschutz hätte es die inkriminierte CD gar nicht gegeben, verdient eine scharfe Zurückweisung.

Vielmehr hat der unabgestimmte, voreilige Zugriff vom 20. Juli dafür gesorgt, dass nun weitere Personen, die in die Produktion und den Handel mit rechtsextremistischen Tonträgern verwickelt sind, nicht belangt werden können. Denn es fehlt an Beweisen gegen sie, die bei einem professionelleren Zusammenspiel der Sicherheitsbehörden hätten erlangt werden können. Die Neonazis frohlocken darüber.

Weitere Ermittlungen

Ein Vorwurf zielt auch auf den zuständigen V-Mann-Führer, also den Bediensteten des Verfassungsschutzes, der den V-Mann anleitete: Er habe Straftaten des V-Mannes gedeckt und deren Aufklärung vereitelt. Dergleichen darf sich ein V-Mann-Führer selbstverständlich nicht zuschulden kommen lassen. Nunmehr wird in dieser Sache eine Staatsanwaltschaft in Brandenburg ermitteln. Dem zu erwartenden Verfahren kann die Verfassungsschutzbehörde guten Gewissens entgegensehen.“¹⁶⁷⁶

Der Zeuge Heinke, der das Verfahren bei der Staatsanwaltschaft in Berlin geleitet hatte, sagte vor dem Untersuchungsausschuss zu dem Vorwurf, ein „karriereorientierter Staatsanwalt“ zu sein:

„Ich weiß nicht genau, warum das gesagt worden ist. Ich war nicht mehr dazu orientiert als jeder andere auch. Natürlich will man weiterkommen; aber ich glaube, ich war zu dem Zeitpunkt auch schon Oberstaatsanwalt. Also, was sollte ich denn noch werden? Generalstaatsanwalt gibt es nur einen von, nicht? Der Posten war besetzt.“¹⁶⁷⁷

Die Frage, ob es üblich sei, dass derlei Anschuldigungen oder Kritik aus einem Ministerium heraus geäußert würden, verneinte Heinke. Auf Nachfrage, ob das „schon mal vorgekommen“ sei, antwortete er:

„Also, ich kann mich nicht daran erinnern, dass es mal vorgekommen ist. Dazu spielte die Stadler-Geschichte mit seinem Umfeld ja auch eine besondere Rolle, dass es dazu gekommen ist - mit diesen Anfeindungen und -“¹⁶⁷⁸

¹⁶⁷⁶ <https://verfassungsschutz.brandenburg.de/cms/detail.php/lbm1.c.342148.de>

¹⁶⁷⁷ Protokoll der 35. öffentlichen Sitzung vom 22.11.2018, S. 88.

¹⁶⁷⁸ Ebenda, S. 88.

4.3.4. Verfahren gegen den V-Mann-Führer Dirk Bartok

4.3.4.1. Zuständigkeitsstreit zwischen Berlin und Brandenburg

Nach Angaben der Zeugen Mendrina und Heinke wurde gegen den V-Mann-Führer Bartok als Mittäter Stadlers ermittelt. Noch zum Zeitpunkt von Stadlers Entpflichtung sei vorgesehen gewesen, auch Bartok anzuklagen.¹⁶⁷⁹

Am 12.08.2002 vermerkte der leitende Oberstaatsanwalt Robineck von der Staatsanwaltschaft Cottbus:

„Oberstaatsanwalt Heinke, der zuständige Abteilungsleiter der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin, hat mir auf fernmündliche Nachfrage am heutigen Tage versichert, dass sich das dort geführte Ermittlungsverfahren gegen den V-Mann-Führer des obengenannten Beschuldigten auch auf den Vorwurf der Beteiligung an dem Vertrieb volksverhetzender Inhalte erstrecke. Dasselbe gelte, soweit gegen den genannten oder noch unbekannten Mitarbeiter des Brandenburgischen Verfassungsschutzes der Vorwurf erhoben werde, den Beschuldigten Stadler vor Vollstreckung des von mir erwirkten Durchsuchungsbeschlusses gewarnt und zu der Ersetzung seines Computers, der Dateien mit strafbewehrten Inhalten aufgewiesen haben soll, durch einen neuen bewegt zu haben.

Deshalb habe ich insoweit von der Einleitung eines entsprechenden Ermittlungsverfahrens nach dem Grundsatz ‚ne bis in idem‘ abgesehen.

Unbeschadet dessen habe ich Oberstaatsanwalt Heinke mit Blick auf die Zuständigkeitsregelungen in Aussicht gestellt, das Verfahren im gegebenen Falle zu übernehmen.“¹⁶⁸⁰

Bartok wurde zum 30.08.2002 zur Vernehmung von der Staatsanwaltschaft Berlin vorgeladen. Gemäß seiner Aussagegenehmigung durfte er seine Klaridentität nicht preisgeben. Der leitende Oberstaatsanwalt Heinke drohte ihm mit Beugehaft.¹⁶⁸¹ Heinke telefonierte mit Dr. Muth vom Ministerium des Innern des Landes Brandenburg mit dem Antrag, eine Aussagegenehmigung ohne Beschränkung hinsichtlich der persönlichen Angaben Bartoks zu erhalten. Dr. Muth teilte ihm am 03.09.2002 mit:

„Dieser Antrag wird derzeit in meiner Abteilung geprüft; meine Entscheidung werde ich Ihnen unverzüglich bekanntgeben.

¹⁶⁷⁹ Ebenda, S. 54 und 95.

¹⁶⁸⁰ B 35 Generalstaatsanwaltschaft Bbg, Band I, S. 24f.

¹⁶⁸¹ NfD aus Geheimschutzraum\B 4 MIK KoSt UA 6_1\B 4 i V mit B 73\2017-09-28 Übergabe 3. Teillieferung B4 iVm B73 und B86\2017-09-28_KOST_54_STADLER-Strafverfahren\Stadler Akte III (geschwärzt), STADLER_2002_09_621-630-bwps.pdf, S. 8.

Ich darf jedoch noch einmal darauf hinweisen, dass die vorliegende Aussagegenehmigung für Herrn Bartok aus zwingenden Gründen beschränkt werden musste, um Gesundheit und Leben von Herrn Bartok nicht zu gefährden. Diese Gefahr ist dadurch konkret geworden, dass die Staatsanwaltschaft Berlin das Ermittlungsverfahren gegen Herrn Bartok nicht von anderen Verfahren abgetrennt hat und somit im Wege der Akteneinsicht oder auf anderem Wege die Aufdeckung und Verbreitung der Identität von Herrn Bartok droht.

In Ihrem Telefonat vom 3. September hatten Sie eine Abtrennung des Verfahrens gegen Herrn Bartok mit der Begründung abgelehnt, dass dann Ihre Zuständigkeit nicht mehr gegeben wäre. In Anbetracht der gefährdeten Rechtsgüter halte ich diesen Gesichtspunkt für nicht ausreichend und angemessen. Ich bitte Sie deshalb, Ihren Antrag auf Erteilung einer insoweit unbeschränkten Aussagegenehmigung schriftlich zu begründen, damit ich meine Prüfung unverzüglich abschließen kann. Sollte eine Abtrennung des Verfahrens aus zwingenden Gründen nicht möglich sein, bitte ich Sie um Mitteilung von gleichwertigen Sicherheitsgarantien für Herrn Bartok.

Aus den dargestellten Gründen halte ich die sofortige Vorführung von Herrn Bartok für unverhältnismäßig, zumal Ihnen in dem Telefonat am 3. September angeboten worden war, die persönlichen Angaben nach Abtrennung des Verfahrens gegen Herrn Bartok nachzureichen. Aus dem gleichen Grund halte ich auch eine Freiheitsentziehung zur Feststellung der Identität gemäß § 163 c StPO für unangemessen, da es allein Ihrer Entscheidung obliegt, die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen zu gewährleisten.“¹⁶⁸²

Der Leiter der Abteilung III des brandenburgischen Justizministeriums, Lemke, vermerkte 11.09.2002 zu einem Telefonat mit Staatssekretär Kluge vom Justizministerium wegen der Abgabe:

„Bezug: gestrige fernmündliche Rücksprache mit Herrn Staatssekretär

Ich habe zur Sicherheit beim Generalstaatsanwalt nachgefragt, ob das o.a. Ermittlungsverfahren bereits bei der StA Cottbus angekommen sei.

Entgegen dem gestern durch eine Vorlage der Abt. III hervorgerufenen Eindruck hat Dr. Rautenberg mitgeteilt, das Verfahren sei noch nicht abgetrennt, also auch noch nicht an die StA Cottbus abgegeben. Es werde aber nach seiner Rücksprache mit GStA Neumann in Berlin, über die er auch berichtet hat, so verfahren werden. Hindernisse gebe es insoweit nicht. Die StA Cottbus sei auch zuständig, weil sich deren Zuständigkeit nach der StPO ergebe. [...]

Zur Frage der Strafbarkeit von V-Leuten, die Straftaten begehen, hat Dr. Rautenberg berichtet, dass bei ihm weitere positive Stellungnahmen zu seiner zurückhaltenden Auffassung eingingen. Er sei vom GStA in Gelle schriftlich und vom GStA Neumann mündlich in seiner Auffassung bestätigt worden. Auch der Generalbundesanwalt halte seine Auffassung für zutreffend, habe aber

¹⁶⁸² B72, Band V, S. 97f.

vorsorglich eine eingehendere Prüfung dieser Frage in seiner Behörde veranlasst.

Die erscheint aus Sicht von Abt. III günstig.

Nach Eingang der Vorgänge bei der StA Cottbus und deren Durchsicht bei der StA werde LOSTA Robineck bei der GStA in Brandenburg seine weiteren Absichten vortragen. Er sei bereits angewiesen, ein besonderes Augenmerk der Möglichkeit einer Einstellung nach Opportunitätsgesichtspunkten zu widmen. Es bestehe jedenfalls keine Absicht, das Ermessen des ermittelnden Staatsanwalts durch das des Generalstaatsanwalts zu ersetzen. Es werde im übrigen fortlaufend an das MdJE berichtet.“¹⁶⁸³

Auf die Frage, ob der Berliner Generalstaatsanwalt Neumann auf ihn eingewirkt habe, damit das Verfahren abgetrennt werde, sagte der Berliner Oberstaatsanwalt Heinke vor dem Untersuchungsausschuss: „*Könnte sein.*“¹⁶⁸⁴ Auf die Nachfrage, ob ihn die Gründe Neumanns überzeugt hätten, antwortete Heinke: „*Nee.*“¹⁶⁸⁵

Die im o.g. Vermerk vom 11.09.2002 angeführte Rechtsauffassung des Generalstaatsanwaltes Dr. Rautenberg bezieht sich auf Frage, ob der Verfassungsschutz gemäß § 86a Abs. III StGB berechtigt ist, volksverhetzendes Propagandamaterial zu verbreiten bzw. herzustellen und V-Leute damit beauftragen dürfe.¹⁶⁸⁶ Rautenberg vertrat im Gegensatz zum Innenministerium Brandenburg und dem Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz die Auffassung, dass dies nicht der Fall sei. Hierzu veröffentlichte er unter anderem in der Fachzeitschrift „Goldammer's Archiv für Strafrecht“ (8/2000) einen Aufsatz mit dem Titel „Zur ‚Abwehr verfassungswidriger Bestrebungen‘ in § 86 III StGB“.¹⁶⁸⁷

In einem handschriftlichen Vermerk vom 11.09.2002 des brandenburgischen Justizministeriums zum Bartok-Verfahren heißt es:

¹⁶⁸³ B 35, Datei: Einzelakten - Ermittlungsverfahren gegen V-Mann, Seite 70f.

¹⁶⁸⁴ Protokoll der 35. öffentlichen Sitzung vom 22.11.2018, S. 92.

¹⁶⁸⁵ Ebenda, S. 93.

¹⁶⁸⁶ § 86 a StGB regelt die Strafbarkeit wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. § 130 StGB bestimmt den Tatbestand der Volksverhetzung. Nach beiden Paragraphen gilt die Regelung des § 86 Abs. 3 StGB (im Falle des § 130 StGB nur für bestimmte Fälle) entsprechend. Nach § 86 Abs. 3 StGB entfällt eine Strafbarkeit, wenn das Propagandamittel oder die Handlung der staatsbürgerlichen Aufklärung, der Abwehr verfassungswidriger Bestrebungen, der Kunst oder der Wissenschaft, der Forschung oder der Lehre, der Berichterstattung über Vorgänge des Zeitgeschehens oder der Geschichte oder ähnlichen Zwecken dient.

¹⁶⁸⁷ B 36 Generalstaatsanwaltschaft Bbg. - Band III, S. 31-41.

„Herr Staatssekretär dankt für rasche Unterrichtung. Er hat Frau Ministerin mündlich unterrichtet. Es besteht Einigkeit darin, sowohl die Frage der Strafbarkeit aber auch die der Akteneinsicht ohne jede Einflussnahme des MdJE allein von den dafür zuständigen Stellen bewerten zu lassen“¹⁶⁸⁸

Auf die Frage, wie es zu der Abtrennung des Ermittlungsverfahrens gegen Bartok gekommen sei, erklärte der Zeuge Wegesin:

„Ja, habe ich jetzt eine sehr konkrete Erinnerung dran: Es hat damals auf der Ebene der Staatssekretäre - ich war dabei -, Innenstaatssekretär, Justizstaatssekretär des Landes Brandenburg, Innenstaatssekretär des Landes Berlin - ich erinnere mich nicht mehr genau dran, wer das war - und Justizstaatssekretär, eine Besprechung gegeben - ich meine, sie war in Potsdam -, in der die brandenburgische Seite massives Befremden darüber geäußert hat, dass unter Verletzung sämtlicher Informationspflichten diese Maßnahmen in Brandenburg ohne Wissen der zuständigen örtlichen Staatsanwalt und ohne Wissen der zuständigen Polizeibehörden über Wochen wohl stattgefunden haben, wo ein solches Selbsteintrittsrecht, im anderen Bundesland tätig zu werden, nur bei unmittelbarer Strafverfolgung, sozusagen im unmittelbaren Gefolge - der muss nicht an der Landesgrenze halten -, stattfinden kann. Darüber ist massiv Klage geführt worden.

Es ist auch massiv darüber Klage geführt worden, dass in einem aus Sicht des damaligen Landes Brandenburg von vornherein mit sozusagen Skandalisierungsabsicht betriebenen Strafverfahren - - Es sind ja seinerzeit in die polizeilichen Observations- und Durchsuchungsmaßnahmen Pressevertreter eingeladen worden, notabene Herr Hufelschulte vom ‚Focus‘, der auch den ersten Artikel geschrieben hat.“¹⁶⁸⁹

Und weiter:

„Das hat dann dazu geführt, dass man dem Land Berlin sehr nahegelegt hat, zu überlegen, ob man dann das Strafverfahren gegen Herrn Bartok nicht abtritt und der örtlichen Zuständigkeit gibt. Berlin hat Verständnis dafür empfunden, dass, was immer mit Stadler war, es aber extrem problematisch sei, dass sozusagen die Ermittlungsbehörden eines benachbarten Bundeslandes gegen die Verfassungsschutzbehörde des Nachbarbundeslandes ermitteln und das Verfahren durchführen. Die Abgabe ist dann erfolgt, und Herr Heinke hat mich angerufen - ich weiß das wie heute noch; Sie dürfen sich vorstellen, dass mir da ein Stein vom Herzen gefallen ist - und hat mitgeteilt, dass er soeben das Ermittlungsverfahren gegen Bartok an die Staatsanwaltschaft Cottbus abgegeben hat. Das war die Einflussnahmeebene, von der Sie reden.“¹⁶⁹⁰

Und weiter:

¹⁶⁸⁸ B 35, Datei: Einzelakten - Ermittlungsverfahren gegen V-Mann, Seite 52.

¹⁶⁸⁹ Protokoll der 36. öffentlichen Sitzung vom 23.11.2018, S. 136

¹⁶⁹⁰ Ebenda, S. 136f.

„Auf jeden Fall war das auf der Staatssekretärebene. Ich habe da gesessen und halt die üblichen Sherpa und Zuträgerdienste gemacht.“¹⁶⁹¹

Und weiter:

„Der Kollege Heinke hat sich dann später darüber beklagt, dass ihm seine Hartnäckigkeit zum beruflichen Nachteil gereicht worden ist, weil man ihm die politische Sensibilität, die ein Staatsschutzabteilungsleiter an einer Staatsanwaltschaft haben soll, aufgrund dieser Dinge nicht zugetraut hat.“¹⁶⁹²

Das Verfahren gegen Bartok wegen versuchter Strafvereitelung wurde abgetrennt und am 17.09.2002 von der Staatsanwaltschaft Cottbus (Aktenzeichen 1630 Js 31454/02) übernommen.¹⁶⁹³

Der Verteidiger von Dirk Bartok schrieb am 28.12.2002 an das Amtsgericht Cottbus:

*„Es muss eine entsprechend große persönliche Enttäuschung für OStA Heinke gewesen sein, dass er sich nur einen Tag später, nämlich am 04.09.2002 veranlasste sah, dem Leiter des LfV Herrn Wegesin telefonisch wort-wörtlich mitzuteilen:....**Ich bin gehalten, Ihnen mitzuteilen**, dass das Verfahren gegen Bartok abgetrennt wird....(Die Gründe dafür, dass Herr OStA Heinke gehalten war, entgegen seinen Willen das Verfahren gegen meinen Mandanten abzutrennen, sind mir bekannt, brauchen aber hier nicht erörtert zu werden.)“¹⁶⁹⁴*

Die Abtrennung erfolgte im Hinblick auf die Eilbedürftigkeit der Sache, da Stadler in Untersuchungshaft saß, und die zu diesem Zeitpunkt noch ausstehende verantwortliche Vernehmung Bartoks.

Der Zeuge Heinke, Abteilungsleiter bei der Staatsanwaltschaft Berlin, sagte dazu:

„Also, er war wohl abgetrennt oder musste abgetrennt werden, weil Toni Stadler in Haft saß und die Sache eilbedürftig war. Haftsachen haben ja in der Bearbeitung Vorrang. Dann war es so: Durch die Abtrennung ging wohl die Zuständigkeit Berlins verloren - oder so habe ich das in Erinnerung.“¹⁶⁹⁵

Eine Staatsanwältin der Staatsanwaltschaft beim Kammergericht (heute Generalstaatsanwaltschaft) habe die Ansicht vertreten, dass das Verfahren gegen Bartok eingestellt werden müsse.¹⁶⁹⁶

¹⁶⁹¹ Ebenda, S. 137.

¹⁶⁹² Ebenda, S. 137.

¹⁶⁹³ B 36 Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg Band IV, S. 5.

¹⁶⁹⁴ Ordner B35, Band 2, Generalstaatsanwaltschaft, S. 42f.

¹⁶⁹⁵ Protokoll der 35. öffentlichen Sitzung vom 22.11.2018, S. 77.

¹⁶⁹⁶ Ebenda, S. 78.

„Jedenfalls sagte die dann: ‚Das Verfahren muss sofort eingestellt werden‘, so ungefähr.“¹⁶⁹⁷

Und weiter:

„Die meinte, dass der Schuldvorwurf nicht ausreichte. Aber das war noch irgendwas anderes.“¹⁶⁹⁸

Er erklärte:

„Wir wurden ja des Öfteren, also Frau Mendrina als Dezernentin und ich als Abteilungsleiter, vorgeladen - in Anführungszeichen - oder mussten da antanzen und Auskunft geben über den Stand und was beabsichtigt ist. Dort ging es wohl darum, dass Frau Mendrina beide anklagen wollte.“¹⁶⁹⁹

„Also, ich bin mit der Faust in der Tasche - schön formuliert - wieder zurückgekehrt. Ich fand das nicht in Ordnung, dass dergestalt auf uns Einfluss genommen worden ist - muss man ja eigentlich sagen, dass wir ein Verfahren einstellen sollten. Das war auch etwas ganz Außergewöhnliches.“¹⁷⁰⁰

Auf die Nachfrage, ob es üblich gewesen sei, *„dass man da so oft zu seiner Dezernentin in der Staatsanwaltschaft beim Kammergericht vorsprechen musste“*, sagte Heinke:

„Nein, überhaupt nicht. Im Gegenteil.“¹⁷⁰¹

Als er im Nachhinein über das Verfahren nachgedacht habe, sei bei ihm der Eindruck entstanden:

„[...] irgendjemand sollte da gedeckt werden, um es mal so zu sagen. Aber das ist ein Eindruck gewesen, den ich nicht belegen kann und auch nicht belegen will.“¹⁷⁰²

Der Zeuge bejahte die Frage, ob er eine Beeinträchtigung der Ermittlungen durch den Brandenburger Verfassungsschutz befürchtete.¹⁷⁰³

¹⁶⁹⁷ Ebenda, S.79.

¹⁶⁹⁸ Ebenda, S. 80.

¹⁶⁹⁹ Ebenda, S. 78.

¹⁷⁰⁰ Ebenda, S. 80.

¹⁷⁰¹ Ebenda, S. 78.

¹⁷⁰² Ebenda, S. 79.

¹⁷⁰³ Ebenda, S. 81.

Staatsanwältin Medrina von der Staatsanwaltschaft Berlin erinnerte sich, dass sie den Fall „interessant“ gefunden hätte, und die Anklage „ganz gerne“ selbst gemacht hätte.¹⁷⁰⁴ Sie erklärte:

„Da erzähle ich Ihnen auch kein Geheimnis, weil ich wurde damals in der Presse wörtlich zitiert, ich hätte ihn mit angeklagt. Es war aber dann irgendwie -- Ich weiß nicht, ob da ein Verteidigerwechsel war oder -- Ich glaube, ein Verteidiger hatte einen längeren Schriftsatz abgegeben. Na gut, das hätte sich dann noch hingezogen, sodass eine Abtrennung mindestens mal vertretbar war. Damit war ich dann aber nicht mehr zuständig, weil Herr Bartok nicht in Berlin wohnte und sonst der Erfolg auch nicht in Berlin eingetreten war, sodass ich es, ich glaube, nach Cottbus abgegeben habe, das Verfahren. Das ergibt sich aus den Akten.“¹⁷⁰⁵

Außerdem sagte sie:

„Ich meine, wir haben die Telefonmitschnitte ja auch in der laufenden Hauptverhandlung [Anmerkung: gegen Toni Stadler] gehört. Ich fand es schon recht interessant, was da auf der Telefonüberwachung übergang, und das für einen V-Mann-Führer. Wäre mal interessant gewesen, wie das Gericht das gesehen hätte.“¹⁷⁰⁶

Sie erklärte:

„Wenn, ich sage mal, noch Ermittlungen angeregt werden, dann kann man als Staatsanwalt immer entscheiden: Muss ich dem jetzt nachgehen oder muss ich dem nicht nachgehen? Kann es gegebenenfalls auch im Zuge der Beweisaufnahme erörtert werden oder nicht? Das ist halt, ich sage mal, eine Geschmackssache.“¹⁷⁰⁷

Ihr sei die Abtrennung unter Hinweis auf das Beschleunigungsgebot im Wege der Dienst- und Fachaufsicht seitens der Generalstaatsanwaltschaft „angeraten“ worden.¹⁷⁰⁸ Auf die Frage, ob Druck auf sie ausgeübt worden sei:

„Nee, da muss ich ganz ehrlich sagen, ich hatte auch -- Es wurde mehrfach diskutiert. Es wurde auch erörtert bei Herrn Dr. Karge, der damals Behördenleiter der Staatsanwaltschaft Berlin war. Ich hatte im Prinzip für meinen Bereich eigentlich freie Hand.“¹⁷⁰⁹

¹⁷⁰⁴ Ebenda, S. 63

¹⁷⁰⁵ Ebenda, S. 54.

¹⁷⁰⁶ Ebenda, S. 54.

¹⁷⁰⁷ Ebenda, S. 55.

¹⁷⁰⁸ Ebenda, S. 57.

¹⁷⁰⁹ Ebenda, S. 63.

Auf Nachfrage, ob sie mit der Entscheidung, das Verfahren abzutrennen, nicht einverstanden gewesen sei, sagte sie:

„Was heißt einverstanden? Ich hätte es mit anklagen können. Man kann es so oder so sehen.“¹⁷¹⁰

4.3.4.2. Die Einstellungsverfügungen

Der damalige Leiter der politischen Abteilung der Staatsanwaltschaft Cottbus, Gernot Bantleon, erklärte vor dem Untersuchungsausschuss:

„Das Problem, das wir hatten, war einerseits ein rechtliches Problem; hat was mit § 86a Abs. 3 und § 130 Abs. 5 - war es damals, jetzt ist es Abs. 7 - zu tun. Das ist ein Tatbestandausschlussgrund, dass man zur Bekämpfung verfassungsfeindlicher Bestrebungen eben bestimmte Aktionen machen darf, bestimmte - ich sage das jetzt mal - Propagandastraftaten begehen darf. Das ist seinerzeit von den Verfassungsschutzschulen auch gelehrt worden, dass der Verfassungsschutz in solchen Fällen auch inkriminierte Schriften oder eben auch CDs haben darf und er sich da an der Produktion und Verbreitung derselben beteiligen darf, um eben die Vertriebsstrukturen - die größeren, im größeren Rahmen - aufzudecken.

Eine obergerichtliche Entscheidung gab es zu diesem Thema damals noch nicht. Es gab auf der anderen Seite Meinungen der Generalstaatsanwälte, die die gegenteilige Auffassung vertraten. Deswegen kamen wir zu der Überzeugung: ‚Das ist ein Mann des Verfassungsschutzes, den das so gelehrt worden ist‘ - wir haben uns da auch vergewissert, also, wir haben da auch ermittelt bei den Schulen; ich glaube, auch sogar beim Bundesamt für Verfassungsschutz, und da ist uns das bestätigt worden, dass die Lehre seinerzeit so war -, sind wir zu der Auffassung gelangt, dass jedenfalls insoweit ein unvermeidbarer Verbotsirrtum vorliegt. Das ist dann vom Gericht, das der Einstellung des Verfahrens zugestimmt hat, auch bestätigt worden, diese Auffassung.“¹⁷¹¹

Auf den Vorhalt, dass keiner der Vorgesetzten im Umkreis von „Bartok“ Kenntnis von der Auslegung des § 86 Abs. 3 StGB und Giebler keinen Lehrgang für Beschaffung an einer Verfassungsschutzschule besucht hatten und daneben die Verwirklichung von Straftaten gemäß § 6 Absatz 7 des Brandenburger Verfassungsschutzgesetz für alle Mitarbeiter der Behörde untersagt war, äußerte Bantleon:

„Also, ich kenne es immer noch so, dass Bundesrecht Landesrecht bricht.“¹⁷¹²

¹⁷¹⁰ Ebenda, S. 63.

¹⁷¹¹ Protokoll der 34. öffentlichen Sitzung vom 04.10.2018, S. 9.

¹⁷¹² Ebenda, S. 11.

Und weiter zur Frage der Tatvorwürfe im Ermittlungsverfahren gegen Bartok:

„Also, unter ‚mittäterschaftlich‘ haben wir das nicht bewertet, sondern allenfalls unter Beihilfe respektive Anstiftung, also eigentlich Beihilfe. Nach meinem Dafürhalten war unsere Argumentation richtig; sonst hätte ich es nicht so gemacht. Wir haben uns abgestimmt mit dem General. Wir haben das einem unabhängigen Gericht zum Zwecke der Zustimmung - - Muss ich ja. War ja auch - - kann man ja nicht als unbedeutendes Verfahren bezeichnen. Wir haben das also auch einem Gericht vorgelegt. Das Gericht hat unserem Entscheidungsvorschlag zugestimmt.“¹⁷¹³

In einem Schreiben des Generalstaatsanwaltes Rautenberg vom 24.10.2002 hieß es noch:

„Aufgrund des im Bezugsbericht des Leitenden Oberstaatsanwalts in Cottbus mitgeteilten Sachverhalts gehe auch ich davon aus, dass sich der Anfangsverdacht einer zumindest versuchten Strafvereitelung bezogen auf den Beschuldigten B. erhärtet hat. Dies gilt sowohl im Hinblick auf die Überlassung eines ‚sauberen‘ PCs als auch im Hinblick auf eine mögliche Warnung des gesondert Verfolgten V-Manns Toni Stadler vor einer von der Staatsanwaltschaft Cottbus durchgeführten Durchsuchungsmaßnahme, wobei beides in einem unmittelbaren Zusammenhang stehen dürfte.“

Ein weiterer Straftatverdacht ergibt sich hinsichtlich des dem Stadler erteilten Rates, seine ‚Wohnung sauber zu halten‘ und der nach Aussage des Stadler daraufhin erfolgten Anmietung einer als Lager dienenden [...] in Cottbus ‚auf Wunsch der Abteilung V im MI‘. In diesem Zusammenhang wird auch eine Beihilfehandlung zu der zugrunde liegenden Straftat des Stadler nach § 130 StGB zu prüfen sein.

Darüber hinausgehende, nur allgemeine Ratschläge und Bestärkungen des Beschuldigten B. gegenüber dem Stadler dürften dagegen zu pauschal und indifferent sein, um auch daraus einen konkreten Straftatverdacht herzuleiten.“¹⁷¹⁴

Zum weiteren Vorgehen führt Rautenberg in seinem Schreiben aus:

„Im Übrigen lässt der Bezugsbericht einige Fragen offen, über die ergänzend zu berichten ich den Leitenden Oberstaatsanwalt gebeten habe:

- Welche Informationen sind wann von Seiten der Polizei (LKA) an den Landesverfassungsschutz übermittelt worden?*
- Waren seitens der Staatsanwaltschaft Cottbus neben der am 21. März 2002 durchgeführten Durchsuchung weitere Durchsuchungen oder andere Exekutivmaßnahmen gegen Stadler geplant, über die der gesondert Verfolgte*

¹⁷¹³ Ebenda, S. 15.

¹⁷¹⁴ B 35_Generalstaatsanwaltschaft Bbg. - Band I, S. 90f.

Stadler gegebenenfalls informiert worden sein könnte? (Stadler soll sich nach dem Bericht dahingehend eingelassen haben, „mehrfach von dem Beschuldigten B. vor drohenden Durchsuchungen gewarnt worden zu sein“.)

- Ist im Rahmen der am 20. März 2002 im Dienstzimmer des Leitenden Oberstaatsanwalts durchgeführten Besprechung, an der unter anderem der Leiter der Abteilung V des Ministerium des Innern des Landes Brandenburg (MI) teilgenommen hat, auch über die anstehende Durchsuchung bei Stadler am darauf folgenden Tag gesprochen worden? In diesem Zusammenhang gehe ich davon aus, dass über diese sowie sämtliche anderen Besprechungen, an denen Mitarbeiter des Verfassungsschutzamtes beteiligt waren, detaillierte Besprechungsvermerke gefertigt und diese zu den Akten genommen werden.

- Welche Erklärung hat der Beschuldigte B. abgegeben, weshalb dem Stadler, der bereits einen PC besaß, ein Ersatz-PC nebst Peripherie-Geräte zur Verfügung gestellt worden ist?

Im Übrigen bin auch ich der Auffassung, dass der gesondert Verfolgte Stadler alsbald, möglichst vor Beginn der demnächst anstehenden Hauptverhandlung in dem von der Staatsanwaltschaft Berlin geführten Verfahren ergänzend vernommen werden sollte. Darüber hinaus habe ich den Leitenden Oberstaatsanwalt gebeten, einen mit der vorliegenden Sache befassten Dezernenten als Prozessbeobachter in jenes Verfahrens zu entsenden.“¹⁷¹⁵

Zu den in Aussicht gestellten Akten durch den brandenburgischen Verfassungsschutz und den bereits erfolgten Pressemitteilungen des brandenburgischen Innenministeriums zum laufenden Verfahren gegen Toni Stadler und dessen V-Mann-Führer heißt es in dem Schreiben:

„Des Weiteren überreiche ich den an mich gerichteten ergänzenden Bericht des Leitenden Oberstaatsanwalts vom 23. Oktober 2002, dem das Anschreiben der Staatsanwaltschaft Cottbus an den Leiter der Abteilung V im MI betreffend die Übermittlung von Unterlagen hinsichtlich der Führung des V-Manns Toni Stadler beigelegt ist. Im Hinblick auf das ausdrückliche Anerbieten der Übermittlung entsprechender Unterlagen durch den Leiter der Abteilung V halte ich die Vorgehensweise für noch sachgerecht, wenngleich sie nicht mit meiner Rundverfügung vom 10. August 2001 betreffend die Sicherstellung von beweiserheblichen Unterlagen in Behörden (410-101) in Einklang steht.

Schließlich möchte ich vor dem Hintergrund verschiedener Presseberichte, wonach seitens des MI die in Rede stehenden Vorwürfe pauschal zurückgewiesen worden seien, anregen, den Bezugsbericht des Leitenden Oberstaatsanwalts sowie vorliegenden Randbericht auch dem MI zugänglich zu machen. Denn ich halte es nicht für sachdienlich, wenn seitens des MI - ohne Kenntnis des Ermittlungsstandes - bereits zu diesem Zeitpunkt Presseerklärungen zum laufenden Verfahren abgegeben werden. Auf der Grundlage des im Bezugsberichts mitgeteilten Sachverhalts kann jedenfalls

¹⁷¹⁵ Ebenda, S. 91.

derzeit ein Anfangsverdacht nicht ausgeräumt werden, so dass bei entsprechenden Presseanfragen an die Staatsanwaltschaft anderweitigen Verlautbarungen des MI ggf. entgegengetreten werden müsste.“¹⁷¹⁶

In einem Schreiben der Staatsanwaltschaft Cottbus vom 22.10.2002 an Wegesin heißt es:

„Unter Bezugnahme auf die fernmündliche Erörterung vom 17.10.02 wird gebeten, alsbald die dortigen Unterlagen (Behördenzeugnisse u. a.), die Aufschluss über die Aktivitäten des Beschuldigten im Zusammenhang mit der Führung – insbesondere mit der Anmietung der Wohnung [...] in Cottbus aus dem ‚Austausch‘ des Personal-Computers einschließlich der Peripheriegeräte – des gesondert Verfolgten Toni Stadler geben, nach hier zu übermitteln.“¹⁷¹⁷

Wegesin antwortete am 04.12.2002:

„Mit Ihrem Schreiben bitten Sie um alsbaldige Übermittlung hier vorhandener Unterlagen, die Aufschluss über die Aktivitäten des [geschwärzt] im Zusammenhang mit der Führung des Toni Stadler als Vertrauensperson geben. Sie erwähnen in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Anmietung der Wohnung [...] in Cottbus sowie den ‚Austausch des Personal-Computers einschließlich der Peripheriegeräte‘.

Ich bitte Sie um Verständnis dafür, dass eine Übersendung aller hier befindlicher Unterlagen, die Aufschluss über die Aktivitäten des [geschwärzt] im Zusammenhang mit der Führung des Vertrauensmannes geben, aus Gründen der Geheimhaltung der generellen Arbeitsweise der Verfassungsschutzbehörde nicht erfolgen kann. Ferner sind die durch die Justiz als strafrechtlich relevant angesehenen Sachverhalte hier nicht im Einzelnen bekannt; auch das gegen Stadler ergangene Urteil des Berliner Landgerichts liegt noch nicht vor. Beigefügt erhalten Sie deshalb zunächst ein Behördenzeugnis, das Ausführungen zu denjenigen Komplexen enthält, die in ihrem Schreiben ausdrücklich angesprochen wurden. [...]

Sollte weiterer Aufklärungsbedarf bestehen, bin ich – wie bereits telefonisch erklärt – selbstverständlich gerne bereit, das Ermittlungsverfahren im Rahmen der mir zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, insbesondere durch behördliche Erklärungen, zu unterstützen. Zu diesem Zweck rege ich an, mir konkrete Fragen zuzuleiten, deren Beantwortung für Ihre Bewertung von Bedeutung sind. Es wird dann nichts unversucht gelassen werden, Ihnen die Antworten umfassend und kurzfristig zu übersenden.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, auch einige allgemeine Anmerkungen zu Besonderheiten im Umgang mit Vertrauenspersonen machen, die zur

¹⁷¹⁶ Ebenda, S. 92.

¹⁷¹⁷ B 4\ MIK KoSt UA 6_1\B 4 i V mit B 73\2017-09-28 Übergabe 3. Teillieferung B4 iVm B73 und B86\2017-09-28_KOST_54_STADLER-Strafverfahren\Stadler Akte III (geschwärzt), Stadler_2002_10_631-bwps.pdf, S. 1

Beurteilung der Sachlage von Bedeutung sein und auch eine rechtliche Bewertung beeinflussen könnte:

Im Rahmen der V-Mann-Führung hat sich der V-Mann-Führer dem Intellekt, aber auch dem Sprachgebrauch der V-Person anzupassen. Einerseits erfolgt dies, um eine vertrauliche Gesprächsatmosphäre entstehen zu lassen, andererseits um unter Umständen zuhörenden Dritten keinen Hinweis auf einen Behördenkontakt der V-Person zu geben. Dies gilt auch für den Telefon- und SMS-Verkehr. Wenn der V-Mann-Führer sich etwa zur Pflicht der von ihm geführten Quelle äußert, keine Straftaten zu begehen, kann dies für den Außenstehenden missverständlich, für die Vertrauensperson aber eindeutig geschehen. Gleiches gilt für die Darstellung der Wertigkeit des V-Mannes und die eigenen Einflussmöglichkeiten des Quellenführers. Eine Betonung dieser Wertigkeiten stellt ein Mittel zur Führung von Quellen dar.“¹⁷¹⁸

Im Anhang des Schreibens vom 04.12.2002 übermittelte Wegesin ein Behördenzeugnis:

„Behördenzeugnis

Durch Studium der Akten sowie durch Bericht der zuständigen Mitarbeiter meiner Behörde informiert, erkläre ich als Leiter der Verfassungsschutzbehörde des Landes Brandenburg folgendes:

Toni Stadler ist durch die Verfassungsschutzbehörde des Landes Brandenburg als Quelle geführt, inzwischen aber entpflichtet worden. Dirk Bartok war als V-Mann-Führer des Stadler eingesetzt.

1.

über ein durch Stadler angelegtes ‚konspiratives Lager‘ [...] in Cottbus hatte die Verfassungsschutzbehörde keine Kenntnis.

Im Nachgang zu der Durchsuchung der Geschäftsräume des Stadler am 21. März 2002 hatte Stadler darüber berichtet, dass auch die Lagerräume seines Ladens ‚Top One‘ in Guben durchsucht worden seien; die dabei aufgefundenen Devotionalien hätten allerdings im Eigentum seines Angestellten gestanden. Dass Stadler über weitere Lagerflächen verfügte, war hier nicht bekannt. Er ist zu keiner Zeit zur Anlage eines ‚Bunkers‘ aufgefordert oder ermutigt worden. Es ist deshalb auch unrichtig, dass Stadler das Lager erst auf Drängen des Ministeriums angelegt habe. Weiter ist es nicht zutreffend, dass Bartok dem Stadler seine Hilfe beim ‚Säubern/Ausräumen‘ seiner Wohnung oder des Lagers zugesichert habe, Bartok hat die Wohnung und das Lager des Stadler zu keinem Zeitpunkt betreten oder dies angeboten.

¹⁷¹⁸ B 4\ MIK KoSt UA 6_1\B 4 i V mit B 73\2017-09-28 Übergabe 3. Teillieferung B4 iVm B73 und B86\2017-09-28_KOST_54_STADLER-Strafverfahren\Stadler Akte III (geschwärzt), Stadler_2002_12_632-709-bwps.pdf, S. 1f.

2.

Ein Austausch von Computern hat zu keinem Zeitpunkt stattgefunden.

Stadler war vielmehr im Oktober 2001 ein ministeriumseigener PC einschließlich Bildschirm und Drucker mit der Anweisung zur Verfügung gestellt worden, über diesen lediglich seine geschäftlichen und privaten Kontakte abzuwickeln. Er wurde auch darauf verwiesen, über den Rechner keine strafbaren Handlungen zu begehen oder zu unterstützen. Der durch ihn bis dahin genutzte PC sollte nicht weiter genutzt werden. Der Inhalt des PC war Bartok nicht bekannt. Er vermutete jedoch, dass die Quelle ihren Rechner auch zur schriftlichen Niederlegung von Sachverhalten nutzte, die das Verhältnis zwischen V-Mann-Führer und V-Mann einschließlich möglicher Gesprächsinhalte betrafen. Diese Annahme begründete sich darin, dass Stadler anlässlich der Treffs Notizzettel mitführte, die eine computertypische Schrift aufwiesen. Um eine Enttarnung der Quelle in jedem Fall zu verhindern, wurde ihr der PC des Ministeriums des Innern zur Verfügung gestellt. Die Gefahr einer Enttarnung bestand aus folgenden Gründen: zum einen erfolgte die Wartung des PC durch einen Angehörigen der rechten Szene in Cottbus, zum anderen wurde eine mögliche Gefahr darin gesehen, dass Folgen einer eventuellen Exekutivmaßnahme der Polizei hinsichtlich einer möglichen Entdeckung der Eigenschaft des Stadler als V-Mann meiner Behörde nicht übersehen werden konnten. Zwar war hier bekannt, dass die Staatsanwaltschaft Cottbus um die Zusammenarbeit des Stadler als Quelle wusste, für die Beamten der Polizei konnte dies jedoch nicht vorausgesetzt werden. Bei diesen Überlegungen war in meiner Behörde nicht bekannt, ob bei der Polizei tatsächlich Pläne zur Durchführung von Exekutivmaßnahmen bestanden, Es sollte - so die Auffassung in der Verfassungsschutzbehörde - der größtmögliche Schutz für die Quelle geschaffen werden. Allein die Löschung einschlägiger Daten zu verlangen, hätte zahlreiche Unsicherheiten geborgen. Denn auch wenn Stadler die Löschung weisungsgemäß durchgeführt hätte, wären die Datenrestbestände nachvollziehbar gewesen.

Über den Umstand, dass Stadler den ihm übergebenen PC nicht genutzt hat, bestand hier keine Kenntnis.“¹⁷¹⁹

Toni Stadler sagte vor dem Untersuchungsausschuss auf die Frage, wann und mit welchem zeitlichen Abstand zur Durchsuchung am 21.03.2002 er den PC des Verfassungsschutzes erhalten habe:

„Da brauchen wir nicht um den Brei rumquatschen. Natürlich hat er mir den PC gegeben und gesagt: Pass auf, wenn was ist - - Wie ich gesagt habe. Wenn er mir keinen gegeben hätte, hätte ich mir woanders einen organisiert. Er hat gesagt: Pass auf, wir haben genügend Rechner bei uns zu stehen, alte Dinger, die wir wegschmeißen. Da kann ich dir einen geben. - Wenn nicht, hätte ich mir woanders einen geholt.

¹⁷¹⁹ B35, Generalstaatsanwaltschaft Bbg - Band I, S. 126f.

Dazu ist außerdem noch zu sagen: Stellen Sie sich mal nicht so vor - - Das ist damals alles bar gelaufen, geschäftlich, alles bar. Per Briefpost Bestellung gekommen, bing, bing, bing. Da waren überhaupt keine relevanten Kundendaten drauf, wie das gerne konstruiert wird. Das war damals Anfang der 2000er-Jahre, Ende 99, Betriebssystem Windows 98 noch drauf. Ein paar E-Mails hat man mal gecheckt und hat ein bisschen im Internet gesurft, mit einem 56K-Modem noch in der Zeit. Es ist nicht so, dass der Rechner nun irgendwie - - dass irgendwelche spektakulären Riesendaten, wie das heutzutage der Fall ist, drauf waren. War total irrelevant. Ich wollte halt bloß nicht, dass ein schöner, neuer Rechner, den man sich gekauft und eingerichtet hat, nun gleich wieder weg ist. Und wenn er einmal weg ist, dann bleibt er ja meistens weg, bei der Polizei.“¹⁷²⁰

Im Verfahren gegen Dirk Bartok wurde Toni Stadler am 09.01.2003 ergänzend richterlich vor dem Amtsgericht Cottbus vernommen. Im Ergebnis der Vernehmung Stadlers hielt Oberstaatsanwalt Oehme in einem Vermerk vom 9.01.2003 fest:

„Nicht auszuschließen bleiben vor dem Hintergrund der Vielzahl der Vernehmungen auch taktische Erwägungen. Stadler dürfte auf die heutige Vernehmung ‚eingestellt‘ gewesen sein mit dem Ziel, seine früheren Angaben zu relativieren und zu ‚vernebeln‘. Vor diesem Hintergrund erscheinen dem Unterzeichner Stadlers Aussagen in den Vernehmungen bei dem LKA Berlin zu den hier verfahrensgegenständlichen Sachverhalten - vorbehaltlich einer abschließenden kritischen Bewertung im Einzelfall sowie umfassend abwägender Würdigung - glaubhafter. Die heutige Vernehmung erscheint demgegenüber im Ergebnis nur wenig ergiebig. Der Zeuge war gegen Ende der Vernehmung auch offensichtlich nicht (mehr) gewillt, Entscheidendes und glaubhaft zur Sache auszusagen.“¹⁷²¹

Aktenkundig ist in diesem Zusammenhang eine Beschwerde von Mitarbeitern des LKA Brandenburg, die den Zeugenschutz für Stadler stellten. Nach Mitteilung eines Beamten soll Dirk Bartok unter der Bezeichnung „Auswerter Musik“ an gemeinsamen Besprechungen des Zeugenschutzprogramms teilgenommen und dabei seine ehemalige Tätigkeit als V-Mann-Führer verschwiegen haben. Hintergrund war, dass Stadler „Bartok“ am Rande der richterlichen Vernehmung im Amtsgericht Cottbus wiedererkannt hatte:

„Am gestrigen Tage befand sich die Schutzperson zur Zeugenvernehmung im Verfahren gegen seinen ehemaligen VP- Führer im Amtsgericht Cottbus. Vor dem Gerichtsgebäude nahm Herr Stadler wahr, dass der von ihm als ‚Bartok‘ bezeichnete VP- Führer B. aus einem Pkw stieg und sich mit einer Person unterhielt.“

¹⁷²⁰ Protokoll der 34. öffentlichen Sitzung vom 04.10.2018, S. 113.

¹⁷²¹ B 35_ Band II - Generalstaatsanwaltschaft.pdf, S. 114 f.

Die von Stadler als VP-Führer identifizierte Person ist Unterzeichner bekannt. Es handelt sich um den Mitarbeiter des MI BB, Abteilung 5, welcher an allen bisherigen gemeinsamen Besprechungen zwischen Polizei und Verfassungsschutz teilnahm.

Da dieser Verdacht bereits im Dezember bestand und auf Nachfrage beim Verfassungsschutz erklärt wurde, dass es sich definitiv bei diesem Mitarbeiter nicht um den VP-Führer sondern um einen für den Bereich Musik zuständigen Auswerter handelt, bitte ich um rechtliche Bewertung des Vorgangs sowie die Einleitung möglicher rechtlicher/dienstrechtlicher Schritte.

*Bis zur Klärung dieses Vorganges wird aus Gründen der Sicherheit der Schutzperson sowie zur Sicherung der gegen Mitarbeiter des Verfassungsschutzes geführten Ermittlungsverfahren eine weitere Zusammenarbeit mit der Verfassungsschutzbehörde sowie die Bedienung von Meldewegen mit Sachzusammenhang Stadler als nicht zweckmäßig erachtet.*¹⁷²²

Die Staatsanwaltschaft Cottbus beabsichtigte zunächst, das Verfahren gegen Bartok gemäß § 153a StPO gegen Zahlung einer Geldauflage in Höhe von 5.000 € einzustellen, wie sich aus einem Schreiben vom 15.04.2003 an das Justizministerium über die Generalstaatsanwaltschaft ergibt.¹⁷²³ Mit Zustimmung des für die Eröffnung des Hauptverfahrens zuständigen Gerichts und des Beschuldigten kann die Staatsanwaltschaft nach dieser Vorschrift bei einem Vergehen vorläufig von der Erhebung der öffentlichen Klage absehen und zugleich dem Beschuldigten Auflagen und Weisungen erteilen, wenn diese geeignet sind, das öffentliche Interesse an der Strafverfolgung zu beseitigen, und die Schwere der Schuld nicht entgegensteht.

Oberstaatsanwalt Larres vermerkte hierzu am 16.04.2003 seitens der Generalstaatsanwaltschaft handschriftlich:

*„Die Verfahrensweise ist mit mir abgestimmt. Auch ich halte das beabsichtigte Absehen von einer Anklageerhebung unter Anwendung des 153a StPO aus den Gründen des Entwurfs für – noch – vertretbar [...]“*¹⁷²⁴

Am 17.06.2003 erteilte Oberstaatsanwalt Larres von der Generalstaatsanwaltschaft erneut die Zustimmung zu der beabsichtigten Verfahrenseinstellung nach § 153a StPO, obwohl der Verteidiger „Bartoks“ zwischenzeitlich erklärt hatte, dass sein

¹⁷²² B 35_Band II – Generalstaatsanwaltschaft, S. 116.

¹⁷²³ Ebenda, S. 155-169.

¹⁷²⁴ Ebenda, S. 170.

Mandant eine Verfahrenseinstellung gegen Zahlung einer Geldbuße nicht akzeptiere.
Larries schrieb:

„Sollte das Landgericht einer Verfahrenseinstellung unter Erteilung einer Geldauflage zustimmen, dürfte spätestens auch für die Verteidigung die dem Beschuldigten gebaute ‚goldene Brücke‘ offenbar werden.“¹⁷²⁵

Das Innenministerium sollte auf Bitte des Justizministeriums vom 15.07.2003 über die Absicht der Staatsanwaltschaft, das Verfahren gem. § 153 a Abs. 1 StPO einzustellen, „gem. Nr. 93 RiStBV“ a.F. unterrichtet werden und Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten.¹⁷²⁶ Dr. Grünebaum von der Generalstaatsanwaltschaft (in Vertretung) äußerte mit Schreiben vom 17.07.2003 gegenüber dem Justizministerium Bedenken gegen diese Vorgehensweise. Er schrieb:

„Soweit in dem Bezugserlass angeordnet wird, dem Ministerium des Innern Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, mache ich gemäß § 21 Abs. 2 LBG Bedenken geltend, weil ich die Weisung für rechtswidrig halte. [...]“

Nach allen in der Öffentlichkeit bekannt gewordenen Äußerungen hält das Ministerium des Innern das Verhalten des in dem vorliegenden Verfahren Beschuldigten für zulässig und strebt nicht dessen strafrechtliche Verfolgung an. Es scheint vielmehr seine Interessen durch die strafrechtliche Verfolgung gefährdet zu sehen, so dass es eher als im Lager des Beschuldigten stehend anzusehen ist. Die Beteiligung des Ministeriums des Innern liefe daher auf die Einräumung einer Möglichkeit hinaus, erweiterte Verteidigungsrechte für den Beschuldigten wahrzunehmen, was der Intention der Nr. 93 RiStBV nach dem hiesigen Verständnis diametral entgegen liefe.“¹⁷²⁷

Justizstaatssekretär Kluge wies diese Remonstration mit Schreiben vom 22.07.2003 zurück:

„Entgegen Ihrer Auffassung ist die Anordnung vom 15. Juli 2003 nicht rechtswidrig. [...]“

In Nr. 93 Abs. 1 RiStBV ist ausdrücklich festgelegt, dass der Staatsanwalt, der eine Einstellung des Verfahrens gemäß §§ 153 oder 153 a StPO beabsichtigt, mit der Behörde oder Körperschaft des öffentlichen Rechts in Verbindung tritt, wenn diese Strafanzeige erstattet hat oder ‚sonst an dem Verfahren interessiert‘ ist. Dieser Wortlaut bringt nicht zum Ausdruck, dass es sich bei dem ‚sonstigen Interesse‘ um eine mit einer Anzeigeerstattung vergleichbare Interessenlage handeln muss; das Wort ‚sonst‘ lässt vielmehr darauf schließen, dass jedes

¹⁷²⁵ Ebenda, S. 176.

¹⁷²⁶ Ebenda, S. 201.

¹⁷²⁷ Ebenda, S. 207f.

Interesse an dem Verfahren, sofern es fallbezogen ist, für die Anwendung der Nr. 93 Abs. 1 RiStBV ausreichend ist. [...]

*Ich bitte um umgehende Ausführung der Anordnung vom 15. Juli 2003.*¹⁷²⁸

Einen Tag später, am 23.07.2003, informierte Kluge den Staatssekretär im Ministerium des Innern Eike Lancelle:

„Unter Bezugnahme auf die gestern zwischen uns sowie zwischen Herrn Minister Schönbohm und Frau Ministerin Richstein geführten Gespräche möchte ich Ihnen ergänzend Folgendes mitteilen.

Ich habe gestern in einem Gespräch mit dem Generalstaatsanwalt dessen Remonstration gegen die Anhörung des Ministeriums des Innern im Rahmen des weiteren Verfahrens in der uns gemeinsam bekannten Sache offiziell zurückgewiesen. Der Generalstaatsanwalt wird nunmehr, wie er mir ausdrücklich versicherte, der Anordnung unseres Hauses, das Ministerium des Innern anzuhören, Folge leisten.

*Ich werde das Thema im Übrigen bei meinem morgigen Besuch bei der Staatsanwaltschaft in Cottbus nachdrücklich ansprechen.*¹⁷²⁹

Das Innenministerium erhielt sodann Gelegenheit zur Stellungnahme. Daraus resultiert ein interner Vermerk des Verfassungsschutzes vom 31.07.2003 zu der beabsichtigten Einstellung gem. § 153 a Abs. 1 StPO:

„Die Staatsanwaltschaft Cottbus beabsichtigt, das Ermittlungsverfahren gegen [geschwärzt] u.a. wegen versuchter Strafvereitelung gegen Zahlung einer Geldauflage in Höhe von 5000.00 € gemäß § 153 a Abs. 1. StPO vorläufig einzustellen. Gemäß Nr. 93 RiStBV hat der leitende Oberstaatsanwalt der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg bis zum 11. August 2003 Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Es war dabei vor allem zu prüfen, wie konkret die Vorstellung des die Strafe Vereitelden von der zuvor erfolgten Vortat sein müssen, um dessen Strafbarkeit zu begründen. Zu klären war also, welche Anforderungen an den subjektiven Tatbestand des § 258 Abs. 1 StGB zu stellen sind.

Dem Beschuldigten [geschwärzt] wird von der Staatsanwaltschaft insbesondere vorgeworfen, als V-Mann-Führer gegenüber dem inzwischen verurteilten V-Mann Toni Stadler immer wieder ‚allgemeine Warnungen vor gegen diesen laufenden Strafverfolgungsmaßnahmen und Hinweise zu deren grundsätzlichen Abläufen‘ gegeben zu haben. Weiterhin kommt die Staatsanwaltschaft zu einer Strafbarkeit, da der Beschuldigte den Stadler immer

¹⁷²⁸ Ebenda, S. 211f.

¹⁷²⁹ B 4 MIK KoSt UA 6_1\B 4 i V mit B 73\2017-09-28 Übergabe 3. Teillieferung B4 iVm B73 und B86\2017-09-28_KOST_54_STADLER-Strafverfahren\Stadler Akte III (geschwärzt), Stadler_2003_07_803-855-bwps.pdf, S. 1

wieder und nachhaltig auf die Gefahr drohender Durchsuchungen hingewiesen und konkret aufgefordert habe, entsprechende Vorkehrungen zu treffen. Zu diesem Zweck habe er dem Stadler auch einen ‚jungfräulichen‘ Rechner zur Verfügung gestellt und ihm zugesichert, dass der Verfassungsschutz im Ernstfall beweis erhebliche Materialien verschwinden lassen würde. Zudem habe der Beschuldigte dem Stadler dazu geraten, sich ein ‚konspiratives Lager‘ anzuschaffen, um im Falle von Durchsuchungen abgesichert zu sein.

Die vorgeworfenen Handlungen erfüllen unproblematisch den objektiven Tatbestand des § 258 Abs. 1 StGB.

Für den subjektiven Tatbestand ist hinsichtlich der Vereitelungshandlung und des Vereitelungserfolges direkter Vorsatz erforderlich. Dies ist bei dem Beschuldigten zu bejahen. Denn er wollte den Stadler vor einer Strafverfolgung schützen, um ihn nicht als wertvolle Quelle zu verlieren. Durch die Warnungen vor den Durchsuchungen konnte der Beschuldigte aufgrund der ihm laut Staatsanwaltschaft bekannten Umstände auch als sichere Folge vorhersehen, dass die Strafverfolgung des Stadler dadurch zumindest erschwert werden würde.

Fraglich ist jedoch, inwieweit der Beschuldigte genaue Kenntnisse von den durch Stadler verwirklichten Straftaten haben musste. Hinsichtlich der Vortaten genügt hier bedingter Vorsatz [...]. Der Täter muss sich danach Umstände vorstellen, welche möglicherweise eine rechtswidrige Tat bedeuten [...]. Vom Charakter der Vortat braucht der Täter keine Vorstellungen zu haben. Daher scheidet eine Strafbarkeit aus, wenn der Täter überhaupt keine klaren Vorstellungen von irgendeinem Vergehens- oder Verbrechenssachverhalt macht [...]. Dem Täter müssen folglich zumindest hinreichende tatsächliche Umstände bekannt sein, die bei rechtlicher Würdigung auf eine Straftat hindeuten [...]. Dabei ist bei Wertung des Täters eine dem Gesetz entsprechende ‚Parallelwertung in der Laiensphäre‘ ausreichend [...].

Nach alledem muss hier davon ausgegangen werden, dass der Beschuldigte hinsichtlich der Vortaten des Stadler zumindest bedingten Vorsatz hatte. Er kannte die äußeren Umstände gut (Vorbereitung bzw. Vertrieb der CD mit rechtsextremistischen Inhalten usw.) und wusste aus seiner Wertung heraus auch, dass dieses Handeln rechtswidrig und strafbar ist. Denn er war als V-Mann-Führer des Verfassungsschutzes tätig und wusste von den einzelnen Handlungen ‚seines‘ V-Mannes (nach den Feststellungen der Staatsanwaltschaft wurde er von dem Stadler regelmäßig und ausführlich informiert). Als Mitarbeiter des Verfassungsschutzes war er auch mit dieser ‚Materie‘ vertraut. Das Wissen um die Rechtswidrigkeit wird zudem durch die mehrfach durch ihn erfolgten Warnungen vor Durchsuchungen belegt. Denn damit wollte er erreichen, dass kein belastendes Beweismaterial bei Stadler gefunden wird. Mithin war ihm die Rechtswidrigkeit der Handlungen des Stadler durchaus bewusst. Er wusste, dass dieser Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen verwendet und Propagandamaterial dieser Art verbreitet usw. Dieses Wissen reicht hier für den bedingten Vorsatz aus. Konkretere Vorstellungen von den begangenen Vortaten war nicht erforderlich.

Dass die Warnungen erfolgten, um den Stadler als wertvolle Quelle zu erhalten, spielt hier keine Rolle und hat keine rechtfertigende Wirkung (vgl. hierzu auch die Ausführungen der StA).

Im Ergebnis ist die beabsichtigte Verfahrensweise der Staatsanwaltschaft daher als positiv zu betrachten. Denn dies ist ein Weg, ein aufsehenerregendes und medienwirksames Strafverfahren gegen den Beschuldigten zu verhindern.“¹⁷³⁰

Lemke, Abteilungsleiter im Justizministerium, hatte ausweislich eines Vermerks vom 25.02.2002 schon damals Zweifel an der Überzeugung des Innenministeriums von dessen eigener, nach außen vertretenen Rechtsauffassung:

„Nützlich wäre es gewesen, den derzeit bestehenden Streit ggf. dadurch zur Entscheidung zu bringen, dass dem durch das LG Berlin verurteilte V-Mann Toni S. Unterstützung für ein Rechtsmittel gegen seine Verurteilung, das unmittelbar zum BGH geführt hätte, gewährt worden wäre. Dies wäre der nächstliegende Weg gewesen, die Auffassung des Innenministeriums auf den Prüfstand eines Obergerichts zu stellen. Dass dies nicht angestrebt worden ist, relativiert den stets vermittelten Eindruck der Sicherheit der Innenseite in ihrer Beurteilung des grundsätzlich bestehenden Rechts des V-Mannes, unter bestimmten Voraussetzungen auch Straftaten zu begehen.“¹⁷³¹

In der offiziellen Stellungnahme des Innenministeriums vom 08.08.2003 widerspricht es einer Verfahrenseinstellung.¹⁷³² Der Sachverhalt würde sich substantiell anders darstellen als von der Staatsanwaltschaft dargestellt. Das Innenministerium kritisierte, dass sich die Staatsanwaltschaft Cottbus zur Sachverhaltsfeststellung hauptsächlich auf die Feststellungen des Urteils des Landgerichts Berlin gegen Toni Stadler, auf dessen Zeugenvernehmung und auf ein durch den Verfassungsschutz erstelltes Behördenzeugnis beziehe. Das Schreiben lautet:

„für die zusammenfassende Darstellung des Verlaufs und des Ergebnisses der Ermittlungen danke ich. Die Gelegenheit zur Stellungnahme nehme ich gerne wahr. Den staatsanwaltlichen Ausführungen entnehme ich, dass aus Ihrer Sicht verschiedene Tatsachenkomplexe für den Tatvorwurf relevant sind:

Zum einen handelt es sich dabei um den Sachverhalt, der im Zusammenhang mit der Übergabe eines Computers durch den Beschuldigten an den von ihm zu diesem Zeitpunkt geführten V-Mann Toni Stadler steht.

Zum anderen erstreckt sich der Tatvorwurf auf angebliche Warnungen des Beschuldigten an Toni Stadler. Schließlich geht es um die Annahme der

¹⁷³⁰ Ebenda, S. 51-53.

¹⁷³¹ B 35, MdJ – Einzelakten, S. 75

¹⁷³² Ebenda, S. 17-27.

Staatsanwaltschaft, dass über ein ‚Lager‘ des Toni Stadler, in dem dieser strafrechtlich relevantes Material lagerte, Kenntnis bestanden habe.

Lassen Sie mich im folgenden zunächst zu diesen Sachverhaltskomplexen Stellung nehmen (A), sodann meine Überlegungen zum Ermittlungsergebnis darlegen (B) und abschließend zu der beabsichtigten Vorgehensweise Stellung nehmen (C).

Die nachfolgenden Äußerungen, die im Zusammenhang mit meiner Behörde bekannten Tatsachen stehen, beruhen auf der Aktenlage und Ausführungen der betroffenen Beschäftigten.

A. Darstellung der Sachverhaltskomplexe

a. Übergabe des Computers

Zur Frage der Übergabe des PC durch den Beschuldigten rekuriert die Staatsanwaltschaft auf das Urteil des Landgerichts Berlin gegen Toni Stadler und führt aus: ‚Im März 2002 plante das LKA Brandenburg im Rahmen eines bei der Staatsanwaltschaft Cottbus geführten Ermittlungsverfahrens eine Durchsuchung bei dem Angeklagten wegen Versendung von 200 Exemplaren der CD ‚Noten des Hasses‘ an den gesondert Verfolgten Szenehändler Sven Sch. In diesem Zusammenhang erkundigte sich der gesondert Verfolgte Bartok, bei dem Angeklagten, ob sich in seinen Räumen (noch) strafrechtlich relevantes Material befände. Der Angeklagte verwies auf seinen Computer. Darauf übergab ihm der gesondert Verfolgte Bartok einen Computer, den er zuvor von Beamten hatte ‚säubern‘ lassen. Dieser Computer war nicht mit den Peripheriegeräten des Angeklagten kompatibel. Er stellte ihn trotzdem bei sich auf und versteckte seinen eigenen Computer im Kellerraum eines Nachbarn,‘ Unter ‚weitere Feststellungen‘ wird durch die Staatsanwaltschaft im wesentlichen ausgeführt, ‚zu einem späteren, nicht mehr genau bestimmbar Zeitpunkt, frühestens Oktober 2001, spätestens jedoch ein bis zwei Monate vor der am 21. März 2002‘ durchgeführten Durchsuchung bei Stadler habe der Beschuldigte dem V-Mann einen PC einschließlich der Peripheriegeräte übergeben. Dies mit der Maßgabe, dass Stadler im Hinblick auf drohende Durchsuchungen einen ‚Austausch‘ der Geräte vornehmen solle. Die durch den Beschuldigten übergebenen Geräte seien mit der bei Toni Stadler vorhandenen Hardware nicht kompatibel gewesen.

Die hier bekannten Tatsachen vermitteln ein Bild, das von den Ausführungen der Staatsanwaltschaft abweicht. Insbesondere besteht kein Zusammenhang zwischen der Übergabe des Computers und der Durchsuchung am 21. März 2002. Die Übergabe eines von der Verfassungsschutzbehörde gestellten PC's durch den Beschuldigten an Toni Stadler erfolgte am 11. Oktober 2001. Die erwähnte Durchsuchung bei Toni Stadler fand allerdings erst fünf Monate nach Übergabe des PC statt, eine entsprechende konkrete Durchsuchungsabsicht konnte dem Beschuldigten zum Zeitpunkt der Übergabe gar nicht bekannt sein. Die durch die Staatsanwaltschaft angeführte Besprechung zwischen Beamten des Verfassungsschutzes, eigenen Mitarbeitern sowie Beamten des LKA fand erst am 18. Oktober 2001 und damit zeitlich nach der Übergabe des PC statt.

Schon deshalb konnte es eine Maßgabe zum Austausch von Computern im Hinblick auf drohende Durchsuchungen nicht geben.

Die Übergabe des PC war vom Beschuldigten im dienstlichen Rahmen abgestimmt und auf Referatsleiterenebene auch angeordnet worden. Die Bereitstellung eines PC an Toni Stadler geschah in Kenntnis davon, dass Toni Stadler bereits über einen Computer verfügte, der weiterhin bei ihm verblieb. Der am 11. Oktober 2001 übergebene PC war ein Gerät des Ministeriums des Innern, dessen Festplatte von allen Daten des Ministeriums gereinigt worden war.

Zweck der Maßnahme war es, dem V-Mann größtmöglichen Schutz vor Enttarnung seiner Tätigkeit für den Verfassungsschutz gegenüber Szeneangehörigen zu bieten. Dem Beschuldigten war dabei nicht bekannt, ob strafbare Inhalte auf dem PC des Toni Stadler gespeichert waren. Vermutet wurde vielmehr, dass der V-Mann seine Buchführung über den PC abwickelte. Weiter ging der Beschuldigte davon aus, dass Toni Stadler seinen Rechner zur schriftlichen Niederlegung von Sachverhalten nutzte, die die Zusammenarbeit zwischen V-Mann und Verfassungsschutzbehörde betrafen. Diese Annahme wurde dadurch genährt, dass Toni Stadler anlässlich der Treffs Notizzettel mitführte, die computertypische Schrift aufwiesen. Die Gefahr einer Enttarnung wurde gesehen, weil die Wartung des zuvor einzigen PC des Stadler durch einen Angehörigen der ‚rechten‘ Szene Cottbus erfolgte. Es sollte sichergestellt werden, dass - da auch nach Löschung von Daten diese auf der Festplatte sichtbar gemacht werden können - keine Spuren der Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz erkennbar werden. Eine Datenverarbeitung auf einem neutralen Gerät war daher geboten. Auch eine Exekutivmaßnahme der Polizei, bei der Stadlers eigener PC hätte beschlagnahmt werden können, hätte die - der Staatsanwaltschaft bekannte, nach hiesiger Kenntnis allerdings der Polizei unbekannte - Eigenschaft als V-Mann offenbaren können. Allein vor diesem, nicht aber vor dem Hintergrund einer Vertuschung strafbaren Handelns, wurde das Gerät aus Behördenbesitz als zusätzlicher PC an den V-Mann übergeben. Dieser PC sollte - so die Anweisung an Toni Stadler - lediglich zum geschäftlichen und privaten Gebrauch, nicht aber dazu genutzt werden, Kontakte zur Verfassungsschutzbehörde zu dokumentieren. Der Umstand, dass Toni Stadler den ihm übergebenen PC tatsächlich gar nicht nutzte, war dem Beschuldigten nicht bekannt, zumal der V-Mann bei mehreren Treffs betont hatte, er nutze den ihm zur Verfügung gestellten PC. Ferner ist darauf hinzuweisen, dass die Verfassungsschutzbehörde zu keinem Zeitpunkt Zugriff auf den PC des Stadler hatte. Sein PC ist bei ihm verblieben. An dem ursprünglichen PC des Stadler, den - wie bereits erläutert - weder der Beschuldigte noch das Ministerium des Innern jemals in Händen hielten, sind keine Veränderungen vorgenommen worden. Dies hat der Stadler im übrigen zu keiner Zeit behauptet.

b. Warnungen vor polizeilichen Exekutivmaßnahmen

Die Staatsanwaltschaft führt hierzu unter Bezugnahme auf die Feststellungen des Urteils des Landgerichts Berlin aus, „das LfV belohnte den Angeklagten für seine Zusammenarbeit, indem es anfangs seine Schulden bezahlte und später großzügig seine Spesen ersetzte. Außerdem erreichte es die Einstellung

verschiedener gegen den Angeklagten in Brandenburg geführter Ermittlungsverfahren. Darüber hinaus warnte der gesondert verfolgte Bartok den Angeklagten vor Durchsuchungen seiner Wohnung und Geschäftsräume durch brandenburgische Ermittlungsbehörden. Hierbei sicherte er ihm zu, dass der Verfassungsschutz im Ernstfall beweiserhebliches Material verschwinden lassen würde.' Ebenfalls wird festgestellt, in die dortige Hauptverhandlung eingeführte Handygespräche zwischen dem Beschuldigten und Toni Stadler würden eine enge persönliche Bindung zwischen beiden Personen ,sowie allgemeine Warnungen des gesondert Verfolgten Bartok vor gegen den Angeklagten laufenden Strafverfolgungsmaßnahmen und Hinweise zu deren grundsätzlichen Abläufen' belegen. Weiter stellt die Staatsanwaltschaft fest, der Beschuldigte habe, da er die Arbeitsweise von Strafverfolgungsbehörden in Bezug auf Ermittlungsverfahren kenne, Toni Stadler wiederholt vor Durchsuchungen gewarnt und ihn aufgefordert, seine Wohnung sauber zu halten. Damit habe der Beschuldigte Stadler eindeutig darüber belehren wollen, keine Beweismittel für bereits begangene Straftaten zu hinterlassen. Um die unterstellte Kenntnis des Beschuldigten über mögliche Exekutivmaßnahmen zu belegen, nimmt die Staatsanwaltschaft Bezug auf eine Besprechung am 18. Oktober 2001 mit Mitarbeitern der Verfassungsschutzbehörde sowie des LKA, bei der es um ein Ermittlungsverfahren gegen Stadler gegangen sei. Gegenstand dieser Besprechung sei die Bewertung der bis dahin vorhandenen Ermittlungsergebnisse gewesen, nicht jedoch konkrete prozessuale Folgemaßnahmen. Es wird durch die Staatsanwaltschaft ausgeführt, ,nachdem das LfV - und damit auch der Beschuldigte B.' über die Ermittlungen unterrichtet gewesen sei, hätten die Mitarbeiter mit weiteren prozessualen Maßnahmen gerechnet.

Zunächst wird die - für dieses Verfahren auch irrelevante - Behauptung zurückgewiesen, die Verfassungsschutzbehörde habe die Einstellung von Strafverfahren gegen Toni Stadler erreicht. Die Verfassungsschutzbehörde hat zu keinem Zeitpunkt Einfluss auf Ermittlungsverfahren gegen den früheren V-Mann genommen.

Dazu ist aus Sicht meiner Behörde insbesondere anzumerken, dass der Beschuldigte nicht über den Verlauf der Ermittlungen informiert war. Ausdrücklich wird darauf verwiesen, dass der Beschuldigte nicht an dem besagten maßgeblichen Gespräch am 18. Oktober 2001 teilgenommen hat. Die Behauptung, mit der Kenntnis der Verfassungsschutzbehörde sei auch der Beschuldigte umfassend über Ermittlungen unterrichtet gewesen, trifft nicht zu, zumal das Wissen einer Behörde im strafrechtlichen Sinne nicht als Wissen eines jeden Beschäftigten unterstellt werden können dürfte. Die Staatsanwaltschaft unterstellt insoweit unzutreffend, dass eine von leitenden Bediensteten vertraulich erlangte Information - hier das Ergebnis des Gesprächs im LKA - zwangsläufig an einen V-Mann-Führer weitergegeben worden sein müsse. Dies trifft nicht zu. Der Beschuldigte ist durch seine Vorgesetzten nicht über das Ermittlungsverfahren als solches, geschweige denn dessen Details unterrichtet worden. Vielmehr wurde er angewiesen, strenger auf Stadler einzuwirken, sein persönliches Lebensumfeld frei von strafrechtsrelevanten Szenedevotionalien zu halten.

Die Aufforderung an einen V-Mann, die Wohnung sauber zu halten, ist ein üblicherweise angewandtes Führungsmittel, das darauf abzielt, den V-Mann von der Begehung von Straftaten fernzuhalten. Es handelt sich dabei nicht um eine Aufforderung, strafrechtlich relevantes Material verschwinden zu lassen, sondern vielmehr um die Aufforderung, solches Material gar nicht erst in Besitz zu nehmen oder für andere aufzubewahren. Je nach den Umständen ist die Sprache im Umgang mit einer V-Person deren Horizont anzupassen. Soweit eine solche Aufforderung, sich von Straftaten fernzuhalten, nicht im unmittelbaren persönlichen Kontakt erfolgen kann, muss sie in der fernmündlichen Kommunikation so verschlüsselt sein, dass zufällig mithörenden Dritten die Zusammenarbeit mit einer Sicherheitsbehörde verschleiert werden kann. Insofern sind für die Bewertungen der der Staatsanwaltschaft vorliegenden Informationen auch die tatsächlichen Besonderheiten der V-Mann-Führung durch eine Verfassungsschutzbehörde zu berücksichtigen. Auf Wunsch können hierzu auch gern weitere Auskünfte erteilt werden.

Unerwähnt bleiben soll darüber hinaus auch nicht, dass der Beschuldigte keine Kenntnis vom Umfang der durch Toni Stadler begangenen Straftaten hatte, da Toni Stadler seinen V-Mann-Führer nicht über seine sämtlichen Aktivitäten in Kenntnis setzte

Soweit die Staatsanwaltschaft auf ein besonders enges persönliches Verhältnis hinweist, mag dies von Seiten des Toni Stadler auch so empfunden worden sein. Der Beschuldigte jedenfalls verhielt sich im Rahmen der ihm zur Verfügung stehenden Führungsmittel so, dass er in der Lage war, das Vertrauen des von ihm geführten V-Mannes zu gewinnen, ohne dadurch zu einem Komplizen zu werden. Dazu ist insbesondere auch eine Anpassung an die Ausdrucksweise des V-Mannes geboten. Ein enges persönliches Verhältnis hat er zu seinem V-Mann nicht aufgebaut; vielmehr handelte es sich dabei von seiner Seite um ein professionelles, dienstlich gebotenes Verhalten [...].

c. Konspiratives Lager des Toni Stadler.

Die Staatsanwaltschaft zitiert hierzu aus den Urteilsgründen des Spruchs gegen Toni Stadler, indem sie ausführt, dieser habe hinsichtlich seines Lagers in Cottbus ausführlich Rücksprache mit dem Beschuldigten gehalten, sich dieses ‚erst auf ausdrückliches Anraten, sogar Drängen‘ der Landesbehörde für Verfassungsschutz zugelegt. Weiter wird dargelegt, ebenfalls unter Bezugnahme auf die Urteilsgründe, dass Toni Stadler - nach dem Zusammenhang offenbar durch den Beschuldigten - zugesichert worden sei, sein Lager sei absolut sicher.

Der Beschuldigte hatte jedoch keine Kenntnis über das Lager. Er konnte deshalb auch keine Zusicherung im Hinblick auf die Frage der Sicherheit eines Lagers abgeben. Der Beschuldigte hat weder zur Anlage des Lagers geraten noch dazu aufgefordert.

B. Überlegungen zum Ermittlungsergebnis

Es erscheint zunächst zweifelhaft, ob der von der Staatsanwaltschaft Cottbus vorgenommene Rückgriff auf die Feststellungen aus dem Urteil gegen Toni Stadler und deren Feststellung als Tatsachen zur Erforschung des Sachverhalts geeignet ist. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass Gegenstand der Berliner Entscheidung allein das Handeln des Toni Stadler war, nicht dagegen das Verhalten des Beschuldigten. Insofern kann den einschlägigen Feststellungen zwar Indizcharakter zukommen, weitere Ermittlungen können jedoch nach hiesiger Auffassung nicht ersetzt werden. Ferner ist nicht unzweifelhaft erkennbar, in wie weit die Aussagen des Gerichts tatsächliche Feststellungen darstellen und nicht nur als entlastende Indizien für die Schwere der Schuld Stadlers dienen. Jedenfalls kann festgehalten werden, dass das Landgericht Berlin nicht alle möglichen Beweismittel ausgeschöpft haben dürfte, denn eine Vernehmung des hiesigen Beschuldigten oder gar eine Einbeziehung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburgs ist nicht erfolgt. Daher erscheint es zumindest nicht unproblematisch, aus dem nicht gegen den hiesigen Beschuldigten gerichteten Verfahren Schlüsse zu ziehen, zu denen offenbar keine weiteren Beweismittel und auch seine Vernehmung nicht herangezogen wurden. In diesem Zusammenhang möchte ich darauf verweisen, dass in dem Berliner Verfahren gegen Toni Stadler für Bartok eine Aussagegenehmigung als Zeuge erteilt worden war, die neben allgemeinen Einschränkungen lediglich die Offenbarung seiner Identität untersagte. Weitere Ermittlungen wären also dem Gericht nicht verwehrt gewesen. Allerdings schien die Behauptungslage des Toni Stadler, der als Beschuldigter und Angeklagter auf eine Abwälzung der Verantwortung für seine Handlungen bedacht gewesen sein könnte, für die Aussagen des Urteils des Landgerichts Berlin von entscheidender Bedeutung gewesen zu sein. Vor diesem Hintergrund ist eine differenzierte Betrachtung der den hiesigen Beschuldigten betreffenden Aussagen des Urteils für das vorliegende Verfahren empfehlenswert.

Es kann von hier aus schon mangels Kenntnis der Aktenlage nicht beurteilt werden, inwieweit die Staatsanwaltschaft weitere eigene Ermittlungen eingeleitet hat. Aus ihren Ausführungen ergibt sich lediglich der Hinweis auf die Zeugeneinvernahme des Toni Stadler und der Hinweis auf das durch meine Behörde erstellte Behördenzeugnis.

Der Würdigung dieser Beweismittel kann ich mich nicht anschließen:

So misst die Staatsanwaltschaft Cottbus der Aussage des Toni Stadler in dem gegen ihn geführten Prozess am Berliner Landgericht ein größeres Gewicht bei als seiner - richterlich geführten - Vernehmung in dem Ermittlungsverfahren gegen den Beschuldigten, dem gleichzeitig Schutzbehauptungen unterstellt werden. Inwieweit sich Toni Stadler in seinem Verfahren vor dem Berliner Landgericht zu Schutzbehauptungen aufgefordert sah, steht indessen dahin. Schließlich könnte - in Umkehr der Argumentation der Staatsanwaltschaft - auch seiner Aussage als Beschuldigter ein anderes Gewicht gegeben werden, als derjenigen, die Toni Stadler als zur Wahrheit verpflichteter Zeuge gemacht hat. Dazu wird angemerkt, dass, anders, als in den Ermittlungsergebnissen dargelegt, die Brandenburgische Landesbehörde für Verfassungsschutz auf ausdrückliche Weisung der Hausleitung bereits seit Juli 2002 - bis auf einen der

Staatsanwaltschaft Berlin umgehend mitgeteilten Kontaktversuch des früheren V-Mannes - keinen Kontakt mehr zu Toni Stadler unterhält. Kontakte des Toni Stadler bestanden vielmehr ausschließlich zur Polizei. Das örtlich zuständige Polizeipräsidium Frankfurt (Oder), Schutz-bereich Cottbus/Spree-Neiße, hat mit Entlassung des Toni Stadler aus der Untersuchungshaft November 2002 eine aktuelle Gefährdungsbewertung gemäß PDV 129 (Personen- und Objektschutz) vorgenommen und lageangepasste Schutzmaßnahmen durchgeführt. Im Zuge seines Wegzuges in ein weiter entferntes Bundesland im Januar dieses Jahres ist der dort zuständigen Behörde ein Duplikat der ‚Schutzakte: Toni Stadler‘ übergeben worden. Ein Abhängigkeitsverhältnis, wie von der Staatsanwaltschaft behauptet, oder auch nur ein im Hinblick auf die Wahrnehmung seines Schutzinteresses den vorgeblichen Aussageinteressen der Verfassungsschutzbehörde angepasstes Aussageverhalten kann somit in keinem Fall ursächlich auf Maßnahmen oder keinem Fall ursächlich auf Maßnahmen oder Kontakte zur Verfassungsschutzbehörde zurückgeführt werden. Mehrfach über die Staatsanwaltschaft Berlin, den Prozessbevollmächtigten oder über die Polizei übermittelte Kontaktwünsche wurden durch die Verfassungsschutzbehörde konsequent abgewiesen, um so gar nicht erst den Anschein einer eventuell manipulierten Einflussnahme entstehen zu lassen.

Die von der hiesigen Behörde unbeeinflussten Zeugenaussagen Toni Stadlers am 09. Januar hatten u. a. folgenden Inhalt: Bartok habe nicht gewusst, was er - Stadler - dort in dem sogenannten konspirativen Lager im Einzelnen lagere oder wo der Raum sei. Die Anmietung des Lagerraums sei erfolgt, da seine Geschäfte expandierten. Auch äußert er, nicht konkret vor exekutiven Maßnahmen gewarnt worden zu sein. Diese Zeugenaussagen sollten vor dem Hintergrund, dass die Aussagen Stadlers ohne Einflussnahme des Verfassungsschutzes erfolgten, neu gewürdigt werden.

Es erstaunt schließlich, dass die Staatsanwaltschaft Cottbus nicht auf das Angebot der Verfassungsschutzbehörde zur Unterstützung der Ermittlungen, insbesondere durch behördliche Auskunft, eingegangen ist. Mit Schreiben vom 22. Oktober 2002 hatte die Staatsanwaltschaft Cottbus meine Behörde in allgemeiner Form um Übermittlung von Unterlagen gebeten, die ‚Aufschluss über die Aktivitäten des Beschuldigten im Zusammenhang mit der Führung - insbesondere mit der Anmietung der Wohnung in der Wilhelm-Külz-Straße in Cottbus aus dem ‚Austausch‘ des Personal-Computers einschließlich der Peripheriegeräte - des gesondert Verfolgten Toni Stadler geben‘. Dieses Schreiben wurde hier zum Anlass genommen, ein Behördenzeugnis zu den konkret angesprochenen Tatkomplexen zu erstellen, da weitergehende Ausführungen, insbesondere die Übersendung geheimhaltungsbedürftiger Dokumente ohne Kenntnis des Tatvorwurfs und damit auch ohne das Wissen um deren Relevanz, problematisch erschienen. Dies wurde auch gegenüber der Staatsanwaltschaft erklärt mit dem ausdrücklichen Hinweis, die Ermittlungen bei Bedarf selbstverständlich durch geeignete Beweismittel zu unterstützen. Auf dieses Angebot zur Tatsachenfeststellung ist allerdings seitens der Staatsanwaltschaft nicht zurückgegriffen worden. Dies erstaunt, da nunmehr durch die Strafverfolgungsbehörde Vermutungen geäußert und Bewertungen vorgenommen werden, denen durch weitere Ermittlungen - insbesondere auch

durch behördliche Auskünfte der Verfassungsschutzbehörde - andere Gewichtungen hätten zukommen können.

Ausdrücklich möchte ich an dieser Stelle mein Befremden darüber zum Ausdruck bringen, dass der Inhalt des durch meine Behörde gefassten Behördenzeugnisses als ‚offizieller Erklärungsversuch‘ bezeichnet wird. Es handelt sich bei dem Behördenzeugnis keinesfalls um einen ‚Erklärungsversuch‘, sondern um die schriftliche Darstellung hier bekannter Tatsachen. Dies sollte auch durch die Strafverfolgungsbehörden zur Kenntnis genommen und entsprechend bewertet werden. Wenn die Aussagen der behördlichen Erklärungen Zweifelsfragen aufgeworfen haben sollten, stehe ich nach wie vor zu einer weiteren Erläuterung zur Verfügung.

C. Stellungnahme zur beabsichtigten Verfahrensweise

Zusammenfassend ist festzustellen, dass sich das Gesamtbild des verfahrensrelevanten Tatsachenstoffs gerade in den subsumtionsrelevanten Sachverhalten substantiell aus der Sicht meines Ministeriums anders darstellt als das bisherige Faktenbild der Staatsanwaltschaft. Dies wird teilweise darin begründet sein, dass das Strafurteil gegen Stadler quasi in einem tatbestandlichen obiter dictum das im vorliegenden Strafverfahren wichtige Verhältnis zwischen V-Mann und V-Mann-Führer sowie dessen nachrichtendienstlichen Handlungsrahmen zwangsläufig nur aus der auch durch eigene Entlastungsinteressen determinierten Sicht des V-Mannes zu beleuchten in der Lage war, unter Wahrung der Grundprinzipien eines fairen Verfahrens sehe ich daher die Notwendigkeit, weitere Ermittlungen auch hinter dieser durch das Berliner Strafverfahren vorgegebenen ‚Frontblende‘ zu führen, um zu einer authentischen Gesamtbewertung aller tatbestandsrelevanten Sachverhalte zu gelangen.

Vor dem Hintergrund meiner vorstehenden Ausführungen, stellt sich - das Ermittlungsergebnis der Staatsanwaltschaft zugrundegelegt - die Frage danach, welche Vortat hier in Rede steht. Unklar ist bislang, welches Delikt Gegenstand der zumindest verzögerten Verfolgung (im Sinne einer Strafvereitelung) durch die entsprechenden Behörden geworden sein könnte. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der Tatsache, dass der Beschuldigte - so ist auch dem zu Ermittlungszwecken erstellten Behördenzeugnis zu entnehmen - keine Kenntnis davon hatte,

- welche Daten Stadler auf dem ihm von der Behörde überlassenen PC oder auf seinem eigenen Gerät, das bei ihm verblieben war, gespeichert hatte,
- welche konkreten Durchsuchungsmaßnahmen von Strafverfolgungsbehörden gegen Toni Stadler geplant waren,
- dass Stadler einen Lagerraum hatte.

Doch selbst unterstellt, der Beschuldigte hätte tatsächlich Kenntnis von dem konkreten Ermittlungsverlauf gehabt, wäre eine Vereitelungshandlung schon deshalb ins Leere gelaufen, weil eine Postbeschlagnahme unter Aufsicht der

Staatsanwaltschaft bereits auf durch Toni Stadler begangene Straftaten im Sinne der §§ 86a, 130 StGB hingewiesen hatte.

Auch ist festzuhalten, dass der Beschuldigte von Toni Stadler auch nicht über dessen später gerichtlich abgeurteilte Handlungen in Kenntnis gesetzt worden ist. Bei Betrachtung des Sachverhalts auf der Grundlage der von der Staatsanwaltschaft dargelegten Tatsachen wäre deshalb aus hiesiger Sicht jedenfalls auch zu prüfen, ob der Beschuldigte möglicherweise einem Irrtum zum einen über die tatsächlich begangenen Handlungen und vor diesem Hintergrund auch über die Tatbestandsmäßigkeit oder Rechtswidrigkeit der ihm bekannten Handlungen des Toni Stadler unterlag. Ich weise allerdings nochmals deutlich darauf hin, dass der durch die Staatsanwaltschaft festgestellte Sachverhalt den Tatsachen aus hiesiger Sicht nicht entspricht.

Im übrigen ist zu berücksichtigen, dass es sich bei dem Beschuldigten um einen engagierten und verantwortungsbewussten Beschäftigten der Verfassungsschutzbehörde handelt. Die Tätigkeit als V-Mann-Führer verlangt einen besonderen persönlichen Einsatz und eine ausgeprägte Bereitschaft, sich besonderen Konfliktsituationen, die auch mit einer persönlichen Gefährdung einhergehen können, zu stellen. Auch muss der V-Mann-Führer in besonderem Maße die Fähigkeit haben, ein Vertrauensverhältnis zu ihm fremden Personen aufzubauen. Dazu ist es unumgänglich, dass er die ihm zur Verfügung stehenden Führungsmittel einsetzt. Dies hat der Beschuldigte in Ausübung seiner Tätigkeit und vor dem Hintergrund dienstlicher Erfordernisse zum Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung getan. Es wird der Tätigkeit im Bereich der V-Mann-Führung nicht gerecht, wenn hier von der Staatsanwaltschaft Maßstäbe zugrunde gelegt werden, die die Umstände dieser Tätigkeit nicht berücksichtigen. Vor dem Hintergrund meiner Kenntnis der Persönlichkeit des Beschuldigten und seiner Arbeitsweise habe ich keinerlei Anhaltspunkte dafür, dass er sich auch nur im Ansatz einer strafbaren Handlung bewegt haben könnte. Die mir vorliegenden Informationen lassen - wie oben ausführlich dargelegt - auch in tatsächlicher Hinsicht keinen Verdacht einer Täterschaft im vorliegenden Ermittlungsverfahren zu.

Nach alledem sehe ich keine Grundlage für einen hinreichenden Tatverdacht. Der beabsichtigten Verfahrensweise kann ich mich deshalb nicht anschließen.

Ich darf abschließend versichern, dass das Ministerium des Innern den Fortgang der Ermittlungen mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen wird. Soweit Sie meine Hinweise und Anregungen zu einer weiteren Bewertung des Sachverhalts nutzen, wäre ich dankbar, wenn mir zu den abschließenden Feststellungen erneut - gegebenenfalls, nach Einräumung einer Akteneinsicht - Gelegenheit zu einer weiteren Stellungnahme gegeben würde.“¹⁷³³

Am 26.08.03 vermerkte die Staatsanwältin Stohr von der Generalstaatsanwaltschaft:

„Durch die Unterzeichnerin ist [...] telefonisch Kontakt mit der zuständigen Abteilungsleiterin der StA Cottbus, StAin Cramer-Krahforst aufgenommen und

¹⁷³³ Ebenda, S.17-27

diese davon in Kenntnis gesetzt worden, dass die Stellungnahme des MI beim MdJE eingegangen sei und dort dem Staatssekretär vorliege. Ihr ist ferner mitgeteilt worden, dass nach der telefonisch übermittelten Weisung des Herrn Staatssekretär eine Entscheidung dort erst bei Vorliegen einer entsprechenden Weisung des MdJE vorzunehmen sei. StAin Cramer-Krahforst hat daraufhin erklärt, dass ihr dies bereits bekannt sei. Sie hat versichert, dass eine Entscheidung dort erst bei Vorliegen einer entsprechenden Weisung durch das MdJE getroffen werde.“¹⁷³⁴

In der Folge kam es am 15.09.2003 zu einer Dienstbesprechung mit Vertretern der Generalstaatsanwaltschaft und der Staatsanwaltschaft Cottbus, über die auch das Justizministerium informiert wurde. Im Ergebnis wurde festgehalten:

„Einigkeit bestand dahingehend, dass die Stellungnahme des MI den Tatverdacht gegen den Beschuldigten nicht auszuräumen vermag. Die Ausführungen des MI sind weitgehend nicht überzeugend und lassen wesentliche Verdachtsmomente außer Betracht. [...] Wenngleich der Tatverdacht gegen den Beschuldigten fortbesteht, gibt die Stellungnahme des MI doch Anlass, ergänzende Ermittlungen zu führen.“¹⁷³⁵

Innenstaatssekretär Eike Lancelle hatte zwischenzeitlich, am 11.08.2003, der Staatsanwaltschaft Cottbus offenbar die Übersendung der Führungsakten im Fall Stadler angeboten. Das geht aus einem Schreiben von Lancelle am 10.02.2004 an den Vorsitzenden des Parlamentarischen Kontrollgremiums Christoph Schulze hervor:

„Die Strafverfolgungsbehörde hat – auch unter Bezugnahme auf mein Angebot zur Unterstützung der Ermittlungen im Schreiben vom 11. August 2003 – mit Nachricht vom 17. Dezember 2003 um Übersendung der Führungsakten zu dem früheren V-Mann gebeten. Dieser Aufforderung ist die Verfassungsschutzbehörde in Würdigung des strafprozessualen Ermittlungsanspruchs der Staatsanwaltschaft am 09. Januar 2004 nachgekommen; zuvor war durch den hiesigen Geheimschutzbeauftragten notwendigerweise festgestellt worden, dass die Erfordernisse des Geheimschutzes bei der Staatsanwaltschaft Cottbus gewährleistet sind.“¹⁷³⁶

Aus einem Bericht der Polizei-Abteilung des Innenministeriums vom 10.11.2003 geht hervor, dass Lancelle im Herbst 2003 auch einen Prüfauftrag erteilt hatte:

¹⁷³⁴ B 36, Generalstaatsanwaltschaft Bbg. – Band III, S. 29

¹⁷³⁵ Ebenda, S. 52f.

¹⁷³⁶ B 4 MIK KoSt UA 6_1\B 4 i V mit B 73\2017-09-28 Übergabe 3. Teillieferung B4 iVm B73 und B86\2017-09-28_KOST_54_STADLER-Strafverfahren\Stadler Akte III (geschwärzt) STADLER_2004_02_1087-1093-bwps.pdf, S. 1

„Durch Herrn StS LANCELE wurde mit Datum vom 22.10.2003 folgender Prüfauftrag an die Leiter der Abteilung IV, Herrn Ministerialdirigent HOHNEN und Abteilung V, Herrn Ministerialdirigent WEGESIN, verfügt:

- 1. Es ist ein umfassender Bericht über die von Dienststellen des Polizeipräsidiums Frankfurt (Oder) sowie diesem nachgeordneten Bereichen in Sachen Toni S. getroffenen Maßnahmen und hergestellten Akteninhalten zu erstellen. Die festgestellten Fakten und Gegebenheiten sind einer eingehenden Prüfung unter allen dem Innenministerium obliegenden Gesichtspunkten zu unterziehen. Die Tatsachenermittlung und Bewertung erfolgt ausschließlich unter dem Aspekt der Sach- und Fachgerechtigkeit und unterliegt keinerlei Opportunitätsaspekten.*
- 2. Die Untersuchung obliegt Ihnen in gemeinsamer gleichberechtigter Federführung entsprechend der von Ihren Abteilungen geschäftsverteilungsplanmäßig wahrzunehmenden Aufgaben.*
- 3. Für die Durchführung der Untersuchung stehen Ihnen folgende von allen sonstigen Aufgaben freizustellenden Mitarbeiter zur Verfügung:*

*Herr Regierungsdirektor Dr. R. als Justitiar des MI,
Herr Leitender Polizeidirektor Jakobs als amt. Inspekteur der Polizei sowie
Herr Ministerialrat Palenda als Justitiar der Abteilung V.*

- 4. Die Untersuchung ist schnellstmöglich durchzuführen und abzuschließen. Ich bitte um einen täglichen mündlichen Zwischenbericht zum Stand der Erledigung.*
- 5. Zur Absicherung der Untersuchungsbasis sind ggf. dienstliche Erklärungen von Mitarbeitern einzuholen. Diese Mitarbeiter sind vor deren Abgabe eindringlich auf die Bedeutung dienstlicher Erklärungen, auf die Wahrheitspflicht sowie etwaige rechtliche Folgen unrichtiger Aussagen hinzuweisen.“¹⁷³⁷*

Die Polizei-Abteilung beantwortet Lancelles Auftrag mit einem elfseitigen Untersuchungsbericht – vom Verfassungsschutz lag dem Untersuchungsausschuss kein vergleichbares Dokument vor.

Nach entsprechender Anforderung stellte der Verfassungsschutz der Staatsanwaltschaft am 09.01.2004 die gesamte Treffakte im Fall „Barte“ zur Verfügung.¹⁷³⁸

¹⁷³⁷ UA61\B 51 MIK Abt 5 Kost UA6_1\2018-09-21 Matrix Liste Nr. 8 lfd Nr. 91, MIK-05_Herabstufungsakte VS-NfD, S. 315.

¹⁷³⁸ NfD aus Geheimschutzraum\B 4 MIK KoSt UA 6_1\B 4 i V mit B 73\2017-09-28 Übergabe 3. Teillieferung B4 iVm B73 und B86\2017-09-28_KOST_54_STADLER-Strafverfahren\Stadler Akte III (geschwärzt), STADLER_2004_02_1087-1093-bwps.pdf, S. 1.

Auf die in der Folge geplanter Vernehmung des Verfassungsschutzleiters Wegesin hin richtete Generalstaatsanwalt Rautenberg unter dem 22.01.2004 ein (wie in derartigen Fällen üblich für die Handakten bestimmtes) Schreiben an den LOStA in Cottbus:

„Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz Fromm hat auf der Arbeitstagung des Generalbundesanwalts mit den Generalstaatsanwältinnen und Generalstaatsanwälten sowie ausländischen Kollegen oberster Staatsanwaltschaften über Fragen des strafrechtlichen Staatsschutzes am 19/20. November 2003 in Karlsruhe zum Thema ‚V-Personen als Zeugen und Beschuldigte in Staatsschutzsachen‘ referiert. In diesem Referat, dessen Text mit dem Bezugsauftrag bereits zu den dortigen Sachakten übersandt worden ist, hat Fromm ausgeführt, das Bundesamt für Verfassungsschutz halte daran fest, dass sich der Verfassungsschutz auf den Tatbestandsausschluss des § 86 Abs. 3 StGB auch beim Einsatz von Quellen in neonazistischen Vertriebsstrukturen berufen könne. Irgendeine Differenzierung ist dieser Rechtsauffassung nicht zu entnehmen. Damit geht die von Fromm eingenommene Position über die seines Vorgängers im Amt Frisch hinaus, der in einem Beitrag für die Deutsche Richterzeitung im vergangenen Jahr vertreten hat, dass der Vertrieb von volksverhetzenden Schriften, die ‚gegen bestimmte Personen gerichtete Mordaufrufe‘ enthalten, ‚in jedem Fall unzulässig‘ sei (DRiZ 2003, 201).

Dafür, dass die von Fromm vertretene extensive Auslegung des § 86 Abs. 3 StGB auch vom brandenburgischen Verfassungsschutz eingenommen wird, deuten Presseverlautbarungen des brandenburgischen Ministeriums des Innern hin. Dieses hat nämlich im vergangenen Jahr in mündlichen Presseerklärungen im Zusammenhang mit einem Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin gegen einen V-Mann des Brandenburgischen Verfassungsschutzes die Auffassung vertreten, dass das Verbreiten von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen im Sinne des § 86a Abs. 1 StGB und das den Tatbestand des § 130 Abs. 2 StGB erfüllende Verbreiten von volksverhetzenden CD's, auf denen sogar die Tötung bestimmter Personen des öffentlichen Lebens besungen wurde, durch einen V-Mann des Verfassungsschutzes dann straflos sei, wenn dies im begrenzten Umfang geschehe, um so die Hintermänner des Vertriebssystems aufzudecken. In einem derartigen Fall diene das Handeln nämlich ‚der Abwehr verfassungswidriger Bestrebungen‘ im Sinne des § 86 Abs. 3 StGB. Demgemäß sei es auch nicht strafrechtlich relevant, wenn der Verfassungsschutz einem V-Mann den begrenzten Handel von CD's mit entsprechendem Inhalt mit dieser Zielrichtung erlaube. Diese Rechtsauffassung soll nach einer Presseverlautbarung des Brandenburgischen Innenministers sogar auf der Bundesschule für Verfassungsschutz gelehrt werden.

Gegen diese Gesetzesauslegung habe ich seinerzeit ‚erhebliche Bedenken‘ erhoben und sie den anderen Generalstaatsanwältinnen und Generalstaatsanwälten sowie dem Generalbundesanwalt in einem Schreiben vom 13. August 2002 mit der Bitte um Stellungnahme vorgetragen. Das Ergebnis dieser Befragung war, dass diese Bedenken geteilt worden sind, was dann auch auf der Jahrestagung des Generalbundesanwalts und den

Generalstaatsanwältinnen und Generalstaatsanwälte am 20./21. November 2002 in Karlsruhe festgestellt worden ist. Hierauf nimmt Fromm in seinem Referat Bezug (Seite 6) und hält dem eine mangelhafte rechtliche Argumentation entgegen. Insbesondere geht der Hinweis auf die Entscheidung BGHSt 28, 394, 398 vollständig fehl. In meinem im vergangenen Jahr in Goldammer's Archiv für Strafrecht erschienen Beitrag ‚Zur ‚Abwehr verfassungswidriger Bestrebungen‘ in § 86 III StGB‘, den Fromm in seinem Referat unerwähnt lässt, habe ich m. E. erschöpfend dargelegt, dass die Vorschrift des § 86 Abs. 3 StGB dem Verfassungsschutz keine rechtliche Grundlage dafür bietet, bei der Verfolgung seines gesetzlichen Auftrags bestimmte Straftatbestände verwirklichen zu dürfen. Dies ist auch die Auffassung aller Generalstaatsanwältinnen und Generalstaatsanwälte der Bundesrepublik Deutschland.

Gleichwohl legen Presseverlautbarungen des brandenburgischen Ministeriums des Innern aus dem Jahr 2002 und die Ausführungen des Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz nahe, dass die im vorliegenden Sachverhalt tätigen Mitarbeiter des brandenburgischen Verfassungsschutzes möglicherweise in einem Verbotsirrtum gehandelt haben könnten. Dies hätte Auswirkungen auf den Vorwurf der versuchten Strafvereitelung, weil das vorgeworfene Verhalten dann subjektiv nicht dazu dienen sollte, die Verfolgung einer Straftat zu vereiteln.

Ich bitte daher, dem Zeugen Wegesin bei seiner Vernehmung die erwähnten Presseverlautbarungen des brandenburgischen Ministeriums des Innern, die ich in Ablichtung beigelegt habe, und die vorstehend wiedergegebenen Ausführungen des Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz zur Auslegung des § 86 Abs. 3 StGB vorzuhalten und zu erfragen, ob diese Rechtsauffassung vom brandenburgischen Verfassungsschutz geteilt werde.“¹⁷³⁹

Die Staatsanwaltschaft Cottbus vernahm Abteilungsleiter Wegesin¹⁷⁴⁰, den stellvertretenden Referatsleiter Beschaffung Giebler¹⁷⁴¹ und die stellvertretende Referatsleiterin Dr. E.¹⁷⁴²

Wegesin sagte in seiner Vernehmung vom 27.01.2004 durch den Oberstaatsanwalt Bantleon und Staatsanwalt A. Richter:

„Es ist nicht unüblich, dass in der engen Zusammenarbeit zwischen Polizei und Verfassungsschutzbehörden aufgrund eigener Ermittlungsergebnisse Hinweise auf eine Quellenführung der Partnerbehörde gewonnen werden. Soweit überwiegende Gründe des Quellenschutzes nicht entgegenstehen, wird die

¹⁷³⁹ B 36, Generalstaatsanwaltschaft Bbg. – Band III, S. 78-79.

¹⁷⁴⁰ Ebenda, S. 88-101.

¹⁷⁴¹ Ebenda, S. 156-176

¹⁷⁴² Ebenda, S. 141-155.

Identität der Quelle offenbart, um nicht wechselseitig die Ermittlungen zu erschweren.“¹⁷⁴³

Außerdem äußerte er:

„Die Verfassungsschutzbehörden vertreten die Rechtsauffassung, dass § 86 Abs. 3 Strafgesetzbuch hinsichtlich des Elementes ‚Bekämpfung verfassungsfeindlicher Bestrebungen‘ einen Tatbestandsausschlussgrund enthält, der insoweit auch im Einzelfall die Begehung szenetypischer Propagandastraftaten durch Quellen des Verfassungsschutzes ermöglicht. [...]

Es ist klar, dass derartige Abwägungen nicht durch den Quellenführer vor Ort wahrgenommen werden dürfen. Es ist im Einzelfall jedoch nicht auszuschließen, dass Quellen ihren Quellenführer mit dem Anspruch auf sofortige Entscheidung oder eine mögliche Enttarnung dieser Ermessensentscheidung aussetzen wollen. Für die Verfassungsschutzbehörde Brandenburg hat sich auch infolge der Erfahrungen aus dem Strafverfahren gegen Stadler ergeben, dass die Handhabung derartiger Befugnisse auf Mitarbeiterebene nunmehr ausdrücklich durch Dienstvorschrift ausgeschlossen ist.“¹⁷⁴⁴

Wegesin erklärte zur Frage einer möglichen Warnung von V-Leuten vor anstehenden polizeilichen Maßnahmen:

„Eine Warnung vor strafprozessualen oder auch gefahrenabwehrrechtlichen Maßnahmen, z. B. Wohnungsdurchsuchungen, kommt nach der Rechtslage - und genauso ist die Weisungslage - nur in Betracht, wenn nach der gesamten Erkenntnislage der Verfassungsschutzbehörde klar ist, dass eine Quelle nicht Zielperson dieser Maßnahmen (Tatverdächtiger, Beschuldigter u. ä.) ist. Jegliche andere Handhabung des Quellenschutzes zöge die Gefahr nach sich, dass sich Mitarbeiter des Verfassungsschutzes selbst i. S. d. §§ 257 ff. StGB strafbar machen könnten. Wenn überhaupt, erfolgen gezielte Hinweise über strafprozessuale Einzelmaßnahmen oder über ein eingeleitetes Verfahren überhaupt nur dann, wenn nach Rücksprache mit den zuständigen Strafverfolgungsbehörden, d.h. den Staatsanwaltschaften oder - vorbehaltlich der staatsanwaltschaftlichen Sachleitungsbefugnis - mit den Polizeibehörden darüber Einvernehmen erzielt wird. Das kann im Einzelfall nach Maßgabe der Strafverfolgungsbehörde nur dann der Fall sein, wenn erkennbar unverdächtige nachrichtendienstliche Quellen zur Wahrung des Quellenschutzes aus Ermittlungsverfahren ‚herausgehalten‘ werden sollen.

Das bedeutet, dass derartige Warnungen nur nach einer sorgfältigen Einzelfallabwägung, die auf Behördenleitungsebene zu erfolgen hat, gegeben werden können. Die Befugnisse des V-Mann-Führers (VMF) beschränken sich einzig und allein darauf, ihre Quellen zu rechtstreuem Verhalten anzuleiten“¹⁷⁴⁵

¹⁷⁴³ Ebenda, S. 124.

¹⁷⁴⁴ Ebenda, S. 130.

¹⁷⁴⁵ Ebenda, S. 113

Oberstaatsanwalt Bantleon wurde vom Untersuchungsausschuss dazu befragt, ob er die Aussagen Wegesins im Verfahren gegen Bartok für glaubhaft gehalten habe:

„Nach meinem Dafürhalten sprachen da einige gewichtige Gesichtspunkte dagegen.“¹⁷⁴⁶

Auf Nachfrage führte er aus:

„Also, in Richtung des Computers, der vom Verfassungsschutz als - ich sage es jetzt noch mal so – ‚Durchsuchungsfutter‘ zur Verfügung gestellt worden sein soll, war mir nicht recht klar, wie diese Erklärung des Herrn Wegesin damit zu vereinbaren ist. Und der hatte seinerzeit bekundet, den Computer habe man zur Verfügung gestellt, um denjenigen aus der rechten Szene, die den Computer des Herrn Stadler warteten, quasi die Kontakte zum MI zu verschweigen, also zu verheimlichen, und habe den Computer - - [...]

- der Computer, der eigentliche Computer von Herrn Stadler wurde von Leuten aus der rechten Szene gewartet, - [...]

so Herr Wegesin. Und man wollte eben die Kontakte von Herrn Stadler zum Verfassungsschutz dadurch verheimlichen und diesen gesäuberten Computer aus dem Ministerium des Innern zu diesem Zwecke verwenden. - Das war die Aussage von Herrn Wegesin.

Ich habe mich einerseits gefragt - - Er passte nicht zu den Peripherie- - also zu Drucker und Monitor, zu den sonstigen Geräten -, und für mich war es auch unklar, wie man den Leuten aus der rechten Szene erklären soll, dass man sich jetzt einen neuen Computer, aber auch einen gebrauchten eben beschafft haben soll, der zudem noch eine völlig gesäuberte Festplatte hat. Weil: Es ist, wie wir wahrscheinlich alle wissen, relativ schwer, einen Computer vollständig zu bereinigen - für einen Nichtprofi.“¹⁷⁴⁷

Zudem holte die Staatsanwaltschaft Cottbus eine Auskunft des Bundesamts vom 09.08.2004 für Verfassungsschutz ein, die ergab:

„dass die vom Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) anlässlich seines Vortrags am 19./20.11.2003 in Karlsruhe zum Thema ‚V-Personen als Zeugen und Beschuldigte in Staatsschutzsachen‘ geäußerte Rechtsmeinung zur Auslegung des § 86 Abs. 3 StGB als Tatbestandsausschließungsgrund bezogen auf den Einsatz von V-Leuten durch Verfassungsschutzbehörden auch im Rahmen der Aus- und Fortbildung von den Mitarbeitern jedenfalls im Zeitraum 2001/2002 an der Schule für Verfassungsschutz gelehrt worden sei.“¹⁷⁴⁸

¹⁷⁴⁶ Protokoll der 34. öffentlichen Sitzung vom 04.10.2018, S. 7.

¹⁷⁴⁷ Ebenda, S. 7f.

¹⁷⁴⁸ Ebenda, S. 224.

Die Staatsanwaltschaft Cottbus beabsichtigte nach dem Ergebnis der Zeugenvernehmungen und der Auskunft des Bundesamtes für Verfassungsschutz das Verfahren gem. § 153 StPO - ohne Zahlung einer Geldauflage - einzustellen. Nach dieser Vorschrift kann die Staatsanwaltschaft mit Zustimmung des für die Eröffnung des Hauptverfahrens zuständigen Gerichts von der Verfolgung eines Vergehens absehen, wenn die Schuld des Täters als gering anzusehen wäre und kein öffentliches Interesse an der Verfolgung besteht. Die Staatsanwaltschaft Cottbus berichtete dem Justizministerium über die Generalstaatsanwaltschaft hierüber und übermittelte einen Verfügungsentwurf zur Vorlage bei der großen Strafkammer des Landgerichts Cottbus. In dem Entwurf vom November 2004 heißt es auszugsweise:

„VI. Beweiswürdigung

Der Einlassung des Beschuldigten kann nicht gefolgt werden; sie stellt sich im Ergebnis als bloße Schutzbehauptung dar.

Entscheidend stehen ihr die insoweit glaubhaft unter dem Eindruck der Festnahme stehenden nachvollziehbaren Angaben des Zeugen STADLER entgegen, die dieser wiederholt detailliert und übereinstimmend in nachfolgenden Vernehmungen und auch zuletzt in seiner zeugenschaftlichen Vernehmung in dem vorliegenden Verfahren am 09. Januar 2003 (Band V, Bl. 254 ff. d. A.) gemacht hat. Auch wenn STADLER in dieser Vernehmung erkennbar die ‚Warnungen‘ und den Grund für den ‚Austausch‘ des Rechners zu relativieren versucht hat, ändert dies nichts daran, dass er von dem Beschuldigten, und zwar nur in den ‚heißen Phasen‘ des Ermittlungsverfahrens, immer wieder und nachhaltig auf die Gefahr drohender Durchsuchungen hingewiesen und konkret aufgefordert worden ist, entsprechende Vorkehrungen zu treffen. Seine (späteren) Erklärungsversuche erscheinen ‚konstruiert‘ und dem Behördenzeugnis des LfV vom 04. Dezember 2002 (Band V, Bl. 273 d. A.) angepasst. In diesem Zusammenhang darf insbesondere nicht übersehen werden, dass STADLER (jedenfalls bis dahin) Verbindungen zum LfV unterhalten hat und - jedenfalls aus Sicht des STADLER - schon im Hinblick auf die zu seinem Schutz ergriffenen Maßnahmen des Zeugenschutzes für ihn nicht unerhebliche Abhängigkeiten fortbestanden bzw. fortbestehen.

Es hätte auch ersichtlich keinen Sinn gemacht, STADLER immer wieder auf drohende Durchsuchungen hinzuweisen, wenn nicht vor dem Hintergrund und dem Wissen, dass in Ermittlungsverfahren der in Rede stehenden Art Strafverfolgungsbehörden grundsätzlich Ermittlungsergebnisse durch prozessuale Maßnahmen ‚absichern‘. Die Belehrungen STADLERS können auch nicht als übliche Hinweise des Verfassungsschutzes an V-Leute, keine Straftaten zu begehen, interpretiert werden, denn die Belehrungen STADLERS bezogen sich eindeutig darauf, keine Beweismittel für bereits begangene Straftaten zu hinterlassen.

Dies findet auch durch das Ergebnis der weiteren Ermittlungen Bestätigung.

Dem LfV war seit dem 21. März 2001 bekannt, dass das LKA in Ermittlungen gegen STADLER eingetreten ist. Bereits am 22. März 2001, mithin nur einen Tag später, ist STADLER, den der Staatsanwaltschaft überlassenen Unterlagen zu Folge, erstmals dahin instruiert worden, in seinen Wohn- und Geschäftsräumen keinerlei rechtsextremistische Devotionalien, insbesondere solche, die den Tatbestand des § 86 a StGB erfüllen, aufzubewahren.

*Am 10. April 2001 ist STADLER laut dem zugänglich gemachten Schriftmaterial - angeblich nach Absprache mit dem Referatsleiter, dem Zeugen **Giebler** - durch den Beschuldigten über die gegen ihn anhängigen zwei Ermittlungsverfahren ‚in Kenntnis gesetzt‘ worden. Der Referatsleiter hat hierzu ausgeführt, dem V-Mann-Führer lediglich den Hinweis gegeben zu haben, die Quelle in ‚geeigneter Weise‘ auf mögliche polizeiliche Maßnahmen hinzuweisen und - wie allgemein üblich - auf ‚notwendige Ordnung und Sauberkeit‘ im privaten und geschäftlichen Bereich Einfluss zu nehmen, worauf der Beschuldigte im Nachhinein entgegnet hat, dies sei natürlich so gehandhabt worden.*

Dem Behördenzeugnis des LKA zufolge ist die Staatsanwaltschaft Cottbus im September 2001 auf der Grundlage der Erkenntnisse aus der Telekommunikationsüberwachungsmaßnahme bei STADLER davon unterrichtet worden, dass es sich bei STADLER um einen V-Mann des LfV handeln könne, und deshalb (sogleich) ein Besprechungstermin mit LKA und LfV bei der Staatsanwaltschaft Cottbus am 18.10.2001 vereinbart worden.

Die Einladung an das LfV ist nicht durch die Staatsanwaltschaft erfolgt. Staatsanwalt A. Richter kann sich dagegen nicht sicher daran erinnern, ob ihm bekannt war, dass Mitarbeiter des LfV an dieser Besprechung teilnehmen sollten oder unangekündigt dort erschienen sind.

Den zur Einsicht gegebenen Dokumenten zu Folge ist STADLER am 25.09.2001, 04.10.2001, 11.10.2001, 29.10.2001, 29.11.2001 und 13.12.2001, mithin just zu dem Zeitpunkt, als erneut mit strafprozessualen Maßnahmen zu rechnen war, jeweils dahin instruiert worden, seine Wohn- und Geschäftsräume von strafrechtlich relevanten Devotionalien freizuhalten bzw. diese vorsorglich auszulagern, wobei die Hinweise vom 04., 11. und 29.10.2001 von dem Beschuldigten und die übrigen von seinem Vertreter herrühren. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Treffen üblicherweise im Abstand von 1 - 2 Wochen und nur ausnahmsweise in größeren Abständen erfolgten.

*Am 11.10.2001 ist dem STADLER für eine zeitlich begrenzte Nutzung ein ministeriumseigener PC, dessen Festplatte von allen Daten des Ministeriums gereinigt worden war und der mit den Peripheriegeräten des STADLER nicht kompatibel war, zur Verfügung gestellt worden. Der PC ist durch den Beschuldigten **B.** an STADLER übergeben worden.*

Der zeitliche Zusammenhang zwischen dem Bekanntwerden der gegen STADLER anhängigen Ermittlungsverfahren beim LfV (21.03.2001) und dem ersten Warnhinweis (22.03.2001) sowie der kurz darauf erfolgten Kenntnisgabe

dieser Verfahren an STADLER (10.04.2001) einerseits, aber auch derjenige zwischen der Unterrichtung der Staatsanwaltschaft Cottbus über die mögliche Enttarnung des V-Mannes STADLER durch das LKA (September 2001) und den daraufhin vereinbarten Besprechungstermin mit Vertretern des LKA und des LfV am 18.10.2001 bei der Staatsanwaltschaft Cottbus sowie den vorstehend im einzelnen geschilderten fortwährenden Hinweisen seitens des Beschuldigten und weiterer Mitarbeiter des LfV vom 25.09.2001 bis 13.12.2001, Wohn- und Geschäftsräume von strafrechtlich relevanten Materialien sauber zu halten, lassen bei lebensnaher Betrachtung nur den Schluss zu, dass der Beschuldigte **B.** den STADLER auf diese Weise vor strafrechtlicher Verfolgung schützen wollte. Diese zeitliche Übereinstimmung erscheint um so augenfälliger, als das LKA unter dem 01.11.2001 bei der Staatsanwaltschaft Cottbus angeregt hat, die Wohn- und Geschäftsräume des STADLER zu durchsuchen. Dabei ist - wie üblich - ein gewisser zeitlicher Vorlauf zwischen Überlegung und Entscheidungsfindung zu berücksichtigen, so dass das LfV, insbesondere vor dem Hintergrund des von dem Zeugen **Wegesin** hervorgehobenen Informationsflusses zwischen LKA und LfV, bereits im Vorhinein von dieser Maßnahme Kenntnis erlangt oder der Beschuldigte sich auf der Grundlage der von dem Zeugen **Giebler** dargelegten engen Beziehung zwischen den V-Mann-Führern und der Polizei, sich diese Information verschafft hat. Zumindest aber wird sich das LfV bzw. der V-Mann-Führer durch die Einladung zu der Besprechung am 18.10.2001 gehalten gesehen haben, nunmehr Maßnahmen zum Schutz seines V-Mannes zu treffen. Letzteres steht nun wieder im Einklang mit den Bekundungen des STADLER, der diese Hinweise in seinen bisherigen Aussagen, mit Ausnahme derjenigen vom 09.01.2003, als Warnungen vor Durchsuchungsmaßnahmen der Polizei verstanden hat. Bis zuletzt hat er in seinen Vernehmungen - in-soweit ohne Ausnahme - zudem angegeben, dass ihm der Computer seitens des LfV ausschließlich zu dem Zweck zur Verfügung gestellt worden sei, bei Durchsuchungen als „Futter“ zu dienen und den Zugriff der Strafverfolgungsbehörden auf seinen eigenen Computer im Hinblick auf dort gespeicherte, womöglich strafrechtlich relevante Daten zu verhindern (vgl. u. a. Band III, Bl. 121 d. A., Band V, Bl. 51 und 254 (261) d. A.).

Die Bekundungen der Zeugen **Wegesin**, **Giebler** und **Dr. E.**, es handele sich insoweit um im Bereich des Verfassungsschutzes übliche bzw. gerade noch allgemein übliche Hinweise an den V-Mann, sich straffrei zu verhalten, vermögen vor dem Hintergrund des konkreten Falles nicht zu überzeugen. Zwar mögen deren diesbezügliche Angaben im Allgemeinen zutreffen. Indes besteht vorliegend die Besonderheit, dass diese Hinweise nur schubweise, nämlich zu Beginn der Ermittlungsverfahren gegen STADLER und im Vorfeld sowie im Nachgang der Besprechung vom 18.10.2001, also in den „heißen Phasen“ erfolgten, in welchen seitens, jedenfalls des V-Mann-Führers, mit unmittelbar bevorstehenden Durchsuchungsmaßnahmen gerechnet werden musste. Hinzu kommt, dass nach dem dienstlich hier bekannt Gewordenen, diese Warnungen nicht auf der Grundlage von Weisungen der Dienstvorgesetzten ergingen. Die Aussagen der vorbezeichneten Zeugen erscheinen aus ihrer Sicht nicht unwahr, da sie auf das allgemein Übliche abstellen. Die Besonderheit indes, dass sich die Hinweise auf den V-Mann auf bestimmte Zeitpunkte konzentrierten, lässt jedoch nur den Schluss zu, dass es sich eben gerade nicht

um übliche Hinweise, sondern um - von den STADLER auch so verstandene - konkrete Warnungen gehandelt hat.

Auch die Erklärung des LfV, man habe STADLER den ‚gesäuberten‘ Computer zu dem Zweck übergeben, ihm größtmöglichen Schutz vor Enttarnung seiner Tätigkeit für den Verfassungsschutz gegenüber Szeneangehörigen (durch die sein PC stets gewartet worden sei) zu gewähren, erscheint nicht überzeugend.

Zum Einen ist schon ungeklärt, welche unter diesem Gesichtspunkt STADLER, der sich in der Regel mündlich oder fernmündlich mit dem V-Mann-Führer ausgetauscht hatte, ‚kompromittierenden‘ Daten sich auf seinem eigenen Computer befunden haben sollen. Maßgeblich ist indes ein weiterer Gesichtspunkt. Ein völlig ‚sauberer‘ Computer musste Angehörigen der rechten Szene umgekehrt gerade massiven Anlass zu einem entsprechenden Verdacht hinsichtlich der Person des STADLER geben. Denn von ihm musste in Ansehung seiner Stellung in diesem Umfeld gerade erwartet werden, dass - vor allem auch indizierte - Inhalte in seinem Computer gespeichert sind.

Ein weiterer gewichtiger Umstand, der gegen die Darstellung des LfV spricht, ist, dass der ‚gesäuberte‘ Computer mit den Peripheriegeräten nicht kompatibel gewesen ist. Dies musste jedem Szeneangehörigen auffallen, zumal solchen, die in der Computertechnik bewandert sind. Diesen Umstand will STADLER dem Beschuldigten auch mitgeteilt haben.

Auf der Grundlage der Bekundungen der Zeugen **Wegesin** und **Dr. E.** ist im maßgeblichen Zeitraum beim LfV die Auffassung vertreten worden, dass es § 86 Abs. 3 StGB dem Verfassungsschutz erlaube, indizierte Schriften zu vertreiben, wenn dies der Abwehr verfassungswidriger Bestrebungen diene. Ausweislich der Auskunft des Bundesamtes für Verfassungsschutz vom 09.08.2004 (Band VI, Bl. 228 d. A.) ist dies jedenfalls im Zeitraum 2001/2002 an der Schule für Verfassungsschutz auch so gelehrt worden und wird nach einem Schreiben des Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz vom 26.10.2004 (Band VI, Bl. 232 f. d.A.) bis heute so vertreten. Mithin ist nicht mit der erforderlichen Sicherheit auszuschließen, dass der Beschuldigte insoweit einem unvermeidbaren Verbotsirrtum unterlegen ist. Zwar ist nicht ermittelt worden, wann der Beschuldigte die einzelnen Lehrgänge bei der Schule für Verfassungsschutz absolviert hat. Es kann aber nicht ausgeschlossen werden, dass er im Nachhinein von jener Lehrmeinung, die zudem in seinem Hause auch so geübt worden ist, Kenntnis erlangt und sein Verhalten danach ausgerichtet hat. Zwar hat er sich nicht in diese Richtung eingelassen. Nach dem bisherigen Kenntnisstand war aber eine derartige Einlassung bisher nicht veranlasst, da schon die Tatsachenfeststellungen mit erheblichen Unwägbarkeiten behaftet waren. § 86 Abs. 3 StGB kann jedoch nur insoweit Geltung beanspruchen, als der Vertrieb von indizierten Schriften mit dem Verfassungsschutz abgestimmt worden ist. Schon aus der Bekundung des Zeugen Wegesin (Band VI, Bl. 126 ff. (128 ff.)) ergibt sich jedoch, dass STADLER am Verfassungsschutz vorbei erhebliche Mengen des Tonträgers ‚Noten des Hasses‘ (1. Auflage) vertrieben und bei der Fertigung eines Booklets für die CD ‚Ran an den Feind‘ der inzwischen verbotenen Skinhead-Band ‚Landser‘ mitgewirkt hat. Im Hinblick auf den Vertrieb von 100 Stück der CD ‚Ran an den Feind‘ - ohne Zustimmung des Verfassungsschutzes - wird dies

auch von STADLER selbst bestätigt (Band III, Bl. 145 d. A.). Wie dienstlich bekannt geworden ist, hat sich der V-Mann-Führer bereits am 10.11.2000 im Hinblick auf den Erwerb und Verkauf dieser CDs durch den STADLER dazu veranlasst gesehen, letzteren im Falle nochmaligen gleichgelagerten Fehlverhaltens die Zusammenarbeit aufzukündigen. Auch am 07.03.2002 ist der STADLER - wie dienstlich bekannt geworden ist - durch den Beschuldigten dazu aufgefordert worden, den ungenehmigten Verkauf der CD ‚Heil Aids‘, deren Cover strafrechtlich relevant sei, einzustellen. Schon durch die Einleitung des hiesigen Ermittlungsverfahrens gegen Stadler war dem Verfassungsschutz seit 21.März 2001 der ungenehmigte Verkauf von CD's der ersten Auflage der ‚Noten des Hasses‘ bekannt.

Dem Beschuldigten war somit bewusst, dass STADLER nahezu unentwegt auch über die ihm seitens des LfV genehmigten Stückzahlen hinaus indizierte Tonträger verbreitet hat oder sich, etwa durch die Mitarbeit an indizierten Booklets, ohne Genehmigung des LfV in die Herstellung indizierter Produkte dieser Art eingebracht hat. Aus Sicht des Beschuldigten musste er davon ausgehen, dass sich STADLER auch im hier interessierenden Zeitraum derart verhalten und sich damit auch strafbar gemacht hat. Dass die von ihm getroffenen Maßnahmen, namentlich die Hinweise auf Ordnung und Sauberkeit sowie die Zur-Verfügung-Stellung des ‚bereinigten‘ Computers in den kritischen Phasen des Ermittlungsverfahrens gegen STADLER, zwangsläufig auch zur Folge haben mussten, dass eine Verfolgung der von STADLER in eigener Regie verübten Straftaten wesentlich erschwert oder gar unmöglich gemacht würde, war ihm dabei bekannt. Daraufhin war sein Tun im Interesse des Erhalts seines V-Mannes auch gerichtet.

VII. Rechtliche Beurteilung

A) Strafvereitelung und Beteiligung an den Straftaten des STADLER

Nach alledem besteht gegen den Beschuldigten der hinreichende Tatverdacht einer versuchten Strafvereitelung nach §§ 258 Abs. 1, 22, 23 StGB. Indem der Beschuldigte **B.** - wie ausgeführt - STADLER einen zusätzlichen ‚gesäuberten‘ Rechner zur Verfügung stellte und ihn in dem dargestellten Umfang anhielt, seine Wohn- und Geschäftsräume vor strafrechtlich relevanten Gegenständen freizuhalten, sollten sicher zu erwartende prozessuale Maßnahmen (hier Durchsuchungen und Beschlagnahmen) erkennbar erschwert und damit in der Folge zumindest zum Teil vereitelt werden, dass eine umfassende, der tatsächlichen Sachlage entsprechende Bestrafung des STADLER erfolgt; mithin liegt eine taugliche Tathandlung im Sinne des § 258 Abs. 1 StGB sowie eine Beteiligung an den Taten des STADLER vor.

Für die strafrechtliche Bewertung im Einzelnen ist dabei im Hinblick auf die Tatobjekte scharf zu trennen zwischen dem vom LfV genehmigten Vertrieb rechtsextremistischer Devotionalien (1) und dem ungenehmigten (2).

1) Einerseits ist festzuhalten, dass dem Beschuldigten wegen eines – wie bereits dargelegt, nicht sicher auszuschließenden - unvermeidbaren Verbotsirrtums hinsichtlich der Verbreitung derjenigen Schriften, deren Vertrieb vom LfV genehmigt worden ist, ein schuldhaftes Verhalten nicht zu belegen ist.

Ist er nämlich der von den Verfassungsschutzbehörden und der Schule für Verfassungsschutz vertretenen Auffassung gefolgt, unter den Voraussetzungen des § 86 Abs. 3 StGB entfalle schon der Tatbestand der §§ 86, 86 a bzw. 130 StGB, hat sich der STADLER schon nicht wegen entsprechender Delikte strafbar gemacht mit der Folge, dass es für ihn, den Beschuldigten B., insoweit auch keine Strafverfolgung zu vereiteln gab.

Eine Beteiligung scheidet nach dem Vorgesagten ebenfalls aus.

2) Nochmals hervorzuheben ist allerdings, dass dies, auch nach den zuletzt genannten Auffassungen, nur Geltung beanspruchen kann, wenn die entsprechenden Verbreitungsmaßnahmen vom LfV genehmigt waren.

Hier ist erneut die Feststellung von Belang, dass sich der STADLER über den gesamten Zeitraum seiner Tätigkeit für das UV dadurch hervorgetan hatte, dass er indizierte Schriften auch ohne Genehmigung dieser Behörde verbreitet hat. Der V-Mann-Führer, mithin der Beschuldigte, konnte sich nach diesen Erfahrungen nicht mehr darauf verlassen, dass sich STADLER des ungenehmigten Vertriebs inkriminierter Schriften künftig enthalten werde. Zumindest im Hinblick auf derartige Vortaten hat der Beschuldigte auch bedingt vorsätzlich gehandelt. Der Beschuldigte konnte nämlich nur davon ausgehen, dass STADLER dieses Verhalten - die ungenehmigte Verbreitung indizierter Schriften - auch künftig beibehalten und sich somit auch weiterhin strafbar machen wird. Die Warnhinweise und die Zur-Verfügung-Stellung des ‚gesäuberten‘ Computers erfolgte absolut.

Deshalb waren die Verhinderung des Bekanntwerdens des genehmigten Vertriebs indizierter Schriften und die Verheimlichung deren ungenehmigter Verbreitung auch aus Sicht des Beschuldigten untrennbar miteinander verbunden. Denn seinem Vorgehen nach konnten, auch aus seiner Sicht, nur beide Ziele erreicht werden. Die beschriebenen wiederholten Warnungen und Aufforderungen machen mehr als deutlich, dass es dem Beschuldigten, der Erhaltung seiner ‚Quelle‘ willen, zielgerichtet auch auf die Erschwerung der Strafverfolgung des STADLER hinsichtlich seiner ungenehmigten Vertriebsmaßnahmen ankam und er diese unter Berücksichtigung aller ihm bekannten Umstände als sichere Folge vorausgesehen hat (vgl. im einzelnen Schönke/Schröder-Stree, StGB, 26. Auflage, § 258 An. 22).

Hinsichtlich des vom LfV nicht genehmigten Vertriebs indizierter Schriften kommt zudem eine ideal konkurrierend verwirklichte Beihilfe des Beschuldigten aus den Verbreitungshandlungen des STADLER (§§ 86, 86 a, 130 StGB) dadurch in Betracht, dass er den STADLER nicht etwa dazu angehalten hat, entsprechendes Material zu vernichten, sondern es auszulagern bzw. ‚Wohn- und Geschäftsräume sauber zu halten‘. Wie schon ausgeführt, konnte der Beschuldigte aufgrund der bisherigen Erfahrungen mit STADLER nicht begründet darauf vertrauen, dass dieser indizierte Schriften nur mit Genehmigung des LfV vertreibt. Die Möglichkeit des ungenehmigten Vertriebs wollte er ihm durch seine Warnungen und den zur Verfügung gestellten Computer um des Fernzieles willen, die Quelle nicht zu verlieren, zumindest im Sinne eines bedingten Vorsatzes auch erhalten, wofür auch spricht, dass es ihm nicht auf die Vernichtung (sonstigen) indizierten Materials ankam.

*Dass der Beschuldigte **B.** als Mitarbeiter des UV gehandelt hat, vermag ihn dabei nicht zu rechtfertigen. Ein Rechtfertigungsgrund ergibt sich insbesondere nicht aus § 6 Abs. 7 BbgVerfSchG, der wie folgt lautet:*

„Beim Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel dürfen keine Straftaten begangen werden. Die abschließende Aufzählung der Straftatbestände, die verwirklicht werden dürfen, erfolgt in einer Dienstvorschrift nach Vorlage in der Parlamentarischen Kontrollkommission.“

Die Bestimmung stellt ausdrücklich klar, dass strafbare Handlungen beim Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel, wozu insbesondere der Einsatz von Vertrauensleuten zählt (vgl. Abs. 3 Ziffer 1 a.a.O.), grundsätzlich unzulässig sind. Da eine weitergehende Dienstanweisung, auf die Satz 2 der Bestimmung Bezug nimmt, im Land Brandenburg überdies nicht existent ist, kann dahinstehen, ob eine solche als Rechtfertigungsgrund für eine strafrechtliche Verquickung eines V-Mann-Führers überhaupt in Betracht kommt (was bereits unter dem Aspekt des Gesetzesvorbehalts äußerst zweifelhaft erscheint).

B) Verletzung des Dienstgeheimnisses

Darüber hinaus dürfte der Beschuldigte durch seine Mitteilung an den STADLER vom 10.04.2001, gegen Letzteren seien zwei Ermittlungsverfahren anhängig, auch den Tatbestand des § 353 b Abs. 1 Nr. 1 StGB Tateinheitlich verwirklicht haben. Indes fehlt es insoweit noch an der Ermächtigung der hier zuständigen Obersten Landesbehörde als Voraussetzung der Strafverfolgung.

VIII. Weiteres Vorgehen

*Auf der Grundlage der ergänzenden Tatsachenfeststellungen erscheint es - im Gegensatz zu der ursprünglich beabsichtigten Verfahrensweise - vertretbar, das Verfahren gegen den Beschuldigten **B.** gemäß § 153 Abs. 1 StPO vorläufig einzustellen, da sich das Maß seiner hypothetischen Schuld hiernach als geringer darstellt:*

Der Beschuldigte ist Mitarbeiter des LfV. Zu seinen Gunsten muss davon ausgegangen werden, dass es ihm vor allem darum ging, den von ihm geführten V-Mann STADLER zu ‚schützen‘ und dem LfV als überdurchschnittlich wichtige - weil ergiebige - ‚Quelle‘ für Informationen aus der rechtsextremistischen Szene zu erhalten. Auch wenn der Beschuldigte dabei die Grenze zum strafbaren Handeln deutlich überschritten hat, kann unterstellt werden, dass sein Handeln gleichwohl von dem Bemühen getragen war, als Mitarbeiter des LfV verfassungsfeindliche Bestrebungen aufzudecken und abzuwehren. Dies vermag sein Handeln zwar nicht zu rechtfertigen (s. o.), verringert aber doch das Maß seiner individuellen Schuld nicht unerheblich, wobei auch zu berücksichtigen ist, dass sich die Arbeit von Verfassungsschutzbehörden - will sie erfolgreich sein - nicht selten in einer rechtlichen Grauzone bewegt und die für die Praxis geltenden gesetzlichen Bestimmungen - wie § 6 Abs. 7 BbgVerfSchG zeigt (s. o.) - insoweit nur einen unzulänglichen Rahmen setzen.

Der Beschuldigte ist im übrigen strafrechtlich noch nicht einschlägig in Erscheinung getreten. [...]

Demgegenüber sind auch schulderhöhende Gesichtspunkte zu berücksichtigen. So ist das Verhalten des Beschuldigten nicht nur im Hinblick auf dessen Bedeutung für die Taten des gesondert Verfolgten STADLER zu würdigen. Es muss ferner berücksichtigt werden, dass der Beschuldigte nicht nur sich selbst, sondern auch die Arbeit des LfV insgesamt diskreditiert und das Vertrauen der Öffentlichkeit in das Wirken der Verfassungsschutzbehörden in erheblichem Umfang erschüttert hat (weshalb in der öffentlichen Berichterstattung auch Parallelen zum sog. NPD-Verbotsverfahren gezogen worden sind), indem er im Rahmen seiner Tätigkeit als V-Mann-Führer des gesondert Verfolgten STADLER weitgehend nach dem Motto ‚Der Zweck heiligt die Mittel‘ gehandelt und den Boden der Gesetzmäßigkeit leichtfertig verlassen hat. Auch wenn der Aufbau einer ‚engen, vertrauensvollen Zusammenarbeit‘ - wie es das Landgericht Berlin beschreibt - in erster Linie dazu diene, den gesondert Verfolgten STADLER als ergiebige ‚Quelle‘ des LfV zu erhalten, hätte der Beschuldigte - gerade auch im Verhältnis zu STADLER - unbedingt Bedacht darauf legen müssen, sein Handeln von dem seines V-Mannes deutlich abzugrenzen.

Andererseits kann aber nicht unberücksichtigt bleiben, dass sich das Maß der hypothetischen Schuld nach Durchführung der ergänzenden Ermittlungen graduell deutlich geringer darstellt, als zunächst angenommen.

Ein Schuldvorwurf wird dem Beschuldigten im Rahmen der versuchten Strafvereitelung und der Beihilfe zu Vergehen nach §§ 86, 86 a, 130 StGB nur insoweit gemacht werden können, als es ihm - auch - darum ging, eine strafrechtliche Verfolgung des STADLER wegen der von seiten des LfV ungenehmigten Verbreitung von indizierten Schriften zu verhindern. Danach kann es aus grundsätzlichen Erwägungen nicht hingenommen werden, dass der Mitarbeiter einer Landesbehörde im Rahmen der vertrauensvollen Zusammenarbeit mit einer anderen Landesbehörde gewonnenen Erkenntnisse dazu verwendet, deren gesetzlichen Auftrag zu hintertreiben, indem er Beschuldigte vor exekutiven Maßnahmen der Strafverfolgungsbehörden warnt.

Eine Beteiligung des Beschuldigten an Vergehen des STADLER nach § 86, 86a und 130 StGB scheidet - wegen des nicht ausschließbaren unvermeidbaren Verbotsirrtums insoweit - aus. Auch unter diesem Gesichtspunkt reduziert sich die Schuld.

Nach Abwägung der vorstehenden Umstände erscheint das Maß der hypothetischen Schuld des Beschuldigten jedoch noch als gering. Ein öffentliches Interesse an der Verfolgung dieser Straftat besteht nicht, zumal die von den Verfassungsschutzbehörden bislang vertretene Rechtsauffassung inzwischen widerlegt sein dürfte (vgl. Rautenberg ‚Abwehr verfassungswidriger Bestrebungen‘ in § 86 Abs. 3 StGB‘, Goitdammer's Archiv für Strafrecht, Heft 8/2003; Rahe, ‚Die Sozialadäquanzklausel des § 86 Abs. 3 StGB und ihre Bedeutung für das politische Kommunikationsrecht‘, S. 250 ff.; Kubiciel, NStZ, 2003, 13; Tröndle/F., StGB, 52. Auflage, § 86 Rn. 20) und angesichts zwischenzeitlich erlassener Dienstvorschriften des LfV nicht zu erwarten steht, dass sich ein solches Verhalten wiederholt.

Wegen der beabsichtigten Verfahrensweise nach § 153 Abs. 1 StPO wird zunächst davon Abstand genommen, die Strafverfolgungsermächtigung bezüglich § 353 b StGB einzuholen.

Es soll die Zustimmung des für die etwaige Eröffnung des Hauptverfahrens zuständigen Gerichts eingeholt werden. Insoweit ist beabsichtigt - sollte es nicht zur Einstellung des Verfahrens gern. § 153 Abs. 1 StPO kommen - wegen der besonderen Bedeutung des Falles Anklage vor der Strafkammer des Landgerichts Cottbus zu erheben (§§ 74 Abs. 1, 24 Abs. 1 Nr. 3 GVG). Die besondere Bedeutung leitet sich zum einen aus der Stellung des Beschuldigten als Mitarbeiter des LfV und den sich daraus ergebenden grundsätzlichen Fragen zur strafrechtlichen Verantwortlichkeit des sogenannten V-Mann-Führers, die das vorliegende Verfahren sowohl in tatsächlicher als auch in rechtlicher Hinsicht aus der Masse der durchschnittlichen Strafsachen noch oben herausheben, ab. Zum anderen rechtfertigt schon das nach wie vor bestehende außerordentlich große Interesse der Medien und der Öffentlichkeit an dem Verfahren ggf. eine Anklageerhebung vor der Strafkammer (vgl. Kleinknecht/Meyer-Goßner, StPO, 47. Auflage, § 24 GVG, Rn. 6).¹⁷⁴⁹

Das Justizministerium teilte am 15.12.2004 mit, dass der beabsichtigten Einstellung trotz rechtlicher Zweifel nicht entgegengetreten werde:

„Der Einstellungsvermerk vermag auch in der geänderten¹⁷⁵⁰ Fassung hinsichtlich der Ausführungen zum Verbotsirrtum nicht vollständig zu überzeugen.

Bedenken begegnet insbesondere die dem Vermerk zu entnehmende Unterteilung des Unrechtsbewusstseins des Beschuldigten B. im Hinblick auf den genehmigten und den ungenehmigten Vertrieb der rechtsextremistischen Tonträger.

Zwar ist die Unrechtseinsicht grundsätzlich ‚teilbar‘, so dass sie im Falle einer Tateinheit für jeden Tatbestand gesondert festgestellt werden muss und bei einem der Tatbestände auch fehlen kann [...].

Nach Berichtslage wurde eine Teilung der Unrechtseinsicht jedoch nicht zwischen der versuchten Strafvereitelung einerseits und der mit dieser ideal konkurrierenden Beihilfe andererseits vorgenommen, sondern das Unrechtsbewusstsein wurde hinsichtlich beider Tatbestände jeweils partiell angenommen und partiell abgelehnt. Bei lebensnaher Betrachtung dürfte aber eine geteilte Unrechtseinsicht im Hinblick auf einen Tatbestand zumindest zweifelhaft sein.

¹⁷⁴⁹ B 36 Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg Band IV, S. 54-65.

¹⁷⁵⁰ Ein erster Entwurf vom 16.09.2004 war auf Veranlassung des Justizministeriums überarbeitet worden.

Trotz der erheblichen Bedenken erscheint die zugrunde liegende Rechtsauffassung jedoch letztlich noch vertretbar, so dass der beabsichtigten Verfahrensweise im Ergebnis nicht entgegen getreten wird.“¹⁷⁵¹

Auf die Argumentation bezüglich des Verbotsirrtums und die Differenzierung zwischen vom Verfassungsschutz genehmigten und ungenehmigten CD-Geschäften Stadlers angesprochen, sagte der Staatsanwalt Andreas Richter vor dem Untersuchungsausschuss:

„Ja, juristische Hochalpinistik, sage ich mal, war das damals gewesen.“¹⁷⁵²

Am 04.03.2005 stellte die Staatsanwaltschaft Cottbus schließlich das Verfahren gegen „Bartok“ mit Zustimmung des Landgerichts Cottbus gemäß § 153 StPO ein.¹⁷⁵³

Im gesamten Ermittlungsverfahren wurde der Beschuldigte Dirk Bartok nicht persönlich befragt. Er ließ über seinen Verteidiger auszugweise mitteilen:

„Wenn ermittelnde Staatsanwälte und erkennende Richter meinen, dass das Verhalten des LfV Brandenburg unverantwortlich und nicht nachvollziehbar sei (Urteil gegen Stadler Seite 30 unten) — eine Auffassung, die z.B. ich nicht teile -, ist es ihr Recht oder ihre Pflicht, bei der Exekutive und/oder Legislative auf eine Änderung dieser Zustände zu drängen. Das vorliegende gegen meinen Mandanten gerichtete Verfahren ist dafür ungeeignet. Das zum Nachteil meines Mandanten ungerechte Verfahren qui asinum non potest, stratum caedit (den Sack schlägt man, den Esel meint man) ist ohne Weiteres einzustellen.“¹⁷⁵⁴

In seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuss erklärte Dirk Bartok:

„Also, eine rechtliche Würdigung dieses Sachverhaltes ist durch mich ja nicht erfolgt. Die Absprachen, so wie Sie sie vorgetragen haben aus der Beschuldigtenvernehmung, an die ich mich wirklich so detailliert nicht mehr erinnern kann, die habe ja nicht ich getroffen mit dem Herrn Stadler, weil es meine Entscheidung gewesen wäre. Die Durchführung dieser Maßnahme ist ja detailliert mit der Referats- und Abteilungsleitung abgestimmt gewesen.“¹⁷⁵⁵

¹⁷⁵¹ Ebenda, S. 68f.

¹⁷⁵² Protokoll der 34. öffentlichen Sitzung vom 04.10.2018, S. 35.

¹⁷⁵³ B 36 Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg Band IV, S. 78.

¹⁷⁵⁴ B 35 Band II – Generalstaatsanwaltschaft; S. 40f.

¹⁷⁵⁵ Protokoll der 36. öffentlichen Sitzung vom 23.11.2018, S. 63.

4.3.5. Konsequenzen des Innenministeriums aus dem Fall Stadler

Aufgrund des „Falls Stadler“, aber auch wegen des Geheimnisverrats im Februar 2001 durch die Quelle „Backobst“, wurden neue Dienstvorschriften für die Beschaffung erarbeitet, die Anfang 2004 in Kraft traten.

Am 30.05.2003 erließ Staatssekretär Lancelle folgende Dienstanweisung:

„Maßnahmen zur Optimierung der Arbeit des Verfassungsschutzes, des polizeilichen Staatsschutzes sowie der internen Kommunikation

1. *Die derzeit laufende Kampagne (ausgehend von dem Verdacht des Verrats von Dienstgeheimnissen und der Strafvereitelung im Amt im Zusammenhang mit den Maßnahmen gegen die sog. ‚nationale Bewegung‘) ist nur vordergründig gegen den Verfassungsschutz und ihren Leiter Wegesin gerichtet.*

Die Kampagne berichtet sich unrechtmäßig erworbener interner Informationen, ganz oder teilweise unrichtiger Fakten, Darstellungen und Bewertungen, abwegiger Spekulationen, Zitierung anonymer ‚Sicherheitskreise‘ und netzwerkartiger Rollenverteilung.

Die Kampagne hat unter Verstärkung der schon durch die [...]„Affäre“ hervorgerufenen Verunsicherungen erhebliche Unruhe unter den im Staatsschutz und im Verfassungsschutz tätigen Mitarbeitern hervorgerufen. Die Verunsicherung führt dazu, dass in Sorge vor dienstlichen, politischen oder sogar strafrechtlichen Repressalien der Aspekt der persönlichen Sicherheit Vorrang zu gewinnen droht gegenüber dem dienstlichen Erfordernis einer offensiven Aufgabenwahrnehmung. Eine weitere Wirkung ist, dass die Verfassungsschutzbehörden im Bund bzw. den übrigen Bundesländern über die sich häufenden Indiskretionen gegenüber der Presse zunehmen besorgt sind und die Kooperationsfähigkeit bzw. Vertrauenswürdigkeit der hiesigen Sicherheitsdienste in Frage gestellt sehen.

Nicht zuletzt ist festzustellen, dass die ständig wiederkehrende Sensationsberichterstattung über das V-Mann-Wesen nicht nur die vorhandenen dienstlichen Kontakte zu diesem Personenkreis empfindliche stören, sondern die Gewinnung neuer V-Leute fast unmöglich gemacht haben bzw. machen. Die Verunsicherung dieser Personen beruht nicht zuletzt darauf, dass die permanenten Versuche, V-Leute zu ‚enttarnen‘ und in das Hellfeld zu ziehen, deren persönliche Sicherheit nachhaltig gefährdet.

2. *Im Interesse der Funktionsfähigkeit von Staatsschutz und Verfassungsschutz muss der versuchten Skandalisierung der Dienste und den drohenden Auswirkungen auf deren Arbeitsfähigkeit mit aller Konsequenz entgegen getreten werden. Dies erfordert für eine begrenzte Zeit ein Abgehen von den bisherigen und generell üblichen Aufgaben- und Verantwortungsverteilungen. Konkret bedeutet dies, dass die üblicher- und*

richtigerweise praktizierte Aufteilung (operative Handlungsverantwortung ausschließlich bei der handelnden Ebene, politische Aufsichts- und Gesamtverantwortung bei politischer Ebene Minister und Staatssekretär) temporär dahingehend modifiziert wird, dass vorübergehend eine verstärkte informative und operationale Einbeziehung der Hausleitung erfolgt. Die volle Handlungsverantwortlichkeit der operativen Ebene bleibt hiervon unberührt.

3. In Vollzug des Vorgenannten wird - zunächst befristet bis zum 30. September 2003 - wie folgt verfahren:

3.1 Die in Auswertung der [geschwärzt] „Affäre“ getroffenen Maßnahmen werden vollinhaltlich aufrecht erhalten. Es sind dies insbesondere:

- grundsätzlich Bewertung des operativen Informationswesens mit dem Ziel, die nachfolgenden Maßnahmen nach dem 30.9.2003 in eine bis dahin zu erstellende ‚Dienstvorschrift operative Informationserhebung‘ in Abteilung V umzusetzen.

- Fortführung des sog. ‚juristischen Controlling‘ für das gesamte Informationsaufkommen der Beschaffung. Dabei werden die bei den regelmäßigen Treffs mit den nachrichtendienstlichen Quellen getrennt zu führenden Dokumentationsarbeiten ‚Treffbericht‘, zum Verhalten, zu Problemen und sicherheitsrelevanten Vorfällen um die Quelle sowie die operativen Sachinformationen der Quelle aus ihrem Beobachtungsumfeld vor Vorlage an den Abteilungsleiter zur Kenntnisnahme vom Justizreferat einer fortlaufenden rechtlichen Bewertung unterzogen.

- Regelmäßige Abstimmung zwischen Verfassungsschutz und polizeilichem Staatsschutz über wesentliche Aktivitäten und Erkenntnisse im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten.

3.2 Über die unter 3.1 aufgeführten Maßnahmen hinaus bzw. unter Intensivierung bisheriger sonstiger Maßnahmen ist wie folgt zu verfahren:

3.2.1 Der gesamte Bestand an V-Leuten und der regelmäßig zur Information herangezogenen sonstigen Kontaktpersonen ist einer erneuten Sichtung unter dem Aspekt der Zuverlässigkeit sowie der Informationsehrlichkeit zu prüfen. Hierbei festgestellte Auffälligkeiten bzw. Risikofaktoren sind der Hausleitung mitzuteilen.

3.2.2 Treten Auffälligkeiten bei dem vorgenannten Personenkreis auf, ist über die weitere Verwendung als V-Mann bzw. Informant eine Information an die Hausleitung vorzunehmen.

3.2.3 Die Neugewinnung bzw. Beibehaltung von V-Leuten ist auf das fachlich gebotene Mindestmaß zu beschränken. Bei der Alternativstellung, ob eine Person als V-Mann oder als sonstiger Informant eingesetzt werden soll, ist im Zweifel letzterem der Vorzug zu geben. Der Verpflichtung als V-Mann ist eine hinreichend ausgedehnte Beobachtungs- und Prüfphase voranzustellen, in der im weitest möglichen Umfang Zuverlässigkeitsprüfungen durch

Umfeldbeobachtungen und Gegenschecks sowie fortlaufende Bewertung des polizeilichen Informationsaufkommens vorzunehmen sind.

3.2.4 Der Aus- und Fortbildung der zur Führung von Quellen berufenen Mitarbeitern ist besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, einschließlich der Prüfung evtl. Nachschulungsbedarfs. Hierbei ist insbesondere die Auswertung von Problemfällen der letzten Zeit heranzuziehen.

3.2.5 In allen Fällen aus dem Tätigkeitsbereich des polizeilichen Staatsschutzes und des Verfassungsschutzes, bei denen eine politische Relevanz erkennbar oder zu erwarten ist, erfolgt umgehend eine Information der Hausleitung.

3.2.6 In den vorgenannten Fällen erfolgt die gesamte Öffentlichkeitsarbeit unter der Federführung des Ministeriums des Innern.

3.2.7 Der bereits praktizierte Informationsaustausch zwischen polizeilichem Staatsschutz und Verfassungsschutz ist fortzuführen und in Form einer wöchentlichen tagenden Informations- und Koordinierungsrunde, bestehend aus den zuständigen Abteilungs- und Referatsleitern, zu institutionalisieren. Der Staatssekretär bzw. der Minister sind über die jeweiligen Sitzungstermine zu informieren.

3.2.8 Bezüglich des im Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetz vorgesehenen Katalogs ‚erlaubter Straftaten‘ ist eine juristische Expertise durch das MdJE in Auftrag zu geben, in welcher die Möglichkeiten und Grenzen eines solchen Katalogs beschrieben werden. Danach ist eine Abstimmung mit der PKK vorzunehmen.

3.2.9 Zur Vorlage an die PKK ist in Fortführung früherer Überlegungen ein ‚Verhaltenskodex‘ für V-Leute und Informanten zu erarbeiten.

3.2.10 Die Art der internen Protokollierung von PKK-Sitzungen und deren gegenseitige Abstimmung ist zum Gegenstand einer Gesprächsanmeldung für die PKK zu machen.

3.2.11 Die in der Abteilung V in Vorbereitung befindliche Neufassung der Dienstvorschrift ‚Beschaffung‘ ist schnellstmöglich fertigzustellen.

3.2.12 Über das bisherige Maß und die vorstehend (Ziff. 3.2.7 und 3.2.8) aufgeführten Maßnahmen hinaus sind die Informationen und die Zusammenarbeit mit der PKK zu intensivieren. Sie ist auf alle fachlich, inhaltlich und/oder politisch relevanten Sachverhalte zu erstrecken, bei denen von einem Informationsinteresse bzw. –bedürfnis der PKK auszugehen ist.

3.2.13 Prüfung aller in den vergangenen drei Jahren bekannt gewordenen Fälle von Indiskretionen, Durchstechereien etc. durch eine Sonder-Arbeitsgruppe. Hierzu hat der Geheimschutzbeauftragte des MI bis zum 06.06.2003 einen Besetzungs- und Verfahrensvorschlag vorzulegen. Erforderlichenfalls sind, soweit nicht bereits vorliegend, dienstliche Erklärungen der Mitarbeiter heranzuziehen.

3.2.14 Bei künftigen Fällen dieser Art ist regelmäßig unverzüglich Strafanzeige zu erstatten. Soll von diesem Grundsatz abgewichen werden, ist die Hausleitung zu informieren.

3.2.15 Die Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes ist in Zusammenarbeit mit der Pressestelle des Ministeriums des Innern zu intensivieren. Insbesondere ist verstärkt über die jeweils aktuellen Aufgabenschwerpunkte (soweit publizierbar) und Einschätzungen gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen zu informieren. Dem in der Öffentlichkeit entstandenen Zerrbild des Verfassungsschutzes ist eine solide und tiefgründige Sach- und Fakteninformation, gegebenenfalls durch Hintergrundgespräche, entgegenzusetzen.“¹⁷⁵⁶

Die Zeugin Schreiber, die die Leitung der Abteilung V für Verfassungsschutz im Innenministerium zum 02.01.2005 übernommen hatte, sagte zu den aufgrund des Falls Stadler gezogenen Konsequenzen:

„Zum 2. Januar 2005 habe ich den Verfassungsschutz übernommen, und zwar mit der Maßgabe, wichtige Veränderungen einzuleiten. Insbesondere das Thema Quellenführung war ein ganz entscheidendes. Wobei zu der damaligen Zeit nicht die Frage der Quelle ‚Piatto‘ irgendeine Rolle spielte - das war mir gar nicht klar, dieser Vorgang, sondern der Vorgang Toni S. Das war das Lehrstück, an dem durchzudeklinieren war, welche gesetzlichen Anforderungen das Verfassungsschutzgesetz, die höherrangigen Rechtsgüter, das Beamtenrecht an die Führung von Quellen haben. Und es ging darum, diese Dinge umzusetzen.

Einen ersten Entwurf hatte seinerzeit, nach den V-Mann-Querelen der vorangegangenen Jahre, schon der Staatssekretär gemacht. Es ging darum, diese Dinge umzusetzen und in eine handhabbare Form zu bringen und das Verfahren zu verfestigen, wie man eine ordentliche Quellenführung hinbekommt. Das war die Aufgabe. Der Schwerpunkt lag ganz eindeutig in der Bekämpfung des Rechtsextremismus, also nachrichtendienstliches, zuverlässiges Aufkommen zu gewinnen, um tatsächlich dem Rechtsextremismus entgegentreten zu können.“¹⁷⁵⁷

¹⁷⁵⁶ B 51 MIK Abt 5, 2017-06-23 B 51 und B 86, Geheimnisverrat NaBe/2003-05 □ 2003_05 NFD_25-120, S. 92-96.

¹⁷⁵⁷ Protokoll der 40. öffentlichen Sitzung vom 11.01.2019, S. 6.

5. Verhalten von Brandenburger Behörden nach dem 04.11.2011

Der NSU wurde ab dem 04.11.2011 öffentlich bekannt, als Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt tot in einem ausgebrannten Wohnmobil bei Eisenach gefunden wurden und Beate Zschäpe ihre Zwickauer Wohnung abbrannte sowie Bekennervideos versandte.

Die Zeugin Winfriede Schreiber, von 2005 bis 2013 Leiterin der Abteilung V für Verfassungsschutz des Innenministeriums, beschrieb die Reaktion des Verfassungsschutzes vor dem Untersuchungsausschuss:

„Erschrecken. Erschrecken, dass wir alle nicht in der Lage waren, diese Gruppierung rechtzeitig zu erkennen, was sie tat, ihre Morde und ihre Überfälle und ihre Sprengstoffanschläge. Erschrecken.“¹⁷⁵⁸

5.1. Ermittlungshilfe für das Bundeskriminalamt und den Generalbundesanwalt durch den Verfassungsschutz

Die Zeugin Schreiber wurde vor dem Untersuchungsausschuss befragt, ob der Brandenburger Verfassungsschutz vor dem Zeitpunkt der Selbstenttarnung des NSU Kenntnis von dessen Existenz hatte. Dazu erklärte Schreiber:

„Nein. Es war bekannt - aber ich entnehme das nur den Unterlagen, die ich mir dann angesehen habe, aus alter Zeit -, dass einzelne Namen bekannt waren. Sie waren auf dem Schirm - als Rechtsextremisten, als Mitglieder oder Unterstützer von ‚Blood & Honour‘ und Ähnlichem. Aber als ‚NSU-Trio‘ waren sie nicht im Fokus in der Zeit.“¹⁷⁵⁹

Zunächst habe sie die Mitarbeiter befragt und Unterlagen sichten lassen:

„Ich hatte ja von diesen Dingen überhaupt gar keine Ahnung. Ich musste ja selbst erst mal etwas lesen. Diese Quelle ‚Piatto‘ war mir überhaupt gar kein Begriff. Darüber hatten wir nie gesprochen. Und erstaunlich war, dass überhaupt noch was vorhanden war zu diesen Unterlagen.“¹⁷⁶⁰

Sie habe veranlasst,

„dass wir erst mal lesen, uns sachkundig machen. Es dauerte ja auch nicht lange und es kamen dann Anfragen der Generalstaatsanwaltschaft. Dann haben wir geprüft, was wir haben, um dies dann zur Verfügung zu stellen. [...]“

¹⁷⁵⁸ Protokoll der 40. öffentlichen Sitzung vom 11.01.2019, S. 10.

¹⁷⁵⁹ Ebenda, S. 10f.

¹⁷⁶⁰ Ebenda, S. 11.

Es gab Treffberichte und Unterlagen, die von der Generalstaatsanwaltschaft angefordert worden sind, und das haben wir zur Verfügung gestellt.“¹⁷⁶¹

Über die Registratur und entsprechende Suchbegriffe hätten ihre Mitarbeiter die Deckblattmeldungen Szczepanskis aufgefunden. Die Mitarbeiter hätten sich teilweise noch an die Quelle ‚Piatto‘ erinnert.

Auf die Frage, warum „bestimmte Vorgänge bei anderen Sicherheitsbehörden vorhanden waren“ und bei dem VS Brandenburg nicht mehr, wie z.B. Erkenntnisse zu dem Treffen der Verfassungsschutzbehörden im September 1998, antwortete die Zeugin Schreiber:

„Das kann ich mir – An sich war ich sowieso erstaunt, dass so viel noch vorhanden ist; denn eine nachrichtendienstliche Behörde hat ja gerade auch aus Datenschutzgründen die Aufgabe, sich von dem zu trennen, was nicht relevant ist. Nun kann man manchmal nicht erkennen, was relevant ist. Aber an sich gehört ja gerade auch - - was wir bei der digitalen Speicherung gelernt haben und praktiziert haben: Es wird gespeichert, und wenn man nach sechs Monaten merkt, das hat keine Relevanz, wird es gelöscht. Bei anderen Sachen wird es nach einem Jahr - - je nachdem, wie relevant die Dinge sind. Also, das Löschen und Vernichten gehört geradezu zu den Kernaufgaben einer nachrichtendienstlichen Behörde, aus Gründen des Datenschutzes. Insofern war vieles, was da vorhanden ist, weil es ja nicht relevant war für Brandenburg - - erstaunlich, dass es noch da war.“¹⁷⁶²

Auf die Frage, ob die Zeugin den Eindruck gehabt habe, dass die aufgefundenen Unterlagen vollständig gewesen seien, antwortete sie:

„Also ich selbst habe jetzt nicht den Eindruck gehabt, dass ich etwas vermisst habe. Das ist mir nicht bewusst. Was eben im Zuge aller Aufklärungsbemühungen sichtbar wurde, ist, dass Unterlagen oder Erkenntnisse über diese Personen - Zschäpe, Mundlos, Böhnhardt - in anderen Ländern, in Verfassungsschutzbehörden von anderen Ländern, und beim Bund vorhanden waren, die bei uns nicht vorhanden waren. Also, die Frage, die uns aber auch schon vorher beschäftigt hat: ‚Wie läuft ein Austausch zwischen den Behörden über relevante Nachrichten?‘, das ist ja ein großes Thema.“¹⁷⁶³

Kurz nachdem der NSU bekannt geworden war, sprach die Abteilungsleiterin ein Lösch- und Vernichtungsmoratorium für den Bereich Rechtsextremismus aus.¹⁷⁶⁴

¹⁷⁶¹ Ebenda.

¹⁷⁶² Ebenda, S. 21.

¹⁷⁶³ Ebenda, S. 20.

¹⁷⁶⁴ Protokoll der 8. öffentlichen Sitzung der PKK vom 12.04.2016, S. 21.

5.1.1. Lieferungen der Deckblattmeldungen im Fall „Piatto“ am 18.11.2011

Gordian Meyer-Plath, Leiter des Auswertungsreferats, schrieb am 16.11.2011 in einer E-Mail an Mitarbeiter des Verfassungsschutzes: *„Frau Schreiber hat entschieden, Kopien der Originaldeckblattmeldungen morgen so schnell wie möglich an den GBA zu senden.“* Er wies die Mitarbeiter an, die relevanten *„vier Meldungen“* aufzubereiten und anhand der Deckblattmeldungen zu belegen. Es sollte auch erwähnt werden, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz und die Landesverfassungsschutzämter Sachsen und Thüringen seinerzeit die Meldungen in *„angepasster Version“* erhalten hätten. Weiter schrieb er: *„Die Steuerung an den GBA ist mit den Beteiligten LfV abgesprochen.“*¹⁷⁶⁵

Mit Schreiben vom 18.11.2011 übersandte der Brandenburger Verfassungsschutz dem Generalbundesanwalt fünf Quellenmeldungen (Deckblattmeldungen vom 19.08., 09.09., 16.09. und 29.09. und 13.10.1998) sowie das Protokoll einer „Beschränkungsmaßnahme nach dem Art. 10-Gesetz“ gegen Maik Eminger. In dem aufgezeichneten Gespräch vom 21. Juli 2008 fragt André Eminger seinen Bruder Maik Eminger *„warum tauchst du denn nicht ab, so wie der Thüringer da“*. Maik Eminger sagt, *„so wie der Zod (phonetisch nicht verständlich), ne, ich hau doch nicht ab, ich mach doch nichts mehr, ich bin doch jetzt lieb“*. In dem Schreiben vom 18.11.2011 wird offenbart, dass es sich bei der Quelle um Carsten Szczepanski handele, der sich im Zeugenschutzprogramm des LKA befinde.¹⁷⁶⁶

Zu Bedenken hinsichtlich des Quellenschutzes bei der Weitergabe der Deckblattmeldungen an den Generalbundesanwalt, das Bundeskriminalamt und später auch an Untersuchungsausschüsse erklärte die Zeugin Schreiber:

*„Also, da sah ich nicht, dass es in irgendeiner Weise um den Schutz der Quelle gehen könnte oder um den Schutz der Quellenführung. Bei diesen Fragen - Schutz der Quelle - geht es ja nur um den Identitätsschutz und nicht darum, den Inhalt der Deckblattmeldungen zu schützen. Von daher hatte ich da keine Probleme.“*¹⁷⁶⁷

¹⁷⁶⁵ B 168\Zweite Teillieferung\BKA_GB_BfV, 2011_11_Mail GBA Übersendung.

¹⁷⁶⁶ W:\B 168\Zweite Teillieferung\BKA_GB_BfV, GBA_Übersendung DBM Piatto_Emniger.

¹⁷⁶⁷ Protokoll der 40. öffentlichen Sitzung vom 11.01.2019, S. 22.

Auf die Frage, ob ihr ein Grund einfalle, der dafürsprechen könne, diese Deckblattmeldungen später für das Oberlandesgericht München im NSU-Prozess zu sperren, sagte die Zeugin:

„Fällt mir nichts ein.“¹⁷⁶⁸

Ergänzend führte die Zeugin Schreiber aus, dass sie aber auch ein „atypischer Fall“ sei, da sie als Quereinsteiger zu dem Verfassungsschutz gekommen sei und daher „nicht aufgewachsen sei mit diesem Geheimzeug“. Für sie sei „Offenheit der beste Schutz“.¹⁷⁶⁹

5.1.2. Treffen in Karlsruhe

Wie im Kapitel 3.8.4.3. dargestellt, ersuchte das Bundeskriminalamt mit Schreiben vom 13.06.2012 das Brandenburgische Innenministerium um Auskunft hinsichtlich des von Szczepanski genutzten Handys.

Im Antwortschreiben¹⁷⁷⁰ der damaligen Abteilungsleiterin Winfriede Schreiber vom 28.06.2012 rekonstruierte sie einen Austausch des Handys mit der Rufnummer, an welche die SMS „HALLO. WAS IST MIT DEN BUMS“ adressiert gewesen war. Sie ging der Frage nach, ob Szczepanski die SMS von Werner erreicht haben könnte. Schließlich regte sie die Vernehmung Szczepanskis an. Wegen des genauen Wortlauts des Schreibens wird auf das oben genannte Kapitel verwiesen. Die Zeugin Dr. Heike Wagner, Referatsleiterin Beschaffung beim Brandenburger Verfassungsschutz, bestätigte vor dem Untersuchungsausschuss, dass der Verfassungsschutz keine Bedenken hinsichtlich einer Befragung Carsten Szczepanskis gehabt habe.¹⁷⁷¹

In einem Gesprächsvermerk¹⁷⁷² vom 30.01.2013 hielt Wagner den Inhalt eines Treffens beim Generalbundesanwalt in Karlsruhe am 28.01.2013 „zum Ermittlungsverfahren Werner“ fest. Zu den Gesprächsteilnehmern gehörten zwei Bundesanwälte sowie ein Abteilungsleiter der Generalbundesanwaltschaft, ein

¹⁷⁶⁸ Ebenda.

¹⁷⁶⁹ Ebenda.

¹⁷⁷⁰ B 168_Zweite Teillieferung_BKA_GB_BfV_2012_06_28_GBA Erkenntnisse Handy Piatto, S. 1-3.

¹⁷⁷¹ Protokoll der 41. öffentlichen Sitzung vom 25.01.20119, S. 28.

¹⁷⁷² B 168_Zweite Teillieferung_BKA_GB_BfV_2013_01_30_Gesprächsvermerk GBA, BfV LfV

Staatsanwalt sowie Vertreter des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Vertreter des Bundeskriminalamts. Gesprächsthema waren:

„1. die Anhörung (BfV) und Vernehmung (BKA) des im o.g. Verfahren als Zeugen benannten Carsten Szczepanski und die gegenseitige Abstimmung und Unterrichtung.

2. die Fragen zum Handy des Carsten Szczepanski, welches ihm von hiesiger Behörde zur Verfügung gestellt wurde.“

Wegen des genauen Wortlauts des Vermerkes wird wiederum auf das 3.8.4.3. Bezug genommen.

Bundesanwalt Dr. Herbert Diemer, der bei dem Gespräch anwesend war, erklärte vor dem Untersuchungsausschuss zur Zusammenarbeit zwischen dem Innenministerium und der Generalbundesanwaltschaft:

„Wir haben den Szczepanski öfter vernommen, und wir wollten ihn auch noch vernehmen. Zur Vorbereitung dieser weiteren Vernehmung war dann auch diese Besprechung. - So gesagt: Zur Vorbereitung dieser weiteren Vernehmung haben wir dann noch mal gezielt Auskünfte angefordert, eben zu dieser SMS. Die sind dann nicht beigegeben, und dann haben wir gesagt: Jetzt besprechen wir uns alle, treffen uns zusammen in Karlsruhe, und dann sind die Auskünfte aber gekommen.“¹⁷⁷³

Und:

„Da war das LfV hier - die Frau Wagner war dabei -, und das BfV war auch hier. Und da haben wir diese Handyfrage versucht wirklich so gut wie möglich zu klären.“¹⁷⁷⁴

Er erklärte:

„Aber es war nicht - - Also, es war einfach so, dass wir die Auskünfte letztlich bekommen haben vom LfV Brandenburg wie auch - nach unserer Einschätzung - von allen anderen Geheimdiensten, BfV und den anderen Landesämtern für Verfassungsschutz, die wir beteiligt hatten. Widerstände in dem Sinn - man liest es ja immer in der Zeitung, und das ist möglicherweise auch das, was Sie aufklären wollen -, dass wir den Eindruck haben mussten, da wird geblockt oder da wird vertuscht, haben wir nicht bemerkt.“¹⁷⁷⁵

¹⁷⁷³ Protokoll der 39. öffentlichen Sitzung vom 10.01.2019, S. 22.

¹⁷⁷⁴ Ebenda.

¹⁷⁷⁵ Ebenda.

Die Zeugin Wagner erklärte zu dem Gespräch:

„Der Vorläufer war, sage ich mal, das Schreiben des BKA [...]. Daraufhin haben wir geantwortet und haben dargestellt, was für uns tatsächlich und nachvollziehbar zu dem Handy in der Behörde an Wissen vorhanden ist. Und da es offensichtlich - das ist ja auch die Einladung gewesen, wenn ich sie richtig im Kopf habe - zu einer weiteren oder einer Vernehmung von Carsten S. kommen sollte, wollte der GBA offensichtlich noch mal überprüfen, ob auch alle Fakten - - Weil es gab eine Ursache, die nicht aufklärbar war, nämlich: Das sogenannte Schäfer-Gutachten berichtete immer - jedenfalls war das zweideutig formuliert in dem Gutachten, und man konnte den Eindruck gewinnen -, dass das Handy an einem bestimmten Tag in Chemnitz gewesen sei. Und diese Geschichten ließen sich für uns anhand unserer Akten nicht nachvollziehen, sodass alleine aus diesem Schäfer-Gutachten eben diese Vermutung als solche entstanden ist, dass das Handy als solches dort gewesen sein soll. [...]

[Die Besprechung] dauerte alles in allem, wenn überhaupt - mit Ankommen, Begrüßen, Warten auf die Vertreter des GBA und Sitzen -, noch nicht mal eine Stunde. Das war eine ganz kurze Besprechung, kurz und knapp.

Die allererste Frage, nachdem sich alle vorgestellt hatten, ging direkt an mich: Sagen Sie mal, Frau Wagner, wie - - Stellen Sie das noch mal dar! - Und im Grunde habe ich genau das dargestellt, was in dem Papier dort auch - - weil ein anderes Wissen konnte ich ja nicht haben, woraufhin dann der Vertreter des BKA sagte: Ja, Frau Wagner ist da wohl zuzustimmen; denn hier ist das Schäfer-Gutachten an dieser Stelle ungenau.

Ich konnte das dann auch insoweit noch definieren, weil zur Feststellung eines Handys, was nicht durch eine TKÜ-Maßnahme als solche betroffen ist, hätte es eines IMSI-Catchers bedurft. Dieser war zu diesem Zeitpunkt überhaupt noch nicht da, weil der wurde überhaupt eingeführt zwischen dem Jahr 2000 und 2002. Das weiß ich wiederum auch genau, weil ich dazu in meiner Tätigkeit im Polizeibereich eine rechtliche Vorbereitung schreiben sollte [...] Deshalb kann ich das wirklich sehr genau nachvollziehen, dass das eben eine Möglichkeit war, die zu dem Zeitpunkt - ich glaube, es geht um das Jahr 1998 - technisch noch nicht bestand.

So, und da haben mir die Beamten [...] zugestimmt, dass man der Ansicht des Landes Brandenburg an dieser Stelle folgen könne. [...]

Und in der Akte selbst war genau eine dieser Handyabrechnungen [...], und die war auch nur dort verankert, um nachzuweisen, dass danach dieses Handy als solches - - also praktisch, dass dieser Vertrag nicht mehr existierte. Das war praktisch die Abschlussrechnung. Deshalb befindet die sich überhaupt noch oder befand die sich in der Akte, weil das passend zu dem Treffvermerk eben dann begründete, dass der Wechsel dieses Handys als solches stattgefunden hat. Das war einer der wesentlichen Punkte, wo wir Dinge nachvollziehen konnten.

Dann war es auf jeden Fall so, dass entweder - - ja, in dem Schäfer-Gutachten - natürlich selbstverständlich - jedenfalls dann auch bestimmte TKÜ-Maßnahmen [gegen Jan Werner] drin waren, zumindest rudimentär, wo man nachvollziehen konnte: Das sind Gespräche mit unserem Handy, die wir dann anhand - teilweise - dieser einen Abrechnung auch nachvollziehen konnten. [...]

Was dann parallel dazu noch vorhanden war in unserer Akte - oder vorhanden ist, selbstverständlich -, sind natürlich die Treffen, die mit Carsten S. stattgefunden haben. Und anhand der Treffvermerke und der Berichte von seinen Urlauben, die er da hatte, konnte nachvollzogen werden, dass er zu dem Zeitpunkt X - ich glaube, eine Woche oder zwei Wochen vorher - wohl in Chemnitz gewesen sein könnte, aber danach eben nicht, weil er sich zu dem Zeitpunkt praktisch schon wieder im Brandenburger Raum befunden hat. Deshalb konnte das [...] eben in gewisser Weise aufgelöst werden. Zumindest war es für uns nicht nachvollziehbar, dass dort stand, dass dieses Handy in Chemnitz gewesen sein solle. Es gab auch keine Veranlassung, anzunehmen, dass das Handy irgendjemand anders oder irgendwie - - bekommen hatte, weil die Kontakte zu dem Fallführer offensichtlich weiter bestanden haben. Und dazu diente ja das Handy.“¹⁷⁷⁶

Zu der Anhörung Szczepanskis durch das Bundesamt für Verfassungsschutz, die auch Gegenstand des Gesprächs vom 28.01.2013 war, erklärte der Zeuge Diemer, dass ein solches Vorgehen ihm zuvor nicht „untergekommen“ bzw. aufgefallen sei.

„Die Anfragen an das LfV haben wir - das war dann auch üblich - immer über das BfV gerichtet, und dann hat das BfV das wohl zum Anlass genommen - ich glaube, das war ein halbes Jahr vorher, bevor wir den Carsten Szczepanski vernehmen wollten -, dann von sich aus, also im nachrichtendienstlichen Zusammenhang, den Szczepanski zu befragen, was sie ja grundsätzlich dürfen. Unser Bestreben war allerdings: Alles, was in diesem Ermittlungsverfahren gemacht wird - das war unser Bestreben; da waren wir uns einig mit dem BKA -, wollen wir selbst in der Hand behalten. Wir wollen also niemand anderen da selbstständig was machen lassen. Wir wollen also alles, was wir selbst machen können, auch selbst machen. Das BfV hat aber gesagt: Wir sind auch eine Bu- - Motivation kenne ich nicht. Das BfV hat aber dann - ich meine, im August 2012 muss das gewesen sein; ja, genau - seinerseits den Szczepanski vernommen. Das war uns nicht angenehm, das wollten wir nicht. Da haben wir dann in dieser Sitzung gesagt, dass das aber in Zukunft unterbleiben soll - sagen wir mal so.“¹⁷⁷⁷

¹⁷⁷⁶ Protokoll der 41. öffentlichen Sitzung vom 25.01.2019, S. 26-28.

¹⁷⁷⁷ Protokoll der 39. öffentlichen Sitzung vom 11.01.2019, S. 23.

Die Zeugin Wagner führte weiter aus, sie finde es „ungewöhnlich“¹⁷⁷⁸, dass ein Zeuge in einem laufenden Ermittlungsverfahren vom Verfassungsschutz vernommen würde. Sie erklärte:

„Was noch eine Rolle spielte - und deshalb waren offensichtlich die Vertreter des BfV da -: [...] dass eine Abstimmung insoweit durch den GBA stattfand, dass die Hoheit der Befragung und ob Carsten S. befragt wird oder eben auch nicht und wann, beim GBA liege. Das hatte man den Vertretern des BfV dort an solcher Stelle eben übermittelt. Und das BfV wurde dann gefragt, ob sich aus der Anhörung - und wie auch immer - noch Dinge ergeben hätten, die für eine Befragung des BKA/GBA eine Rolle spielen könnten. Soweit ich mich erinnere, war das nicht der Fall.“¹⁷⁷⁹

Gefragt, was mit „gegenseitiger Abstimmung und Unterrichtung“, wie der erste Themenkomplex im Vermerk bezeichnet ist, gemeint sei, erklärte die Zeugin:

„Ja, es ging ja darum, dass wir als Verfassungsschutz Brandenburg - und das ist die gegenseitige Unterrichtung, und das steht ja auch drunter; ich habe darum gebeten, dass wir dann eben das auch bekommen - keinerlei Kenntnis von a) der Befragung BfV einschließlich der abgelaufenen BKA- bzw. GBA - - und das ist damit gemeint.“¹⁷⁸⁰

5.2. Polizeiliche Ermittlungen im Land Brandenburg zum NSU

5.2.1. Bezüge der Ermittlungen des BKA zum Land Brandenburg

Der Zeuge K.W., Kriminalhauptkommissar beim Bundeskriminalamt in der EG „Trio“, sagte vor dem Untersuchungsausschuss zu Kontakten von Brandenburger Rechtsextremisten zum NSU-Trio bzw. dessen Umfeld sowie zu Bezügen der Ermittlungen des BKA nach Brandenburg:

„Da bin ich jetzt ganz ehrlich: Damit habe ich mich schwergetan, mit dieser Frage, weil einmal ist der Begriff ‚Kontakte‘ ja nicht so genau definiert. Was bezeichnet man schon als Kontakt? Und auch: Was bezeichnen wir noch als Umfeld von Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe? - Ich verstehe natürlich, dass Ihnen gerade - habe ich eingangs ja auch schon gesagt - die Szene in Brandenburg da sehr bedeutsam erscheint. Aber wenn wir mal alle Personen nehmen, die in irgendeiner Form mit Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe und dem groß gefassten Umfeld zu tun haben, dann reden wir von vielen Tausend Personen, die da in Erscheinung treten. Und unsere Ermittlungen sind nicht so ausgelegt, dass wir da jetzt per Knopfdruck diese Personen sortieren könnten nach irgendeinem Bundesland, weil einfach die Ermittlungen sich auf den

¹⁷⁷⁸ Protokoll der 41. öffentlichen Sitzung vom 25.01.2019, S. 29.

¹⁷⁷⁹ Ebenda.

¹⁷⁸⁰ Ebenda.

Straftatenbezug orientieren, auf die Aufklärung der Straftat und nicht auf den Bundeslandbezug.

Für uns war auch bei der Bewertung, wer jetzt relevant ist, aus unserer Sicht ganz entscheidend als Hilfskriterium - um Ihnen das mal klarzumachen - die Phase vor dem Untertauchen. Die Phase nach dem Untertauchen war schon wesentlich bedeutsamer. Und für uns sind im Grunde genommen am allerbedeutsamsten diejenigen Kontakte, die sowohl vorher als auch noch nachher bestanden haben, weil das eine gewisse Festigkeit in der Beziehung auch ausdrückt. Das sind letztlich auch die engeren Umfeldpersonen, die dann im Ermittlungsverfahren eine besondere Berücksichtigung erhalten haben.

Ich habe mir natürlich Gedanken gemacht, wie ich Ihnen trotzdem irgendwie gerecht werden kann. Jetzt ist es so, dass Brandenburg weder eine konkrete NSU-Straftat hat noch einen Mittäter, der jetzt tatsächlich aus Brandenburg kommt. Und da habe ich noch mal in meinem Gedächtnis gekramt, was für Ermittlungsansätze wir denn in Brandenburg hatten. Maik Eminger hatten wir ja gerade schon. Und ich gehe davon aus, dass wir im weiteren Verlauf der Frage 2 auch noch auf Carsten Szczepanski und Uwe Menzel kommen werden. Darüber hinaus gab es einen Hinweis auf die Person Toni Stadler. Es gab auch einen Funkzellentreffer zu Toni Stadler. Und was mich kürzlich ein wenig überrascht hatte - das kam auch von hier, diesem Ausschuss -: dass es eine Stiefschwester des Toni Stadler in den Funkzellen von Kassel gegeben hat. - Das sind so die Themen oder die Unterpunkte, die uns zu Toni Stadler bewegt haben.“¹⁷⁸¹

KHK K.W. (BKA) berichtete, dass es konkrete Ermittlungsansätze hinsichtlich Carsten Szczepanski und Uwe Menzel gegeben habe. Uwe Menzel sei als Zeuge relevant geworden:

„[...] Also wir haben nicht gegen Uwe Menzel ermittelt, sondern wir haben im Zusammenhang mit diesem Komplex Werner/Szczepanski Herrn Menzel als Zeugen befragt. Und der Herr Menzel war einer derjenigen, die gesagt haben: Ja, der Szczepanski hat ja selber mit Waffen rumgemacht. - Letztlich haben wir von Uwe Menzel keinen verfahrensrelevanten Bezug zu Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe, und das ist für uns entscheidend.“¹⁷⁸²

Zur etwaigen Unterstützung André Emingers - der am 11.07.2018 durch das OLG München im Rahmen des NSU-Prozesses wegen der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung zu einer Freiheitsstrafe verurteilt wurde - durch dessen Bruder Maik Eminger mit Wohnsitz in Brandenburg erklärte er:

„Da muss man wahrscheinlich darauf abstellen, dass Unterstützung im Sinne, wie wir das betrachten, bedeutet: der juristische Begriff der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung. Also, wir reden ja nicht von der Hilfe beim

¹⁷⁸¹ Protokoll der 38. öffentlichen Sitzung vom 18.12.2018, S.72f.

¹⁷⁸² Ebenda, S. 81.

Holzhacken, sondern ob ganz konkret Unterstützungsleistungen für die terroristische Vereinigung geleistet worden sind bzw. Unterstützung der Tätigkeit, die André Eminger in dem Zusammenhang geleistet hat.

Jetzt ist es so, dass André Eminger Unterstützung in Form der Bereitstellung von einer BahnCard, in Form der Anmietung einer Wohnung, der Anmietung von einem Wohnmobil geleistet hat. Und letztlich verurteilt worden ist er im Juli wegen der Zurverfügungstellung der BahnCard für Mundlos, Bönnhardt und Zschäpe. Das ist jetzt keine Einzelhandlung, bei der man seriös davon ausgehen müsste, dass es da einer Unterstützung bedarf. Und weitere konkrete Unterstützungshandlungen in Bezug auf die terroristische Vereinigung durch Maik Eminger haben wir auch nicht.¹⁷⁸³

Zu den Personen N. P. und Silvia F. (E.) führte der Zeuge KHK K.W. (BKA) aus:

„Wir haben Silvia E. (F.) - die heißt jetzt F. - auch vernommen. Und zwar Hintergrund war, dass in der Garage, die am 26.01.1998 durchsucht worden war, in Jena - - Da sind ganz viele Unterlagen aufgefunden worden. Da war Propagandamaterial, da waren Notizzettel, da gab es Telefonlisten; die sind ein bisschen fälschlicherweise als die ‚Garagenliste‘ zu traurigem Ruhm gelangt und leider häufig auch ein bisschen missinterpretiert worden. Das ist aber leider in unserem Verfahren mit plakativen Namen immer so. Deshalb arbeiten wir - nur als Randnotiz - eigentlich eher mit Asservatennummern als mit plakativen Begriffen für irgendwelche Gegenstände.

Ja, und in diesen Unterlagen, da gab es Schriftverkehr - sehr viel Schriftverkehr auch im Zusammenhang mit der HNG. Da war auch die Silvia E. (F.) - heute F. - sehr engagiert. Und der Zusammenhang mit N. P. kam daher, dass Silvia E. (F.) einen Programmentwurf für einen Verein, für so eine Art Partei, an Mundlos weitergeleitet hat mit der Bitte, dass diese Unterlagen doch von Mundlos geprüft werden sollten. Und das hat Mundlos erkennbar auch getan. Also, da ist dann noch mal ein Dankesbrief - - und von Herrn N. P. der Wunsch, sich doch mal zu treffen. Ob das stattgefunden hat, das wissen wir nicht. Das Ganze spielt so im Zeitraum 1997. Und 1998 gleich im Januar sind ja Mundlos, Bönnhardt und Zschäpe in den Untergrund gegangen. Das heißt, da war auch nicht mehr viel Zeit.

Auch zu Silvia E. (F.) können wir nicht feststellen, dass da ein engeres Kennverhältnis war. Sie selbst hat das in ihrer Vernehmung auch verneint. Man kann das auch aus dem Schriftverkehr, denke ich, ganz gut erkennen. Sie hat sich weder mit diesem Programmentwurf intensiv befasst; sie hat dann gesagt, sie hatte eigentlich keine Zeit gehabt und ist ganz dankbar, dass Uwe Mundlos das gemacht hat. In der Vernehmung konnte sie sich gar nicht an diesen Schriftverkehr erinnern, hat aber gleichwohl zugegeben, dass das ihre Unterschrift ist, dass es wohl dementsprechend von ihr stammen muss. Aber nach ihrer Auskunft war es so, dass ihr hauptsächliches Bestreben darin bestand, die Kontakte zu den Gefangenen über die HNG aufrechtzuerhalten.¹⁷⁸⁴

¹⁷⁸³ Ebenda, S. 71f.

¹⁷⁸⁴ Ebenda, S. 73f.

Zu Waffenlieferungen an den NSU oder dessen Umfeld aus Brandenburg erklärte er:

„Wir haben insgesamt 20 Schusswaffen sichergestellt, davon acht im Wohnmobil, in dem ausgebrannten Wohnmobil in Eisenach, und zwölf weitere in der Frühlingsstraße. Darunter waren die Tatwaffe Ceska und auch die beiden Dienstwaffen der Kollegen aus Heilbronn, von Kiesewetter und Arnold. Das sind aber auch die drei Waffen, zu denen wir die Herkunft am allerbesten dokumentiert haben. Also, das liegt nicht daran, dass wir uns da am allermeisten Mühe gegeben hätten, sondern bei Kiesewetter und Arnold lag es auf der Hand: Das waren nun mal die Dienstwaffen, und die sind bei einer Tat erbeutet worden. Und die Tatwaffe Ceska ist glücklicherweise - - Es sind glücklicherweise von zwei Seiten, nämlich einmal vom Empfänger her, weil der mittlerweile verurteilte C. Sch. da gute Angaben zu gemacht hat und auch auf der anderen Seite der Verkäufer damals in dem Laden, wo die Waffe erworben worden ist, ganz gute Angaben gemacht hat - - und letztlich auch Hinweise auf den oder die beiden letzten Besitzer in der Schweiz festgestellt worden.“

Bei allen anderen Waffen muss man sagen, dass sich die Verkaufswegsermittlungen sehr kompliziert gestaltet haben. Irgendwo enden die dann. Das liegt in der Natur der Sache. Wenn man irgendwann ins organisiert kriminelle Milieu kommt bei den Ermittlungen, da haben die Leute was Besseres zu tun, als zuzugeben, dass sie dem NSU eine Waffe verkauft haben. Dann kommen teilweise Waffen aus Kriegsbeständen und, wie gesagt, aus der Schweiz. Und in der Schweiz ist es lange Jahre eben so gewesen - darauf berufen sich dann auch die entsprechenden Vorbesitzer -, dass alle Waffen, die nicht als Kriegswaffe galten, eben keiner besonderen Registratur bedurften. Also, man konnte die einfach weiterverkaufen und war jetzt nicht verpflichtet, das zu dokumentieren. Und auch da, sage ich Ihnen ganz offen, weiß ich nicht, ob die alle die Wahrheit gesagt haben oder ob die einfach aus den Medien wussten, dass derjenige, der in irgendeiner Form, egal ob legal oder nicht legal, beteiligt war, Probleme bekommt, wenn das bekannt wird, dass er da eine Beteiligung hat. Das bleibt an der Stelle einfach offen.“

Dann haben wir - auch bezüglich Waffen - noch einen ‚Spur-Spur-Treffer‘, nennen wir das. Das heißt, wir haben von einem Tatort ein Projektil mit den entsprechenden kriminaltechnisch festgestellten Merkmalen, und im Keller der Frühlingsstraße haben wir ebenfalls Projektile gefunden mit den identischen Merkmalen. Das heißt, wir konnten auf diese Art und Weise einen Sachverhalt einem Tatort zuordnen. Das ist später, glaube ich, auch noch mal ein Thema bei einer weiteren Frage; greife ich dann jetzt schon mal vor. Das war seinerzeit der Edeka-Raub in Chemnitz. Den hatten wir bis dahin noch nicht auf dem Schirm; den hatten wir noch nicht dem NSU zuordnen können. Aber über diesen Spur-Spur-Vergleich war das möglich. Problem hierbei: Die passende Waffe kennen wir nicht. Und insofern gab es diesbezüglich auch dann keine weitergehenden Waffenermittlungen. Aus diesem Komplex ‚Waffen‘ kann ich somit sagen, dass bei der Gesamtheit der Waffenherkunftsermittlungen keine Spur nach Brandenburg geführt hat.“¹⁷⁸⁵

¹⁷⁸⁵ Ebenda, S. 74f.

Wegen der Ausführungen des Zeugen KHK K.W. (BKA) zu der SMS „HALLO. WAS IST MIT DEN BUMS“ und einem möglichen Bezug zu Waffen wird auf die Ausführungen in dem Kapitel 3.8.4.4. verwiesen.

5.2.2. Arbeitsgruppe „Rechtsextremistische Netzwerke“ in Brandenburg

Am 01.12.2011 wurde die Arbeitsgruppe „Rechtsextremistische Netzwerke“ (AG „RENE“) unter Leitung des Abteilungsleiters Staatsschutz „Zentraler Staatsschutz/Terrorismusbekämpfung“ des Landeskriminalamtes ins Leben gerufen. Diese wird in einem Vermerk des Polizeipräsidiums vom 19.11.2014 als indirekte Unterstützungsmaßnahme Brandenburgs für die Ermittlungen der BAO TRIO (später EG Trio) des BKA beschrieben. In dem Vermerk wird ausgeführt:

„In der Anfangsphase gehörten der AG Mitarbeiter des Dezernates Grundsatz/Auswertung und ein Ermittlerteam aus der Staatsschutzabteilung der Fachdirektion Landeskriminalamt (FD LKA) an. Verstärkt wurde die AG durch Mitarbeiter aus den Dezernaten Staatsschutz der vier Polizeidirektionen (PD).

Im Zeitraum vom 01.12.2011 bis 28.02.2012 gehörten durchschnittlich neun Mitarbeiter der AG an.

Bis zu diesem Zeitraum waren 18 Hinweise und 39 Erkenntnisanfragen bzw. Überprüfungersuchen in der Staatsschutzabteilung der FD LKA eingegangen. Danach konnte die Anzahl der Mitarbeiter auf zwei bis drei reduziert werden. Insgesamt wurden 26 Hinweise und 64 Erkenntnisanfragen bzw. Überprüfungersuchen abschließend bearbeitet und fünf Erkenntnismitteilungen an das Bundeskriminalamt (BKA) übersandt.“¹⁷⁸⁶

Es wird weiter geschildert, dass sich die AG unter anderem der Mitarbeit in Arbeitsgruppen oder Projekten im gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ/GAR), der Überprüfung waffenrechtlicher Erlaubnisse und der Bearbeitung von Hinweisen und Erkenntnisanfragen des Bundeskriminalamts sowie der Prüfung von Altfällen gewidmet habe.

¹⁷⁸⁶ B 5, Vorinhaltsverzeichnis digital, S. 424f.

5.2.3. Ermittlungsüberhänge NSU

Der Zeuge KHK K.W. (BKA) führte aus, dass das Bundeskriminalamt die im Zuge der Ermittlungen angefallenen Erkenntnisse den Bundesländern zur Verfügung gestellt habe:

„Dann haben wir natürlich noch weitere Hinweise: Da gab es mal einen Hinweis auf einen angeblichen Aufenthalt von Beate Zschäpe auf einem Campingplatz in Lamsdorf [sic!]. Es gab einen Hinweis auf einen Aufenthalt von Mundlos und Bönnhardt in einer Spielothek in Brandenburg. Und diese und ganz viele weitere Ermittlungsansätze oder Hinweise, die sich letztlich nicht haben verfestigen lassen im Hinblick auf den NSU, die haben wir nicht nur für Brandenburg, sondern für alle Bundesländer aufgearbeitet.

Und diese und ganz viele weitere Ermittlungsansätze oder Hinweise, die sich letztlich nicht haben verfestigen lassen im Hinblick auf den NSU, die haben wir nicht nur für Brandenburg, sondern für alle Bundesländer aufgearbeitet und haben den Bundesländern ein Angebot genannt, was wir ‚Verfahrensüberhänge‘ genannt haben. Das heißt, wir haben den Bundesländern die Möglichkeit eröffnet, ins BKA zu kommen und die Themenkomplexe, die potenziell mit dem jeweiligen Bundesland zu tun haben könnten, sich anzuschauen und die Akten dann entsprechend anzufordern, um mögliche Ermittlungen oder Erkenntnisgewinne für die eigene Zuständigkeit damit noch zu generieren. Also, wir haben über das eigene Verfahren hinaus uns auch bemüht, jetzt die Randprodukte irgendwie noch zu verwerten, dass das alles nicht nutzlos war.“¹⁷⁸⁷

Am 25.03.2013 übermittelte das BKA dem LKA Brandenburg eine Auflistung von Beschuldigten im NSU-Ermittlungsverfahren, in der auch Personen, denen Kontakte zu Beschuldigten nachgewiesen werden konnten, enthalten waren. Diese Auflistung wurde von Brandenburger Seite mit bearbeiteten Hinweisen, Ermittlungersuchen und Erkenntnismitteilungen abgeglichen.¹⁷⁸⁸ Ein konkreter Bezug zum NSU konnte nicht hergestellt werden.¹⁷⁸⁹

Am 08.01.2014 kam es zu einer Besprechung mit Mitarbeitern der EG Trio des Bundeskriminalamtes in Meckenheim, in der es um „Überhänge“ der Ermittlungen in das Land Brandenburg ging. Zum Zeitpunkt der Besprechung gab es keine weiteren Ermittlungsansätze des Bundeskriminalamts.¹⁷⁹⁰

¹⁷⁸⁷ Protokoll der 38. öffentlichen Sitzung vom 18.12.2018, S. 73.

¹⁷⁸⁸ Vorinhaltsverzeichnis digital, S. 413 und 430.

¹⁷⁸⁹ Ebenda, S. 431.

¹⁷⁹⁰ Ebenda, S. 430f.

Schließlich sichtete das LKA Brandenburg am 20.02.2014 Unterlagen des BKA mit Daten zu sieben Personen in Berlin. Es stellte keine konkreten Bezüge zum NSU fest.¹⁷⁹¹

In einem Vermerk des Brandenburger Polizeipräsidiums wird auf eine positive Reaktion des Bundeskriminalamts verwiesen:

„Brandenburg hat als eines der ersten Länder am 10.04.2014 seine Prüfergebnisse in der GAR-Sitzung der AG Gemeinsame Lage präsentiert und damit diese Phase abgeschlossen. Überhänge zum NSU wurden nicht festgestellt. Vom BKA gab es im Nachgang äußerst positive Rückmeldungen. Sinngemäß äußerte sich das BKA: ‚So wie das Land Brandenburg damit umgegangen ist und die Ergebnisse präsentiert wurden, hatte sich das BKA das vorgestellt.‘“¹⁷⁹²

5.2.4. Untersuchung von Altfällen ergebnislos für Brandenburg

Der Zeuge Stefan Schmidt, Staatsanwalt beim Generalbundesanwalt, berichtete, dass eine Untersuchung sämtlicher ungeklärter Raub- und Tötungsdelikte im Bundesgebiet für den Zeitraum des Bestehens der terroristischen Vereinigung des NSU vorgenommen worden sei. Ziel sei gewesen, bislang nicht erkannte ideologische Hintergründe aufzudecken. Letztlich hätten sich keine neuen Erkenntnisse für das Land Brandenburg ergeben.¹⁷⁹³ Der Zeuge KHK K.W. (BKA) erläuterte die Untersuchung vor dem Ausschuss näher. Er betonte, dass die Tötungsdelikte durch die Bekennervideos bereits bekannt gewesen seien.

„Und das war ja auch ganz eindeutig das Ziel von Mundlos und Bönnhardt, nach ihrem Tode diese Taten noch mal wirken zu lassen, zu erklären, weshalb sie das gemacht haben und dass sie Urheber dieser Taten sind. Im Grunde genommen können wir alle Taten, alle Tötungsdelikte plus die Sprengstoffdelikte, mit Ausnahme einer einzigen Tat schon aus diesem Bekennervideo entnehmen und belegen.“

Die einzige Ausnahme ist das Sprengstoffattentat in Nürnberg, das erst im Rahmen des Prozesses bekannt wurde durch die Einlassung von Carsten Schultze. Der hatte seinerzeit dann mitgeteilt, dass Mundlos und Bönnhardt ihm berichtet hätten, sie hätten eine Taschenlampe mit Sprengstoff gefüllt in einem Restaurant in Nürnberg hinterlegt; die sei aber nicht hochgegangen. De facto scheint es so zu sein, dass - - Also, zumindest unsere Ermittlungen haben

¹⁷⁹¹ Ebenda, S. 431.

¹⁷⁹² Ebenda, S. 431.

¹⁷⁹³ Protokoll der 37. öffentlichen Sitzung vom 17.12.2018, S. 87f.

ergeben, sie hat sehr wohl umgesetzt, die Taschenlampe. Es gibt diese Tat. Mutmaßlich ist es aber so gewesen, dass es viele Tage, nachdem sie dort abgestellt worden ist, erst zur Detonation gekommen ist, weil der Besitzer dann beim Reinigen die Taschenlampe in die Hand genommen und den Auslöser betätigt hat. Das heißt, die einzige Tat, die wir nicht kannten, ist die Tat, von der Mundlos und Böhnhardt nicht wussten, dass sie tatsächlich funktioniert hat. Das ist schon mal eine ganz wichtige erste Information, um sich zu überlegen: Wie wahrscheinlich ist das überhaupt, dass wir noch weitere Taten haben?

Gleichwohl hat man natürlich sich auch die Gedanken gemacht: Wie kann man da sicher sein, dass man alle NSU-Taten tatsächlich kennt? Und da hat man im - - Noch im Dezember 2011 ist ja das GAR - das Gemeinsame Abwehrzentrum Rechts, der Vorgänger des heutigen GETZ-R - gegründet worden, und man hat schon im Januar dann ein Konzept erstellt für die sogenannte AG Fallanalyse. Das war eine Unterarbeitsgruppe des GETZ-R, in der man in einer Konzeption Kriterien festlegen wollte, die möglichst den Modus Operandi von NSU mit umfassen, die aber auch ganz allgemein Bewertungskriterien für politisch motivierte Straftaten umfassen sollten. Also, man hat sich da orientiert an den Bewertungskriterien in Bezug auf das Opfer, also: Wer ist Opfer einer Straftat? Wo kann man da mögliche Bezüge für Rechtsextremismus, -terrorismus rausziehen? Da hat man halt von Religionszugehörigkeit, optischem Eindruck, sexueller Ausrichtung usw. - - Also alles, was so in diese rechte Ideologie reingreift, wurde gemeinsam mit fünf Wissenschaftlern - die kann ich Ihnen auch nennen, wenn Sie da interessiert sind - ausgearbeitet und letztlich für den Sachbearbeiter vor Ort handlungsfähig gemacht. Also, es wurde dann noch mal beschrieben, wer genau oder was genau mit diesen Kriterien gemeint ist. [...]

Das BKA hatte bei dieser Konzeption oder bei dieser AG Fallanalyse die Geschäftsführung, war aber nicht mandatiert, Weisungen zu erteilen. Das heißt, die eigentliche Sachbearbeitung musste nach den vereinbarten Vorgaben in den Bundesländern erfolgen. Das heißt, nach den genannten Kriterien wurden in den Bundesländern Fälle erhoben. Es waren derer ca. 3 300 ungeklärte Tötungsdelikte, also Mord und Totschlag, die infrage kamen, und die wurden dann von den jeweiligen Dienststellen noch mal geprüft auf diese Kriterien. Und letztlich wurden dem BKA dann ca. 750 Fälle übermittelt, die dann über die Datenbanken des Bundeskriminalamts mit Informationen angereichert werden sollten.

Also, es war einerseits die Prüfung nach diesen Kriterien auf Rechtsextremismus und dann auch noch die Idee, Ermittlungen anzureichern, vielleicht einen weiteren Impuls zu geben über Erkenntnisse, die möglicherweise ursprünglich von den Mordkommissionen nicht berücksichtigt worden sind. Letztlich ist man aber zu dem Ergebnis gekommen - um das kurz zu machen -, dass aus all diesen Taten keine konkreten neuen Anhaltspunkte auf NSU-Taten vorhanden waren.¹⁷⁹⁴

¹⁷⁹⁴ Protokoll der 38. öffentlichen Sitzung vom 18.12.2018, S. 78f..

Auch Raubüberfälle seien untersucht worden:

„Ja, die Raubüberfälle, die wurden auch - - Da kann ich analog zu dem, was ich eben schon gesagt habe - - Aus den Ermittlungen selbst hat sich da natürlich schon viel ergeben. Wir haben einmal bei dem letzten Bankraub in Eisenach schon Hinweise von den Kollegen gehabt, die da sagten: Ja, wir haben schon mit der nächsten Tat gerechnet. Es gab eine Serie. Wir haben da ein paar Fälle, die passen dazu. - Die sind natürlich ganz genau angeschaut worden. Da hat man dann anhand der Bekleidung, anhand von Masken, anhand der Waffen Videomaterial aus den Banken ausgewertet und konnte zweifelsfrei Taten zuordnen.

Ähnlich verhält es sich mit weiteren kriminaltechnischen Untersuchungen, wo man eben Überprüfungen gemacht hat und geschaut hat: Passt das? - Auch Sachfahndungen: Banderolen von dem geraubten Geld und auch Seriennummern von den Geldscheinen sind natürlich, sofern bekannt, in der Sachfahndung vorhanden. Und dann erzielt man Treffer und kann von da aus einen konkreten Sachverhalt angehen. So kam es dann eigentlich auch, dass wir relativ schnell 14 der 15 Sachverhalte, die dem NSU zuzuordnen waren, auch konkret benennen konnten.

Wir haben aber darüber hinaus aus den gleichen Gründen wie bei den Tötungsdelikten gesagt: Wir müssen da noch ein bisschen mehr machen. - Weil man kann immer wieder vortrefflich darüber streiten, ob die - ich glaube - 609 000 Euro, die insgesamt erbeutet worden sind, für 13 Jahre reichen. Kann reichen, muss nicht reichen. Also, die haben nicht übertrieben mit dem Geld um sich geworfen. Das kann schon passen. Aber wir konnten eben nicht ausschließen, ob es weitere Taten gibt, und dementsprechend haben wir mit einem kriminalistischen Ansatz versucht, die Unmengen an Raubdelikten, die natürlich vorhanden sind, zu filtern, die Menge kleiner und verwertbar zu machen nach greifbaren, nachvollziehbaren Kriterien. Da gibt es im BKA eine Datei, die nennt sich ‚FBK Raub‘, und dort sind die über den Meldedienst mitgeteilten Raubdelikte genannt, aufgeführt, gespeichert. Und da hat man dann gefiltert nach den Zeiträumen, wo wir Wohnmobilmietungen oder Fahrzeuganmietungen hatten, weil wir kennen ja - wird Ihnen auch bekannt sein - den gängigen Modus Operandi von Mundlos und Böhnhardt: dass sie mit überwiegend Wohnmobilen in die Nähe der Tatorte gefahren sind, dann mit Fahrrädern die Taten verübt haben und dann die Fahrräder wieder im Wohnmobil verstaut haben und weiter sind.

Ausgehend von diesem Modus Operandi hat man dann die Zeiträume der Wohnmobilmietungen bzw. der Fahrzeuganmietungen angeguckt: Welche Taten passen denn dazu? - Da hat man insgesamt 86 Taten gehabt und hat dann wiederum weiter überprüft, ob es Ausschlusskriterien gibt, wie zum Beispiel starker ausländischer Akzent der Täter, der da genannt wird, oder eine Mundart, die komplett abweicht von Thüringisch oder Sächsisch, was man vielleicht noch verwechseln könnte. Weg-Zeit-Berechnungen wurden angestrengt, wo man sagt: Wir haben schon bekannte Taten. Der Tatort in Hintertupfingen kann nicht zutreffen, wenn die zur gleichen Zeit oder am gleichen Tag in Chemnitz gewesen sind. - Auch die bekannten Kilometerstände

von Wohnmobilen hat man berücksichtigt: Kann ein Tatort überhaupt in dieser Strecke erreicht werden?

Letztlich konnte man das dann so weit runterfiltern, dass ganz am Ende nur noch zwei konkrete Taten übergeblieben sind. Die wurden dann komplett ausermittelt. Und letztlich muss man sagen, es ist keine weitere Raubstrafat mehr dazugekommen. Und um es noch mal genau auch auf Brandenburg zu sagen - das wird Sie interessieren -: Unter den 86 Taten war auch kein einziger Brandenburger Fall.“¹⁷⁹⁵

5.3. Die Vernehmung von Carsten Szczepanski vor dem Oberlandesgericht München

Mit Schreiben vom 08.10.2014 forderte das Oberlandesgericht München das Ministerium des Innern des Landes Brandenburg zur Erteilung einer Aussagegenehmigung für Carsten Szczepanski auf. Dessen Zeugenvernehmung sei für den 04.11.2014 vorgesehen. Gegenstand der Beweisaufnahme seien Erkenntnisse des Zeugen zur Angeklagten Zschäpe sowie zu den Verstorbenen Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt sowie Erkenntnisse des Zeugen zu „Blood and Honour“, Sektion Sachsen.¹⁷⁹⁶

Unter Einbeziehung der Abteilung V für Verfassungsschutz und des Polizeipräsidiums, Fachbereich Besondere Dienste/Zeugenschutz und Stabsbereich Recht, erklärte das Innenministerium mit Schreiben vom 21.10.2014 die „*Zustimmung zur audiovisuellen Vernehmung des Zeugen gemäß § 247 a StPO*¹⁷⁹⁷ jedoch nur unter der Maßgabe, dass die Identifizierung des Zeugen, die Ermittlung der neuen Identität seiner Person und die Ermittlung seines Wohnortes sicher ausgeschlossen werden können“. Zur Sicherstellung sollten bestimmte Fragen mit Bezug zur Person und den persönlichen Verhältnissen des Zeugen ausgeschlossen sein, der Zeuge sollte sich während der Vernehmung an einem geheim gehaltenen Ort befinden und über seinen Rechtsbeistand identifiziert werden, die Öffentlichkeit sollte für die Dauer der Vernehmung ausgeschlossen werden und es sollte eine Verfremdung von Bild und Ton stattfinden. Anderenfalls erfolge eine Sperrerklärung entsprechend § 96 StPO.¹⁷⁹⁸

¹⁷⁹⁵ Ebenda, S. 79f.

¹⁷⁹⁶ B 168, Erste Teillieferung, UA 6-1, B 168 – Akte – VS-NfD (geschwärzt), S. 2.

¹⁷⁹⁷ § 247a StPO regelt die Anordnung einer audiovisuellen Vernehmung eines Zeugen.

¹⁷⁹⁸ B 168, Erste Teillieferung, UA 6-1, B 168 – Akte – VS-NfD (geschwärzt), S. 110-112.

Am 24.10.2014 forderte der Vorsitzende Richter am Oberlandesgericht München Götzl das Innenministerium zur Abänderung der Aussagegenehmigung auf:

„[...] bezugnehmend auf Ihr oben genanntes Schreiben möchte ich Ihnen die nachfolgend aufgeführten Umstände mitteilen. Unter Hinweis darauf, darf ich Sie höflich bitten, die Aussagegenehmigung des Zeugen Szczepanski abzuändern. Diese Aussagegenehmigung sollte es dem Zeugen ermöglichen, zur Sache trotz der bestehenden Zeugenschutzmaßnahme persönlich in der öffentlichen Hauptverhandlung im Sitzungssaal des Oberlandesgerichts in München auszusagen.

Die baulichen Gegebenheiten im Gerichtsgebäude lassen es nämlich unproblematisch zu, dass ein Zeuge über einen nicht-öffentlichen ‚Ladehof‘ in den Gebäudekomplex gebracht wird. Von dort aus kann ein Zeuge, ohne dass er öffentliche Gerichtsgänge benutzen muss, durch den sogenannten Vorführtrakt direkt in den Sitzungssaal gebracht werden. Im Sitzungssaal ist das Filmen und Fotografieren verboten. Das Gesicht eines Zeugen wird nicht auf die Videoleinwand übertragen.

Wie sich auch aus beiliegendem Antrag dreier Nebenklägervertreter, dem sich die Verteidigung Zschäpe und Wohlleben angeschlossen hat, ergibt, befindet sich der Angeklagte C. Sch. in einem Zeugenschutzprogramm [...]. Im Zusammenhang mit meiner Bitte, dem Zeugen Szczepanski eine abgeänderte Aussagegenehmigung zu erteilen, darf ich zur Abklärung der Möglichkeit einer sicheren Zuführung des Zeugen anregen, dass sich der Zeugenschutz des Landes Brandenburg - Fachdirektion Besondere Dienste - direkt mit der Zeugenschutzstelle des Bundeskriminalamts in Verbindung setzt. Auf diese Weise könnten von der Dienststelle des Landes Brandenburg sämtliche sicherheitsrelevanten Aspekte mit einer ebenfalls auf dem Gebiet des Zeugenschutzes tätigen und mit den örtlichen Gegebenheiten bestens vertrauten Fachdienststelle abgeklärt werden.

Hinsichtlich der von Ihnen angesprochenen sensiblen Daten zur Person des Zeugen und den persönlichen Verhältnissen des Zeugen darf ich auf die gesetzliche Regelung des § 68 Absätze 2 und 3 StPO hinweisen.

Mit Verfügung vom gestrigen Tage habe ich im Übrigen Frau Rechtsanwältin S. L. dem Zeugen Szczepanski als Zeugenbeistand beigeordnet.“¹⁷⁹⁹

Angefügt ist der in dem Schreiben angesprochene Antrag der Nebenklägervertreter vom 23.10.2014, der auszugsweise lautet:

„Das Ministerium ist anscheinend nicht mit den örtlichen und organisatorischen Gegebenheiten vertraut und sollte darüber entsprechend informiert werden. Der Angeklagte C. Sch. sitzt seit über 150 Verhandlungstagen im Saal. Konkrete Gefahren von Gewalttätigkeiten gegen ihn sind unter den gegebenen Bedingungen nicht ersichtlich. Fotos von ihm kursieren in der Presse nicht. Er

¹⁷⁹⁹ Ebenda, S. 160f.

hat separaten Zugang zum Gericht und wird von Beamten des Zeugenschutzes abgeschirmt.

Tino Brandt, ebenfalls ehemaliger V-Mann, hat umfangreich und ohne Zeugenschutzmaßnahmen ausgesagt. Gefahren für ihn sind ebenfalls nicht ersichtlich, obwohl sein aktueller Aufenthaltsort sogar seit seiner Enttarnung bekannt ist. Das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz hat für keinen V-Mann und keine Gewährsperson bislang einer Sperrerklärung abgegeben.

Der Angeklagte Holger G. war ursprünglich auch im Zeugenschutzprogramm. Inzwischen bewegt er sich ohne Beschränkungen und Bewachung im und vor dem Gericht. Gefahren für ihn sind nicht ersichtlich, obwohl er jedenfalls in seinen BKA-Vernehmungen belastende Angaben gemacht hat.

Die Vernehmung des Zeugen Szczepanski in der Hauptverhandlung ist wesentlich, weil nur eine ordnungsgemäße Befragung möglich ist, bei der auch die nicht verbalen Reaktionen des Zeugen erkannt werden können und darauf reagiert werden kann.

Die Bedeutung des Zeugen für das Verfahren ist durch das Schreiben des Ministeriums noch einmal gesteigert, da dort die Bedeutung des Zeugen für die damalige Neonazi-Szene herausgestellt wird und es heißt, dass der Zeuge vielfältige Kontakte zu Personen aus dem ‚rechtsextremistischen Umfeld‘ auch im Ausland hatte und während seiner Tätigkeit als Informant des Verfassungsschutzes über ‚rechtsterroristische Ansätze von Gruppierungen in Berlin und Brandenburg‘ berichtete. Dies geht zum Teil über die Angaben hinaus, die der Zeuge in seinen Zeugenvernehmungen gemacht hat.

Wird dem Zeugen unter den gleichen Bedingungen, wie dem Anklagten C. Sch. bewilligt, den Hauptverhandlungssaal zu betreten und verlassen, ist die vom brandenburgischen Innenministerium behauptete Gefahrenlage nicht gegeben.“¹⁸⁰⁰

Dr. K. D. vom Innenministerium, Abteilung 4, bat am 24.10.2014 das LKA Brandenburg um eine Kontaktaufnahme der Zeugenschutzstelle mit dem Zeugenschutz des BKA, um Abstimmungsfragen u.a. zu den Möglichkeiten eines sicheren Zeugentransports und zur Situation im Gericht zu klären.¹⁸⁰¹

Das LKA informierte ihn mit Email vom 27.10.2014 über das Ergebnis des Austausches mit dem BKA und schloss ab:

„Der Zeuge äußerte, kein Problem mit einer Aussage in M. zu haben. Soweit ich es sehe, wird es auf den alleinigen Schutz bei An- und Abreise in den Saal hinauslaufen. Mit der Rechtsanwältin an seiner Seite unter eingeschränkten

¹⁸⁰⁰ Ebenda, S. 162f.

¹⁸⁰¹ Ebenda, S. 172.

Aussagegenehmigung sind wir möglicherweise schon am Ende unserer Möglichkeiten.“¹⁸⁰²

Dr. K. D. telefonierte sodann am 27.10.2014 mit einem Richter des Staatsschutzsenates des Oberlandesgerichts München, Konstantin Kuchenbauer, und hielt in einem Vermerk fest:

„[Kuchenbauer] bestätigte auf meine Nachfrage die Erkenntnisse des Zeugenschutzes vom heutigen Tage zu den Schutzmöglichkeiten vor Ort. Insbesondere werde es keine Aufnahmemöglichkeiten der Medien bei Betreten des Saales durch den Zeugen geben. Eine akustische Verfremdung sei in dem Verfahren bislang noch nicht angewandt worden, er habe auch erhebliche Zweifel, dass der Senat dies belegen würde. Eine optische Verfremdung habe es allerdings – so seine persönliche Einschätzung – bislang bereits gegeben (Perücke, Bart o.ä.), Hier gebe es keine Möglichkeit für das Gericht, derartige Maßnahmen, die im Rahmen des Zeugenschutzgesetzes blieben, zu untersagen.

Ich kündigte den Inhalt des mittlerweile entworfenen Antwortschreibens an das OLG an und bat Herrn Kuchenbauer für den Fall, dass das Gericht auch die darin enthaltene überarbeitete Aussagegenehmigung weiterhin ablehnen sollte, vor einer etwaigen schriftlichen Rückmeldung zunächst um einen weiteren fernmündlichen Austausch. Herr Kuchenbauer sagte dies zu.“¹⁸⁰³

Zu dem Telefonat erklärte der Zeuge Dr. K. D. vor dem Untersuchungsausschuss:

„Herr Kuchenbauer war doch recht überzeugend in dem, wie er dargestellt hat, wie auch andere Zeugen - - Das Verfahren lief ja dann auch schon etwas, und es gab schon Erfahrungen vor Gericht, wie sicher Zeugen dort vorgeführt werden können und auch aussagen können. Insoweit war das überzeugend für das Innenministerium, für die Abteilung 4, und führte dazu, dass wir diese Aussagegenehmigung dann doch sehr unterbrechen konnten auf das Minimum, um die Person ‚Piatto‘ weiterhin geschützt zu wissen.“¹⁸⁰⁴

Am 29.10.2014 erteilte das Innenministerium schließlich eine uneingeschränkte Aussagegenehmigung. Abteilungsleiter Dr. Trimbach schrieb:

„Ich gehe im Ergebnis davon aus, dass ein hinreichender Schutz vor Ort gewährleistet werden kann. Vor diesem Hintergrund kann ich einer Vernehmung des Zeugen auch vor Ort ausdrücklich zustimmen und erteile die erbetene Aussagegenehmigung.

Die zeugenschützenden Möglichkeiten des § 68 StPO, die auch Sie in Ihrem Schreiben vom 24. Oktober 2014 ausdrücklich erwähnt haben, sollten hierfür

¹⁸⁰² Ebenda, S. 176.

¹⁸⁰³ Ebenda, S. 185.

¹⁸⁰⁴ Protokoll der 39. öffentlichen Sitzung vom 10.01.2019, S. 43.

ausgeschöpft werden. Die Beiordnung von Frau Rechtsanwältin S. L. als Zeugenbeistand wird insofern von hier begrüßt.

Die in meinem Schreiben vom 21. Oktober 2014 aufgeführten Einschränkungen der Aussagegenehmigung sind damit hinfällig. Die den Schutz des Zeugen unmittelbar vor Ort betreffenden Detailfragen werden von der in diesem Schreiben genannten Dienststelle des Zeugenschutzes bearbeitet.“¹⁸⁰⁵

Dies gab das Innenministerium wegen des medialen Aufsehens um den Fall auch in einer Presseerklärung vom selben Tag unter der Überschrift „NSU-Prozess: Ehemaliger V-Mann ‚Piatto‘ kann in München aussagen“ bekannt.¹⁸⁰⁶

Die ursprünglich für den 04.11.2014 geplante Zeugenvernehmung Szczepanskis fand wegen einer Erkrankung der Angeklagten Zschäpe nicht statt. Szczepanski wurde am 03.12.2014 vor dem OLG München vernommen.

Der Vorsitzende Richter Götzl wurde vor dem Untersuchungsausschuss gefragt, ob andere Bundesländer entsprechende Wünsche – wie Brandenburg zunächst im Fall Szczepanski – geäußert hätten, Zeugen unter Ausschluss der Öffentlichkeit oder mit verzerrter Stimme zu vernehmen. Hierzu antwortet der Zeuge:

„Gab es nicht. [...] Nur in Bezug auf Szczepanski“¹⁸⁰⁷

Auf Nachfrage, ob bei anderen enttarnten Quellen oder sonstigen Zeugen, die sich in einem Zeugenschutzprogramm befanden, entsprechende Anliegen an das Oberlandesgericht herangetragen worden seien, antwortete Götzl:

„Szczepanski war der einzige Zeuge, bei dem es letztlich um diese audiovisuelle Vernehmung ging und diese angeboten wurde in dieser Form.“¹⁸⁰⁸

Bundesanwalt Diemer sagte auf die Frage, ob eine Behörde außerhalb Brandenburgs darauf bestanden habe, „die Aussage eines Protagonisten im Gerichtssaal in München einzuschränken“, wie das für „Piatto“ zunächst erfolgt sei:

„Das ist mir jetzt aus dem Stegreif nicht rememberlich.“¹⁸⁰⁹

¹⁸⁰⁵ Ebenda, S. 201f.

¹⁸⁰⁶ Ebenda, S. 211.

¹⁸⁰⁷ Protokoll der 39. öffentlichen Sitzung vom 10.01.2019, S. 15.

¹⁸⁰⁸ Ebenda, S. 16.

¹⁸⁰⁹ Ebenda, S. 31

Diemer sagte vor dem Untersuchungsausschuss zu den Möglichkeiten einer Vernehmung nach § 247 a StPO (Anordnung einer audiovisuellen Vernehmung von Zeugen):

„Denn es ist einfach so in diesem Verfahren: Das war ein dermaßen wichtiges Verfahren, dass schon auch das Gericht gesehen hat, meine ich, dass die Öffentlichkeit ein Anrecht hat, da so gut wie möglich teilzunehmen. Im Übrigen ist es ja auch so: Wenn der Zeuge nach solchen Ausnahmevorschriften vernommen wird wie jetzt dem § 247a der Strafprozessordnung, dann gelten natürlich auch besondere Anforderungen an die Begründung. Es war schon wichtig, dass, wenn solche Ausnahmeentscheidungen getroffen sind, die gut begründbar sind und dann auch in der Revision halten. Denn man muss sich mal vorstellen, der Zeuge Szczepanski hätte tatsächlich etwas Wesentliches gesagt - hat er ja letztlich nicht - und die Öffentlichkeit wäre zu Unrecht nach diesen Ausnahmevorschriften ausgeschlossen worden; dann wäre das ein absoluter Revisionsgrund, und das Urteil wäre aufgeflogen. Deswegen musste der Senat - nach meiner Einschätzung jedenfalls - schon sehr darauf achten, dass das alles glattgeht.

Und dann hat ja auch kurze Zeit später - - Die Zeugenschutzstelle der Polizei hat das ja geschrieben übrigens, diese Einschränkung. Die haben das dann eingesehen und haben gesagt, okay, wenn das so ist, dann bitten sie darum, eben diese Schutzmaßnahmen anzuwenden, und haben den Zeugen dann freigegeben. Er ist dann, glaube ich, noch mit einer Perücke gekommen, aber er war jedenfalls in der Sitzung da. Es ist ja auch wichtig, dass man dem Zeugen Vorhalte machen kann. Und dann ist die Vernehmung auch abgelaufen.“¹⁸¹⁰

Befragt nach seiner Einschätzung zu den Sicherheitsbedenken des Brandenburger Zeugenschutzes erklärte Diemer:

„Ich meine, so wie wir es gemacht haben - ich sage ‚wir‘ -, so wie der Senat es gemacht hat, hat es gereicht. Ich habe es auch ein bisschen überzogen gefunden, weil wir ja eben auch diesen Angeklagten im Zeugenschutzprogramm hatten und ja auch sehen mussten, dass er heil davonkommt. Aber das ist jetzt wirklich eine Einschätzung von mir. Ich habe mich dann - - Es war ja Sache des Gerichts, sich entsprechend zu positionieren, und das war dann gut.“¹⁸¹¹

¹⁸¹⁰ Ebenda, S. 24.

¹⁸¹¹ Ebenda, S. 25.

5.3.1. Zustandekommen der eingeschränkten Aussagegenehmigung und nachgeordneten Sperrerklärung

Der Untersuchungsausschuss ist dem Zustandekommen der eingeschränkten Aussagegenehmigung und nachgeordneten Sperrerklärung vom 21.10.2014 nachgegangen.

Die Sperrerklärung wurde von Dr. K. D. von der Polizeiabteilung im Innenministerium (Abteilung IV, Referat 45) bearbeitet, der die Zeugenschutzstelle, den Stabsbereich Recht des Polizeipräsidiums¹⁸¹² und auch den Verfassungsschutz um Zuarbeit bat.¹⁸¹³

Er erklärte zur Zuständigkeit:

„[...] was die Aussagegenehmigung und die Zuständigkeit der Abteilung IV angeht, ist es so, dass das seinerzeit daran geknüpft wurde, dass die Person ‚Piatto‘ im Zeugenschutzprogramm der Brandenburger Polizei war. Weil der Verfassungsschutz, wo die Person für gearbeitet - - oder Informant für war, kein eigenes Zeugenschutzprogramm in Brandenburg hat, war die Polizei dann entsprechend zuständig. Deswegen war auch die Polizeiabteilung dann zuständig für diesen Fall.“¹⁸¹⁴

Zur Rolle der Zeugenschutzstelle im LKA Brandenburg sagte Dr. K. D.:

„Dort war dann der Zeugenschutz von Anfang an sehr involviert, weil nur die dort tätigen Personen einen Einblick hatten in das Leben von ‚Piatto‘, wie es heute ist und auch die letzten Jahre war, und die möglichen Gefahren, die dort für die Person ‚Piatto‘ auch waren. Insoweit waren die Zeugenschützer sehr ausschlaggebend für die Argumentation, um zu schauen, ob eine Aussagegenehmigung komplett oder eingeschränkt erteilt werden könnte.“¹⁸¹⁵

Er erklärte:

„Ich hatte das Präsidium gebeten, sozusagen einen Vorentwurf für uns im Ministerium zu machen, und aus dem Stabsbereich Recht kam dann im Grunde ein fast fertiges Papier zu uns.“¹⁸¹⁶

¹⁸¹² B 168, Erste Teillieferung, UA 6-1, B 168 – Akte – VS-NfD (geschwärzt), S. S. 4.

¹⁸¹³ Ebenda, S. 9.

¹⁸¹⁴ Protokoll der 39. öffentlichen Sitzung vom 10.01.2019, S. 38.

¹⁸¹⁵ Ebenda, S. 39f.

¹⁸¹⁶ Ebenda, S. 40.

Der Zeuge RD B. K. vom Stabsbereich Recht des Polizeipräsidiums berichtete vor dem Untersuchungsausschuss, dass die Zeugenschutzstelle ihm mitgeteilt habe, dass Szczepanski bei einer Aussage gefährdet sei:

„Also, Ende 2013 wurde ich erstmals kontaktiert in einer Angelegenheit des Zeugenschutzes. Da waren die Hintergründe nicht bekannt. Und dann erhielt ich die Information, dass es sich um den Zeugen im Zusammenhang mit dem Verfahren vor dem OLG München handelt, und ich wurde vom Zeugenschutz darüber informiert, dass aus Sicht des Zeugenschutzes hier eine Gefährdung besteht. Und da ich als Leiter Stabsbereich Recht im Präsidium auch für die Problematik nicht der Aussagegenehmigung, aber möglicherweise von Sperrerklärungen grundsätzlich zuständig bin, musste ich mich dann erstmals mit dieser Angelegenheit befassen. Ich hatte vorher schon einige Male entsprechende Befassungen bei anderen Strafverfahren, wo es also um Fälle geht, wo VPs oder ähnliche Personen nicht vor Gericht aussagen sollen - das sind zum Beispiel Straftaten wie Kapitalstraftaten oder BtM-Straftaten, wo entsprechende Personen eingesetzt werden. Ich kriegte die Informationen vom Zeugenschutz.“¹⁸¹⁷

Weiter führte er aus:

„Es ging also darum, dass der Zeuge seit dem Jahre 2000 ungefähr im Zeugenschutzprogramm steht, im Zeugenschutzprogramm der Polizei, und dass hierfür bestimmte Gründe ursächlich waren, insbesondere ein Sprengstoffanschlag auf das Auto des Zeugen, ich glaube, noch ein Einbruch in die Büroräumlichkeiten des Zeugen und das sogenannte Aussetzen einer Kopfprämie aus der wohl rechten Szene, um den ‚Verräter‘ - so hieß das, glaube ich, in den Medien - aufzuspüren. [...]

Dann wurde verwiesen auf Gerichtsverhandlungen im Jahre 2004, wo der Zeuge auch als Zeuge, nicht als Angeklagter, vor dem Amtsgericht Königs Wusterhausen, wo er eine Aussage getätigt hat - - und dass er damals bereits insofern geschützt werden musste oder geschützt wurde, als eine audiovisuelle Vernehmung nach § 247a der Strafprozessordnung erfolgte. Der entsprechende Beschluss des Amtsgerichts wurde mir auch zur Verfügung gestellt, und es wurde weiterhin Bezug genommen oder darüber informiert, wie sich die mediale Darstellung dann mit Beginn des Prozesses ab 2011 dargestellt hat, dass also auf die Aussage dieses Zeugen mit Spannung gewartet würde. Der Zeugenschutz hat dann aus den mittlerweile schon allein technisch sich ergebenden Aspekten dargestellt, worin die Gefährdung bestehen könnte: dass der Zeuge fotografiert werden könnte, Bildmaterial angefertigt werden könnte und daraus Rückschlüsse auf ihn, auf seine Familie oder seinen Aufenthaltsort gezogen werden können. Der Zeugenschutz sah hier dann doch eine nicht unerhebliche Gefährdung des Zeugen.“¹⁸¹⁸

¹⁸¹⁷ Ebenda, S. 58.

¹⁸¹⁸ Ebenda, S. 59f.

Er erklärte zum Prozess der Erteilung der eingeschränkten Aussagegenehmigung und nachgeordneten Sperrerklärung:

„Ich glaube, das war eine gemeinsame Überlegung, dass man überlegt: Was kann, was muss gemacht werden, um den Zeugen zu schützen? Und da kennt ja nun die Strafprozessordnung verschiedene Möglichkeiten - das sind die Zeugenschutzmaßnahmen nach § 68 Strafprozessordnung, audiovisuelle Vernehmung bis hin eben zu sogenannten Sperrklärungen nach § 96 StPO analog. Und das war dann ein gemeinsamer Überlegungsprozess. Wer jetzt letztendlich die Idee hatte, das kann ich nicht mehr genau sagen.“¹⁸¹⁹

Und an anderer Stelle:

„Für mich stand jetzt erst mal nur im Fokus: Das ist ein Zeuge des Verfassungsschutzes des Landes Brandenburg. Wir als Polizei haben den polizeilichen Zeugenschutz sicherzustellen. - Das stand für mich erst mal im Fokus. Und da habe ich mich orientiert an der Strafprozessordnung und dem, was nach meiner Auffassung und nach Studium von Kommentarliteratur möglich und zulässig sei.“¹⁸²⁰

Frau Dr. Wagner vom Verfassungsschutz übersandte Dr. K. D. einen Zeitungsartikel¹⁸²¹ zu der Vernehmung Jan Werners, in dem auch dessen Bezüge zu Szczepanski erwähnt werden, sowie Pressemitteilungen und einen biographischen Überblick zu Carsten Szczepanski.¹⁸²² Des Weiteren übersandte sie einen Vermerk Milbradts über die „Gefährdung der ehemaligen Quelle ‚Piatto‘“ vom 26.07.2000, in dem der Kreis möglicher Gefährder Szczepanskis dargelegt wird.¹⁸²³

Das weitere Prozedere schilderte der Zeuge Dr. K. D. vor dem Untersuchungsausschuss wie folgt:

„Das Verfahren ist dann so weitergegangen, dass in diesen Vorentwurf, wie ich ihn nenne, noch das eingeflossen ist, was von der Abteilung 5 kam - das war, wie gesagt, nicht besonders viel; ohne Wertung -, und dann von mir eigene Änderungen noch. Die waren aber insbesondere redaktioneller Natur. Ich habe einzelne Absätze mal gestrafft oder vertauscht oder so, also kaum inhaltliche Änderungen vorgenommen, weil, wie gesagt, die ausschlaggebenden Personen, die damals einschätzen konnten, was mit der Person ‚Piatto‘ aktuell

¹⁸¹⁹ Ebenda, S. 61.

¹⁸²⁰ Ebenda, S. 63.

¹⁸²¹ In dem Artikel „Der Zeuge mit dem ‚Bums‘“ von Tom Sundermann vom 15.10.2014 wird u.a. von der Bedrohung Jan Werners durch das NSU-Trio am Rande des LANDSER-Verfahrens um die Jahrtausendwende berichtet. Diese Angaben soll Thomas Starke dem BKA in seiner Zeugenvernehmung gemacht haben.

¹⁸²² B 168, Erste Teillieferung, UA 6-1, B 168 – Akte – VS-NfD (geschwärzt), S. 26f. und 36-50.

¹⁸²³ Ebenda, S. 28-34.

los war, im Präsidium saßen, sodass ich auf die ohnehin vertrauen musste und es nicht besser wusste als die.“¹⁸²⁴

Am 16.10.2014 schrieb Dr. K. D. an den Abteilungsleiter:

„Der Zeuge befindet sich [...] im Zeugenschutzprogramm [...]. Bei Offenbarung seiner Identität, sei es auch nur mittelbar über aktuelle Lichtbildaufnahmen, die im Rahmen des Verhandlungstermins gemacht und danach veröffentlicht werden könnten, könnte eine Gefährdungslage für den Zeugen sowie sein familiäres Umfeld entstehen, deren Umfang derzeit noch unklar ist. Bekannt ist jedoch jetzt, dass der Zeuge in der rechts-, wie linksextremistischen Szene weiterhin sehr bekannt ist und dass seine bevorstehende Aussage dort bereits Erwähnung findet.

Das OLG München hat das MI schon kurz vor der Ladung schriftlich um eine Aussagegenehmigung gebeten (s. Anlage) Diese soll in eingeschränkter Weise erteilt werden. Eine umfassende Sperrerklärung erscheint nicht geboten, insbesondere auch die Verfassungsschutzabteilung hat den Fall für sich nach eigenem Bekunden abgeschlossen, keinen Aktenrückhalt mehr und auch kein besonderes Interesse an einer eingeschränkten Aussage des Zeugen [...]“.¹⁸²⁵

Dr. K. D. bestätigte auf den Vorhalt des zweiten Abschnitts des Zitats, dass die Einschränkung der Aussagegenehmigung allein auf den Bedenken der Zeugenschutzstelle gefußt und der Verfassungsschutz kein Interesse an einer Einschränkung signalisiert habe.¹⁸²⁶ Er führte aus, dass es nicht um den Inhalt der Aussage, sondern nur um die Form der Vernehmung gegangen sei:

„Es gab zu keinem Zeitpunkt irgendwelche inhaltlichen Vorgaben, sei es von außen oder die ich mir selbst gemacht hätte, ob jetzt diese Person ‚Piatto‘ vor Gericht etwas sagen soll oder nicht, sondern es ging immer um den reinen Zeugenschutz, um eine Möglichkeit, sicherzustellen, dass er nicht erkannt wird durch seine Präsenz vor Gericht oder an anderem Ort, um einfach sein vom Zeugenschutz aufgebautes und weiterbetreutes Leben sicherzustellen.“¹⁸²⁷

Dr. K. D. sagte, dass die NSU-Aufklärung von Anfang an im Vordergrund gestanden habe:

„Deswegen wurde ja auch von Anfang an dafür gesorgt, dass nicht eine Aussagegenehmigung komplett verweigert wird, mit denselben Gründen, dass man sagt: ‚Wir sehen diesen Zeugen in Gefahr‘, sondern dass man von Anfang an versucht hat, Möglichkeiten zu schaffen, die in der Abwägung dafür sorgen, dass zum einen diese Taten aufgeklärt werden und - so dann ja auch

¹⁸²⁴ Protokoll der 39. öffentlichen Sitzung vom 10.01.2019, S. 40.

¹⁸²⁵ B 168, Erste Teillieferung, UA 6-1, B 168 – Akte – VS-NfD (geschwärzt), S. 79

¹⁸²⁶ Protokoll der 39. öffentlichen Sitzung vom 10.01.2019, S. 48.

¹⁸²⁷ Ebenda, S. 50.

geschehen - die Personen strafrechtlich zur Rechenschaft gezogen werden, die dafür verantwortlich waren, und dass man andersherum aber auch die Sicherheit des Zeugen gewährleistet.“¹⁸²⁸

Er erklärte zur Verhältnismäßigkeitsprüfung:

„Die Verhältnismäßigkeitsprüfung finden Sie am Ende des Schreibens ans Gericht. Dort ist extra aufgeführt - auf einer Seite -, weshalb die und die und die Maßnahme nicht ausreichen. Das würde ich als Verhältnismäßigkeitsprüfung durchaus bezeichnen wollen. Insoweit - ich kann mich jetzt auch nur wiederholen -: Es gab diese Abwägung, und sie ist ja letztendlich insbesondere dann zugunsten einer Aussage von Anfang an gelaufen. Und am Ende ist ja dann auch eine Aussage im Zusammenwirken mit dem Gericht und den Möglichkeiten dort zustande gekommen. Also, es wurde geprüft, es wurde abgewogen, und es wurde am Ende ein Ergebnis gefunden, was für beide Seiten in Ordnung ist.

Andersrum hätte man ja auch sagen können - Sie unterstellen ja jetzt eine etwas einseitige Arbeit des Ministeriums -, das Gericht seinerseits lädt auch Zeugen, vielleicht sogar in dem Wissen, wenn Sie das vom Ministerium oder von einzelnen Mitarbeitern des Ministeriums verlangen, dass jeder informiert ist über die Vita des ‚Piatto‘ und all seine möglichen Vernehmungen im Vorfeld - - kann man das vielleicht genauso gut von einem Gericht erwarten, das ja auch seine Zeugen aus bestimmten Gründen lädt, und vielleicht kann man auch von dem Gericht erwarten, andersrum eine Idee zu entwickeln, wie man diese Zeugen aktiv schützt, und vielleicht auf die Häuser zuzugehen, wie man dort die Menschen gewinnen kann, eine Aussagegenehmigung von Anfang an etwas offener zu gestalten. Also, das will ich nicht erwarten, weil das der Praxis auch widerspricht; aber ich glaube, dass man schon als Gericht bestimmte Interessen, nämlich die Wahrheitsfindung, verfolgt und als Ministerium andersrum die Interessen verfolgt, die vielleicht manchmal damit etwas schwierig zu vereinen sind.“¹⁸²⁹

Der Zeuge RD B. K. sagte zum Abwägungsprozess:

„Natürlich hat ein Abwägungsprozess bei mir stattgefunden. Ich überlege ja auch: Was ist möglich, was kann man machen, was muss man machen? Ich bin in erster Linie in dem Augenblick für den Zeugenschutz tätig, und es gab eine entsprechende Erlasslage, die mich gebeten hatte, hier einen Entwurf anzufertigen. Und dem bin ich dann nachgekommen.“¹⁸³⁰

Und weiter:

„Also, für mich war der Zeugenschutz erst einmal die primäre Aufgabe: Schutz der Person, Schutz der Familie. Und jedes Gericht kommt zu einem anderen Ergebnis bei bestimmten Analysen. Insofern finde ich das jetzt nicht

¹⁸²⁸ Ebenda, S. 52.

¹⁸²⁹ Ebenda, S. 53f.

¹⁸³⁰ Ebenda, S. 68.

*problematisch. Das war mein Ergebnis nach Studium der Zuarbeit des Zeugenschutzes, nach Studium der entsprechenden juristischen Literatur, und ich hielt dieses Ergebnis zum damaligen Zeitpunkt für richtig. Wenn das Oberlandesgericht das anders sieht, muss ich damit leben - kann ich auch mit leben.*¹⁸³¹

In der von Abteilungsleiter Trimbach gezeichneten eingeschränkten Aussagegenehmigung vom 21.10.2014 werden auf zehn Seiten die Gründe für die Entscheidung dargelegt. So werden die Tätigkeitsfelder und die Bedeutung Szczepanskis in der rechtsextremen Szene vor seiner Enttarnung dargestellt. Weiter heißt es zu konkreten Gefährdungserkenntnissen zu Beginn der Schutzmaßnahmen beispielsweise:

*„Demnach wurde unter Mobilisierung verschiedener Gruppierungen der rechten Szene nach Carsten Szczepanski als Verräter gesucht. Mit Bekanntwerden der Tätigkeit als Informant wurde in einem rechtsradikalen Internet-Forum dazu aufgerufen, ‚Agenten unschädlich zu machen und zu ächten‘. Zum gleichen Zeitpunkt (2000) wurde bekannt, dass ein Kopfgeld auf den Zeugen ausgesetzt sein soll. [...] Wenige Tage nach den Medienveröffentlichungen zum Fall ‚Piatto‘ wurde in die Geschäftsräume des Zeugen in seiner Wohnung im Königs Wusterhausen eingebrochen.“*¹⁸³²

Es wird dargelegt, dass Szczepanski im Jahr 2004 und im Jahr 2006 vor dem Amtsgericht Königs Wusterhausen als Zeuge per Videoübertragung gemäß § 247 a StPO vernommen worden sei. Es sei dienstlich bekannt geworden, dass Personen aus der rechten Szene den Auftrag hätten, den Zeugen im Rahmen der öffentlichen Gerichtsverhandlung zu fotografieren. Mit Beginn der Ermittlungen im Zusammenhang mit den Straftaten des NSU stehe auch Carsten Szczepanski wieder im Fokus der Ermittlungsbehörden und Medien. Außerdem habe sich die moderne Technik weiterentwickelt, so dass die Trefferzahl im Internet im Jahr 2014 auf ca. 16.000 Einträge im Vergleich zu nur 500 Einträgen im Jahr 2005 gestiegen sei. Es sei davon auszugehen, dass Carsten Szczepanski auch unter seiner Identität im Internet mit Fotos und Videos auch mit Angehörigen präsent sei. Zur rechtlichen Bewertung und zum Abwägungsprozess wird ausgeführt, dass eine audiovisuelle Zeugenvernehmung nach § 247 a StPO unter optischer und akustischer Abschirmung im Hinblick auf den Grundsatz des fairen Verfahrens geboten sei und im Hinblick auf eine Sperrerklärung nach § 96 StPO „als Minus“ vorzugswürdig. Die Voraussetzung für die Abgabe einer

¹⁸³¹ Ebenda, S. 68f.

¹⁸³² B 168, Erste Teillieferung, UA 6-1, B 168 – Akte – VS-NfD (geschwärzt), S. 260.

Sperrerklärung entsprechend § 96 StPO lägen vor. Zur Begründung wird ausgeführt, es bestehe „Anlass zu Besorgnis, dass die Offenbarung Leib oder Leben des Zeugen konkret gefährden würde“¹⁸³³. Aufgrund der langjährigen Tätigkeit des Zeugen als prominentes Mitglied der rechtsextremen Szene bestehe bei ihm eine dauerhafte Gefährdungssituation. Weiterhin seien schwerwiegende Nachteile für die Familie des Zeugen bei einer Ausstellung einer neuen Identität zu erwarten. Andere geeignete Mittel zum Schutz des Zeugen bestünden nicht. Die rechtsstaatlichen Anforderungen an einen ordnungsgemäß durchgeführten Strafprozess seien durch die Durchführung einer audiovisuellen Vernehmung nicht beeinträchtigt. Das öffentliche Interesse beziehe sich auf die Aufklärung des Sachverhalts und nicht auf die Offenlegung der Identität oder des Wohnorts des Zeugen. Der Schutz von Leib und Leben besonders gefährdeter Zeugen sowie deren Angehöriger sei höher zu gewichten.¹⁸³⁴

Auf die Frage, inwieweit sich Dr. K. D. nach der Bitte um eine Aussagegenehmigung mit dem Gerichtsprozess in München auseinandergesetzt hat, antwortete dieser vor dem Untersuchungsausschuss:

„Bis zu der Bitte um Aussagegenehmigung des Gerichts habe ich mich nur, wie die Allgemeinheit auch, medial über das Verfahren informiert. Wie gesagt, es gab vorher eine Idee, dass es vielleicht eine Ladung von ‚Piatto‘ geben könnte, unklar, zu welchem Zeitpunkt. Aber, wie gesagt, ich habe von der Person bis dahin nichts weiter gewusst. Ich hatte keinen Anlass, mich im Vorfeld zu informieren.“

Als diese Bitte um Aussagegenehmigung vom Gericht gekommen ist, war das eine Arbeit, die quasi täglich eine neue Wendung genommen hat [...]. Insoweit war die Einschätzung relativ schnell vom Gericht selber, wie entsprechend die Sicherheitsmaßnahmen vor Gericht sind. Ich hatte mich vorher nicht mit Medien oder anderweitigen Quellen auseinandergesetzt, wie die Zeugen dort im Einzelnen vernommen werden oder gesichert werden.“¹⁸³⁵

Auf die Frage, ob dies nicht notwendig gewesen wäre, antwortete der Zeuge Dr. K. D.:

„Ich habe mich da, wie gesagt, auf das Präsidium verlassen, was ja dann eher für Zeugenschutzmaßnahmen und für die Einschätzung, wie Zeugen geschützt werden, zuständig ist. Wie gesagt, ich war da irgendwo dazwischen, der Mittler der Informationen vom Präsidium an das Gericht letztendlich.“¹⁸³⁶

¹⁸³³ B 168, Erste Teillieferung, UA 6-1, B 168 – Akte – VS-NfD (geschwärzt), S. 115.

¹⁸³⁴ B 168, Erste Teillieferung, UA 6-1, B 168 – Akte – VS-NfD (geschwärzt), S. 110-129.

¹⁸³⁵ Protokoll der 39. öffentlichen Sitzung vom 10.01.2019, S. 46f.

¹⁸³⁶ Ebenda, S. 47.

Und weiter:

„Ich habe eine eigene Rechtsprüfung der Argumente vorgenommen. Das ist meine Aufgabe gewesen, und die habe ich durchgeführt. Und die Argumente waren für mich treffend und hinreichend, um das so zu formulieren, wie es ans Gericht rausgegangen ist.“¹⁸³⁷

Zum Ablauf der Erteilung der Aussagegenehmigung erklärte der Zeuge Trimbach einleitend:

„Ausgangspunkt war ein Schreiben des schon genannten Vorsitzenden des Senats am Oberlandesgericht München, Manfred Götzl, vom 8. Oktober an das Ministerium des Innern, eingegangen am 13. Oktober. Es landete auf meinem Tisch ebenfalls am 13. Oktober, wie ich dieser Akte entnommen habe.

Die Bearbeitung damals erfolgte in meiner Abteilung durch Referat 45. Referatsleiter damals war Herr KOK H. (LKA Berlin), Referent Herr Dr. K. D., der ja, wie ich gerade gesehen habe, hier auch schon ausgesagt hat.

Der Vernehmungstermin, der in diesem Schreiben genannt wurde, war der 4. November 2014. Sie können sich vorstellen, dass die Sache dadurch ziemlich eilig war. Es musste also sehr schnell darüber gesprochen werden. Ich habe insbesondere mit Herrn Dr. K. D. über diesen Vorgang gesprochen, habe mich informieren lassen, was da als Hintergrund war; denn das war für mich natürlich auch kein normaler Vorgang. Es gibt ja in der Abteilung sehr viele Vorgänge. Aber das war insofern ein besonderer, weil ich vorher damit nichts zu tun hatte; jedenfalls kann ich mich nicht daran erinnern.

Wir haben diskutiert über mögliche Antwortschreiben an den Vorsitzenden Richter Götzl. Es war klar - für mich -, dass im Vordergrund das Aufklärungsinteresse steht, aber als Leiter der Polizeiabteilung natürlich in erster Linie auch das Interesse am Zeugenschutz; denn wir waren ja mit diesem Vorgang befasst, weil sich der Carsten S. - ich weiß nicht, ob der Name hier genannt wird oder nicht - bekanntlich im Zeugenschutzprogramm befunden hat.

Ergebnis dieser Abwägung, dieser umfangreichen rechtlichen und auch tatsächlichen Abwägung, war das Schreiben vom 21. Oktober, in dem eine Vernehmung unter den Voraussetzungen des § 247a StGB dann vorgenommen worden ist, mit meiner Unterschrift. Das war, so wurde mir berichtet, auch die Vorgehensweise, in der Carsten S. schon bei anderen Gerichten - ich glaube, auch bei einem Amtsgericht - vernommen worden ist. Ich habe da auch noch mal reingeguckt. Es gibt ja BGH-Entscheidungen und so weiter, die das als ganz normale Möglichkeit der Vernehmung ansehen. So haben wir das erörtert, und so habe ich das auch in diesem Schreiben dargetan.

Ich habe mir damals allerdings - ich sagte es ja vorhin schon; deshalb habe ich das auch gesagt -, weil ich ja gewisse Erfahrungen mit solchen Vorgängen habe, gedacht: Wenn das Aufklärungsinteresse und insbesondere das

¹⁸³⁷ Ebenda, S. 47.

Interesse des Vorsitzenden Richters an einer revisionssicheren Entscheidung - das ist ja einer der Hauptpunkte, die ein Gericht in diesem Zusammenhang auch zu überlegen hat -, wenn das dazu führen sollte, dass hier Probleme gesehen würden - - gesehen werden würden, dann würde sich der Vorsitzende sicherlich melden.

So ist es dann auch geschehen. In dem Schreiben vom 24.10. hat Herr Vorsitzender Richter Götzl die Umstände in München dargelegt, die dazu führen, dass die Bedenken, die wir hatten wegen des möglichen Erkennens des Zeugen und weiterer Gefährdungen, so nicht vorliegen würden, weil ja offenbar ganz umfangreiche Sicherungsmaßnahmen durchgeführt wurden. Es war ja, wenn ich das recht in Erinnerung habe, der teuerste Strafprozess, jedenfalls in der deutschen Geschichte, sodass die Bedenken, die wir an bestimmten Stellen hatten, nicht zutreffen.

Daraufhin - um das an dieser Stelle abzukürzen - haben wir diskutiert, und das Schreiben - mein Schreiben - vom 29. Oktober 2014 war das Ergebnis, womit offenbar dann auch die Abwägung, die da vorgenommen worden ist, zu dem Ergebnis geführt hat, dass sowohl das Oberlandesgericht München als auch die dort beteiligten Anwälte - das waren wohl die Verteidiger von Frau Zschäpe und den Angeklagten und die Nebenklägervertreter - mit dieser Vorgehensweise zufrieden waren.

Das hat eben dazu geführt, dass aus meiner Sicht dann die Sache erledigt war. Es hat dann, glaube ich, noch eine Pressemitteilung unseres Hauses gegeben, weil in der Öffentlichkeit ja Irritationen offenbar aufgetreten waren, weil da die Meinung vertreten worden ist, wir - sprich: in diesem Falle ich - hätten durch dieses Schreiben Aussagen verhindern wollen oder inhaltliche Beschränkungen vornehmen wollen. Das war natürlich nicht der Fall, sondern es ging, wie dargestellt, um die Sicherung des Zeugen und insbesondere - das darf ich vielleicht an dieser Stelle auch noch mal sagen; das hat es für mich auch unterschieden zu anderen Fällen - der Familie. Er hatte ja wohl ein familiäres Umfeld. Das war der Punkt, um den es ging, und nicht um irgendwelche inhaltlichen Einschränkungen. Das war ja auch nicht Gegenstand der Schreiben.

Dann war an dieser Stelle für mich der Vorgang so weit abgeschlossen. Das vielleicht als Einordnung - für mich - dieses Vorgangs.¹⁸³⁸

Der Zeuge Trimbach erklärte zu den Beweggründen für die Erklärung:

„Mir wurde die Situation von ‚Piatto‘ - nennen wir ihn vielleicht so; so wurde er auch in der Öffentlichkeit überwiegend genannt - geschildert. Daraus erschien mir sehr nachvollziehbar, dass da immer noch eine Gefährdung vorliegen könnte. Zeugenschutz bedeutet ja, dass man auch mögliche Gefährdungen da mit einbezieht. Das erschien mir nachvollziehbar, was da gesagt worden ist, dass wir da eben entsprechende Sicherungsmaßnahmen durchführen müssen. Der § 247a StPO, der ja in diesem ersten Schreiben sehr umfangreich - Sie

¹⁸³⁸ Ebenda, S. 72f.

werden es möglicherweise ja gelesen haben - erörtert worden ist in diesem Abwägungsprozess - - Das war die Folge davon.“¹⁸³⁹

Befragt, ob er rückblickend eine vorherige Kontaktaufnahme mit dem Gericht in München für sinnvoll hielte, um die Lage vor Ort zu besprechen, antwortete der Zeuge Trimbach:

„[...] hinterher ist man bekanntlich immer klüger. Also, ich habe mir in dem Moment, als wir das erörtert haben, als ich das verfasst habe und so weiter, ehrlich gesagt, nicht vorstellen können, dass das so interpretiert werden könnte. Aber wenn Sie so wollen: Aus heutiger Sicht - klar. Und wenn ich gewusst hätte, wie die Sicherungsmaßnahmen dort sind - - Da sind ja sogar neue Begriffe, wie ich jetzt gelesen habe, gefunden worden: ein Ladehof, über den Zeugen und so weiter zugeführt wurden. Also, wenn ich das gewusst hätte, dann hätten wir wahrscheinlich gleich das etwas anders gesehen.

Aber wie gesagt, mir wurde gesagt, dass der § 247a bei diesem Zeugen schon Anwendung gefunden hatte, ohne dass das irgendwelche Probleme rechtlicher Art ausgelöst hat. Nach der Lektüre der entsprechenden BGH-Entscheidungen - ich glaube, es gibt sogar auch beim Bundesverfassungsgericht dazu Entscheidungen - habe ich auch keinen Anlass gesehen, daran zu zweifeln.

Und - ich betone das noch mal - ich war mir ziemlich sicher - aus meiner Erfahrung als Vorsitzender eines Senates am OLG heraus -, dass der Vorsitzende oder der federführende Richter sich melden würden, wenn da tatsächlich Probleme gesehen werden würden.“¹⁸⁴⁰

Befragt zu möglichen Abwägungsfehlern beim Erstellen der Aussagegenehmigung erklärte der Zeuge:

„Also, ich kann hier nicht erkennen, dass da Abwägungsfehler vorlagen. Die Informationen, die ich hatte, habe ich einbezogen. Der § 247a StPO ist ja nun kein Tatbestand, der da völlig ungewöhnlich ist. Das ist etwas, was in heiklen Situationen - dieser Zeuge war offenbar insofern ein heikler Zeuge - durchaus angewandt wird. Es erschien mir - das erscheint mir auch heute noch der Fall - als durchaus angebrachte Möglichkeit, hier diesen Abwägungsprozess zu beenden. Diesen haben wir damit beendet, dass wir eben den § 247a mit der Kenntnis, die wir da hatten, als das Ergebnis dann angesehen haben. Da ist durchaus ein Abwägungsprozess vonstattengegangen.

Das, was ich mehr en passant jetzt gesagt habe - aus meiner Erfahrung heraus -, dass ein OLG, wenn es denn da größere Probleme sehen würde, auch etwas dazu sagen würde, das ist nichts Besonderes. Das ist durchaus gang und gäbe.

Eines muss ich vielleicht insofern noch hinzufügen, was das Ganze aus Ihrer Sicht möglicherweise etwas relativiert: Das war deshalb wahrscheinlich ein

¹⁸³⁹ Ebenda, S. 74.

¹⁸⁴⁰ Ebenda, S. 74f.

etwas besonderer Vorgang, weil der Zeugen eben so im Mittelpunkt auch der öffentlichen Diskussion stand. Das wiederum hat allerdings dazu geführt, dass das Gefährdungsinteresse - jedenfalls wurde mir das so vermittelt - als immer noch hoch erschien. Deshalb kam dieses erste Schreiben mit dem § 247a StPO als Ergebnis raus. Und das ist nun nichts Besonderes.“¹⁸⁴¹

Dr. K. D. schrieb an einem Sonntag, den 26.10.2014, in einer E-Mail an sich selbst:

„Speichern, und dann noch dazu:

AL Anruf OLG, was geht?

Ansonsten: alles richtiggemacht, nach außen die Wertschätzung und Schutzgarantie für V-Leute dokumentiert, wenn jetzt aber das OLG zwischenzeitlich nachweisen konnte, dass der dortige Schutz ausreicht, kann von der vorsorglich abgegebenen eingeschränkten Aussagegenehmigung/der Sperrerklärung abgewichen werden. Das MI freut sich darüber.“¹⁸⁴²

Der Zeuge Dr. K. D. erklärte, dass diese Email als Merkzettel für den Montag gedacht war. Zum Inhalt führte er aus:

„Das war ja auch eine weitere Befürchtung, die seitens des PP kam, aber die ich selber in anderen Vorgängen auch schon mal mitbekommen hatte, dass man befürchtet, wenn V-Leute sich schon trauen, entweder aktiv auf die Polizei oder den Verfassungsschutz zuzugehen oder aber andersherum vielleicht aktiv angesprochen werden - - dass man dann diesen V-Personen natürlich die größtmögliche Sicherheit gewähren möchte als Staat, die im Rahmen des Zulässigen und Vertretbaren da ist.

Das ist jetzt wahrscheinlich dieser Merker für mich gewesen, dass das ein gangbarer Weg, eine tragbare Lösung ist, dass man erst mal vom Gericht argumentativ sichergestellt bekommen hat, dass die Person in sicherer Weise aussagen kann, dass man aber andersrum natürlich mit dieser ersten Aussagegenehmigung, der eingeschränkten, gezeigt hat, dass man V-Personen nicht einfach so ins kalte Wasser schmeißt oder sozusagen ins Rampenlicht zieht. - Entschuldigung, das ist ein Nebeneffekt. Das ist nicht in diesem konkreten Einzelfall die Intention gewesen. Da ging es tatsächlich immer um die mögliche Gefährdung der Person ‚Piatto‘. Aber man setzt natürlich auch für andere V-Personen und andere künftige Fälle oder auch vergangene ein Zeichen, indem man sagt: Ihr könnt weiterhin Informationen geben und seid sicher dabei.“¹⁸⁴³

In einem Sachstandsbericht von Dr. K. D. vom 18.11.2014 heißt es zum medialen Echo auf die Erteilung der eingeschränkten Aussagegenehmigung:

¹⁸⁴¹ Ebenda, S. 76.

¹⁸⁴² B 168, Erste Teillieferung, UA 6-1, B 168 – Akte – VS-NfD (geschwärzt), S. 174.

¹⁸⁴³ 3 Protokoll der 39. öffentlichen Sitzung vom 10.01.2019, S. 52.

„Insbesondere diese nachgeordnete Sperrerklärung führte bundesweit medial und im Land Brandenburg auch im politischen Raum zu Aufmerksamkeit und Diskussionen, in denen der Aspekt der gerade verfahrenssichernden Wirkung der vorrangig eingeschränkten Aussagegenehmigung immer mehr in den Hintergrund getreten ist.“¹⁸⁴⁴

Die Frage, weshalb Dr. K. D. nicht schon vor der Erstellung der ersten eingeschränkten Aussagegenehmigung das Gespräch mit dem Gericht gesucht habe und sich über die Möglichkeiten des Zeugenschutzes vor Ort informiert habe, erklärte er mit seiner Unerfahrenheit in diesem Bereich.¹⁸⁴⁵ Auf die Frage, ob eine vorherige Absprache mit dem Oberlandesgericht die „mediale Entrüstung“ hätte verhindern können, sagte der Zeuge Dr. K. D.:

„Die [Einschätzung] teile ich nicht unbedingt. Ich habe ja gesagt, dass wir an der Sache gearbeitet haben und dass wir erst mal mit Argumenten gearbeitet haben. Natürlich ist es die Grenze zwischen Verwaltung und Politik, wo wir da arbeiten. Aber in diesem Fall, wo es darum geht, dass Menschen in Gefahr sind, denke ich, dass man erst mal das, was im Gesetz steht, auch entsprechend anwenden sollte. Und wenn ein Zeugenschutz nach Darstellung oder nach den Argumenten, die vorliegen, nur auf eine bestimmte Art erst mal gegeben zu sein scheint, dann gibt es da, glaube ich, keine Auswahlmöglichkeit.“¹⁸⁴⁶

Und an anderer Stelle:

„Aus heutiger Sicht würde ich, wenn ich jetzt noch mal genau ein vergleichbares Verfahren hätte, tatsächlich vielleicht schneller den Kontakt zum Gericht suchen - weil der hat ja letztendlich die Lösung ergeben -, dass man feststellt, okay, so ist es vor Ort, und so können sich die Zeugenschützer miteinander austauschen, dass man da eine gewisse Sicherheit bekommt. Ich wiederhole: Ich hatte da nicht allzu viel Erfahrung mit Verfahren dieser Größenordnung. Ich hatte bestimmte Informationen, die ich geprüft habe in rechtlicher Natur, aber in tatsächlicher Natur nicht hinterfragen musste und auch nicht konnte.

Das andere - auch eine Wiederholung -: Ich habe eine Verhältnismäßigkeitsprüfung vorgenommen, wiederum unter, ich weiß nicht, ich glaube, Punkt 4 dieses Schreibens an das Gericht - oder am Ende auf jeden Fall irgendwo -, wo ich mit verschiedenen Spiegelstrichen schreibe, weswegen bestimmte aus Ihrer Sicht vielleicht mildere Mittel oder tatsächlich mildere Mittel nicht in Betracht kommen. Insoweit ist da alles passiert, was in so einer Verfügung passieren muss. Aber in der Tat: Aus heutiger Sicht, da ich jetzt heute hier sitzen und aussagen darf, ließe sich das vielleicht künftig vermeiden, indem ich eher den Hörer in die Hand nehme. Ja.“¹⁸⁴⁷

¹⁸⁴⁴ B 168, Erste Teillieferung, UA 6-1, B 168 – Akte – VS-NfD (geschwärzt), S. 250f.

¹⁸⁴⁵ Protokoll der 39. öffentlichen Sitzung vom 10.01.2018, S. 49f.

¹⁸⁴⁶ Ebenda, S. 43.

¹⁸⁴⁷ Ebenda, S. 54f.

5.3.2. Zeugenschutz in vorherigen Verfahren und Aussagegenehmigung beim BKA

In dem bereits dargestellten Verfahren gegen Szczepanski wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz (496 Js 23487/00), in dem Szczepanski zusammen mit Uwe Menzel und T. W. angeklagt war, wurde öffentlich verhandelt. Die Zeugenschutzstelle des Landeskriminalamts teilte dem Präsidenten des Amtsgerichts mit Schreiben vom 01.02.2002 von der V-Mann-Tätigkeit Szczepanskis mit:

„[...] die o. g. Person befindet sich seit Ende August 2000 im polizeilichen Zeugenschutzprogramm des Landeskriminalamtes Brandenburg.

In Vorbereitung der gerichtlichen Hauptverhandlung und zum möglichen Erlaß einer entsprechenden Hausverfügung sowie einer sitzungspolizeilichen Verfügung übersende ich Ihnen Unterlagen, die den Gefährdungsgrad und das Gefährdungspotential der Gefährder veranschaulichen sollen.

Aus unserer Sicht ist neben der Anwesenheit potentieller Gefährder aus dem rechten Spektrum mit einem größeren Medieninteresse zu rechnen.

Zur Absprache sicherheitspolizeilicher Probleme an den Tagen der Hauptverhandlung sollte ein Treffen zwischen Ihnen und Vertretern der Zeugenschutzdienststelle stattfinden. Für einen Terminvorschlag diesbezüglich wäre ich Ihnen sehr dankbar.“¹⁸⁴⁸

Mit Schreiben vom 14.06.2002 setzte sich auch die Staatsanwaltschaft Potsdam (Petersen) für eine Beteiligung des LKA Brandenburg an „Sicherheitsvorkehrungen“ während der Hauptverhandlung ein, da eine Gefährdung des Angeschuldigten Szczepanskis nicht auszuschließen sei.¹⁸⁴⁹ In der Hauptverhandlung am 09.12.2002 erschien Szczepanski persönlich.¹⁸⁵⁰ Welche sicherheitspolizeilichen Anordnungen durch das Gericht getroffen wurden, ist dem Hauptverhandlungsprotokoll nicht zu entnehmen.

In dem bereits dargestellten Strafverfahren gegen G. W. u.a. (496 Js 6461/03 (9/03)) wegen der Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion wurde Carsten Szczepanski am 06.04.2004 eine Aussagegenehmigung durch den Abteilungsleiter Wegesin erteilt:

¹⁸⁴⁸ B 65, MAT_A_BB-14b_BAND II, S. 80.

¹⁸⁴⁹ Ebenda, S. 132.

¹⁸⁵⁰ Ebenda, S. 162.

„In dem Verfahren 496 Js 6461/03 (9/03) vor dem Amtsgericht Königs Wusterhausen wird Ihnen nach § 54 StPO die Genehmigung zur Aussage als Zeuge erteilt.

Die Genehmigung erstreckt sich allerdings nicht auf Aussagen, die Ihre Zusammenarbeit mit Mitarbeitern der Verfassungsschutzbehörde des Landes Brandenburg betreffen. Auch dürfen Ihnen bekannt gewordene Arbeitsweisen, Mittel und Methoden der Verfassungsschutzbehörde nicht offen gelegt werden“¹⁸⁵¹

Am 24.09.2004 legte das Landeskriminalamt auf Anforderung der zuständigen Richterin in diesem Verfahren ein Schreiben¹⁸⁵² vor, in dem „das Gefährdungslagebild nochmals skizziert“ und eine audiovisuelle Vernehmung des Zeugen Szczepanskis angeregt wurde. Darin heißt es:

„Trotz sitzungspolizeilicher und Hausverfügungen in bereits erfolgten Verhandlungen, an denen die Schutzperson als Angeklagter teilgenommen hatte, wurden ungenehmigte Film- und Fotoaufnahmen der Schutzperson gefertigt, die insbesondere auf Grund der aus Sicherheitsgründen notwendigen Trennung seiner aktuellen persönlichen Lebensumstände von dem Verhandlungsgeschehen zu einer weiteren Gefährdung beitragen, die aktuellen Film- und Fotoaufnahmen wurden in direktem Vergleich mit Archivbildern veröffentlicht.

[...]

Aufgrund der Gefährdungseinstufung der Schutzperson ist der logistische Aufwand zum Schutz vor, während und nach der Hauptverhandlung unverhältnismäßig zur gesetzlich vorgesehenen Alternative der Videovernehmung, die in eben dieser Verfahrenslage durch den Gesetzgeber als anwendbare Norm vorgesehen ist.“¹⁸⁵³

Szczepanski wurde in diesem Verfahren gemäß § 247a StPO ohne Ausschluss der Öffentlichkeit audiovisuell vernommen.¹⁸⁵⁴

Auf Basis der Aussagegenehmigung vom 06.04.2004 sagte Szczepanski im Ermittlungsverfahren gegen den NSU bzw. Jan Werner am 07.06.2012 als Zeuge beim Bundeskriminalamt (BAO Trio) aus. Das BKA vermerkte am selben Tag:

¹⁸⁵¹ B 65, MAT-A-BB-14d_Band VI, S. 106

¹⁸⁵² Ebenda, S. 276-281.

¹⁸⁵³ Ebenda, S. 278 u. 280.

¹⁸⁵⁴ Ebenda, S. 332f.

„Es wird darauf hingewiesen, dass die Aussagegenehmigung auf den 06.04.2004 und nicht auf den 06.04.2012 datiert ist, wie versehentlich in der Zeugenvernehmung vermerkt wurde.

Eine Kopie der Aussagegenehmigung liegt der Zeugenvernehmung des Carsten SZCZEPANSKI bei.

Gemäß der Angaben des Zeugenschutzes Brandenburg, welcher Hr. SZCZEPANSKI zur Zeugenvernehmung begleitete, sei die Aussagegenehmigung vom 06.04.2004 die aktuell gültige. Für jeweils erneut anstehende Vernehmungen würden keine neudatierten ausgegeben.“¹⁸⁵⁵

Auf die Frage, ob eine acht Jahre alte Aussagegenehmigung Szczepanskis aus einem Verfahren vor dem Amtsgericht Königs Wusterhausen, die inhaltlich beschränkt sei, für eine BKA-Vernehmung zum NSU-Komplex „schwierig“ sei, sagte Bundesanwalt Diemer:

„Nein. Da gehe ich jetzt mal davon aus, ohne dieses Stück zu kennen, dass es nur darum ging, dass Carsten Szczepanski in dieser Vernehmung durch das BKA auch zu dem Sachverhalt aussagen sollte, zu dem ihm schon mal vor einigen Jahren eine Aussagegenehmigung erteilt worden ist, und das halte ich dann für legitim; denn die ist ja mal erteilt worden, und dann darf er - - dann gilt die auch jetzt noch.“¹⁸⁵⁶

Auf die Spezifizierung, dass Szczepanski vor dem BKA – weitergehend - „zum gesamten NSU-Komplex“ auf Basis der Aussagegenehmigung für den Prozess vor dem Amtsgericht Königs Wusterhausen aussagen sollte, erklärte der Zeuge:

„Der NSU-Komplex ist ja wieder ein ganz anderer Sachverhalt als der wahrscheinlich, zu dem er vorm Amtsgericht Königs Wusterhausen befragt worden ist. Ein Zeuge bekommt ja immer nur für ein bestimmtes Zeugenthema - so wie ich ja auch heute - eine Aussagegenehmigung erteilt. Also, ich verstehe Ihre Frage jetzt nicht. Die Aussagegenehmigung, die Sie hier zitiert haben - - Das habe ich jetzt so verstanden, dass Szczepanski sie in einem Prozess im Jahr 2004 vor dem Amtsgericht Königs Wusterhausen als Zeuge bekommen hat, um zu einem bestimmten Sachverhalt auszusagen. Die hat aber natürlich keinerlei Wirkung, wenn er Jahre später in einem ganz anderen Prozess zu einem ganz anderen Thema aussagt. Und der Umstand, dass Szczepanski eigentlich recht ausgiebig ausgesagt hat, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, zeigt eigentlich, dass er eine Aussagegenehmigung für den NSU-Komplex grundsätzlich gehabt haben muss; denn sonst hätte er ja nichts sagen dürfen.“¹⁸⁵⁷

¹⁸⁵⁵ GBA - NSU Prozess München - 2StE 8-12-2Ordner, 2 StE 8-12-2 Ordner 7, S. 510.

¹⁸⁵⁶ Protokoll der 39. öffentlichen Sitzung vom 10.01.2019, S. 32.

¹⁸⁵⁷ Ebenda, S. 32.

Auf Nachfrage sagte Diemer:

„Ich kann mich auch nicht erinnern, dass es da Schwierigkeiten gegeben hat. Der Zeuge ist wirklich mehrfach vernommen worden und hat auch seitenweise Angaben gemacht. Es sind ihm Bilder vorgehalten worden; die Aussagen sind protokolliert, von ihm unterschrieben. Und die können ja nur gemacht worden sein, wenn er dafür eine Aussagegenehmigung bekommen hat.“¹⁸⁵⁸

Auf die Vorlage der vom Verfassungsschutz erteilten Aussagegenehmigung aus dem Jahr 2004 bei der BKA-Vernehmung 2012 angesprochen, sagte die Zeugin Schreiber:

„Jetzt muss ich mal tief in meiner Erinnerung kramen, ob wir überhaupt eine Aussagegenehmigung - wir als Verfassungsschutz - erteilt haben. Das ist die Frage, wer da eigentlich zuständig ist, ob es die für den Zeugenschutz zuständige Behörde war oder wir es waren. Also, aus meinem Verständnis von Verwaltung würde ich sagen: Die für den Zeugenschutz zuständige Behörde muss das erteilen, und der Verfassungsschutz muss Erkenntnisse zuarbeiten, die die Gefahrenlage beurteilen lassen. Ich denke nicht - das wäre mir erinnerlich -, dass ich so was unterschrieben habe.“¹⁸⁵⁹

Auf die Nachfrage, ob es üblich gewesen sei, eine alte Aussagegenehmigung in einem neuen Verfahren wieder zu verwenden, sagte Schreiber:

„Ich denke, das ist verwunderlich. Die Aussagegenehmigung muss sich ja immer auf das Beweisthema beziehen. Also, das weiß ich jetzt mehr aus meinen beamtenrechtlichen Kenntnissen in meiner Zeit in der Beamtenkammer des Landes Berlin. Da hatten wir solche Aussagegenehmigungen. Die muss immer auf das Beweisthema bezogen werden. Also, da hilft eine alte eigentlich nicht.“¹⁸⁶⁰

Der Zeuge Bernd K. erklärte zu den Gefährdungslagen 2004 und 2014 und den Anforderungen an die Aussagegenehmigungen:

„Also, zum einen kann ich jetzt zu 2004 relativ wenig sagen. Ich weiß, wie die Aussagegenehmigung insofern ausgesehen hat und wie der Beschluss des Gerichts ausgesehen hat. Ich war damals als Kripo-Chef in Fürstenwalde, hatte also mit entsprechenden Vorgängen nichts zu tun.

Warum kam es dann - in Anführungsstrichen - zu dieser Verschärfung? Für mich war einfach aus der Darstellung des Zeugenschutzes klar, dass wir insofern eine andere Sachlage haben, und zwar allein aufgrund der technischen Entwicklungen. Wenn Sie heutzutage ein Foto machen, was ja 2004 mit dem Handy schon ein bisschen schwieriger war bzw. mit dem Versenden per Mail - - war das für mich im Jahre 2013, 2014 ganz normal, dass das

¹⁸⁵⁸ Ebenda, S. 33.

¹⁸⁵⁹ Protokoll der 40. öffentlichen Sitzung vom 11.01.2019, S. 23.

¹⁸⁶⁰ Ebenda..

unproblematisch gemacht werden kann, sofort verbreitet werden kann und sich über die sozialen Netzwerke auch in Windeseile verbreiten kann. Damit war für mich jetzt allein aus diesem technischen Aspekt, der technischen Innovationen in diesen zehn Jahren, eine ganz andere Gefährdungslage für mich nachvollziehbar. So hatte mir das der Zeugenschutz auch dargestellt, und das war für mich plausibel.“¹⁸⁶¹

Auf die Frage, wieso keine aktuelle Gefährdungsanalyse eingeholt worden sei, erklärte Dr. K. D.:

„Aber es gab vom Präsidium Informationen, die es für erforderlich gehalten haben - - oder eine Wertung des Präsidiums und auch ein weiterhin bestehendes Zeugenschutzprogramm. Das macht man ja auch nicht aus Spaß. Und die Zeugenschützer im Präsidium haben das ja auch bis heute, so wie ich das verstanden habe, weiter fortgeführt, dieses Zeugenschutzprogramm. Wenn das alles so entbehrlich wäre - so meine Einschätzung -, dann wäre die Person ja letztendlich nicht in Gefahr. Der Umkehrschluss ist: Solange die Person geschützt wird, ist sie in Gefahr. Die Bewertung, ob jetzt ein Zeugenschutzprogramm nötig ist oder nicht oder eine Aussagegenehmigung nötig ist oder nicht, habe ich dem Präsidium tatsächlich überlassen. Ich hatte auch keinen Kontakt zu der Person ‚Piatto‘ oder - - Also, ich habe mich auf die Zuarbeiten derjenigen verlassen, die ihn persönlich tatsächlich auch betreuen, aus dem Präsidium.“¹⁸⁶²

5.4. Die Vernehmungen von Dieter Borchert am OLG München

5.4.1. Grundsätzliches Aussageverhalten

Das OLG München lud den V-Mann-Führer Szczepanskis, Dieter Borchert, als Zeugen zum Hauptverhandlungstermin vom 10.06.2015. Das Innenministerium erteilte eine entsprechende Aussagegenehmigung.

In einem Gespräch zwischen der Abteilung V für Verfassungsschutz des Innenministeriums und dem OLG München wurden am 06.05.2015 die Möglichkeiten der Identitätswahrung und die Gegebenheiten vor Ort besprochen:

„Heute führte ich ein Telefonat mit Herrn Dr. Lang (Beisitzer im Verfahren gegen Beate Zschäpe u.a. am OLG München). Inhalt des Gespräches war die Erteilung der Aussagegenehmigung für Herrn G[geschwärzt] und die Sicherstellung seiner Identität.

Herr Lang machte deutlich, dass eine äußerliche Veränderung (Bart, Perücke) in der Verantwortung der hiesigen Dienststelle liege. Er riet an, dass der Zeugenschutz des Landes Brandenburg das Hin-und Wegbringen des Zeugen

¹⁸⁶¹ Protokoll der 39. öffentlichen Sitzung vom 10.01.2018, S. 62.

¹⁸⁶² Ebenda, S. 44f.

sicherstellt. Der Zeugenschutz wisse bereits um die baulichen Gegebenheiten vor Ort und der Möglichkeiten der Zuführung (über das Haus der Staatsanwaltschaft). Außerdem könne der Zeugenschutz Räume und Gänge im OLG nutzen, die anderen Beteiligten verschlossen blieben.

Herr [geschwärzt] wird voraussichtlich direkt vor dem Sitzungssaal kurz warten müssen. Dort befänden sich ab und an auch Vertreter der Nebenklage. Um dort seine Identität zu wahren, riet Herr Lang an, dass Herr G[geschwärzt] einen Kapuzenpulli trägt; insb. auch deshalb, da alle Anwälte ihre Smartphones dabeihaben würden.

Während der gerichtlichen Vernehmung dürfte Herr [geschwärzt] keine Kopfbedeckung tragen. Im Gerichtssaal kann sein Gesicht nur durch den erkennenden Senat und Vertreter der Staatsanwaltschaft gesehen werden.

Ich habe Herrn Lang bereits mitgeteilt, dass die Aussagegenehmigung nur eingeschränkt erteilt wird. Herr [geschwärzt] darf zum Sachverhalt ausführlich Stellung nehmen, Angaben zur Identität werden ihm allerdings nicht erlaubt dem stimmte Herr Lang zu.

Für die Organisation und konkrete Absprachen vor Ort stünde eine Frau [geschwärzt] der Hausverwaltung zur Verfügung.“¹⁸⁶³

In seiner ersten Vernehmung wurde der Zeuge Dieter Borchert seitens des Gerichts darauf hingewiesen, dass er sich als „Amtszeuge“ besonders auf die Vernehmung durch Aktenstudium vorzubereiten habe, da der Zeuge sich auf Erinnerungslücken berief.

Die Zeugin Wagner sagte zu dem Aussageverhalten des V-Mann-Führers:

„Es ist für den Zeugen aufgrund seiner Tätigkeit, die er in der Behörde wahrgenommen hat, das völlige Gegenteil, eine solche Aussage in Öffentlichkeit oder in Teilöffentlichkeit machen zu müssen, von dem, was er in seiner Arbeitstätigkeit als solches durchzuführen hat, nämlich verdeckt, getarnt Informationen zu erheben.

Auch wenn das jetzt als Plattitüde gilt: Ein Verfassungsschützer ist im Gegensatz zu einem Polizisten, der jederzeit gewahr werden muss, dass seine polizeilichen Maßnahmen einer gerichtlichen Überprüfung standhalten müssen und er dort als Zeuge befragt werden kann - - und das auch Ausbildungsinhalt ist, also: ‚Wie bereite ich mich als Polizist vor, für eine Wahrheitsfindung beizutragen auch in gerichtlichen Verfahren?‘ - - gehörte das praktisch auch bis zum Thema Aufarbeitung NSU nicht zum Standard einer Ausbildung eines Verfassungsschützers und war damit eben auch einer gewissen Problematik anheimgestellt.

¹⁸⁶³ B 168\Zweite Teillieferung\OLG R.G, 2015_04_30 OLG Ladung R.G.10.06.2015, S. 3.

[...]

Es ist auch so: Wenn jemand Quellen führt - und ich will jetzt nicht über Taktiken und sonstige Sachen reden, weil dann müssten wir uns im Keller wiedersehen -, ist es schon so, dass bei der Vielzahl der Erkenntnisse, die da erhoben werden, natürlich eine sehr nahe Arbeit an dem einzelnen Fall erforderlich ist, und nach jedem Treffen werden entsprechend die Erkenntnisse schriftlich niedergelegt, sodass der V-Mann-Führer auch immer die Möglichkeit hat, sich wieder einzulesen – ‚Wie war das das letzte Mal? Wo setze ich an? Was gibt es für neue Erkenntnisse?‘ -, also ein jederzeit wieder abrufbares Wissen vorhanden ist.

So, und es gibt eben Dinge - wenn ein bestimmter Fall abgeschlossen ist, weil es eben auch mit Legenden, verdeckten Dingen und Sonstigem zu tun hat -, dass man versucht, das auch abzulegen, in seinem Kopf abzulegen. Dieses erklärt in gewisser Weise eben auch, warum man sich an bestimmte Dinge nicht mehr erinnern kann oder will an diesen Stellen, weil das der Aufgabe auch immanent ist“¹⁸⁶⁴

5.4.2. Zustandekommen der Sperrerklärung

Bei der zweiten Vernehmung am 29.07.2015, erschien Dieter Borchert mit dem Zeugenbeistand Dr. Butz Peters. Er führte eine Handakte mit sich, die vom Innenministerium gesperrt wurde. Hierzu heißt es in einem Vermerk der Abteilung V zur Vorbereitung einer Sondersitzung der parlamentarischen Kontrollkommission vom 29.08.2015:

„[...] In seiner bislang letzten Zeugenaussage beim OLG München im NSU-Prozess hatte Herr G. [...] einen Aktenordner mit, in dem er als Gedächtnisstütze Unterlagen des Verfassungsschutzes, Vorbereitungsarbeiten des Rechtsbeistandes und Internetauszüge zusammengestellt hat. Auf Verlangen der Nebenklägervertreter sollte der Ordner beschlagnahmt werden. Nach Rücksprache mit der Abteilung V wurde er in Verwahrung bei Gericht genommen. Vor der beabsichtigten Beschlagnahme durch das Gericht hat die Behörde die Möglichkeit, den Inhalt des Ordners zu sperren und somit einer Einsichtnahme durch Gericht und Rechtsanwalt zu entziehen.

Nach Prüfung des Akteninhalts und nach Anraten des beauftragten Rechtsanwaltes hat die Abteilung 5 für die Sperrung der gesamten Akte votiert und Herrn St den Entwurf einer Sperrerklärung gemäß § 96 StPO vorgelegt, den dieser am 12. August 2015¹⁸⁶⁵ schlussgezeichnet hat.“¹⁸⁶⁶

¹⁸⁶⁴ Protokoll der 41. öffentlichen Sitzung vom 25.01.2019, S. 24f.

¹⁸⁶⁵ In dem Schreiben von Götzl vom 24.09.2015 sowie in dem Antrag der Nebenklägervertreter wird die Sperrerklärung auf den 11.08.2015 datiert, B168, Zweite Teillieferung\OLG R.G, 2015_09_24 OLG Antrag Aufhebung Sperrerklärung Anlagen GBA, Nebenklage_bwps, S. 2 und 8.

¹⁸⁶⁶ B 168\Zweite Teillieferung\OLG R.G, Vermerk Sondersitzung PKK, S. 1.

Der Zeugenbeistand Peters riet dem Ministerium, den gesamten Inhalt der Akte zu sperren, da neben geheimhaltungsbedürftigen Unterlagen auch Vermerke des Rechtsanwalts in der Akte seien, die in der Vorbereitung auf die Zeugenaussage gefertigt worden seien.¹⁸⁶⁷

Nach § 96 StPO darf die Vorlegung oder Auslieferung von Akten oder anderen in amtlicher Verwahrung befindlichen Schriftstücken durch Behörden nicht gefordert werden, wenn deren oberste Dienstbehörde erklärt, dass das Bekanntwerden des Inhalts dieser Akten oder Schriftstücke dem Wohl des Bundes oder eines deutschen Landes Nachteile bereiten würde. Zur Begründung der Sperrerklärung¹⁸⁶⁸ führte das Ministerium im Wesentlichen aus, dass die Akte *„in ihrer Gesamtheit“* Mittel und Methoden der nachrichtendienstlichen Arbeit enthalte und bei einer Weitergabe an eine Vielzahl von Beteiligten im Verfahren vor dem OLG Nachteile für Bund und Länder entstehen würden. Solche Nachteile lägen nämlich bereits dann vor, wenn und soweit durch die Bekanntgabe des Akteninhalts die künftige Erfüllung der Aufgaben der Sicherheitsbehörden erschwert würde. In der Akte befänden sich verschiedene Arten von Dokumenten. Zum einen handele es sich um Dokumente des Verfassungsschutzes Brandenburg, die vor der Zeugenladung entstanden seien, neben anderen Unterlagen insbesondere Deckblattmeldungen. Diese Schriftstücke seien *„geheimhaltungsbedürftig, da es sich um eingestuftes Material handele, das zu über 90 Prozent Sachverhalte aus der rechtsextremistischen Szene betreffe, die mit dem Thema des Strafverfahrens nichts zu tun“* hätten. Drohende Nachteile würden sich nicht allein aus der teilweisen *„VS-Einstufung“* der Dokumente ergeben. Es sei zu befürchten, dass Mittel und Methoden des Verfassungsschutzes, insbesondere zu *„Fragen der Informations-und Beobachtungsschwerpunkte, der Art und Weise der konkreten Informationserhebung mittels nachrichtendienstlicher Quellen und der künftigen Gewährung von nachrichtendienstlichen Zugängen in verfassungsschutzrelevante Personenzusammenschlüsse“* bekannt würden. Zum anderen befänden sich Dokumente in der Akte, die im Zusammenhang mit der Ladung gefertigt worden seien, unter anderem eine chronologische Darstellung, die auch nicht von der Aussagegenehmigung erfasste Sachverhalte umfassen würde. Teils seien die Dokumente für die Beweisaufnahme bereits unerheblich, teils *„überwiege die*

¹⁸⁶⁷ B 168\Zweite Teillieferung\OLG R.G, Vermerk Sperrerklärung, S 1.

¹⁸⁶⁸ B 168\Zweite Teillieferung\OLG R.G, Sperrerklärung, S. 3-10.

Geheimhaltungsbedürftigkeit“. Des Weiteren fänden sich in der Akte Dokumente aus dem Mandatsverhältnis zur Vorbereitung der Vernehmung. Auch das „*rechtlich besonders geschützte Mandatsverhältnis*“ rechtfertige eine Sperrerklärung. Schließlich seien Internetauszüge und weitere öffentlich zugängliche Dokumente in der Akte, die in ihrem Gesamtzusammenhang jedoch die Informationsschwerpunkte und Art und Weise des nachrichtendienstlichen Herangehens untermauern würden.

In dem Vermerk vom 29.08.2015 zur Vorbereitung der PKK begründete der stellvertretende Abteilungsleiter Rhode, der damals die Abteilung führte, die Sperrung der Akte:

„Die Sperrung der in Rede stehenden Akte behindert nicht die Wahrheitsfindung im Verfahren gegen Beate Zschäpe u.a., da es keinerlei Einschränkungen bei der Aufklärung der damaligen Sachverhalte innerhalb der Aussagegenehmigung des Mitarbeiters G. gibt. Diese wurde auf Bitten des Gerichts vielmehr erweitert. Auch wurde dem Gericht der Sachverhalt, der in der Akte dargestellt ist und im Verfahren Relevanz erlangt hat (Was ist mit dem Bums) im Anschreiben zur Sperrerklärung der Erweiterung der Aussagegenehmigung nochmals übermittelt [...].

Die Entstehung der Akte beruht im Wesentlichen auf der vom Gericht deutlich gemachten Pflicht des Zeugen G., sich als ‚Amtszeuge‘ besonders auf die Vernehmung durch Aktenstudium vorzubereiten. Bei der Akte handelt es sich nicht um die V-Mann-Akte zur ‚Quelle Piatto‘.

Die Akte enthält, wie in der Sperrerklärung dargestellt, verschiedenste Arten von Papieren, die im Hinblick auf ihre Verschlussachengrad und damit hinsichtlich ihres inhaltlichen Schutzes unterschiedlich zu bewerten sind. Dies gilt auch für den jeweiligen besonderen Grund der Entstehung des jeweiligen Dokuments oder aber dem Grund, warum es sich in der Akte befindet. Denn diese Akte wurde zur Vorbereitung auf die Zeugenvernehmung von Herrn G. durch diesen selbst zusammengestellt.

Wesentliche Teile betreffen das Mandatsverhältnis Anwalt/Zeuge [...] und eine Vielzahl der übrigen Dokumente dient ausschließlich dem Herausarbeiten bzw. der Abgrenzung und dem schnellen Auffinden von gegebenenfalls aussagerelevanten Sachverhalten [...].

Warum wurde die Akte gesperrt?

In der Sperrerklärung wird darauf Bezug genommen, dass im Gesamtzusammenhang der Dokumente gesehen, Arbeitsweisen und Schwerpunkte des Verfassungsschutzes erkenn- und nachvollziehbar werden.

Die wesentliche Anzahl der Dokumente enthält, jedes für sich gesehen Sachverhalte, die bei einer Einzelbetrachtung durchaus einer Offenlegung

zugänglich wären. Zusammen mit den eingestuften Dokumenten aber oder den anwaltlichen Vorbereitungen auf die Zeugenvernehmung und den Internetauszügen sind insbesondere Arbeitsmethoden bzw. Arbeitsinhalte des Verfassungsschutzes ablesbar (etwa die vom Anwalt erarbeiteten Fragebögen auf den Seiten 35-39 in Verbindung mit den Untersuchungsausschussprotokollen und den Deckblattmeldungen offenbaren dies). Diese Fragen betreffen unter anderem konkrete Details der Arbeitsorganisation des Verfassungsschutzes sowie der operativen Arbeit und deren Mitarbeiter (zum Beispiel ‚Wer war bei Ihnen im Haus für die ‚Forschung und Werbung‘ zuständig‘? Oder ‚Wie viele Quellen führ bei Ihnen ein V-Mann(-Führer)? Mehrere?‘, siehe hierzu S. 36 der Akte oder ‚Unter welcher Nummer wurde Szczepanski bei Ihnen geführt?‘ siehe hierzu S. 39 der Akte). Diese Frage berührt die interne Tarnung/Legendierung von Quellen innerhalb des Verfassungsschutzes [...].

Durch die Darlegung der Einsatzgebiete der Quelle ‚Piatto‘ in den Bereichen rechtsextremistische Musik, Bands und Handel mit Musikproduktionen, Blood & Honour sowie Demonstrationsgeschehen in der rechtsextremistischen Szene aber auch durch Bezüge in die Szenen anderer Bundesländer und der Verbindung zu Personen aus all den unterschiedlichen Personenkreisen des Rechtsextremismus (siehe hierzu Seite 69-99 Deckblattmeldung, die noch als VS-NfD die eingestuft sind) wird insbesondere deutlich, welche Personen als Quellen für den Verfassungsschutz agieren.

Unter Berücksichtigung der in der Akte enthaltenen offenen und eingestuften Dokumente ergibt sich ein idealtypisches Quellenprofil, welches letztendlich der extremistischen Szene eine Blaupause an die Hand geben würde, welche die Suche nach Quellen erleichtern und damit eine Gefährdung der aktuell noch aktiven Quellen erhöhen würde.

Ähnliches gilt auch für die Anbahnungsversuche im Forschungs- und Werbungsbereich. Auch hier erscheint der Verfassungsschutz ausrechenbar, wenn offenbar wird, welche Inhalte und Personen von besonderem Interesse für den Verfassungsschutz sind. Hier wäre eine Gefährdung der Forscher und Werber nicht auszuschließen, da die potentiellen Quellen nicht mehr nur pauschal, sondern konkret vorbereitet werden (Gefahr der Enttarnung).

Die in Vorbereitung der Verhandlung zusammengefassten Erkenntnisse zur Treffhäufigkeit (siehe hierzu S. 116 f der Akte in Verbindung mit den dortigen Deckblattmeldungen) lassen auch Rückschlüsse darauf zu, wie Quellentreffen ablaufen. Dies bezieht sich nicht auf den Fall ‚Piatto‘. Allerdings lassen sich diese verallgemeinern und damit Rückschlüsse auf die Gesamtarbeitsweise der Beschaffung zu.

Neben dem Quellenprofil liegen die Dokumenten in ihrer Verbindung auch offen, welche Schwerpunkte der Verfassungsschutz setzt. Damit wäre er leicht ausrechenbar. Konkret was interessiert den Verfassungsschutz: Namen, Daten, Termine, Personenzusammenschlüsse, Veranstaltungen, Immobilien, Abläufe, Netzwerke, Finanzierung der rechtsextremistischen Szene (siehe hierzu die Deckblattmeldungen in der Akte).

Die durch die einzelnen Dokumente wiedergespiegelten Arbeitsweisen stehen für sich allein unauffällig, in ihrer Gesamtheit ergeben sie allerdings vielfältige Einblicke in die Arbeitsweise des Verfassungsschutzes [...] aber auch darüber hinaus den Informationsaustausch mit der Polizei und der Staatsanwaltschaft [...].

Ferner lassen die Papiere in ihrer Gesamtheit Rückschlüsse einerseits auf gespeicherte Personen bzw. Personen zu, die auch heute noch Bezüge zur rechtsextremistischen Szene haben und ihre damaligen Verbindungen sowie andererseits auf Personen, die aus der rechtsextremistischen Szene ausgestiegen sind (siehe hierzu Personenlisten in der den Deckblattmeldungen auf den S. 73-99 der Akte), ferner enthalten sie Namen der Sachbearbeiter des Verfassungsschutzes [...]. Inwieweit dadurch Gefährdungen Dritter entstehen, kann von hier nicht verifiziert werden. An dieser Stelle muss allerdings auf die Rechte Dritter und den damit verbundenen Datenschutz hingewiesen werden (siehe hierzu S. 64 sowie die Personenlisten und Namen von Mitarbeitern des BfV, des BKA und des GBA). Auch diesem Umstand trägt die Sperrung der gesamten Akte Rechnung.

Sicher kann ein Teil der hier zur Sperrung der Akte herangezogenen Einzelheiten bereits offen recherchiert gefunden werden, in der Akte selbst sind sie aber komprimiert und satmmen in dieser Zusammenstellung vom Verfassungsschutz selbst, wodurch die Akte überhaupt erst ihre Brisanz erlangt haben dürfte.“¹⁸⁶⁹

Der Untersuchungsausschuss ist dem Zustandekommen und den Motiven der Sperrung vor dem Hintergrund nachgegangen, dass ein Teil der in der Akte befindlichen Dokumente, insbesondere die Deckblattmeldungen, dem Gericht schon ungeschwärzt vorlagen und in der Form im Jahr 2011 vom Verfassungsschutz bereits weitergegeben worden waren.

Die Zeugin Wagner berichtete:

„Am Tag der Vernehmung des Zeugen Dieter Borchert in München war ich an meinem Arbeitsplatz und habe eigentlich darauf gewartet, dass ein Anruf kommt, der da heißt: Die Verhandlung ist beendet, es ist alles so weit gut gelaufen. - Es kam ein Anruf, und der Anruf war der: Ja, da gibt es jetzt ein Problem, der Zeuge hatte eine Akte dabei [...]

Herr C. F.¹⁸⁷⁰ rief an: Der Zeuge hat eine Akte dabei, und man hat sie jetzt erst mal formlos praktisch sicherstellen lassen, weil man ja überhaupt nicht wisse, was darin ist. - Da habe ich noch so gedacht: ‚Okay‘ - wie das eben manchmal so ist -, ‚er will dich jetzt veralbern‘, und habe das erst mal noch gar nicht ernst

¹⁸⁶⁹ B 168, Zweite Teillieferung, OLG R.G. 2015_08_29 Vermerk Sondersitzung PKK, S. 3-6.

¹⁸⁷⁰ Mitarbeiter im Referat Beschaffung des Brandenburger Verfassungsschutzes

genommen in dem Augenblick. Und dann sagte er: Nein, setz dich hin, das ist todernst, das ist tatsächlich so.

Wie gesagt, es trat dann bei mir eine gewisse Fassungslosigkeit ein, und es gehen einem tausend Gedanken durch den Kopf: ‚Wie ist das passiert? Was ist da gelaufen?‘, zumal ich es ja nicht wissen konnte, ob im Vorfeld irgendwelche Dinge insoweit abgesprochen waren, ob es irgendetwas gab, was er mitbringen sollte oder nicht.

Nachdem das Gespräch, weil C. F. natürlich dann auch weiter handeln musste, erledigt war, habe ich dann den stellvertretenden Abteilungsleiter, der zu dem Zeitpunkt die Abteilung geführt hat, Herrn Rhode, angerufen und habe ihn davon unterrichtet und habe ihn dann darauf hingewiesen, dass aufgrund der mit Sicherheit eintretenden medialen Behandlung des Vorfalls die Hausleitung in Form des Staatssekretärs unterrichtet werden müsste, worauf Herr Rhode dann mich bat, das selbstständig durchzuführen, was ich dann auch getan habe, indem ich den Staatssekretär Kahl angerufen habe und ihm gesagt habe, dass es zu diesem Vorfall in München gekommen ist, ich aber weder einschätzen kann, warum, wieso und weshalb, und natürlich jetzt erst mal abwarten muss, was nach der Rückkehr aus München der Zeuge als auch alle anderen Beteiligten, der Anwalt mir dazu sagen können usw., weil das musste ja erst mal ermittelt werden. - So, das war der Stand der Dinge.

An dem Tag konnte natürlich nicht mehr viel passieren. Die Pressemeldung kam, die mediale Aufarbeitung, und dann konnte man schon sehen: Aha, okay, das war soundso, er hatte etwas dabei, da hat er dann drin rumgeblättert. Hm, was kann das gewesen sein? - Man versucht sich ja tausend Gedanken zu machen: Was war das? Ist das eine Akte von uns gewesen? Hat er die selbst zusammengestellt? - Diese Gedanken gingen einem natürlich sehr wohl durch den Kopf.

Am nächsten Morgen wurde mir die Akte dann auch von C. F. übergeben und gesagt, dass das Duplikat verschlossen im Gericht liege und wir uns jetzt praktisch Gedanken machen sollen, was wir mit dieser Akte machen werden. Daraufhin habe ich, weil der Staatssekretär auch darum gebeten hatte, mehrere Kopien von der Akte fertigen lassen, die natürlich an die Hausleitung, zum Staatssekretär, gegangen sind. Genauso habe ich sie dem Herrn Rhode zur Verfügung gestellt, einschließlich auch Frau Melbert, und habe angefangen, natürlich die Akte erst mal durchzusehen.

Dazu kommt natürlich, dass die Fragen auch waren: Wie konnte das passieren, dass dort eine Akte ist? - Auch das musste aufgeklärt werden. An was ich mich erinnern kann: dass ich in diesem Zusammenhang mit dem Zeugenbeistand telefoniert habe und versucht habe, mir das erklären zu lassen, wie es dazu kommen sollte, und letztendlich dazu natürlich auch den Zeugen Dieter Borchert befragt habe, wie er denn auf die Idee gekommen ist, praktisch diese Akte in dieser Form mitzunehmen. Das sind halt so Dinge, die dann alle auf einen einströmten und die irgendwie abgearbeitet und abgehandelt werden mussten.

Und im Erkenntnisprozess - also zumindest, was die Aussage betrifft -: ‚Was hat dazu geführt, dass die Akte letztlich dort gelandet ist?‘ muss es ein

klassisches Missverstehen gegeben haben; denn natürlich hat der Zeuge alle seine Dokumente, was Ladungen, Zeugenladungen und solche Sachen - - dadrin gehabt, einschließlich natürlich seiner eigenen Vorbereitung, was eine Zeitleiste und Chronologie betrifft, die er natürlich sehr wohl als Gedankenstütze in das Gericht mitbringen sollte und durfte, weil sie ja genau dazu erstellt worden ist. Und der Rechtsbeistand erklärte mir dann nur, dass er auf keinen Fall gesagt hat, dass die gesamte Vorbereitungsakte, also Vorbereitungsakte für das Gespräch mit dem Anwalt, mitgenommen werden soll, sondern nur das, was praktisch für die Sitzung bestimmt ist. Und der Zeuge Dieter Borchert erklärte mir dann, dass er das so verstanden habe, dass er diese Akte als solche mitnehmen soll. Also ein klassisches Missverständnis - anders kann ich es nicht bewerten - oder ich muss es auch so bewerten, weil andere Dinge sind mir nicht bekannt -, was dazu führte; um zu erklären, wie diese Akte letztlich dort auf dem Tisch landete und er in diesen Dokumenten nachschaute.

Was ich auch gefragt habe, war, wann er diese Akte praktisch zusammengestellt habe oder ob das speziell für diesen Termin war. - Nein, es waren alles Dokumente, die er im Laufe praktisch aller seiner Zeugenvernehmungen, teilweise möglicherweise sogar des PUAs - das kann ich heute nicht mehr genau erinnern -, in diese Akte gepackt hat, was er da alles zur Verfügung hatte oder eben aufgrund der Akteneinsicht, die notwendig war, zur Verfügung gestellt bekommen hat. So setzt sich die Akte dann eben auch zusammen.

So. Um weiter zu agieren, war es natürlich notwendig, dass erst mal alle die Akte sich angucken, die in irgendeiner Weise zu einer Lösung des Problems hätten beitragen können. Und weil das eben erhebliche rechtliche und tatsächliche und sonstige Probleme mit sich brachte, habe ich dann Herrn Rhode als den Abteilungsleiter - amtierend zumindest - gebeten, dass wir eine Besprechung durchführen, weil dieses Problem weder rein fachlich noch rein juristisch noch sonst irgendwie lösbar gewesen ist, sondern dass hier der gesamte Sachverstand - soweit vorhanden - der Abteilungen, die irgendetwas dazu sagen könnten oder zumindest hilfreiche Äußerungen machen können, einbezogen wird.

So, und da fand dann eine Besprechung statt, die gar nicht so lange gedauert hat - jedenfalls in meiner Erinnerung nicht so lange gedauert hat -, wo wir unsere Argumente für eine Sperrung, gegen eine Sperrung, die gesamten Erwägungen, was das für Auswirkungen hat, welche medialen, sage ich mal, Sachen das erzeugen könnte oder auch nicht und wie auch immer, was wir uns da alles überlegt haben - hin und her - und was unsere Prüfungen - zumindest die kursorischen Prüfungen, die in dieser kurzen Zeit waren - ergeben haben - - Ich kann mich nur daran erinnern, dass wir das alle miteinander besprochen haben, Herr Rhode nickte, und dann war klar: Okay, wir sperren die Akte. - Wir waren uns also einig an dieser Stelle.

Wie gesagt, dann erging der Auftrag an den Zeugen C. F. und Frau Melbert, diese Dinge rechtlich bzw. schrifttechnisch für die Vorlage beim Staatssekretär als auch beim Gericht letztendlich vorzubereiten.

Was noch dazukommt: Ich weiß, dass ich mit Herrn Rhode zusammen beim Staatssekretär war und ihm die Problematik - - Also, wir haben ihm beide die Problematiken der Akte, der einzelnen Bestandteile, der unterschiedlichen rechtlichen Wertungsmöglichkeiten und sonstigen Dinge erläutert und versucht, darzustellen, warum wir an diesen Stellen unsicher sind, dass wir das nicht ausschließen können oder dieses und jenes nicht. Das haben wir getan. So, und danach begann praktisch die Abarbeitung bzw. die Erstellung der entsprechenden Dokumente.

Für mich ist es so, dass dann meine persönliche Erinnerung mehr oder weniger endet. Also, ich habe - - Was heißt ‚endet‘? An dieser Stelle, also an dieser Stelle bis zur Erstellung und zur Unterschrift dieser Sperrerklärung. Ich bin mir sogar relativ sicher, dass ich diese Sperrerklärung, bevor sie abgesandt wurde, in der Fassung auf keinen Fall gelesen habe, weil ich an diesem Tag definitiv nicht da war. Das weiß ich. Ich weiß natürlich, dass ich sie irgendwann gelesen habe, aber nicht zu diesem Zeitpunkt, und dass auch verschiedene Dokumente, die für mich überhaupt gar nicht existiert haben - - Also, die kannte ich nicht. Das hängt eben auch mit meiner teilweisen Abwesenheit zusammen, sodass eben tatsächlich C. F. und Frau Melbert den wesentlichen Hauptanteil auch der Besprechungen mit dem Anwalt, die natürlich notwendig waren, usw. führen mussten.“¹⁸⁷¹

Zu der Frage, warum die Akte in ihrer Gesamtheit gesperrt und nicht lediglich eine Teilsperrung vorgenommen wurde, erklärte sie:

„Warum nicht Teilsperrung? - Natürlich haben wir das auch überlegt. Die Problematik stellte sich dann so dar: Okay, die Akte insgesamt - das sind Dinge, die teilweise der Zeugenbeistand erstellt hat bzw. in der Vorbereitung entstanden sind, eigene Erkenntnisse bzw. Zusammenstellungen des Zeugen, die aber alle auf den Dokumenten, die in der Akte waren bzw. Bezüge dazu aufgewiesen haben, vorhanden waren, sodass man sicher sagen kann, das eine oder andere Teil für sich genommen hätte man rausnehmen können.

Aber wenn man diese Akte als solche zusammennimmt, ergab das einen inneren Zusammenhang dieser einzelnen Dokumente. Und diese einzelnen Dokumente führten dann eben dazu, dass wir überlegt haben, die Akte eben nicht teilweise zu sperren, weil wir dann etwas auseinanderreißen, und gesagt haben: Okay, das gibt einen logischen und sinnvollen Inhalt, der aufeinander aufbaut, und deshalb ist die Sperrung - - also ist das eben zu schützen, was noch schützenswert ist.

Wenn Sie mich jetzt fragen: ‚Die Deckblattmeldungen waren doch alle schon überall bekannt und waren übersandt‘: Ja, aus heutiger Sicht ja. Damals: Ich weiß es nicht; keine Ahnung. Jedenfalls - - Nein, nicht ‚keine Ahnung‘. Also, es ist schon so, dass wir Dinge dem Bundestagsuntersuchungsausschuss überstellt haben. Wir haben - ich sage das mal so - dem Bundestagsuntersuchungsausschuss sehr viele Deckblattmeldungen übersandt. Wir haben sie am Anfang teilweise sogar mit einer höheren

¹⁸⁷¹ Protokoll der 41. öffentlichen Sitzung vom 25.01.2019, S. 8-10.

Einstufung übersandt, dann waren sie VS-NfD. Was den Abschlussbericht betrifft, haben wir einige Inhaltsstücke aus einzelnen Deckblattmeldungen auch freigegeben für den Abschlussbericht, aber nicht die Deckblattmeldungen an sich.

So, und das war zu dem Zeitpunkt so unklar: ob das an Deckblatt, was er dadrin hatte, genau diese Fassung ist, die wir a) an den Bundestag übersandt hatten, b) in welcher Form freigegeben oder der Inhalt - - oder ob ein überschießender Inhalt vorhanden war. Das war für uns in dem Augenblick nicht klar.

Das Problem, was ich für mich persönlich sehe: Dass die ersten beiden Dokumente, die Sie in der Akte haben, wo nachweislich klar ist, dass die Behörde sehr schnell, nämlich im Jahr 2011, reagiert hat - - ist für mich zumindest von der Entstehung her bzw. aus der Kenntnis aus dem Jahr 2011 überhaupt nicht nachzuvollziehen, weil ich zu dem Zeitpunkt überhaupt nicht in der Behörde war. Das ist mein großes Problem. Und ich schließe es fast aus, dass ich zum Zeitpunkt, wo wir uns über diese Sperrerklärung unterhalten haben, Kenntnis davon hatte, dass dem GBA diese Dinge übersandt worden sind.“¹⁸⁷²

Die Mitarbeiterin Andrea Melbert der Abteilung für Verfassungsschutz war mit der Erstellung der Sperrerklärung betraut. Sie berichtete vor dem Untersuchungsausschuss, dass Sie in dieser Sache „ein kurzes Gespräch mit der Frau Greger vom Generalbundesanwalt“¹⁸⁷³ gehabt habe. Bundesanwalt Diemer äußerte sich vor dem Untersuchungsausschuss zu diesem Telefonat:

„Diese Handakte von dem Zeugen G. hat letztlich in der Sache überhaupt keine Bedeutung gehabt für das Verfahren und für die Beweiswürdigung. Es war halt nur so, dass G. eine Akte dabei hatte, also einen Ordner so ähnlich wie ich jetzt, mit verschiedenen Unterlagen. Da hat er dann immer mal wieder drin geblättert, wenn der Vorsitzende ihn gefragt hat. Und da hat der Vorsitzende ihm das untersagt; weil Götzl war da, muss ich sagen, wirklich mustergültig korrekt. Er hat die Erinnerung des Zeugen gewollt. Deswegen wollte er auch nicht, dass er da irgendwelche Unterlagen oder Erklärungen vorliest.

Dann hat einer der Nebenklägervertreter darum gebeten, diese Akte zum Gegenstand der Hauptverhandlung zu machen, also sicherzustellen, zu beschlagnahmen, genauer gesagt. Dann haben wir entsprechend Stellung genommen und haben gesagt: Eine Beschlagnahme von Behördenakten ist rechtlich nicht möglich. Denn es ist ja so: Wenn die Behörde es herausgeben muss, dann gibt sie es heraus, es sei denn sie sperrt es, und dann kann man eine Sperrung auch nicht durch eine Beschlagnahme umgehen.

¹⁸⁷² Ebenda, S. 10f.

¹⁸⁷³ Protokoll der 40. öffentlichen Sitzung vom 11.01.01.2019, S.29.

Dann hat der Senat - ich hoffe, ich kriege das jetzt noch alles auf die Reihe - sich die Unterlagen erst mal freiwillig aushändigen lassen und hat mit dem LfV Brandenburg telefoniert, und die sind dann ganz offensichtlich so verblieben, dass die Originale, die G. mitgebracht hat, versiegelt werden und keiner reinschaut, Ablichtungen gemacht werden, die Ablichtungen werden dann an das LfV Brandenburg geschickt, und LfV Brandenburg entscheidet dann darüber, ob sie die Herausgabe gestatten oder ob sie die Unterlagen sperren.

Dann ist eine Sperrerklärung gekommen, die wir zunächst einmal für rechtlich nicht haltbar gehalten haben. Diese Sperrerklärung haben wir dann vom Senat zur Stellungnahme bekommen. Wir haben dann anhand dessen, was uns das LfV Brandenburg über den Inhalt dieser Unterlagen geschrieben hat - das mussten sie ja, weil die mussten ja begründen, warum sie es sperren -, eine Gegenerklärung geschrieben, die zu dem Ergebnis geführt hat, dass die Sperrung rechtlich nicht haltbar ist.

Es war sogar noch so: In dieser Zeit hat meine Mitarbeiterin, die Oberstaatsanwältin beim Bundesgerichtshof Greger, auch noch beim LfV Brandenburg angerufen, hat sie noch mal auf die zwingend rechtlichen Gesichtspunkte einer Sperrerklärung hingewiesen und hat verschiedene Gesichtspunkte - - auch klargemacht, dass wir größte Zweifel daran haben, dass diese Unterlagen gesperrt werden können. Dann ist aber die Sperrerklärung trotzdem gekommen. Ist ja klar; das ist ja Sache der Behörde.

Dann haben wir eben diese Gegenerklärung verfasst, und nach dieser Gegenerklärung, die recht ausführlich dargelegt hat, warum die Sperrung in diesem Fall jedenfalls nicht insgesamt möglich ist, sondern allenfalls in bestimmten einzelnen Punkten, hat dann das LfV Brandenburg das eingesehen und hat dann diese Kopien, die wir geschickt haben, an bestimmten Punkten geschwärzt - das war okay; da ging es um Namen unbeteiligter Dritter - und hat dann die Zustimmung erteilt, dass die in der Hauptverhandlung verwertet werden dürfen. - Das war die Geschichte. Also, man musste schon manchmal ein bisschen nachhelfen, aber dann ging alles glatt.“¹⁸⁷⁴

Die Zeugin Melbert erklärte auf die Frage, welche Dokumente ausschlaggebend für die Sperrung der Akte gewesen seien:

„Ausschlaggebend waren zum einen die dort enthaltenen Deckblattmeldungen, die noch der Geheimhaltung unterlagen, teilweise auch Fremdstücke in der Akte, das heißt Dokumente anderer Behörden, die wir gar nicht freigeben dürfen, ohne diese zu fragen. Wir hatten keine Zeit, diese Behörden zu fragen. Ich kann mich noch erinnern, dass ein erheblicher Zeitdruck da war, diese Sperrerklärung zu fertigen. Im Nachhinein habe ich gesehen: Es war wirklich eine Arbeitswoche, was nicht sehr lange ist, wenn man noch Dienstwege und

¹⁸⁷⁴ Protokoll der 39. öffentlichen Sitzung vom 10.01.2019, S. 26f.

Beratungen einbezieht. Und das waren die ausschlaggebenden Punkte - hauptsächlich eben die geheimhaltungsbedürftigen Inhalte der Akte.“¹⁸⁷⁵

Zum Prozess der Entscheidungsfindung sagte sie:

„Ich kann mich - das habe ich vorhin, glaube ich, schon erwähnt - an kein konkretes Gespräch erinnern. Ich vermute es, weil es üblich bei uns ist bei solchen Sachen, wo auch mehrere Referate betroffen sind, dass man sich zusammensetzt und diese Sachen erörtert. Das ist mal bilateral, dass ich mit Herrn F. zum Beispiel darüber gesprochen habe, mit meinem Vorgesetzten ohnehin. Dass jetzt ein konkretes Gespräch stattgefunden hat mit dem und dem Ergebnis, daran kann ich mich nicht erinnern.

Aber auf jeden Fall war es so, dass wir die Lage diskutiert haben. Wir haben geguckt: ‚Was ist in dieser in Verwahrung genommenen Akte drin?‘, haben darüber gesprochen, und im Ergebnis dieser ganzen Beratungen hat mein Vorgesetzter mir gesagt: Schreiben Sie bitte den Entwurf einer Sperrerklärung, wir sperren die gesamte Akte.“¹⁸⁷⁶

Und an anderer Stelle äußerte die Zeugin Melbert:

„So genau kann ich mich daran nicht mehr erinnern. Wie gesagt, wir haben mehrmals auch zusammengesessen, darüber gesprochen und sind zu der Ansicht gekommen, dass die ganze Akte gesperrt wird. Und daraufhin habe ich die Bitte - - oder wurde an mich die Bitte gerichtet, eben den Entwurf einer entsprechenden Sperrerklärung zu fertigen. Wer jetzt genau die Entscheidung getroffen hat, wie das gelaufen ist - ich kann es Ihnen nicht mehr genau sagen.“¹⁸⁷⁷

Befragt zur Intensität des Diskussionsprozesses um die Sperrerklärung, sagte Melbert:

„Wie intensiv der war, kann ich Ihnen nicht mehr sagen. Wir haben mehrmals über diese Sachen gesprochen. Wie gesagt, ich kann mich an kein konkretes Gespräch erinnern. Aber als ich die Bitte hatte, die Sperrerklärung zu machen, war klar: Ich soll die gesamte Akte sperren.“¹⁸⁷⁸

Die Zeugin erklärte, dass zum Zeitpunkt der Erstellung der Sperrerklärung der Abteilung V nicht bekannt war, dass die Deckblattmeldungen bereits „ins Verfahren eingeführt“ gewesen seien:

„Sonst hätten sie mir ja gesagt: Die Akten sind schon ins Verfahren eingeführt. - Dann wäre natürlich kein Grund für eine Sperrung da gewesen. Also, ich

¹⁸⁷⁵ Protokoll der 40. öffentlichen Sitzung vom 11.01.2019. S. 30.

¹⁸⁷⁶ Ebenda, S. 37.

¹⁸⁷⁷ Ebenda, S. 41.

¹⁸⁷⁸ Ebenda.

*wusste es definitiv nicht. Ich gehe aber davon aus, dass andere Teile der Behörde das auch nicht wussten.*¹⁸⁷⁹

Die Zeugin sagte aus, dass sie auch Landesbeauftragte beim Untersuchungsausschuss des Bundestags gewesen sei:

*„Zum Zeitpunkt der NSU-Ausschüsse beim Bund haben wir noch relativ viel eingestufte Sachen an die Geheimschutzstelle des Bundestages gegeben. Mit dem OLG-Verfahren war ich nicht befasst; das kann ich nicht sagen.“*¹⁸⁸⁰

Ihr sei im August 2015 nicht bekannt gewesen, dass Teile der Handakte bereits *„Gegenstand im Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses des Bundestages“* gewesen waren.¹⁸⁸¹

Der Zeuge C.F, ein Mitarbeiter des brandenburgischen Verfassungsschutzes, antwortete auf die Frage, ob er gewusst habe, dass die Deckblattmeldungen bereits in das OLG-Verfahren eingeführt worden seien:

*„Nee, das war uns vermutlich - - Also, ich kann Ihnen da wirklich - - Ich kann das nur noch vermuten. Ich sage jetzt hier: Das war uns zu dem Zeitpunkt nicht klar. Sonst hätten wir ja keinen Grund gehabt, die Akte zu sperren.“*¹⁸⁸²

Und an anderer Stelle:

*„[...] Das war uns nicht bekannt gewesen. Wir sind beim Erlass der Sperrerklärung davon ausgegangen, dass, wenn die Stücke in der Gerichtsakte sind, sie allenfalls geschwärzt vorliegen, weil wir nicht wussten, woher das Gericht die Stücke hatte. So. Und dann hatten wir - - Dann gab es Fremdstücke drin - das hatte ich vorhin schon erzählt -, die der VS-Einstufung unterlagen. Die mussten wir mit einem anderen Land erst koordinieren. Das heißt, die mussten übersandt werden, das Land musste draufgucken und schauen: Was ist davon geheimhaltungsbedürftig, was nicht? - Das dauert auch seine Zeit. Und letztlich hat dann auch der Zeuge, sage ich mal, darauf verzichtet, dieses Vertraulichkeitsverhältnis zwischen Anwalt und ihm aufrechtzuerhalten, sodass dann auch die restlichen Stücke aus der Akte freigegeben werden konnten. [...]“*¹⁸⁸³

Der Zeuge Rhode hatte für die damalige Abteilungsleiterin Schreiber das Schreiben verfasst, mit dem die „Piatto“-Deckblattmeldungen nebst G-10-Protokoll (Eminger) an das BKA bzw. den GBA am 18.11.2011 übersandt worden waren. Er gab vor dem

¹⁸⁷⁹ Ebenda, S. 31

¹⁸⁸⁰ Ebenda, S. 33.

¹⁸⁸¹ Ebenda, S. 44.

¹⁸⁸² Ebenda, S. 51

¹⁸⁸³ Ebenda, S. 56

Untersuchungsausschuss an, dass die Dokumente seinerzeit die Einstufung Verschlusssachengrad „Geheim“ gehabt hätten.¹⁸⁸⁴

Da er später persönlich eine Herabstufung auf den Verschlusssachengrad „Nur für den Dienstgebrauch“ für die Behörde vorgenommen hatte, habe er angenommen, dass die betreffenden Teile im sichergestellten Ordner zumindest teilweise noch eingestuft seien und daher gesperrt werden müssten.¹⁸⁸⁵ Im Nachhinein würde er sagen, dass er zum Zeitpunkt der Befassung mit der Sperrerklärung hätte wissen müssen, dass dies nicht mehr der Fall war¹⁸⁸⁶.

Befragt zu den Voraussetzungen von VS-Einstufungen von Dokumenten führte Rhode vor dem Untersuchungsausschuss aus:

„Die Voraussetzungen sind, dass besonders vertrauenswürdige Informationen zu schützen sind, sei es, dass durch eine Offenlegung das Staatswohl gefährdet ist oder private Interessen oder Leib und Leben anderer Personen.“¹⁸⁸⁷

Und weiter:

„[Die Einstufung eines Akteninhalts] richtet sich nach der höchsten Einstufung des einzelnen Dokuments. Wenn eines Geheim eingestuft wird, muss die gesamte Akte Geheim eingestuft werden.“¹⁸⁸⁸

Auf die Frage, ob es für eine einheitliche VS-Einstufung der mitgeführten Akte wesentlich gewesen sei, dass die Dokumente in einer Akte „mit einem Deckel aus Pappe“ zusammengefasst waren, und dies eine auf das jeweilige einzelne Dokument bezogene Bewertung unmöglich gemacht habe, sagte der Zeuge:

„Nein. Es ist ja ein Vorgang, der Vorgang OLG München. Ob er es nun in der Hand hält oder ob er es im Aktendeckel hat, das wäre egal gewesen.“¹⁸⁸⁹

Der Rechtsbeistand Dr. Peters hatte seinem Mandanten Dieter Borchert (R.G.) ausweislich der Handakte vier Fragen-Kataloge zusammengestellt. Der erste Teil der Fragen stammte aus der Zeugenvernehmung des V-Mann-Führers Dieter Borchert vor dem ersten NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestags vom 28. Februar

¹⁸⁸⁴ Ebenda, S. 83.

¹⁸⁸⁵ Ebenda, S. 84.

¹⁸⁸⁶ Ebenda, S. 85.

¹⁸⁸⁷ Ebenda, S. 94f.

¹⁸⁸⁸ Ebenda, S. 95.

¹⁸⁸⁹ Ebenda, S. 96.

2013, der zweite Teil stammte aus „Mitteilungen der Nebenklage im Internet über die Vernehmung von Carsten Szczepanski am 3. Dezember 2014 und 13. Januar 2015“, der dritte Teil der Fragen stammte aus „Medienberichten über die Zeugenvernehmung von Herrn G. durch das OLG München am 2. Juli 2015“ und der vierte Teil aus „Medien allgemein“.¹⁸⁹⁰ Zu der Argumentation, die Handakte sei auch zum Schutz des Mandatsverhältnisses zwischen V-Mann-Führer und Zeugenbeistand gesperrt worden, erklärte C. F.:

„Das hat ja auch in die Sperrerklärung keinen wesentlichen Einfluss gefunden; ich meine, es sind drei Zeilen. Und die anderen Gründe sind die tragenden Gründe für die Sperrerklärung.“¹⁸⁹¹

Auch Herr Rhode wurde dazu befragt¹⁸⁹²:

„Das war ja ein Grund. Wir hatten uns überlegt: In diesem Mandatsverhältnis Zeuge - Rechtsbeistand sind ja auch Fragen aufgeschrieben zur Vorbereitung des Zeugen G. vor dem Termin in München, die auf bestimmte Arbeitsweisen der Verfassungsschutzbehörde Brandenburgs Rückschlüsse hätten zulassen können. Das war der Grund, warum wir gesagt haben: Auch das Mandatsverhältnis ist eine Begründung für die Sperrerklärung.“

Auf die Nachfrage, inwieweit diese Fragen, die der Rechtsanwalt mit seinem Mandanten bespricht, Hinweise auf die Arbeitsweise des Verfassungsschutzes geben, sagte der Zeuge:

„Durch die Art der Fragen auf bestimmte Einzelaspekte der Tätigkeit im Bereich der Quellenbeschaffung.“¹⁸⁹³

Auf den Einwand, dass der Zeuge nur auf Fragen hätte vorbereitet werden müssen, die in öffentlicher Verhandlung gestellt werden, antwortete der Zeuge:

„Ja, aber in der Gesamtschau der Akte - halt auch mit den VS-Stücken - wäre ein Stück weit die Arbeitsweise der Verfassungsschutzbehörde Brandenburgs aufgedeckt worden, und das wollten wir verhindern.“¹⁸⁹⁴

¹⁸⁹⁰ B 44 MIK Kost UA 6_1\Transfer zum UA 6_1 Landtag BB\2016-11-11 B44 B44 – Handakte G geschwärzt DB-99_für UA61.pdf, (Bl. 35 -58 pag.), S. 56-78.

¹⁸⁹¹ Protokoll der 40. öffentlichen Sitzung vom 11.01.2019, S. 63.

¹⁸⁹² Ebenda, S. 84.

¹⁸⁹³ Ebenda.

¹⁸⁹⁴ Ebenda.

Die Zeugin Melbert sagte, dass sie bei der Sperrung der Aufzeichnungen des Zeugenbeistands dessen Argumentation gefolgt sei:

„[...] wenn mir quasi der [...] Rechtsbeistand so nach dem Motto sagt, aus seiner Sicht sollten diese Dinge nicht vorgelegt werden, die sollten in die Sperrung einbezogen werden, habe ich das gemacht.“¹⁸⁹⁵

Es findet sich neben weiteren Anmerkungen ein handschriftlicher Vermerk auf dem Entwurf der Sperrerklärung von Staatssekretär Kahl:

„Würde eine dann erfolgte Sperrerklärung dazu führen, das wesentliche Informationen, die der Entscheidungsfindung dienlich sein könnten und möglicherweise mangelnde Qualität insbesondere des Verfassungsschutzes BB erkennbar wären?“¹⁸⁹⁶

Darunter steht „→ja →nein“.

Befragt, ob die handschriftlichen Anmerkungen als „*Handlungsempfehlung, Anleitung für die Sperrerklärung zu verstehen*“ seien und worauf sich die darunter stehende Anmerkung „*im Ergebnis → Sperrung*“ beziehe, sagte der Zeuge Kahl vor dem Untersuchungsausschuss:

„Nee, die Anmerkungen beziehen sich darauf, dass natürlich im Prozess, während ich diesen Vermerk gelesen habe - - ist ja eine klare Empfehlung drin, und natürlich ist meine Aufgabe gewesen, die Empfehlung der Abteilung zu hinterfragen, zu prüfen. Diese Prüfung war genau dieser Abwägungsprozess, und den habe ich, denke ich mal, einfach hinten aufgemalt und aufgeschrieben. Und damit war auch wichtig, dass dokumentiert ist, dass dieser Abwägungsprozess stattgefunden hat; denn es ist auch immer wichtig für die Kolleginnen und Kollegen, wenn eine Entscheidung durch einen Vorgesetzten getroffen wird, dass das auch in der Akte dokumentiert wurde. Und diese Dokumentation ist da, das heißt also, im Ergebnis stand dann ‚Sperrung‘ und Sperrung heißt, dass der Sperrvermerk vom Grundsatz her erfolgen soll.“¹⁸⁹⁷

In den Abwägungsprozess sei für ihn mit eingeflossen, dass durch eine Sperrerklärung nicht die Aufklärung im Rahmen des NSU-Prozesses, die auch die Aufdeckung von Versäumnisses des Verfassungsschutzes miteinschließe, verhindert werden sollte:

„Na, es ging ja darum, dass eben genau diese Akte, die von dem Zeugen selber zusammengestellt wurde aus - - unterschiedlichste Dokumente enthält - - ob aus den Akten heraus erstens - waren ja drei Kriterien, die ich aufgestellt habe - der NSU-Prozess und auch der Zeitraum, wo die Aussagegenehmigung für

¹⁸⁹⁵ Ebenda, S. 34f.

¹⁸⁹⁶ B 168, Zweite Teillieferung, OLG_R.G., 2015_08_10 Sperrerklärung_bwps, S. 20.

¹⁸⁹⁷ Protokoll der 40. öffentlichen Sitzung vom 11.01.2018, S. 104.

den Zeugen galt - - ob da Informationen drin sind und, wenn die nicht zu Gericht gelangen, ob der Prozess dadurch behindert wird. Das war nach unserer Einschätzung nicht der Fall - erstens.

Zweitens war die Frage, ob aus den Akten heraus, also aus dieser einen besagten Akte heraus, ein früheres Fehlverhalten des Verfassungsschutzes hervorgeht, das für diesen Prozess dienlich wäre. Auch das haben wir mit Nein beantwortet, sodass wir oder ich in Konsequenz entschieden habe, die Akte nicht freizugeben, weil aus unserer Sicht keine relevanten Informationen in dieser Akte enthalten waren, die für diesen Aussagezeitraum und für diesen Prozess von Relevanz sind. Gleichwohl enthielt diese Akte Dinge, die wir aus unserer Sicht und damaligen Abwägung für schützenswert hielten.“¹⁸⁹⁸

5.4.3. Aufhebung der Sperrerklärung zur Handakte

Mit Schreiben vom 24.09.2015 bat der Vorsitzende Richter Götzl um eine Überprüfung der Sperrerklärung.¹⁸⁹⁹ Nach Auffassung des Generalbundesanwalts sowie einer Vielzahl von Nebenklägervertretern, die das Gericht teile, sei die Sperrerklärung rechtsfehlerhaft. Beigefügt war eine Stellungnahme des Bundesanwalts Diemer. In dieser führt er zwar aus, dass es weder unter Aufklärungsgesichtspunkten noch aus sonstigen Gesichtspunkten der Beiziehung der Akte bedürfe. Ungeachtet dessen sei die Sperrerklärung rechtsfehlerhaft:

„Zur der mit Bezugsschreiben übermittelten Sperrerklärung des Ministeriums des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg vom 11. August 2015 nehme ich wie folgt Stellung:

Ungeachtet des Umstandes, dass die Sperrerklärung unter verschiedenen rechtlichen Mängeln leidet, ist eine Gegenvorstellung seitens des Vorsitzenden des erkennenden Senats nicht veranlasst, da es weder unter Amtsaufklärungsgesichtspunkte noch aus sonstigen Gründen der Beiziehung der vom Zeugen G[geschwärzt] im Rahmen seiner Vernehmung am 29. Juli 2015 mitgeführten Dokumente bedarf.

I.

Die Sperrerklärung ist rechtsfehlerhaft, da die oberste Dienstbehörde ausweislich der Begründung bei ihrer Entscheidung einen unzutreffenden rechtlichen Maßstab zugrunde gelegt und darüber hinaus auch nicht alle erkennbar erheblichen Umstände in ihre Entscheidung eingestellt hat. Dazu wäre erforderlich gewesen, dass das Innenministerium des Landes Brandenburg anhand der Umstände des Einzelfalls als triftig anzuerkennende Gründe geltend macht und im Rahmen des Möglichen belegt, die die

¹⁸⁹⁸ Ebenda, S. 109f.

¹⁸⁹⁹ B 168, Zweite Teillieferung, OLG_R. G, Antrag Aufhebung Sperrerklärung, S. 1f

Feststellung zulassen, dass die Verweigerung der Aktenvorlage aus einem im § 96 S. 1 StPO angeführten Hinderungsgrund unumgänglich ist [...].

In der Sperrerklärung sind keine Gesichtspunkte dargelegt, nach denen bei Bekanntwerden des Inhalts der Dokumente die Erfüllung der Aufgaben der Sicherheitsbehörden erschwert werden würde und die damit Grundlage einer Sperrerklärung nach § 96 StPO sein könnten. Soweit von Seiten des Innenministeriums geltend gemacht wird, dass die Akten Deckblattmeldungen und andere Dokumente über Vorgänge mit Bezug zur rechtsextremistischen Szene beinhalten, die ohne Relevanz für die Beweisaufnahme sind, ist damit keine Beeinträchtigung der Aufgabenwahrnehmung durch das Landesamt für Verfassungsschutz Brandenburg oder eine andere Sicherheitsbehörde belegt. Eine fehlende Beweisbedeutung kann für sich alleine die Erteilung einer Sperrerklärung nicht rechtfertigen. Vielmehr obliegt die Entscheidung über eine Beweisrelevanz der beizuziehenden Unterlagen letztendlich dem Vorsitzenden des erkennenden Senats und nicht der obersten Dienstbehörde.

Zudem hat das Innenministerium bei seiner Entscheidung die Frage unbeachtet gelassen, inwieweit das streitbefangene Geheimdienstmaterial bereits anderweitig in das Verfahren eingeführt wurde. So befinden sich die Deckblattmeldungen bei der Verfahrensakte [...]. Außerdem sind Meldungen des Landesamts im Zusammenhang mit der Quelle ‚Piatto‘ bereits Gegenstand der Erkenntnismitteilung des Bundesamts für Verfassungsschutz [...] und in den Zulieferungen des Thüringer Landesamts für Verfassungsschutz enthalten [...]. Diese Erkenntnisse waren bereits wiederholt Gegenstand von Vorhalten bei den Vernehmungen der Zeugen Szczepanski, [geschwärzt] und Meyer-Plath.

Auch hinsichtlich der Dokumente, die im Zusammenhang mit der Ladung des Zeugen [geschwärzt] gefertigt wurden, ist aus dem Vorbringen des Innenministeriums nicht ersichtlich, dass bei deren Bekanntwerden Nachteile im aufgezeigten Sinne drohen würden. Soweit diese Unterlagen eine Aufstellung enthalten, die dem Zeugen Aufschluss über den Umfang der ihm erteilten Aussagegenehmigung geben sollen, führt dies ebenfalls nicht ohne nähere Begründung zu einer Gefährdung der Aufgabenwahrnehmung. Für die Einschränkung der Aussagegenehmigung eines öffentlich Bediensteten gelten in diesem Fall nach § 54 Abs. 1 StPO in Verbindung mit § 37 Abs. 4 S. 1 BeamStG im Wesentlichen die auch für eine Sperrerklärung relevanten Vorgaben. Danach kann eine solche Aussagegenehmigung nur dann versagt werden, wenn durch die Zeugenaussagen Nachteile für die Aufgabenerfüllung der Sicherheitsbehörden bestehen. Solche Nachteile sind aber im Zusammenhang mit den dem Zeugen von Seiten des Landesamtes überlassenen Dokumenten nicht näher dargetan und auch ansonsten nicht ersichtlich.

Auch die das Mandatsverhältnis zwischen dem Zeugen und seinem Rechtsbeistand betreffenden Dokumente über die Vorbereitung der Vernehmung sind grundsätzlich nicht geeignet, einen Nachteil im Sinne der genannten Vorschriften zu bereiten. Inwieweit aus anderen rechtlichen Erwägungen heraus diese im Zusammenhang mit der Ausübung einer Tätigkeit als Berufsgeheimnisträger stehenden Unterlagen nach § 160 a Abs. 1 S. 5 StPO einer Verwertung im Rahmen der Beweisaufnahme entzogen sind, kann

jedenfalls im Zusammenhang mit den Voraussetzungen einer Sperrerklärung mangels Relevanz dahinstehen. Der Schutz des Mandatsverhältnisses obliegt nicht dem Sinn und Zweck der Sperrerklärung. Auch der Vergleich mit Verteidigungsunterlagen eines Angeklagten trägt in diesem Zusammenhang aufgrund der divergierenden Interessenlage nicht. Die Sperrerklärung kann auch hinsichtlich der in den Unterlagen enthaltenen Protokolle der Vernehmungen des Zeugen vor dem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages keinen Bestand haben, nachdem diese bereits als Bundestagsdrucksache veröffentlicht sind und damit unter keinem erdenklichen Gesichtspunkt nunmehr noch bei Bekanntwerden eine Gefährdung der Sicherheitsinteressen zur Folge haben können.

Die vom Landesamt insoweit kursorisch dargelegten Inhalte der Unterlagen widersprechen zudem der angeführten Begründung für die Sperrerklärung, die Unterlagen würden in ihrer Gesamtheit Mittel und Methoden nachrichtendienstlicher Arbeit enthalten. Auch der Verweis auf eine etwaige Einstufung als Verschlussache lässt nicht ohne weiteres eine Gefährdung von Belangen der Sicherheitsbehörden besorgen, zumal einem Geheimhaltungsbedürfnis im Regelfall durch Kenntnissgabe nach Maßgabe der insoweit einschlägigen Regelungen unter entsprechend eingeschränkten Rahmenbedingungen Rechnung getragen werden kann.

Soweit in der Begründung ausgeführt wird, dass die Unterlagen zum überwiegenden Teil Informations- und Beobachtungsschwerpunkte des Landesamtes mit Sachverhalten und personenbezogenen Daten aus der rechtsextremistischen Szene beinhalten, vermag dies zwar im Grundsatz möglicherweise eine Sperrerklärung insoweit zu rechtfertigen, als die Geheimhaltung ein legitimes Anliegen des Gemeinwohls darstellen kann [...]. Gleiches gilt für Umstände der Informationserhebung und Erkenntnisse über die Zusammenarbeit mit anderen Sicherheitsbehörden, indem bei deren Bekanntgabe die künftige Erfüllung der Aufgaben des Landesamtes einschließlich seiner Zusammenarbeit mit anderen Behörden erschwert würde [...] Die Begründung lässt jedoch eine notwendige Erörterung der sich aufdrängenden Möglichkeit einer teilweisen Sperrung der entsprechenden Passagen in den Dokumenten vermissen. Die sich abseits dessen stellende Frage, weshalb der Zeuge solche Dokumente zu dem vom Landesamt vorgebrachten Zweck der Vorbereitung überhaupt herangezogen haben sollte, wenn diese jeglichen Verfahrensbezug vermissen lassen, kann in diesem Zusammenhang dahinstehen.

Schließlich hat das Ministerium, den Anforderungen des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes entsprechend, in seine Entscheidung das öffentliche Interesse an der Wahrheitsermittlung im Strafprozess nicht hinreichend eingestellt, sondern in Form einer Abstufung die Aufklärung in einem Untersuchungsausschuss in unzulässiger Weise bevorzugt.

II.

Unbeschadet dieser aufgezeigten Rechtsfehler halte ich eine Gegenvorstellung gegen die Sperrerklärung des Innenministeriums des Landes Brandenburg vom 11. August 2015 in der Sache nicht für veranlasst. Eine Beziehung der Akten ist weder im Rahmen der Amtsaufklärung noch aus anderen Verfahrensbelangen heraus geboten. Bislang liegen keine tatsächlichen Anhaltspunkte dafür vor, dass die vom Zeugen mitgeführten Dokumente auch nur irgendeinen für die Schuld- und Straffrage in diesem Verfahren nutzenbringenden Erkenntnisgewinn beinhalten. Angesichts der vom Innenministerium dargelegten Überblicks über den Inhalt der Unterlagen, wonach es sich zum einen um bereits bekannte und in der Hauptverhandlung erörterte Erkenntnisse und zum anderen um Vorgänge ohne Verfahrensbezug handelt, ist vielmehr vom Gegenteil auszugehen. Für ernstliche Zweifel an der insoweit erteilten Auskunft des Innenministeriums besteht bei verständiger Betrachtungsweise kein begründeter Anlass.

Auch der bisherige Verlauf der Beweisaufnahme lässt eine Beziehung der gesperrten Akten nicht geboten erscheinen. Der Zeuge Szczepanski hat zudem schon in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit dem eigentlichen Verfahrensgegenstand stehenden Themenkomplex möglicher Unterstützungshandlungen aus der Blood & Honour-Szene für die Mitglieder des NSU bereits als Zeuge ausgesagt. Dabei hatte er keine weitergehende Erinnerung zu diesen Umständen. Auch die Zeugin P. ist bereits vernommen worden. Auch sie hat nichts Erhellendes zum Sachverhalt beitragen können. Der Zeuge Werner macht von seinem Auskunftsverweigerungsrecht nach § 55 StPO Gebrauch. Nach den bereits zuvor vorliegenden Erkenntnissen des Landesamtes und der nunmehr erteilten weiteren Auskunft enthalten die gesperrten Akten keine weitergehenden Erkenntnisse. Daher ist selbst bei großzügigster Betrachtungsweise auf dieser Grundlage auszuschließen, dass diese Unterlagen auch nur im Entferntesten von Relevanz für die Beweisaufnahme sein könnten. Diese Unterlagen enthaltenen Informationen müssen daher zur weiteren Aufklärung nicht beigezogen werden.

Ergänzend ist zu bemerken, dass nach gegenwärtigem Erkenntnisstand der Vernehmung des Zeugen G[geschwärtzt] als Beweismittel kein hoher Stellenwert beizumessen ist. Auch dies verdeutlicht, dass es einer weiteren Aufklärung von Umständen dieser Zeugenaussage durch die Beziehung der gesperrten Dokumente ohne weitere Anhaltspunkte nicht bedarf. Von einer gegen die Sperrerklärung gerichteten gegen Vorstellung ist daher abzusehen.“¹⁹⁰⁰

Der Zeuge Diemer führte vor dem Untersuchungsausschuss aus, dass die Sperrerklärung in ihrer Pauschalität nicht haltbar gewesen sei:

„Es war zum Teil einfach zu pauschal angewendet, also es ist zu wenig auf die einzelnen Punkte eingegangen worden. Man hat also mehr oder weniger den Gesetzestext gebracht oder die rechtlichen Anforderungen, und bei der

¹⁹⁰⁰ Ebenda, S. 3 -7.

Subsumption hat man dann zu pauschal gearbeitet. Man hat auch nicht - - Beispielsweise waren da ja Sachen drin wie die Zeugenladung oder auch ein Protokoll des Untersuchungsausschusses im Bund, das schon längst veröffentlicht war. Das kann man nicht einfach sperren. Auf die Dinge haben wir aufmerksam gemacht. Aus unserer Sicht war das also, würde ich fast schon sagen, nicht sorgfältig genug.“¹⁹⁰¹

Und an anderer Stelle

„Es war ja vor allen Dingen auch so, dass der Zeuge G. bereits eine Aussage gemacht hatte, und er hat ja auch schon Dinge in der Hauptverhandlung gesagt, was zum Beispiel ein anderer Zeuge im Untersuchungsausschuss gesagt hat oder was er im Untersuchungsausschuss gesagt hat - das ist ja alles bereits in den Bundestagsprotokollen veröffentlicht worden -, sodass man also gesagt hat: Jetzt prüft bitte ganz genau nach, was von den Sachen, die er dabei hatte, nicht veröffentlicht werden kann. - Das haben sie nicht gemacht, und deswegen war aus unserer Sicht diese Sperrerklärung unzutreffend“¹⁹⁰².

Dem Schreiben des OLG München vom 24.09.2015 mit der Bitte um Überprüfung der Sperrerklärung waren Anträge „von Seiten der Nebenklage vom 16. September 2015, dem sich die Verteidigung des Angeklagten Wohlleben angeschlossen hat“¹⁹⁰³ beigefügt. In der Hauptverhandlung vor dem OLG München hatten 34 Nebenklage-Vertreter am 16.09.2015 beantragt, dass der Senat darauf hinwirkt, dass beim Innenministerium Brandenburg die Sperrerklärung aufgehoben wird:

„Die seitens des Innenministeriums des Landes Brandenburg erfolgte Sperrerklärung vom 11.08.15 ist rechtswidrig, weil sie offensichtlich willkürlich erfolgt ist. Zudem ist sie in der Sperrerklärung ausgeführte Begründung floskelhaft und darf die weiterhin notwendige Aufklärung der Anklage Vorwürfe nicht behindern.

1. *Der Anspruch auf Einsicht in die sichergestellte Akte liegt in dem Recht auf ein faires Verfahren begründet. Er wurzelt - wie die allgemeine Rechtsschutzgarantie - insbesondere im Rechtsstaatsprinzip [...].*

Zentrales Ziel des rechtsstaatlich geordneten Strafverfahrens ist die Ermittlung des wahren Sachverhalts durch den Tatrichter als notwendige Grundlage eines gerechten Urteils. Es untersteht dem aus § 244 Abs. 2 StPO abzuleitenden und den verfassungsrechtlichen Anforderungen entsprechenden ‚Gebot bestmöglicher Sachaufklärung‘ [...].

Im Hinblick auf diese Anforderungen geht auch der europäische Gerichtshof für Menschenrechte davon aus, dass, wenn Menschen durch Gewalt zu Tode gekommen sind, eine effektive offizielle Untersuchung durchgeführt

¹⁹⁰¹ Protokoll der 39. öffentlichen Sitzung vom 10.01.2019, S. 27.

¹⁹⁰² Ebenda, S. 29.

¹⁹⁰³ B168, 2015_09_24 OLG Antrag Aufhebung Sperrerklärung_Anlagen GBA, Nebenklage_bwps, S.2.

werden muss [...]. Nach diesen Vorgaben bedeutet jede Unzulänglichkeit der Ermittlung, aufgrund derer die Möglichkeit verringert wird, die Ursache für den Tod unter die Verantwortlichen festzustellen, einen Verstoß gegen die Vorgaben der EMRK [...]. Das Recht auf ein faires Verfahren gewährleistet den Verfahrensbeteiligten dabei unter anderem, zur Wahrung ihrer Rechte auch und gerade aus der EMRK auf den Gang und das Ergebnis des Verfahrens Einfluss zu nehmen [...].

Grundsätzlich sind gemäß § 95 StPO alle Behörden verpflichtet, ihre Akten dem Strafgericht auf dessen Ersuchen vorzulegen bzw. - in entsprechender Anwendung dieser Regelung - von diesem erbetene Auskünfte zu erteilen. Diese Verpflichtung wird allein durch die Möglichkeit der Sperrerklärung nach § 96 S. 1 StPO eingeschränkt. Damit korrespondierend haben Verfahrensbeteiligte einen Anspruch darauf, die Wirkungen einer solchen Erklärung durch eine diese überwindende, entgegengesetzte Anweisung der obersten Dienstbehörde zu beseitigen, soweit die Sperrerklärung rechtswidrig ist.

Es ist zwar zutreffend, wenn das Innenministerium des Landes Brandenburg in Ihrem Schreiben vom 11.08.2015 ausführt, dass nach § 96 Satz 1 StPO die Vorlegung von Akten oder anderen in amtlicher Verwahrung befindlichen Schriftstücken durch die Behörde nicht gefordert werden darf, wenn deren oberste Dienstbehörde erklärt, dass das Bekanntwerden des Inhalts dieser Akten oder Schriftstücke dem Wohl des Bundes oder eines deutschen Landes Nachteile bereiten würde. Diese Vorschrift schränkt ausdrücklich die Vorlegung und Auslieferung von Akten und anderen in amtlicher Verwahrung befindlichen Schriftstücken und analog die Erteilung von entsprechenden Auskünften an die Strafjustiz in extremen Ausnahmefällen ein [...]. Die entsprechende Erklärung der obersten Dienstbehörde bewirkt damit ein gesetzliches Beziehungshindernis und stellt die Behörde von der Verpflichtung zur Vorlegung der vom Strafgericht angeforderten Akten frei.

Durch den Senat ist jedoch zu überprüfen, ob die Sperrerklärung formell ordnungsgemäß zustande gekommen ist, ob die oberste Dienstbehörde ihrer Entscheidung einen zutreffenden rechtlichen Maßstab zugrunde gelegt und alle nach diesem Maßstab erkennbar erheblichen Umstände bei ihrer Entscheidung berücksichtigt hat. Ferner ist zu klären, ob die Sperrerklärung auch im Übrigen angesichts der bekannten Umstände des Einzelfalles nach ihrem Inhalt und ihrem Erklärungswert den Anforderungen des § 96 S. 1 StPO genügt [...].

Ob die Sperrerklärung rechtswidrig und der Betroffene hierdurch in seinem Recht auf ein rechtsstaatliches, faires Verfahren verletzt ist, ist daher nach den Umständen des Einzelfalles unter sorgfältiger Abwägung der im Spannungsfeld stehenden Rechtsgüter und entsprechender Würdigung des gesamten Sachverhalts - insbesondere der Schwere der Straftat, des Stellenwerts des Beweismittels und des Gewichts der eine Aktenvorlage entgegen stehenden Umstände, insbesondere des Schutzes der Vertrauensperson vor Gefahren für Leib und Leben, der Geheimhaltung der polizeilichen Arbeitsweise sowie des Umstandes, dass im Fall der Offenlegung ihrer Identität von dieser Vertrauensperson zukünftig keine

entsprechenden Hinweise mehr erfolgen werden und die Gewinnung weiterer Vertrauensperson erschwert wird - zu entscheiden [...].

Hierbei kommt es darauf an, ob Gründe geltend gemacht und im Rahmen des möglichen belegt sind, die die Feststellung zulassen, dass die Verweigerung der Aktenvorlage aus einem in § 96 Satz 1 StPO aufgeführten Hinderungsgrund unumgänglich ist [...].

In dieser Hinsicht ist für die Darlegung von Weigerungsgründen erforderlich, dass die oberste Dienstbehörde ihrer Wertung der Tatsachen als geheimhaltungspflichtig so einleuchtend darlegt, dass das Gericht diese Wertung unter Berücksichtigung rechtsstaatlicher Belange als triftig anerkennen kann [...].

2. Nach diesen seitens der Rechtsprechung geforderten Maßstäben stellt sich die Sperrerklärung des Landes Brandenburg als rechtswidrig dar. Die von ihr getroffenen Wertungen sind weder nachvollziehbar, noch belegt. Sie ist nicht einzelfallbezogen und setzt sich mit dem relevanten Sachverhalt nicht hinreichend auseinander. Zudem stellt sie nicht alle erheblichen Belange ohne erkennbare Fehlgewichtung in die Abwägung ein.

Das Geheimhaltungsinteresse des Landes überwiegt aber nicht, weil die sichergestellten Akten im vorliegenden Strafverfahren ein Beweismittel von erhöhtem Stellenwert darstellen und die dem Land vermeintlich drohenden Nachteile nicht ins Gewicht fallen.

Im Einzelnen führt das Innenministerium in seiner Sperrerklärung aus, dass es sich bei den sichergestellten Dokumenten und Deckblattmeldungen und andere Unterlagen der Abteilung für Verfassungsschutz des Brandenburger Innenministeriums (nachfolgend VS-Brandenburg) handelt, die Angaben zu ‚vielfältigen Sachverhalten‘ enthalten, die mit dem Gegenstand der Beweisaufnahme im Strafverfahren vor dem Oberlandesgericht München nichts zu tun hätten.

Es handele sich um Dokumente, die im Zusammenhang mit der Ladung gefertigt wurden (Ladung, Aussagegenehmigung, Chronologie des VS-Brandenburg). Außerdem seien Dokumente enthalten, die das Mandatsverhältnis des Zeugen zu seinem Rechtsanwalt betreffen. Zusammenfassend befänden sich alle diese Unterlagen in ‚amtlicher Verwahrung‘, da sie sich in einer Akte des Verfassungsschutzes befinden würden.

- a) Zunächst einmal entspricht es nicht den Tatsachen, wenn die Behörde vorträgt, es handele sich bei den bei dem Zeugen G[geschwärtz] sichergestellten Dokumenten um Unterlagen des Verfassungsschutzes zu verschiedenen Sachverhalten, die mit dem Gegenstand der Beweisaufnahme nichts zu tun hätten. Sowohl der Zeuge selbst, als auch sein Anwalt haben in der Hauptverhandlung vom 29.07.2015 erklärt, dass es sich um Unterlagen handelt, die der Zeuge zur Vorbereitung auf die Hauptverhandlung vor dem Oberlandesgericht München gefertigt habe. Es handele sich sowohl um Dokumente des Verfassungsschutzes

als auch um eigene Aufzeichnungen - insgesamt aber gerade um Dokumente, die den Gegenstand der hiesigen Beweisaufnahme und damit des Beweisthemas betreffen würden.

Soweit die Behörde erklärt, dass die Schriftstücke der Seiten 67 bis 99 einen Aufschluss über die Information-und Beobachtungsschwerpunkt des Verfassungsschutzes geben und damit bei Veröffentlichung die Gefahr bestehe, die Arbeit der Nachrichtendienste nachhaltig zu erschweren, so vermag auch diese Argumentation nicht zu überzeugen.

Zwar verkennen die Unterzeichner nicht, dass der gebotene Schutz verfassungsschutzdienstlicher Informationen und Informationsquellen, Arbeitsweisen und Methoden der Erkenntnisgewinnung die Geheimhaltung grundsätzlich rechtfertigen können [...]. Das bedeutet jedoch im Gegenzug nicht, dass Akten des Verfassungsschutzes schon aufgrund ihres Wesens geheimhaltungsbedürftig im Sinne von § 96 S. 1 StPO wären [...].

Das Brandenburger Innenministerium ignoriert den Umstand, dass in der hiesigen Hauptverhandlung und auch in den Vernehmungen vor den zahlreichen Untersuchungsausschüssen bereits eine Vielzahl von Deckblattmitteilungen, Observation- und Telefonüberwachungsmaßnahmen und somit eine Vielzahl von Informationserhebungen mittels nachrichtendienstlicher Quellen - auch aus dem Land Brandenburg - Gegenstand waren, der Zeuge Szczepanski als V-Person und seine V-Mann-Führer längst enttarnt sind.

Durch die Offenbarung der sichergestellten Unterlagen des Zeugen werden daher keine Nachteile für den Bund oder das Land entstehen, insbesondere werden keine Arbeitsweisen und Methoden der Erkenntnisgewinnung Verfassungsschutzbehörde offenbart, die nicht ohnehin schon bekannt sind. Zudem hätte das Innenministerium erwägen müssen, die Passagen, die in diesem Sinne geheim bleiben müssen, unleserlich zu machen und die übrigen, des Geheimschutzes nicht bedürfenden Passagen zu offenbaren und vorzulegen. Ferner war und ist es im anhängigen Verfahren ebenfalls bei entsprechenden Voraussetzungen möglich, dass auch eingestufte Akten dem Senat vorgelegt werden. Alle Verfahrensbeteiligten haben eine Verpflichtungserklärung unterschrieben. In begründeten Einzelfällen kann ggf. auch die Öffentlichkeit bei Erörterung von eingestuften Aktenbestandteilen in der Hauptverhandlung ausgeschlossen werden. Diese Möglichkeiten hat das Brandenburger Innenministerium nicht in Betracht gezogen.

- b) Das Innenministerium hat ferner die Gründe, die angeblich für die Geheimhaltung sprechen, mit den Interessen der Verfahrensbeteiligten nicht ansatzweise abgewogen.

Gegenstand des hiesigen Strafverfahrens sind unter anderem zehn Morde sowie zwei Sprengstoffanschläge mit Schwerverletzten und einer konkreten Lebensbedrohung für eine große Zahl weiterer (potentieller) Opfer. Neun der Morde sowie beide Sprengstoffattentate wurden ausweislich der Anklageschrift aus rassistischen Motiven verübt und blieben insgesamt über elf Jahre unentdeckt.

Die Aussage des Zeugen G[geschwärzt] ist insoweit zur Aufklärung der in der Anklage benannten Taten von nicht unerheblicher Bedeutung. So geht es unter anderem um die 1998 erfolgte Mitteilung des Zeugen Carsten Szczepanski als ehemalige Vertrauensperson des Brandenburger Verfassungsschutzes an den Zeugen G[geschwärzt] über drei Untergetauchte ‚sächsische Skinheads‘, die sich zur Begehung von Straftaten bewaffnen würden. Im Rahmen des Vorwurfs der Mittäterschaft der Angeklagten Zschäpe von Beginn der Tatserie an und dem Vorwurf der Gründung und Beteiligung einer terroristischen Vereinigung kommt der Aussage des Zeugen Szczepanski gegenüber dem Zeugen G[geschwärzt] ein nicht unwesentlicher Beweiswert zum Nachweis der angeklagten Taten zu. Nicht davon zu trennen ist das Interesse der hier vertretenen Nebenklägerinnen und Nebenkläger daran, aufzuklären, ob durch insbesondere den Verfassungsschutz Brandenburg bei entsprechender Bearbeitung dieser Informationen die Mordserie und die Anschläge hätten verhindert werden können – ein Umstand, der ebenfalls für die vorzunehmende bestmögliche Sachverhaltsaufklärung [...] von erheblichem Gewicht ist.

Der Zeuge G[geschwärzt] hat sich in der bisherigen Beweisaufnahme weder durch nachvollziehbare Erinnerung, noch durch den Willen, sich um eine solche überhaupt zu bemühen, ausgezeichnet. Ohne entsprechende sinnvolle Vorhalte aus den Akten, die er selbst zur Vorbereitung der Verhandlung nach eigenen Bekundungen zusammengestellt hat, wird die weitere Vernehmung wenig ergiebig bleiben.

Die Aufklärungspflicht des Staates und damit auch der grundsätzlich geschützte Anspruch auf ein faires Verfahren für alle Beteiligten ergeben eine Interessenabwägung zugunsten der Verfahrensbeteiligten und überwiegen somit das Geheimhaltungsinteresse der Behörde. Es ist insoweit anmaßend, wenn seitens der Behörde im Schreiben vom 11.08.2015 pauschal vorgetragen wird, dass die ‚Geheimbedürftigkeit aller Unterlagen unter Berücksichtigung des Verfahrenszwecks (Klärung eines strafrechtlichen Vorwurfs in einem Strafverfahren) und des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes zwingend‘ sei und kein Interesse ersichtlich wäre, um das Geheimhaltungsinteresse des Verfassungsschutzes Brandenburg zurücktreten zu lassen. Damit wird das Aufklärungsinteresse des Senats – aber auch und gerade das der Nebenklägerinnen und Nebenkläger – als bedeutungslos gegenüber

Informationen des Brandenburger Verfassungsschutzes degradiert, die noch nicht einmal in ihrer vermeintlichen ‚zwingenden‘ Geheimhaltungsbedürftigkeit auch nur ansatzweise ausreichend präzisiert worden sind.

- c) *Das Innenministerium hat rechtlich unzulässig und willkürlich ein Konvolut aus unterschiedlichen Dokumenten nur aufgrund dessen, weil sei in einer Akte zusammengefasst wurden, einer gemeinsamen Sperrerklärung unterstellt. Zu bewerten wäre aber die Geheimhaltungsbedürftigkeit der einzelnen Dokumente in Abwägung mit dem Aufklärungsinteresse. Insoweit in der Sperrerklärung dazu Ausführungen enthalten sind, sind sie so unzulänglich, dass ebenfalls von einem Verstoß gegen die oben dargelegten Maßstäbe auszugehen ist.*

Das Innenministerium unterscheidet zwischen vier verschiedenen Arten von Dokumenten, die in der 153 Seiten starken Akte zusammengestellt sind.

Zur ersten Gruppe zählen Dokumente des Verfassungsschutzes Brandenburg, die vor der Zeugenladung entstanden sind, also offenbar direkt der Verfassungsschutz-Tätigkeit entstammende Unterlagen, wie etwa Deckblattmeldungen (nach Angaben des Innenministeriums Seiten 63-128).

In der zweiten Gruppe sind Ladung, Aussagegenehmigung, Schreiben an den Senatsvorsitzenden sowie Chronologie in Verfassungsschutzes Brandenburg zusammengefasst (nach Angaben des Innenministeriums Seiten 1-12, 58-62).

Die dritte Gruppe umfasst Dokumente aus dem Mandatsverhältnis mit dem Zeugenbeistand (nach Angaben des Innenministeriums Seiten 35-39, 48-57), die vierte das Vernehmungsprotokoll des Zeugen beim Untersuchungsausschuss des Bundestages, die Beschlussempfehlung des Untersuchungsausschusses sowie verschiedene Internetauszüge (nach Angaben des Innenministeriums Seiten 13-34, 40-47, 129-153).

Nur die Schriftstücke der Seiten 67 bis 99 sind offenbar überhaupt mit dem Geheimhaltungsgrad ‚VS - Nur für den Dienstgebrauch‘ versehen. Dabei bleibt in der Sperrerklärung unklar, was die einschränkende Formulierung, die Schriftstücke seien ‚in ihrer Gesamtheit‘ mit diesem Geheimhaltungsgrad belegt, bedeuten soll. Denn alle anderen nach der Sperrerklärung nicht zu veröffentlichenden Dokumente sind offensichtlich nicht klassifiziert.

Zum Inhalt der Seiten 100 - 115 (sowie 65f und 118-124, sofern man davon ausgeht, dass f. nur eine Folgeseite meint) sind in der Sperrerklärung keine konkreten Angaben enthalten, sodass deren Geheimhaltungsbedürftigkeit auch nicht ansatzweise erläutert ist.

- (1) *Bei den Dokumenten der ersten Gruppe (S. 63-128) handelt es sich nach den Angaben in der Sperrerklärung um Deckblattmeldungen und andere Unterlagen des Verfassungsschutzes Brandenburg. Diese Unterlagen würden Angaben zu vielfältigen Sachverhalten aus der rechtsextremistischen Szene enthalten, die zu 90 Prozent mit dem Gegenstand der Beweisaufnahme in dem Strafverfahren vor dem OLG München nichts zu tun hätten (S. 4 der Sperrerklärung unten). Es stünden dort ‚Dutzende von Namen von Personen aus der rechtsextremistischen Szene, über die der Verfassungsschutz Erkenntnisse sammelte‘ (ebenda).*

Im Einzelnen ließe sich nach den Angaben in der Sperrerklärung sich auf den Seiten 63f. der Akte ‚eine Art der Anbahnung einer Informationserhebung (...) In groben Zügen nachvollziehen‘ (S. 6 der Sperrerklärung). Insoweit befürchtet das Innenministerium, dass ‚unbeteiligte Dritte dies als ‚Leitfaden‘ verstehen könnten, zum Schein eine Informationsbeziehung mit dem Nachrichtendienst einzugehen, um diesen möglicherweise auszuspionieren.‘ Für die Verfahrensbeteiligten erschließt sich nicht, wieso gerade die Anwerbung von Carsten Szczepanski - das Aktenkonvolut ist letztlich aufgrund einer Vernehmung zu dessen V-Mann-Tätigkeit erstellt worden – geheimhaltungsbedürftig sein sollte, da in der Hauptverhandlung neben den Anwerbungen von Brand und Dalek bereits mehrfach explizit die des V-Manns Szczepanski öffentlich erörtert wurde. Sofern die Anwerbung nicht tatsächlich in anderer Form erfolgte, als von Szczepanski selbst und dem Zeugen Meyer-Plath berichtet, gibt es jedenfalls zum jetzigen Zeitpunkt keinen ersichtlichen Grund für eine Geheimhaltung.

Sofern die Schriftstücke der Seiten 67 bis 99 nach den Angaben der Sperrerklärung Aufschluss über die Informations- und Beobachtungsschwerpunkt des Verfassungsschutzes geben sollen, ist festzuhalten, dass nicht die gesamten 32 Seiten geheimhaltungsbedürftig sein können. Die Begründung der Sperrerklärung, dass beobachtete Personenzusammenschlüsse erst dadurch von ihrer nachrichtendienstlichen Beobachtung Kenntnis erlangen könnten, wenn die Akte des Zeugen G[geschwärzt] Verfahrensbestandteil im hiesigen Verfahren würde, ist in ihrer Allgemeinheit unrealistisch. Jedenfalls ist davon auszugehen, dass über veröffentlichte Berichte des Verfassungsschutzes bereits einzelne Gruppen von ihrer Beobachtung durch den Nachrichtendienst Kenntnis erlangen können. Teilweise haben sich Gruppierungen seit dem vom Beweisthema umfassten Zeitablaufs bereits aufgelöst.

Sofern die ‚Ausführlichkeit (der Dokumente) einen Rückschluss auf die Beobachtungsintensität nachrichtendienstlicher Arbeit‘ zulassen würde, ist nicht belegt, dass sie daher Qualität und Quantität der nachrichtendienstlichen Tätigkeit ansatzweise beeinträchtigen würden.

Dasselbe gilt für die Dokumente der Seiten 116f., die nach den Ausführungen der Sperrerklärung ‚in Verbindung mit den Dokumenten der Seiten 67 bis 99 einen Hinweis darauf (geben), wie sich Treffmodalitäten im Konkreten darstellen können und welche Rahmenbedingungen im Umgang mit der Quelle, insbesondere im Zusammenhang mit deren Informationsschwerpunkten, notwendig erscheinen/werden‘ (S. 6 der Sperrerklärung). Hierzu ist zu bemerken, dass der Zeuge Meyer-Plath zu den Umständen der Treffen mit dem V-Mann Szczepanski bereits ausgesagt hat. Selbst wenn dies nicht von seiner Aussagegenehmigung umfasst gewesen sein sollte, sind diese Vorgänge also bereits verfahrensöffentlich und einer Einführung über die Dokumente aus dem Ordner des Zeugen G[geschwärzt] jedenfalls unter Geheimhaltungsaspekten unschädlich.

Zu dem Argument, die Dokumente der Seiten 125 128 dürften nicht eingeführt werden, da sie ganz konkret die Zusammenarbeit des Verfassungsschutzes mit anderen Sicherheitsbehörden belegten (S. 6 der Sperrerklärung), ist ebenfalls anzumerken, dass spätestens mit dem Abschlussbericht des Bundestagsuntersuchungsausschusses bekannt geworden ist, dass es im September 1998 ein Treffen zwischen dem Brandenburger Verfassungsschutz und den Landesämtern für Verfassungsschutz der Länder Sachsen und Thüringen gab, an dem G[geschwärzt] vermutlich teilnahm.

Die zusammenfassende Einschätzung der Sperrerklärung (S. 6) ist demnach nicht tragfähig: ‚Die Nachteile für Bund und Länder ergeben sich also nicht erst aufgrund der teilweisen VS-Einstufung der in der Akte enthaltenen Dokumente, sondern vor allem aus deren Inhalt, da sie Mittel und Methoden des Verfassungsschutzes, insbesondere zu Fragen der Informations- und Beobachtungsschwerpunkte, der Art und Weise der konkreten Informationserhebung mittels nachrichtendienstlicher Quellen und der künftigen Gewährung von nachrichtendienstlichen Zugängen in verfassungsschutzrelevante Personenzusammenschlüsse enthält.‘ Im hiesigen Verfahren sind vielfältige Mittel und Methoden des Verfassungsschutzes, Informations- und Beobachtungsschwerpunkte, Formen der konkreten Informationserhebung durch nachrichtendienstliche Quellen in der Nazi-Szene bekannt, explizit auch mit Bezug zum V-Mann Szczepanski. In der Allgemeinheit zur Darlegung in der Sperrerklärung kann eine Geheimhaltungsbedürftigkeit daher nicht belegt werden.

bb) in der Sperrerklärung ist zu den gerichtsöffentlichen Dokumenten wie Ladung, Aussagegenehmigung und Schreiben an den Senatsvorsitzenden (vermutlich S. 1-12) ausgeführt, dass diese für die Beweiserhebung unerheblich sein. Dies ist keine, eine Sperrerklärung rechtfertigende Grundlage, betont vielmehr die Willkürlichkeit der Sperrerklärung im Ganzen.

In Bezug auf die so genannten ‚Chronologien des Verfassungsschutzes‘ (vermutlich S. 58-62) führt das Innenministerium aus, dass darin bestimmte Aspekte farblich unterlegt worden seien, um dem Zeugen die zeitliche Zuordnung im Hinblick auf die Aussagegenehmigung zu erleichtern. Der Zeuge solle auf einen Blick sehen können, wozu er etwas sagen dürfe und wozu nicht (S. 2 des Schreibens unten). Diese Chronologien seien deshalb insgesamt geheimhaltungsbedürftig da ‚gerade auch die Sachverhalte aufgeführt werden, die nicht Gegenstand der Beweisaufnahme sind und die Erkenntnisse des Verfassungsschutzes wiedergeben, die durch nachrichtendienstliche Mittel erlangt wurden‘. Es überwiege daher die Geheimhaltungsbedürftigkeit, weil es kein schützenswertes Interesse daran geben kann, dass Dritte Einsicht in derartige Unterlagen erhalten (S. 7 des Schreibens oben).

Dem ist entgegen zu halten, dass der Aufklärungsgrundsatz gebietet, die Teile der eigens für die Vorbereitung des Zeugen erstellten Chronologien in das Verfahren einzuführen, soweit sie Gegenstand der Beweisaufnahme sind. Es ist kein Grund denkbar, wieso diese von dem Zeugen ohnehin bei seinem zusammenhängenden Bericht zum Beweisthema zu offenbarenden Sachverhalte in verschriftlichter Form geheim zu halten sein sollten.

Soweit das Innenministerium ausführt, dass jedenfalls Teile der Chronologien, nicht Gegenstand der Beweisaufnahme seien und daher geheimhaltungsbedürftig wären, entbehrt dies jeder rechtlichen Grundlage. Nach der Argumentation der Sperrerklärung seien diese Teile zu sperren, weil sie die Erkenntnisse des Verfassungsschutzes wiedergäben, die durch nachrichtendienstliche Mittel erlangt wurden. Schützenswerte Interesse an der Einsicht durch Dritte gäbe es nicht. Allerdings beinhalten auch die jährlichen Berichte der verschiedenen Verfassungsschutzämter Informationen, die mit nachrichtendienstlichen Mitteln erlangt wurden und dennoch veröffentlicht werden. An einer nachvollziehbaren Differenzierung fehlt es in der Sperrerklärung.

Die Begründung der Sperrerklärung ist auch insoweit nicht ausreichend, um eine Sperrung zur Verhinderungen von Nachteilen für das Wohl des Bundes oder eines Landes zu begründen.

cc) Allein in Bezug auf die als Dokumente aus dem Mandatsverhältnis mit dem Rechtsanwalt bezeichneten Unterlagen ist tatsächlich davon auszugehen, dass sie dem Beratungsgeheimnis unterfallen. [...] Dies hindert die Beschlagnahme der Unterlagen grundsätzlich im vorliegenden Fall jedoch schon deshalb nicht, weil sich die Unterlagen im Gewahrsam des Zeugen und nicht des Zeugnisverweigerungsberechtigten befanden. Entscheidend ist hier allerdings, dass das Beratungsgeheimnis zwischen Zeugen und Zeugenbeistand kein Belang des übergeordneten Wohles des Bundes oder eines deutschen Landes ist und sich daher nicht eignet,

eine Sperrerklärung zu begründen. Dass die Behörde hier die Rechtslage erkennt, zeigt sich nicht zuletzt daran, dass sie im Rahmen der Sperrerklärung davon ausgeht, das Beratungsgeheimnis zwischen Zeugenbeistand und Zeugen sei schutzwürdiger als dasjenige eines Angeklagten zu seinem Verteidiger (S. 7), wohingegen die Strafprozessordnung nur letzteres uneingeschränkt schützt.

dd) In Bezug auf die öffentlich zugänglichen Dokumente, wie das Vernehmungsprotokoll des Zeugen beim Untersuchungsausschuss des Bundestages, die Beschlussempfehlung des Untersuchungsausschusses sowie Internetauszüge (nach Angaben des Innenministeriums Seiten 13-34,40-47,129-153) ist kein rechtlicher Grund denkbar, weshalb man sie sperren könnte. Das Vernehmungsprotokoll des Zeugen im Untersuchungsausschuss ist auf die Kategorie ‚öffentlich‘ herabgestuft, die Beschlussempfehlung des Ausschusses war von Anfang an öffentlich zugänglich.

In der Sperrerklärung wird dazu ausgeführt, dass diese Dokumente insbesondere im Gesamtzusammenhang mit dem in der ersten Gruppe zusammengefassten Dokumenten die aufgeführten Informationsschwerpunkte und dort die Art und Weise des nachrichtendienstlichen Herangehens untermauern würden. Ihre Veröffentlichung habe die zu den Dokumenten der ersten Gruppe angedeuteten Folgen für die Arbeit und Informationserhebung der Nachrichtendienste. Diese Behauptung ist in Bezug auf die behaupteten Dokumente des Untersuchungsausschusses des Bundestages nicht nachzuvollziehen. Wenn die Veröffentlichung dieser Dokumente einen Nachteil für das Wohl des Bundes oder eines Landes hervorrufen könnte, wäre dieser bereits eingetreten.

In Bezug auf die Internetauszüge (S. 40-47) wird in der Sperrerklärung wiederum nicht substantiiert belegt, wieso eine Veröffentlichung dieser Auszüge, die sicherlich verschiedene Themenfelder und Gruppierungen betreffen, heute noch Nachteile in der weiteren nachrichtendienstlichen Forschung erbringen sollten. Falls in den Internetausdrucken auch einzelne Punkte enthalten sein sollten, die weder im Rahmen dieses Verfahrens, noch durch Veröffentlichung des Verfassungsschutzes über seine Arbeit jemals der Öffentlichkeit zur Kenntnis gelangt sein sollten, könnten die entsprechenden Stellen geschwärzt werden.

Die Sperrerklärung ist unter Zugrundelegung des Sachverhaltes rechtswidrig erfolgt. Zumindest im Rahmen einer Gegenvorstellung ist darauf hinzuwirken, dass das Brandenburger Innenministerium, ggf. auf Weisung des Innenministers, seine unzutreffende Rechts- und Tatsachenvorstellung aufgibt.

[...]

Da die Akten bislang nicht selbstständig durch das Brandenburger Innenministerium im hiesigen Verfahren - trotz der dort bekannten Relevanz der Aussagen der Zeugen Szczepanski, G[geschwärzt] und Meyer-Plath - vorgelegt wurden, ist auch unter Wertung der vorgenannten Sperrerklärung davon auszugehen, dass eine ausreichende Mitwirkungsbereitschaft des Ministeriums hinsichtlich der Aufklärung u. a. der angeklagten zehn Mordtaten und zwei Sprengstoffattentate nicht vorliegt.[...]"¹⁹⁰⁴

Am 02.11.2015 erstellte ein Mitarbeiter der Abteilung V einen Vermerk anlässlich der Aufhebung der Sperrerklärung:

„[...] Im Rahmen der erneuten Überprüfung konnten Gründe, die ursprünglich zu der Sperrung der Akte geführt haben, nunmehr ausgeräumt werden. Die Freigabe der Akte erforderte eine Koordinierung mit anderen Behörden, deren Erkenntnisse ebenfalls in der genannten Akte Eingang gefunden haben. Im Rahmen dieses Abstimmungsprozesses konnte festgestellt werden, dass die meisten Dokumente - so zum Beispiel Deckblattmeldungen des Verfassungsschutzes - bei Gericht bereits in ungeschwärzter Form vorliegen und daher eine weitere Geheimhaltung nicht mehr erfordern. Diese Erkenntnis war dem Verfassungsschutz bei Erlass der Sperrerklärung nicht bekannt.

Lediglich ein vermehrtes Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen vom 17.9.1998 unterliegt nach der Koordinierung auch weiterhin der teilweisen Schwärzung. Zum Schutze der Rechte Dritter erfordert eine Grundsatzentscheidung des Innenministeriums des Freistaates Sachsen mindestens die Schwärzung von Namen und Paraphen von Mitarbeitern bei der Weitergabe interner Dokumente. An dieser Entscheidung ist der Verfassungsschutz Brandenburg gebunden.

In der Handakte ist ein vom Rechtsanwalt des Zeugen gefertigter Fragenkatalog enthalten, um diesen auf die Vernehmung vor Gericht vorzubereiten. Der Zeuge verzichtet nunmehr ebenfalls auf die Schwärzung des Kataloges, da dieser lediglich Fragen ohne mögliche Antworten enthält und somit eine Strategie für die Zeugenvernehmung nicht erkennen lässt.

Stellungnahme:

Die Sperrung der Akte soll nunmehr aufgehoben werden und die Akte teilgeschwärzt dem OLG zur Verfügung gestellt werden.“¹⁹⁰⁵

Dazu erklärte die Zeugin Wagner:

„Die Sperrerklärung, wie gesagt, wurde dann vom Gericht und dem GBA als auch den - soweit ich mich erinnere - Nebenklageanwälten entsprechend angegangen. Das Gericht hat uns mitgeteilt, dass es unserer Rechtsauffassung oder der rechtlichen Darstellung in keiner Weise folgen kann und dass man uns - - Also, die Quintessenz war, dass man uns bittet, diese Entscheidung - - Also,

¹⁹⁰⁴ Ebenda, S. 8-21

¹⁹⁰⁵ B 168, Zweite Teillieferung, OLG_R.G._2015_11_02_Vermekr Aufhebung Sperrerklärung, S. 1f.

man hat den Staatssekretär gebeten, seine Entscheidung zu überdenken, und damit natürlich auch uns.

Wir haben uns dann - - Natürlich lässt einen das nicht kalt. Auch, wo die Sperrerklärung erledigt war, war es so, dass wir uns weiter damit und mit den Gedanken beschäftigt haben und dann auch überlegt haben: Wenn es denn jetzt so wäre, dass die Sperrerklärung - aus welchen Gründen auch immer - nicht halten könnte, was machen wir denn dann? Was gibt es dann für Möglichkeiten? Was ist zu differenzieren? -Und wir haben uns dann wirklich die Zeit genommen, jedes einzelne Stück, wo dann eben darum gebeten worden ist, die Sperrerklärung möglicherweise aufzuheben bzw. die Akte einfach - und das war ja die Bitte - zur Gerichtsakte zu übersenden - - Das konnte natürlich von uns - - Und das war auch der Anspruch an uns: Sollte man einen Teil noch verschließen müssen, dann muss es aber auch so sein, dass es rechtlich hält. - Das war der Anspruch an uns, und wir haben dann alles getan - - Also ,an uns', wenn ich jetzt davon rede: alle, die damit involviert waren und die man noch mal gebeten hat, zu prüfen und darüber nachzudenken und zu suchen, ob es irgendwelche Gründe gibt, die als solche eben ermöglichen, dass die Sperrerklärung aufgehoben wird. Und da hat insbesondere das Schreiben des GBA Anlass gegeben, darüber nachzudenken, wo dann - - Zumindest mir wurde es an dieser Stelle bewusst und bekannt, dass diese Dokumente dem GBA bereits vorliegen und damit auf jeden Fall schon zur Gerichtsakte gelangt sind, und zwar in der Form, dass sie eben praktisch dort offen vorhanden sind.

So, und das war ein ganz großer, entscheidender Punkt, auch zu sagen: Wenn diese Dokumente dort offen vorliegen und Teil der Gerichtsakte sind, dann erledigen sich viele Verknüpfungen, die in der Akte mit diesen Dokumenten erfolgt sind. Wir haben dann - da es ja auch Dokumente von Dritten sind - geprüft, ob es möglich ist, dass wir das eben alleine aufheben können oder ob wir damit andere befragen müssen, ob sie diese Dokumente in dieser Form, wie sie in der Akte sind, freigeben. Das betrifft insbesondere Sachsen.

Wir haben den GBA in, ich glaube, ein oder zwei Fällen gebeten, noch mal zu prüfen, ob das freigegeben werden kann, weil es sich bei einem Dokument auch darum handelt, dass es um ein anderes Verfahren, also nicht gegen Zschäpe und weitere Personen, ging, sondern gegen Jan W. Das musste geprüft werden, und das haben wir dann alles veranlasst und getan. Dazu haben wir auch in Form - - also insbesondere durch Herrn C. F., Gespräche mit dem GBA, mit Staatsanwalt Schmidt geführt. Ich habe dann auch ein weiteres noch geführt, so ziemlich zum Abschluss.

Sie müssen sich das vorstellen: Bei mir im Büro lagen im Grunde sieben verschiedene Häufchen von verschiedenen Aktenbestandteilen, und praktisch konnte man sehen: Bei jeder Freigabe, bei jeder Erklärung, warum wir Dinge freigeben, wurde die Akte, wie wir sie an das Gericht zur Gerichtsakte liefern können, größer. Also, wir haben das wirklich nacheinander und ganz intensiv abgehandelt und abgearbeitet und haben dann eben auch begründen können.

Einer der letzten Punkte war dann natürlich auch noch, dieses Mandatsverhältnis aufzulösen, und zwar sollte insoweit das, was im Mandatsverhältnis oder durch den Zeugen selbst erstellt wurde, weiter gesperrt

bleiben. So, und dazu habe ich dann mit dem Vertreter des Zeugen, also Herrn Peters, gesprochen, und Herr Peters hat mir erklärt, dass er die Erwägungen nachvollziehen könnte, und wenn es keinen Grund gibt, die Ursprungsdokumente, die in Verbindung mit den Vorbereitungssachen stehen, also eine Sperrung aus überwiegenden Gründen zum Schutz von, sage ich mal, Taktiken, Techniken des Verfassungsschutzes, zum Staatswohl und sonst weiter ergeben - - damit einverstanden wäre, dass auch die Dokumente geöffnet werden, wenn der Zeuge seinerseits zustimmt, dieses zu tun.

Daraufhin habe ich mit dem Zeugen Dieter Borchert gesprochen, und er hat gesagt, dass er dem zustimmt, diese Akte, auch seine eigen erstellten Dokumente, schließlich zur Gerichtsakte zu geben. So konnten wir dann - ich glaube, es war Anfang November - die Akte freigeben“¹⁹⁰⁶

Der Zeuge Rhode sagte:

„[...] Sie sehen ja daran, dass wir die Sperrerklärung im November 2015 dann auch aufgehoben haben, dass wir uns auch weiterentwickelt haben, sage ich mal. Nachdem bekannt war, dass die Gründe, die zur Sperrerklärung geführt haben, nicht mehr vorliegen, sind wir ja unmittelbar an das OLG herantreten und haben gesagt: Die Sperrerklärung wird aufgehoben.“¹⁹⁰⁷

Und weiter:

[...] Zum Zeitpunkt, als die Sperrerklärung abgegeben worden ist, haben wir, hat die Abteilung - und ich auch insbesondere - nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt, ja.“¹⁹⁰⁸

Und die Zeugin Wagner erklärte:

„Auch das habe ich schon gesagt: Selbstverständlich haben wir uns - - Das sage ich jetzt für mich ganz persönlich, weil ich wahrscheinlich auch genau im Bundestag war und dieses Aufklärungsinteresse für mich auch eine erhebliche Rolle spielt und ich alles in meiner Macht - soweit rechtlich oder vorschriftsmäßig möglich - tue, um aufzuklären, gerade in diesem Sachverhalt. Und das war - glauben Sie mir bitte - keine einfache Entscheidung. Wenn sie so einfach gewesen wäre, dann ist es normalerweise so, dass das Fachreferat einen Vorschlag macht, dann läuft es durch, wird abgehandelt und fertig.

Aber allein dafür, dass wir uns zusammengesetzt haben und diese Dinge besprochen haben, weil sie eben nicht so einfach waren und weil dieses Interesse an einer Wahrheitsfindung unmittelbar zu unterstützen ist - - Also, diese Gedanken haben wir uns gemacht, und deshalb war das auch keine einfache Entscheidung.

¹⁹⁰⁶ Protokoll der 41. öffentlichen Sitzung vom 25.01.2019, S. 14f.

¹⁹⁰⁷ Protokoll der 40. öffentlichen Sitzung vom 11.01.2019, S. 92.

¹⁹⁰⁸ Ebenda, S. 93.

Ich möchte das mal so sagen - nehmen Sie mir das jetzt nicht übel -: Wie mutig man war, weiß man leider immer erst hinterher. Und das ist ein Augenblick gewesen, wo man gesagt hat: Wir haben hier Vorsicht vor Aufklärungsinteresse wahren lassen. - Also zumindest für mich sehe ich das so. Aber für mich ist es auch so: Ich habe einen ganz wichtigen Teil, der bekannt war und der eigentlich schon vorgelegen hat im Gericht, nicht gewusst.“¹⁹⁰⁹

¹⁹⁰⁹ Protokoll der 41. öffentlichen Sitzung vom 25.01.2019, S. 22f.

Ergebnisse des Untersuchungsausschusses zur „Organisierten rechtsextremen Gewalt und Behördenhandeln, vor allem zum Komplex Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)“ (UA 6/1) – Bewertung der SPD-Landtagsfraktion:

Als im November 2011 die Serie von Morden, Anschlägen und Banküberfällen der Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ bekannt wurde, löste das Ausmaß der Verbrechen bundesweit Trauer und Betroffenheit aus. Dass die Sicherheitsbehörden und Nachrichtendienste der Länder wie auch des Bundes die über Jahre hinweg geplanten und ausgeführten Verbrechen weder rechtzeitig aufdecken noch verhindern konnten, sorgte für Empörung.

Nach Bekanntwerden der Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“, die zehn Morde, zwei Sprengstoffanschläge und mehr als ein Dutzend brutaler Überfälle verübten, herrschte Einigkeit in der Forderung nach lückenloser, gründlicher und vollständiger Aufklärung. Neben dem Strafverfahren gegen Beate Zschäpe und vier NSU-Unterstützer, die im Juli 2018 nach Anklage durch die Bundesanwaltschaft vom Oberlandesgericht München im NSU-Prozess verurteilt wurden, wurde die Aufklärung zu möglichen Verfehlungen von Bundes- und Landesbehörden auch im Deutschen Bundestag und in acht Landesparlamenten in parlamentarischen Untersuchungsausschüssen vorangetrieben und lieferte umfassende Erkenntnisse.

Dieses Aufklärungsinteresse wurde vollumfänglich von der SPD-Landtagsfraktion Brandenburg geteilt, wenn es auch anfangs unterschiedliche Auffassungen gab, ob die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses des Brandenburgischen Landtages der richtige Weg bei der Aufklärung der Rolle Brandenburger Sicherheitsbehörden sei. Die SPD-Landtagsfraktion begrüßte daher die Entscheidung, dass die Parlamentarische Kontrollkommission am 12.04.2016 erstmals in öffentlicher Sitzung tagte, um die Öffentlichkeit vollumfänglich über den ehemaligen V-Mann des Brandenburgischen Verfassungsschutzes „Piatto“ bzw. Carsten Szczepanski zu unterrichten. In der öffentlichen Sitzung der Parlamentarischen Kontrollkommission wurden zudem die Rolle Brandenburgs bei der Aufarbeitung der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse und des Ermittlungsverfahrens der Generalbundesanwaltschaft bzw. des Gerichtsverfahrens am Oberlandesgerichts München (NSU-Prozess) erörtert.

Nach Zeugenaussagen von brandenburgischen Bediensteten im Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages und vor dem

Oberlandesgericht München sowie dem Bekanntwerden der Rolle des V-Mannes „Piatto“ der Abteilung 5 des Innenministeriums Brandenburg wurde der Ruf nach einem eigenen Untersuchungsausschuss im Brandenburger Landtag lauter. Die Berichterstattungen zum V-Mann „Piatto“ erschütterten zudem Vertrauen in die brandenburgischen Sicherheitsbehörden.

Ein gemeinsamer Antrag mit den Stimmen der Landtagsfraktionen von SPD, CDU, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen führte am 29.04.2016 zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. All denen, die zu Opfern der menschenverachtenden Ideologie des NSU aber auch rechtsextremer Gewalt in Brandenburg wurden, sahen sich die antragsstellenden Mitglieder im Untersuchungsausschuss verpflichtet, durch die Arbeit im Untersuchungsausschuss mögliche Mängel rückhaltlos aufzuklären. Das gemeinsame Aufklärungsinteresse der antragstellenden Landtagsfraktionen hat sich nicht nur bei der Verabschiedung eines gemeinsamen, umfassenden Untersuchungsauftrages gezeigt, sondern setzte sich größtenteils bei der Verabschiedung von Beweisbeschlüssen und Zeugenbenennungen sowie bei der Erarbeitung des Feststellungsteils des Untersuchungsausschussberichtes fort. So wurden Beschlüsse des Untersuchungsausschusses zum großen Teil ohne Durchsetzung des Mehrheitsprinzips oder Rückgriff auf Minderheitenrechte verabschiedet.

Auch die offiziell benannten Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung im Untersuchungsausschuss unterstützten das Aufklärungsinteresse der antragstellenden Landtagsfraktionen vollumfänglich. Während zu Beginn der Arbeit des Untersuchungsausschusses unter dem Gesichtspunkt von Sicherheitsbedenken noch bestimmte Akten zu hoch eingestuft oder zu umfassend geschwärzt wurden, sind im Verlauf der Untersuchungen und nach Rücksprache mit dem Innenminister und dem Justizminister die Akten in einer für die Ausschussarbeit geeigneten Form zugegangen, sodass die Öffentlichkeit stets vollumfänglich über die Arbeit des Untersuchungsausschusses informiert werden konnte. Für diese Bereitschaft sowie die gute Zusammenarbeit mit dem Untersuchungsausschuss und dem damit verbundenen Engagement und Aufwand möchte die SPD-Landtagsfraktion den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der betroffenen Landesbehörden ausdrücklich danken. Aber auch den sachverständigen Ermittlungsbeauftragten, die für den Untersuchungsausschuss die Vielzahl an Akten in den Behörden vorgesichtet haben, gilt großer Dank. Ein besonderer Dank gilt ferner Herrn Gebhard Schultz und Frau

Johanna Wallbaum sowie den Mitarbeitern im Ausschussekretariat, die trotz des engen Zeitrahmens maßgeblich zum Gelingen des Abschlussberichts beitrugen.

Der Untersuchungsausschuss hat mit dem Ende der Legislaturperiode seine Arbeit abgeschlossen. Mit der Vorlage des Abschlussberichts und der darin enthaltenen Schlussfolgerungen und Empfehlungen erfüllt der Untersuchungsausschuss die an ihn gerichtete Erwartung nach umfassender Aufklärung. Die SPD-Landtagsfraktion wird darauf achten, dass die gewonnenen Erkenntnisse, die Handlungsempfehlungen sowie die angestrebte Novellierung des Verfassungsschutzgesetzes, die nun Gegenstand der öffentlichen Auseinandersetzung sind, umgesetzt werden, um weiterhin jede Form von Extremismus oder Ausländerfeindlichkeit in Brandenburg entschlossen zu bekämpfen.

Trotz der gemeinsamen Aufklärungsarbeit im Untersuchungsausschuss der antragsstellenden Fraktionen bleiben dennoch signifikante Unterschiede in der Bewertung zwischen den verschiedenen im Landtag Brandenburg vertretenen Fraktionen bestehen. Diese reichen von der unterschiedlichen Einordnung und Gewichtung der Erkenntnisse der Untersuchungsausschussarbeit bis hin zu einer substanziell unterschiedlichen Vorstellung zur zukünftigen Gestaltung der brandenburgischen Sicherheitsarchitektur. So gibt es grundlegend verschiedene Auffassungen zwischen den Fraktionen, ob es überhaupt noch eines Verfassungsschutzes bedarf oder wie dieser zukünftig ausgestaltet werden sollte.

Wie bereits in der Beweisaufnahme und in den Zeugenvernehmungen des Untersuchungsausschusses werden die aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion festgestellten Versäumnisse in den Sicherheitsbehörden und die daraus zu ziehenden Konsequenzen klar benannt. Nach Auffassung der SPD-Landtagsfraktion muss die Sicherheitsarchitektur nicht grundlegend infrage gestellt werden. Vielmehr müssen die Defizite abgestellt und die Arbeitsfähigkeit der Sicherheitsbehörden verbessert werden. Hierbei ist insbesondere festzuhalten, dass sich die SPD-Landtagsfraktion explizit für die Beibehaltung des nachrichtendienstlichen Mittels der menschlichen Quellen ausspricht – dafür aber klare, enge, gesetzliche Regelungen zur Kontrolle und zum Einsatz dieses Mittels vorsieht. Diese sieht der vorgelegte Gesetzesentwurf zur Novellierung des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes vor. Damit sich die in der Untersuchungsausschussarbeit festgestellten Fehler und Versäumnisse in Zukunft nicht wiederholen werden, wird im Gesetzesentwurf unter anderem die parlamentarische Kontrolle gestärkt und das Anwerben und Führen von kriminellen

explizit V-Leuten verboten. Zudem soll ein kritisches Rollenverständnis dadurch gefördert werden, dass sich Mitarbeiter des Verfassungsschutzes zukünftig direkt an die parlamentarische Kontrollkommission wenden können und somit dazu beitragen, dass tatsächliche oder vermeintliche Defizite frühzeitig aufgedeckt werden.

Zentrale Erkenntnisse und Ergebnisse des Untersuchungsausschusses aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion:

Die umfangreiche Beweisaufnahme des Untersuchungsausschusses und die damit festgestellten Erkenntnisse zu Versäumnissen brandenburgischer Sicherheitsbehörden werden im weiteren Verlauf des Bewertungsteils der SPD-Landtagsfraktion ausführlich dargestellt. Eingangs sollen aber die zentralen Ergebnisse und deren Bewertung aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion benannt werden:

1. Trotz der umfassenden Aufklärungsarbeit konnten keine weitergehenden Hinweise auf Verbindungen des NSU-Trios nach Brandenburg oder Straftaten, die durch das NSU-Trio in Brandenburg verübt wurden, festgestellt werden. Die vom Untersuchungsausschuss beauftragten Ermittlungsbeauftragten haben sämtliche Akten, Dokumente, Dateien oder auf andere Weise gespeicherte Daten beim Generalbundesanwalt, Bundesamt für Verfassungsschutz, der Polizei Brandenburg sowie in der Abteilung 5 des Ministeriums des Innern und für Kommunales Brandenburg (Verfassungsschutz) dahingehend vorgesichtet. Die Auswertung des Aktenmaterials ist sodann durch den Untersuchungsausschuss erfolgt und ergab keine über die bereits bekannten Deckblattmeldungen aus dem Jahr 1998 des brandenburgischen V-Mannes „Piatto“ hinausgehenden Hinweise zum untergetauchten Trio Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe - dem späteren NSU-Trio. Dennoch hat die Untersuchungsarbeit eine starke persönliche Vernetzung der brandenburgischen und sächsischen rechtsextremen Szene aufgezeigt, die z.T. bis heute anhält. So unterhielten die rechtsextremen Potsdamer und Königs Wusterhausener Szeneangehörigen starke Verbindungen nach Chemnitz ins mutmaßliche NSU-Unterstützerumfeld.
2. Die Aufklärungsarbeit im Untersuchungsausschuss hat keinerlei Anhaltspunkte dafür ergeben, dass Brandenburger Sicherheitsbehörden vor der

Selbstenttarnung des NSU-Trios am 04.11.2011 Kenntnis von der NSU-Straftatenserie hatten. Der Untersuchungsausschuss hat zudem keine Belege dafür gefunden, dass Brandenburger Sicherheitsbehörden einen Zugriff auf das jahrelang unerkannt im Untergrund lebende NSU-Trio verhinderten.

3. Die Beweisaufnahme des Untersuchungsausschusses in Form des Aktenstudiums aber auch der Zeugenvernehmungen haben ergeben, dass es seitens Brandenburger Sicherheitsbehörden keine Blockade bei der Aufarbeitung des NSU-Skandals gegeben hat. Der Eindruck der mangelnden Aufklärungsbereitschaft Brandenburger Behörden, der in der Öffentlichkeit entstand, erklärt sich vielmehr durch das vorsichtige Agieren hinsichtlich des polizeilichen Zeugenschutzes im Vorfeld der Zeugenvernehmung „Piatto“ vor dem Oberlandesgericht München als auch bei der Freigabe der Handakte des Zeugen R.G.
4. Die im Untersuchungsausschuss behandelten V-Mann-Skandale um „Piatto“, „Barte“ und „Backobst“ hätten aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion eine zeitnahe parlamentarische Befassung in Form eines Untersuchungsausschusses bedurft. Die bereits in den Jahren 2000-2004 bekanntgewordenen V-Mann-Skandale machten einen Großteil der Aufklärungsarbeit im Untersuchungsausschuss „Organisierten rechtsextremen Gewalt und Behördenhandeln, vor allem zum Komplex Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)“ (UA 6/1) aus. Die damalige Aufarbeitung der V-Mann-Skandale in der Parlamentarischen Kontrollkommission ist aus heutiger Sicht kaum nachvollziehbar, da die Sitzungen der Parlamentarischen Kontrollkommission ausschließlich mittels Verlaufsprotokollen dokumentiert wurden. Dennoch ist festzuhalten, dass die Dienstanweisungen des Brandenburgischen Verfassungsschutzes bei der Führung von Vertrauensleuten infolge der V-Mann-Skandale bereits im Jahr 2004 umfassend geändert wurden. Die Verfehlungen in der V-Mann-Führung bei den V-Männern „Piatto“, „Barte“ und „Backobst“ werden im weiteren Verlauf des Bewertungsteils im Detail erläutert.
5. Die Arbeit im Untersuchungsausschuss hat zudem gezeigt, dass die Brandenburger Sicherheitsbehörden aber auch die Justizbehörden in den 1990er Jahren mit den gewalttätigen rechtsextremen Strukturen in Brandenburg, die das Resultat prekärer gesellschaftlicher, ökonomisch-

sozialer und politisch-kultureller Prozesse infolge der Umbruchphase nach der Wende waren, zum Teil überfordert waren. Diese Überforderung der Sicherheitsbehörden war u.a. auf den Umbau der Sicherheitsarchitektur wie z.B. der Neustrukturierung der Brandenburger Polizei, dem Neuaufbau der brandenburgischen Verfassungsschutzbehörde sowie der persönlichen beruflichen Unsicherheit von Bediensteten in den Sicherheits- und Justizbehörden aus der ehemaligen DDR zurückzuführen.

6. Mit dem Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ aus dem Jahr 1998 hat das Land Brandenburg als eines der ersten Bundesländer eine ganzheitliche Strategie zur Bekämpfung des Rechtsextremismus entwickelt - hierzu zählte auch die Arbeit der Sicherheitsbehörden. Bereits im Jahr 2003 wurde das „Handlungskonzept der Polizei des Landes Brandenburg zur Bekämpfung Politisch motivierter Kriminalität“ erlassen und stets an Entwicklungen u.a. in der rechtsextremen Szene angepasst. Das „Handlungskonzept Politisch motivierte Kriminalität“ wurde Anfang 2012 parallel zur Aufklärungsarbeit im NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages fortgeschrieben. Die bewährten Grundsätze des Handlungskonzeptes wie hoher Verfolgungsdruck, nachhaltige Strafverfolgung und Straftatenverhinderung sowie Unterbindung extremistischer Aktivitäten und Veranstaltungen unter Ausschöpfung der rechtlichen und taktischen Möglichkeiten - sprich: *„Null Toleranz gegenüber Extremisten“* - sollen beibehalten werden. Auch sollte an denen im Rahmen der NSU-Aufklärung weiterentwickelten Aus- und Fortbildungsmaßnahmen der Polizei Brandenburg, etwa bei der vertiefenden Sensibilisierung aller Polizeibediensteten zum frühzeitigen Erkennen von rechtsextremistischen Aktivitäten aber auch im Umgang mit Opfern von politisch motivierten Gewalttaten, zwingend festgehalten und fortentwickelt werden.

Rechtsextreme Szene in Brandenburg - nach wie vor größte sicherheits- und gesellschaftspolitische Herausforderung:

Der Einsetzungsbeschluss des Untersuchungsausschusses „Organisierten rechtsextremen Gewalt und Behördenhandeln, vor allem zum Komplex Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)“ (UA 6/1) verdeutlicht die Vielzahl an

rechtsextremen Strukturen und Organisationen, die im Land Brandenburg aktiv waren und es zum Teil noch immer sind. Aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion bildet die rechtsextreme Szene nach wie vor die größte sicherheits- und gesellschaftspolitische Herausforderung für unser Land.

Die Anhörung der Sachverständigen zum Themenkomplex „Organisierte rechte Gewalt im Land Brandenburg von 1991 bis heute“ aber auch Publikationen wie das Buch „Generation Hoyerswerda“ haben gezeigt, wie sich die rechtsextreme Szene in Brandenburg seit Anfang der 1990er Jahre entwickelte und in Teilen verfestigte. Den im Feststellungsteil des Abschlussberichtes dargestellten Ausführungen der Sachverständigen decken sich mit den Erkenntnissen und Ergebnissen der SPD-Landtagsfraktion. Insbesondere der dramatische Anstieg der Zahl von Rechtsextremisten und rechtsextremen Gewalttaten bis hin zu Tötungsdelikten sowie die Bedeutung rechtsextremer Musik und Fanzines bei der bundesweiten Vernetzung der Szene sowie das Hinwenden zu terroristischen Strukturen seit Anfang der 1990er Jahre lassen sich anhand der Untersuchungsausschussakten und den Ausführungen der Sachverständigen im Untersuchungsausschuss nachvollziehen.

Angesichts der erschreckenden Dimension rechter Gewalt in Brandenburg formierten sich Mitte der 1990er Jahre in der brandenburgischen Zivilgesellschaft Bündnisse und Initiativen im Kampf gegen den Rechtsextremismus. Stellvertretend seien an dieser Stelle das „Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“, „Opferperspektive“ und das „Mobile Beratungsteam“ genannt. Auch den zivilgesellschaftlichen Bündnissen, Initiativen, Verbänden und Akteuren, engagierten Journalistinnen und Journalisten, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aber auch antifaschistischen Recherchenetzwerken ist es zu verdanken, dass die brandenburgische Politik das Problem der rassistischen und fremdenfeindlichen Gewalt erkannte und sich diesem entschieden annahm. Als eines der ersten Bundesländer räumte Brandenburg ein, ein Problem mit dem ausufernden Rechtsextremismus zu haben. Mit dem Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ aus dem Jahr 1998 hat das Land Brandenburg als eines der ersten Länder bundesweit eine ganzheitliche Strategie zur Bekämpfung des Rechtsextremismus entwickelt und bis heute verstetigt. Dieses Leitbild ist sowohl durch einen präventiven und demokratiefördernden, als auch in letzter Konsequenz durch einen repressiven Ansatz in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit geprägt.

Die zivilgesellschaftlichen Akteure, die sich bis heute im Kampf gegen den Rechtsextremismus in all seinen Formen engagieren, möchte die SPD-Landtagsfraktion ausdrücklich danken und versichern, diese auch weiterhin tatkräftig zu unterstützen.

Immer noch werden mehr als drei Viertel aller politisch motivierten Delikte von Rechtsextremen begangen. Die Gesamtzahl der rechtsextremistischen Gewalttaten ist seit 2015 nahezu unverändert auf einem hohen und besorgniserregenden Niveau. Die Angriffe auf Geflüchtete oder auf Asylbewerberunterkünfte sind zwar deutlich zurückgegangen, dennoch ist die Zahl der Angriffe nach wie vor hoch. Deshalb war es richtig, dass die Koalition aus SPD und Die Linke für die Jahre 2019 und 2020 die Haushaltsmittel für das „Tolerante Brandenburg“ und den Verein „Opferperspektive“ erhöht hat, der Betroffene rassistischer Gewalt und Diskriminierung berät.

Den offensiven Umgang der Landesregierung mit der Aufarbeitung rechtsextremer Gewalt in Brandenburg zeigte auch die 2015 erschienene Studie „Überprüfung umstrittener Altfälle Todesopfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt im Land Brandenburg seit 1990“. Als einziges Bundesland beauftragte die Landesregierung Brandenburg ein externes Forschungsinstitut, das Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien (MMZ), um ältere Mordfälle auf einen möglichen rechtsextremen Hintergrund zu prüfen.

Brandenburgs Sicherheits- und Justizbehörden im Kampf gegen den Rechtsextremismus:

Polizei:

Mit dem Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ aus dem Jahr 1998 hat sich das Land Brandenburg den Phänomenen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit gestellt. Nachhaltige staatliche Maßnahmen zur Bekämpfung rechtsextremistischer Bestrebungen und Straftaten durch die Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden sind darin eingebunden.

Die Bekämpfung der politisch motivierten Kriminalität mit dem Schwerpunkt Rechtsextremismus ist seit Jahren eine herausgehobene strategische Aufgabe der Polizei des Landes Brandenburg. Im Jahr 2003 wurden die zuvor entwickelten und umgesetzten spezifischen Bekämpfungsformen, wie die Konzepte „Mobile Einsatzeinheiten gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit“ (MEGA) und

„Täterorientierte Maßnahmen gegen extremistische Gewalt“ (TOMEG) sowie bestehende Grundsätze und Leitlinien im polizeilichen „Handlungskonzept Politisch motivierte Kriminalität“ zusammengeführt und wird seither kontinuierlich fortgeschrieben.

Die MEGA ist u.a. für die Durchführung von Maßnahmen der Gefahrenabwehr - wie der Observation von Personen und Objekten zur Verhinderung bzw. Aufklärung von Straftaten, Aufklärung des Agierens extremistischer Gruppierungen sowie die Aufrechterhaltung eines hohen Verfolgungsdruckes gegenüber gewaltorientierten Gruppierungen mit politischer Ausrichtung - aber auch für erste Maßnahmen bei der Verfolgung politisch motivierter Straftaten verantwortlich. Dahingegen soll die TOMEG erneute Straftaten von einschlägig bekannten Tätern verhindern. Dabei handelt es sich um Personen, die bereits mit politisch motivierten Straftaten und Gewaltstraftaten in Erscheinung getreten sind und bei denen eine Fortsetzung der extremistischen Karriere, insbesondere im Hinblick auf die Beteiligung an extremistischen Gewalttaten, zu befürchten ist. Beide Ansätze bilden eine ganzheitliche Polizeistrategie, die in dieser Form auch in Zukunft fortgeführt werden muss.

Die Brandenburger Sicherheitsbehörden haben in den vergangenen Jahren viel zur Bekämpfung des Rechtsextremismus beigetragen und auch in Zukunft werden diese einen wichtigen Beitrag leisten müssen, um Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit weiter zurückzudrängen. Insbesondere die Brandenburger Polizistinnen und Polizisten verdienen für ihren Einsatz gegen die Rechtsextremisten unsere Anerkennung. Dieser Einsatz beginnt beim täglichen Einschreiten von Polizeibeamten gegen von Extremisten ausgehende Gefahren, dem Durchsetzen von Verboten rechtsextremer Vereine, der Auflösung von Konzerten rechtsextremer Musikgruppen, über die Begleitung von Demonstrationen rechtsextremer Vereinigungen bis hin zu Ermittlungen in Strafverfahren gegen Rechtsextremisten und der Datensammlung über rechtsextreme Straftäter. Dieser Einsatz für Demokratie, Recht und Freiheit von Polizistinnen und Polizisten führt u.a. auch dazu, dass Rechtsextremisten Polizeibeamte zunehmend als Gegner ansehen - wie u.a. die Studie des Moses Mendelssohn Zentrums „Feindbild Polizei – Wie reden Rechtsextreme über die Polizei?“ belegt.

Die parlamentarische Aufklärungsarbeit im NSU-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages hat gezeigt, dass die polizeiliche Ermittlungsarbeit hinsichtlich der Mordserie der rechtsterroristischen Gruppe „Nationalsozialistischer

Untergrund“ (NSU) nicht ausreichend offen für unterschiedliche Ermittlungsrichtungen war. Handlungsbedarf wurde u.a. in der Aus- und Fortbildung von Polizeibeamtinnen und -beamten gesehen. Ausgehend von einer tiefgehenden Analyse hat das Innenministerium gemeinsam mit dem Polizeipräsidium Brandenburg und der Fachhochschule der Polizei eine Reihe von Maßnahmen umgesetzt. Für den Bereich der Aus- und Fortbildung wurden u.a. die Themen „Fehlerkultur“, „Interkulturelle Kompetenz“ sowie „Erkennen der Gefährlichkeit von Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus“ im Lehrplan verankert sowie eine Fortbildungsreihe für polizeiliche Spitzenämter zum Thema „Die Opfer des Rechtsextremismus – Konsequenzen für die Polizei Brandenburg nach dem Aufdecken des NSU“ initiiert. Diese sollten aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion verstetigt und fortgeführt werden.

Justiz:

Die Beweisaufnahme des Untersuchungsausschusses „Organisierten rechtsextremen Gewalt und Behördenhandeln, vor allem zum Komplex Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)“ hat im Bereich der Justiz ergeben, dass sich die Bediensteten in den Justizvollzugsanstalten Anfang und Mitte der 1990er Jahre mit einer wachsenden Zahl an rechtsextremen Strafgefangenen konfrontiert sahen. Ehemalige Gefangene erinnerten sich vor dem Untersuchungsausschuss an ihre Straftat in der Justizvollzugsanstalt in Brandenburg an der Havel. Sie berichteten u.a. von rechtsextremen Gefangenennetzwerken und davon, dass JVA-Bedienstete z.T. den Situationen nicht gewachsen waren.

In einem Runderlass aus dem Jahr 1993 hat das brandenburgische Justizministerium u.a. auf die Gefangenenbetreuung durch das „Internationale Hilfskomitee für Nationale politisch Verfolgte e.V. (IHV e.V.)“ sowie auf die 2011 verbotene „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)“ aufmerksam gemacht und davor gewarnt, dass durch die Betreuung rechtsextremer Gefangener von außerhalb die Gefangenen in der rechten Szene gehalten werden sollten.

Auch ergab die Beweisaufnahme, dass die Mitinitiatoren der „Knast- und Kerkgemeinschaft Brandenburg“ Maik F. und andere Mitgefangenen in der JVA Brandenburg an der Havel im Jahr 1996 erstmalig das Fanzine „Der Weisse Wolf“ herausgaben. Der Untersuchungsausschuss ist u.a. der Frage nachgegangen, ob dieser „Rundbrief an Kameraden“ in der JVA Brandenburg an der Havel produziert und gedruckt wurde. Aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion hat die Beweisaufnahme

ergeben, dass die redaktionelle Arbeit an dem Fanzine „Der Weisse Wolf“ durchaus in der JVA Brandenburg an der Havel stattfand. Zudem wurden mehrere Kopien von dieser Publikation in der Redaktion der Gefangenenzeitung „Unsere Zeitung“ gefertigt. Für einen vollständigen Druck des Rundbriefes und dessen Versand aus der JVA Brandenburg an der Havel heraus gibt es jedoch keinen hinreichenden Beleg.

Kritisch bewertet die SPD-Landtagsfraktion die Quellenführung von Carsten Szczepanski während seiner Untersuchungs- und Strafhaft in den Justizvollzugsanstalten Königs Wusterhausen, Cottbus und Brandenburg an der Havel (ausführlicher unter dem Punkt Quelle „Piatto“) wie auch die Absprachen der Strafverfolgungsbehörden mit dem Verfassungsschutz im Rahmen der Ermittlungsverfahren u.a. gegen die ehemaligen V-Männer „Barte“ und „Backobst“ (hierzu mehr unter den Punkten „Backobst“ und „Barte“).

Dass die brandenburgische Strafjustiz grundsätzlich auf den Anstieg rechtsextremer Straftaten reagierte, zeigte u.a. die bundesweit erste Verurteilung nach der Neufassung des § 129a StGB im März 2005. Das „Freikorps Havelland“ verübte eine Brandanschlagsserie auf asiatische und türkische Imbissgeschäfte. Die Mitglieder des „Freikorps Havelland“ wurden u.a. wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung verurteilt.

Auch wenn Justizbehörden mit bereits begangenen Taten konfrontiert und daher nur begrenzt in der Lage sind, auf gesellschaftliche Entwicklungen Einfluss zu nehmen, ist eine generalpräventive Wirkung von Strafverfahren ein wichtiger Bestand bei der Bekämpfung und Zurückdrängung rechtsextremistischer und fremdenfeindlicher Straftaten. Dazu bedarf es einer schnellen Strafverfolgung mit angemessenen und spürbaren Sanktionen, um die Rechte der Opfer rechtsextremer Straftaten zu wahren aber auch, um eine mögliche Resozialisierung von Tätern zu begünstigen.

Strafjustiz hat die verantwortungsvolle Aufgabe sowohl in Richtung rechtsextremer Täterinnen und Täter als auch für die Allgemeinheit und die Opfer rechter Gewalt deutliche Zeichen dafür zu setzen, dass der freiheitliche Rechtsstaat nicht bereit ist, rechtsextremistische Gewalt und Hetze hinzunehmen. Diese Wirkung wird nur entfaltet, wenn die strafrechtliche Aufarbeitung von Staatsanwaltschaften und Gerichten zügig, gründlich und konsequent erfolgt, ohne dabei den Blick auf den Einzelfall zu verlieren.

In jüngster Vergangenheit stand die Verfahrensdauer an den Landgerichten wiederholt in der öffentlichen Kritik. Insbesondere die Verfahrensverzögerungen im Verfahren

gegen den ehemaligen NPD-Politiker Maik S., der wegen eines Brandanschlags auf eine geplante Flüchtlingsunterkunft in Nauen angeklagt ist, haben zu Recht bundesweit für Empörungen gesorgt. Mit den zusätzlichen Justizstellen an Gerichten, Staatsanwaltschaften aber auch im Justizvollzug reagierte die rot-rote Landesregierung, um für einen funktionierenden Rechtsstaat auch in Zukunft Sorge zu tragen.

Verfassungsschutz:

Im Zentrum der Aufklärungsarbeit im Untersuchungsausschuss „Organisierten rechtsextremen Gewalt und Behördenhandeln, vor allem zum Komplex Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)“ stand die Arbeit des brandenburgischen Verfassungsschutzes und hier im Besonderen die Verfehlungen in der V-Mann-Führung der Quellen „Piatto“, „Backobst“ und „Barte“. Die SPD-Landtagsfraktion teilt die Einschätzung vom ehemaligen Generalstaatsanwalt des Landes Brandenburg, Prof. Dr. Erardo Cristoforo Rautenberg, dass unter der Leitung von Abteilungsleiter Heiner Wegesin (Januar 2000 - Dezember 2004) dem Brandenburger Verfassungsschutz *„das Gespür nicht zu überschreitender Grenzen“*¹ - insbesondere bei der V-Mann-Führung - nicht existent war. Auf die einzelnen Kritikpunkte der SPD-Landtagsfraktion wird in den jeweiligen Kapiteln zu den V-Männern „Piatto“, „Barte“ und „Backobst“ eingegangen.

Trotz der in Teilen berechtigten, öffentlichen Kritik am Agieren des brandenburgischen Verfassungsschutzes hinsichtlich der Quellenführung von „Piatto“, „Barte“ und „Backobst“ erkennt die SPD-Landtagsfraktion den wichtigen Beitrag des Verfassungsschutzes im Kampf gegen den Rechtsextremismus an. Die wichtigen Beiträge des Verfassungsschutzes zur Zurückdrängung rechtsextremistischer Strukturen werden durch öffentlich bekannt gewordene Verfehlungen in der V-Mann-Führung häufig in den Hintergrund gedrängt. Zu den Kernaufgaben des Verfassungsschutzes gehören die Prävention und die Aufklärung über extremistische Bestrebungen, um als Frühwarnsystem die zuständigen Stellen, Politik, Behörden und die Gesellschaft über die Gefahren für die freiheitlich demokratische Grundordnung zu unterrichten. Zum Dilemma von nachrichtendienstlicher Arbeit gehört es aber auch, dass der Verfassungsschutz über seine operative Arbeitsweise nicht öffentlich berichten kann und somit dessen Erfolge oft nicht bekannt und gewürdigt werden.

¹ Protokoll 4. öffentliche Sitzung vom 18.11.2016, S. 29

Durch eine zu detaillierte, öffentliche Darstellung der Arbeit des brandenburgischen Verfassungsschutzes könnten Beobachtungsobjekte Rückschlüsse auf die nachrichtendienstliche Arbeit ziehen und Gegenstrategien entwickeln. Stellvertretend für den wichtigen Beitrag des brandenburgischen Verfassungsschutzes bei der Bekämpfung des organisierten Rechtsextremismus seien u.a. die erfolgreichen Verbotsverfahren - die durch maßgebliche Unterstützung zustande kamen - genannt: „Direkte Aktion/Mitteldeutschland“ (1995), Kameradschaft „Oberhavel“ (1997), Kameradschaften „Hauptvolk“ & „Sturm 27“ (2005), „ANSDAPO“ (2005), „Schutzbund Deutschland“ (2006), „Freie Kräfte Teltow-Fläming“ (2011) sowie „Widerstand in Südbrandenburg“ (2012).

Nach den Feststellungen des Ausschusses war der brandenburgische Verfassungsschutz keineswegs *„auf dem rechten Auge blind“*. Dennoch wurde das terroristische Gefahrenpotential durch die rechtsextreme Szene im bundesweiten Verfassungsschutzverbund falsch eingeschätzt. So wurde zwar vor terroristischen Entwicklungen in der Szene gewarnt, die Bildung einer *„Braunen Armee Fraktion“* wurde allerdings stets verneint. Der brandenburgische Verfassungsschutz hat die Gefahr eines sich entwickelnden Rechtsterrorismus früh erkannt und erstmals die Öffentlichkeit im Verfassungsschutzbericht aus dem Jahr 1994 davor gewarnt. So berichtete der Verfassungsschutz Brandenburg, dass es nicht nur theoretische Überlegungen in der rechtsextremen Szene gäbe, sondern diese sich bewaffnen und Handbücher sowie Anleitungen zum Bau von Sprengvorrichtungen austauschen würde. Dem Verfassungsschutz Brandenburg, wie auch dem gesamten Verfassungsschutzverbund waren die rechtsterroristischen Entwicklungen wie etwa „Wehrwolf“-Konzepte, das Vorbereiten auf den „Tag X“, Waffenbeschaffungen, das Prinzip des führerlosen Widerstandes mittels loser Zellen sowie propagierte Anschläge auf Migranten und politische Gegner durchaus bekannt. Seitens der Verfassungsschutzbehörden wurde auch immer wieder dahingehend gewarnt, dass es Ansätze zu einer Entwicklung hin zum Rechtsterrorismus gäbe. Zur größten Fehleinschätzung im bundesweiten Verfassungsschutzverbund zählt aber, dass es trotz der zunehmenden Militanz in der rechtsextremen Szene, Waffenfunden und Anschlagsserien eine rechtsterroristische Formation vom Kaliber der linksterroristischen RAF oder anderer linksterroristischer Zellen stets verneint wurde und einzig vor Einzeltätern mit *„psychopathologischen Zügen“*² - wie im Falle von Kay

² Brandenburgischer Verfassungsschutzbericht (1997), S. 21-22

Dieser - gewarnt wurde. Die bundesweit vorherrschende Relativierung rechtsterroristischer Bestrebungen zeigte sich u.a. im brandenburgischen Verfassungsschutzbericht aus dem Jahr 1993. Darin wurde den Hinweisen auf Wehrsportgruppen und -übungen in Land Brandenburg zwar nachgegangen, die Teilnehmer solcher Übungen aber als „*Wilddiebe*“, „*Waffennarren*“ und „*Abendteure*“ abgetan. Die z.T. gebetsmühlenhafte Formulierung, dass im Land Brandenburg keine rechtsterroristischen Strukturen nach dem Vorbild der RAF erkennbar seien, änderte sich erstmals 2005. Auf Bestreben des brandenburgischen Generalstaatsanwaltes, Prof. Dr. Erardo C. Rautenberg, erfolgte bundesweit die erste Verurteilung wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung nach der Neufassung des § 129a StGB gegen die Mitglieder „Freikorps Havelland“.

V-Mann-Führung im Verfassungsschutz Brandenburg und grundlegende Erkenntnisse aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion:

Der Ausschuss hat sich ausführlich mit der Rolle von „Vertrauensleuten“ in den Nachrichtendiensten und Sicherheitsbehörden im Phänomenbereich Rechtsextremismus im Land Brandenburg befasst. Bei V-Leuten handelt es sich um Personen, die den Nachrichtendiensten nicht angehören. Diese werden - in der Regel gegen eine finanzielle Entschädigung - zur verdeckten Beschaffung von Informationen eingesetzt.

In den drei Jahren der Beweisaufnahme im Untersuchungsausschuss standen die in den 1990er Jahren bis 2004 begangenen Verfehlungen des brandenburgischen Verfassungsschutzes bei der V-Mann-Führung von „Piatto“, „Barte“ und „Backobst“ im besonderen Fokus der Aufklärungsarbeit. Diese V-Mann-Skandale wurden detailliert, zumeist in öffentlicher Sitzung behandelt, aufgearbeitet und zu Recht kritisch bewertet. Die zurückliegenden V-Mann-Skandale hätten aus heutiger Sicht der SPD-Landtagsfraktion zeitnah nach deren Bekanntwerden - sprich Anfang der 2000er Jahre - in einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss aufgearbeitet werden müssen. Aus den Protokollen der Parlamentarischen Kontrollkommission geht zwar hervor, dass sich diese umfassend mit den damaligen Skandalen befasste, Einzelheiten sind den kurzen Verlaufsprotokollen allerdings nicht zu entnehmen.

In Abstimmung des brandenburgischen Innenministeriums mit der Parlamentarischen Kontrollkommission wurden die Dienstanweisungen im Bereich der V-Mann-Führung als Reaktion auf die öffentlich bekannt geworden Skandale um „Piatto“, „Barte“ und

„Backobst“ im Jahr 2004 umfassend geändert. Die sachverständigen Ermittlungsbeauftragten des Untersuchungsausschuss haben sämtliche Quellenakten sowie die Akten zu Forschungs- und Anwerbeverfahren des brandenburgischen Verfassungsschutzes eingesehen und keine weiteren Unregelmäßigkeiten bzw. Verstöße feststellen können.

Grundsätzlich bewertet die SPD-Landtagsfraktion das Führen der Quellen in den Fällen „Piatto“, „Barte“ und „Backobst“ aus unterschiedlichen Gründen kritisch. Der wegen versuchtem gemeinschaftlichen Mordes verurteilte Carsten Szczepanski („Piatto“) hätte aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion nie als Quelle geführt werden dürfen. Die V-Mann-Führung von Toni Stadler („Barte“) und Christian K. („Backobst“) stand nach Auffassung der SPD-Landtagsfraktion in keinem Verhältnis in Bezug auf den Ertrag bei der Aufklärung der rechtsextremen Szene und dem damit verbundenen Aufwand bei den V-Mann-Einsätzen. Besonders kritisch bewertet die SPD-Landtagsfraktion, dass im Rahmen der V-Mann-Führung von Carsten Szczepanski und Toni Stadler rechtsextremes Propagandamaterial wie das Fanzine „United Skins“ und die zweite Auflage der inkriminierten CD „Noten des Hasses“ der Band „White Aryan Rebels“ (WAR) mit dem Wissen des brandenburgischen Verfassungsschutzes produziert wurden. Weiterhin sind die vom Verfassungsschutz unterstützten Szeneläden von Carsten Szczepanski und Toni Stadler aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion kein geeignetes Mittel der Quellenführung, da diese der rechtsextremen Szene in Königs Wusterhausen und Guben als Anlaufpunkte dienten und somit rechtsextreme Strukturen festigten.

Kritisch anzumerken ist aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion auch, dass den V-Männern „Piatto“, „Barte“ und „Backobst“ keine Exit-Strategien dargelegt wurden. Aus den Akten ist nicht ersichtlich, dass den V-Männern, die die rechtsextreme Szene z.T. jahrelang verraten haben, ein Angebot unterbreitet wurde, aus der rechtsextremen Szene auszusteigen. Vielmehr wurden diese wie in den Fällen „Piatto“ und „Backobst“ bewusst in der rechtsextremen Szene gehalten oder an Strukturen herangeführt, um noch wertvollere Informationen zu erlangen. Insbesondere bei der Quelle „Piatto“ ist die langjährige Führung durch ein und denselben V-Mann-Führer kritisch anzumerken. Neben der finanziellen Abhängigkeit ist eine persönliche Abhängigkeit zwischen V-Mann und V-Mann-Führer entstanden, die zumindest Zweifel hinsichtlich der notwendigen Objektivität und sachgerechten Betreuung der jeweiligen V-Person ergeben haben.

Während der V-Mann-Führung von „Backobst“ und „Barte“ kam es zwar nach Auffassung der SPD-Landtagsfraktion zu kritisierenden Absprachen zwischen dem Verfassungsschutz Brandenburg, ermittelnden Polizeibeamten und Staatsanwaltschaften. Insbesondere die Teilnahme von leitenden Verfassungsschützern aus dem Bereich der Beschaffung bei Besprechungen zu geplanten Durchsuchungsmaßnahmen hinsichtlich des Ermittlungsverfahrens gegen die „Nationale Bewegung“ oder im Ermittlungsverfahren gegen Toni Stadler ist zu beanstanden. Dass die geplanten Durchsuchungsmaßnahmen an die jeweiligen V-Männer „Barte“ und „Backobst“ verraten wurden, ist aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion durch die Beweisaufnahme bewiesen. In seiner Zeugenvernehmung vor dem Untersuchungsausschuss hat der ehemalige Abteilungsleiter Verfassungsschutz, Heiner Wegesin, dieses letztlich auch eingeräumt und die V-Mann-Führung von Toni Stadler als Fehler bezeichnet.

All diese in Kürze dargestellten, grundlegenden Erkenntnisse führten zu einer intensiven Prüfung des Instruments der V-Mann-Führung durch die SPD-Landtagsfraktion hinsichtlich des zukünftigen Umgangs mit dem Instrument der menschlichen Quelle und inwieweit dieses noch durch den brandenburgischen Verfassungsschutz genutzt werden sollte. Die Ausschussmitglieder der SPD-Landtagsfraktionen kommen zu dem Schluss, dass der Verfassungsschutz Brandenburg nicht grundsätzlich auf menschliche Quellen bzw. deren nicht offen zugänglichen Informationen verzichten kann. Die Beweisaufnahme im Untersuchungsausschuss hat aber auch gezeigt, dass dieses Werkzeug zur Informationsgewinnung rechtsstaatlich einwandfrei ausgestaltet sein muss. Klare und enge, gesetzliche Regelungen zur Kontrolle zum Einsatz von menschlichen Quellen zur Informationsgewinnung sieht die SPD-Landtagsfraktion etwa im Gesetzentwurf zur Novellierung des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes. Um Gefahren einer Verselbstständigung bei der Quellenführung auch in Zukunft einzudämmen, muss unter anderem die parlamentarische Kontrolle gestärkt und das Anwerben und Führen von kriminellen V-Leuten verboten werden.

Als wichtiges Einsatzgebiet menschlicher Quellen sieht die SPD-Landtagsfraktion die unorganisierte rechtsextreme Szene, die die Anwendung von massiver Gewalt propagiert und schwere Straftaten begeht. Diese agiert häufig im konspirativen Raum. Diese Gruppen tauschen sich oftmals persönlich und ohne die Nutzung von technischen Kommunikationsmitteln aus, sodass andere nachrichtendienstliche Mittel

kaum erfolgsversprechend sind. Auch können technische Überwachungsmaßnahmen - etwa Telekommunikationsüberwachungsmaßnahmen - meist erst auf Grundlage von Erkenntnissen, die durch Quelleninformationen gewonnen wurden, durchgeführt werden. Das Argument vom vermehrten Einsatz von „verdeckten Ermittlern“ kann nach Auffassung der SPD-Landtagsfraktion nicht überzeugen. Während sich menschliche Quellen bereits in der Szene bewegen, dauert der Aufbau von Legenden verdeckter Ermittler z.T. Jahre und garantiert nicht, dass dieser in den engen Kreis der konspirativen Gruppe aufgenommen wird. Weiterhin greift der V-Mann-Einsatz aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion nicht so stark in die grundgesetzlich geschützten Persönlichkeitsrechte ein, wie etwa G-10-Maßnahmen oder weitere umfassende, technische Überwachungen.

Geht man - wie die SPD-Landtagsfraktion - von der grundsätzlichen Beibehaltung des Einsatzes von menschlichen Quellen aus, gilt es den gesetzlichen Rahmen klarer zu definieren. Das Brandenburgische Verfassungsschutzgesetz (BbgVerfSchG) schränkt zwar jetzt schon das in die Kritik geratene Instrument der Quellenführung ein und erklärt u.a., dass *„beim Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel [...] keine Straftaten begangen werden“* dürfen (§ 6 Abs. 7 Brandenburgisches Verfassungsschutzgesetz), eine Präzisierung der gesetzlichen Regelung ist aber nur in einer Dienstvorschrift, die der Parlamentarischen Kontrollkommission vorzulegen ist, vorgesehen. Die rechtliche Konkretisierung des § 6 Abs. 7 BbgVerfSchG wurde bereits bei der Einführung des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes im Jahr 1993 kontrovers diskutiert - hierbei vor allem Regelungen zur möglichen Straffälligkeit von Vertrauensleuten während der Zeit ihrer Tätigkeit. Diese rechtliche bzw. dienstrechtliche Konkretisierung ist auch im Jahr 1999 aufgrund unterschiedlicher Auffassungen von Mitgliedern der Parlamentarischen Kontrollkommission und des Ministeriums des Innern und für Kommunales unterblieben. Eine Begründung dieser Entscheidung ist den Protokollen der Parlamentarischen Kontrollkommission allerdings nicht zu entnehmen. Die erste dienstrechtliche Konkretisierung hinsichtlich der Führung von V-Männern wurde im Jahr 2004 erlassen, nachdem u.a. die V-Mann-Skandale um „Piatto“, „Barte“ und „Backobst“ öffentlich bekanntgewordenen sind.

Die Landesregierung hat bereits vor den aus der Aufarbeitung des NSU-Komplexes resultierenden Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen - etwa mit dem Ändern der Dienstanweisung Beschaffung - das Problem straffälliger V-Leute erkannt und die entsprechenden Folgerungen gezogen. Viele der dienstrechtlichen

Änderungen des brandenburgischen Verfassungsschutzes wurden als gemeinsame Handlungsempfehlungen im Abschlussbericht des 1. NSU-Untersuchungsausschussbericht des Deutschen Bundestages 2013 übernommen und auf Bundesebene in Teilen umgesetzt. Dennoch erachtet die SPD-Landtagsfraktion weitergehende Maßnahmen als notwendig und hat diese im Zuge der Erarbeitung des Gesetzentwurfes zur Novellierung des brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes präzisiert.

Die Quelle des brandenburgischen Verfassungsschutzes Carsten Szczepanski („Piatto“):

Die Quellenführung Carsten Szczepanskis („Piatto“) sorgte bereits bei dessen Enttarnung im Jahr 2000 sowie im Zuge der NSU-Aufklärung bundesweit für Entsetzen. Aus heutiger Sicht hätte eine Quelle wie Carsten Szczepanski nicht durch den brandenburgischen Verfassungsschutz geführt werden dürfen - darin sind sich die im Untersuchungsausschuss vertretenen Fraktionen einig. Auch deshalb wurde in der Novelle des brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes festgehalten, keine Informanten zu führen, die wie seinerzeit Carsten Szczepanski („Piatto“) - ein veritables Vorstrafenregister haben. Diese Vorgabe wurde bereits unterrechtlich im Rahmen der 2004 erlassenen Dienstanweisung im Bereich der V-Mann-Führung gemacht.

Festzuhalten ist aber auch, dass die Quellenführung Szczepanskis zur damaligen Zeit rechtlich möglich war und somit keinen Rechtsverstoß darstellte. Doch nur, weil es rechtlich zulässig war, heißt es noch lange nicht, dass diese Entscheidung auch moralisch vertretbar war. Ein wegen versuchten gemeinschaftlichen Mordes Verurteilter ist aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion eine höchst fragwürdige Quelle. Die Beweisaufnahme im Untersuchungsausschuss hat ergeben, dass es auch im brandenburgischen Verfassungsschutz Bedenken hinsichtlich der Quelleneigenschaft und -führung „Piattos“ gegeben hat. Neben dem behördeninternen Abwägungsprozess wurde - wie im Feststellungsteil dargestellt - eine „moralische Instanz“ konsultiert sowie die Quelle „Piatto“ - im Wissen um wen es sich dabei handelte - von den Mitgliedern der Parlamentarischen Kontrollkommission mitgetragen. Diese für einen Verfassungsschutz ungewöhnlichen Schritte zeigen, dass die Entscheidung bereits damals nicht leichtfertig getroffen wurde, Szczepanski als

Quelle zu führen. Dass die Entscheidung trotz der umfangreichen Bedenken dennoch zum Führen von Szczepanski als Quelle fiel, ist nach Auffassung der SPD-Landtagsfraktion ein Indiz für eine damals vorherrschende verzweifelte sicherheitspolitische Situation, den ausufernden Rechtsextremismus im Land Brandenburg in den Griff zu bekommen.

Im weiteren Verlauf werden die im Feststellungsteil des Abschlussberichtes dargestellten Erkenntnisse zur Quellenführung Szczepanskis durch die SPD-Landtagsfraktion bewertet.

War Szczepanski V-Mann einer anderen Behörde?

Nach Auffassung der SPD-Landtagsfraktion hat die Beweisaufnahme keine Hinweise ergeben, dass Carsten Szczepanski vor seiner Anwerbung durch den brandenburgischen Verfassungsschutz V-Mann oder Informant einer anderen Sicherheitsbehörde bzw. eines Nachrichtendienstes war. Die Beweisführung im Untersuchungsausschuss hat aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion die Vermutung ausgeräumt, dass Szczepanski im Rahmen des damaligen Ku-Klux-Klan-Ermittlungsverfahren des Generalbundesanwaltes (§ 129 a StGB – Bildung einer terroristischen Vereinigung) als Informant bzw. V-Mann angeworben wurde. Szczepanski wurde in diesem Ermittlungsverfahren (1992) als Beschuldigter geführt. Sein damaliges umfangreiches Aussageverhalten ist dahingehend zu deuten, dass Szczepanski das für ihn drohende Strafmaß begrenzen wollte. Ein entsprechender Hinweis findet sich in einem Protokoll seiner Beschuldigtenvernehmung. Darin machen die vernehmenden BKA-Beamten Szczepanski auf den § 153e Strafprozessordnung („*Absehen von der Verfolgung bei Staatsschutzdelikten wegen tätiger Reue*“) aufmerksam.

Wie verlief der Erstkontakt zwischen Szczepanski und dem brandenburgischen Verfassungsschutz?

Zum Zeitpunkt der Selbstandienung Szczepanskis war dieser - wie im Feststellungsteil des Abschlussberichtes dargestellt - bereits mehrfach durch szenetypische Straftaten auffällig geworden und hatte sich somit einen gewissen Ruf in der bundesweiten rechtsextremen Szene aufgebaut. Diesen Ruf festigte Szczepanski unter anderem durch seine Mitgliedschaft bei den „United Skins“ in Königs Wusterhausen und die Herausgabe des gleichnamigen Fanzines sowie durch die Organisation des bis dahin

größten rechtsextremen Konzertes in Brandenburg. Am 09.05.1992 war Carsten Szczepanski am versuchten gemeinschaftlichen Mord an S. E. in Wendisch-Rietz beteiligt.

Im Zuge des Ermittlungsverfahrens der Staatsanwaltschaft Frankfurt/Oder wegen versuchten gemeinschaftlichen Mordes gegen Carsten Szczepanski wurde dieser am 02.05.1994 vorläufig festgenommen und verbüßte ab dem 03.05.1994 seine Untersuchungshaft in JVA Königs Wusterhausen. Am 03.07.1994 wendete sich der in der JVA Königs Wusterhausen einsitzende Untersuchungshäftling Carsten Szczepanski erstmals an den Verfassungsschutz Brandenburg, mit der Bitte ihm einen Verfassungsschutzbericht zuzusenden. Die im weiteren Verlauf des Feststellungsteils geschilderte Anwerbung Szczepanskis durch den brandenburgischen Verfassungsschutz ist durch die Aktenlage nachvollziehbar und wurde im Rahmen der Beweisaufnahme des Untersuchungsausschusses glaubhaft bestätigt.

Der Untersuchungsausschuss hat versucht, die Beweggründe Szczepanskis zur Zusammenarbeit mit dem brandenburgischen Verfassungsschutz nachzuvollziehen. In der Zeugenvernehmung Szczepanskis als auch in den Vernehmungen von Verfassungsschutzmitarbeitern ist deutlich geworden, dass es vielseitige Gründe für dessen Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz gab. So erklärte Szczepanski vor dem Untersuchungsausschuss, von der Szene verraten worden zu sein; etwa durch Aussagen von Szeneangehörigen vor Gericht, die ihn belasteten. Weiterhin gab Szczepanski an, dass er enttäuscht war, dass sich seine damalige Freundin während seiner Untersuchungshaft von ihm trennte und mit einem anderen Szeneangehörigen ein Verhältnis anfang. Auch die positiven Erfahrungen mit Mitgefangenen mit Migrationshintergrund in der JVA Königs Wusterhausen seien ein Beweggrund gewesen, sich von der rechtsextremen Szene zu distanzieren.

Gleichzeitig erhoffte er sich von der Zusammenarbeit mit dem brandenburgischen Verfassungsschutz und durch sein Aussageverhalten im sogenannten „Dolgenbrodt-Prozess“ Begünstigungen während seiner Haftzeit. Dazu zählte u.a. Szczepanskis Wunsch nach einer Einzelzelle.

Szczepanski versuchte in seinen Zeugenvernehmungen vor dem Untersuchungsausschuss seine V-Mann-Tätigkeit als „*Bruch*“ mit der Szene und seinen „*Verrat*“ als eine Form der Wiedergutmachung darzustellen. Der Umstand, dass Szczepanski immer tiefer in die rechtsextreme Szene eindrang, aber auch die Beziehung zu einer NPD-Aktivistin zum Ende seiner V-Mann-Tätigkeit lassen

vermuten, dass sich Szczepanski nicht vollumfänglich von der rechtsextremen Szene löste. Mit diesen Vorhalten im Untersuchungsausschuss konfrontiert, erklärte Szczepanski, dass eine Exit-Option zum damaligen Zeitpunkt für ihn keinen Sinn gemacht hätte, da er der Szene maximal schaden wollte. Aus Sicht der SPD-Fraktion ist belegt, dass Szczepanski dem Verfassungsschutz umfangreiche Informationen lieferte und mit diesen auch eine Vielzahl an Ermittlungsverfahren auslöste. Inwieweit Szczepanski tatsächlich mit der rechtsextremen Szene bzw. der Ideologie brach, kann aus Sicht der SPD-Fraktion nicht abschließend bewertet werden.

Die Beweisaufnahme hat ergeben, dass auch der brandenburgische Verfassungsschutz kein Interesse an einer Herauslösung Szczepanskis aus der rechtsextremen Szene hatte, sondern zum Schein gegenüber der Szene den genau gegenteiligen Eindruck erwecken musste. Überlegungen zu möglichen Exit-Optionen Szczepanskis waren den Akten nicht zu entnehmen. Die Beweisaufnahme sowie das Aktenstudium haben gezeigt, dass die Quellen-Zugangslage des brandenburgischen Verfassungsschutzes bei der Anwerbung Szczepanskis sehr dürrig war. Die ersten Treffen zwischen Verfassungsschutzmitarbeitern und Szczepanski in der JVA Königs Wusterhausen zeigten, dass Szczepanski ergiebige Informationen zu liefern bereit war. Der vom späteren V-Mann-Führer Gordian Meyer-Plath bezeichnete „*Quantensprung*“ im Informationsaufkommen wird durch die Beweisaufnahme und das Aktenstudium bestätigt. Szczepanskis Verurteilung zu acht Jahren Haft wegen versuchten gemeinschaftlichen Mordes bescherte diesem den Ruf als Märtyrer in der rechtsextremen Szene. Die damit einhergehenden häufigen Besuche in der Haft und die Postzusendungen offenbarten Szczepanski und damit auch dem brandenburgischen Verfassungsschutz weiterreichende Erkenntnisse zu Entwicklungen in der rechtsextremen Szene.

Ob Carsten Szczepanski bis zum Ende seiner V-Mann-Tätigkeit förmlich als V-Mann verpflichtet wurde, konnte nicht abschließend geklärt werden. Die Frage inwieweit eine förmliche Verpflichtung erforderlich sei, wurde von den Zeugen vor dem Untersuchungsausschuss unterschiedlich bewertet. Im Falle von Carsten Szczepanski sei eine förmliche Verpflichtung nicht erforderlich gewesen, da sich dieser dem brandenburgischen Verfassungsschutz andiente und sich somit von Beginn an für eine Zusammenarbeit bereit erklärte. Im Gegensatz dazu ist die förmliche Entpflichtung eines V-Mannes zwingend geboten, um ehemaligen V-Männern - wie etwa Szczepanski - zur Verschwiegenheit hinsichtlich der Zusammenarbeit mit dem

Verfassungsschutz zu verpflichten. Die Entpflichtungserklärungen lagen für alle drei untersuchten V-Mann-Fälle vor.

Das Führen der Quelle „Piatto“ während der Strafhaft:

Die Führung eines in Haft sitzenden V-Mannes wirft aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion die Frage auf, ob ein „*Bespitzeln*“ von Mitgefangenen rechtlich zulässig ist. Im Falle von Carsten Szczepanskis informierten die Spitzen des brandenburgischen Verfassungsschutzes die Leiter der Justizvollzugsanstalten (JVA) über dessen Quelleneigenschaft. Im Rahmen von Abstimmungen zwischen dem Innen- und Justizressorts wurde auch die rechtliche Zulässigkeit der Quellenführung Szczepanskis während seiner Strafhaft in der JVA Brandenburg an der Havel erörtert. Der damals für den Justizvollzug zuständige Abteilungsleiter im Justizministerium führte in einer Besprechung im Jahr 1997 aus, dass ihn das „*Ausspitzeln von Mitgefangenen an Stasi-Methoden*“ erinnern würde. Seiner Auffassung nach läge ein Beweisverwertungsverbot nach § 136a StPO vor, wenn auf einen Gefangenen gezielt ein V-Mann angesetzt würde. Auch für den Fall, dass sich der Mitgefangene gegenüber der Quelle selbst belaste, könne diese Erkenntnis nicht verwertet werden. Die Ausnahmesituation, die der Strafvollzug darstelle und das damit verbundene besonderes Näheverhältnis von Strafgefangenen, erlaubten dem Betroffenen keine Rückzugsmöglichkeit.

Die Beweisaufnahme im Untersuchungsausschuss hat gezeigt, dass die von Szczepanski erbrachten Informationen während seiner Strafhaft in der JVA Brandenburg an der Havel keineswegs auf die Mitgefangenen ausgelegt waren. Das befürchtete „*Ausspitzeln von Mitgefangenen*“ hat demnach nicht stattgefunden. Vielmehr lieferte Szczepanski dem Verfassungsschutz Erkenntnisse von Szeneaktivitäten außerhalb der Justizvollzugsanstalt. Die Informationen erreichten Szczepanski über Haftbesuche von Szeneangehörigen wie den Angehörigen der „United Skins“ aus Königs Wusterhausen und Postzuschriften. Inwieweit Szczepanski auch Szeneaktivitäten durch Gespräche mit Mitgefangenen bekannt und diese an den Verfassungsschutz weitergeben wurden, ist aus den Akten nicht ersichtlich. Eine Ausnahme stellten die von Szczepanski gelieferten Informationen zur Produktion des Fanzines „Der Weisse Wolf“ dar, dessen Produktion in der JVA Brandenburg an der Havel vermutet wurde.

Das Führen eines V-Mannes während der Strafhaft birgt weiterhin Probleme und Risiken für die Quelle selbst. Die Gefahr einer Enttarnung Szczepanskis als Quelle des Verfassungsschutzes drohte im Grunde bereits zu Beginn seiner Tätigkeit, aufgrund des hohen Überwachungsgrades eines Gefangenen. Daher gab es zwischen dem brandenburgischen Verfassungsschutz und einzelnen Mitarbeitern der JVA Brandenburg an der Havel Absprachen wie die Führung der Quelle „Piatto“ realisiert werden könnte, ohne einen Verdacht bei anderen Mitgefangenen zu erwecken. Dazu gehörte u.a. die Postkontrolle Szczepanskis durch einen eingeweihten JVA-Mitarbeiter. Der öffentliche Vorwurf, der Verfassungsschutz hätte die JVA-Leitung gedrängt, Szczepanski eine Sonderbehandlung zukommen zu lassen, ist im gesamten Aktenmaterial nicht belegt. Eine bevorzugte Behandlung Szczepanskis während seiner Strafhaft hätte einen Verdacht bei den anderen Strafgefangenen erzeugt und wäre somit auch nicht im Interesse des Verfassungsschutzes gewesen. Die vom Untersuchungsausschuss vernommenen ehemaligen Mitgefangenen Szczepanskis gaben in ihren Vernehmungen an, keine Kenntnis über dessen Quelleneigenschaft gehabt zu haben. Vielmehr hätte sich Szczepanski unauffällig in der JVA benommen, sei aber dem äußeren Erscheinen nach klar als Rechtsextremist zu erkennen gewesen.

Das Führen von Szczepanski während der Haftzeit brachte aus Sicht des brandenburgischen Verfassungsschutzes den Vorteil, dass dieser in einem besonderen Abhängigkeitsverhältnis stand. Die ständigen Besuche durch Szczepanskis V-Mann-Führer, der unter der Legende „Sozialarbeiter“ auftrat, führten zu einem engen Vertrauensverhältnis. Szczepanski bezeichnete dieses vor dem Untersuchungsausschuss als *„freundschaftliches Verhältnis“*. In Szczepanskis Briefen aus der Haftanstalt an seinen V-Mann-Führer wird dieses enge Verhältnis deutlich. So äußerte sich Szczepanski abfällig über Szeneangehörige, schilderte seine Gemütszustände oder bat um Gefälligkeiten wie Schreibmaterialien und Konsumgüter. Um das Informationsaufkommen Szczepanskis auch während seiner Haftzeit in der JVA Brandenburg an der Havel aufrecht zu erhalten, wurde durch dessen V-Mann-Führer ein Postfach eingerichtet, welches durch den V-Mann-Führer geleert wurde. Aufgrund der bundesweiten Szenekontakte Szczepanskis wurde diesem umfassende Zuschriften und rechtsextremes Propagandamaterial an das Postfach geschickt. Dieses Material konnte durch den Verfassungsschutz gesichtet und ausgewertet werden. Damit Szczepanski auf Schreiben glaubhaft antworten konnte, wurden ihm

die Schreiben und beigelegte Material durch Verfassungsschutzmitarbeiter in die JVA gebracht. Dass damit z.T. die Anstaltsordnung der JVA Brandenburg an der Havel umgangen wurde und rechtsextreme Materialien in die Haftanstalt gelangten, ist aus Sicht der SPD-Fraktion zu kritisieren. Neben dem Postfach in Brandenburg an der Havel unterhielt Szczepanski mit den „United Skins“ aus Königs Wusterhausen weitere Postfächer.

Weiterhin wurde Szczepanski noch während seiner Strafhaft in der JVA Brandenburg an der Havel durch den brandenburgischen Verfassungsschutz mit einem Handy ausgestattet. Aus den Akten des Verfassungsschutzes geht hervor, dass dieser Umstand auch mit der JVA-Leitung besprochen wurde. Die JVA-Leitung verwies auf die Anstaltsordnung, in der eine Nutzung von Handys in der JVA untersagt ist. Das Handyverbot galt auch für Szczepanski. Verstöße gegen diese Vorgaben waren den Akten nicht zu entnehmen. Weiterhin sind Überlegungen des Verfassungsschutzes zur Lagerung des Telefons außerhalb der JVA aktenkundig.

Von dem in der Strafhaft Szczepanskis aufgebauten Näheverhältnis zwischen V-Mann und V-Mann-Führer profitierte der brandenburgische Verfassungsschutz. Szczepanski war nach Darstellung des brandenburgischen Verfassungsschutzes gut führbar und setzte an ihn gerichtete Weisungen um. Das Informationsaufkommen der Quelle im Fall „Piatto“ steigerte sich deutlich, als Szczepanski regelmäßig Ausgänge aus der JVA Brandenburg an der Havel gewährt wurden und sich dieser außerhalb der JVA auch mit Szeneangehörigen treffen konnte.

Die Beweisaufnahme des Ausschusses hat gezeigt, dass es durchaus im Interesse des brandenburgischen Verfassungsschutzes war, dass Szczepanski frühzeitig Haftlockerungen bekam. Daher wurde Szczepanski durch den Verfassungsschutz dahingehend angehalten, sich während der Strafhaft nicht auffällig zu benehmen. Der Vorwurf, der Verfassungsschutz hätte etwa beim Erstellen des Vollzugsplans von Carsten Szczepanski Einfluss auf die JVA-Angestellten genommen, konnte aufgrund der Aktenlage und durch die Zeugenvernehmungen nicht bestätigt werden. Im Rahmen der Vollzugsordnung hat der brandenburgische Verfassungsschutz Szczepanski auf mögliche Weiterbildungsangebote hingewiesen. Diese hatten z.T. den Vorteil, dass Szczepanski für die Dauer des Fortbildungslehrganges die JVA Brandenburg an der Havel verlassen konnte. Zu den im Rahmen der Vollzugsordnung erteilten Lockerungen Szczepanskis während seiner Strafhaft gehörte u.a. Haftausgänge, die Weiterbildungsmaßnahme am Europäischen Hilfswerk in

Brandenburg an der Havel (Computer Aided Publishing) und die damit einhergehende Ausstattung seines Hafttraumes mit einem PC sowie die Verlegung in eine Einzelzelle während des offenen Vollzuges. Weiterhin konnte Szczepanski ein „Praktikum“ im Szeneladen „Sonnentanz“ der Eheleute P. im Zuge einer Anpassungsqualifizierung absolvieren. Sowohl das Praktikum als auch das spätere Arbeitsverhältnis waren Gefälligkeiten der Eheleute P. aus Limbach-Oberfrohna. Weder das Praktikum noch das Arbeitsverhältnis wurden von Szczepanski ernsthaft wahrgenommen.

Wie im Feststellungsteil ausführlich dargelegt, wurde Szczepanski zum 15.12.1999 vorzeitig aus der Strafhaft entlassen. Wie bereits der NSU-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages festgestellt hat, entspricht die Haftentlassung Szczepanskis (nach Verbüßen von über 2/3 seiner Haftstrafe) der Rechtsprechung für jemanden der erstmalig zu einer Haftstrafe verurteilt wurde. Eine Täuschung der zuständigen Strafvollstreckungskammer durch den Verfassungsschutz ist durch die Beweisaufnahme des Untersuchungsausschusses nicht ersichtlich geworden. Die damalige Richterin der Strafvollstreckungskammer am Landgericht Potsdam begründete den Beschluss aufgrund der persönlichen Anhörung Szczepanskis, einem nervenfachärztlichen Gutachten sowie den vom Abteilungsleiter offener Vollzug in der JVA Brandenburg an der Havel ausgestellten Sozialprognosen Szczepanskis, in dem auch auf das Praktikum Bezug genommen wurde. Im Laufe der Beweisaufnahme stellte sich heraus, dass Szczepanskis Praktikumsplatz nicht überprüft wurde. Begründet wurde dies damit, dass es sich um eine Maßnahme der Entlassungsvorbereitung handelte, die keiner gesonderten Genehmigung durch die JVA bedurfte. Auch die Entfernung zum „Praktikumsplatz“ wurde im Untersuchungsausschuss thematisiert. Die vor dem Untersuchungsausschuss vernommenen Zeugen erklärten, dass Szczepanskis einzige Auflagen als Freigänger die Einschlusszeiten der JVA Brandenburg an der Havel waren. Sofern diese eingehalten wurden, konnte er auch ein weit entferntes Praktikum wahrnehmen.

Weder den Justizangestellten noch der Richterin der Strafvollstreckungskammer waren bekannt, dass Szczepanski sein Praktikum in einem rechtsextremen Szeneladen absolvierte und somit auch weiterhin Kontakte zur rechtsextremen Szene unterhielt. Da der Verfassungsschutz nicht in Szczepanskis Verfahren der Beantragung zur Haftentlassung eingebunden war, war dieser rechtlich nicht verpflichtet die Strafvollstreckungskammer oder die JVA Brandenburg an der Havel darüber zu informieren, dass es sich beim „Sonnentanz“-Laden um einen

rechtsextremen Szeneladen handelte. Hätte der Verfassungsschutz die Strafvollstreckungskammer informell über diesen Umstand unterrichtet, wäre der Strafvollstreckungskammer die Quelleneigenschaft von Szczepanski bekannt geworden.

Der Untersuchungsausschuss ist u.a. der Frage nachgegangen, ob der Verfassungsschutz bei der Anbahnung des Arbeitsverhältnisses zwischen Szczepanski und den Eheleuten P. involviert war. Aus den Akten und aus den Zeugenvernehmungen ergaben sich keine Hinweise darauf, dass der brandenburgische Verfassungsschutz Szczepanski ein Arbeitsverhältnis beim „Sonnentanz“-Laden nahegelegt hätte. Darüber hinaus ist ein Hinwirken des brandenburgischen Verfassungsschutzes auf eine vorzeitige Haftentlassung Szczepanskis gegenüber den Justizbehörden nicht zu belegen. Aktenkundig ist einzig, dass Mitarbeiter des brandenburgischen Verfassungsschutzes die Staatsanwaltschaft Frankfurt/Oder an ihre Zusagen gegenüber Szczepanski erinnerten. Diese hatten nach Aktenlagen eine frühzeitige Haftentlassung in Aussicht gestellt. Die Zeuginnen und Zeugen der Staatsanwaltschaft Frankfurt/Oder konnten sich vor dem Untersuchungsausschuss jedoch nicht an eine Zusage als Gegenleistung für Szczepanskis Aussage im „Dolgenbrodt-Prozess“ erinnern.

Grundsätzlich sind aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion auch im weiteren Verlauf der Quellenführung keine Absprachen zwischen Staatsanwaltschaften und Verfassungsschutz etwa hinsichtlich der Einstellung von laufenden Verfahren gegen Szczepanski ersichtlich. Auch die Zeugenbefragungen im Untersuchungsausschuss haben hierfür keine Hinweise ergeben. Inwieweit die Staatsanwaltschaften über die V-Mann-Tätigkeit unterrichtet waren und somit unvoreingenommen ermittelt haben, konnte nicht abschließend aufgeklärt werden. Die Vertreter der Staatsanwaltschaften - außer Frau Marx -, die vom Untersuchungsausschuss vernommenen wurden, verneinten ihre Kenntnis von Szczepanskis V-Mann-Tätigkeit.

Das Fanzine „United Skins“:

Das Fanzine „United Skins“ wurde, wie im Feststellungsteil dargestellt, ab 1992 durch Carsten Szczepanski sowie den Mitgliedern der rechtsextremen „United Skins“ aus Königs Wusterhausen produziert. Das rechtsextreme Fanzine war ein identitätsstiftendes Element der gleichnamigen Skinheadgruppierung „United Skins“ und auch über die Landesgrenzen von Brandenburg bekannt.

Aufgrund seiner Mitarbeit am Fanzine und das Aufführen seines Namens im Impressum wurde strafrechtlich gegen Carsten Szczepanski ermittelt. Im Rahmen von bundesweiten Ermittlungen (Aktion „Druckstock“) fiel das Fanzine bereits im Jahr 1993 den Sicherheitsbehörden auf. Mit der Anwerbung Szczepanskis wurde dem brandenburgischen Verfassungsschutz im Jahr 1994 die Bestellerliste des „United Skins“ bekannt.

Während seiner Haftzeit wurde das „United Skins“ durch Szczepanski redaktionell betreut. Die Herstellung erfolgte außerhalb der JVA Brandenburg an der Havel. Die Kopien und Manuskripte seien durch Szeneangehörige in die JVA Brandenburg an der Havel verbracht worden. Mehrere Aktenfundstellen belegen, dass dem brandenburgischen Verfassungsschutz die Produktions- und Vertriebswege des „United Skins“ bekannt waren. Zeugenaussagen vor dem Untersuchungsausschuss bestätigten, dass die Hefte mit Wissen des Verfassungsschutzes *„betrieben“* wurden, aber nicht aktiv gefördert worden seien. Aktenkundig sind Vermerke, die besagen, dass der Verfassungsschutz sich nicht an der Herstellung beteiligen dürfe. Auch wurde nach Aussagen von Verfassungsschutzmitarbeitern Szczepanski darauf aufmerksam gemacht, offenkundig strafbare Inhalte im Fanzine zu unterlassen.

Während seiner Haftzeit gab sich Szczepanski weiterhin als Herausgeber des „United Skins“ aus und erhielt hierdurch bundesweite Zuschriften über Aktivitäten, Adressen und Materialien. Die Stellung in der rechtsextremen Szene, die Szczepanski durch die Herausgabe des Fanzines in der rechten Szene genoss, war dem brandenburgischen Verfassungsschutz willkommen. Das Informationsaufkommen Szczepanskis wurde dahingehend durch den Verfassungsschutz gefördert, indem Zuschriften und Büromaterial wie Schreibmaschinenbänder in die JVA verbracht wurden.

Erst aufgrund eines Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Nürnberg (Mai 1999) gegen die Ausgabe „United Skins - Nr. 13“, das später an die Staatsanwaltschaft Potsdam abgegeben wurde, wurde das Fanzine eingestellt.

Szczepanskis Verhältnis zu dessen V-Mann-Führern:

Die Zeugenvernehmungen und das Aktenstudium haben gezeigt, dass das Verhältnis zwischen V-Mann und V-Mann-Führer eng war und es häufige Treffen gab. Vom Zeugen Szczepanski wurde das Verhältnis zu seinem V-Mann-Führer Dieter Borchert als freundschaftlich beschrieben. Inwieweit die nötige Distanz zwischen V-Mann-Führer und V-Mann eingehalten wurde, kann seitens der SPD-Fraktion nicht

abschließend bewertet werden. Die Briefe von Szczepanski an seinen V-Mann-Führer lassen aber ein enges Vertrauensverhältnis vermuten. So berichtete Szczepanski über gesundheitliche Probleme, den Haftalltag, Hobbys wie Fußball aber auch z.T. abfällig über rechtsextreme Szenenangehörige. Inwieweit das von Szczepanski genutzte Briefpapier mit maskiertem Kämpfer und der Losung „*Whatever it takes*“ von dessen V-Mann-Führer beanstandet wurde, ist den Akten nicht zu entnehmen. Szczepanskis Formulierungen am Ende der Briefe wie „*Heili-Heilo Dieter*“, „*die Panzerknackerbande*“ oder „*Egon Olsen*“ zeigen, dass der Umgangston zwischen V-Mann und V-Mann-Führer ungezwungen und z.T. ironisch war. In zwei Briefen an seinen V-Mann-Führer bat Szczepanski diesen, sich mit seiner Ex-Freundin sowie mit einem anderen Szeneaktivisten zu treffen. Es konnte durch den Ausschuss nicht abschließend geklärt werden, ob diese Treffen zustande kamen. Die Zeugenbefragungen von Dieter Borchert sowie den in den Briefen Benannten vor dem Untersuchungsausschuss ergaben keine Hinweise, dass diese Treffen tatsächlich zustande kamen.

Der lange Zeitraum der V-Mann-Führung im Falle „Piatto“ durch Dieter Borchert kann durchaus kritisch bewertet werden. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass der V-Mann-Führer unter der Legende „Sozialarbeiter“ aufgetreten ist und ein Wechsel zu Nachfragen geführt hätte. Weiterhin ist fraglich, inwieweit Szczepanski einen anderen Fallführer akzeptiert hätte. Handschriftliche Vermerke in den Akten belegen, dass es auch im brandenburgischen Verfassungsschutz Überlegungen gab, die Quellenführung durch einen anderen V-Mann-Führer zu realisieren.

V-Mann-Führer müssen ein Vertrauensverhältnis zur Quelle aufbauen, um diese zu motivieren, dem Verfassungsschutz wichtige Informationen zu liefern. Dieses Vertrauensverhältnis existierte insoweit, dass Szczepanski seinen V-Mann-Führern umfangreich über rechtsextreme Bestrebungen berichtete. Weiterhin ist aktenkundig, dass Szczepanski durch seinen V-Mann-Führer gerade zu Beginn seiner Informantentätigkeit immer wieder zu rechtskonformen Verhalten angehalten und belehrt wurde. Auch wurde Szczepanski während seiner Strafhaft von seinem V-Mann-Führer positiv bestärkt, für seine Resozialisierung förderliche Tätigkeiten (z. B. Fortbildung) aufzunehmen. Dieses Bestärken und die positiven Rückmeldungen durch die V-Mann-Führer motivierten Szczepanski und im Laufe seiner Quelleneigenschaft lieferte er für den Verfassungsschutz immer wertvollere Informationen. Die Nachrichtenehrlichkeit Szczepanskis wurde seitens des Verfassungsschutzes regelmäßig durch andere Erkenntnisse des Referates Auswertung und externer

Stellen - etwa dem BfV - überprüft und im Ergebnis nicht beanstandet. Vielmehr bestand die Sorge, dass sich Szczepanski durch eigenmächtige und nicht abgesprochene Handlungen als Quelle gefährden würde.

Zum Zeitpunkt seiner ersten Haftausgänge steigerte sich das Informationsaufkommen von Carsten Szczepanski erheblich. Auf Anweisung des damaligen Abteilungsleiters nahm ein zweiter V-Mann-Führer an den Treffen mit Szczepanski teil (Ende 1996). Der V-Mann-Führer Meyer-Plath war zunächst Mitarbeiter im Auswertungsreferat des brandenburgischen Verfassungsschutzes. Er sollte als Mitarbeiter des höheren Dienstes das Verhältnis zu Szczepanski professionalisieren und bei wichtigen Treffen das größtmögliche Abschöpfen von Informationen sicherstellen. Das Verhältnis zu Meyer-Plath bezeichnete Szczepanski als „*eher sachlich*“. Ansonsten war Meyer-Plath als szenevertrauter Auswerter für Szczepanski ein willkommener Ansprechpartner, da er mit diesem „*intelligente*“ Gespräche führen konnte.

Szczepanskis Informationen zum untergetauchten Trio:

Der zentrale Punkt der Aufklärungsarbeit im Untersuchungsausschuss waren die Quellenmeldungen Szczepanskis aus dem Jahr 1998 zum untergetauchten Trio - das spätere NSU-Trio. Carsten Szczepanski war eine Quelle mit den konkretesten Hinweisen zum Verbleib des untergetauchten Trios und zu dessen potentielltem Unterstützerumfeld in Chemnitz - aber nicht die einzige. Bereits im Frühjahr 1998 verdichteten sich die Hinweise der thüringischen und sächsischen Sicherheitsbehörden darauf, dass sich das Trio im Raum Chemnitz aufhielt. Das belegen auch die Ergebnisse anderer Untersuchungsausschüsse. So waren dem thüringischen LKA, das mit der Zielfahndung nach dem Trio betraut war, die Kontakte der drei Gesuchten u.a. zu Jan Werner und die mögliche Flucht nach Südafrika mit falschen Pässen bereits vor den Meldungen von „Piatto“ bekannt. Neben den eigenen Telekommunikationsüberwachungsmaßnahmen des LKA Thüringens stammen die Erkenntnisse auch aus nachrichtendienstlichen Quellen des Landesamtes für Verfassungsschutz Thüringen.

Ein Kennverhältnis zwischen der Quelle „Piatto“ und dem Trio konnte Szczepanski weder aufgrund der Aktenlage noch in den Vernehmungen nachgewiesen werden. Vielmehr zeigte sich, dass die Informationen zum Trio Beifang bei der Informationsbeschaffung Szczepanskis zur Musikszene waren.

Nachdem das Trio im Januar 1998 abgetaucht war, wurden durch den thüringischen Verfassungsschutz Lichtbilder von den zur öffentlichen Fahndung ausgeschriebenen Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe an sämtliche Verfassungsschutzbehörden versandt. Da der brandenburgische Verfassungsschutz zu diesem Zeitpunkt keine Quellen führte, die das Trio hätte identifizieren können, wurde seitens des Beschaffungsreferates auf eine Lichtbildvorlage verzichtet. Im Januar 1999 wurde das Beschaffungsreferat erneut gebeten, den brandenburgischen Quellen die Lichtbilder des untergetauchten Trios vorzulegen. Im Zuge dessen wurden auch Szczepanski die Lichtbilder vorgelegt. Handschriftlich ist vermerkt, dass die Lichtbildvorlage negativ verlief. Dass Szczepanski das untergetauchte Trio in seiner ersten Meldung als „*sächsische Skinheads*“ bezeichnete, ist ein weiteres Indiz dafür, dass Szczepanski das Trio nicht persönlich kannte.

Warum war Szczepanski in Chemnitz?

Dass sich Carsten Szczepanski zum Zeitpunkt des Untertauchens des Trios einige Male in Chemnitz und Umgebung aufhielt und über die dortigen Szeneaktivitäten berichtete, nährte die Spekulationen, dass Szczepanski gezielt auf das untergetauchte Trio „*angesetzt*“ wurde. Die Beweisaufnahme im Untersuchungsausschuss hat hierfür keinerlei Anhaltspunkte ergeben.

Szczepanskis Aufenthalte in Chemnitz und Umgebung ergeben sich vielmehr aus seinen Kennverhältnissen vor und während seiner Strafhaft - etwa zur Familie P. in Limbach-Oberfrohna, die ihn auch während der Haftzeit in Brandenburg an der Havel besuchte. Auch zu Jan Werner unterhielt Szczepanski während seiner Strafhaft Kontakte. Hierdurch erfuhr Szczepanski vom Vorhaben der Chemnitzer Label „Movement-Records“ und „Foier Frei“, die neue Landser-CD zu produzieren. Szczepanski war eine der ersten nachrichtendienstlichen Quellen, der es gelungen ist, Informationen über die Zusammensetzung der konspirativ agierenden Band „Landser“ sowie deren Vertriebswege zu liefern. Zum damaligen Zeitpunkt planten die Strafverfolgungsbehörden in Bund und Ländern einen symbolischen „*Schlag*“ gegen die rechtsextreme Szenekultband „Landser“. Aufgrund von Szczepanskis Informationen konnte etwa eine Lieferung von „Landser-CDs“ im Oktober 1998 beschlagnahmt und weitergehende Ermittlungen gegen die Band und deren Produzenten aufgenommen werden. Aktenkundig ist zudem, dass die Chemnitzer Szene mit dem Aufliegen der „Landser“-CD-Lieferung Szczepanski zusehends

misstraute und dieser sich im weiteren Verlauf kaum noch in Chemnitz und Umgebung aufhielt. Trotz der Bedeutung der Quelle „Piatto“ erteilte der Brandenburger Verfassungsschutz seiner damals wichtigsten Quelle im Oktober 1998 den Auftrag neben den Erkenntnissen zur Band „Landser“ auch Hinweisen zum untergetauchten Trio nachzugehen.

Bis zum Auffliegen der „Landser“-CD-Lieferung genoss Szczepanski ein hohes Ansehen in der sächsischen „Blood & Honour“-Szene und hatte - aus Sicht des Verfassungsschutzes - einen guten Zugang zu Informationen. Durch seinen Märtyrerstatus in der Szene aufgrund seiner Haftstrafe aber auch durch die Mitherausgabe des Fanzines „United Skins“ und seiner Rolle in der Musikszene vor dessen Inhaftierung konnte Szczepanski an konspirativen Treffen der sächsischen „Blood & Honour“-Führung teilnehmen, ohne selber ein Mitglied gewesen zu sein. So berichtete Szczepanski im Laufe des Jahres 1998 dem Verfassungsschutz ausführlich über den Führungs- und Richtungsstreit in der bundesdeutschen „Blood & Honour“-Szene.

Dass sächsische „Blood & Honour“-Aktivisten beim Untertauchen des Trios eingebunden waren, ergaben neben der Aktenlage auch das Aussageverhalten der Zeugen beim Oberlandesgericht München. Im Umfeld der sächsischen „Blood & Honour“-Treffen sowie der von ihnen veranstalteten Konzerte sind Szczepanski die Informationen zum Trio hergetragen worden. Der Untersuchungsausschuss konnte nicht abschließend klären, von wem Szczepanski die Informationen zum untergetauchten Trio erhielt.

„Piattos“ Meldungen zum untergetauchten Trio und die Informationsweitergabe:

Im Feststellungsbericht sind die Deckblattmeldungen „Piattos“ zum untergetauchten Trio ausführlich dargestellt. Grundsätzlich ist festzuhalten, dass sämtliche Deckblattmeldungen mit Bezug zum untergetauchten Trio an die betroffenen Landesämter für Verfassungsschutz und an das Bundesamt für Verfassungsschutz weitergeleitet wurden. Der Untersuchungsausschuss ist der Frage nachgegangen, inwieweit eine Unterrichtung der Strafverfolgungsbehörden in Sachsen oder Thüringen erfolgte bzw. in welcher Form diese durch den brandenburgischen Verfassungsschutz hätte erfolgen müssen.

Aufgrund der Informationen der „Piatto“-Deckblattmeldung vom 09.09.1998, die besagt, dass sich das untergetauchte Trio bewaffnen und einen weiteren Überfall

planen würde, fand am 16.09.1998 eine Besprechung im Innenministerium Brandenburg in Potsdam statt. An dem Treffen nahmen neben Vertretern des brandenburgischen Verfassungsschutzes auch Vertreter der Landesämter für Verfassungsschutz Thüringen und Sachsen teil. Trotz des länderübergreifenden Bezuges nahm das Bundesamt für Verfassungsschutz an dem Treffen nicht teil. Dass die zuständige Referentin der BfV-Außenstelle aufgrund einer Ortsverwechslung nicht an dem Treffen teilnahm, überzeugt aufgrund der Entfernung zwischen BfV-Außenstelle Berlin und dem Besprechungsort Potsdam nicht vollends. Aus Sicht der SPD-Fraktion hätte das Bundesamt für Verfassungsschutz kurzfristig eine Vertretung zum besagten Treffen schicken können.

Ziel des Treffens in Potsdam war es, sich u.a. über den möglichen Verbleib des untergetauchten Trios auszutauschen sowie operative Maßnahmen der Landesämter Thüringen und Sachsen abzustimmen. Weiterhin wurde besprochen, in welcher Form die Informationen aus den Quellenmeldungen „Piattos“ den Strafverfolgungsbehörden zugänglich gemacht werden könnten, ohne die Quelle „Piatto“ zu gefährden. In einem Vermerk des sächsischen Verfassungsschutzes vom 17.09.1998 wurden die Ergebnisse der Besprechung und in einem weiteren Vermerk die Lageerkennnisse zum untergetauchten Trio und dessen mögliche Unterstützer festgehalten. Die Vermerke zur Besprechung und die Lageerkennnisse wurde im Zuge der NSU-Aufklärung in Kopie in Thüringen aufgefunden.

Diese Vermerke waren bereits Gegenstand der NSU-Aufklärungsarbeit in den Untersuchungsausschüssen des Deutschen Bundestages, des Sächsischen und Thüringischen Landtages. Sämtliche Untersuchungsausschüsse kommen zu dem Ergebnis, dass eine Informationsweitergabe im Verfassungsschutzverbund erfolgt ist, der Umgang mit der Quelleninformation aber hinsichtlich des Quellenschutzes zu kritisieren sei. Aus Sicht der brandenburgischen SPD-Landtagsfraktion legt der sächsische Besprechungsvermerk vom 17.09.1998 nahe, dass der brandenburgische Verfassungsschutz durchaus bestrebt war, geeignete Wege zu finden die Polizeibehörden zu unterrichten. So heißt es in dem Vermerk u.a.:

„Ziel der Beratung war es, Maßnahmen festzulegen, die den Nachrichtengeber (Quelle BB) nicht gefährden“

Weiter heißt es im Vermerk zur Quellenmeldung Szczepanskis:

- „1. IM Brandenburg ist grundsätzlich nicht bereit die Quellenmeldung als solche für die Polizei ‚freizugeben‘.*
- 2. Ggf. Erstellung eines Behördenzeugnisses durch BfV, da Unterstützung von dort zugesagt.*
- 3. LfV Thüringen informiert ohne Nennung der Herkunft der Informationen das LKA Thüringen über den Sachverhalt – Behandlung der Hinweise mit hoher Sensibilität wird vorausgesetzt.“*

Aus den handschriftlichen Anmerkungen im Nachgang zum Treffen wird deutlich, dass der Präsident des thüringischen LKAs am selben Abend von den thüringischen Verfassungsschutzmitarbeitern über die Erkenntnisse des Treffens unterrichtet und somit eine Unterrichtung des LKA Thüringen erfolgte. Im Nachgang des Treffens forderte der Präsident des LKA Thüringens ein Behördenzeugnis, um Anschlussmaßnahmen wie Telekommunikationsüberwachungen und Observationen beim Amtsrichter beantragen zu können. Zum Erstellen eines Behördenzeugnisses war der brandenburgische Verfassungsschutz nicht mehr bereit. Im Nachgang des Treffens gab es weitergehende Verabredungen zwischen den Verfassungsschutzbehörden. Im handschriftlichen Vermerk eines Mitarbeiters des sächsischen Verfassungsschutzes vom 21.09.1998 heißt es:

„TH erklärte, eine vertrauliche Umsetzung der Meldung in TH Polizei sei nach Auskunft LKA P. nicht problematisch. Aber bei Anschlußmaßnahmen helfe auch Behördenzeugnis kaum mit Blick auf QS. Die Maßnahme Tü gegen WERNER laufe vermutlich noch bis 30.9.

BB erklärte, Quelle könne nicht in Zeugenschutzprogramm. Weiterleitung der Meldung sei unmittelbar gefährlich für Quelle, da Vier-Augen-Gespräch. Es handle sich möglicherweise um Test, da andere Beschaffungsform leichter. Am kommenden Wochenende nähere Klärung in Aussicht. SN sagt jedwede Unterstützung zu. Ergebnis:

- BB hält die Forderung nach QS aufrecht. Die Meldung darf nicht in einer Weise verwendet werden, die ggf. zur Offenbarung nach außen nach sich zieht.*
- TH ist federführend für die Maßnahmen, die die 3 flüchtigen Rex betreffen*
- SN wird die Beobachtung B&H intensivieren. Obs. am Wochenende. SN bemüht sich um G 10.“*

Dass es zu diesen Vorgängen und Besprechungen keine eigenen Vermerke des brandenburgischen Verfassungsschutzes gibt, ist kritisch anzumerken. Damit konnte der brandenburgische Untersuchungsausschuss die Entscheidungsfindung des verstorbenen, ehemaligen Referatsleiter Beschaffung hinsichtlich der Nichtausstellung eines Behördenzeugnisses nur anhand von Fremddaten nachvollziehen. Inwieweit das

Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) nicht mehr bereit war im Zuge der Amtshilfe stellvertretend ein Behördenzeugnis auszustellen, konnte durch den Untersuchungsausschuss nicht aufgeklärt werden. Klar ist, dass das BfV zum Zeitpunkt des Informationsaufkommens eigene G-10-Maßnahmen im Rahmen des „Landser“-Verfahrens im Raum Chemnitz u.a. gegen Jan Werner durchführte.

Die Vermerke belegen aus Sicht der SPD-Fraktion, dass es eine Informationsweitergabe sowohl im Verfassungsschutzverbund als auch an das mit den Fahndungsmaßnahmen betraute LKA Thüringen gab. Zu dieser Schlussfolgerung kam auch der 1. Thüringer NSU Untersuchungsausschuss. Die Frage zum Umgang mit den „Piatto“-Meldungen wurde auch im 1. Sächsischen Untersuchungsausschuss behandelt. Hier wurde festgestellt, dass die Informationsweitergabe durch die sächsischen Verfassungsschutzmitarbeiter an die dortigen Polizeibehörden unterblieben sei.

Rechtliche Bewertung der Informationsweitergabe und gesetzliche Grundlage:

Fraglich war aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion, ob die Informationsweitergabe im Verfassungsschutzverbund und an den LKA-Präsidenten Thüringen ausreichten. Im Rahmen der Beweisaufnahme ist dem Untersuchungsausschuss ein auf den 14.09.1998 datierter Vermerk eines brandenburgischen Verfassungsschutzmitarbeiters bekannt geworden. Der Auswertungsmitarbeiter verfasste einen Vermerk zum Umgang mit den von Szczepanski gelieferten Informationen zum untergetauchten Trio. Im Vermerk heißt es:

„Es wird angeregt, erneut in dieser Angelegenheit das BfV, das LfV Sachsen und das LfV Thüringen zu kontaktieren. Eine Möglichkeit, zu den drei Gesuchten zu gelangen, könnte darin bestehen, wenn die oben genannten Probst und Werner durch Spezialkräfte observiert würden.

Ferner könnte die Quelle zu weiteren Erkenntnissen in dieser Angelegenheit befragt werden.

Auch sollte zusammen mit V/4 geprüft werden, ob und wenn ja welche Informationen an die Polizei weitergeleitet werden können.

Anmerkung: Inwiefern die drei Gesuchten bei einem Scheitern des Überfalls auch von der Schußwaffe Gebrauch machen und evtl. Menschen töten könnten, ist hier nicht bekannt. Der Fall Kai Diesner zeigt aber, daß derartiges in der rechtsextremistischen/rechtsterroristischen Szene nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden kann.“

Am 15.09.1998 vermerkte der damaliger Referatsleiter Auswertung und stellvertretender Abteilungsleiter handschriftlich:

„Vermerk: Weiteres ist z.Zt. von hier aus nicht erforderlich, da SN + TH bereits Observation untereinander vereinbart haben,- Weitergabe an Polizei kommt nur in Betracht, wenn SN + TH von sich aus darum ersuchen. Dies ist gegenwärtig nicht der Fall. Die Angelegenheit wurde im Übrigen heute mdl. mit AL V erörtert.“

Dass sich der ehemalige brandenburgische Verfassungsschutzleiter, Förster, nicht mehr an eine mündliche Unterredung erinnern konnte, ist aufgrund des zeitlichen Abstandes nachvollziehbar. Dass Herr Förster vor dem Untersuchungsausschuss hieraus aber schlussfolgerte, dass dieses Gespräch mit dem Referatsleiter Auswertung nicht stattgefunden hätte, überzeugt allerdings nicht. Weiterhin ist es wenig glaubhaft, dass sich der Abteilungsleiter Verfassungsschutz nicht über die Hintergründe eines eigens in Potsdam einberufenen Treffens dreier Verfassungsschutzbehörden informiert haben will bzw. informiert wurde. Zudem hat die Beweisaufnahme im Untersuchungsausschuss ergeben, dass die Weitergabe von quellengestützten Informationen außerhalb des Verfassungsschutzverbundes gemäß gesetzlicher Vorgaben durch den Leiter des Verfassungsschutzes entschieden werden musste. Demnach wurde Herr Förster auch hinsichtlich der Informationsweitergabe der „Piatto“-Meldungen einbezogen - vor dem Untersuchungsausschuss bestritt Herr Förster dieses.

Wie bereits geschildert, wurde am 16.09.1998 das Treffen der Verfassungsschutzämter in Potsdam einberufen, um den Umgang und die Informationsweitergabe zu besprechen. Im Ergebnis wurden die Informationen auch an das thüringische LKA weitergegeben. Das vom thüringischen LKA geforderte Behördenzeugnis wurde allerdings vom brandenburgischen Referatsleiter Beschaffung versagt.

Zum Ablauf der Informationsweitergabe im Falle der „Piatto“-Meldungen führte der sachverständige Ermittlungsbeauftragte des brandenburgischen Untersuchungsausschusses Rolfdieter Bohm aus, dass die Weitergabe von quellengestützten Informationen von Verfassungsschutzbehörden an Strafverfolgungsbehörden auch in Form von dienstlichen Hinweisen erfolgen konnte. Zur damaligen Zeit seien dienstliche Hinweise übliche Rechtspraxis gewesen und einer Ausstellung eines Behördenzeugnisses hätte es nicht zwingend bedurft, um

entsprechende Exekutivmaßnahmen auszulösen. Das belegen auch die Ergebnisse anderer Untersuchungsausschüsse. So wurde z.B. festgestellt, dass in den Akten des LKA Thüringen häufig Hinweise fehlten, wie Informationen, aufgrund derer gerichtliche Maßnahmen wie z. B. Telefonüberwachungen angeordnet wurden, dem LKA Thüringen bekannt geworden waren. Es liegt nahe, dass es sich hierbei auch um Quelleninformationen eines Verfassungsschutzes oder eigener Informanten der Polizei handelte. Dies beweist, dass das LKA Thüringen durchaus in der Lage war, auf Grundlage informeller Erkenntnisse - wie im Falle der Informationsweitergabe durch den brandenburgischen Verfassungsschutz - gerichtliche Anordnungen zu erwirken. In Bewertung der Informationsweitergabe durch die NSU-Untersuchungsausschüsse wurde bisher kaum der Umstand berücksichtigt, dass dem brandenburgischen Verfassungsschutz zum Zeitpunkt des Informationsaufkommens nicht bekannt war, inwieweit die „Piatto“-Meldungen zum untergetauchten Trio zutreffend waren. Die Informationsweitergabe der Quellenmeldungen im Verfassungsschutzverbund und das anberaumte Treffen am 16.09.1998 diente letztlich auch dazu „Piattos“ Meldungen zu verifizieren. Die Verabsolutierung der „Piatto“-Meldungen zum untergetauchten Trio, - die ihm zudem z.T. über Dritte herangetragen worden sind -, ist erst durch die retrospektive Betrachtung im Zuge der NSU-Aufklärung entstanden.

Nach § 17 Absatz 1 des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes (BbgVerfSchG) hat die Verfassungsschutzbehörde den Staatsanwaltschaften und der Polizei von sich aus die ihr bekannt gewordenen Informationen zu übermitteln, wenn tatsächlich Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die Übermittlung zur Verhinderung oder Verfolgung von Staatsschutzdelikten erforderlich ist. Da es sich beim Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetz (BbgVerfSchG) um ein Landesgesetz handelt, können nur landesinterne Stellen gemeint sein, somit Polizeibehörden und Staatsanwaltschaften in Brandenburg; für Behörden außerhalb des Landes Brandenburg fehlt es bereits an Gesetzgebungskompetenz. Staatsschutzdelikte sind die in den §§ 74 a und 120 des Gerichtsverfassungsgesetzes genannten Straftaten sowie sonstige Straftaten, bei denen aufgrund ihrer Zielsetzung, des Motivs des Täters oder dessen Verbindung zu einer Organisation tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen die in Artikel 73 Nr. 10 Buchstabe b oder c des Grundgesetzes genannten Schutzgüter gerichtet sind.

Aus der Quellenmeldung Szczepanskis ergibt sich mit Blick auf die mögliche Verhinderung von Straftaten lediglich, dass die „Skinheads“ nach Entgegennahme von

Waffen, noch vor der beabsichtigten Flucht nach Südafrika einen weiteren Überfall planen, um mit dem Geld Deutschland verlassen zu können. Anhaltspunkte für das Bestehen einer der genannten Katalogtaten bei Staatsschutzdelikten (z.B. Friedensverrat, Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates, Hochverrat, Mord, Totschlag) lagen zum damaligen Zeitpunkt nicht vor, so dass bereits deshalb § 17 BbgVerfSchG nicht für eine Informationsweitergabe an Brandenburger Strafverfolgungsbehörden hätte herangezogen werden können. Es lagen zudem keine Erkenntnisse vor, dass sich das untergetauchte Trio Brandenburg aufhielt oder der Überfall in Brandenburg hätte stattfinden sollen. Im Ergebnis war demnach eine Informationsübermittlung des brandenburgischen Verfassungsschutzes an die Polizei des Landes Brandenburg rechtlich nicht angezeigt und ist daher unterblieben. Im Übrigen wäre eine Weitergabe der Information an die Strafverfolgungsbehörden auch rein praktisch wenig zielführend gewesen. Die brandenburgische Polizei hätte die Information mangels eigener Zuständigkeit in der Strafverfolgungsangelegenheit ebenfalls an die Strafverfolgungsbehörden Thüringens weiterleiten müssen. Dieses ist jedoch - wie bereits dargelegt - durch den thüringischen Verfassungsschutz erfolgt.

Nach § 6 Absatz 1 des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz (BVerfSchG) sind die Landesbehörden für Verfassungsschutz verpflichtet, sich gegenseitig die für ihre Aufgaben relevanten Informationen zu übermitteln. Die im geschilderten, vorliegenden Fall erfolgte aufgabenrelevante Informationsübermittlung des brandenburgischen Verfassungsschutzes an die Verfassungsschutzbehörden Thüringen und Sachsen anlässlich der Besprechung am 16.09.1998 entsprach somit den gesetzlichen Vorgaben.

Für die Strafverfolgung der drei untergetauchten Skinheads waren die Strafverfolgungsbehörden in Thüringen zuständig. Dem Vermerk vom Treffen in Potsdam ist zu entnehmen, dass die Mitarbeiter des thüringischen Verfassungsschutzes die Informationen am selben Tag an das LKA Thüringen weitergegeben hat. Von dort konnten in der Folge die notwendigen polizeilichen Maßnahmen ergriffen werden. Die im brandenburgischen Auswertervermerk vom 14.09.1998 angeregte Prüfung, ob und inwieweit die Quelleninformationen Szczepanskis an die Polizei weitergeleitet werden können, ist demnach erfolgt - denn im Ergebnis der Besprechung in Potsdam vom 16.9.1998 wurde festgehalten, dass die Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz Thüringen die dortige Polizei in

geeigneter Weise informiert und damit von dort die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet werden könnten. Dieses Vorgehen belegt, dass es für den brandenburgischen Verfassungsschutz vorrangig war, über die thüringische Verfassungsschutzbehörde die thüringische Polizei zu informieren und in die Lage zu versetzen erforderliche Ermittlungen zu ermöglichen. Die für die thüringische Polizei erforderlichen Inhalte der Deckblattmeldung konnten ohne Quellenangaben übermittelt werden. Die Information war für die thüringische Polizei ausreichend, um alle erforderlichen Schritte zu weiteren Ermittlungen (Zielfahndung) einzuleiten. Dies bestätigte auch der ehemalige Vorsitzende des NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages, Clemens Binninger, in seiner Sachverständigenanhörung gegenüber dem NSU-Untersuchungsausschuss des Landtages Brandenburg.

Aus dem bereits dargestellten Sachverhalt liegt aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion kein Tatbestand nach § 138 StGB (Nichtanzeige geplanter Straftaten) vor. Nach dem Tatbestand des § 138 StGB macht sich strafbar, wer von dem Vorhaben oder der Ausführung ... eines Mordes oder Totschlags (Nr. 5) ... eines Raubes oder einer räuberischen Erpressung (Nr. 7) ... zu einer Zeit, zu der die Ausführung oder der Erfolg noch abgewendet werden kann, glaubhaft erfährt und es unterlässt, der Behörde oder dem Bedrohten rechtzeitig Anzeige zu machen. Das Vorhaben der Tat ist die ernstliche Planung. Das bedeutet, dass die geplante Tat in der Vorstellung des Täters so konkretisiert ist, dass ein anderer sie begehen könnte, wenn er wollte. Es muss feststehen, dass er mit der Ausführung der Tat rechnete. Nicht ausreichend ist, dass er damit hätte rechnen müssen. Bei gegen eine Person gerichteten Delikten reicht es nicht aus, wenn das Opfer nur allgemein bestimmt ist.

Dem brandenburgischen Verfassungsschutz war aus der Quellenmeldung lediglich bekannt, dass Jan Werner den drei flüchtigen Skinheads Waffen besorgen will und dass diese einen „Überfall“³ planen, um Geld für eine Flucht ins Ausland zu beschaffen. Nach den dem brandenburgischen Verfassungsschutz vorliegenden Informationen, waren die Waffen noch nicht beschafft, die Täter namentlich nicht bekannt und auch ein Objekt für einen möglichen „Überfall“ noch nicht hinreichend bekannt und somit das Tatgeschehen zum damaligen Zeitpunkt nicht hinreichend

³ Wie dargestellt sind „Raub“ und „räuberische Erpressung“ Katalogstraftaten nach § 138 StGB. Dahingegen ist „Überfall“ kein eigener Straftatbestand und bezeichnet als solche keine spezifische Straftat und ist nicht automatisch mit „Raub“ oder „räuberische Erpressung“ gleichzusetzen.

konkret, um von einer Strafbarkeit nach § 138 StGB zu sprechen. Zudem hat die Verfassungsschutzbehörde Brandenburg die weitere Strafverfolgung ermöglicht, indem sie sichergestellt hat, dass die vorhandenen und für die Strafverfolgung erforderlichen Informationen über die Verfassungsschutzbehörde Thüringen an die zuständigen Strafverfolgungsbehörden gesteuert werden. Sie hat damit gleichzeitig die für die Gefahrenabwehr zuständige Polizei mit Hilfe der übermittelten Informationen potentiell in die Lage versetzt, ggf. auch geplante Straftaten zu verhindern.

Nach § 6 Absatz 1 des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz (BVerfSchG) sind die Landesbehörden für Verfassungsschutz und das Bundesamt für Verfassungsschutz verpflichtet, sich gegenseitig die für ihre Aufgaben relevanten Informationen zu übermitteln. § 6 Absatz 1 Satz 2 besagt:

„Wenn eine übermittelnde Behörde sich dies vorbehält, dürfen die übermittelten Daten nur mit ihrer Zustimmung an Stellen außerhalb der Behörden für Verfassungsschutz übermittelt werden.“

Mit diesem Satz wird deutlich, dass Informationen einer Verfassungsschutzbehörde ausschließlich an eine andere Verfassungsschutzbehörde übermittelt werden sollen; diese kann die Daten weitergeben, jedoch kann die übermittelnde Behörde widersprechen. Der gesetzlich vorgesehene Informationsfluss erfolgt somit ausschließlich zwischen den Verfassungsschutzbehörden. Von der empfangenden Verfassungsschutzbehörde kann dann eine Weitergabe an andere landesinterne Stellen, z.B. der Polizei, erfolgen. Wie es sich auch in den Akten des Untersuchungsausschusses darstellte, entspricht es der gängigen Praxis im Verfassungsschutzverbund, dass eine Informationsübermittlung an Behörden eines anderen Landes oder des Bundes außerhalb der Verfassungsschutzbehörden nicht erfolgt. So werden z.B. Informationen des Bundeskriminalamtes, die für eine Landesverfassungsschutzbehörde von Bedeutung sind, nicht direkt, sondern über das Bundesamt für Verfassungsschutz an das jeweilige Land gesteuert.

Erst im Jahr 2004 wurden zur Verbesserung der informationellen Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden gemeinsame Zentren eingerichtet, so z.B. das Gemeinsame Terrorabwehrzentrum (GTAZ) und später das Gemeinsame Extremismus und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ), in welchen Polizei und Verfassungsschutz

vertreten sind. Bis dahin erfolgte die Informationsübermittlung regelmäßig über den Verfassungsschutzverbund.

Aufgrund fehlender eigener Vermerke zum Treffen in Potsdam vom 16.09.1998 sind die Gründe des brandenburgischen Verfassungsschutzes zur Nichtpreisgabe der Identität der nachrichtendienstlichen Quelle - etwa in Form eines Behördenzeugnisses - nur anhand der Vermerke des sächsischen Verfassungsschutzes nachzuvollziehen. So bestand nach Auffassung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg für Szczepanski die Gefahr, dass die Quelle im Rahmen eines möglichen Strafverfahrens enttarnt worden wäre. Zurzeit des Informationsaufkommens Szczepanskis zum untergetauchten Trio hatte dieser den Status als Freigänger und war somit noch in der JVA Brandenburg an der Havel inhaftiert. Eine mögliche Enttarnung während der Haftzeit hätte dazu geführt, dass ein effektiver Zeugenschutz erheblich erschwert worden wäre. Eine Aufdeckung seiner Identität sollte aus diesem Grunde auf jeden Fall vermieden werden - wie auch die handschriftlichen Vermerke belegen. Eine Enttarnung Szczepanskis hätte zudem die parallel laufende, bundesweite Maßnahme, die sich gegen die rechtsextremistische Band „Landser“ richtete, gefährdet.

„HALLO. WAS IST MIT DEN BUMS“:

Im Zusammenhang mit Szczepanskis Meldungen zum untergetauchten Trio und deren geplanter Erwerb von Waffen wurde spekuliert und öffentlich eine Denkvorentscheidung getroffen, dass die SMS Jan Werners („HALLO. WAS IST MIT DEN BUMS“), die auf dem von Szczepanski genutzten Mobiltelefon am 25.08.1998 einging, in Verbindung stünden. Im Untersuchungsausschuss wurde dieser Frage anhand des Aktenmaterials und Zeugenvernehmungen intensiv nachgegangen. Im Feststellungsteil des Abschlussberichtes wurde der Ablauf ausführlich dargestellt und hier nicht noch einmal im Detail wiedergegeben.

Aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion finden sich keine Belege dafür, dass Szczepanski die besagte SMS überhaupt erreicht hatte. Auch finden sich keine Hinweise darauf, dass sich Szczepanski gegenüber Jan Werner als Waffenlieferant anbot - vielmehr berichtete Szczepanski dem brandenburgischen Verfassungsschutz über Werners Vorhaben Waffen für das untergetauchte Trio zu besorgen. Auch die Bedeutung der SMS „HALLO. WAS IST MIT DEN BUMS“ ist nicht zwangsläufig mit Waffen zu gleichzusetzen.

Dem Untersuchungsausschuss lagen mehrere G-10-Maßnahmen gegen Rechtsextremisten aus den 1990er Jahren vor. Auffällig war, dass in den G-10-Protokollen das Codewort „BUMS“ für Waffen nicht zu finden war - vielmehr wurden synonym für Waffen Worte wie „*Angeln*“, „*Spielzeug*“ oder „*Trommeln*“ genutzt. Auch Zeugen vor dem Untersuchungsausschuss - wie ein im NSU-Komplex ermittelnder BKA-Beamter - räumten ein, dass mit dem Begriff „BUMS“ etwas Anderes als Waffen gemeint sein könnte. Vor allem der intensive Musikhandel zwischen Jan Werner und Carsten Szczepanski, der sich anhand der Telekommunikationsprotokolle nachvollziehen lässt, legt nahe, dass es sich bei „BUMS“ z.B. auch um Konzerte bzw. Veranstaltungen, Musik-CDs, Lautsprecher oder ein unbestimmter Begriff für „*das Zeug*“ gehandelt haben könnte.

Die V-Mann-Führung „Piattos“ nach dessen Haftentlassung:

Wie bereits dargestellt wurde Szczepanski am 15.12.1999 nach Verbüßung von mehr als 2/3 seiner Straftat auf Bewährung entlassen. Die Bewährungszeit betrug drei Jahre und zu den Auflagen der Strafvollstreckungskammer gehörte, dass sich Szczepanski von der rechtsextremen Szene fernhielt. Diese Bewährungsauflagen wurden von Szczepanski im Rahmen seiner V-Mann-Tätigkeit mit Wissen des Verfassungsschutzes immer wieder unterlaufen. Vielmehr ist aufgrund des hohen Informationsaufkommen Szczepanskis in den Jahren 1999 und 2000 ersichtlich, dass sich dieser intensiv in der rechtsextremen Szene bewegte.

Aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion ist die nachrichtendienstliche Verwendung Szczepanskis nach dessen Haftentlassung kritisch zu bewerten. Das Agieren Szczepanskis im Umfeld von sich radikalierenden militanten, rechtsextremen Strukturen wirft die Frage auf, inwieweit die strafrechtliche Verfolgung dieser Szene erfolgen konnte, ohne die Quelle zu gefährden. Dass Szczepanski über die von der Szene ausgehenden Gefahren berichtete, hat die Beweisaufnahme im Untersuchungsausschuss gezeigt. Zudem wurden im Rahmen der Quellenführung Informationen über die militanten Bestrebungen bekannt und den Strafverfolgungsbehörden angezeigt, wodurch etwa Anschlägepläne oder Waffenbeschaffungen vereitelt und strafrechtlich verfolgt werden konnten. Die unmittelbare Nähe Szczepanskis zu den Strafverfolgten bedeutete aber auch, dass dieser von den Ermittlungsverfahren betroffen war. Somit drohte Szczepanski stets der Widerruf seiner Bewährung.

Beispielhaft seien an dieser Stelle die verhinderten Anschlagpläne auf ein alternatives Café in Berlin-Prenzlauer Berg, eine durch die Polizei vereitelte Waffenübergabe sowie ein Rohrbombenfund zur Vorbereitung auf eine Anschlagsserie in Königs Wusterhausen gegen Antifa-Aktivisten genannt. Diese Ermittlungserfolge gehen maßgeblich auf Informationen der Quelle „Piatto“ zurück. Inwieweit Szczepanski selber in die Planungen eingebunden war, kann nicht abschließend bewertet werden. Aus den Akten geht jedoch hervor, dass die Quelle „Piatto“ immer wieder angewiesen wurde, weder auf Angebote zu Waffenkäufen einzugehen noch sich an geplanten Anschlägen oder Waffenübungen von Mitgliedern der rechtsextremen Szene zu beteiligen. Die Absprachen in der Szene erfolgten konspirativ und Szczepanski genoss das Vertrauen der jeweiligen Aktivisten. Aus den Akten des Untersuchungsausschusses geht zudem hervor, dass die Absprachen zur Vorbereitung der Anschlagsserie in Königs Wusterhausen im Beisein von Szczepanski erfolgten. Spätestens nach dem Rohrbombenfund und dem daraus resultierenden Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Berlin war Szczepanski nicht mehr als V-Mann des brandenburgischen Verfassungsschutzes tragbar, weshalb dieser am 30.06.2000 förmlich entpflichtet wurde.

Die Vielzahl der Einsatzgebiete Szczepanskis, die sich mit seinen Haftlockerungen ab 1999 ergaben, spiegeln sich zwar im Informationsaufkommen der Quelle „Piatto“ wieder. Dieses steigerte aber auch die Gefahr einer Enttarnung - häufig wird hier der nichttechnische Begriff des „Übersteuerns“ gebraucht. Das Informationsaufkommen zu allen möglichen Feldern des rechtsextremistischen Spektrums wurde von Szczepanski größtenteils selbst erbracht. Eine Ausnahme bildeten allerdings die Absprachen Szczepanskis mit Verfassungsschutzmitarbeitern, wonach er sich zum NPD-Landesorganisationsleiter wählen lassen sollte. Im Rahmen der Beweisaufnahme zum V-Mann „Piatto“ wurde immer wieder auf das gescheiterte NPD-Verbotsverfahren 2003 verwiesen. Das erste NPD-Verbotsverfahren wurde am 18.03.2003 vom Bundesverfassungsgericht aus Verfahrensgründen eingestellt, weil V-Leute des Verfassungsschutzes (etwa der NPD-Landesvorsitzende in Nordrhein-Westfalen) auch in der Führungsebene der Partei tätig waren. Fraglich ist aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion, ob es sich beim Landesorganisationsleiter bereits um die Führungsebene der NPD handelte und inwieweit Szczepanski die inhaltliche Ausrichtung der NPD steuern konnte.

Szczepanski hat demnach dem brandenburgischen Verfassungsschutz über die inhaltliche Ausrichtung des NPD-Landesverbandes und die durch Frank Schwerdt vorangetriebene Vernetzung zwischen NPD und freien Kameradschaftsaktivisten unterrichtet. In seiner Funktion als Landesorganisationleiter hat Szczepanski eine NPD-Demonstration in Königs Wusterhausen angemeldet. Kritisch ist aus Sicht der SPD-Fraktion anzumerken, dass durch das Organisieren der NPD-Demonstration die ohnehin schon angespannte Stimmung zwischen rechtsextremer Szenen und der Antifa-Szene weiter angeheizt wurde. Zudem stärken Aufmärsche und Demonstrationen das innere Gefüge und den Zusammenhalt der rechtsextremen Szene.

Ein weiterer Kritikpunkt ist aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion Szczepanskis Szeneladeneröffnung in Königs Wusterhausen. Aus den Akten ist ersichtlich, dass Szczepanski bei der Einrichtung des Ladens zumindest beratend und finanziell - in Form einer Anschubfinanzierung - durch den brandenburgischen Verfassungsschutz unterstützt worden ist. Damit wurde eine Anlaufstelle der rechtsextremen Szene in Königs Wusterhausen geschaffen, die die Strukturen weiter festigten. Der damalige Abteilungsleiter Wegesin bezeichnete in seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuss das Ladengeschäft als „*informationelles Wasserloch*“⁴. Belegt ist in den Akten, dass es im Szeneladen Szczepanskis auch zu konspirativen Absprachen zwischen Rechtsextremisten kam. Neben den Anschlagsplänen in Berlin - Prenzlauer Berg erfuhr Szczepanski auch von Waffenbeschaffungsplänen zwischen Uwe Menzel und einem Szeneaktivisten aus Königs Wusterhausen. Im späteren Verfahren wegen Verstoßes gegen § 28 Waffengesetz wurde Szczepanski am 08.12.2002 zu einer Geldstrafe verurteilt. Ihm wurde vorgeworfen, dass die Übergabe eines Repetiergewehres in seinem Laden stattgefunden hätte. Szczepanski bestritt stets, dass sich die Waffe in seinem Gewahrsam befunden hatte. Diese Behauptung der anderen Beschuldigten interpretiert Szczepanski als Racheakt, da Szczepanski zum Zeitpunkt des Gerichtsverfahrens bereits öffentlich enttarnt war.

Enttarnung und Entpflichtung der Quelle „Piatto“:

Aus den Bewertungen des brandenburgischen Verfassungsschutzes geht bis zuletzt hervor, dass Szczepanski weitreichende Einsatzgebiete im rechtsextremen Spektrum abdeckte und umfassende Informationen lieferte. Die SPD-Landtagsfraktion

⁴ Protokoll 26. Sitzung vom 4.5.2018, S. 88

sieht in dieser „Übersteuerung“ des Szczepanski aber auch einen Hauptgrund für dessen spätere Enttarnung. Grundsätzlich schließt sich die SPD-Landtagsfraktion der Einschätzung des brandenburgischen Verfassungsschutzes an, dass Szczepanski eine Vielzahl an Informationen lieferte, die zu entsprechenden Verfahren gegen rechtsextreme Szeneangehörige führten. Zu kritisieren ist aus Sicht der SPD-Fraktion, dass der Quelle „Piatto“ bis zu dessen Enttarnung keine Exit-Option angeboten wurde oder es keine Überlegungen gab, wie ein geregeltes Ende der V-Mann-Führung „Piattos“ hätte aussehen können.

Während die förmliche Entpflichtung aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion mit dem Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Berlin aufgeklärt werden konnte, bleibt der genaue Hergang der öffentlichen Enttarnung „Piattos“ durch das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ unklar. Zum Zeitpunkt der öffentlichen Enttarnung gab es einen umfangreichen Personenkreis, der über die V-Mann-Tätigkeit Szczepanskis Bescheid wusste. Weder die Aktenlage noch die Zeugenvernehmungen lassen eine abschließende Bewertung des Vorgangs zu.

Für Verwunderung sorgt aus Sicht der SPD-Fraktion die kollektive Distanzierung der ehemaligen Abteilungsleiter des brandenburgischen Verfassungsschutzes vor dem Untersuchungsausschuss hinsichtlich der Quelle „Piatto“. Während die Quelle „Piatto“ im Rahmen seiner Bewertungen stets als wertvollste Quelle des brandenburgischen Verfassungsschutzes bezeichnet wurde, kritisierten die ehemaligen Abteilungsleiter Förster, Lieber, Keseberg und Wegesin in ihren Zeugenvernehmungen das Führen der Quelle „Piatto“. Aus den Akten des Untersuchungsausschusses wurde diese kritische Haltung der damaligen Abteilungsleiter nicht ersichtlich. Fraglich ist zudem, warum sich diese in ihrer Funktion als Abteilungsleiter zum damaligen Zeitpunkt nicht für ein Ende der Quellenführung einsetzten.

Der V-Mann des brandenburgischen Verfassungsschutzes Toni Stadler („Barte“):

Aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion stellte die V-Mann-Führung Toni Stadlers den weitaus größeren Skandal des brandenburgischen Verfassungsschutzes dar. Hier ist nicht - wie noch im Jahr 2002 vom Ministerium des Innern und für Kommunales behauptet - der V-Mann Toni Stadler aus dem „Ruder“ gelaufen, sondern vielmehr die V-Mann-Führung und diese mit Vorsatz des damaligen Abteilungsleiters Heiner

Wegesin. Die SPD-Fraktion erkennt an, dass Wegesin in seiner Zeugenvernehmung vor dem Untersuchungsausschuss die V-Mann-Führung als „*gravierendste Fehlentscheidung*“⁵ einräumte.

Mit Wissen und Duldung des brandenburgischen Verfassungsschutzes war der V-Mann Stadler in die beabsichtigte Herstellung und den Vertrieb des Tonträgers „Noten des Hasses“ der Band „White Aryan Rebels“ aktiv eingebunden. Nach Auffassung der SPD-Landtagsfraktion hat der Verfassungsschutz Brandenburg mit der V-Mann-Führung Stadlers mehr Schaden angerichtet, als tatsächlich Informationen zu generieren, die der rechtsextremen Szene hätten schaden können.

Anwerbung und Quellenführung Stadlers:

Der Ablauf der Anwerbung Toni Stadlers ist im Feststellungsteil des Abschlussberichtes ausführlich dargestellt. Insbesondere die Erstansprache Toni Stadlers durch den Verfassungsschutz wurde in der Beweisaufnahme intensiv aufgearbeitet. Fraglich war, inwieweit durch Mitarbeiter des brandenburgischen Verfassungsschutzes Druck auf Stadler im Rahmen des Anwerbeverfahrens ausgeübt wurde. Verfassungsschutzmitarbeiter sprachen Stadler auf einem Parkplatz an und konfrontierten diesen damit, dass er ohne Führerschein fahren würde. Stadler erklärte nach dessen Enttarnung im Jahr 2002 und erneut vor dem Untersuchungsausschuss des brandenburgischen Landtages, dass er sich unter Druck gesetzt fühlte. Auch Heiner Wegesin räumte in seiner Vernehmung ein, dass der Verfassungsschutz auch mit dem Mittel des „*Kompromates*“⁶ arbeiten würde, um Szeneangehörige zur Zusammenarbeit zu bewegen. Dass sich Stadler nach der Ansprache durch Mitarbeiter des Verfassungsschutzes genötigt gesehen haben könnte, ist durchaus nachvollziehbar - aber der von ihm geschilderte Druck ist, aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion, eine Schutzbehauptung Stadlers um seine Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz vor der rechtsextremen Szene zu rechtfertigen. Grundsätzlich war das Aussageverhalten des Zeugen Stadler vor dem Untersuchungsausschuss nach Auffassung der SPD-Fraktion wenig glaubhaft.

Die Beweisaufnahme hat gezeigt, dass Stadler schnell die Vorzüge der Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz erkannte. Die finanziellen Aufwendungen des V-Mannes im Fall „Barte“ übertrafen die des V-Mannes im Fall

⁵ Protokoll 36. Sitzung vom 23.11.2018, S. 116

⁶ Protokoll der 12. Öffentlichen Sitzung am 07.09.2017, S. 135f

„Piatto“ deutlich. Weiterhin wurde der Verfassungsschutz beim Wiedererlangen von Stadlers Führerschein, bei gewerbeamtlichen Fragen zu dessen Szeneladen in Guben aber auch bei Fragen und Problemen hinsichtlich Stadlers Arbeitslosengeldes beratend tätig. Das Bemühen des brandenburgischen Verfassungsschutzes Stadler als V-Mann an sich zu binden, erklärt sich u.a. mit der zeitlich parallel verlaufenden Enttarnung Szczepanskis. Nachdem die für den brandenburgischen Verfassungsschutz bedeutendste Quelle „Piatto“ in der rechtsextremen Szene wegfiel, wurde versucht, mit Stadler eine vergleichbare Quelle aufzubauen.

Stadler bewegte sich bereits vor dessen Anwerbung als V-Mann in der rechtsextremen Musik- und Vertriebszene und sollte dem Verfassungsschutz nach Szczepanskis Ausfall weiterhin Zugang zu szeneeigenen Informationen etwa über die Produktions- und Vertriebswege liefern. Stadlers Aktivitäten in der rechtsextremen Szene sind u.a. - bis zu dessen Enttarnung - durch die Deckblattmeldungen der Quelle im Fall „Piatto“ belegt. Auch Stadlers Kontakte zu Mirko Hesse, der später als Quelle des Bundesamtes für Verfassungsschutz enttarnt wurde, sind aktenkundig. Mirko Hesse war wie auch Jan Werner maßgeblich in die Produktion von „Landser“-CDs eingebunden. Stadler hatte demnach bereits vor seiner Anwerbung durch den Verfassungsschutz Zugang zu wichtigen Musikproduzenten und Fanzineherstellern. Diese intensivierte er, nachdem er als Quelle des brandenburgischen Verfassungsschutzes geworben wurde.

Im Fokus des Informationsaufkommens des V-Mannes im Fall „Barte“ lag die rechtsextreme Musikszene. Anders als der V-Mann „Piatto“ berichtete Stadler dem brandenburgischen Verfassungsschutz häufig erst im Nachgang von rechtsextremen Szeneaktivitäten, sodass mögliche Exekutivmaßnahmen der Strafverfolgungsbehörden nicht erfolgen konnten. Während die Informationen des V-Mannes „Piatto“ zuletzt als sehr zutreffend und wertig eingestuft wurden, bezweifelte der brandenburgische Verfassungsschutz bis zuletzt den Informationsgehalt der Meldungen des V-Mannes „Barte“. Hier wird bereits deutlich, dass der vom Verfassungsschutz betriebene Aufwand zur Quellenführung und das Informationsaufkommen des V-Mannes Stadler in keinem Verhältnis stand. Auch wurde durch die Beweisaufnahme deutlich, dass Stadler die Zusammenarbeit mit dem brandenburgischen Verfassungsschutz nutzte, um unter dem Schutz des Verfassungsschutzes Brandenburg seinen geschäftlichen Aktivitäten im Vertrieb von Tonträgern und sonstigen Szenedevotionalien nachzugehen und auszuweiten. So war

der zur Zeit seiner Anwerbung arbeitslose Stadler in der Lage sein Ladengeschäft „TOP ONE“ auszubauen und Angestellte zu beschäftigen. Auch wurde Stadler der Vertrieb indizierter und verbotener Artikel von der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg – „zu Aufklärungs- und Tarnungszwecken“⁷ - in einem begrenzten Rahmen geduldet.

Neben dem geringeren Informationsaufkommen wurde grundsätzlich die Nachrichtenehrlichkeit als auch die Führbarkeit des V-Mannes Stadler durch den brandenburgischen Verfassungsschutz stets hinterfragt. In mehreren Treffvermerken ist dokumentiert, dass Stadler angedroht wurde, die Zusammenarbeit einzustellen. Aktenkundig ist, dass sich der V-Mann „Barte“ nicht an die Weisungen seiner V-Mann-Führer hielt und eigene geschäftliche Interessen verfolgte. So vertrieb Stadler indizierte CDs wie „Landser“ und „Ethnical Cleansing“, ohne dem Verfassungsschutz hierrüber zu berichten. Stadlers V-Mann-Führer berichteten immer wieder umfangreich in Treffvermerken sowohl dem damaligen Referatsleiter Beschaffung als auch dem Abteilungsleiter Wegesin über die Probleme in der V-Mann-Führung. Trotz der zunehmenden Zweifel an Stadlers Nachrichtenehrlichkeit und dessen Zuverlässigkeit sowie grober Verstöße gegen die Weisungen seiner V-Mann-Führer wurde dieser nicht als V-Mann entpflichtet.

Vertrieb und Produktion der CD „Noten des Hasses“ der Band „White Aryan Rebels“ (WAR):

Der mit Wissen und Duldung des brandenburgischen Verfassungsschutzes vorangetriebene Vertrieb der ersten Auflage der CD „Noten des Hasses“ der Band „White Aryan Rebels“, in der gegen zahlreiche Prominente und Politiker zum Mord aufgerufen wird, ist nach Ansicht der SPD-Landtagsfraktion scharf zu kritisieren und zu verurteilen. Mit dem Vertrieb der ersten Auflage der CD „Noten des Hasses“ gelangten etwa 3.000 Exemplare in die rechtsextreme Szene.

Im Feststellungsteil des Abschlussberichtes wurde die Rolle des V-Mannes Stadler und die des brandenburgischen Verfassungsschutzes beim Vertrieb der CD „Noten des Hasses“ detailliert dargestellt. Mit der Pressung der Erstauflage der CD „Noten des Hasses“ war Mirko Hesse, der zu diesem Zeitpunkt V-Mann des Bundesamtes für Verfassungsschutz war, verantwortlich. Stadler wurde vom Kopf der Band „White Aryan Rebels“, Lars B., mit dem Vertrieb der CD „Noten des Hasses“ betraut. Dieses

⁷ B 4 iV B 73\004-S-530003-0000-0124-2018 VSNfD_289, S. 28-33.

war dem Verfassungsschutz Brandenburg bekannt. Der brandenburgische Verfassungsschutz unternahm nichts, um Stadler vom Vertrieb der CD abzuhalten. Der brandenburgische Verfassungsschutz rechtfertigte im Jahr 2002 Stadlers CD-Vertrieb damit, dass hierdurch die Vertriebswege der CD „Noten des Hasses“ aufgeklärt werden konnten und dem Verfassungsschutz somit die Großabnehmer bekannt wurden. Diese Erkenntnisse seien im Verfassungsschutzverbund geteilt worden. Dadurch seien die Partnerbehörden in die Lage versetzt worden, entsprechende Informationen an die Strafverfolgungsbehörden weiterzuleiten, sodass diese im Rahmen von Beschlagnahmungsaktionen Verfahren gegen die Großabnehmer einleiten konnten. In welchem Umfang CDs „Noten des Hasses“ durch Beschlagnahmungen sichergestellt wurden, kann nicht abschließend bewertet werden. Die Rechtfertigung des brandenburgischen Verfassungsschutzes kann dennoch nicht überzeugen. Der Vertrieb inkriminierter CDs verstößt klar gegen § 6 Abs. 7 des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetz (BbgVerfSchG):

„Beim Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel dürfen keine Straftaten begangen werden. Die abschließende Aufzählung der Straftatbestände, die verwirklicht werden dürfen, erfolgt in einer Dienstvorschrift nach Vorlage in der Parlamentarischen Kontrollkommission.“

Noch nach der Verurteilung Stadlers durch das Landgericht Berlin, wegen des Verstoßes gegen § 86a StGB wegen Vertrieb und Produktion der CDs „Noten des Hasses“ zu zwei Jahren auf Bewährung am 11.11.2002, versuchte das brandenburgische Innenministerium das Vorgehen in einer Pressemitteilung rechtlich zu verteidigen:

„Die Verbreitung verfassungswidriger Propagandamittel ist zwar nach § 86 Absatz 1 Strafgesetzbuch verboten. Doch bestimmt der Absatz 3 dieses Paragraphen, dass man sich nicht strafbar macht, wenn die Verbreitung verfassungswidriger Propagandamittel der Abwehr verfassungswidriger Bestrebungen dient. Der Zweck rechtfertigt in diesem Fall das Mittel. Der Zweck: die Aufklärung und nachfolgende Zerschlagung eines internationalen Ringes von Produzenten und Vertreibern, die menschenverachtende, hetzerische Aufrufe auf Tonträgern in der einschlägigen Szene verbreiteten und noch massiver verbreiten wollten. Das Mittel: eine zeitlich und sachlich begrenzte Mitwirkung an diesem Treiben. Diese Rechtsauffassung hat gute Gründe für sich.“⁸

⁸ <https://verfassungsschutz.brandenburg.de/cms/detail.php/lbm1.c.342148.de>

Auch dieser damaligen Rechtfertigung des brandenburgischen Innenministeriums kann die SPD-Landtagsfraktion nicht folgen. Weiterhin überzeugt die im Jahr 2002 vertretene Auffassung der Zeugen Wegesin und des Referatsleiter Beschaffung nicht, wonach nach § 86 Abs. 3 StGB es dem Verfassungsschutz erlaubt sei, indizierte Schriften zu vertreiben, wenn dies der Abwehr verfassungswidriger Bestrebungen diene. Diese Auffassung sei so auch an der Schule für Verfassungsschutz gelehrt worden.

Vielmehr teilt die SPD-Landtagsfraktion die Rechtsauffassung des damaligen Generalstaatsanwaltes des Landes Brandenburg, Prof. Dr. Rautenberg. Dieser hat nach Bekanntwerden des V-Mann-Skandales um Toni Stadler bundesländerübergreifend Generalstaatsanwälte angeschrieben und deren Rechtsauffassung nach § 86 Abs. 3 StGB erfragt. Darin bezog sich Prof. Dr. Rautenberg auf die Frage, ob der Verfassungsschutz gemäß § 86 Abs. 3 StGB berechtigt sei, volksverhetzendes Propagandamaterial herzustellen bzw. V-Leute damit beauftragen zu dürfen. Im Gegensatz zum Innenministerium und dem Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz vertrat Prof. Dr. Rautenberg die Auffassung, dass die Regelung im § 86 Abs. 3 StGB dem Verfassungsschutz keine rechtliche Grundlage dafür biete, bei der Verfolgung seines gesetzlichen Auftrags bestimmte Straftatbestände verwirklichen zu dürfen. Diese Auffassung wurde auch von allen Generalstaatsanwälten der Bundesrepublik Deutschland geteilt.

Im weiteren Verlauf der V-Mann-Führung Stadlers wurde bekannt, dass die CD „Noten des Hasses“ großen Zuspruch in der rechtsextremen Szene genoss. Nachdem Mirko Hesse aufgrund seiner Verurteilung im „Landser“-Verfahren als Produzent einer zweiten Auflage der CD entfiel, sollte Stadler Lars B. bei der Produktion unterstützen. Dieses Vorhaben teilte Stadler auch seinen V-Mann-Führern mit. Dieser Umstand war somit der Leitung des brandenburgischen Verfassungsschutzes bekannt. Geplant war eine erneute Auflage von 2.000 Exemplaren der CD „Noten des Hasses“. Stadler sollte als Kontaktperson zwischen Lars B. und Thomas P. fungieren. Die Beweisaufnahme im Untersuchungsausschuss hat ergeben, dass es intensive Absprachen zwischen den Verfassungsschutzbehörden des Bundes, Brandenburgs, Sachsens und Berlins hinsichtlich der CD-Produktion gab. Auch inwieweit Stadler als Geldkurier zwischen Lars B. und Thomas P. agieren sollte, wurde im Verfassungsschutzverbund erörtert. Befürchtet wurde seitens der Verfassungsschutzbehörden, dass die Geldübergabe einen Straftatbestand darstellen könnte.

Nach Darstellungen des brandenburgischen Verfassungsschutzes aus dem Jahr 2002 sollte Stadlers V-Mann-Einsatz gewährleisten, den gesamten Herstellungs- und Vertriebsprozess der zweiten Auflage der CD „Noten des Hasses“ durch die Sicherheitsbehörden aufzuklären. Zu einem geeigneten Zeitpunkt sollte die gesamte kriminelle Struktur durch Festnahmen und Beschlagnahmen zerschlagen werden. Aufgrund eines parallel laufenden Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Berlin und exekutiver Maßnahmen gegen Toni Stadler wurde verhindert, dass die geplante zweite Auflage produziert wurde. Die vom damaligen brandenburgischen Innenministerium vorgetragene Empörung, dass die Berliner Staatsanwaltschaft eine zwischen den Verfassungsschutzbehörden koordinierte Operation auffliegen ließ und leichtfertig einen brandenburgischen V-Mann enttarnte, teilt die SPD-Landtagsfraktion nicht. Vielmehr waren den Verfassungsschutzbehörden bereits vor den Ermittlungen der Berliner Staatsanwaltschaft die Herstellungsstrukturen bekannt. Es mag auch nicht überzeugen, dass man durch die Quelle Stadler über die jeweiligen Produktionsschritte unterrichtet war. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass sich Stadler mehrfach nicht an Weisungen seiner V-Mann-Führer hielt und zudem nicht nachrichtenehrlich war, bestand das Risiko, dass weitere Exemplare der CD „Noten des Hasses“ in die rechtsextreme Szene gelangt wären.

Im Zuge des Ermittlungsverfahrens der Staatsanwaltschaft Berlin - wie im Feststellungsteil des Abschlussberichtes ausführlich dargestellt - sind die Absprachen zwischen Stadler und seinem V-Mann-Führer hinsichtlich des Verhaltens der Quelle bei der CD-Produktion bekannt geworden. TKÜ-Protokolle des LKAs Berlin aber auch die Treffvermerke des brandenburgischen Verfassungsschutzes haben gezeigt, dass der brandenburgische Verfassungsschutz Stadler Anweisungen erteilte, ob und in welcher Form Stadler Thomas P. das Geld zur CD-Produktion überreichen sollte. Weiterhin ist belegt, dass sich Stadler observiert fühlte und sein V-Mann-Führer ihm zusagte, dass dieser Erkundigungen bei seinem Chef einholen würde, welche Maßnahmen gegen ihn anstünden.

Die im Feststellungsteil zitierte Urteilsbegründung von zwei Jahren auf Bewährung gegen Toni Stadler ist maßgeblich auf die Rolle des brandenburgischen Verfassungsschutzes bei Produktion der CDs „Noten des Hasses“ zurückzuführen. Die Urteilsbegründung des Landgerichts Berlin ist durchaus nachzuvollziehen und belegt, dass der nachrichtendienstliche Einsatz der Quelle Stadler zu beanstanden ist, da diese eine konsequente Strafverfolgung behinderte.

Aufgrund der in den TKÜ-Protokollen getroffenen Absprachen zwischen Stadler und dessen V-Mann-Führer plante die Staatsanwaltschaft Berlin auch gegen den V-Mann-Führer zu ermitteln. Erst auf Betreiben der brandenburgischen Staatssekretäre im Innen- und Justizministerium wurde das Verfahren abgetrennt und an die Staatsanwaltschaft Cottbus abgegeben.

Warnungen an Toni Stadler durch den Verfassungsschutz Brandenburg:

Im Zuge seiner V-Mann-Tätigkeit wurde mehrfach gegen Toni Stadler ermittelt. Die Erkenntnisse des Untersuchungsausschusses zu den jeweiligen Ermittlungsverfahren sind im Feststellungsteil des Abschlussberichtes dargestellt. Im Rahmen der Beweisaufnahme hat sich für die SPD-Landtagsfraktion der Verdacht bestätigt, dass Toni Stadler vor Exekutivmaßnahmen gewarnt wurde. Insbesondere das Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Cottbus 2001/2002 hat gezeigt, wie der brandenburgische Verfassungsschutz versuchte, seine Quelle vor Exekutivmaßnahmen und damit vor strafrechtlichen Folgen zu schützen.

Über Ermittlungsverfahren, die gegen Stadler liefen, war der Verfassungsschutz rechtzeitig informiert - u.a. über Polizeimeldungen aber auch dank eines Hinweises eines brandenburgischen LKA-Beamten. Der LKA-Beamte teilte dem Verfassungsschutz mit, dass aus einer TKÜ-Maßnahme gegen Stadler ersichtlich sei, dass dieser V-Mann des brandenburgischen Verfassungsschutzes wäre. Infolgedessen unterrichtete Stadlers V-Mann-Führer diesen darüber, dass gegen ihn ermittelt werden würde. Belegt ist zudem, dass der brandenburgische Verfassungsschutz Stadler einen datenreinen Computer zur Verfügung stellte, der bei möglichen Durchsuchungsmaßnahmen den Polizeibeamten als „Durchsuchungsfutter“ ausgehändigt werden könnte.

Aktenkundig ist, dass es während des Ermittlungsverfahrens der Staatsanwaltschaft Cottbus gegen Toni Stadler zu zwei Treffen zwischen Vertretern der Staatsanwaltschaft Cottbus, dem LKA Brandenburg und Verfassungsschutzmitarbeitern - u.a. dem Leiter des Referates Beschaffung - kam. Im Rahmen dieser Treffen wurden u.a. das Ermittlungsverfahren gegen Stadler besprochen und dessen V-Mann-Eigenschaft gegenüber der Staatsanwaltschaft Cottbus offenbart. Auffällig ist, dass eines dieser Gespräche einen Tag vor der geplanten Haus- und Ladendurchsuchung Stadlers stattfand. Aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion ist es erwiesen, dass Stadler nach diesem Treffen bei der

Staatsanwaltschaft Cottbus durch Mitarbeiter des brandenburgischen Verfassungsschutzes gewarnt wurde. So berichtete die mit der Hausdurchsuchung beauftragte LKA-Beamtin vor dem Untersuchungsausschuss, dass die Durchsuchung keinerlei belastendes Material erbracht hätte. Weiterhin hatte sie damals den Eindruck, dass Stadler die Polizeibeamten bereits erwarten würde.

Fraglich war aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion, wie die Warnung Stadlers konkret ablief und ob diese im Einverständnis der Staatsanwaltschaft Cottbus erfolgte. Die vom Untersuchungsausschuss vernommenen Zeugen, die beim Treffen in der Staatsanwaltschaft Cottbus anwesend waren, konnten sich nicht daran erinnern, dass konkret über die bevorstehende Durchsuchung gesprochen wurde. Einzig der Zeuge Wegesin - der nicht an dem Treffen bei der Staatsanwaltschaft Cottbus teilnahm - räumte vor dem Untersuchungsausschuss ein, dass ein Einverständnis der Staatsanwaltschaft Cottbus zur Warnung der Quelle im Fall „Barte“ eingeholt worden sein könnte. Für ein solches Vorgehen lieferte Wegesin in seiner Zeugenvernehmung bei der Staatsanwaltschaft Cottbus im Rahmen des Ermittlungsverfahrens gegen Stadlers V-Mann-Führer im Jahr 2004 seine rechtliche Auffassung:

„Wenn überhaupt, erfolgen gezielte Hinweise über strafprozessuale Einzelmaßnahmen oder über ein eingeleitetes Verfahren überhaupt nur dann, wenn nach Rücksprache mit den zuständigen Strafverfolgungsbehörden, d.h. den Staatsanwaltschaften oder - vorbehaltlich der staatsanwaltschaftlichen Sachleitungsbefugnis - mit den Polizeibehörden darüber Einvernehmen erzielt wird. Das kann im Einzelfall nach Maßgabe der Strafverfolgungsbehörde nur dann der Fall sein, wenn erkennbar unverdächtige nachrichtendienstliche Quellen zur Wahrung des Quellenschutzes aus Ermittlungsverfahren „herausgehalten“ werden sollen. Das bedeutet, dass derartige Warnungen nur nach einer sorgfältigen Einzelfallabwägung, die auf Behördenleitungsebene zu erfolgen hat, gegeben werden können. Die Befugnisse des V-Mann-Führers (VMF) beschränken sich einzig und allein darauf, ihre Quellen zu rechtstreuem Verhalten anzuleiten.“⁹

Abschließend konnte nicht geklärt werden, in welcher Form die Absprachen mit der Staatsanwaltschaft Cottbus erfolgten und inwieweit vereinbart wurde, dass die Quelle „Barte“ vor der geplanten Durchsuchungsmaßnahme gewarnt werden dürfte.

Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Cottbus gegen den V-Mann-Führer:

⁹ B 36 Generalstaatsanwaltschaft Bbg Band III, S. 113

Auf Betreiben der brandenburgischen Staatssekretäre des Innen- und des Justizministeriums wurde das Verfahren der Staatsanwaltschaft Berlin gegen den V-Mann-Führer abgetrennt und ausgerechnet an die Staatsanwaltschaft Cottbus übergeben. Der Hergang und die Tatvorwürfe als auch die Begründung zur Verfahrenseinstellung sind im Feststellungsteil ausführlich erörtert.

Zu kritisieren ist nach Auffassung der SPD-Landtagsfraktion, dass sich das Verfahren wegen Strafvereitelung infolge der Warnungen vor Exekutivmaßnahmen letztlich nur gegen den V-Mann-Führer richtete. Insbesondere der Umstand, dass der V-Mann-Führer ausweislich der Akten nicht an den Besprechungen mit der Staatsanwaltschaft Cottbus im Vorfeld der Durchsuchungsmaßnahmen gegen Stadler teilnahm, legt die Vermutung nahe, dass sich die Weisungslage im brandenburgischen Verfassungsschutz hinsichtlich der Warnungen von Quellen anders darstellte, als von Wegesin und dem damaligen Referatsleiter Beschaffung behauptet wurde. Der damalige Abteilungsleiter Wegesin aber auch der damalige Referatsleiter Beschaffung erklärten zwar vor dem Untersuchungsausschuss, dass Warnungen an Quellen nur in allgemeiner Form hätten erfolgen dürfen. Die Beweisaufnahme und Aktenvermerke zum Fall „Barte“ lassen jedoch einen anderen Schluss zu. Es ist davon auszugehen, dass die damalige Behördenleitung eine konkrete Warnung von Quellen vor Exekutivmaßnahmen anwies. Nach dem Auffliegen der Warnungen an die Quellen „Barte“ und „Backobst“ wurde jedoch nur gegen die jeweiligen V-Mann-Führer strafrechtlich ermittelt. In der Beweisaufnahme zu „Barte“ und „Backobst“ verstärkte sich für die SPD-Landtagsfraktion der Eindruck, dass mit den V-Mann-Führern Schuldige gesucht und gefunden wurden, die man aus Sicht der Behördenleitung verschieben konnte, um vom eigenen Fehlverhalten abzulenken.

Ermittlungen zur „Nationalen Bewegung“ und Quelle „Backobst“:

Der Tatkomplex „Nationale Bewegung“ wurde aufgrund einer in seiner Vernehmung am 18.11.2016 geäußerten Vermutung des sachverständigen Zeugen Generalstaatsanwalt Prof. Dr. Rautenberg untersucht. Dieser äußerte sinngemäß, dass ihm wegen des Gebarens des brandenburgischen Verfassungsschutzes Anfang der 2000er Jahre Zweifel gekommen seien, ob es die terroristische Vereinigung „Nationale Bewegung“ tatsächlich je gegeben hätte.

Bei der Sichtung des betreffenden Aktenmaterials der Generalbundesanwaltschaft, des brandenburgischen Verfassungsschutzes und des Landeskriminalamtes Brandenburg traten bedeutsame Erkenntnisse zu Angehörigen des verbotenen Neonazi-Netzwerks „Blood & Honour“ und dazu korrespondierende Ermittlungen gegen die rechtsradikale Musikszene, darunter die Band „Landser“, zu Tage. Diese „Zufallsfunde“ lieferten wertvolle Erkenntnisse für die Erfüllung des Untersuchungsauftrages, da bereits personelle Zusammenhänge der brandenburgischen rechtsextremen Szene zum mutmaßlichen Unterstützerumfeld des „NSU“ nach Chemnitz hergestellt werden konnten.

Eine vom Generalbundesanwalt Siegmund bereits im Jahre 2003 unterstellte Beteiligung des brandenburgischen Verfassungsschutzes an den Straftaten der „Nationale Bewegung“ hat die Untersuchung trotz umfangreicher Beweisaufnahme indes nicht ergeben. Vielmehr führten Ermittlungsfehler aber auch ein Näheverhältnis von Verfassungsschutz und Polizei zu Strafbarkeitslücken bei Rechtsextremisten aber auch Staatsbediensteten. Letzteres führte schließlich zum Verrat einer großangelegten Durchsuchungsaktion der rechtsextremen Szene in Potsdam durch den V-Mann „Backobst“.

Der Generalbundesanwalt und die Ermittlungen zur „Nationalen Bewegung“:

Die Tatenserie der „Nationalen Bewegung“ und die Ermittlungen sind detailliert im Feststellungsteil des Abschlussberichtes beschrieben. Grundsätzlich ist aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion festzuhalten, dass das mit den Ermittlungen beauftragte LKA Brandenburg umfassend gegen die „Nationale Bewegung“ ermittelte. Jeder Spur und jedem Hinweis zu möglichen Tatbeteiligten sind die brandenburgischen Polizeibeamten nachgegangen. Nach dem Brandanschlag auf die Jüdische Trauerhalle in Potsdam in der Nacht vom 07.01. auf den 08.01.2001 übernahm der Generalbundesanwalt die Ermittlungen gegen die Mitglieder der „Nationalen Bewegung“ wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung gem. § 129 a StGB. Die Täter der „Nationalen Bewegung“ konnten nicht gefunden werden. Die Beweisaufnahme im Untersuchungsausschuss hat nach Auffassung der SPD-Landtagsfraktion ergeben, dass Ermittlungsansätze in Richtung des „Proissenheads“-Umfeldes - allen voran Uwe Menzel - sowie gegen die Brandenburger Führungsriege der „Blood & Honour“-Sektion um Sven Sch., Stefan R. und Dirk H. nicht konsequent ausermittelt wurden. Der Generalbundesanwalt Siegmund führte aus Sicht der SPD-

Landtagsfraktion die Ermittlungen gegen die „Nationale Bewegung“ nicht so stringent wie er es selbst in seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuss darstellte. Trotz Hinweisen des LKA Brandenburg und des brandenburgischen Verfassungsschutzes auf die Band „Proissenheads“ um Uwe Menzel und Christian W. wurden diese nicht in den Beschuldigtenstatus des Verfahrens gegen die „Nationale Bewegung“ erhoben. Weiterhin belegt ein Auswertungsbericht des LKAs Berlin zu einem mitgeschnittenen Telefonat zwischen Uwe Menzel und dem Potsdamer Szeneangehörigen M.S., dass eine tatsächliche Beziehung, zumindest des Uwe Menzels zur „Nationalen Bewegung“ bestünde. Vielmehr schien sich der Generalbundesanwalt Siegmund „taktisch“ auf das parallele Ermittlungsverfahren gegen die Band „Landser“, zu der auch Christian W. gehörte, eingestellt zu haben. Höchst fragwürdig ist aus Sicht der SPD-Landtagfraktion die durch einen LKA-Beamten durchgeführte Befragung Uwe Menzels am 15.02.2001. Das Protokoll dieser Befragung vermittelt den Eindruck, dass Menzel als „Sachverständiger“ unter Vorhalt aller wichtiger Spuren vernommen wurde. So wurde Menzel etwa zu Formulierungen in Bekennterschreiben der „Nationalen Bewegung“ befragt und ihm TKÜs vorgehalten. Fragwürdig ist zudem warum der Generalbundesanwalt Siegmund den Verrat des Termins einer präventiv/repressiv-vermischten Durchsuchung ungesühnt ließ bzw. nicht die Staatsanwaltschaft Potsdam informierte und ggf. anriet ein Ermittlungsverfahren wegen Verrats von Dienstgeheimnissen einzuleiten. Durch Mitarbeiter des brandenburgischen Verfassungsschutzes wurde am 06.02.2001 der V-Mann „Backobst“ vor einer bevorstehenden Durchsuchungsmaßnahme in Kenntnis gesetzt und von diesem V-Mann an Szeneangehörige weitergetragen. Vor dem Untersuchungsausschuss erklärte Siegmund bis zum Jahr 2003 nicht über den Verrat in Kenntnis gesetzt worden zu sein. Da die Durchsuchungsmaßnahme auch mögliche Hinweise auf die „Nationale Bewegung“ liefern sollte und der Durchsuchungstermin nach dem Verrat nach vorne verlegt wurde, ist davon auszugehen, dass Siegmund auch über die Gründe der Verschiebung des Termins unterrichtet wurde. Kritisch ist anzumerken, dass der Verrat des Termins der Durchsuchungsmaßnahme durch einen V-Mann des brandenburgischen Verfassungsschutzes bei den ermittelnden Polizeibeamten Misstrauen erzeugte. Infolge des Verrates wurde ein Behördenzeugnis des V-Mannes „Backobst“ mit Hinweisen zu möglichen Mitgliedern der „Nationalen Bewegung“ vom Generalbundesanwalt Siegmund als falsch verworfen. Dabei wurde der faktische Inhalt des Zeugnisses im Rahmen von

Zeugenvernehmungen bestätigt. Das Veröffentlichen von Bekennerschreiben der „Nationalen Bewegung“ auf der Internetseite des brandenburgischen Verfassungsschutzes sorgte ebenfalls für Misstrauen bei der Generalbundesanwaltschaft und in Teilen des LKAs Brandenburg.

Zu kritisieren ist ebenfalls, dass der Generalbundesanwalt Zufallsfunde bei durchsuchten Rechtsextremisten, die die Fortführung der verbotenen Vereinigung „Blood & Honour“ nahe legten, trotz internationaler Kontakte und nationaler Bedeutung, als „lokale Angelegenheit“ der örtlichen Staatsanwaltschaften wertete.

Der Geheimnisverrat und dessen rechtliche Bewertung:

Die Behandlung der Affäre um den Geheimnisverrat am 06.02.2001 erfolgte, sowohl bei den betreffenden Behörden als auch bei der diese Vorgänge aufklärenden Staatsanwaltschaft Potsdam, wenigstens unprofessionell. Weder wurde der staatliche Strafanspruch bezüglich begangener Straftaten verwirklicht noch eine angemessene dienstrechtliche Bewertung vorgenommen. Erkennbar wurden juristische Auslegungsspielräume dazu genutzt eine Art „*fahrlässige Befehlskette*“ zu konstruieren, statt sich zur Fehlerkultur und staatlicher Verantwortung zu bekennen.

Der Ablauf des Verrates der Durchsuchungsmaßnahme sowie das strafrechtliche und dienstrechtliche Verfahren wurden im Feststellungsteil des Abschlussberichtes ausführlich dargestellt. Wie bereits beim V-Mann „Barte“ zeigte sich im Zuge der Beweisaufnahme im Komplex „Nationale Bewegung“, dass hinsichtlich der Warnung von V-Männern vor Exekutivmaßnahmen der Strafverfolgungsbehörden zumindest unter der Behördenleitung Wegesins eine dahingehende Weisungslage bestand. Auch im Fall des Verrats der Durchsuchungsmaßnahme war der damalige Referatsleiter Beschaffung im brandenburgischen Verfassungsschutz an der Besprechung zur Einsatzplanung anwesend und erfuhr den konkreten Durchsuchungstermin. Diesen hatte er auch an den V-Mann-Führer der Quelle „Backobst“ weitergegeben.

Nachdem der Verrat des Durchsuchungstermins im Jahr 2003 presseöffentlich bekannt wurde, ermittelte die Staatsanwaltschaft Potsdam sowohl gegen den enttarnten V-Mann des brandenburgischen Verfassungsschutzes als auch gegen dessen V-Mann-Führer. Der enttarnte V-Mann wurde schließlich zu 5 Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt, weil er als verpflichteter V-Mann das Dienstgeheimnis „*Durchsuchung am 17.02.2001*“ an den Szeneangehörigen Sven Sch. verraten hatte. Der V-Mann-Führer wurde hinsichtlich des Verrates des

Durchsuchungstermins strafrechtlich nicht belangt, erhielt aber ein Bußgeld als Disziplinarstrafe wegen einer falschen dienstlichen Erklärung. Diese wurde ihm nach Darstellung vor dem Untersuchungsausschuss durch seinen damaligen Referatsleiter Beschaffung vorgegeben.

Dahingegen hatte das Vorgehen des Abteilungsleiters Wegesins und des Referatsleiters Beschaffung keine rechtlichen Konsequenzen. Diese rechtfertigten das Vorgehen dahingehend, dass der V-Mann-Führer angewiesen worden sei, die Quelle „Backobst“ nur codiert zu warnen. Warum der brandenburgische Verfassungsschutz überhaupt die Notwendigkeit sah, die Quelle „Backobst“ vor einer Durchsuchungsmaßnahme zu warnen, von der diese nicht einmal betroffen gewesen wäre, konnte im Untersuchungsausschuss nicht abschließend geklärt werden.

Abseits der Tatsache, dass die Quelle „Backobst“ nicht im Visier der Ermittlungskommission „Nationale Bewegung“ stand, ist die Warnung von nur potentiell Verdächtigen vor Exekutivmaßnahmen auch grundsätzlich versuchte Strafvereitelung, § 258 StGB, insbesondere, wenn mit der Weitergabe eines konkreten Termins „in die Szene“ gerechnet werden musste.

§ 6 Absatz 7 des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Land Brandenburg (Brandenburgisches Verfassungsschutzgesetz - BbgVerfSchG) lautet:

„Beim Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel dürfen keine Straftaten begangen werden. Die abschließende Aufzählung der Straftatbestände, die verwirklicht werden dürfen, erfolgt in einer Dienstvorschrift nach Vorlage in der Parlamentarischen Kontrollkommission.“

Da es im Jahr 2001 im Land Brandenburg keine entsprechenden Dienstvorschriften gab, die etwa den Verrat von Dienstgeheimnissen oder Strafvereitelungshandlungen erlaubt hätten, durfte der brandenburgische Verfassungsschutz keineswegs vor Durchsuchungen warnen, auch nicht zum „Schutz“ ihrer V-Männer.

Bereits die Anwesenheit eines Referatsleiters Beschaffung des Verfassungsschutzes in einer polizeilichen Lagebesprechung über exekutive Maßnahmen verdeutlicht das Problem zum Umgang mit dem Trennungsgebot zwischen Polizei und Verfassungsschutz. Die Polizei ist an der Aufklärung und Verfolgung von Straftaten interessiert. Sie ist im Wege des sogenannten Legalitätsprinzips dazu verpflichtet. Das Interesse des Verfassungsschutzes ist entgegen einer landläufigen Fehlvorstellung von „eng zusammenarbeitenden Sicherheitsbehörden“ davon nicht berührt. Wie der Fall „Backobst“ aufgezeigt hat, ist das Interesse des Verfassungsschutzes mitunter

sogar entgegengesetzt - soweit der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel wie V-Männern zur Informationsgewinnung „geschützt“ werden sollen. Die Deckung von „leichteren“ Straftaten wurde sogar beim Einsatz der Quelle „Backobst“ aber auch beim Einsatz von „Piatto“ und „Barte“ - wie dargestellt – durch den Verfassungsschutz angenommen.

Aufgrund der V-Mann-Skandale „Barte“ und „Backobst“ wurden neue Dienstvorschriften im brandenburgischen Verfassungsschutz für den Bereich Beschaffung erarbeitet, die 2004 in Kraft traten. Dass die rechtliche Konkretisierung des § 6 Abs. 7 BbgVerSchG in Form von Dienstanweisungen bis dahin unterblieben war, liegt unter anderem an einer Entscheidung der Parlamentarischen Kontrollkommission aus dem Jahr 1999. Demnach nahmen Vertreter der Parlamentarischen Kontrollkommission, nach Rücksprache mit Vertretern des brandenburgischen Innenministeriums, von diesem Vorhaben Abstand. Eine Rechtfertigung dieser Entscheidung ist den Verlaufsprotokollen der Parlamentarischen Kontrollkommission nicht zu entnehmen.

Nachdem die Behördenleitung von Wegesin auf Winfriede Schreiber überging, wurden die rechtlichen Rahmen bei der Quellenführung entschieden verbessert. Insbesondere die negativen Erfahrungen mit dem V-Mann Toni Stadler dienten dabei als „Lehrstück“, an denen die gesetzlichen Anforderungen des Verfassungsschutzgesetzes durchdekliniert wurden. Neben der Fortbildung der Mitarbeiter im Bereich der Auswertung war ein Schwerpunkt die Fort- und Weiterbildung von Quellenführern. Insbesondere die Fälle „Barte“ und „Backobst“ hatten gezeigt, dass deren V-Mann-Führer unerfahren waren.

Das Agieren Brandenburger Behörden nach dem 04.11.2011:

Die Beweisaufnahme im Untersuchungsausschuss hat aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion ergeben, dass es keine weitergehenden Hinweise auf Verbindungen des NSU-Trios nach Brandenburg gab. Auch konnten keine Straftaten, die durch das NSU-Trio in Brandenburg verübt wurden, festgestellt werden. Auch umfangreiche Ermittlungsverfahren des LKAs Brandenburg sowie des BKAs, nach der Selbstenttarnung des NSU am 04.11.2011, ergaben keine Hinweise auf Verbindungen ins Land Brandenburg. Die verfolgten Ermittlungsansätze und die an das LKA

Brandenburg gerichteten Ermittlungsüberhänge sind detailliert im Feststellungsteil des Abschlussberichtes beschrieben.

Hinsichtlich der öffentlichen Kritik an Brandenburger Behörden zu deren Agieren im Rahmen der Hauptverhandlung vor dem OLG München gegen Beate Zschäpe u.a. attestiert die SPD-Landtagsfraktion, dass diese sich übervorsichtig und zögerlich verhielten, aber keineswegs die Aufklärung blockierten. Vielmehr haben Brandenburger Behörden bereits im Vorfeld der Hauptverhandlung eine Vernehmung Carsten Szczepanskis durch das BKA selbst angeregt. Der Erlass einer Sperrerklärung zur Vernehmung Szczepanskis vor dem OLG München begründet sich alleine auf Sicherheitsbedenken des Zeugenschutzes des LKAs Brandenburg, die nach Hinweisen durch den Vorsitzenden Richter ausgeräumt werden konnten. Die im Feststellungsteil des Abschlussberichtes dargelegten Bedenken des brandenburgischen Zeugenschutzes sind aus Sicht der SPD-Fraktion durchaus nachvollziehbar. Allein der Umstand, dass Bilder vom ver mummten Szczepanski auf seinen Weg in den Gerichtssaal im Internet kursieren, belegt, dass die Befürchtungen des Zeugenschutzes Brandenburg durchaus berechtigt waren.

Auch die Befragungen der Zeugen im Untersuchungsausschuss haben ergeben, dass die Brandenburger Behörden die Arbeit des Oberlandesgerichts München (OLG) nicht blockierten. Das bestätigen auch die Aussagen des Vorsitzenden Richters, Manfred Götzl, und der Bundesanwalt beim Bundesgerichtshof (GBA), Dr. Herbert Diemer, vor dem brandenburgischen Untersuchungsausschuss. Der Eindruck einer mangelnden Aufklärungsbereitschaft Brandenburger Behörden, der in der Öffentlichkeit entstand, erklärt sich vielmehr durch das als übervorsichtig erscheinende Agieren des Brandenburgischen Zeugenschutzes im Fall der Vernehmung „Piattos“. Dieser Eindruck hätte sich vermeiden lassen, wenn die Brandenburger Behörden sich vorab über die möglichen Sicherheitsvorkehrungen am Oberlandesgericht München informiert hätten.

Auch im Falle der Sperrerklärung zu den mitgeführten Akten des Zeugen R.G. agierten die Behörden zu zögerlich und gaben diese nach Beanstandung durch das Gericht vollständig frei. Das Innenministerium hatte die Befürchtung, dass Aktenbestandteile in ihrer Gesamtheit Rückschlüsse auf allgemeine geheimhaltungsbedürftige Aspekte - etwa in der V-Mann-Führung - zuließen. Darüber hinaus bestand über die Verschlussachen-Einstufung der bereits übersandten Deckblattmeldungen im brandenburgischen Verfassungsschutz Unklarheit. Die Freigabe des gesamten

Aktenbandes erfolgte nach erneuter Prüfung und unter Einbeziehung der Stellungnahmen der Verfahrensbeteiligten.

Insgesamt lässt sich feststellen: Die Brandenburger Behörden agierten übervorsichtig und zögerlich, der Vorwurf der Blockade des Gerichts entbehrt jedoch jeglicher Berechtigung. Der offene Umgang mit der NSU-Aufklärung Brandenburger Behörden zeigte sich zudem in der öffentlichen Sitzung der Parlamentarischen Kontrollkommission, in der ausführlich über den Fall „Piatto“ und möglicher Zusammenhänge zum NSU-Komplex berichtet wurde.

Handlungsempfehlungen:

Die Umsetzung der Handlungsempfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages durch die Landesregierung ist größtenteils vor der Einsetzung des brandenburgischen Untersuchungsausschusses erfolgt. Für den Bereich des Verfassungsschutzes sind Umsetzungen im Rahmen eines gemeinsamen Gesetzesentwurfes der rot-rote Regierungskoalition geplant, die darüber hinaus gehende Anpassungen durch umfangreichere Regelungen zur parlamentarischen Kontrolle, einer behördeninternen Innenrevision und des V-Mann-Einsatzes vorsehen. Insbesondere die Einsätze von V-Männern dürfen in Zukunft nicht mehr auf Grundlage untergesetzlicher, behördeninterner und geheimer Regelungen erfolgen. Deshalb ist es aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion gut, dass mit der Novelle zum Verfassungsschutzgesetz transparente gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, unter denen in Zukunft Einsätze von Quellen erfolgen dürfen, ohne wirklich notwendige Geheimhaltungsbedürfnisse zu verletzen.

Verfassungsschutz:

Ein Verfassungsschutz kann nur dann erfolgreich arbeiten, wenn er das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger besitzt. Im Zuge der NSU-Aufklärung ist dieses Vertrauen in Teilen erschüttert worden. Mit der geplanten Novelle des Verfassungsschutzgesetzes soll das verloren gegangene Vertrauen in die Verfassungsschutzbehörde wieder zurückgewonnen werden. Zu den wichtigsten Änderungen zählen:

- Die Regelungen zum Quellenschutz werden neu gefasst, um zu verdeutlichen, dass dieser nicht absolut gelten kann.

- Es werden einheitliche Standards und Vorgaben geschaffen hinsichtlich der Auswahl (u.a. Vorstrafen), des Anwerbens und Führens sogenannter V-Leute sowie der Beendigung der Zusammenarbeit.
- Die Verfassungsschutzbehörde muss anzuwerbende bzw. bereits verpflichtete menschliche Quellen bei einem beabsichtigten Szeneausstieg bestärken.
- Die finanziellen Leistungen dürfen nicht in die aufzuklärende Szene fließen und die menschlichen Quellen sollten nicht von den Zahlungen der Verfassungsschutzbehörde für die Bestreitung ihres Lebensunterhaltes abhängig sein.
- Es wird eine Stabsstelle Innenrevision eingerichtet, die mittels Regel-, System-, Nachschau- und erforderlichenfalls Sonderprüfungen ein internes Kontrollsystem zur Gewährleistung von Recht- und Ordnungsmäßigkeit - insbesondere beim Führen menschlicher Quellen - sicherstellen soll.
- Die Befugnisse der Parlamentarischen Kontrollkommission werden umfassend erweitert.

Die Effektivität des Verfassungsschutzes als Frühwarnsystem hängt davon ab, ob Radikalisierungstendenzen in der Gesellschaft rechtzeitig erkannt werden. Nachhaltige Verbesserungen bei der Personalauswahl und Personalführung sowie Aus- und Fortbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind ein wichtiger Schlüssel und werden als Konsequenz der V-Mann-Skandale im brandenburgischen Verfassungsschutz seit Anfang der 2000er Jahre durchgeführt. Dieses gilt es zu verstetigen.

Um die Analysefähigkeit des Verfassungsschutzes gerade im Bereich des Rechtsextremismus zu verbessern, müssen wissenschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Sachverstand verstärkt einbezogen und ein Austausch im ständigen Dialog mit Akteuren der Zivilgesellschaft und Wissenschaft forciert werden. Durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit aber auch durch die Aufklärung vor Ort - also in betroffenen Gemeinden und Städten - kann der Verfassungsschutz sein Fachwissen über die extremistischen Bestrebungen und deren gesellschaftliche Bekämpfung erkennbar und nutzbar machen.

In der Beweisaufnahme ist deutlich geworden, dass u.a. in der V-Mann-Führung - hauptsächlich unter dem Behördenleiter Wegesin - rechtliche Grenzen überschritten wurden. Leidtragende waren die V-Mann-Führer, die sich Strafverfahren ausgesetzt sahen. Zwar sind Beamte verpflichtet, ihre dienstlichen Handlungen auf ihre

Rechtmäßigkeit zu prüfen und etwaige Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit einer Weisung gegenüber seinem unmittelbaren Vorgesetzten zu remonstrieren. In der Praxis wirkt die behördeninterne Hierarchie allerdings eher hemmend. Daher ist es aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion wichtig, dass Mitarbeiter des Verfassungsschutzes bei möglichen Verstößen oder Fehlentwicklungen in der Verfassungsschutzbehörde der Parlamentarischen Kontrollkommission ihre Bedenken in anonymisierter Form mitteilen können.

Verfahrens- und Entscheidungsabläufe innerhalb des brandenburgischen Verfassungsschutzes, insbesondere hinsichtlich der Weitergabe oder Zurückhaltung von Informationen gegenüber den Strafverfolgungsbehörden, müssen nachprüfbar dokumentiert werden. Dabei ist die Informationsweitergabe von Verfassungsschutz an die Polizei zur Verhinderung oder Aufklärung von Straftaten unter der Berücksichtigung des Trennungsgebotes weiter zu verbessern. Alle auf Tatsachen beruhenden Informationen über geplante oder begangene Straftaten - insbesondere Gewaltdelikte, Waffenhandel und -besitz und auf Bildung von kriminellen/terroristischen Vereinigungen - muss der Verfassungsschutz umgehend und nachvollziehbar dokumentiert an die Strafverfolgungsbehörden weitergeben. Eine sachgerechte Prüfung der Einstufung von Informationen als VS-NfD, VS-Vertraulich bzw. VS-Geheim muss der Informationsweitergabe vorangehen. Insbesondere öffentlich zugängliche Informationen bedürfen keiner Einstufung.

Es ist zu gewährleisten, dass der brandenburgische Verfassungsschutz historische bedeutsame Akten dem Brandenburgischen Landeshauptarchiv vollständig anbietet. Das Brandenburgische Landeshauptarchiv hat die entsprechenden Voraussetzungen und Kapazitäten auch zur Archivierung eingestufte Akten bereitzustellen.

Im Bund wurden die Befugnisse der Sicherheitsbehörden wie BfV und BKA infolge der NSU-Aufklärung - etwa durch die Einrichtung des Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ) - erheblich erweitert. Die SPD-Landtagsfraktion befürwortet eine Evaluation über die Zusammenarbeit durch brandenburgische Behörden, um diese Reform anhand eigener Daten nachvollziehen und bewerten zu können.

Polizei:

Das gesamte Spektrum Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus wandelt sich ständig. Die wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Erkenntnisse zur

dynamischen Entwicklung der rechtsextremen Szene sollten in die Ausbildung und Fortbildung von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten einfließen. Die Fachhochschule der Polizei in Brandenburg hat bereits jetzt u.a. die Themen „Fehlerkultur“, „Interkulturelle Kompetenz“ sowie „Erkennen der Gefährlichkeit von Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus“ in ihren Lehrplan verankert sowie eine Fortbildungsreihe für polizeiliche Spitzenämter zum Thema „Die Opfer des Rechtsextremismus – Konsequenzen für die Polizei Brandenburg nach dem Aufdecken des NSU“ initiiert. Diese sollten aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion verstetigt und fortgeführt werden.

Rechtsextremistische Einstellungen und Umtriebe von Beschäftigten sind auch innerhalb von Behörden nicht auszuschließen. Besonders gravierend ist es, wenn – wie bei den Vorkommnissen im Bundesland Hessen zum sogenannten „NSU 2.0“ oder im Bundesland Baden-Württemberg – Sicherheitsbehörden bzw. Eingriffsverwaltungen davon betroffen sind. Beamtenbezogene Verpflichtungen von Vorgesetzten und Mitarbeitern sind bedeutsam, können mit Blick auf höchstpersönliche und individuelle Abwägungsprozesse mitunter nur bedingt wirksam sein. Die Folge wäre eine Nicht- oder verspätetes Feststellen von vermeintlichen und tatsächlichen Fehlverhalten mit Extremismusbezug. Gerade bei Verhaltensweisen im empfundenen sogenannten Graubereich von anderen Personen könnte das Abwägen „dienstinterne / öffentliche Anzeige“ vs. „Falschverdachtsvermeidung / Denunziationsgefühl“ eine nicht wünschenswerte, aber real vorhandene Hürde zum Bekanntwerden von Verdachtsfällen darstellen. Eine ebenso pragmatische wie taugliche Gegenmaßnahme ist die Beauftragung eines externen Rechtsanwaltes zur juristischen Vorprüfung und damit der Einrichtung einer „Rechtsanwaltlichen Ansprech- und Beratungsstelle Extremismus“. Die Prüfung und Beratung seitens des beauftragten Rechtsanwaltes könnte zunächst unter Zusicherung der Identitätswahrung gegenüber der Dienststelle erfolgen. Vorbehaltlich einer abschließenden rechtlichen Würdigung, käme gegebenenfalls eine anonyme Anzeige durch den Anwalt in Betracht. Die Ansprech- und Beratungsstelle sollte in anonymisierter Weise jahresbezogen Bericht erstatten. Das vordringliche Ziel - tatsächlichen Extremismusbezug in (Polizei-)Behörden frühzeitig feststellen zu können - kann dadurch erheblich gefördert werden.

Parlamentarische Kontrolle und Untersuchungsausschüsse:

Die SPD-Landtagsfraktion begrüßt den durch die Novelle des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetz geplanten Ausbau der parlamentarischen Kontrolle.

Das Betrachten und Bewerten extremistischer Bestrebungen ist sehr komplex. Dies gilt erkenntnis- wie professionsbezogen. Das Parlament benötigt hierzu ein möglichst umfassendes Lagebild. Parlamentarische Kontrolle kann nur wirksam sein, wenn phänomenbezogen eine belastbare Gesamterkenntnislage vorliegt. In der Arbeitspraxis der Parlamentarischen Kontrollkommission hat sich die Einbeziehung relevanter Informationen der Polizei und der Justiz bewährt. Unter Sachleitungsbefugnis der Staatsanwaltschaften führt der polizeiliche Staatsschutz beispielsweise die Ermittlungen in Fällen politisch motivierter Gewaltkriminalität. Regelmäßig besitzen diese Straftaten einen extremistischen Hintergrund. Zudem besteht ein Informationsinteresse der Parlamentarischen Kontrollkommission zu maßgeblichen Entwicklungen im Bereich der polizeilich eingestuften „Gefährder“ und „Relevanten Personen“. Dieser Informationsanspruch der Parlamentarischen Kontrollkommission ist mit dem traditionellen Verständnis als parlamentarischen Kontrollinstanz des Verfassungsschutzes nicht deckungsgleich. Eine formale Erweiterung des Anspruches der Parlamentarischen Kontrollkommission wäre fachlich begründet und müsste rechtlich verankert werden. Der Innenausschuss ist nicht in gleicher Weise in der Lage, Erkenntnisse in den Gesamtzusammenhang „Extremismus“ einzuordnen, da ihm die weiteren Informationszugänge nicht zur Verfügung stehen. Zudem tagt der Innenausschuss regelmäßig in öffentlicher Sitzung sodass Geheimhaltungsanforderungen hinsichtlich Teilnehmerkreis, Sicherheitsüberprüfungen oder Sitzungsraum dem Informationsgehalt nicht entsprechen.

Die SPD-Landtagsfraktion spricht sich für eine umfassendere Protokollierung der Sitzungen der Parlamentarischen Kontrollkommission aus. Diese sollte umfangreicher sein als ein bloßes Verlaufsprotokoll. Die Beweisaufnahme hat ergeben, dass die Rolle und ggf. Bedenken der Parlamentarischen Kontrollkommission anhand der vorliegenden Verlaufsprotokolle gar nicht bzw. nicht vollständig nachvollzogen werden konnten.

Die SPD-Fraktion spricht sich für eine Überarbeitung des Untersuchungsausschussgesetzes aus. Darin sollte Zeuginnen und Zeugen vor Untersuchungsausschüssen die zeitnahe Übersendung ihrer Vernehmung zugesagt

und die Möglichkeit zur Stellungnahme innerhalb von zwei Wochen nach Zusendung der Protokolle eingeräumt werden.

Für zukünftige Untersuchungsausschüsse empfiehlt die SPD-Landtagsfraktion eine bessere Personalausstattung des Ausschussbüros.

Problematisch war aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion das Aussageverhalten einiger Mitarbeiter von Bundesbehörden - insbesondere das von BfV-Mitarbeitern. Diese haben immer wieder auf ihre begrenzte Aussagegenehmigung verwiesen und somit einige Fragen nicht beantwortet. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Zentralisierung im Bereich der Sicherheitsbehörden und der damit verbundenen Ausweitung von Befugnissen - vor allem beim Bundesamt für Verfassungsschutz aber auch beim Bundeskriminalamt, ist fraglich, inwieweit es künftig Untersuchungsausschüssen in Landtagen ermöglicht werden kann, deren Agieren zu untersuchen. Bereits jetzt verweisen Bundesbehörden darauf, dass ihr Handeln allein durch den Deutschen Bundestag überprüft werden dürfe.

Zivilgesellschaft:

Verheerende Entwicklungen, wie die Bildung rechtsterroristischer Vereinigungen, entstehen *„nicht über Nacht“* und auch *„nicht im luftleeren Raum“*. Es gilt, die gesamtgesellschaftliche Sensorik zu fördern. Wichtiger Impulsgeber sind die Zivilgesellschaft und deren Akteure, die Wissenschaft und die Sicherheitsbehörden. Ihnen kommt eine besondere Rolle zu. Sie besitzen klar voneinander zu trennende Ausrichtungen, Aufgaben und Verantwortungsbereiche. Unter diesen Voraussetzungen muss ein enger fachlicher Austausch ermöglicht werden. Es geht um das frühmögliche Feststellen von Entwicklungstendenzen, um ein gemeinsames Problemverständnis und das Finden adäquater Umgangsstrategien. Bestehende und bewährte Strukturen innerhalb des Landes, wie die gesamtgesellschaftliche Vernetzung im Landespräventionsrat, sollten auch in Zukunft genutzt und gestärkt werden.

Die Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg/Bündnis für Brandenburg hat im Laufe der Legislaturperiode neben dem Rechtsextremismus auch die Phänomenbereiche Antisemitismus und Islamismus in den Aufgabenbereich übernommen. Die neu geschaffenen Fachstelle „Islam im Land Brandenburg“ als auch die Fachstelle Antisemitismus sind seit 2019 Mitglied des Beratungsnetzwerkes der Koordinierungsstelle. Sie hat damit auf neue gesellschaftliche Entwicklungen reagiert

und ihre Rolle als Schnittstelle zwischen der zivilgesellschaftlichen und der staatlichen Bearbeitung von Phänomenbereichen weiterentwickelt. Die SPD-Fraktion begrüßt das ausdrücklich.

Die Unterstützung und Stärkung zivilgesellschaftlichen Engagements hat durch die aktuelle gesellschaftliche Entwicklung weiter an Bedeutung gewonnen. Deshalb spricht sich die SPD-Landtagsfraktion dafür aus, dass die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel für das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ und das „Bündnis für Brandenburg“ zu verstetigen und an die neuen Herausforderungen anzupassen sind.

Der Prozess der gemeinsamen Bearbeitung von gesellschaftlichen Konfliktlagen durch zivilgesellschaftliche Akteure und staatliche Institutionen ist aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion weiter voranzutreiben. Hierzu gehört neben dem Beratungsnetzwerk des Toleranten Brandenburg auch das Kooperationspartnernetzwerk. Die Bündelung von „Tolerantem Brandenburg“ und „Bündnis für Brandenburg“ in einer Koordinierungsstelle in der Staatskanzlei hat sich als sinnvoll erwiesen und soll beibehalten werden.

Der beste Schutz des demokratischen Gemeinwesens ist die Förderung des Demokratieverständnisses in sämtlichen Altersstrukturen. Daher sind aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion die Entstehung lokaler Netzwerkstrukturen zur Demokratiestärkung zu fördern und anzuregen.

Das Erstarken rechtspopulistischer Strömungen innerhalb der Gesellschaft führt deutlich vor Augen, dass Demokratie und ein demokratisch verfasster Rechtsstaat zu keinem Zeitpunkt als Selbstverständlichkeit hingenommen werden dürfen. Diese Errungenschaften müssen vielmehr im Alltag immer wieder auf das Neue verteidigt werden. Der beste Schutz des demokratischen Gemeinwesens ist daher Demokratiebildung, die bestenfalls bereits im Kindesalter beginnt und sich durch alle Altersstrukturen hindurchzieht. Hierbei kommt insbesondere (Sport)Vereinen und Verbänden aufgrund ihres Aufbaus und der Organisation sowie ihrer Präsenz in allen Teilen des Landes eine wichtige Rolle zu.

Vor diesem Hintergrund spricht sich die SPD-Landtagsfraktion dafür aus, die vielfältigen innerschulischen und außerschulischen Strukturen und Angebote zur Beteiligung und Mitwirkung an demokratischen Diskussions- und Entscheidungsprozessen weiterhin eng zu begleiten und wo nötig zu stärken bzw. dort, wo keine Strukturen und Angebote vorzufinden sind, auf deren Bildung hinzuwirken.

Demokratisches Handeln und das Verständnis für Demokratie müssen gelernt werden. Um das Leben in einer komplexen, heterogenen Gesellschaft mitzugestalten, müssen Schülerinnen und Schüler Fähigkeiten entwickeln, damit sie gesellschaftliche Probleme verstehen und beurteilen können. Die SPD-Landtagsfraktion begrüßt in diesem Zusammenhang ausdrücklich die umfassende Unterrichtung im Fach Politische Bildung in den Jahrgangsstufen 7-10.

Demokratiebildung und politische Bildung gehen Hand in Hand. Aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion ist die erfolgreiche, unabhängige und überparteiliche Arbeit der Brandenburgischen Landeszentrale für Politische Bildung dauerhaft und mindestens im Umfang der derzeitigen Personal- und Sachmittelausstattung fortzuführen.

Votum der CDU-Fraktion

1) Einleitung

Mit der „Selbstenttarnung“ des NSU am 04.11.2011 wurde offenbar, dass die Gefährlichkeit der rechtsextremistischen Szene bundesweit jahrelang unterschätzt wurde. Zehn Morde, drei Sprengstoffanschläge und zahlreiche Raubüberfälle konnten mitten in Deutschland durch ein radikalisiertes, von Fremdenhass und rechtsextremistischer Ideologie verblendetes Trio¹ begangen werden. Sowohl auf Bundesebene, als auch in verschiedenen Länderparlamenten wurden parlamentarische Untersuchungsausschüsse eingerichtet, die klären sollten, wie dieses Trio über ein Jahrzehnt unentdeckt mitten in Deutschland leben und ihre furchtbaren Taten begehen konnte.

Auch in Brandenburg stellte sich die Frage, ob die hiesigen Behörden die Gefahren aus der rechtsextremistischen Szene richtig eingeschätzt haben und beim Auffinden des Trios hätten behilflich sein können. Insbesondere sollte auch untersucht werden, ob der NSU mittelbare oder unmittelbare Unterstützer aus Brandenburg hatte. Hinzu kam die Frage, ob (jedenfalls) die Aufklärungsbemühungen der Brandenburger Behörden im Rahmen der anderen Untersuchungsausschüsse und des Gerichtsprozesses gegen Zschäpe u.a. vor dem Oberlandesgericht München hinreichend unterstützt wurden.

Der Untersuchungsauftrag beschränkte sich aber nicht nur auf die oben genannten Fragestellungen, sondern forderte auf, auch die Rechtmäßigkeit des Einsatzes von V-Personen insgesamt zu untersuchen, sowie die Zusammenarbeit von Verfassungsschutz und Strafverfolgungsbehörden und die rechtsextremistische Szene der 90er Jahre in Brandenburg zu beleuchten. Der Auftrag war somit äußerst umfangreich. Vieles, aber nicht alles, konnten wir in den vergangenen drei Jahren untersuchen.

Während der Beweisaufnahme hat sich bereits herauskristallisiert, dass die Schwerpunktsetzung und in Teilen auch die Beweiswürdigung zwischen den

¹ Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe, die heute als NSU bekannt sind

Fraktionen stark voneinander abweichen. Insofern soll dieses Votum die Beweiswürdigung und Schlussfolgerungen der CDU-Fraktion darstellen.

Fehler im Umgang mit den Trio-Informationen

Zentraler Untersuchungsgegenstand war die Nicht-Weiterleitung der Erkenntnisse des Brandenburger Verfassungsschutzes zum Trio im Sommer 1998, die auf den fünf Deckblattmeldungen der Quelle Piatto² fußen. Auch unsere Beweisaufnahme hat bestätigt, dass die Informationen Piatto's zum Trio an die Polizei hätten weitergegeben werden müssen. Besonders tragisch war die neue Erkenntnis, dass grundsätzlich sowohl die Informationen zur potentiellen Gefährlichkeit des Trios – nämlich die Deckblattmeldungen Piatto's zum Trio – als auch die richtige Analyse im Verfassungsschutz vorhanden waren – aber im Ergebnis trotzdem keine Weiterleitung an die Polizei stattfand. Ein Auswerter hatte die Gefährlichkeit des Trios als mögliche terroristische Gruppierung und deren Bereitschaft zum Waffeneinsatz erkannt und eine Weiterleitung der Deckblattmeldung an die Polizei empfohlen. Leider wurde dieser Einschätzung an entscheidender Stelle nicht gefolgt beziehungsweise die Analyse nicht an den Abteilungsleiter oder das Beschaffungsreferat weitergeleitet. Die Gründe hierfür blieben unverständlich (vgl. Kapitel 3.a.). Doch dies war nicht das einzige Versäumnis des Verfassungsschutzes im Hinblick auf das Trio: er hat die Suche nur unzulänglich unterstützt, indem er die Fotos des Trios seinen Quellen erst mit wesentlicher Verspätung vorlegte – trotz des Informationsaufkommens zu ebendiesen Personen im Spätsommer 1998 (Kapitel 2.c.). Weitere Hinweise auf ein Unterstützernetzwerk oder einzelne Unterstützer des Trios in Brandenburg ließen sich hingegen nicht ermitteln (vgl. Kapitel 2 und 3).

Piatto – die wichtigste Quelle Brandenburgs

Die Beweisaufnahme hat bestätigt, dass die Quelle Piatto die wichtigste Quelle des Verfassungsschutzes Brandenburg in den 1990er Jahren war. Trotz ihrer Inhaftierung hat sie äußerst umfangreich und – soweit ersichtlich – nachrichtenehrlich berichtet. Um eine sogenannte Abschöpfung zu erleichtern, hat der Verfassungsschutz teilweise die Haftbedingungen seiner Quelle beeinflusst, namentlich indem er auf die Aufhebung der Postkontrolle hingewirkt hat. Auch die Beeinflussung der Stellungnahme der

² Fallname der V-Person Carsten Szczepanski.

Justizvollzugsanstalt zur vorzeitigen Haftentlassung Piattos erscheint als überwiegend wahrscheinlich (vgl. Kapitel 4. c. iv.). Allerdings haben sich nicht alle Thesen bestätigt: das Praktikum beziehungsweise der Arbeitsvertrag im „Sonnentanz“-Laden in Limbach-Oberfrohna stellt sich nach der Beweisaufnahme als vornehmliches Scheinpraktikum dar, dass nur zum Zwecke der vorzeitigen Haftentlassung eingegangen wurde. Eine bewusste „Steuerung“ Piattos in den Raum Chemnitz durch den Verfassungsschutz Brandenburg fand nicht statt (vgl. Kapitel 2. a.).

Die Risiken des V-Personen-Wesens

Die Führung der V-Personen war bis in die früheren 2000er Jahre in Teilen sehr kritikwürdig. Zentrales Einfallstor für Fehler beim Verfassungsschutz ist eine regelmäßig vorzunehmende Abwägung zwischen Interessen des Verfassungsschutzes und weiteren öffentlichen, häufig ebenso legitimen Interessen. Der Verfassungsschutz hat, jedenfalls in den drei untersuchten Fällen von Piatto, Backobst³ und Barte⁴ oftmals zu sehr seine eigenen Informationsinteressen in den Vordergrund gestellt und insbesondere das Interesse an einer effektiven Strafverfolgung nicht hinreichend berücksichtigt (vgl. Kapitel 4. b.).

Als weitere, dem V-Personen-Wesen inhärente Gefahr ist die potentielle Radikalisierung der Szene durch den Einsatz dieses nachrichtendienstlichen Mittels zu nennen: will eine V-Person besonders „gute“ Informationen erlangen, dringt sie unter Umständen tiefer in die Szene ein und radikalisiert sie, um diese Informationen weiterzugeben. Umgekehrt ist es ebenso möglich, dass die V-Person die relative Sicherheit, die sie durch die Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz gewinnt, nutzt, um die Szene aus Eigeninteresse weiter aufzubauen und der Behörde nicht alle Erkenntnisse mitteilt. Aus diesen Gründen sollte dieses, zweifelsohne in bestimmten Bereichen weiterhin notwendige Mittel, nur als letztes mögliches Mittel zur Erkenntnisgewinnung herangezogen werden (vgl. Kapitel 4. a. und b.).

Aber auch bei der Anwerbung und Führung der V-Personen haben wir Mängel festgestellt. Teilweise müssen Zuständigkeiten klarer gefasst werden, damit bestimmte

³ Fallname der Quelle Christian K.

⁴ Fallname der Quelle Toni Stadler.

Arbeitsschritte, wie die Prüfung der Zuverlässigkeit der Quelle, nicht untergehen (vgl. Kapitel 4. a. i.).

Deutlich geworden sind außerdem Organisationsmängel im Bereich des Verfassungsschutzes und der Polizei. Erhebliche Defizite haben wir bei der Dokumentation festgestellt, insbesondere von Erwägungen innerhalb von Abwägungsentscheidungen. Aber auch Absprachen mit anderen Verfassungsschutzbehörden, Referaten untereinander oder mit V-Personen waren teilweise nicht hinreichend dokumentiert. Eine gute Dokumentation ist jedoch die Grundlage, um Entscheidungen nachvollziehen zu können und eine interne oder externe Kontrolle zu ermöglichen (vgl. Kapitel 4. c. v.).

Umsetzung der Lehren aus dem Untersuchungsausschuss!

Nach drei Jahren hat der Ausschuss seine Arbeit abgeschlossen. Mit Vorlage dieses Abschlussberichts erwarten wir, dass die festgestellten Mängel auf ihre heutige Aktualität hin überprüft und beseitigt werden. Eine Chance hierzu könnte der dem Landtag vorliegende Entwurf zur Novelle des Brandenburger Verfassungsschutzgesetzes (Drs. 6/10948) sein. Ob und inwieweit die Erkenntnisse dieses Ausschusses tatsächlich berücksichtigt werden, ist jedoch noch offen.

Dieser Gesetzesentwurf wurde kurz vor Ende der Legislaturperiode vorgelegt. Unseres Erachtens ist es gerade im Hinblick auf die zu stärkende parlamentarische Kontrolle und die Beschränkung des Einsatzes von V-Personen nicht hinreichend. Die richtigerweise umgesetzten Handlungsempfehlungen anderer Untersuchungsausschüsse im Hinblick auf die Informationsweitergabe an die Polizei und einige Verbesserungen im Hinblick auf die V-Personenführung begrüßen wir hingegen ausdrücklich. Allerdings sollte die Führung der V-Person, insbesondere die regelmäßige Überprüfung ihrer Zuverlässigkeit und Nachrichtenehrlichkeit, gesetzlich stärker verankert werden. Einen entsprechenden Änderungsantrag hat die CDU-Fraktion eingebracht.

2) Brandenburg und der NSU

Der Ausschuss hat intensiv die Verbindungen zwischen den rechtsextremen Szenen von Brandenburg und Sachsen beleuchtet. Dabei bestätigte sich die Erkenntnis der Untersuchungsausschüsse anderer Länder und des Bundes, dass die rechtsextreme Szene in Deutschland sehr gut vernetzt war beziehungsweise ist. Kernfrage war, ob es bis auf die bekannten fünf Deckblattmeldungen Piattos zum Trio, weitere Erkenntnisse zum Trio in Brandenburg gab oder das Trio durch Brandenburger unterstützt wurde. Allein aufgrund der geographischen Nähe war es plausibel, dass es auch weitere Kontakte zwischen Rechtsextremisten aus Sachsen, Thüringen und Brandenburg gab.

Hinweise zu derartigen direkten Kontakten zu Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt oder Beate Zschäpe liegen nicht vor. Allerdings hatten Brandenburger Rechtsextreme zahlreiche Kontakte zu NSU-Unterstützern, wie beispielsweise Jan Werner. Zu ihm hatte nicht nur Szczepanski, sondern auch Stadler und Uwe Menzel, sowie viele weitere Szeneangehörige Kontakt.

a) keine unmittelbaren persönlichen Verbindungen der Brandenburger Szene zum NSU

Gerade zwischen der Kameradschaft United Skins aus Königs-Wusterhausen und der Chemnitzer Szene gab es in den 1990er Jahren einen regen Austausch, zahlreiche Freundschaften und gemeinsame Fußballturniere. Auch Konzerte spielten eine herausragende Rolle bei der Vernetzung der Szenen unterschiedlicher Länder.

Stadlers Kontakte nach Sachsen beschränkten sich vornehmlich auf Geschäftsbeziehungen, insbesondere zu Mirko Hesse, einem V-Mann des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV). Für Stadler scheinen seine gewerblichen Aktivitäten im CD-Vertrieb und –produktion im Vordergrund gestanden zu haben.

Szczepanskis Kontakte in die Region Chemnitz entstanden während seiner Haftzeit in den frühen 1990er Jahren, als das Ehepaar Antje und Michael P.

ihn im Rahmen der Gefangenenbetreuung besuchte. Jan Werner und Thomas Starke lernte er durch seinen CD-Handel kennen. Insofern sind seine Verbindungen zu den späteren NSU-Unterstützern zufällig und „szeneüblich“ im Rahmen von Gefangenenbetreuung beziehungsweise Geschäftsbeziehungen entstanden. Auffällig ist jedoch, dass ausgerechnet im Jahr 1998 Piatto's Kontakte nach Chemnitz enger gewesen zu sein scheinen als in den Jahren davor oder danach. So verbrachte er seine Hafturlaube Anfang Juli und Mitte August 1998 in Chemnitz. In seiner Zeugenaussage beschrieb Szczepanski seine Aufenthalte dort zwar so, dass er sich in einer „Blase“ bewegt und fast ausschließlich mit Werner, Starke, dem Ehepaar Antje und Michael P. und einem Paar aus Limbach seine Zeit verbracht habe. Aus seinen schriftlichen, für den Verfassungsschutz verfassten Urlaubsberichten ergibt sich aber, dass er durch die Teilnahme an den Sektionstreffen von Blood & Honour zahlreiche weitere Unterstützer des Trios kennengelernt hat. Gerade für Nicht-Mitglieder war die Teilnahme an derartigen Treffen aufgrund des elitären Selbstverständnisses von Blood & Honour eigentlich eine Unmöglichkeit. Szczepanski genoss also offensichtlich ein sehr hohes Ansehen und großes Vertrauen in der Szene war.

Keine „Steuerung“ nach Chemnitz

Der Ausschuss ist der Frage nachgegangen, ob Piatto gezielt vom Verfassungsschutz nach Chemnitz geschickt wurde, um Informationen zu dem am 26.01.1998 untergetauchten Trio zu erlangen. Trotz einiger Indizien, die in diese Richtung weisen könnten, erscheint ein derartiger Auftrag nach Abschluss der Beweisaufnahme als unwahrscheinlich:

- Der erste Besuch in Chemnitz wurde am 30.01.1998 angekündigt. Zu diesem Zeitpunkt hatte der Verfassungsschutz Brandenburg noch keine Kenntnis von den Untergetauchten. Das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Thüringen informierte den Verfassungsschutzverbund erst am 03.02.1998 hiervon.
- Piatto hatte bereits vorher zu den unmittelbaren Unterstützern des Trios, Jan Werner und Antje P., Kontakt und wurde nicht speziell auf sie

„angesetzt“. Aufträge, die er zu dieser Zeit vom Verfassungsschutz erhielt, bezogen sich auf die Informationsbeschaffung zur Landser-CD, die im Oktober 1998 aufgrund von Piattos Hinweisen gestoppt werden konnte, sowie die sich abzeichnende Spaltung von Blood & Honour.

- Dass Szczepanski Chemnitz vor 1998 kaum beziehungsweise nicht besucht hat, erklärt sich mit seinen Haftbedingungen. Erst ab Juni 1997 erhielt Szczepanski Ausgänge, wobei diese zu Beginn zeitlich nicht so gefasst waren, dass Fahrten nach Chemnitz möglich gewesen wären. Die Intensivierung der Kontakte ist zu einem großen Teil auf die neu eröffneten Bewegungsfreiheiten zurückzuführen.
- Das Praktikum beziehungsweise der Arbeitsvertrag im „Sonnentanz“-Laden der Familie Antje und Michael P. in Limbach-Oberfrohna stellt sich am Ende der Beweisaufnahme als Scheinbeschäftigung dar, die Michael P. Szczepanski angeboten hatte, um ihm eine günstige Sozialprognose zur Haftentlassung zu verschaffen. Nach eigenen Aussagen war Szczepanski nur wenige Male in Limbach-Oberfrohna. Die Strecke habe er in der Regel mit Freunden oder Bekannten zurückgelegt; teilweise habe ihm sein Freund Henning K. sein Auto geliehen (vgl. hierzu 3. c. iv.).

b) Piattos Deckblattmeldungen als einziger Hinweis auf den NSU - Umstände der Informationserlangung

Im Anschluss an die Beweisaufnahme lässt sich feststellen, dass die fünf Deckblattmeldungen Piattos von August bis Oktober 1998 die einzigen bekannten Hinweise auf das Trio im Land Brandenburg bleiben. Dass weitere Personen Kenntnis von dem untergetauchten Trio oder Jan Werners Suche nach Waffen gehabt hatten, ist nicht erkennbar. Der Ausschuss hat untersucht, unter welchen Umständen Piatto die Informationen der Deckblattmeldungen, insbesondere der vom 09.09.1998⁵, erhalten hat und ob er in die Waffensuche eingebunden war. Nachdem ein Treffvermerk vom 07.09.1998 aufgetaucht war,

⁵ Diese Deckblattmeldung enthält unter „Verschiedenes“ die Information, dass Jan Werner nach Waffen für die sächsischen Skinheads suche, die damit einen weiteren Überfall begehen wollten. Antje P. wolle der weiblichen Person ihren Reisepass zur Verfügung stellen.

dass Piatto bei dem Konzert in Hirschfeld am 05.09.1998 auf Anweisung des Verfassungsschutzes nicht teilgenommen habe, wurde der Frage nachgegangen wie, wann und von wem Piatto von Werners Waffensuche erfahren hatte.

Szczepanski selbst hatte keinerlei Erinnerung mehr an die genauen Umstände. Die Information hinsichtlich der Waffensuche erschien ihm jedoch „*exklusiv*“. Auch aufgrund der Aktenlage scheint es wenig wahrscheinlich, dass er die Information durch einen Dritten erlangt haben könnte:

Aus der Deckblattmeldung ergibt sich zunächst nicht, dass er die Information „*am Rande des Konzerts*“ erlangt haben könnte. Eine derartige Formulierung findet sich nur in der Deckblattmeldung vom 29.09.1998⁶. Mangels zeitlicher oder örtlicher Einschränkung auf dem Treffvermerk hätte Piatto zu einem beliebigen Zeitpunkt zwischen dem letzten Treffen mit Borchert⁷ am 04.09. und dem 08.09.1998 Werner getroffen oder mit ihm telefoniert haben können. Die Gesamtschau der Deckblattmeldungen legt zudem nahe, dass Piatto in der Regel angab, wenn er die Information nur mittelbar durch einen Dritten erhielt. Dies wurde jeweils mit Namen des Informationsgebers in den Deckblattmeldungen vermerkt. Das Fehlen eines solchen Hinweises spricht dafür, dass er direkt mit Jan Werner gesprochen hat. Nur so lässt sich auch erklären, wieso Piatto mit Jan Werner Ende September wieder ins Gespräch über die Erfolglosigkeit der Waffensuche kommen konnte. Denn sonst hätte Werner keinerlei Veranlassung gehabt Piatto hierüber zu informieren. Hinzu kommt die – erstaunlicherweise schriftlich nicht in Deckblattmeldungen oder Treffvermerken dokumentierte – Information Odendahls während des Treffens der Verfassungsschutzbehörden am 16.09.1998, der Quellenschutz sei hoch, weil es sich um ein Vier-Augen-Gespräch gehandelt habe.

Dass Piatto selbst an der Waffensuche beziehungsweise –beschaffung beteiligt gewesen sein könnte, lies sich nicht nachweisen. Piatto hatte dem

⁶ In dieser Deckblattmeldung heißt es, die Quelle habe am Rande des Konzerts erfahren, dass Jan Werner bei seinen Versuchen, die drei flüchtigen Thüringer Neonazis mit Waffen zu versorgen, noch nicht erfolgreich gewesen sei.

⁷ Dieter Borchert: Quellenführer Piattos.

Verfassungsschutz darüber berichtet, dass ein weiterer Szeneladen-Betreiber ihm Anfang Juli 1998 in einem anderen Kontext Faustfeuerwaffen angeboten habe. Es gibt keine Hinweise, ist aber auch nicht auszuschließen, dass er diesen Kontakt an Jan Werner weitervermittelt hat. Dagegen spricht, dass die Suche Werners jedenfalls bis Mitte Oktober 1998 erfolglos blieb.

Die Bedeutung der sms vom 25.08.1998 von Werner an Piatto („HALLO. WAS IST MIT DEN BUMS“) konnte nicht weiter geklärt werden. Sicher ist, dass sie Piatto nicht mehr erreichte. Nach wie vor bleibt nicht nachvollziehbar, wieso der Verfassungsschutz das eingezogene Handy nicht als mögliche weitere Erkenntnisquelle auswertete.

Die Bedeutung des Texts blieb unklar. Möglich erscheint, dass er sich – den weiteren Kommunikationsinhalten Werners entsprechend – auf Musik bezog. Aber auch ein Bezug zu Waffen ist nicht auszuschließen – auch wenn Szczepanski laut Aktenlage erst eine gute Woche später von der Waffensuche Werners für das Trio erfuhr. Das Wort „BUMS“ lässt – auch im Plural - beide Deutungsmöglichkeiten zu. Auffällig bleibt, dass sowohl nach dieser sms als auch im Zeitraum vom 04. bis 10.09.1998, also in dem Zeitraum, in dem Piatto laut Deckblattmeldung von Werners Waffensuche erfährt, insgesamt knapp 1000 s-records von Werners überwachtem Handy fehlen.

c) Die Suche nach dem Trio durch den Brandenburger Verfassungsschutz

Eine weitere Frage, der der Ausschuss nachgegangen ist, war, inwiefern Brandenburger Sicherheitsbehörden die Suche nach dem Trio in den Jahren 1998 und 1999 unterstützt haben.

Der Verfassungsschutz hat am 05.02.1998 die Fotos der Untergetauchten vom Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz erhalten. Nach Aktenlage und den Zeugenaussagen scheint es so zu sein, dass die Fotos 1998 den Brandenburger V-Personen nicht vorgelegt wurden. Die Gründe hierfür blieben unklar: Der Vermerk vom 18.02.1998, eine Quellenvorlage der Fotos sei derzeit

nicht erfolgversprechend, erkannte der Zeuge Ackrath⁸ als von ihm geschrieben wieder. Seine Vermutung, die geringen Erfolgsaussichten seien auf die schlechte Qualität der Fotos zurückzuführen, bestätigt sich so nicht, weil das LfV Thüringen bereits am 12.02.1998, also sechs Tage vor diesem Vermerk, Fotos in besserer Qualität übersandt hatte. Insofern spricht vieles dafür, dass die Erinnerung Milbradts zutrifft, der diesen Vermerk darauf zurückführt, dass der Brandenburger Verfassungsschutz keinerlei Hinweise auf Bezüge oder den Aufenthalt des Trios in Brandenburg gehabt habe und somit auch nicht mit einem Erkenntniswert der Bildvorlage rechnete. Diese Schlussfolgerung ist nicht nachvollziehbar. Auch dem Verfassungsschutz Brandenburg war zu diesem Zeitpunkt bereits bekannt – oder hätte bekannt sein müssen –, dass die rechtsextremistische Szene sich auf Konzerten traf und vernetzte und teilweise aus dem gesamten Bundesgebiet anreiste. Insofern hätte gar nicht ausgeschlossen werden *dürfen*, dass irgendeine Quelle das Trio getroffen haben könnte. Aber auch im Sinne einer Sensibilisierung der Quellen hätte eine Bildvorlage zwingend erfolgen müssen. Denn gerade im Hinblick auf Piatto, der ein sehr hohes Vertrauen in der Szene genoss, war jedenfalls nicht von vornherein auszuschließen, dass ihm diese untergetauchten Personen vorgestellt würden.

Bei entsprechender Aufmerksamkeit und Arbeitsorganisation hätte die Quellenführung Piatto die Fotos jedenfalls zum Zeitpunkt des Informationsaufkommens im Sommer 1998 vorlegen müssen. Spätestens mit den in der Deckblattmeldung vom 09.09.1998 erhaltenen Informationen wurde offenbar, wie sehr sowohl Jan Werner, als auch Antje P. Szczepanski vertrauten. Denn beide hatten ihm unabhängig voneinander von den Fluchtbeziehungsweise Bewaffnungsplänen der Untergetauchten berichtet. Derartige Informationen werden bei lebensnaher Betrachtung nur einem sehr kleinen Kreis anvertraut. Es wäre zu diesem Zeitpunkt nicht auszuschließen gewesen, dass Szczepanski in der Folge noch näher in die Unterstützung des Trios eingebunden worden wäre oder das Trio jedenfalls hätte treffen können. Zu einer umfassenden, qualitativ hochwertigen Informationsbeschaffung hätte es gehört, durch die Vorlage von Fotos gegebenenfalls Informationen konkreten

⁸ damals im Referat Auswertung beschäftigter Sachbearbeiter.

Personen zuordnen zu können, um ein möglichst umfassendes Bild sowohl in der Informationsbeschaffung, als auch bei Analyse und Auswertung derselben zu erhalten. Der Verfassungsschutz Brandenburg scheint jedoch nicht hinreichend ob der Bedeutung dieses mit Haftbefehl gesuchten Trios sensibilisiert gewesen zu sein. Dies erklärt auch, wieso bis Mitte Oktober keinerlei (schriftlich fixierter) Auftrag an Piatto erteilt wurde, sich nach dem Trio umzuhören beziehungsweise den Fortgang der Waffenbeschaffung weiter zu beobachten. Ein solcher hätte schließlich auch mit dem Hinweis versehen werden können, nur im Rahmen des Möglichen, also ohne Eigengefährdung, Nachforschungen zu betreiben. Aber auch dies unterblieb. Die Aussagen der Zeugen Meyer-Plath und Milbradt legen vielmehr nahe, dass der Verfassungsschutz sich ausschließlich auf Informationsgewinnung zur sich abzeichnenden Spaltung von Blood & Honour und der Herstellung der Landser-CD konzentrierte. Eine entsprechende Organisation der Arbeit hätte jedoch dafür Sorge tragen müssen, dass die Bildvorlage im Rahmen der Suche nach den „Bombenbastlern“ nicht in Vergessenheit geraten konnte.

Die letzten Hinweise auf Aktivitäten des Brandenburger Verfassungsschutzes bei der Suche nach dem Trio, stammen von einem Vermerk vom 21.01.1999. Die Fotos wurden der Quelle Piatto erfolglos vorgelegt. Es wurde eine Wiedervorlage und ein Gespräch zwischen Auswertung und Beschaffung für den 17.03., verschoben auf den 18.03.1999 vereinbart. Mangels Erinnerung und Aktenrückhalt konnte weder geklärt werden, was Inhalt und Zweck dieses Gesprächs sein sollte, noch, ob es stattgefunden hat.

3) Das spannungsreiche Verhältnis Verfassungsschutz - Strafverfolgungsbehörden

Intensiv untersuchte der Ausschuss die Frage, wie das Verhältnis von Verfassungsschutz und Strafverfolgungsbehörden ausgestaltet war. Dies geschah einerseits im Zusammenhang mit der Frage, ob die Deckblattmeldungen Piatto's hätten weitergegeben werden müssen. Hierbei geht es also um den Informationsfluss des Verfassungsschutzes an die Strafverfolgungsbehörden (hierzu a.). Andererseits wurde dieses Thema immer dann aufgeworfen, wenn die Polizei den Verfassungsschutz über Maßnahmen informierte, die sich gegen V-Personen richteten (hierzu b.).

Im Kern geht es um die Frage, wie das Kooperationsrechts zwischen Verfassungsschutz und Polizei ausgestaltet war. Welche Informationen durfte, ja musste der Verfassungsschutz an die Polizei weitergeben? Wie unterscheiden sich die Aufgaben dieser beiden Sicherheitsbehörden und wie beeinflusst das ihre Zusammenarbeit?

Der Umfang der Informationsweitergabe richtet sich nach den Aufgaben der jeweiligen Sicherheitsbehörde

Die Übermittlung von Erkenntnissen zwischen Verfassungsschutz und Polizei richtet sich nach deren unterschiedlichen Aufgaben innerhalb der Sicherheitsarchitektur. Denn in Deutschland gilt grundsätzlich das Trennungsgebot, das heißt, dass beide Sicherheitsbehörden sowohl organisatorisch, als auch informationell zu trennen sind. Dies ist auf ihre unterschiedlichen Funktionen zurückzuführen: während die Polizei Straftaten oder Gefahren verhindern beziehungsweise verfolgen soll und hierfür mit entsprechenden Exekutivbefugnissen ausgestattet ist, hat der Verfassungsschutz derartige Befugnisse nicht. Seine Möglichkeiten zur Informationsgewinnung sind jedoch weiter ausgestaltet als die der Polizei. Denn seine Aufgabe ist es, Gefahren von Extremismus oder anderen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Bestrebungen und Strömungen frühzeitig zu erkennen und die Regierung hierüber in Lagebildern zu informieren. Die Strafverfolgung beziehungsweise die polizeirechtliche Gefahrenabwehr gehört gerade *nicht* zu seinem Tätigkeitsfeld. Die Weitergabe von Informationen des Verfassungsschutzes an die Polizei ist daher nur in Ausnahmefällen zulässig, aber auch notwendig. Ein solcher Fall wäre die Gefahr für Leib und Leben Dritter, insbesondere bei Erkenntnissen zu extremistischen oder terroristischen Anschlägen. Obwohl der Unmut vieler Zeugen aus dem Polizeibereich, dass der Informationsfluss oftmals eine Einbahnstraße gewesen sei, nachvollziehbar ist, entspricht diese Tatsache der Gesetzeslage und Aufbau der Sicherheitsarchitektur. Aufgabe der Politik ist es, diese grundlegend unterschiedliche Ausgestaltung beider Behörden der Öffentlichkeit verständlich zu machen und zu vermitteln. Denn der Verfassungsschutz kann am effektivsten arbeiten, wenn er das Vertrauen und die Unterstützung der Bevölkerung genießt.

a) Die Nichtweitergabe der Deckblattmeldungen an die Polizei - Verhältnis von Quellenschutz und Strafverfolgungsinteresse

Die Nicht-Weitergabe der Deckblattmeldungen an die Polizei war – auch nach der damaligen Rechtslage – falsch. Auch damals musste eine Ermessensentscheidung getroffen werden, ob die Informationsweitergabe zur Verfolgung von Staatsschutzdelikten erforderlich war. Bei Gefahr für Leib und Leben hätte sich die Verpflichtung zur Weitergabe bereits regelmäßig aus den Schutzpflichten des Staats gegenüber den Betroffenen ergeben. Zwar wäre die Weitergabe weder ein Garant für die Entdeckung des Trios, noch für die Ausweitung strafprozessualer Maßnahmen gegen Jan Werner oder Antje P. gewesen. Sie hätte aber dazu beitragen können, dass ein klareres Gesamtbild entsteht, das letztlich zum Auffinden des Trios hätte führen können. Auch unter dem Aspekt des Schutzes der Polizisten im Hinblick auf einen möglichen Waffenbesitz des Trios wäre die Informationsweitergabe zwingend erforderlich gewesen.

In diesem Zusammenhang sei festgehalten, dass sich der Vorwurf der Nicht-Weitergabe nur im Hinblick auf die Polizei ergibt. Die betroffenen Verfassungsschutzbehörden wurden ordnungsgemäß informiert und erhielten zeitnah die Deckblattmeldungen.

Bei der Bewertung der Information selbst und ihrer Weitergabe, sind Teilen des Verfassungsschutzes Brandenburg erhebliche Fehler unterlaufen:

richtige Einschätzung des Trios wurde durch die Leitung der Auswertung nicht geteilt

Unverständlich ist, wieso der damalige Leiter des Auswertungsreferats, der Zeuge Milbradt, eine richtige Analyse der Deckblattmeldung vom 09.09.1998 nicht beachtete und seinem Abteilungsleiter Dr. Förster vorenthielt.

Einer seiner Mitarbeiter, der Zeuge Ackrath, hat in Bezug auf das Trio als einer der Ersten von „*Rechtsterroristen*“ gesprochen. Er hat die Gefahr erkannt, die durch die Verknüpfung der Waffensuche und „*weitere[r] Überfälle*“ bestand. Mit

Verweis auf den Fall Diesner hat er veranschaulicht, dass eine ernst zu nehmende Gefahr des Waffeneinsatzes bestand und riet deshalb, die Polizei zu informieren.

Wieso der Referatsleiter Milbradt dieser Analyse und insbesondere der Empfehlung, die Informationen an die Polizei weiterzugeben, nicht folgte, ist nicht nachvollziehbar: Offensichtlich schätzte er die Gefahrenlage grundlegend anders ein als sein Sachbearbeiter Ackrath. In seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuss beschrieb der Zeuge Milbradt seinen Mitarbeiter als jemanden, der zu Übertreibungen tendiert habe. Er, Milbradt, habe daher dessen Darstellungen auf das Maß beschränkt, das ihm bei verantwortlicher Abwägung aller Umstände angemessen erschienen sei. Wieso er aus den Informationen Piattos zum Trio andere Schlüsse zog als Ackrath, erläuterte er nicht. Festzustellen ist jedenfalls, dass im Ergebnis weder der Abteilungsleiter, noch die Polizei schriftlich von dieser Analyse informiert, noch die Empfehlungen Ackraths umgesetzt wurden. Es scheint sich ein Muster zu wiederholen, das auch in anderen Untersuchungsausschüssen bereits zu Tage getreten ist: der Verfassungsschutz tendiert(e) offenbar dazu, Gefahren, insbesondere Anklänge zu Terrorismus, zu bagatellisieren. Ähnlich agierte der Brandenburger Verfassungsschutz bezüglich der Einordnung der „Nationalen Bewegung“. Mal wird eine zu enge, nämlich rein strafrechtliche, Definition einer Terrororganisation gewählt. Mal werden, wie hier, Indizien nicht entsprechend gewertet. Es entsteht der Eindruck, der Verfassungsschutz habe durch eine harmlosere Bezeichnung Gefahren kleinreden wollen. Dies widerspräche jedoch geradezu seinem Auftrag, die Landesregierung möglichst früh vor potentiellen Bedrohungen zu warnen, damit diese geeignete Gegenmaßnahmen ergreifen kann.

Diese restriktive Auslegung und Anwendung des Terrorismusbegriffs ist gerade in der rechtsextremen Szene umso befremdlicher, da dort bereits Anfang und Mitte der 1990er Jahre die Ideen des „Lonely Wolf“ oder des „Weißen Arischen Widerstands“ bekannt waren. Nach diesen Konzepten begehen Einzeltäter oder Kleinstgruppen Taten im Namen einer gemeinsamen, verbindenden Ideologie. Dieser Ansatz hat sich in den letzten 20 Jahren in fast alle anderen

Extremismusbereiche ausgebreitet. Es wäre notwendig, drohende Terrorismusgefahren nicht nur dann anzuerkennen, wenn feste Strukturen, wie beispielsweise solche der Roten Armee Fraktion, nachgewiesen werden können, sondern bereits dann, wenn Personen Taten im Namen einer sie verbindenden und radikalisierten Ideologie begehen.

Dem Abteilungsleiter wurde daher die (richtige) Analyse nicht vorgelegt

Der Zeuge Milbradt konnte nicht überzeugend erklären, wieso er die Analyse dem Abteilungsleiter Dr. Förster entgegen Ackraths Verfügung nicht vorgelegt hat. Der handschriftliche Vermerk, er habe dem Abteilungsleiter Dr. Förster mündlich berichtet, enthält noch keinerlei Hinweise, ob Milbradt auch die *Einschätzung*, einschließlich Warnung vor Rechtsterrorismus und Waffengebrauch, weitergegeben hat. Dr. Förster sagte vor dem Untersuchungsausschuss, er hätte in Kenntnis dieser Analyse mit Sicherheit die Weitergabe des Inhalts der Deckblattmeldung an die Polizei in Sachsen und Thüringen verfügt. Die Rechtfertigung Milbradts vor dem Untersuchungsausschuss, der Abteilungsleiter hätte die Entscheidung der Weitergabe ohnehin treffen können, da ihm sämtliche Deckblattmeldungen, auf denen Ackraths Analyse fußte, bekannt gewesen seien, überzeugt nicht. Schließlich ist es gerade die Aufgabe des Auswertungsreferats dem Abteilungsleiter beziehungsweise der Landesregierung durch die Einbettung einzelner Informationen in einen Gesamtkontext eine hinreichend qualifizierte Entscheidungsgrundlage für mögliche Schritte gegen eine mögliche Bedrohungslage zu liefern. Eine eigene „ad-hoc-Analyseleistung“ des Abteilungsleiters wäre in den meisten Fällen weder faktisch möglich, noch im Sinne einer fundierten und umfassenden Analyse wünschenswert.

Falsche Abwägungsentscheidung zu Gunsten des Quellenschutzes

Ein weiterer Fehler war, dass der Verfassungsschutz Brandenburg den Quellenschutz so hoch bewertet hat, dass er eine schriftliche Weitergabe der Informationen abgelehnt hat. Die CDU-Fraktion erkennt nicht, dass das Beschaffungsreferat das schwierige Spannungsverhältnis zwischen Quellenschutz und Strafverfolgungsinteresse austarieren muss. Die Gewinnung

einer guten Quelle ist zeit- und kostenintensiv. Im Sinne der effizienten Aufgabenerfüllung darf ein Nachrichtendienst die Enttarnung seiner Quelle nicht leichtfertig riskieren. Im vorliegenden Fall war das Ermessen jedoch auf Null reduziert, eine Weitergabe wäre also zwingend gewesen. Zwar ist auch Ausfluss des Trennungsgebots, dass der Verfassungsschutz seine Informationen grundsätzlich nicht an die Polizei weitergibt, denn nach der bundesdeutschen Konzeption soll der Verfassungsschutz erleichterte und weitere Beobachtungs-, aber keinerlei Exekutivbefugnisse haben – auch nicht über den Umweg der (informellen) Amtshilfe durch die Polizei. Allerdings ist eine Weitergabe von Informationen nicht nur erlaubt, sondern geboten, wenn der Verfassungsschutz von Gefahren für höchste Rechtsgüter, wie Leib und Leben, erlangt. Aufgrund der staatlichen Schutzpflichten hätte hier eine Informationsweitergabe erfolgen müssen, weil sowohl für in die Suche nach dem Trio involvierten Polizisten, als auch für die möglichen Opfer des Überfalls eine nicht auszuschließende Lebensgefahr bestand.

Dem Quellenschutz hätte durch die diskutierte Möglichkeit, die Herkunft der Information durch ein vom Bundesamt für Verfassungsschutz ausgestelltes Behördenzeugnis zu verschleiern, Rechnung getragen werden können. Mangels hinreichender Dokumentation interner Entscheidungsprozesse und aufgrund fehlenden Erinnerungsvermögens konnte der Ausschuss nicht untersuchen, wieso der Brandenburger Verfassungsschutz diese Möglichkeit einen Tag nach der Besprechung, am 17.09.1998, abgelehnt hat. Der Verweis auf ein Vier-Augen-Gespräch überzeugt hinsichtlich der Gesamtktenlage nicht, weil beispielsweise die Informationen zur Lieferung der Landser-CDs im Herbst 1998 auch nur einem ähnlich eng begrenzten Personenkreis bekannt war. Diese Informationen Piattos wurden jedoch an die Polizei weitergegeben.

Auf die Frage, wer am Ende die Entscheidung über die Weitergabe von Informationen an die Polizei treffe, antwortete der Zeuge Milbradt, dass die Auswertung Informationen an die Polizei weitergeben könne, die Beschaffung im Fall von Quellenschutzgründen jedoch ein Vetorecht habe. Diese Aussage legt nahe, dass ein Konsens hergestellt werden muss, wenn eine Quelle zu schützen ist. Insofern ist es nicht nachvollziehbar, wieso der damalige

Beschaffungsleiter Odendahl niemanden von der Auswertung zu der Besprechung der Verfassungsschutzämter am 16.09.1998 hinzugezogen hat. Letztlich stellen wir jedoch auch fest, dass eine so wichtige Entscheidung wie die Nicht-Weitergabe von Informationen, trotz Vorliegens einer Gefahr für hohe Rechtsgüter wie Leib und Leben, nicht von einzelnen Referaten getroffen werden sollte, sondern von dem Verfassungsschutz als solchem, also durch eine übergeordnete Stelle. Insbesondere die Beschaffung kann einem Interessenkonflikt ausgesetzt sein, weil sie den Schutz und Erhalt ihrer Quellen im Blick hat. Diesem Interessenkonflikt kann auch die Auswertung ausgesetzt sein. Daher müsste die Entscheidung, jedenfalls bei Nicht-Weitergabe von Informationen, vielmehr durch den Abteilungsleiter, unter Mitwirkung von Auswertung und Beschaffung, getroffen werden, um eine möglichst alle Aspekte gleichermaßen berücksichtigende Abwägung zu garantieren.

b) Grenzen der Zusammenarbeit von Strafverfolgungsbehörden mit dem Verfassungsschutz

Die Informationsweitergabe der Strafverfolgungsbehörden an den Nachrichtendienst ist in § 14 Brandenburger Verfassungsschutzgesetz (BbgVerfSchG) und Nr. 205 der Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren (RiStBV) ausgestaltet: Die Strafverfolgungsbehörden sollen den Verfassungsschutz über Verfahren informieren, die dessen Aufgabenbereiche betreffen, also wenn die Taten gegen die freiheitliche oder demokratische Grundordnung gerichtet ist, was regelmäßig auf Staatsschutzdelikte zutreffen dürfte. Der Informationsfluss von Strafverfolgungsbehörden an den Verfassungsschutz ist also weitergehend vorgesehen als er in umgekehrter Richtung erfolgen soll. Dieser Informationsvorsprung erfordert jedoch von dem Verfassungsschutz eine besonders ausgeprägte Disziplin, eigene Quellen nicht in unzulässigem Maße zu schützen. Diese wurde in den drei untersuchten Quellenfällen nicht immer eingehalten.

Die Information, ein V-Mann sei entdeckt worden, ist grundsätzlich zulässig und legitim...

In den Fällen Piatto und Stadler hat die Polizei – teils bewusst, teils unbewusst – den Verfassungsschutz über Ermittlungsverfahren informiert, die gegen V-Personen eingeleitet wurden. Dies erfolgte einerseits durch Weiterleitung von polizeilichen Lagemeldungen im Rahmen des üblichen und gesetzlich vorgesehenen allgemeinen Informationsaustauschs, andererseits durch gezielte Hinweise. So hat das Landeskriminalamt (LKA) Brandenburg beispielsweise den Verfassungsschutz im September 2001 konkret informiert, nachdem es Stadler als Quelle im Rahmen einer gegen ihn geschalteten TKÜ-Maßnahme erkannt hat. Diese Informierung ist grundsätzlich legitim und interessengerecht, weil der Verfassungsschutz so gegebenenfalls Gründe für eine Beendigung der Zusammenarbeit mit der Quelle erhält.

... birgt aber Risiken

An dieser Schnittstelle besteht jedoch das erhebliche Risiko der unzulässigen Einflussnahme auf die Ermittlungsbehörden. Der Befund der Untersuchungen hierzu fällt ernüchternd aus, nicht zuletzt deshalb, weil der Verfassungsschutz seinen Informationsvorsprung teilweise genutzt hat, um seine Interessen an der Informationsgewinnung über das ebenso legitime öffentliche Interesse an der Strafverfolgung zu stellen.

Die (konkreten) Warnungen an Stadler waren rechtswidrig

Die Warnungen des Verfassungsschutzes gegenüber Stadler waren unter keinem erdenklichen Gesichtspunkt zu rechtfertigen. Entgegen der Zeugeneinlassungen handelt es sich gerade nicht um abstrakte Warnungen: sie waren nur ihrem Wortlaut nach allgemein gehalten, erfolgten jedoch sehr sporadisch und zwar immer dann, wenn der Verfassungsschutz neue Erkenntnisse im Hinblick auf die gegen Stadler gerichteten Ermittlungen erhielt. Letztlich waren sie dazu geeignet, die Ermittlungen der Polizei zu behindern, wenn nicht gar zu vereiteln. Die ehemaligen Mitarbeiter des Verfassungsschutzes wollten die Warnungen vor dem Untersuchungsausschuss als Belehrungen der V-Personen verstanden wissen,

sich nicht strafbar zu machen. Da sie jedoch immer anlassbezogen erteilt wurden, intendierte die Quellenführung jedenfalls den Schutz der Quelle vor konkreten Ermittlungsmaßnahmen. Ein Beispiel für eine (fast) erfolgreiche Verhinderung von Durchsuchungsmaßnahmen, ist die Anmietung des sogenannten „Bunkers“: nach eigenen Angaben hat Stadler ihn nur aufgrund der Warnungen gemietet, um strafrechtlich relevantes Material außerhalb seiner Wohnung verwahren zu können. Im Ermittlungsverfahren des LKA Brandenburg war diese Strategie Stadlers auch erfolgreich, weil die Brandenburger Behörde keine Kenntnis vom „Bunker“ hatte und die dort gelagerten zahlreichen strafrechtlich relevanten Gegenstände nicht fand. Auch der Verfassungsschutz schrieb, dass er von der Anmietung des „Bunkers“ nichts wusste. Dass er keine positive Kenntnis hatte erscheint aufgrund Stadlers wiederholter Unehrlichkeit und mangels Hinweise in den Akten durchaus plausibel. Doch der Verfassungsschutz hätte bei lebensnaher Betrachtung erkennen können und müssen, dass Quellen sich aufgrund dieser Art der Warnungen zu Verschleierungsmaßnahmen animiert sehen können. Im Fall von Christian K. wurde die Warnung vor einer Durchsuchung sogar in die Szene weitergegeben. Gerade dieser Fall führt vor Augen, dass die Warnungen auch den Umständen nach abstrakt sein müssen, sollen polizeiliche Maßnahmen oder Ermittlungsverfahren nicht gefährdet werden.

Bei der Übergabe des Computers an Stadler hat der Verfassungsschutz der Quelle sogar selbst Mittel an die Hand gegeben, die Strafverfolgungsbehörden zu täuschen: Die Behauptung, der „saubere“ PC sei zur Tarnung in der Szene übergeben worden, überzeugt nicht. Stadler hat – im Gegensatz zu Piatto – immer nur mündlich berichtet. Er hat also nie Berichte für den Verfassungsschutz am PC verfasst. Auch die zeitliche Nähe zur Informierung des Verfassungsschutzes durch das LKA, dass Stadler im Rahmen einer Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) als Quelle erkannt worden sei, legt einen zielgerichteten Austausch im Hinblick auf das Ermittlungsverfahren nahe.

Der Wunsch, die mühsam aufgebaute Quelle zu schützen, ist grundsätzlich nachvollziehbar. Allerdings hat der Verfassungsschutz hier das ebenso bestehende öffentliche Interesse an einer Strafverfolgung nicht hinreichend

berücksichtigt. Er unterliegt zwar anders als die Polizei nicht dem Legalitätsprinzip und ist somit nicht verpflichtet Straftaten zur Anzeige zu bringen. Verhindert ein Amtsträger jedoch wissentlich und willentlich die Strafverfolgung, kann er sich einer Strafvereitelung im Amt schuldig machen, wie das Verfahren gegen den Quellenführer Bartok⁹ beweist. Dieses wurde letztlich wegen eines – damals – unvermeidbaren Verbotsirrtums eingestellt, die Tatbestandsvoraussetzungen waren jedoch erfüllt. Will man Warnungen als Führungsmittel einsetzen – auch um die Quelle von Straftaten abzuhalten – müssen sie auch den Umständen nach abstrakt erfolgen. Hier böte es sich an, beispielsweise bei jedem ersten Treffen im Monat eine Warnung auszusprechen und zu dokumentieren.

Zulässigkeit von Gesprächen mit der Staatsanwaltschaft und Grenzen

Die stattgefundenen Besprechungen zwischen Verfassungsschutz, LKA und Staatsanwaltschaft am 18.10.2001 und 20.03.2002 sind per se nicht illegitim. Insbesondere das Treffen am 18.10.2001 hatte zwar die Enttarnung Stadlers im Rahmen der Telefonüberwachungsmaßnahme des LKA Brandenburg zum Anlass. Nach glaubhaften Zeugenaussagen und Aktenlage wurden jedoch keine prozessualen Maßnahmen erörtert oder darauf hinzuwirken versucht, solche Maßnahmen zu verhindern. Derartige Treffen zwischen Verfassungsschutz und Staatsanwaltschaft können unter Umständen sogar sinnvoll und sachgerecht sein, weil der Verfassungsschutz gegebenenfalls ihm nicht vorliegende Informationen zu seiner Quelle erhält, die Grundlage für etwaige Abschaltungsentscheidungen sein können.

Das Treffen am 20.03.2002 wirft hingegen Fragen im Hinblick auf das Selbstverständnis der Staatsanwaltschaft auf. Sie hatte Wegesin und weitere Verfassungsschutzmitarbeiter zu dem Treffen geladen, bei dem über die für den 21.03.2002 bei Stadler geplanten Durchsuchung gesprochen wurde. Nr. 205 RiStBV sieht zwar eine Informierung des Verfassungsschutzes über staatsschutzrelevante Ermittlungsverfahren vor. Auch dürfen

⁹ Dirk Bartok: Quellenführer Stadlers während dessen gesamter Tätigkeit für den Verfassungsschutz von 2000 bis 2002.

Nachrichtendienste an (polizeilichen) Durchsuchungen teilnehmen - allerdings nur als Sachverständige. Bei dem hiesigen Treffen wurden jedoch Absprachen gerade im Hinblick auf Stadlers Quelleneigenschaft getroffen. So hielt die Staatsanwaltschaft in einem Gesprächsvermerk fest, dass der Abteilungsleiter Wegesin keine Einwände gegen die Durchsuchung habe. Diese Formulierung legt nahe, dass die Staatsanwaltschaft mindestens ein Benehmen hinsichtlich ihrer geplanten Strafverfolgungsmaßnahmen hergestellt hat.¹⁰ Auch wenn es grundsätzlich sinnvoll und zweckmäßig erscheint, dass der Verfassungsschutz über Ermittlungsverfahren gegen seine Quellen unterrichtet wird, darf die Grenze der reinen Informierung nicht überschritten werden. Der Verfassungsschutz darf insbesondere über das Ob und Wie der Ermittlungsmaßnahme nicht zu Rate gezogen werden, weil er sich notwendigerweise in einem Interessenkonflikt befindet.

Dass Einflussnahmeversuche auf die Staatsanwaltschaft, wie die handschriftlichen Anmerkungen Wegesins in den Akten sie nahelegen, unzulässig sind, versteht sich von selbst. Der Zeuge Wegesin war angemessen negativ von den entsprechenden Vorhalten überrascht, so dass die Hoffnung besteht, dass ein derartiges Verhalten ein Einzelfall war und geblieben ist.

Keine Einflussnahme auf das Bartok-Verfahren

Nicht bestätigt hat sich der Vorwurf, die Politik habe das Ermittlungsverfahren gegen den Quellenführer Bartok beeinflusst. Der Vermerk des damaligen Leiters der Strafrechtsabteilung im Justizministerium, man solle dem ermittlungsführenden Staatsanwalt eine Einstellung nahelegen, wurde zurückgenommen. Ministerin Richstein hatte festgelegt, dass die Frage der Strafbarkeit und der Akteneinsicht ohne jede Einflussnahme des Justizministeriums allein von den dafür zuständigen Stellen bewertet werden solle. Auch Staatssekretär Lancelle hat sich für eine umfassende Aufklärung eingesetzt und der Staatsanwaltschaft Cottbus die für das Ermittlungsverfahren wichtige Treffakte Stadlers im Sommer 2003 in Gänze angeboten. Die

¹⁰ Das LKA Brandenburg führte am 21.03.2002 bei Stadler in einem gegen ihn geführten Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts auf Propagandadelikte eine Durchsuchung durch. An dieser nahmen laut Aktenvermerk zwei Mitarbeiter des Verfassungsschutzes teil.

Staatsanwaltschaft forderte diese Akte schließlich im Dezember 2003 an und erhielt sie ca. zwei Wochen später.

Verhalten des LKA bei Ermittlungen gegen Szczepanski

Die Beweisaufnahme hat ergeben, dass das LKA Brandenburg von sich aus bereits darauf bedacht gewesen zu sein scheint, den Interessen des Verfassungsschutzes entgegenzukommen. So hat der damals zuständige Leiter der Abteilung Staatsschutz im Februar 2000 beim Verfassungsschutz angefragt, ob es Maßnahmen des Verfassungsschutzes gegen Szczepanski gebe, die gegebenenfalls mit LKA-Maßnahmen kollidieren könnten.¹¹ Damit hat das LKA den Verfassungsschutz zu der Antwort veranlasst, dass er um die Absehung *nachrichtendienstlicher* Maßnahmen seitens der Polizei bitte. Ob das LKA daraufhin auch *Strafverfolgungsmaßnahmen* in dem Verfahren gegen Szczepanski, Michael P. und Borchert abgebrochen hat, konnte durch den Untersuchungsausschuss nicht ermittelt werden. Die Aktennotiz vom 03.03.2000, der Einsatz sei abgesagt, legt diesen Schluss allerdings nahe. Aufgrund fehlender Erinnerungen konnten jedoch Art und Zielrichtung dieses Einsatzes nicht geklärt werden. Die Ermittlungsakten wurden im Mai 2000 der Staatsanwaltschaft übermittelt und sind, laut Regierungsbericht, inzwischen vernichtet. Mangels Widerruf seiner Bewährung, scheint Szczepanski jedoch nicht verurteilt worden zu sein, so dass die Bitten des Verfassungsschutzes wirkungsvoll gewesen sein könnten.

4) Rechtmäßigkeit der Führung von V-Personen

Der Untersuchungsausschuss hat sich eingehend mit der Frage der Rechtmäßigkeit von Anwerbung und Führung von V-Personen durch den Verfassungsschutz beschäftigt. Alle drei untersuchten Fälle – Piatto, Barte und Backobst – haben aufschlussreiche Erkenntnisse zur Frage der Notwendigkeit des V-Personen-Einsatzes (hierzu a.) und der Rechtmäßigkeit ihrer Anwerbung und Führung geliefert (hierzu c.). Insbesondere die Frage nach Grenzen Informationsgewinnung im Hinblick

¹¹ Das 4. Kommissariat Potsdam führte ein Ermittlungsverfahren gegen Szczepanski, Borchert und Michael P. wegen Herausgabe des *United Skins* # 13, bei dem es das LKA in Sachfragen um Auskünfte gebeten hatte.

auf eine Stärkung der Szene durch die Steuerung oder Duldung von Handlungen der V-Personen wurden beleuchtet (hierzu b.).

a) dem V-Personen-Wesen inhärente Gefahren

Die untersuchten V-Mann-Fälle haben deutlich vor Augen geführt, dass das nachrichtendienstliche Mittel der V-Person ein äußerst zweischneidiges Instrument und dementsprechend mit der gebührenden Vorsicht und Zurückhaltung einzusetzen ist. Klar ist, dass der Einsatz von V-Personen in bestimmten Bereichen unerlässlich ist. Er sollte jedoch auf das notwendige Maß reduziert werden, denn V-Personen sind (und bleiben oftmals) Angehörige einer beobachteten Szene oder Bestrebung, was eine entsprechende Interessen- und Konfliktlage nach sich zieht. Dies wirkt sich insbesondere auf ihre Nachrichtenehrlichkeit aus, beinhaltet aber auch die Gefahr, dass das Beobachtungsobjekt selbst durch die Tätigkeit der Quelle unterstützt und gefördert wird.

Nachrichtenehrlichkeit aus Eigeninteressen der Quelle

Für beide Risiken ist der Fall Barte (**Stadler**) ein hervorragendes Negativbeispiel:

- Noch vor dem Untersuchungsausschuss erklärte Stadler, dass er sich lediglich dazu verpflichtet habe, dem Verfassungsschutz wahrheitsgemäß, nicht aber vollständig zu berichten. Gerade das Verschweigen relevanter Informationen, insbesondere des Umfangs seiner Beteiligung an CD-Produktionen und –vertrieb, zieht sich wie ein roter Faden durch seine V-Mann-Tätigkeit. Die CDU-Fraktion erkennt nicht, dass das Ausmaß Stadlers Unehrllichkeit zum damaligen Zeitpunkt für den Verfassungsschutz so nicht erkennbar war. Doch gerade weil es oftmals kaum möglich ist, die Nachrichtenehrlichkeit einer Quelle zu überprüfen, ist beim Einsatz dieses nachrichtendienstlichen Mittels besondere Vorsicht geboten.

- Auch die Gefahr, das Beobachtungsobjekt durch die Tätigkeiten der V-Person erst aufzubauen oder weiter zu stärken, lässt sich am Beispiel Stadlers verdeutlichen. Seine Aussage, er hätte seinen CD-Vertrieb nicht in diesem Maße ausgebaut, wäre er hierin nicht vom Verfassungsschutz unterstützt worden, scheint plausibel und lebensnah, wenn man Umfang und Menge der „genehmigten“ CD-Vertriebe bedenkt.

Teilweise keine Abbildung der vorhandenen Realität

Anhand der Quelle **Piatto** lässt sich eine weitere Problematik darstellen, inwieweit Informationen von V-Personen überhaupt die „beobachtete Wirklichkeit“ abbilden:

- Grundsätzlich scheint Piatto im Hinblick auf die Nachrichtenehrlichkeit eine sehr gute und zuverlässige Quelle gewesen zu sein. Dass er den Verfassungsschutz bewusst belogen oder ihm Entwicklungen wissentlich vorenthalten hat, ist nicht erkennbar. Allerdings ist er auch ein Beispiel dafür, dass eine V-Person unter Umständen beobachtungswürdige Sachverhalte erst schafft. Dieses Verhalten begründete sich bei Piatto offensichtlich darauf, dass er sich zu stark mit dem Verfassungsschutz identifizierte und seine Tätigkeit - nach eigener Aussage - als „Job“ betrachtete und sich mit seinem Quellenführer als „gleichgestellt“, quasi wie ein Mitarbeiter, empfand. Auch diese Einstellung birgt die große Gefahr, dass durch die Tätigkeiten der V-Person die Szene nicht nur beobachtet, sondern aktiv mit aufgebaut oder radikalisiert wird. Um spektakuläre Informationen liefern zu können, kann die V-Person verleitet werden, die Szene zu Straftaten anzustiften – so wie Piatto Nick G. zum Bau der Rohrbombe motiviert hat.
- Im Laufe der Beweisaufnahme stellte sich die Frage, ob Piatto Informationen wissentlich aufgebauscht habe, sei es, um höhere Prämien zu erhalten, sei es, um (noch) mehr Anerkennung zu erlangen. So konnte die Existenz einer Gruppierung mit dem Namen „Rollkommando/Terrormachine“, von der Piatto berichtet hatte, in dieser Form nicht nachvollzogen werden. Der Verfassungsschutz hatte das

„Niederhalten“ gerade dieser Gruppierung im Jahr 2000 als Verdienst Piattos gewertet. Die befragten Zeugen, die laut Piatto Mitglieder gewesen sein sollen, versicherten diesen Namen noch nie gehört zu haben. Während Piatto die Gruppierung in den späten 1990er Jahren detailliert als „*Städtepartnerschaft*“ beschrieb, wich seine Darstellung im Jahr 2018 insofern davon ab, als sie nunmehr „nur“ die Schutzgruppe der Band Proissenheads sein sollte. Mit letzter Sicherheit konnte nicht geklärt werden, ob und zu welchem Zweck diese Gruppierung existierte. Die Darstellung des Zeugen Szczepanski im Jahr 2018 erscheint insofern plausibel, als Menzel in Fanzines teilweise Grüße an „Terrormachine“ richtete. Eine Planung, die Schutzgruppe zu einer etwaigen Städtepartnerschaft weiter auszubauen ist jedenfalls nicht auszuschließen. Es kann also nicht mit letzter Sicherheit gesagt werden, ob Piatto in diesem Fall Informationen übertrieben dargestellt hat oder nicht. Aber auch dies – das eventuelle Aufbauschen von Informationen – stellte eine der Gefahren bei dem Einsatz von V-Personen dar.

Einsatz von V-Personen nur als letztes Mittel

Aufgrund dieser beschriebenen, dem V-Personen-Wesen inhärenten Gefahren, sollten V-Personen nur dann eingesetzt werden, wenn kein anderes, zuverlässigeres Mittel zur Informationsgewinnung zur Verfügung steht. Wie Staatssekretär Lancelle bereits 2003 ausführte, sollte der V-Personen-Einsatz auf das „*fachlich gebotene Mindestmaß*“ beschränkt werden, so dass er vornehmlich in bestimmten, allen anderen verschlossenen Bereichen und Personenkreisen zulässig sein dürfte. Insbesondere sollen die unsicheren nd-Mittel „V-Personen“ grundsätzlich nicht (mehr) für die Bestellung von CDs, Fanzines und Internetrecherchen herangezogen werden, die der Verfassungsschutz selbst vornehmen könnte. Selbst die Besuche von rechtsextremistischen Konzerten rechtfertigen nicht notwendigerweise einen Einsatz von V-Personen. Vorzugswürdig wäre der Einsatz von Mitarbeitern des Verfassungsschutzes, die kurzfristig unter einer Legende diese Veranstaltungen besuchen. Im Bereich der Polizei sind derartige Beamten bereits unter dem Begriff NOEP (nicht- öffentlich ermittelnde Polizeibeamte) etabliert. Dieses Mittel bietet eine größere Gewähr für die Richtigkeit der

erlangten Informationen und bietet die Möglichkeit, die Stimmung in der jeweiligen Szene unmittelbar durch die Behörde einzufangen und zu „erleben“. Diese Mitarbeiter sollten durch eine Supervision unterstützt werden.

b) Grenzen der zulässigen Informationsgewinnung

Der Untersuchungsausschuss hat sich eingehend mit der Frage beschäftigt, inwieweit der Verfassungsschutz von Aktivitäten, unter anderem auch Straftaten, der V-Personen wusste oder diese gar beeinflusst hat. Darf – oder muss – der Verfassungsschutz seinen V-Personen Aufträge geben? Und wie weit darf er gehen, um sicherheitsrelevante Informationen zu erlangen?

Keine Steuerung von V-Personen, aber Aufträge als zulässiges Führungsmittel

V-Personen dürfen und sollten Aufträge erteilt werden. Sinn und Zweck dieses nachrichtendienstlichen Mittels ist es gerade, dem Verfassungsschutz zielgerichtet notwendige und erwünschte Informationen zu liefern. Hierin unterscheidet es sich wesentlich vom einfachen Informanten. Mit dem Zeugen Milbradt stimmen wir darin überein, dass eine Steuerung nur dann vorliegt, wenn die Einflussnahme auf die V-Person über die reine Erkenntnisgewinnung hinausgeht, weil die V-Person zu einer Tätigkeit motiviert wird, die sie nicht aus eigenem Antrieb durchgeführt hätte. Diese Art der Steuerung ist unzulässig. Der Verfassungsschutz darf keinen „Tatentschluss“ bei der V-Person hervorrufen. Denn Aufgabe des Nachrichtendienstes ist es, verfassungsfeindliche Bestrebungen zu *beobachten*, nicht sie zu schaffen, zu vertiefen oder anderweitig einen bestimmenden Einfluss auf sie zu haben. Dies hat das Bundesverfassungsgericht 2003 so auch klargestellt. In den Fällen der V-Personen Szczepanski und Stadler, die bis zum Jahr 2000 beziehungsweise 2002 geführt wurden, war die Rechtslage also noch nicht in dem Maße eindeutig.

Mit dem Verbot der bestimmenden Einflussnahme auf verfassungsfeindliche Bestrebungen muss einhergehen, dass der Verfassungsschutz auch keine weitere Radikalisierung des Beobachtungsobjekts durch die V-Person dulden

darf. Denn letztlich erhöhe er dann Informationen, die er (jedenfalls teilweise) selbst geschaffen hat. Ebenso wird die Informationsgewinnung dann unzulässig, wenn der Verfassungsschutz sich nicht mehr im Rahmen der geltenden Gesetze bewegt.

i) Erste Grenze der Informationsgewinnung: kein Verstoß gegen Gesetze

Eine eindeutige Grenzüberschreitung liegt im Fall **Stadler** vor. Der Verfassungsschutz hat den von Stadler bereits vor der Anwerbung praktizierten CD-Vertrieb nicht nur geduldet, sondern auch aktiv unterstützt. Laut Treffvermerken wurde der Vertrieb einiger strafrechtlich relevanter CDs in festgelegter Anzahl „genehmigt“. Noch im August 2002 stellte der Verfassungsschutz klar, dass der Vertrieb, insbesondere der zu Morden aufrufenden CD „Noten des Hasses“, dem Verfassungsschutz bekannt und gestattet worden sei. Hierdurch hat der Verfassungsschutz einerseits unzulässigerweise die Begehung von Propagandadelikten „erlaubt“. Andererseits hat er eine Radikalisierung der Szene durch die gewaltverherrlichenden Texte in Kauf genommen. Gerade im Hinblick auf die Radikalisierungs- und Rekrutierungsfunktion rechtsextremer Musik hätte der Verfassungsschutz besondere Vorsicht walten lassen müssen, weil der Schaden – Radikalisierung und Rekrutierung - bereits durch die Verbreitung eintreten kann.

Die Zusammenarbeit mit Stadler hätte beendet werden müssen

Wir erkennen gerade bei dem Vertrieb der CD „Noten des Hasses“ das Dilemma, in dem sich der Verfassungsschutz befand, weil Stadler mit dem Sänger und Herausgeber Lars B. befreundet war. Stadler hätte den Vertrieb aufgrund der persönlichen Verbundenheit kaum ablehnen können. Aus diesem Grund ist der Verfassungsschutz von seinem ursprünglichen Vorhaben abgerückt, den Vertrieb dieser CD zu verbieten. Allerdings befremdet es die CDU-Fraktion, wieso die Zusammenarbeit mit Stadler aufgrund dieser persönlichen Verquickung nicht beendet wurde. Bereits zu diesem Zeitpunkt hätte die Güte der Quelle in Zweifel gezogen werden

können, denn Stadler hatte sich nur einen Monat zuvor als nicht nachrichtenehrlich im Hinblick auf seine Vertriebswünsche der Landser-CD „Ran an den Feind“ gezeigt.¹² Aber auch die Informationszugänge im Bereich CD-Vertrieb und –produktion in und um Cottbus/Guben erscheinen im Vergleich zur Verbreitung einer extrem hasserfüllten und hassverbreitenden CD nicht als so gewichtig, dass die Fortführung dieser Quelle gerechtfertigt gewesen wäre.

Auch in den Folgejahren hat sich Stadler als wiederholt unzuverlässig erwiesen, indem er mehr CDs vertrieb, als ihm „genehmigt“ worden waren. Spätestens zu einem dieser Zeitpunkte hätte die Zusammenarbeit beendet werden müssen.

Dass der Verfassungsschutz, teilweise in Absprache mit dem Bundesamt und anderen Landesämtern für Verfassungsschutz im Hinblick auf die CD-Produktion und –Vertrieb, die Zusammenarbeit mit Stadler fortsetzte, zeigt nur, dass im gesamten Verfassungsschutzverbund eine gewisse Sorglosigkeit und ein anderes Rechtsverständnis im Hinblick auf strafbares Verhalten der Quellen vorherrschte. Dies spiegelt sich auch in einem im Jahr 2003 erschienen Aufsatz des BfV-Präsidenten Fromm wider, der die ebenfalls davon ausging, dass der Tatbestandausschluss des § 86 Absatz 3 StGB auf szenetypische Straftaten Anwendung finde. Da es hierzu noch keine (gefestigte) Rechtsprechung oder Kommentarliteratur gab, war diese Rechtsauffassung allerdings zum damaligen Zeitpunkt vertretbar.

Problematik der szenetypischen Straftaten

Zuzugeben ist dem Verfassungsschutz Brandenburg, dass V-Personen in bestimmten, insbesondere besonders militanten Kreisen und Milieus kaum vermeiden können szenetypische Straftaten zu begehen, wenn sie zur Informationsgewinnung Teil dieser Struktur bleiben wollen. Gerade in derart geschlossenen, gewaltbereiten oder besonders radikalisierten Gruppierungen ist das staatliche Informationsinteresse naturgemäß sehr

¹² Er hatte angegeben, wesentlich weniger CDs vertreiben zu wollen als er bereits vertrieb.

hoch. Es ist notwendig, einen verhältnismäßigen und auf Recht und Gesetz beruhenden Ausgleich zu schaffen, der einerseits die Bevölkerung und den demokratischen Rechtsstaat schützt, indem derartige Strukturen beobachtet werden können; andererseits darf der Staat Straftaten nicht „für den guten Zweck“ außerhalb der gesetzlichen Rechtfertigungs- und Entschuldigungsgründe billigen oder anordnen. Der Verfassungsschutz Brandenburg hat damals nach einem - zwar verständlichen, aber fehlerhaften - Billigkeitsgefühl gehandelt, diesen Ausgleich durch juristisch nicht qualifizierbare „Genehmigungen“ von Stadlers Propagandaten herzustellen. Straftaten können jedoch nur aufgrund der gesetzlichen Rechtfertigungs- oder Entschuldigungsgründen straffrei bleiben. Erforderlich wäre somit eine öffentliche Diskussion gewesen, inwieweit V-Personen Straftaten begehen dürfen oder jedenfalls straffrei gestellt werden sollen, gefolgt von einer Anpassung der Gesetze. Inzwischen wurde diese Diskussion auf Bundesebene geführt. Es wurde ein Rechtfertigungstatbestand für V-Personen – aber auch Verdeckte Ermittler – eingeführt, der richtigerweise die bloße Mitgliedschaft in einer Terrororganisation und kriminellen Vereinigung straffrei stellt. Denn gerade in diesen Organisationen ist eine Aufklärung aufgrund ihrer Gefährlichkeit in besonderem Maße notwendig. Weiterhin sollen Straftaten gerechtfertigt sein, wenn nicht in Individualrechte eingegriffen wird, die Begehung dieser Tat im Umfeld der Quelle derart erwartet wird, dass sie zur Informationsgewinnung unumgänglich ist und die Tat zum aufzuklärenden Sachverhalt in einem angemessenen Verhältnis steht. Hiervon könnten in bestimmten Fallkonstellationen beispielsweise Propagandadelikte erfasst werden. Beide Regelungen sollten auch auf Landesebene eingeführt werden, weil sie einen angemessenen Ausgleich zwischen dem berechtigten Aufklärungsinteresse des Verfassungsschutzes und dem ebenso berechtigten öffentlichen Interesse an der Strafverfolgung schaffen.

Wahrnehmung von Polizeiaufgaben bei der Produktion der zweiten Auflage der „Noten des Hasses“

Stadler unterstützte in enger Absprache mit dem Verfassungsschutz die Produktion der zweiten Auflage der CD „Noten des Hasses“. Ziel des Verfassungsschutzes war es, die Produktionswege offenzulegen. Geplant war eine Beschlagnahme der CDs bei Einfuhr nach Deutschland. Hier ist dem Verfassungsschutz kein Vorwurf zu machen, dass er eine weitere Radikalisierung der Szene durch seine Quelle in Kauf genommen hätte, weil die Verbreitung der Musik durch die Beschlagnahme ja gerade verhindert worden wäre. Somit war diese Art der Quellenführung grundsätzlich verhältnismäßig und zulässig - allerdings in der hiesigen Ausgestaltung nur im Bereich des *polizeilichen* V-Personen-Einsatzes. Da der Verfassungsschutz, wie bereits dargestellt, gerade nicht die Kriminalität bekämpfen, sondern „nur“ verfassungsfeindliche Bestrebungen aufklären soll, hat er keinerlei Exekutivbefugnisse, dürfte also keine Beschlagnahmen durchführen. Das Trennungsgebot besagt auch, dass er nicht im Wege der Amtshilfe die Polizei um die Durchführung von Exekutivmaßnahmen bitten darf. Insofern war das Verhalten des Verfassungsschutzes unzulässig. Vielmehr hätte er überlegen müssen, seine Quelle Stadler an die Polizei abzugeben.

Dem Verfassungsschutz ist im Hinblick auf die Herstellung der ersten Auflage der CD „Noten des Hasses“ kein Vorwurf zu machen. Zwar hatte Stadler auch hieran mitgewirkt. Allerdings hatte der Verfassungsschutz bis August 2002 hiervon keine Kenntnis, weil die Produktion maßgeblich vor beziehungsweise in der Anfangszeit der Zusammenarbeit lag. Von der Existenz dieser CD hat der Nachrichtendienst erst im November 2000 erfahren, als er über die diesbezüglichen Vertriebswünsche Stadlers entscheiden musste. Zu diesem Zeitpunkt war die CD bereits auf dem Markt, so dass der Vertrieb nicht mehr hätte verhindert werden können.

ii) Zweite Grenze der Informationsgewinnung: kein Erkenntnisgewinn bei selbst geschaffenen Radikalisierungen oder Strukturen

Eine weitere Überschreitung der Grenzen zulässiger Informationsgewinnung sieht die CDU-Fraktion, wenn der Verfassungsschutz Aktivitäten sehenden Auges duldet, die die Szene *erheblich* radikalisieren oder stärken könnten. Denn zu derartigen Aktivitäten dürfte er auch nicht aktiv einen Auftrag erteilen, um die Szene nicht größer zu machen als sie ist. In gewisser Weise gliche dieser Fall nämlich dem „steuernden Einfluss“ auf eine Bestrebung.

Kritisch bewerten wir daher, dass Piatto in dem von ihm durchgehend herausgegebenen Fanzine *United Skins* die Ideen von Combat 18 (C 18) beziehungsweise der National Socialist Movement (NSM) verbreitet und der Verfassungsschutz dies mindestens geduldet hat.

Auftragsvergabe zu C 18 an Piatto

C 18 war der militante und bewaffnete Arm des Blood & Honour-Netzwerks. Zu seinen Ideen gehörte die gewaltsame Bekämpfung von Gegnern aus einer – eventuell im Untergrund organisierten – Zellenstruktur heraus. Damit ähneln die Ideen von C 18/NSM in erschreckender Weise dem Vorgehen des NSU. Nach der Spaltung von C 18 führte die NSM um Charlie Sargent diese Ideen fort.

Szczepanski hatte gute Verbindungen zum NSM-Flügel. Dies lag nicht zuletzt an seinem persönlichen Kontakt zu Charlie Sargent. Es konnte nicht restlos aufgeklärt werden, ob sein Interesse an C 18 und NSM unabhängig von seiner nachrichtendienstlichen Tätigkeit bestand oder er ausschließlich zur Erfüllung eines durch den Verfassungsschutz erteilten Auftrags tätig wurde. Jedenfalls in seiner Zeugenvernehmung sagte Szczepanski, er habe kein eigenes Interesse an diesen Ideen gehabt, sondern nur für den Verfassungsschutz testen wollen, welche Personen sich für sie interessierten. Dies mag zutreffend sein. Allerdings spricht viel dafür, dass Szczepanski ursprünglich ein eigenes Interesse an C 18 besaß. Denn seit

1995, also bevor es entsprechende Absprachen mit Borchert im September 1997 gab, verbreitete er C 18-Inhalte über sein Fanzine *United Skins*. Er erhielt eine Ehrenmitgliedsnadel des NSM und hatte, nach eigener Aussage im Brief an einen bayerischen Aktivist, enge Verbindungen zu allen bedeutsamen Personen dieser Gruppierung. Seine herausgehobene Vertrauensstellung wird besonders deutlich, wenn man bedenkt, dass er die Kontaktdaten der deutschen C 18-Interessenten verwaltete.

Der Zeuge Milbradt bestätigte, dass gerade aufgrund der Gewaltbereitschaft und Militanz Combat 18 als gefährlich angesehen wurde und somit ein wichtiges Beobachtungsobjekt für den Verfassungsschutz Brandenburg war. Piattos Informationen zu Sargent, C 18 und der NSM waren also hoch willkommen.

Aus Piattos Briefen an seinen V-Mann-Führer Borchert geht deutlich hervor, dass der Verfassungsschutz selbst Einfluss auf die Informationsgewinnung zu C 18 hatte, denn es fand eine enge Abstimmung statt: Nach der Spaltung von C 18 in den militanteren Flügel NSM um Sargent und den auf den Musikbereich fokussierten Flügel um Browning, fragte Szczepanski am 10.09.1997, an welches „Lager“ er sich „*ranhängen*“ solle. Die Antwort des Verfassungsschutzes ist in den Akten nicht enthalten. Der Zeuge Milbradt bestätigte aber, dass Piatto bei einer solchen Frage das Erkenntnisinteresse des Verfassungsschutzes immer in geeigneter Form deutlich gemacht worden sei. Wenn mehrere Aufklärungsfelder zur Wahl gestanden hätten, sei ihm gesagt worden, welchen Feldern er Priorität einräumen solle. Wie die Entscheidung im konkreten Fall ausfiel, kann mangels Erinnerungen oder Aktenrückhalte nicht mit letzter Sicherheit gesagt werden. Vor dem Untersuchungsausschuss meinte Szczepanski, er habe sich eher an das größere „Browning-Lager“ gehängt. Aufgrund der Themensetzung im *United Skins* spricht aber viel dafür, dass der Verfassungsschutz Szczepanski anwies, sich an das militantere Lager der NSM zu „hängen“. Außerdem diene das Postfach, das er gemeinsam mit dem Verfassungsschutz führte, als Bestelladresse für das C 18-Magazin

The Order. Szczepanski verwaltete also auch diese Adressen, was seine besondere Vertrauensstellung auch in diesem Umfeld verdeutlicht.

Radikalisierung durch Fanzines: der Verfassungsschutz hätte die Bewerbung von C 18/NSM im *United Skins* unterbinden müssen

Gerade Fanzines waren ein bevorzugtes Mittel, um Ideen und Diskussionen öffentlich zu führen und zu verbreiten. Szczepanski hat in seinem *United Skins* die Spaltungsstreitigkeiten der britischen C 18 dargestellt und Stellung für Charlie Sargent bezogen. Diese Thematik nahm einen so großen Raum ein, dass er wiederholt Leserbriefe erhielt und abdruckte, die dieses „Aufbauschen“ stark kritisierten. Piatto berichtete selbst, dass er sowohl durch die Thematisierung in seinem Fanzine, als auch durch seine Stellung als Ansprechpartner für deutsche C 18-Interessenten testen wollte, auf wie viel Widerhall die Ideen dieser Terrorstruktur stießen. Bis dahin seien die Ideen von Combat 18 und der NSM in Deutschland, insbesondere in Brandenburg, nicht weit verbreitet gewesen.

Grundsätzlich wird man wohl nicht in jedem Fall ein Einschreiten des Verfassungsschutzes erwarten müssen, wenn eine Quelle sich an einer Szenepublikation beteiligt. Da Piatto hier jedoch militante und äußerst radikale Ideen zu verbreiten versuchte, die in diesem Umfang noch nicht in Brandenburg vorhanden waren, hätte der Verfassungsschutz einschreiten müssen. Denn es war nicht auszuschließen, dass eine Radikalisierung im Sinne von NSM hätte stattfinden können. Hierzu hätte er auch – jedenfalls in gewissen Grenzen – Einflussnahmemöglichkeiten auf Szczepanski und das *United Skins* gehabt, weil das Heft dem Verfassungsschutz vor der Veröffentlichung immer vorgelegt wurde. Dies ergibt sich aus den Akten, sowie Szczepanskis und Milbradts Zeugenaussagen. Der Verfassungsschutz hat diese Möglichkeiten auch in anderen Zusammenhängen wahrgenommen, als er Piatto anwies, keine offensichtlich strafbaren Inhalte zu veröffentlichen.

So entsteht der Eindruck, dass der Verfassungsschutz auch hier bei seinen Abwägungs- und Entscheidungsprozessen in unzureichendem Maß die

Gefahr der Szene-Radikalisierung durch Quellenaktivitäten berücksichtigt hat. Vielmehr haben die Zeugen Milbradt und Meyer-Plath offenbart, dass es genau darauf ankam: aufgrund von Piattos Redaktionstätigkeit zu erfahren, welche Szeneangehörigen sich für diese militante Struktur begeistern ließen. Milbradt hat zwar anerkannt, dass durch eine Verbreitung der Ideen auch eine gewisse ideologische Festigung entstehen könne. Beide Zeugen hielten die Gefahr, dass eine Struktur aufgebaut oder radikalisiert werde aber für gering, weil sie durch die Kontaktdaten der Interessenten von möglichen Risiken Kenntnis gehabt hätten. Mit dieser Wertung hat der Verfassungsschutz verkannt, dass gerade bei der Verbreitung von *Ideen* die Gefahr einer Art „Schneeballsystem“ besteht, die jeglicher Kontrolle durch die Sicherheitsbehörden entzogen ist. Es scheint nicht mit abgewogen worden zu sein, dass zwangsläufig nicht alle Leser des *United Skins* dem Verfassungsschutz bekannt sein konnten. Im Fokus des Verfassungsschutzes schien allein die Informationsgewinnung zu stehen, ohne dass vorab kritisch hinterfragt wurde, ob diese Information auch ohne Zutun der V-Personen entstanden wären. Dieses Verhalten findet sich auch in Abschlussberichten anderer NSU-Untersuchungsausschüsse wieder: Es scheint durchaus im Interesse der Verfassungsschutzämter gewesen zu sein, über ihre Quellen Aktivitäten zu entfalten, um zu erforschen, welche Szeneangehörigen sich mitziehen und radikalisieren ließen, also potentiell gefährlich waren. Die Argumentation, wenn Szczepanski die Ideen nicht verbreitet hätte, hätte dies ein anderer ohne Kenntnis des Verfassungsschutzes gemacht, überzeugt nicht, da sie auf reiner Spekulation beruht.

Vielmehr haben auch andere Untersuchungsausschüsse bereits vor Augen geführt, dass diese Methode „Radikalisierung der Szene durch Quellen“ selten erfolgreich war, so dass sie nunmehr als wenig zielführend abgeschafft werden sollte: Radikalisierungen durch Texte können kaum wieder eingefangen werden. Durch Quellen (mit-)geschaffene Strukturen müssen gegebenenfalls aufwändig zerschlagen werden. Der Erkenntnisgewinn tendiert gegen Null, wenn man Erkenntnisse zu etwas selbst Geschaffenem generiert.

iii) Keine Grenzüberschreitung der Informationsgewinnung bei NaBe: Die „Nationale Bewegung“ war kein „Honigtopf“

Dass der Verfassungsschutz Taten, die der „Nationalen Bewegung“ (NaBe) zugeschrieben werden, mit initiiert hat, sieht die CDU-Fraktion nicht.¹³ Zwar sind dem Verfassungsschutz im Rahmen der Ermittlungen Fehler anzulasten. Dies trifft aber auch auf die Polizei zu. Hinweise darauf, dass der Verfassungsschutz eine eigene Tatbeteiligung – beziehungsweise die seiner V-Personen – vertuschen wollten, ergaben sich hingegen nicht.

Sämtliche Zeugen der Polizei gaben an, dass sie sich einen sogenannten Honigtopf nicht vorstellen könnten. Der Zeuge M.W., Beamter beim LKA, der 2003 eine derartige Überlegung geäußert hatte, relativierte diese vor dem Untersuchungsausschuss. Er sei damals frustriert gewesen. Auch der Zeuge Prof. Dr. Rautenberg konnte seinen ursprünglich geäußerten Verdacht nicht näher spezifizieren. Es sei eher ein Gefühl gewesen, weil trotz der umfangreichen Ermittlungen die Taten nicht aufgeklärt werden konnten. Hierzu ist festzustellen, dass die Ermittlungen auf den ersten Blick äußerst umfangreich schienen. Bei genauerer Untersuchung wurde offenbar, dass sie nicht in der Tiefe geführt wurden, wie es wünschenswert und notwendig gewesen wäre. Zahlreichen Spuren wurde nicht nachgegangen. Zu erwähnen sind hier insbesondere die Hinweise auf eine „Nationale Friedeburger Bewegung“, zu der – trotz Ähnlichkeiten im Namen – nicht vertieft ermittelt wurde. Auch wurden Widersprüche in Zeugenaussagen nicht nachgegangen. Alibis, die sich Beschuldigte gegenseitig gegeben haben, wurden, ohne erkennbare Bemühungen der Bestätigung oder Widerlegung, hingenommen. Diese Nachlässigkeiten können auch darauf zurückzuführen sein, dass es wiederholt über längere Zeiten nur nominell einen Leiter der Sonderkommission gab, der aber faktisch mit anderen Aufgaben betraut war. Auf die Frage, wer die Ermittlungen koordiniert habe, verwiesen die Zeugen auf fehlende

¹³ In den Jahren 2000/2001 gab es im Raum Potsdam eine Serie von Propagandadelikten und Brandanschlägen auf Imbissbuden von Menschen mit Migrationshintergrund. Die Serie gipfelte in einem Brandanschlag auf die jüdische Trauerhalle. Der Generalbundesanwalt übernahm daraufhin die Ermittlungen, konnte die Taten jedoch nicht aufklären.

Erinnerung oder auf den – ständig wechselnden und nach eigenen Angaben nicht hauptsächlich hiermit befassten – Kommissionsleiter.

Fehler des Verfassungsschutzes

Der Verfassungsschutz hat zweifellos Fehler bei der Unterstützung der Polizei begangen oder sich jedenfalls unglücklich verhalten. So war es falsch, dass er die Bekennerschreiben der „Nationalen Bewegung“ auf seiner Homepage veröffentlichte. Hierdurch wären etwaige Funde dieser Schreiben entwertet worden, weil sie keine Rückschlüsse auf eine Täterschaft mehr zuließen. Insbesondere nach entsprechender Bitte der Bundesanwaltschaft hätte der Verfassungsschutz die Schreiben von seiner Internetseite wieder entfernen sollen.

Fehlerhaft war ebenfalls der überzogene und damit falsche Wahrscheinlichkeitsgrad des Behördenzeugnisses. Der Zeuge Wegesin rechtfertigte ihn damit, dass er den Strafverfolgungsbehörden strafprozessuale Maßnahmen erleichtern wollte. Sein Ziel war also gerade, die Ermittlungen zu unterstützen. Es widerspricht jedoch dem Rechtsstaatsgebot, gesetzliche Voraussetzungen für strafprozessuale Maßnahmen durch derlei Mittel zu umgehen. Durch den falschen Wahrscheinlichkeitsgrad wurden die Ermittlungen gegebenenfalls zu Beginn zu stark auf den hierin als verdächtig erscheinenden M. K. fokussiert. Andererseits war der Inhalt des Behördenzeugnisses nicht falsch, denn das beschriebene Telefonat hat tatsächlich so stattgefunden, wie Zeugenaussagen von Freunden M. K.'s belegen.

Vorzuwerfen ist dem Verfassungsschutz weiterhin, dass er zu Beginn die „Nationalen Bewegung“ nicht als mögliche Terrororganisation einordnete, weil die Tatserie sich nicht vornehmlich gegen Leib und Leben richtete. Diese Auslegung war bereits zum damaligen Zeitpunkt falsch, weil das eine weitergehende Terrorismusdefinition beispielsweise in den Verfassungsschutzberichten Brandenburgs Anwendung fand. Die Einschätzung des Verfassungsschutzes hatte jedoch keinerlei Auswirkung auf die Übernahme des Verfahrens durch den Generalbundesanwalt, weil

diese Entscheidung unabhängig von Einschätzungen des Verfassungsschutzes fiel, wie Bundesanwalt Siegmund versicherte.

Lancelle forderte Rautenberg zu Ermittlungen auf

Jedoch ergibt sich aus diesen Umständen noch nicht, dass der Verfassungsschutz die Ermittlungen torpedieren oder in die falsche Richtung lenken wollte, um eine eigene Beteiligung an den Taten zu verheimlichen. Vielmehr hat Staatssekretär Lancelle im Oktober 2003 wiederholt, aber – jedenfalls nach den vorliegenden Akten - erfolglos, Generalstaatsanwalt Rautenberg dazu aufgefordert, Ermittlungen gegen Mitarbeiter des Verfassungsschutzes wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung, Strafvereitelung im Amt oder Beteiligung an den Taten der „Nationalen Bewegung“ aufzunehmen. Hintergrund waren bereits damals existierende entsprechende Gerüchte. Offensichtlich hatte der Generalstaatsanwalt – entgegen seiner Einlassungen vor dem Untersuchungsausschuss – im Jahr 2003 nicht hinreichende Anhaltspunkte für die Aufnahme entsprechender Ermittlungen gesehen.

Teilnahme des Beschaffungsleiters an Polizeibesprechungen

Nicht zu beanstanden ist, dass ein Mitarbeiter des Verfassungsschutzes an einigen Besprechungen der Polizei teilgenommen hat. Denn ein Informationsfluss von der Polizei an den Verfassungsschutz ist gesetzlich erlaubt und weitergehender ausgestaltet als in umgekehrte Richtung. § 14 BbgVerfSchG sieht keine besondere Form bei der Art der Informationsweitergabe vor, so dass grundsätzlich auch eine persönliche Übermittlung möglich sein muss. Ein Verstoß gegen das Trennungsgebot ist hierin nicht zu sehen. Kritikwürdig ist jedoch, dass mit Herrn Giebler der Leiter des Beschaffungsreferats in diese Besprechungsrunden entsandt wurde. Aufgrund seiner Funktion ist er gegebenenfalls einem stärkeren Interessenkonflikt im Hinblick auf den Schutz „seiner“ menschlichen Quellen ausgesetzt, wenn er von gegen diese gerichteten Maßnahmen erfährt. Sachgerechter wäre es gewesen, Mitarbeiter des Grundsatz- oder Auswertungsreferats an den Besprechungen teilnehmen zu lassen.

Letztlich hat diese Fehlbesetzung mit zum Verrat der für den 17.02.2001 geplanten Durchsuchung durch die Quelle Backobst geführt. Ob hierdurch Zufallsfunde im Hinblick auf die NaBe-Ermittlungen vereitelt wurden, ließ sich weder be- noch widerlegen.

c) Neustart bei der Führung und Anwerbung von V-Personen

Einen weiteren Untersuchungsschwerpunkt bildeten die Recht- und Zweckmäßigkeit von Anwerbung und Führung der Quellen Piatto, Barte und Backobst. Hierbei sind zahlreiche Fehler sowie Organisationsmängel im Verfassungsschutz offenbar geworden. Mangels hinreichend ausgeprägter Fehlerkultur, interner Evaluation und Kontrolle fanden zunächst kaum Selbstkorrekturen des Verfassungsschutzes statt.

Umfangreiche Konsequenzen wurden erstmals durch Staatssekretär Lancelle gezogen. Mit dem Bekanntwerden des Geheimnisverrats durch Christian K. im Mai 2003 hat er umgehend reagiert und bereits zum Ende des Monats eine Dienstanweisung mit zahlreichen Maßnahmen erlassen, die sowohl die Aufarbeitung eventuell begangener Fehler, als auch eine (vorläufige) Neu- und Umgestaltung der V-Personen-Führung und –Nutzung beinhaltete. Es sollte nicht nur der gesamte Bestand der vorhandenen V-Personen auf Zuverlässigkeit und Nachrichtenehrlichkeit überprüft werden, sondern die Quellenführung insgesamt sollte verbessert und der Einsatz von Quellen restriktiver ausgeführt werden.

i) Zuständigkeiten

Insbesondere mangelte es an klaren Zuständigkeitsregelungen.

Organisierte Unzuständigkeit bei der Bewertung Stadlers

Mitarbeiter des Verfassungsschutzes schoben sich während ihrer Zeugenaussage wiederholt Kompetenzen und Zuständigkeiten gegenseitig zu. Dies beschränkte sich nicht allein auf die Frühphase des

Verfassungsschutzes, sondern war auch noch für die 2000er Jahren zu beobachten. Stadlers V-Mann-Führer Bartok behauptete, er habe die Zuverlässigkeit und Ehrlichkeit seiner Quelle weder bewerten können, noch dürfen. Als Quellenführer sei seine einzige Aufgabe die Überbringung von Informationen. Sein Vorgesetzter und Leiter des Beschaffungsreferats Giebler wiederum ließ sich dahingehend ein, er habe damals keinerlei Befugnisse gehabt; vielmehr habe der Abteilungsleiter Wegesin sämtliche Entscheidungen getroffen, auch die im Hinblick auf die Zuverlässigkeit der Quellen. Dieser wiederum stellte die Lage so dar, dass viele Entscheidungen auf Arbeitsebene getroffen wurden. Selbst wenn anzunehmen ist, dass alle drei Zeugen vor dem Ausschuss ihre jeweilige Verantwortung für die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der Quelle Stadler und dem hieraus resultierenden V-Mann-Skandal möglichst geringhalten wollten, zeugen diese Aussagen doch auch davon, dass es jedenfalls keine klare, schriftlich fixierte Regelung gab, die eindeutig definierte, wer die Zuverlässigkeit der Quelle beurteilen und über ihre Weiterbeschäftigung entscheiden sollte. Um diese Situation der „gefühlten Unzuständigkeit“ zu vermeiden, sind klare und eindeutige Regeln zwingend notwendig. Der Quellenführer hat eine wichtige Rolle bei der Bewertung der Zuverlässigkeit der Quelle, weil er durch seinen unmittelbaren persönlichen Eindruck der Quelle die entscheidende Faktengrundlage schaffen kann. Nach Aktenlage hat Bartok auch selbst Einschätzungen getroffen, als er Stadler wiederholt eine hohe Zuverlässigkeit bescheinigte. Da der Fall Stadler auch aufzeigt, dass die Bewertung durch den Quellenführer durch ein zu großes Näheverhältnis getrübt sein kann, sollte auch die Auswertung im Hinblick auf die Wertigkeit der erhaltenen Informationen und deren Bedeutung auf potentielle Gefahrenlagen beteiligt werden.

Zuständigkeits-Chaos bei der Anwerbung

Die laut Aktenlage und Zeugenaussagen offenbar nicht erfolgte Überprüfung von **Piattos** Vorleben im Rahmen seiner Anwerbung ist in Teilen sicherlich darauf zurückzuführen, dass die gerade im Aufbau befindliche Behörde noch

sehr unerfahren bei der Werbung von Quellen war. Die Aussage M.M.s¹⁴, der Bereich „Forschung & Werbung“ sei nicht dafür zuständig sich bei Polizei und sonstigen Quellen über den Hintergrund ihres Forschungsvorhabens zu informieren, wirkt hingegen wenig plausibel und wurde von den Zeugen Borchert und Wegesin widersprochen. Ein abschließender Vermerk zum Ende der Anwerbung, der die Eignung des Werbungsvorhabens als Quelle bewertete, wurde im Referat Beschaffung offenbar nicht verfasst. Ein derartiger Vermerk eines anderen Referats ist in den Akten nicht enthalten.

Im Fall **Stadler**, sechs Jahre später, fand eine umfangreichere Untersuchung statt. Einen Abschlussvermerk im Sinne einer eigenständigen und umfassenden Evaluierung findet sich aber ebenfalls nicht. Gerade im Hinblick auf die dem V-Personen-Wesen inhärenten Probleme (s. Kapitel 4. a.) ist eine äußerst sorgfältige Auswahl der Quellen von höchster Bedeutung. Auch hier muss klar geregelt werden, welche Informationen (insbesondere mögliche Vorstrafen, Szeneaktivitäten wie Betreiben von CD-Handel, Fanzines etc.) durch wen erhoben werden sollen, welche Ausschluss- und Bewertungskriterien anzuwenden sind und wer die Bewertung vornimmt beziehungsweise die Letztentscheidung trifft. Um den V-Personeneinsatz stärker zu fokussieren und zielgerichteter auszugestalten, erscheint es uns außerdem sinnvoll, nach Ablauf einer festgelegten Frist, spätestens nach einem Jahr, die Quelle zu bewerten. Im Hinblick darauf, dass Quellen als Szenemitglieder durchaus eigene, dem Aufklärungsinteresse zuwiderlaufende Ambitionen verfolgen können, erscheint eine regelmäßige Evaluierung sachgerecht und zweckdienlich. Zudem wird – auch im Hinblick auf die Kostenbelastung - vermieden, dass Quellen jahrelang alimentiert werden.

Unklarheiten bei der Verpflichtung von V-Personen

Es blieb ebenfalls unklar, wer aufgrund welcher Erwägungen die Entscheidung trifft, dass ein Informant als V-Person verpflichtet werden soll. **Piatto** wurde – trotz zahlreicher Aufträge – zu keinem Zeitpunkt verpflichtet.

¹⁴ Mitarbeiter des Verfassungsschutzes, der die ersten drei Besuche im Jahr 1994 bei Szczepanski durchführte.

Ende 1997 fiel dieses Versehen auf, wurde aber nicht sofort behoben, weil Piatto zu diesem Zeitpunkt wegen Verdachts der Schutzgelderpressung in den geschlossenen Vollzug zurückverlegt wurde. Vermutlich wurde die Verpflichtung zu einem späteren Zeitpunkt schlicht vergessen. Jede staatliche Stelle muss jedoch so organisiert sein, dass Abläufe, die zum normalen Aufgabenspektrum gehören, nicht vergessen werden *können*. Hilfreich wäre hierbei eine eindeutige Regelung, ob der Abteilungsleiter oder welcher Mitarbeiter für die Verpflichtungserklärung zuständig ist.

Auch sollten die Bedeutung einer derartigen Verpflichtung und der einhergehende Status und Zeitpunkt näher bestimmt werden. Es hat uns verwundert, dass **Stadler** kurz nach seiner Anwerbung bereits eine Verpflichtungserklärung unterschreiben musste – es aber danach noch hieß, man wolle den „*Informanten zum V-Mann*“ aufbauen.

Die ehemalige Abteilungsleiterin Schreiber hat Zweifel an der rechtlichen Bedeutung und tatsächlichen Notwendigkeit der Verpflichtungserklärung geäußert. Auch der ehemalige Verfassungsschutz-Chef Wegesin schien ein faktisches Kooperationsverhältnis für den V-Personen-Status als ausreichend zu erachten. Allerdings haben die untersuchten Fälle gezeigt, dass die V-Männer sich laut ihrer Zeugenaussagen an die Verschwiegenheitsverpflichtung gebunden fühlten. So hat Stadler sich im Juli 2002 zunächst geweigert, der Staatsanwaltschaft in Berlin Auskünfte zu seiner Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz Brandenburg zu erteilen, bis er hierzu ausdrücklich durch Bartok aufgefordert und förmlich verpflichtet wurde.

Die Justiz scheint dieser Verpflichtungserklärung ebenfalls eine Bedeutung beizumessen. Denn nur auf dieser Grundlage wurde der V-Mann Backobst als ein „für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteter“ und wegen Geheimnisverrats verurteilt.

ii) Methoden der Anwerbung

Die Methoden, die zur Anwerbung der Quellen verwendet wurden, waren zum Teil kritikwürdig. Der Wunsch, eigene Informationszugänge zu schaffen beziehungsweise zu halten, hat wiederholt zu Abwägungsfehlern geführt, weil die Probleme, die das V-Personen-Wesen mit sich bringt, nicht hinreichend in die Abwägung eingestellt wurden. Die Ermöglichung eines Erst-Zugangs zu einem gewissen Bereich kann nicht per se die Anwerbung von ideologisierten Personen rechtfertigen.

- Die Anwerbung **Szczepanskis** war aus mehreren Gründen ein Sonderfall. Einerseits, weil er selbst Kontakt mit dem Verfassungsschutz aufgenommen hat; andererseits, weil einige Fehler auf die Unerfahrenheit und dem Wunsch, eigene Informationszugänge zu erhalten der gerade erst im Aufbau befindlichen Behörde zurückzuführen ist. Die Zeugen haben überzeugend dargelegt, dass Szczepanski in den Folgejahren nicht mehr angeworben worden wäre. Es ist jedoch ebenso festzustellen, dass er auch von späteren Abteilungsleitern nicht abgeschaltet wurde.
- Dass Szczepanski bereits vorab von einer anderen Sicherheitsbehörde angeworben und an den Verfassungsschutz Brandenburg „übergeben“ worden wäre, hat sich weder bestätigen, noch widerlegen lassen. Das stärkste Indiz für eine vorhergehende Informantentätigkeit liefert ein Schreiben des damaligen Abteilungsleiters Pfaff aus dem Jahr 1995, in dem er darauf hinwies, dass Szczepanski für Verfassungsschutzbehörden (Plural) tätig sei. Er selbst konnte diese Formulierung in seiner Zeugenvernehmung nicht erklären. Die öffentlich angestellte Vermutung, Szczepanski sei bereits im Februar 1992 an einem Tag Vernehmungspause angeworben worden, konnte insoweit klargestellt werden, dass es

diesen Pausentag nicht gab.¹⁵ Die ursprünglich angenommene Erstvernehmung vom 22.02.1992 fand tatsächlich erst am 23.02.1992 statt. Das Versehen ist wohl auf die unglückliche Stempelsetzung des dem Untersuchungsausschuss des Bundestags vorgelegten Vernehmungsprotokolls zurückzuführen. Der Handakte des Generalbundesanwalts war das Datum problemlos zu entnehmen. Trotzdem bleiben Unklarheiten bestehen, beispielsweise wieso Szczepanski, obwohl er keinen festen Wohnsitz hatte, am 22.02.1992 aus dem Polizeigewahrsam entlassen wurde. Auch dieser Umstand könnte für eine Tätigkeit für eine andere Sicherheitsbehörde sprechen.

- In ihrer Methodik problematischer ist die Anwerbung **Stadlers**. Die Anwerbung von V-Personen ist unbestritten ein schwieriges Unterfangen, weil Personen, die die staatlichen Sicherheitsbehörden ideologiebedingt vehement ablehnen, für eine Zusammenarbeit gewonnen werden müssen. Erschwert wird dies zusätzlich, weil sie vom Verrat an ihren eigenen Ideen und Freunden zu überzeugen sind. Trotzdem dürfen die Anwerbungsmethoden gewisse Grenzen nicht überschreiten. Stadler hat sich jedenfalls subjektiv genötigt gefühlt, weil die Werber durchblicken ließen, Kenntnis von seinen noch nicht weiterhin bekannten Straftaten¹⁶ zu haben. In den Treffvermerken werden die Gespräche so dargestellt, als ob dieser Umstand nur erwähnt wurde, um Stadler über positive Anreize (Hilfe bei Wiedererlangung der Fahrerlaubnis) zu einer Zusammenarbeit zu bewegen. Der Zeuge Wegesin hat nicht in Abrede gestellt, dass es jedenfalls nicht Priorität des Verfassungsschutzes war, eine hierdurch geweckte Sorge beim Betroffenen zu vermeiden. Damals sei die Anwerbung bundesweit „sehr robust“ durchgeführt worden. Eine solche Herangehensweise sollte sich eigentlich bereits aus Eigeninteresse des Verfassungsschutzes verbieten, um möglichst

¹⁵ Diese Vernehmung fand im Rahmen des durch den Generalbundesanwalt geführten KKK-Verfahrens gegen Szczepanski u.a. statt.

¹⁶ In Rede stand „Fahren ohne Fahrerlaubnis“.

gute Quellen im Hinblick auf Nachrichtenehrlichkeit und Führbarkeit gewinnen zu können.

Als falsch hat sich jedenfalls die Behauptung im Urteil des Landgerichts Berlin herausgestellt, Stadler sei angeworben worden, „um“ Erkenntnisse zu der CD „Noten des Hasses“ zu erlangen. Zum Zeitpunkt der Anwerbung hatte der Verfassungsschutz noch keine Kenntnis von der Produktion dieser CD. Zur Motivlage des Verfassungsschutzes für die Anwerbung hat das Gericht allein auf die Aussage Stadlers verlassen und keine weiteren Beweise erhoben.

iii) Informationsabschöpfung

Um von einer V-Person Informationen zu erhalten, sind der Aufbau eines Vertrauensverhältnisses und die Gewährung von Prämien wichtig. Die Beweisaufnahme hat gezeigt, dass ein enges Verhältnis zwischen V-Person und Quellenführer allerdings auch ein Einfallstor für Risiken sein *kann*. Bei den Fällen Piatto und Stadler entstand der Eindruck, dass die Kumpelhaftigkeit im Umgang teilweise in Kumpanei abgerutscht ist.

Das Verhältnis zwischen Quelle und Quellenführer

- Das Verhältnis zwischen **Stadler** und Bartok war zu eng. Die durch das LKA Berlin im Juli 2002 abgehörten Telefonaten zwischen den beiden lassen die notwendige Professionalität von Seiten des Quellenführers missen. Bartok überlegt vor und mit seinem V-Mann, von wem dieser observiert werden könnte. Derartige Überlegungen gehören nicht in den Bereich der V-Mann-Führung. Denn V-Personen sind Szenemitglieder, denen der Verfassungsschutz mit der gebotenen Vorsicht begegnen sollte, weil sie unter Umständen eigene Interessen verfolgen – wie der Fall Stadler eindrucksvoll gezeigt hat.
- **Piatto** wurde die gesamten sechs Jahre von demselben V-Mann-Führer betreut. Hierdurch war das Verhältnis zwischen den beiden besonders vertrauensvoll. Szczepanski sprach davon, sich als dessen

Kollege verstanden zu haben. Ob Borchert Piattos Bitten entsprochen hat, ihm C 18-T-Shirts oder zahlreiche, höchstwahrscheinlich rechtsextremistische CDs zur Fortführung seines Handels mitzubringen, ließ sich nicht nachweisen.

Die Briefe Piattos an Borchert sind jedoch per se noch kein Indiz für ein zu enges Verhältnis. Zwar enden sie oft mit rechtsextremistischen Grußformeln und dem C 18-Emblem. Hierdurch können die Briefe jedoch höchstens Zweifel daran wecken, dass Szczepanski sich tatsächlich von der rechtsextremen Ideologie gelöst hatte. Der Verfassungsschutz durfte diese Grußformeln widerspruchslos hinnehmen, denn zu seinen Aufgaben gehört(e) es nicht, V-Personen aktiv aus der Szene zu lösen und zu deradikalisieren.

Funktionierende Kontrolle: die mittelbare Unterstützung des *United Skins* wird unterbunden

Allerdings liegen verdichtete Indizien vor, dass Borchert zeitweise die Herstellung des Fanzines *United Skins* – gegebenenfalls unbeabsichtigt – mittelbar unterstützt hat. Hier ist positiv hervorzuheben, dass in diesem Zusammenhang die Selbstkontrolle innerhalb des Verfassungsschutzes funktioniert hat: Im Frühjahr 1997 musste Borchert dem Abteilungsleiter Dr. Förster versichern, dass das *United Skins* nicht in der Haft und unter seiner Mitwirkung hergestellt werde. Dies scheint auch in der Gesamtschau der Beweisaufnahme zutreffend zu sein: Nach übereinstimmenden Aussagen von Mitarbeitern und Szczepanski, wurde das Zine – anders als *Der Weiße Wolf* – technisch nicht in der JVA hergestellt. Allerdings hatte Szczepanski – und mittelbar auch der Verfassungsschutz (s. Kapitel 4. b.) – weiterhin Einfluss auf die Gestaltung und den Inhalt des Hefts. Einzelne Artikel wurden von Szczepanski selbst verfasst. Zudem behielt er auch während seiner Haft die redaktionelle Verantwortung für das Zine. Dies wird auch vom damaligen stellvertretenden Abteilungsleiter Milbradt nicht bestritten.

Der Zeuge Dr. Förster vermutete vor dem Untersuchungsausschuss, dass jedenfalls die durch den V-Mann-Führer besorgten

Schreibmaschinenbänder auch zum Verfassen von Artikeln für das *United Skins* verwendet wurden. Laut Aktenlage gab es auch im Hinblick auf die hohen Telefonrechnungen und Auslagen Bedenken hinsichtlich der Quellenführung. Um die Professionalität der V-Mann-Führung zu wahren, hatte ihm Dr. Förster Borchert seinen „*besten Mann*“, Herrn Meyer-Plath, zur Seite gestellt. Dieser nahm fortan an den Abschöpfungsgesprächen teil, holte Szczepanski aber nur bei Krankheit oder Urlaub aus der Justizvollzugsanstalt (JVA) ab. Diese regelhafte Doppelbesetzung bei den Abschöpfungsgesprächen sollte als Standard eingeführt beziehungsweise beibehalten werden. Die beiden V-Mann-Führer selbst haben übereinstimmend die Erleichterung der Informationsgewinnung bei den Abschöpfungsgesprächen durch dieses 4-Augen-Prinzip gelobt. Zudem sollten die V-Mann-Führer durch eine regelmäßige Supervision unterstützt werden.

Prämien und Auslagenerstattung

Das enge Verhältnis von V-Person und Quellenführer scheint auch Auswirkungen auf Anträge zur Gewährung von Sonderprämien, Erhöhung der Prämien und Auslagenerstattung zu haben. Selbstverständlich ist gerade die Auszahlung von Geld ein wichtiger, wenn nicht der zentrale Anreiz für Szenemitglieder mit dem Verfassungsschutz zusammenzuarbeiten. Auswüchse, die in den 90er Jahren bestanden, wurden in der Folgezeit eingeeht. Insbesondere wurde erkannt, dass die V-Person sich nicht in finanzieller Abhängigkeit zum Verfassungsschutz befinden darf. Konsequenterweise verbieten sich Darlehen des Verfassungsschutzes an V-Personen. Denn bis zur Tilgung wird die Freiwilligkeit im Hinblick auf die Zusammenarbeit unzulässig eingeschränkt. Die Bereitstellung oder Finanzierung von Autos und Handys erscheint hingegen nur konsequent, um eine möglichst umfangreiche Informationsgewinnung zu gewährleisten.

iv) Sonderfall Piatto: Beeinflussung der Haftbedingungen, um Piatto besser abschöpfen zu können

Ein Schwerpunkt des Untersuchungsauftrags war die Frage nach der Beeinflussung der Haftbedingungen Piattos durch den Verfassungsschutz. Szczepanski hatte zweifellos gute Haftbedingungen, wie die frühe Gewährung seines Freigangs oder auch seine Angebote an Borchert, selbst Kopien von Zines anfertigen zu können, nahelegen. Der Verfassungsschutz hat teilweise Einfluss genommen oder zu nehmen versucht. Es konnte jedoch nicht nachgewiesen werden, dass *alle* Haftvergünstigungen auf den Verfassungsschutz zurückzuführen waren. Vielmehr wird der Quellenführung in der Haft auch zur Hilfe gekommen sein, dass die Zustände in den Justizvollzugsanstalten zu Beginn der 1990er Jahre teilweise nicht stringent organisiert waren.

Einigkeit herrschte zwischen den Zeugen der JVA und des Verfassungsschutzes, dass eine Quellenführung in der Haft äußerst unglücklich war. Piatto hatte in der Zeit des geschlossenen Vollzugs vor allem über seine zahlreichen nationalen und internationalen Briefkontakte Zugang zu Informationen. Der Verfassungsschutz hat wiederholt deutlich gemacht, dass er seine Quelle oft besuchen wolle und – nachdem Szczepanski ab Juni 1997 grundsätzlich (begleitete) Ausgänge erhielt - an möglichst vielen Ausgängen interessiert sei. Diese wurden Szczepanski in Begleitung, unter anderem seines „Sozialarbeiters“ Borchert gewährt.¹⁷ Der Verfassungsschutz hat sich diesbezüglich abgesichert, dass es sich nur um eine „*moralische Unterstützung*“ handele und keine juristischen Fürsorge- oder Überwachungspflichten hieraus entstünden.

Die Gewährung der zahlreichen Besuche in einem nicht kontrollierten Raum scheint die Justizvollzugsanstalt ohne große weitere Einflussnahme ermöglicht zu haben. Schließlich gewähre man ja auch Polizei und Rechtsbeistand derartige Konditionen, so ehemalige JVA-Bedienstete vor

¹⁷ Jedenfalls der rechtsextremen Szene gegenüber wurden die Besuche des V-Mann-Führers Borchert als solche eines „Sozialarbeiters“ legendiert.

dem Ausschuss. Eine *zielgerichtete* Beeinflussung der Haftbedingungen durch den Verfassungsschutz ließ sich nur hinsichtlich der Erleichterung und dann Aufhebung der Postkontrolle im März 1997 nachweisen.¹⁸

Mit Blick auf die Möglichkeit Zines, Briefe und Gegenstände bei den Besuchen zu übergeben, zeichnet sich nach der Beweisaufnahme ein höchst widersprüchliches Bild ab. Nicht nur die befragten ehemaligen Inhaftierten widersprachen sich bezüglich der Bedeutung und Sonderkonditionen für Szczepanski. Die Angaben der Häftlinge standen auch im Widerspruch zu den Angaben der JVA-Bediensteten.

Es ließ sich jedoch herausarbeiten, dass die Bedingungen in der Justizvollzugsanstalt Brandenburg a.d.H. kurz nach der Wiedervereinigung eher ungeordnet und chaotisch waren. Insofern war vermutlich in vielen Fällen keine Beeinflussung der Haftbedingungen notwendig, weil es ohnehin an strengen Kontrollen fehlte.

Aus unserer Sicht ist erwiesen, dass diese Bedingungen auch die Herstellung des Fanzines „Der Weiße Wolf“ in der JVA ermöglichten: die damaligen Nachforschungen zur Aufklärung des Sachverhalts waren sehr oberflächlich, so dass die Herstellung in der Bestimmtheit gar nicht hätte verneint werden dürfen. Der Zeuge J.B. hat glaubhaft geschildert, dass eine Vervielfältigung möglich war und stattgefunden hatte. Neben den aus den Akten ersichtlichen Schmuggelwegen bestand offensichtlich auch die Möglichkeit die Zines zu versenden, weil sie – getarnt als Zeitungen – aus Gründen des Presseschutzes nicht hätten kontrolliert werden dürfen. Obwohl die Nachforschungen in der notwendigen Tiefe noch nicht durchgeführt worden waren, haben weder die JVA-Leitung, noch das Justizministerium diese forciert. Vielmehr haben sie voreilig und abschließend eine Herstellung des Zines in der JVA verneint. Dass nicht hinreichend ermittelt wurde, mag, wie die damalige Dezernentin bei der Generalstaatsanwaltschaft richtig vermerkte, daran gelegen haben, dass

¹⁸ Diese war erlassen worden, nachdem im Dezember 1996 publik wurde, dass das Fanzine „Der Weiße Wolf“ in der JVA hergestellt wurde.

die JVA-Leitung sich nicht dem Vorwurf einer Pflichtverletzung ausgesetzt sehen wollte.

Beeinflussung der vorzeitigen Haftentlassung

Es erscheint außerdem als überwiegend wahrscheinlich, dass der Verfassungsschutz Einfluss auf die vorzeitige Haftentlassung Szczepanskis genommen hat.

- Zunächst wollte der Verfassungsschutz die Entlassung bereits zum Zeitpunkt des Verbüßens der Halbstrafe erreichen. Obgleich Szczepanski dies noch nicht bei der Anwerbung versprochen wurde, ist spätestens im Rahmen des Dolgenbrodt-Prozesses darauf hingewirkt worden. Der Abteilungsleiter Pfaff hat die Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) nicht nur (erfolgreich) um ein Hinwirken bei den Potsdamer Kollegen auf eine Einstellung des Verfahrens wegen des Konzerts in Gussow gebeten, sondern auch die Berücksichtigung von Szczepanskis Aussagebereitschaft bei einem Antrag auf Halbstrafe. Zur gleichen Zeit wurde Szczepanski darauf hingewiesen, dass für die JVA-Leitung erkennbar sein müsse, dass er sich von der rechtsextremen Szene distanzieren und keine Führungsrolle einnehme. Szczepanski versprach, dies hinreichend deutlich gegenüber der JVA zu dokumentieren. Im März 1997 formulierte Dr. Förster, damaliger Abteilungsleiter, den Wunsch auf Entlassung nach Verbüßen der Hälfte der Strafe nochmals ausdrücklich gegenüber der Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder). Auf deren Hinweis, dass Szczepanski sich zunächst von der rechten Szene lösen müsse, erwiderte er, dass der Verfassungsschutz daran kein Interesse habe. Von der Halbstrafenentlassung wurde letztlich Abstand genommen, da sie zu auffällig gewesen wäre. Aus diesem Gespräch nahm der Verfassungsschutz jedoch die Anregung der Staatsanwaltschaft mit, im Vorfeld eines Entlassungsantrags das Gespräch mit der JVA zu suchen, weil eine befürwortende Stellungnahme der JVA von großer Bedeutung sei.

- Die Beweisaufnahme legt nahe, dass diese Beeinflussung auch stattgefunden hat. Zwar hatte der Zeuge Gerhard K., Verfasser der Stellungnahme der JVA und damaliger Leiter des offenen Vollzugs, bei seiner Vernehmung keine Erinnerung mehr. Bei seiner schriftlichen Befragung fielen jedoch erhebliche Widersprüche zu seiner Zeugenaussage und den Akteninhalten auf. Nunmehr behauptete er, das Praktikum, auf das er in seiner Stellungnahme von 1999 Bezug nahm, sei erst für die Zeit nach der Haftentlassung geplant gewesen. Damit widerspricht er seiner damaligen Stellungnahme fundamental, in der es wörtlich heißt, Herr Szczepanski beginne „*ab 06.04.1999 seine Tätigkeit [...] bei der Firma P.*“¹⁹ Die Beweisaufnahme hat ergeben, dass diese Stellungnahme das zentrale Scharnier für die Haftentlassung war: nicht nur Staatsanwaltschaft und Strafvollstreckungskammer haben ihr eine hohe Bedeutung beigemessen, auch die psychologischen Gutachter haben sich ganz maßgeblich darauf gestützt. Zudem hätte der Verfassungsschutz damit die oben geschilderte Empfehlung der Staatsanwaltschaft umgesetzt, dass gerade die Stellungnahme der JVA von großer Bedeutung sei.

- Das Arbeitsverhältnis mit der Firma P. war offenbar eine reine Scheinbeschäftigung. Dies ergibt sich aus den Aussagen Szczepanskis und seiner V-Mann-Führer, aber auch aus den Aussagen der JVA-Bediensteten. Denn ein derartiges Praktikum oder Arbeitsverhältnis hätte vorab in Augenschein genommen und im Rahmen der Vollzugskonferenzen gemeinschaftlich beschlossen werden müssen. Da Szczepanskis Gefangenenebuch – fristgerecht – vernichtet wurde, lässt sich nicht mehr mit Sicherheit nachvollziehen, ob und was in den Vollzugskonferenzen hierzu besprochen und beschlossen wurde. Die an diesen Konferenzen Beteiligten konnten sich vor dem Ausschuss an ein derartiges Praktikum oder

¹⁹ Szczepanski wurde erst am 15.12.1999 aus der Haft entlassen.

Arbeitsverhältnis in der Nähe von Chemnitz jedoch übereinstimmend nicht erinnern.

Die Aussagen Szczepanskis hierzu werden auch durch die Deckblattmeldungen und Treffvermerke gestützt. Denn zeitgleich zum vermeintlichen Arbeitsverhältnis bestand weiterhin ein hohes Informationsaufkommen zu Veranstaltungen und Personen in und um Brandenburg a.d.H. beziehungsweise Königs-Wusterhausen, das er nur durch seine Präsenz vor Ort hätte erbringen können. Szczepanski hat, wie er zugab, die Strafvollstreckungskammer vielmehr angelogen als er im November 1999 auf eine schnelle Entscheidung drängte, weil er die langen Anfahrtswege nach Limbach-Oberfrohna zurücklegen müsse.

v) Dokumentation verbessern und Stabsstelle Innenrevision einführen

Nach den festgestellten Defiziten in der Quellenführung ist die CDU-Fraktion der Auffassung, dass eine Stabsstelle Innenrevision und eine bessere Fehlerkultur im Verfassungsschutz auf- und ausgebaut werden sollten. Dies setzt zwingend eine umfassende und lückenlose Dokumentation voraus.

Fehlende Verschriftlichung von Anweisungen und Genehmigungen

Die Akten des Verfassungsschutzes waren teilweise unvollständig. Insbesondere Anweisungen, Genehmigungen oder Gespräche beziehungsweise Absprachen mit anderen Sicherheitsbehörden wurden selten dokumentiert. Wie die Fälle Stadler und Christian K. vor Augen geführt haben, wäre gerade diese Dokumentation notwendig gewesen, um Fehlerquellen zu erkennen und zu beheben. Ebenso erscheint eine Dokumentation der tragenden Punkte bei Abwägungsentscheidungen für eine effektive interne oder parlamentarische Kontrolle unerlässlich.

Teilweise fehlende Verschriftlichung wichtiger Informationen in Deckblattmeldungen

Eine mangelhafte Verschriftlichung wurde jedenfalls für die Anfangszeit des Verfassungsschutzes in den 1990er Jahren auch bei der Kernaufgabe des Verfassungsschutzes offenbar: jedenfalls bei der Quelle Piatto wurden nicht sämtliche vorhandene Informationen in einer Deckblattmeldung niedergelegt.

- Offensichtlich hatte der V-Mann-Führer Borchert Anfang September 1998 erfahren, dass sich das Trio vermutlich in Chemnitz aufhalte. Zumindest hat er diese Information dem Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz am 07.09.1998 mitgeteilt. Diese Information findet sich weder in einer Deckblattmeldung, noch in einem Treffvermerk, obwohl sie zwingend hätte genannt werden müssen. Ebenso hätten die Umstände der Informationserhebung Bestandteil der Deckblattmeldung, jedenfalls des Treffvermerks, sein müssen, wenn diese den Quellenschutz begründen. Dass Piatto von der Waffensuche Werners in einem Vier-Augen-Gespräch erfahren haben soll, lässt sich ebenfalls nicht aus Treffvermerken oder Deckblattmeldungen entnehmen.
- Auch die Art und Weise, wie die erste Deckblattmeldung zum Trio vom 19.08.1998 verfasst ist, ist kritikwürdig. Sie basiert auf einem schriftlichen „Urlaubsbericht“ Piatto. Der Verfasser der Deckblattmeldung war sichtlich bemüht, diesen weitestgehend zu kürzen – und hat dabei relevante Informationen vorenthalten. In der Deckblattmeldung heißt es lediglich, die Skinheads seien „*medienbekannt*“. Im Urlaubsbericht benennt Piatto die konkrete Sendung (Kripo Live), anhand derer bereits der Verfassungsschutz Brandenburg das Trio hätte identifizieren können.
- Es entstand der Eindruck, dass über mehrere Monate trotz Informationsaufkommens überhaupt keine Deckblattmeldungen verfasst wurden, wie beispielsweise von Februar bis Juli 1996. Der Zeuge Borchert vermutete, dass in der Zeit weniger Treffen stattgefunden

hätten. Allerdings liegen Briefe Piattos an Borchert vor, die die Erstellung einer Deckblattmeldung nahegelegt hätten. Wieso dies unterblieb, konnte nicht aufgeklärt werden.

Eine verbesserte Dokumentation hilft auch den Quellenführern

Neben der besseren Evaluierungs- und Kontrollmöglichkeit, kann auch die V-Personen-Führung selbst durch eine gute Dokumentation der Treffen vereinfacht werden. So erläuterte die heutige Leiterin des Beschaffungsreferats als Zeugin vor dem Untersuchungsausschuss, dass die Treffvermerke wichtig seien, damit der V-Mann-Führer sich rasch an die letzte Gesprächssituation, die Sorgen und Nöte des V-Manns erinnern könne und wisse, wo und wie er beim nächsten Treff wieder ansetzen müsse. Gerade die Treffvermerke im Fall Piatto schienen hier noch ausführlicher und im oben geschilderten Sinne zweckdienlicher zu sein.

Rechtmäßigkeitsprüfung immer auch durch das Grundsatzreferat und eine außerhalb des Verfassungsschutzes angesiedelte Innenrevision

Neben der bereits angesprochenen Supervision der Quellenführer und der für Konzertbesuche oder ähnliches eingesetzten Verfassungsschutzmitarbeiter (s. Kapitel 4. a.), sollte eine bessere Verzahnung der Referate stattfinden, bei der beispielsweise das für juristische Fragen zuständige Referat Genehmigungen und Anweisungen auf ihre Rechtmäßigkeit hin prüft. Auch in Abwägungsprozesse sollte sie eingebunden sein. Das vorhandene Fachwissen des Rechtsreferats sollte umfassend bei der Arbeit des Verfassungsschutzes genutzt werden können. Ebenso bedarf es eines klaren Verfahrens, wie mit Fehlverhalten, einschließlich fehlerhafter Anweisungen umzugehen ist.

Im Fall der Quelle Christian K. gab es früh zahlreiche Indizien, dass ein Mitarbeiter des Verfassungsschutzes Ursprung des Geheimnisverrats war. Auf die daraufhin eingeholte dienstliche Erklärung des Quellenführers, durfte der Abteilungsleiter (zunächst) auch vertrauen. Als in der Presse jedoch widersprüchliche Versionen auftauchten, hätten jedenfalls

Nachforschungen erfolgen müssen. Die politische Ebene hat hier offensiver und besser reagiert: Staatssekretär Lancelle hat im Oktober 2003 den damaligen Generalstaatsanwalt Rautenberg wiederholt aufgefordert, gegen Mitarbeiter des Verfassungsschutzes wegen Strafvereitelung im Amt zu ermitteln. Dieser Aufforderung kam Rautenberg nicht nach. Lancelle hatte richtigerweise erkannt, dass es sich positiv auf die Arbeit des Verfassungsschutzes und die Mitarbeiter auswirkt, wenn er nicht Ziel von Skandalisierungen und Gerüchten ist.

Neben der engeren Zusammenarbeit des für juristische Fragen zuständigen Referats und insbesondere der Beschaffung, sollte eine Stabsstelle Innenrevision eingeführt werden, die die Arbeit des Verfassungsschutzes insbesondere auf ihre Recht- und Ordnungsmäßigkeit überprüft. Diese Stelle sollte außerhalb des Verfassungsschutzes angesiedelt werden, beispielsweise bei der Hausleitung des für Inneres zuständigen Ministeriums, um ihre Unabhängigkeit auch organisatorisch zu garantieren.

Positivbeispiele für eine funktionierende Selbst-Kontrolle

Positivbeispiele für eine funktionierende Kontrolle oder einen konstruktiven Umgang mit Fehlern gab es allerdings auch im Untersuchungszeitraum: Der Abteilungsleiter Dr. Förster stellte dem Quellenführer Borchert einen weiteren V-Mann-Führer zur Seite, als er Zweifel an der ordnungsgemäßen Führung, insbesondere im Hinblick auf die Herstellung des Fanzines *United Skins* bekam (s. Kapitel 4. c. iii.).

Der Staatssekretär Lancelle hat nach Bekanntwerden der Fehler in der Quellenführung im Mai 2003 umgehend Konsequenzen gezogen und bereits zum Ende des Monats eine Dienstanweisung mit zahlreichen Maßnahmen erlassen, die sowohl die Aufarbeitung eventuell begangener Fehler, aber auch eine (vorläufige) Neu- und Umgestaltung der V-Personen-Führung und –Nutzung beinhaltete. Es sollte nicht nur der gesamte Bestand der vorhandenen V-Personen auf Zuverlässigkeit und Nachrichtenehrlichkeit überprüft werden, sondern die Quellenführung insgesamt sollte verbessert und der Einsatz von Quellen restriktiver

ausgeführt werden. Sämtliche Indiskretionen sollten aufgeklärt werden. Folgerichtig überließ er der Staatsanwaltschaft Cottbus die vollständige – und eigentlich geheime – Treffakte Stadlers im sogenannten Bartok-Verfahren. Dies hatte Wegesin zuvor verweigert.

5) Handlungsempfehlungen

Obwohl seit dem Untersuchungszeitraum viele Jahre vergangen sind und bereits zahlreiche Änderungen angestoßen oder vorgenommen wurden, sind wir – auch im Hinblick zahlreicher neuerer (technischer) Entwicklungen – der Überzeugung, dass ein Neustart des Verfassungsschutzes notwendig ist. Der Verfassungsschutz ist und bleibt ein grundlegender Pfeiler unserer Sicherheitsarchitektur. Mit Hilfe nachrichtendienstlicher Mittel, wie den V-Personen, sondiert und analysiert er Gefährdungen für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung frühzeitig und sorgt so für die Sicherheit und Unversehrtheit der Bevölkerung. Durch die folgenden Handlungsempfehlungen soll die Legitimation des Verfassungsschutzes erhöht und Probleme, die im Rahmen der Untersuchungen aufgedeckt wurden, beseitigt werden.

Parallel zur Verabschiedung des Abschlussberichts wird über eine Novelle des Brandenburger Verfassungsschutzgesetzes entschieden. Die hierzu eingebrachten Änderungsvorschläge der CDU-Fraktion zum Gesetzentwurf der Regierungskoalition basieren größtenteils auf den Erkenntnissen des Untersuchungsausschusses und finden sich daher auch in den hiesigen Handlungsempfehlungen wieder. Teilweise sind jedoch auch Änderungen auf untergesetzlicher Ebene, namentlich den Dienstvorschriften, erforderlich. Im Rahmen eines Gesamtkonzepts sind folgende Punkte (weiterhin) umzusetzen beziehungsweise zu bedenken:

Handlungsempfehlungen für den Verfassungsschutz

1. **Klare Definition und Kommunikation der Aufgaben:** Die Untersuchungen haben gezeigt, dass die Aufgaben des Verfassungsschutzes – gerade in Abgrenzung zu denen der Polizei - **klar definiert und kommuniziert** werden sollen. Dies ist auch Aufgabe des Parlaments und der Regierung insgesamt. Notwendig ist dies unseres Erachtens vor allem auch, um die Position des

Verfassungsschutzes und der Polizei der Öffentlichkeit gegenüber zu stärken. Im Hinblick auf die geringeren Voraussetzungen für teils sehr eingriffsintensive nachrichtendienstliche Mittel, muss klargestellt werden, dass der Verfassungsschutz nicht zur Aufgabe hat, Kriminalität zu bekämpfen, sondern Extremismus, Terrorismus und Spionagebewegungen zu beobachten und zu analysieren. Seine Hauptaufgabe besteht in der Erstellung von Lagebildern für die Landesregierung. Diese ist dann wiederum dazu aufgefordert, die hieraus erforderlichen Konsequenzen zu ziehen.

2. **Verbesserung der Analysefähigkeit:** Kronjuwel der Verfassungsschutzarbeit ist die Fähigkeit aus zahlreichen Einzelinformationen eine vorausschauende und umfassende Analyse zu erstellen, die der Landesregierung als Grundlage für Handlungskonzepte zur Bekämpfung extremistischer und terroristischer Bestrebungen dienen kann. Hierfür bedarf es nicht nur **Mitarbeiter in hinreichend hoher Zahl**, sondern vor allem **fundierte Kenntnisse** der jeweiligen Materie, Personen und Gruppierungen, sowie der entsprechenden Kompetenz zur Auswertung und Einordnung. Alle Möglichkeiten der Informationsbeschaffung laufen ins Leere, wenn sie nicht zeitnah und fundiert analysiert werden können.
3. **Verpflichtende Fortbildungen und Einrichtung einer Schule für Verfassungsschutz:** Für sämtliche Aufgabenfelder des Verfassungsschutzes sollen **regelmäßig** Fortbildungen stattfinden, die auch die rechtlichen Aspekte der jeweiligen Tätigkeit, juristische Problemfelder und Spannungsverhältnisse umfassen. Die Teilnahme soll für die jeweiligen Mitarbeiter **verpflichtend** sein, denn gerade Sicherheitsbehörden müssen immer auf dem neuesten Stand sein, sowohl was technische Entwicklungen und Möglichkeiten betrifft, aber auch was neue Strömungen innerhalb extremistischer Bewegungen und Fortentwicklungen des Rechts beziehungsweise der Rechtsprechung angeht. Im Bereich der Beschaffung sollen die Fortbildungen – dem Aufgabenfeld der Beschaffung entsprechend - aktiv ausgestaltet sein.

Die Aus- und Fortbildung sollte von einer neu einzurichtenden Schule für Verfassungsschutz angeboten werden, an der sich mehrere Bundesländer

beteiligen. Vorteil zur Schule des Verfassungsschutzes des Bundesamtes wäre, dass sie sich bei der Aus- und Fortbildung auf die Spezifika der Terrorismus- und Extremismusformen, die in den sich beteiligenden Bundesländern vorkommen, spezialisieren kann.

4. **Einrichtung einer Stabsstelle Innenrevision:** Um die Arbeit des Verfassungsschutzes möglichst reibungslos zu gestalten, bedarf es einer funktionierenden ständigen Evaluation und Kontrolle. Diese sollte durch eine **Stabsstelle Innenrevision** durchgeführt werden, die die Tätigkeit des Verfassungsschutzes auf seine Recht- und Ordnungsmäßigkeit überprüft. Insbesondere der Einsatz von V-Personen im Hinblick auf deren Verhalten und den Umgang des Verfassungsschutzes hiermit sollte im Fokus stehen. **Organisatorisch** sollte diese Stabsstelle **außerhalb des Verfassungsschutzes** angesiedelt sein, vorzugsweise bei der Hausleitung des für Inneres zuständigen Ministeriums.

5. **Verbesserte Dokumentation:** Grundlage jeglicher Evaluierungsmöglichkeit bildet die **Dokumentation** von Entscheidungen, Absprachen, insbesondere mit anderen Behörden, Genehmigungen, Weisungen, Warnungen, mit V-Personen getroffenen Vereinbarungen und sonstiger Informationen, die entweder für die Informationsgewinnung oder für die rechtliche Beurteilung relevant sind. Insbesondere sollen **Abwägungskriterien und -entscheidungen** dokumentiert werden.

Zu einer besseren Überprüfbarkeit gehört auch eine vollständige Aktenführung, die – soweit nicht bereits umgesetzt – heutzutage möglichst digital erfolgen sollte.

6. **Bessere Verzahnung des Grundsatzreferats und der Beschaffung:** Aufgabe des Grundsatzreferats ist u.a. die Behandlung juristischer Fragestellungen und Probleme. Auch im Hinblick auf etwaige widerstreitende Interessen innerhalb des Beschaffungssreferats, soll das Grundsatzreferat bei Abwägungsentscheidungen herangezogen werden. Ebenso soll es eine

(zusätzliche) Rechtmäßigkeitsprüfung von Genehmigungen, Warnungen und Absprachen mit der Quelle oder im Verfassungsschutzverbund vornehmen.

7. **Klare Zuständigkeitsregelungen:** In den Dienstvorschriften muss klar geregelt werden, welche Stelle für die unterschiedlichen Aufgaben (Überprüfung eines Forschungsfalls, Überprüfung der Nachrichtenehrlichkeit und Zuverlässigkeit der Quelle...) zuständig ist. Eine klare Organisation und Strukturierung von Aufgaben helfen, Fehler zu vermeiden.
8. **Neudefinitionen:** Die NSU-Untersuchungsausschüsse haben die Notwendigkeit aufgezeigt, Begriffsdefinitionen regelmäßig neu zu überprüfen. Entwickeln sich die beobachteten Phänomenbereiche weiter, müssen auch die sie flankierenden Begriffe und Definitionen angepasst werden. Konkret sei hier vorgeschlagen, den Begriff des „Einzeltäters“ für den Verfassungsschutz neu zu definieren. Sowohl der NSU, als auch Täter, die sich dem Islamischen Staat verbunden fühlen, mögen auf den ersten Blick als Einzeltäter auftreten, sind aber durch eine Idee mit zahlreichen weiteren Personen oder Gruppierungen verbunden, durch die sie nicht nur ideell, sondern teilweise auch materiell unterstützt werden können, ohne dass hierfür die früher geforderte und übliche feste Organisationsstruktur besteht. Insofern kann bereits dann nicht mehr von einem Einzeltäter gesprochen werden, wenn ein **verbindendes ideologisches Konstrukt** besteht.
9. **Öffentlichkeitsarbeit und Transparenz optimieren:** Kernaufgabe des Verfassungsschutzes ist die Analyse und Bewertung verfassungsfeindlicher Bestrebungen. Um diese Erkenntnisse zu gewinnen, handelt der Verfassungsschutz grundsätzlich verdeckt. Über die gewonnenen Erkenntnisse soll der Verfassungsschutz im Rahmen des Möglichen die Landesregierung, den Landtag und die Zivilgesellschaft informieren, insbesondere in Form des jährlichen Verfassungsschutzberichts.

Handlungsempfehlungen im Hinblick auf das nachrichtendienstliche Mittel „V-Personen“

10. **Restriktiver Einsatz von V-Personen:** Die Untersuchungen haben gezeigt, dass das nachrichtendienstliche Mittel der V-Personen ein unsicheres ist. Sie sind zweifellos weiterhin in bestimmten Bereichen zwingend erforderlich, sollten aber nur dann eingesetzt werden, wenn kein anderes gleich geeignetes Mittel zur Erfüllung der Aufgaben des Verfassungsschutzes zur Verfügung steht. Insbesondere sollte der Verfassungsschutz, soweit es möglich ist, die Informationen unmittelbarer generieren: bei Bestellungen von CDs oder Heften und Recherchen, die durch Einrichtung eines Postfaches, eines E-Mail-Accounts oder Vergleichbarem durchführbar sind, sollte auf den Einsatz von V-Personen verzichtet werden. Selbst bei öffentlich zugänglichen Veranstaltungen könnten teilweise Mitarbeiter des Verfassungsschutzes unter einer nur kurzfristig angelegten Legende - ähnlich den nicht-öffentlich ermittelnde Polizeibeamte (NOEPS) - eingesetzt werden, beispielsweise beim Besuch von Konzerten. Dies ist bereits aufgrund der jetzigen Rechtslage möglich. So erhielte der Verfassungsschutz unmittelbarer und ohne die Gefahr der Nachrichtenunehrlichkeit notwendige Informationen. Diese Mitarbeiter sollen durch eine Supervision unterstützt werden.
11. **Ständige Evaluation von V-Personen:** Der Einsatz von V-Personen sollte streng begleitet und kontrolliert werden. Daher sollte die Anwerbungsentscheidung bereits auf höchster Ebene getroffen werden. Zuverlässigkeit und Nachrichtenehrlichkeit der V-Person sollte ständig überprüft werden, wobei Beschaffungs- und Auswertungsreferat zusammenwirken sollten. Ergeben sich Zweifel an der Zuverlässigkeit der Quelle, mindestens jedoch ein Mal im Jahr, soll ein Evaluationsbericht erstellt werden, der die Quelle hinsichtlich ihrer eigenen Qualitäten, aber auch der der Informationen bewertet. Bei der Überprüfung sind strenge Maßstäbe im Hinblick auf die Wertigkeit und Ergiebigkeit der Quelle anzulegen. Insbesondere wenn sich Hinweise auf die Unzuverlässigkeit oder mangelhafte Nachrichtenehrlichkeit ergeben haben, sollte im Zweifel die Zusammenarbeit beenden werden.

12. **Ausschluss der Anwerbung:** Soweit noch nicht erfolgt, sollen Ausschlussgründe für die Anwerbung von Personen als V-Personen gesetzlich normiert werden. Insbesondere sollen Minderjährige und nicht voll Geschäftsfähige, Berufsheimnisträger im Sinne der §§ 53 und 53a Strafprozessordnung, Teilnehmer eines Aussteigerprogramms und Straftäter, die Verbrechen begangen haben, nicht angeworben werden dürfen.
13. **Beschränkung der finanziellen Zuwendungen:** Desweiteren sollen V-Personen nicht derart mit Sach- und Geldleistungen durch den Verfassungsschutz unterstützt werden, dass sie hierdurch auf Dauer ihren Lebensunterhalt überwiegend bestreiten könnten. Hierdurch soll vermieden werden, dass die V-Personen in eine finanzielle Abhängigkeit geraten und sich gegebenenfalls an den Verfassungsschutz derart gebunden fühlen, dass ihre freie Willensentscheidung beeinträchtigt wird.
14. **Verbot konkreter Warnungen:** Es soll klarstellend darauf hingewiesen werden, dass anlassbezogene Warnungen der V-Personen unzulässig sind. Sind Warnungen als Belehrung der V-Person erwünscht oder notwendig, müssen sie regelmäßig wiederkehrend in vergleichbarer Art und Weise erfolgen.
15. **Quellenführung:** Die Quellenführung soll nach dem **Vier-Augen-Prinzip** ausgestaltet sein. Zusätzlich sollen die Quellenführer durch eine **Supervision** unterstützt werden. Um eine qualitativ hochwertige Abschöpfung der Informationen zu gewährleisten, sollen die Quellenführung regelmäßig von der Auswertung über neue Strömungen, Gruppierungen etc. umfassend informiert werden.
16. **Szenetypische Straftaten durch V-Personen:** Grundsätzlich dürfen V-Personen keine Straftaten begehen. Gleichwohl ist es lebensfremd, V-Personen nur in besonders geschlossenen Bereichen einzusetzen und zu erwarten, dass sie keine für diesen Bereich typischen Straftaten begehen. Insbesondere wenn eine Terrororganisation beobachtet werden soll, ist bereits die reine Mitgliedschaft strafbar. Will der Staat gerade in diesen hochgefährlichen Bereichen V-Personen einsetzen, muss ein gesetzlich normierter

Rechtfertigungsgrund geschaffen werden. Ebenso sollte ein Rechtfertigungsgrund für die Straftaten geschaffen werden, die „szenetypisch“ sind, also solche, die von ihm derart erwartet werden, dass sie unumgänglich sind, will die V-Person weiterhin Teil der Bestrebung sein. Hier ist jedoch eine Einschränkung auf solche Straftaten zwingend notwendig, die nicht in Individualrechte eingreifen und insbesondere verhältnismäßig sind.

17. **Abtrennungsgrund:** Ein weiteres Problem im Zusammenhang mit Strafverfahren gegen Quellen ist die mögliche Enttarnung und Gefährdung durch die Akteneinsichtsrechte etwaiger Mitbeschuldigter. Daher sollte geprüft werden, ob auf Bundesebene die Strafprozessordnung dahingehend angepasst werden kann, dass eine Abtrennung des Verfahrens der Quelle ermöglicht wird.

Verbesserung des Kooperationsrecht Verfassungsschutz – Polizei

18. **Einheitliche Terminologie:** Der Rahmen der Kooperation von Verfassungsschutz und Strafverfolgungsbehörden (bestehend aus Polizei und Staatsanwaltschaften) ist aufgrund des Trennungsgebots sehr eng. Innerhalb dieses Rahmens sollte die Zusammenarbeit jedoch bestmöglich funktionieren. Dies setzt beispielsweise voraus, dass bereits die verwendeten Definitionen und die Terminologie dieselben sind, um eine rasche Verständigung zu gewährleisten.
19. **Verpflichtende Informationsweitergabe an die Polizei:** eine Weitergabepflicht muss bestehen, soweit der Verfassungsschutz Informationen zu terroristischen Anschlägen, Gefahren für Leib und Leben, bezüglich Gefährdern und Straftaten nach den Abschnitten I bis V des Besonderen Teils des Strafgesetzbuches erlangt hat. Diese Informationen müssen in einer durch die Polizei **verwertbaren** Form weitergegeben werden.
20. **Entscheidungskompetenz bei Nichtweitergabe:** Da die Entscheidung über die Nichtweitergabe gravierende Konsequenzen haben kann, muss die Kompetenz hierfür auf hoher Ebene angesiedelt werden. Über die Nichtweitergabe aus Gründen des Quellenschutzes soll die Abteilungsleiterin

oder der Abteilungsleiter, unter Beteiligung der Auswertung und Beschaffung entscheiden.

- 21. Informationsweitergabe an die Polizei bei Informationen, die nicht durch nd-Mittel erlangt wurden:** Es soll geprüft werden, ob es gegen das Trennungsgebot verstößt, wenn der Verfassungsschutz verpflichtet wird, öffentlich zugängliche Informationen an die Polizei weiterzugeben. Dies betrifft Informationen, bei denen es vom Zufall abhängt, ob ein Polizei- oder Verfassungsschutzbeamter sie wahrgenommen hat (z.B. Konzertankündigung im Internet). Die Grenze wäre dann überschritten, wenn der Verfassungsschutz die Information aufgrund nachrichtendienstlicher Mittel erlangt hat.

Handlungsempfehlungen im Hinblick auf die parlamentarische Kontrolle

Die parlamentarische Kontrolle ist ein wichtiger Bestandteil, um die Arbeit des Verfassungsschutzes zu unterstützen und zu verbessern. Die Sachverständigenanhörungen zu Beginn des Untersuchungsausschusses haben ergeben, dass sie in Brandenburg im Vergleich zu anderen Bundesländern und dem Bund selbst noch schwach ausgestaltet ist. Eine starke parlamentarische Kontrolle, die auf einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der Exekutive basiert, kann substantiell zur Verbesserung der Arbeit des Verfassungsschutzes beitragen und Skandale zu verhindern helfen. Bereits der Fall Piatto hat gezeigt, dass Information und Befugnisausübung durch die Parlamentarische Kontrollkommission (PKK) zur Deskandalisierung von Problemfällen führen kann. Etwaig auftretende Fehler und Auswüchse können durch einen „externen“ Blick schneller erkannt und Abhilfe geschaffen werden.

- 22. Kompetenzen der PKK-Mitglieder:** Bereits eine Minderheit von einem Drittel der PKK-Mitglieder soll einen Anspruch auf Zugang zu den Akten des Verfassungsschutzes, Auskunfts- und Zutrittsrechte zum Verfassungsschutz erhalten, sowie die Einberufung der Kontrollkommission fordern können. Hierdurch wird eine effektive parlamentarische Kontrolle garantiert.

23. **Personelle Ausstattung der PKK:** Um eine sachlich fundierte und kontinuierliche Kontrolle des Verfassungsschutzes durch das Parlament zu gewährleisten, müssen die Abgeordneten grundsätzlich Kenntnis der Akten haben. Ein Vortrag durch die zu kontrollierende Behörde ist nicht ausreichend. Um die notwendige Vorbereitung der Abgeordneten zu gewährleisten, sollten sie durch jeweils einen sicherheitsüberprüften Mitarbeiter oder eine sicherheitsüberprüfte Mitarbeiterin der Verwaltung des Landtags unterstützt werden. Auch diese sollten Einsicht in die durch die PKK beigezogenen Akten des Verfassungsschutzes erhalten und an den Sitzungen teilnehmen können.
24. **Eingaberecht:** Angehörigen des Verfassungsschutzes soll es gestattet sein, sich in dienstlichen Angelegenheiten unmittelbar an die PKK zu wenden. („Whistleblower“). So können etwaige Missstände schneller aufgedeckt werden.
25. **Einbeziehung der PKK:** Es sollte mit der PKK eine Benehmensherstellung sowohl im Hinblick auf die Dienstvorschriften zur Beschaffung und Führung von V-Personen, als auch im Hinblick auf den Haushalt des Verfassungsschutzes stattfinden. Der Haushalt des Verfassungsschutzes ist wesensnotwendig streng geheim festzusetzen und zu beschließen. Jedoch sollten auch hier eine Informierung der PKK und somit eine Kontrolle stattfinden. So kann u.a. Anzahl und Entlohnung von V-Personen wirksam kontrolliert werden.
26. **Sondervotum:** das Brandenburger Verfassungsschutzgesetz sollte dahingehend geändert werden, dass jedes PKK-Mitglied ein Sondervotum abgeben kann. Hierdurch soll der Minderheitenschutz sichergestellt werden.

Handlungsempfehlungen im Hinblick auf Geheimhaltungsvorschriften

27. Die Verschlusssachenanweisung für die Behörden des Landes Brandenburg sollte dahingehend klargestellt werden, dass Aktenordner nicht mit Akten gleichzusetzen sind und folglich eine separate Einstufung einzelner Dokumente erfolgen kann, soweit sie nicht eine Akte im Sinne der Richtlinie für das Bearbeiten und Verwalten von Schriftgut in der Landesverwaltung Brandenburg sind.

28. Es soll geprüft werden, ob die Verschlussachenordnung des Landtages der Verschlussachenanweisung der Behörden des Landes Brandenburg insoweit anzupassen ist, als dass eine Einstufung als Verschlussache nicht mehr aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes erfolgen soll.

- I. Der NSU-Komplex und der brandenburgische Untersuchungsausschuss 6/1
- II. Wichtigste Erkenntnisse unserer Fraktion
- III. Sachverständigenanhörungen
 1. Politische Lage und Rechtsextremismus in Brandenburg
 2. Aufgaben des Verfassungsschutzes in der „Sicherheitsarchitektur“ des Landes Brandenburg
- IV. Der Fall „PIATTO“ (Carsten Szczepanski)
 1. Anwerbung eines verurteilten Straftäters
 - a. Das Fanzine „United Skins“ und „Der Weiße Wolf“ als politische Kulturträger
 - b. Rechtsextremistische Gefangenenhilfe durch den Verfassungsschutz
 - c. Täuschung der Strafvollstreckungskammer des Landgericht Potsdam bei der vorzeitigen Entlassung aus der Haft
 - d. Waffen und Sprengstoff
 2. Die Meldungen zum späteren NSU-Trio
 - a. Weitergabe der Deckblattmeldungen zum späteren NSU an andere Behörden
 3. Die SMS „HALLO. WAS IST MIT DEN BUMS“ vom 25.08.1998
 - a. Schreibweise der SMS und Vorkommen in TKÜ-Daten
 - b. Der Austausch des Handys
 - c. Codewort für Waffen
 4. Zur „Ausbeute“ der Quelle „PIATTO“
- V. Der Fall „BARTE“ (Toni Stadler)
 1. Anwerbung Stadlers
 2. CD-Produktion „Noten des Hasses“ als Beispiel für geheimdienstliche Willkür
 - a) Rechtswidriges Behördenhandeln
 - b) Strafvereitelung zu Gunsten von V-Mann-Führer Bartok
- VI. Der Fall „Nationale Bewegung“
 1. Zufallsfunde „Blood & Honour“
 2. Anwerbung von Sven Sch.
 3. Der Fall „BACKOBST“ (Christian K.)
- VII. Das Verhalten Brandenburgischer Behörden vor dem OLG München
 1. Die Sperrerklärungen des Innenministeriums
 2. Fazit zum OLG München
- VIII. Schlussbewertung und Ergebnisse
 1. Verfassungsschutz reformieren
 2. Unabhängigkeit der Justiz stärken
 3. Fazit des Untersuchungsausschusses

I. Der NSU-Komplex und der brandenburgische Untersuchungsausschuss 6/1

Im Land Brandenburg lag nach heutiger Erkenntnis kein Tatort des sogenannten NSU. Politischer Anlass für den Untersuchungsausschuss war das kritikwürdige Auftreten des brandenburgischen Innenministeriums und seiner Bediensteten vor dem Oberlandesgericht München im Jahre 2015. Öffentlich war hierdurch der Eindruck entstanden, Brandenburger Behörden hätten etwas zu verbergen und behinderten darum die Aufklärung des NSU-Komplexes.

Wir setzten uns daher für eine möglichst breit angelegte Untersuchung ein, die auch die grundsätzliche Arbeit des Verfassungsschutzes betraf. Am Ende sollten auch Schlussfolgerungen für eine Novellierung des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes getroffen werden.

Die Kooperation mit den im Ausschuss vertretenden Fraktionen verlief – mit Ausnahme der AfD – kollegial. Eine parteiübergreifende fachliche Zusammenarbeit, wie es sie im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Bundestages gab, kam in Brandenburg zu unserem Bedauern nicht zustande.

II. Wichtigste Erkenntnisse unserer Fraktion

- 1. Der brandenburgische Verfassungsschutz hat es Ende September 1998 rechtswidrig unterlassen, erhebliche Informationen der Quelle „PIATTO“ zu den Absichten des untergetauchten Trios direkt an die zuständigen Staatsanwaltschaften bzw. die Polizei in Sachsen und Thüringen zu übermitteln. Eine Ergreifung des NSU-Trios und seines Unterstützungsnetzwerks ist dadurch zumindest erschwert worden.**
- 2. Ein weitergehender und unmittelbarer Bezug zum NSU-Komplex, insbesondere durch den Einsatz von V-Leuten durch den brandenburgischen Verfassungsschutz, konnte nicht festgestellt werden. Die vom Ausschuss untersuchten Fälle im Bereich Rechtsextremismus „PIATTO“, „BARTE“ und „BACKOBST“ im Zeitraum 1994 bis 2005 waren allerdings durch systematische Rechtsbrüche und die Begehung von erheblichen Straftaten durch Verfassungsschutzbeamte geprägt.**
- 3. Die rechtsfehlerhafte und bemüht einseitige Auslegung der Begriffe „Quellenschutz“ und „Staatswohl“ führten zu der öffentlich bekannt**

gewordenen Blockadehaltung des brandenburgischen Verfassungsschutzes und des Innenministeriums beim NSU-Prozess vor dem OLG München.

4. Das nachrichtendienstliche Mittel der V-Leute ist nicht grundrechtskonform einsetzbar und wiegt im Nutzen nicht die damit erzeugten Schäden und Nachteile auf. Der „absolute Quellenschutz“ zugunsten von Spitzeln ist einer Strafverfolgung systematisch entgegengesetzt. Um Straftaten von V-Leuten und Verfassungsschutzbeamten zu verschleiern, gab es seitens des Innenministeriums Brandenburg in den Jahren 1994 bis 2005 strafvereitelnde Absprachen mit den Staatsanwaltschaften Frankfurt/Oder, Potsdam und Cottbus. Im Fall „PIATTO“ wurde einer Täuschung der Strafvollstreckungskammer des Landgerichts Potsdam Vorschub geleistet. Für die Rechtfertigung des Einsatzes von V-Leuten wurden durch das Innenministerium Brandenburg falsche öffentliche Erklärungen abgegeben, z.B. zum Strafverfahren gegen Toni Stadler im Jahre 2002 oder zuletzt zu den Ergebnissen des Einsatzes der Quelle „PIATTO“ im Jahre 2016.
5. Eine systematische Strafverfolgung des im September 2000 verbotenen „Blood & Honour“-Netzwerks erfolgte im Land Brandenburg weder durch lokale Staatsanwaltschaften und Polizeibehörden noch durch Bundesbehörden. Einzelnen „B&H“-Mitgliedern aus Brandenburg konnten enge persönliche Kontakte in das Unterstützumsfeld des späteren NSU-Trios in Chemnitz Ende der 1990er Jahre nachgewiesen werden.

III. Sachverständigenanhörungen

1. Politische Lage und Rechtsextremismus in Brandenburg

Die frühen 1990er Jahre waren auch in Brandenburg geprägt von der Ablösung der Gesellschaftsordnung der DDR durch die bundesrepublikanische. Diese „Wendejahre“ gingen auch einher mit Prozessen der Entwertung ganzer Biografien, der sozialen Entsicherung, der Orientierungs- und Kontrolllosigkeit als Resultat sozioökonomischer Entwicklungen und politischer Entscheidungen.

In dieser Situation erlebte die bereits vorhandene ostdeutsche Nazi- und Skinheadszenen durch westdeutsche und sogar internationale „Missionierung“ aus Großbritannien, Skandinavien und den USA einen regelrechten Boom und etablierte sich an vielen Orten als vorherrschende Jugendkultur. Als praktisches Beispiel hierfür kann bereits der Fall des Carsten Szczepanski angesehen werden, der in der Westberliner Neonazis-Szene aufwuchs und

**UA 6/1 des Landtages Brandenburg
Sondervotum der Linksfraktion**

mit seinem Erscheinen in Königs Wusterhausen Ende 1991 die örtliche Skinhead-Szene maßgeblich mitbeeinflusste.

Die landesweit mit dieser Entwicklung verbundenen schädlichen gesellschaftlichen Auswirkungen, wie Angriffe gegen Andersdenkende und Pogrome gegen Migrantinnen und Migranten, sind zuletzt durch die Publikation „Generation Hoyerswerda“ von Heike Kleffner und Anna Spangenberg sowie das Forschungsprojekt „Überprüfung umstrittener Altfälle Todesopfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt im Land Brandenburg seit 1990“ von Christoph Kopke und Gebhard Schultz durch das Moses Mendelssohn Zentrum Potsdam anschaulich aufgearbeitet worden¹, so dass wir hier ausdrücklich auf die darin niedergelegten Erkenntnisse verweisen. Wir haben uns auch dafür eingesetzt, dass Christoph Kopke und Gebhard Schultz als Sachverständige des Untersuchungsausschusses 6/1 für eine Aktenvorsichtung ins Innenministerium entsandt wurden.

Von den im Ausschuss angehörten Sachverständigen blieb uns der leider inzwischen verstorbene Generalstaatsanwalt des Landes Brandenburg, Prof. Dr. Erardo Cristoforo Rutenberg, im Gedächtnis. Rutenberg war es auch, der die Untersuchung auf den Komplex „Nationale Bewegung“ lenkte, eine rechtsgerichtete terroristische Vereinigung, die Anfang der 2000er Jahre im Raum Potsdam ihr Unwesen trieb.

In einem Interview für „Generation Hoyerwerda“ hatte er zur politischen Situation der 90er Jahre in Brandenburg zudem bemerkt: *„Einerseits war der Verfassungsschutz bestrebt, der Öffentlichkeit vorzugaukeln, dass die rechtsextreme Gefahr geringer sei als es den Anschein hatte. Andererseits wusste man nicht, wie man die Situation verbessern könnte, und griff nach jedem Strohalm.“*²

In diesem Lichte ist die Anwerbung des wegen Mordes verurteilten Carsten Szczepanski im Jahre 1994 von zahlreichen Beamten und Politikern vor dem Ausschuss vielfach als „verzweifelt“ letztes Mittel dargestellt worden. In dieses Bild sollte offenbar auch die in einer den Ausschuss vorbereiteten öffentlichen Sitzung der parlamentarischen Kontrollkommission am 12.04.2016 von Vertretern des Verfassungsschutzes³ gemachte Erklärung passen: *„Etwa 200 „Piatto“-Meldungen zogen strafrechtliche oder sonstige exekutive Maßnahmen nach sich.“*

Wie sich später herausstellte, war dies eine Falschbehauptung. Das Innenministerium stellte ein Jahr später klar, dass man nur die Anzahl der auf

¹ www.todesopfer-rechter-gewalt-in-brandenburg.de/debatte03.php

² Heike Kleffner u. Anna Spangenberg „Generation Hoyerswerda“, be.bra verlag GmbH, S. 218

³ Für das MIK waren anwesend: Heiko Homburg (Öffentlichkeitsarbeit) sowie Mathias Rhode (Grundsatzreferat)

Szczepanskis Informationen beruhenden Deckblattmeldungen angegeben habe.

Zugleich zeigte sich bereits hier neben der mangelnden Transparenz und Reglementierung ein Hauptdefizit des Geheimdienstes, nämlich die fehlende Überprüfbarkeit von Behauptungen einer im Geheimen agierenden Behörde. Ein weiteres Resümee, das gezogen werden muss, ist für uns auch, dass die Arbeit des Verfassungsschutzes nicht geeignet war, und nicht geeignet ist, wirksam rechtsextremistischen Gefahren zu begegnen. Das ändert sich auch nicht, wenn versucht wird, der Behörde mehr operative Befugnisse zu zusprechen.

Vor dem Hintergrund der politischen Lage in Brandenburg sind uns durchaus Fälle von vereitelten Nazi-Konzerten und Amtshilfe für den polizeilichen Staatsschutz in Strafverfahren bekannt geworden. Die von uns untersuchte Tätigkeit der Behörde war daher nicht erfolglos im engeren Sinne – wir bezweifeln jedoch, dass sie den Preis der politischen Verfehlungen und der systematischen Rechtsbrüche wert war.

2. Aufgaben des Verfassungsschutzes in der „Sicherheitsarchitektur“ des Landes Brandenburg

Durch die Sachverständigen wurde für das Land Brandenburg eine in der Bundesrepublik anfängliche besondere Ausrichtung des Verfassungsschutzes attestiert. Gemäß dem Vorschaltgesetz zum Gesetz über den Verfassungsschutz im Land Brandenburg vom 3. Dezember 1991 war der Einsatz von nachrichtendienstlichen Mitteln bis zum Inkrafttreten des späteren Gesetzes über den Verfassungsschutz im Land Brandenburg im Jahre 1993 unzulässig. In Brandenburg war nach der leidvollen Erfahrung mit dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR anfänglich bewusst auf einen operativ tätigen Inlandsgeheimdienst verzichtet worden.

Das 1993 erlassene und in dieser Form bis heute gültige Gesetz über den Verfassungsschutz im Land Brandenburg sah dann bis auf den Einsatz von V-Leuten sehr wenige operative Befugnisse vor. Dem gesetzlichen Zweck nach soll der Verfassungsschutz eine analysierende Behörde sein, die Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung sowie den Bestand und die Sicherheit des Bundes und der Länder aufklärt, aber keinerlei polizeiliche Befugnisse hat. Bereits im sogenannten Polizeibrief, einem Schreiben der Militärgouverneure der westdeutschen Besatzungszonen an den Parlamentarischen Rat vom 14. April 1949, war dies so bestimmt worden. Das Schreiben gilt auch als die Geburtsstunde des Trennungsgebot zwischen Polizei und Nachrichtendiensten. Eine allmächtige Geheime Staatspolizei sollte es auf deutschem Boden nicht wieder geben.

Aus dieser Perspektive ist die Erwartung, der Verfassungsschutz könne bei der Gefahrenabwehr oder gar zur Verbrechensbekämpfung eingesetzt werden, abzulehnen. Schließlich stellt aus unserer Sicht bereits die Existenz einer im Geheimen und ohne wirksame Kontrolle operierenden Behörde, die zur Überwachung der Bevölkerung eingesetzt wird, einen dauerhaften Angriff auf die bürgerliche Freiheit dar.

3. Gesetzliche Grundlagen

Das 1993 in Kraft getretene Gesetz über den Verfassungsschutz im Land Brandenburg (Bbg VerfSchG) enthält in § 17 die eindeutige Verpflichtung, den Staatsanwaltschaften und der Polizei „von sich aus“ bekanntgewordene Informationen einschließlich personenbezogener Daten zu übermitteln, wenn dies zur Verhinderung oder Verfolgung von Staatsschutzdelikten erforderlich ist.

Dies gilt über einen direkten Verweis gemäß § 120 Absatz 1 Nr. 7 GVG auch für die Nichtanzeige von Straftaten nach § 138 StGB, wenn die Nichtanzeige eine Straftat betrifft, die zur Zuständigkeit der Oberlandesgerichte gehört.

Erhält die Verfassungsschutzbehörde, z.B. so wie im Fall „PIATTO“, relevante Hinweise auf das untergetauchte NSU-Trio in Chemnitz, dass „*weitere Überfälle*“ begehen will, genügte es nicht, diese Informationen bloß mit anderen Verfassungsschutzbehörden zu teilen. Das brandenburgische Gesetz sieht die unmittelbare Übermittlung der Hinweise an Staatsanwaltschaften und Polizei vor.

Aus diesem Grund ist es also auch nicht erforderlich, den Verfassungsschutz „extra“ in gemeinsame Terrorabwehrzentren oder ähnliche das Trennungsgebot verletzende Gremien einzubinden. Eine Pflicht zur Weitergabe relevanter zur Verfolgung schwerer Straftaten benötigter Informationen ergibt sich bereits aus der bestehenden gesetzlichen Lage – im Land Brandenburg also bereits seit dem Jahre 1993.

Der Sachverständige Prof. Dr. Ralf Allewelt bestätigte darüber hinaus, dass ein Mitarbeiter des Verfassungsschutzes sich gemäß § 138 Strafgesetzbuch (StGB) strafbar mache, wenn er Umstände eines beispielsweise geplanten Bankraubes erführe und hierzu keine Strafanzeige bei der Polizei erstatte. Der Sachverständige Prof. Dr. Heinrich Amadeus Wolff meinte, dass das Informationssystem der Geheimdienste in einem solchen Fall Vorrang habe und ein solches Unterlassen allenfalls „grundrechtswidrig“ aber nicht strafbewehrt sei. Wir finden, dass auch „nur“ verfassungswidriges Handeln des Verfassungsschutzes nicht hingenommen werden kann.

Gemäß § 6 Absatz 7 Bbg VerfSchG dürfen beim Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel keine Straftaten begangen werden. Weiter heißt es darin, dass eine abschließende Aufzählung der Straftatbestände, die verwirklicht werden dürfen, in einer Dienstvorschrift nach Vorlage in der Parlamentarischen Kontrollkommission erfolgt. Für das Land Brandenburg wurde eine solche Vorschrift bis heute nicht erlassen. Es gilt daher immer noch das gesetzliche Verbot der Begehung selbst geringfügiger Straftaten für den Verfassungsschutz Brandenburg und seine Bediensteten.

Eindeutig stellten die Sachverständigen dar, dass die Verfassungsschutzbehörde darüber hinaus die von ihr beobachteten Bestrebungen durch den Einsatz von V-Leuten nicht steuernd beeinflussen dürfen. Dies hatte das Bundesverfassungsgericht im Jahre 2002 in seiner Entscheidung zum (gescheiterten) NPD-Verbotsverfahren herausgearbeitet.

IV. Der Fall „PIATTO“ (Carsten Szczepanski)

1. Anwerbung eines verurteilten Straftäters

Der Fall des V-Mannes „PIATTO“ alias Carsten Szczepanski zeigt anschaulich, unter welchen Umständen sich eine staatliche Behörde mit den Kräften gemein macht, die sie zu bekämpfen vorgibt.

Sowohl in der behördeninternen als auch der öffentlichen Darstellung ist stets das mit „PIATTO“ erzielte Informationsaufkommen betont worden. Vor dem Untersuchungsausschuss versäumte es so sein ehemaliger V-Mann-Führer, der heutige Präsident des Sächsischen Verfassungsschutzes Gordian Meyer-Plath, nicht, den Begriff vom „*Quantensprung*“ zu bemühen. Bedenkt man jedoch, dass „PIATTO“ in der Eigendarstellung des Verfassungsschutz Brandenburg die erste überhaupt geführte Quelle war, ist diese Steigerung des Informationsaufkommens „um 100 Prozent“ nur ein rhetorischer Kniff, aber kein Wunder.

Unbestreitbar hat „PIATTO“ enorm viele Informationen über „seine“ Szene in Königs Wusterhausen und seinen später von ihm in der JVA per Briefpost und durch persönliche Besuche erweiterten Bekanntenkreis geliefert. Wie der Sachverständige Dirk Laabs anschaulich darstellte, gehörten dazu auch bedeutende internationale Kontakte⁴. Um seinen Einsatz aber politisch bewerten zu können, müssen diesem Informationsaufkommen sämtliche Kosten, Einbußen und „Kollateralschäden“ gegenübergestellt werden.

Selbstkritisch wurde von einigen Verfassungsschutzbeamten immerhin gesehen, dass die faktische staatliche Begünstigung eines wegen versuchten Mordes verurteilten Neonazis selbst für Konservative ein gewisses Gerechtigkeitsdefizit aufweist. Nicht ohne Grund wird es daher zu der grotesk

⁴ siehe auch Dirk Laabs u. Stefan Aust, Heimatschutz, München: Pantheon, 2014

**UA 6/1 des Landtages Brandenburg
Sondervotum der Linksfraktion**

wirkenden „Absegnung“ des Einsatzes von „PIATTO“ durch den verstorbenen Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, Ignaz Bubis, gekommen sein, von der uns der ehemalige Verfassungsschutzchef Dr. Hans-Jürgen Förster berichtete. So naiv dieser Akt auch wirkt, so offenbart er doch, wie wenig moralisches Gespür im Brandenburgischen Innenministerium – aber auch in der Parlamentarischen Kontrollkommission des Landtages, die fortlaufend über den Einsatz informiert war – vorhanden gewesen sein muss.

Völlig unbeleuchtet ist bis heute aber geblieben, unter welchen Rechtsbrüchen die „quantensprunghafte“ Informationsgewinnung durch „PIATTO“ erkaufte wurde.

Szczepanski erhielt schon als Untersuchungsgefangener in der JVA Königs Wusterhausen regelmäßig Besuche seines als Sozialarbeiter legendierten V-Mann-Führers Dieter Borchert, der ihm nicht nur Gesellschaft leistete, sondern bereits mit Kakaopulver und Schokolade beschenkte. Später schmuggelte Borchert sogar Gehacktes für Bouletten, Zigaretten, Schreibutensilien und Lesestoff in die JVA Brandenburg an der Havel. Wer die totale Institution Knast mit seiner Subkultur kennt, weiß, wie wertvoll bereits kleinste Zuwendungen für einen Inhaftierten sein können.

Uns geht es an dieser Stelle nicht darum, diese Unterstützung an sich zu brandmarken. Wir wollen darauf hinweisen, dass sich durch diese „ungesunde“ Nähebeziehung nicht nur die Gewichte des Rechts zu Lasten der „normalen“ Mitgefangenen oder dem Tatopfer, dem nigerianischen Lehrer Steve E., verschoben haben – auch der Gefangene Szczepanski entwickelte unter dem Druck der Inhaftierung eine starke persönliche Abhängigkeit zu seinen V-Mann-Führern.

Wir verkennen nicht, dass Szczepanski sich durch forschende Anschreiben selbst dem Verfassungsschutz angedient und dadurch eine sicherlich für das V-Mann-Wesen seltene Beflissenheit zu einer Art „freien Mitarbeiter“ entwickelt hat, der im Laufe der Zeit eigenständige Auswertebereiche für die VS-Behörde verfasste. Doch wir fragen, ob es für Szczepanski eine andere – bessere – Wahl gab. Er hätte aussteigen können, wie sein verurteilter Mittäter Kai M., den wir im Ausschuss als Zeugen vernahmen. Dann hätte er sich absondern müssen von den anderen rechten Gefangenen, von diesen Repressionen fürchten müssen und seinen sozialen Status als Verteiler von Fanzines und Nazi-CDs eingebüßt. Es hätte dann keine Ausflüge zu Nazi-Konzerten mit Meyer-Plath und Borchert gegeben, keine Zigaretten, keine Schreibmaschinenbänder und nicht zuletzt – kein Geld als Lohn für seine „Arbeit“ für den Verfassungsschutz.

Wer Carsten Szczepanski als Menschen sieht, der auch als Gefangener Träger von Grundrechten war, wird feststellen, dass der Verfassungsschutz Brandenburg nicht zuletzt auch dessen Anspruch auf Resozialisierung

**UA 6/1 des Landtages Brandenburg
Sondervotum der Linksfraktion**

vereitelt hat. Zwar wurde „PIATTO“ darauf hingewiesen, er solle sich gegenüber der JVA-Leitung bedeckt halten und die Anstaltsvorschriften achten. „Hintenherum“ steuerten seine V-Mann-Führer ihn jedoch immer tiefer und immer weiter in die Nazi-Szene, der er als zu resozialisierender Gefangener eigentlich entwachsen sollte.

Erst in der Haft lernte Szczepanski nach eigenem Bekunden die für den NSU-Komplex relevante „Blood & Honour-Sektion Sachsen“ um Michael Probst kennen, durch diesen dann auch dessen Ehefrau Antje sowie Jan Werner und Thomas Starke. Er hielt in der Haft weiter den Kontakt zu den alten Kumpeln aus Königs Wusterhausen wie Ralf L. und Henning K. (P.). Einige Knast-Briefe von „PIATTO“ an Borchert deuten sogar darauf hin, dass V-Mann-Führer Borchert persönlich mit Szczepanskis Ex-Freundin Christiane S. und Hardcore-Nazi Henning K. (P.) aus Kirchmöser persönlichen Umgang hatte und CDs übergab.

Allein diese Umstände zeigen, dass für Szczepanski nie eine realistische Chance bestanden hatte, sich von der Nazi-Szene zu lösen. Der Verfassungsschutz hatte das alleinige Interesse an der Informationsgewinnung. Durch Konspiration mit der Staatsanwaltschaft Frankfurt/Oder und den JVA-Leitungen in Königs Wusterhausen und Brandenburg an der Havel sorgte er einzig für einen ungestörten Zugang zu seiner „Quelle“. Dass Szczepanski aussteigt, gar seinen rassistischen Mordversuch psychologisch aufarbeitet und sich tatsächlich von einer Szene lossagt, in der er dafür weiterhin als Held verehrt wird, wurde zu keinem Zeitpunkt angestrebt.

Die Briefe, die Szczepanskis an seinen V-Mann-Führer Dieter Borchert schrieb, und die er zeitweilig mit *„Heilihallo Dieter“* begann oder mit *„88 Mal das Beste!“* beendete, zeigen eine unkritische Denkweise. Es ist schwer vorstellbar, dass die V-Mann-Führer in Gesprächen korrigierend eingegriffen, gar ihre „Quelle“ ermahnt hätten, dass er jetzt kein Nazi mehr sei und sich „intern“ rechtschaffend geben solle. Vielmehr kann angenommen werden, dass es den Beamten nicht schwergefallen ist, auf dem Niveau gemeinsamer Deutschtümelei auch die Nazi-Witze Szczepanskis oder seiner Freunde abzunicken.

Szczepanski scheint die Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz – nach unserem Eindruck bis heute – innerlich als Wohltat empfunden zu haben. Seine Loslösung von der Szene soll dadurch zum Ausdruck gekommen sein, dass er alle seine ehemaligen Kameraden und Freunde verriet. Aus unserer Sicht wurde er gleichzeitig aber auch seines Anspruchs auf Gefangenen-Resozialisierung beraubt und unter dem staatlichen Druck der Inhaftierung als nachrichtendienstliches Mittel ausgebeutet. Szczepanski nur als einen *„in der Wolle gefärbten Neonazi“* zu sehen, mag helfen, diesen Umstand zu

akzeptieren – es steht gleichwohl im Widerspruch zu Artikel 1 des Grundgesetzes und Artikel 54 der Landesverfassung Brandenburg.

Wie Ex-Verfassungsschutz-Chef Förster, selbst Jurist, zugab, wurde Szczepanski Anfang 1995 sogar rechtsirrig dazu geraten, ohne Absprache mit seinem Pflichtverteidiger, die Revision gegen das Urteil des Landgerichts Frankfurt/Oder, das auf 8 Jahre Freiheitsstrafe lautete, zurückzunehmen. Förster sei beim Durchsehen der Urteilsgründe später aufgefallen, dass Strafzumessungsgründe doppelt bewertet wurden – ein klarer Revisionsgrund, der zur Aufhebung des Urteils hätte führen müssen. Stattdessen sei mit der Staatsanwältin Petra Marx eine rechtlich kaum mögliche Aussetzung der Strafvollstreckung diskutiert worden, die sogenannte Halbstrafenaussetzung.

2. Förderung der rechtsextremistischen Szene und strafbarer Handlungen durch die VS-Behörde („Brandstift-Effekt“ BKA Papier 03.02.1997⁵)

a. Das Fanzine „United Skins“ und „Der Weiße Wolf“ als politische Kulturträger

Szczepanski war den Behörden bereits in Berlin mit einem ekelhaft rassistischen Fanzine namens „Feuerkreuz“ aufgefallen, das thematisch an die KKK-Geheimbünde in den USA angelehnt war. Er setzte seine Arbeit in Königs Wusterhausen mit dem Fanzine „United Skins“ fort, welches in einer Art missionierender Aufmachung auch „unpolitische“ Teile der Skinhead-Kultur ansprechen sollte.

Bereits in seinem ersten Anwerbungsgespräch im August 1994 fertigte er dem Verfassungsschutzbeamten Maslow eine umfassende Liste seiner Kontakt- und Bestelldaten. Es kann als gesichert gelten, dass Szczepanski in der Folge von seinen V-Mann-Führern dazu animiert wurde, auch in der Haft das Fanzine „United Skins“ weiter zu produzieren und dazu auch das bestehende Postfach in Wildau zu nutzen, auf das Ralf L. und Christiane S. weiterhin Zugriff hatten. Es lassen sich ab der Ausgabe Nr. 6 des Fanzines ziemlich deutliche Rückschlüsse auf den Entstehungsprozess und vor allem die redaktionelle Handschrift Szczepanskis ziehen. Hierzu passen auch die zahlreichen von ihm in Briefen von seinen V-Mann-Führer erbetenen Schreibmaschinenbänder. Das Layout des Fanzines weist zu großen Teilen von Szczepanskis verfasste Texte auf, auch erkennbar an dem zuordenbaren Schreibmaschinen-Layout, das für seine Briefe an die JVA oder die Staatsanwaltschaft charakteristisch war.

Als 1996 durch die Recherche der „Junge Welt“ die Fanzine-Herstellung in der JVA Brandenburg an der Havel, auch die von „Der Weiße Wolf“ aufgedeckt

⁵ Siehe dazu Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/14600 vom 22. August 2013, S. 218ff.

wird, wird Szczepanskis Haftraum von einer Durchsuchung ausgenommen. Er beschwert sich jedoch in einem Brief an Borchert – diesmal handschriftlich – über die vorübergehenden Sanktionen der JVA Leitung.

Im Verfassungsschutz beschönigte man Szczepanskis Aktivitäten mit der Ausrede, dass das „United Skins“ zu diesem Zeitpunkt keine strafbaren Inhalte enthalte. Ganz offensichtlich unterstützte man „PIATTO“ aber vorsätzlich mit Schreibmaschinenbändern, Zigaretten als Tauschwährung für die Fertigung von Kopien und dem Ein- und Ausschmuggeln von relevanten Unterlagen. Sogar V-Mann-Führer Meyer-Plath hat an fünf bis sechs Gelegenheiten „blaue Stoffbeutel mit Unterlagen“ in die Haftanstalt getragen, welche ohne Kontrolle an Szczepanski ausgehändigt wurden⁶. Auf dem gleichen Weg seien aber auch Unterlagen des V-Mannes, teilweise im Format eines halben A4-Ordners, ungeprüft an Meyer-Plath ausgehändigt worden.

Besonders augenscheinlich ist Szczepanskis Urheberschaft am „United Skins“ ab der Ausgabe Nr. 13 im Jahre 1998. Das nun offenbar mit einem Computer gestaltete Text-Layout des Fanzines ist mit den von ihm selbst verfassten Auswertungs-Berichten an den Verfassungsschutz identisch. Szczepanski hatte offenbar relativ professionell eigene Formular-Vorlagen erstellt und diese universal verwendet.

Mit den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Regensburg wegen Volksverhetzung wächst die Fanzine-Herstellung schließlich doch zu einem ernsthaften Problem für den Verfassungsschutz Brandenburg, da sogar V-Mann-Führer Borchert als Tatverdächtiger geführt wird.

Aktenmäßig konnten unsere Sachverständigen Bohm, Schultz und Kopke wegen des Zeitablaufs dazu zwar kaum noch Unterlagen im Verfassungsschutz und im LKA finden – es ist aber durch einen Vergleich mit anderen Situationen sehr wahrscheinlich, dass Verfassungsschutzchef Heiner Wegesin (CDU) im Sommer 2000 auch in dieser Angelegenheit *„in geeigneter Weise“*⁷ bei den Strafverfolgungsbehörden interveniert hat.

Neben der Förderung von Straftaten durch propagandistische Volksverhetzung und damit gleichzeitig verwirklichten Verstößen gegen § 6 Absatz 7 Bbg VerfSchG (vgl. oben) hat der Verfassungsschutz Brandenburg auch die Kohärenz der Nazi-Szene gestärkt. Die Fanzines sollten gerade die überall entstehenden Nazi- und Skinhead-Cliquen kulturell näherbringen und über vermeintlich harmlose Themen wie Fußballberichte oder Musikbesprechungen gleichzeitig politisch indoktrinieren.

⁶ Protokoll der 29. Sitzung vom 02.07.2018, Zeuge Olaf Spiering

⁷ Vgl. hierzu die Treffvermerke im Fall „BARTE“; gemeint war hier offenkundig stets, dass Wegesin durch Anrufe bei ihm gut bekannten Staatsanwälten und Polizeibeamten auf eine Einstellung der Ermittlungen pochen konnte

Dass dies von der Behörde empfindungslos einkalkuliert wurde, bestätigte Meyer-Plath persönlich. Er führte in seiner Vernehmung am 20.04.2018 aus, dass sich die rechte Szene auch ohne den vom Verfassungsschutz gesteuerten Szczepanski entwickelt hätte, dann aber ohne Kenntnis der Behörden. Vor dem Hintergrund der Bekämpfung rechter Umtriebe seien gewisse Auswüchse daher hinzunehmen gewesen.

Es kann davon ausgegangen werden, dass dieses Kalkül auch hinsichtlich der Herstellung des Fanzines „Der Weisse Wolf“ galt. Über dessen Herstellung in der JVA Brandenburg an der Havel aber auch die Umstände der Vervielfältigung außerhalb der JVA hatte Szczepanski dem Verfassungsschutz detailliert berichtet. Sehr wahrscheinlich hat er seine V-Mann-Führer auch mit Exemplaren des Druckwerkes versorgt. Im Impressum des Machwerks war bis ca. 1999 sogar die JVA-Anschrift von Maik F. und Jens Z. angegeben. Über Ursprünge und Inhalte von „Der Weiße Wolf“ war der Verfassungsschutz Brandenburg durch „PIATTO“ vollständig im Bilde.

Die von der „Junge Welt“ aufgedeckte Fanzine-Herstellung in der JVA Brandenburg an der Havel wurde indes behördenseitig sowohl intern als auch öffentlich damit klein geredet, dass sich eine konkrete Herstellung an anstaltseigenen Druckmaschinen nicht direkt beweisen lasse. Auf Initiative des Verfassungsschutzes wurde auch die kurzzeitig verhängte Postkontrolle gegen Szczepanski wieder aufgehoben.

Beschämend war insoweit schließlich, dass sich fast alle vor dem Ausschuss geladenen JVA-Bediensteten auf Anhieb an keine Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz erinnern wollten. Auf unsere Initiative hin wurden einige Zeugen erneut geladen und zuvor verpflichtet, sich anhand von Aktenfundstücken auf ihre erneute Vernehmung vorzubereiten.

b. Rechtsextremistische Gefangenenhilfe durch den Verfassungsschutz

Szczepanski wurde durch seine V-Mann-Führer nachweislich darin unterstützt, mittels Brief- und Paketversandt seine Szene-Kontakte auszubauen. Hierzu wurde ihm auch ein eigenes Postfach eingerichtet. Da das „Postfach 2224“ auch auf den Tarnnamen Dieter Borchert registriert war, geriet dieser wie geschildert ab 1999 selbst in das Visier der Staatsanwaltschaften.

Ein weiterer wesentlicher Punkt ist, dass durch die Führung von „PIATTO“ auch sein Umfeld in der JVA Brandenburg an der Havel beeinflusst wurde. Die Herausbildung einer rechten Subkultur im Knast in Brandenburg an der Havel, in dem Anfang der 90er Jahre zudem noch in der DDR verurteilte Nazis aus dem „Dritten Reich“ einsaßen, wurde gefördert. Nachweislich

**UA 6/1 des Landtages Brandenburg
Sondervotum der Linksfraktion**

betraf das die bundesweit operierenden Organisationen der mittlerweile verbotenen Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG) sowie das Internationales Hilfskomitee für nationale politische Verfolgte und deren Angehörige e.V. (IHV).

In der Beweisaufnahme stellte sich auch heraus, dass Szczepanski andere Gefangene für die HNG anwarb. Auch hat er seinen bereits in Königs Wusterhausen betriebenen Handel mit CDs und T-Shirts fortgesetzt. Überliefert ist, dass er noch aus der Untersuchungshaft heraus das polnische Konsulat in Bonn anschrieb, um eine Handelslizenz für Tonträger anzufragen. Schließlich gab sein Hauptszene-Kontakt Henning K. vor dem Untersuchungsausschuss bereitwillig zu, den Austausch von CDs zwischen Szczepanski, Jan Werner und Michael Probst unterstützt zu haben.

Außerdem muss bedacht werden, dass der Schmuggel von rechtsextremistischen CDs und Fanzines durch die V-Mann-Führer und Szczepanski jeweils Einzeltaten der Volksverhetzung in Bezug auf Mitgefangene oder bedachte Freunde und daneben permanente Verstöße gegen die Vollzugsregelungen der JVA Brandenburg an der Havel darstellen.

**c. Täuschung der Strafvollstreckungskammer des Landgerichts
Potsdam bei der vorzeitigen Entlassung aus der Haft**

Szczepanski konnte als Freigänger des Offenen Vollzuges ab März 1999 eine eigene Wohnung in Königs Wusterhausen beziehen. Zugleich verfügte er über einen eigenen Pkw. Beides finanzierte er aus den Zuwendungen durch V-Mann-Führer Borchert, die, nach den Treffvermerken zu urteilen, in diesem Zeitraum so „unbürokratisch“ ausgekehrt wurden, dass Referatsleiter Odendahl, Borcherts Vorgesetzter, sogar über die Ablösung von Borchert nachdachte.

Durch seinen Kontakt zu Michael Probst konnte Szczepanski ab Februar 1999 zunächst ein berufsbegleitendes Praktikum in dessen berüchtigten Szeneladen „Sonnentanz“ in Limbach-Oberfrohna absolvieren. Hieran schloss sich ab 1. April ein unbefristeter Arbeitsvertrag als Werbegestalter an, der der JVA-Leitung, der Staatsanwaltschaft Frankfurt/Oder und dem Landgericht Potsdam (Strafvollstreckungskammer) im November als so genannte entlassungsvorbereitende Maßnahme vorlag.

Szczepanski sollte für Probst als eine Art Außenhandelsvertreter den CD-Verkauf ankurbeln, scheiterte jedoch mangels Absatz bereits nach einem Monat. Nach eigenen Angaben verbrachte Szczepanski im „Sonnentanz“ allenfalls 4 bis 5 Nächte auf einer Couch, was in Anbetracht der Entfernung von Königs Wusterhausen bzw. Brandenburg an der Havel plausibel erscheint. Es ist daher anzunehmen, dass er die übrigen 7 Monate bis zu

seiner Entlassung mit Wissen Borcherts in seiner Wohnung in Königs Wusterhausen abbummelte.

Die Dreistigkeit, mit der Szczepanski dann in seiner entlassungsvorbereitenden Anhörung Anfang Dezember 1999 gegenüber der Strafvollstreckungskammer angab, er habe sich von der rechten Szene gelöst und werde als Geschäftsführer eine Außenstelle der Firma Probst in Königs Wusterhausen übernehmen, ist kaum zu überbieten. Der Anhörung voraus ging eine forensische Begutachtung, die ebenso von einer Vorspiegelung falscher Tatsachen geprägt war.

Öffentlichkeitsreferent Heiko Homburg hatte in der öffentlichen PKK-Sitzung 2016 hierzu süffisant bemerkt, dass dem Verfassungsschutz keine Vorwürfe gemacht werden könnten, da er nicht Beteiligter des Entlassungsverfahrens gewesen sei. Dem ist entgegenzuhalten, dass jede Behörde gemäß Artikel 20 Absatz 3 des Grundgesetzes an Recht und Gesetz gebunden ist. Die Umstände von Szczepanskis Haftentlassung sind faktisch als Gefangenenerleichterung zu sehen. Bei Kenntnis der tatsächlichen Umstände hätte das Landgericht den Antrag auf vorzeitige Entlassung abgelehnt. Nachvollziehbar hat die damalige Vorsitzende der Strafvollstreckungskammer vor dem Ausschuss dargestellt, dass sie getäuscht wurde.

Diese Täuschung war nur möglich durch das Zusammenspiel von JVA-Personal, Staatsanwaltschaft Frankfurt/Oder und Verfassungsschutz.

Praktikum und Arbeitsplatz in einem Nazi-Laden in Sachsen, über 200 km von der Anstalt entfernt, waren für einen wegen eines rassistischen Mordversuchs Verurteilten nicht genehmigungsfähig. Bei der engen Reglementierung eines Strafgefangenen durch eine regelmäßig tagende Vollzugskonferenz spricht die tatsächliche Existenz dieses Vorganges im Vergleich zur Behandlung „normaler Gefangener“ puren Hohn. Die inhaltlich falschen Stellungnahmen von Abteilungsleiter Krüger sind ein weiterer Ausdruck der Konspiration mit dem Verfassungsschutz.

Aber auch die Staatsanwaltschaft Frankfurt/Oder, namentlich Oberstaatsanwältin Petra Marx und Oberstaatsanwalt Joachim Sörries, waren augenscheinlich in die Bevorzugung Szczepanskis involviert.

Frau Marx ist es nicht zu glauben, dass sie Szczepanski in ihrer persönlichen – nicht protokollierten – Konsultation im September 1995 keine Versprechungen zu einer vorzeitigen Haftentlassung gemacht hat. Ihr „*Nein, natürlich nicht.*“⁸ vor dem Untersuchungsausschuss ist nach Würdigung aller Umstände nicht glaubhaft. Anders ist nicht erklärbar, warum in internen

⁸ Aussage in der 17. Sitzung am 08.12.2017

**UA 6/1 des Landtages Brandenburg
Sondervotum der Linksfraktion**

Vermerken des Verfassungsschutzes immer wieder auf ein solches Versprechen und die Person der Frau Marx rekuriert wird. Offenkundig war dem Verfassungsschutz die strafrechtliche Aussichtslosigkeit einer so genannten Halbstrafenaussetzung nicht geläufig. Eine umso verhängnisvollere Fehleinschätzung angesichts der vereitelten Revision Szczepanskis gegen das Urteil des Landgerichts Frankfurt/Oder.

Auch Oberstaatsanwalt Sörries war in seiner Vernehmung vor dem Ausschuss nicht ehrlich. Erst auf direkten Vorhalt erinnerte er sich, dass er nach telefonischer Voranmeldung den noch inhaftierten Szczepanski persönlich in seinem Dienstzimmer in Frankfurt/Oder empfangen hatte – ein Vorgang der im Strafvollzug seines gleichen sucht. Per Vermerk bescheinigte auch er ihm eine „positive Entwicklung“ und ebnete ihm damit den Weg für die vorzeitige Entlassung aus der Haft.

Auf die Frage, wie er nach einem einzigen Gespräch einschätzen konnte, dass sich Szczepanski von der rechten Szene gelöst habe, gab er an, dass wohl „ins Blaue hinein“ gemacht zu haben. Selbst als Sörries zugeben musste, dass er so einen Fall „in 20 Jahren eigentlich nie“ erlebt habe und es auch nur diese eine Mal vorgekommen sei, dass ein Gefangener ihn persönlich in seinem Dienstzimmer besucht habe, versuchte er diesen Vorgang als „normal“ darzustellen. Bezeichnenderweise war die direkte Vorgesetzte von Sörries zu diesem Zeitpunkt Frau Petra Marx. Wer je die aufwendige und blockierende Vollzugsbürokratie persönlich erlebt hat, weiß, dass hier gelogen wurde.

Deutlich wird dies auch in dem Umstand, dass die Staatsanwaltschaft Frankfurt/Oder trotz der augenscheinlichen Verstöße gegen die Bewährungsaufgabe des Landgericht Potsdam aus dem Jahre 1999, sich von rechten Personen fernzuhalten und der erneuten Verurteilung Szczepanskis im Jahre 2002 keinen Widerruf der Bewährung beantragte.

d. Politische Förderung der NPD

Nach seiner Haftentlassung am 15.12.1999 engagierte sich Szczepanski in der NPD in Königs Wusterhausen und ließ sich Anfang 2000 „weisungsgemäß“ zum Landesorganisationsleiter wählen. Verfassungsschutzchef Wegesin und sein Stellvertreter Milbradt rechtfertigten diese Steuerung durch den Verfassungsschutz zum Teil damit, dass die NPD dadurch nur organisatorisch, aber nicht politisch beeinflusst worden sei. Diese Rechtsauffassung ist durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum NPD-Verbotsverfahren (Beschluss vom 18. März 2003 - 2 BvB 1/01) indes bereits widerlegt. Auch stellte sich in der Beweisaufnahme klar heraus, dass mit dem Erscheinen von Szczepanski die Aktivitäten der NPD in Königs Wusterhausen schlagartig zunahmen, während

sie nach seiner Enttarnung Anfang Juli 2000 hingegen bis zur Bedeutungslosigkeit abflauten.

e. Ladengeschäft „Thule“

Ein weiterer Katalysator für die rechte Szene wurde durch den Verfassungsschutz mit der voll finanzierten Einrichtung eines Einzelhandelsgeschäftes in Königs Wusterhausen ab April 2000 installiert. Ex-Verfassungsschutzchef Wegesin sprach im Ausschuss in diesem Kontext von einem „Wasserloch für schlimme Tiere“, dass zur Abschöpfung von Informationen diene. Er zog hierzu Parallelen zu ähnlichen „Projekten“ zur Bekämpfung der „Rote Armee Fraktion“ (RAF) in den 70er und 80er Jahren.

Der Laden mit dem Namen „Thule“ entwickelte sich in diesem Sinne zu einem Anlaufpunkt und stärkte durch die Verbreitung von Kleidung, Büchern und CDs auch den kulturellen Zusammenhalt der Nazi-Szene. Gleichzeitig wurde der Quelle „PIATTO“ damit der Lebensunterhalt gesichert.

In Anbetracht der rechtskräftigen Auflage der Strafvollstreckungskammer des Landgerichts Potsdam, wonach sich der auf Bewährung entlassene Szczepanski von rechtsextremistischen Personen fernzuhalten habe, eine blanke Posse, die ohne das konspirative Einverständnis der Staatsanwaltschaft Frankfurt/Oder als Vollstreckungsbehörde nicht vorstellbar ist. Zumindest kann davon ausgegangen werden, dass das LKA Brandenburg und die Staatsschutzabteilung des Polizeipräsidiums Potsdam bis zu dem verdächtigen Fax des Referatsleiters Milbradt vom Februar 2000 ohne Einschränkung ermittelten.

f. Waffen und Sprengstoff

aa) Das Ermittlungsverfahren des GBA

Als das LKA Berlin Anfang Dezember 1991 die Berliner Wohnung von Szczepanski durchsucht, werden nicht nur Propagandamaterialien gefunden, sondern auch vier Rohrbombenkörper und verschiedene Chemikalien zur Herstellung von Sprengstoff. Beachtlich ist dabei vor allem die Menge von einem Kilogramm Salpeter (Kaliumnitrat) sowie anderen Nitratverbindungen. In seiner Vernehmung vor dem Ausschuss gab Szczepanski an, dass er und Norman Z. damit herumexperimentiert, jedoch die vom amerikanischen KKK-Nazi Dennis Mahon stammende englische Bauanleitung nicht verstanden hätten. Vor allem die Herstellung von Zündern habe nicht funktioniert. Ein Problem, dass 1997 auch die „Jenaer Bombenbastler“ Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe hatten. Das von Thomas Starke stammende und aus Fundmunition geborgene Trinitrotoluol (TNT) war ein „professionellerer“ Sprengstoff, aber der Plan, einfache Rohrbomben als Waffen für Anschläge herzustellen, war augenscheinlich der gleiche.

**UA 6/1 des Landtages Brandenburg
Sondervotum der Linksfraktion**

Das forensische Bild, das sich den Ermittlungsbehörden, also dem LKA Berlin und ab Februar 1992 dem BKA und dem Generalbundesanwalt Beese im Rahmen des übernommenen Ermittlungsverfahrens gegen Szczepanski, Mahon, Norman Z., Thomas D., Erik O., Ralf L. und über dreißig weiteren Beschuldigten als terroristische Vereinigung „KKK“ bot, war also nicht sehr verschieden von dem Bild, das sich dem LKA Thüringen bei der berüchtigten Garagendurchsuchung Ende Januar 1998 bot. Neonazis bastelten nach in der Szene kursierenden Anleitungen an Rohrbombenkörpern, um offenkundig politisch motivierte Anschläge zu begehen.

Eine von uns festgestellte Parallele ist hierbei die Ablehnung der Generalbundesanwaltschaft, solche Tatkomplexe im Rahmen des eigens für terroristische Gruppierungen mit § 129 a StGB geschaffenen Strafrahmens auszuermitteln. Nach unserer Kenntnis hatte die Bundesanwaltschaft auch 1998 eine Übernahme von § 129 a StGB- Ermittlungen gegen das spätere NSU-Trio abgelehnt.

Die Einstellungsverfügung des vor unserem Ausschuss mit Erinnerungslosigkeit konservierten Bundesanwalts (BA) Beese gab hierzu keine weiteren Hinweise, einzig seine Bemerkung, dass er ein terroristisches Niveau wie bei der RAF nie bei den Rechten gefunden habe, lässt eine gewisse Ahnung aufkommen. Seine von uns ausgewertete Einstellungsverfügung vom 01.09.1992 ist nicht nur rechtlich grob falsch, sondern auch politisch eine nicht vertretbare Entscheidung.

Trotz gegenteiligem Schlussberichts des BKA argumentierte BA Beese, es sei um Szczepanski keine „terroristische Vereinigung“ auszumachen, weil seine KKK-Gruppe nur aus zwei Personen bestehe. Dies ist schon in Anbetracht der Mittäter im Raum Berlin wie Dennis Mahon, Norman Z. und Boris P., sowie Ralf L. und Erik O. rechnerisch nicht vertretbar.

Auch sei Szczepanski durch seine Flucht nach Brandenburg „freiwillig“ von den Sprengstoffdelikten zurückgetreten. Wenn Strafbefreiung durch Flucht vor der Polizei eintreten würde, müsste das deutsche Haftbefehlsrecht neu geschrieben werden. Auch kann mangels Freiwilligkeit kein Rücktritt im Sinne von § 24 StGB vorgelegen haben.

Daneben war der KKK keine harmlose Spinner-Truppe: Noch im März 1992 ermordete KKK-Mitglied Stefan Silar, dessen Briefe ebenfalls in Szczepanskis Berliner Wohnung gefunden wurden, den Kapitän Gustav Schneeklaus. In Berlin erschlägt Norman Z.– im Berliner KKK als der „Große Zyklop“ geführt – zwei Obdachlose mit einem Baseballschläger. Am 08.05.1992 ist Szczepanski selbst bei dem Pogrom von Wendisch-Rietz dabei, die Täter skandieren beim gemeinsamen Mordversuch an einem nigerianischen Lehrer die Rufe „Ku-Klux-Klan“.

Was hätte noch passieren sollen, um eine bundesweit operierende rechts-terroristische Vereinigung zu bilden? In diesem Kontext wird von der Wissenschaft eine generelle Tendenz staatlicher Behörden gesehen, gegen Gewalttäter von rechts zögerlicher einzuschreiten und ihnen nachsichtiger zu begegnen, als Linksradikalen oder ethnisch-nationalistischen Terroristen⁹.

Hinzu kommt, dass Szczepanski nach unserer Auslegung während seiner Vernehmungen am 23., 24. und 25.02.1992 vom BKA eine so genannte Vertraulichkeitszusage erhalten hatte und damit faktisch ein Spitzel der Generalbundesanwaltschaft wurde. Nach Information des SPIEGEL bot er den Ermittlern seine Unterstützung an: *„Ich werde mich in der nächsten Zeit auf den Weg machen, um in der Skin-Szene nach dem Anbieter der Chemikalien Ausschau zu halten.“* – sogar *„neues Material“* wolle er beschaffen¹⁰.

Wir konnten gerade diesen Umstand nicht näher untersuchen, weil der Ermittlungsakte des GBA ein Aktenband fehlt – nach dem Stand der Akten, war dieser bereits 1994 als Beiakte im Wendisch-Rietz-Prozess nicht mehr vorhanden. Dieser Band betraf die Hauptbeschuldigten aus dem Raum Berlin, also auch den amerikanischen Staatsbürger Dennis W. Mahon, über den es Hinweise auf eine verdeckte Tätigkeit für das FBI geben soll.

Beim Prozess vor dem Landgericht Frankfurt/Oder Anfang 1995 sagten die beiden BKA-Beamten, die Szczepanski im Februar 1992 vernommen hatten und denen er seine Mithilfe bei Sprengstoffermittlungen angeboten haben soll, schließlich als Belastungszeugen gegen ihn aus. Aufgrund ihrer Aussage gelingt es, Szczepanski als einen politischen Überzeugungstäter des versuchten Mordes zu überführen. Zu diesem Zeitpunkt ist er bereits Zuträger für den Verfassungsschutz Brandenburg.

Hinweis auf eine Spitzeltätigkeit für einen anderen Geheimdienst haben wir indes nicht gefunden. Der Anschlag mit einem Kleinkaliber-Gewehr auf ein Hausprojekt in Zeesen wurde sehr wahrscheinlich nicht von Szczepanski verraten. Auch der Hinweis auf geplante Überfälle in Königs Wusterhausen und eine Panzerfaust führte zur überraschenden Verhaftung von Szczepanski in der Wohnung von Erik O.. Beachtet werden muss, dass es sich bei der Panzerfaust vermutlich nur um Fundmunition gehandelt hatte.

bb) Waffenbeschaffung in der Haftzeit

Als unwahrscheinlich sehen wir an, dass Szczepanski in seiner Haftzeit, also von Juli 1994 bis Dezember 1999 sich Waffen oder Sprengstoff beschaffte und er im Sommer 1998 als Waffenlieferant für Jan Werner in Betracht kam.

⁹ Vgl. m.w.N. Matthias Quent, „Rassismus, Radikalisierung, Rechtsterrorismus. Wie der NSU entstand und was er über die Gesellschaft verrät“, 2. überarbeitete Auflage, Weinheim 2019, S. 140

¹⁰ Vgl. Artikel „Führer der Meute“, DER SPIEGEL 28/2000, S. 38

**UA 6/1 des Landtages Brandenburg
Sondervotum der Linksfraktion**

Als Inhaftierter musste er bei kleineren Straftaten innerhalb der JVA mit einer Rückverlegung in den geschlossenen Vollzug rechnen, wie es Ende 1997 der Fall war, als die Vorwürfe einer Erpressung aufkamen. Sein durch die JVA zugestandenes Besitz-Privileg erstreckte sich erkennbar nur auf Unterlagen, nicht aber auf verbotene Gegenstände. Es steht dazu nicht im Widerspruch, dass Szczepanski sich im Umgang mit Szenemitgliedern weiterhin durchaus waffenaffin gezeigt hat und im Sinne der Ideologie von „Combat 18“ und anderen Slogans für eine Bewaffnung der Szene aufgetreten ist. Für eigene Waffenbeschaffungen oder eine Abgabe in die rechte Szene, gar in Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz, fanden sich keine Anhaltspunkte.

Daneben ist festzustellen, dass er seinen V-Mann-Führern „nachrichtenehrlich“ auch über Sachverhalte berichtet hatte, die beispielsweise Angebote, Schusswaffen zu erwerben, betrafen. Als Beispiel kann hier die Einzelinformation über einen Einzelhändler aus der Stadt Brandenburg an der Havel im Frühjahr 1998 genannt werden, der Szczepanski offenbar ein Verkaufsangebot über von Jägern angebotene Handfeuerwaffen gemacht hatte.

Es ist schließlich auch unwahrscheinlich, dass Szczepanski seine für einen Inhaftierten komfortable Situation als Zuträger für den Verfassungsschutz durch eigenmächtige Waffengeschäfte riskiert hätte. Ein ungeschriebener Grundsatz des illegalen Waffenhandels lautet, einen Käufer zu finden, der nicht damit schießt. Ein durchgeführter Anschlag würde nämlich auch stets dem Beschaffer mitangelastet werden.

dd) Waffengeschäfte und Rohrbomben im Sommer 2000

Die mit Szczepanski nach seiner Enttarnung Anfang Juli 2000 in Verbindung gebrachten Waffendeals haben sich nach genauerer Prüfung anders dargestellt, als bisher öffentlich bekannt. Anhand von Deckblattmeldungen und G-10-Protokollen lässt sich rekonstruieren, dass er als Ladeninhaber des „Thule“ als ein wichtiger Anlaufpunkt und Koordinator fungierte. Gleichzeitig berichtete er aber auch seinen V-Mann-Führern von entsprechenden Vorgängen.

So ist beispielsweise die Übergabe eines halbautomatischen Kleinkalibergewehrs vom Typ ERMA durch das Berliner „Landser“-Mitglied Jean-Rene B. an „United Skin“ Ralf L. im Mai 2000 aufgrund von Szczepanskis Meldungen durch das Berliner LKA vereitelt worden.

Auch über den Erwerb eines Trommelrevolvers, für den Anfang Juni 2000 im Auftrag von Ralf L. ersatzweise ein abgesägtes Kleinkalibergewehr mit Laserpointer an Uwe Menzel übergeben wurde, hatte Szczepanski dem Verfassungsschutz zeitnah berichtet. Obwohl er hierbei lediglich als „Vermittler“ für Ralf L. bei der Übergabe des Gewehrs in Erscheinung trat,

**UA 6/1 des Landtages Brandenburg
Sondervotum der Linksfraktion**

wurde er im später durchgeführten Gerichtsverfahren durch die Mitangeklagten Uwe Menzel und Tino W. als „Drahtzieher“ belastet. Letztere stammten in Wahrheit aber aus dem Umfeld der Rockergruppe „Vandalen“ und dem Tätowiergeschäft „Utgard“ in Berlin.

Eine für uns besonders wesentliche Information lieferte „PIATTO“ in Bezug auf eine am 09.07.2000 in Menzels Potsdamer Wohnung aufgefundene Ceska-Pistole. Menzel habe ihm Anfang Juni 2000 auf einem „Blood & Honour“-Konzert in Mecklenburg-Vorpommern berichtet, dass er sich wegen des geplatzten Geschäfts über den Trommelrevolver von Ralf L. anderweitig eine Pistole beschafft habe. Im oben genannten Gerichtsverfahren hatte Menzel später jedoch angegeben, er habe die Waffe seit Längerem besessen. Woher Menzels Ceska-Pistole stammte, konnte nicht aufgeklärt werden.

Schließlich ist auch das Verfahren gegen Nick Greger und andere Neo-Nazis aus Königs Wusterhausen, im Zuge dessen Greger am 12.06.2000 wegen des Baus einer Rohrbombe vom LKA Berlin verhaftet wurde, auf Berichte Szczepanskis zurück zu führen. Wie im Feststellungsbericht dargestellt, wurde „PIATTO“ von seinem V-Mann-Führer im Wege eines Auftrages an Greger herangesteuert. In den hierzu geführten konspirativen Gesprächen, die auch zur Planung von Racheakten wegen Brandanschlägen auf Pkws genutzt wurden, agierte Szczepanski dann nach Art eines Agent Provokateur. Unklar ist, inwieweit er dabei nach genauer Weisung des Verfassungsschutzes handelte. Belegt ist ein Misstrauen von Verfassungsschutzchef Wegesin, der der nun in Freiheit befindlichen Quelle „PIATTO“ auch die Verfolgung „*eigener Ziele*“ unterstellte und einer Telefonüberwachung durch das BfV zustimmte. Es handelte sich dabei teilweise offenbar immer noch um die am 25.08.1998 auf den Namen von V-Mann-Führer Borchert erworbenen Sim-Karten.

ee) Zwischenfazit:

Es ist festzustellen, dass die rechtsextremistische Quelle „PIATTO“ in szenetypischer Art und Weise Umgang mit Waffen und Sprengstoff hatte. Er ist in Einzelfällen als Agent Provokateur gegenüber gewaltbereiten Szenemitgliedern in Erscheinung getreten. Auch hat er sich – ob zur Tarnung oder aus Überzeugung – innerhalb der Szene zu terroristischen Strategien bekannt und als Redakteur von „United Skins“ und anderer Propaganda mitgeholfen, entsprechende Ideen wie z.B. die des „Combat 18“ zu verbreiten.

g) Systematische Rechtsbrüche

Die in diesem Kapitel dargestellten Rechtsbrüche, die durch die Quelle „PIATTO“ und den Verfassungsschutz begangen wurden, können nicht als Einzelfälle angesehen werden. Vielmehr muss konstatiert werden, dass die Führung von V-Leuten systematisch mit Rechtsbrüchen einhergeht.

Zugunsten einer vermeintlich effizienten Nachrichtengewinnung hat die Verfassungsschutzbehörde zu zahllosen Straftaten der Volkverhetzung, Waffendelikten und systematischen Verstößen gegen Strafvollzugsvorschriften Beihilfe geleistet.

Dabei sind nicht nur die jeweiligen Strafgesetze verletzt worden. Im Fall des Verfassungsschutz Brandenburg sind gemäß § 6 Absatz 7 VerfSchG Bbg beim Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel überhaupt keine Straftaten erlaubt. Die Behörde hat im Fall „PIATTO“ also jahrelang das für sie geltende Gesetz gebrochen. Damit liegt gleichzeitig ein Verstoß gegen das Rechtstaatsgebot aus Artikel 20 Absatz 3 des Grundgesetzes vor.

3. Die Meldungen zum späteren NSU-Trio

a. Weitergabe der Deckblattmeldungen zum späteren NSU an andere Behörden

Die in den vier Deckblattmeldungen niedergelegten Informationen wurden vom Verfassungsschutz lediglich im Verfassungsschutzverbund geteilt.

Eine direkte Information von Ermittlungsbehörden, wie etwa den Staatsanwaltschaften in Chemnitz oder Jena bzw. Polizeibehörden wie dem örtlich zuständigen LKA Sachsen, wurde vom Verfassungsschutz Brandenburg entgegen der nach § 17 VerfSchG Bbg bestehenden Pflicht vorsätzlich unterlassen.

Zwar wurde den Mitarbeitern des LfV Thüringen, die am 16.09.1998 zum Treffen in Potsdam erschienen waren, gestattet die Informationen „sensibel“ mit dem LKA Thüringen, dessen Zielfahndung auf das Trio angesetzt war, zu teilen. Der nachfolgenden Anfrage des Präsidenten des LKA Thüringen auf Ausstellung eines entsprechenden Behördenzeugnisses wurde durch den Referatsleiter „Beschaffung“, dem verstorbenen Herrn Odendahl, jedoch keine Zustimmung erteilt.

Der „Quellenschutz“ für Szczepanski wurde damit rechtswidrig über die Aufklärung und Verhinderung von Banküberfällen durch das spätere NSU-Trio gestellt.

Die damit bekannt gewordene Qualität des politischen Extremismus in der Naziszene, bei dem durch bewaffnete Banküberfälle ein Leben im Untergrund finanziert wird und parallel innerhalb einer Unterstützerszene, hier der sächsischen „Blood & Honour“-Sektion, Gelder aus CD-Verkauf und Konzerteinnahmen gespendet werden, hätten neue Ermittlungsansätze zur Bildung einer terroristischen Vereinigung gemäß § 129 a StGB notwendig gemacht. Denkbar war sogar eine Einschaltung der Bundesanwaltschaft und

**UA 6/1 des Landtages Brandenburg
Sondervotum der Linksfraktion**

des BKA, da es sich erkennbar auch um ein länderübergreifendes Phänomen handelte.

Auch wenn im Übrigen zahlreiche Überwachungsmaßnahmen der Verfassungsschutzämter gegen Antje und Michael P. sowie Jan Werner liefen und auch das LKA Thüringen weiter nach dem Trio fahndete, was jeweils erfolglos blieb, muss konstatiert werden:

Wenn die Staatsanwaltschaft Chemnitz oder die Bundesanwaltschaft Strukturermittlungen geführt und mit eigenen Durchsuchungsmaßnahmen in Chemnitz Druck aufgebaut hätten, wäre die Ergreifung des Trios befördert worden. Es könnte sogar daran gezweifelt werden, dass der Edeka-Überfall in Chemnitz Anfang Dezember 1998 von Mundlos und Böhnhardt durchgeführt worden wäre.

Im Hinblick auf die vom Sachbearbeiter Ackrath in seinem Vermerk vom 15.09.1998 niedergelegten Erwägungen, die von Referatsleiter Milbradt nicht Abteilungsleiter Förster vorgelegt wurden, sondern lediglich „*mündlich erörtert*“ worden sein sollen, kann auch nicht davon ausgegangen werden, dass die von dem Trio ausgehende Gefahr im Verfassungsschutz Brandenburg übersehen wurde.

Die von Milbradt noch in seiner Anhörung vor dem Ausschuss gesuchten Ausflüchte, allem voran dass § 17 VerfSchG Bbg nur die „lokalen“ Staatsanwaltschaften des Landes Brandenburg betreffe, sind nicht nur rechtlich unbegründet – sie zeigen deutlich eine strukturelle Schwäche im Sicherheitsgefüge des Staates:

Das Geheimhaltungsinteresse von Geheimdienstbehörden behindert systematisch das Strafverfolgungsinteresse von Staatsanwaltschaften und Polizei – bundesweit.

b. Mögliche Mitwisser zum Auftrag Jan Werners in Brandenburg

Die Nachricht, dass das Trio sich nach Südafrika absetzen wolle, ist bereits in einem Beschluss des AG Jena vom 03.08.1998 verbrieft und wurde dort mit der Formulierung „dienstlich wurde bekannt“, einem häufig verwendeten Hinweis auf eine nachrichtendienstliche Herkunft, eingeführt.

Durch die Arbeit der Thüringischen Untersuchungsausschüsse wurde herausgearbeitet, dass der als V-Mann „HAGEL“ tätige Marcel Degner dem LfV Thüringen im September 1998 ähnliche Informationen geliefert hatte, wie

Szczepanski, und darüber hinaus auch die intime Beziehung von Thomas Starke zu Beate Zschäpe preisgab¹¹.

In den Zeugenvernehmungen gingen wir insbesondere der streckweise im Konjunktiv formulierten Inhalte der Deckblattmeldung vom 09.09.1998 zum Konzert in Hirschfeld nach.

Als gesichert kann gelten, dass „PIATTO“ wie in einem Treffvermerk festgehalten, auf telefonische Weisung seines V-Mann-Führers nicht selbst nach Hirschfeld fuhr, sondern in den Nachmittagsstunden in Frauendorf umkehrte.

Die dennoch detaillierten Informationen zum Konzertgeschehen, vor allem zu dem dort anwesenden Potsdamer bzw. Brandenburger Neonazis wurden ihm später zugetragen. Wie wir bei der Vernehmung von Henning K. (P.) vor dem Ausschuss herausfanden, kam dieser dafür als der Hauptbesuchskontakt für Szczepanski in der JVA Brandenburg an der Havel am ehesten in Frage. Eine spätere telefonische Übermittlung direkt durch Jan Werner, wie sie die Zeugen Milbradt und Meyer-Plath in den Raum stellen wollten, ist hingegen unwahrscheinlich, da Werner die Potsdamer nicht so genau kannte wie Henning K. (P.) oder der mit ihm in Hirschfeld verhaftete Uwe Menzel.

Dazu tritt die vielfach von Zeugen beschriebene Geschwätzigkeit von Jan Werner. „PIATTO“ mag ihn in der Folge auch unter vier Augen nach dem Stand seines Ansinnens „Waffen für die Drei“ zu suchen, wie es in den späteren Deckblattmeldungen dargestellt ist, gefragt haben. Die erste Meldung dazu, die aus dem Umfeld des Konzertgeschehens in Hirschfeld stammte, weist jedoch die einmalige – und sonst in keiner weiteren Deckblattmeldung Borcherts verwendeten – Ausdrucksweise, wonach Werner den Auftrag haben „soll“, Waffen zu beschaffen, auf. Wir vermuten, dass darüber sogar in dem Auto gesprochen wurde, mit dem Jan Werner, Steffi F., Henning K. (P.) und Uwe Menzel gemeinsam nach Hirschfeld fuhren.

Leider konnten bzw. wollten weder Szczepanski noch Borchert in ihren Vernehmungen dazu Erhellendes beitragen. Aufgrund einer erkennbar durchgehend praktizierten Verletzung der Dokumentationspflichten konnten auch die Sachverständigen Bohm und Schultz keine Unterlagen zu diesem Sachverhalt, vor allem zum am 16.09.1998 durchgeführten Treffen in Potsdam und weiteren Telefonaten zwischen den Ämtern, sichten.

Die im Gutachten der Sachverständigen und Nebenklagevertreterin im NSU-Prozess vor dem OLG-München, Frau Rechtsanwältin Antonia von der Behrens, ebenfalls zusammengetragenen Informationen, beispielsweise zur parallelen Informationserhebung des LfV Thüringen im Fall „HAGEL“ (Marcel Degner) Anfang September 1998 oder dem Telefonat des sächsischen LfV-

¹¹ Siehe Thüringer Landtag, 5. Wahlperiode, Drucksache 5/8080 vom 16. Juli 2014, S. 1799f.

Mitarbeiters Thüshauss, vermutlich mit Odendahl oder Borchert, konnten darum ebenfalls nicht vertieft werden¹².

Es kann zumindest davon ausgegangen werden, dass die Informationen, die den Geheimdiensten im September 1998 zum Trio vorlagen, jedenfalls in der „Blood & Honour“-Szene der Regionen Sachsen, Thüringen, Brandenburg und vermutlich auch Berlin, wie „offene“ Informationen kursierten. Zu den potentiellen Mitwissern der logistischen Unterstützung des aus Jena nach Chemnitz untergetauchten Trios im Jahre 1998 zählen aus unserer Sicht Jan Werner, dessen Verlobte Steffi F., Antje P., ihr Mann Michael P., Thomas Starke, Hendrick L., André K., Andreas G., Marcel Degner sowie die Brandenburger Uwe Menzel, Henning K (P.), Dirk S. und Carsten Szczepanski.

Dazu kommt der Umstand, dass „PIATTO“ im Frühjahr 1998 eine Äußerung von Antje P. über die Chemnitzer Szene überliefert hatte, wonach dort Szene-Mitglieder derart für den sächsischen Verfassungsschutz „tätig“ seien, dass sie dadurch gleichzeitig Exekutivmaßnahmen „vorhersehen“ könnten. Es dürfte nach unserer Einschätzung wenigstens eine weitere bis heute nicht bekannte Quelle des sächsischen Verfassungsschutzes im Chemnitzer Umfeld gegeben haben, die sowohl auf Werners Verlobungsfeier als auch dem berüchtigten Ian-Stuart-Gedenk-Konzert in Munzig im September 1998 anwesend war.

4. Die SMS „HALLO.WAS IST MIT DEN BUMS“ vom 25.08.1998

a. Schreibweise der SMS und Vorkommen in TKÜ-Daten

Wir haben uns intensiv – aber ergebnisoffen – mit der berüchtigten SMS vom 25.08.1998 befasst, aus der öffentlich bereits vielfach auf eine Verstrickung der Waffenbeschaffung Szczepanskis für das Trio geschlossen wurde.

Wir haben uns dem Thema streng forensisch genähert, etwa so, wie es in großen Strafverfahren mit gewonnenen TKÜ-Daten geschieht.

Der genaue Wortlaut der unter den Meta-Daten

25.08.98 19:21:24 00491-723922834

in den Verfahrensakten des LKA Thüringen nur einmal protokollierten SMS ist

„HALLO. WAS IST MIT DEN BUMS“.

Es ist keine andere Schreibweise dieser Nachricht feststellbar. Die Nachricht ist durchgehend in Großbuchstaben abgefasst. Es fehlt ein Satzschlusszeichen hinter dem Wort „BUMS“. Das ist deshalb von

¹² Vgl. auch Antonia von der Behrens in „Kein Schlusswort“, Hamburg: VSA, 2018, S. 240ff

**UA 6/1 des Landtages Brandenburg
Sondervotum der Linksfraktion**

Bedeutung, weil dies von zahlreichen Autorinnen und Autoren mitunter abweichend dargestellt wird.

Eine weitere Verwendung von „BUMS“ als Synonym für einen Knall, Schuss oder Schlag konnte innerhalb der vorhandenen und von uns vollständig durchgearbeiteten TKÜ-Daten nicht gefunden werden.

„BUMS“ kommt in den vorhandenen Datensätzen an einer einzigen weiteren Stelle vor, wo sie augenscheinlich für sexuelle Aktivitäten verwendet wird:

31. 08.98 17:15:41 [...] (Martin D.)

„IN MALORCA KANN MAN DA LEICHT NE OLLE **BUMSEN**? IST ERNST GEMEINT DIE FRAGE.“

31.08.98 17:18:12 [...] (Antwort Jan WERNER)

„WENN DU DAS WILLST DANN JA WENN MAN SICH NICHT ZU BLÖD ANSTELLT ALTES TRIEBSCHWEIN“

Aufgrund des fehlenden Satzschlusszeichens könnte die Nachricht von Werner am 25.08.1998 in großer Eile geschrieben worden sein. Hierfür spricht auch die Verwendung eines Satzpunktes hinter „HALLO“, obwohl die Komma-Verwendung eine gebräuchlichere Formulierungsweise darstellt.

Hinzu kommt, dass „BUMS“ in der von Werner gewählten Schreibweise im Akkusativ steht. Sprachlich korrekt müsste es aber „DEM BUMS“ heißen, es sei denn, das Subjekt des Satzes „BUMS“ stünde im Plural.

Schließlich bleibt festzuhalten, dass das Fehlen von Protokoll-Einträgen in den TKÜ-Daten, insbesondere nach dem 25.08. und ab dem 04.09.1998, in den uns vorliegenden Aktenstücken mit den durchlaufenden Paginierungen nicht in Einklang zu bringen ist. Die Seitenzahlen im oberen rechten Feld jedes Aktenblattes sind mit blauem Kugelschreiber und einer gleichbleibenden Handschrift für das gesamte Konvolut vollständig und aufeinanderfolgend vergeben worden. Wären die betreffenden Einträge, wie öffentlich vielfach vermutet wird, nach der Selbstenttarnung des NSU in irgendeiner Weise manipuliert bzw. absichtsvoll entfernt worden, dann würden diese Paginierungen Lücken aufweisen. Eine Entfernung von Einträgen hätte also vor der Paginierung, das heißt bereits im Jahre 1998, aus den Originalakten des LKA Thüringen erfolgen müssen.

b. Der Austausch des Handys

Die Treffvermerke im Fall „PIATTO“ dokumentieren am 25.08.1998 den Erwerb zweier Mobilfunkgeräte auf den Namen des V-Mann-Führers Borchert. Belegt ist, dass diese Handys teilweise noch im Frühjahr 2000 verwendet wurden und G-10-Maßnahmen des BfV unterfielen.

Auch wenn die förmliche Einziehung des bis dahin von „PIATTO“ benutzten Gerätes nicht festgehalten ist, kann davon ausgegangen werden, dass Borchert das Handy wie ebenfalls dokumentiert der Abteilung „Materialverwaltung“ des Innenministeriums ausgehändigt hat. Hierfür spricht bereits, dass das Gerät in unprofessioneller Art und Weise beim Dienstanbieter auf das Innenministerium zugelassen und mit dieser Kennung in einer TKÜ-Maßnahme des BfV aufgefallen war. Ins Bild passt schließlich, dass das BfV hierüber bereits Ende Juni 1998 eine Warnung an den Verfassungsschutz Brandenburg aussprach, bis zum Austausch des Gerätes aber exakt der Zeitraum der Schulferien des Jahres 1998 verging.

Dafür, dass der Verfassungsschutz Brandenburg zu diesem Zeitpunkt über die technischen Möglichkeiten verfügte, das Mobilfunkgerät auszuwerten und die Ergebnisse zu protokollieren, fanden sich ebenfalls keine Anhaltspunkte. Entweder sind hier erneut wesentliche Dokumentationspflichten beim Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel verletzt worden, wofür Einiges spricht, oder betreffende Aktenstücke sind den Sachverständigen des Ausschusses vorenthalten worden.

c. Codewort für Waffen

Hauptquelle für die These, mit „BUMS“ könnten Waffen gemeint sein, ist die Vernehmung des Zeugen Henning K (P.) durch das BKA. Daneben hatte auch Uwe Menzel gegenüber dem BKA, ebenfalls als Zeuge, davon berichtet, es sei Szczepanski gewesen, der die Szene immer wieder zur Bewaffnung angestachelt habe.

Wie oben beschrieben kann dies zwar der Fall gewesen sein, zum Zeitpunkt der SMS im August 1998 war Szczepanski aber noch Freigänger der JVA Brandenburg an der Havel und trug damit ein hohes Risiko in Bezug auf eine von ihm angestrebte vorzeitige Haftentlassung. Es ist darum unwahrscheinlich, dass er zu diesem Zeitpunkt seine Entlassung durch einen „Waffendeal“ mit Werner riskiert hätte. Auch seine „Nachrichtenehrlichkeit“ in späteren Zusammenhängen, wie den oben angesprochenen Waffengeschäften zwischen Ralf L. und Menzel oder den geplanten Rohrbomben-Anschlägen mit Nick Greger im Mai 2000, sprechen dafür. „PIATTO“ berichtete in der Regel über alles und Jeden, auch über strafbare Aktivitäten, und verrät dabei seine Kumpane. Er war – noch unter Bewährung stehend – in seinem Laden „Thule“ zwar als „Makler“ in Waffengeschäfte involviert, wurde aber nach seiner Enttarnung von den ehemaligen Nazi-Kumpeln als „Haupttäter“ und „Scharfmacher“ belastet, ohne dass dies aus aktenkundigen Sachverhalten so gefolgert werden kann. Durch eine strikte nachrichtendienstliche Geheimhaltung, auch vor dem OLG München, haben sich diese Darstellungen bis heute verfestigt. Der sich hieraus ergebende

**UA 6/1 des Landtages Brandenburg
Sondervotum der Linksfraktion**

Effekt einer Exkulpation für terrorismusaffine Neonazis, die ex ante behaupten, nur über V-Leute vom VS „angestachelt“ oder gar bewaffnet worden zu sein, wird in der öffentlichen Debatte vielfach unterschätzt und muss konsequenterweise den negativen Auswirkungen des V-Mann-Wesens zugerechnet werden.

Zudem muss beachtet werden, dass „PIATTO“ in der Folge noch zwei weitere Male, Ende September und Anfang Oktober 1998, berichtete, dass Werner bei seiner Suche nach Waffen immer noch keinen Erfolg gehabt habe. Diese Meldungen machen wenig Sinn, wenn Szczepanski bereits am 25.08.1998, also noch vor seiner ersten Meldung über die Waffensuche Werners aus dem Umfeld des 04.09., bereits Adressat einer eigenen Anfrage zur Waffenbeschaffung gewesen wäre. Vor diesem Hintergrund kommt der Frage, ob die SMS „HALLO.WAS IST MIT DEN BUMS“ am 25.08.1998 Szczepanski überhaupt erreicht hat, kaum noch Bedeutung zu.

Mindestens ebenso wahrscheinlich sind daher schließlich andere Bedeutungen der SMS. Denkbar ist ein sexueller Kontext, wie er auch in der weiteren vom LKA Thüringen protokollierten Korrespondenz von Werners Nachrichtenverkehr vorhanden ist.

Auch die von unseren SPD-Kollegen recherchierte CD der Punkband „BUMS“ aus dem Jahre 1998 kommt in Frage, da Werner und Szczepanski fast ausschließlich über den Austausch von CDs und Fanzines schrieben und auch der „Nebenvertrieb“ sceneuntypischer Musik nicht ungewöhnlich erscheint. Gerade im Bereich der von Szczepanski durch „United Skins“ angesteuerten Skinhead-Szene kann eine gelegentliche Durchmischung mit Oi-/Punk-Elementen nicht ausgeschlossen werden. Der Zeuge Henning K. (P.) hatte in seiner Vernehmung vor dem Ausschuss sogar behauptet, er habe Szczepanski eine CD der Band „Slime“ mit in die JVA gebracht, weil darauf sozialkritische Texte zu hören seien.

Schließlich ist aber auch zu konstatieren, dass in den von uns geprüften Aktenkonvoluten vielfach andere Codeworte für Schusswaffen auftauchen. Diese lauten in der von uns untersuchten „B&H“-Szene Brandenburg und Sachsen beispielsweise „Angeln“, „Angelruten“, „Trommeln“, „Spielzeug“.

Insofern sind die Angaben von Menzel und K. (P.) beim BKA im Rahmen der NSU-Ermittlungen als Denunziationen einzuschätzen, die – gerade im Fall von Menzel – von den eigenen Waffendelikten ablenken sollten.

Wie wir bei der Vernehmung des Potsdamer Staatsanwaltes Petersen herausarbeiten konnten, lagen dem LKA Brandenburg im Mai/Juni 2000 die vom BfV mitgeschnittenen TKÜ-Daten zwischen Ralf L. aus Königs Wusterhausen und Uwe Menzel vor, in denen vom Kauf von „Angeln“ die Rede ist. Menzel erwähnt dabei, wie im Feststellungsteil wiedergegeben,

„Die, die dafür in Frage kommen, sind momentan, haben so ein paar Sachen offen, richtig wilde Sachen, und denen ist es im Moment zu heiss.“ und weiter „Die haben gesagt, gerne irgendwann aber erst wenn so ein paar Sachen abgegessen sind.“

Zum Zeitpunkt dieser Kommunikation waren durch das NSU-Trio bereits der erste Rohrbombenanschlag in Nürnberg (23. Juni 1999) sowie die ersten Überfälle in Chemnitz verübt worden. Fünf Monate nach diesem Telefonat, am 11.9.2000, wurde Enver Şimşek in Nürnberg ermordet.

Hierzu erklärte der Potsdamer Staatsanwalt Petersen *„dass da vielleicht auch gar nicht intensiv genug ermittelt worden ist.“*¹³. Ähnlich äußerte sich Ex-Verfassungsschutzchef Wegesin zu diesem Vorhalt.

5. Enttarnung der Quelle „PIATTO“

Das Ende der V-Mann-Tätigkeit Szczepanskis ist im Feststellungsteil umfassend wiedergegeben. Die zum Komplex „Enttarnung“ einberaumte Sondersitzung vom 27.04.2018 ist ein Beispiel für die Möglichkeit, den parlamentarischen Untersuchungsausschuss für eine politische Inszenierung zu missbrauchen. Durch die Opposition, allen voran die CDU-Fraktion, wurde der amtierende Justizminister Stefan Ludwig (DIE LINKE) geladen und ihm das rechtsextremistische Fanzine „Foiersturm“ vorgehalten, als wäre es eine ernstzunehmende Pressepublikation. Ludwig solle „PIATTO“ enttarnt haben und damit mittelbar für Kosten des jahrelangen Zeugenschutzes verantwortlich sein. Wie dies die NSU-Aufklärung in Brandenburg beflügeln sollte, bleibt uns ein Rätsel.

6. Zur „Ausbeute“ der Quelle „PIATTO“

In der öffentlichen PKK-Sitzung vom 13.04.2016 hatten die Mitarbeiter des Verfassungsschutzes Brandenburg ein Hand-Out verteilt, in dem es heißt *„Etwa 200 „Piatto“-Meldungen zogen strafrechtliche oder sonstige exekutive Maßnahmen nach sich“*. Später wurde dies gegenüber dem Ausschuss jedoch revidiert, es sei mit „200“ nur die Anzahl der Deckblattmeldungen des Falles „PIATTO“ angegeben worden.

Hier offenbart sich das Kernproblem des V-Leute-Einsatzes. Formal dienen Szene-Spitzel als nachrichtendienstliches Mittel nur der Informationserhebung der Geheimdienstbehörde. Zur Rechtfertigung der damit zwangsläufig verbundenen und in den vorangestellten Kapiteln am Fall „PIATTO“ exemplarisch dargestellten Rechtsbrüche sollen angeblich erfolgreich bekämpfte oder verhinderte Straftaten ins Feld geführt werden.

¹³ Protokoll der 30. Sitzung v 23.08.2018, S. 51

Eine rechnerische Abwägung von Schutzgütern kann und darf es auf dem Gebiet staatlichen Handelns jedoch grundsätzlich nicht geben. Eine Behörde, die die Verfassung in ihrer Gesamtheit schützen soll, darf sie nicht nach Belieben verletzen. Dies gilt sowohl im Umgang mit den Freiheitsrechten der Bürger, als hinsichtlich ihrer Stellung im System staatlicher Institutionen. Der Verfassungsschutz ist keine Polizeibehörde, die sich über die Bekämpfung von Straftaten legitimiert.

Es zeigt sich auch, dass der Verfassungsschutz nicht uferlos in seinem Bestreben nach Informationsgewinnung mit rechtlichen oder technischen Befugnissen ausgebaut werden muss. Wie gezeigt, lagen im Sommer 1998 valide Informationen zum Trio Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe auch beim Verfassungsschutz Brandenburg vor und wurden trotz bestehender gesetzlicher Verpflichtung nicht direkt an Ermittlungsbehörden weitergegeben.

V. Der Fall „BARTE“ (Toni Stadler)

1. Anwerbung Stadlers

Während „PIATTO“ im Jahre 1994 unter dem Eindruck der Untersuchungshaft stehend brieflich beim LfV Berlin und der VS-Behörde in Brandenburg um Zusendung von Info-Material bat und damit von selbst auf sich Aufmerksam machte, verlief die Anwerbung von Toni Stadler nach anderem Muster.

Die Behörde in Potsdam erhielt einen Werbungstipp und entsandte zwei Beamte, die Stadler nach einem Einkauf an seinem Pkw abpassten. Sie konfrontierten den augenscheinlich angetrunkenen Stadler nicht nur mit gegen ihn laufenden Strafverfahren, sondern auch mit dem Umstand, dass er, der gerade im Begriff war, in seinen Pkw einzusteigen, auch nicht im Besitz einer Fahrerlaubnis war.

Nach Aussage des Bundesanwalts Siegmund stellten die Beamten Stadler vor die Alternative, entweder für den Verfassungsschutz zu arbeiten oder die Konsequenzen aus seinem strafrechtsrelevanten Verhalten zu tragen. Von einem freiwilligen Selbstanbieten kann im Fall „BARTE“ also nicht die Rede sein.

Dass diese Praxis keine Ausnahme war, haben uns die Sachverständigen Kopke und Schultz bestätigt, die sämtliche Anwerbungsakten im Verfassungsschutz geprüft haben. Sie kamen unter anderem zu dem Ergebnis, dass das offenbar zum Standard gehörende gezielte Suchen nach Schwächen und Angriffsflächen bei den jeweiligen „Zielpersonen“ einen menschenunwürdigen Charakter zeige.

2. Unterstützung und Aufbau rechter Handelsstrukturen

Stadlers Führung stellt sich nach dem Inhalt der Treffvermerke anders dar, als die von „PIATTO“. Er scheint sich gegenüber dem Einfluss seiner V-Mann-Führer resistenter gezeigt zu haben, als der in Haft sitzende Szczepanski. Er wurde von seinen V-Mann-Führern häufiger zu einer ehrlicheren und fügsameren Zusammenarbeit ermahnt.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der zum Zeitpunkt der Anwerbung arbeitslose Stadler durch die „Betreuung“ des Verfassungsschutzes sehr gut verdient hat und dadurch seinen Handel mit rechten Tonträgern und Devotionalien ausbauen konnten. Eine direkte Finanzierung seines Ladens „TOP ONE“ in Guben ist nicht aktenkundig, dürfte aber durch die regelmäßigen finanziellen Zuwendungen des VS gleichwohl abgesichert gewesen sein.

Daneben erhielt Stadler finanzielle Hilfe zur Rückerlangung des Führerscheins und Unterstützung bei Querelen um seine Gewerbeerlaubnis und von ihm rechtswidrig bezogene Sozialleistungen. Schließlich wurde er von seinen V-Mann-Führern auch über gegen ihn laufende Strafverfahren informiert und vor einer anstehenden Durchsuchung der Polizei gewarnt. Das LKA Berlin konnte durch Telefonüberwachung, wie im Feststellungsteil dargestellt, sogar Hilfe gegen polizeiliche Observationen dokumentieren.

Stadler erhielt auch einen aus Altbeständen der VS-Behörde stammenden PC, den er nach eigenen Angaben als Täuschungsobjekt bei Durchsuchungen der Polizei vorzeigen sollte. Ihm wurde auch ein Mobilfunkgerät, von dem er irrig annahm, es sei vom Verfassungsschutz gegen Abhörmaßnahmen gesichert, zur Verfügung gestellt.

Ihm sei von seinen V-Mann-Führern auch versprochen worden, im Falle einer Verhaftung das von ihm eigens eingerichtete Lager mit seinen Warenbeständen „verschwinden“ zu lassen. Es besteht aus unserer Sicht kein Zweifel an dem Wahrheitsgehalt der Angaben Stadlers. Nachdem er vom LKA Berlin verhaftet und vom Verfassungsschutz fallen gelassen wurde, sei ihm sogar nach Angaben seines ehemaligen V-Mann-Führers Bartok vor dem Ausschuss, zugestanden worden, gegenüber den Berliner Behörden umfangreiche Angaben zu machen.

3. CD-Produktion „Noten des Hasses“ als Beispiel für geheimdienstliche Willkür

a) Rechtswidriges Behördenhandeln

Die von Toni Stadler und seinem V-Mann-Führer Dirk Bartok angestrebte Produktion einer zweiten Auflage der CD „Noten des Hasses“ der Nazi-Band

**UA 6/1 des Landtages Brandenburg
Sondervotum der Linksfraktion**

„White Aryan Rebel“ im Jahre 2002, die durch das Eingreifen der Berliner Staatsanwaltschaft faktisch unterbunden wurde, ist exemplarisch für alle Missstände, die der Einsatz von V-Leuten mit sich bringt.

Bereits das Motiv, der Verfassungsschutz habe mit dieser Aktion Vertriebswege rechtsextremer, strafrechtsrelevanter CD-Produktionen aufklären wollen, ist ein rechtlich fehlerhafter Ansatz. Da hier regelmäßig Straftaten in Form von Volksverhetzung vorliegen, lag das Vorhaben des Verfassungsschutzes bereits auf dem Gebiet der polizeilichen Zuständigkeit.

Verschlimmert wurden die Zustände im Land Brandenburg noch dadurch, dass es unter Umgehung des Trennungsgebotes zu koordinierenden Absprachen zwischen Verfassungsschutz, LKA und Staatsanwaltschaft Cottbus gekommen ist, an dessen Ende die an Stadler durchgestochene Durchsuchung seiner Wohnung am 21.03.2002 stand, bei der mit Erlaubnis von LKA-Chef Lüdders sogar zwei Verfassungsschutzmitarbeiter anwesend waren.

Durch die bis in die Details der Geldübergabe angelegte Steuerung der Quelle „BARTE“ – es sei ausdrücklich auf die im Feststellungsteil dargestellten Treffvermerke verwiesen – wurde unter Beteiligung der weiteren Szene-Größen wie dem Berliner Lars B., „Front Records“-Inhaber Thomas P. und nicht zuletzt dem enttarnten V-Mann des BfV, Mirko Hesse, sowie den slowakischen „B&H“-Kontakten erst ein maßgeblicher Vertriebsweg geschaffen. Genauso gut ließen sich Brände legen, für deren Entdeckung man sich anschließend als Feuerwehr aufspielt.

Schließlich konnten wir auch feststellen, dass die Produktion von „Noten des Hasses“ anfänglich kein Alleingang der Brandenburger VS-Behörde war. Zum Teil wurde eine Zusammenarbeit mit der sächsischen Behörde und dem BfV sogar von V-Mann-Führer Bartok an Stadler bekanntgegeben, als dieser wegen zunehmenden Verzögerungen ungeduldig wurde.

Daneben haben wir durch die Beweisaufnahme auch Anhaltspunkte dafür gefunden, dass in die geplante Produktion der zweiten Auflage weitere V-Leute bzw. V-Personen involviert waren. Der Fall „BARTE“ ist daher ein praktisches Beispiel von der bereits im Jahre 1997 vom BKA vorgelegten Positionspapier zum „Brandstifter-Effekt“.

Zu den weiteren Schäden sind schließlich die unter Abteilungsleiter Wegesin offenbar regelmäßig an Spitzel ausgesprochenen Warnungen vor exekutiven Maßnahmen wie Durchsuchungen zu verzeichnen. Daneben waren auch Eingriffe in die Strafverfolgung gängige Praxis, wie Wegesin vor dem Ausschuss freimütig eingestand. Durch simple Telefonate bei ihm bekannten Staatsanwälten und anderen Beamten trat er für Verfahrenseinstellungen ein, wie dies für „PIATTO“ etwa im Rohrbomben-Verfahren gegen Nick Greger und

vermutlich auch im Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Cottbus gegen Toni Stadler der Fall war.

Die Vernehmung von Wegesin im Januar 2004 durch die Cottbuser Staatsanwälte Banthleon und Richter ist deshalb schon bemerkenswert, weil ausgerechnet Staatsanwalt Richter von Referatsleiter Giebler im Oktober 2001 über die V-Mann-Eigenschaft Stadlers informiert worden war. Die von Wegesin dargestellte „Rechts- und Weisungslage“ zu praktizierten Warnungen von V-Leuten, die laut Wegesins Angaben im Ausschuss bundesweit zum „Mainstream“ gehört habe, war den Cottbusser Staatsanwälten also nicht unbekannt. Richter war schließlich selbst bei der fatalen Lagebesprechung vom 20.03.2002 zwischen LKA, Verfassungsschutz und Staatsanwaltschaft Cottbus anwesend, in deren Nachgang Giebler mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit Stadler vor der am Folgetag angesetzten Durchsuchung warnte.

Gekrönt wurde dieses rechtsstaatswidrige Handeln schließlich durch die von Stadler noch im Vernehmungszimmer des LKA Berlin unterschriebene Entpflichtungserklärung, mit der er gleichzeitig auf alle bestehenden Ansprüche gegenüber dem Verfassungsschutz verzichtete – in Anbetracht des Umstandes, dass die ihm von V-Mann-Führer Bartok vorgegebene CD-Produktion der „Noten des Hasses“ überhaupt erst die Verhaftung durch das LKA Berlin eingebracht hatte, kein sehr fürsorglicher Umgang mit einem „öffentlich-rechtlich Verpflichteten“.

b) Strafvereitelung zu Gunsten von V-Mann-Führer Bartok

Der nicht anders als Skandal zu bezeichnende Coup des Verfassungsschutz Brandenburg spitzte sich nach der Verurteilung Stadlers im November 2002 weiter zu.

Auf wiederholte Intervention des Brandenburgischen Innenministeriums, nach Angabe von Wegesin mindestens auf Staatssekretärs-Ebene, wurden die ermittlungsführenden Berliner Staatsanwälte Mendrina und Heinke durch die vorgesetzte Generalstaatsanwaltschaft Berlin dazu angewiesen, das Verfahren gegen den als Mittäter von Stadler angesehenen V-Mann-Führer Dirk Bartok formal abzutrennen, so dass die Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft Cottbus eintrat. Ausgerechnet die Staatsanwaltschaft, die mit dem Verfassungsschutz Brandenburg im parallel geführten Ermittlungsverfahren gegen Stadler zusammengearbeitet hatte.

Flankiert wurde diese Vorgehen durch die im Feststellungsteil dargestellten – nur als vorsätzlich falsch zu bezeichnende – Presseerklärungen des Innenministeriums und ihres damaligen Sprechers Homburg. Danach sei Stadler „aus dem Ruder gelaufen“, weil er sich nicht an Anweisungen des V-Mann-Führers gehalten habe. Ob die Treffvermerke, aus denen sich das genaue Gegenteil ergab, jemals der Parlamentarischen Kontrollkommission

**UA 6/1 des Landtages Brandenburg
Sondervotum der Linksfraktion**

des Landtags Brandenburg vorgelegen haben, ließ sich mangels Wortprotokoll nicht aufklären. Dass die vorsätzliche Herstellung von musikalischen Mordaufrufen gegen die damalige Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth und andere Personen des öffentlichen Lebens durch den Verfassungsschutz von der PKK akzeptiert worden wäre, darf bezweifelt werden.

Weil dem Landgericht Berlin die Dokumentation der Mittäterschaft Bartoks, also die Treffvermerke, nicht vorgelegt wurden, ist die vom Schönbohm'schen Innenministerium verbreitete Lüge vom „eigenmächtig“ handelnden Stadler erst im Rahmen unserer Ausschussarbeit öffentlich aufgedeckt worden.

Da die TKÜ-Daten des LKA Berlin jedoch eindeutig die begünstigende Hilfe von V-Mann-Führer Bartok gegen die auf Stadler angesetzten Observationsteams dokumentiert hatten, musste die Staatsanwaltschaft Cottbus zumindest wegen Strafvereitelung weiter ermitteln. Der verstorbene Staatsanwalt Robineck rang sich in der Folge zu einem Angebot an Bartok und das Innenministerium durch: Die Einstellung des Verfahrens gemäß § 153a StPO gegen Zahlung einer hohen Geldauflage.

Doch dort war man indes selbstbewusst genug, zu behaupten, dass keine Strafbarkeit von Bartok vorgelegen habe. Dabei geht aus dem im Feststellungsteil dargestellten Vermerk eines Rechtsreferenten der Verfassungsschutzabteilung das Gegenteil hervor.

Nach zähem Taktieren aller Beteiligten scheint man sich schließlich auf die – weiterhin rechtlich haltlose – Auffassung verständigt zu haben, die handelnden Verfassungsschutzmitarbeiter wären einem unvermeidbaren Verbotsirrtum unterlegen gewesen, weil ihnen auf der Verfassungsschutzschule des BfV beigebracht worden sei, dass man zur Abwehr volksverhetzender Straftaten, solche auch begehen dürfe. Daran wurde sogar festgehalten, als sich herausstellte, dass niemand der Beteiligten im Verfassungsschutz Brandenburg eine entsprechende Ausbildung an dieser Schule absolviert hatte. Immerhin hat sich der verdienstvolle Prof. Dr. Rautenberg, der als Generalstaatsanwalt offenbar vom damals ebenfalls CDU-geführten Justizministerium überstimmt wurde, mit seinem im Feststellungsteil zitierten Aufsatz im Goldammer's Archiv für Strafrecht von jener Auffassung zu § 86 StGB distanziert.

Dass das Verfahren gegen Bartok im Jahre 2005 vom Landgericht Cottbus schließlich sogar ohne Geldauflage gemäß § 153 StPO eingestellt wurde, ist schon irritierend.

Erwähnt werden soll auch die vom Zeugenschutz des LKA Frankfurt/Oder dokumentierte Charade in der weiteren Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz Brandenburg. Den zum Schutz von Stadler agierenden Polizeibeamten war in gemeinsamen Besprechungen aufgefallen, dass ein ihnen als „Auswerter Musik“ vorgestellter VS-Beamter über Sonderwissen in

**UA 6/1 des Landtages Brandenburg
Sondervotum der Linksfraktion**

Bezug auf Stadler verfügte, so dass sie mehrfach nachfragten, ob es sich nicht um den ehemaligen V-Mann-Führer von Stadler handeln würde. Das wurde durch eine leitende Beamtin des Verfassungsschutzes verneint. Als Stadler indes anlässlich seiner Vernehmung im Amtsgerichtsgebäude Cottbus am 9.01.2003 aus dem Fenster sah, erkannte er Bartok wieder und teilte dies seinen Schutzbeamten mit. Diese identifizierten Bartok wiederum als den „Auswerter Musik“ und fühlten sich getäuscht.

Welchen Sinn diese Aktion des Verfassungsschutzes hatte, ließ sich nicht mehr aufklären. Sie dokumentiert jedoch ein fehlendes Vertrauen des Geheimdienstes in die Arbeit mit anderen Behörden.

Als Zeugen haben sich Beamte sorgfältig dienstlich vorzubereiten. Sowohl Bartok als auch Giebler gaben sich vor dem Ausschuss bemüht einsilbig und „retteten“ sich mit dem Vorschützen fehlender Erinnerungen, was ihnen in Anbetracht der damals hochbrisanten dienstlichen und politischen Aufregung nicht zu glauben ist.

Schließlich manifestierte die vor dem Ausschuss protokollierte Entschuldigung Heiner Wegesins im Fall „BARTE“ ein vollständiges staatliches Versagen.

4. Fazit zum Fall „BARTE“

Der Fall „BARTE“ hätte bereits zum Zeitpunkt seines Bekanntwerdens einen eigenen parlamentarischen Untersuchungsausschuss notwendig gemacht, denn die parlamentarische Kontrolle lief offenkundig leer. Darüber hinaus propagierte das Innenministerium falsche Informationen.

Die Einstellung des Verfahrens gegen Bartok durch das Landgericht Cottbus im Jahre 2005 kann nicht überzeugen. Offensichtlich wird: Die vom Verfassungsschutz initiierten bzw. geförderten Straftaten beeinflussen auch die Strafverfolgungsorgane und verhindern damit die Durchsetzung des Legalitätsprinzips.

Wenn die Staatsanwaltschaften ohne Rücksicht auf die Einmischung des Verfassungsschutzes auch gegen V-Leute und V-Mann-führer ermitteln, so wie es die Berliner Staatsanwaltschaft im Fall „BARTE“ getan hatte, laufen sie Gefahr, über die (politische) Fach- und Rechtsaufsicht des Ministeriums „zurückgepiffen“ zu werden.

Generell ist zu resümieren: Werden V-Leute und V-Mann-Führer nach der Begehung von Straftaten nicht strafrechtlich verfolgt, werden Freiräume im Umfeld der V-Leute geschaffen, die zu weiteren Straftaten führen können. Wir sehen das als einen weiteren Aspekt des vom BKA bereits 1997 beschriebenen „Brandstifter-Effekts“.

VI. Der Fall „Nationale Bewegung“

1. Ermittlungen gegen unbekannte Täter

Der Tatkomplex „Nationale Bewegung“ (kurz: „NaBe“) wurde aufgrund der in seiner Anhörung am 18.11.2016 geäußerten Vermutung des sachverständigen Zeugen Generalstaatsanwalt Dr. Erardo Rautenberg untersucht, der sinngemäß äußerte, dass ihm wegen des Auftretens des Verfassungsschutzes Anfang der 2000 Jahre Zweifel gekommen seien, ob es die terroristische Vereinigung „Nationale Bewegung“ tatsächlich je gegeben habe.

Bei der Sichtung des betreffenden Aktenmaterials der Generalbundesanwaltschaft (GBA), dem Brandenburgischen Verfassungsschutz und dem Landeskriminalamt Brandenburg (LKA BB) gewannen wir bedeutsame Erkenntnisse zu Angehörigen des verbotenen Neonazi-Netzwerks „Blood & Honour“ und zur weiteren rechtsradikalen Musikszene, darunter die Band „Landser“. Parallel ergaben sich überraschenderweise auch Schnittmengen zu den Quellen „PIATTO“ und „BARTE“

Durch diese Zufallsfunde konnten wir auch die oben dargestellten personellen Zusammenhänge von Brandenburger Nazis ins Chemnitzer Unterstützerumfeld des NSU-Trios herstellen.

Die vom Bundesanwalt Siegmund schon im Jahre 2003 unterstellte Beteiligung des Brandenburgischen Verfassungsschutzes an den Straftaten der „Nationale Bewegung“ („NaBe“) hat die Untersuchung trotz umfangreicher Beweisaufnahme jedoch nicht ergeben. Vielmehr führten nach unserer Überzeugung gravierende Ermittlungsfehler und ein verfassungswidriges Näheverhältnis von Verfassungsschutz und Polizei zur erfolglosen Strafermittlung bei Neonazis aber auch Staatsbediensteten.

Die Mitglieder der „NaBe“ wurden nicht gefunden, da die sich aufdrängende Spur zum Umfeld des Potsdamer Uwe MENZEL und seiner Band „Proissenheads“ nicht konsequent ausermittelt wurde. Vor allem durch eine dilettantische Vernehmung des Menzel durch KOK M.K. (LKA BB) am 15.02.2001 wurde durch die leichtfertige Preisgabe der Ermittlungsergebnisse eine Verwischung der Spuren Vorschub geleistet.

Zwei parallel angefertigte Expertisen des LKA Brandenburg und des Verfassungsschutz Brandenburg aus dem Jahre 2000 schätzten das Umfeld der Band „Proissenheads“ als potentielle terroristische Vereinigung im Sinne von § 129 a StGB ein.

Im Rahmen des parallel von BA Siegmund betriebenen Verfahrens gegen die Band „Landser“, bei dem das LKA Berlin ermittelte, erfolgte am 1.02.2001 eine Telefonüberwachung beim dort Beschuldigten Christian W., durch die

belastenden Gespräche zwischen Uwe Menzel und dem Potsdamer Nazi-Skin M.S. mitgeschnitten wurden.

Das vom Verfassungsschutz Brandenburg am 30.01.2001 erstellte Behördenzeugnis war in seiner Abfassung zwar oberflächlich, wies aber auf einen verdächtigen Täterkreis hin, der den inneren Kreis der „Blood & Honour“-Sektion Brandenburg um Dirk H., Stefan R., Sven Sch. betraf. Die entsprechenden Durchsuchungen erfolgten jedoch erst am 27.03.2001, also nach Menzels „Vorabinformation“ und verliefen in Bezug auf das Strafverfahren gegen die „NaBe“ ohne Erfolg.

Dirk H., Stefan R., Sven Sch. und Christian K., die vom Verfassungsschutz geführte Quelle „BACKOBST“ waren am 07.01.2001, der Nacht es Anschlages auf die Jüdische Trauerhalle, von einem „B&H“-Konzert aus Frankreich zurückgekehrt. Eine VP der Bundesanwaltschaft, deren Identität der GBA selbst im so genannten Treptow Verfahren bis heute nicht preisgeben will, hatte von einer Party in Potsdam im Umfeld der Band „Proissenheads“ am gleichen Abend berichtet, von der der Brandanschlag schließlich ausgegangen sein soll. Hierbei sollen Brandenburger und Berliner Neonazis zusammengearbeitet haben. Beigezogene TKÜ-Daten des LKA Berlin deuten auf eine Kooperation der Potsdamer Nazis Uwe Menzel, O.K., D.Lz. und dem Berliner Paul B. hin.

Da das im Feststellungsteil dargestellte Vernehmungsprotokoll des KOK M.K. (LKA BB) auch eine umfassende Unterrichtung von Menzel über die auf ihn und die „B&H“-Kader Stefan R. und Dirk H. hindeutenden Beweismittel dokumentiert, ist anzunehmen, dass in der Folgezeit jegliche weiteren Taten aus Angst vor Entdeckung unterlassen worden sind.

Da KOK M.K. (LKA BB) selbst nicht einmal Mitglied der Ermittlungskommission „NaBe“ war und auch das Vernehmungsprotokoll vom 15.02.2001 keinen prozessual verwertbaren Standard aufweist, ist anzunehmen, dass weder der Leiter der Ermittlungskommission „Nabe“ noch der mit der örtlichen Szene nicht vertraute BA Siegmund diesen Fehler mitbekamen.

Der sich am 06.02.2001 ereignende Skandal um den Geheimnisverrat an die Quelle „BACKOBST“ dürfte schließlich stattdessen den Verdacht eines durch den Verfassungsschutz Brandenburg fabrizierten „Celler Lochs“ beflügelt haben.

2. Zufallsfunde „Blood & Honour“

Die Bedeutung des Netzwerkes „Blood & Honour“ auch für die Mordtaten des „NSU“ liegt mittlerweile klar auf der Hand. Die „Sektion Sachsen“ um Werner, Starke und dem Ehepaar Probst bildete im Jahre 1998 einen Rückhalt für das untergetauchte Trio. Als sich im Herbst 1998 eine Spaltung zwischen den

**UA 6/1 des Landtages Brandenburg
Sondervotum der Linksfraktion**

Sachsen und der Berliner Sektion um „Divisionschef“ Stefan Lange, einer mittlerweile enttarnten Quelle des BfV, abzeichnete, bekundeten die Brandenburger um Menzel und Christian W. ihre Solidarität mit den Sachsen.

Die „Sektion Blood & Honour Brandenburg“ wurde ab Mitte der 90er Jahre vom Neonazi Christian W. aus Potsdam angeführt. Sein Nachfolger wurde Dirk H. aus Lehnin, der später wiederum vom Brandenburger Stefan R. abgelöst wurde. Nach einer Meldung der Quelle „PIATTO“ wurde der Borkwalder Sven Sch. als Nachfolger Langes gehandelt. Kurz nach dem Verbot von „Blood & Honour“ wird bei Sven Sch. sogar die mutmaßliche „Kriegskasse“ der Vereinigung in Höhe von 73.000 DM sichergestellt.

Selbst als „Blood & Honour“ im September 2000 unter der Ägide von Bundesinnenminister Otto Schilly (SPD) deutschlandweit verboten wird, gehen die Aktivitäten weiter. Beachtenswert ist, dass es anschließend auch keine einheitliche länderübergreifende Strafverfolgung gegen diese Nachfolgestrukturen gegeben hat. Weder der Generalbundesanwalt noch das BKA waren in die Ermittlungsverfahren gegen bis zu 100 bundesweit agierende Beschuldigte eingebunden. Doch auch das BKA selbst bemängelte das Fehlen einer zentralen staatsanwaltlichen Ermittlungsführung.

Soweit wir wissen, ist im Land Brandenburg eine Strafverfolgung gegen „Blood & Honour“ durch brandenburgische Sicherheitsbehörden gänzlich unterblieben. Die Struktur wurde im Randbereich zwar vom Verfassungsschutz beobachtet, jedoch ist keine nennenswerte Ermittlung seitens der Staatsanwaltschaft oder der Polizei zu verzeichnen.

Im Zuge des Ermittlungsverfahrens gegen die „NaBe“ wurden wie oben dargestellt am 27.03.2001 Durchsuchungen bei Dirk H. und Stefan R. angestrengt. Es wurden dabei zwar keine Beweismittel im Zusammenhang mit der „NaBe“ gefunden, dafür aber Propagandamaterial von „Blood & Honour“, darunter auf einem PC vergessene Briefe an kanadische Funktionäre, die auf eine direkte Fortführung der verbotenen Organisation hinwiesen und Parolen wie *„Trotz Verbot nicht tot“* und *„Blood & Honour für immer“* enthielten.

BA Siegmund ignorierte diese Funde jedoch zunächst und verfügte erst kurz vor einer Durchsuchung der Staatsanwaltschaft Halle im Frühjahr 2002 bei Stefan R. dass die Staatsanwaltschaft Potsdam sich zur Verfolgung von „B&H“ an die Kollegen in Halle halten solle. Dort wurde R. später zu einer sehr geringen Geldstrafe verurteilt. Weitere Folgen hatten die Funde nicht. Es ist sogar eine Herausgabe von hunderten von Tonträgern und Videos an R. und H. aktenkundig, da es sich jeweils um Einzelstücke gehandelt habe.

3. Anwerbung von Sven Sch.

**UA 6/1 des Landtages Brandenburg
Sondervotum der Linksfraktion**

Anhand der vom Ausschuss als „Beifang“ herausgearbeiteten „versuchten“ Anwerbung des „B&H“-Konzertveranstalter und „hatesounds“-Inhabers Sven Sch. für das LKA Brandenburg bzw. die Abteilung Staatschutz des Polizeipräsidiums Potsdam zeigte sich die fatale Wechselwirkung, wenn mehrere Sicherheitsbehörden mit verschiedenen Zielstellungen um V-Leute buhlen.

Während der GBA und eine eigens gebildete Brandenburgische Ermittlungskommission nach den Tätern der „NaBe“ suchten und der Verfassungsschutz wie anhand des Komplexes „Geheimnisverrats“ noch zu zeigen ist, bemüht war, seine eigenen Szene-Spitzel vor diesen Ermittlungen zu schützen, verfolgte das LKA und die Abteilung Staatsschutz zum Teil eigene Ziele.

Anfang 2001 versandte der bereits vom Verfassungsschutz als Quelle geführte Toni Stadler 200 CDs der „Noten des Hasses“ an Sch. Adresse in Borkwalde, die bei einer Durchsuchung am 22.01.2001 gefunden wurden. Stadler geriet wegen eines hinterlassenen Fingerabdruckes selbst in Visier des LKA Brandenburg. Sein Verfahren wurde, wie dargestellt, von der Staatsanwaltschaft Cottbus ab März 2002 aber nicht weiter betrieben.

KOK M.K. (LKA BB) ermittelte aufgrund von Hinweisen des LKA Sachsen wegen des Handels mit „Landser“-CDs gegen Sch. wegen Volksverhetzung. Gleichzeitig versuchte er jedoch Sch. auch als VP für den Staatsschutz zu gewinnen. Aufgrund der Vielzahl an Treffen und Telefonaten, der dabei ausgetauschten Informationen, die sogar rechtliche Tipps für Texte und Booklets von Sch`s. CD-Handel beinhalteten, kann von einer faktischen VP-Führung ausgegangen werden, auch wenn Sch. keine förmliche Erklärung unterschrieb. Diesen Eindruck hatte auch das LKA Sachsen-Anhalt, die Sch. in einem Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Halle abhörten.

Um Sch. anzuwerben, versorgte KOK M.K. (LKA BB) ihn ab Februar 2001 bei seinen „Vernehmungen“ auch mit Informationen. Belegt ist dabei eine verhängnisvolle „Kreuzinformation“ mit Uwe Menzel in dessen Vernehmung am 15.02.2001. Auch wenn die Gespräche mit Sch. schlecht dokumentiert wurden, lässt sich ausmachen, dass M.K. offenbar versuchte, beide Neonazis gegeneinander auszuspielen. Fatalerweise scheint er jedoch nicht bemerkt zu haben, dass ihn beide „Zielpersonen“ ihrerseits abschöpften. Während Sch. hilfreiche Tipps für die Fortsetzung seines CD-Handels abgriff und beispielsweise davon ausgehen konnte, dass er mit dem nach M.K.s Hinweisen abgeänderten „B&H-Sampler Brandenburg“ trotz Verbotsverfügung ungestört Handel treiben konnte, wusste Menzel, dass der GBA im Landser-Verfahren seinen Kumpel Christian W. abhörte und den B&H-Kadern R. und H. im NaBe-Verfahren auf der Spur war.

Zu dieser Situation trug offenbar auch eine massive Fehleinschätzung bei. M.K. äußerte in seiner Vernehmung vor dem Ausschuss, dass er rechte Musik stets „wie eine Droge“ angesehen habe, vor deren schädlichem Einfluss auch die Betroffenen selbst bewahrt werden müssten. Dass er bei Uwe Menzel am 09.07.2000 eine schussfähige Ceska 52 und diverse andere Waffen gefunden hatte, bewertete er vor dem Ausschuss als Maßnahme des „Selbstschutzes“, da Menzel von der Antifa bedroht wurde. Feststellbar ist daher, dass auch das LKA Brandenburg die vom „Blood & Honour“-Netzwerk ausgehenden terroristischen Gefahren, wie etwa das kolportierte „Combat 18“-Prinzip, im untersuchten Zeitraum nicht ernst genommen hat.

Ein weiteres bundesweites Problem ist die bis heute gesetzlich nicht geregelte VP-Führung der Polizeibehörden, insbesondere der Landeskriminalämter. Davon abgesehen, dass damit der Natur nach intransparente geheimdienstliche Kompetenzen in die Polizeiarbeit einfließen, die kaum rechtsstaatlich zu überprüfen sind, drohen auch hier dieselben verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Defizite, wie wir sie im Bereich des V-Mann-Wesens des Verfassungsschutzes aufgezeigt haben.

4. Der Fall „BACKOBST“ (Christian K.)

Die Vorgänge um den als Fall „BACKBOST“ geführten V-Mann Christian K. zeigen, dass die Skandale um „PIATTO“ und „BARTE“ kein Versagen im Einzelfall sind. Beinahe deckungsgleich zeigen sich die schweren Nachteile und Irrtümer, die dem staatlichen Anwerben von überzeugten Nazis innewohnen.

Christian K. wurde unter ähnlichen Umständen angeworben wie Stadler. Er erhielt eine in etwa gleich gelagerte finanzielle und „soziale“ Unterstützung, die auch den Erwerb eines Pkw umfasste. Als Besonderheit ist uns ein hohes Maß an vom Spitzel gemeldeten Übertreibungen und „falschen Geschichten“ aufgefallen, wodurch im Verfassungsschutz offenbar der Eindruck aufkam, durch die Informationen der Quelle habe man schwere Straftaten verhindert. Nach unserem Eindruck war die mitunter ausufernde Fantasie der Quelle dem Umstand geschuldet, dass dem Verfassungsschutz Informationen als Ware verkauft wurden und bei der Quelle ein hoher Bedarf vorherrschte. Im Falle von „BACKOBST“ wurde auch eine größere Zahl von kleinkriminellen Handlungen beobachtet, die strafrechtlich nicht konsequent verfolgt wurden.

Für mögliche Fehlschläge des V-Mann-Einsatzes ist der Fall „BACKOSBT“ ein sehr anschauliches Beispiel. Um ihn vor Durchsuchungen des Polizeipräsidiums Potsdam und der EK „NaBe“ zu schützen, die für den 17.02.2001 geplant waren, wies Verfassungsschutzchef Wegesin in den Nachmittagsstunden des 06.02.2001 den Referatsleiter Giebler an, „BACKOBST“ durch dessen V-Mann-Führer Sandmann darauf hinzuweisen,

**UA 6/1 des Landtages Brandenburg
Sondervotum der Linksfraktion**

dass er seine „Bude sauber machen“ solle. Dies geschah umgehend, wobei Sandmann auch das Datum des 17.02. mitteilte. Durch eine TKÜ-Maßnahme des LKA wurde gegen 16 Uhr des 06.02. offenbar, wie „BACKOBST“ seine Informationen an den in seiner Wohnung zur Untermiete wohnenden Sven Sch. weitergab.

Dieser Umstand einer „durchgestochenen Durchsuchung“ wie auch das nachfolgende verheimlichende Verhalten der VS-Mitarbeiter, dass auch vorsätzlich falsche dienstliche Erklärungen und das Ausdenken einer Alibi-Geschichte beinhaltete, wurde schließlich von allen Beteiligten, also dem LKA Brandenburg, dem Polizeipräsidium Potsdam und, zu unserer Überzeugung, auch vom Bundesanwalt Siegmund nicht zur Anzeige gebracht. Entsprechende Aktenvermerke verschwanden im Panzerschrank des LKA Chefs Lüdders, der ein sehr gutes Verhältnis zu Wegesin hatte. Erst im Jahre 2003 wurde der Vorgang durch Presserecherche öffentlich.

Die nachfolgend eingeleiteten Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Potsdam konnten im Ergebnis nicht ungerechter ausgehen. LKA Chef Lüdders wurde auf Weisung des Vorgesetzten Staatsanwaltes Junker als Beschuldiger ausgetragen. Im Ergebnis wurde einzig der V-Mann Christian K. wegen Verrat von Dienstgeheimnissen angeklagt und zu einer bewährungsfähigen Freiheitsstrafe verurteilt. Er sei als V-Mann wie ein öffentlich-rechtlicher Verpflichteter anzusehen gewesen.

Die VS-Mitarbeiter, allen voran Referatsleiter Giebler, der das Datum des 17.02. aus einer exklusiven Besprechung des Polizeipräsidiums und der EK „NaBe“ in den Verfassungsschutz getragen hatte, gingen straffrei aus. Die Anweisung an den V-Mann, die Wohnung sauber zu halten, sei nicht strafbar. Die Mitteilung des konkreten Datums der Durchsuchung wurde einzig dem V-Mann-Führer als dienstliches Vergehen angelastet. Im Übrigen konnten sich alle Beamten darauf berufen, dass ihnen von einem Vorgesetzten eine Weisung erteilt wurde, an deren Rechtmäßigkeit sie nicht zweifeln mussten.

Wenn es einen Beweis für eine „Organisierte Verantwortungslosigkeit“ bürokratischer Staatsapparate gibt, dann ist es diese Geheimdienstposse. Weder wird der staatliche Strafanspruch bezüglich begangener Straftaten verwirklicht noch eine angemessene dienstrechtliche Bewertung vorgenommen. Erkennbar wurden juristische Auslegungsspielräume dazu genutzt eine Art „fahrlässige Befehlskette“ zu konstruieren, statt politische und persönliche Verantwortung zu übernehmen.

Dieser Skandal hatte seinen Wurzeln schon in der verfassungswidrigen Nähe zwischen Polizei und Verfassungsschutz. Der Referatsleiter für Beschaffung Giebler nahm nämlich bis zum Geheimnisverrat regelmäßig an Besprechungen der EK „NaBe“ teil. Ein klarer Verstoß gegen das

Trennungsgebot, denn die Abteilung Beschaffung ist ausschließlich an Informationserhebung und dem Schutz der eigenen Quellen interessiert.

Eine weitere Merkwürdigkeit war das außergewöhnliche Interesse des BfV an den Ermittlungen der EK „NaBe“, wie sie in den dokumentierten Anrufen eines Herrn Angermann zum Ausdruck kamen, ohne dass jedoch eine Hilfe bei den Ermittlungen erkannt werden konnte. Die unklaren Intentionen betrafen augenscheinlich das Umfeld der „Proissenheads“.

Schließlich demonstriert der Fall „BACKOBST die Wirkungslosigkeit der Parlamentarischen Kontrolle des Landtages. Dass der ehemalige Vorsitzende Christoph Schulze nach einer Sitzung im Jahre 2003 öffentlich verkündete, dass es keine V-Mann-Affäre gebe, bedarf keiner weiteren Erläuterung. Durch den Ausschuss konnten wir aber ermitteln, dass die PKK zu dem Thema bereits im Februar 2001 getagt hatte – ohne dass anschließend Maßnahmen ergriffen wurden.

VII. Das Verhalten Brandenburgischer Behörden vor dem OLG München

1. Die Sperrerkklärungen des Innenministeriums

Obwohl die Sperrerkklärungen des Innenministeriums bundesweit für Furore sorgten und letztlich einen maßgeblichen Grund für die Einsetzung des Brandenburgischen Untersuchungsausschusses bildeten, konnten wir feststellen, dass die Motive der handelnden Akteure nicht in einer versuchten Vertuschung des NSU-Komplexes lagen, sondern symptomatisch dem Verständnis von Geheimdiensten anhaften – was wir deshalb nicht weniger deutlich kritisieren.

Hinsichtlich der vom OLG München anberaumten Vernehmung von Carsten Szczepanski lagen keine Bedenken des Verfassungsschutzes Brandenburg selbst vor. Das für den Zeugenschutz zuständige LKA Brandenburg fürchtete, dass der seit Juli 2000 bis heute betreute Szczepanski ohne Maskierung fotografiert oder gefilmt werden könnte, was von Seiten des Innenministeriums schließlich ohne Rücksprache mit dem OLG München in mit der zurecht kritisierten Entscheidung umgesetzt wurde.

Als geradezu symptomatisch muss hier erneut der bei der V-Mann-Führung überschätzte Aspekt des Quellenschutzes gesehen werden, der in diesem Fall selbst dem Versprechen von Angela Merkel auf der Gedenkfeier der NSU-Opfer im Jahre 2012 nicht weichen sollte.

Die zweite Sperrerkklärung betraf den vom Zeugen Dieter Borchert zu seiner Vernehmung mitgeführten Aktenordner, der, wie sich später herausstellte, keinerlei geheimhaltungsbedürftige Unterlagen enthielt. Erst auf Repliken der

Prozessbeteiligten und nach öffentlichem Druck wurde die – von Anfang an haltlose – Erklärung aufgehoben.

Dem Innenministerium, insbesondere den Mitarbeitern des Verfassungsschutzes, die selbst in ihren Vernehmungen vor dem Ausschuss auf ihren abstrusen Argumenten beharrten, ist der Vorwurf zu machen, dass sie den zuletzt vom Bundesverfassungsgericht (vgl. Beschluss vom 13.06.2017, Az.: 2 BvE 1/15) zugunsten der Exekutivgewalt geprägten Begriff des „Staatswohls“ missbräuchlich angewendet haben. Damit wurde offenbar, dass der einseitigen Festlegung des Begriffs durch den Verfassungsschutz grundsätzlich nicht getraut werden kann.

2. Fazit zum OLG München

In dem Auftreten der Brandenburgischen Behörden im NSU-Prozess vor dem OLG München zeigt sich die Kontinuität geheimdienstlicher Intransparenz systematisch und nicht nur in „Einzelfällen“, wodurch Demokratie und Rechtsstaatlichkeit Schaden nehmen.

Es ist zu erwarten, dass unter dem Vorwand der Gefährdung des Staatswohls, die Aufklärung des NSU-Komplexes und ähnlicher Phänomene auch weiterhin behindert wird.

VIII. Schlussbewertung und Ergebnisse

1. Verfassungsschutz reformieren

Der Verfassungsschutz als staatliche Behörde konnte seinen Wert als „unverzichtbarer“ Bestandteil einer demokratischen Sicherheitsarchitektur nicht unter Beweis stellen.

Er hatte in der Frühphase des NSU-Trios verwertbare Informationen, war zu deren direkter Weitergabe an die Strafverfolgungsbehörden verpflichtet, kam dem jedoch nicht nach. Auch im sonstigen Einsatz seiner Mittel, insbesondere dem Einsatz von V-Leuten, sind wiederholte Rechtsverletzungen und sogar Straftaten zu verzeichnen gewesen. Eine effektive Aufklärung und Kontrolle fand weder durch die Parlamentarische Kontrollkommission des Landtages noch durch die Justiz statt.

Vor diesem Hintergrund sind wir gegen eine Erweiterung der Handlungsbefugnisse der Verfassungsschutzbehörde, vor allem unter der dem fehlerhaften Label der Gefahrenabwehr und Verbrechensbekämpfung. Das verfassungsrechtlich geforderte Trennungsgebot zwischen Polizei und Geheimdienst muss entgegen der bundesweit zu beobachtenden Tendenz besser eingehalten und rechtlich abgesichert werden. Wir sind gegen die

**UA 6/1 des Landtages Brandenburg
Sondervotum der Linksfraktion**

sachliche und organisatorische Verschmelzung von Verfassungsschutz und Polizei.

Als langfristige Alternative für die VS-Behörde in ihrer jetzigen Form fordern wir die Einrichtung einer Koordinierungsstelle zur Dokumentation neonazistischer, rassistischer und antisemitischer Einstellungen und Bestrebungen sowie sonstiger Erscheinungsformen „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“. Eine solche Einrichtung soll nach einer Aufbauphase die Verfassungsschutzbehörde ersetzen. Zugleich setzen wir auf Aufklärung rechtsradikaler Phänomene durch pro-demokratische Gruppen der Zivilgesellschaft und investigativen Journalismus.

Das V-Leute-System mit seinen Elementen Geheimhaltung, Quellenschutz und langfristiger Informationssicherung bedingte das „Versagen“ der VS-Behörde.

Insofern ist unsere Forderung, auf V-Leute zukünftig zu verzichten. Sollte dies politisch keine Mehrheit finden, ist ihr Einsatz rechtlich einzugrenzen. Er muss „ultima ratio“ sein. Das bedeutet für uns unter anderem:

- Keine strafrechtliche Vorbelastung der betreffenden Personen
- Das Verbot, bei ihrer Tätigkeit für den Verfassungsschutz Straftaten zu begehen
- Abschaffung des absoluten Quellenschutzes
- Keine menschenunwürdigen Anwerbeversuche durch die Behörde.
- Anbieten einer EXIT-Maßnahme vor der Verpflichtung sowie einmal jährlich während der Tätigkeit
- Anwerbung nur unter Beteiligung einer zu schaffenden Stabsstelle für Innenrevision sowie eines zu berufenden Sonderbeauftragten der PKK
- In Streitfällen die Anrufung einer Kammer des Verwaltungsgerichts (Richtervorbehalt)
- Keine Bezahlung, die die betreffende Person in die Lage versetzt, davon ausschließlich ihren Lebensunterhalts zu bestreiten.
- Genaue Dokumentation und Kontrolle der V-Mann-Tätigkeit
- Jährliche Evaluation des V-Leute-Einsatzes gegenüber der PKK neben den turnusmäßigen Berichten des Innenministers

Wir plädieren für eine wirksame Kontrolle der Behörde und eine fachlich aufgewertete Parlamentarische Kontrollkommission (PKK). Das bedeutet für uns unter anderem:

- Schaffung einer für den Verfassungsschutz zuständigen unabhängigen Stabsstelle für Innenrevision im Innenministerium
- Ausbau der Kompetenzen der PKK durch Berufung eines ständigen Sonderbeauftragten der PKK mit erweitertem Akteneinsichtsrecht

**UA 6/1 des Landtages Brandenburg
Sondervotum der Linksfraktion**

- Bereitstellung sicherheitsüberprüfter wissenschaftlicher Mitarbeiter für die Abgeordneten
- Stärkung der Minderheitenrechte in der PKK
- Schaffung einer gesetzlichen Regelung für „Whistleblower“
- Schaffung eines zusätzlichen Kontrollstranges zur Judikative für Streitfälle

2. Unabhängigkeit der Justiz stärken

Zur Verhinderung der politischen Instrumentalisierung der Staatsanwaltschaften muss sich auf Bundesebene dafür eingesetzt werden, diese aus der Fach- und Rechtsaufsicht der jeweiligen Justizministerien zu lösen und in Selbstverwaltungseinheiten zu überführen. Das externe und interne Weisungsrecht in den Staatsanwaltschaften ist abzuschaffen.

3. Fazit des Untersuchungsausschusses

Brandenburger Sicherheitsbehörden waren an der Bildung des NSU nicht beteiligt. Aufgrund systemimmanenter Probleme nachrichtendienstlicher Behördenarbeit wurde die Ergreifung des Trios aber auch nicht unterstützt, obwohl hierfür eine klare gesetzliche Pflicht bestand.

Alle vom Untersuchungsausschuss untersuchten Fälle von Einsätzen rechtsextremer V-Leute kamen nur unter massiven Rechtsbrüchen zustande, ohne dass damit die Erfolge der Nachrichtengewinnung aufgewogen wurden. Das Fehlen einer konsequenten Strafverfolgung insbesondere der verbotenen Vereinigung und „Blood & Honour“ und ihrer Nachfolgestrukturen sowohl durch Brandenburgische Ermittlungsbehörden als auch durch die Bundesanwaltschaft und das BKA, vertiefen die Frage nach der politischen Intention des Staates im Umgang mit bundesweit agierenden Neonazis im Allgemeinen und dem „NSU“-Komplex im Speziellen.

Stand: 26.05.2019, 19:40 Uhr

Abschlussbericht – Bewertungsteil der AfD-Fraktion

I. Vorbemerkung, Chronologie und Gesamtzusammenfassung

Gemäß § 28 Untersuchungsausschussgesetz Brandenburg (UAG) erstattet der Untersuchungsausschuss dem Landtag einen schriftlichen Bericht. Über die Endfassung entscheidet der Ausschuss und nach § 28 Abs. 3 UAG hat jedes Mitglied des Ausschusses das Recht, seine in der Beratung vertretene abweichende Meinung in gedrängter Form darzulegen als sog. Sondervotum.

Vorliegend wurde durch den Untersuchungsausschuss gemeinsam jedoch lediglich der sog. Feststellungsteil erarbeitet und jeder beteiligten Fraktion die Abfassung eines sog. Bewertungsteiles selbst überlassen. Daher existiert weder eine gemeinsame Bewertung des Ausschusses, noch sind zur Zeit der Abfassung des Bewertungsteiles die Bewertungen der anderen im Untersuchungsausschuss vertretenen Fraktionen bekannt, so dass entgegen dem gesetzlichen Wortlaut des UAG weder ein vollständiger Abschlussbericht mit Wertungen des Gesamtausschusses (Mehrheitsmeinung) erstellt worden ist, noch die Erstellung von Sondervoten durch die Fraktionen ermöglicht wurde, die eine andere Meinung als die Mehrheitsmeinung haben.

Innerhalb sämtlicher Untersuchungsausschüsse den NSU-Komplex betreffend bestand hingegen der jeweilige Abschlussbericht in vollständiger Form aus einem Feststellungs- als auch Bewertungsteil und wurde dann im Falle von abweichenden Meinungen mit den Sondervoten ergänzt.¹

Aufgrund der derzeitigen Zusammensetzung des Landtages Brandenburg ist die AfD-Fraktion nur mit einem Abgeordneten im Untersuchungsausschuss vertreten und konnte daher aufgrund der im UAG nicht geregelten Minderheitenrechte keine eigenen Anträge allein durchsetzen. Sämtliche eigenen Beweisanträge (vgl. S. 64 ff.) der AfD-Fraktion wurden durch die anderen Fraktionen abgelehnt.

¹ vgl. z.B. abweichende Bewertung der AfD-Fraktion Baden-Württemberg im Abschlussbericht des NSU-Untersuchungsausschuss II in Baden-Württemberg; DRS-Nr.: 16/5250, S. 1067 (<https://www.landtag-bw.de/home/der-landtag/gremien/untersuchungsausschuesse/untersuchungsausschuss-rechtster.html>)

1. Vorbemerkung

Der Anlass der Errichtung des hiesigen Untersuchungsausschusses waren nicht die innerhalb des Strafverfahrens vor dem Oberlandesgericht München² gegen Beate Zschäpe und mutmaßliche Unterstützer des sog. NSU-Trios Bönhardt, Mundlos und Zschäpe angeklagten Straftaten, welche zur zeitlichen Einordnung nachfolgend nochmals aufgelistet werden, da in Brandenburg glücklicherweise kein Tatort in diesem Zusammenhang zu verzeichnen war.

Vielmehr kam jedoch unmittelbar nach der sog. Selbstenttarnung des NSU durch die Geschehnisse am 04. November 2011³ die mögliche Beteiligung eines ehemaligen sog. V-Mannes, des Carsten Szczepanski (alias „Piatto“) in diesem Zusammenhang auf. Aber auch die mögliche Verstrickung des bereits im Juli 2000 enttarnten V-Mannes des Brandenburgischen Verfassungsschutzes führte nicht zur Errichtung des hiesigen Untersuchungsausschusses, sondern das in der Folgezeit gezeigte Verhalten einiger brandenburgischer Behörden-Vertreter im Zusammenhang mit dem Zustandekommen und der Durchführung von Aussagen des V-Mannes Carsten Szczepanski und eines seiner V-Mann-Führer Dieter Borchert (R.G.) insbesondere im Zusammenhang mit einer durch das OLG München zunächst beschlagnahmten Handakte.

In diesem Zusammenhang muss man auch berücksichtigen, dass seit 2009 in Brandenburg eine Koalition aus SPD und Die Linke die Landesregierung stellt und das Innenministerium zwar durch wechselnde Minister, aber stetig von der SPD besetzt war.

Die weiteren ansich nichts mit dem NSU dem Anschein nach zu tun habenden Bereiche der sog. Nationalen Bewegung und der in diesem Zusammenhang erfolgten Enttarnungen von V-Leuten wie Christian K. und auch später des Toni Stadler sind ebenfalls schon weit in der Vergangenheit erfolgt und lassen jedoch auch einen Blick auf das Behördenhandeln im Zeitraum der Regierungskoalition in Brandenburg zwischen SPD und CDU (1999 bis 2009) zu. Zu berücksichtigen ist ferner, dass zwischen 1998 und 2005 im Bund eine Koalition aus SPD und Grüne bestand.

² OLG München zum Az.: 6 St 3/12

³ vgl. Der Spiegel 46/2011 vom 14.11.2011, S. 66 ff.

2. Chronologie im NSU-Komplex

- (1.) 18. Dez. 1998: Überfall Edeka-Markt Chemnitz, Irkutsker Straße 1; Beute: 30.000 DM
- (2.) 23. Juni 1999: Sprengstoffanschlag in Nürnberg
- (3.) 6. Okt. 1999: Überfall Postfiliale Chemnitz, Barbarossastraße 71; Beute: 5.000 DM
- (4.) 26. Okt. 1999: Überfall Postfiliale Limbacher Straße 14,8 Chemnitz; Beute: 63.000 DM
- (5.) 9. September 2000: Enver Şimşek ermordet in Nürnberg
- (6.) 30. Nov. 2000: Überfall Postfiliale Johannes-Dick-Straße 4 Chemnitz; Beute: 39.000 DM
- (7.) 19. Januar 2001: Sprengstoffanschlag in Köln
- (8.) 13. Juni 2001: Abdurrahim Özüdoğru ermordet in Nürnberg
- (9.) 5. Juli 2001: Überfall Postfiliale Zwickau, Max-Planck-Straße 1a; Beute: 75.000 DM
- (10.) 27. Juni 2001: Süleyman Taşköprü ermordet in Hamburg
- (11.) 29. August 2001: Habil Kılıç ermordet in München
- (12.) 25. Sep. 2002: Überfall Sparkasse Zwickau, Karl-Marx-Straße; Beute: 48.571 €
- (13.) 23. Sep. 2003: Überfall Sparkasse Chemnitz Paul-Bertz-Straße; Beute: 14.435 €
- (14.) 25. Februar 2004: Mehmet Turgut ermordet in Rostock
- (15.) 14. Mai 2004: Sparkasse Chemnitz, Albert-Schweitzer-Straße 62; Beute: 37.425 €
- (16.) 18. Mai 2004: Sparkasse Chemnitz Sandstraße 37; Beute: 73.815 €
- (17.) 09. Juni 2004: Nagelbombenattentat und 32facher Mordversuch in Köln
- (18.) 9. Juni 2005: Ismail Yaşar ermordet in Nürnberg
- (19.) 15. Juni 2005: Theodoros Boulgarides ermordet in München
- (20.) 22. Nov. 2005: Überfall Sparkasse Chemnitz Sandstraße 37
- (21.) 4. April 2006: Mehmet Kubaşık ermordet in Dortmund
- (22.) 6. April 2006: Halit Yozgat ermordet in Kassel
- (23.) 5. Okt. 2006: Überfall Sparkasse Zwickau, Kosmonautenstraße 1
- (24.) 7. Nov. 2006: Sparkasse Hansestadt Stralsund, Kleine Parower Straße 51–53; Beute: 84.995 €

(25.) 18. Jan. 2007: Sparkasse Hansestadt Stralsund, Kleine Parower Straße 51–53;
Beute: 169.970 €

(26.) 25. April 2007: Michèle Kiesewetter ermordet in Heilbronn

(27.) 7. Sep. 2011: Sparkasse Arnstadt-Ilmenau Arnstadt, Goethestraße 30, Beute:
15.000 €

(28.) 4. Nov. 2011: Sparkasse am Nordplatz Eisenach, Nordplatz 3, Beute: 71.920 €

3. Kerndaten des Trios Bönhardt, Mundlos und Zschäpe aus dem Jahr 1998⁴

26. Januar 1998:

Garagendurchsuchung, Abtauchen von Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt;
erstes Quartier: Friedrich-Viertel-Straße 85 in Chemnitz

29. Januar 1998:

Zielfahndung des LKA Thüringen wird mit den Fahndungsmaßnahmen nach dem
Trio beauftragt

Februar 1998:

Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt ziehen in der Limbacher Str. 96 (Chemnitz)

3. Februar 1998:

TLfV verschickte Anfrage an andere Verfassungsschutzbehörden zu Erkenntnissen
zu den drei Untergetauchten⁵

9. Februar 1998:

„BfV aktuell“ 7/1998 beschäftigt sich mit dem Fall „Rohrbomben in Jena“

20. Februar 1998:

⁴ Minderheitenbericht, Sächsischer PUA; Gegenvorstellung der Nebenklage vom 1. Juni 2016 (https://www.nsu-nebenklage.de/wp-content/uploads/2016/10/000.FINAL_VS_Gegenvorstellung_Aktenbeiziehung_Szczepanski.pdf)

⁵ Schäfer-Gutachten,
https://www.thueringen.de/imperia/md/content/tim/veranstaltungen/120515_schaefer_gutachten.pdf, S. 148

In einer Deckblattmeldung des Landesamt für Verfassungsschutz Thüringen wird Sachsen als mögliches Fluchtziel des Trios genannt⁶

25. Februar 1998:

Treffen Piatto mit Vertretern der Blood & Honour Szene in Chemnitz⁷

14. März 1998:

Hans-Jürgen Förster (damaliger Verfassungsschutzchef Brandenburg) führt in einem DPA-Interview das untergetauchte Trio als ein Beispiel für eine Entwicklung der rechtsextremen Szene hin zum Terrorismus

23. bis 24. April: 1998:

Observation von Jan Werner und Michael und Antje Probst durch das sächsische LfV

3. Juli 1998:

Blood & Honour Treffen der sächsischen Sektion in Riesa – anwesend komplette Chemnitzer Blood & Honour-Führung, dazu Gäste aus Brandenburg, u.a. Piatto⁸

Mitte Juli 1998:

TKÜ des BfV gegen Jan Werner

Juli 1998:

Norbert W. übernimmt V-Mann-Führung von Tino B.

Juli 1998:

Landesamt für Verfassungsschutz Thüringen wird in die Fahndung nach Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt eingebunden

29. Juli 1998:

⁶ Schäfer-Gutachten,
https://www.thueringen.de/imperia/md/content/tim/veranstaltungen/120515_schaefer_gutachten.pdf, S. 150

⁷ s.o. S. 535, Fn. 1287

⁸ vgl. S. 538, Fn 1296

LfV Sachsen holt Informationen zu Thomas Starke ein, zwei Tage später das LfV Thüringen.

31. Juli 1998:

Abfrage des TLfV bei der Personenzentraldatei (PZD),
der Verbunddatei der Verfassungsschutzämter zu Hendrik L., Jan Werner und
Thomas Starke

3. August 1998:

Thüringer LKA beantragt TKÜ-Maßnahmen bei Hendrik L., Thomas Starke und Jan
Werner

4. bis 11. August 1998:

TKÜ des LKA Thüringen gegen Jan Werner

4. August bis 4. September 1998:

TKÜ des LKA Thüringen gegen Thomas Starke

8. August 1998:

André Kapke und M.B. fliegen für vier Wochen nach Südafrika

18. August 1998:

„Piatto“ gibt V-Mann-Führung ersten Hinweis auf das Trio

19. August 1998:

1. Deckblattmeldung „Piatto“ zu Trio

25. August 1998:

SMS von Jan Werner an „Piatto“ um 19.21 Uhr: „Hallo, was ist mit dem Bums“;
Austausch des Mobiltelefons von „Piatto“

26. August 1998:

In den Unterlagen der TKÜ zu Jan Werner für den 26.08.1998 fehlen 114 Kurznachrichten; konkret geht es um Nachrichten zwischen dem 26. August 1998 15:31 Uhr und dem 27. August 1998 06:58⁹

29. August 1998:

weitere 22 Textnachrichten in den Protokollen der TKÜ der Zielfahndung des LKA Thüringen fehlen¹⁰

30. August 1998:

Zschäpe, Böhnhardt und Mundlos ziehen in die Altchemnitzer Straße 12 in Chemnitz

5. September 1998:

Konzert der B & H Sektion Brandenburg in Hirschfeld, um 15:30 Uhr ordnet V-Mann-Führer Gordion Meyer-Plath telefonisch an, Szczepanski soll wegen eines zu erwartenden Polizeieinsatzes nicht am Konzert teilnehmen¹¹

7. September 1998:

Vermerk von Norbert W. (LfV Thüringen) über ein Telefongespräch mit R.G., darin Hinweis zum Aufenthalt des Trios im Raum Chemnitz

9. September 1998:

2. Deckblattmeldung „Piatto“: „Einen persönlichen Kontakt zu den drei Skinheads soll Jan WERNER haben“

10. bis 24. September 1998:

TKÜ gegen Jan Werner (LKA Thüringen)

11. bis zum 12. September 1998:

Observation von Antje P.

⁹ vgl. <https://www.mdr.de/thueringen/zwickauer-trio-106.html>

¹⁰ vgl. <https://www.mdr.de/thueringen/zwickauer-trio-106.html>

¹¹ vgl. S. 548, Fn. 1322

11. September 1998:

Information aus Deckblattmeldung „Piattos“ wird an das BfV und die Landesverfassungsämter verschickt

14. September 1998:

Der brandenburgische Sachbearbeiter für Auswertung, Dezernat Rechtsterrorismus, Ackrath, verfasst einen Vermerk zu Erkenntnissen über das Trio und legte diesen Referatsleiter Jörg Milbradt vor ¹²

14. September 1998:

ThLfV erhält aus Brandenburg die quellengeschützte Information von persönlichen Kontakten einer namentlich genannten Person aus der rechten Szene zu den Untergetauchten. Diese habe zurzeit den Auftrag, die Gesuchten mit Waffen zu versorgen. Nach Entgegennahme der Waffen und vor der beabsichtigten Flucht nach Südafrika plane das TRIO einen „weiteren Überfall“, um mit dem Geld sofort Deutschland verlassen zu können.

16. September 1998:

Treffen der Verfassungsschutzbehörden Sachsens, Thüringens und Brandenburgs in Potsdam über den Umgang mit Meldungen „Piattos“ zum untergetauchten Trio¹³

16. September 1998:

3. Deckblattmeldung „Piattos“: „Ein Angehöriger des „Sächsischen Skinhead-Trios“ hat in White Supremacy Nr. 1 den Artikel auf Seite 26 der Publikation „White Supremacy“ verfasst.

29. September 1998:

4. Deckblattmeldung „Piattos“ zum Ian-Stewart-Gedenkkonzert im Klubhaus von Munzig, Inhalt: Jan Werner sucht noch immer nach Waffen für das Trio

2. Oktober 1998:

¹² vgl. S. 558, Fn. 1363

¹³ vgl. S. 567, Fn. 1389

TLfV erhält Quellenmitteilung aus einem anderen Bundesland, wonach Jan Werner noch immer auf der Suche nach Waffen für das Trio ist¹⁴

3. Oktober 1998:

Deutschland-Treffen von Blood & Honour in Papstorf (Sächsische Schweiz), Thomas Starke und Jan Werner werden aus dem Bundesverband ausgeschlossen

9. Oktober 1998:

„Piatto“ erhält den Auftrag, die weitere Entwicklung der „Blood & Honour“ - Spaltung zu verfolgen. Darüber hinaus erhielt er erneut den Auftrag, Erkenntnisse zu den drei flüchtigen Thüringer Neonazis zu beschaffen

10. Oktober 1998:

In Wilsdruff Treffen von Blood & Honour Sachsen.

13. Oktober 1998:

5. Deckblattmeldung: „Gesprächsweise konnte die Quelle von WERNER erfahren, dass dieser immer noch auf der Suche nach Waffen für die drei flüchtigen thüringischen Neonazis ist.“

15./16. Oktober 1998:

Observation von Jan Werner durch das sächsische LfV (Fall „Pappmaschee“)¹⁵

15. Oktober 1998:

Bundesminister des Innern ordnet gegen Jan Werner am 15. Oktober 1998 eine „G-10“-Maßnahme an, die bis 31.01.1999 andauert¹⁶

¹⁴ vgl. Schäfer-Gutachten,
https://www.thueringen.de/imperia/md/content/tim/veranstaltungen/120515_schaefer_gutachten.pdf, S. 159

¹⁵ vgl. Schäfer-Gutachten,
https://www.thueringen.de/imperia/md/content/tim/veranstaltungen/120515_schaefer_gutachten.pdf, S. 159

¹⁶ Abschlussbericht des Thüringer NSU-Untersuchungsausschuss 5/1 „Rechtsterrorismus und Behördenhandeln“, S. 1170

16. Oktober 1998:

Beschlagnahme von Landser-CD's auf Grundlage von Hinweisen „Piattos“

3. Gesamtzusammenfassung

Der Verfassungsschutz weiß viel, ab er darf kaum etwas; die Polizei darf viel, weiß aber kaum etwas: Diese sinnngemäßen Feststellungen der innerhalb des hiesigen Untersuchungsausschusses zu Beginn angehörten Sachverständigen geben die tatsächliche Situation und das vorhandene Spannungsfeld skizzenartig wieder. Genau an dieser Schnittstelle bewegen wir uns mit unserem Untersuchungsauftrag, ob die fünf noch feststellbaren Deckblattmeldungen aus dem Jahre 1998 der Quelle des Brandenburgischen Verfassungsschutzes Piatto zu einem Ergreifen der damals gerade erst „untergetauchten“ drei Flüchtigen „thüringischen Skinheads“ [Uwe Bönhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe] vor dem Beginn der unter Ziff. 2 dargestellten Tatserie möglich gewesen wäre.

II. NSU-Verknüpfungen im Land Brandenburg

Bis in das Jahr 1993 untersagte ein Vorschaltgesetz vom 03.12.1991 dem Verfassungsschutz des Landes Brandenburg den Einsatz klassischer nachrichtendienstlicher Mittel und es waren lediglich ungefähr sechs Personen dort beschäftigt.¹⁷ Dieser erzwungene Verzicht u.a. auch auf den Einsatz menschlicher Quellen zur Informationsgewinnung muss aus heutiger Sicht als eine damalige politische Fehlentscheidung gesehen werden. Zwar ist der Einsatz von V-Leuten einerseits problematisch, wie sich innerhalb der hiesigen Bewertung zeigen wird. Andererseits befand Brandenburg sich zu Beginn der 90er Jahre in einer tiefgreifenden Umbruchsituation, in der es immer wieder zu schweren Gewalttaten durch Neonazis aber auch Linksextremisten gekommen ist. Mehrere Menschen kamen bei extremistischen Angriffen zu Tode, gleichzeitig verfestigten sich auf dem Boden Brandenburgs Strukturen eines gewaltbereiten Extremismus sowohl im Links- als auch Rechtsextremismusbereich. Ebenso wurden auch damals bereits

¹⁷ vgl. S. 130, Fn. 34

sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern in Brandenburg beobachtet, jedoch noch in vergleichsweise geringer Form.¹⁸

Neben einer deutlichen Stärkung von Polizei und Justiz wäre in dieser Lage auch die Arbeitsfähigkeit des brandenburgischen Verfassungsschutzes dringend geboten gewesen, da in sämtlichen deutschen Bundesländern und dem Bund ohnehin ein Verfassungsschutzverbund existiert. Brandenburg war daher auf die Hilfe von Nachbarbundesländern und dem Bund angewiesen, um extremistische Strukturen aufzuklären.

Aus Sicht der AfD-Fraktion hat das Verbot zur Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel zu Anfang der neunziger Jahre zu einer Situation geführt, in der eine Zusammenarbeit mit hochproblematischen Personen wie „Piatto“ überhaupt erst möglich geworden ist. Ebenso sind die bekannt gewordenen Skandale durch die Enttarnungen der V-Leute Carsten Szczepanski (Piatto), Thomas Stadler (Barte) und Christian K. (Backobst) ebenso eine Folge der damaligen Arbeitsweise des Verfassungsschutzes Brandenburg.

Die Frage, ob vor dem Jahr 1993 auf dem Boden des Landes Brandenburg andere Verfassungsschutzämter oder polizeiliche Staatsschutzbehörden mit V-Leuten bzw. Quellen aktiv waren, ist im Untersuchungsausschuss zwar mehrfach thematisiert worden. Auch im Fall von Carsten Szscepanski (Piatto) ist der Verdacht u.a. durch den Zeugen Kliesing¹⁹ geäußert worden, er sei vor seiner Zusammenarbeit mit dem brandenburgischen Verfassungsschutz 1994 bereits vorher für einen anderen Nachrichtendienst aktiv tätig gewesen insbesondere im Zusammenhang mit der versuchten Etablierung eines deutschen Ablegers des Ku-Klux-Klan. Hierzu RA Kliesing:

„...Jedenfalls: Ab dem 13. Februar 92 mischen sich die Abteilung V und Wolfgang Pfaff persönlich ein. Es werden so ein paar Fake News - würde man neudeutsch formulieren - in den Raum gestellt: einmal, dass E.O., bei dem

¹⁸ Vgl. Verfassungsschutzbericht Brandenburg 1993

¹⁹ vgl. Protokoll der Vernehmung RA Kliesing in der 18. Sitzung des UA, S 23 ff.

sich Szczepanski damals aufhielt, scharfe Waffen besitze, dann, dass - das ist schon fast makaber - ein Freund der Mutter eines Freundes von E.O. einen Überfall auf eine Tankstelle plane, und dann letztlich, dass E.O. eine Panzerfaust besitze.

Es ergibt sich aus der Akte eindeutig, dass Herr Pfaff versucht hat, Beese zu überreden, Durchsuchungen anzuordnen. Beese stellt in einem doch recht deutlichen Ton zunächst mal in der Akte klar, dass sich das Verfahren gegen Szczepanski richtet und dass eine vorzeitige Durchsuchung sein KKK-Verfahren im Kern gefährde.

Dann passiert etwas, was ich so auch noch nicht erlebt habe: Wolfgang Pfaff fliegt nach Karlsruhe und trifft sich mit dem Vorgesetzten von Beese, dem damaligen Hauptabteilungsleiter Löchner ... und übergibt ihm persönlich zwei Vermerke der Abteilung V vom 12. Februar 92; in den GBA-Akten Blatt 76 und Blatt 78. Da ist oben handschriftlich ein Vermerk von Löchner drauf, also dem Vorgesetzten von Beese: ‚von Pfaff persönlich übergeben‘."

Auf allseitige Befragungen der Beteiligten konnten sich diese daran nicht erinnern (Beese) bzw. haben eine vorherige Zusammenarbeit mit Sicherheitsbehörden bestritten (Szczepanski). Die Frage, ob Carsten Szczepanski bereits vor dem offiziellen Beginn seiner Zusammenarbeit mit dem brandenburgischen Verfassungsschutz im Sommer 1994 in irgendeiner Form mit einer anderen Ermittlungs- oder Sicherheitsbehörde kooperiert hat, ist keine nachrangige Detailfrage: Carsten Szczepanski wurde im Jahr 1995 wegen Mittäterschaft bei einem Mordversuch aus dem Jahr 1992 zu einer achtjährigen Freiheitsstrafe verurteilt. Sollte Szczepanski zum Zeitpunkt der Tat am 9. Mai 1992 bereits mit einer Behörde zusammengearbeitet haben, dann wäre dies ein politisch hochbrisanter Vorgang gewesen.

Eine der weiteren Kernpunkte der Arbeit des hiesigen Untersuchungsausschusses bildete die Frage, ob die Ergreifung des untergetauchten NSU-Trios Böhnhardt, Mundlos, Zschäpe im Jahr 1998 daran gescheitert ist, dass Brandenburgs Verfassungsschutz Informationen der Quelle „Piatto“ nicht an andere Behörden

weitergegeben habe. Diesen Verdacht sehen wir jedoch nicht bestätigt. Im Gegenteil: Es wurde herausgearbeitet, dass sämtliche vorhandenen Erkenntnisse im sogenannten Verfassungsschutzverbund, d.h. mit den betroffenen Landesämtern in Sachsen und Thüringen als auch dem Bundesamt ausgetauscht worden sind.

Die AfD-Fraktion hat im Untersuchungsausschuss insgesamt 38 Beweisanträge gestellt. Davon wurde kein einziger Beweisantrag durch die anderen Fraktionen angenommen.

Insbesondere mit Blick auf den Kernauftrag, Verbindungen zum NSU-Komplex aufzuklären, wäre die Ladung einer ganzen Reihe weiterer Zeugen wünschenswert und notwendig gewesen.²⁰ Dringend geboten wäre es zum Beispiel gewesen, Akteure der damaligen Chemnitzer Szene (Böhm, P., Werner u. Starke) zu den engen Verbindungen der Blood & Honour Sektionen Brandenburg und Sachsen zu befragen.

Zur Aufklärung der Aktivitäten „Piattos“ im Jahr 2000 hätte zudem auch die Ladung der Person Nick G. beitragen können. G. hatte im Jahr 2000 gegenüber der Berliner Polizei schwere Anschuldigungen gegenüber „Piatto“ erhoben und ihm vorgeworfen, radikalisiert auf die Szene gewirkt zu haben.

Auch wichtige Akteure aus der brandenburgischen Neonaziszene wurden vor dem Untersuchungsausschuss nicht als Zeugen geladen. Dies gilt zum Beispiel für Christian W., der in der Brandenburger „Blood & Honour“-Sektion und auch in der einschlägigen Musikszene („Landser“, „Proissenheads“) aktiv war. Der Name Christian W. tauchte zudem auch im Zusammenhang mit den Ermittlungen zur „Nationalen Bewegung“ auf. Ebenso wurde der Spiegel-Redakteur Stefan Berg nicht vernommen, obwohl er mehrere und insbesondere den „Enttarnungs-Artikel“ über Piatto geschrieben hat.

Insgesamt wurden durch die Ablehnung der Beweisanträge der AfD-Fraktion die Chancen zur weiteren Aufklärung vertan. Kritisch anzumerken ist auch, dass sich der Untersuchungsausschuss zum Teil sehr ausführlich mit „Nebenschauplätzen“

²⁰ vgl. Liste der Beweisanträge, S. 112. ff.

beschäftigt hat wie der „Nationalen Bewegung“, so dass letztendlich zu wenig Zeit für einige der wesentlichen Kernfragen übriggeblieben ist.

Wichtige Kernpunkte mit NSU-Bezug sind dabei zu kurz gekommen und bedürfen weiterhin der Aufklärung:

Letztendlich ungeklärt bleibt die Frage, ob „Piatto“ als Quelle des brandenburgischen Verfassungsschutzes im Jahr 1998 in Bemühungen involviert war, Waffen für das untergetauchte Trio zu beschaffen, das später als „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) bekannt wurde. Es war bisher nicht aufzuklären, ob Piatto nicht ein „Eigenleben“ geführt und „andere Interessen“ vertreten hat, als die V-Mann-Führer dachten. Dafür spricht nämlich die Einschätzung von Wegesin kurz vor der Enttarnung von Piatto im Juni 2016.²¹

Mit diesem Punkt sehr eng zusammen hängt die Frage nach der Kommunikation zwischen Jan Werner und Carsten Szczepanski am 25. August 1998. Auch hier ist der Erkenntnisstand noch immer als nicht ausreichend zu bezeichnen.

Hierbei wäre insbesondere eine Befragung des Zielfahnders des LKA Thüringen Wunderlich hilfreich gewesen. Im Zuge der Fahndung nach dem untergetauchten Trio hatte Wunderlich im Jahr 1998 Einblicke in die TKÜ-Unterlagen zu Jan Werner.²²

Letztlich ungeklärt bleibt auch die Frage, warum die Hinweise „Piattos“ zum Aufenthalt des NSU-Trios in Chemnitz in dichter Folge im Sommer/Herbst 1998 auftauchen, dann aber abrupt abreißen. So sind für das Jahr 1999 keine weiteren Deckblattmeldungen „Piattos“ mit Bezug zum NSU bekannt. Ein plausibler Grund für den Stop des Informationsflusses ist nicht erkennbar: Ein Kontakt von Carsten Szczepanski in die Region bestand über den persönlichen Kontakt zu Antje und Michael P. weiterhin bis in das Jahr 2000. Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt zogen erst im Mai des Jahres 2000 von Chemnitz nach Zwickau.

²¹ vgl. S. 494; Schreiben Wegesin an BfV, Fn.1173

²² UA-Bericht Sachsen, S. 72 ff.

(http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=14688&dok_art=Drs&leg_per=5&pos_dok=&dok_id=216026)

1.1. Carsten Szczepanski alias „Piatto“

Das sog. Trio Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe ist Ende Januar 1998 in die Illegalität abgetaucht und es wurde durch Verfassungsschutz- und Polizeibehörden versucht, deren Aufenthaltsort festzustellen. Aus dem Jahr 1998 sind fünf Deckblattmeldungen der Quelle des Brandenburgischen Verfassungsschutzes Carsten Szczepanski alias „Piatto“ bekannt, die einen Bezug zum späteren NSU-Trio aufweisen. Wie innerhalb des obigen Feststellungsteiles²³ bereits aufgeführt, handelt es sich stichpunktartig um die nachfolgenden Informationen:

a) Deckblattmeldung 1 vom 19. August 1998:

„Laut Antje P. sind drei sächsische Skinheads (zwei Männer und eine Frau) zur Zeit wegen verschiedener Straftaten auf der Flucht vor der Polizei. Dieser Fall sei medienbekannt. Die drei, von denen einer anonym Artikel für die Publikation ‚White Supremacy‘ geschrieben habe, wollen sich angeblich innerhalb der nächsten drei Wochen mit ‚geliehenen Pässen‘ nach Südafrika absetzen und dort in neue Identitäten schlüpfen.“

b) Deckblattmeldung 2 vom 9. September 1998:

„Einen persönlichen Kontakt zu den drei sächsischen Skinheads [...] soll Jan WERNER haben. Jan WERNER soll zur Zeit den Auftrag haben, ‚die drei Skinheads mit Waffen zu versorgen‘. Gelder für diese Beschaffungsmaßnahme soll die ‚Blood & Honour‘ - Sektion Sachsen bereitgestellt haben. Die Gelder stammen aus Einnahmen aus Konzerten und dem CD-Verkauf. Vor ihrer beabsichtigten Flucht nach Südafrika soll das Trio einen weiteren Überfall nach dem Erhalt der Waffen planen, um mit dem Geld sofort Deutschland verlassen zu können. Der weiblichen Person des Trios will Antje P: ihren Pass zur Verfügung stellen. P: und WERNER sollen unabhängig voneinander und ohne Wissen des anderen für die drei tätig sein.“

c) Deckblattmeldung 3 vom 16. September 1998:

„Ein Angehöriger des ‚Sächsischen Skinhead-Trios‘ hat den Artikel auf S. 26 der Publikation ‚White Supremacy‘ verfasst.“

²³ Vgl. S. 544 ff.

d) Deckblattmeldung 4 vom 29. September 1998:

„Am Rande des Konzerts [in Munzig] erfuhr die Quelle, dass Jan WERNER bei seinen Versuchen, die drei flüchtigen Neonazis aus Thüringen mit Waffen zu versorgen, noch nicht erfolgreich war und die Versuche fortsetzt.“²⁴

e) Deckblattmeldung 5 vom 13. Oktober 1998:

„Gesprächsweise konnte die Quelle von WERNER erfahren, dass dieser immer noch auf der Suche nach Waffen für die drei flüchtigen thüringischen Neonazis ist.“²⁵

Der Inhalt der Deckblattmeldungen und Ungenauigkeiten in den Angaben, etwa die Formulierung „sächsische Skinheads“, legen nahe, dass Szczepanski keinen direkten Kontakt zu dem untergetauchten Trio Böhnhardt, Mundlos, Zschäpe hatte, sondern die Informationen über eine andere Person oder mehrere andere Personen aus dem mutmaßlichen Unterstützerumfeld erlangt hat. Ausweislich der Bezugnahmen in den Meldungen handelt es sich offenbar bei Jan Werner und Antje P. (B.) um mutmaßliche Unterstützer, über die Piatto berichtet hat.

Für einen direkten Kontakt von Carsten Szczepanski zu dem flüchtigen Trio lässt sich kein Beleg finden. Eine direkte Bekanntschaft oder eine direkte Unterstützung seinerseits hat er innerhalb seiner Vernehmungen vor dem Ausschuss stets bestritten.

Auffallend an den bezeichneten Deckblattmeldungen „Piatto“ ist der Umstand, dass sich aus ihnen kein direkter Hinweis auf die Stadt Chemnitz als damaligen Aufenthaltsort von Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt ergibt.

Die Aussage des dortigen Zeugen Norbert W.²⁶ vor dem Münchner Oberlandesgericht am 11.11.2014 lässt jedoch darauf schließen, dass die Quelle „Piatto“ gegenüber ihren V-Mann-Führer ganz konkret auf den Raum Chemnitz hingewiesen hat.

²⁴ Vgl. S. 555, Fn. 1354, B 4, 2016-12-01 B4- VS NfD, Ordner 3a, 1998-DBM-Teil 2-Aug-Dez.pdf, Seite 86f.

²⁵ vgl. S. 556; Fn. 1356, B 4, Ordner 3 a 1998 DBM T2, S. 112.

²⁶ V-Mann-Führer VS Thüringen von dem V-Mann Tino Brandt

Norbert W., im Jahr 1998 Mitarbeiter des damaligen Thüringer Landesamts für Verfassungsschutz, verlas vor dem Münchner Oberlandesgericht einen handschriftlichen Vermerk auf einer Deckblattmeldung der Quelle „Piatto“, der auf den 7. September 1998 datiert war. Der Vermerk hat folgenden Inhalt:

„Nach telef. Rücksprache mit dem zuständigen V-Mannführer Herrn G. [Dieter Borchert] am 7.9.98 hat die Quelle keine neuen Erkenntnisse mitgeteilt. Sie hat nur mitgeteilt, dass die Sächsischen Skins sich im Raum Chemnitz aufhalten, so Antje P.. Neuere Erkenntnisse werden dem TLfV unverzüglich mitgeteilt.“²⁷

Eine Beweisaufnahme in Bezug auf den Zeugen W. hat durch den hiesigen Untersuchungsausschuss nicht stattgefunden.

Dieser Vermerk, insbesondere der Hinweis auf den „Raum Chemnitz“, deuten darauf hin, dass Brandenburgs Verfassungsschutz im Jahr 1998 über die Quelle „Piatto“ weitergehende Informationen zu Zschäpe, Mundlos und Böhnhard erhalten hat, die sich nicht in den noch vorhandenen Deckblattmeldungen und Unterlagen widerspiegeln. Möglicherweise sind diese zwischenzeitlich vernichtet worden; die Zeugin Schreiber (ehemalige Abteilungsleiterin des Verfassungsschutzes Brandenburg zum Zeitpunkt der öffentlichen Wahrnehmung des NSU) bekundete vor dem Ausschuss, dass sie sich überhaupt gewundert habe, dass noch so viele Unterlagen vorhanden gewesen seien.²⁸ Diesbezüglich war auch ein Bericht über ein Treffen der Landesämter für Verfassungsschutz am 16.09.1998 in Potsdam nicht mehr in den Brandenburger Unterlagen vorhanden, jedoch in denen des LfV Thüringen.²⁹

In diesem Zusammenhang sehr bemerkenswert ist die Aussage des Zeugen Jörg Milbradt vor dem Untersuchungsausschuss, wonach Deckblattmeldungen generell an das Bundesamt für Verfassungsschutz übermittelt wurden. Der Zeuge Milbradt war

²⁷ vgl. S. 546, Fn. 1347, Gutachten Sachverständige Antonia von der Behrens, S. 37

²⁸ vgl. S. 725, Fn. 1760, Protokoll der 40. Sitzung vom 11.01.2019, S. 10

²⁹ Vgl. S. 569

von 1994 bis zum Jahr 2001 Leiter des Referats Auswertung und bis 2004 auch stellvertretender Leiter der Abteilung V.

Sowohl bei seiner Aussage vor dem 3. Untersuchungsausschuss (NSU II) des Bundestages am 19. Januar 2017 als auch im hiesigen Untersuchungsausschuss legte Jörg Milbradt dar, dass im Jahr 1998 sämtliche Hinweise auf das Trio in geeigneter Weise auch an das Landeskriminalamt Thüringen weitergegeben wurden.

Deutlich kritischer zu sehen ist der Umgang mit einem Vermerk zu sehen, den der damalige Mitarbeiter des Referats Auswertung Michael Ackrath im September 1998 erstellt hatte. Im Rückblick hat sich die Einschätzung Ackraths zum untergetauchten Trio als erstaunlich hellsichtig herausgestellt.

Es wäre zu wünschen gewesen, dass diese Analyse dem damaligen Leiter der Abteilung V zur Kenntnis gelangt wäre. Nach unserer Einschätzung ist dies zumindest nicht in der angemessenen Form geschehen. Es bestehen nach den hiesigen Befragungen im Ausschuss Unklarheiten dahingehend, ob der damalige Referatsleiter Auswertung den Leiter der Abteilung V überhaupt in geeigneter Weise über den Inhalt des Vermerkes informiert hat.

Dass generell bei der Weitergabe von Informationen dem Schutz der Quelle „Piatto“ eine hohe Priorität eingeräumt wurde, ist aufgrund der speziellen Situation ansich nachvollziehbar. Allein schon durch die Inhaftierung der Quelle in der JVA Brandenburg ergaben sich schwierige Bedingungen, da im Falle einer Enttarnung ein Schutz der Quelle „Piatto“ kaum zu gewährleisten gewesen wäre. Berücksichtigt werden muss ferner, dass das mutmaßliche Unterstützerumfeld des Trios im Frühjahr/Sommer 1998 nur aus einem kleinen Personenkreis bestand, der das Abtauchen in den Untergrund unter konspirativen Bedingungen begleitet hat. Unter diesen Umständen bestand tatsächlich ein erhebliches Risiko, dass die Quelle einer erheblichen Gefahr ausgesetzt wird, falls sie enttarnt wird.

Unter Berücksichtigung dieser Umstände scheint es nachvollziehbar, dass das Innenministerium des Landes Brandenburg nicht bereit war, Informationen der Quelle „Piatto“ in der Form eines schriftlichen Behördenzeugnisses weiterzugeben.

Kritisch anzumerken ist allerdings, dass der brandenburgische Verfassungsschutz im Jahr 1998 „Piatto“ in einem anderen Zusammenhang einem hohen Risiko der Enttarnung ausgesetzt hat. Dabei ging es nicht um die mögliche Bewaffnung abgetauchter Personen und die Planung von bewaffneten Raubüberfällen, sondern um die Aufklärung von illegalen Vertriebswegen für Tonträger im Zusammenhang mit der Band „Landser“.³⁰

Fraglich ist in diesem Zusammenhang jedoch, ob die Ausstellung eines Behördenzeugnisses zwangsläufig zu einer Enttarnung der Quelle geführt hätte. Unabhängig davon lagen jedoch allen beteiligten Behörden sowohl die Grundinformationen als auch teilweise eigene Erkenntnisse vor, so dass den Brandenburger Behörden keineswegs ein Vorwurf dahingehend gemacht werden kann, Informationen nicht weitergegeben zu haben. Außerdem lagen den Behörden der anderen beteiligten Bundesländer zudem eigene Erkenntnisse und sogar TKÜ-Überwachungsprotokolle vor, aus welchen zusätzlich eigene Schlüsse gezogen werden konnten.

Die Arbeit von Untersuchungsausschüssen des Bundestages und des Landtages des Freistaates Thüringen haben allerdings auch zusätzlich offengelegt, dass im Laufe des Jahres 1998 nicht nur aus Brandenburg quellengestützte Hinweise auf das untergetauchte Trio Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt und dessen Unterstützerumfeld in Sachsen erfolgt sind.

Tatsächlich war die Dichte an Telekommunikations- und Observierungsmaßnahmen zu angeblichen wichtigen Unterstützern des Trios sowie auch Informationen von Quellen gerade im Sommer des Jahres 1998 bemerkenswert hoch. So hoch, dass es sogar erstaunlich ist, dass die Fahndung nach den per Haftbefehl gesuchten drei Personen nicht zum Erfolg geführt hat.

Bemerkenswert ist auch, dass wichtige Personen aus dem damaligen mutmaßlichen Unterstützerumfeld wie Jan Werner, Antje P. und Thomas Starke sogleich ins Visier mehrerer Sicherheitsbehörden geraten sind.

Die Aussage des Zeugen Jörg Milbradt vor dem Untersuchungsausschuss zur generellen Weiterleitung von Quellen-Deckblattmeldungen an das Bundesamt für

³⁰ vgl. S. 509, Fn. 1206; S. 522, Fn. 1245

Verfassungsschutz (BfV) legt zudem die Vermutung nahe, dass beim BfV im Laufe des Jahres 1998 eine ganze Reihe von Informationen eingegangen sein müssen, die auf eine Flucht des Trios nach Sachsen und ganz konkret auch auf einen Aufenthalt im Raum Chemnitz hingedeutet haben. Hinzu kommen die Feststellungen des Thüringer LfV-Mitarbeiters und V-Mann-Führers von Tino Brandt, Norbert W..

Der Umgang des Bundesamtes für Verfassungsschutz mit diesem Mosaik aus Informationen, gespeist aus Deckblattberichten der Landesämter, Erkenntnissen eigener V-Leute wie etwa der Quelle „Primus“ (M.)³¹ und den Erkenntnissen aus TKÜ-Maßnahmen, gehörte nicht zum Untersuchungsauftrag dieses Ausschusses und gehört in die Zuständigkeit des Bundestages.

1.2. Der 25. August 1998 (Austausch des Handys von Piatto)

Nach dem 4.11.2011 haben sich Ermittlungsbehörden, das Oberlandesgericht München und auch parlamentarische Untersuchungsausschüsse intensiv mit der Frage der Waffenbeschaffung des NSU auseinandergesetzt.

Im Zuge dieser Untersuchungen ist auch der Verdacht aufgetaucht, dass Carsten Szczepanski im Jahr 1998 in Bemühungen zur Waffenbeschaffung für das Trio involviert gewesen sein könnte. Anlass für diesen Verdacht ist insbesondere eine SMS mit dem Wortlaut:

„Hallo, was ist mit den Bums“,

die am Abend des 25. August 1998 von Jan Werner an das von Carsten Szczepanski genutzte Mobiltelefon verschickt worden ist.

Die Darstellung, wonach weder Carsten Szczepanski, noch sein damaliger V-Mann-Führer Dieter Borchert (R.G.)³² diese Mitteilung am 25. August zur Kenntnis genommen haben, ist aus Sicht der AfD-Fraktion nicht uneingeschränkt plausibel. Selbst wenn davon ausgegangen wird, dass ein Austausch des Handys bereits am Nachmittag des 25. August erfolgt ist, bleibt eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass der

³¹ vgl. UA-Bericht Bundestag II, S. 1247

³² Vgl. S. 777, Fn. 1890

damalige V-Mann-Führer oder ein anderer Mitarbeiter des brandenburgischen Verfassungsschutzes den Inhalt des Mobiltelefons zur Kenntnis genommen hat. Nach unserem Dafürhalten ist es sogar sehr wahrscheinlich, dass nach dem Einzug des Handys eine zeitnahe Auswertung erfolgt sein muss.

Mehrere Zeugenbefragungen vor diesem Untersuchungsausschuss haben wiederholt gezeigt, dass bis hinauf zum damaligen Innenminister Alwin Ziel, schwerste Bedenken hinsichtlich einer Zusammenarbeit mit der Quelle „Piatto“ vorhanden waren.

Wie stark die Vorbehalte waren, macht die Aussage von Jörg Milbradt vor dem Untersuchungsausschuss (NSU II) des Bundestages am 19. Januar 2017 deutlich. Im Zusammenhang mit der Quelle „Piatto“ sprach der ehemalige Leiter des Referats Auswertung, von einem „moralischen Übel“. Auch der ehemalige Abteilungsleiter Hans-Jürgen Förster, der von November 1996 bis Ende September 1998 Leiter des Brandenburger Verfassungsschutzes war, schilderte vor diesem Ausschuss seine starken Bedenken. Der Zeuge Förster sprach davon, er war entsetzt gewesen, als er nach Übernahme der Amtsgeschäfte im Jahr 1996 davon erfuhr, eine Person wie Carsten Szczepanski als V-Mann zu haben. Die Folge war unter anderem, dass für die Zusammenarbeit mit dem V-Mann „Piatto“ mit dem damaligen Mitarbeiter des Brandenburgischen Verfassungsschutzes Gordian Meyer-Plath ein zweiter V-Mannführer installiert worden ist.

Vor dem Hintergrund derart schwerer Bedenken auf der Führungsebene des Verfassungsschutzes erscheint es kaum wahrscheinlich, dass beim Verfassungsschutz eine Auswertung der eingezogenen SIM-Karte und des von „Piatto“ genutzten Mobiltelefons unterblieben sein soll.

Gerade die Verurteilung wegen Mittäterschaft bei einem Mordversuch und auch die gesamte Vorgeschichte Carsten Szczepanskis lassen eigentlich vermuten, dass die Leitung der Abteilung V und die Referatsleitung Beschaffung gerade die Arbeit mit der Quelle „Piatto“ besonders intensiv und eng verfolgt hat und strengste Maßstäbe angelegt haben müsste.

Andererseits sind im Zuge der Untersuchung auch Anhaltspunkte dafür aufgetaucht, dass die Zusammenarbeit des brandenburgischen Verfassungsschutzes mit der Quelle „Piatto“ von schweren „handwerklichen Mängeln“ begleitet war. Allein schon die erfolgte Registrierung des von „Piatto“ genutzten Mobiltelefons auf das Innenministerium des Landes Brandenburg lässt auf mangelnde Professionalität der damaligen Akteure in der nachrichtendienstlichen Arbeit schließen. Sollte eine Auswertung des eingezogenen Handys tatsächlich unterblieben sein, dann müsste dies vor dem Hintergrund der Vita des Carsten Szczepanski als ein eklatanter Mangel an Verantwortungsbewusstsein und als ein Versagen des damaligen Führungspersonals beim brandenburgischen Verfassungsschutz gewertet werden.

Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang zu der Kommunikation zwischen Jan Werner und Carsten Szczepanski am 25. August 1998 auf folgenden Umstand:

In den Unterlagen der Zielfahndung des LKA Thüringen fehlen zu einer Überwachungsmaßnahme der Telekommunikation von Jan Werner 114 Kurznachrichten. Dabei geht es um den Zeitraum vom 26. August 1998, 15:31 Uhr bis zum 27. August 1998, 06:58Uhr.³³

Insgesamt muss die Frage, ob „Piatto“ als Quelle des Brandenburger Verfassungsschutzes im Jahr 1998 in Aktivitäten zur Waffenbeschaffung für das NSU-Trio involviert war, als weiterhin ungeklärt angesehen werden. Der Untersuchungsausschuss hat in diesem Punkt keine Klarheit schaffen können.

2. Toni Stadler

Im Fall des ehemaligen V-Mannes des Brandenburgischen Verfassungsschutzes Toni Stadler ging der Untersuchungsausschuss der Frage nach, ob er einen direkten Kontakt zum NSU hatte und möglicherweise sogar direkt in Taten des NSU involviert war.

Nach den Erkenntnissen, die der Untersuchungsausschuss zutage gefördert hat, hat sich aus unserer Sicht dieser Verdacht nicht weiter erhärtet. Die Vermutung, dass sich Toni Stadler im Jahr 2006 mit Uwe Mundlos getroffen hat, halten wir nach derzeitigem Erkenntnisstand nur für sehr vage. Ähnlich muss der aufgekommene

³³ vgl. <https://www.mdr.de/thueringen/zwickauer-trio-106.html> <<

Verdacht beurteilt werden, dass Stadler im Jahr 2006 eine Rolle beim Mord an Mehmet Kubaşık gespielt hat.³⁴

Sehr ausführlich hat sich der Untersuchungsausschuss auch mit der Führung der Quelle Toni Stadler beschäftigt. Bereits die Anwerbung Toni Stadlers ist aus unserer Sicht unter fragwürdigen Umständen erfolgt. Wir halten die Einschätzung des Berliner Landgerichtes in dem Urteil gegen Toni Stadler für zutreffend, wonach er im Sommer des Jahres 2000 mit dem Wissen über Verkehrsdelikte möglicherweise unter Druck gesetzt worden ist, um eine Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz zu ermöglichen.

Für Aufsehen gesorgt hat der Fall des Toni Stadler allerdings vor allem durch den Vorwurf, Brandenburgs Verfassungsschutz habe Straftaten des V-Mannes geduldet und eine Strafverfolgung zurückgestellt.

Im Jahr 2002 ist Stadler zu einer Bewährungsstrafe durch das Landgericht Berlin verurteilt worden. In der damaligen Urteilsbegründung ist erhebliche Kritik am Brandenburger Verfassungsschutz zu finden. Die Berliner Richter forderten in ihrer Urteilsbegründung zudem das Land Brandenburg auf, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss einzurichten. Dies ist leider erst mehr als 14 Jahre später und in einem zunächst anderen Zusammenhang geschehen.

Der Fall Toni Stadler zeigt sehr klar ein grundsätzliches Dilemma bei der Arbeit mit V-Leuten auf. Von diesen werden gerade auch Informationen erwartet, die Straftaten verhindern können. Gleichzeitig hängt die Akzeptanz der V-Leute in der extremistischen Szene nicht zuletzt auch davon ab, dass diese selbst dazu bereit sind, Straftaten zu begehen.

3. Maik Eminger und André Eminger

Mike Eminger gilt bis heute als eine Führungsfigur der Brandenburger Neonazi-Szene. Im Jahresbericht des Verfassungsschutz Brandenburg aus dem Jahr 2010 wurde Maik Eminger als Leiter des Potsdamer „Junge Nationaldemokraten“ (JN) -

³⁴ Vgl. S. 597, Fn. 1492

Stützpunktes erwähnt.³⁵ In einem aufgezeichneten Gespräch vom 21. Juli 2008 fragt André Eminger seinen Bruder Maik Eminger:

„warum tauchst Du denn nicht ab, so wie der Thüringer da“. Maik Eminger sagt, „so wie der Zed (phonetisch nicht verständlich), ne, ich hau doch nicht ab, ich mach doch nichts mehr, ich bin doch jetzt lieb“³⁶

Einsatzkräfte der GSG 9 nahmen am 24. November 2011 auf dem Grundstück von Maik Eminger im Kreis Potsdam-Mittelmark seinen Zwilling Bruder André Eminger fest. Das Münchner Oberlandesgericht verurteilte André Eminger im NSU-Prozess am 11. Juli 2018 zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung; das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, da Revision zum Bundesgerichtshof eingelegt worden ist.

Vor dem hiesigen Untersuchungsausschuss ist Maik Eminger nicht als Zeuge geladen worden.

4. Verknüpfungen der Blood & Honour-Sektionen Sachsen und Brandenburg

Der Untersuchungsausschuss konnte klar herausarbeiten, dass Ende der neunziger Jahre sehr enge Kontakte zwischen der Blood & Honour Sektion Sachsen und der Blood & Honour Sektion Brandenburg existiert haben. Deutlich wurden dabei auch intensive Kontakte zwischen Neonazis aus der Region Chemnitz mit Akteuren aus Potsdam und Königs Wusterhausen.

Aus Sicht der AfD-Fraktion wäre es wünschenswert gewesen, diese Thematik noch weitaus intensiver zu untersuchen. Dabei wäre auch die Ladung weiterer Zeugen hilfreich gewesen. Unverständlich ist insbesondere, dass auf eine Zeugenladung von Christian W. „verzichtet“ worden ist, der als Führungsfigur der „Blood & Honour“-Sektion Brandenburg galt. W. war zudem auch in der einschlägigen Musikszene („Landser“, „Proissenheads“) aktiv. Der Name Christian W. tauchte zudem auch im Zusammenhang mit den Ermittlungen zur „Nationalen Bewegung“ auf.

³⁵ VS-Brandenburg-Bericht 2010, S. 40 ff.

³⁶ Vgl. S. 727; Fn. 1766

Vor der Einsetzung des Untersuchungsausschusses im Jahr 2016 und auch seitdem wurde in verschiedenster Form u.a. durch Journalisten³⁷ und auch Rechtsanwälte³⁸, die teilweise auch vor dem Ausschuss gehört worden sind, der Theorie nachgegangen, dass es u.a. in Brandenburg ein angebliches Unterstützernetzwerk des NSU gegeben habe. Mangels weiterer Zeugenladungen, wie durch die AfD-Fraktion angeregt, konnte dem nicht weiter nachgegangen werden.

III. Piatto-Komplex

1. Verhalten bis offizielle Anwerbung 1994/ Vorleben

Nicht völlig ausgeräumt ist aus Sicht der AfD-Fraktion die Vermutung, Carsten Szcsepanski hätte vor dem Beginn seiner Zusammenarbeit mit dem brandenburgischen Verfassungsschutz im Sommer 1994 bereits mit einer anderen Behörde zusammengearbeitet.

Genährt wurde dieser Verdacht nicht zuletzt durch die Aussage Carsten Szczepanskis vor dem Münchner Oberlandesgericht, wonach er seit 1991 bereits V-Mann gewesen wäre.

Vor dem hiesigen Untersuchungsausschuss hat zudem auch der Zeuge Rechtsanwalt Christoph Kliesing den Verdacht geäußert, dass es spätestens im Zusammenhang mit den Vernehmungen Szczepanskis nach der Hausdurchsuchung am 22. Februar 1992 zu einer Kooperation gekommen sein könnte.

Kliesing führte mit Bezug auf Carsten Szczepanski aus, dass „in den Jahren 1992 bis 1994 diverse Verfahren gegen ihn nicht eingeleitet, verspätet eingeleitet oder auf erstaunliche Weise eingestellt“ worden seien. Zu einer vorherigen Tätigkeit für Sicherheitsbehörden führt er aus:

„Ich halte das für eine Legende. Ich denke, er ist zu dem Zeitpunkt von einem anderen Dienst entsorgt worden. Und weil man ihn nicht im luftleeren Raum schweben lassen wollte – das wäre bei Szczepanski heikel gewesen; so gut kann ich, glaube ich, seine Persönlichkeit einschätzen -, musste er dann anderweitig geführt werden.“³⁹

³⁷ Heike Kleffner/ Anna Spangenberg „Generation Hoyersawerda“, Stefan Aust/ Dirk Laabs „Heimatschutz“

³⁸ Antonia von der Behrens „Plädoyers im NSU-Prozess“

³⁹ Protokoll 18. Sitzung vom 11.01.2018, S. 32

Auch im Artikel des Spiegel (Redakteur Andreas Berg) vom 10.07.2000, der zur Enttarnung „Piattos“ führte, findet sich ein entsprechender Hinweis:⁴⁰

„Doch ‚Piato‘ ist möglicherweise nicht nur ein Problem der Brandenburger. Denn Indizien sprechen dafür, dass der Neonazi schon vor seiner Verpflichtung durch das Brandenburger Amt mit anderen Sicherheitsbehörden gekungelt hat. Bei den Vernehmungen durch Beamte des Bundeskriminalamtes (BKA) zur Ku-Klux-Klan-Feier Anfang der neunziger Jahre in Königs Wusterhausen packte er über Hintermänner in den USA und Sympathisanten in Deutschland aus. Als ein Ermittler ihm daraufhin in Aussicht stellte, bei weiterer Kooperation mit einer ‚Dienststelle‘ könne das Verfahren nach Paragraf 153 e der Strafprozessordnung wegen ‚tätiger Reue‘ eingestellt werden, löste das endgültig seine Zunge. Vor allem, was es mit vier Rohrbombenkörpern und den für Sprengsätze geeigneten chemischen Substanzen auf sich habe, die das BKA in einer von ihm angemieteten Berliner Wohnung gefunden hatte, wollten die Ermittler wissen. Der Mann bot laut Vernehmungsprotokoll prompt an, ein paar Erkundigungen einzuziehen: ‚Ich werde mich in der nächsten Zeit auf den Weg machen, um in der Skin-Szene nach dem Anbieter der Chemikalien Ausschau zu halten.‘ Sogar ‚neues Material‘ wollte er beschaffen.“

Die Abklärung des Verdachts im Untersuchungsausschuss stellte sich als schwierig heraus. Zum einen waren bei den Zeugen wie Carsten Szczepanski selbst und auch den seinerzeit beteiligten BKA-Beamten Erinnerungen nur noch „bruchstückhaft“ vorhanden. Der ebenfalls als Zeuge geladene ehemalige Bundesanwalt Dieter Beese, der seinerzeit für das Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit dem Ku-Klux-Klan zuständig war, hatte Probleme, sich überhaupt noch an den Namen Szczepanskis als auch das Verfahren ansich zu erinnern.

Allerdings gibt es Anhaltspunkte, die dafür sprechen, das bereits im Februar 1992 bzw. auch davor bereits eine Kooperation zwischen Carsten Szczepanski und einer "Dienststelle" zustande gekommen sein könnte.

⁴⁰ Der Spiegel 28/2000, S. 37 ff. „Führer der Meute“

Besonders bemerkenswert ist der Ausgang des Verfahrens, das der Generalbundesanwalt wegen des Verdachts auf Bildung einer terroristischen Vereinigung geführt hat. Das Verfahren hatte die Bundesanwaltschaft am 13. Februar 1992 übernommen. Im September des Jahres wurde das Verfahren jedoch wieder eingestellt. Die Begründung für die Verfahrenseinstellung ist aus unserer Sicht jedoch nicht überzeugend; es seien nicht mindestens drei Personen beteiligt gewesen. Es ist nur schwer nachvollziehbar, die KKK-Gruppe um Carsten Szczepanski habe nur aus zwei Personen bestanden, somit sei ein Kriterium für das Vorhandensein einer terroristischen Vereinigung nicht gegeben gewesen. Angesichts der Zahl der namentlich bekannt gewordenen Akteure um Szczepanski ist diese Sicht nicht wirklich haltbar.

Bei Stefan S. und N. Z. hat es sich um zwei Personen mit KKK-Bezug aus dem Bekanntenkreis Szczepanskis gehandelt. S. und Z. hatten schwere Gewaltverbrechen begangen, bei denen die Opfer sogar getötet wurden.

Auch beim Mordversuch an Steve Erenhi in Wendisch-Rietz trugen Rufe wie "Ku-Klux-Klan" dazu bei, eine aufgepeitschte und gewalttätige Atmosphäre entstehen zu lassen. Völlig unverständlich ist die damals vom Bundesanwalt vertretene Argumentation, Szczepanski habe mit seiner Flucht nach Brandenburg freiwillig Abstand von den Sprengstoffdelikten genommen.

Insgesamt erscheint die Argumentation der Bundesanwaltschaft zur Einstellung des Verfahrens wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung (KKK-Verfahren) als ausgesprochen wohlwollend. Der Ausgang der damaligen Ermittlungen muss als extrem günstig für Carsten Szczepanski angesehen werden.

Auch der Untersuchungsausschuss konnte zum Verdacht einer Zusammenarbeit von Carsten Szczepanski mit Sicherheits- oder Ermittlungsbehörden vor dem Jahr 1994 keine tatsächliche Bestätigung zutage fördern. Aus unserer Sicht spricht allerdings einiges dafür, dass im Jahr 1992 tatsächlich eine Kooperation zwischen Carsten Szczepanski und Sicherheitsbehörden in irgend einer Form zustande gekommen oder zumindest in Aussicht gestellt worden ist.

Ausdrücklich hinweisen möchten wir auf einen Vorgang, der im Zuge der Zeugenbefragung der seinerzeit ermittelnden Staatsanwältin Petra Marx zutage gefördert wurde: Demnach hat sich Brandenburgs Verfassungsschutz bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt/Oder bereits im März 1994 erstmalig nach dem Stand des Verfahrens gegen Carsten Szczepanski (Wendisch-Rietz-Verfahren) erkundigt, d.h. vor der offiziellen „Bewerbung“ mit der Postkarte aus der JVA heraus.

Nach gängiger Darstellung versuchte Carsten Szczepanski erst vier Monate später, nämlich am 8. Juli 1994, aus eigener Initiative einen Kontakt zum Brandenburger Verfassungsschutz herzustellen. Welchen Zweck dieses frühe Auskunftersuchen des Verfassungsschutzes an die Staatsanwaltschaft hatte, ist bislang nicht schlüssig geklärt.

An dieser Stelle erwähnen möchten wir auch den Umstand, dass beim Bundesamt für Verfassungsschutz im Jahr 2000 offenbar schon sehr frühzeitig Kenntnisse über eine geplante Abschaltung der Quelle „Piatto“ vorhanden waren. Laut einem Vermerk, den der Referatsleiter und stellvertretende Abteilungsleiter Jörg Milbradt angefertigt hat, wurde er bereits am 9. Juni 2000 vom Leiter des Referates 2 des BfV auf die Abschaltung der Quelle „Piatto“ angesprochen. Ihm selbst soll zu diesem Zeitpunkt noch nichts von solchen Plänen bekannt gewesen sein.

2. Anwerbung und Verhalten bis fünf Deckblattmeldungen zu Trio

Sehr klare Erkenntnisse liegen durch die Arbeit des Untersuchungsausschuss für die Zeit vor, in der Carsten Szczepanski unter dem Decknamen „Piatto“ mit dem brandenburgischen Verfassungsschutz zusammengearbeitet hat. Von besonderem Interesse war die Frage, ob der Verfassungsschutz Einfluss auf die Haftbedingungen des Verurteilten nahm. In der Berichterstattung vieler Medien wurde in der Vergangenheit häufig der Eindruck erweckt, dass Carsten Szczepanski relativ schnell in den Genuss von Vergünstigungen gekommen sei. Diese pauschale Darstellung muss zumindest teilweise korrigiert werden:

Zeugenbefragungen des Untersuchungsausschusses lassen zum Beispiel darauf schließen, dass Carsten Szczepanski keine wirkliche Vorzugsbehandlung erhalten habe, als er von der geschlossenen Haftabteilung in den offenen Vollzug wechseln konnte. Offensichtlich erhielten auch andere Häftlinge diese Möglichkeit, ganz

einfach weil in der JVA Brandenburg zum damaligen Zeitpunkt eine entsprechende Abteilung neu eingerichtet worden ist. Zudem wird nach Aktenlage deutlich, dass stets darauf geachtet worden ist, dass die Quelle Szczepanski nicht übermäßige Erleichterungen erhält, um nicht unglaubwürdig zu erscheinen.

Starkes Interesse hat immer wieder auch das spätere „Praktikum“ auf sich gezogen, das Carsten Szczepanskis noch während seiner Haftzeit in Limbach-Oberfrohna bei den Eheleuten Michal und Antje P. absolvierte. Auch hierzu haben Zeugenbefragungen ergeben, dass die große Entfernung zum Praktikumsplatz zwar mehr als ungewöhnlich war, aber offenbar keinen „Verdacht“ erregte.

Als weiterhin nicht geklärt muss die Frage angesehen werden, wie die Genehmigung für ein Praktikum Szczepanskis in dem Szeneladen „Sonnentanz“ in Limbach-Oberfrohna überhaupt durch die Beteiligten zustande gekommen ist.

Als tatsächliche Feststellung angesehen werden muss allerdings auch, dass Mitarbeiter des brandenburgischen Verfassungsschutzes starken Einfluss auf die internen Abläufe in der JVA zum damaligen Zeitpunkt genommen haben. Dies hatte nicht nur Auswirkungen auf die Postkontrolle für Carsten Szczepanski.

Mit Wissen der Anstaltsleitung wurde ein eigens ins Vertrauen gezogenen Beamter mit der Postkontrolle für Szczepanski beauftragt. Von den V-Mann-Führern wurde zudem auch über mindestens einen Mitarbeiter der JVA Brandenburg die Möglichkeit organisiert, auf einem irregulären Weg dem inhaftierten Carsten Szczepanski Materialien zukommen zu lassen.

Insbesondere dem Mitarbeiter des Verfassungsschutzes Dieter Borchert (R.G.) ist vorzuwerfen, dass er bei der Zusammenarbeit mit der Quelle scheinbar nicht die nötige Distanz gewahrt hat.

Hinweisen möchten wir allerdings auch auf den Aspekt, dass „Piatto“ durch seine Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz auch erhebliche Nachteile in juristischen Angelegenheiten erfahren musste, so zum Beispiel die nicht weiter verfolgte Revision innerhalb des Wendisch-Rietz-Verfahrens. Obwohl der damalige Abteilungsleiter Dr. Hans-Jürgen Förster gemäß seiner Ausführungen vor dem Untersuchungsausschuss auf Rechtsfehler im Urteil zum Wendisch-Rietz-Prozess im

Nachhinein gestoßen war, empfahl seinerzeit der Verfassungsschutz Carsten Szczepanski eine Rücknahme der Revision.

Die Haftentlassung Szczepanskis erfolgte unter der Auflage, sich von der rechtsextremen Szene deutlich zu distanzieren. Die Einhaltung der Auflage hätte „Piatto“ aus Sicht des Verfassungsschutzes allerdings als nachrichtendienstliche Quelle wertlos gemacht. Wie die Deckblattmeldungen aus der Zeit nach der Haftentlassungen belegen, kann von einer Distanzierung zur Szene auch nicht im Ansatz die Rede sein.

Scharf zu kritisieren ist, dass offenbar zu keinem Zeitpunkt eine Ausstiegsperspektive für die Quelle „Piatto“ entwickelt worden ist.

Bemerkenswert ist weiterhin, dass bei den Zeugenbefragungen des Untersuchungsausschusses deutlich wurde, dass beim Verfassungsschutz Brandenburg der „Wert“ der Quelle „Piatto“ offenbar extrem unterschiedlich beurteilt worden ist. Jörg Milbradt, der ehemalige Referatsleiter Auswertung, bezeichnete die Quelle „Piatto“ als wichtig für den Dienst, und betonte, dass durch Informationen „Piattos“ viele Straftaten verhindert worden seien. Der frühere Leiter der Verfassungsschutzabteilung Hasso Lieber, ließ bei seiner Befragung im Untersuchungsausschuss am 04.05.2018 im Gegensatz dazu, sehr deutliche Zweifel am Wert der Quelle erkennen.

3. Verhalten nach Deckblattmeldungen bis Enttarnung

Die Zeit nach der Haftentlassung Szczepanskis muss als eine Phase angesehen werden, in der er als Quelle immer tiefer in die Szene einstieg, gleichzeitig aber auch zunehmend der Kontrolle des Verfassungsschutzes entglitt.

Schon kurz nach seiner Haftentlassung trat Szczepanski zur Jahreswende 1999/2000 zusammen mit Szeneangehörigen eine Reise nach Schweden an und verschickte von dort per Postkarte einen Blood-&-Honour-Aufkleber an den damaligen PDS-Politiker Stefan Ludwig, den heutigen Justizminister der Partei die Linke.⁴¹

⁴¹ Vgl. S. 421, Fn. 925

Die Eröffnung des Szene-Ladens „Thule“ in Königs Wusterhausen mit Hilfe des Verfassungsschutzes und die Aktivitäten in der NPD müssen als klare Verstöße gegen die Bewährungsaufgaben als auch die Handlungsmöglichkeiten des Verfassungsschutzes angesehen werden. Gleiches gilt für das gezielte Heransteuern „Piattos“ an die Person Nick G. im Frühjahr 2000.

4. Enttarnung

Über welche genauen Wege die Identität der Quelle „Piatto“ schließlich im Jahr 2000 an die Öffentlichkeit gelangt ist, bleibt aus unserer Sicht weiterhin nicht eindeutig geklärt.

Im Untersuchungsausschuss sah sich der damalige Referatsleiter Auswertung, Jörg Milbradt, kritischen Fragen im Zusammenhang mit einem Fax vom 25.02.2000⁴² ausgesetzt. In dem Fax war gegenüber einer Polizeidienststelle der Name Carsten Szczepanski neben weiteren Szene-Mitgliedern genannt worden. Aus unserer Sicht wurde der Schutz der Quelle damit aber nicht gefährdet, da in dem Schreiben auch weitere Namen angeführt worden sind.

Für nicht völlig entkräftet halten wir den Verdacht, dass der damalige Landtagsabgeordnete der PDS, Stefan Ludwig (der heutige Justizminister), eine mögliche Rolle bei der Enttarnung der Quelle „Piatto“ gespielt haben könnte. Durch den Empfang der o.g. Postkarte aus Schweden ist er direkt involviert gewesen. Eine Quelle des Verfassungsschutzes in der sog. Antifa-Szene in Königs-Wusterhausen hat folgendes berichtet:

„[...] Sie bemerkte, dass sie vor kurzer Zeit [...] ein Telefonat mit dem PDS-Mitglied in Königs Wusterhausen – S[geschwärzt] L[geschwärzt] – geführt hätte. L[geschwärzt] hätte ihr bestätigt, dass er gemeinsam mit den ‚Spiegel‘-Redakteuren in Königs Wusterhausen recherchiert habe und diesen bei der Arbeit zur Erstellung des am 10.07.2000 herauskommenden ‚Spiegel‘ und dem darin enthaltenen Artikel im Speziellen über Carsten SZCZEPANSKI geholfen hätte. [...]“⁴³

⁴² vgl. S. 511, Fn. 1211

⁴³ vgl. S. 510 ff., Fn. 1209

Die entsprechende Quelle des Verfassungsschutzes Brandenburg in der sog. Antifa konnte nicht mehr vor dem Untersuchungsausschuss befragt werden, da sie zwischenzeitlich verstorben ist.

IV. Aussageverhalten vor dem OLG München

Das Verhalten des Innenministeriums bei den Aussagegenehmigungen von Zeugen vor dem OLG München war dadurch gekennzeichnet, dass häufig zunächst einmal juristische Maximalpositionen vertreten worden sind, die einer näheren Überprüfung nicht standgehalten haben. Diese Herangehensweise mag vom juristischen Blickwinkel durchaus ihre mögliche Berechtigung haben; nicht beachtet wurde dabei aber die Wirkung auf eine stark sensibilisierte Öffentlichkeit und das Ansehen des Landes Brandenburg. So hätte bei „sauberer“ juristischer Prüfung im Vorhinein festgestellt werden können, dass sowohl der Zeuge Szczepanski wie erst auf Intervention des OLG München geschehen, ohne Weiteres dort hätte aussagen müssen. Andererseits hätte auch die Handakte des Zeugen R.G. nicht gesperrt werden dürfen, da erkennbar darin bereits veröffentlichte Dokumente beinhaltet waren.

V. Nationale Bewegung

Diese Anschlagsserie und die Ermittlungen weisen mehrere Auffälligkeiten auf: Trotz Einrichtung einer personalstarken Sonderkommission, der Übernahme der Ermittlungen durch den Generalbundesanwalt und sehr intensiven Ermittlungen allerseits, sind letztendlich keine Täter für die Serie von Taten ermittelt worden.

Augenfällig sind zudem die offenbar stark divergierenden Ansichten zur Übernahme des Ermittlungsverfahrens durch die Bundesanwaltschaft. Der damalige Brandenburger Generalstaatsanwalt Brandenburgs, Dr. Erardo Cristoforo Rautenberg, wies am 28.04.2017 als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuss darauf hin, dass Heiner Wegesin, der damalige Verfassungsschutzchef Brandenburgs, die Übernahme des Verfahrens kritisierte. Rautenberg sprach zudem auch das Vorgehen des Verfassungsschutzes an, der ein Bekennerschreiben der „Nationalen Bewegung“ (NaBe) auf seiner Internetseite öffentlich gemacht hatte. Aus

Sicht Rautenbergs machte dieser Schritt das Bekennerschreiben als Beweismittel wertlos.

Als ungewöhnlich muss der Umstand gewertet werden, dass der damalige Generalstaatsanwalt des Landes Brandenburg sogar von Zweifeln sprach, ob die „NaBe“ tatsächlich existiert habe. In der Berichterstattung der Medien wurde daraufhin sogar der brandenburgische Verfassungsschutz zum Gegenstand von Spekulationen:

„Im Verdacht steht der Verfassungsschutz, der gegen die Abgabe des Verfahrens an die Bundesanwaltschaft war und aktiv Verfahren sabotierte, indem er etwa ein Bekennerschreiben der ‚Nationalen Bewegung‘ ins Internet stellte, das obendrein aus Sicht der Ermittler höchst untypisch war für die rechte Szene“⁴⁴

Nicht nur die vom damaligen Brandenburger Generalstaatsanwalt Dr. Rautenberg genannten „Merkwürdigkeiten“ sind im Fall „Nationale Bewegung“ bemerkenswert.

Gerade die Taten der Neonazi-Szene zeichnen sich regelmäßig durch brutale Gewalt gegen Personen aus. Bei den Delikten der „NaBe“ handelte es sich überwiegend um sog. Propagandadelikte. Bei den Anschlägen entstanden Sachschäden, aber es gab keine Todesopfer oder verletzte Personen.

Im Zusammenhang mit den Ermittlungen zur „Nationalen Bewegung“ müssen mehrere Vorkommnisse erwähnt werden:

Eine großangelegte Durchsuchungsaktion des Brandenburger LKA, die ursprünglich auf den 17.02.2001 geplant war, musste um zehn Tage vorgezogen werden. Grund war die Warnung vor der Durchsuchungsaktion durch einen V-Mann des Brandenburger Verfassungsschutzes an ein Szene-Mitglied. Der V-Mann war wiederum von seinem V-Mann-Führer über den Durchsuchungstermin informiert worden.

⁴⁴ <https://www.pnn.de/brandenburg/nsu-untersuchungsausschuss-brandenburg-verfassungsschutz-unter-verdacht/21342544.html>

Zudem war im Untersuchungsausschuss auch ein Telefonanruf ein Thema, den einer der Verdächtigen der „Nationalen Bewegung“ getätigt haben soll. Eingegangen war der Anruf im Herbst 2001 auf einen Anschluss des Abteilungsleiters Terrorismus bei der Generalbundesanwaltschaft. Dabei hatte der Anrufer auf dem Anrufbeantworter eine Nachricht hinterlassen, in der er sich über eine Anordnung zur DNA-Abnahme beschwerte. Unklar ist, wie der Szene-Angehörige an die Telefonnummer bei der Bundesanwaltschaft gelangt ist.

Das brandenburgische Innenministerium hatte unter der Leitung von dem damaligen Minister Jörg Schönbohm (CDU) noch im Oktober 2000 die Existenz einer Terrorgruppe verneint und erklärt, die "Nationale Bewegung" trete lediglich mit Propagandadelikten in Erscheinung.⁴⁵

Nach dem Erscheinungsbild des „Bekennerschreibens“ sowie der gesamten Art der zugrunde liegenden Taten ergibt sich vielmehr der Verdacht, dass tatsächlich die sog. Antifa-Szene als Urheber und Täter festzustellen ist. Der Generalstaatsanwalt Dr. Rautenberg bezweifelte das Vorhandensein der sog. „NaBe“. Der Inhalt der Bekennerschreiben lässt die Vermutung zu, dass die Antifa-Szene die Anschlagserie „inszeniert“ hat, um eine angebliche „rechte Bedrohungslage“ zu konstruieren.

VI. Fazit

Wie bereits eingangs angeführt, hat sich aus Sicht der AfD-Fraktion der politische Verzicht im Zeitraum von 1990 bis 1993 auf nachrichtendienstliche Mittel im Ergebnis als eine politische Fehlentscheidung herausgestellt.

Ähnlich sind nach unserem Dafürhalten Forderungen, nach einer generellen Abschaffung des Verfassungsschutzes in Brandenburg und in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt zu werten, wie diese zum Beispiel durch die Linke vertreten werden. Die Forderungen zur Auflösung des Bundesamtes für Verfassungsschutz zugunsten einer „Koordinierungsstelle des Bundes“ sowie einer Bundesstiftung

⁴⁵ <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/die-tat-vorwurfe-schmierereien-drohbriefe-brandanschlaege-a-112202.html>

„gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“, wie sie vor einiger Zeit gemacht worden sind⁴⁶, sind als realitätsfern zu bewerten. Stattdessen ist eine tatsächliche Gewichtung der Bedrohungslagen des Verfassungsschutzes in Richtung des Linksextremismus und des islamistischen Terrorismus hin vorzunehmen.

Neben dem Risiko einer drastischen Verschärfung der Sicherheitslage bergen die Vorschläge der Linken auch insbesondere die Gefahr einer zunehmenden parteipolitischen Einflussnahme unter dem vermeintlichen Etikett „Schutz der Verfassung“.

Die Anzeichen für einen parteipolitisch motivierten Druck auf die Sicherheitsbehörden sind bundesweit bereits erkennbar. Hans-Georg Maaßen wurde als Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz nach massivem politischen Druck abgelöst, nachdem er zu Berichten über angebliche Hetzjagden auf Flüchtlinge in Chemnitz Stellung bezogen hatte. Aktuell sieht sich Gordian Meyer-Plath, der jetzige Chef des sächsischen Landesamtes für Verfassungsschutz, Rücktrittsforderungen von Politikern ausgesetzt. Anlass ist eine Einschätzung innerhalb des aktuellen Verfassungsschutzberichtes Sachsen 2018, dass das Konzert „Wir sind mehr“ als „teilweise linksextrem“ eingestuft worden ist.⁴⁷

Die AfD-Fraktion sieht die zunehmenden Versuche einer parteipolitischen Einflussnahme und Instrumentalisierung des Verfassungsschutzes mit erheblicher Sorge. Wir plädieren stattdessen dafür, den Verfassungsschutz in Brandenburg so zu stärken, dass er den wachsenden tatsächlichen Herausforderungen in Bezug auf den Linksextremismus und islamistischen Extremismus gerecht werden kann.

Polizei, Justiz und auch Verfassungsschutz sind finanziell und personell so auszustatten, dass der Schutz der Brandenburger tatsächlich gewährleistet wird.

Die Arbeit des hiesigen Untersuchungsausschusses hat allerdings auch deutlich aufgezeigt, welche negativen Begleiterscheinungen bei der nachrichtendienstlichen Arbeit mit V-Leuten auftreten können. Bemerkenswert häufig scheint sich bei den

⁴⁶ Sondervotum der Fraktion DIE LINKE zum NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages der 18. Wahlperiode (http://www.petra-pau.de/18_bundestag/dok/download/170906_nsu-sondervotum.pdf)

⁴⁷ <https://www.fr.de/politik/verfassungsschuetzer-unter-druck-12290742.html>

menschlichen Quellen ein Selbstbewusstsein herauszubilden, dass sie bei ihren Aktivitäten keine strafrechtlichen Konsequenzen zu befürchten haben. Diese Einschätzung birgt wiederum die Gefahr einer zunehmenden Radikalisierung bei den V-Leuten, aber auch in ihrem Umfeld.

Nach Einschätzung der AfD-Fraktion ist daher eine Stärkung der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) dringend erforderlich, die deutlich über die inzwischen angedachten Reformbemühungen hinausgeht.

Darüber hinaus sollte allerdings auch dringend darüber nachgedacht werden, die Arbeit mit menschlichen Quellen beim brandenburgischen Verfassungsschutz einer weiteren, externen Kontrollinstanz zu unterwerfen

Im Zuge der Aufklärungsbemühungen sind immer wieder klare Hinweise aufgetaucht, dass es im Zuge der Arbeit mit V-Leuten auch Versuche einer jedenfalls informellen Einflussnahme auf die Justiz gegeben hat.

Laut Aussage von Dr. Hans Jürgen Förster vor dem Untersuchungsausschuss am 30.08.2018, hat er als Leiter des brandenburgischen Verfassungsschutzes die Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission über die Quelle „Piatto“ informiert. Dies soll seinerzeit sogar inklusive des Klarnamens erfolgt sein. Die Mitglieder der damals in der PKK vertretenen Parteien hatten somit die Möglichkeit, sich über die Person des Carsten Szczepanski ein eigenes Urteil zu bilden.

Zusätzlich zur parlamentarischen Kontrolle könnte aus Sicht der AfD-Fraktion die Einführung einer zusätzlichen richterlichen Überprüfung ein effizientes Mittel darstellen, um künftig die Arbeit mit V-Leuten in Brandenburg zu kontrollieren.

Einen in diese Richtung gehenden Vorschlag zur Einführung richterlichen Vorabkontrolle für den Einsatz von V-Leuten hatte Dr. Hans-Jürgen Förster bereits im Jahr 2012 unterbreitet.⁴⁸

⁴⁸ <https://www.sueddeutsche.de/politik/aktenvernichtung-beim-verfassungsschutz-geheimdienst-im-verhoer-1.1402128>

Im Zuge der Aufklärungsbemühungen des Untersuchungsausschusses sind allerdings auch Hinweise aufgetaucht, die auf eine informelle Zusammenarbeit zwischen Ermittlern und Informanten schließen lassen. Die stärkere Kontrolle der Arbeit von V-Leuten könnte durchaus zur Folge haben, dass in der Praxis solche Erscheinungen nicht weiter zunehmen.

VII. Anregungen für die Arbeit zukünftiger Untersuchungsausschüsse des Landtages

Im Zuge unserer Arbeit im Untersuchungsausschuss mussten wir als Vertreter der AfD-Fraktion die Erfahrung machen, dass unsere Beweisanträge von den Vertretern aller anderen Fraktionen pauschal abgelehnt wurden.

Wie bereits eingangs erwähnt, hat die AfD-Fraktion im Untersuchungsausschuss insgesamt 38 Beweisanträge gestellt. Diese wurden sämtlichst abgelehnt.

Darüber hinaus müssen wir generell anmerken, dass der Untersuchungsausschuss sehr viel Zeit auf Themenkomplexe verwendet hat, bei denen es sich aus unserer Sicht um „Nebenschauplätze“ gehandelt hat.

Aufgrund dieser Erfahrungen plädieren wir für eine deutliche Aufwertung der Rechte der parlamentarischen Opposition bei der Arbeit von Untersuchungsausschüssen des Landtages.

Nach dem Vorbild des Thüringer Untersuchungsausschussgesetzes (UAG Thüringen vom 7. Februar 1991) ist zum Beispiel denkbar, Ausschussmitgliedern das Recht zu geben, bei einer ablehnenden Beschlussfassung eine externe Kommission anzurufen oder aber Minderheitenrechte per se zu ermöglichen.

Wir regen zudem an, der Öffentlichkeit künftig generell die Möglichkeit zu geben, alle Sitzungen und Beratungen von Untersuchungsausschüssen verfolgen zu können ohne Einschränkung.

Aus unserer Sicht legte auch das Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Brandenburg bei der Arbeit des Untersuchungsausschuss teilweise ein überzogenes Geheimhaltungsbedürfnis an den Tag.

Dies erstreckte sich zum Teil sogar auf Sachverhalte oder Detailinformationen, die bereits durch den NSU-Prozess vor dem Münchner Oberlandesgericht oder die Untersuchungsausschüsse des Bundestages in aller Öffentlichkeit behandelt worden sind.

Aus Sicht der AfD-Fraktion wäre es auch wünschenswert gewesen, der Öffentlichkeit einen möglichst umfassenden Einblick in die Arbeit des Untersuchungsausschusses zu geben. Aus diesem Grund haben wir dafür plädiert, in den Abschlussbericht eine größere Zahl von Protokollen der öffentlichen Zeugenbefragungen aufzunehmen. Dieser Wunsch scheiterte leider an den Mehrheitsverhältnissen im Untersuchungsausschuss.

Sondervotum der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

I. Der Themenkomplex „Piatto“

Carsten Szczepanski alias „Piatto“ war von 1994 bis 2000 eine Quelle des Brandenburger Verfassungsschutzes. Er gilt als eine der bundesweit wertigsten Nachrichtendienst-Quellen seiner Zeit, was Menge und Qualität seiner Informationen anbelangt. Der gebürtige Westberliner und Wahlbrandenburger verfügte bundesweit und international über weitreichende Kontakte – unter anderem zur britischen Terrorgruppe „Combat 18“. Und ins Umfeld der Neonazis, die heute als „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) bekannt sind. Mit Hilfe seiner Hinweise hätten die Rechtsterroristen womöglich gestoppt werden können, bevor der erste Mord begangen wurde.

Im Spätsommer 1998 – Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe waren gerade mal ein gutes halbes Jahr im Untergrund – berichtete „Piatto“ unter anderem von Bewaffnungs- und Raubüberfall-Plänen des Skinhead-Trios. Er benannte einen Unterstützer und eine Unterstützerin aus der „Blood & Honour“-Sektion Sachsen – und offenbar auch den Raum Chemnitz als Aufenthaltsort der drei Flüchtigen. Ob die beiden genannten Personen tatsächlich unterstützend tätig waren, ist bis heute nicht geklärt (weil sie damals nicht lückenlos überwacht wurden, was eine Bestätigung oder auch einen Ausschluss des Verdachts ermöglicht hätte) – dass das Trio damals in der Chemnitzer Szene untergetaucht war, ist aber erwiesen.

Ebenfalls Fakt ist, dass Staatsanwaltschaft und Polizei mit den Informationen aus Brandenburg eine (zusätzliche) Chance gehabt hätten, die Thüringer Neonazis vor dem ersten NSU-Mord dingfest zu machen. Denn der Hinweis auf die zwei möglichen Unterstützenden hätte ermittlerische Ansatzpunkte geboten – und der geplante Raubüberfall mit Waffen eine Handhabe, um ein umfassendes Überwachungsprogramm richterlich genehmigt zu bekommen. Die beiden genannten Personen hätten über Wochen hinweg lückenlos observiert, abgehört und einer Postkontrolle unterzogen werden müssen. Stattdessen gab es nur Stückwerk. Mal machte eine

Verfassungsschutzbehörde dies, mal eine Polizeidienststelle jenes – und zwischendurch gab es Unterbrechungen.

Warum hat der Brandenburger Verfassungsschutz kein Behördenzeugnis für die Strafverfolgungsbehörden in Thüringen oder Sachsen ausgestellt? Aus Quellenschutz-Gründen. Der Nachrichtendienst lehnte es sogar ab, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz stellvertretend ein solches Behördenzeugnis ausstellt, was die Herkunft der Hinweise noch besser verschleiert hätte. Zweck eines Behördenzeugnisses ist es ohnehin, die Informationsquelle zu schützen. Deshalb beginnen diese Dokumente mit der Aussage „Dienstlich wurde bekannt ...“. Dadurch ist unklar, ob die Inhalte von einem V-Mann oder aus einer anderen Überwachungsmaßnahme stammen. Riskant können Behördenzeugnisse für einen Hinweisgeber trotzdem sein. Insbesondere dann, wenn er seine Informationen in einem Vier-Augen-Gespräch gewonnen hat, das kein (abhörfähiges) Telefongespräch war.

Aber selbst wenn eine Enttarnung der Quelle gedroht hätte, hätten die Trio-Hinweise zwingend an die Strafverfolgungsbehörden weitergegeben müssen. Denn ausweislich der „Piatto“-Aussagen drohte ein Raubüberfall, der mit Waffen begangen werden sollte – was für die Betroffenen zwangsläufig mit Todesgefahr verbunden ist. Der Verfassungsschutz hätte alles unternehmen müssen, um diese Gefahr abzuwenden. Da dies unterlassen wurde, trägt das Land Brandenburg im Ergebnis eine Mitverantwortung dafür, dass der NSU Jahre lang raubend und mordend durch Deutschland ziehen konnte.

„Piatto“ ist ein Fall der Extreme: Als Rechtsextremist, der wegen eines Mordversuchs in Untersuchungshaft saß und schließlich zu einer achtjährigen Freiheitsstrafe verurteilt wurde, hätte er niemals zur Quelle gemacht werden dürfen. Es ist jedoch nicht zu verkennen, dass er mit einer gewissen Begeisterung in der Verfassungsschutz-Arbeit aufzugehen schien. Es spricht viel dafür, dass er zumindest nach einiger Zeit seine rechtsextremistischen Aktivitäten ausschließlich für den Nachrichtendienst aufrechterhalten und verstärkt hat und sein Handeln am Erkenntnisinteresse der Behörde ausgerichtet hat. Damit unterschied er sich grundlegend von V-Leuten wie

dem „Thüringer Heimatschutz“-Führer Tino Brandt (Thüringer Verfassungsschutz) oder dem Hassmusik-Großhändler Toni Stadler (Brandenburger Verfassungsschutz), die ihre Nachrichtendienst-Kontakte für politische beziehungsweise geschäftliche Interessen genutzt haben.

Vor diesem Hintergrund hätte der Verfassungsschutz den Einsatz von „Piatto“ vergleichsweise verantwortungsbewusst gestalten können. Ein solches Bemühen ist den Akten allerdings nicht zu entnehmen. Denn es finden sich keine Abwägungen, was beispielsweise das Für und Wieder von Einsätzen in der militanten Szene betrifft. Seitens der V-Mann-Führer scheint vorwiegend angenommen worden zu sein, was „Piatto“ vorgeschlagen oder eigeninitiativ im Sinne der Informationsgewinnung gemacht hat – soweit nicht sogar ausdrücklich entsprechende Aufträge erteilt worden sind.

Szczepanski wurde zum hauptberuflichen Nachrichtendienstler im Neonazi-Gewande. Sein Einsatz ähnelte letztlich eher dem eines Verdeckten Ermittlers als dem eines Informanten – freilich ohne, dass er in ein Beamtenverhältnis gewechselt hätte oder imstande gewesen wäre, Schaden und Nutzen seines Handelns professionell abzuwägen. Letzteres haben nicht einmal seine V-Mann-Führer geleistet, von denen einer heute Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz in Sachsen ist. „Piatto“ konnte und sollte machen, was Informationen erbrachte – frei nach dem Motto: Der Zweck heiligt die Mittel.

So fand es der erwähnte Verfassungsschutz-Präsident auch im Rückblick noch positiv, dass „Piatto“ die Adressen deutscher Interessenten lieferte, die an das Londoner „Combat 18“-Postfach geschrieben hatten. Bei lebensnaher Betrachtung hätte auffallen müssen, dass die terrorbereiten Briten solche sensiblen Daten nur an einen Kameraden weiterreichen, den sie als Teil ihrer Organisation betrachten. Ebenso liegt auf der Hand, dass Szczepanski die Interessenten in irgendeiner Weise kontaktieren beziehungsweise sie mit Info-Material versorgen musste – andernfalls wäre zu erwarten gewesen, dass in London Beschwerden eingehen und in der Folge keine Adressen mehr übermittelt werden. Diese Problematik haben die Verantwortlichen des

Verfassungsschutzes ausweislich der Aktenlage und ihrer Zeugenaussagen vor dem Untersuchungsausschuss nicht einmal erkannt.

„Piatto“ wurde zudem in den Landesvorstand der NPD gesteuert. Das war der Brandenburger Beitrag zum Scheitern des ersten NPD-Verbotsverfahrens. Aufgrund der vielen Verfassungsschutz-Quellen in Führungspositionen war unklar, inwieweit das Handeln der Partei seitens der Behörden beeinflusst war.

In ähnlich unreflektierter Weise wurde „Piatto“ beauftragt, Erkenntnisse über verschiedene gewaltbereite bis militante Rechtsextremisten zu gewinnen. Dass dies selbst für jemanden, der wegen seiner Beteiligung an einem Mordversuch verehrt wird, nicht möglich ist, ohne eine gewisse Militanz zu suggerieren, das kam offenbar niemandem in den Sinn. Das ging allerdings irgendwann schief: Ein Rohrbombenbauer, den „Piatto“ auftragsgemäß ausgeforscht hatte, belastete Carsten Szczepanski.

Daraufhin zog Innenstaatssekretär Eike Lancelle politisch die Reißleine. Die Quelle „Piatto“ wurde abgeschaltet – und Carsten Szczepanski blieb mit seinem gerade eröffneten Szene-Laden tief im braunen Sumpf zurück beziehungsweise stecken. Ein Hilfsangebot, wie er dieser Lage entfliehen und umgehend aus der rechtsextremistischen Milieu aussteigen kann, hat ihm der Verfassungsschutz in dieser misslichen Lage nicht unterbreitet.

Ein naheliegendes Szenario wäre es in der Folge gewesen, dass Szczepanski – für seine Auftragserfüllung soeben mit dem Kontaktabbruch bestraft – seine rechtsextremistischen Geschäfte ausbaut, um den Wegfall der Informanten-Honorare auszugleichen. Doch zehn Tage nach dem Ende seiner nachrichtendienstlichen Laufbahn wurde „Piatto“ enttarnt und in ein Zeugenschutz-Programm überführt. Dadurch wurde es ihm möglich, eine neue Existenz abseits der Neonazi-Szene aufzubauen.

Trotz seiner herausragenden Quellenleistung war Carsten Szczepanski übrigens – formell betrachtet – kein V-Mann, sondern nur Informant. Denn er ist nie förmlich (zur Geheimhaltung) verpflichtet worden. Allerdings hat er am

30.06.2000 eine Beendigungserklärung unterzeichnet, die eine Verpflichtung zur Verschwiegenheit enthält. Wäre auch das unterlassen oder vergessen worden, dann hätte er im NSU-Prozess vor dem Oberlandesgericht München und vor dem Brandenburger Untersuchungsausschuss ohne behördliche Aussagegenehmigung, das heißt uneingeschränkt aussagen können.

1. Die Hinweise auf ein untergetauchtes Rechtsterroristen-Trio

So problembehaftet der Einsatz von „Piatto“ war, so herausragend waren die Hinweise, die er von August bis Oktober 1998 über ein untergetauchtes Bombenbauer-Trio aus Thüringen geliefert hat, das heute als „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) bekannt ist. Demnach war „ein Trio“ auf der Flucht vor der Polizei. Es suche nach Waffen, mit denen es „einen weiteren Überfall“ plane, um sich mit dem erbeuteten Geld nach Südafrika absetzen zu können. Geld für die Waffen soll die „Blood & Honour“-Sektion Sachsen bereitgestellt haben – mit deren Beschaffung sei [der Chemnitzer B&H-Chef] Jan Werner beauftragt. Antje P. – die ebenfalls als „Blood & Honour“-Mitglied aus dem Raum Chemnitz bekannt war – wolle ihren Pass zur Verfügung stellen. Einer der Skinheads aus dem Trio habe den Bericht auf Seite 26 des Szene-Hefts „White Supremacy“ verfasst. So lässt sich das den Deckblattmeldungen entnehmen, in denen die V-Mann-Führer nach Treffen mit ihren Quellen die erlangten Informationen schriftlich dokumentieren.

Der Brandenburger Verfassungsschutz soll aber noch mehr gewusst haben, als in den Deckblattmeldungen stand. Die Untersuchungsausschuss-Sachverständige und Rechtsanwältin Antonia von der Behrens, die als Nebenklage-Vertreterin im NSU-Prozess tätig war, berichtete von einem handschriftlichen Vermerk des Thüringer Verfassungsschützers Norbert W. vom 07.09.1998. Dieser laute:

„Nach telef. Rücksprache mit dem zuständigen V-Mannführer Herrn G [REDACTED], LfV Sachsen (sic!), am 7.9.98 hat die Quelle keine neuen Erkenntnisse mitgeteilt. Sie hat nur mitgeteilt, dass die sächsischen Skins sich im Raum Chemnitz aufhalten, so Antje P..“

Diesen handschriftlichen Vermerk habe der Zeuge Norbert W. in der Hauptverhandlung vor dem Oberlandesgericht München am 11.11.2014 vorgelesen, so die Sachverständige. Zwar stimmt der Hinweis auf das „LfV Sachsen“ nicht, aber der Name des V-Mann-Führers ist jener des V-Mann-Führers von „Piatto“ – (R.) G. alias Dieter Borchert. Demnach war bekannt, dass das Trio „im Raum Chemnitz“ ist.

Der herausragenden Erkenntnislage folgte eine herausragende Analyse des Brandenburger Verfassungsschutz-Auswerter „Michael Ackrath“, der heute beim Bundesamt für Verfassungsschutz arbeitet. In einem Vermerk vom 14.09.1998 erkannte er, dass die „drei sächsischen Skinheads“ aus den Deckblattmeldungen „drei aus Thüringen stammenden Rechtsterroristen“ sind, „die polizeilich gesucht werden“. Damit hat er erstens die richtigen Neonazis identifiziert und sie zweitens als Rechtsterroristen eingeordnet. Schließlich war bekannt, dass sie mit Sprengstoff hantiert hatten, nach der Entdeckung ihrer Bombenbauer-Werkstatt vor der Polizei geflohen waren und zwischenzeitlich seit Monaten im Untergrund lebten. Trotzdem sind keine vergleichbaren Analyse-Ergebnisse aus der damaligen Zeit bekannt.

Ebenfalls von Bedeutung: Der Auswerter „Ackrath“ hat auf den Polizistenmörder Kay Diesner verwiesen und damit verdeutlicht, dass die Gefahr, die von diesem Trio ausgeht, keineswegs als abstrakt einzuschätzen ist:

„Inwiefern die drei Gesuchten bei einem Scheitern des Überfalls auch von der Schußwaffe Gebrauch machen und evtl. Menschen töten könnten, ist hier nicht bekannt. Der Fall Kai DIESNER zeigt aber, daß derartiges in der rechtsextremistischen/rechtsterroristischen Szene nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden kann.“

Tragisch, wie richtig er gelegen hat: Am 25.04.2007 hat der NSU die Baden-Württembergische Polizistin Michèle Kiesewetter regelrecht hingerichtet und ihren Kollegen Martin A. mit einem Kopfschuss lebensgefährlich verletzt.

Das überzeugte den ehemals stellvertretenden Verfassungsschutz-Leiter Jörg Milbradt aber nicht einmal im Rückblick von der Leistung seines damaligen Mitarbeiters im Auswertungs-Referat. Vor dem Untersuchungsausschuss attestierte

der Zeuge Milbradt dem Auswerter „Ackrath“, dass „sein Urteilsvermögen doch erkennbar“ hinter seinem Eifer zurückgeblieben sei:

„Das war im Übrigen auch ein Grund dafür, dass seine mehrmaligen Versuche, in den Status eines Referenten aufzusteigen, allesamt gescheitert waren.“

In der Brandenburger Verfassungsschutz-Führung wurde also ausgerechnet an der Qualifikation jenes Mitarbeiters gezweifelt, der eine im NSU-Kontext vermutlich deutschlandweit einmalige Analyse gefertigt hat. Dass sein früherer Vorgesetzter Milbradt das nicht einmal rückwirkend anerkennt, spricht für sich.

Auf die Frage, wie er mit den Warnungen des Auswerterers bezüglich des Trios umgegangen sei, antworte der einstige Auswertungs-Referatsleiter Milbradt:

„Ich habe sie auf das Maß, ich will nicht sagen, zurückgestutzt, auf das Maß beschränkt, das mir bei verantwortlicher Abwägung aller Umstände angemessen erschien.“

Auf Nachfrage wiederholte Milbradt:

„Ich hatte schon gesagt, dass dieser Sachbearbeiter - ich hatte es angedeutet - zu Überspitzungen und Übertreibungen neigte und dass ich es als meine Aufgabe ansah, eine abgewogene Darstellung des Sachverhaltes zu liefern und mit dem Abteilungsleiter zu erörtern.“

Außerdem erläuterte der Zeuge:

„An sich gibt die Bewertung keinen neuen Sachstand oder Erkenntnisstand wieder. Dass die drei Geflüchteten wegen des Besitzes von Sprengstoff, womöglich auch Waffen, geflohen waren, war allseits bekannt. Deswegen war die Möglichkeit, dass sie irgendwann und irgendwie von den Sprengmitteln oder Waffen auch Gebrauch machen könnten, auf der Hand liegend.“

Auf die Frage, ob er das dem Verfassungsschutz-Leiter so mitgeteilt habe, antwortete Milbradt:

„Weiß ich jetzt nicht mehr, ob ich das definitiv so gesagt habe. Aber es war eigentlich bekannt, um welche Persönlichkeiten es sich bei den drei Geflüchteten handelte, und auch, dass sie bewaffnet oder mit Sprengmitteln versehen waren. Das war allseits bekannt. Nur war es rein spekulativ, zu denken oder anzunehmen, wann, wo und wie sie etwa von diesen Mitteln Gebrauch machen würden.“

Als nachgewiesen gilt, dass Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt rund drei Monate nach dem Brandenburger Auswerter-Vermerk, am 18.12.1998, einen bewaffneten Raubüberfall auf einen „Edeka“-Markt in Chemnitz verübt haben. Die Rechtsanwälte Sebastian Scharmer und Peer Stolle, die im Münchener NSU-Prozess Nebenkläger vertreten haben, schrieben dazu in einer Presseerklärung am 11.05.2015:

„Es soll der erste (bekannte) Raubüberfall nach dem Abtauchen in Chemnitz gewesen sein. Am 18. Dezember 1998 stürmten zwei Männer in die Kaufhalle, bedrohten eine Kassiererin mit einer scharfen Waffe. Es war wegen der Vorweihnachtszeit ein umsatzstarker Tag. Die bedrohte Hauptkassiererin hatte gerade das Scheingeld von allen Kassen eingesammelt. Mit den erbeuteten ca. 30.000 DM flüchteten die Täter. Ein damals ca. 16 jähriger Kunde verfolgte sie. Daraufhin schossen die Täter auf ihn, verfehlten ihn jedoch und trafen die Wand des Edeka-Marktes. Deswegen hat die Bundesanwaltschaft neben dem schweren Raub auch einen versuchten Mord aus Habgier und Verdeckungsabsicht angeklagt.“

Was der führende Verfassungsschützer Milbradt im September 1998 wie auch im Rückblick vor dem Untersuchungsausschuss als „spekulativ“ bewertete, hätte einen Jugendlichen im Dezember 1998 beinahe das Leben gekostet.

Ob die Waffe, die bei diesem Raubüberfall eingesetzt wurde, von Jan Werner beschafft worden war, konnte das Bundeskriminalamt bis dato nicht klären. Denn die Zuordnung dieses Überfalls zum NSU gelang nur aufgrund von Munitionsfunden, wie

der BKA-Ermittler K. W. vor dem Untersuchungsausschuss berichtete. Kriminaltechniker haben bei einem Projektil, das bei dem Überfall sichergestellt wurde, dieselben Merkmale festgestellt wie bei Projektilen, die im Keller einer Trio-Wohnung gefunden wurden. Der BKA-Zeuge erläuterte:

„Da haben wir aber keine Waffe [...] und dann beißt sich die Katze in den Schwanz: ohne Waffe keine Herkunftsermittlungen, keine konkreten Vorhalte, kein Beleg, wer diese Waffe je gehabt hat. Da wird es einfach schwierig.“

Zurück zum Auswerter-Vermerk des Verfassungsschutzes Brandenburg: Michael „Ackrath“ hatte verfügt, dass seine Analyse an den damaligen Verfassungsschutz-Leiter Dr. Hans-Jürgen Förster und an den Beschaffungs-Referatsleiter Odendahl gehen soll. Jörg Milbradt hat diese Verfügungen aber gestrichen. Seine Begründung bei seiner zweiten Zeugenvernehmung vor dem Untersuchungsausschuss lautete:

„Ich hatte ja schon bei der ersten Vernehmung erklärt, dass ein direkter Zugang eines Sachbearbeiters zum Abteilungsleiter ungewöhnlich ist und nicht dem normalen Verfahren dient. Wie mit einem Vermerk wie diesem umzugehen ist, entscheidet der Referatsleiter, in dessen Referat der Sachbearbeiter arbeitet. Wie ich mich entschieden habe, habe ich in dem handschriftlichen Vermerk festgelegt. Ich habe es mit dem Abteilungsleiter mündlich erörtert und im Übrigen es im Augenblick mit der Unterrichtung der Landesbehörden für Verfassungsschutz in Sachsen und Thüringen bewenden lassen.“

Die bündnisgrüne Obfrau Ursula Nonnemacher hat den damaligen Verfassungsschutz-Leiter Förster, einen ehemaligen Bundesanwalt, im Untersuchungsausschuss zu diesem Vorgang befragt. Ein Protokoll-Auszug:

„Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie haben uns dargelegt, dass Ihnen von Ihrer Biografie her die Orientierung am Recht immer ein extrem hohes Anliegen war, und Sie haben uns dargelegt, dass Sie schon kurz nach Untertauchen der drei Bombenbauer aus Jena im März 1998 in einem Interview vor den Gefahren des Rechtsterrorismus gewarnt haben. Jetzt tritt

plötzlich dieser Fall auf: Drei Neonazis sind im Untergrund. Diese suchen angeblich nach Waffen - das hat Ihre Quelle ja berichtet - und planen weitere Überfälle. Ein damaliger Auswerter des Brandenburger Verfassungsschutzes, der mit dem Arbeitsnamen ‚Michael Ackrath‘ hier bei uns im Untersuchungsausschuss ausgesagt hat, hat die drei flüchtigen Thüringer am 14. September 1998 richtigerweise auch als Rechtsterroristen eingeordnet und die Prüfung empfohlen, ob ‚Piatto‘ Information an die Polizei weitergeleitet werden müsse. Er hat verfügt, dass dieser Vermerk bis zu Ihnen gesteuert wird. Ausweislich der Aktenlage hat dieser Vermerk Sie aber nie erreicht. Sind Sie von Ihrem Stellvertreter Herrn Milbradt wenigstens mündlich informiert worden?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: *Ich denke, nicht. Also, Sie fragen mich nach Sachverhalten, die 20 Jahre her sind; aber ich glaube, nicht.*

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): *Ja, aber Sie - - Wir spielen ja jetzt um dieses zentrale Treffen im Brandenburger Innenministerium vom 17. September 1998.*

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: *Ja, genau.*

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): *Sie haben jetzt zwei- oder dreimal fokussiert, dass die Information, die die Quelle „Piatto“ beschafft hat - untergetauchte Skinheads wollen sich bewaffnen und wollen nach Südafrika oder sonst wohin fliehen - -*

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: *Genau.*

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): *Und Sie sagen: Gott sei Dank, diese Information ist gesteuert worden nach Sachsen, nach Thüringen und zum BfV.*

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: *Ja.*

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber warum ist sie nicht an die Polizei gegangen? Warum ist in einem solchen Fall nicht die Polizei eingeschaltet worden? Sie sind ein Mann des Rechtes. Sie haben vor dem Untersuchungsausschuss des Bundestags ausgesagt, dass in einem solchen Fall der Ermessensspielraum praktisch auf null zurückgeht, wenn man so etwas hat. Warum ist das nicht an die Polizei gesteuert worden, und warum haben Sie sich da persönlich nicht von diesem zentralen Ereignis näher informieren lassen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Weil ich von dem Umstand dieses Treffens ersichtlich nichts wusste. Aber Sie haben völlig recht, dass ein solcher Sachverhalt zur Polizei gehörte. Aus dem Bericht des Bundestages weiß ich, dass diese Frage auch besprochen wurde. Natürlich muss das intensiv besprochen worden sein. Es gibt sehr vielfältige Möglichkeiten, das an die Polizei zu steuern unter Aufrechterhaltung des Quellenschutzes. Das ist eigentlich Tagesgeschäft, dass man Berichte bekommt, die im ersten Satz anfangen: ‚Dienstlich wurde bekannt ...‘

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Genau.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das ist die Verschleierung; aber dann bleibt derjenige, der dahinter steht, der diese Information beschafft hat, ich denke, geschützt. Wobei, man kann vieles dann kombinieren. Aber gleichwohl: Das ist eine Möglichkeit. Man hätte diese Erkenntnis auch anders unmittelbar weitergeben können. Ich weiß auch aus dem Bericht des Bundes, dass die beiden Landesämter Thüringen und Sachsen in dieser Besprechung sehr gedrängt hätten auf ‚Freigabe‘ - in Anführungszeichen -, in welcher Form auch immer, an die Polizei. Wenn es denn so war, dass Brandenburg sich dagegen sehr gesträubt hat, dann wäre es angezeigt gewesen, dieses Sich-dagegen-Sträuben sich von dem Chef absegnen zu lassen. Wenn ich zwei Landesämter gegen mich habe und mich berufe auf den Quellenschutz, den man, wie ich schon gesagt habe, auch anders gewährleisten kann, dann muss man das kundtun. Das ist ein Ereignis, was über Routine hinausgeht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber Sie sagen, das Ermessen war praktisch auf null reduziert.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Genau.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Es hätte eine Information der entsprechenden Strafjustiz erfolgen müssen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie waren derjenige, der immer strikt auf Recht und Ordnung - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Genau.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie waren der Leiter des brandenburgischen Verfassungsschutzes im September 1998.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie haben in Interviews vor der Entwicklung Rechtsterrorismus gewarnt, dass sich der Rechtsextremismus zum Rechtsterrorismus entwickelt. In den Räumlichkeiten des brandenburgischen Innenministeriums findet dieses denkwürdige Treffen statt, an dem R. G. und der Referatsleiter Odendahl teilnehmen, und Sie sind nicht informiert. Wie erklären Sie sich das?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das kann man nicht erklären. Ich habe mich das Gleiche gefragt. Sie haben mit allem recht, was Sie gesagt haben in der Frageform. Ich weiß es auch nicht, warum ich nicht informiert war. Die Lösung steht im Gesetz: In § 17 Brandenburgisches Verfassungsschutzgesetz, da steht die Lösung drin, wann der Verfassungsschutz die Strafverfolgungsbehörden unterrichtet: bei dem Verdacht für bestimmte schwere Straftaten. Diese Mischung:

Rechtsextremisten - in der Form von Skinheads; egal - suchen Waffen, beauftragen jemanden mit der Beschaffung von Waffen - das ist der Sachverhalt, der weitergegeben werden muss.

Aber es ist so, dass ich nicht einbezogen war in diese Entscheidung, das nicht zu tun, die nicht nachvollziehbar ist. Es gibt aber weitere Möglichkeiten, diese Entscheidung herbeizuführen. Diejenigen von Thüringen und Sachsen, die an der Besprechung teilnahmen und deren Wunsch - so die Unterlagen im Ausschuss des Bundes - die Freigabe für die Polizei war, die hätten auf ihrer Amtsebene das nachholen können, sollen, müssen, was in Brandenburg nicht stattgefunden hat. Wenn die nämlich berichten über dieses Treffen und sagen: ‚Da gibt es Erkenntnisse, die unbedingt an die Polizei müssen‘, und die Brandenburger wollen das nicht, dann haben die auch einen Chef, der das in die Hand nehmen kann, indem er mit mir spricht beispielsweise.

Aus dem Bundesbericht weiß ich, dass die beiden Vertreter von Thüringen trotz des Brandenburger Vetos sozusagen gegen die Unterrichtung der Polizei - - Die haben ausgesagt, sie seien gleichwohl zu ihrem LKA-Chef gelaufen und hätten den unterrichtet. Der bestreitet das aber.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja. Aber jetzt sind wir ja nun im brandenburgischen Untersuchungsausschuss, -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, genau.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - und wir untersuchen die Versäumnisse der Behörden in Brandenburg.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Das ist ja ein ganz zentrales Element. Das ist eigentlich fast das zentrale Element unseres Untersuchungsauftrags, warum an diesem 17. September 98 auf Quellenschutz sozusagen von Brandenburg beharrt wurde und warum Sie als Behördenleiter, der gerade diese Rechtsorientierung hat, davon nichts wussten, wenn gleichzeitig noch ein Auswerter in Ihrer Behörde sagt: Das

muss dem Chef vorgelegt werden, ob hier nicht die Polizei eingeschaltet werden muss. - Wer verantwortet das denn aus Ihrer Sicht, dass diese Entscheidung, diese Fehlentscheidung getroffen worden ist und dass Sie nicht informiert worden sind?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: *Das kann ich nicht sagen. Ich weiß wohl, dass ich hier in Brandenburg bin. Ich habe nur versucht, zu sagen, wie man diese ganz eindeutige Fehlentscheidung hätte korrigieren können: indem nämlich die Vertreter der beiden anderen Länder sich damit nicht zufrieden geben und ihrerseits versuchen, mich a) zu unterrichten und b) die richtige Entscheidung dafür zu bekommen.*

Natürlich gehörte das auf die Ebene der Polizei aus ganz vielen Gründen, nicht nur aus reinen Strafverfolgungsgründen, sondern auch - die waren ja dann mit Haftbefehlen gesucht -, um den Eigenschutz der Polizei zu gewährleisten. Die Tatsache, dass diese drei Leute nach Waffen suchen, sich bewaffnen wollen, ist aus ganz vielen Gesichtspunkten - wir wissen ja alle, was dann später passiert ist -, aber auch aus diesem Gesichtspunkt, dass diejenigen, die im Fahndungsbuch finden: „Nach denen wird gesucht“, sich einstellen können, dass die Täter bewaffnet sind - -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): *Herr Dr. Förster, wir möchten Ihnen jetzt ein elektronisches Dokument vorhalten. Das ist der Bericht dieses Auswerter mit dem Arbeitsnamen ‚Michael Ackrath‘, der gesagt hat, diese Information müsste an die Polizei weitergeleitet werden, und Sie müssten darüber informiert werden. In diesem Bericht ist die Weitergabe an Sie von Ihrem Stellvertreter, Herrn Milbradt, durchgestrichen worden.*

(Der Zeuge nimmt Einblick in ein Dokument auf einem Notebook.)

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: *Das ist bitter, das zu lesen.*

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): *Aber Sie - -*

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das ist bitter, das zu lesen. - Ich weiß nicht, ob ich das hier sagen kann, soll. Aber das war immer die Sorge: Der Förster schaltet den ab. - Mag sein. Ich will nicht spekulieren. Hier ist schon so viel spekuliert worden. Ich tue dem Mann vielleicht auch Unrecht, der das durchgestrichen hat. Aber die Sorge - - Ich war wirklich der Einzige, der diesen V-Mann nicht wollte, und habe dann sozusagen diese Hilfskonstruktion mit einem zweiten V-Mann-Führer gesucht. Aber dass ich den nicht wollte, das wusste nun jeder im Amt, und dass, wenn ich so was gelesen hätte - - Natürlich hätte ich den Leuten den § 17 und die Pflicht gezeigt, die Polizei zu unterrichten. Dann hätten die alle gesagt: Dann ist unser V-Mann tot. - Und dann hätte ich gesagt, weil ich das auch schon häufiger gesagt habe: V-Leute zu führen, ist kein Selbstzweck. Das ist kein Selbstzweck, sondern wenn ein V-Mann sich erledigt hat durch eine herausragende Nachricht und dadurch auffliegt, dann ist es eben so. Das Sammeln von Informationen ist in der Tat wichtig, aber wenn das zu so einem Ziel führt, dann muss man eben abwägen, dann fliegt der V-Mann eben auf.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. Aber Sie bestätigen jetzt durch Einsicht in dieses elektronische Dokument, dass sozusagen diese Information Ihnen willentlich vorenthalten worden ist, und Sie sind auch nicht von Ihrem Stellvertreter Milbradt mündlich über diesen Vorgang informiert worden.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein.

Der Zeuge Milbradt verteidigte am Tag nach Försters Aussage, am 31.08.2018, dass er seinen damaligen Vorgesetzten aus der Verfügung gestrichen hat:

„Weil die Tatsachen dem Abteilungsleiter allesamt bekannt waren und natürlich auch die Schlussfolgerungen, die man daraus ziehen kann.“

Das würde bedeuten, dass die Deckblattmeldungen völlig ausreichen – und eine Auswertungsabteilung gar nicht mehr erforderlich wäre. Das ist natürlich unsinnig. Die spätere Verfassungsschutz-Leiterin Winfriede Schreiber hat vor

dem Untersuchungsausschuss zutreffend darauf hingewiesen, dass es in einer Verfassungsschutzbehörde vor allem auf die Auswertung ankomme. Und die Auswertung hatte auf der Sachbearbeiter-Ebene im vorliegenden Fall eine hervorragende Arbeit geleistet – aber der Referatsleiter eben nicht.

Milbradt verteidigte vor dem Untersuchungsausschuss auch die Entscheidung, dass die „Piatto“-Hinweise nicht in schriftlicher Form an die zuständigen Strafverfolger weitergeleitet wurden, wie es für eine Nutzung in Ermittlungsverfahren üblich ist:

„Bekannt ist auch - und oftmals schon erörtert worden -, dass das LKA Thüringen mit einer mündlichen Unterrichtung nicht zufrieden war, sondern eine schriftliche Unterlage anforderte, die ihm aber aus Quellenschutzgründen nicht gegeben wurde und nicht gegeben werden konnte.

*Unverständlich ist für mich weiterhin - auch das hatte ich wohl schon gesagt -, dass im LKA Thüringen nicht eigenständig ein Vermerk gefertigt wurde:
„Dienstlich wurde bekannt, dass ...“*

Das wäre dann auch ein Behördenzeugnis gewesen. Aber ein solches Behördenzeugnis wollte der Brandenburger Verfassungsschutz gerade nicht. Das sächsische Landesamt für Verfassungsschutz hat eine Beratung mit der Thüringer und der Brandenburger Partner-Behörde am 17.09.1998 in Potsdam protokolliert, deren Ziel es war, „Maßnahmen festzulegen, die den Nachrichtengeber (Quelle BB) nicht gefährden“. Darin heißt es auszugsweise:

- „1. IM Brandenburg ist grundsätzlich nicht bereit, die Quellenmeldung als solches für die Polizei freizugeben‘.*
- 2. Ggf. Erstellung eines Behördenzeugnisses durch BfV, da Unterstützung von dort zugesagt.*
- 3. LfV Thüringen informiert ohne Nennung der Herkunft der Information das LKA Thüringen über den Sachverhalt - Behandlung der Hinweise mit hoher Sensibilität wird vorausgesetzt.*
- 4. Beginn der Observation der Antje P. durch LfV Thüringen am 16.9.1998 Nachmittag.*

5. Fortsetzung der Observation durch LfV Sachsen ab 17.9.1998 ab 7.00 Uhr, Ende wird operativ festgelegt“

Darunter findet sich ein Vermerk, vermutlich von einem Referatsleiter des sächsischen Verfassungsschutzes:

„Am 16.9.1998 abends gab es eine Besprechung mit dem Präsidenten des LKA TH. Dabei forderte dieser für die Umsetzung zu polizeilichen Maßnahmen einen schriftlichen Bericht, um beim Amtsrichter Beschlüsse für TÜ [Telekommunikationsüberwachung] und Observation zu beantragen.

Nach Rücksprache des LfV TH [Landesamt für Verfassungsschutz Thüringen] mit [geschwärzt] IM BB [Innenministerium Brandenburg], war dieser nicht mehr bereit, die Zustimmung zur Erstellung des Behördenzeugnisses zu geben.“

Es folgt ein handschriftlicher Vermerk, vermutlich auch von einem sächsischen Verfassungsschützer:

„BB erklärte, Quelle könne nicht in Zeugenschutzprogramm. Weiterverbreitung der Meldung sei unmittelbar gefährlich für Quelle, da Vier-Augen-Gespräch. Es handele sich mglw. um Test, da andere Beschaffungsform leichter. Am kommenden Wochenende nähere Klärung in Aussicht.

SN [Sachsen] sagt jedwede Unterstützung zu. Ergebnis:

- *BB hält die Forderung nach QS [Quellenschutz] aufrecht. Die Meldung darf nicht in einer Weise verwertet werden, die ggf. einer Offenbarung nach außen nach sich zieht.“*

Die bündnisgrüne Obfrau Ursula Nonnemacher fragte den Zeugen Wolfgang Cremer, den früheren Abteilungsleiter für Rechtsextremismus des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), ob seine Behörde bereit gewesen wäre, stellvertretend für die Brandenburger Behörde ein Behördenzeugnis auszustellen. Seine Antwort:

„Das ist eine sehr hypothetische Frage. Sie setzt voraus, dass die Landesbehörde Brandenburg einverstanden ist mit der Weitergabe der Informationen. Und solange die Landesbehörde das nicht ist oder war, wäre eine solche Erstellung eines Behördenzeugnisses durch das BfV nicht möglich gewesen.“

Auf Nachfrage, ob eine solche Unterstützung seitens des BfV grundsätzlich möglich gewesen sei, ergänzte er:

„Möglich, ja, wenn die Landesbehörde Brandenburg einverstanden ist, auf diese Art und Weise die Information an die Polizei weiterzugeben. [...] Solche Behördenzeugnisse werden dann in der Regel Wort für Wort abgestimmt mit den beteiligten Behörden.“

Der Brandenburger Auswerter hatte in seinem Vermerk zu den „Piatto“-Hinweisen eine Observation von Antje P. und Jan Werner vorgeschlagen – als „Möglichkeit, zu den drei Gesuchten zu gelangen“. Jörg Milbradt berief sich darauf, dass die Observationsempfehlung faktisch umgesetzt worden sei:

„Ich hatte Ihnen ja gesagt, dass die hier genannten [Antje] P. und Werner observiert worden sind, dass außerdem auch Telefonüberwachungsmaßnahmen verschiedener Behörden liefen, sowohl der Polizei als auch der Verfassungsschutzbehörden aus Thüringen und Sachsen und des Bundes. Alle diese Maßnahmen haben eben zur Feststellung des Trios nicht geführt. Wo hierbei ein Versäumnis der brandenburgischen Verfassungsschutzbehörde liegen sollte, erschließt sich mir in keiner Weise.“

Die bündnisgrüne Obfrau Ursula Nonnemacher fragte den Zeugen daraufhin, welche Polizeidienststellen – also nicht Verfassungsschutzbehörden, weil diese nicht für die Strafverfolgung zuständig sind – Jan Werner und Antje P. ab Mitte September 1998 bis wann lückenlos überwacht haben und zwar mit dem kompletten Programm aus Telefonüberwachung, Postkontrolle und Observation. Milbradt wich aus, indem er eine Liste von Einzelmaßnahmen aufzählte, die obendrein zeitliche Unterbrechungen aufwiesen und sich auf Polizei und Verfassungsschutz verteilten.

Abgesehen davon vertrat der Zeuge die folgende Rechtsauffassung:

„Das Brandenburgische Verfassungsschutzgesetz regelt im Grundsatz nur den Verkehr zwischen brandenburgischen Behörden und nicht den mit den Behörden anderer Länder. Insofern gibt es keine Pflicht des brandenburgischen Verfassungsschutzes, Strafverfolgungsbehörden anderer Länder von sich aus und unter Umgehung der zuständigen Behörden der anderen Länder zu informieren.“

Der ehemalige BfV-Abteilungsleiter Cremer ist vor dem ersten NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestags gefragt worden, wo er beziehungsweise seine Abteilung – rückblickend betrachtet – hartnäckiger sein hätte müssen. Antwort:

„Meine Abteilung hätte vielleicht etwas hartnäckiger gegenüber den Thüringern, gegenüber den Brandenburgern sich einbringen müssen.“

Auf Nachfrage, wie das aussehen hätte können oder müssen, sagte er:

„Ja, indem man zum Beispiel die Landesbehörden heimsucht und mit ihnen die Fälle bespricht.“

Bei seiner Aussage vor dem Brandenburger Untersuchungsausschuss fragte ihn Ursula Nonnemacher, was er denn damit gemeint habe, dass sich das Bundesamt gegenüber den Brandenburgern hätte hartnäckiger einbringen müssen – und weshalb er dieser Meinung sei. Wolfgang Cremer:

„Wegen der Bedeutung der Gefahr, die verbunden war mit dem Trio. Da hätte man sicherlich, ich will jetzt nicht sagen, stärkeren Druck aufbauen müssen, aber den Kollegen aus den Landesämtern deutlich machen müssen, welche Bedeutung das Trio hat, welche Gefahren von ihm ausgehen und dass man hier den Quellenschutz sicherlich nicht so hochhalten kann, wie man das vielleicht gerne möchte vonseiten der Beschaffung.“

Der Brandenburger Auswerter „Michael Ackrath“, der die Gefahren damals zutreffend erkannt hatte, sagte vor dem Untersuchungsausschuss:

„Also, mein damaliger Vorgesetzter, der auch phasenweise Behördenleiter war, hat es abgelehnt, meinem Rat zu folgen. Er hat es abgelehnt. Ich habe ja vorgeschlagen: Die haben Waffen, man müsse die Polizei darüber informieren. Das hat er einfach abgelehnt.“

Darauf angesprochen, dass es der Brandenburger Verfassungsschutz sogar ersatzweise ein Behördenzeugnis des Bundesamtes für Verfassungsschutz für das Thüringer LKA abgelehnt habe, sagte der Zeuge „Ackrath“:

„Von den Sachen, die Sie hier vorlesen, habe ich auch hinterher erfahren. Das war für mich persönlich sehr bitter, weil ja mein Vorschlag, die Polizei zu informieren, eben mit der Begründung abgelehnt wurde: nur wenn Thüringen darum bittet. Nun wissen wir, Thüringen hat darum gebeten. Das finde ich - wenn ich auch persönlich werden darf - sehr, sehr bitter, weil hier geht es um Menschenleben.“

Der NSU hat in den folgenden Jahren zehn Menschen ermordet und zahlreiche weitere verletzt. Dafür, dass Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe nicht vorher gefasst werden konnte, trägt die Verfassungsschutz-Abteilung des Brandenburger Innenministeriums Mitverantwortung. Die zentralen Fehlentscheidungen sind von den Referatsleitern für Beschaffung und Auswertung getroffen worden. Der eine lebt nicht mehr, der andere hält die Entscheidung weiterhin für richtig.

Um es ganz deutlich zu sagen: Es gab auch in Thüringen und Sachsen Erkenntnisse von Verfassungsschutzbehörden und Polizei, die zu einer Ergreifung der Flüchtigen hätten führen können und vielleicht auch müssen. Wie hinlänglich bekannt, ist das aber nicht gelungen. Gerade deshalb hätten die Informationen aus Brandenburg die letztlich entscheidenden sein können, um das Bombenbauer-Trio zu finden. Vor allem hätte der Hinweis auf die

Planung eines bewaffneten Überfalls dazu beitragen können, dass es richterliche Genehmigungen für weitergehende Ermittlungsmaßnahmen gibt.

Man kann natürlich auch spekulieren, dass eine etwaige mündliche Information des Thüringer LKA-Chefs für weitere Fahndungsmaßnahmen in der damaligen Rechtspraxis ausreichen hätte können. Das kann aber dahingestellt bleiben. Denn in Anbetracht der Gefahren, die von bewaffneten Raubüberfall-Plänen seitens – so eingeschätzt – Rechtsterroristen ausgeht, darf es in so einem Fall keine Experimente geben. Behördenzeugnisse sind das bewährte Mittel.

Auch der Brandenburger Verfassungsschutz hat wiederholt mit Behördenzeugnissen gearbeitet, wie der Untersuchungsausschuss feststellen konnte. Die bündnisgrüne Obfrau hakte bei der Vernehmung von Jörg Milbradt nach:

***„Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE):** Warum hat der Brandenburger Verfassungsschutz praktisch im selben Zeitraum, Oktober 98, die Enttarnung Szczepanskis für eine Lieferung mit ‚Landser‘-CDs riskiert, aber nicht für die Fahndung nach untergetauchten Rechtsterroristen, die sich bewaffnen wollten und die einen weiteren Überfall planten? Ist das nicht ein gewisses Missverhältnis?*

***Zeuge Jörg Milbradt:** Es war nicht von vornherein abzusehen, dass diese Beschlagnahmung der ‚Landser‘-CDs einen Verdacht auf Szczepanski als mögliche Quelle des Verfassungsschutzes lenken würde. Es ist dann aber so gekommen. Aber immerhin war der Verdacht ja dann nicht so stark, dass er sozusagen zum Ausschluss Szczepanskis aus der Szene und zu seiner Ächtung geführt hätte. Es blieb also nur ein sozusagen mulmiges Gefühl bei seinen Kontaktpersonen übrig.“*

Genauso wäre im Falle der Trio-Hinweise nicht abzusehen gewesen, ob die Quelle durch ein Behördenzeugnis überhaupt gefährdet worden wäre. Denn sofern die beiden mutmaßlich Unterstützenden der untergetauchten Neonazis nicht nur mit Szczepanski gesprochen gehabt hätten, wäre selbst im Rahmen eines späteren Strafprozesses mit Akteneinsicht der Angeklagten nicht

einschätzbar gewesen, von wem die Information kommt. Zu berücksichtigen ist außerdem, dass die Polizei die Aussagen von ihren Vertrauenspersonen ganz selbstverständlich in Gerichtsprozesse einführt – in der Regel übernehmen dies ihre VP-Führer als Zeugen vom Hörensagen.

Dass im Falle einer Enttarnung Zeugenschutz gewährt werden muss, versteht sich von selbst. Bei „Piatto“ ist dieser Fall nach seiner Abschaltung im Juli 2000 eingetreten. Wäre er durch ein Behördenzeugnis mit den Trio-Hinweisen aufgefliegen, hätte er den Brandenburger Verfassungsschutz lediglich ein bis zwei Jahre weniger mit Informationen beliefern können.

Der damalige Behördenleiter Förster hat folglich Recht: Die Informationen mit Trio-Bezug hätte die Polizei bekommen müssen. Die Pflicht des Staates, Bürger vor einem lebensbedrohlichen Raubüberfall zu schützen, wiegt weit schwerer, als die Erhaltung einer nachrichtendienstlichen Informationsquelle.

2. Die SMS „mit den Bums“

Der sächsische „Blood & Honour“-Sektionsleiter Jan Werner aus Chemnitz hat eine SMS an das Verfassungsschutz-Handy der Quelle „Piatto“ geschickt. Wortlaut: „HALLO. WAS IST MIT DEN BUMS“. Das ist im Protokoll einer Telefonüberwachung des Thüringer Landeskriminalamts dokumentiert – mit Datum vom 25.08.1998.

Am 09.09.1998 ist in einer Deckblattmeldung des Brandenburger Verfassungsschutzes der „Piatto“-Hinweis festgehalten, dass Jan Werner den Auftrag haben soll, für ein untergetauchtes Neonazi-Trio Waffen zu beschaffen.

Vor diesem Hintergrund ist nach der Selbstenttarnung des NSU am 04.11.2011 der Verdacht aufgekommen, dass mit „den Bums“ Waffen gemeint sein könnten – der mutmaßliche Trio-Unterstützer also den Verfassungsschutz-Informanten nach Waffen gefragt haben könnte. Und bis heute ist das nur ein Verdacht geblieben, da alle Aufklärungs- beziehungsweise Ermittlungsversuche fehlgeschlagen sind.

Naheliegender war es, im Protokoll der Telefonüberwachung des Jan Werner nach Belegen zu suchen. Doch in dem Protokoll fehlen rund 1000 Einträge – wer sie beseitigt hat, ist unbekannt. Ausgerechnet am Tag nach der SMS mit „den Bums“ fehlen mehrere Seiten. Und zu dem Zeitpunkt, zu dem „Piatto“ von der angeblichen Waffensuche des Jan Werner für das Trio erfahren haben will, fehlen von der Telefonüberwachung des Werner sogar die Protokolle von mehreren Tagen.

Die SMS „mit den Bums“ ist am 25.08.1998 um 19.21 Uhr als Telekommunikationsverbindung mit der laufenden Nummer 1569 erfasst worden. Am 26.08.1998 endet um 15.31 Uhr die Liste auf „Seite 7“ mit der Nummer 1747. Die darauffolgende Seite trägt wiederum die Nummer 7 und sie beginnt am 27.08.1998 um 6.58 Uhr mit der laufenden Nummer 1863. Das heißt, es fehlen 116 Einträge.

Die erwähnte Deckblattmeldung ist vom 09.09.1998 und nach einem Treffen mit „Piatto“ am 08.09.1998 entstanden. Zum zeitlichen Vergleich: Es fehlen die Telekommunikationsverbindungen von Jan Werner vom 04.09.1998 um 13.20 Uhr bis zum 10.09.1998 um 13.47 Uhr – es sind 868 Einträge aus den Protokollen entfernt worden. Im Thüringer Landeskriminalamt sind sie offenbar nicht mehr auffindbar. Denn der Brandenburger NSU-Untersuchungsausschuss ist nicht der erste, der sich für die fehlenden Daten interessiert hat.

Im Ergebnis ist nicht feststellbar, ob eine weitergehende Kommunikation zwischen Jan Werner und Carsten Szczepanski zu „den Bums“ stattgefunden hat. Jan Werner hat nach Auskunft eines BKA-Beamten vor dem Untersuchungsausschuss die Aussage verweigert. Und Carsten Szczepanski konnte sich nicht erinnern, diese Nachricht einst gesehen zu haben. Und der Brandenburger Verfassungsschutz will das Handy nicht ausgewertet haben, nachdem es ausgerechnet am Tag des SMS-Empfangs ausgetauscht worden sein soll – weil es auf das Innenministerium angemeldet und bei einer Telefonüberwachung des Bundesamtes für Verfassungsschutz aufgefallen war. Der Kauf von neuen Handys am 25.08.1998 ist in einem Vermerk vom 26.08.1998 dokumentiert – die Rückgabe des alten Handys nicht. Der Verfassungsschutz hat dem Untersuchungsausschuss die Handy-Abrechnung für den Monat August 1998 vorgelegt. Bei dieser soll es sich um die letzte Abrechnung für dieses Handy handeln. Aber auch das ist nicht belegt.

Dass das bisherige Handy von „Piatto“ am 25.08.1998 vom V-Mann-Führer eingezogen wurde, ist wahrscheinlich. Erstens gibt es keinen Hinweis, dass es anders gewesen sein könnte. Zweites ist keine Erklärung ersichtlich, warum ein Handy bei einer Quelle belassen werden sollte, das unprofessioneller Weise auf das Innenministerium angemeldet war. Dass „Piatto“ das Handy um 19.21 Uhr bereits nicht mehr hatte, als die SMS mit „den Bums“ einging, erscheint möglich. Das letzte Telefongespräch, das im Verbindungsnachweis enthalten ist, wurde am 25.08.1998 um 16.25 Uhr geführt. Und als Ende des Treffs hat der V-Mann-Führer 20 Uhr vermerkt.

V-Mann-Führer Dieter Borchert verlas dazu vor dem Untersuchungsausschuss einen Bericht, den er dem Oberlandesgericht München vorgelegt habe. Ein Auszug:

„Wie sich mir der Sachverhalt anhand des Treffberichtes darstellt, hat ‚Piatto‘ mir das Handy am 25.08.1998 gegen 16 Uhr übergeben. Dann habe ich es ausgeschaltet - wenn es nicht schon ausgeschaltet war - und am nächsten Tag in der Verwaltung abgegeben. Eingezogene Handys und die enthaltenen SIM-Karten werden regelmäßig kurzfristig vernichtet und nicht wiederverwendet. Mir ist bekannt geworden, dass das Handy physisch nicht mehr existiert. Das heißt, die Nachricht am 25.08. um 19.21 Uhr - ‚Was ist mit den Bums‘ - hat ‚Piatto‘ nicht mehr erreicht, weil er das alte Handy an mich übergeben hatte und das Handy ausgetauscht war. Ich habe es definitiv nicht eingeschaltet, denn es sollte eingezogen werden. Das alles habe ich anhand des Treffberichtes rekonstruiert. Seinerzeit - 1998, vor nunmehr 20 Jahren - habe ich von der SMS ‚Was ist mit den Bums‘ nichts mitbekommen.“

Das letzte Telefongespräch, das auf der Handy-Rechnung vermerkt ist, wurde am 25.08.1998 um 16.25 Uhr geführt.

Dass der Verfassungsschutz das Informanten-Handy einfach entsorgt haben soll, ohne eine Datensicherung vorzunehmen oder wenigstens noch ein paar Tage lang den Nachrichteneingang zu verfolgen, erscheint ungewöhnlich. Denn die eingehende Post eines Postfachs, das der V-Mann-Führer angemeldet hatte und Carsten Szczepanski nutzte, wurde vom Verfassungsschutz

ausgewertet – noch bevor „Piatto“ die Briefe übergeben bekam, damit er sie beantworten konnte. So berichteten es die ehemalige Quelle und der einstige V-Mann-Führer Dieter Borchert vor dem Untersuchungsausschuss.

Auf die Frage, ob sein V-Mann-Führer das Handy während seiner Haftzeit analog zum Postfach ausgewertet habe, antwortete Carsten Szczepanski:

„Also, er hat es nicht gesagt. Aber ich bin natürlich schon davon ausgegangen, dass dieses Diensthandy halt auch ausgewertet wird, klar. Also, ich für mich selber bin davon ausgegangen, dass ich da nicht wirklich privat mit bin.“

Dass es anders gewesen sein soll, klingt nicht besonders plausibel. Es muss daher offenbleiben, ob das Handy wirklich nicht mehr ausgewertet und die SMS mit „den Bums“ folglich nicht vom Verfassungsschutz registriert wurde.

Ergänzend kann man untersuchen, ob „Piatto“ damals an Waffen herankommen oder Waffengeschäfte vermitteln konnte. Diesbezüglich gibt es einen Hinweis. In einem „Bericht zum Urlaub vom 03.-05. Juli 1998“ berichtete die Quelle dem Verfassungsschutz über eine Fahrt nach Chemnitz:

„Während der Autofahrt nach Chemnitz bot [K.] M. die Möglichkeit an, daß ‚gute Kameraden‘ mit ihm zusammen als Gäste auf einen der drei von ihm besuchten Schießplätze gehen könnten. Auch hielt er es für machbar, Faustfeuerwaffen für 800,- DM (pro Stück) besorgen zu können, da: ‚es immer Jäger gäbe die Geld bräuchten.‘“

Der Zeuge Szczepanski bekam vor dem Untersuchungsausschuss die Frage gestellt, ob er ausschließen könne, dass er Kontakte vermittelt habe, nachdem er im September 1998 erfahren habe, dass Jan Werner Waffen suche. Seine Antwort:

„Das schließe ich aus, ja.“

Bekannt ist allerdings, dass zwei Rechtsextremisten ein Waffengeschäft in Szczepanskis Szene-Laden abgewickelt haben, nachdem er aus der Haft entlassen worden war. Carsten Szczepanski selbst berichtete dem Untersuchungsausschuss:

„Es gab einen Umstand, für den ich dann ja auch verurteilt worden bin. Das war, ich meine, ein abgesägtes Kleinkalibergewehr, das sich in meinem Laden zeitweise befand. Ich weiß jetzt nicht mehr, ob es von Herrn Menzel an Herrn [Ralf] L. war oder umgekehrt, jedenfalls hat das in dem Laden stattgefunden.“

Der frühere Szczepanski-Kamerad Henning P. (geb. K.) sagte in einer BKA-Vernehmung am 06.12.2012:

„Jetzt im Nachhinein fällt mir auch ein, dass SZCZEPANSKI mal auf mich zukam und sagte: ‚Wenn du mal ne Knarre brauchst, sag mir Bescheid. Ich kenne da Leute, die können das regeln.‘ Das hat er mindestens zweimal gesagt.“

Mit dieser Aussage sinngemäß konfrontiert, hat Carsten Szczepanski vor dem Untersuchungsausschuss widersprochen:

„Also ich kann mich nicht daran erinnern, dass ich Herrn [Henning] K. Waffen angeboten habe oder ihm wirklich Waffen hätte vermitteln können.“

Dass Carsten Szczepanski mit Waffen gehandelt hätte, darauf hat der Untersuchungsausschuss keine Hinweise gefunden. Eher könnte es sein, dass er Kontakte zwischen Waffenanbietern und Kaufinteressenten hergestellt hat. Denn das wäre eine Möglichkeit gewesen, Informationen über entsprechend militante Rechtsextremisten zu gewinnen, ohne selbst eine Waffe in die Hand zu nehmen – und „Piatto“ war im Auftrag des Verfassungsschutzes in militanten Kreisen unterwegs. Belegt ist zudem die erwähnte Waffenübergabe in seinem Laden. Es erscheint daher nicht völlig abwegig, dass er einen Waffensuchenden Jan Werner beispielsweise an K. M. verwiesen hat, der angeblich Faustfeuerwaffen besorgen konnte. Konkrete Hinweise oder gar Belege gibt es

dafür aber nicht. Deshalb hilft das in der Frage mit „den Bums“ nicht weiter. Was damit gemeint war, bleibt vermutlich unaufklärbar.

3. Die Chemnitzer Szene

Die rechtsextremistische Szene in Chemnitz hat Mundlos, Bönnhardt und Zschäpe nach ihrem Untertauchen im Jahr 1998 beherbergt. „Piatto“ hat in dieser Zeit einen Hinweis geliefert, der für die NSU-Aufklärung von Bedeutung ist, weil er zu etwaigen weiteren Trio-Unterstützern führen könnte.

Gordian Meyer-Plath, 1998 an der V-Mann-Führung von „Piatto“ beteiligt und heute Präsident des sächsischen Verfassungsschutzes, wurde als Zeuge im zweiten NSU-Untersuchungsausschuss des sächsischen Landtags gefragt, ob er es ausschließen könne, dass das Landesamt Sachsen vor dem 04.11.2011 „in irgendeiner Art und Weise Quellenzugang zum Trio beziehungsweise seinem Umfeld hatte“. Antwort:

„Das ‚Umfeld‘ ist natürlich eine Definitionsfrage. Ich kann auf jeden Fall ausschließen, dass es Kontakte zu den Personen gab, die sich entweder das Leben genommen haben oder zu Frau Zschäpe.“

Ein Ausschluss von entsprechenden Quellenmeldungen ist nach einer vollumfänglichen Aktenauswertung möglich. Aber der Ausschluss, dass Quellen zum Trio Kontakt hatten, überrascht. Denn Quellen aus diesem Bereich sind Rechtsextremisten und sie sagen dem Verfassungsschutz nicht unbedingt alles, was sie wissen beziehungsweise zu wem sie Kontakt haben.

Das Trio lebte von 1998 bis 2011 in Sachsen – zuerst in Chemnitz und dann in Zwickau. Dass sich etliche Verfassungsschutz-Quellen im Szene-Umfeld der untergetauchten Bombenbauer bewegt haben, konnte in den bisherigen siebeneinhalb Jahren der NSU-Erklärung herausgearbeitet werden. Doch ausgerechnet das Landesamt für Verfassungsschutz, in dessen Einzugsbereich sich Bönnhardt, Mundlos und Zschäpe aufhielten, soll keine einzige Quelle gehabt haben, die etwas über das Trio mitbekommen hat?

Was die Quellen-Dichte im Umfeld des Trios tendenziell erhöht haben dürfte: Chemnitz ist ein rechtsextremistischer Hotspot. Nicht nur aufgrund der großen Mischszenen aus Rechtsextremisten, Hooligans und Kampfsportlern, sondern weil dort schon seit den 90er-Jahren Szene-Label und -Vertriebe sitzen, die zu den erfolgreichsten in Deutschland gehörten und gehören. Hinzu kam 1998, dass die sächsische Sektion des Neonazi-Netzwerks „Blood & Honour“ (B&H) die aktivste in Deutschland gewesen sein dürfte. Deren Sektionsleiter Jan Werner soll laut „Piatto“ ab August 1998 nach Waffen für das Trio gesucht haben und „B & H“ das erforderliche Geld bereitgestellt haben. Auch Antje P. wird dieser Organisation zugerechnet, die damals im Visier von Nachrichtendiensten und polizeilichem Staatsschutz war. Es galt nämlich Informationen für ein Verbot zu sammeln, das der Bundesinnenminister im September 2000 schließlich ausgesprochen hat. Wenn also der sächsische Verfassungsschutz ausgerechnet im Bereich von „Blood & Honour“ Chemnitz nicht mit Quellen präsent gewesen wäre, wäre das ungewöhnlich.

Sogar „Piatto“, der damals Strafgefangener in Brandenburg war, reiste während seiner Freigänge nach Chemnitz. Das begann unmittelbar nach dem Untertauchen des Trios. In einem Verfassungsschutz-Vermerk vom 30.01.1998 steht:

„Am 08.02.1998 wird die Quelle mit den Köpfen der Skinheadszenen Chemnitz zusammentreffen, die für die Organisation überregionaler Skinkonzerte und für die Produktion hochwertiger Skinmusikträger verantwortlich sind.“

Die V-Mann-Führer erinnerten sich nicht mehr, mit welchen Aufträgen ihre Quelle nach Chemnitz gefahren ist. Sie vermuteten vor dem Untersuchungsausschuss, dass es um „Blood & Honour“ gegangen sei und vermutlich nicht um das Trio.

Jedenfalls berichtete „Piatto“ auch im März 1998 aus Chemnitz. In einem Vermerk, den Gordian Meyer-Plath am 30.03.1998 verfasst hat, steht:

„Laut Antje P. lässt sich das Gedeihen der Skinheadszenen Chemnitz auch dadurch erklären, dass Mitglieder der Szene Kontakte zum sächsischen Verfassungsschutz haben. P. geht davon aus, dass der Verfassungsschutz in Sachsen davon überzeugt ist, diese Personen als Quellen zu führen. In

Wirklichkeit aber würden diese Personen lediglich versuchen, den Erkenntnisstand des Verfassungsschutzes heraus zu bekommen. Auf diesem Wege sei die Szene in Chemnitz in der Lage, Exekutivmaßnahmen vorhersehen zu können. Darüber hinaus kann die Szene Veranstaltungen besser planen und durchführen.“

Sollte es in der Chemnitzer Neonazi-Szene Verfassungsschutz-Quellen gegeben haben, die ihre Kameraden vor Exekutivmaßnahmen warnen konnten (wie das auch in Brandenburg möglich war – vgl. „NaBe“- und „Stadler“-Komplex im bündnisgrünen Sondervotum), dann wäre das eine mögliche Erklärung dafür, dass das Trio dort nicht ausfindig gemacht werden konnte. Insofern drängt sich eine Überprüfung der damaligen Quellen aus dem Raum Chemnitz durch das Bundeskriminalamt (BKA) auf – um festzustellen, ob sie damals ein falsches Spiel betrieben und womöglich die Fahndung nach dem Trio behindert oder zumindest nicht unterstützt haben könnten.

Die bündnisgrüne Obfrau Ursula Nonnemacher fragte den heutigen sächsischen Verfassungsschutz-Präsidenten Meyer-Plath, ob die entsprechenden Quellen im Rahmen der NSU-Aufklärung dahingehend überprüft worden seien. Er antwortete:

„Also, es sind natürlich die Quellen noch mal betrachtet worden im Sinne davon: Welche Zugangslage hatten sie, und haben Sie Informationen gegeben, die irgendwie auf das Trio hätten Rückschlüsse machen können? - Das ist passiert. Das war nicht der Fall. Aber sie sind nicht noch mal aufgesucht worden und befragt worden.“

Auf die Frage, warum das nicht geschehen sei, sagte der Zeuge:

„Da gab es keinen Anlass für. Ich bin mir nicht sicher, ob dieser Sachverhalt, den Sie mir vorhalten, ob der den sächsischen Behörden zu dem Zeitpunkt bekannt war oder noch bekannt war. Ich weiß nicht, welchen Aktenrückhalt es dazu gibt.“

Auf Nachfrage, ob er nach der Untersuchungsausschuss-Sitzung den Sachverhalt prüfen und die Quellen entsprechend befragen lassen werde, sagte Meyer-Plath:

„Darüber kann ich Ihnen in diesem Rahmen keine Auskunft geben. Überprüfen ja, weil mich jetzt im Nachgang interessiert, ob dieser Hinweis, über den wir hier sprechen, in Schriftform weitergeleitet wurde, ob das möglicherweise mündlich auf Leitungsebene übermittelt wurde. Dem werde ich nachgehen.“

Ob der sächsische Verfassungsschutz daraufhin seine Chemnitzer Quellen aus dem Jahr 1998 überprüft hat, ist nicht bekannt. Für den Fall, dass „Piattos“ Information stimmte, müsste ermittelt werden, ob die entsprechenden Rechtsextremisten damals Exekutivmaßnahmen gegen das Trio erfahren und verraten haben könnten. Falls ja, dann wären das potenzielle NSU-Unterstützer.

5. Hatte Carsten Szczepanski direkten Kontakt zu Trio-Mitgliedern?

Carsten Szczepanski ist vor dem Untersuchungsausschuss gefragt worden, ob er zu Mundlos, Bönnhardt und Zschäpe Kontakt hatte. Seine Antwort:

„Nein, keinen persönlichen Kontakt.“

In einem Vermerk des Bundeskriminalamtes vom 05.03.2012 steht, dass am 26.01.1998 in einer Jenaer Garage – der Bombenbauer-Werkstatt von Mundlos, Bönnhardt und Zschäpe – „1 Mappe mit diversen Papieren“ sichergestellt worden sei. „Hauptbestandteil des Ordners“ seien „Entwürfe, Notizen und Schreiben die sich mit der Gründung eines Vereins mit Namen ‚National Politisches Forum‘ beschäftigen“. An der Erstellung dieser Unterlagen haben nach BKA-Erkenntnissen mehrere Personen mitgearbeitet – darunter Uwe Mundlos, N. P., Sylvia E. und eine unbekannte Person, von der nur das Initial „C.“ bekannt ist.

Sylvia E. hat Carsten Szczepanski in der Justizvollzugsanstalt Brandenburg seitens der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG) betreut. Sie heiratete später seinen Mitgefangenen Maik F., der das Szene-Heft „Der weiße Wolf“ herausgegeben hat – aber nicht mehr im Jahr 2002, als im

Vorwort ein „Dank an den NSU“ abgedruckt war. Als Zeugin vor dem Untersuchungsausschuss sagte Sylvia F. (geb. E.):

„Ich weiß noch nicht mal mehr, wie ich zu Uwe Mundlos kam, weil der Brief, den mir das BKA vorlegte, wo ich geschrieben habe - - erkenne ich zwar an meinen Wortlauten, aber ich weiß nicht mehr, aus welchem Grunde ich ihn damals angeschrieben hatte.“

Auf Nachfrage, wie ihr Briefkontakt zu Mundlos zustandegekommen sei, sagte sie:

„Das weiß ich eben nicht. Das habe ich schon vor Jahren versucht. 2013, weiß ich genau, dass ich da zum BKA musste, weil ich da einen neuen Ausweis gebraucht habe. Und nur aufgrund dessen weiß ich das Datum noch, mehr leider auch nicht. Und ich kann nicht mehr nachvollziehen, wie ich das erste Mal - und auch aus welchem Grund - Uwe Mundlos angeschrieben habe und worum es da eigentlich ging. Ich habe meinen eigenen Brief gelesen, und ich kann ihn nicht mehr zuordnen. Das hört sich doof an, aber ich weiß es wirklich nicht mehr.“

N. P., der zeitweise in der Justizvollzugsanstalt Frankfurt (Oder) inhaftiert war, muss in relativ intensivem Kontakt zu Uwe Mundlos gestanden haben. In einem BKA-Vermerk vom 21.08.2012, in dem es auch um die Unterlagen zum „National Politischen Forum“ aus der Jenaer Garage geht, heißt es:

„In der am 26.01.1998 durchsuchten Garage wurde zudem ein Programmmentwurf eines rechtsgerichteten Vereins ‚National Politisches Forum‘ gefunden, der in Verbindung mit dem diesbezüglichen Briefwechsel zwischen MUNDLOS und dem damals inhaftierten N. P. Aufschluss darüber gibt, dass MUNDLOS in diesem letztlich niemals gegründeten Verein auch eine führende Rolle hätte übernehmen sollen.“

Trotz dieses Kontakts scheint N. P. noch nie vernommen worden zu sein. Der Untersuchungsausschuss hat das zum Ende der Beweisaufnahme-Phase versucht –

es hat aber nicht mehr geklappt, aus Gründen, die der Untersuchungsausschuss nicht beeinflussen konnte.

Carsten Szczepanski hat einst dem Verfassungsschutz auch über N. P. berichtet. Der Name sagte Carsten Szczepanski auf Nachfrage vor dem Untersuchungsausschuss noch etwas. Auf Vorhalt des Begriffs konnte sich Carsten Szczepanski aber nicht an das „National Politische Forum“ erinnern.

Die ehemalige Lebensgefährtin von Carsten Szczepanski wurde vor dem Untersuchungsausschuss damit konfrontiert, dass zwei Adressen von ihr in Unterlagen gefunden worden sind, die in der Bombenwerkstatt des Trios lagerten. Dazu sagte die Zeugin:

„Kann ich mir überhaupt nicht erklären, muss ich Ihnen ehrlich sagen. Bin ich gerade völlig schockiert, wenn Sie mir das so - -“

Die Namen N. P. und Sylvia E. sagten ihr auch nichts.

Bemerkenswert ist, dass eine der beiden Adressen der Lebensgefährtin von Carsten Szczepanski jene war, unter der sie mit ihm Anfang der 90er-Jahre zusammenwohnte, bevor er inhaftiert wurde. Allerdings lagen dem Untersuchungsausschuss keine Kopien von den Schriften vor, die in der Garage gefunden worden sind. Es lässt sich also nicht einschätzen, in welchem Kontext die Namen und Adressen konkret standen und von wem sie gegebenenfalls genannt worden sind – auch und gerade, was die Person „C.“ betrifft. Was die Kontakte von Szene-Personen aus Brandenburg zu Uwe Mundlos betrifft, besteht folglich weiterer Aufklärungsbedarf.

An dieser Stelle sei auf folgendes hingewiesen: Verschiedene Aspekte des Untersuchungsauftrags konnte der Untersuchungsausschuss nicht bearbeiten.

Aufklärungsbedarf besteht daher beispielsweise weiterhin bezüglich des „Märkischen Heimatschutzes“, einer Art Berlin-Brandenburger Pendant zum „Thüringer Heimatschutz“. In der Thüringer Organisation sind Uwe Mundlos,

Uwe Bönnhardt und Beate Zschäpe politisch sozialisiert worden. Der Thüringer Heimatschutz wurde von Tino Brandt geführt, einem V-Mann des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz. Auch in Brandenburg sollte untersucht werden, ob V-Leute in der Führung des Märkischen Heimatschutzes waren.

Nicht untersucht wurde auch die „1. Werwolf Jagdeinheit Senftenberg“, deren Modus Operandi an die spätere Vorgehensweise des NSU erinnerte. Die „Werwolf Jagdeinheit“ brachte einen Menschen um. Einer der Täter war J. K., der zusammen mit Carsten Szczepanski in der Justizvollzugsanstalt Brandenburg an der Havel seine Haftstrafe verbüßte.

6. Der Umgang des Verfassungsschutzes mit Rechtsterrorismus

Anders als bezüglich der Rechtsterroristen-Analyse vom September 1998 äußerte sich der Zeuge Milbradt positiv über die Analyse seiner Behörde in den beiden Jahren, in denen der NSU seine ersten Morde begangen hat:

„Auf die Gefahr des Rechtsterrorismus hat auch ausdrücklich der Verfassungsschutzbericht der Jahre 2000 und 2001 hingewiesen, zu einer Zeit, als beispielsweise das Bundesamt für Verfassungsschutz von solchen Ansätzen zum Rechtsterrorismus noch nichts erkennen wollte.“

Der ab dem Jahr 2000 amtierende Verfassungsschutz-Leiter Heiner Wegesin sagte vor dem Untersuchungsausschuss zur Bewertung der „Nationalen Bewegung“, gegen die der Generalbundesanwalt ab Januar 2001 wegen Terrorverdachts ermittelte (vgl. Kapitel zum „NaBe“-Komplex im bündnisgrünen Sondervotum):

„Das Zweite war - das ging im Wesentlichen auf meinen Kollegen Milbradt zurück -, dass wir fachlich zu der Auffassung neigten: Nee, Terrorismus ist das noch nicht, auch keine terroristische Organisationsstruktur. Auch der Modus Operandi der Straftaten, für sich genommen und in Gesamtheit, gibt das noch nicht her. - Ich glaube, diese Auffassung haben wir vertreten. Die haben wir auch artikuliert.“

Dass der Brandenburger Verfassungsschutz in der Rechtsterrorismus-Frage eine Vorreiterrolle eingenommen hätte, ließ sich bei den parlamentarischen Untersuchungen nicht erkennen. Im Gegenteil: Bezüglich der „Nationalen Bewegung“ war das Bundesamt für Verfassungsschutz der Meinung, dass „durchaus von rechtsterroristischen Bestrebungen gesprochen werden“ könne – während die Brandenburger Behörde der gegenteiligen Auffassung war.

In dem von Milbradt hervorgehobenen Verfassungsschutzbericht 2000 stand:

„Ansonsten blieben die ‚Anti-Antifa‘-Aktivitäten der Neonazis überwiegend gewaltfrei. Sie konzentrierten sich darauf, missliebige Personen – tatsächliche oder vermeintliche Linksextremisten, Parlamentarier, Richter, Juden, engagierte Christen usw. – auszuspähen und deren persönliche Daten in ‚Schwarzen Listen‘ zu verbreiten, um sie auf diese Weise vor allem psychisch zu terrorisieren.“

Wenn Psychoterror mit „Schwarzen Listen“ als Form rechtsextremistischer Gewaltfreiheit interpretiert wird, dann erstaunt es nicht, dass kein Rechtsterrorismus identifiziert werden konnte. Aber der Verfassungsschutz bewies diesbezüglich in seinem Bericht noch mehr Mut zum Widerspruch:

„Die Zahl der deutschsprachigen rechtsextremistischen Homepages im Internet hat sich von 330 im Jahre 1999 auf gegenwärtig etwa 800 erhöht. Etwa 20 Prozent von ihnen enthalten strafbare Inhalte, u.a. ‚Schwarze Listen‘, auf denen zumindest unterschwellig zur Gewalt bis hin zum Mord gegen politische Gegner aufgerufen wird, oder Anleitungen zum Bau von Sprengsätzen.“

Durchaus zutreffend wird in besagtem Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2000, in dem der NSU seinen ersten Mord begangen hat, festgehalten:

„Aktuell wird in neonazistischen Publikationen eine Strategiedebatte geführt, in der auch ein Abtauchen in den Untergrund und die Aufnahme des bewaffneten politischen Kampfes thematisiert werden. Doch es bleibt nicht nur

bei Diskussionen: Nach Hinweisen der Verfassungsschutzbehörden wurden in mehreren Regionen – darunter in Brandenburg – Waffen und Sprengkörper polizeilich beschlagnahmt, die Neonazis zum Zwecke des Einsatzes gegen tatsächliche oder vermeintliche ‚Antifa‘-Aktivisten beschafft hatten.“

Dann folgte die Fehleinschätzung, wie sie bei den Verfassungsschutzbehörden bis 2011 üblich war – und im Nachhinein besonders tragisch ist:

„Auch in anderen Bundesländern gelangen den Strafverfolgungsbehörden z. T. spektakuläre Waffen- und Sprengstofffunde in der Neonaziszene. Die Meldungen hierüber lösten in der Öffentlichkeit eine Diskussion aus, ob sich in Deutschland bereits ein Rechtsterrorismus herausbilde. Doch obwohl in neonazistischen Publikationen darüber debattiert wird, ob man in den Untergrund abtauchen und den politischen Kampf mit entschlossener Militanz aufnehmen solle, fehlen zur Umsetzung weiterhin sowohl logistisches Know-how als auch geeignete Führungspersönlichkeiten und das erforderliche Unterstützerumfeld. Straftaten, die bis nahe an die Schwelle des Terrorismus führen, werden in der Regel von Einzeltätern oder nicht hinreichend gefestigten Kleingruppen begangen und entspringen keiner strategischen Planung. Gleichwohl liegt eine ernst zu nehmende Gefahr darin, dass Rechtsextremisten sich zunehmend Waffen und Sprengstoff mit der Absicht beschaffen, sie gegen politische Gegner einzusetzen. Hier zeichnen sich Ansätze zum Rechtsterrorismus ab.“

Vor allem hätte auffallen müssen, dass „nicht hinreichend gefestigt“ erscheinende „Kleingruppen“ auf die Realisierung des führerlosen Widerstandes hindeuten könnten, wie er von Neonazis propagiert wird. Und Taten von Einzeltätern müssen nicht aus einem Mangel an weiteren Tätern resultieren – sondern das kann dem „Lone Wolf“-Konzept entsprechen.

7. Aufbau Ost: Sicherheits- und Justizbehörden vs. Neonazi-Szene

Nach der Wiedervereinigung haben westdeutsche Neonazis versucht, die neuen Bundesländer systematisch zu erobern. Neonazi-Anführer Michael Kühnen

entwickelte beispielsweise einen „Arbeitsplan Ost“. Es handelte sich um ein internes Strategiepapier seiner Kleinpartei „Deutsche Alternative“, wie aus einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 31.03.1993 hervorgeht. Der Bundesinnenminister hatte die „Deutsche Alternative“ am 8. Dezember 1992 verboten.

Im Dezember 1992 hat Prof. Dr. Michael Lemke, damals Abteilungsleiter im Justizministerium Brandenburg, den ersten von zwei „Dezember-Erlassen“ geschrieben, wie er vor dem Untersuchungsausschuss berichtete:

„Wir haben die Staatsanwaltschaften damals gebeten, im Zweifel die jeweils schärfere Maßnahme zu ergreifen, wenn es sich um rechtsradikale Umtriebe handelt; ich nenne es mal ganz allgemein so. Heißt: Bei der Frage, ob ein Haftbefehl beantragt werden soll oder nicht, wird der beantragt! Wenn nicht, musst du berichten, Staatsanwalt, warum nicht!“

Bei der Frage, ob Bewährung beantragt werden soll, wird Bewährung abgelehnt, sodass derjenige einrücken muss! Wenn nicht, wenn du, Staatsanwalt, das nicht tust, musst du uns berichten!“

Es gibt kaum etwas Lästigeres für Staatsanwälte, wenn sie berichten müssen. Das können Sie sich vielleicht vorstellen.

Wenn man so eine Verfügung macht, dann ist das schon ein ziemlich weitgehendes Unternehmen.“

Die Lage, die zu diesem Erlass geführt hat, stellte der Zeuge Lemke – insgesamt bezogen auf die erste Hälfte der 90er-Jahre – wie folgt dar:

„Das war die Zeit, in der es in Brandenburg eine große Anzahl von rechtsextremistischen Straftaten gegeben hat, unter anderem acht unsägliche Brandanschläge auf Asylbewerberheime, die nur durch schieren Zufall nicht zu schweren Schäden bei Menschen geführt haben.“

Der ehemalige Abteilungsleiter erläuterte die schwierige Ausgangslage der Behörden:

„Ich weiß nicht, wie Sie es sich vorstellen, wenn Sie ganz frisch im Aufbau von einer Behörde sind und Sie haben als Erstes [...] acht Brandanschläge auf Asylbewerberheime abzuarbeiten. Das ist für einen Minister unter Umständen beinahe - - Was das Amt betrifft, kostet ihn so etwas das Amt, wenn das nicht ordentlich abgearbeitet wird. [...]

Es ging also darum, dass wir diese Dinge, die sich da ereignet hatten, so gut wie möglich und so sauber wie möglich aufarbeiten, natürlich mit dem Ziel, dass Täter erstens erwischt werden - das ist Polizeisache -, zweitens, wenn sie erwischt werden, dass sie angeklagt werden - das ist meine Sache; in Anführungszeichen - und drittens, dass sie dann ordentlich bestraft werden - das ist Gerichtssache. Und da haben wir als Minister oder als Ministerium keinen Einfluss auf den dritten Schritt. Das ist völlig klar.“

Die Herausforderungen haben Justizministerium und Innenministerium offenbar gewissermaßen zusammengeschweißt, wie Lemke berichtete:

„Es ist bekannt - in Deutschland insgesamt -, dass Justiz und Innen gelegentlich etwas gespannte Verhältnisse miteinander haben. Das liegt ein bisschen auch an den Persönlichkeiten, die hier und dort sind. Ich bin insofern ziemlich froh, dass es bei uns in Brandenburg von Anfang an anders gewesen ist.

Das lag aber ein wenig daran, dass wir von Anfang an das Problem hatten, eine überbordende Kriminalitätsentwicklung zu bekämpfen zu einer Zeit, wo es noch keine funktionsfähigen Staatsanwaltschaften gab. Das heißt vereinfacht: Im zweiten Jahr, in dem ich hier war, hatten wir eine Statistik von 60 000 offenen Verfahren, die von Ganoven, wenn ich die so nennen darf, angestellt worden waren, also ganz normale Kriminalität. Wir hatten kaum die Strafverfolgungsbehörden, die damit fertig werden konnten. Das war einfach schwierig. Und man musste eben sehen, dass man - - “

Einen Einblick in die staatsanwaltschaftliche Arbeit Mitte der 90er-Jahre in Frankfurt (Oder) bot die Zeugin Kerstin Langen, eine Oberstaatsanwältin:

„Frau Marx¹ und ich, wir haben die politische Abteilung damals alleine gestemmt. Wir waren - wie alle Bereiche der öffentlichen Verwaltung im Land Brandenburg - chronisch mit Personal unterbesetzt. Wir waren zwei dienstjunge Dezernentinnen, die versucht haben, der rechtsradikalen Gewalt in unserem Bezirk Herr zu werden.

Der damalige Behördenleiter, der jetzt auch schon viele Jahre verstorben ist, Herr Lehmann, war zugleich auch Abteilungsleiter der politischen Abteilung, und wir waren bis über die Ohren voll mit Arbeit, wenn ich das mal so etwas umgangssprachlich sagen darf. Wir mussten also wirklich kämpfen, dass wir keine Rückstände aufbauen. Die Akten haben auf den Fensterbänken gelegen.

Gerade in dieser Zeit, weiß ich, hatte ich auch noch ein eigenes Umfangsverfahren, und zwar mit den Bernauer Polizeibeamten, die vietnamesische Zigarettenhändler misshandelt haben, und ich hatte auch viele auswärtige Vernehmungen, habe dann abends bis spät in die Nacht und am Wochenende mein Dezernat bearbeitet, sodass auch für Frau Marx und mich keinerlei Zeit blieb, dass wir uns über unsere Verfahren auch mal gegenseitig ausgetauscht haben. Die Zeit war einfach nicht vorhanden. Und wenn man Vertretungsakten hatte, dann hat jeder von uns nur zugeguckt, dass man sie zwar sauber, aber doch so schnell wie möglich wieder vom Tisch bekommt.“

Und der ehemals Leitende Oberstaatsanwalt Ewald Bröhmer bei der Generalstaatsanwaltschaft Brandenburg berichtete vom Aufbau seiner Behörde:

„Die Entwicklung einer Generalstaatsanwaltschaft gestaltete sich recht schwierig, weil nirgendwo eine gewisse Mindestzahl von Räumlichkeiten zu finden war. Schließlich wurde die Generalstaatsanwaltschaft gegründet, aber als leere Hülle, durch Gesetz des Parlaments oder sonst was und

¹ Oberstaatsanwältin Petra Marx hat das Mordversuchs-Verfahren gegen Carsten Szczepanski geführt.

Veröffentlichung im Justizministerialblatt; aber äußerlich änderte sich sonst im Praktischen nichts. Das tat sich dann erst, als es uns gelang, ein Untergeschoss eines der Häuser im Ministerialviertel zur Verfügung gestellt zu bekommen, und dann legten wir los und fingen an, Akten anzulegen und Fälle zu bearbeiten und die Staatsanwaltschaften zu besuchen.“

Rechtsanwalt Christoph Kliesing schilderte seine Erfahrungen als Nebenkläger-Vertreter im Verfahren beziehungsweise den Verfahren wegen des Mordversuchs an seinem Mandanten, dem nigerianischen Lehrer S. E.:

„Am 3. August 1992, als ich die Akten bekommen habe, wurde noch auf verschiedenen Ebenen an dem Verfahren K. Mü. gearbeitet. Ich habe, glaube ich, den dritten Duplikatband bekommen. Der dritte Dupikatband war zum Ersten nicht, wie ich das eigentlich gewohnt war, chronologisch sortiert, sondern es wurden da relativ wild Zeugenaussagen aneinandergeheftet. Man musste sozusagen in die Akte überhaupt eine Struktur reinbekommen.“

Auf Nachfrage führte der Zeuge aus:

„Damals war Strafjustiz in Brandenburg teilweise schon noch ziemlich chaotisch. Ich will das aus heutiger Sicht jetzt auch nicht überbewerten.“

Auch Mitgefangene von Carsten Szczepanski schilderten vor dem Untersuchungsausschuss ein ziemliches Durcheinander – in der Justizvollzugsanstalt Brandenburg an der Havel. Dortige Beschäftigte hätten um ihre Jobs gefürchtet, weil sie bei der Staatssicherheit gewesen seien. Räumlich hätten noch DDR-Standards geherrscht. Es hätten die Dächer neu gedeckt und die Gitter neu eingesetzt werden müssen. Ein Ex-Häftling berichtete, dass die Post anfangs noch nicht einmal einer Sichtkontrolle unterzogen worden sei.

Die Verfassungsschutz-Abteilung des Brandenburger Innenministeriums startete als Ein-Mann-Behörde mit Ernst Uhlau. Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ berichtete am 11.03.1991:

„Das Gesetz des Handelns liegt in Potsdam nun bei Ernst Uhrlau, 44. Der Leitende Regierungsdirektor aus Hamburg amtiert seit Anfang Februar im Potsdamer Innenministerium. Sein Büro mißt knapp 20 Quadratmeter, der Kopierer steht draußen vor der Tür, die Stühle sind leer, Mitarbeiter gibt es keine, seit Uhrlaus einziger Abteilungsgefährte, Detlev von Schwerin aus dem Deutschen Entwicklungsdienst, gleich wieder abgemustert hatte.

„Was Sie vor sich sehen, ist die Abteilung 5‘, spöttelt der Chef. Das ist die Abteilung, mit der Uhrlau nun seine neue, rechtsstaatliche Staatssicherheitsbehörde für Brandenburg aufbauen soll: ein Landesamt für Verfassungsschutz.

Der hochdotierte Gastarbeiter, von Haus aus Vizeleiter des Hamburger Verfassungsschutzes, muß im Alleingang den Job eines ganzen Stabes erledigen. Er kennt als einziger vor Ort die Personalstruktur einer Verfassungsschutzbehörde - und die Gesetze, nach denen so ein Amt arbeiten soll.“

Ein Verfassungsschutzgesetz gab es damals in Brandenburg noch gar nicht. Es trat erst am 05.04.1993 in Kraft. Erst ab diesem Zeitpunkt konnte die Abteilung des Innenministeriums beispielsweise V-Leute führen. 1993 soll es eine Quelle und zwei Quellenführer gegeben haben, schätzte das Innenministerium in einer öffentlichen Sitzung der Parlamentarischen Kontrollkommission am 12.04.2016. 1994 kam nach dieser Statistik eine Quelle hinzu: Carsten Szczepanski alias „Piatto“.

Diese generellen Schwierigkeiten, die sich aus dem Aufbau der Behörden ergaben, spielen natürlich eine große Rolle bei der Untersuchung des „Piatto“-Komplexes. Dieser historische Hintergrund ist zur Einordnung des Geschehens wichtig.

8. Ab wann war Carsten Szczepanski V-Mann?

Beim Brandenburger Verfassungsschutz war Carsten Szczepanski ausweislich der Akten, die dem Untersuchungsausschuss vorlagen, nie V-Mann. Denn er ist vor

seiner Abschaltung am 30.06.2000 nie formell als V-Mann verpflichtet worden. Aber ab August 1994 war er eine Informationsquelle des Nachrichtendienstes – ein Informant. Im Jargon des Verfassungsschutzes war er der Fall „Piatto“.

Ausweislich von zwei Briefen des Verfassungsschutz-Leiters Wolfgang Pfaff, in dessen Amtszeit die Zusammenarbeit mit „Piatto“ aufgenommen wurde, hatte Carsten Szczepanski zu mindestens einer weiteren Verfassungsschutzbehörde Kontakt. Er schrieb am 16.10.1995 an den Leitenden Oberstaatsanwalt in Frankfurt (Oder) und das Brandenburger Justizministerium:

„Die Offenbarung der von seiten Sz's bestehenden Kontakte zu Verfassungsschutzbehörden führt zu aktueller Lebensgefährdung über Jahrzehnte und zwar jetzt, während des Verweils in der Haftanstalt, als auch im Falle einer späteren Entlassung. Zu seinem Schutz werden – und das belegen vielerlei Erfahrungen – Aufwendungen in Höhe mehrerer Millionen DM entstehen. Hierfür werden die Justizbehörden haftbar gemacht.“

Am 26.10.1995 schrieb Pfaff an das Justizministerium:

„Sollte durch eine der morgen zu erwartenden Zeugenaussagen eine Verbindung des Zeugen Szczepanski zu Sicherheitsbehörden, insbesondere zum Ministerium des Innern des Landes Brandenburg erkennbar werden, wird die in meinem Schreiben vom 18.10. d. J. dargestellte Gefährdung des Sz. sofort eintreten.“

Aus diesen beiden Schreiben geht eindeutig hervor, dass Szczepanski Kontakt zu einer Sicherheitsbehörde außerhalb des Brandenburger Innenministeriums hatte – zu einer weiteren Verfassungsschutzbehörde. Eventuell sogar zu mehreren, jedenfalls grenzen die Schreiben die Kontakte nicht auf eine weitere Behörde ein. Welche Ausprägung dieser Kontakt hatte, bleibt aber unklar.

Der Zeuge Wolfgang Pfaff hatte vor dem Untersuchungsausschuss keine Erinnerung mehr daran, welche Kontakte er damit gemeint hatte. Und der Zeuge Carsten Szczepanski verneinte, für weitere Behörden als Quelle gearbeitet zu haben.

Szczepanski wurde vor dem Untersuchungsausschuss darauf hingewiesen, dass er eine Aussagegenehmigung des Landes Brandenburg habe. Vor diesem Hintergrund wurde er gefragt, ob er ansonsten offen sprechen könne oder ob Verschwiegenheitsverpflichtungen gegenüber anderen Sicherheitsbehörden bestünden. Seine Antwort:

„Nein.“

A. Keine Auskunft vom Bundesamt für Verfassungsschutz

Der Untersuchungsausschuss hat Behörden dazu befragt, ob Carsten Szczepanski für sie als Quelle gearbeitet hat – unter anderem das Bundesamt für Verfassungsschutz. Die Antworten sind als Verschlussachen eingestuft. Deshalb muss an dieser Stelle ersatzweise eine Auseinandersetzung mit öffentlich zugänglichen Antworten auf ähnlich lautende Fragen erfolgen.

Der Bundestagsabgeordnete Hans-Christian Ströbele (Bündnis 90/Die Grünen) hat die Bundesregierung gefragt:

„Für welche Sicherheitsbehörden des Bundes sowie – nach Kenntnis der Bundesregierung – Bundesländern war C. S. als V-Mann tätig (VM ‚Piatto‘ des Landesamts für Verfassungsschutz Brandenburg, welches eingewendet hatte, dessen Vernehmung im NSU-Prozess vor dem Oberlandesgericht München am 2. Dezember 2014 und 13. Januar 2015 gefährde das Wohl des Bundes) (vgl. Neues Deutschland vom 3. Dezember 2016) [...]?“

Staatssekretärin Dr. Emily Haber antwortete am 23.12.2016:

„Zu etwaigen Einsätzen von V-Leuten bzw. Vertrauenspersonen gibt die Bundesregierung aus Gründen des Staatswohls keine Auskunft.“

Die Bundestagsabgeordnete Martina Renner (Die Linke) fragte die Bundesregierung:

„In welchem Jahr und Monat hatten Mitarbeiter des Bundesamts für Verfassungsschutz erstmalig Kontakt mit Carsten Szczepanski alias ‚Piatto‘?“

Die Antwort gab der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Ole Schröder am 21.02.2018:

„Mit der Person Carsten Szczepanski hatten Mitarbeiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz im August 2012 Kontakt. Szczepanski wurde hierbei im Zuge der Aufklärung des NSU-Komplexes befragt. Die Inhalte der Befragung wurden dem zweiten NSU-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages in Erfüllung des Beweisbeschlusses BfV-30 über die Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages übermittelt.“

Hier kommt es auf die Details an, weil in Erwägung gezogen werden muss, dass ein Nachrichtendienst beziehungsweise die Bundesregierung in solch‘ einer Frage jedes Wort auf die sprichwörtliche Goldwaage legt. Die Frage bezieht sich auf „Carsten Szczepanski alias ‚Piatto‘“. Man könnte diese Frage demnach so interpretieren, dass sie sich auf den Zeitraum ab 1994 bezieht. Denn erst ab 1994 ist Szczepanski auch „Piatto“ gewesen. Weiterhin fällt auf, dass der Staatssekretär nicht ausdrücklich sagt, dass es sich bei der Befragung im August 2012 um den ersten Kontakt des Bundesamtes für Verfassungsschutz zu Carsten Szczepanski gehandelt habe. Im Ergebnis erscheint es folglich möglich, dass vor 1994 Kontakte zwischen dem Bundes-Verfassungsschutz und dem Rechtsextremisten Szczepanski bestanden.

B. Die rätselhafte Befragung des Bundesamtes für Verfassungsschutz

Auf die Frage, ob er „zu keinem Zeitpunkt Kontakt“ zum BfV gehabt habe, reagierte der Zeuge Szczepanski mit Kopfschütteln.

In seiner zweiten Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuss wurde er auf eine Befragung durch das BfV angesprochen. Er bestätigte daraufhin eine solche:

„Das war kurz nach der Enttarnung.“

Zu seiner Enttarnung kam es am 10.07.2000 – also weit vor dem Jahr 2012, in dem das BfV ihn zum NSU-Komplex befragt haben will. Auf Nachfrage, ob es nach der Enttarnung des NSU noch eine zweite Befragung durch das BfV gegeben habe, sagte er:

„Nein, ich meine nicht, nee.“

Auf nochmalige Nachfrage bestätigte er, dass ihn das BfV nur kurz nach seiner Enttarnung befragt habe. Er meinte sich zu erinnern, dass es um einen rechtsextremistischen Bombenbauer und „so ein paar allgemeine Fragen zu Königs Wusterhausen“ ging. Weiter führte er aus:

„Also, ich kannte die Leute auch nicht; ich habe die vorher noch nie gesehen.“

Der Kontakt zu den BfV-Leuten sei über die Zeugenschutzstelle zustandegekommen.

Dass es eine Befragung durch das BfV im NSU-Kontext gegeben haben soll, wird seitens des Generalbundesanwalts bestätigt. Bundesanwalt Dr. Herbert Diemer sagte vor dem Untersuchungsausschuss, dass seine Behörde Anfragen an den Brandenburger Verfassungsschutz immer über das BfV gestellt habe:

„Dann hat das BfV das wohl zum Anlass genommen - ich glaube, das war ein halbes Jahr vorher, bevor wir den Carsten Szczepanski vernehmen wollten -, dann von sich aus, also im nachrichtendienstlichen Zusammenhang, den Szczepanski zu befragen, was sie ja grundsätzlich dürfen. Unser Bestreben war allerdings: Alles, was in diesem Ermittlungsverfahren gemacht wird - das war unser Bestreben; da waren wir uns einig mit dem BKA -, wollen wir selbst in der Hand behalten. Wir wollen also niemand anderen da selbstständig was machen lassen. Wir wollen also alles, was wir selbst machen können, auch selbst machen. Das BfV hat aber gesagt: Wir sind auch eine Bu- - Motivation kenne ich nicht. Das BfV hat aber dann - ich meine, im August 2012 muss das gewesen sein; ja, genau - seinerseits den Szczepanski vernommen. Das war uns nicht angenehm, das wollten wir nicht.“

Das hat die Bundesanwaltschaft laut Diemer in einer Besprechung mit dem Bundesamt und dem Brandenburger Verfassungsschutz am 28.01.2013 thematisiert:

„Da haben wir dann in dieser Sitzung gesagt, dass das aber in Zukunft unterbleiben soll. [...] Aber mehr konnten wir nicht machen.“

Auf Nachfrage, ob es ein übliches Verfahren sei, dass das BfV im laufenden Ermittlungsverfahren so eine Befragung vornehme, antwortete der Zeuge Diemer:

„Ob das jetzt üblich ist, weiß ich nicht. Mir ist es noch nicht untergekommen. Es ist mir vielleicht auch noch nie aufgefallen, muss ich jetzt sagen. Nur, da war es halt so, dass es uns aufgefallen ist, und da haben wir dann gesagt: Das stellen wir jetzt mal klar, dass das in Zukunft nicht mehr vorkommt.“

Seitens des Brandenburger Verfassungsschutzes war an dieser Sitzung die Referatsleiterin Dr. Heike Wagner beteiligt. Sie sagte vor dem Untersuchungsausschuss auf die Frage, ob eine Zeugen-Befragung durch das BfV in einem laufenden Ermittlungsverfahren üblich sei:

„Ob das üblich ist, kann ich nicht einschätzen. Ich fand es ungewöhnlich.“

Auch der Zeuge Stefan Schmidt, Staatsanwalt der Bundesanwaltschaft, wurde vom Untersuchungsausschuss darauf angesprochen, ob so eine BfV-Befragung üblich sei. Seine Antwort:

„Mir fehlt da vielleicht die empirische Grundlage, um beantworten zu können, ob das üblich ist. Ich kann nur sagen, dass es in dem Falle für uns der Anlass war, diese Besprechung einzuberufen, weil wir einfach gesagt haben: Wir möchten da jetzt, ohne dass andere Behörden in dem Bereich auch noch tätig sind, diese Spur abarbeiten.“

In diesem Zusammenhang sei noch einmal auf die Frage des Bundestagsabgeordneten Ströbele an die Bundesregierung Bezug genommen. Der zweite Teil seiner Frage lautete:

„[...] und was teilt die Bundesregierung mit, bezüglich eines Treffens diverser Strafverfolger mit der damaligen Vorsteherin des Landesamts für Verfassungsschutz in Karlsruhe am 28. Januar 2013 zur Rolle ‚Piattos‘ bei der Waffenbeschaffung für das NSU-Trio, bezüglich Verlauf, Ergebnissen und Anlass zur Teilnahme auch des B. und des A. des Bundesamts für Verfassungsschutz?“

Die Staatssekretärin Emily Haber antwortete am 23.12.2016:

„Am 28. Januar 2013 fand in den Diensträumen des Generalbundesanwalts beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe eine Besprechung zwischen den mit den Ermittlungen zu der terroristischen Vereinigung ‚Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)‘ befassten Beamten des Generalbundesanwalts und Vertretern des Bundeskriminalamts und der Verfassungsschutzämter des Bundes und des Landes Brandenburg statt. Anlass der Besprechung waren die durch eine Vertrauensperson des Landesamtes für Verfassungsschutz Brandenburg mitgeteilten Informationen mit Bezug zum NSU, insbesondere zu dem Umstand einer möglichen Waffenlieferung durch den Beschuldigten Jan W. an die Mitglieder der Vereinigung im September 1998. Außerdem waren die Umstände der bis dahin erfolgten Befragungen der Vertrauensperson und der Austausch der daraus resultierenden Erkenntnisse zwischen den beteiligten Behörden Gegenstand und Ergebnis der Erörterungen.“

Verglichen mit der Zeugenaussage des Staatsanwalts Schmidt wirkt diese Antwort der Staatssekretärin zumindest unpräzise.

Das Vorgehen des Bundesamtes für Verfassungsschutz, was Carsten Szczepanski betrifft, ist als undurchsichtig zu bewerten.

C. Die überraschende Einstellung eines Terrorverdachts-Verfahrens

Rechtsanwalt Christoph Kliesing kennt die rechtsextremistischen Aktivitäten von Carsten Szczepanski wie kaum ein Zweiter. Kliesing war Nebenklagevertreter von S. E., der einen Mordversuch nur knapp überlebt hat, an dem Szczepanski am

09.05.1992 beteiligt war. Außerdem beschäftigte sich Kliesing seitens der Nebenklage im NSU-Prozess mit dem Fall „Piatto“. Seiner Zeugenaussage hat der Untersuchungsausschuss nicht nur zahlreiche Informationen und Einschätzungen zu verdanken. Insbesondere ist es dem Ausschuss auf Basis von Kliesings Angaben doch noch gelungen, eine Handakte des Generalbundesanwalts beizuziehen – wenigstens die Teile, die einen Brandenburg-Bezug aufweisen.

Diese Handakte betrifft ein „Ku-Klux-Klan“-Verfahren, das die Bundesanwaltschaft 1992 geführt hat – wegen des Verdachts auf Bildung einer terroristischen Vereinigung. Im Zentrum des Verfahrens stand Carsten Szczepanski. Diese Handakte ist deshalb so wichtig, weil die eigentliche Ermittlungsakte bezüglich Szczepanski vernichtet worden ist. Aber dazu später.

Aus den Teilen der Handakte, die der Untersuchungsausschuss nach mehrmonatigen Bemühungen bekommen hat, ergibt sich folgendes: Der Generalbundesanwalt hat die Übernahme des KKK-Verfahrens geprüft und am 13.02.1992 ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts auf Bildung einer terroristischen Vereinigung eingeleitet. Noch am selben Tag meldete sich ein Kriminaloberrat des Brandenburger Landeskriminalamts. Die Inhalte dieses Telefonats hat Bundesanwalt Beese schriftlich festgehalten:

„Er teilte mir mit, daß es gestern zu einer Besprechung beim LfV Brandenburg gekommen ist, bei der schneller Handlungsbedarf festgestellt worden ist.

Er konnte nur Andeutungen machen, erklärte aber, daß angeblich Berlin die Ermittlungen auch für Königs Wusterhausen übernehmen wolle, daß der Beschuldigte S. dort lebe, daß operative Maßnahmen und sogar eine TÜ [Telekommunikationsüberwachung] geplant seien. Es gebe konkrete Erkenntnisse für bevorstehenden Straftaten, nämlich Raubüberfälle zur Beschaffung von Tatmitteln.“

Der Zeuge Kliesing, der die besagte Handakte im Unterschied zum Untersuchungsausschuss vollständig kennt, wies auf die Beteiligung des

Brandenburger Verfassungsschutzes und seines Leiters Wolfgang Pfaff sowie auf die Beteiligung des Bundesamtes für Verfassungsschutz hin:

„Es ergibt sich aus der Akte eindeutig, dass Herr Pfaff versucht hat, Beese zu überreden, Durchsuchungen anzuordnen. [...]

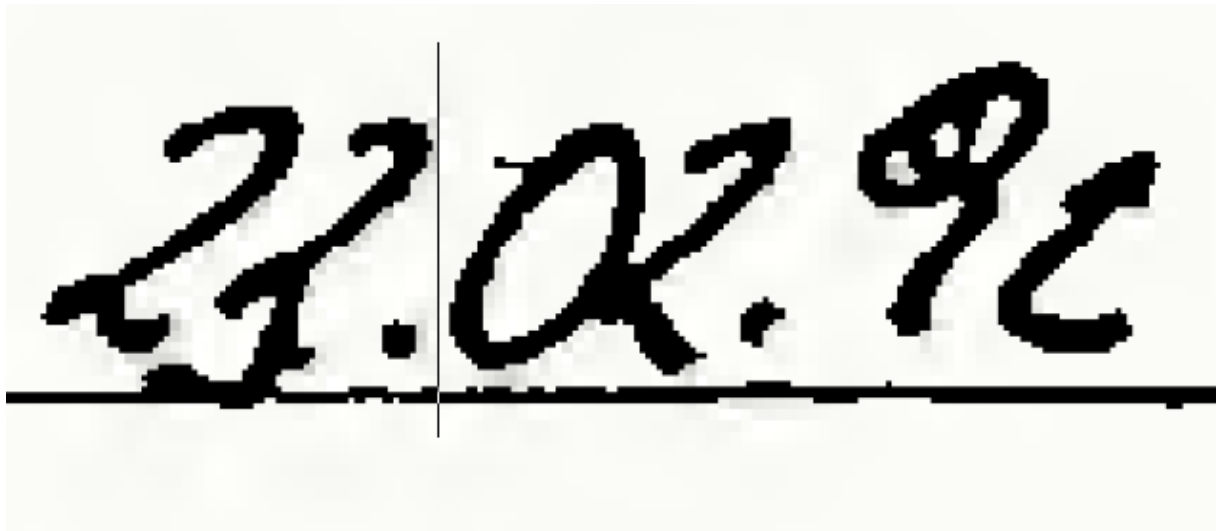
Am 18. Februar mischt sich dann auch das Bundesamt in der Person seines Direktors Göring ein - also nicht irgendwie eine niedere Charge, sondern gleich das Bundesamt, und das alles in der ersten Woche nach Übernahme des Verfahrens, müssen Sie im Kopf haben - und bittet insoweit auch um Informationen. Da ist ein Fax-Vermerk von Beese in der GBA-Akte drin.“

Am 16.02.1992 übergab Verfassungsschutz-Leiter Pfaff der Bundesanwaltschaft persönlich ein Schreiben seines Referatsleiters Rudolf Keseberg vom 12.02.1992, das einen Hinweis darauf gibt, wo sich der damals gesuchte Szczepanski aufhält. Das Bundeskriminalamt (BKA) hat dort dann am 22.02.1992 durchsucht und Szczepanski vorläufig festgenommen. Der Zeuge Kliesing sagte:

„Szczepanski wurde festgenommen, wurde am Abend des 22. Februar kurz befragt [...] und ab dem 24. Februar, also ab dem Montag, macht er dann umfangreiche Aussagen.

Das, was sehr irritierend ist, ist, dass es in der GBA-Akte nichts, absolut nichts über den 23. Februar gibt. Der 23. Februar ist der entscheidende Tag, denke ich, in der Biografie von Carsten Szczepanski.“

An dieser Stelle wird es etwas kompliziert. Dem Untersuchungsausschuss liegen zwei Versionen dieser Beschuldigtenvernehmung vor. Eine Version trägt kein Datum, die andere Version ein handschriftliches Datum – auf den ersten Blick den „23.02.92“. Auf den zweiten Blick sieht es so aus, als sei die 23 eine 22 gewesen – weil bei der 3 rechts das Häkchen der ursprünglichen 2 zu sehen sein scheint:



Wann und warum die 22 zur 23 gemacht wurde, ist unklar. Der Zeuge Kliesing dürfte seiner Aussage nach jedenfalls über eine Fassung verfügen, bei der die 23 noch eine 22 ist. Bei den Beschuldigtenvernehmungen vom 24. bis 26.02.1992 ist das Datum auf den Protokollen jeweils mit der Schreibmaschine geschrieben.

Was Christoph Kliesing damit meinte, als er sagte, der 23.02.1992 könne der entscheidende Tag in der Biografie des Szczepanski gewesen sein, erläuterte er:

„Es kann mir keiner erklären, dass die BKA-Beamten am Wochenende nach Potsdam reisen und dann am Sonntag Schloss Sanssouci besuchen. Der zweite Tag nach einer Durchsuchung ist immer der entscheidende Tag, weil bis zum Ablauf des zweiten Tages eben zu entscheiden ist: Wird der Beschuldigte einem Haftrichter vorgeführt? Wird er entlassen? - Es ergibt sich aus der Akte nicht, wer an diesem Tag mit ihm gesprochen hat. Es ergibt sich aus diesen Akten auch nicht, wer überhaupt die Freilassung veranlasst hat, denn es muss - ich glaube, es heißt sogar ‚Freilassungsbefehl‘ - bei den Polizeigewahrsamsstellen irgendjemand unterschreiben, dass der wieder aus der Haft herauskommt. Es gibt nichts in der Akte. Nachdem sich sowohl die Abteilung V in Person ihres Abteilungsleiters als auch das Bundesamt in Köln so massiv für die Durchsuchung eingesetzt haben, kann mir keiner erzählen, dass die an dem Wochenende sich nicht interessiert haben, was da Sache ist. Dass Szczepanski ab dem Montag dann wie ein Wasserfall redet - - Irgendjemand muss ihn dazu überredet haben, denke ich mal.“

Auf Nachfrage sagte der Zeuge Kliesing an anderer Stelle:

„Vieles von dem, was ich jetzt sage, ist natürlich spekulativ. Ich gehe davon aus, dass er bis zum 23. Februar 92 nicht für einen Dienst gearbeitet hat. Das schlussfolgere ich unter anderem daraus, dass es ihm so um die Jahreswende 91/92 wirklich nicht gut ging. Er war bei seiner Familie rausgeschmissen worden, er hatte seinen Job verloren, er konnte die Miete für die Wohnung am Prenzlauer Berg - das war eher ein Apartment - nicht mehr bezahlen, und er hat mal gesagt, dass er in dem Winter tatsächlich nachts bei Minustemperaturen in seinem Auto geschlafen habe. Wenn er damals schon bei einer Behörde beschäftigt gewesen wäre, wäre er sicher besser alimentiert worden, wie die Jahre danach zeigen.“

Ich habe das Gefühl, es wurde ein bisschen Druck gemacht, dass eine Durchsuchung bei Szczepanski stattfindet in der Woche vor dem 22. Februar, und mich irritiert, dass der 23. Februar in der Akte nicht vorkommt und dass sich das Verhalten von Szczepanski ab dem 24. Februar fundamental verändert und dass seitdem, seit dem 24. Februar 92, im Prinzip alle Verfahren gegen ihn, alle Ermittlungsverfahren im Sande verlaufen, eingestellt werden, nicht eingeleitet werden - was man sich da so denken kann; ich habe Ihnen eben eine Palette präsentiert. Also ich denke, das war der entscheidende Tag.“

Die Erinnerung, die Carsten Szczepanski vor dem Untersuchungsausschuss geäußert hat, spricht für den 23.02.1992 als ersten Vernehmungstag – denn bezüglich seiner Festnahme am 22.02.1992 sagte er:

„Ich bin der Meinung, ich wäre über Nacht da gewesen und wäre dann am nächsten Tag nach der Vernehmung gegangen. Also, so habe ich es in Erinnerung.“

Zum Zeitpunkt dieser Zeugenvernehmung von Carsten Szczepanski lag dem Untersuchungsausschuss die Handakte des Generalbundesanwalts noch nicht vor.

Aber selbst, wenn Szczepanski erst am 23.02.1992 entlassen worden wäre, wäre diese frühzeitige Entlassung nicht nachvollziehbar. Zwar hatte die Durchsuchung am 22.02.1992 keine spektakulären Funde ergeben – aber die Durchsuchung seiner verlassenen Berliner Wohnung am 08.12.1991. Dort waren nämlich unter anderem Propagandamaterial des KKK, Metallhülsen und Chemikalien gefunden worden, die sich zur Sprengstoffherstellung eignen. Da Szczepanski im Dezember unbekannten Aufenthalts war, hat die Polizei nach ihm gefahndet. Der Generalbundesanwalt hat ihn zwei Monate später auf Hinweis des Brandenburger Verfassungsschutzes aufgespürt, ihn aber dann relativ schnell wieder laufen lassen. Dabei wäre es bei einem Beschuldigten in einem Terrorismus-Verfahren, der obendrein bis dato unbekannten Aufenthalts war, nicht völlig abwegig gewesen, dass er die Freilassung nutzt, um sich den Strafverfolgern zu entziehen.

Doch Szczepanski kam zurück, um die Vernehmung fortzusetzen – über weitere drei Tage hinweg. Trotz Terrorverdachts verzichtete der Beschuldigte auf einen Rechtsanwalt. Insgesamt ist der damals erst 21-jährige Rechtsextremist nach der Durchsuchung knapp 36 Stunden lang vernommen worden, verteilt auf vier Tage. Die daraus resultierenden Protokolle umfassen jedoch insgesamt nur 35 Seiten.

Zwischen dem, was in knapp 36 Stunden – abzüglich ein paar Pausen – gesprochen werden kann und dem, was auf 35 Seiten protokolliert werden kann, scheint ein Missverhältnis zu bestehen. Ausweislich der Protokolle war Szczepanski auskunftsfreudig, was die Namen von KKK-Mitgliedern in Deutschland anbelangt. Was die Herkunft seiner sprengstofffähigen Chemikalien betrifft, hat er jedoch – verglichen mit dem, was er vor dem Untersuchungsausschuss eingeräumt hat – dem BKA eine frei erfundene Geschichte erzählt. Die Aussage ist folglich als opportunistisch zu bewerten.

Rund ein halbes Jahr später hat Bundesanwalt Beese das KKK-Verfahren wegen Terrorverdachts gegen Carsten Szczepanski eingestellt. Zunächst hat das BKA aber am 04.08.1992 seinen entsprechenden Schlussbericht fertiggestellt. Darin hieß es:

„Aus dem Gesamtergebnis der in diesem Teilkomplex geführten Ermittlungen ist zu ersehen, daß zumindest SZCZEPANSKI und [N.] Z., unterstützt durch MAHON und [Ralf] L., dringend verdächtig sind, eine Organisation des Ku Klux Klan in Berlin zur Begehung von Straftaten gegründet und unterhalten zu haben. Die aufgefundenen Asservate belegen, daß die Gruppe sich mit der Herstellung von Sprengkörpern beschäftigte. Die hierfür erforderlichen Chemikalien und Rohrkörper waren bereits vorhanden; Funktionsskizzen sind gefertigt worden. In vorrätig gehaltenen Rundbriefen an die ‚Klanmänner‘ werden diese aufgerufen, sich darauf einzustellen, in den totalen Untergrund zu gehen sowie sich auf bewaffnete Auseinandersetzungen vorzubereiten. Konkrete Straftaten im Zusammenhang mit der Gründung einer terroristischen Vereinigung jedoch sind nicht bekanntgeworden.“

Einen Teil des Verfahrens trennte Bundesanwalt Beese ab. Dazu schrieb er in seinem Vermerk zur Teilabtrennung und Teileinstellung am 01.09.1992:

„Szczepanski ist jedenfalls eines Verstoßes gegen das Sprengstoffgesetz verdächtig, weil er Nitro-Methan in seinem Besitz hatte, eventuell sogar der Vorbereitung eines Sprengstoffverbrechens (§ 311b StGB), zumal er auch noch Chemikalien hatte, die zur Herstellung von Sprengsätzen geeignet sind [...], ferner wegen des Herstellens, Bereithaltens und Verbreitens von zwei Ausgaben der Druckschrift ‚Feuerkreuz‘ zweier Vergehen nach § 131 StGB [...] und der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (Hakenkreuzfahne, Hitlergruß) nach § 86a StGB [...].“

Der Zeuge Kliesing führte hinsichtlich der Teileinstellung des Verfahrens aus:

„Nach dieser Durchsuchung, nach den Aussagen von Szczepanski gibt es in den GBA-Akten auch einen etwas anderen Ton. Es gibt ein paar Sachen, die, isoliert gesehen, vielleicht auch nachvollziehbar sind, aber in der Summe mich schon irritieren: Es gibt die Nichtübernahme des Verfahrens Stefan S. wegen des von ihm begangenen Tötungsdelikts am 18. März 92. Es gab in den Akten einen Schriftwechsel zwischen [Stefan] S. und Szczepanski. Es wurden bei der Tat in Buxtehude Ku-Klux-Klan-Parolen gerufen. - Nun gut, wenn man es

isoliert sieht, kann man sagen: Der GBA wollte nicht ein Riesenverfahren draus machen und alles übernehmen, aber es wurden noch nicht mal die Akten angefordert, um fundiert eine Übernahme zu prüfen.

Ebenso die Nichtübernahme des Verfahrens Wendisch Rietz/Szczepanski, was meines Erachtens sehr, sehr nahegelegen hätte, weil es sich erstens um den Beschuldigten auch beim GBA handelt, also eine Personenidentität vorlag, und weil auch in Wendisch Rietz damals Ku-Klux-Klan-Parolen gerufen wurden. Auch diese Akte wurde seinerzeit noch nicht mal beigezogen, um sie zu sichten und zu prüfen: ‚Übernehmen wir sie oder übernehmen wir sie nicht?‘, was ansonsten eigentlich Usus in Karlsruhe ist.“

Im Wendisch-Rietz-Verfahren ging es um den Mordversuch vom 09.05.1992. Der Haupttäter sagte in einer Beschuldigtenvernehmung vom 10.05.1992:

„Ich will auch hier keine Namen von Personen nennen, weil ich davor ein wenig Angst habe. Einige Personen davon gehören dem Ku Klux Klan an, welche auch im Bereich Königs Wusterhausen organisiert sind. Mehr will ich dazu aber nicht sagen.“

Die Vernehmung des pensionierten Bundesanwalts Beese durch den Untersuchungsausschuss erbrachte fast keine Erkenntnisse. Er sagte, dass er sich nicht an das Verfahren erinnern könne – und die Handakte, die noch bei der Bundesanwaltschaft vorlag, hat er sich zur Vorbereitung nicht angeschaut.

Soweit Bundesanwalt Beese am 01.09.1992 davon ausging, dass der KKK um Carsten Szczepanski nur noch aus einer weiteren Person bestand, ist dies nicht nachvollziehbar – auch und gerade vor dem Hintergrund des Mordversuchs in Wendisch Rietz. Denn der beinahe vollendete Lynchmord an einem Nigerianer unter „Ku-Klux-Klan“-Rufen passte zur rassistischen Ideologie des Geheimbundes. In Anbetracht dessen, scheint es zumindest möglich, dass eine KKK-Gruppe mit mindestens drei Personen bestand. Und drei Personen waren die Mindestvoraussetzung, um die gesetzliche Definition einer terroristischen Vereinigung zu erfüllen.

Interessant ist in diesem Kontext noch eine Aussage die Bundesanwalt Wolfgang Siegmund bezüglich des Terrorverfahrens gegen die „Nationale Bewegung“ vor dem Untersuchungsausschuss gemacht hat:

„Es ist schon richtig, dass es Zeiten gab, in denen wir nur zwei Personen im Blick hatten. Das schloss ja aber nicht aus, dass es noch einen Dritten oder einen Vierten oder einen Siebten gab. Also, der Gesichtspunkt der Anzahl der bekannten Beschuldigten hat uns eigentlich nicht gehindert, zu sagen: Das ist eine terroristische Vereinigung.“

Bezüglich des Mordversuchs blieb Szczepanski lange weitgehend unbehelligt. Erst nach Übernahme der Ermittlungen durch die Oberstaatsanwältin Petra Marx aus Frankfurt (Oder) und auf Druck von Nebenklage-Vertreter Kliesing wurde er am 02.05.1994 – also rund zwei Jahre nach der Tat –vorläufig festgenommen.

Petra Marx sagte als Zeugin vor dem Untersuchungsausschuss:

„Wenn der GBA - das ist aber eine hypothetische Frage - von unserem Verfahren gewusst hätte mit dem Ku-Klux-Klan, was sich dort in dieser Mordtat illustrierte - - Ob es dann, im Nachgang, vielleicht eine andere Entscheidung gegeben hätte, das ist im Nachgang einfach mal so - - Man kann es dahingestellt sein lassen. Aber zu dieser Zeit ist das eben eine saubere rechtliche Entscheidung des GBA.
Aber 94, als ich es bekam, hätte man im Prinzip - - hatte man die Sicht von beiden Dingen. Da fragt man sich im Nachgang: Hätte der GBA vielleicht auch eingestellt? Oder hätte er vielleicht nicht doch die - - weil ja hier auch ein größerer Personenkreis war, dann gesagt: Ich nehme jetzt den Personenkreis da raus, weil hier wieder einer weggebrochen war, und mache einfach und wage eine Anklage, um ihn einfach auch zu stigmatisieren, um einen hinreichenden Tatverdacht - - und kriege ihn doch.
Das heißt also, die Verdachtsschwelle war schon durchaus gegeben; sonst hätte man ja auch nicht die vielfältigen Ermittlungen des BKAs - - Das war ja eine wahre Fundgrube für uns. Insoweit hätten die weitergeführt werden

können, wenn beides zusammengeführt worden wäre. Aber der GBA hatte diese Erkenntnisse nicht.“

In einem Punkt irrt die Oberstaatsanwältin – die Bundesanwaltschaft wusste von dem Verfahren in Wendisch Rietz. Denn das BKA bekam eine Meldung der Polizei in Frankfurt (Oder) bezüglich dieser Tat am 11.05.1992, die Teil der Handakte des Generalbundesanwalts ist. Darin stand:

„fremdenfeindlich, ku-klux-klan-bezug moeglich“

Weiter stand in dieser Polizeimeldung:

„es wurde u. a. gerufen ‚ku-klux-klan‘, ‚ertraenken‘, ‚aufhaengen‘, ‚ist kein benzin da?‘.

Bezüglich zwei der genannten Personen in der Meldung hieß es:

„durch den b) und im weiteren durch den a) wurde in den vernehmungen gaeuszert, dasz einige personen aus der gruppe dem ku-klux-klan angehoeren, der im bereich koenigswusterhausen organisiert ist.“

Noch einmal eine Aussage des Zeugen Kliesing zur Einstellung:

„Das Verfahren wurde dann am 1. September eingestellt, obwohl das BKA im Schlussbericht vom 4. August 92 noch einen hinreichenden Tatverdacht angenommen hat. Gut, letztlich muss der Staatsanwalt entscheiden. Aber dass er sich nicht der Meinung des BKA anschließt, ist doch eher ungewöhnlich, sage ich mal. Isoliert sind diese Sachen vielleicht alle erklärbar, aber ich denke, in der Summe eben nicht mehr.“

Im Ergebnis ist es nicht nachvollziehbar, warum die Bundesanwaltschaft das Wendisch-Rietz-Verfahren nicht übernommen hat. In der weiteren Folge ist daher auch nicht nachvollziehbar, dass das Verfahren wegen Terrorverdachts gegen Carsten Szczepanski am 01.09.1992 eingestellt worden ist.

D. Weitere Verfahrenseinstellungen vor der „Piatto“-Zeit

Weitere Verfahrenseinstellungen säumen den Weg des Carsten Szczepanski in der rechtsextremistischen Szene. Der Leitende Oberstaatsanwalt Heinrich Junker von der Staatsanwaltschaft Potsdam zählte vor dem Untersuchungsausschuss eine ganze Reihe davon auf. Die meisten wurden aus Mangel an Beweisen eingestellt und weitere, weil die Taten nicht ins Gewicht fielen, weil wegen anderer Taten höhere Strafen zu erwarten oder bereits ausgesprochen waren.

Der Zeuge Kliesing sagte:

„Es gab in den Jahren 92, 93, 94 diverse Ermittlungsverfahren gegen Szczepanski wegen Pressedelikten, insbesondere ‚Feuerkreuz‘ und ‚United Skins‘. Wegen jeder dieser Ausgaben wurde routinemäßig ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Die Kripo legte dann eine Akte an, schickte die zur Staatsanwaltschaft nach Potsdam, und da war eine Spezialzuständigkeit für Pressedelikte bei der Staatsanwältin Laggies. Die ist auch in Frankfurt in dem Prozess vernommen worden. Sämtliche dieser Pressedelikte - es waren drei, vier oder fünf; ich kann es nachsehen, wenn die genaue Zahl wichtig sein sollte - liefen nach dem gleichen Muster ab: Die Kripo ermittelte, die Akten landeten in Potsdam auf dem Schreibtisch von Frau Laggies, dort blieben sie liegen, und nach sieben Monaten sagte sie erstaunt: Oh Gott, jetzt ist presserechtliche Verjährung eingetreten. - Nach sechs Monaten verjährt eine Sache in Pressedelikten, und sämtliche - sämtliche! - Pressesachen sind damals bei Frau Laggies wegen Verjährung eingestellt worden.“

Mit dieser Aussage sinngemäß konfrontiert, sagte die Staatsanwältin Mareen Laggies vor dem Untersuchungsausschuss:

„Ich kann Ihnen dazu gar nichts sagen. Erst mal weiß ich nicht, um welche Verfahren es sich konkret handeln soll. Die Aussagen sind ja sehr allgemein um irgendwelche - - Das weiß ich nicht. Keine Ahnung.“

Auf die Frage, ob sie gegen Carsten Szczepanski ermittelt habe, sagte sie:

„Auch das kann ich nicht erinnern. Ich weiß, der Name ist jetzt sehr hochgekommen, und ich weiß ja auch, was mich hier erwartet hat: dass es letztendlich um Carsten Szczepanski ging. Aber ich weiß nicht mehr, ob ich selber gegen ihn ermittelt habe. Das kann sein, das kann auch nicht sein.“

Aus den Akten, die dem Untersuchungsausschuss vorlagen, ergab sich, dass am 07.07.1994 und am 23.12.1994 aus Mangel an Beweisen jeweils Ermittlungsverfahren wegen des Szene-Hefts „United Skins“ gegen Szczepanski eingestellt worden sind. Ob das alle waren, die es gab, ist unklar. Und die Verfahrensakten der beiden Fälle sind nach so langer Zeit natürlich längst vernichtet gewesen.

Warum zahlreiche Ermittlungsverfahren gegen Carsten Szczepanski eingestellt wurden, bevor er im August 1994 zur Quelle des Brandenburger Verfassungsschutzes wurde, konnte der Untersuchungsausschuss nicht klären. Nach Beginn seiner Quellentätigkeit in Brandenburg hat sich in einem Fall jedoch eine Erklärung für die Einstellung gefunden.

E. Verfahrenseinstellungen in der „Piatto“-Zeit

Es geht um ein Berufungsverfahren gegen Szczepanski wegen eines Neonazi-Konzertes, das er am 19.06.1993 in Gussow bei Prieros organisiert hatte. Dort war unter anderem die „Combat 18“-Band „Razors Edge“ aufgetreten. Zu diesem Verfahren sagte der Zeuge Kliesing:

„Das für mich zweite relevante Verfahren war das Verfahren wegen des ‚Blood & Honour‘-Konzerts in Prieros vom 19. Juli 93. Das war - um auch so ein bisschen was zur Persönlichkeit von Szczepanski zu sagen - sein Durchbruch oder sein Eintritt in die Musikszene damals, in die er reinwollte. Das ist der Ursprung seiner Bekanntschaft zu Uwe Menzel, zu Jan Werner, wohl auch zu Tom Starke, Henning K. natürlich, auch wohl zu Christian W..

Er wurde dort von Frau Haase in Königs Wusterhausen, mit der man wahrscheinlich ja auch nicht so richtig reden konnte von staatlichen Stellen, zu einem Jahr ohne Bewährung verurteilt. Er legte Berufung ein, und in der Berufungsinstanz wurde das Verfahren eingestellt. Punkt.“

Eingestellt wurde das Verfahren am 13.10.1995. Am 20.12.1995 schrieb der Leitende Oberstaatsanwalt Lehmann aus Frankfurt (Oder) an die Generalstaatsanwaltschaft:

*„Die Einstellung des bei der Staatsanwaltschaft Potsdam in der Berufungsinstanz anhängig gewesenen Strafverfahrens gem. § 154 Abs. 2 StPO könnte auf folgenden Umstand zurückzuführen sein:
Nachdem Szczepanski in der Hauptverhandlung vom 29.9.1995 als Zeuge gehört worden war, suchte der Unterzeichnete am 10.10.1995 auf Intervention des Leiters der Abt. V des Innenministeriums des Landes Brandenburg, der sich insoweit für Szczepanski bei ihm verwandt hatte, den Leitenden Oberstaatsanwalt in Potsdam auf, und bat ihn zu erwägen, ob im Hinblick darauf, daß Szczepanski bei seiner Aussage vom 29.9.1995 der Wahrheit die Ehre gegeben und einen rechtsradikalen Gesinnungsgenossen belastet hatte und daher eine gewisse Wandlung Szczepanskis zumindest nicht auszuschließen sei, eine Einstellung des dort noch in der Berufungsinstanz anhängigen Strafverfahrens gegen Szczepanski in Betracht käme und sein Dezernent einen entsprechenden Antrag bei der Berufsstrafkammer stelle.“*

Zusammengefasst: Der Verfassungsschutz-Leiter hat beim Leitenden Oberstaatsanwalt interveniert, dieser hat sich an den Kollegen in Potsdam gewandt und dann wurde das Ermittlungsverfahren eingestellt. Zuständig war offenbar die erwähnte Staatsanwältin Laggies, die als Zeugin im so genannten Dolgenbrodt-Prozess (dort ging es um den Brandanschlag auf eine künftige Asylbewerberunterkunft und Szczepanski war als Belastungszeuge aufgetreten) noch mehr Erinnerungen hatte als später vor dem Untersuchungsausschuss. In den Akten fand sich dazu ein Zeitungsbericht mit der Überschrift „Staatsanwaltschaft belohnte Ex-Neonazi“, der allerdings ohne Veröffentlichungsdatum abgelegt wurde:

„Die Staatsanwaltschaft hat einen früheren Rechtsextremenführer aus Königs Wusterhausen für seine ihr genehme Aussage offenbar belohnt. Das geht aus Aussagen hervor, die die Potsdamer Staatsanwältin Mareen L. am Freitag als Zeugin im sogenannten Dolgenbrodt-Prozeß um die Brandstiftung in einem Asylbewerberheim vor dem Landgericht Frankfurt (Oder) machte. In diesem Prozeß hatte Ende September der frühere Rechtsextreme Carsten S. den Angeklagten Silvio J. schwer belastet.

Die Zeugin bestätigte, daß sie mehrfach Anträge abgelehnt hatte, die Einstellung eines Strafverfahrens gegen S. wegen der Veranstaltung eines Neonazi-Konzerts zu beantragen. Zuletzt sei dies Mitte September 1995 geschehen. Anfang Oktober – kurz nach der Aussage von S. im Dolgenbrodt-Prozeß – sei ihr dann von ihren Vorgesetzten eine Verfügung zugestellt worden. Daraus sei hervorgegangen, daß der Leitende Oberstaatsanwalt von Frankfurt (Oder) seinen Potsdamer Kollegen persönlich gebeten habe, die Einstellung des Verfahrens gegen S. zu prüfen.

Zur Begründung habe er unter anderem das ‚Aussageverhalten‘ von S. im Dolgenbrodt-Prozeß angeführt. [...] In der Verfügung sei sie beauftragt worden, die Bitte der Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) zu prüfen, sagte die Zeugin weiter. Daraufhin habe sie beim Landgericht Potsdam den Antrag auf Einstellung gestellt, dem das Gericht noch im Oktober 1995 folgte.

Ihr sei zuvor signalisiert worden, daß weder das Landesjustizministerium noch die Generalstaatsanwaltschaft in Potsdam Einwände gegen die Einstellung des Verfahrens gegen Carsten S. hätten. Als Grund für die vorherigen Ablehnungen führte sie eine interne Anweisung offenbar des Ministeriums an, die es erschwere, in solchen Fällen Anträge auf Einstellung des Verfahrens zu stellen.“

Bezüglich weiterer Verfahrenseinstellungen zugunsten von Carsten Szczepanski konnte der Untersuchungsausschuss keine vergleichbaren Hinweise finden. Im obigen Fall ist die gute Informationslage dem Umstand zu verdanken, dass die für die Einstellung verantwortliche Staatsanwältin vor Gericht als Zeugin aussagen musste. Das Beispiel zeigt, dass es auf Betreiben

des Verfassungsschutzes zu einer Verfahrenseinstellung kommen kann. Diese Erklärung auf andere Verfahrenseinstellungen zu übertragen, insbesondere als Szczepanski noch nicht für den Brandenburger Verfassungsschutz arbeitete, wäre aber spekulativ.

Kurz nach Beginn der Quellentätigkeit von Szczepanski beim Brandenburger Verfassungsschutz hat die Staatsanwaltschaft Potsdam auch das Sprengstoff-Verfahren endgültig eingestellt, das der Generalbundesanwalt nach der Teileinstellung des KKK-Verfahrens abgegeben hatte. Dazu der Zeuge Kliesing:

„Jedenfalls hat Herr Beese noch ausdrücklich in seinem Abschlussvermerk gesagt, es liegt ganz klar jedenfalls hinreichender Tatverdacht wegen Verstoß gegen das Sprengstoffgesetz vor, wegen zweimal Verherrlichung von Gewalttätigkeiten, wegen Verwendung von Kennzeichen nationalsozialistischer Organisationen, wegen gefälschter Reisepässe und Urkundsdelikt. Das ist normalerweise, wenn der GBA so was schreibt, eine Anweisung für den örtlichen Staatsanwalt, der dann zuständig ist: Schreib mal wenigstens wegen diesen Delikten eine Anklage.

Die Akte ist dann zur Staatsanwaltschaft in Potsdam gekommen. Sie erinnern sich bitte, weil es ein bisschen auf die Daten jetzt ankommt: 1. September 92 war der Abschlussvermerk und - - wurde dort nicht bearbeitet. Aus den Akten des GBA ergibt sich noch ein Telefonvermerk vom 5. September 1994, also zwei Jahre nach der Einstellung des Verfahrens. Da steht wörtlich drin - Sie finden es in der GBA-Akte -:

„Nach telefonischer Mitteilung der Staatsanwaltschaft Potsdam liegen die Akten (noch unbearbeitet) beim zuständigen Sachbearbeiter, der sich zurzeit noch in Urlaub befindet.“ [...]

Schließlich ist dann dieses Verfahren, obwohl das mit Sprengstoffdelikt und § 131 und so eigentlich eindeutig war, von der Staatsanwaltschaft Potsdam eingestellt worden. Auch da gibt es eine Diskrepanz: Der hiesige Justizminister hat dem Bundestag geschrieben, am 14. Oktober 94 sei das

Verfahren nach § 170 II eingestellt worden, weil kein Tatverdacht bestehe. Dem Generalbundesanwalt ist dann ausweislich des dortigen Aktenvermerks mitgeteilt worden, das Verfahren sei nach § 154 im Hinblick auf die Verurteilung Wendisch Rietz eingestellt worden. Wie Herr Ludwig zu seiner Erkenntnis gekommen ist - 14. Oktober 94, § 170 II -, kann ich nicht beurteilen, aber es wäre vielleicht mal spannend, ihn dazu zu fragen, auf welche Akten das zurückzuführen ist.“

Auf Nachfrage wurde Rechtsanwalt Kliesing noch deutlicher:

„Ich habe eben schon versucht, klarzumachen, dass ich den Einstellungsvermerk von Beese, der für Szczepanski in Bezug auf § 129a wohlwollend war, so lese, dass das eine klare Anweisung war, wegen der anderen Delikte Anklage zu erheben. Dass diese Akte dann in Potsdam nach zwei Jahren unbearbeitet herumlag - ich denke, das war schon strafrechtlich eine Strafvereitelung. Also, da habe ich dann auch wirklich kein Verständnis mehr für. Für einiges - - Das kann ich ja noch interpretieren mit Arbeitsüberlastung und diesem oder jenem, aber dass diese Akte nach zwei Jahren nicht bearbeitet war, das ist meines Erachtens schon fast kriminell.“

Die Einstellungsverfügung vom 14.10.1994 hat Staatsanwalt Rolf Sternberg erlassen. Vor dem Untersuchungsausschuss ließ er sich wie folgt ein:

„Also, letztlich kam das Verfahren dann zu mir. Und er war damals bereits wegen des Mordversuchs in Wendisch Rietz an dem Asylbewerber aus Nigeria angeklagt, stand schon vor Gericht. Also habe ich dieses Ermittlungsverfahren erst mal sofort nach § 154 StPO als unwesentliche Nebenstraftat vorläufig eingestellt und das ans Ministerium berichtet.

Wenn das alles gewesen wäre, dann hätte ich heute keinerlei Erinnerung mehr daran. Aber dann ging der Ärger los: Dann kam ein, man muss schon sagen, wutschnaubender Erlass aus dem Ministerium runter - mal salopp formuliert - des Inhalts, das ginge bei so einem doch gar nicht, den müsse man doch wegen allem anklagen usw.

Na gut, ich kriege also Anweisung: Ermittlungen wieder aufnehmen. Mache ich; gucke mir die Sache genauer an. Dann waren also diese Propagandadelikte, sprich diese Skinzine-Sachen - wohlgemerkt in Berlin herausgegeben - nach Berliner Pressegesetz bereits verjährt. Dann blieb noch über diese explosive Substanz; das war nicht viel, im Grammbereich. Ich weiß nicht mehr, wie das Zeug hieß. Ich habe mich also zum ersten und letzten Mal in meinem Leben in das Sprengstoffgesetz vertieft und stellte dann fest: Das unterlag nach Anlage - ich weiß nicht mehr, welche - zwar Handelsbeschränkungen, aber jeder Mensch durfte es besitzen. Daraufhin habe ich das gesamte Ermittlungsverfahren mangels hinreichenden Tatverdachts nach § 170 Absatz 2 StPO eingestellt.

Darauf kam dann der nächste Erlass aus dem Ministerium runter: Man verstehe überhaupt nicht, warum ich diese Propagandadelikte eingestellt hätte; nach Brandenburger Pressegesetz seien die nicht verjährt - wären sie auch nicht gewesen; aber Tatort war Berlin -, und man müsse doch prüfen, ob diese explosive Substanz nicht zur konkreten Planung von Sprengstoffdelikten, also Anschlägen, gedacht gewesen sei. - Gut. Für Letzteres gab es keine Anhaltspunkte. Ich hatte dann auch noch mal bei der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung angerufen; da wurde mir dann auch die Auskunft zuteil: Das eignet sich nicht für einen Anschlag - nicht genug -, hätte wohl einen lauten Knall gemacht, und es brauche auch noch eine Initialladung, um das überhaupt hochjagen zu können. Dafür war auch nichts gefunden worden. - Habe ich eben entsprechend noch mal berichtet, und das war es dann.“

Dass Ammoniumnitrat und Nitromethan damals nicht im Sprengstoffgesetz aufgeführt waren, ist misslich. Denn die Mischung – der Sprengstoff ANNM – soll von der Detonationsgeschwindigkeit sogar Dynamit übertreffen. Der angeblich von den rassistischen „Turner Diaries“ beeinflusste Terrorist Timothy McVeigh hat mit einem ANNM-Sprengsatz am 19.04.1995 – also ein halbes Jahr nach der Einstellung des Szczepanski-Verfahrens – einen Anschlag auf das Murrah Federal Building in Oklahoma City verübt, bei dem 168 Menschen starben. Bei Szczepanski waren nur 50 Milliliter Nitromethan

und 100 Gramm Ammoniumnitrat gefunden worden. Aber es besteht natürlich die Gefahr, dass jemand, der kleine Mengen von diesen Chemikalien beschaffen kann, auch an größere Mengen herankommt. Das ändert aber nichts daran, dass der Besitz aufgrund des Sprengstoffgesetzes nicht strafbar war. Ein Ansatz hätte es sein können, die Herkunft der Stoffe zu ermitteln.

Das BKA schrieb bereits in einem Ermittlungsbericht vom 28.04.1992:

„Aufgefunden wurden vier Rohrbombenkörper (Metallhülsen, ca. 5 cm Durchmesser mit aufgeschweißtem Rohr) sowie chemische Substanzen, die nach erstem Gutachten der polizeilichen Untersuchungsstelle Berlin für die Herstellung von explosiven Selbstlaboraten geeignet sind. Weiter wurden ein Kabelstück mit kleiner, angelöteter Birne und ein Stück mit Textilband umklebter Zündschnur sichergestellt. Beide Gegenstände könnten – vorbehaltlich einer gutachterlichen Stellungnahme – als Zündauslöser bei Sprengkörpern dienen.“

Ein Gutachten habe er nicht eingeholt, sagte der zuständige Staatsanwalt auf Nachfrage.

Weitere Asservate aus dem KKK-Verfahren sind Flugblätter, in denen die Klagsmen aufgefordert wurden, sich auf ein Leben im Untergrund und bewaffnete Auseinandersetzungen vorzubereiten. Zudem wurde bei Szczepanski das Buch „The Poor Man's James Bond“ gefunden – eine Sammlung von Anleitungen zum Eigenbau von Spreng- und Brandvorrichtungen.

Was die etwaige Vorbereitung eines Explosionsverbrechens betrifft, hätten folglich zumindest weitergehende Ermittlungen angestrengt werden müssen.

Noch eine Anmerkung: Szczepanski hatte ausgesagt, das Bombenbauer-Buch von US-Klan-Führer Dennis Mahon erhalten zu haben, mit dem er im September 1991 vor laufender Fernsehkamera eine Kreuzverbrennung zelebriert hatte. Mahon ist Rechtsterrorist. Er hat am 26.02.2004 einen Briefbombenschlag auf ein Büro der Stadtverwaltung in Arizona begangen. Er wurde zu 40 Jahren Gefängnis verurteilt.

F. Mögliche Hinweise auf Behördenkontakte von Carsten Szczepanski

Während Carsten Szczepanski wegen seiner Beteiligung an dem erwähnten Mordversuch in Untersuchungshaft saß, hat er nicht nur den Kontakt zum Brandenburger Verfassungsschutz, sondern etwas später auch zum Berliner Verfassungsschutz gesucht. Auf einer Formkarte für ausgehende Post fand sich ein Eingangsstempel der Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) vom 26.09.1994. Die Staatsanwaltschaft war für die Kontrolle des Briefverkehrs zuständig. Als Empfänger ist das Landesamt für Verfassungsschutz in Berlin angegeben. Szczepanski sagte als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuss, er habe daran keine Erinnerung.

Zudem gibt es eine Verfügung der damaligen Staatsanwältin Marx vom 21.10.1994:

„Aufgrund eines Telefonates mit dem Sozialarbeiter Wolf Egbert Schulz aus Berlin stammend sowie eines Schreibens des Untersuchungshäftlings Szczepanski wurde geprüft, ob eine Telefonerlaubnis mit dem Sozialarbeiter zweimal wöchentlich auf Kosten des Untersuchungshäftlings erfolgen kann. Der Genehmigung steht in Anbetracht einer späteren sozialen Integration nichts im Wege. [...] Hiermit wird dem Antrag des Untersuchungshäftlings Carsten Szczepanski auf Führung eines Telefongesprächs zweimal wöchentlich für die Dauer von 10 Minuten auf seine Kosten mit dem Sozialarbeiter Wolf Egbert Schulz [...] ohne Überwachung stattgegeben.“

Auch der V-Mann-Führer Dieter Borchert vom brandenburgischen Verfassungsschutz war als Sozialarbeiter legendiert.

Ein Teil des Untersuchungsausschusses ging davon aus, dass sich hinter dem Namen des Berliner Sozialarbeiters der Brandenburger Verfassungsschutz-Referatsleiter Odendahl verbarg. Darauf angesprochen sagte der zeitweise an der V-Mann-Führung beteiligte Zeuge Gordian Meyer-Plath:

„Also, ich kann mir, ehrlich gesagt, nicht vorstellen, dass Herr Schulz - Herr Odendahl - selber Gespräche mit ‚Piatto‘ geführt hat. Ich denke, dass es - - Sie hatten ja zwei genannt, die diese Telefonerlaubnis hatten.“

Und eine Brandenburger Verfassungsschutz-Vertreterin, die als Regierungsvertreterin an der Sitzung teilnahm, erklärte per Zwischenruf:

„Mir sagt der Name jetzt auch nichts! Ich weiß nicht, wer dahintersteckt!“

Auch dem V-Mann-Führer Dieter Borchert sagte der Name nichts – er fügte hinzu:

„Mir ist dieser Sachverhalt eines zweiten Sozialarbeiters jetzt nicht bekannt.“

Darüber hinaus gibt es eine Besuchserlaubnis vom 22.09.1994 für eine KM'in B., also einer Kriminalmeisterin, die sich offenbar mit einem Dienstausweis ausgewiesen hat. Auch ihre Identität war nicht aufklärbar.

Abschließend lässt sich zu der Frage, ab wann Szczepanski Quelle einer Sicherheitsbehörde war, nur festhalten, dass er dies beim Brandenburger Verfassungsschutz ab August 1994 war. Welcher Art die Kontakte mit mindestens einer weiteren Verfassungsschutzbehörde waren, die Verfassungsschutz-Leiter Pfaff erwähnte, konnte nicht aufgeklärt werden.

9. Darf ein Straftäter wie Carsten Szczepanski als Quelle geführt werden?

Carsten Szczepanski hat sich in einem Brief an den Brandenburger Verfassungsschutz als Informant angeboten, als er in der Justizvollzugsanstalt in Königs Wusterhausen in Untersuchungshaft saß. Abwägungen des Nachrichtendienstes, ob mit einem Beschuldigten, der an einem Mordversuch beteiligt gewesen sein könnte, eine Zusammenarbeit eingegangen werden darf und kann, fanden sich in den Untersuchungsausschuss-Akten nicht.

Als Bundesanwalt Dr. Hans-Jürgen Förster im November 1996 die Leitung der Verfassungsschutz-Abteilung übernommen hat und auf den Informanten „Piatto“ aufmerksam wurde, hat er sich an Innenminister Alwin Ziel gewandt. Als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuss sagte Förster über sein Gespräch mit dem Minister:

„Ich habe ihm gesagt, dass aus meiner Sicht der Verfassungsschutz einen Mann, der wegen versuchten Mordes zu acht Jahren Freiheitsstrafe verurteilt wurde - wobei der Umstand, dass es beim Versuch geblieben war, nicht ihm zuzurechnen ist -, dass der Verfassungsschutz so einen Mann nicht führen darf.“

Wie es weiterging, schilderte Förster wie folgt:

„Es kam der Gedanke, uns schlauzufragen in dieser moralischen Situation, in dieser moralischen Notlage, dass die Sache zu entscheiden war: Entlassen oder mit dem weiterarbeiten? Von dieser Entscheidung konnte uns auch niemand entbinden. Es kam der Gedanke, den Zentralratsvorsitzenden der Juden Ignatz Bubis zu fragen.“

Ex-Minister Ziel schilderte vor dem Untersuchungsausschuss seine Erinnerungen an das darauf folgende Gespräch mit Ignatz Bubis:

„Ich hatte so richtig das Gefühl: Der schüttelt sich richtig, wenn er jetzt hört, was das für ein Straftäter ist. Aber am Schluss sagte er: Herr Ziel, Sie müssen das tun.“

Das war nicht die Entscheidung. Die Entscheidung hatte der Minister zu treffen - sage ich noch mal. Aber er war schon so was wie eine moralische Instanz in Deutschland. Er sah wohl auch keinen anderen Weg, als diesen Menschen, der diese Informationen gibt - auch für die Prävention, die ja wichtig wurde, immer wichtiger wurde -, zu nutzen.“

Im Unterschied dazu sagte der Staatsanwalt Rolf Sternberg, der das Sprengstoff-Verfahren gegen Carsten Szczepanski eingestellt hatte:

„Als ich gelesen habe, dass der Verfassungsschutz diesen Herrn in der JVA angeworben hat, war ich fassungslos. [...] Also, dass man solche Gestalten als V-Männer nimmt - es ist mir vollkommen unbegreiflich. Da muss man [...]

ja jederzeit damit rechnen, dass die voll aus dem Ruder laufen und man die dann noch für weitere Untaten finanziert.“

Dem kurzen Statement von Staatsanwalt Sternberg ist nichts hinzuzufügen. Der Staat darf mit einem Rechtsextremisten, der Beschuldigte in einem Mordversuchs-Verfahren ist und später entsprechend verurteilt wird, keine Zusammenarbeit zu dessen finanziellen Gunsten eingehen.

10. Welche Motivation hatte Carsten Szczepanski?

Vor dem Untersuchungsausschuss sagte Carsten Szczepanski, er habe mit seiner Tätigkeit für den Brandenburger Verfassungsschutz seinen Ausstieg einleiten wollen:

„Ich habe mich an dem Zeitpunkt an den Verfassungsschutz gewandt, als für mich klar war, dass ich aus dieser ganzen Szene aussteigen will. Da habe ich einen Brief hingeschrieben und habe quasi sinngemäß angefragt, ob sie an Informationen interessiert sind.“

Auf Nachfrage, warum er nicht einfach ausgestiegen sei, sagte er:

„Ich wusste, dass in dem Augenblick, wo ich diesen Brief schreibe, für mich der Ausstieg aus der rechten Szene definitiv und endgültig ist. Ich hätte mir auch einfach die Haare lang wachsen lassen können oder für mich selber einfach nur Abschied nehmen können aus dieser ganzen Szene. Aber ich wollte es für mich so machen, dass es endgültig ist, dass es auch keinen Weg zurück gibt in diese Szene. Es war für mich auch einfach ein Teil der versuchten Wiedergutmachung, dass ich für mich sagen kann: Okay, du hast in deiner Vergangenheit, in deiner Jugend so viel Mist gebaut und Straftaten begangen; versuchst du zumindest so ein kleines bisschen zurückzugeben.“

Insbesondere der Aspekt der Wiedergutmachung ist – zumindest zu diesem Zeitpunkt – unglaublich. Wenn es Szczepanski darum gegangen wäre, Wiedergutmachung zu betreiben, dann hätte er seine Verfassungsschutz-

Honorare umfänglich als Schmerzensgeld an den Geschädigten des Mordversuchs bezahlen können. Doch das ist offenbar nicht geschehen.

Der Zeuge Kliesing, der den Geschädigten als Rechtsanwalt vertreten hat, berichtete:

„Ich hatte parallel zu dem Strafverfahren - das mache ich in solchen Verfahren routinemäßig - mir einen Schmerzensgeldanspruch für S. E. titulieren lassen, 50 000 D-Mark damals. Als ich hörte, da ist was, da kommt bald was auf den Tisch, habe ich mir beim Amtsgericht einen Pfändungsüberweisungsbeschluss geben lassen und habe Herrn Schönbohm das damals zustellen lassen. Der hat dann erst mal noch ein bisschen rumgezickt und hat auch beim Verfassungsschutz gefragt, wer ich denn überhaupt sei usw. Kurz und gut: Es war aber juristisch eindeutig. Dem Land Brandenburg wäre in der Folgezeit verwehrt gewesen, Szczepanski noch irgendwelche Gelder auszuzahlen, nachdem dieser Pfändungsüberweisungsbeschluss auf dem Tisch lag, und dann hat das Innenministerium nach zwei, drei Monaten oder so auch die gut 50 000 DM damals aus Steuermitteln bezahlt.“

Hinzu kommt, dass Szczepanski während seiner Untersuchungshaft der Mutter eines Ex-Kameraden gedroht hat. Im Urteil wegen des Mordversuchs steht:

„Der Angeklagte schrieb kurz nach seiner Inhaftierung einen Brief an die Mutter des Zeugen B. J., in dem es u. a. heißt: ‚Melde mich bei Ihnen in der Absicht, zu erfahren warum B. bei der Polizei gegen mich aussagt. [...] Sollte ich von Ihrem Sohn keine positive Reaktion erhalten müßte ich der Kripo die wahren Begebenheiten erzählen und Ihrem Sohn hier ein Plätzchen anbieten.“

Während die Drohung als Indiz für einen Läuterungsprozess nicht taugt, bestätigt sie die Angabe von Szczepanski, dass er über Szene-Angehörige verärgert war. Weil sie gegen ihn ausgesagt haben. Zudem hat ein „Kamerad“ ihm einige Zeit nach der Inhaftierung seine Lebensgefährtin ausgespannt.

Dazu passt der Eindruck des Zeugen Meyer-Plath, dass „Piatto“ eine „Distanz“ gegenüber „vielen der Beobachtungsobjekte“ hatte.

Das Engagement, das „Piatto“ bei der Informationsbeschaffung gezeigt hat, wie aus den Briefen an seinen V-Mann-Führer hervorgeht, spricht außerdem dafür, dass er die Informantentätigkeit reizvoll oder befriedigend fand.

Vor dem Untersuchungsausschuss sagte Szczepanski:

„Ich habe es später als Job betrachtet.“

Und diesen Job hat er derart gut gemacht, dass ihm der Verfassungsschutz in Vermerken fortwährend gute und ab 1999 Bestnoten ausstellte. Dafür wurde er entsprechend honoriert. Gordian Meyer-Plath sagte als Zeuge vor dem ersten NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestags:

„In dieser Phase, also bis Oktober 1998, bekam er bis zu 300 Mark pro Treff, abhängig von der Wertigkeit der Information. Insgesamt bekam er für seine Informationen circa 50 000 Mark innerhalb der sechs Jahre zwischen 1994 und 2000. Pro Monat sind das im Durchschnitt 694 Mark, also circa 340 Euro.“

Diese Verfassungsschutz-Honorare dürften zur Motivation von „Piatto“ beigetragen haben. Gleichzeitig ergibt sich daraus, dass Carsten Szczepanski das Schmerzensgeld für S. E. vollumfänglich hätte bezahlen können, wenn ihm die Wiedergutmachung ein Anliegen gewesen wäre.

11. Die V-Mann-Führung

Der Brandenburger Verfassungsschutz pflegte im Fall „Piatto“ eine V-Mann-Führung, die Carsten Szczepanski ein weitgehend unbeschränktes Szeneleben ermöglichte. Der Schaden, den „Piatto“ angerichtet hat, ist daher ähnlich groß wie bei V-Leuten, die Verfassungsschutzbehörden aus dem Ruder gelaufen sind. Das gilt zum Beispiel hinsichtlich der NPD. Szczepanski ist der Partei im Auftrag des Verfassungsschutzes beigetreten und er hat sich im

Auftrag des Verfassungsschutzes als Landesorganisationsleiter in den Landesvorstand wählen lassen. Und ein Landesorganisationsleiter hat natürlich maßgeblichen Anteil daran, wie attraktiv das Parteileben ist und wie wirkungsvoll die politische Propaganda ist.

Justizminister Stefan Ludwig berichtete vor dem Untersuchungsausschuss als Zeuge, wie er Carsten Szczepanski in Königs Wusterhausen erlebte:

„Die Situation änderte sich so ungefähr 99/2000, weil die bis dahin Parteien eher ablehnenden rechten Kräfte in Königs Wusterhausen und Umgebung plötzlich ihren Sinn für Parteistrukturen scheinbar entdeckten. Es gab Kräfte der NF. Aber es begann auch plötzlich ein NPD-Ortsverein zu existieren, seitdem ein Herr Carsten Szczepanski in der Stadt war. Das war sehr auffällig, weil, wie gesagt, bis dahin weder NPD noch DVU irgendwelche Wurzeln in Königs Wusterhausen schlagen konnten. Erst mit diesem - - daran ließ es sich wirklich festmachen. Erst mit diesem Zutritt in den Kreis der rechten Kräfte in Königs Wusterhausen begann so was wie eine Parteistruktur zu entstehen. Darüber und über andere Vorkommnisse - wovon ich gleich noch einige nennen will - war ich mit einigen Journalistinnen und Journalisten in Kontakt, weil es bemerkenswert war, dass die NPD so in dieser Stadt anfang, sich sowohl auszubreiten als auch tatsächlich in ihrem Sinne politisch zu arbeiten.“

Zur zeitlichen Orientierung: Am 15.12.1999 wurde Carsten Szczepanski vorzeitig aus der Haft entlassen und zog wieder nach Königs Wusterhausen. Der Zeuge wurde gefragt, ob auch eine Veränderung zu bemerken gewesen sei, nachdem Szczepanski im Sommer 2000 ins Zeugenschutzprogramm aufgenommen worden sei. Ludwigs Antwort:

„Der deutlichste Unterschied war, dass die NPD von der Bildfläche verschwand. Die gab es einfach nicht mehr.“

Der heutige Justizminister nannte auch ein Beispiel dafür, was den Faktor Szczepanski in Königs Wusterhausen ausmachte:

„Der NPD - warum, weiß ich bis heute nicht - war es gelungen, eine Genehmigung für eine Demonstration durch das Territorium eines Stadtfestes zu erhalten. Das war so ein Punkt, der mich damals politisch umtrieb, wie so was ging, dass man, wenn eine Kommune ein Frühjahrsfest veranstaltet, an einer bestimmten Stelle durch diesen verbundenen Festlichkeitsraum eine NPD-Demo durchleitet. Das war für uns unerklärlich. So was gab es danach nicht mehr.“

Der Verfassungsschutz-Informant „Piatto“ hat über rechtsextremistische Aktivitäten berichtet, die es ohne den NPD-Landesorganisationsleiter Carsten Szczepanski nicht oder zumindest nicht in der jeweiligen Form gegeben hätte. Dass Szczepanski in enger Absprache mit dem Brandenburger Nachrichtendienst agiert hat, macht die Auswirkungen nicht besser.

A. Hafterleichterungen im Interesse des Verfassungsschutzes

Der Brandenburger Verfassungsschutz versuchte die Haftbedingungen von Carsten Szczepanski so zu gestalten, dass sie eine möglichst gute Zusammenarbeit mit der Quelle ermöglichten. Das war aber kein Selbstläufer, wie insbesondere aus den Vermerken nach Gesprächen mit dem Führungspersonal der Justizvollzugsanstalt Brandenburg an der Havel hervorging. So konnten im Sommer 1997 beispielsweise wegen „totaler Überfüllung“ nicht alle Sprechertermin-Wünsche des Innenministeriums erfüllt werden – und Gesprächstermine waren natürlich von zentraler Bedeutung.

Auch bei der Postkontrolle dauerte es im ersten Quartal 1997 Wochen, bis die Lösung umgesetzt wurde, die zwischen Verfassungsschutz, Justizministerium und Anstaltsleitung vereinbart war: Ein Beamter sollte in die Verfassungsschutz-Tätigkeit von Szczepanski eingeweiht werden und die Post durchgehen lassen.

Im Unterschied zu Sprecherterminen oder Telefonerlaubnissen, die sich jeweils explizit auf den V-Mann-Führer beziehen und beschränken können, erscheint eine generell gelockerte Postkontrolle problematisch. Denn ein

Rechtsextremist kann das nutzen, um am Verfassungsschutz vorbei Aktivitäten zu entwickeln.

Ein ähnliches Problem besteht, wenn schon frühzeitig oder in großzügigem Rahmen Freigänge gewährt werden. Diesbezüglich behielt der Verfassungsschutz jedoch weitgehend die Kontrolle, indem der V-Mann-Führer seinen Informanten in der Regel begleitete. Die damit verbundenen Chauffeurdienste kann man als aufwändig kritisieren. Wenn eine Quelle wie „Piatto“ aber nur begrenzt abgeschöpft werden kann, macht es Sinn, Haftausgänge möglichst effizient zu gestalten – damit neben Familienbesuchen eine möglichst intensive Informationsbeschaffung und Informationsweitergabe möglich ist. Der Zeuge Meyer-Plath nannte die entsprechenden Treffs mit „Piatto“ eine gegenseitige „Druckbetankung“. Die Verfassungsschützer mussten ihre Fragen loswerden – und die Quelle ihre Infos.

Der Hauptwunsch von Carsten Szczepanski, eine Einzelzelle zu bekommen, wurde nach seinen Angaben aber bis zum Schluss nicht erfüllt. Aus einem Verfassungsschutz-Vermerk vom 19.06.1997 geht hervor, dass die Justizvollzugsanstalt (JVA) Brandenburg darauf geachtet habe, dass der neue Zellengenosse des Informanten „ein unpolitischer Häftling ist, der den größten Teil seiner Haft bereits außerhalb der JVA verbringt“.

Das Bemühen des Verfassungsschutzes, im Gespräch mit der JVA-Leitung und dem Justizministerium auf Haftbedingungen hinzuwirken, die eine möglichst gute Zusammenarbeit mit der Quelle ermöglichen, ist zweckmäßig. Es erscheint jedoch problematisch, dass ausweislich der Vermerke etwa die Postkontrolle einfach gelockert wurde. Denn mit dem Post-Kontrolleur hätte alternativ vereinbart werden können, dass er den Verfassungsschutz über die ein- und ausgehende Post von Szczepanski informiert. Auf diese Weise hätte kontrolliert werden können, ob die Quelle nachrichtenehrlich ist oder ob sie Eigeninteressen verfolgt. Eine solche Kontrolle hätte im Interesse des Verfassungsschutzes wie der JVA vereinbart werden müssen.

B. Das Verfassungsschutz-Postfach – Kontaktadresse für militante Neonazis

Entlastet wurde der Briefverkehr über die JVA durch ein Verfassungsschutz-Postfach. V-Mann-Führer Dieter Borchert meldete es in Brandenburg an der Havel an. Nach Polizei-Erkenntnissen waren neben ihm noch Carsten Szczepanski und ein F. Bär als Postfach-Inhaber eingetragen. Auf die Frage, wer F. Bär ist, haben Carsten Szczepanski und Dieter Borchert an, sie wüssten es nicht.

Eine Person mit dem Nachnamen Bär wird in einer Deckblattmeldung als Mitglied der Kameradschaft „United Skins“ aus Königs Wusterhausen genannt – angeblich führte er das Postfach der Kameradschaft. Auch der Zeuge Ralf L., der damals als Führungsfigur der Kameradschaft galt, sagte, ihm sei der Name Bär nicht geläufig.

Als Adresse des F. Bär konnte die Polizei bei ihren Ermittlungen bezüglich des Verfassungsschutz-Postfachs die Adresse der JVA Brandenburg an der Havel in Erfahrung bringen. Dort war jedoch kein Gefangener mit diesem Namen bekannt.

Das Untersuchungsausschuss-Büro versuchte bei der Koordinierungsstelle der Landesregierung für den Untersuchungsausschuss in Erfahrung zu bringen, wer hinter der Person F. Bär steckt – auch dieser Versuch war vergebens.

Es ist folglich davon auszugehen, dass F. Bär ein Pseudonym war. Dass sich angeblich keiner daran erinnern kann, erscheint merkwürdig. Zumindest der V-Mann-Führer müsste wissen, auf wen er das Postfach angemeldet hat.

Carsten Szczepanski machte das Verfassungsschutz-Postfach international in der rechtsextremistischen Szene bekannt. In der 20. Ausgabe des britischen Neonazi-Magazins „The Order“ – benannt nach der gleichnamigen US-Terrorgruppe – wurde das Postfach als Kontaktanschrift der „Anti-Antifa-Brandenburg“ und des „NSM“ beworben. Das „National-Socialist Movement“ (NSM) war eine Abspaltung der Terrorgruppe „Combat 18“.

Der „Nationale Beobachter“ – ein Brandenburger Szene-Heft – berichtete in seiner Doppelausgabe Nr. 9/10 darüber, dass „Combat 18-Chef“ Charlie Sargent und sein Kamerad Martin C. zu 30 Jahren Haft verurteilt worden seien:

„Die beiden Mitglieder der NSM wurden durch die Belastungsaussagen von Wilf Browning und S. V. des Mordes beschuldigt.“

Außerdem heißt es in dem Bericht des „Nationalen Beobachter“:

„Es gibt und gab nur ein Combat 18, in London in den Jahren 1992 bis 1996. Die NSM in Deutschland und England wird auch weiterhin loyal an der Seite von Charlie und Martin stehen. Wer weitere Informationen möchte, kann sich an folgende Adressen wenden:

*NSM
BM Box 5608
London, WC1N 3XX
England*

*NSM
PSF 2224
PA1-Deutsches Dorf
D-14776 Brandenburg an der Havel“*

Gegen den Anführer des verfeindeten „Combat 18“-Flügels Wilf Browning erschien ein „Infoheft“ mit dem Titel „Drowning Browning“, das in der zwölften Ausgabe des Szene-Hefts „United Skins“ beworben wurde:

*„Wer noch immer denkt, Wilf Browning wäre ein guter Kamerad und aufrichtiger Aktivist, der sollte sich diese kostenlose Broschüre bestellen. Seitenweise Informationen und Beweise die an und für sich keine Frage mehr offenlassen. Gegen Rückporto gratis bei:
PSF 2224, PA1-Deutsches Dorf, 147776 Brandenburg.“*

Das „United Skins“ wurde von Carsten Szczepanski herausgegeben. Die Ausgabe Nr. 12 kann aufgrund der Artikel, die enthalten sind, frühestens Ende Januar 1998 herausgekommen sein. Am 10.09.1997 hatte „Piatto“ in einem Brief an seinen V-Mann-Führer Dieter Borchert geschrieben:

„Überlege Dir bitte mal bis zum 15. September an wen ich mich mehr ranhängen soll, an das sog. ‚Sargent-Camp‘ oder an die ‚Wilf-Seite‘.“

Borcherts Antwort ist in den Akten nicht enthalten. Szczepanski meinte sich vor dem Untersuchungsausschuss zu erinnern, dass es geheißen habe, die „Schilf/Browning-Seite“ sei interessanter. Ob diese Erinnerung richtig oder falsch ist, lässt sich nicht mehr feststellen. Fakt ist, dass sich „Piatto“ ans „Sargent-Camp“ rangehängt hat. Im Nachwort der 12. Ausgabe des „United Skins“ stand:

„Dieses Heft ist Michelle B., Charlie Sargent und Martin C. gewidmet. Drei Beispiele für loyale Kameraden, die durch Verrat und Lügen ihre Freiheit und ihre Zukunft durch lebenslängliche Haftstrafen verloren haben. No Surrender, what ever it takes!“

„Whatever it takes“ ist die Losung der Terrorgruppe „Combat 18“.

Carsten Szczepanski wurde damit konfrontiert, dass das Verfassungsschutz-Postfach als Kontaktanschrift für die „Anti-Antifa Brandenburg“ genutzt wurde und gefragt, wie die Arbeit der Anti-Antifa aussah. Der Zeuge antwortete:

„Die Anti-Antifa hatte sich damals zum Ziel gesetzt, Adressen, Namen, Telefonnummern von Menschen zu sammeln, die der rechten Szene quasi im Weg standen, Gegner der rechten Szene.“

Auf die Nachfrage, ob er sich bemüßigt gefühlt habe, diese Funktion der Anti-Antifa wahrzunehmen, sagte er:

„Nein, eigentlich nicht. [...] Ich meine, das Postfach wurde teilweise auch komplett ohne Namen genutzt. Also, welcher Name da jetzt wann irgendwie in Benutzung war, kann ich jetzt so gar nicht sagen.“

Bei seiner zweiten Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuss wurde Carsten Szczepanski gefragt, ob er oder sein V-Mann-Führer das Material verschickt habe, wenn Szeneangehörige Infomaterial von der Anti-Antifa haben hätten wollen. Die Antwort des Zeugen:

„Ich meine, ein Teil ging über Besucher in der JVA raus und ein Teil auch über Herrn Borchert.“

Auf die Frage, wer die Broschüre „Drowning Browning“ verschickt habe, sagte der Zeuge Szczepanski:

„So wie mit der gewöhnlichen Post ging auch das teilweise über normale Besucher in der JVA raus, teilweise auch über Herrn Borchert, ja. Also, es war quasi immer die Frage: Wer kommt als Nächstes?“

Szczepanski bestätigte, dass er die Broschüren in seiner Zelle vorrätig hatte, so dass er sie im Besucherraum übergeben konnte.

Auch Dieter Borchert wurde gefragt, wie die „Drowning Browning“-Broschüren an Interessenten verschickt wurden. Der Zeuge wich aus:

„Mir ist nicht bekannt, dass von diesem Postfach aus Dinge verschickt wurden. Dieses Postfach diente lediglich dazu, Dinge einzusammeln oder Informationen einzusammeln.“

Auf den Hinweis, dass entsprechende Anfragen an das Postfach doch beantwortet werden mussten, und die Frage, ob der V-Mann-Führer diese Antworten weitergeleitet habe, sagte Borchert:

„Ich kann Ihnen dazu jetzt nichts - - Ist mir - - Weiß ich jetzt nicht mehr. Kann ich Ihnen nicht mehr schildern.“

Auf die Frage, welches Informationsmaterial an Interessenten des „National Socialist Movement“ verschickt wurde und wer es versandt habe, antwortete Borchert:

„Dazu kann ich Ihnen jetzt nichts sagen. Ist mir nicht bekannt.“

Auf die Nachfrage, was Szczepanskis Aufgaben als Kontaktmann für deutsche NSM-Interessenten gewesen sei, sagte sein ehemaliger V-Mann-Führer:

„Die Adressen, die Leute, die Kontakt mit dem Postfach aufnahmen - - Diese Adressen wurden, wie gesagt, durch die Auswertung dann bearbeitet.“

Auf den Hinweis, dass Szczepanski doch auch geantwortet haben müsse, wenn ihn Interessenten gemeldet hätten, meinte der Zeuge:

„Das kann ich Ihnen jetzt - - den Weg nicht beschreiben. Ist mir jetzt nicht mehr in Erinnerung.“

Im Widerspruch zu der Werbung im Neonazi-Magazin „The Order“, wo das Postfach als Kontaktadresse der „Anti-Antifa Brandenburg“ angegeben war, und im Widerspruch zur Aussage von Szczepanski, sagte Borchert:

„Es wurde keine ‚Anti-Antifa‘-Arbeit über dieses Postfach abgewickelt.“

Die Korrespondenz bezüglich des NSM stellte Szczepanski als verschwindend gering dar. Da seien nur eine oder zwei Anfragen gekommen. Der stellvertretende Verfassungsschutz-Leiter Jörg Milbradt hielt jedoch in einem Vermerk vom 26.07.2000 über „Kontakte zu Rechtsextremisten im Ausland“ fest:

„Besonders eng waren seine Verbindungen nach Großbritannien, insbesondere zu den Gruppen ‚National Socialist Movement‘ (NSM) und ‚Combat 18‘, mithin zu den militanten Aktivisten Charlie und Steve S.“

Da ‚PIATTO‘ als Kontaktmann für deutsche NSM-Interessenten fungierte, führte er insoweit Korrespondenzen mit einem im einzelnen nicht überschaubaren Personenkreis.“

Im Ergebnis ist die Nutzung des Verfassungsschutz-Postfachs hochproblematisch. Denn eine solche Kontaktanschrift kann zwangsläufig keine Einbahnstraße sein. Wer Anfragen von terroraffinen Rechtsextremisten empfangen will, der muss sie auch beantworten. Der entsprechende Schriftverkehr von Szczepanski scheint jedoch entweder nicht dokumentiert oder vernichtet worden zu sein. Dem Untersuchungsausschuss lagen jedenfalls nur relativ wenige Briefe vor. Insofern war es ein Glücksfall, dass der Untersuchungsausschuss von bayerischen Behörden zwei Schreiben von Szczepanski an den Neonazi-Kader Norman K. aus dem Nürnberger Raum bekommen hat.

Ihm hat Szczepanski angeboten ein Treffen mit Charlie Sargents jüngeren Bruder Steve oder NSM-Chef Tony Williams zu vermitteln. Szczepanski ging es offenbar darum, zu verhindern, dass die Gefangenen-Hilfsorganisation HNG Charlie Sargent von ihrer Gefangenliste streicht. Wörtlich schrieb er Norman K. am 05.01.1999:

„Einig sind wir uns dabei wohl, daß wir Combat 18 freundlich sind.“

Auf die Frage, wie der Schriftwechsel von „Piatto“ mit „Combat 18“ überwacht worden sei, gab der Verfassungsschützer Meyer-Plath an:

„Wir kannten ja seinen Schriftwechsel mit ‚Combat 18‘. Wir wussten, was er schreibt und was er von denen bekommt. Insofern war er überwacht.“

Der angeblich überwachte Schriftwechsel lag dem Untersuchungsausschuss aber nicht vor, obwohl er alle Verfassungsschutz-Dokumente zu „Piatto“ angefordert hatte.

C. „Piatto“ und die Terrorgruppe „Combat 18“

In seinem Brief an Norman K. vom 05.01.1999 erwähnte Szczepanski, dass er bezüglich des Streits zwischen den „Combat 18“-Flügeln auch mit anderen Rechtsextremisten Kontakt aufgenommen hat:

„Ich habe damals mein gesamtes belastendes Material über Browning und über den Prozeß auch an den Kameraden Heise und an Michael See (Sonnenbanner) gesandt, mit der Bitte mir Material zu senden, daß sie im Besitz haben wollen. Nun, es ist bis heute nicht angekommen.“

Das klingt so, als seien der „Kamerad Heise“ und Michael See auf der Seite von Wilf Browning. Von Michael See ist zwischenzeitlich bekannt, dass er als V-Mann „Tarif“ für das Bundesamt für Verfassungsschutz gearbeitet hat.

In diesem Kontext sei auch noch auf eine Deckblattmeldung vom 21.07.1997 verwiesen, ausweislich der „Piatto“ über C18-Aktivitäten des Rechtsextremisten Didier Magnien berichtete:

„In der ersten Septemberwoche soll ein Treffen zwischen deutschen C18-Anhängern und tschechischen B&H-Mitgliedern in 86633 Neuburg stattfinden. Maik F. ist dazu eingeladen. Organisiert wird dieses Treffen von einem Didier Magnien [...]. Magnien soll C18-Anhänger mit europaweiten Beziehungen sein.“

Magnien wurde einige Jahre später im Kontext eines geplanten Bombenanschlags des Rechtsextremisten Martin Wiese in München als V-Mann des bayerischen Verfassungsschutzes enttarnt. Der Fernseh-Journalist Ulrich Chaussy berichtete im September 2012 im ARD-Radio-Feature „Genosse Quelle, Kamerad V-Mann“:

„Der Generalbundesanwalt vertrat die Anklage gegen Wiese und die Mitglieder seiner Kameradschaft. Das Verfahren gegen V-Mann Didier Magnien hatte er vor Prozessbeginn wegen geringer Schuld eingestellt – und zitierte ihn als Belastungszeugen gegen seine ehemaligen Kameraden vor

Gericht. Dort erschien Magnien mit Perücke, falschem Bart – sowie einer streng limitierten Aussagegenehmigung seines Arbeitgebers, des Bayerischen Verfassungsschutzes.“

Im Umfeld des „Combat 18“ waren demnach gleich mehrere V-Leute aktiv.

„Piatto“ schrieb seinem V-Mann-Führer teilweise sogar auf einer Art „Combat 18“-Briefpapier. Darauf war ein verummter Kämpfer mit Sturmgewehr abgebildet, die Losung „What ever it takes!“ stand daneben. „Piatto“ berichtete dem Verfassungsschutz, welche deutschen Rechtsextremisten an das „C18 -Postfach“ in England „mit der Bitte um Info-Material“ geschrieben haben. Es handelte sich dabei nicht etwa nur um Interessenten aus Brandenburg, sondern aus ganz Deutschland.

Auf die Frage, wer ihm diese Adressen weitergeleitet habe, sagte Szczepanski vor dem Untersuchungsausschuss, er meine, es sei der jüngere der Sargent-Brüder gewesen. Auf die Nachfrage, wie er mit den Interessenten verfahren sei – ob er sie angerufen habe, ihnen Magazine oder Info-Material geschickt habe, sagte der Zeuge:

„Wir haben Magazine vom ‚United Skins‘ rausgeschickt, das haben wir gemacht. Aber ich mag jetzt nicht abschätzen, wie viele das waren.“

Szczepanski betonte:

„Dieses Postfach, aus dem ich die Briefe bekommen habe, weitergeleitet bekommen habe, war halt auch ein Postfach für viele andere Organisationen. Also, es war - ich wiederhole das noch mal - kein ‚Combat 18‘-Postfach.“

In den Deckblattmeldungen war vielfach explizit von einem C18- bzw. C18/NSM-Postfach in England die Rede, teilweise aber auch von einem NSM-Postfach beziehungsweise von einem Postfach von „The Order“. In Deutschland konnte das Magazin „The Order“ über das Verfassungsschutz-Postfach bestellt werden – so stand es zumindest in der Ausgabe 20 von „The Order“.

Dass das Londoner Postfach von mehreren genutzt wurde, ist plausibel. Auch das „United Skins“-Heft von Carsten Szczepanski hat ab der Ausgabe 11 das Londoner Postfach 5608 in London als Kontaktanschrift angegeben. Aber die Schlüssel-Gewalt hatten offenbar die Sargent-Brüder von „Combat 18“ – und Szczepanski dementsprechend enge Beziehungen zu ihnen. „Piatto“ war so eine Art informeller Brückenkopf dieses „Combat 18“-Flügels in Deutschland.

D. Szene-Heft „United Skins“ – Sprachrohr für terroraffine Rechtsextremisten

Im Laufe seiner Haft nahm Carsten Szczepanski wieder die Produktion seines Szene-Heftes „United Skins“ auf. Im Vorwort der Ausgabe 8 stand:

„Den meisten Leuten wird es sicherlich bekannt sein warum nach der 7ten Ausgabe erstmal eine Sendepause eintrat. Näheres zu dem Warum und Weshalb findet Ihr in der fünften Ausgabe des ‚Foier Frei‘-Zines, sodaß ich mir hier lange Erklärungen ersparen kann. Wegen meiner Verurteilung ging auch die Aktion mit der Solidaritätsplatte in die Hose.“

Weiter heißt es im Vorwort:

„Es ist schon verdammt schwierig hinter Gittern etwas vernünftiges auf die Beine zu stellen. Ich bin mehr als je zuvor von der Unterstützung anderer Leute abhängig, von daher bitte ich eventuelle Inhalts- oder Formschwächen zu entschuldigen.“

Das „United Skins“ fungierte als Propaganda-Medium für „Combat 18“. In der Ausgabe 9 hat Charlie Sargent einen Bericht veröffentlicht, in dem er sich als „Anführer von Combat 18“ bezeichnete. Im selben Heft wurde für die Internetpräsenz von „Combat 18“ und „Blood & Honour“ geworben. Die Ausgabe 10 informierte über die Teilung von „Combat 18“. Unter dem Vorwort der Ausgabe 11 stand: „Europe Awake! Combat 18“.

In dieser Ausgabe 11 fand sich auch ein Bericht über den rechtsextremistischen Polizistenmörder Kay Diesner. Er hatte die Überschrift: „Kriegsgefangener des Systems“. Es folgen Auszüge aus diesem Bericht:

„Nachdem die Medien der Besatzerknechte sich inzwischen schon zu Genüge über unseren Kameraden und Mitkämpfer Kay Diesner ausgekotzt haben, wird es Zeit, daß auch wir uns äußern, um all dem verlogenen Schmutz ein paar ehrlich (sic!) Wort (sic!) entgegenzusetzen. [...]

Ein Systemscherge aber wollte Rambo spielen und schoß auf ihn. Da verpaßte er ihm ein Flintenlaufgeschoß („Brennecke“), was dieser nicht überlebte, und verletzte den anderen dann auch noch. [...]

Wir sind Revolutionäre. [...] Als Kamerad Diesner den Systemschergen bei der Routinekontrolle gegenüberstand, befand er sich einwandfrei in einer Notwehrsituation, um seine Gefangnahme zu verhindern. [...] Diesner befand sich in diesem Augenblick im Krieg, - und da gelten andere Regeln. [...]

Kamerad Diesner hatte die Kriegserklärung unserer Feinde an- und den bewaffneten Kampf aufgenommen.“

Der Brandenburger Verfassungsschutz thematisierte diesen Bericht, der offenbar in mehreren Szene-Heften erschienen war, in seinem Jahresbericht 1997:

„Während die Verbrechen Diesners in der Öffentlichkeit Entsetzen und Abscheu hervorriefen, solidarisierte sich ein Teil der Neonazis mit ihm. In der ‚Freien Stimme‘, dem Organ der ‚Sauerländer Aktionsfront‘, Nr. 13, wurde er als ‚Kriegsgefangener des Systems‘ bezeichnet.

Weiter heißt es: ‚Wir sind Revolutionäre. Das System führt Krieg gegen uns (...) Kamerad Diesner hatte die Kriegserklärung unserer Feinde an- und den bewaffneten Kampf aufgenommen.““

Auf die Frage, ob der Verfassungsschutz jeweils an Exemplar zur Ansicht bekommen habe, bevor das „United Skins“ in Druck gegangen ist, bejahte das Szczepanski.

Dass ein Verfassungsschutz-Informant ein Skin-Magazin herausgibt, dass ein Sprachrohr für militante Rechtsextremisten ist, das konterkariert die Aufgaben des Verfassungsschutzes. Im Fall „Piatto“ war das über Jahre hinweg der Fall.

Nach der Beweisaufnahme steht fest, dass Carsten Szczepanski die Ausgaben zumindest teilweise in der JVA Brandenburg hergestellt hat. Dass er beispielsweise zum Verfassen von Texten Büromaterialien des Verfassungsschutzes verwendet hat, ist wahrscheinlich. Szczepanski sah in der Herausgabe des Szene-Hefts die Möglichkeit umfangreich Informationen für den Verfassungsschutz gewinnen zu können – und die Behörde hat dieses Informationsangebot angenommen.

Am 19.12.1996 berichtete die Tageszeitung „Junge Welt“, dass in der JVA Brandenburg rechtsextremistische Schriften wie „Der weiße Wolf“ und das „United Skins“ hergestellt würden. Daraufhin beschäftigte sich das Justizministerium mit dem Fall. Es konnte nicht ausschließen, dass die rechtsextremistischen Druckschriften in der JVA hergestellt worden sind. Denn die JVA verfügte über eine Druckerei und eine Gefangenenzeitungs-Redaktion mit Computern und Kopierer.

Carsten Szczepanski sagte vor dem Untersuchungsausschuss:

„Es war so, dass in der JVA Brandenburg eine gefängniseigene Druckerei vorhanden war, wo zum Beispiel das Magazin vom „Weissen Wolf“ hergestellt worden ist. Das wurde halt direkt dort vervielfältigt.“

Nach Aktenstudium und Zeugenvernehmungen steht fest, dass eine Produktion von Skinhead-Fanzines in der JVA technisch möglich war und ein Versand oder Transport aus der Haftanstalt ebenfalls. Die unzureichenden Post- und Besucherkontrollen sind eine Möglichkeit – eine andere war das „Möbeltransportkommando“, in dem einer der beiden Herausgeber des „Weißen Wolfs“ eingesetzt war. Zudem lag die Anzeige eines Mitarbeiters der Gefangenenzeitung vor, weil rechtsextreme Schriften auf dem Redaktionskopierer vervielfältigt wurden. Selbst wenn man die Texte als nicht strafbar bewertet, hätte wegen Untreue ermittelt werden müssen – weil Technik

und Papier der JVA unbefugt verwendet worden sind. Die einzige Bezugsadresse des „Weißen Wolfs“ war zeitweise die JVA Brandenburg.

Bezüglich der Herstellung des „United Skins“, sagte ein ehemaliger Weggefährte von Szczepanski vor dem Untersuchungsausschuss folgendes:

„Also, er hatte mir das mal erklärt, dass das über die Gefängnisdruckerei wohl läuft, dass er das da wohl hat machen lassen. Die, sage ich mal, Leute, also aus der Szene, haben ihm Berichte zugeschickt, Fotos, und er hat das dann zusammengestellt und [...] im Gefängnis drucken lassen.“

K. Mü., der Haupttäter beim Mordversuch in Wendisch Rietz, arbeitete als Chefredakteur bei der Gefangenenzeitung in der JVA Brandenburg. Auf die Frage, ob Szene-Hefte wie der „Weiße Wolf“ in der JVA hergestellt und von dort aus vertrieben worden seien, sagte er vor dem Untersuchungsausschuss:

„Kann ich nichts zu sagen. Ich weiß eins: Es wurden irgendwann mal Kopien dort vom Kopierer gemacht ohne mein Zugeständnis. Also, ich habe es einfach an der Anzahl der Kopien und der Kasse - - Es gab ja da so eine Kasse. Theoretisch konnte jeder Gefangene kommen, hat da halt bezahlt und hat dann seine Akten kopieren können oder ähnliche Sachen. Manchmal kam auch der Sozialdienst mit, hat gesagt, das ist umsonst. Das wurde alles buchgeführt, und da fehlten irgendwann welche. Nach meinem - - Das hatte damals ein anderer Mitarbeiter gemacht - deswegen sind wir auch aneinandergeraten -, der Roberto. Und soweit ich es mitgekriegt habe, hat er das für Carsten gemacht. Was genau gedruckt wurde, weiß ich nicht.“

Carsten Szczepanski ließ sich als „United Skins“-Herausgeber im eigenen Heft von Leserbriefschreibern für die „einfach tolle Leistung“ feiern, „das Teil im Bau gemacht“ zu haben. Ob einzelne Ausgaben des „United Skins“ in der JVA gedruckt worden sind, ließ sich nicht klären. Festzustellen ist noch, dass die anstaltsinternen Ermittlungen unzureichend waren. So wurde auf eine Auswertung der Festplatten von den Redaktionscomputern der

Gefangenenzzeitung verzichtet, weil die Suche „nach eventuell gespeicherten oder gelöschten Texten Tage dauern“ würde.

E. Das Praktikum im „Sonnentanz“-Laden

Nach Aktenlage hat Carsten Szczepanski im Frühjahr 1999 ein Praktikum im „Sonnentanz“-Laden von Michael P. in Limbach-Oberfrohna bei Chemnitz gemacht, obwohl er noch in Brandenburg an der Havel inhaftiert war.

Bei der Vernehmung der JVA-Bediensteten ließ sich nicht klären, wie ein Praktikum in dieser Entfernung genehmigt werden konnte. Ebenso unklar blieb, warum der Praktikumsplatz seitens der JVA nicht in Augenschein genommen worden ist. In diesem Fall wäre aufgefallen, dass Szczepanski ein Praktikum in einem rechtsextremistischen Szene-Geschäft macht.

Carsten Szczepanski hat sich vor dem Untersuchungsausschuss so eingelassen, dass das Praktikum eigentlich gar nicht stattgefunden habe. Der Zeuge sagte:

„Es war für mich in der Situation damals eben der Vorteil, diesen Praktikumsvertrag bei der JVA vorlegen zu können. Und ich kann mich noch daran erinnern, dass ich mit Herrn Borchert da auch drüber gesprochen habe. Ich meine, seine Reaktion war so im Sinne von: Ja, warum nicht? Ist ja praktisch. - So salopp gesagt. Aber es gab jetzt - - Also, hätte ich jetzt Nein sagen wollen, dann wäre es wahrscheinlich auch okay gewesen, denke ich.“

Dies Aussage passt zur Aktenlage. Denn die Treffs mit seinen V-Mann-Führern fanden demnach in Brandenburg statt. Von Fahrten zu einem Praktikum in den Raum Chemnitz im Frühjahr 1999 ist nicht die Rede.

F. Die vorzeitige Haftentlassung

Eine vorzeitige Haftentlassung nach zwei Dritteln der Strafe ist grundsätzlich nichts ungewöhnliches, wie der Untersuchungsausschuss in Erfahrung gebracht hat. Im Fall von Carsten Szczepanski kam die vorzeitige Haftentlassung aber dennoch auf

ungewöhnliche Weise zustande. Denn er wurde am 15.12.1999 als Szene-Aussteiger entlassen. Und das, obwohl er das Szene-Heft „United Skins“ herausgab und auch sonst intensivste Kontakte in der rechtsextremistischen Szene unterhielt.

Entscheidend war, dass ihm die JVA Brandenburg an der Havel am 12.03.1999 bescheinigt hatte, dass keine verwertbaren Erkenntnisse vorlägen, die noch auf einen engen Kontakt zur rechten Szene hindeuten würden. Diese Einschätzung wurde im psychologischen Gutachten, das vor der etwaigen Entlassung angefertigt wurde, letztlich übernommen – und dann auch von der zuständigen RichterIn. Andere Erkenntnisse lagen ihr schlicht nicht vor.

Als Beleg einer positiven Sozialprognose wurde ein Arbeitsvertrag bei der Firma P. in Limbach-Oberfrohna angeführt, der dem angeblichen Praktikum gefolgt war. Dass es sich dabei um einen rechtsextremistischen Szene-Laden handelte, fiel auch in diesem Kontext niemandem auf. Gegenüber dem Untersuchungsausschuss sagte Szczepanski, dass obendrein der Arbeitsvertrag zum Zeitpunkt der Haftentlassung sogar seit Monaten nicht mehr bestanden habe.

Im Ergebnis ist festzustellen, dass die Strafvollstreckungskammer des Landgerichts Potsdam massiv getäuscht wurde und in der Folge eine Fehlentscheidung getroffen hat.

G. Der V-Mann-Führer als Tatverdächtiger

Ausgerechnet am Tag der Haftentlassung, am 15.12.1999, hat das Polizeipräsidium Potsdam eine Strafanzeige gegen Carsten Szczepanski gefertigt – wegen des Verdachts auf Bildung einer kriminellen Vereinigung und auf Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung. Der Verdacht der Mitgliedschaft betraf das „Nation Socialist Movement“ (NSM) in England – die Bildung einer solchen Vereinigung den deutschen NSM-Ableger.

Tags darauf schlug der ermittelnde Kriminalhauptkommissar B. der Staatsanwaltschaft Potsdam Hausdurchsuchungen, Telekommunikationsüberwachungsmaßnahmen, eine Observation und die

Postüberwachung des Postfachs 2224 in Brandenburg an der Havel vor – es ging also um das Verfassungsschutz-Postfach. Als weitere Tatverdächtige wurden unter anderem Antje und Michael P. sowie Dieter Borchert aufgeführt. Der V-Mann-Führer war, wie erwähnt, Inhaber des Postfachs. Er geriet in diesem Fall also ins Visier der Ermittler. Der Vorschlag lautete, bei allen Tatverdächtigen zu durchsuchen. In dem Polizei-Schreiben an die Staatsanwaltschaft hieß es wörtlich:

„Diese Tatverdächtigen stehen in Verdacht, den Szczepanski, Carsten bei der Herstellung der Fanzine ‚United Skins‘ bzw. dessen Vertreibung aktiv zu unterstützen.

Die Mitwirkung in der NSM Deutschland kann nicht ausgeschlossen werden!“

Die Staatsanwältin beantragte am 20.01.2000 eine Hausdurchsuchung, eine Telefonüberwachung und eine Postbeschlagnahme bezüglich des Postfachs 2224. Außer der Durchsuchung am 07.03.2000 folgten aber keine Maßnahmen.

Der Untersuchungsausschuss konnte weder in Zeugenvernehmungen noch aus dem Aktenstudium Erkenntnisse gewinnen, warum die weiteren Maßnahmen nicht stattgefunden haben. Ursächlich war, dass die Beteiligten angaben, sich nicht mehr weitergehend erinnern zu können.

Allerdings hat sich ein handschriftlicher Vermerk eines LKA-Beamten in den Untersuchungsausschuss-Akten gefunden, der wie folgt lautet:

„Am 03.03. Herrn KHK B., 4. Kommissariat Potsdam, fermündlich informiert. Einsatz entfällt.“

Dem voraus ging eine Anfrage des LKA-Staatsschutz-Abteilungsleiters KD Junge beim Verfassungsschutz:

„Um mögliche Überschneidungen/Behinderungen zu vermeiden, bitte ich Sie mitzuteilen, inwieweit zur Person Szczepanski, Carsten, Maßnahmen

Ihrerseits durchgeführt wurden, die mit möglichen polizeilichen Maßnahmen kollidieren könnten.“

Die Antwort des stellvertretenden Verfassungsschutz-Leiters Milbradt lautete:

„Die brandenburgische Verfassungsschutzbehörde bearbeitet die rechtsextremistische Szene in und um Königs Wusterhausen intensiv, auch unter Einsatz operativer Mittel. Einbezogen in diese Bearbeitung sind alle einschlägigen Szeneangehörigen, darunter auch der von ihnen genannte Carsten SZCZEPANSKI. Ihre Besorgnis, dass eventuelle operative Maßnahmen von Seiten der Polizei mit hiesigen Maßnahmen kollidieren könnten, ist berechtigt. Ich bitte Sie deshalb vom Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel - soweit die Polizei grundsätzlich hierzu befugt ist - gegen Personen aus der rechtsextremistischen Szene Königs Wusterhausen abzusehen; sollten Sie im Einzelfall den Einsatz solcher Mittel gleichwohl als unerlässlich ansehen, bitte ich um konkrete Abstimmung. Reguläre polizeiliche Ermittlungen in strafprozessualen Verfahren werden hingegen durch hiesige Interessen keineswegs gehindert.“

Auf diesem Antwortschreiben von Milbradt befand sich der handschriftliche Vermerk, wonach KHK B. mitgeteilt worden ist, dass ein Einsatz entfällt.

Ob dieser Einsatz in Verbindung mit dem Verfahren gegen Szczepanski stand, in dem sein V-Mann-Führer tatverdächtig war, konnte nicht geklärt werden. Unabhängig davon ist es jedoch kritikwürdig, dass die Polizei zugunsten des Verfassungsschutzes auf einen Einsatz verzichtet hat. Denn die Polizei ist für die Gefahrenabwehr und die Strafverfolgung zuständig. Und deshalb muss die Polizeiarbeit Vorrang vor der beobachtenden Verfassungsschutzarbeit haben.

H. Der Szene-Laden „Thule“ – eine Anlaufstelle für die regionale Szene

Nach seiner Haftentlassung hat sich Carsten Szczepanski in Königs Wusterhausen selbstständig gemacht und einen Szene-Laden namens „Thule“ eröffnet. Der Verfassungsschutz hat ihn dabei finanziell unterstützt, etwa durch Kostenübernahme

der Betriebshaftpflichtversicherung. Dazu sagte der damalige Verfassungsschutz-Leiter Heiner Wegesin vor dem Untersuchungsausschuss:

„Ich habe die Zuwendungen jetzt in der Akte gesehen, ich habe sie mir im Einzelnen nicht aufgeschrieben. Das waren dreistellige Beträge. Mal, ich glaube, eine Grundausrüstung mit Zeitschriftenmaterial - da war es vierstellig. Tja, wenn man die Entscheidung trifft, eine Person so in die Szene zu bringen, dann halte ich das für okay, eine solche Anfinanzierung zu machen. [...] Die Idee des Ladens, der auch Szeneladen sein sollte, das war eine Legendierungsidee. Da muss ich Ihnen ehrlich sagen: Die kann man so oder so sehen.“

Wegesin nannte den Laden ein „informationelles Wasserloch, wo alle schlimmen Tiere hinkommen und Informationen ausgetauscht werden“.

Der damalige Stellvertreter von Wegesin, Jörg Milbradt, bestätigte, dass der Laden zur Legendierung von „Piatto“ eröffnet worden sei:

„Ja, damit ihm die Möglichkeit erhalten blieb oder sogar noch erweitert wurde, umfängliche Kontakte in die Szene nach allen Seiten hin auszubauen.“

Die andere Seite der Medaille schilderte der heutige Justizminister Ludwig vor dem Untersuchungsausschuss, der damals Landtagsabgeordneter in Königs Wusterhausen war. Die Szene habe dadurch einen festen Anlaufpunkt bekommen:

„Das war neu. Wie gesagt: Feste Anlaufpunkte, feste Strukturen bis auf diese Struktur ‚United Skins‘ haben die Kräfte im Ort immer abgelehnt, sodass wir schon nicht nur aus Sorge, sondern schon schlicht mit Interesse, welche Veränderung sich da in der Szene abspielt, beobachtet haben, dass es da einen festen Anlaufpunkt gibt, dass sich niemand scheute dahin zu gehen, sondern man - und übrigens Frau auch - da möglicherweise auch bewusst hingeht, um Stärke zu zeigen.“

Dass ein Informant ein Ladengeschäft zur Legendierung aufbaut, ist ungewöhnlich. Solch‘ ein Aufwand wird möglicher Weise für Verdeckte Ermittler betrieben, aber normalerweise nicht für V-Leute. Ein rechtsextremistischer Szene-Laden wäre jedoch bei einem Verdeckten Ermittler ebenfalls abzulehnen. Denn wie Justizminister Ludwig zutreffend dargestellt hat, wird dadurch Szene-Infrastruktur aufgebaut. Außerdem besteht die Gefahr, dass die Geschäfte mit Straftaten verbunden sind – wenn etwa die CDs angeboten werden, die unter Rechtsextremisten besonders begehrt sind. Hinzu kommt, dass der Verfassungsschutz damit gegenüber Carsten Szczepanski verantwortungslos gehandelt hat. Statt ihm während oder wenigstens jetzt nach der Haftstrafe eine Resozialisierung zu ermöglichen, ist er immer tiefer in die Szene hineingesteuert worden. Das hat sich insbesondere an Wochenenden auch in Terminplänen niedergeschlagen, die in Acht-Stunden-Tagen nicht zu schaffen waren.

II. Der Themenkomplex „V-Mann Toni Stadler“

Der Brandenburger Verfassungsschutz-V-Mann Toni Stadler hat sich an der Herstellung von vielen tausend Neonazi-CDs beteiligt und noch viel mehr Tonträger hat er vertrieben – unter anderem die CD „Noten des Hasses“ der Band „White Aryan Rebels“, auf der unter anderem Rita Süßmuth und Alfred Biolek mit dem Tode bedroht wurden. Die Ansage an sie und andere Prominente lautete: „Die Kugel ist für dich.“ Dieser V-Mann mit dem Decknamen „Barte“ war und wurde immer mehr ein Dreh- und Angelpunkt innerhalb rechtsextremistischer Geschäftsstrukturen, die der Verfassungsschutz – wie Behördenvertreter damals wie heute beteuern – mit ihm aufklären wollten. Doch es wurde mehr aufgebaut als aufgeklärt.

Die einleitende Bewertung dieses Kapitels beziehungsweise Falles sei dem damals verantwortlichen Verfassungsschutz-Leiter Heiner Wegesin überlassen. Aus dessen Antworten vor dem Untersuchungsausschuss sind die folgenden Aussagen – beinahe wortwörtlich – entnommen und zusammengezogen worden:

Der Verfassungsschutz und ich persönlich müssen uns dann auch den Vorwurf gefallen lassen, deutlich mehr Schaden angerichtet zu haben als tatsächliche Informationen, die langfristig strategisch in diesem Sektor den Vertriebsstrukturen das Handwerk hätten legen können, herausbekommen zu haben. Ich kann nur sagen, dass das Durchlassen einer derartigen Vertriebshandlung völlig in einem Missverhältnis zur Bedeutung des aufzuklärenden Sachverhaltes steht. Das ist nicht in Ordnung gewesen.

Für mich ist „Noten des Hasses“ die Speerspitze. Das hätte nicht passieren dürfen, eigentlich auch die anderen Dinge nicht in dieser Menge.

Das ist das Prinzip, wenn Sie versuchen, mit menschlichen Aufklärungsmitteln, mit Quellen, in solche hierarchischen Vertriebs- und Produktionsstrukturen einzusteigen. Und wie gesagt: böses Lehrgeld bezahlt. Der Stadler war dafür wohl nicht geeignet - ich glaube, weder intellektuell noch im Hinblick auf seine Zuverlässigkeit und Ehrlichkeit. Das müssen wir uns zurechnen lassen.

Die rechtliche Grundlage, die sehe ich heute auch als sehr schwankend an, aber das ist nachrangig; es ist ja passiert. Also, da würde ich heute sagen: Das war schon eine, vielleicht die gravierendste, Fehlentscheidung, die ich in solchen Leitungsfunktionen ausgeübt habe. Da ist ein Stück postmortaler Klugscheißerei dabei. Das hätte man sich allerdings damals bei sorgfältiger Analyse vielleicht auch denken können.

Das war ein veritabler Verfassungsschutzskandal.

Mit diesen Bewertungen liegt der Zeuge Wegesin unserer Auffassung nach uneingeschränkt richtig. Sehr kritikwürdig finden wir jedoch die Art, wie er Anfang der 2000er-Jahre die Arbeit des Brandenburger Verfassungsschutzes gestaltete – genauso, wie das daraus zwangsläufig resultierende

Krisenmanagement. Denn die Ermittlungen gegen Toni Stadlers V-Mann-Führer wurden mit politischem Druck und unzutreffenden Behauptungen aus dem Innenministerium abgewürgt.

Das Handeln der Verfassungsschutz-Abteilung entsprach in den ersten Amtsjahren des Innenministers Jörg Schönbohm häufiger nicht dem einer dem Rechtsstaat ganz besonders verpflichteten Sicherheitsbehörde.

Die Verfassungsschutz-Abteilung des Innenministeriums konnte sich jedoch auf Rückendeckung der politischen Führung weitgehend verlassen. Innen- und Justizministerium waren parteipolitisch in einer Hand. Innenminister war der CDU-Landesvorsitzende Jörg Schönbohm, der nach dem Rücktritt von Kurt Schelter im Juli 2002 sogar kurzzeitig auch das Justizressort leitete, wie die „Berliner Morgenpost“ am 03.08.2002 berichtete – also just zu dem Zeitpunkt, als V-Mann Toni Stadler in Berlin festgenommen worden war. Die Landtagsabgeordnete Barbara Richstein übernahm dann das Justizministerium. Und am 08.05.2003 berichtete die „Lausitzer Rundschau“ dann: „Schönbohm will Richstein als neue Partei-Vize.“

In den folgenden Monaten wurden Generalstaatsanwaltschaft und Staatsanwaltschaften vom Justizministerium in zwei Fällen, die der Untersuchungsausschuss bearbeitet hat, mehr politisch als juristisch auf Kurs gehalten. Die Themenkomplexe „V-Mann Toni Stadler“ und „Nationale Bewegung“ muss man insoweit zusammen betrachten und bewerten. In beiden Fällen hat die Verfassungsschutz-Abteilung mit Unterstützung der Innenministeriums-Leitung einiges unternommen, um eigene Verfehlungen zu vertuschen und zu verschleiern – entscheidungsflexible Justizbehörden haben das toleriert.

So lässt sich im Falle des Toni Stadler besichtigen, dass der Verfassungsschutz keine Skrupel hatte, Maßnahmen von Polizei und Staatsanwaltschaften ins Leere laufen zu lassen. Die Behörde, welche die Verfassung schützen sollte, hat Abläufe des demokratischen Rechtsstaates

unterlaufen beziehungsweise manipuliert. Mit einem ganzen Maßnahmenpaket wurde versucht, V-Mann Stadler vor strafrechtlichen Ermittlungen zu schützen.

Als dabei sein V-Mann-Führer ins Visier der Berliner Staatsanwaltschaft geriet, hat die Führung des Brandenburger Innenministeriums auf der politischen Schiene durchgesetzt, dass das Verfahren abgetrennt und nach Cottbus abgegeben wurde. Dort wurde im Sinne des Justizministeriums von Anfang an auf eine Einstellung hingewirkt. Ein Staatsanwalt sprach vor dem Untersuchungsausschuss von „juristischer Hochalpinistik“, die damals stattgefunden habe.

Von entscheidender Bedeutung könnten die Gespräche zwischen Innenminister und Justizministerin sowie zwischen Innenstaatssekretär Eike Lancelle und Justizstaatssekretär Hans-Georg Kluge am 22.07.2003 gewesen sein. Bereits am darauffolgenden Tag, dem 23.07.2003, schrieb Kluge „unter Bezugnahme auf die gestern zwischen uns sowie zwischen Herrn Minister Schönbohm und Frau Ministerin geführten Gespräche“ an seinen Kollegen Lancelle, dass er eine Remonstration (Widerspruch eines Beamten) des Generalstaatsanwalts gegen eine Anhörung des Innenministeriums „in der uns gemeinsam bekannten Sache offiziell zurückgewiesen“ habe. Gemeint war das Ermittlungsverfahren gegen den V-Mann-Führer von Toni Stadler. Dabei ging es um den Verdacht der Strafvereitelung und der Beteiligung an Straftaten sowie den Verdacht einer Verletzung des Dienstgeheimnisses. Kluge teilte seinem Kollegen mit, wie es weitergehen werde:

„Der Generalstaatsanwalt wird nunmehr, wie er mir ausdrücklich versicherte, der Anordnung unseres Hauses, das Ministerium des Innern anzuhören, Folge leisten.

Ich werde das Thema im Übrigen bei meinem morgigen Besuch bei der Staatsanwaltschaft in Cottbus nachdrücklich ansprechen.“

Einen weiteren Tag später, am 24.07.2003, schrieb Kluge erneut an Lancelle:

„Eine persönliche Bewertung meines Besuchs in Cottbus, die meines Erachtens nicht am Telefon stattfinden kann, sollten wir vielleicht am Rande der Amtschefbesprechung am nächsten Montag vornehmen.“

Hier kommt das Prinzip zum Ausdruck, heikle Sachverhalte mündlich zu regeln, von dem der ehemalige Abteilungsleiter im Justizministerium, Michael Lemke, dem Untersuchungsausschuss berichtet hat. Was nicht schriftlich niedergelegt ist, kann nicht untersucht werden. Abteilungsleiter Lemke hatte am 05.08.2003 aber eine Ausnahme gemacht und ein „Non-Paper“ verfasst, dessen Existenz er bei seiner Zeugenaussage bedauerte. Der Untersuchungsausschuss hat dieses Dokument im Themenkomplex „Nationale Bewegung“ entdeckt. In diesem „Non-Paper“ heißt es:

„Das Cottbuser V-Mann-Verfahren 1 verläuft sehr ausgewogen. Die Staatsanwaltschaft hat eine ‚goldene Brücke‘ gebaut, die allerdings von den Betroffenen bislang nicht beschritten ist. Das Transferieren des Ermittlungsverfahrens in die Öffentlichkeit durch fehlende Zustimmung des Beschuldigten wird nicht zugunsten der Innenseite ausgehen. Die Strafjustiz ist in seltener Einigkeit sicher, dass hier weder die Sozialadäquanzklausel greift noch die Amtstätigkeit des V-Mann-Führers als solche einen Rechtfertigungsgrund darstellt. Möglich könnte sein, dass die Höhe der Geldbuße von dem Inhalt der Stellungnahme des MI beeinflusst wird.“

Im Klartext: „Die Strafjustiz“ war sich einig, dass sich der V-Mann-Führer von Toni Stadler strafrechtlich nicht aus der Affäre ziehen könnte, falls er angeklagt würde. Doch das Verfahren wurde eingestellt – nach § 153 der Strafprozessordnung („Absehen von der Verfolgung bei Geringfügigkeit“). Das war die „goldene Brücke“.

Außerdem vermerkt Lemke, dass es ein Vier-Augen-Gespräch zwischen Ministerin und Generalstaatsanwalt Cristoforo Erardo Rautenberg gegeben habe – „wohl“ am 26.07.2003, vier Tage nach dem Gespräch von Innenminister und Justizministerin.

In jenen Tagen ging es wohlgerne nicht nur um das Ermittlungsverfahren gegen den V-Mann-Führer von Toni Stadler. In ein Geheimnisverrats-Verfahren der Staatsanwaltschaft Potsdam, das zum „NaBe“-Komplex des Untersuchungsausschusses gehörte, kam drei Tage nach dem ministerialen Gespräch ebenfalls Bewegung: Die ermittelnde Oberstaatsanwältin musste den Direktor des Landeskriminalamtes (LKA), Axel Lüdders, als Beschuldigten austragen lassen – obwohl sie einen Anfangsverdacht bezüglich einer Strafvereitelung im Amt sah (siehe Kapitel „Der Themenkomplex ‚Nationale Bewegung‘ im bündnisgrünen Sondervotum). Den Geheimnisverrat hatte der Verfassungsschutz-V-Mann Christian K. begangen. Er wurde am Ende auch verurteilt. Gegen die Beamten von Verfassungsschutz und Polizei, die mit dem Vorgang befasst waren, wurde nicht einmal ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Betrachtet man die relevanten Entscheidungen in beiden Themenkomplexen jeweils isoliert, so mag man sich über juristische Bewertungs- und Handlungsspielräume trefflich streiten können. Betrachtet man jedoch die Summe der Einzelentscheidungen und ihr Zustandekommen, so ist es offensichtlich, dass sowohl im „NaBe“- wie auch im Stadler-Komplex staatsanwaltschaftliche Ermittlungsergebnisse politisch beeinflusst und damit manipuliert worden sind. Das darf nicht sein. In beiden Fällen wäre es rechtsstaatlich zwingend geboten gewesen, das Beamtenhandeln gerichtlich auf seine Rechtmäßigkeit hin überprüfen zu lassen.

1. Die Verpflichtung des V-Mannes Toni Stadler

Bei der Anwerbung von V-Leuten hat der Brandenburger Verfassungsschutz mit dem Mittel des Kompromats gearbeitet. Das sagte der damalige Behördenleiter Heiner Wegesin vor dem NSU-Untersuchungsschuss. Im Falle des Toni Stadler war es so, dass er auf einem Parkplatz angesprochen wurde, den er mit dem Auto erreicht hatte – obwohl er nicht im Besitz eines Führerscheins war. Im Treffvermerk vom 14.02.2000 steht:

„Im Verlaufe des Gespräches wurde der ZP [Zielperson] mitgeteilt, dass die Fallführer Kenntnis davon haben, dass sie derzeit über keine gültige Fahrerlaubnis verfügt. Dies wurde kontrovers diskutiert.“

Sein V-Mann-Führer Dirk Bartok sagte als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuss:

„Uns war bewusst - aus der Erinnerung heraus schildere ich diesen Sachverhalt -, dass er keinen Führerschein hat, und wir waren natürlich verwundert, dass er mit seinem Auto auf den Parkplatz kam.“

Damit konfrontiert, dass Stadler dann ja bei der Begehung einer Straftat angesprochen worden sei, antwortete der Zeuge Bartok:

„Das wäre eine rechtliche Bewertung, die mir so an der Stelle nicht zusteht.“

Auf Nachfrage sagte der ehemalige V-Mann-Führer:

„Aus meiner Erinnerung heraus haben wir den Herrn Stadler nicht unter Druck gesetzt, mit dem Verfassungsschutz des Landes Brandenburg zusammenzuarbeiten.“

Der damalige Verfassungsschutz-Leiter Heiner Wegesin wurde als Zeuge deutlicher:

„Die Anwerbung kam ja wohl zustande durch eine Ansprache. Wenn ich mich recht erinnere, ist es ja wohl so gewesen, dass man da ein Wissen ausgenutzt hat, dass Herr Stadler Kraftfahrzeuge führte, ohne eine Fahrerlaubnis gehabt zu haben. [...] Eine aus meiner Sicht heute krass grenzwertige Ausnutzung einer Vorteilslage.“

Es handle sich um die „Ausnutzung einer Lage, wo sehr schnell eine Schieflage herbeigedacht werden kann, die in Richtung einer Erpressung oder einer ähnlichen Geschichte geht“, sagte Wegesin. Er erläuterte:

„Also, das ist, wissen Sie, die Figur des sogenannten Kompromats, wie man dazu sagt; das heißt, der Ausnutzung eines persönlichen Lebensumstandes, der wirklich als Erpressung oder Bedrohung empfunden werden kann. Da gibt es auch keine fest gezogenen rechtlichen Grenzen.“

Auf Nachfrage sagte der ehemalige Verfassungsschutz-Leiter:

„Das ist schon recht robust gemacht worden.“

Das Berliner Landgericht hat in seinem Urteil bezüglich Toni Stadler am 11.11.2002 festgestellt:

„Im Sommer (sic!) 2000, zu einer Zeit, als der Angeklagte und die gesondert Verfolgten B. und Hesse sich bereits über die Herstellung und den Vertrieb der CD ‚Noten des Hasses‘ geeinigt hatten, sprachen deshalb zwei Beamte des Brandenburger Verfassungsschutzes, darunter der gesondert Verfolgte Dirk Bartok (■■■■■■■■■■), den Angeklagten an, um ihn als V-Mann zu werben. Hierbei setzten sie den Angeklagten mit dem Hinweis unter Druck, im Weigerungsfall strafrechtliche Ermittlungen wegen eines ihnen bekannten, von dem Angeklagten begangenen Verkehrsdelikts zu veranlassen. Der Angeklagte erklärte sich daraufhin nach kurzer Bedenkzeit zu einer Zusammenarbeit mit dem Brandenburger Verfassungsschutz bereit; sein V-Mann-Führer wurde der gesondert Verfolgte Dirk Bartok.“

Der Cottbuser Staatsanwalt Malek, welcher der Gerichtsverhandlung in Berlin beiwohnte, vermerkte am 06.11.2002, wie sich der Angeklagte Toni Stadler eingelassen hat:

„In den Anwerbungsgesprächen habe man auch gesagt, sein Geschäft in Guben ‚kaputt zu machen‘. Jedenfalls hat er das so verstanden.“

In Vermerken der Staatsanwaltschaft Cottbus findet sich später der Hinweis:

„Im Hinblick auf die Umstände der Anwerbung des STADLER als V-Mann wurde unter dem hiesigen Aktenzeichen [...] ein gesondertes Ermittlungsverfahren gegen Mitarbeiter des LfV wegen des Verdachts der Nötigung eingeleitet.“

Was aus diesem Nötigungsverfahren geworden ist, blieb während der Beweisaufnahme des Untersuchungsausschusses unklar. Es ist aber zu vermuten, dass es zu keiner Gerichtsverhandlung gekommen ist. Denn wenn einem V-Mann-Führer der Prozess gemacht worden wäre, hätte das mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit eine entsprechende Medienberichterstattung nach sich gezogen.

Die bündnisgrüne Fraktion verurteilt die Anwerbung von V-Leuten mittels Kompromat, wie sie beim Brandenburger Verfassungsschutz nach Darstellung des früheren Leiters Heiner Wegesin zumindest nicht unüblich war. Die Methode ist mindestens im umgangssprachlichen Sinne als Nötigung zu bewerten. Aber auch in juristischer Hinsicht spricht viel dafür, dass der Tatbestand der Nötigung erfüllt sein dürfte.

2. Die Hassmusik-Geschäfte des Toni Stadler

Toni Stadler war Produzent und Großhändler, was rechtsextremistische CDs betrifft. Als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuss sagte er:

„Ich selber habe vielleicht zwei oder drei gemacht, aber man war ja immer an anderen Produktionen beteiligt gewesen.“

Bei Co-Produktionen war er in der Regel für den Druck der Booklets zuständig. Auf diese Weise sei er an „vielleicht vier, fünf, sechs“ Alben beteiligt gewesen, mit Auflagen von jeweils „um die 3.000“ Stück. Alle Produktionen mit seiner Beteiligung hätten demnach eine Gesamtauflage von bis zu 27.000 Stück ergeben.

Die Berliner Polizei fand bei einer Durchsuchung seines Warenlagers am 21.07.2002 beispielsweise diverse CD-Cover der ultra-rassistischen Neonazi-Band „D.S.T.“ aus Berlin. Am 29.10.2001 hatte er ausweislich eines Treffvermerks vom 01.11.2001

seinen V-Mann-Führer über die Geschäftsoption berichtet, „D.S.T.“-CDs herzustellen. Diese Musikgruppe ist für Liedtexte wie den folgenden in der Szene bekannt:

*„Schande, Schande, Rassenschande, fremdes Blut in unserm Lande.
Deutsche Frau halt dein Blute rein, denn Mischlingskinder sollen nicht sein.
Deutsche Frau halt dein Blute rein, denn Bastarde dürfen nicht sein!“*

Über die Produktion hinaus hat Toni Stadler viele tausend Rechtsrock-CDs vertrieben.

Nach Auffassung der bündnisgrünen Fraktion hätten diese geschäftlichen Szene-Aktivitäten von Toni Stadler zwingend zu seiner Abschaltung als V-Mann führen müssen. Denn er war verantwortlich dafür, dass Hass-Propaganda in großem Stile verbreitet wird. Das darf eine Behörde nicht dulden, die ihre Aufgabenstellung, nämlich den Schutz der Verfassung, sogar im Namen trägt.

3. V-Mann-Führung am Beispiel einer „Ethnic Cleansing“-CD

In einem Treffvermerk vom 13.02.2002 schrieb der V-Mann-Führer von Toni Stadler, dass die Quelle etwa 1.100 CDs der australischen Band „Ethnic (sic!) Cleansing“ erworben habe. Am 07.03.2002 brachte Toni Stadler zu einem Treffen mit dem Verfassungsschutz ein Cover dieser CD mit. Ihr Titel: „Hail Aids“. Dem V-Mann-Führer fielen mehrere Hakenkreuze im Booklet auf, wie er am 08.03.2002 vermerkt hat. 200 CDs hatte Stadler nach eigenen Angaben schon verkauft. Der V-Mann-Führer hat die Quelle ausweislich seines Treffvermerks „dringend aufgefordert“, den Verkauf einzustellen, weil dieser auch ohne ein formelles Verbot der CD aufgrund der Hakenkreuze untersagt sei:

„Andernfalls, sollte die CD verboten werden, und die Quelle mit dem somit illegalen Verkauf der CD in Verbindung gebracht werden, würde hiesige Behörde keinerlei Hilfestellung einem (sic!) möglichen Verfahren gegen die Quelle leisten können.“

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, welche Hilfestellung der Verfassungsschutz ansonsten in Verfahren bietet. Heiner Wegesin wies handschriftlich an:

„Kein Verkauf, keine Weitergabe.“

Diesem Treffvermerk vom 08.03.2002 über ein Treffen vom 07.03.2002 folgt ein Treffvermerk vom 11.03.2002 über ein Treffen vom 06.03.2002. Das frühere der beiden Treffen ist demnach später dokumentiert worden. Und aus diesem später verfassten Treffvermerk geht hervor, dass bereits bei dem früheren Treffen am 06.03.2002 ein Cover inklusive Booklet der CD „Hail Aids“ übergeben worden sei.

Die Richtigkeit der Vermerke vorausgesetzt, hätte Stadler bei Treffen an zwei aufeinanderfolgenden Tagen jeweils ein Cover des Tonträgers überreicht. Das klingt nicht uneingeschränkt plausibel. Hinzu kommt, dass die Vermerke zu den beiden Zusammenkünften in umgekehrter Reihenfolge erstellt worden sein sollen. Sollte die Aktenführung an dieser Stelle schon immer so wenig stringent gewesen sein, dann ist das so hinzunehmen. Es stellt sich allerdings die Frage, ob es auch sein könnte, dass die Dokumente nachträglich verändert worden sind und nach der Veränderung die innere Logik nicht mehr 100-prozentig stimmig war?

Erneut werden in diesem Vermerk vom 11.03.2002 die Hakenkreuze auf dem Cover thematisiert. Statt den Verkauf dieser CDs unmissverständlich zu verbieten, hat der V-Mann-Führer „von einem weiteren Vertrieb“ nur „eindringlich abgeraten“ und darauf hingewiesen, dass bei einem Weitervertrieb lediglich „in der letzten Konsequenz“ die gemeinsame Arbeit beendet werden könne. Im selben Gespräch hat der V-Mann Führer zudem – und insoweit widersprüchlich – „dringend angeraten, den Vertrieb der CD einzustellen, beziehungsweise das Cover der CD so zu verändern, dass keinerlei Hakenkreuze oder vergleichbare Symbole mehr zu erkennen seien“. Es folgte ein Tipp:

„VMF [V-Mann-Führer] schlug vor, die betreffenden Symbole mit einem Textmarker (Edding) zu übermalen, so dass sie nicht mehr zu erkennen seien.“

Nach dem nächsten Treff am 12.03.2002 hat der V-Mann-Führer am 15.03.2002 vermerkt, dass gemäß der Absprache mit dem Referatsleiter „ein weiterer Vertrieb der CD nur noch unter der Maßgabe erfolgen“ dürfe, „dass sämtliche verfassungswidrigen Symbole im Booklet der CD übermalt und somit nicht mehr zu erkennen seien“. Das sei gegenüber der Quelle „nochmals eindringlich wiederholt“ worden, obwohl die Weisungslage bereits am 08.03.2002 der Quelle telefonisch mitgeteilt worden war.

Es fällt auf: Ausweislich des Treffvermerks vom 11.03.2002 war bei einem Treffen am 06.03.2002 „dringend angeraten“ worden, die Cover zu übermalen – nicht telefonisch am 08.03.2002. Es könnte aber natürlich sein, dass obendrein auch noch telefoniert wurde.

Der Vorschlag, Hakenkreuze zu übermalen, war übrigens – angesichts der Liedtexte auf dieser „Ethnic Cleansing“-CD – in strafrechtlicher Hinsicht wenig zielführend.

Textbeispiel:

*„White - White - White Revolution! Mass murder is the only solution!
Worldwide genocide, death to all the Jews! Heil! White Pride! White Man
Rules! Israel's on fire, as the Jewish Race falls! In the name of Hitler, we kill
for the Cause!“*

Das ist ein Aufruf zum Massenmord, zum weltweiten Genozid, zur Tötung aller Juden. Verbreitet auf einer CD, die der V-Mann fortan nur noch mit geschwärzten Hakenkreuzen auf dem Cover vertreiben durfte. In diesem Zusammenhang wird deutlich, dass der Brandenburger Verfassungsschutz Schwärzungen offenbar für ein Allheilmittel hält.

In dem erwähnten Treffen am 12.03.2002 folgte ausweislich des Treffvermerks abermals keine klare Ansage an den V-Mann, dass gegebenenfalls die Zusammenarbeit sofort beendet werde, sondern der Fragen aufwerfende Hinweis, dass die Quelle „mit keinerlei Hilfeleistung hiesiger Behörde rechnen“ könne, falls „unbearbeitete“ CDs durch die Polizei beschlagnahmt würden und infolge dessen ein

Ermittlungsverfahren eröffnet werde. Unter diesem Vermerk steht folgende Anmerkung des Referatsleiters Peter Giebler:

„Trotz einiger Unebenheiten im Führungsverhalten der Quelle liefert sie gute Informationen. Beim nächsten Treff werde ich der Quelle selbst begegnen und sie nachhaltig ermahnen.“

Wenn ein V-Mann 200 CDs verkauft, auf denen zum Mord an allen Juden aufgerufen wird, sind das aus Verfassungsschutz-Sicht demnach nur „einige Unebenheiten“ – aufgrund der „guten Informationen“ schien man in der Nachrichtendienst-Abteilung des Brandenburger Innenministeriums dennoch zufrieden zu sein.

Heiner Wegesin sagte über den ehemaligen Beschaffungs-Leiter Peter Giebler:

„Er hat sich redlich Mühe gegeben; aber das war nicht so auf Augenhöhe, wie ich das gerne gehabt hätte. Vielleicht hätte das zu einer gewissen Vorsicht beim Einsatz von Quellen führen können. Wenn Sie ein Auto haben, was nur 120 fährt, dürfen Sie nicht davon träumen, 160 zu fahren, sondern halten sich an die Geschwindigkeit.“

Ex-Referatsleiter Peter Giebler behauptete seinerseits, dass er in der Praxis kaum Entscheidungsgewalt gehabt habe, sondern vielmehr der Behördenleiter. Abgesehen davon, dass er daher nicht wirklich verantwortlich gewesen sei, wollte der Zeuge Giebler aber fast keine Erinnerung mehr an seine Zeit beim Verfassungsschutz haben. Jedenfalls keine an die Ereignisse, mit denen sich der Untersuchungsausschuss beschäftigt hat.

Ähnlich wenig ergiebig war der Zeugenaufttritt des V-Mann-Führers Dirk Bartok. Auf die Frage, ob sein V-Mann Toni Stadler CDs verkauft habe, antwortete er:

„Davon gehe ich aus.“

Auf die Nachfrage, warum er davon ausgehe, erläuterte er:

„Ich habe das Aktenstudium, wie gesagt, im Vorfeld dieser Vernehmung durchgeführt, und da wird ja an mehreren Stellen darauf hingewiesen, dass Herr Stadler CDs verkaufte.“

Auf die weitere Nachfrage, inwieweit er mit seiner Quelle besprochen habe, in welchem Rahmen sie geschäftlich tätig werden dürfe, sagte der Zeuge:

„Ist mir nicht rememberlich.“

Eine weitere Antwort von Dirk Bartok:

„Sofern die Feststellung einer strafrechtlichen Relevanz getroffen worden war, glaube ich, mich erinnern zu können, dass in dem jeweils folgenden Treff der Quelle mitgeteilt wurde, diese CD nicht weiter zu vertreiben.“

Dieser Beamte bemühte sich nicht einmal, den Eindruck zu erwecken, als wolle er engagiert an der parlamentarischen Aufklärung mitwirken. Ein Protokoll-Auszug:

*„**Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE):** Am 12. Februar 2002 hat Ihnen die Quelle Stadler berichtet, sie habe 1 100 CDs der Band „Ethnic Cleansing“ erworben. Am 7. März 2002 hat sie dann auch noch den Titel gemeldet: „Hail Aids!“. Ich habe Ihnen eben einen Vorhalt aus den Texten gemacht. Dass die CD strafrechtlich relevant ist, ließ sich allein an den Hakenkreuzen auf dem Cover unschwer erkennen, an den Texten sowieso. Warum haben Sie nicht wenigstens jetzt die Abschaltung der Quelle vorgeschlagen?“*

***Zeuge Dirk Bartok:** Frau Nonnemacher, die Bewertung obliegt mir nicht. Ich erhebe die Daten vor Ort bei den Treffs mit der Quelle. Die Bewertung, inwieweit die Quellenführung weiter fortzuführen ist, obliegt der Behördenleitung.*

***Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE):** Herr Bartok, ich hatte gefragt, warum Sie nicht wenigstens jetzt die Abschaltung der Quelle vorgeschlagen*

haben. Das heißt nicht, dass Sie diese Entscheidung hätten treffen müssen. Aber ich denke, dass Sie als Beamter des Verfassungsschutzes die Pflicht gehabt hätten, vorzuschlagen, dass so etwas nicht unterstützenswert ist. Warum haben Sie das nicht Ihren Vorgesetzten in der Verfassungsschutzabteilung vorgeschlagen?

Zeuge Dirk Bartok: *Das kann ich Ihnen nicht sagen. Das weiß ich nicht.*

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): *Welche Logik und Stringenz in der V-Mann-Führung bringt es mit sich, dass bei ein und demselben Treffen, nämlich am 12. März 2002, der Quelle für den fortgesetzten Handel mit der „Ethnic Cleansing“-CD die Abschaltung angedroht wird und gleichzeitig der Vertrieb der nächsten „White Aryan Rebels“- bzw. „Landser“-CD durch Stadler abgesprochen und organisiert wird?*

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand.)

Zeuge Dirk Bartok: *Ich kann die Frage wirklich nicht beantworten. Aus meiner Sicht ist das eine Bewertung. Tut mir leid. Ich kann die Frage nicht beantworten.*

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): *Wie kommt es, dass Sie nach mehreren Treffs und Telefonanten mit der Quelle Stadler wegen des Handels mit der menschenverachtenden Neonazi-CD „Hail Aids!“ am 22. März 2002 vermerkt haben, dass die Quelle eine sehr gute Arbeit geleistet habe, sie lediglich einige Unaufmerksamkeiten begangen hat? Ist es Ihrer Meinung nach wirklich nur eine Unaufmerksamkeit, wenn der V-Mann ignoriert, dass auf den CDs in seinem Angebot unter anderem zu Massenmord an Juden aufgerufen wird?*

Zeuge Dirk Bartok: *Eine Auswertung der Texte obliegt mir nicht. Diese Auswertung der Texte obliegt anderen Stellen innerhalb der Verfassungsschutzbehörde. Mein Auftrag als V-Mann-Führer ist es, wie ich*

*schon mehrfach ausführte, die entsprechenden Informationen zu erheben.
Und in dem Umfang hat Herr Stadler gute Arbeit geleistet.“*

Ausweislich der Treffvermerke wurde auf Toni Stadlers Handel mit illegalen Tonträgern bestenfalls mit freundlich wirkenden Ermahnungen reagiert. Mit welchen strafbaren CDs er handeln durfte und mit welchen strafbaren CDs er nicht handeln durfte, das erschließt sich nicht – da ist keinerlei Systematik zu erkennen, die Vorgehensweise ist widersprüchlich. Obendrein wurden Verstöße gegen Weisungen verharmlost – etwas als „Unebenheiten“ oder „Unaufmerksamkeiten“, obwohl es um den Vertrieb von Tonträgern mit strafbaren Texten bis hin zu Mordaufrufen ging.

Eine Bewertung, was die fachliche Qualität der V-Mann-Führung betrifft, erübrigt sich an dieser Stelle. Das war – bestenfalls – lupenreiner Dilettantismus, der zu einer Expansion des rechtsextremistischen Hassmusik-Handels in Brandenburg und darüber hinaus geführt hat. Der Verfassungsschutz begünstigte Probleme, an deren Lösung die Polizei und die Zivilgesellschaft hernach arbeiten mussten.

4. „Ran an den Feind“ – eine Art Co-Produktion von Verfassungsschutzbehörden?

Als der Chemnitzer Nazimusik-Produzent Jan Werner – über den Verfassungsschutz-Informant „Piatto“ 1998 berichtet hatte, dass er Waffen für ein untergetauchtes Trio suche – die „Landser“-CD „Ran an den Feind“ auf den Markt bringen wollte, übernahmen zwei V-Leute letztlich die Herstellung. Mirko Hesse, der als V-Mann in Diensten des Bundesamtes für Verfassungsschutz stand, kümmerte sich um die CDs – Toni Stadler sorgte für die Booklets. Im „Landser“-Verfahren, das der Generalbundesanwalt wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung führte, sagte Toni Stadler am 31.07.2002 als Zeuge aus:

„Ich organisierte die Fertigstellung der Cover und übergab 5.000 komplette Cover der CD ‚Ran an den Feind‘ an den S. W. in Bautzen.“

Weiter berichtete Stadler:

„Ich habe insgesamt ca. 100-150 komplette Exemplare von dieser Produktion in der Form bekommen, dass ich etwa 14 Tage vor der offiziellen Verteilung der CD, nachdem ich die Cover dem S. W. übergeben habe, meine Exemplare direkt bei HESSE in Langenburkersdorf abgeholt [habe]. Zu diesem Zeitpunkt kannte ich den Dirk BARTOK erst kurz. Ich erzählte ihm vorerst nichts von dem oben beschriebenen Vorgang.“

Vor dem Untersuchungsausschuss schilderte Toni Stadler seine Taktik als V-Mann:

„Wenn ich etwas gesagt habe, habe ich nie die Unwahrheit gesagt. [...] Aber ich habe nicht unterschrieben, dass ich über alles und über jeden plaudere. Das habe ich ja nicht gemacht, nein. Aber wenn ich explizit gefragt wurde zu irgendeiner Sache und ich habe geantwortet, habe ich immer ehrlich geantwortet.“

Weiter führte der Zeuge aus:

„Sie müssen sich das so vorstellen: Ich habe natürlich auch ein großes Eigeninteresse daran gehabt, dass die Geschäfte laufen und weitergehen. Deswegen habe ich natürlich auch Sachen, die die Sachen primär betreffen, jetzt nicht unbedingt immer gleich, wenn es nicht unbedingt sein musste, rangetragen.“

Im Unterschied zum Informanten „Piatto“, der zumindest ab einem gewissen Zeitpunkt faktisch hauptberuflich als Verfassungsschutz-Zuträger in der Szene unterwegs war, verfolgte V-Mann Toni Stadler seine geschäftlichen Interessen. Und hierbei zeigte sich die Behörde kooperativ.

Als er den Wunsch anmeldete, 200 „Landser“-CDs kaufen und vertreiben zu wollen, sagte ihm sein V-Mann-Führer „Klärung in dieser Angelegenheit“ zu. So steht es im in einem Verfassungsschutz-Vermerk vom 17.11.2000 nach einem Telefonat mit Toni Stadler vom Vortag. Weiter führt der V-Mann-Führer in dem Dokument aus:

„Es wird vorgeschlagen, der Quelle von dem Kauf einer so großen Anzahl der CD'en abzuraten. Stattdessen sollte die Quelle eine geringere Anzahl, etwa 20 – 30 CD'en, ankaufen, um ihre Glaubhaftigkeit und Stellung innerhalb der rechten Szene im Bereich Cottbus/Guben nicht zu gefährden. [...]

Auf der anderen Seite sollte die Überlegung angestellt werden, dass die Quelle bei dem geplanten Kauf einer größeren Anzahl von CD'en (200 Stück), ggf. tiefere Einblicke in Vertriebs- und Produktionsstrukturen der CD erhalten könnte. Diese Informationen könnten für unsere Behörde von besonderem Interesse sein.“

An dieser Stelle sei angemerkt: Vorschläge, dass die Quelle abgeschaltet werden sollte, hat Dirk Bartok nicht gemacht. Aber wenn es darum ging, seinem V-Mann den Handel mit 200 „Landser“-CDs zu ermöglichen, dann zeigte er Ideenreichtum – der von seinen Vorgesetzten honoriert wurde.

Heiner Wegesin vermerkte darunter:

„Bitte mit Abt. II d. BfV klären, ob der Erwerb von 200 CD's der Quelle eine verbesserte Zugangslage zu höheren Vertriebshierarchien ermöglicht und im Nachgang insoweit Strafverfolgungsmöglichkeiten d. GBA unterstützt werden können.“

Referatsleiter Peter Giebler reagierte noch am selben Tag, am 20.11.2000:

„BfV-Abt. II bewertet die Möglichkeiten der Zugangs- u. Informationsverbesserung analog hiesiger Einschätzung und hält den Ankauf durch Quelle für ein geeignetes Mittel, weist gleichzeitig darauf hin, dass in angemessenem Umfang ein Szene-Verkauf stattfinden sollte, um glaubwürdig zu sein.“

Verfassungsschutz-Leiter Heiner Wegesin vermerkte sein Einverständnis.

Zusammengefasst: Ein V-Mann würde sich gerne das Geschäft mit einer hochgradig strafbaren Neonazi-CD nicht entgehen lassen und bittet den

Verfassungsschutz um Erlaubnis. Und der Verfassungsschutz findet bei seiner Prüfung sogar einen Grund, weshalb dieses Nazi-Geschäft angeblich im Interesse der Behörde sein soll.

Um was für einen Tonträger es hierbei ging? Ein Text-Beispiel aus dem Titelsong „Ran an den Feind“:

*„Kamerad, Kamerad - Es lautet der Befehl
Ran an den Feind! Ran an den Feind! Bomben auf Israel!“*

Solche Botschaften werden also verbreitet, wenn der Verfassungsschutz meint, im Rechtsextremismus-Bereich „Handeln“ zu müssen ... Mit dem Schutz der Verfassung hatte das nichts zu tun – ganz im Gegenteil.

5. Ist das wirklich „W.A.R.“? Großhandel mit „Noten des Hasses“!

Um die Weihnachtszeit des Jahres 2001 herum erreichte die Berliner Staatsanwaltschaft offenbar eine Information des Landeskriminalamts Berlin. Es sei – untechnisch gesprochen – eine CD mit „üblen Liedtexten“ produziert worden. Daran konnte sich die Staatsanwältin Hildegard Mendrina vor dem Brandenburger Untersuchungsausschuss noch genau erinnern. Denn sie habe aufgrund der Weihnachtszeit süffisant angemerkt, dass ja vielleicht Weihnachtslieder eingespielt worden seien. Das Verfahren habe die CD „Noten des Hasses“ der Band „White Aryan Rebels“ (W.A.R.) betroffen. Die Zeugin sagte:

„Das wurde aber eingestellt, weil wir damals kein Exemplar hatten. Also, es ging um diese Liedtexte, da sollten strafprozessuale Maßnahmen veranlasst werden.“

Ohne Texte konnte keine Telefonüberwachung durchgesetzt werden. Und diese Texte gehörten selbst für Nazi-Verhältnisse zu denen der übelsten Sorte. Ein Beispiel:

„Mit der Lizenz zum Töten ziehen wir dann durch das Land,

*dann wird alles Kranke erschlagen und niedergebrannt.
Hier kommen Noten des Hasses für unsere Generation.
Hier kommen White Rebels, Sprachrohr der Revolution.“*

Und im Song „Nigger“ sangen die selbst ernannten weißen arischen Rebellen:

*„Nennt sie Nigger, denn das sind ihre Namen,
hängt die Nigger auf und habt kein Erbarmen.“*

Diese Mordaufrufe der Band um den Berliner Rechtsextremisten Lars B. sollten eigentlich 1000-fach verbreitet werden, wie aus einer Aussage von Toni Stadler beim LKA Sachsen am 14.08.2002 hervorgeht. Doch zusammen mit seinem V-Mann-Kollegen Mirko Hesse vom Bundesamt für Verfassungsschutz gelang es ihm, die Zahl zu erhöhen:

„Hierzu möchte ich anmerken, dass B. am Anfang nur 1.000 Stück produzieren wollte. Hesse und ich überredeten ihn 3.000 Stück zu machen. Das erfolgte vor allen Dingen wegen der Produktionskosten, weil wir uns sicher waren, dass wir sie verkaufen können.“

Das strafbare Werk ist nach dem gleichen arbeitsteiligen Prinzip wie die „Landser“-CD „Ran an den Feind“ entstanden. Toni Stadler sagte vor dem Untersuchungsausschuss:

„Hesse hat die CDs gepresst, ich habe die Cover gemacht, dann wurde alles zusammengeführt, und dann wurde verschickt.“

Ausweislich der Treffvermerke verschwieg der V-Mann dem Verfassungsschutz seine Beteiligung an der Produktion, er hielt die Behörde aber über den Fortschritt des Projekts auf dem Laufenden. Das Cover der CD findet sich als Anlage der Deckblattmeldung vom 08.12.2000, verbunden mit dem Hinweis, dass die Scheibe in einem dänischen Presswerk hergestellt werde. Zudem wird auf den besonderen Quellenschutz hingewiesen:

„Da derzeit lediglich vier Personen von dem beigefügten Layout Kenntnis haben, von denen eine die hier berichtete Quelle ist.“

Am 14.12.2000 vermerkte der V-Mann-Führer:

„Zudem teilte Quelle mit, dass sie sich bei einem Treffen mit Lars B. in Freiwalde am 12.12.00 bereiterklärt hätte, 500 bis 1000 Exemplare der von B. produzierten CD der Band White Aryan Rebels, ‚Noten des Hasses‘, abzunehmen und den Vertrieb der CD'en zu organisieren. Barte will den Vertrieb in Hessen [...], Hamburg [...] sowie in der Schweiz [...] organisieren. Die CD soll noch vor dem 22.12.00 in Umlauf gebracht werden.“

Spätestens zu diesem Zeitpunkt muss dem Verfassungsschutz klar gewesen sein, dass Toni Stadler in dieses CD-Projekt eine zentrale Rolle spielte. Zum einen lieferte er exklusive Informationen, wie sie in dieser konspirativ arbeitenden Szene normalerweise nur diejenigen haben, die ein Vorhaben selbst vorantreiben. Zum anderen plante der V-Mann hier erklärtermaßen ein Vertriebsgeschäft in großem Stile, er wollte einen internationalen Großhandel aufziehen. Logische Konsequenz hätte es sein müssen, dass der Verfassungsschutz die Quelle umgehend abschaltet oder sie zur Strafverfolgung der Beteiligten in den Dienst der Polizei überstellt. Doch aus dem Treffvermerk geht hervor, dass der V-Mann-Führer keineswegs entsetzt war, sondern das Desaster positiv bewertete:

„Da die Quelle nunmehr sehr stark in den Vertrieb der CD involviert ist, können auf diesem Weg, im Zug der engen Zusammenarbeit zwischen der Quelle und B., ggf. weitere wichtige Informationen zu B., ‚Infront‘, dem ‚Weißen Arischen Widerstand‘ sowie der Band ‚White Aryan Rebels‘ gewonnen werden.“

Und es kamen weitere Informationen. Im Treffvermerk vom 19.01.2001 ist festgehalten:

„Des weiteren teilte die Quelle mit, dass die CD ‚Noten des Hasses‘ der von Lars B. produzierten Band White Aryan Rebels (W.A.R.) sich nunmehr im Vertrieb befindet. Quelle selbst hat auch eine Anzahl von Exemplaren dieser CD von B. abgenommen.“

Als Anlage der Deckblattmeldung gleichen Datums liegt die CD bei. Auf die Idee, diese menschenverachtende Neonazi-Produktion an die Berliner Polizei oder Staatsanwaltschaft weiterzureichen, ist der Verfassungsschutz offenbar nicht gekommen. Obwohl eine vierstellige Zahl von CDs durch die Hände des Brandenburger V-Mannes ging. Am 11.01.2001 hat er der Behörde gemeldet, dass die CD „am kommenden Wochenende (13.01. – 14.01.2001) [...] an die Händler ausgeliefert“ werden soll. Und in der Deckblattmeldung vom 01.02.2001 stehen dann die Empfänger von 1000 CDs. Derart gut ist die Informationslage, wenn der eigene V-Mann erklärtermaßen den Vertrieb übernimmt.

Dieser Vorgang belegt, dass der V-Mann Toni Stadler mit Wissen der Verfassungsschutz-Abteilung des Innenministeriums nicht nur CDs mit strafbaren Inhalten vertrieben hat, sondern dies obendrein nicht dazu geführt hat, dass den Beteiligten das Handwerk gelegt wird. Dass die Berliner Staatsanwaltschaft im Dezember 2001 bei der Strafverfolgung scheiterte, weil sie keine der „White Aryan Rebels“-CD vorliegen hatte, ist besonders tragisch.

6. Die zweite Auflage der „W.A.R.“-CD – eine Verfassungsschutz-Operation

In einem Treffbericht vom 01.11.2001 sind aktuelle und optionale geschäftliche Aktivitäten des V-Mannes aufgelistet. Als optionale Vorhaben werden die Herstellung einer neuen „White Aryan Rebels“-CD und eine Nachpressung von 1000 Exemplaren des Albums „Noten des Hasses“ aufgeführt. Am 19.12.2001 wird vermerkt, dass Lars B. „derzeit weitere 2.000 Exemplare der CD ‚Noten des Hasses‘ der Band WAR produziert“. Weiter heißt es in dem Verfassungsschutz-Dokument:

„Die Herstellung der CD soll über eine Kontaktperson der Quelle, Tom P. aus Schildau, erfolgen. Die CD selbst soll dann in Ungarn hergestellt werden. Die Quelle fungiert zwischen Tom P. und [Lars] B. als Kontaktperson.“

In einem Treffvermerk vom 11.04.2002 wird das Vorhaben konkretisiert:

„Bei einem Treffen zwischen der Quelle ‚Barte‘ und Lars B. am 06.04.02 in Berlin wurden der Quelle 1.970 Euro für die Produktion der CD übergeben. Quelle soll diese Summe unverzüglich an ihre Kontaktperson Thomas P. weitergeben.“

Die Planung einer zweiten Auflage der „W.A.R.“-CD wird zu einer Verfassungsschutz-Operation. In den folgenden Wochen wird das weitere Vorgehen detailliert besprochen. Doch die Planung der Operation dauert länger als gedacht, so dass die Geldübergabe verschoben werden muss, wie am 17.05.2002 vermerkt wird:

„Bislang konnten noch nicht mit Vertretern aller betroffenen Bundesländer Übereinkünfte hinsichtlich der Vorgehensweise in diesem Sachverhalt besprochen werden. Da eine letzte Besprechung erst in der 21. KW [Kalenderwoche] erfolgen wird, soll die Geldübergabe erst nach dieser Absprache erfolgen.“

Bei weiteren Treffen zwischen V-Mann-Führern und V-Mann geht es darum, die Zahlungsmodalitäten festzulegen. Erst soll die Summe persönlich in bar übergeben werden, dann soll in kleinen Raten bar auf ein Bankkonto eingezahlt werden – aber nicht mehr von der Quelle, sondern von Lars B., an den Toni Stadler das Geld zurückgeben soll. Am Ende sollen die 1900 CDs bei der Lieferung nach Deutschland beschlagnahmt werden – das ist der Plan.

Der damalige Verfassungsschutz-Leiter Heiner Wegesin sagte dazu vor dem Untersuchungsausschuss:

„In der Tat ist so der Versuch unternommen worden, die Produktion der zweiten Auflage unter Wissen des Verfassungsschutzes so durchführen zu lassen - in der Hoffnung, dass man die 2 000 Dinger abgreift und hinterher dann wirklich auch Produktions- und Vertriebsstrukturen abschließend lahmlegen kann. Dass das nicht gelungen ist, ist bedauerlich, rechtfertigt aber - nach dem Motto ‚Pech gehabt!‘ - nicht den Umfang, in dem man sich damals

da hineinbegeben hat. Das ist aus meiner Sicht bei dem, was wir wussten, was wir konnten, wie das auch organisiert werden kann - - Ich sage Ihnen ja, ich habe hinterher beruflich in hochkomplexen Dingen die Konzepte und die Leitung gehabt, und ich würde sogar heute sagen: Das war damals jenseits meiner eigenen beruflichen Fähigkeiten; so was machst du mal nicht eben so. Das habe ich auch erst mühsam lernen müssen. Da haben wir uns drastisch verhoben und waren da recht, sagen wir, begeistert, aber unbedarft und rechtlich, glaube ich, dann auch nicht hinreichend sensibilisiert, in welche Grenzbereiche wir uns begeben, unterwegs. Das war ein veritabler Verfassungsschutzskandal.“

Diese Kritik ist im Kern zutreffend – aber nicht weitgehend genug. Denn die Vorgehensweise des Verfassungsschutzes ist unter mehreren Aspekten problematisch:

Erstens ist der Verfassungsschutz als Nachrichtendienst nur für die Beobachtung rechtsextremistischer Bestrebungen zuständig und nicht dafür, dass er in der Szene aktiv mitmisch – solche Operationen sind Sache von klassischen Geheimdiensten. Das unterscheidet Geheimdienste und Nachrichtendienste.

Zweitens sind neben dem V-Mann auch die V-Mann-Führer über Wochen hinweg damit beschäftigt gewesen, die Abläufe der CD-Produktion zu gestalten – was die zeitliche Planung und Geldzahlungen betrifft. Damit sind sie faktisch Mittäter.

Drittens ist die Aufklärung von Straftaten die Stoßrichtung dieser Operation. Dafür ist jedoch ganz klar die Polizei und nicht der Verfassungsschutz zuständig.

Viertens wird deutlich, dass Lars B. die Kontakte von Toni Stadler nutzen will, um eine zweite Auflage der CD herstellen zu können. Das heißt: Bei allen weiteren Beteiligten in der Produktionskette ist fraglich, ob sie an der strafbaren Herstellung der CD überhaupt beteiligt wären, wenn sie nicht von

der Quelle beauftragt würden. Deren Straftaten werden beziehungsweise würden im konkreten Fall also vom V-Mann im Auftrag des Verfassungsschutzes initiiert.

Die Berliner Staatsanwaltschaft und Polizei haben diesem Vorgehen ein Ende gesetzt, indem sie am 21.07.2002 eine Razzia gemacht und Toni Stadler festgenommen haben.

7. Strafrechtliche Ermittlungen gegen Toni Stadler und seinen V-Mann-Führer

Seit Anfang 2001 wurde gegen Toni Stadler ermittelt – erst von der Staatsanwaltschaft Halle, dann von der Staatsanwaltschaft Potsdam und zudem von der Staatsanwaltschaft Cottbus, die im April das Potsdamer Verfahren übernommen hat. Und eine LKA-Ermittlerin berichtete auch noch von einem Verfahren der Staatsanwaltschaft Aurich, das ebenfalls an die Staatsanwaltschaft Cottbus übergeben worden sei. Immer ging es um den CD-Handel des Toni Stadler. Der V-Mann war demnach ein Dreh- und Angelpunkt in den rechtsextremistischen Geschäftsstrukturen. Die Polizistin berichtete von circa 4.000 abgehörten Telefongesprächen, „in denen der Verdacht aufkam, dass Toni Stadler in der rechten Szene als Kontaktmann bei CD-Produktionen auftrat, bei der Herstellung von Bekleidung mit strafrechtlich relevanten Aufdrucken tätig war und mit diesen Handel trieb“.

Dass Toni Stadler mit dem Verfassungsschutz zu tun hat, kam bei einer Telefon-Überwachung heraus. Aus einem Schreiben des LKA-Direktors Axel Lüdders an die Staatsanwaltschaft Cottbus vom 21.02.2003 geht hervor, dass dem Verfassungsschutz – wie schon 1998 im Fall „Piatto“ – eine Legendierungspanne unterlaufen war:

„Aufgrund der Erkenntnisse der Telekommunikationsüberwachung (TKÜ), insbesondere einer Anschlussinhaberermittlung mit den Angaben ‚Ministerium des Innern‘ und der in diesem Zusammenhang möglichen Enttarnung eines V-Mannes, wurde im September 2001 Herr StA Richter von Herrn [geschwärzt] über die Inhalte der TKÜ in Kenntnis gesetzt.“

Spätestens im September scheint dem Brandenburger Landeskriminalamt (LKA) klar gewesen zu sein, dass Toni Stadler ein V-Mann des Verfassungsschutzes ist oder sein könnte. Der Leitenden Oberstaatsanwalt aus Cottbus, Wilfried Robineck, teilte am 21.10.2002 dem Justizministerium mit:

„Ergänzend dazu bemerke ich, dass das LKA Brandenburg – Herr [M.] W. – auf Anfrage heute fernmündlich mitgeteilt hat, er habe das LfV Ende September oder Anfang Oktober 2001, nachdem die Telefonüberwachung gegen Stadler ausgewertet worden sei, darüber in Kenntnis gesetzt, dass gegen Stadler ermittelt werde.

Am 18.10.2002 (sic!) fand in meinem Hause eine Besprechung mit Beamten des LKA Brandenburg statt, an der auch ein Beamter des LfV, Dez. [Dezernat] Beschaffung, teilnahm. Zu diesem Zeitpunkt war bereits sicher, dass die Ermittlungen zu einer Anklageerhebung führen würden. Die Durchsuchung am 21.03.2002 hat zu diesem Ergebnis nichts Wesentliches (mehr) beigetragen.“

Der damalige LKA-Direktor Axel Lüdders sagte vor dem Untersuchungsausschuss, was die Information des Verfassungsschutzes durch das LKA betrifft:

„Ich habe da keine Erinnerung dran. Aber wenn das so gewesen ist, dann hat der LKA-Mitarbeiter sehr gut gehandelt, sehr aufmerksam gehandelt.“

Auf nochmalige Frage bestätigte der Zeuge, dass er dies „positiv“ bewerte.

Lüdders betonte an anderer Stelle, dass es das Bestreben des LKA gewesen sei, „Informationen zu bekommen, die uns bei den Ermittlungen weiterhelfen, und nicht, dass wir dann gegen V-Leute des Verfassungsschutzes ermitteln müssen“. Und weiter:

„Ich halte das für relativ kontraproduktiv, und das ist ja noch eine gelinde Untertreibung.“

Demnach stand der LKA-Direktor den Interessen des Verfassungsschutzes aufgeschlossen gegenüber. Ermittlungen gegen V-Leute hielt er für kontraproduktiv – wohl, weil auch das LKA potenziell von deren Informationen profitieren konnte.

A. Verfassungsschützer begleiten polizeiliche Durchsuchung beim V-Mann

Die Durchsuchung am 21.03.2002 hat nichts Wesentliches zu einer Anklageerhebung beigetragen, weil nichts strafrechtlich Relevantes gefunden wurde. Die LKA-Beamtin, welche die Durchsuchung geleitet hat, berichtete vor dem Untersuchungsausschuss:

„Die Wohnung kam mir nicht gerade bewohnt vor.“

Der Computer sei alt und der Kühlschrank – von einem verschimmelten Joghurt abgesehen – leer gewesen. Schmutzwäsche sei genauso wenige vorgefunden worden wie eine Waschmaschine. Dafür habe Staub gelegen. Die Zeugin sagte:

„Zwischenzeitlich kam mir das Gefühl, dass Toni Stadler uns schon erwartet hatte, da nach dem Klingeln mit unwesentlichem Zeitverlust die Tür geöffnet wurde und er schon angezogen war.“

Außerdem berichtete die damalige LKA-Ermittlerin:

„Unangenehm war mir, dass die Personen vom Verfassungsschutz zusahen, wie wir unsere Arbeit machten. Mir stellte sich die Frage, was für eine Rolle der Verfassungsschutz spielt. Vor allem: Was hat Herr Stadler mit dem Verfassungsschutz zu tun?“

In einem LKA-Vermerk vom 28.08.2016, der auf einer Befragung dieser Beamtin beruht, ist festgehalten:

„Die Teilnahme dieser Personen war über die damalige Leitung der Abteilung Staatsschutz abgesegnet.“

Daran konnte sich die Zeugin bei ihrer Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuss am 22.11.2018 jedoch nicht mehr erinnern.

Der damalige LKA-Direktor Axel Lüdders verneinte vor dem Untersuchungsausschuss die Frage, ob ihm die Durchsuchungsteilnahme der beiden Verfassungsschützer konkret Erinnerung sei. Auf Nachfrage, ob er das hätte mit absegnen müssen, antwortete er:

„Nein, auf gar keinen Fall. Eine solche Absegnung, wenn da Mitarbeiter des Verfassungsschutzes dabei sein müssen und wenn es strafprozessuale Maßnahmen gewesen wären oder waren - - dann hätte die Staatsanwaltschaft um Erlaubnis gefragt werden müssen und nicht der LKA-Leiter.“

Der ermittelnde Staatsanwalt aus Cottbus, Andreas Richter, sagte zur geschilderten Teilnahme der Verfassungsschützer:

„Ich kann mir nur vorstellen, dass das dann an uns vorbei gemacht worden ist, also dass es nicht - - Also, mit uns ist das jedenfalls nicht abgesprochen worden.“

Oberstaatsanwalt Günther Oehme ließ sich wie folgt ein:

„Ich möchte ausschließen, dass wir - - bzw. seitens der Behördenleitung in irgendeiner Form da ein Einverständnis signalisiert worden ist, wonach bei der anstehenden Durchsuchung auch Mitarbeiter des Verfassungsschutzes anwesend sein sollen. Ich kann Ihnen nur so viel sagen: Wäre mir das seinerzeit positiv bekannt gewesen, hätte ich dagegen widersprochen.“

Und auf Nachfrage ergänzte er:

„Ich weiß auch nicht, ob wir überhaupt dem zugestimmt hätten. Ich wüsste nicht, was Mitarbeiter des Verfassungsschutzes bei strafprozessualen Maßnahmen der Staatsanwaltschaft zu suchen haben.“

Der damalige Verfassungsschutz-Leiter Wegesin sagte zu diesem Vorgang:

„Ich kann mich nicht erinnern, das angeordnet zu haben. Je nach Polizeibehörde war es damals gelegentlich möglich, dass Mitarbeiter des Verfassungsschutzes - die dann quasi unter fremder Flagge als Polizeibeamte einfach mitliefen und natürlich bitte nicht der V-Mann-Führer sein sollten, sondern der Quelle nicht bekannte Personen - Einblick nehmen, um auch zu sehen: ‚Was macht denn die Quelle so?‘, also sozusagen ein zusätzliches Kontrollelement. Ich weiß, das wird sehr verschieden gesehen: Manche Polizeibehörden lehnen das überhaupt ab, viele Staatsanwälte sehen das kritisch. Ich kenne auch andere Fälle, wo - umgekehrt - der Verfassungsschutz quasi eine Einladung bekommen hat. Kann man als schwierig ansehen im Hinblick auf das Trennungsgebot. Auf der anderen Seite war das natürlich eine, sagen wir, faktisch durchaus willkommene Möglichkeit, wirklich mal zu sehen, wie es bei der Quelle aussieht, ob sie sich an die Vorgaben hält, an alle möglichen Dinge; Kontrollelement. Ob ich das angeordnet habe, ob mir das der Kollege Lüdders, zu dem ich ein sehr enges kollegiales, hinterher sogar freundschaftliches Verhältnis hatte, angeboten hat: ‚Guckt euch das doch mal an‘, das weiß ich nicht. Ich weiß nicht, ob ich es angeordnet habe. Es war sicherlich nicht die Praxis, nach dem Motto: Bei jeder Quelle marschieren wir mal mit ein. - Es ist eigentlich eher eine deutliche Ausnahme. Wenn es angeboten wurde, haben wir das gerne mitgenommen, weil es eben eine Kontrollmöglichkeit war, um zu sehen, wie sich eine Quelle verhält - und das natürlich möglichst oder bitte ohne das Wissen der Quelle.“

Auf Nachfrage, ob er den Einsatz der beiden Verfassungsschutzmitarbeiter mit LKA-Direktor Lüdders besprochen habe, antworte der Zeuge Wegesin:

„Daran kann ich mich nicht erinnern. Ich weiß nur, dass im Einzelfall so etwas möglich sein konnte, dass er das im Einzelfall zuließ, aber konkret im Kontext Stadler kann ich da nichts zu sagen.“

Auf diese Aussage von Heiner Wegesin angesprochen, wonach der LKA-Direktor solch‘ ein Angebot ab und an mal gemacht habe, sagte der Zeuge Axel Lüdders:

„Dann hat Herr Wegesin eine andere Erinnerung als ich.“

Die Zielperson dieser Durchsuchung, der ehemalige V-Mann Toni Stadler, sagte in einer Vernehmung bei der Berliner Polizei am 31.07.2002:

„Ich hatte aber, wie gesagt, eine Hausdurchsuchung. Das war ja erst vor kurzem. Zu dem Zeitpunkt habe ich bei einem Treffen mit mehreren Personen eine Warnung von Dirk und Dieter erhalten. Ich sollte meine Wohnung sauber halten, da etwas gegen mich vorliegt und etwas passieren wird. In weiteren Telefonaten haben sie mich dann auch immer wieder daran erinnert und auf die Dringlichkeit hingewiesen.“

Daraufhin räumte ich alles (CDs, Kontoauszüge, Fotos, Disketten, Unterlagen) aus meiner Wohnung und dem Geschäft in meinen Bunker. Dirk und Dieter erzählten mir auch, dass jemand vom VS bei der Durchsuchung dabei ist und evtl. belastendes Material verschwinden lassen kann. Der Mann wurde mir beschrieben; er war auch bei der Durchsuchung dabei. Sie erklärten mir, dass es so in Brandenburg üblich ist.“

Im Ergebnis ist davon auszugehen, dass Verfassungsschützer bei der Durchsuchung der V-Mann-Wohnung anwesend waren. Das geht aus den Aussagen der LKA-Beamtin, welche die Maßnahme geleitet hat, und des Betroffenen Stadler hervor. Und es deutet einiges darauf hin, dass die Verfassungsschützer ohne Wissen der Staatsanwaltschaft dabei waren. Dafür sprechen die Aussagen des Staatsanwalts Richter, des Oberstaatsanwalts Oehme und des ehemaligen Verfassungsschutz-Leiters Heiner Wegesin. Zudem geht aus dem erwähnten polizeilichen Gesprächsvermerk hervor, dass die Verfassungsschutz-Teilnahme von der Staatsschutz-Leitung des LKA abgesegnet gewesen sein soll.

B. Verfassungsschutz vorab über Stadler-Durchsuchung informiert

Die Staatsanwaltschaft Cottbus ließ am 21.03.2002 bei Toni Stadler durchsuchen – am Tag davor besprach die Staatsanwaltschaft diese Durchsuchung mit dem Verfassungsschutz. Der Leitende Oberstaatsanwalt Robineck teilte dem Justizministerium am 21.10.2002 mit:

„Im Rahmen einer weiteren Besprechung in meinem Dienstzimmer mit Beamten des LKA, und des LfV - Teilnehmer war u. a. Herr Wegesin persönlich - am 20.03.2002, einen Tag vor der o.a. Durchsuchung, ist die Sach- und Rechtslage in dem Ermittlungsverfahren gegen Stadler erneut erörtert worden.“

Auf die Nachfrage, ob es in diesem Gespräch auch um die Durchsuchung am nächsten Tag gegangen sei, schrieb Robineck am 17.12.2002 erneut an das Justizministerium sowie an den Generalstaatsanwalt:

„Im Rahmen des Gesprächs ist auch über die am 21.03.2002 anstehende Durchsuchung gegen Stadler gesprochen worden. Gegenstand der Unterredung war u. a. die Frage, ob eine Durchsuchung bei Stadler negative Auswirkungen auf dessen V-Mann-Tätigkeit haben könnte. Dies wurde von den Vertretern der Verfassungsschutzbehörde verneint. Bedenken gegen die Durchsuchung, über deren Termin die Mitarbeiter der Abteilung V des IM unterrichtet wurden, wurden nicht erhoben. Ein detaillierter Besprechungsvermerk ist nicht angefertigt worden.“

LKA-Direktor Axel Lüdders ging in einem Schreiben vom 21.02.2003 an den Leitenden Oberstaatsanwalt Robineck auch auf dieses Treffen vom 20.03.2002 ein:

„Diese Besprechung fand ebenfalls in Ihrem Haus statt und es nahmen neben Ihren Mitarbeitern, Herrn OStA [geschwärzt] und Herrn StA [geschwärzt], auch die bereits benannten Mitarbeiter meines Hauses, Herr [geschwärzt] und Herr [geschwärzt], sowie die Mitarbeiter der Abteilung V des MI BB [Verfassungsschutz], Frau [geschwärzt] und Herr [geschwärzt], teil.“

Der ehemalige Verfassungsschutz-Leiter Heiner Wegesin konnte sich vor dem Untersuchungsausschuss nicht an ein solches Gespräch erinnern:

„Ich glaube - also, ich bin mir recht sicher -, dass ich da nicht dabei war.“

Oberstaatsanwalt Günther Oehme ließ sich zu dieser Besprechung wie folgt ein:

„Ich kann zu dieser Frage so viel sagen, dass ich mich erinnere, dass in diesem Verfahren Besprechungen auch mit Mitarbeitern der Abteilung V, also des Landesamtes für Verfassungsschutz, stattgefunden haben. Ob das jetzt - - Das waren auch - - Ich kann mich an eine Besprechung erinnern, die dann stattgefunden hat - aber zeitlich vermag ich das heute auch nicht mehr einzuordnen; Ende 2001/2002 möglicherweise. Die hat stattgefunden gemeinsam mit meinem damaligen Chef, Herrn Robineck, mit meiner Person - ich weiß nicht, ob der zuständige Dezernent für dieses Verfahren, das war der Herr Malek, Herr Malek hatte das Verfahren ursprünglich, an dieser Besprechung teilgenommen hat -, und es haben auch, meine ich, zwei Personen vom Landesamt für Verfassungsschutz an dieser Besprechung teilgenommen. Sicher bin ich mir, dass es sich dabei unter anderem um Herrn Wegesin gehandelt hat.“

Auf Nachfrage sagte der Zeuge Oehme vor dem Untersuchungsausschuss:

„Soweit ich mich erinnere, ging es in dieser Besprechung eigentlich zunächst mal um das grundsätzliche Anliegen des Verfassungsschutzes, eine Quelle zu schützen. Das ist sicherlich ein Interesse gewesen, dem wir durchaus offen gegenüberstanden, -“

Der Oberstaatsanwalt merkte in diesem Zusammenhang an:

„Ich habe auch - das darf ich in diesem Zusammenhang einmal so schildern - einen Chef gehabt, der gegenüber Anliegen, die seitens der Polizei oder des Verfassungsschutzes an uns herangetragen worden sind - ich will das mal so formulieren; Herr Robineck ist leider schon verstorben, deshalb will ich mich

da auch zurückhalten - - einen Chef gehabt, der da durchaus Entgegenkommen gezeigt hat, auch gegenüber Belangen des Verfassungsschutzes.“

Günther Oehme konnte sich auch noch an folgende Begebenheit bezüglich des Gesprächs zwischen Staatsanwaltschaft, Polizei und Verfassungsschutz erinnern

„Mir liegt an, dass - aber da müssten Sie mich jetzt korrigieren - wir einen Durchsuchungsbeschluss hatten. Ich weiß noch, mich genau zu erinnern in diesem Punkt - das ist einer dieser Aspekte, die bei mir hängen geblieben sind -, dass ich seinerzeit auch mit dem Herrn Malek, dem sachbearbeitenden Dezernenten - - Das muss im Anschluss an diese Besprechung gewesen sein, dass wir uns da so ein bisschen süffisant über dieses Ergebnis unterhalten haben. Sie nehmen mir nicht übel, wenn ich Ihnen das auch mal so platt formuliere. Wir haben dann beide übereinstimmend gesagt: Nach dem Ergebnis der Besprechung oder so, wie die Dinge jetzt ihren Verlauf genommen haben, können wir uns die Durchsuchung schenken. Da finden wir eh nix.“

Auf Nachfrage, war er zu der Annahme gekommen sei, dass die Durchsuchung nichts mehr bringe, führte der Zeuge weiter aus:

„Warum? Die Frage ist einfach gestellt und einfach zu beantworten: Weil auch wir gesehen haben, dass wir möglicherweise nicht ausschließen können, dass Informationen an den V-Mann-Führer oder auch an den V-Mann gelangen. Ich denke mal, mehr muss ich dazu nicht sagen.“

Dementsprechend ist das Ergebnis der Durchsuchung auch ausgefallen. Oehme:

„Im Ergebnis hat, soweit ich mich erinnere, die Durchsuchung dann auch stattgefunden, allerdings, wenn ich das richtig sehe im Nachhinein, mit einem sehr mageren Ergebnis. “

Ausweislich des Berichts des Leitenden Oberstaatsanwalts Robineck hat an der Besprechung unter anderem der Leiter des Verfassungsschutz-Referats „Beschaffung“, Peter Giebler, teilgenommen. Innerhalb der Behörde hatte er das Ziffern-Kürzel „V/5“ – das stand für die Innenministeriums-Abteilung V, Leiter des Referates 5.

Der Untersuchungsausschuss hat festgestellt, dass am Tag der Besprechung – also am Tag vor der Durchsuchung – auch noch ein Verfassungsschutz-Treffen mit dem V-Mann Toni Stadler stattgefunden hat. Im Treffvermerk vom 22.03.2002 ist dokumentiert:

„Im Verlaufe des Treffs erschien kurzzeitig V/5 [Referatsleiter Peter Giebler]. V/5 machte in seinem etwa 10-minütigen Gespräch mit der Quelle darauf aufmerksam, dass durch sie in der vergangenen Zeit eine sehr gute Arbeit geleistet wurde. In jüngster Vergangenheit habe die Quelle jedoch einige Unaufmerksamkeiten begangen, die in der Konsequenz dazu führen könnten, dass hiesige Behörde keinerlei Schutz für die Quelle leisten könne. In diesem Zusammenhang sprach V/5 auch über den offenen Vertrieb der CD ‚Hail Aids‘ der Band Ethnic Cleansing. V/5 deutete der Quelle an, dass, für den Fall, dass sie ihre Arbeit mit hiesiger Behörde nicht offen und ehrlich gestalten würde, die Zusammenarbeit jederzeit beendet werden könne. Quelle soll in Zukunft vorsichtiger in der Szene agieren. Bevor offensichtlich illegale CD’s durch die Quelle vertrieben werden, soll sie ggf. den VMF [V-Mann-Führer] um Mithilfe oder Rat bitten.“

Referatsleiter Giebler ergänzte diesen Treffvermerk:

„Quelle auf Weisungsverstöße hingewiesen!“

Dass die Verfassungsschützer in der Besprechung mit der Staatsanwaltschaft keine Bedenken gegen die Durchsuchung bei V-Mann Toni Stadler angemeldet haben, liegt auf der Hand – sie waren ja aufgrund der Besprechung vorgewarnt. Eine Möglichkeit zum persönlichen Gespräch mit der Quelle gab es noch am selben Tag. Und am nächsten Morgen konnten zwei Verfassungsschützer der

durchsuchenden Polizei über die Schulter schauen, bei der – wenig überraschend – strafrechtlich nichts Relevantes gefunden wurde.

C. Operative Maßnahmen gegen V-Mann Stadler nicht realisiert

Die bündnisgrüne Fraktion hat über die Koordinierungsstelle der Landesregierung für den Untersuchungsausschuss bei der zuständigen Behörde eine ausgestufte Fassung von Dokumenten beantragt, die bisher im Geheimschutzraum des Landtags lagern. Es wurde nicht einmal ein Satz freigegeben, obwohl die darin thematisierten Maßnahmen gar nicht stattgefunden haben. Stattdessen wurden in Bezug zu diesen Dokumenten folgende zwei Sätze übermittelt, bei denen es sich also um kein Aktenzitat handelt:

„Es wurden weitere operative Maßnahmen gegen Stadler geplant. Allerdings wurden die benötigten Mittel aus haushälterischen Gründen nicht bewilligt.“

Diese zwei Sätze geben zwar nicht einmal den Kernsachverhalt aus den Dokumenten aussagekräftig wieder – aber sie offenbaren wenigstens, dass geplante operative Maßnahmen gegen Stadler nicht stattgefunden haben. In der Gesamtschau ist auch diese minimale Information relevant. Denn im Zusammenhang stellen sich die Abläufe wie folgt dar: Erst wird der Verfassungsschutz vom LKA auf Ermittlungen gegen V-Mann Stadler aufmerksam gemacht. Dann wird der Verfassungsschutz von Staatsanwaltschaft und Polizei am Tag vor der Durchsuchung bei Stadler auf dieselbe hingewiesen. Bei dieser Durchsuchung dürfen zwei Verfassungsschützer zuschauen. Und darüber hinaus soll das Geld fehlen, als operative Maßnahmen gegen den V-Mann geplant sind.

D. Die Staatsanwaltschaft Berlin ermittelte erfolgreicher gegen Toni Stadler

Doch der Brandenburger Verfassungsschutz hatte seine Rechnung ohne die Berliner Staatsanwaltschaft gemacht, die später auch das Ermittlungsverfahren aus Cottbus übernommen und mitbearbeitet hat. Wie sehr die Strafverfolger dem Nachrichtendienst ob seiner unlauteren Mittel zugesetzt haben, verriet eine

Bemerkung des damaligen Verfassungsschutz-Leiters Heiner Wegesin gut 16 Jahre später vor dem Untersuchungsausschuss. Er berichtete, wie er zusammen mit den beiden V-Mann-Führern Dirk Bartok und Dieter Borchert am 22.07.2002 nach Berlin gefahren ist, um den festgenommen V-Mann Toni Stadler zu entpflichten. Dort sah er sich mit einer durchsetzungsstarken und konsequenten Staatsanwältin konfrontiert – mit Hildegard Mendrina. Den Rücken stärkte ihr bei den Ermittlungen im Jahr 2002 Oberstaatsanwalt Jürgen Heinke.

Als Vorgriff auf das Unterkapitel „Politische Einflussnahme“ sei an dieser Stelle aus einer Pressemitteilung des Brandenburger Innenministeriums zitiert, die zu Karnevalsbeginn am 11.11.2002 veröffentlicht wurde, der mit dem Urteil des Berliner Landgerichts gegen den enttarnten V-Mann Toni Stadler zusammenfiel:

„Die drängende Frage, warum die ermittelnden Berliner Einrichtungen vor ihrem Zugriff keinen Kontakt mit anderen Sicherheitsbehörden aufnahmen - obwohl klar war, dass sie mit ihren Maßnahmen in die Maßnahmen anderer Sicherheitsbehörden eingriffen - wurde im Zuge der Verhandlung leider nicht ausreichend erörtert. Daher ist die Einschätzung von Beobachtern, das von einem karriereorientierten Staatsanwalt forcierte Verfahren habe Züge eines Schauprozesses gegen den brandenburgischen Verfassungsschutz in sich getragen, nur schwer zu entkräften. Mit Blick auf die schweren Indiskretionen der letzten Wochen und Monate begrüßt das Innenministerium die - in der Presse gemeldeten - personellen Konsequenzen im Berliner Landeskriminalamt. Mit dieser Entscheidung hat man dort den richtigen Weg eingeschlagen. Sollte dieser Weg weiter beschritten werden, so besteht damit die Möglichkeit, das erschütterte Vertrauensverhältnis wieder zu verbessern.“

Sowohl die Zeugin Mendrina als auch der Zeuge Heinke haben einen solchen Angriff von ministerialer Ebene in ihrer Laufbahn kein zweites Mal erlebt, wie sie jeweils auf Nachfrage sagten. Welche personellen Konsequenzen beim Berliner LKA folgten, konnte der Untersuchungsausschuss nicht klären.

Die Berliner Polizei hörte am 05.07.2002 um 15.40 Uhr ein Telefonat zwischen Toni Stadler und seinem V-Mann-Führer Dirk Bartok ab – es folgen Auszüge aus dem Überwachungsprotokoll:

„BARTOK fragt nach, ob STADLER also am Montag zu [Thomas] P. fährt. STADLER sagt ja, er hat aber eine ganz wichtige Sache: Gestern sei ihm schon aufgefallen, daß er von einem BMW verfolgt wird. ER war auf der Rückfahrt von BAUTZEN, da sei ihm auch wieder ein BMW aufgefallen. Der sei immer dran geblieben. [...]

BARTOK sagt : ‚Also wir sind es nicht. Definitiv nicht!‘

STADLER : ‚Ja, das wäre mir ja noch lieb, wenn Ihr das wärt.

BARTOK fragt nach einem genauen Nummernschild, doch STADLER hat sich keines gemerkt. Er ärgert sich auch schon darüber. BARTOK ärgert dies auch und sagt, daß er sich auf jeden Fall das Nummernschild merken muß, wenn sie nochmal an ihm dran sind. STADLER hat sich schon einen Zettel und Stift ins Auto gelegt, und er schreibt sich auf jeden Fall das Kennzeichen auf, wenn er wieder Verdacht schöpft. [...]

Der Typ aus dem BMW sah aus wie ein Bulle.

BARTOK will das abklären und den STADLER dann auf diesem Handy zurückrufen.“

Um 15.49 hörte die Polizei schon das nächste Telefonat mit. Auszüge aus dem Protokoll:

„BARTOK hat es in Auftrag gegeben. Es wird jetzt abgeklärt. Sie sind es definitiv nicht. Das hatte er sich auch schon gedacht. Warum auch, es wäre ja platt. STADLER sagt: Warum auch ihr?

BARTOK redet weiter und sagt, daß es nur die Polizei sein kann. Schade sei nur, daß STADLER sich kein Kennzeichen gemerkt habe. Das hätte er dann abklären können und gewußt, wem der Wagen gehört.

ER hat es seinem Chef gesagt und der klärt es ab. Der kann es aber erst am Montag klären. Da bekommt er auf jeden Fall Bescheid, ob da eine Maßnahme läuft. BARTOK warnt den STADLER : ‚Du weißt, daß da eine Maßnahme läuft, dann sei heute abend also vorsichtig!‘ [...]

STADLER fragt den BARTOK wie es nun sein (sic!), wie sich die Bullen verhalten würden. BARTOK sei, daß sie nun erstmal abbrechen würden und heute abend oder morgen wieder ansetzen werden. STADLER fragt nach, ob sie auf jeden Fall wieder ansetzen werden. BARTOK sagt ja, wenn die Maßnahme läuft, setzen sie wieder an. [...]

BARTOK sagt, daß wenn sie mitbekommen, daß eine Maßnahme läuft, dann wissen sie ja hundertpro bescheid (sic!), dann müßten sie sich bei ihrem Treffen nächste Woche sehr sehr vorsichtig verhalten. Ganz konspirativ. Dann ist er am Mittwoch mit zwei Kollegen unten, die aufpassen, daß sie sauber sind. Sie würden auf keinen Fall auffliegen.

STADLER fragt den BARTOK, ob sie DEFINITV herausbekommen, ob da was läuft oder nicht. BARTOK antwortet, daß sein Chef über so gute Kontakte verfügt, daß der es herausbekommt. STADLER hat Angst, daß sie es nicht gesagt bekommen und er dann doch observiert wird, weil die Polizei etwas vermutet. Aber BARTOK, sagt, daß sie es mitbekommen. STADLER findet das sehr beruhigend.“

Staatsanwältin Mendrina kommentierte die Erkenntnisse aus der

Telekommunikationsüberwachung vor dem Untersuchungsausschuss wie folgt:

„Na ja, es mutete - um es mal vorsichtig auszudrücken - schon seltsam an, wenn - - Wie gesagt, aus diesen Gesprächen ergab sich - das waren dann unsere Rückschlüsse -, dass Herr Bartok der V-Mann-Führer sein muss, und - jetzt mit meinen Worten - es drängte sich auf, dass da Schutzmaßnahmen getroffen wurden. Das wollten wir natürlich nicht, dass unser Ermittlungserfolg dann vereitelt wird.“

Das Berliner LKA vermerkte am 08.07.2002, wie die Strafverfolger damit umgingen, dass ihnen der Brandenburger Verfassungsschutz ins Handwerk zu pfuschen drohte:

„Vor diesem Hintergrund und insbesondere aus der Ankündigung seitens des BARTOK, dass bei ihrem nächsten Treffen außer ihm zwei weitere Kollegen vor Ort sein werden und der Chef des BARTOK klären wird, ob ein

Strafverfahren gegen STADLER anhängig ist, lässt sich eindeutig schließen, dass BARTOK den Beschuldigten STADLER als V-Mann führt.

OStA [Oberstaatsanwalt] Heinke und StA'in [Staatsanwältin] Mendrina wurden über diese Feststellung im Rahmen einer persönlichen Besprechung in Kenntnis gesetzt. Anwesend waren außer dem Unterzeichner auch KOK [Kriminaloberkommissar] H. (LKA Berlin) sowie KK'in E..

Auch auf die Gefahr hin, dass hiesiges Verfahren durch entsprechende Erkundigungen des LfV [Landesamt für Verfassungsschutz] Brandenburg aufgedeckt werden könnte, entschied sich OStA Heinke gegen die Vollstreckung der erwirkten Durchsuchungsbeschlüsse. Er bewertete die Gefahr der Aufdeckung als gering, da bislang keine weiteren Sicherheitsbehörden vom vorliegenden Verfahren informiert wurden. Vor weiterer Ausforschung könne man sich schützen, wenn die zu diesem Verfahren gespeicherten Daten des STADLER aus den Informationssystemen der Polizei und der Staatsanwaltschaft vorläufig gelöscht werden.“

Weiter vermerkte das Berliner LKA:

„Am Montag, den 08.07.2002 kam es zu einem weiteren Gespräch zwischen den Beschuldigten STADLER und BARTOK. Dieser hatte es bis dahin nicht geschafft, Erkundigungen über etwaige Verfahren gegen STADLER einzuholen, warnte den STADLER erneut ausdrücklich zur Vorsicht und gab den ausdrücklichen Hinweis, die ‚Bude sauber‘ zu machen, falls in naher Zukunft eine ‚miese Sache‘ (Durchsuchungsmaßnahme?) bevorstünde. Dies muss zwingend als eine klare Aufforderung zu einer Verdunklungshandlung angesehen werden.

OStA Heinke wurde aus diesem Grunde die sofortige und zeitgleiche Durchsuchung sämtlicher Örtlichkeiten vorgeschlagen, da STADLER nun vor hoheitlichen Maßnahmen gewarnt und in der nächsten Zeit nicht mehr zu erwarten sei, dass STADLER strafbare Handlungen vornimmt. Vielmehr sei

nun mit der Vornahme der von BARTOK empfohlenen Verdunklungshandlungen zu rechnen.

OStA Heinke nahm von dieser Anregung jedoch Abstand.

Seiner Einschätzung zufolge kann das LfV Brandenburg immer noch nicht über das vorliegende Verfahren in Kenntnis gelangt sein. Das Verfahren sei aus diesem Grunde nicht mehr gefährdet als zu einem früheren Zeitpunkt.“

Die Berliner haben ihre Ermittlungen sogar auf den V-Mann-Führer ausgeweitet. Staatsanwältin Mendrina erinnerte sich:

„Wir haben damals sogar überlegt, Bartok/Stadler, diese Kommunikation, ob das möglicherweise schon eine Mittäterschaft, Teilnahme, Beihilfe ist oder ‚nur‘ Strafvereitelung im Amt oder so. [...] Er stand ja dann auch irgendwann auf dem Aktendeckel.“

Das Urteil des Berliner Landgerichts gegen Toni Stadler erfolgte am 11.11.2002. Die Staatsschutzkammer hielt in der schriftlichen Urteilsbegründung unter anderem folgendes fest:

„Der Angeklagte erfüllte seine Tätigkeit als V-Mann zuverlässig. Er unterrichtete das LfV rechtzeitig und umfassend über die hier verfahrensgegenständlichen Taten, deren Planungen und Ablauf. So informierte er den gesondert Verfolgten Bartok über jeden Schritt der Herstellung der ersten Auflage der CD ‚Noten des Hasses‘ (Fall 1). Er teilte dem gesondert Verfolgten sogar den Tag mit, an dem die 2800 Exemplare der CD bei ihm eintreffen sollten. Auch zeigte er dem gesondert Verfolgten bei einem gemeinsamen Treffen am 31. Januar 2001 die Liste, auf der sich die Abnehmer des gesondert Verfolgten [Lars] B. befanden. Dies ist bestätigt worden durch ein in der Hauptverhandlung verlesenes Behördenzeugnis des Ministeriums des Innern – Verfassungsschutzbehörde – vom 31. Juli 2002. Darüber hinaus übergab er dem gesondert Verfolgten noch im Januar 2001 – also zu einem Zeitpunkt, als die CDs noch gar nicht oder zumindest nicht

vollständig verteilt waren – ein Exemplar der CD. Das LfV unternahm nichts gegen die (weitere) Verteilung der CD durch den Angeklagten. In der Folgezeit informierte dieser das LfV auch über die geplante zweite Auflage. Er nannte dem gesondert Verfolgten Bartok die Namen der an der Nachpressung beteiligten Personen und agierte jeweils nach Rücksprache und mit dem Einverständnis seines V-Mann-Führers, der wiederum – nach seinen, gegenüber dem Angeklagten gemachten Angaben – Rücksprache mit seinen Vorgesetzten nahm. Obwohl die Gefährlichkeit der CD, in der u. a. in dem Lied ‚Die Kugel ist für Dich‘ das Töten verschiedener Personen des öffentlichen Lebens besungen wird, in der Öffentlichkeit längst bekannt war und erregt diskutiert wurde und dem LfV zudem sämtliche an der CD beteiligte Personen bekannt waren, schritt es auch nicht gegen die geplante Herstellung der zweiten Auflage ein. Vielmehr begleitete es deren Vorbereitungen und erteilte dem Angeklagten entsprechende Weisungen für seine Aktivitäten.“

Der angeklagte V-Mann bekam zwei Jahre Freiheitsstrafe auf Bewährung – und der Brandenburger Verfassungsschutz ein Problem in der Öffentlichkeit. Mehrere Zeitungen berichteten über die Anregung des Vorsitzenden Richters, in Brandenburg einen Untersuchungsausschuss einzurichten. Die „taz“ schrieb am 12.11.2002 unter der Überschrift „Richter fordert ein politisches Nachspiel“:

„Während das Strafmaß für Toni S., der nach knapp vier Monaten Untersuchungshaft aus dem Gerichtssaal direkt ins Zeugenschutzprogramm des brandenburgischen Landeskriminalamts überführt wurde, für Beobachter kaum überraschend kam – schließlich war das Gericht damit den Anträgen von Verteidigung und Staatsanwaltschaft gefolgt –, sorgte die Urteilsbegründung für erstauntes Raunen. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss sei notwendig, um das Vorgehen der Brandenburger Verfassungsschützer aufzuklären, sagte Richter Brüning. Denn Toni S. habe seine Straftaten nach Ansicht des Gerichts mit ‚Wissen und Duldung‘ des Verfassungsschutzes begangen.“

Der Vorsitzende Richter, Hans-Jürgen Brüning, war auch als Zeuge im NSU-Untersuchungsausschuss. Hier ein Auszug aus seiner Vernehmung:

„Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Das Landgericht - das ist in Ihrem Urteil - hat das „unverantwortliche [...] Verhalten“ des Verfassungsschutzes Brandenburg „in ganz erheblichem Umfang strafmildernd bewertet“. Hätten Vertreter des Verfassungsschutzes aus Ihrer Sicht strafrechtlich belangt werden müssen, und gegebenenfalls wer?

Zeuge Hans-Jürgen Brüning: Das wäre Sache der Staatsanwaltschaft gewesen, da Ermittlungsverfahren einzuleiten. Aus meiner Sicht hätte die Einleitung von Verfahren nahegelegen, will ich mal vorsichtig sagen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Haben Sie in den Medien verfolgt, wie das Ermittlungsverfahren gegen den V-Mann-Führer „Bartok“ weiterlief?

Zeuge Hans-Jürgen Brüning: Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber Sie haben schon ein öffentliches Interesse an einer Strafverfolgung des Verfassungsschutzhandelns gesehen.

Zeuge Hans-Jürgen Brüning: Für mich ja. Es war eigentlich naheliegend.

Das Ermittlungsverfahren gegen den V-Mann-Führer von Toni Stadler ging nicht seinen normalen juristischen Gang, sondern es wurde zum Politikum – und der Verlauf des Verfahrens politisch im Interesse beziehungsweise zum Vorteil des Brandenburger Verfassungsschutzes beeinflusst.

8. Politische Einflussnahme auf die Strafverfolgung

Aufgrund der Durchsuchungsaktion der Berliner Staatsanwaltschaft am 21.07.2002 wurde bekannt, dass gegen den V-Mann Toni Stadler und auch gegen seinen V-Mann-Führer Dirk Bartok ermittelt wird.

Das Brandenburger Innenministerium hat von Anfang an politisch Druck aufgebaut. Im Ergebnis hat das dazu geführt, dass das Ermittlungsverfahren gegen den V-Mann-Führer im Jahr 2005 eingestellt worden ist.

Unter der Überschrift „Der V-Mann flog auf“ berichtete die Zeitung „Tagesspiegel“ am 27.07.2002. Und der Inhalt des Berichts lässt darauf schließen, dass die V-Mann-Thematik schon früher öffentlich bekanntgeworden sein muss:

„Ein V-Mann in der Neo-Nazi-Szene ist offenbar durch mangelnde Absprachen zwischen Berliner und Brandenburger Sicherheitsbehörden aufgefliegen. Brandenburgs Sicherheitsbehörden sehen dadurch ihre Ermittlungen gegen die rechtsradikale Szene gefährdet und sind über ihre Berliner Kollegen verstimmt. Der 27-jährige Cottbuser S. war in der Nacht zum vergangenen Sonntag bei einer Razzia in einem Treffpunkt der Neonazigruppe ‚Weiße Arische Bruderschaft‘ in Marzahn gemeinsam mit mehreren Gesinnungsgenossen festgenommen worden. Die Razzia führte ein Spezialeinsatzkommando der Berliner Polizei durch, das von der Spitzeltätigkeit des S. für den Brandenburger Verfassungsschutz allem Anschein nach nichts wusste.

Ein Sprecher des Brandenburger Innenministeriums warf den Berliner Sicherheitsbehörden am Sonnabend vor, die Razzia ‚zu keinem Zeitpunkt mit den zuständigen Behörden des Landes Brandenburg abgestimmt und koordiniert zu haben‘. Eine Meldung des Magazins ‚Focus‘, wonach der Spitzel S. der ‚Chef‘ der Neo-Nazi-Band ‚White Aryan Rebels‘ sei, wies der Sprecher jedoch als ‚nicht zutreffend‘ zurück.“

In der Folge gab es unzählige Kontakte auf politischer Ebene und auf Behörden-Ebene zwischen Brandenburg und Berlin – im Geschäftsbereich des Innen- und des Justizressorts. Dem Untersuchungsausschuss lag beispielsweise ein Schreiben des Brandenburger Innenministers Jörg Schönbohm an den Berliner Innensenator Dr. Ehrhart Körting vom 06.08.2002 vor. Darin nimmt Schönbohm auf seine Telefongespräche mit Justizsenatorin Karin Schubert und mit Innenstaatssekretär Lutz Diwell vom 02.08.2002 Bezug – sowie auf eine gemeinsame Presseerklärung

der Berliner Senatsverwaltung für Justiz und Inneres vom gleichen Tage.

Schönbohm schreibt:

„Ich halte als gemeinsame Position unserer Gespräche fest, dass baldmöglichst die Voraussetzungen für eine vertrauensvolle und reibungslose Zusammenarbeit unserer Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden im Bereich des Staatsschutzes wiederhergestellt werden müssen. Ich halte es mit dieser Position allerdings für schwer vereinbar, wenn in der Presseerklärung vom 02.08.2002 die Auffassung vertreten wird, dass ,alle durch die Berliner Behörden veranlassten Maßnahmen nach Recht und Gesetz erfolgt sind und in vergleichbaren Situationen wieder so erfolgen müssten.‘ Wenn diese Bewertung des Ermittlungsverfahrens und aller im Zusammenhang hiermit stehenden Vorfälle von Seiten der zuständigen Berliner Behörden ihre abschließende Position darstellen sollte, sähe ich darin keine verlässliche Basis für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit in der Zukunft.“

Das ist eine deutliche Aussage. Im letzten Absatz schreibt der Innenminister:

„An denen, die politische Verantwortung für die innere Sicherheit unserer Länder tragen, sollte es jetzt liegen, alle aufklärungsbedürftigen Sachverhalte auf einer gemeinsamen Informationsbasis aufzuarbeiten. Hierzu zählt selbstverständlich auch, die umfassende Würdigung des Verhaltens der früheren Quelle S., falls diese sich unter Verstoß gegen ihre nachrichtendienstliche Weisungslage strafbar gemacht haben sollte. Für diese Aufarbeitung des Gesamtkomplexes sollte sich die zwischen uns bereits grundsätzlich vereinbarte Arbeitsgruppe der beiden Innenressorts sowie der Justizressorts alsbald konstituieren. Einzelheiten terminlicher und organisatorischer Art sollten auf Arbeitsebene umgehend abgesprochen werden. Die länderinterne Koordination auf Seiten Brandenburgs würde durch meine Verwaltung vorgenommen werden, und ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie auf der Basis dieses Schreibens die Koordination gegenüber der Senatsverwaltung für Justiz übernehmen könnten.“

In diesem Vorschlag Schönbohms kann der Versuch gesehen werden, einerseits von Brandenburger Seite auf das Handeln der Berliner Behörden Einfluss zu nehmen und andererseits dafür zu sorgen, dass die Innenressorts und nicht die – im Fall „Toni Stadler“ eigentlich zuständigen – Justizressorts die politische Handlungshoheit gewinnen.

A. Die Abtrennung des V-Mann-Führer-Verfahrens

Die Berliner Staatsanwaltschaft wollte V-Mann-Führer Dirk Bartok zusammen mit V-Mann Toni Stadler anklagen, wie Oberstaatsanwalt Jürgen Heinke und Staatsanwältin Hildegard Mendrina vor dem Untersuchungsausschuss berichteten. Die Zeugin Mendrina sagte:

„Da erzähle ich Ihnen auch kein Geheimnis, weil ich wurde damals in der Presse wörtlich zitiert, ich hätte ihn mit angeklagt.“

Sie begründete das wie folgt:

„Ich meine, wir haben die Telefonmitschnitte ja auch in der laufenden Hauptverhandlung gehört. Ich fand es schon recht interessant, was da auf der Telefonüberwachung überging, und das für einen V-Mann-Führer. Wäre mal interessant gewesen, wie das Gericht das gesehen hätte.“

Dass es nicht dazu gekommen ist, resultierte offenbar aus dem Eingreifen von Vorgesetzten. Die Staatsanwältin berichtete von einem „Treffen im Zuge der Dienst- und Fachaufsicht“ bei der Berliner Generalstaatsanwaltschaft“ vor der Anklageerhebung:

„Da ging es darum, ob der V-Mann-Führer mit angeklagt wird oder abgegeben wird.“

Mit der Begründung, dass das Verfahren gegen Toni Stadler aufgrund von dessen Inhaftierung beschleunigt vorangetrieben werden müsse und bezüglich des V-Mann-Führers noch Ermittlungen erforderlich seien, wurde die Abtrennung des Verfahrens

gefordert. Juristisch sei diese Position „mindestens mal vertretbar“ gewesen, sagte die Staatsanwältin vor dem Untersuchungsausschuss. Auf Nachfrage, ob eine zeitgleiche Anklage des V-Manns und des V-Mann-Führers überhaupt möglich gewesen wäre, antwortete sie jedoch: „Ja, sicher.“

Auf weitere Nachfrage führte sie aus:

„Wenn, ich sage mal, noch Ermittlungen angeregt werden, dann kann man als Staatsanwalt immer entscheiden: Muss ich dem jetzt nachgehen oder muss ich dem nicht nachgehen? Kann es gegebenenfalls auch im Zuge der Beweisaufnahme erörtert werden oder nicht? Das ist halt, ich sage mal, eine Geschmackssache.“

Es sei klar gewesen, dass die Berliner Staatsanwaltschaft nach einer Abtrennung nicht mehr für das Ermittlungsverfahren gegen den V-Mann-Führer zuständig sei, erläuterte die Staatsanwältin. Sie habe es dann an die Staatsanwaltschaft Cottbus abgegeben.

Auf die Frage, wer auf sie Einfluss genommen und gesagt habe, dass unter dem Beschleunigungsgrundsatz abzutrennen sei, sagte die Zeugin:

„Na ja, im Wege der Dienst- und Fachaufsicht wurde mir das, ich sage mal, angeraten. [...] Es kam von der Generalstaatsanwaltschaft.“

Nach Erinnerung des Oberstaatsanwalts Jürgen Heinke soll die vorgesetzte Behörde sogar versucht haben, auf eine Einstellung des V-Mann-Führer-Verfahrens hinzuwirken:

„Ich fand das nicht in Ordnung, dass dergestalt auf uns Einfluss genommen worden ist - muss man ja eigentlich sagen -, dass wir ein Verfahren einstellen sollten. Das war auch etwas ganz Außergewöhnliches.“

Letztlich sei dann nur abgetrennt worden. Der Zeuge Heinke betonte:

„Natürlich wäre es sinnvoll gewesen, die beiden [V-Mann und V-Mann-Führer] zusammen anzuklagen. Das war ja auch geplant oder angedacht.“

So ähnlich wurde das auch bei der Staatsanwaltschaft Cottbus gesehen, wie sich Oberstaatsanwalt Günther Oehme vor dem Untersuchungsausschuss erinnerte:

„Ich kann Ihnen nur so viel sagen, dass ich seinerzeit entschieden dagegen war, das Verfahren in Cottbus zu führen. [...] Ganz einfach deshalb, weil wir diesen Sachzusammenhang eigentlich mit dem Berliner Verfahren gesehen haben. Und das ist auch mit meinem Behördenleiter - - war das auch zunächst mit Herrn Robineck so abgestimmt worden, dass wir das Verfahren erst mal nicht übernehmen und versuchen wollen - um das auch mal etwas salopp zu formulieren -, das Verfahren wieder an die Staatsanwaltschaft in Berlin zurückzugeben.“

Das hat aber ganz offensichtlich nicht geklappt. Der Zeuge Oehme sagte:

„Wir haben halt in den sauren Apfel gebissen und haben das Verfahren übernommen.“

Der Rechtsanwalt des V-Mann-Führers Bartok schien ob der Abtrennung zu triumphieren. In seinem Schreiben vom 28.12.2002 an das Amtsgericht Cottbus führte er aus:

„Es muss eine entsprechend große persönliche Enttäuschung für OStA Heinke gewesen sein, dass er sich nur einen Tag später, nämlich am 04.09.2002 veranlasste [sic!] sah, dem Leiter des LfV Herrn Wegesin telefonisch wort-wörtlich mitzuteilen:....Ich bin gehalten, Ihnen mitzuteilen, dass das Verfahren gegen Bartok abgetrennt wird....(Die Gründe dafür, dass Herr OStA Heinke gehalten war, entgegen seinen Willen das Verfahren gegen meinen Mandanten abzutrennen, sind mir bekannt, brauchen aber hier nicht erörtert zu werden.)“

Wie es zu der Abtrennung kam, schilderte der damalige Verfassungsschutz-Leiter Heiner Wegesin vor dem Untersuchungsausschuss in geraffter Form:

„Habe ich jetzt eine sehr konkrete Erinnerung dran: Es hat damals auf der Ebene der Staatssekretäre - ich war dabei -, Innenstaatssekretär, Justizstaatssekretär des Landes Brandenburg, Innenstaatssekretär des Landes Berlin - ich erinnere mich nicht mehr genau dran, wer das war - und Justizstaatssekretär, eine Besprechung gegeben - ich meine, sie war in Potsdam -, in der die brandenburgische Seite massives Befremden darüber geäußert hat, dass unter Verletzung sämtlicher Informationspflichten diese Maßnahmen in Brandenburg ohne Wissen der zuständigen örtlichen Staatsanwalt (sic!) und ohne Wissen der zuständigen Polizeibehörden über Wochen wohl stattgefunden haben, wo ein solches Selbsteintrittsrecht, im anderen Bundesland tätig zu werden, nur bei unmittelbarer Strafverfolgung, sozusagen im unmittelbaren Gefolge - der muss nicht an der Landesgrenze halten -, stattfinden kann. Darüber ist massiv Klage geführt worden. Es ist auch massiv darüber Klage geführt worden, dass in einem aus Sicht des damaligen Landes Brandenburg von vornherein mit sozusagen Skandalisierungsabsicht betriebenen Strafverfahren - - Es sind ja seinerzeit in die polizeilichen Observations- und Durchsuchungsmaßnahmen Pressevertreter eingeladen worden, notabene Herr Hufelschulte vom ‚Focus‘, der auch den ersten Artikel geschrieben hat. Und das hat zu einer solchen - - [...] Das hat dann dazu geführt, dass man dem Land Berlin sehr nahegelegt hat, zu überlegen, ob man dann das Strafverfahren gegen Herrn Bartok nicht abtritt und der örtlichen Zuständigkeit gibt. Berlin hat Verständnis dafür empfunden, dass, was immer mit Stadler war, es aber extrem problematisch sei, dass sozusagen die Ermittlungsbehörden eines benachbarten Bundeslandes gegen die Verfassungsschutzbehörde des Nachbarbundeslandes ermitteln und das Verfahren durchführen. Die Abgabe ist dann erfolgt, und Herr Heinke hat mich angerufen - ich weiß das wie heute noch; Sie dürfen sich vorstellen, dass mir da ein Stein vom Herzen gefallen ist - und hat mitgeteilt, dass er soeben das Ermittlungsverfahren gegen Bartok an die Staatsanwaltschaft Cottbus abgegeben hat. Das war die Einflussnahmeebene, von der Sie reden.“

Die Rechtsauffassung, das abgetrennt wird, war – so ging es aus den Aussagen des Oberstaatsanwalts Heinke und der Staatsanwältin Mendrina hervor – jedenfalls insoweit juristisch vertretbar, als dass sie das nicht verhindern konnten.

Dennoch wirkt der Beschleunigungsgrundsatz, mit dem das begründet wurde, wie ein vorgeschobenes Argument. Darauf deutet auch ein Schreiben des Leitenden Oberstaatsanwalts aus Cottbus vom 24.07.2003 an Innenstaatssekretär Eike Lancelle hin. Darin heißt es:

„Gegen den Beschuldigten [geschwärzt] wollte die Staatsanwaltschaft Berlin ursprünglich ebenfalls Anklage erheben. Dieses Vorhaben wurde jedoch in der Folge im Hinblick auf die Eilbedürftigkeit der Sache (U-Haft des Stadler) und die seinerzeit noch ausstehende verantwortliche Vernehmung des Beschuldigten [geschwärzt] fallengelassen. Statt dessen wurde das Verfahren gegen [geschwärzt] abgetrennt und zuständigkeitshalber nach hier abgegeben.“

Diese angeblich „noch ausstehende verantwortliche Vernehmung“ des Beschuldigten Bartok ist wohlgemerkt von der Cottbuser Staatsanwaltschaft in den folgenden Jahren zu keinem Zeitpunkt vorgenommen oder nachgeholt worden.

Die Bewertung des Vorgangs ergibt sich aus den oben dargestellten Aussagen und Akten-Auszügen von selbst: Auf politische Initiative des Brandenburger Innenministeriums ist das Ermittlungsverfahren gegen den V-Mann-Führer Dirk Bartok in Berlin abgetrennt worden – weil der V-Mann-Führer andernfalls in Berlin mit seinem ehemaligen V-Mann Toni Stadler angeklagt worden wäre. Die Übergabe des Verfahrens an eine Brandenburger Staatsanwaltschaft bot die Möglichkeit einer politischen Einflussnahme über das Justizministerium. Und diese wurde genutzt.

B. Die Verteidigungsstrategie des Innenministeriums

Die Verteidigungsstrategie der Verfassungsschutz-Abteilung im Brandenburger Innenministerium basierte auf einer Fehlinterpretation des § 86, Absatz 3, des Strafgesetzbuchs. Der § 86, Absatz 1, regelt, dass das Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen strafbar ist – in Absatz 3 heißt es:

„Absatz 1 gilt nicht, wenn das Propagandamittel oder die Handlung der staatsbürgerlichen Aufklärung, der Abwehr verfassungswidriger Bestrebungen, der Kunst oder der Wissenschaft, der Forschung oder der Lehre, der Berichterstattung über Vorgänge des Zeitgeschehens oder der Geschichte oder ähnlichen Zwecken dient.“

Diese gesetzliche Regelung wird auch als Sozialadäquanzklausel bezeichnet.

Zusammengefasst interpretierte der Brandenburger Verfassungsschutz diese Klausel so, dass der Nachrichtendienst einem V-Mann wie Toni Stadler den Handel mit Propagandamitteln wie etwa Hassmusik-CDs erlauben darf, um Produktions- und Vertriebsstrukturen aufzuklären - weil diese Aufklärung dem Ziel diene, verfassungswidrige Bestrebungen abzuwehren.

Der Brandenburger Generalstaatsanwalt Dr. Cristoforo Erardo Rautenberg vertrat eine gegenteilige Rechtsauffassung, die er in einem Schreiben an die Generalstaatsanwälte der anderen Bundesländer und an den Generalbundesanwalt vom 13.08.2002 darlegte. Als Sachverständiger des Untersuchungsausschusses ließ Rautenberg durchblicken, dass er mit diesem Vorgehen durchaus sein Amt als Generalstaatsanwalt riskiert habe:

„Es war ja damals so, dass diese Auffassung, V-Leute dürften Propagandamaterial verteilen, das war nicht nur die Auffassung des brandenburgischen Innenministeriums, das war auch die Auffassung des Bundesinnenministeriums, damals von Herrn Schily geleitet, und das wurde, wie ich allerdings erst später erfahren habe, auch an der Bundesschule für

Verfassungsschutz gelehrt. Und ich habe dann in einem Schreiben an meine Kollegen und den Generalbundesanwalt diese Rechtsauffassung geschildert und habe mitgeteilt, dass ich diese Rechtsauffassung nicht teile, und habe die Kollegen gebeten um Stellungnahmen. Und dann haben wir bei der nächsten Tagung in Karlsruhe beim Generalbundesanwalt darüber diskutiert, und alle Kollegen haben sich der Meinung angeschlossen. Wenn das anders gelaufen wäre, wäre es auch wieder eng geworden, nicht. Also das habe ich jetzt mehrfach erlebt in meiner Amtszeit.“

Auf die Frage der bündnisgrünen Obfrau Ursula Nonnemacher, ob der Generalstaatsanwalt Zeichen der Missbilligung nur aus dem Innenministerium oder auch aus dem Justizministerium erhalten habe, antwortete Rautenberg:

„Damals bei Toni S. aus dem Justizministerium, weil man eben diese Rechtsauffassung für falsch hielt.“

Rautenbergs Rechtsauffassung zu § 86, Absatz 3, des Strafgesetzbuchs hat sich als herrschende Meinung durchgesetzt. Dennoch wurde die Rechtsauffassung des Verfassungsschutzes dazu herangezogen, um den V-Mann-Führer von Toni Stadler zu entlasten. Folgend dem Motto: Er wusste es nicht besser, weil er es so beigebracht bekommen hat – folglich kann er nicht bestraft werden. Ein angeblicher Verbotsirrtum.

Dem V-Mann-Führer wurde eine „goldene Brücke“ gebaut, wie Oberstaatsanwalt Larres am 16.04.2003 seitens der Generalstaatsanwaltschaft festhielt: Die Staatsanwaltschaft Cottbus beabsichtigte das Verfahren nach § 153a der Strafprozessordnung („Absehen von der Verfolgung unter Auflagen und Weisungen“ gegen eine Geldauflage einzustellen. Larres hielt dieser Vorgehensweise „für – noch – vertretbar“.

Justizstaatssekretär Kluge setzte gegen den Widerspruch der Generalstaatsanwaltschaft durch, dass das Innenministerium zu den Einstellungsplänen angehört wird. Daraufhin hat der Verfassungsschutz am 31.07.2003 in einem internen Vermerk festgestellt:

„Die vorgeworfenen Handlungen erfüllen unproblematisch den objektiven Tatbestand des § 258 Abs. 1 StGB.“

Der § 258 des Strafgesetzbuchs regelt den Straftatbestand der Strafvereitelung. Weiter heißt es in der rechtlichen Bewertung des Verfassungsschutzes:

„Für den subjektiven Tatbestand ist hinsichtlich der Vereitelungshandlung und des Vereitelungserfolges direkter Vorsatz erforderlich. Dies ist bei dem Beschuldigten zu bejahen. Denn er wollte den Stadler vor einer Strafverfolgung schützen, um ihn nicht als wertvolle Quelle zu verlieren. Durch die Warnungen vor den Durchsuchungen konnte der Beschuldigte aufgrund der ihm laut Staatsanwaltschaft bekannten Umstände auch als sichere Folge vorhersehen, dass die Strafverfolgung des Stadler dadurch zumindest erschwert werden würde.

Fraglich ist jedoch, inwieweit der Beschuldigte genaue Kenntnisse von den durch Stadler verwirklichten Straftaten haben musste. Hinsichtlich der Vortaten genügt hier bedingter Vorsatz. [...]

Nach alledem muss hier davon ausgegangen werden, dass der Beschuldigte hinsichtlich der Vortaten des Stadler zumindest bedingten Vorsatz hatte. Er kannte die äußeren Umstände gut (Vorbereitung bzw. Vertrieb der CD mit rechtsextremistischen Inhalten usw.) und wusste aus seiner Wertung heraus auch, dass dieses Handeln rechtswidrig und strafbar ist. Denn er war als V-Mann-Führer des Verfassungsschutzes tätig und wusste von den einzelnen Handlungen ‚seines‘ V-Mannes (nach den Feststellungen der Staatsanwaltschaft wurde er von dem Stadler regelmäßig und ausführlich informiert). Als Mitarbeiter des Verfassungsschutzes war er auch mit dieser ‚Materie‘ vertraut. Das Wissen um die Rechtswidrigkeit wird zudem durch die mehrfach durch ihn erfolgten Warnungen vor Durchsuchungen belegt. Denn damit wollte er erreichen, dass kein belastendes Beweismaterial bei Stadler gefunden wird. Mithin war ihm die Rechtswidrigkeit der Handlungen des Stadler durchaus bewusst. Er wusste, dass dieser Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen verwendet und Propagandamaterial

dieser Art verbreitet usw. Dieses Wissen reicht hier für den bedingten Vorsatz aus. Konkretere Vorstellungen von den begangenen Vortraten war nicht erforderlich.“

Die juristische Prüfung des Verfassungsschutzes kam zu folgendem Resultat:

„Im Ergebnis ist die beabsichtigte Verfahrensweise der Staatsanwaltschaft daher als positiv zu betrachten. Denn dies ist ein Weg, ein aufsehenerregendes und medienwirksames Strafverfahren gegen den Beschuldigten zu verhindern.“

Dass die Staatsanwaltschaft eine Einstellung vorschlägt, während die juristische Prüfung des Verfassungsschutzes davon ausgeht, dass der Straftatbestand der Strafvereitelung erfüllt sei, ist bemerkenswert. Noch bemerkenswerter ist jedoch, zu welchem Ergebnis das Innenministerium in seiner offiziellen Stellungnahme zu den Einstellungsplänen kam. In dem Schreiben vom 08.08.2003 heißt es:

„Nach alledem sehe ich keine Grundlage für einen hinreichenden Tatverdacht. Der beabsichtigten Verfahrensweise kann ich mich deshalb nicht anschließen.“

Spätestens an dieser Stelle zeigt sich, dass das Innenministerium – systematisch – nicht bestrebt war, ergebnisoffen zur Aufklärung des Vorgangs im Sinne der Rechtsstaatlichkeit beizutragen. Die Staatsanwaltschaft Berlin lag völlig richtig, als sie die Verfassungsschutz-Abteilung des Brandenburger Innenministeriums nicht als partnerschaftlich verbundene Sicherheitsbehörde wahrnahm – und folglich auch nicht so behandelte. Es war daher richtig, dass die Berliner Staatsanwaltschaft nicht frühzeitig in einen Informationsaustausch eintrat, sondern umgekehrt die Hinweise auf das Ermittlungsverfahren gegen Toni Stadler zeitweise aus den polizeilichen Informationssystemen tilgte. Dass sich ein Innenministerium nicht uneingeschränkt dem Recht und Gesetz verpflichtet fühlt und entsprechend handelt, obwohl das seine ureigenste Aufgabe wäre, ist nicht zu rechtfertigen.

a. Ein Verfassungsschutz-Computer als Durchsuchungsfutter

Als die Cottbuser Staatsanwaltschaft am 21.03.2002 – am Tag nach der vorbereitenden Besprechung mit dem Verfassungsschutz – die Wohnung des Toni Stadler durchsuchen ließ, stellte die Polizei einen Computer mit professionell gesäuberter Festplatte fest. Der Rechner passte allerdings nicht zum vorhandenen Monitor und Drucker – er konnte also nicht mit diesen Geräten verbunden werden. Oberstaatsanwalt Gernot Bantleon sagte vor dem Untersuchungsausschuss, dass Toni Stadler diesen PC als „Durchsuchungsfutter“ bezeichnet habe.

Diesen Vorwurf wies das Innenministerium unter anderem in seiner Stellungnahme vom 08.08.2003 zurück. Zentrales Argument: Der Computer sei am 11.10.2001 an Stadler übergeben worden, erst am 18.10.2001 habe ein Gespräch mit Verfassungsschützern bei der Staatsanwaltschaft Cottbus stattgefunden und erst am 21.03.2002 sei die Hausdurchsuchung gewesen:

„Schon deshalb konnte es eine Maßgabe zum Austausch von Computern im Hinblick auf drohende Durchsuchungen nicht geben.“

Dieses Argument des Innenministeriums trägt jedoch nicht. Denn ein LKA-Beamter hat laut Aktenlage bereits Ende September oder Anfang Oktober 2002 nach der Auswertung von Telekommunikationsüberwachungsmaßnahmen den Verfassungsschutz darüber informiert, dass gegen Toni Stadler ermittelt wird. Ab diesem Zeitpunkt muss dem Nachrichtendienst klar gewesen sein, dass bei seinem V-Mann über kurz oder lang eine Wohnungsdurchsuchung droht. Anzumerken ist außerdem, dass der V-Mann zu diesem Zeitpunkt bereits einen Computer hatte, den ihm der Verfassungsschutz bezahlt hatte.

Weiter führte das Innenministerium aus, dass die Gefahr einer Enttarnung gesehen wurde, weil Stadlers bis dahin einziger PC von einem Szeneangehörigen gewartet worden sei – und der Verfassungsschutz davon ausgegangen sei, dass der V-Mann dort schriftliche Dokumente speicherte, die mit seiner Verfassungsschutz-Tätigkeit zu tun hatten.

Auch dieses Argument überzeugt nicht. Denn Stadlers „Kamerad“ für die Computer-Wartung hätte sich doch erst recht gewundert, wenn plötzlich ein zweiter Computer vorhanden ist, dessen Festplatte professionell gesäubert ist. Hinzu kommt, dass der Verfassungsschutz für diesen angeblichen Zweck sicherstellen hätte müssen, dass der PC mit Monitor und Drucker verbunden werden kann. Dass dies nicht möglich war, wäre dem Computer-Experten aus der Szene nämlich ebenfalls aufgefallen. Mal abgesehen davon, dass Toni Stadler den zweiten PC unter diesen Bedingungen gar nicht nutzen konnte. Das Einzige, was mit diesem Computer geschehen konnte, war, dass ihn die Polizei bei einer Wohnungsdurchsuchung mitnimmt.

Dass dies beabsichtigt war, räumte das Innenministerium sogar ein. Es sei dabei aber nicht um die Vertuschung strafbaren Handels gegangen, sondern nur darum, dass die Polizei keine Hinweise auf die Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz findet. Der Verdacht, dass der V-Mann auf seinem anderen Rechner entsprechende Dokumente gespeichert hat, soll sich daraus ergeben haben, dass er bei Treffen mit seinem V-Mann-Führer „Notizzettel mitführte, die computertypisierte Schrift aufwiesen“.

Toni Stadler sagte als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuss jedoch:

„Ich habe keine Berichte vorformuliert, und er hat auch keine vorformulierten - - Das haben die doch im Büro, im Ministerium, geschrieben, die Berichte.“

Nach der Beweisaufnahme des Untersuchungsausschusses lässt sich diesbezüglich feststellen, dass es von Toni Stadler – anders als von „Piatto“ – keine selbst verfassten Berichte in den Verfassungsschutz-Akten gibt.

V-Mann-Führer Dirk Bartok sagte vor dem Untersuchungsausschuss, er könne sich nicht mehr erinnern, aus welchen Gründen er seinem V-Mann den Computer gegeben habe. Im Treffvermerk vom 15.10.2001 wurde jedoch festgehalten:

„Der PC soll nach entsprechender Verwendung durch die Quelle wieder an hiesige Behörde zurückgegeben werden.“

Dieser Vermerk widerspricht den Angaben von Verfassungsschutz-Leiter Heiner Wegesin in einem Behördenzeugnis für die Staatsanwaltschaft Cottbus vom 04.12.2002:

„Ein Austausch von Computern hat zu keinem Zeitpunkt stattgefunden. Stadler war vielmehr im Oktober 2001 ein ministeriumseigener PC einschließlich Bildschirm und Drucker mit der Anweisung zur Verfügung gestellt worden, über diesen lediglich seine geschäftlichen und privaten Kontakte abzuwickeln. [...] Der durch ihn bis dahin genutzte PC sollte nicht weiter genutzt werden.“

Gerade wenn der bis dahin genutzte PC nicht weiterverwendet werden hätte sollen, hätte ein Austausch stattfinden müssen – damit Toni Stadler der alte PC eben nicht mehr zur Verfügung steht. Stattdessen war allerdings ausdrücklich vorgesehen, dass der neue PC „nach entsprechender Verwendung“ von der Quelle an die Behörde zurückzugeben sei. Die Argumentation des Innenministeriums und seiner Verfassungsschutz-Abteilung ist daher nicht schlüssig, sogar widersprüchlich und wirkt daher konstruiert. Im Ergebnis ist davon auszugehen, dass der V-Mann den Verfassungsschutz-Computer sehr wohl als „Durchsuchungsfutter“ erhalten hat. Nur der Unprofessionalität des Brandenburger Nachrichtendienstes ist es zu verdanken, dass nicht einmal darauf geachtet wurde, ob der Rechner zu Monitor und Drucker passt – dadurch ist der PC bereits bei der Durchsuchung als merkwürdig aufgefallen, so dass die Polizei einen „Anfasser“ für entsprechende Ermittlungen hatte.

Einen Hinweis für weitergehende Ermittlungen hätte die Staatsanwaltschaft Cottbus der Stellungnahme des Innenministeriums vom 08.08.2003 entnehmen können:

„Die Übergabe des PC war vom Beschuldigten [Dirk Bartok] im dienstlichen Rahmen abgestimmt und auf Referatsleitererebene auch angeordnet worden.“

Dies hätte der Anlass sein müssen, auch einen Anfangsverdacht wegen Strafvereitelung gegen den Leiter des Beschaffungsreferats, Peter Giebler, zu prüfen.

b. Umgang mit polizeilichen Ermittlungsverfahren gegen den V-Mann

Das Innenministerium behauptet in seiner Stellungnahme vom 08.08.2003:

„Die Verfassungsschutzbehörde hat zu keinem Zeitpunkt Einfluss auf Ermittlungsverfahren gegen den früheren V-Mann genommen. Dazu ist aus Sicht meiner Behörde insbesondere anzumerken, dass der Beschuldigte [Dirk Bartok] nicht über den Verlauf der Ermittlungen informiert war. Ausdrücklich wird darauf verwiesen, dass der Beschuldigte nicht an dem besagten maßgeblichen Gespräch am 18. Oktober 2001 teilgenommen hat. Die Behauptung, mit der Kenntnis der Verfassungsschutzbehörde sei auch der Beschuldigte umfassend über Ermittlungen unterrichtet gewesen, trifft nicht zu, zumal das Wissen einer Behörde im strafrechtlichen Sinne nicht als Wissen eines jeden Beschäftigten unterstellt werden können dürfte. Die Staatsanwaltschaft unterstellt insoweit unzutreffend, dass eine von leitenden Bediensteten vertraulich erlangte Information – hier das Ergebnis des Gesprächs im LKA – zwangsläufig an einen V-Mann-Führer weitergegeben worden sein müsse. Dies trifft nicht zu. Der Beschuldigte ist durch seine Vorgesetzten nicht über das Ermittlungsverfahren als solches, geschweige denn, dessen Details unterrichtet worden.“

Dieser Darstellung widersprechen mittelbar zahlreiche Vermerke in den Verfassungsschutzakten, aus denen der Modus Operandi des Nachrichtendienstes hervorgeht. In einem Treffvermerk vom 08.02.2001 hat der V-Mann-Führer beispielsweise angemerkt, dass am 16.01.2001 von der Staatsanwaltschaft Halle ein Ermittlungsverfahren gegen Quelle eröffnet worden sei – wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Volksverhetzung und Gewaltdarstellung. Ausschlaggebend seien beschlagnahmte CDs der Band „Extrem Hatred“. Das Verfahren sei an das LKA Brandenburg abgegeben worden.

Diesbezüglich wusste der V-Mann-Führer also ziemlich detailliert über ein Ermittlungsverfahren gegen seinen V-Mann Bescheid. Aufhorchen lässt außerdem der weitere Inhalt des Treffvermerks vom 08.02.2001 über ein Treffen vom 06.02.2001 (am selben Tag kam es übrigens zu einem Geheimnisverrat

des V-Mannes Christian K., den der Untersuchungsausschuss im „NaBe“-Komplex behandelt hat):

„Quelle wurde in diesem Zusammenhang zugesichert, Informationen über den aktuellen Stand des Verfahrens umgehend an sie weiterzugeben.“

Neben dem Hinweis auf das Verfahren aus Halle hat Verfassungsschutz-Leiter Heiner Wegesin in einer handschriftlichen Anmerkung folgenden Auftrag erteilt:

„Bitte in der Staatsschutz-Abt. d. LKA d. zuständigen Sachbearbeiter u. d. zu. Staatsanwalt erfragen, dann Rü. bei mir.“

Der Verfassungsschutz-Leiter wollte demnach auf Polizei und Staatsanwaltschaft einwirken.

In einem Treffvermerk vom 28.02.2001 geht der V-Mann-Führer erneut auf das Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Halle gegen die Quelle ein:

„Bereits Anfang Februar 2001 wurde durch VMF um Klärung dieses Sachverhaltes gebeten. Bis zum heutigen Tag liegen hier keinerlei Informationen vor, ob ggf. Absprachen hinsichtlich der weiteren Verfahrensweise mit der Staatsanwaltschaft in Halle bzw. dem LKA in Basdorf getroffen wurden oder überhaupt getroffen wurden oder überhaupt getroffen werden sollen. In diesem Zusammenhang wird nochmals dringend um Klärung des Sachverhaltes gebeten.“

Darunter hat Heiner Wegesin auf seinen Auftrag vom 08.02.2001 verweisen:

„Wo bleibt der aktuelle Sachstand d. Verfahren, damit ich an geeigneter Stelle intervenieren kann? Die Erhebung von Aktenzeichen und Zuständigkeiten bei mögl. Ermittlungsverfahren einer Quelle ist wohl kaum meine Aufgabe. [...] Merke: Der AL [Abteilungsleiter] hilft gerne, aber etwas zielführende Vorarbeit sollte schon sein!“

Diese Vermerke lassen erkennen, dass der Verfassungsschutz systematisch Informationen zu Ermittlungsverfahren seines V-Mannes erhoben hat – aber nicht etwa zur Kontrolle des V-Mannes, sondern ausdrücklich, um „an geeigneter Stelle zu intervenieren“. Es wird deutlich, dass Absprachen mit Staatsanwaltschaft und der Polizei zum Geschäft des Verfassungsschutzes gehörten. Und es geht aus den Akten hervor, dass die Quelle grundsätzlich mit Informationen zu den Ermittlungsverfahren auf dem Laufenden gehalten wurde.

Noch ein weiteres Beispiel – in einem Treffvermerk vom 12.04.2001 ist festgehalten:

„Weiterhin war hier im Zuge des Informationsaustauschs mit der Polizei bekannt geworden, daß gegen die Quelle derzeit zwei Ermittlungsverfahren anhängig sind (siehe Anlage). Gemäß der vorherigen Absprache mit V/5.1 wurde die Quelle von diesem Sachverhalt in Kenntnis gesetzt.“

Der damalige V/5.1 – Peter Giebler – hat diese „Absprache“ in einem handschriftlichen Vermerk vom 03.05.2001 in Abrede gestellt:

„Ich habe dem VMF lediglich den Hinweis gegeben, die Quelle ‚in geeigneter Weise‘ auf mögliche polizeiliche Maßnahmen hinzuweisen.“

Darunter findet sich eine handschriftliche Anmerkung vom 10.05.2001, wonach „Quelle natürlich in geeigneter Weise über evtl. pol. Maßnahmen unterrichtet wurde“. Und weiter:

„Dass keine spezifische Sachverhalte an die Quelle weitergegeben wurden, versteht sich von selbst.“

In Anbetracht dessen, welche Verfassungsschutz-Interna Toni Stadler in seinen Berliner Vernehmungen im Sommer 2002 zum Besten gegeben hat, erscheint die Anmerkung zweifelhaft, dass es „sich von selbst versteht“, dass „keine spezifischen Sachverhalte an die Quelle weitergegeben wurden“. Wie im Falle des Geheimnisverrats im „NaBe“-Komplex steht – wohlwollend betrachtet

– der Verdacht eines Missverständnisses zwischen Beschaffungs-Leiter Peter Giebler und einem V-Mann-Führer im Raum, was den Umfang eine V-Mann-Warnung betrifft. Doch nach dem Geheimnisverrat des V-Mannes Christian K. vom 06.02.2001 (vgl. „NaBe“-Komplex) hätte Referatsleiter Giebler sensibilisiert sein und auf besondere Klarheit seiner Anweisungen achten müssen. Es ist daher zu befürchten, dass es beim Brandenburger Verfassungsschutz damals schlicht üblich war, V-Leute weitgehend vor der Polizei zu warnen – und dies lediglich nicht aktenkundig gemacht werden sollte. Wie glaubhaft die Korrektur des Treffvermerks ist, kann aber im Kontext der ministerialen Stellungnahme vom 08.08.2003 auch dahingestellt bleiben. Denn diese Vermerke belegen jedenfalls, dass der V-Mann-Führer umfangreich über Ermittlungsverfahren gegen seinen V-Mann unterrichtet war. Und warum soll das ausgerechnet im Herbst 2001 bezüglich des Ermittlungsverfahrens, auf welches das Innenministerium Bezug genommen hat, anders gewesen sein?

Aufschlussreich ist diesbezüglich noch ein weiterer Vorgang. Wenige Tage vor der Durchsuchungsaktion der Berliner Strafverfolger gegen Toni Stadler fand am 17.07.2002 nochmal ein Treffen mit seinem V-Mann-Führer statt. Dieser vermerkte am 18.07.2002:

„Quelle wurde eindringlich, auch unter Berücksichtigung des derzeit noch anhängigen Ermittlungsverfahrens gegen sie, dahingehend belehrt, derartige indizierte oder verbotene Produktionen durch das neu gegründete Label zu unterlassen. Sollte die Quelle den Empfehlungen des VMF [V-Mann-Führers] nicht folgen, könnte im Falle der Entstehung weiterer Ermittlungsverfahren gegen die Quelle eine Hilfestellung hiesiger Behörde ggf. nicht erfolgen.“

Dieser Vermerk belegt, dass der Verfassungsschutz seinem V-Mann Toni Stadler im Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Cottbus Hilfestellung gewährt hat. Nur so macht die Ansage Sinn, dass bei weiteren Ermittlungsverfahren gegebenenfalls keine Hilfestellung mehr erfolgen könne.

c. Warnung vor polizeilichen Exekutivmaßnahmen

Das Innenministerium schrieb am 08.08.2003 in seiner Stellungnahme an die Staatsanwaltschaft Cottbus, dass der beschuldigte V-Mann-Führer von seinen Vorgesetzten nicht angewiesen worden sei, den V-Mann über ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Cottbus zu informieren:

„Vielmehr wurde er angewiesen, strenger auf Stadler einzuwirken, sein persönliches Lebensumfeld frei von strafrechtsrelevanten Szenedevotionalien zu halten. Die Aufforderung an einen V-Mann, die Wohnung sauber zu halten, ist ein üblicherweise angewandtes Führungsmittel, das darauf abzielt, den V-Mann von der Begehung von Straftaten fernzuhalten. Es handelt sich dabei nicht um eine Aufforderung, strafrechtlich relevantes Material verschwinden zu lassen, sondern vielmehr um die Aufforderung, solches Material gar nicht erst in Besitz zu nehmen oder für andere aufzubewahren.“

Auch diesbezüglich finden sich in den Akten gegenteilige Angaben. Als da wäre ein Treffvermerk vom 26.09.2001, der allerdings nicht von Dirk Bartok unterzeichnet ist. Der Name des Unterzeichners beginnt mit „G“ und ist ansonsten geschwärzt. Es könnte sich um Dieter Borchert handeln, den V-Mann-Führer von Carsten Szczepanski, der auch an der Quellen-Führung von Toni Stadler beteiligt war. In dem Vermerk heißt es:

„Im Laufe des Treffs wurde die Quelle erneut gebeten, vorsorglich strafrechtlich relevante Materialien aus ihrer Wohnung und den von ihr angemieteten Geschäftsräumen auszulagern.“

Aus dieser Formulierung geht hervor, dass der V-Mann-Führer weiß oder zumindest davon ausgeht, dass in der Wohnung und in den Geschäftsräumen von Toni Stadler strafrechtlich relevante Materialien sind. Indem er dazu auffordert, diese „auszulagern“ fordert er exakt dazu auf, was das Innenministerium bestreitet – nämlich strafrechtlich relevantes Material verschwinden zu lassen. Es geht also gerade nicht darum, den V-Mann zu strafrechtlich unproblematischem Verhalten anzuleiten.

d. Der Bunker – ein konspiratives Warenlager

Die Berliner Staatsanwaltschaft hat ein konspiratives Lager des V-Mannes ermittelt – einen so genannten „Bunker“. Ausweislich des Durchsuchungsprotokolls sind dort massenhaft CDs, Booklets und weitere Artikel sichergestellt worden. Toni Stadler schätzte vor dem Untersuchungsausschuss, dass dort zwischen 2000 und 4000 CDs lagerten.

Das Innenministerium nahm bezüglich dieses Lagers am 08.08.2003 wie folgt Stellung:

„Der Beschuldigte [Dirk Bartok] hatte jedoch keine Kenntnis über das Lager. Er konnte deshalb auch keine Zusicherung im Hinblick auf die Frage der Sicherheit eines Lagers abgeben. Der Beschuldigte hat weder zur Anlage des Lagers geraten noch dazu aufgefordert.“

Ob der V-Mann-Führer das Lager kannte, konnte der Untersuchungsausschuss nicht klären. Das ist allerdings auch nur zweitrangig. Aus den Treffberichten geht zweifelsfrei hervor, dass Dirk Bartok wusste, dass Toni Stadler mit strafbaren Tonträgern in vierstelliger Stückzahl handelte. Beispielfhaft erinnert sei an die CD der Band „Ethnic Cleansing“ und natürlich an die CD der „White Aryan Rebels“. Wenn ein V-Mann-Führer einem in dieser Weise geschäftstüchtigen V-Mann ständig sagt, er solle seine Wohnung und seine Geschäftsräume von strafbaren oder gar rechtsextremistischen Devotionalien freihalten, dann ergibt es sich aus logischen Gründen, dass dieser V-Mann ein konspiratives Lager benötigt. Der Ratschlag, Wohnung und Geschäftsräume entsprechend sauber zu halten, kommt daher der Aufforderung gleich, ein konspiratives Lager einzurichten.

e. Der Umfang der Straftaten von Toni Stadler

Das Innenministerium schrieb in seiner Stellungnahme vom 08.08.2003:

„Unerwähnt bleiben soll darüber hinaus auch nicht, dass der Beschuldigte keine Kenntnis vom Umfang der durch Toni Stadler begangenen Straftaten hatte, da Toni Stadler seinen V-Mann-Führer nicht über seine sämtlichen Aktivitäten in Kenntnis setzte.“

Dass Toni Stadler den Verfassungsschutz nicht vollumfänglich über seine Neonazi-Geschäfte unterrichtet hat, steht außer Frage – das hat der ehemalige V-Mann vor dem Untersuchungsausschuss auch offen zugegeben. Fakt ist aber, dass er seinem V-Mann-Führer über Geschäfte mit strafbaren CDs in vierstelliger Stückzahl berichtet hat. Und dieser V-Mann-Führer versuchte ihn ausweislich seiner Treffvermerke sprachlich nur sehr vorsichtig, von diesen Geschäften abzuhalten. Auch an dieser Stelle sei auf die CD der Band „Ethnic Cleansing“ verwiesen, bezüglich der Toni Stadler den Rat bekam, er möge die Hakenkreuze auf dem Cover schwärzen – was an den vertonten Mordaufrufen auf der CD freilich nichts änderte.

Soweit der V-Mann-Führer also Toni Stadler vor Ermittlungen warnte oder auf drohende Durchsuchungsmaßnahmen aufmerksam machte, konterkarierte er folglich die Anstrengungen der Strafverfolgungsbehörden. Und ein solches Handeln wird gemeinhin als Strafvereitelung bezeichnet.

C. Die Einstellung des V-Mann-Führer-Verfahrens

Die Stellungnahme des Innenministeriums wurde in einer Dienstbesprechung von Vertretern der Generalstaatsanwaltschaft und der Staatsanwaltschaft Cottbus am 15.11.2003 als „weitgehend nicht überzeugend“ bewertet. Es bestand Einigkeit darin, dass der Tatverdacht gegen den Beschuldigten fortbesteht. Die Stellungnahme des Innenministeriums wurde jedoch als Anlass für weitere Ermittlungen gesehen.

Zu einer weitgehenden Unterstützung der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen durch den Verfassungsschutz kam es – wenn überhaupt – erst am 09.01.2004. Erst zu diesem späten Zeitpunkt bekam die Staatsanwaltschaft sechs Aktenordner des Verfassungsschutzes, welche die Führung des V-Mannes Toni Stadler betrafen. Sofern es sich um die komplette V-Mann-Akte gehandelt hat, hätte die Staatsanwaltschaft – wie jetzt der Untersuchungsausschuss – feststellen können, was der V-Mann-Führer wusste, wie er mit den illegalen Geschäften seines V-Mannes umging und wie die Informationspolitik gegenüber dem V-Mann bezüglich Strafverfolgungsmaßnahmen aussah.

Die Staatsanwaltschaft Cottbus kam jedoch zu dem Ergebnis, dass das Verfahren gegen den V-Mann-Führer eingestellt werden kann – sogar ohne Geld-Auflage, wie ursprünglich vorgeschlagen. Die Einstellung erfolgte auf Grundlage des § 153 der Strafprozessordnung, der das „Absehen von einer Verfolgung bei Geringfügigkeit“ regelt. Der Oberstaatsanwalt Günther Oehme kommentierte das als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuss in fatalistisch wirkender Weise:

*„Ich kann Ihnen nur so viel sagen, dass ich seinerzeit, als ich als
Abteilungsleiter noch zuständig war, auch mit dem Herrn Malek schon diese
Überlegung im Ansatz generiert habe: Das Verfahren wird irgendwann mal
eingetütet, wahrscheinlich mit einem § 153.“*

Aufschlussreich erscheint in diesem Zusammenhang ein Vermerk vom 11.09.2002, den der Abteilungsleiter Dr. Michael Lemke aus dem Brandenburger Justizministerium verfasst hat:

*„Entgegen dem gestern durch eine Vorlage der Abt. III hervorgerufenen
Eindruck hat Dr. Rautenberg [der Generalstaatsanwalt in Brandenburg]
mitgeteilt, das Verfahren sei noch nicht abgetrennt, also auch noch nicht an
die StA [Staatsanwaltschaft] Cottbus abgegeben. Es werde aber nach seiner
Rücksprache mit GStA [Generalstaatsanwalt] Neumann in Berlin, über die er
auch berichtet hat, so verfahren werden. Hindernisse gebe es insoweit nicht.
[...] Nach Eingang der Vorgänge bei der StA Cottbus und deren Durchsicht bei
der StA werde LOStA [Leitender Oberstaatsanwalt] Robineck bei der GStA*

[Generalstaatsanwaltschaft] in Brandenburg seine weiteren Absichten vortragen. Er sei bereits angewiesen, ein besonderes Augenmerk der Möglichkeit einer Einstellung nach Opportunitätsgesichtspunkten zu widmen.“

Das bedeutet, dass noch vor der Abgabe des V-Mann-Führer-Verfahrens an die Staatsanwaltschaft Cottbus der dortige Leitende Oberstaatsanwalt angewiesen wurde, ein besonderes Augenmerk auf eine mögliche Einstellung zu richten – in Erwartung der auf politischem Wege durchgesetzten Abtrennung des V-Mann-Führer-Verfahrens in Berlin.

Der Berliner Oberstaatsanwalt Heinke merkte vor dem Untersuchungsausschuss an:

„Die Anwendung des Opportunitätsprinzips in diesem Fall fand ich schon damals unsäglich. [...] Es ist schon damals unsäglich gewesen, hier 153 oder 153a anzuwenden - StPO [Strafprozessordnung] meine ich. Mehr kann ich dazu eigentlich nicht sagen.“

Auf die Frage der bündnisgrünen Obfrau Ursula Nonnemacher, ob ein Leitender Oberstaatsanwalt Handlungsspielräume habe und gegebenenfalls welche, wenn er die Anweisung bekomme, ein besonderes Augenmerk auf das Opportunitätsprinzip zu richten, antwortete der Zeuge Heinke:

„Theoretisch ja. Praktisch kommt es darauf an, wie das Verhältnis zum Ministerium ist. Also, wissen Sie, ich will mal so sagen: Ein Leitender Oberstaatsanwalt ist kein Ermittler in dem Sinne, sondern der schwebt über den Dingen.

Insofern ist natürlich fraglich, ob - wenn das Ministerium sagt: Prüft mal das oder prüft mal das - der dann sagt: Nein, das machen wir nicht. - Das wäre ungewöhnlich. [...]

Also Möglichkeiten hat ein Leitender Oberstaatsanwalt. In Rechtssachen können Staatsanwälte auch nicht angewiesen werden. Das funktioniert dann mittelbar, indem das Verfahren dann einfach jemand anders gegeben wird, der da williger ist.“

Auf Nachfrage, ob der Berliner Staatsanwaltschaft eine solche Einstellung in den Sinn gekommen wäre, wenn das Verfahren dort verblieben wäre, sagte Heinke:

„Nee. Im Gegenteil. Nach meiner Erinnerung war es so, dass Frau Mendrina beide zusammen anklagen wollte.“

Die Cottbuser Staatsanwaltschaft berichtete dem Justizministerium im September 2004, dass ein hinreichender Tatverdacht wegen einer versuchten Strafvereitelung gegen den Beschuldigten bestehe. Außerdem wurde auf den Treffvermerk vom 10.04.2001 verwiesen. Darin hat der V-Mann-Führer vermerkt, dass er seinen V-Mann darüber informiert habe, dass zwei Ermittlungsverfahren gegen ihn anhängig sind. Damit dürfte Dirk Bartok – so schrieb die Staatsanwaltschaft – auch den Tatbestand des § 353b des Strafgesetzbuchs verwirklicht haben. Dieser regelt die „Verletzung des Dienstgeheimnisses und einer besonderen Geheimhaltungspflicht“. Allerdings „fehlt es insoweit noch an der Ermächtigung der hier zuständigen Obersten Landesbehörde als Voraussetzung der Strafverfolgung“ – die Staatsanwaltschaft hat aber nicht einmal versucht, die Strafverfolgungsermächtigung des Innenministeriums einzuholen. Weil sie das Verfahren gegen den V-Mann-Führer einstellen wollte.

Dabei scheint Dirk Bartok seinem V-Mann umfänglich Verfassungsschutz-Internas weitergegeben zu haben. Über die Operation bezüglich der geplanten Produktion einer zweiten Auflage der CD „Noten des Hasses“ berichtete Toni Stadler in einer Zeugenvernehmung vom 14.08.2002 gegenüber dem LKA Sachsen:

*„Nach ca. einem Monat wurde mir gesagt, dass die Ämter für Verfassungsschutz sich untereinander abgesprochen hatten und diese den Produktionsweg kontrolliert verfolgen lassen wollten. Ich sollte die Informationen hierzu liefern.
Es war geplant, die 2.000 CDs an der Grenze Österreich/Deutschland beschlagnahmen zu lassen, um der Szene einen finanziellen und ideologischen Schaden zuzufügen. Um meine Zusammenarbeit geheim zu halten, sollte ich aber aus der Strafverfolgung rausgehalten werden. So war es mit Bartok abgesprochen.“*

In einer Vernehmung des LKA Berlin sagte Stadler am 28.08.2002 zur selben Operation:

„Soweit wie ich weiß, sollten die Verfassungsschützer der beteiligten Bundesländer und des BfV informiert werden. Dirk erzählte mir nach einem Treffen, dass nach Aussage eines anderen LfV's, evtl. Thüringen oder Sachsen, die Sache eingestellt werden sollte, da es zu brisant ist. Der WEGESIN soll sich dagegen ausgesprochen haben, da es sich um eine professionelle Arbeit handelt und keine Gefahr besteht.“

Mit solchen Aussagen des ehemaligen V-Mannes konfrontiert, sagte der ehemalige Verfassungsschutz-Leiter Wegesin vor dem Untersuchungsausschuss:

„Wenn Stadler in diesem Umfang über mögliche Maßnahmen - ich will das gar nicht ausschließen - der Verfassungsschutzbehörden, der Sicherheitsbehörden unterrichtet war, dann durfte das nicht sein, weil natürlich einer Quelle, auch wenn sie arbeitsteilig eingebunden ist - ich habe ja eben sehr grundsätzlich dazu gesagt, dass wir uns da offenkundig überhoben haben, in bester Absicht - - Eine Quelle hat nur in dem Umfang Informationen über beabsichtigte sicherheitsbehördliche Maßnahmen zu bekommen, als sie sich dann verantwortlich und rollenkonform verhalten kann. Wenn in der Tat derartige Strukturinformationen, was die Verfassungsschutzbehörden ermittlungstaktisch vorhatten und insbesondere welche Zugriffsmöglichkeiten dann selbstverständlich nicht durch die Verfassungsschutzbehörden, sondern durch die solchermaßen unterrichteten Polizeibehörden und sonstigen Strafverfolgungsbehörden passierten - - Das darf nicht sein. Eine Quelle darf nicht wissen, wann und wie ein Zugriff stattfindet. Die Gefahr, dass sie das durchsticht, nicht bei sich behalten kann oder eine solche Aktion schlicht und einfach - ich nenne es mal umgangssprachlich - vermässelt, ist viel zu groß.“

Die Staatsanwaltschaft Cottbus kam jedoch zu dem Ergebnis, dass „das Maß der hypothetischen Schuld“ des V-Mann-Führers deutlich geringer sei, als zunächst angenommen und das Verfahren daher ohne Auflagen vorläufig eingestellt werden könne. Sie hielt Dirk Bartok zugute, dass er die überdurchschnittlich wichtige Quelle

des Verfassungsschutzes habe schützen wollen, um weiterhin Informationen aus der rechtsextremistischen Szene zu erhalten:

„Auch wenn der Beschuldigte dabei die Grenze zum strafbaren Handeln deutlich überschritten hat, kann unterstellt werden, dass sein Handeln gleichwohl von dem Bemühen getragen war, als Mitarbeiter des LfV verfassungsfeindliche Bestrebungen aufzudecken und abzuwehren. Dies vermag sein Handeln zwar nicht zu rechtfertigen [...], verringert aber doch das Maß seiner individuellen Schuld nicht unerheblich, wobei auch zu berücksichtigen ist, dass sich die Arbeit von Verfassungsschutzbehörden - will sie erfolgreich sein - nicht selten in einer rechtlichen Grauzone bewegt.“

Diese wohlwollende Sichtweise ist nicht nachvollziehbar. Wer über rund zwei Jahre hinweg einen V-Mann führt, der in vierstelligen Stückzahlen strafbare Tonträger vertreibt, zu dessen Gunsten kann nicht angenommen werden, dass er vom Bestreben getrieben war, verfassungsfeindliche Bestrebungen aufzudecken und abzuwehren. Schon gar nicht, wenn er weiß, dass sich der V-Mann nur bedingt an seine Weisungen hält und er trotzdem dazu beiträgt, dass der V-Mann vor Strafverfolgung verschont bleibt. Zum Vergleich: Die Berliner Staatsanwaltschaft hatte nach Aussage der Zeugin Mendrina aufgrund des Telefonkontakts zwischen Bartok und Stadler sogar diskutiert, ob das bei dem V-Mann-Führer nur eine Strafvereitelung im Amt oder möglicherweise schon eine Mittäterschaft ist.

Was die Beteiligung des V-Mann-Führers an Propagandadelikten des Stadler betrifft (Verbreitung von CDs mit volksverhetzendem Inhalt und Hakenkreuz-Abbildungen), meinte die Staatsanwaltschaft, dass sie einen Verbotsirrtum nicht ausschließen könne. Demnach konnte Dirk Bartok insoweit kein strafrechtlicher Vorwurf gemacht werden, weil Verfassungsschutzbehörden bis dahin die unzutreffende Rechtsauffassung vertreten haben, dass Propagandadelikte im Dienste des Verfassungsschutzes unter die Sozialadäquanzklausel (§ 86, Absatz 3, Strafgesetzbuch) fallen.

Auch diese Bewertung der Staatsanwaltschaft überzeugt nicht. Die Verbreitung von Mordaufrufen auf CDs in vierstelliger Stückzahl kann niemals im Sinne des Verfassungsschutzes im institutionellen und schon gar nicht im wörtlichen Sinne sein. Man könnte auch zu dem Ergebnis kommen, dass ein Beamter bei so einem Behördenhandeln eine Remonstrationspflicht hat – er also entsprechenden Aufträgen seiner Vorgesetzten widersprechen muss.

Hinzu kommt, dass den Akten des Brandenburger Verfassungsschutzes nicht zu entnehmen ist, dass der § 86, Absatz 3, des Strafgesetzbuchs vor dem V-Mann-Führer-Verfahren behördenintern ein Thema gewesen wäre. Es finden sich jedenfalls keine rechtlichen Abwägungen, in denen auf die Sozialadäquanzklausel Bezug genommen worden wäre. Insofern gibt es eben gerade keine Hinweise darauf, dass der V-Mann-Führer einem Verbotsirrtum unterliegen könnte. Das gilt aber selbstverständlich auch für seine Vorgesetzten.

Umgekehrt gibt es sogar einen Beleg dafür, dass der Verfassungsschutz eben nicht davon ausgegangen ist, dass im Sinne der Sozialadäquanzklausel der Zweck die Mittel heiligt. So steht im Treffvermerk vom 23.05.2002, in dem es darum geht, wie das Geld für die zweite Auflage der CD „Noten des Hasses“ vom V-Mann zum eigentlichen Produzenten gelangen soll:

„Die ursprüngliche Strategie sah vor, durch eine Übergabe des Geldes von der Quelle an den hier bekannten Musikproduzenten Tom [Thomas] P. den Zeitpunkt der Produktion der CD zu bestimmen. Im weiteren Verlauf war geplant das Geld unter Beteiligung der Quelle an das Mitglied der ‚Blood & Honour‘-Division Slowakei, Marek Nnu. [Nachname unbekannt], übergeben werden (sic!).

Auf diese Weise war beabsichtigt Erkenntnisse über Produktion- und Vertriebsstrukturen von CDs mit rechtsextremistischem Inhalt zu gewinnen.

Da dieses Vorgehen strafrechtlich relevant gewesen wäre, wurde diese Planung geändert:

Die Quelle soll nun den o. g. Geldbetrag in Höhe von 1.970 Euro an Lars B. zurückgegeben werden. Eine entsprechende Legende soll bei dem nächsten Treff mit der Quelle ‚Barte‘ besprochen werden.“

Da die ursprüngliche Strategie ausdrücklich vorsah, Erkenntnisse über Produktions- und Vertriebsstrukturen von CDs mit rechtsextremistischem Inhalt zu gewinnen, hätte sie – nach der angeblichen beim Verfassungsschutz vorherrschenden Rechtsauffassung – von der Sozialadäquanzklausel gedeckt sein müssen. Zu diesem Ergebnis kam der Brandenburger Verfassungsschutz aber nachweisbar nicht. Daher ist davon auszugehen, dass die fehlerhafte Auslegung des § 86, Absatz 3, des Strafgesetzbuchs erst nachträglich als Möglichkeit entdeckt und genutzt wurde, um einen angeblichen Verbotsirrtum zu konstruieren. Mit Erfolg.

Der Cottbuser Oberstaatsanwalt Gernot Bantleon sagte als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuss in Bezug auf das Handeln des V-Mann-Führers:

„Das Fernziel war durchaus aner kennenswert.“

Die Staatsanwaltschaft hat bei ihrer rechtlichen Würdigung auch nicht berücksichtigt, dass es Aufgabe der Polizei und nicht der Verfassungsschutzbehörde ist, den Herstellern von illegalen Neonazi-CDs das Handwerk zu legen. Damit erledigt sich das hehre Ziel, dass der Verfassungsschutz verfolgt haben will, als juristisches Abwägungskriterium für den Nachrichtendienst. Denn der Verfassungsschutz ist nur für die Beobachtung verfassungsfeindlicher Bestrebungen und nicht für die Strafverfolgung zuständig. Dass es ein reiner Beobachtungsauftrag aber unter gar keinen Umständen rechtfertigen kann, dass ein V-Mann rund zwei Jahre lang in großem Stile mit strafrechtlich relevanter Hassmusik handelt, ist selbsterklärend.

Nicht einmal der Verfassungsschutz scheint von seiner Rechtsauffassung überzeugt gewesen zu sein. Denn Abteilungsleiter Michael Lemke aus dem

Justizministerium vermerkte am 24.02.2002 zutreffend bezüglich des Streits um die Auslegung der Sozialadäquanzklausel:

„Nützlich wäre es gewesen, den derzeit bestehenden Streit ggf. dadurch zur Entscheidung zu bringen, dass dem durch das LG Berlin verurteilte V-Mann Toni S. Unterstützung für ein Rechtsmittel gegen seine Verurteilung, das unmittelbar zum BGH geführt hätte, gewährt worden wäre. Dies wäre der nächstliegende Weg gewesen, die Auffassung des Innenministeriums auf den Prüfstand eines Obergerichts zu stellen. Dass dies nicht angestrebt worden ist, relativiert den stets vermittelten Eindruck der Sicherheit der Innenseite in ihrer Beurteilung des grundsätzlich bestehenden Rechts des V-Mannes, unter bestimmten Voraussetzungen auch Straftaten zu begehen.“

Obendrein war während der V-Mann-Zeit von Toni Stadler nicht erkennbar, dass die Verfassungsschutzbehörde die Erkenntnisse aus dem illegalen Handel umfangreich genutzt hätte, um sie an Strafverfolgungsbehörden weiterzugeben. Zwar steht in einem Verfassungsschutz-Vermerk vom 13.08.2002 unter anderem, dass „der Leiter der Brandenburger Verfassungsschutzbehörde den ermittelnden Staatsanwalt in Berlin“ nach Medienberichten im April 2001 „darüber informierte, dass erste operative (sic!) Erkenntnisse über die Zusammensetzung der Band ‚White Aryan Rebels‘, den Texter und den Produzenten der Lieder, Lars B., und über die Vertriebswege vorliegen. In den Ermittlungsakten der Berliner Staatsanwaltschaft finden sich diese Informationen jedoch nicht. Feststellbar ist nur ein Behördenzeugnis des Berliner Verfassungsschutzes vom 30.04.2001, wonach Lars B. Mitglied der Musikgruppe sei. Mehr Informationen enthält es nicht.

Selbst wenn diese Information auf eine weitergeleitete Deckblattmeldung des Brandenburger Verfassungsschutzes zurückgehen sollte, wäre das zu wenig. Denn seit Januar 2001 hatte der Brandenburger Verfassungsschutz die CD „Noten des Hasses“ dieser Band vorliegen, bezüglich der die Staatsanwaltschaft Berlin ungefähr seit Weihnachten 2001 ermittelte. Nach Aussage der Staatsanwältin Mendrina musste das Verfahren mangels

Vorliegens einer CD eingestellt werden – einer CD, welche der V-Mann aus Brandenburg in vierstelliger Zahl vertrieben hatte.

D. Das Dilemma des Verfassungsschutz-Falles „Toni Stadler“

„Das war ein veritabler Verfassungsschutzskandal.“ Zu diesem Ergebnis kam der damalige Verfassungsschutz-Leiter Heiner Wegesin selbst, als er vor dem Untersuchungsausschuss aussagte. Er hatte während des V-Mann-Führer Verfahrens aber die volle Unterstützung der politischen Führung im Innenministerium. Nur dadurch konnte der politische Druck aufgebaut werden, der letztlich zur Einstellung des V-Mann-Führer-Verfahrens führte. Dass es im Innenministerium keine Kontrollmechanismen gab, die das rechtsstaatswidrige Vorgehen des Innenministeriums verhindert haben, ist erschütternd. Dass das Vertuschungsbestreben über das als selbstverständlich zu erwartende Aufklärungsbestreben gesiegt hat, macht den Vorgang zu einem Skandal des Innenministeriums. Und dass die Staatsanwaltschaft Cottbus – auf Druck des Justizministeriums – keinen der Verantwortlichen dieses Skandals angeklagt hat, macht den Vorgang auch zu einem Justizskandal.

Die bündnisgrüne Fraktion erkennt nicht, dass das Landgericht Cottbus der Einstellung des V-Mann-Führer-Verfahrens zugestimmt hat und ein Gericht keinerlei politischer Weisungsbefugnis untersteht. Aber die Zustimmung erfolgte natürlich auf Basis der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsergebnisse.

Und selbst wenn man zu der Überzeugung gelangen würde, dass sich der V-Mann-Führer nicht strafbar gemacht hat ... – dann müssen Vorgesetzte für den Skandal verantwortlich sein. Aus den Akten ergibt sich durchaus, was Referatsleiter Peter Giebler und Abteilungsleiter Heiner Wegesin gewusst, abgezeichnet, beauftragt und entschieden haben. Ihre Rolle hätte ausermittelt werden müssen – und am Ende des Ermittlungsverfahrens hätte es in Anbetracht der Bedeutung dieses Falles einem Gericht vorbehalten sein müssen, am Ende eines Prozesses ein Urteil zu fällen.

III. Der Themenkomplex „Nationale Bewegung“ (NaBe)

„Die Nationale Bewegung“ ist bis heute ein Phantom. Obwohl sie sich in den Jahren 2000 und 2001 insgesamt zu 15 Propagandadelikten, Drohbriefen und Brandanschlägen im Raum Potsdam bekannt hat, konnte kein Mitglied beziehungsweise kein Täter ermittelt werden.

Als „Die Nationale Bewegung“ nach dem ersten Brandanschlag im Herbst 2001 unter Terrorverdacht geriet, gingen der Brandenburger Verfassungsschutz und das Innenministerium medial in die Offensive. Ihre Botschaft: Die Nationale Bewegung“ habe mit Rechtsterrorismus nichts zu tun, das sei abwegig. Diese These war derart kühn, dass sogar das Bundesamt für Verfassungsschutz widersprach. Auch der Generalbundesanwalt teilte schließlich den Terrorverdacht und übernahm am 12.01.2001 das Verfahren.

Derweil vertrat der Landes-Verfassungsschutz eine weitere These: Es könnten Nachahmungstäter eine Rolle spielen. Militante Rechtsextremisten verüben Brandanschläge als Nachahmungstäter von Transparent-Sprayern?

Als der Generalbundesanwalt den Fall übernommen hatte, war damit zu rechnen, dass die „NaBe“-Mitglieder alsbald ermittelt und angeklagt würden. Just in dieser Situation präsentierte der Landes-Verfassungsschutz am 30.01.2001 einen Rechtsextremisten, der mit „an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit“ an dem Brandanschlag auf den jüdischen Friedhof in Potsdam am 08.01.2001 beteiligt gewesen sei. Das war die Tat, die den Generalbundesanwalt zum Eingreifen bewegt hatte.

Doch falscher Alarm! Den genannten Wahrscheinlichkeitsgrad gab die zugrundeliegende V-Mann-Meldung auch gar nicht her, wie der federführende Bundesanwalt zwei Monate später feststellte, nachdem er vergeblich ermittelt und schließlich den V-Mann vernommen hatte. Der Verfassungsschutz-Leiter hatte mit seinem Behördenzeugnis mindestens billigend in Kauf genommen, dass bei den „NaBe“-Ermittlungen falsche Prioritäten gesetzt und womöglich andere heiße Spuren liegen gelassen wurden.

Damit aber nicht genug: Am 06.02.2001 verriet derselbe V-Mann eine groß angelegte Durchsuchungsaktion des Potsdamer Staatsschutzes, von der sich die Ermittlungskommission (EK) „NaBe“ Erkenntnisse erhoffte. Das Razzia-Datum hatte der V-Mann von seinem V-Mann-Führer erfahren. Aus Sicht der Staatsanwaltschaft Potsdam konnte nicht ausgeschlossen werden, dass der V-Mann-Führer vom Referatsleiters für „Beschaffung“ beauftragt worden war – der Geheimnisverrat also eine gezielte Verfassungsschutz-Operation gewesen sein könnte. Da der V-Mann-Führer aussagte, nur die Weisung seines Vorgesetzten befolgt zu haben, wurde er strafrechtlich nicht belangt.

Diese Ermittlungen liefen allerdings erst runde zweieinhalb Jahre später. So lange hatte der Verfassungsschutz den Geheimnisverrat erfolgreich unter dem Radar der Staatsanwaltschaft gehalten – und seitens des LKA-Direktors war keine Anzeige veranlasst worden. Ihm war vom Staatsschutz-Abteilungsleiter das Ergebnis interner Ermittlungen übergeben worden, aus dem sich der Verdacht des Geheimnisverrats ergab. Ermittelt wurde schließlich nur, weil investigative Journalisten aktiv wurden ...

Angeklagt und verurteilt wurde am Ende aber nur der V-Mann – gegen Beamte des Verfassungsschutzes und des Landeskriminalamts (LKA) wurde nicht einmal ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Als die zuständige Oberstaatsanwältin den Anfangsverdacht bezüglich einer Strafvereitelung im Amt gegen den LKA-Direktor sah und ihn als Beschuldigten nachtragen ließ, wurde das Verfahren vom Leitenden Oberstaatsanwalt zur Chefsache erklärt und der LKA-Chef als Beschuldigter wieder ausgetragen. Die Entscheidung, dass gegen ihn kein Ermittlungsverfahren eingeleitet werden soll, war auf politischer Ebene getroffen worden. Das belegt insbesondere ein „Non-Paper“ eines Abteilungsleiters im Justizministerium. Er hat mit dem Generalstaatsanwalt vereinbart, dass kein Ermittlungsverfahren eingeleitet wird – noch bevor der Leitende Oberstaatsanwalt aus Potsdam selbst diesen Vorschlag unterbreitete, nachdem der Staatssekretär auf ihn gesprächsweise eingewirkt hatte.

Der genannte Abteilungsleiter aus dem Justizministerium erklärte, dass solche Angelegenheiten normalerweise mündlich geregelt würden. Als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuss bedauerte er, das erwähnte „Non-Paper“ verfasst zu haben. Es ist folglich davon auszugehen, dass der Untersuchungsausschuss dank des „Non-Papers“ nur die sprichwörtliche Spitze des Eisberges sehen konnte, was die politische Einflussnahme auf Ermittlungsergebnisse betrifft. Der ehemalige Abteilungsleiter räumte ein: „Wir haben das weggebügelt.“

Damit war die Justiz aller Sorgen entledigt: Der Druck aus dem Innenministerium brach weg – und der Innenminister verfolgte seinen öffentlich geäußerten Vorwurf gegen die Staatsanwaltschaft Potsdam nicht weiter. Aufgrund von Zeitungsberichten über die Geheimnisverrats-Ermittlungen hatte der Minister gesagt: „Das grenzt an Verrat von Dienstgeheimnissen.“ Die Justizministerin, eine Partei-Kollegin von ihm, entzog der Staatsanwaltschaft Potsdam daraufhin die Pressearbeit.

Aber zurück zum „NaBe“-Verfahren: Der Verfassungsschutz hatte noch im Jahr 2001 die Bundesanwaltschaft verärgert, indem er Bekennerbriefe der „NaBe“ im Internet veröffentlichte und das auch nicht rückgängig machte.

Im Frühjahr 2003 brachte ein Zeuge, dem die Bundesanwaltschaft Vertraulichkeit zusicherte, die Ermittlungskommission auf eine neue Spur, die vielversprechend zu sein schien. Doch der LKA-Direktor beschloss schon nach eineinhalb Monaten, die Zusammenarbeit mit dieser Vertrauensperson zu beenden – ohne vorher das zuständige Sachgebiet im LKA zu informieren. Als der Kriminalhauptkommissar davon erfuhr, der für die VP-Führung zuständig war, widerlegte er sämtliche Argumente, welche die LKA-Führung für die Abschaltung angeführt hatte – die V-Person wurde trotzdem abgeschaltet.

Der Untersuchungsausschuss hat gewissermaßen als letzte Instanz versucht, Licht ins Dunkel des Falles „Nationale Bewegung“ zu bringen. Doch insbesondere der Verfassungsschutz sorgte dafür, dass Beweismittel zu spät geliefert wurden, Akten in absurder Weise geschwärzt und mit juristisch unhaltbar hohen Verschlussachen-Graden eingestuft waren. Erst nach

Abschluss der Beweisaufnahme im „NaBe“-Komplex war der Ausschuss auf einem Informationsstand, der es ermöglicht hätte, in sinnvoller Weise mit der Aufklärung des „NaBe“-Komplexes zu beginnen.

Vor diesem Hintergrund lautet die entscheidende Frage: Handelt es sich hier um eine unglückliche Verkettung von Pannen oder hat der Verfassungsschutz die „NaBe“-Aufklärung systematisch behindert, weil er als Institution womöglich an den „NaBe“-Aktivitäten mittelbar oder unmittelbar beteiligt war?

Hätte es sich bei den Merkwürdigkeiten Anfang der 2000er-Jahre um Pannen gehandelt, dann hätte der NSU-Untersuchungsausschuss für den Verfassungsschutz eine willkommene Gelegenheit sein können, um mittels vollumfänglicher Kooperation sprichwörtlich „reinen Tisch“ zu machen. Das Gegenteil war jedoch der Fall – weitere Merkwürdigkeiten kamen hinzu.

Konkrete Hinweise oder gar Belege für eine etwaige „NaBe“-Beteiligung des Verfassungsschutzes konnte der Untersuchungsausschuss – freilich unter widrigen Arbeitsbedingungen – nicht finden. Fakt ist aber: Im Fall „Piatto“ hatte der Brandenburger Verfassungsschutz keine Probleme damit, dass eine Quelle als informeller Brückenkopf für die britische Terrorgruppe „Combat 18“ in Deutschland fungiert. Im Fall „Barte“ (Toni Stadler) verhinderte es der Verfassungsschutz nicht, dass sein V-Mann mehrere tausend CDs mit vertonten Mordaufrufen vertreibt. Bezüglich der zweiten Auflage dieser CD wurde der Landes-Nachrichtendienst sogar operativ tätig – genauso beim Aufbau eines Szene-Ladens durch Carsten Szczepanski.

Vor diesem Hintergrund ist es unwahrscheinlich, dass dieser Verfassungsschutz zwingend Konsequenzen gezogen hätte, wenn ein V-Mann ein Hakenkreuz-Transparent aufgehängt hätte, wie es die „Nationale Bewegung“ getan hat.

An dieser Stelle sei an die Aussage des ehemaligen Verfassungsschutz-Leiters erinnert, der das Behördenzeugnis ausgestellt hatte, in dem ein „NaBe“-Täter mit übertriebenem Wahrscheinlichkeitsgrad präsentiert wurde. Angeblich

wollte er es der Polizei erleichtern, strafprozessrechtliche Maßnahmen vor dem Ermittlungsrichter durchzubekommen. Dass dies auf eine Täuschung des Richters hinauslaufen und zu ungerechtfertigten Durchsuchungsmaßnahmen führen kann, hielt der damalige Nachrichtendienst-Chef aber für vergleichsweise unproblematisch: „Da haben wir andere Dinge gedreht.“

Dass terrorverdächtige Operationen von einem Nachrichtendienst nicht gänzlich abwegig sind, belegt das so genannte „Celler Loch“: Am 25. Juli 1978 wurde bei der „Aktion Feuerzauber“ des niedersächsischen Verfassungsschutzes ein Loch in die Außenmauer der Justizvollzugsanstalt Celle gesprengt – um einen Anschlag zur Befreiung eines mutmaßlichen Terroristen vorzutäuschen. „V-Leute sollten so in den harten Kern der RAF eingeschleust werden“, berichtete der NDR am 40. Jahrestag der Aktion.

1. Beginn der Untersuchungen zur „Nationalen Bewegung“ (NaBe)

Wegen Terrorverdachts hat der Generalbundesanwalt von 2001 bis 2005 gegen „Die Nationale Bewegung“ aus dem Raum Potsdam ermittelt – dann stellte er das Verfahren ein, weil nicht ein einziger Täter überführt werden konnte, der einer solchen beziehungsweise dieser Gruppierung zuzuordnen gewesen wäre.

Brandenburgs Generalstaatsanwalt Prof. Dr. Cristoforo Erardo Rautenberg berichtete am 18.11.2016 als Sachverständiger vor dem NSU-Untersuchungsausschuss von „Merkwürdigkeiten“ in dem Ermittlungsverfahren, die mit dem Brandenburger Verfassungsschutz zu tun gehabt hätten: „Daher will ich nicht verhehlen, dass mir Zweifel gekommen sind, ob es die Vereinigung ‚Nationale Bewegung‘ tatsächlich gegeben hat.“ Hat es sich bei der vermeintlichen Terror-Truppe um eine Operation der Landes-Verfassungsschutzbehörde gehandelt? Die „Potsdamer Neuesten Nachrichten“ stellten Rautenberg diese Frage – in der Ausgabe vom 19.11.2016 zitierte die Zeitung die Antwort des hochrangigsten Ermittlers in Brandenburg wie folgt: „Das ist nach meinem Erkenntnisstand nicht ausgeschlossen.“

Auch die bündnisgrüne Landtagsfraktion kann das nach der Beweisaufnahme im Untersuchungsausschuss nicht ausschließen. Es fanden sich zwar keine Beweise,

dass Brandenburgs Verfassungsschutz hinter der „Nationalen Bewegung“ oder einem Teil der Taten steckte, die dieser Gruppierung zugeordnet wurden. Allerdings konnten die „Merkwürdigkeiten“, die der Generalstaatsanwalt erwähnt hatte, nicht nur nicht ausgeräumt werden, sondern es kamen sogar noch weitere Merkwürdigkeiten hinzu. So konnte der Untersuchungsausschuss den Themenkomplex „Nationale Bewegung“ (NaBe) nur oberflächlich behandeln, obwohl die Beweisaufnahme ein rundes dreiviertel Jahr in Anspruch nahm. Denn der Verfassungsschutz hat die Arbeit des parlamentarischen Gremiums objektiv erheblich behindert, indem er bezüglich des „NaBe“-Komplexes zunächst auf der einstigen Verschlussachen-Einstufung von rund 15 Jahre alten Dokumenten beharrte. In der Folge wurden dem Ausschuss mehrere tausend Aktenseiten zunächst einfach nicht geliefert, da angeblich in höchstem Grade geheimhaltungsbedürftig.

Einem Kriminalkommissar des Landeskriminalamtes ist es zu verdanken, dass der Ausschuss dies am 02.06.2017 – also mehr als ein Jahr nach seiner Einsetzung – wenigstens erkannt hat. KOK M.K. (LKA BB) hat sich an diesem Tag als Zeuge engagiert in die parlamentarischen Untersuchungen eingebracht und aus Dokumenten zitiert, die das Gremium nicht kannte. Zudem hat er auf weitere Beweismittel hingewiesen, die dem Ausschuss ebenfalls nicht vorlagen.

Aufhorchen ließ darüber hinaus die folgende Aussage des ehemaligen Verfassungsschutz-Leiters Heiner Wegesin am 07.09.2017:

„Ich bin nach der Ladung durch den Ausschuss durch die Kollegen des Ministeriums des Innern darauf aufmerksam gemacht worden, dass es naheliegt und dass der Ausschuss naheliegend auch davon ausgeht, dass die Zeugen Akteneinsicht nehmen. Diese Akteneinsicht ist mir gewährt worden. Sie umfassten sowohl die Akten, die dem Ausschuss zugeleitet worden sind, als auch diejenigen, die ihm nicht zur Verfügung gestellt wurden. Ich habe mir einen Nachmittag Zeit genommen, diese Dinge noch mal durchzugehen und meine Erinnerung aufzufrischen.“

Auf Nachfrage, was es mit den Akten auf sich habe, die dem Untersuchungsausschuss nicht vorgelegt worden seien, relativierte er die Aussage:

„Ich kann das im Einzelnen nicht auseinanderhalten, muss ich ehrlich sagen: Was hat der Ausschuss bekommen, was hat der Ausschuss nicht bekommen? Insofern kann ich Ihnen sozusagen über das Delta, was Sie möglicherweise nicht gesehen haben, was Sie natürlich interessieren würde, nicht kompetent Auskunft geben. Mir ist nur gesagt worden, weil ich den Eindruck hatte, es handelt sich um die Originalakten, dass ich alles gesehen habe, und ich habe selbst auch mal auf der anderen Seite des Tresens in Parlamentarischen Untersuchungsausschüssen gesessen und weiß, dass nicht alle Ausschüsse immer alles bekommen. Aber beanspruchen Sie mich bitte nicht für das besagte Delta. Das kann ich im Einzelnen nicht sagen. Ich meine, ich habe alles gesehen, was damals an Originalakten zur Verfügung stand und was wir da selber zu Papier gebracht haben.“

Bereits nach der Aussage des Zeugen KOK M. K. (LKA BB) suchten Mitglieder des Untersuchungsausschusses – unter anderem die bündnisgrüne Obfrau Ursula Nonnemacher – die Verfassungsschutzbehörde auf, um Einblick in die geheimen Dokumente zu erhalten. Unter behördlicher Aufsicht durften sie die Ordner in Augenschein nehmen, Notizen mussten sie beim Verfassungsschutz zurücklassen. Das ist das so genannte „Treptow-Verfahren“, das für den ersten NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages für höchst sensible Vorgänge entwickelt wurde. Bei dieser Akteneinsicht stellte es sich heraus, dass die Geheimhaltungserfordernisse – einmal mehr – gar nicht so waren, wie es der Verfassungsschutz behauptete. Bei den Unterlagen fanden sich Medienberichte in dreistelliger Seitenzahl. Die Akteneinsicht der Landtagsabgeordneten war phasenweise ein betreutes Zeitungslesen.

Die Behörde musste die Akten anschließend in den Geheimschutzraum des Landtags liefern, wo sie auch von sicherheitsüberprüften Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fraktionen eingesehen werden konnten. Bei deren Analyse stellte sich heraus, dass es überwiegend auch nicht gerechtfertigt war, die Beweismittel im Geheimschutzraum wegzuschließen. Die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen haben daraufhin die Herunterstufung von mehreren tausend Seiten beantragt – erfolgreich beantragt (vgl. gemeinsames Sondervotum mit der CDU).

Aber selbst dieser letzte Schritt gelang nicht komplikationslos: So beantragte die bündnisgrüne Fraktion am 12. Oktober 2017 die Ausstufung beziehungsweise ausgestufte Fassungen von 235 Dokumenten aus dem Geschäftsbereich des Innenministeriums. 104 dieser Dokumente waren wohlgemerkt gar nicht eingestuft. Dass sie trotzdem im Geheimschutzraum lagen, resultierte aus einer Art Behörden-Trick: Es genügt eine Verschlussache des Einstufungsgrades „Vertraulich“ in einem Ordner beziehungsweise einer Computer-Datei, um das gesamte Aktenkonvolut wegschließen zu lassen. Nachdem nicht einmal eines dieser 104 nicht eingestuften Dokumente bis zur nächsten Untersuchungsausschuss-Sitzung am 6. November 2017 außerhalb des Geheimschutzraums vorlag, wurde Innenminister Karl-Heinz Schröter in die Sitzung zitiert – und Justizminister Stefan Ludwig ebenfalls.

Denn die Justizakten, die einen Geheimnisverrat im „NaBe“-Komplex betrafen, waren sogar komplett in den Geheimschutzraum geliefert worden. Eine besondere Groteske: Denn ein Teil dieser Akten betraf das Verfahren gegen einen ehemaligen V-Mann des Verfassungsschutzes, der wegen des Geheimnisverrats rechtskräftig verurteilt worden ist – und zwar in einer öffentlichen Gerichtsverhandlung.

Aufgrund dieser absurden Einstufungspraxis musste eine Oberstaatsanwältin, die am 06.11.2017 als Zeugin vernommen werden sollte, wieder heimgeschickt und auf den 10.11.2017 erneut geladen werden. Erst am 09.11.2017 zwischen 16.30 und 17 Uhr gingen bei den Fraktionen 500 Aktenseiten ein. Sie waren zwar nicht ausgestuft, aber wenigstens auf den Verschlussachen-Grad „Nur für den Dienstgebrauch“ heruntergestuft worden. Das bedeutete, dass Inhalte nach einer rechtlichen Abwägung – abhängig von deren Ergebnis – in öffentlicher Sitzung vorgehalten werden konnten. Damit das auch praktisch geschehen konnte, mussten die 500 Aktenseiten über Nacht ein zweites Mal ausgewertet werden. Denn die Auswertungsaufschriebe aus dem Geheimschutzraum müssen auch nach Herunterstufungen dort verbleiben – weil sie Auszüge enthalten könnten, die nicht heruntergestuft oder in der heruntergestuften Fassung geschwärzt sein könnten.

Hinzu kam, dass die 500 Seiten nur ein Teil der Akten waren, die für die Befragung der Oberstaatsanwältin am nächsten Tag relevant gewesen wären.

Für den „NaBe“-Komplex relevante Aktenbände der Polizei-Abteilung des Innenministeriums, die großteils aufgrund von Verfassungsschutz-Inhalten im Geheimschutzraum lagerten, wurden erst im Oktober 2018 auf dem Verschlussachen-Level „Nur für den Dienstgebrauch“ bereitgestellt – nachdem der Ausschuss den „NaBe“-Komplex im Dezember 2017 abgeschlossen hatte.

Als wäre das nicht der Behinderung genug gewesen, stand sich der Ausschuss auch noch selbst im Weg. Denn mehrere Zeugen wurden – ohne dass es aus rechtlichen Gründen erforderlich gewesen wäre – ausschließlich in geheimer Sitzung vernommen. Die bündnisgrüne Fraktion hatte zwar jeweils für öffentliche Sitzungen plädiert, aber keine Mehrheit dafür gefunden.

Spätestens, nachdem die zugrundeliegenden Akten überwiegend heruntergestuft worden waren, hätten auch die Protokolle dieser Zeugenvernehmungen weitgehend heruntergestuft werden können. Widersinniger Weise blieben die fraglichen Protokolle aber bis zum Schluss vollständig als „geheim“ eingestuft, während die Akten, die den Vernehmungen im Wesentlichen zugrunde lagen, lediglich noch „Verschlussachen – Nur für den Dienstgebrauch“ (VS-NfD) waren.

Zur Verdeutlichung: Es gibt Zeugen, die im Jahr 2003 von der Staatsanwaltschaft Potsdam und im Jahr 2017 vom NSU-Untersuchungsausschuss zum selben Sachverhalt (dem Verrat einer polizeilichen Durchsuchungsaktion an einen rechtsextremistischen Geschäftsmann) vernommen worden sind. Aussagen aus den Protokollen der staatsanwaltschaftlichen Vernehmungen dürften seit dem Jahreswechsel 2017/2018 in öffentlicher Sitzung vorgehalten werden – Aussagen aus den Untersuchungsausschuss-Vernehmungen dieser Personen dürfen hingegen nicht einmal in diesem Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses veröffentlicht werden. Die Aussagen vor dem Ausschuss durften noch nicht einmal in die Abschlussberichts-Fassung aufgenommen werden, die als „Verschlussache – Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft ist. Das betrifft großteils Sachverhalte, die Bezüge zum Verfassungsschutz aufweisen oder aufweisen hätten können.

Generalstaatsanwalt Rautenberg sagte am 28.04.2017 als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuss aus, dass der Generalbundesanwalt seine

Ermittlungsmöglichkeiten bezüglich der „Nationalen Bewegung“ ausgeschöpft habe, „sodass ich eigentlich jetzt persönlich nur noch die Möglichkeit sehe, dass dieser Untersuchungsausschuss die damals mit dem Vorgang befassten Mitarbeiter des Verfassungsschutzes vorlädt, sie befragt und vielleicht dadurch eine Klärung dieses Sachverhalts erfolgen kann, der für mich, wie gesagt, weiterhin völlig unklar geblieben ist“. Nach dem oben dargestellten Ablauf der Beweiserhebung konnte allerdings auch der Untersuchungsausschuss diesen Sachverhalt nicht aufklären.

Dennoch war die Untersuchung des „NaBe“-Komplexes aus bündnisgrüner Sicht erkenntnisreich. Denn es konnte herausgearbeitet werden, wie Teile der damaligen LKA-Führung im Sinne des Verfassungsschutzes gehandelt beziehungsweise nicht gehandelt haben. Das hat dazu geführt, dass ein Geheimnisverrat aus den Reihen des Verfassungsschutzes zunächst nicht strafrechtlich verfolgt wurde. Und während der viel zu spät eingeleiteten Ermittlungen haben dann Teile der Justiz zugunsten des LKA-Präsidenten gehandelt, dem ein Verfahren wegen des Verdachts auf Strafvereitelung im Amt drohte – auch das hat der Untersuchungsausschuss herausgearbeitet.

2. Wer oder was war „Die Nationale Bewegung“?

Brandenburgs Polizei und die Bundesanwaltschaft haben der „Nationalen Bewegung“ 19 Taten zwischen dem 10.01.2000 bis zum 30.01.2001 zugeordnet. Darunter waren Drohschreiben, handwerklich geschaffene Propaganda-Delikte (Holztafel und Holzkreuz mit Hakenkreuz), stöfferne Propaganda-Delikte (Hakenkreuz-Fahnen), Schmierereien, Brandanschläge auf türkische Imbissstände und ein Brandanschlag auf die Trauerhalle des jüdischen Friedhofs in Potsdam, der sich am 08.01.2001 ereignete. Danach übernahm der Generalbundesanwalt das Verfahren – am 12.01.2001. Der zuständige Bundesanwalt beauftragte das Landeskriminalamt Brandenburg mit den polizeilichen Ermittlungen.

Die Bandbreite der Delikte lässt es möglich erscheinen, dass hier verschiedene Täter oder gar verschiedene Tätergruppen am Werk gewesen sind. Hinzu kommt, dass es in vier Fällen keine Bekennung gab. In einem Fall gab es ein mündliches Bekenntnis, in Form eines Anrufs bei einem Radiosender. Und zu 14 Taten hat sich „Die

„nationale Bewegung“, „die nationale Bewegung“, „Die Nationale Bewegung“ beziehungsweise „DIE NATIONALE BEWEGUNG“ schriftlich bekannt. Die verschiedenen Schreibweisen sind wiederum der Interpretation zugänglich, dass „Die Nationale Bewegung“ nicht in allen Fällen derselbe Täterkreis gewesen sein muss.

A. Strategiepapier „Die nationale Bewegung“

In einem Sachstandbericht des LKA vom 19.04.2001 fanden sich Hinweise auf ein Strategiepapier mit dem Titel „Die nationale Bewegung“, das ursprünglich im Jahr 1994 in einem Heft namens „Progress“ veröffentlicht gewesen sein soll. Zum Zeitpunkt des NaBe-Verfahrens war es auf der Internetseite eines so genannten „Nationalen Info-Telefons“ (www.nit.de) veröffentlicht. Darin hieß es:

„Kleinste Einheit der nationalen Bewegung ist der örtliche Stützpunkt. Dieser besteht aus mindestens drei Personen.“

Und weiter:

„Die regionalen Netzwerke sollten auf eine Namensgebung verzichten oder sie bundeslandbezogen verwenden, wie z.B. ‚Nationale Bewegung Niedersachsen‘.“

Weiter wurde der Vorschlag gemacht:

„Die Größe der Region sollte zunächst etwa die zweier Bundesländer verfügen, z.B. Schleswig-Holstein und Hamburg oder Berlin und Brandenburg. Große Bundesländer wie z.B. Bayern können auch mehrere Regionen bilden.“

Das Strategiepapier schließt mit dem Hinweis:

„Einige Originalformulierungen (sic!) des obigen Textes wurden abgeschwächt, um nicht mit den BRD-Strafgesetzen zu kollidieren.“

Im Vorwort dieser Online-Ausgabe von „Progress“ war zu lesen:

„Ziel ist die Formulierung eines fortschrittlichen (progressiven) Nationalismus. Dieser ist nötiger denn je, denn alle bisherigen Ansätze ‚rechter‘ Politik sind gescheitert. Daher wird in vielen Städten und Regionen Deutschlands die von uns schon 1994 vorgeschlagene Organisation in Form von Bewegungen aufgegriffen und umgesetzt. Progress will dieses Umdenken in Fragen der Organisation und der politischen Inhalte fördern.“

Als Anschrift der Redaktion war eine Hamburger Postfachadresse angegeben, als Verantwortlicher im Sinne des Presserechts ein Martin J.. Als Betreiber von NIT-Online galt André G., ein ehemaliger Kader der „Freiheitlichen Deutsche Arbeiterpartei“ (FAP), die 1995 vom Bundesinnenministerium verboten worden ist. André G. propagierte den oben erwähnten „Progressiven Nationalismus“.

Die bündnisgrüne Fraktion hat zu diesem „Nationalen Info-Telefon“ über die Untersuchungsausschuss-Akten hinaus recherchiert und beispielsweise die Inhalte der Internetseite www.nit.de zum Beginn des Jahres 2000 ausgewertet. Neben einem klassischen Nachrichten-Archiv gab es damals einen Blog unter der Überschrift „G. Online“. Als „Kommentar 01-99“ war dort ein Eintrag mit der Überschrift „Ein toter Ausländer als Waffe“ veröffentlicht. Im Text hieß es:

„Eine ganze Heerschar von Journalisten hatte wieder Schaum vor dem Mund. Brutale Bestien, auch Neonazis genannt, hatten in Guben aus purem Rassismus einen Ausländer regelrecht in den Tod getrieben. Scham, Entsetzen, Abscheu alles wird zur Schau getragen. Wo bleibt die Zivilcourage? Schnell noch eine Kerze ins Fenster stellen. Angesichts einer solchen Hysterie bleibt die Wahrheit natürlich auf der Strecke, ja sie stört nur. Der Ausländer verschuldete seinen Tod nämlich durch das Eintreten einer gläsernen Haustür selbst. Ein Unfall, sehr tragisch, aber kein ‚in den Tod treiben‘. Das Aufschreien der Presse und solch zwielichtiger Politiker wie Manfred Stolpe ist aber typisch für die Verlogenheit der Multikultis, bei denen Ausländer immer nur Opfer sind.“

Was hier propagandistisch umgedeutet wurde, ist als „Hetzjagd von Guben“ zu trauriger Berühmtheit gelangt. Die „Berliner Zeitung“ berichtete am 15.02.1999:

„Den Ermittlungen zufolge wurden der Algerier sowie zwei weitere Ausländer Opfer eines ‚Rachefeldzugs‘ von etwa 15 der rechten Szene angehörigen Jugendlichen. Diese hatten sich zusammengerottet, nachdem es einen Streit mit Ausländern vor einer Diskothek gegeben hatte, bei der ein Jugendlicher aus Guben Schürfwunden erlitt. Die Deutschen machten sich auf die Suche nach einem daran beteiligten Ausländer und trafen an einer Tankstelle auf zwei Algerier und einen Mann aus Sierra Leone, die aus dem Asylbewerberheim Sembten bei Guben stammten. Auf diese wurde eine Treibjagd veranstaltet. Ein Algerier flüchtete vor seinen Verfolgern in panischer Angst in einen Hauseingang und trat dazu eine Scheibe ein. Dabei verletzte er sich eine Schlagader am Knie so schwer, daß er kurz darauf verblutete. Der zweite algerische Asylbewerber wurde von den Verfolgern, die für ihre Jagd Autos und Handys benutzten, verprügelt und am Auge verletzt.“

Bei der Auswertung, welche Nachrichten im „NIT-Archiv“ um die Jahrtausendwende herum zu finden waren, ist die bündnisgrüne Fraktion auf eine Vielzahl von Berichten aus Brandenburg gestoßen. Das könnte darauf hindeuten, dass Brandenburger Rechtsextremisten redaktionell an der Internetseite mitgewirkt haben – der Seite, auf der das Strategiepapier „Die nationale Bewegung“ veröffentlicht war.

Die bündnisgrüne Obfrau im Untersuchungsausschuss, Ursula Nonnemacher, hat deshalb mehrere Ermittlerinnen und Ermittler des NaBe-Verfahrens danach gefragt, welche Ermittlungen zu diesem Neonazi-Portal angestellt worden sind und was dabei herausgekommen ist. Ergebnis: Niemand konnte sich daran erinnern, dass diese Spur verfolgt worden wäre. In den Akten findet sich dazu nicht mehr als Ausdrucke von der besagten Homepage sowie Hinweise auf Impressum und Betreiber.

Warum GBA und LKA dieser Spur im NaBe-Verfahren nur unzureichend nachgegangen sind, ist nicht nachvollziehbar. Es hätte zwingend versucht werden müssen, zu ermitteln, ob und gegebenenfalls welche Brandenburger an

diesem „Nationalen Info-Telefon“ beteiligt sind, um sie und ihr Umfeld auf eine etwaige NaBe-Beteiligung hin überprüfen zu können.

B. „Nationale Friedeburger Bewegung“

Potenziell passend zur oben dargestellten Strategie, Ortsgruppen der „nationalen Bewegung“ zu bilden, gab es nicht nur „Die Nationale Bewegung“ im Raum Potsdam. In den Ermittlungsakten findet sich auch ein Hinweis auf eine „Nationale Friedeburger Bewegung“. Ausweislich der E-Mail-Adresse, die offenbar bei einem einschlägigen Eintrag in ein Online-Gästebuch verwendet wurde, soll diesbezüglich Thomas R. aktiv gewesen sein – besser bekannt als V-Mann „Corelli“ des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV).

Es stellt sich daher die Frage, ob die „Nationale Bewegung“ eine Operation beziehungsweise ein so genannter „Honigtopf“ des Verfassungsschutzes gewesen sein könnte – also ein Mittel des Verfassungsschutzes, um Zugang zur Szene zu bekommen oder umgekehrt Rechtsextremisten anzulocken.

Im Rahmen der NSU-Aufklärung war eine „Ku Klux Klan“-Gruppe in Schwäbisch Hall (Baden-Württemberg) in Verdacht geraten, ein Honigtopf zu sein. Gegründet wurde sie nämlich von einem V-Mann des Landesamtes für Verfassungsschutz Baden-Württemberg. Mit dabei war Thomas R., der BfV-V-Mann „Corelli“. Er bekleidete dort den Rang eines „Kleagle“ (Klan-Mitglied, das neue Mitglieder werben soll). Zeitweise war in dieser Gruppe – bei den „European White Knights of the Ku-Klux-Klan“ – der Polizeibeamte Mitglied, der am Tag des NSU-Mordanschlags in Heilbronn als Gruppenführer der Polizeibeamtin Michèle Kieseewetter fungierte.

Bezüglich der „Nationalen Friedeburger Bewegung“ beziehungsweise der „Nationalen Bewegung Friedeburg“ war dem BKA ausweislich einer Mitteilung vom 15.01.2001 ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Volksverhetzung bekannt. Ursächlich war der Gästebucheintrag auf der Homepage der Gemeinde Friedeburg in Niedersachsen. Zeitweise wurde überlegt, ob es sich um eine Verwechslung handeln könnte – dass das ostfriesische Friedeburg mit dem Sachsen-Anhaltiner Friedeburg verwechselt wurde. Wie auch immer: Das

Brandenburger LKA richtete am 17.01.2001 eine Erkenntnisanfrage zu der Gruppierung und zu Thomas R. an das LKA in Magdeburg. Weitergehende Erkenntnisse sind in den Akten, die dem Untersuchungsausschuss vorlagen, aber nicht zu entnehmen. Auch Zeugen und Zeuginnen aus dem Bereich der Polizei konnten diesbezüglich keine weiteren Erkenntnisse beitragen.

Im Ergebnis ist der Friedeburger Fall ein Indiz dafür, dass ein BfV-V-Mann an der beziehungsweise an einer „Nationalen Bewegung“ beteiligt gewesen sein könnte.

3. Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV)

Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat sich für die NaBe-Ermittlungen des Brandenburger LKA interessiert. Am 23.10.2002 vermerkte eine LKA-Ermittlerin, dass sich ein BfV-Vertreter telefonisch bei ihr gemeldet habe. Als Zeugin vor dem Untersuchungsausschuss sagte die Kriminalbeamtin, dass sie es „bemerkenswert“ gefunden habe, „dass ein Vertreter des Bundesamtes für Verfassungsschutz mich auf meinem persönlichen Dienstapparat anruft, mich namentlich anspricht, da ich zu keinem Zeitpunkt mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz zusammengearbeitet habe“. Das sei „schon eine Besonderheit“ gewesen – ein einmaliger Vorgang. Anzumerken ist, dass sich das BfV auch über den Landes-Verfassungsschutz in Brandenburg hätte informieren können – oder direkt beim Generalbundesanwalt. Nur einen Monat nach diesem Anruf ist ein Gespräch zwischen Bundesanwaltschaft und BfV dokumentiert, an dem der ermittelnde Bundesanwalt Wolfgang Siegmund und auch der BfV-Anrufer teilgenommen zu haben scheinen.

Der BfV-Mann interessierte sich für drei Tatverdächtige aus dem NaBe-Verfahren – für M. S., I. S. und H. F.. Bei einer Hausdurchsuchung bei M. S. war eine Diskette mit der Aufschrift „Die Nationale Bewegung“ gefunden worden, auf der aber nur eine Software gespeichert war. Er gab an, diese Diskette von H. F. erhalten zu haben. Jener erklärte, darauf ursprünglich einen Text mit dem Titel „Die Nationale Bewegung“ gespeichert zu haben, den er aus dem Internet heruntergeladen gehabt habe. Möglicherweise handelte es sich um das Strategiepapier von der Seite des „Nationalen Info-Telefons“.

Die Ermittler hatten jedoch den Verdacht, dass auf der Diskette Bekennerbriefe der „Nationalen Bewegung“ gespeichert gewesen sein könnten. Ein Nachweis dafür ließ sich letztlich nicht erbringen. Noch im Sommer 2005 hielten die Strafverfolger diesen Verdacht aber für „nicht vollständig ausgeräumt“. Deshalb beantragten sie, bei H. F. eine Haar- und Speichelprobe vornehmen zu dürfen. Am 05.08.2005 verschriftlichte die Kriminalkommissarin, die auch vom BfV angerufen worden war, ein Gespräch mit einem Vertreter der Bundesanwaltschaft:

„Herr Dr. Juterzenka teilte mit, dass der Beschuldigte H. F. innerhalb der letzten Tage bei einem Bundesanwalt auf dessen Mobilfunktelefon anrief und lallend auf die Mailbox sprach. Inhalt war, dass H. F. wissen wollte, was das jetzt mit der Speichelprobe schon wieder soll, er hätte doch erst vor 5 Wochen beim LKA eine Speichelprobe abgegeben.

Es ist nicht erklärbar, wie und in welcher Form H. F. von dem aktuell vorliegenden Beschluss zur Entnahme von Speichel-/Haarprobe erfahren hat. Eine Information über hiesige Dienststelle kann definitiv ausgeschlossen werden, da die Unterzeichnerin als momentan einzig anwesende Sachbearbeiterin diese Information nicht weitergegeben hat.

Hiesiger Dienststelle ist nicht bekannt, dass H. F. innerhalb der von ihm genannten Zeit eine Speichelprobe entnommen wurde.

Weiterhin ist unbekannt, wie H. F. an die Telefonnummer des Bundesanwaltes kommen konnte.

Auf Nachfrage teilte Herr Dr. Juterzenka der Unterzeichnerin mit, dass es sich bei dem angerufenen Bundesanwalt um Herrn Beck handelt. Dieser ist der Unterzeichnerin nicht bekannt.

Auf weitere Nachfrage erklärte Herr Dr. Juterzenka der Unterzeichnerin, dass es u.a. zum Arbeitsgegenstand des BA Beck gehöre, als Ansprechpartner für die Geheimdienste zu fungieren.

Herr Beck trat in hiesigem Ermittlungsverfahren nie offen, auch nicht vertretungsweise in Erscheinung.

Durch hiesige Dienststelle ist zu klären, ob beim LKA Berlin und beim PP Potsdam eine Speichelprobe beim Beschuldigten H. F. entnommen wurde. Es wurden keine weiteren Ermittlungshandlungen seitens des GBA verfügt.“

Bundesanwalt Beck hat als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuss eine mögliche Erklärung dafür genannt, wie H. F. von der anstehenden Speichelprobe erfahren haben könnte. Es sei möglich, dass dem Betroffenen vom Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof vorab rechtliches Gehör gewährt worden sei.

Nicht erklären konnte sich der Bundesanwalt hingegen, wie H. F. an seine Handy-Nummer gekommen sein könnte. Seine Mobilfunknummer sei nicht öffentlich bekannt gewesen. Allerdings sei sie bei Institutionen im dreistelligen Bereich bekannt gewesen und dort durchaus auch jeweils mehreren Personen. Anders, als im Vermerk dargestellt, sei er nämlich nicht speziell Ansprechpartner für die Nachrichtendienste gewesen. Er sei 2005 „hauptsächlich im Bereich Aufbau des Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums eingebunden“ gewesen. Seine Telefonnummer hätten nur Behörden, mit denen er in Kontakt gestanden habe, bekommen. „Eine schlüssige Erklärung“, wie H. F. sie erlangt haben könnte, ist dem Zeugen nicht eingefallen:

„Also, von sich aus hatte er keine Möglichkeit, die herauszubekommen, also nicht in irgendeinem - - im Wege einer Veröffentlichung auf einer Homepage oder Ähnlichem. Also, es muss ihm irgendjemand diese Nummer gegeben haben.“

Auch der Untersuchungsausschuss konnte das nicht klären, wie H. F. an diese Telefonnummer gekommen ist. Dass seitens der Bundesanwaltschaft obendrein keine Ermittlungshandlungen verfügt worden sind, wunderte den Zeugen Beck. Er sah allerdings auch kaum Chancen auf einen Ermittlungserfolg:

„Solche Durchstechereien sind in der Regel nicht aufzuklären.“

Unter der Voraussetzung, dass wirklich H. F. der Anrufer war, was mangels Ermittlungen nicht nachgewiesen ist, ist folgendes festzustellen:

Es liegt auf der Hand, dass H. F. persönliche Kontakte zu einem Vertreter einer Sicherheitsbehörde unterhalten hat – denn anders hätte er wohl nicht an die Telefonnummer des Bundesanwalts herankommen können. Welcher Art dieser Kontakt war, ist allerdings unklar. Ebenfalls unklar ist, warum sich das BfV ausgerechnet für H. F. und zwei weitere Beschuldigte so sehr interessiert hat, dass es sich direkt bei einer Brandenburger LKA-Ermittlerin nach ihnen erkundigt hat.

Aufgrund des Diskettenfundes ist zumindest dokumentiert, dass „Die Nationale Bewegung“ ein Thema war, mit dem sich H. F. beschäftigt hat.

4. Die Terrorismus-Definition der Verfassungsschutz-Behörden

Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ sah „Die Nationale Bewegung“ am 16.10.2000 in der Nähe des Rechtsterrorismus – die Bekennerbriefe und die konspirative Vorgehensweise würden an die R.A.F. erinnern.

Dieser Darstellung trat das Brandenburger Innenministerium entgegen, wie die „Berliner Zeitung“ am 17.10.2000 berichtete:

„Nach Einschätzung des Innenministeriums in Potsdam gibt es im Land keine rechtsextremistischen Terrorgruppen.“

Ministeriumssprecher Heiko Homburg wird folgt zitiert:

„Da wurde ein Zusammenhang konstruiert, den es nicht gibt.“

Und weiter:

„Wir haben keine Belege für einen organisierten terroristischen Untergrund.“

In indirekter Rede zitierte die „Berliner Zeitung“ das Innenministerium weiter:

„Es handle sich um Einzeltäter, die Bekennerschreiben mit dem Signum ‚Nationale Bewegung‘ hinterlassen hätten.“

Demnach nahm die Pressestelle des Innenministeriums für sich in Anspruch, mehr über die „Nationale Bewegung“ zu wissen als die ermittelnde Polizei. Denn es war damals – und ist bis heute – nicht geklärt, wer die Taten begangen hat.

Dementsprechend war und ist es auch unklar, ob es sich um einen oder mehrere Einzeltäter oder um eine Gruppierung gehandelt hat.

Die Stellungnahme des Innenministeriums ging laut Zeitungsbericht noch weiter:

„Natürlich gebe es rechtsextreme Straftaten, aber die Strukturen, aus denen heraus sie begangen werden, seien auf keinen Fall mit denen der linksterroristischen RAF in den 70-er Jahren vergleichbar und erfüllten nicht die Kriterien des Terrorismus, sagte Homburg. Dafür müssten schon Teile der 600 gewaltbereiten Rechten des Landes in den Untergrund gehen, von dort aus Straftaten gegen die Strukturen der Bundesrepublik begehen und diese ideologisch begründen.“

Was vom Innenministerium als abwegig dargestellt wurde, war aber nicht abwegig. Denn zumindest zwei Thüringer Rechtsextremisten und eine Rechtsextremistin waren damals im Untergrund. Der NSU hatte zu diesem Zeitpunkt seinen ersten Mord begangen. Teile der 600 gewaltbereiten Rechten des Landes Brandenburg waren daran nach dem bisherigen Stand der Ermittlungen jedoch nicht beteiligt.

Laut „Berliner Zeitung“ bezeichnete Verfassungsschutz-Chef Heiner Wegesin die Bekennerschreiben der „NaBe“ als „primitiv“. Sie hätten „nicht den ideologischen Unterbau wie die der RAF“. Die Zeitung schrieb, Wegesin in indirekter Rede zitierend: „Die acht Anschläge könnten auch Nachahmungstäter begangen haben.“ Zudem seien es „nur“ Propaganda-Delikte, also rechte Schmierereien, gewesen, die noch nicht die Qualität von Terroranschlägen hätten.

Diese letztgenannte Aussage aus dem Zeitungsbericht vom 17.10.2000 überrascht ganz besonders. Denn „Die Nationale Bewegung“ hatte sich am 21.09.2000 zu einem Brandanschlag auf einen türkischen Imbissstand in Stahnsdorf bekannt.

Vor dem Untersuchungsausschuss verteidigte Heiner Wegesin diese Aussage:

„Also, nicht jeder Brandanschlag ist eine terroristische Straftat, insbesondere wenn sie von einem Einzeltäter begangen wird, sondern zum Terrorismus gehören eben schon ein bestimmter Überbau, eine Militanz und insbesondere auch eine natürlich sich gegen Leib und Leben richtende Zielrichtung. Also, so schlimm eine solche Straftat ist, aber es ist kein Synonym und es ist keine Kongruenz zum Terrorismus gegeben bei einem Brandanschlag - so schlimm er ist - auf einen Imbissstand. Derartige Taten hat es viele gegeben. Die sind alle schlimm, die sind alle militant, insbesondere - - also schlimm. Und wenn sie politisch motiviert sind, ist das eigentlich noch umso schlimmer. Aber man muss schon sagen: Es ist im fachlichen Kontext nicht jedes Mal Terrorismus. Das muss man schon auseinanderhalten.“

Bezüglich der Bekennerschreiben widersprach der Zeuge Wegesin aber seinen einstigen Aussagen in der „Berliner Zeitung“:

„Also, die Bekennerschreiben waren relativ gut gemacht, also man bekam unfallfrei Haupt- und Nebensatz einschließlich Satzzeichen hin; das war nicht so typisch für die rechtsextreme Szene. Es war eine gewisse Perfidie da. Also, wenn das heute jemand wäre, würde ich sagen: Identitäre Bewegung oder irgendwie so, also ein bisschen Leute mit Kopf, nicht so die üblichen Keulenträger. Das konnten wir wenig Leuten zuordnen, aber eigentlich alles, was wir damals zu Papier gebracht haben - ‚Da müsste man mal nachgucken‘, so war das ja im Tenor -, waren Verdachtslagen, wo man sagen muss: In die Richtung könnte es gehen. - Konkret haben wir es nie gewusst. Wir wissen es bis heute nicht.“

Vor dem Untersuchungsausschuss attestierte Wegesin der „NaBe“ außerdem:

„Der Modus Operandi zeugt von einer gewissen Intelligenz. Durchaus clever gemacht, auch in der Propaganda- und Öffentlichkeits-, in der Fanalwirkung. Das war schon planvoll. Das lag schon über dem Durchschnitt, sagen wir, der kriminellen Energie.“

Es ist folglich festzustellen, dass das Brandenburger Innenministerium einst einige Anstrengungen unternommen hat, die Gefährlichkeit der „Nationalen Bewegung“ kleinzureden.

Am 30.10.2000 schrieb Heiner Wegesin an den Generalbundesanwalt: Es sei „nicht ausgeschlossen“, dass die Taten „lediglich ein Einzeltäter begangen hat“. Nicht ausgeschlossen? Der Innenministeriums-Sprecher wurde zwei Wochen vorher in der „Berliner Zeitung“ noch so zitiert, dass es sich um Einzeltäter handle. Weiter schrieb Wegesin: „Es gibt aus hiesiger Sicht keinen sachlichen Grund, die oben genannten Taten – es handelt sich um Propagandadelikte, ggf. auch um Sachbeschädigungen – auch nur in die Nähe terroristischer Aktionen zu rücken.“

Mit dieser Aussage Wegesins sinngemäß konfrontiert, sagte Generalstaatsanwalt Rautenberg als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuss, dass es sich um eine „völlig absurde Behauptung“ handle. Auf Nachfrage sagte Rautenberg:

„Was eine terroristische Vereinigung ist, ergibt sich aus dem Gesetz. Und da ist auch nicht von Rechts- oder Linksterrorismus die Rede, sondern es geht darum, dass sich eine Personengruppe dauerhaft zusammenfindet, um bestimmte Straftaten zu benennen (sic!). Und diese Straftaten sind im Einzelnen aufgeführt: Katalogtaten. Eine solche Katalogtat ist ein Brandanschlag. Deshalb gibt es über den Begriff des Terrorismus eigentlich überhaupt gar keinen Zweifel. Die Rechtsprechung ist von der Rechtsprechung bezüglich des Linksextremismus entwickelt worden, und die gilt natürlich genauso für den Rechtsterrorismus.“

Auch nach dem Brandanschlag auf die Trauerhalle des jüdischen Friedhofs in Potsdam am 08.02.2001 hielt das Landes-Innenministerium ausweislich eines

Berichts der „Potsdamer Neueste Nachrichten“ vom 10.01.2001 an seiner Einschätzung fest, dass nicht von Terrorismus gesprochen werden könne.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz widersprach am 16.01.2001 – es könne „durchaus von rechtsterroristischen Bestrebungen gesprochen werden“. Begründet wurde dies mit der „seit Jahren geltenden Definition der Verfassungsschutzbehörden“, wonach Terrorismus der „nachhaltig geführte Kampf für politische Ziele“ sei, „die mit Hilfe von Anschlägen auf Leib, Leben und Eigentum anderer Menschen durchgesetzt werden sollen“.

Bundesanwalt Siegmund sagte als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuss:

„Diese Eindeutigkeit, mit der behauptet wurde vonseiten des [Brandenburger] Verfassungsschutzes, das ist keine terroristische Struktur im Sinne § 129 a StGB - das war ja der rechtliche Gesichtspunkt, unter dem wir da ermittelt haben -, das hat mich erstaunt, das hat auch die Kollegen erstaunt, weil wir nicht wussten: Wie kommen sie zu dieser Eindeutigkeit, das von vornherein so zu verneinen? - Letztendlich hatten sie ja möglicherweise recht; wir haben ja keine gefunden. Insofern kann ich das also gar nicht weiter kritisieren. Aber es hat uns damals gewundert, dass - - zu einem sehr frühen Zeitpunkt schon von vornherein gesagt hatte: Das ist das nicht. - Das war für uns erstaunlich.“

Auf die Einschätzungen des Verfassungsschutzes und des Innenministeriums zum Thema „Nationale Bewegung“ und „Terrorismus“ angesprochen, sagte Heiner Wegesin vor dem Untersuchungsausschuss, dass die fachliche Einschätzung seiner Behörde gewesen sei: „Nee, Terrorismus ist das noch nicht.“ Weiter sagte er:

„Und es gab - das gebe ich auch gerne zu - eine gewisse - eine gewisse Scheu, bei aller Militanz im rechtsextremistischen Bereich auch sofort diesen Terrorismus-Begriff anzuwenden, weil man eigentlich damals unter Terrorismus wirklich die Professionalität, das totale Abtauchen, die Arbeitsteiligkeit etc. pp. - wie gesagt, das muss man sagen - in einem wirklich zeitgeschichtlichen Kontext - - Da war die RAF eigentlich sehr prägend.“

Nochmal auf diese Scheu angesprochen, versuchte der Zeuge zu relativieren:

„Das möchte ich dann doch, um keine Kollegenschelte zu bekommen, etwas differenzieren. - Ich habe gesagt: Die damals gängige fachliche Definition war im Wesentlichen geprägt durch die Phänomenologie der RAF.“

Wegesin erwähnte in seiner Antwort außerdem, dass der Verfassungsschutz „politisch eng geführt“ worden sei und es damals in der politischen Diskussion einen „Schneewittchen-Wettbewerb“ gegeben habe, was das Schlimmere sei – der Rechts- oder der Linksextremismus. Der Zeuge sagte wörtlich:

„Wenn Sie da als Verfassungsschutz hingehen und sagen - aufgrund bestimmter Straftaten -: Wir haben jetzt auf einmal einen braunen Terrorismus - - Das war schon - - Das war schon - - (Der Zeuge überlegt) Das war schon eine These, mit der man damals weit herausgeschwommen wäre.“

Fakt ist: Die politische Führung des Innenministeriums war damals bestrebt, die Rechtsterrorismus-Einstufung der „Nationalen Bewegung“ zu verhindern. Aus sachlichen Gründen ist dies nicht nachvollziehbar. Als Motivation dafür kommt infrage, dass der aus rechtsterroristischen Taten resultierende politischen Handlungsdruck vermieden werden sollte, dass aus ideologischen Gründen die terroristische Gefahr nur im linksextremistischen Bereich verortet werden sollte oder potenziell auch, dass ein V-Mann an einer oder mehrerer der Taten beteiligt war, so dass eine Rechtsterrorismus-Einstufung das Skandal-Potenzial deutlich erhöht hätte.

Zur berücksichtigen ist dabei die politische Verortung der Führung des Innenministeriums. Innenminister Jörg Schönbohm war Jahre lang stellvertretender Vorsitzender des rechtsreaktionären Thinktanks „Studienzentrum Weikersheim“. Und bezüglich Staatssekretär Eike Lancelle hat Spiegel-Online am 02.03.2002 berichtet, dass er „ausgezeichnete Kontakte zum Spitzenkandidaten der Schill-Partei in Sachsen-Anhalt“ habe. Bereits am 30.06.2000 stand in der „Berliner Zeitung“, dass unter Lancelle die Eberswalder Polizeipräsidentin Uta Leichsenring abgemahnt worden sei – sie „ihre Arbeit

gegen rechts“ aber fortsetze. Auch die Ausländerbeauftragte Almuth Berger habe sich „von Lancelle schon der Illoyalität schelten lassen“ müssen, „weil sie seinen – inzwischen gescheiterten – Vorstoß kritisierte, das Bündnis“ – gemeint war das Aktionsbündnis gegen rechte Gewalt – „auch gegen den Linksextremismus einzuschwören“. So berichtete es die „Berliner Zeitung“.

Als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuss – sinngemäß – danach gefragt, ob er heute rückblickend davon sprechen würde, dass es sich bei den Taten der „Nationalen Bewegung“ um „rechten Terror“ gehandelt habe, sagte Lancelle:

„Um Terror sicherlich, auch rechts. Eine weitere Einstufung ist, da wir ja leider diese Delikte nicht aufklären konnten, nicht möglich. Aber ich habe an der Einstufung, die damals vorgenommen worden ist, keinerlei Zweifel.“

Das klang im Jahresbericht 2001 des Brandenburger Verfassungsschutzes noch zurückhaltender. Darin wurde von einem „modernen Terrorismus“ berichtet, der von Osama Bin Laden ausging. Auch von einer „Theologie des Terrors“ als neuem Phänomen war die Rede. Bezüglich der Straftaten der „Nationalen Bewegung“ und „vergleichbarer Anschläge früherer Jahre in anderen Bundesländern“ kam der Verfassungsschutz, obwohl der Generalbundesanwalt wegen Terrorverdachts gegen „Die Nationale Bewegung“ ermittelte, lediglich zu folgendem Ergebnis:

„Hier zeichnen sich mindestens Ansätze zum Rechtsterrorismus ab.“

Beim Thema Rechtsterrorismus hat der Verfassungsschutz als Frühwarnsystem versagt – auch in Brandenburg.

5. Die Übernahme der Ermittlungen durch den Generalbundesanwalt

Die Übernahme der „NaBe“-Ermittlungen durch den Generalbundesanwalt war in Brandenburg offenbar umstritten. Generalstaatsanwalt Rautenberg berichtete dem Untersuchungsausschuss, dass der Verfassungsschutz-Leiter zuvor telefonisch kritisiert habe, dass das Verfahren dem Generalbundesanwalt zur Übernahme

angeboten worden sei. Dies sei unnötig, habe Heiner Wegesin gesagt, man könne doch dieses Verfahren selbst bearbeiten.

Bundesanwalt Siegmund hatte entsprechende Kritik aus Brandenburg nicht in Erinnerung. Auf Nachfrage, ob es damals abwegig gewesen sei, die Meinung zu vertreten, dass der Generalbundesanwalt nicht zuständig sei, sagte er:

„Also abwegig war das nicht. Das wurde schon diskutiert, das wurde infrage gestellt - auch im Kollegenkreis, wie ich gesagt habe, wurde das infrage gestellt, ob wir für solche Art von Verfahren zuständig sind. Ich weiß noch, als ich - das war ungefähr zeitgleich - - habe ich ein Verfahren gegen eine Musikgruppe eröffnet, ‚Landser‘ hießen die. Da fragten mich Kollegen - oder ich glaube, es war ein Richter vom BGH -, ob ich demnächst mit den ‚Kastelruther Spatzen‘ käme. Also das war durchaus nicht selbstverständlich, dass wir solche Verfahren führten, und das wurde diskutiert - juristisch diskutiert auch. Ich weiß, dass sich auch Professoren dazu geäußert haben, inwieweit der Generalbundesanwalt für die Führung solcher Verfahren zuständig ist. Das war also kein Selbstläufer.“

Heiner Wegesin konnte sich als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuss nicht daran erinnern, dass er sich dagegen ausgesprochen habe, dass der Generalbundesanwalt das Verfahren übernimmt. Inhaltlich schilderte er aber letztlich, was auch Generalstaatsanwalt Rautenberg berichtete hatte. Wegesin sagte:

„Auf der anderen Seite war zur Kenntnis zu nehmen, dass natürlich der Generalbundesanwalt das Ermittlungsverfahren an sich gezogen hat. Nach seinen Zuständigkeiten kann er das nur, wenn er die Terrorismus-Definition, zumindest was die Verdachtslage angeht, bejaht. Sonst wäre die Landes- - Sonst wäre die Zuständigkeit des GBA gar nicht gegeben gewesen. Das muss man zur Kenntnis nehmen. Das war auch ein gewisses Spannungsverhältnis. Das hat auch, glaube ich, auf der Ebene - meine ich mich deutlich zu erinnern - der politischen Leitung meines damaligen Hauses zu Irritationen geführt, dass die sagten - na ja, ich sage es mal berlinerisch-flapsig -: Ham wa't nich nen Groschen kleener? Ist das wirklich schon Terrorismus, so schlimm die

einzelne Straftat für sich betrachtet ist? - Bis hin zu der damaligen Arbeitshypothese, dass wir davon ausgingen: Das ist im Prinzip im Wesentlichen einer. Und einen Ein-Mann-Terrorismus, den gab es nicht.“

Weiter führte Wegesin aus:

„Das wurde politisch natürlich entsprechend kritisch flankiert, weil es eigentlich heißt, das müssten wir brandenburgischen Sicherheitsbehörden selbst rauskriegen, das solle bitte schön unsere Staatsanwaltschaft. Und jetzt kommt der Generalbundesanwalt daher und erzeugt - bei einem sicherlich ernstzunehmenden Komplex von Straftaten - dadurch, dass er das jetzt unter dem Aspekt ‚Terrorismus‘ als Ermittlungsverfahren auch noch an sich zieht, eine Skandalisierungswirkung, die Brandenburg unangenehm ist. - Das muss man so sehen.“

Wegesin wiederholte auf Nachfrage, dass er sich nicht erinnern könne, bei Rautenberg dezidiert vorstellig geworden zu sein. Er wollte aber auch „nicht ausschließen, dass ich – wie gesagt, ich war politischer Beamter – diese kritische Haltung in irgendeiner Besprechung natürlich referierte habe“. Dazu sei er verpflichtet gewesen, sagte der Zeuge. Etwas später erläuterte der ehemalige Verfassungsschutz-Leiter, dass „die Landespolitik“ sich „vehement dagegen geäußert und gewehrt“ und sie „geschimpft und gezetert“ habe – aber der Generalbundesanwalt habe das Ermittlungsverfahren durchgezogen.

Der ehemalige Staatssekretär Lancelle stellte die damalige Lage anders dar:

„Die Einstufung dieser Delikte haben wir damals für richtig gehalten. Und wir waren damals sehr froh, dass der Generalbundesanwalt die Ermittlungen an sich gezogen hat. Aus der Praxis heraus kann man nur sagen: Es kann einem nichts Besseres passieren als das; denn mehr Power bei der Strafverfolgung können Sie ja überhaupt nicht haben. Auch die Ressourcen, die dann zur Verfügung stehen beziehungsweise verfügbar gemacht werden müssen, sind besser, als wenn es unterhalb dieser Grenze wäre.“

Die Darstellung des ehemaligen Staatssekretärs erscheint jedoch nicht glaubhaft. Das Innenministerium ist dem Terrorismus-Verdacht in der Öffentlichkeit massiv entgegengetreten. Und das korrespondiert mit der Darstellung der Zeugen Rautenberg und Wegesin, dass die Übernahme des Verfahrens durch den Generalbundesanwalt nicht gerne gesehen wurde. Damit wurde der seitens des Innenministeriums vehement bestrittene Terrorismusverdacht formell bestätigt. Hervorzuheben ist an dieser Stelle, der persönliche Einsatz von Bundesanwalt Wolfgang Siegmund. Er hat maßgeblich und öffentlichkeitswirksam dazu beigetragen, dass sich der Generalbundesanwalt verstärkt mit rechtsextremistischen Taten beschäftigt.

A. Exkurs: Die Bundesanwaltschaft und der Rechtsextremismus

Die Entscheidungen der Bundesanwaltschaft, ob sie ein Rechtsextremismus-Verfahren in Brandenburg übernimmt oder nicht, waren nicht immer nachvollziehbar. Generalstaatsanwalt Rautenberg nannte als Sachverständiger des Untersuchungsausschusses die Vereinigung „Freikorps Havelland“ als Beispiel:

„2004 hatte die Staatsanwaltschaft Potsdam ein Ermittlungsverfahren gegen eine Gruppe junger Männer eingeleitet, denen zur Last gelegt wurde, unter dem Namen ‚Freikorps Havelland‘ mit Brandanschlägen auf asiatische und türkische Imbissbuden und Geschäfte zwischen August 2003 und Mai 2004 das Ziel verfolgt zu haben, das Havelland - ich zitiere - ‚ausländerfrei‘ zu machen. Der Generalbundesanwalt hatte dieses Verfahren nicht übernommen, weil es aus seiner Sicht von minderer Bedeutung war, sodass die Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung ermittelte. Nach meiner Pressemitteilung vom 18. August 2004 unter der Überschrift ‚Erstes Verfahren wegen terroristischer Vereinigung im Land Brandenburg‘ kam mir zu Ohren, dass die Hausleitung des Innenministeriums nicht darüber glücklich sei, dass es in Brandenburg rechtsextremistischen Terrorismus geben solle, und sich die Kritik auf meine Person bezog, und zwar in dem Sinn: Nun macht unser Generalstaatsanwalt auch noch aus Jugendlichen und Heranwachsenden Terroristen.“

Nach der Anklageerhebung im November 2004 verurteilte das Brandenburgische Oberlandesgericht jedoch am 7. März 2005 elf der zwölf Angeklagten unter anderem wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung. Es war bundesweit die erste Verurteilung nach der Neufassung des § 129a StGB [Strafgesetzbuch] im Dezember 2003, wonach unter anderem auch Brandstiftungen als Straftaten einer terroristischen Vereinigung anzusehen sind, wenn diese Taten dazu bestimmt sind - ich zitiere -, 'die Bevölkerung auf erhebliche Weise einzuschüchtern.' Die entscheidende Rechtsfrage war, ob es ausreichte, dass - wie im Fall der ausländischen Brandanschlagsopfer - nur Teile der Bevölkerung eingeschüchtert werden sollen. Das hatte der Generalbundesanwalt wohl bezweifelt, weil er andernfalls das Verfahren vermutlich übernommen hätte. Und auch der damalige Staatssekretär im brandenburgischen Innenministerium, Eike Lancelle, der als Zuschauer an der Urteilsverkündung teilnahm, war nach meiner Wahrnehmung als Sitzungsvertreter über die Verurteilung sichtlich überrascht. Doch auch der Bundesgerichtshof schloss sich auf die Revision des Angeklagten in seinem Urteil vom 18. Mai 2006 der Auffassung an, dass es sich bei dem 'Freikorps Havelland' um eine terroristische Vereinigung gehandelt hat.“

Und bei einer terroristischen Vereinigung wäre die Bundesanwaltschaft natürlich für das Verfahren zuständig gewesen. Rautenberg zitierte den ehemaligen Generalbundesanwalt Kay Nehm, der 2001 in einem Vortrag vor der Juristischen Studiengesellschaft Regensburg gesagt habe:

„Die Zuständigkeit des Generalbundesanwalts für die Verfolgung extremistischer Straftaten mit Staatsschutzqualität ist alles andere als klar und übersichtlich. Die Schwierigkeiten haben ihre Ursache in der undurchsichtigen verfassungsrechtlichen Kompetenzverteilung im Staatsschutzrecht.“

Die Aussage von Bundesanwalt Siegmund vor dem Untersuchungsausschuss bestätigte das, was bereits die Ausführungen von Generalstaatsanwalt Rautenberg nahelegten. Die Bundesanwaltschaft hat trotz der rechtsextremistischen Gewaltexzesse gegen Ausländer in den 90er-Jahren nur sehr langsam den

notwendigen Handlungswillen entwickelt, um Verfahren mit Rechtsextremismus-Bezug zu übernehmen. Der Zeuge Siegmund berichtete:

„Zu der damaligen Zeit war das nicht selbstverständlich, dass wir solche Verfahren führten. Ich habe angefangen, Rechtsextremismus zu bearbeiten, Ende 1999 - nach meiner Erinnerung. Und ich meine, dass der erste Fall, den ich hatte - - der spielte in Eggesin - das ist in Vorpommern - und bezog sich - - das war ein versuchtes Tötungsdelikt an zwei Vietnamesen. Das war im Rahmen eines Volksfestes begangen worden. Da war also keine terroristische Struktur oder überhaupt keine Struktur ersichtlich; das waren Einzeltäter, die sich für diese Tat eigentlich zusammengefunden hatten, sodass man von einem Vereinigungsdelikt nicht ausgehen konnte - was unsere Zuständigkeit einfacher begründet hätte -, sondern das ging also wirklich nur unter dem Gesichtspunkt, ob dieses versuchte Tötungsdelikt ‚bestimmt und geeignet‘ war, die öffentliche Sicherheit zu gefährden, und eine besondere Bedeutung hatte. Und das ging in unserer - - Das muss man halt einfach historisch sehen, unsere Behörde hat ja auch eine Entwicklung durchgemacht; das war in unserer Behörde hochumstritten. Ich habe das damals bejaht, habe das Verfahren auch geführt. Das führte dann auch zu einer Verurteilung. Einer oder mehrere der Verurteilten sind in die Revision gegangen. Die Revisionen werden auch bei uns im Hause bearbeitet - das ist eine andere Abteilung im Haus, die die Revisionen - also zum Bundesgerichtshof, ist also nur so eine rechtliche Überprüfung - durchführen. Und da weiß ich noch, dass der Kollege - - [...] Der sagte, er würde das nicht vertreten; er würde die Auffassung, dass die Bundesanwaltschaft für solche Art von Straftaten rechter Flegel - sage ich mal - zuständig sei, nicht vertreten und deshalb könne er diese Revision nicht bearbeiten. Das hatte dann zur Folge, dass wir zu zweit da in die Revisionsverhandlung gegangen sind. Er, der Kollege, der eigentlich dafür zuständig war - also der Bundesanwalt, der eigentlich dafür zuständig war -, hat die Verfahrensrügen bearbeitet, und ich habe diese Frage der Zuständigkeit der Bundesanwaltschaft bearbeitet.“

Siegmund betrat folglich Neuland – ganz besonders mit dem Verfahren gegen die Berlin-Brandenburger Neonazi-Band „Landser“, die im Bereich Bornstedt/Bornim ihren Proberaum hatte. Der Zeuge erläuterte seine diesbezügliche Zielsetzung:

„Wir hatten uns damals vorgestellt, wir machen ein Verfahren gegen eine Skinheadband - da hatten wir uns halt die ‚Landser‘ ausgesucht -, und hatten damit die Vorstellung verknüpft, dass, wenn wir das hinkriegen mit dem § 129 - das ging ja dann noch bis zum Bundesgerichtshof; ist ja auch bestätigt worden, dass man so eine Skinheadband als eine kriminelle Vereinigung verfolgen kann -, das in den Ländern dann auch irgendwie so gemacht werden wird. Das hat aber nicht stattgefunden.“

Es gab nur ein weiteres Verfahren in Deutschland, in dem Mitglieder einer rechtsextremistischen Band wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung verurteilt worden sind – das betraf die Gruppe „Race War“ aus Baden-Württemberg.

Die bündnisgrüne Obfrau Ursula Nonnemacher fragte Siegmund, was die entscheidenden Faktoren oder Erkenntnisse gewesen seien, die es ermöglichen, eine Neonazi-Band als kriminelle Vereinigung zu verurteilen. Der Zeuge antwortete:

„Es hat ja beim Bundesgerichtshof auch eine Revisionsentscheidung dazu gegeben, weil das Urteil des Kammergerichts ja angefochten worden war. Da wurde das eigentlich sehr schlicht gesehen. Also, drei Leute müssen es ja mindestens sein, sonst ist es keine kriminelle Vereinigung. Die müssen ja, um das hinzukriegen, immer üben, und da ergibt sich dann auch eine Struktur: Der eine gibt den Text vor, der andere die Melodie. Also, das wurde nicht so spitzfindig gesehen beim BGH. Das war eigentlich relativ einfach, das unter den § 129 zu subsumieren.“

Bundesanwalt Siegmund hat mit dem „Landser“-Verfahren also eine Art juristischen Prototypen für die Strafverfolgung von Neonazi-Bands geschaffen. Es erschließt sich nicht, warum die brandenburgischen Strafverfolgungsbehörden dieses Instrumentarium nie genutzt haben. Denn in Brandenburg gibt es nicht nur vergleichsweise viele rechtsextremistische

Bands, sondern auch solche mit ganz besonders menschenverachtenden Texten. Beispielhaft genannt sei die Gruppe „Hassgesang“. Gegen solche Hassmusik-Bands sollte bei einschlägigen Straftaten konsequent wegen des Verdachts auf Bildung einer kriminellen Vereinigung ermittelt werden.

6. Aktionismus des Brandenburger Verfassungsschutzes

Nachdem der Generalbundesanwalt das NaBe-Verfahren übernommen hatte, entfaltete der Landes-Verfassungsschutz Aktivitäten, die von den Ermittlern teilweise kritisch gesehen wurden. Ein Beispiel – aber von der Chronologie her nicht das erste – ist die Veröffentlichung von Texten aus den Bekennerschreiben im Internet, wohl im Herbst 2001. Das LKA hielt bezüglich dieser Entdeckung am 10.12.2001 fest:

„In diesem Artikel sind die bisher der verfolgten Tätergruppe zuzuordnenden Handlungen detailliert und augenscheinlich über das Maß bislang erfolgter öffentlicher Publikationen beschrieben.“

Generalstaatsanwalt Rautenberg führte dazu aus:

„Wenn die Staatsanwaltschaft ein bestimmtes Verfahren wegen einer Straftat führt, dann ist es eigentlich üblich, dass weder die Polizei noch der Verfassungsschutz irgendwelche Sachen veröffentlichen, ohne dass vorher darüber eine Absprache getroffen worden ist.“

Der Zeuge Rautenberg beschrieb auch, was die Folge sein kann:

„Der Generalbundesanwalt richtet seine Ermittlungen natürlich in erster Linie darauf, ob es Hinweise auf die Verfasser des Bekennerschreibens gibt. Und wenn man jetzt bei einer Durchsuchung, bei einem Verdächtigen - und man hat ja durchsucht - das Bekennerschreiben in irgendeiner Form vorfindet, ist das natürlich ein erhebliches Beweismittel, was dadurch völlig an Wert verliert, wenn vorher dieses Bekennerschreiben vom Verfassungsschutz ins Internet gestellt worden ist. Auf so eine Idee kann man eigentlich ernsthaft nicht kommen. Das ist eine - also ich würde das so sehen - massive

Behinderung der staatsanwaltlichen Ermittlung. Und mir ist auch in meiner ganzen Amtszeit, jedenfalls was das Verhältnis zur Polizei angeht, so etwas auch noch nie untergekommen, dass eine Polizeibehörde so etwas macht, ohne das mit der Staatsanwaltschaft abzusprechen. Die haben nicht die Befugnis dazu, sich in diese Ermittlungen einzuschalten. Ermittlungsbehörde war der Generalbundesanwalt, und mit den Ermittlungen beauftragt war das Landeskriminalamt. Das sind die beiden Stellen, die da zu entscheiden haben, aber nicht der Verfassungsschutz; der kann sich nicht so in die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft einmischen.“

Bundesanwalt Siegmund bestätigte den Vorgang:

„Da Sie nach Besonderheiten fragen, fällt mir in dem Zusammenhang ein, dass aus meiner Sicht schon eine Besonderheit war, dass das Landesamt für Verfassungsschutz hier oder die Abteilung für Verfassungsschutz im Innenministerium diese Bekennerschreiben alle auf ihre Homepage gesetzt hatte. Also, man konnte sich das da runterladen, und das haben wir, meine ich, so ein halbes, Dreivierteljahr nachdem die Ermittlungen von uns übernommen worden waren, zur Kenntnis genommen. Dann bin ich mit einem Kriminalbeamten zusammen hingefahren zum Leiter des Verfassungsschutzes hier und habe darum gebeten, das da wieder runterzunehmen, weil das waren ja im Prinzip die Texte, nach denen wir suchten bei Durchsuchungen, und das schien uns nicht günstig zu sein, dass das nun für jedermann runterladbar beim Verfassungsschutz verfügbar war, weil das halt eventuelle Funde von uns relativiert hätte. Dieser Bitte ist nicht entsprochen worden. Ich hatte eigentlich gedacht, nachdem wir die Bitte geäußert hatten, das werde gemacht. Das wurde nicht gemacht. Das hat mich, als ich das später merkte - zwei Jahre später, glaube ich, wurde ich drauf hingewiesen von der Polizei, dass es immer noch da stand -, schon gewundert. Das war also schon eine Besonderheit, sage ich mal, die mir da begegnet ist.“

Ausweislich einer internen Stellungnahme des Verfassungsschutzes aus dem Jahr 2004 soll mit der Veröffentlichung der Bekennerschreiben beabsichtigt worden sein,

„die seit Monaten inaktive ‚Nationale Bewegung‘ auf diese Weise zu einer Reaktion zu bewegen“. Und der damalige Verfassungsschutz-Leiter Wegesin erläuterte:

„Wir haben ausschließlich Dinge veröffentlicht, die öffentlichkeitsbekannt waren oder die aus pressefreien Polizeimeldungen kamen. Also, uns war nicht nachvollziehbar - weil es ging ja wohl um das Bekennerschreiben damals bei dem Brandanschlag auf die jüdische Totenhalle hier in Potsdam -, dass wir da Täterwissen preisgegeben hätten oder der Staatsanwaltschaft einen Ermittlungsnachteil eingebrockt hätten. Aus unserer Sicht waren das öffentlichkeitsklare Tatsachen, die wir auch in die Öffentlichkeit gebracht haben mit einem gewissen Spin, weil wir merkten, dass die Leute in der rechtsextremen Szene sauer waren auf die ‚Nationale Bewegung‘, weil sich einfach die Ermittlungstätigkeit, aber auch die präventiv-polizeiliche Tätigkeit intensiviert - man stand den Leuten auf den Füßen -, und wir die Hoffnung hatten, durch Preisgabe dieser öffentlichkeitsbekannten Informationen durch den Verfassungsschutz vielleicht jemanden zu haben, der uns einen Tipp gibt: ‚Ich habe da gehört ...‘ - Man ist ja sonst ermittlungsmäßig damals überhaupt nicht weitergekommen. - Das war der eigentliche Sinn.“

Ob Verfassungsschutz-Leiter Wegesin Recht hat, wenn er sagt, die Polizei habe die Texte zum damaligen Zeitpunkt schon veröffentlicht gehabt kann dahingestellt bleiben. Ebenfalls kann es dahingestellt bleiben, ob der Verfassungsschutz die Bekennerbriefe fehlerhaft abgeschrieben hat, so dass die Originaltexte immer noch Beweiswert gehabt hätten.

Die Merkwürdigkeit – und damit eine der Merkwürdigkeiten, die Generalstaatsanwalt Rautenberg angesprochen hatte – besteht darin, dass der Verfassungsschutz ohne Absprache in die Ermittlungen der Bundesanwaltschaft eingegriffen hat. Das ist nicht die Aufgabe des Verfassungsschutzes, dazu ist er nicht befugt. Und sollte Verfassungsschutz-Leiter Wegesin nicht einmal der Aufforderung nachgekommen sein, die Bekennerschreiben von der Homepage zu entfernen, dann wäre das ein ganz besonderer Affront. Daraus lässt sich – ganz zurückhaltend formuliert – zumindest schließen, dass der Verfassungsschutz-Leiter die Ermittlungen der

Bundesanwaltschaft nicht in kooperativer Weise unterstützen wollte. Warum auch immer ...

A. Das Behördenzeugnis des Verfassungsschutzes

Bereits kurz nach der Verfahrensübernahme durch den Generalbundesanwalt hat Verfassungsschutz-Leiter Heiner Wegesin – am 30.02.2001 – ein Behördenzeugnis übermittelt:

„Dienstlich wurde hier durch eine zuverlässig und stets nachrichtenehrlich berichtende Quelle bekannt, dass mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit der M. K. als Täter oder Mittäter an dem Anschlag auf die Trauerhalle auf dem jüdischen Friedhof in Potsdam am 8. Januar 2001 in Betracht kommt.

Diese Erkenntnis hat die Quelle erlangt, als sie zufällig bei einem Telefonat zwischen einer ihr bekannten Person und dem ihr flüchtig bekannten Anrufer M. K. anwesend war. Die Quelle hat zunächst nur die Antworten der ihr bekannten Person gegenüber dem anfangs nicht namentlich bekannten Anrufer mitgehört. Erst im Laufe der Gesprächs konnte die Quelle den oben genannten Sachverhalt schlussfolgern. Im Anschluss an das Telefonat wurden die Vermutungen der Quelle durch Nachfrage bei der ihr bekannten Person bestätigt. Darüber hinaus habe der Anrufer berichtet, dass er von der Polizei dazu schon vernommen worden sei, ihm aber nichts habe nachgewiesen werden können.“

Das Landeskriminalamt und die Bundesanwaltschaft haben daraufhin ermittelt. Der Zeuge Siegmund sagte:

„Dem sind wir dann auch nachgegangen, haben also diese Person umfassend abgeklärt, mit Telefonüberwachung, Observation - was weiß ich, was -, haben auch durchsucht. Das konnten wir dann im Ergebnis der Durchsuchungen ausschließen, dass der daran beteiligt war. Diese Formulierung ‚mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit‘, die war unzutreffend gewesen. Also, das konnte man im Nachhinein sagen, das war nicht richtig. Und ich

weiß, dass ich das zum Anlass genommen habe, den Leiter des Verfassungsschutzes hier zu bitten, mir zu sagen, worauf diese Erkenntnis beruht. Das war in der Behördenklärung so abgefasst, dass sie das den Angaben einer Quelle entnommen hatten, die wir nicht kannten. Ich habe ihn dann gebeten - ich glaube, das war sogar an dem Tag, an dem wir durchsucht haben bei dem Betreffenden; ich glaube, dass er [M.] K. hieß, da bin ich aber jetzt nicht mehr so ganz fit, aber ich meine, er hieß [M.] K., mir diese Quelle zu benennen. Das hat er auch getan, damit ich ihn vernehmen konnte - wir haben auch vernommen -, und dann ergab sich auch aus der Vernehmung dieser Quelle, dass dieses Behördenzeugnis eigentlich an der Stelle nicht zutreffend war. Also, dieser Wahrscheinlichkeitsgrad, der da behauptet worden war - ‚mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit‘ -, das ist ja im Prinzip - - sagt man ja: Das ist der Täter. - Dafür gab es eigentlich keinen Grund. Aus den Angaben, die diese Quelle dem Verfassungsschutz gegenüber gemacht hatte, war das jedenfalls nicht herzuleiten. - Das war auch so eine Besonderheit dieses Verfahrens.“

Mit dem Vorwurf konfrontiert, dass dieses Behördenzeugnis nicht belastbar gewesen sei, sagte der Unterzeichner des Dokuments Heiner Wegesin:

„Ja, das ist wieder so eine typische staatsanwaltschaftliche Fehlperzeption; das muss ich jetzt einfach mal sagen. Wenn Sie ein solches Behördenzeugnis schreiben - - Uns war selbst klar, dass das möglicherweise unsubstanziert oder Quatsch war, weil die Quelle was gehört haben soll, wo jemand eine Selbstbezeichnung in Sachen NaBe abgegeben hat. Dann ist einfach die Frage, wenn Ihnen so was als Verfassungsschutz zu Ohren kommt, selbst wenn Sie es für wahrscheinlich unsubstanziert und gelogen halten: Was machen Sie damit? Halten Sie es zurück oder teilen Sie es der Polizei mit? - Wir haben es der Polizei mitgeteilt, weil das Thema NaBe damals nun wirklich sehr hochrangig war und eine intensive Ermittlungstätigkeit passierte. Und wie machen Sie das? Sie schreiben das als Behördenzeugnis. Ich kann Ihnen sagen - daran erinnere ich mich sehr deutlich -, dass wir gesagt haben: Leute, hier habt ihr das, nehmt das bitte zur Kenntnis. Wir können dafür die Hand nicht ins Feuer legen, aber wir können als Verfassungsschutz, wenn wir auch

nur einen Hinweis auf diese Organisation bekommen und jemand sich angeblich selbst bezichtigt, nicht sagen: ‚Das lassen wir jetzt mal verschwinden.‘ - Dass das nicht auf die Goldwaage zu legen ist, das haben wir nie behauptet. Und dass eine Polizei sagt: ‚Was sollen wir mit dem Wisch? Haben wir einen Hinweis mehr, den wir abarbeiten müssen!‘, dass man damit nicht zufrieden ist, das kann ich umgekehrt auch verstehen; aber uns war wichtig, diesen Hinweis der Polizei zu geben. Und das Institut ist das Behördenzeugnis, und das wollten wir auch nicht konkreter machen als das, was wir wirklich meinten, aus dieser Information herauszuziehen.“

Darauf angesprochen, warum er dann die Formulierung „mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit“ verwendet habe, antwortete Wegesin:

„Ja, da ist eine gewisse Diskrepanz da; das gebe ich auch ehrlich zu. Es ist so, dass Sie häufig den Inhalt des Behördenzeugnisses - ich weiß jetzt nicht ganz konkret, ob es in diesem Fall so war - mit demjenigen, der das empfängt, abstimmen. Und dann kann es durchaus sein - das ist mir nicht ganz fremd -, dass Sie dann etwas zuspitzen, um eine solche Verdachtskonkretion zu erreichen, selbst wenn Sie das nicht so ganz glauben, dies aber der Polizei, wenn sie Antragsteller ist, oder vielleicht dem Staatsanwalt ermöglicht, eine Verdachtskonkretion zu erreichen, die hinreicht, um ermittlungsrichterliche Maßnahmen zu rechtfertigen und auszulösen.

Es ist immer ein großes Problem: Es gibt Ermittlungsrichter, da können Sie mit einem Behördenzeugnis eines Nachrichtendienstes kommen, die gucken da einmal drauf und sagen: Pah, weiß ich nicht. - Der Alltag ist heute etwas anders, gerade im islamistisch-terroristischen Bereich. Ohne Behördenzeugnisse der Nachrichtendienste liefern eine ganze Menge Leute rum, die heute mit langen Haftstrafen drinsitzen. Aber Tatsache ist immer: Es gibt eine Ebene, wo Sie denken: Reicht das? Reicht das nicht? - Uns erschien das damals - - Die Quelle hat es behauptet, das war eine klare Tatsachenbehauptung. Natürlich hatten wir Zweifel. Und dann steht da Staatsanwalt oder Polizist und sagt: Ja, wat denn nu? Schreib es mir möglichst konkret auf. - Und das sorgt dann dafür, dass Sie da manchmal zwei, drei oder vier Rädchen mehr anziehen, ohne den Richter täuschen zu

wollen. Letztendlich wollen sie bei dem Kerl durchsuchen oder ihn befragen etc. pp. Das will der Verfassungsschutz dann so gerne wie die Polizei. Dann spitzt man manchmal zu. Ich gebe zu, dass es im Hinblick auf das, was ich gesagt habe - - dieses um eine grenzwertig zugespitzte Sache sich handeln mag. Aber es hat mich nicht um den Nachtschlaf gebracht, dass dann möglicherweise ein weiterer Rechtsextremist, weil der Verfassungsschutz den Mund ein bisschen vollgenommen hat, mit einer Ermittlungsmaßnahme überzogen würde. Da haben wir andere Dinge gedreht.“

Auf Nachfrage, mit wem er die Zuspitzung des Behördenzeugnisses im NaBe-Verfahren abgestimmt habe, sagte Wegesin:

„Ich kann mich nicht dran erinnern, eine solche Abstimmung durchgeführt zu haben. Ich weiß aber, dass wir damals beim Thema NaBe diskutierten: Die Polizei sah das kritisch, was wir da berichteten. Ist das so? Also, wenn wir da was erreichen wollen, dann schreibt es uns konkret auf. - An eine derartige - - ohne dass ich weiß, mit wem vielleicht wer - - An eine derartige Kritikalität, die damals auch eine Rolle spielte - - und dass wir dann bemüht waren, möglichst hilfreich zu sein, daran kann ich mich erinnern; an konkreten Absprachen nicht. Sie waren üblicherweise nicht meine Ebene, sondern das machte Milbradt oder der Abteilungsjustiziar, und ich prüfte das dann abschließend, habe es natürlich unterzeichnet, trug die Verantwortung.“

Die von Heiner Wegesin dargestellte Verfassungsschutz-Praxis, Behördenzeugnisse inhaltlich zuzuspitzen, damit die Polizei beim Ermittlungsrichter oder der Ermittlungsrichterin Maßnahmen genehmigt bekommt, ist nicht tragbar. Diese Praxis zielt darauf ab, die Justiz zu täuschen. Das verstößt gegen Grundregeln des Rechtsstaates. Es muss unterbunden werden, dass eine Behörde wie der Verfassungsschutz so handelt.

Im vorliegenden Fall hat der Verfassungsschutz obendrein die Bundesanwaltschaft und die Polizei getäuscht. Denn die Strafverfolger wussten offenbar nicht um die Zuspitzung. Stattdessen erfuhren sie bei der Vernehmung der Lebensgefährtin eines „Blood & Honour“-Kaders, dass es das

Telefonat zwar gegeben haben soll, das in dem Behördenzeugnis erwähnt wird. Aber, so sagte die Zeugin: „Bei diesem Telefonat war nur ich und Stefan zugegen.“ Das würde bedeuten, dass der V-Mann nicht – wie im Behördenzeugnis behauptet – das Telefonat mitgehört hat.

Stattdessen verhielt es sich laut dieser Zeugin so, dass der Angerufene an diesem Tag noch im Kameradenkreis von dem Telefonat berichtet hat. Ein anderer „Blood & Honour“-Kader, der bei diesem Gespräch dabeigewesen sein will, sagte:

„In diesem Kreis hat sich der Stefan R. darüber aufgeregt, dass M. K. ihn angerufen und am Telefon dummes Zeug erzählt hatte. Es ging irgendwie um den Anschlag auf dem jüdischen Friedhof. Darauf bezogen soll M. K. am Telefon in etwa gesagt haben: ‚Stefan, ha ha, wir wissen ja nicht, wer das war.‘ Das kam dem Stefan sehr blöd vor, weil es für nicht eingeweihte Leute so klingt, als ob [M.] K. und [Stefan] R. gerade doch gewusst hatten, wer den Anschlag begangen hat bzw. daran beteiligt war. Stefan äußerte, ob M. [K.] bescheuert wäre und was er damit bezwecken würde. Ob [Stefan] R. weiß, wer an dem Anschlag beteiligt war, habe ich seinen Äußerungen nicht entnommen und weiß ich auch nicht.“

Es ist demnach sehr wohl so, dass sich aus besagtem Telefonat Verdachtsmomente ergeben. Aber wenn bei Hausdurchsuchungen und weiteren Ermittlungsmaßnahmen keine weiteren Erkenntnisse generiert werden können, die den Verdacht stützen, dann kommt die Polizei im Ergebnis nicht weiter. Falsch sein muss der Verdacht nicht – aber er konnte nicht belegt werden und das ist entscheidend.

Fakt ist, dass die Erkenntnislage des Verfassungsschutzes keinesfalls ausreichte, um „mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit“ einen Täter oder Mittäter zu präsentieren. Der Verfassungsschutz hat bei dieser Vorgehensweise mindestens billigend in Kauf genommen, dass er das Landeskriminalamt und die Bundesanwaltschaft auf eine falsche Fährte bringt.

7. Der Geheimnisverrat

Der Verfassungsschutz-V-Mann Christian K. hat am 06.02.2001 eine polizeiliche Durchsuchungsaktion an den rechtsextremistischen Versandhändler Sven Sch. verraten. Die Durchsuchungsaktion sollte am 17.02.2001 auf gefahrenrechtlicher Grundlage erfolgen, wobei sich die „NaBe“-Ermittler Beifänge bezüglich der „Nationalen Bewegung“ erhofften. Nach dem Verrat des Termins wurde die Razzia auf den 07.02.2001 vorgezogen: Bei allen 19 betroffenen Personen verlief die Durchsuchung unter „NaBe“-Aspekten ergebnislos. KD Gellenbeck, der damals die Schutzpolizei in Potsdam leitete, sagte vor dem Untersuchungsausschuss:

„Ich weiß nicht, wie weit diese Information in der einschlägigen Szene bereits verbreitet war. Ich weiß nur noch, dass die Kollegen, die da eingesetzt waren, ein bisschen enttäuscht waren und eher das Gefühl rübergebracht haben: Da wurden wir erwartet.“

Die Beweisaufnahme des Untersuchungsausschusses hat ergeben, dass am Vormittag des 06.02.2001 eine polizeiliche Besprechung stattfand, an welcher der Beschaffungs-Referatsleiter des Verfassungsschutzes, Peter Giebler, teilnahm. Dieser beauftragte nach Rücksprache mit Heiner Wegesin den V-Mann-Führer Max Sandmann, seinen V-Mann Christian K. vor der Durchsuchungsmaßnahme zu warnen. Ob er dies mit oder ohne Nennung des Datums machen sollte, ist streitig. Fakt ist, dass Christian K. bereits um 15.54 Uhr das Datum kannte. Zu diesem Zeitpunkt hat das LKA einen Anruf von ihm beim rechtsextremistischen Versandhändler und ehemaligen „Blood & Honour“-Kader Sven Sch. abgehört. Christian K. warnte ihn verklausuliert vor der Razzia.

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass am selben Tag – also am 06.02.2001 – ein Treffen mit dem Verfassungsschutz-V-Mann Toni Stadler stattfand. Im diesbezüglichen Treffvermerk vom 08.02.2001 ist bezüglich eines Ermittlungsverfahrens, das in Sachsen-Anhalt gegen Stadler eröffnet und an das LKA Brandenburg abgegeben werden soll, folgendes dokumentiert:

„Quelle wurde in diesem Zusammenhang zugesichert, Informationen über den aktuellen Stand des Verfahrens umgehend an sie weiterzugeben.“

In diesem Dokument folgt der handschriftliche Vermerk von Heiner Wegesin:

„Bitte in der Staatsschutz-Abt. d. LKA d. zuständigen Sachbearbeiter u. d. zu Staatsanwalt erfragen. Dann Rü. bei mir.“

Vor diesem Hintergrund beziehungsweise mit Blick auf diese Verfassungsschutz-Praxis erscheint es nicht glaubhaft, dass Behördenleiter Wegesin und sein Referatsleiter Giebler bezüglich des Razzia-Verrats aufgrund von dienstlichen Erklärungen des Max Sandmann und Befragungen des Christian K. ernsthaft geglaubt haben wollen, dass der V-Mann das Durchsuchungsdatum aus Polizeikreisen erfahren habe – zunächst angeblich aufgrund eines Kontakts zu einer Polizeibeamtin in seinem persönlichen Umfeld, später wollte der V-Mann zufällig ein Gespräch von Beamten mitgehört haben. Der V-Mann-Führer behauptet anfangs, die angeblich codierte Warnung noch gar nicht am 06.02.2001 ausgesprochen zu haben. In Anbetracht der zeitlichen Abläufe wäre es ein geradezu unglaublicher Zufall gewesen, wenn ausgerechnet ein Verfassungsschutz-V-Mann ein morgens festgelegtes Durchsuchungsdatum bis zum Nachmittag aus Polizeikreisen erfahren hätte.

Die Potsdamer Oberstaatsanwältin Marianne Böhm, die später in dieser Angelegenheit ermittelte, sagte als Zeugin vor dem Untersuchungsausschuss:

„Ich finde es eben schon komisch, dass Verfassungsschützer und auch Polizeibeamte und Beamte dann sagen: Na ja, das wird so gewesen sein. - Das ist so ein bisschen naiv.“

Es drängt sich der Eindruck auf, dass der Verfassungsschutz schlicht daran interessiert war, keine Verantwortung für diesen Geheimnisverrat übernehmen zu müssen – und LKA-Direktor Axel Lüdders hat dazu beigetragen, indem er nicht die Aktivitäten entfaltet hat, die von ihm zu erwarten gewesen wären.

A. Ermittlungsergebnisse bezüglich des Landeskriminalamtes

Wie hätte das LKA auf den Razzia-Verrat des Verfassungsschutz-V-Mannes reagieren müssen? Die Zeugenaussage von NaBe-Ermittlerin KK'in B. I. (LKA BB) vor dem Untersuchungsausschuss gibt einen Anhaltspunkt, wie das auf der Ebene der sachbearbeitenden Beamtinnen und Beamten gesehen wurde:

„Wenn Ermittlungstätigkeiten oder geplante Maßnahmen verraten werden, dann will man natürlich wissen, warum, weil es hat ja Konsequenzen für die polizeiliche Arbeit.“

Auf Nachfrage ergänzte die Zeugin:

„Wenn eine geplante Maßnahme verraten wird, dann steht der Verdacht des Geheimnisverrats im Raum; der steht ja grundsätzlich im Raum bei solchen Sachen. Und ich gehe davon aus, dass dann ermittelt wird.“

Tatsächlich hat der LKA-Beamte KOK M.K. (LKA BB) nach dem Geheimnisverrat ermittelt. Seine Vermerke sind aber nicht in die Akte des Ermittlungsverfahrens gegen Sven Sch. geheftet worden – obwohl die Telefonüberwachung, bei welcher der Razzia-Verrat festgestellt wurde, in diesem Verfahren gelaufen war.

Generalstaatsanwalt Rautenberg stellte dazu am 28.08.2003 in einer Pressemitteilung fest:

„Auch ist nicht zu beanstanden, dass in den Ermittlungsakten des Verfahrens gegen Sven Sch. die Abschrift des entscheidenden Gesprächs vom 6. Februar 2001 fehlt und auch sonst in diesen Akten nicht ausdrücklich auf den Geheimnisverrat des Christian K. hingewiesen worden ist, denn hierbei handelte es sich um einen neuen Vorwurf gegen einen anderen Beschuldigten wegen einer Straftat, die nicht zur Telefonüberwachung berechtigt.“

Das bedeutete aber, dass die Staatsanwaltschaft Potsdam im Rahmen des Verfahrens gegen Sven Sch. keine Kenntnis von dem Geheimnisverrat erlangt hat.

Kriminaloberkommissar M.K. (LKA BB) hat seine Ermittlungsergebnisse an den damaligen Staatsschutz-Leiter KD Junge weitergegeben. M.K. zitierte vor dem Untersuchungsausschuss wie folgt aus einer dienstlichen Äußerung von sich:

„Auf meine Nachfrage bezüglich des weiteren Werdegangs teilte der Abteilungsleiter mit, dass der Sachverhalt ‚an anderer Stelle entschieden wird‘ und ich mich ‚nicht weiter damit zu befassen‘ brauche.“

Der damalige Staatsschutz-Abteilungsleiter KD Junge bestätigte das als Zeuge:

„Ich stelle mich da vor meinen Mitarbeiter. Der hat mich umfassend und vernünftig informiert und wird sicherlich auch enttäuscht gewesen sein, dass er hier ein bisschen ausgebremst wurde.“

KD Junge übermittelte am 05.03.2001 eine „Zusammenfassung der Ereignisse“ an LKA-Direktor Axel Lüdders. In dem Schreiben heißt es:

„Einige abgehörte und aufgezeichnete Telefonate stehen im Zusammenhang mit ehemals am 17.02.2001 geplanten Durchsuchungsmaßnahmen der BAO ‚Jüdischer Friedhof‘. Aus diesen Telefonaten ergibt sich der Anfangsverdacht eines Geheimnisverrates gem. § 353 b StGB.“

In einer Zeugenvernehmung bei der Staatsanwaltschaft Potsdam vom 25.06.2003 sagte KD Junge:

„Nach meinem Dafürhalten ist der Vermerk bzw. die Vorlage bzgl. des Geheimnisverrates eindeutig, d. h. es stand außer Zweifel, dass ein Geheimnisverrat durch K [REDACTED] begangen wurde. Ich erwartete eigentlich eine entsprechende Weisung oder Reaktion von Herrn Lüdders hinsichtlich der weiteren Verfahrensweise, auch bzgl. eine mögliche Unterrichtung der zuständigen Staatsanwaltschaft Potsdam, die jedoch nicht erfolgte. Eine eigenständige Unterrichtung der Staatsanwaltschaft hat sich für mich aufgrund der angesprochenen Gesamtsituation verboten, weshalb ich auch die Unterrichtung von Herrn Lüdders wählte. Damit gab ich auch die Frage der

Entscheidung der Unterrichtung der Staatsanwaltschaft Potsdam aus der Hand. Diese Vorgehensweise hielt ich insbesondere im Hinblick auf eine mögliche Verquickung mit dem Nabeverfahren für angebracht. Ob ich mit Herrn Lüdders persönlich darüber noch einmal gesprochen habe, d. h. nach meinem Vermerk, weiß ich nicht mehr. Ich weiß lediglich, dass Herr Lüdders mehrfach Kontakt mit Herrn Wegesin hatte. Über den Inhalt der Gespräche habe ich jedoch keine Kenntnis.“

Selbstkritisch merkte der Zeuge KD Junge vor dem Untersuchungsausschuss an:

„Rein theoretisch ist mir bekannt, dass ich meine Verantwortung nicht delegieren kann, aber ich habe den Direktor informiert über diesen Sachverhalt, wohl wissend, dass er - ich hatte es schon mal angedeutet - in diesen Fragen sehr eng mit Herrn Wegesin kooperiert hat oder sich ausgetauscht hat. Ich war in diesen Beratungen nicht zugegen. Und Geheimnisverrat: Der Verdacht musste sich auftun. Die Durchsuchung wurde dann ja vorverlegt und nicht am 17., sondern am 7. durchgeführt. Ich muss sagen, es wäre sicherlich meine dienstliche Pflicht gewesen, nachzuhaken, was der Direktor veranlasst hat, wenn ich schon nichts veranlasst habe. Für mich bestand erst mal die Pflicht und Notwendigkeit, den Behördenleiter zu informieren, wohl wissend, dass er auf diesem Gebiet engen Kontakt pflegte mit dem Leiter Verfassungsschutz.“

Der damalige Verfassungsschutz-Leiter Wegesin sagte vor dem Untersuchungsausschuss über die Beziehung zum LKA:

„Auch vor dem Hintergrund ‚Nationale Bewegung‘ und anderer Dinge ist die Zusammenarbeit sehr intensiv geworden. Sie hat sich dann - - Das hängt auch häufig mit kollegialen Beziehungen zusammen; ich konnte mit dem damaligen Chef des LKA - das war schon der Leistungsträger im Bereich des Staatsschutzes hier in Brandenburg -, Axel Lüdders, wunderbar, und wir haben hinterher eigentlich wöchentliche Lagebesprechungen gehabt und haben sogar unsere operativen Zugangslagen koordiniert und abgesprochen. Das würde ich mal so ab 2002/2004 sehen.“

Die Vernehmung des Zeugen Axel Lüdders vor dem Untersuchungsausschuss brachte hinsichtlich des Geheimnisverrats keine nennenswerten Erkenntnisse, da seine Erinnerung – auch im Kernbereich der Thematik – weitgehend nicht im Einklang mit der Aktenlage und den Aussagen anderer Zeuginnen und Zeugen stand.

Fakt ist, dass die Staatsanwaltschaft Potsdam deutlich mehr als zwei Jahre lang nichts von dem Geheimnisverrat erfahren hat. Dass sie im Jahr 2003 doch noch ein Ermittlungsverfahren einleiten konnte, ist ausschließlich journalistischen Recherchen und damit verbundenen Presseanfragen zu verdanken. Ohne die Presse als „Vierte Gewalt“ wäre dieser V-Mann-Skandal nicht einmal ansatzweise aufgeklärt worden.

Oberstaatsanwältin Böhm hat am 27.06.2003 auch LKA-Direktor Lüdders als Zeugen vernommen. Laut Vernehmungsprotokoll hat er sich wie folgt eingelassen:

„Ich kann mir nicht erklären, warum die ‚entscheidenden‘ TKÜ Protokolle nicht zu den Akten der Staatsanwaltschaft Potsdam (Sch.verfahren) genommen wurden.“

Lüdders vertrat gegenüber der Oberstaatsanwältin folgende Auffassung:

„Es ist nicht Aufgabe des Behördenleiters die Staatsanwaltschaft Potsdam über einen Anfangsverdacht zu unterrichten. Ein Behördenleiter greift nur ein, wenn etwas aus dem Ruder läuft. Da zeitnah die EK [Ermittlungskommission] Nabe über den Verrat unterrichtet war, und ich von KR [Kriminalrat] S. K. unterrichtet wurde, dass Bundesanwalt Siegmund über die Tatsache und die genauen Umstände des Verrates durch K [REDACTED] und auch über seinen Einsatz als V-Mann der Abtl. V [Abteilung V im Innenministerium = Verfassungsschutz] unterrichtet war, hatte Siegmund alle Möglichkeiten der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen K [REDACTED] zu entscheiden.“

Dieser Darstellung widersprach Kriminalrat KR S. K., der zum Zeitpunkt des Geheimnisverrats die Ermittlungskommission „NaBe“ leitete, als Zeuge bei der Staatsanwaltschaft Potsdam am 30.06.2003:

„Wenn der Verrat im Rahmen einer TÜ [Telekommunikationsüberwachung] im Nabeverfahren bekannt geworden wäre, hätte ich auf jeden Fall entweder anlässlich meiner Unterschrift auf der ‚Verpflichtungserklärung‘ [...] oder unmittelbar in diesem Zusammenhang die Problematik Verfolgung K [REDACTED], Unterrichtung Staatsanwaltschaft Potsdam etc., mit meinem Vorgesetzten thematisiert und auch diskutiert. Selbstverständlich hätte ich die Frage auch mit dem GBA [Generalbundesanwalt] erörtert. Im vorliegenden Fall habe ich dies jedoch nicht getan, da der Verrat, wie bereits ausgeführt, nicht in meinem Verfahren (Nabe) bekannt geworden ist.“

LKA-Direktor Lüdders führte gegenüber der Staatsanwaltschaft weiter aus:

„Ich habe mit Bundesanwalt Siegmund zu keinem Zeitpunkt konkret die Frage angesprochen, ob die Bundesanwaltschaft aufgrund des bestehenden Tatverdachts gegen K [REDACTED] ein Ermittlungsverfahren eingeleitet oder die Staatsanwaltschaft Potsdam unterrichtet. Dafür sah ich keine Veranlassung, da ich davon ausging, wenn ein ‚Staatsanwalt‘ Kenntnis von diesen Umständen hat, er das aus seiner Sicht erforderliche veranlasst.“

Des Weiteren sagte Lüdders:

„Mir war klar, dass ich aufgrund des Legalitätsprinzips einen Staatsanwalt unterrichten musste. Diesem rechtsstattlichen Auftrag bin ich durch Einbindung der Bundesanwaltschaft nachgekommen.“

KR S. K. sah auch das anders:

„Jedem, d.h. auch dem ‚kleinsten‘ Sachbearbeiter ist bekannt, wer die zuständige Staatsanwaltschaft ist. Insbesondere ist auch bekannt, wann eine Zuständigkeit der Bundesanwaltschaft besteht. Die Zuständigkeit der

Landesstaatsanwaltschaft bestimmt sich, soweit keine Sonderzuständigkeit vorliegt, nach dem Tatortprinzip, was jedem Mitarbeiter geläufig ist. Soweit Herr Lüdders ausführt, dass Siegmund ‚der Herr des Verfahrens‘ gewesen sei, ist dies für mich nicht nachvollziehbar, da die Bundesanwaltschaft lediglich Herr des Ermittlungsverfahrens Nabe war. Für das Sch.verfahren und auch den durch K██████ begangenen Geheimnisverrat bestand zumindest nach meiner Auffassung keine Zuständigkeit. Wie Herr Lüdders zu der Einschätzung kommen kann, dass er seinem ‚rechtsstaatlichen Auftrag‘ dadurch genüge getan hätte, dass die Bundesanwaltschaft Kenntnis hatte, ist für mich nicht nachvollziehbar.“

Oberstaatsanwältin Böhm sah schließlich einen Anfangsdacht bezüglich LKA-Direktor Lüdders hinsichtlich des Tatbestandes einer Strafvereitelung im Amt. Vor dem Untersuchungsausschuss sagte sie:

„Ich persönlich bin so ausgebildet worden in Berlin, dass ich den Anfangsverdacht dann annehme, wenn es nicht völlig fernliegend ist. Da reicht mir in aller Regel das Vorliegen des objektiven Tatbestandes aus. Der subjektive Tatbestand ist für mich eine Geschichte, die wirklich ziseliert zu betrachten ist; da spielen ja tausend Sachen mit eine Rolle. Deshalb: Ich fand es nicht völlig fernliegend, dass er hier - aus welchen Gründen auch immer - subjektiv auch im Sinne einer Strafvereitelung gehandelt hat, und das hätte ich halt gerne im Rahmen einer Beschuldigtenvernehmung geklärt.“

Auf Nachfrage, ob sie auch tatsächliche Anhaltspunkte für ein Vorliegen des subjektiven Tatbestandes gehabt habe, sagte die Zeugin Böhm:

„Für mich war das nach der summarischen Betrachtung so, ja. Weil: Ich hatte mehr Fragen im Kopf als Antworten, und in dem Moment, wo ich als ermittelnde Staatsanwältin der Auffassung bin: ‚Der Sache muss ich nachgehen‘, reicht mir das. Das ist für mich persönlich genau der Anfangsverdacht.“

Sie ließ Axel Lüdders folglich am 10.07.2003 als Beschuldigten nacherfassen. Am 25.07.2003 ließ sie ihn jedoch schon wieder als Beschuldigten austragen.

Die bündnisgrüne Obfrau Ursula Nonnemacher fragte, wie innerhalb von 14 Tagen diese konträre Einschätzung zustande gekommen sei. Die Zeugin Böhm sagte:

„Bei dem sogenannten Einleitungsvermerk, dass man Herrn Lüdders auf dem Aktendeckel zu erfassen hätte, das war eine Verfügung meinerseits, als die Akte noch keine Chefsache war. [...]

Zwei Wochen später wurde diese Einschätzung meinerseits rückgängig gemacht. Die Sache wurde zur Chefsache erklärt. Herr Junker [Leitender Oberstaatsanwalt der Staatsanwaltschaft Potsdam] war aus dem Urlaub wiedergekommen, hatte sich über den Stand des Verfahrens unterrichten lassen, und bei der Gelegenheit hatte ich ihm mitgeteilt, dass ich persönlich der Auffassung bin, dass gegen Herrn Lüdders ein Verfahren einzuleiten ist. Dann erging die Weisung, das rückgängig zu machen, und das Verfahren wurde zur Chefsache erhoben. Mehr habe ich dazu nicht zu sagen.“

Auf Nachfrage sagte die Zeugin, dass die Frage des Anfangsverdachts eine Beurteilungsfrage sei, ob zureichende tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen würden:

„Für mich war es so, aber das kann man auch anders sehen. Das ist jetzt keine starre Geschichte. Deshalb war es vielleicht so oder deshalb ist es so gewesen, dass eben diese Maßnahmen, die möglicherweise politisch sind - was, wie gesagt, für mich kein Kriterium ist - dass man dann eben die Notwendigkeit sah - was ich ja auch in Ordnung finde -, zu sagen: Wir machen das zur Chefsache.“

Der Leitende Oberstaatsanwalt Heinrich Junker schilderte den Vorgang vor dem Untersuchungsausschuss wie folgt:

„Es gab zeitweise eine größere Diskussion bezüglich des Leiters des LKA. Da war es so gewesen, dass die Dezernentin zunächst mal ihn eingetragen hat in

das Js-Register und dann ich das aber nicht mittragen konnte. Dazu muss ich sagen: Die Verantwortlichkeit eines Leitenden Oberstaatsanwaltes ist geregelt in der Organisationsanweisung für die Staatsanwaltschaften des Landes. Der Leitende Oberstaatsanwalt ist in der Regel in Verfahren mit eingebunden, wenn sie besondere Bedeutung haben, sei es, dass es in den Medien ein großes Echo findet, sei es, dass die Organisationsrichtlinien das vorgeben und vorgeben, ob und wie er sich da einschalten muss. Insbesondere hat er in Berichtssachen dafür Sorge zu tragen, dass jede wichtige Entscheidung nicht ohne ihn getroffen wird.

Hier war es so gewesen, dass ich im Urlaub war. Die sachbearbeitende Dezernentin hat diese Entscheidung getroffen. Naturgemäß war ich nicht eingebunden. Ich kam zurück, und es war in etwa parallel dazu in der Presse schon kolportiert worden, dass wohl gegen den Leiter des LKA ermittelt wurde.

Ich selbst habe dann in der Akte vermerkt - ich kann mich allerdings nicht mehr daran erinnern -, dass zu diesem Zeitpunkt meine persönliche Prüfung, inwiefern ein Anfangsverdacht zu bejahen war, noch nicht abgeschlossen war. Da es eine wichtige Entscheidung war und meine Prüfung eine gewisse Zeit in Anspruch genommen hat, habe ich die Entscheidung der Dezernentin nicht akzeptiert.“

Von den Meinungsverschiedenheiten in der Staatsanwaltschaft, was einen Anfangsverdacht des LKA-Direktors betrifft, erfuhren auch Journalisten. Aufgrund der Zeitungsberichte warf Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) der Potsdamer Staatsanwaltschaft Indiskretion vor. Der „Tagesspiegel“ zitierte ihn am 29.07.2003 mit der Aussage: „Das grenzt an Verrat von Dienstgeheimnissen.“ Am 31.07.2003 berichtete die „Berliner Zeitung“, dass Justizministerin Barbara Richstein (ebenfalls CDU) der Staatsanwaltschaft Potsdam „die Zuständigkeit“ entzogen habe, „Auskünfte zum Ermittlungsstand in der V-Mann-Affäre an die Presse zu geben“.

Auf die Frage, wie es dazu gekommen sei, antwortete Oberstaatsanwältin Marianne Böhm vor dem Untersuchungsausschuss:

„Weil sie es kann. [...] Eine Justizministerin kann sich doch hinstellen und die Pressehoheit der Staatsanwaltschaft wegnehmen. Das ist eine dienstvorgesetzte Behörde, und dann kann sie das tun.“

Auf Nachfrage erläuterte sie:

„Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Mich hat das überhaupt nicht interessiert, wer da Pressearbeit macht oder nicht. Ich war froh, wenn ich mein Verfahren führen konnte.“

Der Leitende Oberstaatsanwalt Junker konnte sich vor dem Untersuchungsausschuss nicht mehr daran erinnern, dass er um diesen Zeitpunkt herum ein Gespräch mit dem damaligen Staatssekretär Kluge aus dem Justizministerium hatte. In einem Vermerk vom 01.08.2003 hat der Abteilungsleiter Dr. Michael Lemke aus dem Justizministerium jedoch folgendes festgehalten:

„Der Staatssekretär bittet um eine Gesprächsnotiz über sein gestriges Gespräch mit Herrn OStA [Oberstaatsanwalt] Junker. Der Entwurf einer Gesprächsnotiz liegt an. [...] Generalstaatsanwalt Dr. Rautenberg ist von OStA Junker über das Gespräch unterrichtet worden. Er hat mitgeteilt, dass er dafür Sorge tragen werde, dass der LKA-Chef nicht eingetragen wird, weil er diesen Weg für juristisch zutreffend halte.“

Der Verfasser des Vermerks erklärte dazu vor dem Untersuchungsausschuss:

„Diese Gespräche - auf der Ebene - haben vergleichsweise selten stattgefunden. [...] Aber es gibt auch Situationen - und dies war offenbar eine; denn es ging ja um den LKA-Chef Lüdders -, wo man sagt: Das ist unter Umständen politisch so prekär, das möchte der Staatssekretär selber machen.“

Weiter führte der ehemalige Abteilungsleiter Lemke dazu aus:

„Ich glaube auch heute, dass es bei der Situation, die Sie angesprochen haben, wo es wirklich um die Frage von Geheimnisverrat eines LKA-Chefs gehen könnte, notwendig ist, dass die politischen Leitungen direkt und unmittelbar unterrichtet werden über das, was zu tun ist, und - machen wir uns nichts vor - natürlich auch der Staatssekretär sagt: Das und das hat zu geschehen und das nicht! - Das ist natürlich auch Inhalt solcher Gespräche.“

In seinem Vermerk vom 01.08.2003 über das Gespräch hieß es weiter:

„Herr Staatssekretär Kluge regte für die Zukunft an, für die wenigen Verfahren, die eine derartige politische Brisanz aufwiesen, dafür zu sorgen, dass sie nicht notwendigerweise vom an sich zuständigen Dezernenten, sondern von einem außerordentlich verschwiegenen Dezernenten („Erbsenzähler“) bearbeitet würden. OStA Junker zeigte sich auch insoweit problembewusst.“

Auf diesen Vorhalt sagte der Zeuge Lemke:

„Was Herr Kluge vorschlägt, geht aus meiner Sicht einfach nicht. Gerade weil es der Staatssekretär war, musste ich, wenn er mir so etwas sagte, auch einen Vermerk schreiben, damit er mir nicht hinterher sagt: ‚Ich habe Ihnen das doch gesagt. Warum haben Sie nichts gemacht? Sie haben mal wieder ...‘ Oder so irgendwie. Also habe ich das so geschrieben.“

Lemke fügte hinzu:

„Frau Böhm hätte ich auch gerne bei dem Ding gelassen - wenn Sie mich fragen. Wenn mich der Herr Staatssekretär gefragt hätte: ‚Herr Lemke, was halten Sie davon?‘, dann hätte ich gesagt: ‚Ich hielte was davon, dass Sie die Finger davon lassen und es dem Junker überlassen, wen er einsetzt.‘ Fertig!“

Im Übrigen halte er es „für wenig förderlich, wenn man einen Teil seiner Staatsanwälte als ‚Schwätzer‘ und einen anderen Teil als ‚Erbsenzähler‘ bezeichnet“.

Die bündnisgrüne Obfrau Ursula Nonnemacher hielt dem Zeugen auch noch folgende Passage aus einem „Non Paper“ vor, das Michael Lemke auf die Kabinettsitzung am 05.08.2003 hin geschrieben hatte:

„Stichwort: Verfolgung LKA-Chef Lüdders

Mit dem Generalstaatsanwalt persönlich ist am 30. August 2003 folgendes Vorgehen vereinbart worden:

Die Staatsanwaltschaft Potsdam wird ihm - insoweit abgetrennt vom Ermittlungsverfahren gegen K[...] im Übrigen - einen Absichtsbericht hinsichtlich LKA-Chef Lüdders übermitteln. Dieser Bericht wird voraussichtlich die Absicht, ein Js-Verfahren einzutragen und sodann sofort gemäß § 170 Abs. 2 StPO einzustellen, enthalten. Der Generalstaatsanwalt wird je nach Formulierung des Absichtsberichts entweder selbst entscheiden, dass nach seiner Auffassung die Fallkonstellation auch schon nicht die Eintragung eines Js-Verfahrens trägt, oder dies in einem weiteren Prüfauftrag der Staatsanwaltschaft Potsdam mitteilen.

Der Generalstaatsanwalt prüft im Übrigen derzeit die von mir nach eingehender Erörterung in Abt. III erneut in Zweifel gezogene Selbstverständlichkeit, mit der die Staatsanwaltschaft Potsdam den objektiven Tatbestand einer Strafvereitelung im Amt annimmt.

Derzeit zu erwartendes Ergebnis:

Gegen LKA-Chef Lüdders wird, sei es schon aus objektiven, sei es zumindest aus subjektiven Gründen, gar nicht erst ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.“

Lemke sagte dazu, dass er damals folgenden Standpunkt vertreten habe:

„Wir müssen das sorgfältig prüfen. Der Generalstaatsanwalt hat in dem Gespräch mit mir zugesagt, dass er genau das tun wird. Ich habe da, glaube ich, sogar eine Weisung erteilt. Das kann man interpretieren oder nicht. Ich habe da gesagt, und das nehme ich auf meine

Kappe - - Weil die Hausleitung hinter mir stand, habe ich gesagt: Ihr müsst das jetzt anders machen! Das geht so nicht!“

Lemke kam vor dem Untersuchungsausschuss zu folgendem Ergebnis:

„Das ist so prekär, diese Sache, dass der Vermerk so, wie sie ihn vorgelesen haben, vielleicht ein bisschen eierig klingt. Aber er ist nicht eierig. Er drückt genau das aus, was in der Situation eben gegeben ist.

Ich glaube, das haben wir aus meiner Sicht richtig und gut gemacht. Und so weit, wie ich mich erinnere, ist da auch nie etwas passiert mit Herrn Lüdders in dem Zusammenhang.“

Ursula Nonnemacher fragte ihn daraufhin, ob es aus seiner Sicht sein könne, dass mehrere Polizeibeamte bis hinauf zum LKA-Chef vom Geheimnisverrat eines V-Mannes wussten, aber das über zwei Jahre lang nicht an die zuständige Staatsanwaltschaft gemeldet haben und die zuständige Staatsanwaltschaft schließlich kein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Strafvereitelung im Amt eingeleitet hat. Der ehemalige Abteilungsleiter aus dem Justizministerium antwortete:

„Sie haben Recht: Das kann es eigentlich nicht geben. Aber was es nicht geben kann, gibt es trotzdem gelegentlich. Das heißt also, gerade mit V-Leuten, wo die Frage des Einsatzes von V-Leuten und die Beurteilung ihres Einsatzes so kompliziert und schwierig im Einzelfall ist, kann es schon sein, dass ein Innenministerium den Einsatz der V-Leute unter dem Deckel hält - ich will es mal so sagen - und einfach nichts mehr dazu sagen will und auch davon nichts hören will. Wenn ich zum Beispiel als Strafrechtsabteilungsleiter weiß, da ist etwas gewesen, und ich frage die nicht, dann bin ich mitschuldig. Also würde ich sie gefragt haben. Aber ich wusste das mit Sicherheit auch nicht, das ist klar; denn sonst wäre ja das Gespräch mit der Staatsanwaltschaft viel früher gelaufen. Das ist klar.

Als Zweites: Wenn aber die Staatsanwaltschaft dann erfährt, da ist etwas, und da ist sogar etwas, was man eigentlich politisch - - Auch Junker ist, obwohl er

Leitender Oberstaatsanwalt einer Teilstaatsanwaltschaft, nicht der General-, ist, ist auch in einem politischen Interesse. [...] Der muss also auch aufpassen.

Und der hat genauso reagiert, wie man eigentlich auch nicht reagieren soll. Der hat sofort gesagt: Da müssen wir sofort etwas machen! Das geht sonst schief! - Daraufhin haben wir eingegriffen, weil wir gesagt haben: Nein, lieber nicht! Das müsst ihr schon ordentlich machen! - Strafrecht ist vor allen Dingen saubere und ordentliche Arbeit; denn es geht ja immer um die Freiheit der Menschen. Es geht auch um ihren Beruf. Die werden entlassen, wenn irgendwas passiert mit einem Js-Verfahren und so. Insofern die erste Frage beantwortet: Ja, Sie haben Recht. - Zweite Frage: Wir haben es weggebügelt.“

Manifest wurde dieses Wegbügeln in der Pressemitteilung des Generalstaatsanwalts Rautenberg vom 28.08.2003 zum Abschluss der Geheimnisverrats-Ermittlungen:

„Allerdings ist seitens des LKA Brandenburg unterlassen worden, die zuständige Staatsanwaltschaft Potsdam von der Straftat des Geheimnisverrats des Christian K. an Sven Sch. in einem gesonderten Vorgang zu unterrichten. Dies hängt damit zusammen, dass das Landeskriminalamt seinerzeit zugleich auch in dem Ermittlungsverfahren der Bundesanwaltschaft wegen des Brandanschlags auf den jüdischen Friedhof in Potsdam tätig war und der bekanntgewordene Geheimnisverrat des Christian K. für die Beurteilung der Beweislage in jenem Verfahren von Bedeutung hätte sein können. Nur aus diesem Grund hat dieser Umstand in Dienstbesprechungen mit dem ermittelnden Bundesanwalt seitens des LKA Erwähnung gefunden. Diesen Gesprächen vermochte der Bundesanwalt jedoch nicht zu entnehmen, dass die zur Bearbeitung des Geheimnisverrats zuständige Staatsanwaltschaft Potsdam bisher überhaupt nicht unterrichtet worden war. Auch ist der Sachverhalt des Geheimnisverrats nicht auf andere Weise förmlich vom LKA Brandenburg an die Bundesanwaltschaft heran getragen worden. So befinden sich in den Akten der Bundesanwaltschaft keinerlei diesbezügliche Schriftstücke, wie etwa Vermerke des LKA

Brandenburg oder Mitschriften der Telefonüberwachung. Andererseits ist der Direktor des Landeskriminalamtes Brandenburg, der Anlaß und Inhalt der Besprechungen mit der Bundesanwaltschaft nicht in den Einzelheiten kannte, unwiderlegbar davon ausgegangen, dass dem Legalitätsprinzip durch die Erörterungen des Verrats mit der Bundesanwaltschaft bereits Genüge getan worden sei und diese das Erforderliche veranlassen werde. Jedenfalls konnte der für eine Strafvereitelung im Amt erforderliche Vorsatz beim Direktor des Landeskriminalamts nicht festgestellt werden. Gleichwohl oblag der Staatsanwaltschaft die Pflicht, auch dessen mögliches strafbares Verhalten gewissenhaft zu prüfen.“

Dieses Ermittlungsergebnis ist nicht nachvollziehbar. Selbst wenn der LKA-Direktor oder andere Polizeibeamte der Auffassung gewesen wären, dass es reicht, den Verdacht des Geheimnisverrats an den Generalbundesanwalt zu melden, dann hätte dies zwingend schriftlich geschehen müssen – schon deshalb, weil das Protokoll beziehungsweise das Ergebnis der Telekommunikationsüberwachung hätte übermittelt werden müssen. Das ist aber nicht geschehen. Stattdessen lagen die Ergebnisse der internen Ermittlungen zum Razzia-Verrat beim LKA-Direktor, ohne dass dieser Anzeige erstattet hätte oder angeordnet hätte, dass Anzeige erstattet wird.

Es wird nicht verkannt, dass es auch unter juristischen Gesichtspunkten umstritten gewesen sein kann, ob ein förmliches Ermittlungsverfahren gegen den LKA-Direktor eingeleitet wird oder nicht. Die Untersuchungen haben jedoch ergeben, dass das Ergebnis der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen in dieser Frage vom Justizministerium in Absprache mit dem Generalstaatsanwalt festgelegt wurde – noch bevor die Staatsanwaltschaft selbst zu einem Ergebnis(vorschlag) gekommen war. Das bedeutet, dass in ein rechtsstaatliches Verfahren gemäß des Interesses des Innenministeriums politisch eingegriffen wurde – und womöglich auch im Interesse des Justizministeriums. Innenminister Schönbohm scheint seine Indiskretions-Vorwürfe gegen die Staatsanwaltschaft Potsdam jedenfalls nicht mehr wiederholt zu haben, nachdem feststand, dass gegen die Beamten aus dem Geschäftsbereich des Innenministeriums keine Verfahren eingeleitet werden.

B. Die Ermittlungsergebnisse bezüglich des Verfassungsschutzes

Auch auf Seiten des Verfassungsschutzes ist kein Beamter strafrechtlich zur Verantwortung gezogen worden. Verurteilt wurde nur der V-Mann Christian K., weil er sich gegenüber dem Verfassungsschutz zur Verschwiegenheit verpflichtet hatte. Obwohl ihm die ermittelnde Oberstaatsanwältin im Rückblick zugutehält:

„Der Einzige, der hier überhaupt nicht gemauert hat, das war der Beschuldigte. [...] Der ist ja dann auch derjenige gewesen, der versucht hat, das alles zu erklären.“

Über das Aussageverhalten der Beamten äußerte sich die Zeugin Böhm vor dem Untersuchungsausschuss enttäuscht:

„Ich hätte eigentlich erwartet, dass Zeugen - ich sitze ja auch hier und unterliege der Wahrheitspflicht - einfach die Wahrheit sagen.“

Gegen LKA-Direktor Lüdders hätte die Oberstaatsanwältin die Ermittlungen ausgeweitet, wie sie auf Nachfrage bestätigte – wenn das Verfahren nicht zur Chefsache erklärt worden wäre. Dahingegen blieb die Lage beim Verfassungsschutz unübersichtlich, was das dortige Geschehen und die juristische Einordnung betrifft. Oberstaatsanwältin Böhm führte aus:

„Nach der Aktenlage, würde ich sagen, ist es wirklich so gewesen, dass der ‚Max‘ [der V-Mann-Führer von Christian K.] von seinem Vorgesetzten eine Weisung bekommen hat, den V-Mann zu warnen. Das, glaube ich, steht fest; das ist auch nicht unüblich. Die große Frage ist aber nicht, dass er gewarnt wurde, sondern die große Frage ist, dass ‚Max‘ behauptet hat, er sollte das Datum mitteilen. Und das weiß ich nicht; ich sage Ihnen das ganz ehrlich. Also, er hat sich ja nachher darauf zurückgezogen, dass er gesagt hat, er wüsste nicht, ob er es gesagt hat oder nicht: Könnte sein, könnte nicht sein. - Und die Vorgesetzten haben natürlich gesagt: Wir haben das Datum nicht gesagt; wir haben ihm nicht gesagt: ‚Sag dem V-Mann das Datum.‘ Das ist ja genau der Punkt.“

Und ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ich weiß bis heute nicht, wer da was gesagt hat. Ich weiß nur, dass er [der V-Mann] das Datum wusste, und ich denke, er hat es von seinem V-Mann-Führer bekommen. Da bricht dann für mich die Beweiskette ab. Da kann ich spekulieren; da kann ich sagen: Das kann der Vorgesetzte gewesen sein. - Das würde, ich sage mal, zeitlich in den Rahmen passen. Da gibt es aber genügend andere Modalitäten, weil da gab es ja auch diese Besprechung, aus der die angeblich rausgekommen sind usw. - Ich kann es Ihnen nicht sagen. Ich weiß es nicht.“

Sie habe die Verdachtsmomente nicht verdichten können, sagte die Zeugin Böhm:

„Wenn der Herr Giebler [der Leiter des Beschaffungs-Referats], der sein [des V-Mann-Führers] Vorgesetzter ist, zu ihm sagt: ‚Gib das Datum bekannt!‘, ist das eine Weisungslage.“

Ob das so war oder nicht – da stand Aussage gegen Aussage. Generalstaatsanwalt Rautenberg machte mit einer Pressemitteilung am 28.08.2003 den sprichwörtlichen Deckel drauf:

„1. Nach dem Ergebnis der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Potsdam besteht gegen den ehemaligen V-Mann Christian K. hinreichender Tatverdacht wegen Geheimnisverrats, weil er am 6. Februar 2001 in einem - abgehört - Telefonat eine geplante polizeiliche Durchsuchung an den Sven S. verraten hat. Über das weitere Vorgehen gegen Christian K. hat die Staatsanwaltschaft Potsdam noch nicht abschließend befunden.

2. Die Ermittlungen haben nicht zur Einleitung von weiteren Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit dem Christian K. zur Last gelegten Geheimnisverrat geführt.

2.1 Nach dem weiteren Ergebnis der Ermittlungen treffen die Angaben des Christian K. zu, dass ihm der Durchsuchungstermin von seinem damaligen V-Mann-Führer mitgeteilt worden war. Diese Mitteilung des V-Mann-Führers ist allerdings strafrechtlich nicht relevant, weil die Weitergabe eines geplanten

Durchsuchungstermins an einen zur Verschwiegenheit verpflichteten V-Mann jedenfalls dann nicht die unbefugte Weitergabe eines Geheimnisses darstellt, wenn dies geschieht, um den verpflichteten V-Mann zu veranlassen, sich im Interesse der Geheimhaltung seiner Funktion von der Aktion fernzuhalten, und dieser nicht selbst Beschuldigter ist.“

Bemerkenswert ist, dass der damalige Verfassungsschutz-Leiter Heiner Wegesin das Handeln seines V-Mann-Führers vor dem Untersuchungsausschuss – im Widerspruch zur Rechtsauffassung des Generalstaatsanwalts – als „rechtswidriges Tun“ bezeichnet hat:

„Wenn der Herr ‚Sandmann‘ noch einen wegen Verletzung des Dienstgeheimnisses drübergekriegt hätte, wäre mir das recht gewesen.“

Wegesin bedauerte, „dass ich damals vielleicht aus bestimmten Gründen die Dinge erst mal ein bisschen habe laufen lassen“. Die konkrete Warnung des V-Manns durch den V-Mann-Führer bezeichnete er als „schlimme Panne“, den Ausgang des Disziplinarverfahrens für den V-Mann-Führer als „milde“:

„Ich hätte ihn einen Dienstgrad niedriger gesetzt.“

Die strafrechtliche Würdigung des V-Mann-Führer-Verhaltens beziehungsweise die entsprechende Rechtsauffassung des Generalstaatsanwalts war aber schon damals umstritten, als die Staatsanwaltschaft wegen des Geheimnisverrats ermittelte. In einem Vermerk des Justizministeriums vom 05.06.2003 hieß es, dass der Stellvertreter des Generalstaatsanwalts Ewald Bröhmer darauf hingewiesen habe:

„Sollte sich der von Herrn J. mitgeteilte Sachverhalt durch die entsprechende Aussage des V-Manns belegen lassen, käme nach vorläufiger rechtlicher Prüfung wegen der telefonischen Warnung auch die Unterstützung einer terroristischen Vereinigung durch den V-Mann-Führer in Betracht. Dann sei - je nach Sachverhaltsentwicklung - ggf. auch die (Teil-)Abgabe an den Generalbundesanwalt zu prüfen.“

Der in dem Vermerk erwähnte Stellvertreter des Generalstaatsanwalts, Ewald Bröhmer, konnte sich vor dem Untersuchungsausschuss nur eingeschränkt an den Vorgang erinnern. Auf den Vorhalt, dass der V-Mann vom V-Mann-Führer über die Durchsuchungsaktion am 17.02.2001 informiert worden sei, sagte er:

„Der V-Mann-Führer macht sich des Geheimnisverrats schuldig, weil der ein Geheimnis, das ihm dienstlich bekannt geworden ist, an einen unbefugten Dritten weitergibt. Nur so rum macht das überhaupt Sinn.“

Auf Nachfrage führte der Zeuge Bröhmer aus:

„Ich müsste jetzt überlegen, ob ein V-Mann in irgendeiner Weise zur Wahrung von Dienstgeheimnissen verpflichtet sein kann. Die werden ja nun in einer bestimmten Weise in das V-Mann-Amt quasi eingeführt und haben sich an bestimmte Regeln zu halten. Aber ich sehe mich im Moment überfordert, wenn ich mit Sicherheit die Rechtsfrage beantworten sollte, dass sie damit auch Verpflichtungen zur Geheimhaltung haben - so wie ein Beamter oder sonst für den öffentlichen Dienst Bestellter, der natürlich alles, was ihm dienstlich bekannt wird, geheim halten muss. Aber dass ein V-Mann ihm Zugetragenes geheim halten müsse - ja, wem gegenüber eigentlich? -, das würde ich auf den ersten Blick eher nicht für naheliegend halten. Aber ich bin ja nicht als juristischer Gutachter hier. Plausibel erscheint es mir nicht, dass ein V-Mann, der aus kriminellen Kreisen stammt, zur Geheimhaltung verpflichtet wird. Das ist doch das, was man ‚den Bock zum Gärtner gemacht‘ nennen würde. Also, ich kann mir nicht vorstellen, wie der V-Mann wegen Geheimnisverrats verurteilt werden kann, auch wenn er das, was er von seinem V-Mann-Führer hört, an Dritte weitergibt. Er ist nicht zur Geheimhaltung verpflichtet. - Meine Bewertung. Ich meine, wenn mir einer sagt, ich liege da juristisch falsch, dann nehme ich das hin, wenn das stimmt. Aber es erscheint mir unwahrscheinlich. Mein Judiz sagt mir: Nein.“

Tatsächlich werden V-Leute in der Regel förmlich zur Verschwiegenheit verpflichtet. Wenn sie sich nicht daran halten, machen sie sich strafbar. Diese Verschwiegenheit kann bei lebensnaher Betrachtung aber nur dem Ziel dienen,

dass der V-Mann möglichst geheim hält, was er im Kontakt mit dem Verfassungsschutz unvermeidbar erfährt – also beispielsweise die Sachverhalte, für die sich der Nachrichtendienst interessiert, und mit welchen Treff-Modalitäten gearbeitet wird. Es darf aber nicht sein, dass V-Leuten darüber hinausgehend Dienstgeheimnisse anvertraut werden – das wäre beziehungsweise ist unter Sicherheits- und Geheimschutzaspekten hochgradig riskant und würde die Ziele des Geheimschutzes ad absurdum führen. Es kann daher nicht angehen, dass V-Leute vor Durchsuchungsaktionen gewarnt werden. Das betrifft nicht nur konkrete Warnungen, sondern auch codierte Warnungen. Ein V-Mann darf und muss lediglich allgemein zu rechtstreuem Verhalten aufgefordert werden. Schon der allgemeine Hinweis nach dem Motto „Mach Deine Bude sauber“ beinhaltet jedoch gerade nicht die Aufforderung zu straffreiem Verhalten, sondern die Aufforderung, strafbare Gegenstände aus der Wohnung wegzuschaffen – und damit ist die Warnung geeignet, Straftaten zu verschleiern. Im Fall Christian K. war diese Problematik in besonderer Weise gegeben. Der Verfassungsschutz wusste, dass der rechtsextremistische Versandhändler Sven Sch. eine Wohnung von Christian K. nutzt.

Christian K. sagte in einer Vernehmung vom 05.07.2003 beim Generalbundesanwalt:

„Mir wäre es eigentlich egal gewesen, wenn bei einer Durchsuchung der Wohnung [...] die Sachen des [Sven] Sch. gefunden worden wären. Ich hätte ja leicht beweisen können, dass ich dort nicht mehr wohnte und die Sachen mir nicht gehörten. Ich habe deshalb dem [Sven] Sch. den Termin nicht aus eigenem Interesse sondern nur deshalb mitgeteilt, weil ‚Max‘ wollte, dass die Wohnung am 17. Februar ‚sauber‘ war.“

Wenn Christian K. dafür sorgen sollte, dass er seine Bude sauber bekommt, dann musste er dafür sorgen, dass Sven Sch. etwaige strafrechtlich relevante Tonträger verschwinden lässt. Und wie sollte er das erreichen, ohne seinerseits Sven Sch. vor der Durchsuchungsmaßnahme zu warnen? Zwar ist der mündliche Wortlaut der V-Mann-Warnung durch den V-Mann-Führer nicht überliefert, aber dass die Warnung – sogar mit Durchsuchungsdatum erfolgte – haben die Ermittlungen ergeben. Insofern ist davon auszugehen, dass mit dem

sinngemäßen Auftrag, Christian K. solle seine Bude sauberhalten oder saubermachen, faktisch der Auftrag erteilt wurde, den Wohnungsnutzer Sven Sch. zu warnen. Das hat Christian K. getan und dafür ist er – als schwächstes Glied in der Verfassungsschutz-Kette – verurteilt worden.

Ganz grundsätzlich ist aus logischen Gründen festzuhalten, dass es – anders, als von Generalstaatsanwalt Rautenberg und dem Verfassungsschutz behauptet – überhaupt keinen Grund abseits einer glatten Strafvereitelung gibt, V-Leute vor Durchsuchungsmaßnahmen zu warnen. Denn wenn sie selbst von einer Durchsuchung betroffen sind, wird mit einer Warnung die Polizei-Arbeit sabotiert – und die Strafverfolgung muss zwangsläufig Vorrang vor dem Beobachtungsauftrag des Verfassungsschutzes haben. Und wenn ein V-Mann – wie im Falle der verratenen Razzia im Februar 2001 – von der Maßnahme überhaupt nicht betroffen ist, gibt es erst recht keinen Grund ihn zu warnen. Denn selbst wenn er zufällig bei einem Kameraden vorbeikäme, bei dem die Polizei gerade durchsucht, entsteht dadurch überhaupt kein Risiko, dass er dadurch als Quelle enttarnt werden könnte.

Es wird nicht verkannt, dass die Quellenwarnung beim Verfassungsschutz üblich war und womöglich immer noch üblich ist und der V-Mann-Führer womöglich vom Leiter des Beschaffungsreferats explizit beauftragt worden ist. Allerdings muss man von einem Beamten, dessen zentrale Aufgabe es ist, die Verfassung zu schützen, erwarten, dass er in solch‘ einer Situation seiner Remonstrationspflicht nachkommt – also dem Auftrag zur Warnung widerspricht. Denn es kann ausgeschlossen das Recht des Verfassungsschutzbehörde sein, die Gefahrenabwehr oder die Strafverfolgung der Polizei zu konterkarieren. Und dass die Verschwiegenheitspflichten des V-Mannes juristisch im Ergebnis so eingeordnet wurden, dass einem Rechtsextremisten vergleichbar einem Beamten Dienstgeheimnisse anvertraut werden können, das ist nicht nur vollkommen absurd, sondern auch gefährlich.

C. Der Informationsgeber Sven Sch.

Unerklärlich ist zudem, wie Generalstaatsanwalt Rautenberg in seiner Pressemitteilung vom 28.08.2003 zu folgendem Ergebnis bezüglich des Neonazi-Kaders und -Geschäftsmannes Sven Sch. kommt:

„Der in den Medien geäußerte Verdacht, Sven S. habe vor dem Verrat durch Christian K. von dem Durchsuchungstermin bereits von anderer Seite Kenntnis erhalten, konnte durch die Ermittlungen ebenso wenig belegt werden wie die Behauptung, Sven S. sei V-Mann des Brandenburgischen Landeskriminalamtes gewesen. Sofern Sven S. hinsichtlich der Strafbarkeit von CD's polizeilicherseits beraten worden sein sollte, wäre dies strafrechtlich als präventive polizeiliche Maßnahme irrelevant.“

Dieses angebliche Ermittlungsergebnis überrascht. Denn Sven Sch. ist von der Staatsanwaltschaft Potsdam nicht einmal vernommen worden. Wenn geklärt werden sollte, ob er den Durchsuchungstermin im Februar 2001 auch noch von anderer Seite erfahren hat und ob er V-Person des LKA war, dann hätte er zwingend dazu vernommen werden müssen. Generalstaatsanwalt Rautenberg erweckt fälschlicher Weise den Eindruck, dass diesbezüglich umfassend ermittelt worden wäre. Dass bei Ermittlungen etwas nicht belegt werden konnte, was nicht oder nicht umfassend ermittelt worden ist, liegt jedenfalls auf der Hand. Insoweit sind Medienleute und Öffentlichkeit mit der Pressemitteilung des Generalstaatsanwalts in die Irre geführt worden.

Die Beweisaufnahme des Untersuchungsausschusses hat indes ergeben, dass Sven Sch. zumindest ein Polizei-Informant im wörtlichen Sinne war – also ein Rechtsextremist, der Informationen übermittelt hat, der aber nach Aussage mehrerer Zeugen nicht förmlich als Informant verpflichtet war.

Der Zeuge KD Grieger, der diesen Sachverhalt im Jahr 2003 im Innenministerium untersucht hat, verneinte zunächst zweimal die Frage der bündnisgrünen Obfrau Ursula Nonnemacher, ob Sven Sch. ein „Informant im wörtlichen Sinne“ gewesen

sei. Dann sagte KD Grieger allerdings, er habe die Frage falsch verstanden, worauf er sie wie folgt beantwortete:

*„Also, im rechtlichen Sinne war er es nicht. Wenn Sie so wollen - - Und er hat -
- Wenn jemand Hinweise gibt - - Also, ich hätte ihn jetzt als Hinweisgeber
bezeichnet, nicht Informant im ei- - Also, wir sprechen ja - - Wir haben ja eine
Sprache in der Polizei. Ich würde sagen: Er war kein Informant im Sinne, wie
die Polizei das versteht und wie wir es definieren. Er hat Hinweise gegeben.
Und er war offensichtlich bereit, mehr zu werden. Aber die Polizei hat dann
davon abgesehen. Ich bleibe bei meiner Aussage: Er war nicht - - kein
Informant im Sinne der Definition der Polizei. Aber er hat natürlich
Informationen an die Polizei gegeben. Aber das waren Maßnahmen im
Rahmen des Überprüfens, ob er möglicherweise als Informant oder V-Person
perspektivisch hätte eingesetzt werden können. So habe ich es jedenfalls
damals auch gesehen. Und ich glaube, das war auch die Zielrichtung, die der
Beamte [KOK M.] K. [LKA BB] damals hatte.“*

Geld hat Sven Sch. von der Polizei für seine Informationen nicht bekommen –
zumindest hat der Untersuchungsausschuss keine entsprechenden Hinweise
gefunden. Der ehemalige Leiter des polizeilichen Staatsschutzes in Potsdam, Jürgen
Wetzel, sagte als Zeuge über die Kontakte zu Sven Sch.:

*„Na klar wollten wir von dem irgendwas. Wir wollten Informationen haben zu
der Skinheadszone, okay, aber nicht in Gegenleistung, dass wir dem da noch
1 000 Euro geben.“*

Stattdessen ist ihm eine Art Rechtsberatung bezüglich seines Vertriebs mit
rechtsextremistischer Hassmusik zuteilgeworden. Der LKA-Beamte M. K., der
zunächst durch ein Strafverfahren in Kontakt mit Sven Sch. gekommen war, sagte
als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuss:

*„Nachdem wir eigentlich halbwegs ein Verhältnis zueinander gefunden hatten,
war er eigentlich bereit, den illegalen Weg zu verlassen und, na ja, im Rahmen
des Rechtlichen auch einen Versandhandel aufzubauen. Diesbezüglich gab*

es ja auch von seiner Seite aus Bemühungen, uns die Kataloge immer wieder mal anzureichen, damit wir strafrechtlich dort eine Bewertung vornehmen können, was er rauszunehmen hat oder was sowieso zur Indizierung kommen würde.“

Des Weiteren sagte der Zeuge KOK M. K. (LKA BB):

„Weitere Kontakte gab es dahin gehend, dass er von sich aus wollte, dass er einen legalen Versand aufbauen möchte mit Devotionalien, die der rechten Szene zugehörig sind, aber strafrechtlich unbelastet sind, weil er - wenn ich mich recht erinnere; so zitiere ich mal ihn - die Schnauze voll hatte, ständig von den Bullen Besuch zu bekommen, die ihm alles wegnehmen. Und in dem Sinne hat er uns seinen Katalog mit vorgelegt, seine Broschüre, wo er seine Dinge angeboten hat, und uns gefragt, welche Sachen verboten oder indizierungswürdig sind, woraufhin wir uns erneut zusammengesetzt haben, auch mit anderen Kollegen des damaligen, vor Ort befindlichen Staatsschutzkommissariats, mit dem Leiter, und uns dann beraten haben dazu: Wie weit können wir gehen in dieser Sache? Was können wir ihm empfehlen oder raten? Wir sind in der Lösung so gewesen, dass wir rein gefahrenabwehrrechtlich agiert haben, um Straftaten zu verhindern.“

Auf Nachfrage erläuterte der LKA-Beamte:

„Er kam zu uns und fragte uns: Darf ich diese CDs anbieten? - Wir haben - das ist auch schriftlich niedergelegt - zuerst darauf hingewiesen, dass er sich dazu mit seinem Rechtsanwalt konsultieren soll. Erst dann haben wir die Sachen bewertet.“

KD Grieger, der den Vorgang für das Innenministerium untersucht hat, hatte an dieser Vorgehensweise nichts auszusetzen – im Gegenteil:

„Das heißt also, das Stichwort, jemandem zu sagen, was erlaubt ist und was nicht erlaubt ist, den ich möglicherweise perspektivisch vielleicht für eine

Zusammenarbeit gewinnen will, das halte ich durchaus für legitim, vom Grundsatz her für legitim. Also, das würde ich sogar - - Das muss ich sogar von einem V-Mann-Führer erwarten, dass er das macht und sagt: Du musst sauber bleiben! Sonst gibt es Ärger!“

Mit den rechtlichen Ratschlägen für Sven Sch. konfrontiert, sagte der ehemalige Staatssekretär Eike Lancelle hingegen:

„Der Vorgang ist mir nicht bekannt. Ich nehme ihn so wahr. Es ist selbstverständlich, dass ich mich davon in der entschiedensten Weise distanzieren. Das ist schier unglaublich, was ich da höre. Also, ich glaube es. Aber es ist unglaublich und es ist völlig inakzeptabel.“

Es wird nicht verkannt, dass durch dieses Vorgehen des LKA einerseits Straftaten verhindert worden sind – andererseits wären diese Straftaten aber eine Möglichkeit gewesen, den Versandhändler Sven Sch. einmal mehr anzuklagen und zu bestrafen und ihn idealerweise als CD-Händler aus dem Verkehr zu ziehen. Das hätte die Zielsetzung sein müssen. Denn es kann nicht im polizeilichen oder darüber hinaus im staatlichen Interesse sein, dass die legalen Spielarten rechtsextremistischer Hassmusik verbreitet werden.

Obendrein ist der Eindruck entstanden, dass über eine Anwerbung des Sven Sch. als Polizei-Quelle zumindest nachgedacht wurde.

Der LKA-Beamte M. K. ließ sich dazu wie folgt ein:

„Zu dem Zeitpunkt gab es keine Organisationseinheit innerhalb der Polizei, die sich mit VP-Führung oder mit Informantengewinnung innerhalb des Staatsschutzes beschäftigt hat. Dazu gab es die Abteilung 5 des Innenministeriums. Seitens der Polizeibehörden gab es gar keine Struktureinheit dafür.

Ob ich es erwogen hätte? Es wäre zu einem Punkt gekommen, wo er sicherlich - - Oder: Hätte er Informationen gebracht, für die er eine

Vertraulichkeit gewollt hätte - alles sehr im Konjunktiv -, hätte man sich Gedanken machen müssen an der Stelle. Hinsichtlich einer kompletten Führung als V-Person mit dem Ziel, Informationen zu beschaffen, gab es nie auch nur einen Gedanken.“

Der Zeuge KD Gellenbeck, der zeitweise Staatsschutz-Abteilungsleiter des LKA war, berichtete dem Untersuchungsausschuss über ein Gespräch mit dem KOK M.K. (LKA BB), in dem der Umgang mit Sven Sch. das Thema war:

„Er hat mir relativ rundheraus gesagt, dass man den Mann nicht als V-Mann anwerben könne, weil er nicht bereit ist, Angaben zu machen, weil er eigene Interessen verfolgt. Er hat da so einen Devotionalienhandel und Musikträgerhandel betrieben und wollte sich da mehr oder weniger absichern, hat immer wieder versucht, durchaus mit der Polizei in Kontakt zu bleiben, aber - so wie mir mein Mitarbeiter sagte - niemals irgendwas gesagt, was wir nicht ohnehin schon wussten.

In dem Zusammenhang habe ich ihm auch gesagt: Wenn das so ist, dann sollten wir auch unzweifelhaft klarmachen, dass wir mit ihm keine direkte Zusammenarbeit wollen und dass er für uns als V-Person nicht infrage kommt. Ich erinnere mich, dass der Herr [KOK M.] K. [LKA BB] mir dann so eine Brücke bauen wollte, er selber habe ja auch gar keinen Kontakt mehr, sondern es gebe einen anderen Kollegen, der einen relativ nahen Kontakt nach wie vor hat, der allerdings, wenn es was Herausragendes an Erkenntnissen gäbe, ihn informieren würde.

Grundsätzlich habe ich gegen diese Verfahrensweise keine Bedenken gehabt. Dann kam allerdings das Problem, dass [KOK M.] K. [LKA BB], der sehr engagiert diese Dinge betrieben und auch niedergelegt hat, in einem Vermerk einiges zusammengefasst hat, was durchaus über das hinausging, was wir eh schon wussten, und das der Staatsanwaltschaft angereicht hat. Er hatte ganz groß über diesen Vermerk ‚Nur für die Handakte‘ drüberschrieben. Und durch unglückliche Umstände ist dieser Vermerk in der Strafakte in einer anderen Sache gelandet, und bei der Akteneinsicht durch den Anwalt des

Beschuldigten oder Angeklagten ist dann bekannt geworden, dass Sven S. diese Informationen gegenüber der Polizei gemacht hat.“

Im Ergebnis hatte das dargestellte polizeiliche Handeln gegenüber Sven Sch. aber einen unbeabsichtigten positiven Effekt. Denn von der „Rechtsberatung“ der Polizei bezüglich seines CD-Sortiments konnte er allenfalls kurz profitieren. Der rechtsextremistische Geschäftsmann geriet alsbald unter Spitzelverdacht, was sich negativ auf seine Umsätze auswirkte – bis sein „Hatesounds“-Vertrieb schließlich ganz vom Markt verschwand.

Ausgangspunkt der Spitzelvorwürfe war der vom Zeugen KD Gellenbeck genannte Handakten-Vermerk und eine Telefonüberwachung der Polizei in Sachsen-Anhalt, bei der Gespräche zwischen Sven Sch. und einem Potsdamer Staatsschützer mitgehört wurden, der mit dem LKA-Beamten M. K. in Kontakt stand. Die Ermittler in Sachsen-Anhalt schlossen daraus, dass es sich bei Sven Sch. um eine Quelle handeln müsse. Und der daraus entstandene Vermerk kam ebenfalls in eine Ermittlungsakte und auf dem Wege der Akteneinsicht eines Beschuldigten der rechtsextremistischen Szene zur Kenntnis. Daraus entstand für Sven Sch. eine Gefährdungssituation, die nicht entstanden wäre, wenn die Strafverfolger in allen tangierten Verfahren professionell gearbeitet hätten. Positiver Nebeneffekt war aber, dass die rechtsextremistischen Geschäfte des Sven Sch. zum Erliegen kamen.

Es ist zu betonen, dass es nicht nur legitim, sondern auch sinnvoll ist, im Wege der kriminalistischen List gesprächsweise von Rechtsextremisten Informationen zu gewinnen. Es darf hingegen niemals in Erwägung gezogen werden, rechtsextremistische Führungskader wie Sven Sch. als Quelle anzuwerben. Sven Sch. hat als rechtsextremistischer CD-Händler massiv zur Verbreitung der menschenverachtenden Ideologie beigetragen. Außerdem galt er als Führungsfigur des Neonazi-Netzwerks „Blood & Honour“.

Das Handeln einer solchen Person muss mit allen gefahrenrechtlichen und strafrechtlichen Mitteln konsequent bekämpft werden. Das schließt es aus, dass so jemand als V-Person verpflichtet werden kann. Diese Feststellung

richtet sich nicht nur an die Polizei, sondern auch und vor allem an den Verfassungsschutz.

Dessen ehemaliger Leiter Heiner Wegesin konnte sich zwar nicht erinnern, ob oder dass Sven Sch. ein Forschungsvorhaben seiner Behörde gewesen sei – aber er schloss es nicht aus, dass damals überlegt worden sein könnte, diesen Rechtsextremisten anzuwerben:

„Er wäre sicherlich - ob seiner, sagen wir ‚Statur‘ in der Szene - eine interessante Quelle gewesen. Ob und in welcher Intensität wir ein Forschungsvorhaben - das klingt so komisch im nachrichtendienstlichen Kontext; ich entschuldige mich für das Fachdeutsch - - oder wir ihn geforscht haben und geguckt haben, ob wir ihn anwerben, vermag ich nicht zu sagen. Ich kann nur einräumen: Er wäre eine interessante Quelle, wenn er denn geeignet wäre, gewesen. Er hatte gute Zugangslagen.“

Es ist anzumerken, dass eine gute Zugangslage häufig bedeutet, dass es sich bei der entsprechenden Person um einen maßgeblichen Akteur in der Szene handelt. Und solche Personen dürfen nicht angeworben werden. Denn was dann passieren kann, lässt sich am Beispiel des V-Mannes Toni Stadler besichtigen – oder außerhalb Brandenburgs bei Tino Brandt in Thüringen. Die Szene profitiert von solchen V-Leuten mehr als der Verfassungsschutz. Führungskader und Szene-Geschäftsleute müssen mit allen Mitteln des Rechtsstaates verfolgt werden und das schließt ihre honorarvertragsartige Beschäftigung durch Sicherheitsbehörden aus.

D. Vorwürfe gegen engagierte LKA-Ermittler

Bei ihrer Arbeit als Staatsschützer kamen die LKA-Beamten M. K. und M. W. dem Verfassungsschutz in die Quere. V-Leute wie Christian K. und Toni Stadler wurden durch ihre Ermittlungen polizeibekannt.

In der Folgezeit sah sich KOK M.K. (LKA BB) mit Vorwürfen des Verfassungsschutzes konfrontiert. Er berichtete vor dem Untersuchungsausschuss:

„Es gab einen Versuch seitens des Landesamtes für Verfassungsschutz, mich massiv zu diskreditieren in Form eines schriftlichen Vermerkes, in dem man mir vorgeworfen hat, ich würde Beweise manipulieren oder lügen. Daraufhin gab es ein Gespräch zwischen zwei Beamten des LfVs, dem damaligen Behördenleiter und dem Abteilungsleiter, in dem aber alle diese Vorwürfe komplett ausgeräumt worden sind. Warum diese Vorwürfe gegen mich erhoben worden sind damals, ist mir nicht klargeworden.“

KOK M.K. (LKA BB) zitierte anschließend aus einem Schreiben vom 12.08.2002, das der Leiter der LKA-Staatsschutzabteilung nach einem Gespräch mit dem Verfassungsschutz an den LKA-Direktor gerichtet habe. Demnach ging es um Vorwürfe gegen KOK M. K. (LKA BB), die seitens des Verfassungsschutzes erhoben worden waren, aber widerlegt werden konnten. Die Vorwürfe sollen in einem Vermerk ohne Datum und Unterschrift im Januar 2001 festgehalten und bereits „Anfang 2001“ dem LKA vorgelegt worden sein – also etwa zu dem Zeitpunkt, als der LKA-Beamte am 06.02.2001 in seinem Ermittlungsverfahren gegen Sven Sch. den Anruf von V-Mann Christian K. feststellte, in dem die polizeiliche Durchsuchungsaktion verraten wurde.

Auf die Frage, wie er sich die Motivation für die Anwürfe erkläre, sagte der Zeuge:

„Meine Erklärung heute ist eigentlich die gleiche Erklärung, die ich damals nur gefunden habe: dass im Rahmen der Ermittlungen, die durch mich geführt worden sind, zwei V-Leute mittels Straftaten enttarnt worden sind, die dem Verfassungsschutz wahrscheinlich als Art Retourkutsche dann - - in den Sinne gekommen ist, mich hier ebenfalls irgendwie im schlechten Licht erscheinen zu lassen.“

Der Generalbundesanwalt hat am 05.07.2003 den – zu diesem Zeitpunkt bereits ehemaligen – V-Mann Christian K. vernommen. Das hat offenbar Verfassungsschutz-Leiter Wegesin erzürnt, weil Bundesanwalt Siegmund dabei auf eine Aussagegenehmigung aus dem Jahr 2001 zurückgegriffen hat. Wegesin hat in der Folge die Erteilung einer Aussagegenehmigung für den V-Mann-Führer Max

Sandmann verzögert. Aus den Akten geht hervor, dass diese Aussagegenehmigung am 07.07.2003 beantragt worden ist. Vom 18.07.2003 liegt ein Schreiben des Bundesanwalts Siegmund an den Verfassungsschutz-Leiter vor, worin er kritisiert:

„Die Verknüpfung Ihrer Entscheidung über die namentliche Benennung des Zeugen ‚Max‘ und die Erteilung einer Aussagegenehmigung mit einem hiervon unabhängigen Verfahrensvorgang (Vernehmung des Zeugen K [REDACTED]) befremdet. Da die Vernehmung des Zeugen ‚Max‘ keinen Aufschub duldet, bitte ich, mir nunmehr unverzüglich Ihre EntschlieÙung mitzuteilen. Unbeschadet der Frage, ob in Ansehung des Vernehmungsgegenstandes überhaupt eine Aussagegenehmigung für den Zeugen K [REDACTED] erforderlich war, weise ich im Übrigen darauf hin, dass Sie bereits am 27. März 2001 dem Zeugen eine umfassende Aussagegenehmigung erteilt haben. Hiervon hat die Bundesanwaltschaft in der Vergangenheit unbeanstandet Gebrauch gemacht.“

Am 04.08.2003 hat Bundesanwalt Siegmund beim Bundesgerichtshof die ermittlungsrichterliche Vernehmung des V-Mann-Führers von Christian K. beantragt. In der Antragsbegründung schreibt er:

„Am 7. Juli 2003 wurde der Verfassungsschutz Brandenburg unter Hinweis auf die Eilbedürftigkeit der Angelegenheit ersucht, die ladungsfähige Anschrift des V-Mann-Führers ‚Max‘ mitzuteilen und diesem für eine ermittlungsrichterliche Vernehmung eine Aussagegenehmigung zu erteilen, gegebenenfalls unter der Einschränkung, die Klarpersonalien nicht zu Protokoll zu geben. Die Anfrage des Generalbundesanwalts an das Innenministerium des Landes Brandenburg vom 7. Juli 2003 wurde mit Schreiben des Leiters der Abteilung 5 des Innenministeriums Brandenburg von der Beantwortung der Frage abhängig gemacht, aufgrund welcher Aussagegenehmigung der frühere V-Mann der Behörde Christian K [REDACTED] am 5. Juli 2003 durch die Bundesanwaltschaft vernommen worden sei. Hierauf wurde der Leiter der Abteilung 5 des Innenministeriums Brandenburg am 18. Juli 2003 durch den Generalbundesanwalt erneut aufgefordert, über die Benennung der Personalien des ‚Max‘ und die Erteilung einer Aussagegenehmigung

unverzüglich zu entscheiden. Auf diese zweite Anfrage reagierte das Ministerium des Innern des Landes Brandenburg bis heute nicht.

Da der Aussage des ‚Max‘ für den Fortgang des Ermittlungsverfahrens gegen die ‚Nationale Bewegung‘ besondere Bedeutung zukommt, erscheint seine Vernehmung durch den Ermittlungsrichter im Hinblick auf die Möglichkeit seiner Vereidigung und die Strafbarkeit unrichtiger Aussagen (§§ 153, 154 StGB) unerlässlich.

Die Anschrift und die Personalien, unter denen der Zeuge geladen werden könnte, wurden bislang weder von der Staatsanwaltschaft Potsdam noch durch das Ministerium des Innern mitgeteilt, noch sind sie der Bundesanwaltschaft sonst bekannt geworden. Die Ladung kann dem Zeugen deshalb nur durch Aushändigung an der Amtsstelle (§ 37 StPO i.V.m. § 173 ZPO), in diesem Fall beim Ministerium des Innern des Landes Brandenburg, zugestellt werden.“

Bundesanwalt Siegmund sagte in einem Referat zum Thema „V-Personen als Zeugen und Beschuldigte in Staatsschutzsachen“, das er am 19.11.2003 auf einer Tagung des Generalbundesanwalts mit den Generalstaatsanwälten der Länder hielt:

„Es würde mich aber interessieren, ob hier in diesem Kreis die Auffassung besteht, bei einem objektiven Fehlverhalten des Verfassungsschutzes, das die Frage aufwirft, ob sich eine Verfassungsschutzbehörde an schwerwiegenden Straftaten, nämlich solchen einer terroristischen Vereinigung, beteiligt hat, habe es die betroffene Behörde selbst oder ihr Dienstherr in der Hand, die staatsanwaltschaftliche Erforschung der Wahrheit durch Verweigerung von Aussagegenehmigungen zu verhindern. Dies würde bedeuten, dass in solchen Fällen das Interesse der Allgemeinheit an einer geordneten Strafrechtspflege gegenüber dem Interesse an der Geheimhaltung von Einzelheiten aus der operativen Praxis des Verfassungsschutzes zurückzutreten hätte. Ich halte das – insoweit übereinstimmend mit dem Vorsitzenden des Kammergerichts – für abwegig.“

Der Bundesanwalt hat diese Thematik auch mit Polizeibeamten aus Brandenburg besprochen. Der LKA-Ermittler M. W. berichtete vor dem Untersuchungsausschuss:

„Auf jeden Fall haben wir uns in den turnusmäßigen Gesprächen mit dem Herrn Siegmund natürlich in der Visionsbildung zum weiteren Verfahren, zum weiteren Verfahrensverlauf in den Hypothesen zu möglichen Tätern darüber verständigt, was hier geschehen sein könnte. Und insofern stand dann natürlich auch die Vermutung im Raume, dass durch Mitarbeiter des Verfassungsschutzes, die sich möglicherweise verselbstständigt haben, hier die eine oder andere Straftat begangen worden ist.“

Als der Bundesanwalt am 05.07.2003 den ehemaligen V-Mann Christian K. vernehmen wollte, fuhr ihn M.W. (LKA BB) nach Karlsruhe. Deswegen habe er Ärger mit seiner Vorgesetzten bekommen, sagte M.W. (LKA BB):

„Im Anschluss hatte ich - nach Rückkehr - Stellung zu nehmen, warum ich dieses tat. Ich musste mich rechtfertigen wegen Verdachts der strafbaren Anstiftung zum Geheimnisverrat, weil eine fehlende Aussagegenehmigung dann möglicherweise in Umgehung sozusagen von Herrn Bundesanwalt Siegmund ihm vorgehalten worden ist und ich mich in dienstlichen Äußerungen quasi rechtfertigen musste, und man hat mir die Frage gestellt, ich sollte mir überlegen, wer mein Dienstherr ist.“

Auf Nachfrage sagte er, das sei von seiner damaligen Staatsschutz-Abteilungsleiterin Intveen-Treppmann ausgegangen. Sie wechselte später vom LKA zum Verfassungsschutz. M.W. (LKA BB) sagte, das sei für ihn „sehr bedrohlich“ gewesen:

„Man hat mir sozusagen Kumpanei mit der Bundesanwaltschaft vorgeworfen, und ich sollte mir, wie gesagt, überlegen, wer mein Dienstherr ist.“

Ein solcher Vorwurf ist absurd. Denn das LKA war im NaBe-Verfahren im Auftrag des Generalbundesanwalts tätig. Folglich kam der Beamte seinen Dienstpflichten nach, als er Christian K. zur Vernehmung gefahren hat.

Was der Zeuge M.W. (LKA BB) berichtet hat, passt ins Gesamtbild, das sich im Laufe der Beweisaufnahme des Untersuchungsausschusses ergeben hat: In der LKA-Führung gab es – im Widerspruch zur Legalitätspflicht – die Bereitschaft oder gar Bestrebungen, den Verfassungsschutz strafrechtlich aus der Schusslinie zu halten. Im NaBe-Komplex äußerte sich das so, dass LKA-Direktor Lüdders den Geheimnisverrat des V-Mannes Christian K. erst nicht anzeigte oder anzeigen ließ. Und als die Staatsanwaltschaft Potsdam nach mehr als zwei Jahren doch noch ermittelte und sich im NaBe-Kontext auch die Bundesanwaltschaft für den Geheimnisverrat interessierte, sah die Staatsschutz-Leitung offenbar keine Notwendigkeit, wenigstens jetzt alle erdenkliche Unterstützung zu leisten.

Der LKA-Beamte M. K. berichtete von einer ähnlichen Erfahrung wie sein Kollege M.W. (LKA BB). Kurz nachdem Verfassungsschutz-Informant „Piatto“ im Juli 2000 enttarnt worden war, ermittelte der Kriminalpolizist in einem Waffenverfahren gegen ihn. Als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuss berichtete KOK M. K. (LKA BB):

„Wir haben ja hinsichtlich der Waffenfunde bei Uwe M. versucht, zu ermitteln: Wo kamen die her, welche weiteren Leute wurden dazwischen im Verkauf aktiv? - Da muss ich leider noch mal sagen, dass man mir an der Stelle auch wieder den Vorwurf gemacht hat, warum ich diese Ermittlung so intensiv betreiben musste, ob ich denn nicht wüsste, was das alles kosten würde hinsichtlich des Zeugenschutzes von Carsten S., weil die Ermittlungen eindeutig belegt haben, dass an der Waffenbeschaffung für Uwe M. Carsten S. aktiv war.“

Die abgekürzten Nachnamen von prominenten Rechtsextremisten wie Uwe Menzel in den Protokollen erinnern übrigens daran, wie intransparent die Untersuchungsausschuss-Arbeit anfangs selbst in öffentlichen Sitzungen war.

Auf Nachfrage sagte KOK M.K. (LKA BB), dass er seiner Erinnerung nach mit einem Kollegen zum stellvertretenden Behördenleiter Bressemer einbestellt worden sei:

„Ich erinnere mich auch nur noch an diesen Vorwurf: Warum musste ich diese Ermittlungen denn so weit treiben? - Dann kam irgendwann diese Aussage, ob ich denn nicht wüsste, wie teuer das ist.

Also, jetzt reime ich mir das einfach nur noch so zusammen, dass der Hintergrund der Waffenbeschaffung wieder mit einem V-Mann zu tun hatte, der aber zu diesem Zeitpunkt, glaube ich, schon im Zeugenschutzprogramm war, den man dann natürlich wieder zu irgendwelchen Zeugenvernehmungen, Gerichtsverhandlungen bringen muss, um dieses Verfahren auch im Rahmen der Rechtsprechung abzuurteilen, und das würde natürlich Kosten verursachen. Wobei ich nicht mehr weiß, ob die betreffende Person als Zeuge oder als Beschuldigter im Verfahren war.“

Carsten Szczepanski wurde im Laufe des Verfahrens zum Beschuldigten – und wurde vor Gericht auch verurteilt. Die Arbeitsebene im LKA hat also dafür gesorgt, dass der Rechtsstaat in diesem Fall funktioniert hat. Auf die Nachfrage beim Zeugen KOK M. K. (LKA BB), wie er auf die Anwürfe seines Vorgesetzten reagiert habe, sagte er:

„Ich bin aufgestanden und rausgegangen mit den Worten, dass wir hier offensichtlich eine verschiedene Rechtsauffassung haben.“

Gerade dieses Waffenverfahren gegen Uwe Menzel, Carsten Szczepanski und andere vermittelt einen Eindruck, mit welchem Nachdruck und welcher Professionalität die LKA-Ermittler damals zu Werke gegangen sind.

Am 09.07.2001 haben M.W. (LKA BB) und KOK M.K. (LKA BB) das Szene-Schwergewicht Uwe Menzel vernommen. Vom Tag danach, an dem „Piatto“ vom Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ enttarnt wurde, stammt der Vernehmungsvermerk der beiden Kriminalisten. Darin heißt es:

„Von einer erneuten Beschuldigtenvernehmung des Herrn Menzel wurde Abstand genommen, da er zu seinen bisherigen Einlassungen keine weiteren Aussagen hinzufügen konnte. Dem Beschuldigten wurde aufgezeigt, dass er

seine Position im Strafverfahren gegen ihn dadurch beeinflussen kann, wenn er Hinweise zum Verbleib der Waffe (MPi) geben kann. Menzel war bekannt, dass der Herr W. im Besitz der MPi war. Menzel selber machte Fotografien, die W. mit der Waffe zeigten. Diese Fotos wurden bei der Durchsuchung am 09.07.2000 sichergestellt. Menzel zeigte sich von den Ausführungen der Beamten beeindruckt und erklärte, dass er sich im Kreise seiner ‚Kameraden‘ zum Verbleib der MPi umhören wollte. Wenn er zum Verbleib der MPi etwas in Erfahrung gebracht hat, wollte er sich umgehend mit den Beamten in Verbindung setzen.“

Die bündnisgrüne Obfrau Ursula Nonnemacher fragte Uwe Menzel, was ihm dazu einfallen, dass er der Polizei im Jahr 2000 freiwillig eine Maschinenpistole übergeben habe. Der Zeuge antwortete:

„Na ja, die Polizei hatte Fotos gefunden, wo wir mit der Maschinenpistole drauf waren, und war natürlich jetzt auf der Suche nach dem Ding. Ich bin entlassen worden, und die meinten zu mir: Du brauchst dir aber keinen Kopf zu machen. Bis wir das Ding haben, nehmen wir jede Bude in Potsdam auseinander. Wir werden hier alles auf links drehen. [...] Da habe ich mir gesagt: Okay, bevor die jetzt hier noch völlig durchdrehen, versuche ich, das Ding zu besorgen. - Ich hab's besorgt.“

Der Untersuchungsausschuss hat sich mit der Frage beschäftigt, ob Uwe Menzel auch an der „Nationalen Bewegung“ beteiligt gewesen sein könnte. Die Ermittler hatten ihn nämlich zeitweise buchstäblich auf dem Zettel. Konkrete Verdachtsmomente sind den Akten aber nicht zu entnehmen. Da er aufgrund des Waffenverfahrens bereits im Fokus der Ermittler stand, erscheint es auch durchaus wahrscheinlich, dass er sich parallel dazu nicht auch noch in einer terrorverdächtigen Gruppierung engagiert hat. Wie sehr er unter Druck stand, beweist die freiwillige Übergabe der Maschinenpistole.

Bei den „NaBe“-Ermittlungen beziehungsweise während dieses Verfahrens haben die LKA-Beamten zusammen mit Potsdamer Staatsschützern und der Bundesanwaltschaft ebenfalls einen großen Verfolgungsdruck aufgebaut. Zu den

Hausdurchsuchungen bei den Beschuldigten kam die groß angelegte Durchsuchungsmaßnahme auf gefahrenrechtlicher Basis am 07.02.2001. Weil sie aufgrund des Geheimnisverrats vorverlegt wurde, konnten manche Zielpersonen allerdings nicht durchsucht werden, weil für sie noch kein Gerichtsbeschluss vorlag. Bundesanwalt Siegmund sagte vor dem Untersuchungsausschuss, dass „wir eigentlich die rechte Szene hier im Raum Potsdam, glaube ich, ziemlich umgepflügt haben“. Der Zeuge wunderte sich, dass letztlich alle Maßnahmen hinsichtlich der „Nationalen Bewegung“ ins Leere liefen:

„Das war für uns erstaunlich eigentlich; es ergaben sich keine wirklich auf eine entsprechende Struktur hindeutenden Beweise im Laufe unserer Ermittlungen, im Laufe meiner Ermittlungen.“

Auf Nachfrage, warum keine Erkenntnisse zu Tätern, Strukturen und Tatplanungen ergeben hätten, sagte Wolfgang Siegmund:

„Wir haben eigentlich alles versucht. Wir fanden keine Hinweise darauf. Ich kann das nicht erklären. Ich habe keine Erklärung dafür. Ich kann nur, wie jeder andere Bürger auch, spekulieren und mir irgendwas aus den Fingern saugen. Aber das macht ja keinen Sinn. Also ich habe keine Erklärung dafür; ich weiß es nicht.“

Anzumerken ist, dass die Zusammenarbeit zwischen Generalbundesanwalt und LKA nach Aussage aller dazu befragten Zeuginnen und Zeugen hervorragend geklappt hat. Dies ist auch den Akten zu entnehmen. Ermittlungsanregungen des LKA wurden zügig umgesetzt. Selbst zu einem Zeitpunkt, als die Ermittlungen seit mehr als zwei Jahren andauerten und bei der Beweissicherung tendenziell keine so große Eile mehr geboten war wie unmittelbar nach den Taten, vergingen von der Anregung einer Hausdurchsuchung bis zu deren Realisierung nur fünf Tage.

Welch ungeheure Fleißarbeit von den Brandenburger Kriminalbeamtinnen und -beamten des Polizeipräsidiums Potsdam und des LKA geleistet wurde, belegen die vielen tausend Aktenseiten, die dem Untersuchungsausschuss

vorlagen. Es wurde beispielsweise aufwändig versucht, die Herkunft unzähliger Tatmittel festzustellen, es wurden Schriften verglichen und vieles, vieles mehr. Der vermeintlich kleine Themenkomplex zum Auftakt der Untersuchungsausschuss-Arbeit entpuppte sich als Mammutprojekt.

8. Eine Vertrauensperson, ihre Abschaltung und eine Spur

In Anbetracht des großen Ermittlungsaufwandes ist es umso erstaunlicher, dass eine vielversprechende Spur nicht ausermittelt wurde, die auf einen Zeugen zurückging, dem der Generalbundesanwalt Vertraulichkeit zugesichert hatte. Aufgrund von dessen Aussage waren O. K., H. G. und D. Lz. als Tatverdächtige ins Visier der „NaBe“-Ermittler geraten – und vor allem rund zehn Rechtsextremisten aus Berlin, deren Namen aber nicht bekannt sind.

A. Die Aussage des Hinweisgebers

Die Vertrauensperson machte am 30.04.2003 unter anderem diese Angaben:

„In der Nacht vor dem Anschlag auf den jüdischen Friedhof in Potsdam, soll [O.] K., in dessen Wohnung in Potsdam-West, eine Party stattgefunden haben.

[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]

Bei dieser Party soll ordentlich gesoffen worden sein. Im Laufe des Abends soll dann darüber diskutiert worden sein, dass man wieder einmal auf sich aufmerksam machen müsste und der Stadt Potsdam und der jüdischen Gemeinde zeigen müsste, dass man noch da ist. Dazu wollte man ein Zeichen setzen.

Später sollen dann mehrere Personen zur BP-Tankstelle in Potsdam, Am Schlaatz/Alte Zauche gefahren sein, um dort in einem Kanister Sprit zu holen. Mit diesem Sprit soll dann der Anschlag auf den jüdischen Friedhof begangen worden sein.

[REDACTED]

Auf die Frage, welche Kenntnisse er von der Organisationsform der „Nationalen Bewegung“ habe, antwortete dieser Zeuge:

„Welche Gruppierung ‚Nationale Bewegung‘ ist denn hier gemeint, die Potsdamer oder die Berliner?

Während die sogenannte ‚Nationale Bewegung‘ von Potsdam meiner Ansicht nach nur ein loser Zusammenschluß von Skinheads und Rechten ist, die meines Wissens nach über kein politisches Programm verfügen, zerstritten ist, über kein einheitliches Handeln verfügt und auch keine Führungsstrukturen hat, soll das bei der ‚Nationalen Bewegung‘ Berlins schon völlig anders aussehen.

Dort soll es feste Führungsstrukturen geben und sie soll zahlenmäßig viel stärker als die Potsdamer ‚Nationale Bewegung‘ sein. Außerdem sollen sie auch über Kontakte in andere Länder, speziell nach Skandinavien, aber auch darüber hinaus unterhalten.“

Der Zeuge sprach von [REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]. Und bekannt hat sich zu dem Anschlag „Die nationale Bewegung“. Die Einlassung des Zeugen deutet darauf hin, dass die „Nationale Bewegung“ in Berlin schlagkräftiger ist als die „Nationale Bewegung“ in Potsdam.

B. Die Abschaltung der Vertrauensperson aus Gründen, die nicht stimmten

Diese Aussage machte die Vertrauensperson am 30.04.2003. Bereits am 13.06.2003 vermerkte der Leiter der Staatsschutz-Abteilung des LKA, KD Gellenbeck, dass die Zusammenarbeit mit dem Hinweisgeber aus dem NaBe-Verfahren eingestellt werde. Er begründete dies unter anderem wie folgt:

„Unter Berücksichtigung der ansonsten festgestellten Unzuverlässigkeit (war mehrmals nicht zu vereinbarten Terminen trotz ausdrücklicher Zusage erschienen) und der erheblichen, umfangreichen polizeilichen Erkenntnisse, war durch Herrn BL [Behördenleiter: Axel Lüdders] entschieden worden, dass die Zusammenarbeit unverzüglich zu beenden ist.

Um nicht gegen die Interessen der verfahrensleitenden Bundesanwaltschaft zu handeln, rief ich BA Siegmund an und erläuterte die Umstände und die beabsichtigte Aufkündigung der Zusammenarbeit. Er erklärte, er habe keinerlei Bedenken, da die als relevant eingeschätzten Angaben vorliegen und weitere nicht zu erwarten sind.

Das sachbearbeitende Sachgebiet 34.2 wurde beauftragt, formell die Vertraulichkeitszusage aufzuheben und die Zusammenarbeit einzustellen.“

Kurz vor Ende der Untersuchungsausschuss-Arbeit hat das LKA auf Antrag der bündnisgrünen Fraktion noch Teile eines Vermerks aus der Abteilung 34.2 ausgestuft, der bis dato im Geheimschutzraum des Landtags weggeschlossen war.

[REDACTED]

Der Vermerk bezieht sich auf die „Konzeption zur Führung eines Informanten im Ermittlungsverfahren wegen Brandstiftung auf den jüdischen Friedhof Potsdam“, auf eine „Weisung des Herrn Behördenleiters vom 12.06.2003“ und einen „Vermerk des Herrn Abteilungsleiters 3 vom 12.06.2003“. Bei letzterem Datum könnte sich ein Fehler eingeschlichen haben. Der oben zitierte und inhaltlich passende

Abteilungsleiter-Vermerk, der dem Untersuchungsausschuss vorliegt, trägt jedenfalls das Datum vom 13.06.2003. Aber das ist in der Sache unerheblich.

Besagter Vermerk des LKA-Sachgebiets 34.2, das für die Führung von Vertrauenspersonen (VP) zuständig ist, lautet wie folgt:

*„I. Sachverhalt
[geschwärzt]*

II. Beurteilung der Lage

Die Beurteilung der Lage erfolgte abschließend, eine Einbindung des Sachgebietes 34.2 in die Entscheidungsfindung war nicht vorgesehen. Der vorhandene Aktenrückhalt ([] akte und [] akte) ist durch keinen Entscheidungsträger eingesehen worden. Lediglich die [] akte wurde am 04.06.2003 eingesehen. Diese läßt jedoch neben den personenbezogenen Daten und der Strafvorbelastung keinerlei Rückschlüsse auf die Zuverlässigkeit des Informanten im Rahmen des konzipierten Einsatzes zu. Eingeschätzt wurde, dass der Informant mehrfach nicht zu vereinbarten Treffen erschienen wäre, woraus sich im Wesentlichen die Beurteilung der Unzuverlässigkeit ableitet. Ob den Entscheidungsträgern weitere aktuelle Informationen zur Beurteilung der Unzuverlässigkeit vorlagen, ist dem Unterzeichner nicht bekannt. Sollte dies der Fall sein, sind diese dem Sachgebiet 34.2 nicht eröffnet worden. Somit kann sich die nachfolgende Beurteilung durch den Unterzeichnenden nur auf die im Sachgebiet 34.2 erhobenen Informationen stützen.

*Diese belegen eindeutig die bisherige Zuverlässigkeit des Informanten im Rahmen des konzipierten Einsatzes. [mehrere Zeilen geschwärzt]
Bisher hielt sich der Informant an sämtliche Absprachen und Vorgaben. Seine Zuverlässigkeit ist durch geeignete kriminaltaktische Maßnahmen vor, während, nach und zwischen terminierten Kontakten überprüft worden. Seine Informationen sind geprüft worden und erwiesen sich bisher als ‚nachrichtensicher‘. [Absatz geschwärzt]*

Darüber hinaus ist zu resümieren, dass eine durch den Informanten begangene Straftat, außerhalb seines konzipierten Einsatzes, lediglich

sekundären Einfluß auf die Beurteilung seiner Zuverlässigkeit im Rahmen seines Einsatzes hätte.

[Absatz geschwärzt]

III. Konfliktdarstellung/Szenarien

Die aus den Beamtenpflichten resultierende Beratungspflicht veranlaßt den Unterzeichner zur Skizzierung folgender, sich aus der Beurteilung der Lage ergebender Probleme und Konsequenzen.

- 1. In der Behörde existieren konkurrierende Beurteilungen der Lage, möglicherweise aufgrund unterschiedlichen Informationspotentials.*

[ca. 1 Seite geschwärzt]

IV. Lösungsvorschläge

- 1. [geschwärzt]*
- 2. Es erfolgt eine professionelle Beurteilung der Lage.*

[ca. eine halbe Seite geschwärzt]

S[geschwärzt] KHK

Verteiler.

- 1. Herrn Abteilungsleiter 3 z.K. und Entscheidung*
- 2. Herrn Dezernenten 26 z.K.“*

An dieser Stelle sei ausdrücklich erwähnt, dass es nachvollziehbar und richtig ist, dass speziell dieses Dokument zum Schutz der Vertrauensperson Schwärzungen enthält. Die für die Beweiswürdigung des Untersuchungsausschusses wichtigsten Passagen sind nicht geschwärzt.

Zusammengefasst sagt dieser Vermerk folgendes aus: LKA-Direktor Axel Lüdders hat veranlasst, dass die Zusammenarbeit mit einem – nach fachlicher Beurteilung des zuständigen Sachgebiets uneingeschränkt zuverlässigen – Hinweisgeber eingestellt wird. Lüdders und etwaige weitere Entscheidungsträger haben sich demnach nicht einmal die Mühe gemacht, den Aktenrückhalt anzuschauen – also die Akten, aus denen sich die angeblichen Gründe für die Aufkündigung der Zusammenarbeit ergeben müssten

beziehungsweise würden. Diese Vorgehensweise offenbart, dass es einfach darum ging, diese Vertrauensperson abzuschalten. Denn der Vermerk des zuständigen Sachgebiets widerlegt die für die Abschaltung der Vertrauensperson angeführten Argumente. Es bleibt folglich unklar, warum diese V-Person abgeschaltet wurde. Auch die Verfügung des VP-Führers, wonach der Vermerk dem Staatsschutz-Abteilungsleiter KD Gellenbeck zur Entscheidung vorzulegen war, bewirkte nichts. Nach Aktenlage erfolgt keine professionelle Lage-Beurteilung mehr. Es blieb bei der Abschaltung der VP.

Der ehemalige Leitende Oberstaatsanwalt der Staatsanwaltschaft Neuruppin, Gerd Schnittcher, hat für den Untersuchungsausschuss die Aktenbestände des LKA gesichtet, bewertet und eine Auswahl der Akten an den Untersuchungsausschuss übermittelt. In seinem Tätigkeitsbericht hat er bezüglich der genannten VP vermerkt:

„Beendigung des VP-Einsatzes wegen deren angeblicher Unzuverlässigkeit [...] auf Weisung des zuständigen LKA-Abteilungsleiters 300 ohne Prüfung der Einschätzung anhand der [REDACTED] akte, aus denen sich eine Unzuverlässigkeit hätte ergeben können und ohne Rücksprache mit dem zuständigen Dezernatsleiter, dem Sachgebietsleiter und den VP-Führern.“

Für den erfahrenen Strafverfolger Schnittcher ergibt sich daraus der „Verdacht einer vorgeschobenen Begründung“. Weiter führt der Sachverständige aus:

„Einbindung des GBA in die Abschaltung: KD Gellenbeck berichtet dem GBA über Unzuverlässigkeit der VP, Nichterscheinen zu vereinbarten Treffs (stimmt nicht). [zwei Zeilen geschwärzt] (Telefonat Gellenbeck / Bundesanwalt Sigmund evtl. am 13.06.03). Zum Zeitpunkt des Gesprächs war der VP-Staatsschutz noch nicht über die Abschaltung unterrichtet. Soweit BA Sigmund mit der Abschaltung einverstanden gewesen sein soll, weil die VP ohnehin bereits abgeschöpft worden sein soll, begegnet dies Bedenken, weil der Einsatz erst am Anfang stand. [3 Zeilen geschwärzt]

Schnittcher vermerkt abschließend:

„Abschaltung der VP in Sachen NaBe/Jüdischer Friedhof hat Auswirkungen:

- a) auf die Ermittlungen zum Fall jüdischer Friedhof: die VP stand zur Entgegnahme von Aufträgen nicht mehr zur Verfügung;
[knapp 1 Zeile geschwärzt]
Diese Person [eine gute halbe Zeile geschwärzt] wusste, aus welcher ‚Party‘ mit rechtsextremen Teilnehmern heraus sich die Tat wahrscheinlich nahtlos entwickelt hat (Party -> Tankstelle -> Tatort). Den Ermittlungsnachteil durch Abschaltung der VP schätze ich unter diesen Umständen, die Existenz der NaBe vorausgesetzt, als erheblich ein in Bezug*
- b) auf die Unmöglichkeit, den Hinweis überhaupt noch in die Na[B]e-Ermittlungen einfließen zu lassen,*
- c) auf die Erforschung der NaBe-Strukturen*
- d) auf die Unmöglichkeit einer Weiterverwendung der VP [geschwärzt] in weiteren Einsätzen/Verfahren.“*

Auch hier sei angemerkt, dass es nachvollziehbar und erforderlich war, in diesem Teil des Sachverständigen-Berichts Schwärzungen vorzunehmen.

Wenn ein ehemaliger Leitender Oberstaatsanwalt „den Ermittlungsnachteil“ durch die Abschaltung der VP als „erheblich“ einschätzt und diese Abschaltung ohne nachvollziehbare Grundlage und damit grundlos erfolgte, dann ist das sehr ernstzunehmen. In der Tat hätte die Vertrauensperson beispielsweise beauftragt werden können, noch einmal das Gespräch mit den angeblich beteiligten Rechtsextremisten zu suchen, um weitere Erkenntnisse zu gewinnen. Diese Möglichkeit wurde durch die Abschaltung verunmöglicht. Dies wirft erhebliche Fragen auf, weil ansonsten im NaBe-Verfahren über Jahre hinweg aufwändig ermittelt worden ist.

Hinzu kommt in Anbetracht dieser Sachlage, dass LKA-Abteilungsleiter KD Gellenbeck den Bundesanwalt Siegmund unter Vorspiegelung falscher Tatsachen dazu veranlasst haben könnte, der Abschaltung dieser

Vertrauensperson zuzustimmen – eben weil die genannten Gründe für die Abschaltung widerlegt werden konnten.

An dieser Stelle sei angemerkt, dass auch KD Gellenbeck eine durchaus wohlwollende Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz zu pflegen schien. So hielt er nach einer Besprechung mit dem Leiter des Verfassungsschutz-Beschaffungsreferats Peter Giebler und Gordian Meyer-Plath in einem Schreiben an LKA-Direktor Lüdders vom 12.08.2002, aus dem der Untersuchungsausschuss-Zeuge KOK M.K. (LKA BB) zitierte, folgendes fest:

„Einvernehmlich wurde bekräftigt, dass die Beteiligten eine gute Zusammenarbeit, insbesondere auch bei der Gewinnung und Führung von V-Leuten für sinnvoll erachten und frühzeitige Konsultationen angestrebt werden.“

LKA-Direktor Lüdders hat KD Gellenbeck im August 2003 für einen Monat zum Leiter der Ermittlungskommission „NaBe“ bestellt. Vor dem Untersuchungsausschuss nach der Sinnhaftigkeit eines derart kurzzeitigen Engagements gefragt, sagte Gellenbeck:

„Ich will jetzt nicht sagen, das war nur Kosmetik. Natürlich wird sich der Behördenleiter dabei was gedacht haben, und vielleicht hat er gehofft, dass es mir gelingen würde, in den verbleibenden zwei, drei Wochen noch wesentliche Ermittlungsansätze zu schaffen oder herauszuarbeiten. Aber faktisch bin ich mit einer Vielzahl von Aufgaben parallel betraut gewesen, sodass ich da auch nichts Großes mehr bewegen konnte.

Es gab auch keinen Ansatz, wo man gesagt hätte: Wenn wir da noch mal machtvoll reingehen, dann haben wir eine Chance, was hochzuziehen. - Das war also einfach alles durchgekauft bis zum Letzten. Es ist alles versucht worden. Der politische Druck in Bezug auf die Aufklärung der Taten der NaBe oder der Identifizierung der Personen, die die NaBe bilden, war enorm groß gewesen. Es gab nichts, was man nicht aufgegriffen hat, in der Hoffnung, vielleicht doch einen Anpack zu kriegen.“

In der Tat gab es in dieser Phase massiven politischen Druck – auch und vor allem wegen der Geheimnisverrats-Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Potsdam, die Ende August 2003 abgeschlossen wurden.

Dass ausgerechnet KD Gellenbeck zu diesem Zeitpunkt „keinen Ansatz“ mehr sah, in der „NaBe“-Aufklärung weiterzukommen, ist bemerkenswert. Denn er war es, der kurze Zeit vor der Übernahme der Ermittlungskommission die Entscheidung des LKA-Direktors mitgetragen und am 13.06.2003 angewiesen hatte, die Zusammenarbeit mit dem Hinweisgeber zu beenden, dem eine neue Spur zu verdanken war.

Die „NaBe“-Ermittlungen für einen Monat einem neuen Leiter zu übertragen, ist nicht als förderlich und umgekehrt sogar als nachteilig zu bewerten. In Kombination mit all den anderen Merkwürdigkeiten im Kontext dieses Verfahrens erscheint es denkbar, dass ein Ermittlungserfolg in diesem Terrorismus-Verfahren gar nicht gewollt war.

Die LKA-Führung hat mit ihrer grundlosen Abschaltung einer Vertrauensperson die Arbeit der LKA-Ermittlerinnen und -Ermittler jedenfalls konterkariert. Es handelt sich um einen Vorgang, der zu anderen nicht nachvollziehbaren Vorgängen in der Ära des LKA-Direktors Axel Lüdders zu passen scheint, die der Untersuchungsausschuss ebenfalls untersucht hat. Das bezieht sich auch auf die Themenkomplexe „Piatto“ und „Toni Stadler“.

C. Die polizeiliche Bewertung dieser Spur

In einem Auswertungswertungsvermerk vom 11.12.2003 weist das LKA auf mehrere Widersprüche hin, die sich aus den Aussagen der Tatverdächtigen O. K., H. G. und D. Lz. sowie eines Zeugen ergeben haben:

„Durch Unterzeichner wurden die Vernehmungen der nachfolgend genannten Personen im Hinblick auf ihren Wahrheitsgehalt bzw. vorhandene Widersprüche ausgewertet. Hierzu wurden im polizeilichen Auskunftssystem

des Landes BB (PASS) die Straftaten der einzelnen Personen recherchiert und ebenfalls mit in die Auswertung einbezogen. (siehe Anlage 2).

Ferner wurden Erkenntnisse aus den TKÜ's berücksichtigt.

Vernommen wurden O. K., D. Lz., H. G. und R. H..

In seiner Vernehmung äußerte sich Herr [O.] K., dass er keine Kenntnisse über den Umgang mit dem Internet besitzt. Dem widersprechen zwei Telefonate mit M. Wi. (M.)

z.B. TKÜ-Nr.H42

„M. [Wi.] fragt nach einer Internetadresse.

[O.] K. antwortet: www.NationalerWiderstandBerlinBrandenburg.de“;

TKÜ-Nr. H691

„[O.] K. schreibt eine SMS an M. [Wi.] ... guck mal auf unsere Seite [Paul] B. seine Fotos und noch jemand anderes hat uns geschrieben....“.

Zu seinen handwerklichen Fähigkeiten befragt, äußerte [O.] K., dass er keine besitzt. Dem widerspricht das Berufsbild eines [REDACTED], welchen er zur Zeit der Befragung erlernte.

[O.] K. sagte ferner aus, dass er [H.] G. Ende 2002 Anfang 2003 kennen lernte. Herr [H.] G. äußerte jedoch in seiner Aussage, dass er den [O.] K. bereits Ende 2001 Anfang 2002 kennen lernte. Diese Aussage scheint schlüssiger, da der zeitliche Ablauf nachvollziehbarer ist. (Umzug mit Freundin in 10/2001 nach [...], zwei Monate später Trennung [REDACTED] 12/2001, danach lernte er [O.] K. kennen, definitiv zur Baumblüte in Werder in 5/2002 also Anfang 2002.)

Weiterhin sind Differenzen im Zeitraum des Kennenlernens des [D.] LZ. festzustellen. [O.] K. sagte aus, dass dies in 1/2002 geschah. Im Gegensatz dazu sagt [D.] LZ. aus, dass dies bereits in 6/2001 erfolgte.

Ebenfalls unschlüssig ist der Zeitpunkt des Abbruchs der Kontakte des [O.] K. zu [C.] B. und [ST.] E.. Zu beiden sagte er aus, dass dies Ende 2001 geschah. [O.] K. hat aber in 2/2002 2 Straftaten und in 6/2002 eine Straftat mit [C.] B. zusammen verübt sowie mit dem [ST.] E. eine Straftat in 8/2002.

In der Vernehmung des [D.] LZ. sagte dieser ungefragt etwas über die Kontakte des [O.] K. zu [H.] G., [M.] Wi. und [R.] H.. [D.] LZ. bestätigt die Aussage des [O.] K., diese steht aber im Widerspruch zur Aussage des [H.]

G.. äußerte, dass [O.] K. den [R.] H. seit Ende 2002 Anfang 2003 kennt. Dem widerspricht die Tatsache, dass beide in 2/2002 gemeinsam eine Straftat verübten und [R.] H. selbst den Zeitraum von 12/2001 bis 06/2002 angibt. Herr [R.] H. sagt in seiner Vernehmung aus, dass er zu dem [D.] LZ. Kontakt von 12/2001 bis 6/2002 hatte. [D.] LZ. gibt an, keine Kontakte zu ihm gehabt zu haben.

Nach der Vernehmung hatte [O.] K. einen TKÜ Kontakt mit [Paul] B.. (TKÜ-Nr. H936 „Hallo! LKA5 macht eine Umfrage zu sehen was Sie von uns halten: A>Nette Beamte B>Alle sind ‚cool‘! C> Bastard Pisser das Man ohne bedenken erschießen kann.“

TKÜ-Nr. H954: „Gespräch zwischen O. K. und [Paul] B.. [O.] K. erzählt [Paul] B., dass er bei den ‚Bullen‘ war. [O.] K. wurde dort auch nach [Paul] B. gefragt. [Paul] B. meint, er wäre eben sehr populär. [O.] K. erzählt, dass sein halbes Zimmer leer geräumt wurde. Es wurden die ganzen Fotos mitgenommen.

Danny hat [Paul] B. auch erzählt, dass die Polizei nach ihm gefragt hatte. [O.] K. wurde auch gefragt, welche Organisationen und Leute er kennt. [O.] K. hat der Polizei gesagt, dass er keine Ahnung davon hat. [O.] K. erzählt, dass es Polizei aus Berlin war. Er fand gut, dass er auf der Rücktour mitgenommen wurde. Die waren stinkfreundlich. [O.] K. fährt heute noch zum Dicken. [O.] K. erzählt, dass es um die Nationale ‚Scheiße‘ ging. [O.] K. wurde vorgehalten, der Anführer von Potsdam zu sein. Es ging um den 7. Januar 2001. Dafür hat [O.] K. aber ein Alibi, das können seine Eltern bestätigen. Das hat denen gar nicht gefallen. [Paul] B. sagt, dass das Telefon von [O.] K. und auch sein Handy abgehört wird. [O.] K. weiß das auch. [Paul] B. meint noch, dass normalerweise 2 Durchsuchungen gemacht werden. [O.] K. hat das letzte mal vor zwei Jahren eine Durchsuchung gehabt. [Paul] B. sagt ihm auch, dass er eigentlich nirgendwo mit hin gehen muss. [O.] K. weiß auch das, er ist nur hingegangen, weil er dachte, dass er seine Sachen wiederbekommt. [Paul] B. erzählt, was die Polizei mit den Fotos macht. Diese werden kopiert und markiert. Der Rechner von Paul ist auch schon ein halbes Jahr bei der Polizei. [Paul] B. erzählt weiter, dass wenn die das nächste mal kommen, er auf dem Boden liegen wird und er zusammengeschlagen wird oder so was. [Paul] B. will die Namen von den Beamten wissen. [O.] K. kann diese nicht genau lesen, da gleich unterschrieben wurde. [O.] K. erzählt noch, dass bei J. auch

durchsucht wurde. J. war auch nicht zu Hause. [Paul] B. meint, dass die Polizei seine Wohnung so oder so kennt. Die waren schon so oft das (sic!). [Paul] B. sagt noch zu [O.] K., dass die Polizei evtl. eine Wanze bei ihm in der Wohnung installiert hat. Daran hat [O.] K. noch nicht gedacht. Er hält es aber für möglich. [Paul] B. bedankt sich für den Anruf. Verabschiedung“).

Nach der Vernehmung hatte [D.] LZ. einen TKÜ Kontakt mit [Paul] B.. (TKÜ-Nr. B585 „Die sind gekommen. Zu zehn Personen. An die Wand gedrückt. Wegen Silvester. Was haben die gefragt? Wegen Silvester. Einsatzverlauf wird geschildert. Hat das vielleicht mit heute zu tun? Vielleicht. Die Struktur wird aufgelöst. Es wird alles allgemeiner. Sag allen Leuten Bescheid, mit denen du zuletzt Spaß hattest. Letzte Verurteilung sind 750,- Euro. Verabschiedung“).

Im Ergebnis der Auswertung der Vernehmungen unter Verwendung der Quellaussagen und der angeführten polizeilichen Systeme kann geschlussfolgert werden, dass es erhebliche Widersprüche in den entsprechenden Zeiträumen sowohl der Aussagen untereinander als auch zur Quelle, gibt. Es wird daher eine Nachvernehmung der Personen unter Berücksichtigung der in Anlage 1 enthaltenen Fragen angeregt.“

Dieser Analyse folgten keine Ermittlungen wie etwa weitere Vernehmungen, um den zahlreichen Widersprüchen sowie den Hinweisen aus den TKÜ-Protokollen umfänglich nachzugehen. In einem Sachstandsbericht des LKA vom 08.01.2004, also rund vier Wochen später, wird ausgeführt:

„In Auswertung der Inhalte der realisierten Vernehmungen konnte festgestellt werden, dass der in der Quellenvernehmung genannte Personenkreis zum Zeitpunkt der Tatausübung des Brandanschlags auf die Trauerhalle des Jüdischen Friedhofs am 07./08.01.2001 in keinem Kontakt zueinander stand. Durch die sichergestellten Fotografien ist dies belegbar. Es kann ausgeschlossen werden, dass es zwischen den Personen vor den jeweiligen Vernehmungen zu Absprachen kam.

Über die bei [O.] K., [D.] Lz. und [R.] H. realisierten Telekommunikationsmaßnahmen, welche zeitlich auch die Zeiträume der Durchsuchungsmaßnahmen bei [O.] K., [D.] Lz., [R.] H., [H.] G. und deren Vernehmungen überzogen, wurden keinerlei Abstimmungen zu den Aussagen in den Vernehmungen festgestellt. Eine persönliche Absprache zu den Vernehmungsinhalten war nicht möglich.

Im Vergleich der Aussagen der Vernehmungen und der in den polizeilichen Systemen registrierten Straftaten kann geschlussfolgert werden, dass es Widersprüche in den entsprechenden Zeiträumen, sowohl der Aussagen untereinander als auch zur Quelle gibt. Die Zeiträume gemeinsam begangener registrierter Straftaten liegen jedoch ausschließlich nach dem Frühjahr 2001. Das Auftreten einer Häufung lässt schlussfolgern, dass es erst hier zu Kontakten kam, so dass im Endergebnis die in den Vernehmungen gemachten Angaben, hinsichtlich eines Kennenlernens nach dem fraglichen Tatzeitraum, der Wahrheit entsprechen dürften.“

Noch am 28.07.2005 – also wenige Monate vor der Einstellung des NaBe-Verfahrens – wird jedoch ein Beschluss des Bundesgerichtshofs zur Entnahme einer Haar- und Speichelprobe bei O. K. unter anderem wie folgt begründet:

„Die Mutter und die Schwester des Beschuldigten bestätigen die Einlassung des Beschuldigten, am 7. Januar 2001 keine Party in der elterlichen Wohnung gefeiert zu haben. Diesen Aussagen steht aber die Äußerung des Zeugen [T.] G. in einem überwachten Telefonat mit dem Beschuldigten [O.] K. gegenüber, daß der Zeuge [R.] H. bei seiner Vernehmung ‚dichtgehalten‘ habe. Die dazu abgegebene Erklärung des Zeugen [T.] G., diese Äußerung entspräche dem allgemeinen Sprachgebrauch der Szene nach Kontakten mit der Polizei, überzeugt nicht.“

Die Erklärung des T. G., welche der Bundesgerichtshof als nicht überzeugend bewertete, findet sich in einer Vernehmung vom 17.09.2003:

„Vorhalt:

Uns liegen Erkenntnisse darüber vor, dass Sie im Gespräch mit [O.] K. diesem gegenüber erwähnt haben, dass die Polizei auch [R.] H. schon befragt habe, dieser aber ‚dichtgehalten‘ habe. In demselben Gespräch sollen Sie abermals erwähnt haben, die Polizei habe [R.] H. ausgefragt, dieser habe aber nichts gesagt.

Frage:

Was sagen Sie zu diesen Erkenntnissen ?

Antwort:

Ich habe mit das damals nicht lange überlegt, was ich am Telefon sage. [R.] H. sagte mir, man habe ihm Fragen gestellt, die habe er beantwortet und sonst nichts gesagt.

Vorhalt:

Das von Ihnen verwendete Wort ‚dichthalten‘ deutet daraufhin, dass [R.] H. Kenntnisse besitzt, die er in seiner Vernehmung nicht preisgegeben hat.

Frage:

Was bedeutet also das Wort „dichthalten“ ?

Antwort:

‚Dichthalten‘ heißt, dass man nicht mehr sagt, als man gefragt wird. Ob [R.] H. das Wort dichthalten verwendet hat oder die Formulierung von mir stammt, weiß ich nicht mehr. Für mich bedeutet das auch nicht, dass jemand gleich was ausgefressen hat. Wenn ich mit einem Kumpel telefoniere, lege ich nicht jedes Wort auf die Goldwaage. Dichthalten heißt für mich, der wußte nichts relevantes.

Frage:

In dem Telefonat mit [O.] K. sollen Sie sich angeboten haben, ‚die anderen‘ nach der Person des Sandmann zu befragen. Wer sind diese anderen?

Antwort:

Das sind meine Kumpels. Das ist der J. R. und der [R.] H..“

Als Beschuldigte wurden [O.] K. und [D.] Lz. im Vorfeld der geplanten ermittlungsrichterlichen Vernehmung des V-Mann-Führers Max Sandmann informiert. Wie er darauf reagiert hat, ist in einem LKA-Vermerk vom 21.08.2003 dokumentiert:

„Am heutigen Tage wurde aus der TKÜ-Maßnahme bei [O.] K., O. (Festnetzanschluss der Eltern) im Gespräch Nr. 977 bekannt, dass [O.] K. und [D.] Lz. aus Karlsruhe zeitgleich die Benachrichtigung über die Zeugenvernehmung eines Herrn Maximilian Sandmann in dem gegen sie geführten Ermittlungsverfahren des Generalbundesanwalts beim BGH in Karlsruhe wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung gern. § 129a StGB, Az. 3 BJs 1/01-4 (1) erhalten haben. Sandmanns zeugenschaftliche Vernehmung soll vor dem Ermittlungsrichter beim BGH am 01. September 2003 in Karlsruhe erfolgen. Beide äußern sich dahingehend, dass sie vorab klären wollen, um wen es sich bei Sandmann handele und ihm dann einen Besuch zu einem klärenden Gespräch abstatten. Im Laufe der TKÜ-Maßnahme lässt sich nachvollziehen, dass [O.] K. sämtliche im Telefonbuch im Raum Potsdam und Umgebung verzeichneten Anschlüsse unter dem Namen Sandmann anwählt und nach Maximilian fragt.“

Das Bestreben der beiden Tatverdächtigen, Max Sandmann aufzuspüren und ihm einen Besuch abzustatten, ist bemerkenswert. Denn die beiden Rechtsextremisten wollen schließlich an den Taten der „Nationalen Bewegung“ gar nicht beteiligt gewesen sein. Sofern das stimmen würde, müssten sie von keinem Zeugen der Welt etwas zu befürchten haben. Ihr Interesse an Sandmann könnte folglich darauf hindeuten, dass sie bezüglich des NaBe-Komplexes nicht so unbeteiligt oder ahnungslos sind, wie sie es behaupten.

Der Generalbundesanwalt verzichtete letztlich auf die Vernehmung des V-Mann-Führers Max Sandmann.

a. Hinweise auf Berliner Rechtsextremisten

Aus der Aussage des Zeugen, dem von der Bundesanwaltschaft Verschwiegenheit zugesichert wurde, lässt sich ein Verdacht ableiten, dass der Anschlag auf den jüdischen Friedhof in Potsdam von Berliner Rechtsextremisten ausgegangen sein könnte. Es wäre also naheliegend gewesen, weitergehende Ermittlungen in der Berliner Szene anzustellen – insbesondere, was gewaltbereite und militante Rechtsextremisten mit

Kontakten nach Potsdam betrifft. Aber es ist den „NaBe“-Akten nicht zu entnehmen, dass dies mit Nachdruck geschehen wäre.

Dabei ist bei der Telekommunikationsüberwachung der Tatverdächtigen festgestellt worden, dass O. K. und D. Lz. Kontakt zu dem Berliner Rechtsextremisten Paul B. hatten und sich mit ihm über die Ermittlungsmaßnahmen gegen sie austauschten. D. Lz. wurde in seiner Beschuldigtenvernehmung am 19.07.2003 der Name Paul B. vorgelegt. Er äußerte sich zu dieser Person wie folgt:

„Paul B. kommt aus Berlin, dazu mache ich keine Angaben.“

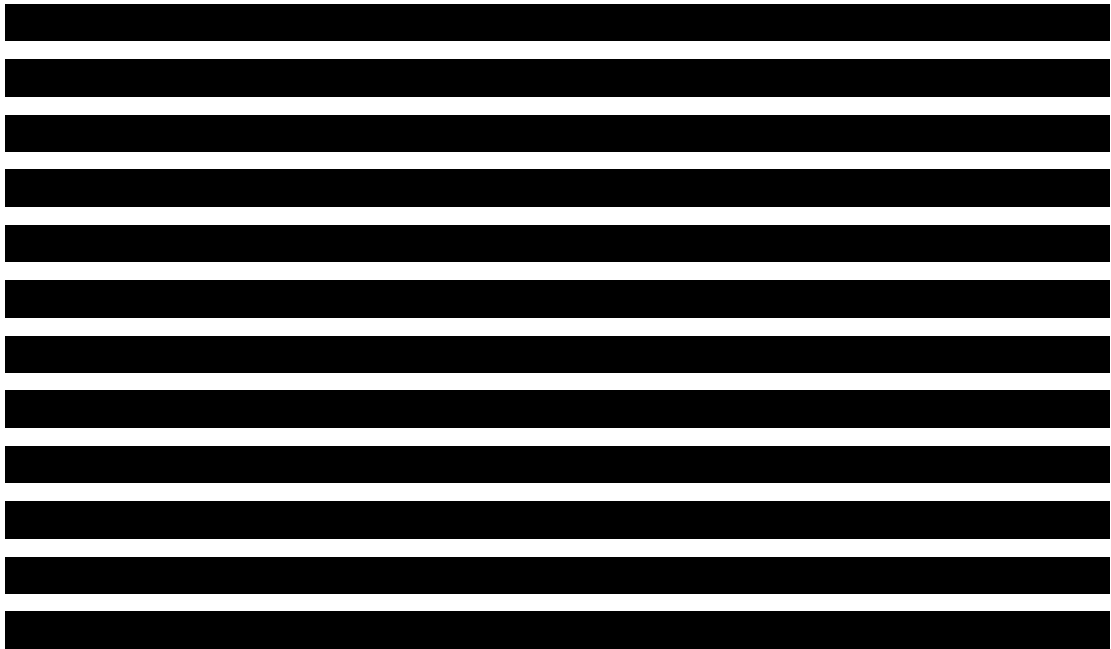
Während die Straftaten-Serie mit Bekennung der „Nationalen Bewegung“ im Januar 2001 endete, kurz nachdem der Generalbundesanwalt wegen Terrorismusverdachts die Ermittlungen übernommen hatte, wurde die Polizei in Berlin auf eine Personengruppe aufmerksam, die angeblich Sprengstoffanschläge gegen türkische und jüdische Einrichtungen plante – eine Personengruppe um Paul B.. Darüber berichtet das Antifa-Magazin „Fightback Nr. 5“ aus dem Jahr 2013:

„D. traf sich im Sommer des Jahres 2001 auch mehrmals wöchentlich mit Paul B., M. Mar. und P. R. in seiner Wohnung, bei der die Gruppe Sprengstoffanschläge auf türkische und jüdische Einrichtungen diskutierte und plante. Als der Polizei durch einen anonymen Hinweis die Planungen bekannt wurde, entschied sie, die Gruppe zu überwachen und observierte D.s Wohnung. Allerdings konnte sie keine weiteren Erkenntnisse erlangen, da D. die Maßnahmen bemerkte. Zumindest bei Paul B. wurden aber noch im Juni 2002 bei einer Hausdurchsuchung wegen der Internetseite „www.ss88.de“, diverse Bombenbauanleitungen und eine fünfseitige Adressliste jüdischer Einrichtungen gefunden.“

das Bundesamt für Verfassungsschutz²

² Das BfV war nicht bereit, den folgenden Auszug aus einem VS-NfD-Dokument auszustufen, obwohl dieses Dokument bereits seit Jahren im Internet abrufbar ist (NSU Leaks). Die Begründung kann an dieser Stelle auch nicht dargestellt werden, da ebenfalls als VS-NfD eingestuft.

[REDACTED]



In der Ausgabe Nr. 3 des Antifa-Magazins „Fightback“ aus dem Jahr 2006 wurden „Potsdamer Impressionen und Gewalttourismus“ im Jahr 2005 thematisiert – erwähnt werden wiederum S. D. und der aus dem NaBe-Verfahren als Tatverdächtiger bekannte D. Lz., der nach Aussage des vertraulichen Hinweisgebers Party-Gast bei O. K. gewesen sein soll:

„Auch Potsdam wurde im Sommer 2005 zum Schauplatz zunehmender Neonazi-Gewalt. Hintergrund der Eskalation ist eine enge Zusammenarbeit von Neonazis aus Potsdam und Berlin. Als im April eine Serie von Strafprozessen gegen Neonazis begann (gegen S. D. und J. P. wegen versuchten Mord, und gegen D. Lz., M. G. und T. S. wegen Brandstiftung), sahen sich Antifaschistinnen mit einer Mixtur aus dreißig bis fünfzig Freien Nationalisten und Neonazi-Hools konfrontiert, von denen sie an den folgenden Prozesstagen fotografiert und bedroht wurden.“

Im selben Heft wurde darüber berichtet, dass S. D. wegen versuchten Mordes verurteilt worden sei:

„Gemeinsam mit zwei weiteren Neonazis hatte [S.] D. in der Nacht zum 14. Juli 2001 bis zu fünf Molotowcocktails auf die Bühne des antifaschistischen

Festivals ‚Le monde est à nous‘ geworfen. Dort schliefen zu der Zeit mehrere Jugendliche, um die Bühne zu bewachen.“

Zusammengefasst: Ab 12.01.2001 ermittelte der Generalbundesanwalt gegen die „Nationale Bewegung“. Im Laufe des Verfahrens wurden O. K. und D. Lz. zu Tatverdächtigen bezüglich des Brandanschlags vom 08.01.2001. Bei Telekommunikationsüberwachungen stellte das LKA Brandenburg fest, dass sich die beiden mit dem Berliner Rechtsextremisten Paul B. über die Ermittlungen austauschen. Paul B. geriet ausweislich der zitierten Publikationen im Jahr 2001 zusammen mit S. D. ins Visier der Berliner Polizei, weil es Hinweise gab, dass sie Sprengstoffanschläge auf jüdische und türkische Einrichtungen planen – später soll auch noch eine Adressliste mit jüdischen Einrichtungen gefunden worden sein. Die „NaBe“ hatte zu diesem Zeitpunkt bereits Brandanschläge auf Döner-Imbissstände und den jüdischen Friedhof in Potsdam verübt. Und in der Nacht zum 14.07.2001 hat S. D. einen Brandanschlag auf eine Festival-Bühne in Brandenburg verübt.

Vor diesem Hintergrund hätte es sich aufgedrängt, auch und gerade militante Rechtsextremisten aus Berlin wie Paul B. und S. D. im Rahmen der NaBe-Ermittlungen intensiv zu überprüfen.

Ein ähnlich lautender Vorschlag findet sich auch im Auswertebogen des LKA zur Fallakte 15 der Ermittlungskommission NaBe (Brandanschlag auf jüdische Trauerhalle in Potsdam). Das Dokument trägt das Datum vom 21.10.2003. Unter der Überschrift „weitere Ermittlungsansätze“ wird auf die „Aussagen des Informanten“ Bezug genommen und folgendes angeregt:

„Ermittlung der Personen der rechten Szene, die aus Berlin kommen und an der Feier des [O.] K. teilgenommen haben sollen (u. a. Paul B.)“

Das Staatsschutz-Kommissariat des Polizeipräsidiums Potsdam hat bereits in einem relativ frühen Stadium des Verfahrens einen Hinweis darauf bekommen, dass es sich bei der „Nationalen Bewegung“ möglicherweise um keine Potsdamer Gruppierung handelt. So wird in einem Vermerk vom 04.07.2000 zu „Demonstrativhandlungen

unter der Bekennung ‚Die nationale Bewegung‘ eine Aussage des Rechtsextremisten C. B. erwähnt:

„Als [C.] B. beiläufig nach einer ‚Nationalen Bewegung‘ von Unterzeichnerin gefragt wurde, meinte der spontan ‚... aber nicht in Potsdam ...!‘ Unterzeichnerin entgegnete, weshalb er gerade auf diese Einschränkung käme? [C.] B. reagierte ausweichend.“

In einem Schreiben an die Staatsanwaltschaft Potsdam vom 12.09.2000 weist das Potsdamer Staatsschutz-Kommissariat auf eine Durchsuchung der Wohnung des C. B. in einem anderen Verfahren hin:

„Bei der Durchsuchung bei [C.] B. wurde auf die Problematik ‚Nationale Bewegung‘ nicht berücksichtigt, da die Beamten vor Ort nicht in den konkreten Verfahrensstand eingeweiht waren (Urlaub von Ro. und [M.] L. [LKA BB]). Deshab (sic!) erfolgte auch keine Datensicherung vom PC des [C.] B..“

Bei C. B. wurde auch im Rahmen der Razzia am 07.02.2001 durchsucht, die eigentlich für den 17.02.2001 geplant, aber am 06.02.2001 von Verfassungsschutz-V-Mann Christian K. verraten worden war.

Im Ergebnis hätte es allen Grund gegeben, militante Neonazis um Paul B. in Berlin näher zu betrachten. Dass ausgerechnet ein Tatverdächtiger im NaBe-Verfahren sich ausdrücklich nicht näher zu Paul B. äußern wollte, fällt zumindest auf. Und dieser Tatverdächtige war aufgrund des Hinweisgebers ins Blickfeld geraten, der über eine Party von Potsdamern und Berlinern berichtet hatte, aus der heraus der Anschlag auf den jüdischen Friedhof in Potsdam verübt worden sein soll.

Dass ausgerechnet bei C. B., der im Rahmen einer spontanen Bemerkung Kenntnisse bezüglich einer „Nationalen Bewegung“ erkennen ließ, keine PC-Daten gesichert wurden, ist zu bemängeln.

D. Erster Verdacht gegen O. K. im Jahr 2000

In einem Schreiben des Potsdamer Staatsschutz-Kommissariats an die Staatsanwaltschaft Potsdam vom 12.09.2000 heißt es:

„Im Verfahren Tgb.-Nr. K 2388/611612/00/01 (§ 86 a StGB in Potsdam Waldtstadt am 19.05.00) trat als Kraftfahrer für [O.] K., [C.] B. und [ST.] E. der [Person X³] [...] in Erscheinung. Er ist nach hiesigen Erkenntnissen (sic!) der einzige der Gruppe, der derzeit im Besitz eines gültigen Führerscheines und eines PKW's ist (PKW Opel, amtl. Kennzeichen [...]) Für die Begehung der Straftaten scheint ein Fahrzeug die Voraussetzung der Erreichung der Tatörtlichkeit zu sein. [Person X] ist auch auf Fotos im Fotoalbum von [C.] B. zu sehen.“

Am 17. November 2000 hat der Präsident des Polizeipräsidiums Potsdam eine „längerfristige Observation“ angeordnet – betroffen waren O. K. und [Person X]. In der Begründung wurde ausgeführt:

„Seit Januar 2000 werden im 4. Kommissariates (sic!) des ZKD des PP Potsdam Ermittlungen gegen eine bislang unbekannt gebliebene rechte Gruppierung geführt. Diese bezeichnet sich selbst in Bekennerschreiben als ‚Die Nationale Bewegung‘. Es wurden in bislang 12 Fälle (sic!) verschiedene Propagandadelikte gem. §§ 86a, 126 und 130 StGB mit nationalsozialistischen, z.T. antisemitischen, Hintergründen begangen. Dabei wird das Dritte Reich glorifiziert. Als Tattage bevorzugt wurden überwiegend historische Tage bzw. Anlässe, die von rechten Gruppierungen als symbolträchtig eingeschätzt werden. Tatzeit ist die Nachtzeit. Die Handlungen erstrecken sich örtlich mit Schwerpunkt auf die Territorien der Schutzbereich Potsdam und Teltow.

Zur Tatbegehung sind sowohl ein PKW als auch ein Computer erforderlich. Desweiteren muß von Ortskenntnis der Täter in einem Fall (Tgb.-Nr.: K1153/623014/00/01) für den Bereich Fahrland ausgegangen werden. Als

³ Name aus persönlichkeitsrechtlichen Gründen durch Platzhalter ersetzt.

begründete Version ist ein Wohnsitz der Täter im Bereich Fahrland oder Satzkorn anzunehmen.

Durch das 4. Kommissariates (sic!) wurde in Fahrland eine relevante Personengruppe von insgesamt 5 Jugendlichen und Junggerwachsenen festgestellt. Diese Personen sind z.T. bereits wegen Propagandadelikten 1999 und 2000 in Erscheinung getreten. Das Gruppenmitglied [Person X] ist im Besitz eines PKW, [O.] K. eines Computers.

In Bewertung der bisherigen Ermittlungen ist anzunehmen, dass an diesem Wochenende eine hohe Wahrscheinlichkeit für ein erneuten (sic!) Tätigwerdens der ‚Nationalen Bewegung‘ besteht, da der Volkstrauertag sich für Aktionen rechter Organisationen als symbolträchtiger Tag darstellt. Im Falle einer Zugehörigkeit von [Person X] und [O.] K. zur ‚Nationalen Bewegung‘ besteht durch die angeordneten Maßnahmen die Möglichkeit der Verhinderung weiterer einschlägiger Straftaten.“

Während der Observation der beiden Personen vom 17. bis 20. November 2000 kam es jedoch zu keinen Taten der „Nationalen Bewegung“.

Folglich ergab diese polizeiliche Maßnahme keine belastenden Erkenntnisse – aber auch keine entlastenden Erkenntnisse. Letzteres wäre der Fall gewesen, wenn die NaBe an diesem Wochenende aktiv geworden wäre, die beiden jungen Männer aber nicht beteiligt gewesen wären.

E. [Person X⁴]

O. K. und [Person X] standen auf der Liste der Durchsuchungsmaßnahme im Februar 2001, die von V-Mann Christian K. verraten worden war. Bezüglich [Person X] ist in den Ermittlungsakten des NaBe-Verfahrens auf einem Ausdruck aus dem „Polizeilichen Auskunftssystem Straftaten (POLAS) unter der „Trefferliste“ handschriftlich vermerkt: „[Angehöriger]: Bepo [REDACTED]“.

⁴ Name aus persönlichkeitsrechtlichen Gründen durch Platzhalter ersetzt.

Auf einem Datenblatt des 4. Kommissariats des Polizeipräsidiums Potsdam zu [Person X] findet sich bezüglich des [Angehörigen] die handschriftliche Anmerkung:

„Beamter [REDACTED] (LESE)“.

In einer „WE-Meldung“ des Polizeipräsidiums Potsdam mit dem Betreff „androgung von anschlaegen gegen einrichtungen der juedischen gemeinde potsdam“ ist bezüglich der Durchsuchungsmaßnahmen am 07.02.2001 vermerkt:

„teilkraefte der lese wurden um 19.00 uhr aus dem einsatz entlassen.“

Der Zeuge J. W., damals Leiter des 4. Kommissariats (Staatsschutz) des Polizeipräsidiums Potsdams, sagte als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuss, dass die „LESE“ eine polizeiliche Landeseinheit der Schutzpolizei gewesen sei, „also so etwas wie die Bereitschaftspolizei“. Auf die Frage, ob sich unter den Teilkräften der LESE auch Kräfte der Bereitschaftspolizei in [REDACTED] befunden hätten, sagte der Kriminalbeamte J.W.:

„Na sicherlich! Das sind doch die Kräfte gewesen aus [REDACTED].“

Die handschriftlichen Anmerkungen in den NaBe-Akten, wonach der [Angehörige] des [Person X] bei der Bereitschaftspolizei in [REDACTED] sei, waren dem Kriminalbeamten J.W. nicht bekannt.

Bei der Durchsuchungsaktion am 07.02.2001 wurden 19 Personen aus dem rechtsextremistischen Spektrum durchsucht – darunter O. K. und [Person X]. Bei fünf Betroffenen wurde ausweislich der Durchsuchungsprotokolle nichts sichergestellt. Bei [Person X] wurde vermerkt:

„Es wurden keine Gegenstände im Bezug des Beschlusses des AG Potsdam aufgefunden.“

Der Kriminalbeamte J.W. sagte zu dieser Durchsuchungsaktion:

„Allerdings konnten bei der Maßnahme keine Hinweise oder Erkenntnisse hinsichtlich der ‚Nationalen Bewegung‘ erlangt werden. Nach dieser Durchsuchungsaktion in der rechten Szene in Potsdam waren keine Propagandaaktionen oder Anschläge unter dem Namen ‚Nationale Bewegung‘ mehr zu verzeichnen.“

Ob aus dem wiederholten Hinweis, dass der [Angehörige] von [Person X] bei der Bereitschaftspolizei ist, Maßnahmen resultierten und gegebenenfalls welche, das ist in den Akten nicht niedergelegt. Naheliegend wäre es gewesen, den [Angehörigen] nicht an den Durchsuchungsmaßnahmen am 07.02.2001 und den dazugehörigen Besprechungen zu beteiligen. Und sollte der [Angehörige] an der Durchsuchungsaktion beteiligt gewesen sein, wäre es überprüfenswert gewesen, ob [Person X] vorab von der Razzia Kenntnis erlangt hat und deshalb bei ihm keine Funde zu verzeichnen waren. Das zu ermitteln wäre auch im Hinblick auf O. K. und C. B. relevant gewesen, da sich die Polizei mit beiden im NaBe-Verfahren beschäftigte, beide am 07.02.2001 durchsucht wurden und beide zu [Person X] Kontakt hatten.

9. Hinweise auf Rechtsextremismus in der Polizei

Bei der Bearbeitung des „NaBe“-Komplexes ist der Untersuchungsausschuss wiederholt auf rechtsextremistische Polizeibeamte gestoßen beziehungsweise auf den Verdacht, dass sogar einzelne MEGA-Beamte ein Faible für rechtsextremistische Devotionalien haben könnten.

A. Polizeibeamter A. G.

Beim Polizeibeamten A. G. wurden im Mai 2003 bei einer Durchsuchung (in einem Verfahren wegen Unterschlagung von Geldern) 46 CDs, 3 Videos sowie Fotos gefunden, die auf rechtsextreme Aktivitäten deuten. Auf den Fotos zeigen G. sowie zwei weitere Polizeibeamte und zwei Unbekannte den „Hitlergruß“. G. arbeitete als Polizeibeamter im 4. Kommissariat (Staatsschutz) des Polizeipräsidiums Potsdam.

Im polizeilichen Vermerk ist außerdem zu lesen: „Möglichkeit Verdächtiger im Verfahren NABE!!!!!!!!!!!!!!“. Zudem ist vermerkt: „Möglichkeit besteht auch, dass Informationen über diesen Pol.beamten (V-Mann-Affäre) abgeflossen sind.“

In den Akten, welche dem Untersuchungsausschuss vorlagen, fanden sich keine Hinweise, ob auf diesen Vermerk hin Maßnahmen ergriffen wurden und gegebenenfalls mit welchem Ergebnis. Der Ausschuss hat im Rahmen der Beweisaufnahme keine diesbezüglichen Informationen gewonnen.

Die Möglichkeit, dass A. G. Tatverdächtiger im NaBe-Verfahren sein könnte, ist mit mehreren Ausrufezeichen vermerkt worden. Dass hierauf keine aktenkundigen Ermittlungen erfolgten, ist mindestens ein Versäumnis.

B. St. B. – ein Brandenburger im Berliner Polizeidienst

Bei den NaBe-Ermittlungen wurde das Brandenburger LKA auf einen Berliner Kollegen aufmerksam. In einem Auswertungsvermerk vom 12.06.2002 steht:

„Bei St. B.. handelt es sich nach bisherigen Ermittlungen um einen Polizeibeamten des Bundeslandes Berlin. Er ist als Sachbearbeiter der Verkehrsunfallbereitschaft [...] tätig.“

Bei der Auswertung des E-Mail-Kontakts zwischen St. B. und einem Tatverdächtigen im NaBe-Verfahren wurde festgestellt, dass der Polizeibeamte in der Anrede das Wort „Heil“ verwendet und am Ende „GruSS“ im szenetypischen SS-Stil schreibt. Im genannten Auswertungsvermerk des LKA heißt es weiter:

„Nach den vorliegenden Erkenntnissen aus der Telekommunikationsüberwachung kann mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit gesagt werden, dass B. aktives Mitglied der rechten Szene ist und sich in dieser Eigenschaft an der Planung, Vorbereitung und Durchführung von Aktivitäten und Veranstaltungen beteiligt. Dies steht meines Erachtens nach Bewertung bisheriger Erkenntnisse in sehr starkem Widerspruch mit seinen Dienstpflichten als Polizeivollzugsbeamter. Auf Grund

der Gesamtumstände kann nicht ausgeschlossen werden, dass B. die Möglichkeiten der Informationsgewinnung zu Personendaten auf dienstlichem Wege dahingehend mißbraucht, dass Daten über Personen bzw. Fahrzeuge an Mitglieder der rechten Szene weitergegeben werden. Aus diesem Grunde wird meinerseits angeregt, den Dienstherrn des B. über den Ermittlungsstand in Kenntnis zu setzen und prüfen zu lassen, ob Dienstvergehen begangen wurden bzw. ob der Tatbestand des Geheimnisverrats erfüllt ist. um dann entsprechende Verfahren gegen den B. einzuleiten.“

In einem Auswertungsvermerk des LKA Brandenburg vom 08.07.2002 steht, dass nach Erkenntnissen des LKA Thüringen und des Brandenburger Verfassungsschutzes der Polizist ST. B. vom 21.06.2002 bis 23.06.2002 in Ilfeld (Thüringen) bei einer Sonnwendfeier der „Artgemeinschaft germanischer Glaubensrichtung e. V.“ teilgenommen hat – zusammen mit seiner Ehefrau und seinen Kindern. Seine Frau arbeitete als Polizeiangestellte im Verkehrsüberwachungsdienst in Berlin. Weiter heißt es in dem Vermerk:

„Laut Auskunft des LfV Brandenburg handelt es sich bei der ‚Artgemeinschaft germanischer Glaubensrichtung e.V.‘ um eine 1951 gegründete germanisch-heidnische „Artgemeinschaft“, die seit 1988 unter der Leitung des Herrn Rechtsanwalt Jürgen Rieger steht. Sie will als Glaubensbund ‚der Bewahrung, Erneuerung und Weiterentwicklung der Kultur der nordeuropäischen Menschenart‘ dienen und an die Wertvorstellungen der heidnischen Vorfahren anknüpfen. Sie vertritt völkisch-rassistisches und antisemitischen Gedankengut Die deutsche Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wird bestritten.“

Der Generalbundesanwalt hat St. B. am 19.11.2002 als Zeuge vernommen – der Polizeibeamte ließ sich wie folgt ein:

„Mir wurde bisher nicht konkret gesagt, was strafrechtlich Relevantes überhaupt verübt wurde. Ich habe den Eindruck, dass hier die Durchführung von Liederabenden kriminalisiert werden soll. Ich wurde durch Herrn Bundesanwalt Siegmund hier in diesem Raum im Beisein der Zeugen massiv

unter Druck gesetzt unter anderem mit den Worten: ‚Ich wäre wohl für meinen Beruf nicht geeignet‘ sowie ‚ob ich meinen Beruf wohl noch weiter ausführen dürfte‘. Ich sehe das als Nötigung und stelle hiermit Strafanzeige gegen Herrn Siegmund. Weiterhin wurde mir angedroht, dass gegen mich eine Ordnungsstrafe auferlegt wird, wenn ich keine weiteren Namen von Teilnehmern der Liederabende nenne. Ich möchte nochmals betonen, dass mir die meisten der Teilnehmer namentlich nicht bekannt sind. Da ich jedoch hier durch Herrn Bundesanwalt Siegmund ganz massiv unter Druck gesetzt werde, Namen zu nennen, habe ich die Pause genutzt und Herrn [D.] J. angerufen, der mir zwei weitere Teilnehmer namentlich nennen konnte. Dies sind ein R. Ho. und seine Frau S. Ich bin immer noch bereit, anhand von Lichtbildern alle Teilnehmer von Liederabenden zu identifizieren.“

Auf die Frage, welche Einstellung er beziehungsweise die Artgemeinschaft zum Nationalsozialismus des Dritten Reiches habe, antwortete St. B.:

„Für mich handelt es sich dabei um eine Epoche der Deutschen Geschichte, die zwölf Jahre andauerte. Für mich hat diese Zeit positive wie negative Aspekte, wie die heutige Zeit auch.“

In einem Schlussbericht zu zwei Taten, die letztlich doch nicht der „Nationalen Bewegung“ zugeordnet werden konnten, hielt das LKA am 19.11.2003 fest:

„Ob durch B. in seiner beruflichen Tätigkeit als Polizeivollzugsbeamter Informationen erlangt und an unberechtigte Dritte weitergegeben wurden, die einen Tatvorwurf des Geheimnisverrats im Sinne des § 353b StGB rechtfertigen, bleibt gesondert zu prüfen.“

St. B. wohnte zum Zeitpunkt der NaBe-Ermittlungen in Brandenburg. Als sich der NSU-Untersuchungsausschuss mit der Thematik befasste, gehörte St. B. dem Vorstand eines AfD-Kreisverbandes an.

D. Hinweis auf szenetypisch ausgestalteten MEGA-Raum

Während der Geheimnisverrats-Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Potsdam schrieb der POM H. K. am 10.07.2003 an den damaligen Innenminister Jörg Schönbohm:

„Ich war vom 01.08.2002 bis zum 16.04.2003 im Schutzbereich Brandenburg beim Kommissariat Jugend/TOMEG/MEGA als Sachbearbeiter tätig. Durch die Geschwätzigkeit von Kollegen, welche in ihrer früheren Tätigkeit beim 4. Kommissariat in Potsdam liegt, habe ich Kenntnisse über polizeiliche und private Tätigkeiten von Polizeibeamten in der rechten Szene erhalten. Diesbezüglich auch über Aktivitäten welche den Personenkreis betreffen, welche in den letzten Monaten in der Tagespresse der Märkischen Allgemeinen Zeitung, ausreichend benannt wurden.

Einer dieser Kollegen behauptete konkret: „In meinen Händen liegt der Kopf des Innenministers.“ Und bezog Sich (sic!) dabei auf die verratene Razzia. Ich möchte dem Herrn Generalbundesanwalt Nehm meine erlangten Kenntnisse zur Verfügung stellen und bitte Sie um die erforderliche Aussagegenehmigung.“

Der Präsident des Polizeipräsidiums Potsdam, Bruno Küpper, hat am 06.08.2003 POM H. K. eine Aussagegenehmigung für eine Vernehmung bei der Staatsanwaltschaft Potsdam erteilt.

Die Staatsanwaltschaft Potsdam hat POM K. am 11.08.2003 vernommen. K. machte unter anderem folgende Angaben:

„Etwa im August 2002 kam der damalige Leiter der MEGA des SB Brandenburg, KK H. [im Original ausgeschrieben], in den Aufenthaltsraum der MEGA, SB Brandenburg und erzählte, dass er aus seinem Urlaub zurück geholt wurde, da er zu irgend welchen Kontakten aus seiner früheren Tätigkeit beim 4. Kommissariat -Staatsschutz-, keine schriftlichen Unterlagen gefertigt habe, forderte uns auf vorsichtig beim Telefonieren auch über unsere

Privathandys zu sein und sagte, dass der Kopf des Innenministers in sein (sic!) Händen liegen würde. [...] [geschwärzt] war mein Leiter, da ich selbst in der MEGA eingesetzt war. [...] Etwa Anfang September 2002 wurde [geschwärzt] als Leiter der MEGA abgelöst [geschwärzt]

[geschwärzt]
[geschwärzt].“

[geschwärzt]
Weiter sagte POM H. K. in der Vernehmung bei der Staatsanwaltschaft Potsdam:

„Im März 2003 war ich bei der TOMEK im Wege der Abordnung tätig. Im Rahmen eines allgemeinen Gesprächs kamen wir auch auf [geschwärzt] zu sprechen. KK K. erzählte mir, dass gegen [geschwärzt] Ermittlungen gelaufen seien und dieser kurz vor dem Rausschmiss stehen würde. In diesem Zusammenhang erzählte er mir, dass Telefongespräche mitgehört worden seien, aus denen hervorgehen würde, dass Sven Sch. sich bei [geschwärzt] quasi rückversichert hätte, ob er dies oder jenes machen dürfe. Ins Detail ist er mir gegenüber nicht gegangen. Ich fragte auch nicht nach. Da ich zu diesem Zeitpunkt etwa schon ein Dreivierteljahr im Bereich Jugend tätig war und seit etwa einem knappen Monat bei TOMEK gearbeitet hatte, wusste ich, dass es sich bei Sven Sch. um ein Mitglied der rechten Szene handelt. Zu seiner Funktion im Rahmen der rechten Szene hatte ich dienstlich keine Kenntnis. Später erfuhr ich aus der Presse, dass er Sektionschef o.ä. von Blood and Honour (gewesen) sein soll. Um was es bei diesen Rückversicherungen ging, weiß ich nicht. Ich weiß auch nicht, ob [geschwärzt] persönliche Kontakte mit Sch. hatte. [geschwärzt] hatte irgendwann mal erzählt, dass er auf einem Konzert der rechten Szene gewesen sei und dort aber als Polizist erkannt und deshalb das Konzert verlassen hatte. Einen Bezug zu Sven Sch. bestand nicht. [...]

Mein Antrag auf Aussagegenehmigung gründet sich auf die Presseberichterstattungen zur sogenannten V-Mannaffäre. Nach meiner Einschätzung haben die mir bekannt gewordenen Umstände, die ich hier geschildert habe, etwas mit der Sache zu tun. Ich habe geglaubt, dass

möglicherweise [geschwärzt] Sven Sch. vor der Razzia gewarnt haben könnte. Ich habe keine Kenntnis in welchem Zusammenhang die Razzia, die in den Zeitungen genannt wird (Februar 2001), stand. Meine diesbezügliche (sic!) Erkenntnisse habe (sic!) sich sämtlich aus den Medien. Soweit ich um Aussagegenehmigung ggü. der Bundesanwaltschaft ersucht habe, habe ich aufgrund der Presseberichte geglaubt, dass die Bundesanwaltschaft diesbezüglich ermitteln würde.“

POM H. K. schilderte in seiner Vernehmung außerdem den folgenden Sachverhalt:

„Vor etwa 2 Wochen meldete sich dann der Journalist Sven R. vom Spiegel auf meinem Privathandy. Es fanden insgesamt 2 Gespräche statt. Auch hier war ich verwundert woher er meine Handynummer hatte. R. wollte von mir Informationen zu Fahnen etc. in Diensträumen der Polizei. Diesen Sachverhalt hatte ich im Wege der Eingabe bei der GSTA zur Anzeige gebracht. Die Ermittlungen liefen bei der Staatsanwaltschaft Potsdam. Der Einstellungsbescheid ging mir letzte Woche zu. Ich teilte ihm das Aktenzeichen der Staatsanwaltschaft und den Namen des Staatsanwaltes mit. Letztlich wusste er mehr als ich. Er gab mir praktisch schon den Sachverhalt vor. Ich bestätigte dies und sagte u.a. auch, dass der Staatsanwaltschaft Fotos von mir übergeben worden seien. Zu den weiteren Details verwies ich ihn jedoch an die Staatsanwaltschaft.“

Die Staatsanwaltschaft hat am Ende des Vernehmungsprotokolls vermerkt:

„Zum Abschluss der Vernehmung wurde der Zeuge eindringlich darauf hingewiesen keine Kontakte mit Vertretern der Medien zu haben. Insbesondere keine Informationen zu geben.“

Polizeipräsident Küpper hatte einige Tage vorher, am 04.08.2003, vermerkt:

„Die Person K. ist in diesem Jahr wiederholt „auffällig“ geworden. Ca. im März 2003, POM [H.] K. war im Kommissariat Jugend, Tomeg, Mega des SB Brandenburg tätig, hat er sich gemeinsam mit der POM'in R., an Herrn V. vom

OPR gewandt. In den Räumen seiner Dienststelle seien Gegenstände, die den Tatbestand des § 86a erfüllten, ausgestellt. Es handelte sich um sichergestellte T-Shirts, Flyer, Symbole usw. Diese waren tatsächlich dort als Anschauungsmaterial vorhanden, um z.B. den Wachdienst im Detail mit diesen Dingen bekannt zu machen. In einem Gespräch mit Herrn N., dem Schutzbereichsleiter, wurde den vorgenannten am 13.3.2003 die Stellungnahme der Dienststelle übermittelt. Herr N. ordnete allerdings auch an, die Gegenstände zu verschließen und nur hervorzuholen, wenn sie auch tatsächlich gebraucht würden.

Für Herrn N. war die Angelegenheit damit erledigt. Zu seiner Überraschung erfuhr er jedoch später, dass sich Herr K. in der Sache mit einem Schreiben direkt an die Generalstaatsanwaltschaft gewendet hatte, davon hatte Herr K. in dem Gespräch nichts erwähnt.

Die ‚Anzeige‘ des POM [H.] K. wurde von der StA Potsdam (Herr Juncker erinnerte sich an die Person K.) als allgemeine Rechtssache (496 AR 468/03) behandelt, ein Verfahren wurde eingeleitet.

Herr [H.] K. wurde daraufhin in den Wachdienst der PW Werder umgesetzt.“

Weiter vermerkte Küpper:

„In der gleichen Woche [Anm.: Ende Juli 2003] wurde der Leiter K des SB BRB, Herr M., vom Geschäftsführer der TLG, die Vermieter der Räume der K ist, angesprochen, ob es stimme, dass in den Räumen Gegenstände § 86a ausgestellt würden. Eine Mitarbeiterin von ihm sei insofern von der Presse angerufen worden. Herr N. vermutet, dass sich diese Nachfrage auf den damaligen Sachverhalt bezieht.

Herr K. ist inzwischen von KD N. schriftlich auf seine Verpflichtung zur Amtsverschwiegenheit belehrt worden. Es ist beabsichtigt, nach Abschluß des von ihm bei der StA Potsdam verursachten Vorganges die Einleitung disziplinarer Vorermittlungen zu prüfen.“

In einem Vermerk („Non-Paper“) vom 05.08.2003, der von Prof. Dr. Michael Lemke, Abteilungsleiter im Justizministerium, verfasst wurde, heißt es dazu:

„Das Ermittlungsverfahren gegen Polizeibedienstete wegen der besonders plakativen Verwendung von Anschauungsmaterial wie Nazi-Fahnen usw. steht vor der Einstellung. Hier akzeptiert die Staatsanwaltschaft großzügigerweise die Voraussetzungen der sog. Sozialadäquanzklausel.⁵ Dies ist deshalb großzügig, weil es selbstverständlich nicht erforderlich ist, die Wände eines Schulungsraums mit Nazimaterial zu drapieren, um darüber aufzuklären. Dies hätte, wie es von jeher in Schulen üblich ist, auch durch Vorzeigen des Materials im Einzelfall und anschließendes Wegschließen geschehen können.“

Mit dem von Lemke skizzierten Ergebnis hatte die Staatsanwaltschaft Potsdam aber zu diesem Zeitpunkt die Prüfung des Sachverhalts schon abgeschlossen. Anders als von Lemke angenommen, kam es nicht einmal zur Einleitung eines Ermittlungsverfahrens. Oberstaatsanwalt Ludwig verfügte am 01.08.2003:

„1. Keine Aufnahme von Ermittlungen gemäß §§ 170 Abs. 2 i. V. m. 152 Abs. 2 StPO aus den Gründen des nachfolgenden Bescheids.

2. Zu schreiben – begl. – an den Az. POM H. K. (Bl. 24 d. A.):

Ihre Eingabe vom 08.03.03 an den Generalstaatsanwalt des Landes Brandenburg sowie Ihre Anhörung am 13.05.03

Sehr geehrter Herr K.,

die Staatsanwaltschaft ist gemäß § 152 Abs. 2 StPO verpflichtet, wegen aller verfolgbaren Straftaten einzuschreiten, sofern zureichende tatsächliche

⁵ Nach § 86 und § 86a StGB wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft, wer Propagandamittel oder Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen verbreitet. Nicht verboten ist hingegen die Verwendung im Rahmen der staatsbürgerlichen Aufklärung, der Abwehr verfassungswidriger Bestrebungen, der Kunst, Wissenschaft, Forschung oder der Lehre sowie der Berichterstattung über Vorgänge des Zeitgeschehens oder der Geschichte.

Anhaltspunkte bestehen. Ihre vorbezeichnete Eingabe gibt mir allerdings keinen Anlass die Ermittlungen aufzunehmen.

Ihre Hinweise enthalten zwei strafrechtlich zu würdigende Sachverhalte. Erstens sollen in den Diensträumen der Kripo Brandenburg – abt. MEGA – Fahnen, Symbole u. a. Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen aufgehängt gewesen sein. Das Vorbringen haben Sie durch Vorlage entsprechender Lichtbilder belegt; es wird im übrigen auch vom Leiter des Schutzbereichs Brandenburg – Herrn KD N – in einem Schreiben an die Staatsanwaltschaft bestätigt. Zweiten sollen Ihre Kollegen H., L. und H. in dem besagten Raum eine möglicherweise volksverhetzende CD der Gruppe Landser abgespielt haben.

Der Leiter des Schutzbereich hat in dem bereits erwähnten Schreiben angegeben, das besagte Zimmer sei zum Zwecke der Schulung und Einweisung der MEGA-Kräfte hergerichtet worden. An einem Teil der Wände seien zur Dokumentation verschiedene Fahnen angebracht worden, die überwiegend mit konkreten Erläuterungen zur Bedeutung und rechtlichen Einordnung versehen worden seien. Die vom LKA zur Verfügung gestellte Broschüre ‚INFO-BLATT RECHTS‘ habe bei den Originalschaustücken ausgelegen, um die Polizeibeamten in die Lage zu versetzen, während ihres Dienstes Entscheidungen hinsichtlich einer strafrechtlichen Wertung vornehmen zu können.

Soweit es um das abspielen der CD geht, haben Sie mit Schreiben vom 20.05.03 ergänzend zu Ihrer Anhörung mitgeteilt, dass die Möglichkeit bestehe, dass mit dem Abspielen der CD eine Schulung der seinerzeit neuen Kollegen H. und H. bezweckt gewesen sei. Auch der Leiter des Schutzbereichs hat in seinem Schreiben darauf hingewiesen, dass die Musik-CDs nicht nur für Auswertungs- und Vergleichszwecke, sondern auch für Schulungen von Mitarbeitern benötigt würden.

Ungeachtet des Umstandes, dass das von Ihnen bezeichnete Propagandamaterial in einem dem allgemeinen Publikumsverkehr nicht

zugänglichen Raum des Schutzbereichs Brandenburg aufbewahrt wurde, so dass es somit bereits am Merkmal des öffentlichen Verwendens bzw. Ausstellens fehlen dürfte, findet auf beide hier in Rede stehenden Straftatbestände – das öffentliche Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (§ 86 a Ziff. 1 StGB) und die Volksverhetzung in der Tatbestandsvariante des öffentlichen Vorführens volksverhetzender Tonträger (§ 130 Abs. 2 Ziff. 1 b StGB) – über die Verweisungsvorschriften der §§ 86 a Abs. 3 bzw. 130 Abs. 5 StGB der Tatbestandsausschluss des § 86 Abs. 3 StGB (sog. „Sozialadäquanzklausel“) entsprechende Anwendung. Danach gelten die vorgenannten Straftatbestände nicht, wenn die Handlung (das Verwenden der Kennzeichen, das Abspielen der Tonträger) der staatsbürgerlichen Aufklärung, der Abwehr verfassungswidriger Bestrebungen, der Kunst oder der Wissenschaft, der Forschung oder der Lehre, der Berichterstattung über Vorgänge des Zeitgeschehens oder der Geschichte oder ähnlichen Zwecken dient. Dies ist hier der Fall:

Es bedarf keiner Vertiefung, dass die Beschäftigung mit rechtsextremistischem Propagandamaterial – Schriften und Kennzeichen aller Art – zum beruflichen Alltag eines MEGA-Mitarbeiters gehören. Es erscheint daher ohne weiteres nachvollziehbar, dass derartiges Material in den Räumen dieser Abteilung aufbewahrt und zur täglichen Arbeit herangezogen wird. Ungeachtet des von Ihnen gerügten relativ sorglosen Umgangs mit dem Material, handelt es sich hier doch – auch für Dritte erkennbar – um Anschauungs- bzw. Arbeitsgegenstände einer speziell zur Bekämpfung strafbarer verfassungsfeindlicher Bestrebungen eingerichteten Polizeiabteilung. Die Verwendung der Kennzeichen hat also – für eine andere Deutung liegen keinerlei tatsächliche Anhaltspunkte vor – einem ihren verfassungsfeindlichen Aussagegehalt gerade entgegengesetzten Zweck gedient, der gemäß § 86 Abs. 3 StGB zu einem Ausschluss der Strafbarkeit führt.

Nichts anderes gilt auch für das Abspielen der besagten „Landser“-CD.

Dass für Mitarbeiter der Sonderabteilung MEGA - und darüber hinaus auch für andere Polizeibeamte, die mit einschlägigen Straftaten in Berührung kommen – eine Notwendigkeit besteht, volksverhetzende Musik-CDs anzuhören, leuchtet schon deshalb ein, weil ohne entsprechende Vorkenntnisse ein schnelles Erkennen und Erfassen einschlägiger Vorfälle nicht gewährleistet ist. Dieses Erfordernis besteht umso mehr, als das Verbreiten derartiger CDs zu den typischen, häufig wiederkehrenden Straftaten gehört, die in die Zuständigkeit der Abteilung MEGA fallen. Es liegt daher auf der Hand, dass die betroffenen Beamten die CD zu Schulungszwecken abspielten, also eine durch ihren konkreten beruflichen Aufgabenbereich vorgegebene sozialadäquate Zielsetzung verfolgten.

Soweit Sie außerdem darauf hinweisen, dass die in Rede stehenden Kennzeichen und Musik-CDs aus abgeschlossenen Verfahren stammten und einer rechtlich einwandfreien Sachbehandlung (Vernichtung) nicht zugeführt worden seien, begründet dies keinen Anfangsverdacht einer Straftat. Das Gesetz sieht die Überlassung von verfallenen oder eingezogenen Gegenständen zu Lehrzwecken an die Polizei ausdrücklich vor (§ 67 StVollstrO). Gleichwohl hat der Schutzbereichsleiter aus Anlass Ihrer Anzeige die bisherige Praxis überprüft und Maßnahmen ergriffen, die künftig eine weiterhin ordnungsgemäße, aber transparentere Verwendung der asservierten Gegenstände ermöglichen sollen:

So wird bei den seit dem 01.07.02 asservierten Musik-CDs und sonstigen Gegenständen das Aktenzeichen des entsprechenden Ermittlungsverfahrens auf Erfassungslisten vermerkt.

Auch bezüglich Ihrer weiteren Angaben hat die Überprüfung keinen Anfangsverdacht ergeben.“

Es ist als hochproblematisch zu bewerten, dass der damalige Polizeipräsident Küpper beabsichtigt hat, nach Abschluss der Sachverhalts-Prüfung durch die Staatsanwaltschaft Potsdam die Einleitung disziplinarer Vorermittlungen gegen den Hinweisgeber (POM) H. K. zu prüfen. Es stellt einen Missbrauch des

Disziplinarrechts dar, wenn es gegen Beamte eingesetzt wird, die auf mögliche Missstände innerhalb der Polizei hinweisen und nicht wegsehen, wenn ein Verdacht auf rechtsextremistische Umtriebe besteht. Führungsbeamte, die so vorgehen wie Polizeipräsident Küpper, sind dafür verantwortlich, wenn polizeiliches Fehlverhalten nicht geahndet wird und dadurch Missstände konserviert werden, die Sicherheitsrisiken mit sich bringen und irgendwann als Skandal aufs politische Tableau kommen. Dass es eine Kultur der gegenseitigen Achtsamkeit und Wachsamkeit mit sich bringt, dass sich auch der eine oder andere Verdacht nicht bestätigt, versteht sich von selbst.

Im vorliegenden Fall ist allerdings darauf hinzuweisen, dass ein Abteilungsleiter aus dem Justizministerium es als großzügig bewertet hat, dass die Staatsanwaltschaft kein Ermittlungsverfahren eingeleitet hat. Die Anzeige des POM H. K. war folglich berechtigt. Gerade die Reaktion des Polizeipräsidenten zeigt, dass der Dienstweg eine Sackgasse gewesen wäre.

Dass die Staatsanwaltschaft nicht ermittelt hat, ist misslich – dass sie nicht einmal einen Anfangsverdacht gesehen hat, nicht nachvollziehbar. Gut möglich, dass ein Ermittlungsverfahren mit einer Einstellung geendet hätte. Es wäre allerdings zwingend erforderlich gewesen, den Sachverhalt auszuermitteln. Denn wenn ausgerechnet bezüglich der MEGA als Spezialeinheit zur Bekämpfung des Rechtsextremismus ein Verdacht aufkommt, dass einzelne Beamte ein Faible für rechtsextremistische Devotionalien haben könnten, dann muss aufgeklärt werden.

IV. Handlungsempfehlungen

1. Finanzielle Zuwendung des Landes Brandenburg für Opfer und deren Angehörige sowie Geschädigte des NSU

Der Brandenburger Verfassungsschutz hätte im Jahr 1998 maßgeblich dazu beitragen können, dass die untergetauchten – vom Landes-Verfassungsschutz so eingestuft – Rechtsterroristen Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe festgenommen werden können, bevor sie ihren – nach derzeitigem Stand der Ermittlungen – ersten Raubüberfall begangen haben. Und vor allem, bevor der NSU seinen ersten Mord begangen hat.

Der Verfassungsschutz hätte lediglich seine Quellenhinweise auf die Bewaffnungs- und Raubüberfall-Pläne, auf den Aufenthaltsort und auf die Unterstützer des Neonazi-Trios in Form eines so genannten Behördenzeugnisses – also unter Verschleierung der Herkunft der Informationen – an die zuständigen Strafverfolgungsbehörden in Thüringen oder Sachsen weiterzugeben brauchen. Doch die Verfassungsschutz-Abteilung des Innenministeriums war nicht einmal einverstanden, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz stellvertretend ein Behördenzeugnis ausstellt. Brandenburgs Verfassungsschutz ist folglich mitverantwortlich dafür, dass der NSU in den folgenden Jahren zahlreiche Kapitalverbrechen begehen konnte.

Aus diesem Grund möge der Landtag beschließen, dass das Land Brandenburg

- a. einen Fonds für die Opfer und deren Angehörige sowie die Geschädigten der Taten des NSU einrichtet oder
- b. sich am entsprechenden Thüringer Entschädigungsfonds beteiligt oder
- c. der Ombudsstelle der Bundesregierung für die Opfer des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ eine finanzielle Zuwendung zur weiteren Verteilung zukommen lässt.

2. Grundlegende Reform des Verfassungsschutzes

Was soll Verfassungsschutz leisten? Ziel und Zweck ist ein Frühwarnsystem, das dem Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung dient. Der Verfassungsschutz soll Entwicklungen im weitesten Sinne beobachten und analysieren, die eine Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung und das friedliche Zusammenleben werden können oder könnten. Soweit das Handeln von Personen, Gruppierungen und Parteien bereits eine Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung oder das friedliche Zusammenleben ist, ist in der Regel die Polizei zuständig – im Rahmen der Gefahrenabwehr auf Basis des Polizeigesetzes oder im Rahmen der Strafverfolgung nach Strafgesetzbuch, mit Mitteln der Strafprozessordnung.

Zum Schutz der Verfassung im Vorfeld der Polizeiarbeit einen Nachrichtendienst agieren zu lassen, macht in der Theorie Sinn. In der jahrzehntelangen Praxis hat sich jedoch gezeigt, dass Nachrichtendienste häufig als Frühwarnsystem versagen und immer wieder das Gegenteil dessen bewirken, was sie sollen – etwa wenn so genannte Vertrauens-Leute dazu beitragen, dass die Gefahren für die freiheitlich-demokratische Grundordnung zunehmen. Beispielsweise, indem rechtsextremistische V-Leute rechtsextremistische Strukturen stärken oder gar erst aufbauen – und dazu die Informationshonorare des Verfassungsschutzes verwenden oder ihre Arbeitszeit, die sie ohne die Verfassungsschutz-Honorare dazu einsetzen müssten, um ein finanzielles Einkommen zu erwirtschaften.

Die Fehlentwicklungen im Nachrichtendienst-Bereich resultieren aus der Nachrichtendienst-Struktur als solcher. Bei Behörden, die im Geheimen arbeiten, ist die Geheimhaltung allgegenwärtige Arbeitsgrundlage. Und es liegt in der Natur der Sache, dass Kontrolle – selbst wenn sie ebenfalls überwiegend im Geheimen erfolgt – die Geheimhaltung einschränkt, weil zum Beispiel der Kreis der Mitwissenden erweitert wird. Folglich wirken Nachrichtendienste aufgrund ihres Geheimhaltungsinteresses darauf hin, Kontrolle möglichst zu verhindern.

Ein Mangel an Kontrolle führt aber in der Regel zu einem Mangel an Qualität. Dieses Dilemma der Nachrichtendienste ist bisher ungelöst. Vieles spricht dafür, dass dieses Dilemma auch gar nicht gelöst werden kann, was bei einer grundlegenden Verfassungsschutz-Reform zu berücksichtigen wäre.

Ebenso zu berücksichtigen ist, dass sich das exklusive Arbeitsfeld der Nachrichtendienste minimiert hat, weil Straftatbestände im Staatsschutzbereich deutlich ins Vorfeld der eigentlichen Taten verlagert worden sind (Beispiel: Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat gemäß §89a Strafgesetzbuch); der Gefahrenbegriff im Bereich der Gefahrenabwehr weitergehend definiert wurde (Extremfall Bayern – Stichwort: „drohende Gefahr“) und die polizeilichen Befugnisse im Bereich der Gefahrenabwehr erweitert worden sind. Das bedeutet in der Praxis: In vielen Bereichen, in denen vor 20 Jahren nur der Verfassungsschutz beobachtend tätig geworden ist, arbeitet heute die Polizei. Und die Polizei verfügt nach der Strafprozessordnung und teilweise auch nach dem Polizeigesetz ebenfalls über nachrichtendienstliche Mittel, die in der Hand der Polizei selbstredend zu polizeilichen Mitteln werden. Darüber hinaus verfügt die Polizei exklusiv über ihre klassischen Mittel wie Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen.

Im Ergebnis bedeutet das, dass es – von der Zuständigkeit wie auch von den Einsatzmitteln her – auf die Polizei und nicht auf Nachrichtendienste ankommt, wenn es darum geht, Terrorismus zu verhindern oder zu verfolgen.

Vor diesem Hintergrund muss es klar sein, dass es um eine Reform des Verfassungsschutzes im Wortsinne und nicht allein um eine Reform des Nachrichtendienstes gehen muss.

Da Wissenschaft und Zivilgesellschaft in der Vergangenheit häufig die qualitativ besseren Lagebilder bezüglich Gefahren für die freiheitlich-demokratische Grundordnung erarbeitet haben als die Nachrichtendienste selbst, erscheint es zielführend, ein Verfassungsschutz-Konzept zu entwerfen, das auf der Grundlage von wissenschaftlicher Arbeit funktioniert und zivilgesellschaftliche Erkenntnisse einbezieht.

Was die Organisationsform betrifft, so erscheint ein unabhängiges Institut zum Schutz der Verfassung (ISV) im Geschäftsbereich des Brandenburger Innenministeriums zweckmäßig und damit im Reformprozess gestaltenswert.

So lange die Landtags-Mehrheit allerdings an einem Nachrichtendienst festhält, muss dessen gesetzliche Arbeitsgrundlage dringend unter folgenden Aspekten reformiert werden:

a. Beschränkung auf die Aufgabe der Beobachtung

Nachrichtendienste sind im Unterschied zu Geheimdiensten schon heute auf die Beobachtung beschränkt. Dennoch werden sie immer wieder operativ tätig. Das heißt, sie wirken auf das Geschehen ein, das sie eigentlich nur beobachten sollen. Ein krasses Beispiel dafür war die Beteiligung des Brandenburger Verfassungsschutzes an der Planung einer zweiten Auflage der „White Aryan Rebels“-CD mit dem Titel „Noten des Hasses“, mit der sich der Untersuchungsausschuss befasst hat. Diese Beteiligung ging so weit, dass es absolut möglich erscheint, dass die Produktionsplanung ohne den V-Mann-Toni Stadler und seinen V-Mann-Führer gar nie so weit gediehen wäre, wie das der Fall war, als die Berliner Staatsanwaltschaft Toni Stadler schließlich festnehmen ließ und Ermittlungen gegen den V-Mann-Führer aufnahm.

Um solche Fehlentwicklungen ausschließen zu können, müssen Verfassungsschutz-Operationen unmissverständlich verboten sein – die Aufgaben des Verfassungsschutzes also per Gesetz ausdrücklich auf beobachtende Tätigkeiten beschränkt sein.

i) V-Leute

V-Leute des Verfassungsschutzes haben sich in der Praxis nicht nur zu wenig bewährt, sondern sie haben sich als großer Risikofaktor erwiesen. V-Leute sind der Hauptgrund dafür, dass der

Brandenburger Verfassungsschutz in den untersuchten Fällen häufig das Gegenteil von dem bewirkt hat, was seine Arbeit bewirken sollte.

Der Untersuchungsausschuss hat mit „Piatto“ alias Carsten Szczepanski und „Barte“ alias Toni Stadler zwei Quellen untersucht, wie sie gegensätzlicher kaum sein können. „Piatto“ entwickelte sich faktisch zu einem hauptberuflichen Nachrichtendienstler, während „Barte“ den Nachrichtendienst nutzte, um seine Interessen als rechtsextremistischer Szene-Geschäftsmann zu verfolgen. Überraschend war, dass die Arbeitsbilanz beider Quellen unter Nutzen-Folgen-Gesichtspunkten verheerend ausfiel. Denn beide haben rechtsextremistische Strukturen aufgebaut und gestärkt: „Piatto“, um möglichst viele Informationen liefern zu können – „Barte“, um in möglichst großem Stile Kasse zu machen.

Wenn ein Nachrichtendienst die Zusammenarbeit mit Extremisten vertraglich regelt, wird er automatisch operativ tätig, da er versucht ist, auf das Verhalten der Extremisten Einfluss zu nehmen (mit Aufträgen und „Steuerung“). Damit sind Gefahren verbunden, die den erhofften Nutzen deutlich übersteigen.

Wenn es keine V-Leute mehr gäbe, wäre es ausgeschlossen, dass Steuermittel über den Verfassungsschutz in extremistische Bestrebungen investiert würden. Zudem bestünde nicht mehr die Gefahr, dass die Strafverfolgung ins Leere lief, weil der Verfassungsschutz Extremisten über Maßnahmen informiert.

Selbstverständlich kann es Situationen geben, in denen der Staat nur an Informationen kommt, indem er sie einem Insider abkauft – und diese Informationen zwingend braucht, um beispielsweise Terrorismus zu bekämpfen. Solche Situationen können im Bereich der Gefahrenabwehr und der Strafverfolgung auftreten. In beiden Fällen ist die Polizei zuständig und nicht der Verfassungsschutz.

Es stellt sich die Frage, ob es überhaupt erforderlich ist, zur Extremismus-Beobachtung im Vorfeld der Gefahrenabwehr und des strafbaren Bereichs, ein risikobehaftetes Instrument wie V-Leute einzusetzen. Sofern ein Nachrichtendienst beispielsweise Veranstaltungen beobachten oder CDs und Schriften beschaffen will, soll er damit speziell ausgebildete Beamtinnen und Beamte beauftragen – also mit Profis arbeiten statt mit Extremisten.

ii) Umfassende Dokumentationspflichten

Damit die Arbeit eines Nachrichtendienstes überhaupt kontrolliert werden kann, muss ihre Arbeit umfänglich dokumentiert sein. Der Nachrichtendienst muss daher verpflichtet werden, seine Entscheidungen und das Zustandekommen (Begründung, Abwägung) dieser Entscheidungen schriftlich zu dokumentieren.

b. Umfassende Kontrolle durch Parlamentarische Kontrollgremien und die Landes-Datenschutzbeauftragte

Um eine ordnungsgemäße und qualitativ hochwertige Arbeit des Nachrichtendienstes sicherzustellen, muss eine wirkungsvolle Qualitätskontrolle geschaffen werden. Es müssen daher umfassende Kontrollrechte für die Parlamentarische Kontrollkommission und die Dienststelle der Landesdatenschutzbeauftragten beziehungsweise des Landesdatenschutzbeauftragten gesetzlich festgeschrieben werden. Ohne solche Kontrollmechanismen sind die Risiken nicht zu verantworten, die von einem Nachrichtendienst ausgehen.

Damit eine wirkungsvolle parlamentarische Kontrolle möglich ist, müssen gesetzlich folgende Grundlagen für die Arbeit der Parlamentarischen Kontrollkommission geschaffen werden:

- i. Umfassende Unterrichtungspflichten für die Nachrichtendienst-Abteilung und die politische Führung des Innenministeriums und Sanktionsmöglichkeiten bei Missachtung
- ii. Zutrittsrecht zur Nachrichtendienst-Abteilung des Innenministeriums
- iii. Recht zur Einsicht von Akten des Nachrichtendienstes und darüber hinaus von Akten aus dem Geschäftsbereich der Landesregierung, die einen Bezug zur Arbeit des Nachrichtendienstes aufweisen
- iv. Recht zur Befragung von Bediensteten des Nachrichtendienstes und darüber hinaus anderer Bediensteten des Landes in Fragen, welche die Nachrichtendienst-Arbeit betreffen
- v. Definierte Rechte und Befugnisse für jedes Mitglied der Parlamentarischen Kontrollkommission
- vi. Die PKK verfügt über Mitarbeitende, welche die PKK mit Untersuchungen und fortlaufenden Prüfungen beauftragen kann und denen die PKK zu diesem Zweck ihre Rechte und Befugnisse übertragen kann.
- vii. Jede in der PKK vertretene Fraktion kann Mitarbeitende, die sicherheitsüberprüft, zur Verschwiegenheit verpflichtet und zum Umgang mit den entsprechenden Verschlusssachen ermächtigt sind, hinzuziehen.
- viii. Die Geheimhaltung der PKK-Arbeit beschränkt sich auf die Vorgaben der Verschlusssachenordnung des Landtags, weshalb jedwede Informationen auf ihre aktuelle Einstufungsbedürftigkeit hin zu überprüfen und gegebenenfalls auszustufen sind.
- ix. Die Mitglieder der PKK haben das Recht, sich mit Mitgliedern anderer Parlamentarischer Kontrollgremien über gemeinsame Maßnahmen und den Datenaustausch von Behörden der entsprechenden Länder und des Bundes ihrem Auftrag entsprechend und unter Wahrung von Geheimhaltung auszutauschen.
- x. Analog zu den Amtsleitertagungen sind regelmäßige gemeinsame Tagungen der Mitglieder der parlamentarischen Kontrollgremien durchzuführen, um den Austausch über strukturelle und grundsätzliche Fragestellungen zu ermöglichen.

Darüber hinaus muss der Brandenburger Nachrichtendienst verpflichtet werden, auch Parlamentarische Kontrollgremien anderer Länder und des Bundes zu unterrichten und etwaige Fragen aus diesen Parlamentarischen Kontrollgremien mündlich oder schriftlich zu beantworten, soweit er an gemeinsamen Maßnahmen oder am Datenaustausch mit Behörden der jeweiligen Länder oder des Bundes beteiligt war.

Analog dazu muss der Brandenburger Nachrichtendienst dazu verpflichtet werden, Untersuchungsausschüssen anderer Länder und des Bundes sämtliche Informationen vorzulegen, soweit er an gemeinsamen Maßnahmen oder am Datenaustausch mit Behörden der jeweiligen Länder oder des Bundes beteiligt war.

3. Parlamentarische Kontrolle des Einsatzes von polizeirechtlichen Mitteln, die nachrichtendienstlichen Mitteln entsprechen

Der Untersuchungsausschuss hat sich mit der Sicherheitsarchitektur befasst. Dabei ist aufgefallen, dass bisher keine parlamentarische Kontrolle für den Einsatz polizeirechtlicher Mittel existiert, die nachrichtendienstlichen Mitteln entsprechen – also polizeigesetzlich geregelte Mittel, die geheimgehalten werden, wie beispielsweise der Einsatz von Vertrauenspersonen.

Die parlamentarische Kontrolle von polizeirechtlichen Mitteln, die nachrichtendienstlichen Mitteln entsprechen, muss daher – analog zur Nachrichtendienst-Kontrolle im Verfassungsschutzgesetz – im Polizeigesetz geregelt werden und die Parlamentarische Kontrollkommission damit beauftragt werden.

4. Ombudsstelle/Beschwerdestelle für Landesbedienstete

Bei der Untersuchung eines Geheimnisverrats im Themenkomplex „Nationale Bewegung“ und der Untersuchung eines Ermittlungsverfahrens gegen den V-Mann-Führer des V-Mannes Toni Stadler hat der Untersuchungsausschuss strafrechtlich relevantes Handeln des Verfassungsschutzes festgestellt sowie

eine massive politische Einflussnahme auf den Ausgang von staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen.

Um solche Missstände zu verhindern, sind „Whistleblower-Regelungen“ von grundlegender Bedeutung. Aus diesem Grund soll eine Ombudsstelle/Beschwerdestelle geschaffen werden, an die sich Landesbedienstete wenden können, um Missstände, Fehlentwicklungen oder problematisch erscheinende politische Einflussnahmen anzuzeigen.

5. Kooperation mit Strafverfolgungsbehörden anderer Länder

Das Land Brandenburg soll Vereinbarungen mit anderen Ländern abschließen, die es ermöglichen, dass Staatsanwaltschaften und Polizei eines anderen Landes strafrechtliche Ermittlungen in Brandenburg übernehmen können, bei denen sich der Verdacht gegen Verfassungsschutz, Polizei oder Justizbehörden beziehungsweise Bedienstete dieser Behörden richtet.

6. Effizienter Personaleinsatz

Effizienter Personaleinsatz sollte eine Selbstverständlichkeit sein – ist es aber offenbar nicht. Im Rahmen der Untersuchungsausschussarbeit war festzustellen, dass Verfassungsschutz und Polizei erhebliche Personalkapazitäten dafür verwendet haben, um in umfangreichen Aktenkonvoluten Schwärzungen vorzunehmen, für die es keine rechtliche Grundlage gab.

Das deutet darauf hin, dass es bei der Konzeption und Koordination des Personaleinsatzes bei Verfassungsschutz und Polizei erheblichen Verbesserungsbedarf gibt. Mit einem sachgerechten Personaleinsatz wäre eine erhebliche personelle Effizienzrendite zu erzielen, was insgesamt zu einer besseren Aufgabenerfüllung im Sinne der Inneren Sicherheit beitragen würde

7. Anleitung und Qualifikation von Personal

Der Untersuchungsausschuss hat erhebliche juristische Qualifikationsdefizite in Landesbehörden festgestellt. Das betraf zum einen die erste Aussagegenehmigung für den ehemaligen V-Mann Carsten Szczepanski im NSU-Prozess und die Sperrerklärung für eine Handakte seines ehemaligen V-Mann-Führers gegenüber dem Oberlandesgericht München – zum anderen aber auch ungerechtfertigte Verschlussachen-Einstufungen gegenüber dem Untersuchungsausschuss. An dieser Stelle sei an Zeitungsberichte in dreistelliger Seitenzahl erinnert, die zunächst nur den Untersuchungsausschuss-Mitgliedern im so genannten Treptow-Verfahren vorgelegt worden sind. Dieses Verfahren wurde für den ersten NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestags entwickelt, um Abgeordneten die Namen von nicht enttarnten V-Leuten vorlegen zu können.

Die geschilderten Vorfälle belegen, dass seit Jahren juristische Defizite bestehen. Fortbildungen und die Einstellung von fachlich entsprechend qualifiziertem Personal sind daher dringend geboten.

8. Weitere Bearbeitung des Untersuchungsauftrags

Da der Untersuchungsausschuss aus verschiedenen Gründen nur die Hauptaufgaben aus dem Untersuchungsauftrag des Landtags abarbeiten konnte, wird dem Landtag dringend empfohlen, ein Team von Wissenschaftlern damit zu beauftragen, die zahlreichen offengebliebenen Fragen zu bearbeiten. Dazu ist es erforderlich, dass die Landesregierung den Wissenschaftlern nach einer Sicherheitsüberprüfung und einer Ermächtigung zum Umgang mit Verschlussachen einen vollumfänglichen Einblick in ungeschwärzte Akten gewährt – so wie das bei den Sachverständigen des Untersuchungsausschusses zur Aktensichtung und Aktenauswahl erfolgte.

Gemeinsamer Bewertungsteil der Landtagsfraktion SPD und DIE LINKE

Die Brandenburgischen Landtagsfraktionen SPD und DIE LINKE beantworten im Ergebnis ihrer Zusammenarbeit die im Einsetzungsbeschluss des Untersuchungsausschusses zur „Organisierten rechtsextremen Gewalt und Behördenhandeln, vor allem zum Komplex Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)“ (UA 6/1) gestellten Fragen. Darüber hinaus gehende Bewertungen und Handlungsempfehlungen sind in den jeweiligen Sondervoten dargestellt.

1. Wann lagen welchen staatlichen Stellen des Landes Brandenburg welche Informationen zum NSU und zu den unterstützenden rechtsextremen Organisationen und Personen sowie Strukturen der rechtsradikal motivierten Kriminalität vor?

- *Konkretes Wissen über die von Bönnhardt, Mundlos und Zschäpe gegründete terroristische Vereinigung „NSU“ lag bei Brandenburger Behörden vor der Selbstenttarnung im November 2011 nicht vor. Die Erkenntnisse gingen nicht über die von der Quelle „PIATTO“ im Sommer 1998 gesammelten Informationen über das untergetauchte Trio im Raum Chemnitz hinaus.*
- *Die Unterstützungsszene „Blood & Honour“ und dieser nahestehende Einzelpersonen wurden vom Brandenburgischen Verfassungsschutz beobachtet.*

War die Aufgabenerfüllung der staatlichen Stellen ordnungsgemäß und falls nein, wem hätten sonst wann welche Informationen zu diesem Themenkomplex vorliegen können? Zu den unterstützenden bzw. in Verbindung stehenden Organisationen zählt insbesondere das ‚Blood & Honour‘-Netzwerk.

- *Die Verbotsverfügung des Bundesinnenministeriums aus September 2000 wurde in Brandenburg umgesetzt. Die konkrete Aufgabenerfüllung der staatlichen Stellen wird von den Fraktionen verschieden bewertet. Einzelheiten sind den Sondervoten zu entnehmen.*

2. Geschah eine mögliche Unterstützung der V-Person ‚Piatto‘ und anderer V-Personen beim Aufbau rechtsextremistischer Strukturen aus Kalkül und welche Überlegungen wurden seitens der staatlichen Stellen dazu angestellt?
- Soweit erkennbar, erfolgten Begünstigungen im Zusammenhang mit dem Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel. Besonders gravierend trat der Fall „BARTE“ in Erscheinung, bei dem versucht wurde, volksverhetzende Tonträger zu produzieren.
 - Nach Angabe des ehemaligen Verfassungsschutzchefs Wegesin erfolgte für Szczepanski die Einrichtung des Szeneladens „Thule“ in Königs Wusterhausen, um zentral Informationen abzuschöpfen („Wasserloch für schlimme Tiere“).
3. Wann und unter welchen Umständen und zu welchen Zielen wurde der verurteilte militante Neonazi C. S. als V-Person ‚Piatto‘ durch den Verfassungsschutz angeworben und eingesetzt?
- Die Anwerbung der Quelle „PIATTO“ erfolgte auf dessen Initiative im September 1994 während der Inhaftierung aufgrund des Haftbefehls des Landgericht Frankfurt/Oder in der ehemaligen JVA Königs Wusterhausen. Der Einsatz währte bis zur Entpflichtung am 30.06.2000 und umfasste Informationen über das gesamte rechtsextreme Spektrum in lokalen und internationalen Szenegruppierungen, darunter auch „Blood & Honour“ und die Band „Landser“.
4. In welchem Umfang wurde die V-Person ‚Piatto‘ durch den Verfassungsschutz bzw. die jeweils betroffenen staatlichen Stellen des Landes Brandenburg finanziell und/oder in einer anderen Weise unterstützt?
- Finanzielle Unterstützung erfuhr die Quelle „PIATTO“ ausschließlich vom Verfassungsschutz Brandenburg als Entgelt für Informationsbeschaffungen. Der Quelle war es dadurch möglich, als Freigänger noch während seiner Haftzeit eine Wohnung in Königs Wusterhausen zu beziehen und einen Pkw zu beschaffen. Nach seiner Haftentlassung wurde ihm vom Verfassungsschutz zur Bestreitung des Lebensunterhalts der Szeneladen „Thule“ finanziert. Daneben wurde die ausstehende Schadensersatzforderung des Opfers des Wendisch-

Rietz-Überfalls vom 08.05.1992 in Höhe von knapp 50.000 DM gegen alle Tatbeteiligten im Jahre 2000 vom Innenministerium beglichen.

5. Hat das Innenministerium Brandenburgs versucht, Einfluss auf die Haftbedingungen und die vorzeitige Entlassung der V-Person ‚Piatto‘ zu nehmen? Wenn ja, wie?

- *Um die V-Mann-Führung Szczepanskis während seiner Strafhaft zu realisieren, ersuchte der Brandenburgische Verfassungsschutz um Gespräche mit dem Justizministerium, der JVA-Leitung und der Staatsanwaltschaft Frankfurt/Oder. Absprachen mit der JVA wie etwa zur gelockerten Postkontrolle Szczepanskis sind belegt.*
- *Der Verfassungsschutz setzte sich für erleichterte Besuchsmöglichkeiten Szczepanskis und ausbildungsbegleitende Ausgänge ein. Er erinnerte auch an auf die von Staatsanwältin Marx in Aussicht gestellte vorzeitige Haftentlassung zur Hälfte der Strafhaft.*
- *Eine rechtlich zulässige frühzeitige Haftentlassung nach mehr als 2/3 der Strafdauer war im Interesse des brandenburgischen Verfassungsschutzes. Verhaltenshinweise des Brandenburgischen Verfassungsschutz an Szczepanski hinsichtlich seines vollzuglichen Verhaltens sind dokumentiert.*
- *Die Bewertung des Einflusses des Verfassungsschutzes auf Haftbedingungen und eine frühzeitige Haftentlassung wird durch die Fraktionen unterschiedlich gesehen.*

6. Welche Straftaten hat die V-Person ‚Piatto‘ während ihrer Tätigkeit für den Verfassungsschutz begangen? In welchem Maße hat diese Person die rechtsextreme Szene unterstützt?

- *Belegt sind Verstöße gegen §§ 86, 86a StGB etwa aufgrund der Herausgabe des Fanzines „United Skins“. Weitere Ermittlungen betrafen einen Verstoß gegen das Waffengesetz und führten zu einer erneuten Verurteilung im Jahre 2002. Der tatsächliche Umfang seiner Tatbeteiligung steht aus Sicht der Fraktionen SPD und DIE LINKE in Frage. Vielmehr ergibt sich aus G10-*

Protokollen des BfV, dass die Mittäter Szczepanskis, darunter der Potsdamer Uwe Menzel, sich auf seine Kosten entlasteten.

7. Auf wessen Betreiben wurde im Jahr 1997 die verhängte Postkontrolle bei der V-Person ‚Piatto‘ in der Justizvollzugsanstalt Brandenburg gelockert?

- *Es gab wie unter 5. geschildert, vom Verfassungsschutz erwünschte Gespräche zwischen Justizministerium, JVA-Leitung und Verfassungsschutz.*

8. Welche Erkenntnisse über, welche Verbindungen zu und welchen Einfluss auf Uwe Bönnhardt, Uwe Mundlos, Beate Zschäpe und die übrigen im NSU-Prozess angeklagten Personen sowie mit diesen in Verbindung stehenden rechtsextremen Organisationen und Personen sowie Strukturen der rechtsradikal motivierten Kriminalität hatte wann die V-Person ‚Piatto‘? Von wem bezog die V-Person ‚Piatto‘ wann welche Informationen über diese Personen und Gruppen?

- *Die Erkenntnisse der Quelle „PIATTO“ sind im Feststellungsteil des Abschlussberichts vollständig wiedergegeben. Abschließend konnte nicht geklärt werden, von wem Szczepanski die in den fünf Deckblattmeldungen aus 1998 niedergelegten Informationen erhalten hatte. Aus Sicht der Fraktionen SPD und DIE LINKE kommen neben Antje P. und Jan Werner auch Thomas Starke und der Brandenburger Henning P. in Frage.*

9. Welche Informationen und Erkenntnisse hatte wann die V-Person ‚Piatto‘ und an welche staatliche Stelle wurden diese wann übermittelt? Welche jeweils betroffenen staatlichen Stellen des Landes Brandenburg hatten wann Informationen oder Kenntnis?

- *Die fünf Deckblattmeldungen mit Bezug zum untergetauchten Trio beruhen auf Gesprächen der Quelle „PIATTO“ mit seinem V-Mann-Führer. Die Erkenntnisse sind im Feststellungsteil des Abschlussberichts vollständig wiedergegeben.*
- *„PIATTO“ hatte im Allgemeinen seinen V-Mann-Führer stets mündlich unterrichtet, was dann von diesem in Treffvermerken und Deckblattmeldungen verschriftlicht wurde. Daneben hatte Szczepanski auch eigene schriftliche Berichte verfasst.*

- *Die Deckblattmeldungen bilden eine rein interne Arbeitsgrundlage der Abteilung Verfassungsschutz im Innenministerium Brandenburg. Informationen aus Deckblattmeldungen, die andere Länder oder den Bund betreffen, werden im Verfassungsschutzverbund mit den betreffenden Verfassungsschutzbehörden geteilt. Eine Weiterleitung an andere Behörden oder Stellen erfolgt aus Geheimhaltungsgründen in der Regel nicht; Informationen aus Deckblattmeldungen werden und wurden aber nach sachbezogener Einzelfallprüfung an andere Behörden weitergegeben.*

10. Wie sind die betroffenen staatlichen Stellen des Landes Brandenburg mit diesen Informationen umgegangen?

- *Die fünf Deckblattmeldungen mit Bezug zum untergetauchten Trio wurden im Verfassungsschutzverbund geteilt. Dokumentiert wurde eine Versendung an die Landesämter Thüringen, Sachsen, Berlin, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und das Bundesamt für Verfassungsschutz.*

11. Wollte, und wenn ja, wann und wie, der mutmaßliche Unterstützer des NSU-Trios, J. W., der ‚Sektionschef‘ des Neonazi-Netz-werkes ‚Blood & Honour‘ in Sachsen, Waffen über die V-Person ‚Piatto‘ beschaffen und/oder an das NSU-Trio weiterleiten? Hat die V-Person ‚Piatto‘ den Vorgang an seinen V-Personen-Führer gemeldet? Wurden diese Informationen adäquat weiterbearbeitet?

- *Eine direkte Aufforderung von Jan Werner an Carsten Szczepanski, Waffen für das untergetauchte Trio zu beschaffen, ist nicht aktenkundig und hat sich auch nicht aus der Beweisaufnahme des Untersuchungsausschusses ergeben. „PIATTO“ berichtete ausnahmslos von einem eigenen Versuch Jan Werners, dem Trio Waffen zu beschaffen.*
- *Die Interpretation der vom LKA Thüringen protokollierten SMS „HALLO.WAS IST MIT DEN BUMS“ vom 25.08.1998 im Sinne einer solchen Anfrage, hat sich aus Sicht der Fraktionen SPD und DIE LINKE nicht bestätigt. Die recherchierbaren Begleitumstände lassen andere Deutungsmuster wahrscheinlicher erscheinen. Dazu zählen unter anderem die protokollierten Geschäftsbeziehungen zwischen Werner und Szczepanski, der Umstand, dass*

zur selben Zeit ein Austausch des von „PIATTO“ verwendeten Mobilfunkgerätes stattfand und eine mögliche alternative sprachliche Bedeutung des Wortes „BUMS“. Ausführliche Einzelheiten sind den jeweiligen Sondervoten zu entnehmen.

12. Warum wurde das Mobiltelefon der V-Person ‚Piatto‘ eingezogen und nicht ausgewertet? Welche Informationen haben sich auf dem Mobiltelefon und in den SMS des J. W. befunden? Erhielt die V-Person ‚Piatto‘, nachdem sie ein neues Mobiltelefon vom Verfassungsschutz bekommen hatte, von J. W. noch Nachrichten, wenn ja, mit welchem Inhalt? Seit wann hatten der Verfassungsschutz bzw. die jeweils betroffenen staatlichen Stellen des Landes Brandenburg davon Kenntnis?

- *Hintergrund des Austauschs war eine Mitteilung des BfV über die Registrierung des betreffenden Mobilfunkgerätes in einer G-10-Maßnahme, die als Inhaber das Innenministerium Brandenburg auswies.*
- *Eine technische Auswertung des Gerätes ist nicht erfolgt und war nach damaligem Stand der Behörde unüblich. Es ist davon auszugehen, dass es wegen der oben angeführten Eigentumslage der Materialverwaltung des Innenministeriums zugeführt und dort entsorgt wurde.*
- *Als Ersatz wurden zwei Geräte auf den Tarnnamen des V-Mann-Führers beschafft und nachweislich bis zum Ende der Quellentätigkeit verwendet. In den TKÜ-Protokollen des LKA Thüringen ist eine SMS Szczepankis an Jan Werner vom 31.08.1998 belegt, die lautet: „NEUE NUMMER [...]! SEHEN WIR UNS SAMSTAG? HAST DU MIT DEM NORMAN GESPROCHEN (MAGAZIN)“. Darüber hinaus gehende Nachrichten betrafen erneut den Handel mit CDs, der Herstellung und den Vertrieb von Fanzines („Magazin“) sowie die Organisation von Konzerten, wobei anzunehmen ist, dass die Kommunikation darüber nicht verschlüsselt war.*
- *Die TKÜ-Protokolle des thüringischen LKA sind Brandenburger Behörden erst im Rahmen der NSU-Aufklärung nach November 2011 bekannt geworden.*

13. Welche Kontakte unterhielt und welche Informationen erhielt die V-Person ‚Piatto‘ zu bzw. von anderen V-Personen im Umfeld des NSU-Trios wie z. B. von Tino B., ‚Riese‘, ‚Küche‘, ‚Alex‘, ‚Tarif‘, ‚Corelli‘, ‚Ibrahim‘ und ‚Primus‘?

- *Im Rahmen der Beweisaufnahme ist bekannt geworden, dass Szczepanski bundesweit umfangreiche persönliche Kontakte in die rechtsextreme Szene pflegte und seinem V-Mann-Führer umfangreich berichtete. Hinweise, dass Szczepanski die Quellenfunktion der in der Frage genannten Personen kannte, sind nicht aktenkundig. Belegt sind Meldungen zu Aktivitäten später enttarnter Quellen wie Stefan Lange, Mirko Hesse und Toni Stadler.*

14. Wurden Informationen und Erkenntnisse der V-Person ‚Piatto‘ durch den Verfassungsschutz an die Polizei und/oder Justizbehörden des Landes Brandenburg, des Bundes oder anderer Bundesländer weitergegeben und/oder Maßnahmen über das weitere Vorgehen mit diesen abgesprochen? Wenn ja, wann, wie und welche? Welche Informationen sind in diesem Zusammenhang aus welchem Grund nicht weitergegeben worden?

- *Eine Weitergabe von Informationen der Quelle „PIATTO“ an Polizeibehörden ist an verschiedenen Stellen dokumentiert. Es gab Hinweise auf verschiedene Konzertveranstaltungen, zum Verfahren des Generalbundesanwalts gegen die Band „Landser“ sowie zu Waffendelikten und Anschlagplänen im Raum Berlin-Brandenburg.*
- *Die Informationsweitergabe bezüglich der Deckblattmeldungen des Falles „PIATTO“ zum untergetauchten Trio ist im Feststellungsteil des Abschlussberichtes dargestellt. Die mündliche Unterrichtung des LKA Thüringens, dessen Zielfahndung mit der Suche nach dem Trio beauftragt war, durch Mitarbeiter des LfV Thüringens wurde am 16.09.1998 beim Zusammentreffen der drei Verfassungsschutzbehörden Sachsen, Thüringen und Brandenburg in Potsdam von Seiten des Verfassungsschutzes Brandenburg gestattet. Der nachfolgende Wunsch des Präsidenten des LKA Thüringen auf Ausstellung eines Behördenzeugnisses wurde vom Brandenburgischen Verfassungsschutz aus Gründen des Quellenschutzes nicht entsprochen. Die Bewertung dieser Vorgänge ist den jeweiligen Sondervoten der Fraktionen zu entnehmen.*

15. Haben die jeweils betroffenen staatlichen Stellen des Landes Brandenburg - und wenn ja, wann und inwieweit - die Gründung, den Aufbau, das Gefahrenpotential

und die Gefahrenlage des NSU bzw. der rechtsextremen Organisationen und Personen sowie Strukturen der rechtsradikal motivierten Kriminalität einschließlich der von diesen ausgehenden Straftaten falsch eingeschätzt oder diese durch Tun oder Unterlassen unterstützt, befördert, begünstigt oder geduldet?

- *Eine Ursächlichkeit des Handelns brandenburgischer Behörden für die Gründung, den Aufbau, das Gefahrenpotential und die Gefahrenlage des NSU konnte nicht festgestellt werden.*
- *Die Informationsweitergabe wird von den Fraktionen unterschiedlich bewertet und in den jeweiligen Sondervoten dargestellt.*
- *Die Gefahr eines rechtsextremistisch motivierten Terrorismus wurde vom Brandenburgischen Verfassungsschutzes mit seinen Partnerbehörden diskutiert. Aus heutiger Sicht auf die 1990er Jahre bezogen aber unterschätzt.*
- *Mit dem Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ aus dem Jahr 1998 hat das Land Brandenburg als eines der ersten Bundesländer eine ganzheitliche Strategie zur Bekämpfung des Rechtsextremismus entwickelt - hierzu zählte auch die Arbeit der Sicherheitsbehörden. Bereits im Jahr 2003 wurde das „Handlungskonzept der Polizei des Landes Brandenburg zur Bekämpfung Politisch motivierter Kriminalität“ erlassen und stets an Entwicklungen u.a. in der rechtsextremen Szene angepasst*
- *Über etwaiges Fehlverhalten bei der Strafverfolgung rechtsextremer Organisationen und Personen sowie Strukturen der rechtsradikal motivierten Kriminalität im Land Brandenburg wird auf die Sondervoten der Fraktionen verwiesen.*

16. Wurden gesetzlich übertragene Befugnisse durch die jeweils betroffenen staatlichen Stellen des Landes Brandenburg überschritten und/oder wurde beim Einsatz, beim Führen und beim Beaufsichtigen von V-Personen bzw. von verdeckten Ermittlern oder sonstigen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Beobachtung des NSU bzw. der rechtsextremen Organisationen und Personen sowie Strukturen der rechtsradikal motivierten Kriminalität und bei der Verfolgung und Aufklärung von durch diese begangenen Straftaten gegen Rechtsvorschriften verstoßen? Wenn ja, wann und inwieweit?

- Der „NSU“ war im Land Brandenburg kein Beobachtungsobjekt, da dessen Existenz brandenburgischen Behörden vor der Selbstenttarnung nicht bekannt war.
- Verletzungen des Verfassungsschutzgesetzes und geduldete Straftaten durch V-Männer und in der V-Mann-Führung, etwa im Zusammenhang mit der V-Mann-Führung in den untersuchten Fällen „BARTE“, „PIATTO“ sowie „BACKOBST“, sind im Feststellungsteil umfassend dargestellt. Die konkrete Bewertung ist den Sondervoten der Fraktionen zu entnehmen.

17. Wurden der NSU bzw. die rechtsextremen Organisationen und Personen sowie Strukturen der rechtsradikal motivierten Kriminalität unzureichend durch die jeweils betroffenen staatlichen Stellen des Landes Brandenburg beobachtet und gegen sie unzureichend strafrechtlich oder im Rahmen der Gefahrenabwehr ermittelt? Wenn ja, wann und inwieweit?

- Aufgrund des verfassungsrechtlich verankerten Trennungsgebotes der Polizei und des Verfassungsschutzes muss zwischen Beobachtung und Strafverfolgung bzw. Gefahrenabwehr differenziert werden.
- Bezüglich des NSU gab es im Verfassungsschutz Brandenburg keine über die Erkenntnisse der Partnerbehörden in Thüringen und Sachsen hinausgehenden Informationen.
- Mängel in der Auswahl und Menge der Beobachtungsobjekte der rechtsextremistischen Szene durch den Verfassungsschutz Brandenburg sind nicht augenscheinlich. Belegt ist eine fortwährende Abstimmung im Verfassungsschutzverbund auf Länder- und Bundesebene.
- Hinsichtlich der Strafverfolgung und Gefahrenabwehr rechtsterroristischer Bestrebungen sind Versäumnisse bei der Ressourcen-Vergabe und Schwerpunktsetzung der Generalbundesanwaltschaft und des BKA festzustellen. Das betraf jedenfalls die Strafverfolgung des Ku-Klux-Klans im Jahre 1992, die Ermittlungen gegen die „Nationale Bewegung“ Anfang 2000, einer bundesweit einheitlichen Strafverfolgung von „Blood & Honour“-Strukturen und letztlich auch die Ermittlungen in der so genannten Ceska-Mordserie. Ausführlicher wird dies in den jeweiligen Sondervoten dargestellt.

18. Wurde durch Handeln oder Unterlassen der jeweils betroffenen staatlichen Stellen des Landes Brandenburg die Aufklärung und Verfolgung des NSU bzw. der rechtsextremen Organisationen und Personen sowie Strukturen der rechtsradikal motivierten Kriminalität zugerechneten Straftaten verhindert oder behindert? Wenn ja, wann und inwieweit?

- *Es wird auf die Antworten zu den Fragen 15. und 17. verwiesen.*

19. Wurden Informationen über staatsanwaltschaftliche und polizeiliche Ermittlungs- und Fahndungsmaßnahmen an Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe, an deren Umfeld oder an Vertrauenspersonen vorsätzlich oder fahrlässig weitergegeben? Wenn ja, wann und inwieweit?

- *Hierfür fanden sich keine Belege.*

20. Welche Unzulänglichkeiten wurden wann in der Organisationsstruktur, bei der Ausübung übertragener Befugnisse, im Rahmen der Dienst- und Fachaufsicht sowie im Rahmen eines rechtlich gebotenen und zulässigen Informationsaustausches der jeweils betroffenen staatlichen Stellen des Landes Brandenburg untereinander und zu den betroffenen staatlichen Stellen des Bundes sowie anderer Bundesländer und Staaten festgestellt, die dazu beigetragen haben, dass sich der NSU bzw. die rechtsextremen Organisationen und Personen sowie Strukturen der rechtsradikal motivierten Kriminalität herausbilden konnten, dass aus diesem Milieu Straftaten begangen wurden sowie Maßnahmen der Zielfahndung insbesondere nach Mitgliedern des NSU bzw. der rechtsextremen Organisationen und Personen sowie Strukturen der rechtsradikal motivierten Kriminalität erfolglos blieben?

- *In Bezug auf die Bildung des NSU konnten über den Sachverhalt der fünf Deckblattmeldungen zum untergetauchten Trio hinaus keine weiteren Anhaltspunkte festgestellt werden.*
- *Hinsichtlich sonstiger rechtsextremer Organisationen und Personen sowie Strukturen der rechtsradikal motivierten Kriminalität wird auf die Antworten zu den Fragen 15. und 17. verwiesen.*

21. Wann und inwieweit wurde von staatlichen Stellen des Landes Brandenburg weiteren Vertrauensleuten oder Gewährspersonen in rechtsextremistischen Milieus Geld oder andere Unterstützung für die Übermittlung welcher Informationen und Hinweise angeboten oder gezahlt?

- *Die Umstände der Quellenführung in den Fällen „PIATTO“, „BARTE“ und „BACKOBST“ sind im Feststellungsteil des Abschlussberichtes aufgeführt.*
- *Die vom Untersuchungsausschuss beauftragten Sachverständigen haben sämtliche Akten zur Quellenführung und den Anwerbungsverfahren des Verfassungsschutz Brandenburg sowie des LKA Brandenburg gesichtet und dem Ausschuss zugeleitet.*
- *Die konkrete Beantwortung der Frage unterliegt im Wesentlichen der Geheimhaltung. Die Sachverständigen haben keine erheblichen Beanstandungen vorgebracht.*

22. Wann und inwieweit bestand seitens des Verfassungsschutzes bzw. der jeweils betroffenen staatlichen Stellen des Landes Brandenburg direkt oder indirekt über Dritte Kontakt zu Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und/oder Beate Zschäpe?

- *Ein solcher Kontakt konnte durch den Untersuchungsausschuss nicht festgestellt werden.*

23. Unter welchen Umständen erfolgte die Festnahme von André E. auf dem Grundstück seines Bruders M. E. in Grabow in Brandenburg? Welche Erkenntnisse liegen den brandenburgischen Behörden über seinen Aufenthalt vor? In welcher Form wurde er von seinem Bruder M. E. unterstützt? Gibt es Hinweise auf die Vernichtung von Beweismitteln unmittelbar vor der Verhaftung?

- *Zu diesem Komplex wurde der zuständige BKA-Beamte vom Untersuchungsausschuss vernommen. Es konnten keine Hinweise auf Vernichtung von Beweismitteln festgestellt werden.*
- *Es lagen bei der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg in Bezug auf Maik Eminger G-10-Protokolle aus dem Jahre 2008 vor, die im Rahmen der Zuarbeit für den Generalbundesanwalt im Verfahren gegen Beate Zschäpe u.a. am*

16.11.2011 zusammen mit den fünf Deckblattmeldungen der Quelle „PIATTO“ durch das Innenministerium Brandenburg übermittelt wurden.

- *In Bezug auf den NSU-Komplex wurden durch den Untersuchungsausschuss keine weiteren Zusammenhänge ermittelt.*

24. Ließen sich aus Presseerzeugnissen der rechten Szene wie z.B. dem ‚Nationalen Beobachter‘ des Nationalen Pressearchives, dem ‚Weißen Wolf‘ oder dem ‚United Skins‘ Hinweise auf den NSU oder sein Umfeld entnehmen? Welche Informationen und Erkenntnisse vom Ku-Klux-Klan in Königs Wusterhausen, von den Proissenheads sowie von „Barte“ und U. M. lagen zum NSU oder seinem Umfeld vor? Wurden diese Informationen und Erkenntnisse systematisch ausgewertet?

- *Aus den genannten Presseerzeugnissen ergaben sich neben den bereits durch die Arbeit der anderen NSU-Untersuchungsausschüsse festgestellten Erkenntnissen, insbesondere zur NSU-Danksagung in „Der Weisse Wolf“ aus dem Jahre 2002, keine weiteren Hinweise.*
- *Es konnten persönliche Kontakte des Potsdamer Neonazis Uwe Menzel in das Chemnitzer Unterstützer-Umfeld des Anfang 1998 dorthin untergetauchten Trios festgestellt werden. Er besuchte wiederholt das in der Szene als „C85“ betitelte Wohnobjekt im Fritz-Heckert-Viertel, auch in der Zeit, in der sich das Trio ebenfalls dort aufhielt.*

25. In den Jahren 2000 bis 2001 beging eine Gruppe mit dem Namen ‚Nationale Bewegung‘ zahlreiche Straftaten in Brandenburg. Sind von den Sicherheitsbehörden Bezüge zum NSU und seinem Umfeld geprüft worden? Welche Rolle spielte bei den Aktionen der Gruppe der brandenburgische Verfassungsschutz?

- *Bezüge der Gruppierung „Nationale Bewegung“ und der Vereinigung „NSU“ haben sich nicht herausgestellt.*
- *Für eine Beteiligung des Brandenburgischen Verfassungsschutzes an den Taten der „Nationale Bewegung“ gab es keine Hinweise.*
- *Wenigstens ermittlungsbehindernd wirkte sich die Warnung der Quelle „BACKOBST“ durch den Verfassungsschutz vor einer*

Durchsuchungsmaßnahme gegen die rechte Szene in Potsdam und Umgebung Anfang Februar 2001 aus. Möglich war dies durch die regelmäßige Teilnahme des Referatsleiters Beschaffung an Besprechungen der Ermittlungskommission „NaBe“. Auch die eigenmächtige Veröffentlichung von Bekennerschreiben auf der Internetseite des Verfassungsschutzes sorgte für Misstrauen bei der Generalbundesanwaltschaft und Teilen des LKA Brandenburg.

- *Abschließend konnte nicht geklärt werden, wer zu den Mitgliedern der terroristischen Vereinigung „Nationale Bewegung“ gehörte.*

26. Wann, von wem und über welche Informationen und Erkenntnisse zu Martin W. sowie zu dessen Verbindungen zum NSU und zum Umfeld verfügten der Verfassungsschutz bzw. die jeweils betroffenen staatlichen Stellen des Landes Brandenburg? Hat Martin W. Waffen aus Brandenburg besorgt?

- *Erkenntnisse zur Person Martin W., die über den Abschlussbericht des ersten NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestag (Bericht des PUA 2 der 17. WP, 2. Teil, C.IV.2.) hinausgehen, konnten nicht festgestellt werden.*

27. Wurden Waffenlieferungen an den NSU bzw. an dessen Umfeld über Brandenburg abgewickelt? Was wussten der Verfassungsschutz bzw. die jeweils betroffenen staatlichen Stellen des Landes Brandenburg wann über Waffenkäufe und Waffenweitergaben durch bzw. an den NSU, dessen Umfeld und rechtsextreme Organisationen und Personen sowie Strukturen der rechtsradikal motivierten Kriminalität zwischen 1990 und 2011?

- *Waffenlieferungen an den NSU bzw. an dessen Umfeld über in Brandenburg ansässige Personen wurden vom Untersuchungsausschuss nicht festgestellt.*
- *Die Bestrebungen zur Bewaffnung waren und sind in der rechtsextremistischen Szene weit verbreitet und reichen von eigenen Ausgrabungen von Fundmunition bis zu Waffenkäufen aus der Organisierten Kriminalität. Vorhandene Erkenntnisse staatlicher Stellen und deren Umgang, sind in diversen Einzelfällen im Feststellungsteil des Abschlussberichtes aufgeführt.*

28. In welchem Umfang haben die staatlichen Stellen des Landes Brandenburg den sog. NSU-Prozess vor dem OLG München unterstützt? Haben staatliche Stellen des Landes Brandenburg der Bundesanwaltschaft, dem Gericht oder anderen Untersuchungsausschüssen des Bundes bzw. anderer Länder Beweismittel vorenthalten oder Auskunftersuchen unvollständig entsprochen? Wenn ja, welche, auf wessen Veranlassung und aus welchem Grund?

- *Zur Unterstützung der Ermittlungen der Generalbundesanwaltschaft im Ermittlungsverfahren gegen Beate Zschäpe u. a. sowie gegen unbekannt, ermittelte das LKA Brandenburg selbständig Verfahrensüberhänge und fertigte Berichte. Tragfähige Bezüge wurden dabei nicht ermittelt. Versuche, dabei Beweismittel vorzuenthalten oder die Ermittlungen zu behindern, wurden nicht festgestellt.*
- *Eine Übersendung der fünf Deckblattmeldungen im Fall „PIATTO“ sowie der Maik Eminger betreffenden G-10-Protokolle erfolgte am 16.11.2011 durch das Innenministerium Brandenburg.*
- *Im Zuge der Vernehmungen der Quelle „PIATTO“ und dessen V-Mann-Führer in der Hauptverhandlung vor dem OLG München kam es zum Erlass zweier Sperrerkklärungen, die nach Beanstandung von Verfahrensbeteiligten aufgehoben wurden. Zu den Gründen der Sperrerkklärung wird auf die Sondervoten der Fraktionen verwiesen.*

29. Haben staatliche Stellen des Landes Brandenburg versucht, eine Aussage der V-Person ‚Piatto‘ oder ihrer ehemaligen V-Personen-Führer in München beim NSU-Prozess zu verhindern oder deren Aussagen zu beeinflussen? Wenn ja, warum und in welcher Weise?

- *Der Verfassungsschutz Brandenburg hatte gegenüber dem BKA eine Vernehmung Szczepanskis am 28.06.2012 selbst angeregt.*
- *Der Erlass der Sperrerkklärung zur Vernehmung Szczepanskis vor dem OLG München begründete sich allein auf Sicherheitsbedenken des Zeugenschutzes des LKA, die nach Hinweisen durch den Vorsitzenden ausgeräumt werden konnten.*

- *Hinsichtlich der Vernehmung des Zeugen R.G. bezog sich die Sperrerklärung auf einen von diesem mitgeführten Aktenband. Nach Beanstandung durch das Gericht, die Bundesanwaltschaft und Vertreter der Nebenklage, in der die Begründung gemäß § 96 StPO dargestellt wurde, wurde die Sperrerklärung vollständig aufgehoben.*
- *Anhaltspunkte für eine Beeinflussung des Aussageinhaltes fanden sich nicht.*

30. Warum haben staatliche Stellen des Landes Brandenburg die ‚Piatto‘-Akte zunächst als Verschlussache eingestuft und schließlich dann doch für den NSU-Prozess freigegeben? Welche Akten wurden aus welchem Grund dem Gericht nicht übergeben?

- *Der betreffende Aktenband betraf die vom Zeugen R.G. mitgeführten Unterlagen.*
- *Das Verfahren am OLG München stand unter hoher öffentlicher und medialer Begleitung. Das übervorsichtige Agieren des Innenministeriums beim Verfassen der Sperrerklärung wurde von Zeugen vor dem Untersuchungsausschuss aus heutiger Sicht bedauert. Ohne der politischen Bedeutung gebührend Rechnung zu tragen, entschied das Innenministerium mit der Befürchtung, dass Aktenbestandteile in ihrer Gesamtheit Rückschlüsse auf allgemeine geheimhaltungsbedürftige Aspekte der V-Mann-Führung zuließen, die Akte zu sperren. Auch über die Verschlussachen-Einstufung der bereits an den Generalbundesanwalt übersandten Deckblattmeldungen soll Unklarheit bestanden haben. Aus Sicht der Fraktionen war diese Entscheidung falsch.*
- *Eine Freigabe des Aktenbandes erfolgte erst nach der kritischen Stellungnahme der Prozessbeteiligten*
- *Die Sperrerklärung betraf nur den vom OLG München sichergestellten Band, den R.G. mitgeführt hatte.*

31. Wurde die Parlamentarische Kontrollkommission bzw. die G 10-Kommission des Landtages von der Landesregierung hinreichend über rechtsradikale oder rechtsterroristische Strukturen sowie über diesbezügliche Ermittlungstätigkeiten im Zusammenhang mit dem NSU-Trio und dessen Umfeld, über die Zusammenarbeit

des Landes mit der V-Person ‚Piatto‘ informiert? Falls ja, wann und mit welchem Inhalt, falls nein, warum nicht?

- *Über die Inhalte des Informationsflusses zur PKK sowie G-10-Kommission werden keine Wortprotokolle geführt.*
- *Zur NSU-Aufklärung im Land Brandenburg erfolgte am 12.04.2016 eigens eine öffentliche Sitzung der Parlamentarischen Kommission des Landtags Brandenburg, in der über den Fall „PIATTO“ und mögliche Zusammenhänge zum NSU berichtet wurde.*

32. Wurden bei staatlichen Stellen Brandenburgs Akten oder Datenträger vernichtet oder Daten gelöscht, deren Inhalt den NSU und die mit diesem in Verbindung stehenden rechtsextremen Organisationen und Personen sowie Strukturen der rechtsradikal motivierten Kriminalität betreffen? Wenn ja, in welchem Umfang, auf wessen Veranlassung und aus welchem Grund?

- *Anhaltspunkte hierfür fanden sich nicht.*

33. Auf welcher rechtlichen und tatsächlichen Grundlage erfolgte der Einsatz von Quellen oder verdeckten Ermittlern bzw. Mitarbeitern der Sicherheits- und Ermittlungsbehörden des Landes Brandenburg im rechtsextremen Milieu, nach welchen Kriterien wurden die Quellen ausgewählt, unter welchen Umständen angeworben und geführt? Wie ist der Einsatz jeweils nachvollziehbar dokumentiert, sachgerecht evaluiert und rechtsstaatlich kontrolliert worden?

- *Der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel richtet sich nach dem Gesetz über den Verfassungsschutz im Land Brandenburg, welches seit 1993 in Kraft ist.*
- *Die Fälle „PIATTO“, „BARTE“ und „BACKOBST“ wurden vom Untersuchungsausschuss ausführlich begutachtet. Im Rahmen der insoweit getroffenen Feststellungen ist festzustellen, dass eine Evaluation des V-Mann-Wesens nicht bestand und Art und Umfang der Dokumentation und Kontrolle des V-Mann-Wesens als stark verbesserungswürdig anzusehen waren. Erste interne Ansätze haben sich erst seit dem Erlass von Dienstvorschriften im Jahre*

2004 ergeben. Parallel zum Untersuchungsausschuss gibt es gemeinsame Anstrengungen der Fraktionen für einen gemeinsamen Gesetzentwurf.

34. Inwiefern wurden die in den Berichten der Untersuchungsausschüsse zum NSU-Komplex des Bundes und anderer Landtage enthaltenen Handlungsempfehlungen hinsichtlich der staatlichen Stellen Brandenburgs umgesetzt?

- *Eine Umsetzung der Beschlussempfehlungen des Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages im Land Brandenburg soll laut Bericht der Landesregierung für die Bereiche Polizei und Justiz stattgefunden haben.*
- *Für den Bereich Verfassungsschutz erfolgen im Rahmen eines gemeinsamen Gesetzesentwurfes darüber hinaus gehende Anpassungen durch umfangreichere Regelungen zur parlamentarischen Kontrolle, einer behördeninternen Innenrevision und des V-Mann-Einsatzes.*
- *Für den Bereich Polizei sollten die mit dem Projekt „Überprüfung umstrittener Altfälle Todesopfer rechtsextremer rassistischer Gewalt im Land Brandenburg seit 1990“ erfolgreich durchgeführte Zusammenarbeit zwischen Behörden und Zivilgesellschaft fortgeführt werden.*

Gemeinsames Votum der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen

Die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen haben sich im NSU-Untersuchungsausschuss über drei Jahre hinweg gemeinsam und konsequent dafür eingesetzt, dass eine möglichst transparente und möglichst umfassende parlamentarische Aufklärung möglich wird.

Diesem Bestreben waren freilich Grenzen gesetzt, weil CDU und Bündnis 90/Die Grünen über keine Mehrheit im Untersuchungsausschuss verfügt haben. Zudem waren die Arbeitszeit-Ressourcen naturgemäß begrenzt, so dass letztlich nur ein Teil der erforderlichen Anträge erarbeitet und gestellt werden konnte, was die Herunterbeziehungsweise Ausstufung von Dokumenten hinsichtlich ihres Geheimhaltungsgrades sowie eine ungeschwärzte Lieferung von Beweismitteln betrifft.

CDU und Bündnis 90/Die Grünen hätten sich hierbei eine angemessene Unterstützung anderer Fraktionen gewünscht und erwartet – auch und gerade unter dem Gesichtspunkt, dass eine transparente und umfassende NSU-Aufklärung das Anliegen einer jeden demokratischen Partei sein sollte beziehungsweise sein müsste.

CDU und Bündnis 90/Die Grünen ist es trotz aller Widrigkeiten im Ergebnis gelungen, viele tausend Aktenseiten aus dem Geheimschutzraum des Landtages herauszulösen und der Beweisaufnahme in öffentlichen Sitzungen des Untersuchungsausschusses zuzuführen.

Folglich lag es nahe, das diesbezügliche beziehungsweise das zugrundeliegende Regierungshandeln in einem fraktionsübergreifenden Votum zu bewerten.

Mangelhafte Unterstützung der NSU-Aufklärung

Anlass für die Einsetzung des Untersuchungsausschusses war das Verhalten des Ministeriums für Inneres und Kommunales im Rahmen des sogenannten NSU-Prozesses in den Jahren 2014 und 2015. Sowohl die ursprünglich sehr hohen Bedingungen für die Aussagegenehmigung des Zeugen Carsten Szczepanski¹ als auch die ursprünglich erfolgte Sperrerklärung der sogenannten „Handakte“ des Zeugen Dieter Borchert (R.G.)² riefen großes Unverständnis des Gerichts und der Öffentlichkeit hervor. Auftrag des Ausschusses war unter anderem, zu untersuchen, ob es Versäumnisse und Fehler staatlicher Stellen des Landes Brandenburg im Zusammenhang mit diesem Prozess gab.

Wir haben den Eindruck gewonnen, dass im Verfassungsschutz, aber auch im Innenministerium insgesamt, der Fokus oftmals sehr stark auf Geheimhaltungsinteressen gelegt wurde und wird, wodurch es zu einseitigen Abwägungsentscheidungen zu Lasten der Transparenz kommt. Dass das Innenministerium seine Entscheidungen auf Hinweise des Gerichts wiederholt vollständig revidiert hat, legt nahe, dass entweder Unsicherheiten hinsichtlich der Anwendung der Geheimschutzvorschriften bestehen und deshalb im Zweifel der „sicherere“ Weg der höheren Einstufung gewählt wird, oder dass die Geheimschutzbedürftigkeit von Verfassungsschutzinformationen derart verinnerlicht wurde, dass die Sorge vorherrscht, andere könnten unsorgfältig mit den sensiblen Informationen umgehen und deshalb tendenziell höher eingestuft wird. Dies hat der Verfassungsschutz bereits 1998 bei der Nicht-Weiterleitung der Deckblattmeldungen zum Trio³ an Strafverfolgungsbehörden aus Gründen des Quellenschutzes so gehandhabt. Auch 2015 hat er einen zu strengen rechtlichen Maßstab an die Einstufung der sogenannten „Handakte“ des V-Mann-Führers gelegt. Hinzu kommt, dass die Tatsachengrundlage für die Abwägungsentscheidung nicht hinreichend war. Ein ähnliches Bild zeichnet sich in der Abteilung IV des Innenministeriums hinsichtlich der Aussagegenehmigung für Szczepanski im Jahr 2014. Auch der Untersuchungsausschuss hatte mit einer zu restriktiven Einstufungs- und Schwärzungspraxis zu kämpfen. Als positives Gegenbeispiel sticht hier die

¹ V-Mann-ähnlicher Informant des Verfassungsschutzes Brandenburg von 1994 bis 2000.

² V-Mann-Führer von Carsten Szczepanski alias Piatto.

³ Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe, die heute als NSU bekannt sind.

unaufgeforderte Übersendung der fünf ungeschwärzten Deckblattmeldungen durch die damalige Abteilungsleiterin Winfriede Schreiber an den Generalbundesanwalt im November 2011 hervor.

1) Die Aussagegenehmigung für Szczepanski

Bei der Aussagegenehmigung Szczepanskis, der als Zeuge im NSU-Prozess vernommen werden sollte, musste eine Abwägung getroffen werden: Wie muss bzw. kann die Aussagegenehmigung gestaltet sein, damit der im Zeugenschutz befindliche Szczepanski und seine Familie weiterhin in Sicherheit leben können?

Fehlende Sensibilität bei der Erteilung der Aussagegenehmigung

Wir erkennen an, dass die Abteilung IV des Ministeriums für Inneres und Kommunales nicht pauschal die Aussagegenehmigung für den Zeugen Szczepanski verweigert hat. Insbesondere wurde sie inhaltlich nicht beschränkt. Die Abteilung IV hat vielmehr den Weg der audiovisuellen Vernehmung gem. § 247a Strafprozessordnung (StPO) gewählt. Dieser Weg ist grundsätzlich legitim, insbesondere auch im Hinblick darauf, dass sich Szczepanski nach wie vor im Zeugenschutzprogramm befindet. Allerdings hat die Abteilung IV einerseits die Schutzmöglichkeiten, die § 247a StPO bereits bietet, überdehnt, andererseits hat sie nicht hinreichend geprüft, ob § 247a StPO überhaupt notwendig ist.

Szczepanski sollte bei der Vernehmung nicht nur an einem anderen Ort sein und ausschließlich per audiovisueller Übertragung vernommen werden – wie es das Gesetz vorsieht –, sondern zusätzlich sowohl optisch als auch akustisch verfremdet werden. Gerade die Wahrnehmbarkeit von Mimik, Gestik und Artikulation sind jedoch wichtiger Bestandteil des Aussageverhaltens und somit Grundlage der Wahrheitsfindung. Diesen Aspekt, sowie die Bedeutung der gerichtlichen Wahrheitsfindung insgesamt, hat das Ministerium für Inneres und Kommunales nicht hinreichend berücksichtigt. Auch das berechtigte Interesse der Öffentlichkeit an diesem Prozess fand nicht den gebührenden Eingang in die Entscheidungsfindung. Gerade im NSU-Prozess vor dem OLG München war dieses Interesse aufgrund der Schwere der Taten, aber auch des langen Tatzeitraums besonders hoch. Mit

Bundesanwalt Herbert Diemer stimmen wir darin überein, dass auch die Öffentlichkeit ein Anrecht hatte, so gut wie möglich an diesem Verfahren teilzunehmen. Bundesanwalt Diemer urteilte vor dem Untersuchungsausschuss, er habe diese Aussagegenehmigung für überzogen gehalten. Die Verknüpfung von Zeugenschutz und Aussagemodalitäten habe er so bisher auch nicht erlebt.

Keine hinreichende Tatsachengrundlage für die Entscheidungsfindung

Aber auch unabhängig von diesen Erwägungen hat das Innenministerium nicht alle relevanten Tatsachen und Kriterien in seine Überlegungen eingestellt. Insbesondere wurden die hohen Sicherheitsstandards bei Gericht nicht einbezogen, weil diese schlicht unbekannt geblieben waren.

Die Hauptargumente des Ministeriums für Inneres und Kommunales lauteten, dass Szczepanski als eine im Zeugenschutz befindliche Person besonders gefährdet sei. Durch die technischen Neuerungen sei zudem die Gefahr von Bildaufnahmen und deren Verbreitung im Internet erheblich gestiegen. Diese Argumente sind grundsätzlich plausibel und nachvollziehbar. Aufgrund der technischen Neuerungen war es jedenfalls möglich, dass sich Szczepanskis Gefährdungslage im Vergleich zum Jahr 2004 abstrakt erheblich erhöht. Dies kann auch höhere Anforderungen an die Schutzmaßnahmen rechtfertigen, als dies noch 2004 erforderlich war. Damals wurde Szczepanski in einem Verfahren gegen seine ehemaligen Kameraden durch das Amtsgericht Königs Wusterhausen „nur“ audiovisuell vernommen, also ohne optische und akustische Verfremdung.

Allerdings hätte bei der Entscheidungsfindung beachtet werden müssen, dass Szczepanski weder der erste ehemalige V-Mann, noch die einzige im Zeugenschutz befindliche Person war, die vor dem OLG aussagen sollte. Vielmehr war einer der Angeklagten in ein Zeugenschutzprogramm aufgenommen worden und (trotzdem) durchgehend im Verhandlungssaal anwesend. Zu Angriffen, Veröffentlichungen aktueller Bilder oder ähnlichem kam es nicht.

Dieser Umstand blieb der Abteilung IV des Ministeriums zunächst unbekannt, weil sich die Mitarbeiter nicht über die Sicherheitsvorkehrungen bei Gericht informiert hatten. Eine derartige Nachfrage ist sicherlich nicht immer erforderlich. Allerdings wurde der

Prozess, wie der gesamte NSU-Komplex, von einer breiten Medienberichterstattung begleitet, die auch von der Vernehmung ehemaliger V-Männer oder der Aufnahme des Angeklagten Carsten S. in das Zeugenschutzprogramm berichtet hatte. Insofern hat sich eine Rücksprache bzgl. der Sicherheitsvorkehrungen der Brandenburger Behörde mit dem Gericht geradezu aufgedrängt.

Die Aussage des Abteilungsleiters Dr. Herbert Trimbach vor dem Untersuchungsausschuss, er sei davon ausgegangen, dass das OLG sich bei revisionsrechtlichen Bedenken gegen die Aussagegenehmigung melden werde, erstaunt, weil der Anspruch einer jeden Behörde sein sollte, von Anfang an Abwägungsentscheidungen zu treffen, die der revisionsrechtlichen Überprüfung standhalten. Insofern scheint die Feststellung des Referenten, der die Sperrerklärung im Oktober 2014 bearbeitet hat, man habe *„nach außen die Wertschätzung und Schutzgarantie für V-Leute dokumentiert“*, Leitfaden der Abwägung gewesen zu sein. Die Aussage, das Gericht habe Interesse an der Wahrheitsfindung, ein Ministerium wiederum verfolge Interessen, die *„vielleicht manchmal damit etwas schwierig zu vereinen sind“* kann vom Grundsatz her zutreffen. Wir verkennen nicht, dass den Verfassungsschutz und dessen übergeordnete Behörde aus der Logik des nachrichtendienstlichen Handelns heraus eine Schutzpflicht zu Gunsten ihrer Quellen trifft. Auch würde die Gewinnung neuer Quellen erheblich erschwert, wenn V-Personen leichtfertig im Rahmen von Strafprozessen enttarnt oder Gefahren ausgesetzt würden. Diese Überlegungen können in angemessener Weise in die Verhältnismäßigkeitsprüfung eingestellt werden. Aus den bereits oben genannten Gründen hätte die Entscheidung hier aber zu Gunsten der Wahrheitsfindung ausfallen müssen.

In diesem Zusammenhang hätte auch das Alter der letzten Gefährdungsanalyse im Rahmen der Abwägung berücksichtigt werden müssen. Diese stammte aus dem Jahr 2000 und wurde unmittelbar nach der Enttarnung erstellt. Dass sich die Gefährdungslage 14 Jahre nach der Enttarnung geändert hatte, scheint naheliegend. Wieso es keine aktuelle Gefährdungsanalyse gab, konnte nicht aufgeklärt werden. Offensichtlich wurde sie nicht als notwendig erachtet, weil bereits das Fortbestehen des Zeugenschutzes, die neuen technischen Möglichkeiten und vor allem der Schutz von Szczepanskis Familie im Vordergrund standen, wie die Zeugen vor dem

Untersuchungsausschuss aussagten. Richtig ist, dass insbesondere der letztgenannte Umstand berücksichtigt werden durfte und musste; er wurde jedoch falsch gewichtet. 2004 war eine Zeugenaussage Szczepanskis in Brandenburg, also in der Nähe seines ehemaligen Wohnorts möglich – und das, obwohl seine Familie sich auch zum damaligen Zeitpunkt im Zeugenschutzprogramm befand. Ohne eine aktuelle Gefährdungsanalyse war die tatsächlich bestehende Gefahr im Jahr 2014 nicht hinreichend absehbar – weder für das für den Zeugenschutz zuständige Polizeipräsidium, noch für die Abteilung IV.

Aussagegenehmigung für eine BKA-Vernehmung

Noch vor Beginn des NSU-Prozesses wurde Szczepanski am 07.06.2012 durch das Bundeskriminalamt (BKA) vernommen. Der Zeugenschutz des Landeskriminalamts Brandenburg stattete ihn dafür mit einer alten Aussagegenehmigung aus, welche der damalige Verfassungsschutz-Leiter Wegesin am 06.04.2004 für das bereits erwähnte Gerichtsverfahren in Königs Wusterhausen erteilt hatte.

Nach der Aussage zahlreicher Zeugen vor dem Untersuchungsausschuss ist festzustellen, dass dieses Vorgehen falsch war: denn eine Aussagegenehmigung muss sich immer auf ein konkretes Beweisthema beziehen und ist nur für dieses gültig. Die Aussagegenehmigung aus dem Jahr 2004 hatte naturgemäß nicht den NSU zum Beweisthema. Szczepanski hätte also dem BKA gegenüber die Aussage auf zahlreiche Fragen mit Verweis auf seine ungeeignete Aussagegenehmigung verweigern müssen. Es ist davon auszugehen, dass dies nicht Intention des Brandenburger Landeskriminalamts war. Allerdings wäre zu erwarten gewesen, dass es die rechtlichen Voraussetzungen zu Erteilung und Umfang einer Aussagegenehmigung kennt. Hätte Szczepanski seine Aussage (berechtigterweise) verweigert, wäre die NSU-Aufklärung massiv behindert worden. Insofern ist von Glück zu sprechen, dass Szczepanski umfassend vor dem BKA ausgesagt hat und sich der Fehler des Landeskriminalamts nicht weiter ausgewirkt hat.

2) Die Sperrung der „Handakte“

Die Sperrung der sogenannten „Handakte“, die V-Mann-Führer Dieter Borchert bei seiner zweiten Zeugenaussage im NSU-Prozess mitführte, durch das Ministerium für Inneres und Kommunales im Jahr 2015 war rechtswidrig. Bundesanwalt Diemer sagte vor dem Untersuchungsausschuss am 10.01.2019 treffend, dass es offensichtlich gewesen sei, dass in der Akte Stücke enthalten waren, die mit dem Verfahren gar nichts zu tun gehabt hätten, wie die Zeugenladung oder das Protokoll aus dem ersten NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestags, also Dokumente, die schon öffentlich gewesen seien.

Auch hier musste eine Abwägungsentscheidung getroffen werden: Wäre das Staatswohl durch eine etwaige Kenntnissnahme des Inhalts der „Handakte“ durch Dritte gefährdet?

Auch bei der Sperrung der „Handakte“: mangelhafte Tatsachengrundlage

Wie bereits bei der Erteilung der Aussagegenehmigung ein Jahr zuvor, wurden auch bei der Sperrung der „Handakte“ nicht alle tatsächlichen Aspekte in die Abwägung eingestellt.

- Die Sperrerklärung – und auch die dafür verantwortlichen Zeugen vor dem Untersuchungsausschuss – rechtfertigten die zunächst erfolgte Sperrung damit, dass Details aus der Quellenführung nicht hätten öffentlich bekannt werden dürfen. Völlig unverständlich erscheint, wieso nicht berücksichtigt wurde, dass zahlreiche Details zur Quellenführung, die sich aus der „Handakte“ ergaben, bereits öffentlich bekannt waren. Denn nur zwei Jahre zuvor war der Abschlussbericht des ersten NSU-Untersuchungsausschusses des Bundestages veröffentlicht worden, in dem Details zu Piattos Anwerbung und Führung als V-Mann, sowie zu seinem Informationsaufkommen zum Trio enthalten waren. Auch die Protokolle der Zeugenvernehmungen seiner Quellenführer waren im Internet veröffentlicht worden. Die damalige Verfasserin des Erstentwurfs der Sperrerklärung, die zwei Jahre zuvor Regierungsvertreterin bei den Sitzungen des NSU-Untersuchungsausschusses im Bundestag war, konnte nicht zufriedenstellend erklären, wieso sie keinerlei

Erinnerung an die dortigen öffentlichen Zeugenvernehmungen hatte. Eine Erinnerung, welche konkreten Themenkomplexe im Zusammenhang mit der Quelle Piatto bereits öffentlich behandelt worden waren, war nach diesen zwei Jahren sicherlich nicht mehr erwartbar. Allerdings wäre zu erwarten gewesen, dass sie jedenfalls eine grundsätzliche Erinnerung hat, dass der Informant Piatto bereits in öffentlichen Sitzungen thematisiert worden war. Die konkreten, bereits öffentlich bekannten Informationen hätten dann in der weiteren Vorbereitung einer etwaigen Sperrerklärung entsprechend recherchiert werden können und müssen.

- Ebenso unverständlich ist, dass auch der stellvertretende Verfassungsschutzleiter Mathias Rhode keinerlei Erinnerung daran hatte, dass der Verfassungsschutz Brandenburg der Bundesanwaltschaft bereits 2011 die fünf Deckblattmeldungen mit Informationen zum Trio zur Verfügung gestellt hatte. Jedenfalls hätte die Weitergabe derart dokumentiert sein müssen, dass sie selbst bei einer kursorischen Prüfung hätte auffallen müssen. Diese Nicht-Beachtung erstaunt umso mehr, weil nur ein Jahr zuvor die Aussagegenehmigung für Szczepanski unter Beteiligung des Verfassungsschutzes vorbereitet worden war. Beweisthema waren unter anderem die fünf Deckblattmeldungen zum Trio.
- Dass die Frist von sieben Tagen, in denen die Sperrerklärung erstellt werden musste, für derartige Recherchen und anderen Erkundigungen nicht ausreichend gewesen wäre, sehen wir nicht. Wie bereits dargestellt, hätte jedenfalls die öffentliche Thematisierung der Quellenführung bereits aus persönlicher Anschauung einer Referentin bekannt sein müssen. Zudem wäre zu erwarten gewesen, dass der Verfassungsschutz den Abschlussbericht zu Piatto umfassend auswertet und insofern jedenfalls „Rest-Erinnerungen“ hieran vorhanden gewesen wären. Folglich hätte die Frist zu einer umfassenderen Tatsachenermittlung ausgereicht. Eine Sperrung der kompletten Akte, die die berechnete Empörung der Bundesanwaltschaft, des Senats und zahlreicher Nebenkläger, welche die Sperrung richtigerweise als willkürlich und zu pauschal erachteten, hätte so vermieden werden können.

Teilweise falsche Rechtsgrundlage

Neben der bereits beschriebenen fehlenden Berücksichtigung von Tatsachen, ist uns weiterhin aufgefallen, dass insbesondere die Argumentation aus mehreren Gründen nicht haltbar ist, wonach die Akte zum Schutz des Mandatsverhältnisses von Borchert zu seinem Zeugenbeistand gesperrt werden sollte:

- Bereits die Rechtsgrundlage war falsch gewählt. In der Sperrerklärung wird vornehmlich auf das „*rechtlich besonders geschützte Mandatsverhältnis*“ abgestellt, nicht darauf, dass die Unterlagen per se Nachteile für Bund oder Land bereiten könnten. Das Mandatsverhältnis ist unbestritten ein schützenswertes Gut und das Prinzip der Vertraulichkeit zwischen Mandant und Rechtsanwalt muss unbestritten gewahrt und von der Beweisaufnahme ausgenommen werden. Allerdings ist hierfür die richtige Rechtsgrundlage zu wählen. Der Schutzzweck des § 96 StPO, auf den sich die Sperrerklärung stützt, richtet sich hingegen nur auf die Interessen bzw. das Wohl von Bund oder Land. Der Verfassungsschutz hätte die Akte insofern getrennt behandeln müssen. Dass der Schutz des Mandatsverhältnisses nur einen geringen Umfang in der Begründung der Sperrerklärung einnahm, ist daher unerheblich. Denn es ist in jedem Fall die richtige Rechtsgrundlage zu wählen.
- Wieso der Fragenkatalog, mit dem Borchert durch seinen Zeugenbeistand auf die Vernehmung vorbereitet werden sollte, geheimhaltungsbedürftig hätte sein sollen, erschließt sich uns nicht. Denn er bezieht sich ausweislich der Überschriften zu den einzelnen Frageabschnitten ausschließlich auf öffentliche Protokolle oder Berichterstattung. (Neue) Rückschlüsse auf die Arbeitsweise und Methodik des Verfassungsschutzes ließen sich also nicht aus ihm ziehen.
- Bei den vor dem OLG, aber auch dem Brandenburger Untersuchungsausschuss angelegten Maßstäben an die Geheimhaltung verwundert, wieso der Verfassungsschutz immer wieder denselben Zeugenbeistand wählte bzw. wählen ließ. Dieser hat dem Zeugen Borchert nicht nur beim OLG-Prozess beigegeben, sondern auch zahlreichen Zeuginnen und Zeugen des Innenministeriums in diesem Untersuchungsausschuss. Damit wurde einer einzigen Person eine äußerst umfassende Einsicht in

geheimhaltungsbedürftige Akten gewährt. Hinzu kommt, dass er auch in anderen Bundesländern Zeugenbeistand für Beschäftigte anderer Sicherheitsbehörden war und dort ebenfalls über entsprechende Akteneinblicke verfügte. Sicherlich erleichtert es die Vorbereitung, wenn der Rechtsbeistand bereits sicherheitsüberprüft ist. Allerdings konterkariert diese umfassend gewährte Einsicht in verschiedenste eingestufte Akten die sonst vorherrschende Geheimhaltungspraxis des Brandenburger Verfassungsschutzes.

Öffentliches Interesse der strafgerichtlichen Wahrheitsfindung wurde verkannt

Die Argumentation des damaligen Staatssekretärs, die Akte habe auch deswegen gesperrt werden können, weil sie nicht beweiserheblich gewesen sei, überrascht. Schließlich ist es allein Aufgabe des Gerichts über die Erheblichkeit von Beweismitteln zu entscheiden. Dürften Zeugen oder Behörden, die Akten zur Verfügung stellen sollen, selbst entscheiden, welche Tatsachen beweiserheblich sind, könnten sie unter Umständen die Wahrheitsfindung beeinflussen. Absurd erscheint die Argumentation vor dem Hintergrund, dass die Akte von V-Mann-Führer Borchert eigens für die Beweiserhebung im NSU-Prozess zusammengestellt worden war – nämlich für seine Zeugenaussage vor dem OLG München. Welchen Sinn hätte eine Akte ergeben, die aus Dokumenten besteht, die für diesen Gerichtsprozess unerheblich sind?

Zugleich wurde verkannt, dass das öffentliche Interesse an der Strafverfolgung dem Geheimenschutzinteresse der Verfassungsschutz nicht nachsteht. Es sind grundsätzlich zwei gleichrangige Interessen, die dem Staatswohl dienen und die im Einzelfall in einen angemessenen Ausgleich gebracht werden müssen.

Hinzu kommt auch hier ein Mangel an der notwendigen Sorgfalt und Sensibilität des (politisch) für die Sperrerklärung Verantwortlichen: Bei der Aufarbeitung des NSU-Komplexes richten sich zahlreiche Vorwürfe gegen Sicherheitsbehörden. Um das Vertrauen der Bevölkerung in diese wieder herzustellen oder zu vergrößern, hätte sein Ziel sein müssen, größtmögliche Transparenz und Offenheit im Rahmen des rechtlich Möglichen zu gewährleisten. Nur so kann die Öffentlichkeit, also das Volk als der

Souverän, selbst nachvollziehen, ob und welche Fehler Verfassungsschutz oder Polizei vorgeworfen werden können.

„Es ist geheimhaltungsbedürftig, weil eingestuft ist“⁴

Die „Handakte“ wurde, obwohl sie zahlreiche sehr unterschiedliche Dokumente enthielt, in Gänze als Verschlussache eingestuft, so dass sie nicht für das Gericht oder sonstige Dritte einsehbar war. Begründet hat dies der Leiter des Grundsatzreferats Rhode damit, dass sich die Einstufung immer nach dem am höchsten eingestuften Einzelstück in der Akte richte.

Die Einstufung von Akten mit Inhalten, die der Verfassungsschutz mit nachrichtendienstlichen Mitteln erlangt, ist grundsätzlich notwendig und richtig, damit der Verfassungsschutz ein umfassendes Bild extremistischer, oftmals klandestin agierender Bedrohungen gewinnen kann. Allerdings gilt der Geheimschutz nicht absolut. Vielmehr bestehen zahlreiche andere legitime Interessen, die ebenfalls das Funktionieren des demokratischen Rechtsstaats ermöglichen, wie zum Beispiel eine effektive Strafverfolgung oder die Kontrolle der Exekutive durch die Legislative im Rahmen von Untersuchungsausschüssen. Diese gleichsam gesetzlich oder gar verfassungsrechtlich garantierten und wichtigen Prinzipien und Interessen müssen miteinander in einen angemessenen Ausgleich gebracht werden. Es scheint, dass die Mitarbeiter des Innenministeriums die Geheimschutzinteressen so sehr verinnerlicht haben, dass eine ausgewogene Abwägung in der Regel nicht stattfand und die Regelungen der Verschlussachenanweisung für die Behörden des Landes Brandenburg (im Folgenden: VSA) zu streng angewandt wurde. Dies führte dazu, dass sie ihre Entscheidungen auf entsprechende Hinweise und Anträge hin vollständig zurücknehmen mussten.

- Die Praxis des Verfassungsschutzes bei der Sperrung der „Handakte“, aber (zunächst) auch bei der Zulieferung von Akten an den Untersuchungsausschuss war die, einen Aktenordner immer so hoch einzustufen, wie das in ihm enthaltene am höchsten eingestufte Einzeldokument. Dies hat zu dem Ergebnis geführt, dass zahlreiche Dokumente

⁴ Argumentation aus der Sperrerklärung vom 11.08.2015.

eingestuft wurden, bei denen eine Staatswohlgefährdung offensichtlich nicht erkennbar ist. So fanden sich in der „Handakte“ Wikipedia-Artikel oder die Ladungen des Zeugen Borchert; der Untersuchungsausschuss hat zahlreiche Pressemitteilungen und -artikel zunächst im Geheimschutzraum gelesen. Die Gefährdung des Staatswohls bei Kenntnis derartiger Aktenstücke durch Dritte war für uns nicht erkennbar. Diese ist jedoch Voraussetzung sowohl für eine Sperrerklärung nach § 96 StPO, als auch für eine Einstufung nach der VSA.

Die Verschlusssachenanweisung für die Behörden des Landes Brandenburg schreibt ein derartiges Vorgehen nicht vor. Im Gegenteil. Es heißt vielmehr, von Einstufungen sei nur der notwendige Gebrauch zu machen; der Geheimhaltungsgrad richte sich nach dem Inhalt, nicht nach dem Geheimhaltungsgrad des Vorgangs, zu dem eine Verschlusssache gehöre. Ein *Schriftstück* mit VS-Anlagen sei jedoch so hoch einzustufen wie die am höchsten eingestufte Anlage. Innerhalb einer Gesamteinstufung könnten deutlich feststellbare Teile aber auch niedriger bzw. überhaupt nicht eingestuft werden. Erforderlich wäre also eine genaue Unterscheidung nach den Begrifflichkeiten, Definitionen und Voraussetzungen gewesen. Nach der VSA sind Verschlusssachen unter anderem Dokumente oder Dateien. Aus der Vorschrift, dass sich der Geheimhaltungsgrad einer Verschlusssache nach ihrem Inhalt richtet und nicht nach dem Geheimhaltungsgrad des Vorgangs zu dem sie gehört, ergibt sich, dass jedes einzelne Schriftstück in einer „*Sammlung zusammengehörender Dokumente aus der Bearbeitung eines Geschäftsanfalls*“ („Vorgang“ im Sinne von § 3 der Registraturrichtlinie, Anlage 1 zur Gemeinsamen Geschäftsordnung der Ministerien des Landes Brandenburg) selbständig einzustufen ist. Die einzelnen Verschlusssachen können also ihrer konkreten Einzel-Einstufung entsprechend behandelt werden. Eine zwingende Gesamt-Einstufung für eine Akte sieht die VSA gerade nicht vor.

Auch der hierzu durch die CDU-Fraktion befragte Parlamentarische Beratungsdienst äußerte sich dahingehend, dass eine Trennung nach den jeweiligen Schriftstücken möglich sei.

Ergänzend sei darauf hingewiesen, dass die „Handakte“ keine Akte im Sinne der Registraturrechtlinie ist. Danach ist eine „Akte“ nicht gleichbedeutend mit einem Aktenordner. Vielmehr wird sie als *„geordnete Zusammenstellung zusammengehöriger oder verfahrensgleicher Vorgänge mit eigenem Aktenzeichen und eigener Inhaltsbezeichnung“* definiert (§ 3). Die „Handakte“ wurde von Borchert in Vorbereitung seiner Zeugenvernehmung selbst erstellt. Er scheint mehr oder weniger zufällig verschiedenste Dokumente, die das Beweisthema betreffen könnten, zusammengesucht zu haben, um auf etwaige Fragen besser antworten zu können. Von einer „geordneten Zusammenstellung inhalts- oder verfahrensgleicher Vorgänge“ konnte also gerade nicht die Rede sein.

In diesem Zusammenhang sei das Bundesamt für Verfassungsschutz als vorbildlich erwähnt, das die Einstufung teilweise innerhalb eines Dokuments abschnittsgenau vornimmt. Ein ähnliches Vorgehen sollte auch in Brandenburg eingeführt beziehungsweise klargestellt werden.

- Wir verkennen nicht die grundsätzlich positive Intention – sowohl bei der „Handakte“, als auch bei den Ausschussakten – den jeweiligen Inhalt zur besseren Verständlichkeit im ursprünglichen Zusammenhang zu belassen. Um zugleich aber die notwendige Transparenz, die Wesensmerkmal sowohl eines Untersuchungsausschusses als auch eines Strafprozesses ist, ist es erforderlich, die Dokumente jeweils auch in der ihnen eigenen „richtigen“ Einstufung zu liefern. Damit wären auch die Vorgaben der Verschlusssachenanweisung erfüllt. Es sollte jeweils eine vollständige Akte in Geheimschutzräumen den Einsichtsberechtigten zur Verfügung gestellt werden. Soweit Herunter- oder Ausstufungen jedoch möglich sind, sollten sie vorgenommen werden. Die Herstellung weitestgehender Transparenz kann dazu beitragen, Vertrauen in den grundsätzlich und berechtigterweise geheim agierenden Verfassungsschutz herzustellen. Sollte die Verständlichkeit leiden, ist dies das Problem des Lesers. Grenze ist lediglich, wenn der Sinn nahezu verfälscht wird. Positiv stellen wir daher fest, dass der Verfassungsschutz in den letzten Monaten des Ausschusses die Akten dokumentenscharf getrennt geliefert hat, um so die zielgenaue Einstufung zu erreichen.

Der Verfassungsschutz hat nach der Intervention des Gerichts die Sperrerklärung umgehend und vollständig zurückgenommen. Aus den Akten ergibt sich lediglich eine Koordinierung derjenigen Aktenstücke, deren Urheber nicht das Land Brandenburg ist. Eine weitergehende Prüfung, ob jedenfalls Teile der Akte aus Gründen des Staatswohlschutzes eingestuft oder geschwärzt werden müssten, ist nicht ersichtlich.

3) Mangelnde Unterstützung des Untersuchungsausschusses

Das Innenministerium hat die Arbeit des Untersuchungsausschusses bis zum Schluss erheblich erschwert und teilweise verunmöglicht. Hier wäre einerseits die bereits erwähnte Einstufungspraxis zu nennen, die eine öffentliche Beweisaufnahme zunächst zu verunmöglichen schien. Andererseits wurde die Untersuchung aber auch durch umfangreiche und teilweise nicht nachvollziehbare Schwärzungen erschwert. Hinzu kam, dass die Lieferzeit für Akten, welche Sachverständige zur Übermittlung an den Untersuchungsausschuss angewiesen hatten, bis zu eineinhalb Jahren betrug.

Aktenlieferungen

Der Verfassungsschutz hat den Untersuchungsausschuss spät oder gar zu spät mit Beweismitteln beliefert. Während die Sachverständigen des Untersuchungsausschusses, die mit der Aktenauswahl in der Verfassungsschutzbehörde beauftragt waren, im September 2018 ihre Arbeit beendet haben, gingen Verfassungsschutz-Akten bis in den April 2019 hinein beim Untersuchungsausschuss ein. Die letzte Beweisaufnahme-Sitzung war dahingegen bereits Ende Januar 2019.

Bezüglich dieser spät gelieferten Beweismittel ist festzustellen, dass ein Teil davon von den Sachverständigen bereits im Herbst 2017 zur Weiterleitung an den Untersuchungsausschuss ausgewählt worden war. So kamen beispielsweise Akten bezüglich des Neonazis-Netzwerks „Blood & Honour“, das zum Kernbereich des Untersuchungsauftrags gehörte, erst im Frühjahr 2019 beim Untersuchungsausschuss an, obwohl deren Lieferung von den Sachverständigen bereits im Februar 2018

angewiesen worden war. Diese Beweismittel konnten folglich nicht mehr oder allenfalls noch im Einzelfall in die Untersuchungen einbezogen werden.

„Mit dem Grad der Geheimhaltung nimmt die Notwendigkeit der Schwärzung ab. Das kann und darf man erwarten.“⁵

Ein weiteres Problem stellte die teilweise massive Schwärzung der Akten dar. Der Verfassungsschutz hat in seinen Akten insbesondere Namen von Behördenmitarbeitern unterhalb der Referatsleiterebene und die von Szenemitgliedern geschwärzt. Davon waren nicht nur die Namen von Verfassungsschutzmitarbeitern betroffen, sondern beispielsweise auch von Personen aus dem Bereich der Staatsanwaltschaften, welche in Akten aus dem Geschäftsbereich des Justizministeriums nicht geschwärzt wurden. Unverständlich blieb, wieso Namen im Geheimschutzraum nicht offen einsehbar waren, denn sie hätten – ohne strafrechtliche Konsequenzen – nicht nach außen getragen werden können. Eine fundierte Untersuchung wurde so erschwert, teilweise verunmöglicht. Absurd wurde diese Praxis dann, wenn die Namen von Rechtsextremisten sogar in Presseveröffentlichungen unkenntlich gemacht wurden, die weiterhin im Internet recherchierbar waren.

Vorsitzende anderer NSU-Untersuchungsausschüsse sagten hierzu übereinstimmend aus, dass jedenfalls im Geheimschutzraum keine Namen geschwärzt werden dürften. Denn wer Informationen aus diesem Raum an Unbefugte weitergibt, macht sich wegen Geheimnisverrats strafbar. Eine effektive und umfassende Aufklärung ist mit Schwärzungen nicht möglich. Denn eine Zuordnung von Aussagen, Anweisungen und Entscheidungen kann oft nicht eindeutig erfolgen. Ende 2017 konnte der Untersuchungsausschuss sich mit der Koordinierungsstelle im Innenministerium dahingehend einigen, dass jedenfalls die Initialen in den noch ausstehenden Lieferungen belassen würden, um eine Zuordnung zu ermöglichen.

⁵ Aussage des ehemaligen Vorsitzenden des 3. NSU-Untersuchungsausschusses des Bundestages Clemens Binner, in der Sitzung vom 17.12.2016 vor dem NSU-Untersuchungsausschuss des Landtages Brandenburg.

Einstufungen von Akten für den Untersuchungsausschuss

Aus unserer Sicht wurden dem Ausschuss die Verfassungsschutzakten oftmals zu hoch eingestuft und konnten somit (zunächst) nicht in öffentlicher Sitzung verwendet werden.

Transparenz und folglich die Öffentlichkeit der Beweisaufnahme ist jedoch eines der wesentlichen Grundprinzipien eines Untersuchungsausschusses, denn sie ist eine der Funktionsvoraussetzungen einer repräsentativen Demokratie. Insofern ist es richtig und wichtig, dass nunmehr der Öffentlichkeitsgrundsatz auch in der Landesverfassung Brandenburg verankert wurde. Selbstverständlich ist ein Ausschluss der Öffentlichkeit notwendig und muss möglich sein, wenn berechnigte Interessen an der Nicht-Öffentlichkeit beziehungsweise der Geheimhaltung bestehen. Hierzu gehört, dass Quellen nicht enttarnt werden oder aktuelle Arbeitsmethoden des Verfassungsschutzes (soweit deren Geheimhaltung für den Erfolg derselben essentiell sind) nicht bekannt werden dürfen, falls seine Arbeit andernfalls unmöglich wäre.

Auch unter Berücksichtigung dieser berechtigten Geheimhaltungsinteressen war die Einstufung überwiegend zu hoch und wurde auf die zahlreichen Herunterstufungsanträge der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen zurückgenommen. Das hat beide Fraktionen allerdings viel Zeit gekostet, die für die eigentlichen Untersuchungen folglich nicht zur Verfügung stand.

Zum einen wäre hier die Treffakte zum Fall Piatto zu nennen: Die Deckblattmeldungen waren bereits auf den niedrigsten Einstufungsgrad heruntergestuft worden und konnten von Anfang an öffentlich verwendet werden. Die Treffakte allerdings, aus der sich die Umstände der Treffen, Gespräche des Verfassungsschutzes mit anderen Behörden etc. ergaben, war nur im Geheimschutzraum einsehbar. Es musste erst ein Gespräch mit dem Innenminister hierzu geführt werden, an dessen Ende jedenfalls die Herunterstufung der Akte „Piatto“ zugesagt wurde. Warum etwa unter Quellenschutzaspekten zunächst eine Einstufung erforderlich gewesen sein könnte, erschließt sich nicht – denn Piatto ist längst enttarnt und seit dem Jahr 2000 in einem Zeugenschutzprogramm. Ebenso hatte sich offensichtlich die Arbeitsweise des Verfassungsschutzes in den vergangenen fast 20 Jahren geändert, so dass auch diesbezüglich keine Geheimhaltung mehr erforderlich war und eine Herabstufung von

Beginn an möglich gewesen wäre. Aber auch in zahlreichen anderen Fällen wurden Akten zunächst als VS-Vertraulich eingestuft und mussten in einem langwierigen Verfahren nach Dokumenten getrennt heruntergestuft werden. Die Akten wurden vor der Lieferung an den Untersuchungsausschuss offenbar nicht darauf hin überprüft, ob die Einstufung allein durch Zeitablauf hinfällig ist.

Ein besonders eindrückliches Beispiel für eine zu pauschale und zu hohe Einstufung sind Akten aus der Polizeiabteilung des Innenministeriums zu dem Komplex „Nationale Bewegung“ (NaBe) und dem hiermit in Zusammenhang stehenden Geheimnisverrat – sie waren vor allem aufgrund von Verfassungsschutz-Inhalten als extremst geheimhaltungsbedürftig eingestuft. Dies führte dazu, dass diese Akten (zunächst) fast ausschließlich im sogenannten „Treptow-Verfahren“ zur Verfügung gestellt wurden. Das bedeutet, dass lediglich die Abgeordneten und nicht ihre sicherheitsüberprüften Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Einsicht nehmen durften und das nur in den Räumen der Verfassungsschutzbehörde. Ihre Aufschriebe mussten die Abgeordneten dort zurücklassen. Hiervon waren höchst relevante Akten betroffen, denn sie erhielten dienstliche Erklärungen und Zeugenvernehmungen von Verfassungsschutzbediensteten zum Geheimnisverrat bezüglich einer Durchsuchungsaktion im Februar 2001, bei der sich die Polizei Erkenntnisse bezüglich der terrorverdächtigen „Nationalen Bewegung“ erhofft hatte. Nachdem im Mai und Juni 2017 bereits die Vernehmung von Zeugen zum Komplex „NaBe“ begonnen hatte, wurden mehrere tausend Seiten heruntergestuft und konnten nunmehr im Geheimschutzraum eingesehen werden. Diese Akten wurden erst ein rundes dreiviertel Jahr nach Beendigung des NaBe-Komplexes im Untersuchungsausschuss schließlich auf unsere Anträge hin in der niedrigsten Geheimhaltungsstufe als VS-NfD geliefert. Erst zu diesem Zeitpunkt wäre eine umfassende und transparente Aufklärung dieses Komplexes möglich gewesen. Auch hierzu, sowie zur allgemeinen Einstufungs- und Schwärzungspraxis gab es ein Gespräch mit dem Justiz- und Innenminister.

Auch bei den anderen Quellen beziehungsweise Akten hat sich die Wahl des Geheimhaltungsgrades nicht immer erschlossen. Insbesondere die bestehende Gefährdung der Interessen beziehungsweise des Wohls für Land oder Bund waren uns oft nicht ersichtlich. Mangels konkreter schriftlicher oder mündlicher Begründung

der Einstufung, wurde diese auch nicht transparent. Hierin ähnelt das Verhalten des Verfassungsschutzes den Begründungen bei der Sperrung der „Handakte“, die ebenfalls vom Bundesanwalt, zahlreichen Vertretern der Nebenklage und letztlich auch dem Gericht als zu pauschal kritisiert wurde.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass teilweise die Einstufungen von Akten aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes gemäß der Verschlussachenordnung des Landtages erfolgten. Im Gegensatz zur Verschlussachenanweisung für die Behörden des Landes Brandenburg sieht sie auch eine Einstufung aus Gründen des Persönlichkeitsrechtsschutzes vor. Das hat im Übrigen auch zur Folge, dass von der Landesregierung teilweise Antworten auf Kleine Anfragen verweigert werden müssen, aber die entsprechenden Informationen später im Verfassungsschutzbericht veröffentlicht werden. Die Verschlussachenanordnung des Landtags sollte diesbezüglich daher dringend mit der Verschlussachenordnung der Landesregierung harmonisiert werden, weil sich das Parlament gegenwärtig seine Arbeit selbst in unnötiger Weise erschwert. Ob dies – zumindest im Hinblick auf Untersuchungsausschüsse möglich ist - muss zeitnah geprüft werden.

Festzuhalten ist, dass sich im Laufe der Zeit – insbesondere mit dem Wechsel der Leitung der Koordinierungsstelle nach eineinhalb Jahren Untersuchungsausschuss – die Zusammenarbeit erheblich verbessert hat.

Dennoch blieb die Aktenlage des Untersuchungsausschusses, insgesamt betrachtet, bis zum Schluss mangelhaft. So lagen beispielsweise Quellenakten, in denen es um den „Märkischen Heimatschutz“ ging, nur in einem derart geschwärzten Zustand vor, dass eine Erfassung der Inhalte und eine Auswertung im Sinne des Untersuchungsauftrags unmöglich war. Und das, obwohl diese Akten ohnehin nur im Geheimschutzraum unter höchsten Sicherheitsbedingungen eingesehen werden konnten.

Abschließend ist anzumerken, dass die überbordende und rechtlich unhaltbare Einstufungspraxis im Geschäftsbereich des Innenministeriums gerade nicht zu einem besseren Geheimschutz beiträgt. Deshalb sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die VS-Einstufungen vornehmen, zu einer umsichtigen und sachgerechten

Einstufungspraxis zu verpflichten. Sie müssen insbesondere kritisch prüfen, ob eine Einstufung beziehungsweise der Grad der Einstufung tatsächlich notwendig ist und, falls ja, ob die Einstufung zeitlich befristet werden kann. Die CDU und Bündnis 90/Die Grünen halten für zutreffend, was der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags bereits vor einigen Jahren festgehalten hat:

„Dem mit dem Geheimschutzrecht verfolgten Ziel eines optimalen Schutzes geheimhaltungsbedürftiger Informationen des Staates wird nur dann Rechnung getragen, wenn tatsächlich nur die unbedingt geheimhaltungsbedürftigen Informationen als Verschlussachen klassifiziert werden. Eine ungerechtfertigte oder zu hohe Einstufung verursacht nicht nur höhere Sicherheitskosten, weil für die mit den Verschlussachen befassten Personen aufwändige (zum Teil auch grundrechts-relevante) Sicherheitsüberprüfungen durchgeführt und Schutzvorkehrungen getroffen werden müssen. Eine exzessive Einstufung begründet auch die Gefahr einer Verwässerung des Geheimschutzes, weil die allgemeine Akzeptanz der Schutzvorkehrungen und die individuelle Sorgfalt im Umgang mit Verschlussachen nachlassen dürften.“⁶

⁶ Infobrief „Geheimschutzrecht – Voraussetzungen und Folgen der Einstufung von Informationen als Verschlussachen“, Wissenschaftlicher Dienst des Bundestages, WD 3 – 3010 – 036/2015 vom 23.07.2015. <https://www.bundestag.de/resource/blob/384456/52c23ac82c63178f15e7610be21ee2ba/geheimschutzrecht-data.pdf>

Übersicht der abgedruckten Protokolle der vernommenen Zeugen sowie Protokollerklärungen:

- | | |
|---|--|
| 1. Ackrath, Michael | – 23. Sitzung des UA 6/1 vom 23.03.2018 |
| 2. Bartok, Dirk | – 36. Sitzung des UA 6/1 vom 23.11.2018
Protokollerklärung vom 24.04.2019 |
| 3. Böhm, Marianne | – 15. Sitzung des UA 6/1 vom 06.11.2017 |
| 4. Böhm, Marianne | – 31. Sitzung des UA 6/1 vom 30.08.2018 |
| 5. Borchert, Dieter | – 24. Sitzung des UA 6/1 vom 20.04.2018 |
| 6. Förster, Dr. Hans-Jürgen | – 31. Sitzung des UA 6/1 vom 30.08.2018
Protokollerklärung vom 11.04.2019 |
| 7. Kliesing, Christoph | – 18. Sitzung des UA 6/1 vom 11.01.2018 |
| 8. Lemke, Dr. Michael | – 18. Sitzung des UA 6/1 vom 11.01.2018
Protokollerklärung vom 17.04.2019 |
| 9. Ludwig, Stefan | – 25. Sitzung des UA 6/1 vom 27.04.2018 |
| 10. Marx, Petra | – 17. Sitzung des UA 6/1 vom 08.12.2017
Protokollerklärung vom 18.04.2019 |
| 11. Mendrina, Hildegard | – 35. Sitzung des UA 6/1 vom 22.11.2018 |
| 12. Menzel, Uwe | – 28. Sitzung des UA 6/1 vom 15.06.2018 |
| 13. Meyer-Plath, Gordian | – 24. Sitzung des UA 6/1 vom 20.04.2018
Protokollerklärung vom 25.04.2019 |
| 14. Milbradt, Jörg | – 22. Sitzung des UA 6/1 vom 22.03.2018
Protokollerklärung vom 12.04.2019 |
| 15. Milbradt, Jörg | – 32. Sitzung des UA 6/1 vom 31.08.2018
Protokollerklärung vom 12.04.2019 |
| 16. P., Henning | – 26. Sitzung des UA 6/1 vom 04.05.2018 |
| 17. Rautenberg, Prof. Dr. Erardo Cristoforo | – 4. Sitzung des UA 6/1 vom 18.11.2016 |
| 18. Rautenberg, Prof. Dr. Erardo Cristoforo | – 9. Sitzung des UA 6/1 vom 28.04.2017 |
| 19. Rhode, Mathias | – 40. Sitzung des UA 6/1 vom 11.01.2019
Protokollerklärung vom 23.04.2019 |
| 20. Stadler, Toni | – 34. Sitzung des UA 6/1 vom 04.10.2018 |
| 21. Szczepanski, Carsten | – 27. Sitzung des UA 6/1 vom 11.06.2018 |

- | | |
|--------------------------|---|
| 22. Szczepanski, Carsten | – 35. Sitzung des UA 6/1 vom 22.11.2018 |
| 23. Wegesin, Heiner | – 12. Sitzung des UA 6/1 vom 07.09.2017 |
| 24. Wegesin, Heiner | – 26. Sitzung des UA 6/1 vom 04.05.2018 |
| 25. Wegesin, Heiner | – 36. Sitzung des UA 6/1 vom 23.11.2018 |

Vernehmung des Zeugen Michael Ackrath

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, die uns per Ton hören, wir wollen die Sitzung in der bisher praktizierten Art und Weise, also mit einer Tonübertragung, fortsetzen. Wir sind inzwischen bei unserem dritten heutigen Zeugen, Herrn Ackrath, den ich hier sehr herzlich begrüße, ebenso den Herrn Anwalt in seiner Begleitung.

Herr Ackrath, ich werde Sie zunächst belehren.

Als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuss unterliegen Sie der Wahrheitspflicht. Das heißt, die von Ihnen gemachten Angaben müssen vollständig sein und der Wahrheit entsprechen. Sie dürfen weder falsche Angaben machen noch wesentliche Umstände, die mit dem Beweisthema im Zusammenhang stehen, verschweigen. Sofern Sie an bestimmte Dinge keine Erinnerung mehr haben, müssen Sie auch dies deutlich zum Ausdruck bringen. Der Untersuchungsausschuss ist nach § 22 UAG grundsätzlich berechtigt, einen Zeugen am Ende seiner Aussage zu vereidigen. Über eine Vereidigung Ihrer Person wird insoweit noch zu befinden sein.

Falsche Aussagen vor dem Untersuchungsausschuss sind strafbewehrt. Dabei kommt es nicht darauf an, ob Sie Ihre Aussage beeidigen müssen oder nicht. Falsche uneidliche Aussagen sind nach § 153 Strafgesetzbuch strafbedroht und werden mit Freiheitsstrafe zwischen drei Monaten und fünf Jahren sanktioniert. Im Falle der Annahme einer Strafbarkeit eines Meineides wird der Strafraum des § 154 Strafgesetzbuch, der eine Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr vorsieht, Anwendung finden. - Das sage ich nicht, Herr Ackrath, weil ich Ihnen misstrauere, sondern weil mich das Gesetz zu der Belehrung verpflichtet.

Ich möchte Sie auch über Ihre Rechte laut § 19 UAG belehren. Danach sind Sie berechtigt, die Auskunft auf solche Fragen zu verweigern, deren Beantwortung Ihnen selbst oder einem der in § 52 Absatz 1 StPO bezeichneten Angehörigen die Gefahr zuziehen würde, wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit verfolgt zu werden. - So weit die Belehrung.

Wir würden dann mit der Befragung beginnen. Das passiert in einer Reihenfolge: Es beginnt die zahlenmäßig stärkste Fraktion, die SPD, dann wechselt nach 15 Minuten das Fragerecht, bis alle Fragen beantwortet sind. Dann bitte ich die SPD-Fraktion, zu beginnen. Wer macht das? - Frau Gossmann-Reetz.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wir hatten vorhin gehört, dass vonseiten des Anwalts noch etwas zur Aussagegenehmigung gesagt werden soll. Das hat sich erledigt?

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Das hat sich erledigt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay, dann fangen wir gleich an mit den praktischen Dingen in Ihrem Arbeitsleben damals beim Brandenburger Verfassungsschutz. Wir würden gerne mal den Umgang beschrieben haben mit Deckblattmeldungen, die erstellt worden sind, und dann den weiteren Ablauf von der

Untersuchungsausschuss 6/1
23. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.03.2018
Stenografischer Dienst

Deckblattmeldung hin zu einem Auswertungsbericht, wie wir uns das vorstellen können.

Zeuge Michael Ackrath: Also, ich denke, das sind interne Abläufe einer Verfassungsschutzbehörde, die sind höher als NfD eingestuft. Da möchte ich in der öffentlichen Sitzung nichts zu sagen, in einer eingestuften sehr wohl natürlich.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut, dann stellen wir diese Frage zurück. - Können Sie uns was sagen zur allgemeinen Auftragsvergabe an das Beschaffungsreferat durch das Auswertungsreferat?

Zeuge Michael Ackrath: Wir gehen zurück ins Jahr 1998, denke ich. Da geht es ja um einen Vermerk.

Wie war die Lage 98? Im Jahre 1997 hat der Rechtsterrorist Kay Diesner einen damaligen PDS-Buchhändler niedergeschossen, schwer verletzt und einen Polizisten erschossen. Wir haben damals bewusst von Rechtsterrorismus gesprochen. Ich war der Bearbeiter in Brandenburg für Rechtsterrorismus und Linksterrorismus. - Das war die Lage 97.

98 ist der damalige Behördenleiter an die Öffentlichkeit gegangen - auch durch Briefings durch mich - und hat gewarnt, dass rechte Terroranschläge sehr wohl möglich sind. Das war also die Ausgangslage.

Wir hatten nach Kay Diesner uns Gedanken gemacht: „Wer könnte in diesem Bundesland gefährlich werden?“, und hatten da verschiedene Personen im Blick. Die haben wir auch sehr intensiv bearbeitet. Das war die Ausgangslage 98, und daraus ergeben sich auch die Aufträge logischerweise dann an die Beschaffung, da Informationen zu dem Thema zu besorgen. Das war 98. Ich habe die Akten noch einmal geprüft die letzten vier Tage: höchste Priorität.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - War Ihnen als Auswerter bekannt, wer sich hinter der Quelle im Falle „Piatto“ verbarg?

Zeuge Michael Ackrath: Seinerzeit nicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was wussten Sie über die Quelle „Piatto“?

Zeuge Michael Ackrath: Seinerzeit wusste ich, dass diese Quelle sehr viele Informationen bringt. Wir sind im Jahre 98. Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wir sind im Jahre 98, und, wie gesagt, ich frage noch mal nicht nur, was er bringt, sondern was Sie zu der Person „Piatto“ wussten als Auswerter.

Zeuge Michael Ackrath: 98 wusste ich nichts dazu. Im Jahre 2000 wusste ich deutlich mehr dazu. Das wäre aber, denke ich, nicht für diesen Rahmen. Das wäre auch für eine eingestufte Sitzung ohne Öffentlichkeit.

Untersuchungsausschuss 6/1
23. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.03.2018
Stenografischer Dienst

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Wann haben Sie denn das erste Mal von einem untergetauchten Trio erfahren, das wegen Rohrbombenfunden gesucht wurde?

Zeuge Michael Ackrath: Ich meine, gelesen zu haben - ich bitte um Verständnis, das ist genau 20 Jahre her, Herr Vorsitzender; das war, meine ich, im Januar des Jahres 1998 -, dass drei Personen aus Thüringen untergetaucht sind. Beziehungsweise: Was uns sehr merkwürdig vorkam, war die Tatsache, dass dann eine Garage durchsucht wurde, eine Person einfach laufen gelassen wurde. Da haben wir uns schon damals Fragen gestellt: Geht es hier mit rechten Dingen zu? - Und das ist damals auch in Brandenburg unter Rechtsterrorismus gebucht worden. Ich habe schon 98 die Bezeichnung „Bombenbastler“ - die war in den Sicherheitsbehörden ein Begriff - abgelehnt. Ganz klar nachweisbar: Es ist in Brandenburg gebucht unter Rechtsterrorismus.

Wir haben uns damals gefragt: Was ist denn das? Hier geht es nicht mit rechten Dingen zu. - Und obwohl nicht zuständig, hat Brandenburg versucht, die Dinge aufzuklären, indem nämlich diese Fotos - - Ich habe dann in Thüringen angerufen: „Das ist aber komisch hier“, und habe Fotos erbeten. Die Fotos kamen. Die Fotos kamen in schlechter Qualität. Daraufhin habe ich wieder angerufen: Wir hätten gern die Fotos in guter Qualität. - Dann kamen die Fotos der drei Untergetauchten - die Namen sind ja bekannt -, und ich habe dann - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Können Sie uns hier Daten dazu nennen? - Sie haben ja sicher ein Aktenstudium betrieben.

Zeuge Michael Ackrath: Ja, aber ich bitte um Verständnis - was eben der Herr Vorsitzende sagte -: Es ist 20 Jahre her, und ich habe mir keine Notizen gemacht, wann ich mit wem telefoniert habe. Wir haben zeitnah in Thüringen angerufen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. Entschuldigung, ich muss Sie jetzt unterbrechen; das geht mir ein bisschen schnell. Sie sagten gerade, da sind Leute „laufen gelassen“ worden - war Ihre Formulierung.

Zeuge Michael Ackrath: Also ich als jemand, der diesen Vermerk der Polizei Thüringen gelesen hat, habe mich gefragt: Was ist denn das? Da gibt es eine Garagendurchsuchung; der eine von den Herren war ja dabei und war dann hinterher weg. Das kam mir komisch vor, in der Tat.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. - Sie sagen, es ging nicht mit rechten Dingen zu. Was verstehen Sie darunter?

Zeuge Michael Ackrath: Also uns allen, die wir das gelesen haben - ich habe aber die Medienlage von 98 natürlich auch noch mal in den Akten gesehen - kam das komisch vor: Wie konnte das passieren, dass bei einer Durchsuchung der eine von denen einfach gehen konnte? - Das ist merkwürdig. Das müsste man mit Thüringen klären und nicht hier, würde ich sagen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja.

Untersuchungsausschuss 6/1
23. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.03.2018
Stenografischer Dienst

Zeuge Michael Ackrath: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber, wie gesagt, ich beziehe mich ja nur auf das, was Sie gerade gesagt haben.

Zeuge Michael Ackrath: Genau.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, Sie sagen, es kamen dann Bilder, die wurden Ihnen zugesandt vom LfV Thüringen. Ist das richtig?

Zeuge Michael Ackrath: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. Und diese Bilder, sind die in Ihrer Behörde weiterverwendet worden und Quellen vorgelegt worden?

Zeuge Michael Ackrath: Ja, natürlich. Zunächst habe ich gesagt: Die Bilder kamen - wir sind 98; da gab es eben noch andere technische Systeme - per Fax oder so was, in miserabler Qualität. Und dann haben wir - - Wir hätten gern gute Bilder zur Vorlage bei der V-Person. - Und dann kamen die Bilder in besserer Qualität.

Ich möchte darauf hinweisen, dass ich Thüringen gebeten habe, allen Verfassungsbehörden diese Bilder zuzuschicken.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich würde Ihnen jetzt ganz gern mal einen Vorhalt machen - mein Mitarbeiter bringt Ihnen das jetzt gleich - von einem Fax, in dem ein handschriftlicher Vermerk drauf ist, auf dem „laut Rücksprache mit V/4.1 Quellenvorlage der Fotos [...] nicht -

Zeuge Michael Ackrath: Ja, das kann ich erklären.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - erfolgversprechend“ ist.

Zeuge Michael Ackrath: Die ersten Fotos - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Warten Sie, gucken Sie sich das an. Das sieht nämlich - nach dieser Vorlage - aus, als sei es unterblieben worden, Fotos Quellen vorzulegen. Vielleicht können Sie uns was dazu sagen.

(Dem Zeugen wird ein Dokument vorgelegt.)

Zeuge Michael Ackrath: Ja, das waren ja die ersten Fotos, die per Kryptofax kamen. Hier steht drauf: Fotos nicht erfolgversprechend, weil die Fotos eben grottenschlecht waren.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ach, die Fotos waren nicht erfolgversprechend!

Zeuge Michael Ackrath: Daraufhin haben wir die Fotos noch mal angefordert, und dann kamen sie in besserer Qualität, und dann wurden sie auch vorgelegt.

Untersuchungsausschuss 6/1
23. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.03.2018
Stenografischer Dienst

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mhm. - Das liest sich jetzt hier schon anders, weil es hier heißt: die Quellenvorlage der Fotos nicht erfolgversprechend. Und, wie gesagt, das ist von der Beschaffung gekommen und nicht - -

Zeuge Michael Ackrath: Das war meine Schrift. Das ist eine Schrift des Auswerters. Ich habe geschrieben - nach Rücksprache mit der Beschaffung -: Die Vorlage dieser schlechten Fotos -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aha.

Zeuge Michael Ackrath: - ich denke, die kann man auch gerne mal zeigen - ist nicht erfolgversprechend, weil man nichts drauf gesehen hat.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay, danke schön.

Zeuge Michael Ackrath: Bitte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Dann haben wir das geklärt. - Dann würde ich mich gerne auf einen Vermerk von Ihnen vom 14.09. beziehen. Da haben Sie einen Vermerk vorbereitet vor einem Treffen von verschiedenen Verfassungsschutzbehörden. Zu diesem Vermerk gehören mehrere Deckblattmeldungen, in denen von einem untergetauchten Trio berichtet wird. Können Sie sich an das Zustandekommen dieser Vermerke erinnern?

Zeuge Michael Ackrath: Ja. Also, die Auswertung hat den Auftrag, die Informationen, die sie bekommt - seien sie offen, seien sie durch ND-Mittel - - auszuwerten und zu bewerten und natürlich auch Risikoprognosen abzugeben.

Ich habe eben die Lage von 98 geschildert: Ein Kay Diesner hat einen Buchhändler angeschossen, einen Polizisten erschossen. Wir waren in Deutschland in Sorge vor rechtsterroristischen Anschlägen, und insbesondere der Brandenburger Verfassungsschutz hat auch öffentlich vor dieser Thematik gewarnt.

Dann habe ich natürlich in diesem Kontext die vorliegenden Meldungen über diese drei aus Thüringen ausgewertet und bewertet. Damals - also an sich auch schon medial; ... (akustisch unverständlich) auch drüber reden - war schon bekannt, allerdings noch eingestuft, dass die drei Waffen besorgen wollen und Banken überfallen wollen.

Es ist also eine Logik, wenn man sagt: Wir bearbeiten Rechtsterrorismus. Drei Leute sind im Untergrund, sie haben Waffen; dann könnten sie - analog zu einem Kay Diesner - auch Menschen erschießen. - Das ergibt sich aus dem Vermerk ganz eindeutig.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wem ist denn Ihr Vermerk damals alles zugegangen? Erinnern Sie sich noch?

Zeuge Michael Ackrath: Leider im Nachhinein - ich habe das ja noch mal geprüft - - Haben Sie auch die Anmerkung meines damaligen Vorgesetzten?

Untersuchungsausschuss 6/1
23. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.03.2018
Stenografischer Dienst

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich gehe jetzt mal davon aus, dass es die gleichen sind. Vielleicht - -

Zeuge Michael Ackrath: Ja, aber es gibt eine Annotation an dem Vermerk.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich weiß jetzt nicht, welche Sie haben, welche ich habe. Deswegen kann ich nicht sagen, ob wir die gleichen haben.

Zeuge Michael Ackrath: Können Sie mir das bitte zeigen, was Sie haben? - Danke.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Bitte.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt.)

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Die Frage war ja: Wissen Sie, wem die Vermerke alle zugegangen sind?

Zeuge Michael Ackrath: Genau.

(Der Zeuge liest in den ihm vorgelegten Unterlagen.)

Also, mein damaliger Vorgesetzter, der auch phasenweise Behördenleiter war, hat es abgelehnt, meinem Rat zu folgen. Er hat es abgelehnt. Ich habe ja vorgeschlagen: Die haben Waffen, man müsse die Polizei darüber informieren. Das hat er einfach abgelehnt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie sprechen von Herrn Milbradt?

Zeuge Michael Ackrath: Ich darf hier keine Namen von Behördenmitarbeitern nennen, Entschuldigung.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Doch, auf der Ebene schon.

Zeuge Michael Ackrath: Ich schaue nach Brandenburg.

(Der Zeuge blickt zu Herrn Dr. Treffke [MIK] - Herr Dr. Treffke [MIK]: Ab Referatsleiter und höher!)

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ab Referatsleiter aufwärts: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Die Ebene darf genannt werden. Deswegen frage ich jetzt nach.

Zeuge Michael Ackrath: Es war Herr Milbradt, ja. Er hat es abgelehnt. Ich habe auch vorgeschlagen, dass Umfeldpersonen des Trios - die Namen habe ich dort auch benannt - durch Spezialkräfte des Bundes observiert werden. Auch das hat er abgelehnt. Er hat es des Weiteren unterlassen, weitere Vorgesetzte zu informieren.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Können Sie uns erklären, warum solch eine Unterrichtung mutmaßlich ausblieb?

Untersuchungsausschuss 6/1
23. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.03.2018
Stenografischer Dienst

Zeuge Michael Ackrath: Der damalige Referatsleiter und ich - - Das Arbeitsverhältnis war nicht ganz spannungsfrei gewesen. Ich bin zum Thema Rechtsterrorismus wiederholt direkt zum Abteilungsleiter gegangen, und wir hatten verschiedene Bewertungen.

Ich habe mir auch noch mal vorlegen lassen, wer wann Behördenleiter war. Das war das Ende - ich denke, Behördenleiter darf ich auch nennen? -, -

Herr Dr. Treffke (MIK): Ja.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ja.

Zeuge Michael Ackrath: - der Ära von Dr. Förster. Wir müssten jetzt also prüfen: War Dr. Förster im Urlaub, war er nicht im Urlaub gewesen? Denn wenn Herr Milbradt zugleich der Behördenleiter war, hätte es auch gar keinen Sinn, sich beim Behördenleiter darüber zu beschweren. Er war ja Behördenleiter.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was bedeutet denn die handschriftliche Anmerkung von Herrn Milbradt vom 15.09.: „Die Angelegenheit wurde [...] mdl. mit AL V erörtert“?

Zeuge Michael Ackrath: Ich würde vorschlagen - die Schrift war ja nicht einfach zu lesen -, dass Sie das mit ihm erörtern.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das hatten wir schon versucht; aber gut. - In Ihrem Vermerk regen Sie die Observation von P. und Werner an, um zum flüchtigen Trio zu gelangen. Können Sie uns sagen, was aus dieser Anregung damals geworden ist?

Zeuge Michael Ackrath: Nichts. Leider.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Hatten Sie Kontakt mit Ihren Kollegen aus Sachsen und Thüringen in dieser Angelegenheit?

Zeuge Michael Ackrath: Ja, ich hatte - - Das ist, wenn man den Aktenvermerk sich insgesamt anschaut - - habe ich zu jedem Anruf eine Aktennotiz gemacht. Ich habe in Thüringen angerufen, ich habe oft den Bund angerufen, und ich habe auch in Sachsen angerufen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Herr Milbradt hat hier aber handschriftlich auch vermerkt, dass Weiteres zurzeit von hier aus nicht erforderlich sei, da Sachsen und Thüringen bereits Observationen untereinander verabredet haben.

Zeuge Michael Ackrath: Ja, und er hat auch gesagt: Die Informationen werden nur freigegeben, wenn Sachsen und Thüringen darum bitten.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Richtig, genau: Weitergabe an Polizei nur, wenn die ersuchen. Das ist gegenwärtig nicht der Fall. - Aber nach dieser Aussage hier sind ja Observationsmaßnahmen durch die LfVs zustande gekommen.

Untersuchungsausschuss 6/1
23. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.03.2018
Stenografischer Dienst

Zeuge Michael Ackrath: Ich habe damals an keiner Besprechung teilnehmen können oder sollen - weiß ich jetzt nicht -, die sozusagen behördenübergreifend durchgeführt wurde. Ich konnte es nur anregen von meinem Schreibtisch aus.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was wäre denn Ihr alternativer Vorschlag in dieser Situation gewesen?

Zeuge Michael Ackrath: Ja, man würde selbstverständlich den Quellenschutz aufheben, die Polizei informieren, dass diese Leute im Untergrund sind, dass sie eine Waffe haben. Wir sind hier im Bereich der Spekulation: Was wäre gewesen, wenn? - Also, durchaus hätte die Polizei sehr früh gewusst, dass Banküberfälle diesen Rechtsterroristen zuzuordnen sind.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was hätte denn das bedeutet, hier den Quellenschutz aufzuheben?

Zeuge Michael Ackrath: Dann hätte man eben diese Information - die drei sind im Untergrund und haben eine Waffe und wollen Banken überfallen - der Polizei weitergeben können.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und was hätte das für die Quelle bedeutet?

Zeuge Michael Ackrath: Das ist wiederum Sache der Beschaffung. Wenn ich das richtig - sozusagen im Rückblick - interpretiert habe, hat man eben das Risiko gesehen, dass dadurch die Quelle sozusagen enttarnt werden könnte. Also hat man es unterlassen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wer entschied denn in Ihrer Behörde zu der damaligen Zeit über Weitergaben an Polizei?

Zeuge Michael Ackrath: Das ging zunächst mal vom Referatsleiter aus und in Einzelfällen auch in Absprache mit dem Behördenleiter.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und Sie schreiben, dass eine Weitergabe an die Polizei geprüft werden solle, und verweisen wieder auf die Gefährlichkeit der Gesuchten, richtig?

Zeuge Michael Ackrath: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Können Sie uns sagen, ob diese Prüfung durch das Beschaffungsreferat erfolgte?

Zeuge Michael Ackrath: Das ist ja, glaube ich - da müsste man noch mal die Verfügungen angucken - an die Beschaffung V/4 - war es damals - weitergegeben worden.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja, V/4. - Wissen Sie, wie mit der Informationsweitergabe dann - - wie dieses Referat damit umgehen wollte?

Untersuchungsausschuss 6/1
23. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.03.2018
Stenografischer Dienst

Zeuge Michael Ackrath: Nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gar nicht.

Zeuge Michael Ackrath: Das kann ich jetzt im Grunde nur - - Jetzt müsste ich rekonstruieren aus Medienlagen. Damals wusste ich es nicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): In welcher Form wurden denn damals Informationen an die Polizei herangetragen?

Zeuge Michael Ackrath: Also, man hatte ja die sogenannte Freitagslage. Wenn wir Informationen hatten über Skin-Konzerte, war die Polizei begeistert, wenn der Verfassungsschutz sich freitags um 12 Uhr meldete: „Wir haben Informationen“ - ich überzeichne es ein wenig - „über ein Skin-Konzert zwischen Frankfurt (Oder) und Guben“. - Ich habe es ein wenig überzeichnet. Also, wenn wir Informationen hatten, die freigegeben werden konnten, wurden sie an die Polizei weitergeleitet.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): In welcher Form denn?

Zeuge Michael Ackrath: Fax, Anruf, Schreiben. Wir sind ja 98 de facto noch vor dem Internet. Fax war das Wegmittel.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mit Angaben von Quellen oder auch ohne?

Zeuge Michael Ackrath: Ohne.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie lief so was?

Zeuge Michael Ackrath: Hier: „Dienstlich wurde bekannt, dass ...“.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): „Dienstlich wurde bekannt“. Okay. - Sie regen auch weiter in Ihrem Vermerk an, die Quelle erneut zu befragen. In welcher Form wurde darüber das Beschaffungsreferat in Kenntnis gesetzt? Wurde diese Anregung dahin weitergegeben? Wissen Sie das?

Zeuge Michael Ackrath: Das hängt jetzt davon ab, ob der Vermerk an die Beschaffung weitergegeben wurde oder nicht. Das kann ich - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): War Ihnen das nicht bekannt, dass die Maßnahme - - oder erinnerlich, ob die Maßnahme umgesetzt worden ist?

Zeuge Michael Ackrath: Nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gar nicht. Also auch, dass sie nicht umgesetzt worden ist, ist Ihnen nicht bekannt.

Zeuge Michael Ackrath: Im Grunde genommen gibt es ja diesen Sprung jetzt von 20 Jahren. Ich weiß auch vieles aus Zeitungen von heute zu damals. Damals wusste ich es nicht.

Untersuchungsausschuss 6/1
23. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.03.2018
Stenografischer Dienst

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Können Sie uns über das Treffen der Verfassungsschutzbehörden hier in Potsdam was sagen?

Zeuge Michael Ackrath: Leider kann ich nichts dazu sagen, da ich ja zu diesen Besprechungen gar nicht eingeladen wurde. Blick 98.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, wir können aus den Unterlagen schon nachverfolgen, dass diese Quelle dann gezielt in Richtung dieses Trios gesteuert worden ist von Ihrer Behörde. War das ungewöhnlich, dass Brandenburg seine Quellen auch in andere Länder steuerte?

Zeuge Michael Ackrath: Also, ich habe ja - - Das kann ich jetzt nicht sagen. Im Grunde genommen: Es war ja eine hochwertige Quelle. Man wollte eben Informationen haben, und dann hat man es eben versucht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich habe Sie ja gerade gefragt, was Sie über dieses Treffen wissen. War Ihr Vermerk nicht sogar deswegen angelegt worden, um dieses Treffen vorzubereiten?

Zeuge Michael Ackrath: Also mein Vermerk war ein Vermerk als Auswerter, der die Lage bewertet hat, mit einer Gefährdungsprognose. Danach bin ich in keine Besprechung - ich ergänze mal: leider - eingebunden worden.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Nicht eingebunden, aber Sie wussten, wofür dieser Vermerk - - Oder wurde dieser Vermerk vielleicht sogar gezielt für dieses Treffen -

Zeuge Michael Ackrath: Das weiß ich nicht, -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - angefordert?

Zeuge Michael Ackrath: - weil ich habe ja alles durchgestrichen bekommen vom - - Ich weiß es nicht. Mein Vorgesetzter hat das abgelehnt, und ich weiß nicht, was damit passiert ist. Wir reden von 98.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Dann sammeln wir uns jetzt mal ein bisschen -

Zeuge Michael Ackrath: Alles klar.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - und geben mal weiter. Danke.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Wir sind auch noch genau im Zeitlimit geblieben. - Dann wechselt das Fragerecht zur CDU-Fraktion. Herr Dr. Redmann, bitte.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Herr Zeuge, erst mal vielen Dank für die vielen Informationen, die uns hier, glaube ich, viel weiterführen als viele Zeugenvernehmungen, die wir früher hatten.

Untersuchungsausschuss 6/1
23. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.03.2018
Stenografischer Dienst

Ich möchte noch mal zu dem Thema zurückkommen, und zwar zu dem Treffen der Landesverfassungsschutzämter. Da gab es ja eine Überlegung, dass das BfV ein Behördenzeugnis über die Informationen der Quelle „Piatto“ ausstellen sollte. Fünf Tage später hat sich dann der Verfassungsschutz aber doch entschieden, diesen Plan nicht weiterzuverfolgen. Ist Ihnen bekannt, welche Gründe, welche internen Diskussionen, Argumente zu dieser Entscheidung innerhalb des brandenburgischen Verfassungsschutzes geführt haben?

Zeuge Michael Ackrath: Ich rede jetzt von 98: -

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ja.

Zeuge Michael Ackrath: - Ich weiß es nicht. Ich war nicht in die Besprechungen eingebunden. Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Und Sie haben auch nicht auf anderem Wege davon erfahren, oder - -

Zeuge Michael Ackrath: Später, nach 20 Jahren, aus den Medien.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Okay. - Haben Sie zu irgendeinem Zeitpunkt aus dem Beschaffungsreferat erfahren, dass das Trio sich in Chemnitz aufhalten sollte?

Zeuge Michael Ackrath: Ich habe ja noch mein Aktenstudium betrieben. Ich glaube, das habe ich in einer Meldung gelesen, ja.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Nach unseren Informationen soll R. G. mit dem thüringischen Landesamt für Verfassungsschutz am 07.09.1998 telefoniert haben und ihm die Information, das Trio sei im Raum Chemnitz, weitergegeben haben. Uns wundert, dass das in keiner Deckblattmeldung und in keinem Treffvermerk auftaucht.

Zeuge Michael Ackrath: Also, davon höre ich heute zum ersten Mal. Es gilt der Grundsatz: Die Auswertung steuert die Beschaffung. - Das sind nach meinem Empfinden alles Dinge, die die Auswertung zu erledigen hätte. Ich höre heute zum ersten Mal davon.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Also, wenn es sich tatsächlich so zugetragen haben sollte, wie ich es gerade aus den Akten zitiert habe, dann wäre das etwas, was eigentlich mit den Regularien und den üblichen Abläufen im Verfassungsschutz nicht vereinbar wäre, also dass die Beschaffung in dieser Weise tätig wird, ohne dass - -

Zeuge Michael Ackrath: Nennen wir es „ungewöhnlich“.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ungewöhnlich. - Uns sind auch Hinweise untergekommen beim Aktenstudium, dass es einen Auswertervermerk geben sollte vom 13.10.1998 zu „Piattos“ Deckblattmeldung bezüglich des Jenaer Trios. Dieser Vermerk liegt uns allerdings nicht vor, und wir konnten ihn auch bislang nicht irgendwie ans Tageslicht befördern, was uns ziemlich wundert.

Untersuchungsausschuss 6/1
23. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.03.2018
Stenografischer Dienst

Zeuge Michael Ackrath: Also, ich habe ja in den letzten Tagen 22 Aktenordner noch mal durchgelesen, durchgefiltert, soweit das eben möglich ist. Das ist mir nicht erinnerlich, was Sie eben erzählten. Auch jetzt vom Aktenstudium her ist mir das nicht erinnerlich.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Okay. - Dann gehen wir mal ein bisschen weiter in der Zeitleiste, und jetzt sind wir im Januar 1999.

Zeuge Michael Ackrath: Ja.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Da haben Sie ja die Fahndung des Trios erneut aufgenommen. Warum gerade zu dem Zeitpunkt? Oder ist das etwas, was sich jetzt verkürzt für uns so darstellt aus der Akte, weil die Akte lückenhaft ist?

Zeuge Michael Ackrath: Also, die Fahndung ist ein polizeilicher Begriff.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ja, gut. Die Suche - nennen wir es so.

Zeuge Michael Ackrath: Sie dürfen nicht vergessen: Ich war ja zuständiger Bearbeiter für das Land Brandenburg, und wir hatten - - Das könnte ich in einer anders eingestuftem Sitzung auch ausführlich darstellen, was wir eigentlich getan haben gegen Rechtsterroristen in diesem Land; aber das geht in dieser Sitzung, in dieser Einstufung, jetzt nicht. Das war unser Schwerpunkt. Die Informationen - ich glaube, es waren drei Meldungen von „Piatto“ zu dem Trio - haben wir entsprechend bearbeitet. Und ich habe immer dafür gesorgt, dass die Informationen woanders angekommen sind, und habe auch immer angerufen: „Habt ihr das bekommen?“, und habe das notiert, ja.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ich habe diese Frage deshalb gestellt, weil sich aus den Akten ergibt, dass im Januar 99 der Auswerter die V-Mann-Führer aufgefordert hat, „Piatto“ nochmals die Fotos des Trios vorzulegen. Sie haben zum einen vorhin gesagt, dass die Fotos zunächst mal unbrauchbar übermittelt wurden, sie wurden dann brauchbar übermittelt auf Ihre Intervention hin.

(Der Zeuge nickt.)

Ich vermute mal, dass Sie dann die diese Fotos, die brauchbaren Fotos, auch vorgelegt haben,

(Der Zeuge nickt.)

ohne Erfolg. Ist das richtig? Oder - -

Zeuge Michael Ackrath: Ja. Wenn ich das richtig rekonstruiere, wurden dann die brauchbaren Fotos durch den V-Mann-Führer der Brandenburger Quelle „Piatto“ vorgelegt. Und dann gab es eben Meldungen, sie seien im Raum Chemnitz, und die andere Meldung - da sprachen wir ja eben drüber -, dass Sie sich wohl Waffen beschaffen wollen und da Richtung Südafrika wollen.

Untersuchungsausschuss 6/1
23. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.03.2018
Stenografischer Dienst

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Also, „Piatto“ hat die Fotos bekommen, zu sehen bekommen?

Zeuge Michael Ackrath: Ich habe sie dem V-Mann-Führer gegeben. Ich gehe davon aus, dass er sie auftragsgemäß vorgelegt hat.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Und durch das Zeigen der Fotos sind diese Informationen, von denen Sie gerade sprachen, aufgekomen? Habe ich Sie da richtig verstanden?

Zeuge Michael Ackrath: Das ist eine Spekulation. Ich habe dem V-Mann-Führer die Fotos gegeben, und irgendwann entdeckte ich in diesen sehr umfangreichen „Piatto“-Meldungen auch Hinweise auf das Trio. Ob das aufgrund der Fotos war oder aufgrund der Befragungen: „Was ist denn mit den dreien?“, müsste man noch mal den V-Mann-Führer selber fragen.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Okay. - Und dann im Januar 1999 noch mal die Anweisung: Bitte noch mal Fotos vorlegen. - Ist da irgendein Ereignis eingetreten, was Sie dazu veranlasst hat, zu glauben, dass inzwischen die Vorlage der Fotos erfolgversprechender sein könnte?

Zeuge Michael Ackrath: Also, wenn ich meine Akten rekapituliere, war das alles in 98 gewesen. Ich meine: Fotos angefordert 98, schlechte Qualität, wieder angefordert, an den V-Mann-Führer gegeben.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ja, ja.

Zeuge Michael Ackrath: So dürfte es gelaufen sein.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Es gibt aber noch einen Vermerk vom 21.01.1999.

(RA [REDACTED]: Könnten Sie den vielleicht einmal vorlegen, bitte?)

- Wir werden den mal raussuchen und dann sogleich vorlegen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Sie machen aber weiter.

(Abgeordnete Gossmann-Reetz [SPD]: Wir haben den da!)

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ihr habt den schon? - Wir haben ihn jetzt auch hier; dann machen wir das sofort.

(Abgeordnete Gossmann-Reetz [SPD]: Wir haben ihn da! - Gegenruf des Abgeordneten Lakenmacher [CDU]: Das wäre nett!)

- Sehr kollegial.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Das ist jetzt Amtshilfe.

Untersuchungsausschuss 6/1
23. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.03.2018
Stenografischer Dienst

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): 21. Januar 1999.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt. - Der Zeuge und sein Rechtsbeistand nehmen Einblick.)

B 4\2016-12-06 und dann 55-004-S-530 003-0000-0036_2018, Nr. 3.

Zeuge Michael Ackrath: Genau. Es kann ja durchaus sein, dass nach 20 Jahren die Zeitachse des Jahres 98 im Detail bei mir ein wenig verschwimmt.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ja.

Zeuge Michael Ackrath: Ich nehme an, das war das gewesen: Fotos angefordert, erneut angefordert. - Das müsste in diesem Kontext stehen.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ach so. Sie gehen nicht davon aus, dass es sich um eine erneute - - Also, es wäre dann die erstmalige Vorlage der Fotos, von denen - -

Zeuge Michael Ackrath: Das vermute ich jetzt. Wie gesagt, es ist 20 Jahre her, und trotz intensiven Aktenstudiums würde ich es so - - Ja.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Dann würde mich aber, wenn das so war, wundern, warum die Fotos erst über vier Monate nach den Deckblattmeldungen zum Trio der Quelle vorgelegt wurden.

Zeuge Michael Ackrath: Kann ich nichts zu sagen.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Wir haben in den Akten auch gefunden, dass es wohl eine Rücksprache geben sollte zwischen dem V/3 und V/4. Ich gehe mal davon aus, dass das also zwischen den Referatsleitern erfolgte.

(Der Zeuge nickt.)

Der Termin wurde ausweislich einer handschriftlichen Notiz auf den 18. März 99 verschoben. Ist Ihnen da etwas bekannt, -

Zeuge Michael Ackrath: Nein.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): - so eine Rücksprache zwischen den - -

Zeuge Michael Ackrath: Nein. Was ja auch damals problematisch war, ist, dass ich zu dem Themengebiet Rechtsterrorismus, glaube ich, nur ein Jahr eingesetzt gewesen bin oder anderthalb Jahre. Wir konnten leider nicht mehr rekonstruieren, von wann bis wann ich genau dieses Thema bearbeitet habe.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Gut. Das war es erst mal in dieser Runde. Ich würde dann auch die Erkenntnisse sortieren und gegebenenfalls in der nächsten Runde noch mal weitermachen.

Untersuchungsausschuss 6/1
23. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.03.2018
Stenografischer Dienst

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Gut. - Dann wandert das Fragerecht zur Fraktion der Linken. Frau Vandre.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Hallo, Herr Ackrath! Ich würde gern noch mal bei der Zeitschiene einsetzen. Sie haben gerade dargestellt, dass Sie die Fotos in schlechter Qualität am 05.02.1998 erhalten haben. Wir wissen, dass die Deckblattmeldungen zum Trio - die erste am 19.08., die zweite am 09.09.1998 - verfasst wurden. Und Herr Redmann hat Ihnen gerade vorgehalten, dass wir am 21. Januar 1999 dann die erneute Aufforderung zur Vorlage der Fotos haben.

Es gibt aber noch einen Vermerk, der dazwischen verfasst wurde von Ihrer Person, und zwar ist das ein Vermerk vom 4. Januar 1999. In dem heißt es, dass Sie ein Telefonat mit einem Herrn XYZ vom BfV geführt haben am 4. Januar, und aus diesem Vermerk geht hervor - ich zitiere -:

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt.)

„Bei einem heutigen Telefonat teilte Herr *[unkenntlich gemacht]* sein Bedauern darüber mit, daß im Zusammenhang mit den Aktivitäten der drei abgetauchten Rechtsextremisten, die offenkundig Unterstützer hätten - sonst könnten diese nicht solange untertauchen - das BfV fast keine Informationen erhalte.“¹

Und es drückt darüber hinaus aus, dass es diesen Prozess als sehr besorgniserregend erachte, weil es schließlich um geplante Banküberfälle gehen würde.

Ich würde den Vermerk jetzt so interpretieren, dass das der Grund war, warum Sie die nochmalige Aufforderung der Vorlage verfasst haben. Teilen Sie diese Auffassung?

(RA [REDACTED]: Wenn ich ganz kurz einhaken darf: Ich glaube, der Vorhalt ist falsch, den Sie gerade gemacht haben! Herr Ackrath hat meiner Erinnerung nach gesagt, er könne sich nicht erinnern, dass er noch mal vorgelegt hat!)

- Deswegen ja die Gedankenstütze gerade, weil, wie gesagt, die Aufforderung, vorzulegen, kam ja dann von Herrn Ackrath am 21. Januar. Deswegen die Frage: Ist die Vorlage, die ja dann auch erst im Januar bei Herrn Szczepanski erfolgte, zurückzuführen auf genau dieses Telefonat am 4. Januar, das Sie dazu veranlasst hat? - Ich will das nur einfach vom Zeitlichen für uns nachvollziehbar machen.

Zeuge Michael Ackrath: Also, ich habe ja, um diesen Satz, den ich jetzt sage, zu vermeiden, noch mal bewusst die Akten auch studiert; aber es ist in der Tat 20 Jahre her, und ich kann das leider nicht mehr im Einzelnen rekonstruieren, zumal ich auch nicht sicher bin, ob der Aktenbestand in der Tat auch vollzählig gewesen ist. Ich habe irgendwie 22 Ordner noch mal durchgefräst in den letzten Tagen, und deshalb kann ich das en détail jetzt hier nicht sagen.

¹ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: Nr. 2_231-S-360007-0001_1999_VSNfD_bwp.pdf.

Untersuchungsausschuss 6/1
23. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.03.2018
Stenografischer Dienst

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay. - Diese 22 Ordner: Darf ich die Frage stellen, ob Sie sich da im Innenministerium Brandenburg mit den Akten vorbereitet haben?

Zeuge Michael Ackrath: Ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay. - Die nächste Frage, die ich habe, ist: Sie haben vorhin die Praxis ausgeführt, dass, wenn etwas dienstlich bekannt wurde, es in einem Freitagsgespräch durchaus auch an Einsatzkräfte der Polizei weitergeleitet werden konnte mit der Aussage „Dienstlich wurde bekannt ...“ und Hinweisen zum Beispiel auf die Durchführung von Konzerten. Das heißt also, es wäre möglich gewesen - auch mit dem Vorzeichen „Dienstlich wurde bekannt ...“ -, durchaus auch die Informationen, die Herr Szczepanski am 09.09. gab oder die in der Deckblattmeldung vom 09.09. auftauchten, weiterzugeben?

Zeuge Michael Ackrath: Zwei Sachen: Zunächst mal habe ich das ein wenig ironisch gesagt mit dem Freitag. Das war der berühmte Spruch aus der Polizei, dass Freitag-Fax des Verfassungsschutzes - - sondern natürlich haben wir auch zu anderen Tagen Informationen weitergeliefert. Das war eben mit dem Freitag immer für die Polizei ärgerlich, wenn freitags was zusammengestellt werden musste an Einsatzkräften.

Zweitens. Die Entscheidung, ob Informationen herabgestuft werden oder nicht, die trifft letztendlich die Beschaffung oder der Behördenleiter, die trifft nicht der Auswerter. Der Auswerter kann darum bitten. Ich habe darum gebeten; das wurde abgelehnt.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Das war auch nicht, um Sie zu diskreditieren, sondern ich will das auch einfach nur ins Verhältnis setzen, -

Zeuge Michael Ackrath: Genau.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): - weil ich nämlich - - Es gibt auch in öffentlichen Publikationen - - wird ja auch viel um den 16.09. und die Zusammenkunft hier in Potsdam wiedergegeben.

(Der Zeuge nickt.)

Es wird versucht, zu rekonstruieren, was da passiert ist und warum welche Informationen durchgedrungen sind oder nicht. Und aus „Heimatschutz“ zitierend heißt es dort, dass das LfV Sachsen in einem Vermerk dokumentiert habe:

„Am 16.09.1998 abends gab es eine Besprechung mit dem Präsidenten des LKA TH. Dabei forderte dieser für die Umsetzung zu polizeilichen Maßnahmen einen schriftlichen Bericht, um beim Amtsrichter Beschlüsse für TÜ und Observation zu beantragen. Nach Rücksprachen des LfV TH mit *[unkenntlich gemacht]* IM BB, war dieser nicht mehr bereit, die Zustimmung zur Erstellung des Behördenzeugnisses“

- in Klammern: durch das BfV -

Untersuchungsausschuss 6/1
23. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.03.2018
Stenografischer Dienst

„zu geben.“²

Das heißt also, das würde dann darauf hinauslaufen, dass es ja durchaus eine Entscheidung des Innenministers persönlich gewesen ist.

Zeuge Michael Ackrath: Von den Sachen, die Sie hier vorlesen, habe ich auch hinterher erfahren. Das war für mich persönlich sehr bitter, weil ja mein Vorschlag, die Polizei zu informieren, eben mit der Begründung abgelehnt wurde: nur wenn Thüringen darum bittet. Nun wissen wir, Thüringen hat darum gebeten. Das finde ich - wenn ich auch persönlich werden darf - sehr, sehr bitter, weil hier geht es um Menschenleben.

Aber es ist eben anders entschieden worden, und ich war leider nicht in der Position, diese Informationen zu bekommen. Hätte ich gewusst, dass Thüringen darum bittet, hätte ich natürlich auch massiv Druck gemacht und hätte gesagt: Thüringen bittet darum, gebt das doch endlich weiter. - Das ist leider nicht geschehen.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Vielen Dank. - Dann würden wir auch erst mal weitergeben.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ich muss an dieser Stelle auch fürs Protokoll mitteilen, dass Herr Galau aus gesundheitlichen Gründen der Sitzung heute nicht mehr bewohnen kann; Herr Zülicke hat mich darüber informiert. Ich bitte darum, das zu Protokoll zu nehmen.

Wir landen bei Frau Nonnemacher. Bitte schön.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Schönen guten Tag, Herr Zeuge. - Um da weiterzumachen: Sie hatten uns eingangs eindrücklich geschildert, Sie sagten: Wir waren in Sorge vor rechtsterroristischen Angriffen seit dem Polizistenmord von Kay Diesner 1997. Das war sozusagen Ihr fachlicher Hintergrund auch als Auswerter und für Rechts- und Linksterrorismus zuständige Kraft im Verfassungsschutz.

Zeuge Michael Ackrath: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Und Sie haben gesagt, Sie haben von Anfang an, als die Deckblattmeldungen zu dem Trio auftauchten, das auch als Rechtsterrorismus eingestuft und sich explizit für die Weitergabe an Thüringen und Sachsen ausgesprochen und gesagt, dass Sie der Meinung waren, der Quellenschutz hätte zurückstehen müssen.

Zeuge Michael Ackrath: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie haben vorgetragen, dass Ihr Verhältnis zu Ihrem Referatsleiter, Herrn Milbradt, nicht frei von Spannungen war und dass Ihr Referatsleiter dazu eine andere Auffassung vertreten hat.

Jetzt möchte ich an der Stelle noch mal fragen: Wenn Sie so voll Vehemenz dieser Überzeugung waren, es hier mit einem Phänomen von Rechtsterrorismus zu tun zu

² Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: 2 StE 8-12-2 Ordner 16.pdf, Seite 295.

Untersuchungsausschuss 6/1
23. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.03.2018
Stenografischer Dienst

haben, und auch konkret vor Anschlägen Angst hatten, konnten Sie sich nicht an den Abteilungsleiter wenden, konnten Sie nicht mit Ihrer dringenden Sorge dann bei anderen Führungskräften im Verfassungsschutz vordringen?

Zeuge Michael Ackrath: Ich habe ja eben gesagt: Herr Milbradt war sowohl Abteilungsleiter in Vertretung als auch Referatsleiter. Man müsste prüfen, ob er damals auch die Funktion des Abteilungsleiters hatte. Zu Fällen - bin ich gerne bereit, was zu sagen, aber in einer eingestuften Sitzung -, die wir in Brandenburg hatten, bin ich immer zum Abteilungsleiter sofort hochmarschiert.

Ich kann auch sagen: In einem Fall war es so: Der Abteilungsleiter ist später gewechselt zur Polizeiabteilung und ... (akustisch): „Der und der wird bald aus der Haft entlassen“, und dann hat der Dr. Förster entsprechende Maßnahmen eingeleitet. Man müsste jetzt im konkreten Fall prüfen: „Wer war anwesend?“, und die Sache dann noch mal klären.

Außerdem können Sie nicht ständig an Ihrem Vorgesetzten vorbei zur Amtsleitung hochmarschieren. Das geht einfach nicht. Und es bedarf eines Falls außerhalb Brandenburgs. Hinterher ist man natürlich immer schlauer. Aber wenn - das müsste man eben, wenn das noch rekonstruierbar ist, prüfen: „War Herr Milbradt in der Zeit zugleich Abteilungsleiter?“ -, dann hätte ich es auch sein lassen können, weil er war der Abteilungsleiter.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also, wir haben hier so eine Art Organigramm vorliegen von den Führungspositionen, -

Zeuge Michael Ackrath: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - über die wir hier ja offen reden können, und da ist Herr Dr. Förster bis zum Oktober 1998 als Leiter der Abteilung V des Innenministeriums, -

Zeuge Michael Ackrath: Genau.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - also als Leiter der Verfassungsschutzbehörde, eingetragen. Das heißt, in diese Zeit fallen ja die Dinge, über die wir reden. Konnten Sie denn mit Herrn Dr. Förster, dem Abteilungsleiter, über Ihre Sorge sprechen, und sind Sie dort auf Verständnis gestoßen?

Zeuge Michael Ackrath: Also, Dr. Förster - - Ich habe noch mal - - Aus der Aktensichtung ergab sich: Ich habe auch mehrere Interviews von ihm zum Thema Rechtsterrorismus im Januar des gleichen Jahres vorbereitet. Was wir nicht mehr rekonstruieren können, ist, ob Dr. Förster zu dem Zeitpunkt im Urlaub war, ob ich in Urlaub gegangen bin. Der Vermerk ist ja vom September, und Dr. Förster ging im Oktober, meine ich. Das habe ich auch noch mal geprüft. So. Und da kann sich eine Vakanz ergeben haben. Ich wäre mit Sicherheit zu Dr. Förster gegangen; aber man kann nicht ständig - das habe ich eben schon mal gesagt - da widersprechen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. - Jetzt noch mal die Frage: Sie wären zu Dr. Förster gegangen. Also, zu dem bestand ein besseres - -

Untersuchungsausschuss 6/1
23. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.03.2018
Stenografischer Dienst

Zeuge Michael Ackrath: Ein sehr gutes Arbeitsverhältnis, ein sehr gutes Verhältnis. Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ein sehr gutes Arbeitsverhältnis, -

Zeuge Michael Ackrath: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - was frei von Spannungen war, -

Zeuge Michael Ackrath: Yes.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - die mit Ihrem Referatsleiter bestanden. Aber Sie glauben, dass der Abteilungsleiter just im September möglicherweise im Urlaub gewesen ist und dass deshalb dieses Gespräch nicht zustande kam?

Zeuge Michael Ackrath: Also, ich zitiere noch mal Herrn Rupprecht zu Beginn der Sitzung: Es ist jetzt wirklich jetzt 20 Jahre her, und wer da wann Urlaub hatte, das weiß ich nicht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Okay.

Zeuge Michael Ackrath: Ich vermute es einfach. Wenn er dagewesen wäre, so müssen Sie bedenken: Wenn Sie ständig eine andere Meinung haben als Ihr Referatsleiter, müssen Sie immer überlegen: Wann überspringe ich diese Hierarchieebene? - Das sollten Sie nicht ständig tun.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja, das kann ich mir gut vorstellen. Auch uns sind ja Hierarchien nicht ganz fremd. Aber es geht um „ständig“ oder „einmal“. Haben Sie einmal mit dem Abteilungsleiter der Verfassungsschutzbehörde eindringlich gesprochen, Ihrer Sorge Ausdruck gegeben, und hat er Ihnen dann gesagt: „Nö, ich schließe mich da der Meinung des Referatsleiters an“, oder - - Verstehen Sie, es geht nicht um „ständig“.

Zeuge Michael Ackrath: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich frage: Haben Sie einmal bei der übergeordneten Stelle sozusagen versucht, das Ruder rumzureißen, -

Zeuge Michael Ackrath: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - da Sie ja in großer Sorge vor einem rechtsterroristischen Anschlag waren?

Zeuge Michael Ackrath: Ja. Ich war mit dem Dr. Förster in regelmäßigen Gesprächen; ich habe es ja eben erwähnt. Aus den Akten ergibt sich, dass er, glaube ich, im Januar dazu Interviews gegeben hat mit bundesweiter Resonanz: Verfassungsschutz warnt vor Rechtsterrorismus. Das war das Produkt der Gespräche zwischen Dr. Förster und mir, und das war auch das Produkt der Zulieferungen, die ich ihm gegeben habe.

Untersuchungsausschuss 6/1
23. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.03.2018
Stenografischer Dienst

Er hat zum Beispiel gewarnt, dass sich Rechtsextremisten bei der Bundeswehr ausbilden lassen könnten. Er hat öffentlich gewarnt vor der großen Sorge, dass die Kroatiensöldner - es gab ja auch schon damals Söldner - radikalisiert zurückkommen könnten. Wenn die Sitzung eingestuft wäre, könnte ich Ihnen ja auch die Fälle sagen, die wir in Brandenburg haben. Allein dazu liegen in diesem einen konkreten Fall neun Bände vor, den wir intensivst bearbeitet haben. Aber dazu müssten wir eben die Sitzung anders gestalten.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Das können wir ja noch tun; jetzt sind wir erst mal noch im öffentlichen Modus.

Gut. Also, Sie sind der Meinung, dass bei Dr. Förster diese eindringlichen Appelle auf einen fruchtbaren Boden fielen und er sich unter anderem auch in der Presse -

Zeuge Michael Ackrath: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - sehr kritisch und sehr warnend vor entsprechenden rechtsterroristischen Akten ausgesprochen hat. Das führte aber nicht dazu, dass im konkreten Fall in seiner Behörde sozusagen eine andere Haltung ausgesprochen worden ist, dass gesagt wurde: Nein, wir müssen jetzt die Polizei einschalten.

Zeuge Michael Ackrath: Also, Dr. Förster war ja von Hause aus Staatsanwalt, und in dem Vermerk sieht man ja auch, dass die Hierarchiekette - ich habe ja gebeten, die Hierarchiekette nach oben zu informieren - einfach unterbrochen wurde, indem die Abteilungsleitung nicht informiert wurde. Wie gesagt, wir sind im Bereich der Spekulation: War er im Urlaub, war er nicht im Urlaub? - Das weiß ich nicht.

Also von meiner Hierarchie, von meiner Verfügungskette ist ganz klar verfügt: Referatsleiter Auswertung, Referatsleiter Beschaffung und Behördenleiter. Das ist einfach durchgestrichen worden.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wer hat normalerweise im Brandenburger Verfassungsschutz in dieser Zeit entschieden, was an die Polizei weitergegeben worden ist? War das das Beschaffungsreferat, oder war das das Auswertungsreferat?

Zeuge Michael Ackrath: Das hing natürlich davon ab: Wo kommen die Informationen her? Nehmen wir mal an, wir hätten eine Information einer anderen Behörde bekommen, dann hätten wir die andere Behörde um Runterstufung gebeten. Das hing vom Einzelfall ab: Waren es eigene Informationen? - Und dann wurde natürlich immer mit der Beschaffung Rücksprache genommen: Kann es heruntergestuft werden oder nicht?

Sehr oft hat die Beschaffung auch von vornherein gesagt: „Szczepanski hat eine Meldung gebracht mit X Anlagen; das ist offen, das ist NfD“, sodass man eben schon von vornherein bestimmte Dinge auch weitergeben konnte. Das hing vom Einzelfall ab. Im konkreten Fall hat man es eben abgelehnt, es weiterzugeben - aus Sorge, dass die Quelle gefährdet wäre.

Untersuchungsausschuss 6/1
23. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.03.2018
Stenografischer Dienst

Noch ein Satz zum Thema Herrn Milbradt, dass das auch nicht in den falschen Hals kommt: Er hat zum Beispiel auch ganz klar in dem einen Vermerk geschrieben: Alle Informationen sind an das BfV weiterzugeben. - Er hat großen Wert darauf gelegt, dass alles an das Bundesamt ging. Das steht in dem einen Vermerk ja auch drin, wo er dann gebeten hat: Alles ist vorzulegen. - Es lag aber bereits vor.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Im Fall von der eigenen Quelle „Piatto“ war also das Auswertungsreferat maßgeblich für - -

Zeuge Michael Ackrath: Nein, immer die Beschaffung. Also, wir können als Auswerter nicht sagen: Eine geheime - - Das ist immer: Die Beschaffung muss entscheiden: Wird das heruntergestuft oder nicht? - Es geht ja um Leib und Leben der Quelle. Die Auswertung kann darum bitten, aber die Beschaffung - - Oder letztendlich muss im Zweifel eben dann auch die Leitung entscheiden.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also war für die Nichtweitergabe der Information an die Polizei dann doch nicht hauptsächlich Herr Milbradt verantwortlich, sondern Sie würden sagen, da es um den Quellenschutz gehe, war dann hauptsächlich das Referat Beschaffung verantwortlich?

Zeuge Michael Ackrath: Wenn ich die Anmerkungen im Zeitalter vor moderner Technik sehe, ist es, glaube ich, auch gar nicht an die Beschaffung weitergegeben worden. Da ist ja eine Verfügungskette dran, wo ich dann durchdekliniert habe: Leiter Auswertung, Leiter Beschaffung, Behördenleiter. Und das ist einfach durchgestrichen worden. Deshalb - -

Nach dem, was Frau Vandre eben sagte, wissen wir nun medial: Irgendetwas ist schon mit dem Vermerk geschehen - vermute ich, sonst hätte - - Aber aus meiner Sicht damals - und da geht es heute darum, was ich damals wusste -: durchgestrichen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aha. Also, die Weitergabe der Information an die Polizei hätte eher in der Beschaffung erfolgen müssen, aber die Beschaffung wurde darüber nicht informiert.

Zeuge Michael Ackrath: Ja. Normalerweise geht die Auswertung zur Beschaffung und sagt: Können wir das runterstufen? Wenn die Beschaffung Ja sagt, setzt man ein Schreiben auf, lässt die Beschaffung mitzeichnen, und das geht dann an die Polizei weiter.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Einen Monat, nachdem diese Hinweise auf die Überfall- und Bewaffnungspläne des Trios eingegangen sind, also einen Monat später - war im Oktober 98 -, da hatte Piatto Hinweise auf eine Lieferung von „Landser“-CDs gebracht, und das wurde an die Polizei weitergegeben. Können Sie sich erklären, wie diese unglaubliche Diskrepanz im selben Zeitraum zustande gekommen ist, dass man einerseits den Quellenschutz für unabdingbar hielt, wenn es um Bewaffnung und um Rechtsterrorismus ging, aber nicht, wenn es um die Beschlagnahmung von „Landser“-CDs gegangen ist?

Untersuchungsausschuss 6/1
23. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.03.2018
Stenografischer Dienst

Zeuge Michael Ackrath: Jetzt würde ich in den Bereich der Spekulation kommen. Ich weiß es nicht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja, Spekulation; aber kommt Ihnen das nicht auch merkwürdig vor, diese Diskrepanz?

Zeuge Michael Ackrath: Ja. Also, ich vermute, es ging darum: Ist die Quelle gefährdet oder ist die Quelle nicht gefährdet?

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. Ich bitte Sie jetzt trotzdem um Ihre Bewertung - Sie waren damals Fachmann an Ort und Stelle -: War die Quelle denn weniger gefährdet bei der Weitergabe der Information zu den „Landser“-CDs?

(RA [REDACTED]): Frau Abgeordnete, wenn ich als Zeugenbeistand ganz kurz etwas sagen darf? Der Zeuge soll ja zu seinen Wahrnehmungen aus der damaligen Zeit berichten! Was Sie fordern, ist ja eine Bewertung auch mit Blick aus heutiger Zeit! Das scheint mir nicht die Aufgabe des Zeugen zu sein!)

- Also ich finde, wir sind absolut in der Materie drin. Gut, ich nehme Ihren Hinweis zur Kenntnis. - Aber Sie würden mir recht geben, dass das eine auffällige Diskrepanz bei dem Umgang mit der gleichen Quelle ist?

Zeuge Michael Ackrath: Ich sage jetzt eigentlich, was der Rechtsanwalt sagt: Aus heutiger Sicht ja. Ich weiß nicht, wie die Situation der Quellengefährdung damals aus der Sicht der V-Mann-Führung gewesen ist. Auch zu dem Thema könnte ich nachher was sagen. Aber es ist der Blick von heute auf damals, und natürlich muss man bestimmten Dingen einfach - im Nachhinein ist man immer schlauer - zustimmen.

Ich will auch noch sagen, dass ich damals ein großes Anliegen hatte. Ich fand diese Skin-Musik so widerlich; ich habe die Bearbeitung von Skin-Musik abgelehnt, weil ich einfach keine Lust hatte, mir das anzuhören. Ich habe mich wirklich auf den Rechtsterrorismus konzentriert, sodass ich diese Informationen, wenn so was weitergegeben wurde an die Polizei, bei Skin-Musik auch nur am Rande wahrgenommen hatte, weil das Thema Rechtsterrorismus schon umfassend genug gewesen ist - Stichwort: Zuständigkeiten.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Minute, Frau Nonnemacher.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich bin gerade sowieso am Ende meiner Fragen angekommen. - Danke schön.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann gehen wir in die zweite Fragerunde. Wir sind bei der Fraktion der SPD. - Frau Gossmann-Reetz bitte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, wenn ich zusammenfasse, was Sie mir vorhin gesagt haben, haben Sie mir mitgeteilt, dass Sie dafür gesorgt haben, dass diese Informationen über ein massiv gefährliches Trio auf jeden Fall mit den Landesverfassungsschutzbehörden Sachsen und Thüringen ausgetauscht worden sind. Habe ich Sie da richtig verstanden?

Untersuchungsausschuss 6/1
23. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.03.2018
Stenografischer Dienst

Zeuge Michael Ackrath: Wir haben - das war ganz selbstverständlich - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Nach den Deckblattmeldungen von „Piatto“.

Zeuge Michael Ackrath: Genau.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Dafür haben Sie gesorgt, dass diese Information an die anderen Behörden geht.

Zeuge Michael Ackrath: Nein. Also, es war ganz üblich, wenn wir eine Meldung von „Piatto“ bekommen haben - die waren ja sehr umfangreich, wie Sie wissen -, dass wir die aufgeteilt haben und grundsätzlich an alle zuständigen Behörden geschickt haben. Der Versand der Meldungen von „Piatto“ war nicht meine Aufgabe; das war eine andere Person in der Behörde gewesen. Und dann war schon mal klar: Alle Meldungen gingen an den Bund und dann geteilt an infrage kommende Landesbehörden, im Grunde genommen im gesamten Bundesgebiet. Das war nicht mein Verdienst, sondern das war ganz normales Behördenhandeln.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, die Informationen sind weitergereicht worden, -

Zeuge Michael Ackrath: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - dass dieses Trio da ist und dass es gefährlich ist. Und so, wie ich Sie verstanden habe, waren die bei den Behörden sogar noch vor diesem Treffen.

Zeuge Michael Ackrath: Das habe ich nicht verstanden mit dem Treffen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Na, es gab ja hier in Potsdam ein Treffen -

Zeuge Michael Ackrath: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - der Verfassungsschutzbehörden. Anscheinend scheinen diese Informationen ja schon vorher zumindest bei den Behörden angekommen zu sein, dass es hier Hinweise auf dieses Trio gibt.

Zeuge Michael Ackrath: Jetzt sind wir im Bereich der Spekulation zu diesem Treffen in Potsdam. Ich war nicht eingeladen, ich kann da wirklich nichts dazu sagen. Noch mal: Das - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie sagten ja, Sie wissen davon nichts, und deswegen schließen Sie auch darauf, dass die Polizeibehörden nicht informiert waren. Also, wir haben zum Beispiel einen Vermerk aus Thüringen, aus dem hervorgeht, dass das LfV Thüringen auf jeden Fall einen Sachverhalt mit dem Präsidenten des LKA Thüringen ausgetauscht hat zu diesem Trio. Am 16.09. abends gab es sogar noch eine persönliche Besprechung mit dem Präsidenten dazu. Wenn Sie sagen, Sie bewegen sich im Bereich der Spekulation, muss ich sagen, liegt uns hier eine Meldung vor, dass hier ein Austausch zum LKA auf jeden Fall stattgefunden hat.

Untersuchungsausschuss 6/1
23. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.03.2018
Stenografischer Dienst

Zeuge Michael Ackrath: Ich denke, die Frage habe ich eben schon von der Fraktion der Linken beantwortet. Ich wiederhole noch einmal ein wenig: Die Ausgangslage war: Es gab eine Polizeimeldung, dass da drei Leute verschwunden sind. Das war, meine ich, Januar rum gewesen. Dann haben wir als Behörde, die damit eigentlich gar nichts zu tun hat, geguckt: Was können wir dazu beitragen, das aufzuklären? - Das war eben meine Initiative gewesen, dass diese Fotos vorgelegt werden. Und ganz normal: Szczepanski wurde dazu befragt, und die Informationen, die er lieferte - wie viele andere auch - wurden weitergegeben.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): An wen alles?

Zeuge Michael Ackrath: An alle Behörden, die es betraf. Ich erinnere mich noch: Wenn Szczepanski was zu München berichtet hätte, ging das auch nach München. Grundsätzlich: Die Meldung kam, dann hat man geschaut: Aha, Bund sowieso, da gibt es Bezüge nach Sachsen-Anhalt - rein als Beispiel jetzt -, dann nach Hamburg, und dann wurde entweder die Meldung in Gänze an Bund und weitere Behörden oder mit den jeweiligen Teilabschnitten geschickt, weil die Meldung ja umfangreich war - musste ja alles gelesen werden -, dass man gesagt hat: Da ist nur für Hamburg, ein kleiner Absatz. - Da war Brandenburg wirklich preußisch gewissenhaft; die Dinge sind an alle verschickt worden.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut, danke schön.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Keine weiteren Fragen? - Dann kommen wir zur CDU. Herr Dr. Redmann.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Wir haben die Zeit dazwischen noch mal genutzt, um zu recherchieren, wie damals weiter mit Ihrem Vermerk umgegangen worden ist. Auf dem Vermerk ist ja zunächst mal angelegt - ich glaube, das ist von Ihnen verfasst worden -, dass das die Hierarchieleiter hochlaufen sollte an den Referatsleiter zur Kenntnis. Dann hatten Sie angelegt: an den Abteilungsleiter zur Kenntnis sowie auch an den Referatsleiter des Referats 4 zur Kenntnis.

Nach dem, was wir in den Akten finden konnten, ist danach von Ihrem Referatsleiter der weitere Verlauf etwas abgekürzt worden, also der Abteilungsleiter ist rausgestrichen worden, der andere Referatsleiter ist auch rausgestrichen worden.

Es findet sich darauf allerdings dann ein handschriftlicher Hinweis Ihres Referatsleiters, des Zeugen Milbradt, der darauf vermerkte, dass er mündlich die Angelegenheit mit dem Abteilungsleiter Förster - war es damals noch - erörtert hätte, und zwar am 15.09.1998; das ist mündlich erörtert worden. Also, das muss ja dann kurz vor seinem Ausscheiden gewesen sein. Ist Ihnen aus diesem Zeitraum noch irgendeine Art Feedback erinnerlich, -

Zeuge Michael Ackrath: Nein, gar nichts.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): - dass der Abteilungsleiter - - Weil Sie sagten ja vorher, dass Sie mit ihm relativ regelmäßig zu tun hatten, -

Zeuge Michael Ackrath: Ja.

Untersuchungsausschuss 6/1
23. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.03.2018
Stenografischer Dienst

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): - gerade auch zum Thema Rechtsterrorismus, und er ansonsten für Ihre Hinweise empfänglich war, sie auch genutzt hat für Öffentlichkeitsarbeit usw. Insofern hätte doch dieser Vermerk - soweit er mündlich vorgetragen ist; wir wissen ja auch nicht, wie er vorgetragen wurde - dann durchaus den Abteilungsleiter alarmieren müssen.

Zeuge Michael Ackrath: Noch mal: Vor 20 Jahren! Ich versuche, das alles jetzt zu rekonstruieren mit Aktenstudium und auch Ihren Beiträgen. Demnach hat dann offenkundig Herr Milbradt Herrn Dr. Förster informiert. Das schreibt er ja dann darauf: Im Übrigen wurde informiert.

Dann ist die Frage, ob es mein Auftrag ist, wenn er ihn informiert hat, da noch einmal zu intervenieren. Also: Er hat ihn informiert; das schien abgesprochen zu sein.

Und dann - was ich eben auch Frau Nonnemacher sagte - ist die Frage: Gehen Sie noch mal hoch und sagen: „Ich will es aber so und so haben“? - Das ist dann immer zu bedenken.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Das war es von uns. Danke.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann sind wir bei der Fraktion der Linken. Frau Vandre.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Herr Ackrath, hatten Sie Kenntnis darüber, in welchem Kontext, in welchem Umfeld sich das Trio in Sachsen zu dem Zeitpunkt aufhielt, als Sie die Deckblattmeldung von Szczepanski erhielten?

Zeuge Michael Ackrath: Nein. Also, es war ja aus meiner Sicht - das habe ich ... (akustisch unverständlich) - wichtig: Was passiert in Brandenburg? Da hatten wir eben einige Herrschaften in Bearbeitung. Das waren Randprodukte, die wir bearbeitet haben; aber da hatte ich gar keine Ahnung von. Ich bekam die Meldungen von „Piatto“, und mein Ziel war: Ich gebe die Informationen weiter und mache die Schlussfolgerungen. Was die da in Sachsen gemacht hatten, wusste ich nicht. Habe ich auch nicht tiefer verfolgt.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Ich weiß, dass Beschaffung und Auswertung streng voneinander getrennt sind und dass natürlich die Auswertung auch nicht die Informationen darüber erhält, wer genau die V-Person ist usw. usf. Aber für den Inhalt von Deckblattmeldungen und den Inhalt von Informationen, ist da nicht auch der Kontext von Relevanz, in dem diese Deckblattmeldung entstanden ist?

Zeuge Michael Ackrath: Natürlich, aber ich wusste 98 nicht, wer die Quelle „Piatto“ war, weil beim Thema Rechtsterrorismus hat man natürlich logischerweise nicht viele Zugänge. Das ist ja klar: Da gibt es nicht viele Zugänge. Normalerweise habe ich meine Informationen beim Thema Rechtsterrorismus, wo man ja schwer Quellen heranzuführen kann, bekommen aus Polizeimeldungen und Meldungen anderer Behörden, sodass ich also 98 nicht wusste, wer Szczepanski war - wer „Piatto“ war, Entschuldigung - und wie seine Vita gewesen ist.

Untersuchungsausschuss 6/1
23. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.03.2018
Stenografischer Dienst

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Dabei geht es mir auch gar nicht um „Piatto“, sondern „Piatto“ hat ja auch über viele andere Menschen berichtet, -

Zeuge Michael Ackrath: Ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): - die auf Konzerten unterwegs waren, die immer wieder aufgetaucht sind, die viel gereist sind, europaweit teilweise, teilweise bis in die USA. Haben Sie die Kenntnis darüber gehabt, was noch in der Deckblattmeldung vom 09.09. drinstand?

Zeuge Michael Ackrath: Ja. Ich denke, normalerweise bekam ich die ganzen Deckblattmeldungen, in denen Herr Milbradt immer sehr genau verfügt: Was geht an wen weiter? Zum Beispiel, wenn es um Konzerte ging, die Konzertbearbeitung. Und ich habe dann die Blocks bekommen, die Meldungen, die Rechtsterrorismus betrafen, und habe dann aus diesen Meldungen das exzerpiert sozusagen für meinen Arbeitsbereich.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Dann gehen wir doch mal zurück ans Wochenende des 05.09.1998.

Zeuge Michael Ackrath: Ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): In der Folge taucht die Meldung auf, dass Jan Werner Waffen beschaffen soll -

Zeuge Michael Ackrath: Ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): - und dass die drei im Umfeld von Jan Werner anzutreffen seien. Jetzt berichtet Carsten Szczepanski von einem Konzert, das an dem Wochenende stattgefunden hat in Hirschfeld in Brandenburg, und zwar organisiert oder mitgestaltet auch von „Blood & Honour Sachsen“. Komischerweise treffen auf diesem Konzert genau die sächsischen „Blood & Honour“-Kader auf die Brandenburger, und zwar Thomas Starke und Jan Werner, die da zum Beispiel auf Henning K. von „Blood & Honour Brandenburg“ treffen, auf Uwe Menzel von den „Proissenheads“, auf Christian W. usw. usf.

Da würde mich schon interessieren, wie Sie als Auswerter, der ja auch die ganzen anderen Deckblattmeldungen gesehen hat und gesehen hat, dass zum Beispiel die sächsischen „Blood & Honour“-Leute sehr, sehr häufig mit den Brandenburgern zugegen waren - - wie vor dem Hintergrund auch die Meldung, dass Jan Werner Waffen beschaffen soll, zu einer Bewertung der Gefährdungslage in Brandenburg heranzuführen gewesen wäre.

Zeuge Michael Ackrath: Danke für die Frage. - Es ist folgendermaßen: Wenn Sie Auswerter sind, haben Sie Ihr Sachgebiet, und natürlich schaut man rechts und links - gerade in einer kleineren Behörde -; aber ich war der Bearbeiter Rechtsterrorismus und nicht „Blood & Honour“ und auch nicht der Bearbeiter - ich habe es eben erläutert - für Musik; schon gar nicht.

Untersuchungsausschuss 6/1
23. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.03.2018
Stenografischer Dienst

Das heißt, ich habe die Informationen bekommen, die Rechtsterrorismus betroffen haben, und habe mich natürlich im Schwerpunkt auf Brandenburg konzentriert. Das heißt, die Informationen zu diesen Personen, die Sie eben nannten, wo ich auch die Observation vorgeschlagen habe, waren ja sächsische Personen. Da kann ich meinen Vorgesetzten vorschlagen: Bitte, gebt das weiter. Diese Personen könnten ja observiert werden - auch das ist übrigens abgelehnt worden vom Vorgesetzten -, aber letztendlich war eine Bewertung von „Blood & Honour“ nicht meine Aufgabe als Auswerter Rechtsterrorismus für Brandenburg.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Das ist sehr schade, -

Zeuge Michael Ackrath: Ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): - weil bei „Blood & Honour“ de facto auch die Grundlagen für Rechtsterrorismus gelegt wurden, auch in der Ideologie. Das war genau das Ansinnen mit dem Konzept der „Leaderless Resistance“, -

Zeuge Michael Ackrath: Natürlich.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): - in die Tat überzugehen und nicht nur rassistische Stereotype zu verbreiten, sondern auch dazu aufzurufen, zum einen Pogrome zu begehen und zum anderen aber auch eben sich im Untergrund zu organisieren und sich Waffen zu beschaffen und dann dementsprechend auch Anschläge zu verüben. Das ist ja genau das Problem der Bewertung von „Blood & Honour“, die sich selbst immer als Musiknetzwerk dargestellt haben.

Für mich stellt sich einfach nur die Frage, wie gesagt, inwiefern eine solche Meldung dann nicht auch den Blick dazu hätte öffnen müssen, weil ja die Informationen auch auf dem Tisch lagen. Es war ja klar, dass Uwe Menzel und Sonstige sich immer in Chemnitz rumtreiben und dort die Verbindungen haben. Da interessiert mich einfach nur, wie dann so eine strenge Unterteilung vorgenommen werden konnte und warum diese Information nicht den Blick geweitet hat.

Zeuge Michael Ackrath: Also, zunächst einmal ist das ja eine Meldung, die über Brandenburg hinausgeht und an alle - davon gehe ich aus - infrage kommenden Behörden geteilt wurde.

Sie erwähnen zu Recht, dass natürlich Rechtsterrorismus nicht nur die Personen sind. Ich habe auch „Turner Diaries“ usw. damals gelesen. Dennoch war meine Aufgabe, diese Personen vorwiegend mit Brandenburgbezug zu bearbeiten. Ich war nicht der Bearbeiter „Blood & Honour“ und rechtsextremistische Musik.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Da würde ich widersprechen. Es ging halt in Hand, aber das ist ... (akustisch unverständlich).

Zeuge Michael Ackrath: Natürlich ging es Hand in Hand. Aber es gibt natürlich auch Zuständigkeiten in einer Behörde, und meine Zuständigkeit war eben der Rechtsterrorismus.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann sind wir bei Frau Nonnemacher.

Untersuchungsausschuss 6/1
23. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.03.2018
Stenografischer Dienst

Frau Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie waren zuständig für Rechtsterrorismus. Ist Ihnen in dem Jahr, in dem Sie beim Brandenburger Verfassungsschutz dafür zuständig waren - - sind Sie irgendwie mit Aktivitäten von „Combat 18“ in Verbindung gekommen?

Zeuge Michael Ackrath: Ich habe die Akten noch mal - - Was ich den Akten entnehme, sofern sie vollständig waren - die Kollegen waren wirklich sehr hilfsbereit, haben alles rangeliefert, was ich haben wollte -: „Combat 18“ war unter dem Aktenzeichen - Achtung - Rechtsterrorismus und Wehrsportgruppen - - habe ich keinen „Combat 18“-Vermerk gesehen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie hatten auch keine Hinweise, sind auch keinen Hinweisen nachgegangen, dass in einem Fanzine, „United Skins“, sich Verbindungen zu „Combat 18“ fanden? Das fiel nicht in Ihre Zuständigkeit?

Zeuge Michael Ackrath: Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Oder auch Verbindungen zur Band „Proissenheads“?

Zeuge Michael Ackrath: Nein. Ich hatte das ja eben erläutert.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Okay. Danke.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Wir sind am Ende der zweiten Runde. Ich frage in die Runde: Gibt es weiteren Fragebedarf? Bei der SPD-Fraktion?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich habe keine Frage, sondern ich bin nur, ehrlich gesagt, etwas irritiert, dass das Thema Rechtsterrorismus so intensiv damals von einem Mitarbeiter bearbeitet werden musste, dass man rechts und links Scheuklappen haben musste, um nicht auch ein bisschen in die Musikszene zu gucken - - und hier sagt: Nur man selber hätte angeregt, dass Observationen stattfinden, aber der Vorgesetzte habe das abgelehnt, obwohl der in seinem handschriftlichen Vermerk sagt, er hält sie nicht für erforderlich, weil sie bereits untereinander verabredet worden sind. Das ist aus den Vermerken eindeutig herauszulesen. Deswegen finde ich Ihre Kommentierung schon seltsam.

Zeuge Michael Ackrath: Das habe ich nicht verstanden. Was war seltsam?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Dass Sie ja - -

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ist das jetzt als Frage formuliert?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Nein, ich habe keine Frage gestellt, sondern habe, wie gesagt, diese Anmerkung loswerden müssen, weil ich Ihre Ausführungen so wahrgenommen habe, als würden Sie das Bild im Raum stehen lassen wollen, Sie hätten Observationen angeregt, aber niemand hat das gehört und niemand hätte jemals welche umgesetzt. - Das hat mich irritiert. Punkt.

Untersuchungsausschuss 6/1
23. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.03.2018
Stenografischer Dienst

Zeuge Michael Ackrath: Das habe ich nicht gesagt und auch nicht gemeint.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich sagte - - Gut.

Zeuge Michael Ackrath: Danke.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Dann ist gut.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann haben wir dieses Statement zur Kenntnis genommen. - Wie sieht es bei der CDU-Fraktion aus? Kein weiterer Fragebedarf? - Frau Nonnemacher hat noch eine Frage. Bitte.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Nein, ich habe jetzt keinen weiteren Fragebedarf. Aber ich denke, der Herr Zeuge hat uns an mehreren Stellen geschildert, dass er noch umfangreich aussagen könnte zu Fragen des Rechtsterrorismus - auch zu unterschiedlicher Bewertung und zu Auseinandersetzungen - und dies dann in geheimer Sitzung tun würde. Ich denke, davon sollten wir auf jeden Fall Gebrauch machen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann würde ich hier an dieser Stelle die Sitzung unterbrechen, und wir begeben uns in den Keller und setzen dort fort.

Ich schließe die Sitzung hier, unterbreche sie, besser gesagt. Wir gehen in den Keller und setzen dann die Sitzung hier oben fort, dann allerdings öffentlich ohne Tonübertragung. Das ist jetzt ein Hinweis an die Gäste im anderen Raum. Wir sind dann hier in diesem Raum 1.070 und vernehmen die letzten verbliebenden Zeugen hier öffentlich mit Publikum.

(Unterbrechung des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Öffentlich: 14.55 Uhr -
Folgt Sitzungsteil Zeugenvernehmung, Geheim)

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

(Beginn des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Öffentlich: 09.34 Uhr)

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Vernehmung des Zeugen Dirk Bartok

Herr Bartok, schön, dass Sie als Zeuge bei uns sind, dass Sie der Ladung hier pünktlich gefolgt sind.

Zeuge Dirk Bartok: Danke.

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Zu Beginn der Vernehmung Ihrer Person werde ich Sie belehren:

Als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuss unterliegen Sie der Wahrheitspflicht. Das heißt, die von Ihnen gemachten Angaben müssen vollständig sein und der Wahrheit entsprechen. Sie dürfen weder falsche Angaben machen noch wesentliche Umstände, die mit dem Beweisthema in Zusammenhang stehen, verschweigen. Sofern Sie an bestimmte Dinge keine Erinnerung haben, müssen Sie auch dies deutlich zum Ausdruck bringen. Der Untersuchungsausschuss ist nach § 22 Untersuchungsausschussgesetz grundsätzlich berechtigt, einen Zeugen am Ende seiner Aussage zu vereidigen. Über eine Vereidigung Ihrer Person wird noch zu befinden sein.

Falsche Aussagen vor dem Untersuchungsausschuss sind strafbewehrt. Dabei kommt es nicht darauf an, ob Sie Ihre Aussage beeidigen müssen oder nicht. Falsche

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

uneidliche Aussagen sind nach § 153 Strafgesetzbuch strafbedroht und werden mit Freiheitsstrafe zwischen drei Monaten und fünf Jahren sanktioniert. Im Falle der Annahme einer Strafbarkeit eines Meineides wird der Strafrahmen des § 154 Strafgesetzbuch, der eine Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr vorsieht, Anwendung finden.

Neben dem Hinweis auf Ihre Pflichten obliegt es mir, Ihnen auch Ihre Rechte darzulegen. Gemäß § 19 Untersuchungsausschussgesetz sind Sie berechtigt, die Auskunft auf solche Fragen zu verweigern, deren Beantwortung Ihnen selbst oder einem der in § 52 Abs. 1 Strafprozessordnung bezeichneten Angehörigen die Gefahr zuziehen würde, wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit verfolgt zu werden. - So weit die Belehrung, die notwendig ist, wie Sie wissen.

Mit der Zeugenbefragung wird Beweis erhoben zum Beweisbeschluss B 167. Wir beginnen mit der Befragung durch die Fraktionen in bewährter Weise und beginnen mit der SPD-Fraktion. Frau Kollegin Gossmann-Reetz, bitte schön.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Schönen guten Morgen! Herzlich willkommen in unserem Untersuchungsausschuss, Herr Bartok! - Ich würde Sie vorab noch mal fragen wollen: Haben Sie mit jemandem Rücksprache bezüglich der heutigen Zeugenvernehmung gehalten? Und: Wie haben Sie sich auf den Termin heute vorbereitet?

Zeuge Dirk Bartok: Vielen Dank. - Guten Tag erst mal, sehr geehrte Damen und Herren! Wenn es für Sie in Ordnung ist, würde ich noch eine Erklärung vortragen, die ich vorbereitet habe. Ist das für Sie in Ordnung?

Stell. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Ich sehe Zustimmung bei den Mitgliedern des Untersuchungsausschusses. - Bitte schön. Ist in Ordnung.

Zeuge Dirk Bartok: Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Mitglieder des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses! Zu Beginn meiner zeugenschaftlichen Vernehmung möchte ich die Gelegenheit ergreifen, um einige einleitende Worte zu dem Sachverhalt, zu meiner Person sowie zu dem Komplex um die V-Mann-Führung des Herrn Toni Stadler auszuführen.

Eingangs teile ich Ihnen mit, dass sich die hier in Rede stehenden Sachverhalte ab dem Jahr 2000 zugetragen haben und ihren Abschluss im Jahr 2005 fanden. Die Ereignisse liegen also bis zu 18 Jahre zurück. Meine Erinnerungen an diese Sachverhalte sind aufgrund der vergangenen Zeit nicht detailliert. An Einzelsachverhalte kann ich mich teilweise nicht mehr erinnern.

Ich habe in der Zeit von 1992 bis 95 ein Fachhochschulstudium für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Bernau absolviert. Nach Beendigung dieses Studiums bin ich seit 1995 im Ministerium des Innern - und jetzt für Kommunales - beschäftigt gewesen. Im Jahr 1997 wurde mir eine Tätigkeit in der Abteilung V des Ministeriums des Innern angeboten. Ich sollte dort im Bereich der Beschaffung arbeiten. Zu Beginn meiner

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Tätigkeit hatte ich an der Schule für Verfassungsschutz einige Lehrgänge, unter anderem einen zweiwöchigen Einführungslehrgang zur Unterweisung in die grundsätzliche Arbeit sowie die Aufgaben des Verfassungsschutzes im Allgemeinen, besucht.

Meine Tätigkeit in der Abteilung V endete bereits im Oktober 2005. Seitdem habe ich mich nicht mehr mit den Inhalten meiner Arbeit beim Verfassungsschutz beschäftigt, bis ich im Jahr 2018 mit dem Untersuchungsausschuss und meiner Ladung als Zeuge befasst wurde. Die Umstände meines damaligen Ausscheidens aus dem Verfassungsschutz hatten mich sowohl physisch als auch psychisch stark belastet. Aus diesem Grunde hatte ich mit diesem Abschnitt meines Arbeitslebens abgeschlossen.

Meine folgenden Schilderungen stellen einerseits einen Erinnerungsstand dar, andererseits wurde mir auch Akteneinsicht - soweit diese vorhanden waren - zur Vorbereitung auf den heutigen Termin gewährt. Eine der Aufgaben im Bereich der Beschaffung war es, nachrichtendienstliche Zugänge verfügbar zu machen, um nachrichtendienstlich relevante Informationen zu erhalten. Aus meiner Erinnerung kann ich nicht mehr nachvollziehen, woraus der Gedanke entstand, Herrn Toni Stadler als nachrichtendienstliche Quelle für den Verfassungsschutz des Landes Brandenburg anzuwerben.

Herr Stadler wurde durch einen Kollegen und durch mich Anfang des Jahres 2000 auf dem Parkplatz eines Getränkemarktes in Cottbus angesprochen. Wir hatten uns als Angehörige des Verfassungsschutzes des Landes Brandenburg ausgewiesen und um ein Gespräch mit Herrn Stadler gebeten. Dieses Gespräch fand in einem asiatischen Restaurant in unmittelbarer Nähe des Parkplatzes statt. Mir wurde damals sehr schnell bewusst, dass Herr Stadler an einer Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz interessiert war. Durch meinen Kollegen und auch durch mich wurde Herrn Stadler in Aussicht gestellt, dass er für Informationen aus dem Bereich der rechtsextremistischen Szene eine finanzielle Entschädigung erhalten würde. Auf diesen Vorschlag ging Herr Stadler ein und unterschrieb auch eine Verpflichtungserklärung zur Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz.

Während der Zusammenarbeit mit Herrn Toni Stadler habe ich Herrn Stadler als V-Mann-Führer betreut. Herr Stadler lieferte etwa zweieinhalb Jahre Informationen für den Verfassungsschutz des Landes Brandenburg. In dieser Zeit berichtete Herr Stadler ausführlich über die rechtsextremistische Szene im Bereich Cottbus, aber auch darüber hinaus über rechtsextremistische Personen in anderen Städten des Landes Brandenburg. Wenn Herr Stadler Veranstaltungen mit rechtsextremistischem Hintergrund besuchte, berichtete er über Personen und Themen, die auf diesen Veranstaltungen behandelt worden waren. Sofern es sich um Musikkonzerte handelte, konnte Herr Stadler in Einzelfällen Fotografien auf den Veranstaltungen anfertigen.

Ein besonderes Interesse hatte Herr Stadler an der rechtsextremistischen Musikszene. Er verkaufte entsprechende CDs, aber auch Bekleidungen in seinem Ladengeschäft in Guben. Ich kann nicht mehr sagen, wie der Kontakt entstanden war, aber Herr Stadler stand in Kontakt mit dem bekannten Berliner Rechtsextremisten Lars B., der

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

der rechtsextremistischen Musikgruppe „White Aryan Rebels“ angehörte. Die Band hatte eine CD mit dem Titel „Noten des Hasses“ produziert, die aufgrund der rechtsextremistischen Inhalte von besonderem Interesse für den Nachrichtendienst war.

Im Juli 2002 fand eine Hausdurchsuchung in den Wohn- und Geschäftsräumen von Herrn Stadler statt. Herr Stadler selbst wurde verhaftet und nach Berlin verbracht. Im weiteren Verlauf wurde die nachrichtendienstliche Zusammenarbeit mit Herrn Stadler beendet. Von der Staatsanwaltschaft Cottbus wurde gegen mich ein strafrechtliches Verfahren geführt, das letztlich wegen geringer Schuld mit Zustimmung des Landgerichts Cottbus eingestellt wurde.

Zum Teil beantwortet das ja sogar schon Ihre Frage, wie ich mich vorbereitet habe: Mir wurde der Aktenbestand, soweit vorhanden, zur Verfügung gestellt, und ich konnte in die damaligen Akten Einsicht nehmen.

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Vielen Dank, Herr Zeuge Bartok. - Nur der Form halber: Wir beginnen dann jetzt und steigen ein mit der SPD-Fraktion. Bitte schön, Frau Gossmann-Reetz.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Danke schön. - Aber die Frage, ob Sie sich noch mal vorher mit jemandem besprochen haben, war für mich noch nicht endgültig beantwortet.

Zeuge Dirk Bartok: Besprochen habe ich mich lediglich mit meinem Zeugenbeistand. Weitere Absprachen fanden nicht statt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also nicht mit jemandem aus dem Innenministerium, aus dem Verfassungsschutz oder mit ehemaligen Kollegen.

Zeuge Dirk Bartok: Nicht zu dem Thema hier.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. Danke. - Sie haben das gerade so ein bisschen angerissen, dass die in Aussicht gestellte finanzielle Geschichte Herrn Stadler vielleicht mit überzeugen konnte, sein Interesse zu bekunden. Was sind Ihnen noch für Beweggründe Stadlers erinnerlich, sich mit dem Verfassungsschutz gemeinzumachen?

Zeuge Dirk Bartok: Aus meiner Erinnerung heraus und aus den Unterlagen, die ich zur Kenntnis bekommen habe, waren die finanziellen Anreize der Hauptgrund für Herrn Stadler, mit der Verfassungsschutzbehörde zusammenzuarbeiten.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, in seiner Zeugenvernehmung hier und auch in anderen Vernehmungen hat Herr Stadler recht deutlich gemacht, dass er sich sehr bedrängt gefühlt hat vom Verfassungsschutz. Wie würden Sie sich dazu verhalten?

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Dirk Bartok: Da kann ich jetzt natürlich nur eine Vermutung äußern. Ich kann Ihnen sagen: Aus meiner Erinnerung heraus haben wir den Herrn Stadler nicht unter Druck gesetzt, mit dem Verfassungsschutz des Landes Brandenburg zusammenzuarbeiten. Wenn Herr Stadler diese Einschätzung heute so trifft, dann ist es durchaus möglich, dass er das so empfunden hat. Aber von unserer Seite, würde ich sagen, ist - - Aus der Erinnerung heraus kann ich mich nicht daran erinnern, dass wir ihn unter Druck gesetzt hätten.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das kann ja auch eine Auslegungssache sein, ob man jemandem ein Angebot macht, vielleicht nicht strafrechtlich so belangt zu werden, wie er es vielleicht ohne diese Mitarbeit zu erwarten hätte, oder - - Ich frage mal deutlicher: Kann es sein, dass der Verfassungsschutz auch potenziellen V-Leuten schon, na ja, doch sehr deutlich gemacht hat, dass es nicht nur ein reines Geben und Nehmen ist, sondern Vorteile aus schwierigen Situationen bedeuten kann, wenn man für den Verfassungsschutz arbeitet?

Zeuge Dirk Bartok: Diese Mutmaßung, was mit anderen V-Leuten passiert ist, steht mir an der Stelle nicht zu. Ich kann nur Ausführungen treffen zu dem Befragungsgegenstand Herrn Toni Stadlers, und ich kann Ihnen sagen: Aus meiner Erinnerung heraus ist dort kein Druck aufgebaut worden, oder er ist nicht auf andere Wege für eine Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz bewegt worden.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber es wurde in Aussicht gestellt, aus einer schwierigen Lebenssituation leichter herauszukommen durch die Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz.

Zeuge Dirk Bartok: Ist mir so nicht erinnerlich.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Zum Beispiel den verlorenen Führerschein wiederzuerlangen.

Zeuge Dirk Bartok: Uns war bewusst zu dem Zeitpunkt - da glaube ich mich, auch nach dem Aktenstudium, so zu erinnern -, dass Herr Stadler zum Zeitpunkt seiner Anwerbung - Beginn des Jahres 2000 - keinen Führerschein hatte. Wir haben natürlich - - Also, ich sage mal: Der Verfassungsschutz hat keine Möglichkeit, darauf einzuwirken. Ich denke aber, wir haben ihm angeboten, ihn finanziell zu unterstützen, da für die Wiedererlangung des Führerscheins enorme Kosten auf ihn zukamen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Dann kommen wir doch noch mal auf die Situation zurück. Sie sagten, Sie haben mit Herrn Stadler das erste Mal auf einem Parkplatz von einem Getränkemarkt gesprochen. Habe ich das richtig in Erinnerung?

Zeuge Dirk Bartok: Mhm.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie ist denn Herr Stadler da hingekommen?

Zeuge Dirk Bartok: Ich glaube, mich zu erinnern, dass der Herr Stadler mit seinem Auto da hingekommen war.

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und Herr Stadler hatte keinen Führerschein, sagten Sie gerade.

Zeuge Dirk Bartok: Das ist richtig.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also haben Sie ihn bei einer Straftat, also während der Begehung einer Straftat, angesprochen.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand.)

Zeuge Dirk Bartok: Das wäre eine rechtliche Bewertung, die mir so an der Stelle nicht zusteht.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Schöneburg [DIE LINKE])

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mit wem haben Sie denn diese Anwerbung zusammen damals durchgeführt?

Zeuge Dirk Bartok: Dazu darf ich vor diesem Ausschuss nichts sagen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber Sie dürfen den Arbeitsnamen des Kollegen durchaus hier nennen, natürlich. Ich bitte hinten, dazu - -

(Der Zeuge blickt zu Frau Dr. Wagner [MIK] - Frau Dr. Wagner [MIK]: Arbeitsname!)

Zeuge Dirk Bartok: Die Ansprache wurde mit einem Herrn M. M. durchgeführt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mit Herrn M. M. Gut. - Sie sagten gerade - ich springe jetzt mal ein bisschen hin und her -, Sie haben an einem zweiwöchigen Kurs an der Schule für Verfassungsschutz teilgenommen. Ist das richtig?

Zeuge Dirk Bartok: Das ist richtig.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Fühlten Sie sich - rückblickend - ausreichend vorbereitet auf eine derartige Tätigkeit durch diesen Kurs?

Zeuge Dirk Bartok: Das ist schwer zu bewerten. Sie wollen jetzt von mir eine Bewertung haben.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja.

Zeuge Dirk Bartok: Ich kann es Ihnen nicht sagen. Ich war - - Üblicherweise hat man einen Einführungslehrgang besucht, und danach ist man ins kalte Wasser geworfen worden. Ich kann Ihnen aus meiner jetzigen Sicht über die 18 Jahre, die diese Situation zurückliegt, nicht mehr sagen, ob ich mich zu dem Zeitpunkt gut vorbereitet gefühlt habe.

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Na ja, gut. Ich finde, die Bedeutung oder das Bild des kalten Wassers heißt ja schon, dass das Wasser nicht vorgewärmt worden ist durch den Kurs, sondern da sehe ich schon eine gewisse Wertung in Ihren Worten.

Zeuge Dirk Bartok: Wenn Sie diese Wertung so treffen wollen, dann ist das aber Ihre Interpretation.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Durchaus. - Ist es zutreffend, dass Sie hauptsächlich die Quellenführung von Herrn Stadler übernommen haben?

Zeuge Dirk Bartok: Aus meiner Erinnerung heraus und auch aus dem Aktenstudium würde ich sagen: hauptsächlich, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Haben Sie zu jedem Treffen und Telefonat damals einen Vermerk oder einen Treffvermerk angefertigt? Also, wurde jedes Treffen damals dokumentiert?

Zeuge Dirk Bartok: Ich bin mir nicht sicher, ob die Information durch die Aussagegenehmigung gedeckt ist.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand.)

Also, üblicherweise wurde zu jedem Treff und zu jedem Kontakt mit der nachrichtendienstlichen Quelle ein Vermerk angefertigt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Dann schildern Sie eben doch mal bitte, wie so ein Treffen mit Herrn Stadler üblicherweise ablief.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand.)

Zeuge Dirk Bartok: Also, üblicherweise fanden die Treffen an einem abgelegenen Ort statt, also weder an unserem Arbeitsort hier in Potsdam noch am Wohnort der nachrichtendienstlichen Quelle. Teilweise war dies schwierig zu bewerkstelligen, da die Quelle keinen Führerschein hatte, sich also fußläufig zu einem Treffort X bewegte. Danach wurde die Quelle aufgenommen durch den V-Mann-Führer und in ein Trefflokal verbracht. In dem Trefflokal fanden Gespräche statt. Der zeitliche Rahmen dieser Gespräche variierte und ist von mir heute nicht mehr so detailliert darstellbar. Danach wurde die Quelle an einem Ort X abgesetzt, und der Treff war beendet.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Zwei kleine Nachfragen: Sie sagten ja, Herr Stadler hat sich fußläufig bewegt. Also, er hat mit einem Mal aufgehört, sein Auto widerrechtlich zu nutzen.

Zeuge Dirk Bartok: Davon gehe ich aus.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie kam es denn dazu, dass er plötzlich so bekehrt war?

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Dirk Bartok: Ich schildere tatsächlich nur aus der Erinnerung; aber aus der Erinnerung war uns und vor allen Dingen auch mir sehr wichtig, dass er sich nicht an weiteren Straftaten beteiligt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, es war eine Weisung von Ihnen, sich ordnungsgemäß zu verhalten und sich nicht weiterer Straftaten, die Sie dann auch gleich festgestellt hätten, denke ich mal, schuldig zu machen.

Ich habe mit Ihrer Formulierung „üblicherweise“ - - Also, ich hatte Sie vorhin eben gefragt, ob Sie immer Treffvermerke angefertigt haben, und Sie antworteten mir: „üblicherweise“, und bei den Treffen sagten Sie auch: „üblicherweise“. Gab es denn auch nichtüblicherweise Vorkommnisse, dass Sie keine Treffvermerke angefertigt haben oder andere Arten von Treffen stattgefunden haben? Also, wollten Sie mir damit etwas sagen, mit der Formulierung?

Zeuge Dirk Bartok: Ich wollte Ihnen damit nur noch mal, sage ich mal, verdeutlichen, dass diese gesamte Situation zwischen 16 und 18 Jahren zurückliegt, und ich aus meiner jetzigen Erinnerung nicht sagen kann, ob ich tatsächlich zu jedem Kontakt, den ich mit der Quelle hatte, einen Vermerk angefertigt habe. Aber üblicherweise war diese Handlungsweise so vorzunehmen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und üblicherweise betrifft 99 %? Oder 70 %?

Zeuge Dirk Bartok: Diese Einschätzung kann ich so nicht abgeben. Wie gesagt: Die Situation liegt sehr lange zurück.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. - Also, Sie haben sich dann in Ihren Treffpunkten getroffen. Wie lief das dann weiterhin ab? Also, wurden gezielt Fragen gestellt? Oder haben Sie Herrn Stadler offen erzählen lassen? Wie kann man und wie muss man sich das vorstellen, das Gespräch zwischen Ihnen?

Zeuge Dirk Bartok: Beide Sachen sind in der Form möglich. Das sind Schilderungen, die ich jetzt nicht aus der Erinnerung, sondern aus dem Aktenstudium, welches ich im Vorfeld dieser Vernehmung durchgeführt habe, ziehe. Teilweise wurde Herr Stadler befragt zu Einzelsachverhalten, von denen wir annahmen, dass er Kenntnis hat, teilweise hat Herr Stadler Veranstaltungen besucht, von denen er berichtet hat, oder er hat über Personen aus dem rechtsextremistischen Umfeld berichtet.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Haben Sie ihn zu bestimmten Veranstaltungen geschickt?

Zeuge Dirk Bartok: Ist mir so nicht mehr erinnerlich. Ich kann mich nicht mehr daran erinnern, ob es jetzt Einzelfälle waren ... (akustisch unverständlich).

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Na ja, aber vielleicht erinnern Sie sich daran, ob Sie Herrn Stadler Aufträge gegeben haben und ihm deutlich gemacht haben, woran Sie interessiert sind, dass er sich etwas mehr in diese Richtung bewegt. Oder haben

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Sie einfach nur abgewartet, was Herr Stadler aus eigenem Gutdünken alles so treibt, und sich das angehört?

Zeuge Dirk Bartok: Herr Stadler war sehr tief in der rechtsextremistischen Szene verwurzelt. Er hat sehr umfassend berichtet. Mir ist nicht mehr rememberlich, ihm Aufträge erteilt zu haben. Ich möchte es nicht ausschließen, aber ich kann mich nicht daran erinnern.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und gab es auch Treffen mit Herrn Stadler in privaten Räumlichkeiten oder in seinem Geschäft?

Zeuge Dirk Bartok: Nein. So eine - - Also, ich kann mich nicht daran erinnern, dass ich jemals in seiner Wohnung oder in seinem Geschäftsraum war, nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Auch nicht bei einer Durchsuchung?

Zeuge Dirk Bartok: Üblicherweise ist der Verfassungsschutz ja nicht bei solchen Durchsuchungen dabei. Also ich war nicht bei Durchsuchungsmaßnahmen dabei.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Da haben wir aber gestern was anderes gehört.

Zeuge Dirk Bartok: Das ist durchaus möglich. Ich kann Ihnen nicht sagen, was Sie gestern gehört haben; ich war ja gestern nicht da.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Darauf kommen wir dann noch mal später. - Waren Sie bei Veranstaltungen in der rechten Szene mit dabei und unterwegs? Haben Sie ihn begleitet?

Zeuge Dirk Bartok: Auch wiederum aus meiner Erinnerung: Ich war weder bei rechtsextremistischen Veranstaltungen dabei, noch habe ich ihn begleitet.

Abgeordnete Gossmann-Reetz: Wie würden Sie denn die Beziehung zwischen sich und Herrn Stadler grundsätzlich beschreiben?

Zeuge Dirk Bartok: Die Beziehung zwischen Herrn Stadler und mir war in der Form, dass ich diese Treffen mit Herrn Stadler als Amtsperson wahrgenommen habe und die in einem dienstlichen Rahmen durchgeführt habe.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das bedeutet was? Können Sie das bitte weiter erläutern?

Zeuge Dirk Bartok: Der Auftrag, den der V-Mann-Führer hat, ist, nachrichtendienstliche Informationen von der nachrichtendienstlichen Quelle zu erlangen. Dem Auftrag bin ich vor Ort nachgekommen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Na ja, das findet ja nicht an einem Schreibtisch statt, als wäre - - und man muss ja auch, wenn man professionell arbeitet,

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

eine gewisse Distanz zum V-Mann überwinden, damit er sich öffnet, damit da ein Vertrauensverhältnis entsteht. Dadurch muss auch eine Beziehung entwickelt werden mit dem V-Mann.

Aber ich würde schon gern wissen, wie das in dem Fall gelaufen ist. Waren Sie eher ein Kumpeltyp oder ein Vaternyp, eine beratende Person? Wie muss man sich das vorstellen? Also, eine professionelle Arbeit in dem Bereich heißt ja nicht, wie gesagt, dass man den Amtsschimmel spielt, sondern - -

Zeuge Dirk Bartok: Genau, ja. Da wir zu dem Zeitpunkt - ich weiß es nicht genau - sicherlich in einem vergleichbaren Alter waren, war ich nicht der Vaternyp, sondern doch eher - - Wie soll ich sagen? Dem Ziel entsprechend, die Informationen zu erlangen, die ich haben wollte, hatten wir ein Vertrauensverhältnis aufgebaut, was von seiner Seite möglicherweise auch als freundschaftlich wahrgenommen wurde. Meiner Pflicht entsprechend ist es aber, den Abstand zu wahren und ihm aber dahingehend, sage ich mal, auch zu vermitteln, dass wir ein vertrauensvolles Verhältnis haben, ja. Unbenommen dessen habe ich aber doch noch den fachlichen und sachlichen Abstand, da ich ja als Behördenvertreter agiere.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja, natürlich. Also, ich meine, Sie waren ja fünf Jahre der V-Mann-Führer. Wenn Sie da unprofessionell gearbeitet hätten, hätte man Sie wahrscheinlich auch abgezogen.

Trotzdem frage ich noch mal: Also, dass Sie Ihre innerliche Haltung aufrechterhalten haben, das ist schön, aber wie hat man dann sich dieses Verhältnis vorzustellen, von dem Herr Stadler zu Ihnen ausgegangen ist?

Zeuge Dirk Bartok: Ich habe Herrn Stadler nur zweieinhalb Jahre geführt. Sie sagten gerade fünf Jahre.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ach so, ich hatte das jetzt so verstanden, als Sie vorhin sagten: von 2000 bis 2005. - Okay.

Zeuge Dirk Bartok: Nein, von 2000 bis 2002.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber gut, auch zwei Jahre sind ja eine ziemlich lange Zeit.

Zeuge Dirk Bartok: Aber ich denke schon, dass Herr Stadler möglicherweise die Empfindung hatte, dass das ein Vertrauensverhältnis ist, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie häufig haben Sie sich denn getroffen?

Zeuge Dirk Bartok: Dazu kann ich nichts sagen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Doch.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand.)

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Dirk Bartok: Auch aus dem Aktenstudium heraus möchte ich sagen: wöchentlich, in Einzelfällen auch mal nur alle zwei oder drei Wochen.

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Frau Kollegin, die Zeit wäre um, aber - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. Na dann mache ich später weiter. Wir haben ja noch ein bisschen.

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Alles klar. Herzlichen Dank. - Dann geht das Fragerecht an die CDU-Fraktion. Herr Dr. Redmann, bitte schön.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Guten Tag, Herr Zeuge. - Sie hatten ja bereits ausgeführt, dass Sie bereits im Februar 2000 an der Ansprache Stadlers beteiligt waren. Wann werden denn Informanten als V-Personen tatsächlich verpflichtet?

Zeuge Dirk Bartok: Also, ich habe Anfang 2000 gesagt. Dass das jetzt im Februar war, daran kann ich mich in der Form nicht mehr erinnern. Ich kann Ihnen jetzt auch nicht sagen, ob es da einen tatsächlichen Ablaufmodus gibt, wann die nachrichtendienstlichen Quellen als V-Leute zu verpflichten sind.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Was uns überrascht hat, ist, dass die Quelle Stadler schon im Februar 2000, also ja eigentlich unmittelbar, verpflichtet wurde. Und trotzdem gab es dann noch im März 2000 Vermerke, in denen angedeutet wird, dass man sich noch in so einer Art Vorbereitungsphase befinden würde, also noch nach der Verpflichtung.

Bei anderen V-Personen ist es uns eher vorgekommen, dass es umgekehrt war. Wir hatten bisher gelernt, dass die V-Personen förmlich verpflichtet werden, wenn die - -dann ist die Verpflichtung so eine Art Ritterschlag, also dass die Erprobungsphase erfolgreich abgeschlossen ist und die V-Person sich sozusagen bewährt hat. Hier ist es offenbar in der umgekehrten Reihenfolge erfolgt. Können Sie mir das erklären?

Zeuge Dirk Bartok: Das ist mir in der Form nicht mehr erinnerlich.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Wie war denn Stadlers Position in der Szene insbesondere im Geschäft oder im Vertrieb rechter Musik, bevor er angeworben wurde?

Zeuge Dirk Bartok: Das kann ich jetzt an der Stelle nur vermuten. Ich kann die Stellung von Herrn Stadler innerhalb der Szene nicht bewerten, weil wir hatten - - Als wir Herrn Stadler angeworben haben, war - - Das kann ich Ihnen nicht sagen. Also, ich weiß nicht, wie seine Position in der Szene war.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Na, als Sie sich entschieden haben, ihn anzuwerben, muss es ja dafür Gründe gegeben haben. Meine Frage ist, ob letztlich

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

ein Grund, ihn anzuwerben, auch seine Stellung in der Szene und seine Aktivitäten beim Vertrieb rechter Musik war.

Zeuge Dirk Bartok: Also, aus meiner Erinnerung war bekannt, dass Herr Stadler innerhalb der rechtsextremistischen Musikszene aktiv ist. Ob das jetzt einer der Gründe war, ihn seinerzeit für eine Zusammenarbeit - - kann ich Ihnen nicht sagen.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Wie hat sich dann diese Geschäftstätigkeit von Herrn Stadler nach der Anwerbung entwickelt?

Zeuge Dirk Bartok: Auch dazu kann ich Ihnen nichts sagen. - Wie meinen Sie das? Können Sie das mal detaillierter darstellen? Ich verstehe die Frage an der Stelle nicht.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Also, wir sind uns ja, glaube ich, einig, dass Herr Stadler in der rechtsextremen Musikszene tätig war.

Zeuge Dirk Bartok: Ja, richtig.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Hat sich diese geschäftliche Tätigkeit nach der Anwerbung ausgeweitet, also ist er dort aktiver geworden? Wenn Sie jetzt eine Bemessungsgröße haben wollen: Ist die Anzahl der CDs, die vertrieben wurden, gestiegen oder dergleichen? Ich glaube nicht, dass ich jetzt weiter detaillieren muss, was eine geschäftliche Aktivität in der rechtsextremen Musikszene ausmacht.

Zeuge Dirk Bartok: Ich kann Ihnen in der Tat nicht sagen, wie viele CDs Herr Stadler vor seiner Anwerbung vertrieben hat. Von daher fehlt mir die Bemessungsgröße, zu bewerten, ob er danach aktiver war, ob er mehr verkauft hat.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Dann nehmen wir jetzt den Zeitraum ab der Anwerbung und ob in dem Zeitraum, in dem Sie für ihn zuständig waren - - Wie hat sich da seine geschäftliche Aktivität entwickelt?

Zeuge Dirk Bartok: Das wäre eine Bewertung, die ich abgeben müsste. Ich glaube, eine Bewertung - -

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Das ist eine Tatsache, die ich Sie frage. Ich frage danach, ob der Herr Stadler in der Zeit, in der Sie ihn führten, in der rechtextremen Musikszene aktiver geworden ist. War er zum Ende dieser Zeit aktiver als am Anfang?

Zeuge Dirk Bartok: Sie sagen zwar, Sie fragen nach einer Tatsache, aber Sie fragen nach einer Bewertung. Ich kann es nicht sagen.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Die Ausweitung einer Geschäftstätigkeit ist keine Bewertung, sondern das ist eine Sache, die sich an Tatsachen orientiert, also der Anzahl der CDs, die er vertrieben hat, wie viele Geschäftskontakte er hatte, von mir aus dem Umsatz, den er hatte. Da sind jetzt verschiedene Bemessungsgrößen denkbar, an denen man die Ausweitung einer Geschäftstätigkeit festmachen kann. Ich

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

glaube, das sind jetzt keine Bewertungen, sondern das sind Tatsachen, nach denen ich frage.

Zeuge Dirk Bartok: Aber all diese Daten liegen mir in der Tat nicht vor. Ich weiß nicht, wie viele CDs Herr Stadler verkauft hat. Ich weiß auch nicht um seine Umsätze. Ich kann Ihnen, ehrlich gesagt, nicht mal sagen, ob er - -

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ob er überhaupt CDs verkauft hat?

Zeuge Dirk Bartok: Ob er da Buch drüber geführt hat oder so. Kann ich Ihnen nicht sagen.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Hat denn Herr Stadler CDs verkauft?

Zeuge Dirk Bartok: Davon gehe ich aus.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Und warum gehen Sie davon aus?

Zeuge Dirk Bartok: Ich habe das Aktenstudium, wie gesagt, im Vorfeld dieser Vernehmung durchgeführt, und da wird ja an mehreren Stellen darauf hingewiesen, dass Herr Stadler CDs verkaufte.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Erinnern Sie sich, inwieweit Sie mit ihm darüber sprachen, in welchem Rahmen er geschäftlich tätig werden darf, ob Sie ihm das gestattet haben oder ob Sie ihm einen solchen Rahmen definiert haben?

Zeuge Dirk Bartok: Ist mir nicht erinnerlich.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Erinnern Sie sich, ob die CDs, die er produziert hat und die er vertrieben hat, von Ihnen in gewisser Weise geprüft wurden?

Zeuge Dirk Bartok: Auch an dieser Stelle muss ich Ihnen sagen: Das empfinde ich persönlich als Bewertung. Also - -

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ich frage, ob der Verfassungsschutz die CDs, die er vertrieben hat, geprüft hat. Das ist doch keine Bewertung.

Ich frage mich ganz ehrlich, warum Sie hier als Zeuge - Sie sind ja auch Beamter - sich so der Zusammenarbeit mit diesem Untersuchungsausschuss verweigern. Ich habe den Eindruck, dass Sie aussageunwillig sind, dass Sie klare Tatsachenfragen, die hier gestellt werden - - unter Ausflüchten die Aussage verweigern. Und das ist etwas, das mit Ihren Verpflichtungen als Beamter nicht in Einklang zu bringen ist.

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Wenn ich als Vorsitzender dieses Ausschusses kurz intervenieren darf, Herr Dr. Redmann. - Ich möchte Sie noch mal daran erinnern: Sie sind dazu verpflichtet, das, was Sie erinnern, hier mitzuteilen. Wenn Sie sich nicht erinnern, können Sie es klar sagen.

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Es ging jetzt oft hier um die Frage: Was ist eine Bewertung, und was ist eine Tatsache? Nach meiner Erinnerung sind Tatsachen äußere und innere Umstände des Lebens, die dem Beweis objektiv zugänglich sind. So eine Frage, wie sie Herr Dr. Redmann gestellt hat, wie Sie damals als Mitarbeiter des Verfassungsschutzes da agiert haben, zum Beispiel im Hinblick auf den Umgang mit CDs, das ist eine Tatsache, keine Bewertung. Folgen Sie dem?

Zeuge Dirk Bartok: Ja.

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Also würde ich Sie bitten, doch ruhig ein bisschen - - Ich glaube nicht mal, dass es fehlende Aussagefreude ist, sondern vielleicht auch ein bisschen fehlender Mut oder Unsicherheit. Dort hinten sitzen die Vertreter der Landesregierung. Die werden intervenieren. Ich sehe das auch. Da brauchen Sie keine Sorge haben. Insofern möchte ich Sie bitten, jetzt die Fragen von Herrn Dr. Redmann, der jetzt wieder das Rederecht erhält, soweit Sie es können, zu beantworten, und Ihnen da ein bisschen Mut machen.

Zeuge Dirk Bartok: Danke. - Können Sie die Frage bitte noch mal wiederholen?

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ich fragte, ob der Verfassungsschutz die Qualität der CDs, also im Hinblick auf die strafrechtliche Qualität der CDs, geprüft hat, beispielsweise durch Überprüfung der Texte.

Zeuge Dirk Bartok: Ich glaube, mich zu erinnern, dass CDs, die die nachrichtendienstliche Quelle mir übergeben hat, zu einer rechtlichen Prüfung in der Abteilung V übergeben worden sind.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Erinnern Sie sich, durch wen diese Prüfung erfolgte?

Zeuge Dirk Bartok: Daran erinnere ich mich nicht.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Hat diese Überprüfung der Qualität dieser Texte Konsequenzen gehabt? Also, ist zum Beispiel - - Erinnern Sie sich, dass festgestellt wurde, dass die Texte möglicherweise strafrechtlichen Inhalt haben, und ist dann daraufhin auf die Quelle zugegangen worden?

Zeuge Dirk Bartok: Ich kann mich nicht mehr erinnern, ob einzelne Texte von Musik-CDs strafrechtliche relevante Inhalte haben. Ich kann mich aber erinnern, dass auf einzelnen CDs doch verfassungsfeindliche Symbole vermerkt waren.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ist daraufhin mit der Quelle Kontakt aufgenommen worden, und ist darüber mit der Quelle kommuniziert worden?

Zeuge Dirk Bartok: Sofern die Feststellung einer strafrechtlichen Relevanz getroffen worden war, glaube ich, mich erinnern zu können, dass in dem jeweils folgenden Treff der Quelle mitgeteilt wurde, diese CD nicht weiter zu vertreiben.

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Sind Vorkehrungen getroffen worden, die sicherstellen sollten, dass die Quelle nicht am Verfassungsschutz vorbei strafrechtlich relevante CDs vertrieben hat?

Zeuge Dirk Bartok: Da kann ich mich nicht mehr dran erinnern. Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ist Ihnen zur Kenntnis gelangt, dass die Quellen an Ihnen vorbei strafrechtlich relevante CDs vertrieben hat?

Zeuge Dirk Bartok: Aus dem Aktenstudium heraus sind - - muss ich feststellen, dass da Fälle waren, in denen die Quelle CDs verkauft hat, von denen wir ihm zuvor gesagt hatten, dass er die nicht verkaufen soll.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Und wie ist darauf reagiert worden?

Zeuge Dirk Bartok: Auch diese Information wieder aus dem Aktenbestand: Die Quelle wurde ermahnt, sich nachrichtenehrlicher zu verhalten, ansonsten würde die Zusammenarbeit beendet werden.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Gab es in irgendeiner Weise eine Genehmigung oder eine Erlaubnis zum Vertrieb von strafrechtlich relevanten CDs gegenüber der Quelle? Also, dass man gegenüber der Quelle dezidiert einen Rahmen definiert hat, in dem auch strafrechtlich relevante CDs vertrieben werden dürfen.

Zeuge Dirk Bartok: Ich kann mich nicht erinnern, dass wir ihm einen entsprechenden Rahmen - - oder dass wir entsprechende Anweisungen ihm gegenüber ausgesprochen hätten.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Wurde denn das Warensortiment und das CD-Angebot des Stadler vom Verfassungsschutz regelmäßig überprüft?

Zeuge Dirk Bartok: Bitte bedenken Sie, dass wir von einer Zeit reden so vor 18 Jahren. Internet oder so - - Oder Warenlisten in der Form sind mir zu dem damaligen Zeitpunkt nicht bekannt geworden. Ich kann mich nicht dran erinnern, dass wir Lagerbestände oder Sortimente, die Herr Stadler vertrieben hat, überprüft oder abgefragt hätten.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Im Zusammenhang mit dem Vertrieb der ersten Auflage der CD „Noten des Hasses“ im Jahr 2001 heißt es in einem Vermerk vom 13.08.2002, dass insbesondere der Landesverfassungsschutz Berlin und das Bundesamt für Verfassungsschutz um operative Amtshilfe gebeten hätten. Dieses Ersuchen, das wir aus anderen Aktenbeständen her kennen, ist in den Akten, die wir hier aus Brandenburg gesehen haben, nicht zu finden. Worin bestand dieses Ersuchen genau? Erinnern Sie sich daran?

Zeuge Dirk Bartok: Da kann ich Ihnen leider nichts zu sagen. Der Aktenvermerk ist mir nicht Erinnerung.

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): In Brandenburg konnten wir den ja auch nicht finden. Das ist ja auch etwas, was uns wundert. Wie ist denn das nach Ihrer Erinnerung, wenn es eine Amtshilfe von anderen Landesämtern oder dem Bundesamt für Verfassungsschutz gibt: Wird so was in jedem Falle aktenkundig gemacht?

Zeuge Dirk Bartok: In meiner Funktion als V-Mann-Führer habe ich nie Amtshilfeersuchen gestellt oder an solchen mitgewirkt. Ich kann die Frage von daher nicht beantworten.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ist Ihnen jemals zur Kenntnis gelangt, dass Amtshilfeersuchen eingegangen sind, weil Sie dann an der Abarbeitung dieser Amtshilfeersuchen beteiligt waren?

Zeuge Dirk Bartok: Ich kann mich an so einen Sachverhalt bei der V-Mann-Führung der Quelle Toni Stadler nicht erinnern.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Im Jahr 2002 fand im Zusammenhang mit der Produktion der zweiten Auflage der „Noten des Hasses“ und dem Wunsch, die Produktionswege offenzulegen, eine Absprache mit - ergibt sich aus den Akten - betroffenen Bundesländern statt. Erinnern Sie sich daran, und, wenn ja, welche Bundesländer waren das?

Zeuge Dirk Bartok: Ich muss an der Stelle noch mal sagen: Als V-Mann-Führer habe ich auch nicht mit anderen Ländern Absprachen geführt. Ich habe lediglich die Treffs mit der Quelle durchgeführt und entsprechende Treffvermerke gefertigt. Mir ist nicht erinnerlich, dass Absprachen mit anderen Bundesländern stattgefunden haben.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Dann zitiere ich jetzt mal aus einem Treffvermerk vom 17.05.2002. Da heißt es:

„Bislang konnten noch nicht mit Vertretern aller betroffenen Bundesländern Übereinkünfte hinsichtlich der Vorgehensweise in diesem Sachverhalt besprochen werden. Da eine letzte Besprechung erst in der 21. KW erfolgen wird, soll die Geldübergabe erst nach dieser Absprache erfolgen.“

Insofern müssen Ihnen ja Kenntnisse über Absprachen mit Vertretern anderer betroffener Bundesländer schon vorgelegen haben.

Zeuge Dirk Bartok: Also, ich kann mich - - Wenn Sie sagen, das steht da, dann wird das so sein; aber ich kann mich daran in der Tat nicht mehr erinnern.

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Herr Redmann, könnten Sie die Fundstelle noch mit angeben, bitte?

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Das ist B4, Herabstufungen, 004_S-530003-0000-0119-2018, 1. Teillieferung Matrix Liste 8, Z85_B04_2002_tv-Barte_Band II, Seite 57.

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Ach da. - Vielen Dank.

(Heiterkeit)

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Jedenfalls ergibt sich aus dem Treffvermerk ja auch - oder legt dieser Treffvermerk ja nahe -, dass Sie mit der Quelle auch über diese Absprachen mit anderen Bundesländern da gesprochen haben. War so was durchaus üblich?

(RA [REDACTED]: Entschuldigung, dürfen wir den Treffvermerk vielleicht mal sehen? - Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt. - Er und sein Rechtsbeistand nehmen Einblick.)

Zeuge Dirk Bartok: Da der Sachverhalt hier so notiert ist, wird es damals so stattgefunden haben. Aber für mich ist dieser Absatz jetzt sehr aus dem Zusammenhang - - Ich kann es nicht mehr nachvollziehen. Ich kann mich da nicht mehr dran erinnern.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ich versuche, daraus so ein bisschen einen Rückschluss zu dem Verhältnis zu ziehen, das Sie mit der Quelle hatten. Also, es war ja offenbar durchaus üblich, dass man mit einer Quelle über solche Behördeninterna sprechen konnte. Klar, der V-Mann ist auch verpflichtet und so. Aber ist so was häufiger vorgekommen im Umgang mit Stadler?

Zeuge Dirk Bartok: Also, aus dem Lesen heraus - - Ich kann es Ihnen nicht sagen, ob es da andere Sachverhalte gab. Ich kann Ihnen nicht sagen, um welchen speziellen Themenkomplex es hier ging. Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ich habe keine weiteren Fragen.

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Vielen Dank, Herr Dr. Redmann. - Dann geht das Fragerecht an die Fraktion DIE LINKE. Herr Dr. Schöneburg, bitte schön.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Herr Zeuge, ich springe noch mal zurück an den Anfang, an die Verpflichtung von Herrn Stadler. Sie haben ja gesagt, dass Sie wussten, dass er ohne Führerschein gefahren ist. Wussten Sie, dass er ohne Führerschein auf den Parkplatz kam?

Zeuge Dirk Bartok: Uns war bewusst - aus der Erinnerung heraus schildere ich diesen Sachverhalt -, dass er keinen Führerschein hat, und wir waren natürlich verwundert, dass er mit seinem Auto auf den Parkplatz kam.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Und dann haben Sie gemerkt, dass er angetrunken war?

Zeuge Dirk Bartok: Daran kann ich mich in der Tat nicht erinnern.

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber in Ihrem Treffbericht steht drin, dass Sie wussten, dass er keinen Führerschein hatte, und dass er betrunken war.

Zeuge Dirk Bartok: Dass er betrunken war? Dürfte ich das bitte mal sehen?

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Müssen wir dann später im Keller machen.

Zeuge Dirk Bartok: Okay.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Also, Sie können sich nicht dran erinnern, dass er angetrunken war.

Zeuge Dirk Bartok: Daran kann ich mich in der Tat nicht erinnern.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber wenn er angetrunken war - das ist jetzt spekulativ - und keinen Führerschein hatte: Könnte sich daraus ergeben, dass er sich bedängt gefühlt hat, wenn Sie ihn ansprechen?

Zeuge Dirk Bartok: Ich kann Ihnen nicht sagen, wie Herr Stadler sich zu dem Zeitpunkt gefühlt hat.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Haben Sie ihn darauf angesprochen, dass Sie wissen, dass er ohne Führerschein gefahren ist und dass er angetrunken ist?

Zeuge Dirk Bartok: Ist mir nicht rememberlich. Nein.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Nein oder nicht rememberlich?

Zeuge Dirk Bartok: Ich erinnere mich nicht daran.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Gut. - Sie haben gesagt, dass Herr Stadler interessiert war an finanzieller Belohnung. Nun haben wir schon gehört, dass der Verfassungsschutz ihm die Wiedererlangung seines Führerscheins mitfinanziert hat, den MTU-Test und die anderen Kosten. Wie sah denn die finanzielle Belohnung ansonsten aus?

Zeuge Dirk Bartok: Ich gehe davon aus, dass ich zu dieser Methodik nichts sagen darf. Ich weiß nicht. Die Information ist, denke ich, nicht von der Aussagegenehmigung gedeckt.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Sie sollen nicht über die Höhe des Geldes reden, sondern - -

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Ich schaue mal in Richtung Landesregierung. Herr Dr. Treffke?

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Herr Dr. Treffke (MIK): Es gilt dieselbe Aussage wie bei allen anderen Vernehmungen auch. Wenn es um die konkrete finanzielle Entschädigung geht, können wir in diesem Sitzungsformat nicht darüber sprechen.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Gut. - Hat er regelmäßig Geldzuwendungen bekommen?

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Also abstrakter formuliert.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja.

Herr Dr. Treffke (MIK): Das wäre möglich, so eine Aussage.

Zeuge Dirk Bartok: Anlässlich der Treffvermerke der durchgeführten Treffs hat er regelmäßig Geld bekommen.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Hat er darüber hinaus noch Zuwendungen bekommen?

Zeuge Dirk Bartok: Darf ich Ihre Frage so interpretieren, dass Sie meinen, von meiner Behörde?

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ist ihm eine Reise nach Mallorca finanziert oder mitfinanziert worden?

Zeuge Dirk Bartok: Kann ich mich nicht dran erinnern.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Geht aber aus den Unterlagen hervor.
- Sind ihm Autoreparaturen finanziert worden?

Zeuge Dirk Bartok: Nach der Wiedererlangung des Führerscheins - glaube ich, mich zu erinnern - war er mobiler, war mehr unterwegs. Ich glaube auch, er hatte ein älteres Auto, einen Opel.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Also können Sie es nicht ausschließen.

Zeuge Dirk Bartok: Kann sein, dass er die Geldmittel, die wir ihm gegeben haben, für Reparaturen genutzt hat.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aus den Akten geht hervor, dass er extra Rechnungen sozusagen der Autoreparatur vorgelegt hat, und das ist ihm dann erstattet worden - zusätzlich.

Zeuge Dirk Bartok: Wenn das aus der Akte so hervorgeht, wird das so gewesen sein.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Haben Sie ihm noch andere Schulden, die er hatte, bezahlt? Hatte er zu Unrecht Zahlungen bekommen vom Arbeitsamt?

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Dirk Bartok: Ich glaube, mich aus der Akte zu erinnern, dass da Sachen mit dem Arbeitsamt drin waren, aber den Einzelsachverhalt weiß ich nicht mehr.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ich habe gefunden, dass eine beträchtliche Summe - ich will die hier nicht beziffern -, die er nachzahlen sollte oder zurückzahlen sollte, weil es unberechtigt erlangte Leistungen waren, dann vom Verfassungsschutz übernommen worden ist.

Zeuge Dirk Bartok: Geht so aus der Akte hervor?

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Dirk Bartok: Wenn Sie den Sachverhalt so aus der Akte herausgelesen haben, dann wird dem so sein.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Es gab also dann insgesamt einen ziemlich großen finanziellen Anreiz für Stadler.

Zeuge Dirk Bartok: Ich kann Ihnen nicht sagen, wie viel Geld Herr Stadler bekommen hat. Aber die finanzielle - - Oder ich sage mal, das Geld war schon Motivation seiner Zusammenarbeit.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Wie sehen Sie denn das Verhältnis zwischen Nachrichtenaufkommen und finanzieller Unterstützung von Herrn Stadler? Ist das ein Missverhältnis gewesen, oder fanden Sie das sozusagen adäquat?

Zeuge Dirk Bartok: Ehrlich gesagt, kann ich das nicht bewerten. Also - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): War er eine ergiebige Quelle, wo es sich gelohnt hat, so viel Geld hineinzuschießen?

Zeuge Dirk Bartok: Ich erinnere mich, dass ich die Höhe der Zuwendungen mit meiner Behördenleitung abgestimmt habe. Von daher gehe ich davon aus, dass diese Zahlungen gerechtfertigt waren, auch in der Höhe.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Okay. - Jetzt komme ich noch mal zu einem anderen Punkt. Sie haben ja vorhin gesagt, dass Ihnen nicht bekannt ist, dass Mitarbeiter des Verfassungsschutzes an Durchsuchungsmaßnahmen teilnehmen.

Zeuge Dirk Bartok: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ich würde gerne von Ihnen wissen: Es ist ja bei der Durchsuchung bei Herrn Stadler im März 2002 festgestellt worden, dass er dort einen Computer hatte, der sozusagen blütenweiß war. Den Computer hatte er vom Verfassungsschutz zur Verfügung gestellt bekommen. Wie waren Sie darin involviert? Oder: Waren Sie darin involviert gewesen, ihm diesen Computer zur Verfügung zu stellen?

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Dirk Bartok: Ich kann mich noch erinnern aus dem Aktenstudium im Vorfeld dieser Vernehmung, dass ich ihm einen Computer übergeben habe, ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Wann war das?

Zeuge Dirk Bartok: Das weiß ich nicht mehr.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aus den Akten ergibt sich, dass es im Oktober 2001 war.

Zeuge Dirk Bartok: Möglich.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Wie haben Sie ihm den Computer übergeben?

Zeuge Dirk Bartok: Bitte?

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Wie haben Sie ihm den Computer übergeben, und was war die Begründung dafür, dass er einen Computer bekommen hat? War das auch eine Zuwendung gewesen für seine Leistung, oder hatte das irgendwie einen anderen Hintersinn?

Zeuge Dirk Bartok: Wie gerade ausgeführt: Ich kann mich noch erinnern, dass ich ihm einen Computer gegeben habe, aber ich kann mich nicht mehr an die Gründe dafür erinnern.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Sind Sie dazu angewiesen worden von Ihrem Vorgesetzten, von Herrn Giebler oder von Herrn Wegesin?

Zeuge Dirk Bartok: Ich kann es aus der Erinnerung nicht sagen. Ich weiß es nicht mehr.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Es ist ja merkwürdig, dass dieser Computer dann auch gar nicht benutzt worden ist, dass der vier, fünf Monate später sozusagen blütenweiß bei der Hausdurchsuchung zur Verfügung stand oder den Beamten dort in den Schoß gefallen ist. Kann es sein, dass der Computer ihm deswegen zur Verfügung gestellt worden ist, um sozusagen seine Verstrickung in der rechtsextremen Szene zu verschleiern?

Zeuge Dirk Bartok: Diese Bewertung kann ich leider nicht treffen.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Das ist keine Bewertung, das ist ein Grund.

Zeuge Dirk Bartok: Okay.

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ich versuche immer noch, zu erforschen, warum Sie ihm einen Computer zur Verfügung gestellt haben aus den Beständen des Verfassungsschutzes.

Zeuge Dirk Bartok: Ich kann mich an die Gründe dafür nicht mehr erinnern.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Wissen Sie, wann der Staatsanwaltschaft Cottbus die V-Mann-Tätigkeit von Stadler bekannt gegeben wurde?

Zeuge Dirk Bartok: Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Können Sie sich erinnern an Gespräche, die Ihr Vorgesetzter, Herr Giebler, geführt hat mit der Staatsanwaltschaft Cottbus dazu?

Zeuge Dirk Bartok: Ich kann mich aus dem Aktenstudium erinnern, dass da ein entsprechender, nach meiner Erinnerung handschriftlicher Vermerk dahingehend ist, aber ich kann Ihnen weder Inhalte noch Datum - - Weiß ich nicht mehr.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ich halte Ihnen das mal vor. Am 16.10.2001 fand ein Gespräch zwischen Staatsanwaltschaft Cottbus und Herrn Giebler statt, bei dem Stadler als Quelle des VS Brandenburg offenbart wurde. Zitat - das ist jetzt der Vorhalt; das ist auf dem Treffbericht handschriftlich vermerkt worden von Herrn Giebler -:

„Das Gespräch mit dem ermittelnden StA in Cottbus, Herrn Richter, am 16.10.01, dem die Quelle offenbart wurde, war konstruktiv. Gemäß Absprache werden wir nach Abschluß der Ermittlungen kontaktiert, um den weiteren Ablauf zu besprechen.“¹

Ist Ihnen das jetzt noch mal rememberlich? Welche Gespräche sollten da geführt werden? Wie sollte der weitere Ablauf diskutiert werden?

Zeuge Dirk Bartok: Also, mir ist rememberlich, diesen handschriftlichen Vermerk bei meinem Aktenstudium gesehen zu haben. Allerdings muss ich darauf hinweisen, dass ich dieses Gespräch nicht geführt habe. Das hatte Herr Giebler geführt. Ich kann Ihnen nicht sagen, welche Absprachen da im weiteren Verlauf getroffen werden sollten mit der Staatsanwaltschaft.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Sind Sie da nicht einbezogen worden?

Zeuge Dirk Bartok: Ich bin da nicht einbezogen worden.

¹ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: B4, Herabstufungen, 004_S-530003-0000-0119-2018, 1. Teillieferung Matrix Liste 8 vom 07_08_2018, Z84_B04_2001_tv-Barte_Band II-12-142-nfd-bwpks.pdf, Seite 116.

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Wussten Sie, als Sie den Computer dem Herrn Stadler zur Verfügung gestellt haben, dass gegen ihn Ermittlungsverfahren liefen?

Zeuge Dirk Bartok: Vom Zeitablauf her. Gegen den Herrn Stadler sind - aus dem Aktenstudium heraus - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Also, im Oktober 2001 ist dieser Computeraustausch erfolgt. Im Oktober 2001 spricht Ihr Vorgesetzter mit der Staatsanwaltschaft Cottbus, mit Herrn Staatsanwalt Richter, darüber, dass Herr Stadler eine Quelle ist. Und jetzt frage ich Sie - das hängt ja zeitlich eng miteinander zusammen -, ob Sie wussten, dass da, als Sie ihm den Computer gegeben haben, staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gegen ihn laufen oder ein Ermittlungsverfahren gegen ihn läuft.

Zeuge Dirk Bartok: Ich kann mich so detailliert daran nicht mehr erinnern.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Gut. - Dann mache ich Ihnen noch mal einen Vorhalt aus einem Treffvermerk vom 12.04.2001; dokumentiert wurde das Treffen vom 10.04.2001. Da heißt es:

„Weiterhin war hier im Zuge des Informationsaustausches mit der Polizei bekannt geworden, daß gegen die Quelle derzeit zwei Ermittlungsverfahren anhängig sind [...] Gemäß der vorherigen Absprache mit V/5.1 wurde die Quelle von diesem Sachverhalt in Kenntnis gesetzt.“

Also, Sie berichten im April 2001, dass Sie die Quelle schon darüber informiert haben, dass Ermittlungsverfahren gegen diese laufen.

Zeuge Dirk Bartok: Darf ich?

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Stellvertretender Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Herr Dr. Schöneburg, wenn Sie die genaue Quelle bitte angeben würden?

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Die ist so lang. B4, Herabstufungen 004-S-530003-0000-00119-2018, Seite 52²; Sie können sich erinnern.

Zeuge Dirk Bartok: Also so, wie ich diese Information jetzt hier lese - - Ich habe daran keine Erinnerung mehr, aber wenn es hier so steht, wird es so gewesen sein.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Sie haben demnach ein halbes Jahr, bevor der Computeraustausch stattgefunden hat, die Quelle darüber informiert, dass gegen ihn Ermittlungsverfahren laufen.

² Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: B4, Herabstufungen, 004_S-530003-0000-0119-2018, 1. Teillieferung Matrix Liste 8 vom 07_08_2018, Z84_B04_2001_tv-Barte_Band II-12-142-nfd-bwpks.pdf, Seite 52.

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Dirk Bartok: Wenn dieser Sachverhalt dort so - und ich gehe davon aus, dass das dann so stimmt - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Und ich gehe davon aus, dass der Austausch des Computers dann im Zusammenhang steht mit dem Ermittlungsverfahren, das gegen ihn läuft. Wäre ja naheliegend.

Zeuge Dirk Bartok: Dazu kann ich nichts sagen. Das weiß ich nicht. Es wäre auch eine Bewertung, die mir an der Stelle nicht zusteht.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Gut. - Wie viel Zeit habe ich noch? - Drei Minuten.

Auf der Seite 53 des Treffvermerks finden sich folgende handschriftliche Vermerke Ihres Vorgesetzten, Herrn Giebler - ich zitiere -:

„Wegen krankheitsbedingter Abwesenheit ist mir erst heute vorstehender Vermerk zur Kenntnis gegeben worden. Die auf Blatt 2, vorletzter Absatz, vom VMF getroffene Aussage, er habe von mir als handelnder Verantwortlicher im Referat V/5 die ausdrückliche Erlaubnis erhalten, die Quelle über laufende Ermittlungsverfahren inhaltlich oder von der Tatsache her zu unterrichten, trifft nicht zu. Ich habe dem VMF lediglich den Hinweis gegeben, die Quelle ‚in geeigneter Weise‘ auf mögliche polizeiliche Maßnahmen hinzuweisen und - wie allgemein in der Quellenführung üblich - auf ‚notwendige Ordnung und Sauberkeit‘ im privaten und geschäftlichen Bereich Einfluss zu nehmen.“³

Ist Ihnen das bekannt? Ich meine, das ist ja ein Widerspruch, der da auftritt. Also, einerseits sagen bzw. schreiben Sie, dass Sie beauftragt worden sind, Herrn Stadler von den Ermittlungsverfahren in Kenntnis zu setzen, und dann, ein paar Wochen später, distanziert sich Ihr Vorgesetzter von Ihnen.

Zeuge Dirk Bartok: Mir ist es im Einzelnen so nicht mehr Erinnerung. Wenn aber Herr Giebler diese Bewertung so abgibt, dass er davon im Vorfeld nicht informiert worden war, dann wird die Absprache möglicherweise - aber auch da stelle ich nur eine Vermutung an - mit seinem Vertreter oder mit dem vertretungsweise aktiven Referatsleiter getroffen worden sein.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Also, Sie hätten nicht so einen deutlichen Vermerk:

„Weiterhin war hier im Zuge des Informationsaustausches mit der Polizei bekannt geworden, daß gegen die Quelle derzeit zwei Ermittlungsverfahren

³ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: B 4, Herabstufungen, 004-S-530003-0000-0119-2018 NfD, 1. Teillieferung Matrix Liste 8 vom 07_08_2018, Z84_B04_2001_tv-Barte_Band II-12-142-nfd-bwpks.pdf, Seite 53.

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

anhängig sind [...]. Gemäß der vorherigen Absprache mit V/5.1 wurde die Quelle von diesem Sachverhalt in Kenntnis gesetzt.“⁴

Sie gehen nicht davon aus, dass Sie das sozusagen autonom gemacht haben? Es ist Ihnen schon konkret diese Anweisung gegeben worden, das der Quelle so zu sagen?

Zeuge Dirk Bartok: Aus meiner Erinnerung gehe ich davon aus, dass ich es nicht ohne Anweisung gemacht habe. Aber ich kann den Sachverhalt nicht mehr hundertprozentig nachvollziehen.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Sind Sie da nicht unangenehm berührt, wenn Sie da von Ihrem Referatsleiter so im Regen stehen gelassen werden?

Zeuge Dirk Bartok: Ehrlich gesagt, Herr Dr. Schöneburg, das ist eine sehr persönliche Bewertung. Die möchte ich an der Stelle gar nicht abgeben.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Mich würde das ziemlich aufbringen.

Zeuge Dirk Bartok: Ja, ich möchte dazu an der Stelle nichts sagen.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Sind Sie da noch bekümmert oder beeinflusst worden, von Ihrer ersten Einschätzung vom 12.04.2001 Abstand zu nehmen, dass Sie da relativieren?

Zeuge Dirk Bartok: Zielt Ihre Frage jetzt darauf ab, ob - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ob Sie sozusagen von ihm - -

Zeuge Dirk Bartok: Ob ich beeinflusst worden bin?

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja, ob Sie beeinflusst worden sind.

Zeuge Dirk Bartok: Da kann ich mich nicht dran erinnern, beeinflusst worden zu sein.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Weil Sie dann sozusagen - - Der Vermerk, der endet dann damit:

„[...] wurde nach Rücksprache am 07.05.01 mitgeteilt, daß Quelle natürlich in geeigneter Weise über evtl. pol. Maßnahmen unterrichtet wurde. Das keine spezifische Sachverhalte an die Quelle weitergegeben wurden, versteht sich somit auch von selbst.“

Also, das ist dann sozusagen von Ihnen eine Ergänzung?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand.)

⁴ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: B 4, Herabstufungen, 004-S-530003-0000-0119-2018 NfD, 1. Teillieferung Matrix Liste 8 vom 07_08_2018, Z84_B04_2001_tv-Barte_Band II-12-142-nfd-bwpks.pdf, Seite 52.

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Also, für mich sieht es so aus, als ob Sie sozusagen Dienst nach Vorschrift gemacht haben, dann distanziert sich Ihr Referatsleiter davon, und dann wird auf Sie Einfluss genommen, dass Sie sozusagen Ihre Aussage vom 12.04. oder Ihren Vermerk vom 12.04. revidieren.

Zeuge Dirk Bartok: Das ist eine Interpretation, Herr Dr. Schöneburg. Das kann ich so nicht bestätigen. Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Na, Sie können es ja jetzt mit Tatsachen belegen, untersetzen. Sie können sich ja vielleicht an ein Gespräch erinnern, das Sie mit Herrn Giebler geführt haben.

Zeuge Dirk Bartok: Ich habe den Herrn Giebler bestimmt schon zehn Jahre lang nicht mehr gesehen. Ich kann mich wirklich nicht mehr an ein Gespräch erinnern, das vor 17 Jahren stattgefunden hat.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja, aber mich würde doch - - Das würde mir schlaflose Nächte bereiten, wenn ich als Beamter sozusagen eine Tätigkeit ausführe, die mir so angewiesen worden ist, und sich danach alle von mir abwenden und sagen: So, jetzt schreibst du mal auf, dass das so nicht gemeint war.

Dem muss ja ein Gespräch gefolgt sein. Also, der Herr Giebler kommt aus dem Urlaub und sieht den Vermerk und ist jetzt plötzlich entsetzt darüber, dass er da die Anweisung gegeben haben soll oder sein Stellvertreter die Anweisung gegeben haben soll, und jetzt rudert er zurück. Da müssten Sie ja normalerweise bei ihm antanzen, Hände an die Hosennaht, und dann kriegen Sie irgendwie eine Ansage. So ist es ja in einer hierarchisch organisierten Struktur.

Zeuge Dirk Bartok: Es ist durchaus möglich, dass das seinerzeit so gewesen ist. Der Vermerk, den ich hier beigelegt habe, relativiert natürlich in der Tat. Aber die tatsächlichen Hintergründe, warum ich diesen Vermerk dann nochmal eingefügt habe, die sind mir nicht mehr rememberlich.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ist Ihnen bekannt, dass sozusagen Herr Giebler jedenfalls verstrickt war oder auch mit verantwortlich war zu fast gleichem Zeitpunkt, Anfang 2001, in einen Geheimnisverrat in anderer Sache, nämlich dass sozusagen eine Razzia verraten worden ist über einen V-Mann, der sozusagen über den Razzia-Termin instruiert worden ist?

Zeuge Dirk Bartok: Meinen Sie jetzt den Stadler als Quelle?

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Nee, eine andere Quelle. Das ist ja Christian K. gewesen.

Zeuge Dirk Bartok: Dazu kann ich nichts sagen.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ist nicht bekannt gewesen -

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Dirk Bartok: Nein.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - in der Behörde?

Zeuge Dirk Bartok: Nein.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Denn da ist nach dem gleichen Muster verfahren worden. Da ist offensichtlich der V-Mann-Führer, Herr Sandmann, angewiesen worden, der Quelle sozusagen Informationen zu geben, dass eine Razzia bevorsteht. Das hat er dann gemacht. Und danach ist ihm in die Feder diktiert worden - so jedenfalls hier vor dem Ausschuss dokumentiert -, dass das alles nicht so gemeint war, dass er sozusagen nur allgemein, sozusagen kodiert, sagen sollte: Du musst für Ordnung und Sauberkeit sorgen.

Zeuge Dirk Bartok: Also - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Das ist Anfang 2001 gewesen.

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Herr Dr. Schöneburg, wir sind jetzt schon zweieinhalb Minuten drüber. Weil ich wollte den Fluss der ganzen -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja, aber - -

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): - den wollte ich nicht. Aber das bringen Sie noch zu Ende. Ich wollte nur darauf hinweisen.

Zeuge Dirk Bartok: Also, die Frage würde ich in der Tat noch gern beantworten.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Dirk Bartok: Ich kann mich nicht daran erinnern, dass das in der Tat so relativiert worden ist oder dass ich von Herrn Giebler irgendwie unter Druck gesetzt wurde. Das - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber es muss ja irgendwie eine Handlung gegeben haben, dass Sie dann noch mal sozusagen diesen Zusatz geschrieben haben, diese drei Zeilen, wo Sie gesagt haben: Na ja, polizeiliche Maßnahme allgemein. - Aber direkt den Sachverhalt haben Sie nicht benannt.

Zeuge Dirk Bartok: Darf ich noch?

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja.

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Die Antwort noch, und dann - -

Zeuge Dirk Bartok: Auf den Vermerk von Herrn Giebler habe ich in entsprechender schriftlicher Form reagiert. Das steht ja hier so drin.

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja, ja.

Zeuge Dirk Bartok: Ich kann - - Möglicherweise war ich zu dem Zeitpunkt auch - sage ich mal - sauer darüber, wie mein Vorgesetzter da mit mir umgeht. Ich kann mich nicht mehr erinnern, ob es Tatsache so gewesen ist. Aber ich glaube nicht, dass mir diese Sache schlaflose Nächte gemacht hat.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Gut, dann ist so weit - - Aber ich wollte nur noch mal drauf hinweisen, dass hier in der Behörde zwei ganz ähnliche Sachverhalte stattgefunden haben. Und das macht schon nachdenklich.

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Alles klar. Gut. - Nachdem heute ja - so wie gestern auch - leider kein Abgeordneter der AfD-Fraktion anwesend ist, was mich ein Stück weit verwundert, was das Aufklärungsinteresse betrifft, geht das Fragerecht dann an die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Frau Nonnemacher, bitte.

(Herr Zülicke [Referent der AfD-Fraktion] begibt sich zum stellv. Vorsitzenden und spricht mit ihm.)⁵

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön, Herr Vorsitzender. - Schönen guten Tag, Herr Bartok. Wir haben jetzt herausgearbeitet, dass Sie von 1997 bis 2005 beim brandenburgischen Verfassungsschutz gearbeitet haben und dass Sie von Februar 2000 bis Mitte Sommer 2002 V-Mann-Führer von Herrn Stadler waren. Das ist richtig?

Zeuge Dirk Bartok: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. - Wir bewegen uns ja bei den Tatsachen und nicht bei den Bewertungen. Das bestätigen Sie also.

Haben Sie außer Herrn Stadler noch andere V-Personen geführt?

Zeuge Dirk Bartok: Diese Aussage ist nicht durch meine Aussagegenehmigung gedeckt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Das möchte ich bitte bestätigt haben.

Herr Dr. Treffke (MIK): Er ist hier zum Komplex Toni Stadler geladen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja, aber wenn ich ihn frage, ob er in der Zeit, in der er - -

Herr Dr. Treffke (MIK): Wir können bestätigen, ob er noch weitere Quellen geführt hat.

⁵ Hierzu liegt als Anlage 4 zum Protokoll eine persönliche Erklärung des Abgeordneten Wiese (AfD) vor.

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja, selbstverständlich, das war die Frage, ob er noch weitere Quellen geführt hat.

Zeuge Dirk Bartok: Ich glaube mich zu erinnern, noch weitere Quellen geführt zu haben.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Können Sie bitte meine Frage beantworten, -

Zeuge Dirk Bartok: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - ob Sie noch weitere Quellen geführt haben?

Zeuge Dirk Bartok: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja. - Konkret anschließend an die Frage: Haben Sie auch die Quelle Christian K. geführt oder partiell geführt?

Zeuge Dirk Bartok: Dazu kann ich nichts sagen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Das gehört aber zum gesamten Untersuchungsauftrag.

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Herr Dr. Treffke, wenn Sie sich bitte kurz äußern würden.

Herr Dr. Treffke (MIK): Meines Erachtens ist der Zeuge zum Themenkomplex Toni Stadler geladen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja, Herr Dr. Treffke, ich habe auch nicht vor, da weiter nachzubohren. Aber wir haben hier durch den Kollegen Schöneburg gerade eine Parallelität herausgearbeitet. Es betrifft dieselbe Zeit, es betrifft den gesamten Untersuchungsauftrag des Ausschusses. Ich finde, die Frage, ob der Herr Zeuge an der Führung der Quelle Christian K. beteiligt war, ist durch unseren Untersuchungsauftrag mehr als gedeckt.

Herr Dr. Treffke (MIK): Dann schlage ich vor, das nicht in diesem Sitzungsformat zu klären, sondern in nichtöffentlicher Sitzung.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aha. Gut. Das überrascht mich sehr, aber dazu müssten Sie vielleicht wirklich noch mal ausführen. Also, es kann überhaupt nicht sein - -

(Abgeordneter Dr. Schöneburg [DIE LINKE]: Dann stellen wir kurz die Nichtöffentlichkeit her! Das müssen wir klären, damit das nicht abbricht!)

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Klar. Wenn das so - - Okay. Dann bitte ich die Öffentlichkeit darum, den Saal zu verlassen. Wir gehen in eine nichtöffentliche Sitzung.

(Ausschluss der Öffentlichkeit: 10.40 Uhr)

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Wir befinden uns jetzt in nicht öffentlicher Sitzung.

(Abgeordneter Dr. Schöneburg [DIE LINKE]: Wir klären jetzt erst mal, ob die Frage - -)

Zeuge Dirk Bartok: Dürfte ich mich dazu mit dem Behördenvertreter austauschen?

(RA [REDACTED]: Wegen der Aussagegenehmigung!)

- Ja.

(Der Zeuge berät sich mit Vertretern der Landesregierung.)

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Gut. - Damit befinden wir uns jetzt in nichtöffentlicher Sitzung.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Wir müssen jetzt erst mal klären, in welcher Sitzungsform.

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Genau, okay. - Also, bitte wiederholen Sie noch einmal Ihr Begehrt, Herr Dr. Schöneburg. Und dann Frau Nonnemacher.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Also, deswegen habe ich ja gebeten, die Sitzung zu unterbrechen, damit wir jetzt in nicht öffentlicher Sitzung klären, ob diese Frage gestellt werden kann - gestellt werden kann sie -, ob sie beantwortet werden kann und in welcher Form sie beantwortet werden kann, also ob in einer nichtöffentlichen Sitzung, im Geheimschutzraum oder in einer öffentlichen Sitzung. Das muss jetzt geklärt werden.

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Ja, meines Erachtens - kurz als Zwischenruf - dürfte eine nichtöffentliche Sitzung hier in Betracht kommen und ausreichen. - Frau Nonnemacher.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Der Herr Zeuge ist geladen zu dem gesamten Untersuchungsausschuss-Einsetzungsauftrag, besonders zu Herrn Stadler. Wir haben Herrn Wegesin hier in öffentlicher Sitzung zu dem Fall Christian K. vernommen, und ich finde, die Frage, ob er in der Zeit von 1997 bis 2005 an der Führung der V-Person Christian K. beteiligt gewesen ist, kann meiner Ansicht nach in öffentlicher Sitzung beantwortet werden.

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Okay. - Frau Vandré, bitte.

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Ich wollte auch sagen, dass wir bisher in öffentlicher Sitzung zumindest die Arbeitsnamen, natürlich nur die Arbeitsnamen, der V-Mann-Führung der jeweiligen Quellen immer benannt haben und auch diese Frage gestellt haben. Deswegen erschließt sich mir nicht, warum in diesem Fall, wenn wir sonst die anderen V-Mann-Führer auch in öffentlicher Sitzung gefragt haben, wer eine weitere begleitende V-Mann-Führung übernommen hat, diese Frage von diesem speziellen Zeugen nicht beantwortet werden kann, ob er an der V-Mann-Führung - auch nur vertretungsweise - beteiligt gewesen ist.

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Vielen Dank, Frau Vandre. - Frau Dr. Wagner, bitte.

Frau Dr. Wagner (MIK): Die Frage kann natürlich in öffentlicher Sitzung gestellt werden und auch beantwortet werden. Aber wenn es nachher um die Einzelheiten der V-Mann-Führung an sich geht, dann bitte im Keller.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Dazu kann ich sagen: Ich hatte nicht die Absicht, mich jetzt in die Einzelheiten der V-Mann-Führung von Christian K. zu begeben. Mir ist die Frage auch eigentlich nur spontan gekommen, weil Kollege Schöneburg auf diesen Zusammenhang hingewiesen hat, den ich auch sehe. Also, ich werde da jetzt nicht weitermachen, aber die Frage selber halte ich für völlig legitim.

Dann haben wir jetzt besprochen, dass wir das öffentlich weiterverhandeln.

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Gut. - Nachdem wir das geklärt haben, machen wir jetzt mit der öffentlichen Sitzung weiter und geben der Öffentlichkeit Gelegenheit, der Sitzung wieder beizuwohnen.

(Wiederherstellung der Öffentlichkeit: 10.44 Uhr)

Wir fahren mit der öffentlichen Sitzung fort. Das Fragerecht ist weiterhin bei der Abgeordneten Frau Nonnemacher. Bitte schön.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön, Herr Vorsitzender. - Ich hatte den Herrn Zeugen gefragt, ob er in der Zeit von 1997 bis 2005 weitere Vertrauenspersonen geführt hat. Das hat er bejaht. Und ich hatte ihn speziell gefragt, ob er die Vertrauensperson Christian K. geführt hat oder mit an der Führung beteiligt war.

Zeuge Dirk Bartok: Ich war mit an der Führung der Quelle beteiligt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön. - Sie haben, wie gesagt, zweieinhalb Jahre den Herrn Stadler geführt, von Februar 2000, wo Sie ihn gemeinsam mit Herrn M. M. verpflichtet haben auf diesem Parkplatz in Cottbus und wo es auch zum Unterschreiben dann der Verpflichtungserklärung gekommen ist. Das ist richtig?

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Dirk Bartok: Kann ich so nicht sagen aus der Erinnerung heraus, ob an dem Tag eine Verpflichtungserklärung unterschrieben worden ist.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. Aber die Verpflichtungserklärung ist durch Sie mit Herrn Stadler - - Sie haben das in die Wege geleitet, Sie waren dabei, Sie haben die ihm sozusagen abverlangt. Ob jetzt im Februar oder kurz danach: Das ist auf jeden Fall so Fakt.

Zeuge Dirk Bartok: Auf die vielen Fragen von Ihnen würde ich jetzt sagen: Ich kann mich auf jeden Fall daran erinnern, dass ich dabei war. Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Genau. - Und Sie waren auch dabei, als es im Sommer 2002, als Herr Stadler in Untersuchungshaft in Berlin gesessen hat, zu einer Entpflichtung kam?

Zeuge Dirk Bartok: Aus der Erinnerung heraus, ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also Sie können das bestätigen.

Zeuge Dirk Bartok: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. - Sie haben vorhin, Herr Zeuge, in Ihrem Eingangsstatement uns erzählt, dass Sie bis 2005 beim Verfassungsschutz gearbeitet haben und dass Sie dann unter psychisch sehr belastenden Begleitumständen aus dem Verfassungsschutz ausgeschieden sind. Warum war das so furchtbar belastend? Hatten Sie da konkret Ärger? Oder warum war das für Sie eine so extrem belastende Situation?

Zeuge Dirk Bartok: Auch gegen mich ist in dem Zusammenhang ermittelt worden. Ich hatte ja in meiner Stellungnahme am Anfang ausgeführt, dass gegen mich ein Ermittlungsverfahren lief, und dieses Ermittlungsverfahren, was am Ende eingestellt worden ist, hat mich sehr belastet.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. Aber das Ermittlungsverfahren ist ja nun vorm Gericht gelaufen. Es ist eingestellt worden. Warum war das für Sie dann so extrem traumatisierend auf der Arbeitsstelle, dass Sie 2005 sozusagen Ihre Tätigkeit aufgegeben haben?

Zeuge Dirk Bartok: Vielleicht zur - - nicht als Ergänzung, aber zur Klarstellung: Ich habe die Tätigkeit nicht freiwillig aufgegeben. Ich bin in einen anderen Bereich versetzt worden.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Okay, also, es entsprach nicht Ihrem Wunsch, dass Sie Ihre Tätigkeit beim Brandenburger Verfassungsschutz eingestellt haben, sondern Sie wurden versetzt in einen anderen Tätigkeitsbereich.

Zeuge Dirk Bartok: Das ist richtig.

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Auf Initiative von wem?

Zeuge Dirk Bartok: Da kann ich mich nicht mehr dran erinnern.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ich gehe davon aus, von der Behördenleitung. Aber ich kann Ihnen jetzt nicht sagen,

(Abgeordneter Dr. Schöneburg [DIE LINKE]: Vom Hausmeister!)

wer diese Sache initiiert hat.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also das, muss ich sagen, verwundert mich sehr, wenn das für Sie so emotional stark belastend war - das ist doch ein wichtiger Abschnitt in Ihrem Leben -, dass Sie sich an solche Begleitumstände nicht erinnern. Das finde ich bemerkenswert. Aber gut.

Können Sie uns benennen, was für konkrete Unzufriedenheiten mit Ihrer Arbeit zu dieser Versetzung geführt haben?

Zeuge Dirk Bartok: Sind diese Sachen Thema des Befragungsgegenstandes?

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich habe Ihnen eine konkrete Frage gestellt, warum Sie versetzt worden sind - offensichtlich gegen Ihren Willen.

(RA [REDACTED]: Aber ist ja die Frage, ob es eine geeignete und zulässige Frage ist im Hinblick auf die Beweistatsachen, zu denen er geladen ist!)

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Also meines Erachtens ist das eine Frage zur grundsätzlichen Arbeitsweise hier auch des Verfassungsschutzes, und ich erachte die als zulässig, um es klar zu sagen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Schöneburg [DIE LINKE])

- Ja. - Also, insofern - ich blicke mal in Richtung Landesregierung -: Sie dürfen den Mut haben, zu antworten.

Herr Dr. Treffke (MIK): Wenn es zur grundsätzlichen Arbeitsweise ginge, dann wäre die Frage wiederum hier nicht zulässig.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Schöneburg [DIE LINKE] - Heiterkeit - Abgeordneter Dr. Redmann [CDU]: Wir sind uns alle einig, dass sie beantwortet werden soll!)

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Gut. - Also, Sie dürfen die Frage beantworten. Frau Nonnemacher wiederholt die Frage noch einmal.

Zeuge Dirk Bartok: Okay.

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich möchte wissen: Warum, aufgrund welcher Probleme - Sie haben rekurriert auf die Anklage, die gegen Sie selber geführt ist - sind Sie 2005 versetzt worden aus dem Verfassungsschutz heraus - offensichtlich gegen Ihren Willen, wie Sie uns hier mitgeteilt haben?

Zeuge Dirk Bartok: Also, die tatsächlichen fachlichen Gründe sind mir nicht bekannt. Ich würde jetzt meine persönliche Empfindung in dem Zusammenhang schildern wollen. Aus meinem persönlichen Empfinden heraus war ich für die Arbeit, die ich vorher geleistet hatte - und zwar V-Mann-Führung -, aufgrund des Verfahrens, das gelaufen war, und auch der Öffentlichkeit, die mit meiner Person teilweise einherging, nicht mehr geeignet.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Okay, also weil Sie durch die öffentliche Auseinandersetzung um die Stadler-Affäre und des Verfahrens gegen Sie für weitere V-Mann-Führungen nicht mehr infrage kamen. Das ist Ihre Antwort auf diese Frage.

Zeuge Dirk Bartok: Genau.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. - Dann möchte ich jetzt noch mal zu der Anwerbung von Herrn Stadler kommen. Wir hatten diesen Komplex Fahrerlaubnis mehrfach gestreift. Ich möchte Ihnen zu dem Komplex „Wie kam es zur Anwerbung und zur Ansprache von Herrn Stadler?“ zwei Vorhalte machen.

Der eine ist ein Vorhalt VS Brandenburg, Vermerk Ansprache Stadler, 14.02.2000; Ordner B 4, Datei Z83. Reicht das als Quellenangabe, oder - -

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Bitte vollständig.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. Z83_B04_2000_tv-Barte_Band II-81-263-nfd, Seite 5. - Ich zitiere:

„Nachdem die ZP dort ihre Einkäufe erledigt hatte, wurde sie beim Wiedereinsteigen in ihr Fahrzeug von V/4.30 und V/4.60 angesprochen.

[...]

Anmerkung: Im Verlaufe des Gespräches wurde der ZP mitgeteilt, daß die Fallführer Kenntnis davon haben, daß sie derzeit über keine gültige Fahrerlaubnis verfügt. Dies wurde kontrovers diskutiert. [...] Desweiteren wurde die ZP durch die Fallführer dazu aufgefordert, einige Exemplare der CD'en die sie vertreibt zur Ansicht mitzubringen.“

Das ist der erste Vorhalt.

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Der zweite Vorhalt stammt aus der Zeugenvernehmung Wegesin. Das ist NSU-Untersuchungsausschuss Brandenburg, 07.09.2017, Protokoll Seite 135/136. Ich zitiere:

„Andere Mittel: Gebrauchen wir mal diesen schönen altmodischen Begriff des ‚Kompromates‘, wie man das früher sagte, das heißt also bestimmte Lagen, in denen man eine Information, die der Verfassungsschutz hat, die für die Quelle kompromittierend ist, um sie zur Zusammenarbeit zu bewegen - - ist ein Grenzgebiet. Ich sage Ihnen mal einen Fall, wo es Ärger gegeben hat, der auch stattgefunden hat: Da hatte der Verfassungsschutz festgestellt, dass eine Quelle ein Kfz besaß und Auto fuhr, obwohl sie gar keinen Führerschein hatte. Dann hat man der Quelle gesagt: ‚Du hast ja keinen Führerschein! Das kann aber zu Problemen führen. Wir wissen das. Weiß das die Polizei? Die weiß das wohl nicht. Wenn du für uns arbeitest, helfen wir dabei, dass du den Führerschein machst. Den bezahlen wir dir. Und dann arbeitest du für uns.‘ - Das ist als sehr grenzwertig empfunden worden. Das war vielleicht schon das Allerhöchste.“

Ende dieses Vorhalts des Zeugen Wegesin.

Herr Zeuge Bartok, das, was ich Ihnen jetzt vorgehalten habe, und die Aussagen von Herrn Wegesin: Würden Sie sagen, das trifft den Fall der Anwerbung des V-Mannes Stadler ziemlich gut?

Zeuge Dirk Bartok: Aus meiner Erinnerung heraus ist es so gewesen, wie Sie aus dem Treffvermerk zitiert haben: dass wir ihn auf dem Parkplatz angesprochen haben und dass wir natürlich aufgrund der vorbereitenden Maßnahmen auch Kenntnis hatten, dass er keinen Führerschein hat. Inwieweit da eine Bewertung der Quelle drin ist oder ob der Herr Wegesin - - Ich kann ja auch nicht sagen, was der Herr Wegesin da beim NSU-Ausschuss ausgesagt hat. Da war ich ja nicht dabei.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Der Herr Wegesin hat hier bei uns vor dem NSU-Untersuchungsausschuss ausgesagt zu Fragen der V-Mann-Anwerbung und hat das halt ausgesagt, was ich eben zitiert habe: Kompromat; man bringt einen Menschen, den man als V-Mann gewinnen will, in eine kompromittierende Situation und hat als Beispiel die Situation: Du hast ja keinen Führerschein; das kann zu Problemen führen. Wenn du hier nicht willig bist, dann könnten wir das auch der Polizei mitteilen. - Das hat er genau ausgeführt.

Ich frage Sie: Lag diese Konstellation bei der Anwerbung von Herrn Stadler vor?

Zeuge Dirk Bartok: Aus meiner Erinnerung lag diese Situation so nicht vor. Wir haben Herrn Stadler nicht dahingehend - - ihm mitgeteilt, wir würden polizeiliche Maßnahmen - - oder so. Also, da kann ich mich in der Form so nicht mehr dran erinnern.

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber Sie haben ihm mitgeteilt, dass er keinen gültigen Führerschein besitzt - das habe ich Ihnen ja selber vorgelesen -; das war Gegenstand des Gespräches.

Zeuge Dirk Bartok: Wenn der Umstand so in dem Treffvermerk vermerkt ist, dann wäre das möglich, dass ich ihm das so gesagt habe. Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich frage Sie, ob es so gewesen ist.

Zeuge Dirk Bartok: Ich kann mich nach 18 Jahren daran nicht mehr erinnern. Wir reden von einem Zeitpunkt Anfang 2000. Das ist achtzehneinhalb Jahre her.

(Abgeordneter Schöneburg [DIE LINKE]: Wir können auch noch mal Herrn M. M. als Zeugen dazu laden!)

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Das ist eine gute Idee. - Gut, dann möchte ich auf einen anderen Punkt zu sprechen kommen. Sie sind von Kollege Dr. Redmann auch darauf angesprochen worden, ob denn die Texte der Lieder bewertet wurden, die auf den CDs, die Herr Stadler vertrieben hat, so vorkamen, oder ob Ihnen da Dinge aufgefallen sind. Sie haben gesagt, Sie können sich an verfassungsfeindliche Symbole auf den Booklets erinnern - das haben Sie so beantwortet -, und Sie haben gesagt, die Texte würden wohl untersucht worden sein, aber nicht von Ihnen.

Ich möchte Ihnen jetzt einen Vorhalt machen, ein Textauszug aus dem Song „Piles Of Dead Jews“ von der CD „Hail Aids!“ der Band „Ethnic Cleansing“, eine Band, deren CDs von Herrn Stadler vertrieben worden sind. Ich zitiere:

„White - White - White Revolution!
Mass murder is the only solution!
Worldwide genocide, death to all the Jews!
Heil! White Pride! White Man Rules!
Israel's on fire, as the Jewish Race falls!
In the name of Hitler, we kill for the Cause!“

Das sind Texte von CDs, mit denen Herr Stadler gehandelt hat. Haben Sie ihn nicht angemahnt, dass das nicht geht, oder haben Sie nicht darin einen Grund gesehen, dass die Zusammenarbeit mit einer solchen Vertrauensperson sofort einzustellen ist?

Zeuge Dirk Bartok: Also, da kann ich mich in der Form nicht mehr dran erinnern.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich frage Sie, ob solche Texte nicht für Sie als V-Mann-Führer ein Grund hätten sein müssen, die Zusammenarbeit mit einer solchen V-Person zu problematisieren und infrage zu stellen.

Zeuge Dirk Bartok: Diese Art der Bewertung ist durch mich als V-Mann-Führer ja nicht zu treffen. Diese Art der Bewertung wird seitens der Behördenleitung oder anderer Teile des Verfassungsschutzes getroffen.

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ist diese Bewertung von anderen Mitarbeitern des Verfassungsschutzes, Ihnen unmittelbar Vorgesetzten oder von der Behördenleitung bezüglich solcher Texte, wie ich sie eben zitiert habe, getroffen worden?

Zeuge Dirk Bartok: Aus meiner Erinnerung und aus dem Aktenstudium heraus glaube ich, mich zu erinnern, dass bei einer CD genau solche Sachen thematisiert wurden. Ich weiß nicht mehr, bei welcher CD genau; aber thematisiert worden ist das.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Warum haben Sie der Quelle Stadler ausweislich eines Vermerkes, den wir haben, vom 11. März 2002 nur eindringlich abgeraten, mit der CD „Hail Aids!“ zu handeln, und nur darauf hingewiesen, dass das in der letzten Konsequenz auch die gemeinsame Arbeit beenden könne?

Zeuge Dirk Bartok: Ich sagte vorhin schon bei der Frage von Dr. Redmann - glaube ich mich zu erinnern -, dass wir in Einzelfällen ihm untersagt hatten, CDs zu vertreiben. Könnte sein an der Stelle, dass es sich bei dieser CD, die Sie zitieren, genau um so einen Fall handelte.

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Frau Kollegin, ich habe hier auch die zwei Minuten drüber gewährt. Aber wir wären dann jetzt zunächst am Ende Ihrer - -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich nehme Ihren Hinweis dankend entgegen, weil das, worauf ich jetzt hinauswill, sowieso eine längere zusammenhängende Angelegenheit ist.

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Dann freuen wir uns auf nachher. - Das Fragerecht geht an die SPD-Fraktion. Frau Kollegin Gossmann-Reetz, bitte schön.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. - Zurück zur V-Mann-Führung mit Herrn Stadler. Ist es richtig, dass Herr Stadler mit einem Handy ausgestattet worden ist vom Brandenburger Verfassungsschutz?

Zeuge Dirk Bartok: Kann ich mich in der Form nicht dran erinnern. Aber wenn es in der Akte drinsteht, wird es so gewesen sein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. Wenn Quellen von Ihnen damals ein Handy erhalten haben, welche Anweisungen waren damit verbunden? Wozu sollte es dienen?

Zeuge Dirk Bartok: Wenn die nachrichtendienstliche Quelle ein entsprechendes Handy bekommen hat, war - aber auch aus meiner Erinnerung heraus - die Maßgabe die, mit diesem Handy den Kontakt zwischen der Verfassungsschutzbehörde und ihm selbst zu gewährleisten.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja. - Sollte das ausschließlich nur für diesen Zweck verwendet werden? Gab es da irgendwelche Anweisungen an die Quelle?

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Dirk Bartok: Die Maßgabe war, dass diese Mobilfunkhandys dann nur für diesen Kontakt benutzt werden.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Haben sich die Quellen an so was immer gehalten?

Zeuge Dirk Bartok: Ich kann es nicht für alle Quellen sagen. Ich habe den Herrn Stadler geführt. Ich glaube, mich erinnern zu können, dass er sich nicht immer drangehalten hat.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie haben Sie dann reagiert oder wie haben Sie feststellen können, dass er sich nicht dran gehalten hat?

Zeuge Dirk Bartok: Ich kriege den Zusammenhang nicht mehr hundertprozentig in meiner Erinnerung zusammen. Aber wenn er solche Verstöße begonnen hat, ist er entsprechend ermahnt worden. Aber ich kann Ihnen nicht mehr im Einzelfall sagen, ob und wann wir davon Kenntnis bekommen haben.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Können Sie sich erinnern, wofür Herr Stadler das Telefon noch genutzt hat nach Ihrer Erinnerung?

Zeuge Dirk Bartok: Da kann ich mich nicht dran erinnern, nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie erklären Sie sich, dass Herr Stadler mit dem Handy in einer TKÜ-Maßnahme vom LKA Berlin damals gelandet ist?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand.)

Zeuge Dirk Bartok: Das kann ich mir auch nicht erklären, nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Haben Sie Herrn Stadler das Gefühl gegeben, dass es sich hier um ein sicheres Handy handelt?

Zeuge Dirk Bartok: Würde ich jetzt so nicht sagen, nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Können Sie sich vorstellen, was ich mit einem sicheren Handy meine?

Zeuge Dirk Bartok: Ehrlich gesagt nicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Dann lese ich Ihnen noch mal einen Ausschnitt aus der Beschuldigtenvernehmung vom 07.08.2002 vor. Das ist der Vorhalt B 72, Band III, Seite 128. Und zwar hat Herr Stadler in seiner Beschuldigtenvernehmung gesagt:

„Außerdem wurde mir gesagt, [...] über das Telefon, über welches wir telefonierten, ein Sperrvermerk existiert.“

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Und weiter:

„Ich habe das so verstanden, dass bei den Netzbetreibern ein entsprechender Eintrag vorlag, der es unmöglich macht, dass Dritte (staatliche Behörden) das Telefon abhören können und so die Zusammenarbeit zwischen mir und der Potsdamer Behörde aufdecken können.“

Wir erklären Sie sich so eine Vorstellung bei Herrn Stadler?

Zeuge Dirk Bartok: Dazu kann ich gar nichts sagen. Wie der Herr Stadler diese Sache wahrgenommen hat, entzieht sich natürlich meinen Bewertungsmöglichkeiten.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie haben ihn nicht glauben machen wollen, dass es sich hier um ein ganz besonderes Handy handelt, wenn es vom Verfassungsschutz kommt?

Zeuge Dirk Bartok: Aus meiner Erinnerung habe ich ihm das nicht glaubhaft gemacht, nein, oder glaubend gemacht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie kommt er auf die Idee, dass da ein Sperrvermerk drauf sein könnte?

Zeuge Dirk Bartok: Kann ich Ihnen nicht sagen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wer hatte denn nach Ihrer Erinnerung die Idee dazu, dass sich Herr Stadler in Cottbus ein Lager für bestimmte Waren zulegt?

Zeuge Dirk Bartok: Ist mir nicht erinnerlich, wer die Idee dazu hatte; kann ich Ihnen nicht sagen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): War es üblich, dass der Verfassungsschutz dazu geraten hat, sich so was anzuschaffen?

Zeuge Dirk Bartok: Auch dazu kann ich eigentlich nicht sagen, ob es üblich ist.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber es ist vorgekommen?

Zeuge Dirk Bartok: In dem speziellen Fall ist es vorgekommen, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. - Kannten Sie dieses Lager in diesem speziellen Fall?

Zeuge Dirk Bartok: Aus meiner Erinnerung heraus nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber Sie wussten, dass es existiert?

Zeuge Dirk Bartok: Selbst daran kann ich mich an der Stelle jetzt nicht erinnern.

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Na ja, Sie sagten doch gerade: In diesem Fall gab es ein Lager.

Zeuge Dirk Bartok: Weil Sie es gerade vorgelesen hatten, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Nein, ich habe es nicht vorgelesen. Ich habe es erzählt. - In der Befragung hatte Herr Stadler angegeben, dass „Dieter“ ihm den Rat für dieses Lager in Cottbus gegeben hätte. Um wen handelt es sich bei „Dieter“?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand.)

Zeuge Dirk Bartok: Der Dieter ist ein V-Mann-Führer gewesen, der mich vertretungsweise - - also der die Quelle in meiner Vertretung geführt hat. Ich kann mich aber nicht mehr an den Tarnnachnamen erinnern.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Borchert.

Zeuge Dirk Bartok: Okay.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. - Nächster Vorhalt. In seiner Beschuldigtenvernehmung vom 31.07.2002 hat Stadler Folgendes zum Lager, also seinem Bunker, ausgesagt: Nach den dringenden Warnungen

„räumte ich alles (CDs, Kontoauszüge, Fotos, Disketten, Unterlagen) aus meiner Wohnung und dem Geschäft in meinen Bunker. Dirk und Dieter erzählten mir auch, dass jemand vom VS bei der Durchsuchung dabei ist und evtl. belastendes Material verschwinden lassen kann. Der Mann wurde mir beschrieben; er war auch bei der Durchsuchung dabei. Sie erklärten mir, dass es so in Brandenburg üblich ist.“

Das ist der Vorhalt: B 72, Band III, Seite 69. - Würden Sie sich dazu bitte verhalten?

Zeuge Dirk Bartok: Was der Herr Stadler bei seiner Beschuldigtenvernehmung ausgesagt hat, dazu kann ich natürlich nichts sagen. Mir ist nicht Erinnerung, dass eine Person bei einer Hausdurchsuchungsmaßnahme bei Herrn Stadler anwesend war, die aus dem Verfassungsschutz war.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Die Polizei hat gestern hier ausgesagt, dass zwei Mitarbeiter des Verfassungsschutzes bei der Durchsuchung anwesend waren.

Zeuge Dirk Bartok: Dazu kann ich nichts sagen. Daran erinnere ich mich nicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich meine, Herr Stadler und die Polizei widersprechen sich hier nicht. Sie widersprechen hier diesen Aussagen, dass Sie sich das überhaupt nicht vorstellen könnten. Ich muss Sie noch mal daran erinnern, dass Sie hier verpflichtet sind, die Wahrheit zu sagen, Herr Bartok.

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Dirk Bartok: Ja, ist richtig.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Waren Sie jemals bei einer Durchsuchung, die durch die Polizei stattgefunden hat, als Mitarbeiter des Verfassungsschutzes anwesend?

Zeuge Dirk Bartok: Aus meiner Erinnerung heraus nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. Wir wissen - -

(Abgeordneter Dr. Schöneburg [DIE LINKE] meldet sich zu Wort.)

- Ja, bitte. - Ich gebe mal kurz - - Herr Vorsitzender?

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Das lasse ich zu. Bitte schön.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja, dass Sie nicht dabei waren, das haben Sie schon ein paarmal gesagt. Aber aus dem Vermerk hier geht hervor, dass dem Herrn Stadler mitgeteilt worden ist durch Sie und durch den Dieter Borchert, dass ein Mitarbeiter des Verfassungsschutzes bei der Durchsuchung dabei sein würde. Die Polizei hat uns das gestern bestätigt. Insofern ist die Frage zu konkretisieren: Haben Sie ihm das gesagt, dass dort ein Mitarbeiter bei der Durchsuchung dabei sein wird?

Zeuge Dirk Bartok: Da kann ich mich nicht mehr dran erinnern. Wenn diese Aussage - -

Abgeordnete Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Es ist aber sehr schlüssig.

Zeuge Dirk Bartok: Wenn diese Aussage so in dem Treffvermerk drinsteht, möchte ich nicht ausschließen, dass ich ihm das gesagt habe. Ich kann mich aber nicht mehr daran erinnern.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wir wissen aus den Verfahrensakten aus Berlin auch, dass Sie mit Herrn Stadler über Observationsmaßnahmen gesprochen haben. Waren diese Sachen mit Herrn Giebler oder Herrn Wegesin vorher abgesprochen?

Zeuge Dirk Bartok: Ich kann mich aus dem Aktenstudium erinnern, dass die nachrichtendienstliche Quelle das Gefühl hatte, observiert zu werden.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja.

Zeuge Dirk Bartok: Ich habe diese Information so - möchte ich sagen - an meine Behördenleitung und auch an meine Referatsleitung weitergegeben, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie haben sie weitergegeben und ...?

Zeuge Dirk Bartok: Wie meinen Sie das jetzt, „und“?

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Na ja, Sie haben Herrn Stadler ja auch zugesagt, dass Sie mit Ihrem Chef darüber reden wollen und auch mal nachfragen wollen, ob es Observationsmaßnahmen gebe. Welches Feedback gab es dann?

Zeuge Dirk Bartok: Kann ich Ihnen nicht mehr sagen. Ich weiß es nicht mehr.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut, machen wir dazu den Vorhalt. Das ist B 72, Band II, Seite 61, eine TKÜ vom 08.07.2002, also ein Gespräch zwischen Ihnen und Stadler:

„Dirk fragt nach, ob ‚die‘ noch hinter Toni her sind. Ihm ist bisher nichts aufgefallen. Toni fragt, ob ‚dein Chef etwas rausgekliegt hat‘. Dir[k] antwortet, dass sein Chef heute in Berlin ist und das abklären will. Er will heute Abend noch einmal mit ihm telefonieren und eine SMS schicken. Falls Toni feststellen sollte, dass ein Auto hinter ihm her sei, so soll er sich das Kennzeichen notieren. Er soll vorsichtig sein.“

Erinnern Sie sich an das Gespräch?

Zeuge Dirk Bartok: In der Tat erinnere ich mich nicht an dieses Gespräch. Wenn Sie aber aus einer TKÜ zitieren, kann es durchaus sein, dass das Gespräch stattgefunden hat. Aber ich erinnere mich nicht an ... (akustisch unverständlich).

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Es kann nicht nur sein, es hat stattgefunden, es ist dokumentiert, Herr Bartok. - Sie haben danach auch noch eine SMS geschickt:

„Chef hat nix rausbekommen. Nur so viel: Kein LKA, kein BfV, ggf. TOMEK [sic!]. muß aber morgen noch klären.“

Erinnern Sie sich jetzt?

Zeuge Dirk Bartok: Wenn dieser Sachverhalt da so dargestellt ist, dann wird es so stattgefunden haben. Ich erinnere mich nicht daran. Das ist 16 Jahre her.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was hat denn Ihre Behördenleitung dazu gesagt? Ich meine, Sie unterhalten sich mit Ihrem Vorgesetzten darüber. Wie hat die denn reagiert?

Zeuge Dirk Bartok: Das nehmen Sie mir bitte nicht übel, Frau Gossmann-Reetz. Das ist 16 Jahre her. Ich kann mich nicht dran erinnern, welches einzelne Gespräch ich mit meinem Referatsleiter oder mit meinem Abteilungsleiter geführt habe.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja, aber es waren doch besondere Vorfälle. Es ist wenig glaubhaft, dass Sie in diesem Fall, wo es wirklich auch noch mal um das Thema Geheimnisverrat geht und wir Sie vorhin darauf aufmerksam gemacht haben, dass es Parallelen zu dem Fall „Backobst“ gibt - den Fall „Backobst“ haben Sie geführt; Sie waren sogar mit dabei, diesen Fall zu eröffnen, bei der Anwerbung

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

mitbeteiligt - - Dass Ihnen da bei Ihrer Mitarbeit im Innenministerium beim Verfassungsschutz diese Causa verborgen geblieben sein soll, das ist völlig unglaublich, Herr Bartok.

Zeuge Dirk Bartok: Welche Causa meinen Sie denn konkret?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Den Geheimnisverrat zwischen Herrn Sandmann und Herrn Christian K.

Zeuge Dirk Bartok: Sie befragen mich aber an der Stelle zu einem Fall und zu einem Sachverhalt - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja, aber Sie haben vorhin gesagt, dass Ihnen das nicht bekannt war, dass Ihnen das nicht erinnerlich ist. Und bei einem ähnlichen Fall, bei dem es plötzlich Parallelen gibt und Sie hinterher noch Vermerke kommentieren, dass es hier selbstverständlich nur zu ordnungsgemäßigem Verhalten gekommen sein sollte - - Dass Ihnen diese ganzen Zusammenhänge überhaupt nicht in Erinnerung geblieben sein sollen, das glaube ich Ihnen nicht. Das nehme ich Ihnen nicht ab. - Danke schön.

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Wollten Sie noch etwas dazu sagen?

Zeuge Dirk Bartok: Nee, alles in Ordnung.

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Nicht, okay. - Vielen Dank, Frau Kollegin Gossmann-Reetz. Dann geht das Fragerecht an die CDU-Fraktion. Herr Dr. Redmann, bitte schön.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ich sehe keinen Sinn darin, dem Zeugen weitere Fragen zu stellen.

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Gut. Vielen Dank. - Dann geht das Fragerecht an die Fraktion DIE LINKE. Herr Dr. Schöneburg.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja, meine Nerven sind auch ziemlich angespannt, aber ich versuche es noch mal. - Ich will an das anknüpfen, was Frau Gossmann-Reetz gerade gesagt hat, weil es meine Befragungen in der vorigen Runde betrifft. Da habe ich Sie gefragt, ob Sie von diesem Sachverhalt des Geheimnisverrats vom Februar 2001 - begangen sozusagen durch Herrn Sandmann, bzw. dann verurteilt wurde der Christian K. zu sechs Monaten oder fünf Monaten auf Bewährung - Kenntnis haben - da haben Sie gesagt, nein, davon haben Sie keine Kenntnis -, weil ich auf die Parallelen der Sachverhalte aufmerksam machen wollte.

Jetzt erfahren wir, dass Sie in die V-Mann-Führung von Christian K. sozusagen involviert waren. 2003 ist dieser Skandal hochgeflopt durch investigativen Journalismus, und es gab umfängliche Befragungen im Ministerium dazu. Jetzt frage ich Sie: Sind Sie da befragt worden zu Ihrer V-Mann-Führung von Christian K. in dem Kontext?

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Dirk Bartok: Zu dem Kontext habe ich eine dienstliche Erklärung abgeben müssen. Der einzelne Inhalt ist mir aber nicht Erinnerungswürdig.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): So, dann heißt das aber, Sie haben mich vorhin belogen. Das ist ja wohl klar. Sie haben gesagt, Sie haben von dem Geheimnisverrat, von dem Sachverhalt keine Kenntnis. Da haben Sie dem Ausschuss die Unwahrheit gesagt. Jetzt können Sie sich plötzlich daran erinnern, dass Sie da so eine dienstliche Erklärung abgeben mussten.

Zeuge Dirk Bartok: Ähm ...

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja, ich sage Ihnen das nur so.

Zeuge Dirk Bartok: Okay.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Mit den Konsequenzen müssen Sie leben.

Zeuge Dirk Bartok: Alles okay.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja, es geht jetzt weiter.

Zeuge Dirk Bartok: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Das war wichtig für das Protokoll.

(RA [REDACTED]: Entschuldigung, aber ich meine, Ihr Vorhalt wäre gewesen, ob er etwas weiß von einer strafrechtlichen Verurteilung des - -)

- Nein, ich habe gefragt, ob er den Geheimnisverratskomplex überhaupt kennt. Da hat er gesagt: Nein, von den - - Sie können ja im Protokoll noch mal nachlesen; werden wir ja auch machen. Ich weiß natürlich noch, was ich gefragt habe.

Sie haben jetzt gerade über die Observationsmaßnahmen gesprochen. Ist Ihnen da mal in den Kopf gekommen, dass es vielleicht auch Strafvereitelung sein könnte, was Sie da betreiben, und dass das vom Brandenburger Verfassungsschutzgesetz nicht gedeckt ist?

Zeuge Dirk Bartok: Da kann ich Ihnen nichts zu sagen, welche Gedanken ich mir damals zu dem einzelnen Sachverhalt gemacht habe.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja, gut, wir haben jetzt gehört, was Sie gesagt haben. Sie haben gesagt, dass es TOMEK vielleicht gewesen ist. Sie haben dem Stadler gesagt, er soll sich mal die Autonummer aufschreiben. Wir könnten auch andere Vorhalte machen. Es ist ja sehr nahe dran an dem Straftatbestand der Strafvereitelung.

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Dirk Bartok: Ich glaube, mich auch zu erinnern, in der Akte gelesen zu haben, dass es möglicherweise auch Angehörige der linken Szene gewesen sein könnten. Ich weiß es nicht mehr.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja, gut. - Wie ging das weiter? Wann haben Sie das erste Mal erfahren, dass auch gegen Sie von Berliner Seite ermittelt wird wegen sozusagen der Mitarbeit an der Herstellung der "Noten des Hasses" und wegen Strafvereitelung? Weil: Es war der Berliner Ermittlungs- -

Zeuge Dirk Bartok: Ich erinnere mich, dass es nach der Abschaltung von Herrn Stadler war; aber das genaue Datum weiß ich nicht.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Wie lief die Abschaltung von Herrn Stadler? - Das haben wir hier gestern schon öffentlich diskutiert, also - -

Zeuge Dirk Bartok: Okay. - Herr Stadler war festgenommen worden und nach meiner Erinnerung zum LKA Berlin am Tempelhofer Damm oder was verbracht worden. Dieter und ich sind zu ihm gefahren und hatten das entsprechende Formular mit dabei, haben ihn aufgefordert, umfassend mit den Behörden zusammenzuarbeiten. Dann hat er diese Entpflchtungserklärung unterschrieben, und das war es.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Gestern haben wir von der Staatsanwältin, die das Verfahren bearbeitet hat, gehört, dass Sie und Herr Wegesin da gewesen sein sollen.

Zeuge Dirk Bartok: Aus meiner Erinnerung bin ich mit Dieter dagewesen. Aber ich glaube nicht, dass ich mit dem Behördenchef da gewesen bin. Denn ich denke, die Quelle kannte den Behördenchef nicht. Ich bin aus meiner Erinnerung wirklich der Meinung, mit dem Dieter da gewesen zu sein.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Okay. - Fanden Sie es nicht komisch, dass gerade Sie, da Sie ja auch im Fokus der Strafermittlungen waren, zu der Entpflchtung gegangen sind?

Zeuge Dirk Bartok: Auch dazu: Ich sagte gerade schon, dass ich davon nach meiner Einschätzung erst nach der Abschaltung Kenntnis erhalten habe. Zu dem Zeitpunkt habe ich das nicht als problematisch erachtet.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ist eine Wohnung, in der Sie sich mit Herrn Stadler getroffen haben, auch durchsucht worden, die unter Ihrem Namen angemeldet war?

Zeuge Dirk Bartok: Ich habe mich mit Herrn Stadler in keiner Wohnung getroffen.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Eine Berliner Wohnung oder so? Nicht? - Wann haben Sie das letzte Mal Kontakt gehabt mit Herrn Stadler?

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Dirk Bartok: Das letzte Mal Kontakt mit Herrn Stadler hatte ich anlässlich der Unterzeichnung seiner Entpflichtungserklärung.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Haben Sie danach noch mal versucht, Kontakt mit Herrn Stadler aufzunehmen?

Zeuge Dirk Bartok: Nein.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Haben Sie an Besprechungen der Polizei teilgenommen, in denen über die Schutzmaßnahmen im Zeugenschutzprogramm beraten worden ist?

Zeuge Dirk Bartok: Ist mir nicht Erinnerung, nein.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Dann mache ich Ihnen mal einen Vorhalt. Das ist ein Vermerk vom 10.01.2003, der Folgendes besagt - Quelle sage ich noch an -:

„Die von Stadler als VP-Führer identifizierte Person ist Unterzeichner bekannt. Es handelt sich um den Mitarbeiter des MI BB, Abteilung 5, welcher an allen bisherigen gemeinsamen Besprechungen zwischen Polizei und Verfassungsschutz teilnahm.

Da dieser Verdacht bereits im Dezember bestand und auf Nachfrage beim Verfassungsschutz erklärt wurde, dass es sich definitiv bei diesem Mitarbeiter nicht um den VP-Führer sondern um einen für den Bereich Musik zuständigen Auswerter handelt, bitte ich um rechtliche Bewertung des Vorgangs sowie die Einleitung möglicher rechtlicher/dienstrechtlicher Schritte.“

Danach - das war ein Polizeibeamter, der das sozusagen beobachtet hat - haben Sie noch an Besprechungen teilgenommen, und zwar unter der Tarnung als Musikfachverständiger, Auswerter.

(RA [REDACTED]: Dürfen wir das mal sehen, bitte? - Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt. - Er und sein Rechtsbeistand nehmen Einblick.)

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Nein, stopp. Sie sollen es jetzt nicht sehen, sondern Sie sollen zunächst meine Frage beantworten.

Zeuge Dirk Bartok: Ach so.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Dirk Bartok: Ich kann mich wirklich nicht dran erinnern, an solchen Besprechungen teilgenommen zu haben. Sie haben selber gerade vorgetragen, dass nicht der V-Mann-Führer dabei war.

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja, ja, dass die Behörde gesagt hat, der V-Mann-Führer ist nicht dabei. Aber der Polizist hat Sie erkannt, nämlich beim Gericht in Cottbus im Zusammenhang mit Stadler. Stadler hat gesagt: Das ist ja mein VP-Führer. - Da hat der Polizist gesagt: Na, den kennen wir ja. Der hat an den Besprechungen teilgenommen.

Zeuge Dirk Bartok: Aber ich war nie bei Gericht in Cottbus.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Legst du es jetzt noch mal vor?

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt. - Der Zeuge liest darin.)

Die entscheidende Frage ist nicht, ob Sie bei Gericht in Cottbus gewesen sind, sondern ob Sie an den Besprechungen teilgenommen haben.

(Der Zeuge liest weiter in den Unterlagen.)

Nach der Aktenlage war es so, dass Sie sich in Cottbus am Gericht als Zeuge bereitgehalten haben. Da sind Sie aber als Zeuge nicht vernommen worden. Als Sie aus dem Auto gestiegen sind, hat Sie Stadler von oben aus dem Fenster gesehen und hat dem Polizeibeamten, der ihn begleitet hat, gesagt: Das ist ja mein V-Mann-Führer. - Da hat der gesagt: Nee, nee, das kann nicht der V-Mann-Führer sein, sondern das ist der Auswerter Musik, der an den Zeugenschutzmaßnahmen teilgenommen hat.

Zeuge Dirk Bartok: Welche Aussage da vor Ort natürlich getroffen worden ist, das weiß ich nicht. Das steht in dem Vermerk drin.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Das habe ich jetzt zu dem Kontext - -

Zeuge Dirk Bartok: Ich selber war nicht dabei, genau. - Richtig ist: Als gegen mich dieses Ermittlungsverfahren lief, war mein damaliger Anwalt direkt zugegen, und ich selber habe mich in einem Café im Nahbereich aufgehalten, ja. Aber - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Da sind Sie von dem V-Mann Stadler und von dem Polizisten gesehen worden. Der Polizist hat gesagt, er kennt Sie, weil Sie bei den Zeugenschutzmaßnahmen als Mann des Verfassungsschutzes involviert waren.

Jetzt frage ich Sie, ob Sie da involviert waren oder ob Sie da nicht involviert waren, weil: Es wäre natürlich ein starkes Stück.

Zeuge Dirk Bartok: Da würde ich Ihnen recht geben. Aber in der Tat: Ich kann mich da wirklich nicht dran erinnern, an diesen Schutzmaßnahmen - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Sie können sich nicht daran erinnern oder waren Sie nicht dabei? Jetzt will ich mal Butter bei die Fische haben.

Zeuge Dirk Bartok: Aus meiner Erinnerung sage ich Ihnen, dass ich nicht dabei war.

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aus - -

Zeuge Dirk Bartok: Ich kann es Ihnen nicht definitiv sagen. Nach meiner Erinnerung war ich da nicht dabei.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Nach meiner Erinnerung! - Ich habe keine Fragen. - Möchtest du?

(Abgeordnete Vandré [DIE LINKE]: Das ist zu einem anderen Komplex! Das ist zu lang!)

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Fünf Minuten wären noch.

(Abgeordnete Vandré [DIE LINKE]: Das geht jetzt nicht!)

- Okay. Gut. - Dann geht das Fragerecht an die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Frau Nonnemacher.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön, Herr Vorsitzender. - Herr Zeuge, ich möchte Ihnen einen weiteren Vorhalt machen. Es ist ein Vermerk Verfassungsschutz Brandenburg, Treff am 14.11.2000, 16.11.2000, Unterzeichner B - geschwärzt -, Ordner B 4, Datei Z83_B 04_2000_tv-Barte_Band II-81-263-nfd, Seite 153:

„Weiterhin teilte die Quelle mit, daß sich derzeit etwa 5.000 Exemplare der neuen CD der Band Landser ‚Ran an den Feind‘ im Umlauf befinden sollen. In drei bis vier Wochen sollen weitere 5.000 Exemplare auf den Markt gebracht werden. Quelle hat ihr Interesse daran bekundet, eine größere Anzahl dieser CD'en, etwa 200 Stück, erwerben zu wollen.“

Ende des Vorhaltes. - Herr Bartok, Toni Stadler hat Ihnen also am 14. November mitgeteilt, er wolle 200 „Landser“-CDs „Ran an den Feind“ erwerben. Warum haben Sie den Handel mit den „Landser“-CDs nicht sofort unterbunden?

Zeuge Dirk Bartok: Wie ich vorhin sagte: Als V-Mann-Führer erhebe ich zunächst die Informationen, die mir die nachrichtendienstliche Quelle übergibt. Eine entsprechende Bewertung, wie mit diesen Informationen umzugehen ist, ist an der Stelle nicht mein Auftrag.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Es wird hier von zweimal 5 000 Exemplaren einer indizierten, voll mit Hassmusik befindlichen CD gesprochen. Finden Sie nicht, dass das eine Anzahl ist, wo sich ein Verfassungsschutz, der sich da involviert, irgendwo auch den Vorwurf gefallen lassen muss, dass er so was unterstützt? Haben Sie darin keinen Grund gesehen, das zu problematisieren oder mit Ihren Vorgesetzten zu besprechen?

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Dirk Bartok: Ich glaube, mich zu erinnern, dass ich diese CD - - auf jeden Fall dass diese Thematik um die CD „Ran an den Feind“ innerhalb der Verfassungsschutzbehörde thematisiert worden und diskutiert worden ist.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Warum haben Sie zwei Tage später, also am 16. November, vorgeschlagen, der Quelle nur abzuraten, 20 von diesen „Landser“-CDs zu kaufen? Warum haben sie ihr abgeraten? Warum haben Sie nicht ganz klar gesagt, dass das nicht vorzunehmen ist?

Zeuge Dirk Bartok: Da kann ich mich nicht mehr dran erinnern, warum diese Einschätzung so getroffen worden ist.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sind Sie der Meinung, dass die Verbreitung von antisemitischen Hasstexten wie die der Band „Landser“ von V-Leuten gefördert werden sollte? Warum haben Sie da nicht sofort etwas unternommen?

Zeuge Dirk Bartok: Eine Meinung möchte ich dazu an der Stelle nicht abgeben. Hinsichtlich dessen, was ich unternommen hatte, habe ich Ihre vorvorherige Frage ja schon beantwortet.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich denke, dass es sich hier nicht um Meinungen handelt. Fühlen Sie sich nicht als Beamter des Landes Brandenburg und als Mitglied des Verfassungsschutzes, der die Verfassung schützen soll, dazu verpflichtet, zumindest diesen Problemkreis mal zu problematisieren? Das ist doch keine Frage, ob man dazu eine Meinung hat.

Zeuge Dirk Bartok: Ich möchte an der Stelle nicht ausschließen, dass anlässlich des Treffs darüber gesprochen worden ist. Aber, wie ich schon sagte, ist die CD „Ran an den Feind“ und der weitere Umgang damit innerhalb der Behörde diskutiert worden.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Warum haben Sie einen Großhändler wie Stadler in Anbetracht von Stückzahlen von 4 000 CDs oder 5 000 CDs als V-Mann geführt und nicht von der Polizei aus dem Verkehr ziehen lassen?

Zeuge Dirk Bartok: Diese rechtliche Bewertung steht mir nicht zu als V-Mann-Führer.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich nehme diese neuerliche Aussage einfach so zur Kenntnis.

Die Quelle Stadler hat Ihnen am 13. Dezember 2000 mitgeteilt, dass sie 500 bis 1 000 Exemplare der CD „Noten des Hasses“ der Band „White Aryan Rebels“ aufkaufen und den Vertrieb der CDs organisieren wird - in Hessen, in Hamburg und in der Schweiz. Warum haben Sie den V-Mann auch bei dieser Gelegenheit nicht abgeschaltet?

Zeuge Dirk Bartok: Da wiederhole ich meine Antwort auf die Frage zu der CD „Landser“: Meine Aufgabe als V-Mann-Führer ist, die Informationen vor Ort zu erheben. Die Bewertung obliegt mir nicht. Die obliegt meiner Behördenleitung.

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Am 12. Februar 2002 hat Ihnen die Quelle Stadler berichtet, sie habe 1 100 CDs der Band „Ethnic Cleansing“ erworben. Am 7. März 2002 hat sie dann auch noch den Titel gemeldet: „Hail Aids!“. Ich habe Ihnen eben einen Vorhalt aus den Texten gemacht. Dass die CD strafrechtlich relevant ist, ließ sich allein an den Hakenkreuzen auf dem Cover unschwer erkennen, an den Texten sowieso. Warum haben Sie nicht wenigstens jetzt die Abschaltung der Quelle vorgeschlagen?

Zeuge Dirk Bartok: Frau Nonnemacher, die Bewertung obliegt mir nicht. Ich erhebe die Daten vor Ort bei den Treffs mit der Quelle. Die Bewertung, inwieweit die Quellenführung weiter fortzuführen ist, obliegt der Behördenleitung.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Herr Bartok, ich hatte gefragt, warum Sie nicht wenigstens jetzt die Abschaltung der Quelle vorgeschlagen haben. Das heißt nicht, dass Sie diese Entscheidung hätten treffen müssen. Aber ich denke, dass Sie als Beamter des Verfassungsschutzes die Pflicht gehabt hätten, vorzuschlagen, dass so etwas nicht unterstützenswert ist. Warum haben Sie das nicht Ihren Vorgesetzten in der Verfassungsschutzabteilung vorgeschlagen?

Zeuge Dirk Bartok: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Das weiß ich nicht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Welche Logik und Stringenz in der V-Mann-Führung bringt es mit sich, dass bei ein und demselben Treffen, nämlich am 12. März 2002, der Quelle für den fortgesetzten Handel mit der „Ethnic Cleansing“-CD die Abschaltung angedroht wird und gleichzeitig der Vertrieb der nächsten „White Aryan Rebels“- bzw. „Landser“-CD durch Stadler abgesprochen und organisiert wird?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand.)

Zeuge Dirk Bartok: Ich kann die Frage wirklich nicht beantworten. Aus meiner Sicht ist das eine Bewertung. Tut mir leid. Ich kann die Frage nicht beantworten.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wie kommt es, dass Sie nach mehreren Treffs und Telefonanten mit der Quelle Stadler wegen des Handels mit der menschenverachtenden Neonazi-CD „Hail Aids!“ am 22. März 2002 vermerkt haben, dass die Quelle eine sehr gute Arbeit geleistet habe, sie lediglich einige Unaufmerksamkeiten begangen hat? Ist es Ihrer Meinung nach wirklich nur eine Unaufmerksamkeit, wenn der V-Mann ignoriert, dass auf den CDs in seinem Angebot unter anderem zu Massenmord an Juden aufgerufen wird?

Zeuge Dirk Bartok: Eine Auswertung der Texte obliegt mir nicht. Diese Auswertung der Texte obliegt anderen Stellen innerhalb der Verfassungsschutzbehörde. Mein Auftrag als V-Mann-Führer ist es, wie ich schon mehrfach ausführte, die entsprechenden Informationen zu erheben. Und in dem Umfang hat Herr Stadler gute Arbeit geleistet.

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Das lasse ich mal so stehen. - Herr Bartok, ich habe noch eine andere Frage um einen anderen Sachverhalt. Ich möchte einen weiteren Vorhalt machen. Das ist ein Vermerk Verfassungsschutz Brandenburg - Treff am 16.11.2000 - vom 17.11.2000, Unterzeichner B - geschwärzt -; Ordner hatte ich hier schon mehrfach angegeben, das ist dieselbe Quelle, Seite 164. Ich zitiere:

„Am 16.11.2000 wurde der VMF durch den Referatsleiter V/3 darüber informiert, daß bei der geplanten Geburtstagsfeier des Sven Sch. am 17.11.2000, bei dem unter anderem die Skinheadband ‚Nordmacht‘ auftreten soll, unter Umständen mit einem Polizeizugriff gerechnet werden muß. V/3 bat darum, die gefährdeten Quellen ggf. von diesem Sachverhalt zu unterrichten.

[...]

Quelle wurde dahingehend instruiert, das Angebot von B[...] nicht wahrzunehmen.“

Wer hat Sie im November 2000 beauftragt, Toni Stadler vor einem möglichen Polizeizugriff bei der Geburtstagsfeier von Sven Sch. zu warnen, also zwei Monate bevor ein Razzia-Termin an und durch den V-Mann Christian K. verraten wurde?

Zeuge Dirk Bartok: Ihre Frage geht in die Richtung: Wer ist V/3?

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Genau. Referatsleitung?

Zeuge Dirk Bartok: Tut mir leid, das ist nicht gedeckt durch meine Aussagegenehmigung.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Referatsleitung?

(Frau Dr. Wagner [MIK]: Müsste ich gucken! Weiß ich nicht!)

Hatten wir hier nicht generell so eine - -

(Frau Dr. Wagner [MIK]: Wenn es Referatsleitung wäre! Aber 5.3 wäre keine Referatsleitung! - Gegenruf des Abgeordneten Dr. Schöneburg [DIE LINKE])

- V/3.

(Frau Dr. Wagner [MIK]: Wenn sich dahinter die Referatsleitung verbergen würde, habe ich kein Problem! Aber ich weiß es nicht!)

- Das ist V Schrägstrich 3. Das ist doch nicht irgendwas mit Punkt oder so. Das ist doch Referatsleitung.

(Zuruf)

- V Schrägstrich 3.

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

(Abgeordnete Gossmann-Reetz [SPD]: Zeigen Sie es doch mal der Verwaltung! - Frau Dr. Wagner [MIK] begibt sich zum Platz der Abgeordneten Nonnemacher [B90/GRÜNE])

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Frau Dr. Wagner, können wir mit Sicherheit feststellen, welche Ebene betroffen ist? - Ja.

(Frau Dr. Wagner [MIK]: Da steht es eindeutig: Referatsleitung!)

- Okay, es ist eindeutig Referatsleitung. Vielen Dank. - Frau Nonnemacher.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich bitte, die Frage zu beantworten.

Zeuge Dirk Bartok: Die Frage beantworte ich in der Form, dass es der Referatsleiter des Auswertungsreferats war. Ob diese Funktion seinerzeit noch durch den Herrn Milbradt oder schon durch den Herrn Meyer-Plath wahrgenommen worden ist, weiß ich nicht mehr vom zeitlichen Ablauf her. Aber: der Referatsleiter Auswertung.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Und der hat Sie beauftragt, Toni Stadler vor einem möglichen Polizeizugriff bei der Geburtstagsfeier von Sven Sch. zu warnen.

Zeuge Dirk Bartok: Wenn das so schriftlich notiert war, dann ja. Ich glaube, es ging vielmehr darum, dass die Quelle nicht an der Veranstaltung teilnimmt, ne?

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja gut, das entspricht ja der Warnung. Ich habe Ihnen den Vorhalt ja eben vorgelesen. Also, der Referatsleiter - Sie sind nicht sicher, ob Herrn Milbradt oder Herr Meyer-Plath zu dem Zeitpunkt tätig war - hat Sie beauftragt, Toni Stadler vor einem möglichen Polizeizugriff bei der Geburtstagsfeier von Sven Sch. zu warnen, und die Quelle wurde dahingehend instruiert, dieses Angebot zur Teilnahme an der Geburtstagsfeier nicht wahrzunehmen.

Zeuge Dirk Bartok: Ich kann mich an den tatsächlichen Wortlaut, wie ich mit der Quelle telefoniert habe, nicht mehr erinnern. Sicherlich wird aber nicht die Warnung vor einer polizeilichen Vollzugsmaßnahme Thema gewesen sein, sondern vielmehr wird Tenor des Gesprächs gewesen sein, nicht an der Veranstaltung teilzunehmen - aus irgendwelchen Gründen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Welche Gründe haben Sie denn da möglicherweise angeführt?

Zeuge Dirk Bartok: Das kann ich Ihnen so nicht sagen. Da kann ich mich so nicht dran erinnern.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie können sich dran erinnern, dass Sie nicht den Polizeizugriff als Begründung gewählt haben, aber welche Begründung Sie gewählt haben, daran können Sie sich nicht erinnern.

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Dirk Bartok: Ja.

(RA [REDACTED]): Ich meine, der Zeuge hatte gerade gesagt, er vermutet, dass es so gewesen ist! Er hat vorhergesagt, er kann sich an den Inhalt des Gespräches nicht mehr genau entsinnen! Deshalb ist der Vorhalt aus meiner Sicht nicht korrekt!)

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. - Dann habe ich jetzt erst mal keine weiteren Fragen.

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Vielen Dank. - Dann geht das Fragerecht an die SPD-Fraktion. Es melden sich Frau Gossmann-Reetz und Herr Lüttmann. Wer beginnt? - Ladies first. Frau Gossmann-Reetz, bitte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich würde Sie noch mal nach Ihren Erinnerungen befragen wollen bezüglich der Strafverfolgung durch die Staatsanwaltschaft Berlin gegen Sie, Herrn Lars B. und Herrn Stadler. Was ist Ihnen denn jetzt noch erinnerlich an dieses Verfahren? Gegen Sie drei wurde ja ermittelt.

Zeuge Dirk Bartok: Ich sage mal: Das Verfahren ist 2005 eingestellt worden. Ich hatte anfänglich schon gesagt, dass mich dieses Verfahren sehr stark belastet hat. Wenn ich Ihnen jetzt sage, ich habe diesen Einstellungsbeschluss von der Staatsanwaltschaft Cottbus nie gelesen, dann ist das wirklich die Wahrheit. Ich kann mich nicht mehr detailliert dran erinnern.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Na gut. - Sie sagten gerade noch mal, es wäre eine sehr belastende Zeit gewesen. Dann wollen wir mal auf eine Sache, die bestimmt noch erinnerlich ist - - Wie war denn die Befragung - - Oder: Wie lief die Befragung durch den Oberstaatsanwalt Heinke ab?

Zeuge Dirk Bartok: Der Herr Oberstaatsanwalt Heinke hat mich nie befragt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Wer hat Sie denn befragt von der Staatsanwaltschaft Berlin?

Zeuge Dirk Bartok: Aus meiner Erinnerung heraus bin ich von der Staatsanwaltschaft Berlin überhaupt nicht befragt worden. Ich hatte seinerzeit einen behördlich zur Verfügung gestellten Anwalt, und sämtliche Kontakte mit der Berliner Staatsanwaltschaft sind über meinen Anwalt gelaufen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Kam es dazu, dass Ihr Klurname gegenüber der Staatsanwaltschaft offenbart worden ist in dem Zusammenhang?

Zeuge Dirk Bartok: Ich glaube, mich zu erinnern, dass das der Fall ist, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie kam es denn dazu?

Zeuge Dirk Bartok: Weiß ich nicht mehr.

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wurde damals Druck auf Sie ausgeübt in diesem Zusammenhang?

Zeuge Dirk Bartok: Also, ich erinnere mich nicht daran, dass Druck ausgeübt worden ist.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Welche Anweisungen haben Sie denn von Ihrer Arbeitsstelle bezüglich des Verfahrens bekommen? Oder: welche Weisungen?

Zeuge Dirk Bartok: Von meiner Arbeitsstelle habe ich diesbezüglich lediglich - - also auch nur aus meiner Erinnerung, dass ich mich wahrheitsgemäß verhalten soll.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Anders wurde das überhaupt nicht thematisiert, dass Sie Beschuldigte im Zusammenhang Ihrer Arbeit geworden sind? Da wurde nur gesagt: „Geh hin und sag die Wahrheit“?

Zeuge Dirk Bartok: Also, ich erinnere mich, dass Einzelgespräche mit Herrn Wegesin stattgefunden haben in dem Zusammenhang.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mehrere?

Zeuge Dirk Bartok: Mehrere. Aber an die detaillierten Inhalte kann ich mich wirklich nicht erinnern. Aber Herr Wegesin -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und an grobe Inhalte?

Zeuge Dirk Bartok: - hat mich nicht unter Druck gesetzt oder so.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Hatten Sie auch Gespräche mit Herrn Giebler in dem Zusammenhang?

Zeuge Dirk Bartok: Herr Giebler war zu dem Zeitpunkt mein Referatsleiter. Ich gehe davon aus, dass ich auch mit Herrn Giebler darüber gesprochen habe.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Fühlten Sie sich beruhigt oder betreut von den beiden in der Zeit? Ich meine, ein Arbeitgeber oder ein Vorgesetzter hat ja auch eine gewisse Sorgfalts- und Fürsorgepflicht.

Zeuge Dirk Bartok: Zu dem Zeitpunkt und auch - - Also, das war das erste Ermittlungsverfahren, was gegen mich lief. Ehrlich gesagt habe ich mich nicht beruhigt gefühlt durch die Kollegen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Warum nicht?

Zeuge Dirk Bartok: An der Stelle würde ich jetzt wirklich ein Gefühl wiedergeben, -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja, bitte.

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Dirk Bartok: - was auch nur auf einer Vermutung basiert: die Annahme, dass man sicherlich jemanden gesucht, den man vorschieben könnte. Aber das ist nur eine Vermutung.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das ist ja auch in Ordnung. Ich finde schon, wenn man in so eine Situation gerät - Sie sagten auch gerade, dass das sehr belastend ist - und wenn man so etwas noch nicht erlebt hat, dann - gerade dann - müssten Vorgesetzte einen begleiten, betreuen und auch rechtlich noch mal so weit beraten. Das hat alles nicht stattgefunden, dass Sie sich, sage ich mal, vom Arbeitgeber getragen gefühlt haben in dem Zusammenhang?

Zeuge Dirk Bartok: Seitens meiner Behörde hat so was nicht stattgefunden, nee.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Und dieses Gefühl, vorgeschoben zu werden: Hatten Sie irgendwo Gelegenheit, so was mal zu äußern?

Zeuge Dirk Bartok: Auch an der Stelle wiederum nur meine persönliche Wahrnehmung: Ich fühlte mich, obwohl dieses Ermittlungsverfahren lief, dennoch der Behörde verpflichtet und habe an der Stelle nirgends eine Kritik dagegen geäußert.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. Danke schön erst mal.

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Daran schließt sich eigentlich meine Frage nahtlos an. Mein Gefühl sagt mir - - Es ist ja auch nicht sozusagen verwerflich, dass Sie sich der Behörde eben auch so verpflichtet fühlen, dass heute hier - aus meiner Sicht - relativ wenig zu den Fragen gesagt wurde, die hier gestellt wurden, oder eben die Antwort war, dass Sie sich nicht erinnern. Ob das jetzt sozusagen ist, um sich selber zu schützen, oder ob wirklich eine Verdrängung stattgefunden hat: Ich kann nur sagen, wir haben hier andere Zeugen gehabt, die haben sich definitiv sehr gut zumindest an einige dieser Punkte erinnern können. Wir haben ja gleich die Zeugen Herrn Giebler und Herrn Wegesin, und wir werden ihnen dieselben Fragen stellen.

Ich möchte Sie fragen: Sind Sie sich bewusst, dass Sie dadurch, dass Sie zu vielem jetzt nichts gesagt haben oder sich lediglich nicht erinnern konnten, die Interpretation anderen überlassen?

Zeuge Dirk Bartok: Na, an der Stelle kann ich die Bewertung ja so nicht treffen. Ich kann Ihnen sagen, dass ich auch auf den Hinweis des Herrn Vorsitzenden hin wahrheitsgemäß Ihre Fragen beantworte, muss allerdings einräumen, dass ich auch aufgrund des Zeitablaufs mich einfach an Einzelsachverhalte nicht erinnern kann. Manche Fokuspunkte sind natürlich vorhanden, klar. Aber bitte nehmen Sie zur Kenntnis, dass innerhalb eines Zeitraums von zweieinhalb Jahren, in denen ich diese Quelle ja doch mehr oder weniger regelmäßig getroffen habe, nicht alle Einzelheiten erinnerlich sind.

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Okay. - Dann gibt es seitens der SPD-Fraktion keine weiteren Fragen. - Seitens der CDU-Fraktion? - Herr Dr. Redmann.

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Wir haben auch keine weiteren Fragen, würden aber das Verhalten des Zeugen gern mit der Hausleitung besprechen.

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Okay. - Die Fraktion DIE LINKE. Frau Vandre, bitte schön.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Danke, Herr Vorsitzender. - Ich habe noch einen Fragekomplex, den ich gern loswerden würde oder an Sie richten wollen würde. Und zwar geht es mir in diesem noch mal um die Produktion der CD „Noten des Hasses“ von den „White Aryan Rebels“. Haben Sie grundsätzlich noch Erinnerung an diese CD?

Zeuge Dirk Bartok: Grundsätzlich ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): In welcher Form?

Zeuge Dirk Bartok: In der Form: Da die CD seinerzeit, sagen wir, auch im Zuge des Ermittlungsverfahrens häufig in der Zeitung abgebildet war, ist mir das Label der CD noch erinnerlich.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Also das Label im Sinne - - Vom Aussehen oder auch - -

Zeuge Dirk Bartok: Vom Aussehen: eben ein rotes Deckblatt, ich möchte sagen, mit verschiedenen kleineren Totenköpfen. Aber so - -

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Und der Inhalt der CD?

Zeuge Dirk Bartok: Der Inhalt der CD: Ich erinnere mich, dass ein Lied „Die Kugel Ist Für Dich“ hieß. Diese Textpassage wurde häufig wiederholt und nahm Bezug auf verschiedene Prominente, die dann halt im Fokus dieser Band standen hinsichtlich der Verunglimpfung durch dieses Lied.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Und die wurde ja auch öffentlich diskutiert, weil es ja offene Mordaufrufe auch gegen Personen des öffentlichen Lebens gewesen sind, wie zum Beispiel die Bundestagspräsidentin.

Zeuge Dirk Bartok: Hinsichtlich der Bundestagspräsidentin erinnere ich mich nicht mehr. Aber ich glaube, in einem Fernsehbericht seinerzeit eine Äußerung von Herrn Friedman gehört zu haben, der in dem Lied eben auch verbal bedroht wurde.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Also, halten wir fest: eine CD durchaus von einer sehr starken Brisanz, gerade auch was die Botschaft anbelangt. - Würden Sie so teilen?

Zeuge Dirk Bartok: Wenn Sie diese Bewertung so treffen wollen, würde ich die teilen, ja.

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Wissen Sie noch, wie Sie als V-Mann-Führer erstmals mit dieser CD in Kontakt gekommen sind?

Zeuge Dirk Bartok: Ich kann mich nur aus dem Aktenstudium heraus erinnern, dass Herr Stadler über die erste Auflage berichtet hatte. Ich kann mich da nicht an irgendwelche Stückzahlen erinnern. Als diese CD eine öffentliche Relevanz erlangte, muss der Beschluss durch die Band gefasst worden sein, eine weitere Auflage der CD herzustellen.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Und davon wussten Sie; das war schon, als dann die öffentliche Diskussion stattfand.

Zeuge Dirk Bartok: Ich habe aus den Aktenvermerken herausgelesen, dass die Quelle darüber berichtet hat.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay. Aber der Umstand zu den Produktionswegen der CD ist Ihnen nicht Erinnerung.

Zeuge Dirk Bartok: Ich erinnere mich, dass die Produktion der CD nicht in Deutschland stattgefunden hat oder stattfinden sollte, sondern - ich denke oder ich meine - in Ungarn und dass dann der Transportweg - fragen Sie mich bitte nicht mehr, wie - nach Deutschland gefunden werden sollte.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Wissen Sie noch, welche Rolle Toni Stadler dabei einnehmen sollte?

Zeuge Dirk Bartok: Ich glaube, mich zu erinnern, dass der Herr Stadler, der in Kontakt mit dem Lars B. stand, an der Produktion beteiligt war. Am Vertrieb: Ich weiß es nicht mehr.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay. - Ich halte fest: Es gab eine öffentliche Diskussion um die CD. Ihr V-Mann, den Sie regelmäßig gesehen haben, lässt Sie wissen, dass geplant ist, eine zweite Auflage zu produzieren und sich daran in irgendeiner Form zu beteiligen. Wie haben Sie darauf reagiert?

Zeuge Dirk Bartok: Auch bitte wieder aus dem Aktenstudium heraus meine Erinnerung jetzt: Ich habe die Information aufgenommen als V-Mann-Führer, habe sie an meine Referats- und Abteilungsleitung zu einer weiteren Bewertung weitergegeben.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Und das ist alles. An mehr erinnern Sie sich nicht.

Zeuge Dirk Bartok: Doch, aber ich dachte, das beantwortet jetzt erst mal die Frage.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay. Woran erinnern Sie sich denn darüber hinausgehend noch?

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Dirk Bartok: An der Stelle wurde die Entscheidung getroffen. Die Relevanz der CD war bekannt. An der Stelle wurde beschlossen, die Vertriebswege aufzuklären - jetzt möchte ich es nicht falsch sagen -, aber sagen wir einmal, die Verbreitung der CD zu unterbinden.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay, also, das Ziel war die Aufklärung der Vertriebswege von einer CD, die vergriffen war und für die eine zweite Auflage produziert werden sollte. Das heißt also, der Verfassungsschutz oder Ihre Vorgesetzten haben dann entschieden, die Produktion so durchlaufen zu lassen, um dann im Nachhinein die Vertriebswege aufklären zu können, wenn dann Toni Stadler die CDs vertreibt.

Zeuge Dirk Bartok: Ich glaube nicht, dass der - - Oder ich vermute, dass es nicht vorgesehen war, dass Herr Stadler die CD vertreiben sollte. Vielmehr vermute ich weiter, dass die CD beschlagnahmt werden sollte und gar nicht in den Vertrieb kommen sollte.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay. - Und worin bestand dann der Aufklärungswille? Darin, wer noch an der Produktion beteiligt sein würde, oder - -

Zeuge Dirk Bartok: Der Aufklärungswille - - Ich verstehe die Frage so: Welchen Zweck hat die Maßnahme?

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Genau: Welchen Zweck hat die Maßnahme?

Zeuge Dirk Bartok: Auch bitte aus dem Aktenstudium zu verstehen: Der rechtsextremistischen Musikszene wäre doch durch die Beschlagnahme so einer exponierten CD ein nachhaltiger Schlag zugefügt worden. Die Vertriebswege von der Produktionsstätte - ich meine, in Ungarn - bis zu der Band direkt wären doch nachhaltig geschädigt worden. Eigentlich ein gutes Ergebnis.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Ich würde Ihnen gern mal einen Vorhalt machen, und zwar die Darstellung von Toni Stadler. Toni Stadler hat in einer Vernehmung am 25.07.2002 ausgesagt - das ist B 72, Band III, Seite 17 bis 23 -:

„Zuerst meinte er“

- also Sie -

„zu mir, dass ich ‚die Füße still halten‘ soll bevor er es nicht absegnet. Er wollte dies erstmal in höheren Ebenen klären.“

Und weiter:

„Nach diesen drei Wochen war alles abgeklärt. Es sollte über Thomas P. laufen. Ich sollte von Thomas P. eine Kontonummer organisieren. Auf dieses Konto hätten wir zusammen, Dirk und ich, das Geld in mehreren kleinen Beträgen überwiesen. Dazu war geplant, von verschiedenen Banken aus Einzahlungen

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

zu tätigen. Dirk ermahnte mich, es auf diesem Wege zu machen und keine eigenständigen Schritte dahingehend zu unternehmen. Er äußerte auch mir ggü., dass es so abgesichert ist. Das war vor ca. vier Wochen.“

Sie haben gerade angesprochen, dass die CD ja nicht in Deutschland produziert werden sollte, sondern in der Slowakei.

Zeuge Dirk Bartok: Ungarn habe ich gesagt.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Die Frage, die ich mir stelle: Wenn Stadler zu Protokoll gibt und in einer Vernehmung beschreibt, dass Sie sich daran beteiligen sollten, Geld in mehreren kleinen Beträgen zu überweisen: Können Sie sich daran erinnern, dass Sie diesen Plan gemeinsam entwickelten?

Zeuge Dirk Bartok: Also, ich kann mich erinnern, dass ich Ihnen sagte, ich glaube, Ungarn, nicht Slowakei.

Die Aussagen, die der Herr Stadler bei seiner Vernehmung da - ich nehme an, das ist die Beschuldigtenvernehmung nach seiner Verhaftung gewesen -

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Genau, das ist die Beschuldigtenvernehmung vom 25.07.2002.

Zeuge Dirk Bartok: - okay - abgegeben hat - - Also, ich kann detailliert zu dieser Sache nichts sagen, weil ich mich einfach nicht mehr erinnere. Aber diese Aufklärung der Produktionswege der CD, die sollte, wie gesagt, mit nachrichtendienstlichen Mitteln - und die Quelle ist ja ein nachrichtendienstliches Mittel - aufgeklärt werden und dann praktisch zerschlagen werden.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Aber die Frage, die ich mir stelle, ist, ob es wirklich noch eine Aufklärung der Produktionswege ist, wenn Sie arbeitsteilig vereinbaren mit Ihrem V-Mann, in welcher Form die CD produziert werden kann, und zwar erstens mit dem Überweisen von kleinen Beträgen, von unterschiedlichen Einzahlungsmöglichkeiten. Dann haben Sie ihm sogar - laut eigener Aussage von Stadler - angeboten, auch mit in die Slowakei - ich will Sie nicht festnageln auf Ungarn; das ist auch irrelevant, sondern es geht jetzt nur um die Wege - - dass Sie mit in die Slowakei fahren würden, um sich vor Ort ein Bild zu machen, und auch in der Form mit daran beteiligt sein würden.

Deswegen stelle ich mir die Frage, ob es wirklich eine Aufklärung ist oder nicht eigentlich eine Mithilfe zur Produktion einer CD, von der Sie selber gerade auch zugegeben haben oder gesagt haben, dass sie in der öffentlichen Debatte stand und eine hohe Brisanz an den Tag gelegt hat.

Zeuge Dirk Bartok: Also, eine rechtliche Würdigung dieses Sachverhaltes ist durch mich ja nicht erfolgt. Die Absprachen, so wie Sie sie vorgetragen haben aus der Beschuldigtenvernehmung, an die ich mich wirklich so detailliert nicht mehr erinnern kann, die habe ja nicht ich getroffen mit dem Herrn Stadler, weil es meine

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Entscheidung gewesen wäre. Die Durchführung dieser Maßnahme ist ja detailliert mit der Referats- und Abteilungsleitung abgestimmt gewesen.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Danke schön.

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Gut. - Ich sehe seitens der Fraktion DIE LINKE keinen weiteren Fragebedarf. Seitens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN? - Frau Nonnemacher, bitte schön.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön, Herr Vorsitzender. - Herr Bartok, ich habe noch zwei Fragen. In Ihren Treffvermerken findet sich immer wieder der Hinweis an Stadler, dass er im Falle eines nicht genehmigten Handels mit strafbaren CDs keine Hilfestellung der Verfassungsschutzbehörden bekomme. Welche Hilfestellung haben Sie ihm denn versprochen, wenn aufgrund eines von Ihnen erlaubten Handels mit strafbaren CDs gegen ihn ermittelt wird?

Zeuge Dirk Bartok: Ich kann mich nicht daran erinnern, dass wir ihm Zusagen gemacht haben in der Form, wie Sie es eben dargestellt haben. Ich kann mich aber daran erinnern, dass wir ihm gesagt haben, mit verschiedenen CDs, so wie Sie die vorhin auch benannt haben - ich meine, „Ethnic Cleansing“ sagten Sie -, soll er eben keinen Handel treiben.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja, aber er hat ja dann offensichtlich mit Ihrer Duldung Handel mit auch strafbaren CDs aus anderer Quelle betrieben. Haben Sie ihm da Hilfestellung angeboten, wenn er sozusagen erwischt wird?

Zeuge Dirk Bartok: Ich kann mich nicht daran erinnern, dass wir ihm entsprechende Hilfestellung angeboten hätten.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Können Sie sich nicht dran erinnern. Gut. - Dann: In den Treffvermerken finden sich zahlreiche Hinweise, dass die Quelle - ich zitiere - „ihre Geschäfts- und Privaträume von sämtlichen extremistisch relevanten Devotionalien freihalten“ soll. Was bezwecken Sie mit einer solchen Belehrung bei einem rechtsextremistischen V-Mann, von dem Sie wissen, dass er in mindestens dreistelliger Stückzahl mit strafbaren CDs handelt?

Zeuge Dirk Bartok: Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, dass die Quelle dahingehend zu ermahnen, sich nicht an Straftaten zu beteiligen und keine rechtsextremistischen Devotionalien in ihrer Wohnung aufzubewahren, ein Führungsmittel ist, die Quelle ständig wieder dahin gehend, ich sage mal, zu ermahnen, sich doch rechtstreu zu verhalten.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wenn ein rechtsextremistischer CD-Händler keine extremistischen Devotionalien zu Hause oder in seinem Ladengeschäft lagern soll, fordern Sie ihn damit nicht zwangsläufig auf, dass er sich ein externes konspiratives Lager zulegen soll?

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Dirk Bartok: Diese Bewertung steht mir nicht zu. Mir steht zu, an der Stelle zu sagen, dass ich ihn aufgefordert habe, sich nicht an Straftaten zu beteiligen. Und nur so bitte ich das auch zu interpretieren.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wohl wissend, dass die CDs, mit denen er gehandelt hat, ja einschlägig strafrechtlich relevant waren.

Zeuge Dirk Bartok: Diese Bewertung steht mir wiederum nicht zu, da ich diese Informationen nur erhebe. Die Bewertung erfolgt durch die Behörde.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. Ich nehme diese Bewertung zur Kenntnis. - Keine weiteren Fragen.

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Vielen Dank, Frau Nonnemacher. - Dann schaue ich noch mal: Gibt es seitens der Untersuchungsausschussmitglieder noch Fragebedarf an den Zeugen? - Das sehe ich nicht.

Dann bitte ich die Öffentlichkeit, den Saal zu verlassen, weil wir darüber zu befinden haben, ob wir hier eine Vereidigung durchführen.

(Ausschluss der Öffentlichkeit: 11.59 Uhr)

Wir sind jetzt in nichtöffentlicher Sitzung. Ich bitte darum, abzustimmen, ob wir den Zeugen vereidigen wollen. Meines Erachtens gibt es Gründe, eine Vereidigung durchzuführen. Wer dem so zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen und Enthaltungen gibt es nicht. Dann werden wir das jetzt so durchführen.

Ich bitte, den Zeugen wieder hereinzuführen. Wir werden ihn in öffentlicher Sitzung vereidigen.

(Wiederherstellung der Öffentlichkeit: 12.00 Uhr)

Wir sind wieder in der öffentlichen Sitzung. Herr Zeuge Bartok, der Ausschuss hat einstimmig beschlossen, Sie zum heutigen Beweisthema und zur stattgefundenen Vernehmung zu vereidigen. Ich frage Sie zunächst noch einmal, ob Sie Ihre Aussage noch ergänzen oder korrigieren wollen.

Zeuge Dirk Bartok: Nein, keine weiteren - - Ich will nichts ergänzen, nichts korrigieren.

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Gut, das ist nicht der Fall. - Möchten Sie den Eid mit oder ohne religiöse Beteuerung leisten?

Zeuge Dirk Bartok: Ohne religiöse Beteuerung.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand.)

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Gut. - Sie schwören, dass Sie nach bestem Wissen die reine Wahrheit gesagt und nichts verschwiegen haben. - Bitte heben Sie jetzt Ihre rechte Hand und sprechen: Ich schwöre es.

RA [REDACTED]: Entschuldigung, könnten wir noch mal kurz unterbrechen und noch mal das Protokoll klären? Ihm war ja vorhin vorgehalten worden, er hätte an einer Stelle gelogen; von Herrn Dr. Schöneburg kam der Vorhalt. Und da hatten wir gesagt, wir klären das anhand des Protokolls noch einmal.

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Das Protokoll liegt noch gar nicht vor. Das ist ja noch gar nicht erstellt. Also, das ist jetzt nicht möglich.

RA [REDACTED]: Okay.

(Der Zeuge berät sich mit Frau Dr. Wagner [MIK] und seinem Rechtsbeistand.)

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Dann frage ich trotzdem noch mal, weil jetzt der Einwand Ihres Rechtsbeistandes kommt: Wollen Sie Ihre Aussage noch ergänzen oder korrigieren?

Zeuge Dirk Bartok: Also ergänzen dann nur in der Form, dass ich darauf hinweise, dass ich hier entsprechend Ihrer Anmerkung zu Beginn wahrheitsgemäß geantwortet habe.

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Okay. - Dann kommen wir zur Vereidigung ohne religiöse Beteuerung.

Sie schwören, dass Sie nach bestem Wissen die reine Wahrheit gesagt und nichts verschwiegen haben. - Bitte heben Sie jetzt Ihre rechte Hand und sprechen: „Ich schwöre es.“

(Der Zeuge hebt die rechte Hand.)

Zeuge Dirk Bartok: Ich schwöre es.

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Herzlichen Dank. Damit sind Sie vereidigt und als Zeuge aus diesem Ausschuss entlassen.

Zeuge Dirk Bartok: Danke sehr.

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Ich stelle dann wiederum die Nichtöffentlichkeit her, denn wir müssen noch darüber beraten, wie wir jetzt mit dem Zeugen Giebler fortfahren. Ich bitte die Öffentlichkeit noch mal, den Saal zu verlassen.

(Ausschluss der Öffentlichkeit: 12.02 Uhr)

Gut, dann sind wir jetzt wieder in nichtöffentlicher Sitzung. Ich wollte es nichtöffentlich machen. Wir haben ja jetzt schon einige Zeit für den Zeugen Bartok benötigt. Herr

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Giebler hat uns mitgeteilt, er könne heute nur bis 13 Uhr. Er war ja eigentlich zu gestern geladen, hat aber gesagt, er würde auch heute kommen - das war also ein Entgegenkommen von ihm -, aber nur bis 13 Uhr. Insofern stellt sich die Frage der Sinnhaftigkeit, ob wir mit Herrn Giebler heute noch beginnen oder ihn jetzt nach Hause entsenden und neu laden. Wie wird das seitens des Ausschusses gesehen? - Herr Dr. Redmann.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ich verspreche mir von dem Zeugen Giebler, ehrlich gesagt, nichts. Insofern, glaube ich, würde mir die Stunde vollkommen reichen. Ich würde für uns auch auf Fragen verzichten. Ich könnte mir auch vorstellen, wenn jetzt eine Fraktion besonderes Interesse am Zeugen Giebler hat, dass wir die Befragung von dieser Fraktion durchführen lassen. Dann kriegen wir es vielleicht in einer Stunde durch.

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Okay. - Gibt es weitere Hinweise, Meinungen dazu? - Frau Vandre, bitte.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Ich wollte nur anmerken: Ich würde dafür plädieren, dass wir bei der bisherigen Reihenfolge, die ja durchaus sinnvoll ist - also erst Herr Giebler, dann Herr Wegesin -, bleiben, weil wir uns ja etwas dabei gedacht haben, quasi von unten nach oben in der Hierarchie zu gehen. Deswegen würde ich auch dafür plädieren, dass es eigentlich besser wäre, Giebler auf jeden Fall vor Herrn Wegesin zu vernehmen. Und wenn wir heute weiterkommen wollen, dann sollten wir die Vernehmung heute auch durchführen.

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Okay, aber dann in dem Bewusstsein, dass es nur bis 13 Uhr geht. Ich kann ihn dann hier nicht festhalten; das muss uns bewusst sein. Dann will ich gar nicht viel Zeit verstreichen lassen. Dann machen wir das so. Dann bitte ich, Herrn Giebler zu holen.

(Abgeordnete Vandre [DIE LINKE]: Aber dann öffentlich!)

- Genau. Wir machen dann gleich weiter mit der öffentlichen Sitzung und der Vernehmung des Herrn Giebler.

(Abgeordneter Dr. Redmann [CDU]: Könnten wir dann beim Fragerecht von der starren Reihenfolge abweichen?)

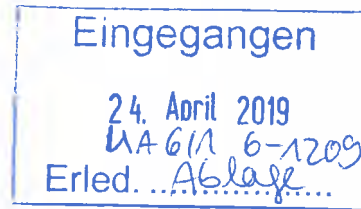
- Ja. - Sind Sie einverstanden, dass wir jetzt von der starren Reihenfolge und dem Fragerecht abweichen und das nach Bedarf machen? - Ich sehe wohlwollende Zustimmung, Herr Dr. Redmann.

(Wiederherstellung der Öffentlichkeit: 12.10 Uhr)

Ministerium des Innern und für Kommunales
Herr Dirk Bartok
Henning-von-Tresckow-Straße 9 – 13
14467 Potsdam

Potsdam, den 23. Februar 2018

Landtag Brandenburg
Untersuchungsausschuss UA 6/1
Leiter Ausschussbüro
Alter Markt 1



14467 Potsdam

Stellungnahme zum Protokoll meiner Aussage vor dem UA 6/1

Sehr geehrter Herr Dr. Jendro,

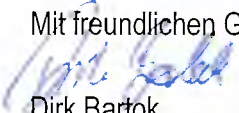
das mir mit Schreiben vom 05. April 2019 übermittelte Protokoll zu meiner Aussage vor dem Untersuchungsausschuss 6/1 habe ich zur Kenntnis genommen. Anmerkungen zu offensichtlichen Hör- oder Schreibfehlern habe ich nicht.

Zusammenfassend gebe ich folgende Erklärung ab:

Im Vorfeld meiner Zeugenvernehmung vom 23. November 2018 bin ich aufgefordert worden, im Untersuchungsausschuss zu der von mir geführten nachrichtendienstlichen Quelle BARTE auszusagen. Die für die Belange des Verfassungsschutzes zuständige Abteilung 5 des Ministeriums des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg räumte mir im Vorfeld die Möglichkeit ein, Einsicht in die entsprechenden Fallakten zu nehmen, um mich mit dem länger zurückliegenden Sachverhalt der Fallführung vertraut machen zu können.

Die nachrichtendienstliche Quelle BARTE wurde von mir von Anfang des Jahres 2000 bis Mitte des Jahres 2002 geführt. In dieser Zeit fanden eine Vielzahl von Gesprächen mit der Quelle sowie über die Quelle mit meinen Vorgesetzten statt, so dass mir deren (jeweiliger) Inhalt nur noch äußerst vage erinnert ist, und zwar insbesondere aufgrund des erheblichen Zeitablaufes von mehr als 16 Jahren bezogen auf den Zeitpunkt meiner Befragung durch den Untersuchungsausschuss 6/1 am 23. November 2018. Zudem bin ich seit November 2005 nicht mehr in der für die Belange des Verfassungsschutzes zuständigen Abteilung 5 des Ministeriums des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg tätig.

Mit freundlichen Grüßen


Dirk Bartok

Untersuchungsausschuss 6/1
15. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

06.11.2017
Stenogr. Dienst/welf

(Beginn des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Öffentlich: 11.36 Uhr)

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir setzen die 15. Sitzung des Untersuchungsausschusses fort. Ich begrüße sehr herzlich die Zeugin Frau Marianne Böhm. Ich begrüße gleichzeitig auch die Gäste, die jetzt in öffentlicher Sitzung dazugekommen sind, und die Medienvertreter.

Vernehmung der Zeugin Marianne Böhm

Wir beginnen mit der Vernehmung der Zeugin Böhm. - Frau Böhm, ich muss Sie zunächst belehren.

Als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuss unterliegen Sie der Wahrheitspflicht. Das heißt, die von Ihnen gemachten Angaben müssen vollständig sein und der Wahrheit entsprechen. Sie dürfen weder falsche Angaben machen noch wesentliche Umstände, die mit dem Beweisthema im Zusammenhang stehen, verschweigen. Sofern Sie an bestimmte Dinge keine Erinnerung mehr haben, müssen Sie auch dies deutlich zum Ausdruck bringen.

Der Untersuchungsausschuss ist nach § 22 UAG grundsätzlich berechtigt, einen Zeugen am Ende seiner Aussage zu vereidigen. Über eine Vereidigung Ihrer Person wird insoweit noch zu befinden sein.

Falsche Aussagen vor dem Untersuchungsausschuss sind strafbewehrt. Dabei kommt es nicht darauf an, ob Sie Ihre Aussage beeidigen müssen oder nicht. Falsche uneidliche Aussagen sind nach § 153 Strafgesetzbuch strafbedroht und werden mit Freiheitsstrafe zwischen drei Monaten und fünf Jahren sanktioniert. Im Falle der Annahme einer Strafbarkeit eines Meineides wird der Strafrahmen des § 154 Strafgesetzbuch, der eine Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr vorsieht, Anwendung finden. - Das sage ich, Frau Böhm, nicht, weil ich Ihnen misstrauere, sondern - das wissen Sie -, weil mich das Gesetz zu einer entsprechenden Belehrung verpflichtet.

Ferner habe ich Sie auch über Ihre Rechte gemäß § 19 UAG zu belehren. Danach sind Sie berechtigt, die Auskunft auf solche Fragen zu verweigern, deren Beantwortung Ihnen selbst oder einem der in § 52 Abs. 1 StPO bezeichneten Angehörigen die Gefahr zuziehen würde, wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit verfolgt zu werden. - So weit die Belehrung.

Jetzt zu der Vernehmung und zunächst zu Angaben zu Ihrer Person: Nennen Sie uns bitte Vor- und Zunamen, Alter, Beruf und Wohnort.

Zeugin Marianne Böhm: Marianne Böhm, Oberstaatsanwältin, 55 Jahre alt, Wohnort

Untersuchungsausschuss 6/1
15. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

06.11.2017
Stenogr. Dienst/welf

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Vielen Dank, Frau Böhm. - Wir kommen jetzt zur Befragung zum Thema: Welche Rolle haben die Sicherheitsbehörden bei den Ermittlungen zur „Nationalen Bewegung“ gespielt?

Bevor die Fraktionen mit der Detailbefragung beginnen, möchte ich Ihnen zwei eingehende Fragen stellen. Würden Sie uns bitte kurz Ihren beruflichen Werdegang schildern?

Zeugin Marianne Böhm:

[REDACTED]

[REDACTED]

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Vielen Dank. - Zweite Frage meinerseits: Wie haben Sie sich auf die heutige Sitzung vorbereitet? Hatten Sie die Möglichkeit, Akteneinsicht zu nehmen? Wer hat Ihnen eventuell dabei geholfen? Wer war Ihnen behilflich? - Bitte.

Zeugin Marianne Böhm: Ich war vor zwei Wochen bei der Staatsanwaltschaft Potsdam, weil es sich um eine Verschlussache handelt, und habe dort Gelegenheit gehabt, mir die Akten noch mal durchzulesen, was ich auch getan habe.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Vielen Dank. Das war es zunächst von mir. - Noch ein Hinweis an Sie, aber auch an die Runde: wie üblich die Namen bitte abkürzen. Sie wissen Bescheid. Wenn jetzt Namen aus Akten zitiert werden, dann haben wir uns geeinigt, dass die Abkürzungen verwendet werden und keine Klarnamen genannt werden.

Zeugin Marianne Böhm: Da muss ich noch mal nachfragen: die Decknamen? Was ist denn überhaupt von der Akte - das ist mir nicht bekannt gegeben worden - freigegeben worden? Weil das war ja eine Verschlussache. Oder: Nach meiner Kenntnis ist es eine Verschlussache, und ich bräuchte Auskunft darüber, welche Teile freigegeben sind und was nicht freigegeben ist.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Die Beantwortung muss ich Herrn Welfens überlassen.

Zeugin Marianne Böhm: Gerne.

Herr Welfens (Landtagsverwaltung): Ja, es ist leider vom Justizministerium nicht freigegeben worden oder herabgestuft worden, -

Untersuchungsausschuss 6/1
15. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

06.11.2017
Stenogr. Dienst/welf

Zeugin Marianne Böhm: Nicht.

Herr Welfens (Landtagsverwaltung): - sodass wir also quasi nur indirekt fragen können.

Zeugin Marianne Böhm: Okay; das ist natürlich toll.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Gut. - Wenn das so weit geklärt ist, dann bitte ich die Fraktionen, mit der Befragung zu beginnen - die SPD-Fraktion, dann im 15-Minuten-Rhythmus die anderen Fraktionen, bis der Fragebedarf erschöpft ist. - Frau Gossmann-Reetz.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Kann sich vielleicht Frau [REDACTED] dazu äußern, wie weit hier jetzt befragt und ausgesagt werden kann?

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann bitte ich Frau [REDACTED] als Vertreterin des Justizministeriums, an das Mikrofon nach vorn zu kommen.

Frau [REDACTED] (MdJEV): Na ja, ich kann dazu so viel sagen: Teile der Akte sind ja nicht eingestuft, Teile sind eingestuft. Und soweit sie VS-VERTRAULICH eingestuft sind, sind sie das nach wie vor.

Vielleicht noch mal zum Hintergrund: Die Einstufung als solche erfolgt ja durch die Staatsanwaltschaft Potsdam, und zwar vor dem Hintergrund, dass da wiederum eingestufte Informationen durch den Verfassungsschutz drin sind, sodass sich die Einstufung da durchzieht und sodass es hier heute auch nicht irgendwie in meiner Macht liegt, noch mal zu sagen: Das oder das können wir jetzt noch kurzfristig freigeben - oder so was. Also: Das wird ja nach wie vor geprüft. Aber was vertraulich ist, ist nach wie vor vertraulich.

Zeugin Marianne Böhm: Dann kann ich gehen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Frau Gossmann-Reetz hat noch eine Frage. Oder erst Herr Dr. Redmann?

(Abgeordnete Gossmann-Reetz [SPD]: Nein, erst mal Herr Dr. Redmann!)

Bitte, Herr Dr. Redmann.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Frau [REDACTED], vielleicht bleiben Sie noch ganz kurz. Da uns das Innenministerium hier auch schon mal gleich darauf hingewiesen hat, dass Sie sich wie die Mitglieder des Ausschusses durchaus strafbar machen können, wenn die entsprechenden Öffentlichkeits- und Nichtöffentlichkeitsvorschriften nicht beachtet werden, ist - durchaus sensibel - hier auch die Sache von Anfang an richtig zu klären.

Es ist ja schon so, dass Sie darauf hingewiesen haben, dass einzelne Dokumente VS-VERTRAULICH eingestuft sind, die sich in der Prozessakte befinden. Es handelt sich ja da aber um eine zusammenhängende Prozessakte, sodass zumindest nach dem,

Untersuchungsausschuss 6/1
15. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

06.11.2017
Stenogr. Dienst/welf

was uns vom Innenministerium regelmäßig mitgeteilt wird, dann die gesamte Akte als vertraulich zu behandeln ist, sofern sie nicht getrennt wird. Ist das richtig?

Frau [REDACTED] (MdJEV): Sofern sie nicht getrennt ist? Da möchte ich gleich mal sagen: Zu trennen kann da gar nichts - - Es ist eine Akte, die natürlich als solche diesen Verschlussgrad hat, weil die immer den höchsten Verschlussgrad hat, der in der Akte enthalten ist.

Ich bin kein Geheimschutzbeauftragter. Ich habe das bislang immer so verstanden, wenn da beispielsweise - - Es ist ja auch eine Presseerklärung in der Akte, die wir freigegeben haben, dass über die dann auch in öffentlicher Sitzung geredet werden kann, aber - -

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Herr Lüttmann.

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Meiner Ansicht nach haben wir ein ganz klares Verfahren vereinbart. Wir haben gesagt: Wenn es hier in öffentlicher Sitzung zu einer Situation kommt, dass eine Frage möglicherweise einen Geheimschutz betrifft, dann ist der Wunsch gewesen, dass die Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien dies anzeigen.

Ich würde vorschlagen, dass wir jetzt hier so verfahren. Dazu kann die Kollegin auch da sitzen bleiben und eventuell bei den Fragen, die vielleicht allgemein formuliert sind und eben nicht so formuliert sind, dass sie zwangsläufig geheime Teile betreffen, dann auch eine Antwort hier in öffentlicher Sitzung erfolgen. Sonst würden wir uns hier auch ein bisschen selber in unseren Möglichkeiten beschneiden.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Wenn wir uns jetzt nicht darauf einigen können - das würde ich jetzt als Schlusswort stehen lassen -, dann muss ich die Öffentlichkeit ausschließen, weil wir uns dann im Bereich Beratung und Beschlussfassung befinden, und das geht nur in nichtöffentlicher Sitzung.

Gibt es also weiteren Klärungsbedarf? - Dann bitte ich die Öffentlichkeit, den Raum zu verlassen. Wir müssen in nichtöffentlicher Sitzung beraten und eventuell Beschlüsse fassen. Tut mir leid. Ich bitte um Verständnis.

(Zuruf der Abgeordneten Nonnemacher [B90/GRÜNE])

- Frau Nonnemacher.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich möchte noch mal anmerken, dass wir vor drei Wochen den Antrag gestellt hatten, entsprechende Teile auszustufen oder uns ausgestufte Varianten zur Verfügung zu stellen, damit wir hier überhaupt öffentliche Vernehmungen vornehmen können.

Es ist vom MdJEV keinerlei Stellungnahme, keinerlei Antwort auf dieses Ausstufungsbegehren irgendwie gekommen. Das ist doch gerade der Grund, warum wir jetzt auch gebeten haben, dass der Justizminister hier vor dem Ausschuss erscheint. Wie sollen wir unserer Arbeit als Untersuchungsausschuss in öffentlicher

Untersuchungsausschuss 6/1
15. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

06.11.2017
Stenogr. Dienst/welf

Sitzung nachkommen, wenn sozusagen das gesamte Aktenkonvolut in toto unten im Geheimschutzraum liegt?

Frau [REDACTED] (MdJEV): Wenn ich darauf vielleicht gleich antworten darf: Zum einen, glaube ich, haben wir als Justizministerium eigentlich außer diesen zwei Akten, um die es jetzt geht, alles übersandt, und zwar mit einer ganz geringen Einstufung, sodass ich das insoweit schon mal zurückweisen möchte, dass wir hier die Arbeit in irgendeiner Form unterbinden wollen.

Aber es ist so: Ich verweise da auf das Schreiben von der Koordinierungsstelle, von Herrn Küpper vom - lassen Sie mich nicht lügen - 1. November oder so was, was mit unserem Haus abgestimmt ist. Insofern ist das eben auch die Antwort des Justizministeriums auf den Antrag gewesen.

(Abgeordnete Gossmann-Reetz [SPD]: Unter diesen Bedingungen kann ich hier nicht arbeiten!)

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Wir sind jetzt im Moment noch bei Frau Nonnemacher, und dann müssen wir eine Entscheidung treffen, wie wir hier weiter verfahren. - Frau Nonnemacher, bitte.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich möchte nur noch mal ergänzen, dass die kompletten Akten, die heute einschlägig sind, die den Geheimnisverrat betreffen, alle - in toto, en bloc - unten im Geheimschutzraum sind. Da können Sie uns doch nicht erzählen, dass Sie äußerst sensibel mit solchen Einstufungen irgendwie vorgehen. Wir können doch hier eigentlich in öffentlicher Sitzung fast überhaupt nichts fragen, es sei denn, wir beziehen uns auf im Internet zugängliche Presseberichte.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Noch eine Antwort. Dann unterbreche ich die Sitzung. - Bitte.

(Abgeordneter Dr. Redmann [CDU]: Ich habe eine Frage an die Zeugin!)

- Ich bitte jetzt erst mal um die Antwort von Frau [REDACTED] auf das, was Frau Nonnemacher gesagt hat.

Frau [REDACTED] (MdJEV): Na ja, dass die Akte als solche jetzt unten ist, ist ja klar. Ich meinte jetzt auch nicht bezogen auf die beiden Akten, sondern ich habe ja gesagt: Diese beiden Akten sind die einzigen eingestuft Akten vonseiten des Ministeriums der Justiz, die eingestuft sind aufgrund der vorangegangenen Einstufungen des Verfassungsschutzes, sodass wir das allein auch überhaupt nicht entscheiden können, ich sowieso nicht. Das müsste dann die Staatsanwaltschaft Potsdam machen, mit der wir natürlich in Kontakt sind. Aber die Prüfung ist insoweit auch noch nicht endgültig abgeschlossen, weil es eben nicht nur unsere Sache ist. Aber ich verweise auch noch mal auf das Schreiben von Herrn Küpper.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Über dieses Schreiben wird heute noch zu reden sein. Das ist jetzt aber nicht der Ort und die Zeit. - Herr Dr. Redmann.

Untersuchungsausschuss 6/1
15. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

06.11.2017
Stenogr. Dienst/welf

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ich möchte zunächst mal richtigstellen, was der Kollege Lüttmann gesagt hat. Natürlich ist es richtig: Wir hatten uns eigentlich auf ein Verfahren verständigt, dass die Vertreter des Ministeriums dann auch die Hand heben. Nur weicht ja gerade das jüngste Schreiben des Innenministeriums davon ab und teilt mit, dass das Ministerium dazu nicht mehr bereit ist, darauf hinzuweisen, wenn Probleme bestehen. Insofern ist das nicht zutreffend, was Sie gerade gesagt haben.

(Abgeordnete Gossmann-Reetz [SPD]: Das haben sie bisher nicht getan!)

Das Zweite ist eine Frage, die ich an die Zeugin habe, die für die Diskussion, die wir danach intern führen, vielleicht auch wichtig ist. Wir reden ja hier unter anderem auch über einen Strafprozess, der stattgefunden hat, und über die damit zusammenhängenden Akten. Ist dieser Prozess öffentlich geführt worden? Gab es da eine öffentliche Sitzung?

Zeugin Marianne Böhm: Ja.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Gut.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Aus meiner Sicht haben wir jetzt noch Abstimmungsbedarf. Ich frage in die Runde.

(Abgeordnete Gossmann-Reetz [SPD]: Ja!)

- Dann bitte ich die Öffentlichkeit, den Saal zu verlassen, inklusive Frau Böhm. Tut mir leid, das geht leider nicht anders. Sie kriegen die Information, wenn es in öffentlicher Sitzung weitergeht.

(Unterbrechung des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Öffentlich: 11.50 Uhr - Folgt Sitzungsteil Beratung, Nichtöffentlich)

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Vernehmung des Zeugen Dr. Hans-Jürgen Förster

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte, Platz zu nehmen.

Ich begrüße unseren vierten und letzten Zeugen für den heutigen Tag, Herrn Dr. Förster. Ich begrüße gleichzeitig diejenigen, die uns bisher nur zuhören konnten, weil wir jetzt in öffentlicher Sitzung fortsetzen. Herr Dr. Förster ist jetzt auch nicht überrascht, dass ich ihn zunächst erst mal belehre.

Als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuss unterliegen Sie der Wahrheitspflicht. Das heißt, die von Ihnen gemachten Angaben müssen vollständig sein und der Wahrheit entsprechen. Sie dürfen weder falsche Angaben machen noch wesentliche Umstände, die mit dem Beweisthema in Zusammenhang stehen, verschweigen. Sofern Sie an bestimmte Dinge keine Erinnerung mehr haben, müssen Sie auch dies deutlich zum Ausdruck bringen.

Der Untersuchungsausschuss ist nach § 22 UAG grundsätzlich berechtigt, einen Zeugen am Ende seiner Aussage zu vereidigen. Über eine Vereidigung Ihrer Person wird insoweit noch zu befinden sein.

Falsche Aussagen vor dem Untersuchungsausschuss sind strafbewehrt. Dabei kommt es nicht darauf an, ob Sie Ihre Aussage beeidigen müssen oder nicht. Falsche uneidliche Aussagen sind nach § 153 Strafgesetzbuch strafbedroht und werden mit Freiheitsstrafe zwischen drei Monaten und fünf Jahren sanktioniert. Im Falle der Annahme einer Strafbarkeit eines Meineides wird der Strafrahmen des § 154 Strafgesetzbuch, der eine Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr vorsieht, Anwendung finden. - Ich sage das natürlich nicht, Herr Dr. Förster, weil ich Ihnen misstrauere, sondern weil das Gesetz mich verpflichtet.

Ich darf Sie aber auch noch über Ihre Rechte informieren. Sie sind nach § 19 UAG berechtigt, die Auskunft auf solche Fragen zu verweigern, deren Beantwortung Ihnen selbst oder einem der in § 52 Abs. 1 StPO bezeichneten Angehörigen die Gefahr zuziehen würde, wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit verfolgt zu werden. - So weit die Belehrung.

Dann bitte ich Sie ganz kurz um einige Angaben zu Ihrer Person. Nennen Sie bitte Vornamen, Zunamen, Alter.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich heiße Hans-Jürgen Förster, bin 70 Jahre alt.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Das war es, richtig, ja. Mehr wollte ich gar nicht wissen.

Bevor wir mit der Zeugenbefragung beginnen, hatten Sie darum gebeten, ein paar Sätze vorwegzuschieben. Darum bitte ich Sie jetzt. Bitte schön!

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, gerne. Gerade eben, als wir uns begrüßt haben, ergab sich das. - Ich würde gern statt einer Vorbemerkung drei Sätze wiedergeben, die ich mal aufgeschrieben habe aus Anlass des 15. Geburtstages des Verfassungsschutzes Brandenburg. Das war im Jahre 2006. Da wurden alle früheren Chefs gebeten, auch die Minister, unter der Überschrift „Rückblick, Ausblick“ etwas zu bekunden. Und die drei Sätze, die ich Ihnen gerne vorlesen möchte, standen unter der Überschrift „Rechtsextremismus im Vordergrund aller Anstrengungen“.

„Strengste Einhaltung der Gesetzlichkeit nach innen als dem fundamentalen Unterschied zu dem aus der Diktatur bekannten Geheimdienst sowie Darstellung gerade dieses Unterschiedes nach außen, gepaart mit Aufklärung über die Ursachen von Extremismus, aber auch der Hinweis auf jedermann mögliche Verhaltensweisen als Gegenmittel - das war meine Maxime als Leiter der Verfassungsschutzabteilung.

Im Vordergrund aller Anstrengungen stand der das Land wirklich beschädigende Rechtsextremismus, geprägt durch jugendliche dumpfe Schläger, aber auch Ideologen. Ein Projekt, das ich in den leider nur zwei Jahren nicht zu Ende führen konnte, das mir sehr wichtig war: Ich wollte eine Änderung des Brandenburger Verfassungsschutzgesetzes dahingehend vorschlagen, dass bestimmte Maßnahmen des Verfassungsschutzes nur mit richterlicher Genehmigung möglich sein dürften. Die Einbeziehung des Richters wäre bundesweit ein völliger Systembruch gewesen. Aber ich denke auch heute noch, dass die Legitimität des Verfassungsschutzes unbeschadet seiner parlamentarischen Kontrolle dadurch sehr erhöht würde und auch nach innen eine zusätzliche Disziplinierung erreicht würde.“¹

Ende der eigenen Zitierung.

Wenn ich das gleich ergänzen darf: Der Fall „Piatto“ war der Urmeter für diesen Gedanken.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Womit wir bei unserem Kernthema wären. Vielen Dank, Herr Dr. Förster. - Wir beginnen mit der Befragung, mit der Fraktion der SPD. Frau Gossmann-Reetz, bitte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Herzlich willkommen, Herr Dr. Förster, in unserem Untersuchungsausschuss. - Ich würde erst mal gern ein paar persönliche Fragen stellen. Als Sie damals den Abteilungsleiterposten übernommen haben im Innenministerium, welche nachrichtendienstlichen Erfahrungen brachten Sie für diese Position mit?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Unmittelbare nachrichtendienstliche Erfahrung in dem Sinne, dass ich einem deutschen Nachrichtendienst vorher als Mitarbeiter angehört hätte, nicht, aber Erfahrungen aus dem Bereich des Generalbundesanwalts, bei dem ich seit 1983 tätig war, konkret im Bereich der Delikte wegen Spionage. In

¹ Anmerkung Stenografischer Dienst: Das Zitat konnte nicht verifiziert werden.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

diesem Bereich gab es diverse Kontakte mit allen deutschen Nachrichtendiensten - mit dem Bundesamt natürlich, auch mit dem Bundesnachrichtendienst, aber auch mit Landesämtern für Verfassungsschutz.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Zu dieser Zeit wurde ja öfter mal dieser Posten Abteilungsleiter mit „Nichtgeheimdienstlern“ besetzt. Haben Sie dafür eine Erklärung?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich habe dafür keine Erklärung. Ich beklage nur, dass es sehr viele Abteilungsleiter Verfassungsschutz gegeben hat. Deswegen habe ich ja auch vorgelesen: leider nur zwei Jahre - genau zwei Jahre und einen Monat.

Ich denke, jeder hat seine persönliche Herangehensweise; das habe ich auch eben versucht zu sagen. Es trägt nicht gerade zur Arbeitsfähigkeit des Amtes bei, wenn pausenlos Wechsel an der Spitze eines - zumal neuen - Amtes stattfinden. Ich hatte vier Vorgänger. Der Graf Schwerin war der erste - ganz kurz -, dann Herr Uhrlau, dann Herr Pfaff, den ich aber kannte aus Karlsruhe, dann ich.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was bedeutete das für den Brandenburger Verfassungsschutz, vor allen Dingen in Bezug auf die operative Arbeit, diese Wechsel und diese Art von Besetzung?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Verunsicherung, -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Bei wem?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: - die ich hier gemerkt habe. Mein selbstgewählter Markenkern war diese strenge Herangehensweise mit dem Gesetz. Das habe ich nach innen und außen betont, weil alles, was der Verfassungsschutz zu tun und zu lassen hat, ist gesetzlich geregelt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): War das damalige Gesetz so umfassend geregelt?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, absolut.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das war eine klare Linie, meinen Sie, für die Mitarbeiter?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, ganz klar. Das war ein Service für jedermann - nebenbei: auch für die Mitarbeiter - und für mich selber, dass es dieses Gesetz in ausgedruckter Form als Beilage zum Verfassungsschutzbericht gab. Ich hatte das immer in der Aktentasche. Das weiß ich wie gestern.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ah ja.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Im Format passte das perfekt.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Können Sie mir die Unterrichtspflichten gegenüber dem Innenminister beschreiben zur damaligen Zeit über die geführten Vertrauensleute?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: In meiner Zeit war es so - - Die sind nicht gesetzlich geregelt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich sagte ja auch: Unterrichtspflichten. Ich sagte nicht gesetzliche, sondern wie sie damals waren.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, ja, ich sage ja nur, -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja, nee, Sie haben recht.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: - weil wir jetzt über das Gesetz zu der Frage gekommen sind.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Natürlich ist der Minister als derjenige, der den Verfassungsschutz an oberster Stelle verantwortet, an letzter Stelle verantwortet - - Ganz egal, welche Konstruktion man von der Organisationsform her nimmt - ob es eine Abteilung des Ministeriums ist oder ein eigenständiges Amt -: Der Innenminister in Person ist derjenige, der für Gutes und Schlechtes geradesteht.

Ich hatte das große Glück, einen Innenminister zu haben, den ich schon vorher kannte, aus vorangegangener Tätigkeit als Pressesprecher. Dann war ich wieder ein Jahr in Karlsruhe. Und in diesem einen Jahr vorweg ist ein besonderes Vertrauen entstanden, was mir die Arbeit extrem erleichtert hat. Und - ich habe Ihre Frage nicht vergessen - natürlich war er, unabhängig von der persönlichen Beziehung, wie jeder über alles Wesentliche zu unterrichten.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gab es dazu Richtlinien, Anweisungen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie war das?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das oblag jedem selbst - zwischen dem Verfassungsschutzchef und dem Minister gab es noch den Staatssekretär -, wie er die Notwendigkeit der Unterrichtung sah.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. - Dann würde ich mal springen zu unserer Hauptperson, unserem V-Mann „Piatto“. Welche Erinnerungen haben Sie, wenn Sie an die Quelle „Piatto“ denken?

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Eine grausame Erinnerung insofern, als ich ihn vorfand in einem scheinbar normalen Aktenvorgang, der mir auf den Tisch kam. Ich war entsetzt über den Umstand, diesen V-Mann zu haben.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. - Dann frage ich noch mal: Sie waren also gerade neu im Amt -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - und haben im normalen Verfahren eine Akte einfach auf den Tisch bekommen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wonach regelte sich - - Bekamen Sie alle Akten über alle V-Leute nach und nach auf den Tisch? Gab es einen besonderen Vorfall, dass Ihnen diese Akte vorgelegt worden ist? Wie lief das?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Vorab: Wir reden über Sachverhalte, die 20 Jahre her sind.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Na ja.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Jeder Behördenleiter - ganz egal -, jeder Mitarbeiter kriegt morgens einen bestimmten Zutrag an Vorgängen. Darunter war - - Und ich betone das nicht irgendwie als was Besonderes, dass irgendjemand zu mir gekommen wäre, beispielsweise der Referatsleiter Beschaffung oder der Referatsleiter Auswertung oder der stellvertretende Abteilungsleiter, sondern das war - so erinnere ich das, als wenn es gestern wäre - eine ganz normale Akte, in der ich dann sah, dass mein Amt diesen V-Mann hat.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Welche Erkenntnisse kamen da? Also, war ganz offen, Sie konnten von vorne aufblättern, den Klarnamen sehen und die Geschichte des V-Mannes - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das weiß ich nicht mehr. Aber ich weiß dieses schon wiedergegebene Entsetzen, -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: - als ich den kennenlernte in seiner Eigenschaft als mein V-Mann, und ich weiß, was ich danach gemacht habe.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was war denn das?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich habe, ich weiß nicht mehr, welchen Mitarbeiter, aber wahrscheinlich den nächsten in der Hierarchie, denke ich - das weiß ich nicht;

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Stichwort: Wahrheitspflicht -, gefragt - den Referatsleiter dann -: Wer weiß eigentlich davon, von diesem V-Mann?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wissen Sie noch, wer der Referatsleiter zu dem Zeitpunkt war?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja. Odendahl hieß er.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Also, Sie haben Herrn Odendahl gefragt und - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: „Wer weiß eigentlich von diesem Sachverhalt, dass wir diesen V-Mann führen? Weiß das der Staatssekretär?“ - „Nein.“ - „Weiß das der Minister?“ - „Nein.“ Dann war meine Reaktion - das beantwortet auch Ihre vorherige Frage -, sogleich den Minister über diesen Umstand zu unterrichten.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wissen Sie, ob Ihr Vorgänger Kenntnis hatte?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, selbstverständlich.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Hat er Ihnen das mal - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Unter dessen Ägide ist ja dieser V-Mann angeworben worden.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Haben Sie sich mit ihm darüber mal unterhalten?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Also, Sie sind dann zu wem zuerst gegangen? Zum Staatssekretär oder zum - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Zum Minister.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Zum Minister. - Und dann?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Und dann habe ich dem Minister vorgetragen, welchen V-Mann wir gemeinsam haben - er und ich; er mit der noch größeren Verantwortung dafür -, und es ergab sich, dass er von diesem Umstand genauso wenig wusste wie ich bis zehn Minuten vorher.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Herr Ziel hat uns hier im Ausschuss gesagt, dass er von Herrn Pfaff unterrichtet worden ist.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich weiß es anders. Ich weiß nach meiner Erinnerung, dass er von diesem V-Mann auch nichts wusste.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Welche Bedenken haben Sie dann dem Herrn Innenminister gegenüber geltend gemacht?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich habe ihm gesagt, dass aus meiner Sicht der Verfassungsschutz einen Mann, der wegen versuchten Mordes zu acht Jahren Freiheitsstrafe verurteilt wurde - wobei der Umstand, dass es beim Versuch geblieben war, nicht ihm zuzurechnen ist -, dass der Verfassungsschutz so einen Mann nicht führen darf.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie ging es dann weiter? Wie hat sich Herr Ziel verhalten?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das ist der eine Teil des Problems, den ich beschrieben habe: einen solchen V-Mann nicht führen darf.

Das Problem wurde dadurch vergrößert, dass dieser V-Mann existent war. Der war tätig für den Brandenburger Verfassungsschutz. Es ging also darum, diesen V-Mann abzuschalten. Die Konsequenz des Entsetzens kann nur das Abschalten sein.

Dieses Abschalten ist aber auch nicht unbedingt eine einfache Entscheidung, weil - zu der Problemlage, zu der der sich geäußert hat, der V-Mann, komme ich gleich - das Abschalten eines V-Mannes aus dem Grunde, den ich geschildert habe, dass man so einen schlicht nicht haben darf - - Das ist ja eine staatliche Zusammenarbeit. Dass man so einen V-Mann nicht führen darf - - Und wenn man das umsetzt, dieses Nicht-führen-Dürfen, im Sinne von - wie die Nachrichtendienstler sagen - Abschalten, dann begibt man sich natürlich auch der Erkenntnisse, die gerade durch diesen V-Mann geliefert wurden.

Das ist der Unterschied zwischen Tun und Unterlassen - ich bin ja nun Strafrechtler -, und das ist gleichwertig. Das Unterlassen ist gleichwertig dem positiven Tun dann, wenn der Unterlassende eine Garantenpflicht hat. Und die Garantenpflicht für Minister, Staatssekretär, Verfassungsschutzchef war, die innere Sicherheit des Landes Brandenburg so gut es geht zu garantieren.

Jetzt komme ich zu den Grundbedingungen, die ich vorgefunden habe. Die Überschrift habe ich ja nicht umsonst gewählt, die ich vorhin vorgelesen habe: Rechtsextremismus im Vordergrund aller Anstrengungen.

Das Bild von Brandenburg war gekennzeichnet außen - nicht nur bis Karlsruhe, darüber hinaus - durch übelste - durch übelste! - Taten von Rechtsextremisten. Ich verbinde es immer mit Ortsnamen, die ich nie vergessen werde - - und leider auch diese Verbindung mit diesen Ortsnamen nie vergessen werde. Anfang 1996 - das Jahr, wo ich als Verfassungsschutzchef kam -: Mahlow und Trebbin. Die standen leider synonym für viele im übrigen Bundesgebiet, Mahlow und Trebbin. Überfälle in Mahlow auf drei farbige britische Bauarbeiter; ein Feldstein geworfen in das fahrende Auto; Überschlagen des Autos; der Noël Martin - heißt er - ab dann gelähmt. Trebbin: ebenso versuchter Mord. Da werden drei italienische Bauarbeiter überfallen, übel zugerichtet. Die zwei, die noch einigermaßen beieinander sind, bringen den Dritten ins

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Krankenhaus, und auf dem Rückweg werden die wieder malträtiiert - um es freundlich zu sagen: malträtiiert.

Mahlow und Trebbin haben sich bei mir sozusagen verselbstständigt in dem Sinne als Synonym für diese Bedrohung. Ich kann mich erinnern - das war dann aber nicht 96, sondern im Laufe der zwei Jahre -: Es gab in Amerika Reiseführer, die bestimmte No-go-Areas für Brandenburg auswiesen. Das ist alles die Wahrheit, an die ich mich erinnere, weil sie so bitter war, nach 20 Jahren.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja, gut. - Jetzt intern: Sie haben jetzt mit dem Minister gesprochen. Was passierte dann? Also, das tiefe Entsetzen auch auf der Seite des Ministers, nehme ich an, -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, ja, absolut.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - in Ihrer Erinnerung.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Genau.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Jetzt beginnt eine Abwägung.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Genau, weil das war sehr zügig in dem ersten Gespräch, dieses Problem, was ich angesprochen habe, dass die Verantwortung vielleicht sogar noch höher ist, den abzuschalten. Wir haben uns das extrem schwer gemacht und das gegeneinander abgewogen vor diesem Hintergrund, den ich eben Gelegenheit hatte zu schildern.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie beide haben jetzt zusammengesessen und - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Wie bitte?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie beide haben jetzt zusammengesessen und - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja klar, genau. Ich glaube auch nicht, dass jemand dabei war.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Minute läuft.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das war kein Termin im Terminkalender oder so, -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ist schon klar.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: - sondern der war sofort.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das war mein Entsetzen. Das fand sozusagen körperlichen Ausdruck, indem ich dahingegangen bin, nachdem ich den Referatsleiter gefragt habe: Wer weiß denn das eigentlich?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie ging es dann weiter?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Dann haben wir das diskutiert. Das war eigentlich ein eher philosophisches Gespräch um diese beiden Handlungsaspekte.

Teil der rechtsextremistischen Bedrohung sind ja auch in Deutschland lebende Juden. Jetzt schildere ich Ihnen das, was ich im Bundestagsuntersuchungsausschuss nicht geschildert habe: Es kam der Gedanke, uns schlauzufragen in dieser moralischen Situation, in dieser moralischen Notlage, dass die Sache zu entscheiden war: Entlassen oder mit dem weiterarbeiten? Von dieser Entscheidung konnte uns auch niemand entbinden. Es kam der Gedanke, den Zentralratsvorsitzenden der Juden Ignatz Bubis zu fragen.

Warum kam dieser Gedanke? Weil, es gab ein enges Verhältnis zwischen Minister Ziel und Herrn Bubis. Dieses enge Verhältnis hatte leider böse Ursachen. Es gab den Brand der Baracke in Sachsenhausen. Das war, glaube ich, vor meiner Zeit als Pressesprecher. Ich habe aber als Pressesprecher schon eine Mehrzahl von Kontakten zwischen Minister Ziel und Herrn Bubis mitbekommen, die den Schutz des gesamten Geländes zum Gegenstand hatten, weil das ein Riesengelände war, was die Polizei gegen Rechtsextremisten, die dann über die Zäune eindrangen, nicht hinreichend schützen konnte. Es ging in diesen Gesprächen immer darum, wie man diesen Schutz verbessern könnte.

Ich kann mich erinnern - ich sehe das aber nicht vor mir -, dass irgendwie Reste der Bäckerei in diesem Konzentrationslager eine Rolle spielten, weil diese Bäckerei - das fällt mir jetzt ein - irgendwie auch Gegenstand von, ich weiß nicht - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Angriffen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich weiß nicht. Also nicht so eine Dimension, wie die Baracke, also kein Brandanschlag; aber ich glaube, irgendwas - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Schmierereien waren da.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Genau. Denke ich. - Also, das war der Hi- -

Ich habe den Minister Ziel auch begleiten dürfen in der Eigenschaft als Pressesprecher zu ein, zwei Kontakten mit Herrn Bubis.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Waren Sie auch beim Gespräch über diesen V-Mann mit Herrn Bubis dabei, oder - -

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, das halte ich dann auch für selbstverständlich, weil das ja diese Idee war und die Umsetzung dieser Idee. Dieses Gespräch fand sehr schnell statt. Das musste ja entschieden werden, das Problem.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wo fand das Gespräch statt? Im Innenministerium? Oder sind Sie - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein. Das will ich gerade sagen. Das musste sehr schnell stattfinden, und das fand statt in einem Besprechungsraum auf dem Flughafen in Tegel, weil ein Termin von Herrn Bubis, der mit uns gar nichts zu tun hatte, dafür benutzt wurde.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Wir sind in der Verlängerung. Wollen Sie noch zu Ende bringen?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja. - Wie konkret wurde Herr Bubis dann in Kenntnis gesetzt über die Vorgänge?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Herr Bubis wurde in Kenntnis gesetzt über den Sachverhalt - komplett, ohne Namensnennung, einschließlich der Verurteilung. Das weiß ich sehr genau. Und wir haben ihm natürlich das Argument nicht vorenthalten, dass jemand, der so übel beleumdet ist, dass er acht Jahre Freiheitsstrafe kriegt wegen versuchten Mordes - bei *uns*, sage ich mal, so übel beleumdet ist -, dass der auf der anderen Seite bei seinen rechtsextremistischen Gesinnungsfreunden natürlich umso angesehener ist. Warum sage ich das? Weil: So einer weiß eben viel. So ein V-Mann weiß viel. Und darum geht es ja: die Informationen von V-Leuten ganz allgemein abzuschöpfen und nutzbar zu machen.

Wobei: Dass die V-Leute Verräter sind, das darf man dabei nie vergessen. Für mich - das war auch nicht unbedingt herrschende Meinung im Brandenburger Verfassungsschutz - steht das V stets und ständig für Verräter und nicht etwa für Vertrauensmann. Und wenn man sich das klarmacht - - Der Erste, der das gesagt hat - war in einem Aufsatz -, dass das V für Verräter steht, das war Adolf Arndt 1961. Adolf Arndt - für Menschen, die so alt sind wie ich, die kennen den aus der Zeitung immer mit dem Zusatz: Kronjurist der SPD.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie reagierte denn Herr Bubis auf - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich will genau konkret sagen, was wir ihm gesagt haben. Wir haben ihm gesagt, dass es diesen V-Mann gibt, der - und deswegen habe ich das so langatmig erzählt - eben besondere Zugänge hat aufgrund seiner Tat. Und wir stellen uns die Frage - - Wir haben ihn ausdrücklich - das weiß ich, dass Herr Ziel das gesagt hat -, ihn, Herrn Ziel, angesprochen als moralische Autoritätsperson und ihm die Frage weitergegeben, die wir uns stellen und die wir aber auch alleine entscheiden müssen. Die ist also nicht sozusagen ausgelagert worden, die Frage: Darf man mit so einem als Staat zusammenarbeiten? Und wie aus der Pistole geschossen hat Herr Bubis gesagt: Muss man. - Ende der Sache mit Herrn Bubis.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Dann sind - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Kann ich noch einen Satz sagen, wenn ich das darf?

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ja.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Dann sind Minister Ziel und ich gemeinsam ins Parlamentarische Kontrollgremium gegangen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Am selben Tag?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das weiß ich nicht mehr. Aber ich weiß - - Deswegen betone ich das so - Minister Ziel und ich gemeinsam -, weil für mich war es das erste Mal, dass der Minister selbst in diesem Parlamentarischen Kontrollgremium war.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): War das nicht üblich zu der damaligen Zeit?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein, sondern das machte der Verfassungsschutzchef selber. - Dann haben wir dort diesen Sachverhalt gemeinsam vorgetragen, aber natürlich nicht mit Bubis angefangen, sondern mit dem Problem, -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: - dass Brandenburg zur Stunde einen solchen V-Mann führt. Da haben wir gesagt, wie die Problemlage ist, dass das eine - Abschalten - Konsequenzen haben kann, dass das Weiterführen aber vielleicht auch Fragen aufwirft - Stichwort: Darf man das? Und dann haben wir auch gesagt, dass wir mit Herrn Bubis diese Frage diskutiert hätten.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das haben Sie so konkret gegenüber der PKK geäußert.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, natürlich. Genau.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und haben Sie - - Wie konkret - -

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Das ist jetzt aber die letzte Frage.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie konkret haben Sie die Informationen über diesen V-Mann der PKK mitgeteilt? Auch mit Klarnamen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nur mit Klarnamen, weil den Tarnnamen wusste ich zu der Zeit gar nicht.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, der gesamten PKK war der Klarname - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Aber ob ich den Namen dort - - Ich bin sehr sicher, dass ich da den Namen gesagt habe, weil man ja - - Wenn man später über den Sachverhalt spricht, dann muss man ja wissen, um wen es geht. Also, „Piatto“ wusste ich zu der Zeit überhaupt nicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Und einen - - Das kann man nicht machen. Aber zu Bubis - das weiß ich genau - haben wir den Namen selbstverständlich nicht gesagt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. - Leider ist meine Zeit abgelaufen. Ich habe noch mehr Fragen an Sie, Herr Dr. Förster. Aber dann gebe ich jetzt erst mal weiter. - Danke schön.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Also, das war jetzt fast grenzenlose Geduld; die volle Verlängerungszeit ist ausgenutzt worden. Ich sage den anderen: Wer den Wunsch hat, kann auf mein Wohlwollen rechnen. - Jetzt kommt Herr Lakenmacher. Bitte schön.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Dr. Förster, der V-Mann „Piatto“ beschrieb sein Verhältnis zum V-Mann-Führer - und damit meine ich Dieter Borchert in diesem Fall - als freundschaftlich-kollegial. Er sagte uns gegenüber, dass er sich eher als Mitarbeiter des Verfassungsschutzes sehe, der kein eigenes Interesse mehr an der Szene hat. Wenn Sie diese Aussage jetzt so hören, die er hier getätigt hat, halten Sie das für glaubhaft?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Erst mal ist mein Entsetzen so ähnlich wie, als ich von dem V-Mann Kenntnis bekommen habe, weil das darf niemals passieren, dass der sich als Mitarbeiter der Behörde empfindet. Und dieses Empfinden kann ja nur produziert worden sein von dem V-Mann-Führer.

Ich hatte immer die Sorge - und die muss man haben -, dass die Distanz zu gering wird zwischen dem V-Mann-Führer und dem V-Mann, einfach durch die Vielfältigkeit der Kontakte. Das fand nicht unbedingt Wohlwollen, dass ich mein Glaubensbekenntnis immer wiederholt habe, dass das V eben für Verrat steht und dass die V-Mann-Führer, die ja dann auf meine Veranlassung zwei wurden, sich am besten vor den Treffs noch mal das Urteil gegen diesen V-Mann durchlesen, um zu wissen, wen sie da eigentlich treffen. Das ist kein Mitarbeiter des Verfassungsschutzes. Das ist ein Mann, der aus eigenem Interesse seine eigenen Leute verrät. Das muss man sich klarmachen. Wenn einer seine eigenen Leute verrät, dann muss man auch extrem sensibel dafür sein, ob man wirklich selber die Wahrheit immer erzählt bekommt.

Bei V-Leuten gibt es immer zwei Probleme - ganz allgemein; das hat mit dem Szczepanski nix zu tun -: Die legen eine Schippe drauf, um interessanter zu sein, um mehr Lohn zu bekommen. Das ist das eine Problem. Das andere Problem ist, dass sie

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

eben nicht die Seiten gewechselt haben. Und der Seitenwechsel als solcher ist das zentrale Problem bei allen V-Leuten. Wenn nämlich einer glaubhaft für immer und ewig die Seite gewechselt hat, dann darf man den auch nicht mehr als V-Mann führen, sondern dann muss man ihm helfen, komplett aus der Szene rauszukommen. Und wenn dieses Helfen Erfolg hat, dann weiß der auch nix mehr, weil die Leute ihm nichts mehr erzählen. Dann ist er ungeeignet als V-Mann und darf auch gar kein V-Mann mehr sein. - Das muss man im Blick behalten.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Herr Zeuge, auch von mir: Guten Tag. - Ihre Angaben, die überraschen mich so ein kleines bisschen, weil sie nämlich in Widerspruch stehen zu einem Vermerk. Und zwar zitiere ich jetzt aus der Anlage B4, Herabstufungen, Anfrage vom 31.01.2018, Nummer 6, Seite 7. Und zwar heißt es dort - der Vermerk behandelt ein Gespräch mit dem Leitenden Oberstaatsanwalt Lehmann und einer Staatsanwältin am 07.03.1997 -:

„Gegenstand des Gespräches war in erster Linie die Verkürzung de[r] Haftstrafe des Informanten auf eine sogenannte Halbstrafe.“

Mit „Informant“ ist hier - - Also, es ist der Fall „Piatto“, also der Herr Szczepanski.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU):

„Die Vertreter der Staatsanwaltschaft machten deutlich, daß sie der Reduzierung der Strafe grundsätzlich positiv gegenüberstünden, wobei LOStA L[ehmann] einschränkte, wenn der Informant sich erkennbar von der rechten Szene getrennt hätte.

AL V erläuterte, daß er die gegen den Informanten verhängte Haftstrafe für außergewöhnlich hoch halte und bezweifelte, daß das Urteil im Falle einer Revision in dieser Form Bestand behalten hätte.

Weiter gaben die Vertreter der Abteilung V zu verstehen, daß eine Lösung des Informanten aus der rechten Szene weder im Interesse unserer Abteilung, noch in dem der öffentlichen Sicherheit liegen würde, weil man zur Gefahrenabwehr auch auf seine Informationen angewiesen sei.“

Sie haben ja gerade geschildert, dass es eigentlich in Ihrem Interesse gelegen hätte und Sie auch so Ihr Amt verstanden hätten, dass es das Ziel sein müsse, dass die Informanten und V-Leute sich aus der Szene lösen. Aus diesem Vermerk ergibt sich aber das glatte Gegenteil. Wie erklären Sie sich den Widerspruch?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das ist nicht das Ziel des Verfassungsschutzes, aber der Verfassungsschutz darf nicht sozusagen sein Erkenntnisinteresse durch die Führung über dieses andere herüberstellen. Das darf nicht sein, dass das Interesse des Verfassungsschutzes an weiteren Informationen einen wirklichen Ausstieg aus der Szene verhindert. Das ist ganz eindeutig.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zu den beiden anderen Sachen kann ich gerne auch was sagen. Ich weiß noch aus der Erinnerung, dass es Diskussionen gab um die theoretisch mögliche Halbstrafe. Es war so - was eigentlich auch alles Teil meines Entsetzens war -: In den Akten, die ich über den „Piatto“ sah, fehlte das Urteil. Das Urteil des Landgerichts Frankfurt an der Oder war da gar nicht drin. Das wurde auf meine Veranlassung erst mal angefordert.

Ich habe dieses Urteil ja gelesen mit den Augen des Strafrechtsjuristen und hatte dann auch erfahren, dass der Verfassungsschutz vor meiner Zeit darauf Einfluss genommen hatte, dass das Rechtsmittel der Revision von dem Szczepanski zurückgenommen wird. Ich habe festgestellt als einer, der von strafrechtlichen Revisionen durchaus Kenntnis hat, dass insbesondere an einem Punkt eine Revision, die sonst sehr schwer zu begründen ist - ganz allgemein im Strafrecht - - dass das Rechtsmittel der Revision an einem speziellen Punkt durchaus auch eine Erfolgsaussicht gehabt hätte, weil nämlich ein Tatbestandsmerkmal des Mordes bei der konkreten Strafzumessung strafscharfend ins Gewicht fiel. Das ist ein schwerwiegender Rechtsfehler, der nicht sein darf. Mit anderen Worten: Eine Anfechtung dieses Urteils des Landgerichts Flensburg [sic!] durch den verurteilten Szczepanski wäre nicht aussichtslos gewesen.

Ob und dass der Verfassungsschutz überhaupt darauf Einfluss nimmt, dass ein nicht rechtskräftig Verurteilter sein Rechtsmittel zurücknimmt, das stand für mich nicht mehr zu entscheiden. Ich weiß nur, dass ich das niemals gemacht hätte, weil - ich bin jetzt Strafverteidiger - ich weiß, wie das unter dem Gesichtspunkt des fairen Verfahrens Probleme aufwerfen kann.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Daran knüpfen sich jetzt bei mir gleich zwei Fragen an. Fangen wir mal mit der ersten an. Aus unseren Akten ergibt sich gar nicht so unmittelbar, dass der Verfassungsschutz auf Szczepanski Einfluss genommen hat und dafür gesorgt hat, dass er das Rechtsmittel der Revision nicht einlegt. Welche Erkenntnisse liegen Ihnen denn dazu vor?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das war der Grund. In den Akten müssten Sie einen Vermerk finden, den ich dazu geschrieben habe, just zu diesem Punkt „Doppelverwertung von Tatsachen“; so ist die juristische Überschrift. Wenn die Verwirklichung eines Tatbestandsmerkmals, was ja für den Schuldspruch unumgänglich ist, noch mal bei der Strafzumessung ins Gewicht fällt - - Das weiß ich genau, dass ich einen Vermerk darüber geschrieben habe. Die Ursache dafür war eben die Kenntnis, dass auf die Revision Einfluss genommen wurde.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Dann werden wir danach noch mal ganz gewissenhaft schauen, ob wir den Vermerk noch irgendwo finden. - Aber die für mich spannendere Nachfrage ergibt sich aus dem, worauf Sie jetzt nicht eingegangen sind, nämlich aus dem Widerspruch zwischen Ihren Ausführungen hier zunächst und dem, was ich in dem Vermerk über das Verhalten der Abteilung V lese. Ich wiederhole noch mal:

„Weiter gaben die Vertreter der Abteilung V zu verstehen, daß eine Lösung des Informanten aus der rechten Szene weder im Interesse unserer Abteilung, noch

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

in dem der öffentlichen Sicherheit liegen würde, weil man zur Gefahrenabwehr auch auf seine Informationen angewiesen sei.“

Insofern ergibt sich doch gerade daraus, dass hier der Verfassungsschutz deutlich macht, dass er aus dem Interesse heraus, Erkenntnisse zu erhalten, einer Loslösung aus der rechten Szene ablehnend gegenübersteht. Das ist doch das glatte Gegenteil von dem, was Sie gerade ausgeführt haben.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Wegen der Wichtigkeit dieses Aspektes Ihrer Frage bin ich in meiner Antwort ganz zu Anfang schon darauf eingegangen. Ich sage es noch mal: Die absolute Regel ist, dass Interessen des Verfassungsschutzes niemals einen Ausstiegswillen aus der Szene überlagern können. Wenn jemand die Szene verlassen will, dann darf nicht der Verfassungsschutz sagen: Es ist uns aber nützlich, wenn du dich noch ein bisschen umhörst. - Das darf nicht sein.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Können Sie auf diesen Widerspruch noch mal eingehen, den ich gerade dargestellt habe?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich bin auch nicht damit zitiert in dem Vermerk, dass das meine Auffassung wäre.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Also, es handelt sich hier um ein Gespräch, an dem Sie teilnahmen -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, ja.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): - als Leiter der Abteilung V.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Und dort wird mitgeteilt: „... gaben *die* Vertreter der Abteilung V -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, ich habe das verstanden.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): - zu verstehen ...“ Insofern: Hier waren drei Personen der Abteilung V. „Die Vertreter“ sind auch nicht als einzelne Vertreter, sondern in der Gesamtheit zu verstehen. Sie haben sich davon auch nicht irgendwie distanziert; zumindest ist es hier in diesem Vermerk nicht festgehalten. Insofern würde ich Sie bitten, darauf noch mal einzugehen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich kann nicht mehr sagen, als ich Ihnen schon dazu gesagt habe, was die Linie ist, für die ich in persona auch stehe.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Aber ganz offensichtlich standen Sie, als Sie in der Verantwortung standen, gerade nicht für diese Linie, sondern für das Gegenteil, zumindest ausweislich dieses Vermerks.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das gibt die Lage nicht richtig wieder.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Also ist der Vermerk falsch.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das weiß ich nicht. Ich habe versucht, zu schildern, wie die Rechtslage ist.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ich möchte Ihnen mal gern eine Unterschrift unter diesem Vermerk zeigen und Sie fragen, ob es sich dabei um Ihre Gegenzeichnung handelt.

(Abgeordneter Dr. Redmann [CDU] begibt sich zum Platz des Zeugen und legt ihm Unterlagen vor.)

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Genau, das ist die Gegenzeichnung.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Insofern ist der Vermerk damals erstellt worden und auch von Ihnen gegengezeichnet worden, ohne dass Sie damals den Vermerk beanstandet hätten. Sie müssen also damals davon ausgegangen sein, dass der Vermerk inhaltlich richtig ist.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das liest sich so. Aber was inhaltlich richtig ist, habe ich eben gerade geschildert: Niemand darf in der Szene behalten werden und dazu gedrängt werden nur im Interesse des Verfassungsschutzes.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Aber damals ist mit Ihrem Wissen und Wollen ja genau eine gegenteilige Verfahrensweise praktiziert worden.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Es war im Leben nicht so, dass der diese Szene verlassen wollte.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Nein, nein. Es ist ja niedergeschrieben, dass der Verfassungsschutz daran auch überhaupt gar kein Interesse hatte und gar nicht wollte, dass der die Szene verlässt. Das ist genau das Gegenteil von dem, was Sie uns gerade versucht haben zu präsentieren.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich kann nur das wiederholen, was ich gesagt habe.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Erinnern Sie sich denn, wie damals weiter mit dem Sachverhalt umgegangen wurde? Also, der Vermerk geht ja weiter:

„Die Vertreter der Staatsanwaltschaft erklärten, daß sie bei Einleitung des entsprechenden Verfahrens von der JVA eine Stellungnahme anfordern würden. Sie ließen erkennen, daß sie Gespräche zwischen der Abteilung V und Vertretern der JVA im Vorfeld für angebracht halten.“

Ist Ihnen erinnerlich, ob ein solches Gespräch stattgefunden hat?

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das weiß ich jetzt nicht. Ich weiß aber, auch nach 20 Jahren, dass die Halbstrafenaussetzung nicht erfolgt ist.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ja, das war aber jetzt nicht meine Frage. Es ist ja zu einem späteren Zeitpunkt erst die Entscheidung gefallen, das aus Gründen der Legendierung dann doch nicht zu verfolgen, weil es vielleicht schwierig gewesen wäre, das zu erklären.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Weiß ich nicht. Aber ich habe das gesagt, was ich dazu sagen kann.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Welche Bedeutung hat denn eine solche Stellungnahme der Justizvollzugsanstalt in so einem Halbstrafenverfahren nach Ihrer Erinnerung? Sie haben ja gerade dargestellt, dass Sie auch ausgewiesener Strafrichter sind.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Die JVA wird gehört zu den persönlichen Umständen. Ich bin auch nicht sicher, ob überhaupt ein Antrag gestellt wurde oder ob der diente, um die Situation überhaupt festzustellen im Hinblick auf Erfolgsaussicht. Ich glaube nicht, dass ein Antrag gestellt wurde.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Es ist ein Antrag gestellt worden, -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Okay.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): - aber nicht mit Wissen des Verfassungsschutzes, sondern von Carsten Szczepanski selbst.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Okay. - Also, das ist halt 20 Jahre her, und das ist schwierig.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Dem Vermerk nach war ja der Plan, dass, wenn so ein Antrag gestellt wird, man sich dann abstimmt mit der Justizvollzugsanstalt, um eine Stellungnahme zu erhalten, die eine solche Halbstrafe befürwortet. Nach allem, was wir bisher hier in diesem Untersuchungsausschuss erfahren haben, kommt einer solchen Stellungnahme der Justizvollzugsanstalt durchaus eine große Bedeutung zu. Wir haben hier in diesen Fällen eher festgestellt, dass sich fast alle darauf letztlich verlassen, auf diese Stellungnahme der Justizvollzugsanstalt.

Wenn wir jetzt hier lesen, dass man da miteinander vereinbart, dass der Verfassungsschutz mit der Justizvollzugsanstalt unmittelbar Gespräche aufnimmt, um auf so eine Stellungnahme einzuwirken: Ist das etwas, was sich mit Ihrem Rechtsstaatsempfinden in Einklang bringen lässt?

Vorsitzender: Wir sind in der Verlängerung, wollte ich sagen. - Bitte.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich meine, mich zu erinnern, dass der Leiter der Justizvollzugsanstalt jedenfalls unterrichtet war über die Tatsache, dass der Gefangene Quelle des Verfassungsschutzes war.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ja. Das war aber jetzt auch nicht meine Frage.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Konkreter kann ich das nicht beantworten.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Meine Frage war, ob sich das mit Ihrem Rechtsstaatsempfinden - - oder ob Sie finden, dass das ein rechtsstaatliches Vorgehen ist, wenn ein Verfassungsschutz Kontakt aufnimmt mit einer Justizvollzugsanstalt, um auf eine Stellungnahme hinzuwirken, die am Ende dazu führt, dass von einer Halbstrafenregelung Gebrauch gemacht wird. Das sind ja letztlich Voraussetzungen, die damit geschaffen werden, die am Ende ja auch ein Gericht dazu bringen, von einer bestimmten Regelung Gebrauch zu machen oder nicht, obwohl es möglicherweise mit den Tatsachen nicht in Einklang zu bringen ist.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Also, mit meinem Wissen ist sicherlich niemand - - versucht worden, in eine Richtung sich zu äußern, die nicht stimmt.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Aber dieses - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Bei der Halbstrafe ist es so, dass Sie im Gegensatz zu der Zweidrittelentscheidung besondere Umstände - besondere Umstände! - brauchen in der Person und in der Tat, die zu dieser extrem ungewöhnlichen, von der Statistik her seltenen Maßnahme die Voraussetzung sind.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Aber Herr Dr. Förster, Sie haben diesen Vermerk doch selbst abgezeichnet, in dem genau dieser Plan entwickelt wurde: dass der Verfassungsschutz Kontakt aufnimmt zur Justizvollzugsanstalt, um auf eine bestimmte Stellungnahme hinzuwirken. Das ist doch niedergelegt. Wie können Sie dann jetzt sagen, dass so etwas nach Ihrer Kenntnis überhaupt nicht infrage kam? Sie haben es doch unterschrieben!

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Da kann der Zeuge schlecht was zu sagen.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ist das nicht Ihre Unterschrift? Sie haben doch gerade bestätigt, dass es Ihre Unterschrift ist.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Danke. - Dann habe ich keine weiteren Fragen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Es ist so: Ich kann Ihnen noch - - Okay.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Wollen Sie noch etwas ergänzen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nee, nee, ist schon gut.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann wandern wir mit dem Fragerecht weiter zur Linkenfraktion. Herr Dr. Schöneburg.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Dann würde ich vielleicht noch mal da anschließen: Was wollten Sie denn jetzt noch dazu ausführen? Weil mit der konkreten Haftentlassung von Szczepanski hatten Sie ja nichts mehr zu tun gehabt.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Genau.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Da waren Sie ja nicht mehr Leiter des Verfassungsschutzes gewesen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Weil die Verunsicherung unsererseits liegt natürlich darin, dass in dem Gutachten, in der Stellungnahme der Strafvollzugseinrichtung Dinge drinstanden, die natürlich, ich will nicht sagen, „getürkt“ waren, aber doch sozusagen sehr anrühlich waren, unter anderem ein Praktikumsplatz oder ein Arbeitsvertrag mit einer Firma in Oberfrohna.

(Abgeordnete Nonnemacher [B90/GRÜNE]: Herr Kollege, könnten Sie bitte ins Mikro sprechen?)

- Ja - - unter anderem sozusagen ein Arbeitsvertrag vorgelegt worden ist mit einer Firma in Limbach-Oberfrohna, die „Sonnentanz“ hieß, [REDACTED] [die] NS-Devotionalien verkauft hat. Das wurde sozusagen der RichterIn verkauft als normaler Arbeitsvertrag, dass die dann sogar noch in die Bewährungsaufgaben hineingeschrieben hat, er soll sich von rechtsradikalen Kreisen fernhalten. Da haben natürlich alle gelacht - außer die RichterIn. Er ist sozusagen ins Auge des Tigers gesteuert worden. Das macht uns natürlich nachdenklich.

Da könnte man andere Dinge auch noch benennen. Es ist sozusagen konstatiert worden von der Anstalt aus, dass er sich von den rechtsradikalen Einstellungen gelöst hat. Sie haben jetzt gerade gesagt, dass er natürlich wertvoll war, weil er sich nicht gelöst hat von den Einstellungen. Insofern ist hier - wir haben es mal polemisch übertrieben formuliert - eine Art „Gefangenenbefreiung“ praktiziert worden an dem Gericht vorbei oder indem das Gericht sozusagen getäuscht worden ist. Deswegen natürlich die Erregung meines Kollegen Dr. Redmann.

Also, jetzt würde ich Ihnen noch mal Gelegenheit geben, das, was Sie sagen wollten, noch mal fortzusetzen, weil Sie ja mit dem konkreten Entlassungsprozedere natürlich nix mehr zu tun hatten.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Sie sagen ja völlig zu Recht, dass die Zweidrittelentlassung, die dann auch stattgefunden hat, nach meiner Zeit stattfand. Das spielt ja auch im Bericht des Bundestagsuntersuchungsausschusses schon eine Rolle: ob die Strafvollstreckungskammer durch falsche Angaben getäuscht worden sei. Dazu kann ich nichts sagen, weil das, wie gesagt, danach war.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Aber zu einem kann ich schon was sagen, weil dieses Praktikum eine Rolle spielt. Und ein solches Praktikum, das müsste gewesen sein in der Zeit, als Szczepanski Ausgänge gehabt hatte im Sinne von Haftlockerungen. Dieses Praktikum, das wird überall - - Ich habe jetzt in der Vorbereitung noch mal den kompletten Bericht des Bundestages gelesen. Dieses Praktikum, das wird immer absolut gesetzt, als habe das stattgefunden. Ein Praktikum kann nicht stattgefunden haben, weil das ist auch auf Zeit angelegt, auf Dauer. Der ist einzelne Tage ausgeführt worden aus der Haft, unter Begleitung von - da kommen wir ja vielleicht noch drauf - zwei V-Mann-Führern, um eine engere Kontrolle zu gewährleisten. In der Zeit kann kein Praktikum stattfinden.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Es hat ja auch nicht stattgefunden. Aber es ist sozusagen der Anstalt so verkauft worden, als ob er einen Praktikumsplatz hat, den er fest sozusagen bedient - was uns natürlich nachdenklich gemacht hat, weil der Praktikumsplatz 220 Kilometer entfernt war. Der wäre unter normalen Bedingungen niemals von der Anstalt genehmigt worden. Aber die Anstalt hat mitgemacht, und wir sind natürlich der Auffassung, dass die Anstalt darüber Bescheid wusste, dass der Praktikumsplatz eigentlich nicht erfüllt worden ist, so wie Sie es jetzt geschildert haben, sondern dass er andere Aufträge in der Zeit wahrgenommen hat, eben von Ihren beiden V-Mann-Führern abgeholt wurde, in die Szene gesteuert worden ist, bestimmte Aufgaben erfüllt hat und nur im seltensten Fall nach Limbach-Oberfrohna gefahren ist.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich habe es gesagt.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja, gut. - Dann gleich noch anknüpfend die Nachfrage: Sie haben es ja vorhin so en passant erwähnt, dass Sie einen zweiten V-Mann-Führer ihm an die Seite gestellt haben, -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - nach dem Herrn Dieter Borchert dann Herrn Meyer-Plath.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Was waren denn die Gründe dafür gewesen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Weil ich eben Sorge hatte, dass dieser ursprüngliche, alleinige V-Mann-Führer zu distanzlos wurde. Der hat mich auch immer überzeugen wollen, dass eine vollständige Wendung dieses Mannes stattgefunden hätte. Dieser Überzeugungsversuch war aber aus meiner Sicht eher dilettantisch. Ich hatte ein - „Misstrauen“ kann ich schlecht sagen, aber jedenfalls kein vollständiges Zutrauen zu diesem Mann, der aber ja wichtig war, weil er über lange Zeit eben die Kontaktperson von dem Szczepanski war und auch immer bekundet hat, dass der Szczepanski zu ihm Vertrauen hätte.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Dann habe ich, um die Sache - - dass da wirklich alles und mit Argwohn aufgenommen wird, was der sagt - mit Argwohn, weil man ja immer nicht vergessen darf, wer der andere ist -, ihm einen zweiten Mann dazugegeben, den besten, den ich hatte, einen aus dem höheren Dienst - so viele hatte ich da nicht -, aus derselben Abteilung, und habe angeordnet, dass die V-Mann-Führung durch beide zusammen stattfinden soll.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Wie eng haben Sie sich denn immer berichten lassen über diese Führung des V-Manns Szczepanski?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das kann ich so abstrakt nicht beurteilen oder nicht wiedergeben.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Sie haben jetzt den Eindruck so ein bisschen vermittelt, als ob Sie da ziemlich eng dran waren, weil der natürlich eine problematische Figur war, wie Sie es eingangs geschildert hatten.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: „Eng“ ist relativ; das weiß ich nicht. Man muss sich halt darauf verlassen, dass unterrichtet wird über Wesentliches von der Seite der V-Mann-Führung über den - der Meyer-Plath war Referent und der V-Mann-Führer auch - und über den Referatsleiter zu mir. So ist die Regel. Ich kann mich nicht erinnern an irgendwie Konkretes, was mir dann unmittelbar zugetragen wurde.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber Ihre Befürchtung, die Sie hatten, dass Dieter Borchert da sozusagen zu kumpelhaft ist, die hat sich bei uns eigentlich bestätigt. Also, wir haben in der Zeugenbefragung, in der Beweisaufnahme, die wir hier durchgeführt haben, festgestellt, dass die ein Näheverhältnis hatten, was ungut war, also von beiden Seiten her gesehen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja. Das war eben auch meine Befürchtung.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Sie haben ja gesagt - was ich ganz sympathisch fand - am Anfang, dass Ihr Credo gewesen ist, dass nach dem Gesetz gehandelt wird.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Und nach dem Gesetz, nach dem Brandenburger Verfassungsschutzgesetz, ist es ja den V-Leuten verboten, Straftaten zu begehen, -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - und dem V-Mann-Führer natürlich erst recht.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Na klar.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Jetzt sind wir auf einen Umstand gestoßen, der uns nachdenklich gemacht hat. Jetzt wäre meine Frage, ob Sie von dem Kenntnis hatten und, wenn Sie Kenntnis hatten, wie Sie ihn bewertet haben oder, wenn Sie keine Kenntnis hatten, wie sie ihn heute, aus heutiger Sicht bewerten würden.

Wir haben festgestellt, dass Carsten Szczepanski in der Haftzeit unter anderem ein Fanzine produziert hat oder redaktionell bearbeitet hat, das „United Skins“. Das ist rechtsradikales Propagandamaterial, wo zum Teil auch Straftaten verwirklicht werden, Propagandadelikte. Das ist in der JVA Brandenburg an der Havel produziert worden und ist sozusagen unter Beihilfe produziert worden Ihrer beiden V-Mann-Führer, die sozusagen Material hineingeschafft haben - wir haben dazu den Chef des Sicherheitsdienstes der JVA gehört -, die Material hineingetragen haben, Material hinausgetragen haben, die ein Postfach verwaltet haben, insbesondere Dieter Borchert, um dieses Fanzine zu produzieren. Wegen dieser Produktion ist 1999 dann auch noch ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden, und der Staatsschutz hat ermittelt gegen Dieter Borchert und gegen Szczepanski. Haben Sie davon Kenntnis gehabt?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein. Aber meine zentrale Sorge war, dass der in der Haft Schriften produzieren würde. Diese Sorge habe ich auch oft bekundet, weil das darf nun überhaupt nicht sein, dass ein V-Mann sich weiter betätigt in der Szene in einer Form, die die Verbindung der Szene aufrechterhält und er damit unterstützt. Das ist etwas, was der Verfassungsschutz niemals auch nur zulassen darf und erst recht nicht fördern darf. Die Sorge - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber damit - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Diese konkrete Sorge kam daher, dass ich - ich weiß nicht, in welchem Zusammenhang - erfuhr - ich weiß den Zusammenhang nicht mehr -, dass diesem Szczepanski von seinem V-Mann-Führer eine Vielzahl von Schreibmaschinenbändern gegeben wurde in der damaligen Zeit. Meine Sorge war, dass der diese Vielzahl von Bändern nicht braucht für irgendwelche Kontakte, die für den Verfassungsschutz auch sinnvoll sind im Sinne der Ausforschung von anderen, sondern dass der diese Vielzahl von Bändern benutzt, um irgendwelche Schriften da herzustellen. Das ist ja alles irgendwie weit vor elektronischen Möglichkeiten.

Ich kann mich auch erinnern, dass ich eine schriftliche Verfügung gemacht habe, die nur zwei Menschen betraf, den Herrn G. und seinen Referatsleiter, vor dem Hintergrund dieser Schreibmaschinenbänder, dass die zu den Akten schriftlich zu versichern hätten, dass keine Gegenstände dem Szczepanski in die Haft geliefert würden seitens des Verfassungsschutzes a conto V-Mann-Führung, die verboten wären.

Und ich kann mich sehr genau erinnern - weil das ist eigentlich eine gruselige Erinnerung -, dass der Referatsleiter das blitzschnell unterschrieben hat, diese Versicherung, und dass der Herr G. sich sehr viel Zeit genommen hat, das zu unterschreiben. Das hat mein Vertrauen nicht unbedingt gefördert.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber noch mal nachgehakt haben Sie nicht.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich hatte ja die schriftliche Aussage.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja. - Also, wenn Sie dann - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Die eigentliche Frage muss sein: Warum entlässt man den nicht?

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Warum entbindet man den nicht von der V-Mann-Führung?

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Und das ist auch justiziabel. Das muss man eben belegen.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber dann haben also die V-Mann-Führer - wenn unsere Ergebnisse denn stimmen; aber ich glaube, die sind ziemlich wasserdicht - nicht nur gegen möglicherweise Strafgesetze verstoßen, sondern die haben auch gegen Ihre Verfügung und gegen Ihr Credo verstoßen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja. Wenn das so war.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Das aber wäre ja eine Verselbstständigung innerhalb der Behörde.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich habe Ihnen geschildert, wie ich mich erinnern kann: dass diese Bänder, die Vielzahl dieser Bänder der Ausgangspunkt waren für mich, zu sagen: Jetzt hätte ich das von euch gerne schriftlich, dass da alles nach Recht und Gesetz läuft.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Wie viel Zeit habe ich denn noch, Herr Vorsitzender?

(Herr Borkowski [Landtagsverwaltung]: Noch sechs Minuten!)

- Okay. - Dann will ich erst mal noch eine Nachfrage stellen. Sie haben ja aufgrund des Vorhalts von Herrn Dr. Redmann berichtet, dass die Justiz dann Bescheid wusste über die V-Mann-Eigenschaft von Szczepanski. Wann ist denn die Justiz von Ihnen informiert worden? Oder: Wer? Der Generalstaatsanwalt? Sie haben vorhin geschildert, dass Herr Ziel von Ihnen informiert worden ist, dass Sie und Herr Ziel dann die Parlamentarische Kontrollkommission informiert haben. Ist dann eine Information auch gegangen an den Generalstaatsanwalt oder die Justiz, oder kam das dann nur in dem Prozess der Inhaftierung von Szczepanski zustande?

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich weiß nicht, ob es vor mir eine Unterrichtung gegeben hat. Aus meiner Erinnerung war - - Dieser Kontakt mit dem Szczepanski ist ja schon extrem früh entstanden, als er noch in Untersuchungshaft war, noch vor dem Urteil, wenn ich das richtig weiß.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja. Schon 94.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Schwer nachvollziehbar. - Ich weiß eben, dass der - - Der G. war legendiert als Sozialarbeiter -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Borchert.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: - weiß ich nicht, aber als Sozialarbeiter - und hatte da sozusagen freien Zugang. Und das ging nur mit dem Wissen des Anstaltsleiters.

Natürlich ist es so, dass, wenn man diesen V-Mann hat, dann muss man ihn auch nutzen, indem man ihm eben ermöglicht, dann die Kontakte zu haben, um sozusagen von dem „schlechten“ V-Mann das „Gute“ abzuschöpfen zum Nutzen des Verfassungsschutzes.

Also, dass der Kontakt haben sollte mit anderen Rechtsextremisten, das gehört dazu. Deswegen: Eine gewisse Anzahl von Schreibmaschinenbändern war schon nützlich und sozusagen Arbeitsmittel und Hilfsmittel dafür. Aber stutzig haben mich die - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Vielzahl.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja. Und das war - - Ich weiß noch genau, dass ich das oft auch angesprochen habe als das Schlimmste, was passieren kann: dass eine Quelle eben sich verselbstständigt, um dann sozusagen den Zusammenhalt dieser Kreise, die es ja gerade aufzulösen gilt und galt, heimlich zu fördern.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Was ich sympathisch fand an Ihrem Eingangsstatement von 2006 war, dass Sie aufgrund der Erfahrungen, die Sie ja mit Szczepanski gemacht hatten und die Sie jetzt auch plastisch geschildert haben, und der Gefährdungen, die so eine Anheuerung mit sich bringt, gesagt haben: Wenn man V-Leute anwirbt, dann muss man das unter Richtervorbehalt stellen. Das ist eine unabhängige Instanz, und wer ist da besser prädestiniert als die Justiz, die Entscheidung sozusagen gutzuheißen?

Da hätte ich in dem Zusammenhang noch eine weitere Frage, weil wir werden uns ja über kurz oder lang auch mit dem Brandenburger Verfassungsschutzgesetz beschäftigen müssen und die Erfahrungen dieses Ausschusses einfließen lassen. Wäre es auch denkbar - - Weil Sie ja vorhin gesagt haben, der Ausstiegswille, der muss immer überwiegen gegenüber dem Interesse des Verfassungsschutzes, die Quelle sozusagen abzuschöpfen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Wäre da nicht auch eine Regelung sinnvoll, bevor man einen V-Mann anwirbt, ihn zu fragen, ob er nicht aussteigen will aus der Szene, wenn man das sozusagen gleich zu einer gesetzlichen Verpflichtung macht, um gar nicht diesen Widerspruch, den Herr Redmann versucht hat vorhin deutlich zu machen anhand des Vermerkes, auszuräumen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das kann man machen; das ist aber jetzt schon völlig herrschende Meinung. Aber natürlich kann man - - Man kann ganz vieles plakativ auch ins Gesetz schreiben. Selbstverständlich kann man das machen, dass man sagt - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Das ist ja immer noch besser als „die herrschende Meinung“. Die herrschende Meinung ist immer die Meinung der Herrschenden - um den alten Kalauer zu strapazieren -, und das kann sich ja auch durchaus ändern.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber wenn man es im Gesetz hat, hat man es im Gesetz.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja klar. Dass die Interessen des Verfassungsschutzes niemals den Willen zum Ausstieg überlagern dürfen, das ist ganz selbstverständlich.

Vielleicht darf ich zu der Idee mit dem Richtervorbehalt noch einen Satz ergänzen: Die Causa Szczepanski war halt Ausgangspunkt dafür, weil: So einen Bubis kann man nur einmal fragen, aber solche Fälle, wo man zu entscheiden hat, die kommen häufiger. Im Strafrecht ist es ja ganz eindeutig, dass einschneidende Maßnahmen vom Richter angeordnet werden müssen.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Mhm.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Und dieser Richtervorbehalt wäre was gänzlich Neues. Den Richter gibt es im Verfassungsschutzrecht nicht - jetzt, durch den Großen Lauschangriff; aber das ist sehr viel später gekommen. Aber vorher, zu meiner Zeit, als ich den Gedanken losgeworden bin, war das ein völliger Systembruch gewesen: den Richter einbeziehen in das Recht des Verfassungsschutzes.

Das hat - aus meiner Sicht immer noch - ganz große Vorteile; denn der Status - damals und jetzt immer noch - ist: Der Verfassungsschutz selber bescheinigt sich die Rechtmäßigkeit seines nachrichtendienstlichen Mittels einschließlich der Verhältnismäßigkeit dieses nachrichtendienstlichen Mittels. Er berichtet, wenn es gut läuft und wenn es lege artis läuft, der Parlamentarischen Kontrollkommission darüber.

Aber: Wenn ich, um die richterliche Genehmigung dafür zu bekommen, die Notwendigkeit dieses nachrichtendienstlichen Mittels als Ausnahme gegenüber der offenen Beschaffung aufschreiben muss, dann gibt das schon so eine gewisse

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Disziplinierung auch nach innen. So habe ich das auch ausdrücklich geschrieben später. Ich habe 2012 einen ganz kurzen Aufsatz dazu geschrieben unter der Überschrift *Verfassungsschutz „vor Gericht“!* und diesen Gedanken noch mal etwas ausgeführt.

Also, das gibt eine Disziplinierung nach innen, wenn man gezwungen ist, diesen V-Mann-Einsatz, andere nachrichtendienstliche Mittel zu begründen für einen Dritten, der außerhalb des Verfassungsschutzes steht, also den Richter.

Ich glaube auch, dass es so ist, dass der Verfassungsschutz als Institution einen Zuwachs an Legitimität erwirbt, wenn er unter richterlicher Kontrolle steht, nicht nur der parlamentarischen Kontrolle und der - ganz selbstverständlichen - Eigenkontrolle. Aber die zusätzliche richterliche Kontrolle für bestimmte Maßnahmen, und zwar bevor sie beginnen, bevor nachrichtendienstliche Mittel überhaupt nachrichtendienstliche Mittel werden können im Falle des V-Manns oder eingesetzt werden können - ich glaube, dass Legitimität und Ansehen der Institution Verfassungsschutz dadurch einen Zugewinn hätten.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Danke schön.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Die Verlängerung lief schon. - Dann gehen wir zu Herrn Wiese. Bitte schön.

Abgeordneter Wiese (AfD): Herr Dr. Förster, laut den Unterlagen zur öffentlichen Sitzung der PKK am 12. April 2016 wird angegeben, dass Brandenburgs Verfassungsschutz im Jahr 1998 offenbar nur fünf Quellen wahrscheinlich führte. Warum wurde denn die Quelle „Piatto“ trotz dieser relativ geringen Basis an menschlichen Quellen in einem anderen Bundesland, also hier konkret im Freistaat Sachsen, im Raum Chemnitz, eingesetzt?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Die Zahl, die Sie zu Anfang genannt haben, weiß ich schlicht heute nicht. Ich weiß aber sehr wohl, dass es sehr dürrtig war mit eigenen nachrichtendienstlichen Mitteln, dass Brandenburg sehr von Erkenntnissen außerhalb Brandenburgs lebte, insbesondere beim Bundesamt. Mit dem Präsidenten des Bundesamtes hatte ich ein persönlich sehr gutes Verhältnis, was geboren wurde schon in meiner Karlsruher Zeit, und auch mit dem Berliner Verfassungsschutz gab es ein enges Einvernehmen.

Einen Punkt habe ich jetzt dabei vergessen. Die Zahl 5 habe ich, glaube ich, beantwortet. Aber Sie hatten noch einen Aspekt gefragt, der eigentlich wichtiger war.

Abgeordneter Wiese (AfD): Ich hatte nur gefragt - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ach so, Einsatz in Sachsen und Thüringen.

Abgeordneter Wiese (AfD): Ja.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Genau.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Wiese (AfD): Nee, in Sachsen und im Raum Chemnitz eben.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Okay. - Also, das weiß ich im Nachhinein durch Lesen des Berichtes des Bundestags, dass der Szczepanski auch begleitet wurde von seinem V-Mann-Führer respektive beiden zu Kontakten außerhalb von Brandenburg. Aktuell habe ich daran aber - - hätte ich das nicht gewusst. Ich habe sehr viel gelesen in dem Bericht des Bundestags, den ich auch deswegen gelesen habe, weil ich dort auch Zeuge war, aber mit einem ganz anderen Ausgangspunkt. Da ging es - eher zu meiner Überraschung - am Ende auch um „Piatto“; geladen war ich wegen ganz anderer Sachverhalte: NPD-Verfahren und Namensgleichheit von zwei Quellen. Das war der Grund, weswegen ich dort Zeuge war.

Abgeordneter Wiese (AfD): Gut. - Können Sie mir den offiziellen Status zu der Zeit von der Quelle „Piatto“ sagen, wie der war? Handelte es sich bei der Quelle um einen V-Mann oder einen Informanten? Wie lauteten die Kriterien für den Status Informant, wenn es so war, und ging die Zusammenarbeit mit der Quelle nicht über eine Informantentätigkeit hinaus?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Der war V-Mann. Und es gibt Dienstvorschriften, die ich jetzt aber nicht präsent habe, wo die V-Leute unterschieden werden von den Informanten in der Wertigkeit und in der Art und Weise der Führung. Es gibt abgestufte Definitionen, wer V-Mann ist. Ich bin sehr sicher, dass Szczepanski V-Mann war.

Abgeordneter Wiese (AfD): Kein Informant.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ein V-Mann informiert auch, -

Abgeordneter Wiese (AfD): Ja, aber - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: - aber Informant im Sinne dieser Definition war der nicht, sondern der war sehr darüber hinaus. Die Wertigkeit des V-Mannes, auch in der Intensität des Kontaktes, ist intensiver als die beim Informanten.

Abgeordneter Wiese (AfD): Dann mache ich Ihnen einmal kurz einen Vorhalt. Am 15. oder 16.09.98 habe es eine Beratung zwischen dem Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz und dem Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen und der VS-Behörde eines anderen Bundeslandes am dortigen Sitz im Hinblick auf eine erhaltene Information gegeben. Dabei wurde eine bereits laufende Observationsmaßnahme gegen Antje P. durch das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz und das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen am 16. und 17.09. fortgeführt. Da seien dann der Referatsleiter 21 und der Leiter Beschaffung in Potsdam gewesen, so sagt ein Herr Wießner. Was besprochen worden sei, könne er nicht sagen. Leiter der Beschaffung sei Herr Nocken gewesen. Können Sie was dazu sagen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich weiß auch aus dem Bericht des Bundes, dass es im Zusammenhang mit fünf Quellenmeldungen eine Besprechung in Brandenburg gegeben hat, die ursprünglich an einem anderen Ort - ich glaube, in Dresden -

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

stattfinden sollte. Und dieser Wechsel des Ortes führte dazu, dass das Bundesamt nicht teilnehmen konnte. Teilnehmer waren Brandenburg, Thüringen und Sachsen.

Da ging es um eine Erkenntnis, die Herr Szczepanski weitergegeben hatte, die - Gott sei Dank - mein Amt dann auch weitergegeben hat als Quellenmeldung an Thüringen, an Sachsen und an das Bundesamt, dahingehend, dass Szczepanski von einem bekannten Rechtsextremisten die Nachricht bekommen hatte, dass ein sächsisches Skinhead-Trio - die haben sich später als Zschäpe und andere herausgestellt - durch diesen Mann, mit dem der Szczepanski Kontakt hatte, mit Waffen versorgt werden wollte. Das hat zu der Besprechung in Brandenburg geführt.

Abgeordneter Wiese (AfD): Also, es waren dann die Maßnahmen, oder wie soll ich das verstehen? Weil ich habe ja hier - - Haben Sie da auch mitgewirkt bei diesen Maßnahmen zur Beobachtung?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein.

Abgeordneter Wiese (AfD): Nicht?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein.

Abgeordneter Wiese (AfD): Am 14. März 98 nannte der Zeuge gegenüber der Presse das untergetauchte Trio als ein Beispiel für eine Entwicklung der rechten Szene hin zum Terrorismus. Welche Erkenntnisse lagen dieser Einschätzung denn zugrunde?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Also, ich habe immer gewarnt vor Rechtsterrorismus, schon relativ früh, als ich von Karlsruhe nach Brandenburg gekommen bin, und habe diese Warnung immer damit verbunden, dass man nicht so gebannt auf das Muster der RAF gucken sollte, also das Muster Linksterrorismus suchen sollte für die Frage, ob es rechts auch Terrorismus geben könnte im Gegensatz zu Extremismus - Stichwort: „Braune Armee Fraktion“.

Davor habe ich immer gewarnt, dass man nach dem Muster der RAF guckt, beispielsweise auf Tatbekennungen und Ähnliches, und habe angeführt, dass es auch im linken Bereich terroristische Vereinigungen gegeben hat - Stichwort: „Revolutionäre Zellen“ -, die eben ganz anders sich dargestellt haben als die „Rote Armee Fraktion“. Die „Revolutionären Zellen“ haben ganz bewusst nicht im Untergrund gelebt, nicht im Untergrund agiert, sondern die haben gearbeitet, die haben in der Legalität gelebt, und wir haben die deswegen - in Führungszeichen - als „Feierabendterroristen“ bezeichnet. Die „Revolutionären Zellen“ haben fast 200 Straftaten begangen, nach eigener Erklärung aber keine Tötungsdelikte. - Dieses war der eine Punkt in der Warnung vor Rechtsterrorismus, eben nicht gebannt auf die „Rote Armee Fraktion“ zu gucken.

Die beiden anderen Punkte, die ich dafür angeführt habe, für diese Warnung, waren einmal der immer als Polizistenmörder bezeichnete Einzeltäter Kay Diesner, der aber auch noch ein versuchter Mörder zum Nachteil des Buchhändlers in der PDS-Zentrale war. Polizistenmörder deswegen, weil der bei seiner Festnahme einen von zwei

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Polizisten erschossen hat. Der dritte Punkt war der Waffenfetischismus, der alle Rechtsextremisten eint.

Und: Die Besonderheit der damaligen Situation, vor der ich große Sorge hatte, war, dass viele Rechtsextremisten teilgenommen hatten am Bürgerkrieg in Ex-Jugoslawien und dass ebendiese in verrohter Form durch das, was sie dort erlebt haben, durch das, woran sie möglicherweise beteiligt waren, hier in Person eine neue Gefährlichkeit darstellen würden.

Abgeordneter Wiese (AfD): Okay.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Dann kommt eine Zäsur und ein zusätzliches Argument später, weil ich nämlich aus Lageberichten, die jeder kriegt, aus dem Bundeslagebild dann wusste: diese Rohrbombenfunde in Jena und Ähnliches bei einer „Kameradschaft Treptow“, Berlin. Die habe ich auch - - Ich habe das auch hier liegen, die Presseartikel, die ich dafür bemüht habe, für die Artikulation der Sorge in einer Vielzahl von Interviews nach außen, dass man eben den Blick nicht verstellen möge vor der Gefahr, dass aus Rechtsextremismus Rechtsterrorismus werden kann.

Abgeordneter Wiese (AfD): Okay. - Gehen wir mal zum konkreten Fall: Welche Maßnahmen hat denn Brandenburgs Verfassungsschutz im Zusammenhang mit der am 3. Februar 1998 verschickten Anfrage des thüringischen Landesamtes für Verfassungsschutz zu den drei untergetauchten Personen Mundlos, Bönnhardt und Zschäpe veranlasst?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Da kann ich jetzt nichts zu sagen, weil diese Namen, die wusste damals niemand.

Abgeordneter Wiese (AfD): Das ist das berühmte Trio.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, das wissen wir jetzt.

Abgeordneter Wiese (AfD): Wurde immer unter „Trio“ geführt.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das wissen wir jetzt. Also, ich kann nur meine Kenntnis über diese Quellenmeldungen wiedergeben, die aber sehr viel später waren. Ich glaube, es war im Januar, dass es diese Durchsuchung gegeben hat, wo diese Rohrbomben gefunden wurden - im Januar. Dann hat es auch Fahndungsmaßnahmen, glaube ich, noch im Januar gegeben nach den drei Tätern, die aber auf dem Schirm jedenfalls meines Amtes überhaupt nicht waren.

Dann kam aber, ich glaube, ein halbes Jahr später - im Bundesbericht ist das mit den Daten festgelegt; ich könnte das auch raussuchen - - dass eben diese Quellenmeldung von dem Szczepanski kommt: „Ich habe mit Jan Werner, einem sozusagen hochrangigen“ - in deren Hierarchie - „Rechtsextremisten Kontakt gehabt und weiß, dass ein Trio aus Sachsen“ - ein Skinhead-Trio, hat er gesagt - „auf der Flucht ist.“ Die wollten nach Südafrika, und sie hätten ihn, diesen Jan Werner,

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

beauftragt mit Waffenbeschaffungen, weil sie vor Anfang der Flucht noch Überfälle begehen wollten.

Das ist in meiner Sicht in Brandenburg der Anfang der späteren Zschäpe-Mundlos-Bönnhardt-Geschichte, die man natürlich in Person noch nicht zuordnen konnte. Aber diese Quellenmeldung, die auf den Szczepanski - - Das muss man nun mal sagen: Da hat der als V-Mann - was man als Nachrichtendienstler sagt - Nachrichtenehrlichkeit bewiesen, indem er diesen Kontakt, diesen extrem wertigen Kontakt, dass dieses Trio sich um Waffen bemüht, weitergegeben hat. Und der Brandenburger Verfassungsschutz hat das dann weitergegeben an die betroffenen Behörden in Thüringen, in Sachsen und im Bundesamt. Das ist dann später noch - Stichwort: Besprechung in Potsdam, die erst woanders stattfinden sollte, in Brandenburg, und wahrscheinlich deswegen in Brandenburg, weil da die Information herkommt - besprochen worden.

Abgeordneter Wiese (AfD): Waren Sie in diesen operativen Vorgang mit eingebunden?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein.

Abgeordneter Wiese (AfD): Nicht.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein.

Abgeordneter Wiese (AfD): Wer war da der Federführende bei der ganzen Aktion?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich denke mal, das sind die unmittelbar unter mir, der Referatsleiter und die beiden Szczepanski-Quellenführer, weil Szczepanski hat diese Information generiert, indem er - durch welchen Kontakt auch immer - mit Jan Werner dieses gehört hat.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Minute.

Abgeordneter Wiese (AfD): Letzte Minute? - Okay, nächste Runde.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Frau Nonnemacher, bitte schön.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön, Herr Vorsitzender. - Schönen guten Tag, Herr Dr. Förster.

Ich möchte gleich da anschließen. Sie haben uns dargelegt, dass Ihnen von Ihrer Biografie her die Orientierung am Recht immer ein extrem hohes Anliegen war, und Sie haben uns dargelegt, dass Sie schon kurz nach Untertauchen der drei Bombenbauer aus Jena im März 1998 in einem Interview vor den Gefahren des Rechtsterrorismus gewarnt haben. Jetzt tritt plötzlich dieser Fall auf: Drei Neonazis sind im Untergrund. Diese suchen angeblich nach Waffen - das hat Ihre Quelle ja berichtet - und planen weitere Überfälle.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Ein damaliger Auswerter des Brandenburger Verfassungsschutzes, der mit dem Arbeitsnamen Michael Ackrath hier bei uns im Untersuchungsausschuss ausgesagt hat, hat die drei flüchtigen Thüringer am 14. September 1998 richtigerweise auch als Rechtsterroristen eingeordnet und die Prüfung empfohlen, ob „Piattos“ Information an die Polizei weitergeleitet werden müsse. Er hat verfügt, dass dieser Vermerk bis zu Ihnen gesteuert wird. Ausweislich der Aktenlage hat dieser Vermerk Sie aber nie erreicht. Sind Sie von Ihrem Stellvertreter Herrn Milbradt wenigstens mündlich informiert worden?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich denke, nicht. Also, Sie fragen mich nach Sachverhalten, die 20 Jahre her sind; aber ich glaube, nicht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja, aber Sie - - Wir spielen ja jetzt um dieses zentrale Treffen im Brandenburger Innenministerium vom 17. September 1998.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, genau.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie haben jetzt zwei- oder dreimal fokussiert, dass die Information, die die Quelle „Piatto“ beschafft hat - untergetauchte Skinheads wollen sich bewaffnen und wollen nach Südafrika oder sonst wohin fliehen - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Genau.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Und Sie sagen: Gott sei Dank, diese Information ist gesteuert worden nach Sachsen, nach Thüringen und zum BfV.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber warum ist sie nicht an die Polizei gegangen? Warum ist in einem solchen Fall nicht die Polizei eingeschaltet worden? Sie sind ein Mann des Rechtes. Sie haben vor dem Untersuchungsausschuss des Bundestags ausgesagt, dass in einem solchen Fall der Ermessensspielraum praktisch auf null zurückgeht, wenn man so etwas hat. Warum ist das nicht an die Polizei gesteuert worden, und warum haben Sie sich da persönlich nicht von diesem zentralen Ereignis näher informieren lassen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Weil ich von dem Umstand dieses Treffens ersichtlich nichts wusste. Aber Sie haben völlig recht, dass ein solcher Sachverhalt zur Polizei gehörte. Aus dem Bericht des Bundestages weiß ich, dass diese Frage auch besprochen wurde. Natürlich muss das intensiv besprochen worden sein. Es gibt sehr vielfältige Möglichkeiten, das an die Polizei zu steuern unter Aufrechterhaltung des Quellenschutzes. Das ist eigentlich Tagesgeschäft, dass man Berichte bekommt, die im ersten Satz anfangen: „Dienstlich wurde bekannt ...“

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Genau.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das ist die Verschleierung; aber dann bleibt derjenige, der dahinter steht, der diese Information beschafft hat, ich denke, geschützt. Wobei, man kann vieles dann kombinieren. Aber gleichwohl: Das ist *eine* Möglichkeit. Man hätte diese Erkenntnis auch anders unmittelbar weitergeben können.

Ich weiß auch aus dem Bericht des Bundes, dass die beiden Landesämter Thüringen und Sachsen in dieser Besprechung sehr gedrängt hätten auf „Freigabe“ - in Anführungszeichen -, in welcher Form auch immer, an die Polizei.

Wenn es denn so war, dass Brandenburg sich dagegen sehr gesträubt hat, dann wäre es angezeigt gewesen, dieses Sich-dagegen-Sträuben sich von dem Chef absegnen zu lassen. Wenn ich zwei Landesämter gegen mich habe und mich berufe auf den Quellenschutz, den man, wie ich schon gesagt habe, auch anders gewährleisten kann, dann muss man das kundtun. Das ist ein Ereignis, was über Routine hinausgeht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber Sie sagen, das Ermessen war praktisch auf null reduziert.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Genau.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Es hätte eine Information der entsprechenden Strafjustiz erfolgen müssen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie waren derjenige, der immer strikt auf Recht und Ordnung - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Genau.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie waren der Leiter des brandenburgischen Verfassungsschutzes im September 1998.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie haben in Interviews vor der Entwicklung Rechtsterrorismus gewarnt, dass sich der Rechtsextremismus zum Rechtsterrorismus entwickelt. In den Räumlichkeiten des brandenburgischen Innenministeriums findet dieses denkwürdige Treffen statt, an dem Dieter Borchert und der Referatsleiter Odendahl teilnehmen, und Sie sind nicht informiert. Wie erklären Sie sich das?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das kann man nicht erklären. Ich habe mich das Gleiche gefragt. Sie haben mit allem recht, was Sie gesagt haben in der Frageform. Ich weiß es auch nicht, warum ich nicht informiert war. Die Lösung steht im Gesetz: In § 17 Brandenburgisches Verfassungsschutzgesetz, da steht die Lösung drin, wann der Verfassungsschutz die Strafverfolgungsbehörden unterrichtet: bei dem Verdacht für bestimmte schwere Straftaten. Diese Mischung: Rechtsextremisten - in der Form von

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Skinheads; egal - suchen Waffen, beauftragen jemanden mit der Beschaffung von Waffen - das ist der Sachverhalt, der weitergegeben werden muss.

Aber es ist so, dass ich nicht einbezogen war in diese Entscheidung, das nicht zu tun, die nicht nachvollziehbar ist. Es gibt aber weitere Möglichkeiten, diese Entscheidung herbeizuführen. Diejenigen von Thüringen und Sachsen, die an der Besprechung teilnahmen und deren Wunsch - so die Unterlagen im Ausschuss des Bundes - die Freigabe für die Polizei war, die hätten auf ihrer Amtsebene das nachholen können, sollen, müssen, was in Brandenburg nicht stattgefunden hat. Wenn die nämlich berichten über dieses Treffen und sagen: „Da gibt es Erkenntnisse, die unbedingt an die Polizei müssen“, und die Brandenburger wollen das nicht, dann haben die auch einen Chef, der das in die Hand nehmen kann, indem er mit mir spricht beispielsweise.

Aus dem Bundesbericht weiß ich, dass die beiden Vertreter von Thüringen trotz des Brandenburger Vetos sozusagen gegen die Unterrichtung der Polizei - - Die haben ausgesagt, sie seien gleichwohl zu ihrem LKA-Chef gelaufen und hätten den unterrichtet. Der bestreitet das aber.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja. Aber jetzt sind wir ja nun im brandenburgischen Untersuchungsausschuss, -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, genau.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - und wir untersuchen die Versäumnisse der Behörden in Brandenburg.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Das ist ja ein ganz zentrales Element. Das ist eigentlich fast das zentrale Element unseres Untersuchungsauftrags, warum an diesem 17. September 98 auf Quellenschutz sozusagen von Brandenburg beharrt wurde und warum Sie als Behördenleiter, der gerade diese Rechtsorientierung hat, davon nichts wussten, wenn gleichzeitig noch ein Auswerter in Ihrer Behörde sagt: Das muss dem Chef vorgelegt werden, ob hier nicht die Polizei eingeschaltet werden muss. - Wer verantwortet das denn aus Ihrer Sicht, dass diese Entscheidung, diese Fehlentscheidung getroffen worden ist und dass Sie nicht informiert worden sind?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das kann ich nicht sagen. Ich weiß wohl, dass ich hier in Brandenburg bin. Ich habe nur versucht, zu sagen, wie man diese ganz eindeutige Fehlentscheidung hätte korrigieren können: indem nämlich die Vertreter der beiden anderen Länder sich damit nicht zufrieden geben und ihrerseits versuchen, mich a) zu unterrichten und b) die richtige Entscheidung dafür zu bekommen.

Natürlich gehörte das auf die Ebene der Polizei aus ganz vielen Gründen, nicht nur aus reinen Strafverfolgungsgründen, sondern auch - die waren ja dann mit Haftbefehlen gesucht -, um den Eigenschutz der Polizei zu gewährleisten. Die Tatsache, dass diese drei Leute nach Waffen suchen, sich bewaffnen wollen, ist aus ganz vielen Gesichtspunkten - wir wissen ja alle, was dann später passiert ist -, aber

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

auch aus diesem Gesichtspunkt, dass diejenigen, die im Fahndungsbuch finden: „Nach denen wird gesucht“, sich einstellen können, dass die Täter bewaffnet sind - -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Herr Dr. Förster, wir möchten Ihnen jetzt ein elektronisches Dokument vorhalten. Das ist der Bericht dieses Auswerter mit dem Arbeitsnamen Michael Ackrath, der gesagt hat, diese Information müsste an die Polizei weitergeleitet werden, und Sie müssten darüber informiert werden. In diesem Bericht ist die Weitergabe an Sie von Ihrem Stellvertreter, Herrn Milbradt, durchgestrichen worden.

(Der Zeuge nimmt Einblick in ein Dokument auf einem Notebook.)

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das ist bitter, das zu lesen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber Sie - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das ist bitter, das zu lesen. - Ich weiß nicht, ob ich das hier sagen kann, soll.

(Abgeordneter Lakenmacher [CDU]: Ja!)

Aber das war immer die Sorge: Der Förster schaltet den ab. - Mag sein. Ich will nicht spekulieren. Hier ist schon so viel spekuliert worden. Ich tue dem Mann vielleicht auch Unrecht, der das durchgestrichen hat. Aber die Sorge - - Ich war wirklich der Einzige, der diesen V-Mann nicht wollte, und habe dann sozusagen diese Hilfskonstruktion mit einem zweiten V-Mann-Führer gesucht. Aber dass ich den nicht wollte, das wusste nun jeder im Amt, und dass, wenn ich so was gelesen hätte - - Natürlich hätte ich den Leuten den § 17 und die Pflicht gezeigt, die Polizei zu unterrichten. Dann hätten die alle gesagt: Dann ist unser V-Mann tot. - Und dann hätte ich gesagt, weil ich das auch schon häufiger gesagt habe: V-Leute zu führen, ist kein Selbstzweck. Das ist kein Selbstzweck, sondern wenn ein V-Mann sich erledigt hat durch eine herausragende Nachricht und dadurch aufliegt, dann ist es eben so. Das Sammeln von Informationen ist in der Tat wichtig, aber wenn das zu so einem Ziel führt, dann muss man eben abwägen, dann fliegt der V-Mann eben auf.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. Aber Sie bestätigen jetzt durch Einsicht in dieses elektronische Dokument, dass sozusagen diese Information Ihnen willentlich vorenthalten worden ist, und Sie sind auch nicht von Ihrem Stellvertreter Milbradt mündlich über diesen Vorgang informiert worden.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein. Also, wie gesagt, ich habe ja diesen Werdegang eben gesehen im Bericht des Bundes, wo übrigens der Meyer-Plath eher euphemistisch ausgesagt hat, ich hätte stets ein Unbehagen - Zitat: Unbehagen - gegen diesen V-Mann gehabt. Das war in der Tat euphemistisch.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön, das - -

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Aber ich hätte Ihnen das auch geglaubt, ohne das zu lesen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber wir möchten gerne, dass Sie es auch gesehen haben. - Gut. Ich denke, das haben wir jetzt noch mal herausgearbeitet.

Ich würde gerne noch mal bei dem V-Mann-Führer Dieter Borchert weitermachen. Es ist vorhin angeklungen, dass dieser ein eher freundschaftliches, kumpelhaftes Verhältnis zu der Quelle „Piatto“ pflegte. Wir haben hier in anderen Untersuchungsausschusssitzungen schon Dokumente vorgelegt, dass „Piatto“ an Dieter Borchert praktisch berichtete mit einem Menschen mit Sturmhaube als Emblem auf seinen Berichten und mit Sprüchen von „Combat 18“ - „Whatever it takes“ - als seine Berichterstattung an den V-Mann-Führer.

Also, Sie hatten da Bedenken und haben deshalb, wie Sie eben ausführten, Dieter Borchert einen zweiten V-Mann-Führer an die Seite gestellt, Herrn Meyer-Plath, Ihren besten Mann, gehobener Dienst, studiert, sehr wendig, intellektuell. Warum haben Sie Dieter Borchert nicht abgelöst bei den Bedenken, die Sie hatten? Sie hatten große Bedenken gegen diese Quelle, extreme Bauchschmerzen, Sie sind sofort zu Herrn Minister Ziel gegangen, und Sie haben gesehen, dass sich das Verhältnis zwischen V-Mann-Führer und V-Mann sehr ungut und kumpelhaft entwickelt. Warum haben Sie Dieter Borchert nicht abgelöst und mit anderen Aufgaben betraut?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Weil die persönliche Nähe zwischen den beiden nicht nur Nachteile hat. Es ist übrigens so, dass es eine Lehre aus diesem ganzen Sachverhalt ist, dass die Richtlinien für die V-Mann-Führung geändert worden sind, nicht nur in Brandenburg, sondern auf der Bundesebene, dass V-Mann-Führungen, was die Personen anbelangt, limitiert sind von der Zeit her, einfach dass nicht zu enge persönliche Beziehungen entstehen. Das ist auch höchst sinnvoll.

Man muss, wenn man - ich habe das eine Beispiel schon geschildert mit den Schreibmaschinenbändern - eine solche Maßnahme wie die Ablösung macht - - Natürlich war das in der gedanklichen Vorstellung *eine* Möglichkeit, und ich habe mich dann sozusagen für das mildere Mittel entschieden, wobei ich eben meinte, dass diese zweite V-Mann-Führer-Person das Problem in den Griff nehmen könnte, dass die zu große Nähe dadurch entfällt, von dem ich auch den Eindruck hatte, dass er, Meyer-Plath, meine Herangehensweise teilen würde, dass es eben ganz streng zu kontrollieren ist, dass auch die Nachrichtenehrlichkeit, die sich aber in dem Fall Jan Werner/Waffen erwiesen hat, gewährleistet ist und dass der nicht sozusagen nebenbei noch irgendetwas macht, was nicht im Sinne des Verfassungsschutzes ist - also, der Zusammenhalt, der sollte ja einen Keil bilden, damit der Staat bessere Erkenntnisse hat, damit der Rechtsextremismus im günstigsten Fall verschwindet; das ist der Sinn der V-Mann-Führung gewesen -, und dass der nicht irgendwelche Sachen macht, die in Wirklichkeit der Stärkung dienen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber - -

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Warum ich den nicht abgelöst habe - - Wie gesagt, ich habe mich entschieden für den anderen Weg. Man muss halt mit den Leuten arbeiten, die man hat. Das impliziert auch die Gefahr, dass sich alle irgendwie mit dem solidarisieren. Das ist problematisch.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Minute bitte.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie haben bei Ihrer schriftlichen Anordnung an Herrn Odendahl und an Dieter Borchert bezüglich dieser Schreibmaschinenbänder uns ja hier eindrücklich geschildert, dass diese Order von Ihnen von Dieter Borchert nur sehr zögerlich akzeptiert worden ist. Er war ja praktisch auch V-Mann-Führer der ersten Stunde; das lief ja schon seit vielen Jahren.

Also, gab es denn dann - - Hochproblematische Quelle und viele Probleme auch in der Führung: Hätte das nicht doch dazu führen müssen, dass Sie sagen: „Gut, wir wechseln“? Und dann: Hat Herr Meyer-Plath Ihre Erwartungen denn erfüllt, dass Sie sagen, Sie haben sich erhofft, dass er einen ähnlichen Ansatz wie Sie verfolgt? Hat sich das bestätigt?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Jedenfalls hat sich das Gegenteil in der dann ja nur noch relativ kurzen Zeit nicht bestätigt. Ich will jetzt nicht spekulieren und will nicht irgendwie Ihre Frage schlüssig beantworten, sondern ich will nur so antworten, wie meine Erinnerung ist. Mag sein, dass dann irgendwann die V-Mann-Führung vielleicht komplett auf den Meyer-Plath übergegangen wäre. Ich weiß es nicht, das will ich einfach nicht hier spekulieren, weil das nicht redlich wäre.

Aber das ist jetzt geklärt auf allen Ebenen des Verfassungsschutzes - meint: Bund und Land; Länder vielmehr -, dass man limitiert vom Zeitlichen her. Das ist auch eine Erfahrung aus dem NPD-Verfahren, dem ersten NPD-Verfahren, was ja an der Vielzahl der nebeneinanderher tätigen Quellen gescheitert ist: dass einfach zu enge Verhältnisse entstanden im Laufe der Zeit, wenn nicht ein neuer Quellenführer kam. Und das Argument dagegen ist natürlich, dass sich so ein Vertrauen erst aufbaut. Aber das kann man alles in den Griff kriegen, indem man dann eine Übergabe macht von dem einen V-Mann-Führer an den anderen. Mag sein, dass das so intendiert war auch bei der Geschichte G. und Meyer-Plath.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut, dann muss ich leider erst mal abgeben.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Wir gehen in die zweite Runde. - Die SPD-Fraktion. Frau Gossmann-Reetz, bitte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Herr Dr. Förster, ich würde noch mal an einer Stelle anfangen wollen, an der Sie vorhin gesagt haben, der V-Mann-Führer, der erste, der Dieter Borchert, hätte versucht, Sie von der Wendung des Szczepanski zu überzeugen. Das waren Ihre Worte.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Mhm.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie hat er denn das versucht?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich glaube, dass der - - Also nicht, dass der mich belogen hat; das glaube ich nicht. Sondern ich glaube, dass der davon überzeugt war.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wovon war der Mann überzeugt?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Dass der gewendet sei. Und der muss ja auch immer als Allererster diese sogenannte Nachrichtenehrlichkeit prüfen, ob er wirklich vollständig unterrichtet wird. Ich glaube, dass er davon überzeugt war.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und Sie glauben nicht, dass „Piatto“ gewendet war.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das ist nicht eine Frage des Glaubens, sondern wenn einer - und ich habe das Urteil gelesen - auf diese Art und Weise einmal im Leben tätig wird, dann ist das Bild für mich fertig von diesem Mann.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie kommt denn dann Ihr V-Mann-Führer überhaupt auf die Idee, dass so ein Mensch sich wenden könnte?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Die kann ich schlecht beantworten, die Frage.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Halten Sie für völlig absurd.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich habe nicht gesagt, dass der sich vielleicht nicht doch irgendwie wenden wollte, gewendet hat; aber ich muss im Sinne von Worst Case an die Sache herangehen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ist klar. - Also, Sie hatten - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: V heißt Verrat. Ich meine - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja, das habe ich verstanden. Sie sagen aber auch, Sie haben diesem V-Mann-Führer misstraut, Sie haben seine Einschätzung nicht für richtig gehalten. Warum haben Sie diesen V-Mann-Führer dann überhaupt weiter arbeiten lassen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Die Frage habe ich eben schon mal beantwortet.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja, ich - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Man muss mit dem Personal leben, was man hat. Und der hatte als Bonus sozusagen diese persönliche Beziehung. Das war sein Bonus.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. - Also, das heißt - - Damit sagen Sie ja, dass die Quelle „Piatto“ sehr wichtig war für den Verfassungsschutz weiterhin.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Meine Formulierung ist: Der war eine wertige Quelle.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was bedeutet das?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Es gibt auch Quellen, die weniger wertvoll sind.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und was heißt in dem Fall „wertig“?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich weiß nicht, ob das in Brandenburg so war. Quellen werden richtig bewertet im Hinblick auf Nachrichtenehrlichkeit und auf Wertigkeit der Informationen. Und die Wertigkeit der Informationen von dem „Piatto“ war groß. Warum? Weil er in dieser Musikszene sehr vertraut war. Und diese Musikszene war von Rechtsterrorismus, wie wir ihn jetzt leider alle im Nachhinein konstatieren - - war bei der Anwerbung von „Piatto“ sicherlich nicht die Rede. Aber dieser „Piatto“ hatte extreme Kontakte in die Musikszene. Sie wissen alle, der kam vom Ku-Klux-Klan; das war seine ursprüngliche Idee.

Und dann ist es ja so gewesen, dass in Brandenburg - das habe ich aufgenommen schon in der Zeit, als ich Pressesprecher im Ministerium war - diese jedes Wochenende stattfindenden Musikveranstaltungen im Vordergrund standen, die konspirativ geplant waren, wo man sich an Orten traf und dann per Telefon wieder neue Orte zu wissen bekam, um dann hingeleitet zu werden an diese Orte. Ich kann mich an eine Sitzung des Innenausschusses erinnern, wo der Minister heftig angefeindet wurde, dass seine Polizei nicht in der Lage sei, das zu unterbinden. Auch das verbinde ich mit einem Ortsnamen: Rüdersdorf. Das muss eine Riesenveranstaltung gewesen sein, wo sich Skins und Neonazis getroffen haben zu Musik.

Diese Musik ist keine Musik, wie unser Verständnis ist, sondern diese Musik war sozusagen der Nährboden, der dazu geführt hat, dass sich Rechtsextremisten fanden und solidarisierten. Und meine Sorge war - das habe ich auch irgendwann mal gesagt -, dass dieser anpolitisierten, gewaltbereiten Menge von Ideologen dann so eine Art ideologischer Trichter aufgesetzt wird. Und dieser Bereich, das war der Bereich, in dem „Piatto“ wertige Erkenntnisse lieferte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und das hat ihn so wertvoll gemacht, dass Sie unbedingt an ihm festhalten wollten.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das habe ich, glaube ich, zu Anfang gesagt: dass ich entsetzt war, diesen V-Mann zu finden, und dass ich nicht unbedingt an ihm festhalten wollte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Na ja, aber Sie waren der Abteilungsleiter.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das weiß ich schon. Aber ich denke, ich habe den Werdegang geschildert, wie es dazu gekommen ist, dass „Piatto“ V-Mann geblieben ist. Nebenbei - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Entschuldigen Sie, das haben Sie jeden Tag neu beschließen können für sich und entscheiden können als Abteilungsleiter, ob der weiter V-Mann bleibt. Das ist ja keine einmalige Entscheidung, die dann über Jahre bestehen bleibt.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nachdem ich das gesehen habe, bin ich ja gefragt worden nach einer Erklärung, warum das durchgestrichen worden ist, und da habe ich gesagt: Vielleicht war die Sorge, warum die Zuleitung an mich durchgestrichen war: „Der schaltet den jetzt endlich ab.“ - „Endlich“ in seinem Sinne, Unbehagen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie bewerten Sie denn das, wenn Mitarbeiter an ihrem Vorgesetzten vorbei Dinge entscheiden, durchstreichen und auch nicht mitteilen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das war immerhin mein Stellvertreter, und der war zugleich der Auswertungsleiter. Ich habe das hier zum ersten Mal gesehen - notabene. Vorher konnte ich es nicht gesehen haben und habe das - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das wirft aber kein gutes Licht auf Ihre Führungsqualität damals.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: So kann man immer argumentieren.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das muss man so auch.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das glaube ich nicht, dass man das muss, sondern man muss mit den Menschen leben, die man vorfindet, und die sind alle zu Gesetz und Recht ihrerseits verpflichtet und auch zur Loyalität mit dem Chef.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich meine, Ihr Stellvertreter wusste doch dann sicher, wie große Bauchschmerzen Sie haben.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das wusste er definitiv, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und dann agiert er an Ihnen vorbei, trifft Entscheidungen an Ihnen vorbei und informiert Sie auch nicht.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das weiß ich jetzt, seit einer halben Stunde.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): So. Und Sie sagen, Sie sind von Ihrem Vorgänger auch in keinsten Weise darüber informiert worden, was für einen V-Mann Sie da haben. Das habe ich ja richtig verstanden vorhin.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie haben Sie sich denn dann Ihrem Nachfolger gegenüber verhalten bezüglich dieses V-Manns?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Der wusste das, glaube ich, aus der Abteilungsleiterrunde, dass es da - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Welche Gespräche haben Sie denn mit ihm geführt?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Weiß ich jetzt nicht mehr.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie können - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Aber ich weiß, dass dieser V-Mann - - dass dessen Erkenntnisse praktisch jeden Freitag in der Abteilungsleiterrunde, wenn es um den Ausblick fürs Wochenende ging, eine Rolle spielten, und gerade unter diesem Musik-Gesichtspunkt, weil die waren immer im Vordergrund der politischen Angriffe.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das hört sich ja so an, als wenn die gesamte Bekämpfung des Rechtsextremismus zu dieser Zeit auf Szczepanski beruhte.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das war auch fast so.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): So ein wertvoller V-Mann war das.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein, nein, nein, nein. Eine wertige Quelle. Der Meyer-Plath hat im Bundestagsausschuss gesagt: Als der angeworben wurde, das sei ein Quantensprung gewesen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Wie auch immer. Ich hätte das nicht gesagt und konnte es auch nicht sagen, weil ich damals nicht da war. Aber der war eine wertige Quelle. Und ich glaube - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Und jetzt noch mal ganz kurz auf Ihren Nachfolger. Sie sagen, der ist nicht von Ihnen informiert worden, sondern vom - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das weiß ich jetzt nicht, wie die konkret - - welche Art von Übergabe da stattgefunden hat. Aber ich weiß - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Haben Sie keine Übergabe gemacht?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich habe ja gesagt: Ich weiß es nicht, wie das gewesen ist. Ich weiß nur, dass Erkenntnisse dieser Quelle oft Gegenstand der Erörterung waren in der sogenannten Abteilungsleiterrunde, die jeden Freitag stattfand. In der war auch sehr oft mein Stellvertreter, der an dieser Quelle ja als Auswertungsleiter noch sehr viel dichter dran war.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Verstehe. - Diese Runde am Freitag: Sie sagen, da war Mittelpunkt dieser Szczepanski. Wusste dann jeder freitags in dieser Runde, wer Szczepanski ist und welche Bedeutung der spielt?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Der ist bestimmt nicht namentlich genannt worden.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Bitte?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Der ist bestimmt nicht namentlich genannt worden, aber ich denke schon, dass dann die Führungsebene - und das waren halt die Abteilungsleiter nach Minister und Staatssekretär - schon von einer solchen Quelle im Grundsatz, dass der Verfassungsschutz einen Zugang hat in diese Musikszene, wusste.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, wenn man jeden Freitag über die gleiche Person spricht, dann hat das Kind auch einen Namen. Wie wurde denn die Quelle bezeichnet? Man hat ja nicht von „der Quelle“ gesprochen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: So war es auch nicht, sondern es ging dann eben um Erkenntnisse des Verfassungsschutzes. Da wurde kein Quellenname genannt, weder „Piatto“ noch Szczepanski; aber es war bekannt, dass Erkenntnisse des Verfassungsschutzes in der Musikszene auf eine Quelle zurückgingen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ah ja. Gut. - Jetzt noch mal zu dem Nachfolger. Wissen Sie, wie Ihr Nachfolger informiert worden ist über die Zustände oder die Arbeitsweise oder Dinge in seiner - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ihr Nachfolger hat in seiner Vernehmung hier Herrn Szczepanski als unergiebigem V-Mann bezeichnet. Haben Sie eine Idee, wie er darauf kam?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie schätzen Sie das ein, diese Bewertung?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Gar nicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie kommt der Abteilungsleiter dazu?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich schätze das gar nicht ein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Kennen Sie die Haltung von Ihrem Nachfolger zu der Abteilung -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - und der Position?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Auch nicht. Sie hatten keine Kontakte, Sie haben nie davon was gehört.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Danke schön erst mal.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann machen wir weiter mit der CDU-Fraktion. Herr Lakenmacher.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Dr. Förster, ich möchte noch mal zurück zu der Information des Vermerks, der ja von Rechtsterroristen spricht und davon, dass eben der Einsatz von Waffen nicht auszuschließen sei, Informationen, von denen Sie sagen: Das ist eine Ermessensreduzierung auf null, das hätte an die Polizei gesteuert werden müssen.

Wie wir jetzt wissen, sind Sie ja laut des Vermerks aus der Informationskette gestrichen worden. Die Frau Nonnemacher fragte Sie vorhin, ob Sie denn mündlich informiert wurden. Ich habe das nicht so richtig vernommen; ich denke, auch das Protokoll nicht. Deswegen noch mal direkt die Frage: Sind Sie mündlich darüber unterrichtet worden, dass es einen Vermerk mit diesem Inhalt gibt?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein, ich habe keine Erinnerung, dass ich darüber unterrichtet wurde.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Nein oder Sie haben keine Erinnerung?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich habe keine Erinnerung daran.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Es gibt einen handschriftlichen Vermerk des Referatsleiters Herrn Milbradt vom 15. September, in dem er bestimmt, diese Informationen seien nur auf Anfrage an die Polizei herauszugeben, und die Angelegenheit sei mündlich mit dem Abteilungsleiter erörtert worden.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: An meiner Erinnerung ändert sich nichts durch den Vorhalt.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Also daran können Sie sich überhaupt nicht erinnern.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich habe meine Antwort gegeben.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Wenn Sie erinnert worden wären, was wäre die Folge gewesen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ein Zeuge berichtet über Wahrnehmung von Tatsachen. Das wäre viel zu spekulativ. Meine Haltung habe ich ja geschildert: Ermessensreduzierung auf null, § 17.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Okay. - Dann möchte ich noch mal zu dem Thema der V-Mann-Verpflichtung zurück. Sie sagten vorhin - ich zitiere mal -: Der war V-Mann. - Und es stellt sich natürlich die Frage: War er das? Denn es existierte ja keine Verpflichtungserklärung, sodass sich die Frage stellt: In welchem rechtlichen Rahmen hat er sich hier bewegt?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Also für mich war der V-Mann.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Ohne Verpflichtungserklärung? Weil es gibt keine Verpflichtungserklärung, die wir hier in den Akten nachhalten können.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das würde daran nicht zwingend was ändern. Ich kann mich erinnern - weil das war der erste Blick in die Akte, als ich von dem Kenntnis kriegte -, dass der sich selber an den Verfassungsschutz gewandt hatte aus der Untersuchungshaft. Und meine Erinnerung daran ist, dass der so eine Postkarte, die auch hinten - -

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Entschuldigung: Und dadurch wird man V-Mann?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: So ist - -

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Dann verpflichtet der sich selbst? Wie habe ich das jetzt zu verstehen? Wir haben keine schriftliche Verpflichtungserklärung.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das habe ich schon verstanden.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Ja.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Aber ich versuche, zu sagen, wie dieser Kontakt zustande gekommen ist und warum es dann keine schriftliche - -

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Das wissen wir. Ich möchte Sie da stoppen, weil ich möchte wirklich eine Antwort auf meine Frage. Wir haben keine schriftliche Verpflichtungserklärung.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Mhm. Aber das müssten Sie meinen - -

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Wurde das vergessen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das müssten Sie meinen Vorgänger fragen.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Gut, jetzt waren Sie ja auch in Verantwortung. Das ist so.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, ja. Wem sagen Sie das?

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Okay. Also, warum wurden dann nicht Versuche unternommen, die fehlende schriftliche Verpflichtungserklärung noch beizubringen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Weil das im November 1996 ersichtlich unnötig war.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Herr Dr. Förster, es gibt einen Vermerk vom 17. November 1997, der eine Verpflichtung Szczepanskis als V-Mann anregt. Allerdings wurde dies am 20. November 1997 abgelehnt mit dem Hinweis darauf, dass Szczepanski ja am 20. November 1997 wegen des Verdachts der Schutzgelderpressung wieder in den geschlossenen Vollzug verlegt wurde.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Für mich war der - -

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Ich habe meine Frage noch nicht zu Ende formuliert.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Entschuldigung.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Meine Frage, die sich dann stellt: Wurde das Thema Verpflichtung damit vollständig für erledigt erklärt, oder wie ist das zu verstehen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Kann ich nicht beantworten, weil ich mich daran nicht erinnere. Aber an dessen V-Mann-Eigenschaft für den Verfassungsschutz hatte ich keinen Zweifel.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Aber wir hatten keine - das halten wir fest - schriftliche Verpflichtungserklärung. Kann man sagen, dass es vielleicht schlicht und ergreifend verschlampt und vergessen wurde?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Aber es ist zumindest nicht außerhalb der Wahrscheinlichkeit?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich gebe immer meine Antworten so, wie ich sie für richtig halte. Was Sie mir vorgehalten haben, diese Diskussion - in meiner Zeit natürlich, 97 -, ob man den irgendwie noch nachträglich verpflichten müsste, das ist meine Erinnerung nicht. Ich habe daran keine Erinnerung, dass das so war.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Herr Dr. Förster, der Vermerk, aus dem der Kollege Lakenmacher gerade zitierte, der genau diese Erörterung enthält, ob der V-

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Mann/Informant noch verpflichtet werden sollte oder nicht, enthält eine Paraphe, die ganz verdächtig nach derselben aussieht wie vorhin, also nach Ihrer. Insofern muss diese Diskussion auch über Ihren Tisch gegangen sein, ohne dass Sie da zumindest nachvollziehbar eine andere Auffassung vertreten hätten als die bearbeitenden Kollegen, die Ihnen diesen Vermerk vorgestellt haben.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich habe das auch nicht bestritten, dass das so gewesen sein kann. Ich habe nur daran eben keine Erinnerung, und nichts anderes kann ich hier bekunden. Ich habe auch vorher nicht in die Akten gesehen. Ich habe mir das lange überlegt und habe mich dazu entschieden, nicht in die Akten zu sehen vor dieser Vernehmung.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Warum haben Sie sich dazu entschieden, sich nicht auf die Ausschusssitzung vorzubereiten?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Es ist nicht so, dass ich mich nicht vorbereitet hätte auf die Ausschusssitzung; aber ich habe mich entschieden, nicht in die Akten zu sehen, und habe das auch dem Ausschussekretariat mitgeteilt, weil ich meinte und meine, dass die authentische Erinnerung besser ist, als wenn ich mich heute an das erinnere, was ich vor kurzem in den Akten gelesen hätte. Das ist meine subjektive Entscheidung, die dafür maßgeblich war.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Aber wäre vielleicht eine Vorbereitung nicht auch insofern angezeigt gewesen durch Aktenstudium, weil dadurch Erinnerungen auch wieder zutage kommen, durch Informationen, die Ihnen da eine Gedächtnisstütze sein können? Vielleicht würden Sie dadurch die Arbeit dieses Ausschusses auch deutlich besser unterstützen, als so unvorbereitet zu erscheinen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Noch mal: Ich bin nicht unvorbereitet, und ich habe mich anders entschieden.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Dann geben wir das Fragerecht weiter.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann sind wir bei der Fraktion der Linken. Herr Dr. Schöneburg, bitte.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Gut. Ich mache jetzt mal einen kleinen Sprung ins Jahr 2000. Da sind Sie ja dann Abteilungsleiter Abteilung IV im Innenministerium gewesen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Mhm.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Sind Sie das sofort geworden nach Ihrem Ausscheiden aus der Abteilung V?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Was waren da Ihre Aufgaben gewesen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Polizeiabteilungsleiter.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Und hatten Sie da zu tun mit der Enttarnung von Szczepanski oder überhaupt noch mit Maßnahmen gegen Szczepanski?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Nein.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nee.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): An die Enttarnung, können Sie sich daran noch erinnern?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Zu dem gleichen Zeitpunkt - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Der Grund, wenn ich das gerade sagen darf, -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: - war der Wechsel von dem Abteilungsleiter Polizei, der ging nach Mecklenburg. Das war der Grund, weswegen ich dann in die Polizeiabteilung gewechselt bin im Dezember 98.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber es liefen noch - - Nach unserer Kenntnis liefen Ermittlungsverfahren gegen Szczepanski, nachdem er aus dem Strafvollzug entlassen worden ist. Aber davon haben Sie keine Kenntnis.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein. Die Entlassung war ja, wenn ich das richtig weiß, 99.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): 99, ja, ja. Und 2000 liefen auch polizeiliche Maßnahmen aufgrund des von mir vorhin genannten Ermittlungsverfahrens gegen Dieter Borchert und Szczepanski wegen sozusagen der Herstellung von „United Skins“.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich gucke gerade auf meinen eigenen Lebenslauf. Ich bin im Juni 2000 dann auch ins Bundesinnenministerium gewechselt. Vielleicht beantwortet das die Frage. Also, ich weiß von dem Ermittlungsverfahren nichts.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Dann bin ich sozusagen mit einer Sache - - Vielleicht können Sie das trotzdem aufklären, weil das ist eine Sache, die wir

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

in der letzten Sitzung mit dem Staatsanwalt Petersen diskutiert haben. Da will ich Ihnen einen Vermerk vorhalten.

Also, es gab im Juli 2000 eine Hausdurchsuchung bei bekannten Neonazis, weil die sozusagen planten - jedenfalls hatte man durch eine TKÜ davon erfahren - einen Anschlag auf eine Hausbesetzer-Demo hier in Potsdam. Da hat man dann am 9. Juli 2000 eine Hausdurchsuchung bei Menzel und anderen durchgeführt - Uwe Menzel, stadtbekannter oder landesbekannter Neonazi -, hat dort auch Waffen gefunden, unter anderem eine Ceska 52 und ein Kleinkalibergewehr, und lauter Nazi-Utensilien. Die sind in polizeilichen Gewahrsam genommen worden. Ist Ihnen da irgendwas - -

(Der Zeuge schüttelt den Kopf.)

Jetzt halte ich Ihnen mal vor, was bei uns für Nachdenklichkeit gesorgt hat. Vielleicht können Sie es aufklären; aber wenn Sie da gar nicht mehr in Brandenburg waren, ist natürlich die Aufklärungschance relativ gering. Aber Sie spielen da eine Rolle.

Also, ich halte Ihnen das mal vor; ein Schreiben vom LOStA Junker, vom Leitenden Oberstaatsanwalt Junker hier in Potsdam, an das MdJEV sowie an die Generalstaatsanwaltschaft Brandenburg vom 25.07.2000. Die Quelle ist: B 36, sonstige Unterlagen - 115-94, Seite 26 bis 28. Zitat:

„Hinsichtlich der am 09.07.2000 vorläufig festgenommenen Beschuldigten Dirk H., Menzel, Tino Wi. und Christian W. ordnete der mit der Sache befasste Dezernent meiner Behörde am 10.07.2000 wegen fehlenden dringenden Tatverdachts bzw. fehlender Haftgründe die Entlassung aus dem Polizeigewahrsam an. Etwa zwei Stunden nach der Anordnung teilten der polizeiliche Ermittlungsführer beim Landeskriminalamt Brandenburg, EKHK Göllnitz, und KR S. K., LKA Brandenburg, dem Dezernenten mit, dass die Beschuldigten Tino Wi. und Christian W. entgegen der staatsanwaltschaftlichen Anordnung nicht entlassen worden seien und auf Weisung des Abteilungsleiters Polizei im Innenministerium, Ministerialdirigent Dr. Förster, auch nicht entlassen werden. Erst auf daraufhin fernmündliche, energischste Weisung des Leitenden Oberstaatsanwalts - verbunden mit dem Hinweis, dass im Falle einer Nichtbefolgung der Weisung der Tatbestand der Freiheitsberaubung erfüllt sein könnte - gegenüber dem Leiter der Staatsschutzabteilung beim Landeskriminalamt wurden die vorbezeichneten Beschuldigten auf freien Fuß gesetzt. Dieser - soweit ersichtlich - beispiellose Vorgang wird auf seine strafrechtliche Relevanz (Freiheitsberaubung) geprüft werden.“

Ist Ihnen da etwas erinnerlich? Also, ich meine, das ist ja nun wirklich ein Vorgang, der seinesgleichen sucht. Also, der Herr des Verfahrens ist die Staatsanwaltschaft. Die sozusagen ordnet an, dass diejenigen aus dem Gewahrsam entlassen werden. Menzel wird entlassen - der hat dann sozusagen eine MP gesucht, die er noch abgeben wollte -, und Tino Wi. und Christian W. bleiben nach dem Vermerk auf Ihre Anordnung in Gewahrsam. Und jetzt interveniert noch mal der Leitende Oberstaatsanwalt bzw. der Oberstaatsanwalt bei den Polizeibehörden.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Uns würde natürlich interessieren erstens, ob Sie daran eine Erinnerung haben, zweitens, aus welchem Grund Sie die beiden weiter in Gewahrsam behalten wollten.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich weiß das nicht mehr. Ich weiß, dass es irgendeine - - irgendwas mal gab. Irgendwas hat mir vorgehalten - nicht Junker, sondern der Behördenleiter.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Behördenleiter wäre ja Junker. Der war ja der Leitende Oberstaatsanwalt. Aber Michalik, das war der Oberstaatsanwalt.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, ich weiß das nicht mehr. Junker kannte ich noch aus Karlsruhe; der war da wissenschaftlicher Mitarbeiter. Ich habe keine Erinnerung. Ich habe mir die Daten gemerkt, und nach den Daten, die Sie vorgelesen haben, wäre ich da schon in Berlin gewesen.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber die werden ja nicht geschwindelt haben, Herr KR S. K. und Herr KD Junge - war da noch beteiligt gewesen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Also, ich weiß wirklich nicht.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Der Staatsanwalt, der es bearbeitet hat, war Staatsanwalt Petersen. Und der hat uns hier das noch mal berichtet vor einer Woche.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich weiß es nicht mehr.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Dann habe ich keine weiteren Fragen mehr.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann geht es weiter mit Herrn Wiese.

Abgeordneter Wiese (AfD): Es wurden ja schon die Fragen mehr oder weniger gestellt, aber noch nicht ganz beantwortet. - Herr Dr. Förster, können Sie mir oder uns sagen - so muss man sagen -, wie sich zu Ihrer Amtszeit als Leiter der Abteilung V das Verhältnis Polizeilicher Staatsschutz zu dem Verfassungsschutz gestaltete? Also jetzt keine - - sondern so, dass ich es verstehe. Einfache Worte.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Da muss ich tief nachdenken. An irgendwelche Konflikte kann ich mich nicht erinnern. Polizeilicher Staatsschutz war beim Landeskriminalamt.

Abgeordneter Wiese (AfD): Ja, und wie war das Verhältnis?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich weiß nichts in die eine Richtung und nichts in die andere Richtung. Deswegen müssen Sie mit der flachen Antwort „normal“ zufrieden sein. Ich kann mich nicht erinnern - aus heutiger Sicht erinnern -, dass irgendwelche besonderen Punkte waren.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Wiese (AfD): Aber Sie waren Leiter des brandenburgischen Verfassungsschutzes als auch später dann Polizeiabteilungsleiter.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Abgeordneter Wiese (AfD): Gut. - Gab es denn einen Informationsaustausch mit dem Polizeilichen Staatsschutz?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Von Fall zu Fall muss es den geben, aber das beantwortet nicht die Frage. Natürlich ist das vorgesehen, aber das bedingen Fälle. Das ist ja ganz klar. Aber jeder hat im Grundsatz seine Aufgaben, weil der Verfassungsschutz ist ja der Polizei vorgelagert. Der Verfassungsschutz findet im präventiven Bereich statt, hat keine exekutiven Befugnisse.

Abgeordneter Wiese (AfD): Okay. Das ist jetzt natürlich so der oberflächliche - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, ja.

Abgeordneter Wiese (AfD): Aber meine Frage ist ja: Gab es einen Informationsaustausch, ja oder nein? Das müssten Sie ja am besten wissen, vor allem nachdem Sie ja hier alle Positionen innehatten.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich kann mich - -

Abgeordneter Wiese (AfD): Können Sie sich nicht erinnern?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich kann mich nicht an irgendwas Konkretes erinnern, was diese Frage nachvollziehbarer beantworten würde.

Abgeordneter Wiese (AfD): Vielleicht wissen Sie: Hatte die Abteilung V Informationen, welche Personen für den Polizeilichen Staatsschutz aktiv waren, und wie wurden Doppelwerbungen von Quellen verhindert?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich weiß nicht, ob es dafür Anlässe gab, für solche Verhinderungsmaßnahmen. Das würde im Bereich des Verfassungsschutzes eher der Beschaffungsbereich wissen. Wir hatten ja zwei Referate, Beschaffung und Auswertung, was nicht überall so war. Bei manchen ist es auch in ein und demselben organisatorischen Bereich.

Abgeordneter Wiese (AfD): Also dann gab es auch keine Konkurrenzsituationen bei der Anwerbung von Quellen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Jedenfalls kann ich mich an keinen konkreten Fall erinnern, wo das so gewesen wäre zu meiner Kenntnis.

Abgeordneter Wiese (AfD): Ich halte mich zurück. - Danke schön.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann ist Frau Nonnemacher wieder dran. Bitte schön.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön. - Herr Dr. Förster, Sie hatten uns vorhin geschildert, dass Sie es schwierig und misslich fanden, dass diese relativ junge Verfassungsschutzbehörde in Brandenburg so viele Wechsel in der Leitung hatte und dass Sie sich da mehr Kontinuität gewünscht hätten. Nun haben Sie im Dezember 1998 diese Abteilungsleitung Abteilung IV im Innenministerium übernommen nach zweijähriger Amtszeit. Haben Sie sich in der Verfassungsschutzbehörde auch nicht so richtig wohlfühlt? Was war der Grund für den Wechsel, obwohl Sie ja eigentlich der Meinung waren, da täte Kontinuität not?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Den objektiven Grund des Wechsels habe ich ja geschildert, nämlich dass die Polizeiabteilung frei wurde, weil der Herr Bosch nach Mecklenburg ging. Ich selber wäre gern Verfassungsschutzchef geblieben. Ich wurde gebeten von Minister Ziel und ich wurde auch gebeten vom Ministerpräsidenten für diesen Wechsel.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also, es war nicht so, dass Sie ganz froh waren über die Chance, diese Abteilungsleitung der Abteilung IV übernehmen zu können, sondern Sie wären lieber in der Verfassungsschutzbehörde, in der Abteilung V, geblieben.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Sie haben recht, ich wäre lieber da geblieben. Und ich weiß, dass ich dem Minister gesagt habe, als Polizeiabteilungsleiter wäre ich nicht aus Karlsruhe gekommen. Ich habe in Karlsruhe eine der angesehensten Positionen, die die deutsche Justiz hat, aufgegeben: Ich war Oberstaatsanwalt beim Bundesgerichtshof. Aber wie ich in dem ersten vorgelesenen Satz vorhin gesagt habe: In diesem Teil Deutschlands einen demokratischen Nachrichtendienst zu führen, das hat mich angefasst - sagt man Neudeutsch -, das machen zu wollen. Und das hätte ich gerne länger gemacht, auch weil ich eben weiß, welche Schwierigkeiten meine Mitarbeiter mit so einem Chef hatten, der eben diese rechtliche Herangehensweise wollte und der auch dafür eingetreten ist, Sachen notfalls nicht zu machen, wenn sie nicht völlig nach Recht und Gesetz passieren können. Ich weiß, dass das Schwierigkeiten bereitet hat. Einer von den sehr jungen Mitarbeitern hat mir das mal gesagt, wie sie das auch anders schon gehört hätten.

Diese ewigen Wechsel - jeder hat seine Herangehensweise - - Und es hat dem Verfassungsschutz sicherlich nicht gutgetan, dass ich nur so kurze Zeit da war, zwei Jahre und einen Monat. Ich glaube, die beiden Nachfolger - bis hin zu der Frau Schreiber, die ja nun auch aus der Justiz kam, was die perfekte Voraussetzung ist aus meiner Sicht, weil da ist eben diese rechtliche Herangehensweise schon von Hause aus da -, das hat dem Verfassungsschutz sicherlich gutgetan. Aber diese beiden kurzen Nachfolger, das war von daher - ich will niemandem zu nahe treten - vom System her bestimmt auch nicht gut. Aber ich war selber Teil des Systems mit dieser kurzen Zeit.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Hat Ihr Vorgänger zum Beispiel eine andere Philosophie gepredigt?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das weiß ich nicht. Aber ich weiß, dass der diese - - Der war Bundesanwalt, so wie ich. Aber ausweislich dieses Umstands des Umgehens mit der Revision von Szczepanski: Das muss eine andere Herangehensweise gewesen sein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Hatten Sie den Eindruck, dass Sie in Ihrer Verfassungsschutzbehörde ausgebremst werden? Wir haben ja eben besprochen, dass man Ihnen Informationen offensichtlich bewusst vorenthalten hat.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Dass ich, um den Herrn Meyer-Plath noch mal zu zitieren, Unbehagen mit dieser Quelle hatte, das war da bekannt. Ich habe ja mein Entsetzen kundgetan, als ich davon erfuhr, und dann eben auch gefragt, wie das eigentlich hierarchisch gebilligt sei, diese Quelle zu führen. Ausweislich der Frage, warum Minister und Staatssekretär davon in Kenntnis gesetzt werden sollten: Das zeigt ja ein gewisses fehlendes Problembewusstsein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wenn Sie sagen, Sie wären lieber Chef der Verfassungsschutzbehörde geblieben: Konnten Sie diesem Wunsch nicht Nachdruck verleihen? Ich meine, wir wissen ja, in Brandenburg haben wir schon häufiger einen gewissen Fachkräftemangel in Führungspositionen zu beklagen gehabt. Aber konnten Sie nicht Ihrem Wunsch, dort zu bleiben, Nachdruck verleihen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich habe das mit dem Satz getan, den ich noch weiß, gegenüber Minister Ziel: Als Polizeiabteilungsleiter wäre ich nicht gekommen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also, Sie fühlten sich dann praktisch verpflichtet, der Anweisung oder der dringenden Bitte des von Ihnen sehr geschätzten Innenministers und des Ministerpräsidenten Rechnung zu tragen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: So war es.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): So war es. Gut. - Ich möchte noch mal zurückkommen auf Ihre Zeit als Verfassungsschutzleiter. Kollege Schöneburg war ja in die Zeit danach gegangen.

Im Brandenburger Verfassungsschutzbericht 1997 wurde berichtet, dass sich ein Teil der Neonazis mit dem Polizistenmörder Kay Diesner solidarisiert habe. Als Beispiel wurde aus dem Organ der „Sauerländer Aktionsfront“ zitiert, in dem es unter anderem heißt:

„Wir sind Revolutionäre. Das System führt Krieg gegen uns [...] Kamerad Diesner hatte die Kriegserklärung unserer Feinde an- und den bewaffneten Kampf aufgenommen.“

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Exakt dieselbe Formulierung findet sich im selben Jahr, also 1997, in der Ausgabe 11 von Szczepanskis Szeneheft „United Skins“. Wie bewerten Sie das, dass solche Aussagen im Heft eines Verfassungsschutzinformanten standen, das übrigens ab dieser Ausgabe das Londoner „Combat 18“-Postfach als Kontaktadresse nutzte?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das kann ich nicht bewerten, weil ich es nicht erinnere, diesen Umstand.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Mhm. - Sie haben in einem Vermerk an den Staatssekretär am 13. Januar 1997 zu dem Verdacht Stellung genommen, dass rechtsextremistische Schriften in der Justizvollzugsanstalt Brandenburg an der Havel hergestellt und von dort aus vertrieben worden sind. Im Folgemonat kam die zehnte Ausgabe des „United Skins“ heraus, in der auch die dritte Ausgabe des „Weissen Wolfes“ besprochen wird. Darin heißt es:

„Bestellpflicht bei Maik F., Anton-Saefkow-Allee 22/1, 14772 Brandenburg an der Havel, oder auch bei Jens Z., gleiche Anschrift. Vermeidet aber bitte die Nennung des ‚Weissen Wolfes‘ auf Euren Briefumschlägen.“²

Haben Sie Hinweise auf einen Vertrieb des „Weissen Wolfes“ aus der Justizvollzugsanstalt heraus, der ausgerechnet im Szeneheft des Verfassungsschutzinformanten Szczepanski abgedruckt war, an den Staatssekretär im Innenministerium oder im Justizministerium weitergegeben und gemeldet?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Keine Erinnerung.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Hm?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Daran habe ich keine Erinnerung, auch nicht an den Vermerk, den Sie vorgelesen haben. Dass das meine Befürchtung war, dass Szczepanski - Stichwort noch mal diese Schreibmaschinenbänder - dort so was machen könnte, das habe ich ja schon gesagt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Dann würde ich Ihnen gerne aus diesem Vermerk einen Vorhalt machen. Vermerk Verfassungsschutz Brandenburg, Dr. Förster für Staatssekretär, „Verdacht der Herstellung und des Vertriebs rechtsextremistischer Schriften aus der Justizvollzugsanstalt Brandenburg an der Havel“, 13.01.1997, Ordner B 4, Datei 1997, Seite 23. Ich zitiere in Auszügen:

„Aus dem Vorwort des (nicht mit vollem Namen genannten) Herausgebers von ‚United Skins‘, Nr. 8, läßt sich die Verantwortlichkeit des - ebenfalls in Brandenburg a. d. Havel inhaftierten - Carsten SZCZEPANSKI, der bereits die Nrn. 1-7 herausgegeben hatte, erschließen. [...]

Bei ‚United Skins‘, Nr. 9, erlauben allenfalls dort abgedruckte Leserbriefe Rückschlüsse auf eine mögliche Verantwortlichkeit von SZCZEPANSKI.“

² Anmerkung Stenografischer Dienst: Das Zitat konnte nicht verifiziert werden.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Wenn ich das so geschrieben habe, dann wird das meine Erkenntnislage gewesen sein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Szczepanski hat während Ihrer Amtszeit wiederholt die Adressen deutscher Rechtsextremisten mitgeteilt, die als Interessenten an das „Combat 18“-Postfach in London geschrieben haben, das ab der Ausgabe 11 auch als Kontaktanschrift des „United Skins“ fungierte. Halten Sie es für vorstellbar, dass britische Terrorgruppen die Adressen ihrer Sympathisanten in Deutschland, die Infomaterial bestellt haben, an einen Rechtsextremisten weiterleiten würden, der nicht Angehöriger von „Combat 18“ selber ist?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Meine Befassung mit diesen Organisationen „Combat 18“, „Blood & Honour“, das ist so lange her, dass ich - jetzt fragen Sie mich eigentlich als Sachverständigen - schlecht wirklich Verbindliches dazu sagen kann und möchte.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber deutet nicht die Weiterleitung der Adressen von „Combat 18“-Interessenten aus ganz Deutschland Ihrer Meinung nach darauf hin, dass Szczepanski eine Art Deutschlandbeauftragter des „Combat 18“ gewesen ist?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Mit „hindeuten“, ich denke, ist es nicht getan, sondern ich will verlässliche Antworten geben, und ich weiß über den Komplex zu wenig.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber ist Ihnen das damals nicht aufgefallen, dass Ihr Informant Carsten Szczepanski eine Art Schnittstellenfunktion für das „Combat 18“ zwischen England und Deutschland innehatte?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Diese Einzelheit, die 20 Jahre zurückliegt - 21 Jahre -, ich weiß sie wirklich nicht mehr.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Können Sie aus- -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich will mich nicht rausreden mit den 20, 21 Jahren, aber das ist die Wahrheit.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Können Sie ausschließen, dass Szczepanski Ihrer Verfassungsschutzbehörde über rechtsextremistische Aktivitäten oder Gruppierungen berichtet hat, die es ohne ihn gar nicht gegeben hätte?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Darf ich meine Antwort zu der Frage davor noch ergänzen?

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Bitte schön.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das war haargenau der Grund, warum ich eben nicht in die Akten gesehen habe vorher: um nicht irgendwelche Sachen, die ich da

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

lese, 20 Jahre später für mich selber schlüssig zu machen, um sie dann hier zu berichten. Genau davor habe ich mich schützen wollen und habe das ja auch schriftlich kundgetan gegenüber dem Sekretariat: dass ich versuchen will, hier authentisch meine Erinnerung kundzutun. - Jetzt habe ich fast die Anschlussfrage vergessen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also, ich hatte Sie - -

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Es ist dann auch schon wieder so langsam die letzte.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Na ja, noch nicht ganz. Ein bisschen Verlängerung möchte ich auch in Anspruch nehmen. Ich verweise auf Frau Gossmann-Reetz in der ersten Fragerunde.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Akzeptiert!

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Daraus leitet sich ein Anspruch ab. - Ich hatte Sie gefragt: Können Sie ausschließen, dass Szczepanski Ihrer Verfassungsschutzbehörde über rechtsextremistische Aktivitäten oder Gruppierungen berichtet hat, die es ohne ihn gar nicht gegeben hätte?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Niemand kann irgendwas ausschließen. Aber ich habe ja schon bekundet, dass ich einen Beweis für die Nachrichtenehrlichkeit in der Form gefunden habe, dass er eben diesen Kontakt mit dem Jan Werner so dargestellt hat, wie er sich dann auch später erwiesen hat.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Während Ihrer Amtszeit hat der V-Mann-Führer Dieter Borchert ein Postfach unterhalten - das wurde auch hier schon mal angesprochen -, das Szczepanski unter anderem als Kontaktadresse für die „National Socialist Movement“ nutzte, die in England ein Sammelbecken für „Combat 18“-Mitglieder war. Wie bewerten Sie es, dass ein Verfassungsschutzpostfach als Kontaktadresse für militante Neonazis dient - das während Ihrer Amtszeit? Ist das mit Ihrer Auffassung, die Sie uns eingangs so eindrücklich dargelegt haben, in irgendeiner Weise vereinbar?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Absolut nicht. Aber diesen Sachverhalt höre ich hier auch zum ersten Mal.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber diese Sachverhalte haben wir in vielfachen Sitzungen herausgearbeitet anhand der Akten, und die sind nachgewiesen; das ist so gewesen. Das gibt sozusagen Ihren Bedenken noch mal neuen Auftrieb. Aber: Sie waren darüber nicht informiert -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Genau.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - und in keinsten Weise unterrichtet.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. - Dann danke ich.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann gehen wir jetzt in die dritte Runde. Die SPD-Fraktion hat keine weiteren Fragen. - Die CDU auch nicht. - Die Linken auch nicht. - Herr Wiese nicht. - Frau Nonnemacher, Sie dürfen gleich weitermachen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke, das ist schön. Ich bin aber auch fast durch. - Ich hätte bloß noch mal eine Frage: Sie haben vorhin gesagt, Ihr Vorgänger, Herr Pfaff, hatte offensichtlich eine andere Auffassung. Ist Ihnen bekannt, warum Ihr Vorgänger, Herr Pfaff, abgelöst wurde als Leiter des Verfassungsschutzes?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein. Ich weiß auch nicht, ob er abgelöst wurde oder ob er von sich aus was anderes machen wollte. Ich weiß es wirklich nicht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ist Ihnen nicht bekannt. Aber Sie haben ihn ja abgelöst im Amt.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gab es da so eine Art Übergabe?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Haben Sie mit ihm irgendwie was besprochen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Hat er Sie eingeführt -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - oder auf Probleme hingewiesen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gar nicht.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): In welchem Zustand haben Sie die Behörde von ihm übernommen? Würden Sie sagen, dass das sozusagen alles selbsterklärend war, oder haben Sie dort erhebliche Defizite ausgemacht bei der Übernahme?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das kann man so nicht beantworten, weil man Defizite, ernsthafte Defizite erst nach einer gewissen Zeit natürlich merkt. Ein Problem war, dass Herr Pfaff selber jemand anderen präferiert hatte als seinen Nachfolger und

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

diesem anderen das auch sehr deutlich gesagt hatte, sodass dieser andere sehr enttäuscht war, das nicht zu werden.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wer war das?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das war der dann bei mir als Referatsleiter tätige, aber sehr loyale - ohne „aber“; ich streiche das „aber“ wieder - Herr Keseberg. Der leitete das Grundsatzreferat einschließlich des Rechts. Den hatte Herr Pfaff sehr präferiert, und der war auch eine Weile förmlich kommissarischer Leiter nach dem Weggang von Herrn Pfaff. Das hat ihm zusätzlich - - Ich habe das bewundert, wie loyal der dann mit mir gearbeitet hat. Mit dem würde ich auch immer wieder gerne zusammenarbeiten, weil er auch Kenntnisse hatte - Jurist und kam aus dem Bundesamt. Das war einer der wenigen, die wirklich nachrichtendienstlich vorher tätig waren.

Ja, das war eine nicht gerade besonders erstrebenswerte Situation. Ich bin dann auf ihn zugegangen, und wir haben nicht nur ein Arbeitsverhältnis, sondern ein, ich denke, gutes Arbeitsverhältnis gefunden. Er hat auch selber diese rechtliche Herangehensweise im Rahmen seiner Möglichkeiten unterstützt. Der Beschaffungs- und der Auswertungsbereich, die hatten da, ich denke - aus der Erinnerung -, eher Vorbehalte, Sachen notfalls unterlassen zu müssen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): War das üblich, dass Sie von Ihrem Vorgänger da praktisch keine Übergabe bekommen haben?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das kann ich nicht beurteilen. Der war auch weg. Ich habe den dann auch nie mehr gesehen. Das muss ja - Stichwort: kommissarische Leitung - irgendwie so eine gewisse Vakanz dann auch gewesen - - Ich habe Herrn Pfaff, den ich gut kannte aus Karlsruhe, sehr gut kannte - - Und ich bin auch einigermaßen sicher, dass er den Minister Ziel auf mich hingewiesen hat als Pressesprecher. Ich war sehr lange Pressesprecher in Karlsruhe beim Generalbundesanwalt und habe sehr eng mit Wolfgang Pfaff zusammengearbeitet, weil der ein ganz untypisches Referat auch hatte, was wichtig war für Hintergrundwissen insbesondere. Herr Ziel brauchte einen Pressesprecher wegen seiner Doppelfunktion als Vorsitzender der Innenministerkonferenz. Das war eine extrem anspruchsvolle Tätigkeit. Er war der erste Innenminister eines ostdeutschen Landes, der Chef der Innenministerkonferenz war. Und das war sehr mit zusätzlicher Pressearbeit verbunden. Ich denke sehr, dass Pfaff auf mich hingewiesen hat nach dem Motto: Frag doch den mal.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Letzte Frage: Wenn Sie mit Herrn Pfaff bereits beim GBA zusammengearbeitet haben, gut zusammengearbeitet haben und er Sie auch nach Brandenburg empfohlen hat und Sie praktisch aus der gleichen Philosophie kamen, wie erklärt sich dann, dass er Sie gar nicht als Nachfolger goutiert hat?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das weiß ich nicht; da will ich auch nicht spekulieren. „Die gleiche Philosophie“: Muss nicht stimmen.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Okay. Gut. - Dann bedanke ich mich bei dem Herrn Zeugen und habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ein letzter Blick in die Runde: Gibt es noch Fragebedarf? - Das scheint nicht der Fall zu sein.

Meine Abschlussfrage geht in Richtung Vereidigung - ja oder nein? Aus meiner Sicht ist eine Vereidigung nicht notwendig. Widerspricht jemand aus der Runde? - Herr Dr. Redmann.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Wir sehen doch eine Vereidigung angezeigt, weil der Zeuge an verschiedenen Punkten behauptet hat, von Dingen hier heute zum ersten Mal erfahren zu haben, was nachweislich aber nicht stimmt. Insofern würde ich da doch eine Vereidigung vorsehen wollen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Gut. Dann muss ich die Nichtöffentlichkeit herstellen, damit wir dazu einen Beschluss fassen können. Ich bitte also die Anwesenden, die nicht zum Ausschuss gehören, den Raum zu verlassen, auch Sie bitte, Herr Dr. Förster. Es wird nicht lange dauern.

(Unterbrechung des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Öffentlich: 17.31 Uhr -
Folgt Sitzungsteil Beratung)

[REDACTED]

[REDACTED]

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

(Fortsetzung des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Öffentlich: 17.33 Uhr)

**Fortsetzung der Vernehmung des Zeugen
Dr. Hans-Jürgen Förster**

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Bitte, Herr Dr. Förster, nehmen Sie noch mal ganz kurz Platz.

Der Ausschuss hat soeben mehrheitlich entschieden, dass Sie nicht vereidigt werden. Ich kann mich deshalb bei Ihnen für Ihr Erscheinen bedanken. Sie können gehen. Vielen Dank.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich war sehr gern hier.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ich will ganz kurz darauf hinweisen, dass wir morgen mit der nächsten Sitzung fortsetzen, und zwar um 13.30 Uhr im gleichen Raum mit der Vernehmung der Zeugen W. C. und Milbradt.

Für heute bedanke ich mich sehr herzlich und wünsche allen noch einen schönen Resttag. Wir sehen uns morgen pünktlich um 13.30 Uhr.

(Schluss: 17.34 Uhr)

[REDACTED]

[REDACTED]

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Vernehmung des Zeugen Borchert

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Ausschussmitglieder! Sehr geehrter Herr Borchert! - Auf diese Anrede haben wir uns hier geeinigt. - Und erneut: Sehr geehrter Herr Dr. Peters! Herzlich willkommen!

Ich grüße auch die Gäste im Raum 1.050. Ich hoffe, dass die Tonqualität der Übertragung in Ordnung ist.

Herzlich willkommen, Herr Borchert! Als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuss muss ich Sie zunächst belehren.

Als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuss unterliegen Sie der Wahrheitspflicht. Das heißt, die von Ihnen gemachten Angaben müssen vollständig sein und der Wahrheit entsprechen. Sie dürfen weder falsche Angaben machen noch wesentliche Umstände, die mit dem Beweisthema im Zusammenhang stehen, verschweigen. Sofern Sie an bestimmte Dinge keine Erinnerung mehr haben, müssen Sie auch dies deutlich zum Ausdruck bringen. Der Untersuchungsausschuss ist nach § 22 UAG grundsätzlich berechtigt, einen Zeugen am Ende seiner Aussage zu vereidigen. Über eine Vereidigung Ihrer Person wird insoweit noch zu befinden sein.

Falsche Aussagen vor dem Untersuchungsausschuss sind strafbewehrt. Dabei kommt es nicht darauf an, ob Sie Ihre Aussage beeidigen müssen oder nicht. Falsche uneidliche Aussagen sind nach § 153 Strafgesetzbuch strafbedroht und werden mit Freiheitsstrafe zwischen drei Monaten und fünf Jahren sanktioniert. Im Falle der Annahme einer Strafbarkeit eines Meineides wird der Strafrahmen des § 154 Strafgesetzbuch, der eine Mindeststrafe von einem Jahr vorsieht, Anwendung finden. - Das sage ich nicht, Herr Borchert, weil ich Ihnen misstraue, sondern weil mich das Gesetz zu dieser Belehrung verpflichtet.

Ich möchte Sie auch über Ihre Rechte gemäß § 19 UAG belehren. Danach sind Sie berechtigt, die Auskunft auf solche Fragen zu verweigern, deren Beantwortung Ihnen selbst oder einem der in § 52 Absatz 1 StPO bezeichneten Angehörigen die Gefahr zuziehen würde, wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit verfolgt zu werden. - So weit die Belehrung.

Ich verzichte aus gegebenem Anlass auf Angaben zur Person. Ich verzichte auch auf meine einleitenden Fragen. Ich möchte die Fragerunde eröffnen. Das geht fraktionsweise der Reihe nach. Wir beginnen bei der Fraktion der SPD. Die nächsten 15 Minuten gehören Ihnen. Wer beginnt? - Frau Gossmann-Reetz, bitte schön.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Herzlich willkommen, Herr Borchert, in unserem Ausschuss! - Ich würde Sie einleitend erst mal fragen zu Ihrem beruflichen Werdegang, vor allen Dingen beim Verfassungsschutz Brandenburg.

Zeuge Borchert: Ich habe 1993 in der Abteilung V des Landes Brandenburg, in der Beschaffungsabteilung, begonnen, habe dort, in der Beschaffung, zunächst als Schwerpunkt den Rechtsextremismus bearbeitet, bin dann, im Jahre 2000, mit

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Aufgaben in der Bekämpfung des Islamismus beauftragt worden und stehe demnächst kurz vor der Pension.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und vor 92, wo haben Sie da gearbeitet?

Zeuge Borchert: Da war ich beim LfV Berlin, ebenfalls in der Beschaffung tätig.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Dann kommen wir zu Ihrer V-Mann-Führung von Herrn Szczepanski alias „Piatto“. Wann haben Sie das allererste Mal von Herrn Szczepanski gehört?

Zeuge Borchert: In Brandenburg?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mhm.

Zeuge Borchert: Im Jahre 1994.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und vorher schon mal von ihm gehört?

Zeuge Borchert: Im Laufe der Bearbeitung in Berlin ist mir bekannt geworden, dass Herr Szczepanski an der Herstellung des Fanzines „Feuerkreuz“ beteiligt war.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also aus beruflichem Zusammenhang, -

Zeuge Borchert: Beruflichem Zusammenhang, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - aber persönlich sind Sie ihm vorher nicht begegnet.

Zeuge Borchert: Nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie sind ihm dann wahrscheinlich das erste Mal persönlich 1994 in der JVA begegnet. Ist das richtig?

Zeuge Borchert: In der JVA in Königs Wusterhausen, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Noch in Königs Wusterhausen. - Können Sie uns von diesem ersten Zusammentreffen erzählen? Wie gestaltete sich das? Dieses Anwerbeverfahren war ja durch einen Kollegen von Ihnen, den wir hier auch schon gehört haben - -

Zeuge Borchert: Herr Szczepanski hatte sich ja mittels eines Briefes an die Abteilung - das wissen Sie ja auch - gewendet und um Unterlagen, also einen Verfassungsschutzbericht, sowie um ein Gespräch gebeten. In der ersten Zeit hatte der Kollege ihn wohl alleine dort aufgesucht, um die Informationen entgegenzunehmen. Und ab September 94 bin ich dann - zunächst mit ihm zusammen - in die Anstalt und habe mir dort ein Bild zunächst über den Informationszugang gemacht.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und was für ein Bild war das?

Zeuge Borchert: Es war ein Bild, dass Herr Szczepanski über umfangreiche Erkenntnisse in der rechtsextremistischen Szene sowohl in Deutschland als auch überregional - Stichwort Ku-Klux-Klan - verfügte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Haben Sie eine Idee, warum man ausgerechnet Sie ausgewählt hat als V-Mann-Führer für den Herrn Szczepanski?

Zeuge Borchert: Möglicherweise, weil ich Erfahrungen im Rechtsextremismus schon über längere Zeit, auch aus Berlin, hatte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gab es damals Bedenken auch von Ihrer Seite, jemanden, der des Mordes angeklagt wurde oder der Beihilfe zum Mord, abzuschöpfen?

Zeuge Borchert: Na ja, das war zunächst nicht meine Aufgabe. Es wurde die Entscheidung, hier den Kontakt mit Herrn Szczepanski herzustellen und ihn in der Folge weiterhin abzuschöpfen, durch die Abteilung bzw. das Ministerium und weitergehende Entscheidungsträger gefällt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das ist ja, glaube ich, schon ein besonderer Vorgang, wenn jemand sich so aus der Haft heraus anbietet. Wie haben Sie damals die Beweggründe von Herrn Szczepanski wahrgenommen, das zu tun?

Zeuge Borchert: Die Beweggründe lagen sowohl im privaten Bereich - er hatte, wie soll man sagen, intensive Wünsche, seinen damals zweijährigen Sohn wiederzusehen; das war eine Geschichte - und in der Folge wahrscheinlich, Hilfe hinsichtlich seiner Inhaftierung in irgendeiner Form zu erhalten. Aber ich weise darauf hin, dass ihm dahingehend keinerlei Zusagen gemacht wurden.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Von Ihrer Seite, sagen Sie, oder - -

Zeuge Borchert: Von meiner Seite, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und von staatsanwaltschaftlicher Seite?

Zeuge Borchert: Na ja, in der Folge jetzt. Wenn Sie jetzt den Dolgenbrodt-Prozess ansprechen - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Oder auch vorher. Gab es da mal etwas?

Zeuge Borchert: Bei mir ist jetzt in Erinnerung, dass Dolgenbrodt hier eine Rolle spielte -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja, auch.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Borchert: - und die damalige Staatsanwältin ihm bei einer positiven Aussage zumindest Hoffnungen machte auf eine Halbstrafe.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das können Sie noch so erinnern, dass sie wortwörtlich eine Halbstrafe in Aussicht gestellt hat?

Zeuge Borchert: Es war - - Also, ich muss ganz ehrlich sagen: Ich habe es gelesen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mhm. Jetzt gelesen -

Zeuge Borchert: Jetzt gelesen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - oder damals gelesen?

Zeuge Borchert: Ich habe es damals erfahren; aber jetzt, durch die Lektüre, gibt es ja keinen Zweifel daran, dass es sich so verhalten hat. Jetzt, nach fast 25 Jahren, hat man natürlich keine detaillierten Erinnerungen an die Dinge.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Na, ist unterschiedlich. Manche Dinge erinnert man sehr genau, manche überhaupt nicht mehr.

Zeuge Borchert: Na ja, das ist ein bisschen lange her.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Es ist schwierig. Hätte ja sein können; das ist doch eine sehr ungewöhnliche Geschichte.

Versuchen Sie mal, das allererste Treffen mit Herrn Szczepanski zu beschreiben. Was war das für ein Mensch, der Ihnen da gegenüberstand, als Sie in die JVA Königs Wusterhausen kamen?

Zeuge Borchert: Es war ein Mensch, mit dem man sich unterhalten konnte, der keine großartigen Vorbehalte zeigte, der sich auskunftsfreudig zeigte. Also, wenn man es so nimmt: eine sehr entspannte Gesprächsatmosphäre eigentlich.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und so vom Typ her?

Zeuge Borchert: Vom Typ her?

(Der Zeuge überlegt.)

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Na ja, seinem Alter entsprechend entwickelt? Ein intelligenter Mensch?

Zeuge Borchert: Ein intelligenter Mensch, ja. Davon kann man ausgehen, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und Sie fanden das alles sehr plausibel, was Ihnen da entgegenkam an Informationen?

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Borchert: Nicht alles; aber der erste Eindruck, also was die fachliche Seite betraf, der war positiv, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay, gut. - Nun ist es, glaube ich, relativ schwierig, mit so einer Quelle im Gefängnis guten Kontakt zu halten. Sie mussten da ja auch Möglichkeiten finden. Wie haben Sie das als Beschaffer angestellt damals, -

Zeuge Borchert: Ich habe - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - um regelmäßig Zugang zu bekommen zu einem Häftling?

Zeuge Borchert: Es sind dort wohl Gespräche geführt worden, über meiner Gesprächsebene.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mit wem?

Zeuge Borchert: Na, irgendwelche Vorgesetzten werden mit dem - - haben mit dem Justizministerium Gespräche geführt, um hier die Lage zu klären. Dann habe ich ihn im Anschluss daran etwa 14-tägig in der Anstalt aufgesucht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Haben Sie dazu Absprachen mit der JVA getroffen?

Zeuge Borchert: Ich persönlich habe keine Absprachen getroffen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. - Was war denn die offizielle Geschichte, warum Sie einen Häftling alle 14 Tage besuchen?

Zeuge Borchert: Diese - - Inwiefern da jetzt Hintergründe zwischen der, sage ich mal, Behördenleitung und der Justiz getroffen wurden, kann ich nicht sagen. Ich bin jedenfalls - - habe ihn dort, in der Haftanstalt, aufgesucht und habe dann die Gespräche geführt über rechtsextremistische Erkenntnisse.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie stelle ich mir das vor? Wenn man zu einer JVA hingeht, dann geht man da an die Pforte und sagt: „Ich bin vom Verfassungsschutz und möchte einen Häftling sprechen“, oder wie lief das?

Zeuge Borchert: Dort - - Also, was mir jetzt in Erinnerung ist - - Wenn ich mich da noch dunkel erinnere, hat man da an der Pforte geklingelt. Dann machte jemand auf, man trug sein Anliegen vor, und dann wurde man in einen Raum geführt, in dem dann - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wussten die Menschen, die Ihnen öffneten, dass Sie vom Verfassungsschutz sind?

Zeuge Borchert: Also, ich habe es ihnen persönlich nicht gesagt.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mhm.

Zeuge Borchert: Ich weiß nicht. Das kann ich Ihnen jetzt - - Darüber kann ich Ihnen jetzt - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Haben Sie sich ausgewiesen?

Zeuge Borchert: Hm?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie haben Sie sich denn ausgewiesen? Sicher nicht mit Ihrem privaten Personalausweis, den man normalerweise in einer JVA abgeben muss, wenn man - -

Zeuge Borchert: Also, ich muss Ihnen ganz ehrlich - - Ich kann es Ihnen im Augenblick detailliert nicht mehr sagen, ob da ein Ausweis gezeigt wurde oder was da im Einzelnen vorgetragen wurde. Ich weiß es nicht mehr. Ich weiß es nicht. Ich weiß, irgendwie hat man da geklingelt, dann öffnete sich die Tür. Und was da jetzt im Einzelnen - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, uns ist aus den Unterlagen bekannt, dass Sie dort als Sozialarbeiter aufgetaucht sind, unter einer Legende, unter der wir Sie ja hier auch ansprechen.

Zeuge Borchert: Die Legende „Sozialarbeiter“ ist nicht gegenüber irgendwelchen Behörden eingesetzt worden, sondern diente lediglich dazu, den Kontakt mit Szczepanski gegenüber seiner Szene darzustellen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Und wenn Sie da in der JVA waren, hatten Sie dann extra Besuchsräume, oder waren das die normalen, die alle Häftlinge hatten?

Zeuge Borchert: Ich erinnere mich daran, dass es eine kleine Kammer war irgendwo auf dem Gelände. Es war ja ein kleines Gefängnis.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und wie gestalteten sich diese Einlasskontrollen, um in die JVA reinzukommen, für Sie?

(Der Zeuge überlegt.)

Ich frage deswegen: Sie haben ja nachher auch ein Postfach von Herrn Szczepanski betreut.

Zeuge Borchert: Richtig. Es ist ein Postfach seinerzeit angemietet worden, um die Materialien - - Ich meine, Herr Szczepanski hatte ja in der Szene, auch durch seine Verurteilung, ein, sage ich mal, hohes „Ansehen“ - in Tüttelchen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Borchert: Mitglieder oder Personen der rechtsextremistischen Szene suchten geradezu den Kontakt zu ihm. Und diese Briefe oder Materialien wurden eben über dieses Postfach organisiert, das ich dann geleert habe und den Inhalt der Auswertung vorgelegt habe.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie muss ich mir das vorstellen? Sie haben dieses Postfach betreut. Das Postfach lief auf Ihren Namen -

Zeuge Borchert: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - und sowohl auf Szczepanskis Namen. Auch noch auf weitere Namen?

Zeuge Borchert: Nein. Ich kann nicht mal mehr mit Sicherheit sagen, ob es auf den Namen Szczepanski lief. Also auf meinen Namen lief es auf alle Fälle; das ist richtig. Das weiß ich mit Sicherheit.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): So. Und dann sind Sie da hin, haben das geleert -

Zeuge Borchert: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - und haben dann die Sachen erst Herrn Szczepanski vorgelegt, oder - -

Zeuge Borchert: Nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sondern?

Zeuge Borchert: Der Auswertung der Behörde.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Der Auswertung.

Zeuge Borchert: Der Auswertungsabteilung, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und wie sind die Sachen dann zu Herrn Szczepanski gekommen?

Zeuge Borchert: Die im Einzel- - Nicht alles; aber sofern er da natürlich Dinge benötigte, um den Kontakt zu halten, die - - Ich kann es gar nicht mehr sagen. Aber die sind ihm wahrscheinlich dann ausgehändigt worden.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich frage natürlich: Wenn man durch so eine Schleuse durchgeht in die JVA, wie nimmt man dann diese ganzen - -

Zeuge Borchert: Es war in Königs Wusterhausen keine Schleuse. Das war - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und später, in Brandenburg an der Havel?

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Borchert: Später, in Brandenburg an der Havel, richtig, da war das natürlich - - Da waren andere Verhältnisse, das stimmt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Eben. Und da wurde ja das Postfach auch weiter betreut.

Zeuge Borchert: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und dann haben Sie ja relativ viel Material, ich sage mal, sogar zur Auswertung zu Herrn Szczepanski gebracht.

Zeuge Borchert: Ja, das ist richtig. Aber „viel Material“ - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie haben Sie das da reinbekommen?

Zeuge Borchert: Das waren Ausnahmen, die da irgendwie ihm vorgelegt wurden, wenn es also dazu diente, sage ich mal, den Kontakt weiter zu betreuen - sofern ich mich daran erinnere. Also, es war jetzt nicht, dass er das gesamte Material wiederbekam, sondern es waren ausgewählte Dinge.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Na ja, also - - Ich habe hier ein Schreiben von Herrn Szczepanski an Sie vom 12.01.1996. Da steht zum Beispiel drin:

„Was ich Dir noch vorschlagen wollte ist, ob es nicht organisatorisch besser wäre wenn ich denn Dir fortan ‚nur‘ noch Kopien aushändige. Die bräuchte ich nicht zurück und Du hättest mehr Zeit zur Sichtung.“¹

(RA Dr. Butz Peters: Wäre es möglich, dass das dem Zeugen vorgelegt wird, das Papier?)

- Ja, bitte.

(RA Dr. Butz Peters: Er hat keine aktuelle Erinnerung, deswegen!)

- Na klar.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt.)

Dann würde ich noch ein anderes Schreiben vorhalten, in dem steht - das ist vom 18.07.1996, auch an Sie gerichtet -:

„Von COMBAT 18 müßte zu 100% ein T-Shirt und eine CD ans Postfach gekommen sein. Beide benötige ich sehr dringend und darum würde ich Dich bitten daß Du mir beides in der nächsten Woche mitbringst.

¹ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: Ordner Piatto Komplex, 1996.pdf, Seite 1.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Und dann wollte ich Dich noch fragen, ob Du mir beim Sprecher Zigaretten kaufen könntest? Diese würde ich zum Bezahlen von Fotokopien sehr gut gebrauchen können.“²

Also, das klingt ja - -

Zeuge Borchert: Na ja, die Frage ist ja - - Dass er ein T-Shirt da in den Knast bekommen hat, da gehe ich nicht von aus, dass er das bekommen hat. Und ob ich ihm da Zigaretten besorgt habe zur Bezahlung, kann ich Ihnen auch nicht mehr sagen. Das waren - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): In einem anderen Brief - -

Zeuge Borchert: Hm?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): In einem anderen Brief bittet er Sie sogar, „Gehacktes“ mitzubringen. Was ist denn damit gemeint?

Zeuge Borchert: Das war eine Geschichte, in der er mit irgendwelchen Insassen einen gesteigerten Appetit auf Buletten hatte und deswegen Gehacktes wollte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das konnten Sie aber ungehindert einführen.

Zeuge Borchert: Ich kann mich nicht erinnern, dass das passiert ist. Das waren vielleicht Wünsche, die da angetragen wurden. Aber ob das jetzt - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber Sie verstehen, dass, wenn wir die Briefe lesen, wir das erst mal - -

Zeuge Borchert: Ja, ja, sicher. Aber klar waren die Wünsche, da irgendwas zu erhalten, natürlich immens. Was ihm davon jetzt - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber eine Bulette oder so haben Sie ihm nicht mitgebracht?

(Heiterkeit)

Zeuge Borchert: Nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich frage nur.

Zeuge Borchert: Nein.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Minute, bitte.

² Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: Ordner B 4, Herabstufungen, Anfrage UA 6_1 Nr. 2 vom 31.01.2018, 2_PIATTO_Vermerke1996 Seite 28-Page197-VSnfd.pdf, Seite 1.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wir machen jetzt erst mal den Vorhalt zu dem Schreiben mit den Kopien, weil das finden wir schon relevant, dass Herr Szczepanski Ihnen - -

(RA Dr. Butz Peters: Entschuldigung! Das geht ein bisschen schnell! Es wäre gut, wenn der Zeuge sich das noch mal angucken könnte, bevor er - -)

- Ja, natürlich.

(RA Dr. Butz Peters: Dass er dazu Stellung nehmen kann! Weil wir haben hier zwei Passagen! Also kleinen Augenblick!)

- Sehr gerne.

(RA Dr. Butz Peters: Wir lesen so schnell, wie es geht! - Der Zeuge und sein Rechtsbeistand lesen in zuvor vorgelegten Unterlagen.)

Zeuge Borchert: Ja, ja, das ist die Geschichte, da sind natürlich Wünsche vorgetragen worden, die eben - - Ich nehme an - - Also, bestimmt hat er kein „Combat 18“-T-Shirt in die - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Davon gehen Sie nicht aus.

Zeuge Borchert: Bitte?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Davon gehen Sie also nicht aus.

Zeuge Borchert: Nee. Also, das schließe ich total aus.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Die andere Geschichte ist natürlich, dass er sagt, er ist in der Lage, da Kopien für Sie anzufertigen vor Ort im Gefängnis, und dafür braucht er Zigaretten.

Zeuge Borchert: Ich glaube nicht, dass ich auf Kopien irgendwie angewiesen war.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): War Szczepanski dann so ein Trautmäntzer?
Oder warum schreibt der so was?

Zeuge Borchert: Na ja, das war vielleicht damit zu begründen, dass man natürlich in Haft vielleicht irgendwo eine andere Wahrnehmung hat als in der Freiheit und er hier Wünsche äußerte, die natürlich nicht zu befriedigen waren.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, Sie können sich nicht vorstellen, dass er da Kopien gezogen hat, in der JVA. Also, er möchte Bezahlungen von Ihnen haben.

(Der Zeuge und sein Rechtsbeistand lesen erneut in zuvor vorgelegten Unterlagen.)

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Borchert: Also, ich kann mich nicht daran erinnern, dass er Kopien angefertigt hat von irgendwelchen Dingen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. Ich muss dann leider erst mal abgeben.
- Danke erst mal.

Zeuge Borchert: Bitte.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Es gibt die zweite Chance und die dritte - vielleicht. Wir wechseln zur CDU-Fraktion. Herr Dr. Redmann fragt weiter.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Herr Borchert, ich würde gern noch mal einen kleinen Schritt zurückgehen, und zwar zu der Frage der Anwerbung. Waren Sie auch im Bereich Forschung und Werbung aktiv zu irgendeinem Zeitpunkt?

Zeuge Borchert: Damals befand sich der Verfassungsschutz Brandenburg im Aufbau. Es waren sehr übersichtliche Personen da. Letztendlich hat sich jeder der damals Anwesenden mit dem Themenkomplex Forschung und Werbung auch beschäftigt.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Also haben Sie sich auch mit dem Komplex Forschung und Werbung - -

Zeuge Borchert: Ich habe mich auch mit dem Komplex Forschung und Werbung - -

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Inwieweit waren Sie in den Bereich der Anwerbung von Carsten Szczepanski eingebunden?

Zeuge Borchert: Na ja, das ist natürlich jetzt hier eine Geschichte - - Es handelte sich ja hier nicht um eine klassische Werbung, sondern er hat sich ja aus dem Knast heraus selbst angeboten, Informationen zu liefern. Daher waren hier eigentlich keine besonderen Anstrengungen notwendig, mit ihm in Kontakt zu treten, um Informationen zu erzielen.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Aber Teil des Anwerbungsprozesses ist es doch auch, den potenziellen V-Mann zu überprüfen, seinen Hintergrund zu untersuchen, sein Vorleben und dergleichen, oder? Ist das nicht Teil einer Anwerbung?

Zeuge Borchert: Das wäre Teil einer Anwerbung, ja.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Und waren Sie in diesen Teil der Anwerbung in Bezug auf „Piatto“ eingebunden?

Zeuge Borchert: Ich sagte ja: Ich habe Herrn Szczepanski das erste Mal im September in der JVA kennengelernt und habe dort Informationen von ihm entgegengenommen. Also, dieser klassische Vorlauf „Anwerbung“ in seinem Falle, da war ich nicht eingebunden, nein.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Gab es 1994 oder Anfang 95 einen Vermerk von Ihnen, der mit dem Fazit schloss, Szczepanski sei als Quelle geeignet?

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Borchert: Wenn Sie den vorliegen haben, würde ich ihn ganz gerne sehen.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Das ist ja eine Frage erst mal, die ich stelle.

Zeuge Borchert: Das kann ich Ihnen doch nur - -

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Erinnern Sie sich, ob Sie - -

Zeuge Borchert: Nein, ich erinnere mich daran nicht, an den - -

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Die Frage, die wir uns stellen, ist: Wer hat die Entscheidung eigentlich getroffen, dass er als Quelle geeignet ist?

Zeuge Borchert: Diese Entscheidung, die ist jetzt oberhalb meiner Gesprächsebene getroffen worden, das heißt Abteilungsleiter - mindestens der Abteilungsleiter.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Aber es muss ja dafür - und das ist das, was uns so ein bisschen wundert, weil wir das nämlich, bislang zumindest, nicht gefunden haben -, für diese Entscheidung, auch eine Grundlage erstellt worden sein, also ein wie auch immer gearteter Vermerk, in dem die Rechercheergebnisse zu seinem Vorleben usw. zusammengestellt wurden, damit die entsprechende Entscheidungsebene dann auch Fakten hat, die sie ihrer Entscheidung zugrunde legen kann.

Können Sie sich erinnern, wie diese Fakten recherchiert wurden und ob die irgendwo zusammengefasst wurden, welche Empfehlung da gegeben wurde?

Zeuge Borchert: Ich kann mir das jetzt - - Ich kann mich nicht erinnern, dass solch ein Papier in der Beschaffung erstellt wurde. Inwiefern jetzt die Auswertung oder die Juristen der Abteilung ein Fazit gezogen haben, das entzieht sich meiner Kenntnis.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Wussten Sie, dass „Piatto“ auch beim Landesamt für Verfassungsschutz Berlin im September 94, also nachdem er den Brandenburgern geschrieben hatte - - sich an die Berliner wendete und dort eine Informationsbroschüre zur „Jungen Freiheit“ bestellte?

Zeuge Borchert: Ist mir jetzt nicht bekannt.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Können Sie sich vorstellen, wer beim Brandenburger Verfassungsschutz davon gewusst haben könnte? Ich gehe mal davon aus, dass, wenn es solche Angebote an die Berliner gibt von jemandem, der in Brandenburg unterwegs ist, dann wird es ja im Wege der auch ansonsten recht engen Zusammenarbeit mit den Berliner Kollegen dazu eine Korrespondenz gegeben haben.

Zeuge Borchert: Zu dem Tatbestand, dass sich Herr Szczepanski auch in Berlin - -

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Mhm.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Borchert: Wer dafür - -

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Also, diesen Umstand gab es ja. Wie würde dann mit Brandenburg abgeklärt werden, dass er sich nicht doppelt verpflichtet?

Zeuge Borchert: Das ist auch wieder über meiner Entscheidungs-, Gesprächskompetenz ... (akustisch unverständlich).

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Und wer wäre da innerhalb des Verfassungsschutzes dann die Person oder die Funktion, die dann mit den Berliner Behörden so eine Korrespondenz führen würde?

Zeuge Borchert: Das wäre die Referatsleitung.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Mhm. - Wie erklären Sie sich die Aussage von Abteilungsleiter Pfaff vom Oktober 1995, in der er davon spricht, Szczepanski stehe in Kontakt mit Verfassungsschutzämtern - mit mehreren?

Zeuge Borchert: Davon weiß ich jetzt nichts.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Verfügen Sie über Anhaltspunkte, die darauf hindeuten, -

Zeuge Borchert: Nein.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): - dass er mit anderen Verfassungsschutzämtern in Kontakt stand?

Zeuge Borchert: Nein.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Szczepanski hat ja ohne Absprache mit seinem Verteidiger seinerzeit die Revision zurückgenommen in dem gegen ihn laufenden Strafverfahren. Wissen Sie, aus welchem Grund?

Zeuge Borchert: Nein, dazu kann ich Ihnen auch nichts sagen.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ist Ihnen erinnerlich, ob der Verfassungsschutz mit ihm über die Revision bzw. die Rücknahme der Revision gesprochen hat?

Zeuge Borchert: Ist mir nicht bekannt.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ist Ihnen auch nicht bekannt, ob der Verfassungsschutz da eine Empfehlung ausgesprochen hat?

Zeuge Borchert: Nein.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Sie waren in den Jahren 1994 bis 1996 alleiniger V-Mann-Führer von „Piatto“?

Zeuge Borchert: Ja.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Was passierte denn in den Fällen, in denen Sie im Urlaub waren oder vielleicht erkrankt waren? Wer hat Sie da vertreten?

Zeuge Borchert: Ich mich selber. Es war - - Es gab keine Vertretung.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Das heißt also, dann fanden keine Treffen statt, wenn Sie - -

Zeuge Borchert: Im Zweifel fanden keine Treffen statt, ja.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Wurden nach jedem Treffen Deckblattmeldungen verfasst?

Zeuge Borchert: Ja.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Was uns so ein bisschen gewundert hat, ist, dass es im Jahr 1995 nur drei Deckblattmeldungen für die Monate September und Oktober gibt, zumindest aus den Akten, die uns vorliegen. Erscheint Ihnen das plausibel, oder deutet das eher darauf hin, dass die Akten, die wir haben, nicht ganz vollständig sind?

Zeuge Borchert: Es ist möglich, dass es da eben ein geringeres Informationsaufkommen gegeben hat. Möglich ist es.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Und wieso gibt es von Anfang Februar bis Juli 1996 überhaupt keine Deckblattmeldung?

Zeuge Borchert: Das kann ich Ihnen nicht beantworten.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Also, wir haben in der Akte zum Beispiel gefunden einen Brief „Piatto“ vom 22.02.1996, der jetzt aus unserer Sicht zum Beispiel durchaus Anlass gegeben hätte, da eine Deckblattmeldung zu verfassen. Aber es ist ja doch ein relativ langer Zeitraum, in dem dann die Akte aus unserer Sicht völlige Funkstille ausweist.

Zeuge Borchert: Das kann ich Ihnen jetzt nicht mehr - - Was der Anlass damals war oder wie da die Verhältnisse waren, das kann ich Ihnen nicht sagen.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Das war es dann erst mal.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann kommen wir zur Fraktion der Linken. Frau Vandre fragt.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Hallo, Herr Borchert! - Ich würde gerne gleich zum zentralen Thema unseres Untersuchungsausschusses kommen, nämlich zur Frage der Verbindungen bzw. der Kenntnisse des Brandenburger Verfassungsschutzes zum - heute bekannten - NSU-Trio. Können Sie sich daran erinnern, wann Sie das erste Mal von drei Thüringer Neonazis gehört haben, die untergetaucht sind?

Zeuge Borchert: Das ist in Form einer Deckblattmeldung geschehen, die geschrieben wurde August 98, 19. August.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Das heißt also, Sie hatten keine Kenntnisse von einem Fax des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz, gerichtet an den Brandenburger Verfassungsschutz, in dem auf die drei Flüchtigen hingewiesen wurde.

Zeuge Borchert: Aus der jetzt - - Kann ich nicht sagen. Hatte ich nicht, nein.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Darf ich Ihnen das kurz zeigen, als Vorhalt?

Zeuge Borchert: Ja.

(Abgeordnete Vandre [DIE LINKE] begibt sich zum Platz des Zeugen und legt ihm Unterlagen vor.)

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Das ist das Fax vom 5. Februar 1998, und das sind die Fotos der drei Geflüchteten, überwiesen an alle Landesbehörden für Verfassungsschutz.

Zeuge Borchert: Nein, das, kann ich Ihnen sagen, habe ich nicht gesehen.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Das haben Sie nicht gesehen.

Zeuge Borchert: Das habe ich nicht gesehen, nein.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Das heißt also zum ersten Mal wirklich am 19.08.1998 -

Zeuge Borchert: Ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): - mit der Deckblattmeldung. Es gibt ja für uns - -

Zeuge Borchert: Vielleicht als Hinweis auch noch, dass dieser Sachverhalt unter der Rubrik „Verschiedenes“ erwähnt worden ist, glaube ich.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): In der Deckblattmeldung oder - -

Zeuge Borchert: In der Deckblattmeldung, ja.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay. - Wissen Sie noch, was in dieser Deckblattmeldung drinstand, in dieser ersten? Können Sie das rekonstruieren, was da die erste Information war?

Zeuge Borchert: In groben Zügen, dass drei sächsische Skinheads auf der Flucht vor der Polizei waren, ich sage mal, einen weiteren Überfall beabsichtigen und sich dann irgendwie nach Südafrika absetzen wollen. - So ungefähr, in dem Tenor.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Was macht man als V-Mann-Führer, wenn man diese Information erhält? Wie sind Sie damit umgegangen?

Zeuge Borchert: Na, ich habe sie aufgeschrieben und an die Auswertung weitergegeben, die sich dann qua Wassersuppe - weitere Zusammenhänge, Aufklärung - damit beschäftigt hat, mit der Information.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Hat Ihnen Szczepanski erzählt, welche Relevanz diese Information hatte, oder - -

Zeuge Borchert: Nein. Das war einfach nur - ich sage es jetzt mal salopp -: Drei sächsische Skinheads wollen nach Südafrika.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Dadrin kam ja auch noch die Publikation „White Supremacy“ vor. Kannten Sie die vorher schon?

Zeuge Borchert: Es war mir lediglich bekannt, dass es sich bei diesem Fanzine um eine rechtsextremistische Broschüre handelte.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay. - Die nächste Deckblattmeldung ist ja dann vom 9. September 1998 gewesen, zumindest unserer Kenntnis nach.

Zeuge Borchert: Ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Die ist ja dann schon ausführlicher, diese Deckblattmeldung, weil da wird ja neben Antje P. auch auf Jan Werner abgestellt.

Zeuge Borchert: Ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Unserer Kenntnis nach geht diese Deckblattmeldung zurück auf ein Konzert vom 5. September 1998 in Hirschfeld. Können Sie was zur Entstehung dieser Deckblattmeldung sagen und wie diese zustande gekommen ist?

(RA Dr. Butz Peters, an den Zeugen gewandt: Wollen Sie die sehen, oder haben Sie die noch im Kopf?)

Zeuge Borchert: Nein, im Einzelnen nicht, im Detail nicht.

(RA Dr. Butz Peters: Frau Abgeordnete, können Sie das vorlegen?)

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Natürlich. Kommt sofort!

(Abgeordnete Vandre [DIE LINKE] begibt sich zum Platz des Zeugen und legt ihm Unterlagen vor.)

Ich zeige Ihnen mal die Zusammenfassung der Deckblattmeldung. Ab hier geht es los. Das ist die erste eben angesprochene, und das ist die zweite, aus der hervorgeht:

„Einen persönlichen Kontakt zu den drei sächsischen Skinheads [...] soll Jan WERNER haben. Jan WERNER soll zur Zeit den Auftrag haben, ‚die drei Skinheads mit Waffen zu versorgen‘. Gelder für diese Beschaffungsmaßnahme soll die ‚Blood & Honour‘-Sektion Sachsen bereitgestellt haben. Die Gelder stammen aus Einnahmen aus Konzerten und dem CD-Verkauf.

[Sie sollen] einen weiteren Überfall [...] planen, um mit dem Geld sofort Deutschland verlassen zu können.

Der weiblichen Person des Trios will Antje P. ihren Paß zur Verfügung stellen.

Antje P. und WERNER sollen unabhängig voneinander und ohne Wissen des anderen für die drei tätig sein.“³

Zeuge Borchert: Mhm.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Das ist die Deckblattmeldung, die wir als Nächstes haben. Ist Ihnen erinnerlich, in welchem Kontext die entstanden ist, diese Deckblattmeldung, wie Carsten Szczepanski an diese Information gelangt ist?

Zeuge Borchert: Das ist im Rahmen des Gesprächs passiert. Die Einzelheiten darüber kann ich Ihnen nicht sagen. Das ist im Rahmen der Informationserhebung insgesamt passiert.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Nach unserem Kenntnisstand und der vollständigen Deckblattmeldung ist das zurückzuführen auf ein Wochenende im September, und zwar am 5. September 1998. Da hat, wie gesagt, ein Konzert in Hirschfeld stattgefunden. Danach, beim nächsten Treffen, soll Carsten Szczepanski über diese Information berichtet haben. Da sind aber vier Tage dazwischen, zwischen dem Konzert und der Abfassung dieser Nachricht. Können Sie sich noch genau erinnern, ob das am 9. war, dass Sie die Informationen erhalten haben, oder an einem anderen Tag?

Zeuge Borchert: Beim besten Willen: Das kann ich nicht. Das weiß ich nicht mehr.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Das können Sie nicht?

³ Die Fundstelle lautet: B 4, 2016-12-01 B4- VS NfD, Ordner IIIa, 1998-DBM-Teil 2-Aug-Dez.pdf, Seite 61.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Borchert: Das weiß ich nicht mehr.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Haben Sie hinterfragt, was mit einem „weiteren Überfall“ gemeint sein könnte, als Sie das gehört haben von Szczepanski?

Zeuge Borchert: Ich kann es Ihnen nicht mehr sagen. Möglich ist es. Aber wenn dort weitere Informationen erfolgt wären, hätte ich sie auch aufgeschrieben.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Welche Rolle spielt es, dass Sie den Konjunktiv in dieser Formulierung verwendet haben? Also, da steht ja: „soll“ Kontakt haben, sie „sollen“ eventuell mit Waffen versorgt werden, oder: Er „soll“ auf der Suche nach Waffen sein.

Zeuge Borchert: Na ja, so werden normalerweise Deckblattmeldungen abgefasst, weil man nicht weiß, ob sich die Dinge wirklich so zugetragen haben. Er erzählt, es soll so - - Also, ich nehme es entgegen und schreibe: Es soll so gewesen sein. - Ich weiß es ja nicht.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Ich mache Ihnen gleich einen Vorhalt. Ich muss nur ganz kurz die Deckblattmeldung komplett öffnen. - Ich würde Ihnen gern die komplette Deckblattmeldung vorlegen, die auch von Ihnen gegengezeichnet wurde, die vom 09.09.; vielleicht hilft das auch Ihrer Erinnerung etwas auf die Sprünge.

Zeuge Borchert: Soll ich zu Ihnen kommen?

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Ich komme zu Ihnen.

(Abgeordnete Vandre [DIE LINKE] begibt sich zum Platz des Zeugen. - Der Zeuge nimmt Einblick in ein Dokument auf einem Notebook. - Abgeordnete Vandre [DIE LINKE] spricht mit dem Zeugen.)

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Allgemein, vielleicht als Einstieg dafür, würde mich interessieren, ob Sie Carsten Szczepanski als einen verlässlichen V-Mann bewerten würden. Wenn Sie ihm etwas mitgeteilt haben, hat er sich dann daran gehalten?

Zeuge Borchert: Ich kann Herrn Szczepanski als zuverlässige Quelle bezeichnen, ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Das heißt also, wenn Sie Absprachen mit ihm getroffen haben, dann ist er denen auch nachgekommen.

Zeuge Borchert: Sofern ich mich jetzt erinnern kann. Ich habe da keine gegenteiligen Erinnerungen.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Die Deckblattmeldung, die wir gerade besprechen, ist ja eine der zentralen Deckblattmeldungen, -

Zeuge Borchert: Ja.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): - weil die natürlich darauf hindeutet, dass eine Bewaffnung stattfinden soll, klar ist, welche Personen mit ihnen in Kontakt stehen, klar angesprochen wird, dass Straftaten geplant sind und auch ein Absetzen zu befürchten ist. Das heißt, das sind ja schon vier schwerwiegende Vorwürfe. Deswegen die Frage auch danach, in welchem Kontext, also in welchem Zusammenhang diese Meldung entstanden ist.

Wenn man diese Deckblattmeldung liest, dann kommt man ja zu dem Schluss, dass sie vermutlich am Rande des Konzertes in Hirschfeld entstanden sein könnte. Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Borchert: Seine Erkenntnisse meinen Sie jetzt?

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Hm?

Zeuge Borchert: Seine Erkenntnisse sind am Rande entstanden?

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Diese Erkenntnisse, genau, weil auf dieser Veranstaltung in Hirschfeld auch betreffender Jan Werner - zum Beispiel - gewesen ist.

Zeuge Borchert: Ist möglich.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Ist möglich? Bisher war die allgemeine Annahme immer, dass Carsten Szczepanski selbst in Hirschfeld gewesen ist und dort den Kontakt mit Jan Werner hatte. Wir haben allerdings einen Vermerk gefunden, der darauf hindeutet, dass Sie am 5. September - - dass Kontakt mit ihm aufgenommen wurde von der Seite der V-Mann-Führung aus, wie verabredet, und dann Carsten Szczepanski diesem Konzert ferngeblieben ist. Ist Ihnen das erinnerlich?

Zeuge Borchert: Nein.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Weil dieses Konzert war nämlich ein ziemlich großes, mit sehr großer Polizeipräsenz. Ich glaube, Dirk Laabs schreibt im „Heimatschutz“, dass so gut wie alle Inlandsgeheimdienste von diesem Konzert wussten und auch die Brandenburger Neonaziszene da sehr stark mit verquickt gewesen ist. Erinnern Sie sich daran auch nicht?

(Der Zeuge schüttelt den Kopf.)

Okay. - Können Sie sich denn an die nächsten Informationen zu dem Trio erinnern, die Carsten Szczepanski erhalten hat und Ihnen mitgeteilt hat?

Zeuge Borchert: Das geht in die Gegend, dass der Jan Werner Waffen besorgen wollte, aber wohl in seinen Bestrebungen nicht erfolgreich war.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Haben Sie die Quelle darauf angesetzt, dass er noch mal von Jan Werner in Erfahrung bringt, wie erfolgreich er ist?

Zeuge Borchert: Na ja, „angesetzt“ - - Sicherlich ist er gebeten worden, noch mal nachzufragen. Bloß, er kann natürlich, um nicht aufzufallen, nicht pausenlos, sage ich mal jetzt übertrieben, nachfragen: Weißt du was über die Waffen? Weißt du was über die Waffen inzwischen? - Also, er hat da - - Das waren die letzten Informationen, die er erhalten hat. Und danach gab es nichts mehr.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Danach war es passé.

Zeuge Borchert: Danach hat er keine Informationen mehr erhalten.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Und Sie haben auch nicht noch weiter nachgefragt.

Zeuge Borchert: Nachgefragt? Nachfragen - „Was ist los?“, „Bleib dran!“ oder solche allgemeinen Dinge - oder Aufträge wird er erhalten haben. Bloß, wie ich das jetzt hier einschätze, wird das nicht von Erfolg gewesen sein, warum auch immer. Entweder hat er keine erhalten, oder es war zu auffällig, jetzt noch mal stärker zu insistieren. Also, ich kann es Ihnen nicht sagen. Es war einfach nicht möglich, weitere Informationen beizuziehen.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay. - Willst du weiter nachfragen?

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Wie lange haben wir noch?

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Eine Minute.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Dann geben wir erst mal weiter.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann sind wir bei der AfD-Fraktion. Herr Wiese fragt. Bitte.

Abgeordneter Wiese (AfD): Guten Tag, Herr Borchert! - Herr Borchert, für mein Verständnis: Wie erfolgte denn die Steuerung von „Piatto“?

(Zuruf: Zu leise!)

- Ich kann auch näher rangehen. - Wie erfolgte die Steuerung des V-Mannes „Piatto“ von Ihrer Seite her? Vorgaben?

Zeuge Borchert: Wie sich die - -

Abgeordneter Wiese (AfD): In der Arbeitsweise. Er war ja im Gefängnis. Er musste ja dann auch animiert werden - jetzt in meinen Worten gesprochen -, hier tätig zu werden oder Ihnen auch die Informationen zu liefern.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Borchert: Also, animiert werden musste Herr Szczepanski nicht großartig. Er gab die Informationen umfangreich und freiwillig wieder. Da waren keine großartigen Hilfestellungen oder Nachfragen notwendig.

Abgeordneter Wiese (AfD): Ist Ihnen bekannt, dass Herr Szczepanski über ein Handy verfügt hat?

Zeuge Borchert: Dem Herrn Szczepanski wurde sogar ein Behörden-Handy zur Verfügung gestellt, ja.

Abgeordneter Wiese (AfD): Wie bitte?

Zeuge Borchert: Dem Herrn Szczepanski wurde sogar ein Behörden-Handy zur Verfügung gestellt.

Abgeordneter Wiese (AfD): Aha. - Dieses Behörden-Handy wurde ja irgendwann mal ausgetauscht, nach meinen Unterlagen am 25.08.1998.

Zeuge Borchert: Das wurde ausgetauscht, weil - meine Erinnerung ist: durch eine Mitarbeiterin des BfV - das Innenministerium in Kenntnis gesetzt wurde, dass das Handy aufgefliegen war als Innenministeriums- -

Abgeordneter Wiese (AfD): Dass dieses?

Zeuge Borchert: Dass dieses Handy, dass dieser Handyanschluss praktisch aufgefliegen war. Als Inhaber war eben das Innenministerium - - kam heraus.

Abgeordneter Wiese (AfD): Inwiefern „aufgefliegen“? Was muss ich dadrunter verstehen?

Zeuge Borchert: In so einer Telefonüberwachung, glaube ich.

Abgeordneter Wiese (AfD): Aha. - Wer hat denn diesen Austausch vorgenommen? Waren das Sie oder - -

Zeuge Borchert: Den Austausch?

Abgeordneter Wiese (AfD): Ja.

Zeuge Borchert: Habe ich persönlich vorgenommen, ja.

Abgeordneter Wiese (AfD): Haben Sie persönlich vorgenommen.

Zeuge Borchert: Ja.

Abgeordneter Wiese (AfD): Mhm.

Zeuge Borchert: Also, es wurde mir - - Ich wurde dazu beauftragt, diesen Austausch vorzunehmen.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Wiese (AfD): Sie wurden beauftragt.

Zeuge Borchert: Na, von der Behörde eben; klar. Es war ja jetzt nicht meine eigene Idee, sondern es gab ja Vorgesetzte, die auch über die Mittel verfügten, die dann sagten: Das und das ist passiert; das Handy muss ausgetauscht werden.

Abgeordneter Wiese (AfD): Wer war denn da Ihr Vorgesetzter, der das angeordnet hat?

Zeuge Borchert: Oh Gott, wer war denn das 98?

(Der Zeuge überlegt.)

Wer war das?

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Vom Referatsleiter aufwärts dürfen Sie die Namen nennen.

Zeuge Borchert: Ja, ja. Ich überlege gerade, wer da Referatsleiter war.

Abgeordneter Wiese (AfD): Herr Meyer-Plath?

Zeuge Borchert: Ich weiß es nicht. Ich kann es Ihnen wirklich nicht - - Ist mir jetzt weg. Ich weiß nicht, wer 98 Referatsleiter war.

Abgeordneter Wiese (AfD): Hatten Sie zur damaligen Zeit noch mit anderen Quellen des Brandenburger Verfassungsschutzes oder anderer Dienste oder Behörden zu tun, die sowohl innerhalb als auch außerhalb des Landes Brandenburg im Einsatz waren?

(RA Dr. Butz Peters: Entschuldigen Sie!)

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Bitte.

RA Dr. Butz Peters: Könnte sein, dass nach der Aussagegenehmigung die Antwort nicht zulässig ist. Die Frage war ja: „Hatten Sie noch andere Quellen, die tätig waren im Land Brandenburg und außerhalb?“. Frage an die Landesregierung: Darf das so beantwortet werden? Ist die Antwort von der Aussagegenehmigung umfasst?

(Zuruf von Vertretern der Landesregierung: Wenn, dann im Keller!)

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Also hier nicht. - Gut. Dann bitte ich, die Frage zurückzustellen oder - -

Abgeordneter Wiese (AfD): Ja, stellen wir mal zurück. - Ist Ihnen bekannt, ob „Piatto“ noch weitere Tätigkeiten - für andere Dienste oder Polizeibehörden - hatte?

Zeuge Borchert: Ob ...? Entschuldigen Sie.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Wiese (AfD): Ob „Piatto“ -

Zeuge Borchert: Ja.

Abgeordneter Wiese (AfD): - noch andere, weitere Tätigkeiten, für andere Dienste oder Polizeibehörden - -

Zeuge Borchert: Nein, das ist mir nicht bekannt.

Abgeordneter Wiese (AfD): Dann gebe ich das Fragerecht weiter.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann landen wir bei Frau Nonnemacher. Die erste Runde wird von ihr beendet.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön. - Herr Borchert, wir haben Vermerke des Verfassungsschutzes Brandenburg, dass die Quelle „Piatto“ schon ab Anfang 1998 in den Raum Chemnitz geschickt worden ist. Was gab es für eine Motivation oder warum hat der Brandenburger Verfassungsschutz schon zu Beginn des Jahres 1998 einen inhaftierten Häftling, eine inhaftierte Quelle gezielt nach Chemnitz gesteuert?

Zeuge Borchert: Mir ist jetzt nicht bekannt, dass er gezielt nach Chemnitz geschickt wurde.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Dann darf ich Ihnen vielleicht einen Vermerk vorhalten: Vermerk des Verfassungsschutzes Brandenburg vom 25.02.98, Ordner B 4 iV B 73, Datei 1. Halbjahr 1998, Seite 30⁴. Ich zitiere:

„Die Quelle hat die folgenden Ausgänge beantragt. Auftragsgemäß werden an diesen Tagen die genannten Kontakte stattfinden:

[...]

21.03.1998 Treffen mit der BLOOD & HONOUR Szene Chemnitz.“

Zeuge Borchert: Mhm. Ich kann Ihnen dazu jetzt nichts weiter definitiv sagen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also, es ist Ihnen nicht bekannt, warum „Piatto“ bereits im Februar 1998 und dann auch im März 1998 sozusagen den Auftrag bekam, mehrfach nach Chemnitz zu reisen, um an „Blood & Honour“-Treffen dort teilzunehmen?

Zeuge Borchert: Also, der Hintergrund ist mir jetzt im Augenblick nicht bekannt. Wahrscheinlich - ist jetzt meine Annahme -, um über „Blood & Honour“ Informationen zu erzielen.

⁴ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: B 4 iV B 73, Übergabe Piatto Bearbeitete Fassung 97_98, 1. Halbjahr 1998.pdf, Seite 31.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wie sah das denn konkret aus, wenn er nach Chemnitz gereist ist? Haben Sie ihn dann bei der JVA abgeholt und sind mit ihm dort hingefahren? Oder: Wie ist er denn überhaupt nach Chemnitz gereist?

Zeuge Borchert: Also ich habe ihn nicht nach Chemnitz gefahren. Wie er im Einzelnen nach Chemnitz gelangt ist, kann ich Ihnen beim besten Willen im Augenblick nicht mehr sagen. Ich weiß es nicht. Ob mit Kameraden, ob er abgeholt wurde - es bestehen ja mehrere Möglichkeiten. Aber er ist, wie gesagt, von mir dort nicht hingebracht worden.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie waren sein Haupt-V-Mann-Führer, und Ihnen ist nicht bekannt, wie Ihre Quelle aus der JVA zu weit entfernten Zielorten gelangt ist.

Zeuge Borchert: Mir ist jetzt im Einzelnen nicht bekannt, wie „Piatto“ dort hingekommen ist. Möglicherweise, sagte ich ja, mit Bekannten, mit Freunden.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Das verstehe ich überhaupt nicht. Dann müsste er sich sozusagen von Freunden in der JVA haben abholen lassen, um zu einem Ort zu gelangen, wo er Erkundigungen einziehen sollte.

Zeuge Borchert: Möglicherweise ist er auch abgeholt worden.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Haben Sie denn keine Abrechnungen oder so gehabt, wenn er irgendwelche Aufwendungen hatte, dort hinzufahren?

Zeuge Borchert: Er hat eine Auslagenerstattung bekommen, die aber jetzt nicht dezidiert im Einzelnen ausgeführt wurde oder aufgeführt wurde.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Hat außer Ihnen ein anderer Mitarbeiter der Verfassungsschutzbehörde ihn gezielt dort hingebracht?

Zeuge Borchert: Das ist mir nicht bekannt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ist Ihnen nicht bekannt. - Ist Ihnen bekannt, dass das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz am 3. Februar 1998 offiziell eine Erkenntnisanfrage an andere Verfassungsschutzbehörden gerichtet hat, um sich nach drei untergetauchten Rechtsextremisten aus Jena zu erkundigen?

Zeuge Borchert: Ist mir jetzt nicht bekannt, nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Das ist Ihnen nicht bekannt gegeben worden von - -

Zeuge Borchert: Ich weiß es nicht. Ist mir jetzt nicht in Erinnerung, was da passiert ist.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. Also, ich fasse zusammen: Ihnen ist nicht bekannt, dass es eine solche Erkenntnisanfrage der Thüringer

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Landesverfassungsschutzbehörde gegeben hat, und Ihnen ist nicht bekannt, mit welchen Aufträgen „Piatto“ nach Chemnitz geschickt worden ist?

Zeuge Borchert: Ist mir jetzt nicht bekannt, nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Mhm. - Wir haben es ja später in Chemnitz noch mit einem ominösen Praktikum in einem Laden, dem sogenannten „Sonnentanz“-Laden, zu tun. Wer hat sozusagen dieses Praktikum für Herrn Szczepanski besorgt?

Zeuge Borchert: Nach meiner Erinnerung war es gang und gäbe, dass innerhalb der rechtsextremistischen Szene solche Praktika aus Freundschaftsdiensten vergeben wurden. Jedenfalls ist dieses Praktikum, wenn Sie darauf anspielen, nicht von mir oder vom Verfassungsschutz initiiert worden. Das ist - also, mir ist nichts anderes bekannt - auf seine Initiative hin passiert.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Auf seine Eigeninitiative wurde dieses Praktikum gefunden? Wir haben aber Erkenntnisse aus anderen Vernehmungen, dass in der JVA alle zuständigen Sozialarbeiter von der Existenz dieses Praktikums keine Kenntnis hatten. Können Sie sich das erklären?

Zeuge Borchert: Keine Kenntnisse hatten?

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Mhm.

Zeuge Borchert: Das kann ich mir jetzt nicht erklären.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also, Ihnen ist nicht klar, wie Ihre Quelle zu diesem Praktikumsplatz im „Sonnentanz“-Laden gekommen ist.

Zeuge Borchert: Das ist mir jetzt zurzeit nicht klar. Ich nehme an, es wird aufgrund eines Freundschaftsdienstes innerhalb der rechtsextremistischen Szene passiert sein, aufgrund seiner Kontakte zu Antje P. oder zu dem Ehepaar P.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. Aber solche Freundschaftsdienste für jemand, der im Strafvollzug ist, können ja nun nicht einfach unter Umgehung der JVA angeordnet werden und in Anspruch genommen werden. Wie erklären Sie sich das?

Zeuge Borchert: Dazu kann ich Ihnen nichts sagen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. - Danke schön.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Fertig, Frau Nonnemacher? - Dann gehen wir in die zweite Fragerunde. Wir beginnen mit der Fraktion der SPD. Wer möchte fragen? - Frau Gossmann-Reetz.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wir haben ja gerade darüber gesprochen bzw. die Kollegin Vandre hat Sie ja noch mal mit den Deckblattmeldungen zu dem Trio konfrontiert, also mit diesen unerhörten Erkenntnissen, dass da ein untergetauchtes Trio ist, die Waffen haben wollen, die Überfälle begehen wollen, sich absetzen wollen. Daraufhin fand ja ein Treffen mit anderen Landesverfassungsschutzbehörden statt am 16.09.98, an dem Sie wohl auch mit teilgenommen haben. Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Borchert: Ich kann mich an dieses bewusste Zusammentreffen nicht erinnern, vor allen Dingen schon aufgrund der Tatsache: Wenn Sie da die, glaube ich - - Es geht da - - Wenn ich mich an die Namen erinnere: Das sind wohl Referatsleiter, die sich da getroffen haben und da irgendetwas besprochen haben.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber da waren Sie ja dabei.

Zeuge Borchert: Mein Name steht da. Aber ich als Sachbearbeiter wüsste nicht, was ich da zu suchen gehabt hätte oder was ich dazu hätte beisteuern können. Ich bin kein Entscheidungsträger gewesen, heute auch noch nicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wissen Sie, unter welchen Umständen Weiterleitungen solcher Meldungen an Polizeien zu der Zeit möglich waren, also für eine Landesverfassungsschutzbehörde, so etwas an die Polizei weiterzugeben? Und auf welcher Ebene hat so was dann stattgefunden?

Zeuge Borchert: Also, auf meiner Ebene hat das nicht stattgefunden. Diese Weiterleitung - aus meiner jetzigen Einschätzung - ist möglicherweise über die Auswertung passiert.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mhm, okay.

(Abgeordnete Gossmann-Reetz [SPD] blättert in ihren Unterlagen.)

Einen kleinen Moment dauert es. Es ist ein bisschen schwierig jetzt mit den - -

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Die Zeit läuft.

(Heiterkeit)

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Super. - Mir fehlt noch ein Aspekt. Ich muss weitergeben. Mir fehlt jetzt gerade ein Aspekt, wo wir hängengeblieben sind. Ich gebe mal weiter.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann sind wir bei der CDU-Fraktion. Herr Lakenmacher, bitte.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herzlich willkommen auch von meiner Seite.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Was sagt Ihnen das Fanzine „United Skins“?

Zeuge Borchert: Das Fanzine „United Skins“ sagt mir, dass es eine rechtsextremistische Broschüre war.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Mehr zunächst nicht?

Zeuge Borchert: Mehr erst mal jetzt nicht, nein.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Erst mal jetzt nicht. - Als Herausgeber dieses Fanzines ist durchgehend der Carsten Szczepanski angegeben. Inwiefern ist Ihnen erinnerlich, dass der Szczepanski als Herausgeber hier fungiert hat?

Zeuge Borchert: Ist möglich, dass er als Herausgeber fungiert hat.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Es ist möglich. Aber es ist Ihnen niemals wirklich aufgefallen als V-Mann-Führer.

Zeuge Borchert: Na, wie sollte er in der Lage gewesen sein, als Insasse einer Haftanstalt diese Broschüre herauszugeben?

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Na, ich stelle ja die Fragen. Aber Sie haben ja gerade gesagt, es ist durchaus - -

Zeuge Borchert: Das war jetzt - - Das war meine Überlegung jetzt.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Sie haben doch aber gerade gesagt, es ist durchaus möglich. Dann beantworten Sie sich doch die Frage.

Zeuge Borchert: Ja.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Ja?

Zeuge Borchert: Ist möglich.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Ist möglich?

Zeuge Borchert: Ja.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Okay. - Dann stelle ich die Frage zurück: Wie, können Sie sich vorstellen, war er in der Lage, dies aus der JVA heraus zu tun?

Zeuge Borchert: Also, mir ist nicht bekannt, dass er dieses Fanzine in der JVA Brandenburg erstellt hat.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Aber Sie halten es für möglich.

Zeuge Borchert: Dass er als Herausgeber fungiert hat.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Ja.

Zeuge Borchert: Das ja. Heißt ja nicht, dass er es erstellt. Ich meine, Papier ist geduldig.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Aber dass er irgendwelche Herstellungstätigkeiten unternommen hat, das können Sie sich nicht vorstellen.

Zeuge Borchert: Das ist mir nicht bekannt.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Können Sie sich das vorstellen?

Zeuge Borchert: Was meinen Sie jetzt bitte mit „Herstellung“? Dass er jetzt die Dinge gedruckt hat -

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Beispielsweise.

Zeuge Borchert: - oder dass er Beiträge - -

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Gedruckt, kopiert, Artikel erstellt, Artikel zusammengestellt.

Zeuge Borchert: Es ist möglich, dass er Beiträge geliefert hat. Das kann ich mir vorstellen, ja.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Aber dass er es als Gesamtwerk erstellt hat - -

Zeuge Borchert: Das kann ich mir nicht vorstellen.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Warum? Wo ziehen Sie da die Grenze?

Zeuge Borchert: Na, aufgrund der Möglichkeiten.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Welche Möglichkeiten hatte er denn bzw. welche nicht?

Zeuge Borchert: Na ja, er war zum Beispiel nicht im Besitz einer Druckerei.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Gut. Man kann ja auch kopieren. Da braucht es nur einen Kopierer.

Zeuge Borchert: Ich sage: Es ist mir nicht bekannt, dass er dieses Fanzine in der JVA hergestellt hat.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Ja, das sagten Sie ja bereits.

Zeuge Borchert: Ja.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Aber Sie sagten ja auch, es ist für Sie vorstellbar ...

Zeuge Borchert: ... dass er als Herausgeber - -

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Mhm. - Ist es für Sie vorstellbar, dass er einzelne Artikel produziert und vervielfältigt hat?

Zeuge Borchert: Ich kann mir vorstellen, dass er Artikel für das Fanzine beigetragen hat, ja.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Haben Sie eventuell Artikel, die er verfasst hatte, aus der Justizvollzugsanstalt mit herausgenommen, also verbracht, und an irgendjemanden übergeben, zum Beispiel - ich sage das mal gleich so - an einen Henning K.?

Zeuge Borchert: Das ist mir nicht bekannt.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Eine solche Erinnerung haben Sie nicht.

Zeuge Borchert: Habe ich nicht, nein.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Können Sie ausschließen, dass Sie es gemacht haben?

Zeuge Borchert: Ich kann ausschließen, dass ich Artikel an ein Mitglied der rechtsextremistischen Szene gebracht habe. Das schließe ich total aus.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Können Sie ausschließen, dass Sie Artikel, die Szczepanski verfasst hat, mit aus der JVA verbracht haben?

Zeuge Borchert: Es ist möglich, dass diese Artikel dann in der Auswertung abgegeben worden sind.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Also, Sie können nicht ausschließen, dass Sie Artikel von Szczepanski aus der JVA mit herausgenommen haben, also aus der JVA verbracht haben.

Zeuge Borchert: Wenn, dann der Auswertung vorgelegt habe, ja.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Ja. Also, Sie können es nicht ausschließen.

Zeuge Borchert: Ich kann nicht ausschließen, dass Artikel der Auswertung vorgelegt wurden.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Sie können nicht ausschließen, dass Artikel, die Sie dann der Auswertung vorgelegt haben, durch Ihre Person aus der JVA heraustransportiert wurden.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

(Der Zeuge überlegt.)

Zeuge Borchert: Das kann ich ausschließen.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Das können Sie ausschließen?

Zeuge Borchert: Ich habe da keine Artikel aus der - - Ist mir nicht bekannt jetzt.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Okay. - Anfang April 1997 kam es zu einem Gespräch mit dem Abteilungsleiter, den Referatsleitern „Beschaffung“ und „Auswertung“ und Herrn Keseberg. Es ging um den Verdacht, Sie seien an der Herstellung des „United Skins“-Fanzines beteiligt. Wie - -

Zeuge Borchert: Das möchte ich gerne lesen. Können Sie mir das vorlegen, bitte?

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Ja.

(Der Zeuge nimmt Einblick in ein Dokument auf einem Notebook.)

Wenn Sie es jetzt noch mal lesen konnten, erinnern Sie sich daran?

Zeuge Borchert: An dieses Gespräch im Einzelnen nicht, nein.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Aber Ihre Erinnerung geht zumindest so weit, dass Sie diesem Vorwurf ausgesetzt waren, dem Vorwurf, dass - -

Zeuge Borchert: Ich weiß nicht, ob das ein Vorwurf war oder was der Grund dieses Vermerks war. Das kann ich Ihnen nicht beantworten.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Erinnern Sie sich daran, dass Sie mit in Verdacht standen, an der Herstellung des „United Skins“-Fanzines beteiligt gewesen zu sein?

Zeuge Borchert: Nein, daran kann ich mich nicht erinnern.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Daran können Sie sich nicht erinnern?

Zeuge Borchert: Nein. Ich war auch nicht - - Nein.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Aha. Insofern können Sie sich auch gar nicht erklären, wie Ihre Vorgesetzten zu einem solchen Anfangsverdacht gekommen sind.

Zeuge Borchert: Ich weiß nicht, ob das ein Anfangsverdacht war. Ich weiß nicht, wie es zu diesem Vermerk gekommen ist.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Mhm. - Ende 99/Anfang 2000 kam es zu polizeilichen Ermittlungen gegen Sie als „Dieter Borchert“ und gegen den Szczepanski wegen Herausgabe des „United Skins“ 13.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Borchert: Mir ist nicht bekannt, dass gegen mich ermittelt wurde.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Das ist Ihnen nicht bekannt?

Zeuge Borchert: Nee.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Ich halte das noch mal fest: Ihnen ist nicht bekannt, dass gegen Sie ermittelt wurde -

Zeuge Borchert: Das ist richtig.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): - und dass gegen Sie jemals ein Anfangsverdacht wegen Herstellung eines Fanzines „United Skins“ im Raum stand.

Zeuge Borchert: Das ist mir nicht bekannt.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Das ist Ihnen nicht bekannt. Okay.

(Abgeordnete Johlige [DIE LINKE]: Können wir das mal vorhalten?)

- Bitte.

(Abgeordnete Johlige [DIE LINKE] begibt sich zum Platz des Zeugen und legt ihm Unterlagen vor.)

Das geht heute Hand in Hand, Rad in Rad.

(Abgeordnete Johlige [DIE LINKE]: So sind wir!)

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Das ist kollegiale Amtshilfe sozusagen.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Das passt ja in die Woche.

(Der Zeuge und sein Rechtsbeistand lesen in den zuvor vorgelegten Unterlagen.)

Zeuge Borchert: Sehe ich zum ersten Mal.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Sehen Sie zum ersten Mal?

Zeuge Borchert: Das sehe ich zum ersten Mal, ja. Ist mir nicht bekannt.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Also, Ihnen ist auch nicht Erinnerung, dass Ihre Behörde irgendwie Sie daraufhin kontaktiert hat, mit Ihnen dazu gesprochen hat, Ihr Vorgesetzter oder Ähnliches?

Zeuge Borchert: Nein.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand.)

RA Dr. Butz Peters: Gestatten Sie mir kurz einen juristischen Hinweis an der Stelle: Aus dem Dokument, was uns vorgelegt wurde, ergibt sich nicht, dass ein Ermittlungsverfahren gegen Herrn Borchert geführt wurde, sondern es ist der Hinweis des Polizeipräsidiums Potsdam an die Staatsanwaltschaft in Potsdam, in einem Strafverfahren - gegen Szczepanski, Carsten - bestimmte Maßnahmen zu ergreifen. Da werden mehrere Personen genannt, und eine - da hat der Herr Lakenmacher recht - ist der Herr Borchert. Aber es ergibt sich nicht die Beschuldigteneigenschaft, was ja Voraussetzung ist für ein Ermittlungsverfahren, wenn sich das gegen jemanden richtet.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Kommt ein weiterer Vorhalt?

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Ich habe ja noch von der Stufe des Tatverdächtigen gesprochen.

RA Dr. Butz Peters: Klar. Ich wollte nur sagen: Es kann ja auch sein, dass jemand keine Kenntnis erlangt. Das passiert ja häufiger in solchen Ermittlungsverfahren, dass es gegen einen läuft und ein anderer mit überlegt: Könnte er es nicht sein? - Jedenfalls wäre es plausibel - nach dem, was ich eben gesehen habe -, dass keine Mitteilung an Herrn Borchert damals ergangen ist.

Zeuge Borchert: Also, dieser Aktenvermerk ist mir nicht bekannt, ist mir nicht bekannt gegeben worden.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Ist Ihnen Erinnerung, dass es Überlegungen gab oder dass es tatsächlich so weit kam, dass das Postfach 22 24 bei der Deutschen Post in der Stadt Brandenburg überwacht wurde?

Zeuge Borchert: Das weiß ich nicht. Das ist mir auch nicht bekannt.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Also, da ist auch seitens Ihrer Behörde niemand an Sie herantreten oder hat da irgendwie mal einen Hinweis gegeben oder Ähnliches?

Zeuge Borchert: Nein.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Sie sind damit niemals in irgendeiner Form in Berührung gekommen, -

Zeuge Borchert: Nein.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): - dass es überwacht wurde oder dass es Überlegungen gab, es zu überwachen.

Zeuge Borchert: Ist mir nicht Erinnerung, weiß ich nicht. Ist mir nicht bekannt.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Gut. - Vielen Dank erst mal.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann geht es weiter mit der Fraktion der Linken. Frau Johlige, bitte.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Hallo, Herr Borchert. - Ich würde ganz gern zu einem ganz anderen Thema kommen; das war jetzt gerade ein bisschen schwierig.

Ich bin so ein Mensch, ich muss mir das immer vorstellen können, wie so was genau funktioniert. Ich kann mir irgendwie noch nicht so richtig vorstellen, wie so eine V-Mann-Führung genau funktioniert. Wie war denn so Ihr Verhältnis zu Carsten Szczepanski? Sie haben ihn ja sehr lange geführt, sechs Jahre. Wie muss ich mir das vorstellen? Hat man sich geduzt? War das total herzlich? Hat man sich, weiß ich nicht, umarmt, wenn man sich getroffen hat? Also, wie muss ich mir das vorstellen?

Zeuge Borchert: Zu Ihrer Frage: Man hat sich geduzt. Das war ein professioneller Umgang, indem man Informationen entgegengenommen hat, das in einer, sage ich mal, möglichst konfliktfreien Atmosphäre. Wenn man sich gegenseitig irgendwie unsympathisch ist, dann kommt da auch wenig rüber.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Klar.

Zeuge Borchert: Also ein normaler, professioneller Umgang.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Aber schon eher so dienstlich?

Zeuge Borchert: Na klar, dienstlich.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Sie haben sich ja total oft gesehen. Es gibt relativ wenige Menschen, die ich in den letzten sechs Jahren alle zwei Wochen quasi gesehen habe. Das ist ja schon ein relativ häufiger Kontakt. Redet man da auch mal über was Privates? Also, erzählte er, wie es ihm geht, oder - -

Zeuge Borchert: Es waren natürlich auch private Dinge. Er war eigentlich ein Familienmensch. Ich war auch von meiner Seite bestrebt, ihn möglichst wieder an seine Familie, an normale bürgerliche Verhältnisse heranzuführen. Ja, sicher.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Was haben Sie da zum Beispiel gemacht dafür, dass er wieder an normale bürgerliche Verhältnisse rankommt?

Zeuge Borchert: Na, versucht, auch den Kontakt zu seiner Familie herzustellen.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Was haben Sie da gemacht? Wie muss ich mir das vorstellen?

Zeuge Borchert: Im Rahmen dieser Informationsbeschaffung ist er von mir auch mal zu seiner Familie nach Neukölln verbracht worden. Dort hat er sie besucht - und anschließend wieder zurück in den Knast.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Also haben Sie tatsächlich nicht nur die Legende „Sozialarbeiter“ gehabt, sondern waren auch so ein bisschen was wie ein Sozialarbeiter für Herrn Szczepanski.

Zeuge Borchert: Nein.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Oder wie muss ich mir das vorstellen?

Zeuge Borchert: Die Legende „Sozialarbeiter“ - ich bitte das wirklich entgegen - - Das diente eigentlich nur der Legendierung gegenüber seinen Freunden, wenn die fragten: „Mit wem bist du denn da zusammen?“ oder so was Ähnliches, dass er sagen konnte: Den kenne ich von früher her, das ist ein Sozialarbeiter. - Das war also keine Funktion gegenüber Behörden oder sonst irgendwas. Dafür fehlen mir auch die Kenntnisse eines Sozialarbeiters.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Sind Sie denn auch mal mit anderen Szeneangehörigen zusammengetroffen im Rahmen der Tätigkeit?

Zeuge Borchert: Ist mir jetzt nicht mehr in Erinnerung. Direkten Kontakt meinen Sie jetzt?

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Ja. Per Telefon oder - -

Zeuge Borchert: Nee, per Telefon auf keinen Fall.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Ich frage, weil uns liegt zum Beispiel ein Brief von Herrn Szczepanski an Sie vor vom 10. September 1997. Da schreibt er:

„Sonst erstmal nichts Neuss [sic!]. Vergiß' bitte nicht den dicken H[*unkenntlich gemacht*] anzurufen und Dir den Umschlag geben zu lassen.“⁵

Das klingt irgendwie so, als ob er quasi Sie beauftragt hat, jemanden anzurufen und sich von dem auch noch was abzuholen.

Zeuge Borchert: Also, das wäre keine professionelle Praxis, jetzt hier irgendwelche Botendienste oder so zu übernehmen. Ich kann Ihnen auch nicht mehr sagen, was im Einzelnen der Geschichte da zugrunde liegt.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Wer ist denn der „dicke H.“? Wissen Sie das?

Zeuge Borchert: Kann ich Ihnen nicht sagen im Augenblick.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Okay. - Sind Sie jemals mit der Freundin von Herrn Szczepanski zusammengetroffen? Oder der Ex-Freundin, besser gesagt.

⁵ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: Ordner B 4, Herabstufungen, Anfrage UA 6_1 vom 31_01_2018, 11_1997_Vermerke-PIATTO-308-532-Seite138-Page445-VSndf-bwpsmd.pdf, Seite 1.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Borchert: Ist mir nicht in Erinnerung. Kann ich mich nicht, ich sage mal - - Nicht in Erinnerung.

(Abgeordnete Johlige [DIE LINKE] blättert in ihren Unterlagen.)

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Ich suche gerade kurz den Brief.

(Abgeordnete Gossmann-Reetz [SPD]: Ich habe den gerade vorliegen! Soll ich vorlesen?)

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich lese mal für die Kollegin vor. Das ist B 8, Piatto Komplex, 1996, Seite 22, ein Schreiben von Herrn Szczepanski an Herrn Borchert vom 09.05.1996:

„Du mußt mir bitte unbedingt Bescheid geben wenn Du die ca. 70 CDs von meiner Ex-Tante [REDACTED] erhalten hast ! Das ist absolut wichtig.“

Zeuge Borchert: Nee. Also, das schließe ich aus.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wir zeigen Ihnen das noch mal.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt. - Er und sein Rechtsbeistand nehmen Einblick.)

Ich würde dann gleich noch mal ergänzen mit einem zweiten Vorhalt - wenn du einverstanden bist.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Ja, ja.

Zeuge Borchert: Also, das sagt mir überhaupt nichts. Und das wäre eigentlich jetzt - - Ich schließe das mal aus.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Dann würde ich einen weiteren Vorhalt machen. Da geht es auch um einen Vermerk von Ihnen, vom 15.01.1998, B 4 iV B 73, Übergabe Piatto Bearbeitete Fassung 97_98, 1. Halbjahr 1998, Seiten 7 bis 8. Da schreiben Sie:

„Bisher hat der Informant glaubhaft Kontaktaufnahmen mit dem Unterzeichner durch das von der Anstalt angeordnete Abholen uns [sic!] Zurückbringen von der Anstalt legendieren können. Dies wird in Zukunft nicht mehr möglich sein, wenn die Abholung durch andere Personen erfolgt.“

Hier warf der Informant ein, dass er auf Dauer der Szene gegenüber meine plötzliche Distanzierung nicht weiter erklären könne. Entsprechende Hinterfragungen seien bereits durch Henning K[...] erfolgt.“

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Das heißt ja, dass Sie doch Kontakt hatten und die Sie alle gesehen haben. Oder verstehe ich das falsch? - Verhalten Sie sich bitte zu dem Vorhalt.

(Der Zeuge und sein Rechtsbeistand lesen in den zuvor vorgelegten Unterlagen.)

Zeuge Borchert: Ich kann Ihnen dazu jetzt nichts sagen.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Okay. Dann mache ich mal weiter. Das kriegen wir jetzt wahrscheinlich nicht aufgeklärt. - Wir waren gerade, bevor wir zu dem Punkt kamen, ob Sie auch mit Szeneangehörigen Kontakt hatten, bei der Frage, wie das Verhältnis zwischen Ihnen und Herrn Szczepanski war. Hatten Sie denn irgendwelche gemeinsamen Interessen, worüber Sie regelmäßig geredet haben?

Zeuge Borchert: Ja, über Fußball.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Worüber da?

Zeuge Borchert: Er war Fan des FC Chelsea und hatte sich auch dort mit Devotionalien versorgt. Und eben Hertha BSC.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Und Hertha BSC. - Sind Sie mal zusammen zu Spielen gegangen?

Zeuge Borchert: Nein.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Nicht. - Und bei Chelsea, wie würden Sie das einschätzen? War das nur reines Fußballinteresse, oder gab es da auch politisches Interesse?

Zeuge Borchert: Das war rein Fußballinteresse.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Ist Ihnen bekannt - -

Zeuge Borchert: Und warum er damals Chelsea-Fan war - ich weiß es nicht mehr.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Ist Ihnen bekannt, dass die Anhängerschaft von Chelsea in der Zeit auch Kontakte zu „Combat 18“ hatte?

Zeuge Borchert: Ist mir jetzt nicht bekannt.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Könnte das möglicherweise damit im Zusammenhang stehen?

Zeuge Borchert: Ist mir nicht bekannt geworden.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Wissen Sie, ob er da mal bei Spielen war?

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Borchert: Ob er was?

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Bei Spielen von Chelsea. Also, ich meine - -

Zeuge Borchert: Ist mir auch nicht bekannt jetzt.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Okay. Weil: Damals war das ja noch nicht so mit Internetübertragungen und so. Ich frage mich gerade, wie man das verfolgt hat. Aber das nur am Rande.

Zeuge Borchert: Einen Grund, warum er Chelsea-Fan war? - Ich kann es Ihnen nicht sagen. Weiß ich nicht.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Okay. - Wie muss ich mir das vorstellen? Gerade in der Zeit, wo er noch im Knast saß, hatte er, zumindest anfangs, die Auflage, dass er von Ihnen als seinem Sozialarbeiter abgeholt und wieder hingebraucht werden musste. Das haben Sie dann jeden Tag gemacht, oder - -

Zeuge Borchert: Ich habe das nicht jeden Tag gemacht. Ich habe das nur dann gemacht, wenn er mir einen Besucherschein hat zukommen lassen. Er hatte ja wohl die Möglichkeit, mit - ich weiß nicht, mit wie vielen - Leuten Kontakt zu pflegen, und einer davon war ich.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Okay. Dann haben Sie ihn abgeholt. Und dann haben Sie was gemacht? Also, sind Sie irgendwohin gefahren? Sind Sie zusammen in die Kneipe gegangen?

Zeuge Borchert: Es war ja nun hier Entscheidung der Behörde, sich der Informationen und Kontakte des Szczepanski zu bedienen. Im Zuge dieser Ausgänge wurde natürlich versucht, den Szczepanski logistisch in die Lage zu versetzen, Extremisten oder Veranstaltungen aufzusuchen und hier dann eben die Informationen abzugreifen.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Was heißt das, „logistisch in die Lage zu versetzen“? Haben Sie ihn hingefahren?

Zeuge Borchert: Na, dass er - - Es kam auch vor, wenn es notwendig war, ihn in die Nähe von - ich erinnere mich da an einen Frank Schwerdt oder so was Ähnliches - - ihn da hinzubringen.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Also, dann haben Sie ihn zumindest in die Region gefahren, zu einem Konzert, zu irgendeiner Veranstaltung oder - -

Zeuge Borchert: Wenn im Bereich Berlin-Brandenburg irgendwelche relevanten Dinge, die natürlich auch vorher abgesprochen wurden innerhalb der Abteilung, lagen, dann ist er auch dort hingefahren worden, ja.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Und was hat er dann so den anderen erzählt, wie er da hingekommen ist? Also, ich stelle mir gerade vor, da ist so ein Skinheadkonzert irgendwo mitten im Wald, und er wird dann da irgendwie abgesetzt.

Zeuge Borchert: Er ist ja nicht direkt dann hingefahren worden, sondern im Einzelfall wahrscheinlich in die Gegend von Kumpels vielleicht, mit denen er dann da hingefahren ist, also nicht direkt vor die Tür oder in die Wohnung gebracht worden.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Und Sie sind auch nicht mal auf so Veranstaltungen mitgegangen.

Zeuge Borchert: Nein.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Okay.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Minute, bitte.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Dann hat er ja ein Handy gehabt, was ihm der Verfassungsschutz zur Verfügung gestellt hatte. Wir hatten uns hier ja auch schon mit den Kollegen von der JVA unterhalten, die uns glaubhaft versicherten, dass im Knast Handys verboten sind. Jetzt frage ich mich die ganze Zeit: Wo ist eigentlich das Handy geblieben, während er Freigänger war und nachts quasi wieder in der JVA war?

Zeuge Borchert: Das kann ich Ihnen jetzt auch nicht sagen. Vielleicht hat er es bei Kumpels hinterlegt. Also, ich kann es nicht ausschließen, dass er es auch mit reingenommen hat.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Aber können Sie ausschließen, dass er es Ihnen gegeben hat?

Zeuge Borchert: Es gab auch in der Anfangsphase, als er eben - - also nicht jetzt - - tageweise raus war, dass ich da öfters aufgepasst habe. Ja, das kann auch sein.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Aufgepasst aufs Handy.

Zeuge Borchert: Zumindest, dass er es mir übergeben hatte.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): War das dann aus oder an, wenn es bei Ihnen war?

Zeuge Borchert: Aus.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Und Sie haben es auch nicht mal angemacht.

Zeuge Borchert: Ich habe es auch nicht angemacht, nee.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Warum nicht? Also, ich meine, wenn so eine Behörde einem Rechtsextremisten ein Handy - -

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Borchert: Was hätte damit bewirkt werden sollen? Die Telefongespräche hätte ich nicht entgegennehmen können. Also, ich habe es ausgemacht.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Na ja, man hätte sich zumindest die SMS mal angucken können, -

Zeuge Borchert: Es war aus.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): - vielleicht auch ein Stück weit, sagen wir mal, Informationen verifizieren können oder Ähnliches.

Zeuge Borchert: Ich habe damit nicht, jedenfalls mit dem Handy nicht gearbeitet.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Also, Sie haben das Handy nicht angemacht -

Zeuge Borchert: Nein.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): - und haben es auch nicht überprüft oder Ähnliches?

Zeuge Borchert: Nein.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Okay.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann sind wir bei Herrn Wiese.

Abgeordneter Wiese (AfD): Bleiben wir gleich mal beim Handy. Sie haben ja gesagt, Sie hätten den Austausch des Handys vorgenommen.

Zeuge Borchert: Ja.

Abgeordneter Wiese (AfD): Wo war denn das? Können Sie sich noch erinnern? War das in der JVA? War das außerhalb der JVA?

Zeuge Borchert: Das war außerhalb der JVA. Das war im Stadtgebiet von Potsdam.

Abgeordneter Wiese (AfD): Im Stadtgebiet von Potsdam. - Am 25.08.1998 um 19.21 Uhr ist auf dieses Handy eine SMS - -

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand. - RA Dr. Butz Peters: Die Frage war noch nicht fertig, glaube ich!)

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Nein, glaube ich auch. - Herr Wiese?

Abgeordneter Wiese (AfD): Ich wollte nur wissen: Am 25.08.98 um 19.21 Uhr ist eine SMS von Werner an das Handy - wo Sie vorhin gesagt haben, dass das auf das

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Ministerium des Innern eines anderen Bundeslandes registriert ist - eingegangen. Und zwar: „Hallo. Was ist mit dem Bums“.

(Zurufe: „... mit den Bums“!)

- Oder „den Bums“. Gut. - Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Borchert: An „den Bums“? Nein. Von dieser SMS habe ich - -

Abgeordneter Wiese (AfD): Nein, an den Austausch. Sie haben ja gesagt, Sie haben das in Chemnitz ausgetauscht, um - - Wahrscheinlich muss es nach 19.21 Uhr gewesen sein.

Zeuge Borchert: Ich habe es nicht in Chemnitz ausgetauscht.

Abgeordneter Wiese (AfD): Sie haben doch vorhin - - Ich habe doch gefragt, wer den Austausch vorgenommen hat.

Zeuge Borchert: Im Stadtgebiet von Potsdam -

Abgeordneter Wiese (AfD): Von Potsdam?

Zeuge Borchert: - ist es ausgetauscht worden.

Abgeordneter Wiese (AfD): Am 25.08. in Potsdam.

Zeuge Borchert: Am 25.08. in Potsdam, ja.

Abgeordneter Wiese (AfD): Sind Sie ganz sicher?

Zeuge Borchert: Ja.

Abgeordneter Wiese (AfD): Wenn ich Ihnen sage, dass hier über eine TKÜ-Maßnahme bei Jan Werner im August 98 usw. festgestellt wurde, dass dieses Handy in Chemnitz registriert war, was antworten Sie denn dann?

Zeuge Borchert: Das ist mir nicht bekannt, das weiß ich nicht.

Abgeordneter Wiese (AfD): Oder: eingeloggt war. So muss ich es sagen.

Zeuge Borchert: Dazu kann ich nichts sagen.

Abgeordneter Wiese (AfD): Kommen wir nicht zusammen?

Zeuge Borchert: Da kann ich nichts zu sagen.

Abgeordneter Wiese (AfD): Ach so. Ich habe verstanden: „Kommen wir nicht zusammen.“ Na ja, aber Sie können das schon nachvollziehen?

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

(Abgeordnete Johlige [DIE LINKE]: Herr Vorsitzender!)

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Entschuldigung, Herr Wiese! Es gibt eine Zwischenfrage, oder?

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Nicht eine richtige Zwischenfrage. Aber es ist inzwischen hinlänglich bekannt, dass sich das Handy nicht in Chemnitz zu dem Zeitpunkt befand, sondern dass das eine falsche Interpretation dieser TKÜ-Protokolle ist, vermutlich zumindest, weil sich die GPS-Daten, also die Daten, die das Handy räumlich orten, wahrscheinlich auf das Handy von Herrn Werner beziehen und nicht auf das Handy, mit dem Jan Werner kommuniziert hat. Deswegen ist es eigentlich jetzt ein bisschen schwierig, diese Frage, weil die kann der Zeuge eigentlich gar nicht beantworten.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Gut. Danke für den Hinweis. - Herr Wiese ist weiter dran.

Abgeordneter Wiese (AfD): Also, wir haben uns noch mal erkundigt, weil wir das auch gehört haben. Es scheint nicht mehr ganz so strittig zu sein. Aber das können wir ja gern noch mal in einer Nachfrage machen.

Mir geht es jetzt einfach mal darum: Ihnen ist also nicht bekannt, dass eine SMS da drauf war, wo es heißt: „Hallo. Was ist mit den Bums“?

Zeuge Borchert: Von dieser SMS habe ich erst im Jahre 2013 im Zuge der Befragung durch den Bundestagsuntersuchungsausschuss erfahren.

Abgeordneter Wiese (AfD): Wissen Sie noch, wann Sie das Handy übernommen haben oder ausgetauscht haben? Die Uhrzeit vielleicht? Ungefähr.

Zeuge Borchert: Also, ich habe hierzu einen Bericht dem Gericht in München vorgelegt. Wenn Sie ihn lesen wollen? Oder soll ich ihn vorlesen?

Abgeordneter Wiese (AfD): Lesen Sie doch vor!

Zeuge Borchert: Soll ich das ganze Ding vortragen oder den Sachverhalt?

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Aber bitte etwas näher ans Mikro!

Zeuge Borchert: Entschuldigung. - Also:

„Zum Handy 0172/39 22 834 mit der SMS ‚Hallo. Was ist mit den Bums‘ hatte ich zunächst keine Erinnerung mehr, da der Sachverhalt nun 20 Jahre her ist. Es geht um eine SMS vom 25.08.1998. Anhand eines von mir verfassten Treffberichts konnte ich jetzt, 2015, feststellen, dass ich an diesem Tag ein Treffen mit ‚Piatto‘ in der Zeit von etwa 15 bis 20 Uhr hatte. Unter anderem ging es darum, das alte gegen ein neues Handy auszutauschen. Deshalb bin ich

Untersuchungsausschuss 6/1

20.04.2018

24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

Stenogr. Dienst/Jen

zusammen mit ‚Piatto‘ in ein Geschäft in Potsdam gegangen und habe zwei neue Handys gekauft mit jeweils einer Rufnummer. Ich habe ‚Piatto‘ ein Handy übergeben. ‚Piatto‘ hat mir das alte Handy ausgehändigt. Das Telefon habe ich an mich genommen. Diese Geschichte muss sich gegen 16 Uhr ereignet haben. Laut Treffbericht habe ich ‚Piatto‘ gegen 15 Uhr aus Brandenburg an der Havel abgeholt. Anschließend sind wir nach einer ca. 30 Minuten dauernden Fahrt in Potsdam angekommen und haben dort direkt das Geschäft aufgesucht. Das Aussuchen und das Bezahlen hat etwa weitere 30 Minuten gedauert. Danach hat mir ‚Piatto‘ gegen 16 Uhr das alte Handy übergeben. Weil das alte Handy aus dem Verkehr gezogen werden sollte, gehe ich davon aus, dass ich es abgeschaltet habe. Da ich ‚Piatto‘ ausweislich des Treffberichts gegen 20 Uhr in Brandenburg an der Havel abgesetzt habe, bin ich nicht noch einmal ins Büro gefahren.

Zusammengefasst: Wie sich mir der Sachverhalt anhand des Treffberichtes darstellt, hat ‚Piatto‘ mir das Handy am 25.08.1998 gegen 16 Uhr übergeben. Dann habe ich es ausgeschaltet - wenn es nicht schon ausgeschaltet war - und am nächsten Tag in der Verwaltung abgegeben. Eingezogene Handys und die enthaltenen SIM-Karten werden regelmäßig kurzfristig vernichtet und nicht wiederverwendet. Mir ist bekannt geworden, dass das Handy physisch nicht mehr existiert. Das heißt, die Nachricht am 25.08. um 19.21 Uhr - ‚Was ist mit den Bums‘ - hat ‚Piatto‘ nicht mehr erreicht, weil er das alte Handy an mich übergeben hatte und das Handy ausgetauscht war. Ich habe es definitiv nicht eingeschaltet, denn es sollte eingezogen werden.

Das alles habe ich anhand des Treffberichtes rekonstruiert. Seinerzeit - 1998, vor nunmehr 20 Jahren - habe ich von der SMS ‚Was ist mit den Bums‘ nichts mitbekommen.“⁶

Abgeordneter Wiese (AfD): Wissen Sie noch, wo Sie das Handy hier in Potsdam gekauft haben, in welchem Laden? Stern-Center oder -

Zeuge Borchert: Nein, das war, glaube ich, eine Firma Kreysch - mit Ypsilon - in der Zeppelinstraße.

Abgeordneter Wiese (AfD): Wir haben heute noch mal aus Thüringen die Mitteilung bekommen, dass Herr Szczepanski - unabhängig jetzt von diesem Handy - noch mit einem anderen Handy mit dem Werner Kontakt hatte. Ist Ihnen da was bekannt? Also, er müsste ja dann zwei gehabt haben.

Zeuge Borchert: Da ist mir nichts bekannt.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Frau Nonnemacher, bitte.

(Abgeordnete Gossmann-Reetz [SPD]: Jan Werner mit Szczepanski? -
Gegenruf des Abgeordneten Wiese [AfD])

⁶ Anmerkung Stenografischer Dienst: Das Zitat konnte nicht verifiziert werden.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

- Bitte keine Zwiegespräche! Wenn jemand das Wort wünscht, dann zeigt er das an, und dann erteile ich ihm das - wenn ich möchte.

Frau Johlige möchte das Wort, und ich erteile es ihr.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Na ja, die Frage ist, ob uns die AfD dazu ein bisschen mehr sagen könnte, weil das wäre jetzt schon noch mal eine ziemlich wichtige neue Information, zumindest nach meiner Sicht, was ich an Auswertungsgeschehen bisher mitbekommen habe, wenn es tatsächlich so gewesen wäre, dass parallel zu dieser Kommunikation mit dem Handy, was auf den Verfassungsschutz zugelassen war, über sozusagen ein zweites Handy von Szczepanski er mit Jan Werner in Kontakt gewesen wäre. Also, das wäre jetzt wirklich eine nicht unwichtige neue Information. Da wäre es schon gut, wenn wir dazu auch einen Nachweis bekämen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Wollen Sie uns dazu noch weiter aufklären, Herr Wiese?

Abgeordneter Wiese (AfD): Wir können momentan auf die Schnelle auch nur verweisen auf den Thüringer Landtagsbericht, der sich ja damit befasst hat. Ansonsten können wir Ihnen gern - - nicht heute, weil ich habe jetzt keine Unterlagen dabei von dem. Ich kann Ihnen die aber zeitnah zukommen lassen.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Wir bitten darum.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Jetzt ist Frau Nonnemacher dran. Bitte schön.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön. - Herr Borchert, Sie hatten ja eingangs geschildert, dass Herr Szczepanski ein, sagen wir mal, gebildeter Mensch mit ordentlichen Umgangsformen gewesen ist, dass das Verhältnis zwischen Ihnen entspannt gewesen sei. So kann ich Sie, glaube ich, zitieren.

Sie haben uns eben mitgeteilt, dass Sie ihn auch mal mit zu sich nach Hause, privat, mitgenommen hätten.

Zeuge Borchert: Nee. Das habe ich nicht gesagt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Habe ich Sie da miss- -

Zeuge Borchert: Das kann nicht sein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Hm?

Zeuge Borchert: Das kann nicht sein. Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Oder: Sie waren mit bei seiner Familie.
- Vielleicht stellen Sie das noch mal gerade. Dann habe ich Sie vielleicht missver- -

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Borchert: Wenn Sie das jetzt - - Ich habe ihn zu seiner Familie nach Neukölln - -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Und da waren Sie dabei.

Zeuge Borchert: Nein, da war ich nicht dabei.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber Sie haben ihn zu seiner Familie gefahren?

Zeuge Borchert: Ich habe ihn nach Neukölln gefahren, und dort hat er seine Familie besucht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Okay. Sie haben aber an dem Besuch nicht teilgenommen.

Zeuge Borchert: Ich habe an dem Besuch nicht teilgenommen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. - Sie haben sich mit Herrn Szczepanski geduzt?

Zeuge Borchert: Ich habe mich mit Herrn Szczepanski geduzt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Das war allgemein üblich in der Verfassungsschutzbehörde mit den entsprechenden Quellen?

Zeuge Borchert: Das war allgemein in der Szene üblich.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Nichts Ungewöhnliches.

Zeuge Borchert: Nichts Ungewöhnliches.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie haben Herrn Szczepanski über sechs Jahre lang geführt, von 94 bis 2000, ja?

Zeuge Borchert: Das ist richtig.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Das ist richtig. - Ist das Normalität? Ist das üblich, dass ein so langes Verhältnis ununterbrochen besteht zwischen einer Quelle und seinem V-Mann-Führer?

Zeuge Borchert: Ob das üblich ist? Es bestand sechs Jahre, ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Es bestand sechs Jahre?

Zeuge Borchert: Ja.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sind Ihnen andere Verhältnisse dieser Art bekannt, die auch über einen so langen Zeitraum bestanden haben?

Zeuge Borchert: Sind mir nicht bekannt, nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ist Ihnen nicht bekannt?

Zeuge Borchert: Also, ich weiß es nicht. Ich kann Ihnen dazu keine Antwort geben.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Können Sie nicht sagen. - Bei solchen sehr engen Kontakten hat man ja auch, wie gesagt, über persönliche Dinge gesprochen. Hatten Sie das Gefühl, dass das Verhältnis zu eng wurde, enger, als es einem professionellen Verhältnis gutgetan hätte?

Zeuge Borchert: Nein, das Gefühl hatte ich nicht. Es gab auch keine Anhaltspunkte dafür.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also, Sie hatten nie selber das Gefühl: „Ich muss da irgendwie aufpassen; das könnte schwierig werden“? Das war nicht der Fall?

Zeuge Borchert: Man war bedacht, die nötige Distanz zu halten.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Und das ist Ihnen auch - in Ihrer Einschätzung - gelungen, diese Distanz zu halten.

Zeuge Borchert: Das ist mir nach meiner Einschätzung gelungen, ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wir haben mehrere Schreiben von Carsten Szczepanski an „Dieter Borchert“, wo sozusagen ein enger Ton gewählt wird - „Mit besten Grüßen“ -, dann auch Formeln aus der Szene: „88 - Viele Grüße - Carsten“ und so. War das auch üblich?

Zeuge Borchert: Das waren Dinge, die er so formuliert hat und die ich natürlich entgegengenommen habe und die Briefe in der Auswertung abgegeben habe.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wir haben auch mehrere Briefe gefunden, wo sozusagen ein schwervermummter Straßenkämpfer mit einem Sturmgewehr, Sturmhaube, „Combat 18“-Logo und dem Zusatz „Terrormaschine“ auf diesen Schreiben an Sie abgebildet ist. Das fanden Sie nicht auffällig?

Zeuge Borchert: Wenn ich als Beschaffer solche Dinge erhalte, dann nehme ich sie an und gebe sie an die Auswertung weiter. Das hat jetzt nichts mit irgendwelchen persönlichen Geschichten zu tun.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber dass sozusagen Herr Szczepanski Ihnen solche Briefe geschickt hat, das war nicht auffällig.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Borchert: Er hat diese Briefe geschickt, und ich habe sie angenommen und weitergegeben.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Mhm. - Ist Ihnen bekannt, ob auch andere Quellen aus dem Rechtsextremismusbereich solche Logos oder solche Grüße mit rechtsextremen Chiffren oder so was an ihre V-Mann-Führer geschickt haben? Ist das nicht ungewöhnlich?

Zeuge Borchert: Dazu kann ich Ihnen jetzt keine Angaben machen. Weiß ich nicht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie haben praktisch diese wiederholt an Sie geschickten Briefe mit Zeichnung eines bewaffneten Kämpfers von „Combat 18“ einfach so, kommentarlos, an die Auswertung gegeben.

Zeuge Borchert: Ich habe Dinge, die im Zuge meiner Informationsbeschaffung an mich herangetragen wurden, angenommen und die an die Auswertung weitergegeben.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. - Dann hätte ich gerne noch einige Dinge gefragt zu diesem Postfach 22 24, welches Sie ja bei dem Postamt in Brandenburg eingerichtet haben.

Nach Erkenntnissen des Landeskriminalamtes Brandenburg gab es einen dritten Inhaber des Postfaches 22 24 - mit dem Namen „B.“, Vorname „F.“ -, als dessen Adresse die JVA Brandenburg angegeben war, wo er aber nicht bekannt war. Können Sie sich das erklären?

Zeuge Borchert: Nein, kann ich mir im Augenblick nicht erklären.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Könnte es sich bei diesem Namen „B.“ um ein Pseudonym von Carsten Szczepanski handeln?

Zeuge Borchert: Ist mir nicht bekannt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ausweislich einer Deckblattmeldung vom 21. April 1998 führte ein Rechtsextremist mit dem Nachnamen „B.“ das Postfach der Kameradschaft „United Skins“ in Königs Wusterhausen. Handelte es sich dabei möglicherweise um ein Pseudonym von Szczepanski? Oder bedeutet das, dass der Verfassungsschutz - - also dass das Postfach auch von der Kameradschaft „United Skins“ genutzt wurde?

Zeuge Borchert: Das Postfach in Königs Wusterhausen?

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Mhm.

Zeuge Borchert: Dazu kann ich Ihnen jetzt nichts sagen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Das Postfach, wer hat das geleert, insbesondere in der Zeit, als Szczepanski noch im geschlossenen Vollzug war?

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Borchert: Welches? In Brandenburg?

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja, jetzt in Brandenburg.

Zeuge Borchert: Brandenburg an der Havel? Ich - -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Hm?

Zeuge Borchert: Das Postfach in Brandenburg an der Havel wurde von mir geleert.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Es gab aber zwei Schlüssel zu dem Postfach. Wer hatte den zweiten Schlüssel?

Zeuge Borchert: Möglicherweise die Behörde.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Die Behörde. - Aber es wurde von sonst niemandem geleert, nur von Ihnen.

Zeuge Borchert: Es wurde von mir geleert, ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Das Postfach 22 24 diene unter anderem als Anschrift, um während des internen Streits der Terrorgruppe „Combat 18“ die Broschüre „Drowning Browning“ zu bestellen, die sich gegen den „Combat 18“-Kader Wilf Browning richtete. Wer hat denn die Broschüren an die Interessenten verschickt?

Zeuge Borchert: Mir ist nicht bekannt, dass von diesem Postfach aus Dinge verschickt wurden. Dieses Postfach diene lediglich dazu, Dinge einzusammeln oder Informationen einzusammeln.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also lediglich Posteingang. Aber Sie haben keine Kenntnis davon, dass sozusagen über dieses Postfach dann auch Dinge rausgegangen sind?

Zeuge Borchert: Ist mir nicht bekannt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber die Beantwortung von solchen Anfragen, wer hat die vorgenommen?

(Der Zeuge überlegt.)

Also, wenn an dieses Postfach sozusagen Anfragen kamen, die dann an Szczepanski weitergeleitet worden sind, mussten die doch auch beantwortet werden. Haben Sie das dann sozusagen vorgenommen, die Weiterleitung der Antworten?

Zeuge Borchert: Ich kann Ihnen dazu jetzt nichts - - Ist mir - - Weiß ich jetzt nicht mehr. Kann ich Ihnen nicht mehr schildern.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Dieses Postfach diene als deutsche Kontaktanschrift für Interessenten des „National Socialist Movement“ - NSM - in Deutschland, in dem sich der „Combat 18“-Flügel von Charlie Sargent organisierte. Welches Informationsmaterial wurde den deutschen NSM-Interessenten zugesandt, und wer hat es versandt?

Zeuge Borchert: Dazu kann ich Ihnen jetzt nichts sagen. Ist mir nicht bekannt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Und was waren Szczepanskis Aufgaben als Kontaktmann für diese deutschen NSM-Interessenten?

Zeuge Borchert: Die Adressen, die Leute, die Kontakt mit dem Postfach aufnahmen - - Diese Adressen wurden, wie gesagt, durch die Auswertung dann bearbeitet.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber wenn er sozusagen kontaktiert worden ist von diesen Interessenten, muss er doch auch geantwortet haben. Das wäre doch sonst aufgefallen.

Zeuge Borchert: Das kann ich Ihnen jetzt - - den Weg nicht beschreiben. Ist mir jetzt nicht mehr in Erinnerung.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Im britischen Neonazimagazin „The Order“, das nach der gleichnamigen Terrorgruppe in den USA benannt ist, steht das Postfach 22 24 in Brandenburg als Postfach der „Anti-Antifa Brandenburg“ und als deutsche Bestelladresse für „The Order“. Wie sah die „Anti-Antifa“-Arbeit aus, die über Ihr Verfassungsschutzpostfach abgewickelt wurde?

Zeuge Borchert: Es wurde keine „Anti-Antifa“-Arbeit über dieses Postfach abgewickelt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Da sind Sie sicher, dass dort nichts rausgegangen ist.

Zeuge Borchert: Da bin ich mir sicher.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Mhm. Gut. - Das war es erst mal. Danke.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Wir gehen in die nächste Runde.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich würde dem Zeugen eine Pause von ein paar Minuten gönnen wollen, fünf bis zehn Minuten. Ist das in Ihrem Sinne?

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Einverstanden? - Ja, machen wir. Zehn Minuten Pause sind ganz gut.

Ich unterbreche für zehn Minuten.

(Unterbrechung von 17.27 bis 17.39 Uhr)

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Ich bitte Platz zu nehmen, meine Damen und Herren.

Wir gehen in die nächste Fragerunde. Die SPD-Fraktion darf wieder als Erstes fragen. Frau Gossmann-Reetz, bitte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Im August 1997 wurde Herr Szczepanski in den offenen Vollzug verlegt und kam dann noch mal zurück in den geschlossenen wegen eines Vorwurfs der Schutzgelderpressung. Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Borchert: Ja. Ihm wurde von einem Mitgefangenen der Vorwurf gemacht, dass er ihn wohl wegen 50 Euro erpresst habe oder so was Ähnliches.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Noch mal, bitte!

Zeuge Borchert: Wegen 50 Euro soll er wohl einen Mitgefangenen erpresst haben.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und wissen Sie, wie das weitergegangen ist? Also, wie ist die Staatsanwaltschaft mit den Vorwürfen umgegangen?

Zeuge Borchert: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Auf alle Fälle konnten diese Vorwürfe nicht erhärtet werden.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gab es da zwischen Ihnen und Staatsanwaltschaft oder Gefängnis irgendwelche Gespräche zu dem Vorfall?

Zeuge Borchert: Zwischen mir und der Anstalt oder mit der Justiz nicht, nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und ansonsten? Haben Sie Informationen darüber bekommen, wie Herr Szczepanski sich während der Haft verhielt gegenüber Mithäftlingen, welchen Status er hatte?

Zeuge Borchert: Nach meiner Erinnerung hat er sich wohl an die Anforderungen in der Haftanstalt - - hat er sich an die Anweisungen - - Die hat er befolgt.

Ihre zweite Frage war jetzt hinsichtlich seiner Akzeptanz: Er wurde allgemein als Führungsfigur anerkannt, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Als Führungsfigur für wen?

Zeuge Borchert: Bitte?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Führungsfigur für wen?

Zeuge Borchert: Rechtsextremisten.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Rechtsextremisten in dieser Haftanstalt.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Borchert: Er wurde als Führungsfigur anerkannt. Ob sich das nur auf innerhalb, auf die Haftanstalt, bezog, kann ich Ihnen jetzt nicht sagen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also intern und extern war er eine Führungsfigur.

Zeuge Borchert: Er war anerkannt, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Haben Sie ihn dazu angehalten, sich in der Haft, sagen wir mal, gut zu führen?

Zeuge Borchert: Ich habe ihn darauf hingewiesen, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Hat er aus seiner Ideologie keinen Hehl gemacht in der Haft, wenn Sie sagen, er war eine Führungsgröße der rechten Szene?

Zeuge Borchert: Na ja, er brauchte ja nicht viel dazutun. Durch seine Verurteilung genoss er einen gewissen Status, alleine schon deswegen. Die Rechtsextremisten kamen auf ihn zu. Es brauchte also nicht viel Mittun seinerseits, um seine Position zu stärken.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber war es nicht auch wichtig, innerhalb des Gefängnisses den Anschein zu erwecken, dass er sich von dieser Szene gelöst haben könnte?

Zeuge Borchert: Das ist selbstverständlich.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja, aber wie ist ihm das gelungen? Auf der einen Seite, sagen Sie, ist er eine Führungsperson gewesen, intern wie extern, hat auch dieses Postfach weitergeführt. Also, es war ja wohl offensichtlich, dass er weiterhin Kontakte hält. Aber innerhalb der JVA soll man dann geglaubt haben, dass er sich löst von der Szene.

Zeuge Borchert: Seine Akzeptanz als Rechtsextremist wurde ja von außerhalb an ihn herangetragen. Er brauchte kein Dazutun, keine Veranstaltungen zu organisieren oder sonst irgendwelche Dinge, sondern es war einfach sein Charisma.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wissen Sie, ob er innerhalb der Haft für eine Mitgliedschaft bei der HNG geworben hat?

Zeuge Borchert: Das ist mir jetzt nicht bekannt, nee. Sollte eigentlich nicht sein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was hätten Sie ihm denn gesagt, wenn er Ihnen erzählt hätte, dass er dies tut?

Zeuge Borchert: „Mach es nicht!“

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Warum nicht?

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Borchert: Aus zwei Gründen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Hm?

Zeuge Borchert: Aus zwei Gründen: Erstens würde das nicht seiner Sozialeinschätzung förderlich sein. Und zweitens: Als, sage ich mal jetzt, Informant oder Quelle sollte er nun nicht gerade eine extremistische Organisation unterstützen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie hatten großes Interesse daran, dass die Sozialeinschätzung, die Sozialprognose positiv ausfällt.

Zeuge Borchert: Ich nicht, aber er auf alle Fälle, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Bitte?

Zeuge Borchert: Er auf alle Fälle, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und Sie auch.

Zeuge Borchert: Ich persönlich - - Also wissen Sie, das ist jetzt - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Beruflich. Jetzt nicht Sie als Mensch, sondern beruflich hatten Sie ja schon Interesse daran, dass es eventuell zu einer Haftverlängerung frühzeitig kommt, oder nicht? Das war ja, glaube ich, auch so forciert und unterstützt von Ihnen.

Zeuge Borchert: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Gab es mal Überlegungen von Ihrer Behörde, nach der Haftzeit - - oder einen anderen V-Mann-Führer als Sie einzusetzen?

Zeuge Borchert: Ist mir nicht bekannt, nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Dann würde ich Ihnen einen Vorhalt machen zu einem Vermerk vom 07.05.1998. Da ist handschriftlich von Ihrem Referatsleiter, Herrn O [REDACTED], drauf vermerkt - wir legen Ihnen den vor -:

„Was soll das heißen? Wir sollten langsam über eine Abgabe an einen anderen VMF nachdenken.“⁷

Zeuge Borchert: Habe ich keine Erinnerung dran.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Dann: Wir finden weiterhin in den Akten eine Genehmigung später, dass Herr Szczepanski in seinem Haftraum einen

⁷ Die Fundstelle lautet: Ordner B 4 IV B 73, Übergabe Piatto Bearbeitete Fassung 97_98, 1. Halbjahr 1998.pdf, Seite 71.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

PC haben sollte. Wissen Sie noch, wessen Idee das war, dass der Mann mit einem PC ausgestattet wird?

Zeuge Borchert: Nein, habe ich keine Idee.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Herr Szczepanski hat Fortbildungen und Weiterbildungen betrieben. Ist Ihnen daran etwas rememberlich? Was hat er in der Haftzeit für Weiterbildungen absolviert?

Zeuge Borchert: Er hatte außerhalb der Haftanstalt eine Ausbildungsstätte besucht, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Die gesamte Haftzeit? Also, er hat wohl ein Abitur nachgemacht.

Zeuge Borchert: Er hat Abitur nachgemacht, ja, richtig.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das ist ihm so gelungen? Davon hat er Ihnen auch immer erzählt?

Zeuge Borchert: Davon hat er erzählt, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ist ihm das leichtgefallen?

Zeuge Borchert: Bitte?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ist ihm das leichtgefallen?

Zeuge Borchert: Das - - Dazu - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Haben Sie ihn da mal unterstützt? Haben Sie sich mit ihm darüber unterhalten?

Zeuge Borchert: Wir haben uns unterhalten, klar, über Aufgabenstellungen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Über Aufgabenstellungen?

Zeuge Borchert: Ja. Ich erinnere mich da an Mathematik oder ähnliche Dinge.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Haben Sie ihm da geholfen?

Zeuge Borchert: Wir haben darüber gesprochen, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie haben ihm bei den Hausaufgaben geholfen, oder Sie haben sich darüber unterhalten, wie schwer ihm das fällt?

(Heiterkeit)

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Borchert: Wir haben uns über seine Hausarbeiten - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Also, er hat ein Abitur gemacht, und dann hat er nachher noch eine Fortbildung gemacht.

Zeuge Borchert: Eine Ausbildung.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Eine Ausbildung?

Zeuge Borchert: Eine Ausbildung.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was war das für eine Ausbildung?

Zeuge Borchert: Ach, ich weiß das nicht mehr. Das muss auch irgendwas mit Computern gewesen sein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was mit Computern.

Zeuge Borchert: Ja, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Und dann hat er einen Computer in den Haftraum bekommen. Ist das nicht ungewöhnlich?

Zeuge Borchert: Ich habe keine Idee mehr, wie das - - was da gelaufen ist.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Jetzt geht es noch zu den Einsatzgebieten nachher. Er hat dann öfter Freigänge bekommen. Ist es richtig, dass Sie die ersten Besuchsfreigänge begleitet haben damals?

Zeuge Borchert: Ich habe Besuchsfreigänge begleitet, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aha. Und auch unter einer Legende? Weil es ist ja eigentlich nicht üblich, dass jemand, der mal rausdarf aus dem Gefängnis, nicht von einem JVA-Mitarbeiter betreut wird, sondern von irgendeiner externen Person. Wie kam es dazu?

Zeuge Borchert: Er konnte Personen benennen, sofern ich das noch weiß, mit denen er Kontakt haben wollte. Er konnte also Personen gegenüber der Anstaltsleitung benennen, mit denen er Kontakt haben wollte. Und eine dieser Personen war ich.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Uns liegt vor, dass der Freigang erst nicht genehmigt werden konnte, weil es Personalmangel gab. Dann gab es von der JVA den Vorschlag, dass Sie ihn begleiten könnten; dann würden diese Freigänge stattfinden können.

Zeuge Borchert: Dazu kann ich Ihnen nichts mehr sagen, wirklich.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, Sie haben mit der JVA persönlich nie was verabredet.

Zeuge Borchert: Ich habe mit der JVA persönlich nichts verabredet. Das war nicht meine Gesprächsebene.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie kommt es, dass Herr Szczepanski dann einen Brief an Sie schreibt, dass Sie sich mit Herrn K. E. mal über einen Einzelhafttraum auseinandersetzen sollen?

Zeuge Borchert: Herr Szczepanski hat viele Dinge geschrieben, viele Dinge gewollt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. Aber das war alles nicht - -

Zeuge Borchert: Realistisch.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Realistisch.

Zeuge Borchert: Mhm.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Und wenn es nachher um Einsatzgebiete ging, also um Themenfelder, die Herr Szczepanski für Sie erörtern oder intensiv ausforschen sollte - ich weiß jetzt die Begrifflichkeit nicht besser -

Zeuge Borchert: Informationen erheben.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Bitte?

Zeuge Borchert: Informationen erheben.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - ja, super: Informationen erheben sollte -, haben Sie ihm die vorgeschlagen, oder hat er da auch selber Vorschläge gemacht?

Zeuge Borchert: Im Prinzip brauchte man keine großen Vorschläge zu machen. Er hatte hinreichend Möglichkeiten, der Informationserhebung nachzugehen. Im Einzelfall ist im Gespräch mit dem Auswertungsleiter dann besprochen worden, wo vielleicht eine Informationserhebung dringend notwendig wäre.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie oft waren Sie mit in Limbach-Oberfrohna?

Zeuge Borchert: Null.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Sie sagten gerade, die Zugänge von Herrn Szczepanski waren so vielseitig. Was zum Beispiel waren da Schwerpunkte von ihm, also welche Bereiche, aus denen er Ihnen Informationen bringen konnte? Was war- -

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Borchert: Das war die Musikszene, Einzelpersonen, vor allen Dingen die Verhinderung von Skinhead-Konzerten, zum Beispiel.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und es ist auch richtig, dass er über „Blood & Honour“ sowie vor allen Dingen über den „Landser“-Betrieb berichtete? Ist Ihnen das noch erinnerlich?

Zeuge Borchert: Er hatte da über eine - - Er hat in dem Zusammenhang über „Landser“-CDs oder eine Lieferung, glaube ich, berichtet.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie konnte es denn sein, dass jemand so in diesen konspirativen Kreis reinkam? Wie erklären Sie sich das, dass Herr Szczepanski solche Informationen erlangen konnte?

Zeuge Borchert: Das kann ich Ihnen jetzt im Einzelnen nicht mehr sagen, zu wem er da Kontakt hatte, um diese Informationen zu erheben.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Nachdem dann Herr Szczepanski wirklich entlassen worden ist, kam es ja dazu, dass er einen Laden in Königs Wusterhausen eröffnete. Haben Sie ihn dabei unterstützt?

Zeuge Borchert: Die Behörde, sofern ich mich daran erinnere - - ist er auch finanziell unterstützt worden, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und haben Sie ihn begleitet, zum Beispiel bei Auswahl des Ladens oder einer Wohnung?

Zeuge Borchert: Nein, das waren allein seine Vorstellungen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und bei Behördengängen, haben Sie ihn da begleitet?

Zeuge Borchert: Ich habe ihn bei Behördengängen nicht begleitet.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Überhaupt nicht. Okay. - Wurden irgendwelche Vorkehrungen getroffen, um Strafverfolgungen zu verhindern? Weil, wenn er sich ja weiterhin in der rechten Szene bewegte, musste er sich ja auch, sage ich mal, artgerecht in dieser Szene bewegen. Wurden irgendwelche Vorkehrungen getroffen, dass er da polizeilich nicht erfasst wird?

Zeuge Borchert: Diese Vorkehrungen sind nicht bekannt, nee.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sind Ihnen nicht bekannt.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Minute, bitte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Können Sie sich daran erinnern, dass eine Hausdurchsuchung bei Herrn Szczepanski erfolgte?

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Borchert: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was erinnern Sie denn daran noch?

Zeuge Borchert: Dass eine Hausdurchsuchung erfolgte und in dem Zusammenhang wohl sein PC beschlagnahmt worden ist.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und wie hat Herr Szczepanski darauf reagiert?

Zeuge Borchert: Nicht so erfreut, nehme ich an. Ich weiß es nicht; ich kann es im Einzelnen nicht mehr sagen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. Ich würde Ihnen dann noch schnell den Vorhalt machen, weil in Ihrem Vermerk vom 08.03. dazu schreiben Sie, dass der PC sowie Materialien aus der rechtsextremistischen Szene, die dem Verfassungsschutz Brandenburg vorliegen und aus Gründen der Tarnung in der Wohnung der Quelle vorrätig gehalten werden mussten, konfisziert worden sind. Und in dem Vermerk heißt es weiter:

„Die Quelle zeigte für diese Maßnahme völliges Unverständnis. Aufgrund des Verhaltens der Quelle ist eine intensive Betreuungs- und Führungsarbeit erforderlich, um weitere Nachteile für die Quelle zu mindern und Schaden von der Abteilung V, dem Innenministerium und der politischen Führung abzuwenden.“⁸

Können Sie uns das mal erklären? Wie verstehe ich so was? Also, welche Form von Schaden sollte hier entstehen, auch für die politische Führung?

Zeuge Borchert: Das kann ich Ihnen im Einzelnen jetzt nicht mehr - - Wie da die Stimmungslage war, was da vorgetragen wurde, kann ich Ihnen jetzt wirklich nicht mehr - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was ist „intensive Betreuung und Führungsarbeit“ in so einem Fall?

Zeuge Borchert: Vielleicht häufiges - - Ich kann es Ihnen - - was wäre, wenn sich solche Dinge auftun. Vielleicht häufigere Treffen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gab es damals ein Anzeichen für eine bevorstehende Enttarnung der Quelle?

Zeuge Borchert: Ist mir nicht bekannt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ist Ihnen nicht bekannt. - Gut, dann muss ich jetzt leider abgeben.

⁸ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: 2000 43-226-VSnfd-bwpsmd.pdf, Seite 82.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann geht es weiter mit der CDU-Fraktion. Herr Lakenmacher ist dran.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Vielen Dank. - In einem Telefonat am 7. September 1998 mit dem Verfassungsschutz Thüringen haben Sie einem Herrn W. mitgeteilt, dass die Quelle keine neuen Erkenntnisse mitgeteilt habe, nur dass das Trio sich im Raum Chemnitz aufhalten würde. Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Borchert: Nein. Also, erstens war mir nicht bekannt, dass ein Trio sich in Chemnitz aufhalten sollte und ich - - Also ich habe daran keine Erinnerung, nein.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Daran haben Sie keine Erinnerung. Aber wenn ich Sie jetzt sozusagen daran erinnere - im Übrigen, diese Information stammt aus Abschlussberichten anderer Untersuchungsausschüsse -, dass Sie diese Mitteilung an einen Herrn W. vom Thüringer Verfassungsschutz so getätigt haben, wieso taucht diese Information, die ja doch wesentlich ist nach meiner Einschätzung, in keiner Deckblattmeldung und in keinem Treffvermerk auf?

Zeuge Borchert: Kann ich das mal sehen, bitte?

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Ich hatte Ihnen ja gerade gesagt: Das ist aus Abschlussberichten anderer Untersuchungsausschüsse, diese Information.

Zeuge Borchert: Das können Sie nicht vorlegen, oder - -

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Wir bräuchten noch ein bisschen.

Gut, dann stelle ich, bis wir es gefunden haben, noch eine andere Frage. Aus einem internen Vermerk des Verfassungsschutzes vom 04.10.1995 ergibt sich, dass es eine Überlegung gab, den „Piatto“ in die Justizvollzugsanstalt Frankfurt (Oder) zu verlegen. Erinnern Sie sich daran?

Zeuge Borchert: Nein.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU):

„Frau Marx - -“

Sie wissen - - An Frau Marx erinnern Sie sich, das können Sie einordnen?

Zeuge Borchert: Ja.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Ich zitiere mal:

„Frau Marx [ließ] auch erkennen, daß eine Verlegung [der Quelle] in die
Justizvollzugsanstalt Frankfurt (Oder) dem Antritt einer

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Umschulungsmaßnahme entgegenstehe. Eine Umschulungsmaßnahme könne ab April 1996 allein in der JVA Brandenburg durchgeführt werden.
Der Unterzeichner“

- Sie -

„merkte hier an, daß nach seiner Meinung eine Schulungsmaßnahme auf jeden Fall Vorrang haben müsse.“⁹

Kommt Ihnen da eine Erinnerung?

Zeuge Borchert: Nein. Kann ich es mal sehen, bitte?

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Ja.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt. - Er und sein Rechtsbeistand nehmen Einblick. - RA Dr. Butz Peters: Können Sie uns sagen, wer der Verfasser dieses Dokuments ist?)

Zeuge Borchert: Ich soll das sein.

(RA Dr. Butz Peters: Ich frage ja, ob das sicher ist!)

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Ja.

(RA Dr. Butz Peters: Ist die Kennung von Herrn G■■■■?)

- Genau. - Vorsicht!

(RA Dr. Butz Peters: Wir haben deswegen gefragt, weil es geschwärzt ist! Man kann es hier nicht nachvollziehen!)

Ja. - Gut, insofern konnten Sie das ja ersehen.

Wenn Sie dort anmerken, dass eine Schulungsmaßnahme auf jeden Fall Vorrang haben müsse, ist Ihnen erinnerlich, was Sie damit meinten? Vorrang vor was?

Zeuge Borchert: Ich weiß es nicht mehr.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Sie wissen es nicht mehr.

Zeuge Borchert: Ich kann es Ihnen nicht mehr sagen.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Gut. - Wir haben jetzt die Quelle bzw. diesen Abschlussbericht leider so schnell nicht gefunden, aber ich hake da trotzdem noch mal nach: Ich habe Ihnen ja vorhin mitgeteilt, dass Sie dieses Telefonat geführt haben mit

⁹ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: Piatto Komplex, 1995.pdf, Seite 56.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

dem Thüringer Verfassungsschutz am 7. September 1998 und mitgeteilt haben, dass das Trio sich im Raum Chemnitz aufhalte, weitere neue Erkenntnisse gebe es nicht.

Zeuge Borchert: Entschuldigung, der Vermerk ist aber nicht von mir.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Nee, nee. Ich beziehe mich hier auf den Abschlussbericht anderer Untersuchungsausschüsse, was diese Information betrifft. Der Vermerk ist von Herrn W. vom Thüringer Verfassungsschutz.

Zeuge Borchert: Der ist mir nicht - -

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Gut, ich gebe Ihnen ja jetzt die Information. Dieses - -

Zeuge Borchert: Ein Herr W. ist mir auch nicht - -

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Wie?

Zeuge Borchert: Ein Herr W. - -

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Ja, ich gebe Ihnen jetzt aber die Information, dass Sie dies in einem Telefonat gesagt haben. Wenn Sie sich das vergegenwärtigen: Warum taucht so eine - - Ist das eine Information, die in eine Deckblattmeldung oder in einen Treffvermerk gehört hätte?

Zeuge Borchert: Mir ist nicht bekannt, dass ich solch eine Information am Telefon einem Herrn W. mitgeteilt habe. Wenn das so gewesen wäre - haben Sie völlig recht - , hätte das Einfluss in eine Deckblattmeldung finden müssen.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Okay. Das war ja schon die Antwort. Herzlichen Dank.

Zeuge Borchert: Bitte schön.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Das war es.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann geht es weiter mit der Fraktion der Linken. Frau Vandre, bitte.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Danke schön. - Ich habe noch eine Reihe von Nachfragen zu bereits Geäußertem. Ich hoffe, Sie entschuldigen mich, wenn ich da ein bisschen hin und her springe.

Ich würde gern einsteigen mit der Frage danach, welche Möglichkeit der Vorbereitung zur heutigen Sitzung Sie hatten.

Zeuge Borchert: Die Einsichtnahme in Akten.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Die Einsichtnahme in Akten. Also, Sie haben sich die Akten, die mit dem Untersuchungsthema und dem Beweisbeschluss in Verbindung stehen, einfach noch mal durchgelesen, ja?

Zeuge Borchert: Das war eine Menge, ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Ja, das ist klar, das ist nachvollziehbar. - Haben Sie dazu im Vorhinein noch mal Gespräche geführt?

Zeuge Borchert: Mit wem?

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Mit dem Innenministerium, mit Ihrer Abteilung?

Zeuge Borchert: Nein.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay. - Ich fange mal an mit der Frage danach, ob Sie Frau Marx jemals begegnet sind.

Zeuge Borchert: Der bin ich begegnet, ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): In welchem Kontext? Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Borchert: Im Zusammenhang mit dem Dolgenbrodt-Prozess.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Vor dem Dolgenbrodt-Prozess?

Zeuge Borchert: Vor dem Dolgenbrodt-Prozess.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Das heißt also - - Können Sie den ungefähren Zeitraum noch sagen?

Zeuge Borchert: Oh! Nein. Tut mir leid.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Wissen Sie noch, was Ergebnis dieses Gesprächs gewesen ist?

Zeuge Borchert: Das Ergebnis war, dass sich Szczepanski bereiterklärt hatte, in diesem Prozess auszusagen.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Das heißt, Szczepanski war bei dem Gespräch dabei. Oder Sie haben im Vorhinein verhandelt und dann - -

Zeuge Borchert: Nein, sofern ich mich noch dumpf erinnere, war das ein Gespräch zwischen Frau Marx, mir und dem „Piatto“.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay. Das hat einmal stattgefunden.

Zeuge Borchert: Das hat einmal stattgefunden.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay. - Und zu welchen Konditionen oder unter welchen Umständen hat „Piatto“ sich bereiterklärt, auszusagen?

Zeuge Borchert: Er hat sich bereiterklärt - - Besondere Konditionen sind mir nicht in Erinnerung, die jetzt im Vorhinein erhoben worden sind von „Piatto“.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Also, es gab keine Zusagen im Sinne von „Dann versuchen wir, dass er früher aus dem Gefängnis kommt“?

Zeuge Borchert: Frau Marx hatte sich im Anschluss an das Gespräch - - oder ist mir so in Erinnerung, dass da irgendwie eine Halbstrafe in der Diskussion war.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Weil ich habe nämlich zwei Vermerke gefunden, auch wieder von Ihnen, und in denen steht drin - - Ich zeige sie Ihnen auch gleich; ich will sie nur kurz einmal vorlesen. Einmal vom 09.02.96, da schreiben Sie:

„Auch die für **S.** durch sein Engagement im Dolgenbrodt-Prozess entstandene unangenehme und teilweise auch gefährliche Situation hat der Zusammenarbeit keinen Abbruch getan. Dabei ist zu berücksichtigen, daß diese Situation ausschließlich durch das Verhalten der Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) verursacht wurde. Schon aus diesem Grunde muß von hier aus darauf geachtet werden, daß die Zusage der Staatsanwaltschaft FF, vertreten durch die Staatsanwältin Frau **Marx**, vom 06.09.1995 hinsichtlich der Ableistung einer Halbstrafe (spätestens Mai 1998) auch eingehalten wird.“¹⁰

Dann haben Sie noch mal später in Bezug auf einen Anruf bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt am 29.01.97 festgehalten, dass

„der Unterzeichner [...] die Gelegenheit [nutzte], und [...] Frau *Marx* daran [erinnerte], daß für **S.** Anfang 1998 die Halbstrafenregelung zur Entscheidung anstehe. Frau *Marx* erklärte, daß die Staatsanwaltschaft Frankfurt/Oder als Strafverfolgungsbehörde ihr Urteil dazu abgeben müsse; **S.** aber selbst den erforderlichen Antrag stellen müsse.“¹¹

Das Gespräch, was Sie gerade meinten, ist das das, was am 06.09.95 zwischen Ihnen dreien stattfand, was in Ihrem Vermerk vom 09.02. - also auf der linken Seite jetzt - festgehalten ist?

(Der Zeuge überlegt.)

Nicht erinnerlich? - Auch Okay. Aber hat Szczepanski Sie immer wieder darauf angesprochen, dass Sie sich das einfordern? Oder war er da ungeduldig? Oder wie kam das zustande, dass Sie immer wieder vermerkt haben: „Da gab es aber eine Halbstrafenzusage“?

¹⁰ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: Piatto Komplex, 1996.pdf, Seite 8.

¹¹ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: B 4 iV B 73, Übergabe Piatto Bearbeitete Fassung 97_98, 1997.pdf, Seite 15.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Borchert: Also, die Situation - - und warum das so dargelegt wurde, kann ich natürlich wieder nicht sagen, aber ich kann sagen, dass auf alle Fälle Herr Szczepanski nicht insistiert hat. Wieso das jetzt so aufgenommen wurde, in welchem Zusammenhang - ich kann Ihnen das nicht mehr sagen.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Alles gut. Danke schön. - Sie haben vorhin gesagt, dass es keine Absprachen mit der Justizvollzugsanstalt gegeben habe. Wir wissen ja, dass Carsten Szczepanski sich selbst angeboten hat schon in der JVA Königs Wusterhausen, während er in Untersuchungshaft gewesen ist. Und dann später wurde er ja, nach der Verurteilung, nach Brandenburg an der Havel verlegt. Zu dem Zeitpunkt war er dann ja schon tätig und Informant des Verfassungsschutzes.

Wir haben hier in einer Zeugenaussage - und damit möchte ich Sie jetzt konfrontieren, inwiefern Sie dazu Kenntnisse haben - gehört, dass, schon bevor der Gefangene Szczepanski in der JVA angekommen ist, die JVA-Leitung darüber informiert worden sei, dass da jetzt ein V-Mann kommen würde und dass man sich jetzt darüber unterhalten müsse, wie man denn den Aufenthalt des Gefangenen möglichst vereinbar mit der V-Mann-Tätigkeit des Szczepanski gestalten könnte. Ist Ihnen dieser Vorgang erinnerlich?

Zeuge Borchert: Der Sachverhalt ist mir nicht bekannt.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Nicht bekannt?

Zeuge Borchert: Nein.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay. - Noch eine Frage zu Ihrer ersten Begegnung mit Szczepanski. Als Sie ihn angetroffen haben und er ja vorher bereits auch schon durch einen Kollegen von Ihnen kontaktiert wurde, welchen mentalen Eindruck hatten Sie von Szczepanski? Sie haben vorhin gesagt, er sei auf Vergünstigungen aus - also Haftvergünstigungen -, zu gucken, vielleicht früher rauszukommen, hatte auch gerade ein Kind bekommen. Welchen Eindruck hatten Sie in Bezug auf die mentale Verfassung von Szczepanski? Wie ging er damit um, dass er gerade inhaftiert wurde wegen eines versuchten Mordes bzw. Mittäterschaft?

Zeuge Borchert: Das hat ihn schon beeindruckt, diese Situation dort, in der JVA. Sicherlich, klar. Besonders erfreut über seine Lebensbedingungen war er nicht, sofern ich mich jetzt noch so erinnere.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Aber hatten Sie das Gefühl, dass die Kontaktaufnahme mit dem Verfassungsschutz Strategieerwägung von ihm war, oder - -

Zeuge Borchert: Nein, das hatte ich erst mal nicht.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Das nicht?

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Borchert: Nein.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Wir haben in einem Vermerk gefunden, dass, unmittelbar nachdem auch Sie dann im Kontakt mit ihm standen, eine Telefonerlaubnis für Herrn Szczepanski beantragt wurde, auch wieder bei der Staatsanwältin Marx, und zwar auf ein Telefongespräch zweimal die Woche mit einem Berliner Sozialarbeiter unter dem Namen Wolf Egbert Schulz. Sagt Ihnen der Name etwas?

Zeuge Borchert: Nein.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Noch nie gehört?

Zeuge Borchert: Nein.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Das hat uns sehr verwundert, weil wenn der Herr Szczepanski parallel zwei Sozialarbeiter, von denen wir wissen, dass es auch manchmal als Legende für Verfassungsschutz benutzt wird - -

Zeuge Borchert: Diese zweite Legende war nur gegenüber der Szene. Es kann möglich sein, dass er vielleicht einen hatte, aber ist mir nicht bekannt, der Name, jetzt im Augenblick.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Es wäre ja zumindest verwunderlich, wenn das parallel zu Ihnen und Sie der Hauptverfassungs- - als Verfassungsschutzmitarbeiter für ihn zuständig waren.

Zeuge Borchert: Also, ich sage: Mir ist dieser Sachverhalt eines zweiten Sach- - eines Sozialarbeiters jetzt nicht bekannt.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Und wenn ich Ihnen sage, dass unsere bisherige Erkenntnis darauf abzielt, dass dieser Wolf Egbert Schulz das Synonym oder der Name für Herrn O [REDACTED] gewesen ist?

Zeuge Borchert: Das höre ich auch zum ersten Mal.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Hören Sie zum ersten Mal.

Zeuge Borchert: Das höre ich zum ersten Mal.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay.

(Abgeordnete Vandre [DIE LINKE] wendet sich an Abgeordnete Johlige [DIE LINKE].)

Willst du noch was dazu fragen?

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Aber wenn das so ist, kann das damit zusammengehangen haben, dass der Verfassungsschutz einen zweiten Zugang zu Herrn Szczepanski wollte, außer Ihnen?

Zeuge Borchert: Das kann ich mir nicht vorstellen. Ich weiß es nicht.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Weil wir versuchen das auch die ganze Zeit rauszukriegen, und wir verstehen es einfach nicht, -

Zeuge Borchert: Verstehe ich auch nicht, nein.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): - warum sozusagen - - Weil: Zwei solche Legenden nebeneinander sind ja auch immer ein Stück weit gefährlich. - Können Sie sich nicht erklären.

Zeuge Borchert: Ist mir - - Wäre total unprofessionell, sage ich jetzt mal. Das kann ich mir überhaupt nicht erklären.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Dann würde ich noch mal kurz auf die Produktion von „United Skins“ zu sprechen kommen. Wir haben ja gerade schon gehört, dass im April 1998 Herr Szczepanski einen Computer für seinen Haftraum beantragt hat. Uns ist in der Gegenüberlegung von Berichten, die Herr Szczepanski aus seiner Ausgangszeit, das heißt sogenannte Urlaubsberichte oder Ausgangsberichte, die er selbst verfasst hat - - und dem Layout des „United Skins“ Nr. 13 Parallelitäten gibt, die ich Ihnen gerne mal zeigen würde.

(Abgeordnete Vandre [DIE LINKE] begibt sich zum Platz des Zeugen und legt ihm Unterlagen vor.)

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Das ist dann bitte das Letzte in dieser Runde.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Das sind die Vermerke, die er zum Teil verfasst hat Ende 1998, und das ist die Produktion des „United Skins“ aus der gleichen Zeit, die die gleichen Layout-Zugänge haben.

Ist Ihnen das in Ihrer Tätigkeit aufgefallen, wenn Sie selbst auch Zugang zu „United Skins“ hatten und ja gleichzeitig auch seine Urlaubsberichte gelesen haben?

Zeuge Borchert: Das ist mir nicht aufgefallen, nein.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Können Sie sich diese Parallelität erklären?

Zeuge Borchert: Nein.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Dann danke.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Wir sind bei Herrn Wiese. Bitte.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Wiese (AfD): Jetzt hätte ich gerne noch von Ihnen gewusst: Wann und warum wurde Herr „Piatto“ abgeschaltet, und wie ist die Abschaltung vor sich gegangen? Können Sie darüber ein bisschen was Verständliches ausführen?

Zeuge Borchert: Zunächst wurde dem Herrn Szczepanski wohl von einem Rechtsextremisten vorgeworfen, an der Produktion einer Rohrbombe beteiligt zu sein. Das führte wohl zu - - Ich erinnere jetzt, dass der Staatssekretär hier anordnete, den Kontakt einzustellen.

Abgeordneter Wiese (AfD): Wann war das?

Zeuge Borchert: Wann das war? Das muss so Mitte 2000 gewesen sein.

Abgeordneter Wiese (AfD): 30. Juni - passt das?

Zeuge Borchert: Bitte?

Abgeordneter Wiese (AfD): 30. Juni - passt das?

Zeuge Borchert: 30. Juni hat er wohl eine Abschaltungserklärung unterschrieben.

Abgeordneter Wiese (AfD): Und wie lang war der Vorlauf, bis das so weit kam? Oder kam das aus heiterem Himmel?

Zeuge Borchert: Also nach meiner Erinnerung kam das relativ schnell, ja.

Abgeordneter Wiese (AfD): Mhm.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Frau Nonnemacher setzt fort.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön. - Ich entschuldige mich auch dafür, dass ich ziemlich viel springen muss zwischen verschiedenen Themen; es sind halt einfach noch Fragen offen. Ich versuche, das möglichst klar zu machen.

Herr Borchert, war Carsten Szczepanski der erste V-Mann des brandenburgischen Verfassungsschutzes?

Zeuge Borchert: Zumindest war er die erste Quelle, der erste Informant, der erheblich dazu beitragen konnte, über die rechtsextremistische Szene in Brandenburg Auskunft zu erteilen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber Sie können nicht sagen, ob er auch formal der Erste gewesen ist?

Zeuge Borchert: Das kann ich Ihnen jetzt nicht sagen. Ich weiß nicht, wann das Gesetz da - - Das kam ja - - Das kann ich Ihnen jetzt im Einzelnen nicht sagen, nein.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Herr Szczepanski wurde ja eigentlich als Informant geführt. Können Sie uns noch mal erklären, warum keine Verpflichtung mit ihm eingegangen worden ist?

Zeuge Borchert: Na ja, zunächst wollte man exakte Kenntnisse darüber erhalten, inwiefern er glaubwürdig war, inwiefern er sich führbar zeigte. Darüber hinaus wird - das ist jetzt wieder meine Annahme - seine Verurteilung im Raume gestanden haben, ihn zunächst nicht als V-Mann zu verpflichten.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber er ist ja nun - ausweislich auch Ihrer Aussagen - über viele, viele Jahre die ergiebigste Quelle des Brandenburger Verfassungsschutzes überhaupt gewesen, auch mit bundespolitischer Bedeutung. Wir haben gehört, dass zu bestimmten Bereichen immer wieder auch Rücksprache mit dem BfV gehalten worden ist. Ist es da nicht verwunderlich, dass nicht wenigstens eine Verpflichtung vorgenommen worden ist?

Zeuge Borchert: Das war letztendlich nicht meine Entscheidung, sondern Entscheidung der Referatsleitung. Warum die letztendlich nicht durchgeführt worden ist, das entzieht sich meiner Kenntnis.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Anderes Thema: noch mal das Praktikum und die Arbeit in diesem Laden „Sonnentanz“. Sie haben hier gesagt, Sie haben Herrn Szczepanski nie, nicht ein einziges Mal, dorthin gefahren.

Zeuge Borchert: Ja, das ist richtig.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Das ist richtig. - Sie haben vermutet, dass er mit anderen Szeneangehörigen dort hingekommen ist. Wir haben jetzt eine Textstelle, das ist eine Zeugenvernehmung durch das Bundeskriminalamt von Herrn Szczepanski, da sagt er ganz kurz:

„Ich hatte damals Kontakt zur Antje P. Für die habe ich in Absprache [sic!] mit dem LfV Brandenburg damals auch gearbeitet.“

Wissen Sie, ob er täglich dort gearbeitet hat?

Zeuge Borchert: Mit Sicherheit war er aufgrund der Entfernung dort nicht täglich anwesend.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Und während des Praktikums? Ist das nicht ungewöhnlich, wenn jemand ein Praktikum macht und dort nur ab und zu mal auftaucht?

Zeuge Borchert: Na, das ist eine Geschichte zwischen denen gewesen. Was da abgelaufen ist, wie es abgelaufen ist, dazu kann ich Ihnen nichts sagen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ist Ihnen bekannt, wie häufig er da war?

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Borchert: Ist mir nicht bekannt. Aber es kann nicht oft gewesen sein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ausweislich Ihrer Treffvermerke aus dem ersten Quartal 1999 fanden die Treffen mit Herrn Szczepanski immer in Brandenburg und nicht in Sachsen statt und teilweise sogar zweimal in der Woche. Das ist richtig?

Zeuge Borchert: Die fanden immer in Brandenburg statt, ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Er kann ja dann so oft nicht dort gewesen sein. Das würden Sie bestätigen.

Zeuge Borchert: In Sachsen?

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja.

Zeuge Borchert: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Anderes Thema: Es geht noch mal um den Handy-Austausch am 25. August 1998. Sie haben uns vorhin hier die Passage vorgelesen, Ihre Aussage vor dem NSU-Prozess in München, und haben dort genau, detailliert geschildert, dass Sie ihn 15 Uhr in Brandenburg abgeholt haben, etwa um 15.30 Uhr in Potsdam eingetroffen sind, gegen 16 Uhr in den Laden gegangen sind und diese beiden Handys gekauft haben, dass Sie den Austausch ca. um 16 Uhr vorgenommen haben und spätestens da das Handy von Szczepanski abgeschaltet haben und es am nächsten Tag in der Verfassungsschutzbehörde abgegeben haben. Haben Sie diese Vorgänge dokumentiert gegenüber der Behörde? Haben Sie das in dieser - -

Zeuge Borchert: Nein, habe ich nicht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Das wurde nicht - -

(Ein Vertreter der Landesregierung wendet sich an den Zeugen und spricht mit ihm.)

Zeuge Borchert: Es soll einen Treffbericht geben.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): In einem Treffbericht steht aber nur ein Satz unserer Auffassung nach. Deshalb noch mal die Frage: Haben Sie das in dieser Detailtiefe, die ich jetzt eben zitiert habe, wie Sie es vor dem Prozess ausgesagt haben, der Behörde gegenüber dokumentiert?

Zeuge Borchert: Nein, nur anhand der Vermerke ist das nachzuvollziehen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also, wir haben hier praktisch einen Vermerk:

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

„Wie mit V/1.1 abgesprochen, wurden in dem D2-Shop in Potsdam zwei Mobiltelefone auf den Arbeitsnamen des Unterzeichners käuflich erworben.“¹²

Das ist alles, was Sie der Behörde gegenüber dokumentiert haben? Oder gibt es noch tiefergehende Dokumentationen zum Austausch der Handys?

Zeuge Borchert: Nein. Außer den genannten Treff-Berichten: Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also, das ist der einzige Treffbericht, den Sie dazu angefertigt haben.

Zeuge Borchert: Möglicherweise ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Möglicherweise?

Zeuge Borchert: Ja. Ich - -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. Danke. - Anderes Thema: Eigentlich hatte „Piatto“ die Aktenzeichenkennung 370 004. Über manchen Vermerken in der „Piatto“-Akte findet sich aber auch die Aktenzeichenkennung 370 013. In diesen Vermerken geht es in der Regel um die Terrorgruppe „Combat 18“ oder die „National Socialist Movement“. Was ist der Grund für diese andere Aktenzeichenkennung?

Zeuge Borchert: Dazu kann ich - - Das weiß ich nicht, das kann ich Ihnen nicht sagen, ist nicht von mir. Das weiß ich nicht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber Sie können uns bestätigen, dass es die zwei verschiedenen Aktenzeichenkennungen gab?

Zeuge Borchert: Das kann ich Ihnen auch nicht bestätigen. Aus meiner Beschaffungssicht kann ich Ihnen nur dieses Aktenzeichen, das auf 004 endet, bestätigen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. Also, die Aktenzeichenkennung 370 013 können Sie nicht bestätigen.

Zeuge Borchert: Kann ich - -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ist Ihnen nicht bekannt.

Zeuge Borchert: Ist mir jetzt nicht mehr bekannt. Oder: Dazu kann ich nichts sagen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön. - Dann habe ich noch einige andere Fragen bezüglich der JVA. Unter welchem Namen haben Sie Carsten Szczepanski in der JVA Brandenburg besucht? Als Sozialarbeiter Dieter Borchert?

Zeuge Borchert: Ja.

¹² Anmerkung Stenografischer Dienst: Das Zitat konnte nicht verifiziert werden.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wer kannte Sie als Sozialarbeiter Dieter Borchert in der JVA?

Zeuge Borchert: Dieser Sozialarbeiter diente - noch mal - als Legendierung nur gegenüber der Szene und nicht irgendwelchen offiziellen Mitarbeitern in der JVA.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Hatten Sie in der JVA Kontakt mit Herrn O. S., dem Leiter für Sicherheit und Ordnung?

Zeuge Borchert: Wenn Herr O. S. für die Postkontrolle zuständig war, dann ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Dann ja. Genau. - Wusste Herr O. S., der Leiter für Sicherheit und Ordnung in der JVA, dass Sie Szczepanski als Sozialarbeiter Dieter Borchert besuchen?

Zeuge Borchert: Das kann ich Ihnen jetzt nicht mehr im Einzelnen sagen. Möglich.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Möglich. - Wie sind Sie bei Verfassungsschutztreffen mit führenden JVA-Vertretern, wie zum Beispiel dem JVA-Chef Höflich oder dem leitenden Angestellten K. E. und O. S. aufgetreten?

Zeuge Borchert: Das ist nicht meine Gesprächsebene gewesen. Da waren Referatsleiter gefragt, die diese Gespräche dann geführt haben.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also, Sie sagen, Sie haben diese JVA-Vertreter wie die eben zitierten - JVA-Chef Höflich und den leitenden Angestellten K. E. und O. S. - nicht getroffen?

Zeuge Borchert: Ich habe sie alleine nicht getroffen und mit ihnen keine Gespräche geführt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut, dann müsste ich Ihnen noch einen Vorhalt machen. Das ist ein Vermerk des Verfassungsschutzes Brandenburg, Meyer-Plath, 13.03.97, der Ordner B 4 iV B 73, Datei 1997:

„Am 12.3.1997 suchten V/4.01 und der Unterzeichner“

- also Unterzeichner Meyer-Plath -

„den Leiter der JVA Brandenburg, Herrn HÖFLICH, auf, um sich über das Prozedere der Postkontrolle für die Quelle im Fall ‚Piatto‘ abzustimmen. An dem Gespräch waren auch Herr K. E. und Herr O. S. beteiligt.

[...]

Bis zum Ende der verschärften Postkontrolle ist diese zentral bei Herrn O. S. angesiedelt, der diese textlich für die Quelle nur pro forma durchführt.“

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Ende des Zitates. Ich kann Ihnen das gerne auch noch mal - -

Das heißt, nach diesem Vermerk des Verfassungsschutzes, verfasst von Herrn Meyer-Plath, haben Sie sehr wohl diese Herren der JVA getroffen.

Zeuge Borchert: Jetzt, wo Sie es sagen: Bei diesem Gespräch war ich dabei, aber, wie gesagt, ich hatte da nicht den Hut auf und habe auch nicht die Gesprächsleitung innegehabt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. Aber Sie haben sie getroffen. Und jetzt noch mal ganz entscheidend: Wurden Sie bei diesem Gespräch, an dem Sie teilgenommen haben, vorgestellt als „Dieter Borchert“? Sind Sie unter Ihrem realen Namen aufgetreten oder unter einem anderen Arbeitsnamen?

Zeuge Borchert: Das kann ich Ihnen nicht mehr sagen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut, dann war es das von meiner Seite. Danke schön.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): So, dann schaue ich in die Runde. - Es gibt weiteren Fragebedarf bei der SPD-Fraktion. Frau Gossmann-Reetz, bitte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Welche Erinnerung haben Sie an Ralf L., und welche Rolle spielte derjenige in Königs Wusterhausen in der rechten Szene?

Zeuge Borchert: Wenn Sie mit Ralf L. einen Herrn Ralf L. [REDACTED] meinen - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Könnte sein.

Zeuge Borchert: Könnte sein?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ist es zutreffend, dass derjenige als Führungsfigur bei „United Skins“ in Königs Wusterhausen auftrat?

Zeuge Borchert: Ist möglich.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was wissen Sie denn über die Person noch? Der Name ist Ihnen ja sehr spontan eingefallen.

Zeuge Borchert: Er war Mitglied der „Skins“ in Königs Wusterhausen; aber Einzelheiten kann ich Ihnen jetzt nicht mehr nennen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wussten Sie, dass der auch ein KKK-Sympathisant war?

Zeuge Borchert: Ein was, bitte? Entschuldigung.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): KKK.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Borchert: Ein KKK-Sympathisant?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ku-Klux-Klan.

Zeuge Borchert: Möglich. Ich kann es Ihnen nicht mehr sagen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sagt Ihnen Kreuzverbrennung was?

Zeuge Borchert: Kreuzverbrennung - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Im Zusammenhang mit diesem Namen.

Zeuge Borchert: Also, Ralf L. [REDACTED] sagt mir was, wie gesagt, als Mitglied von Rechtsextremisten in Königs Wusterhausen; aber darüber hinaus kann ich Ihnen dazu nichts mehr sagen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Wissen Sie vielleicht noch, ob Szczepanski sich dazu geäußert hat, ob dieser Mensch als V-Mann gearbeitet hat?

Zeuge Borchert: Kann ich mich nicht erinnern, nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Fällt Ihnen im Zusammenhang mit diesem Namen etwas zum Thema Waffendeal, Waffenbeschaffung ein? Also, Herr Szczepanski - ich kann es Ihnen sagen - hat sehr ausgiebig Ihnen gegenüber im Zusammenhang mit diesem Namen und Waffen berichtet.

Zeuge Borchert: Ja, aber nehmen Sie es mir bitte nicht übel: Das ist Jahre her, und viele Details - - Aber ich meine mich zu erinnern, dass Szczepanski über irgendwelche Waffen im Raum Königs Wusterhausen berichtet hat.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was? Noch mal, bitte.

Zeuge Borchert: Dass Szczepanski über L. [REDACTED] und Waffen in Königs Wusterhausen berichtet hat.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Daran können Sie sich erinnern.

Zeuge Borchert: Ich meine mich zu erinnern.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie meinen. Und über Angriffe oder Anschläge im Zusammenhang mit Antifa-Treffpunkten? Sind da irgendwelche Erinnerungen vorhanden?

Zeuge Borchert: Kann ich Ihnen jetzt wirklich nicht mehr - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Und zu dem Namen Uwe Menzel, was fällt Ihnen da noch ein? Den Namen können wir hier so klar nennen.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Borchert: Hm?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Den Namen können wir hier so klar nennen. Man sagt auch „Uwocaust“, Mitglied der Band „Proissenheads“.

Zeuge Borchert: Ein Rechtsextremist in Potsdam.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Kein besonderer? Oder doch eine herausstechende Persönlichkeit wie - - Welche Erinnerungen haben Sie an - -

Zeuge Borchert: Sie fragen mich jetzt wirklich Dinge, die sind wirklich Jahre her, und ich kann also wirklich - - Es gibt darüber Deckblattmeldungen, wahrscheinlich Vermerke. Ich kann mich da im Einzelnen detailliert jetzt - - kann ich Ihnen leider nicht weiterhelfen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Na ja, ich meine, Sie waren ja lange beim Verfassungsschutz. Der Mann, also gerade der letzte, den ich genannt habe - - Oder überhaupt die beiden Personen sind ja noch lange über Szczepanski hinaus aktiv in der rechten Szene gewesen. Die werden Ihnen ja vielleicht irgendwie beruflich noch mal untergekommen sein.

Zeuge Borchert: Ich bin aus dem Rechtsextremismus 2000 ausgestiegen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Komplett? Nie wieder - -

Zeuge Borchert: Nie wieder.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Dann: Welche Erinnerung haben Sie an Nick G. und dessen Rohrbombenpläne?

Zeuge Borchert: Ich meine mich zu erinnern, dass Nick G. - ich weiß nicht mehr - irgendwie in Untersuchungshaft - - oder eine Haftstrafe in Dresden angetreten hatte und dort die Absicht bekundet hatte, eine jüdische Synagoge in die Luft zu jagen. Daraufhin gab es einen Vermerk der Auswertungsabteilung Brandenburgs, ob es möglich sei - - Ich kann Ihnen das wirklich nicht mehr - - dass sich Szczepanski um den Nick G., sage ich jetzt mal, „kümmert“.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also dass Sie ihn hinsteuern auf Nick G.

Zeuge Borchert: Dass Szczepanski den Kontakt zu Nick G. suchen sollte, ja. Das war ein - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. Und das hat auch geklappt, ne?

Zeuge Borchert: Das hat hervorragend geklappt, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Genau. - Hat er da sehr umfassend berichten können?

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Borchert: Er hatte den Kontakt zu Nick G., hatte über Versammlungen berichtet und hatte auch den Hinweis auf diese Rohrbombe gegeben, wie ich mich zu erinnern glaube.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und auch über Auslandsbesuche?

Zeuge Borchert: Hm?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Auch über Auslandsbesuche?

Zeuge Borchert: Des Nick G.?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja.

Zeuge Borchert: Er hat wohl erwähnt, dass Nick G. auch mal in Südafrika sich aufgehalten habe.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wissen Sie noch, was Nick G. da gemacht hat?

Zeuge Borchert: Nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gar nicht mehr, okay. - Und im Zusammenhang weiterhin mit Waffen und der Aktivitäten mit Nick G. und Waffen, ist Ihnen da noch was rememberlich?

Zeuge Borchert: Dass der Nick G. in Mahlow - oder wo das war - in der Garage eine Rohrbombe zusammengebaut haben sollte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und ist Ihnen das noch mit deponierten Waffen rememberlich?

Zeuge Borchert: Mit deponierten?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja, dass Nick G. mal erzählt hat, dass er irgendwo auch Waffen deponiert hat?

Zeuge Borchert: Wo Sie es jetzt sagen, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was kommt da?

Zeuge Borchert: ... (akustisch unverständlich).

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja, kann ja manchmal - - Okay. - Können Sie sich noch an Aufträge erinnern, die Sie von der Auswertung bekommen haben, was diesen Nick G. angeht?

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Borchert: Ja, sagte ich gerade. Das habe ich schon getan.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Bitte?

Zeuge Borchert: Das hatte ich gesagt, ja, dass da ein Auswertungsvermerk existierte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Nur einer, oder - -

Zeuge Borchert: Mir ist einer in Erinnerung.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und können Sie sich noch an einen Brandanschlag auf das Auto von Herrn Szczepanski erinnern?

Zeuge Borchert: Kann ich mich erinnern.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Hm?

Zeuge Borchert: Kann ich mich erinnern.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was fällt Ihnen da, in dem Zusammenhang, noch ein? Haben Sie eine Idee oder noch eine Erinnerung, wer da als Täter infrage kam?

Zeuge Borchert: Das Auto hat gebrannt, das ist das, was ich jetzt noch weiß. Ich kann Ihnen dazu jetzt keine Details - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und glauben Sie, dass - - Oder gab es darauf Reaktionen von Szczepanski oder von der rechten Szene, auf dieses brennende Auto?

Zeuge Borchert: Sind mir nicht in Erinnerung.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Wenn Sie jetzt rückblickend auf die Zeit mit Szczepanski gucken, haben Sie das Gefühl, dass man als Verfassungsschutzbehörde diese Quelle, sage ich mal, ein bisschen überstrapaziert hat, also manchen benutzen das Wort „übersteuert“. Würden Sie das heute rückblickend auch so bewerten?

Zeuge Borchert: Wissen Sie, ich habe damals meine Aufgabe erledigt, so wie sie von mir wahrscheinlich erwartet wurde, und diese Einschätzung müssen andere Leute vornehmen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Nee, ich bitte Sie schon darum, mal selber - - Es heißt ja auch in einem Vermerk von Vorgesetzten, dass Herr Szczepanski in allen möglichen Phänomenbereichen des Rechtsextremismus aufgetaucht ist, und wir hören ja heute auch, wo er überall hingesteuert worden ist, ob das nun NPD ist oder ob das „Combat 18“ ist oder ob das Chemnitz ist oder in die Anti-Antifa-Region. War das nicht vielleicht auch etwas auffällig für die rechte Szene und auch etwas zu viel des Guten?

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Borchert: Also für die rechte Szene nicht. Er hatte ja - - Mir sind keine Hinweise bekannt, dass da irgendwo Zweifel an seiner - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gar nicht? Die waren nicht misstrauisch?

Zeuge Borchert: Die rechte Szene? Nee. Ist mir nicht bekannt, dass da Dinge vorhanden waren.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und für die Person Szczepanski selber? Ist hier nicht auch ein sehr starkes Abhängigkeitsverhältnis von diesem Job - möchte ich es mal inzwischen nennen - entstanden? Also, er war ja eigentlich unter dem Druck, immer mehr zu liefern und auch gut zu liefern, oder nicht?

Zeuge Borchert: Also, mit Druck wurde nicht gearbeitet. Er hat geliefert, hat gesprudelt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gefiel er sich in der Rolle?

Zeuge Borchert: Sie meinen: „Gefiel er sich in der Rolle einer wichtigen Quelle?“, oder so etwas Ähnliches.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja, ja. Also eine ergiebige Quelle. Wie gesagt, er ist ja dafür auch bezahlt worden. Hat er das nur für die Bezahlung gemacht, oder ist darüber auch ein bisschen Selbstwertgefühl entstanden?

Zeuge Borchert: Die Motivationslage, warum Herr Szczepanski so agiert hat, ist natürlich eigentlich nicht so richtig klar, ob da finanzielle Dinge hinter standen, ob er sich an der rechten Szene rächen wollte für seine Verurteilung.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich glaube, so was entwickelt sich über die Jahre.

Zeuge Borchert: Bitte?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich glaube, so was entwickelt sich über die Jahre. Wir haben vorhin festgestellt, dass zu Beginn vielleicht seine Motivation war, seine Haftbedingungen zu verbessern, überhaupt seine Perspektiven, seine Haftentlassung, seine Situation im Knast, dann auch ein bisschen vielleicht, ein paar Vorteile mitzunehmen. Aber nachher, über die vielen Jahre hinweg, auch in Freiheit - ich frage ich mich immer: Was treibt einen dann noch an? Und da Sie ja so nah an diesem Menschen dran waren, sind Sie der, der mir diese Frage vielleicht am ehesten beantworten kann, was ihn angetrieben hat, in immer mehr Phänomenbereiche vorzudringen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ich bitte, zum Ende zu kommen.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Borchert: Ich sage ja: Vielleicht war es - - Ich kann da keine abschließende Beurteilung abgeben. Vielleicht war die Motivationslage differenzierter. Ob, wie gesagt, Rache an der rechten Szene, ob Geld im Vordergrund stand: Ich kann Ihnen dazu - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aus einem Vermerk eines Vorgesetzten hört man raus, dass so eine gegenseitige Abhängigkeit schon entstanden sei. Also, der Verfassungsschutz war abhängig von dieser „superguten Quelle“, sage ich mal, und die Quelle war eigentlich abhängig davon, vom Verfassungsschutz zu leben und eine gute Quelle zu sein. Halten Sie das rückblickend für eine gute Situation, als Teil dieses Systems?

Zeuge Borchert: Also, ich kann nur sagen, dass aus meiner Sicht heraus die Informationen kamen, Herr Szczepanski zuverlässig arbeitete. Und alle anderen Erwägungen muss ich wieder an die Entscheidung Referatsleitung, Innenministerium, sonst irgendwie verweisen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Glauben Sie, dass eine innere Abkehr von Herrn Szczepanski zur Ideologie und zur Szene stattgefunden hat? Oder würden Sie das trennen?

Zeuge Borchert: Ich kann Ihnen dazu jetzt wirklich nichts sagen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Echt? Obwohl Sie so viel mit ihm zu tun hatten?

Zeuge Borchert: Obwohl ich vor Jahren so viel mit ihm zu tun hatte, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Glaubte er an diese rechte Ideologie?

Zeuge Borchert: Ob er daran glaubte?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja, also ob er die immer noch für richtig hielt. Ob er immer noch ein überzeugter Rechter war bis zum Schluss.

Zeuge Borchert: Er war kein überzeugter Rechter zum Schluss, nach meiner Einschätzung.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sondern?

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Das ist jetzt die letzte - -

Zeuge Borchert: Er hatte mehr einen bürgerlichen Touch: Familie gründen, einen Job bekommen. Er hatte seine - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das kann ich auch als Rechter.

Zeuge Borchert: Bitte?

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das kann ich auch als Rechter.

Zeuge Borchert: Kann man auch als Rechter. Deswegen ist die Diskussion jetzt, finde ich - - Seien Sie mir nicht böse, aber ich kann Ihnen dazu jetzt wirklich nichts sagen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay, danke erst mal.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): So, ich konstatiere, die CDU-Fraktion steht uns, was Abgeordnete angeht, nicht mehr zur Verfügung. Die Referentin ist noch da - bravo.

Wir kommen zur Fraktion der Linken. Frau Vandre.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Vielleicht als Vorbemerkung: Ich glaube, Sie müssen unsere Situation auch ein Stück weit nachvollziehen, dass wir einfach in der Situation sind, dass Sie natürlich die Person sind, die am engsten an Herrn Szczepanski dran gewesen ist. Und wir versuchen, wenn unser Untersuchungsgegenstand so stark auf Szczepanski fokussiert ist, dann auch so viel wie möglich rauszubekommen. Deswegen ist der Fragebedarf auch immer noch nicht erschöpft, auch wenn das für Sie vielleicht oder wahrscheinlich anstrengend ist, sich in die Zeit zurückzusetzen.

Ich hatte vorhin aufgehört mit der Gegenüberstellung „United Skins“ und den Vermerken von Herrn Szczepanski. Was mir noch aufgefallen ist oder als Frage im Raum steht: Szczepanski hatte das Interesse daran, so früh wie möglich aus der Haft entlassen zu werden. Und er war aber ja bis zum Ende immer noch Herausgeber von „United Skins“ und von der Zeitung. Ist es dann nicht nachträglich gewesen, dass er immer noch als Herausgeber geführt wurde für seine Sozialprognose?

Zeuge Borchert: Wissen Sie, diese Entscheidung darüber hatte ich nicht zu fällen. Ich habe diese Broschüren, wenn es ging, irgendwo entgegengenommen und sie weitergegeben.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Das Problem ist - - Aus der Erwartung oder aus der Erfahrung, wie wir auch V-Mann-Führung versuchen nachzuvollziehen, dass natürlich V-Mann-Führer auch viel mitbekommen aus dem sozialen Umfeld und gucken, dass die Leute auch auf eine Bahn kommen, auch vielleicht eine Lebensperspektive sich ergibt, finde ich das bei Carsten Szczepanski auch in die Richtung, wie Inka Gossmann-Reetz das gerade dargestellt hat, sehr schwierig, weil er ja sehr, sehr tief reingelangt ist in die Neonaziszene und ich mich frage: Haben Sie so was wie eine Perspektive mit ihm für die Zeit nach seiner Tätigkeit besprochen, auf die er hinarbeiten kann? War das mal Thema, was er im Leben noch vorhatte?

Zeuge Borchert: Das war kein Schwerpunkt.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Das war kein Schwerpunkt. - Und wie ist dann die Anmietung des Ladens in Königs Wusterhausen zu interpretieren?

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Borchert: Diese Anmietung des Ladens erfolgte auf seine Initiative hin. Er wollte sich unter Umständen damit ein Standbein im Leben - -

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Also eine Perspektive aufbauen.

Zeuge Borchert: Eine Perspektive aufbauen.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Vielleicht komische Frage, aber er hatte ja vorher schon dieses „United Skins“-Magazin produziert, und auf den Covern sind ja auch Preise drauf. Die Frage ist ja auch, inwiefern er vorher schon CDs vertrieben hat. Würden Sie das als am Rande einer Gewerbetätigkeit auch schon zu dem Zeitpunkt bewerten?

Zeuge Borchert: Er hat CDs vertrieben?

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Er hat CDs auch mit weiter verteilt usw. usf. - Ist Ihnen nicht bekannt?

Zeuge Borchert: Also dass er jetzt in einen CD-Handel - - ist mir nicht bekannt.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Ich habe auch noch so ein paar Sachen nicht verstanden. Ich würde, weil wir einmal hier bei dem Laden waren, erst mal mit dem Laden weitermachen. Wie muss ich mir das vorstellen? Also, er hat gesagt: Ich will jetzt einen Laden aufmachen. - Haben Sie ihm dabei irgendwie geholfen?

Zeuge Borchert: Ich habe ihm dabei nicht geholfen, nein. Aber er ist finanziell von der Behörde unterstützt worden, sofern ich mich erinnere.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Inwiefern?

Zeuge Borchert: Indem er Geldbeträge erhalten hat.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Das heißt aber, Sie waren zwar sozusagen derjenige, der am nächsten an ihm dran war, aber Sie würden sagen, er hat das alles alleine gemacht, diesen Laden aufzubauen?

Zeuge Borchert: Er hat das - - Das war auf seine Initiative. Ich war an ihm am nächsten in dem Zusammenhang dran, indem es darum ging, Informationen abzuschöpfen.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Und Sie waren nicht mit ihm mal verschiedene Läden besichtigen.

Zeuge Borchert: Ich war mit ihm keine Läden besichtigen. Herr Szczepanski war ein erwachsener Mensch - wie wir festgestellt haben, auch ein intelligenter -, der hier eigenverantwortlich tätig war.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Ganz kleinen Moment. Da würde ich Ihnen ganz gern was vorhalten; ich muss es nur finden. - Und zwar gibt es einen Vermerk vom 31. Januar 2000, in dem es heißt:

„Ferner wurde mit der Quelle eine Immobilie in der Cottbusser Straße 50 in Königs Wusterhausen besichtigt. Hier hat die Quelle die Möglichkeit, Räumlichkeiten (ca. 35 qm) zu einem monatlichen Mietpreis in Höhe von ca. 350,- DM anzumieten.“¹³

Ist Ihnen das noch bekannt?

Zeuge Borchert: Ist mir nicht bekannt, nein.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Da waren Sie auch definitiv nicht dabei.

Zeuge Borchert: Es ist möglich, dass er mir das Ding gezeigt hat, das ist richtig. Es ist möglich.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Okay. - Wir haben in einem anderen Vermerk die Formulierung gefunden:

„In diesem Laden beabsichtigt die Quelle u. a. Zeitschriften und esoterische Bücher anzubieten.“

Waren Sie da vorher irgendwie informiert drüber? Haben Sie ihm dazu geraten, zu so einer - -

Zeuge Borchert: Nein, diese Suche des Ladens, Ausbau des Ladens, Unterhalt des Ladens war seine Idee.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Es war auch alles - -

Zeuge Borchert: Seines - - Ja.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Und der Verfassungsschutz hat aber schon finanziell unterstützt.

Zeuge Borchert: Der Verfassungsschutz hat Herrn Szczepanski Geld zur Verfügung gestellt, ja.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): War Ihnen denn als sein V-Mann-Führer bekannt, was in dem Laden wirklich passierte, also dass da rechtsextremistische Propagandamaterialien über den Ladentisch gingen, zum Beispiel?

¹³ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle dieses sowie des folgenden Zitats lautet: 2000 43-226-VSnfd-bwpsmd.pdf, Seite 20 f.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Borchert: Wann war denn das, bitte? Also ich erinnere mich daran nicht. Ich erinnere mich den Ausbau des Ladens, den er da betrieben hat, aber an das Warenangebot kann ich mich nicht - -

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): An das Warenangebot haben Sie - -

Zeuge Borchert: Kann ich Ihnen jetzt - -

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Auch nicht, ob da T-Shirts verkauft wurden oder CDs.

Zeuge Borchert: Ich kann Ihnen da keine detaillierten - - Ich weiß es nicht.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Gar nichts? - Da hatte zum Beispiel auch die Abteilung Auswertung kein Interesse dran, das zu wissen, was sozusagen da an Materialien verbreitet wird?

Zeuge Borchert: Ich kann Ihnen nur sagen: Mir ist im Einzelnen nicht bekannt, was da vertrieben wurde.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Wir wissen, dass in dem Laden auch zum Beispiel Ralf L. ein und aus ging und teilweise auch zum Beispiel Uwe Menzel dort traf. Wissen Sie davon was?

Zeuge Borchert: Ich kann mich daran nicht erinnern.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Können Sie sich vorstellen, dass dort Waffengeschäfte besprochen wurden?

Zeuge Borchert: Das ist während meiner aktiven - - Ist mir jedenfalls nicht bekannt, nein.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Ist Ihnen nicht bekannt. - Also, ich frage da so genau nach, weil das ist natürlich schon - aus unserer Sicht - eine ziemliche Nummer, wenn der Verfassungsschutz quasi einen Laden finanziert, in dem rechtsextremistische Propaganda unter dem Ladentisch weitergereicht wird, sich Rechtsextremisten treffen, da wahrscheinlich auch noch ein Waffengeschäft abgewickelt wird. Das ist schon ein ziemlicher Kracher. Davon haben Sie aber insgesamt nichts gewusst?

Zeuge Borchert: Habe ich keine Kenntnis von gehabt.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Okay. - Dann hätte ich noch einen zweiten Punkt, wo ich es noch nicht so ganz verstanden habe oder es mir noch nicht so ganz vorstellen kann. Da geht es jetzt so eher um den Verfassungsschutz als solchen.

Wir hatten jetzt hier schon mehrere Menschen, die beim Verfassungsschutz gearbeitet haben, im Gespräch, und mich würde interessieren: Wie würden Sie das beschreiben?

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Wie war das Verhältnis der Kollegen untereinander? War das ein gutes Betriebsklima, war das nicht so ein gutes Betriebsklima? Haben sich alle gut verstanden? Hat man auch mal zusammen einen Kaffee getrunken? Oder war das eher so ein Konkurrenzverhältnis?

Zeuge Borchert: So, wie Sie es beschrieben haben: Man hat mal einen Kaffee getrunken, war ein gutes Verhältnis, man hat zusammengearbeitet. Mir ist da jetzt kein - -

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Und gab es so Reibereien?

Zeuge Borchert: Reibereien?

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Mhm.

Zeuge Borchert: Was meinen Sie jetzt?

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Na ja, ich sage mal - -

Zeuge Borchert: Wir haben uns nicht geprügelt, wir haben uns - -

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Das habe ich auch nicht gefragt.

(Abgeordneter Wiese [AfD]: Duelliert?)

Zeuge Borchert: Uriniert?

(Abgeordneter Wiese [AfD]: Duelliert! - Heiterkeit)

- Ach so. Nicht mal das.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Nein, also - - Wie war denn Ihr Verhältnis zu Herrn Ackrath?

Zeuge Borchert: Zu wem?

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Herrn Ackrath.

Zeuge Borchert: Wer soll denn das gewesen sein?

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Das ist jetzt ein Arbeitsname. Das müsste dann der - -

(Eine Vertreterin der Landesregierung spricht mit dem Zeugen.)

Bitte das Mikro ausschalten, während sie das verrät.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Also Ihnen wird jetzt was geflüstert.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

(Herr Kasüschke [MIK]: Also, wenn es jetzt wirklich in eine solche ganz persönliche Ebene hineingeht, würde ich empfehlen, so wie beim letzten Mal, dass wir nach unten gehen! Es geht um einen höchstpersönlichen Austausch, wie die beiden Kollegen auf persönlicher Ebene miteinander verfahren sind!)

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Wir wollen nachher sowieso noch in den Keller, aber so ein grundsätzliches „Wie war das Verhältnis?“ würde ich schon gern öffentlich fragen dürfen.

(Herr Kasüschke [MIK]: Aber wirklich grob, und wenn es ins Detail geht, bitte - -)

Zeuge Borchert: Entschuldigung, wie war die Frage?

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Die Frage war einfach nur, wie Ihr Verhältnis mit Herrn Ackrath war.

Zeuge Borchert: Normal.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Unproblematisch.

Zeuge Borchert: Also aus meiner Sicht heraus unproblematisch, ja.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Okay. Sie waren ja jetzt - - Ach so, genau. Das Zweite, was mich interessieren würde, wäre, wie Ihr Verhältnis zu Herrn Giebler war. Auch unproblematisch?

Zeuge Borchert: Also aus meiner Sicht - -

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Bitte zum Ende kommen.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Ich muss jetzt hier mal ganz kurz noch weitermachen. - Sie waren ja jetzt quasi derjenige, der die Topquelle dieses Verfassungsschutzes geführt hat. Hatten Sie da irgendwie eine besondere Stellung unter den Kollegen? Also, gab es da Bewunderung: „Das ist der, der den Typen, der uns hier die meisten Informationen liefert - - Oder hat das überhaupt keine Auswirkungen gehabt?

Zeuge Borchert: Nach meiner Wahrnehmung hatte das keine Auswirkungen.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Also, Sie waren quasi, obwohl Sie diese Topquelle führten, einer unter allen anderen.

Zeuge Borchert: Ja, sicher.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Okay.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): So. Dann frage ich Herrn Wiese: Gibt es weiteren Fragebedarf?

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Wiese (AfD): Ja, nur eine Frage. - Es wurde ja die wirtschaftliche Situation von Herrn Szczepanski angesprochen. Wie können Sie das so im Nachgang jetzt noch mal einstufen: Nachdem er sein eigenes Geschäft aufgemacht hat, konnte er von dem leben, oder musste er tatsächlich hier alles Mögliche verticken, was gerade so nachgefragt wurde? War der Kundenverkehr tatsächlich so, dass man hier Waffen, CDs usw., alles aus einem Guss bekommt?

Zeuge Borchert: Ich habe über den Betrieb dieses Ladens keine Erkenntnisse, was oder wie viel er da eingenommen hat. Das war ja auch ziemlich zum Schluss der ganzen Angelegenheit dort. Und inwiefern dieses Geschäft dort sich selber trug oder was da passierte, kann ich Ihnen jetzt im Augenblick nicht sagen.

Abgeordneter Wiese (AfD): Können Sie uns noch sagen, wie lange er noch, nachdem das aufgefliegen ist, unterstützt wurde von den Behörden?

Zeuge Borchert: Das kann ich Ihnen nicht sagen, weil ich mit der Betreuung nach seiner Abschaltung nichts mehr zu tun hatte.

Abgeordneter Wiese (AfD): Ach so. - Gut.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): So. Dann wären wir bei Frau Nonnemacher.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich würde gern noch mal anknüpfen an das, was Frau Kollegin Gossmann-Reetz angesprochen hat, die Frage „Ist die Quelle nicht übersteuert worden?“. Sie haben gesagt, es war eine sprudelnde Quelle, ein sehr ergiebiger Informant; aber ich möchte Ihnen jetzt noch kurz einen Vorhalt machen, ein Treffvermerk VS Brandenburg, Unterzeichner G., 08.09.99, Datei 1999-VS-NfD, Seite 143. Ich zitiere:

„Die Quelle erhielt den Auftrag, weitere Erkenntnisse zu einem geplanten Anschlag von Rechtsextremisten auf ein Antifa-Cafe in Berlin-Prenzlauer Berg in Erfahrung zu bringen.“

Ende dieses Vermerks. - Ist es für einen rechtsextremistischen Informanten möglich, Kontakte zu militanten Kameraden aufzunehmen, ohne sich selbst als militanter Rechtsextremist zu präsentieren? Kann er Informationen über Bombenbauer in Erfahrung bringen, ohne selbst sein Interesse am Bombenbau darzulegen? Halten Sie das nicht für einen problematischen Einsatz?

Zeuge Borchert: Also, Herr Szczepanski hatte ohne Zweifel ein sehr gutes Ansehen, ein Standing in dieser rechtsextremistischen Szene, und daher war es ihm ein Leichtes, mit allem und jedem Kontakt herzustellen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. Aber er ist trotzdem im Auftrag extra in diese Szenen eingesteuert worden; er hat ja nicht von sich aus sich dort aufgehalten. Denken Sie nicht, dass dort die Grenze zwischen Informieren, Berichten und gezielt reinsteuern - - dass das irgendwie problematisch ist?

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Borchert: Also, möglicherweise, wie gesagt, war das ein Wunsch der Auswertung, den Herrn Szczepanski dort irgendwie tätig werden zu lassen. Ich hatte nicht den Eindruck, dass Herr Szczepanski anfängt, hier Bomben zu bauen oder sich zum Terroristen zu entwickeln.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut.

Zeuge Borchert: Dafür gab es keine Hinweise, keine Anzeichen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Und dass es problematisch sein könnte, dass eine Verfassungsschutzbehörde so weit steuert, das war kein Gesprächsgegenstand.

Zeuge Borchert: Na ja, das ist nun wieder eine Entscheidung, die wieder oberhalb meiner Gesprächsebene gefallen ist.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann frage ich jetzt in die Runde: Gibt es weiteren Fragebedarf? - Frau Gossmann-Reetz und Frau Vandre.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wann war Ihnen zum ersten Mal bekannt, dass Szczepanski enttarnt werden könnte?

(Der Zeuge überlegt.)

Zeuge Borchert: Dass zusammen mit seinerzeit - - Also, wann war das? Na ja, wie gesagt, Mitte 2000 irgendwie. - Nee, Moment, wenn ich jetzt Ihre Frage richtig verstehe: Mir war es - - Von mir aus gab es - - Ich hatte keine Hinweise darauf, dass Szczepanski enttarnt werden könnte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie haben Sie dann von der Enttarnung erfahren?

Zeuge Borchert: Durch einen „Spiegel“-Artikel, im Nachhinein, nach seiner - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, Sie haben den „Spiegel“ aufgeschlagen, oder Sie sind zur Arbeit gekommen und der „Spiegel“ lag auf dem Tisch? Oder was war Thema?

Zeuge Borchert: Ich habe den „Spiegel“-Artikel gelesen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und was hat das ausgelöst in der Behörde?

Zeuge Borchert: Ich vermute mal, helle Aufregung.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Können Sie sich nicht erinnern.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Borchert: Ich kann mich an Einzelheiten, was da jetzt im Einzelnen - - Wie gesagt, ich bin ja Mitte Juni aus der Geschichte ausgestiegen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja. Bereits Mitte Juni, am 19.06., wurde von Staatssekretär Lancelle die Anweisung ausgegeben, dass man die Zusammenarbeit ruhen lassen sollte. Erinnern Sie sich daran?

Zeuge Borchert: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und am 20.06. haben Sie mit Herrn Giebler zusammen Herrn Szczepanski bei einem Treffen auch darüber informiert. Können Sie sich noch erinnern, wie Herr Szczepanski darauf reagiert hat?

Zeuge Borchert: Nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Auch selber keine Erinnerung?

Zeuge Borchert: Ich - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Weil das ist ja nun eine sehr wertvolle Quelle, die Sie über Jahre betreut haben, und mit einem Mal geht so was zu Ende.

Zeuge Borchert: Bitte glauben Sie es mir: Im Augenblick habe ich keine Erinnerung daran.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mhm. - Und gab es damals dann intern Gespräche darüber, wie es zu so einer Enttarnung kommen kann?

Zeuge Borchert: Möglich; aber nicht in meinem Beisein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gab es Untersuchungen innerhalb Ihrer Behörde? Oder Verdächtigungen? Haben sich Mitarbeiter gegenseitig verdächtigt?

Zeuge Borchert: Ist mir nicht bekannt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie haben sich trotz der Weisung des Staatssekretärs und des Abteilungsleiters noch mal am 23.06. mit Szczepanski getroffen. Das - -

Zeuge Borchert: Aber nicht alleine, sondern mit dem damaligen Referatsleiter Giebler.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mhm. Und warum?

Zeuge Borchert: Ging um eine weitere Betreuung nach seiner Abschaltung.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mhm. In einem Vermerk geht es darum, dass es einen Gesprächsschwerpunkt gab über einen möglicherweise perspektivischen Einsatz der Quelle. Wissen Sie noch, was damals angedacht war, was man mit - -

Zeuge Borchert: Das kann ich - - Das weiß ich nicht mehr, nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Überhaupt nicht?

Zeuge Borchert: Nein, das -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gar keine Erinnerung.

Zeuge Borchert: - habe ich verloren.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Können Sie sich an Absprachen mit Herrn Szczepanski erinnern bei diesen Gesprächen, was Sie ihm angeboten oder mit ihm verabredet haben persönlich?

Zeuge Borchert: Wie gesagt, ich war ja nicht alleine mit ihm zusammen, nehme ich mal an, sondern es wird ja der Herr Giebler, der den Hut aufhatte - - und dann die Absprachen, die er da getan hat, kann ich mich nicht erinnern.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und auch bezüglich der zukünftigen Verwendung, da kommt keine Erinnerung, was man noch hätte mit ihm machen können -

Zeuge Borchert: Nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - oder ihm angeboten hat.

Zeuge Borchert: Nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und wie haben Sie persönlich eigentlich diese Entscheidung aufgenommen, dass diese Arbeit jetzt beendet ist mit Szczepanski?

Zeuge Borchert: Professionell.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay.

Zeuge Borchert: Ende Gelände.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Haben Sie später Szczepanski noch mal gesehen oder sich mit ihm getroffen?

Zeuge Borchert: Wann später, bitte?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Nach diesem - -

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Borchert: Alleine habe ich ihn nie getroffen, nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Noch mal mit jemand anderem zusammen, später, nach dieser Abschaltung?

Zeuge Borchert: Mit Herrn Giebler vielleicht, unter Umständen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Nach diesem 30.06.

Zeuge Borchert: 30.06. zusammen mit Herrn Giebler wohl, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und danach noch mal?

Zeuge Borchert: Nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie haben ihn nie wieder gesehen.

Zeuge Borchert: Nein, nie wieder gesehen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Auch nie durch Zufall begegnet oder - -

Zeuge Borchert: Auch nie wieder durch Zufall begegnet.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Danke schön.

Zeuge Borchert: Bitte schön.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): So. Inzwischen ist die CDU-Fraktion auch wieder fragefähig. Gibt es Fragebedarf? Herr Dr. Redmann?

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Keine weiteren Fragen.

(Heiterkeit)

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann sind wir bei der Linksfraktion. Frau Vandré?

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Ich mache mal ganz kurz, weil ich bin dann auch gleich durch. - Wir waren ja vorhin bei der Motivationslage. Da hatte Frau Gossmann-Reetz gefragt, ob er sich in der Rolle gefiel. Was sie leider nicht gefragt hat, war das, was sich mir als Frage stellte: Hat der eigentlich mal Gewissensbisse gehabt?

Zeuge Borchert: Nein. Ist mir also nicht offenbar geworden. Gewissensbisse - -

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Gewissensbisse. Na ja, ich meine - - Also, es ist ja jetzt - - Ich stelle mir das jetzt mal so vor: Wenn man irgendwie sich - - Selbst wenn man sich ein Stück weit meinetwegen von der Szene gelöst hat, ist jetzt ja das ein permanenter Verrat. Alle zwei Wochen verrät der irgendwelche Leute an den

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Verfassungsschutz. Also, ich könnte mir vorstellen, dass es da auch mal Phasen gibt, wo -

Zeuge Borchert: - dieser Verräterkomplex -

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): - man Gewissensbisse hat.

Zeuge Borchert: - wo dieser Verräterkomplex entsteht. Ist mir nicht - - habe ich nicht wahrgenommen.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Gab es bei ihm nicht.

Zeuge Borchert: Gab es bei ihm nicht.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Das ist aber verwunderlich, oder?

(Der Zeuge zuckt mit den Schultern.)

Ich würde Ihnen ganz gern einen Vorhalt machen von einem - - Moment, ich sage Ihnen gleich, von wann das ist. - Aus einem Vermerk vom 30.03.98, in dem es heißt:

„Verabredungsgemäß konnte die Quelle gegen 17.00 Uhr in das Dienst-Kfz *[unkenntlich gemacht]* aufgenommen werden. Hier zeigte die Quelle sich äußerste [sic!] niedergeschlagen, da sie aufgrund ihrer Aktivitäten zur Verhinderung des Skinkonzertes mit dem ‚Verräterkomplex‘ zu kämpfen hatte.“¹⁴

Daran können Sie sich nicht erinnern.

Zeuge Borchert: Kann ich mich nicht erinnern. Wenn das da so steht, wird es so gewesen sein.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Wer fragt weiter?

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): War es in solchen Fällen - - Also, wenn jemand dann so Gewissensbisse bekommt bei so - - also der so Quelle ist, was macht man denn da als Geheimdienst oder als Nachrichtendienst?

Zeuge Borchert: Das kommt auf die Person an und wie sich dieser Verräterkomplex dann äußert.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Macht man da Geschenke, oder - -

Zeuge Borchert: Ist auch möglich, dass in so einem Falle einem Informanten auch Geld angeboten wird, ja. Das ist auch eine Möglichkeit. Geld ist ein Führungsmittel; Essen.

¹⁴ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: Ordner B 4 iV B 73, Übergabe Piatto Bearbeitete Fassung 97_98, 1. Halbjahr 1998.pdf, Seite 52.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Was sind noch so Führungsmittel?

Zeuge Borchert: Gutes Essen.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Okay. Gutes Essen. - Sie hatten ja - - Also, mir ist immer noch nicht vollständig klar, wie das so funktioniert hat. Haben Sie mit ihm mal gemeinsam irgendwie einen Ausflug gemacht oder so? Oder konnte er sich aussuchen, wo sie essen hingehen, -

Zeuge Borchert: Nein.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): - oder war das wirklich so eine - -

Zeuge Borchert: Ich habe mit ihm keinen Ausflug gemacht; er konnte auch nicht auswählen, wohin wir gehen.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Das haben alles Sie festgelegt.

Zeuge Borchert: Habe ich festgelegt.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Und wenn er mal gesagt hat: „Ach, da würde ich gerne mal essen gehen“ oder so, dann wurde das auch nicht irgendwie - -

Zeuge Borchert: Man hat natürlich Wünsche entgegengenommen, und wenn es sich dann mit den dienstlichen Gegebenheiten vereinbaren ließ, dann hätte man natürlich da auch hingehen können. Aber passierte selten.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Und so was hat er schon auch manchmal gemacht.

Zeuge Borchert: Bitte?

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): So was hat er schon auch manchmal gemacht. Also, so war das Verhältnis schon, -

Zeuge Borchert: Wünsche geäußert, -

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): - dass er mal so einen Wunsch - -

Zeuge Borchert: - kann ich mich nicht erinnern, nee.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Hm?

Zeuge Borchert: Kann ich mich nicht erinnern.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Sie können sich an keinen Wunsch von Herrn Szczepanski - -

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Borchert: An Essenswünsche nicht, nee.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Andere Wünsche?

Zeuge Borchert: Nein.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Gar keine Wünsche?

Zeuge Borchert: Keine Wünsche, wunschlos glücklich.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Okay. - Ich glaube, dann - -

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Wirklich nur ganz kurz. - Wenn Szczepanski regelmäßig in Chemnitz unterwegs gewesen ist und dort auch Informationen - - also Chemnitz, Dresden, Limbach-Oberfrohna und dort auch - -

Zeuge Borchert: Nicht regelmäßig.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): In unserer Wahrnehmung schon. Also, alle paar Monate, Wochen war er auf jeden Fall da und wurde auch gezielt zum Beispiel zu Treffen von „Blood & Honour Sachsen“ gesteuert und hat daran teilgenommen.

Wenn so eine Aktion anstand, dass er in einen Ort in einem anderen Bundesgebiet gefahren ist, haben Sie dann auch zum Beispiel danach irgendwann Kontakt mit dem zuständigen Verfassungsschutzamt aufgenommen oder aber, ohne natürlich die Quellenidentität preiszugeben, die davon in Kenntnis gesetzt, weil Sie de facto ja damit in das Territorium einer anderen Landesbehörde vorgedrungen sind?

Zeuge Borchert: Also ich persönlich nicht. Das oblag auch nicht meinen Aufgaben. Inwiefern sich die Behörde - - sich Behörden ausgetauscht haben, das kann ich Ihnen nicht sagen.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Na ja, aber wenn ein Brandenburger V-Mann -

Zeuge Borchert: Ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): - wiederholt als Ort, um zum Beispiel Dinge dann in Erfahrung zu bringen, ein anderes Bundesland hat, dann ist das ja schon ein Hineinsteuern in ein anderes Bundesgebiet und auch eine für ein anderes Bundesland relevante Struktur.

Zeuge Borchert: Inwiefern hier eine Benennungsherstellung durch die Behörden erfolgt ist, das kann ich - - das weiß ich nicht. Das ist auch nicht meine - -

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Das wissen Sie nicht.

Zeuge Borchert: Nee, das ist auch nicht meine Aufgabe.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay. - Wir hatten vorhin ganz kurz - - wurde Ihnen vorgelegt, dass es Überlegungen gab oder die Frage zumindest formuliert wurde, inwiefern Szczepanski auch nach einer langen Zeit einen neuen V-Mann-Führer bekommen sollte; und das war Ihnen nicht rememberlich, Sie kannten das nicht, -

Zeuge Borchert: Ist mir auch nicht bekannt.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): - haben Sie vorhin gesagt.

Zeuge Borchert: Ist mir nicht bekannt, nee.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Wurden mit Ihnen Gespräche in Bezug auf die V-Mann-Führung von Szczepanski geführt? Ist Ihnen das rememberlich, also dass Ihr Vorgesetzter Gespräche mit Ihnen geführt hat dazu?

Zeuge Borchert: Nein.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Nein? - Okay. Ich glaube, das war es dann von mir.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): So. Ich schaue in die Runde: Gibt es weiteren Fragebedarf?

(Abgeordnete Vandre [DIE LINKE]: Nicht hier!)

- Das heißt, wir gehen in den Keller.

(Abgeordnete Vandre [DIE LINKE]: Ja!)

Den Antrag stellt die Fraktion der Linken.

Dann schließe ich hier oben die öffentliche Sitzung, verabschiede mich von unseren Gästen im Raum 1.050 und bitte alle, mich möglichst schnell in den Keller zu begleiten, weil dort die Befragung fortgesetzt wird.

(Schluss des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Öffentlich: 19.10 Uhr - Folgt Sitzungsteil Zeugenvernehmung, Geheim)

Holger Rupprecht
Vorsitzender UA 6/1

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Vernehmung des Zeugen Dr. Hans-Jürgen Förster

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte, Platz zu nehmen.

Ich begrüße unseren vierten und letzten Zeugen für den heutigen Tag, Herrn Dr. Förster. Ich begrüße gleichzeitig diejenigen, die uns bisher nur zuhören konnten, weil wir jetzt in öffentlicher Sitzung fortsetzen. Herr Dr. Förster ist jetzt auch nicht überrascht, dass ich ihn zunächst erst mal belehre.

Als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuss unterliegen Sie der Wahrheitspflicht. Das heißt, die von Ihnen gemachten Angaben müssen vollständig sein und der Wahrheit entsprechen. Sie dürfen weder falsche Angaben machen noch wesentliche Umstände, die mit dem Beweisthema in Zusammenhang stehen, verschweigen. Sofern Sie an bestimmte Dinge keine Erinnerung mehr haben, müssen Sie auch dies deutlich zum Ausdruck bringen.

Der Untersuchungsausschuss ist nach § 22 UAG grundsätzlich berechtigt, einen Zeugen am Ende seiner Aussage zu vereidigen. Über eine Vereidigung Ihrer Person wird insoweit noch zu befinden sein.

Falsche Aussagen vor dem Untersuchungsausschuss sind strafbewehrt. Dabei kommt es nicht darauf an, ob Sie Ihre Aussage beeidigen müssen oder nicht. Falsche uneidliche Aussagen sind nach § 153 Strafgesetzbuch strafbedroht und werden mit Freiheitsstrafe zwischen drei Monaten und fünf Jahren sanktioniert. Im Falle der Annahme einer Strafbarkeit eines Meineides wird der Strafraum des § 154 Strafgesetzbuch, der eine Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr vorsieht, Anwendung finden. - Ich sage das natürlich nicht, Herr Dr. Förster, weil ich Ihnen misstrauere, sondern weil das Gesetz mich verpflichtet.

Ich darf Sie aber auch noch über Ihre Rechte informieren. Sie sind nach § 19 UAG berechtigt, die Auskunft auf solche Fragen zu verweigern, deren Beantwortung Ihnen selbst oder einem der in § 52 Abs. 1 StPO bezeichneten Angehörigen die Gefahr zuziehen würde, wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit verfolgt zu werden. - So weit die Belehrung.

Dann bitte ich Sie ganz kurz um einige Angaben zu Ihrer Person. Nennen Sie bitte Vornamen, Zunamen, Alter.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich heiße Hans-Jürgen Förster, bin 70 Jahre alt.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Das war es, richtig, ja. Mehr wollte ich gar nicht wissen.

Bevor wir mit der Zeugenbefragung beginnen, hatten Sie darum gebeten, ein paar Sätze vorwegzuschieben. Darum bitte ich Sie jetzt. Bitte schön!

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, gerne. Gerade eben, als wir uns begrüßt haben, ergab sich das. - Ich würde gern statt einer Vorbemerkung drei Sätze wiedergeben, die ich mal aufgeschrieben habe aus Anlass des 15. Geburtstages des Verfassungsschutzes Brandenburg. Das war im Jahre 2006. Da wurden alle früheren Chefs gebeten, auch die Minister, unter der Überschrift „Rückblick, Ausblick“ etwas zu bekunden. Und die drei Sätze, die ich Ihnen gerne vorlesen möchte, standen unter der Überschrift „Rechtsextremismus im Vordergrund aller Anstrengungen“.

„Strengste Einhaltung der Gesetzlichkeit nach innen als dem fundamentalen Unterschied zu dem aus der Diktatur bekannten Geheimdienst sowie Darstellung gerade dieses Unterschiedes nach außen, gepaart mit Aufklärung über die Ursachen von Extremismus, aber auch der Hinweis auf jedermann mögliche Verhaltensweisen als Gegenmittel - das war meine Maxime als Leiter der Verfassungsschutzabteilung.

Im Vordergrund aller Anstrengungen stand der das Land wirklich beschädigende Rechtsextremismus, geprägt durch jugendliche dumpfe Schläger, aber auch Ideologen. Ein Projekt, das ich in den leider nur zwei Jahren nicht zu Ende führen konnte, das mir sehr wichtig war: Ich wollte eine Änderung des Brandenburger Verfassungsschutzgesetzes dahingehend vorschlagen, dass bestimmte Maßnahmen des Verfassungsschutzes nur mit richterlicher Genehmigung möglich sein dürften. Die Einbeziehung des Richters wäre bundesweit ein völliger Systembruch gewesen. Aber ich denke auch heute noch, dass die Legitimität des Verfassungsschutzes unbeschadet seiner parlamentarischen Kontrolle dadurch sehr erhöht würde und auch nach innen eine zusätzliche Disziplinierung erreicht würde.“¹

Ende der eigenen Zitierung.

Wenn ich das gleich ergänzen darf: Der Fall „Piatto“ war der Urmeter für diesen Gedanken.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Womit wir bei unserem Kernthema wären. Vielen Dank, Herr Dr. Förster. - Wir beginnen mit der Befragung, mit der Fraktion der SPD. Frau Gossmann-Reetz, bitte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Herzlich willkommen, Herr Dr. Förster, in unserem Untersuchungsausschuss. - Ich würde erst mal gern ein paar persönliche Fragen stellen. Als Sie damals den Abteilungsleiterposten übernommen haben im Innenministerium, welche nachrichtendienstlichen Erfahrungen brachten Sie für diese Position mit?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Unmittelbare nachrichtendienstliche Erfahrung in dem Sinne, dass ich einem deutschen Nachrichtendienst vorher als Mitarbeiter angehört hätte, nicht, aber Erfahrungen aus dem Bereich des Generalbundesanwalts, bei dem ich seit 1983 tätig war, konkret im Bereich der Delikte wegen Spionage. In

¹ Anmerkung Stenografischer Dienst: Das Zitat konnte nicht verifiziert werden.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

diesem Bereich gab es diverse Kontakte mit allen deutschen Nachrichtendiensten - mit dem Bundesamt natürlich, auch mit dem Bundesnachrichtendienst, aber auch mit Landesämtern für Verfassungsschutz.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Zu dieser Zeit wurde ja öfter mal dieser Posten Abteilungsleiter mit „Nichtgeheimdienstlern“ besetzt. Haben Sie dafür eine Erklärung?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich habe dafür keine Erklärung. Ich beklage nur, dass es sehr viele Abteilungsleiter Verfassungsschutz gegeben hat. Deswegen habe ich ja auch vorgelesen: leider nur zwei Jahre - genau zwei Jahre und einen Monat.

Ich denke, jeder hat seine persönliche Herangehensweise; das habe ich auch eben versucht zu sagen. Es trägt nicht gerade zur Arbeitsfähigkeit des Amtes bei, wenn pausenlos Wechsel an der Spitze eines - zumal neuen - Amtes stattfinden. Ich hatte vier Vorgänger. Der Graf Schwerin war der erste - ganz kurz -, dann Herr Uhrlau, dann Herr Pfaff, den ich aber kannte aus Karlsruhe, dann ich.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was bedeutete das für den Brandenburger Verfassungsschutz, vor allen Dingen in Bezug auf die operative Arbeit, diese Wechsel und diese Art von Besetzung?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Verunsicherung, -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Bei wem?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: - die ich hier gemerkt habe. Mein selbstgewählter Markenkern war diese strenge Herangehensweise mit dem Gesetz. Das habe ich nach innen und außen betont, weil alles, was der Verfassungsschutz zu tun und zu lassen hat, ist gesetzlich geregelt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): War das damalige Gesetz so umfassend geregelt?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, absolut.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das war eine klare Linie, meinen Sie, für die Mitarbeiter?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, ganz klar. Das war ein Service für jedermann - nebenbei: auch für die Mitarbeiter - und für mich selber, dass es dieses Gesetz in ausgedruckter Form als Beilage zum Verfassungsschutzbericht gab. Ich hatte das immer in der Aktentasche. Das weiß ich wie gestern.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ah ja.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Im Format passte das perfekt.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Können Sie mir die Unterrichtspflichten gegenüber dem Innenminister beschreiben zur damaligen Zeit über die geführten Vertrauensleute?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: In meiner Zeit war es so - - Die sind nicht gesetzlich geregelt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich sagte ja auch: Unterrichtspflichten. Ich sagte nicht gesetzliche, sondern wie sie damals waren.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, ja, ich sage ja nur, -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja, nee, Sie haben recht.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: - weil wir jetzt über das Gesetz zu der Frage gekommen sind.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Natürlich ist der Minister als derjenige, der den Verfassungsschutz an oberster Stelle verantwortet, an letzter Stelle verantwortet - - Ganz egal, welche Konstruktion man von der Organisationsform her nimmt - ob es eine Abteilung des Ministeriums ist oder ein eigenständiges Amt -: Der Innenminister in Person ist derjenige, der für Gutes und Schlechtes geradesteht.

Ich hatte das große Glück, einen Innenminister zu haben, den ich schon vorher kannte, aus vorangegangener Tätigkeit als Pressesprecher. Dann war ich wieder ein Jahr in Karlsruhe. Und in diesem einen Jahr vorweg ist ein besonderes Vertrauen entstanden, was mir die Arbeit extrem erleichtert hat. Und - ich habe Ihre Frage nicht vergessen - natürlich war er, unabhängig von der persönlichen Beziehung, wie jeder über alles Wesentliche zu unterrichten.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gab es dazu Richtlinien, Anweisungen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie war das?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das oblag jedem selbst - zwischen dem Verfassungsschutzchef und dem Minister gab es noch den Staatssekretär -, wie er die Notwendigkeit der Unterrichtung sah.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. - Dann würde ich mal springen zu unserer Hauptperson, unserem V-Mann „Piatto“. Welche Erinnerungen haben Sie, wenn Sie an die Quelle „Piatto“ denken?

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Eine grausame Erinnerung insofern, als ich ihn vorfand in einem scheinbar normalen Aktenvorgang, der mir auf den Tisch kam. Ich war entsetzt über den Umstand, diesen V-Mann zu haben.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. - Dann frage ich noch mal: Sie waren also gerade neu im Amt -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - und haben im normalen Verfahren eine Akte einfach auf den Tisch bekommen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wonach regelte sich - - Bekamen Sie alle Akten über alle V-Leute nach und nach auf den Tisch? Gab es einen besonderen Vorfall, dass Ihnen diese Akte vorgelegt worden ist? Wie lief das?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Vorab: Wir reden über Sachverhalte, die 20 Jahre her sind.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Na ja.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Jeder Behördenleiter - ganz egal -, jeder Mitarbeiter kriegt morgens einen bestimmten Zutrag an Vorgängen. Darunter war - - Und ich betone das nicht irgendwie als was Besonderes, dass irgendjemand zu mir gekommen wäre, beispielsweise der Referatsleiter Beschaffung oder der Referatsleiter Auswertung oder der stellvertretende Abteilungsleiter, sondern das war - so erinnere ich das, als wenn es gestern wäre - eine ganz normale Akte, in der ich dann sah, dass mein Amt diesen V-Mann hat.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Welche Erkenntnisse kamen da? Also, war ganz offen, Sie konnten von vorne aufblättern, den Klarnamen sehen und die Geschichte des V-Mannes - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das weiß ich nicht mehr. Aber ich weiß dieses schon wiedergegebene Entsetzen, -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: - als ich den kennenlernte in seiner Eigenschaft als mein V-Mann, und ich weiß, was ich danach gemacht habe.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was war denn das?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich habe, ich weiß nicht mehr, welchen Mitarbeiter, aber wahrscheinlich den nächsten in der Hierarchie, denke ich - das weiß ich nicht;

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Stichwort: Wahrheitspflicht -, gefragt - den Referatsleiter dann -: Wer weiß eigentlich davon, von diesem V-Mann?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wissen Sie noch, wer der Referatsleiter zu dem Zeitpunkt war?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja. O [REDACTED] hieß er.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Also, Sie haben Herrn O [REDACTED] gefragt und - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: „Wer weiß eigentlich von diesem Sachverhalt, dass wir diesen V-Mann führen? Weiß das der Staatssekretär?“ - „Nein.“ - „Weiß das der Minister?“ - „Nein.“ Dann war meine Reaktion - das beantwortet auch Ihre vorherige Frage -, sogleich den Minister über diesen Umstand zu unterrichten.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wissen Sie, ob Ihr Vorgänger Kenntnis hatte?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, selbstverständlich.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Hat er Ihnen das mal - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Unter dessen Ägide ist ja dieser V-Mann angeworben worden.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Haben Sie sich mit ihm darüber mal unterhalten?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Also, Sie sind dann zu wem zuerst gegangen? Zum Staatssekretär oder zum - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Zum Minister.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Zum Minister. - Und dann?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Und dann habe ich dem Minister vorgetragen, welchen V-Mann wir gemeinsam haben - er und ich; er mit der noch größeren Verantwortung dafür -, und es ergab sich, dass er von diesem Umstand genauso wenig wusste wie ich bis zehn Minuten vorher.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Herr Ziel hat uns hier im Ausschuss gesagt, dass er von Herrn Pfaff unterrichtet worden ist.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich weiß es anders. Ich weiß nach meiner Erinnerung, dass er von diesem V-Mann auch nichts wusste.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Welche Bedenken haben Sie dann dem Herrn Innenminister gegenüber geltend gemacht?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich habe ihm gesagt, dass aus meiner Sicht der Verfassungsschutz einen Mann, der wegen versuchten Mordes zu acht Jahren Freiheitsstrafe verurteilt wurde - wobei der Umstand, dass es beim Versuch geblieben war, nicht ihm zuzurechnen ist -, dass der Verfassungsschutz so einen Mann nicht führen darf.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie ging es dann weiter? Wie hat sich Herr Ziel verhalten?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das ist der eine Teil des Problems, den ich beschrieben habe: einen solchen V-Mann nicht führen darf.

Das Problem wurde dadurch vergrößert, dass dieser V-Mann existent war. Der war tätig für den Brandenburger Verfassungsschutz. Es ging also darum, diesen V-Mann abzuschalten. Die Konsequenz des Entsetzens kann nur das Abschalten sein.

Dieses Abschalten ist aber auch nicht unbedingt eine einfache Entscheidung, weil - zu der Problemlage, zu der der sich geäußert hat, der V-Mann, komme ich gleich - das Abschalten eines V-Mannes aus dem Grunde, den ich geschildert habe, dass man so einen schlicht nicht haben darf - - Das ist ja eine staatliche Zusammenarbeit. Dass man so einen V-Mann nicht führen darf - - Und wenn man das umsetzt, dieses Nicht-führen-Dürfen, im Sinne von - wie die Nachrichtendienstler sagen - Abschalten, dann begibt man sich natürlich auch der Erkenntnisse, die gerade durch diesen V-Mann geliefert wurden.

Das ist der Unterschied zwischen Tun und Unterlassen - ich bin ja nun Strafrechtler -, und das ist gleichwertig. Das Unterlassen ist gleichwertig dem positiven Tun dann, wenn der Unterlassende eine Garantenpflicht hat. Und die Garantenpflicht für Minister, Staatssekretär, Verfassungsschutzchef war, die innere Sicherheit des Landes Brandenburg so gut es geht zu garantieren.

Jetzt komme ich zu den Grundbedingungen, die ich vorgefunden habe. Die Überschrift habe ich ja nicht umsonst gewählt, die ich vorhin vorgelesen habe: Rechtsextremismus im Vordergrund aller Anstrengungen.

Das Bild von Brandenburg war gekennzeichnet außen - nicht nur bis Karlsruhe, darüber hinaus - durch übelste - durch übelste! - Taten von Rechtsextremisten. Ich verbinde es immer mit Ortsnamen, die ich nie vergessen werde - - und leider auch diese Verbindung mit diesen Ortsnamen nie vergessen werde. Anfang 1996 - das Jahr, wo ich als Verfassungsschutzchef kam -: Mahlow und Trebbin. Die standen leider synonym für viele im übrigen Bundesgebiet, Mahlow und Trebbin. Überfälle in Mahlow auf drei farbige britische Bauarbeiter; ein Feldstein geworfen in das fahrende Auto; Überschlagen des Autos; der Noël Martin - heißt er - ab dann gelähmt. Trebbin: ebenso versuchter Mord. Da werden drei italienische Bauarbeiter überfallen, übel zugerichtet. Die zwei, die noch einigermaßen beieinander sind, bringen den Dritten ins

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Krankenhaus, und auf dem Rückweg werden die wieder malträtiiert - um es freundlich zu sagen: malträtiiert.

Mahlow und Trebbin haben sich bei mir sozusagen verselbstständigt in dem Sinne als Synonym für diese Bedrohung. Ich kann mich erinnern - das war dann aber nicht 96, sondern im Laufe der zwei Jahre -: Es gab in Amerika Reiseführer, die bestimmte No-go-Areas für Brandenburg auswiesen. Das ist alles die Wahrheit, an die ich mich erinnere, weil sie so bitter war, nach 20 Jahren.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja, gut. - Jetzt intern: Sie haben jetzt mit dem Minister gesprochen. Was passierte dann? Also, das tiefe Entsetzen auch auf der Seite des Ministers, nehme ich an, -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, ja, absolut.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - in Ihrer Erinnerung.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Genau.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Jetzt beginnt eine Abwägung.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Genau, weil das war sehr zügig in dem ersten Gespräch, dieses Problem, was ich angesprochen habe, dass die Verantwortung vielleicht sogar noch höher ist, den abzuschalten. Wir haben uns das extrem schwer gemacht und das gegeneinander abgewogen vor diesem Hintergrund, den ich eben Gelegenheit hatte zu schildern.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie beide haben jetzt zusammengesessen und - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Wie bitte?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie beide haben jetzt zusammengesessen und - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja klar, genau. Ich glaube auch nicht, dass jemand dabei war.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Minute läuft.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das war kein Termin im Terminkalender oder so, -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ist schon klar.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: - sondern der war sofort.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das war mein Entsetzen. Das fand sozusagen körperlichen Ausdruck, indem ich dahingegangen bin, nachdem ich den Referatsleiter gefragt habe: Wer weiß denn das eigentlich?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie ging es dann weiter?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Dann haben wir das diskutiert. Das war eigentlich ein eher philosophisches Gespräch um diese beiden Handlungsaspekte.

Teil der rechtsextremistischen Bedrohung sind ja auch in Deutschland lebende Juden. Jetzt schildere ich Ihnen das, was ich im Bundestagsuntersuchungsausschuss nicht geschildert habe: Es kam der Gedanke, uns schlauzufragen in dieser moralischen Situation, in dieser moralischen Notlage, dass die Sache zu entscheiden war: Entlassen oder mit dem weiterarbeiten? Von dieser Entscheidung konnte uns auch niemand entbinden. Es kam der Gedanke, den Zentralratsvorsitzenden der Juden Ignatz Bubis zu fragen.

Warum kam dieser Gedanke? Weil, es gab ein enges Verhältnis zwischen Minister Ziel und Herrn Bubis. Dieses enge Verhältnis hatte leider böse Ursachen. Es gab den Brand der Baracke in Sachsenhausen. Das war, glaube ich, vor meiner Zeit als Pressesprecher. Ich habe aber als Pressesprecher schon eine Mehrzahl von Kontakten zwischen Minister Ziel und Herrn Bubis mitbekommen, die den Schutz des gesamten Geländes zum Gegenstand hatten, weil das ein Riesengelände war, was die Polizei gegen Rechtsextremisten, die dann über die Zäune eindrangen, nicht hinreichend schützen konnte. Es ging in diesen Gesprächen immer darum, wie man diesen Schutz verbessern könnte.

Ich kann mich erinnern - ich sehe das aber nicht vor mir -, dass irgendwie Reste der Bäckerei in diesem Konzentrationslager eine Rolle spielten, weil diese Bäckerei - das fällt mir jetzt ein - irgendwie auch Gegenstand von, ich weiß nicht - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Angriffen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich weiß nicht. Also nicht so eine Dimension, wie die Baracke, also kein Brandanschlag; aber ich glaube, irgendwas - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Schmierereien waren da.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Genau. Denke ich. - Also, das war der Hi- -

Ich habe den Minister Ziel auch begleiten dürfen in der Eigenschaft als Pressesprecher zu ein, zwei Kontakten mit Herrn Bubis.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Waren Sie auch beim Gespräch über diesen V-Mann mit Herrn Bubis dabei, oder - -

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, das halte ich dann auch für selbstverständlich, weil das ja diese Idee war und die Umsetzung dieser Idee. Dieses Gespräch fand sehr schnell statt. Das musste ja entschieden werden, das Problem.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wo fand das Gespräch statt? Im Innenministerium? Oder sind Sie - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein. Das will ich gerade sagen. Das musste sehr schnell stattfinden, und das fand statt in einem Besprechungsraum auf dem Flughafen in Tegel, weil ein Termin von Herrn Bubis, der mit uns gar nichts zu tun hatte, dafür benutzt wurde.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Wir sind in der Verlängerung. Wollen Sie noch zu Ende bringen?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja. - Wie konkret wurde Herr Bubis dann in Kenntnis gesetzt über die Vorgänge?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Herr Bubis wurde in Kenntnis gesetzt über den Sachverhalt - komplett, ohne Namensnennung, einschließlich der Verurteilung. Das weiß ich sehr genau. Und wir haben ihm natürlich das Argument nicht vorenthalten, dass jemand, der so übel beleumdet ist, dass er acht Jahre Freiheitsstrafe kriegt wegen versuchten Mordes - bei *uns*, sage ich mal, so übel beleumdet ist -, dass der auf der anderen Seite bei seinen rechtsextremistischen Gesinnungsfreunden natürlich umso angesehener ist. Warum sage ich das? Weil: So einer weiß eben viel. So ein V-Mann weiß viel. Und darum geht es ja: die Informationen von V-Leuten ganz allgemein abzuschöpfen und nutzbar zu machen.

Wobei: Dass die V-Leute Verräter sind, das darf man dabei nie vergessen. Für mich - das war auch nicht unbedingt herrschende Meinung im Brandenburger Verfassungsschutz - steht das V stets und ständig für Verräter und nicht etwa für Vertrauensmann. Und wenn man sich das klarmacht - - Der Erste, der das gesagt hat - war in einem Aufsatz -, dass das V für Verräter steht, das war Adolf Arndt 1961. Adolf Arndt - für Menschen, die so alt sind wie ich, die kennen den aus der Zeitung immer mit dem Zusatz: Kronjurist der SPD.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie reagierte denn Herr Bubis auf - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich will genau konkret sagen, was wir ihm gesagt haben. Wir haben ihm gesagt, dass es diesen V-Mann gibt, der - und deswegen habe ich das so langatmig erzählt - eben besondere Zugänge hat aufgrund seiner Tat. Und wir stellen uns die Frage - - Wir haben ihn ausdrücklich - das weiß ich, dass Herr Ziel das gesagt hat -, ihn, Herrn Ziel, angesprochen als moralische Autoritätsperson und ihm die Frage weitergegeben, die wir uns stellen und die wir aber auch alleine entscheiden müssen. Die ist also nicht sozusagen ausgelagert worden, die Frage: Darf man mit so einem als Staat zusammenarbeiten? Und wie aus der Pistole geschossen hat Herr Bubis gesagt: Muss man. - Ende der Sache mit Herrn Bubis.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Dann sind - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Kann ich noch einen Satz sagen, wenn ich das darf?

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ja.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Dann sind Minister Ziel und ich gemeinsam ins Parlamentarische Kontrollgremium gegangen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Am selben Tag?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das weiß ich nicht mehr. Aber ich weiß - - Deswegen betone ich das so - Minister Ziel und ich gemeinsam -, weil für mich war es das erste Mal, dass der Minister selbst in diesem Parlamentarischen Kontrollgremium war.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): War das nicht üblich zu der damaligen Zeit?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein, sondern das machte der Verfassungsschutzchef selber. - Dann haben wir dort diesen Sachverhalt gemeinsam vorgetragen, aber natürlich nicht mit Bubis angefangen, sondern mit dem Problem, -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: - dass Brandenburg zur Stunde einen solchen V-Mann führt. Da haben wir gesagt, wie die Problemlage ist, dass das eine - Abschalten - Konsequenzen haben kann, dass das Weiterführen aber vielleicht auch Fragen aufwirft - Stichwort: Darf man das? Und dann haben wir auch gesagt, dass wir mit Herrn Bubis diese Frage diskutiert hätten.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das haben Sie so konkret gegenüber der PKK geäußert.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, natürlich. Genau.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und haben Sie - - Wie konkret - -

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Das ist jetzt aber die letzte Frage.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie konkret haben Sie die Informationen über diesen V-Mann der PKK mitgeteilt? Auch mit Klarnamen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nur mit Klarnamen, weil den Tarnnamen wusste ich zu der Zeit gar nicht.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, der gesamten PKK war der Klarname - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Aber ob ich den Namen dort - - Ich bin sehr sicher, dass ich da den Namen gesagt habe, weil man ja - - Wenn man später über den Sachverhalt spricht, dann muss man ja wissen, um wen es geht. Also, „Piatto“ wusste ich zu der Zeit überhaupt nicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Und einen - - Das kann man nicht machen. Aber zu Bubis - das weiß ich genau - haben wir den Namen selbstverständlich nicht gesagt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. - Leider ist meine Zeit abgelaufen. Ich habe noch mehr Fragen an Sie, Herr Dr. Förster. Aber dann gebe ich jetzt erst mal weiter. - Danke schön.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Also, das war jetzt fast grenzenlose Geduld; die volle Verlängerungszeit ist ausgenutzt worden. Ich sage den anderen: Wer den Wunsch hat, kann auf mein Wohlwollen rechnen. - Jetzt kommt Herr Lakenmacher. Bitte schön.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Dr. Förster, der V-Mann „Piatto“ beschrieb sein Verhältnis zum V-Mann-Führer - und damit meine ich Dieter Borchert in diesem Fall - als freundschaftlich-kollegial. Er sagte uns gegenüber, dass er sich eher als Mitarbeiter des Verfassungsschutzes sehe, der kein eigenes Interesse mehr an der Szene hat. Wenn Sie diese Aussage jetzt so hören, die er hier getätigt hat, halten Sie das für glaubhaft?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Erst mal ist mein Entsetzen so ähnlich wie, als ich von dem V-Mann Kenntnis bekommen habe, weil das darf niemals passieren, dass der sich als Mitarbeiter der Behörde empfindet. Und dieses Empfinden kann ja nur produziert worden sein von dem V-Mann-Führer.

Ich hatte immer die Sorge - und die muss man haben -, dass die Distanz zu gering wird zwischen dem V-Mann-Führer und dem V-Mann, einfach durch die Vielfältigkeit der Kontakte. Das fand nicht unbedingt Wohlwollen, dass ich mein Glaubensbekenntnis immer wiederholt habe, dass das V eben für Verrat steht und dass die V-Mann-Führer, die ja dann auf meine Veranlassung zwei wurden, sich am besten vor den Treffs noch mal das Urteil gegen diesen V-Mann durchlesen, um zu wissen, wen sie da eigentlich treffen. Das ist kein Mitarbeiter des Verfassungsschutzes. Das ist ein Mann, der aus eigenem Interesse seine eigenen Leute verrät. Das muss man sich klarmachen. Wenn einer seine eigenen Leute verrät, dann muss man auch extrem sensibel dafür sein, ob man wirklich selber die Wahrheit immer erzählt bekommt.

Bei V-Leuten gibt es immer zwei Probleme - ganz allgemein; das hat mit dem Szczepanski nix zu tun -: Die legen eine Schippe drauf, um interessanter zu sein, um mehr Lohn zu bekommen. Das ist das eine Problem. Das andere Problem ist, dass sie

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

eben nicht die Seiten gewechselt haben. Und der Seitenwechsel als solcher ist das zentrale Problem bei allen V-Leuten. Wenn nämlich einer glaubhaft für immer und ewig die Seite gewechselt hat, dann darf man den auch nicht mehr als V-Mann führen, sondern dann muss man ihm helfen, komplett aus der Szene rauszukommen. Und wenn dieses Helfen Erfolg hat, dann weiß der auch nix mehr, weil die Leute ihm nichts mehr erzählen. Dann ist er ungeeignet als V-Mann und darf auch gar kein V-Mann mehr sein. - Das muss man im Blick behalten.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Herr Zeuge, auch von mir: Guten Tag. - Ihre Angaben, die überraschen mich so ein kleines bisschen, weil sie nämlich in Widerspruch stehen zu einem Vermerk. Und zwar zitiere ich jetzt aus der Anlage B4, Herabstufungen, Anfrage vom 31.01.2018, Nummer 6, Seite 7. Und zwar heißt es dort - der Vermerk behandelt ein Gespräch mit dem Leitenden Oberstaatsanwalt Lehmann und einer Staatsanwältin am 07.03.1997 -:

„Gegenstand des Gespräches war in erster Linie die Verkürzung de[r] Haftstrafe des Informanten auf eine sogenannte Halbstrafe.“

Mit „Informant“ ist hier - - Also, es ist der Fall „Piatto“, also der Herr Szczepanski.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU):

„Die Vertreter der Staatsanwaltschaft machten deutlich, daß sie der Reduzierung der Strafe grundsätzlich positiv gegenüberstünden, wobei LOStA L[ehmann] einschränkte, wenn der Informant sich erkennbar von der rechten Szene getrennt hätte.

AL V erläuterte, daß er die gegen den Informanten verhängte Haftstrafe für außergewöhnlich hoch halte und bezweifelte, daß das Urteil im Falle einer Revision in dieser Form Bestand behalten hätte.

Weiter gaben die Vertreter der Abteilung V zu verstehen, daß eine Lösung des Informanten aus der rechten Szene weder im Interesse unserer Abteilung, noch in dem der öffentlichen Sicherheit liegen würde, weil man zur Gefahrenabwehr auch auf seine Informationen angewiesen sei.“

Sie haben ja gerade geschildert, dass es eigentlich in Ihrem Interesse gelegen hätte und Sie auch so Ihr Amt verstanden hätten, dass es das Ziel sein müsse, dass die Informanten und V-Leute sich aus der Szene lösen. Aus diesem Vermerk ergibt sich aber das glatte Gegenteil. Wie erklären Sie sich den Widerspruch?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das ist nicht das Ziel des Verfassungsschutzes, aber der Verfassungsschutz darf nicht sozusagen sein Erkenntnisinteresse durch die Führung über dieses andere herüberstellen. Das darf nicht sein, dass das Interesse des Verfassungsschutzes an weiteren Informationen einen wirklichen Ausstieg aus der Szene verhindert. Das ist ganz eindeutig.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zu den beiden anderen Sachen kann ich gerne auch was sagen. Ich weiß noch aus der Erinnerung, dass es Diskussionen gab um die theoretisch mögliche Halbstrafe. Es war so - was eigentlich auch alles Teil meines Entsetzens war -: In den Akten, die ich über den „Piatto“ sah, fehlte das Urteil. Das Urteil des Landgerichts Frankfurt an der Oder war da gar nicht drin. Das wurde auf meine Veranlassung erst mal angefordert.

Ich habe dieses Urteil ja gelesen mit den Augen des Strafrechtsjuristen und hatte dann auch erfahren, dass der Verfassungsschutz vor meiner Zeit darauf Einfluss genommen hatte, dass das Rechtsmittel der Revision von dem Szczepanski zurückgenommen wird. Ich habe festgestellt als einer, der von strafrechtlichen Revisionen durchaus Kenntnis hat, dass insbesondere an einem Punkt eine Revision, die sonst sehr schwer zu begründen ist - ganz allgemein im Strafrecht - - dass das Rechtsmittel der Revision an einem speziellen Punkt durchaus auch eine Erfolgsaussicht gehabt hätte, weil nämlich ein Tatbestandsmerkmal des Mordes bei der konkreten Strafzumessung strafscharfend ins Gewicht fiel. Das ist ein schwerwiegender Rechtsfehler, der nicht sein darf. Mit anderen Worten: Eine Anfechtung dieses Urteils des Landgerichts Flensburg [sic!] durch den verurteilten Szczepanski wäre nicht aussichtslos gewesen.

Ob und dass der Verfassungsschutz überhaupt darauf Einfluss nimmt, dass ein nicht rechtskräftig Verurteilter sein Rechtsmittel zurücknimmt, das stand für mich nicht mehr zu entscheiden. Ich weiß nur, dass ich das niemals gemacht hätte, weil - ich bin jetzt Strafverteidiger - ich weiß, wie das unter dem Gesichtspunkt des fairen Verfahrens Probleme aufwerfen kann.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Daran knüpfen sich jetzt bei mir gleich zwei Fragen an. Fangen wir mal mit der ersten an. Aus unseren Akten ergibt sich gar nicht so unmittelbar, dass der Verfassungsschutz auf Szczepanski Einfluss genommen hat und dafür gesorgt hat, dass er das Rechtsmittel der Revision nicht einlegt. Welche Erkenntnisse liegen Ihnen denn dazu vor?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das war der Grund. In den Akten müssten Sie einen Vermerk finden, den ich dazu geschrieben habe, just zu diesem Punkt „Doppelverwertung von Tatsachen“; so ist die juristische Überschrift. Wenn die Verwirklichung eines Tatbestandsmerkmals, was ja für den Schuldspruch unumgänglich ist, noch mal bei der Strafzumessung ins Gewicht fällt - - Das weiß ich genau, dass ich einen Vermerk darüber geschrieben habe. Die Ursache dafür war eben die Kenntnis, dass auf die Revision Einfluss genommen wurde.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Dann werden wir danach noch mal ganz gewissenhaft schauen, ob wir den Vermerk noch irgendwo finden. - Aber die für mich spannendere Nachfrage ergibt sich aus dem, worauf Sie jetzt nicht eingegangen sind, nämlich aus dem Widerspruch zwischen Ihren Ausführungen hier zunächst und dem, was ich in dem Vermerk über das Verhalten der Abteilung V lese. Ich wiederhole noch mal:

„Weiter gaben die Vertreter der Abteilung V zu verstehen, daß eine Lösung des Informanten aus der rechten Szene weder im Interesse unserer Abteilung, noch

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

in dem der öffentlichen Sicherheit liegen würde, weil man zur Gefahrenabwehr auch auf seine Informationen angewiesen sei.“

Insofern ergibt sich doch gerade daraus, dass hier der Verfassungsschutz deutlich macht, dass er aus dem Interesse heraus, Erkenntnisse zu erhalten, einer Loslösung aus der rechten Szene ablehnend gegenübersteht. Das ist doch das glatte Gegenteil von dem, was Sie gerade ausgeführt haben.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Wegen der Wichtigkeit dieses Aspektes Ihrer Frage bin ich in meiner Antwort ganz zu Anfang schon darauf eingegangen. Ich sage es noch mal: Die absolute Regel ist, dass Interessen des Verfassungsschutzes niemals einen Ausstiegswillen aus der Szene überlagern können. Wenn jemand die Szene verlassen will, dann darf nicht der Verfassungsschutz sagen: Es ist uns aber nützlich, wenn du dich noch ein bisschen umhörst. - Das darf nicht sein.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Können Sie auf diesen Widerspruch noch mal eingehen, den ich gerade dargestellt habe?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich bin auch nicht damit zitiert in dem Vermerk, dass das meine Auffassung wäre.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Also, es handelt sich hier um ein Gespräch, an dem Sie teilnahmen -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, ja.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): - als Leiter der Abteilung V.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Und dort wird mitgeteilt: „... gaben *die* Vertreter der Abteilung V -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, ich habe das verstanden.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): - zu verstehen ...“ Insofern: Hier waren drei Personen der Abteilung V. „Die Vertreter“ sind auch nicht als einzelne Vertreter, sondern in der Gesamtheit zu verstehen. Sie haben sich davon auch nicht irgendwie distanziert; zumindest ist es hier in diesem Vermerk nicht festgehalten. Insofern würde ich Sie bitten, darauf noch mal einzugehen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich kann nicht mehr sagen, als ich Ihnen schon dazu gesagt habe, was die Linie ist, für die ich in persona auch stehe.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Aber ganz offensichtlich standen Sie, als Sie in der Verantwortung standen, gerade nicht für diese Linie, sondern für das Gegenteil, zumindest ausweislich dieses Vermerks.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das gibt die Lage nicht richtig wieder.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Also ist der Vermerk falsch.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das weiß ich nicht. Ich habe versucht, zu schildern, wie die Rechtslage ist.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ich möchte Ihnen mal gern eine Unterschrift unter diesem Vermerk zeigen und Sie fragen, ob es sich dabei um Ihre Gegenzeichnung handelt.

(Abgeordneter Dr. Redmann [CDU] begibt sich zum Platz des Zeugen und legt ihm Unterlagen vor.)

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Genau, das ist die Gegenzeichnung.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Insofern ist der Vermerk damals erstellt worden und auch von Ihnen gegengezeichnet worden, ohne dass Sie damals den Vermerk beanstandet hätten. Sie müssen also damals davon ausgegangen sein, dass der Vermerk inhaltlich richtig ist.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das liest sich so. Aber was inhaltlich richtig ist, habe ich eben gerade geschildert: Niemand darf in der Szene behalten werden und dazu gedrängt werden nur im Interesse des Verfassungsschutzes.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Aber damals ist mit Ihrem Wissen und Wollen ja genau eine gegenteilige Verfahrensweise praktiziert worden.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Es war im Leben nicht so, dass der diese Szene verlassen wollte.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Nein, nein. Es ist ja niedergeschrieben, dass der Verfassungsschutz daran auch überhaupt gar kein Interesse hatte und gar nicht wollte, dass der die Szene verlässt. Das ist genau das Gegenteil von dem, was Sie uns gerade versucht haben zu präsentieren.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich kann nur das wiederholen, was ich gesagt habe.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Erinnern Sie sich denn, wie damals weiter mit dem Sachverhalt umgegangen wurde? Also, der Vermerk geht ja weiter:

„Die Vertreter der Staatsanwaltschaft erklärten, daß sie bei Einleitung des entsprechenden Verfahrens von der JVA eine Stellungnahme anfordern würden. Sie ließen erkennen, daß sie Gespräche zwischen der Abteilung V und Vertretern der JVA im Vorfeld für angebracht halten.“

Ist Ihnen erinnerlich, ob ein solches Gespräch stattgefunden hat?

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das weiß ich jetzt nicht. Ich weiß aber, auch nach 20 Jahren, dass die Halbstrafenaussetzung nicht erfolgt ist.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ja, das war aber jetzt nicht meine Frage. Es ist ja zu einem späteren Zeitpunkt erst die Entscheidung gefallen, das aus Gründen der Legendierung dann doch nicht zu verfolgen, weil es vielleicht schwierig gewesen wäre, das zu erklären.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Weiß ich nicht. Aber ich habe das gesagt, was ich dazu sagen kann.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Welche Bedeutung hat denn eine solche Stellungnahme der Justizvollzugsanstalt in so einem Halbstrafenverfahren nach Ihrer Erinnerung? Sie haben ja gerade dargestellt, dass Sie auch ausgewiesener Strafrichter sind.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Die JVA wird gehört zu den persönlichen Umständen. Ich bin auch nicht sicher, ob überhaupt ein Antrag gestellt wurde oder ob der diente, um die Situation überhaupt festzustellen im Hinblick auf Erfolgsaussicht. Ich glaube nicht, dass ein Antrag gestellt wurde.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Es ist ein Antrag gestellt worden, -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Okay.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): - aber nicht mit Wissen des Verfassungsschutzes, sondern von Carsten Szczepanski selbst.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Okay. - Also, das ist halt 20 Jahre her, und das ist schwierig.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Dem Vermerk nach war ja der Plan, dass, wenn so ein Antrag gestellt wird, man sich dann abstimmt mit der Justizvollzugsanstalt, um eine Stellungnahme zu erhalten, die eine solche Halbstrafe befürwortet. Nach allem, was wir bisher hier in diesem Untersuchungsausschuss erfahren haben, kommt einer solchen Stellungnahme der Justizvollzugsanstalt durchaus eine große Bedeutung zu. Wir haben hier in diesen Fällen eher festgestellt, dass sich fast alle darauf letztlich verlassen, auf diese Stellungnahme der Justizvollzugsanstalt.

Wenn wir jetzt hier lesen, dass man da miteinander vereinbart, dass der Verfassungsschutz mit der Justizvollzugsanstalt unmittelbar Gespräche aufnimmt, um auf so eine Stellungnahme einzuwirken: Ist das etwas, was sich mit Ihrem Rechtsstaatsempfinden in Einklang bringen lässt?

Vorsitzender: Wir sind in der Verlängerung, wollte ich sagen. - Bitte.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich meine, mich zu erinnern, dass der Leiter der Justizvollzugsanstalt jedenfalls unterrichtet war über die Tatsache, dass der Gefangene Quelle des Verfassungsschutzes war.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ja. Das war aber jetzt auch nicht meine Frage.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Konkreter kann ich das nicht beantworten.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Meine Frage war, ob sich das mit Ihrem Rechtsstaatsempfinden - - oder ob Sie finden, dass das ein rechtsstaatliches Vorgehen ist, wenn ein Verfassungsschutz Kontakt aufnimmt mit einer Justizvollzugsanstalt, um auf eine Stellungnahme hinzuwirken, die am Ende dazu führt, dass von einer Halbstrafenregelung Gebrauch gemacht wird. Das sind ja letztlich Voraussetzungen, die damit geschaffen werden, die am Ende ja auch ein Gericht dazu bringen, von einer bestimmten Regelung Gebrauch zu machen oder nicht, obwohl es möglicherweise mit den Tatsachen nicht in Einklang zu bringen ist.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Also, mit meinem Wissen ist sicherlich niemand - - versucht worden, in eine Richtung sich zu äußern, die nicht stimmt.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Aber dieses - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Bei der Halbstrafe ist es so, dass Sie im Gegensatz zu der Zweidrittelentscheidung besondere Umstände - besondere Umstände! - brauchen in der Person und in der Tat, die zu dieser extrem ungewöhnlichen, von der Statistik her seltenen Maßnahme die Voraussetzung sind.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Aber Herr Dr. Förster, Sie haben diesen Vermerk doch selbst abgezeichnet, in dem genau dieser Plan entwickelt wurde: dass der Verfassungsschutz Kontakt aufnimmt zur Justizvollzugsanstalt, um auf eine bestimmte Stellungnahme hinzuwirken. Das ist doch niedergelegt. Wie können Sie dann jetzt sagen, dass so etwas nach Ihrer Kenntnis überhaupt nicht infrage kam? Sie haben es doch unterschrieben!

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Da kann der Zeuge schlecht was zu sagen.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ist das nicht Ihre Unterschrift? Sie haben doch gerade bestätigt, dass es Ihre Unterschrift ist.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Danke. - Dann habe ich keine weiteren Fragen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Es ist so: Ich kann Ihnen noch - - Okay.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Wollen Sie noch etwas ergänzen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nee, nee, ist schon gut.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann wandern wir mit dem Fragerecht weiter zur Linkenfraktion. Herr Dr. Schöneburg.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Dann würde ich vielleicht noch mal da anschließen: Was wollten Sie denn jetzt noch dazu ausführen? Weil mit der konkreten Haftentlassung von Szczepanski hatten Sie ja nichts mehr zu tun gehabt.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Genau.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Da waren Sie ja nicht mehr Leiter des Verfassungsschutzes gewesen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Weil die Verunsicherung unsererseits liegt natürlich darin, dass in dem Gutachten, in der Stellungnahme der Strafvollzugseinrichtung Dinge drinstanden, die natürlich, ich will nicht sagen, „getürkt“ waren, aber doch sozusagen sehr anrühlich waren, unter anderem ein Praktikumsplatz oder ein Arbeitsvertrag mit einer Firma in Oberfrohna.

(Abgeordnete Nonnemacher [B90/GRÜNE]: Herr Kollege, könnten Sie bitte ins Mikro sprechen?)

- Ja - - unter anderem sozusagen ein Arbeitsvertrag vorgelegt worden ist mit einer Firma in Limbach-Oberfrohna, die „Sonnentanz“ hieß, [REDACTED] [die] NS-Devotionalien verkauft hat. Das wurde sozusagen der RichterIn verkauft als normaler Arbeitsvertrag, dass die dann sogar noch in die Bewährungsaufgaben hineingeschrieben hat, er soll sich von rechtsradikalen Kreisen fernhalten. Da haben natürlich alle gelacht - außer die RichterIn. Er ist sozusagen ins Auge des Tigers gesteuert worden. Das macht uns natürlich nachdenklich.

Da könnte man andere Dinge auch noch benennen. Es ist sozusagen konstatiert worden von der Anstalt aus, dass er sich von den rechtsradikalen Einstellungen gelöst hat. Sie haben jetzt gerade gesagt, dass er natürlich wertvoll war, weil er sich nicht gelöst hat von den Einstellungen. Insofern ist hier - wir haben es mal polemisch übertrieben formuliert - eine Art „Gefangenenbefreiung“ praktiziert worden an dem Gericht vorbei oder indem das Gericht sozusagen getäuscht worden ist. Deswegen natürlich die Erregung meines Kollegen Dr. Redmann.

Also, jetzt würde ich Ihnen noch mal Gelegenheit geben, das, was Sie sagen wollten, noch mal fortzusetzen, weil Sie ja mit dem konkreten Entlassungsprozedere natürlich nix mehr zu tun hatten.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Sie sagen ja völlig zu Recht, dass die Zweidrittelentlassung, die dann auch stattgefunden hat, nach meiner Zeit stattfand. Das spielt ja auch im Bericht des Bundestagsuntersuchungsausschusses schon eine Rolle: ob die Strafvollstreckungskammer durch falsche Angaben getäuscht worden sei. Dazu kann ich nichts sagen, weil das, wie gesagt, danach war.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Aber zu einem kann ich schon was sagen, weil dieses Praktikum eine Rolle spielt. Und ein solches Praktikum, das müsste gewesen sein in der Zeit, als Szczepanski Ausgänge gehabt hatte im Sinne von Haftlockerungen. Dieses Praktikum, das wird überall - - Ich habe jetzt in der Vorbereitung noch mal den kompletten Bericht des Bundestages gelesen. Dieses Praktikum, das wird immer absolut gesetzt, als habe das stattgefunden. Ein Praktikum kann nicht stattgefunden haben, weil das ist auch auf Zeit angelegt, auf Dauer. Der ist einzelne Tage ausgeführt worden aus der Haft, unter Begleitung von - da kommen wir ja vielleicht noch drauf - zwei V-Mann-Führern, um eine engere Kontrolle zu gewährleisten. In der Zeit kann kein Praktikum stattfinden.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Es hat ja auch nicht stattgefunden. Aber es ist sozusagen der Anstalt so verkauft worden, als ob er einen Praktikumsplatz hat, den er fest sozusagen bedient - was uns natürlich nachdenklich gemacht hat, weil der Praktikumsplatz 220 Kilometer entfernt war. Der wäre unter normalen Bedingungen niemals von der Anstalt genehmigt worden. Aber die Anstalt hat mitgemacht, und wir sind natürlich der Auffassung, dass die Anstalt darüber Bescheid wusste, dass der Praktikumsplatz eigentlich nicht erfüllt worden ist, so wie Sie es jetzt geschildert haben, sondern dass er andere Aufträge in der Zeit wahrgenommen hat, eben von Ihren beiden V-Mann-Führern abgeholt wurde, in die Szene gesteuert worden ist, bestimmte Aufgaben erfüllt hat und nur im seltensten Fall nach Limbach-Oberfrohna gefahren ist.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich habe es gesagt.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja, gut. - Dann gleich noch anknüpfend die Nachfrage: Sie haben es ja vorhin so en passant erwähnt, dass Sie einen zweiten V-Mann-Führer ihm an die Seite gestellt haben, -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - nach dem Herrn Dieter Borchert dann Herrn Meyer-Plath.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Was waren denn die Gründe dafür gewesen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Weil ich eben Sorge hatte, dass dieser ursprüngliche, alleinige V-Mann-Führer zu distanzlos wurde. Der hat mich auch immer überzeugen wollen, dass eine vollständige Wendung dieses Mannes stattgefunden hätte. Dieser Überzeugungsversuch war aber aus meiner Sicht eher dilettantisch. Ich hatte ein - „Misstrauen“ kann ich schlecht sagen, aber jedenfalls kein vollständiges Zutrauen zu diesem Mann, der aber ja wichtig war, weil er über lange Zeit eben die Kontaktperson von dem Szczepanski war und auch immer bekundet hat, dass der Szczepanski zu ihm Vertrauen hätte.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Dann habe ich, um die Sache - - dass da wirklich alles und mit Argwohn aufgenommen wird, was der sagt - mit Argwohn, weil man ja immer nicht vergessen darf, wer der andere ist -, ihm einen zweiten Mann dazugegeben, den besten, den ich hatte, einen aus dem höheren Dienst - so viele hatte ich da nicht -, aus derselben Abteilung, und habe angeordnet, dass die V-Mann-Führung durch beide zusammen stattfinden soll.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Wie eng haben Sie sich denn immer berichten lassen über diese Führung des V-Manns Szczepanski?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das kann ich so abstrakt nicht beurteilen oder nicht wiedergeben.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Sie haben jetzt den Eindruck so ein bisschen vermittelt, als ob Sie da ziemlich eng dran waren, weil der natürlich eine problematische Figur war, wie Sie es eingangs geschildert hatten.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: „Eng“ ist relativ; das weiß ich nicht. Man muss sich halt darauf verlassen, dass unterrichtet wird über Wesentliches von der Seite der V-Mann-Führung über den - der Meyer-Plath war Referent und der V-Mann-Führer auch - und über den Referatsleiter zu mir. So ist die Regel. Ich kann mich nicht erinnern an irgendwie Konkretes, was mir dann unmittelbar zugetragen wurde.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber Ihre Befürchtung, die Sie hatten, dass Dieter Borchert da sozusagen zu kumpelhaft ist, die hat sich bei uns eigentlich bestätigt. Also, wir haben in der Zeugenbefragung, in der Beweisaufnahme, die wir hier durchgeführt haben, festgestellt, dass die ein Näheverhältnis hatten, was ungut war, also von beiden Seiten her gesehen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja. Das war eben auch meine Befürchtung.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Sie haben ja gesagt - was ich ganz sympathisch fand - am Anfang, dass Ihr Credo gewesen ist, dass nach dem Gesetz gehandelt wird.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Und nach dem Gesetz, nach dem Brandenburger Verfassungsschutzgesetz, ist es ja den V-Leuten verboten, Straftaten zu begehen, -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - und dem V-Mann-Führer natürlich erst recht.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Na klar.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Jetzt sind wir auf einen Umstand gestoßen, der uns nachdenklich gemacht hat. Jetzt wäre meine Frage, ob Sie von dem Kenntnis hatten und, wenn Sie Kenntnis hatten, wie Sie ihn bewertet haben oder, wenn Sie keine Kenntnis hatten, wie sie ihn heute, aus heutiger Sicht bewerten würden.

Wir haben festgestellt, dass Carsten Szczepanski in der Haftzeit unter anderem ein Fanzine produziert hat oder redaktionell bearbeitet hat, das „United Skins“. Das ist rechtsradikales Propagandamaterial, wo zum Teil auch Straftaten verwirklicht werden, Propagandadelikte. Das ist in der JVA Brandenburg an der Havel produziert worden und ist sozusagen unter Beihilfe produziert worden Ihrer beiden V-Mann-Führer, die sozusagen Material hineingeschafft haben - wir haben dazu den Chef des Sicherheitsdienstes der JVA gehört -, die Material hineingetragen haben, Material hinausgetragen haben, die ein Postfach verwaltet haben, insbesondere Dieter Borchert, um dieses Fanzine zu produzieren. Wegen dieser Produktion ist 1999 dann auch noch ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden, und der Staatsschutz hat ermittelt gegen Dieter Borchert und gegen Szczepanski. Haben Sie davon Kenntnis gehabt?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein. Aber meine zentrale Sorge war, dass der in der Haft Schriften produzieren würde. Diese Sorge habe ich auch oft bekundet, weil das darf nun überhaupt nicht sein, dass ein V-Mann sich weiter betätigt in der Szene in einer Form, die die Verbindung der Szene aufrechterhält und er damit unterstützt. Das ist etwas, was der Verfassungsschutz niemals auch nur zulassen darf und erst recht nicht fördern darf. Die Sorge - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber damit - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Diese konkrete Sorge kam daher, dass ich - ich weiß nicht, in welchem Zusammenhang - erfuhr - ich weiß den Zusammenhang nicht mehr -, dass diesem Szczepanski von seinem V-Mann-Führer eine Vielzahl von Schreibmaschinenbändern gegeben wurde in der damaligen Zeit. Meine Sorge war, dass der diese Vielzahl von Bändern nicht braucht für irgendwelche Kontakte, die für den Verfassungsschutz auch sinnvoll sind im Sinne der Ausforschung von anderen, sondern dass der diese Vielzahl von Bändern benutzt, um irgendwelche Schriften da herzustellen. Das ist ja alles irgendwie weit vor elektronischen Möglichkeiten.

Ich kann mich auch erinnern, dass ich eine schriftliche Verfügung gemacht habe, die nur zwei Menschen betraf, den Herrn G. und seinen Referatsleiter, vor dem Hintergrund dieser Schreibmaschinenbänder, dass die zu den Akten schriftlich zu versichern hätten, dass keine Gegenstände dem Szczepanski in die Haft geliefert würden seitens des Verfassungsschutzes a conto V-Mann-Führung, die verboten wären.

Und ich kann mich sehr genau erinnern - weil das ist eigentlich eine gruselige Erinnerung -, dass der Referatsleiter das blitzschnell unterschrieben hat, diese Versicherung, und dass der Herr G. sich sehr viel Zeit genommen hat, das zu unterschreiben. Das hat mein Vertrauen nicht unbedingt gefördert.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber noch mal nachgehakt haben Sie nicht.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich hatte ja die schriftliche Aussage.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja. - Also, wenn Sie dann - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Die eigentliche Frage muss sein: Warum entlässt man den nicht?

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Warum entbindet man den nicht von der V-Mann-Führung?

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Und das ist auch justiziabel. Das muss man eben belegen.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber dann haben also die V-Mann-Führer - wenn unsere Ergebnisse denn stimmen; aber ich glaube, die sind ziemlich wasserdicht - nicht nur gegen möglicherweise Strafgesetze verstoßen, sondern die haben auch gegen Ihre Verfügung und gegen Ihr Credo verstoßen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja. Wenn das so war.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Das aber wäre ja eine Verselbstständigung innerhalb der Behörde.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich habe Ihnen geschildert, wie ich mich erinnern kann: dass diese Bänder, die Vielzahl dieser Bänder der Ausgangspunkt waren für mich, zu sagen: Jetzt hätte ich das von euch gerne schriftlich, dass da alles nach Recht und Gesetz läuft.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Wie viel Zeit habe ich denn noch, Herr Vorsitzender?

(Herr Borkowski [Landtagsverwaltung]: Noch sechs Minuten!)

- Okay. - Dann will ich erst mal noch eine Nachfrage stellen. Sie haben ja aufgrund des Vorhalts von Herrn Dr. Redmann berichtet, dass die Justiz dann Bescheid wusste über die V-Mann-Eigenschaft von Szczepanski. Wann ist denn die Justiz von Ihnen informiert worden? Oder: Wer? Der Generalstaatsanwalt? Sie haben vorhin geschildert, dass Herr Ziel von Ihnen informiert worden ist, dass Sie und Herr Ziel dann die Parlamentarische Kontrollkommission informiert haben. Ist dann eine Information auch gegangen an den Generalstaatsanwalt oder die Justiz, oder kam das dann nur in dem Prozess der Inhaftierung von Szczepanski zustande?

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich weiß nicht, ob es vor mir eine Unterrichtung gegeben hat. Aus meiner Erinnerung war - - Dieser Kontakt mit dem Szczepanski ist ja schon extrem früh entstanden, als er noch in Untersuchungshaft war, noch vor dem Urteil, wenn ich das richtig weiß.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja. Schon 94.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Schwer nachvollziehbar. - Ich weiß eben, dass der - - Der G. war legendiert als Sozialarbeiter -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Borchert.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: - weiß ich nicht, aber als Sozialarbeiter - und hatte da sozusagen freien Zugang. Und das ging nur mit dem Wissen des Anstaltsleiters.

Natürlich ist es so, dass, wenn man diesen V-Mann hat, dann muss man ihn auch nutzen, indem man ihm eben ermöglicht, dann die Kontakte zu haben, um sozusagen von dem „schlechten“ V-Mann das „Gute“ abzuschöpfen zum Nutzen des Verfassungsschutzes.

Also, dass der Kontakt haben sollte mit anderen Rechtsextremisten, das gehört dazu. Deswegen: Eine gewisse Anzahl von Schreibmaschinenbändern war schon nützlich und sozusagen Arbeitsmittel und Hilfsmittel dafür. Aber stutzig haben mich die - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Vielzahl.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja. Und das war - - Ich weiß noch genau, dass ich das oft auch angesprochen habe als das Schlimmste, was passieren kann: dass eine Quelle eben sich verselbstständigt, um dann sozusagen den Zusammenhalt dieser Kreise, die es ja gerade aufzulösen gilt und galt, heimlich zu fördern.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Was ich sympathisch fand an Ihrem Eingangsstatement von 2006 war, dass Sie aufgrund der Erfahrungen, die Sie ja mit Szczepanski gemacht hatten und die Sie jetzt auch plastisch geschildert haben, und der Gefährdungen, die so eine Anheuerung mit sich bringt, gesagt haben: Wenn man V-Leute anwirbt, dann muss man das unter Richtervorbehalt stellen. Das ist eine unabhängige Instanz, und wer ist da besser prädestiniert als die Justiz, die Entscheidung sozusagen gutzuheißen?

Da hätte ich in dem Zusammenhang noch eine weitere Frage, weil wir werden uns ja über kurz oder lang auch mit dem Brandenburger Verfassungsschutzgesetz beschäftigen müssen und die Erfahrungen dieses Ausschusses einfließen lassen. Wäre es auch denkbar - - Weil Sie ja vorhin gesagt haben, der Ausstiegswille, der muss immer überwiegen gegenüber dem Interesse des Verfassungsschutzes, die Quelle sozusagen abzuschöpfen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Wäre da nicht auch eine Regelung sinnvoll, bevor man einen V-Mann anwirbt, ihn zu fragen, ob er nicht aussteigen will aus der Szene, wenn man das sozusagen gleich zu einer gesetzlichen Verpflichtung macht, um gar nicht diesen Widerspruch, den Herr Redmann versucht hat vorhin deutlich zu machen anhand des Vermerkes, auszuräumen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das kann man machen; das ist aber jetzt schon völlig herrschende Meinung. Aber natürlich kann man - - Man kann ganz vieles plakativ auch ins Gesetz schreiben. Selbstverständlich kann man das machen, dass man sagt - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Das ist ja immer noch besser als „die herrschende Meinung“. Die herrschende Meinung ist immer die Meinung der Herrschenden - um den alten Kalauer zu strapazieren -, und das kann sich ja auch durchaus ändern.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber wenn man es im Gesetz hat, hat man es im Gesetz.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja klar. Dass die Interessen des Verfassungsschutzes niemals den Willen zum Ausstieg überlagern dürfen, das ist ganz selbstverständlich.

Vielleicht darf ich zu der Idee mit dem Richtervorbehalt noch einen Satz ergänzen: Die Causa Szczepanski war halt Ausgangspunkt dafür, weil: So einen Bubis kann man nur einmal fragen, aber solche Fälle, wo man zu entscheiden hat, die kommen häufiger. Im Strafrecht ist es ja ganz eindeutig, dass einschneidende Maßnahmen vom Richter angeordnet werden müssen.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Mhm.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Und dieser Richtervorbehalt wäre was gänzlich Neues. Den Richter gibt es im Verfassungsschutzrecht nicht - jetzt, durch den Großen Lauschangriff; aber das ist sehr viel später gekommen. Aber vorher, zu meiner Zeit, als ich den Gedanken losgeworden bin, war das ein völliger Systembruch gewesen: den Richter einbeziehen in das Recht des Verfassungsschutzes.

Das hat - aus meiner Sicht immer noch - ganz große Vorteile; denn der Status - damals und jetzt immer noch - ist: Der Verfassungsschutz selber bescheinigt sich die Rechtmäßigkeit seines nachrichtendienstlichen Mittels einschließlich der Verhältnismäßigkeit dieses nachrichtendienstlichen Mittels. Er berichtet, wenn es gut läuft und wenn es lege artis läuft, der Parlamentarischen Kontrollkommission darüber.

Aber: Wenn ich, um die richterliche Genehmigung dafür zu bekommen, die Notwendigkeit dieses nachrichtendienstlichen Mittels als Ausnahme gegenüber der offenen Beschaffung aufschreiben muss, dann gibt das schon so eine gewisse

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Disziplinierung auch nach innen. So habe ich das auch ausdrücklich geschrieben später. Ich habe 2012 einen ganz kurzen Aufsatz dazu geschrieben unter der Überschrift *Verfassungsschutz „vor Gericht“!* und diesen Gedanken noch mal etwas ausgeführt.

Also, das gibt eine Disziplinierung nach innen, wenn man gezwungen ist, diesen V-Mann-Einsatz, andere nachrichtendienstliche Mittel zu begründen für einen Dritten, der außerhalb des Verfassungsschutzes steht, also den Richter.

Ich glaube auch, dass es so ist, dass der Verfassungsschutz als Institution einen Zuwachs an Legitimität erwirbt, wenn er unter richterlicher Kontrolle steht, nicht nur der parlamentarischen Kontrolle und der - ganz selbstverständlichen - Eigenkontrolle. Aber die zusätzliche richterliche Kontrolle für bestimmte Maßnahmen, und zwar bevor sie beginnen, bevor nachrichtendienstliche Mittel überhaupt nachrichtendienstliche Mittel werden können im Falle des V-Manns oder eingesetzt werden können - ich glaube, dass Legitimität und Ansehen der Institution Verfassungsschutz dadurch einen Zugewinn hätten.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Danke schön.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Die Verlängerung lief schon. - Dann gehen wir zu Herrn Wiese. Bitte schön.

Abgeordneter Wiese (AfD): Herr Dr. Förster, laut den Unterlagen zur öffentlichen Sitzung der PKK am 12. April 2016 wird angegeben, dass Brandenburgs Verfassungsschutz im Jahr 1998 offenbar nur fünf Quellen wahrscheinlich führte. Warum wurde denn die Quelle „Piatto“ trotz dieser relativ geringen Basis an menschlichen Quellen in einem anderen Bundesland, also hier konkret im Freistaat Sachsen, im Raum Chemnitz, eingesetzt?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Die Zahl, die Sie zu Anfang genannt haben, weiß ich schlicht heute nicht. Ich weiß aber sehr wohl, dass es sehr dürtig war mit eigenen nachrichtendienstlichen Mitteln, dass Brandenburg sehr von Erkenntnissen außerhalb Brandenburgs lebte, insbesondere beim Bundesamt. Mit dem Präsidenten des Bundesamtes hatte ich ein persönlich sehr gutes Verhältnis, was geboren wurde schon in meiner Karlsruher Zeit, und auch mit dem Berliner Verfassungsschutz gab es ein enges Einvernehmen.

Einen Punkt habe ich jetzt dabei vergessen. Die Zahl 5 habe ich, glaube ich, beantwortet. Aber Sie hatten noch einen Aspekt gefragt, der eigentlich wichtiger war.

Abgeordneter Wiese (AfD): Ich hatte nur gefragt - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ach so, Einsatz in Sachsen und Thüringen.

Abgeordneter Wiese (AfD): Ja.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Genau.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Wiese (AfD): Nee, in Sachsen und im Raum Chemnitz eben.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Okay. - Also, das weiß ich im Nachhinein durch Lesen des Berichtes des Bundestags, dass der Szczepanski auch begleitet wurde von seinem V-Mann-Führer respektive beiden zu Kontakten außerhalb von Brandenburg. Aktuell habe ich daran aber - - hätte ich das nicht gewusst. Ich habe sehr viel gelesen in dem Bericht des Bundestags, den ich auch deswegen gelesen habe, weil ich dort auch Zeuge war, aber mit einem ganz anderen Ausgangspunkt. Da ging es - eher zu meiner Überraschung - am Ende auch um „Piatto“; geladen war ich wegen ganz anderer Sachverhalte: NPD-Verfahren und Namensgleichheit von zwei Quellen. Das war der Grund, weswegen ich dort Zeuge war.

Abgeordneter Wiese (AfD): Gut. - Können Sie mir den offiziellen Status zu der Zeit von der Quelle „Piatto“ sagen, wie der war? Handelte es sich bei der Quelle um einen V-Mann oder einen Informanten? Wie lauteten die Kriterien für den Status Informant, wenn es so war, und ging die Zusammenarbeit mit der Quelle nicht über eine Informantentätigkeit hinaus?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Der war V-Mann. Und es gibt Dienstvorschriften, die ich jetzt aber nicht präsent habe, wo die V-Leute unterschieden werden von den Informanten in der Wertigkeit und in der Art und Weise der Führung. Es gibt abgestufte Definitionen, wer V-Mann ist. Ich bin sehr sicher, dass Szczepanski V-Mann war.

Abgeordneter Wiese (AfD): Kein Informant.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ein V-Mann informiert auch, -

Abgeordneter Wiese (AfD): Ja, aber - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: - aber Informant im Sinne dieser Definition war der nicht, sondern der war sehr darüber hinaus. Die Wertigkeit des V-Mannes, auch in der Intensität des Kontaktes, ist intensiver als die beim Informanten.

Abgeordneter Wiese (AfD): Dann mache ich Ihnen einmal kurz einen Vorhalt. Am 15. oder 16.09.98 habe es eine Beratung zwischen dem Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz und dem Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen und der VS-Behörde eines anderen Bundeslandes am dortigen Sitz im Hinblick auf eine erhaltene Information gegeben. Dabei wurde eine bereits laufende Observationsmaßnahme gegen Antje P. durch das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz und das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen am 16. und 17.09. fortgeführt. Da seien dann der Referatsleiter 21 und der Leiter Beschaffung in Potsdam gewesen, so sagt ein Herr Wießner. Was besprochen worden sei, könne er nicht sagen. Leiter der Beschaffung sei Herr Nocken gewesen. Können Sie was dazu sagen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich weiß auch aus dem Bericht des Bundes, dass es im Zusammenhang mit fünf Quellenmeldungen eine Besprechung in Brandenburg gegeben hat, die ursprünglich an einem anderen Ort - ich glaube, in Dresden -

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

stattfinden sollte. Und dieser Wechsel des Ortes führte dazu, dass das Bundesamt nicht teilnehmen konnte. Teilnehmer waren Brandenburg, Thüringen und Sachsen.

Da ging es um eine Erkenntnis, die Herr Szczepanski weitergegeben hatte, die - Gott sei Dank - mein Amt dann auch weitergegeben hat als Quellenmeldung an Thüringen, an Sachsen und an das Bundesamt, dahingehend, dass Szczepanski von einem bekannten Rechtsextremisten die Nachricht bekommen hatte, dass ein sächsisches Skinhead-Trio - die haben sich später als Zschäpe und andere herausgestellt - durch diesen Mann, mit dem der Szczepanski Kontakt hatte, mit Waffen versorgt werden wollte. Das hat zu der Besprechung in Brandenburg geführt.

Abgeordneter Wiese (AfD): Also, es waren dann die Maßnahmen, oder wie soll ich das verstehen? Weil ich habe ja hier - - Haben Sie da auch mitgewirkt bei diesen Maßnahmen zur Beobachtung?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein.

Abgeordneter Wiese (AfD): Nicht?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein.

Abgeordneter Wiese (AfD): Am 14. März 98 nannte der Zeuge gegenüber der Presse das untergetauchte Trio als ein Beispiel für eine Entwicklung der rechten Szene hin zum Terrorismus. Welche Erkenntnisse lagen dieser Einschätzung denn zugrunde?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Also, ich habe immer gewarnt vor Rechtsterrorismus, schon relativ früh, als ich von Karlsruhe nach Brandenburg gekommen bin, und habe diese Warnung immer damit verbunden, dass man nicht so gebannt auf das Muster der RAF gucken sollte, also das Muster Linksterrorismus suchen sollte für die Frage, ob es rechts auch Terrorismus geben könnte im Gegensatz zu Extremismus - Stichwort: „Braune Armee Fraktion“.

Davor habe ich immer gewarnt, dass man nach dem Muster der RAF guckt, beispielsweise auf Tatbekennungen und Ähnliches, und habe angeführt, dass es auch im linken Bereich terroristische Vereinigungen gegeben hat - Stichwort: „Revolutionäre Zellen“ -, die eben ganz anders sich dargestellt haben als die „Rote Armee Fraktion“. Die „Revolutionären Zellen“ haben ganz bewusst nicht im Untergrund gelebt, nicht im Untergrund agiert, sondern die haben gearbeitet, die haben in der Legalität gelebt, und wir haben die deswegen - in Führungszeichen - als „Feierabendterroristen“ bezeichnet. Die „Revolutionären Zellen“ haben fast 200 Straftaten begangen, nach eigener Erklärung aber keine Tötungsdelikte. - Dieses war der eine Punkt in der Warnung vor Rechtsterrorismus, eben nicht gebannt auf die „Rote Armee Fraktion“ zu gucken.

Die beiden anderen Punkte, die ich dafür angeführt habe, für diese Warnung, waren einmal der immer als Polizistenmörder bezeichnete Einzeltäter Kay Diesner, der aber auch noch ein versuchter Mörder zum Nachteil des Buchhändlers in der PDS-Zentrale war. Polizistenmörder deswegen, weil der bei seiner Festnahme einen von zwei

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Polizisten erschossen hat. Der dritte Punkt war der Waffenfetischismus, der alle Rechtsextremisten eint.

Und: Die Besonderheit der damaligen Situation, vor der ich große Sorge hatte, war, dass viele Rechtsextremisten teilgenommen hatten am Bürgerkrieg in Ex-Jugoslawien und dass ebendiese in verrohter Form durch das, was sie dort erlebt haben, durch das, woran sie möglicherweise beteiligt waren, hier in Person eine neue Gefährlichkeit darstellen würden.

Abgeordneter Wiese (AfD): Okay.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Dann kommt eine Zäsur und ein zusätzliches Argument später, weil ich nämlich aus Lageberichten, die jeder kriegt, aus dem Bundeslagebild dann wusste: diese Rohrbombenfunde in Jena und Ähnliches bei einer „Kameradschaft Treptow“, Berlin. Die habe ich auch - - Ich habe das auch hier liegen, die Presseartikel, die ich dafür bemüht habe, für die Artikulation der Sorge in einer Vielzahl von Interviews nach außen, dass man eben den Blick nicht verstellen möge vor der Gefahr, dass aus Rechtsextremismus Rechtsterrorismus werden kann.

Abgeordneter Wiese (AfD): Okay. - Gehen wir mal zum konkreten Fall: Welche Maßnahmen hat denn Brandenburgs Verfassungsschutz im Zusammenhang mit der am 3. Februar 1998 verschickten Anfrage des thüringischen Landesamtes für Verfassungsschutz zu den drei untergetauchten Personen Mundlos, Bönnhardt und Zschäpe veranlasst?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Da kann ich jetzt nichts zu sagen, weil diese Namen, die wusste damals niemand.

Abgeordneter Wiese (AfD): Das ist das berühmte Trio.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, das wissen wir jetzt.

Abgeordneter Wiese (AfD): Wurde immer unter „Trio“ geführt.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das wissen wir jetzt. Also, ich kann nur meine Kenntnis über diese Quellenmeldungen wiedergeben, die aber sehr viel später waren. Ich glaube, es war im Januar, dass es diese Durchsuchung gegeben hat, wo diese Rohrbomben gefunden wurden - im Januar. Dann hat es auch Fahndungsmaßnahmen, glaube ich, noch im Januar gegeben nach den drei Tätern, die aber auf dem Schirm jedenfalls meines Amtes überhaupt nicht waren.

Dann kam aber, ich glaube, ein halbes Jahr später - im Bundesbericht ist das mit den Daten festgelegt; ich könnte das auch raussuchen - - dass eben diese Quellenmeldung von dem Szczepanski kommt: „Ich habe mit Jan Werner, einem sozusagen hochrangigen“ - in deren Hierarchie - „Rechtsextremisten Kontakt gehabt und weiß, dass ein Trio aus Sachsen“ - ein Skinhead-Trio, hat er gesagt - „auf der Flucht ist.“ Die wollten nach Südafrika, und sie hätten ihn, diesen Jan Werner,

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

beauftragt mit Waffenbeschaffungen, weil sie vor Anfang der Flucht noch Überfälle begehen wollten.

Das ist in meiner Sicht in Brandenburg der Anfang der späteren Zschäpe-Mundlos-Bönnhardt-Geschichte, die man natürlich in Person noch nicht zuordnen konnte. Aber diese Quellenmeldung, die auf den Szczepanski - - Das muss man nun mal sagen: Da hat der als V-Mann - was man als Nachrichtendienstler sagt - Nachrichtenehrlichkeit bewiesen, indem er diesen Kontakt, diesen extrem wertigen Kontakt, dass dieses Trio sich um Waffen bemüht, weitergegeben hat. Und der Brandenburger Verfassungsschutz hat das dann weitergegeben an die betroffenen Behörden in Thüringen, in Sachsen und im Bundesamt. Das ist dann später noch - Stichwort: Besprechung in Potsdam, die erst woanders stattfinden sollte, in Brandenburg, und wahrscheinlich deswegen in Brandenburg, weil da die Information herkommt - besprochen worden.

Abgeordneter Wiese (AfD): Waren Sie in diesen operativen Vorgang mit eingebunden?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein.

Abgeordneter Wiese (AfD): Nicht.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein.

Abgeordneter Wiese (AfD): Wer war da der Federführende bei der ganzen Aktion?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich denke mal, das sind die unmittelbar unter mir, der Referatsleiter und die beiden Szczepanski-Quellenführer, weil Szczepanski hat diese Information generiert, indem er - durch welchen Kontakt auch immer - mit Jan Werner dieses gehört hat.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Minute.

Abgeordneter Wiese (AfD): Letzte Minute? - Okay, nächste Runde.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Frau Nonnemacher, bitte schön.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön, Herr Vorsitzender. - Schönen guten Tag, Herr Dr. Förster.

Ich möchte gleich da anschließen. Sie haben uns dargelegt, dass Ihnen von Ihrer Biografie her die Orientierung am Recht immer ein extrem hohes Anliegen war, und Sie haben uns dargelegt, dass Sie schon kurz nach Untertauchen der drei Bombenbauer aus Jena im März 1998 in einem Interview vor den Gefahren des Rechtsterrorismus gewarnt haben. Jetzt tritt plötzlich dieser Fall auf: Drei Neonazis sind im Untergrund. Diese suchen angeblich nach Waffen - das hat Ihre Quelle ja berichtet - und planen weitere Überfälle.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Ein damaliger Auswerter des Brandenburger Verfassungsschutzes, der mit dem Arbeitsnamen Michael Ackrath hier bei uns im Untersuchungsausschuss ausgesagt hat, hat die drei flüchtigen Thüringer am 14. September 1998 richtigerweise auch als Rechtsterroristen eingeordnet und die Prüfung empfohlen, ob „Piattos“ Information an die Polizei weitergeleitet werden müsse. Er hat verfügt, dass dieser Vermerk bis zu Ihnen gesteuert wird. Ausweislich der Aktenlage hat dieser Vermerk Sie aber nie erreicht. Sind Sie von Ihrem Stellvertreter Herrn Milbradt wenigstens mündlich informiert worden?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich denke, nicht. Also, Sie fragen mich nach Sachverhalten, die 20 Jahre her sind; aber ich glaube, nicht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja, aber Sie - - Wir spielen ja jetzt um dieses zentrale Treffen im Brandenburger Innenministerium vom 17. September 1998.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, genau.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie haben jetzt zwei- oder dreimal fokussiert, dass die Information, die die Quelle „Piatto“ beschafft hat - untergetauchte Skinheads wollen sich bewaffnen und wollen nach Südafrika oder sonst wohin fliehen - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Genau.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Und Sie sagen: Gott sei Dank, diese Information ist gesteuert worden nach Sachsen, nach Thüringen und zum BfV.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber warum ist sie nicht an die Polizei gegangen? Warum ist in einem solchen Fall nicht die Polizei eingeschaltet worden? Sie sind ein Mann des Rechtes. Sie haben vor dem Untersuchungsausschuss des Bundestags ausgesagt, dass in einem solchen Fall der Ermessensspielraum praktisch auf null zurückgeht, wenn man so etwas hat. Warum ist das nicht an die Polizei gesteuert worden, und warum haben Sie sich da persönlich nicht von diesem zentralen Ereignis näher informieren lassen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Weil ich von dem Umstand dieses Treffens ersichtlich nichts wusste. Aber Sie haben völlig recht, dass ein solcher Sachverhalt zur Polizei gehörte. Aus dem Bericht des Bundestages weiß ich, dass diese Frage auch besprochen wurde. Natürlich muss das intensiv besprochen worden sein. Es gibt sehr vielfältige Möglichkeiten, das an die Polizei zu steuern unter Aufrechterhaltung des Quellenschutzes. Das ist eigentlich Tagesgeschäft, dass man Berichte bekommt, die im ersten Satz anfangen: „Dienstlich wurde bekannt ...“

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Genau.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das ist die Verschleierung; aber dann bleibt derjenige, der dahinter steht, der diese Information beschafft hat, ich denke, geschützt. Wobei, man kann vieles dann kombinieren. Aber gleichwohl: Das ist *eine* Möglichkeit. Man hätte diese Erkenntnis auch anders unmittelbar weitergeben können.

Ich weiß auch aus dem Bericht des Bundes, dass die beiden Landesämter Thüringen und Sachsen in dieser Besprechung sehr gedrängt hätten auf „Freigabe“ - in Anführungszeichen -, in welcher Form auch immer, an die Polizei.

Wenn es denn so war, dass Brandenburg sich dagegen sehr gesträubt hat, dann wäre es angezeigt gewesen, dieses Sich-dagegen-Sträuben sich von dem Chef absegnen zu lassen. Wenn ich zwei Landesämter gegen mich habe und mich berufe auf den Quellenschutz, den man, wie ich schon gesagt habe, auch anders gewährleisten kann, dann muss man das kundtun. Das ist ein Ereignis, was über Routine hinausgeht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber Sie sagen, das Ermessen war praktisch auf null reduziert.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Genau.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Es hätte eine Information der entsprechenden Strafjustiz erfolgen müssen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie waren derjenige, der immer strikt auf Recht und Ordnung - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Genau.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie waren der Leiter des brandenburgischen Verfassungsschutzes im September 1998.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie haben in Interviews vor der Entwicklung Rechtsterrorismus gewarnt, dass sich der Rechtsextremismus zum Rechtsterrorismus entwickelt. In den Räumlichkeiten des brandenburgischen Innenministeriums findet dieses denkwürdige Treffen statt, an dem Dieter Borchert und der Referatsleiter O██████ teilnehmen, und Sie sind nicht informiert. Wie erklären Sie sich das?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das kann man nicht erklären. Ich habe mich das Gleiche gefragt. Sie haben mit allem recht, was Sie gesagt haben in der Frageform. Ich weiß es auch nicht, warum ich nicht informiert war. Die Lösung steht im Gesetz: In § 17 Brandenburgisches Verfassungsschutzgesetz, da steht die Lösung drin, wann der Verfassungsschutz die Strafverfolgungsbehörden unterrichtet: bei dem Verdacht für bestimmte schwere Straftaten. Diese Mischung: Rechtsextremisten - in der Form von

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Skinheads; egal - suchen Waffen, beauftragen jemanden mit der Beschaffung von Waffen - das ist der Sachverhalt, der weitergegeben werden muss.

Aber es ist so, dass ich nicht einbezogen war in diese Entscheidung, das nicht zu tun, die nicht nachvollziehbar ist. Es gibt aber weitere Möglichkeiten, diese Entscheidung herbeizuführen. Diejenigen von Thüringen und Sachsen, die an der Besprechung teilnahmen und deren Wunsch - so die Unterlagen im Ausschuss des Bundes - die Freigabe für die Polizei war, die hätten auf ihrer Amtsebene das nachholen können, sollen, müssen, was in Brandenburg nicht stattgefunden hat. Wenn die nämlich berichten über dieses Treffen und sagen: „Da gibt es Erkenntnisse, die unbedingt an die Polizei müssen“, und die Brandenburger wollen das nicht, dann haben die auch einen Chef, der das in die Hand nehmen kann, indem er mit mir spricht beispielsweise.

Aus dem Bundesbericht weiß ich, dass die beiden Vertreter von Thüringen trotz des Brandenburger Vetos sozusagen gegen die Unterrichtung der Polizei - - Die haben ausgesagt, sie seien gleichwohl zu ihrem LKA-Chef gelaufen und hätten den unterrichtet. Der bestreitet das aber.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja. Aber jetzt sind wir ja nun im brandenburgischen Untersuchungsausschuss, -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, genau.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - und wir untersuchen die Versäumnisse der Behörden in Brandenburg.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Das ist ja ein ganz zentrales Element. Das ist eigentlich fast das zentrale Element unseres Untersuchungsauftrags, warum an diesem 17. September 98 auf Quellenschutz sozusagen von Brandenburg beharrt wurde und warum Sie als Behördenleiter, der gerade diese Rechtsorientierung hat, davon nichts wussten, wenn gleichzeitig noch ein Auswerter in Ihrer Behörde sagt: Das muss dem Chef vorgelegt werden, ob hier nicht die Polizei eingeschaltet werden muss. - Wer verantwortet das denn aus Ihrer Sicht, dass diese Entscheidung, diese Fehlentscheidung getroffen worden ist und dass Sie nicht informiert worden sind?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das kann ich nicht sagen. Ich weiß wohl, dass ich hier in Brandenburg bin. Ich habe nur versucht, zu sagen, wie man diese ganz eindeutige Fehlentscheidung hätte korrigieren können: indem nämlich die Vertreter der beiden anderen Länder sich damit nicht zufrieden geben und ihrerseits versuchen, mich a) zu unterrichten und b) die richtige Entscheidung dafür zu bekommen.

Natürlich gehörte das auf die Ebene der Polizei aus ganz vielen Gründen, nicht nur aus reinen Strafverfolgungsgründen, sondern auch - die waren ja dann mit Haftbefehlen gesucht -, um den Eigenschutz der Polizei zu gewährleisten. Die Tatsache, dass diese drei Leute nach Waffen suchen, sich bewaffnen wollen, ist aus ganz vielen Gesichtspunkten - wir wissen ja alle, was dann später passiert ist -, aber

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

auch aus diesem Gesichtspunkt, dass diejenigen, die im Fahndungsbuch finden: „Nach denen wird gesucht“, sich einstellen können, dass die Täter bewaffnet sind - -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Herr Dr. Förster, wir möchten Ihnen jetzt ein elektronisches Dokument vorhalten. Das ist der Bericht dieses Auswerter mit dem Arbeitsnamen Michael Ackrath, der gesagt hat, diese Information müsste an die Polizei weitergeleitet werden, und Sie müssten darüber informiert werden. In diesem Bericht ist die Weitergabe an Sie von Ihrem Stellvertreter, Herrn Milbradt, durchgestrichen worden.

(Der Zeuge nimmt Einblick in ein Dokument auf einem Notebook.)

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das ist bitter, das zu lesen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber Sie - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das ist bitter, das zu lesen. - Ich weiß nicht, ob ich das hier sagen kann, soll.

(Abgeordneter Lakenmacher [CDU]: Ja!)

Aber das war immer die Sorge: Der Förster schaltet den ab. - Mag sein. Ich will nicht spekulieren. Hier ist schon so viel spekuliert worden. Ich tue dem Mann vielleicht auch Unrecht, der das durchgestrichen hat. Aber die Sorge - - Ich war wirklich der Einzige, der diesen V-Mann nicht wollte, und habe dann sozusagen diese Hilfskonstruktion mit einem zweiten V-Mann-Führer gesucht. Aber dass ich den nicht wollte, das wusste nun jeder im Amt, und dass, wenn ich so was gelesen hätte - - Natürlich hätte ich den Leuten den § 17 und die Pflicht gezeigt, die Polizei zu unterrichten. Dann hätten die alle gesagt: Dann ist unser V-Mann tot. - Und dann hätte ich gesagt, weil ich das auch schon häufiger gesagt habe: V-Leute zu führen, ist kein Selbstzweck. Das ist kein Selbstzweck, sondern wenn ein V-Mann sich erledigt hat durch eine herausragende Nachricht und dadurch auffliegt, dann ist es eben so. Das Sammeln von Informationen ist in der Tat wichtig, aber wenn das zu so einem Ziel führt, dann muss man eben abwägen, dann fliegt der V-Mann eben auf.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. Aber Sie bestätigen jetzt durch Einsicht in dieses elektronische Dokument, dass sozusagen diese Information Ihnen willentlich vorenthalten worden ist, und Sie sind auch nicht von Ihrem Stellvertreter Milbradt mündlich über diesen Vorgang informiert worden.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein. Also, wie gesagt, ich habe ja diesen Werdegang eben gesehen im Bericht des Bundes, wo übrigens der Meyer-Plath eher euphemistisch ausgesagt hat, ich hätte stets ein Unbehagen - Zitat: Unbehagen - gegen diesen V-Mann gehabt. Das war in der Tat euphemistisch.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön, das - -

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Aber ich hätte Ihnen das auch geglaubt, ohne das zu lesen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber wir möchten gerne, dass Sie es auch gesehen haben. - Gut. Ich denke, das haben wir jetzt noch mal herausgearbeitet.

Ich würde gerne noch mal bei dem V-Mann-Führer Dieter Borchert weitermachen. Es ist vorhin angeklungen, dass dieser ein eher freundschaftliches, kumpelhaftes Verhältnis zu der Quelle „Piatto“ pflegte. Wir haben hier in anderen Untersuchungsausschusssitzungen schon Dokumente vorgelegt, dass „Piatto“ an Dieter Borchert praktisch berichtete mit einem Menschen mit Sturmhaube als Emblem auf seinen Berichten und mit Sprüchen von „Combat 18“ - „Whatever it takes“ - als seine Berichterstattung an den V-Mann-Führer.

Also, Sie hatten da Bedenken und haben deshalb, wie Sie eben ausführten, Dieter Borchert einen zweiten V-Mann-Führer an die Seite gestellt, Herrn Meyer-Plath, Ihren besten Mann, gehobener Dienst, studiert, sehr wendig, intellektuell. Warum haben Sie Dieter Borchert nicht abgelöst bei den Bedenken, die Sie hatten? Sie hatten große Bedenken gegen diese Quelle, extreme Bauchschmerzen, Sie sind sofort zu Herrn Minister Ziel gegangen, und Sie haben gesehen, dass sich das Verhältnis zwischen V-Mann-Führer und V-Mann sehr ungut und kumpelhaft entwickelt. Warum haben Sie Dieter Borchert nicht abgelöst und mit anderen Aufgaben betraut?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Weil die persönliche Nähe zwischen den beiden nicht nur Nachteile hat. Es ist übrigens so, dass es eine Lehre aus diesem ganzen Sachverhalt ist, dass die Richtlinien für die V-Mann-Führung geändert worden sind, nicht nur in Brandenburg, sondern auf der Bundesebene, dass V-Mann-Führungen, was die Personen anbelangt, limitiert sind von der Zeit her, einfach dass nicht zu enge persönliche Beziehungen entstehen. Das ist auch höchst sinnvoll.

Man muss, wenn man - ich habe das eine Beispiel schon geschildert mit den Schreibmaschinenbändern - eine solche Maßnahme wie die Ablösung macht - - Natürlich war das in der gedanklichen Vorstellung *eine* Möglichkeit, und ich habe mich dann sozusagen für das mildere Mittel entschieden, wobei ich eben meinte, dass diese zweite V-Mann-Führer-Person das Problem in den Griff nehmen könnte, dass die zu große Nähe dadurch entfällt, von dem ich auch den Eindruck hatte, dass er, Meyer-Plath, meine Herangehensweise teilen würde, dass es eben ganz streng zu kontrollieren ist, dass auch die Nachrichtenehrlichkeit, die sich aber in dem Fall Jan Werner/Waffen erwiesen hat, gewährleistet ist und dass der nicht sozusagen nebenbei noch irgendetwas macht, was nicht im Sinne des Verfassungsschutzes ist - also, der Zusammenhalt, der sollte ja einen Keil bilden, damit der Staat bessere Erkenntnisse hat, damit der Rechtsextremismus im günstigsten Fall verschwindet; das ist der Sinn der V-Mann-Führung gewesen -, und dass der nicht irgendwelche Sachen macht, die in Wirklichkeit der Stärkung dienen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber - -

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Warum ich den nicht abgelöst habe - - Wie gesagt, ich habe mich entschieden für den anderen Weg. Man muss halt mit den Leuten arbeiten, die man hat. Das impliziert auch die Gefahr, dass sich alle irgendwie mit dem solidarisieren. Das ist problematisch.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Minute bitte.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie haben bei Ihrer schriftlichen Anordnung an Herrn O. und an Dieter Borchert bezüglich dieser Schreibmaschinenbänder uns ja hier eindrücklich geschildert, dass diese Order von Ihnen von Dieter Borchert nur sehr zögerlich akzeptiert worden ist. Er war ja praktisch auch V-Mann-Führer der ersten Stunde; das lief ja schon seit vielen Jahren.

Also, gab es denn dann - - Hochproblematische Quelle und viele Probleme auch in der Führung: Hätte das nicht doch dazu führen müssen, dass Sie sagen: „Gut, wir wechseln“? Und dann: Hat Herr Meyer-Plath Ihre Erwartungen denn erfüllt, dass Sie sagen, Sie haben sich erhofft, dass er einen ähnlichen Ansatz wie Sie verfolgt? Hat sich das bestätigt?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Jedenfalls hat sich das Gegenteil in der dann ja nur noch relativ kurzen Zeit nicht bestätigt. Ich will jetzt nicht spekulieren und will nicht irgendwie Ihre Frage schlüssig beantworten, sondern ich will nur so antworten, wie meine Erinnerung ist. Mag sein, dass dann irgendwann die V-Mann-Führung vielleicht komplett auf den Meyer-Plath übergegangen wäre. Ich weiß es nicht, das will ich einfach nicht hier spekulieren, weil das nicht redlich wäre.

Aber das ist jetzt geklärt auf allen Ebenen des Verfassungsschutzes - meint: Bund und Land; Länder vielmehr -, dass man limitiert vom Zeitlichen her. Das ist auch eine Erfahrung aus dem NPD-Verfahren, dem ersten NPD-Verfahren, was ja an der Vielzahl der nebeneinanderher tätigen Quellen gescheitert ist: dass einfach zu enge Verhältnisse entstanden im Laufe der Zeit, wenn nicht ein neuer Quellenführer kam. Und das Argument dagegen ist natürlich, dass sich so ein Vertrauen erst aufbaut. Aber das kann man alles in den Griff kriegen, indem man dann eine Übergabe macht von dem einen V-Mann-Führer an den anderen. Mag sein, dass das so intendiert war auch bei der Geschichte G. und Meyer-Plath.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut, dann muss ich leider erst mal abgeben.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Wir gehen in die zweite Runde. - Die SPD-Fraktion. Frau Gossmann-Reetz, bitte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Herr Dr. Förster, ich würde noch mal an einer Stelle anfangen wollen, an der Sie vorhin gesagt haben, der V-Mann-Führer, der erste, der Dieter Borchert, hätte versucht, Sie von der Wendung des Szczepanski zu überzeugen. Das waren Ihre Worte.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Mhm.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie hat er denn das versucht?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich glaube, dass der - - Also nicht, dass der mich belogen hat; das glaube ich nicht. Sondern ich glaube, dass der davon überzeugt war.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wovon war der Mann überzeugt?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Dass der gewendet sei. Und der muss ja auch immer als Allererster diese sogenannte Nachrichtenehrlichkeit prüfen, ob er wirklich vollständig unterrichtet wird. Ich glaube, dass er davon überzeugt war.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und Sie glauben nicht, dass „Piatto“ gewendet war.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das ist nicht eine Frage des Glaubens, sondern wenn einer - und ich habe das Urteil gelesen - auf diese Art und Weise einmal im Leben tätig wird, dann ist das Bild für mich fertig von diesem Mann.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie kommt denn dann Ihr V-Mann-Führer überhaupt auf die Idee, dass so ein Mensch sich wenden könnte?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Die kann ich schlecht beantworten, die Frage.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Halten Sie für völlig absurd.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich habe nicht gesagt, dass der sich vielleicht nicht doch irgendwie wenden wollte, gewendet hat; aber ich muss im Sinne von Worst Case an die Sache herangehen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ist klar. - Also, Sie hatten - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: V heißt Verrat. Ich meine - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja, das habe ich verstanden. Sie sagen aber auch, Sie haben diesem V-Mann-Führer misstraut, Sie haben seine Einschätzung nicht für richtig gehalten. Warum haben Sie diesen V-Mann-Führer dann überhaupt weiter arbeiten lassen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Die Frage habe ich eben schon mal beantwortet.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja, ich - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Man muss mit dem Personal leben, was man hat. Und der hatte als Bonus sozusagen diese persönliche Beziehung. Das war sein Bonus.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. - Also, das heißt - - Damit sagen Sie ja, dass die Quelle „Piatto“ sehr wichtig war für den Verfassungsschutz weiterhin.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Meine Formulierung ist: Der war eine wertige Quelle.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was bedeutet das?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Es gibt auch Quellen, die weniger wertvoll sind.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und was heißt in dem Fall „wertig“?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich weiß nicht, ob das in Brandenburg so war. Quellen werden richtig bewertet im Hinblick auf Nachrichtenehrlichkeit und auf Wertigkeit der Informationen. Und die Wertigkeit der Informationen von dem „Piatto“ war groß. Warum? Weil er in dieser Musikszene sehr vertraut war. Und diese Musikszene war von Rechtsterrorismus, wie wir ihn jetzt leider alle im Nachhinein konstatieren - - war bei der Anwerbung von „Piatto“ sicherlich nicht die Rede. Aber dieser „Piatto“ hatte extreme Kontakte in die Musikszene. Sie wissen alle, der kam vom Ku-Klux-Klan; das war seine ursprüngliche Idee.

Und dann ist es ja so gewesen, dass in Brandenburg - das habe ich aufgenommen schon in der Zeit, als ich Pressesprecher im Ministerium war - diese jedes Wochenende stattfindenden Musikveranstaltungen im Vordergrund standen, die konspirativ geplant waren, wo man sich an Orten traf und dann per Telefon wieder neue Orte zu wissen bekam, um dann hingeleitet zu werden an diese Orte. Ich kann mich an eine Sitzung des Innenausschusses erinnern, wo der Minister heftig angefeindet wurde, dass seine Polizei nicht in der Lage sei, das zu unterbinden. Auch das verbinde ich mit einem Ortsnamen: Rüdersdorf. Das muss eine Riesenveranstaltung gewesen sein, wo sich Skins und Neonazis getroffen haben zu Musik.

Diese Musik ist keine Musik, wie unser Verständnis ist, sondern diese Musik war sozusagen der Nährboden, der dazu geführt hat, dass sich Rechtsextremisten fanden und solidarisierten. Und meine Sorge war - das habe ich auch irgendwann mal gesagt -, dass dieser anpolitisierten, gewaltbereiten Menge von Ideologen dann so eine Art ideologischer Trichter aufgesetzt wird. Und dieser Bereich, das war der Bereich, in dem „Piatto“ wertige Erkenntnisse lieferte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und das hat ihn so wertvoll gemacht, dass Sie unbedingt an ihm festhalten wollten.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das habe ich, glaube ich, zu Anfang gesagt: dass ich entsetzt war, diesen V-Mann zu finden, und dass ich nicht unbedingt an ihm festhalten wollte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Na ja, aber Sie waren der Abteilungsleiter.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das weiß ich schon. Aber ich denke, ich habe den Werdegang geschildert, wie es dazu gekommen ist, dass „Piatto“ V-Mann geblieben ist. Nebenbei - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Entschuldigen Sie, das haben Sie jeden Tag neu beschließen können für sich und entscheiden können als Abteilungsleiter, ob der weiter V-Mann bleibt. Das ist ja keine einmalige Entscheidung, die dann über Jahre bestehen bleibt.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nachdem ich das gesehen habe, bin ich ja gefragt worden nach einer Erklärung, warum das durchgestrichen worden ist, und da habe ich gesagt: Vielleicht war die Sorge, warum die Zuleitung an mich durchgestrichen war: „Der schaltet den jetzt endlich ab.“ - „Endlich“ in seinem Sinne, Unbehagen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie bewerten Sie denn das, wenn Mitarbeiter an ihrem Vorgesetzten vorbei Dinge entscheiden, durchstreichen und auch nicht mitteilen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das war immerhin mein Stellvertreter, und der war zugleich der Auswertungsleiter. Ich habe das hier zum ersten Mal gesehen - notabene. Vorher konnte ich es nicht gesehen haben und habe das - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das wirft aber kein gutes Licht auf Ihre Führungsqualität damals.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: So kann man immer argumentieren.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das muss man so auch.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das glaube ich nicht, dass man das muss, sondern man muss mit den Menschen leben, die man vorfindet, und die sind alle zu Gesetz und Recht ihrerseits verpflichtet und auch zur Loyalität mit dem Chef.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich meine, Ihr Stellvertreter wusste doch dann sicher, wie große Bauchschmerzen Sie haben.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das wusste er definitiv, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und dann agiert er an Ihnen vorbei, trifft Entscheidungen an Ihnen vorbei und informiert Sie auch nicht.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das weiß ich jetzt, seit einer halben Stunde.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): So. Und Sie sagen, Sie sind von Ihrem Vorgänger auch in keinsten Weise darüber informiert worden, was für einen V-Mann Sie da haben. Das habe ich ja richtig verstanden vorhin.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie haben Sie sich denn dann Ihrem Nachfolger gegenüber verhalten bezüglich dieses V-Manns?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Der wusste das, glaube ich, aus der Abteilungsleiterrunde, dass es da - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Welche Gespräche haben Sie denn mit ihm geführt?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Weiß ich jetzt nicht mehr.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie können - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Aber ich weiß, dass dieser V-Mann - - dass dessen Erkenntnisse praktisch jeden Freitag in der Abteilungsleiterrunde, wenn es um den Ausblick fürs Wochenende ging, eine Rolle spielten, und gerade unter diesem Musik-Gesichtspunkt, weil die waren immer im Vordergrund der politischen Angriffe.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das hört sich ja so an, als wenn die gesamte Bekämpfung des Rechtsextremismus zu dieser Zeit auf Szczepanski beruhte.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das war auch fast so.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): So ein wertvoller V-Mann war das.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein, nein, nein, nein. Eine wertige Quelle. Der Meyer-Plath hat im Bundestagsausschuss gesagt: Als der angeworben wurde, das sei ein Quantensprung gewesen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Wie auch immer. Ich hätte das nicht gesagt und konnte es auch nicht sagen, weil ich damals nicht da war. Aber der war eine wertige Quelle. Und ich glaube - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Und jetzt noch mal ganz kurz auf Ihren Nachfolger. Sie sagen, der ist nicht von Ihnen informiert worden, sondern vom - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das weiß ich jetzt nicht, wie die konkret - - welche Art von Übergabe da stattgefunden hat. Aber ich weiß - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Haben Sie keine Übergabe gemacht?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich habe ja gesagt: Ich weiß es nicht, wie das gewesen ist. Ich weiß nur, dass Erkenntnisse dieser Quelle oft Gegenstand der Erörterung waren in der sogenannten Abteilungsleiterrunde, die jeden Freitag stattfand. In der war auch sehr oft mein Stellvertreter, der an dieser Quelle ja als Auswertungsleiter noch sehr viel dichter dran war.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Verstehe. - Diese Runde am Freitag: Sie sagen, da war Mittelpunkt dieser Szczepanski. Wusste dann jeder freitags in dieser Runde, wer Szczepanski ist und welche Bedeutung der spielt?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Der ist bestimmt nicht namentlich genannt worden.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Bitte?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Der ist bestimmt nicht namentlich genannt worden, aber ich denke schon, dass dann die Führungsebene - und das waren halt die Abteilungsleiter nach Minister und Staatssekretär - schon von einer solchen Quelle im Grundsatz, dass der Verfassungsschutz einen Zugang hat in diese Musikszene, wusste.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, wenn man jeden Freitag über die gleiche Person spricht, dann hat das Kind auch einen Namen. Wie wurde denn die Quelle bezeichnet? Man hat ja nicht von „der Quelle“ gesprochen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: So war es auch nicht, sondern es ging dann eben um Erkenntnisse des Verfassungsschutzes. Da wurde kein Quellenname genannt, weder „Piatto“ noch Szczepanski; aber es war bekannt, dass Erkenntnisse des Verfassungsschutzes in der Musikszene auf eine Quelle zurückgingen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ah ja. Gut. - Jetzt noch mal zu dem Nachfolger. Wissen Sie, wie Ihr Nachfolger informiert worden ist über die Zustände oder die Arbeitsweise oder Dinge in seiner - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ihr Nachfolger hat in seiner Vernehmung hier Herrn Szczepanski als unergiebigem V-Mann bezeichnet. Haben Sie eine Idee, wie er darauf kam?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie schätzen Sie das ein, diese Bewertung?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Gar nicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie kommt der Abteilungsleiter dazu?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich schätze das gar nicht ein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Kennen Sie die Haltung von Ihrem Nachfolger zu der Abteilung -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - und der Position?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Auch nicht. Sie hatten keine Kontakte, Sie haben nie davon was gehört.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Danke schön erst mal.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann machen wir weiter mit der CDU-Fraktion. Herr Lakenmacher.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Dr. Förster, ich möchte noch mal zurück zu der Information des Vermerks, der ja von Rechtsterroristen spricht und davon, dass eben der Einsatz von Waffen nicht auszuschließen sei, Informationen, von denen Sie sagen: Das ist eine Ermessensreduzierung auf null, das hätte an die Polizei gesteuert werden müssen.

Wie wir jetzt wissen, sind Sie ja laut des Vermerks aus der Informationskette gestrichen worden. Die Frau Nonnemacher fragte Sie vorhin, ob Sie denn mündlich informiert wurden. Ich habe das nicht so richtig vernommen; ich denke, auch das Protokoll nicht. Deswegen noch mal direkt die Frage: Sind Sie mündlich darüber unterrichtet worden, dass es einen Vermerk mit diesem Inhalt gibt?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein, ich habe keine Erinnerung, dass ich darüber unterrichtet wurde.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Nein oder Sie haben keine Erinnerung?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich habe keine Erinnerung daran.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Es gibt einen handschriftlichen Vermerk des Referatsleiters Herrn Milbradt vom 15. September, in dem er bestimmt, diese Informationen seien nur auf Anfrage an die Polizei herauszugeben, und die Angelegenheit sei mündlich mit dem Abteilungsleiter erörtert worden.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: An meiner Erinnerung ändert sich nichts durch den Vorhalt.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Also daran können Sie sich überhaupt nicht erinnern.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich habe meine Antwort gegeben.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Wenn Sie erinnert worden wären, was wäre die Folge gewesen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ein Zeuge berichtet über Wahrnehmung von Tatsachen. Das wäre viel zu spekulativ. Meine Haltung habe ich ja geschildert: Ermessensreduzierung auf null, § 17.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Okay. - Dann möchte ich noch mal zu dem Thema der V-Mann-Verpflichtung zurück. Sie sagten vorhin - ich zitiere mal -: Der war V-Mann. - Und es stellt sich natürlich die Frage: War er das? Denn es existierte ja keine Verpflichtungserklärung, sodass sich die Frage stellt: In welchem rechtlichen Rahmen hat er sich hier bewegt?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Also für mich war der V-Mann.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Ohne Verpflichtungserklärung? Weil es gibt keine Verpflichtungserklärung, die wir hier in den Akten nachhalten können.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das würde daran nicht zwingend was ändern. Ich kann mich erinnern - weil das war der erste Blick in die Akte, als ich von dem Kenntnis kriegte -, dass der sich selber an den Verfassungsschutz gewandt hatte aus der Untersuchungshaft. Und meine Erinnerung daran ist, dass der so eine Postkarte, die auch hinten - -

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Entschuldigung: Und dadurch wird man V-Mann?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: So ist - -

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Dann verpflichtet der sich selbst? Wie habe ich das jetzt zu verstehen? Wir haben keine schriftliche Verpflichtungserklärung.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das habe ich schon verstanden.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Ja.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Aber ich versuche, zu sagen, wie dieser Kontakt zustande gekommen ist und warum es dann keine schriftliche - -

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Das wissen wir. Ich möchte Sie da stoppen, weil ich möchte wirklich eine Antwort auf meine Frage. Wir haben keine schriftliche Verpflichtungserklärung.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Mhm. Aber das müssten Sie meinen - -

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Wurde das vergessen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das müssten Sie meinen Vorgänger fragen.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Gut, jetzt waren Sie ja auch in Verantwortung. Das ist so.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, ja. Wem sagen Sie das?

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Okay. Also, warum wurden dann nicht Versuche unternommen, die fehlende schriftliche Verpflichtungserklärung noch beizubringen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Weil das im November 1996 ersichtlich unnötig war.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Herr Dr. Förster, es gibt einen Vermerk vom 17. November 1997, der eine Verpflichtung Szczepanskis als V-Mann anregt. Allerdings wurde dies am 20. November 1997 abgelehnt mit dem Hinweis darauf, dass Szczepanski ja am 20. November 1997 wegen des Verdachts der Schutzgelderpressung wieder in den geschlossenen Vollzug verlegt wurde.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Für mich war der - -

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Ich habe meine Frage noch nicht zu Ende formuliert.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Entschuldigung.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Meine Frage, die sich dann stellt: Wurde das Thema Verpflichtung damit vollständig für erledigt erklärt, oder wie ist das zu verstehen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Kann ich nicht beantworten, weil ich mich daran nicht erinnere. Aber an dessen V-Mann-Eigenschaft für den Verfassungsschutz hatte ich keinen Zweifel.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Aber wir hatten keine - das halten wir fest - schriftliche Verpflichtungserklärung. Kann man sagen, dass es vielleicht schlicht und ergreifend verschlampt und vergessen wurde?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Aber es ist zumindest nicht außerhalb der Wahrscheinlichkeit?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich gebe immer meine Antworten so, wie ich sie für richtig halte. Was Sie mir vorgehalten haben, diese Diskussion - in meiner Zeit natürlich, 97 -, ob man den irgendwie noch nachträglich verpflichten müsste, das ist meine Erinnerung nicht. Ich habe daran keine Erinnerung, dass das so war.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Herr Dr. Förster, der Vermerk, aus dem der Kollege Lakenmacher gerade zitierte, der genau diese Erörterung enthält, ob der V-

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Mann/Informant noch verpflichtet werden sollte oder nicht, enthält eine Paraphe, die ganz verdächtig nach derselben aussieht wie vorhin, also nach Ihrer. Insofern muss diese Diskussion auch über Ihren Tisch gegangen sein, ohne dass Sie da zumindest nachvollziehbar eine andere Auffassung vertreten hätten als die bearbeitenden Kollegen, die Ihnen diesen Vermerk vorgestellt haben.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich habe das auch nicht bestritten, dass das so gewesen sein kann. Ich habe nur daran eben keine Erinnerung, und nichts anderes kann ich hier bekunden. Ich habe auch vorher nicht in die Akten gesehen. Ich habe mir das lange überlegt und habe mich dazu entschieden, nicht in die Akten zu sehen vor dieser Vernehmung.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Warum haben Sie sich dazu entschieden, sich nicht auf die Ausschusssitzung vorzubereiten?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Es ist nicht so, dass ich mich nicht vorbereitet hätte auf die Ausschusssitzung; aber ich habe mich entschieden, nicht in die Akten zu sehen, und habe das auch dem Ausschussesekretariat mitgeteilt, weil ich meinte und meine, dass die authentische Erinnerung besser ist, als wenn ich mich heute an das erinnere, was ich vor kurzem in den Akten gelesen hätte. Das ist meine subjektive Entscheidung, die dafür maßgeblich war.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Aber wäre vielleicht eine Vorbereitung nicht auch insofern angezeigt gewesen durch Aktenstudium, weil dadurch Erinnerungen auch wieder zutage kommen, durch Informationen, die Ihnen da eine Gedächtnisstütze sein können? Vielleicht würden Sie dadurch die Arbeit dieses Ausschusses auch deutlich besser unterstützen, als so unvorbereitet zu erscheinen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Noch mal: Ich bin nicht unvorbereitet, und ich habe mich anders entschieden.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Dann geben wir das Fragerecht weiter.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann sind wir bei der Fraktion der Linken. Herr Dr. Schöneburg, bitte.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Gut. Ich mache jetzt mal einen kleinen Sprung ins Jahr 2000. Da sind Sie ja dann Abteilungsleiter Abteilung IV im Innenministerium gewesen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Mhm.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Sind Sie das sofort geworden nach Ihrem Ausscheiden aus der Abteilung V?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Was waren da Ihre Aufgaben gewesen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Polizeiabteilungsleiter.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Und hatten Sie da zu tun mit der Enttarnung von Szczepanski oder überhaupt noch mit Maßnahmen gegen Szczepanski?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Nein.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nee.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): An die Enttarnung, können Sie sich daran noch erinnern?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Zu dem gleichen Zeitpunkt - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Der Grund, wenn ich das gerade sagen darf, -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: - war der Wechsel von dem Abteilungsleiter Polizei, der ging nach Mecklenburg. Das war der Grund, weswegen ich dann in die Polizeiabteilung gewechselt bin im Dezember 98.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber es liefen noch - - Nach unserer Kenntnis liefen Ermittlungsverfahren gegen Szczepanski, nachdem er aus dem Strafvollzug entlassen worden ist. Aber davon haben Sie keine Kenntnis.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein. Die Entlassung war ja, wenn ich das richtig weiß, 99.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): 99, ja, ja. Und 2000 liefen auch polizeiliche Maßnahmen aufgrund des von mir vorhin genannten Ermittlungsverfahrens gegen Dieter Borchert und Szczepanski wegen sozusagen der Herstellung von „United Skins“.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich gucke gerade auf meinen eigenen Lebenslauf. Ich bin im Juni 2000 dann auch ins Bundesinnenministerium gewechselt. Vielleicht beantwortet das die Frage. Also, ich weiß von dem Ermittlungsverfahren nichts.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Dann bin ich sozusagen mit einer Sache - - Vielleicht können Sie das trotzdem aufklären, weil das ist eine Sache, die wir

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

in der letzten Sitzung mit dem Staatsanwalt Petersen diskutiert haben. Da will ich Ihnen einen Vermerk vorhalten.

Also, es gab im Juli 2000 eine Hausdurchsuchung bei bekannten Neonazis, weil die sozusagen planten - jedenfalls hatte man durch eine TKÜ davon erfahren - einen Anschlag auf eine Hausbesetzer-Demo hier in Potsdam. Da hat man dann am 9. Juli 2000 eine Hausdurchsuchung bei Menzel und anderen durchgeführt - Uwe Menzel, stadtbekannter oder landesbekannter Neonazi -, hat dort auch Waffen gefunden, unter anderem eine Ceska 52 und ein Kleinkalibergewehr, und lauter Nazi-Utensilien. Die sind in polizeilichen Gewahrsam genommen worden. Ist Ihnen da irgendwas - -

(Der Zeuge schüttelt den Kopf.)

Jetzt halte ich Ihnen mal vor, was bei uns für Nachdenklichkeit gesorgt hat. Vielleicht können Sie es aufklären; aber wenn Sie da gar nicht mehr in Brandenburg waren, ist natürlich die Aufklärungschance relativ gering. Aber Sie spielen da eine Rolle.

Also, ich halte Ihnen das mal vor; ein Schreiben vom LOStA Junker, vom Leitenden Oberstaatsanwalt Junker hier in Potsdam, an das MdJEV sowie an die Generalstaatsanwaltschaft Brandenburg vom 25.07.2000. Die Quelle ist: B 36, sonstige Unterlagen - 115-94, Seite 26 bis 28. Zitat:

„Hinsichtlich der am 09.07.2000 vorläufig festgenommenen Beschuldigten Dirk H., Menzel, Tino Wi. und Christian W. ordnete der mit der Sache befasste Dezernent meiner Behörde am 10.07.2000 wegen fehlenden dringenden Tatverdachts bzw. fehlender Haftgründe die Entlassung aus dem Polizeigewahrsam an. Etwa zwei Stunden nach der Anordnung teilten der polizeiliche Ermittlungsführer beim Landeskriminalamt Brandenburg, EKHK Göllnitz, und KR S. K., LKA Brandenburg, dem Dezernenten mit, dass die Beschuldigten Tino Wi. und Christian W. entgegen der staatsanwaltschaftlichen Anordnung nicht entlassen worden seien und auf Weisung des Abteilungsleiters Polizei im Innenministerium, Ministerialdirigent Dr. Förster, auch nicht entlassen werden. Erst auf daraufhin fernmündliche, energischste Weisung des Leitenden Oberstaatsanwalts - verbunden mit dem Hinweis, dass im Falle einer Nichtbefolgung der Weisung der Tatbestand der Freiheitsberaubung erfüllt sein könnte - gegenüber dem Leiter der Staatsschutzabteilung beim Landeskriminalamt wurden die vorbezeichneten Beschuldigten auf freien Fuß gesetzt. Dieser - soweit ersichtlich - beispiellose Vorgang wird auf seine strafrechtliche Relevanz (Freiheitsberaubung) geprüft werden.“

Ist Ihnen da etwas erinnerlich? Also, ich meine, das ist ja nun wirklich ein Vorgang, der seinesgleichen sucht. Also, der Herr des Verfahrens ist die Staatsanwaltschaft. Die sozusagen ordnet an, dass diejenigen aus dem Gewahrsam entlassen werden. Menzel wird entlassen - der hat dann sozusagen eine MP gesucht, die er noch abgeben wollte -, und Tino Wi. und Christian W. bleiben nach dem Vermerk auf Ihre Anordnung in Gewahrsam. Und jetzt interveniert noch mal der Leitende Oberstaatsanwalt bzw. der Oberstaatsanwalt bei den Polizeibehörden.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Uns würde natürlich interessieren erstens, ob Sie daran eine Erinnerung haben, zweitens, aus welchem Grund Sie die beiden weiter in Gewahrsam behalten wollten.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich weiß das nicht mehr. Ich weiß, dass es irgendeine - - irgendwas mal gab. Irgendwas hat mir vorgehalten - nicht Junker, sondern der Behördenleiter.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Behördenleiter wäre ja Junker. Der war ja der Leitende Oberstaatsanwalt. Aber Michalik, das war der Oberstaatsanwalt.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, ich weiß das nicht mehr. Junker kannte ich noch aus Karlsruhe; der war da wissenschaftlicher Mitarbeiter. Ich habe keine Erinnerung. Ich habe mir die Daten gemerkt, und nach den Daten, die Sie vorgelesen haben, wäre ich da schon in Berlin gewesen.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber die werden ja nicht geschwindelt haben, Herr KR S. K. und Herr KD Junge - war da noch beteiligt gewesen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Also, ich weiß wirklich nicht.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Der Staatsanwalt, der es bearbeitet hat, war Staatsanwalt Petersen. Und der hat uns hier das noch mal berichtet vor einer Woche.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich weiß es nicht mehr.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Dann habe ich keine weiteren Fragen mehr.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann geht es weiter mit Herrn Wiese.

Abgeordneter Wiese (AfD): Es wurden ja schon die Fragen mehr oder weniger gestellt, aber noch nicht ganz beantwortet. - Herr Dr. Förster, können Sie mir oder uns sagen - so muss man sagen -, wie sich zu Ihrer Amtszeit als Leiter der Abteilung V das Verhältnis Polizeilicher Staatsschutz zu dem Verfassungsschutz gestaltete? Also jetzt keine - - sondern so, dass ich es verstehe. Einfache Worte.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Da muss ich tief nachdenken. An irgendwelche Konflikte kann ich mich nicht erinnern. Polizeilicher Staatsschutz war beim Landeskriminalamt.

Abgeordneter Wiese (AfD): Ja, und wie war das Verhältnis?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich weiß nichts in die eine Richtung und nichts in die andere Richtung. Deswegen müssen Sie mit der flachen Antwort „normal“ zufrieden sein. Ich kann mich nicht erinnern - aus heutiger Sicht erinnern -, dass irgendwelche besonderen Punkte waren.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Wiese (AfD): Aber Sie waren Leiter des brandenburgischen Verfassungsschutzes als auch später dann Polizeiabteilungsleiter.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Abgeordneter Wiese (AfD): Gut. - Gab es denn einen Informationsaustausch mit dem Polizeilichen Staatsschutz?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Von Fall zu Fall muss es den geben, aber das beantwortet nicht die Frage. Natürlich ist das vorgesehen, aber das bedingen Fälle. Das ist ja ganz klar. Aber jeder hat im Grundsatz seine Aufgaben, weil der Verfassungsschutz ist ja der Polizei vorgelagert. Der Verfassungsschutz findet im präventiven Bereich statt, hat keine exekutiven Befugnisse.

Abgeordneter Wiese (AfD): Okay. Das ist jetzt natürlich so der oberflächliche - -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja, ja.

Abgeordneter Wiese (AfD): Aber meine Frage ist ja: Gab es einen Informationsaustausch, ja oder nein? Das müssten Sie ja am besten wissen, vor allem nachdem Sie ja hier alle Positionen innehatten.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich kann mich - -

Abgeordneter Wiese (AfD): Können Sie sich nicht erinnern?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich kann mich nicht an irgendwas Konkretes erinnern, was diese Frage nachvollziehbarer beantworten würde.

Abgeordneter Wiese (AfD): Vielleicht wissen Sie: Hatte die Abteilung V Informationen, welche Personen für den Polizeilichen Staatsschutz aktiv waren, und wie wurden Doppelwerbungen von Quellen verhindert?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich weiß nicht, ob es dafür Anlässe gab, für solche Verhinderungsmaßnahmen. Das würde im Bereich des Verfassungsschutzes eher der Beschaffungsbereich wissen. Wir hatten ja zwei Referate, Beschaffung und Auswertung, was nicht überall so war. Bei manchen ist es auch in ein und demselben organisatorischen Bereich.

Abgeordneter Wiese (AfD): Also dann gab es auch keine Konkurrenzsituationen bei der Anwerbung von Quellen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Jedenfalls kann ich mich an keinen konkreten Fall erinnern, wo das so gewesen wäre zu meiner Kenntnis.

Abgeordneter Wiese (AfD): Ich halte mich zurück. - Danke schön.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann ist Frau Nonnemacher wieder dran. Bitte schön.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön. - Herr Dr. Förster, Sie hatten uns vorhin geschildert, dass Sie es schwierig und misslich fanden, dass diese relativ junge Verfassungsschutzbehörde in Brandenburg so viele Wechsel in der Leitung hatte und dass Sie sich da mehr Kontinuität gewünscht hätten. Nun haben Sie im Dezember 1998 diese Abteilungsleitung Abteilung IV im Innenministerium übernommen nach zweijähriger Amtszeit. Haben Sie sich in der Verfassungsschutzbehörde auch nicht so richtig wohlfühlt? Was war der Grund für den Wechsel, obwohl Sie ja eigentlich der Meinung waren, da täte Kontinuität not?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Den objektiven Grund des Wechsels habe ich ja geschildert, nämlich dass die Polizeiabteilung frei wurde, weil der Herr Bosch nach Mecklenburg ging. Ich selber wäre gern Verfassungsschutzchef geblieben. Ich wurde gebeten von Minister Ziel und ich wurde auch gebeten vom Ministerpräsidenten für diesen Wechsel.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also, es war nicht so, dass Sie ganz froh waren über die Chance, diese Abteilungsleitung der Abteilung IV übernehmen zu können, sondern Sie wären lieber in der Verfassungsschutzbehörde, in der Abteilung V, geblieben.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Sie haben recht, ich wäre lieber da geblieben. Und ich weiß, dass ich dem Minister gesagt habe, als Polizeiabteilungsleiter wäre ich nicht aus Karlsruhe gekommen. Ich habe in Karlsruhe eine der angesehensten Positionen, die die deutsche Justiz hat, aufgegeben: Ich war Oberstaatsanwalt beim Bundesgerichtshof. Aber wie ich in dem ersten vorgelesenen Satz vorhin gesagt habe: In diesem Teil Deutschlands einen demokratischen Nachrichtendienst zu führen, das hat mich angefasst - sagt man Neudeutsch -, das machen zu wollen. Und das hätte ich gerne länger gemacht, auch weil ich eben weiß, welche Schwierigkeiten meine Mitarbeiter mit so einem Chef hatten, der eben diese rechtliche Herangehensweise wollte und der auch dafür eingetreten ist, Sachen notfalls nicht zu machen, wenn sie nicht völlig nach Recht und Gesetz passieren können. Ich weiß, dass das Schwierigkeiten bereitet hat. Einer von den sehr jungen Mitarbeitern hat mir das mal gesagt, wie sie das auch anders schon gehört hätten.

Diese ewigen Wechsel - jeder hat seine Herangehensweise - - Und es hat dem Verfassungsschutz sicherlich nicht gutgetan, dass ich nur so kurze Zeit da war, zwei Jahre und einen Monat. Ich glaube, die beiden Nachfolger - bis hin zu der Frau Schreiber, die ja nun auch aus der Justiz kam, was die perfekte Voraussetzung ist aus meiner Sicht, weil da ist eben diese rechtliche Herangehensweise schon von Hause aus da -, das hat dem Verfassungsschutz sicherlich gutgetan. Aber diese beiden kurzen Nachfolger, das war von daher - ich will niemandem zu nahe treten - vom System her bestimmt auch nicht gut. Aber ich war selber Teil des Systems mit dieser kurzen Zeit.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Hat Ihr Vorgänger zum Beispiel eine andere Philosophie gepredigt?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das weiß ich nicht. Aber ich weiß, dass der diese - - Der war Bundesanwalt, so wie ich. Aber ausweislich dieses Umstands des Umgehens mit der Revision von Szczepanski: Das muss eine andere Herangehensweise gewesen sein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Hatten Sie den Eindruck, dass Sie in Ihrer Verfassungsschutzbehörde ausgebremst werden? Wir haben ja eben besprochen, dass man Ihnen Informationen offensichtlich bewusst vorenthalten hat.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Dass ich, um den Herrn Meyer-Plath noch mal zu zitieren, Unbehagen mit dieser Quelle hatte, das war da bekannt. Ich habe ja mein Entsetzen kundgetan, als ich davon erfuhr, und dann eben auch gefragt, wie das eigentlich hierarchisch gebilligt sei, diese Quelle zu führen. Ausweislich der Frage, warum Minister und Staatssekretär davon in Kenntnis gesetzt werden sollten: Das zeigt ja ein gewisses fehlendes Problembewusstsein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wenn Sie sagen, Sie wären lieber Chef der Verfassungsschutzbehörde geblieben: Konnten Sie diesem Wunsch nicht Nachdruck verleihen? Ich meine, wir wissen ja, in Brandenburg haben wir schon häufiger einen gewissen Fachkräftemangel in Führungspositionen zu beklagen gehabt. Aber konnten Sie nicht Ihrem Wunsch, dort zu bleiben, Nachdruck verleihen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich habe das mit dem Satz getan, den ich noch weiß, gegenüber Minister Ziel: Als Polizeiabteilungsleiter wäre ich nicht gekommen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also, Sie fühlten sich dann praktisch verpflichtet, der Anweisung oder der dringenden Bitte des von Ihnen sehr geschätzten Innenministers und des Ministerpräsidenten Rechnung zu tragen.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: So war es.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): So war es. Gut. - Ich möchte noch mal zurückkommen auf Ihre Zeit als Verfassungsschutzleiter. Kollege Schöneburg war ja in die Zeit danach gegangen.

Im Brandenburger Verfassungsschutzbericht 1997 wurde berichtet, dass sich ein Teil der Neonazis mit dem Polizistenmörder Kay Diesner solidarisiert habe. Als Beispiel wurde aus dem Organ der „Sauerländer Aktionsfront“ zitiert, in dem es unter anderem heißt:

„Wir sind Revolutionäre. Das System führt Krieg gegen uns [...] Kamerad Diesner hatte die Kriegserklärung unserer Feinde an- und den bewaffneten Kampf aufgenommen.“

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Exakt dieselbe Formulierung findet sich im selben Jahr, also 1997, in der Ausgabe 11 von Szczepanskis Szeneheft „United Skins“. Wie bewerten Sie das, dass solche Aussagen im Heft eines Verfassungsschutzinformanten standen, das übrigens ab dieser Ausgabe das Londoner „Combat 18“-Postfach als Kontaktadresse nutzte?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das kann ich nicht bewerten, weil ich es nicht erinnere, diesen Umstand.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Mhm. - Sie haben in einem Vermerk an den Staatssekretär am 13. Januar 1997 zu dem Verdacht Stellung genommen, dass rechtsextremistische Schriften in der Justizvollzugsanstalt Brandenburg an der Havel hergestellt und von dort aus vertrieben worden sind. Im Folgemonat kam die zehnte Ausgabe des „United Skins“ heraus, in der auch die dritte Ausgabe des „Weissen Wolfes“ besprochen wird. Darin heißt es:

„Bestellpflicht bei Maik F., Anton-Saefkow-Allee 22/1, 14772 Brandenburg an der Havel, oder auch bei Jens Z., gleiche Anschrift. Vermeidet aber bitte die Nennung des ‚Weissen Wolfes‘ auf Euren Briefumschlägen.“²

Haben Sie Hinweise auf einen Vertrieb des „Weissen Wolfes“ aus der Justizvollzugsanstalt heraus, der ausgerechnet im Szeneheft des Verfassungsschutzinformanten Szczepanski abgedruckt war, an den Staatssekretär im Innenministerium oder im Justizministerium weitergegeben und gemeldet?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Keine Erinnerung.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Hm?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Daran habe ich keine Erinnerung, auch nicht an den Vermerk, den Sie vorgelesen haben. Dass das meine Befürchtung war, dass Szczepanski - Stichwort noch mal diese Schreibmaschinenbänder - dort so was machen könnte, das habe ich ja schon gesagt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Dann würde ich Ihnen gerne aus diesem Vermerk einen Vorhalt machen. Vermerk Verfassungsschutz Brandenburg, Dr. Förster für Staatssekretär, „Verdacht der Herstellung und des Vertriebs rechtsextremistischer Schriften aus der Justizvollzugsanstalt Brandenburg an der Havel“, 13.01.1997, Ordner B 4, Datei 1997, Seite 23. Ich zitiere in Auszügen:

„Aus dem Vorwort des (nicht mit vollem Namen genannten) Herausgebers von ‚United Skins‘, Nr. 8, läßt sich die Verantwortlichkeit des - ebenfalls in Brandenburg a. d. Havel inhaftierten - Carsten SZCZEPANSKI, der bereits die Nrn. 1-7 herausgegeben hatte, erschließen. [...]

Bei ‚United Skins‘, Nr. 9, erlauben allenfalls dort abgedruckte Leserbriefe Rückschlüsse auf eine mögliche Verantwortlichkeit von SZCZEPANSKI.“

² Anmerkung Stenografischer Dienst: Das Zitat konnte nicht verifiziert werden.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Wenn ich das so geschrieben habe, dann wird das meine Erkenntnislage gewesen sein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Szczepanski hat während Ihrer Amtszeit wiederholt die Adressen deutscher Rechtsextremisten mitgeteilt, die als Interessenten an das „Combat 18“-Postfach in London geschrieben haben, das ab der Ausgabe 11 auch als Kontaktanschrift des „United Skins“ fungierte. Halten Sie es für vorstellbar, dass britische Terrorgruppen die Adressen ihrer Sympathisanten in Deutschland, die Infomaterial bestellt haben, an einen Rechtsextremisten weiterleiten würden, der nicht Angehöriger von „Combat 18“ selber ist?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Meine Befassung mit diesen Organisationen „Combat 18“, „Blood & Honour“, das ist so lange her, dass ich - jetzt fragen Sie mich eigentlich als Sachverständigen - schlecht wirklich Verbindliches dazu sagen kann und möchte.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber deutet nicht die Weiterleitung der Adressen von „Combat 18“-Interessenten aus ganz Deutschland Ihrer Meinung nach darauf hin, dass Szczepanski eine Art Deutschlandbeauftragter des „Combat 18“ gewesen ist?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Mit „hindeuten“, ich denke, ist es nicht getan, sondern ich will verlässliche Antworten geben, und ich weiß über den Komplex zu wenig.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber ist Ihnen das damals nicht aufgefallen, dass Ihr Informant Carsten Szczepanski eine Art Schnittstellenfunktion für das „Combat 18“ zwischen England und Deutschland innehatte?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Diese Einzelheit, die 20 Jahre zurückliegt - 21 Jahre -, ich weiß sie wirklich nicht mehr.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Können Sie aus- -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich will mich nicht rausreden mit den 20, 21 Jahren, aber das ist die Wahrheit.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Können Sie ausschließen, dass Szczepanski Ihrer Verfassungsschutzbehörde über rechtsextremistische Aktivitäten oder Gruppierungen berichtet hat, die es ohne ihn gar nicht gegeben hätte?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Darf ich meine Antwort zu der Frage davor noch ergänzen?

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Bitte schön.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das war haargenau der Grund, warum ich eben nicht in die Akten gesehen habe vorher: um nicht irgendwelche Sachen, die ich da

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

lese, 20 Jahre später für mich selber schlüssig zu machen, um sie dann hier zu berichten. Genau davor habe ich mich schützen wollen und habe das ja auch schriftlich kundgetan gegenüber dem Sekretariat: dass ich versuchen will, hier authentisch meine Erinnerung kundzutun. - Jetzt habe ich fast die Anschlussfrage vergessen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also, ich hatte Sie - -

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Es ist dann auch schon wieder so langsam die letzte.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Na ja, noch nicht ganz. Ein bisschen Verlängerung möchte ich auch in Anspruch nehmen. Ich verweise auf Frau Gossmann-Reetz in der ersten Fragerunde.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Akzeptiert!

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Daraus leitet sich ein Anspruch ab. - Ich hatte Sie gefragt: Können Sie ausschließen, dass Szczepanski Ihrer Verfassungsschutzbehörde über rechtsextremistische Aktivitäten oder Gruppierungen berichtet hat, die es ohne ihn gar nicht gegeben hätte?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Niemand kann irgendwas ausschließen. Aber ich habe ja schon bekundet, dass ich einen Beweis für die Nachrichtenehrlichkeit in der Form gefunden habe, dass er eben diesen Kontakt mit dem Jan Werner so dargestellt hat, wie er sich dann auch später erwiesen hat.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Während Ihrer Amtszeit hat der V-Mann-Führer Dieter Borchert ein Postfach unterhalten - das wurde auch hier schon mal angesprochen -, das Szczepanski unter anderem als Kontaktadresse für die „National Socialist Movement“ nutzte, die in England ein Sammelbecken für „Combat 18“-Mitglieder war. Wie bewerten Sie es, dass ein Verfassungsschutzpostfach als Kontaktadresse für militante Neonazis dient - das während Ihrer Amtszeit? Ist das mit Ihrer Auffassung, die Sie uns eingangs so eindrücklich dargelegt haben, in irgendeiner Weise vereinbar?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Absolut nicht. Aber diesen Sachverhalt höre ich hier auch zum ersten Mal.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber diese Sachverhalte haben wir in vielfachen Sitzungen herausgearbeitet anhand der Akten, und die sind nachgewiesen; das ist so gewesen. Das gibt sozusagen Ihren Bedenken noch mal neuen Auftrieb. Aber: Sie waren darüber nicht informiert -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Genau.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - und in keinsten Weise unterrichtet.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. - Dann danke ich.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann gehen wir jetzt in die dritte Runde. Die SPD-Fraktion hat keine weiteren Fragen. - Die CDU auch nicht. - Die Linken auch nicht. - Herr Wiese nicht. - Frau Nonnemacher, Sie dürfen gleich weitermachen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke, das ist schön. Ich bin aber auch fast durch. - Ich hätte bloß noch mal eine Frage: Sie haben vorhin gesagt, Ihr Vorgänger, Herr Pfaff, hatte offensichtlich eine andere Auffassung. Ist Ihnen bekannt, warum Ihr Vorgänger, Herr Pfaff, abgelöst wurde als Leiter des Verfassungsschutzes?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein. Ich weiß auch nicht, ob er abgelöst wurde oder ob er von sich aus was anderes machen wollte. Ich weiß es wirklich nicht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ist Ihnen nicht bekannt. Aber Sie haben ihn ja abgelöst im Amt.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gab es da so eine Art Übergabe?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Haben Sie mit ihm irgendwie was besprochen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Hat er Sie eingeführt -

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - oder auf Probleme hingewiesen?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gar nicht.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): In welchem Zustand haben Sie die Behörde von ihm übernommen? Würden Sie sagen, dass das sozusagen alles selbsterklärend war, oder haben Sie dort erhebliche Defizite ausgemacht bei der Übernahme?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das kann man so nicht beantworten, weil man Defizite, ernsthafte Defizite erst nach einer gewissen Zeit natürlich merkt. Ein Problem war, dass Herr Pfaff selber jemand anderen präferiert hatte als seinen Nachfolger und

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

diesem anderen das auch sehr deutlich gesagt hatte, sodass dieser andere sehr enttäuscht war, das nicht zu werden.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wer war das?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das war der dann bei mir als Referatsleiter tätige, aber sehr loyale - ohne „aber“; ich streiche das „aber“ wieder - Herr Keseberg. Der leitete das Grundsatzreferat einschließlich des Rechts. Den hatte Herr Pfaff sehr präferiert, und der war auch eine Weile förmlich kommissarischer Leiter nach dem Weggang von Herrn Pfaff. Das hat ihm zusätzlich - - Ich habe das bewundert, wie loyal der dann mit mir gearbeitet hat. Mit dem würde ich auch immer wieder gerne zusammenarbeiten, weil er auch Kenntnisse hatte - Jurist und kam aus dem Bundesamt. Das war einer der wenigen, die wirklich nachrichtendienstlich vorher tätig waren.

Ja, das war eine nicht gerade besonders erstrebenswerte Situation. Ich bin dann auf ihn zugegangen, und wir haben nicht nur ein Arbeitsverhältnis, sondern ein, ich denke, gutes Arbeitsverhältnis gefunden. Er hat auch selber diese rechtliche Herangehensweise im Rahmen seiner Möglichkeiten unterstützt. Der Beschaffungs- und der Auswertungsbereich, die hatten da, ich denke - aus der Erinnerung -, eher Vorbehalte, Sachen notfalls unterlassen zu müssen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): War das üblich, dass Sie von Ihrem Vorgänger da praktisch keine Übergabe bekommen haben?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das kann ich nicht beurteilen. Der war auch weg. Ich habe den dann auch nie mehr gesehen. Das muss ja - Stichwort: kommissarische Leitung - irgendwie so eine gewisse Vakanz dann auch gewesen - - Ich habe Herrn Pfaff, den ich gut kannte aus Karlsruhe, sehr gut kannte - - Und ich bin auch einigermaßen sicher, dass er den Minister Ziel auf mich hingewiesen hat als Pressesprecher. Ich war sehr lange Pressesprecher in Karlsruhe beim Generalbundesanwalt und habe sehr eng mit Wolfgang Pfaff zusammengearbeitet, weil der ein ganz untypisches Referat auch hatte, was wichtig war für Hintergrundwissen insbesondere. Herr Ziel brauchte einen Pressesprecher wegen seiner Doppelfunktion als Vorsitzender der Innenministerkonferenz. Das war eine extrem anspruchsvolle Tätigkeit. Er war der erste Innenminister eines ostdeutschen Landes, der Chef der Innenministerkonferenz war. Und das war sehr mit zusätzlicher Pressearbeit verbunden. Ich denke sehr, dass Pfaff auf mich hingewiesen hat nach dem Motto: Frag doch den mal.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Letzte Frage: Wenn Sie mit Herrn Pfaff bereits beim GBA zusammengearbeitet haben, gut zusammengearbeitet haben und er Sie auch nach Brandenburg empfohlen hat und Sie praktisch aus der gleichen Philosophie kamen, wie erklärt sich dann, dass er Sie gar nicht als Nachfolger goutiert hat?

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Das weiß ich nicht; da will ich auch nicht spekulieren. „Die gleiche Philosophie“: Muss nicht stimmen.

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Okay. Gut. - Dann bedanke ich mich bei dem Herrn Zeugen und habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ein letzter Blick in die Runde: Gibt es noch Fragebedarf? - Das scheint nicht der Fall zu sein.

Meine Abschlussfrage geht in Richtung Vereidigung - ja oder nein? Aus meiner Sicht ist eine Vereidigung nicht notwendig. Widerspricht jemand aus der Runde? - Herr Dr. Redmann.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Wir sehen doch eine Vereidigung angezeigt, weil der Zeuge an verschiedenen Punkten behauptet hat, von Dingen hier heute zum ersten Mal erfahren zu haben, was nachweislich aber nicht stimmt. Insofern würde ich da doch eine Vereidigung vorsehen wollen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Gut. Dann muss ich die Nichtöffentlichkeit herstellen, damit wir dazu einen Beschluss fassen können. Ich bitte also die Anwesenden, die nicht zum Ausschuss gehören, den Raum zu verlassen, auch Sie bitte, Herr Dr. Förster. Es wird nicht lange dauern.

(Unterbrechung des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Öffentlich: 17.31 Uhr -
Folgt Sitzungsteil Beratung)

[REDACTED]

[REDACTED]

Untersuchungsausschuss 6/1
31. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

30.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

(Fortsetzung des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Öffentlich: 17.33 Uhr)

**Fortsetzung der Vernehmung des Zeugen
Dr. Hans-Jürgen Förster**

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Bitte, Herr Dr. Förster, nehmen Sie noch mal ganz kurz Platz.

Der Ausschuss hat soeben mehrheitlich entschieden, dass Sie nicht vereidigt werden. Ich kann mich deshalb bei Ihnen für Ihr Erscheinen bedanken. Sie können gehen. Vielen Dank.

Zeuge Dr. Hans-Jürgen Förster: Ich war sehr gern hier.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ich will ganz kurz darauf hinweisen, dass wir morgen mit der nächsten Sitzung fortsetzen, und zwar um 13.30 Uhr im gleichen Raum mit der Vernehmung der Zeugen W. C. und Milbradt.

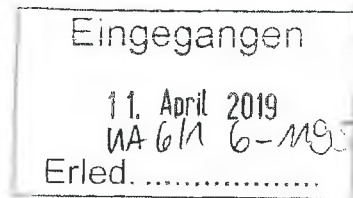
Für heute bedanke ich mich sehr herzlich und wünsche allen noch einen schönen Resttag. Wir sehen uns morgen pünktlich um 13.30 Uhr.

(Schluss: 17.34 Uhr)

[REDACTED]

[REDACTED]

Landtag Brandenburg
Untersuchungsausschuss UA 6/1
Ausschusssekretariat
Herrn Dr. Frank Jendro
Alter Markt 1
14467 Potsdam



Unser Zeichen
00445-15 / F

Bearbeiter(in)
RA Dr. Förster

Lübeck
10. April 2019

Untersuchungsausschuss UA 6/1

Sehr geehrter Herr Dr. Jendro,

ich beziehe mich auf Ihr Schreiben vom 05.04.2019.

Aus meiner Sicht ist eine Anonymisierung meiner Person (Initialen) nicht geboten. Ich erkläre mein ausdrückliches Einverständnis mit meiner vollständigen Namensnennung.

Zu dem mir zugesandten Wortprotokoll habe ich lediglich zwei Anmerkungen:

1.

Das Wort „Aktentasche“ in meiner Antwort Seite 126, 3. letzte Zeile, beruht offensichtlich auf einem Hörfehler. Gesagt habe ich „Anzug-Tasche“ und damit die Innentasche im Anzug-Jackett gemeint. Letzteres ergibt sich auch aus dem Seite 126, letzte Zeile, von mir angesprochenen „Format“ des Ausdrucks des Gesetzes als Beilage zum Verfassungsschutzbericht.

2.

Soweit ich in meiner Antwort Seite 137, dritter Absatz, vorletzte Zeile, das Urteil des Landgerichts „Flensburg“ angesprochen habe, handelte es sich um ein meinerseitiges Versprechen. Gemeint war das Urteil des Landgerichts Frankfurt an der Oder in der Strafsache Szczepanski, das ich im zweiten Absatz der betreffenden Aussagepassage erwähnt hatte. Mein Versprecher mag sich dadurch erklären, dass ich vor meiner Zeugenvernehmung in einer größeren Strafsache beim Landgericht Flensburg als Strafverteidiger engagiert war und hierin auch der Grund für die Verschiebung meines Vernehmungstermins lag.

Mir ist unklar, woher die Protokoll-Verfassung die Befugnis nimmt, den Begriff Landgericht Flensburg mit dem Zusatz „[sic!]“ zu versehen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Hans-Jürgen Förster
Rechtsanwalt

Bundesanwalt beim Bundesgerichtshof a. D.

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/welf

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Vernehmung des Zeugen Christoph Kliesing

Dann bedanke ich mich noch einmal bei Herrn Kliesing fürs Kommen. Herr Kliesing, ich darf Sie zunächst belehren.

Als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuss unterliegen Sie der Wahrheitspflicht. Das heißt, die von Ihnen gemachten Angaben müssen vollständig sein und der Wahrheit entsprechen. Sie dürfen weder falsche Angaben machen noch wesentliche Umstände, die mit dem Beweisthema im Zusammenhang stehen, verschweigen. Sofern Sie an bestimmte Dinge keine Erinnerung mehr haben, müssen Sie auch dies deutlich zum Ausdruck bringen.

Der Untersuchungsausschuss ist nach § 22 UAG grundsätzlich berechtigt, einen Zeugen am Ende seiner Aussage zu vereidigen. Über eine Vereidigung Ihrer Person wird insoweit noch zu befinden sein.

Falsche Aussagen vor dem Untersuchungsausschuss sind strafbewehrt. Dabei kommt es nicht darauf an, ob Sie Ihre Aussage beeidigen müssen oder nicht. Falsche uneidliche Aussagen sind nach § 153 Strafgesetzbuch strafbedroht und werden mit Freiheitsstrafe zwischen drei Monaten und fünf Jahren sanktioniert. Im Falle der Annahme einer Strafbarkeit eines Meineides wird der Strafrahmen des § 154 Strafgesetzbuch, der eine Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr vorsieht, Anwendung finden. - Ich sage das nicht, Herr Kliesing, weil ich Ihnen misstrauere, sondern weil mich das Gesetz zu einer entsprechenden Belehrung verpflichtet.

Ferner habe ich Sie auch über Ihre Rechte gemäß § 19 UAG zu belehren. Danach sind Sie berechtigt, die Auskunft auf solche Fragen zu verweigern, deren Beantwortung Ihnen selbst oder einem der in § 52 Abs. 1 StPO bezeichneten Angehörigen die Gefahr zuziehen würde, wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit verfolgt zu werden. - So weit meine Belehrung.

Jetzt einige Fragen zur Person: Nennen Sie uns bitte Vornamen, Zunamen, Alter, Beruf und Wohnung, Herr Kliesing.

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/welf

Zeuge Christoph Kliesing: Christoph Kliesing, Rechtsanwalt und Notar in Berlin, 67.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Danke sehr. - Wir beginnen jetzt mit der Befragung. Ich möchte mit einer oder zwei einleitenden Fragen beginnen. Dann gibt es ein Prozedere in der Runde, dass die Fraktionen nacheinander die Befragung fortsetzen. Dabei gibt es eine Zeitbegrenzung. Ich hoffe, dass wir am Ende möglichst alle Fragen geklärt haben.

Herr Kliesing, ob Sie uns kurz Ihren beruflichen Werdegang schildern würden?

Zeuge Christoph Kliesing: Ich bin seit 1979, glaube ich, Rechtsanwalt in Berlin, überwiegend im Strafrecht tätig, und war mit Szczepanski in den letzten 26 Jahren ab und zu befasst, insbesondere in drei Phasen: 1992 bis 95 im Zusammenhang mit dem Strafverfahren wegen des Vorfalls in Wendisch Rietz, dann im Jahr 2000 anlässlich der Enttarnung von Szczepanski und dann in den letzten fünf Jahren im Zusammenhang mit dem NSU-Komplex.

Vielleicht ist es sinnvoll, dass ich Ihnen mal eine kurze Schilderung gebe. Dann können Sie vielleicht gezielter fragen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Sehr gut. Danke für das Angebot. - Bitte schön.

Zeuge Christoph Kliesing: Ich bin im Juni 92 gebeten worden - auf Initiative damals von Almuth Berger -, mich um S. E. zu kümmern. Ich habe am 15. Juli 92 Akteneinsicht beantragt, habe am 3. August 92 eine sehr fragmentierte Akte erhalten. Daraus ergab sich, dass am 9. Mai bereits der zweite Haupttäter, K. Mü., festgenommen worden war und dass am 10. Mai ein Haftbefehl gegen ihn erlassen worden ist. Ferner ergab sich, dass 80 % der Tatbeteiligten bereits seit dem 9. Mai, 10.20 Uhr bekannt waren.

Von Carsten Szczepanski war seinerzeit in der ersten Aussage nur ein Vorname bekannt, aber es war dann für die Polizei natürlich nicht schwer, auch seine genauen Personalien herauszufinden. Sie können das nachvollziehen anhand der Fernschreiben, die die brandenburgische Polizei seinerzeit an das BKA, an die Abteilung V des Innenministeriums, aber auch an das Bundesamt geschickt hat; das erste Fernschreiben vom 09.05., das zweite vom 10.05. und das dritte dann mit den vollständigen Personalien von Szczepanski vom 11.05.92. Das finden Sie auch in der Akte des Generalbundesanwalts, dort gestempelt mit Datum 12. Mai.

Nachdem ich die Akte gesichtet hatte, habe ich an die Staatsanwaltschaft ganz naiv geschrieben, dass ich die Akte zurückreiche, und:

Des Weiteren bitte ich, mir mitzuteilen, unter welchem Aktenzeichen die Verfahren gegen die Mitbeschuldigten geführt werden.¹

¹ Anmerkung Stenografischer Dienst: Das Zitat konnte nicht verifiziert werden.

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/welf

Es waren 14 oder 15 Namen da im Raum. Ich bin ganz naiv davon ausgegangen, dass das Verfahren gegen K. Mü., den Hauptbeschuldigten, weil er inhaftiert war, abgetrennt worden ist von den Vorgängen gegen die Nichtinhaftierten, was auch geboten und sachgerecht ist. Darauf habe ich keine Antwort erhalten. Am 13. November habe ich bei der Staatsanwaltschaft nachgehakt:

[...] steht eine Antwort auf meine Anfrage vom 5. August 1992 nach wie vor aus.
Ich bitte nunmehr dringlich [...]²

Bla, bla, bla.

Parallel dazu begann dann am 26. November das Verfahren gegen den K. Mü., den zweiten Hauptbeteiligten, beim Bezirksgericht in Frankfurt (Oder) war das damals noch. Auch dem Gericht war natürlich aufgefallen - - Die wollten wissen: „Was ist mit den anderen?“, weil es hatte ja auch strafprozessual eine Relevanz für die Frage, ob es ein Aussageverweigerungsrecht gibt usw. usw.

Dann musste der Staatsanwalt Bannenberg - junger Staatsanwalt aus Bielefeld, glaube ich, der in Frankfurt Karriere machen wollte - einräumen, dass es kein Verfahren gibt. Das hat dann für Unmut gesorgt. Es war auch Presse da, und es war dann auch unter dem Aspekt nicht so schön.

Jedenfalls findet sich dann unter dem Datum des 14. Dezember, also sieben Monate nach der Tat, ein Einleitungsvermerk in der Akte Szczepanski, Datum 14.12.:

Im Zuge der Hauptverhandlung, in der sowohl Staatsanwaltschaft, Gericht als auch der Nebenkläger bemüht waren, die Straftat insgesamt aufzuklären [...]³

usw. usw.

Dann wurde ein neues Verfahren gegen Carsten Szczepanski eingeleitet, übrigens nur - das ist in dem Verfahrensstadium noch nicht so relevant - wegen schweren Landfriedensbruchs, also nicht wegen eines Tötungsdelikts.

Ich habe dann gebeten, auch in diese abgetrennten Akten Akteneinsicht zu bekommen. Mahnung vom 14. April: Bitte um Mitteilung des Sachstandes. - Am 6. Mai 1993 bekam ich dann von Herrn Bannenberg die Antwort:

Die Ermittlungen gegen den erwachsenen Mittäter Carsten Szczepanski werden noch bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) unter dem Aktenzeichen

- bla, bla, bla -

² Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BB-9/1 i Bd. II, Blatt 84.

³ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BB-9/1 i Bd. II, Blatt 149.

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/welf

geführt und in Kürze abgeschlossen sein.⁴

19. Juli 93 bitte ich, mir endlich mal Akteneinsicht zu geben. 15. September bitte ich, meine Anfrage vom 19. Juli zu beantworten, und am 20. September teilt mir dann die Geschäftsstelle mit, die Akten seien seit dem 22. Juli bereits bei dem Amtsgericht in Fürstenwalde.

Dann habe ich mich an das Amtsgericht Fürstenwalde gewandt, habe dort um Akteneinsicht gebeten - kam nichts -, am 19. November um Akteneinsicht gebeten, und am 22. Dezember habe ich dann die Akten bekommen, habe quasi einen Schreikrampf bekommen, weil Herr Bannenberg eine Anklage wegen eines Körperverletzungsdelikts erhoben hatte. Sie müssen wissen: Parallel zu dem Szczepanski-Verfahren liefen dann auch gegen die jugendlichen Mittäter Verfahren, die - das ist im Jugendstrafrecht so - dann überwiegend in Potsdam bei Herrn Przybilla stattfanden. Der hatte zwischenzeitlich schon vier dieser Jugendlichen wegen Beihilfe zu Strafen von drei bis vier Jahren ohne Bewährung verurteilt, und Herr Bannenberg macht hier beim Einzelrichter, der höchstens ein Jahr geben kann, eine Anklage wegen eines Körperverletzungsdelikts.

Ich habe dann schriftsätzlich dazu Stellung genommen am 10. Januar 94, und zwischenzeitlich hatte bei der Staatsanwaltschaft in Frankfurt (Oder) die Zuständigkeit gewechselt: Herr Bannenberg war nicht mehr zuständig, sondern Frau Marx, die Sie auch kennen. Ich behaupte heute, dass Frau Marx - - dass das irgendwelchen Leuten, irgendwelchen Diensten - - dass die das nicht auf dem Radar hatten, dass da plötzlich jemand anders zuständig war. Frau Marx jedenfalls hat das gemacht, was völlig logisch war, hat mir am 25. Februar geschrieben: Die Anklage gegen Szczepanski wegen Körperverletzung ist Unsinn, ich nehme die zurück und werde beim Schwurgericht in Frankfurt (Oder) Anklage erheben.

Szczepanski ist dann Anfang Mai - ich glaube, am 4. Mai - 94 festgenommen worden; es wurde Haftbefehl gegen ihn erlassen. Im Januar 1995 begann dann die Hauptverhandlung gegen ihn vor der - inzwischen - Strafkammer des Landgerichts Frankfurt (Oder). In diesem Verfahren ging es primär um die Frage, ob sich seine Tat als Totschlag oder als Mord darstellt. Es gibt da neun Mordmerkmale. Hier kamen die niedrigen Beweggründe in Betracht, und das sind höchstpersönliche Mordzumessungsmerkmale. Das heißt, es reicht nicht, dass bei K. Mü. seinerzeit niedrige Beweggründe vorlagen, sondern sie müssen in der Person von Szczepanski vorliegen.

Ich habe dann einen Tipp bekommen, dass ich mich doch mal mit Pfaff unterhalten soll, dem damaligen Chef des Verfassungsschutzes. Ich habe ihn angerufen, bin abgewimmelt worden, und ein paar Tage später hat mich dann Herr Milbradt zurückgerufen, der damals, glaube ich, noch Referatsleiter war. Ein Jahr später ist er dann Vizepräsident der Abteilung - Präsident darf man ja in Brandenburg nicht sagen -, also stellvertretender Abteilungsleiter der Abteilung V geworden. Das ist der, der dann

⁴ Anmerkung Stenografischer Dienst: Das Zitat konnte nicht verifiziert werden.

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/welf

dieses Opernlibretto geschrieben hat und da Szczepanski so ein bisschen - - oder sich von Szczepanski etwas inspirieren lassen hat.

Der hat mich am 30. Januar angerufen. Ich habe ihm gesagt, was ich will, habe ihm gesagt: Es geht um die niedrigen Beweggründe. Mir ist zugetragen worden, Sie haben Material. Das hätte ich gerne. - Er sagt, das muss er mit seinem Chef beraten. 1. Februar hat er angerufen und gesagt, sie seien nicht bereit, Sachen herauszurücken.

Ich habe dann das gemacht, was ein Strafrechtler in so Situationen ab und zu macht: Ich habe mit einem Journalisten des „Tagesspiegel“ gesprochen und habe gesagt: Ich habe den Verfassungsschutz mehrfach gebeten, vor Gericht auszusagen, Beweismaterial zur Verfügung zu stellen. - Daraufhin hat mich Herr Milbradt dann am 7. Februar ganz empört angerufen, wie ich dazu käme, hier den Verfassungsschutz in den Dreck zu ziehen.

Ich habe schon geahnt, dass ich mich ein bisschen absichern muss. Ich habe ihm dann am 7. Februar ein Fax geschickt:

Unter Bezugnahme auf die Telefongespräche vom 30. Januar 95, 1. Februar 95, 7. Februar 95 bestätige ich, dass die Regierung des Landes Brandenburg nicht bereit ist, dem Landgericht Frankfurt (Oder) im Rahmen des dort zurzeit stattfindenden Strafverfahrens gegen Carsten Szczepanski wegen des Verdachts des versuchten Mordes Erkenntnisse über die Person und die politischen Aktivitäten des Angeklagten in einer strafprozessual verwertbaren Art und Weise zur Verfügung zu stellen. Diese Entscheidung darf ich nochmals ausdrücklich bedauern.⁵

usw. usw. - Ich nehme an, das Schreiben werden Sie bei Ihren Akten nicht gefunden haben. Ich kann es Ihnen aber zur Verfügung stellen, wenn Sie es haben wollen.

(Heiterkeit - Abgeordnete Nonnemacher [B90/GRÜNE]: Das hätten wir gern! - Abgeordnete Gossmann-Reetz [SPD]: Das hätten wir sehr gern!)

Kurz und gut: Wir mussten uns dann in Frankfurt (Oder) mit anderen Sachen behelfen. Zum Glück hatte die dortige Vorsitzende Frau Dr. Hecht - auch aus Nordrhein-Westfalen, aber die wollte nichts mehr werden - tatsächlich ein ernsthaftes Interesse daran, die Sache aufzuklären. Wir mussten uns dann damit behelfen, dass wir etwas zur Gesinnung von Carsten Szczepanski aus anderen Ermittlungsverfahren versuchten zu rekonstruieren.

Es gibt insgesamt vier Verfahren, denke ich, die in diesem Zusammenhang relevant sind, wobei ich einige der Sachen, die ich jetzt vielleicht sage, auch erst im Nachhinein durch die Sichtung der NSU-Akten in dieser Präzision formulieren kann.

⁵ Anmerkung Stenografischer Dienst: Das Zitat konnte nicht verifiziert werden.

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/welf

Es gab in den Jahren 92, 93, 94 diverse Ermittlungsverfahren gegen Szczepanski wegen Pressedelikten, insbesondere „Feuerkreuz“ und „United Skins“. Wegen jeder dieser Ausgaben wurde routinemäßig ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Die Kripo legte dann eine Akte an, schickte die zur Staatsanwaltschaft nach Potsdam, und da war eine Spezialzuständigkeit für Pressedelikte bei der Staatsanwältin Laggies. Die ist auch in Frankfurt in dem Prozess vernommen worden.

Sämtliche dieser Pressedelikte - es waren drei, vier oder fünf; ich kann es nachsehen, wenn die genaue Zahl wichtig sein sollte - liefen nach dem gleichen Muster ab: Die Kripo ermittelte, die Akten landeten in Potsdam auf dem Schreibtisch von Frau Laggies, dort blieben sie liegen, und nach sieben Monaten sagte sie erstaunt: Oh Gott, jetzt ist presserechtliche Verjährung eingetreten. - Nach sechs Monaten verjährt eine Sache in Pressedelikten, und sämtliche - sämtliche! - Pressesachen sind damals bei Frau Laggies wegen Verjährung eingestellt worden.

Das für mich zweite relevante Verfahren war das Verfahren wegen des „Blood & Honour“-Konzerts in P. vom 19. Juli 93. Das war - um auch so ein bisschen was zur Persönlichkeit von Szczepanski zu sagen - sein Durchbruch oder sein Eintritt in die Musikszene damals, in die er reinwollte. Das ist der Ursprung seiner Bekanntschaft zu Uwe Menzel, zu Jan Werner, wohl auch zu Tom Starke, Henning K. natürlich, auch wohl zu Christian W.

Er wurde dort von Frau Haase in Königs Wusterhausen, mit der man wahrscheinlich ja auch nicht so richtig reden konnte, von staatlichen Stellen zu einem Jahr ohne Bewährung verurteilt. Er legte Berufung ein, und in der Berufungsinstanz wurde das Verfahren eingestellt. Punkt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Schöneburg [DIE LINKE])

- Das kann ich nicht sagen. Wenn Sie jetzt ganz konkrete Fragen haben: Ich habe zu Hause noch so ein paar Akten. Das hier sind vielleicht 5 % meiner Akten. Wenn ich konkrete Arbeitsaufträge bekomme, bemühe ich mich und kann Ihnen dann vielleicht beim nächsten Mal oder in der übernächsten Sitzung oder irgendwann auch solche Fragen beantworten. Geben Sie mir einen Katalog mit, und dann mache ich meine Hausaufgaben.

Kurz und gut: Das Verfahren ist jedenfalls eingestellt worden, und zwar in der Berufungsinstanz hier beim Landgericht in Potsdam.

Wegen des Brandanschlags in Dolgenbrodt vom 1. November 92 ist niemals ein Verfahren gegen Szczepanski eingeleitet worden, obwohl er - wie Ihnen ja Frau Marx auch bestätigen kann - durchaus nicht ganz so weit davon entfernt sich aufgehalten hat. Aber da kann Frau Marx Ihnen mehr zu sagen, weil ich die Dolgenbrodt-Akten nie gelesen habe.

Am spannendsten ist natürlich - ich denke, das ist auch der Schlüssel zu Szczepanski und seiner Karriere - das Ermittlungsverfahren des Generalbundesanwalts, zu dem Herr Beese ja leider wenig sagen konnte. Dieses Verfahren ist am 11. Februar 92

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/welf

eingeleitet worden. Es gibt einen Einleitungsvermerk von Herrn Beese, den Sie kennen. Der ist sehr sachgerecht, und er hat auch sehr konkrete Ermittlungsaufträge erteilt.

Das, was ungewöhnlich ist, ist, dass sich bereits zwei Tage später Herr Pfaff persönlich in dieses Verfahren eingemischt hat. Dass der Verfassungsschutz sich irgendwann in Ermittlungsverfahren wegen § 129a einmischt, das kommt vor; dass er die Ermittlungsakten auswertet, ist Routine und selbstverständlich. Deshalb: Vielleicht liegt bei denen auch noch eine Kopie dieser angeblich geschredderten Akte aus Potsdam.

Jedenfalls: Ab dem 13. Februar 92 mischen sich die Abteilung V und Wolfgang Pfaff persönlich ein. Es werden so ein paar Fake News - würde man neudeutsch formulieren - in den Raum gestellt: einmal, dass E. O., bei dem sich Szczepanski damals aufhielt, scharfe Waffen besitze, dann, dass - das ist schon fast makaber - ein Freund der Mutter eines Freundes von E. O. einen Überfall auf eine Tankstelle plane, und dann letztlich, dass E. O. eine Panzerfaust besitze.

Es ergibt sich aus der Akte eindeutig, dass Herr Pfaff versucht hat, Beese zu überreden, Durchsuchungen anzuordnen. Beese stellt in einem doch recht deutlichen Ton zunächst mal in der Akte klar, dass sich das Verfahren gegen Szczepanski richtet und dass eine vorzeitige Durchsuchung sein KKK-Verfahren im Kern gefährde.

Dann passiert etwas, was ich so auch noch nicht erlebt habe: Wolfgang Pfaff fliegt nach Karlsruhe und trifft sich mit dem Vorgesetzten von Beese, dem damaligen Hauptabteilungsleiter Löchner - ich glaube, Gerhard Löchner; aber Löchner jedenfalls - und übergibt ihm persönlich zwei Vermerke der Abteilung V vom 12. Februar 92; in den GBA-Akten Blatt 76 und Blatt 78. Da ist oben handschriftlich ein Vermerk von Löchner drauf, also dem Vorgesetzten von Beese: „von Pfaff persönlich übergeben“.

Am 18. Februar mischt sich dann auch das Bundesamt in der Person seines Direktors Göring ein - also nicht irgendwie eine niedere Charge, sondern gleich das Bundesamt, und das alles in der ersten Woche nach Übernahme des Verfahrens, müssen Sie im Kopf haben - und bittet insoweit auch um Informationen. Da ist ein Fax-Vermerk von Beese in der GBA-Akte drin.

Am 21. Februar weist dann der Abteilungsleiter Löchner Herrn Beese an - Beese war Referatsleiter, Löchner war Abteilungsleiter -, bei E. O. zu durchsuchen. Das macht Beese dann auch, weil er ja - - „Gut, wenn mein Chef das sagt ...“

Am 21. klappte das dann irgendwie nicht, und am 22. Februar nachmittags fand dann die Durchsuchung in Königs Wusterhausen in der Wohnung von E. O. statt. Szczepanski wurde festgenommen, wurde am Abend des 22. Februar kurz befragt - Sie haben es gelesen -, und ab dem 24. Februar, also ab dem Montag, macht er dann umfangreiche Aussagen.

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/welf

Das, was sehr irritierend ist, ist, dass es in der GBA-Akte nichts, absolut nichts über den 23. Februar gibt. Der 23. Februar ist der entscheidende Tag, denke ich, in der Biografie von Carsten Szczepanski.

Es kann mir keiner erklären, dass die BKA-Beamten am Wochenende nach Potsdam reisen und dann am Sonntag Schloss Sanssouci besuchen. Der zweite Tag nach einer Durchsuchung ist immer der entscheidende Tag, weil bis zum Ablauf des zweiten Tages eben zu entscheiden ist: Wird der Beschuldigte einem Haftrichter vorgeführt? Wird er entlassen? - Es ergibt sich aus der Akte nicht, wer an diesem Tag mit ihm gesprochen hat. Es ergibt sich aus diesen Akten auch nicht, wer überhaupt die Freilassung veranlasst hat, denn es muss - ich glaube, es heißt sogar „Freilassungsbefehl“ - bei den Polizeigewahrsamsstellen irgendjemand unterschreiben, dass der wieder aus der Haft herauskommt. Es gibt nichts in der Akte. Nachdem sich sowohl die Abteilung V in Person ihres Abteilungsleiters als auch das Bundesamt in Köln so massiv für die Durchsuchung eingesetzt haben, kann mir keiner erzählen, dass die an dem Wochenende sich nicht interessiert haben, was da Sache ist. Dass Szczepanski ab dem Montag dann wie ein Wasserfall redet - - Irgendjemand muss ihn dazu überredet haben, denke ich mal.

Nach dieser Durchsuchung, nach den Aussagen von Szczepanski gibt es in den GBA-Akten auch einen etwas anderen Ton. Es gibt ein paar Sachen, die, isoliert gesehen, vielleicht auch nachvollziehbar sind, aber in der Summe mich schon irritieren: Es gibt die Nichtübernahme des Verfahrens S. S. wegen des von ihm begangenen Tötungsdelikts am 18. März 92. Es gab in den Akten einen Schriftwechsel zwischen S. S. und Szczepanski. Es wurden bei der Tat in Buxtehude Ku-Klux-Klan-Parolen gerufen. - Nun gut, wenn man es isoliert sieht, kann man sagen: Der GBA wollte nicht ein Riesenverfahren draus machen und alles übernehmen, aber es wurden noch nicht mal die Akten angefordert, um fundiert eine Übernahme zu prüfen.

Ebenso die Nichtübernahme des Verfahrens Wendisch Rietz/Szczepanski, was meines Erachtens sehr, sehr nahegelegen hätte, weil es sich erstens um den Beschuldigten auch beim GBA handelt, also eine Personenidentität vorlag, und weil auch in Wendisch Rietz damals Ku-Klux-Klan-Parolen gerufen wurden. Auch diese Akte wurde seinerzeit noch nicht mal beigezogen, um sie zu sichten und zu prüfen: „Übernehmen wir sie oder übernehmen wir sie nicht?“, was ansonsten eigentlich Usus in Karlsruhe ist.

Das Verfahren wurde dann am 1. September eingestellt, obwohl das BKA im Schlussbericht vom 4. August 92 noch einen hinreichenden Tatverdacht angenommen hat. Gut, letztlich muss der Staatsanwalt entscheiden. Aber dass er sich nicht der Meinung des BKA anschließt, ist doch eher ungewöhnlich, sage ich mal. Isoliert sind diese Sachen vielleicht alle erklärbar, aber ich denke, in der Summe eben nicht mehr.

Jedenfalls hat Herr Beese noch ausdrücklich in seinem Abschlussvermerk gesagt, es liegt ganz klar jedenfalls hinreichender Tatverdacht wegen Verstoß gegen das Sprengstoffgesetz vor, wegen zweimal Verherrlichung von Gewalttätigkeiten, wegen Verwendung von Kennzeichen nationalsozialistischer Organisationen, wegen gefälschter Reisepässe und Urkundsdelikt. Das ist normalerweise, wenn der GBA so

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/welf

was schreibt, eine Anweisung für den örtlichen Staatsanwalt, der dann zuständig ist: Schreib mal wenigstens wegen diesen Delikten eine Anklage.

Die Akte ist dann zur Staatsanwaltschaft in Potsdam gekommen. Sie erinnern sich bitte, weil es ein bisschen auf die Daten jetzt ankommt: 1. September 92 war der Abschlussvermerk und - - wurde dort nicht bearbeitet. Aus den Akten des GBA ergibt sich noch ein Telefonvermerk vom 5. September 1994, also zwei Jahre nach der Einstellung des Verfahrens. Da steht wörtlich drin - Sie finden es in der GBA-Akte -:

Nach telefonischer Mitteilung der Staatsanwaltschaft Potsdam liegen die Akten (noch unbearbeitet) beim zuständigen Sachbearbeiter, der sich zurzeit noch in Urlaub befindet.⁶

(Abgeordnete Vandré [DIE LINKE]: Nach zwei Jahren?)

- Nach zwei Jahren.

Schließlich ist dann dieses Verfahren, obwohl das mit Sprengstoffdelikt und § 131 und so eigentlich eindeutig war, von der Staatsanwaltschaft Potsdam eingestellt worden. Auch da gibt es eine Diskrepanz: Der hiesige Justizminister hat dem Bundestag geschrieben, am 14. Oktober 94 sei das Verfahren nach § 170 II eingestellt worden, weil kein Tatverdacht bestehe. Dem Generalbundesanwalt ist dann ausweislich des dortigen Aktenvermerks mitgeteilt worden, das Verfahren sei nach § 154 im Hinblick auf die Verurteilung Wendisch Rietz eingestellt worden. Wie Herr Ludwig zu seiner Erkenntnis gekommen ist - 14. Oktober 94, § 170 II -, kann ich nicht beurteilen, aber es wäre vielleicht mal spannend, ihn dazu zu fragen, auf welche Akten das zurückzuführen ist.

Schließlich wurde dann - Sie wissen das - Carsten Szczepanski wegen versuchten Mordes vom Landgericht in Frankfurt (Oder) nach Auswertung dieser Akten schuldig gesprochen. Gegen das Urteil vom 13. Februar 95 hat sein Verteidiger Revision eingelegt, und noch bevor die schriftlichen Urteilsgründe vorlagen, hat der Angeklagte - was auch ein bisschen unüblich ist - die Revision eigenmächtig zurückgenommen, ohne offensichtlich mit seinem Verteidiger darüber zu sprechen.

Das war die erste Phase meiner Beschäftigung mit Szczepanski.

Die zweite Phase kann ich vielleicht schnell referieren. Im Juni 2000 sprach mich Stefan Berg vom „SPIEGEL“ an und sagte, er habe Infos, dass Szczepanski V-Mann des Landesamts sei, ob ich mir das vorstellen könne, hin und her, und wollte so ein bisschen was über die Person hören. Das ist dann am 10. Juli 2000 publiziert worden. Der „SPIEGEL“ informiert ja die Behörden immer ein paar Tage vorher. Am Freitag vorher ist dann Szczepanski mit seiner damaligen Freundin - ich glaube, Christiane [sic!] Meier - und deren Sohn erst mal nach Gransee, glaube ich, gebracht worden und dann, wie das ja bei Verfassungsschutzmitarbeitern damals üblich war, wohl in Westfalen „entsorgt“ worden.

⁶ Anmerkung Stenografischer Dienst: Das Zitat konnte nicht verifiziert werden.

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/welf

Ich hatte parallel zu dem Strafverfahren - das mache ich in solchen Verfahren routinemäßig - mir einen Schmerzensgeldanspruch für S. E. titulieren lassen, 50 000 D-Mark damals. Als ich hörte, da ist was, da kommt bald was auf den Tisch, habe ich mir beim Amtsgericht einen Pfändungsüberweisungsbeschluss geben lassen und habe Herrn Schönbohm das damals zustellen lassen. Der hat dann erst mal noch ein bisschen rumgezickt und hat auch beim Verfassungsschutz gefragt, wer ich denn überhaupt sei usw. Kurz und gut: Es war aber juristisch eindeutig. Dem Land Brandenburg wäre in der Folgezeit verwehrt gewesen, Szczepanski noch irgendwelche Gelder auszuzahlen, nachdem dieser Pfändungsüberweisungsbeschluss auf dem Tisch lag, und dann hat das Innenministerium nach zwei, drei Monaten oder so auch die gut 50 000 DM damals aus Steuermitteln bezahlt.

Die letzte Phase meiner Beschäftigung begann dann vor fünf Jahren, nachdem der NSU aufgefliegen ist und nachdem dann publiziert wurde, dass Szczepanski da auch in den Akten auftaucht. Dann kamen natürlich wieder die Journalisten oder die Mitarbeiter der Bundestagsuntersuchungsausschüsse und wollten Infos haben, und die Kollegen, die in München die Nebenklage machten, sagten: Du kennst den doch. Wir haben sowieso so viel Arbeit. Kannst du uns nicht ein bisschen bei Szczepanski unterstützen? - Da habe ich dann auch bei den beiden Zeugenvernehmungen Szczepanskis beim Oberlandesgericht in München mitgemacht.

Das vielleicht mal als kurzer Überblick. Ich könnte hier noch ein paar Stunden erzählen, aber ich glaube - -

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Vielen Dank, Herr Kliesing, für diesen Einstieg, der so nicht abgesprochen war. Ich gucke in die Runde: Es scheint trotzdem noch Fragen zu geben - von mir jetzt nicht, denn die haben Sie beantwortet, diese einleitenden Fragen.

Ich gebe das Fragerecht an die Fraktion der SPD. Frau Gossmann-Reetz möchte loslegen. Bitte schön.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Herzlich willkommen, Herr Kliesing. Es war mehr als interessant, und, ja, ich könnte Ihnen noch Stunden folgen. Ich muss sagen, ich bin schon fast überfordert aufgrund der Informationsflut. Ich glaube, wir müssen Sie vielleicht noch mal hören.

Sie sind ja nun auch geladen worden, weil Sie Herrn S. E. damals verteidigt haben. Wir alle wissen, was damals geschehen ist. Sie haben heute noch Kontakt zu Ihrem Mandanten?

Zeuge Christoph Kliesing: In den letzten Jahren nicht mehr. S. E. hat eigentlich schon in den 90er-Jahren versucht, das ganze Geschehen möglichst von sich fernzuhalten. Der Kontakt beschränkte sich dann ein paar Jahre darauf, dass er mir zu Weihnachten - er ist sehr christlich - eine Weihnachtskarte geschickt hat. Aber irgendwann wollte er auch das wohl vermeiden.

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/welf

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut.

Zeuge Christoph Kliesing: Aber er lebt noch in Deutschland.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das ist eine wichtige Information. Aber ich habe dafür großes Verständnis.

Sie haben jetzt so ein bisschen meinen Fragekatalog über den Haufen geworfen; das macht aber nichts. Deswegen würde ich jetzt mal ganz gezielt nachfragen über das, was Sie uns hier erzählt haben. Sie haben gesagt, Sie haben damals zuallererst eine sehr fragmentierte Akte erhalten - waren Ihre Worte. Das lässt bei mir so ein bisschen aufhorchen. Das heißt, da fehlten Dinge drin. Können Sie uns sagen: Was war drin und was fehlte Ihrer Meinung nach? Um was ging es da?

Zeuge Christoph Kliesing: Ich will das an der Stelle nicht überbewerten. Am 3. August 1992, als ich die Akten bekommen habe, wurde noch auf verschiedenen Ebenen an dem Verfahren K. Mü. gearbeitet. Ich habe, glaube ich, den dritten Duplikatband bekommen. Der dritte Duplikatband war zum Ersten nicht, wie ich das eigentlich gewohnt war, chronologisch sortiert, sondern es wurden da relativ wild Zeugenaussagen aneinandergeheftet. Man musste sozusagen in die Akte überhaupt eine Struktur reinbekommen.

Ich habe dann in den nächsten Monaten auch vom Bezirksgericht in Frankfurt (Oder) mal deren Akten bekommen, und da wurde das Ganze dann schon ein bisschen übersichtlicher. Ich erinnere mich zum Beispiel daran, dass dieses Fernschreiben und diese klare Übersicht „Wer war an der Tat beteiligt?“, was am 12. Mai 1992 in der Akte des GBA war, in der damaligen Akte K. Mü. wohl nicht drin war - als Beispiel.

Für mich war das Interessanteste oder das vielleicht auch in dem Augenblick gar nicht mal Überraschendste, dass in dem Vorgang eben nur gegen K. Mü. ermittelt wurde. Deshalb mein naives Schreiben an die Staatsanwaltschaft: Sagt mir mal, unter welchem Aktenzeichen wird das Parallelverfahren geführt?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Diese Form der Aktenführung, wie sie Ihnen da vorgelegen hat, war die untypisch für die damalige Zeit, oder haben Sie etwas Ähnliches auch schon woanders erlebt?

Zeuge Christoph Kliesing: Damals war Straffjustiz in Brandenburg teilweise schon noch ziemlich chaotisch. Ich will das aus heutiger Sicht jetzt auch nicht überbewerten.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay.

Zeuge Christoph Kliesing: Ich bin eigentlich erst stutzig geworden, als sich dann im Dezember oder während des Verfahrens K. Mü. herausstellte, dass gegen die übrigen, namentlich bekannten Tatbeteiligten überhaupt noch kein Verfahren eingeleitet war. Das hat mich dann in der Tat irritiert.

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/welf

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Verständlich. - Gut. - Dann hatten Sie uns berichtet, dass der Staatsanwalt Dannenberg, der Ihrer meiner Meinung nach damals Karriere machen wollte - -

Zeuge Christoph Kliesing: Bannenberg, mit „B“.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Bannenberg, Entschuldigung. - Wie soll ich sagen, ich habe Sie so verstanden, dass Herr Bannenberg die Verfolgung nicht so richtig ernst genommen hat. Habe ich Sie da richtig verstanden?

Zeuge Christoph Kliesing: Sie interpretieren das. Ich kann es nicht beurteilen. Es kann sein, dass er überfordert war, entweder inhaltlich oder von seiner Arbeitszeit. Aber es kann natürlich auch sein, dass so ein junger Staatsanwalt von irgendjemand angesprochen worden ist. Kann ich nicht beurteilen.

(Abgeordneter Dr. Schöneburg [DIE LINKE]: Aber ist doch ungewöhnlich!)

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sowohl dass er, wie gesagt, nicht mit großer Ernsthaftigkeit verfolgt hat, wenn ich Sie richtig verstanden habe - ich würde Sie bitten, das entweder zu bestätigen oder zu verneinen -, und auch der Anklagegrund nicht der Tat entsprechend erhoben worden ist aus Ihrer Sicht?

Zeuge Christoph Kliesing: Ich kann bestätigen, dass er erst am 14. Dezember 92 einen Einleitungsvermerk eines Verfahrens gegen Szczepanski geschrieben hat, also mehr als sieben Monate nach dem Vorfall, und dass er außerdem das Verfahren nicht wegen eines Tötungsdeliktes eingeleitet hatte - das ergibt sich aus seinem Aktenvermerk, der Blatt 1 der Akte ist -, sondern wegen Landfriedenbruchs. Unter IV:

Fotokopien aus der Vorziffer unter Angabe der Herkunft und Voranstellung einer beglaubigten Abschrift dieser Vfg. als neue Js-Sache gegen Carsten Szczepanski u. a. wegen schweren Landfriedenbruchs u. a. Straftaten in Abt. 26 eintragen.⁷

14.12.92.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und Ihrer Meinung nach hätte damals schon nach Aktenlage auf jeden Fall wegen Beihilfe zu versuchtem Mord Anklage erhoben werden müssen.

Zeuge Christoph Kliesing: K. Mü. ist wegen versuchten Mordes verurteilt worden, -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja.

Zeuge Christoph Kliesing: - war zu diesem Zeitpunkt, sprich am 14. Dezember, wegen versuchten Mordes zwar noch nicht rechtskräftig, aber er war verurteilt.

⁷ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BB-14 a Bd. I, Blatt 12.

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/welf

In der Hauptverhandlung ist schon deutlich geworden, dass es einen physischen Haupttäter - nämlich K. Mü. - gab, dass es einen psychischen Haupttäter - nämlich Szczepanski - gab und dass es zwölf, vierzehn, fünfzehn - ich wollte fast schon sagen - Kinder gab, die mitgelaufen sind. Das waren alles Jugendliche oder Heranwachsende. Also, K. Mü. und Szczepanski waren die beiden einzigen, die älter als 21 waren. Wobei: Mal vorsichtig - - Szczepanski war damals, glaube ich, auch erst 21. Nichtsdestotrotz: Die anderen, das waren 15-, 16-, 17-Jährige, die da mitgelaufen sind.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. - Sie sagten dann im Zusammenhang, dass Sie die niederen Beweggründe belegen wollten. Bei Carsten Szczepanski sagen Sie aufgrund seiner Vergangenheit, Sie haben einen Tipp bekommen, sich mal bei Herrn Pfaff zu melden. Darf ich Sie fragen, woher dieser Tipp kam, aus welcher Richtung?

Zeuge Christoph Kliesing: Ich weiß nicht, wie ich das jetzt sagen darf; aber Pfaff hat sich ja - das ist ja nun inzwischen allgemeinkundig - gerne mit diversen Leuten getroffen und hat gerne geplaudert. Der Tipp kam hier aus Potsdam, im weiteren Umfeld Moses Mendelssohn Institut.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und dieser Tipp besagte, dass die Abteilung V schon besondere Informationen über Herrn Szczepanski hat oder dass es da weitaus mehr interessante delikate Details gibt? In welche Richtung ging dieser Tipp?

Zeuge Christoph Kliesing: Wenn ich mich recht entsinne, lautete der Tipp relativ banal: Wende dich mal an Pfaff. Der hat Material, das dir in dem Verfahren helfen kann.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. Dass der Verfassungsschutz Material über Rechtsextremisten hat, ist - -

Zeuge Christoph Kliesing: Es klang so, als sei da auch Substanz. Aber kurz und gut: Ich brauche ja dann von dem Informanten auch kein Inhaltsverzeichnis der Akte der Abteilung V, sondern das ist dann für mich Anlass, einfach mal dort anzurufen. Dafür gibt es ja Telefone.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie war dann die Compliance von Herrn Milbradt, der zurückrief?

Zeuge Christoph Kliesing: Beim ersten Telefongespräch noch so, wie Sie sich wahrscheinlich Milbradt auch vorstellen: sehr zurückhaltend, so ein bisschen auf Rolle bedacht und: Sie werden das prüfen, usw. usw.

Beim zweiten Telefongespräch - da hatte er also offensichtlich mit seinem Chef gesprochen - dann relativ deutlich: Nein. - Und als ich dann mit dem „Tagesspiegel“ darüber gesprochen hatte, war er echt sauer.

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/welf

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. - In mancher Literatur oder auch in anderen Zusammenhängen ist schon mal der Verdacht aufgekommen, dass es, schon bevor es diese beiden großen Prozesse gab - also die bekannten: Wendisch-Rietz und Dolgenbrodt -, immer, sagen wir mal, eine schützende Hand über Carsten Szczepanski gab, was Strafverfolgung angeht. - Würden Sie das aus Ihrer damaligen Sicht auch so beschreiben? Hatten Sie auch so einen Eindruck?

Zeuge Christoph Kliesing: Ich habe versucht, Ihnen eben - ich denke, es waren so um die 20 - Eigentümlichkeiten zu referieren.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja.

Zeuge Christoph Kliesing: Natürlich habe ich im Herbst 92 oder im Herbst 93 das in dieser Massivität noch nicht gesehen. Insbesondere die Akten des GBA in der Art, wie sie jetzt - zwar fragmentiert, aber immerhin - vorliegen, habe ich auch erst im NSU-Zusammenhang dann lesen können. Denn auch bei Frau Dr. Hecht in dem Verfahren in Frankfurt (Oder) lief das übliche Spielchen: Erst bekam man zehn Seiten, dann bekam man noch mal 50 Seiten, dann bekam man noch mal eine Nachlieferung und dann noch mal eine Nachlieferung. Ich glaube, wir haben damals insgesamt vier Lieferungen bekommen, und die waren nicht chronologisch.

Das heißt, das ist auch so ein bisschen ein Feeling: Wenn man eine Akte so als Segment zugespield bekommt, dann nimmt man die Segmente wahr, -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Klar.

Zeuge Christoph Kliesing: - aber kann natürlich nicht die Entwicklung eines Verfahrens in der Form nachvollziehen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Da haben wir größtes Verständnis, weil uns geht das im Moment genauso. Wir kriegen einzelne Segmente und müssen - -

Zeuge Christoph Kliesing: Ein Untersuchungsausschuss ist davon abhängig, dass er gute Mitarbeiter hat. Sie haben auch noch andere Sachen zu machen. Sie können nicht 150 000 Seiten Akten lesen. Und wenn Sie keine guten Mitarbeiter haben, dann kommen Sie auch nicht zu vernünftigen Ergebnissen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. Ich will das unkommentiert lassen und nehme das jetzt auch nicht als Bewerbungsgespräch.

(Heiterkeit)

Fragen wir noch mal anders: Wir wissen aus den Akten, dass Herr Szczepanski sich aus der Untersuchungshaft nachher in Königs Wusterhausen unserem Verfassungsschutz „angedient“ hat - möchte ich es mal nennen. Wenn aber vorher schon jemand Interesse hatte, diesen Mann zu schützen, dann lässt das für mich immer so die Frage offen, ob er eventuell schon von einem anderen Dienst geführt

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/welf

worden ist. Hatten Sie dahin gehend selber - oder auch rückblickend - irgendwelche Hinweise?

Zeuge Christoph Kliesing: Ich kann es nicht beweisen, aber genau davon gehe ich aus, dass diese Legende - - Er schreibt aus der Haft eine Postkarte, er hätte gern mal den Verfassungsschutzbericht und würde sich ja so interessieren. Und dann kommt Herr M. M. alias Herr Dieter Borchert ihn besuchen und wirbt ihn an.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das sind zwei verschiedene Personen.

Zeuge Christoph Kliesing: Ich halte das für eine Legende. Ich denke, er ist zu dem Zeitpunkt von einem anderen Dienst entsorgt worden. Und weil man ihn nicht im luftleeren Raum schweben lassen wollte - das wäre bei Szczepanski heikel gewesen; so gut kann ich, glaube ich, seine Persönlichkeit einschätzen -, musste er dann anderweitig geführt werden.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Welches Interesse hätte, wenn es so gewesen wäre, denn Herr Pfaff gehabt, die Durchsuchung damals so zu forcieren?

Zeuge Christoph Kliesing: Na ja, Sie müssen sehen, wo Pfaff herkam. Pfaff war ja, bevor er im November 91 hier Abteilungsleiter wurde, beim GBA, nachdem er vorher Referent von Holger Börner war. Das heißt, da ist dann auch so ein bisschen die Persönlichkeit erklärt, glaube ich. Und er war beim GBA rund zehn Jahre lang der Kontaktmann zum Bundesamt in Köln. Das heißt: Wenn einer beim GBA Kontakte nach Köln hatte, dann war das Pfaff.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Frage bitte, Frau Gossmann-Reetz.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie sagten gerade, Sie können sich vorstellen, dass Szczepanski entsorgt werden sollte. Jetzt ist die Frage: Hatte vielleicht Szczepanski selber die Sorge, ich sage mal, arbeitslos - - oder bestimmte Einnahmen nicht mehr zu haben, und hat sich deswegen von sich aus aktiv angedient? Oder halten Sie es auch für möglich, dass ein anderer Dienst ganz gezielt wollte, dass Szczepanski bei dem Brandenburger Verfassungsschutz anfängt?

Zeuge Christoph Kliesing: Ich habe es eben angedeutet: So wie ich Szczepanski als Person einschätze, kennengelernt habe mit seiner ganzen Biografie: Wenn er tatsächlich - ich formuliere im Konjunktiv - seit dem 23. Februar 92 Mitarbeiter eines anderen Dienstes gewesen wäre - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Oder noch früher.

Zeuge Christoph Kliesing: Nein, glaube ich nicht. Aber - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Szczepanski hatte selber mal im NSU-Prozess ja 91 benannt. Nun weiß man nicht, ob es ein Versprecher war oder - -

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/welf

Zeuge Christoph Kliesing: Das war ein Versprecher, glaube ich, vor allem weil es ihm Ende 91 wirklich dreckig ging, persönlich dreckig ging. Deshalb glaube ich nicht, dass er 91 schon - -

Aber um Ihre Frage zu beantworten: Wenn er seit 92 beschäftigt war und dann 94 fallen gelassen worden wäre, dann wäre dieser Typ für den Dienst eine tickende Zeitbombe gewesen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Richtig.

Zeuge Christoph Kliesing: Er hätte das irgendwann preisgegeben. Stellen Sie sich mal vor, wenn in der Presse gestanden hätte: Mitarbeiter, sagen wir mal, des Bundesamtes - als Beispiel - ist an Mordversuch in Wendisch-Rietz beteiligt. - Was wäre das für eine Presse gewesen?

Vorsitzender Rupprecht (SPD): So weit die Fragerunde Teil eins. - Das Fragerecht wandert jetzt weiter zur Fraktion der CDU. Wer möchte? - Herr Dr. Redmann, bitte.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Es bleibt, glaube ich, gar nicht mehr so viel übrig. Aber ich möchte nicht versäumen, zu betonen, dass wir großes Interesse daran haben, die GBA-Akten, soweit sie Ihnen noch vorliegen, auch zu erhalten, da beim GBA nach unseren Kenntnissen bislang nichts mehr da ist, das meiste geschreddert wurde, und wir deshalb - -

Zeuge Christoph Kliesing: Ja, soll ich dazu kurz was sagen?

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Gern.

Zeuge Christoph Kliesing: Der GBA hat dem Bundestag und dann später auch dem Oberlandesgericht seine Handakten zur Verfügung gestellt. Ich denke, Sie haben die.

(Abgeordnete Nonnemacher [B90/GRÜNE]: Wir nicht! Wir haben sie nicht!)

- Die sind beim Bundestag vorhanden; die sind in München vorhanden. Überhaupt kein Problem, die zu beschaffen. Es sind allerdings nur die Handakten, da sind eigentlich nur die interne Vermerke und so was drin.

Die eigentlichen Akten sind dann nach Potsdam geschickt worden, weil dort sozusagen das Anschlussverfahren geführt werden sollte wegen Sprengstoffdelikts und § 131 usw. usw. Ich habe eben gesagt: dort jahrelang unbearbeitet, dann entweder 94 nach § 170 II oder 95 nach § 154 eingestellt worden. Und die sollen in der Tat geschreddert sein, wobei sich der Verfassungsschutz in aller Regel derartige Akten übersenden lässt und eine Kopie macht. Vielleicht sollte man auch bei der Abteilung 5 mal fragen, ob dort noch eine Kopie vorhanden ist.

Aber beim Bundestag und in München ist nur die Handakte des GBA da. Und da ist eben für den entscheidenden Tag - 23. Februar 1992 - nichts, absolut nichts zu finden - diesen Sonntag, wo irgendwas passiert sein muss.

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/welf

Abgeordneter Dr. Redmann CDU: Nach den uns vorliegenden Informationen fand am 23. tatsächlich etwas statt. Und zwar sollen an dem Tag Asservate gesichtet worden sein, um sich auf die Vernehmung vorzubereiten. Halten Sie das, nach Ihrer Erfahrung, für plausibel oder eher für unvollständig?

Zeuge Christoph Kliesing: Das mag der Fall gewesen sein, dass Asservate gesichtet wurden, aber das ist sicher nicht alles an dem Tag gewesen, schon allein weil: Wenn eine Arbeitstruppe aus Meckenheim in Königs Wusterhausen ist, dann müssen die ihren Leuten beim BKA berichten, was Sache ist. Der GBA muss informiert werden, weil der GBA eben zu befinden hat, ob eine Vorführung vor den Ermittlungsrichter zu erfolgen hat. Und alles muss eben bis Sonntagabend Mitternacht geschehen sein. Das heißt: Ein routiniertes Ermittlungsteam des BKA sichtet dann nicht Asservate und sagt um Mitternacht: Ach, jetzt haben wir vergessen, den GBA zu informieren! Jetzt müssen wir den Carsten Szczepanski laufen lassen. - Wobei ich denke, dass die wesentlichen Entscheidungen dann auch teilweise in Meckenheim getroffen worden sind. Die damaligen Ermittlungsführer waren bei der Durchsuchung hier in Berlin nicht beteiligt, sondern waren wohl in Meckenheim geblieben.

Herr EKHK H., Erster Kriminalhauptkommissar, hat damals die Ermittlungen geführt. Und - das fand ich auch in der Akte des GBA interessant -: In der Woche vor der Durchsuchung hat sich sogar der Kriminaloberrat - das ist also eine sehr hohe Charge beim BKA – KOR J. in die Sache eingemischt.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Herr Lakenmacher macht weiter.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Herr Kliesing, Sie sind ja hier derjenige, der heute von uns befragt wird, aber ich gestatte mir kurz einen Zwischenruf. Kriminaloberrat: So wie Sie das hier jetzt darstellen, dass der sich dort, was diese Maßnahmen betrifft, des Sachverhalts annimmt und dort meinetwegen auch was verschriftlicht oder Ähnliches, ist alles andere als ungewöhnlich beim Bundeskriminalamt. Das ist die zweite Beförderungsstufe im höheren Dienst. Das ist im BKA ein Referent oder ein Referatsleiter. Also, das ist meines Erachtens und aus meiner Erfahrung - und die habe ich da - nicht zutreffend.

Zeuge Christoph Kliesing: Ich will mit Ihnen darüber nicht streiten. Gucken Sie sich die GBA-Akte an. Ich denke, Sie werden selbst den Eindruck haben, dass in der ersten Woche Herr Beese von Leuten angerufen wird in einer Art und Weise, die unüblich ist. Zum Beispiel 14. Februar - also drei Tage nach Eingang des Verfahrens -:⁸

KOR J. (BKA) hat mir gestern fernmündlich mitgeteilt, dass der Beschuldigte S. ohne Fahrerlaubnis Kraftfahrzeuge führe.

Sorry, also - -

⁸ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die beiden folgenden Zitate konnten nicht verifiziert werden.

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/welf

Heute ruft KOR J. wieder an und fragt, ob ich einen umfassenden Zugriff „Alles abräumen!“ angeordnet hätte.

Jede Einzelheit ist vielleicht per se erklärbar. Aber wenn Sie die Akte vom GBA lesen, sehen Sie doch, dass in der ersten Woche vor der Durchsuchung sich alle möglichen Leute da eingemischt haben. Ich denke, so ein paar GBA-Verfahren habe ich auch gemacht. In der Form habe ich das noch nicht erlebt. Und wenn der hiesige Leiter der Abteilung V nach Karlsruhe geht und dort dann mit dem Hauptabteilungsleiter spricht - -

(Der Zeuge zuckt mit den Schultern.)

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Gibt es weitere Fragen vonseiten der CDU-Fraktion?
- Bitte.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Noch mal eine Nachfrage zu der möglichen Zusammenarbeit von Szczepanski mit anderen Diensten. Es war ja so, dass 1992 der brandenburgische Verfassungsschutz noch keine V-Personen führen durfte. Diese gesetzliche Grundlage dafür ist erst 93 in Kraft getreten. Halten Sie es für möglich bzw. haben Sie Anhaltspunkte dafür, dass man - gerade Pfaff, der ja von seiner Biografie her über gute Kontakte verfügte - sozusagen diese Leerstelle in der Tätigkeit des Verfassungsschutzes aus seiner Sicht dadurch schloss, indem quasi für die Brandenburger das Bundesamt V-Personen in Brandenburg dann geführt hat und die Kooperation schon vorher sehr, sehr eng war, und als dann später die gesetzliche Grundlage in Kraft trat, man einfach dann den nicht abgeschoben hat, sondern dann einfach das gemacht hat, was man - - also dass man das dann auf legale Füße gestellt hat, was man vorher informell gehandhabt hat?

Zeuge Christoph Kliesing: Den Anfang Ihrer Darstellung halte ich für durchaus plausibel. Ich kann es nicht beweisen; aber ich halte es für durchaus plausibel. Im Februar 92 war das hiesige Amt nicht befugt, V-Leute zu führen. Ich glaube, Pfaff hätte sich an bestimmte Sachen nicht so gehalten. Aber ich glaube auch, sie waren damals nicht in der Lage, jemanden zu führen.

Die Kontakte zum BfV liegen auf der Hand. Mir ist auch aufgefallen, dass das BfV 1995 jemanden engagiert hatte mit den Arbeitsbereichen „Ku-Klux-Klan“ und „Blood & Honour“. Das wären ja genau die für Szczepanski prädestinierten Bereiche. Das war der Thomas Richter alias „Corelli“. Der ist 95 vom Bundesamt beschäftigt worden. - Vielleicht war da eine Planstelle frei.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Springen wir jetzt ein bisschen in der Zeit zu dem Sachverhalt - ansonsten sind die Fragen aus unserer Sicht beantwortet -: Sie waren ja auch Nebenklagevertreter im NSU-Prozess. Da ist von Ihren Kollegen Nebenklagevertretern teilweise Kritik an der Kooperationsbereitschaft der Behörden des Landes Brandenburg geäußert worden. Wie bewerten Sie da das Engagement, das Auftreten des Landes im Rahmen des NSU-Prozesses?

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/welf

Zeuge Christoph Kliesing: Dass die Abteilung V in derartigen Sachen sehr zurückhaltend ist, werden Sie wahrscheinlich auch erlebt haben. Die Zurverfügungstellung von Akten ist schon beim Bundestag nicht so erfolgt, wie es damals gewünscht wurde.

Ich weiß auch nicht, ob das, was in München vorliegt, alles ist. Das kann ich nicht beurteilen. Mich irritiert ein bisschen, dass Dieter Borchert bei seiner Vernehmung gesagt hat, er habe zur Vorbereitung acht Leitz-Ordner gesichtet. Ich weiß nicht, ob Sie die acht Leitz-Ordner gesehen haben.

Letztlich reduziert sich das, was in München vorlag, auf die fünf bekannten Deckblattmeldungen, die Telefonüberwachung Jan Werner aus Thüringen mit der berühmten SMS und - was ich finde, was hier immer nicht genügend gewichtet wird - den Vermerk von N. W. über sein Gespräch mit Dieter Borchert. Denn das ist ja die entscheidende Information damals gewesen, die in den Deckblattmeldungen nicht auftaucht.

Sie kennen die fünf Deckblattmeldungen. Da steht alles Mögliche mit Pässen und Südafrika und „White Supremacy“ drin. Aber nicht verschriftlicht worden ist damals vom brandenburgischen Verfassungsschutz die Information, dass sich das Trio in Chemnitz aufhält. Das wusste Brandenburg; das steht aber nicht in den Deckblattmeldungen drin. Diese Deckblattmeldungen sind dann zwar verzögert usw. auch ans Bundesamt und an Thüringen und Sachsen weitergeleitet worden. Das heißt, allein aus den schriftlichen Unterlagen konnten die anderen Behörden nicht wissen, dass Brandenburg wusste, dass sich die drei im September 98 in Chemnitz aufhielten.

Das ist - was mich dann bei der Sichtung der Münchner Akten auch irritiert hat - sozusagen nur bekannt geworden durch einen Telefonvermerk von N. W., der damals einen Vermerk über ein Gespräch mit Dieter Borchert zur Akte genommen hat in einer schwierig zu entziffernden Handschrift. Deshalb haben viele Leute es offensichtlich überlesen.

Und dann gibt es ja nun das Drama, dass offensichtlich N. W. - - Er will ja Informationen weitergeleitet haben, aber die sind dann irgendwie nie angekommen usw. Jedenfalls wäre es im September aufgrund des Wissens des brandenburgischen Verfassungsschutzes problemlos möglich gewesen, die drei festzunehmen. Szczepanski - - Aber da sind wir wieder bei dem ganz dicken Problem „Führung von V-Leuten“. Es wäre natürlich problemlos möglich gewesen, Szczepanski zu beauftragen, sich ein bisschen genauer nach der Adresse in Chemnitz zu informieren. Das ist unterlassen worden. Das ist nicht geschehen.

Aber da stellt sich sowieso - - Ich finde, das ist auch ein ganz dickes politisches Problem: Man kann ja lange darüber diskutieren, ob man bei den Geheimdiensten V-Leute engagieren sollte. Wenn diese V-Leute nicht kompetent geführt werden, dann kann man es auch gleich sein lassen. Und Szczepanski ist nicht kompetent geführt worden.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Keine weiteren Fragen.

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/welf

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann wechselt das Fragerecht zur Fraktion der Linken. Herr Dr. Schöneburg, bitte.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Da knüpfe ich gleich mal an die letzte Aussage an - wobei ich mich erst mal bedanke, dass Sie sich qualitativ von so manchen Zeugen abheben, die wir hier bis jetzt gehört haben, die zwar viel geredet haben, aber nichts gesagt und schwadroniert haben. Sie haben, was ein Strafverteidiger natürlich macht, nicht irgendwelche Spekulationen von sich gegeben, sondern Indizien oder Beweise. Und dann können wir uns unseren Reim drauf machen.

Sie haben gesagt, dass Szczepanski nicht kompetent geführt worden ist. An welchen Tatsachen, Indizien machen Sie das fest?

Zeuge Christoph Kliesing: Na ja, es ist wahrscheinlich zunächst mal das Problem des V-Mann-Führers. Wenn Sie hier in diesen Raum mal Dieter Borchert und Carsten Szczepanski bestellen und sich die fünf Minuten angucken, dann wissen Sie, wer wen geführt hat.

(Heiterkeit)

Dieter Borchert war ja früher in Berlin beim Verfassungsschutz, ist dann - wie auch immer - nach Brandenburg gekommen, Amtsrat, hätte wahrscheinlich die Urlaubsplanung bei der Abteilung V hervorragend erledigt. Aber wie so ein Mann in der Lage sein soll, sich in die Welt eines 22-, 23-, 24-jährigen Nazis reinzusetzen, das ist mir bis heute nicht nachvollziehbar.

Der V-Mann-Führer muss der geführten Person intellektuell überlegen sein. Er muss integer sein. Er muss in der Lage sein, sich in die andere Person reinzusetzen. Und wenn Sie sich hier die beiden Leute angucken, dann ist Ihnen das eigentlich klar, dass da nicht viel rauskommen konnte.

Binner, der das ja nun sehr kompetent gemacht hat, hat ja relativ provokativ gesagt, der sei sozusagen der Fahrdienst für Szczepanski gewesen. Und so sah es auch ein bisschen aus: Dieter Borchert hat ihn morgens im Knast abgeholt. Auf dem Weg zum Media Markt wurden dann ein paar CDs übergeben, ein paar Fanzines übergeben. Dann durfte Szczepanski für seinen Sohn ein bisschen was einkaufen, sich die neuesten Videospiele kaufen. Dann wurden zwei Burger bei McDonald's gegessen. - So lief das doch im Prinzip ab.

Aber schon dieses eine Beispiel - - Verfassungsschutz weiß im August oder spätestens Anfang September 1998, das Trio hält sich in Chemnitz auf. Dass dann nicht gefragt wird: „Wo?“, „Bei wem?“, „Woher weißt du das?“ und dass diese Meldung dann irgendwie kommuniziert wird, allein dass das unterblieben ist, zeigt doch, wie dilettantisch das ist.

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/welf

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber was hatte denn Brandenburg überhaupt für ein Interesse gehabt, Szczepanski nach Chemnitz zu steuern?

Zeuge Christoph Kliesing: Das hatte mehr andere Gründe. Szczepanskis Spezialität in der damaligen Zeit - - Und das war auch eines seiner persönlichen Hobbys. Er hatte zwei Hobbys: Hertha BSC und rechtsradikale Musik, schon seit den 80er-Jahren. Im Prinzip ist er in Kontakt gebracht worden zu „Blood & Honour“ und zur Musikszene, insbesondere Jan Werner, Tom Starke. Das hing damals auch ein bisschen damit zusammen, dass die verschiedenen Dienste konkurrierten, wer als Erster die „Landser“-CD bekommt. Tom Starke war ja Informant beim Landeskriminalamt in Berlin, Szczepanski in Brandenburg. Das war im Prinzip sein Job. Der hatte nicht den Job, das Trio zu finden. Meyer-Plath hat ja auch selbst gesagt, sie konnten mit der ersten Deckblattmeldung eigentlich gar nichts anfangen, weil sie das nicht auf dem Radar hatten. Er sollte an die „Blood & Honour“- und die Musikszene in Sachsen rangeführt werden.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Also ist er nicht zufällig dort eingesetzt worden. Weil: Meyer-Plath hat ja mal vor dem Bundestagsuntersuchungsausschuss geschildert, dass sozusagen dieser Arbeitsvertrag mit der Familie P. und der „Sonnentanz“-Firma eine Idee von Szczepanski gewesen war. Sie haben eigentlich gar kein Interesse gehabt, ob der nun da sein Praktikum macht oder woanders sein Praktikum macht.

Sie sind schon der Auffassung oder Sie haben Belege dafür, dass er direkt dorthin gesteuert worden ist, und zwar um die „Landser“-CD zu bekommen.

Zeuge Christoph Kliesing: Ich denke nicht unbedingt „dahin gesteuert worden ist“, weil das traue ich Dieter Borchert nicht zu.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Und Meyer-Plath? Meyer-Plath war ja auch - -

Zeuge Christoph Kliesing: Aber wenn so ein Vorschlag - - Szczepanski wird den Vorschlag gemacht haben und gesagt haben: Die Antje P. und ihr Mann sind auch „Blood & Honour“ und Sachsen und Musikszene. Und dann ist das wahrscheinlich wohlwollend akzeptiert worden.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Und wie sehen Sie die V-Mann-Führung - sehen Sie sie auch als inkompetent? - von Meyer-Plath, der ja auch da seine Finger im Spiel hatte?

Zeuge Christoph Kliesing: Na ja, Meyer-Plath ist 95 zum Verfassungsschutz gekommen, hat vorher mittelalterliche Geschichte studiert. Szczepanski war die erste Person, die er mit geführt hat. Das heißt: Er hatte überhaupt keine Erfahrung in der Führung von V-Leuten. Das war sozusagen für Förster nach dem Gespräch mit Bubis sozusagen das allerletzte Mittel, um irgendwie wenigstens so ein bisschen was zu machen.

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/welf

Natürlich war Meyer-Plath intellektuell Dieter Borchert haushoch überlegen, ganz klar. Aber ich finde, auch der hat nicht die richtigen Fragen gestellt. Und im Bundestag und auch in München - - Er war ja dann bei den entscheidenden Treffs angeblich nie dabei.

Hinzu kommt, dass die im NSU-Komplex fragliche Zeit, also August, September, Oktober 98 - - Das war ja genau die Zeit, wo Meyer-Plath schon auf dem Absprung war, um Karriere zu machen. Da hatte er wahrscheinlich anderes zu tun, was ihm wichtiger war.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Bei Frau Reiche.

Zeuge Christoph Kliesing: Ja.

(Abgeordnete Gossmann-Reetz [SPD]: Hm?)

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Bei Frau Reiche als Büroleiter.

Zeuge Christoph Kliesing: Das Arbeitsverhältnis begann ja dann, glaube ich, im November, wenn ich mich nicht irre, November 98. Das heißt: Er ist natürlich genau in der spannenden Phase, wo man über Szczepanski an das Trio hätte rankommen können, auch wahrscheinlich nicht mehr so involviert gewesen.

Trotzdem: Wenn es Arbeitsaufträge in Bezug auf NSU an Szczepanski gab, die fundiert waren, dann kamen die von Meyer-Plath. Er hat zum Beispiel gesagt: „Kümmere dich noch mal um die Waffen“ oder so.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Gut. - Ich komme noch mal zurück zu Anfang der 90er-Jahre. Sie sind ja so ein bisschen unser „Scharnier“ auch zur Zivilgesellschaft. Sie haben jetzt von diesen ganzen Verzögerungen der Justiz gesprochen - da habe ich auch noch zwei, drei Nachfragen -, die da nicht so agiert hat, wie wir uns das vielleicht vorstellen, jedenfalls in der Retrospektive.

Wie hat denn die Zivilgesellschaft, wie haben denn Ihre Mandanten darauf reagiert? Können Sie da so ein Stimmungsbild abgeben? Haben sie gesagt: „Die Justiz ist auf dem rechten Auge blind oder versagt hier“?

Zeuge Christoph Kliesing: Wenn Sie S. E. ansprechen: Der war damals sehr traumatisiert. Am liebsten hätte er sich aus allem rausgehalten. Er hatte natürlich auch kaum konkrete Erinnerungen, muss ich mal ganz deutlich sagen, an das Geschehen. Ihm war das alles, diese ganzen juristischen Abläufe - es gab ja mehrere Parallelprozesse, wo er dann auch als Zeuge aussagen musste -, eher ein bisschen heavy.

Ich habe natürlich dann auch das, was ein Strafrechtler in so Situationen macht, wie ich das eben beim Beispiel Milbradt gesagt habe, auch schon versucht, ein bisschen Pressearbeit zu machen, damit es ein bisschen öffentlich kommuniziert wird.

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/welf

Ich denke, zum Beispiel der Einleitungsvermerk von Bannenberg vom 14. Dezember 92, den ich eben zitiert habe, ging auch darauf ein bisschen zurück, dass natürlich während des K.-Mü.-Verfahrens auch das Gericht und die Presse sich ein bisschen verwundert gezeigt haben, dass bei den übrigen 14, 15, 16 Personen noch nichts eingeleitet war.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (Die LINKE): Bei Bannenberg hat mich irritiert der Einleitungsvermerk. Klar: Landfriedensbruch, klares Runterstufen. Aber Bannenberg hat ja dann sogar noch eine Anklageschrift verfasst für das Kreisgericht Fürstenwalde. Da hat er angeklagt. Das juristische Problem, wo ich sage: Jemand, der Karriere macht oder der ein einigermaßen vernünftiges Staatsexamen - oder zwei Examen - gemacht hat, kann so einen Fehler nicht begehen - - Da hat er angeklagt unter anderem - neben Landfriedensbruch - gefährliche Körperverletzung. Wenn die Haupttat ein versuchter Mord ist, wie dann sozusagen die Beihilfe oder die zweite Tat - die abgeleitete - oder die Mittäterschaft gefährliche Körperverletzung sein kann, hat sich mir in der juristischen Einschätzung völlig verbaut.

Zeuge Christoph Kliesing: Dass diese Anklage juristisch unter aller Sau war, da sind wir uns einig, brauchen wir nicht drüber zu diskutieren.

Was für eine Motivlage dieser Anklage zugrunde lag, verschließt sich mir natürlich; kann ich nur spekulieren. Aber ähnlich wie die Nichtbearbeitung von Verfahren durch Frau Laggies hier in Potsdam oder die Einstellung des Verfahrens des GBA, was zwei Jahre nach der Übernahme in Potsdam noch unbearbeitet dalag: Das sind so Zufälle.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja. Die summieren sich, und dann macht man daraus eine Theorie. - Da komme ich gleich zu einem anderen Fall. Frau Haase hat zu einem Jahr und ein paar Monaten, glaube ich, -

Zeuge Christoph Kliesing: Ich glaube, ein Jahr ohne Bewährung.

Abgeordnete Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - zu einem Jahr ohne Bewährung -Herrn Szczepanski verurteilt. - Frau Haase ist eine Amtsrichterin in Königs Wusterhausen, sehr stringent in ihrer Denkweise.

Wann war das gewesen?

Zeuge Christoph Kliesing: Das war 94, das erstinstanzliche Urteil. Und der Vorfall war -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): 93.

Zeuge Christoph Kliesing: - Sommer 93, ich glaube, im Juni oder so was. - Ich habe mir damals für München so ein bisschen Lebenslauf für Szczepanski gemacht.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen.)

19. Juni 93.

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/welf

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): War die Verurteilung.

Zeuge Christoph Kliesing: Nein, war diese „Blood & Honour“-Veranstaltung, wo er auch ganz gut Geld verdient hat. Die Verurteilung war dann im November 94.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Und das Berufungsverfahren?

Zeuge Christoph Kliesing: War 95.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Und wissen Sie noch, wer das Berufungsverfahren geführt hat? Haben Sie es noch in Ihren Unterlagen?

Zeuge Christoph Kliesing: Nein. Ich habe nur - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Wir haben diese Akten alle nicht. Die sind ja mittlerweile vernichtet. Von diesen eingestellten Verfahren haben wir nichts.

Zeuge Christoph Kliesing: Muss ich nachgucken, ob ich über P. noch was habe. Kann ich Ihnen jetzt aus dem Stehgreif nicht seriös beantworten.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Zu den juristischen Merkwürdigkeiten, die ich noch festgestellt habe, zählt: Bei dem Einstellungsvermerk von Herrn Beese, der vorher noch anders agiert hatte als zunächst und dann zwei Tage später über die Kontakte, die Sie geschildert haben, einen Sinneswandel durchgemacht hat - - dass er in dem Einstellungsvermerk bei den Sprengstoffvorwürfen - weil bei der Wohnungsdurchsuchung bei Szczepanski im Dezember 1991 entsprechende Utensilien gefunden worden sind - - da hat er eine Konstruktion auf den Tisch gelegt, dass das ein Rücktritt vom Versuch gewesen wäre, weil er das alles liegen gelassen hat in seiner Wohnung.

Zeuge Christoph Kliesing: Nee, nee.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Doch, doch, doch.

Zeuge Christoph Kliesing: Da gibt es zwar mal irgendwann einen Vermerk; aber in der Abschlussverfügung von Beese wird das eindeutig anders gesehen. Da heißt es - -

Abgeordnete Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Mich hat es gewundert, dass er das in der Abschlussverfügung sieht als einen Rücktritt vom Versuch. Das ist sozusagen - - Da hätte ich jedes Erstsemester nach Hause geschickt, ... (akustisch unverständlich).

Zeuge Christoph Kliesing: Seite 4 seines Einstellungsvermerks vom 1. September:

Eine förmliche Einstellung des Ermittlungsverfahrens kann jedoch nur hinsichtlich T. D. erfolgen, nicht aber bei den Beschuldigten Szczepanski, [...],

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/welf

- usw. -

weil bei ihnen der Verdacht anderer Straftaten besteht [...]. Deshalb kommen auch Einstellungsnachrichten nicht in Betracht.

Der Absatz über Szczepanski lautet dann wörtlich:

Szczepanski ist jedenfalls eines Verstoßes gegen das Sprengstoffgesetz verdächtig, weil er Nitro-Methan in seinem Besitz hatte, eventuell sogar der Vorbereitung eines Sprengstoffverbrechens [...], zumal er auch noch Chemikalien hatte, die zur Herstellung von Sprengsätzen geeignet sind [...],

- er listet dann sogar die Fundstellen für den Kollegen in Potsdam auf -

ferner wegen des Herstellens, Bereithaltens und Verbreitens von zwei Ausgaben der Druckschrift „Feuerkreuz“, zweier Vergehen nach § 131 StGB [...]

- folgen die Fundstellen -

und der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (Hakenkreuzfahne, Hitlergruß) nach § 86a StGB [...]. Weitere Straftaten kommen im Zusammenhang mit den Reisepässen in Betracht [...], die er in seinem Besitz hatte.

So wörtlich in der Abschlussverfügung, Seite 4 unter a).

So klar, wie das formuliert ist, hätte ich angenommen, dass die Staatsanwaltschaft Potsdam innerhalb von sechs Wochen wegen dieser Delikte Anklage erhebt.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Und Sie haben zwei Jahre danach noch mal nachgefragt in Potsdam.

Zeuge Christoph Kliesing: Der GBA ist ordentlich.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Christoph Kliesing: Der GBA kann eine Akte nur abschließen, wenn er in der Akte notiert hat, was aus den einzelnen Unterverfahren geworden ist. Deshalb gibt es in der GBA-Akte Unmengen von entsprechenden Telefonvermerken. Zum Beispiel hier - ich blättere einfach mal -, 30.05.94: Sachstandsanfrage in dem Ermittlungsverfahren gegen Szczepanski an die Staatsanwaltschaft Potsdam zum Aktenzeichen 10/4 Js 511/92 - das ist dieses abgetrennte Verfahren. Dann 01.08.: Frau Rechtspflegerin wegen der Fristverfügung vom 06.06. - -

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Kleiner Zwischenruf: Wir sind in der letzten Minute.

Zeuge Christoph Kliesing: Oh!

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/welf

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Nein, in meinem Fragerecht.

(Abgeordnete Gossmann-Reetz [SPD]: Nein, Sie nicht! - Heiterkeit)

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Für die Fraktion, Herr Kliesing. Ganz ruhig.

Zeuge Christoph Kliesing: Dann: Frau S., 02.09.94:

Meine Sachstandsanfrage vom 30.05. ist nicht beantwortet worden. Ich bitte,
deutlich

- unterstrichen -

nachzufassen.⁹

- in Anführungsstrichen.

Und dann der Vermerk, den ich eben vorgelesen habe, vom 05.09., dass die dann einfach dort angerufen haben, weil auf schriftliche Sachen nicht reagiert wurde, und dass dann die Geschäftsstelle gesagt hat: Akte unbearbeitet und Sachbearbeiter in Urlaub.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Christoph Kliesing: Das ist nicht mehr paginiert. Das ist, glaube ich, in dem zweiten Band der GBA-Akte ziemlich am Schluss.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja, und der zweite Band ist genau der Band, der uns fehlt. Wir haben Band I und Band III, und Band II ist verschwunden, verschollen.

Zeuge Christoph Kliesing: Beim Bundestag ist alles vorhanden.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ich muss an dieser Stelle jetzt abbrechen.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Danke schön.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Sie können später weiterfragen, Herr Kollege. - Jetzt ist die AfD-Fraktion dran. Herr Wiese.

Abgeordneter Wiese (AfD): Guten Tag, Herr Kliesing. - Sie haben ja fast alle Fragen, die wir hatten, schon aufgearbeitet. Ich hätte aber gerne noch mal über die Führung der V-Mann-Geschichte gesprochen. „Kompetente Führung“, haben Sie auch vorhin erklärt. Aber dieser Herr Szczepanski hatte doch mehrere V-Mann-Führer, soweit ich das jetzt in Erinnerung habe. Waren die alle inkompetent?

⁹ Anmerkung Stenografischer Dienst: Das Zitat konnte nicht verifiziert werden.

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/welf

Zeuge Christoph Kliesing: Szczepanski ist die ganze Zeit über, solange er in Brandenburg beschäftigt war, von Dieter Borchert geführt worden. Dieter Borchert hat auch mal gesagt, er habe ihn noch aus seiner Berliner Zeit gekannt. Damals war Dieter Borchert beim Landesamt in Berlin. Szczepanski war so ab 85 in der rechtsradikalen Szene von Westberlin damals, zunächst in der Fußballszene bei „Zyklon B“. Aber mal davon abgesehen: Dieter Borchert hat ihn in der ganzen Zeit von 94 bis 2000 geführt. Es ist zweimal, wie er formuliert hat, eine Frau B. (?) mitgelaufen, so als Praktikantin.

Nachdem dann Förster als Chef der Abteilung hier Szczepanski loswerden wollte, es dann aber dieses obskure Gespräch mit Ziel und Bubis in Frankfurt gab und beschlossen wurde, Szczepanski bleibt V-Mann, da ist dann Meyer-Plath hinzugezogen worden, aber eben nur, bis er dann zu Frau Reiche gegangen ist; danach wieder Dieter Borchert allein.

Abgeordneter Wiese (AfD): Der also dem Herrn Szczepanski wahrscheinlich auch geistig komplett unterlegen war.

Zeuge Christoph Kliesing: Es kommt immer darauf an, wo man jemanden einsetzt. Mal ganz konkret gesagt: Sie haben sicher Ihre Fähigkeiten. Aber wenn man Sie damit beauftragen würde, einen Punk aus der Rigaer Straße zu führen, dann würde das im Desaster enden.

Abgeordneter Wiese (AfD): Können Sie sich das vorstellen, dass ich einen Punk führe?

(Heiterkeit)

Zeuge Christoph Kliesing: Das ist immer so ein bisschen eine Frage, wen man für welchen Zweck einsetzt.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Herr Kliesing, ganz kurz. Ich muss mich mal dazwischenschalten, weil hinten ein Fingerzeig kam. - Es gibt hier eine Regel, dass wir bei Mitarbeitern der Behörden ab Referatsleiter die Klarnamen nennen können. Ansonsten bitte mit Abkürzungen arbeiten, es sei denn, es ist jemand wie Herr Dieter Borchert, den Sie mehrmals genannt haben, der ja nun offensichtlich jedermann bekannt ist. Das ist nur so eine Regel. Ich bitte, das zukünftig zu beachten.

Zeuge Christoph Kliesing: Wobei: Dieter Borchert ist ja auch in München mit Klarnamen aufgetreten.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Okay. Ja, klar. - Danke

Abgeordneter Wiese (AfD): Außerdem sprechen wir jetzt von einem Amt und der Führung.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Herr Wiese.

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/welf

Abgeordneter Wiese (AfD): Sie sind unterbrochen worden.

Zeuge Christoph Kliesing: Ich kann nur sagen, dass ich das Gefühl habe und dass das das beste Beispiel ist - - finde ich wirklich diese Information, weil sie die wichtigste Information war: Das Trio hält sich in Chemnitz auf.

Diese Information findet sich in den Deckblattmeldungen nicht, ist also nicht verschriftlicht worden. In den Deckblattmeldungen findet sich jeder Geburtstag von jedem Idioten aus dem Umfeld von Szczepanski. Aber diese Information - das Trio hält sich in Chemnitz auf - findet sich nicht in den Deckblattmeldungen.

Abgeordneter Wiese (AfD): Und woher wusste man, dass der dort unten ist oder das Trio dort ist?

Zeuge Christoph Kliesing: Da müsste man Dieter Borchert fragen. Aber der wird sagen, er erinnert sich nicht mehr, woher er es wusste. Aber er hat es zumindest dem Herrn N. W. beim thüringischen Verfassungsschutz kommuniziert. Sie kennen wahrscheinlich den Vermerk insoweit. Der ist in den Münchner Akten drin.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen.)

Ich hoffe, ich habe ihn dabei. Ein Vermerk vom 7. September 1998:

Nach telefonischer Rücksprache mit dem zuständigen V-Mann-Führer Herrn Dieter Borchert am 07.09.98 hat die Quelle keine neuen Erkenntnisse mitgeteilt. Sie hat nur mitgeteilt, dass die sächsischen Skins sich in Chemnitz aufhalten.¹⁰

So Antje P., Blatt 43 in den Münchner Akten M 26, Teil 2. - Das ist doch eine Info, wo ich zunächst mal denken würde: So was gehört in die Deckblattmeldung, damit es auch an das Bundesamt kommuniziert wird und an Sachsen und Thüringen kommuniziert wird. Wurde offensichtlich nicht für relevant gehalten.

Abgeordneter Wiese (AfD): Herr Kliesing, ich bedanke mich recht herzlich.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann sind wir jetzt in der Reihe bei Frau Nonnemacher von der Grünenfraktion. Bitte schön.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Schönen guten Tag, Herr Kliesing! Ich würde gern da weitermachen, wo Herr Dr. Schöneburg enden musste wegen Überschreitung der vorgegebenen Zeit.

Es geht um die ominösen GBA-Akten. Ich glaube, es ist ja jetzt hier schon mehrfach klar geworden, dass wir von den GBA-Hauptakten Teile besitzen, aber nicht die, die Herrn Szczepanski betreffen, und dass diese berühmte GBA-Handakte uns nicht vorliegt.

¹⁰ Anmerkung Stenografischer Dienst: Das Zitat konnte nicht verifiziert werden.

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/welf

Sie hatten gerade angehoben, Herrn Schöneburg noch mal zu sagen: Diese Akten sind im Bundestag und auch sonst wo. Vielleicht könnten Sie das doch wegen des hohen Bedeutungsgrades noch mal ein bisschen klarmachen, wo die alle vorliegen. Das erleichtert uns dann vielleicht auch noch die Suche danach.

Zeuge Christoph Kliesing: Also, ursprünglich wollte der 1. Untersuchungsausschuss die Akten Szczepanski haben. Das sind die Akten mit diesem berühmten Aktenzeichen 10/6, glaube ich, Js irgendwas aus 92. Dann hieß es in Brandenburg: Die sind geschreddert worden. Daraufhin wurde dann beim GBA nachgefasst. Der GBA hatte noch Handakten. Aber die Handakten sind eben nicht so vollständig wie die geschredderten brandenburgischen Akten.

Ich glaube, der Bundestagsausschuss hatte damals auch in Potsdam angefragt bei der Abteilung V, ob die eine Kopie davon haben. Ich glaube - legen Sie mich bitte nicht fest -, die Anfrage ist nie beantwortet worden. Aber die ursprüngliche Potsdamer Akte soll dann nach fünf Jahren geschreddert worden sein, was eigentlich auch ungewöhnlich ist, weil GBA-Akten werden normalerweise erst nach zehn Jahren geschreddert, aber - - Und der Bundestag hat die seit Edathys Zeiten, meines Erachtens.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Und in München, beim Prozess, sagten Sie, liegen sie auch vor.

Zeuge Christoph Kliesing: Ich glaube, ja. Fragen Sie mich nicht. Ich komme allmählich mit den vielen Akten auch ein bisschen durcheinander. Müsste ich nachgucken. Definitiv beim Bundestag, meines Wissens fünf oder sechs Bände, wobei das meiste Schrott ist, um es mal deutlich zu sagen. Das heißt: Da wird beim GBA furchtbar viel Formales gesammelt. Aber das, was ich jetzt zum Beispiel zitiert habe über die Übergabe von Unterlagen von Pfaff an Löchner oder über diesen Telefonvermerk, das ist beim Bundestag vorhanden.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie haben uns mehrfach in Ihren sehr interessanten Ausführungen gesagt: Gucken Sie in die GBA-Akte. Wir haben jetzt geklärt: Wir können nicht gucken, weil nicht vorhanden.

Zeuge Christoph Kliesing: Wusste ich nicht und finde ich auch erschreckend.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja, das finden wir auch. - Deshalb würde ich noch mal bitten, dass Sie uns vielleicht noch mal die entsprechenden Vermerke zitieren. Sie hatten gesagt, besonders aufgefallen sei Ihnen diese gesteigerte Aktivität an Einmischungsversuchen in die GBA-Ermittlungen zu Szczepanski im Februar 1992, also eine Woche vor dieser Durchsuchung bei E. O. in Wendisch Rietz, dass Sie dort sozusagen in den GBA-Akten Telefonanrufe unserer Abteilung V gefunden hätten und auch vom BfV. Vielleicht wären Sie so freundlich, das noch mal zu zitieren.

Zeuge Christoph Kliesing: Gut. - Ich habe jetzt ein bisschen ein Problem: Das ist meine Handakte aus dem Münchner Verfahren, und da ist nur ein kleiner Ausschnitt

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/welf

von der eigentlichen Akte. Das heißt: Ich habe jetzt nicht die vollständige Akte dabei, sondern nur so ein paar mir wichtig erscheinende Sachen.

Daraus ergibt sich - Blatt 44 -:

Die Staatsanwaltschaft Berlin hat das Verfahren übersandt. Durchsicht des Vorgangs ergibt die Wahrscheinlichkeit einer Übernahme.

Der erste Vermerk von Beese. - Dann anschließend am Folgetag der Einleitungsvermerk. Den habe ich nicht dabei.

Blatt 63 - 13. Februar, also zwei Tage später -:

In dieser Angelegenheit hat mich heute Kriminaloberrat G. vom LKA Brandenburg angerufen. Er hat von Herrn S. vom Berliner Staatsschutz erfahren, dass ich in dieser Sache befasst bin. Er teilte mir mit, dass es gestern, also am 12. Februar, zu einer Besprechung beim LfV Brandenburg gekommen ist, bei der schneller Handlungsbedarf festgestellt worden ist. Er konnte nur Andeutungen machen.

- wie das ja dann nach Treffen beim Verfassungsschutz üblich ist.

Dann fand noch an dem Tag ein Telefongespräch mit dem Landeskriminaldirektor Klink in dieser Sache statt. Dann hat sich Herr S. schon wieder bei Herrn Beese gemeldet - alles noch an einem Tag.

Er erklärte, dass der Verfahrensaufwand nunmehr seine Möglichkeiten übersteige und war glücklich, zu hören, dass das BKA den Ermittlungsauftrag bekommen hat. Szczepanski lebe bei einem gewissen E. O., der ein Krimineller sei und schon Raubüberfälle begangen habe. Sie -

- in Klammern: Beese war sehr korrekt -

„Bedeutung unklar“ - planten nunmehr einen Raub auf eine Tankstelle. Objekt und Tatzeit stünden schon fest. Sodann meldete sich Herr EKHK H. vom BKA und teilte mit, dass er den Ermittlungstrupp des BKA leite.

Am 13.

Am 14.:

KOR J. (BKA) hat mir gestern fernmündlich mitgeteilt [...]

Also auch schon am 13., das heißt, alle rufen dann plötzlich bei dem Bundesanwalt an.

Dann am 14. rufen die wieder bei ihm an, und das - -

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/welf

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen.)

Das habe ich jetzt nicht dabei.

Dann: Blatt 76 bis 79 der Akte des Bandes A, also des ersten Bandes, sind dann zwei rudimentäre Schreiben der hiesigen Abteilung V, wo handschriftlich oben notiert ist:

Mir von Herrn Bundesanwalt

- steht da noch -

Pfaff am 16.02.92 übergeben
Löchner 16.02.

Dann ist hier ein Fax-Vermerk vom 18. Februar:

Überspielung des Einleitungsvermerks nach telefonischer Bitte von Direktor Göring beim Bundesamt.

Wie gesagt, es ist nicht vollständig.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Entschuldigung, darf ich Sie kurz unterbrechen? - Die beiden zuletzt zitierten Sachen von Herrn Pfaff und von Herrn Göring: Ist das von Relevanz, das noch mal zu verlesen?

Zeuge Christoph Kliesing: Na ja, von Pfaff sind das zwei Schriftstücke. Wenn Sie wollen, können Sie auch eine Kopie machen; das ist nicht das Problem. Ich habe jeweils die Anlage nicht dabei, sondern nur das eigentliche Schreiben, aber Sie können es haben. Das Erste ist ein Schreiben an das Landeskriminalamt Basdorf, Polizeipräsidium Potsdam, Polizeipräsidenten in Berlin, betrifft Ku-Klux-Klan, Datum: 12. Februar 92, Aktenzeichen V. Dann geht es weiter:

Als Anlage übersende ich den Hinweis auf den im Zusammenhang mit dem Ku-Klux-Klan bekannt gewordenen Carsten Szczepanski.

- übrigens falsch geschrieben; aber geschenkt -

Dieser Hinweis ist mit Rücksicht auf seine Verwertbarkeit nicht als Verschlussache eingestuft. Daher bitte ich aus Gründen des Quellenschutzes, ihn nur in die Handakten aufzunehmen.

- von einem Herrn Keseberg geschrieben.

Und von dem eigentlichen Vermerk sind dann hier nur sechs Zeilen zu lesen:

Dienstlich wurde bekannt, dass Carsten Szczepanski, geboren 24.11.70, sich zurzeit bei E. O., geboren 23.12.70, Erich-Weinert-Straße 34, O-1600 Königs Wusterhausen aufhalten soll. E. O. ist wahrscheinlich im Besitz scharfer Waffen.

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/welf

Anmerkung: E. O. soll hauptsächlich von Autodiebstählen leben und an mehreren schweren Straftaten beteiligt gewesen sein.

Das zweite Schreiben, das Pfaff dem Abteilungsleiter übergeben hat - auch vom 12. Februar, auch von Keseberg unterschrieben, im Anschreiben mit dem gleichen Text, nur dass dieses Schreiben nicht nach Berlin gegangen ist, sondern nur an das Landeskriminalamt und an das Polizeipräsidium in Potsdam -, das ist schon ein bisschen länger:

Dienstlich wurde bekannt, dass E. O., geboren 23. [...]

- usw. -

wohnhaft [...]

- usw. -

und R. Pk., ca. 20 Jahre

- es folgt die Adresse -

vor ca. zwei bis drei Monaten die Post in Märkisch Buchholz überfallen und einen erheblichen Geldbetrag erbeutet haben sollen.

Dann eine Anmerkung:

Soweit bekannt, fand am 05.03.91 gegen 14 Uhr ein Raubüberfall auf die Post und am 10.12.91, 17 Uhr ein Überfall auf die Sparkasse statt.

Das heißt, das heute von den Daten irgendwie nicht hin.

Zweitens:

Weiterhin soll ein Axel - nähere Personalien unbekannt -, der ein Freund der Mutter des R. Pk. sei, einen Überfall auf den Pächter der Tankstelle Q1 in Zeesen planen. Er habe abendliche Fahrten des Pächters zu seiner Bank in Königs Wusterhausen bereits ausgekundschaftet.

Drittens:

R. Pk. und E. O., die hauptsächlich von Autodiebstählen leben sollen, sollen sich zumindest Anfang Februar 92 in einem Waldgelände bei Freidorf/Staakow/Massow angeblich in der Nähe eines ehemaligen MfS-Ausbildungsgeländes für Antiterrorereinheiten aufgehalten und in einem Zelt gelebt haben. Sie würden einen roten VW-Bus oder einen weißen Trabant mit hellblauem Dach, der R. Pk. gehöre, benutzen. R. Pk., E. O. und andere gehören wahrscheinlich zu einer Gruppe, die unter der Anleitung des

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/welf

einschlägig bekannten A. K. wehrsportähnliche Übungen abhält. A. K., E. O. sowie ein T. K. sollen scharfe bzw. scharf gemachte Waffen besitzen, so E. O. eine Panzerfaust, die er eventuell gegen das Schloss Zeesen einzusetzen beabsichtigt.

E. O. ist übrigens verurteilt worden wegen eines Schussattentates auf das Schloss Zeesen.

Das waren also Infos, die nach Karlsruhe gingen und wo der Bundesanwalt Beese dann sagte: Das ist ja alles nett, aber was hat das mit Szczepanski und mit Ku-Klux-Klan zu tun? Wieso soll ich wegen Ku-Klux-Klan eine Durchsuchung anordnen, wenn irgendein Freund eines Freundes von E. O. einen Raubüberfall plant? - Da ist er dann eben ein paar Tage später von Löchner überstimmt worden.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Vielen Dank, dass Sie uns hier so prima Amtshilfe leisten.

Ich würde noch mal gern zu dem Februar 95 zurückkommen. Sie haben uns ja ausführlich geschildert, dass Sie aus dem Umfeld, ich glaube, des Moses Mendelssohn Instituts einen Hinweis bekommen haben, doch mal Herrn Pfaff zu kontaktieren wegen Informationen zu Herrn Szczepanski.

Kollege Redmann hatte vorhin schon mal darauf aufmerksam gemacht, dass wir erst seit Frühjahr 1993 hier in Brandenburg ein Verfassungsschutzgesetz haben, was überhaupt die Führung von V-Leuten erlaubt. Haben Sie sich nicht gewundert - auch mit diesen Hinweisen hier „dienstlich wurde bekannt“ von 1992 oder dem so guten Informationsstand, den Sie 95 erfragen wollten -, wieso sich der Brandenburger Verfassungsschutz doch offensichtlich mit Herrn Szczepanski auch schon in einer Zeit sehr gut auskannte, als er noch gar keine V-Leute führen durfte?

Zeuge Christoph Kliesing: Ich bin damals natürlich nicht davon ausgegangen, dass Szczepanski V-Mann ist. Mir ist gesagt worden, die haben Material über Szczepanski. In meiner Naivität habe ich dann gedacht: Rufe mal bei denen an, vielleicht geben die dir irgendwas, was du dann für die Argumentation bei niedrigen Beweggründen benutzen kannst.

Rückblickend weiß ich heute, dass er damals V-Mann war, und nun wird mir natürlich auch plausibel, wieso die so sauer waren, dass ich von denen Material haben wollte. Aber damals bin ich natürlich nicht davon ausgegangen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Vor dem Hintergrund Ihres heutigen umfangreichen Wissens - Sie haben Ihre drei Phasen der Beschäftigung mit Carsten Szczepanski hier sehr eindrücklich dargestellt - noch mal die Frage: Auch dieser von Ihnen eben zitierte Vermerk - „dienstlich wurde bekannt“ - aus dem Februar 92, würden Sie das doch als Hinweis werten, dass Szczepanski damals für einen anderen Dienst arbeitete oder inoffiziell, obwohl der Verfassungsschutz noch gar keine V-Leute führen durfte, eine ähnliche Stellung bereits hier im Land hatte?

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/welf

Zeuge Christoph Kliesing: Vieles von dem, was ich jetzt sage, ist natürlich spekulativ. Ich gehe davon aus, dass er bis zum 23. Februar 92 nicht für einen Dienst gearbeitet hat. Das schlussfolgere ich unter anderem daraus, dass es ihm so um die Jahreswende 91/92 wirklich nicht gut ging. Er war bei seiner Familie rausgeschmissen worden, er hatte seinen Job verloren, er konnte die Miete für die Wohnung am Prenzlauer Berg - das war eher ein Apartment - nicht mehr bezahlen, und er hat mal gesagt, dass er in dem Winter tatsächlich nachts bei Minustemperaturen in seinem Auto geschlafen habe. Wenn er damals schon bei einer Behörde beschäftigt gewesen wäre, wäre er sicher besser alimentiert worden, wie die Jahre danach zeigen.

Ich habe das Gefühl, es wurde ein bisschen Druck gemacht, dass eine Durchsuchung bei Szczepanski stattfindet in der Woche vor dem 22. Februar, und mich irritiert, dass der 23. Februar in der Akte nicht vorkommt und dass sich das Verhalten von Szczepanski ab dem 24. Februar fundamental verändert und dass seitdem, seit dem 24. Februar 92, im Prinzip alle Verfahren gegen ihn, alle Ermittlungsverfahren im Sande verlaufen, eingestellt werden, nicht eingeleitet werden - was man sich da so denken kann; ich habe Ihnen eben eine Palette präsentiert. Also ich denke, das war der entscheidende Tag.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Die Zeit ist gleich um. Letzte Frage, bitte.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. - Also, diese entscheidende Phase halten Sie in Ihren Überlegungen für den Zeitpunkt, wo er angeworben ist von einem anderen Dienst, vermutlich vom BfV.

Zeuge Christoph Kliesing: Er war eine Person, die Kontakte ins Ausland hatte, und das war ja auch seine Spezialität. Das hat ihm auch so ein bisschen den Durchbruch in Königs Wusterhausen verschafft bei diesen 16-, 17-, 18-Jährigen, mit denen er damals zu tun hatte, die alle arbeitslos waren, vielleicht noch ein bisschen Russisch gelernt hatten. Und da kam auf einmal jemand, der englisch sprach und der plötzlich irgendwelche Amerikaner nach Königs Wusterhausen einfliegt. Vielleicht hat ihn das interessant gemacht für andere Ämter. Das können theoretisch auch Polizeidienststellen gewesen sein, es kann theoretisch auch der BND gewesen sein.

Mir fällt auch auf, dass selbst Ende der 90er-Jahre sich das BfV sehr engagiert dafür eingesetzt hat, dass er nicht abgeschaltet wird. Da gibt es in den Akten einen Vermerk, dass sich Herr Krämer (?) - damals Abteilungsleiter in Köln bei Hasso Lieber, der damals Leiter des Verfassungsschutzes hier war - dafür eingesetzt hat, Szczepanski nicht abzuschalten, Krämer (?), der inzwischen Erster Direktor beim Bundesnachrichtendienst ist. Es ist ein bisschen Spekulation, aber Fakt ist, dass sich irgendetwas seit dem 23. Februar 92 geändert hat.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Herzlichen Dank. - Ihre Überlegungen sind für uns natürlich sehr wertvoll, da uns leider das BfV auf entsprechende Anfrage die Amtshilfe verweigert, und das ist doch schon interessant, was Sie hier dazu beizutragen haben.

Zeuge Christoph Kliesing: Da ist L. L. für das Schreddern zuständig, nicht?

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/welf

(Heiterkeit)

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja. - Ich würde dann erst mal an die Kollegen der SPD wieder abgeben und die anderen Fragen, die ich noch habe, dann im Zusammenhang stellen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann gehen wir in die zweite Fragerunde. Die Fraktion der SPD ist dran. - Frau Gossmann-Reetz, bitte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Da wir uns jetzt wirklich sehr weit bzw. immer mehr in den Bereich des Spekultativen entfernen, würde ich lieber noch mal einen „Tagesspiegel“-Artikel zitieren; in dem werden Sie zitiert. Da steht drin:

Ich hatte den Verfassungsschutz mehrmals gebeten,

- es geht noch mal um den Prozess, in dem Sie als Verteidiger der Nebenanklage tätig waren -

vor Gericht auszusagen und Beweismittel zur Verfügung zu stellen, doch ohne Reaktion.

Da ist meine Frage: War das damals üblich - oder: kannten Sie das aus Ihrer Erfahrung als Rechtsanwalt -, dass eine Verfassungsschutzbehörde Erkenntnisse über Aktivitäten von Rechtsextremisten in so einem Verfahren offenlegt, darlegt? Wie kamen Sie darauf, diese Aufforderung zu stellen?

Zeuge Christoph Kliesing: Es war einfach - wie ich es eben gesagt habe - ein Tipp, der mich erreicht hat, ich soll doch bei Pfaff anrufen. Ich habe es versucht. Es gehört zu dem Job, so was zu versuchen. Ob es dann klappt oder nicht, ist die andere Sache.

Als mir Milbradt dann am 1. Februar die Abfuhr erteilt hat, habe ich gedacht: Versuch mal, über einen „Tagesspiegel“-Artikel vielleicht noch mal ein bisschen Dynamik in die Sache reinzubekommen. Dann hat mich Milbradt etwas beschimpft, sagen wir mal. Das war einfach ein Testballon. Klar war: Ich wusste damals nicht, dass Szczepanski V-Mann des Amtes war.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): War er zu der Zeit ja noch nicht.

Zeuge Christoph Kliesing: Doch, doch. 94. Nach der offiziellen Version August 94.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Nein, nein, er ist viel später verpflichtet worden. Er hat sich zwar angeboten, aber die Verpflichtung ist wesentlich später.

Zeuge Christoph Kliesing: Nee, nee, also 100 Prozent: Sommer 94 ist er verpflichtet worden.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie bitte?

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/welf

Zeuge Christoph Kliesing: Sommer 94.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Nein, 97.

(Abgeordneter Lakenmacher [CDU]: Da war er Informant!)

- War er Informant.

Zeuge Christoph Kliesing: Na ja, gut.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also V-Mann 97.

Zeuge Christoph Kliesing: Okay. Aber jedenfalls stand er in einem Beschäftigungsverhältnis.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Nein.

Zeuge Christoph Kliesing: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut, ich glaube, das spielt jetzt hier keine Rolle.

Zeuge Christoph Kliesing: Ja. - Das wusste ich natürlich damals nicht, dass er in Kontakt - - dass er diese Rolle spielte, und deshalb habe ich es versucht. Klar war - unabhängig von seiner Rolle, dass er in Königs Wusterhausen zwischen 92 und 94 die führende Figur in der rechtsradikalen Szene war, auch, weil er ein bisschen älter war als die anderen, die da rummachten -, dass er da sozusagen so einen Devotionalien-Handel betrieb, dass er seine Fanzines publiziert hatte, nach seiner Inhaftierung dann zunächst weiter zusammen mit seiner damaligen Lebensgefährtin C. S., die übrigens auch in den Jenaer Garagen-Papieren auftaucht. Das heißt, da war klar: Wenn der Verfassungsschutz nicht ganz blöd ist, hat er Material über Szczepanski.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Klar. Aber gab es das jemals, dass ein - - Weil Sie sagten ja in dem Artikel - zumindest werden Sie so zitiert -, Sie wollten, dass der in der Gerichtsverhandlung auch aussagt. Hat es das jemals gegeben?

Zeuge Christoph Kliesing: Ich habe natürlich nicht gesagt, dass die aussagen sollen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie werden so zitiert. Deswegen frage ich noch mal nach.

Zeuge Christoph Kliesing: So habe ich es nicht gesagt, sondern: Beweismaterial zur Verfügung stellen. Wie, wäre mir damals auch egal gewesen. Fakt ist: Es ging damals nicht um Ladendiebstahl, sondern um versuchten Mord. Das heißt, das ist natürlich dann schon eine andere Kategorie.

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/welf

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Noch mal die Frage: Hat es das - vielleicht auch in anderen Fällen - gegeben, dass bei Gerichtsprozessen vom Verfassungsschutz Beweismittel zur Verfügung gestellt werden?

Zeuge Christoph Kliesing: Na, immer so auf diesem Umweg: „Dienstlich wurde bekannt ...“ usw. Das wurde dann in die Akten reingespielt und - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber Sie haben nicht als Rechtsanwalt erlebt, dass der Verfassungsschutz offiziell sagt - oder in einem Gerichtsverfahren gesagt wird -: -

Zeuge Christoph Kliesing: Nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - Das sind Beweismittel, und die sind vom Geheimdienst zur Verfügung gestellt worden.

Zeuge Christoph Kliesing: Ich habe ja auch damals nicht von Pfaff erbeten, dass er da als Zeuge in Frankfurt (Oder) auftritt, sondern ich habe gebeten, mir irgendetwas in die Hand zu geben, mit dem ich arbeiten kann.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. Gut. - Dann habe ich erst mal keine weiteren Fragen, Herr Kliesing.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Herr Lüttmann, bitte.

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Ich wollte noch einmal zu der Frau Laggies kommen - die hatten Sie auch eingangs erwähnt, Staatsanwaltschaft Potsdam - und da noch mal ein bisschen genauer nachfragen. Sie hatten erwähnt, dass dort die presserechtlichen Verfahren - so hatte ich es jetzt wahrgenommen - ein Stück weit liegen geblieben seien. Könnten Sie das noch mal ein bisschen zeitlich verorten und noch mal ein bisschen detaillierter ausführen?

Zeuge Christoph Kliesing: Szczepanski hat seit 92, glaube ich, jährlich ein bis zwei Ausgaben eines Magazins „United Skins“ publiziert. Parallel dazu hat er - das ergibt sich schon aus den Akten des GBA - schon vorher angefangen mit einer Zeitschrift Feuerkranz - nein, „Feuerkreuz“, glaube ich.

(Abgeordnete Gossmann-Reetz [SPD]: „Feuerkreuz“, ja!)

Das war mehr so ursprünglich Ku-Klux-Klan-orientiert. „United Skins“ richtete sich eher an Jugendliche aus dem Bereich. Das waren damals wirklich noch so handgeschnipelte Sachen. Also, der hat da wirklich noch mit Schreibmaschine geschrieben und Bilder reingeklebt, und dann ist er zum Copy-Laden gegangen und hat es kopiert.

Jede dieser Zeitschriften landete dann automatisch ein paar Tage später, ich glaube, bei der Polizeidienststelle in Königs Wusterhausen - weiß ich nicht mehr, müsste ich

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/welf

nachgucken -, und dann wurde gesagt: Herausgeber ist Carsten Szczepanski, und dann wurde das schön zusammengeheftet und nach Potsdam geschickt.

In Potsdam war es damals so, dass es eine Abteilung für Pressedelikte gab - das gibt es heute zum Beispiel auch in Berlin immer noch bei der Staatsanwaltschaft, weil Presserecht ein bisschen was anderes ist als normales Strafrecht -, ich glaube, es war die Abteilung 96 in Potsdam, aber legen Sie mich nicht darauf fest. Da war Frau Laggies für alle Pressesachen zuständig, und die ist in Frankfurt (Oder) damals als Zeugin gehört worden. Und Frau Dr. Hecht hat auch die Ermittlungsakten beigezogen, und die sahen alle gleich aus: 20, 30 Seiten Polizeiermittlungen, dann Original „United Skins“ und dann irgendwie ein Vermerk von Frau Laggies: Das ist jetzt mehr als sechs Monate her, also stellen wir es ein.

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Haben Sie irgendwie eine Theorie - - Was könnte der Hintergrund gewesen sein?

Zeuge Christoph Kliesing: Fragen Sie mich nicht.

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Ich meine, das ist wieder Spekulation, -

Zeuge Christoph Kliesing: Ja, es sind ... (akustisch unverständlich).

Abgeordneter Lüttmann (SPD): - aber ich finde einfach - - Wir haben es jetzt hier im Raum stehen.

Zeuge Christoph Kliesing: Entweder war sie unfähig, oder sie war faul, oder irgendjemand hat hier gesagt: Wir hätten nichts dagegen, wenn du vergisst, die Sache zu bearbeiten.

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Okay.

Zeuge Christoph Kliesing: Das sind, denke ich, die drei Varianten.

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Und der Zeitraum war so 92 fortfolgende.

Zeuge Christoph Kliesing: Ja, ja, da kam alle paar Monate - - Immer wenn es eine neue Ausgabe gab, gab es ein neues Ermittlungsverfahren. Die gab es dann auch nach seiner Inhaftierung weiter. „United Skins“ ist dann - - In der Untersuchungshaft fiel es Szczepanski schwer, das zu publizieren. Da hat seine Lebensgefährtin - die Mutter von seinem Sohn -, C. S., damals wohl verantwortlich gemacht.

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Okay. - Danke schön.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Keine weiteren Fragen bei der SPD-Fraktion. - Dann sind wir wieder bei der CDU-Fraktion. Herr Dr. Redmann, bitte.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Keine weiteren Fragen, danke.

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/welf

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann wechseln wir zur Fraktion der Linken.

(Abgeordneter Dr. Schöneburg [DIE LINKE]: Keine Fragen!)

Herr Wiese?

(Abgeordneter Wiese [AfD]: Nein, danke!)

Frau Nonnemacher hat weiteren Fragebedarf angekündigt. Bitte schön.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön, Herr Vorsitzender. - Herr Kliesing, ich hätte Sie gerne aus Ihrer mehrere Jahrzehnte umfassenden Kenntnis von Carsten Szczepanski gefragt, wie Sie es bewertet haben oder wie es bei Ihnen angekommen ist, als er sozusagen Dezember 1999 vorzeitig aus der Haft entlassen worden ist, also dass sozusagen mit einer Zweidrittelstrafe der Mordversuch, wo Sie ja als Anwalt tätig waren, dann abgegolten war. Wie bewerten Sie das als Rechtsanwalt und Vertreter?

Zeuge Christoph Kliesing: Das habe ich damals gar nicht mitbekommen, weil bei Strafvollstreckungssachen wird der Nebenklagevertreter gar nicht involviert und gefragt. Ich habe es dann im Nachhinein mitbekommen, und ich denke, die Zweidrittelaussetzung als solche ist normal. Da würde ich jetzt kein Spektakel draus machen.

Das, was mich eher so ein bisschen irritiert hat, ist die Summe der Vergünstigungen während der Haftzeit. Sein Versuch, Halbstrafe zu bekommen, das wäre in der Tat ungewöhnlich gewesen, ist ihm ja dann vom Verfassungsschutz ausgeredet worden. Aber die Zweidrittelaussetzung als solche - - Eher spannend finde ich schon, dass Dieter Borchert ihm dann ein Auto gekauft hat und den Devotionalienhandel gesponsert hat, den er dann unter dem Etikett „esoterische Artikel“ oder so was in Königs Wusterhausen aufgemacht hat Anfang 2000. Da ist er wohl ja auch finanziell unterstützt worden.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön. - Wie haben Sie Carsten Szczepanski aus den Ermittlungsakten und im Gerichtsprozess kennengelernt? Wie ist er mit der Tat umgegangen? Hatten Sie irgendwie den Eindruck, dass er in irgendeiner Form geständig war, Reue gezeigt hat, dass er sich von dieser Tat in Wendisch Rietz innerlich distanziert hat?

Zeuge Christoph Kliesing: Er hat in der Hauptverhandlung selbst nichts gesagt. Ich habe ein paar Erkenntnisse über seine Person aus anderen Akten oder auch aus dem - - Ich glaube, mit dem Psychologen hat er damals in dem Verfahren relativ ausführlich geredet.

Aus seiner Korrespondenz 94, während der Untersuchungshaft, konnte man Rückschlüsse ziehen. Da hat er ganz systematisch Kontakt zu anderen Größen der Naziszene gesucht. Sehr eng waren auch seine Kontakte über das HNG zu Herrn T. (?), und da war von Distanzierung oder Reue nichts zu sehen. Es lag damals wohl

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/welf

auch im Interesse der Abteilung V, dass er sich nicht groß distanziert, sondern dass er sich anders in der Szene bewegt.

Nein, ich denke, wenn man seine Biografie seit 1970 sich anguckt, ergibt sich vieles daraus und es ist logisch; aber 1994/95 war er dann schon sehr in der Szene verhaftet. Fünf Jahre anders hätte das Ganze auch anders ausgehen können.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich würde Ihnen gern noch mal einen Vorhalt vorlesen aus dem Mordversuchs-Urteil gegen Szczepanski vom Landgericht Frankfurt (Oder). Ich zitiere:

Der Angeklagte schrieb kurz nach seiner Inhaftierung einen Brief an die Mutter des Zeugen B. J.[...], in dem es u. a. heißt: „Melde mich bei Ihnen in der Absicht, zu erfahren warum B. J. bei der Polizei gegen mich aussagt. [...] Sollte ich von Ihrem Sohn keine positive Reaktion erhalten müsste ich der Kripo die wahren Begebenheiten erzählen und Ihrem Sohn hier ein Plätzchen anbieten.“

Ist Ihnen das bekannt? Wie würden Sie das juristisch einordnen? Was für ein Schlaglicht wirft das auf Szczepanski? Handelt es sich in Ihren Augen um einen Nötigungsversuch?

Zeuge Christoph Kliesing: Na ja, das ist damals in der Hauptverhandlung verlesen worden, und es ist beim Gericht nicht besonders gut angekommen. Aber Sie müssen sich ein bisschen diese Situation in Wendisch Rietz vergegenwärtigen: Da war K. Mü. erwachsen - auch erst 22, 23 -, da war Carsten Szczepanski gerade 21, glaube ich, und dann waren alle anderen doch deutlich jünger. Szczepanski meinte wohl, noch auf die Druck ausüben zu können. B. J. - das ist derjenige, den Sie meinen -, der hat auch ein paar Jahre dafür bekommen, nebenbei gesagt; das war einer von den Jüngeren.

Das Verfahren ist ja eigentlich erst in Gang gekommen oder richtig in Gang gekommen, weil diese 15-, 16-, 17-Jährigen ausgesagt haben. Die erste Aussage in der Akte datiert vom 9. Mai 1992 von einem dieser jugendlichen Mitläufer, sage ich jetzt mal, und das Verfahren ist in Gang gekommen, weil der - blöd, wie er war - ohne Führerschein Auto gefahren ist und deshalb auf der Rückfahrt von Wendisch Rietz festgenommen worden ist, und dann hat er am Vormittag sozusagen angefangen, alles zu erzählen, was er wusste.

Szczepanski fühlte sich natürlich den Leuten überlegen und hatte wahrscheinlich - B. J. hatte ihn auch massiv belastet, es ging ja da auch um Nuancen: Wer war Antreiber und wer war Mitläufer? B. J. hatte ihn massiv belastet, und es war natürlich seine Hoffnung, dass der das nicht mehr macht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Das Urteil, was das Gericht dann zu Szczepanski ausgesprochen hat, und die Urteilsbegründung - waren Sie damit zufrieden als Anwalt, oder sahen Sie beispielsweise weitere Tatbeiträge von Szczepanski?

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/welf

Zeuge Christoph Kliesing: Zufrieden ist man als Strafrechtler in solchen Sachen selten. Ich mache auch eigentlich sehr ungern Nebenklagen. Ich habe in der damaligen Zeit in drei Komplexen die Nebenklage gemacht, einmal - erinnere ich mich - zum Beispiel in Wittenberge, wo zwei namibische Lehrlinge aus dem Fenster geworfen worden sind, aus dem vierten Stock. Das war damals so die Zeit, wo man was machen musste. Und ich habe da auch kein Strafmaß beantragt in Frankfurt (Oder). Ich habe für einen vernünftigen Schuldspruch gearbeitet. Das Strafmaß ist nach meiner persönlichen Auffassung dann Sache des Gerichts.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich würde gern noch mal auf die Ku-Klux-Klan-Sache zurückkommen. War für Sie nachvollziehbar, dass die Bundesanwaltschaft im September 1992 das Terrorismus-Verfahren gegen den berlin-brandenburgischen Ku-Klux-Klan und gegen Carsten Szczepanski eingestellt hat?

Zeuge Christoph Kliesing: Jein. Bei einer terroristischen Vereinigung müssen drei Mitglieder vorhanden sein. Es ist letztlich von Beese teileingestellt worden - es ist ja nicht richtig eingestellt worden, sondern nach Potsdam abgegeben worden - mit der Begründung, es gebe nur zwei Mitglieder. Ich finde, das war schon eine sehr knirschende Argumentation, insbesondere, wenn man sieht, dass er dann so eine Akte wie S. S. oder auch die Wendisch-Rietz-Akte nicht beigezogen hat, wo er automatisch dann einen größeren Kreis bekommen hätte. Gut, ich bin vom Herzen vielleicht eher Strafverteidiger als Ankläger. Es war sehr wohlwollend, sagen wir mal.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wir haben mehrfach bzw. Sie haben auch mehrfach davon berichtet, dass die Staatsanwaltschaft Potsdam im Oktober 94 das Sprengstoffverfahren gegen Szczepanski eingestellt hat. Sie haben ja auch zitiert, dass da mehrfach nachgefragt worden ist: Was passiert denn da? Oder: Was passiert nicht?

Wie bewerten Sie es, dass die Polizei in der Berliner Wohnung von Szczepanski im Dezember 91 sprengstofftaugliche Chemikalien - Rohrbombenkörper, Kabelanschluss mit Glühbirnen - und in deutlichem Umfang KKK-Propagandamaterial gefunden hat, darunter einen Aufruf, wonach die Klans-Männer in den Untergrund gehen und sich auf den bewaffneten Kampf vorbereiten sollen? Ist Ihnen das irgendwie nachvollziehbar, dass dann dieses abgetrennte Sprengstoffverfahren eingestellt worden ist?

Zeuge Christoph Kliesing: Ich habe eben schon versucht, klarzumachen, dass ich den Einstellungsvermerk von Beese, der für Szczepanski in Bezug auf § 129a wohlwollend war, so lese, dass das eine klare Anweisung war, wegen der anderen Delikte Anklage zu erheben. Dass diese Akte dann in Potsdam nach zwei Jahren unbearbeitet herumlag - ich denke, das war schon strafrechtlich eine Strafvereitelung. Also, da habe ich dann auch wirklich kein Verständnis mehr für. Für einiges - - Das kann ich ja noch interpretieren mit Arbeitsüberlastung und diesem oder jenem, aber dass diese Akte nach zwei Jahren nicht bearbeitet war, das ist meines Erachtens schon fast kriminell.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. Dann danke ich Ihnen.

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/welf

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ich schaue in die Runde und frage: Gibt es weiteren Fragebedarf der Fraktionen? - Das ist nicht der Fall. Dann bleibt mir meine abschließende Frage an die Runde: Ist jemand der Meinung, dass Herr Kliesing vereidigt werden muss? - Ich bin nicht der Meinung. Ist jemand anderer Meinung? - Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann verzichten wir hiermit auf eine Vereidigung. - Frau Nonnemacher.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Herr Vorsitzender, das bezieht sich jetzt nicht auf die Vereidigung, aber der Zeuge hat uns als Ausschuss mehrfach angeboten, dass er seine Unterlagen hier zur Verfügung stellt und uns anbietet, Kopien davon zu ziehen. Ich möchte doch sehr bitten, dass das Ausschusssekretariat von diesem großzügigen und freundlichen Angebot Gebrauch macht.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Herr Welfens hat das mit großen Ohren aufgenommen und wird sich mit Herrn Kliesing in Kontakt begeben.

Zeuge Christoph Kliesing: Ja, überhaupt, wenn Sie also noch irgendwelche konkreten Sachen haben wollen - zum Beispiel, wie viele Ermittlungsverfahren wegen Pressedelikten anhängig waren oder welche Aktenzeichen die hatten -, dann kann ich in meinen Akten in meinem Büro vielleicht auch noch mal nachsehen, ob ich da - - Schreiben Sie mir einfach, und dann suche ich Ihnen das raus.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Vielen Dank für das Angebot. Damit verabschieden wir uns von Ihnen.

[REDACTED]

[REDACTED]

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/Welf

Vernehmung des Zeugen Dr. Michael Lemke

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir setzen die Sitzung fort.

Inzwischen unter uns ist unser nächster Zeuge: Herr Professor Dr. Lemke, ich begrüße Sie sehr herzlich im Namen aller Ausschussmitglieder. Ich darf - oder: muss - Sie im Vorfeld zunächst einmal belehren.

Als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuss unterliegen Sie der Wahrheitspflicht. Das heißt, die von Ihnen gemachten Angaben müssen vollständig sein und der Wahrheit entsprechen. Sie dürfen weder falsche Angaben machen noch wesentliche Umstände, die mit dem Beweisthema im Zusammenhang stehen, verschweigen. Sofern Sie an bestimmte Dinge keine Erinnerung mehr haben, müssen Sie auch dies deutlich zum Ausdruck bringen.

Der Untersuchungsausschuss ist nach § 22 UAG grundsätzlich berechtigt, einen Zeugen am Ende seiner Aussage zu vereidigen. Über eine Vereidigung Ihrer Person wird insoweit noch zu befinden sein.

Falsche Aussagen vor dem Untersuchungsausschuss sind strafbewehrt. Dabei kommt es nicht darauf an, ob Sie Ihre Aussage beeidigen müssen oder nicht.

Falsche uneidliche Aussagen sind nach § 153 Strafgesetzbuch strafbedroht und werden mit Freiheitsstrafe zwischen drei Monaten und fünf Jahren sanktioniert. Im Falle der Annahme einer Strafbarkeit eines Meineides wird der Strafraum des § 154 Strafgesetzbuch, der eine Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr vorsieht, Anwendung finden. - Das sage ich nicht, weil ich Ihnen misstrauere, sondern weil mich das Gesetz zu dieser Belehrung verpflichtet.

Ferner habe ich Sie aber auch über Ihre Rechte gemäß § 19 UAG zu belehren. Danach sind Sie berechtigt, die Auskunft auf solche Fragen zu verweigern, deren Beantwortung Ihnen selbst oder einem der in § 52 Abs. 1 StPO bezeichneten Angehörigen die Gefahr zuziehen würde, wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit verfolgt zu werden. - So weit die Belehrung.

Jetzt bitte ich um einige Angaben zu Ihrer Person. Ich bitte Sie um Vor- und Zunamen, Alter, Beruf und Wohnort.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich habe die Belehrung verstanden. Sie ist mir nicht berufsfremd, sodass das klar ist.

Ich heiße Michael Lemke, bin 73 Jahre alt, bin Ministerialdirigent a. D., das heißt, ich bin 1991 zum Ministerialdirigenten ernannt worden und am 01.09.2008 in den Ruhestand versetzt worden - aus Altersgründen. Mein Beruf war in der Zeit Abteilungsleiter im Justizministerium. Einzelheiten könnte ich Ihnen dazu anschließend, wenn Sie wünschen, erzählen, was der Beruf mit sich bringt.

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/Welf

Nach der Pensionierung habe ich mich für das Evangelische Jugend- und Fürsorgewerk interessiert und bin seit fünf Jahren Vorstandsvorsitzender des Evangelischen Jugend- und Fürsorgewerkes EJV, allerdings im Ehrenamt mit einer kleinen Aufwandsentschädigung, die aber nicht erwähnenswert ist.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Danke. - Wir beginnen mit der Befragung. Ich stelle Ihnen die Eingangsfrage, die ich allen Zeugen stelle: Können Sie uns Ihre berufliche Entwicklung kurz noch mal - Sie haben so ein bisschen schon damit begonnen -, speziell mit Fokus auf die 90er-Jahre, schildern? - Bitte.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Ja, gerne. - Ich bin auf Bitte und auf Fürsorge von Herrn Dr. Faupel, der seinerzeit Staatssekretär im Justizministerium war, im Jahr 1991 aus dem Bundesministerium der Justiz in Bonn nach hier versetzt worden. Das entsprach auch meinem Wunsch. Ich konnte Abteilungsleiter werden, nachdem ich vorher in Bonn Referatsleiter für Strafrecht in der Strafrechtsabteilung war.

Ich hatte den Auftrag, die Strafrechtsabteilung des Justizministeriums zusammen mit der Hausleitung aufzubauen. Als ich angefangen habe, bestand im Ministerium weder eine Strafrechtsabteilung, noch gab es zu der Zeit eine Generalstaatsanwaltschaft, sodass es also auch darum ging, die Strafverfolgungsbehörden des Landes aufzubauen.

Wir haben in den ersten Monaten auch gemeinsam - die späteren Kollegen, die die Generalstaatsanwaltschaft ausmachten, und meine Kollegen, die in der Strafrechtsabteilung bleiben sollten - im selben Gebäude an der Heinrich-Mann-Allee 107 gearbeitet, bis es zu einer Trennung kommen konnte.

Danach wurde dann das normale Verhältnis zwischen Strafverfolgungsbehörden des Landes und der Fachaufsichtsbehörde, das Ministerium, entwickelt, was zunächst mal doch ziemlich viel Arbeit und viel Aufwand in personeller Hinsicht mit sich gebracht hat.

Zu erklären ist dazu: Ein Ministerium ist nicht der Vorgesetzte der Strafverfolgungsbehörden. Es besteht aber zwischen den Strafverfolgungsbehörden und dem Ministerium ein Verhältnis, das man als Fachaufsicht bezeichnet. Das ergibt sich aus dem Gerichtsverfassungsgesetz, §§ 145 und 146. Fachaufsicht heißt, dass der Justizminister berechtigt ist und auch Anspruch darauf hat, über wesentliche Ereignisse, die in der Strafverfolgung des Landes stattfinden, unterrichtet zu werden.

Das ist manchmal etwas kompliziert, weil die Staatsanwaltschaften auch nur aus Juristen, Volljuristen bestehen, sodass insofern eine Unterrichtsverpflichtung gegenüber dem Minister vorsichtig gehandhabt werden muss. Ich habe gelernt - das habe ich aber schon in Bonn gelernt, und das haben wir in Brandenburg dann auch so exerziert, und wir haben das auch mit aus meiner Sicht gutem Erfolg exerziert -, dass der Minister sich im Regelfall einer Weisung gegenüber den Staatsanwaltschaften enthält und dass, was dann meistens den Strafrechtsabteilungsleiter betrifft, er sagt: Regel du das mal bitte mit denen in dieser und jener Frage und lass uns mal von ihnen einfach so erzählen und sagen, was im Einzelfall notwendig ist. - Also, das ist ein

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/Welf

prekäres Verhältnis, das auch nicht eine Brandenburger Spezialität ist, sondern ganz allgemein im deutschen Strafrecht in dem Bereich so funktioniert.

Mein erster Minister war Hans Otto Bräutigam. Er zeichnete sich auch dadurch aus - aus meiner Sicht, und auch heute sehe ich das noch genauso -, dass er ein ausgesprochen feines Gefühl für das Verhältnis zu den Staatsanwaltschaften hatte, sodass wir, solange ich zurückdenken und mich zurückerinnern kann, niemals ein Problem gehabt haben, dass das Berichtswesen etwas ausufern würde aufseiten des Ministeriums oder aufseiten der Staatsanwaltschaft selber. Es hat gut funktioniert.

Im Hause selber war die Verteilung, aus heutiger Sicht gesehen, eher so, dass Herr Dr. Bräutigam sich auf seinen Staatssekretär Dr. Faupel verlassen hat in der Frage, wie der Amtschef das Haus führt, aber auch wie solche Dinge wie der Umgang mit Staatsanwaltschaften dann tatsächlich auch durchgeführt wird. Und der Strafrechtsabteilungsleiter hat diese Dinge - ich würde es mal so sagen - umzusetzen. Das ist vielleicht das Einfachste. Er hat also die politischen Entscheidungen, aber auch die Entscheidungen, die mit Strafrecht zu tun haben, mit strafbaren Handlungen zu tun haben, umzusetzen und hat damit einen Teil der Kontakte zu den Staatsanwaltschaften herzustellen und zu pflegen. - Wenn Sie wollen, kann ich Ihnen später noch mal erzählen, wie das bei uns in der Praxis im Einzelfall abgelaufen ist.

Der zweite Aufgabenbereich des Strafrechtsabteilungsleiters ist die Mitarbeit bei der Gesetzgebung des Bundes im Strafrecht und Strafprozessrecht. Das heißt: Die Länder sind über den Bundesrat in der Gesetzgebung beteiligt. Das, was die Länder - in diesem Fall dann eben auch Brandenburg - im Bundesrat vorzubereiten haben im Bereich des Strafrechtes, wird im Regelfall von der Strafrechtsabteilung vorbereitet nach politischen Vorgaben der Hausleitung.

Natürlich kann man dann, wenn man sich gut mit der Hausleitung versteht, auch von sich aus Initiativen ergreifen, kann Vorschläge machen, und man wird auch dann als Abteilungsleiter im Regelfall in die gemeinsamen Sitzungen aller Abteilungsleiter der Bundesrepublik geschickt, die den Namen Strafrechtsausschuss der Justizministerkonferenz hat. Dort werden Abstimmungsgespräche geführt, und dort werden Gesetzgebungsvorhaben in fachlicher Hinsicht vorbereitet, natürlich auch in entsprechender - vorsichtiger - politischer Hinsicht.

Das wäre eigentlich so erst der Anfang der Arbeit gewesen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Vielen Dank zunächst. - Ich eröffne jetzt die Fragerunde und gebe das Fragerecht an die Fraktion der SPD. Frau Gossmann-Reetz.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Herzlich willkommen, Herr Professor Dr. Lemke. Danke, dass Sie uns zur Verfügung stehen.

Ich möchte Sie zuerst zu den Umständen des sogenannten Dolgenbrodt-Prozesses befragen. Sie waren damals ja schon der Leiter der Abteilung III im Ministerium. Schildern Sie uns doch mal Ihre Erinnerungen. Dieser Prozess war relativ spektakulär. Insbesondere geht es mir da um Besprechungen, Absprachen mit

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/Welf

Staatsanwaltschaften, dem Verfassungsschutz, die in dem Zusammenhang getroffen worden sind.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Ja, tue ich gern, Frau Abgeordnete. - Wir haben verschiedene Ebenen, wenn ich es mal so sagen darf, uns ausgedacht, und wir haben sie dann auch anschließend ausprobiert, und wir haben sie auch anschließend gepflegt.

Zunächst mal zu den Staatsanwaltschaften: Der Kontakt zu den Staatsanwaltschaften hängt wesentlich davon ab, dass der Strafrechtsabteilungsleiter einen solchen Kontakt pflegen kann; ich will es mal so ausdrücken. Das heißt also, er hat einerseits die Möglichkeit, natürlich jederzeit mit dem Leitenden Oberstaatsanwalt - davon gab es in Brandenburg vier: Frankfurt, Neuruppin, Potsdam und Cottbus - und vor allen Dingen mit dem Generalstaatsanwalt in Brandenburg an der Havel persönliche Kontakte zu pflegen und die persönlichen Kontakten auch zu fachlichen Dingen zu nutzen.

Das ist eine Informationsebene, die eher nicht so sachlich und fachlich festgelegt ist, die aber sehr effektiv ist, wenn man sich gut versteht und wenn man miteinander gut umgehen kann. Sie haben Herrn Bröhmer kennengelernt. Ich habe mit Herrn Bröhmer ein ausgesprochen gutes Verhältnis gehabt. Wir haben schon viele Dinge auf informeller Ebene besprechen können, auch ohne dass dadurch ein formales Berichtsverfahren eingeleitet werden musste.

Formal ist es so, dass die Kontakte zwischen dem Ministerium und den Staatsanwaltschaften durch regelmäßige Besprechungen - zwei bis drei Besprechungen mit den Behördenleitern pro Jahr - stattfinden. Der Abteilungsleiter - - Ich lade also dazu ein und lade den Generalstaatsanwalt und die vier Leitenden Oberstaatsanwälte zu Gesprächen ein, schicke vorher eine Tagesordnung, in der ich mitteile, welche Punkte für mich von besonderer Bedeutung sind bei der nächsten Besprechung, und dann werden - so war das immer - im Justizministerium zu dem festgelegten Tag das Thema oder die Themen, um die es ging, besprochen.

Ich habe in der gesamten Zeit, in der ich das gemacht habe, sehr erfreuliche Besprechungen gehabt. Wir haben uns - das muss man einfach so sagen - auch nach langer Zeit ausgesprochen gut persönlich verstanden, was sich auch daran zeigt, dass wir alle insgesamt ein Duzverhältnis nach einiger Zeit hatten und dass wir auch immer das Gefühl hatten: Wir tun uns gegenseitig keinen Tort an, sondern wir unterstützen uns gegenseitig in der Arbeit, um die es hier geht. Und es ging immer in erster Linie ja immer um Strafverfolgung und um vernünftige Abwicklung von strafbaren Handlungen und deren Folgen.

Das ist die Richtung innerhalb der Justiz selber, innerhalb der Staatsanwaltschaften. Vielleicht ein Seitensatz dazu: Entsprechende Dinge zu berichten, konnte es deshalb natürlich nicht geben. Ich bin selbst auch gelernter Richter, wenn ich das so nennen darf. Richter sind unabhängig, und Richter sind natürlich nicht zu Besprechungen einzuladen und sind auch nicht mit an der Tagesordnungsordnung zu versehen, die aus dem Ministerium kommt. Gleichwohl kann man natürlich auch mit Richtern gute

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/Welf

Verhältnisse zu den Fragen, die dann anstehen, haben. Ich kann Ihnen Einzelheiten, wenn Sie das wollen, anhand einiger Beispiele erläutern.

Ich habe es so gehandhabt, dass ich ziemlich viel im Land gefahren bin. Ich habe die Richter aufgesucht in ihren Gerichten, und wenn es etwas zu besprechen gab, dann haben wir das besprochen und dann wusste der jeweilige Richter, wie das Ministerium zu der und der Frage denkt. Ich hatte auch nie das Gefühl gehabt, dass es hier eine Einflussnahme geben könnte, die mit der richterlichen Unabhängigkeit kollidieren könnte.

Auf der anderen Seite - Sie haben es angesprochen, Frau Abgeordnete -: der Kontakt zum Innenministerium. Es ist bekannt - in Deutschland insgesamt -, dass Justiz und Innen gelegentlich etwas gespannte Verhältnisse miteinander haben. Das liegt ein bisschen auch an den Persönlichkeiten, die hier und dort sind. Ich bin insofern ziemlich froh, dass es bei uns in Brandenburg von Anfang an anders gewesen ist.

Das lag aber ein wenig daran, dass wir von Anfang an das Problem hatten, eine überbordende Kriminalitätsentwicklung zu bekämpfen zu einer Zeit, wo es noch keine funktionsfähigen Staatsanwaltschaften gab. Das heißt vereinfacht: Im zweiten Jahr, in dem ich hier war, hatten wir eine Statistik von 60 000 offenen Verfahren, die von Gänzen, wenn ich das so nennen darf, angestellt worden waren, also ganz normale Kriminalität. Wir hatten kaum die Strafverfolgungsbehörden, die damit fertig werden konnten. Das war einfach schwierig. Und man musste eben sehen, dass man - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich würde Sie bitten, in dem Zusammenhang zu dem Dolgenbrodt-Prozess zu kommen, nach dem ich gezielt gefragt habe.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Wie der Dolgenbrodt-Prozess gelaufen ist, das kann ich Ihnen so nicht mehr sagen. Bei Dolgenbrodt ist es so gewesen, dass dort ein Asylbewerberheim angezündet worden ist, bevor die Asylbewerber, die vorgesehen waren, dort einziehen konnten. Das war für meine Begriffe ein Glücksfall insofern, als eben dadurch keine Opfer zu beklagen waren.

Ich habe in Gesprächen mit der Innenseite nach dem Dolgenbrodt-Ereignis sehr deutlich gemacht, dass die Justiz es zumindest für notwendig erachtet, die Konzentration von Asylbewerbern in kleinen Orten und in einzelnen Gebäuden innerhalb der kleinen Orte nach Möglichkeit zu vermeiden, weil das zu großen Schwierigkeiten mit der Bevölkerung führen kann und eigentlich bei genauer Überlegung auch führen muss. Es ist danach auch sofort eine veränderte Unterbringung der Asylbewerber in der Zeit erfolgt, indem - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich muss Sie, entschuldigen Sie, Herr Dr. Lemke, ich möchte Sie unterbrechen. Mir geht es jetzt wirklich um den Prozess Dolgenbrodt und nicht um die Lage im Land.

Ich versuche es mal genauer zu formulieren: In diesem Prozess kam es zu einer Verurteilung, unter anderem, weil es bei dieser Wiederaufnahme zu einer Zeugenaussage durch einen inhaftierten Rechtsextremisten kam. Dieser wurde

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/Welf

damals - ich sage mal - schon vom Verfassungsschutz betreut. Vorab hat die Staatsanwältin Frau Marx diesen Häftling aufgesucht.

Wir haben Frau Marx dazu hier in einer der letzten Sitzungen befragt. Sie hat uns gegenüber erklärt, dass sie keine Zusagen gegenüber diesem Zeugen in Aussicht gestellt hat.

Können Sie uns dazu etwas sagen? Oder können Sie definitiv ausschließen aus Ihrem Wissen und aus den Gesprächen, die mit der Staatsanwaltschaft und dem Innenministerium damals stattgefunden haben, dass es damals Hafterleichterungen oder sogar eine Haftentlassung mal in Aussicht gestellt worden sind?

Zeuge Dr. Michael Lemke: Das kann ich in der Sache nicht ausschließen, weil ich das nicht weiß. Ich kann nur sagen: Das ist mir nicht bekannt geworden, was Sie angesprochen haben, Frau Abgeordnete. Dass Zusagen gemacht worden sind seitens der Staatsanwaltschaft, kann ich auch nicht bestätigen. Es ist uns nichts Derartiges berichtet worden, sodass wir das auch nicht wissen konnten.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. - Dann würde ich Ihnen gern einen Vorhalt machen: ein Gesprächsvermerk. Da beziehen Sie sich auf einen weiteren Zeugen, auf K. Mü., und Sie sagen - - in diesem Gesprächsvermerk werden Sie dahingehend zitiert, dass Sie sagen, Sie glauben, dieser hat sich gemeldet, weil er die gegenüber Szczepanski erwähnten Vorteile innerhalb des Vollzugs auch gern in Anspruch nehmen würde. - Um welche Vorteile ging es denn da?

Zeuge Dr. Michael Lemke: Ich verstehe die Frage insofern nicht: Ich habe mit Vollzug nie etwas zu tun gehabt. Dafür gibt es eine eigene Strafvollzugsabteilung. Was dort besprochen worden ist, wird innerhalb des Hauses in der Regel zwischen den Abteilungen nicht erörtert. Ich kann dazu nichts sagen. Es tut mir leid.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, Sie können mir versichern, dass Herr Szczepanski keine Vorteile, auf die sich - -

Zeuge Dr. Michael Lemke: Das kann ich Ihnen nicht versichern, dass er keine Vorteile versprochen hat, sondern ich kann Ihnen nur versichern, dass ich davon nichts erfahren habe und nichts darüber weiß.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Später hat Herr LOStA Lehmann Sie - ich nenne es mal - bezichtigt, Herrn Szczepanski sogar eine Halbstrafenentlassung in Aussicht gestellt zu haben. Ist Ihnen das nicht Erinnerung?

Zeuge Dr. Michael Lemke: Ich soll ihm das in Aussicht gestellt haben?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Zumindest behauptete das Herr Lehmann mal, ja.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Das ist mir völlig neu. Das wäre auch ganz und gar nicht meine Erfahrung, meine richterlichen Tätigkeiten, die ich vorher hatte, und meinen Job, den ich dort - -

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/Welf

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich habe sogar lesen können, dass Sie im Januar 96 den LOStA Frankfurt (Oder) um einen Bericht bitten, weil der Generalstaatsanwalt gegenüber dem Ministerium angab, dass er diese Erkenntnis - spricht dass Sie diese Sachen in Aussicht gestellt haben - aus einem Telefonat mit Herrn Lehmann habe.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Daran kann ich mich überhaupt nicht erinnern. Ich bitte da um Entschuldigung, aber das weiß ich nicht mehr. Das ist wohl so, wie Sie - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Herr Lehmann schreibt später, er habe bei Ihnen vorgesprochen, um abzuklären, ob Sie Bedenken gegen eine vorläufige Einstellung eines Verfahrens gegen Herrn Szczepanski haben. Er sei nämlich von der Abteilung V darum gebeten worden und wolle deswegen Sie bitten, ihn bei Herrn Dertinger einzuführen, damit er die Bitte des Verfassungsschutzes anbringen könne.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Das war 1996. Ich kann mich an so etwas nicht erinnern. Das tut mir leid.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und Sie hätten dabei angeblich angegeben - das ergibt sich aus unseren Unterlagen -, dass Sie der Aussetzung des Strafrestes von Szczepanski zustimmen wollen.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Ich?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja, Sie persönlich, und mit dem Zusatz: „Das macht auch der Bräutigam“. So werden Sie dort zitiert.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Wo werde ich denn bitte mit so etwas zitiert? Das weiß ich nicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich suche Ihnen die Vorhalte raus. Warten Sie.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Das ist handschriftlich von Ihnen unterschrieben.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Das bin ich. Das ist richtig.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Genau. Das ist von Ihnen, und das ist auch von Ihnen. Sie können sich beides mal in Ruhe angucken, nur die Seite.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Frau Gossmann-Reetz, wir bräuchten eine genauere Angabe für das Protokoll. Ich bitte, das Protokoll damit zu versorgen, ja?

(Der Zeuge liest in den Unterlagen)

Zeuge Dr. Michael Lemke: Hier steht aber auch:

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/Welf

Ich habe Veranlassung, [...] darauf hinzuweisen, daß ich zu keinem Zeitpunkt die genannte Halbstrafenentlassung [...] in Aussicht gestellt habe [...].¹

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich sagte ja, Herr Lehmann hat das telefonisch behauptet. Wie kam es denn dazu?

Zeuge Dr. Michael Lemke: Das weiß ich nicht mehr. Entschuldigen Sie, das ist 1996 gewesen. Das ist also etliche - - Aber das scheint mir doch klar zu sein, dass dann von mir aus keine entsprechende Erklärung abgegeben worden ist.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich habe Sie ja auch gefragt, wie es denn damals dazu kam, dass Sie gar keine Erinnerung daran haben.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Das ist, glaube ich, mal so, dass man bei so vielen Geschäften, wie wir sie gehabt haben, an so was keine Erinnerung mehr hat, wenn es inhaltlich ohnehin etwas anderes ist, als Sie eben gesagt haben. Das steht nämlich genau nicht drin, dass ich ein Halbstrafengesuch gerechtfertigt habe.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich sagte, er bezichtigte Sie. Ich möchte richtig zitiert werden, Herr Lemke.

1999 haben Sie dann von der Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) einen Bericht über den Stand des Vollstreckungsverfahrens gegen Szczepanski hinsichtlich der Aussetzung der Reststrafe auf Bewährung angefordert. War das normal, dass Sie von der Abteilung III solche Berichte über inhaftierte Rechtsextremisten anfordern?

Zeuge Dr. Michael Lemke: Nein, das ist nicht normal. Das ist unüblich. Da muss es irgendeinen Grund gegeben haben, warum ich den Auftrag hatte, das zu bekommen. Es ist normalerweise eine Frage der Strafvollzugsabteilung bei uns.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Können Sie sich irgendwie erinnern, warum Sie das gemacht haben? Szczepanski ist ja, wie gesagt, nun schon ein außerordentlicher Fall.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Das weiß ich nicht mehr. Das ist jetzt für mich auch ein bisschen sehr schwierig. Also, es ist 1999 - - Es ist 18 Jahre her. Dazwischen hat sich eine ganze Menge ereignet und - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. - Dann kommen wir noch mal zurück zu der Prozesszeit. Damals haben, wie gesagt, Gespräche stattgefunden, an denen Sie auch mit teilgenommen haben. Da ging es um die beschränkte Aussagegenehmigung der Staatsanwältin Marx. Welche Erinnerungen haben Sie hieran?

Zeuge Dr. Michael Lemke: Gar keine.

¹ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: 205A Js 110/95 V A, Handakte Bd. IV, Blatt 101.

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/Welf

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ab wann ist Ihnen denn bekannt geworden, dass Herr Szczepanski eine Quelle für den Verfassungsschutz ist?

Zeuge Dr. Michael Lemke: Kann ich Ihnen nicht weiterhelfen, es tut mir leid - auch mit Überlegen nicht. Ich weiß das nicht. Ich weiß zu diesen Dingen nichts mehr, was heute von Relevanz sein könnte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Haben Sie das öfter erlebt, dass Häftlinge für den Verfassungsschutz arbeiten?

Zeuge Dr. Michael Lemke: Das soll es geben, ja. Das gibt es heute ja auch noch. Das sind dann wahrscheinlich V-Leute oder manchmal verdeckte Ermittler. Aber das ist ja auch keine Geschichte, die ich beantworten muss, denn ich habe für den Verfassungsschutz keine Verantwortung und auch keine Aufgaben gehabt. Das ist eine Sache, die das Innenministerium Ihnen sagen muss.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Wir sind in der letzten Minute.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich gebe erst mal weiter und höre zu.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann wechselt das Fragerecht zur Fraktion der CDU. Herr Dr. Redmann beginnt.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Guten Tag, Herr Lemke. - In einem von Ihnen gezeichneten Vermerk vom 18.10.1995 heißt es wörtlich:

[A]m Nachmittag des 17.10.1995 [haben] sowohl Herr AL V MI

- Herr Pfaff -

als auch LOStA Bröhmer

- vom Generalstaatsanwalt -

mit großem Nachdruck

- unterstrichen -

die Zustimmung der Abteilung III zu erlangen versucht, der Staatsanwältin [...] die Aussagegenehmigung zu versagen.²

Wenn ich Ihnen diesen Vorhalt mache, klingt da was bei Ihnen? Kommt da ein bisschen Erinnerung zurück? Das scheint ja doch ein Vorgang gewesen zu sein, der, sagen wir mal, nicht so ganz alltäglich war.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Geht es da weiter um Frau Marx?

² Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BB-9/1 b, Blatt 111.

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/Welf

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ja, ja.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Dann gilt dasselbe, was ich eben der Kollegin sagen musste: Ich weiß es wirklich nicht mehr, was wir damals besprochen haben. Das ist aber auch ein klein bisschen überraschend, wenn ich jetzt hier so gebeten werde, und dann soll ich plötzlich Vermerke, die ich vor 30 Jahren oder 25 Jahren gemacht habe - - vorgehalten bekomme. Das überfordert mich. Sie haben ja den Vermerk.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ich versuche ja, durch den Vorhalt - fühlen Sie sich jetzt bitte nicht vorgeführt - Ihrem Erinnerungsvermögen vielleicht auch zu helfen. Wir haben es schon bei einigen Zeugen erlebt, dass dann, wenn man ihnen Details aus dieser Zeit zur Kenntnis gibt, doch auch Erinnerung zurückkommt.

Ich versuche es mal mit noch einem Vorhalt, in der Hoffnung, dass wir da irgendwie vielleicht - -

Zeuge Dr. Michael Lemke: Es tut mir wirklich leid, aber - - Ich weiß nicht, ob Sie wissen, wie viele Vermerke man im Laufe eines 18-jährigen Abteilungsleiterlebens schreibt und nach oben schickt und in welchem Zusammenhang auch.

Ich kann mir das nur so erklären, dass wir - und so würde ich das heute auch sehen - damals das, was ich ... (akustisch unverständlich), nicht so entscheidend wichtig gefunden haben gegenüber anderen Vorgängen.

Natürlich habe ich vor allen Dingen, was ganz unüblich war, auch nicht etwa eine Kopie für mich oder sonst etwas - - Unterlagen habe ich dazu natürlich nicht. Insofern ist es wirklich nur eine Frage des Gedächtnisses. Und da habe ich ein bisschen Probleme, obwohl ich das Gefühl habe, dass das Langzeitgedächtnis, wie es so schön heißt, nicht schlechter wird. Aber das ist einfach aus heutiger Sicht ganz problematisch, einen Vermerk - irgendeinen Vermerk - wie den, der 25 Jahre zurückliegt, auch nur zu erinnern. - Ich versuche, das zu erklären.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Lassen Sie es uns trotzdem versuchen.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Bitte?

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Lassen Sie es uns trotzdem weiter versuchen.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Aber natürlich.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Herr Dr. Redmann, bitte.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ich bleibe trotzdem noch dabei, weil: Es geht, glaube ich, nicht nur um Vermerke und so Alltagsgeschäfte, sondern da gab es wirklich auch hochkarätig angesiedelte Besprechungen. Ich weiß nicht, ob - - Am Anfang kam es regelmäßig vor zum Beispiel, dass Sie Besprechungen hatten mit dem Leiter der Abteilung V, mit dem - -

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/Welf

Zeuge Dr. Michael Lemke: Ja, das wollte ich vorhin eigentlich noch erzählen, aber das durfte ich nicht mehr.

Ich hatte das so verstanden, dass ich auch gefragt hätte, wie der Kontakt zum Innenministerium stattgefunden hat in der Zeit. Wir haben ganz regelmäßig sogenannte Vieraugen-, Sechsaugengespräche geführt auf Abteilungsleiterenebene, einmal mit dem Abteilungsleiter IV, der für die Polizei zuständig war, und mit dem Abteilungsleiter V, der für den Verfassungsschutz zuständig war.

Es war so, dass in der Innenseite niemals beide Abteilungsleiter gleichzeitig dabei waren, weil das Trennungsgebot gilt, sodass ich also abwechselnd mit beiden reden musste.

Das habe ich getan und das hat auch dazu geführt, dass wir verschiedene Themen natürlich auch unterschiedlich besprochen haben. Die Verfassungsschutzfragen wurden bei den Gesprächen mit der Abteilung V gemacht und die normalen Strafverfolgungsprobleme mit der Abteilung IV - Polizeieinsatz und was alles damit zusammenhängt -, sodass das, was Sie sagen, Herr Abgeordneter, eigentlich ein ganz normales Gespräch war aus meiner Erinnerung. Ich habe mit Herrn Pfaff x-Mal zusammengesessen. Das haben wir in der Regel drei-, viermal im Jahr gemacht. Wenn man das mit zwei Abteilungsleitern des Innenministeriums macht, hat man schon acht Gespräche im Jahr, außer denen mit den Staatsanwaltschaften, die ich erwähnt habe.

Ich bitte da einfach um Verständnis dafür, dass mich die Erinnerung an Einzelheiten in irgendeinem Gespräch von vor so und so viel Jahren überfordert. Das schaffe ich nicht.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Das Gespräch, um das es uns ging, ist, glaube ich, auch kein routinemäßiges Vier- oder Sechsaugengespräch gewesen, sondern war am 18.10.95 durchaus eine etwas größere Runde, unter anderem mit Pfaff und Keseberg vom Verfassungsschutz, Bröhmer von der Generalstaatsanwaltschaft, Hundertmark und Staatsanwältin Marx von der Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder), und ging auch, glaube ich, weniger um das Allgemeine, sondern sehr konkret um das Dolgenbrodt-Verfahren. - Daran kommt auch, wenn ich Ihnen das so berichte, keine Erinnerung zurück.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Nein, auch deshalb nicht, weil das eigentlich in den Aufgabenbereich der Abteilung III damals auch nicht gefallen ist. Diese Fragen sind nicht unsere Fragen gewesen. Dass ich dabei war, ist klar, weil wir uns ja immer gegenseitig eingeladen haben.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Es ging ja um die Frage der Aussagegenehmigung für die Staatsanwältin Marx.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Die Aussagegenehmigung wird nicht von einem Ministerium erteilt.

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/Welf

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Aber sie ist offensichtlich von einem Ministerium erörtert worden.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Ja, das weiß ich nicht mehr. Das tut mir leid. Was Frau Marx damals gesagt und getan hat, da kann ich nichts zu sagen. Das ist aber jedenfalls aus der heutigen Sicht auch im Gespräch ganz eindeutig kein Vorgang gewesen, bei dem wir das Gefühl hatten, dass es ein besonders aufregender Vorgang ist. Es gab andere, die einen sehr viel mehr belastet haben und bei denen anders gehandelt werden musste. Das ist ziemlich eindeutig so.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Wenn Sie regelmäßig auch mit dem Verfassungsschutz und dem Leiter des Verfassungsschutzes zusammensaßen, wurden bei diesen Gelegenheiten auch Bitten des Verfassungsschutzes an Sie herangetragen, mit Verfahren, an denen V-Leute beteiligt waren, in besonderer Weise umzugehen - möglicherweise zugunsten der V-Leute, gerade was so Verfahrenseinstellungen oder dergleichen anging? Oder ist Ihnen so was nicht Erinnerung?

Zeuge Dr. Michael Lemke: Nein, das hat mit Erinnerung diesmal nichts zu tun. Das hat es nicht gegeben. Darüber war zwischen uns völlige Klarheit, dass solche Ansinnen an die Strafrechtsabteilung des Ministeriums nicht geteilt worden sind. Wenn, dann haben wir miteinander gesprochen, dass so etwas erfolgt. Über den V-Mann-Einsatz im Einzelnen haben wir auch nicht gesprochen. Das hätte ich auch nicht erfahren sollen.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Wir haben in der Akte einen Bericht vom 20.12.1995 gefunden. Darin schreibt der Herr Lehmann, dass er am 10.10.1995 auf Bitten des Abteilungsleiters V des Innenministeriums mit dem Leitenden Oberstaatsanwalt Potsdam wegen einer vorläufigen Verfahrenseinstellung gesprochen habe, weil er sich wegen der guten Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz „zu einem Entgegenkommen verpflichtet“ fühle. - Ist das ein Vorgang - - Haben Sie da eine Erinnerung, an den Vorgang an sich?

Zeuge Dr. Michael Lemke: Nein.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Und wenn Sie den jetzt so hören: Wie würden Sie den bewerten? Ist das was, was - -

Zeuge Dr. Michael Lemke: Darf ich zurückfragen?

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ja.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Ist das ein Vermerk von mir?

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Nein, ich habe ja gesagt: Das ist in einem Bericht von Herrn Lehmann.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Ja, sehen Sie. Deswegen habe ich auch ein Problem, mich an diesen Bericht zu erinnern. Das ist klar.

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/Welf

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Natürlich, ja.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Ich würde auch mal sagen: Der Inhalt eines solchen Berichtes ist prinzipiell etwas ganz Normales. Natürlich wird bei ganz normaler Kriminalitätsbekämpfung auch über solche Schritte nachgedacht. Es wird auch darüber diskutiert. Wenn der Herr Pfaff einen entsprechenden Hinweis bei Herrn Lehmann gegeben hat, dann halte ich das für denkbar, dass das so ist.

Ich weiß aber jetzt auch nicht, weil der Bericht ja dann offenbar - - wie es denn ausgegangen ist, ob es tatsächlich dazu geführt hat. Ich glaube, eher nicht; kann ich mich jedenfalls nicht dran erinnern, dass es da in diesen Bereichen irgendwelche besonderen Entgegenkommen gegenüber Tätern gegeben hat.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Aber Sie haben doch gerade gesagt, dass es eigentlich sehr unüblich wäre, dass seitens des Verfassungsschutzes - - oder es sei nach Ihrer Einschätzung gar nicht vorgekommen, dass der Verfassungsschutz solche Bitten überhaupt zum Beispiel an die Justiz herangetragen hätte. Das wäre ja dann doch - das, was wir hier gefunden haben, was der Herr Lehmann da aufgeschrieben hat - eine große Merkwürdigkeit, wenn ein Staatsanwalt wegen der guten Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz sich zu einem Entgegenkommen verpflichtet fühlen soll.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Ich glaube, das ist auch vom Gespräch her dann etwas anders, wenn so etwas so läuft. Dann wird aus der Seite des Verfassungsschutzes berichtet, was gewesen ist. Dann wird darum gefragt: Wir als Verfassungsschützer haben die Möglichkeit oder denken, dass man dem entgegenkommen könnte. Und was, bitte schön, hat die sonstiges Justiz da Probleme mit oder das nicht - -

Das heißt also, das ist keine Bitte in dem Sinne; das ist ein Bericht mit einer Frage. Darauf haben wir mit Sicherheit geantwortet, aber ich weiß nicht mehr genau mit Sicherheit, was wir geantwortet haben. Ob es tatsächlich dazu geführt hat oder nicht, kann ich einfach nicht sagen.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Dass man sich als Staatsanwaltschaft dann quasi vielleicht verpflichtet fühlen kann, wenn der Verfassungsschutz einem so weitergeholfen hat, -

Zeuge Dr. Michael Lemke: Nee.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): - das können Sie nachvollziehen?

Zeuge Dr. Michael Lemke: Nein, das habe ich auch nicht gesagt.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Was denn?

Zeuge Dr. Michael Lemke: Ich habe gesagt, dass man als Staatsanwaltschaft dem folgen kann, aber ohne sich verpflichtet zu fühlen. Das ist natürlich eine eigene Entscheidung der Staatsanwaltschaft, die erst dann, wenn sie getroffen worden ist, zu einem möglichen Bericht an das Ministerium führt, es sei denn - und das ist hier auch

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/Welf

nicht gesagt worden -, dass ein Staatsanwalt mal sagt: Das kann ich nicht entscheiden. Da muss ich erst im Ministerium nachfragen, ob das geht oder nicht.

Das ist genau das, was ich am Anfang versucht habe klarzumachen: dass das Miteinander eine komplizierte Angelegenheit gewesen ist. So wie Sie es darstellen, Herr Abgeordneter, denke ich, dass der Verfassungsschutz die Staatsanwaltschaft gefragt hat, ob sie damit einverstanden sein könnte, ohne zu sagen: „Seid mal brav und macht das mal“ oder so etwas in die Richtung, und dass der Staatsanwalt sich zu was weiß ich im Moment nicht entschieden hat, das zu machen, und dann gesagt hat: „Ja, machen wir“ oder: „Wir machen es nicht“.

Also, da ist keine Einflussnahme des Verfassungsschutzes auf die Staatsanwaltschaft zu sehen, sondern einfach eine Frage an den Staatsanwalt, was er zu so einem Vorschlag zu sagen hat und was er davon hält. So würde ich es jetzt interpretieren. Und ich glaube, das war auch so.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Wir kommen zur Fraktion der Linken. Wer möchte? - Frau Johlige, bitte.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Auch von mir ein herzliches Willkommen. - Ich möchte jetzt gar nicht auf einzelne Unterredungen hinaus. Ich möchte aber schon noch mal diesen Vorgang, wo wir eigentlich gerade hinwollen, vielleicht ein bisschen einordnen. Weil: Ich glaube, das war jetzt auch nicht so was, was sozusagen so super Routine und alltäglich ist. Ich könnte mir zumindest vorstellen, dass das in der Zeit auch einen gewissen Stellenwert gehabt hat.

Wir haben diesen Dolgenbrodt-Prozess, der ja auch eine gewisse öffentliche und mediale Wahrnehmung hatte, der schon auch an verschiedenen Stellen, sicherlich im Landtag, in den Ministerien, eine Rolle gespielt hat. Wir haben dann die Situation, dass in den Prozess durch eine Staatsanwältin ein Zeuge eingebracht wird, mit dem sie sich das eine oder andere Mal vorher getroffen hatte - wahrscheinlich zweimal, ersehen wir aus den Akten. Den hat sie also dort, in der Untersuchungshaftanstalt, getroffen und ihn dort besucht, wahrscheinlich auch gemeinsam mit einem Mitarbeiter des Verfassungsschutzes, weil der sich angedient hat. Sie gibt dann in dem Prozess eine Prozessklärung ab, dass sie tatsächlich diesen Zeugen besucht hat. Dann wird beantragt, dass sie aussagen soll, was sie da eigentlich beredet hat.

Nun passiert - aus unserer Sicht - Folgendes: Alle werden ganz nervös, weil - huch -: Wir bahnen ja mit dem gerade irgendwie eine Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz an. Davon hat die Staatsanwaltschaft Kenntnis, und man sorgt sich darum, dass diese Anbahnung quasi irgendwie bekannt werden könnte über diesen Prozess. - Das ist eigentlich der Punkt, um den es geht.

Dann passiert - - zumindest, was wir in den Akten sehen: Dann wird es auf einmal sehr, sehr schnell sehr wild. Das Innenministerium teilt dem Justizministerium - also unter anderem Ihnen - mit: Bitte versagt die Aussagegenehmigung, weil, wenn das jetzt irgendwie bekannt wird, dass der möglicherweise mit uns zusammenarbeitet,

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/Welf

dann wird der Zeugenschutz sehr teuer; stellen wir als Innenministerium dem Justizministerium dann in Rechnung, wenn ihr schuld seid. Und dann gibt es Besprechungen und Ähnliches. Und eigentlich läuft alles auf Sie zu. Sie machen mehrere lange Vermerke dazu, sieben, acht Seiten - und wir haben jetzt sehr viele Vermerke in den Akten. Also, da ist ja eine Brisanz drin. Insofern wundern wir uns jetzt auch ein bisschen, wenn Sie an diesem gesamten Vorgang überhaupt keine Erinnerung haben.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Ja, das ist ein kleines Problem für mich, was ich dazu sagen soll. Ich meine, wenn ich Ihnen sage, ich habe keine Erinnerung an den Vorgang, dann ist das erst mal tatsächlich so, wie ich das sage. Und so wie Sie es mir jetzt dargestellt haben, ist es immer noch nicht so.

Ich versuche, das zu erklären einfach von der Situation im Jahre 1995 und in den vorhergehenden Jahren her. Das war die Zeit, in der es in Brandenburg eine große Anzahl von rechtsextremistischen Straftaten gegeben hat, unter anderem acht unsägliche Brandanschläge auf Asylbewerberheime, die nur durch schieren Zufall nicht zu schweren Schäden bei Menschen geführt haben.

Dann war das die Zeit, in der es in Brandenburg erstmalig das Auftreten der organisierten Kriminalität gab, witzigerweise im Übrigen ganz anders als heute: Es war das, was man später auch mal gehabt hat: Viehdiebstähle, Großviehdiebstähle in großem Umfang. Es war die Zeit, in der der Aufbau der Staatsanwaltschaften eigentlich so ganz langsam abgeschlossen war, sodass die normale Funktionsfähigkeit der Staatsanwaltschaften dabei bestanden hat, und indem man zugleich mit dem Innenministerium - ich in dem Falle - versucht hat, ein vernünftiges Verhältnis zu haben.

Das heißt also, ich habe schon das Gefühl: Wenn ich das damals so gesehen habe, dann war das zunächst mal eine relativ routinierte Angelegenheit. Denn interessant für das Justizministerium war in allererster Linie - wenn Sie das Stichwort Dolgenbrodt nehmen; das gilt für Dolgenbrodt genau wie für die anderen Brandanschläge - die Tatsache des Brandanschlages. Das war der politisch komplizierteste Sachverhalt.

Das Zweite, was dabei wichtig war: dass die Staatsanwaltschaft den ordentlich verfolgt - ich will es mal so sagen -, dass da alles seine Richtigkeit dabei hat. Davon konnte man ausgehen. Ich habe auch heute nicht gehört, dass das nicht der Fall gewesen ist.

Weniger interessant war für mich, in meiner Funktion, auch wenn ich gelernter Richter war, dass dieses Verfahren nun inzwischen bei Gericht war, dass es zu einem Gerichtsverfahren geführt hat, bei dem ein Ministerium keinen Einfluss hat und bei dem die Richter nun als Instanz die Angelegenheit übernommen haben. Und wir durften das Vertrauen haben, dass das auch einigermaßen läuft.

Das heißt also: Das Gesamtbild, das ich hier jetzt habe, hieße so: Es hat in dem Jahr nur dieses Ding stattgefunden, und ich habe nur die Vermerke geschrieben. Das ist ein ganz kleiner Teil dessen, der wirklich abgelaufen ist. Ich glaube auch, dass wir damals berechtigt waren vor dem Hintergrund, den ich eben geschildert habe, die Wertigkeit dieser Dinge etwas anders einzuschätzen.

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/Welf

Jetzt sage ich noch etwas Persönliches: Frau Marx war auch eine der schwierigeren Staatsanwältinnen, wenn ich das mal so sagen darf. Frau Marx war auch eine der selbständigeren Staatsanwältinnen, die möglicherweise die Frage, was sie dem Ministerium zu berichten hat, auch selbst entschieden hat und auch anders entschieden hat als der mir übergeordnete Staatssekretär. Es hat da also gelegentlich auch Schwierigkeiten gegeben. Das kann man so sagen.

Frau Marx hat auch deswegen gelegentlich innerhalb ihrer Behörde entsprechende Antworten ihres Leitenden Oberstaatsanwaltes erfahren, sodass das ein Gesamtbild ist, das etwas anders dargestellt wird, als wenn Sie sagen, ich habe sechs Seiten geschrieben, und das war das Entscheidende dabei. Ich habe vielleicht die sechs Seiten geschrieben; ich bestreite das natürlich nicht, vor allen Dingen nicht, wenn ich sie unterschrieben habe. Das ist ja klar. Aber ich habe sie vor dem Hintergrund einer großen Anzahl sonstiger Ereignisse unterschrieben und habe sie auch, glaube ich, nicht unbedingt für so wichtig gehalten, wie sie heute wohl zu Recht gesehen werden. Das muss man, glaube ich, konzedieren, und das muss ich, glaube ich, auch dürfen aus der damaligen Zeit.

Jetzt wollte ich noch was sagen, das habe ich vergessen. Ich bitte um Entschuldigung.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Na gut, ich glaube, dann kommen wir an der Stelle nicht weiter.

Dann wäre meine Bitte, dass Sie uns noch mal ein bisschen intensiver schildern, ob es noch andere Fälle aus Ihrer Sicht gegeben hat - in den 18 Jahren, in denen Sie da Abteilungsleiter waren -, wo es passierte, dass V-Männer des Verfassungsschutzes in Prozessen dahingehend geschützt werden mussten, dass in dem Prozess nicht bekannt werden sollte, dass sie mit dem Verfassungsschutz zusammenarbeiten, und dann, durch welche Maßnahmen auch so was gesichert wird.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Fälle, wo es so gewesen ist, wie Sie es geschildert haben, kenne ich nicht. Daran kann ich mich auch nicht erinnern. Das wäre uns wahrscheinlich auch nicht mitgeteilt worden, weil sich das Ganze innerhalb des Prozesses - also in der Gerichtssphäre - abspielt.

Wir haben immer den Grundsatz gehabt, dass in dem Moment, wo die Anklage erhoben wird, das Ende der staatsanwaltschaftlichen Tätigkeit für diesen Teil, wo wir mit involviert sein könnten - - dass es damit erreicht ist und dass die Sache dann bei Gericht ist. Das habe ich mal so genannt: Von da an liegt der Ball im Vorgarten des Gerichts, und wir können uns zurücklehnen und können in Ruhe die Sache laufen lassen. - Das ist also nur so vom Äußeren her.

Die Frage, die Sie direkt ansprechen: Ich bin ziemlich sicher, dass es das gegeben hat, dass V-Leute vor Gericht geschützt werden und dass V-Leute - - Ich glaube, wir haben das gerade jetzt ja doch wieder erlebt, was V-Leute unter Umständen anrichten können, sodass es also nicht nur eine Frage des Schutzes der V-Leute ist, sondern auch eine Frage der Kontrolle der V-Leute. Aber diese Fragen bitte ich netterweise dem Innenministerium zu stellen und nicht dem Justizministerium, weil die Justiz tut

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/Welf

nichts dazu, und die Justiz bezahlt das auch nicht, wenn es ein Zeugenschutzprogramm ist. Das sind Kosten des Innenministeriums.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Okay. - Dann habe ich noch eine - möglicherweise auch abstrakte - Frage. Das ist zwar in dem Zusammenhang so geschrieben worden, aber mich würde interessieren, wie Sie das einschätzen würden, wenn es Ihnen unterkommt: Da gab es ein Schreiben von Herrn Pfaff an den Leitenden Oberstaatsanwalt in Frankfurt (Oder) am 16.10.1995 genau zu dieser Frage, wie das in den Prozess eingeführt werden soll.

Die Offenbarung der von Seiten Sz's bestehenden Kontakte zu Verfassungsschutzbehörden führt zu aktueller Lebensgefährdung über Jahrzehnte, und zwar jetzt, während des Verweils in der Haftanstalt, als auch im Falle einer späteren Entlassung. Zu seinem Schutz werden - und das belegen vielerlei Erfahrungen - Aufwendungen in Höhe mehrerer Millionen DM entstehen. Hierfür werden die Justizbehörden haftbar gemacht.³

Da würde mich einfach interessieren: Sie als Abteilungsleiter - - Auf welcher Rechtsgrundlage könnte denn ein Innenministerium eine Justizbehörde haftbar machen für die Enttarnung eines V-Manns?

Zeuge Dr. Michael Lemke: Da würde ich sagen: Das kann sie gar nicht. Ich würde auch sagen, dass das, was Herr Pfaff da gesagt hat, mit der Rechtslage nicht übereinstimmt. Die Kosten trägt auch nicht die Justiz, sondern die trägt wirklich das Innenministerium, wobei das natürlich egal ist. Es geht ja in den gesamten Landeshaushalt. Also, das ist nur eine Frage, welche der Positionen des Landeshaushaltes davon betroffen sind.

Mir kommt bei diesem Zitat, das Sie haben, auch die Dramatik etwas hochgestochen vor. Ich weiß nicht: Ich kenne Herrn Pfaff noch und ich kann mir vorstellen, dass das genauso hochgestochen war, ohne das zu sein. Millionen kostet das nicht.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Aber man könnte das ja zumindest schon interpretieren, dass da auch ein Stück weit Druck ausgeübt werden sollte auf die Justiz.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Das hätte ich mir aber auch nicht sagen lassen. Das tut mir leid. Druck auf mich konnte Herr Pfaff auf die Art nicht ausüben. Das ist völlig klar.

Ich hätte ihm natürlich auch - und das war ja auch der Sinn der Gespräche, die wir mit der Innenseite geführt haben - - dass wir solche Dinge vor Ort zu zweit besprechen, bevor wir da irgendwelche Schreibereien deswegen machen, und dass wir mal sagen: „Lassen wir die Finger davon“ oder: „Es ist eure Sache, was ihr mit dem V-Mann macht“. Das ist auch deren Sache, wobei ich gar nicht bestreite, dass in der Strafprozessordnung auch Vorschriften über den Einsatz von V-Leuten - was sie dürfen und was sie nicht dürfen - stehen. Da ist Justiz gefragt, aber nicht, ob er

³ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: Generalakten betreffend Strafverfahren gegen Silvio J., MdJEV, Blatt 3.

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/Welf

überhaupt eingesetzt wird und was mit ihm hinterher passiert, ob er in ein Zeugenschutzprogramm muss oder nicht. Das ist Innensache dabei.

Mit den V-Leuten ist das eben auch ein Problem, das für meine Begriffe auch sogar den Studenten nicht beizubringen ist. Ich habe das in meinen Vorlesungen versucht. Das ist insofern so: Ein V-Mann ist ein Mensch aus der kriminellen Szene, ganz allgemein gesagt, sonst wäre er kein V-Mann, sondern sonst wäre er ein verdeckter Ermittler, wenn er von der Polizei eingesetzt würde und ein Polizeibeamter ist. Dies ist immer ein Straftäter, der schon mal mit Straftaten zu tun hatte und der sich möglicherweise auf die Art und Weise das Wohlverhalten der ihn verfolgenden Behörden nicht erkaufen möchte, aber es zumindest anstreben möchte - so würde ich das nennen -, sodass die Frage: „Was darf ein V-Mann und was darf er nicht?“ immer sehr kompliziert ist. Darf ein V-Mann zum Beispiel selbst innerhalb seines Einsatzes Straftaten begehen oder nicht? Ich habe immer gelehrt und auch gelernt: Er darf es nicht tun. Er tut es aber trotzdem. Das ist insofern eben auch eine Grauzone des Einsatzes, die sich dort sicherlich auch so gezeigt hat.

Aber es ist insofern auch ein bisschen schwierig jetzt, nach den vielen Jahren. Jetzt, wo ich die Dramatis Personae so ein bisschen gehört habe, weiß ich das leichter, wie das passiert ist. Aber Herr Pfaff hatte andere Funktionen als, sagen wir es mal so, C. W. Mit C. W. wäre das so nicht gelaufen. Ich kenne den sehr gut. Da wäre das anders gelaufen. Aber das wäre nie so gelaufen, dass der versucht, die Justiz zu schulregeln. Der hätte seine Funktionen selbst ausgeübt.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Okay, danke. - Dann würden wir es für die Fragerunde erst mal damit bewenden lassen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann sind wir bei Herrn Wiese von der AfD-Fraktion. Bitte.

Abgeordneter Wiese (AfD): Guten Tag, Herr Professor Dr. Lemke. - Herr Professor Dr. Lemke, was waren denn die Verfahren, an die Sie sich erinnern, weil die so prägend waren, wie Sie vorhin gerade kurz ausgeführt haben?

Zeuge Dr. Michael Lemke: Es waren weniger die Gerichtsverfahren - das habe ich versucht klarzumachen -, das war die Kriminalitätsentwicklung in Brandenburg. Das waren zum Beispiel: Ich weiß nicht, wie Sie es sich vorstellen, wenn Sie ganz frisch im Aufbau von einer Behörde sind und Sie haben als Erstes - ich nenne es mal ein bisschen - acht Brandanschläge auf Asylbewerberheime abzuarbeiten. Das ist für einen Minister unter Umständen beinahe - - Was das Amt betrifft, kostet ihn so etwas das Amt, wenn das nicht ordentlich abgearbeitet wird.

Ich habe meinem Minister damals immer gesagt, eine der wesentlichen Erinnerungen aus dem Bundesministerium der Justiz ist: Ein Minister fällt, wenn überhaupt, dann über Strafrecht oder über Strafvollzug. Wenn da was schiefgeht, ist sein Amt in Gefahr. Über die anderen Dinge fällt er nicht, über verfassungsrechtliche und über zivilrechtliche. Das ist mal so.

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/Welf

Es ging also darum, dass wir diese Dinge, die sich da ereignet hatten, so gut wie möglich und so sauber wie möglich aufarbeiten, natürlich mit dem Ziel, dass Täter erstens erwischt werden - das ist Polizeisache -, zweitens, wenn sie erwischt werden, dass sie angeklagt werden - das ist meine Sache; in Anführungszeichen - und drittens, dass sie dann ordentlich bestraft werden - das ist Gerichtssache. Und da haben wir als Minister oder als Ministerium keinen Einfluss auf den dritten Schritt. Das ist völlig klar.

Es gab anschließend - - Dolgenbrodt gehört zu den acht Anschlägen, die ich immer nenne, dazu, ist aber nur einer von acht. Es gab noch sieben weitere, die für meine Begriffe genauso schlimm waren. Ich weiß nicht, wie Sie das sehen, wenn Sie nachts um drei geweckt werden und sagen: Da brennt schon wieder ein Asylbewerberheim, fahr mal nach Potsdam. Ich wohne in Berlin seit der Zeit. Und dann habe ich das gemacht. Insofern waren das diese Dinge.

Dann waren das normale Kriminalitätsentwicklungen, wenn ich das „normal“ nennen darf. Also, Mord und Totschlag haben wir in Brandenburg Gott sei Dank fast nicht gehabt; kann ich mich gar nicht - - wenige Fälle jedenfalls. Aber das Übliche: Körperverletzungsgeschichten, Diebstähle und so was alles. Das nenne ich normale Kriminalität. Aber auch die soll ordentlich abgearbeitet werden. Und wenn das ein Ministerium schlurren lässt in dem Bereich, ist der Minister wieder in Gefahr. Insofern sind das die Dinge.

Und dann hat es einige Fälle gegeben, die ich aber zeitlich trotz Überlegen heute Vormittag nicht mehr einordnen kann. Ich nenne das Stichwort Amadeu Antonio.

Es gab also Mordanschläge, mit Tötungen sogar dabei, gegenüber dunkelhäutigen Menschen, die von rechtsextremen Menschen ausgeübt worden sind. Da hat es ja auch hinterher die entsprechenden Reaktionen der Justiz gegeben, soweit ich das sehe. Befriedigend ist so etwas nie, wenn ein Mensch zu Tode kommt. Aber man tut eben sein Möglichstes. Das ist die Geschichte.

Es hat auch weitere Attacken gegeben. Zum Beispiel fällt mir ein Brandanschlag auf eine Synagoge - oder ein Synagogengebäude - in Brandenburg ein. Und solche Dinge.

Hier, bei diesen Dingen - das ist vielleicht noch interessant für den Ausschuss -, ist immer auch der Generalbundesanwalt angesprochen. Das heißt, wenn derartige, mit politischem Hintergrund stattfindende Straftaten passieren, wird von der Staatsanwaltschaft nach den ersten Ergebnissen der Ermittlungen die Sache dem Generalbundesanwalt zur Prüfung vorgelegt, ob der Generalbundesanwalt das an sich ziehen will oder nicht. Das tut er mal, und mal tut er es nicht. Er tut es natürlich nicht nach Gusto, sondern nach entsprechenden Vorschriften der Strafprozessordnung und des Gerichtsverfassungsgesetzes.

Was aber interessant ist dabei, ist eben, dass der Generalbundesanwalt so etwas durchaus an sich ziehen kann, nach einiger Zeit entscheidet, dass die örtliche Staatsanwaltschaft es doch machen soll; dann gibt er es zurück an die örtliche Staatsanwaltschaft.

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/Welf

Das sind alles Entscheidungen, mit denen ein Ministerium nichts zu tun hat.

Abgeordneter Wiese (AfD): Aber welche Fälle? Sie haben jetzt von acht gesprochen, die Ihnen erinnerlich sind.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Ja.

Abgeordneter Wiese (AfD): Können Sie die mal ganz kurz aufzählen, wenn Ihnen noch die Namen dazu einfallen?

Zeuge Dr. Michael Lemke: Nein, das kann ich nicht mehr. Ich bitte um Nachsicht.

Abgeordneter Wiese (AfD): Na ja, probieren Sie es doch einfach mal!

Zeuge Dr. Michael Lemke: Nein, das weiß ich nicht. Also, Dolgenbrodt ist mir natürlich deshalb in Erinnerung geblieben, weil das ein besonders krasser Fall war, aber nicht so sehr wegen der Probleme, wegen der ich heute gefragt werde. Das war einfach von der Begehungsweise ein krasser Fall. Und es war für meine Begriffe ein sehr deutlicher Fall dafür, dass da, genau genommen, das Land Brandenburg - ist gleich das Innenministerium - wegen der Unterbringung der Asylbewerber taktische Fehler gemacht hat. Ich bin heute noch der Überzeugung: Man kann nicht 500 Asylbewerber in einem Dorf unterbringen, das 500 Einwohner hat. Das war damals versucht worden. Das geht nicht. Das ist auch nie wieder versucht worden. Das ist alles ganz schnell hinterher erledigt worden.

Wenn Asylbewerber über die Oder oder die Neiße kamen - das war damals der Zugangsweg in erster Linie -, wurden sie sofort in die Bundesrepublik verteilt, in andere Orte, sodass also Brandenburg letztendlich danach deutlich weniger Asylbewerber hatte. Und es entspannte sich dann auch. Das hörte damit auch auf und ist später auch nicht mehr passiert. Es gab später nur die Einzelfälle, von denen ich drei eben genannt habe. Es gab noch ein paar mehr; ich habe sie nicht mehr drauf.

Abgeordneter Wiese (AfD): Wenn ich jetzt einen Namen nenne - Szczepanski -, fällt Ihnen da etwas ein?

Zeuge Dr. Michael Lemke: Nein.

(Der Zeuge lacht leicht auf.)

Das ist - -

Abgeordneter Wiese (AfD): Na, fällt Ihnen etwas ein oder nein?

Zeuge Dr. Michael Lemke: Nein, da fällt mir nichts zu ein. Das ist nämlich genau mein Problem: dass ich hier - -

Abgeordneter Wiese (AfD): Na ja, Sie haben aber vorhin etwas gesagt, was ich noch in Erinnerung habe: wo etwas angezündet wurde, wo schwarze Leute malträtiert wurden.

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/Welf

Zeuge Dr. Michael Lemke: Das würde ich im Moment mit dem Namen Szczepanski keineswegs verbinden wollen, weil ich das nicht kann. Ich habe natürlich die Fragen gelesen, die mir gestellt werden, und da wird der Name Szczepanski ja auch erwähnt. Dann habe ich also meine grauen Gehirnzellen befragt: Woran erinnert dich der Name Szczepanski? - Gehört habe ich den natürlich mal, und das ist sicherlich auch irgendwo ein Gespräch gewesen in der Zeit, als das passiert war.

Aber ich konnte mich wirklich - so, wie ich es vorhin auch gesagt habe - nicht mehr daran erinnern, was mit dem Namen Szczepanski in Verbindung zu bringen ist. Nur dass es den gab, das weiß ich.

Abgeordneter Wiese (AfD): Also, Sie haben sich auf den heutigen Tag vorbereitet, haben Sie gesagt.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Ja, so gut wie es geht. Wenn man neun Jahre aus dem Amt ist und Pensionär ist, ist das ein bisschen schwierig.

Abgeordneter Wiese (AfD): Ja, würde mir auch passieren. Wir sind ja fast im gleichen Alter.

(Heiterkeit)

- Na ja, mir fehlt noch ein bisschen was.

Wenn Sie sich auf den heutigen Termin vorbereitet haben: Was haben Sie denn da für Akten zu Hilfe genommen?

Zeuge Dr. Michael Lemke: Ich habe überhaupt keine Akten. Ich habe auch keine mehr.

Abgeordneter Wiese (AfD): Hat man Ihnen etwas zur Verfügung gestellt?

Zeuge Dr. Michael Lemke: Nein.

Abgeordneter Wiese (AfD): Haben Sie sich bemüht?

Zeuge Dr. Michael Lemke: Bei mir zu Hause sind Akten aus der Zeit meiner Dienstzeit nicht vorhanden - außer meinen Ernennungsurkunden.

Abgeordneter Wiese (AfD): Mhm.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Und natürlich die Reden zu meinem Abschied.

Abgeordneter Wiese (AfD): Gut. - Aber Sie haben - ganz lasse ich Sie jetzt nicht raus - gerade gesagt, Sie hätten sich auf die Fragen vorbereitet. Ich weiß gar nicht, was für Fragen Sie vorgelegt bekommen haben.

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/Welf

Zeuge Dr. Michael Lemke: Darf ich das präzisieren? - Ich habe nicht gesagt: „Ich habe mich auf die Fragen vorbereitet“, sondern: „Ich habe die Fragen gelesen.“ Ich habe mich auf die Sitzung heute vorbereitet.

Abgeordneter Wiese (AfD): Gut. - Welche Fragen haben Sie denn gelesen?

Zeuge Dr. Michael Lemke: Die, die mir der Ausschuss geschickt hat, Nummern 1 bis 34.

Abgeordneter Wiese (AfD): 34? Und da kam nicht Szczepanski vor?

Zeuge Dr. Michael Lemke: Irgendwo, glaube ich, kam der Name Szczepanski wohl vor. Aber ich - -

Abgeordneter Wiese (AfD): Kam da sonst noch was vor, was Ihnen noch Erinnerung ist?

Zeuge Dr. Michael Lemke: Jetzt verstehe ich nicht, worauf Sie - -

Abgeordneter Wiese (AfD): Na ja, bei 34 Fragen! An die 34 erinnern Sie sich? An den Inhalt?

Zeuge Dr. Michael Lemke: Nein.

Abgeordneter Wiese (AfD): Oder zumindest an Schlagzeilen?

Zeuge Dr. Michael Lemke: Nein.

Abgeordneter Wiese (AfD): Erinnern Sie sich nicht?

Zeuge Dr. Michael Lemke: Es ist ja so: Wenn ich den Auftrag richtig verstanden habe, ist für mich - ich muss es jetzt aus dem Gedächtnis machen; in dem Raum, wo meine Tasche steht, habe ich es mit - - muss ich sagen: Sie werden insbesondere zu der Frage groß B römisch zwei - oder zwei groß B -, drei bis sieben, gehört. - Wenn ich von drei bis sieben gefragt werde, dann gucke ich mir drei bis sieben an, und die anderen lese ich aus Interesse. So.

Aber davon abgesehen: Die Fragen drei bis sieben - wenn es die sind -, da habe ich mir jedes Mal „MI“ an den Rand geschrieben. Das heißt, ich bin im Grunde gar nicht der richtig Befragte für diese Dinge, was ich aber heute dann relativieren würde, weil Sie ja präzisiert haben, insgesamt, worum es Ihnen geht; das konnte ich dem Fragenkatalog nicht entnehmen.

Abgeordneter Wiese (AfD): Also können Sie sich deswegen nicht erinnern, weil die Fragen nicht - so, wie Sie es jetzt sagen - präzisiert wurden, um was es eigentlich geht?

Zeuge Dr. Michael Lemke: Es könnte sein, wenn die Fragen präziser gewesen wären, dass ich dann mehr mich erinnert hätte. Aber es ist leider auch wirklich so: Ich habe

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/Welf

keine Unterlagen mehr. Und ich konnte vor neun Jahren nicht wissen, dass ich die noch mal brauchen würde.

Abgeordneter Wiese (AfD): Na ja.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Ich würde aber auch wahrscheinlich keine Unterlagen bekommen; denn ein pensionierter Abteilungsleiter kriegt keine Akten mit nach Hause.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Darf ich mal ganz kurz zwischendurch? - Auch für Herrn Wiese noch mal: Bei diesen 34 Fragen handelt es sich ja um die Fragen in unserem Einsetzungsbeschluss, also unseren Arbeitsauftrag. Da wird meines Wissens von Szczepanski gar nicht geredet, sondern immer von „Piatto“. Also, insofern wollen wir das bloß jetzt klarstellen, um welche Fragen es sich überhaupt handelt.

Abgeordneter Wiese (AfD): Herr Rupprecht, ich habe das alles verstanden.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Okay.

Abgeordneter Wiese (AfD): Ich habe auch meinen Grund, warum ich so frage.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Herr Vorsitzender, ich meine, ich hätte den Namen Szczepanski in den Unterlagen, die mir der Ausschuss geschickt hat, gelesen. Aber ich kann es jetzt nicht verifizieren.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Das kann dann der Beweisbeschluss sein, um den es geht.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Okay.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Aber diese 34 Fragen? Ich glaube, da taucht immer nur der Deckname „Piatto“ auf.

Zeuge Dr. Michael Lemke: „Piatto“, ist richtig. Taucht da auch auf. Der sagt mir gar nichts, aber gut.

Abgeordneter Wiese (AfD): Herr Professor Dr. Lemke, nehmen Sie mir die Frage nicht krumm, wenn ich sie jetzt stelle: Dürfen Sie sich nicht mehr erinnern?

Zeuge Dr. Michael Lemke: Das habe ich akustisch nicht verstanden.

Abgeordneter Wiese (AfD): Dürfen Sie sich nicht mehr erinnern?

Zeuge Dr. Michael Lemke: Oh, ich darf ich mich sehr wohl erinnern. Es ist ganz selbstverständlich, dass ich weder mit einem meiner früheren Vorgesetzten noch mit irgendjemandem sonst gesprochen habe darüber, was ich sagen darf und was ich nicht sagen darf. Ich habe zu meinen früheren Vorgesetzten ohnehin keinen Kontakt mehr. Sie haben Glück, dass sie noch leben. Herr Dr. Bräutigam im Jahre 1995 und Herr Dr. Faupel, die sind, glaube ich, noch zehn Jahre länger aus dem Dienst heraus als ich. Also, das hat damit nichts zu tun.

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/Welf

Die einzige Aussagegenehmigung, die ich gekriegt habe, habe ich aus dem Justizministerium bekommen; die liegt Ihnen vor. Damit ist klar, dass ich aussagen darf.

Und erinnern darf ich mich selbstverständlich. Aber ich bitte um Nachsicht. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber wenn Sie zu etwas gefragt werden, was vor 18 Jahren gewesen ist, in dem Geschäft, das ich gehabt habe - - Ich habe Ihnen gesagt, ich habe seit 2005 die Zentralabteilung geleitet und die Strafrechtsabteilung. Also das halbe Ministerium auf meinen schmalen Schultern! Da kann man etwas vergessen. Das glaube ich schon.

Abgeordneter Wiese (AfD): Na ja.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Vor allen Dingen: Ich glaube wirklich - ich habe jetzt, nach dem Gespräch, den Eindruck -, dass wir einfach die Vorgänge damals anders bewertet haben als Sie sie heute bewerten, dass wir einfach die Vorgänge nicht problematisch bewertet haben, weil es aus meiner heutigen Sicht eine Routine war, was da gelaufen ist.

Abgeordneter Wiese (AfD): Also, Sie haben keine Angst vor dem Aussagen, -

Zeuge Dr. Michael Lemke: Nein!

Abgeordneter Wiese (AfD): - nur weil hinter Ihnen drei Damen sitzen?

Zeuge Dr. Michael Lemke: Ich habe überhaupt keine Angst, schon gar nicht vor dem Aussagen.

Abgeordneter Wiese (AfD): Es hätte ja sein können, dass Sie die geballte Macht hinter Ihnen ein bisschen hemmt.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Die hat mich so nett begrüßt - das kann nicht gefährlich sein.

(Heiterkeit)

Abgeordneter Wiese (AfD): Gut. Tut mir leid!

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann sind wir bei der Fraktion der Grünen. Frau Nonnemacher.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön, Herr Vorsitzender. - Auch von meiner Seite ein herzliches Willkommen, Herr Professor Lemke. Ich möchte vorab betonen, dass mich Ihre allgemeinen Ausführungen zur Situation des Landes Brandenburg in den 90er-Jahren - zur Kriminalitätsbelastung, zur Belastung mit Rechtsextremismus, zum Aufbau von unseren Strafverfolgungsbehörden - sehr wohl interessiert haben. Ich denke, auch das gehört zu unserem Untersuchungsauftrag: dass wir sozusagen das historische Zeitbild dort mit würdigen und auch berücksichtigen.

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/Welf

Mir ist jetzt so ein bisschen klargeworden, dass wir Sie, glaube ich, hier zu schnell mit Details konfrontiert haben, die Sie erst mal so wirklich - - Ihnen komisch vorkommen müssen. Deshalb frage ich im Anschluss an Herrn Wiese: Ab wann war Ihnen bekannt oder war Ihnen überhaupt bekannt, dass dieser Mann, Carsten Szczepanski mit dem Decknamen „Piatto“, ein Informant, ein V-Mann des brandenburgischen Verfassungsschutzes war?

Zeuge Dr. Michael Lemke: Die Frage kann ich zeitlich nicht beantworten. Ich weiß aus eigener Erinnerung, dass es den Namen Szczepanski gegeben hat, in einem Zusammenhang. Ich weiß aber auch, dass es im Justizministerium - ich müsste mich sehr täuschen - zu keinerlei Aufregung geführt hat im Zusammenhang mit einem Mann namens Szczepanski.

Ich bin auch ziemlich sicher, dass wir solche Dinge dann auch innerhalb des Ministeriums besprechen, auch mit dem entsprechenden Referatsleiter, der immerhin auch ein Staatsanwalt ist - ich bin gelernter Richter; der sieht das ja vielleicht auch wieder ein bisschen anders - und der mir dann immer sagt: Das musst du soundso sehen!

Dass der den Decknamen „Piatto“ hatte, das höre ich heute. Das habe ich gelesen. Aber das höre ich heute zum ersten Mal.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Frau Kollegin Johlige hat Ihnen vorhin schon einen gekürzten Vorhalt vorgelesen, den ich jetzt noch mal in einer etwas längeren Form Ihnen auch vorhalten möchte, weil dann vielleicht der Gesamtzusammenhang für Sie etwas klarer ist und auch die Erinnerung möglicherweise befördert wird. Das ist ein Schreiben des Verfassungsschutzes - Pfaff - an den LOStA Frankfurt (Oder), und dieses Schreiben ging Ihnen als Abteilungsleiter im Ministerium zur Kenntnis parallel zu.

Sz.

- also Szczepanski -

hat nach seiner Inhaftierung Kontakt zur Abteilung V des MI aufgenommen [...]. Frau Staatsanwältin Marx hat ohne unsere Zustimmung den Vorsitzenden der Großen Strafkammer in Frankfurt (Oder) hierüber unterrichtet. Eine Ermächtigung unsererseits dazu war nicht erklärt worden.

Ich widersetze mich mit Nachdruck einer öffentlichen Erörterung dieses Sachverhaltes in der Hauptverhandlung. Die Offenbarung der vonseiten Sz's bestehenden Kontakte zu Verfassungsschutzbehörden

- bitte beachten Sie den Plural! -

führt zu aktueller Lebensgefährdung über Jahrzehnte, und zwar jetzt, während des Verweils in der Haftanstalt, als auch im Falle einer späteren Entlassung. Zu seinem Schutz werden - und das belegen vielerlei Erfahrungen - Aufwendungen

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/Welf

in Höhe mehrerer Millionen DM entstehen. Hierfür werden die Justizbehörden haftbar gemacht.⁴

Ende des Vorhalts - das, was Frau Johlige in Auszügen zitiert hat.

Ich möchte hier zwei Dinge nachfragen:

Erstens. Offenbarung zu Szczepanskis bestehenden Kontakten zu Verfassungsschutzbehörden: Was haben Sie für eine Auffassung? Was könnten da für Behörden gemeint sein - weil es sich um den Plural handelt -, über den brandenburgischen Verfassungsschutz hinaus?

Zum anderen die Drohung, dass sozusagen die Justizbehörden für diese Millionenkosten aufkommen sollen. Das haben Sie schon weit von sich gewiesen.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Mhm.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber ist Ihnen nicht vielleicht doch jetzt, im Nachhinein, erinnerlich, dass so etwas eigentlich eine Zumutung darstellt, wenn jemand Ihnen droht, Sie hätten in so einem Fall - - also, Sie wären für diese Kosten in Millionenhöhe verantwortlich? Klingelt es da, dass Sie sagen: „Also, das war ja eine Frechheit, mir so etwas zu schicken!“?

Zeuge Dr. Michael Lemke: Ich dachte, ich hätte das schon genau in die Richtung beantwortet; aber ich wiederhole es gerne.

Zur ersten Hälfte der Frage: „Verfassungsschutzbehörden“? Ich kenne für Brandenburg nur die Verfassungsschutzbehörde; das ist das Innenministerium, Abteilung V, demnächst mit Herrn Nürnberger besetzt, den ich, glaube ich, kenne; ich weiß es nicht genau.

Was aber denkbar ist - das kann ich aber im Moment nicht verifizieren, weil es nicht mein Job ist, auch nicht gewesen ist -: ob es in den einzelnen Städten Abteilungen, Unterbehörden gegeben hat, dass er also brandenburgische Behörden damit gemeint hat.

Ich glaube nicht - so habe ich Ihre Frage verstanden -, dass über Brandenburg hinauslaufende Behörden - in anderen Bundesländern oder gar auf Bundesebene - gemeint sein könnten. Das halte ich für ziemlich ausgeschlossen bei einem so auf das Land Brandenburg spezialisierten Fall.

Mit den Kosten: Das kann er immer schreiben, dass die Justiz haftbar ist. Das hat überhaupt keine Bedeutung. Da hätte ich, wenn ich gefragt worden wäre und dabei gewesen wäre, gesagt: „Schauen wir mal, das kriegen wir schon!“ Also, das ist klar. Das hätten wir natürlich nicht bezahlt.

⁴ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: Generalakten - Strafverfahren gegen Silvio J., Blatt 2 f.

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/Welf

Wir haben mit dem Innenministerium eine gewisse Zeit lang erhebliche Schwierigkeiten über Kostenfolgen in ganz anderer Hinsicht gehabt. - Wenn ich das ganz kurz ansprechen darf?

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Hm.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Wenn nämlich die Polizei mit Getöse in eine falsche Wohnung einbricht - das hat es gegeben; das gibt es ja immer wieder; das ... (akustisch unverständlich) -, dann entsteht hinterher sehr schnell die Frage: Wer bezahlt eigentlich? Wer bezahlt den Schaden in der Wohnung, den die angerichtet haben? Es ist ja immerhin eine Polizeisache.

Damals haben wir mal irgendwann einen Vergleich geschlossen, indem wir gesagt haben: Wenn die Polizei aufgrund einer Anordnung der Staatsanwaltschaft XY in so einen Einsatz geht, dann ist der Einsatz - die Kosten der Polizei selber; sie kostet ja auch Geld - - der ist dann von der Justiz zu bezahlen. Und wenn sie die verkehrten Türen eintritt, dann müssen sie es gefälligst selbst bezahlen. Das heißt, wir haben da versucht - und das hat auch irgendwo ab und zu geklappt; so etwas passiert ja nicht jeden Tag -, dass dann die Kosten geteilt wurden.

Aber ich darf einfach noch mal darauf hinweisen: Wie es auch verteilt wird - es landet immer beim Herrn Finanzminister im Haushalt, beides, egal aus welcher Ecke es kommt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön. - Ich würde gerne noch anschließen an den langen Vorhalt von soeben von Mitte Oktober 1995. Zehn Tage später kam ein neuerliches Schreiben des Verfassungsschutzchefs Pfaff an Dr. Lemke, MdJ, Datum: 26.10.1995. Ich zitiere - es ist diesmal ganz kurz -:

Sollte durch eine der morgen zu erwartenden Zeugenaussagen eine Verbindung des Zeugen Szczepanski zu Sicherheitsbehörden, insbesondere zum Ministerium des Innern des Landes Brandenburg erkennbar werden, wird die in meinem Schreiben vom 18.10. d.J. dargestellte Gefährdung des Sz. sofort eintreten.

Dieses Schreiben ging ja nun direkt an Sie. Können Sie das, wenn ich es Ihnen jetzt so vorlese, erinnern? Da wird ja diese Drohung mit der Millionenhaftung sozusagen noch mal verstärkt und noch mal auf Konsequenzen abgestellt. Ist Ihnen das erinnerlich? Haben Sie das als, ich sage mal, übergriffig empfunden, oder ist das üblich?

Zeuge Dr. Michael Lemke: Frau Abgeordnete, ich weiß es nicht, dass ich das Schreiben bekommen habe. Das ist das eine, was ich dazu sagen kann.

Aber wenn ich es so, wie Sie es jetzt mir vortragen, bewerte: Erstens ist Ihr Ausdruck „übergriffig“ völlig richtig. Das hat damit überhaupt nichts zu tun; denn wenn das Gericht beschließt - es ging ja schon um ein laufendes Gerichtsverfahren -, einen bestimmten Zeugen auf eine bestimmte Art und Weise zu vernehmen und auch einen V-Mann zu vernehmen, dann beschließt das Gericht das. Dann kann nicht der

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/Welf

Abteilungsleiter Dr. Lemke sagen: „Das darfst du nicht, Richter!“ Das geht also gar nicht.

Ich möchte einfach auch noch mal sagen: Mit Herrn Pfaff haben wir solche Probleme gehabt, die wir später und vorher nicht gehabt haben mit dem Abteilungsleiter des Verfassungsschutzes.

Ich würde dieses Schreiben - - Ich weiß gar nicht, was ich damit gemacht habe. Entweder habe ich es überhaupt nur zu den Akten genommen, weil daraufhin ja keine Reaktion erfolgen kann - ich kann ja den Richter nicht anweisen, etwas zu tun -, oder ich habe es - was ich vermute - mit einem kurzen handschriftlichen Vermerk meiner Hausleitung zur Kenntnis vorgelegt, damit die wissen, dass von da aus immer querulatorische Dinge kommen. So würde ich das - jedenfalls heute - sehr deutlich sehen.

Wenn Sie mich heute fragen, was ich machen würde, dann täte ich genau das Letztere. Ich würde es meinem Staatssekretär zeigen und fragen: „Machen wir was?“ Dann sagt er: „Nein!“ - da bin ich ganz sicher -, und dann ist das bei den Akten.

Ich sage es mal so: Wenn ich damals gewusst hätte, dass ich zwölf Jahre später dazu etwas sagen soll, dann hätte ich es vielleicht anders verhandelt. Aber das wusste ich überhaupt nicht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön. - Sie haben eben von sich aus noch mal die Rolle der GBA und den Anschlag auf die Jüdische Trauerhalle angesprochen.

Ich möchte nur ankündigen: Ich habe an den Herrn Zeugen noch Fragen im Zusammenhang mit dem NaBe-Komplex, würde aber jetzt erst mal abgeben, damit wir sozusagen diesen Gesamtzusammenhang abschließen können.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann gehen wir in die zweite Fragerunde zu unserem Thema. - SPD-Fraktion?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich habe nur eine Ergänzung, weil Sie das gerade sagten: Sie haben diesen Brief - so nenne ich es mal - von Herrn Pfaff am 17. bekommen, und daraufhin gab es ja erst die Unterredung am 18., an der Sie mit teilgenommen haben. Nach Ihren Gesprächsvermerken können wir daraus schließen, dass Sie damals für eine uneingeschränkte Aussage von Frau Staatsanwältin Marx sogar gesprochen haben, sich sogar stark dafür eingesetzt haben, und Herr Pfaff das massiv verhindern wollte.

Zum Abschluss in Ihrem Vermerk schreiben Sie drunter:

Ich habe Herrn LOStA Bröhmer, den ich am 16. Oktober 1995 aus anderem Anlaß gesehen habe, erneut mit Nachdruck gebeten, diese rein prozessualen

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/Welf

Fragen durch die Generalstaatsanwaltschaft und nicht bevorzugt durch das MdJBE beaufsichtigen zu lassen.⁵

Zeuge Dr. Michael Lemke: Ja. Das tut mir gut, was Sie jetzt vorlesen.

(Heiterkeit)

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Dann sagen Sie doch mal etwas dazu.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Genau so ist es.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Können Sie es ein bisschen weiter ausführen?

Zeuge Dr. Michael Lemke: Ja. - Das ist das Verhältnis zwischen dem Ministerium und der Staatsanwaltschaft, das ich versucht habe, eingangs ein bisschen zu erklären, was aber so schnell auch nicht zu erklären ist.

Diese Fragen, die rein prozessualer Natur sind, sind Fragen, die der Staatsanwaltschaft zu übergeben und von ihr zu beantworten sind. Das Ministerium macht in dem Bereich nichts Selbstständiges.

Ich sagte ja: Die Hauptaufgabe in der ersten Hälfte meiner Abteilung - die andere Hälfte ist Gesetzgebung - war Fachaufsicht über die Staatsanwaltschaft. Das heißt, die Staatsanwaltschaft berichtet an den Minister über dieses und jenes. Nur dann, wenn sich in, ich würde sogar mal sagen, justizpolitischer Hinsicht daraus Probleme ergeben, ist der Minister bereit und gut beraten, seinem Abteilungsleiter den Auftrag zu erteilen: „Kümmere dich mal! Das dürfen die so nicht machen!“ Dann habe ich das Problem, wie ich es den Staatsanwaltschaften beibringe, ohne ihre Funktion zu beeinträchtigen und ohne Beleidigungen auszulösen. Das steckt hinter dem, was Sie mir gesagt haben, auch hinter, und das ist auch so.

Wie man das nun ausdrückt? Ich habe furchtbar viel Jura geschrieben. Das kann natürlich jetzt auch eine Frage sein: Wie schreibt man so etwas? - Man kann das vielleicht auch anders schreiben; das will ich gar nicht sagen.

Aber die Tatsache ist ganz richtig: Diese Frage soll jetzt bitte schön mal nicht das Ministerium entscheiden; denn es hat diese nicht zu entscheiden. Das muss der Staatsanwalt machen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Deswegen die Bitte an Herrn Bröhmer. - Wobei ich noch nicht mal weiß, ob ich geschrieben habe. Ich habe, glaube ich, mit ihm telefoniert. Ich habe mit Herrn Bröhmer ganz, ganz furchtbar viel telefoniert.

⁵ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: Generalakten - Strafverfahren gegen Silvio J., Blatt 21.

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/Welf

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Nein, nein. Das ist ein längerer, mehrseitiger Gesprächsvermerk.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Das ist ja sogar positiv.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Dann würde auch ich diesen Komplex abschließen und - genau wie Frau Nonnemacher - noch ein paar Fragen hinsichtlich des NaBe-Verfahrens und des damit im Zusammenhang stehenden Geheimnisverrats von Christian K. stellen.

Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Dr. Michael Lemke: An einen Geheimnisverrat?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja. Es gab einen Geheimnisverrat von einem V-Mann.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Darf ich ganz kurz unterbrechen? - Wollen wir es so handhaben, wie Frau Nonnemacher es vorgeschlagen hat, dass wir, bevor wir zum Komplex NaBe bekommen, vorher noch mal fragen: Gibt es jetzt zu unserem aktuellen Thema noch Fragebedarf an Herrn Professor Lemke? - Gut. Dann können wir das so machen. Ich bitte Frau Gossmann-Reetz, fortzuführen. Frau Nonnemacher hat ja auch schon Fragebedarf angemeldet. Los geht's!

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. - Also noch mal: Es geht um einen Geheimnisverrat eines V-Manns damals, Christian K., der eine Information von seinem V-Mann-Führer erhalten hat wegen einer Durchsuchung. Dieses Ermittlungsverfahren richtete sich sowohl gegen den V-Mann als auch den V-Mann-Führer des Landes Brandenburg. Welche Erinnerungen haben Sie daran?

Zeuge Dr. Michael Lemke: Da habe ich gar keine Erinnerungen. Ich glaube auch nicht, dass ich das gewusst habe. Weil: So, wie Sie das jetzt darstellen, hat das ausschließlich im Bereich des Innenministeriums stattgefunden. Der V-Mann wird vom Innenministerium ausgebildet, ausgesucht und eingesetzt. Er hat einen V-Mann-Führer, den das Innenministerium auch festlegt. Und das Verhältnis zwischen den beiden - -

Ich will es mal so sagen: Sie haben einen Teufel getan, uns darüber zu unterrichten, was in der V-Mann-Szene so alles passiert; denn das hätte ja möglicherweise zu politischen Schwierigkeiten innerhalb des Kabinetts geführt, weil Herr Dr. Bräutigam sicherlich manche Dinge nicht hätte hinnehmen können, die unter Umständen hart an der Grenze zur Rechtswidrigkeit sind.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, wir befinden uns jetzt im Jahre 2003. - Ich möchte Ihre Erinnerung noch ein bisschen anschubsen. Es kam infolgedessen auch dazu, dass eine Staatsanwältin - Frau Böhm? -

Zeuge Dr. Michael Lemke: Frau Böhm.

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/Welf

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - Frau Böhm hieß sie - erwog, auch ein Verfahren gegen den Direktor des LKA damals anzustreben, Herrn Lüdders, wegen Strafvereitelung im Amt.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Wenn Frau Böhm - die auch in meiner Abteilung, als Referatsleiterin, gearbeitet hat und die sich sehr gut kenne - sich entschlossen hat, ein Strafverfahren einzuleiten, dann ist das zunächst mal ihr Recht und ihre Funktion. Zu der Zeit war sie nicht mehr in meiner Abteilung. Ich habe sie auch als eine Staatsanwältin kennen gelernt, die ernst zu nehmen ist -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wir auch.

Zeuge Dr. Michael Lemke: - und mit der man vernünftig umzugehen hat als Vorgesetzter.

Aber von dem Verfahren gegen Herrn Lüdders kann ich Ihnen nichts sagen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Frau Böhm war damals der Meinung, dass es dazu kommen sollte und dass es hier sehr harte Anhaltspunkte gebe. Aber Frau Böhm hat uns gegenüber hier ausgesagt, dass ein Vorgesetzter ihr dieses Verfahren sozusagen entzogen habe und dass es nicht zu dieser Strafverfolgung wegen Strafvereitelung im Amt kam gegenüber Herrn Lüdders.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Das würde ich für einen ganz normalen Vorgang innerhalb der Staatsanwaltschaft halten. Deswegen bin ich auch etwas überrascht; das hat sie mir nämlich dann auch nicht erzählt.

Es geht ja so: Wenn sie sich als Dezernentin entschließt, ein bestimmtes Verfahren gegen einen bestimmten Menschen einzuleiten, dann ist das eine der ersten, großen Aufgaben, die ein Staatsanwalt überhaupt hat; denn dann beginnt ja alles das, was mit der Strafprozessordnung möglich ist, wenn man einen Anfangsverdacht hat oder nicht. Aber sie muss ja einen Anfangsverdacht haben; sonst kann sie kein Verfahren einleiten. Das ist das eine.

Wenn sie sich dazu entschließt, das zu tun, dann müsste sie es eigentlich auch aktenkundig machen. Es hört sich im Moment so an, als ob es keine Akten darüber gibt - oder: keine Vermerke innerhalb der Staatsanwaltschaft -, sondern ein Gespräch mit ihrem Vorgesetzten. Ihr Vorgesetzter dürfte entweder der Abteilungsleiter - was ich nicht mehr weiß - oder der Leitende Oberstaatsanwalt gewesen sein. Vermutlich der Leitende Oberstaatsanwalt; denn jeder von den Leitenden Oberstaatsanwälten, die ich kenne - - lassen sich solche Dinge nicht entziehen. Die wollen das unterrichtet haben, innerhalb - -

Es kann natürlich gut sein, dass der Leitende Oberstaatsanwalt gesagt hat: Davon lassen wir die Finger! - Oder er hat gesagt: Machen Sie mal! - Es tut mir leid. Ich habe das - -

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/Welf

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber Ende Juli gab es von Ihnen eine Anregung, sogar den OStA Junker und Frau Staatsanwältin Böhm zu sich ins MdJEV deswegen einzubestellen.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Weiß ich nicht mehr.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das - -

Zeuge Dr. Michael Lemke: Ist ungewöhnlich. Warum sollte ich Frau Böhm einbestellen, wenn sie mit ihrem Vorgesetzten über ihre Arbeit redet? - Aber wenn Sie das sagen. Vielleicht habe ich das tatsächlich gesagt. Ich habe mit Junker viel Kontakt gehabt, das ist möglich, und dann habe ich vielleicht mit ihm auch telefoniert.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wir würden Ihnen gern ein Papier vorlegen. Das ist eine Vorbereitung von Ihnen für den Staatssekretär in diesem Zusammenhang. Vielleicht kommen dann einige Erinnerungen. - Einen kleinen Moment, bitte!

(Ein Mitarbeiter der SPD-Fraktion legt dem Zeugen ein Schriftstück vor.)

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Wir müssen wieder für das Protokoll wissen, worum es sich handelt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das Non-Paper vom 5. August 2003.

(Abgeordnete Nonnemacher [B90/GRÜNE]: Ich finde, ehrlich gesagt, die Situation jetzt ein bisschen ungünstig! Ich weiß gar nicht, was ihr vorlegt!)

- Das Non-Paper.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Es geht um den Vorhalt A 16.

(Zuruf: Das ist ein interner Vorhalt!)

- Was ich hier betonen möchte!

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): B 51 4110 EI 001-03, Seite 220.

(Abgeordnete Johlige [DIE LINKE]: Da steht groß „NON-PAPER“ oben drüber!)

Es ist handschriftlich „NON-PAPER“ drübergeschrieben.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Also, „NON-PAPER“ - das ist meine Schrift. Ich habe das drübergeschrieben. „Non-Paper“ heißt nicht, dass es kein Papier ist, sondern das heißt, dass es das eigentlich gar nicht geben darf und dass es das auch nicht geben soll und dass es eine vertrauliche Unterrichtung meines Vorgesetzten durch mich ist. Dass der hier drin ist, beleidigt mich ein bisschen. - So, das ist mal das eine.

Da steht auch drüber: bitte zum Vorgang nehmen, 6.8. - Es steht auch dann, am Ende, drin:

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/Welf

Derzeit zu erwartendes Ergebnis:

Gegen LKA-Chef Lüdders wird, sei es [...] aus objektiven, sei es zumindest aus subjektiven Gründen, gar nicht erst ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.⁶

Das habe ich Herrn Staatssekretär Dr. Faupel vorgelegt - ich finde, auch mit ganz vernünftigen Argumenten -, und er hat es zur Kenntnis genommen und gebilligt.

Und damit bitte ich, mich aus der Verantwortung zu entlassen. Zu Non-Papern sage ich nichts.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Frau Gossmann-Reetz?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Zu Non-Papern sagen Sie nichts - warum nicht?

Zeuge Dr. Michael Lemke: Dann brauche ich kein Non-Paper zu schreiben, wenn ich es hinterher interpretieren muss. Dann kann ich es gleich in die Presse geben.

Nein, es ist ein bisschen heftig jetzt. Aber das ist doch klar. Es muss doch möglich sein für ein Ministerium, das aus einem Minister, einem Staatssekretär und drei oder vier Abteilungsleitern besteht, dass einer der Abteilungsleiter seine Hausleitung unterrichtet, und zwar manchmal vielleicht sogar schriftlich unterrichtet, weil manche Erklärungen im Mündlichen etwas schwierig darzustellen sind.

Ich habe unterschiedliche Minister gehabt. Das ist so die Erfahrung, die man als Abteilungsleiter hat von 1991 bis 2008. Ich hatte einen Minister dabei, Herrn Professor Schelter - den darf ich mit Namen nennen -, bei dem durfte man keine Vermerke schreiben. Er sagte: „Schreiben Sie nicht so viel! Tragen Sie vor!“ Dann habe ich vorgetragen und habe immer das Erlebnis gehabt, dass er die Hälfte nicht mitbekommt. So. Und das ist natürlich manchmal etwas schwierig.

Dann ist es so, dass man schwierige Sachverhalte als Abteilungsleiter vielleicht besser in wohlgesetzten Worten schriftlich macht, aber klarmacht, dass es eine unmittelbare persönliche Unterrichtung des Staatssekretärs ist. Das gehört zu meinen Aufgaben als Abteilungsleiter. Wenn ich das nicht mache, muss ich wahrscheinlich den Posten räumen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, es tut mir leid. Ich muss Sie bitten, sich zu diesem Papier zu verhalten. Es liegt uns vor. Wir haben es alle gelesen. Ich würde daraus gern zitieren. Darin steht nämlich:

- Zugunsten des LKA-Chefs Lüdders läuft der Vorgang in die für ihn allergünstigste Richtung, obgleich es gut begründbare, teilweise deutlich ungünstigere Wege der weiteren Abwicklung gibt.

⁶ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: B 51 - 4110 EI 001-03, Blatt 221.

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/Welf

- Die unangenehme Angelegenheit mit dem Anschauungsmaterial zu Fortbildungszwecken wird derzeit sehr großzügig geregelt.⁷

Hier geht es auch um frei zugängliche Nazi-Devotionalien in Schulungsräumen, damals von der MEGA.

- Der Verzicht auf letztlich unnütze Ermittlungen gegen Unbekannt wegen Geheimnisverrats [...] bedeutet zugleich den Verzicht auf weitere Ermittlungen im Bereich des Innenministeriums.⁸

Ich würde Sie dringend bitten, sich hierzu zu verhalten; denn wenn ich das für mich übersetzen darf, sagen Sie da indirekt - oder: sehr direkt -: Es läuft schon ganz schön gut für das Innenministerium. Die sollen sich da mal nicht so haben. Wir könnten hier auch ganz anders. Aber das machen wir jetzt nicht, damit hier mal Ruhe einkehrt.

Zeuge Dr. Michael Lemke: So steht es nicht drin, Frau Abgeordnete. Das habe ich auch nicht gesagt, und ich habe es auch nicht geschrieben. Aber es ist ja klar, dass so etwas Ähnliches natürlich dahintersteht. Ich meine, es gehört doch zum normalen Umgang zwischen mir und meinem Vorgesetzten, dass ich solche Dinge mal beim Namen nenne und dass ich da nicht daran denke, dass das unter Umständen später zu Schwierigkeiten führt.

Ich möchte im Übrigen auch, weil der Vorhalt hier so steht, noch etwas anderes von meinem Vorgesetzten - der mich gerüffelt hat, wahrscheinlich - noch eben vortragen, wenn ich das darf. „Herrn AL III“ steht da; das bin ich.

Erstens. „Solche Vorgänge sollten nicht offen laufen.“⁹ Das ist schon mal das Erste. Da habe ich also etwas mehr getan als ich sollte, aber ich habe keinen Fehler gemacht in dem Sinne.

Das andere kann ich nicht mal mehr lesen, „mit den Anlagen“, „substantiiert“ und so weiter.

Dann kommt darunter: „bitte Rücksprache“ Da steht auch, wozu die Rücksprache sein sollte, nämlich: „hinreichende Sensibilität bei StA zu V-Leute-Problematik; interne Abstimmungen“. Genau da sind Sie mitten in der Arbeit eines Ministeriums, bei der der Vorgesetzte des Abteilungsleiters noch vorsichtiger ist als der Abteilungsleiter selber. Dafür kriegt der Abteilungsleiter dann, mit Verlaub, auch noch anschließend von seinem Vorgesetzten die Ohren abgemacht. Das ist nämlich dann die Folge gewesen. Was aber zu meinem Job gehörte - und ich habe sie ja noch.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Können Sie sich erinnern, ob Sie damals Kontakt zu Herrn Lüdders hatten?

⁷ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: B 51 - 4110 EI 001-03, Blatt 223.

⁸ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: B 51 - 4110 EI 001-03, Blatt 223.

⁹ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: Generalakten - Strafverfahren gegen Silvio J., Blatt 21.

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/Welf

Zeuge Dr. Michael Lemke: Ich habe mit Herrn Lüdders ganz viel Kontakt gehabt. Ich habe ihn auch ausgesprochen geschätzt in seiner Art und Weise, wie er sein Amt geführt hat. Er hat sich später allerdings innerhalb seines Geschäftsbereichs - ich würde es mal vorsichtig so sagen - selbst ein bisschen desavouiert. Aber das hatte nichts mit uns zu tun.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Es gab eine Mail von Ihnen am 08.05.2003 an den Staatssekretär, in der steht, dass

OSTA Junker [...] am 9.5.2003 mit Billigung des GStA den Direktor des LKA Lüdders aufsuchen und mit ihm die Situation durchsprechen [wird]. Er wird insbesondere darauf drängen, daß die Tonbänder und Mitschriften der besagten TÜ von Lüdders persönlich gesichert werden, damit nicht jetzt noch Verschleierungen vorkommen, die aber möglicherweise längst geschehen sein könnten.¹⁰

Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Dr. Michael Lemke: Nein. Ich weiß nicht, was da der Hintergrund gewesen ist.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Verstehen Sie vielleicht, dass es mich sehr gewundert hat, wenn da Vorwürfe gegen jemanden bestehen, dass dann derjenige selber die Tonbänder sichern soll? Das hat mich doch schon sehr stark irritiert.

Zeuge Dr. Michael Lemke: So, wie ich das verstehe, hat sich innerhalb der Staatsanwaltschaft ein Verhältnis zu Herrn Lüdders entwickelt; ich will es mal ganz neutral so sagen. Und ich habe meine Hausleitung davon unterrichtet und habe meinen Staatssekretär gewarnt, dass das politisch brisant sein kann. Außerdem ist Herr Lüdders ja nicht jemand gewesen in der Zeit. Und was politisch brisant ist, macht natürlich dann auch auf der Ministerebene Schwierigkeiten, wenn man das nicht einigermaßen handelt. Ich habe das Gefühl, ich hätte es sogar ganz gut gehandelt; aber das ist offenbar nicht herrschende Meinung.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Frage bitte!

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. - Weiter in dieser E-Mail heißt es:

Da die Presse die Ausgangsinformation dem GBA gegeben hat, könnte es erneut V-Mann-Erörterungen oder jedenfalls für das MI unerfreuliche mediale Erörterungen geben.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Das ist aber die Vorlage an meinen Vorgesetzten?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mhm. - Wie habe ich denn den Satz zu verstehen?

¹⁰ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: B 51 - 4110 EI 001-03, Blatt 94.

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/Welf

Zeuge Dr. Michael Lemke: Die Einschätzung durfte ich mir erlauben, und die durfte ich ihm auch mitteilen.

Man muss ja sehen, dass ein Staatssekretär - er ist Amtschef für das gesamte Haus - diese dezidierten, feinen, kleinen Fragen, die sich bei solchen Dingen ergeben, nicht draufhaben muss. Es gibt auch Staatssekretäre, die überhaupt keine Juristen sind. Meine letzte Ministerin war meines Wissens Naturwissenschaftlerin. Da musste man, soweit wie ich das gelernt habe, deutlich umfänglicher erklären, was Sache ist, und das habe ich auch getan. Es hat trotzdem Spaß gemacht - davon ganz abgesehen -, weil sie nämlich irgendwie auch Verständnis dafür hatte, für das, was läuft.

Aber das ist eben typisch für die Tätigkeit eines Abteilungsleiters im Strafrecht. Wenn Sie einen im Zivilrecht haben - der hat so ein Problem nie.

Aber wer solche Probleme auch hat, das ist der Vollzugsabteilungsleiter; der hat manchmal noch schlimmere.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Können Sie sich vielleicht erinnern -

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Das ist jetzt aber wirklich die letzte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - ja -, ob das Innenministerium damals versucht hat, Herrn Lüdders aus diesem Verfahren gezielt herauszuhalten?

Zeuge Dr. Michael Lemke: Da weiß ich gar nicht, was das Innenministerium gemacht hat. Ich muss auch sagen: Woher sollte ich? Das kann ich nur wissen, wenn mir das mitgeteilt wird oder wenn ich es der Presse entnehme. Wenn es in der Presse wäre, wäre es schon ziemlich schlimm - vor dem Hintergrund - für Herrn Lüdders, der ja zum Geschäftsbereich des Innenministeriums gehört.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Dann würde ich Ihnen zum Abschluss noch aus diesem Non-Paper vorlesen:

Ich habe AL Hohnen und AL Wegesin bei getrennten Anlässen vorgeschlagen, echte 6-Augen-Gespräche nach meinem Urlaub zu führen, die in erster Linie der Klärung des weiteren gemeinsamen Vorgehens, der Erarbeitung eines schlagkräftigen Krisenmanagements und der deutlichen Verbesserung der Kommunikation miteinander, weniger allerdings eher nebensächlich erscheinenden Sachpunkten gewidmet sein sollen. Reaktionen hierauf habe ich bislang nicht mitgeteilt erhalten.¹¹

Zeuge Dr. Michael Lemke: Ich hatte offenbar das Gefühl - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das würde ich gern ergänzen zu Ihrer Aussage, dass es da keinen Austausch und kein Wissen gab.

¹¹ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: B 51 - 4110 EI 001-03, Blatt 224.

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/Welf

Zeuge Dr. Michael Lemke: Nein, ich hatte offenbar das Gefühl, dass es notwendig war, auch in dieser Sache zu einem echten Sechs-Augen-Gespräch zu kommen - was die Innenseite wohl vielleicht nicht ganz so gerne gesehen hat wie wir, weil das ja im Grunde mit Herrn Lüdders alles aus der Innenseite heraus gekommen ist, und dass ich gesagt habe: Wir lassen euch da trotzdem nicht aus der Verantwortung. - Also, ich glaube, der Satz ist - für meine Begriffe - ein guter Satz. Tut mir leid, wenn ich das so sagen muss.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber Sie haben doch vorhin auf das Trennungsprinzip hingewiesen und uns erklärt, dass das überhaupt nicht erlaubt war.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Das Trennungsprinzip heißt, glaube ich, nicht, dass etwas nicht erlaubt ist. Das heißt, dass man etwas nicht tut. Das ist doch ein großer Unterschied.

Und ich weiß auch nicht - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber Sie schlagen es vor.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Ich habe den Satz jetzt nicht da. Habe ich Abteilung IV auch angesprochen? - Nein, ich glaube, nur Abteilung V.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): AL. Also, Abteilungsleiter Hohnen und Abteilungsleiter Wegesin würde ich da verorten.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Okay, okay. Aber es ist ja dann so: Wenn das Innenministerium der Meinung ist, ich würde in meiner Unverschämtheit, die ich manchmal habe, das Trennungsprinzip verletzen, dann könnten die sagen - was sie mir ja auch oft genug gesagt haben, wenn ich das sagen darf -: Zusammensetzen wir uns nicht! Komme du mal zu zweien, oder ich komme mal zu euch - oder so irgendwie. Oder: „Wir machen zwei Besprechungen.“

Der Satz alleine ist, glaube ich, nichts weiter als ein Vorschlag nach oben, zu sagen: Ich kümmere mich weiter darum, so wie Sie, lieber Herr Dr. Faupel, das erwarten.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Herr Kluge zu der damaligen Zeit.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Bitte?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Es war Herr Kluge zu der damaligen Zeit.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Oh ja. Entschuldigung! Das ist - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Danke, Herr Professor. Ich habe keine weiteren Fragen.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Das ist typisch. Ich habe bei der Vorbereitung aus dem Internet noch mal erfragen müssen, wann die Minister da waren und ihre

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/Welf

Staatssekretäre. Das ist der Vorteil, den es immer gibt: Minister und Staatssekretäre wechseln, und der Beamte bleibt die ganze Zeit derselbe, bis er pensioniert ist.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Gibt es Fragebedarf bei der CDU-Fraktion?

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Nein.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Bei den Linken? - Bitte, Frau Johlige.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Ich habe nur eine Frage, die ein bisschen abseits ist; aber ich würde sie an dieser Stelle trotzdem gern noch stellen. - In dem Non-Paper sprechen Sie auch das Ermittlungsverfahren gegen Polizeibedienstete wegen der plakativen Verwendung von Anschauungsmaterial - wie Nazifahnen - bei der MEGA an. Können Sie uns dazu etwas sagen? Wir beschäftigen uns ja mit diversen Punkten, die Rechtsextremismus und Behördenhandeln in Brandenburg berühren. Wenn wir Sie einmal hierhaben, wäre meine Bitte, dass Sie uns gleich noch Ihre Erinnerung an diese Geschichte schildern.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Konkret weiß ich das nicht mehr. Ich kann mich erinnern, dass es das gegeben hat - dass Polizeibeamte Nazisymbole benutzt haben, wie auch immer - und dass das nach § 86a des Strafgesetzbuchs, je nachdem was geschehen ist, eine strafbare Handlung ist und dass dann die Staatsanwaltschaft tatsächlich da eingreifen hat, auch wenn es gegen Polizeibeamte geht. Oder man könnte sagen: erst recht, wenn es gegen Polizeibeamte geht. Das schien mir meiner Überzeugung eher zu entsprechen.

Wie wir das damals gemacht haben? Ich bitte um Nachsicht; ich weiß es nicht mehr. Es ist einfach so: Wir haben - ich habe es am Anfang zu erklären versucht - mit meinem Dienstbeginn 1991 die Aufgabe und die Notwendigkeit gesehen und gehabt, gegen rechtsextreme Umtriebe vorzugehen. Wobei: Die schlimmsten Umtriebe haben wir angesprochen. Das sind die Brandanschläge, die Mordanschläge und so weiter gewesen. Aber es gab eine Vielzahl von sogenannten Propagandadelikten; so haben wir die genannt. Das sind die Delikte, bei denen es um Hakenkreuzschmierereien ging, bei denen es um solche Dinge ging, die Sie jetzt angesprochen haben, um Verwendung von Nazisymbolik, „Heil Hitler“-Geschrei und was es alles für Dinge gibt. Die hat es alle gegeben.

Wir haben damals gesagt: Es geht nicht anders! Wir müssen von vornherein in jeder Beziehung dagegen vorgehen.

Ich habe 1992 - leider habe ich ihn nicht mehr im Internet gefunden, ich habe ihn auch nicht mehr - meinen ersten von zwei sogenannten Dezember-Erlassen für die Staatsanwaltschaften gemacht. „Erlass“ heißt: Das ist die Anweisung an die Staatsanwaltschaft, sich in bestimmten Fällen bestimmt zu verhalten und darüber zu berichten. Selbst dann, wenn ein Minister eigentlich nicht anweisen soll, kann es Situationen geben, wo er es doch tun soll. Dies war so eine.

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/Welf

„Dezember-Erlass“ hieß: Der ist im Dezember 1992 geschrieben worden - von meinem Mitarbeiter und mir - und der Hausleitung zur Billigung vorgelegt worden und auch gebilligt worden.

Wir haben die Staatsanwaltschaften damals gebeten, im Zweifel die jeweils schärfere Maßnahme zu ergreifen, wenn es sich um rechtsradikale Umtriebe handelt; ich nenne es mal ganz allgemein so. Heißt: Bei der Frage, ob ein Haftbefehl beantragt werden soll oder nicht, wird der beantragt! Wenn nicht, musst du berichten, Staatsanwalt, warum nicht!

Bei der Frage, ob Bewährung beantragt werden soll, wird Bewährung abgelehnt, sodass derjenige einrücken muss! Wenn nicht, wenn du, Staatsanwalt, das nicht tust, musst du uns berichten!

Es gibt kaum etwas Lästigeres für Staatsanwälte, wenn sie berichten müssen. Das können Sie sich vielleicht vorstellen.

Wenn man so eine Verfügung macht, dann ist das schon ein ziemlich weitgehendes Unternehmen.

Das war der erste Dezember-Erlass.

Dann haben wir im Jahre 1993 das Gefühl gehabt, es reicht noch nicht, und wir haben den für 1993 - im weiteren Dezember - noch mal verschärft.

Diese Erlasse sind, glaube ich, sogar heute noch geltend. Ich habe sie nur nicht mehr gefunden, weil sie eben auch schon ein bisschen bemoost sind; das ist ja nun mal so.

Man muss auch einfach sehen: Die Schärfe, in der so etwas umgesetzt wird, hängt auch von der politischen Überzeugung der Hausleitungen ab. Ich konnte nämlich beobachten, dass nach den Jahren mit Dr. Bräutigam bei den nächsten Ministern das Interesse an Dezember-Erlassen deutlich nachließ. Der nächste Minister war Herr Professor Schelter, der ursprünglich aus der CSU kam. Man muss das mal so sehen. Das Interesse war dann nicht mehr so groß.

Andererseits war es aber auch so: Die Justiz hatte sich so verfestigt bis zu dem Zeitpunkt, man brauchte so etwas auch nicht mehr so sehr.

Deswegen ist es eben auch so, dass solche Dinge verfolgt werden, aber dass sie auch nicht mit Schaum vor dem Mund verfolgt werden.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Ich würde ganz gern trotzdem noch mal zitieren, weil ich finde, es klingt ein bisschen anders in dem, was ich hier lese. An dieser Stelle geht es um weitere Verfahren, die irgendwie gerade im Zusammenhang zu sehen sind. Da lese ich:

Das Ermittlungsverfahren gegen Polizeibedienstete wegen der besonders plakativen Verwendung von Anschauungsmaterial wie Nazi-Fahnen usw. steht vor der Einstellung. Hier akzeptiert die Staatsanwaltschaft großzügigerweise die

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/Welf

Voraussetzungen der sog. Sozialadäquanzklausel. Dies ist deshalb großzügig, weil es selbstverständlich nicht erforderlich ist, die Wände eines Schulungsraums mit Nazimaterial zu drapieren, um darüber aufzuklären. Dies hätte, wie es von jeher in Schulen üblich ist, auch durch Vorzeigen des Materials im Einzelfall und anschließendes Wegschließen geschehen können.¹²

Das klingt jetzt nicht gerade nach der schärfsten Maßnahme der Staatsanwaltschaft, sondern - Sie sprechen ja auch von „großzügigerweise“ - das klingt eher so, als ob die Staatsanwaltschaft wegguckt, dass bei der MEGA in dem Schulungsraum Nazidevotionalien aufgehängt werden.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Frau Abgeordnete, das stimmt, was Sie sagen. Das ist so. Und es ist auch beobachtet worden, dass Staatsanwaltschaften Erlasse benötigt haben, um in solchen Dingen eben nicht wegzugucken. Ich glaube, es ist heute, wenn ich das in der Presse lese, immer noch nicht viel anders. Es ist eben wirklich im Strafrecht und bei Strafrechtsanwendung ein bisschen kompliziert, weil man da ja auch seine persönlichen Überzeugungen von der Welt und von den Taten und von seinem Umfeld mit einfließen lässt.

Es gibt natürlich sehr konservative Staatsanwälte, und es gibt welche, die das nicht so sehen. Es gibt welche, die furchtbar scharf sind, bei denen wir gesagt haben: Nun übertreibt mal nicht! Wir haben sonst hinterher sofort wieder den anderen Ärger, wenn du jeden sofort erst mal einbuchten lassen willst, obwohl das eigentlich nach der Rechtsprechung gar nicht notwendig ist. Dann gibt das den anderen Ärger.

Insofern kann ich nur sagen: Die Dezember-Erlasse waren, wie ich sagte, 1992/93, also in der Zeit, in der es eigentlich erst richtig losging, wenn ich es mal so sagen darf. Das, was Sie vorlesen, ist zu einer Zeit, wo nichts mehr richtig losging, wo es trotzdem ärgerlich ist und wo es natürlich klar sein sollte, dass man solche Dinge verfolgt.

Wenn Sie mich heute fragen würden, wie ich diesen Vermerk - - Habe ich den geschrieben?

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Das ist Ihr Non-Paper.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Aha. - Wie ich den Vermerk heute schreiben würde, dann würde ich sagen: Es kann überhaupt keinen Zweifel geben, dass hier Strafverfahren eingeleitet werden. Punkt. Unterschrift Lemke.

Also, es ist ein klein bisschen in jedem Einzelfall bei solchen Dingen, die ja eigentlich gegenüber Brandanschlägen, Mordanschlägen und so weiter minimal sind - - die dort sehr stark im Bereich der Einschätzung der einzelnen Tat nach ihrer wirklichen Gefährlichkeit ist.

Gut finde ich die nicht. Und ich weiß nicht, ob sie es eingestellt haben. Das wüsste ich jetzt wirklich selbst gerne. Aber ich weiß es nicht mehr. Ich glaube, eher nicht, weil ich glaube, dass wir gerade solche Dinge dann sehr - - Ich gucke immer Herrn Welfens

¹² Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: B 51 - 4110 EI 001-03, Blatt 222.

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/Welf

an, aber er war in der Zeit nicht da; ihn kenne ich ja nun auch lange genug. Vielleicht hätte er mir sonst helfen können. - Dass wir solche Dinge aber auch immer in den Besprechungen mit dem Generalstaatsanwalt und den Leitenden Oberstaatsanwälten zu einem Punkt gemacht haben.

Wissen Sie, das ist so ein bisschen das äußere Bild. Ich habe in den ersten Jahren immer dann, wenn ich den Staatsanwaltschaften die Tagesordnung für die nächste Besprechung geschickt habe - das gehört vielleicht nicht dazu: Meine Frau hat dann immer die Kekse dazu gebacken, und ich musste den Kaffee auch noch von meinem Taschengeld bezahlen, weil ich das Geld nicht mal dafür bekam; so sah das aus -, in der Tagesordnung immer als Nummer eins rechtsextreme Umtriebe gehabt - immer! -, damit das also sofort ein Punkt ist, wo jeder Staatsanwalt, auch wenn er keine Lust hat, weiß: Darum komme ich nicht herum! Das muss besprochen werden!

Also, es ist kompliziert darzustellen. Aber es ist ein Problem.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Ich würde daran gern anknüpfen, Herr Professor Dr. Lemke.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Und zwar aus dem Grund: Dieser Untersuchungsausschuss hat sich zum Ziel gesetzt, insbesondere aufgrund der Rolle Carsten Szczepanskis in Bezug auf den NSU-Komplex aufzuklären, welche Verfehlungen es innerhalb der brandenburgischen Sicherheitsbehörden in Bezug auf Erkenntnisse zum NSU gegeben hat. Im Zuge dessen sind wir auf die „Nationale Bewegung“ gestoßen. Ihr Non-Paper existiert ja nicht im luftleeren Raum, sondern ist unmittelbar mit der Frage der Ermittlungen - auch gegen eine terroristische Vereinigung; gegen die „Nationale Bewegung“ wurde ja auch wegen § 129a ermittelt - entstanden, und zwar aus der Erkenntnis heraus, dass der Geheimnisverrat eventuell eben nicht nur über den Verfassungsschutz lanciert wurde, sondern eben auch das LKA eine Relevanz dabei gespielt hat.

Im Rahmen der internen Ermittlungen ist man darauf gestoßen, dass in der MEGA genau diese Devotionalien ausgestellt wurden. Das heißt also: Wenn wir uns jetzt diesem Papier widmen, dann doch aus der Perspektive heraus, um in Erfahrung zu bringen, ob es zu dem Zeitpunkt überhaupt die notwendige Sensibilität dafür gegeben hat; denn es stimmt nicht, dass zu der Zeit nichts mehr losgetreten wurde. Das war die Zeit, in der der NSU gerade anfang zu morden, in der „Blood & Honour“ verboten wurde, in der Naziorganisationen sich bundes- und europaweit und international organisiert haben. Deswegen ist dieses Paper für uns von solcher Relevanz; denn zumindest bei uns hinterlässt es den Eindruck, dass da bewusst Ermittlungen gedeckelt wurden. Und deswegen haben wir Sie damit konfrontiert.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Ich war aber zuständig zunächst mal nur - - nicht für Dinge, die über Brandenburg hinaus sind, die deutschlandweit sind, die europaweit oder weltweit sind; das war ich nicht. Ich war zuständig, wenn, dann über die Dinge, die mit der MEGA dort passiert sind, und nur die waren zu beurteilen. Es gehört im Strafrecht in erster Linie mal dazu, wenn es um strafbare Handlungen geht, dass man

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/Welf

die genaue strafbare Handlung umschreibt, um die es geht, und dass man sich da nicht in Randbezirken verliert, die damit vielleicht nichts zu tun haben. Wenn aber da Fragen bestehen, dann ist es Aufgabe der Staatsanwaltschaft, das zu ermitteln und auszuüben, was dann anschließend zu geschehen hat; das ist klar.

Dass der NSU - - Ich habe das, glaube ich, auch deutlich gesagt: Der Name NSU, der Name Zschäpe, der Name Mundlos ist mir in meiner Dienstzeit nicht begegnet. Und das können Sie jetzt auch dieser MEGA-Geschichte meines Erachtens nicht zuschreiben. Das konnten wir nicht wissen, dass es irgendwo anders Morde gegeben hat. Es gibt außerdem immer Morde in Deutschland, in anderen Ländern auch. Das hat aber nicht unbedingt damit zu tun.

Wir hatten uns also nur und ausschließlich mit der Frage zu befassen, ob hier tatsächlich - so, wie ich das bei Ihrer Kollegin Johlige eben auch gesagt habe - etwas unter den Tisch gekehrt werden soll, was nicht unter den Tisch gehört, wo wir dann aufpassen müssen, ob wir den Staatsanwaltschaften das überlassen können.

Insofern war aus meiner subjektiven Sicht - das behaupte ich heute noch genauso - zunächst mal nichts weiter als diese kleine rechtsextremistische Misslichkeit, wenn ich es so nennen darf, zu beurteilen und nichts anderes. Vom NSU wussten wir nichts.

Natürlich hätten wir möglicherweise, wenn wir den ganzen Kenntnisstand, den Sie heute haben - - Wenn wir den damals gehabt hätten, hätten wir natürlich auch anders reagiert. Wenn ich das nicht gemacht hätte, hätte mein Minister mich nicht in Pension geschickt, sondern irgendwo anders hin, wo ich keinen Schaden mehr anrichten kann. Das ist klar. Insofern denke ich mal, dass unsere Haltung nicht falsch war.

Dass ich so ein Non-Paper schreibe - das betone ich noch mal -, ist nichts anderes als eine interne - geheime, wenn Sie wollen -, vertrauliche Unterrichtung meines Vorgesetzten gewesen. Wenn Sie mir damals gesagt hätten, dass das mal zum Gegenstand eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses wird, hätte ich dieses Papier erstens entweder gar nicht geschrieben, sondern ich wäre zu ihm hinmarschiert und hätte ihm erklärt, was ich zu sagen habe. Dann hätte ich gesagt: Hören Sie mal bitte zu! Wir haben das und das Problem. - Oder ich hätte es ganz anders formuliert, so, dass es nicht später gefährlich wird.

(Heiterkeit)

Also: Ich bitte um Nachsicht. Aber wir haben da wirklich eine unterschiedliche Sicht dieser Dinge. Ich bin bestimmt, glaube ich - ich hoffe, dass Dr. Schöneburg das bestätigen kann; er kennt mich ja nun auch schon ein bisschen -, nicht verdächtig, rechtsextreme Umtriebe kleinzureden. Trotzdem war ich verpflichtet, die Arbeit der Staatsanwaltschaft so gut zu steuern, wie sie zu steuern ist. - Danke.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Ich habe keine weiteren Fragen, wollte aber nur anhand dessen noch mal verdeutlichen, dass durchaus meine Frage darauf abgezielt hat, weil in Brandenburg Rechtsextremismus nicht nur eine Kleinigkeit gewesen ist, sondern wir auch 18 Tote haben.

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/Welf

Zeuge Dr. Michael Lemke: Das kann ich so nicht stehen lassen. Ich bitte, darauf antworten zu dürfen, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Bitte.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Wir haben - nun muss ich doch noch mal ein bisschen ausholen - nicht nur 1991 und 1992 damit angefangen. Wir haben nicht nur die ständigen Besprechungen mit der Innenseite gehabt, die ja dazu dienten, solche Dinge vernünftig zu regeln und vernünftig zu behandeln und nach Möglichkeit irgendwie mit dem ganzen rechtsextremen Kram besser fertig zu werden. Wir haben auch gehofft - ich habe es jedenfalls gehofft; das habe ich damals auch gesagt -: Das dauert fünf bis zehn Jahre, dann haben wir das Ding vom Tisch. - Und nach fünf bis zehn Jahren hatten wir es nicht vom Tisch. Es war noch genauso da wie vorher, nur anders, und die Staatsanwaltschaften konnten auch besser darauf reagieren.

Ich habe dann - - Das ist meine eigene Begründung gewesen. Ich habe dann die ersten Opferschutz- und Opferhilfeeinrichtungen gegründet. Da war der Innenminister noch Herr Schönbohm. Das war ein bisschen später dann. Herr Schönbohm und Frau Richstein haben das, soweit ich es heute beurteilen kann, gerne gesehen, dass es im Justizministerium - - Das Innenministerium hätte es auch tun können; aber Herr Schönbohm wollte das nicht so gerne, da man ja unter Umständen mit Opferschutz und Opferhilfe als Hausleitung ein Problem kriegen kann, wenn das nicht gut funktioniert. Also hat Frau Richstein mir erlaubt, das bei uns im Hause zu machen. Wir haben regelmäßige Sitzungen der dann gegründeten Opferhilfevereine gehabt. Das ist die „Opferperspektive“ gewesen. Da gehört STIBB e. V. dazu. Da gehört inzwischen auch - worüber ich mich freue - das EJF dazu - damals noch nicht -, wo ich als Vorsitzender arbeite. Und solche Dinge.

Wir haben also versucht, über Opferschutz und Opferhilfe Vertrauen in der Bevölkerung zu schaffen. Das sind ja alles Schritte, die gegen rechtsextreme Übungen sind. Das ist nicht etwas gegen Taschendiebstahl und auch nichts gegenüber Schlägereien oder was es sonst so gegeben hat; da muss man anders handeln.

Deswegen meine ich, dass in der Zeit eine Menge passiert ist und dass auch ziemlich sicher mehr hätte passieren können im Lande, wenn wir als Behörden diese Dinge nicht alle angeschoben hätten.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann frage ich Herrn Wiese, ob er noch Fragen hat.

Abgeordneter Wiese (AfD): Nein.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann sind wir bei Frau Nonnemacher.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön, Herr Vorsitzender. - Ich würde jetzt - weg von der Ausgestaltung der Räumlichkeiten bei der MEGA - noch mal auf das Geheimnisverratsverfahren im Zusammenhang mit NaBe kommen. Herr Professor, wir haben hier einen Vorhalt, Ministerium der Justiz, Dr. Lemke, 01.08.03. Daraus würde ich gern zitieren - diesmal steht nicht „Non-Paper“ drüber, sondern es ist ein normaler Aktenvermerk -:

Herr Staatssekretär bittet um eine Gesprächsnotiz über sein gestriges Gespräch mit Herrn OStA Junker. Der Entwurf einer Gesprächsnotiz liegt an. [...] Generalstaatsanwalt Dr. Rautenberg ist von OStA Junker über das Gespräch unterrichtet worden. Er hat mitgeteilt, dass er dafür Sorge tragen werde, dass der LKA-Chef nicht eingetragen wird, weil er diesen Weg für juristisch zutreffend halte.¹³

Ende des Vermerks.

Ist das in Ihren Augen - - oder: Ist das ein normaler Vorgang? Ist es öfter vorgekommen, dass der Generalstaatsanwalt sozusagen schon wusste, wer als Beschuldigter infrage kommt, bevor die Staatsanwaltschaft Potsdam ihre Ermittlungen abgeschlossen hatte und zu einem Ergebnis gekommen war?

Zeuge Dr. Michael Lemke: Um diese Frage direkt zu beantworten: Das hoffen wir, dass es so ist. - Aber hier ist offenbar ein bisschen was anderes gewesen. Es hat offenbar ein Gespräch beim Staatssekretär stattgefunden, an dem ich die Gnade hatte, dabeisitzen zu dürfen; ich nenne es mal so. Es war also eindeutig vom Herrn Staatssekretär angewiesen.

Er hat nicht den Generalstaatsanwalt Dr. Rautenberg dazugeholt, sondern den zuständigen Leitenden Oberstaatsanwalt Junker aus Potsdam, von der StA Potsdam. Dann ist das Gespräch mit dem Inhalt, den Sie zitiert haben, geführt worden. Ich habe in dem Falle so etwas Ähnliches wie Protokoll geführt über das Ganze. Das war meine Funktion dabei.

Diese Gespräche - auf der Ebene - haben vergleichsweise selten stattgefunden. Und zwar: Das ist ein Ergebnis unserer Arbeit gewesen und auch ein Ergebnis des Zusammenwirkens meines Staatssekretärs und mir, der mir öfter gesagt hat: „Machen Sie das mal! Ich vertraue Ihnen.“ So.

Aber es gibt auch Situationen - und dies war offenbar eine; denn es ging ja um den LKA-Chef Lüdders -, wo man sagt: Das ist unter Umständen politisch so prekär, das möchte der Staatssekretär selber machen.

Es kann auch bedeuten, dass er sagte: „Ob der Lemke das richtig macht, weiß ich nicht. Dann will ich es lieber selber machen. Außerdem kann der gute Vermerke schreiben. Und dann schreibt er etwas rein, was gar nicht richtig ist.“ Irgend so etwas kann dahinterstecken. Das ist für meine Begriffe ganz normal im Verhältnis zueinander.

Dr. Rautenberg ist halt nur ein Generalstaatsanwalt - während andere Länder mehrere haben -, sodass er sehr, sehr viel Arbeit hatte und auch sehr oft unterwegs war, außerdem eine völlige Affinität zu Polen hatte, sodass er auch öfter aus Polen wiedergeholt werden musste, wenn etwas war. Es kam also nach Möglichkeit über den. Aber es konnte auch durch jemand anders laufen.

¹³ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: B 51 - 4110 EI 001-03, Blatt 209.

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/Welf

Das war also vom Gesprächsinhalt her, glaube ich, richtig.

Ich glaube auch heute, dass es bei der Situation, die Sie angesprochen haben, wo es wirklich um die Frage von Geheimnisverrat eines LKA-Chefs gehen könnte, notwendig ist, dass die politischen Leitungen direkt und unmittelbar unterrichtet werden über das, was zu tun ist, und - machen wir uns nichts vor - natürlich auch der Staatssekretär sagt: Das und das hat zu geschehen und das nicht! - Das ist natürlich auch Inhalt solcher Gespräche.

Jetzt weiß ich nicht, wie mein Vermerk über das Gespräch aussieht. Aber ich denke mal, so ähnlich wird er aussehen, wie ich es erzählt habe.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich lese jetzt wieder aus einem anderen Vorhalt vor, Ihrem Vermerk, Dr. Lemke, für: Kabinettsitzung am 05.08.2003. Das ist wieder ein Non-Paper. Wir sind natürlich dankbar, dass Sie das verfasst haben.

(Heiterkeit)

Ich zitiere:

Stichwort: Verfolgung LKA-Chef Lüdders

Mit dem Generalstaatsanwalt persönlich ist am 30. August 2003 folgendes Vorgehen vereinbart worden:

Die Staatsanwaltschaft Potsdam wird ihm - insoweit abgetrennt vom Ermittlungsverfahren gegen K[...] im Übrigen - einen Absichtsbericht hinsichtlich LKA-Chef Lüdders übermitteln. Dieser Bericht wird voraussichtlich die Absicht, ein Js-Verfahren einzutragen und sodann sofort gemäß § 170 Abs. 2 StPO einzustellen, enthalten. Der Generalstaatsanwalt wird je nach Formulierung des Absichtsberichts entweder selbst entscheiden, dass nach seiner Auffassung die Fallkonstellation auch schon nicht die Eintragung eines Js-Verfahrens trägt, oder dies in einem weiteren Prüfauftrag der Staatsanwaltschaft Potsdam mitteilen.

Der Generalstaatsanwalt prüft im Übrigen derzeit die von mir nach eingehender Erörterung in Abt. III erneut in Zweifel gezogene Selbstverständlichkeit, mit der die Staatsanwaltschaft Potsdam den objektiven Tatbestand einer Strafvereitelung im Amt annimmt.

Derzeit zu erwartendes Ergebnis:

Gegen LKA-Chef Lüdders wird, sei es schon aus objektiven, sei es zumindest aus subjektiven Gründen, gar nicht erst ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.¹⁴

Ende dieses langen Vermerks.

¹⁴ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: B 51 - 4110 EI 001-03, Blatt 220 f.

Noch mal die Frage: Kann es sein oder ist es normal, dass, bevor die entsprechende Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungen abgeschlossen hat, der Generalstaatsanwalt und auch das Justizministerium sozusagen schon solche Vereinbarungen treffen?

Zeuge Dr. Michael Lemke: Der Generalstaatsanwalt kann mit der Staatsanwaltschaft, die ihm untergeordnet ist, natürlich solche Dinge treffen. Also, das prekäre politische Verhältnis, das ich angesprochen habe, besteht nie zwischen dem Generalstaatsanwalt und seinen Staatsanwaltschaften im Lande, sondern zwischen dem Ministerium und - meistens - dem Generalstaatsanwalt, wenn wir die Hierarchie mal so sehen, wie sie wirklich ist. Nur so viel.

Aber ich muss gleich noch ein klein bisschen mehr ausholen. Mit den Aktenzeichen, das will ich Ihnen gerne erklären. Ich höre, dass - so, wie Sie es mir jetzt vorgetragen haben - ich der Überzeugung war: Gegen Lüdders ist schon nicht aus objektiven Gründen, aber auch nicht aus subjektiven Gründen - - „Objektiv“ heißt: Er hat eigentlich gar nichts gemacht, und wenn, dann glauben wir auch nicht, dass er etwas gemacht hat. „Subjektiv“ heißt: Selbst wenn er etwas gemacht hat, war es kein Vorsatz, sondern es war irgendwie eine Fahrlässigkeit oder sonst etwas.

Also, um strafrechtlich verfolgt werden zu können, muss er objektiv und subjektiv etwas gemacht haben, und die Staatsanwaltschaft, die verfolgt, muss der Überzeugung sein, dass das auch so ist.

Sie haben gesagt, ich hätte das ein bisschen flockig geschrieben - das höre ich wohl -, dass ich gesagt habe: Die Selbstverständlichkeit, mit der Staatsanwaltschaft hier einen objektiven Tatbestand annimmt, besteht für mich nicht. - Das finde ich aber aus heutiger Sicht verantwortlich; denn ich habe auf die Art und Weise - daran kann ich mich auch erinnern - wohl ziemlich genau geprüft, was da für strafbare Handlungen sein könnten.

Jetzt muss man natürlich noch zusätzlich einbeziehen: Ich habe nicht den normalen Taschendieb oder den normalen Ladendieb dagehabt, sondern den LKA-Chef Lüdders, dem ein Vorwurf gemacht wird, ein Vorwurf, der unter Umständen zu einem Strafverfahren führt oder nicht.

Sie müssen sehen: Wenn so einer einen Vorwurf gemacht kriegt - und das taucht mit diesem Vorwurf mit tödlicher Sicherheit in der Presse auf -, dann ist dieser Mann, egal was da als Nächstes passiert, im Grunde schwer geschädigt. Das ist eine Geschichte, die man einfach immer einbeziehen muss, wenn man in diesem Job arbeitet. Auch wenn der Vorwurf durchaus unberechtigt war, ist der Mann trotzdem schwer beschädigt.

Wenn Sie die heutige Sexismus-Debatte - darf ich das einstreuen? - verfolgen: Genau das erlebt man da auch. Man muss über einen Mann nur sagen: „Er hat zugelangt“, dann ist er fertig. So ist das in anderen Bereichen auch. Und im Bereich der Polizei ist es doppelt gefährlich, in dem Bereich. Also habe ich in dem Vermerk oder in dem Schreiben gesagt: Wir müssen das sorgfältig prüfen. Der Generalstaatsanwalt hat in dem Gespräch mit mir zugesagt, dass er genau das tun wird.

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/Welf

Ich habe da, glaube ich, sogar eine Weisung erteilt. Das kann man interpretieren oder nicht. Ich habe da gesagt, und das nehme ich auf meine Kappe - - Weil die Hausleitung hinter mir stand, habe ich gesagt: Ihr müsst das jetzt anders machen! Das geht so nicht!

Jetzt geht es um die Frage Aktenzeichen: Es gibt zwei verschiedene Vorgänge bei den Staatsanwaltschaften, mit verschiedenen Aktenzeichen. Das eine ist das Ermittlungsverfahren; das ist ein Js-Aktenzeichen. Jedes Ermittlungsverfahren, das aufgrund einer Strafanzeige oder aufgrund einer Pressemitteilung oder sonstiger Erkenntnisse - polizeilicher Bericht und so weiter - kommt, führt zu einem Js-Aktenzeichen.

Wer in einer öffentlichen Aufgabe steht, in einer öffentlichen Funktion ist, wer in einer wichtigen sonstigen Funktion ist und ein Js-Verfahren gegen sich hat, muss sich anschließend - ganz egal, was er getan hat - damit auseinandersetzen, dass gegen ihn ermittelt wird. Und dann ist wieder das, was ich vorhin als Beispiel erwähnt habe, drin.

Die andere Möglichkeit ist ein AR-Verfahren. Das heißt, die Staatsanwaltschaft löst kein Ermittlungsverfahren aus, sondern macht ein - - Man kann es Vorprüfungsverfahren nennen oder überhaupt Prüfungsverfahren. Das ist das, was ich dort angesprochen habe. Das kann sein. Wenn wir nämlich gegenüber einem gefährdeten Menschen, politisch gefährdeten Menschen erst mal nur eine Vorprüfung haben, dann ist das zwar in der Presse auch gefährlich, aber nicht so gefährlich wie Js. Und wenn die Staatsanwaltschaft hinterher sagt: „Da war nichts dran“, dann brauchen sie auch keinen Beschluss zu machen am Ende und auch nichts nach oben zu berichten; dann können sie einfach die Akte zumachen. Wenn sie ein Js-Verfahren einleiten, müssen sie am Ende einen Abschlussbeschluss machen, auch dann, wenn sie es einstellen wollen, und sie müssen, wenn es um Herrn Lüdders geht, selbstverständlich an das Ministerium berichten, dass sie eingestellt haben.

Das ist so prekär, diese Sache, dass der Vermerk so, wie sie ihn vorgelesen haben, vielleicht ein bisschen eierig klingt. Aber er ist nicht eierig. Er drückt genau das aus, was in der Situation eben gegeben ist.

Ich glaube, das haben wir aus meiner Sicht richtig und gut gemacht. Und so weit, wie ich mich erinnere, ist da auch nie etwas passiert mit Herrn Lüdders in dem Zusammenhang.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Daran schließt sich die nächste Frage richtig an: Kann es denn aus Ihrer Sicht sein, dass mehrere Polizeibeamte - bis hinauf zum LKA-Chef - wussten um einen Geheimnisverrat eines V-Mannes des Verfassungsschutzes, dass das über zwei Jahre lang nicht an die zuständige Staatsanwaltschaft gemeldet worden ist und dass dann die gleiche Staatsanwaltschaft, die das ausermitteln müsste, sozusagen sich entschließt, überhaupt kein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Strafvereitelung im Amt aufzunehmen?

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/Welf

Zeuge Dr. Michael Lemke: Sie haben Recht: Das kann es eigentlich nicht geben. Aber was es nicht geben kann, gibt es trotzdem gelegentlich. Das heißt also, gerade mit V-Leuten, wo die Frage des Einsatzes von V-Leuten und die Beurteilung ihres Einsatzes so kompliziert und schwierig im Einzelfall ist, kann es schon sein, dass ein Innenministerium den Einsatz der V-Leute unter dem Deckel hält - ich will es mal so sagen - und einfach nichts mehr dazu sagen will und auch davon nichts hören will. Wenn ich zum Beispiel als Strafrechtsabteilungsleiter weiß, da ist etwas gewesen, und ich frage die nicht, dann bin ich mitschuldig. Also würde ich sie gefragt haben. Aber ich wusste das mit Sicherheit auch nicht, das ist klar; denn sonst wäre ja das Gespräch mit der Staatsanwaltschaft viel früher gelaufen. Das ist klar.

Als Zweites: Wenn aber die Staatsanwaltschaft dann erfährt, da ist etwas, und da ist sogar etwas, was man eigentlich politisch - - Auch Junker ist, obwohl er Leitender Oberstaatsanwalt einer Teilstaatsanwaltschaft, nicht der General-, ist, ist auch in einem politischen Interesse.

Ich denke mal, G. P. hätte sich gefreut, wenn sie so eine Story damals in die Finger gekriegt hätte. Das sage ich mal so.

(Heiterkeit)

Der muss also auch aufpassen.

Und der hat genauso reagiert, wie man eigentlich auch nicht reagieren soll. Der hat sofort gesagt: Da müssen wir sofort etwas machen! Das geht sonst schief! - Daraufhin haben wir eingegriffen, weil wir gesagt haben: Nein, lieber nicht! Das müsst ihr schon ordentlich machen! - Strafrecht ist vor allen Dingen saubere und ordentliche Arbeit; denn es geht ja immer um die Freiheit der Menschen. Es geht auch um ihren Beruf. Die werden entlassen, wenn irgendwas passiert mit einem Js-Verfahren und so.

Insofern die erste Frage beantwortet: Ja, Sie haben Recht. - Zweite Frage: Wir haben es weggebügelt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich würde Ihnen gern als Letztes aus einem weiteren Vermerk, den Sie angefertigt haben - Vermerk Dr. Lemke, 01.08.2003 -, vorhalten. Und zwar geht es um einen Vermerk über ein Dienstgespräch zwischen Herrn Staatssekretär Kluge und Oberstaatsanwalt Junker. Und zwar ist das Problem, dass die zuständige Oberstaatsanwältin Böhm ja im Fall dieses Geheimnisverrats gegen Herrn Lüdders ermitteln wollte. Sie hat das ja direkt eingetragen - in MESTA und auch handschriftlich -, dass sie einen Anfangsverdacht sieht und ermitteln möchte und andere das anders gesehen haben.

Da steht in dem von Ihnen angefertigten Vermerk über das Dienstgespräch Folgendes - ich zitiere -:

Herr Staatssekretär Kluge regte für die Zukunft an, für die wenigen Verfahren, die eine derartige politische Brisanz aufwiesen, dafür zu sorgen, dass sie nicht notwendigerweise vom an sich zuständigen Dezernenten, sondern von einem

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/Welf

außerordentlich verschwiegenen Dezernenten („Erbsenzähler“) bearbeitet würden. OStA Junker zeigte sich auch insoweit problembewusst.¹⁵

Könnten Sie sich dazu noch mal äußern?

Zeuge Dr. Michael Lemke: Ja. - Zunächst mal ist der Eindruck, den ich in meiner Dienstzeit hatte, dass ich zu viele Vermerke geschrieben habe - - den kann ich für heute bestätigen. Das ist schon mal das Erste.

(Heiterkeit)

- Das ist eindeutig so.

Unabhängig davon: Herr Kluge - darf ich das mal so sagen - war kein wirklicher Fachmann, was Strafrecht betrifft. Herr Kluge ist Verwaltungsrichter gewesen, und Verwaltungsrichter sind „Erbsenzähler“ - was den Ausdruck betrifft.

(Heiterkeit)

Ich will es einfach mal so sagen. Das ist die herrschende Meinung. Die habe ich als Referendar das erste Mal gelernt, und die habe ich bis heute nicht aufgegeben. Das ist aber etwas anderes.

Was Herr Kluge vorschlägt, geht aus meiner Sicht einfach nicht. Gerade weil es der Staatssekretär war, musste ich, wenn er mir so etwas sagte, auch einen Vermerk schreiben, damit er mir nicht hinterher sagt: „Ich habe Ihnen das doch gesagt. Warum haben Sie nichts gemacht? Sie haben mal wieder ...“ Oder so irgendwie. Also habe ich das so geschrieben.

Die Idee, einen absolut verschwiegenen Kollegen damit zu beauftragen - okay, das kann man natürlich machen. Der Leitende Oberstaatsanwalt - das war Herr Junker in dem Falle - kann natürlich sagen: Na gut, die Frau Böhm neigt dazu, ein bisschen zu erzählen, oder neigt dazu, nicht so zu schweigen. Wir nehmen jemand anders, jemanden, der des Schweigens mächtiger ist als Frau Böhm. - Das ist natürlich möglich.

Es ist auch nicht etwas, was in die Fachaufsicht gehört; denn das ist nun wirklich der Einsatz der einzelnen Staatsanwälte, die einfach durch den Leitenden Oberstaatsanwalt erfolgt, die er auch selbst verantwortet und für die er auch im Regelfall nicht zur Verantwortung gezogen wird, nur, wenn etwas Besonderes passiert dabei. Es ist auch etwas passiert. Wenn meinetwegen plötzlich Suizidversuche passieren bei Staatsanwälten, dann muss man fragen: Warum hast du den da eingesetzt und warum nicht - -

Hier, bei Frau Böhm, war das völlig ungefährlich, was das betrifft. Ja, und Frau Böhm hätte ich auch gerne bei dem Ding gelassen - wenn Sie mich fragen. Wenn mich der Herr Staatssekretär gefragt hätte: „Herr Lemke, was halten Sie davon?“, dann hätte

¹⁵ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: B 51 - 4110 EI 001-03, Blatt 211.

Untersuchungsausschuss 6/1
18. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2018
Stenogr. Dienst/Welf

ich gesagt: „Ich hielte was davon, dass Sie die Finger davon lassen und es dem Junker überlassen, wen er einsetzt.“ Fertig! So ist das. Aber so ist das eben nicht immer im Umgang mit Vorgesetzten; die sind auch manchmal anders. Insofern ist es einfach klar.

Im Übrigen: Von der Sache her halte ich es für wenig förderlich, wenn man einen Teil seiner Staatsanwälte als „Schwätzer“ und einen anderen Teil als „Erbsenzähler“ bezeichnet. Also, irgendwo ist das - -

Ich darf sagen: Herr Kluge - - Da waren wir auch nicht undankbar, als wir dann einen neuen hatten.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön. Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ich schaue in die Runde: Gibt es noch Fragebedarf?
- Das ist nicht der Fall.

Dann kommt meine übliche Abschlussfrage: Es geht um die eventuell notwendige Vereidigung. Ich sehe keinen Grund dafür, Herrn Professor Lemke zu vereidigen. Widerspricht dem jemand in der Runde? - Das ist nicht der Fall. Dann verzichten wir auf eine Vereidigung.

Ich kann mich nur sehr herzlich bei Ihnen bedanken. Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Abend. Danke schön.

Wir unterbrechen für zehn Minuten und wenden uns dann unserem letzten Zeugen zu.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Darf ich noch ein Wort sagen?

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Bitte.

Zeuge Dr. Michael Lemke: Ich bedanke mich für Ihre Geduld, was meine Antworten betrifft.

(Heiterkeit)

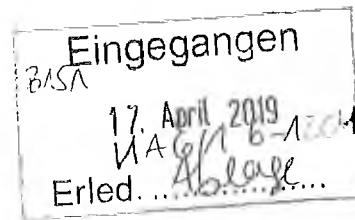
Vorsitzender Rupprecht (SPD): Gern.

[REDACTED]

Prof. Dr. Michael Lemke
Ministerialdirigent a.D.

15.4.2019

Landtag Brandenburg
Untersuchungsausschuss UA 6/1
Ausschusssekretariat
Alter Markt 1
14467 Potsdam



Betrifft: Ausschussprotokoll

Sehr geehrter Herr Dr. Jendro,


ich habe das mir mit Ihrem Schreiben vom 5.4.2019 über das Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg übermittelte Protokoll meiner Aussage vor dem Untersuchungsausschuss durchgesehen.

Gründe für inhaltliche Änderungen habe ich nicht.

Für den Fall einer erneuten Kontaktaufnahme bitte ich jedoch meine o.a. Privatadresse zu verwenden, da ich mich bereits seit dem 1.9.2008 im Ruhestand befinde.

Die Bezeichnung „HonProf“ ist im Übrigen bereits durch § 53 Abs. 2 Satz 2 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes v. 18.12.2008 durch die Bezeichnung „Professor“ ersetzt worden.

Mit freundlichen Grüßen


(Prof. Dr. Michael Lemke)

Untersuchungsausschuss 6/1
25. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

27.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Vernehmung des Zeugen Stefan Ludwig

Jetzt zu Ihnen, Herr Minister Ludwig. Sie sind nicht das erste Mal in diesem Ausschuss. Sie kennen auch das Prozedere. Sie wissen, dass ich Sie zunächst belehren muss.

Als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuss unterliegen Sie der Wahrheitspflicht. Das heißt: Die von Ihnen gemachten Angaben müssen vollständig sein und der Wahrheit entsprechen. Sie dürfen weder falsche Angaben machen noch wesentliche Umstände, die mit dem Beweisthema im Zusammenhang stehen, verschweigen. Sofern Sie an bestimmte Dinge keine Erinnerung mehr haben, müssen Sie auch dies deutlich zum Ausdruck bringen.

Der Untersuchungsausschuss ist nach § 22 UAG grundsätzlich berechtigt, einen Zeugen am Ende seiner Aussage zu vereidigen. Über eine Vereidigung Ihrer Person wird insoweit noch zu befinden sein.

Falsche Aussagen vor dem Untersuchungsausschuss sind strafbewehrt. Dabei kommt es nicht darauf an, ob Sie Ihre Aussage beeidigen müssen oder nicht. Falsche uneidliche Aussagen sind nach § 153 Strafgesetzbuch strafbedroht und werden mit Freiheitsstrafe zwischen drei Monaten und fünf Jahren sanktioniert. Im Falle der Annahme einer Strafbarkeit eines Meineides wird der Strafrahmen des § 154 Strafgesetzbuch, der eine Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr vorsieht, Anwendung finden. - Das sage ich nicht, Herr Minister, weil ich Ihnen misstraue, sondern weil das Gesetz mich zu dieser Belehrung verpflichtet.

Ich verzichte heute auf die einleitenden Fragen meinerseits, denn wir haben, wie gesagt, schon vorher in diesem Ausschuss miteinander zu tun gehabt. Ich würde die Fragerunde eröffnen.

Zuvor hat mich der Minister gebeten, ein Statement abzugeben. Ich habe ihm das zugesagt. Bevor die SPD-Fraktion die Fragerunde eröffnet, erteile ich Ihnen jetzt das Wort, Herr Minister Ludwig. Bitte schön.

Zeuge Stefan Ludwig: Vielen Dank. - Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Gern werde ich den Ausschuss, soweit ich das vermag, weiter bei seiner Arbeit unterstützen.

Ich habe einer Pressemitteilung eines Ausschussmitgliedes entnommen, dass es speziell um die Frage der damaligen Enttarnung eines V-Manns des Verfassungsschutzes gehen könnte. Ich will deshalb gleich zu Anfang sagen, dass ich von der Existenz dieses V-Manns des Verfassungsschutzes im Juli des Jahres 2000 aus dem „Spiegel“ erfahren habe - ein Artikel, den ich gezielt gesucht habe, weil ich von seinem Erscheinen, nicht von seinem Inhalt, Kenntnis hatte.

Untersuchungsausschuss 6/1
25. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

27.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Ich habe möglicherweise insgesamt zu dem Artikel beitragen können, weil „Spiegel“-Redakteure mit mir Kontakt hatten. Sie haben sich quasi über meine Kenntnisse über die rechte Szene in der Stadt Königs Wusterhausen informieren wollen.

Warum haben sie mich möglicherweise angerufen? Zum einen war ich seit Jahren als Landtagsabgeordneter aus Königs Wusterhausen kommend in der PDS-Landtagsfraktion seit 1990 auch mit diesem Thema befasst. Denn es gab eine rechte Szene in Königs Wusterhausen, seit 1990 sehr aktiv, und vor 1990 - seit Mitte der 80er-Jahre - eher inaktiv und von Repressionen bedroht.

Ich musste beobachten und habe mich darüber auch immer wieder mit Journalistinnen und Journalisten ausgetauscht, dass sie seit 1990 quasi zur Ordnungsmacht in der Stadt aufstiegen - der billigste Spruch war immer noch: Bevor die Polen mein Auto klauen, vertraue ich doch auf die Arbeit der Glatzen in der Straße -, bis Ende der 90er-Jahre der im besten Sinne bürgerliche Kern der Stadt aufstand und gesagt hat: Es reicht; wir dulden das nicht mehr - war so ungefähr 97, 98.

Es ging damals ein sehr breiter Konsens durch die Stadt - von PDS bis CDU und alles, was dazwischen, denke ich, in der politischen Farbenlehre seinen Platz hatte und hat -, dass wir es nicht weiter zulassen können, dass auch nur Teilbereiche des städtischen Lebens durch solche Personen bestimmt oder sogar dominiert wurden. Es gab, was die Jugendkultur betrifft, zwar sozialpädagogische Ansätze. Allerdings war völlig klar, dass mit so einer Struktur wie „United Skins“ in Königs Wusterhausen nicht sozialpädagogisch zu arbeiten ist, sondern dass das knallharte Rechtsextremisten waren.

Es begab sich auch zu der Zeit, dass durch polizeiliche besondere Maßnahmen wie die sogenannten MEGA- und TOMEK-Einsätze auch erste Erfolge der Repression eintraten, sodass wir bis zur Jahrtausendwende - ich sage mal, bis zu dem Datum 1999/2000 - erste Erfolge wirklich der Befreiung in der Stadt gegenüber solchen Tendenzen, aber auch Gewaltausbrüche der rechten Szene hatten.

Darüber habe ich immer wieder hier versucht, auch politisch zu arbeiten, war der rechtspolitische Sprecher der PDS-Landtagsfraktion und war darüber auch mit meinem Kollegen, der Innenpolitiker war, Michael Schumann in Kontakt.

Die Situation änderte sich so ungefähr 99/2000, weil die bis dahin Parteien eher ablehnenden rechten Kräfte in Königs Wusterhausen und Umgebung plötzlich ihren Sinn für Parteistrukturen scheinbar entdeckten. Es gab Kräfte der NF. Aber es begann auch plötzlich ein NPD-Ortsverein zu existieren, seitdem ein Herr Carsten Szczepanski in der Stadt war. Das war sehr auffällig, weil, wie gesagt, bis dahin weder NPD noch DVU irgendwelche Wurzeln in Königs Wusterhausen schlagen konnten. Erst mit diesem - - daran ließ es sich wirklich festmachen. Erst mit diesem Zutritt in den Kreis der rechten Kräfte in Königs Wusterhausen begann so was wie eine Parteistruktur zu entstehen.

Darüber und über andere Vorkommnisse - wovon ich gleich noch einige nennen will - war ich mit einigen Journalistinnen und Journalisten in Kontakt, weil es bemerkenswert

Untersuchungsausschuss 6/1
25. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

27.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

war, dass die NPD so in dieser Stadt anfang, sich sowohl auszubreiten als auch tatsächlich in ihrem Sinne politisch zu arbeiten.

Kurz nach dem Jahreswechsel 99/2000 war ich dann allerdings auch persönlich in einer besonderen Weise involviert, weil ich - in Schweden abgeschickt - Empfänger einer Postkarte war, wo mir - „auf ein neues Kampfbjahr“ - ein Gruß ins Haus flatterte. Aufgeklebt war irgendein Aufkleber, der mit „Blood & Honour“ zu tun hatte.

„Blood & Honour“ war demjenigen wie mir, der sich damals politisch damit beschäftigt hatte, dahin gehend bekannt, dass in Schweden, wo die Postkarte abgesandt wurde, mehrere Personen von „Blood & Honour“ in Haft saßen, weil sie verdächtig waren, sowohl Polizisten als auch Gewerkschafter getötet zu haben. Deswegen habe ich diese Karte unverzüglich der Polizei zukommen lassen, die dann meines Wissens ihre Aufklärungsarbeit, aber auch Sicherungsarbeit für meine Person begann.

Ich hatte den Eindruck, dass die Polizei das sehr ernst nimmt. Ich selbst habe es sehr ernst genommen und habe keinen Zweifel, dass es alle ernst genommen haben, weil mir dann auch die Sicherheitshinweise des BKA für gefährdete Personen ausgehändigt wurden, und ich begann, das Leben von mir und meiner Familie danach ein wenig auszurichten. - Wer so was schon mal lesen musste, weiß, dass das nicht ohne Eingriffe in den normalen Tagesablauf und in das normale Leben läuft.

Auch dazu können Sie nicht nur im „Spiegel“, sondern in vielen Brandenburger und Berliner Tageszeitungen nachlesen. Diese Bedrohungssituation war dann irgendwann öffentlich. Seitdem waren Kontakte zu Journalistinnen und Journalisten eher noch intensiver. Ich denke da auch an den „Tagesspiegel“, der zu den damaligen Zeiten vieles an Aufklärungsarbeit nach meiner Überzeugung leisten konnte, sehr intensiv berichtet hat zu der rechten Szene, auch die Verbindungen zwischen Berlin und Brandenburg und was Personenkonstellationen betrifft.

Es gab damals auch eine Menge zu melden, denn es wurden möglicherweise schwere Anschläge verhindert durch das Entdecken von Rohrbomben in Berlin, durch - meines Wissens - eine Beschlagnahme eines Gewehrs, das von Berlin nach Brandenburg transportiert werden sollte. Auch das wurde damals medienöffentlich.

Diejenigen, die sowohl recherchierten, als auch ich, der versuchte, politisch dann in Brandenburg zu wirken, wir waren des Öfteren in Kontakt.

Daneben war ich stellvertretender Landesvorsitzender der PDS seit Anfang 1999, dort auch für Innen- und Rechtspolitik im Landesvorstand zuständig. Natürlich habe ich versucht, das auch über die Partei zu spielen. Das heißt: Wo passiert im Land Brandenburg was? Königs Wusterhausen war ja nun wirklich kein Einzelstandort, aber nach meinem Wissen ein besonderer. Was ist daraus an Konsequenzen zu ziehen?

Sie wissen, dass damals alle im Landtag Brandenburg, die solchen rechtsextremen Tendenzen entgetreten und sowohl zuständig als auch politisch zuständig entgegenarbeiten wollten, wichtige Initiativen zum Erfolg gebracht haben - ob es „Tolerantes Brandenburg“ ist oder andere Initiativen. Ich nehme da ausdrücklich auch

Untersuchungsausschuss 6/1
25. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

27.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

die polizeiliche Arbeit mit MEGA und TOMEK mit hinein, die in Königs Wusterhausen, wie gesagt, nach meiner festen Überzeugung auch Erfolge gezeitigt hat.

So verlief das Frühjahr 2000 sowohl persönlich als auch politisch mit sehr starken Impressionen sowohl was die eigene Person betrifft als auch die scheinbar zunehmenden Aktivitäten der NPD und anderer rechter Kräfte in Königs Wusterhausen. Es gab auch erste Hinweise darauf, dass Kontakte in Nachbarlandkreise geknüpft wurden - sowohl nach Teltow-Fläming als auch nach Oder-Spree. Das waren natürlich bedrohliche Signale für eine auch damals zumindest lokal gar nicht so zivile NPD, sondern da ging es schon mal auf der Straße - von den Straßenseiten rüber - ziemlich derb zur Sache.

Diskutiert habe ich das damals unter anderem auch mit einigen aus der Antifa Königs Wusterhausen. Die Antifa nutzte zum damaligen Zeitpunkt einen Raum in der Kreisgeschäftsstelle der PDS, in deren Nachbarschaft ich auch ein Abgeordnetenbüro betrieb, sodass wir uns öfter dazu ausgetauscht haben. Jeder hatte - - Oder nicht jederzeit hatte jemand irgendwas Neues, sondern man hat gemeinsame Beobachtungen in der Stadt miteinander ausgetauscht oder auch Thesen entwickelt, was das eine zu bedeuten habe und das andere bedeuten könnte. Wir waren da beileibe nicht immer einer Meinung. Aber wir haben diesen Kontakt gepflegt, und irgendwann ist er dann aber in den Jahren danach abgerissen. Die Antifa hatte dann keine Nutzung mehr eines Raumes in der PDS-Geschäftsstelle.

Ich gehe davon aus, dass einiges in dem „Spiegel“-Artikel von Juli möglicherweise aufgrund von Gesprächen mit mir über die lokale Szene beruht. Mehr habe ich zu dem Zeitungsartikel nicht beitragen können. Schon gar nicht wurde mir die Frage gestellt, ob ich was über V-Leute wüsste. Das hätte ich mir gemerkt.

Ich habe dann durch Lesen des Artikels erfahren, dass die Lage noch eine etwas andere in Königs Wusterhausen ist und habe danach meine Arbeit zu diesem Thema selbstverständlich auch fortgesetzt.

Ich gehöre mit vielen anderen im Landtag Brandenburg zu denen, die das Thema damals sehr ernst genommen haben, die versucht haben, politische Strategien zu entwickeln, die versucht haben, zum Beispiel seitens der Polizeiführung repressive Strategien zu entwickeln, deren Ergebnisse dann im Innenausschuss auch diskutiert wurden. Über den Rechtsausschuss sind mir solche Tatsachen eher nicht Erinnerung, dass wir das sehr intensiv diskutiert haben. Das war doch eher Sache des Innenausschusses; muss jetzt aber nicht meine vollständige Erinnerung sein.

Ich finde aus heutiger Sicht, dass wir das damals zu Recht politisch hier im Landtag Brandenburg sehr ernst genommen haben. Möglicherweise haben andere ostdeutsche Bundesländer später sehr viel Lehrgeld gezahlt, weil sie es nicht so ernst genommen haben wie wir damals in diesem Haus - bis auf die DVU-Fraktion übrigens alle gemeinsam.

Ich habe an diese Zeit, was politische Prozesse betrifft, sehr gute Erinnerungen, aber auch negative Erfahrungen, wie gesagt, weil es bisweilen in den persönlichen Bereich

Untersuchungsausschuss 6/1
25. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

27.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

ging - neben der üblichen Beschimpfung, die man in den Jahren davor schon immer aus der rechten Szene als „rote Socke“ oder was auch immer ertragen hat, war es dann in dem Jahr - möglicherweise aus Zufall - auch noch ein persönliches Erlebnis. Dafür interessieren sich Journalistinnen und Journalisten selbstverständlich auch immer.

Herr Vorsitzender, so weit mein Versuch, zu Ihrer Arbeit beizutragen, ein bisschen was über die Stadt Königs Wusterhausen zur damaligen Zeit, die man sich heute vielleicht gar nicht mehr so vorstellen kann, was tagtäglich auf offener Straße passierte - - und würde im Anschluss gerne auf Fragen antworten.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Vielen Dank. - Wir beginnen jetzt mit der Fragerunde der Fraktionen. Wir beginnen wie immer mit der SPD-Fraktion. Dann wechselt das Fragerecht nach 15 Minuten an die anderen Fraktionen in diesem Umlaufverfahren, bis es dann eventuell eine zweite Fragerunde gibt. - Zunächst die SPD-Fraktion. Frau Gossmann-Reetz beginnt. Bitte schön.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Herzlich willkommen, Herr Minister Ludwig. Vielen Dank für Ihre Ausführungen. Sehr viele meiner noch eben vorhandenen Fragen haben Sie schon ansatzweise oder vollumfänglich beantworten können.

Ich würde Sie gerne fragen wollen, inwiefern Sie in Ihrer dienstlichen Tätigkeit als MdL oder auch als Mitglied der G-10-Kommission, in der Sie stellvertretendes Mitglied waren, schon mal mit der Quellenführung von Szczepanski durch die Abteilung 5 befasst waren vor der Enttarnung.

Zeuge Stefan Ludwig: Nach meiner Erinnerung hatte ich, wie gesagt, über diese überhaupt Konstellation bis zum Erscheinen des „Spiegel“-Artikels keine Kenntnis sowohl als Mitglied des Landtages nicht - - In keinem Ausschuss, in dem ich Mitglied war, ist über eine solche Quelle irgendwie gesprochen worden; möglicherweise in der PKK, da war ich aber nicht Mitglied. Als stellvertretendes Mitglied der G-10-Kommission bin ich nach meiner Erinnerung bis dahin noch nicht tätig geworden, weil unser Vollmitglied, wenn Sitzungen waren, das voll abgedeckt hat. Ich kann mir aber auch nicht vorstellen, dass dort gesprochen sein könnte, denn nach dem, was ich mir zumindest heute anlesen konnte, wurde die Quelle ja geführt und nicht abgehört. Da kann eigentlich auch - - Gut, aber das ist eine Mutmaßung jetzt von mir. Ich kann jedenfalls sagen: Bevor der „Spiegel“-Artikel erschien, hatte ich weder eine Ahnung noch eine Kenntnis über diese Quelle.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. Dann würde ich jetzt erst mal die Fragerunde für die CDU eröffnen wollen. - Danke schön.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann wechselt das Fragerecht zur CDU-Fraktion. Herr Dr. Redmann, bitte.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Guten Tag, Herr Zeuge. Ihnen ist sicherlich bekannt, dass in einem rechtsextremistischen Szene-Magazin, dem sogenannten „Foiersturm“, seinerzeit die These verbreitet wurde, dass Sie in die Enttarnung von

Untersuchungsausschuss 6/1
25. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

27.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

dem V-Mann „Piatto“ involviert waren. Ich zitiere aus dem damals erschienenen Szene-Magazin:

„Die offizielle Version über die Aufdeckung ist, dass der Brandenburger PDS-Funktionär Stefan Ludwig Gespräche mit dem Verfassungsschutz führte und durch Zufall der Name Szczepanski in Verbindung eines Spitzels fiel.“¹

Zitat Ende. - Haben Sie von dieser These, von dem „Foiersturm“ und der These, die da drinsteht, im Vorfeld schon gehört? Können Sie sich erklären, wie diese These entstanden sein könnte?

Zeuge Stefan Ludwig: Zu Ihrem zweiten Teil der Frage: Nein, keine Erklärung.

Zum ersten Teil: Es wurde zur damaligen Zeit gezielt aus meiner Sicht ein Gerücht durch Königs Wusterhausen getragen, was einen ähnlichen Inhalt hatte, sodass ich nicht zum ersten Mal durch die Vorbereitung auf diese Ausschusssitzung davon gehört habe, Ihnen aber nicht irgendwie erklären kann, wie es zu einem solchen Gerücht oder zu einem solchen Schreiben in einer solchen Postille kommen konnte.

(Abgeordnete Gossmann-Reetz [SPD]: Herr Vorsitzender!)

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Frau Gossmann-Reetz.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Hier wird aus Papieren zitiert, die uns nicht vorliegen.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Doch.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Inwiefern?

(Abgeordneter Dr. Schöneburg [DIE LINKE]: Das ist veröffentlicht auf der Homepage der CDU! Können Sie nachlesen! - Heiterkeit)

Ich habe jetzt nicht so viele Nazizeitschriften.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Es kann ja sein, dass Sie sich im Zusammenhang mit dem Untersuchungsausschuss umfangreich informiert haben. Aber wir können Ihnen dies auch gerne zukommen lassen, kopieren, wie Sie gern möchten.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das wäre sehr freundlich, wenn Sie das das nächste Mal vor der Ausschusssitzung verteilen könnten.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Selbstverständlich, Frau Kollegin.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Danke schön.

¹ Anmerkung Stenografischer Dienst: Das Zitat konnte nicht verifiziert werden.

Untersuchungsausschuss 6/1
25. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

27.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Sehr kollegial, bravo. - Weiter geht es mit der Befragung durch Herrn Dr. Redmann. Bitte.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Der Verfassungsschutz Brandenburg verfügte im fraglichen Zeitraum im Jahr 2000 in Königs Wusterhausen - da bin ich jetzt unabhängig von diesem „Foiersturm“; das hat damit gar nichts zu tun - über eine Gewährsperson. Diese Gewährsperson - so macht es zumindest den Eindruck - war offensichtlich sehr gut vernetzt in der linken Szene. Die gibt gegenüber dem Verfassungsschutz an, Sie hätten ihr gegenüber - also gegenüber der Gewährsperson - geäußert, Sie seien in der vorherigen Woche - am 22. oder 23. Juni - beim Verfassungsschutz in Potsdam gewesen, um sich vor Ort über die dort vorhandenen Erkenntnisse über die rechte extremistische Szene in Königs Wusterhausen und benachbarten Orten zu informieren.

Erinnern Sie sich? Gab es diesen Termin beim Verfassungsschutz nach Ihrer Erinnerung? Worüber genau haben Sie sich beim Verfassungsschutz informiert?

Zeuge Stefan Ludwig: Ich habe an ein solches Gespräch keine Erinnerung, gehe aber davon aus, dass ich mich mit Sicherheit um ein solches Gespräch bemüht habe. Denn, wie gesagt, ich war seit vielen Jahren und speziell im Jahr 2000 politisch auf diesem Gebiet sowohl als Abgeordneter als auch als stellvertretender PDS-Landesvorsitzender aktiv.

Wenn es ein solches Gespräch gegeben hat, dann war das Innenministerium sehr kooperativ, denn ich hatte dienstlich mit dem Verfassungsschutz eher nichts zu tun, höchstens als Mitglied im Innenausschuss.

Ich kann Ihnen zu Gesprächsthemen überhaupt keine Angaben machen, weil ich, wie gesagt, an ein solches Gespräch keine Erinnerung habe.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Der Zusammenhang mit der Postkarte und der Bedrohung erschließt sich für mich nicht unmittelbar im Zusammenhang mit so einem Gespräch. Denn schließlich kam die Postkarte bereits im Januar. Wir sind aber jetzt im Sommer dieses Jahres. Diese Bedrohungslage war für Sie sicherlich sehr eindrücklich. Sie sagten selbst, dass Sie Hilfe in Anspruch genommen haben, dass Sie mit den Behörden Kontakt hatten. Dass Sie in diesem Zusammenhang Kontakt zum Verfassungsschutz hatten, ist etwas, an das Sie sich gar nicht erinnern?

Zeuge Stefan Ludwig: Mir erschließt sich jetzt der Hintergrund der Frage nicht. Deswegen muss ich versuchen, sie zu beantworten.

Zum einem habe ich eben mit keinem Wort erwähnt, dass ich mich wegen meiner persönlichen Situation um Kontakte bemüht habe, sondern weil ich politisch sowohl als Abgeordneter als auch als Vorstandsmitglied der PDS in Brandenburg auf diesem Gebiet aktiv war und deshalb sicherlich auf einen solchen Kontakt hingewirkt habe. Ich kann mich an nichts erinnern. Mit meiner persönlichen Situation hatte das nichts zu tun, denn ich war sozusagen in Kontakt, was das betrifft, mit der Polizei.

Untersuchungsausschuss 6/1
25. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

27.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Das Bemerkenswerte ist durchaus, dass die Gewährsperson des Verfassungsschutzes weiter berichtet von diesem Besuch beim Verfassungsschutz, den Sie gehabt hätten, und dass Sie dort durchaus beeindruckende Erkenntnisse erlangt hätten. Ihr Zitat sei gewesen, dass die Erkenntnisse, die Sie dort erlangt hätten, noch alles übertroffen hätten, was Sie erwartet hätten. Insofern wundert es mich, dass Sie sich an einen Kontakt mit dem Verfassungsschutz gar nicht mehr erinnern können.

(Zuruf: Das ist geschwärzt!)

- Das ist nicht geschwärzt; das ist ausgeschwärzt.

Zeuge Stefan Ludwig: Ich muss sagen, dass ich mich - -

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Schöneburg [DIE LINKE])

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Die Schwärzung ist vorgestern rausgekommen. Ich bin doch da sehr sorgfältig, Herr Kollege.

(Abgeordneter Dr. Schöneburg [DIE LINKE]: Das haben wir ja auch heute schon feststellen können, dass Sie sehr sorgfältig sind!)

- Richtig!

(Abgeordneter Dr. Schöneburg [DIE LINKE]: Ja!)

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Bitte keine Zwiegespräche. Die Frage war gestellt, Herr Dr. Redmann?

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ja.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann bitte.

Zeuge Stefan Ludwig: Herr Abgeordneter, ich gehe davon aus, dass ich mich an eine Reihe von Dingen, die ich vor 18 Jahren gemacht habe, heute nicht mehr erinnern kann. Einiges ist mir sehr prägnant noch in Erinnerung. Das haben Sie zutreffend bemerkt. Ich kann mich bestimmt an einige andere Dinge aus dem Frühjahr 2000 nicht mehr erinnern.

Die Arbeit war damals sehr vielfältig. Ich kann nur vermuten, dass es ein solches Gespräch gegeben haben mag. Wie gesagt, ich hätte mich bestimmt darum bemüht. Ob es eins gab, weiß ich nicht.

Nach dem, was ich heute über die damaligen Strukturen und auch die Vernetzung der rechten Szene in Königs Wusterhausen weiß, kann ich mir sehr gut vorstellen, dass ich nach einem solchen Gespräch, wenn es das gab, Erkenntnisse hatte, die ich zum damaligen Zeitpunkt noch nicht hatte.

Untersuchungsausschuss 6/1
25. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

27.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Die Situation in Königs Wusterhausen war viel dramatischer als das, was ich damals als Einwohner der Stadt bereits wusste. Das mag dann so gewesen sein, dass ich dann hinterher noch mehr wusste, gehe aber nicht davon aus, dass irgendein Mitarbeiter, wenn es ein solches Gespräch gab, wenn Sie in diese Richtung wollen, des Verfassungsschutzes des Landes Brandenburg mir gegenüber eine Pflichtverletzung begangen hätte.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Sie haben selbst in Ihren Eingangsworten den Namen Carsten Szczepanski erwähnt, der damals in Königs Wusterhausen aktiv war. Was erinnern Sie jetzt über seine rechtsextremistischen Umtriebe hinaus im Zusammenhang mit Carsten Szczepanski, möglicherweise auch im Zusammenhang mit Ihrer eigenen Bedrohungssituation, die es damals gab? Gab es da Vorfälle?

Zeuge Stefan Ludwig: Keine. Er war erkennbar ein Mittelpunkt rechtsextremer Strukturen in Königs Wusterhausen, wie gesagt, baute überraschend eine NPD-Struktur auf mit Kräften, die bis dahin auch öffentlich rechte Parteistrukturen abgelehnt hatten. Dass der irgendwas mit mir zu tun haben könnte, darauf hatte ich keinen Hinweis, und es gab auch keinerlei Aktivitäten, an die ich mich erinnern würde.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Sie haben ausgeführt, dass Sie sich durch die Postkarte nachvollziehbarerweise auch bedroht fühlten und Sie in diesem Zusammenhang auch Kontakt mit Sicherheitsbehörden hatten. Haben Sie in diesem Zusammenhang erfahren, dass Sicherheitsbehörden des Landes Brandenburg eine Quelle in unmittelbarer Nähe des Kartenverfassers hatten?

Zeuge Stefan Ludwig: Die Polizei hat mir gegenüber nie geäußert, dass sie eine Quelle in der Nähe eines Kartenverfassers hat, nein.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ist also Ihnen gegenüber auch nicht geäußert worden, dass man möglicherweise gerade aufgrund dieses Umstandes, dass man eine Quelle in der Nähe des Kartenverfassers hat, ich sage mal, die Ernsthaftigkeit der Bedrohungssituation relativ sicher einzuschätzen vermochte?

Zeuge Stefan Ludwig: Nein, einen solchen Hinweis der Polizei gab es nie.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Haben Sie in Königs Wusterhausen - nicht von Sicherheitsbehörden, sondern in Königs Wusterhausen selbst - von der Vermutung erfahren, von dem Verdacht erfahren, dass Carsten Szczepanski in irgendeiner Weise mit Sicherheitsbehörden zusammenarbeiten könnte?

Zeuge Stefan Ludwig: Das gehörte mit zu einer These, die die Antifa entwickelt hatte, mit der ich konfrontiert wurde.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Sie waren damals auch Landtagsabgeordneter. Wenn man als Landtagsabgeordneter mit so einer These konfrontiert wird, versucht man, solchen Thesen möglicherweise auch nachzugehen. Haben Sie Anstrengungen unternommen, dieser These nachzugehen?

Untersuchungsausschuss 6/1
25. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

27.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Stefan Ludwig: Mit Sicherheit ja, an Konkretes kann ich mich nicht erinnern, müsste man hier im Archiv nachschauen.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Sie können sich nicht daran erinnern, dass Sie zu irgendjemandem, zu einer Behörde des Landes Brandenburg - - oder mit den Möglichkeiten, die einem als Abgeordneten zur Verfügung stehen, versucht haben, diese Frage aufzuklären?

Zeuge Stefan Ludwig: Nein.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Vielleicht versuchen wir mal, das andersrum herauszufinden. Wenn Sie sich in die damalige Zeit zurückversetzen: Wenn Sie als Landtagsabgeordneter - Sie haben gesagt, dass Ihnen Carsten Szczepanski bereits als ein durchaus gefährlicher Rechtsextremist in Königs Wusterhausen bekannt war - von der These erfahren, von der Vermutung erfahren, dass gerade dieser Rechtsextremist, dieser gefährliche Mensch aus Ihrer Sicht, mit dem Staat zusammenarbeiten soll, wie, denken Sie, wäre Ihre Reaktion darauf gewesen?

Zeuge Stefan Ludwig: Zum einen müssen wir uns in Ihrer Frage verständigen, was Sie als gefährlich verstehen. Ich hatte Sie bisher informiert, dass wir ihn als politisch gefährlich eingeschätzt haben.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ja, das meine ich auch.

Zeuge Stefan Ludwig: Zu anderen Gefährdungen habe ich danach, wie gesagt, unter anderem aus Zeitungen und anderen Berichterstattungen erfahren, auch Arbeiten von Ausschüssen in den letzten Jahren.

Wie gesagt, ich habe mich zu diesem Thema bereits früher politisch engagiert. Wir haben in der damaligen Zeit sicherlich auch als Fraktion, als einzelne Abgeordnete in den Ausschüssen nachgefragt oder kleine Anfragen gestellt. Was ich konkret zu dieser These veranlasst haben könnte, kann ich mich nicht erinnern. Ich habe allerdings durch diese räumliche Nähe erfahren, dass die Antifa KW so was vermutet hatte.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Minute.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Dann gebe ich das Fragerecht weiter und komme in der nächsten Runde darauf zurück.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann sind wir bei der Fraktion der Linken. - Herr Dr. Schöneburg.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ich habe keine Fragen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Wir sind bei Herrn Wiese von der AfD-Fraktion.

Untersuchungsausschuss 6/1
25. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

27.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Wiese (AfD): Guten Tag, Herr Ludwig. Herr Ludwig, ich habe mir das Interview ausgedruckt und jetzt noch mal angeschaut. Jetzt habe ich eine Frage. Ich finde hier keinen Journalisten, der das Interview geführt hat. Können Sie sich noch daran erinnern?

Zeuge Stefan Ludwig: Nein.

Abgeordneter Wiese (AfD): Nicht?

Zeuge Stefan Ludwig: Nein.

Abgeordneter Wiese (AfD): Die teilweise doch sehr brisanten Informationen, die man da findet: Stammen die alle von Ihnen?

Zeuge Stefan Ludwig: Nein.

Abgeordneter Wiese (AfD): Nicht.

Zeuge Stefan Ludwig: Ich hatte Ihnen gesagt, dass ich auch nicht weiß, ob überhaupt irgendetwas, was ich gesagt habe, in den Artikel eingeflossen ist. Was mir möglich war, über die lokale Situation zur Kenntnis zu geben, habe ich gern in der Befragung den „Spiegel“-Journalisten mitgeteilt. Aber ob sie davon überhaupt irgendwas verwendet haben oder ob sie noch andere Kontakte hatten, weiß ich alles gar nicht.

Abgeordneter Wiese (AfD): Hatten Sie die Erkenntnisse, die Sie hatten, an die Polizei oder die Ermittlungsbehörden dann weitergegeben? Und in welchem Umfang?

Zeuge Stefan Ludwig: Mit der Polizei war ich vor Ort in Kontakt, was meine persönliche Situation betrifft. Was mir davon relevant erschien für meine persönliche Situation, habe ich der Polizei mit Sicherheit mitgeteilt.

Abgeordneter Wiese (AfD): Okay. Das war es vorab.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann sind wir bei Frau Nonnemacher. Bitte schön.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön, Herr Vorsitzender. Herzlich willkommen, Herr Minister. Sie haben in Ihrem Eingangsstatement schon eine ganze Menge erzählt über Königs Wusterhausen, beginnend Mitte der 80er-Jahre, dann besonders in den 90er-Jahren.

Könnten Sie das vielleicht noch mal ein bisschen weiter ausbauen? Sie sagten, die Situation war dramatisch. Gab es damals Körperverletzungen durch die rechtsextreme Szene, Brandanschläge, Wehrsportübungen oder Ähnliches?

Zeuge Stefan Ludwig: Es gab körperliche und verbale Auseinandersetzungen. Es gab Brandanschläge auf Fahrzeuge von Personen, die zur rechten Szene zugeordnet wurden, daraufhin quasi Patrouillen von Gruppen durch die Stadt Königs Wusterhausen, um eindeutig Stärke zu zeigen.

Untersuchungsausschuss 6/1
25. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

27.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Es begab sich dann im Jahr 2000, dass die rechte Szene aus meiner Sicht systematisch Kampfhunde anschaffte; war dann auch wieder persönlich betroffen, weil sie mit den Hunden quasi paradierten in der Straße vor meinem Haus, waren am Wochenende manchmal wie aufgefädelt. So alle fünf Minuten kam einer vorbei. Mit diesen Hunden lief man aber auch woanders durch die Straße. Ich will das gar nicht auf meine Person konzentrieren. Es war nur auffällig.

Es gab auch Wandel in rechten Strukturen in den zehn Jahren, über die ich jetzt gesprochen habe, von 1990 bis 2000. Es gab mal Versuche, Kameradschaften zu gründen, auch in der Umgebung. Die lösten sich dann wieder auf. Die stabilste Struktur Ende der 90er-Jahre waren - wie gesagt - die „United Skins“ Königs Wusterhausen, die versuchten, verschiedene Plattformen zu bilden.

Es gab dann die Beobachtung sogenannter Baby-Skins. Das heißt: Minderjährige Kinder, die in diese Szene schon wieder hineinwuchsen, es also nicht bei einer einmaligen Welle blieb, die sich dann irgendwann ins Erwachsenenalter rauswuchs, sondern offenbar auch eine systematische Nachwuchsarbeit der rechten Szene in Königs Wusterhausen, um sich dort fest zu etablieren auch als Ordnungsmacht, was, wie gesagt, immer schwieriger wurde durch gesellschaftliche Maßnahmen, aber auch durch staatliche Repressionen. Sie wollten aber Ordnungsmacht erkennbar bleiben.

Ich glaube, das sind die größten Schlaglichter. Der Ton in der Stadt, wenn sich Personen der rechten Szene und alles das, was sie nicht für sich einordnete oder die sich bewusst als Antifa zu erkennen gaben - - Der Ton über die Straße wurde auch aggressiv.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Welche Gruppierungen waren damals in KW aktiv? Sie haben die „United Skins“ genannt und diese Baby-Skin-Gruppe. Gab es auch direkte Umtriebe vom Ku-Klux-Klan oder „Rollkommando Terrormaschine“, „Nationalrevolutionäre Zellen“, „Combat 18“? An welche Gruppierungen erinnern Sie sich noch?

Zeuge Stefan Ludwig: An die letzten beiden: die „NRZ“ und „Combat 18“. Aber ich könnte jetzt nicht sagen, in welchem Zusammenhang. Aber die hatten irgendwas in KW veranstaltet.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Spielten in der rechtsextremistischen Szene in Königs Wusterhausen Waffen eine Rolle?

Zeuge Stefan Ludwig: Ist mir nichts bekannt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Welche Führungspersonen gab es damals in der rechtsextremistischen Szene? An wen erinnern Sie sich?

Zeuge Stefan Ludwig: Das war eine der Fragen, die uns damals bewegt hat - wenn ich sage uns, dann eben mehrere; ich war ja da kein Einzelkämpfer, schon gar nicht in meiner Partei, der PDS -, ob es da einen Wechsel gibt. Wir hatten Kenntnis - weil seine Mutter lange Zeit auch eine prominente Stellung in der

Untersuchungsausschuss 6/1
25. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

27.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Stadtverordnetenversammlung einnahm - von einem Herrn Ralf L., der da umtriebig gewesen sein soll.

Wer Führungsperson bei den „United Skins“ war, war mir unbekannt. Wie gesagt, ich und mehrere andere beobachteten auch, dass rings um den Laden dieses Szczepanski möglicherweise eine völlig neue Struktur entstand, in der er eine Rolle spielte.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sagt Ihnen der Name M. H. was?

Zeuge Stefan Ludwig: Der fiel wohl damals auch, ja; aber ich kann den jetzt nicht zuordnen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Der Name M. Br.?

Zeuge Stefan Ludwig: Kann ich nicht mit Bestimmtheit sagen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): A. K.?

Zeuge Stefan Ludwig: Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Und E. O.? Verbinden Sie mit diesem Namen etwas?

Zeuge Stefan Ludwig: Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Herr Minister, Sie hatten erwähnt, den Namen Carsten Szczepanski im Jahr 2000 durch auf einmal aufkeimende NPD-Aktivitäten - - Sie sagten, vorher hatte die Szene sich immer geweigert, irgendwas mit Parteistrukturen zu tun zu haben, aber dann Aufkommen der NPD auch in Verbindung mit Szczepanski. Können Sie sich an frühere rechtsextremistische Aktivitäten von Szczepanski in Königs Wusterhausen erinnern?

Zeuge Stefan Ludwig: Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Er ist ja bereits 1992 nach KW zugezogen. Ist Ihnen zu so früher Zeit schon irgendwas bekannt, was auf ihn zurückgehen könnte?

Zeuge Stefan Ludwig: Nein. Uns alle hat damals in der Region natürlich der Dolgenbrodt-Brand und der anschließende Prozess bewegt. Aber dass das etwas mit ihm assoziiert hätte - - kann ich nichts belegen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Von daher können Sie auch nicht sagen, ob es sich irgendwie auf die rechtsextremistische Szene und ihre Aktivitäten ausgewirkt hat, dass Szczepanski 1994 inhaftiert worden ist?

Untersuchungsausschuss 6/1
25. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

27.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Stefan Ludwig: Nein, kann ich nichts zu sagen. Ich kann erst dazu was sagen, als er in dem Sinne wieder in Königs Wusterhausen war, was dann abging.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Könnten Sie ein Datum nennen? Weil: Er hatte praktisch als Häftling schon im offenen Vollzug sehr viel Ausgang - das haben wir hier herausgearbeitet -, schon seit 1998. Könnten Sie sagen, wann Sie seine Aktivitäten wieder wahrnehmen konnten?

Zeuge Stefan Ludwig: Mit Eröffnung des Geschäfts.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Okay. - Dieses Ladengeschäft „Thule“: Sie haben uns erzählt, dass sich darum ein Personenkreis etabliert hat. Könnten Sie das noch mal ein bisschen näher erläutern? Was gab es in diesem Ladengeschäft „Thule“ zu kaufen, was konnte man dort erwerben? Wer hat sich dort blicken lassen?

Zeuge Stefan Ludwig: Ich kann Ihnen dazu gar nichts sagen, was es da gab. Ich war da nie drin.

(Heiterkeit der Abgeordneten Nonnemacher [B90/GRÜNE])

Um Gottes willen. - Es sollte so aussehen, was es dann ja offensichtlich auch beinhaltete - - Da waren Kennzeichen. Ich kann jetzt aber nicht mehr sagen, welche. Ich glaube, ein Thor-Hammer war dadran. Aber das kann ich nicht mehr genau erinnern. Sie wissen vielleicht, dass Sehr-gut-Sehen sowieso nicht mein Ding ist.

Erstens wurde, wie gesagt, viel in der Stadt gesprochen, wer da hingehet, und dass es jetzt offensichtlich einen festen Anlaufpunkt gab. Das war neu. Wie gesagt: Feste Anlaufpunkte, feste Strukturen bis auf diese Struktur „United Skins“ haben die Kräfte im Ort immer abgelehnt, sodass wir schon nicht nur aus Sorge, sondern schon schlicht mit Interesse, welche Veränderung sich da in der Szene abspielt, beobachtet haben, dass es da einen festen Anlaufpunkt gibt, dass sich niemand scheute dahin zu gehen, sondern man - und übrigens Frau auch - da möglicherweise auch bewusst hingehet, um Stärke zu zeigen. Aber was da gehandelt wurde - keine Ahnung.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wie wirkte es sich auf die rechtsextremistische Szene und ihre Aktivitäten in KW aus, als Szczepanski im Sommer 2000 ins Zeugenschutzprogramm aufgenommen wurde? War dann ein Unterschied zu bemerken?

Zeuge Stefan Ludwig: Der deutlichste Unterschied war, dass die NPD von der Bildfläche verschwand. Die gab es einfach nicht mehr.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Die NPD war damit sozusagen verschwunden in ihren Aktivitäten?

Zeuge Stefan Ludwig: Ja, sie war verschwunden, und es gab nach, glaube ich, anfänglicher Überheblichkeit, dass das gar nichts ausmacht, dann zeitweise Unterschätzungen, glaube ich, zum Jahresende eher eine nicht mehr aggressiv

Untersuchungsausschuss 6/1
25. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

27.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

auftretende Szene - bis auf einzelne Ausnahmen, wenn sie in größeren Gruppen zusammentrat -, sondern sie war ein bisschen desorientiert. Es gab keine solchen abgestimmten Aktionen mehr wie in den Monaten davor.

Ich will mal ein Beispiel nennen: Der NPD - warum, weiß ich bis heute nicht - war es gelungen, eine Genehmigung für eine Demonstration durch das Territorium eines Stadtfestes zu erhalten. Das war so ein Punkt, der mich damals politisch umtrieb, wie so was ging, dass man, wenn eine Kommune ein Frühjahrsfest veranstaltet, an einer bestimmten Stelle durch diesen verbundenen Festlichkeitsraum eine NPD-Demo durchleitet. Das war für uns unerklärlich. So was gab es danach nicht mehr.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wann kamen Gerüchte auf, dass Szczepanski für die Polizei oder für den Verfassungsschutz arbeiten könnte?

Zeuge Stefan Ludwig: Ich kenne kein Gerücht, dass er für den Verfassungsschutz arbeitet. Die Möglichkeit oder die Idee, dass er mit der Polizei was zu tun haben könnte, tauchte im Frühjahr 2000 über die Antifa auf.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Auch was den polizeilichen Staatsschutz betrifft, ja?

Zeuge Stefan Ludwig: Ich kenne nur Polizei.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Okay. - Also das Gerücht: Anfang 2000?

Zeuge Stefan Ludwig: Nein, im Frühjahr 2000.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Im Frühjahr.

Zeuge Stefan Ludwig: Im späten Frühjahr, als es schon wärmer war. So hat sich das bei mir eingeprägt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Und das wurde aus Antifa-Kreisen in KW geäußert?

Zeuge Stefan Ludwig: Mir gegenüber jedenfalls. Ob auch andere das ventiliert haben, weiß ich nicht.

(Abgeordneter Dr. Redmann [CDU]: Das hatte ich doch gerade gefragt!)

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich gebe dann erst mal ab. - Danke.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Gut. - Dann gehen wir jetzt in die zweite Fragerunde. Wir sind wieder bei der Fraktion der SPD. Frau Gossmann-Reetz, bitte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Die meisten Fragen sind von Frau Nonnemacher gestellt worden. - Ich möchte noch kurz eine Darstellung: Wie sichtbar

Untersuchungsausschuss 6/1
25. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

27.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

war dieser Mensch Carsten Szczepanski mit seinem Laden „Thule“ in König Wusterhausen?

Sie sagten, das wurde zum Gesprächsthema in der Stadt. War das eher nur unter den politisch Aktiven oder der Antifa oder war das auch in einem gesellschaftlichen Konsens ein Thema, was da in Königs Wusterhausen vor sich ging?

Zeuge Stefan Ludwig: Es wurde vielfältig reflektiert. Ich hatte auch engen Kontakt zum Kreisjugendring, der das auch aufmerksam registrierte.

Wie gesagt, es waren in den 90er-Jahren sozialpädagogische Betreuungsformen für rechtsorientierte Jugendliche in Königs Wusterhausen entwickelt und im Einsatz mit viel Diskussion darum herum, ob das sinnvoll ist oder nicht. Diese Diskussion wurde quasi neu beflügelt, als es jetzt plötzlich einen erkennbaren Anlaufpunkt für lebensältere rechtsmotivierte Menschen gab. Das wurde nicht nur bei der Antifa oder bei der PDS besprochen.

Wie gesagt, seit Ende der 90er-Jahre war die Stadtgesellschaft aufgestanden, hat, sofern man weggeschaut hatte, das sein gelassen, sondern hat sich ganz aktiv - - Ob nun Bürgermeister oder Stadtverordnete, jedenfalls fast alle oder andere, wie gesagt, in der Jugendarbeit tätige freie Träger von anderen Einrichtungen - wir waren da alle sehr intensiv im Gespräch und bei der Arbeit, diese Tendenzen in Königs Wusterhausen zurückzudrängen und unsere Stadt zurückzugewinnen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie sagten, danach hätte die NPD nicht mehr stattgefunden. Aber wie hat sich danach die rechte Szene in Königs Wusterhausen organisiert? Wie hat sich diese Enttarnung auch auf sie ausgewirkt? Haben Sie da was wahrnehmen können?

Zeuge Stefan Ludwig: Ob es danach irgendwie eine neue Struktur gab, ist mir nicht bekannt. Wie gesagt, sie war danach desorientiert und auch demotiviert, nachdem sie es über den Sommer eher auf die leichte Schulter genommen haben, vielleicht auch ungläubig, was ihnen da passiert ist. Das ist aber eine Vermutung, kann ich nicht belegen.

Ob es danach eine Nachfolgestruktur gab oder überhaupt eine oder ob man wieder in die lockere Zusammenarbeit, die wir aus der Stadt kannten, weil man eher strukturfeindlich war, zurückgekehrt ist, weiß ich nicht. Es gab danach noch sehr lange weitere rechte Aktivitäten, sodass meines Wissens auch die polizeilichen Maßnahmen wie TOMEK und MEGA in der Stadt aufrechterhalten blieben. In welche Strukturen man dann aber möglicherweise gewechselt ist, weiß ich nicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber die rechte Szene war in Königs Wusterhausen doch durchaus weiter vorhanden?

Zeuge Stefan Ludwig: Ja.

Untersuchungsausschuss 6/1
25. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

27.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. - Das Thema Enttarnung: Wie wurde das hier im Landtag diskutiert? Es gab ja nicht nur eine Enttarnung eines V-Manns. Es waren mehrere. Das war ja eine ganze Serie. Was hat das in der politischen Welt hier in Potsdam bewirkt?

Zeuge Stefan Ludwig: Das erinnere ich nicht mehr. Da kann man sich aber mit Sicherheit im Archiv kundig machen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay, danke schön.

Zeuge Stefan Ludwig: Es mag sein, dass es im Sommer sogar eine Innenausschusssondersitzung gab. Das muss aber nicht das zum Gegenstand gehabt haben.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. Gut. - Danke schön, Herr Minister.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann wechselt das Fragerecht zu Herrn Dr. Redmann. Bitte.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Herr Zeuge, sagt Ihnen der Name Milbradt etwas? Ich meine jetzt nicht den ehemaligen sächsischen Ministerpräsidenten, sondern im Zusammenhang mit dem brandenburgischen Verfassungsschutz.

Zeuge Stefan Ludwig: Herr Milbradt war ein leitender Mitarbeiter des Innenministeriums. Wofür er zuständig war, kann ich jetzt aber nicht mehr sagen.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Hatten Sie jemals mit Herrn Milbradt Kontakt?

Zeuge Stefan Ludwig: Also wenn, dann im Innenausschuss sicherlich, aber - -

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ja, außerhalb der Ausschusssitzungen, insbesondere - -

Zeuge Stefan Ludwig: Kann ich nichts erinnern.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Hatten Sie Kontakt mit Herrn Milbradt vielleicht im Zusammenhang mit Königs Wusterhausen oder im Zusammenhang mit Ihrer persönlichen Bedrohungssituation?

Zeuge Stefan Ludwig: Weiß ich nicht. Ich kann mich an Kontakt mit Herrn Milbradt außerhalb der Ausschusssitzungen nicht erinnern.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ich finde es schon einigermaßen merkwürdig: Teilweise haben Sie aus jenem Zeitraum sehr detaillierte Erinnerungen und können uns hier sehr ausführlich berichten. Wenn es aber um das Thema Verfassungsschutz und Ihren Kontakt geht, dann wird es sehr dürftig.

Untersuchungsausschuss 6/1
25. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

27.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Stefan Ludwig: Weil ich keine dienstlichen Kontakte zum Verfassungsschutz hatte. Wie gesagt, meines Wissens bin ich zur damaligen Zeit noch nicht in einer Sitzung der G-10-Kommission geladen worden.

(Abgeordnete Johlige [DIE LINKE]: So ist es nun einmal!)

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Es geht nicht um eine Sitzung der G-10-Kommission. Es geht darum, dass Sie sich selbst beim Verfassungsschutz möglicherweise informiert haben, aufgrund dieser - -

Zeuge Stefan Ludwig: Dafür hätte es keine Grundlage gegeben. Ich hatte keinerlei irgendwie Arbeitsbeziehung mit dem brandenburgischen Verfassungsschutz.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Nun ja, Sie haben uns berichtet, dass es in Königs Wusterhausen durchaus die These gab, dass der V-Mann Carsten Szczepanski - - Die These war, dass Carsten Szczepanski möglicherweise ein Spitzel der Polizei sei. Das ist die These der Antifa, von der Sie berichtet haben, und dass dies möglicherweise für Sie Anlass war, dem nachzugehen, indem Sie den Verfassungsschutz kontaktieren.

Zeuge Stefan Ludwig: Warum sollte ich die Möglichkeit einer Quelle der Polizei mit dem Verfassungsschutz besprechen?

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Vielleicht weil Sie in besonderer Weise darüber entrüstet waren?

Zeuge Stefan Ludwig: Nein. Ich weiß nicht, wie Sie das - - Ich würde das so als Abgeordneter nicht in Zusammenhang bringen. Wenn ich heute Abgeordneter wäre und die These hätte - wo auch immer -, dass jemand eine Quelle der Polizei ist, würde ich das nicht mit dem Verfassungsschutz besprechen - und habe das damals mit Sicherheit auch nicht mit dem Verfassungsschutz besprochen. Solche Sachen würde ich wenn, dann im Innenausschuss zur Sprache bringen, oder mit irgendjemandem anderen aus dem Innenministerium versuchen zu bereden, aber doch nicht mit dem Verfassungsschutz.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Da sind Sie sich sehr sicher, dass Sie nicht beim Verfassungsschutz waren?

Zeuge Stefan Ludwig: Möglicherweise war ich aus irgendeinem Grund auch mal beim Verfassungsschutz. Aber die Frage der Quelle - oder was auch immer Sie da nennen wollen, Zusammenarbeit mit der Polizei - würde ich nicht zum Gesprächsgegenstand des Verfassungsschutzes machen. Was sollte der darüber wissen?

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Welche Gespräche hatten Sie denn beim Verfassungsschutz, an die Sie sich erinnern?

Zeuge Stefan Ludwig: Ich kann mich an überhaupt keine Gespräche beim Verfassungsschutz in dieser Zeit erinnern.

Untersuchungsausschuss 6/1
25. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

27.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Sie haben doch gerade gesagt, dass Sie möglicherweise doch beim Verfassungsschutz waren.

Zeuge Stefan Ludwig: Ich hatte Ihnen das bereits vorhin erläutert, dass ich mir das gut vorstellen kann, dass ich im Rahmen meiner politischen Arbeit auf ein solches Gespräch gedrängt habe. Ob es aber ein solches gegeben hat, kann ich nicht erinnern. Das hatte ich Ihnen vorhin genau so erläutert.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Da gibt es dann doch erhebliche Erinnerungslücken.

Zeuge Stefan Ludwig: Ich weiß nicht, Herr Abgeordneter, ob das Erinnerungslücken sind oder ob gar kein Gespräch stattgefunden hat.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Die Frage können wir gegebenenfalls unten im Keller weiter erörtern.

Ich möchte gerne Ihre Mitarbeit an dem „Spiegel“-Artikel noch etwas näher beleuchten. Sie hatten bereits ausgesagt, dass Sie zumindest an der Erstellung des „Spiegel“-Artikels beteiligt waren. Können Sie vielleicht etwas genauer sagen, was Ihre Beiträge zum Entstehen dieses Artikels waren?

Zeuge Stefan Ludwig: Dreiteilige Antwort: Zum einen hatte ich Ihnen vorhin gesagt, dass ich möglicherweise an diesem Artikel beteiligt war, weil es ein Gespräch gab und ich meine Kenntnisse über die lokale rechte Szene in Königs Wusterhausen mit dem „Spiegel“ diskutiert habe. Ob die davon überhaupt irgendetwas für diesen Artikel verwendet haben oder nur Sachen, die sie von jemand anders hatten, weiß ich nicht.

Zum Zweiten kann ich konkrete Inhalte nicht erinnern, weise aber auch darauf hin, dass ich - genauso wie Sie, Herr Abgeordneter - über Gespräche mit Journalistinnen und Journalisten als Abgeordneter niemandem gegenüber auskunftspflichtig bin; kann mich aber auch ehrlich gesagt an den genauen Gesprächsverlauf oder Inhalte heute nicht erinnern.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Auf was für eine Art Zeugnisverweigerungsrecht möchten Sie sich da gerade berufen?

Zeuge Stefan Ludwig: Entschuldigung, wie Sie, Herr Abgeordneter, muss ich niemandem gegenüber über meine Arbeit als Landtagsabgeordneter in Zusammenarbeit mit Journalistinnen und Journalisten Auskunft geben.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Welche Rechtsgrundlage sprechen Sie da gerade an?

Zeuge Stefan Ludwig: Das muss ich nicht. Das kann Ihnen mit Sicherheit das Ausschusssekretariat aufarbeiten.

(Abgeordneter Lakenmacher [CDU]: Das können Journalisten sagen!)

Untersuchungsausschuss 6/1
25. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

27.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Im Untersuchungsausschuss ist man schon verpflichtet, die Wahrheit zu sagen und auch vollständig zu antworten.

Zeuge Stefan Ludwig: Selbstverständlich, Herr Abgeordneter, muss man nach der Strafprozessordnung, nach der Sie arbeiten, vollständig Auskunft geben. Aber nicht nur für Pastoren und Rechtsanwälte ist das eingeschränkt, sondern auch Sie als Abgeordneter haben die Möglichkeit, darüber keine Auskunft zu geben, wenn Sie es nicht wollen - spielt aber hier keine Rolle, denn ich habe an ein solches Gespräch mit dem „Spiegel“ keinerlei Erinnerung.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Also wollen Sie jetzt von einem Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch machen oder sagen Sie: Sie erinnern sich nicht? Da müssen Sie sich schon entscheiden.

Zeuge Stefan Ludwig: Sehr geehrter Herr Abgeordneter; für Ihre Arbeit im Untersuchungsauftrag spielt eine Rolle, was ich Ihnen an Fakten nennen kann. Ich kann Ihnen leider nur sagen, dass ich an den genauen Ablauf keine Erinnerung habe, mit Sicherheit aber meine Kenntnisse über die lokale rechte Szene mit dem „Spiegel“ diskutiert habe.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Haben Sie im Zusammenhang mit der Erstellung des „Spiegel“-Artikels Kenntnis über eine mögliche Zusammenarbeit des Carsten Szczepanski mit dem Verfassungsschutz erlangt?

Zeuge Stefan Ludwig: Nein. Das hatte ich Ihnen vorhin bereits gesagt, dass ich das beim Lesen des „Spiegel“-Artikels danach erfahren habe.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Die Antwort verwundert mich deshalb, weil aus den uns vorliegenden Unterlagen etwas anderes hervorgeht. Die Quelle des Verfassungsschutzes - - So kann man es nachlesen in den Akten des Innenministeriums. Ich zitiere jetzt mal die Aussage einer Gewährsperson vom 08.07.2000. Dort heißt es:

„[Die Gewährsperson] bemerkte, dass sie vor kurzer Zeit - etwa 30 Minuten vor dem Anruf [beim Verfassungsschutz] - ein Telefonat mit dem PDS-Mitglied in Königs Wusterhausen - S[unkenntlich gemacht] L[unkenntlich gemacht] -“

- ich gehe davon aus, dass Sie das sind -

„geführt hätte. L[unkenntlich gemacht] hätte ihr bestätigt, dass er gemeinsam mit den ‚Spiegel‘-Redakteuren in Königs Wusterhausen recherchiert habe und diesen bei der Arbeit zur Erstellung des am 10.07.“ - -

Ich weise darauf hin, dass diese Aussage der Gewährsperson am 08.07. getätigt wurde, also schon vor Erscheinen des Artikels, was aus unserer Sicht diese Angabe auch besonders glaubwürdig macht, weil man normalerweise keine Informationen darüber hat, was im „Spiegel“ in drei Tagen stehen wird.

Untersuchungsausschuss 6/1
25. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

27.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

„... hätte ihr bestätigt, dass er gemeinsam mit den ‚Spiegel‘-Redakteuren in Königs Wusterhausen recherchiert habe und diesen bei der Arbeit zur Erstellung des am 10.07.2000 herauskommenden ‚Spiegel‘ und dem darin enthaltenen Artikel im Speziellen über Carsten SZCZEPANSKI geholfen hätte.“²

Zeuge Stefan Ludwig: Was diese Quelle wem anvertraut hat, müssen Sie die Quelle fragen, weiß ich nicht.

Ich hatte Ihnen bereits geschildert, dass wir in der Stadt sehr aktiv waren über verschiedenste Strukturen hinweg, auch durch die räumliche Nähe mit der Antifa dort im Austausch waren.

Ich habe nichts mit dem „Spiegel“ gemeinsam vor Ort recherchiert, sondern habe mit dem „Spiegel“ die örtliche Szene diskutiert - nicht zum ersten Mal zu diesem Zeitpunkt. Wie Sie auch im „Spiegel“ nachlesen können, waren wir öfter in Kontakt, auch mit dem „Tagesspiegel“, auch mit der „Berliner Morgenpost“.

Es gab zu dem damaligen Zeitpunkt ein hohes Interesse der Journalistinnen und Journalisten, was mich sehr gefreut hat, an den rechtsextremen Umtrieben in Königs Wusterhausen. Wir haben, denke ich, auch gern zusammengearbeitet, jedenfalls ich für meinen Teil, weil Journalisten sehr viel recherchiert hatten, was mir noch gar nicht bekannt war.

Insofern kann ich wiederholt nur bestätigen, dass es ein solches Gespräch gab. Aber ich bin nicht vom „Spiegel“ damit konfrontiert worden, dass irgendjemand für irgendjemanden eine Quelle oder ein V-Mann sei.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Sie sind also auch nicht im Rahmen der Zusammenarbeit mit der Antifa, von der Sie schon sprachen, vor Erscheinen des „Spiegel“ auf die V-Mann-Eigenschaft von Carsten Szczepanski aufmerksam geworden?

Zeuge Stefan Ludwig: Auch das hatte ich Ihnen schon beantwortet, dass ich die These aus der Antifa im späten Frühjahr kennenlernte, dass Szczepanski mit der Polizei zusammenarbeite.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Deshalb habe ich auch gerade nach V-Mann gefragt und nicht nach Polizei.

Zeuge Stefan Ludwig: Die Antwort vorhin war abschließend.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Die Quelle des Verfassungsschutzes gibt darüber hinaus an, dass Sie dieser Quelle geraten hätten, einen Rechtsanwalt zu nehmen, da man noch einen Sündenbock aus dem linken Spektrum brauche. Es

² Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: Ordner B 4, Herabstufungen, 2018-04-19 Übergabe NfD Fassung, lfd.Nr. 44_GI 1_068-S-445002-0101-23_01_VS-NfD_Seite 1-11bwpsmd.pdf, Seite 7.

Untersuchungsausschuss 6/1
25. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

27.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

werde das Loch in der Informationskette gesucht. - Können Sie sich an einen solchen Rat erinnern?

Zeuge Stefan Ludwig: Nein, habe aber zur damaligen Zeit regelmäßig Personen, die sich in Konfliktsituationen befanden - hier handelt es sich möglicherweise um eine, ich weiß ja nicht, wer die Quelle ist -, aus gutem Grund geraten, sich anwaltlichen Rat zu suchen.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Es geht hier um die Erstellung des „Spiegel“-Artikels. Es ist jetzt nicht im Zusammenhang mit irgendwelchen rechtsextremistischen Umtrieben, sondern es geht um die Mitarbeit bei der Erstellung eines „Spiegel“-Artikels und in diesem Zusammenhang auch um Ihren Rat.

Zeuge Stefan Ludwig: Ich weiß nicht, mit wem der „Spiegel“ diesen Artikel weiter recherchiert hat. Deswegen kann ich mir nicht vorstellen, dass ich im Zusammenhang mit der Erstellung eines „Spiegel“-Artikels irgendeinem Dritten empfohlen habe, sich einen Anwalt an die Seite zu nehmen. Ich habe damals mehreren Personen in der Stadt, wie gesagt, wenn sie in Konfliktsituationen waren, empfohlen, sich anwaltlichen Rat zu suchen.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Sie haben jetzt mehrfach betont, dass Sie im Frühjahr die These erfahren haben, dass Carsten Szczepanski ein Spitzel der Polizei sein könnte. Von wem haben Sie diese These erfahren?

Zeuge Stefan Ludwig: Durch ein Gespräch mit der Antifa Königs Wusterhausen auf dem Flur.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Und von wem?

Zeuge Stefan Ludwig: Weiß ich nicht. Das waren mehrere Personen. Das kann ich doch nicht zuordnen.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Welche Personen waren denn dabei?

Zeuge Stefan Ludwig: Das weiß ich auch nicht.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Sie erinnern sich, dass Sie ein Gespräch mit der Antifa Königs Wusterhausen hatten, die bei Ihnen das benachbarte Büro hatte. Sie wissen aber nicht mehr, welche Personen das gewesen sind?

Zeuge Stefan Ludwig: Richtig. Genau das habe ich gesagt.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Das heißt also, wenn Sie jetzt mal so zurückgehen vor Ihr inneres Auge: Dann erscheint da eine Situation auf einem Flur, von der Sie auch gerade sprachen, und ein Gespräch mit der Antifa. Aber wenn Sie dann darüber nachdenken, wer Ihre Gesprächspartner waren, dann wird alles dunkel und verschleiert plötzlich, oder wie?

Untersuchungsausschuss 6/1
25. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

27.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Stefan Ludwig: Nein, Herr Abgeordneter. Das liegt unter anderem daran, dass ich nicht mal die Namen aller dieser Personen kannte, die sich in dieser Bewegung organisiert haben.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Mir geht es auch nicht um alle, die in dieser Bewegung organisiert waren, sondern mir geht es darum, wer mit Ihnen konkret gesprochen hat.

Zeuge Stefan Ludwig: Ja, das hat was damit zu tun, wenn ich die Namen nicht kenne, kann ich mich auch nicht erinnern, wer es war.

Abgeordneter Redmann (CDU): Das heißt: Sie haben mit Menschen gesprochen, die Ihnen namentlich unbekannt waren?

Zeuge Stefan Ludwig: Und wenn ich - - Wenn darunter eine Person war, die mir namentlich bekannt war, kann ich es nicht erinnern - exakt.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ich möchte Sie noch mal daran erinnern, dass Sie hier der Wahrheitspflicht unterliegen, und die bezieht sich auch darauf, dass Sie vollständig zu antworten haben, dass Sie auch nichts auslassen dürfen.

Ich muss ganz ehrlich sagen: Die Art und Weise, wie Sie sich zwar an Details des Gesprächs erinnern, zum Beispiel genau wo es stattfand, dann aber angeben, dass Sie Ihre eigenen Nachbarn, die ihr Büro nebenan hatten, dann doch nicht so namentlich kannten, dass Sie hierzu was beitragen können, finde ich in einem hohen Maße unglaublich.

Zeuge Stefan Ludwig: Herr Abgeordneter, ich hatte Ihnen vorhin versucht zu erläutern, dass nicht die Antifa nebenan da ein Büro hatte, sondern dass es ein Raum im Rahmen der Geschäftsstelle der PDS war, -

Abgeordneter Redmann (CDU): Ja.

Zeuge Stefan Ludwig: - den die nutzen durften.

Abgeordneter Redmann (CDU): Ja.

Zeuge Stefan Ludwig: Ich hatte zu dieser Antifa außer dieser räumlichen Nähe zur damaligen Zeit keine inhaltlichen, auch Arbeitsbezüge. Man tauschte sich, wie gesagt, zu einzelnen Themen aus. Aber ansonsten habe ich mich auch nicht dafür interessiert - -

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Sie haben doch gerade gesagt, Sie haben sich auf dem Flur konkret über die Themen unterhalten.

Zeuge Stefan Ludwig: Lassen Sie mich bitte ausreden, Herr Abgeordneter, wenn Sie eine Antwort haben wollen, die Sie möglicherweise in Ihrer Arbeit weiterbringt.

Untersuchungsausschuss 6/1
25. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

27.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Wir hatten, wie gesagt, einen solchen Austausch zu einzelnen Themen. Ansonsten war ich in dieser Szene nicht organisiert. Sie haben sich auch nur zu ganz kleinen Teilen in der PDS organisiert. In der PDS haben wir die Arbeit anders weggetragen, und deswegen ist es für mich gar nicht überraschend, dass ich weder alle Namen kannte noch heute alle erinnern könnte.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): War an dem Gespräch auf dem Flur ein Antifa-Mitglied dabei, das sich in der PDS organisiert hatte?

Zeuge Stefan Ludwig: Tut mir leid, Herr Abgeordneter, ich kann mich an den Teilnehmerkreis - ob es mehrere waren oder nur einer - nicht erinnern.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Eben sagten Sie, Sie können sich nur an die Namen nicht erinnern.

Zeuge Stefan Ludwig: Ich kann mich an die Namen der Antifa Königs Wusterhausen nicht erinnern. Die waren mir nur zum Teil namentlich bekannt.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Aber an die, die Ihnen namentlich bekannt waren, können Sie sich schon erinnern?

Zeuge Stefan Ludwig: Ob sie an diesem Gespräch teilgenommen haben aber nicht, und das war Ihre Frage.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Also können Sie sich nicht erinnern, mit wem Sie gesprochen haben? Sie wissen, dass Sie auf dem Flur gesprochen haben, und Sie kannten auch einige namentlich; teilweise waren es die Genossen der PDS in Königs Wusterhausen?

Zeuge Stefan Ludwig: Diese Frage hatte ich Ihnen eben schon beantwortet.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Herr Dr. Redmann, -

Zeuge Stefan Ludwig: Ich kann mich an Teilnehmer oder an Namen dieses Gesprächs nicht erinnern.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): - ich habe den Zeugen vorhin belehrt, dass er, wenn er sich an etwas nicht erinnern kann, das klar und deutlich äußern muss. Das hat er jetzt mehrfach getan. Insofern bringt uns die Befragung in diesem Punkt jetzt nicht weiter. Außerdem läuft die letzte Minute.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Dann kann ich schon mal ankündigen, dass wir die Vereidigung des Zeugen beantragen werden, und gebe das Fragerecht weiter.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Das Beweisthema ist ausgeschöpft; wir haben keine Fragen.

Untersuchungsausschuss 6/1
25. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

27.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Das Fragerecht geht von der Fraktion DIE LINKE, die es nicht in Anspruch genommen hat, zur Fraktion der AfD. Herr Wiese ist dran.

Abgeordneter Wiese (AfD): Herr Minister, mit wem haben Sie denn nach der Info der Antifa gesprochen?

(Der Zeuge überlegt.)

Zeuge Stefan Ludwig: Da muss man wieder aufpassen, was Sie mit „nach der Info“ meinen. Ich habe diese These anfänglich nicht geglaubt. Ich habe der Antifa erklärt, dass ich mir so etwas überhaupt nicht vorstellen kann. Da sie aber bei ihrer These blieb, habe ich dann versucht, mir zu überlegen, wie man dieses Thema klären könnte, damit sich diese These entweder bestätigt oder die Antifa mir abnimmt, dass ich mir nicht vorstellen kann - und dass es zutrifft -, dass die Brandenburger Polizei eine solche Informationsquelle führen würde.

Mit wem ich das genau weiter besprochen habe, weiß ich nicht. Ich gehe aber davon aus, dass ich das in der damaligen PDS-Fraktion mal zur Sprache gebracht habe. Aber mit wem weiter, weiß ich nicht.

Abgeordneter Wiese (AfD): Also diese Info war eine einmalige Sache, die Sie da in der Sitzung - so, wie Sie es gerade gesagt haben - vorgebracht haben, und dann war es vergessen?

Zeuge Stefan Ludwig: Nein, Herr Abgeordneter, das hatte ich Ihnen eben ausdrücklich anders geschildert. Ich habe am Anfang versucht, diese These nach meiner festen Überzeugung zu entkräften. Weil die Antifa aber bei dieser These blieb, habe ich dann begonnen, daran zu arbeiten. Es war also kein einmaliger Vorgang.

Abgeordneter Wiese (AfD): Also Sie haben dann öfter mit Leuten der Antifa gesprochen? - Vielleicht erinnern Sie sich daran, wie die geheißen haben.

Zeuge Stefan Ludwig: Nein, ich habe nicht öfter mit Vertretern der Antifa gesprochen, sondern dann, wenn man sich locker - weil ich im Büro war oder die gerade Sitzung hatten -, wenn man sich begegnet ist. Es gab keine feste Zusammenarbeit meinerseits mit der Antifa.

Abgeordneter Wiese (AfD): Ich habe nicht von einer festen Zusammenarbeit gesprochen, ich habe nur gesagt: Haben Sie das einmalig gemacht, oder haben Sie öfter gesprochen?

(Abgeordneter Lakenmacher [CDU]: Ein gemeinsames Büro!)

Ich habe jetzt aus Ihrer Aussage verstanden, dass Sie das öfter vorgebracht haben oder das zumindest irgendwo ein Gesprächsstoff war.

Zeuge Stefan Ludwig: Herr Abgeordneter, ich hatte schon zu Beginn geschildert, dass wir damals in Königs Wusterhausen in vielen Zusammenhängen intensiv im

Untersuchungsausschuss 6/1
25. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

27.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Austausch über die rechte Szene der Stadt waren, und so war ich auch, wenn es sich ergab, mit der Antifa im Austausch darüber - neben der katholischen Jugend, neben Kreisjugendring, neben Stadtjugendring, neben dem Deutschen Roten Kreuz, neben Stadtverwaltung. Wir waren alle miteinander im Gespräch, und das hat sich letztlich auch ausbezahlt.

Abgeordneter Wiese (AfD): Mhm. Sie haben gerade gesagt, Sie haben dann weiter daran gearbeitet. Was bedeutet, Sie haben weiter daran gearbeitet? Mit wem haben Sie weiter daran gearbeitet, und was haben Sie gearbeitet? Wie muss ich das verstehen?

Zeuge Stefan Ludwig: Ich habe das in meine politische Arbeit hier mit einbezogen; auch das hatte ich Ihnen erläutert. Ich war sowohl im Landesvorstand der PDS für Innen- und Rechtspolitik zuständig als auch hier im Landtag rechtspolitischer Sprecher. Ich habe versucht, das mit den Daten, die mir zugänglich waren, irgendwie in Abgleich zu bringen, und gehe davon aus, dass ich das auch mal in einer Fraktionssitzung in irgendeiner Art zur Sprache gebracht habe. Ich habe aber zu Hause gesucht; ich habe über so etwas keinerlei Unterlagen mehr, die ich Ihnen zur Verfügung stellen könnte.

Abgeordneter Wiese (AfD): Jetzt habe ich mal eine andere Frage, und zwar: Wie haben Sie sich denn hier auf diese Vernehmung vorbereitet und mit wem? Hatten Sie Akten zur Verfügung? Wenn ja: Von wem?

Zeuge Stefan Ludwig: Ich habe - wie ich eben schon schilderte - geschaut, ob ich zu Hause noch Unterlagen aus dieser Zeit habe, kann Ihnen da aber nichts zur Verfügung stellen. Ich habe - sicherlich wie Sie auch - im Internet noch einmal recherchiert: Wann erschien damals welcher Artikel in der „Morgenpost“, im „Tagesspiegel“, im „Spiegel“, in der „Märkischen Allgemeinen“, in der „Saarbrücker Zeitung“, der auf Brandenburg Bezug nahm, sowohl politisch als auch persönlich auf mich? - Da gibt es eine Menge, was Ihnen dann angezeigt wird.

Ich habe die drei - was heißt „die drei“, weiß ich nicht -, also ich habe drei Unterlagen, nachdem sie für Ihre Beratung auf Antrag hier herabgestuft wurden, einsehen dürfen und habe versucht, mich nach besten Kräften zu erinnern. Dabei ist einiges zutage getreten, einiges nicht.

Abgeordneter Wiese (AfD): Das haben Sie allein gemacht, oder haben Sie sich da mit jemandem besprochen?

Zeuge Stefan Ludwig: Es gibt niemanden mehr aus der Zeit, mit dem ich mich dazu irgendwie besprechen könnte.

Abgeordneter Wiese (AfD): Ich habe Sie vorhin gefragt, ob Sie sich noch an den Journalisten vom „Spiegel“ erinnern. Da haben Sie gesagt: Nein. - Aber es wird ja nicht bloß einen Journalisten gegeben haben, den Sie da kennengelernt haben. Welche Namen sind Ihnen denn geläufig aus der damaligen Zeit? - Keine?

Untersuchungsausschuss 6/1
25. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

27.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Stefan Ludwig: Keine.

Abgeordneter Wiese (AfD): Ich gebe mein Fragerecht weiter.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann ist Frau Nonnemacher dran. - Bitte schön.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön. - Herr Minister, mit welchen leitenden Polizistinnen oder Polizisten waren Sie in der Zeit, in der Szczepanski in Königs Wusterhausen aktiv war, im Gespräch? Wer war da intensiv mit der rechtsextremistischen Szene befasst - sei es jetzt von der örtlichen Polizei oder vom Staatsschutz des Polizeipräsidiums oder von der MEGA?

Zeuge Stefan Ludwig: Ich war zu Kontakten der rechtsextremen Szene in Königs Wusterhausen persönlich mit niemandem in Kontakt. Persönlich war ich in Kontakt, was die Sicherungsmaßnahmen für mich und meine Familie betraf, und ich würde jetzt auch darum bitten - sowohl Sie als auch die Berichterstatter, die hinter mir sitzen -, sensibel zu sein; meine Kinder wissen bis heute nicht alles, was damals notwendig war, um die Sicherheit zu gewährleisten. Das sollte auch so bleiben, auch wenn es heute erwachsene Männer sind.

Ich habe mich mit Sicherheit mit dem örtlichen Schutzbereichsleiter ausgetauscht. Name - da die in Königs Wusterhausen öfter wechselten, kann ich nicht mehr genau lokalisieren, wer zu dieser Zeit Schutzbereichsleiter in Königs Wusterhausen war. Und wie gesagt, konkrete Zusammenarbeit mit der Polizei nur zu den Themen, was meine Familie betraf.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Im Sommer 2000 wurde Carsten Szczepanski enttarnt. Im Jahr 2002 flog dann Toni S. auf und im Jahr 2003 Christian K. - jeweils verbunden mit ziemlich großen V-Mann-Skandalen in Brandenburg. Welchen Eindruck hatten Sie Anfang der 2000er-Jahre von der Arbeit des brandenburgischen Verfassungsschutzes als Abgeordneter des Landtages, als führender Vertreter einer politischen Partei, als politisch interessierter Bürger?

Zeuge Stefan Ludwig: Nachdem der „Spiegel“ enthüllt hatte, dass der brandenburgische Verfassungsschutz eine solche Quelle führt, war ich entsetzt und war damit im politischen Raum hier in Brandenburg nicht allein.

Wie ich als Bürger der Stadt darauf reagiert habe, kann ich jetzt nicht mehr sagen - dazu war die Sache zu politisch -, hatte aber selbst keine Möglichkeiten, dazu effektiv Fragen zu stellen, gehe aber davon aus, dass unser Mitglied in der PKK die genutzt hat, der darüber in der Fraktion aber keinen Bericht erstatten durfte, was er auch nie tat.

Fragen, die ich für klärungswürdig hielt, habe ich immer an den Kollegen Michael Schumann weitergeleitet. Wie und zu welchen Ergebnissen das dann führte, weiß ich nicht. Mir ist dann aber über die Arbeit im Innenausschuss bekannt geworden, dass das Ministerium angab, aus dem Fall Konsequenzen gezogen zu haben, woran ich

Untersuchungsausschuss 6/1
25. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

27.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

keinen Zweifel habe, weil einiges dann auch erläutert wurde. Was genau, kann ich Ihnen aber heute nicht mehr sagen.

Ich bin dann im März 2002 aus dem Landtag ausgeschieden und habe danach meine Arbeit zur Bekämpfung der rechtsextremen Szene als Bürgermeister der Stadt Königs Wusterhausen fortgesetzt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): 1999 hat Jörg Schönbohm das Innenministerium in Brandenburg übernommen. In die Zeit seiner Amtstätigkeit fielen diese drei V-Mann-Skandale. Sind Sie der Meinung, dass Minister Schönbohm sich beim Kampf gegen den Rechtsextremismus hier in Brandenburg ausreichend positioniert hat und dass er die Zivilgesellschaft ausreichend unterstützt hat?

Zeuge Stefan Ludwig: Dass er es ernst meinte, daran hatte ich keinen Zweifel und habe ich keinen Zweifel. Die Frage „ausreichend“ müsste man an Ergebnissen messen. Da bin ich mir unsicher, ob es ausreichend war.

Dass er Konsequenzen aus dem V-Mann-Vorfall „Piatto“ gezogen hat, daran habe ich keinen Zweifel. Er gehörte mit zu denen, die neben dem „Toleranten Brandenburg“ einen Präventionsrat im Lande gründeten, was ich am Anfang als Konkurrenzveranstaltung, als Entkräftung des Aktionsbündnisses empfunden habe, was sich dann aber für mich so nicht bewahrheitet hat. Deswegen habe ich nach wie vor keinen Zweifel, dass er es ernst meinte. Und er gehörte dann mit zu den Personen, die sich auch rechtsextremen Kundgebungen entgegengestellt haben. Also er zeigte auch persönlich Flagge.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. Keine weiteren Fragen. - Danke.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Wir gehen in eine dritte Fragerunde. - Gibt es Fragebedarf bei der Fraktion der SPD? - Das ist nicht der Fall. Dann sind wir bei der CDU. - Herr Dr. Redmann bitte.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ich möchte gern noch einmal auf die Frage zurückkommen, wie Sie seinerzeit möglicherweise mit der Information bzw. mit der These umgegangen sind, dass ein führender Rechtsextremist in Kontakt steht im Zusammenhang mit der Polizei bzw. mit dem Verfassungsschutz. Können Sie sich an irgendeine parlamentarische Initiative Ihrerseits erinnern oder eine beabsichtigte parlamentarische Initiative?

Zeuge Stefan Ludwig: Herr Abgeordneter, noch einmal zur Einleitung Ihrer Frage: Ich kann nicht bestätigen, dass ich damals von einem führenden Rechtsextremisten ausging. Wir haben - wie ich dargestellt habe oder wie ich versucht habe, Ihnen plausibel zu machen, auch auszuleuchten, was Nebenbedingungen waren - damals eine Veränderung in der Arbeitsweise der Rechten in Königs Wusterhausen - - Auch zum ersten Mal dieses Ladenlokal, was nach außen so aussehen sollte, dass man weiß, was da drin abläuft - davon gingen wir jedenfalls aus, dass man das bewusst gemacht hat.

Untersuchungsausschuss 6/1
25. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

27.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Ob es sich um einen führenden Rechtsextremisten handelte, wusste ich damals nicht, und ich habe Ihnen auch zur Kenntnis gegeben, dass wir beobachtet haben, dass es seit seinem Eintreffen vor Ort eine NPD gab. Ob es da einen wirklich direkten Zusammenhang gab - da waren wir dabei, das gemeinsam in dieser Stadt zu diskutieren; jeder hat seine Rechercheergebnisse nebeneinandergelegt.

Was ich konkret im Parlament unternommen habe, kann ich Ihnen - wie gesagt, ich habe zu Hause keine Unterlagen mehr dazu gefunden - heute nicht sagen.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ja, das mit dem Führen finde ich dann ganz spannend, weil die besagte Quelle des Verfassungsschutzes berichtet hat, dass Sie beabsichtigt haben, eine Anfrage an den Innenminister des Landes zu stellen mit folgendem Inhalt:

„Gibt es Erkenntnisse darüber, dass hochrangige Rechtsextremisten aus Königs Wusterhausen vom 4. K geführt und bezahlt werden?“³

Zeuge Stefan Ludwig: Das war die These der Antifa, auf die ich vorhin hinwies. Das war nicht meine Erkenntnis. Diese behaupteten, dass er ein hochrangiger Rechtsextremist sei und Informant der Polizei sei. Das war deren These, nicht meine.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Sie wollen also auch nicht bestreiten, dass Sie die Absicht hatten, eine solche Anfrage zu stellen?

Zeuge Stefan Ludwig: Weiß ich nicht, das hätte aber damals zu meinem Instrumentenkoffer gehört, selbstverständlich. Ich kann Ihnen aber heute nicht mehr bestätigen, ob ich das vorhatte. Ansonsten müssen Sie das die Quelle fragen, woher sie das hat.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Darüber hinaus ist den Unterlagen zu entnehmen bzw. berichtet die Quelle, dass im Umfeld der Antifa und bei Ihnen Überlegungen im Gange seien, den Namen Szczepanski überhaupt nicht zu erwähnen, da sonst die Gefahr bestehe, dass dieser körperliche Repressalien seitens der Mitglieder der NPD und der Rechten im Allgemeinen ausgesetzt sein würde.

Hierzu würde mich zum einen interessieren: Waren Sie sich damals im Klaren darüber, was es für eine V-Person im rechtsextremistischen Milieu bedeutet hätte, enttarnt zu werden? Sind Ihnen diese Überlegungen, dass möglicherweise dieser Szczepanski - wenn bekannt wird, dass er Polizeispitzel ist - auch gefährdet sein könnte, noch erinnerlich?

Zeuge Stefan Ludwig: Ich hatte zum damaligen Zeitpunkt überhaupt keine Kenntnisse von V-Leuten in der rechten Szene - weder des Verfassungsschutzes noch von Informanten der Polizei.

³ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: Ordner B 4, Herabstufungen, 2018-04-19 Übergabe NfD Fassung, lfd.Nr. 43_GI 1_068-S-455002-0101-22_01_VS-NfD_Seite 1-7bwpsmd.pdf, Seite 5.

Untersuchungsausschuss 6/1
25. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

27.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Das hat jetzt meine beiden Fragen aber nicht beantwortet.

Zeuge Stefan Ludwig: Doch. Sie haben ja gefragt, ob ich Kenntnisse hätte, wie es wäre, wenn man enttarnt wird. Ich hatte zu dem damaligen Zeitpunkt - -

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Die erste Frage war abstrakt gestellt.

Zeuge Stefan Ludwig: Ich hatte keine Kenntnisse über V-Leute oder Quellen der Polizei in einer rechten Szene.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ich habe Sie gefragt, ob Sie damals Kenntnis darüber hatten, was es für eine V-Person bedeutet hätte. Hatten Sie damals eine Vorstellung darüber, was es für eine V-Person bedeutet hätte, die im rechtsextremistischen Milieu unterwegs ist, wenn sie enttarnt würde?

Zeuge Stefan Ludwig: Da ich keine V-Leute kannte, habe ich darüber auch nie einen Gedanken gewälzt. Ich dachte, das ergibt sich aus der Logik. Ansonsten - wenn Sie es so ausdrücklich noch einmal hören wollen - bestätige ich Ihnen das natürlich gern: Ich habe auf so etwas keinerlei Gedanken verschwendet, weil ich keinerlei Kenntnis über V-Leute oder über Informanten hatte.

Was wir in Königs Wusterhausen wussten: dass Leute, die sich aus der rechten Szene lösen wollten, Gewalt angedroht bekamen. So etwas kannte ich.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Sie haben die Akte auch gelesen, hatten Sie gesagt, in der -

Zeuge Stefan Ludwig: Nein.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): - Vorbereitung?

Zeuge Stefan Ludwig: Nein. Ich habe drei Vorgänge einsehen dürfen, die herabgestuft wurden. Eine Akte habe ich nicht lesen dürfen.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Also die Vorgänge, aus denen ich gerade zitiert habe, haben Sie in der Vorbereitung lesen können?

Zeuge Stefan Ludwig: Wenn ich es richtig erinnere, dann ist das aus diesen dreien, ja.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Gut. - Es wird Sie da sicherlich auch interessiert haben, dass der Verfassungsschutz in Ihrem so unmittelbaren Umfeld über eine Quelle verfügte. Können Sie sich vorstellen, wer diese Quelle gewesen sein könnte?

Zeuge Stefan Ludwig: Herr Abgeordneter, wie Sie angeben, bin ich tatsächlich überrascht, was sich über den stellvertretenden Landesvorsitzenden der PDS - einer

Untersuchungsausschuss 6/1
25. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

27.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Partei, die in Brandenburg nicht beobachtet wurde - in solchen Unterlagen befand. Wer eine solche Quelle sein könnte, ist mir nicht bekannt.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Haben Sie eine Vermutung, wer diese Quelle sein könnte?

Zeuge Stefan Ludwig: Nichts, was ich belegen könnte. Deswegen kann ich Ihnen dazu keine Angaben machen.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Die Quelle gibt ja sehr detailliert auch Auskunft darüber, welche parlamentarischen Initiativen Sie planten, mit welchen Journalisten Sie gesprochen hätten. Gab es denn damals in Königs Wusterhausen eine Person, die so dicht an Ihnen dran war, dass Sie solche Dinge mit jemandem erörtert haben?

Zeuge Stefan Ludwig: Ich war damals - wie ich dargestellt habe - mit sehr vielen Personen in Königs Wusterhausen in Gesprächen darüber. Da könnte ich Ihnen jetzt eine ganz lange Liste angeben, weil ich mit meiner parlamentarischen Arbeit immer sehr transparent umgegangen bin, solange ich Abgeordneter war - egal, zu welchem Zeitpunkt. Ich habe solchen politischen Partnerinnen und Partnern immer Auskunft darüber gegeben, woran ich gerade arbeite, was möglicherweise neue Schritte sein könnten, welche Hilfe ich benötigen würde.

Und, wie gesagt, in diesem Frühjahr war das Interesse von Journalistinnen und Journalisten für die Situation in Königs Wusterhausen sehr groß, sodass auch viele der Personen, mit denen ich mich darüber ausgetauscht habe, mit Journalistinnen und Journalisten Kontakt hatten. Das war sozusagen tägliche Arbeit im ersten Halbjahr 2000. Insofern war das auch für niemanden was Besonderes zu dieser Zeit, dass sich der „Spiegel“ für Königs Wusterhausen interessierte oder was gestern wieder im „Tagesspiegel“ stand. Das ging damals Schlag auf Schlag.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Mich verwundert Ihre Antwort deshalb etwas, weil mein Eindruck aus Gesprächen ist, dass den auf der gegenüberliegenden Seite sitzenden Mitgliedern des Untersuchungsausschusses durchaus völlig klar ist, wer diese Quelle war. Und dass gerade Sie, der nun die beste Kenntnis von der Situation in Königs Wusterhausen und der damaligen Zeit hatte, jetzt noch nicht einmal eine Vermutung darüber haben, wer diese Quelle gewesen ist, finde ich sehr unglaublich.

Zeuge Stefan Ludwig: Herr Abgeordneter, auch das habe ich Ihnen anders beantwortet. Ich habe gesagt, ich habe eine Vermutung, aber nichts, was ich belegen könnte. Und da die entsprechende Person tot ist, würde ich den Namen hier nicht irgendwie, ohne irgendeinen Beleg zu haben, in die Runde geben. Das hätte sie nicht verdient. Vielleicht irre ich mich auch. Diejenige, an die ich da denke - wenn es sie ist -, können Sie auch nicht mehr laden, sie ist tot. Wenn sie gestorben ist, dann will ich es damit auch bewenden lassen.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Wie Sie sich vorstellen können, haben wir natürlich auch versucht, diese Person zu laden, was uns allerdings aus dem von Ihnen

Untersuchungsausschuss 6/1
25. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

27.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

angesprochenen Grund nicht geglückt ist. In welchem Verhältnis standen Sie denn zu dieser Person?

Zeuge Stefan Ludwig: Die war Mitglied der Antifa.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Die war Mitglied der Antifa. War sie auch Mitglied der PDS?

Zeuge Stefan Ludwig: Nach meiner Erinnerung ja.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Wie eng haben Sie mit dieser Person zusammengearbeitet?

Zeuge Stefan Ludwig: In dem Rahmen, den ich Ihnen eben schon beschrieben habe.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Beschreiben Sie ihn mir bitte noch mal.

Zeuge Stefan Ludwig: Wir waren im ersten Halbjahr sehr aktiv, viele Kräfte in der Stadt Königs Wusterhausen - von katholischer Jugend über andere freie Träger, Kreisjugendring, PDS, Antifa, zuständige Stellen in der Stadtverwaltung Königs Wusterhausen. Ohne genaue Kenntnis war mir als Abgeordneter bekannt, dass Königs Wusterhausen Einsatzort von MEGA und TOMEK war; das hatte die politische Arbeit hier im Landtag ergeben. -

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Es geht jetzt um die Zusammenarbeit mit der Person.

Zeuge Stefan Ludwig: - Mit denen war ich aber nicht persönlich in Kontakt, sondern wusste nur, dass sie im Einsatz sind. Wir waren damals mit sehr vielen in Kontakt. Deswegen hat aus meiner Sicht diese Aktivistin aus der Antifa in die Arbeit damals auch - - eingebracht, und ich habe mich mit Sicherheit mit ihr darüber auch unterhalten. Ich habe aber keinen Hinweis darauf, wie gesagt, keinen Beleg, dass sie das mit irgendeiner Sicherheitsbehörde geteilt hat. Deswegen ist das auch nur eine Vermutung von mir, die ich nicht belegen kann. Und da die Person verstorben ist, würde ich den Namen hier nicht preisgeben.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Minute.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Fühlen Sie sich da verraten und getäuscht?

Zeuge Stefan Ludwig: Getäuscht ja, „verraten“ ist nicht das richtige Wort. Das ist eine Form der Unehrllichkeit, die ich im Umgang mit Menschen nicht mag, und ich würde mich auch immer von Personen trennen, bei denen ich den Eindruck habe: Das hätte man mir auch sagen können, wenn es denn so wichtig ist, dass man mit anderen zusammenarbeitet.

Wie gesagt, wir haben damals alle Kenntnis von den jeweiligen Gesprächspartnerinnen und -partnern in der Stadt gehabt, weil uns das Ziel geeint hat

Untersuchungsausschuss 6/1
25. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

27.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

- wie gesagt, von links bis rechts, von freien Trägern bis politisch Verantwortlichen -, dass wir die Stadt dieser rechten Szene nicht überlassen dürfen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Das ist die letzte Frage jetzt.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): War diese Person aus der Antifa und Mitglied der PDS nach Ihrer Information in die Recherchen des „Spiegel“ in Königs Wusterhausen involviert?

Zeuge Stefan Ludwig: Keine Ahnung.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Sie können sich also nicht erinnern, mit dieser Person über die Recherchen des „Spiegel“ gesprochen zu haben?

Zeuge Stefan Ludwig: Ich kann mich nicht erinnern, dass die jeweiligen vom „Spiegel“ eingesetzten Redakteure mir mitgeteilt haben, mit wem sie noch reden.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Das war nicht meine Frage. Meine Frage war: Können Sie sich erinnern, dass diese Person in die Recherchen des „Spiegel“ eingebunden war - sei es dadurch, dass die Person selbst es Ihnen berichtet hat, dass Ihnen der „Spiegel“ das berichtet hat oder es Ihnen Dritte berichtet haben?

(Der Zeuge überlegt.)

Zeuge Stefan Ludwig: Dritte mit Sicherheit nicht. Wer sollte das sein? - Nein. Ob diese Person, an die ich denke - wobei ich nicht weiß, ob es wirklich die Informationsquelle ist, weil ich sie danach nicht befragen konnte -, mit dem „Spiegel“ Kontakt hatte, weiß ich nicht.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Das hat Ihnen diese Person nicht berichtet?

Zeuge Stefan Ludwig: Nein.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ende der Verlängerung.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Der Fragerunde.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ja, natürlich. Sie haben weiter das Recht, zu fragen. - Die Linksfraction ist dran. Frau Johlige hat jetzt Fragebedarf. - Bitte.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Ich möchte zuallererst mal eine Bemerkung machen: Herr Dr. Redmann, selbstverständlich ist uns der Name der Gewährsperson bekannt, allerdings deshalb, weil wir Akten gelesen haben, die Sie auch gelesen haben. Insofern war das jetzt ein bisschen - sagen wir einmal - ein sehr schräger Hinweis nach dem Motto: Wir kennen die, und Herr Ludwig weiß es nicht. - Das ist ein bisschen schräg.

Untersuchungsausschuss 6/1
25. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

27.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Aber ich gebe zu, ich war auch ein bisschen überrascht, als ich diese Akte gelesen habe. Und Sie, Herr Dr. Redmann, haben gerade darauf hingewiesen, dass aus dieser Akte hervorgeht, dass der Verfassungsschutz in der linken Szene und in der PDS eine Gewährsperson hatte. Deswegen würde ich jetzt ganz gern den Zeugen noch kurz fragen: Herr Ludwig, erinnere ich mich richtig, dass zu dem Zeitpunkt die PDS nicht Gegenstand der Beobachtung des Verfassungsschutzes war?

Zeuge Stefan Ludwig: Meines Wissens war sie zu keinem Zeitpunkt in der Beobachtung des Verfassungsschutzes in Brandenburg. Das ist auch durch die jeweiligen Innenminister regelmäßig öffentlich erklärt worden. Ich hatte bis zum Lesen dieser Akte auch keinen Zweifel, dass sich alle beim Verfassungsschutz daran halten. Ich war jetzt deswegen persönlich und politisch überrascht, was da so alles über den stellvertretenden PDS-Landesvorsitzenden gespeichert war.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Ich war sogar noch ein bisschen überraschter über den Punkt, dass dort Informationen über ein konkretes parlamentarisches Vorhaben eines Oppositionsabgeordneten gesammelt wurden, woraus man schon deuten könnte, dass die damalige Regierung den Verfassungsschutz missbraucht hat, um parlamentarische Vorhaben der Opposition auszuspionieren. Das ist jetzt - - also, können Sie was zu sagen; ansonsten wäre es eine Feststellung.

Zeuge Stefan Ludwig: Also auch der Punkt hat mich überrascht; denn das Parlament hatte mich ja dazu bestimmt, bestimmte Einsatzmittel freizugeben aus genau eng gefassten Rechtsgründen - - sie der Verfassungsschutz in Brandenburg zum Einsatz bringen darf. Ich ging deshalb davon aus, dass ich sozusagen den Verfassungsschutz in seiner Tätigkeit kontrolliere, weil die G-10-Kommission ja bestimmte Maßnahmen freigeben muss, die der Verfassungsschutz einsetzen will. Dass der sich vorher über parlamentarische Initiativen von mir informiert, hat mich sehr unangenehm berührt, ja.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ich glaube, damit ist der Fragebedarf erschöpft. Dann geht das Fragerecht an Herrn Wiese. - Bitte schön.

Abgeordneter Wiese (AfD): Nein, ich gebe es weiter.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Frau Nonnemacher.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Auch keine weiteren Fragen mehr. - Dann frage ich jetzt in die Runde. - Bei der SPD-Fraktion besteht kein Fragebedarf, aber bei Herrn Dr. Redmann gibt es Fragebedarf.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ich möchte lediglich - - Ich stelle durchaus mal die Frage: Die Antifa, sagen Sie, hat damals in Königs Wusterhausen relativ intensiv über die rechtsextremistische Szene recherchiert und darüber auch gezielt Informationen gesammelt. Ist das richtig?

Zeuge Stefan Ludwig: Ja. Soweit mir bekannt, ja.

Untersuchungsausschuss 6/1
25. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

27.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Insofern verstehe ich jetzt, Herr Zeuge, Ihre Verwunderung darüber nicht, dass diese Informationen beispielsweise auch an Sicherheitsbehörden weitergegeben werden.

Zeuge Stefan Ludwig: Mir war bis zum Lesen dieser Unterlagen keine Zusammenarbeit zwischen der Antifa und der Polizei oder dem Verfassungsschutz im Land Brandenburg bekannt.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Finden Sie es denn auch aus heutiger Perspektive verwerflich, wenn die Polizei oder der Verfassungsschutz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus auf Informationen zurückgreift, die von der Antifa gesammelt werden?

(Heiterkeit bei SPD und DIE LINKE)

Zeuge Stefan Ludwig: Das kommt auf die Art und Weise an, wie diese Informationen sowohl gesammelt als auch weitergegeben werden. Deswegen hätte ich überhaupt keine Probleme gehabt, dass - so, wie ich offen mit meinen Kontakten umgegangen bin - die Antifa - wenn es denn mehrere waren und nicht nur eine Person - offen mitteilt, dass sie so mit Polizei oder Verfassungsschutz offensichtlich zusammenarbeitet.

Uns einte damals und eint übrigens immer noch in der Stadt - obwohl die Antifa nicht mehr aktiv ist - das Ziel, dass die rechten Kräfte in der Stadt nie wieder Dominanz- oder Ordnungsmacht werden können. Daran haben wir alle gemeinsam gearbeitet. Ich bin auch heute noch dankbar für die sichtbaren Erfolge, die die Polizei sowohl mit MEGA und TOMEK als auch mit ihrer Graswurzelarbeit hatte. Sollte der Verfassungsschutz daran einen Anteil haben, bin ich auch dem außerordentlich dankbar.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Es ist ja so, dass es sich - - Sie haben gerade von der Enttäuschung gegenüber der Antifa berichtet. Meine Frage ging aber eher in die Richtung, ob Sie es aus Sicht des Verfassungsschutzes verwerflich finden, auf solche Informationen, die die Antifa gesammelt hat, zurückzugreifen.

Zeuge Stefan Ludwig: Wie gesagt - auch das hatte ich schon gesagt -, es kommt darauf an, wie diese Informationen gesammelt und weitergegeben werden. Wenn man das offen und transparent tut, finde ich das sehr in Ordnung. Aber auf dem Flur - -

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Der Verfassungsschutz soll offen und transparent mit Informanten umgehen?

Zeuge Stefan Ludwig: Die Frage ist, ob man dafür einen Informanten braucht oder ob man das offen und transparent tut. Ich hätte es in der damaligen Zeit sehr gut gefunden, wenn zur Bekämpfung des Rechtsextremismus offen und transparent der Verfassungsschutz auch mit der Antifa zusammengearbeitet hätte. Das kann ich nur begrüßen, wenn alle am gleichen Ende des Seils ziehen.

Untersuchungsausschuss 6/1
25. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

27.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Wenn das aber über eine inoffizielle Informationsbeschaffung auf dem Flur - -, wo nicht nur ein Abgeordneter, sondern der stellvertretende PDS-Landesvorsitzende Sitz macht, dann finde ich die Methodik falsch.

Dass man gemeinsam versucht, den Erfolg zu erringen, ist aus meiner Sicht völlig richtig, wenn das Gegenstand Ihrer Frage war.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ich will an der Stelle auch noch einmal zu der Art der Quelle zumindest klarstellen, dass es sich nach den Unterlagen, die mir vorliegen, um eine Gelegenheitsinformantin handelt, also nicht um eine V-Person oder dergleichen. Insofern kann ich auch Ihren Hinweis, dass irgendwie der Verfassungsschutz diese Person möglicherweise an Sie herangesteuert hätte, um sie dann auf dem Flur abzuschöpfen, an der Stelle nicht nachvollziehen. Haben Sie dafür Informationen?

Zeuge Stefan Ludwig: Nein. Woher sollte ich die haben?

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Insofern ist die Informationslage, die uns vorliegt, dass es ein Mitglied der Antifa und der PDS in Königs Wusterhausen gab, das sich gelegentlich mit Informationen an den Verfassungsschutz gewendet hat, in der Regel über Rechtsextremisten und bei der Gelegenheit auch über diesen Carsten Szczepanski berichtete.

Ich verstehe an der Stelle nicht, was dabei gegen den Verfassungsschutz einzuwenden ist, wenn bei dem jemand anruft, um ihm etwas mitzuteilen. Soll er dann auflegen und diese Information ignorieren, weil sich diese Person gegenüber dem stellvertretenden PDS-Landesvorsitzenden nicht transparent verhalten hätte?

Zeuge Stefan Ludwig: Ich habe aus dem Lesen der Dokumente zum Verhalten dieser Person nur die Information, dass es eine Informan- -

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Eine Gelegenheitsinformantin.

Zeuge Stefan Ludwig: - ja -

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): „GI“ stand in der Akte, die auch Sie gesehen haben?

Zeuge Stefan Ludwig: - ja -, die nicht offen und transparent - jedenfalls nicht mir gegenüber - da gearbeitet hat; denn ich wüsste niemanden, der in meinem Umfeld mitgeteilt hat: Ich bin Gelegenheitsinformant des Verfassungsschutzes. - Das hätte ich mir gemerkt, Herr Abgeordneter; da bin ich mir ganz sicher.

Diese Art der Zusammenarbeit ist aus meiner Sicht nicht notwendig. Sie wissen, dass zumindest in den letzten Jahren der Verfassungsschutz sogar an Schulen geht, Informationsveranstaltungen anbietet und versucht, seine Arbeit nicht nur über die Berichte,

Untersuchungsausschuss 6/1
25. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

27.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

(Abgeordneter Lakenmacher [CDU]: Seine Quellen vorstellt!)

sondern mit einer eigenen Öffentlichkeitsarbeit frei zugänglich zu machen. Ich sehe deshalb auch in der heutigen Zeit - damals aber auch nicht - keine Notwendigkeit, sich über Informanten mit der Antifa gegenseitig auszutauschen, sondern das hätte auch damals der Verfassungsschutz ganz offen und transparent machen können, wenn er denn daran Interesse gehabt hätte. Ob die Antifa so ein Angebot angenommen hätte, das weiß ich nicht, das kann ich nicht einschätzen,

(Abgeordnete Gossmann-Reetz [SPD]: Doch!)

oder ob sie sich da befremdet abgekehrt hätte. Das kann ich nicht durch eigenes Wissen belegen. Fakt ist aber, dass mich schon berührt hat, was über mich in diesen Unterlagen gespeichert war. Denn selbst wenn das

(Abgeordneter Dr. Schöneburg [DIE LINKE]: Beifang!)

Beifang gewesen ist - aber in dem Wissen: Der Mann ist zur Kontrolle des Verfassungsschutzes durch ein Parlament bestimmt worden und ist stellvertretender Landesvorsitzender einer Partei, die nicht beobachtet wird - - Warum so was gespeichert wird, das hat mich sehr unangenehm berührt und halte ich für politisch noch zu diskutieren.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Waren Sie seinerzeit Mitglied der Parlamentarischen Kontrollkommission?

Zeuge Stefan Ludwig: Nein, ich war bis 2010 nicht Mitglied der Parlamentarischen Kontrollkommission.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Welche Kommission ist zuständig für die Kontrolle des Verfassungsschutzes?

Zeuge Stefan Ludwig: Für die Kontrolle des Verfassungsschutzes ist die Parlamentarische Kontrollkommission zuständig.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Danke schön.

Zeuge Stefan Ludwig: Herr Abgeordneter, wenn Sie versuchen, hier Gegensätze zu konstruieren, muss ich Sie noch mal daran erinnern, dass ich stellvertretendes Mitglied der G-10-Kommission war, die nur dazu existiert, dem Verfassungsschutz bestimmte Einsatzmittel zu gestatten, und insofern auch seine Tätigkeit kontrolliert.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Na ja, die hat schon noch ein paar andere Aufgaben. Bei der G-10-Kommission geht es um bestimmte Einsatzmittel, die freigegeben werden. Das ist nicht das Gremium für die Kontrolle des Verfassungsschutzes. Aber wir müssen jetzt hier nicht miteinander die Aufgaben der verschiedenen Gremien diskutieren.

Untersuchungsausschuss 6/1
25. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

27.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Das finde ich auch.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ich habe aber noch mal eine Nachfrage, weil ich das so verstanden habe: Sie hätten also erwartet, dass, wenn sich eine Gelegenheitsinformantin an den Verfassungsschutz wendet, der Verfassungsschutz dann das Umfeld der Gelegenheitsinformantin darüber informiert und somit Transparenz herstellt?

Zeuge Stefan Ludwig: Nein, das habe ich zu keinem Zeitpunkt gesagt, Herr Abgeordneter. Ich hätte erwartet, wenn es eine Informantin in der Antifa gibt, die Informationen von mir weitergibt - wenn es denn so war; meiner Ansicht nach sind da ein paar Aussagen drin, die ich so nicht getätigt haben werde -, dass sie mich darüber in Kenntnis setzt, dass sie offen und transparent damit umgeht. Ich hätte mir auch gewünscht, dass in der damaligen Zeit der Verfassungsschutz offen und transparent auf die Antifa zugegangen wäre, was sie für Erkenntnisse hat. Das habe ich gesagt.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Danke schön.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ich gucke in die Runde: Gibt es weiteren Fragebedarf an den Zeugen? - Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann kommen wir zur abschließenden Frage, die ich stelle: Aus meiner Sicht ist eine Vereidigung des Zeugen nicht notwendig. Widerspricht dem jemand in der Runde?

(Abgeordneter Dr. Redmann [CDU]: Ja!)

Herr Dr. Redmann hat es angekündigt. Dann muss ich hiermit zur Beschlussfassung die Nichtöffentlichkeit herstellen. Ich bitte alle, den Saal zu verlassen - mit Ausnahme derjenigen, die hier am Beschluss mitwirken werden.

(Zuruf: Der Zeuge auch?)

- Ja, auch der Zeuge.

Ich warte, bis die Tür geschlossen ist; Herr Bandelow kontrolliert das noch mal.

(Ausschluss der Öffentlichkeit: 15.31 Uhr)

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Untersuchungsausschuss 6/1
25. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

27.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

11

114

(Wiederherstellung der Öffentlichkeit: 15.33 Uhr)

Ich bitte, Platz zu nehmen. Der Ausschuss hat mit Mehrheit entschieden, dass der Zeuge nicht vereidigt wird. Deshalb kann ich mich jetzt bei Ihnen, Herr Minister, fürs Kommen bedanken. Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Resttag.

Wir gehen nun in eine zehnminütige Pause - ich unterbreche also die Sitzung - und fahren dann um 15.45 Uhr mit dem Zeugen Lancelle fort. - Vielen Dank.

Zeuge Stefan Ludwig: Ich wünsche Ihnen sehr viel Erfolg, Herr Vorsitzender, bei Ihrer Arbeit.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Danke schön.

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

(Wiederbeginn des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Öffentlich: 14.31 Uhr)

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Vernehmung der Zeugin Petra Marx

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen also jetzt zur Vernehmung der Zeugin Marx. Wenn der RBB so weit ist, dann kann ich mit der Belehrung beginnen. - Es ist immer ein bisschen merkwürdig, Frau Marx, wenn man Personen wie Sie hier belehrt. Aber es muss so sein. Sie wissen: Das Gesetz zwingt mich dazu.

(Das Fernsteam stellt seine Aufnahmearbeiten ein)

Dann können wir loslegen.

Frau Marx, als Zeugin vor dem Untersuchungsausschuss unterliegen Sie der Wahrheitspflicht. Das heißt, die von Ihnen gemachten Angaben müssen vollständig sein und der Wahrheit entsprechen. Sie dürfen weder falsche Angaben machen noch wesentliche Umstände, die mit dem Beweisthema im Zusammenhang stehen, verschweigen. Sofern Sie an bestimmte Dinge keine Erinnerung mehr haben, müssen Sie auch dies deutlich zum Ausdruck bringen.

Der Untersuchungsausschuss ist nach § 22 UAG grundsätzlich berechtigt, einen Zeugen am Ende seiner Aussage zu vereidigen. Über eine Vereidigung Ihrer Person wird insofern noch zu befinden sein. Falsche Aussagen vor dem Untersuchungsausschuss sind strafbewehrt. Dabei kommt es nicht darauf an, ob Sie Ihre Aussage beeidigen müssen oder nicht. Falsche uneidliche Aussagen sind nach § 153 Strafgesetzbuch strafbedroht und werden mit Freiheitsstrafe zwischen drei Monaten und fünf Jahren sanktioniert. Im Falle der Annahme einer Strafbarkeit eines Meineides wird der Strafraum des § 154 Strafgesetzbuch, der eine Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr vorsieht, Anwendung finden. - Das sage ich natürlich nicht, weil ich Ihnen misstrauere, sondern weil ich es sagen muss.

Ich darf Sie aber auch über Ihre Rechte gemäß § 19 UAG belehren. Danach sind Sie berechtigt, die Auskunft auf solche Fragen zu verweigern, deren Beantwortung Ihnen selbst oder einem der in § 52 Abs. 1 StPO bezeichneten Angehörigen die Gefahr zuziehen würde, wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit verfolgt zu werden.

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

So weit die Belehrung.

Jetzt bitte ich Sie um einige Angaben zur Person. Nennen Sie uns bitte Vor- und Zunamen, Alter, Beruf sowie Wohnort.

Zeugin Petra Marx: Ich heiße Petra Marx, 55 Jahre, bin Oberstaatsanwältin bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) und im Amt einer Abteilungsleiterin dort tätig.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Der Wohnort?

Zeugin Petra Marx: Ich wohne in [REDACTED].

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Das war es schon. Vielen Dank. - Frau Marx, wir beginnen mit der Befragung. Die einleitenden Fragen stelle ich. Ich beginne nicht mit einer Frage, sondern mit einer Bitte: Würden Sie uns bitte kurz Ihren beruflichen Werdegang schildern?

Zeugin Petra Marx: Der berufliche Werdegang: Nach dem Abitur, welches ich absolviert habe, gab es eine Praktikumszeit, weil ich Jura studieren wollte und seinerzeit zwei Jahre - a) - eine Praktikumszeit bei der Staatsanwaltschaft als Assistentin, damals in Schwedt/Oder, absolvieren musste und - b) - sich eine Facharbeiterausbildung anschloss. Die Männer mussten seinerzeit zur NVA; die Damen haben dann eine Pflichtrunde machen müssen, in Betrieben der DDR-Wirtschaft seinerzeit. Ich war damals im PCK Schwedt, habe dort den Facharbeiterbrief für chemische Produktion absolviert; das ist also meine erste berufliche Qualifizierung.

Ich habe dann, ab 1982 bis 1986, folgerichtig das Studium in Jena absolviert. Ich bin danach als Assistentin bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) ziel- und planmäßig eingestellt worden. Nach einer kurzen Probezeit - heute nennt man es Referendarzeit; das hing immer vom Leistungsniveau dann ab - wurde ich dann am 01.04.1987 zur Staatsanwältin ernannt.

Dann gab es ja die Wende. Ich war dann weiter beschäftigt bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder). Zunächst sind wir alle - sogenannte Ost-Juristen - im Angestelltenverhältnis übernommen worden, dann kam die Probezeit, dann kam die Verbeamtung. Ich habe mir das natürlich noch mal herausgesucht, weil die Daten doch nicht mehr genau erinnerlich sind: Ich bin am 02.07.1991 zur Staatsanwältin auf Probe ernannt worden, am 27.04.1994 als Beamtin auf Lebenszeit, am 01.12.2004 zur Oberstaatsanwältin ernannt worden.

Ich hatte Abordnung - das ist, denke ich mal, auch herausragend insoweit im beruflichen Werdegang -, und zwar zum Zwecke der Erprobung bei der Generalstaatsanwaltschaft vom 10.09.1997 bis zum 09.03.1998.

Ich war dann Referatsleiterin im Justizministerium, auch in der Funktion der Pressesprecherin der damaligen Justizministerin, vom 19.11.2002 bis zum 17.10.2003.

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

Nach dieser Tätigkeit im Justizministerium bin ich wieder planmäßig zurückgegangen in die abordnende Behörde; das war die Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder). Ich habe dann dort in verschiedenen und wechselnden Abteilungen auch gearbeitet. Ich war seit Herbst - um noch mal zurückzugehen - 1992 Politische Dezernentin und stellvertretende Pressesprecherin der Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder), ab dem 01.11.1993 die erste Pressesprecherin, das dann knapp zehn Jahre, bis zum Weggang und zur Abordnung an das Justizministerium.

Nach meiner Rückkehr aus dem Justizministerium bin ich dann nicht mehr als Abteilungsleiterin „Politik“ - - Das war natürlich klar: Durch den Weggang ist diese Vakanz natürlich nicht offengehalten worden zum Zwecke der Rückkehr und der planmäßigen Einordnung dort, sondern das hat dann ein Kollege übernommen. Er hat sich dort auch gut eingearbeitet.

Ich habe dann, nach Rückkehr aus dem Justizministerium, die sogenannte kleine OK geleitet, Betäubungsmittel, dann Allgemeine Abteilung und jetzt, seit ein paar Jahren schon, die sogenannte Jugendabteilung in unserem Hause.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Vielen Dank. Das waren sehr präzise Angaben. Es macht mir Hoffnung, dass es genauso präzise weitergeht; denn ich frage Sie als Nächstes, ob und wie Sie sich vorbereitet haben. Sie haben mir im Vorgespräch schon erzählt, dass Sie es getan haben. Das beruhigt mich schon mal am heutigen Tage, weil wir schon zwei Fälle hatten, wo das leider nicht der Fall war.

Wie haben Sie sich vorbereitet? Wer hat Ihnen dabei geholfen? Konnten Sie noch mal Akten einsehen? Erzählen Sie bitte.

Zeugin Petra Marx: Ich habe natürlich, nachdem ich die Unterrichtung fernmündlich hatte vorab - und dann auch schriftlich -, die Überprüfung angestellt: Haben wir überhaupt noch Vorgänge? Denn beide Vorgänge, die hier verwoben sind, die in die Zeit uns zurückversetzen, müssen von 1992 - - Es gab ja den sogenannten versuchten Mordanschlag zum Nachteil des Schwarzafrikaners in Wendisch Rietz, der hier, denke ich, zur Sprache kommt, der sich um die Person des verurteilten Neonazis Carsten Szczepanski dreht. Und es gab dann in Dolgenbrodt auf das Asylbewerberheim diesen Anschlag, auch im Jahre 1992, der natürlich zunächst von der Staatsanwaltschaft Potsdam bearbeitet wurde. Dann, nachdem eine Freisprechung erfolgte, eine erfolgreiche Revision aber von der Staatsanwaltschaft gegriffen hatte, hat der BGH mit dem Urteil die Sache zur erneuten Verhandlung an die Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) verwiesen, beim Landgericht Frankfurt (Oder). In diesem Verfahren bin ich also dann auch als Sitzungsvertreterin zum Einsatz gekommen.

In beiden Dingen waren jetzt die Akten nur noch insoweit verfügbar, dass ich - a) - bezüglich des Verfahrens Szczepanski dort nur noch zurückgreifen konnte. Über das Ministerium sind mir Akten, die beim Untersuchungsausschuss des Bundestages vorgelegen haben - - Das waren Arbeitsakten, so will ich es mal bezeichnen, fünf dicke Leitz-Ordner, die aber keine Chronologie, so wie ich das kenne - - nicht die Sachakte mehr war, die ich seinerzeit mal hatte und übernommen hatte sozusagen, sondern sie

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

war arbeitsmäßig nach Beweisthemen neu unterfächert, auch nicht mehr paginiert, sodass also auch die Chronologie von mir jetzt mühsam erarbeitet werden musste.

Weil man aber natürlich die Erinnerung an die Dinge hat, habe ich mir das systematisch also entnommen und so aufbereitet, dass es für mich auch wieder folgerichtig im Ablauf darstellbar ist.

Es gibt einen Fundus noch an Akten aus dem sogenannten Dolgenbrodt-Verfahren. Dort hatten wir zwei Aktensätze noch komplett. Das rührt daher, weil wir damals zu zweit zunächst vom Leitenden Oberstaatsanwalt in die Sitzung der sogenannten Neuauflage des Dolgenbrodt-Verfahrens geschickt worden sind. Insoweit sind mir dann also erst mal vier riesige Kartons zugefertigt worden. Ich habe aber dann zu meiner Erleichterung festgestellt, dass es sich um Duplo-Akten auch handelt, weil: Ich hatte gar nicht die Erinnerung, dass ich damals vier Aktenkartons bearbeitet hatte und auch in der Sitzung verwandte.

Es hat sich dann also rausgestellt, dass es die doppelte Vorlage der Akten war. Und auch da habe ich mir Teile entnommen, alles das, was sich um Ihr Beweisthema - das ist ja eingegrenzt - - für mich auch ersichtlich insoweit darstellt. Insoweit bin ich vorbereitet, natürlich; das setze ich voraus.

Nur ein Wort dazu: Es ist auch in Hauptverhandlungen - - Wenn Polizeibeamte kommen, müssen sie vorbereitet sein, ob Erinnerung da ist oder nicht aktuell. Wenn diese Vorbereitung nicht erfolgt durch Rückgriff auf die Akten, dann ist das auch vom Gesetzgeber - von uns wird das dann auch hinterfragt und nachgefordert - eine Möglichkeit zur Verfahrenseinleitung.

Insoweit ist das eigentlich ein Selbstverständnis als Jurist, dass man mit Akten, die noch verfügbar sind, sich natürlich auch vorbereitet, auf einen derartigen Ausschuss schon allemal.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Auch wenn es selbstverständlich ist: Dank für die Mühen, die Sie sich aufgeladen haben!

Wir beginnen mit der Befragung durch die Fraktionen. Es läuft hier so, dass zunächst die SPD-Fraktion dran ist. Nach 15 Minuten wechselt das Fragerecht. Dann schauen wir mal, wie lange wir hier miteinander Zeit verbringen.

Es geht los mit Frau Gossmann-Reetz. Bitte schön.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Herzlich willkommen, Frau Marx!

Zeugin Petra Marx: Guten Tag!

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wir würden auch ganz gern chronologisch vorgehen, so, wie Sie das gerade auch geschildert haben. Und zwar beginnen hier unsere Ermittlungen in dem Bereich der Untersuchungshaft von Herrn Szczepanski in der JVA Königs Wusterhausen. In dieser mussten ja auch Besuchstermine und

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

Anträge für Telefonerlaubnisse von der Staatsanwaltschaft genehmigt werden, und das war wohl in diesem Fall dann auch Ihre Aufgabe.

Zeugin Petra Marx: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Daher würde ich vorab erst mal schon mal etwas allgemeiner fragen: Wie erinnern Sie sich an Herrn Szczepanski, und wie sind Sie das erste Mal mit ihm zusammengekommen?

Zeugin Petra Marx: Vielleicht um das einzuordnen: Wie bin ich an dieses Verfahren herangekommen? - Ich sagte das bereits, dass ich seit Herbst 1992 Politische Dezernentin wurde. Das war also von einem Tag auf den anderen. Der Leitende Oberstaatsanwalt hatte mich seinerzeit mal zur Rücksprache gebeten und dann durch die Ansage: „Frau Marx, Sie sind rhetorisch gewandt, entschlossen und gehen die Sachen immer entschieden an; ich möchte Sie ab morgen als Politische Dezernentin einsetzen, zugleich werden Sie stellvertretende Pressesprecherin“ - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ab wann war das?

Zeugin Petra Marx: Ab Herbst 1992. - Um Ihnen jetzt den Einstieg zu verschaffen: Wie war das bei uns da, in der Behörde? Als ich nachgezogen wurde in diese Behörde, gab es einen Abteilungsleiter, und das war zugleich der Leitende Oberstaatsanwalt, LOStA a. D. Herr Lehmann, der seinerzeit von der Generalstaatsanwaltschaft Hamm kam und wohl, wenn ich das recht erinnere, auch dort als Abteilungsleiter „Politik“ große Erfahrungen hatte. Er hat beim Aufbau dieser Behörde dann, als auch gerade rechtsextremistische Straftaten in Brandenburg zunahmen, die Politische Abteilung ins Leben gerufen, zunächst einen Dezernenten damit bestückt; das war seinerzeit Herr Staatsanwalt Bannenberg. Herr Staatsanwalt Bannenberg war also dann schon in der Abteilung, und ich bin als Zweite in diese Abteilung reingekommen.

Dieses gesamte Verfahren – K. Mü., Carsten Szczepanski und andere - hat zunächst Herr Staatsanwalt Bannenberg bearbeitet, in originärer Zuständigkeit. Ich war mit dem Verfahren nach meiner Erinnerung auch nicht befasst. Aus den Akten ergibt sich ja auch dann letztlich nicht nur die Anklage gegen den Haupttäter, K. Mü., sondern dann also auch die Anklageschrift gegen Carsten Szczepanski. Die hatte er erhoben am 21.07.1993; bis dahin war er noch zuständig in diesem Verfahren.

Diese Anklageerhebung vor dem Strafrichter des Amtsgerichts Fürstenwalde wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung ist dann von mir am 3. - - Nicht dass ich jetzt etwas Falsches sage.

(Die Zeugin blättert in ihren Unterlagen)

Also, ich kann es nur noch einordnen: Am 25.02.1994 habe ich dem Nebenkläger mitgeteilt, dass ich die Anklage zurückgenommen habe. In diesem Zeitraum muss es sich ansiedeln. Februar 1994 habe ich die Anklage von Staatsanwalt Bannenberg, die erhoben worden war beim Amtsrichter, also beim Strafrichter, wo wir eine Strafgewalt von zwei Jahren gehabt hätten, zurückgenommen. Das ergab - -

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

In dem Zusammenhang bin ich also dann, nachdem er am 01.11.1993 zum Ministerium abgeordnet worden war - - gehe ich davon aus, dass mich diese Vertretungslage angefallen hat. So bin ich in dieses Verfahren, quasi vertretungshalber, herangeführt worden.

Ich habe damals - - Das weiß ich nicht mehr hundertprozentig, aus welchem Anlass. Es war eine Berichtssache vom ersten Tage an bis letztlich der sogenannten - - also auch im Rahmen der Strafvollstreckung, sodass über alle besonderen Ausgangslagen den vorgesetzten Behörden berichtet werden musste.

Ich gehe davon aus - so versuche ich es einzuordnen -, dass mir wegen einer anstehenden Berichtsfrist das Verfahren vorgelegt worden war Anfang 1994 und ich aufgrund auch der, denke ich, Presselage, die eben davon ausging, dass die sogenannten Gehilfen beim Landgericht in Potsdam wegen Beihilfe zum versuchten Mord verurteilt worden sind zu Jugendstrafen, drei Jahren und sechs Monaten - - habe ich damals eine Verfügung in den Akten gefunden, dass ich mir das Urteil vom Landgericht Potsdam einschließlich der Sitzungsniederschrift angefordert habe.

Nachdem wir das hatten und nachdem ich selber mich mit der Materie auseinandergesetzt habe, bin ich damals - um das voranzustellen - zu meinem Abteilungsleiter, dem Leitenden Oberstaatsanwalt Herrn Lehmann, gegangen und habe meinen Eindruck geschildert, dass hier irgendetwas fehlbehandelt wurde, dass die Dinge hier auseinandergefallen sind und dass die Person des Angeklagten Szczepanski überhaupt nicht, weder vom Staatsschutz in den Akten noch von uns, überprüft oder ermittelt worden sind [sic!].

Ich hatte - und das war ein wichtiger Hinweis überhaupt für meinen Schluss - in den sogenannten Registerauskünften - ich weiß nicht mehr, wie die sich nannten; heute heißt das ZStV, wo sämtliche Verfahren von Staatsanwaltschaften drin sind - - Auch eingestellte Verfahren waren früher in einer gemeinsamen Registerauskunft, wenn ich das richtig erinnere, enthalten. Da hatte ich einen Vermerk, also eine Einstellung des Generalbundesanwalts gefunden hinsichtlich eines geführten Verfahrens gegen Szczepanski wegen des Verdachts einer terroristischen Vereinigung. Das zusammen hat für mich natürlich irgendwo - - „Da kann etwas nicht stimmen.“ Ich bin zu meinem Leitenden Oberstaatsanwalt. Nebenher ist auch Herr Kliesing, seinerzeit als Nebenklägeranwalt - - hat sich bei uns gemeldet, kam schon auch mit einem Schriftsatz, ob denn die Strafrichteranklage wohl noch vertretbar sei und, und, und.

Der Leitende Oberstaatsanwalt, also immer auch in der Person des Abteilungsleiters, hat mich angewiesen, die Anklage sofort zurückzunehmen, in weitere Ermittlungen, so wie ich ihm vorgetragen habe - - die Akten des Generalbundesanwaltes mal einzusehen, um überhaupt zu wissen: Mit wem haben wir es hier zu tun? - Diese Frage schien überhaupt noch nicht beantwortet zu sein. - Und: Können wir das überhaupt aufrechterhalten? Das läuft auseinander. Das können wir auch in der Berichtslage nicht mehr darstellen.

Herr Bannenberg selber konnte nicht gefragt werden, weil er zu dieser Zeit im Ministerium war, sodass ich also die Aufgabe hatte, mich in dieses Verfahren

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

überhaupt erst mal reinzuarbeiten, auch die Verurteilung des K. Mü., alles das vors geistige Auge - - und dann natürlich auch rechtsförmig und tatbestandlich aufzubereiten.

Wir haben dann - um zur Chronologie zurückzukommen - Anklage erhoben am 18.10.1994. Dem ging aber voran, nachdem ich - - Und da kann ich nicht mehr sicher sagen - - Ich habe auch Telefonate dann, als ich die Akten hatte - oder auch schon vorher -, mit dem BKA geführt mit dem Hintergrund, in Erfahrung zu bringen, was denn dort Gegenstand des Verfahrens war.

Dort waren ein Erster Kriminalhauptkommissar - ich meine mich zu erinnern: EKHK Ho. (BKA) - und ein Kriminalkommissar K.-U. R. (BKA). Beide sind dann von mir auch im Verfahren - - Wie sich das erklärt, warum das noch nicht in der Anklage war, sondern erst später - - Ich gehe mal davon aus: Entweder hatte ich die Akten noch nicht - - Auf jeden Fall gibt es in den Akten einen Beweisantrag, wo ich diese beiden Kriminalbeamten in den Zeugenstand rufen ließ, um zur Person des Angeklagten Szczepanski alles das, was der Generalbundesanwalt dort mühsam aufbereitet hatte, in unser Verfahren, nunmehr der Anklage wegen versuchten gemeinschaftlichen Mordes - -

Bevor wir aber dazu kamen, ist von uns - - Nachdem wir also Hinweise hatten, entweder durch Telefonate mit dem BKA - - mit wem wir es zu tun haben - - dann auch dem Ku-Klux-Klan-Hintergrund, der natürlich in den Akten war, war mir klar: Es muss der geistige Kopf sein, der bisher völlig verkannt wurde. Er muss auf jeden Fall einen ähnlichen Tatbeitrag - - Selbst wenn er nicht der Schläger war: Er war mit der Älteste, ähnlich wie K. Mü. Die anderen waren alle jünger. Das waren Jugendliche, Heranwachsende aus Potsdam. Und so, wie es ja hieß - in Potsdam festgestellt, aber auch schon vor der Schwurgerichtskammer in Frankfurt - bezüglich K. Mü., war das ein aufgeheizter Mob von ca. 15 Personen, die ja dann bis zum - - stakkatomäßig immer wieder dann diese Schmährufe, aber eben auch Todesdrohungen und Mordesaufrufe an K. Mü. gerichtet haben.

Das ähnelte natürlich alles der Handschrift des Carsten Szczepanski, sodass für mich klar war - und das war dann in der Rücksprache mit dem LOStA - - habe ich das auch vorgetragen -: Er muss der geistige Kopf sein in dieser Gruppierung. K. Mü. hat geschlagen, und er hat die Horde beieinandergehalten, aufgewiegelt, aufgepeitscht, ist dort rumgehopst, entsprechend Ku-Klux-Klan - diese Worte sind gefallen: „White Power“ und Ähnliches -, und wir haben es hier mit einem zu tun, der wahrscheinlich bisher als Neonazi - und hochkarätiger Neonazi - noch nicht erkannt wurde.

Frappierend war, dass unsere Ermittlungsakten das alles überhaupt nicht hergaben. Es ist also kein Ruhmesblatt - so will ich es mal bezeichnen -, dass die Akten, die vom Staatsschutz damals in Frankfurt (Oder) zu uns gelangten, sich mit der Person des Szczepanski, außer dass er mal vorgeladen wurde - - Dann hat auch die Staatsanwaltschaft versucht, ihn vorzuladen. Er kam nicht. - Das ist die Methode von Szczepanski, wie ich auch im Nachgang, anhand anderer Verfahren, gesehen habe. Der wusste genau: Wenn dann nichts passiert, dann haben die nicht viel.

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

Er ist dann also auch nicht vorgeführt worden. Man hat das sozusagen nicht weiter nachbereitet. Mein Kollege hatte sich damals mit großem Engagement hinsichtlich der Aufklärung des Schlägers K. Mü. beschäftigt, auch viele Vernehmungen durchgeführt. Und Szczepanski, muss ich mal so sagen - mein Eindruck dann, als ich draufsattelte -, ist völlig - - also als unbeachteter Mitbeschuldigter - wie die anderen, die als Gehilfen tätig waren -, geführt worden. Dass er eine herausragende Stellung hatte, das ist also erst im Nachgang von uns mühsam - - insbesondere auch den Erkenntnissen, den profunden Erkenntnissen des GBAs geschuldet gewesen.

Indem wir uns ein Bild machten, dass er bislang wohl vom Staatsschutz, in Brandenburg jedenfalls - - Also, man hatte ihn, ich will es mal so salopp sagen, nicht auf dem Schirm, weder in Frankfurt noch in Potsdam.

Erklären kann man das vielleicht: Er ist ein Westberliner wohl gewesen und hat drei Vorverurteilungen vom Amtsgericht Tiergarten. Das heißt, wir waren als Justiz in Brandenburg - aber auch der Staatsschutz in Brandenburg - noch nie mit ihm beschäftigt gewesen, ganz offensichtlich. Jedenfalls ergibt sich das aus dem, was ich hier so hatte.

Nachdem dann diese Verdichtung - - „Wer ist er?“, dass er ein hochgefährlicher Kopf ist, der eine Ku-Klux-Klan-Bewegung in Deutschland aufbauen wollte als Teilorganisation, diesen Dennis Mahon aus Amerika nach Deutschland geholt hatte, von RTL „Explosiv“ sogar ausgestrahlt, im Sender eine Kreuzverbrennung durchführte - - Alles das - und vieles mehr - war irgendwo nicht bekannt, muss ich mal so sagen, weder bei der Anklageerhebung Strafrichter noch generell in den Akten nachgehalten. Das ist dann durch die Beiziehung, durch die Sichtung der Akten vom Generalbundesanwalt, die ich dann vorgenommen habe, zusammengeführt worden.

Wenn man das - und das ist das Frappierende - -

(Die Zeugin blättert in ihren Unterlagen)

Der Anschlag, der versuchte Mordanschlag war ja am 09.05.92 in Wendisch Rietz, und der Generalbundesanwalt hat das Verfahren eingestellt am 1. September 1992. Das heißt, während der laufenden Ermittlungen des Generalbundesanwaltes haben wir einen versuchten Mordanschlag eines Carsten Szczepanski. Wir wissen nicht von den Ermittlungen des Generalbundesanwaltes und machen eine Anklage vor dem Strafrichter.

Dass dort die Erkenntnisse nicht zusammengeführt worden sind - und andererseits, wenn ich mir den Vermerk des Generalbundesanwaltes angucke, wusste der nicht, dass hier dieses neue Verfahren - - und Szczepanski ja gerade das, was hier geprüft wurde, dieser Verdacht des Ku-Klux-Klans, ebendieser Teilorganisation, die hier aufgebaut werden sollte - - Er hatte ja auch wohl schon Mitgliedsausweise und hat versucht, Rekrutierungen vorzunehmen. Alles das hatte noch nicht die Verdachtsschwelle, um den Tatbestand hier dann zu eruieren. Man hat eine Teileinstellung und eine Teilabtrennung gemacht. Die Abtrennung landete dann wieder

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

bei der Staatsanwaltschaft Potsdam, die dann ihrerseits diese Trennverfahren bearbeitet hat.

Wenn seinerzeit nur mal diese Erkenntnisse zusammengeführt worden wären - BKA und auch die Staatsschutzämter in Brandenburg - und wir als Staatsanwaltschaft darüber unterrichtet worden wären, dann wäre Szczepanski damals natürlich wie K. Mü. inhaftiert worden, weil man genau die Handschrift des Szczepanski dort ablesen hätte können.

Als die Sichtweise, die ich jetzt Ihnen im Nachgang geschildert habe, die bei uns also gereift ist durch Beiziehung, Zusammenführung, Kanalisierung aller Informationen über die Person Szczepanski - - hat dann mein Chef angewiesen - so sind die Worte noch in Erinnerung -: „Frau Marx, wir fahren das volle Programm gegen Szczepanski. Das heißt, Sie ordnen die vorläufige Festnahme an. Sie beantragen einen Haftbefehl“ - damals noch wegen Beihilfe zum versuchten Mord -, „Sie machen die Berichtsstrecke, und Sie bedienen die Presse.“

Das haben wir dann also auch gemacht. Der Haftrichter hat dann auch antragsgemäß diesen Haftbefehl erlassen.

Nachdem die Ermittlungen abgeschlossen waren - das war dann am 18.10.94 -, hatten wir vorher noch mal ein Rechtsgespräch, welches der Abteilungsleiter mit mir führte: Wie verhalten wir uns? Welche Anklage machen wir? Verbleiben wir beim Vorwurf der Beihilfe zum versuchten Mord, so wie das Landgericht Potsdam seinerzeit bezüglich der Jugendlichen und Heranwachsenden nunmehr ja auch schon rechtskräftig verurteilt hatte? - Ob das dann schon rechtskräftig war, weiß ich nicht; müsste im Nachgang, wenn es Sie interessiert, noch nachgehalten werden. Aber auf jeden Fall hatten wir dieses Urteil in der Hand; das war rechtskräftig.

(Die Zeugin blättert in ihren Unterlagen)

- Ach, das ist nicht abgelichtet. Das fehlt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Die Verurteilung war wann?

Zeugin Petra Marx: Die war im Dezember 93. War der letzte Tag, Dezember 93. Aber ich weiß jetzt nicht, ob Revision usw. einge- - also, ob ich schon von einem rechtskräftigen Urteil ausgehen konnte. Die Ablichtung ist so, dass sie den Rechtskraftvermerk nicht enthält, auf diesem - - was ich hier habe. Das müsste man nachhalten, wenn es Sie interessiert.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Darf ich mich ganz kurz einschalten? - Das hatten wir bisher noch nicht - ein Novum -, dass nach der ersten Frage schon die Fragezeit abgelaufen ist.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Dann beantrage ich hiermit Verlängerung.

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Wir haben aber die Option der Verlängerung, die die Fraktion ziehen kann. Ich glaube, niemand hat etwas dagegen, dass es jetzt noch weitergeht. - Bitte schön.

Zeugin Petra Marx: Gut. - Wir haben dann, am 18.10.94, also danach - - Um auf diese Rücksprache zu kommen: Ich hatte mich dann, vorbereitend auf diese Rücksprache, mit der Rechtsprechung auseinandergesetzt, was - - weil wir auch dazu tendierten: Können wir Szczepanski nicht auch wegen Mittäterschaft wegen des versuchten Mordes anklagen? Oder ist er auch nur Gehilfe?

Wir haben uns dann zu dem, denke ich mal, sehr kühnen und mutigen Schritt entschlossen. Das ist natürlich letztlich dann auch immer die Weisung meines unmittelbaren Vorgesetzten gewesen. Es gab also dort ein längeres Rechtsgespräch, welches wir führten, dass wir durchaus mutig die Sache noch mal schärfen und eine Anklage ihm wegen mittäterschaftlicher Begehung am versuchten Mord präsentieren, sodass er ähnlich wie der Täter, nämlich der Haupttäter - der Schläger -, zu bestrafen sein dürfte.

K. Mü. ist ja zu acht Jahren verurteilt worden - um das mal vorwegzunehmen. Ich habe am Ende der Hauptverhandlung gegen Szczepanski zehn Jahre beantragt, sogar noch im Strafmaß etwas draufgelegt, weil wir gerade diesen geistigen Brandstifter, der also auch bei diesen jungen Menschen das provoziert hat, vorher schon, auf der Fahrt nach Wendisch Rietz zu dieser „Ollis Disko“, immer wieder die Meute anheizte: „Heute wird ein Ausländer aufgeklatscht!“, das heißt also, der dafür verantwortlich war, dass sich diese ganze Situation so hochschaukelte und alle, zum Teil ja auch eben Jugendliche und Heranwachsende, wie ich schon sagte, aus Potsdam in der Vielzahl, sich eben beteiligt haben an dieser Tat - - Wir haben das noch als schwerwiegender gewertet, auch eben hinsichtlich seiner geistigen Verfasstheit.

Dass wir ihn stoppen konnten, das ist, denke ich mal, der große Erfolg, den wir uns natürlich auch anheften. Aber da münden - - Und das wäre nicht möglich gewesen, wenn wir nicht die profunden Ergebnisse des BKAs gehabt hätten. Wir selber wären dazu nicht in der Lage gewesen, ihn damals so zu enttarnen.

Er ist dann wegen versuchten Mordes ja auch verurteilt worden. Unsere Anklage hat sich vollends bestätigt. Er ist zu acht Jahren verurteilt worden. Ich habe Herrn Szczepanski damals das erste Mal dann - - im Gerichtssaal bin ich ihm begegnet.

Er hat in der Sache, wenn ich mich recht erinnere - - Ich habe versucht, im Protokoll noch mal - - Mir kam es so vor, als ob er nichts gesagt hätte. Er soll aber teilgeständig gewesen sein. Das geht wohl darauf zurück, dass er eine schriftliche Einlassung über seinen Verteidiger, Herrn Aribert Streubel, wohl abgegeben hatte, aber selbst in der ganzen Hauptverhandlung vor der Schwurgerichtskammer nichts sagte, sodass über alles Beweis erhoben werden musste. Das ist dann auch getan worden.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann muss ich an dieser Stelle sagen: Frau Gossmann-Reetz, weitere Fragen bitte für die nächste Runde aufheben.

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja, die hebe ich mir auf.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Jetzt sind schon mehr als 20 Minuten um. Sie haben in der zweiten Runde Gelegenheit, die Fragen noch zu stellen. Danke.

Ich gebe das Fragerecht jetzt weiter an die CDU-Fraktion. Herr Lakenmacher, bitte.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Frau Marx, Sie haben vorhin geäußert, dass es schön gewesen wäre, wenn Sie Kenntnis erlangt hätten seitens des GBA vom KKK-Verfahren, also in Richtung Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder). Hätte das formell erfolgen müssen oder wäre das einfach nur aus kollegialen Gesichtspunkten - - Dass es auf der Arbeitsebene richtig und besser und gut gewesen wäre, ist klar. Aber gibt es da eine Richtlinie, eine Erlasslage, oder wäre das eher so aus kollegialen Gesichtspunkten erfolgt?

Zeugin Petra Marx: Also, eine Unterrichtung des GBAs an die Eingangsstaatsanwaltschaften, das wäre vielleicht nur in dem Fall erfolgt, wenn der GBA aufgrund des eigenen Verfahrens auch mit uns Kontakt aufnehmen wollte. Es gibt keine Unterrichtungspflichten zwingender Natur über abgeschlossene Verfahren. Die haben seinerzeit Eingang gefunden, so meine ich, in eine Registerrauskunft, wo also eingestellte Verfahren dann enthalten sind.

Sie müssen sich das so vorstellen: Wenn wir jetzt ein Verfahren haben - - So ist es heute. Ich bin nicht mehr sicher und weiß es nicht mehr, wie damals der Registeraufbau war. Ich meine mich aber erinnern zu können, dass ich anhand einer Registerrauskunft auf ein Verfahren - - in ein eingestelltes Verfahren hingewiesen wurde und mir daraufhin dieses Verfahren gezogen habe und kommen lassen habe. Das hat mir also keiner mitgeteilt, weder vom Staatsschutz noch vom Verfassungsschutz, sondern das war der Fundus aus Unterlagen, die ich in den Akten vorgefunden habe.

Generell gibt es dort also keine Unterrichtungspflichten, sondern jeder muss seine Verurteilungen, aber auch Erfassungen sorgsam in die entsprechenden Registraturen - - Das ist eben heute ZStV, MESTA; das ist also unser Programm, wie wir verflochten sind, aber natürlich nicht mit dem GBA. Der GBA hat möglicherweise - das weiß ich nicht - Zugriff auf alles. Aber wir haben eben da einen begrenzten Einfluss.

Wo aber die Erkenntnisse - - Und das ist die interessantere - - Nicht die Justiz, denke ich mal, hat dort Unterrichtungspflichten - - ist Unterrichtungspflichten nicht nachgekommen, sondern ich meine, dass im Rahmen der Ermittlungen die Vernetzung BKA - Staatsschutz Brandenburg damals und vor allen Dingen auch Verfassungsschutz - - Dort soll er, habe ich in den Akten gesehen - oder: einen Vermerk gefunden -, bekannt gewesen sein. Der Verfassungsschutz hatte wohl Erkenntnisse, aber der Staatsschutz nicht.

Ich habe lange Jahre ja die Abteilung „Politik“ selbst geleitet und bin immer wieder zu der Erkenntnis gekommen, dass zwischen dem Staatsschutz und dem

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

Verfassungsschutz nicht ein Austausch erfolgt, sondern man sich dort in irgendeiner Weise, die uns als Justiz sich eben auch nicht erschließt - das haben wir auch nicht zu prüfen - - aber keine Vernetzung erfolgt, was ich immer vorausgesetzt habe.

Ich hatte damals auch ein Gespräch mit dem Leiter des Staatsschutzes aufgrund eben dessen, dass mir diese Unstimmigkeiten und vor allen Dingen diese nicht abgestimmten Erkenntnisstände eben irgendwo ins Auge gefallen sind. Das hat man dann eben auch mit - ich will das mal so salopp sagen - Selbstbehauptung oder: „Das ist eben der Stil!“, Futterneid oder wie auch immer dargestellt.

Es hätte - - Und das setze ich voraus - und das ist das Frappierende, wo ich sage, das hätte ich eigentlich geglaubt, dass sich das nicht wiederholen kann -, dass, wenn ein Verfahren - BKA damals noch mit laufenden Ermittlungen beschäftigt - bezüglich eines Rechtsextremisten - - dieser gerade eben bei einem versuchten Mordanschlag in Wendisch Rietz, im Staatsschutzbereich Frankfurt (Oder), auffällig war, dass es dort einen regen Informationsaustausch gibt. So läuft das. Wir kommen ja erst immer danach. Wir begleiten das Verfahren mit einschneidenden Maßnahmen, wenn es denn angezeigt und vertreten ist, wie der Haft- - und wir dann beteiligt werden. Wir werden natürlich auch bei solchen herausragenden Ereignissen sofort unterrichtet, weil wir auch Berichtspflichten haben, weil wir die Presse bedienen. Aber die Aufbereitung des Sachverhaltes, die eigentliche Ermittlungsarbeit ist natürlich erst mal originäre Arbeit der Staatsschutzämter, der Kriminalpolizei schlechthin.

Wenn es dort nur einmal einen Austausch gegeben hätte oder irgendeine - - Also: „Wer ist Szczepanski?“ Szczepanski selbst hat ja seinerzeit gesagt - - oder irgendwo ist das mal hochgekommen: Als er diesmal abgeholt wurde und wir die vorläufige Festnahme angeordnet hatten, da hat er gewusst: Jetzt bin ich aufgefliegen. - Das soll er wohl gesagt haben.

Das Urteil der Schwurgerichtskammer gegen Szczepanski - - Dort findet sich ja auch - - Dort ist ja sein Werdegang auch - - alles ausführlich wiedergegeben und gewürdigt. Und er hatte etwas Oberwasser: Nachdem also der GBA das Verfahren im September 92 eingestellt hatte, wollte Szczepanski - so aus dem Schriftwechsel wohl - - Ich weiß nicht, wo die Kammer das - - Jedenfalls auch das ist eine Lesart, die ich herausgelesen habe - - meinte, dass er also dort noch mal jetzt durchstarten wolle. Er fühlte sich also insoweit durchaus mit der Einstellung ermuntert, für diese Ku-Klux-Klan-Bewegung dann in seinem Bereich weiter zu werben, weiter tätig zu werden - er hatte ja Hetzschriften verfasst und Ähnliches -, also Struktur reinzubringen.

Insoweit ist es gut, dass uns - eigentlich durch einen Zufall, so will ich es mal sagen - - dass wir also noch die Anklage zurücknehmen konnten. Der Zufall liegt natürlich auch darin, dass wir auf dieses Verfahren aufmerksam geworden sind durch diese Registerrückmeldung, die ich dann eben gesehen habe - - und das Verfahren beigezogen habe. Weil: Von unserem eigenen Staatsschutz hatten wir keine Erkenntnisse zu Szczepanski. Wir hatten ihn nicht, wir hatten ihn nicht im Register. Er war dreimal vorbestraft. Er war so ein Allgemeinkrimineller. Er hatte zwar auch einen 86a gehabt; aber zwischen „Heil Hitler!“-Gebrülle und einem versuchten Mord liegen natürlich Welten. Das alleine hätte uns nicht auf den Plan gerufen, zu sagen: Er ist der

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

Kopf, der geistige Kopf; er ist der Brandstifter, an dem müssen wir mit besonderer Aufmerksamkeit das Verfahren betreiben.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Vielen Dank. - Sie haben gerade erwähnt, auch der Verfassungsschutz hat Sie nicht informiert, was das KKK-Verfahren betrifft. Da muss ich nachfragen: Hatten Sie denn zu diesem Zeitpunkt - das war dann Anfang 94 - bereits Kontakt zum Verfassungsschutz?

Zeugin Petra Marx: Wann? - Als ich das Verfahren übernommen habe - mit dieser Strafrichteranklagerücknahme, vorläufigen Festnahme, Haftbefehl -, war vom Verfassungsschutz in den Akten, bis zu diesem Zeitpunkt, überhaupt keine Rede.

Irgendwann - und das ist nicht über mich gelaufen - muss der Verfassungsschutz - - Das ging ja auch dann durch die Presse. Das war ja auch ein Paukenschlag: Szczepanski usw., Rechtsextremist, Ku-Klux-Klan und: „Die Staatsanwaltschaft hat ...“, und: „Das Gericht hat ...“ und, und, und. Alles ging durch die Presse - - ist der Verfassungsschutz - davon gehe ich mal aus - der Verfassungsschutz auf ihn aufmerksam geworden, jedenfalls in der Form, dass man an uns herantritt.

Es muss, weil ich unterrichtet worden bin damals von meinem Leitenden Oberstaatsanwalt, der als Abteilungsleiter - - So war das Usus, und so war das auch die gesamte Strecke seiner Behördenleitertätigkeit, auch des nachfolgenden Leitenden Oberstaatsanwalts, dass die Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz, insbesondere die Vertraulichkeitszusagen und alles, was in dem Bereich läuft, ausschließlich über ihn zu erfolgen hat. Das ergibt sich auch nicht aus den Akten, die wir als Staatsanwälte und Dezernenten dann zu bearbeiten haben. Da sind gesonderte Vorgänge - - werden dort angelegt. Die kommen dann rein mit einem Ersuchen, werden dem LOSTA, also immer dem Abteilungsleiter in der Funktion „Politik“, vorgelegt, und dann wandern die auch wieder in einen Tresor der Verwaltungsgeschäftsstelle.

Auch für alle Akteneinsichtsgesuche des Verfassungsschutzes gibt es einen besonderen Dezernenten - so war das immer -, einen Verwaltungsdezernenten. Dem müssen sämtliche Anträge des Verfassungsschutzes vorgelegt werden.

Ich bin dann - wann, weiß ich nicht mehr - zu einer Rücksprache zum LOSTA gebeten worden in den Ermittlungen, nachdem also Szczepanski in Untersuchungshaft saß und ich mit Hochdruck natürlich diese ganzen Erkenntnisse zusammenführen wollte und wir uns mit der Anklage beschäftigten. Dort sagte mir mein Chef: „Frau Marx, entweder“ - und das weiß ich jetzt nicht mehr - „hat sich Szczepanski dem Dienst angedient, oder der Verfassungsschutz ist an ihn herangetreten.“ Wie das war, weiß ich nicht.

Ich habe dann die Frage gestellt an meinen Chef: „Was heißt das jetzt für das Verfahren?“, und da sagte er zu mir - - Und das vielleicht auch: Er war immer ein sehr konsequenter, kühner, präziser Ermittler, der also die Verfahren und uns als Dezernenten, gerade auch junge Politik-Dezernenten - - Als ich das Verfahren hatte,

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

war ich gerade mal anderthalb Jahre in diesem Dezernat, und dann dieses Großverfahren - - sodass also eine engmaschige Führung bei den Problemen, die sich da in dem Verfahren und bei der Brisanz abzeichneten, natürlich erforderlich war. Dort hat er dann den Satz zu mir gesagt: „Frau Marx, auf das Verfahren hat das keinen Einfluss. Sie ermitteln mit aller Hartnäckigkeit, mit aller Geradlinigkeit, Entschlossenheit - so, wie Sie das immer machen. Es gibt keinerlei Zugeständnisse in diesem Verfahren. Er wird einer Verurteilung im Sinne der Anklage zugeführt.“

Das hieß wohl nicht, dass man nicht miteinander redet. Aber es lief immer, in allen Absprachen, über meinen Chef, über den damaligen Abteilungsleiter „Politik“.

Wir - so müssen Sie sich das vorstellen - waren dann auf - - Wir sind peu à peu aufgerüstet worden aufgrund der Vielzahl der Delikte. Das war ja nur ein Verfahren von vielen. Wir hatten zeitgleich viele politische Verfahren zu bewerkstelligen. Wir waren dann, nachdem wir zwei Dezernenten waren - - Irgendwann waren wir vier Dezernenten in der „Politik“, weil die Arbeit enorm war.

Das vielleicht dazu.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Danke, Frau Marx. - Sie haben berichtet, dass sich der Verfassungsschutz erst nach diesem großen Presseaufschlag an die Staatsanwaltschaft gewandt hat und sich für Szczepanski interessiert hat. Was war damals Ihre Erklärung, dass sich der Verfassungsschutz gerade für Szczepanski interessiert? Oder haben Sie das dann vielleicht auch direkt nachgefragt?

Zeugin Petra Marx: Na, er war - - Wir haben ihn ja, ich sage es mal so, enttarnt. Es war ein großer - - „Großer“ ist jetzt ein falscher Begriff. Aber er war ein Neonazi, der auf jeden Fall hochgefährlich war aufgrund seiner ideologischen Verbrämtheit, aufgrund dessen, dass er ja Strukturen entwickeln wollte. Er war nicht der einfache Nazi und „Heil Hitler!“-Rumbrüller, der im besoffenen Zustand irgendetwas macht, sondern hier war ja die Gefahr, dass es ein Neonazi war in einer Szene, die sich bildete, auch in Königs Wusterhausen wohl, die Strukturen aufbaute, die hochgefährlich gewesen wären - und auch schon waren, wenn man die Straftaten jetzt rückblickend bewertet.

Warum? Für mich, muss ich sagen, im gesamten Verfahren Szczepanski, als Sitzungsvertreterin, wie gesagt - - oder Ähnliches - - Ich habe dort meiner Aufgabe entsprochen, habe die Anklage ja noch mal geschärft wegen versuchten Mordes. Auch da war schon bekannt, dass der Verfassungsschutz mit ihm zusammenarbeitet, an ihm interessiert ist oder wie auch immer. Das hat uns überhaupt nicht beeinträchtigt in der Ermittlungsarbeit. Das ging also auch auf die klare Weisung meines Chefs: „Wir führen dieses Verfahren; Szczepanski wird einer gerechten Verurteilung zugeführt“ - -

Nebenher hatte aber der Leitende Oberstaatsanwalt durchaus Gespräche mit dem Leiter des Verfassungsschutzes damals. Das, denke ich mal, gehörte auch dazu. Das ist natürlich auch die Arbeit des Verfassungsschutzes, die in ihm, wenn er sich angedient hat oder sich bereitgefunden hat, weil er wusste: „Es kommt jetzt ganz viel auf mich zu“ - - dann natürlich naheliegend: Das ist so ein richtig, wie ich es mal im

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

„Spiegel“ dann gelesen habe, „dicker Hund“ oder „dicker Fisch“. Mit dem kann man arbeiten. Der ist ja vernetzt bis nach Amerika. Der kann uns auch international, im europäischen Raum, Dinge aufzeigen. - Also, so ist es dann kolportiert worden.

Für mich in diesem Verfahren vor der Schwurgerichtskammer spielte es überhaupt keine Rolle, sondern der Verfassungsschutz, wenn - - Sie müssen sich das so vorstellen: Der Chef hat, denke ich mal, mit unserem LOStA - - Wenn Absprachen zu führen waren, war das diese Ebene. Und Mitarbeiter des Verfassungsschutzes, die also dann mal gekommen sind und Akten, die eine oder die andere Akte zur Einsicht abgeholt oder gebracht haben, haben dann mal begrüßt. Man hat allgemeine Dinge erörtert. Entscheidungen aber hinsichtlich der Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz sind ausschließlich über unseren Abteilungsleiter getroffen worden. Die hat er auch nicht delegiert. Da hat sich also auch nichts irgendwie verändert. Wir sind dann als Dezernenten nur immer insoweit unterrichtet worden, soweit es erforderlich war.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Vielen Dank. - Ich frage das gerade auch deshalb nach, weil der Verfassungsschutz hatte sich ja im März 94 nach dem Verfahrensstand erkundigt - das ist so -, erstmalig, später dann noch mal im September, erstmalig im März. Und im März war er ja noch nicht angeworben vom Verfassungsschutz. Deswegen stellt sich schon die Frage, warum er sich da schon nach dem Verfahrensstand erkundigt hat. Können Sie sagen, ob so was vielleicht üblich war?

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Minute.

Zeugin Petra Marx: Sie müssen sich das jetzt vorstellen: Dieses Verfahren in Potsdam, K. Mü., war ja in allen Tageszeitungen, im Fernsehen, überall. Natürlich hatte der Verfassungsschutz dann auch ein Interesse daran, an diesem Verfahren - „Wer ist er?“ -, und hat seine Erkenntnisse wohl zusammengeführt.

Warum man im März, bevor wir die Festnahme angeordnet haben - - Sie sehen aber auch daran, dass - ob dort nun eine Kontaktaufnahme erfolgte oder nicht - unsere strafprozessualen Maßnahmen überhaupt nicht beeinflusst - - Das heißt, wir haben uns weder bremsen lassen, noch gab es da irgendwelche Dinge, die dort zurückgestellt worden sind, sondern: Ein Austausch erfolgt natürlich in dem Bereich. Aber ich habe immer wieder festgestellt, auch in der langen Zeit, in der ich die Abteilung nachher leitete als Abteilungsleiterin, dass das doch gerade mit dem Verfassungsschutz eine ziemliche Einbahnstraße ist. Das heißt, wir wurden abgeschöpft. Aber wenn wir Fragen hatten - - Ich kann mich entsinnen an eine Frage, wo ich Hintergrundinformationen haben wollte, wo wir für strafprozessuale Maßnahmen noch nicht die ausreichende Begründetheit jedenfalls eruieren konnten, ich dort gebeten hatte, mir das mal informell mitzuteilen. Da ist nie etwas gekommen.

Das heißt also, man hat uns abgeschöpft, die Akteneinsicht genommen; aber Hilfestellungen, die uns die Arbeit dann erleichterten, sind wenn, dann über den Staatsschutz gekommen. Das heißt, der Staatsschutz war vornehmlich unser Partner,

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

und der Verfassungsschutz hat das aus anderen, ihm originären Aufgaben dann begleitet.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Also, es war damals nicht üblich, dass es mal ein Behördenzeugnis gab oder Ähnliches?

Zeugin Petra Marx: Ein Behördenzeugnis?

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Seitens des Verfassungsschutzes. Irgendwelche Informationen auf dem Weg eines Behördenzeugnisses. Ist Ihnen so etwas in Erinnerung?

Zeugin Petra Marx: „Behördenzeugnis“? Den Begriff kenne ich jetzt gar nicht.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Okay, interessant. - Also jetzt nicht gegen Sie, sondern das war eben gar nicht - -

Zeugin Petra Marx: Nein, ist schon klar. - Ein Behördenzeugnis? Nein.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Okay.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Noch eine Frage? Eine letzte lasse ich noch zu.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Ja, okay. - Frau Marx, der zunächst allein Beschuldigte K. Mü. im Fall Wendisch Rietz sagte in seiner ersten Beschuldigtenvernehmung am 10. Mai 1992 - das war also ein Tag nach der Tat - aus, dass mehrere KKK-Mitglieder bei der Tat dabei gewesen seien. Haben Sie, vielleicht auch am Rande der Ermittlungen zum versuchten Mord, erfahren, welche Personen er dem KKK damals zurechnete?

Zeugin Petra Marx: Nein. Also, Sie meinen - - Ich habe mir auch diese Vernehmung gezogen. - Vom 10.05.92?

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): 10. Mai 1992, genau.

Zeugin Petra Marx: Ich habe mir eine Stelle dort, die augenfällig war und die eben mir auch damals dann, wo ich selber hätte die Wand hochgehen können - - Wenn ich da am 10.05. den Verfahrensstand Szczepanski/Ku-Klux-Klan gewusst hätte und dann die Zeilen lese: „Einige Personen davon gehören dem Ku-Klux-Klan an, welche auch im Bereich Königs Wusterhausen organisiert sind; mehr will ich dazu aber nicht sagen“, dann hätte man sofort - was ich dann im Nachgang gemacht habe; auch mein Kollege Staatsanwalt Bannenberg damals - die Verbindung finden können. Dann wäre Szczepanski - das sagte ich ja schon - genauso wie K. Mü. vorläufig festgenommen worden und genauso dem Haftrichter vorgeführt worden und nicht erst weitaus später.

Aber wer noch darüber hinaus - - weiß ich nicht. Ob da welche dabei sind - - Wenn Sie sich die Einstellungsverfügung - die ist ja auch in den Unterlagen; jedenfalls habe ich die in den Unterlagen hier vorgefunden - vom GBA - - Da tauchen dann so Namen auf,

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

die aber dem Potsdamer Bereich zuzuordnen waren, N. Z. und andere, die also als Kontaktpersonen dort dann eine Rolle spielten.

Aber wer - - Also, das habe ich im Nachgang nicht - - Aber das war für mich der Aufmacher, wo - - Da lag's. Das hat man uns dann natürlich auch vorgeworfen. Aber es stand nicht in den Akten. Und Ku-Klux-Klan - - Man konnte - - Also, das war völlig neu für uns, sodass das also überhaupt nicht zusammengeführt wurde. Das ist ja auch das Tragische an dieser ganzen Ermittlungsarbeit.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Vielen Dank.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann wechselt das Fragerecht zur Fraktion Die Linke. Herr Dr. Schöneburg, bitte.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ku-Klux-Klan war noch mal so ein Stichwort für mich gewesen. Sie haben gesagt, dass Sie sozusagen dankbar waren, dass Sie nachher in das Verfahren auch mit einführen konnten oder Hinweise bekommen hatten durch die ausführlichen BKA-Ermittlungen.

Zeugin Petra Marx: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ohne jetzt sozusagen in eine juristische Debatte mit Ihnen einzutreten: Ich habe das auch gelesen und bin auch der Meinung gewesen, dass das sehr sorgfältige Ermittlungen waren. Aber die standen für mich doch in einem Widerspruch zu der Einstellungsverfügung, wo dann der Herr Beese sagt: Na ja, aber es sind nicht genug Leute zusammengekommen, um eine terroristische Vereinigung zu sein. - Und dann diese, ich sage jetzt mal, „krude“ Argumentation, dass das ein freiwilliger Rücktritt vom Versuch gewesen ist, dass er sozusagen seine Berliner Wohnung verlassen hatte und die Sprengstoffutensilien da zurückgelassen hatte, das war doch rechtlich ein bisschen fragwürdig.

Zeugin Petra Marx: Das Verfahren ist ausschließlich in der Hand des Generalbundesanwaltes geführt worden.

Herr Schöneburg, wir sind uns sicherlich einig: Es gibt Einstellungen, wo man sagt: „Da war ja gar nichts dran. Das war ein vager Verdacht; dem sind wir mal nachgegangen.“ - Bei dem Verfahren - das hat aber der GBA auch zum Ausdruck gebracht - war schon was dran. Aber es hat aus rechtlichen Gründen der tatbestandlichen Erfüllung nicht ausgereicht. Das ist ausschließlich der Bereich des GBA.

Er hat ja dann, soweit Funde von irgendwelchem Sprengstoff und anderen Dingen und Hetzschriften - „Feuerkranz“ [sic!] oder - - so eine „Feuerschrift“ [sic!], die der Szczepanski dort veröffentlicht hatte und die im Rahmen der Durchsuchungen sichergestellt worden ist - - Da sind ja vielfältige Trennverfügungen vom GBA auch vorgenommen worden. Das ist insoweit natürlich ganz normales Gebaren. Das ist eine Einschätzung, die vielleicht - - Also, für mich bleibt nur festzustellen: Wenn der GBA - das ist aber eine hypothetische Frage - von unserem Verfahren gewusst hätte mit dem

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

Ku-Klux-Klan, was sich dort in dieser Mordtat illustrierte - - Ob es dann, im Nachgang, vielleicht eine andere Entscheidung gegeben hätte, das ist im Nachgang einfach mal so - - Man kann es dahingestellt sein lassen. Aber zu dieser Zeit ist das eben eine saubere rechtliche Entscheidung des GBA.

Aber 94, als ich es bekam, hätte man im Prinzip - - hatte man die Sicht von beiden Dingen. Da fragt man sich im Nachgang: Hätte der GBA vielleicht auch eingestellt? Oder hätte er vielleicht nicht doch die - - weil ja hier auch ein größerer Personenkreis war, dann gesagt: Ich nehme jetzt den Personenkreis da raus, weil hier wieder einer weggebrochen war, und mache einfach und wage eine Anklage, um ihn einfach auch zu stigmatisieren, um einen hinreichenden Tatverdacht - - und kriege ihn doch.

Das heißt also, die Verdachtsschwelle war schon durchaus gegeben; sonst hätte man ja auch nicht die vielfältigen Ermittlungen des BKAs - - Das war ja eine wahre Fundgrube für uns. Insoweit hätten die weitergeführt werden können, wenn beides zusammengeführt worden wäre. Aber der GBA hatte diese Erkenntnisse nicht. Insoweit ist diese Entscheidung - -

Es steht uns auch nicht zu, das zu bewerten. Aber das haben wir im Nachgang zur Kenntnis genommen. Da müssten Sie jetzt den GBA fragen, ob er mit der Kenntnis unseres Verfahrens vielleicht, möglicherweise im Nachgang jetzt gesehen, eine andere Entscheidung getroffen hätte.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Den Bundesanwalt Beese haben wir gefragt. Aber der konnte sich an gar nichts mehr erinnern.

Zeugin Petra Marx: Sehen Sie.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Genaues Gegenbeispiel von Ihnen.

Zeugin Petra Marx: Aber die haben auch ganz, ganz viele Verfahren und jetzt, in dieser Zeit, natürlich enorm zu tun.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Gut. - Um im Übrigen noch mal auf Herrn Lakenmacher zurückzukommen: Es hat uns auch irritiert gehabt, dass der Verfassungsschutz schon im März die Unterlagen zu dem Wendisch-Rietz-Verfahren haben wollte. Der Hintergrund, warum es uns irritiert, ist natürlich, weil wir mit der These, die auch durch die Presse und durch die Literatur geistert, sozusagen umgehen müssen, dass möglicherweise Szczepanski schon vorher für irgendeinen Dienst gearbeitet hat. Das würde natürlich plausibel machen, dass relativ früh nach Akten gefragt wird, bevor Sie überhaupt eine Mordanklage organisiert haben. Aber da können Sie natürlich nichts sagen.

Zeugin Petra Marx: Nein. Aber er war ja schon angeklagt. Er war ja vorher schon angeklagt, nur eben beim Strafrichter. Die Ermittlungen bei ihm wurden ja dann auch relativ zeitig - - Am 21.07.93 hat die Staatsanwaltschaft das erste Mal das Ende der Ermittlungen verfügt, und da hat mein Kollege die Anklage beim Strafrichter erhoben. Damit war das ja auch schon - -

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

Vielleicht haben wir sogar in dem Zusammenhang - - Pressebegleitend ist das ja, wenn die Anklage dann heraus ist - - dass im Prinzip dann auch möglicherweise eben der Abschluss der Ermittlungen insoweit verkündet wurde. Das ist natürlich dann immer die Frage: Wann wird es öffentlich? - Da haben wir auch gewisse Dinge zu berücksichtigen. Wie es jetzt hier gelaufen ist, weiß ich nicht.

Auf jeden Fall lässt das keinen anderen Schluss zu, dass - - Für mich, aus der Rückschau, ergibt sich, dass natürlich der Verfassungsschutz über das gesamte Verfahren - - Man war im K.-Mü.-Verfahren ganz sicher mit drin. Wer K. Mü. jetzt war, damit habe ich mich nicht auseinandergesetzt; das war das Thema, welches mein Kollege bearbeitet hat. Das ist jetzt eine Frage, die ich wirklich nicht beantworten kann. Da müssten Sie den Verfassungsschutz in den Zeugenstand rufen.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Das machen wir ja noch.

Zeugin Petra Marx: Also, an mich ist im März keiner herangetreten. Ich hatte, wie gesagt, im Februar die Rücknahme, so wie ich die Daten vorhin - - Und dann ging es eigentlich so: Dann haben wir uns nur noch mit der Person beschäftigt, unsere strafprozessuale Schiene. Da war überhaupt nichts - - dass also der Verfassungsschutz - - Wir haben da auch keine Informationen vom Verfassungsschutz bekommen. Alles das, was wir in dieses Verfahren gepackt haben, sind Dinge, die wir zusammengetragen haben - und eben die profunden Ermittlungen dieser beiden BKA-Beamten und des GBAs natürlich.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Herr Szczepanski hat ja über acht Monate in Untersuchungshaft in Königs Wusterhausen gesessen. Wer war denn da seitens der Staatsanwaltschaft zuständig gewesen für Besuchserlaubniserteilungen und Kontrolle der Post?

Zeugin Petra Marx: Ich gehe mal davon aus, dass wir auf jeden Fall - das ergibt sich für mich aus den Akten - bis zur Anklageerhebung, so wie es ja üblich ist, die Kontrolle, Briefkontrolle vom Ermittlungsrichter eben dann zugewiesen bekommen haben und auch für den Besuchsverkehr zuständig waren, Besuchserlaubnisse.

Wenn Sie die Akten durchgesehen haben, dann ist frappierend, dass es ein sehr beschwerdeträchtiges Verfahren gewesen ist, was für uns auch immer viel Arbeit heißt. Das heißt, wir haben sehr viel an Briefpost angehalten, Briefe beschlagnahmen lassen beim zuständigen Richter dann, weil entweder wieder Hetze, Propaganda dort veröffentlicht war. Einige Schreiben, wo ich selber lachen, also so ein bisschen schmunzeln musste, waren dann Schriften eben von ausländischen Absendern, wo wir dann auf - - Die Gerichtssprache ist Deutsch, Szczepanski möge es eben übersetzen lassen. Das heißt, es verlässt die Anstalt nicht. Entweder es geht sozusagen zu seinen Asservaten oder zu seiner Habe; aber es wird die Anstalt so nicht verlassen. Wir übersetzen das nicht auf Kosten des Steuerzahlers.

Also: Es ging hin und her. Es wurden auch Ausführungen oder Urlaube beantragt. Es wurde auch permanent Haftverschonung beantragt. All dem sind wir rigide begegnet.

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

Wir haben nur mal eine Ausführung - die habe ich jedenfalls nachhalten können -, als der Opa verstorben ist - - das haben wir natürlich genehmigt oder befürwortet, aber eben keine Beurlaubung, keine Außervollzugsetzung des Haftbefehls.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Haftverschonung war auch dabei gewesen. Haftverschonung hat er beantragt.

Zeugin Petra Marx: Ja, auch, mehrfach. Dem sind wir immer entschieden entgegengetreten. Er wollte auch dann irgendwann im Verfahren verlegt werden von einer JVA in die andere. Das haben wir, weil dann das Schwurgericht schon zuständig gewesen ist, kommentarlos weitergeleitet mit der Maßgabe: Das Gericht soll entscheiden. - Die Kammer hat es dann auch abgelehnt aus organisatorischen Gründen, die nur sie zu entscheiden hat: Er bleibt da, wo er ist und - - eben nicht in eine andere Anstalt.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Es gab übrigens noch eine zweite Ausführung, irgendwie zum Besuch der Familie.

Zeugin Petra Marx: Das kann sein. Aber das hat immer irgendwo einen Grund gehabt. Wir haben das nur sehr rigide befürwortet. Sie werden ja auch - - Wenn ich im Prinzip abwesend war, Urlaub oder Tagung oder andere Dinge, haben das Abwesenheitsvertreter - - Es sind ja immer auch unterschiedliche Dezernenten dann bei Besuchspost. Frau Langen hat dort zum Beispiel Genehmigungen - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Frau Langen, genau.

Zeugin Petra Marx: Ja, genau. Sie finden viele Namen: Herr Larres, Herr Sörries usw. Das heißt, wir waren eine Abteilung, die gewachsen ist, und wir hatten dann, bevor ich die Abteilung übernommen habe - - waren wir dann für eine ganze Zeit vier Dezernenten im Stamm. Wenn einer nicht da ist und es ist Briefpost - alles, was mit Untersuchungshaft zu tun hat - eilbedürftig - - Wenn derjenige nicht da ist, wird es dem Vertreter vorgelegt.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Also, es war durchaus üblich gewesen, auch für andere Untersuchungshaftgefangene, dass man im Todesfall eines Familienmitglieds oder wenn es dringende familiäre Probleme gab, da Ausführungen genehmigt bekommen hat.

Zeugin Petra Marx: Das gibt die Untersuchungshaftvollzugsordnung her, genau. Das wird dann - - Ja, das ist möglich.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Das wurde aber lockerer gehandhabt Anfang der 90er-Jahre als Ende der 90er-Jahre, als ich eingestiegen bin als Anwalt.

Zeugin Petra Marx: Ja? Das vermag ich jetzt nicht - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber Sie sagen, Sie sind nicht durch andere, durch Dritte beeinflusst worden, diese Ausführungen zu machen.

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

Zeugin Petra Marx: Nein, nein, nein.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Das können wir so festhalten.

Zeugin Petra Marx: Wir haben mit ganz großem - - Das ist auch meine innere Einstellung: Ich bin immer mit ganz großem Misstrauen an diese Dinge herangegangen, bevor irgendetwas genehmigt wurde, alles umzudrehen, zu sagen: Was steckt dahinter? Was ist das? - Wir wollten ja auch die getrennte Unterbringung zwischen K. Mü. und Szczepanski, damit man sich dort nicht noch verständigt und, und, und, auch mit den anderen. Daran war uns gelegen.

Das heißt, wir mussten immer - - Natürlich werden Dinge auch missbraucht. Vielleicht sehen und erkennen wir auch nicht alles. Aber wir haben es jedenfalls versucht, so weit als möglich eine Außenverbindung zu unterbinden, sodass Erkenntnisse aus unserem Verfahren irgendwie abfließen [sic!], die sich dann gegen eine Verurteilung richten können.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Haben Sie über diese verschiedenen Sachen - also die Postkontrolle, was Sie geschildert haben, die Beispiele dafür - sich ausgetauscht auch mit dem JVA-Leiter?

Zeugin Petra Marx: Nee.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Nee. - Gut.

Zeugin Petra Marx: Das ist nur - - Es kommt so - - Es ist so ein gelber Umschlag von der JVA. Da wird das eingetütet, das, was weitergeleitet werden soll. Das kriegen Sie jetzt als Dezernent. Da wird immer die Akte vorgelegt. Dann kommt die Geschäftsstellenbeamtin: Briefpost Szczepanski oder Briefpost der und der. Dann nehmen Sie das, und dann gucken Sie sich das an: Was ist das? - Und dann: „Kann ich es verantworten, weiterzuleiten, oder halte ich es an?“, und dann muss ich mir einen Beschluss vom Gericht holen. Ich habe also sehr viele Anhalteanordnungen meinerseits gefunden von Kollegen, die immer wieder irgendwelche Pamphlete - so will ich es mal bezeichnen - von Szczepanski - - Das war also auch schon nervig. Er hat sich auch beschwert über dieses und jenes, laufend Beschwerden. Es ist ein - - Aber das haben Haftsachen so an sich, dass man dann mit einer großen Renitenz alles, insbesondere wenn man dann noch so eine Außenkommunikation wie er - - Er hat ja dort selber irgendwas verlegt, so eine Schrift, und hatte einen großen Freundeskreis. Und dann natürlich die ganze rechte, die rechtsextreme Bewegung, die ihm zur Seite stehen wollte, die Fanpost, sodass wir also wirklich manchmal Stunden brauchten am Tag, um wieder seine Briefpost durchzugehen.

Es wurde, wie gesagt, viel angehalten. Aber das ist so das übliche Geschäft.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Zwei Sachen würden mich noch interessieren bezüglich Besuch bzw. Haftregime. Wir haben aus den Akten erfahren, dass zum Teil zweimal wöchentlich ein Mitarbeiter des Verfassungsschutzes Herrn Szczepanski besucht hat in der Haft. Ist das auch über Ihren Tisch gegangen?

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

Zeugin Petra Marx: Nein.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Wie muss man sich das vorstellen?

Zeugin Petra Marx: Nee.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Nee?

Zeugin Petra Marx: Also, dass Mitarbeiter vom Verfassungsschutz - - Ich habe nur eine - - an mich herangetreten worden sind - - Dass der Zugang eben - - Dass Gespräche mit ihm oder Anbahnung - - kann ich mich nicht erinnern. Ich möchte auch meinen, dass das von der Besuchserlaubnis, die wir als Dezernenten in dem Verfahren hatten, nie tangiert war. Das lief - wie auch immer - auf anderem Wege.

Ich habe eine - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Was ist denn das für ein rechtlich anderer Weg?

Zeugin Petra Marx: Da fragen - - Ich bin also, wie gesagt, nie die Ansprechpartnerin für den Verfassungsschutz gewesen. Wie der - - das fragen Sie bitte in der JVA, den JVA-Leiter, wie der Verfassungsschutz - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Der JVA-Leiter hat auf Sie verwiesen.

(Heiterkeit)

Zeugin Petra Marx: Hm?

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Der JVA-Leiter hat auf Sie verwiesen, also nicht auf Sie speziell, weil daran kann er sich auch nicht mehr erinnern, an irgendwelche Namen, aber er hat gesagt, das ist alles über die Staatsanwaltschaft und über das Gericht gelaufen. Die haben eine Besuchserlaubnis erteilt, und da hat er nur durchgewunken.

Zeugin Petra Marx: Also, ich kann mich nicht entsinnen, eine derartige Besuchserlaubnis erteilt zu haben. Ich habe einen Vermerk von meiner Kollegin, die in Abwesenheit von mir dann wohl einen Mitarbeiter, einen Herrn M. - oder wie der hieß - vom Verfassungsschutz, der bei ihr vorstellig wurde und der eine Besuchserlaubnis haben wollte - - So wie ich jetzt ein bisschen konsterniert gucke und sage, ich wüsste jetzt gar nicht damit umzugehen, hat meine Kollegin darum gebeten, dass das doch alles mal schriftlich vorgetragen wird. Das heißt also, sie hat dort, so wie ich es entnehmen kann, wohl nichts veranlasst.

Aber dass man natürlich, wie die spätere Geschichte dann auch belegt, irgendwie Zugang bekommen hat - - Ob das unser Chef gemacht hat dann über den Leiter des Verfassungsschutzes und dort Besuchserlaubnis - - weiß ich nicht.

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Okay.

Zeugin Petra Marx: Auf jeden Fall konnte ich den Akten, die ich jetzt hier hatte, das nicht entnehmen. Ich habe auch keine Erinnerung. Also, ich bin damit nicht konfrontiert worden.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Wie sieht es aus mit Telefongesprächserlaubnissen für U-Häftlinge? Die werden ja auch relativ restriktiv gehandhabt wegen möglicher Verdunkelungsgefahr etc. etc.

Zeugin Petra Marx: Genau.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Jetzt haben wir in den Unterlagen gefunden, dass Herrn Szczepanski eine Dauertelefonerlaubnis erteilt worden ist mit einem Sozialarbeiter aus Berlin, Wolf-Egbert Schulz. Können Sie sich daran noch - -

Zeugin Petra Marx: Habe ich mich auch gefragt: Wer war das eigentlich?

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Das haben wir uns auch gefragt - - ob das eine Legende war, und wer hat diese Dauertelefonerlaubnis erteilt?

Zeugin Petra Marx: Kann ich Ihnen jetzt nicht mehr beantworten.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Haben Sie die erteilt?

Zeugin Petra Marx: Nein. Also, das müssten Sie mir vorhalten, wenn ich dort in irgendeiner Weise eine Erteilung mit diesem Sozialarbeiter - - Kann sein, dass ich die dann genehmigt habe. Aber was dahintersteckte oder wie sich das erklärte, das vermag ich jetzt heute hier überhaupt nicht mehr einzuordnen.

Ich weiß - oder: habe gelesen -, dass seine Mutter oder seine Eltern wohl telefonischen Kontakt begehrt hatten. Dem haben wir entsprochen. Und der Sozialarbeiter: Da habe ich jetzt, als ich die Akten noch mal gelesen habe - - Ich kann das überhaupt nicht mehr einordnen, wer das war, was das war.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Nach Aktenlage waren Sie es gewesen. Zweimal wöchentlich durfte er telefonieren, auf eigene Kosten. Aber das war eine Handynummer gewesen. Damals gab es ja noch gar nicht so viele Handys.

Zeugin Petra Marx: Ich kann dazu wirklich nichts mehr sagen. Aber ich bin selber auch drauf gestoßen: Was war denn das für ein Sozialarbeiter? - Also, kann ich Ihnen jetzt nicht mehr sagen.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Das ist Ihre Unterschrift. Aber - -

Zeugin Petra Marx: Wenn das so ist - - Ich will - - Die Akten sprechen eine klare Sprache. Aber Sie müssen natürlich verstehen: Das sind alles Sachen, die 23, 25 Jahre zurückliegen. Ich habe, denke ich mal, weil mich das Verfahren natürlich auch

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

sehr geprägt hat und weil das ein sehr intensives Ermittlungsverfahren war und auch übergreifend war, natürlich auch herausgefordert hat - - Ich habe über die großen Eckpunkte noch - - aber zum Beispiel über diese Besuchserlaubnisse, wer wann wo was war, wirklich keine Erinnerung mehr. Da müssen Sie das nehmen, was in den Akten steht.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Gut. - Wie viel Zeit habe ich noch?

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Die Viertelstunde ist jetzt um. Es gibt natürlich die Verlängerungsoption.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Dann mache ich jetzt sozusagen eine Übergangsfrage, die in den nächsten Komplex - Dolgenbrodt - münden kann. Sonst muss jemand noch zurückrudern.

Sagen Sie, Frau Marx - weil immer in den Unterlagen der Verfassungsschutz thematisiert wurde und eine Rolle spielte -: Haben Sie an irgendeiner Stelle, ob jetzt im Wendisch-Rietz-Verfahren oder im Dolgenbrodt-Verfahren, Herrn Szczepanski mal sozusagen Hafterleichterungen, Halbstrafentermin in Aussicht gestellt?

Zeugin Petra Marx: Nein, natürlich nicht. Ich habe im Verfahren Wendisch Rietz - das sagte ich bereits - bis zur Hauptverhandlung in der Schwurgerichtskammer - - ihn dort das erste Mal gesehen. Das heißt also, in der Zeit der Inhaftierung hatte ich keinen Kontakt, habe ihn mir weder kommen lassen noch ihn dort aufgesucht. Ich bin im Schwurgerichtssaal mit ihm - also er als Angeklagter, ich als Vertreterin der Staatsanwaltschaft - - habe dort dieses Verfahren über Wochen ja dann begleitet und vertretend mitgeführt.

Im sogenannten Dolgenbrodt-Verfahren - - Das ist ja das zweite Kapitel. Das ist ja auch das Verbindende beider Verfahren. Ich bin also - - Wann war das? - Im Februar 94 ist das Urteil ergangen.

(Die Zeugin blättert in ihren Unterlagen)

- Nee, 95. Genau. Februar 95 ist das Urteil ergangen, und wir waren gerade - - Ich war also gerade aus diesem Verfahren heraus - - kam das Verfahren, das sogenannte Dolgenbrodt-Verfahren. Und das, wie ich schon eingangs erwähnte, kam ja über diesen Weg: Der BGH hebt das auf, weist uns zu. Wir waren - - Bis zu diesem Zeitpunkt kannte ich Dolgenbrodt-Verfahren, Asylbewerberanschlag nur aus der Presse. Da hat - das hatte ich mir jetzt noch mal nachgehalten - - Die Akten sind - - das Urteil vom BGH am 25.01.95 aufgehoben und an die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Frankfurt (Oder) verwiesen.

Am 08.03.1995 findet eine Rücksprache - - Das erkennt man auch in den Akten noch: Da ist ein grünes „R“ und dann eben unser LOSTA Lehmann. Da ist die Rücksprache verfügt worden, und zwar an meinen Kollegen, Herrn Staatsanwalt Sörries, der damals schon in der Abteilung war als gleichrangiger Dezernent, und mich. Wir beide sind zur Rücksprache gebeten worden. Deshalb auch Duplo-Sätze, die schon gefertigt waren

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

oder worden sind dann. Der LOStA hat an uns dann die Order gerichtet, er möchte uns beide - - Es ist das momentan wichtigste politische Verfahren im Lande Brandenburg - so war seine Aussage -, wir satteln jetzt auf. Wir kennen das Verfahren nicht, aber das heißt natürlich nicht - der BGH hat es aufgehoben - - es noch mal probieren müssen - wir als Staatsanwaltschaft jetzt -, um eine Verurteilungsgeneigntheit oder eine Verurteilung zu prüfen und die Anklage zu vertreten, weil das auch ein schwieriges Verfahren war, zwei Sitzungsvertreter: Staatsanwalt Sörries und ich.

Dann kam die Order: „Sie lesen sich das bitte erst mal durch, diesen gesamten Aktenfundus, und dann, in drei oder vier Tagen“ - nageln Sie mich da nicht fest - „kommen Sie bitte zur Rücksprache zu mir, und Sie werden mir Ihre Einschätzung der Sach- und Rechtslage mitteilen. Was halten Sie von dem Urteil? Wie schätzen Sie die Beweislage ein? Welche Rolle werden wir in diesem Verfahren spielen?“ Also: Wie werden wir es vertreten, aktiv oder eben begleitend, nur eben entsprechend der Rolle?

Wir haben das dann beide getan. Es erfolgte die Rücksprache. Mein Kollege, Staatsanwalt Sörries damals, hatte den - - Seine Einschätzung war, es ist alles sehr vage, die Zweifel überwiegen, und - das habe ich heute noch so im Ohr -: „Herr Lehmann, wir sollten dort eine Statistenrolle spielen, das heißt, wir werden dieses Verfahren zwar durchführen, aber wir werden es nicht drehen können“, war seine Auffassung.

Meine Einschätzung war - - Ich sagte zu ihm sinngemäß: Ich habe den Eindruck, er ist es, er ist der richtige Angeklagte, er war es. Es ist alles noch sehr - - vage nicht - noch nicht hinreichend verurteilungssicher; aber - das war ja taufrisch aus dem Verfahren von Szczepanski - ich habe an drei Stellen in diesen Akten Hinweise gefunden auf Szczepanski, denen man - Staatsschutz Potsdam - nicht nachgegangen ist, denen man - das war damals der Sitzungsvertreter und der zuständige Dezernent - überhaupt keine Beachtung geschenkt hatte. Das war Dr. Lenz (?) von der Staatsanwaltschaft Potsdam. Das war ein Gekommener, also ein Dezernent aus den alten Bundesländern, der natürlich auch im Staatsschutzbereich in Potsdam jedenfalls keine großen Erkenntnisse hatte, aber dort dieses Verfahren führte und auch Sitzungsvertreter war.

Schon die erste Seite in den Dolgenbrodt-Akten begann, was mich sofort auf den Plan rief - - dass Silvio J., der Dolgenbrodt-Brandstifter, auf einem Bauhof in Senzig tätig war zu dieser Zeit, und Senzig war der Wohnort von Szczepanski im Zeitpunkt 92. Da war seine Freundin, und das wusste ich, sodass sofort bei mir die Sirenen angingen: Szczepanski, Senzig, Silvio J.

Silvio J. selbst - - ist im Urteil ausgeführt worden, dass er immer Anschluss an die rechtsextreme Szene suchte. Er wollte sich profilieren. Er wollte in die Strukturen. Szczepanski selbst war in dieser Szene, Königs-Wusterhausen-Skinhead-Szene, sehr aktiv, was sich dann also im Nachgang ja in dem Verfahren alles ermitteln oder unter Beweis stellen ließ, und Silvio J. drängte da rein.

Es gab dann einen zweiten Hinweis, Spur 21 - steht direkt in den Akten -, Zeugenvernehmung Szczepanski - - sagt, dass Silvio J. ihn zur Teilnahme von

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

Banküberfällen aufgefordert hat - die zweite verblüffende Verbindung zwischen beiden.

Und dann fand sich in den Unterlagen auch ein Hinweis - Vernehmung Szczepanski -: Szczepanski ist wieder nicht erschienen. - Aber kein Mensch ist dem nachgegangen.

Wenn man wieder - es ist ja das gleiche Jahr, 92 - mal beide Verfahren zusammengeführt hätte und auch BKA-Ergebnisse - - dann hätte dieses Verfahren - - dann hätte man gewusst: Ein möglicher Schlüssel, um Silvio J. zu überführen, ist die Spur 21, Szczepanski. Das habe ich sofort gesehen und habe dann damals in dieser ersten Rücksprache aufgrund meines Herrschaftswissens aus dem Verfahren Szczepanski zu meinem Chef gesagt: Ich sehe Möglichkeiten, dass wir hier nachermitteln können, dass wir nachfassen können. Wir sollten an Szczepanski herantreten. Szczepanski muss etwas wissen.

Sein Verfahren war zu dieser Zeit - seine acht Jahre - noch nicht rechtskräftig, und es ist dann wohl die Entscheidung getroffen worden: Frau Marx, wir warten erst mal die Rechtskraft von seinem Urteil ab. Für den Fall, es wird nicht rechtskräftig, bevor die Jugendkammer mit Silvio J. anfängt, treten wir trotzdem an ihn heran zu gegebener Zeit. - Die gegebene Zeit war dann mit der Ladung vom Landgericht; es geht los in Sachen Silvio J. Das war dann am 05.09.1995.

Dort sind wir zu zweit, Herr Sörries und ich, rein in diese Sitzung. Dann war natürlich - - Zu diesem Zeitpunkt war uns klar, dass Szczepanski - also als V-Mann oder wie auch immer - für den Verfassungsschutz arbeitet.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Schöneburg [DIE LINKE])

- Genau.

Er hat jetzt aber nicht gesagt: „Frau Marx, an den können wir nicht ran, das ist ein V-Mann, den können wir jetzt hier nicht bringen“, sondern unter Abwägung auch: Wir wollten dieses Verfahren, wir müssen alles tun und können nicht diese schlüssige, mögliche Beweiskette und Beweisermittlungslinie, die ich gesehen habe, jetzt unterdrücken und einfach sagen: „Das blenden wir mal aus, und dann bleibt das eben ungeklärt“, sondern Herr Lehmann hat mich dann angewiesen: „Frau Marx, nachdem es - -“ Ach so, das kann ich nur konstruieren, wie es - - Ich haben immer die Gespräche mit Herrn Lehmann noch in Erinnerung. Was aber von Herrn Lehmann auf der anderen Strecke lief, das kann ich entweder durch Vermerke, die Herr Lehmann dann in die Akten gefertigt hat, nachhalten, aber nicht selbst wirklich erinnern oder da etwas sagen.

Ich habe dann gesagt: Wir müssen Szczepanski bringen, sonst - - diese Möglichkeit ausloten und das auf jeden Fall unter Beweis stellen. - Dann sagte Herr Lehmann: „Frau Marx, Sie fahren hin und hören ihn informell, also hören sich ihn an“, nachdem er - das schlussfolgerte ich jetzt -, unser Chef, mit dem Chef des Verfassungsschutzes gesprochen haben muss, ihm „die Beweissicht von Frau Marx“ mitgeteilt hat und gesagt hat: Frau Marx wird - und das ist schlüssig, dem müssen wir

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

nachgehen - Szczepanski in den Zeugenstand rufen lassen. - Damit war das natürlich nachvollziehbar für den Verfassungsschutz eine schwierige Lage.

Es gibt dann einen Vermerk - ich habe mich jetzt im Nachgang gefragt: Warum ist denn der von mir am 08.09. gefertigt worden? Weil es dann erst schriftlich für die Akten gefertigt wurde -, eine Unterrichtung vom Verfassungsschutzchef oder von einem Mitarbeiter, der wohl dann mich unterrichtet hat, was Szczepanski weiß, also meint zu wissen. Das hatte ich mir notiert, und mit diesem Wissen bin ich dann noch mal zu Herrn Lehmann: Wie führen wir das jetzt ein mit der Maßgabe: „Wir wissen was vom Verfassungsschutz“? Wie kriegen wir das jetzt ins Verfahren rein, ohne jetzt den Mitarbeiter des Verfassungsschutzes nun wieder in den Zeugenstand - - mit beschränkter Aussagegenehmigung, und, und, und zu hören?

Dann gab es die Order: Frau Marx, Sie fahren in die JVA und hören ihn und prüfen das, ob das, was Ihnen jetzt gesagt wurde, stimmt, und ob das O-Ton Szczepanski ist. - Das habe ich dann auch gemacht, bin in die JVA, hatte dort - es war so ein kleines Vernehmerzimmer - - habe dann Herrn Szczepanski sinngemäß belehrt, habe ihm auch gesagt, ich werde ihn nur informell hier anhören, ich beabsichtige, ihn - unabhängig, ob er jetzt mit mir spricht oder nicht - in den Zeugenstand zu rufen, ich gehe davon aus, dass er etwas weiß und dass er über den Brandanschlag, selbst wenn er nicht dabei gewesen ist, aber vor- und hinterher über Erkenntnisse, über Verbindungen, was uns möglicherweise verdichtete Erkenntnisse zum eigentlichen Täter bringt, etwas wissen muss; es finden sich Hinweise in den Akten. - So war meine Ansage.

Er wusste natürlich, dass ich die Staatsanwältin war, die ihn zu acht Jahren - sogar zehn Jahre beantragt hatte - erfolgreich mitgestaltet im Verfahren überführt hat, und dass diese Hinweise, wenn ich das so sage, sicherlich ernst zu nehmen sind. Er hat dann zu mir gesagt - das ist so eine kleine Anekdote -: Frau Marx, ich bewundere Sie, wie Sie mich enttarnt haben, aber ich hasse Sie. - Daraufhin habe ich zu ihm gesagt: Lassen wir das jetzt hier bitte schön mal weg. Ich frage Sie ganz einfach: Was wissen Sie zum Dolgenbrodt-Verfahren, zum Anschlag und der Rolle Ja-ckowskis?

Dann ist das, was also auch in diesem Protokollvermerk - - was dann auch in dieser Prozessklärung von mir abgegeben wurde, von mir eben handschriftlich notiert worden. Wir sind am nächsten Tag - - Ich habe sofort meinen LOStA unterrichtet, dass das, was mir der Mitarbeiter vom Verfassungsschutz wohl mitgeteilt hat, von Szczepanski genauso wiedergegeben wurde. Daraufhin hat unser LOStA - das entnehme ich dem weiteren Werdegang - den Generalstaatsanwalt unterrichtet, dass es hier ein neues Beweismittel gibt im Dolgenbrodt-Verfahren. Daraufhin wurden wir beide einbestellt, der LOStA und ich, zum Generalstaatsanwalt.

Es gab dann am 07.09., wenn ich das jetzt recht erinnere, ein Gespräch beim Generalstaatsanwalt, wo der ehemalige Generalstaatsanwalt Dr. Kraft, seine beiden Stellvertreter, LOStA Bröhmer, LOStA Grünebaum, und der damalige Sitzungsvertreter beim ersten Anlauf, Dr. Lenz (?), dabei waren, mein LOStA und Abteilungsleiter Herr Lehmann und ich. Da ist das, was ich eben mitgeteilt habe, noch

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

mal dargestellt worden. Und die Frage war jetzt: Wie gehen wir damit um? Was machen wir?

Es war klar, dass eine Beweismittelunterdrückung - - Jetzt mal - - Wir tun so, als ob das - - Also, ich will das einmal profan unterbrechen: „Wir halten das zurück“ geht nicht. Diese Erkenntnisse müssen in das Verfahren. Andererseits wollen wir natürlich auch, dass der Verfassungsschutz seine Arbeit macht, und wenn sich jemand andient - oder wie auch immer das gelaufen sein mag - und er mögliche weitere Erkenntnisse in anderen Verfahren oder eben auch für andere Straftaten, die geplant sind, geben kann, dann wollen wir das nicht generell verhindern oder bekämpfen.

Das war dann ein längeres Gespräch. Da ist dann die Entscheidung getroffen worden, dass ich zunächst einmal über das, was mir mitgeteilt wurde von Szczepanski, einen Vermerk fertigen soll für die Akten und dass ich auch an die Kammer herantrete, also an die Jugendkammer, und das so mitteile. Dann wurde zunächst erst angedacht, aber wohl verworfen - das kann ich jetzt nicht mehr nachhalten im Klein-Klein, wie das wirklich gelaufen ist -, ob wir den Mitarbeiter nun vom Verfassungsschutz bringen oder ob wir den Szczepanski selbst in den Zeugenstand rufen. Darum ging es dann nur noch, und es wurden alle Seiten hin und her - -

Schlussendlich muss - das muss ich mal so sagen - die erste Variante, den Mitarbeiter vom Verfassungsschutz mit dieser begrenzten Aussagegenehmigung zu hören, wohl verworfen worden sein. Es war dann klar: Wir werden den Antrag stellen, Szczepanski in den Zeugenstand zu rufen.

Ich muss dann - anders kann ich es mir nicht erklären - noch mal die Weisung auch bekommen haben: Frau Marx, es soll so laufen: Szczepanski wird in den Zeugenstand, also von uns, jedenfalls als Beweisanregung oder Beweisantrag - - Auch da rankten sich - - Wie kriegen wir das jetzt rein in das Verfahren aufgrund dieser Verdichtung? Nicht dass das noch zurückgewiesen wird vom Gericht wegen Bedeutungslosigkeit oder Ermittlungen ins Blaue hinein, sondern dass das eben eine Substanz hat, der man nachzugehen hat.

Da ist dann die Entscheidung getroffen worden, dass ich - das war am 20.09. - noch mal zu Szczepanski fahren soll, mir noch mal die Bestätigung - - also mich noch mal wirklich vergewissern soll: Bleibt er dabei oder schwankt er? Sagt er: „Nee, es war jetzt doch nicht so gemeint“? Denn auch ich - vor allem ich - hatte natürlich ein großes Misstrauen, jetzt diesem verurteilten Neonazi gegenüberzusitzen, der mir etwas erzählt, wo ich davon ausgehe, er muss was wissen; aber ob das, was er mir erzählt - - Ist das wirklich die Wahrheit? Ist das zutreffend? Oder was ist das jetzt?

Denn es war uns klar: Mit diesem Hinweis, den er gegeben hat, ist auf jeden Fall die Anstiftung zur Verabredung eines Verbrechens möglicherweise strafbar. Das heißt, selbst wenn wir den Silvio J. im Verfahren nicht wegen der Brandstiftung an sich zur Verurteilung gebracht hätten, weil die Kammer wieder zu dem Schluss gekommen ist: „Er ist es, aber es reicht nicht für eine sichere Verurteilung“, hätten wir - - Da haben wir ja den Antrag - - habe ich ja in der Hauptverhandlung gestellt, vielleicht auch mein Kollege Sörries, der dann die Vernehmung Szczepanski im Verhandlungssaal ja

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

begleitet und mitbekommen hat, die Aussage - - Danach schloss sich der Antrag an auf einen Hinweis zur Veränderung des gerichtlichen Gesichtspunktes, auch dass möglicherweise eine Verurteilung wegen Anstiftung zur Verabredung eines Verbrechens möglich ist nach der Aussage Szczepanski.

Damit war klar: Silvio J. wird verurteilt werden. Das war natürlich schon ein Vorwurf, und wir wollten sichergehen. Deshalb also auch noch mal dieses „Abklopfen“, bevor ich mit einer Prozessklärung, der Unterrichtung der Kammer das ins Verfahren einführe, dass er dabei bleibt.

Ich habe ihm das natürlich auch so klar mitgeteilt, dass für den Fall, dass er im Gerichtssaal falsche Angaben macht, die Staatsanwaltschaft, obwohl er acht Jahre hat, sich nicht scheuen wird. Er wird auch vereidigt werden. Seine Aussage wird wortprotokolliert werden. Alles das ist gemacht worden im Verfahren in der Sitzung, vom Sitzungsvertreter beantragt worden - - werden wir jedes Wort prüfen und für den Fall, es ist einer erweisliche Falschaussage vor Gericht unter Eid, wird es einen Nachschlag, also ein weiteres Verfahren geben, und ein Herr Szczepanski wird nicht mit einem Jahr Mindestfreiheitsstrafe, wie das Gesetz androht, dann den Verhandlungssaal verlassen. - Das war ihm klar.

Andererseits wusste er natürlich - insoweit hatte er auch sehr schlechte Karten, so will ich es mal salopp auch als Ermittlerin bezeichnen -: Silvio J. selbst war ein geschwätziger Typ, Prahlhans. K. Mü. wurde ja parallel am 22.09. von meinem Kollegen - das war auch die Weisung aus der Beratung, auch K. Mü. zu Silvio J. zu vernehmen - gehört. Herr Sörries ist da auch in die JVA gefahren, hat ihn vernommen. K. Mü. hat tendenziell das also auch bestätigt, was Szczepanski - - Das beides zusammen hat uns die Sicherheit gegeben: Wir können das vertreten. - Es wäre ja fatal, wenn die Staatsanwaltschaft dort mit einem derartigen Zeugen gekommen wäre, der uns dann vielleicht vorführt oder der in irgendeiner Weise aus anderen Gründen das jetzt macht. Das heißt, wir hatten also ein ganz großes Misstrauen. Andererseits haben wir gesagt: Wir können die Beweise - - Wir müssen alles versuchen, um diese Sache hier noch zu klären, um irgendetwas, was wir sehen, zusammenzutragen, um das Gericht zur Verurteilungsgeneigtheit - - Denn ich war der Auffassung: Es ist der Richtige.

Die Staatsanwaltschaft Potsdam hat ja auch Verurteilung beantragt. Die Revision war richtig. Der BGH hat den Finger in die Wunde gelegt, hat gesagt - so ist die Order -: Versucht es noch mal im zweiten Anlauf. - Dann ist natürlich alles, was man sieht - - sollte dann natürlich und muss man konsequenterweise nachgehen. Das haben wir dann getan. Er ist ja dann auch als Zeuge vernommen worden.

Er hat diese Aussage in Abwesenheit - - Ich habe damals dann den Verhandlungssaal verlassen, weil natürlich von der Verteidigung - - Mit der Aussage von Szczepanski senkte sich die Verurteilungsgeneigtheit. Also, die Waage in Richtung Verurteilung war natürlich damit gestellt, auch nach der Vernehmung K. Mü. Und dann gingen diese wilden und grotesken Vorwürfe in Richtung Staatsanwaltschaft, dass wir also - - dass das eine Gefälligkeitsaussage ist oder wie auch immer.

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

Aber Szczepanski selbst hätte sich, wenn er das zurückgehalten hätte oder irgendwelche falschen Angaben auch Silvio J. gegenüber gemacht hätte - - hätte Silvio J. - - Da war man sich natürlich - - Damit musste er rechnen bei dieser instabilen Persönlichkeit von Silvio J., diesem Prahlhans, der immer sagte: „Ich war's“, „Ich sage nicht, dass ich es nicht war, ich sage aber auch nicht, dass ich es war.“ Das war sein Satz in der Hauptverhandlung, den er uns immer wieder präsentierte: „Ich war es“, am nächsten Tag: „Ich war es nicht.“ So ging das durch dieses Verfahren - - hätte er sich in die Hand des Silvio J. gegeben als einer, der eben als führender Kopf in der ideologischen rechtsextremen Szene in Brandenburg damals gehandelt wurde.

Und dieser Gefahr, die von Silvio J. drohte nach der Rechtskraft von Silvio J. - egal, ob er jetzt verurteilt wird oder nicht -, dem Szczepanski dann für die belastende Aussage, weil es nur teilwahr war oder - - Das heißt, er, Szczepanski, hatte also kaum eine Wahl, sich zwischen Pest und Cholera, muss ich mal so sagen, zu entscheiden. Insoweit war für uns auch irgendwo eine nachvollziehbare, plausible Grundlage da, dass das, was Szczepanski sagt, was sich also verdichtet hatte in den Vernehmungen, in den Ansätzen - auch dass man sich kannte und vorher schon angesprochen wurde - - hatte sich im Prinzip dann als sehr plausibel dargestellt.

Deshalb ist diese Entscheidung, diese grundsätzliche Entscheidung getroffen worden mit der Prozessklärung: Wir bringen Szczepanski. - Es bedurfte dann gar nicht mehr eines Beweisantrages oder Beweisermittlungsantrages - das hat der Anwalt dann ja auch gerügt -, weil ich die Kammer persönlich unterrichtet habe, und die Kammer hat von sich aus den Akten die Schlüsse gezogen, Urteil Szczepanski beigezogen, Akten Szczepanski beigezogen und von sich aus Szczepanski geladen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): So, jetzt muss ich mal auf die Bremse treten. Unser ganzes Zeitregime ist über Bord geworfen. Ich hoffe, alle haben dafür Verständnis, denn den Redefluss zu unterbrechen, wäre sicherlich unangebracht gewesen. Aber jetzt muss ich das Fragerecht dringend an die Fraktion der AfD weitergeben.

Abgeordneter Wiese (AfD): Von mir aus kann sie weiterreden. Das ist mehr wert, als wenn ich eine Frage stelle.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Frau Marx, hier kommt die Aufforderung.

Zeugin Petra Marx: Es gibt da nicht mehr - - Es ist ja eigentlich - -

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Sie haben fertig, vernehme ich. - Herr Wiese, gibt es weitere Fragen? - Dann bitte ich Frau Nonnemacher. Dann beginnen wir mit der zweiten Fragerunde.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Frau Marx, wir hatten vorhin gesprochen über diese Telefondauererlaubnis. Ich glaube, Herr Schöneburg hatte das vorgetragen. Ich würde Sie da gerne mit einem Vorhalt noch mal bekannt machen, JVA KW an Landgericht Frankfurt (Oder), 02.12.94. Ich zitiere:

Dauertelefonerlaubnis mit dem Sozialarbeiter W. Schulz

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

Mit Schriftsatz vom 21.10.94 erging von Frau Staatsanwältin Marx die Telefonerlaubnis zweimal wöchentlich für die Dauer von 10 Min. auf seine Kosten ohne Überwachung mit dem bezeichneten Sozialarbeiter. Die Anstalt wurde in dieser Sache nicht um Stellungnahme ersucht. Seitens der Anstalt wird darum ersucht, sollte Zustimmung erteilt werden, den Umfang auf 1 Telefonat wöchentlich zu begrenzen.¹

Da würde ich Sie gerne noch mal zu hören, weil Sie ja vorhin so drauf waren: Ja, kann sein, dass ich, kann sein, nicht; ich kann mich nicht ganz genau erinnern. - Aber das ist ja sozusagen jetzt noch mal eine ganz konkrete Frage auch des JVA-Leiters zu dieser Telefonerlaubnis. Können Sie sich da vielleicht jetzt doch noch etwas stärker an Details erinnern?

Zeugin Petra Marx: Nein, also ich habe - - Das jetzt nicht. Aber ich habe eine Verfügung gefunden, dass ein Sozialarbeiter eine Telefonerlaubnis bekommen hat, und mich dann gefragt: War das jetzt schon aufgrund der angedachten Sozialisierung und im Zusammenhang damit, dass wir ja wussten, dass der Verfassungsschutz - - dass er sich angedient hat - oder andersrum: angeworben wurde - und dass man jetzt die Vorbereitung eben trifft für seine dann beginnende Sozialisierung und mögliche Nachverbüßung im Einsatz oder wie auch immer? Aber ich kann Ihnen das jetzt nicht mehr erklären, wie wir überhaupt - - und welche - - wer an uns herangetreten ist, wer der Sozialarbeiter ist und welchen Hintergrund das hat. Da habe ich in den Unterlagen nichts gefunden außer dieser Telefonerlaubnis. Da bin ich jetzt - - Da habe ich keine aktuelle Erinnerung mehr, überhaupt keine.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also, ich wundere mich so ein bisschen. Sie hatten uns sehr eindrücklich geschildert, dass Sie sozusagen die Strafschärfung in dem Fall Mordversuch an Herrn S. E. betrieben haben, dass Sie überhaupt die Brisanz erkannt haben, was für einen ideologisch gefestigten Rechtsextremisten Sie da vor sich haben und dass Sie ja sozusagen auch eine Erhöhung des Strafmaßes dann auf zehn Jahre beantragt haben, aus denen acht geworden sind. Dass sozusagen im Herbst oder im Winter 94 für Sie dann schon Erwägungen von Resozialisierungsfragen relevant gewesen sein sollen wegen Telefonaten mit Sozialarbeitern, das erschließt sich mir nicht, wo ich denke, Sie waren erst mal an der Strafverfolgung extrem interessiert.

Zeugin Petra Marx: Das ist richtig. Aber wenn jemand sich andient, dann heißt das ja auch, er bricht mit der Szene, er will abkehren oder wie auch immer. Was das - - Sagen Sie mir noch mal das Datum? Szczepanski ist am 07.04.95 rechtskräftig verurteilt. Und wann soll dieser Antrag gewesen sein?

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Hier in dem Zitat steht:

Mit Schriftsatz vom 21.10.94 erging von Frau Staatsanwältin Marx die Telefonerlaubnis zweimal wöchentlich [...]

¹ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BB-9/1 i Bd. V, Blatt 27.

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

Zeugin Petra Marx: Ich kann dazu jetzt nichts mehr erklären, wie das sich jetzt verhält. Es gibt immer mal, dass von der Seelsorge oder andere - - irgendwelche Kontakte gewünscht werden, und dann wird das geprüft und dann entsprochen. Wie sich das in dem Fall verhielt mit einem Sozialarbeiter, das ist mir jetzt überhaupt nicht mehr erinnerlich oder kann ich auch nicht mehr irgendwie nachvollziehen.

Ob das den Hintergrund hat, den Sie jetzt dahinter sehen, das vermag ich überhaupt nicht mehr einzuschätzen. Es hat, wie gesagt, an unserer Verfolgung ja überhaupt nichts geändert. Wer das war, das müsste dann vielleicht - - indem dieser Mitarbeiter in den Zeugenstand gerufen wird, wie das - - für welche Sozialarbeiterstation er dort gearbeitet hat oder ob das schon die Vorbereitung war, dass man eben ihn von der rechtsextremistischen Szene - -

Denn er hat ja in der Untersuchungshaftzeit - das muss man ja so klar sagen - manchmal - - Das will ich aus meiner Erfahrung auch mitteilen: Welchen Weg Rechtsextremisten wählen, um auszusteigen - - Der kann ja sehr vielschichtig sein. Manchmal und oftmals ist es Eigennutz und nicht die Abkehr in tatsächlich rein ideologischer Form. Da machen wir uns nichts vor. Aber wir wollen natürlich jeden, der abkehrwillig ist, auf diesem Weg befördern - das ist natürlich auch klar -, und können uns nicht über die Lauterkeit seiner Motive dann also auch Gedanken machen.

Wenn jemand dem Verfassungsschutz die Hand ausstreckt und der Verfassungsschutz mit ihm zusammenarbeitet und er dann Erkenntnisse gibt und liefert: Auch das werden wir natürlich nicht verhindern oder vereiteln oder nachträglich sanktionieren, sondern das ist etwas, was begleitend aus unserer auch harten Strafverfolgungspraxis dann erwächst.

Es war aber immer klar - - Deswegen hat das mit dem Verfahren, mit der Verfahrensdurchführung bezüglich Szczepanski überhaupt nichts zu tun. Er hat dadurch keine - - Er ist dort nicht bevorteilt worden. Ganz im Gegenteil: Wir haben eigentlich mit der höchsten Elle der Verfolgung und mit der höchsten Schärfe - - sind wir ihm begegnet, unabhängig davon - - obwohl wir wussten dann ja zu einem Zeitpunkt, den ich nicht mehr nachhalten kann, über den Leiter des Verfassungsschutzes, dass es eine Kontaktabbahnung gibt.

Wie auch immer sich das dann gestaltete, das war auch überhaupt nicht unser Tisch oder mein Tisch mehr. Was der dort geliefert hat und welche Erkenntnisse er dort - - und ob er ein guter V-Mann war oder nicht - - Ich habe da mal einen „Spiegel“-Artikel gelesen, als er enttarnt worden ist. Der hat mir Aufschlüsse gegeben. Aber das ist nichts, worüber wir dann unterrichtet werden. Das läuft neben unserer Strafverfolgungspraxis.

So müssen Sie sich das vorstellen. Deshalb kann ich - - Also, ich habe keine Erinnerung, was sich hinter diesem Sozialarbeiter ...

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Versteckt.

Zeugin Petra Marx: ... versteckt.

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich möchte noch mal auf was anderes zurückkommen. Sie haben vorhin uns erzählt, dass während der Untersuchungshaft von Szczepanski in KW sehr viele Briefe beschlagnahmt worden seien, dass das sozusagen von dem JVA-Leiter an Sie auch gegangen ist als -

Zeugin Petra Marx: Muss gehen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - ja, ja - politische Dezernentin, dass Sie gesagt haben: sehr, sehr viele Briefe beschlagnahmt, sehr viel Hetze.

Zeugin Petra Marx: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Außerdem hätte es eine große Anzahl permanenter Beschwerden - - Urlaube beantragt, Ausführungen beantragt, Haftverschonung, Verlegung in andere JVAs. Können Sie uns da vielleicht noch mal - - Und: Sie haben in dem Zusammenhang auch gesagt, dass Sie das fast immer extrem restriktiv gehandhabt haben, außer einer Ausführung anlässlich eines -

Zeugin Petra Marx: Tod des Großvaters oder irgendwie so was.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - Todesfalles in der - -

Zeugin Petra Marx: An so was kann ich mich entsinnen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja.

Zeugin Petra Marx: Aber es mag auch noch andere Fälle gegeben haben. Aber es war ein extrem - das hat sich für mich noch mal verdichtet - beschwerdeträchtiger Vorgang, den wir zu bearbeiten hatten.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja. - Ich wollte die Fragen noch zu Ende stellen.

Zeugin Petra Marx: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Erstens wäre ich interessiert, dass Sie uns vielleicht noch mal ein paar plastische Beispiele geben so zur Korrespondenz. Was ist Ihnen denn da aufgefallen? Mit wem hat der denn korrespondiert? Was ist reingekommen? Was sollte rausgehen? Sie haben vorhin erwähnt, dass das ja ein hochkarätiger Mann gewesen ist mit Vernetzungen bis nach Amerika, Mahon usw. Vielleicht können Sie uns noch mal ein bisschen Einblick in diese Korrespondenz geben, die dort gelaufen ist.

Und: Wenn Sie sich in diesen ganzen Fällen nach Sonderbehandlungen und Beschwerden sehr restriktiv gezeigt haben, kontrastiert das nicht doch ein bisschen mit der Telefonerlaubnis? Ich komme immer wieder darauf zurück.

Zeugin Petra Marx: Ja, ja, nee, das ist schon - -

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Das ist dann ein bisschen inkohärent. Aber jetzt haben Sie - -

Zeugin Petra Marx: Wobei: Ich kann wirklich - - Ich habe da keine Erinnerung, was sich hinter diesem Sozialarbeiter - - Mir ist es auch aufgefallen: Sozialarbeiter? Was war das denn? - Also, das war wirklich so. Ich habe mich ja versucht - - Wenn Sie mich das ohne Akten gefragt hätten, hätte ich gesagt: „So was hat es nicht gegeben“, weil ich es einfach nicht nachhalten kann.

Ich habe mir jetzt hier ein paar Fragmente aus den Akten selber auch beigezogen, wie Briefe anzuhalten, Untersuchungshäftling Nachricht zu geben, immer an den Ermittlungsrichter müssen wir - - zwei Briefe vorgelegt im Juni 94. Dann: Bearbeitung Ihrer Beschwerde, bezüglich Ihrer Beschwerde der Zurückweisung von CDs - - sind dann gekommen auch aus dem Ausland mit irgendwelcher Musik, auch rechtsextremistischer Musik eben, die wir angehalten haben. Des Weiteren: Ihren Antrag wegen CD-Player usw., wo unter 13 Kassettenbeschaffungen - - gleichzusetzen ist mit CDs und Sie dies unterschrieben hatten. - Genau.

Also, es sind Beschwerden. Das ging jetzt auch vom Anstaltsleiter an Herrn Szczepanski. Der hatte also auch mächtig zu tun mit diesen Beschwerden, die vollzugsintern liefen. Er hat sich also in dieser Zeit des Verfahrens als durchaus noch nicht geläuterter - den Eindruck hatte ich -, sondern als ziemlich renitenter, richtiger Rechtsextremist gezeigt, der auch sagte: Wenn ich draußen bin, mache ich weiter. - So waren Schriftsätze und Briefe von ihm.

Er hat dann immer wieder - das ist diese C. S.; das war wohl seine Lebensgefährtin dann dort - Besuchserlaubnisse beantragt mit dem anderthalbjährigen Sohn, den man gemeinsam hatte. Und die Verlegung, als er in der JVA, in einer anderen JVA war, hatte wohl auch damit zu tun, dass wohl irgendwie der Besuchszugang von seiner Frau und dem Sohn erleichtert werden sollte und nicht auch noch beschwert werden sollte, weil die lange Dauer der Untersuchungshaft - -

Und dann kamen natürlich immer wieder anwaltlich vorgetragene Außervollzugsetzungsanträge: Er hat doch eine feste Bindung, er hat ein Kind, ist in einer festen Beziehung, ist erstmalig in der Haft, ob denn hier nicht eine Haftverschonung in Anbetracht des Verfahrensganges in Erwägung zu ziehen ist. Dem haben wir uns generell auch versperrt.

Hier habe ich mal einen Antrag auf Ausführung außerhalb der Anstalt. Was das jetzt ist und war und welcher Grund - - Manchmal sind es auch gesundheitliche Dinge. Der Untersuchungshäftling muss - ich sage das mal so salopp - zum Zahnarzt oder hat irgendwelche Gebrechen. Dann müssen also auch Ausführungen oder dorthin - - Stimmen Sie dem zu, und unter welchen Sicherheitsauflagen? - Das sind also Dinge, die auch gelaufen sind. Aber das ergibt sich, weil diese Schreiben dann natürlich immer mit diesem Antrag auch entweder zurückgegangen sind und wir dann einfach nur unsere Kopie des Antrags fertigen und als Anlage wieder

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

übersenden - - Aber ich habe den Antrag, worauf das zurückzuführen ist, in den Akten jetzt auch nicht - jedenfalls das, was ich hier hatte - hiergehabt.

Hier mal:

Sehr geehrter Herr Szczepanski,

Ihre zwei in englischer [sic!] Sprache abgefaßten Briefe gingen zur Postkontrolle [...]. Ich weise Sie in diesem Zusammenhang nochmals darauf hin, daß die Gerichtssprache deutsch ist [und der Staat das nicht auf seine Kosten übersetzen wird].²

Also, das war vielfältige Korrespondenz aus dem Ausland. Ich kann Ihnen das wirklich jetzt nicht mehr sagen. Das war jedenfalls eine Menge, was dort uns erreicht hatte und eben zur Genehmigung anstand.

Mit der Anklageerhebung sind wir nicht mehr zuständig. Dann ist das Gericht zuständig. Dann gilt das Gleiche. Wie lange und was sich dort noch entwickelt hat - - Ich habe nur gesehen, dass die Kammervorsitzende Frau Dr. Hecht dann auch noch alle Hände voll zu tun hatte und Dinge immer wieder beschlagnahmte und sagte: „wird nicht weitergeleitet, wird versagt“ - ähnlich so, wie wir das gehandhabt haben.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. - Also, Sie können jetzt keinen konkreten Absender angeben, ob das irgendwelche bekannten Organisationen waren.

Zeugin Petra Marx: Nee, das - -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Das nicht. Okay. - Noch eine weitere Frage. Sie haben gesagt, der Anstaltsleiter hatte alle Hände voll zu tun mit diesen ständigen Eingaben, Beschwerden, der unglaublich zahlreichen Post, die er an Sie weiterleiten musste. Halten Sie es für denkbar, dass sich ein Anstaltsleiter auch nach einigen Jahren an so einen exponierten Fall nicht mehr erinnert?

Zeugin Petra Marx: Das ist jetzt eine Frage - - ist ja eine rein hypothetische. Das weiß ich nicht. Es gibt - - Ich habe auch, muss ich mal sagen - - Wenn's ins Detail geht - das sehen Sie ja auch - große Schwierigkeiten, mich überhaupt an solche Details - - Bei einer derartigen Detailfülle, bei Hunderten von Verfahren, die danach gekommen sind, auch von diesen verwobenen Verfahren - - Wenn ich auch Szczepanskis Rolle in Dolgenbrodt - - muss ich immer aufpassen: War das jetzt die Rolle in seinem Verfahren, oder ist das im Dolgenbrodt-Verfahren? Alles, was danach kam, dann auch prozessbegleitend - - Dann hat man das mitgeteilt bekommen. Das stand in den Akten. Das hast du wieder von der anderen Seite erfahren. - Also, es ist ganz schwer, sich daran zu erinnern. Ich bemühe mich. Ohne diese Akten hätte ich überhaupt auch nur ganz, muss ich mal so sagen, die Eckpfeiler noch erinnert.

² Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BB-9/1 i Bd. IV, Blatt 48.

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

Ich bin zum Beispiel davon ausgegangen - nur um das mal zu sagen, wie durch die Zeit auch die eigene Erinnerung dann getrübt ist -, ich dachte, dass ich die Anklage von Herrn Staatsanwalt Bannenberg, die Strafrichteranklage, zur Unterschrift in der Urlaubsvertretung vorgelegt bekommen habe und dann aus der Gesamtschau sagte: „Die unterschreibe ich nicht“, und bin dann zu meinem LOStA gegangen. Aber so war es nicht. Woher ich das jetzt hatte - - Ich will einfach nur sagen: Es ist durch den Abstand dieser Jahre - 23, 25 Jahre ist das alles her - irgendwas geblieben. Irgendwas war mit der Anklage; das ist richtig. Aber es war eben nicht so, dass ich die Anklage nicht unterschrieben habe, ich habe die Anklage zurückgenommen. - Das ist also ein anderer Sachverhalt. Es ist eben ein bisschen was hängen geblieben insoweit.

Ein JVA-Leiter, der mit vielen Mördern, Verbrechern - da ist eben - - zu tun hat - - und massige Post und dann eben vielleicht auch in verschiedenen Anstalten - - Also da dann zu sagen, der muss sich erinnern an einen wie Szczepanski - - Der war ja relativ - - Ich muss mal sagen, er war ja nicht so auffällig, dass er dort, in der Anstalt - so habe ich das jedenfalls gelesen -, gewaltbereit - - oder dass er mit anderen Häftlingen nicht konnte. Der war einfach ziemlich rührig in der eigenen Sache. Das macht es dann ein bisschen stressig. Aber ich denke mal, JVA-Leiter sind da auch ganz anderes noch gewöhnt, was dann dort in der JVA zum Teil möglich ist an vollzugsinternem Verhalten.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. - Sie hatten uns ja an mehreren Stellen erläutert, dass Sie wussten, dass Szczepanski sozusagen dann vom Verfassungsschutz angeworben wurde bzw. sich ihm angedient hat. Ich würde Ihnen gern jetzt einen weiteren Vorhalt zur Kenntnis bringen, und zwar von einem Dr. Lemke, Abteilungsleiter II des MdJ, vom 17.10.95. Ich zitiere:

Sowohl die Dezernentin Marx als auch die Generalstaatsanwaltschaft, keineswegs aber die Abteilung V MI waren der Auffassung, daß Sz. ein formeller V-Mann des Verfassungsschutzes des Landes Brandenburg sei. Dementsprechend glaubte die Staatsanwaltschaft, es sei erforderlich, ihm eine Vertraulichkeitszusage zu geben und Frau Staatsanwältin Marx als Vernehmungsperson in den Prozeß einzuführen. Dieser Weg ist von den Abteilungen III MdJBE und V MI als unangemessen verworfen worden. Abteilung V MI hat klargestellt, daß Sz. kein V-Mann sei, sondern gewöhnlicher Zeuge.³

Ende des Zitates. - Wie haben Sie das in Erinnerung?

Zeugin Petra Marx: Ich kenne das - diesen Vermerk - nicht, was Sie mir jetzt vorlesen. Ich habe nur - - Deshalb das vielleicht auch vorangestellt: Ich war damals Sitzungsvertreterin in dem Verfahren Dolgenbrodt zusammen mit Herrn Sörries. Wir sind zu zweit rein und dann zu einem Zeitpunkt, wo weitere Verfahren eben auch anstanden. Wenn zwei Dezernenten im politischen Bereich auch für eine gewisse lange Verfahrensdauer gebunden sind und dann natürlich das Tageswerk nicht

³ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BB-9/1 b, Blatt 39.

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

schaffen können, war die Frage: Ist es erforderlich, dass wir weiterhin zu zweit hier reingehen?

Herr Sörries selbst hat dann, weil die Entscheidung damals getroffen ist von Herrn Lehmann, nachdem ich also die Sichtweise hatte: „Er ist es, wir müssen nur versuchen, noch nachzubessern“, und Herr Sörries sich auf diese sogenannte Statistenrolle beschränken wollte - - kam die Entscheidung des Leitenden Oberstaatsanwalts: Frau Marx, Sie sind die erste Sitzungsvertreterin, Sie führen, und Herr Sörries arbeitet Ihnen zu.

Mit dieser Rolle, muss ich sagen, konnte sich Herr Sörries damals nicht ganz so anfreunden. Wir sind dann auch - - Das ist eben so, dass man in der Sitzung zuweilen - - Ich hatte ja dann auch eine Strategie: Wie werden Zeugen befragt? - Viele, die dort als Zeugen im Dolgenbrodt-Verfahren erschienen waren, haben sich ja nachher selber auf der Anklagebank wiedergefunden. Sie erinnern sich an die Folgeverfahren, die die Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) dann nach Rechtskraft des Verfahrens gegen Silvio J. betrieben hat. Das waren der Blumenhändler O. und andere, die dort dann als Geldgeber eben ermittelt und enttarnt worden sind. Deren Aussagen im Zeugenstand waren für uns natürlich von enormer Wichtigkeit. Da hatte jeder eine andere Herangehensweise, und dann ist eben auch die Festlegung von mir getroffen worden, dass Fragen - - dass wir uns abzustimmen haben, damit es nicht bei uns auseinanderläuft. Das hat sich also dann doch als beschwerlich erwiesen, sodass Herr Sörries dann selber um Entpflichtung gebeten hatte. Der LOStA fragte mich dann: Frau Marx, kommen Sie alleine damit klar als Sitzungsvertreterin in dem Verfahren? - Ich habe das dann bejaht, und dann ist Herr Sörries abgezogen worden.

Er ist dann aber noch mal in das Verfahren eingestiegen, als Szczepanski vernommen wurde und das Gericht mich bat, den Sitzungssaal zu verlassen, damit Szczepanski, völlig unbeeindruckt von dieser Prozessklärung, die ich abgegeben habe, dass ich ihn schon mal aufgesucht hatte, und, und, und, und den grotesken Vorwürfen der Verteidigung: „Das ist ein gekaufter Zeuge der Staatsanwaltschaft“ - - sozusagen sein soll - - dass Herr Sörries dann als Sitzungsvertreter fungierte, ich den Saal verlassen hatte. Nach der Vernehmung von Szczepanski bin ich wieder als erste Sitzungsvertreterin nachgerückt.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Frau Nonnemacher, letzte Frage bitte.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Könnten Sie noch mal eingehen auf diese Unklarheiten im Status - formeller V-Mann des Verfassungsschutzes oder nicht? Können Sie sich da erinnern, dass es eine Situation gab, in der Sie Szczepanski für einen formellen V-Mann hielten, die Verfassungsschutzbehörde aber nicht? Und wie hat der Verfassungsschutz damals seine Position, er sei kein formeller V-Mann, begründet, wo Sie doch die ganze Zeit uns hier schildern, dass es Ihnen völlig klar war, dass er einer war?

Zeugin Petra Marx: Nee. Also, das habe ich nie gesagt. Ich weiß bis heute nicht, was er war für den Verfassungsschutz. Dass er sich angedient hat oder angeworben wurde, darüber bin ich unterrichtet worden. Und dann eben die klare Aussage meines

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

Leitenden Oberstaatsanwalts, dass das aber, Frau Marx, für Ihre Verfahrensführung, für Ihre Ermittlungstätigkeit überhaupt keinen Einfluss hat; Sie ermitteln hartnäckig weiter, Sie werden die Anklage erheben, Sie werden die Sitzungsvertreterin sein und an der Verurteilung - -

Alles, was eben mit dem Verfassungsschutz gelaufen ist, ist über meinen Chef gelaufen, was es dort eben an Gesprächen gab. Da finden sich für mich - - Und vieles ist mir da, denke ich mal, auch um mich nicht zu beschweren als Sitzungsvertreterin - - Denn das war natürlich, nachdem Szczepanski in den Zeugenstand gerufen wurde, ein ziemlicher Paukenschlag damals, nicht nur für die Verteidigung, auch in der Presse. Und dann natürlich diese Beweisanträge, die dann nicht enden wollten, von der Verteidigung, das Verfahren auszusetzen, die Staatsanwaltschaft zu beauftragen, die Besuchlisten eben beizuziehen, dann eben die Staatsanwältin selbst in den Zeugenstand zu rufen, und, und, und.

Wir haben dann erwidert, dass Herr B. in den Zeugenstand gerufen werden sollte. Das war dann mein Antrag, weil eben der Angeklagte in unlauterer Weise auf den Zeugen M. S. damals eingewirkt hat: „Sag bloß nicht die Wahrheit.“ B. stand daneben, und ich habe das aufgeschnappt und habe das dann am Nachmittag in einen Antrag auf Inhaftierung des Angeklagten, der ja bis dahin frei war - also, er war nicht inhaftiert -, wegen des Verdachts der Verdunkelungsgefahr - - und gleichzeitig eben den Antrag gestellt, Herrn B. als Verteidiger zum Zeugen und zum Zwecke des Beweises gerade dieser Tatsache der unlauteren Zeugenbeeinflussung seines eigenen Mandanten in den Zeugenstand zu rufen. Das heißt, es war also auch ein ziemlicher Schlagabtausch - das will ich auch mal bezeichnen - zwischen der Verteidigung und der Staatsanwaltschaft, und das gipfelte dann eben in diesen Unterstellungen gegenüber der Staatsanwaltschaft.

Ich bin damals ja auch sehr intensiv im Zeugenstand vom Landgericht der Jugendkammer befragt worden zu diesen Vorwürfen, habe genauso, wie ich das heute tue, Auskunft gegeben.

Vielleicht, um das mal klarzumachen, was bei uns Vorrang hatte: Als Szczepanski in den Zeugenstand gerufen wurde, war uns klar und war allen klar, dass für den Fall, dass der Verteidiger B. ihn fragen wird: „Herr Szczepanski, arbeiten Sie für den Verfassungsschutz oder für irgendeinen Dienst?“, und Szczepanski hätte das verleugnet, wäre - das war vorher durchgegangen: Wie verhalten wir uns? - ich aufgestanden und hätte eine Erklärung abgegeben, dass Herr Szczepanski für den Verfassungsschutz arbeitet oder wie auch immer. Also, diese Erklärung sollte ich dann - das war abgesprochen mit meinem Chef - - hätte ich abgegeben. Er wäre damit sozusagen verbrannt oder enttarnt. Aber ich hätte ihm dann noch mal die Möglichkeit gegeben: Herr Szczepanski, Sie werden vereidigt, es ist alles wortprotokolliert, berichtigen Sie Ihre Aussage. - Das ist ja nach dem Gesetz möglich. Wenn er das nicht getan hätte, hätte zwar der Kern seiner Aussage ansonsten Bestand gehabt; aber auch, wenn er in diesem Punkt die Unwahrheit gesagt hätte, dann wäre das unter Beweis gestellt worden.

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

Das heißt, es lag also in der Aussagesituation des Szczepanski damals auch eine gewisse Spannung, muss ich mal so sagen. Ich selber bin ja über die Aussage - ich habe sie ja nicht erlebt - im Nachgang von Herrn Staatsanwalt Sörries und von der Kammer natürlich auch unterrichtet worden, was Szczepanski im Zeugenstand gesagt hat vor der Jugendkammer.

Einfach nur, um das klarzustellen: Ich habe da nicht in Erfahrung gebracht damals und meinen Chef gefragt: Was ist er denn nun jetzt? Ist er nun informeller Mitarbeiter? Wie nennen wir das denn? - Das war für mich völlig nebensächlich. Das war auch - - Ich hätte nur - - Ich wusste, er hat Kontakt mit dem Verfassungsschutz. Welche Rolle er jetzt dort gespielt hat, das weiß ich bis heute nicht.

Ich kenne also auch diesen Schriftverkehr, der dann zwischen meinem Chef - - Und mein Chef hat dort dann eben auch Aufzeichnungen gefertigt, Vermerke, die er im Nachgang diktiert hat. Die sind zur Handakte - - und mir insoweit, als dass ich, wenn ich die Handakten nachgelesen habe, darüber Kenntnis erlangt habe - -

Aber Sie können davon ausgehen, dass der Leitende Oberstaatsanwalt über das, was er mit dem Verfassungsschutz beabsichtigt zu erörtern, mich nicht vorher gefragt hat oder kontaktiert hat, sondern mich nur insoweit in Kenntnis gesetzt hat, als es für mich als Sitzungsvertreter erforderlich war. Und erforderlich war die Absprache: Frau Marx, sollte Szczepanski in diesem Punkt, wenn diese klare Frage von Herrn B. kommt, die Unwahrheit sagen und das leugnen, werden Sie diese Erklärung abgeben. - Das war klar.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Bevor wir in die zweite Fragerunde gehen, eine Frage an Sie, Frau Marx. Wir haben Sie jetzt exakt zwei Stunden in der Mangel. Möchten Sie eine kleine Pause haben? Das steht Ihnen zu.

Zeugin Petra Marx: Ich melde mich.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ich bitte darum. Nicht dass wir Sie hier über die Maßen strapazieren.

Dann gehen wir in die zweite Fragerunde. Es beginnt die SPD-Fraktion. Frau Gossmann-Reetz, bitte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber, Frau Marx, Sie haben doch den Vorsitzenden der Großen Strafkammer über die Tätigkeit von Szczepanski informiert nach seiner Aussage.

Zeugin Petra Marx: Den von der Jugendkammer. Nicht in Szczepanskis Verfahren, sondern in dem Verfahren Dolgenbrodt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja. Aber Sie haben ihn dann doch informiert. Was hat Sie dazu veranlasst?

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

Zeugin Petra Marx: Na, wir haben doch Szczepanski in den Zeugenstand gerufen, und wir wollten einen Beweisantrag stellen. Die Frage war jetzt - und deswegen war ja auch noch mal der Besuch des Szczepanskis in der JVA -: Bleibt er dabei? - Es war dann zwischen dem General und uns und dem LOStA klar: Frau Marx wird den Antrag stellen, Szczepanski kommt und nicht irgendein Mitarbeiter vom Verfassungsschutz, der dann als Zeuge vom Hörensagen irgendwo was mitbekommen hat, weil sich damit Folgeanträge angeschlossen hätten und die Gefahr bestand, dass im Prinzip - - Das originäre Beweismittel ist immer das, was natürlich die Gerichte wollen, und das ist der Zeuge, der den Zeugenbeweis erbringt.

Und deshalb bin ich zu dieser - - Ich habe mit der Kammer telefoniert oder wie auch immer - ich weiß das jetzt nicht mehr -, auf jeden Fall, dass wir Szczepanski in den Zeugenstand rufen wollen. Es gab da ja auch einen Kontakt. Manchmal sind wir unterrichtet worden, dass - - von der Verteidigung sind wieder die und die Anträge - - Frau Marx, Sie müssten sich kurzzeitig dazu noch positionieren. Es geht dann und dann wieder weiter. - In dem Zusammenhang werde ich geäußert haben, dass wir also Szczepanski in den Zeugenstand rufen aus dem Verfahren soundso, und an den Fundstellen soundso, habe ich die Kammer darauf hingewiesen, finden sich Ermittlungsparallelen, denen wir nachzugehen haben, und wir behaupten und meinen, dass - - Und dann kam diese Erklärung.

Das Gericht hatte dann damals gerügt und meinte, man hätte da gleich schriftlich etwas zu den Akten bringen müssen. Aber das ist eine Soll-Vorschrift, und wir waren uns ja sicher, wir bringen den präsenten Zeugen und wollen jetzt nicht einen Aktenvermerk in die Akten - - mit der Maßgabe: „Das wird der Zeuge bekunden“, sondern wollten das Beweismittel direkt einführen.

Im Nachgang kann man sagen: Daraus hat die Verteidigung wieder etwas machen wollen, konstruieren wollen, und deshalb gab es also auch diese Prozessklärung, die von mir gefertigt wurde und dann förmlich zu den Akten gekommen ist. Dann ist trotzdem seine Vernehmung erfolgt, so wie wir es auch angedacht hatten.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das Ganze führte aber zu einer eingeschränkten Aussagegenehmigung für Sie persönlich. Richtig?

Zeugin Petra Marx: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Können Sie uns dazu noch mehr sagen? Wie hätten Sie sich das Vorgehen denn damals gewünscht? Das war ja sicher nicht in Ihrem Sinne.

Zeugin Petra Marx: Na, gewünscht - - Also, diese Entscheidung ist ja getroffen worden - ich habe das noch mal nachgelesen - damals - - Der Abteilungsleiter 1, Herr Oberstaatsanwalt Hundertmark, hatte das verfasst und ist herantreten an das Ministerium - - oder General mit der Maßgabe, hier eine eingeschränkte Erklärung abzugeben - eingeschränkt insoweit, als dass wir nicht erklären - - also, sobald irgendwelche Erkenntnisse hinsichtlich der Rolle von Szczepanski, eben diese Andienung dort, bekannt gemacht werden sollten - - dass man das dort dann eben

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

einer besonderen Genehmigung zuführt, das heißt also, dass dieses Wissen von uns auf jeden Fall nicht in das Verfahren gebracht wird.

Das heißt, Herr Bröhmer damals als LOSTA - - Ich bin nun schon lange raus und mache keine politischen Verfahren mehr. Deshalb muss ich mich da auch ein bisschen mit diesen Formalien, wie das dann läuft, zurücknehmen. Der LOSTA Bröhmer hatte dann eben so sinngemäß gesagt, die Erklärung oder die Aussagegenehmigung sollte so abgefasst werden, dass also auch die Belange des Verfassungsschutzes, welche das eben - - dass man eben Kontakt zu Szczepanski aufgenommen hat, dass das eben von der Staatsanwältin Marx im Zeugenstand - - ist dann eben - - Wie ist es formuliert worden? Ich finde das jetzt nicht. - „Die Belange zu berücksichtigen“ oder irgendwie so, also was immer das auch sein soll.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Finden Sie nicht, dass da auch massiv Druck ausgeübt worden ist?

Zeugin Petra Marx: Wie, „massiv Druck“?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Vom Innenministerium, auch mit der Drohung eventuell, dass dann ja ein sehr teures Zeugenschutzprogramm vielleicht auf das andere Ministerium zukommen würde. Ist Ihnen da was erinnerlich?

Zeugin Petra Marx: Nee. Also, dass Drohungen in irgendeiner Weise eine Rolle spielten: Nein.

Und Kosten - ich muss das mal so sagen -: Wir können uns als - auch wenn das natürlich vom Steuerzahler immer berechtigt ist - - aber wir haben Opportunitätsmöglichkeiten. Dort haben wir Kostenfolgen im Blick. Aber wenn es um eine Mordanklage geht oder um eine Brandstiftung, die hier eben im Land Brandenburg zu schweren auch politischen Verwerfungen geführt hat - - Und dass das auch unerträglich war, dass dieser Anschlag nicht aufklärbar schien und dass also die Justiz oder eben auch die Polizei in der Hinsicht mit den Ermittlungen nicht obsiegte - - Das war natürlich unerträglich, wenn man hätte feststellen müssen, dass der Anschlag in Dolgenbrodt auf das Asylbewerberheim ungeklärt und unaufklärbar zu sein scheint aufgrund eben der schlechten Ermittlungen, die damals im Staatsschutzbereich geführt worden sind, und wir keinen direkten Beweis hatten, nur immer einen Täter, der sagt: „Ich bin's“ und: „Ich bin's nicht“. Einen zwingenden Beweis konnten wir nicht erbringen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Es gab ja im Vorfeld Ihrer Aussage ein Gespräch zwischen Ihnen, den Vertretern des Brandenburger Verfassungsschutzes, dem Generalstaatsanwalt und dem Abteilungsleiter III.

Zeugin Petra Marx: Der Verfassungsschutz saß da nicht mit am Tisch. - Was jetzt? Abteilung III?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mhm. Aus Strafrecht, Herr Dr. Lemke.

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

Zeugin Petra Marx: Und ich? Ich soll - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja. Soll es ein Gespräch gegeben haben zu Ihrer Aussage.

Zeugin Petra Marx: Zur Aussagegenehmigung?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Zur Aussagegenehmigung für Sie.

Zeugin Petra Marx: Kann ich mich nicht mehr erinnern. Wie diese Aussagegenehmigung - - Ich weiß nur, dass die eben eingeschränkt - - Und das habe ich hier, von unserem Leitenden Oberstaatsanwalt, an das Ministerium durch den General, Aussagegenehmigung:

Zum Zweck der Prüfung des Wahrheitsgehalts der Bekundungen des Zeugen Szczepanski zur Sache hat Staatsanwältin Marx die Rede auch auf diese Beziehungen gebracht, weil abzuklären war, ob etwaige Vorteile, die sich Szczepanski von dieser Dienststelle erhofft, seine Bekundungen zum Wahren oder Unwahren beeinflusst haben könnten.

[...]

Ich rege daher an, die Aussagegenehmigung für Staatsanwältin Marx zu beschränken auf die Tatsachen, die den Verfahrensgegenstand im engeren Sinne betreffen.

Also, das alles ist wie - - Ich habe das zur Kenntnis genommen. Ich muss mich um eine, so wie ich das heute getan habe - heute habe ich eine uneingeschränkte Aussagegenehmigung - - ist die damals - - Und das habe ich nicht zu verantworten, sondern das ist vom LOStA eben - -

Gegen die Erteilung einer uneingeschränkten Aussagegenehmigung bestehen aus meiner Sicht erhebliche Bedenken.⁴

Und dann ist das erörtert worden. Dass ich dort noch angehört wurde mit der Maßgabe, wie ich das jetzt sehe, das erinnere ich nicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay.

Zeugin Petra Marx: Ich weiß auch, dass es im Nachgang eben Irritationen, Deutungsänderungen gab zwischen dem Ministerialdirigenten Dr. Lemke und dem Leitenden Oberstaatsanwalt, also meinem Chef. Auch das sind Vermerke, die aber ohne eine jegliche Beteiligung von mir jetzt - - Ich will das auch nicht kommentieren, wer da was gesagt hat, auch mit dieser Halbstrafenentscheidung, ja oder nein, hat er das damit gemeint oder nicht, sollte das befür- -

⁴ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: Generalakten betreffend Strafverfahren gegen Silvio J., MdJEV, Blatt 49 f.

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

Für mich liest sich das und las sich das im Nachgang - - Ich muss mal sagen: Damals, als ich in der Sitzung war, hat mich das, glaube ich, auch gar nicht tangiert, weil ich hatte die Beweisstrecke. Was da jetzt lief und wann diese Vermerke auch dann von Herrn Lehmann zur Akte, zur Handakte gebracht worden sind, kann ich jetzt nicht mehr sagen. Also, das ist - -

Ich weiß auf jeden Fall: Für mich - - Ich muss mal so sagen: Auch diese Dinge, die sich dort finden in den Handakten, zwischen Ministerialdirigent Dr. Lemke und Verfassungsschutz und meinem Leitenden Oberstaatsanwalt und Abteilungsleiter, das ist für mich so Art - - Zum Teil hätte ich das überhaupt nicht erinnert, weil das für mich so Dinge waren, die ich überhaupt nicht erinnert habe. Da war ich auch relativ unbeteiligt. Vielleicht hat man mich kurz um Stellungnahme am Telefon gebeten. Aber dass ich dort in irgendeiner Weise die Federführung hatte, also das kann - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich meinte nicht Federführung, sondern eher so die Frage, ob Sie solche Gespräche oder Einwürfen beeindruckt haben oder Sie das Gefühl haben - -

Zeugin Petra Marx: Nee. Also, mich hat das überhaupt nicht beeindruckt. Mich hat es auch nicht tangiert. Ich glaube auch - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie hatten auch nicht das Gefühl, es möchte Sie jemand beeindrucken.

Zeugin Petra Marx: Nein, überhaupt nicht. Mein LOStA - ich denke mal, das sind ja dann auch Unstimmigkeiten, die zwischen Ministerium, Generalstaatsanwalt und LOStA liefen - hat mich auch zum Schutz meiner Person damit nicht belastet. Ich war seine Sitzungsvertreterin in der Sache, und die Auseinandersetzungen, die dort aufgrund irgendwelcher Unstimmigkeiten - - Ich weiß, dass das dort eine hart umrungene Sache war. Das ging los mit dieser ersten Einbestellung, die wir sofort am nächsten Tag hatten. Nachdem ich meinen LOStA informiert hatte mit Szczepanski, ihn aufgesucht hatte, sind wir sofort einbestellt worden zum Generalstaatsanwalt, und dort gab es dann - diese Protokollvermerke habe ich ja auch nicht gefertigt, sondern die hat mein Chef gefertigt - die Festlegungen, die dort getroffen worden sind. Alles, jeder einzelne Schritt, der dann vollzogen wurde, wurde immer von mir in enger Rückkopplung und durch Weisung von meinem Leitenden Oberstaatsanwalt dann eben angewiesen und von mir umgesetzt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich muss Ihnen dann leider doch noch mal vorhalten, dass in den Gesprächsvermerken durchaus protokolliert ist, dass Sie teilgenommen haben an diesen Gesprächen.

Zeugin Petra Marx: Dann kann das - - Vielleicht hat man mich hinzugezogen, aber - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Inklusive Verfassungsschutz. Also, Sie werden als anwesend bezeichnet und auch der Verfassungsschutz.

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

Zeugin Petra Marx: Kann ich nicht mehr erinnern. Kann ich auch nicht sagen, ob ich mit dem Verfassungsschutz an einem Tisch saß.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut.

Zeugin Petra Marx: Aber ich kann, wie gesagt, bis heute nicht klar sagen, was Szczepanski für den Verfassungsschutz war, also welche Rolle er dort hatte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ist Ihnen das Schreiben von Herrn Pfaff an den LOStA vom 16.10. bekannt, in dem es um diese Kostenandrohung geht?

Zeugin Petra Marx: Noch mal.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich zitiere mal, mache Ihnen den Vorhalt:

Die Offenbarung der von Seiten Sz's bestehenden Kontakte zu Verfassungsschutzbehörden führt zu aktueller Lebensgefährdung über Jahrzehnte, und zwar jetzt, während des Verweils in der Haftanstalt, als auch im Falle einer späteren Entlassung. Zu seinem Schutz werden - und das belegen vielerlei Erfahrungen - Aufwendungen in Höhe mehrerer Millionen DM entstehen. Hierfür werden die Justizbehörden haftbar gemacht.⁵

Zeugin Petra Marx: Dieses Schreiben habe ich in den Unterlagen, die ich jetzt hier habe - - Wie gesagt, ich habe jetzt nicht alles. Ich habe ein gutes fotografisches Gedächtnis. Aber aufgrund der Vielzahl der Vermerke erinnere ich nicht dieses Schreiben. Ich habe jedenfalls auch die Handschrift oder Pfaff hier überhaupt nicht gefunden.

Was ich habe, das ist eben ein Bericht vom 24.01.96. Da geht es dann eben, nachdem mein LOStA jetzt - - nachdem der Leiter der Abteilung V des Innenministeriums den Unterzeichneten aufgesucht und ihn gebeten hat und dann eben mit maßgeblichen Stellen, und, und, und, und, und - - Das heißt also, das ist alles dann von meinem Chef in Diktatform - a) - entweder berichtet worden - - Die Berichte sind ja eingepflegt worden; aber hier zeichne ich nicht mit oder so, sondern das sind Berichte des Leitenden Oberstaatsanwalts dann an den General und an das Ministerium gewesen, die eben dann diese Rückkopplung und diese Entscheidungen getroffen haben, unter anderem auch, wie ich hier lese, Ministerialdirigent Dertinger. Also, es sind natürlich viele - - dem Leiter der Abteilung V des Innenministeriums; das findet sich hier, aber - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Frau Marx, ich habe Ihnen das ja gerade zitiert, und Sie haben das ja vielleicht auch vernommen.

Zeugin Petra Marx: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie bewerten Sie denn solche Aussagen einer Justiz gegenüber? Empfinden Sie das nicht auch - - Oder stimmen Sie zu, dass

⁵ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: Generalakten betreffend Strafverfahren gegen Silvio J., MdJEV, Blatt 3.

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

wir das vielleicht doch erst mal als Druckausübung wahrnehmen, wenn wir diese Unterlagen lesen?

Zeugin Petra Marx: Dass der Verfassungsschutz natürlich seine Belange und die Sichtweise: „Wie will man mit ihm weiterarbeiten?“ verfolgt, vorträgt - ganz berechtigt. Dass wir unsere Belange - - Und die Belange der Strafverfolgung hatten einfach Vorrang. Das war für uns klar. Das war die Order meines Chefs, muss ich mal so sagen. Ich bin als junge Dezernentin, anderthalb Jahre oder zwei Jahre tätig, an dieses Verfahren herangeführt worden und hatte bis dahin keinerlei Erfahrung im Umgang mit dem Verfassungsschutz in solcher Dimension, also in solchen Verfahrensarten, sodass für mich - und das hatte ich Ihnen vorhin gesagt - -

Ich habe die Frage meinem Chef gestellt: Was heißt das jetzt für das Verfahren? - Das weiß ich noch. - Was heißt das jetzt: dass er kontaktiert oder angedient - - Ändert das jetzt irgendetwas? - Und da gab es die klare Ansage von meinem Chef - was ich jetzt nochmals wiederhole -: Frau Marx, Sie ermitteln weiter. Sie werden mithelfen, dass eine Verurteilung im Sinne der Anklage erzielt wird. Es gibt keinerlei veränderte Sachlage. Alles andere wird dann zu gegebener Zeit entschieden.

Er hat das also auch so mal dargestellt, dass aufgrund seiner - - der Zusammenarbeit eben mit dem Verfassungsschutz hier diese Möglichkeiten ausgelotet worden sind, weil es ja dann auch um Halbstrafe oder um Kosten ging usw. Alles das wird erörtert worden sein zwischen dem Verfassungsschutzchef und meinem Chef. Aber sie haben keinerlei Auswirkungen auf mich als Sitzungsvertreterin gehabt.

Und vieles, muss ich sagen, an diesen Vermerken - ob ich das damals wirklich auch bei der Fülle der Pressearbeit, die ich zu leisten hatte, und, und, und - - Also, das waren ja - - Ich habe ja nicht nur dieses Verfahren gehabt. Meine Dezernatsarbeit war die Pressesprecherin des Hauses. Ich habe in anderen Verfahren parallel Stellung nehmen müssen, mich in die Sachverhalte - - Also, diese Dinge, die dann da intern liefen, die hatten für mich keinen Vorrang, weil ich immer diese Order von meinem Chef hatte: Das wird Sie in Ihrer Tätigkeit als Sitzungsvertreterin einfach nicht beeinflussen. - Das war einfach die klare Ansage.

Insoweit ist das für mich - als ich das jetzt so nachgelesen habe -, denke ich - - Es war so richtig interessant. Denke: Da schau mal, das ist so gelaufen. - Also, auch das würde ich nicht mehr erinnern, weil es keiner aktiven Rolle meinerseits bedurfte. Alles, was ich aktiv gestaltet habe - das sehen Sie ja auch -, erinnere ich ganz. Also, wenn ich das jetzt so sehe, dann weiß ich das: Ach ja, da bist du dahin gefahren, genau, und da war die Frage, und da hat er das gesagt. - Aber in dem Zusammenhang, was sich mit dem Verfassungsschutz eben entwickelt hat, bin ich nur insoweit unterrichtet worden, als es erforderlich war.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Frage.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und wie erklären Sie sich, dass sich der Verfassungsschutz in diesem Zusammenhang auch immer auf Versprechungen gegenüber Szczepanski beruft, Hafterleichterungen, Haftverminderungen?

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

Zeugin Petra Marx: Das findet sich eben wieder in dem Vermerk. Und wenn, dann ist das etwas, was der Leitende Oberstaatsanwalt - - Aber das kann ich nicht interpretieren. Ich habe mit dem Verfassungsschutz keine Versprechungen getroffen oder irgendwelche Übereinkünfte erzielt. Das war weder meine Rolle noch meine Aufgabe. Wenn, dann wird es so was gegeben haben: Was ist möglicherweise, wenn Szczepanski sich andient, wenn er nützlich ist für die Justiz, und wenn er dann eben auch seine Rolle zur Verhinderung oder Aufdeckung von Straftaten leistet? Wie wird die Justiz oder wie wird der Staat ihm entgegenkommen?

Natürlich gibt es da Möglichkeiten. Es gibt Möglichkeiten - in jedem Verfahren - des Deals, wenn jemand sehr geständig ist, wenn jemand andere Hinweise gibt, oder eine Kronzeugenregelung, dass wir da Möglichkeiten haben, das auch zu honorieren. Aber das sind Absprachen, die ausschließlich mein Chef getroffen hat mit dem Verfassungsschutz. Das kann ich nicht kommentieren. Das ist einfach - - Das müssen Sie einfach so zur Kenntnis nehmen. Das hat meine Rolle als Sitzungsvertreterin überhaupt nicht tangiert.

Unsere gesamte Rolle, die wir im Verfahren Szczepanski ausgeübt haben, auch unser Antragsverhalten, wie wir im Prinzip das geschärft haben, und auch die Schlussantragstellung zeigen: Wir waren völlig unbeeindruckt, ob er jetzt mit dem Verfassungsschutz dort zusammenarbeitet oder nicht, in welcher Rolle auch immer.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich muss leider - - Entschuldigung, ich muss verlängern. - Ich habe hier einen Vermerk von einem Mitarbeiter des Verfassungsschutzes, der durchaus zu erkennen gibt, dass es mit Ihnen Absprachen gegeben hat. Dieser Mitarbeiter hat sich mit Ihnen verständigt, nach der eidesstattlichen Aussage von Herrn Szczepanski. In diesem Vermerk geht es darum, ob Herr Szczepanski zum Beispiel Umschulungsmaßnahmen durchführen durfte in nächster Zeit, ob eine Verlegung deswegen stattfinden könnte. Sie sollen wiederum gesagt haben, dass eine Weiterbildung nur in Brandenburg durchgeführt werden könne. Dann geht es hier zum Beispiel auch um die Verlegung in eine Einzelzelle. Abschließend:

„Frau Marx sagte zu, diese Aspekte zu berücksichtigen.“⁶

Zeugin Petra Marx: Wann denn? Wann? Wann soll das gewesen sein?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): 04.10.95. - Darf ich ihr den Vorhalt vorlegen?

Zeugin Petra Marx: 04.10.95.

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt)

Und wer hat das jetzt am 04.10.95 - - Ich muss das jetzt noch mal wieder einordnen. Wann ist er noch mal verurteilt worden? - Am 07.04.95. Das heißt in der Strafvollstreckungszeit.

⁶ Anmerkung Stenografischer Dienst: Das Zitat konnte nicht verifiziert werden.

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja.

Zeugin Petra Marx: Ah ja, okay. Gut. - Das hat aber mit der - - weil Sie sprachen ja immer von dem Gang der Hauptverhandlung. Die Hauptverhandlung ist also lange abgeschlossen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wir sind ja jetzt beim Dolgenbrodt-Prozess. Da war er ja dann schon in Brandenburg inhaftiert. Und Sie haben ihn da ja auch aufgesucht.

Zeugin Petra Marx: Ja, genau. - Das hatte ja dann - - solche Dinge wie im Vollzug, „Wie gestaltet sich der Vollzug?“, Vollzugslockerungen zum Beispiel, „Wann ist er für den offenen Vollzug tauglich?“, „Wann werden wir zur Stellungnahme gebeten?“, solange ich das Verfahren in meiner Zuständigkeit noch hatte. Die wechselte dann ja auch; mit neuem Geschäftsverteilungsplan war ich dann nicht mehr zuständig, weil einfach die Endziffer nicht mehr bei mir war, sondern dann war Herr Sörries zuständig bis - - wenn ich das noch mal verfolge.

Ich bin ja dann auch am 10.09.97 zum Generalstaatsanwalt. Da war ich auf jeden Fall auch nicht in der Behörde. Nach mir, das heißt, nach der rechtskräftigen Verurteilung, weiß ich jetzt nicht mehr - das müsste man jetzt mühsam auseinanderdividieren in den Akten -, wie lange ich noch die sogenannte zuständige Staatsanwältin war. Danach kamen dann Herr Sörries, Herr N. Ob Frau Langen jetzt noch da war - - Auf jeden Fall im Rahmen der Akte, der Aktenführung habe ich auch von ihr Genehmigungsanträge oder anderes gefunden. Wer dann immer aktuell zuständig war, weiß ich nicht.

Dass zwei - - Die Hauptabsprachen, als das Dolgenbrodt-Verfahren lief und es im Prinzip um diese Rolle von Szczepanski in dem Verfahren - - und wo der Verfassungsschutz eben ein unbändiges Interesse hatte, dass er dort nicht - wahrscheinlich; das deute ich jetzt mal - auftritt und dort nicht als Zeuge aussagt, weil die Kosten und was Sie dort alles so gebracht haben - - Das war das eine.

Das sind Dinge, die dort im Prinzip dann eben auch erörtert worden sind, und da gab es meine Ebene insoweit, als ich Sitzungsvertreterin war, und dann alles wie Aussagegenehmigung - - Das sind alles Dinge, die ich nicht zu entscheiden habe, sondern vorgesetzte Stellen zu entscheiden haben und wo es eine Verständigung auch gegeben hat.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Moment mal. Da muss ich mal - -

Zeugin Petra Marx: Ja, ja, ich komme jetzt darauf. - Dass er in dem Verfahren, so wie in der politischen Abteilung Mitarbeiter des Verfassungsschutzes immer mal wieder kamen, Akteneinsichtsgesuche stellten, Akten brachten, Akten nahmen - - Auch Rücksprachen kleinerer Art wie: „Kann er an einer Umschulung teilnehmen?“, oder: „Kann man da irgendetwas - -“, das hat der aktuelle Dezernent natürlich auch mitgetragen. Da wurde nicht der Leitende Oberstaatsanwalt vom Verfassungsschutzchef angerufen - ich will das mal jetzt zuspitzen - - dass Pfaff, wenn er der aktuelle Verfassungsschutzchef war, zu Herrn Lehmann sagte: „Also, der soll

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

jetzt eine Umschulungsmaßnahme - -, oder: „Der bräuchte da irgendwie was anderes. Könnten Sie das mal durchstellen?“, sondern da sind dann zwei oder drei Mitarbeiter, die man kannte, in der politischen Abteilung, die dann den direkten Draht oder das direkte Gespräch zum Dezernenten gesucht haben. Das will ich auch überhaupt nicht in Abrede stellen, dass es so was gegeben hat.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Frau Marx, ich rede jetzt nicht nur von so kleinen Absprachen, wie Sie jetzt meinten.

Zeugin Petra Marx: Ich erinnere mich aber daran nicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Entschuldigung, ich muss Sie unterbrechen. Ich verstehe Sie jetzt wirklich so, dass Sie ein verschärftes Interesse daran hatten, Szczepanski zu Aussagen im Dolgenbrodt-Prozess zu machen.

Zeugin Petra Marx: „Verschärftes Interesse“?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): So interpretiere ich es, ja.

Zeugin Petra Marx: Wir hatten aufgrund unserer Beweismittelsicht nicht verschärftes - - Wir hatten ein Interesse. Wir sind in der Pflicht als Sitzungsvertreter und als Staatsanwälte, alles zu tun. Das heißt also, wenn wir Beweise sehen und diese zurückhalten würden oder unterdrücken würden, würden wir uns selber strafbar machen. Das habe ich dargestellt, warum wir diese Sichtweise hatten.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay.

Zeugin Petra Marx: Das hat also auch der Generalstaatsanwalt, das hat auch damals dann der Sitzungsvertreter Dr. Lenz (?), der das eben nicht so gesehen hat - - Der hatte aber eben nicht das Herrschaftswissen aus dem Szczepanski-Verfahren vorgetragen.

Alle waren klar und einig in dem Gedanken, dass man dieses Beweismittel Szczepanski nicht zurückhalten kann. Er wird nicht den zwingenden Beweis zur Täterschaft und Überführung bringen; aber es wird ein weiteres Bausteinchen sein - so ist es gesehen worden - in Richtung Verurteilungsgeneigtheit; denn es gab ja viele Indizien. Das war ein Indizienprozess, der geführt wurde, und die Frage war: Gibt es eine Verurteilungsgeneigtheit des Gerichtes? Die Staatsanwaltschaft Potsdam war ja schon mit ihrer Antragstellung klar positioniert: Er ist es, und er sollte verurteilt werden. - Aber das Gericht war nicht überzeugt. Und die Frage war: Kann man dadurch, durch ein weiteres Bausteinchen, dass er also diese rechtsextremen Größen K. Mü. und Szczepanski kontaktiert hat und ebenfalls anheuern und einspannen wollte bei dem Brandanschlag - - schafft das nicht doch etwas an untersetzter, auch klarer Nachweisführung, dass er diese Tat - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. - Ich würde Sie doch noch mal unterbrechen, weil ich noch einen weiteren Vorhalt - - Das geht jetzt von meiner Zeit

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

ab. Ich muss aber einen weiteren Vorhalt an dieser Stelle machen. Entschuldigen Sie bitte.

Ich habe hier noch einen weiteren Vermerk, auch vom Verfassungsschutz. Aus dem möchte ich Ihnen zitieren:

Auch die für Szczepanski durch sein Engagement im Dolgenbrodt-Prozess entstandene unangenehme und teilweise auch gefährliche Situation hat der Zusammenarbeit keinen Abbruch getan. Dabei ist es zu berücksichtigen, dass diese Situation ausschließlich durch das Verhalten der Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) verursacht wurde. Schon aus diesem Grunde muss von hier aus darauf geachtet werden, dass die Zusage der Staatsanwaltschaft Frankfurt, vertreten durch die Staatsanwältin Frau Marx, vom 06.09.1995 hinsichtlich der Ableistung einer Halbstrafe spätestens Mai 1998 auch eingehalten wird.⁷

Zeugin Petra Marx: Das ist von mir nie erklärt worden gegenüber Szczepanski. Als ich Szczepanski - und ansonsten hatte ich keinen Kontakt - an diesen beiden Tagen vor der Vernehmung im Dolgenbrodt-Verfahren aufgesucht habe am 06.09. und am 20.09., war die Frage einer Halbstrafe ja überhaupt noch nicht zu erörtern. Das wäre auch nicht mein Ansinnen gewesen. Ich hatte da weder eine Befugnis noch eine Ermächtigung, ihm etwas in Aussicht zu stellen. Wenn überhaupt - - Ich habe auch keine Erinnerung daran. Ich habe ihm auf den Kopf zugesagt: Ob Sie nun reden oder nicht mit mir reden werden, ich werde Sie in den Zeugenstand rufen, und Sie werden eine Aussage machen; Sie können dort auch schweigen, aber auch dieses Schweigen würde dann protokolliert werden, und für den Fall - - Im Nachgang gibt es dann eben ein weiteres Verfahren. - Und dann hätte ich mich verabschiedet.

Er hat sich entschieden, das, wie gesagt und dargestellt, auszusagen, und das haben wir dann noch mal überprüft. Aber es gab keine Zusicherung, zu keinem Zeitpunkt von mir an Szczepanski, dass er nach einer Halbstrafe rauskommt. Sie werden auch an dem Werdegang der Prozessunterlagen sehen, dass der Halbstrafenantrag - - Ich war ja dann auch überhaupt nicht mehr zuständig in der Sache - - dass mein Kollege, dann damals Staatsanwalt Larres - - Da ist der förmliche Antrag von Szczepanski bei uns eingegangen, dem zuständigen Dezernenten vorgelegt worden, mit ablehnender Stellungnahme weitergeleitet zum Amtsgericht, und der Richter - das ist der Herr Sanftleben - hat dann die Anhörung gemacht, hat ihm die beiden negativen Stellungnahmen - der JVA und auch unsere - wohl mitgeteilt. Dann hat er seinen Antrag zurückgenommen. Der Richter Sanftleben, so wie ich das nachvollziehen kann, hat ihm dann gesagt: Stellen Sie möglicherweise mit Einschränkungen noch mal in einem Jahr den Antrag.

Und dann kam der zweite Antrag, und den hat dann Herr Staatsanwalt Sörries bei uns beschieden. Da war er schon im offenen Vollzug, wie ich den Unterlagen entnehmen kann. Das heißt, ich war mit dieser ganzen Vollstreckungsgeschichte vielleicht noch am Anfang, gerade nach Rechtskraft irgendwann - das war ja nicht gleich mit Verkündung rechtskräftig - - Irgendwann ist die Revision von Szczepanski wohl

⁷ Anmerkung Stenografischer Dienst: Das Zitat konnte nicht verifiziert werden.

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

zurückgenommen worden, und dann trat die Rechtskraft ein. Wo die Akten dann waren, ob die schon beim BGH waren oder in der Rückleitung oder auf dem Versandwege, weiß ich nicht. Aber bis dahin - - Und dann endete irgendwann meine Zuständigkeit, weil ich einfach nicht mehr die zuständige Staatsanwältin war. - Das ist einfach so, auch aus den Akten ablesbar.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mir ging es wirklich nur darum - Entschuldigen Sie, Frau Marx -, dass hier Protokolle zu finden sind, in denen der Verfassungsschutz und Sie auch - - also Gespräche stattgefunden haben, nach denen Sie und der Verfassungsschutz anwesend waren und anscheinend danach anwesende Menschen schriftlich behaupten, dass hier Zusagen gemacht worden sind. Das stelle ich einfach nur mal fest.

Zeugin Petra Marx: Es gibt in meinen Unterlagen, die ich habe, zwischen dem LOSTA und dem Verfassungsschutzchef all diese Fragen der Hafterleichterung, also nach der Rechtskraft von Szczepanski, nachdem er im Strafvollzug sitzt, Erörterungen hierzu und dazu. Das sind Dinge, die zwischen diesen beiden Personen dann auch gelaufen sind. So wie ein Dr. Lemke - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mir ging es nur um den 06. und den 20., an denen Sie da waren. Um mehr ging es mir nicht.

Zeugin Petra Marx: Bitte was?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mir ging es ja nur um diese beiden Termine, 06. und 20.09., an denen Sie anwesend waren. Alles andere - -

Zeugin Petra Marx: Also, ich kann mich - - Wie gesagt: Ich habe, wenn man - - Und das ist etwas, was man als Staatsanwalt immer erklären würde, aber unabhängig von diesen Dingen, dass - - Wir müssen uns ja immer positionieren zur Zweidrittelentscheidung, zur Halbstrafenentscheidung.

Um mal ganz grundsätzlich was zu sagen: Szczepanski stand natürlich - das ist ja kein künstlich entstandener Antrag - - Er war Erstverbüßer. Nach dem Gesetz hat er auch das Recht, die Möglichkeit, einen Halbstrafenantrag zu stellen. Kraft Gesetzes müssen wir im Prinzip auch die Zweidrittelprüfung dann vornehmen. Das gilt also auch für Rechtsextremisten, wenn sie verurteilt worden sind.

Dass ein Rechtsextremist mit dieser Vorstrafe einen Halbstrafenantrag von uns befürwortet bekommt - - muss ich mal so sagen: Die Sprache der Akten spricht dagegen. Das wäre nie meine Einstellung gewesen in diesem Zusammenhang. Dass wir aber bei guter Führung, dass wir aber, wenn er sich von der rechtsextremen Szene löst, wenn er auch sachdienliche Angaben - - aufklärungswirksam mithilft, andere Straftäter zu überführen, offene Straftaten aufzuklären im Lande Brandenburg, nicht dafür bestraft wird und - - bis zum letzten Tag verbüßen wird, das ist auch klar, dass diese Zweidrittelentscheidungen kommen.

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

Herr Staatsanwalt Sörries hat ja in den Unterlagen dann - - Er hat dann wieder einen Antrag gestellt auf Empfehlung des Richters Sanftleben, noch vor Ablauf des Zweidritteltermins - wie sich das erklärt, da müssen Sie den Richter Sanftleben fragen; ich war nicht dabei und kenne das nur aus den Akten -, dass eben zu gegebener Zeit, Februar 99, noch mal der Antrag gestellt wird. Verbüßt hat er zwei Drittel am 31.08.1999. Befürwortet hat Herr Staatsanwalt Sörries dann, nachdem - - Auch das wusste ich nicht, war mir jetzt neu aus den Akten, dass Herr Szczepanski wohl erst mit Herrn Sörries telefoniert hat und dann einen persönlichen Vorstellungstermin hatte bei Herrn Sörries und Herr Sörries sich dort einen persönlichen Eindruck von dem Verurteilten Szczepanski gemacht hat, der sich schon im offenen Vollzug befand.

Dazu - - Das sind Dinge - - Dann kam der befürwortende Antrag. Wenn man das so - - Das ist überhaupt keine Vorzugsbehandlung. Das war begründet. Wenn ich das jetzt noch mal so sehen kann: Das waren ein paar Monate. Die Befürwortung kam von der Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder), von Herrn Sörries, im April 1999, und am 31.08.1999 - - Also vier Monate davor, vor dem Ablauf des sowieso zu prüfenden Zweidritteltermins, kam die Befürwortung der Staatsanwaltschaft. Sie wurde begründet mit: Er hat also dort in der Tat eine hervorhebenswerte Entwicklung genommen. Er hat das Abitur nachgemacht im Vollzug; er hat dort einen EDV-Lehrgang besucht. Gerade das galt es wohl zu vertiefen, April, Mai. Er hat dann die Abiturprüfung noch - - sollte er noch ablegen, September, Oktober. Alles das ist uns von der Anstalt mitgeteilt worden. Ab April hat er auch eine Wohnung gehabt und ein unbefristetes Arbeitsverhältnis. Die Stellungnahme der JVA verhielt sich also befürwortend positiv.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Meine Damen und Herren, aufgrund meiner Fürsorgepflicht sage ich jetzt: 15 Minuten Pause. Anschließend machen wir weiter. Ich sehe mich dazu gezwungen. Frau Marx ist jetzt mehr als zweieinhalb Stunden unter Dauerfeuer. Ich glaube, wir haben auch ein bisschen Luft verdient.

In 15 Minuten geht es weiter. Bitte seien Sie pünktlich wieder hier, damit wir nicht noch mehr Zeit verlieren.

(Unterbrechung von 17.03 bis 17.17 Uhr)

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir machen weiter. Frau Marx ist wieder bereit.

Wir sind bei der Fraktion der CDU. Wer möchte? - Herr Dr. Redmann, bitte.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Frau Marx, die Frage in diese Richtung wurde Ihnen schon vor etwas längerer Zeit, vor ein paar Minuten gestellt. Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie auf den Vorsitzenden der Kammer am Landgericht Frankfurt (Oder) zugegangen sind im Dolgenbrodt-Verfahren und ihm mitgeteilt haben, dass Szczepanski V-Mann ist, in Vorbereitung seiner Zeugenaussage? - So hatten Sie es vorhin, glaube ich, begründet, dass das die Ursache war, dass Sie überhaupt seine V-Mann-Eigenschaft enttarnt haben - na ja, dem Richter mitgeteilt haben, nicht enttarnt haben; das ist falsch.

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

Zeugin Petra Marx: Wir hatten ja erst vor - das sagte ich schon -, schriftlich einen Beweismittlungsantrag oder eben einen Beweisantrag gerade zur Abwägung: „Wie stellt man es dar?“ - - Und dessen bedurfte es dann nicht mehr, weil es eine Unterrichtung der Kammer gab zur Zeugenrolle des Szczepanskis, dass dieser gerade vor der Schwurgerichtskammer verurteilte Szczepanski in diesem Verfahren, an mehreren Stellen in den Akten ersichtlich, als Zeuge in Betracht kommt, und wir meinen nicht, dass das eine Vernehmung ins Blaue, sondern eben seine Vernehmung zur Sache hilfreich wäre und Szczepanski selbst mir gegenüber im Rahmen einer informellen Befragung Erklärungen dieser Art - und dann hatte ich das illustriert - abgegeben hat und die Staatsanwaltschaft deshalb seine Zeugenvernehmung beantragt.

Da hat die Kammer, wie auch immer das dann lief, nicht mehr auf einen förmlichen Beweisantrag oder Beweismittlungsantrag Wert gelegt. Den habe ich jedenfalls wohl nicht gestellt schriftlich, sondern nur diese Prozessklärung abgegeben, und dann ist Szczepanski geladen worden.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Wie erklären Sie sich dann, dass dieses Gespräch mit dem Vorsitzenden der Kammer und auch Ihre Prozessklärung am 12.10.95 stattfanden, die Zeugenvernehmung von Szczepanski bereits einen halben Monat vorher, am 29.09., stattgefunden hat?

Zeugin Petra Marx: Bitte was? - Am 29.09. war die Vernehmung von Szczepanski?

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Genau.

Zeugin Petra Marx: Jetzt muss ich mal wieder in das - - Ach so.

(Die Zeugin blättert in ihren Unterlagen)

Zeugin Petra Marx: Und meine Erklärung war bitte von wann?

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): 12.10.

Zeugin Petra Marx: Ja, aber er - - Ach so. Weil - - Deshalb - - Ich erinnere nicht mehr den Werdegang im Einzelnen. Ich habe eine Prozessklärung abgegeben; die hat ein bestimmtes Datum. Und Szczepanski ist zweimal geladen worden. Das heißt, das erste Mal gab es dann dort eine Aussage, aber dann ist das abgebrochen worden. Dann kommt die Prozessklärung wohl, und dann gibt es eine weitere Vernehmung. Das erinnere ich nicht mehr. Das müssten Sie jetzt anhand der Akten wirklich nachvollziehen.

Ich weiß nur - das habe ich so jetzt anhand des Aktenstudiums - - dass er zweimal geladen war. Wann die Prozessklärung und wie die abgegeben wurde - - Ich weiß nur, dass ich eine abgegeben habe und dass die schriftlich zu den Unterlagen gereicht wurde und die aber - - Es bedurfte eben - - Das war für mich, weil wir das ja auch so begründet hatten, warum auch das zweite Mal Aufsuchen - - a) um im Prinzip wirklich noch mal zu prüfen: Bleibt er bei den Angaben? Führt er uns nicht vor jetzt hier als

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

Justiz, und bringen wir da nicht einen Zeugen und machen uns vielleicht noch zum Gespött im Gerichtssaal, und dann sagt er, nee, das hat er jetzt einfach mal halt so gesagt, aber jetzt sagt er die Wahrheit? - So was gibt's ja auch: Bei der Polizei werden belastende Angaben gemacht und dann: Ach nee. - Vor der Polizei kann man als Zeuge auch lügen; das ist da nicht strafbewehrt. Aber im Gerichtssaal ist es strafbewehrt, wenn man lügt.

Diese Unterschiede waren uns natürlich bewusst. Er kann mir jetzt etwas sagen, und im Gerichtssaal, wenn er vereidigt wird und - so wie ich jetzt hier - die Wahrheit und nur die Wahrheit sagen muss, hat das eben Konsequenzen. Dieser Gefahr waren wir uns bewusst, dass er uns natürlich auch narren kann: Frau Marx habe ich mal einen Bären aufgebunden, und jetzt kann ich Ihnen ja sagen: Es war ganz anders. - Diese Bühne wollten wir ihm natürlich nicht bieten.

Deshalb sind wir - das sagte ich ja eingangs - mit sehr großem - also ich persönlich auch - Misstrauen ihm gegenüber immer wieder aufgetreten insoweit, als dass ich diese Aussage eben auch zweimal, aber eben auch auf Weisung des damaligen LOSTAs - - Und das ging wieder auf Weisung des Generals zurück, nachdem klar war: Es wird nicht dieser Zeuge vom Hörensagen kommen, sondern es wird Szczepanski in den Zeugenstand gerufen.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Aber Sie hatten doch trotzdem gerade gesagt, dass Sie diese Prozessklärung auch abgegeben haben und diese Information an das Gericht weitergaben, um damit zu belegen, dass es Sinn macht, den Zeugen Szczepanski zu vernehmen, also es keine Vernehmung ins Blaue rein wird usw. Aber er war ja zu dem Zeitpunkt schon mal da. Also, das Gericht war ja zu dem Zeitpunkt offensichtlich schon mal überzeugt, am 29.09. den Zeugen Szczepanski zu vernehmen.

Zeugin Petra Marx: Kann ich jetzt - -

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Warum brauchte es dann zwei Wochen später noch mal eine Prozessklärung und eine Überzeugung des Gerichts, dass der als Zeuge sinnvoll ist?

Zeugin Petra Marx: Wie das im Einzelnen abgelaufen ist, das erinnere ich nicht mehr. Das sind die Feinheiten des Verfahrens. Ich weiß, dass wir eine Erklärung, eine schriftliche Erklärung zu den Akten gegeben haben. Vielleicht lag da auch ein Prozessantrag des Verteidigers dem zugrunde. Das müssen Sie selber aus den Akten dann entnehmen. Das erinnere ich nicht mehr, wie das - -

Ich weiß nur, dass es eben keines Beweisantrages oder Beweisermittlungsantrages bedurfte. Ich schlussfolgere, ohne es jetzt aktuell noch zu wissen, dass es eben ein Gespräch - - aufgrund der vielen Gespräche, die man mit der Kammer geführt hat zu Wiederanträgen - - „Frau Marx, Sie müssen kurz Stellung nehmen“, dieses oder jenes - das sagte ich schon, das ging hin und her - - dass wir angezeigt haben: Wir werden den Zeugen Szczepanski in den Zeugenstand rufen.

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

Und dann gab es diese schriftliche Erklärung. Das war dann auf Geheiß entweder des Gerichtes - - Das ist, glaube ich, so, dass das Gericht auf eine schriftliche Erklärung gedrungen hat. Vielleicht lag die zu diesem Zeitpunkt der ersten Vernehmung nicht vor. Ich weiß es nicht. Ich erinnere das nicht mehr.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Erinnern Sie noch, warum die erste Vernehmung abgebrochen wurde?

Zeugin Petra Marx: Nein.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Sie haben an diese erste Vernehmung überhaupt - -

Zeugin Petra Marx: Nein. Ich bin ja dann auch rausgeschickt worden. Das heißt, als Szczepanski vernommen wurde, bin ich - - Da sind wir ja dann wieder in Doppelspitze aufgetreten, Herr Sörries und ich - das erinnere ich so -, weil klar war: Wenn Szczepanski vernommen wird als Zeuge, werde ich aus dem Verhandlungssaal rausgehen, und Herr Sörries wird als Sitzungsvertreter die Vernehmung der Staatsanwaltschaft dann im Prinzip begleiten.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Weil Sie selbst da noch sich als Zeugin erhalten wollten, oder - -

Zeugin Petra Marx: Nee, darauf hatte das Gericht - - Der Verteidiger hatte das beantragt, weil er den Antrag gestellt hat, Staatsanwältin Marx in den Zeugenstand zu rufen. Er wollte mich - - Natürlich, das ist eine beliebte Methode, Staatsanwälte, die eben besonders viel Herrschaftswissen haben - -

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Das ist aber auch erst nach der ersten Vernehmung, dieser Antrag des Verteidigers.

Zeugin Petra Marx: Das weiß ich nicht. Das müssen Sie aus den Unterlagen - -

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Insofern spricht viel dafür, dass Sie bei der ersten Vernehmung schon noch im Saal waren.

Zeugin Petra Marx: Ich weiß es nicht. Kann ich nicht erinnern, ob ich da - - wann die Entscheidung auch getroffen wurde und wie das mit dieser schriftlichen Erklärung in der zeitlichen Abfolge war. Das ist also wirklich - - Das erinnere ich nicht im Einzelnen.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Okay. - Dann würde ich gern mal noch zu den beiden Gesprächen, die Sie mit Szczepanski führten, zurückkommen. Wer war denn noch im Raum bei diesen Gesprächen, die Sie führten in der Justizvollzugsanstalt?

Zeugin Petra Marx: Ich war mit ihm, glaube ich, alleine.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Bei beiden Gesprächen?

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

Zeugin Petra Marx: Ich weiß es nicht. Aber auf jeden Fall habe ich das Gespräch geführt. Ob da jemand vom Aufsichtspersonal saß oder wer auch immer, weiß ich nicht.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Nee, ich denke eher an jemanden vom Verfassungsschutz zum Beispiel.

Zeugin Petra Marx: Kann ich jetzt nicht - - Also, erinnere ich nicht. Ich habe meine Frage - und das war klar eine verfahrensbezogene Frage - an ihn gerichtet. Mehr hatte ich mit ihm nicht zu erörtern. Das war auch ein relativ kurzes Gespräch.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Wenn ich Ihnen sage, dass der V-Mann-Führer von Szczepanski dabei gewesen ist, hilft das Ihrer Erinnerung vielleicht auf die - -

Zeugin Petra Marx: Nicht wirklich. Ich kann es nicht ausschließen, dass ein Mitarbeiter vom Verfassungsschutz dort in irgendeiner Weise - - Ob der dort war oder nicht, ich weiß es nicht - - oder ob das Aufsichtspersonal war. Auf jeden Fall war keine Protokollführerin da, weil ich ja nur eine informatorische Befragung - - Ich sollte nur sichergehen, nachdem ja die Strecke - - Der Informationsfluss lief ja so - so kann ich das den Akten entnehmen, auch wenn ich das selber nicht mehr wirklich erinnere -, aber für mich stellt es sich so dar - wenn das anders ist, müssen Sie mir das aus den Akten vorhalten und korrigieren -, dass, nachdem ich entschieden habe, ich mit meinem Abteilungsleiter damals die Entscheidung getroffen habe: „Wir wollen Szczepanski hören“, und: „Frau Marx sieht Zusammenhänge“, und: „Das ist alles logisch“, und: „Das ist alles nicht aus der Luft gegriffen“, und: „Dem haben wir nachzugehen, dem können wir uns nicht verschließen“ - - muss mein Chef mit dem Chef des Verfassungsschutzes gesprochen haben.

Sie haben ja schon vorhin aus dem Schriftverkehr entnommen, dass der Verfassungsschutz darüber wohl überhaupt nicht amüsiert war oder in irgendeiner Weise begeistert war, sondern diese drohenden Schäden, die dadurch entstehen können bis hin, dass Szczepanski eben womöglich um Leib und Leben fürchten muss, ins Zeugenschutzprogramm muss und, und, und, weil die Enttarnung - darüber waren wir uns im Klaren; das hatte ich Ihnen ja auch gesagt - - Es war vorher klar: Wenn Szczepanski im Zeugenstand ist, wird für den Fall, er sagt das, wenn die Frage kommt, nicht wahrheitsgemäß aus - so war auch Herr Sörries instruiert, wir beide instruiert -, einer von uns aufstehen und sagen: Herr Szczepanski, beantworten Sie die Frage wahrheitsgemäß; Sie sind das und das. - Wenn dann keine Berichtigung erfolgt wäre, dann wäre das ein Meineid, nach Vereidigung natürlich.

Das ist beiden, das ist Herrn Sörries und auch mir mit auf den Weg gegeben worden bei diesem Sitzungstag, wo Herr Szczepanski vernommen wurde.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ich habe keine weiteren Fragen. - Dann geht das Fragerecht weiter an die AfD.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann geht es weiter zur Fraktion DIE LINKE.

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Entschuldigung! Ich habe das mit den Umfragen verwechselt!

(Heiterkeit)

Die Reihenfolge ist festgelegt. Wir sind bei der Fraktion DIE LINKE. - Herr Dr. Schöneburg.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ich habe nur zwei kleine Fragen. Dann würde ich an meine Kollegin weitergeben, wenn sie noch eine Frage hat.

Die erste Frage ist: Sie haben vorhin erzählt, dass Herr Staatsanwalt Sörries Herrn Szczepanski einen Termin gegeben hat, wo er sich vorstellen konnte, ob er sozusagen würdig ist, Halbstrafe oder Zweidrittelentlassung - -

Zeugin Petra Marx: Nee, die Halbstrafe war ja - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): War schon vorbei gewesen um zwei Drittel.

Zeugin Petra Marx: Nahe dem Zweidritteltermin.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ist das denn üblich? Das ist für mich was völlig Neues - ich mache sehr viel Strafvollstreckung -, dass ein Strafgefangener, ob er nun im offenen Vollzug oder ob er im geschlossenen Vollzug ist, von der Staatsanwaltschaft eingeladen wird, um dort vorzutreten, damit man sich ein Bild machen kann. Sonst werden die Entscheidungen immer nur vom Schreibtisch aus getroffen, ob man zwei Dritteln zustimmt oder nicht zustimmt.

Zeugin Petra Marx: Für mich war das - - Ich kannte das auch nicht aus den - - Weil, wie gesagt, das sind ja Entscheidungen von Herrn Sörries. Da war er Dezernent. Für mich war das, als ich jetzt das Aktenstudium betrieben habe, was Neues. Aber es ist nicht generell ausgeschlossen.

Herr Szczepanski hat wohl telefonisch - - Er war im offenen Vollzug. Das heißt, er war tagsüber draußen und konnte natürlich auch telefonieren. Er muss dann Herrn Sörries kontaktiert haben, und Herr Sörries hat auf jeden Fall wohl nichts dagegen gehabt und muss entweder einen Termin - da müssten Sie dann Herrn Sörries gegebenenfalls hören - mit ihm vereinbart - - Und dann ist der wohl dort - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Gut. Das wissen wir ja jetzt: Dann ist er gekommen, und dann haben die darüber geredet. - Aber Sie haben jetzt gerade gesagt, das war für Sie was Neues gewesen. Also, das ist doch schon etwas Außergewöhnliches.

Zeugin Petra Marx: Ja. Ich habe das in meiner bisherigen Praxis selber als Staatsanwältin, Oberstaatsanwältin noch nie gemacht, dass ich einen Verurteilten, der sich mir präsentieren wollte, damit ich meine Entscheidung für zwei Drittel oder eine

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

Halbstrafenentscheidung, wenn es jetzt kleine Falllagen sind, in irgendeiner Weise noch mal überdenke oder - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Die Regel ist ja die: Sie geben ein Votum ab von Ihrer Behörde aus, wenn der Antrag Zweidrittelentlassung kommt, und dann gibt es einen Termin bei der Strafvollstreckungskammer, wo es dann eine Inaugenscheinnahme des Antragstellers - - eine Meinung gebildet wird.

Zeugin Petra Marx: Da sind wir gar nicht dabei.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Da kommen Sie immer nicht, -

Zeugin Petra Marx: Da kommen wir gar nicht.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - weil Sie andere Termine wahrzunehmen haben oder überlastet sind.

Zeugin Petra Marx: Ja, ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Gut. - Ich halte nur noch mal fest: Das ist eine Ausnahme gewesen.

Zeugin Petra Marx: Ja, aber auch daran mag man - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Nee, nee, das reicht ja schon.

Zeugin Petra Marx: Wie gesagt, ich kann es nicht kommentieren, wie das - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Sie sollen es ja auch gar nicht kommentieren.

Zeugin Petra Marx: Es ist ja auch nicht irgendwie gemeldet worden. Es ist in den Akten dokumentiert.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Sie sind doch fertig mit der Frage.

Zeugin Petra Marx: Ja, ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Dann habe ich noch eine andere Frage; die ist jetzt juristischer Natur. Ich rätsle jetzt immer darüber: Egal, wer diesen Halbstrafentermin angeführt hat, irgendjemand muss den ja in Umlauf gegeben haben. Herr Szczepanski und der Verfassungsschutz und die Staatsanwaltschaft kommen ja nicht ohne Grund darauf. Irgendjemand muss gesagt haben: Mensch, du könntest auch zum Halbstrafentermin rauskommen, nach vier Jahren.

Ich verstehe das juristisch überhaupt nicht. Halbstrafentermin ist möglich, wenn man bis zu zwei Jahren bekommt, noch nicht vorbelastet ist. Dann kann man den Halbstrafentermin stellen, kann ihn jeder stellen, jeder Strafgefangene. Ansonsten

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

kann man ihn stellen, wenn besondere Umstände vorliegen. Solche besonderen Umstände sind der Tod - - eine tödliche Erkrankung, gravierende familiäre Sachen. Mir ist noch nie untergekommen, dass das Aufdecken von anderen Straftaten ein besonderer Umstand ist, der jetzt eine vorzeitige Entlassung zum Halbstrafentersmin ermöglicht.

Zeugin Petra Marx: Das ist ja auch ein Antrag, der allein auf Herrn - - Wir haben ja nicht von Amts wegen da irgendetwas geprüft. Herr Carsten Szczepanski hat sich selber an die Strafvollstreckungskammer gewandt und hat diesen Halbstrafentersmin beantragt. Und den hat er dann zurückgezogen. Das Gericht hat ja auch eine amtsmäßige Prüfung. Die haben ja nicht gesagt: Es ist gesetzlich ausgeschlossen. - Der Herr Sanftleben hat diesen Prüftermin gemacht, und wir hatten uns ablehnend dazu positioniert mit der Stellungnahme im schriftlichen Verfahren. Wir sind angehört worden. Herr Staatsanwalt Larres hat abgelehnt und eine ablehnende Stellungnahme - - Die JVA - kenne ich jetzt nicht, die Stellungnahme - wird sich vielleicht auch ablehnend verhalten haben. Und dann hat er diesen Antrag zurückgezogen, hat dann aber - - findet sich eine Wendung, mit Einschränkung dann eben im Februar 99 noch mal wieder vorstellig zu werden. Wenn Sie jetzt rechnen, rein rechnerisch: Februar 99 war noch nicht zwei Drittel, weil zwei Drittel war dann 31.08.99.

Und wir haben positiv - - Das hatten wir auch schon erörtert dann - - Vier Monate vor dem Zweidrittelersmin, dem sowieso zu prüfenden Zweidrittelersmin, hatte Herr Sörries sich dann positiv dazu verhalten aus den Gründen. Aber Herr Larres am 1. April 1998: Ablichtung - das war eben der Antrag dann wahrscheinlich - zur Handakte nehmen. Und dann an die Strafvollstreckungskammer:

Es wird beantragt, den Antrag des Verurteilten zurückzuweisen, da besondere Umstände

- das beschreiben Sie ja jetzt hier -

nach § 57 Abs. 2 Satz 2, die eine Aussetzung des Strafrechtes bereits nach Ablauf der Hälfte der verhängten Freiheitsstrafe rechtfertigen würden, nicht vorliegen. Auf die Stellungnahme des Leiters der JVA vom 10.03.98 wird insoweit hingewiesen.⁸

Das zeigt mir, dass die JVA ebenfalls eine ablehnende Stellungnahme abgegeben hat. Die kenne ich jetzt nicht.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Konnte ja auch gar nicht anders möglich sein nach der Rechtslage. - Aber irgendjemand - damit will ich auch schon schließen - muss ihm natürlich den Floh ins Ohr gesetzt haben, dass er zum Halbstrafentersmin rauskommt. Irgendwie ist das ja in den Akten virulent.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Gibt es weiteren Fragebedarf? - Frau Johlige, bitte.

⁸ Anmerkung Stenografischer Dienst: Das Zitat konnte nicht verifiziert werden.

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Ich möchte ganz gern noch mal auf den 06.09. und den 20.09. zurückkommen. Ist es ungewöhnlich, dass bei einem Gespräch oder so einer Unterredung mit jemandem, der eine Aussage machen soll, weitere Menschen dabei sind, zum Beispiel der Verfassungsschutz? Ist Ihnen das ansonsten öfter mal untergekommen?

Zeugin Petra Marx: Nein. Also, Vernehmungen in der JVA macht man dann, wenn ein besonderer, ich will das mal so sagen, Aussagewert, besondere Umstände - - oder die Staatsanwaltschaft sich selbst einen Eindruck - wie hier eben - verschaffen will. In meiner bisherigen Laufbahn habe ich damals im Dolgenbrodt-Verfahren im Nachgang, als dann die zweite Serie aufgeschlagen wurde, also die Geldgeber eben abgeprüft worden sind - - Nachdem Silvio J. Urteil rechtskräftig wurde, hatte ich mir drei oder vier Wochen nach Rechtskraft die Akten auf Wiedervorlage gelegt. Dann sind wir eingestiegen in weitere Ermittlungen.

Dann gab es die Vorladung Silvio J. zur Zeugenvernehmung, und dort - wir hatten ja schon Erkenntnisse zusammengetragen - dann die Einleitung der Verfahren gegen O., also Blumenhändler, Elektro Gräfe (?) -

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Ich will woandershin, glaube ich.

Zeugin Petra Marx: - ja, ja - usw. Das sind dann Dinge, da bin ich in dem Zusammenhang, weil es jetzt natürlich auch eine ungeheure Brisanz und Dynamik hat - - Da sollen Bewohner aus Dolgenbrodt Geld gesammelt haben für diesen Anschlag, den Silvio J. - jetzt rechtskräftig abgeurteilt - begangen hat. Das war ja noch klärungsbedürftig. Das haben wir dann sozusagen mit dem zweiten Aufguss - - Und die Einleitung war die staatsanwaltschaftlich angeordnete Vernehmung von Silvio J., die ich dann durchgeführt habe mit ihm, und da hat er dann auch belastende Angaben zu anderen gemacht.

Auch für ihn im Prinzip gleiche Regel; aber wir müssen eben mit den Beweisen arbeiten, die wir haben, und prüfen das genauso sorgfältig. Auch ihm gegenüber war ein Misstrauen: Sagt er jetzt die Wahrheit, oder sagt er nicht die Wahrheit? - Er hat dann ja auch Angaben gemacht zu vermeintlichen potenziellen Geldgebern, und dann lief wieder das normale Programm: Festnahme von dem Blumenhändler usw., Haftbefehl, und, und, und, und, und.

Und dann haben wir ja im zweiten Anlauf - das waren dann sämtliche Folgeverfahren - auch aufgrund unserer begründeten Zuständigkeit - - Denn wir waren ja nicht für Dolgenbrodt originär zuständig. Ich hätte ja sonst das Verfahren abgeben müssen an die Potsdamer Kollegen. Wir konnten es aber behalten, weil wir all diese Zeugen, die wir eh schon, jetzt mal salopp formuliert, auf dem Schirm hatten, wo wir wussten, die treten an hier im Zeugenstand gegen Silvio J. und lügen - die haben schon beim Landgericht in Potsdam gelogen -, dass sie mit alledem nichts zu tun haben, Wortprotokollierung und dies und jenes - - Das hatten wir uns, wie gesagt, schon zur Seite gelegt, und dann war der Türöffner, um in diese Verfahren einzusteigen und auch diese dann zur Verurteilung zu bringen, also die Meineidsdelikte vor dem Landgericht in Frankfurt (Oder) - - Da hatten wir dann die

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

Verklammerung, und da sind mehrere dann von uns wegen Meineides und Beihilfehandlungen zur Brandstiftung verurteilt worden nachgehend - das wissen Sie ja; das ging ja dann auch aus der Presse hervor - -

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Ich würde Sie ganz gern unterbrechen. Ich habe eine völlig andere Frage gestellt.

Zeugin Petra Marx: Ja, okay.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Bevor sozusagen die Fragezeit zu Ende ist: Mir ging es tatsächlich um diese beiden Termine, ob das ungewöhnlich ist, wenn man so eine Vernehmung in einer JVA macht, -

Zeugin Petra Marx: Nee, das sagte ich ja. Also, wenn - -

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): - wenn dann der Verfassungsschutz dabei ist.

Zeugin Petra Marx: Genau, genau.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Deshalb wundert mich so ein bisschen, dass Sie sich daran nicht erinnern, weil: Wenn es ungewöhnlich gewesen wäre, dann müsste Ihnen das ja eigentlich irgendwie präsent sein. Also, meistens merkt man sich solche Sachen ja.

Zeugin Petra Marx: Nee, also ich kann dazu, zu den näheren Umständen, keine Angaben machen. Ich weiß, ich habe ein kurzes Gespräch, so wie dargestellt, gemacht. Ob dort jemand drin war oder am Anfang mit drin war - - Auf jeden Fall war keine Protokollkraft drin. Ich selber habe mir meine Notizen gemacht, bin dann, wie gesagt, los, habe das dann auch so vorgetragen. Und dann wurde das noch mal abgeklopft beim zweiten Termin, mit der klaren Ansage: Sie werden als Zeuge in den Zeugenstand - -

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Das wäre jetzt meine nächste Frage gewesen, warum es den zweiten Termin gab, wenn es eigentlich gar nicht so viel zu klären gab.

Zeugin Petra Marx: Das sagte ich - - Das hatte ich ja auch schon ausgeführt. Es gab die Beratung beim Generalstaatsanwalt, und da wurden mehrere Alternativen - - Szczepanski - Sie haben es ja aus den Vermerken auch entnehmen können - - Der Verfassungsschutz hatte überhaupt kein Interesse, dass Szczepanski in diesem Verfahren als Zeuge auftritt. Das wollte man auf jeden Fall - so entnehme ich das jetzt den nachgehenden Hinweisen - verhindern.

Wir haben daran festgehalten, und die Entscheidung war, immer aber auch die Belange des Verfassungsschutzes natürlich im Auge zu haben und ihn nicht so aus Unerfahrenheit oder Unachtsamkeit nun dem generellen Zugang, dem Verfassungsschutz eben zu entziehen, indem wir ihn sozusagen „verbrennen“ und diesen Zeugen jetzt bringen, obwohl das sinnlos ist oder so. Das wurde ja abgeklopft. Und: Wie kriegen wir dieses Beweisanzeichen, diese Indizien - - Mehr war das ja nicht,

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

was Szczepanski brachte, dass er also an ihn herangetreten ist und dass es Kontakt gab. Zum eigentlichen Brandanschlag konnte er ja auch nichts sagen. Er war ja nun nicht dabei oder hat irgendwie anderes Wissen, Täterwissen uns präsentieren können, was Herr Silvio J. ihm nun wieder - -

Aber diese Anbahnungsphase - und das war wichtig, weil es ja immer ein Hin und Her von Silvio J. gab bezüglich seines Aussageverhaltens - - Und die Kammer ist dann auch zur hinreichenden Verurteilung gelangt und hat die sichere Überzeugung gewonnen: Er ist es.

Silvio J. selbst dann, nach der Rechtskraft - - Er ist ja in Revision gegangen. Der BGH hat das alles bestätigt, das Urteil, zwei Jahre Jugendstrafe. Gegen ihn hatte ich damals drei Jahre und sechs Monate oder so etwas - legen Sie mich jetzt nicht fest - beantragt, auf jeden Fall eine Jugendstrafe über drei Jahre. Wir wollten also keine Bewährung und haben dann nach Abwägung - - Ich denke, es ist erst vorsorglich wohl Rechtsmittel auch von uns eingelegt worden. Nachdem wir die Urteilsgründe hatten, so wie das üblicherweise ist, ist von uns dann die Revision zurückgenommen worden. Der Verteidiger hatte die Revision aufrechterhalten. Der BGH hat es geprüft, die Revision verworfen. Wie gesagt, vier Monate später saß Herr Silvio J. dann als Zeuge bei mir zur Vernehmung und hat dann weitere Angaben gemacht.

Wir müssen also auch mit diesen Zeugen weiterarbeiten, weil die Beweismittel - ich sage das mal wirklich salopp - fallen nicht vom Himmel. Wenn wir Dinge aufklären wollen, müssen wir mit denen arbeiten, ob Rechtsextremisten, verurteilte Brandstifter oder andere Straftäter, ob uns das nun passt oder nicht. Wir müssen auch auf diese Zeugen zurückgreifen. Das hat dann ja auch Erfolg gehabt. Auch Silvio J., um das mal darzustellen - das habe ich noch mal geprüft -, hat dann einen - - sind ja dann - - haben eine Bewährungskontrolle bei ihm durchgeführt.

Dass das Ergebnis - zwei Jahre - uns nicht so gepasst hat, das sagte ich ja schon. Wir hätten auch aufgrund seiner ganzen Persönlichkeit, die da zutage kam, auch allgemeinkrimineller Art - - waren eigentlich zwei Jahre Jugendstrafe, zur Bewährung ausgesetzt, nicht die angemessene Strafe. Aber wir haben es dabei bewenden lassen, mit der Maßgabe: Wir führen, auch wenn die Kontrolle - - Er ist ja in Potsdamer Beritt in der Bewährungshilfe. Wir führen aber das Verfahren. Das heißt, wir sind die verfahrensbeteiligte Staatsanwaltschaft im Rahmen der Bewährung, also Anhörung usw. Wenn irgendetwas passiert mit Silvio J., das heißt, irgendwelche Straftaten - - dann werden wir - - Und das ist eben von dem Dezernenten dann auch in der politischen Abteilung immer wieder geprüft worden, abgefragt worden bei der Staatsanwaltschaft Potsdam: Gibt es Verfahren gegen Silvio J.?

Wir haben zwei- oder dreimal Anlauf genommen, um den Widerruf durchzukriegen gegen Silvio J., weil der immer wieder im allgemeinkriminellen, also strafrechtlichen Milieu straffällig wurde. Ich glaube, beim zweiten oder dritten Anlauf hat es geklappt, und dann hat die Strafvollstreckungskammer den Widerruf angeordnet. So hat Silvio J. dann doch noch seine Strafe verbüßt, wenn er auch genauso wie Szczepanski nach zwei Dritteln - er ist ein verurteilter Brandstifter gewesen - aufgrund guter Führung entlassen worden ist.

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

Die ganze Rechtsprechung - Herr Dr. Schöneburg weiß das natürlich auch - verhält sich: Zwei Drittel können Sie eigentlich nicht versagen bei guter Führung und wenn alle anderen Dinge - - Da sind gesetzliche Vorgaben. Das ist also etwas bei Erstverbüßern, die sich gut führen und überragend sogar noch irgendwelche Berufsabschlüsse machen und sich abkehren von der rechtsextremistischen Szene ganz offensichtlich und dann noch andere Dinge unterstützend leisten. Dann haben Sie keinen Grund - gesetzlich -, das zu verhindern, selbst wenn Sie sagen - -

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Frage.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Entschuldigung. - Sie haben wirklich ein unfassbares Talent, vom Thema abzuschweifen oder von der Frage wegzukommen, die ich gestellt habe.

Ich würde aber ganz gern, wenn es die letzte Frage ist, kurz zusammenfassen: Also, es gibt am 06.09. und am 20.09. ein Gespräch mit Szczepanski, wo wahrscheinlich der Verfassungsschutz dabei ist. Dann gibt es einen Vermerk von Mitarbeitern des Verfassungsschutzes, dass der Verfassungsschutz davon ausgeht, dass da eine Halbstrafe in Aussicht gestellt wurde und möglicherweise auch weitere Haftverlängerungen. Szczepanski beantragt das später auch. Dann sagt er im Prozess aus. Und dann finden wir in den Akten: Am 12.12.95, also auch nachdem Szczepanski ausgesagt hat im Prozess, teilen Sie dem Vorsitzenden Richter mit - - informieren Sie den Richter über die V-Mann-Tätigkeit. - Das erschließt sich mir nicht. Warum an der Stelle dann? Warum erst im Dezember?

Zeugin Petra Marx: Am 12.12. informiere ich den Vorsitzenden?

(Zuruf: 12.10.!)

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): 12.10.?

Zeugin Petra Marx: Ja, ja, das haben wir eigentlich schon - - Das ist hier schon abgefragt worden.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Okay, gut.

Zeugin Petra Marx: Das ist wie im Gerichtssaal: Doppelbefragungen sind unzulässig. Die weisen wir auch immer zurück.

(Abgeordnete Gossmann-Reetz [SPD]: Wir sind ein Untersuchungsausschuss!)

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann wechselt das Fragerecht - -

Zeugin Petra Marx: Herr Rupprecht, gestatten Sie mir - - Ich habe den Vermerk - - Es ist ja auch ein großer Fundus an Dingen. Um das hier, was mir auch von der Seite der SPD hier vorgehalten wurde - - Es gibt einen Vermerk meines Chefs. Das ist ein Bericht an das Ministerium. Um einfach auch mal zu sagen, was für Gerüchte gestreut

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

worden sind, was es für Verdächtigungen, Verdachtslagen gab, um das auch mal zu illustrieren: Ich lese das mal vor. Das datiert vom 24.01.1996; da heißt es:

Nachdem der Leiter der Abteilung V des Innenministeriums des Landes Brandenburg den Unterzeichneten

- also meinen Chef, Herrn Lehmann -

aufgesucht und ihn gebeten hatte, bei den insoweit maßgeblichen Stellen auf eine vorläufige Einstellung gem. § 154 Abs. 2 StPO eines in der Berufungsinstanz

- das sind diese Parallelverfahren dort -

bei dem Landgericht Potsdam gegen Szczepanski anhängigen Strafverfahren sowie auf die Gewährung bestimmter Hafterleichterungen für Szczepanski hinzuwirken und außerdem zu gegebener Zeit eine Aussetzung des Strafrestes der zur Zeit von Szczepanski zu verbüßenden Freiheitsstrafe von 8 Jahren schon nach Verbüßung der Hälfte zu befürworten, sprach der Unterzeichnete bei Herrn Ministerialdirigent Dr. Lemke vor, einmal um abzuklären, ob dieser Bedenken gegen eine vorläufige Einstellung gem. § 154 Abs. 2 StPO des bei dem Landgericht Potsdam gegen Szczepanski anhängigen Verfahrens habe, zum anderen um ihn zu bitten, ihn bei Herrn Ministerialdirigenten Dertinger einzuführen, den der Unterzeichnete um die von dem Leiter der Abteilung V des Innenministeriums angeregten Hafterleichterung für Szczepanski bitten wollte.

Mehr beiläufig erwähnte hierbei der Unterzeichnete, daß er auch im übrigen der Bitte des Leiters der Abteilung V des Innenministeriums folgen und eine Aussetzung des Strafrestes der zur Zeit von Szczepanski verbüßten Freiheitsstrafe [...] befürworten wolle. In diesem Zusammenhang bemerkte Herr Ministerialdirigent Dr. Lemke - ebenfalls völlig beiläufig -: „Das macht auch der Bräutigam“.⁹

Ich will das mal so sagen: Diese Gerüchte, wer irgendeine Halbstrafe wem zugesichert haben soll - - Das sind jetzt Vermerke, an denen ich völlig unbeteiligt war und bin. Das sind Dinge, die kolportiert worden sind. Es ist vieles sicherlich angerissen oder angedacht worden. Aber hiervon zum Beispiel habe ich eben keine Kenntnis. Das sind alles Dinge, die zwischen dem Leiter der Abteilung V und meinem damaligen Behördenleiter gelaufen sind, die sich jetzt irgendwo finden. „Das soll Frau Marx in irgendeiner Weise gesagt haben“, das ist also völlig abwegig. Das weise ich auch zurück. Eine Erklärung dieser Art gab es nicht. Das war auch überhaupt nicht meine Zuständigkeit. Diese ausschließlichen Absprachen, aber auch dieser Dissens, der sich hier findet und der ersichtlich ist, wer wann wo was beiläufig mal erwähnt hat, zeigen und illustrieren, dass da auch viel Unsinn unterwegs ist - so will ich es mal - mit Verlaub - sagen.

⁹ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: 205A Js 110/95 V A, Handakte Bd. IV, Blatt 103 f.

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Gut. Das nehmen wir jetzt so zur Kenntnis. - Wir sind bei der CDU. - Kein Fragebedarf.

(Zurufe)

- Ach so, Entschuldigung: bei der AfD. Herr Wiese.

Abgeordneter Wiese (AfD): Macht nichts. Da kann man schon durcheinanderkommen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Das war jetzt ein Schritt zurück. Wir gehen ja vorwärts. Herr Wiese.

Abgeordneter Wiese (AfD): Durch die vorherigen Ausführungen von der Frau Marx haben sich meine Fragen erledigt. Deshalb können wir es gleich weiterreichen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Okay. - Dann sind wir bei Frau Nonnemacher.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke. - Frau Marx, ich würde Ihnen gern noch mal zwei Vorhalte machen, aus dem Mordversuchsurteil gegen Szczepanski. Das ist einmal - ich zitiere -:

In der erhofften Tötung des S. E. erblickte der Angeklagte überdies die Verwirklichung der von ihm tief verinnerlichten Ziele des Ku-Klux-Klans und die Gelegenheit dessen Methoden exemplarisch zu vollziehen.

[...]

Der Angeklagte handelte hierbei mit direktem Tötungsvorsatz.¹⁰

Der zweite Vorhalt - ebenfalls aus dem Mordversuchsurteil -:

Das Gericht ist vielmehr von der Unaufrichtigkeit des Bedauerns überzeugt, denn schon in einem Brief vom 19. Januar 1995 bekundete der Angeklagte gegenüber dem Adressaten P[...] die Absicht, nach seiner Haftentlassung die Zeitschrift „United Skins“ unbedingt fortzuführen.¹¹

Und an anderer Stelle:

Es fehlten greifbare Anhaltspunkte für eine Reue oder für eine auch nur im Ansatz erkennbare innere Umkehr.¹²

Ende des Zitates. - Wie bewerten Sie eigentlich als eine Fachfrau, als eine Frau, die die Bedeutung dieses außergewöhnlichen Rechtsextremisten doch wirklich erkannt hat und die den glühenden Eifer nach Strafverfolgung irgendwie in sich hat, dass ein

¹⁰ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet u. a.: MAT A BB-9/1 f, Blatt 210.

¹¹ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet u. a.: MAT A BB-9/1 f, Blatt 198.

¹² Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet u. a.: MAT A BB-9/1 f, Blatt 228.

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

solcher Mensch mit diesem Urteil vom brandenburgischen Verfassungsschutz als V-Mann angesprochen und dann auch geführt wird?

Zeugin Petra Marx: Eine Bewertung steht mir da nicht zu, weil: Wir sind völlig autarke Behörden. Wir haben auch keine gegenseitigen Berichtspflichten oder Unterrichts- oder Genehmigungspflichten.

Ich will das noch mal so sagen: Sie könnten mir jetzt den Vorwurf machen: Wie können Sie so einen in den Zeugenstand rufen, um die Sache Dolgenbrodt zu klären, also den Versuch zu unternehmen? Warum haben Sie darauf nicht verzichtet? Ist das nicht ehrenrührig? - Aber ich will das - - Ich sage das jetzt mal zugespitzt: Wir hätten gerne gut beleumundete Zeugen im Zeugenstand. Wenn wir unsere Akten dann - -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich darf mal kurz unterbrechen. Ich hatte nicht nach dem Dolgenbrodt-Prozess gefragt, sondern nach Ihrer Einschätzung, von mir aus auch Ihrer persönlichen Einschätzung, ob dieser außergewöhnliche Rechtsextremist mit Verbindungen bis nach Amerika, zu Mahon, überzeugter Ku-Klux-Klan-Vertreter, ohne Reue, ohne irgendeine erkennbare Tendenz zur Änderung, ob das ein geeigneter Adressat ist, V-Mann für den brandenburgischen Verfassungsschutz zu werden.

Zeugin Petra Marx: Da fehlt mir einfach die Erfahrung, weil ich bin keine Verfassungsschutzexpertin. Ich hatte nur, insoweit ich als politische Dezernentin und Abteilungsleiterin dann die Abteilung bis zu meinem Wechsel ins Justizministerium leitete, eben immer wieder mal Berührungen. Aber wie dort eine Rekrutierung erfolgte, das entzieht sich - - nach welchen Vorgaben, das ist auch eine politische Frage, die sich zu entscheiden hat. Da sind wir als Juristen - - Wir sind nicht Politiker. Wir haben auch keine politischen Statements abzugeben, sondern wir haben unsere Aufgabe, Straftäter vor Gericht zu stellen und einer gerechten Verurteilung zuzuführen. Das ist unsere Aufgabe. Begleitet wird das natürlich in anderen Bereichen, Jugendstrafverfahren von den Landesämtern, die genauso in diesen Verfahren dann mitwirken, wenn es dort Tangierungen, Berührungen gibt. Das ist also etwas ganz Selbstverständliches.

Hier haben wir den Sicherheitsbereich. Dass der Sicherheitsbereich, der Verfassungsschutz dann natürlich auf so einen Rechtsextremisten, der in Brandenburg unterwegs war, ein waches Auge hat, das ist erst mal etwas durchaus Löbliches. Was aber mit ihm dann wie auch immer gemacht wird, in welcher Weise er abgeschöpft - - oder funktioniert oder benutzt wird - so will ich es mal bezeichnen -, das ist natürlich eine völlig autarke Frage, die der Verfassungsschutz selbst - - Da habe ich auch keine persönliche Einschätzung.

Mich hat es in dem Verfahren gegen ihn jetzt nicht beeindruckt - so will ich es mal wirklich sagen -, obwohl ich keine Erfahrung hatte. Ich hatte die Order meines Chefs, wie ich immer wieder sagte, und habe das Verfahren so, mit der Härte, mit der Konsequenz, mit der ich als Strafverfolgerin immer antrete, wenn es um wichtige Dinge geht und um große, schwere Vorwürfe - - mit der Hartnäckigkeit ihm nachgesetzt und ihn eben der gerechten Strafe zugeführt.

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich habe noch eine allerletzte Frage. Das ist ein ganz kurzer Vorhalt. Und zwar schreibt Szczepanski an die Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) am 29. Januar 1998 - ich zitiere -:

Sehr geehrte Frau Marx,

hiermit möchte ich sie [sic!] um die Auskunft bitten, ob sie [sic!], als zuständige Staatsanwältin, meine vorzeitige Haftentlassung befürworten würden.¹³

Zitat Ende. - Das ist ja weniger als drei Jahre nach dem Urteil in dem Mordversuchsprozess. Wie kommt das, dass Herr Szczepanski Sie nach weniger als drei Jahren um vorzeitige Haftentlassung bittet, und inwieweit waren Sie damit befasst?

Zeugin Petra Marx: Sagen Sie mir bitte noch mal das Datum?

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja, gerne. Das war der 29.01.98.

Zeugin Petra Marx: Ich als zuständige Staatsanwältin im Sinne, wie Verurteilte das sehen - - denn die wissen nicht, dass es Zuständigkeitsregelungen gibt, die wissen nicht, dass es veränderte Geschäftsverteilungspläne gibt, wo man in dem Jahr zuständig ist, im nächsten wechselt. Das heißt, derjenige, den man da sitzen gesehen hat die ganze Dauer des Verfahrens - und das war nun mal ich als Staatsanwältin, als Sitzungsvertreterin -, das ist dann die Ansprechpartnerin, wenn man an die Staatsanwaltschaft schreibt. So leite ich das her.

Ich hatte das auch gefunden. Ich habe es auch hier in den Unterlagen, finde es jetzt nicht gleich. Ich war zu dieser Zeit - und das wusste natürlich Herr Szczepanski nicht - zur Erprobung beim Generalstaatsanwalt. Ich war vom 10.09.1997 bis zum 09.03.1998 beim Generalstaatsanwalt in Brandenburg. Das heißt, mich hat dieser Brief nie erreicht. Ich glaube, mich erinnern zu können, dass Herr Sörries ihm geantwortet hat: Frau Marx ist hier nicht die Zuständige, sondern ich bin es jetzt. Sie können - -

Das ist das, was mir hier so ein bisschen aufgestoßen ist, weil Herr Sörries in dem Antwortschreiben dann schreibt, dass seine - ich finde das jetzt nicht - - dass in irgendeiner Weise so ein bisschen der Anschein erweckt wird: Wir wissen um die Aussage, die Sie da in dem Verfahren gegeben haben, also im sogenannten Dolgenbrodt-Verfahren, um Ihre Aufgabe, Ihre - so hat er sich wohl ausgedrückt - rechtsextreme Einstellung. Das ist mir von Frau Marx überliefert worden. - Da muss ich sagen: Das sind ja Dinge, die ich ihm nicht überliefern musste, denn ich war ja nicht im Sitzungssaal und habe diese Aussage gehört, sondern Herr Sörries selber hat ja die Aussage von - - Also, insoweit: Das war so ein bisschen eine für mich befremdete Formulierung, so ein bisschen ein Wegweisen: Nicht ich bewerte das, sondern Frau Marx bewertet das - obwohl sie es eigentlich gar nicht bewerten kann, denn sie hat ja Ihre Aussage nicht erlebt, und eigentlich ist sie auch gar nicht da.

¹³ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BB 9/1 e Bd. I, Blatt 108.

Untersuchungsausschuss 6/1
17. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

08.12.2017
Stenogr. Dienst/Welf

Also, das Schreiben war so ein bisschen so ein Verstecken, so ein Zurücktreteten: „Wenn denn Frau Marx - -“. Das ist etwas - - Ich war ja dann auch Abteilungsleiterin und ihm vorgesetzt. Man versucht dann immer - - Zu der Zeit natürlich noch nicht, aber nach der Erprobung ab 10.03. war ich dann seine Abteilungsleiterin, also auch von Herrn Sörries. Insoweit war das vielleicht schon so ein Zurückschreiten, dass man dann die Dezernentin, die eben Sitzungsvertreterin war - - dass man immer meinen Namen damit verbindet. Wenn da in irgendeiner Weise mal eine Anfrage kommt, dann tritt man da zurück.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Vielen Dank. - Ich habe keine weiteren Fragen an die Zeugin. - Danke schön.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann frage ich jetzt in die Runde: Gibt es weiteren Fragebedarf? - Das sehe ich nicht.

Dann kommt von mir die letzte Frage, die Frage nach der Notwendigkeit einer Verteidigung der Zeugin. Ich sehe diese Notwendigkeit nicht. Widerspricht jemand in der Runde? - Das ist nicht der Fall.

Dann kann ich Sie, Frau Marx, mit einem herzlichen Dankeschön verabschieden, gratuliere Ihnen zu Ihrer Kondition.

Ich schließe die heutige Sitzung mit dem Hinweis darauf, dass wir uns am 11. Januar um 9 Uhr eine Etage tiefer zur 18. Sitzung treffen werden.

[REDACTED]

[REDACTED]

(Schluss: 17.59 Uhr)

Holger Rupprecht
Vorsitzender UA 6/1

Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder)



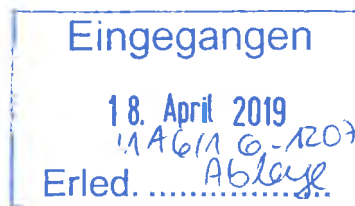
Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) - Postfach 13 52 – 15203 Frankfurt (Oder)

An den
Landtag Brandenburg
Leiter des Ausschussbüros
z. H. Dr. Frank Jendro
persönlich oder Vertreter im Amt
Alter Markt 01
14467 Potsdam

Telefon: 0335 5548 - 0
Durchwahl: 0335 5548 - 9610
Telefax: 0335 5548 - 9000
Datum: 16.04.2019
Aktenzeichen: 204 E - 533
(bei Antwort bitte angeben)

Untersuchungsausschuss UA 6/1

Anschreiben vom 05.04.2019



Sehr geehrter Herr Dr. Jendro,

das erstellte Protokoll zu meiner Aussage vor dem Untersuchungsausschuss 6/1 ist mir zugegangen.

Lediglich auf Seite 115, 6. Absatz, 4. Satz, liegt offenkundig ein Hörfehler vor.

Entgegen der vorgelegten Verschriftung: „Gegen ihn hatte ich ... beantragt, ...“ hatte ich erklärt: „Gegen ihn hatte die Staatsanwaltschaft ... beantragt, ...“.

Ich bitte, das insoweit zu korrigieren.

Mit freundlichen Grüßen

Marx

Oberstaatsanwältin

Hausanschrift: Bachgasse 10a, 15230 Frankfurt (Oder)

Öffentliche Verkehrsmittel:
Straßenbahn 2, 3 bis Haltestelle
Oderturm oder Große Oderstraße,
Bus 980, 981 bis Haltestelle
Brunnenplatz

Bankverbindung:
Zahlungsempfänger: Landesjustizkasse
IBAN: DE71 3005 0000 7110 4044 44
BIC: WELADEDXXX

Servicezeiten:
Mo. bis Fr. von 8.30 Uhr – 12.00 Uhr und
13.00 - 15.00 Uhr (freitags bis 14.00 Uhr)

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst



Vernehmung der Zeugin Hildegard Mendrina

Ich begrüße sehr herzlich unsere nächste Zeugin Frau Mendrina. Ich möchte zunächst die Belehrung vornehmen, die mir obliegt und die notwendig ist.

Als Zeugin vor dem Untersuchungsausschuss unterliegen Sie der Wahrheitspflicht. Das heißt, die von Ihnen gemachten Angaben müssen vollständig sein und der Wahrheit entsprechen. Sie dürfen weder falsche Angaben machen noch wesentliche Umstände, die mit dem Beweisthema in Zusammenhang stehen, verschweigen. Sofern Sie an bestimmte Dinge keine Erinnerung mehr haben, müssen Sie auch dies deutlich zum Ausdruck bringen.

Der Untersuchungsausschuss ist nach § 22 UAG grundsätzlich berechtigt, einen Zeugen am Ende seiner Aussage zu vereidigen. Über eine Vereidigung Ihrer Person wird insoweit noch zu befinden sein.

Falsche Aussagen vor dem Untersuchungsausschuss sind strafbewehrt. Dabei kommt es nicht darauf an, ob Sie Ihre Aussage beeidigen müssen oder nicht. Falsche uneidliche Aussagen sind nach § 153 Strafgesetzbuch strafbedroht und werden mit Freiheitsstrafe zwischen drei Monaten und fünf Jahren sanktioniert. Im Falle der Annahme einer Strafbarkeit eines Meineides wird der Strafrahmen des § 154 Strafgesetzbuch, der eine Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr vorsieht, Anwendung finden.

Nachdem ich Sie jetzt über Ihre Pflichten informiert habe, möchte ich Ihnen aber auch noch Ihre Rechte vortragen. Gemäß § 19 UAG sind Sie berechtigt, die Auskunft auf solche Fragen zu verweigern, deren Beantwortung Ihnen selbst oder einem der in § 52 Abs. 1 StPO bezeichneten Angehörigen die Gefahr zuziehen würde, wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit verfolgt zu werden. - So weit die Belehrung.

Ich bitte Sie, jetzt kurz einige Angaben zu Ihrer Person zu machen. Nennen Sie uns bitte Vor- und Zunamen und Ihr Alter.

Zeugin Hildegard Mendrina: Mein vollständiger Name lautet Hildegard Johanna Mendrina. Ich bin 58 Jahre alt, von Beruf Staatsanwältin bei der Staatsanwaltschaft Berlin, wohnhaft und dienstansässig [REDACTED] in [REDACTED].

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Vielen Dank. - Bevor die Befragung durch die Fraktionen beginnt, über die ich Sie kurz unterrichtet habe, von mir zwei eingehende Bitten. Einmal: Stellen Sie uns kurz Ihren beruflichen Werdegang dar.

Zeugin Hildegard Mendrina: Nach dem Abitur Studium der Rechtswissenschaften, erstes und zweites Staatsexamen, seit 1992 bei der Staatsanwaltschaft Berlin,

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

zunächst in einer allgemeinen Abteilung, dann in einer Abteilung, die in Ermittlungsverfahren wegen Brandsachen, Wehrstrafsachen, Immunitätssachen, Pressesachen und teilweise auch Vollstreckungssachen im Ausland zuständig war - da war ich, glaube ich, zweieinhalb Jahre -, danach wieder in einer allgemeinen Abteilung, dann ab 2000 bis Anfang/Mitte Mai 2006 in der Abteilung 11, die mit Staatsschutzsachen, Ausländerextremismus, also rechts, links, Krawallen am 1. Mai, Straftaten in Verbindung mit Großveranstaltungen - Fußball etc. -, mit Rohheitsdelikten betraut war, danach wieder in einer allgemeinen Abteilung tätig und seit 2010 im Bereich der organisierten Kriminalität, und zwar allgemeine OK: Rocker, Rotlicht, Geldfälschung, Waffenhandel etc.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Vielen Dank. - Zweite Bitte: Haben Sie sich auf diese Vernehmung vorbereitet? Konnten Sie Akten einsehen? Haben Sie mit jemandem darüber gesprochen? Ob Sie uns das kurz noch mal darlegen würden, bitte?

Zeugin Hildegard Mendrina: Ich habe zunächst einen Anruf von Herrn Heinke bekommen, der eine Ladung hier hatte. Er hatte mich gefragt, ob ich ebenfalls eine Ladung erhalten hätte, was ich verneinen musste. Das war, ich glaube, Ende September. Im Zuge dieses Telefonats hatten wir schon mal über diese Sache gesprochen, weil ich eigentlich - dachte ich zumindest bis gestern - noch eine relativ gute Erinnerung daran hatte, auch an Einzelheiten. Gestern beim Aktenstudium habe ich allerdings festgestellt, dass ich doch nicht mehr alles wusste, aber ich doch eine, wie gesagt, obwohl es 2002 war - - Entschuldigen Sie bitte. Ich bin total erkältet. Wenn Sie mich nicht verstehen, sagen Sie es bitte. Aber ich merke schon selbst, wie ich anfangen zu krächzen.

Da habe ich mit Herrn Heinke, ich sage mal, schon einige Eckpfeiler des damaligen Verfahrens besprochen. Danach habe ich auch eine Ladung bekommen. Ich habe Montag die gescannten Akten erhalten. Die habe ich gestern ausgedruckt und habe mich dann vorbereitet und dabei festgestellt: Na ja, ich wusste vorher auch noch vieles, aber ich hoffe mal, dass ich jetzt noch mehr weiß.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Das hoffen wir alle auch. - Jetzt geht es los mit der Befragung durch die Fraktionen. Es beginnt die SPD-Fraktion. Frau Gossmann-Reetz, bitte schön.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Herzlich willkommen bei uns im Ausschuss. Schönen guten Morgen!

Zeugin Hildegard Mendrina: Guten Morgen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Herr Heinke hat ja letztes Mal hier auch dargelegt, dass Sie sich noch sehr genau an das Verfahren erinnern können. Sie konnten das jetzt bestätigen. - Was hat das Verfahren gegen Toni Stadler, Lars B. und Herrn Dirk Bartok so besonders gemacht?

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

Zeugin Hildegard Mendrina: Also, ich würde sagen, erst mal der Aufwand. Und es waren doch schon einige Maßnahmen, die jedenfalls für mich nicht alltäglich waren, also alltäglich in dem Sinne: im Zuge meiner staatsanwaltschaftlichen Tätigkeit.

Das Verfahren ging so los - - Beziehungsweise ich müsste vielleicht etwas früher anfangen. Es gab mal ein Verfahren wegen dieser CD „Noten Des Hasses“. Das wurde aber eingestellt, weil wir damals kein Exemplar hatten. Also, es ging um diese Liedtexte, da sollten strafprozessuale Maßnahmen veranlasst werden, -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gegen wen?

Zeugin Hildegard Mendrina: - was aber nicht möglich war, weil wir nicht konkret wussten, was Gegenstand dieser Lieder war.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gegen wen richtete sich das zu der Zeit?

Zeugin Hildegard Mendrina: Das weiß ich, ehrlich gesagt, nicht mehr.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay.

Zeugin Hildegard Mendrina: Ob es schon gegen Lars B. war, das weiß ich nicht. Ich weiß nur, dass ich den Auftrag hatte, zu prüfen - - Also, vom LKA kam der Hinweis: Es soll eine CD in Umlauf gebracht werden oder produziert worden sein mit, ich sage jetzt mal untechnisch, üblen Liedtexten, Volksverhetzungen etc. Wir hatten aber kein Exemplar, sodass - - Ich kann mich noch daran erinnern: Ich habe etwas süffisant gesagt - es war um Weihnachten -: Na, vielleicht hat man ja Weihnachtslieder eingespielt.

Wie gesagt, ohne konkreten Inhalt der Texte kann man natürlich keinen §-100a-Beschluss etc. erwirken. Wir haben es probiert, aber es wurde dann auch abgelehnt, und das Verfahren wurde eingestellt.

Da ich für dieses Verfahren zuständig war, habe ich quasi dieses Folgeverfahren geerbt. Das war so ca. ein halbes Jahr später, da trat das LKA, das Kommissariat aus der Abteilung Staatsschutz, an die Staatsanwaltschaft heran. Man hatte wohl einen VP-Hinweis, dass da eine zweite Auflage dieser CD gedruckt werden soll oder schon der Auftrag erteilt worden sei. Man hatte auch schon Namen: Lars B., Toni Stadler und dann noch diverse Vornamen. Und man hatte diesmal auch, glaube ich, ein Exemplar der CD mit dem Booklet und auch mit dem Inhalt der Lieder, sodass dann auch strafprozessuale Maßnahmen beantragt und auch angeordnet wurden.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Darf ich mal kurz dazwischen? Noch mal die Angeklagten zu der Zeit. Die Beschuldigten, Entschuldigung.

Zeugin Hildegard Mendrina: Also, das Verfahren richtete sich gegen Lars B. -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja.

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

Zeugin Hildegard Mendrina: - der war bekannt -, gegen Toni Stadler.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay.

Zeugin Hildegard Mendrina: Und dann wurden, ich sage mal, so nach und nach - - ich weiß, ein Daniel - - Es waren nur Vornamen bekannt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja.

Zeugin Hildegard Mendrina: Die wurden nach und nach dann quasi identifiziert, sodass immer - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. Wie viele Personen waren das ungefähr?

Zeugin Hildegard Mendrina: Ich meine, fünf oder sechs, so ungefähr. Aber, wie gesagt, das kam erst im Zuge der Ermittlungen durch die Telefonüberwachung, durch Observierungsmaßnahmen, weil es ging nicht nur um die CD, sondern es wurde auch bekannt, dass da eine - - Sie hieß „Weiße Arische Bruderschaft“. Also, das hatte jetzt nichts mit der CD zu tun. Das erfolgte parallel. Da sollte ein Vereinsheim gebaut werden. Dafür zuständig war Herr Lars B.

Das spielte alles so zusammen, sodass Telefonüberwachungen geschaltet waren, aber auch Observationsmaßnahmen. Und im Zuge dieser Maßnahmen konnten wir immer mehr aufklären bzw. erlangten wir immer mehr Erkenntnisse, wie gesagt, teilweise zu den Personen, teilweise zu den Handlungen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Können Sie noch beschreiben, wie es dazu kam, dass Stadler zu den Beschuldigten gehörte, wie er Beschuldigter in dem Verfahren wurde? Können Sie das noch erinnern?

Zeugin Hildegard Mendrina: Das war meines Erachtens aufgrund des Hinweises. Der Name wurde gleich genannt und auch mit Telefonnummern, mit mehreren, meine ich. Da wurden dann Telefonüberwachungen geschaltet.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Hinweis von?

Zeugin Hildegard Mendrina: Meines Erachtens einer Person, der hier Vertraulichkeit zugesichert worden ist, und zwar des LKA Berlin.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ist Ihnen später der Klurname dieser Person bekannt geworden?

Zeugin Hildegard Mendrina: Nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay.

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

Zeugin Hildegard Mendrina: Das war jetzt, wie gesagt, der Hinweis zu dieser CD. Das ging über das Landeskriminalamt Berlin, also über den Staatsschutz. Die Vertraulichkeitszusicherung geht natürlich seitens der Staatsanwaltschaft, aber auf einer anderen Ebene.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Die hat wer zugesichert oder zugelassen? Das war Ihr Vorgesetzter oder Sie?

Zeugin Hildegard Mendrina: Der Hauptabteilungsleiter ist dafür zuständig.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Herr Heinke.

Zeugin Hildegard Mendrina: Nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wer war das?

Zeugin Hildegard Mendrina: Das war damals - - Das müsste Herr Wolke gewesen sein als Hauptabteilungsleiter. Damals hieß diese Abteilung 11. Ist jetzt die 231, aber damals war es die Abteilung 11, und die gehörte zu der Hauptabteilung B. Hauptabteilungsleiter war damals Oberstaatsanwalt Wolke. Der müsste eigentlich für die Vertraulichkeitszusicherung zuständig gewesen sein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und diese Person hat nur Herrn Stadler belastet oder wen noch?

Zeugin Hildegard Mendrina: Nein, auch Herrn Lars B.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja.

Zeugin Hildegard Mendrina: Also, wenn ich mal nachsehen darf, dann könnte ich Ihnen das genau - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gerne.

Zeugin Hildegard Mendrina: Ich bin, wie gesagt, nicht mehr sicher, aber die Namen Stadler, Lars B., die waren gleich bekannt.

(Die Zeugin blättert in ihren Unterlagen.)

Lars B. war bekannt, dass er auch diese „Weiße Arische Bruderschaft“ - WAB - führen sollte oder geführt hatte, und auch mit der CD, dass er der Sänger war und auch der Texter oder die Texte geschrieben hat.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Von der Band? Da meinen Sie -

Zeugin Hildegard Mendrina: Diese Band, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - die „WAR“.

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

Zeugin Hildegard Mendrina: Genau.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das ist nicht die „WAB“, sondern von der Band „WAR“.

Zeugin Hildegard Mendrina: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Können Sie uns mal sagen, wann genau der Hinweis kam?

Zeugin Hildegard Mendrina: Also, ich habe hier einen Vermerk des LKA vom 13.05.2002. Wann jetzt genau der Hinweis war, das kann ich Ihnen nicht sagen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das können Sie nicht mehr nachvollziehen.

Zeugin Hildegard Mendrina: Ich bekomme immer nur bzw. so ist es generell - - Der Hinweis geht ja über die VP-Führung und dann wieder weiter, also es geht über mehrere Stufen. Wann das genau erfolgte, das weiß ich nicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Na gut, hätte ja sein können, dass Sie es irgendwo in dem Zusammenhang gesehen haben. - Ich würde da gerne ganz kurz Reinhaken. In unseren Akten befindet sich noch ein Behördenzeugnis des LfV Berlin, dass Herr Lars B. in dieser Band Mitglied ist. War Ihnen dieses Behördenzeugnis bekannt?

Zeugin Hildegard Mendrina: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ist Ihnen der Ursprung dieser Information für das Behördenzeugnis bekannt?

Zeugin Hildegard Mendrina: Nein, das weiß ich nicht. Warum und wieso? Das kann ich Ihnen nicht sagen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wann begannen die Ermittlungen gegen Herrn Lars B.?

Zeugin Hildegard Mendrina: 2002. Aufgrund dieses Hinweises wurde dann seitens des LKA Berlin ein Verfahren eingeleitet unter dem 22.05.2002 und beschuldigt Lars B. und Toni Stadler, weil die beiden Personen bekannt waren.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): 2002. - Also in unseren Akten findet sich ein Vermerk vom Verfassungsschutz Brandenburg aus dem Dezember 2001, worin der V-Mann-Führer von Herrn Stadler durch seinen Vorgesetzten über die Ermittlungen des LKA Berlin gegen Herrn Lars B. unterrichtet worden ist. Wie erklären Sie sich, dass der Brandenburger Verfassungsschutz über diese Ermittlungen schon unterrichtet war?

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

Zeugin Hildegard Mendrina: Also, der Brandenburger Verfassungsschutz ist unterrichtet worden - - Ich sehe auch gerade: Dieses Behördenzeugnis datiert vom 30. April 2001: Dem Berliner Verfassungsschutz ist bekannt - - Mehr nicht.

Also, dann kann ich es - - Das ist jetzt meine Schlussfolgerung - ich weiß es nicht -: Dann bezieht sich das möglicherweise auf diese erste Auflage der CD, die wir dann nicht hatten - - und die Ermittlungen dann eingestellt wurden. Ich kann auch jetzt nicht sagen, ob da dann Lars B. als Beschuldigter erfasst war. Ich meine, kann ja gut sein. Aber, wie gesagt, das kann ich Ihnen jetzt nicht sagen, -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay.

Zeugin Hildegard Mendrina: - weil da habe ich mich, ehrlich gesagt, auch nicht drauf vorbereitet.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Können Sie mir den Zeitraum zwischen diesen beiden Verfahren ungefähr benennen?

Zeugin Hildegard Mendrina: Also, dieses erste Verfahren müsste eingeleitet worden sein im Dezember - wie gesagt, weil ich immer noch die Assoziation mit diesen Weihnachtsliedern habe.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. Das macht Sinn.

Zeugin Hildegard Mendrina: Aus Dezember 2001.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Haben das LKA Berlin bzw. die Staatsanwaltschaft Berlin Erkundigungen beim Verfassungsschutz hinsichtlich der Person Lars B. eingeholt?

Zeugin Hildegard Mendrina: Das weiß ich nicht. Das entzieht sich meiner Kenntnis. Aber sagen wir es mal so: Dieser Vermerk aus April 2001, der ja gerichtet ist an das LKA, lässt es vermuten.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Oder haben Sie Informationen vom LKA Brandenburg auch über die Person erhalten? Wissen Sie das?

Zeugin Hildegard Mendrina: Also ich nicht bzw. zu meinem Verfahren nicht. Wenn, dann könnte es möglicherweise über den Staatsschutz gelaufen sein. Aber so, wie ich es in Erinnerung habe, hat der Staatsschutz Berlin immer nur mit dem LfV Berlin korrespondiert.

Aber, wie gesagt, das ist - - So habe ich es mitbekommen, und so habe ich es in Erinnerung. Was tatsächlich zwischen den beiden Behörden - - Das weiß ich nicht, das entzieht sich meiner Kenntnis.

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Am 22.05. hat dann das LKA Anzeige gegen Lars B. und Toni Stadler noch mal erstattet. Können Sie uns den Ablauf der weiteren Ermittlungen darstellen?

Zeugin Hildegard Mendrina: Also, das Verfahren förmlich eingeleitet wurde, wie gesagt, im Mai 2002. Es gelangte dann zu der Staatsanwaltschaft mit einem Bericht. Es war auch noch eine dritte Person bekannt, M. R., und dann, wie gesagt, ein Daniel, ein Paul. Es wurde dann dargelegt, dass da wohl der zweite Druck, eine zweite Auflage geplant sein soll. Deswegen wurde angeregt, strafprozessuale Maßnahmen, insbesondere Überwachung der Telekommunikation und auch eine Observierung - - also Beschlüsse bei dem Amtsgericht Tiergarten zu beantragen, was dann auch so erfolgt ist.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ab wann wussten Sie, dass es sich bei Toni Stadler um einen V-Mann von Brandenburg handelte?

Zeugin Hildegard Mendrina: Das kam erst im Zuge der Telefonüberwachung und der Observationsmaßnahmen so peu à peu, würde ich mal sagen, weil auf der Telefonüberwachung Gespräche waren mit einem Dirk Bartok, der im Nachhinein als Dirk Bartok - mit dem Tarnnamen jedenfalls - so aktenkundig wurde, und da auf der Telefonüberwachung immer konkret Maßnahmen - na ja - diskutiert wurden. Herr Stadler fühlte sich observiert und hat dann mit Bartok telefoniert und hat dann gesprochen: Seid ihr das? - Dann kam die Frage: Na, hast du dir die Kennzeichen gemerkt? - Nee, habe ich nicht. - Und dann kamen auch, ich sage mal, Hinweise, Anregungen. Dann wurde gesagt: Ich frage mal nach.

Also, wir hatten nicht sofort die Erkenntnis: „Das ist ein V-Mann“, sondern der Verdacht kam auf und verdichtete sich dann.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Er sagte ja auch: Ich frage mal in Berlin nach.

Zeugin Hildegard Mendrina: Genau. - Es ging dann weiter. Es waren mehrere Gespräche auch über einen gewissen Zeitraum. Wir hatten auch mitbekommen, dass er einen sogenannten Bunker hatte, wie es bei uns immer hieß - in Führungszeichen -, und dass dann immer auch so - wie soll ich es - - Anweisungen kamen - jetzt mit meinen Worten; ich weiß jetzt nicht, wie es konkret war -: „Mach die Wohnung sauber“, „Tausch den Computer aus“, und halt auch so nach dem Motto: „Brauchst keine Angst zu haben, passiert schon nichts“, und: „Beim nächsten Mal merkst du dir die Kennzeichen, dann werden wir das abklären.“

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ihr Oberstaatsanwalt, Herr Heinke, hat ja dann im Juli auch veranlasst, dass die Ermittlungsakten gegen Stadler aus den Informationssystemen von Polizei und Staatsanwaltschaft gelöscht wurden. Können Sie uns den Grund dafür erläutern?

Zeugin Hildegard Mendrina: Na ja, es mutete - um es mal vorsichtig auszudrücken - schon seltsam an, wenn - - Wie gesagt, aus diesen Gesprächen ergab sich - das

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

waren dann unsere Rückschlüsse -, dass Herr Bartok der V-Mann-Führer sein muss, und - jetzt mit meinen Worten - es drängte sich auf, dass da Schutzmaßnahmen getroffen wurden. Das wollten wir natürlich nicht, dass unser Ermittlungserfolg dann vereitelt wird.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Klar. - War dieses Vorgehen mit Ihnen abgestimmt?

Zeugin Hildegard Mendrina: Mit mir jetzt?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja.

Zeugin Hildegard Mendrina: Na ja, es war dann Gegenstand einer Besprechung. Wir haben diverse Gespräche auch mit dem LKA gehabt, weil es auch zwischendurch immer - - Ich glaube, wir hatten auch schon Durchsuchungsbeschlüsse. Jetzt kann ich das allerdings nicht zeitlich genau einordnen; denn, wie gesagt, es gab ja auch noch diesen Bunker, und da kamen ja dann auch immer aufgrund der Telefonüberwachung irgendwelche Lieferungen von anderen CDs, wo man aber auch nicht wusste, ob die jetzt strafrechtlich relevant waren oder möglicherweise doch [sic!].

Es war natürlich auch immer ein Problem, wenn man weiß, da sollen irgendwelche CDs geliefert werden, und man kennt den Namen und die könnten von strafrechtlicher Relevanz sein, und man steht im Prinzip daneben und - - Was soll gemacht werden? Soll durchsucht werden? Soll eine Beschlagnahme erfolgen? Sollen die Ermittlungen weiterlaufen? Darüber wurde immer gesprochen. Je nach Sachlage - wie gesagt, das änderte sich ja auch des Öfteren - wurde halt immer wieder diskutiert und überlegt, wie man ermittlungstaktisch am besten vorgeht.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Frage, bitte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wir haben hier einen Vermerk vom LKA vom 08.07, in dem heißt es:

„Vor weiterer Ausforschung könne man sich schützen, wenn die zu diesem Verfahren gespeicherten Daten des **STADLER** aus den Informationssystemen der Polizei und der Staatsanwaltschaft vorläufig gelöscht werden.“

Vor wem muss man sich da genau schützen?

Zeugin Hildegard Mendrina: Na ja, wie gesagt, wir wollten nicht, dass das irgendwie - wie auch immer - an Stadler weitergegeben wird, dass unsere Maßnahmen dann ins Leere laufen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Na klar. - Ist das ein übliches Verfahren, wenn es um Verfahren gegen V-Leute geht?

Zeugin Hildegard Mendrina: Das war mein erstes und mein einziges Verfahren gegen einen V-Mann. Wie gesagt: Tut mir leid, da habe ich keine Erfahrung mit.

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

Deswegen kann ich mich ja auch - - Wie gesagt, das war ja auch der Aufhänger, warum ich mich noch relativ gut daran erinnern kann.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie haben gerade noch mal erzählt: In der TKÜ-Maßnahme wurde ja auch sehr deutlich, dass Stadler und sein V-Mann-Führer sich darüber unterhalten, dass sie mit Berlin etwas abklären wollen bzw. rausfinden wollen, ob es Verfahren gibt.

Zeugin Hildegard Mendrina: Genau.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Haben Sie erlebt, dass diese Anfrage ankam?

Zeugin Hildegard Mendrina: Bei mir nicht. Aber wir haben - da kann ich mich auch dran erinnern; ich weiß nicht, ob es sich - - Ich habe es in den Akten nicht wiedergefunden, aber ich kann mich daran erinnern - es gibt da auch einen kurzen Vermerk, und daraufhin ist es mir in Erinnerung -: Wir haben damals sogar überlegt, Bartok/Stadler, diese Kommunikation, ob das möglicherweise schon eine Mittäterschaft, Teilnahme, Beihilfe ist oder „nur“ Strafvereitelung im Amt oder so. Also jetzt, wie gesagt, noch nicht. Wir haben insoweit - - Er stand ja dann auch irgendwann auf dem Aktendeckel mit seinem Tarnnamen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja. Aber hat sich dann der Brandenburger Verfassungsschutz an Ihre Abteilung, an die Staatsanwaltschaft gewandt und Informationen eingeholt?

Zeugin Hildegard Mendrina: Solange die Ermittlungen noch verdeckt gelaufen sind, habe ich keine Kenntnis. Ich weiß natürlich nicht - - So was läuft ja, wenn, auf einer anderen Ebene und nicht direkt bei mir. Aber ich kann mich nicht daran erinnern.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie haben so was nicht erlebt, gehört, -

Zeugin Hildegard Mendrina: Nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - auch nicht bei Herrn Heinke, -

Zeugin Hildegard Mendrina: Nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - dass der Verfassungsschutz angefragt hat.

Zeugin Hildegard Mendrina: Nein.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Das war jetzt die allerletzte Frage.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja. Dann nachher noch mal.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Jetzt wechselt das Fragerecht zur CDU-Fraktion. Herr Dr. Redmann, bitte schön.

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ich will gleich nachhaken zu der Frage, bei der Frau Kollegin Gossmann-Reetz war. - Vermutlich wird ja - - Also, aus unseren Akten ergibt sich ja, dass der Brandenburger Abteilungsleiter der Verfassungsschutzabteilung zumindest angegeben hat, sich an die Berliner zu wenden, ohne dass richtig klar ist, an wen er sich da in Berlin gewandt hat. Ich vermute mal nicht, dass er direkt bei der Staatsanwaltschaft angerufen hat, sondern dass es, wenn, dann wahrscheinlich auch über das Landesamt für Verfassungsschutz in Berlin ging und vielleicht noch über weitere Stationen. Insofern wäre es auch unwahrscheinlich, wenn sich unmittelbar bei Ihnen jemand vom Verfassungsschutz gemeldet hätte.

Aber: Hatten Sie damals zu irgendeinem Zeitpunkt mal den Eindruck, dass vielleicht von der Generalstaatsanwaltschaft oder vom Justizsenat oder dergleichen auf einmal besonderes Interesse für diesen Fall aufkam und Sie sich da gewundert haben?

Zeugin Hildegard Mendrina: Auf welchen Zeitpunkt stellen Sie ab? Meinen Sie, während des gesamten Verfahrens oder solange die Ermittlungen verdeckt liefen? Irgendwann wurde Herr Stadler ja festgenommen, Herr Lars B. auch, und die haben einen Haftbefehl erhalten. Das Verfahren war dann offen.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Dann, würde ich sagen, zunächst mal für den Zeitraum der verdeckten Ermittlungen und dann für den Zeitraum, in dem die Ermittlungen offen waren.

Zeugin Hildegard Mendrina: Also, solange die Ermittlungen verdeckt liefen, war da kein Interesse; war ja auch nicht groß bekannt. Danach: Kann ich Ihnen nicht sagen, ob sich meine Aussagegenehmigung darauf bezieht. Das sind dann Interna, die sich nicht aus den Akten ergeben, sondern einen internen Bereich der Staatsanwaltschaft betreffen. Da müsste ich nachfragen.

Wie gesagt, da bin ich mir nicht sicher, ob sich meine Aussagegenehmigung so weit erstreckt. Sie wollen doch wissen, ob Absprachen oder irgendwas mit der Generalstaatsanwaltschaft oder mit der Senatsverwaltung war?

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Richtig.

Zeugin Hildegard Mendrina: Wie gesagt, kann ich Ihnen nicht beantworten. Da müsste ich mich erst erkundigen, wie weit sich meine Aussagegenehmigung erstreckt.

(Abgeordnete Nonnemacher [B90/GRÜNE]: Können wir das nicht klären?)

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Können wir das klären in irgendeiner Weise?

Zeugin Hildegard Mendrina: Müsste ich mal telefonieren.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ja, dann machen wir das doch, würde ich sagen.

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann unterbreche ich kurz und biete Ihnen die Gelegenheit, das zu klären.

Zeugin Hildegard Mendrina: Danke.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Kurze Pause. - Vielen Dank, dass Sie bereit dazu sind.

(Unterbrechung von 11.14 bis 11.19 Uhr)

Vorsitzender Rupprecht (SPD): So, jetzt sind wir gespannt. Wir haben zwar teilweise mithören dürfen, aber nicht alles verstanden. - Bitte schön.

Zeugin Hildegard Mendrina: Also, nachdem das Verfahren bekannt war bzw. auch die Verhaftung von Herrn Stadler - Herr Lars B. saß auch in Haft, die anderen wurden entlassen -, gab es schon eine Kommunikation mit den vorgesetzten Behörden. Es ging einmal - da kann ich mich dran erinnern - um eine rechtliche Bewertung. Die Bewertung, die ich vertrat, wurde nicht von allen vertreten. Es ging damals nämlich darum, ob dieses Booklet, die CD dem Berliner Pressegesetz unterfällt. Wir hatten nämlich vorrangig - - Wie gesagt, man konnte natürlich nicht so schnell die Texte genau - wie soll ich sagen? - prüfen. Für uns war erst einmal vorrangig - - Ich weiß nicht, ob Ihnen bekannt ist, wie dieses Booklet aussieht. Es waren diverse Abzeichen, Siegrunen, Hakenkreuze etc. in dem Booklet, und ich glaube, auf der CD, also bei den Liedern, waren auch diverse Sieg-Heil-Rufe. Das sind Abzeichen - - Ich hatte damals eine Entscheidung des BGH im Zuge eines PKK-Verfahrens, dass Abzeichen nicht dem Presseinhaltsdelikt unterfallen. Diese BGH-Entscheidung habe ich eins zu eins übernommen und habe gesagt: Gut, das gilt hierfür auch.

Wie gesagt, ich muss hinzusetzen, das war alles im Zuge der Vorabprüfung. Es wurde auch - - ob die beiden dem Ermittlungsrichter vorgeführt werden sollten zum Zwecke des Erlasses eines Haftbefehls. Das musste alles relativ schnell passieren. Das, was wir bei Stadler gefunden haben in dem sogenannten Bunker, war überhaupt noch nicht ausgewertet. Es ging jetzt eigentlich nur um die Frage: Bleiben sie in Haft oder gehen sie in Untersuchungshaft, oder werden sie entlassen? Da konnte man natürlich erst mal nur dieses Booklet und die CD heranziehen. Da kam dann das rechtliche Problem, wie gesagt: Ist es verjährt, ist es nicht verjährt? Auch im späteren Verlauf hat sich dann einmal die Senatsverwaltung aber auch nur berichten lassen, und später gab es dann auch noch bei der Generalstaatsanwaltschaft ein Treffen im Zuge der Dienst- und Fachaufsicht.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Was hat sich die Senatsverwaltung berichten lassen?

Zeugin Hildegard Mendrina: Das war nur zum Stand des Verfahrens, weil, ich glaube, in der Presse - - Da habe ich mich jetzt, ehrlich gesagt, nicht drauf vorbereitet. Aber irgendwie in der Presse kochte es hoch, und zwar zwischen Berlin und Brandenburg, dass wir da - na ja - einen V-Mann haben festnehmen lassen. Wie gesagt, das berührte mich aber nicht. Ich habe mein Ermittlungsverfahren geführt. Ich

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

weiß nur, dass es auf einer anderen Ebene da auch eine Diskussion gab, und im Zuge dieser Diskussion hat sich dann Frau Senatorin Schubert, glaube ich, von dem Stand des Verfahrens berichten lassen. Das war aber auch alles. Das war irgendwie völlig - - Sie hat halt - - Ich war auch dabei, und es wurde nur der Gang der Ermittlungen dargelegt.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ist dabei irgendwie deutlich geworden, dass eine Anfrage aus Brandenburg oder dergleichen vorliegt?

Zeugin Hildegard Mendrina: Also, ist mir nicht bekannt. Wie gesagt, ich weiß nur, dass in der Presse jeden Tag irgendetwas anderes war. Ob da tatsächlich auch auf der, ich sage mal, politischen Ebene irgendeine Anfrage oder irgendetwas war: Wie gesagt, da fragen Sie die Falsche. Damit war ich nicht irgendwie - - Also bei mir jedenfalls hat keiner angefragt.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Sie sagten dann, es gab auch noch mal ein Treffen im Rahmen der Dienst- und Fachaufsicht. Was war Inhalt dieses Treffens? Das war dann mit der Generalstaatsanwaltschaft.

Zeugin Hildegard Mendrina: Genau. Das war irgendwie vor der Anklageerhebung. Da ging es darum, ob der V-Mann-Führer mit angeklagt wird oder abgegeben wird. Na ja, und - -

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Wie war da Ihre Position?

Zeugin Hildegard Mendrina: Da erzähle ich Ihnen auch kein Geheimnis, weil ich wurde damals in der Presse wörtlich zitiert, ich hätte ihn mit angeklagt. Es war aber dann irgendwie - - Ich weiß nicht, ob da ein Verteidigerwechsel war oder - - Ich glaube, ein Verteidiger hatte einen längeren Schriftsatz abgegeben. Na gut, das hätte sich dann noch hingezogen, sodass eine Abtrennung mindestens mal vertretbar war. Damit war ich dann aber nicht mehr zuständig, weil Herr Bartok nicht in Berlin wohnte und sonst der Erfolg auch nicht in Berlin eingetreten war, sodass ich es, ich glaube, nach Cottbus abgegeben habe, das Verfahren. Das ergibt sich aus den Akten.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Sie sagten gerade so zurückhaltend, Sie hätten ihn mit angeklagt. Wenn ich die Akten, die uns vorliegen, anschau, dann gewinne ich den Eindruck, dass seitens der Berliner Staatsanwaltschaft ein ziemliches Interesse bestand, den Fall zu behalten und nicht abzutrennen. Was war denn da der Hintergrund?

Zeugin Hildegard Mendrina: Ich fand es also, wie gesagt, interessant. Ich meine, wir haben die Telefonmitschnitte ja auch in der laufenden Hauptverhandlung gehört. Ich fand es schon recht interessant, was da auf der Telefonüberwachung übergang, und das für einen V-Mann-Führer. Wäre mal interessant gewesen, wie das Gericht das gesehen hätte.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): War denn die zeitgleiche Anklage mit Stadler überhaupt möglich?

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

Zeugin Hildegard Mendrina: Bitte?

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): War denn die zeitgleiche Anklage der beiden überhaupt möglich, also zeitlich?

Zeugin Hildegard Mendrina: Ja, sicher. Wie gesagt, es mussten dann zwar noch, ich meine, aufgrund eines Schriftsatzes des Verteidigers oder weil ein Verteidigerwechsel - - Das weiß ich jetzt ehrlich gesagt nicht mehr. Aber - -

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ich frage deshalb nach, weil der Grund für die Abtrennung, so wie er sich aus den Akten ergibt, war dann das Beschleunigungsgebot.

Zeugin Hildegard Mendrina: Genau.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Wenn jetzt die zeitgleiche Anklage nach Ihrer Aussage möglich gewesen wäre, dann ist ja nichts schneller geworden durch die Abtrennung.

Zeugin Hildegard Mendrina: Wenn noch Ermittlungen aufgrund von Angaben eines Verteidigers - - wenn man dem noch nachgehen will: Klar muss dann noch ermittelt werden. Ist die Frage, ob man es macht oder ob man es nicht macht.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Das klingt so ein bisschen wie, dass die Abtrennung dann auch, sagen wir mal - - also dass Sie da eigentlich gar nicht mit einverstanden waren, dass das tatsächlich gemacht wurde. Weil: Einen wirklichen Grund, haben wir jetzt herausgearbeitet, gab es ja nicht. Diese Beschleunigung, das konnte man ja so und so sehen.

Zeugin Hildegard Mendrina: Na ja, sagen wir es mal so: Ich mache es so: Wenn, ich sage mal, noch Ermittlungen angeregt werden, dann kann man als Staatsanwalt immer entscheiden: Muss ich dem jetzt nachgehen oder muss ich dem nicht nachgehen? Kann es gegebenenfalls auch im Zuge der Beweisaufnahme erörtert werden oder nicht? Das ist halt, ich sage mal, eine Geschmackssache.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Hatten Sie denn, was die Abtrennung angeht, möglicherweise auch deshalb Vorbehalte, weil Sie befürchteten, dass vielleicht eine Brandenburger Staatsanwaltschaft gegenüber einem Brandenburger V-Mann-Führer nicht in gleicher Weise ermittelt wie eine Berliner Staatsanwaltschaft?

Zeugin Hildegard Mendrina: Na gut, also wie gesagt, das sind - - Was ich denke oder was ich damals gedacht habe, ist, glaube ich, nicht relevant, nicht wirklich relevant.

(Die Zeugin lacht.)

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ihr Gesichtsausdruck ist für das Protokoll so schwer zu erfassen.

(Heiterkeit)

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

Ist es Ihnen ansonsten in anderen Fällen mal untergekommen, dass es Berührungspunkte zum Verfassungsschutz gab?

Zeugin Hildegard Mendrina: Damals in der Abteilung? Oder jetzt in dem Verfahren? Oder überhaupt?

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Grundsätzlich, überhaupt.

Zeugin Hildegard Mendrina: Damals in der Abteilung mit Sicherheit. Aber wie gesagt, das fand nicht auf meiner Ebene statt, das findet auf einer anderen Ebene statt, und ich kriege im Prinzip dann nur die Verfahren.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Also, das erscheint mir dann auch nachvollziehbar, wenn es so ist, dass der Verfassungsschutz Erkenntnisse hat, die mitgeteilt werden -

Zeugin Hildegard Mendrina: Genau.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): - und dann zur Einleitung eines Verfahrens führen.

Zeugin Hildegard Mendrina: Ja.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Wie ist denn aber die Regelung quasi in der umgekehrten Richtung? Also, wenn dann Ermittlungen geführt werden und erkennbar wird, dass zum Beispiel V-Mann-Führer oder dergleichen in den Kreis der Ermittlungen möglicherweise mit reingezogen werden oder mit drin sind, gibt es dann so ein Agreement, dass dann auch wiederum eine Information an den Verfassungsschutz erfolgt?

Zeugin Hildegard Mendrina: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Wie gesagt, das war der absolute Einzelfall, von dem ich Kenntnis habe. Herr Bartok mit seinem Tarnnamen ist ja dann tatsächlich, ich glaube, später sogar mit einem zweiten Namen - wobei ich auch nicht weiß, ob das der Klurname ist oder doch nicht -, jedenfalls ist er dann Beschuldigter des Verfahrens geworden. Das war für uns dann, ich sage mal, ja - -

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Es gab also nicht so etwas wie eine Meldeverpflichtung oder so was, dass Sie das an den Generalstaatsanwalt oder so was melden mussten, dass da jetzt jemand, der möglicherweise V-Mann-Führer - -

Zeugin Hildegard Mendrina: Das war dann ja schon aufgrund der Presse bekannt. Ob es da, ich sage mal, eine Meldung gab - - Natürlich, es gibt dann Berichtspflichten. Jetzt weiß ich aber auch nicht - - Wie gesagt, das ergibt sich nicht aus den Akten, das sind Interna. Ich kann mich erinnern, dass ich berichtet habe. Aber das war damals auch keine Ausnahme. Bei Verfahren, die eine besondere Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit erregen, wird immer berichtet.

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Okay. - Wir haben erst mal keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann ist die Linkenfraktion dran. Herr Dr. Schöneburg.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ich komme noch mal zurück auf das Vertretbare des Abtrennens. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, war es gerade so vertretbar gewesen.

Zeugin Hildegard Mendrina: Nein, es war nicht so vertretbar. Es ist - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber Sie wollten das Verfahren nicht voneinander trennen. Wer hat denn auf Sie Einfluss genommen und gesagt, dass es doch unter dem Beschleunigungsgebotsgrundsatz abzutrennen ist?

Zeugin Hildegard Mendrina: Na ja, im Wege der Dienst- und Fachaufsicht wurde mir das, ich sage mal, angeraten.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Okay. Ihr unmittelbarer Vorgesetzter? Oder kam es von ganz oben, vom General?

Zeugin Hildegard Mendrina: Es kam von der Generalstaatsanwaltschaft.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Gut. - Haben Sie den weiteren Fortgang des Verfahrens gegen Bartok verfolgt?

Zeugin Hildegard Mendrina: Nein. Ich habe nur die internen Pressemitteilungen bekommen. Also bei uns im Hause gibt es eine Pressestelle, und ich habe ab und an kopierte Artikel aus irgendwelchen Zeitungen erhalten, in denen der Gang des Verfahrens gegen den V-Mann-Führer dargestellt wurde. Also, ich kann mich erinnern, das ging irgendwie: Strafbefehl, Einstellung gegen Geldbuße und hinterher, glaube ich, wegen Geringfügigkeit oder so. Aber, wie gesagt, das habe ich meines Erachtens nur aus übersandten Presseartikeln. Wie gesagt, da bin ich mir aber nicht mehr ganz sicher.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Haben Sie - - Es ist nach § 153 StPO eingestellt worden.

Zeugin Hildegard Mendrina: Meine ich wenigstens.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Nee, ist so.

Zeugin Hildegard Mendrina: Wie gesagt, meine ich. Aber ich kann mich auch dran erinnern - - und das fand ich dann - - Ich glaube, ich war gar nicht mehr - - Oder es war jedenfalls schon wirklich eine lange Zeit ins Land gegangen, und dann bekam ich plötzlich wieder so eine Kopie von einem kleinen Artikel. Da habe ich noch gedacht:

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

Mein Gott, zieht sich das lange hin! Bei mir war das damals schon sechsmal abgehakt oder so. Da kann ich mich irgendwie so dunkel dran erinnern.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Es ist nach § 153 eingestellt worden, und auch erst Jahre später ist das dann kleingearbeitet worden. Haben Sie da irgendwie gesagt, also als Juristin, als Staatsanwältin: „§ 153, ist doch ein bisschen merkwürdig“, -

Zeugin Hildegard Mendrina: Da kann ich nichts - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - nachdem Stadler zwei Jahre auf Bewährung bekommen hat?

Zeugin Hildegard Mendrina: Da kann ich nichts zu sagen, weil das ist dann in dem Moment eine Einzelfallprüfung. Ich weiß ja nicht, was in dem Fall noch für Argumente von der einen oder anderen Seite vorgebracht worden sind. Das kann man so pauschal nicht sagen. Ich meine, selbst wenn ich auch oft in der Sitzung bin - was man vorher nicht weiß -, dann werden da neue Argumente vorgetragen, dann stellt sich manchmal ein Sachverhalt ganz anders dar. Das kann ich immer nur in dem Moment bewerten, wo ich alle Argumente kenne, den ganzen Sachverhalt, und in dem Moment dann entscheiden soll. Aber so pauschaliert kann ich da jetzt keine Angabe zu machen.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Das ist ja richtig. Der Sachverhalt hat sich nicht anders dargestellt, nur die juristische Bewertung ist dann anders getroffen worden. Herr Bartok hat im Verbotsirrtum gehandelt - was natürlich ein bisschen an den Haaren herbeigezogen war. Aber gut.

Noch mal zurück zur Generalstaatsanwaltschaft. Ist Ihnen denn mitgeteilt worden, welche Beweggründe die Generalstaatsanwaltschaft Berlins hatte, auf die Abtrennung zu drängen?

Zeugin Hildegard Mendrina: Nein. Wie gesagt, ich kann mich an ein Gespräch - - Aber ich weiß es wirklich nicht. Nein, ich glaube nicht, dass mir da irgendwelche Gründe mitgeteilt worden sind. Es war wohl, ich sage mal, eine Diskussion, aber - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ist gesagt worden, dass von Brandenburger Seite interveniert worden ist?

Zeugin Hildegard Mendrina: Nicht, dass ich wüsste. Wie gesagt, meines Erachtens ging damals die Diskussion, soweit ich es mitbekommen habe, auch - - Wie gesagt, ich weiß ja nun nicht, was auf der Ebene vielleicht noch - - Da müssen Sie andere fragen. In der Presse wurde es aber schon sehr hitzig diskutiert; daran kann ich mich noch erinnern. Und zwar irgendein Sowieso-Anzeiger, der mir vorher nichts sagte, war da wohl - - Wie gesagt, ich kriegte jedenfalls relativ häufig immer von der Pressestelle während des laufenden Verfahrens auch kodierte Zeitungsartikel, die mir zur Kenntnis gegeben wurden.

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Es gab diplomatische Verwicklungen.

Zeugin Hildegard Mendrina: So ungefähr, ja. Wie gesagt, was aber unterm Strich schon fast mit meinem Verfahren dann auch - aus meiner Sicht - kaum noch was zu tun hatte.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Der Bartok ist abgetrennt worden. Warum ist denn Lars B. abgetrennt worden, das Verfahren gegen Lars B.?

Zeugin Hildegard Mendrina: Das war ganz einfach: Er hatte eine Haftprüfung. Bei Lars B. war es ja nur der Fall aus der Anklage Stadler. Also, die Anklage gegen Stadler - und später auch die Verurteilung - beinhaltet zwei Fälle. Der erste Fall, da drehte es sich um diese CD „White Aryan Rebels“, also „Noten des Hasses“. Und der zweite Fall bezieht sich auf die Gegenstände, die in seinem sogenannten Bunker festgestellt wurden. Dieser Bunker, das war so ein Keller, der war vollgepackt. Es war nicht alles strafrechtlich relevant, aber sehr, sehr viel.

Gegen Lars B. - - Da ging es ja nur um diesen ersten Fall, um die CD „Noten des Hasses“. Da waren die Ermittlungen so weit abgeschlossen. Herr Lars B. hatte meines Erachtens Haftprüfung beantragt - - Oder nein: Haftprüfung hatte er, glaube ich, beantragt, als er schon angeklagt war.

Aber zu Herrn Lars B. war nichts mehr zu ermitteln, demgegenüber bei Herrn Stadler noch diese Gegenstände, diese Vielzahl an Gegenständen; die mussten alle noch ausgewertet werden. Da waren spindelweise die CDs, und man musste ja auch erst mal schauen, was da überhaupt drauf war. Deswegen habe ich dann Lars B. abgetrennt, angeklagt. Es war keine Zuständigkeit der Staatsschutzkammer gegeben, sodass es zum Amtsgericht Tiergarten angeklagt wurde, zum Strafrichter. Und im Zuge einer Haftprüfung zeigte er sich dann geständig. Dann erfolgte ein Übergang in die Hauptverhandlung, und er konnte abgeurteilt werden.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Wie hoch war das Urteil?

Zeugin Hildegard Mendrina: Bitte?

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Wie hoch war das Urteil?

Zeugin Hildegard Mendrina: Ich meine, ein Jahr und zehn Monate mit Bewährung.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Wie ging die Sache mit Stadler weiter? Nach der Wohnungsdurchsuchung ist er verhaftet worden am 20./21. Juli 2002.

Zeugin Hildegard Mendrina: Er ist in der Nacht von Samstag auf Sonntag - - Da war ja mehr oder weniger eine groß angelegte Durchsuchungsaktion. Da sollte nämlich die Eröffnung dieses Vereinsheims, wie ich es immer sage, also von dieser „Weißen Arischen Bruderschaft“ erfolgen. Da hatten wir - ich weiß jetzt nicht, ob aufgrund von TÜ-Erkenntnissen oder weil es einfach, ich sage mal, naheliegend war -, aber ich glaube, Stadler sollte kommen. Wir haben natürlich vermutet, dass dann die CDs - ich

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

glaube, das ist aufgrund der TÜ-Erkenntnisse - verkauft werden sollten, sodass in der Nacht oder an dem Abend, natürlich auch um den Ermittlungserfolg nicht zu vereiteln, parallel durchsucht wurde an sämtlichen Durchsuchungsobjekten. Also, wir hatten dann ja auch noch mehrere Personen. Es wurde in Sachsen, in Nordrhein-Westfalen - - Also, es wurde an mehreren Stellen durchsucht, weil da irgendwelche Verbindungen waren, Leute da involviert waren. Wir mussten dann ja zeitgleich durchsuchen, wie gesagt, um nicht den Ermittlungserfolg zu vereiteln. Deswegen hatten wir Durchsuchungsbeschlüsse mit der Aufhebung der Nachtschranke, und dann wurde halt bei den Adressen, die bekannt waren, parallel durchsucht.

Wie gesagt, in diesem Vereinsheim wurde dann durchsucht. Die Leute, die Beschuldigten, wurden vorläufig festgenommen, insbesondere auch Herr Lars B., Herr Stadler und noch andere, die zu dieser Bruderschaft gehören sollten. Das Auto wurde auch durchsucht, und danach erst wurde dieser sogenannte Bunker in Cottbus durchsucht.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Wann wurde Stadler das erste Mal vernommen?

Zeugin Hildegard Mendrina: Also, wir waren noch bis zum Ende der Nacht und einen halben Sonntag, glaube ich, in Cottbus, waren dann irgendwann im Gebäude des LKA sind dann erst mal nach Hause gefahren. So wie ich es in Erinnerung habe: Montag war ich erst in meinem Dienstraum und bin dann mit Herrn Heinke zum LKA gefahren. Ich weiß nicht, ob Stadler - er hatte schon nachts, glaube ich, ein Vernehmungsangebot - dann schon was gesagt hat, hat dann aber gesagt, er könne nichts sagen. Und dann kam nämlich die Entpflüchtung.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Waren Sie dabei gewesen, bei der Entpflüchtung?

Zeugin Hildegard Mendrina: Nein. Ich war zwar auf dem Flur, aber bei dem Gespräch direkt nicht.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Und wer war bei der Entpflüchtung dabei?

Zeugin Hildegard Mendrina: Ich meine, zwei Beamte des LKA. Aber das weiß ich jetzt aufgrund der Vorbereitung. Ich weiß nicht, ob es Herr O. und Herr E. waren; das waren damals die beiden Sachbearbeiter. Aber das weiß ich jetzt nicht. Jedenfalls kam Herr Wegesin damals als Leiter des LfV Brandenburg und Herr Bartok, mit dem Tarnnamen. Die hatten ein Gespräch in Anwesenheit der Beamten des LKA. Wie gesagt, das weiß ich jetzt nicht, ob es Herr O. und Herr E. waren - müsste ich nachgucken -, ob es Herr Z. - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Nach unserer Akten- -

Zeugin Hildegard Mendrina: Bitte?

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Nach unserer Aktenlage war noch Herr Heinke dabei gewesen, bei der Entpflichtung.

Zeugin Hildegard Mendrina: Das mag sein. Das weiß ich jetzt nicht. Ich war jedenfalls nicht dabei.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Also, jetzt habe ich Sie richtig verstanden: Zu der Entpflichtung kamen vom Brandenburger Verfassungsschutz Herr Wegesin als Abteilungsleiter -

Zeugin Hildegard Mendrina: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - und der V-Mann-Führer Bartok, -

Zeugin Hildegard Mendrina: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - gegen den Sie ermittelt haben, um sozusagen den V-Mann zu entpflichten.

Zeugin Hildegard Mendrina: Ich weiß nicht, ob er schon damals auf dem Aktendeckel stand.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber Sie hatten ja schon die Telefonüberwachungsprotokolle ausgewertet gehabt -

Zeugin Hildegard Mendrina: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - und wussten, dass der natürlich unter dem Verdacht der Strafvereitelung stand und möglicherweise der Mittäterschaft bei der Verbreitung der „Noten des Hasses“. Habe ich Sie da vorhin richtig verstanden?

Zeugin Hildegard Mendrina: Wie gesagt, es war Diskussion, ob das, ich sage mal, eine Beteiligung war. Ich meine, ich weiß ja auch nicht, was dahinterstand. Ich weiß nur, wir haben des Öfteren darüber diskutiert, inwieweit jemand involviert ist.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Wann haben Sie denn mitbekommen, dass Herr Bartok sozusagen der zweite Mann des Verfassungsschutzes war, der zu Entpflichtung gekommen ist. War das schon gleich bekannt gewesen, als die da aufflogen?

Zeugin Hildegard Mendrina: Er wurde mir nicht mit „Bartok“ vorgestellt, sondern mit einem anderen Namen, und zwar mit dem Namen Berg.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Also sind Sie darüber getäuscht worden, über die Identität des Verfassungsschutz- -

Zeugin Hildegard Mendrina: Das weiß ich nicht. Ich hatte nämlich damals schon - - Deswegen kann ich mich auch noch so gut dran erinnern, weil das später

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

irgendwie noch mit Berg - - Da habe ich noch gedacht: Schon wieder ein „B“. Warum nimmt man nicht gleich Bond?

(Heiterkeit)

Wie gesagt, das sind manchmal so Assoziationen, die bleiben hängen. Da habe ich gedacht: Was soll denn? Dann hätte er ja auch Bartok sagen können. Wie gesagt, ich wusste nicht - - oder ich habe überlegt: Ist das jetzt der nächste Tarnname, oder ist das jetzt der Klarname? Deswegen kann ich mich so gut daran erinnern; das war auf dem Gang des LKA.

Aber, wie gesagt, das sind so Kleinigkeiten, die einem in dem Moment irgendwie auffallen, die völlig irrelevant sind. Aber immer dieses mit „B“, das ist bei mir auch so hängen geblieben. Ich weiß nicht, ob es dann - - Ich meine, schon - - Doch, ich glaube, ich wusste, dass es Herr Dirk Bartok war, sonst wäre ich ja nicht zu diesem Gedankenschluss gekommen.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber ist das nicht merkwürdig, wenn quasi ein potenzieller Mittäter mit dem Beschuldigten, der vorläufig festgenommen worden ist oder in Untersuchungshaft genommen worden ist - - dass der jetzt mit dem zusammen sozusagen noch mal kommunizieren kann, wenn es darum geht, was er sagen darf und was er nicht sagen darf vonseiten des Verfassungsschutzes?

Zeugin Hildegard Mendrina: Na ja, es waren ja Beamte dabei. Und wenn er der V-Mann-Führer ist - - Wie gesagt, ich wusste ja in dem Moment - - Es war ja noch nicht durchgehend - - Also, der Sachverhalt - ist genau wie mit dem § 153 - war ja noch nicht klar in dem Moment. Ich meine, da können sich ja hinterher noch andere Argumente ergeben. In dem Moment hatte das Ganze noch nicht dieses Ausmaß in meinen Augen. Wie gesagt, in der Situation - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber in Verfahren der allgemeinen Kriminalität ist es doch nicht üblich, dass man Mittäter oder potenzielle Mittäter zusammen vernimmt oder in einen Raum steckt und sich mit denen dann unterhält.

Zeugin Hildegard Mendrina: Wie gesagt, sie waren ja nicht alleine, und es war ja nun auch nicht einfach nur ein Mittäter. Das hatte ja schon - - Und, wie gesagt, das war auch nicht meine Entscheidung. Ich habe mir damals, ehrlich gesagt, nichts dabei gedacht.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Frage, bitte.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Gab es denn irgendwelche Besonderheiten, über die Sie gesprochen haben, bei der Entpflichtung des V-Mannes Stadler?

Zeugin Hildegard Mendrina: Ich war nicht dabei.

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Haben Sie davon gehört oder so? Haben Sie sich das schildern lassen?

Zeugin Hildegard Mendrina: Ich weiß nur, dass die Entpflichtungserklärung unterschrieben worden ist, und danach erfolgten dann Aussagen. Ich glaube, ich habe zu dem Zeitpunkt, als das - - habe ich schon meinen Haftbefehl geschrieben, wenn ich es recht in Erinnerung habe.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Gegen Herrn Dirk Bartok oder gegen Herrn Stadler?

Zeugin Hildegard Mendrina: Gegen Herrn Stadler und gegen Herrn Lars B. Denn die Zeit drängte ja. Wir mussten ja dann abends vorführen beim Richter, sonst hätten beide entlassen werden müssen. Die anderen sind ja dann schon entlassen worden, aber das musste ja auch entschieden werden, sodass im Prinzip die Arbeit auch, ich sage mal, parallel erfolgte, weil die Zeit halt drängte.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Vielen Dank.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann sind wir bei Frau Nonnemacher. Bitte schön.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön, Herr Vorsitzender. - Schönen guten Tag, Frau Staatsanwältin. Wir haben ja jetzt schon ganz vieles gehört über Treffen auf höchster Ebene und Fachaufsicht usw. Fühlten Sie sich in diesem ganzen Verfahren eigentlich unter Druck gesetzt, oder würden Sie sagen, es wurde versucht, gezielt Druck auf Sie auszuüben, und, wenn ja, von welcher Seite?

Zeugin Hildegard Mendrina: Erst überhaupt nicht. Später, wie gesagt - - Ich hätte den V-Mann-Führer mit angeklagt. Aber dass jemand Druck auf mich - - Nee, da muss ich ganz ehrlich sagen, ich hatte auch - - Es wurde mehrfach diskutiert. Es wurde auch erörtert bei Herrn Dr. Karge, der damals Behördenleiter der Staatsanwaltschaft Berlin war. Ich hatte im Prinzip für meinen Bereich eigentlich freie Hand.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut, also Sie fühlten sich nicht unter Druck gesetzt, Sie waren nur mit der Entscheidung, das Verfahren abzutrennen, so nicht einverstanden.

Zeugin Hildegard Mendrina: Was heißt einverstanden? Ich hätte es mit anklagen können. Man kann es so oder so sehen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut, also Sie hätten die Anklage gegen den V-Mann-Führer Bartok gerne in Berlin mit verhandelt.

Zeugin Hildegard Mendrina: Ja, wie gesagt, ich hätte es interessant gefunden. Es gibt doch oft Sachen - - Manche Leute trennen es ab, geben es an die zuständige Staatsanwaltschaft, dann haben sie wieder ein Verfahren weniger. Aber, wie gesagt, es stellte sich für mich sehr interessant dar, und ich hätte es ganz gerne gemacht.

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Frau Staatsanwältin, ich würde Ihnen jetzt gerne eine Pressemitteilung des Innenministeriums Brandenburg - verantwortlich der Pressesprecher Heiko Homburg - vom 11.11.2002 vorlesen. Ich zitiere:

„Die drängende Frage, warum die ermittelnden Berliner Einrichtungen vor ihrem Zugriff keinen Kontakt mit anderen Sicherheitsbehörden aufnahmen - obwohl klar war, dass sie mit ihren Maßnahmen in die Maßnahmen anderer Sicherheitsbehörden eingriffen - wurde im Zuge der Verhandlung leider nicht ausreichend erörtert. Daher ist die Einschätzung von Beobachtern, das von einem karriereorientierten Staatsanwalt forcierte Verfahren habe Züge eines Schauprozesses gegen den brandenburgischen Verfassungsschutz in sich getragen, nur schwer zu entkräften. Mit Blick auf die schweren Indiskretionen der letzten Wochen und Monate begrüßt das Innenministerium die - in der Presse gemeldeten - personellen Konsequenzen im Berliner Landeskriminalamt. Mit dieser Entscheidung hat man dort den richtigen Weg eingeschlagen. Sollte dieser Weg weiter beschritten werden, so besteht damit die Möglichkeit, das erschütterte Vertrauensverhältnis wieder zu verbessern.“

Ende des Zitates. - Wie bewerten Sie das eigentlich, dass sich das Brandenburger Innenministerium da die Einschätzung von Beobachtern zu eigen macht und von einem karriereorientierten Staatsanwalt - - getriebenen Verfahren gegen Stadler und von Schauprozessen spricht? Ist Ihnen so was schon mal vorgekommen?

Zeugin Hildegard Mendrina: Von wann war der Artikel?

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Die Pressemitteilung war vom 11.11.2002.

(Zurufe: 11.11.! - Heiterkeit)

Zeugin Hildegard Mendrina: Also, ich kann damit nicht gemeint sein.

(Die Zeugin lacht. - Heiterkeit)

Aber wie gesagt: Das ist genau das, was ich damit sa- - Also, das hatten wir im Prinzip jeden Tag irgendwie, solche Kommentare. Wer oder was damit genau gemeint war - da müssen Sie Herrn Heinke fragen. Also, ich fühlte mich jedenfalls nicht angesprochen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Haben sich solche Angriffe wie in dieser Pressemitteilung auf Ihre Arbeit ausgewirkt?

Zeugin Hildegard Mendrina: Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Und ist Ihnen ein solcher vergleichbarer Angriff auf eine Staatsanwaltschaft in Ihrer weiteren Laufbahn noch mal untergekommen?

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

Zeugin Hildegard Mendrina: Also, in der Form wüsste ich jetzt nicht, aber ich war vorher in der Brandabteilung. Wie gesagt, mit Pressesachen - - Wenn ich da die Sitzungsvertretung hatte, das war auch nicht schön, was ich da manchmal in der - - am nächsten Tag gelesen habe. Aber gerade auch hier in der Abteilung 11: Von den Verteidigern wird mir häufig vorgeworfen, ich würde überzogene Anträge stellen oder hier und da. Ich denke, als Staatsanwalt muss man das aushalten - ist doch irgendwie nicht die Ausnahme. Ich meine, dass ich nicht Anträge stelle, die den Verteidigern genehm sind, ist in, würde mal sagen, 98 % der Fälle - - Und damit muss ich leben. Und dass es dann bei einigen Personen manchmal auch zu, ich sage mal, unsachlichen Äußerungen kommt - ich denke, das muss man aushalten können.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Schöneburg [DIE LINKE])

- Ja, aber gut - ich meine, die Interessen lagen aber dann auch irgendwie anders. Und dass Brandenburg da auch gewisse Interessen - - oder die die Sachlage anders sahen - ja, gut.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): In der Pressemitteilung des Innenministeriums Brandenburg wird ja ausdrücklich gelobt: personelle Konsequenzen im Berliner Landeskriminalamt. Wissen Sie, was es damit auf sich hatte? Was waren das denn für personelle Konsequenzen, die da in Brandenburg auf so großes Wohlwollen gestoßen sind?

Zeugin Hildegard Mendrina: Also, ich war bis 2006 in der Abteilung, und Herr Heinke war bis 2005 in der Abteilung. Ich weiß es nicht. Bei uns ist alles gleich geblieben - zumindest in der Abteilung.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. Es wurde auf personelle Konsequenzen im Berliner LKA angespielt, -

Zeugin Hildegard Mendrina: Ach so.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - mit dem Sie ja doch oft zusammengearbeitet haben - als Staatsanwältin in dieser Abteilung. Haben Sie da irgendwas bemerkt? Musste da jemand seinen Hut nehmen oder gehen? Was für personelle Konsequenzen sind denn da gezogen worden?

Zeugin Hildegard Mendrina: Davon ist mir nichts bekannt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Das ist Ihnen nicht bekannt.

Zeugin Hildegard Mendrina: Ich weiß, dass da im LKA öfter - - dass man da rotiert, aber ob jetzt konkret in diesem Fall - da muss ich ganz ehrlich sagen, das ist mir nicht bekannt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Da ist auch nicht so drüber gesprochen worden - oder dass man gesagt hat: Oh, jetzt musste da jemand gehen, oder so, das - -

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

Zeugin Hildegard Mendrina: Daran kann ich mich nicht erinnern.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich komme jetzt noch mal zurück auf das Verfahren gegen Herrn Dirk Bartok und die Abtrennung. Das ist ja jetzt hier von allen Kollegen schon mal thematisiert worden. Ich möchte Ihnen da einen weiteren Vorhalt vortragen, und zwar: Es handelt sich um ein Schreiben des Rechtsanwaltes B. F., Verteidiger von Dirk Bartok, an das Amtsgericht Cottbus vom 28.12.2002, Ordner B35, Band 2, Generalstaatsanwaltschaft, S. 42. Ich zitiere:

„Es muss eine entsprechend große persönliche Enttäuschung für OstA Heinke gewesen sein, dass er sich nur einen Tag später, nämlich am 04.09.2002 veranlasste [sic!] sah, dem Leiter des LfV Herrn Wegesin telefonisch wortwörtlich mitzuteilen:....**Ich bin gehalten, Ihnen mitzuteilen, dass das Verfahren gegen Bartok abgetrennt wird**....(Die Gründe dafür, dass Herr OstA Heinke *gehalten war*, entgegen seinen Willen das Verfahren gegen meinen Mandanten abzutrennen, sind mir bekannt, brauchen aber hier nicht erörtert zu werden.)“

Ende des Vorhaltes. - Wie bewerten Sie das? Da kommt ja auch wieder ganz klar: Mir sind die Hintergründe für die Abtrennung bekannt. - Der Verteidiger operiert hier offensichtlich auch damit, dass da Druck ausgeübt worden ist. Wie würden Sie diese Aussage bewerten?

Zeugin Hildegard Mendrina: Da müssen Sie Herrn Heinke fragen. Ich habe es nur - also jetzt auch in der Vorbereitung - gesehen: Der Verteidiger von Herrn Bartok/Berg oder wie auch immer hat damals einen längeren Schriftsatz - - Das habe ich mir gestern Abend aber nicht mehr durchgelesen. Aber daraufhin, wie gesagt, sollte noch was veranlasst werden, was dann ja auch, ich sage mal, mehr oder weniger Grund der Abtrennung war. Aber jetzt vom Inhalt her, muss ich ganz ehrlich sagen, habe ich es mir nicht wieder durchgelesen. Ich weiß nur, es ging über Seiten. Dazu kann ich Ihnen jetzt nichts sagen. Und mit diesem Gespräch, was da angesprochen wird, da müssen Sie Herrn Heinke fragen - also, davon weiß ich auch nichts.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut, das werden wir dann noch tun. Haben Sie im Rahmen der Ermittlungen eigentlich Beamte des Brandenburger Verfassungsschutzes vernommen?

Zeugin Hildegard Mendrina: Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Warum eigentlich nicht? Haben Sie es versucht?

Zeugin Hildegard Mendrina: Herr Bartok war dann irgendwann Beschuldigter, und dann meldete sich ein Anwalt. - Nein, ich hatte keine Veranlassung dazu.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Okay. - Dann danke schön.

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Gut, dann sind wir am Ende der ersten Fragerunde. Es geht weiter mit der SPD-Fraktion - Frau Gossmann-Reetz.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie hatten vorhin gesagt, dass Herr Stadler relativ schnell nach seiner Durchsuchung ein Vernehmungsangebot - hatten Sie es, glaube ich, genannt - bekommen hat. Können Sie sich erinnern, wie Herr Stadler eigentlich darauf reagiert hat, dass die Durchsuchungsmaßnahmen gegen ihn stattgefunden haben?

Zeugin Hildegard Mendrina: Ich meine, alle hatten nachts noch die Möglichkeit, sich zu äußern. Es hat sich da aber keiner geäußert. Und dann, später - ich glaube, Montagmorgen -, war eine Vernehmung mit dem LKA. Ich weiß, es gab ganz viele Vernehmungen, ich war teilweise auch dabei, aber jetzt konkret habe ich keine Erinnerung. Es kam dann - - Er hat sich also als V-Mann des LfV Brandenburg, ich sage mal, geoutet und - - aber jetzt die Reaktion kann ich Ihnen - - Das weiß ich nicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, dass er da vielleicht überrascht war darüber, dass überhaupt - -

Zeugin Hildegard Mendrina: Ja, so in Teilen natürlich. Er dachte ja auch, ein abhörsicheres Handy zu haben.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mhm.

(Heiterkeit)

Zeugin Hildegard Mendrina: Ja, also, das war auch so: Er hatte da wohl ein Handy zur Verfügung oder man hatte ihm ein Handy zur Verfügung gegeben und wohl auch - das kam im Zuge der Telefonüberwachung auch zum Tragen - - Er sollte immer mit diesem Handy wohl telefonieren, wenn er halt mit Bartok telefoniert. Und ich weiß nicht, ob ihm das so mitgeteilt wurde, ob da irgendwie ein Ausdruck - - jedenfalls: Er hat daraus geschlossen, das sei abhörsicher, ne? Also, wie gesagt, das sind auch so Sachen, da kann ich mich noch dran erinnern, weil er immer meinte, das könne man dann nicht abhören, ne?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Deswegen frage ich nach, ob er überhaupt Überraschung darüber gezeigt hat, dass er durchsucht worden ist. Also, dass er sich da vielleicht auch sehr in Sicherheit gefühlt hatte - hatten Sie den Eindruck?

Zeugin Hildegard Mendrina: Ja, sicher, das hat er auch hinterher mehrfach betont. Das hat er auch bei der Staatsschutzkammer wiederholt, und das war ja auch, warum er dann, ich sage mal, nur zwei Jahre bekommen hat, denn es gab eine - wie es heute heißt - Verständigung - damals: Deal -, dass er noch etwas mit Bewährung erhält. Und da sind ja schon vom Gesetz die Voraussetzungen gegeben - dann darf die Freiheitsstrafe zwei Jahre nicht übersteigen. Deswegen gab es zwar relativ hohe Einzelstrafen, aber dann zwei Jahre. Wie dann der Vorsitzende auch in seiner mündlichen Urteilsbegründung und später auch in den schriftlichen Urteilsgründen betonte, hat Stadler aus seiner Sicht seine Situation voll ausgenutzt. Er fühlte sich

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

sicher und hat auch selbst immer wieder betont: sonst hätte er das nicht in diesem Ausmaß betrieben.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Herr Stadler hat betont, dass ihm zugesichert worden ist oder dass man ihn hat glauben lassen, dass er vor Strafverfolgung geschützt wird.

Zeugin Hildegard Mendrina: Ja. So kam es auch in der Telefonüberwachung, die teilweise auch in der öffentlichen Hauptverhandlung abgespielt worden ist. Er fühlte sich jedenfalls sicher. Es kamen definitiv Warnungen vor Durchsuchungen - ich glaube, es war Cottbus. Der Computer wurde ausgetauscht - es kam vorher ein Anruf: Steck alles in den Bunker. - Ich glaube, den Bunker hat er sich sogar erst auf Anraten zugelegt. Teilweise wurde dann der Computer ausgetauscht, den hat er irgendwie in den Keller des Nachbarn gebracht, und er stellte dann einen sauberen Computer hin, der auch noch nicht mal mit seinen Geräten irgendwie - - dass das nicht passte, aber so vorgetäuscht wurde. Wie gesagt, es ging auch bei der Telefonüberwachung - hier, mit dieser Observation - - Da sollten dann Kennzeichen gemerkt werden, um da eine Abfrage zu starten, und es ging auch immer wieder so nach dem Motto: Wenn du verurteilt wirst, dann kriegst du, wenn überhaupt, irgendwas mit Bewährung - in den Knast gehst du nicht. - So.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Na ja, Sie nannten es ja gerade selber: Deal - es hätte ein Deal stattgefunden, es gab Absprachen.

Zeugin Hildegard Mendrina: Mit dem Vertei- - Ja, damals bei Gericht. Er hatte sich geständig gezeigt, und es war Gegenstand - - Also, wie gesagt, heute ist es ja gesetzlich geregelt im § 257c StPO, die Verständigung. Damals konnte man das noch so mit Gericht und Verteidiger und Staatsanwaltschaft, wo man sich einigte. Und Herr Stadler zeigte sich geständig. Wie gesagt, für uns war - auch für das Gericht dann - eine gewisse Beteiligung oder - - Er hat es ja auch immer betont, dass er es nie so hätte ausufern lassen, wenn er sich nicht so sicher gefühlt hätte. Er hat dann bezüglich Lars B. das Ganze ja auch bestätigt - unseren Verdacht -, und das gehörte dann ja auch irgendwo, ich sage mal, belohnt, ne? Zumal er ja - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Trotzdem noch mal langsam: Also, der Deal - heute genannt: Verständigung - hat stattgefunden zwischen wem? Und was ist da passiert?

Zeugin Hildegard Mendrina: Na ja, es gab eine Absprache mit dem Verteidiger und mit dem Gericht, dass also irgendwas mit Bewährung, also zwei Jahre - - weil er ja nun auch, ich sage mal, für die Szene verbrannt war und da Nachteile - - Und deswegen haben wir uns darüber geeinigt, dass etwas mit Bewährung rauskommen sollte. Und da das Gesetz da die Grenze vorschreibt, sind es zwei Jahre geworden.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, vor seiner Beschuldigtenvernehmung am 07.08.2002 ist auf dem Vernehmungsprotokoll noch mal vermerkt: Vor Beginn der Vernehmung findet ein Vorgespräch mit Oberstaatsanwalt Heinke und Staatsanwältin Mendrina statt.

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

Zeugin Hildegard Mendrina: Na ja, dieser Deal ist ja erst später, als der Verteidiger auch - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut, dann gehen wir mal auf den 07.08.2002. Was war denn Gegenstand dieser Besprechung?

Zeugin Hildegard Mendrina: Das weiß ich nicht. Wenn Sie mir also vom Datum her - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): 07.08.2002.

Zeugin Hildegard Mendrina: Es gab mehrere Gespräche. Es ging ja auch um seine Sicherheit. Er hatte damals eine Sicherungsverfügung, weil man musste ja auch im Auge behalten, ob da möglicherweise seitens der rechten Szene irgendwie Rachesachen - - Deswegen mussten wir natürlich auch in der JVA - Herr Lars B. war auch in der JVA Moabit - Sorge dafür tragen, dass ihm nichts passiert. Was jetzt konkret Gegenstand dieses Gespräches war, das weiß ich, ehrlich gesagt, nicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gab es zu dem Zeitpunkt Ihrerseits schon Zusagen an Herrn Stadler? Bezüglich - -

Zeugin Hildegard Mendrina: Nein. Also, meiner Erinnerung nach - - Natürlich wirken sich Geständnisse immer strafmildernd aus, aber dass es hinterher konkret - - Es war auch vereinbart, dass er keinen Haftprüfungsantrag - - so nach dem Motto: Damit es schneller geht. Aber jetzt eine konkrete Absprache? Ich weiß noch nicht mal, ob wir uns auf zwei Jahre geeinigt haben, aber es stand irgendwie im Raume, dass er etwas mit Bewährung erhalten soll. Da war dann aber auch der Verteidiger dabei, und so ist es dann - wie es damals in Verfahren durchaus üblich war - auch gelaufen - natürlich unter Einbindung auch der Kammer.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. Haben Sie sich in der Zeit nach parallel laufenden Ermittlungsverfahren gegen Toni Stadler erkundigt, als Ihre Staatsanwaltschaft die Ermittlungen aufnahm?

Zeugin Hildegard Mendrina: Ich glaube, bei der Aufnahme nicht. Später wurde es mal relevant, mit Cottbus. Wir mussten ja auch bestimmte Sachen verifizieren. Ich glaube, ich habe sogar noch ein Verfahren von Cottbus übernommen. Da wusste ich aber auch nicht, inwieweit das möglicherweise - - Ich glaube, ich habe es hinterher sogar nach 154 eingestellt. Aber es musste ja auch abgeklärt werden - gerade mit diesen CDs und so -, inwieweit da Strafklageverbrauch eintreten könnte, wenn zwischenzeitlich auch eine andere Verurteilung - - oder ob man das verbinden muss. Ich glaube, das war - - Und wir haben es auch mit dem Computer, mit dieser Warnung vor Durchsuchung - - ich glaube, da haben wir auch mal was überprüft.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also Ihnen war bekannt, dass die Staatsanwaltschaft Cottbus eigentlich ein ähnliches Verfahren - - also ähnlich gegen Stadler ermittelte wie Sie.

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

Zeugin Hildegard Mendrina: Nee, ich glaube, das war irgendwie anders oder es war schon älter oder - - Das weiß ich jetzt nicht mehr, aber ich meine, auch irgendwas mit CDs, und dann muss man ja immer gucken, inwieweit das ineinandergreift. Das weiß ich jetzt aber, ehrlich gesagt, nicht mehr. Ich kann mich erinnern, dass ich mit Cottbus - - Ich glaube, ein Staatsanwalt hat mir doch sogar noch irgendwas gebracht - aber das weiß ich jetzt, ehrlich gesagt, nicht mehr. Und ich meine auch, ich hätte irgendwas nach 154 eingestellt, weil es auch nicht so klar war, inwieweit die Verfahren ineinander übergriffen. Aber wie gesagt, das kann ich Ihnen jetzt wirklich nicht sagen, da bin ich mir nicht sicher.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mhm.

Zeugin Hildegard Mendrina: Ich weiß wohl, dass wir irgendwas von Cottbus bekommen haben - sowohl per Fax als auch, ich meine, noch irgendwie Akten - - dass ich auch ein Verfahren übernommen hätte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Welche Erkenntnisse hatten Sie über das „Landser“-Verfahren der GBA?

Zeugin Hildegard Mendrina: Im Prinzip nur aus der Presse. Ich hatte, glaube ich, mal mit Herrn Siegmund telefoniert - ich weiß allerdings jetzt nicht, in welchem Zusammenhang. Ich habe auch aus den Akten gesehen, dass dem GBA, ich glaube, meine Anklage und auch das Urteil übermittelt worden sind. Ich habe allerdings auch Kontakt zu der Kollegin in Sachsen gehabt, die für Mirko Hesse zuständig war. Das war jetzt aber irgendwie nicht konkret.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Waren Sie über den Umstand unterrichtet, dass Herr Stadler am 07.08.2002 auch durch Herrn GBA Siegmund vernommen wurde?

Zeugin Hildegard Mendrina: Ja, also wie gesagt, dass da eine Vernehmung stattfand, das wusste ich.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Hat er vorher mit Ihnen Rücksprache gehalten oder wurden Sie hinterher informiert?

Zeugin Hildegard Mendrina: Das weiß ich nicht mehr. Das war aber hier - - da bestanden aber, meine ich, keine Bedenken. Ich glaube, es kam vorab eine Anfrage - und wenn es vom LKA oder so war. Aber wie gesagt, es kann auch sein, dass ich mit Herrn Siegmund oder Herr Heinke mit - - telefoniert - - Also, das weiß ich jetzt, ehrlich gesagt, nicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie sagten vorhin, Sie hätten mit Herrn Siegmund telefoniert.

Zeugin Hildegard Mendrina: Ja, es kann aber auch sein: in anderen Sachen. Ich habe öfter mit ihm - als ich gestern die Akten las, ist es mir wieder eingefallen - - Später war, glaube ich, Herr Lampe zuständig. Ich weiß aber nicht, ob es jetzt in diesem

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

Verfahren war. Ich habe ja nun auch noch andere Verfahren gehabt, die teilweise auch dann - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Kann es sein, dass Sie Herrn Stadler gefragt haben, ob er bereit ist, beim GBA auszusagen? Haben Sie mit Herrn Stadler darüber gesprochen?

Zeugin Hildegard Mendrina: Das weiß ich nicht. Also, hauptsächlich gingen die Vernehmungen - - Ich war zwar teilweise dabei, aber hauptsächlich gingen die Vernehmungen immer über das LKA, und zwar - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wurde Ihnen später mal das Vernehmungsprotokoll vom GBA zur Verfügung gestellt? Wissen Sie, worum es da ging?

Zeugin Hildegard Mendrina: Ich glaube, es ist sogar Gegenstand der Akte, bin mir jetzt aber nicht sicher. Ich glaube, ich habe es gestern mal - - Also, wie gesagt, da ist mir, meine ich, sogar noch was - - Das habe ich mir dann aber nicht mehr so angesehen. Aber wie gesagt, mir fiel der Name auf.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Na ja, ich würde schon gern wissen, ob Sie wussten, dass Herr Stadler gegenüber dem GBA eingeräumt hat, dass er an der „Landser“-Produktion „Ran an den Feind“ mit beteiligt war.

Zeugin Hildegard Mendrina: Ja, irgendw- - Also, mit den CDs kann sein, aber wie gesagt, das möchte ich jetzt nicht mehr - - Ich habe es damals mit Sicherheit gelesen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wissen Sie, ob Herr Stadler später dann als Beschuldigter geführt worden ist?

Zeugin Hildegard Mendrina: Im „Landser“-Verfahren?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja.

Zeugin Hildegard Mendrina: Das weiß ich nicht. Das „Landser“-Verfahren ist beim GBA geführt worden, und - ich weiß nicht - es erfolgte, glaube ich, eine Abtrennung, die dann hier beim Kammergericht - oder, ich glaube, da - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Na ja, also, er räumte eine Beteiligung ein und wurde nicht als Beschuldigter geführt.

Zeugin Hildegard Mendrina: Das weiß ich nicht. Wie gesagt, fürs „Landser“-Verfahren war ich nicht zuständig.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Der Umstand ist Ihnen nicht bekannt. - Okay, danke erst mal.

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Wir sind bei der Fraktion der CDU. - Keine weiteren Fragen. - Die Fraktion der Linken? - Keine Fragen. - Dann sind wir bei Frau Nonnemacher. - Auch nicht. - Dann frage ich jetzt noch mal die SPD-Fraktion. Frau Gossmann-Reetz, wenn sie denn möchte, darf noch ein bisschen weitermachen. - Gut, dann gibt es offensichtlich keine weiteren Fragen mehr.

Meine letzte Frage bezieht sich wieder auf eine eventuell notwendige Vereidigung. Gibt es jemanden in der Runde, der möchte, dass ich die Zeugin vereidige? - Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann verzichten wir auf die Vereidigung. - Ich bedanke mich sehr herzlich für Ihr Kommen, wünsche Ihnen noch einen schönen Tag.

Zeugin Hildegard Mendrina: Danke, gleichfalls.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Wir unterbrechen kurz für zehn Minuten die Sitzung und setzen dann mit unserem dritten heutigen Zeugen fort. - Vielen Dank.

(Unterbrechung von 12.10 bis 12.29 Uhr)

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

(Beginn des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Öffentlich: 09.30 Uhr)

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Vernehmung des Zeugen Uwe Menzel

Wir beginnen jetzt und kommen zum Beweisbeschluss 161 und wollen den Zeugen Menzel vernehmen. Herzlich willkommen, Herr Menzel. Herzlich willkommen auch Ihrem Rechtsbeistand Herrn RA [REDACTED].

Ich muss Sie zunächst belehren.

Als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuss unterliegen Sie der Wahrheitspflicht. Das heißt, die von Ihnen gemachten Angaben müssen vollständig sein und der Wahrheit entsprechen. Sie dürfen weder falsche Angaben machen noch wesentliche Umstände, die mit dem Beweisthema in Zusammenhang stehen, verschweigen. Sofern Sie an bestimmte Dinge keine Erinnerung mehr haben, müssen Sie auch dies deutlich zum Ausdruck bringen.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Der Untersuchungsausschuss ist nach § 22 UAG grundsätzlich berechtigt, einen Zeugen am Ende seiner Aussage zu vereidigen. Über eine Vereidigung Ihrer Person wird insoweit noch zu befinden sein.

Falsche Aussagen vor dem Untersuchungsausschuss sind strafbewehrt. Dabei kommt es nicht darauf an, ob Sie Ihre Aussage beeidigen müssen oder nicht. Falsche uneidliche Aussagen sind nach § 153 Strafgesetzbuch strafbedroht und werden mit Freiheitsstrafe zwischen drei Monaten und fünf Jahren sanktioniert. Im Falle der Annahme einer Strafbarkeit eines Meineides wird der Strafrahmen des § 154 Strafgesetzbuch, der eine Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr vorsieht, Anwendung finden.

Ferner habe ich Sie auch über Ihre Rechte gemäß § 19 UAG zu belehren. Danach sind Sie berechtigt, die Auskunft auf solche Fragen zu verweigern, deren Beantwortung Ihnen selbst oder einem der in § 52 Abs. 1 StPO bezeichneten Angehörigen die Gefahr zuziehen würde, wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit verfolgt zu werden.

Zu guter Letzt weise ich auch noch darauf hin, dass es mir als Vorsitzendem dieses Ausschusses obliegt, für die Aufrechterhaltung der Ordnung in der Sitzung Sorge zu tragen und gegen Personen, die sich einer Ungebühr schuldig gemacht haben, ein Ordnungsgeld in Höhe von bis zu 1 000 Euro pro Einzelfall zu verhängen. - So weit die Belehrung.

Wir kommen jetzt zur Befragung. Bevor die Fraktionen übernehmen, die im 15-Minuten-Rhythmus die Befragung vornehmen, möchte ich eine eingehende Frage stellen: Herr Menzel, wie haben Sie sich auf diese Sitzung vorbereitet? Haben Sie außer mit Ihrem Anwalt - das vermute ich mal - auch noch mit anderen Leuten gesprochen, um sich hier vorzubereiten? - Bitte.

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Können Sie uns sagen, mit wem Sie sich vorbereitet haben?

Zeuge Uwe Menzel: Mit dem Internet.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Also, Sie haben sich beschäftigt mit dem, was im Netz über diese Zeit so zu finden ist.

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Gut. - Dann beginnen wir mit der Befragung durch die Fraktionen. Es beginnt die SPD-Fraktion. Frau Gossmann-Reetz, bitte.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Guten Morgen, Herr Menzel. - Ich würde gern die Frage noch mal wiederholen: Haben Sie sich auch mit anderen Personen vorbereitet und besprochen vor dieser Sitzung?

Zeuge Uwe Menzel: Vorbereitet: Nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Besprochen?

Zeuge Uwe Menzel: Mit Sicherheit.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Dann würde ich gerne wissen, mit wem.

Zeuge Uwe Menzel: Nö.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie sind hier verpflichtet, Ihre Aussage ordnungsgemäß abzugeben.

Zeuge Uwe Menzel: Na dann war es Klaus Dieter.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mhm. Wie heißt denn Klaus Dieter mit ganzem Namen?

Zeuge Uwe Menzel: Klaus Dieter. - Hören Sie mal zu: Mit wem ich mich über diese Sache hier unterhalte, mit irgendwelchen ganz privaten Leuten, die einfach mal wissen wollten, dass ich hier eine Vorladung habe, das ist doch uninteressant.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Nö, für mich nicht.

Zeuge Uwe Menzel: Die haben ja keinen Bezug zu diesem Verfahren.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Herr Menzel, wir wollen - -

Zeuge Uwe Menzel: Zum Beispiel mit meiner Mutter; ich hab mich mit meiner Mutter besprochen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Darf ich von Anfang an etwas klarstellen?

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ich bitte auch Ihren Anwalt, das zu vernehmen: Die Fragen stellen hier die Ausschussmitglieder, -

Zeuge Uwe Menzel: Mhm.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): - und Sie sind nicht berechtigt und auch nicht aufgefordert, die Fragen zu kommentieren -

Zeuge Uwe Menzel: Okay.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Vorsitzender Rupprecht (SPD): - und zu bewerten. Ich möchte, dass Sie sich daran halten, und bitte, an meine Belehrung auch zu denken, damit ich jetzt nicht Ordnungsmaßnahmen gegen Sie von Anfang an in Aussicht stellen muss.

Zeuge Uwe Menzel: Mhm.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Achten Sie die Würde dieses Ausschusses.

Zeuge Uwe Menzel: Mhm.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Frau Gossmann-Reetz, bitte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. - Herr Menzel, ich würde dann gerne mal etwas wissen über Ihren beruflichen Werdegang. Können Sie uns den in Kürze schildern?

Zeuge Uwe Menzel: Was ist denn daran interessant? - Entschuldigung, ich darf ja nicht -

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ja.

Zeuge Uwe Menzel: - dazwischenfragen. Entschuldigung. - Was möchten Sie denn genau wissen?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Alles.

Zeuge Uwe Menzel: Schule 8. Klasse abgeschlossen, rausgegangen nach 10 Jahren, eine Vorbereitungslehre gemacht, eine Ausbildung gemacht zum Teilezurichter -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Zum bitte was?

Zeuge Uwe Menzel: - Teilezurichter -, -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja.

Zeuge Uwe Menzel: - arbeitslos, mehrere ABM-Maßnahmen. Das war es.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und heute?

Zeuge Uwe Menzel: Nix.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wovon leben Sie?

Zeuge Uwe Menzel: Ich bin EU-Rentner.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): EU-Rentner. Also Sie bekommen -

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Uwe Menzel: ... Rente.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - Rente von diesem Staat.

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Gut. Dann würde ich Sie gerne fragen: Seit wann kennen Sie Carsten Szczepanski?

Zeuge Uwe Menzel: 93 vom Sehen, und kennengelernt ungefähr 97.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): In welchem Zusammenhang war das? Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Uwe Menzel: In Zusammenhang mit einem Konzert.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Welches Konzert war denn das?

Zeuge Uwe Menzel: Weiß nicht, wie ich das beantworten soll.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie es Ihnen einfällt. Wo war das Konzert? Was für ein Konzert war das? Welche Bands sind vielleicht aufgetreten? Was haben Sie noch in Erinnerung?

Zeuge Uwe Menzel: Das müsste hier in der Region gewesen sein. Welche Bands da gespielt haben, weiß ich nicht mehr. Also nicht allzu weit weg von Potsdam.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Welche Personen waren denn noch dabei?

Zeuge Uwe Menzel: Zum Beispiel Henning K.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Henning K. - Wie war diese erste Begegnung, also intensivere Begegnung, mit Herrn Szczepanski? Können Sie sich an ein Gespräch erinnern? Oder: Wie erschien Ihnen dieser Mensch?

Zeuge Uwe Menzel: Na, er wurde mir vorgestellt, wir haben wahrscheinlich einen kurzen Smalltalk gehalten, und das war es.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wer hat Ihnen den denn vorgestellt?

Zeuge Uwe Menzel: Henning K.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Henning K. selber. Und Sie hatten ja vorher schon mal von Herrn Szczepanski gehört.

Zeuge Uwe Menzel: Ich hatte vorher schon mal von ihm gehört, ja.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was war denn das? Hatte der einen gewissen Ruf in der Szene?

Zeuge Uwe Menzel: Mir wurde damals erzählt, dass der Szczepanski wegen einem versuchten Tötungsdelikt im Gefängnis sitzt, dass es sich dabei um - - Wie haben sie sich ausgedrückt? Wie kann ich das am besten beschreiben? „Fehlurteil“ war jetzt nicht das richtige Wort dafür. Also nach dem Motto: Er wurde halt als Opfer auserkoren, dafür geradezustehen. Das wurde sozusagen innerhalb der Leute, mit denen ich mich da unterhalten hatte, gesagt: dass das alles so nicht stimmen würde, wie das in den Medien dargestellt wurde, und dass er da einfach nur dabei war und dass er sozusagen als Sündenbock herhalten musste.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Hatten Sie Menschen gekannt, die dabei waren?

Zeuge Uwe Menzel: Nee. Also nicht, dass ich wusste.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und hatte er durch diese Rolle, die Sie gerade beschrieben haben, einen bestimmten Status in der Szene? Wie würden Sie den beschreiben?

Zeuge Uwe Menzel: Also, ich sage mal, die einen haben ihn halt als unterstützenswerte Person - - weil sie halt - wie soll ich sagen? - vom Staat hingehängt wurde. Andere werden mit Sicherheit die Sache, die er gemacht haben soll, an sich gut gefunden haben. Das ist so eine Melange aus beidem.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Er hat ja zu der damaligen Zeit auch schon die „United Skins“ rausgebracht. Die war Ihnen auch - -

Zeuge Uwe Menzel: Das weiß ich nicht. Also, es gab auf jeden Fall diesen Namen an sich schon. Also, das müsste eigentlich schon vorher gewesen sein. Ich weiß auch gar nicht, wie viele Hefte davon insgesamt gekommen sind.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ist es richtig, dass Carsten Szczepanski zu der damaligen Zeit schon sehr umfangreiche Kontakte in der Szene hatte?

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das wussten Sie vorher, als Sie ihn kennenlernten.

Zeuge Uwe Menzel: Das wusste ich vorher, weil ich wusste auch, dass dieses - - Wo ich ihn das erste Mal gesehen habe, da haben wir uns nicht persönlich - - also jedenfalls nicht, dass ich wusste, dass wir uns da persönlich kennengelernt haben. Das muss, wie gesagt, 93 oder 94 - da bin ich jetzt nicht ganz sicher, kann man ja mit Sicherheit mal nachgoogeln - - Da gab es ein großes Konzert nahe Königs Wusterhausen, ein relativ großes Konzert.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): In Gussow vielleicht?

Zeuge Uwe Menzel: Kann sein, war auf jeden Fall sehr groß. 500 Personen, 600 Personen, irgendwas in dem Dreh. Und da haben wir uns das erste Mal irgendwie - - Aber da hatte ich ihn dann nicht mehr auf dem Schirm gehabt, wusste halt bloß: Hier, das ist übrigens der, der das Konzert organisiert hat. - Und dann halt Jahre später auf diesem anderen Konzert wiedergetroffen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. - Und ab da, wie entwickelte sich dann das Verhältnis zwischen Ihnen beiden?

Zeuge Uwe Menzel: Denke mal, wir haben Nummern getauscht, soweit ich mich entsinnen kann, und dann hat man sich eben alle Jubelzeiten mal auf irgendwelchen Feiern oder irgendwelchen Veranstaltungen gesehen. Der Kontakt wurde halt erst näher, wo er dann „Freigänger“ wurde - bzw. zu dem Zeitpunkt war er schon Freigänger -, aber wo er dann sozusagen diese vorzeitige Entlassung hatte. Das müsste ja 98, 99, so in dem Dreh - - Da wurde er ja noch mobiler, als er ja offensichtlich vorher schon war, und da hat man sich dann öfter mal auf irgendwelchen Veranstaltungen gesehen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was waren das für Veranstaltungen?

Zeuge Uwe Menzel: Meistens Partys und Konzerte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und wie entwickelte sich dann so Ihr Verhältnis miteinander weiter? War es ein sehr vertrauensvolles Verhältnis? Erzählen Sie mal.

Zeuge Uwe Menzel: Ich habe damals tatsächlich gedacht, dass wir ein freundschaftliches Verhältnis miteinander haben.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Worauf bezogen Sie das, also woran machten Sie das fest?

Zeuge Uwe Menzel: Das lag vielleicht ein Stück weit an seiner Art, wie er auf mich zugekommen ist.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Beschreiben Sie die mal.

Zeuge Uwe Menzel: Gott, wie soll ich denn die beschreiben? - Ach Gott, ich darf ja keine Gegenfragen stellen; sonst hätte ich jetzt gefragt, wie Sie denn so eine Freundschaft definieren, die Sie mit jemandem haben.

Das war jetzt keine enge Freundschaft, wir haben uns nicht über unsere persönlichen Probleme unterhalten. Wir haben uns halt - augenscheinlich - gefreut, wenn man sich mal irgendwo getroffen hat, und haben uns dann über die Neuigkeiten, was Musik, was - - wer kennt wen usw. ausgetauscht.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Na ja, aber über private Dinge doch sicher auch, oder? Über die Haft, über Beziehungen?

Zeuge Uwe Menzel: Mit mir? Nee, nicht wirklich.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie haben doch Herrn - -

Zeuge Uwe Menzel: Jedenfalls nicht, dass ich wüsste.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, wir können in unseren Unterlagen sehr deutlich sehen, dass Sie auch mit Herrn Szczepanski später über Beziehungen gesprochen haben.

Zeuge Uwe Menzel: Entschuldigung, aber das weiß ich jetzt wirklich nicht mehr.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay.

Zeuge Uwe Menzel: Also, ich kann mich nicht erinnern.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): In Ordnung. - Gab es in der Szene damals irgendwann oder bevor Herr Szczepanski enttarnt worden ist, schon das Gerücht, dass er ein Spitzel sein könnte?

Zeuge Uwe Menzel: Also nicht bei mir.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gar nicht.

Zeuge Uwe Menzel: Nicht, dass ich wüsste.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Völlig unverdächtig.

Zeuge Uwe Menzel: Im Nachhinein wurde erzählt, dass es hier und da schon Personen gab, die darüber spekuliert hätten. Zu mir kam zum damaligen Zeitpunkt davon nichts an.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das ist ja oft so, dass hinterher immer alle meinen, es besser gewusst zu haben, -

Zeuge Uwe Menzel: Ja, hinterher wissen es immer alle. Genau.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - aber Sie hatten gar keinen - -

Zeuge Uwe Menzel: Nee, ich hatte überhaupt keinen Argwohn, gar nichts.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Hoher Status, sehr gut vernetzt, war überall dabei.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Uwe Menzel: Er war ein bisschen älter, war also schon länger unterwegs, hatte relativ umfangreiche Kontakte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Welche Erinnerungen haben Sie denn zu „Blood & Honour“ und insbesondere zu der Brandenburger Szene?

Zeuge Uwe Menzel: Geht so.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Bisschen genauer.

Zeuge Uwe Menzel: Es geht so. Na - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut: Wer gehörte dazu? Wie war die aufgebaut zur damaligen Zeit, gerade so um 98 vielleicht rum?

Zeuge Uwe Menzel: Na, ich kann Ihnen da nur Auskunft geben bis ungefähr 99.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay, das würde uns ja erst mal reichen, fangen wir doch mal damit an: Geben Sie uns mal Auskunft bis 99.

Zeuge Uwe Menzel: Meine Wenigkeit.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie gehörten dazu?

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was hatten Sie für eine Position in dieser Hierarchie?

Zeuge Uwe Menzel: Es gab da keine Position, also jedenfalls - - Normales Mitglied.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Es gab doch eine recht deutliche Hierarchie innerhalb von „Blood & Honour“, oder nicht?

Zeuge Uwe Menzel: Ja, aber nicht in unserer Sektion.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wortführer und - -

Zeuge Uwe Menzel: Ach so, na ja, gut, das war wahrscheinlich dann schon meine Wenigkeit.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das waren Sie.

Zeuge Uwe Menzel: Neben Christian W.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mhm, neben Christian W. Okay. - Welche Verbindungen hatte denn diese Brandenburger Truppe - da würde ich Sie auch gleich

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

noch mal fragen, wer noch so dazugehörte neben Christian W. und Ihnen - zu anderen Sektionen in anderen Bundesländern?

Zeuge Uwe Menzel: Das kann ich so speziell nicht sagen. Es gab natürlich von einzelnen Mitgliedern Freundschaften in andere Bundesländer, die bestanden aber - jetzt aus heutiger Sicht - zu 99 % schon, bevor „Blood & Honour“ sich überhaupt gegründet hat.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. - Aber noch mal zurück: Zur Brandenburger Sektion gehörten Christian W. und Sie, sagten Sie. Wer denn noch?

Zeuge Uwe Menzel: Sven Sch., Dirk H., Stefan R. und sonst - großartig Namen -: Keine Ahnung.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das waren die Wesentlichen und, sagen wir mal, die Wortführer, die dann - -

Zeuge Uwe Menzel: ... (akustisch unverständlich) Na, Wortführer - unsere Sektion war schon so ein bisschen speziell.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wieso?

Zeuge Uwe Menzel: Oh Gott, wie soll ich denn das jetzt auseinanderklamüsern, damit Sie es auch verstehen?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, ich versuche, Ihnen zu folgen, und wir haben auch - -

Zeuge Uwe Menzel: Ja, nein, ich meine - - Das war jetzt nicht despektierlich gemeint, das war jetzt wirklich - - Woher sollen Sie es wissen?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Deswegen sind Sie hier.

Zeuge Uwe Menzel: Wir waren so die „Schlampensektion“.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Heißt?

Zeuge Uwe Menzel: Das heißt: Während andere immer versucht haben, sich krampfhaft zu uniformieren und diesen einheitlichen Look zu tragen - die hatten 50 T-Shirts davon und 50 Jacken - und alles versucht haben, waren wir eher so die - - Wir sind halt so gekommen, wie wir fröhs aufgestanden sind, und haben dann auch öfter mal Probleme gekriegt, weil wir halt eben nicht im einheitlichen Look aufgetaucht sind, die Insignien nicht wirklich getragen haben.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was war denn Ziel und Intention Ihrer Truppe?

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Uwe Menzel: Das kann ich so nicht beantworten. Ich kann sagen, was meine Intention war.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mhm.

Zeuge Uwe Menzel: Der Grundgedanke, so wie ich es damals verstanden habe, war gewesen, dass zum Beispiel bei Konzertorganisationen es immer wieder vorgekommen ist, dass zum Beispiel an - - Monatelang war nichts, und an einem Wochenende fanden drei oder vier Konzerte statt. Die Leute haben sich gegenseitig die „Kundschaft“ weggenommen - das Publikum - bzw. auch die Bands doppelt gebucht, dass es da dann zu Problemen kam, und für mich war eigentlich die einleuchtende Methode, zu sagen: Okay, wir stecken das alles unter einen Hut, sodass irgendjemand sagen kann - - Also, meinerwegen aus einer bestimmten Region die Leute, die da ein Konzert organisieren, geben ein Datum raus und jemand sagt: Du, an dem Datum geht es nicht, da macht schon jemand; musst du verschieben, musst du anderweitig machen. - Bzw. auch den Kontakt zwischen Bands zum Beispiel zu intensivieren.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Hört sich so ein bisschen nach Struktur und Ordnung an, die Sie sich da gewünscht haben.

Zeuge Uwe Menzel: Tatsächlich, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, die Schlampen wollten Ordnung.

Zeuge Uwe Menzel: Ich war halt sozusagen - - Du, wer das eine will, muss mit dem anderen Übel leben.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Minute bitte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was für Konzerte gab es denn genau in dieser Zeit? Also, welche Bands waren führend zu dieser damaligen Zeit, die Sie da auch organisieren wollten?

Zeuge Uwe Menzel: Ich selber war nicht bei Konzertorganisationen beteiligt. Wir haben meistens entweder selber als Band gespielt - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mhm. Welche Band war das damals?

Zeuge Uwe Menzel: „Proissenheads“. - Da haben wir entweder selber als Band gespielt und haben zum Beispiel - - Andere Leute haben so was wie Anlagen besorgt für solche Konzerte. Das war im Hauptaugenmerk - - oder zum Beispiel Bands rumkutschieren, vom Flughafen abholen, also anderen Sektionen zuarbeiten, weil wir selber finanziell auch mit einer Konzertorganisation überfordert waren.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie würden Sie denn Ihre Musik, die Sie damals gespielt haben, beschreiben? Welche Ziele hatte diese Musik, was verfolgten Sie damit?

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Uwe Menzel: Na ja, erst mal Musik machen, die Freude an der Musik sozusagen. Zum damaligen Zeitpunkt, muss ich ganz ehrlich sagen: Ziel meinerseits war schon ein Stück weit Sendungsbewusstsein, das mag schon sein. Also - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was wollten Sie denn senden?

Zeuge Uwe Menzel: Sie würden es Ideologie nennen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wissen Sie jetzt nicht. Wie würden Sie es denn nennen?

Zeuge Uwe Menzel: Ein Stück weit Weltanschauung.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Welche Weltanschauung war denn das?

Zeuge Uwe Menzel: Nationalsozialismus.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mhm, gut. - Dann erst mal danke.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann wechselt jetzt das Fragerecht zur CDU-Fraktion. Es fragt Herr Dr. Redmann, bitte schön.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Guten Morgen.

Zeuge Uwe Menzel: Mhm.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Gab es in Berlin-Brandenburg einen Ku-Klux-Klan-Ableger oder eine lose Gruppe, die sich für den Ku-Klux-Klan interessierte?

Zeuge Uwe Menzel: Warten Sie mal ganz kurz.

(Der Zeuge trinkt.)

Wenn ich den Medien trauen darf: Ja.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Und aus Ihrer eigenen Erfahrung?

Zeuge Uwe Menzel: Ich weiß, dass es damals in Berlin ein Postfach gab und dass angeblich Herr Szczepanski versucht hat, so was hier zu gründen.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Das würde mich noch - -

Zeuge Uwe Menzel: Aber das habe ich erst im Nachhinein mal irgendwann dann zu hören gekriegt.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Und welche Rolle hatte Szczepanski da im Rahmen dieser Sachen?

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Uwe Menzel: Also - -

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Nach dem, was Sie gehört haben?

Zeuge Uwe Menzel: Nach dem, was ich gelesen habe in Medienberichten, scheint er die treibende Kraft dahinter gewesen zu sein.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Sie haben gerade gesagt, er hat versucht, ihn zu gründen. Ist er nach Ihren Informationen tatsächlich gegründet worden, oder hat er die Idee damals nur vorbereitet?

Zeuge Uwe Menzel: Das kann ich aus meiner Perspektive jetzt nicht wirklich sagen. Also, ich kann es mir eigentlich nicht vorstellen, dass er es wirklich geschafft hat, eine richtige Ku-Klux-Klan-Gruppe zu gründen, die größer als drei Leute war. Glaub ich nicht.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Gab es denn vorher, also vor den Aktivitäten von Carsten Szczepanski, nach Ihrer Erkenntnis Ku-Klux-Klan-Strukturen?

Zeuge Uwe Menzel: Nee.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Und diese Gründungsaktivitäten, verbinden Sie die mit der Herausgabe des Fanzines „Das Feuerkreuz“? Oder - -

Zeuge Uwe Menzel: War das von ihm? - Ach, Entschuldigung, darf nicht zu Gegenfragen - - Mir ist - - Ich kann mich dunkel erinnern, dass es da ein - - wusste aber nicht, dass es von ihm ist.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Sie haben gerade gesagt: Zwei bis drei Personen, würden Sie sagen, größer waren die nicht.

Zeuge Uwe Menzel: Ich habe lediglich gesagt: Ich kann mir nicht vorstellen, dass er mehr Leute gefunden hätte, die wirklich an einer Ku-Klux-Klan-Gruppe Interesse gezeigt hätten.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Und - -

Zeuge Uwe Menzel: Ich will nicht verhehlen - kann ich ja auch so sagen -, dass die Symbolik des Klans durchaus gruppenstiftend - will ich es jetzt mal grob beschreiben - - Aber wer sich mit dem Klan näher beschäftigt, hätte ja relativ schnell gemerkt, dass das mit uns nicht kompatibel ist.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Warum nicht kompatibel?

Zeuge Uwe Menzel: Christentum.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Das haben Sie abgelehnt.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Uwe Menzel: Das haben eigentlich mehr oder weniger alle abgelehnt.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Sind Ihnen irgendwelche Aktivitäten dieses Berliner Ku-Klux-Klan aufgefallen?

Zeuge Uwe Menzel: Also, an was ich mich erinnern kann, ist, dass - - Wie gesagt, ich weiß nicht, ob es dieses „Feuerkreuz“ war. Es gab damals definitiv ein Heft, wo Devotionalien verkauft wurden. Man konnte über dieses Heft, soweit ich mich dunkel erinnern kann, eine Klan-Kutte bestellen, Aufnäher, Zielscheiben mit Negern drauf und so was. Daran kann ich mich dunkel erinnern. Aber die haben mir leider nie was geschickt.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Es gab oder gibt in der rechten Szene die Idee, sich auf den „Tag X“ vorzubereiten. Sind Ihnen da aus den 90er-Jahren Vorbereitungsmaßnahmen erinnerlich?

Zeuge Uwe Menzel: Also jetzt gruppenübergreifend oder organisiert.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ja, erst mal ganz allgemein.

Zeuge Uwe Menzel: Ich glaube, das hat jeder für sich selber gemacht.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Also das ist noch ein präsentés Motiv.

Zeuge Uwe Menzel: Es gab - - Na, das Motiv ist bis heute da.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Was gehört zu solchen Vorbereitungsmaßnahmen dazu?

Zeuge Uwe Menzel: Also, es gibt Leute, die sind der Meinung, sie müssten sich zum Beispiel eindecken mit Vorräten, Wasser etc. pp., wie diese - - was ja auch, soweit ich mich erinnern kann, mal von einem Bundesminister vorgeschlagen wurde - soweit ich mich entsinnen kann. Und dann gab es natürlich auch Leute, die sind in Kampfsportvereine gegangen, um sich halt für den Tag X vorzubereiten. Dieser Tag X ist ja - na, ich will es nicht ein Label nennen, aber es ist eine Überschrift über einem - - Ich weiß nicht, wie man so was normalerweise nennen würde.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Wie muss ich mir denn diesen Tag X vorstellen? Ist dieser Tag X tatsächlich ein Datum, von dem man noch nicht genau weiß, wann es ist, und das irgendwann kommt, oder ist es eher ein Sankt-Nimmerleins-Tag, der aber als abstraktes Ziel vor Augen steht?

Zeuge Uwe Menzel: Man könnte es als abstraktes Ziel betrachten, aber - - Nehme mich da nicht aus. Ich weiß nicht, wie oft dieses Land schon am Bürgerkrieg vorbeigeschlittert ist. Entfernt, sehr entfernt natürlich, aber - -

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Also, der Tag X ist eine Vorbereitung auf einen Bürgerkrieg.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Uwe Menzel: Zum Beispiel auf einen Bürgerkrieg. Na ja, gut, ich weiß nicht, wie ich mich da jetzt ausdrücken soll, ohne dem Hohen Haus in irgendeiner Form zu nahe zu treten. Zum Beispiel der Tag, an dem die ganzen Neubürger der Meinung sind, dann hier mehr Rechte durchdrücken zu wollen, als wie es die Einheimischen haben, und die es ja dann auch durchaus mit Gewaltaktionen machen werden. Und auf diesen Tag X muss man sich vorbereiten in irgendeiner Form.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Also im Sinne eines Tages, an dem es notwendig ist, sich zu verteidigen.

Zeuge Uwe Menzel: Sich zu verteidigen.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Oder ist es ein Tag, an dem es notwendig wird, einen Angriff durchzuführen?

Zeuge Uwe Menzel: Also meine Prämisse war Verteidigung. Andere werden eventuell auch den Gedanken eines Angriffs im Kopf gehabt haben. Das will ich nicht ausschließen, aber das kann ich jetzt so nicht festmachen.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Sie haben ja gerade von eher harmlosen Vorbereitungsmaßnahmen berichtet wie Erbsensuppe in den Keller stellen oder - -

Zeuge Uwe Menzel: Mit Sicherheit werden sich auch Leute Waffen besorgt haben.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Und war es üblich oder, sagen wir mal, nicht völlig ungewöhnlich, sich auch Zutaten zum Bau einer Bombe zu besorgen?

Zeuge Uwe Menzel: Da muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen: Bombenbau war für mich nie Thema. Ich habe schon keinen besonders großen Spaß an Silvester, weil ich meine Finger ganz gerne behalten möchte, und die Frage hat sich für mich nie gestellt. Ob es Leute gab, die sich damit vielleicht in irgendeiner Form - -

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Vielleicht mache ich es ein bisschen konkreter: Ist Ihnen erinnerlich, dass Carsten Szczepanski sich in dieser Hinsicht auf den Tag X vorbereitet hat, also ob er vielleicht mal erwähnt hat, dass er irgendwie die Möglichkeit hat, eine Bombe zu bauen, oder vorhat, sie einzusetzen oder dergleichen?

Zeuge Uwe Menzel: Carsten Szczepanski hat natürlich immer die Idee des Tages X vor sich hergetragen.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Können Sie das beschreiben?

Zeuge Uwe Menzel: Also die Sachen, an die ich mich so entsinnen kann, wenn wir uns unterhalten haben, da ging es natürlich auch immer um sone Themen wie: Wenn es hier mal knallt, muss man vorbereitet sein. Man darf dann eben nicht sozusagen mit leeren Händen dastehen, wenn es hier mal richtig losgeht. - Das waren schon so seine Intentionen, die er hatte.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Hat er den Tag X eher als einen Tag der Verteidigung oder als einen Tag des Angriffs -

Zeuge Uwe Menzel: Das kann ich so jetzt nicht - -

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): - betrachtet?

Zeuge Uwe Menzel: Obwohl ich mal denke, dass, so wie er sich benommen hat, das wahrscheinlich dann eher auf einen Angriff hinausgelaufen wäre.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Wissen Sie, ob er in irgendeiner Weise konkretisiertere Anschlagspläne hatte, ob es da Ziele gab, die er ins Auge gefasst hat oder die er möglicherweise als lohnend beschrieben hat?

Zeuge Uwe Menzel: Also, ich sage mal, wenn man sich das Interview von diesem Nick G. anguckt, könnte man auf die Idee kommen.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Beschreiben Sie das mal ruhig, führen Sie das mal bitte aus.

Zeuge Uwe Menzel: Na, der Nick G. hat in diesem Interview mit diesem „Compact“-Magazin relativ detailliert seine Begegnung mit Szczepanski erläutert und - - Auch wenn ich ganz ehrlich sagen muss, vieles, was er da in diesem Interview erzählt hat, war ziemlicher Quatsch, gerade so zu seinem Werdegang und - - Aber gut, da müssen wir jetzt nicht näher drauf eingehen.

Die Passage, wo er über Szczepanski gesprochen hat, war für mich wie ein Déjà-vu, war wie - - Ich habe regelrecht diese Person vor mir gesehen, wie er mit mir spricht - also Szczepanski. Es ist eins zu eins die Erfahrung, die ich auch mit ihm gemacht habe.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Konkretisieren Sie das - -

Zeuge Uwe Menzel: Allerdings in einem anderen Zusammenhang natürlich.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Konkretisieren Sie das mal. Also, was meinen Sie damit, wenn Sie sagen - -

Zeuge Uwe Menzel: Na ja, der hat immer gesagt: Wir müssen uns bewaffnen, wir müssen unbedingt wehrhaft sein, wir müssen definitiv was in der Hinterhand haben, wenn es hier mal losgeht. - Das war schon so seine Denke, und das war auch so seine Intention, die er hatte.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Noch mal: Konkrete Anschlagsziele, gab es da was, was Ihnen - -

Zeuge Uwe Menzel: Da weiß ich halt nur, was dieser Nick G. da in diesem Video erzählt hat: dass nach dieser Brandanschlagsgeschichte auf sein Auto bzw. diesem

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Überfall auf Szczepanski - - dass er danach offensichtlich Anschläge auf - zum Beispiel - Linke in Betracht gezogen hat, also direkte Anschläge.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Gab es da besondere Einrichtungen, die er da im Blick hatte?

Zeuge Uwe Menzel: Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Welche Rolle hat denn Carsten Szczepanski nach Ihrer Erinnerung in der rechten Szene von Brandenburg gehabt?

Zeuge Uwe Menzel: Wie gesagt: Auch wenn das hier irgendwie anders dargestellt wird - - Wir haben uns ja nicht jede Woche gesehen, aber ich hatte schon den Eindruck, dass er ein sehr Umtriebiger, also Hansdampf in allen Gassen, wie man so schön sagt, war, was damals natürlich auch unheimlich motivierend wirkte. Also, er war jemand, der Leute begeistern konnte, Leute ziehen konnte, der auch - - Wie man immer so schön sagt: Es gibt ja genug Leute, die sich hinterm Offen verkriechen oder ihre Ruhe haben wollen. Er war jemand, der die Leute dahinter hervorholen konnte und sozusagen im Endeffekt schon begeistern konnte für eine Sache.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Und hatte er auch, was diese Szene angeht, so eine Art - - Dann war er also Ihrer Erinnerung nach eine Art Führungsfigur?

Zeuge Uwe Menzel: Er war durchaus Führungsfigur, ja. Weil: Er hat die NPD im Endeffekt damals in Kreise reingebracht, in die die selber gar nicht reingekommen ist zu dem Zeitpunkt.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Beschreiben Sie da mal seine Rolle innerhalb der NPD. Das wird ja immer so unterschiedlich dargestellt.

Zeuge Uwe Menzel: Soweit ich mich bei der Partei entsinnen kann, war zum Beispiel - - Ich kann nur von Potsdam sprechen: Die Partei hatte hier keinen Fuß auf den Boden gekriegt - generell keiner. Es gab immer mal irgendwie vereinzelt NPD-Mitglieder, es gab irgendwie DVU-Leute, mit denen hat man aber keinen Kontakt gehabt. Wir waren - ich will nicht behaupten, dass wir apolitisch waren; das ist Blödsinn -, aber wir waren an dieser Parteipolitik nicht interessiert. Er hat es tatsächlich geschafft, Leute wie mich dazu zu bewegen, auf eine NPD-Veranstaltung zu gehen, und das wäre vorher so nicht denkbar gewesen. Und in Königs Wusterhausen, bin ich der festen Überzeugung, ist es ganz genauso gelaufen.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Und wie hat er das geschafft, da Szenemitglieder für die NPD zu begeistern?

Zeuge Uwe Menzel: Soweit ich mich entsinnen kann, hat er ja versucht, zum Beispiel Leute, die er aus dem Fußballbereich kannte - - Im Nachhinein ist das vielleicht so ein Stück weit wie in der Schule, wenn der Lehrer mal rausmuss und er macht dann den schlechtesten Schüler zum Aufpasser. So könnte man sich das in etwa vorstellen. Er hat Leuten Aufgaben gegeben, die sie vielleicht so als normale Besucher nicht weiter

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

interessiert hätten. Aber dann hatten sie eine Aufgabe, haben die wahrgenommen - zum Beispiel Sicherheit, dass so eine Veranstaltung eben - - Weil das waren ja seine Worte: Hey, stellt euch mal vor: NPD-Veranstaltung, dann kommen die Zecken. - Und er konnte über diese Art und Weise natürlich die Leute dazu begeistern, weil die natürlich die Konfrontation suchen wollten, weil die diesbezüglich dann Bock gehabt hätten, da richtig Leute umzuschlagen.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Was war Ihr Eindruck, was seine Rolle innerhalb der NPD selbst war?

Zeuge Uwe Menzel: Ich muss ganz ehrlich sagen - - Irgendeiner meinte mal, er war da Vizevorsitzender. Oder war er sogar Vorsitzender von - - Aber das weiß ich nicht mehr.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Hat sich seine Rolle in Königs Wusterhausen nach seiner Haftentlassung verändert?

Zeuge Uwe Menzel: Wie gesagt: Während seiner Haftzeit kann ich nicht wirklich Auskunft über Königs Wusterhausen geben - keine Ahnung. Aber ich nehme mal schon an, dass er eine Führungsposition da eingenommen haben wird, weil er war halt immer da, er war halt immer, wenn es um KW ging, sozusagen die Ansprechperson.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Wie viel Zeit habe ich noch?

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Zwei Minuten.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Dann würde ich jetzt keinen neuen Komplex anfangen, sondern weitergeben. - Danke.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann wechselt das Fragerecht zur Fraktion der Linken. Frau Vandre fragt.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Herr Menzel, wann haben Sie angefangen, Musik zu machen?

Zeuge Uwe Menzel: 93.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Mit was für einem Projekt?

Zeuge Uwe Menzel: Also, ursprünglich nannten wir uns wirklich mal „Giftgas“. Das war aber relativ schnell vorbei, weil es gab schon mehrere Bands, die so hießen. Wir haben uns dann „Proissen/Oder“ genannt - das war aber auch relativ schnell vorbei - und sind irgendwann auf den Namen „Proissenheads“ gekommen.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Aber in der gleichen Konstellation der Bandmitglieder.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Uwe Menzel: Das weiß ich gar nicht mehr. Das war damals so ein - - Jeder wollte mal - - hat sich mal an irgendein Instrument gesetzt und probiert.

Abgeordnete Vandré (DIE LINKE): Und mit den „Proissenheads“ haben Sie wann angefangen, unter dem Namen?

Zeuge Uwe Menzel: Unter dem Namen: 95.

Abgeordnete Vandré (DIE LINKE): 95. - Und ab wann haben Sie dann angefangen, auch CDs zu produzieren und zu verkaufen?

Zeuge Uwe Menzel: Also, ich habe nie CDs verkauft, aber - - Sie meinen jetzt das Label, das die rausgebracht hat?

Abgeordnete Vandré (DIE LINKE): Genau.

Zeuge Uwe Menzel: Die erste müsste Januar, Februar 97 gewesen sein.

Abgeordnete Vandré (DIE LINKE): Okay. - Im Frühjahr 98 sind Sie ja dann dazu übergegangen, 3 000 CDs in den USA zu produzieren oder produzieren zu lassen. Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Uwe Menzel: Ich habe die nicht produzieren lassen.

Abgeordnete Vandré (DIE LINKE): Sie haben sie nicht produzieren lassen?

Zeuge Uwe Menzel: Nein.

Abgeordnete Vandré (DIE LINKE): Aber als Band ist man doch daran beteiligt.

Zeuge Uwe Menzel: Als Band ist man daran beteiligt, indem man zu einem Label geht. Das Label sagt: „Wir machen die“, bezahlen einem das Studio, bezahlen die Fahrtkosten und Unkosten etc. pp., und dann ist das Label dafür zuständig, sich um die Produktion der CDs zu kümmern.

Abgeordnete Vandré (DIE LINKE): Bei welchem Label waren Sie denn?

Zeuge Uwe Menzel: Ich weiß nicht mehr, unter welchem diese - - Welche CD meinen Sie denn? - Entschuldigung, wenn ich nachfragen muss.

Abgeordnete Vandré (DIE LINKE): Also haben Sie Labels gewechselt. Sie waren am Anfang bei „Movement Records“, richtig?

Zeuge Uwe Menzel: Nee.

Abgeordnete Vandré (DIE LINKE): Nee?

Zeuge Uwe Menzel: Nee.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Sondern?

Zeuge Uwe Menzel: Also, „Movement Records“ war - - Sie meinen diese Mini-CD. Das war „Movement Records“. Das, was Sie da meinen mit den USA, das war - - Oh Gott, wie hießen die? Kann mich nicht mehr wirklich erinnern, weil da gab es Probleme, da wechselten - - Am Ende landete das alles bei - wie hieß das? - „Nibelungen Versand“. Davor war es aber ein anderes Label.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Aber zunächst hatten Sie es bei „Chelsea“-Versand.

Zeuge Uwe Menzel: Genau.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Bei Christian W. - der die für Sie produzieren sollte - aus Michendorf.

Zeuge Uwe Menzel: Christian W. aus Michen- -

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Entschuldigung. Carsten W.

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Und dann gab es aber Probleme.

Zeuge Uwe Menzel: Dann gab es Probleme.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): In welcher Form?

Zeuge Uwe Menzel: Also, soweit ich mich entsinne, hat er das Tape verschlampt und hat in seiner Frustration einen Vorabmix, den wir mal - - Es ist üblich, dass man, wenn man im Studio ist, einen Vorabmix kriegt - jedenfalls war es früher so üblich gewesen -, wo einfach mal alles, was aufgenommen wurde - - mal kurz die Regler so, dass es halbwegs vernünftig klingt, dass man es sich zu Hause noch mal anhören und sagen kann, was man anders haben will. Und er hat so ein Ding dann in die USA zum Pressen geschickt.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Und die sind aber nie bei Ihnen angekommen, die CDs.

Zeuge Uwe Menzel: Na, bei mir sowieso nicht.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Bei dem Label.

Zeuge Uwe Menzel: Nee, die CDs sind dann irgendwann bei dem „Nibelungen Versand“ gelandet - über irgendwelche Umwege.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Und vorher doch auch bei Hendrik L. und bei „Backstreet Noise“, oder?

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Uwe Menzel: Nee, das war später.

Abgeordnete Vandré (DIE LINKE): Das war später. - Also, wir halten fest: Sie haben wechselnde Labels gehabt, mit denen Sie zusammengearbeitet haben, und sind unter anderem dabei auch mit Hendrik L. in Verbindung gekommen und haben aber auch bei „Movement Records“ produzieren lassen.

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Abgeordnete Vandré (DIE LINKE): Wer war denn der Labelbesitzer von „Movement Records“?

Zeuge Uwe Menzel: Jan W. bzw. - -

Abgeordnete Vandré (DIE LINKE): Können Sie auch aussprechen.

Zeuge Uwe Menzel: Jan Werner und, soweit ich mich entsinnen kann, Michael P.

Abgeordnete Vandré (DIE LINKE): Gab es noch mehr Leute, die da mitgearbeitet haben bei dem Label?

(Der Zeuge lacht.)

Zeuge Uwe Menzel: Sie dürfen sich dieses Label nicht wie ein Major Label vorstellen. Das ist kein Label im Sinne von, dass da jetzt ein Firmenbesitzer ist und dann 20 Angestellte, die sich dann für das Marketing usw. usf. - - Das waren Einmannbetriebe. Das heißt: Ein Mann hat das ganze Ding organisiert, und er hat ab und zu mal Leute gehabt, die vielleicht auf freundschaftlicher Basis mal geholfen haben.

Abgeordnete Vandré (DIE LINKE): Auf freundschaftlicher Basis. - Wie sind Sie denn dann an das Label „Movement Records“ gekommen zu einem späteren Zeitpunkt?

Zeuge Uwe Menzel: Ich hatte Jan Werner schon 92 - ich glaube, 93 - kennengelernt.

Abgeordnete Vandré (DIE LINKE): Und dann beständig wiedergetroffen.

Zeuge Uwe Menzel: Immer beständig wiedergetroffen, und dann haben wir eine freundschaftliche Basis aufgebaut.

Abgeordnete Vandré (DIE LINKE): Eine freundschaftliche Basis. - Wie würden Sie - - Wodurch zeichnete sich diese freundschaftliche Basis aus? Hatten Sie ein Vertrauensverhältnis?

Zeuge Uwe Menzel: In dem Fall ja. In dem Fall war es tatsächlich ein etwas näheres freundschaftliches Verhältnis.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Mit Vertrauensverhältnis?

Zeuge Uwe Menzel: Würde ich sagen, ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Können Sie sich daran erinnern, wenn Ihr Label „Movement Records“ in Chemnitz gewesen ist und Sie auch Verbindung zu Hendrik L. hatten, nachdem das mit der Produktion mit Carsten W. gescheitert ist - -

Zeuge Uwe Menzel: Nee, nee, Sie verwechseln da wieder was. Also, die CDs sind irgendwie in Amerika verschollen gewesen, dann hat die damals irgendwie - ich weiß wirklich nicht, über wen es ging - - Die Amis haben dann gesagt: Hey, wir haben das jetzt für euch hier gemacht, wir brauchen die Kohle für das Pressen, weil wir haben es ja vorgestreckt. - Dann sprang der „Nibelungen Versand“ ein, hat die CDs aus Amerika ausgelöst, aber die Cover waren weg, weil niemand wusste, wer die Cover gedruckt hat. Der „Nibelungen Versand“ hat dann eigene Cover drucken lassen. Dabei fiel halt auf, dass die Aufnahme eben nicht die Aufnahme war, die im Studio getätigt wurde, sondern eben so ein Vorabmix. Daraufhin wurde gesagt: Okay, wir machen das Ding nur noch als Demo-CD.

Das Cover dieser CD wurde verboten, also nur das Cover wurde indiziert. Mittlerweile sind die Cover wieder aufgetaucht, die für die Originale eigentlich gedruckt worden waren. Die sind dann verkauft worden, aber da waren nicht mehr so viele von übrig, weil irgendwie welche verschwunden waren, und dann waren am Ende noch irgendwie - keine Ahnung - 50 Stück übrig oder irgend so was. Und die hat dann der Hendrik L. mit einem noch mal eigens dafür kurz durchgedruckten Cover extra verkauft.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Noch mal zurück nach Chemnitz: Wie häufig waren Sie in der Zeit 98, 99, 2000 in Chemnitz?

Zeuge Uwe Menzel: Ja, gut, also jetzt über die drei Jahre kann ich nicht genau sagen, wie oft. Aber 98, denke ich mal, schon - - Also, direkt in Chemnitz oder mit den Chemnitzern unterwegs?

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Mit den Chemnitzern unterwegs, direkt in Chemnitz.

Zeuge Uwe Menzel: Alle drei, vier Wochen bestimmt.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Alle drei, vier Wochen gemeinsam zu Veranstaltungen gefahren.

Zeuge Uwe Menzel: Oder sich halt irgendwo auf einer Veranstaltung getroffen.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Ich würde Ihnen dazu gerne einen Vorhalt machen aus einer Zeitschrift, die Sie sicherlich kennen, da Sie ja auch selber Interviews gegeben haben, und zwar aus der „White Supremacy“ aus dem Jahr 2000, die Nummer 3:

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

(Abgeordnete Vandre [DIE LINKE] begibt sich zum Platz des Zeugen und legt ihm Unterlagen vor. - Der Zeuge liest in diesen Unterlagen.)

Zeuge Uwe Menzel: Mhm.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Das ist ein Artikel, in dem ein Konzertbericht geschildert ist, bei dem Sie mit der Band „Proissenheads“ 2000 in der Slowakei aufgetreten sind.

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Können Sie sich an diesen Tag oder an dieses Konzert erinnern?

Zeuge Uwe Menzel: Relativ, ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Was ist Ihnen daran rememberlich?

Zeuge Uwe Menzel: Es war ein gutes Konzert.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Mit wem sind Sie da hingereist? Oder wie sind Sie da hingekommen, zu dem Konzert?

Zeuge Uwe Menzel: Mit einem VW-Bus. Also, wir sind irgendwie mit einem - - Die Band ist irgendwie nach Chemnitz gefahren, und wir sind von Chemnitz aus dann mit gemieteten Bussen weitergefahren.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Sofort? Oder - -

Zeuge Uwe Menzel: Ich glaube - ich weiß es gar nicht -, einen Tag später vielleicht. Nee, muss ich jetzt überlegen. - Ich weiß es ehrlich gesagt nicht. Soweit ich weiß, war ich - - Einmal gab es ein Konzert, da haben wir gepennt bei irgendwelchen Leuten, in irgend so einer Pension von Freitag zu Sonnabend, dann aber schon irgendwie in der Tschechei. Aber ich weiß nicht, ob es dieses Konzert war. Das weiß ich nicht mehr.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Haben Sie immer in Pensionen übernachtet, wenn Sie in Chemnitz waren?

Zeuge Uwe Menzel: Nein, ich habe auch privat übernachtet.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Auch privat?

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Gucken Sie mal auf den Text ganz unten, da steht, von wem der verfasst wurde.

(Der Zeuge liest in den Unterlagen.)

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Sagt Ihnen der Name was, „Inge“?

Zeuge Uwe Menzel: Mhm.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Sagt Ihnen nichts?

Zeuge Uwe Menzel: Doch.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Doch? Wer ist diese Person?

Zeuge Uwe Menzel: Ich glaube, der heißt richtig Ingolf.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Ingolf. - Dahinter steht ja eine Abkürzung, und zwar: „C85“. Wissen Sie, was das bedeutet?

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Können Sie uns das darlegen?

Zeuge Uwe Menzel: Das war die Hausnummer von einem Neubaufgang, wo, glaube, vier oder fünf Leute gewohnt haben, die unserer Szene zuzurechnen sind.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Waren Sie mal dort, in dem Haus?

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Ja?

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Regelmäßig?

Zeuge Uwe Menzel: Nicht. Na ja, was heißt regelmäßig? Also in dem Haus selber wahrscheinlich eher nicht 98, 99, weil - - Obwohl, jetzt muss ich überlegen: 98, 99? - Also, ab und zu auf jeden Fall.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Ab und zu auf jeden Fall. - Können Sie sich erinnern, wer in diesem Haus gewohnt hat außer - - oder wer alles in diesem Haus gewohnt hat?

Zeuge Uwe Menzel: Ja, aber da fallen mir jetzt die Namen nicht zu ein.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): „Dackel“?

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Der Name ist T. R., richtig?

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Uwe Menzel: Das kann sein. Ja, glaube. Kann sein.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Hat Thomas Starke da gewohnt?

Zeuge Uwe Menzel: Nee.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Hendrik L.?

Zeuge Uwe Menzel: Nee.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Andreas G.?

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Noch weitere Namen, die Ihnen dazu einfallen?
Hat „Inge“ selbst dort auch gewohnt?

Zeuge Uwe Menzel: Ich glaube, er hat da auch mal gewohnt. Ich bin mir jetzt aber nicht hundertprozentig sicher. Aber ich glaube, ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Wie gut war denn Ihr Verhältnis insbesondere zu T. R.?

Zeuge Uwe Menzel: Wir haben uns öfter mal auf Veranstaltungen gesehen. Wir haben uns gut verstanden. Ich hatte, glaube ich, damals auch mal zwei, drei Tage bei ihm gepennt, -

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Sie haben in der gleichen - -

Zeuge Uwe Menzel: - bzw. ich habe bei Andreas G. geschlafen, habe den Tag über dann bei ihm verbracht, wo der irgendwie arbeiten war.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Sie haben in der gleichen Zeitung oder in der gleichen Zine-Ausgabe ein Interview als „Proissenheads“ gegeben. Das kann ich Ihnen auch mal zeigen.

Zeuge Uwe Menzel: Ach so.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Das habe ich hier.

(Abgeordnete Vandre [DIE LINKE] begibt sich zum Platz des Zeugen und legt ihm Unterlagen vor. - Der Zeuge liest in diesen Unterlagen.)

Zeuge Uwe Menzel: Mhm.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Können Sie sich an dieses Interview erinnern, wo Sie das - -

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Uwe Menzel: Dunkel.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Wissen Sie, wo Sie das gegeben haben?

Zeuge Uwe Menzel: Na, ich vermute mal - - Also, Sie meinen jetzt die Örtlichkeit?

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Uwe Menzel: Zu Hause.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Zu Hause?

Zeuge Uwe Menzel: Mhm.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Weil: In dem Interview - - Sie schließen das Interview ab, indem Sie als Allererstes „C85“ grüßen.

Zeuge Uwe Menzel: Das kann sein, ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Und die Frage, die sich mir gestellt hat, ist, mit wem Sie dieses Interview geführt haben, ob Sie sich daran erinnern können.

Zeuge Uwe Menzel: Also, diese Form von Interviews lief mehr oder weniger so ab, dass ich einen Fragenkatalog zugeschickt gekriegt habe. Das war ja damals - - Ich hatte keinen Computer, nix, und da kam also ein Zettel mit meinerseits zehn oder zwanzig Fragen, je nachdem. Dann habe ich diesen handschriftlich beantwortet, habe das dann mit den Fragen zusammen wieder zurückgeschickt, und die werden es dann abgetippt haben, und dann ist das in dem Heft gelandet.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Sie können sich also auch nicht daran erinnern, wer diese Fragen gestellt hat.

Zeuge Uwe Menzel: Ich weiß nicht, wer von denen mir die Fragen - - Kann sein, dass ich das dann an das Postfach zurückgeschickt habe, das weiß ich nicht, oder ob ich es irgendjemandem in die Hand gedrückt habe. Weiß ich nicht mehr.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Wissen Sie denn, wer mit der Erstellung des „White Supremacy“ betraut war?

Zeuge Uwe Menzel: Das Heft war von Jan. Aber wer jetzt wirklich im Einzelnen die Sachen zusammengestellt hat, weiß ich nicht.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Aber er hat es ja auch nicht alleine gemacht.

Zeuge Uwe Menzel: Nee, nee.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Es war ja das Heft von „Blood & Honour“ - -

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Uwe Menzel: Also, ich gehe auch davon aus, dass er es nicht alleine gemacht hat.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Es war ja das Heft von „Blood & Honour Sachsen“ - mehr oder weniger.

Zeuge Uwe Menzel: Mehr oder weniger.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Minute bitte.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): In dem Interview gibt es einen ziemlich spannenden Aspekt, und zwar werden Sie danach gefragt - - oder werden Sie damit konfrontiert, dass Sie immer in Chemnitz in der ersten Etage -

Zeuge Uwe Menzel: Ach so.

(Der Zeuge lacht.)

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): - von Gebäuden anzutreffen sind. Das hört sich danach an, dass Sie auch häufiger in Chemnitz in privaten Häusern gewesen sind. Meint die fragende Person damit das Haus in der „C85“?

Zeuge Uwe Menzel: Ich vermute mal.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Sie vermuten mal.

Zeuge Uwe Menzel: Weil das Interview zu einer Zeit entstanden ist, wo ich da vielleicht ein-, zweimal oder dreimal gewesen bin. Ich habe da auch noch relativ unangenehme Erinnerungen dran - persönlicher Natur. Von daher kann es schon sein, dass das dann als Insidergag mit drin war. Kann sein, ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Welche Erinnerung haben Sie denn an dieses Haus?

Zeuge Uwe Menzel: Gott, ich hab da mal nach einer Sauftour drei Liter Tomatensaft getrunken und das Klo so derartig vollgekotzt, das sah aus, als ob man irgendjemanden geschlachtet hat. Zum Beispiel.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Und wie muss man sich das vorstellen? Da waren vier, fünf Mietparteien, Personen aus der Chemnitzer Szene, die da gewohnt haben?

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Und ist es dann auch zu so einer Art Mittelpunkt der Szene in Chemnitz geworden, wo man sich regelmäßig getroffen hat?

Zeuge Uwe Menzel: Wo sich mit Sicherheit auch mal bestimmte Freundeskreise - - Innerhalb von Chemnitz gab es ja auch bestimmte Cliquen,

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

bestimmte Freundeskreise, die sich teilweise überschneiden haben. Eine Zeit lang, könnte man sagen, wird es wahrscheinlich so etwas gewesen sein, ja. So könnte man es umschreiben.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Frage bitte.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Aber die, die dort gewohnt haben, waren ja alle in einem Freundeskreis und gehörten zu den „88ern“, richtig?

Zeuge Uwe Menzel: Ob die alle zu den „88ern“ gehört haben - keine Ahnung. Aber mit Sicherheit waren da welche bei.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann wechselt das Fragerecht zu Herrn Wiese von der AfD-Fraktion. Herr Wiese, bitte schön.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand.)

Abgeordneter Wiese (AfD): Guten Morgen, Herr Menzel.

Zeuge Uwe Menzel: Guten Morgen.

Abgeordneter Wiese (AfD): Herr Menzel, Sie haben uns jetzt ausgiebig geschildert, dass Sie ständig unterwegs waren, Partys gefeiert haben usw. Wie war denn damals Ihre finanzielle Situation?

Zeuge Uwe Menzel: Auch nicht besonders gut. Aber da es sich ja meistens nur um Spritgeld und ein bisschen Geld für Trinken - man brauchte sozusagen keine Unterbringungskosten tragen, wenn man privat irgendwo war - - war das relativ überschaubar. Und, wie gesagt, es war ja auch nicht jedes Wochenende, es war dann eben alle zwei, drei Wochenenden.

Abgeordneter Wiese (AfD): Wenn Sie so Konzerte gegeben haben, was haben Sie da eingenommen? Oder: Was war dann Ihre Gage dabei?

Zeuge Uwe Menzel: Freigetränke, Spritkosten, in dem Fall dann meistens Übernachtungskosten.

Abgeordneter Wiese (AfD): Und sonst nix.

Zeuge Uwe Menzel: Nee.

Abgeordneter Wiese (AfD): Sie haben auch gerade geschildert, dass Sie hier Labels hatten, -

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Wiese (AfD): - wo die Musik - die CDs anscheinend - dann auch verkauft wurde. Wer hat denn davon profitiert?

Zeuge Uwe Menzel: Ich nehme mal an, die Labels. Gut, bei dieser CD, um was es da ging, da wird keiner großartig von profitiert haben, weil es war am Ende, glaube ich, ein fettes Minus durch diese doppelte bzw. dreifache Druckerei von Covern, diese CD, die man nicht unter einem normalen Preis verkaufen konnte, weil sie halt in minderer Qualität war etc. Da wird definitiv Minus gemacht worden sein.

Abgeordneter Wiese (AfD): Wir haben ja auch gehört, dass Herr Szczepanski einen Laden aufgemacht hat.

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Abgeordneter Wiese (AfD): Können Sie sich erinnern, ob der gut ging, ob der schlecht ging? War das nur ein Treffpunkt? War das nur - -

(Der Zeuge lacht.)

Zeuge Uwe Menzel: Also, ich glaube, ich war in diesem Laden insgesamt vielleicht dreimal - zweimal mit Sicherheit, aber maximal dreimal. Und ich muss ganz ehrlich sagen: Wenn ich da war, war da nicht so unbedingt wahnsinnig viel los. Das war ja auch irgendwie so ein komischer Hinterhof. Also, ich kann mich auch nicht erinnern, dass es da Außenwerbung oder irgend so was gegeben hat. Es sah eigentlich - aus meiner Erinnerung heraus; ich kann mich da auch furchtbar irren - eher aus wie ein Lagerraum, ein ein bisschen schick gemachter Lagerraum.

Abgeordneter Wiese (AfD): Und wie war die Einrichtung innen? Was hatte der da? CDs?

Zeuge Uwe Menzel: Er hatte so Regale und so Krimskrams, auch was zum Sitzen muss er dagehabt haben; ich stehe ungern. Ich kann mich an Bücher erinnern, und er hatte neben Büchern, Zeitschriften etc. unter anderem auch CDs angeboten und Klamotten, glaube ich; da bin ich mir jetzt aber nicht sicher. Aber ich denke mal, dass er solche Sachen angeboten hat.

Abgeordneter Wiese (AfD): Konnte man dann auch spezielle Sache bestellen oder darüber reden? Oder - -

Zeuge Uwe Menzel: Wie gesagt, ich - - Sagen Sie einfach, auf was Sie rausmöchten.

Abgeordneter Wiese (AfD): Wenn ich heute in so einen Laden gehe, möchte ich ja nicht bloß CDs - - Man trifft sich, man unterhält sich, -

Zeuge Uwe Menzel: Mit Sicherheit, ja.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Wiese (AfD): - man redet ja nicht nur nebenbei vom letzten Besäufnis, sondern wenn ich in so einen Laden gehe, habe ich ja gewisse Vorstellungen, was ich möchte. Konnte man denn auch Waffen bestellen oder sich über Waffen unterhalten?

Zeuge Uwe Menzel: Ich weiß, auf was Sie hinauswollen. Das war jetzt nicht so, als ob ich in diesen Laden gegangen bin und ihn da vollgequatscht hätte wegen Waffen. Das hat bei einer anderen Gelegenheit stattgefunden. Der Laden diente im Endeffekt dann nur als Treffpunkt, um die Sache da klarzumachen.

Abgeordneter Wiese (AfD): Was klarzumachen?

Zeuge Uwe Menzel: Na ja, dieses ominöse Geschäft, von dem immer die Rede ist.

Abgeordneter Wiese (AfD): Sie haben vorhin vom Tag X gesprochen.

Zeuge Uwe Menzel: Mhm.

Abgeordneter Wiese (AfD): Da muss es ja auch - außer dem, dass man sich Vorräte anlegt usw. - Hintergründe gegeben haben. Können Sie mir unbedarft das mal erklären, was man in Ihrer Szene mit Tag X so in Verbindung gebracht hat?

Zeuge Uwe Menzel: Na ja, das kommt drauf an, wie deutlich ich hier werden darf.

Abgeordneter Wiese (AfD): Sie dürfen ganz deutlich werden.

Zeuge Uwe Menzel: Na ja, ohne mich strafbar zu machen, meine ich.

Abgeordneter Wiese (AfD): Weiß ich nicht.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Da müssen Sie sich mit Ihrem Anwalt konsultieren.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand.)

Zeuge Uwe Menzel: Na ja, es ging schon darum, dass viele der Meinung waren, dass gerade - in nenne sie mal Israelis - Israelis versuchen wollen, uns auszurotten, und wir da dann irgendwann in den Kampf ziehen müssten.

Abgeordneter Wiese (AfD): Wie kommen Sie jetzt gerade auf Israelis?

Zeuge Uwe Menzel: Ich wollte nicht „Juden“ sagen.

Abgeordneter Wiese (AfD): Ja, können Sie auch. Aber wie kommen Sie überhaupt darauf, dass - -

Zeuge Uwe Menzel: Wie gesagt, das war - -

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Wiese (AfD): Gut, lassen wir das. Das ist nicht - - Ich fange anders an: Welche Erinnerung haben Sie denn im Hinblick auf die Enttarnung von „Piatto“, von Herrn Szczepanski?

Zeuge Uwe Menzel: Darauf habe ich noch relativ gute Erinnerungen, ja.

Abgeordneter Wiese (AfD): Können Sie uns das mal schildern?

Zeuge Uwe Menzel: Wie gesagt, es wurde ja vorhin schon mal gefragt, ob da in irgendeiner Form Argwohn meinerseits zu diesem - - Es gab für mich zum damaligen Zeitpunkt keinerlei Argwohn. Der rief mich an, das muss - Datum weiß ich jetzt nicht - - Das war ein Tag vor der Razzia bei mir, ich war auf dem Weg nach Hause von einer Feier, und er rief mich aufgeregt an und erzählte mir: Du, hör mal zu, die Presse versucht, mich zu erpressen, die Presse versucht, Informationen aus mir rauszukriegen. Die behaupten, ich wäre ein V-Mann, und sie würden mit irgendwelchen erfundenen Beweisen versuchen, mich sozusagen durch den Kakao zu ziehen und an den Pranger zu stellen. - Ich war natürlich erbost und sauer, und da habe ich gesagt: Hey, das kannst du dir nicht gefallen lassen, da musst du unbedingt gegen vorgehen, da musst du unbedingt mit einem Anwalt was machen. - Und am nächsten Morgen habe ich in einen Pistolenlauf geguckt.

Abgeordneter Wiese (AfD): Sie haben in einen Pistolenlauf - -

Zeuge Uwe Menzel: Ja, ja.

Abgeordneter Wiese (AfD): Von wem?

Zeuge Uwe Menzel: Von der Polizei.

Abgeordneter Wiese (AfD): Nachdem Sie sich mit Szczepanski getroffen haben, stand am nächsten - -

Zeuge Uwe Menzel: Nee, nee, wir haben nur telefoniert.

Abgeordneter Wiese (AfD): Sie haben nur telefoniert.

Zeuge Uwe Menzel: Wir haben telefoniert. - Ich war ja auf dem Weg nach Hause, habe mich dann hingelegt, und dann wurde ich halt geweckt mit einem Pistolenlauf im Gesicht.

Abgeordneter Wiese (AfD): Also, das heißt, es müsste ja dann jemand mitgehört haben oder das mitbekommen haben.

Zeuge Uwe Menzel: Nee. Warum?

Abgeordneter Wiese (AfD): Na ja, ich denke mal, die Polizei wird nicht rumlaufen und dann die Pistolenläufe hinhalten.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Uwe Menzel: Nee, die haben bei mir eine Hausdurchsuchung durchgeführt.

Abgeordneter Wiese (AfD): Aha. Gab es da einen Grund dafür?

Zeuge Uwe Menzel: Es wurde, soweit ich mich entsinnen kann, behauptet, wir hätten geplant, eine Hausbesetzerdemo anzugreifen.

Abgeordneter Wiese (AfD): Sie?

Zeuge Uwe Menzel: Sie.

Abgeordneter Wiese (AfD): Mit Ihrer Gruppe?

Zeuge Uwe Menzel: Ja, ja, na klar.

Abgeordneter Wiese (AfD): Wie groß war die Gruppe?

Zeuge Uwe Menzel: Das müssen Sie die Polizei fragen, wie groß sie die Gruppe benannt hat. Die haben zumindest zwei Leute - mich und noch einen anderen - da als die Attentäter auserkoren gehabt. Allerdings war dieses Thema relativ schnell erledigt, weil ich im Nachhinein davon ausgehe, dass die Polizei dieses Telefonat, von dem hier auch immer so gerne die Rede ist, halt lediglich benutzt hat, um an einen Hausdurchsuchungsbefehl zu kommen.

Abgeordneter Wiese (AfD): Sie haben vorhin gesagt, Sie haben mit dem Szczepanski telefonisch sich besprochen.

Zeuge Uwe Menzel: Ja, er rief mich an.

Abgeordneter Wiese (AfD): Können Sie mir - oder uns - ein bisschen erzählen, wie die telefonische Erreichbarkeit von Herrn Szczepanski war?

Zeuge Uwe Menzel: Ich muss ganz ehrlich sagen: Ich habe ihn, glaube ich, selten bis gar nicht angerufen. Er rief mich halt an. Wir hatten einmal näher zu tun, da ging es um eine CD-Veröffentlichung, weil ich nicht in der Lage - - Also, ich hatte keinen Computer, und ich meine, mich zu erinnern, dass der Michael P. damals gesagt hat: Mensch du, eh du uns die ganzen Texte schickst, gib sie doch Carsten, der tippt sie ab, macht sie - damals - auf Diskette und schickt sie uns; dann können wir sie für das Beiheft, für das Heftlayout benutzen bzw. vorher zum Prüfen für den Anwalt.

Abgeordneter Wiese (AfD): Da war aber Herr Szczepanski noch inhaftiert?

Zeuge Uwe Menzel: Ja, ja, na klar. Das war 99. Ich glaube, das müsste - zeitlicher Ablauf - Ende 99 gewesen sein.

Abgeordneter Wiese (AfD): Also, als Inhaftierter oder als Freigänger hatte er - -

Zeuge Uwe Menzel: Er müsste da schon draußen - -

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Wiese (AfD): - - war er da schon draußen.

Zeuge Uwe Menzel: War er da schon entlassen? Weiß ich nicht.

Abgeordneter Wiese (AfD): Sie haben gesagt, der Herr Szczepanski hat Sie angerufen. Konnten Sie dann auf Ihrem Display nur immer die eine Nummer sehen, oder hatte Herr Szczepanski mehrere Nummern, unter denen er Sie anrief?

Zeuge Uwe Menzel: Ich kann mich eigentlich nur erinnern, dass er eine Nummer hatte. Also, ich kann mich nicht erinnern, dass er mehrere Telefone hatte. Weiß ich nicht, kann ich nicht beschwören.

Abgeordneter Wiese (AfD): Ja, ich meine nur, falls mal eine andere Nummer auftaucht. Bei mir passiert es ja auch: Man sieht eine Nummer und kennt sie nicht.

Zeuge Uwe Menzel: Ich kann es jetzt aus der Entfernung nicht mehr sagen. Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Wiese (AfD): Waren Sie schon mal in Ungarn?

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Abgeordneter Wiese (AfD): Wann?

Zeuge Uwe Menzel: Wenn ich den Polizeiausführungen Glauben schenken darf, 98.

Abgeordneter Wiese (AfD): Waren Sie da alleine oder mit mehreren?

Zeuge Uwe Menzel: Da sind wir mit einem Reisebus hingefahren.

Abgeordneter Wiese (AfD): Wer war da noch dabei?

Zeuge Uwe Menzel: Ich denke mal, Christian W. war da mit Sicherheit mit bei. Wer sonst, weiß ich jetzt nicht.

Abgeordneter Wiese (AfD): Mhm. - Kennen Sie Bönnhardt, Mundlos, Zschäpe?

Zeuge Uwe Menzel: Nein.

Abgeordneter Wiese (AfD): Nicht.

Zeuge Uwe Menzel: Nein.

Abgeordneter Wiese (AfD): Nie Kontakt gehabt?

Zeuge Uwe Menzel: Nein.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Wiese (AfD): Die waren auch nicht im Bus mit dabei, oder einige von denen?

Zeuge Uwe Menzel: Halte ich für unwahrscheinlich, für extrem unwahrscheinlich. Warum ich es für unwahrscheinlich halte: Wir sind wirklich an jeder Grenze auseinandergenommen worden, aber wirklich an jeder. Wir sind an der Tschechengrenze auseinandergeknüpelt worden, wir sind an der Ungarngrenze auseinandergenommen worden bis aufs Letzte, mit allen Klamotten raus aus dem Bus und wieder rein. Wie in aller Welt hätten die da rüberkommen sollen? Ist doch Blödsinn. Entschuldigung, aber - aus meiner Perspektive -: Warum sollten drei Leute, die in Deutschland auf der Flucht sind, über - - Ich glaube, es sind drei Grenzen gewesen. War da Slowakei schon extra? Weiß ich jetzt - - Entschuldigung, war jetzt nur mal eine informative Frage. - Warum sollten drei Leute, die auf der Flucht sind, riskieren, gerade zu einem Zeitpunkt, wo ein Konzert da unten stattfindet, das heißt wo die Behörden sowieso schon in Alarmbereitschaft stehen, sich über drei Ländergrenzen zu bewegen, um sich ja danach höchstwahrscheinlich wieder über drei Ländergrenzen zurückzubewegen? Hat sich mir jetzt nicht erschlossen. Also, ich kann mich nicht erinnern, dass die da gewesen sein sollen, und es gab da auch niemanden, der da in irgendeiner Form so ein Thema auf dem Tisch hatte.

Abgeordneter Wiese (AfD): Sie haben jetzt gerade die Frage gestellt: Warum sollten die über drei Ländergrenzen reisen? Also heißt das für mich im Kehrtext: Sie wussten, dass die auf der Flucht sind.

Zeuge Uwe Menzel: Nein, das weiß ich jetzt.

Abgeordneter Wiese (AfD): Ah. Sie hatten damals keine Kenntnis davon.

Zeuge Uwe Menzel: Nee.

Abgeordneter Wiese (AfD): Auch nicht von den Aktivitäten?

Zeuge Uwe Menzel: Nee. Es gab damals mal eine Geschichte, die erzählt wurde, aber da kann ich jetzt keine zeitliche Zuordnung machen, wann die erzählt wurde. Da ging es irgendwie darum, es wären mehrere Leute auf der Flucht, die hätten einen Juden - -

Abgeordneter Wiese (AfD): Wann war das? - Entschuldigung, wenn ich Sie jetzt unter- -

Zeuge Uwe Menzel: Ich weiß es nicht mehr. Es muss aber im Endeffekt irgendwann in diesem Zeitraum 98, 99 gewesen sein, wo mir das mal erzählt wurde. - Da wären irgendwie mehrere Leute auf der Flucht, die hätten einen Juden aufgehängt. - So wurde es mir jedenfalls gesagt. Ich habe das für Blödsinn gehalten. Ich denke mal, wenn irgendjemand einen Juden aufgehängt hätte, wäre das mit Sicherheit durch die Presse gegangen. Im Nachhinein hat sich mir diese Geschichte allerdings eingeprägt gehabt, weil die halt so absonderlich war.

Abgeordneter Wiese (AfD): „Im Nachhinein“ heißt was?

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Uwe Menzel: Die hat sich eingepreßt gehabt, weil sie so absonderlich war, und im Nachhinein, wo dann dieser sogenannte NSU aufgefliegen ist, ging es halt darum, was die vorher alles so gemacht hatten, mit irgendwelchen Attrappen Bombenanschläge angedeutet usw., unter anderem auch eine Puppe mit einem Judenstern von der Autobahn - - Und dann kam für mich so ein: Ach, okay! Vielleicht wurde ja das damals gemeint bei dieser Geschichte.

Abgeordneter Wiese (AfD): Na ja, es wurde ja schon eine Spur des Grauens gelegt. Dort wurden Leute, Blumenhändler usw., erschossen.

Zeuge Uwe Menzel: Na, das war ja zu dem Zeitpunkt kein Thema.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Minute, Herr Wiese.

Abgeordneter Wiese (AfD): Ja, okay. Dann lass ich's mal für die nächste Runde.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann schließen wir die erste Runde mit Frau Nonnemacher von der Fraktion der Grünen. Bitte schön.

Zeuge Uwe Menzel: Ich gieß mir nur kurz was ein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja, bitte. - Guten Morgen.

Zeuge Uwe Menzel: Guten Morgen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Herr Menzel, Sie haben Carsten Szczepanski mit Ihrer Band „Bloodshed“ den Titel „C.S.D.F.A.“ gewidmet, der für „Carsten Szczepanski Dirty Fucking Asshole“ steht. In diesem Lied heißt es unter anderem - ich zitiere -:

„Wir sind der Strick, der am Genick darauf brennt, dass er dich sieht.“

Sind Sie für diese Morddrohung aus dem Jahre 2007 juristisch belangt worden?

Zeuge Uwe Menzel: Sind Sie sicher, dass Sie den Text richtig zitieren?

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja, bin ich sicher. Ich habe den ganzen Liedtext hier vorliegen. Wenn Sie mögen, kann ich ihn Ihnen den gerne in Auszügen vorlesen.

Zeuge Uwe Menzel: Das ist keine Morddrohung. Das ist eine Bildsprache, eine emotionale Bildsprache.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also hier zum Beispiel aus dem Text:

„Wir sind der Stein an deinem Bein, der dich in die Tiefe zieht. Wir sind der Strick, der am Genick darauf brennt, dass er dich sieht. Und nur damit wir uns

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

auch richtig verstehen, es wird ein dunkler Tag, wenn wir uns endlich, endlich wiedersehen.“

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sind Sie dafür juristisch zur Verantwortung gezogen worden?

Zeuge Uwe Menzel: Nö.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sind Sie nicht. - Ist der Tonträger mit dem Titel „Zorn“, auf dem das Lied enthalten ist, als jugendgefährdend indiziert worden?

Zeuge Uwe Menzel: Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Auch nicht. Erstaunlich. - Sie scheinen eine gewisse Sympathie fürs Morden zu haben. Ein Interview im Szeneheft des „Nationalen Beobachters“ Nr. 13/14 beenden Sie mit der Aussage: „Hail Murderer!“. Welche Morde befürworten Sie denn, beispielsweise die des „Nationalsozialistischen Untergrundes“?

Zeuge Uwe Menzel: Kennen Sie „Ethnic Cleansing“?

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wie bitte?

Zeuge Uwe Menzel: Ob Sie „Ethnic Cleansing“ kennen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Nein, kenne ich nicht. Erläutern Sie - -

Zeuge Uwe Menzel: Ist eine amerikanische Band, die sich halt - wenn ich es jetzt richtig übersetze - „Ethnische Säuberung“ nennt. Und deren Wahlspruch war „Hail Murderer!“.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): „Hail Murderer!“. Und warum haben Sie sich das zu eigen gemacht?

Zeuge Uwe Menzel: Weil ich die Band damals ziemlich witzig fand.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie fanden die Band witzig, die sich „Ethnische Säuberung“ nennt.

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Welche Meinung haben Sie denn von der Bande des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ und von deren Morden, Sprengstoffanschlägen, Raubüberfällen? Wie haben Sie dazu gestanden? Wie haben Sie das eingeschätzt?

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Uwe Menzel: Wann?

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Hm?

Zeuge Uwe Menzel: Wann? Weil vor 2011 wusste ich davon nix.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Na, seit Sie es gehört haben.

Zeuge Uwe Menzel: Also, ich habe es im ersten Moment nicht für wahr gehalten. Bis heute habe ich bei verschiedenen Aspekten da meine Zweifel, ob das wirklich so stattgefunden haben soll, wie es öffentlich dargestellt wird. Ist mein gutes Recht, das anders zu sehen als Sie.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Mhm.

Zeuge Uwe Menzel: Warten Sie mal ganz kurz.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand.)

Um ganz ehrlich zu sein: Auf Blumenhändler und Dönerverkäufer wäre ich in dem Zusammenhang tatsächlich nie gekommen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut, also Sie haben - -

Zeuge Uwe Menzel: Weil ich auch nicht verstanden hätte, warum man einen Dönerverkäufer und einen Gemüsehändler wegknallen soll. Hätte sich mir jetzt nicht erschlossen als Ziel - jetzt rein hypothetisch.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Was wäre denn Ihr Ziel gewesen, wenn Sie „Hail Murderer!“ und solche Androhungen wie „Wir sind der Strick am Genick - - Was wären denn Ihre Ziele gewesen?

(Abgeordneter Lüttmann [SPD]: Herr Vorsitzender, entschuldigen Sie!)

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ja, ich hätte selbst jetzt auch reagiert. - Frau Nonnemacher, bitte Sachfragen stellen. Der Einwurf ist aus meiner Sicht berechtigt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. - Also, Sie haben die Morde des NSU praktisch - - Sie glauben das bis heute nicht, trotz eines dreijährigen Prozesses, in dem das alles aufgearbeitet worden ist.

Zeuge Uwe Menzel: Es müssten ja jetzt schon fast vier Jahre sein, ne? - Na, was ist denn aufgearbeitet worden? Soweit ich informiert bin aus Medien etc. pp., ist doch an keinem einzigen Tatort irgendeine DNA-Spur von den beiden gefunden worden. An nicht einem. Das ist doch - - Ich finde das schon erstaunlich. Ich finde diesen Umstand tatsächlich wahnsinnig erstaunlich. Insbesondere wenn man sich die Auffindesituation der beiden Namensvetter von mir anguckt, finde ich es wahnsinnig erstaunlich. Die sind zwar auf die grandiose Idee gekommen, mit wirklich allen möglichen Tatwaffen

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

durch Deutschland zu reisen, aber die sind völlig - - Die haben angeblich auch irgendwelche Jogginghosen mit Blutresten, was da angeblich in dem Haus gefunden worden ist - -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut, ich glaube, das war jetzt nicht meine Frage. Ich hatte Sie gefragt, wie Sie die Taten des NSU einschätzen, wie Sie das bewerten, und nicht, ob sie jetzt DNA-Spuren am Tatort vorgefunden haben.

Zeuge Uwe Menzel: Okay. Mord an Dönerverkäufern und Blumenhändlern: Sinnlos. Völlig sinnlos.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sinnlos. Okay. - Andere Frage: Wer betrieb „United Skins Records“ im Jahr 2004, als ein Label mit diesem Namen eine CD „C.O.T.L.“ Ihrer Band „Aryan Brotherhood“ produziert hat?

Zeuge Uwe Menzel: Das weiß ich nicht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie wissen nicht, wer Ihre CD rausgegeben hat?

Zeuge Uwe Menzel: Ich denke mal, das war keine CD. Das war, denke ich mal, eine Single.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut, aber wer hat die herausgegeben? Wer verbarg sich hinter dem Namen „United Skins Records“?

Zeuge Uwe Menzel: Ich denke mal eher, dass dieses „United Skins Records“ ein - nennen wir es mal - kleiner Nachschlag auf Carsten war. Ich weiß nicht, wer im Endeffekt die Single selber wirklich rausgebracht hat. Es lief, glaube ich, über England irgendwie.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber Sie können nicht sagen, wer dieses Label betrieben hat?

Zeuge Uwe Menzel: Nee.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Herr Menzel, Sie haben Ihre - -

Zeuge Uwe Menzel: Jedenfalls nicht, dass ich es jetzt wüsste.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Herr Menzel, Sie haben Ihre Band „Aryan Brotherhood“ nach einer neonazistischen Mörderbande in den USA benannt. Warum haben Sie diesen Namen gewählt?

Zeuge Uwe Menzel: Den habe nicht ich gewählt, den hat Christian W. gewählt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber Sie haben sich als Bandmitglied ja damit einverstanden erklärt. Warum sind Sie als Band auf diesen Namen gekommen?

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Uwe Menzel: Zum damaligen Zeitpunkt - wir reden ja von den 90er-Jahren -: Internet noch nicht weit verbreitet. Das heißt, die einzigen Informationen, die wir über die „AB“ hatten, waren: Knastorganisation, die für die Rechte der Weißen eintritt, Verteidigung gegen Schwarze und Mexikaner. Dass im Endeffekt die „AB“ in Drogenhandel etc. pp. verstrickt ist, das war uns zu dem damaligen Zeitpunkt nicht geläufig. Gab da auch innerhalb der Szene viele Leute, die das nicht so besonders witzig fanden und sich dagegen ausgesprochen und gesagt haben: Ey, wie könnt ihr euch denn nach diesen Vollidioten benennen? - Wir haben aber dann immer dazu gesagt: Den Namen haben die nicht patentiert. Wir interpretieren arische Bruderschaft anders als die.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ihnen war nicht bekannt, dass „Aryan Brotherhood“ für mehrere Morde in amerikanischen Gefängnissen verantwortlich war?

Zeuge Uwe Menzel: Doch, doch. Das wusste ich.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Das wussten Sie. Gut. - Die Terrorgruppe „Combat 18“ wird in der Neonaziszene auch als „Terrormachine“ bezeichnet. War die Brandenburger Gruppe namens „Terrormachine“ eine „Combat 18“-Zelle?

Zeuge Uwe Menzel: Welche Gruppe soll denn in Brandenburg „Terrormachine“ geheißen haben?

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ist mehrfach in entsprechenden Fanzines von Ihnen begrüßt worden. Sie haben mehrfach „Terrormachine“ begrüßt.

Zeuge Uwe Menzel: Ich habe viele verrückte Sachen begrüßt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Da steht „Terrormachine Brandenburg“. Da können Sie sich nicht dran erinnern? Das war rein ohne Anlass?

Zeuge Uwe Menzel: Das wäre ungefähr so, als wenn ich „WAW Brandenburg“ begrüßt hätte.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie können sich nicht dran erinnern, „Terrormachine Brandenburg“ begrüßt zu haben?

Zeuge Uwe Menzel: Kann ich mich jetzt tatsächlich nicht dran erinnern, aber kann schon sein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Dann noch mal die Frage: War das eine „Combat 18“-Zelle?

Zeuge Uwe Menzel: Also, wie soll ich Ihnen das jetzt erklären? - Sie wissen, was WAW ist.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Mhm.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Uwe Menzel: Was? - „Weißer Arischer Widerstand“.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie stellen mir hier nicht die Fragen.

Zeuge Uwe Menzel: Ja, Entschuldigung. - Wenn ich zum Beispiel den „WAW Brandenburg“ begrüßt hätte, wäre das keine feste Gruppierung gewesen, sondern wir alle - Sie nicht - sind Teil des „Weißen Arischen Widerstands“, und so ist auch dieser „Terrormachine“-Spruch gemeint. Sie müssen überlegen, das ist aus einer Zeit szenointerner - Sie mögen es nicht witzig finden, wir schon - kleiner Frotzeleien, kleiner lustiger - - Es gab keine feste Gruppierung, die sich „Terrormachine“ nannte.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Mhm. Gut. - Was wissen Sie über die politischen Aktivitäten der Neonazis André und Maik Eminger?

Zeuge Uwe Menzel: Die haben, soweit ich mich entsinnen kann, damals dieses - - Weiß ich nicht. Wie hieß das Heft? WB- - ihre Weiße Erzgebirge - - Weiß jetzt nicht, wie - - Darum frage ich jetzt einfach nur. Sie werden es ja bestimmt gleich wieder irgendwo stehen haben. Die haben ein Heft damals herausgebracht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): „The Aryan Law & Order“?

Zeuge Uwe Menzel: Genau, genau. - Und da hat mich einer - ich weiß aber nicht, wer von beiden - damals angesprochen gehabt wegen einem Interview.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also, einer von den beiden Brüdern hat Sie angesprochen und um ein Interview gebeten. Wer war bei dem Interview Ihr Gesprächspartner?

Zeuge Uwe Menzel: Wie gesagt: Interviews liefen nicht in einem persönlichen Gespräch. Dieses Privileg haben lediglich Politiker. Bei uns lief das tatsächlich über Briefverkehr. Das heißt: Jemand schickt Fragen zu; man beantwortet diese Fragen. Es ist kein Gespräch in dem Sinne. Es ist wie ein Fragenkatalog.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also auch dieses Interview wurde nicht persönlich geführt, sondern Sie haben Fragen zugeschickt bekommen und diese beantwortet.

Zeuge Uwe Menzel: Genau.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie haben in diesem Interview, an das Sie sich ja eben auch erinnert haben, in der Ausgabe 1 von diesem „The Aryan Law & Order“ betont, dass Skinheadgangs keine „kopfloze [...] Gewalt“ begehen sollten, „sondern durch gezielte Schläger [sic!] unsere Feinde in Schrecken versetzt“¹ werden sollten. Entsprachen die gezielten Schläge des NSU, mit welchen die Terrorzelle Ausländer in Angst und Schrecken versetzt hat, Ihren Vorstellungen? War das etwa das, was Sie sich vorgestellt haben?

¹ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: Ordner B 43, Gutachten und Anlagen.pdf, Seite 55.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Uwe Menzel: Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): An wen hatten Sie denn gedacht? Welche gezielten Schläge gegen welche Feinde hatten Sie denn - -

Zeuge Uwe Menzel: Das wollte ich den Leuten überlassen, die sich das durchlesen. Es war natürlich - ich will mich auch gar nicht verteidigen - auch ein bisschen, nennen wir es mal, jugendliches Auf-die-Kacke-Hauen, mal so richtig einen loslassen, um sich auch mal einen Namen in der Szene zu machen, also ein bisschen Verbalradikalismus rauszuhauen.

Allerdings muss ich dazusagen: Das stimmt schon, es war damals eine Zeit, wo viele Sachen passiert sind, die halt wirklich Blödsinn - - Mein Credo war immer gewesen: Warum geht denn jemand ins Gefängnis wegen einer sinnlosen Schlägerei, wegen irgendwas völlig Dummem, wenn er das vielleicht sinnvoller machen könnte? Ich rede da nicht von Leute-Umbringen, vielleicht von Aktionen, die mehr - wie soll ich sagen? - Eindruck machen, sage ich jetzt mal. Und bevor Sie jetzt wieder auf die NSU-Morde kommen: Nein, das Töten von Blumenhändlern und Dönerbesitzern wäre mir da wirklich nicht eingefallen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie haben in Interviews mehrfach eine sogenannte „Achse der Gewalt“ begrüßt. Wen meinten Sie damit konkret, und welche Aktivitäten gingen von dieser Gruppierung aus?

Zeuge Uwe Menzel: Das war keine Gruppierung. Das war ein von mir verwendeter Überbegriff für einen Freundeskreis, der sich über das Land Brandenburg erstreckte.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wer gehörte zu diesem Freundeskreis?

Zeuge Uwe Menzel: Das waren Leute aus dem Bereich Rathenow.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wer da konkret bitte? Namen.

Zeuge Uwe Menzel: „Hauptvolk“, dann Potsdamer halt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also die Kameradschaft „Hauptvolk“ gehörte definitiv dazu.

Zeuge Uwe Menzel: Die gehörte nicht dazu, ich habe das so bezeichnet. Es gab keine „Achse der Gewalt“ als Gruppierung. Ich habe es stilistisch - künstlerisch, wenn Sie es so sagen wollen - als einen Überbegriff benutzt, um es mal in einem Liedtext zu verwenden.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. Aber in Ihrer stilistischen „Achse der Gewalt“ gehörte die Kameradschaft „Hauptvolk“ dazu.

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Minute bitte.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Welche weiteren Kameradschaften oder Gruppierungen aus welchen Orten haben Sie da auch drunter gefasst?

Zeuge Uwe Menzel: „United Skins“ aus Königs Wusterhausen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wen noch?

Zeuge Uwe Menzel: Potsdam.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Potsdam? Die „Blood & Honour“-Szene in Potsdam?

Zeuge Uwe Menzel: Nee. Wir hatten damals mal so einen Begriff, der nannte sich „Proissenskins Potsdam“ - PSP.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Die fassten Sie dadrunter. - Noch weitere?

Zeuge Uwe Menzel: War aber keine wirklich feste Struktur.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Weitere Gruppierungen, an die Sie gedacht haben?

Zeuge Uwe Menzel: Nee.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also nur Rathenow, KW und Potsdam. Sonst nichts? Sonst keine Orte, keine Gruppierung?

Zeuge Uwe Menzel: Nee.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Okay. - Dann übergebe ich erst mal.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann sind wir am Ende der ersten Fragerunde. Ich frage Herrn Menzel und seinen Vertreter: Wollen wir eine Pause machen?

RA [REDACTED]: Er würde gerne zehn Minuten Pause haben, wenn es geht, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ja, ich habe auch an zehn Minuten gedacht. Mehr sollten wir nicht nehmen. Wir haben ja heute nach Herrn Menzel noch zwei Zeugen. Zehn Minuten Pause, wir machen um 11 Uhr weiter.

(Unterbrechung von 10.50 bis 11.05 Uhr)

Wir können unsere Befragung fortsetzen. Ich will zu Beginn noch einmal auf unseren Beweisbeschluss hinweisen und an die Fragestellerinnen und Fragesteller appellieren,

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

nur solche Fragen zu stellen, die auch im Zusammenhang mit diesem Beweisbeschluss stehen und nicht mit politischen Wertungen oder Ähnlichem. Ich bitte, darauf zu achten.

Wir beginnen mit Runde zwei. Frau Gossmann-Reetz fragt für die SPD.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Herr Menzel, wir hatten vorhin schon mal über „Movement Records“ und Jan Werner gesprochen. Sie sagten, es war so ein Einmannbetrieb, und dann sagten Sie aber wiederum, auch Michael P. hätte da mitgearbeitet. Habe ich Sie da - -

Zeuge Uwe Menzel: Nee, nicht mitgearbeitet. Der hat irgendwie - - Also, die hatten das ursprünglich, glaube ich, mal zusammen - - relativ am Anfang, also wo diese Mini-CD rauskam, wo ich ... (akustisch unverständlich) war, und dann hat sich das, soweit ich mich entsinnen kann, getrennt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. Was für Geschäftspartner im Zusammenhang mit diesem Label hatte denn Jan Werner noch?

Zeuge Uwe Menzel: Da müssen Sie Herrn Werner fragen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Nee, ich frage aber Sie, was Sie noch an Erinnerungen haben.

Zeuge Uwe Menzel: Geschäftspartner?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mhm. Sie hatten ja mit „Movement Records“ zu tun.

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Welche Personen hatten da in diesem Zusammenhang auch bei „Movement Records“ mitgearbeitet? Ich denke mal nicht, dass es da feste Verträge gab, aber schon Zusammenarbeit. Welche Personen sind Ihnen da noch erinnerlich?

Zeuge Uwe Menzel: Weiß ich jetzt nicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also Michael P. fiel Ihnen ja ein.

Zeuge Uwe Menzel: Michael P. war, wie gesagt, am Anfang, weil es da irgendwie so eine Kooperation gab. Das hat sich aber meines Wissens nach am Anfang getrennt gehabt. Ich glaube, seins hieß danach meines Wissens nach „Foier Frei Records“, also von Michael P.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aha.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Uwe Menzel: Und Jan Werner hat, soweit ich weiß, sein Label allein weitergeführt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ganz alleine. - Was hatte Herr Henning K. mit dem Label zu tun?

Zeuge Uwe Menzel: Soweit ich mich entsinnen kann, war die Idee zu dem Namen „Movement Records“ ursprünglich mal von Henning K. Der hatte irgendwann mal - weiß ich nicht, so wurde es mir jedenfalls mal erzählt -, 91/92, die Idee gehabt, selber ein Label zu machen. Es ist aber nie dazu gekommen, und er hatte damals diesen Namen als Idee im Raum stehen gehabt. Und wenn ich mich jetzt - wie gesagt, es ist wirklich lange her; ich weiß es nicht, ich kann mich da nur dunkel dran erinnern - - Soweit ich weiß, wurde mir mal gesagt, dass Jan Werner Henning K. gefragt hat, ob er den Namen benutzen kann, und der hat gesagt: Ja, ist kein Problem.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Haben die beiden zusammengearbeitet?

Zeuge Uwe Menzel: Nicht, dass ich wüsste.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was für ein Verhältnis hatten die zueinander?

Zeuge Uwe Menzel: Ich denke mal, die waren befreundet.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Befreundet. Aber bei diesem CD-Betrieb hatte Henning K. keine weitere Rolle.

Zeuge Uwe Menzel: Für „Movement“ - nee. Also nicht, dass sich das mir in irgendeiner Form erschlossen hätte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Wann und wie haben Sie noch mal Jan Werner kennengelernt?

Zeuge Uwe Menzel: Ich sage ja, das muss - - Ich weiß nicht, ob das schon 92 - - Ich glaube, es war eher 93, vielleicht 94; das kann ich jetzt nicht so hundertprozentig sagen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Welche Gelegenheit haben Sie da noch in Erinnerung?

Zeuge Uwe Menzel: Ich gehe mal fest davon aus, dass es irgendein Konzert war.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber eine direkte Erinnerung an so eine Begegnung haben Sie nicht. - Wie würden Sie denn Herrn Jan Werner damals beschreiben?

Zeuge Uwe Menzel: Lustiger Zeitgenosse.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Lustig.

Zeuge Uwe Menzel: Mhm.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was macht das aus?

Zeuge Uwe Menzel: Weiß nicht. Es gibt ja Leute, die sind unsympathisch, und Leute, die sind sympathisch. Er war mir ein relativ sympathischer Mensch.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und wie gestaltete sich dann Ihr Kontakt zu ihm weiterhin?

Zeuge Uwe Menzel: Ich vermute mal ganz stark, dass man sich dann immer und immer mal wieder irgendwo getroffen hat. Und man hat sich ja immer gefreut, wenn man dann Leute wiedergesehen hat. Wir waren noch relativ jung alle, und dann hat sich dieser Kontakt halt irgendwann peu à peu verfestigt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Verfestigt heißt was?

Zeuge Uwe Menzel: Man hat Nummern ausgetauscht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und dann kam es zu einer Art freundschaftlichem Kontakt.

Zeuge Uwe Menzel: Dann kam es im Lauf der Jahre zu einem freundschaftlichen Kontakt, so spätestens ab 96.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ab da, würden Sie sagen, bestand eine Freundschaft.

Zeuge Uwe Menzel: Ab da bestand dann wirklich eine regelmäßige Freundschaft: SMS schreiben, telefonieren.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und in dem Fall hatten Sie da eine persönlichere Beziehung.

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie würden Sie denn die Beziehung von Jan Werner und S. F. damals, so August/September 98, beschreiben?

Zeuge Uwe Menzel: Hm, jetzt muss ich überlegen. - Na, da war die eigentlich gut, denke ich mal. Die waren in einer Beziehung.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Die waren in einer Beziehung. Die wollten auch zusammenziehen?

Zeuge Uwe Menzel: Sind sie ja auch, soweit ich weiß.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber so richtig rund lief es ja damals nicht - oder?

Zeuge Uwe Menzel: Das ist 20 Jahre her. Ja, so wie es halt bei allen jungen Leuten mal Höhen und Tiefen gibt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Woran lag es denn damals bei denen?

Zeuge Uwe Menzel: 98? Keine Ahnung.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie haben sich damals aber mit den beiden schon über ihre Beziehung unterhalten, oder?

Zeuge Uwe Menzel: Kann durchaus möglich sein, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, wir haben da so einige Nachrichten von Ihnen noch mal lesen dürfen. Das klingt nach einem relativ engen Vertrauensverhältnis zwischen Ihnen und Herrn Werner. In dem Zusammenhang gibt es eine SMS von Ihnen von 1998. Darin heißt es:

„S. F. IST BEI MIR UND DIRK H. ERFÜLLT DIR DEINEN WUNSCH! ER NIMMT SIE RANN [sic!], SO WIE DU ES WOLLTEST!“²

(Der Zeuge lacht.)

Können Sie uns die mal erklären?

Zeuge Uwe Menzel: Nö.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Na, Sie haben ja gerade gelacht. Das heißt ja, da sind einige Erinnerungen hochgekommen.

Zeuge Uwe Menzel: Nee, da sind keine Erinnerungen hochgekommen, aber das war - - Ich weiß nicht, wie ich Ihnen das erklären soll. Ich meine, keine Ahnung, ob Sie auf einer Schwesternschule waren, aber es gibt halt Leute, die haben einen anderen - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja, war ich.

Zeuge Uwe Menzel: Oh! Wunderschön.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mhm, war's.

Zeuge Uwe Menzel: Es gibt Leute, die haben einen anderen Humor. Also, wenn Sie jetzt wirklich davon ausgehen, dass der sie an dieser Stelle mit Beischlaf beglückt hat, ist dem ist leider nicht so; muss ich Sie leider enttäuschen. Das war ein interner Scherz.

² Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: Ordner B 41 (Überm. 05.01.2017), 5_ZF 2_TLKA Bd. 18.pdf, Seite 228.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut, und wie ist dieser Scherz gemeint? Wenn wir jetzt nicht vom Beischlaf reden, was ist denn dann gemeint?

Zeuge Uwe Menzel: Na ja, natürlich wird von Beischlaf geredet, aber er wurde nicht vollzogen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie ist denn dann diese SMS gemeint?

Zeuge Uwe Menzel: Mein Gott, muss ich Ihnen Witze erklären?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja.

Zeuge Uwe Menzel: Okay. - Gott, wie mache ich das jetzt am besten? - Ihr Mann schreibt mich an und sagt: Ey, wo is'n meine Alte? - Und ich schreib zurück: Hier, die ist hier und wird so richtig schön rangeknallt. - Er lacht. Ich lache. Alles gut.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das sind Ihre Witze? Mhm. - Bei diesem H[REDACTED], handelt es sich da um Dirk H[REDACTED]?

Zeuge Uwe Menzel: Ich gehe mal fest davon aus, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Kennen Sie E. K. aus Schweden?

(Der Zeuge überlegt.)

Zeuge Uwe Menzel: Haben Sie ein Foto?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Nö.

Zeuge Uwe Menzel: Dann weiß ich es jetzt nicht genau.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Bekannte von Jan Werner.

Zeuge Uwe Menzel: Ich weiß nicht, wie die hieß, aber ich denke mal, ich weiß, wen Sie meinen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Hatte Jan Werner mit der eine Affäre?

Zeuge Uwe Menzel: Meiner Meinung nach S. F.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mhm. - Dann würde ich mal einen zeitlichen - -

Zeuge Uwe Menzel: Oder? Warten Sie mal kurz. - Vor ihr, vor S. F., also 96/97.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Lassen wir so. Gut, danke erst mal. - Dann springen wir mal: Es ist aktenkundig, dass Sie am 5. September 1998 bei einem

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Konzert in Hirschfeld waren und dort verhaftet wurden. Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Uwe Menzel: Dunkel.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was kommt denn da noch an dunkler Erinnerung?

Zeuge Uwe Menzel: Wollen Sie jetzt den kompletten Tagesablauf? - Entschuldigung, darf ja nicht gegenfragen, aber das ist ja jetzt irgendwie - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Na ja, Sie müssen es ja schon verstehen können, und da bin ich Ihnen dann gerne behilflich. Es geht darum, dass Sie bei diesem Konzert waren, und ich frage Sie jetzt noch mal: Welche Erinnerung haben Sie denn? Wenn Sie sagen: „dunkel“, dann klingt das, als wenn bis jetzt erst mal nur so kleine Erinnerungsfetzen aufblitzen, und die schildern Sie mir doch bitte.

Zeuge Uwe Menzel: Okay. - Ich muss ganz ehrlich sagen: Ich weiß nicht, wie wir da hingekommen sind, also ich weiß nicht, wie wir da hingefahren sind. Ich weiß, dass Henning mit bei war, aber ich weiß nicht, mit wem wir da hingefahren sind.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie sind Sie denn normalerweise zu solchen Konzerten gekommen?

Zeuge Uwe Menzel: Hat mich jemand mitgenommen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay, Fahrgemeinschaften.

Zeuge Uwe Menzel: Konzert selber verlief relativ normal. Musik war gut, Anlage auch, viel getrunken. Und im Laufe des Abends kam dann die Polizei rein, hat sich danebenbenommen - würde ich es jetzt mal vorsichtig formulieren. Also, ich kann mich noch dunkel erinnern, ein blutendes Mädel gesehen zu haben, das von draußen reingesprintet gekommen ist, weil sie einen Knüppel ins Gesicht gekriegt hat.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Die ist reingerannt.

Zeuge Uwe Menzel: Ja. - Und ich kann mich in dem Fall tatsächlich sogar noch an die Räumlichkeit so halbwegs erinnern. Soll ich es erläutern?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja, bitte.

Zeuge Uwe Menzel: Das war wie so ein Landgasthof. Man ist von der Hauptstraße links abgebogen, vielleicht 20 Meter, war auf der rechten Seite ein kleiner Parkplatz, dahinter stand dieser Landgasthof. Man ist unten durch den Haupteingang reingegangen, eine breite Treppe hoch; links ging es zu den Toiletten, rechts ging es in den Saal. War so eine Schwenktür, so eine große, so ähnlich wie hier in dem Saal. Wenn man durch die Schwenktür reingekommen ist, war rechts die Bühne, links war die Bar, und geradezu war eine Fensterfront, also ähnlich wie hier auch. Und ich stand

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

mehr oder weniger mitten im Raum, so ein Stück hinter dem Pogokreis. Und es hat gerumpelt, gescheppert, die Schwenktür flog auf. Wie gesagt, ein Mädel kam reingerannt, blutüberströmt. Gebrülle, Geschreie, hintendran Polizeibeamte in Uniform; soweit ich mich entsinnen kann, BGS-Beamte, also die normalen grünen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wo standen Sie?

Zeuge Uwe Menzel: Hinter dem Pogokreis.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Herr Henning K. sagte, Sie standen zusammen am Tresen.

Zeuge Uwe Menzel: Weiß ich nicht mehr. Also, meiner Meinung nach stand ich - - Ich stand auf jeden Fall hinter dem Pogokreis irgendwo. - Und es hat gescheppert und geknallt, und ich weiß noch, dass ich mir irgendwie dachte: Du musst dir deine Jacke zurückbesorgen. Die hatte ich meiner Meinung nach vorne irgendwo auf die Bühne gelegt gehabt. Dann stand sozusagen der komplette Raum mit dem Rücken zur Fensterseite. Vor uns durch die Schwenktür links und rechts Polizisten rein; ein paar sind mit auf die Bühne rauf, haben die Musiker da weggeschubst, ein paar waren bis zur Bar. Und - - Tja. Na ja, lief den Tag nicht so optimal für die Polizei.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Für Sie ja auch nicht, ne?

Zeuge Uwe Menzel: Mir war das egal.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Na ja - -

Zeuge Uwe Menzel: Na, das Pech war halt gewesen: Die haben da keine Plastebecher gehabt, die hatten da wirklich klassisch, wie man es aus einer Bierkneipe kennt, sone - - ähnlich wie diese Humpen in München, nur halt halbe Liter, also relativ dickes Glas. Und irgendjemand machte das Licht aus in diesem Raum, und somit standen die Polizisten mit dem Rücken zum Licht, was von draußen aus dem Flur kam, und dann habe ich im Endeffekt einfach nur noch den Kopf eingezogen, weil von allen Seiten die Pullen und die Flaschen geflogen gekommen sind.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Na ja, gereicht hat es ja trotzdem, Sie an dem Abend in Gewahrsam zu nehmen, richtig?

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Genau. - Herr Henning K. erinnert sich noch sehr gut an die Nacht dann in der Sammelzelle.

Zeuge Uwe Menzel: Na ja, man muss ja auch immer dazusagen, wie wir in die Sammelzelle gekommen sind. Das hat sich mir nämlich nicht mehr so ganz erschlossen. Ich weiß, wir sind dann - - die Leute sind dann auf die Polizei los, die haben sich dann noch rumgeprügelt, sind dann raus auf die Straße, und wir sind dann irgendwann hinterher. Und ich kann mich noch dunkel erinnern: Wir standen draußen

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

auf dem Parkplatz und guckten dann zu, wie die sich da - - Die warfen Steine, die wollten dann immer stürmen. Und das war mir dann irgendwann zu blöd. Henning müsste dabei gewesen sein; wir sind dann wieder hochgegangen, und dann hab ich mir 'ne Flasche Schnaps hinten aus dem Tresen geholt, und dann haben wir uns erst mal richtig schön einen auf die Lampe gegossen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, Sie sind dann nachher verhaftet worden und in eine Sammelzelle gekommen.

Zeuge Uwe Menzel: Genau. Nachher kam dann die eigentlich dafür geplante Polizei. Das waren dann die richtigen Turtles, und die haben uns dann eingesammelt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Die haben Sie eingesammelt und inhaftiert.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Minute bitte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie sind dann in eine Sammelzelle nach Cottbus gekommen. Wie sind Sie denn dann aus Cottbus wieder weggekommen?

Zeuge Uwe Menzel: Wenn ich mich recht entsinne, müssten wir Christian W. angerufen haben.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Oder vielleicht eine Manuela?

Zeuge Uwe Menzel: Na, das war ja seine Freundin.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wer von den beiden hat Sie denn abgeholt?

Zeuge Uwe Menzel: Meines Wissens nach beide.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Manuela war die Freundin von wem, sagten Sie gerade?

Zeuge Uwe Menzel: Christian W.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Von Christian W., okay. - Haben Sie mit anderen Brandenburger Rechtsextremisten mal über diesen Gefängnisaufenthalt gesprochen?

Zeuge Uwe Menzel: Bestimmt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Vielleicht auch mit Carsten Szczepanski?

Zeuge Uwe Menzel: Halte ich für eher unwahrscheinlich.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Warum?

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Uwe Menzel: Weil zu dem Zeitpunkt hat er noch in Haft gesessen. Ob ich später irgendwann mal mit ihm darüber gesprochen habe ... (akustisch unverständlich).

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Er war doch schon Freigänger zu der Zeit.

Zeuge Uwe Menzel: Ja, aber er musste ja immer noch regelmäßig rein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber bei Konzerten war er auch schon regelmäßig.

Zeuge Uwe Menzel: Na ja, so aus der Nachsicht von heute nicht so richtig. Weil auf dem Konzert, was ich vorhin beschrieben habe, wo ich ihn ja dann richtig kennengelernt habe - war ja 97 -, da war ja auch ungefähr - - Zwei Stunden nachdem er weg war, standen zwei Hundertschaften vor der Tür. Aus heutiger Sicht logisch; damals haben wir noch keinen Zusammenhang hergestellt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber wissen Sie, Herr Menzel, Herr Szczepanski konnte zu der damaligen Zeit sehr genau von diesem Konzert berichten, also sowohl, wer inhaftiert worden ist, als auch Einzelheiten, dass Thomas Starke Polizeifunk abgehört haben soll. Woher wusste er denn das?

Zeuge Uwe Menzel: Na, nicht von mir; jedenfalls nicht, dass ich mich entsinne, mal mit ihm darüber gesprochen zu haben.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Entschuldigung, ich wollte bloß sagen: Dann kommt die letzte Frage.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. - Haben Sie mit Herrn Szczepanski jemals über dieses Konzert in Hirschfeld gesprochen und über diese Polizeiaktion? Versuchen Sie noch mal, in Ihrem Hirn zu kramen, bitte.

Zeuge Uwe Menzel: Dass ich mit ihm mal darüber gesprochen habe, kann sein, aber ich kann es mir eigentlich nicht vorstellen, dass es 98 war. Also maximal dann, wo er wirklich richtig fest aus der Haft war, weil ich kann mich jetzt selber nicht erinnern, dass wir großartig miteinander Kontakt hatten, wo er noch Freigänger war. Ich weiß es aber wirklich nicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, Herr Szczepanski konnte da schon sehr genau auch an diesem Tag sagen, was Herr Werner vorhat und dass Herr Werner Kontakt zu einem untergetauchten Trio hat. Woher wusste er denn das?

Zeuge Uwe Menzel: Keine Ahnung. Nicht von mir.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Danke erst mal.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Das Fragerecht wechselt zur Fraktion der CDU. - Kein Fragebedarf. - Dann kommen wir zur Fraktion der Linken. Frau Vandre, bitte.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Vandré (DIE LINKE): Herr Menzel, vor dem Oberlandesgericht in München hat Herr Hendrik L. eine Aussage getätigt, die ich Ihnen gern vorhalten würde und zu der ich Sie bitten möchte, sich zu verhalten. In seiner Zeugenvernehmung führte Herr Hendrik L. aus:

„Das war kein Untertauchen und Wiederauftauchen. Es gab einen stetigen Kontakt. Immer mal in Chemnitz hat man sich gesehen.“³

Zum NSU-Trio. - Können Sie was dazu sagen?

Zeuge Uwe Menzel: Nee.

Abgeordnete Vandré (DIE LINKE): Und wenn ich Ihnen vorhalte, dass in der „C85“, die wir ja in der vorangegangenen Runde auseinanderklamüsert haben, dass Sie sich dort auch aufgehalten haben - - dass dort T. R. das Trio 98 untergebracht hat?

Zeuge Uwe Menzel: Das ist mir bewusst, weil ich ja auch immer schön bei Ihren Seiten mitlese, aber ich habe die Leute nicht getroffen.

Abgeordnete Vandré (DIE LINKE): Wussten Sie denn davon?

Zeuge Uwe Menzel: Nee.

Abgeordnete Vandré (DIE LINKE): Sie wussten nicht davon.

Zeuge Uwe Menzel: Nein.

Abgeordnete Vandré (DIE LINKE): Trotz dessen, dass Sie zu Jan Werner ein enges freundschaftliches Verhältnis hatten.

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Abgeordnete Vandré (DIE LINKE): Das können Sie so bestätigen und wollen Sie so stehen lassen?

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Abgeordnete Vandré (DIE LINKE): Können Sie mir was dazu erzählen, wie die Situation 1998 in „Blood & Honour“ nach dem 3. Oktober 1998 war?

Zeuge Uwe Menzel: Ich kann jetzt nur raten, welche Situation Sie genau meinen. Es wäre nett, wenn Sie mir die - - Ich kann es halt zeitlich schwer einordnen, weil es ist jetzt wirklich lange her.

³ Anmerkung Stenografischer Dienst: Das Zitat konnte nicht verifiziert werden.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Am 3. Oktober 1998 fand ein Deutschland-Treffen von „Blood & Honour“, von der Division, statt, und im Rahmen dessen wurde laut unserer Information Jan Werner -

Zeuge Uwe Menzel: Jetzt weiß ich, was Sie meinen.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): - unter anderem ausgeschlossen, ist gegangen worden, ist gegangen aufgrund eines Konfliktes mit Stefan Lange.

Zeuge Uwe Menzel: Ich auch.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Sie auch?

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Sie waren also auch selber dabei am 3. Oktober.

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Können Sie uns was dazu sagen, wie dieses Treffen ablief und wie schnell die Eskalation da war?

Zeuge Uwe Menzel: Na, die Eskalation hat sich eigentlich mehr oder weniger schon Monate bzw. Wochen vorher angebahnt. Zwischen Jan Werner und „Pinocchio“, also Stefan Dingsbums, gab es Querelen. Weiß ich jetzt nicht mehr so hundertprozentig, um was es da genau ging. Auf jeden Fall gab es da diverse Streitpunkte persönlicher Natur und halt auch so - - Dazu muss ich jetzt vielleicht ausholen: „Pinocchio“ war jemand, der unheimlich auf Fame stand. Das heißt, er war „Deutschland-Chef“, er war der „Chef“ von Berlin. Das heißt, die Berliner mussten die größten Konzerte machen, die Berliner mussten die besten Bands haben, die Berliner mussten die Geilsten sein. Und Jan Werner war halt vorher schon viel professioneller, hatte viel mehr Ahnung von der Materie Konzertorganisation als Stefan Lange komplett in der ganzen Zeit, die er da auf Ian Stuart light gemacht hat. Und da gab es wahrscheinlich auch eine ordentliche Portion Neid aufseiten von „Pinocchio“, und das eskalierte dann irgendwann so, dass das wirklich - - Also, Jan Werner hat mir - - Wie gesagt, ich muss das immer unter Vorbehalt sagen; ich kann mich jetzt nicht mehr wirklich - - Es ist 20 Jahre her. Aber so in meiner Erinnerung hat er vorher schon gesagt, dass, wenn das so weitergeht, die da definitiv den Hut nehmen und sagen werden: Nee, mach deinen Scheiß alleine.

Es gab, soweit ich mich entsinnen kann, ein kurzes Treffen, eine Woche oder so vor diesem Deutschland-Treffen, da kam „Pinocchio“ mit zweien seiner - aus heutiger Sicht könnte man sagen - Bodyguards nach Potsdam und wollte dann mit uns noch mal über das bevorstehende Treffen sprechen und wollte halt wissen, wie wir zu der Sache stehen. Da habe ich ihm damals schon signalisiert - und soweit ich mich entsinnen kann, auch Christian W. -, dass, wenn das wirklich so eskaliert und wenn die Sachsen rausfliegen, wir dann auch draußen sind, er dann seinen Scheiß alleine machen kann.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Wie haben das die Sachsen gesehen?

Zeuge Uwe Menzel: Die Sachsen haben ja von vornherein gesagt: Wenn da nicht wieder Ruhe reinkommt, dann mach deinen Dreck alleine. - Soweit ich mich entsinnen kann, war es ja oft genug so gewesen, dass die Sachsen unter anderem für die Berliner auch Räume und Bands besorgen mussten, weil sie es selber nicht auf die Reihe gekriegt haben.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Ich meinte vor allem das Verhältnis zu Ihnen. Also: Was haben die Sachsen erwartet, was passiert, wenn sie die Division verlassen, wie sich die Brandenburger verhalten werden?

Zeuge Uwe Menzel: Ich glaube, das war denen egal. Ich nehme mal ganz stark an, dass sie schon in irgendeiner Form erwartet haben, dass wir loyal zu ihnen sind. Aber im Endeffekt war es ja so, dass - ich kann es jetzt nicht mehr wirklich genau sagen - - Ich glaube, die Hälfte ist ausgetreten, die Hälfte ist dringeblichen. Meine Wenigkeit hat gesagt: Hier, macht euren Scheiß alleine. - Allerdings hat das nichts an den freundschaftlichen Verhältnissen untereinander in irgendeiner Form geändert.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Laut unseren Informationen haben sich die sächsischen „Blood & Honour“- -

Zeuge Uwe Menzel: Die haben sich, glaube ich, auch getrennt. Die haben sich auch geteilt. Da ist auch irgendwie - - Ein Großteil ist ausgetreten, hat gesagt: Wir machen es nicht mehr, das ist uns egal. - Ich bin mir nicht sicher, aber ich glaube, da ist auch eine Handvoll Leute, die dann dabei geblieben sind.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Nach unseren Informationen waren sie sich der Unterstützung durch die Potsdamer sehr wohl gewiss, weil sie im Juli 98 schon festgestellt haben - -

Zeuge Uwe Menzel: Jan Werner wird definitiv damit gerechnet haben, dass wir sagen: Schluss, aus! - Davon gehe ich aus.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Genau, und Sie sich auch explizit ausgesprochen haben für die Verbindung insbesondere mit Ihnen in persona und mit Henning K. und dass im Juli bereits - -

Zeuge Uwe Menzel: Aber nicht mit Henning K. Der war nie dabei.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Der war nie dabei?

Zeuge Uwe Menzel: Nee.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): War der Mitglied?

Zeuge Uwe Menzel: Nee.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Nein? Aber er war doch sehr eng im Umfeld.

Zeuge Uwe Menzel: Wir waren befreundet. Aber nur weil man befreundet ist - - Sie haben doch mit Sicherheit auch Freunde, die nicht bei den Linken sind, -

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Können Sie mir beantworten, warum - - oder wie die Politik -

Zeuge Uwe Menzel: - also der Partei DIE LINKE.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): - von „Blood & Honour“ bezüglich des Beiseins von Nichtmitgliedern bei B&H-Treffen war?

Zeuge Uwe Menzel: Normalerweise relativ stringent. Also, nach außen hin wurde immer gesagt: Auf sonen Treffen haben keine Außenstehenden was zu suchen. - Unterm Strich: Wenn da Leute waren, die sich schon, weiß ich nicht, acht Jahre, zehn Jahre kannten - waren ja damals auch noch richtig alte Zöpfe mit bei, die sich teilweise noch aus den 80er-Jahren kannten -, wenn da mal einer mitgekommen ist, ein alter Haudegen, dann hat da unterm Strich auch keiner was gesagt.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Gut. Also war es okay, dass Carsten Szczepanski oder Henning K. bei solchen Veranstaltungen mit dabei waren, bei Treffen.

Zeuge Uwe Menzel: Es wäre auf jeden Fall in dem Sinne kein Problem gewesen, weil Henning war vielen Leuten bekannt. Und ich denke mal, Carsten Szczepanski - - Ich habe ja vorhin schon gesagt: Der hatte in der Szene natürlich einen gewissen Ruf. Aber ich muss ganz ehrlich sagen: Dass Szczepanski auf einem Deutschland-Treffen gewesen sein soll - -

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Ich meinte, allgemein auf Treffen. Das war ja die Frage.

Zeuge Uwe Menzel: Kann ich jetzt nichts sagen. Weiß ich nicht.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Eine Frage noch: Ihr persönliches Verhältnis zu Thomas Starke?

Zeuge Uwe Menzel: Ich habe damals mal gedacht, wir sind befreundet.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Sie waren ja auch gemeinsam in den USA, richtig?

Zeuge Uwe Menzel: Genau.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): 97 war das ungefähr?

Zeuge Uwe Menzel: Ja, April. Das weiß ich sogar noch.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Im April 97?

Zeuge Uwe Menzel: Mhm.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Können Sie sich noch daran erinnern, was Sie in den USA gemacht haben?

Zeuge Uwe Menzel: Wir wollten auf ein Konzert.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Von?

Zeuge Uwe Menzel: „Bound for Glory“, „Blue Eyed Devils“.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Und mit den „Blue Eyed Devils“ haben Sie sich dann auch getroffen.

Zeuge Uwe Menzel: Wir haben bei denen geschlafen.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Die sind ja dann später auch regelmäßig nach Deutschland gekommen.

Zeuge Uwe Menzel: Ja. - Nee, die waren ja vorher schon hier.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Und dann haben Sie sie eingeladen, und Sie sind dann mit - -

Zeuge Uwe Menzel: Die waren, wenn ich mich jetzt - wie gesagt, nicht auf Daten festnageln - - Soweit ich mich entsinnen kann, waren die „Devils“ Januar oder Februar - ich glaube aber eher, Februar - 97 hier, haben in Berlin gespielt. Da sind wir mit aufgetreten. Und dann, eine Woche später, in Göteborg und irgendeinem Kacknest zwischen Göteborg und Stockholm noch mal ein Konzert. Da sind wir mitgefahren.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Können Sie sich erinnern, wer alles bei der Reise dabei gewesen ist außer Herrn Starke?

Zeuge Uwe Menzel: In die USA?

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Uwe Menzel: Ich vermute mal, diese Schwedin, von der vorhin die Rede war.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): E. K.?

Zeuge Uwe Menzel: Wie gesagt, ich weiß nicht, ob die so hieß; aber auf jeden Fall so eine große, dünne Blonde. Wer war da noch mit bei?

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Dirk H.?

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Herr Hendrik L.?

Zeuge Uwe Menzel: Hendrik L. war mit bei, genau. Werner war mit bei.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Also quasi die „Blood & Honour“-Kader aus Potsdam und Chemnitz. Freundeskreis.

Zeuge Uwe Menzel: Freundeskreis, ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Und als Freundeskreis haben Sie sich dann auch nicht nur mit den „Blue Eyed Devils“ getroffen, sondern unseren Informationen nach haben Sie ja auch gemeinsam eine Fotoaktion, Fotosession gemacht. Können Sie sich daran noch erinnern?

Zeuge Uwe Menzel: Natürlich.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Können Sie dazu ein paar Ausführungen machen?

Zeuge Uwe Menzel: Na ja, waren halt so - weiß nicht - - Sie würden wahrscheinlich Friedenstauben hochhalten, wir haben Knarren hochgehalten. Ist ja nicht verboten in den USA.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): So, dann halten wir also fest: Sie haben ein enges Verhältnis zu Jan Werner gehabt, kannten Thomas Starke seit mehreren Jahren, waren regelmäßig in Sachsen, Chemnitz, auf Konzerten, sind in der „C85“ untergekommen

(Abgeordneter Dr. Schöneburg [DIE LINKE]: In der ersten Etage!)

- in der ersten Etage. - Und jetzt müssen Sie mir noch erklären, warum Jan Werner eine Information Carsten Szczepanski zuspiesen soll, die Sie nicht erhalten. Das ist für mich vollkommen unglaublich, dass Sie nichts davon wussten, dass die drei gesuchten Jenaer Nazis, die im Umfeld von „Blood & Honour Sachsen“ untergekommen sind, die Konzerteinnahmen bekommen haben, die strukturelle Hilfe bekommen haben, indem Pässe für sie gesucht wurden usw. usf. - - dass Sie als enger Vertrauter nichts davon wussten. Das will sich mir nicht erschließen.

Zeuge Uwe Menzel: Tja, tut mir ja leid, aber es ist so. Ich möchte was dazu sagen. Wenn ich gefragt worden wäre: „Du, wir haben da drei, vier Leute“, keine Ahnung, „die müssen untertauchen, weil Bullen hinter ihnen her - - oder irgendwas: Ich hätte geholfen, definitiv. Ich bin aber nicht gefragt worden.“

(Abgeordneter Dr. Schöneburg [DIE LINKE]: Wie viel Zeit haben wir noch?)

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Vier Minuten. - Herr Dr. Schöneburg setzt fort.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja, ich mache mal ein anderes Thema auf. Erinnern Sie sich an die Aktionen der „Nationalen Bewegung“ in Potsdam im Jahre 2000/2001?

Zeuge Uwe Menzel: Durch Funk und Fernsehen bekannt und informiert durch die Polizei.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Was ist Ihnen denn da bekannt?

Zeuge Uwe Menzel: Soweit ich weiß, haben die ja irgendeine Trauerhalle angezündet.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Sonst ist weiter nichts mehr in Erinnerung.

Zeuge Uwe Menzel: Davor müssen ja noch irgendwelche Sachen gewesen sein, irgendwie Schweinefleisch verschicken und so was.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Propagandadelikte.

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Okay. - Sie haben nichts damit zu tun gehabt.

Zeuge Uwe Menzel: Nein.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Sie waren nicht am 07.01. in Potsdam-West auf einer Party von O. K.?

Zeuge Uwe Menzel: Nicht, dass ich wüsste.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Und sind dann zur jüdischen Trauerhalle gegangen und haben da gezündelt?

Zeuge Uwe Menzel: Also, ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Bis zu dem Tag, wo in der Zeitung stand, dass eine jüdische Trauerhalle angezündet wurde, wusste ich noch nicht mal, dass Potsdam eine jüdische Trauerhalle hat.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber Sie wurden doch wegen der „Nationalen Bewegung“ mal angerufen.

Zeuge Uwe Menzel: Ja, daran kann ich mich leider erinnern.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Woran können Sie sich denn da erinnern?

Zeuge Uwe Menzel: Ich war mit Christian W. unterwegs - wohin, weiß ich jetzt nicht.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Christian W.?

Zeuge Uwe Menzel: Genau. - Wir waren unterwegs, sein Telefon klingelte. Er meinte: Du, ich fahr grad, geh mal ran. - Und - - Oh Gott, wie heißt er?

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): M. S.

Zeuge Uwe Menzel: Ja, M. S. - Der war dran und erzählte dann irgendeinen Furz und meinte: „Ey, hier, ha ...“ - Den Wortlaut weiß ich aus Ihren Ausführungen.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Den Wortlaut kann ich Ihnen noch mal nennen. Es ist ja eine TKÜ geschaltet gewesen. M. S. sagte: „Jut, ick wollt nur sagen ich hab die Bombe gelegt, ja“.

Zeuge Uwe Menzel: Und hat gelacht, nehme ich mal an.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Dann geht es weiter: „Das hab ich mir fast gedacht“, sagen Sie darauf. M. S.: „Nationale Bewegung, Junge - he, he, he.“ - Und dann Menzel: „Ich distanziere mich davon.“ – M. S.: „Ja, ha, ha.“ – Christian W. im Hintergrund: „Ich übrigens auch.“ - Menzel wieder: „Das ist Satire, das ist reine Satire.“

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ist das so richtig? Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Uwe Menzel: Das kann so in etwa gewesen sein, ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Die Auswerter der TKÜ haben dann Folgendes aufgeschrieben:

„Es ist festzustellen, dass ein zunächst scherzhaft geführtes Gespräch bei dem auch über das ‚Bomben legen bei einem Konzert‘ die Rede war, eine schlagartige Wende nach der Erwähnung der ‚Nationalen Bewegung‘ nahm. Wegen der sehr deutlichen Bagatellisierungshaltung der Gesprächsteilnehmer MENZEL (unmittelbar) und Christian W. (mittelbar) ist anzunehmen, dass hier ein engerer Zusammenhang bzw. eine tatsächliche Beziehung zumindest des MENZEL zu der ‚Nationalen Bewegung‘ besteht.“⁴

Zeuge Uwe Menzel: Ja, ist ja schön, wenn die das vermuten, aber es ist nicht so.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ist nicht so?

Zeuge Uwe Menzel: Um das noch mal kurz auszuführen: Ich hatte ja ein Dreivierteljahr vorher - wie gesagt, was ich vorhin meinte mit der Pistole im Gesicht - -

⁴ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: GBA Sachakten Band VIII.pdf, Seite 140.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Na, dazu kommen wir noch mal.

Zeuge Uwe Menzel: Auch okay.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Aber dann etwas später.

Zeuge Uwe Menzel: Aber aus dieser Sache heraus basierend war ich für Scherze am Telefon nicht mehr sonderlich -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): ... empfänglich.

Zeuge Uwe Menzel: - empfänglich.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Frage bitte.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Haben Sie die TKÜ mal gesehen, den Mitschnitt der TKÜ?

Zeuge Uwe Menzel: Den kompletten? Nee.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ist Ihnen der Ausschnitt mal vorgelegt worden?

Zeuge Uwe Menzel: Nein. Ich habe ja auf Ihren Seiten immer mitgelesen.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ist Ihnen nicht Erinnerung, dass Sie bei einer polizeilichen Vernehmung am 15.02.2001 durch Kriminalkommissar KOK M. K. (LKA BB) über den Inhalt dieser TKÜ informiert worden sind?

Zeuge Uwe Menzel: Ich denke mal, ich weiß, auf was Sie anspielen.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ich spiele nicht - -

Zeuge Uwe Menzel: Er hatte mir damals - - Ich war da zur Vernehmung. Ich habe ursprünglich gedacht, das war 2000, noch wegen dieser anderen Aktion.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Nee, 2001.

Zeuge Uwe Menzel: Konnte ja nicht sein, zeitlicher Ablauf hat ja nicht gestimmt.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Das war 14 Tage nachdem Sie das Telefongespräch geführt haben.

Zeuge Uwe Menzel: Okay, also ... (akustisch unverständlich).

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ich mache Ihnen mal noch einen Vorhalt aus dem Vernehmungsprotokoll:

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

„Er“

- Menzel -

„wurde zu einer Person namens **M. S.** aus Potsdam befragt. Als Hintergrund wurde ihm benannt, dass M. S. der Polizei aufgrund eines Bildes (Hakenkreuzfahne) bekannt sei.

Daraufhin berichtete er von einem Telefonat zwischen **M. S.** und **Christian W.**“

- Also Sie berichteten darüber.

„Das Telefonat wurde im Auto geführt. Anrunder war der **M. S.** Im Telefonat äußerte der Anrunder, dass er die Bombe gelegt hat und machte die Bemerkung ‚**Nationale Bewegung**‘.

Er“

- Menzel -

„vermutet“

- also Sie vermuten -

„dass der Anrunder **M. S.** in der Zeitung den Sachverhalt zum Hans Otto Theater gelesen hat und seine Äußerungen nicht ernsthaft gewesen sind. Es könnte aber möglich sein, dass M. S. etwas mit der Sache zu tun hat: **... dem ist alles zu zutrauen ...**“⁵

Klingt ein wenig so, als wollten Sie Herrn M. S. belasten.

Zeuge Uwe Menzel: Ich glaube, in der Situation war ich wahrscheinlich auf ihn auch ein bisschen sauer und dachte mir so: Blöde Drecksau, so einen Scheiß zu erzählen, und jetzt kriege ich hier wieder so einen Mist an den Hals!

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Das machen Sie mit einem Kameraden? Ich meine, Sie haben ja vorhin den Ehrenkodex beschrieben.

Zeuge Uwe Menzel: Ja, ja. Sagen wir mal so: Wie polizeiliche Vernehmungen laufen, das werden Sie ja wahrscheinlich am besten wissen - aus Ihrem beruflichen Umfeld. Und ich vermute mal ganz stark, die werden zu mir gesagt haben: Na ja, würden Sie dem das zutrauen? Könnten Sie sich vorstellen, dass der so was machen würde? - Ich kann ja nicht von anderen Menschen vehement ab-

⁵ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: E0051-B.pdf, Seite 119.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Na ja, das Resultat war gewesen, dass bei M. S. eine Hausdurchsuchung stattgefunden hat, und da ist immerhin eine Diskette gefunden worden mit der Aufschrift „Die Nationale Bewegung“.

Zeuge Uwe Menzel: Ja, das habe ich mal gelesen.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Die Diskette stammte von H. F., der merkwürdigerweise wiederum die Handynummer des Geheimdienstkoordinators bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe hatte und bei dem betrunken auf die Mailbox gelallt haben soll.

Zeuge Uwe Menzel: Das habe ich auch gelesen bei Ihnen - also nicht bei Ihnen, aber in diesen Veröffentlichungen, die jetzt die letzten Monate immer gekommen sind.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Also, Sie haben sozusagen gesagt: Dem ist das zuzutragen, dem M. S. - Und bei M. S. haben sie dann eine Diskette mit der Aufschrift „Die Nationale Bewegung“ gefunden.

Zeuge Uwe Menzel: Diese Hausdurchsuchung war doch sowieso schon geplant.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Auch die Verlängerungszeit neigt sich dem Ende.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Gut, ich mache dann später weiter.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Danke. - Wir machen weiter mit Herrn Wiese. Und ich bitte Sie, Herr Menzel, sich ab und an zu mäßigen, was Ihre Ausdrucksweise angeht. „Drecksau“ oder Ähnliches - -

Zeuge Uwe Menzel: Habe ich das gesagt?

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ja, das haben Sie gesagt.

Zeuge Uwe Menzel: Entschuldigung.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Vermeiden Sie das bitte zukünftig. - Herr Wiese ist dran.

Abgeordneter Wiese (AfD): Herr Menzel, ich möchte noch mal zu dem Telefonat mit Herrn Szczepanski zurückkommen, in dem er sich darüber beschwert - -

(Herr Borkowski [Landtagsverwaltung]: Rückkopplung! - Abgeordnete Gossmann-Reetz [SPD]: Können Sie den Stecker aus der Steckdose ziehen?)

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Können Sie bitte den Stecker ziehen?

Abgeordneter Wiese (AfD): Ach so, Entschuldigung. - Haben Sie mich bis hierhin verstanden?

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Uwe Menzel: Nee, ... (akustisch unverständlich).

Abgeordneter Wiese (AfD): Ich möchte noch mal zurückkommen zu dem Punkt, wo Sie davon gesprochen haben, dass sich Herr Szczepanski in einem Telefonat über die Presse und die Erpressungsversuche der Presse ausgelassen hat. Welche Presse meinte er denn, und welchen Journalisten meinte er denn dabei?

Zeuge Uwe Menzel: Ich kann mich jetzt nicht mehr erinnern, aber ich vermute mal ganz stark, dass er den gemeint haben wird, der diese Veröffentlichung auch getätigt hat. Also, was war das? „Stern“, „Spiegel“ - irgendwas. Ich weiß es - -

Abgeordneter Wiese (AfD): Wie bitte?

Zeuge Uwe Menzel: „Stern“ oder „Spiegel“ - ich weiß es nicht mehr.

Abgeordneter Wiese (AfD): Was hat er denn gemeint mit der Erpressung?

Zeuge Uwe Menzel: Na ja, er hat das so dargestellt, als ob ein Journalist zu ihm gekommen wäre und ihm gesagt hätte, entweder er würde Informationen über die Szene in irgendeiner Form an diesen Journalisten weitergeben oder dieser würde im Gegenzug behaupten, er wäre ein V-Mann, und ihn damit sozusagen innerhalb der Szene diskreditieren.

Abgeordneter Wiese (AfD): Was wurde denn sonst noch gefordert? Und wie ist er dann verblieben mit dieser Forderung?

Zeuge Uwe Menzel: Ich habe zu ihm gesagt: Du, das kannst du dir nicht gefallen lassen, da musst du gegen vorgehen, hol dir einen Anwalt, mach das publik. Lass dir das einfach nicht gefallen. - Das muss ja nachts gewesen sein. Ich war auf dem Rückweg von irgendeiner Feier, keine Ahnung, war aber auf jeden Fall schon dunkel. Das war, wie gesagt, so ein Telefonat zwischen Tür und Angel.

Abgeordneter Wiese (AfD): Haben Sie denn damals schon Zweifel gehabt an Szczepanski?

Zeuge Uwe Menzel: Nee.

Abgeordneter Wiese (AfD): Gar nicht.

Zeuge Uwe Menzel: Nein.

Abgeordneter Wiese (AfD): Wann ist Ihnen das gekommen, dass der ein Informant sein könnte?

Zeuge Uwe Menzel: Ich glaube, die ersten Zweifel kamen mir, nachdem die Polizeibeamten mir gegenüber so eine Andeutung machten bei der Vernehmung. Wie gesagt, einen Tag später wurde ich ja verhaftet. Und wenn ich mich recht entsinne, den Tag darauf - das muss ja dann der Montag - - ich weiß es nicht mehr, ob es der

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Sonntag oder der Montag war -, da wurden während der Vernehmung immer mal so Spitzen fallen gelassen.

Abgeordneter Wiese (AfD): Zum Beispiel?

Zeuge Uwe Menzel: Na, die haben halt gefragt: „Wie hat sich das gestaltet? Was hat der Szczepanski damit zu tun?“ - „Nix, gar nix hat der damit zu tun.“ - „Du brauchst ihn nicht in Schutz nehmen, du weißt doch selber, der ist doch ein V-Mann.“ - „Ja, alles klar!“ - Ich habe das für eine Masche gehalten, um in irgendeiner Form eine Aussage zu provozieren.

Abgeordneter Wiese (AfD): Also, das heißt - -

Zeuge Uwe Menzel: Aber es kam dann schon - das muss ich zugeben - irgendwo der Punkt, wo ich mir dann dachte: Hm. - Aber ich bin dann halt von meiner Geschichte nicht mehr abgewichen.

Abgeordneter Wiese (AfD): Aber Sie haben dann im Dunstkreis Ihrer Kollegen - sagen wir mal so - - haben Sie das dann auch angebracht, die Vermutung angebracht?

Zeuge Uwe Menzel: Das brauchte ich nicht. Stand ja in der Zeitung.

Abgeordneter Wiese (AfD): Stand in der Zeitung, okay.

Zeuge Uwe Menzel: Das war ja dann dieser Montag, wo diese Veröffentlichung kam.

Abgeordneter Wiese (AfD): Gut. - Ich habe noch eine zweite Frage, und zwar: Wir haben uns ja vorhin unterhalten über Ihre finanzielle Situation, die Sie ja aus Spenden und Unterkünften usw. erklärt haben. Jetzt muss ich noch mal zu dieser USA-Reise kommen. Woher kam denn das Geld?

Zeuge Uwe Menzel: Soweit ich mich entsinne, haben mehrere Leute für mich Geld zusammengelegt, weil der ursprüngliche Plan dazu war: Wir packen die Kohle zusammen und holen uns das von den Amis wieder. Wir besorgen dir da Musiker, und du spielst einfach ein paar Lieder von deiner Band mit denen, trittst auf diesem Konzert sozusagen mit auf, und dann kriegen wir das finanziell auf die Reihe, dass das okay ist.

Abgeordneter Wiese (AfD): Da haben Sie ja vorhin ausgeführt, Sie waren auch in Schweden und Dänemark und so. Diese Länder waren ja zu der Zeit nicht gerade als Billigländer bekannt.

Zeuge Uwe Menzel: Das stimmt. Das hieß: Schön Gepäck vollpacken mit Schnaps.

Abgeordneter Wiese (AfD): Von dort?

Zeuge Uwe Menzel: Nee, von hier. Na ja, ich fahr doch nicht nach Schweden und bezahle zehnmal so viel.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Wiese: Na ja, ich frage ja. Ich bin ja nicht so bewandert.

Zeuge Uwe Menzel: Nee. Man musste schon immer gucken, dass man Selbstversorger ist, gerade in den Ländern.

Abgeordneter Wiese (AfD): Und das haben Sie dann für sich selbst verbraucht, oder haben Sie das - -

Zeuge Uwe Menzel: Jeder hat mindestens zwei Pullen beigeht.

Abgeordneter Wiese (AfD): Wie lange waren Sie denn dort?

Zeuge Uwe Menzel: Wochenende.

Abgeordneter Wiese (AfD): Mit zwei Pullen? - Mhm.

Zeuge Uwe Menzel: Also, wir reden nicht von Bier.

Abgeordneter Wiese (AfD): Ja, gut. - Das wäre es fürs Erste. Ich werde dann nachher noch mal eine Frage haben. Danke schön.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): So, dann machen wir weiter mit Frau Nonnemacher. Bitte schön.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön, Herr Vorsitzender. - Herr Menzel, ich möchte noch mal zurückkommen auf die „Nationale Bewegung“. Sie haben eben zu Kollege Schöneburg gesagt, es sei Ihnen gar nicht mal bekannt gewesen, dass es in Potsdam eine jüdische Trauerhalle gab. Ich möchte Ihnen da vorhalten: Sie haben in den Jahren 1998 bis 2000 mehrere Interviews für einschlägige Szenemagazine gegeben, da steht dann zum Beispiel drin:⁶

„Dafür hat die jüdische Gemeinde über 400 Mitglieder, und es werden täglich mehr.“

„Habe ich eigentlich schon erwähnt, dass die jüdische Gemeinde Potsdam 400 Mitglieder hat?“

Sie lassen sich auch über die jüdische Gemeinde und die Juden im Speziellen aus. Was wussten Sie von den Anschlägen und den Brandanschlägen der „Nationalen Bewegung“?

Zeuge Uwe Menzel: Das, was mir dann mitgeteilt wurde von der Polizei.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Was - -

⁶ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die beiden nachfolgenden Zitate konnten nicht verifiziert werden.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Uwe Menzel: Beziehungsweise was diese anderen Geschichten halt, diese Propagandadelikte usw. - - das stand in der Zeitung. Da habe ich aber nicht wirklich - - Das habe ich so als Randnotiz wahrgenommen. Und diese Brandanschlagsgeschichte, die stand ja, soweit ich weiß, auch groß in der Zeitung. Auch diese Schweinefleischgeschichte zum Beispiel habe ich erst gehört - - die Polizei, wo sie mir diese Bekennerschreiben vorgelegt haben.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. Und außerhalb von Zeitungsnachrichten oder irgendwelchen Informationen, die Sie von der Polizei erhalten hatten: Was wussten Sie von den Taten der „Nationalen Bewegung“, wer war daran mit beteiligt?

Zeuge Uwe Menzel: Keine Ahnung.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie wissen nicht, wer an der „Nationalen Bewegung“ beteiligt war -

Zeuge Uwe Menzel: Nein!

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - oder beteiligt sein könnte?

Zeuge Uwe Menzel: Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gar nichts. - Wie wurde denn damals in der Potsdamer Szene über die „Nationale Bewegung“ gesprochen?

Zeuge Uwe Menzel: Es wurde viel spekuliert.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Was wurde denn spekuliert?

Zeuge Uwe Menzel: Wer dafür infrage kommen könnte. Aber ein Name tauchte da nie auf.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also, in der ganzen Szene, in der Sie gut bewandert waren, ist da nie irgendwas Näheres zur „Nationalen Bewegung“ aufgetaucht, und Sie persönlich waren nicht beteiligt.

Zeuge Uwe Menzel: Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. - Dann kommen wir noch mal zu einem anderen Komplex: „Combat 18“. Sie haben in diversen Interviews - - Ich zitiere jetzt mal „Proissenheads“-Interview aus dem Zine „Moin Moin“:

„Wir grüßen alle stolzen Weißen, die den Weg des White Power gehen, außerdem die Gruppen von Hammerskins, Blood & Honour, MAD, FSD, PSP, Combat 18, ACS, mit denen wir Kontakt haben.“⁷

⁷ Anmerkung Stenografischer Dienst: Das Zitat konnte nicht verifiziert werden.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Was wissen Sie über „Combat 18“ in den 90er-Jahren, und was für Kontakte hatten Sie dort?

Zeuge Uwe Menzel: Wissen Sie ungefähr, aus welchem Jahr dieses Interview ist?

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja, selbstverständlich. Das war aus der Nummer 3, 1999.

Zeuge Uwe Menzel: Okay, dann war damit der englische Ableger gemeint.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Der englische Ableger war in dem Gruß gemeint.

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Okay. - Aber ich hatte noch mal gefragt: Was haben Sie für Kontakte gehabt und zu wem konkret?

Zeuge Uwe Menzel: Ich kann leider kein Englisch, das heißt, meine Kontakte beliefen sich auf nettes Sichanlächeln, Grinsen und vielleicht noch mit Ach und Krach wissen, was zu antworten ist auf „How are you?“.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wissen Sie, was Carsten Szczepanski für Kontakte zu „Combat 18“ hatte?

Zeuge Uwe Menzel: Carsten - - Meines Wissens nach hatte er Kontakte zur NSM, weil sich die englischen C18-Leute ja irgendwie tierisch in der Wolle hatten. Die haben sich ja, glaube, Mitte der 90er-Jahre aufgespalten gehabt in einen Musik- und in einen politischen Arm. Und dieser politische Arm hat sich, glaube ich, noch mal getrennt. Das war, glaube ich, ursprünglich die NSA, und die haben dann irgendwie sich abgespalten, haben - - in NSM irgendwie. - So habe ich das noch dunkel in Erinnerung.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Okay. - War M. F. aus Nürnberg beispielsweise beim „Combat 18“? Kennen Sie den?

Zeuge Uwe Menzel: Ich kenne ihn, aber nicht von damals.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aus welchem Zusammenhang kennen Sie ihn?

Zeuge Uwe Menzel: Ich kenne ihn jetzt aus seiner Tätigkeit für den „III. Weg“.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aus seiner relativ aktuellen Tätigkeit für - -

Zeuge Uwe Menzel: Wir haben uns kennengelernt vor - - Das war noch vor dem „III. Weg“. Zehn Jahre ist das bestimmt schon her.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber Sie kennen ihn erst seit zehn Jahren, nicht früher?

Zeuge Uwe Menzel: Erst - - Also meines Wissens, also wirklich wissentlich als Person erst in den 2000er-Jahren.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber Sie haben in einem Booklet, was Sie zu der „Proissenheads“-Split-CD „Sachsens Glanz & Proissens Gloria“ - - Da haben Sie begrüßt einen M. F. und einen Dirk aus Nürnberg. War das nicht Herr M. F.?

Zeuge Uwe Menzel: Das war dann aber nicht von mir, der Gruß.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Nicht von Ihnen persönlich. Von wem sonst?

Zeuge Uwe Menzel: Vermute mal, von einem von meinen Bandkollegen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie können nicht sagen, von welchem Bandkollegen der war.

Zeuge Uwe Menzel: Nee.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. Also, wir halten fest: Sie kennen M. F., aber nicht aus dem - -

Zeuge Uwe Menzel: Nicht von damals.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Nicht von damals. - Sie sagten, M. F. ist Ihnen jetzt bekannt durch sein Engagement für den „III. Weg“. Ist er Ihnen noch aus anderen Organisationen, in denen er aktiv war, bekannt?

Zeuge Uwe Menzel: Ich weiß, dass er in dieser komischen - - Weiß ich nicht, wie die hieß, was da verboten wurde; habe den Namen vergessen. Aber, wie gesagt, zu dem Zeitpunkt dürfte ich ihn noch nicht gekannt haben.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Was meinten Sie? Welche Organisation wurde verboten?

Zeuge Uwe Menzel: Na ja, das war keine Organisation, das war ein loser Zusammenschluss von Leuten, die dann zur Organisation gemacht wurde von den Ermittlungsbehörden. Weiß ich nicht - Fränkische - -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aktionsfront?

Zeuge Uwe Menzel: Ich glaube jedenfalls so, dass ich es mal gelesen hätte, -

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Da war er Mitglied.

Zeuge Uwe Menzel: - dass er da Mitglied gewesen sein soll. Allerdings nicht von ihm selber.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Kennen Sie M. F. Schwägerin I. K., genannt Ili?

Zeuge Uwe Menzel: Schwägerin? Mal überlegen. - Schwägerin?

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Mhm.

Zeuge Uwe Menzel: Wie „Schwägerin“?

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Na, die Schwägerin von M. F. Also, Sie haben in diesem Booklet zu der CD „Sachsens Glanz & Proissens Gloria“, die ich schon erwähnt hatte, Tanja und Ili aus Fürth begrüßt.

Zeuge Uwe Menzel: Also, diese Grüße sind dann nicht von mir.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Die sind auch nicht von Ihnen. Also, den Namen I. K. können Sie so nicht einordnen.

Zeuge Uwe Menzel: Mir ist „Ili“ als Spitzname geläufig. Ich weiß aber nicht, ob es sich dabei um die gleiche Person handelt. Aber inwiefern, also wenn es die dann wäre - - Entschuldigung, dass ich jetzt noch mal eine Frage stelle: Inwiefern, wie „seine Schwägerin“? Die Schwester seiner Frau, oder wie?

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja, genau, die Schwester seiner Frau Tanja und - -

Zeuge Uwe Menzel: Ach so. Doch, die habe ich mal kennengelernt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Die haben Sie kennengelernt. Wo haben Sie - -

Zeuge Uwe Menzel: Ich war jetzt grade irgendwie andersrum - -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also, I. K., die Schwester von dieser Tanja, haben Sie kennengelernt. Wo haben Sie die kennengelernt?

Zeuge Uwe Menzel: Das weiß ich nicht mehr. Das war aber auch erst irgendwann in den 2000ern. Aber soweit ich weiß - - Die war mal mit irgendeinem Typen von da unten zusammen; das kann schon sein, dass einer von meinen Bandkollegen dahin Kontakt hatte. Das mag durchaus möglich sein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Und darüber haben Sie sie auch kennengelernt.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Uwe Menzel: Nee, da war das schon lange Geschichte. Die habe ich irgendwo - - Ich weiß gar nicht, in welchem Zusammenhang ich die mal kennengelernt habe. Irgendeine Veranstaltung.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): M. F. und I. K. standen beide auf einer Telefonliste, die Uwe Mundlos in Jena in seiner Bombenbauwerkstatt aufbewahrt hatte. Hatten Sie nicht doch näheren Kontakt zu Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt?

Zeuge Uwe Menzel: Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Auch über diese sonstigen Bekannten hinaus nicht?

Zeuge Uwe Menzel: Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wissen Sie von manchen Kameraden, dass sie zu Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe Kontakt hatten?

Zeuge Uwe Menzel: Nee.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Nicht bekannt. Also - -

Zeuge Uwe Menzel: Also nicht mir gegenüber auf jeden Fall.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Dieses bereits angesprochene Booklet zu der Split-CD „Sachsens Glanz & Proissens Gloria“: Da wurde auch begrüßt eine „Pension Fuß“ in Chemnitz. Was verbirgt sich dahinter?

Zeuge Uwe Menzel: Das war ein Kumpel. Der Spitzname war „Fuß“, und bei dem haben wir gepennt, wo wir im Studio waren.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aha, also „Pension Fuß“ war ein Kumpel, der hieß - - Können Sie den vollen Namen noch mal nennen?

Zeuge Uwe Menzel: Weiß ich nicht. Ich kannte den nur als „Fuß“.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie kannten den nur als „Fuß“.

Zeuge Uwe Menzel: Ich kannte den nur als „Fuß“.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): War der auch Mitglied bei „Blood & Honour“?

Zeuge Uwe Menzel: Glaube ich nicht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Hm?

Zeuge Uwe Menzel: Also nicht, dass ich wüsste.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut, aber Sie haben bei ihm genächtigt. Was hatten Sie denn dann für eine Verbindung zu ihm?

Zeuge Uwe Menzel: Das war ein - - von einem Bandkollegen von mir. Die waren relativ dick befreundet - so wie ich es in Erinnerung habe -, und wir kannten uns halt auch so vom Sehen, von Konzerten.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Vom Sehen. Aber Sie - -

Zeuge Uwe Menzel: Er bot sich halt damals an, weil wir eine Penne gesucht hatten bei den Studioaufnahmen. Da bot er sich an und hat gesagt: Mensch, könnt ihr bei mir schlafen, kein Ding.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut, aber es war nicht der „Blood & Honour“-Kreis, es war - -

Zeuge Uwe Menzel: Also, ich muss ganz ehrlich - - Werner und so, die werden ihn auch gekannt haben. Das war halt Chemnitzer Szene.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wer war alles an der Produktion dieser CD „Sachsens Glanz & Proissens Gloria“ beteiligt?

Zeuge Uwe Menzel: Jan Werner und Michael P.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Hatten Michael P. und Antje P. Kontakte zu Mundlos, Zschäpe und Rita B. [sic!]?

Zeuge Uwe Menzel: Keine Ahnung.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ist Ihnen nicht bekannt. - Ich hätte gerne noch mal gewusst, welche Nationalisten, Skinheads und sonstigen Kameraden Sie im Raum Chemnitz, wo Sie ja nach Ihren eigenen Aussagen alle drei bis vier Wochen zu Besuch waren - -

Zeuge Uwe Menzel: Ich habe nie gesagt, dass ich alle drei, vier Wochen in Chemnitz war. Ich habe gesagt, dass ich die Leute, die ich aus Chemnitz kannte, alle drei, vier Wochen gesehen habe.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Das heißt, Sie haben sie nicht in Chemnitz gesehen, sondern wo?

Zeuge Uwe Menzel: Die habe ich mal in Chemnitz gesehen, die habe ich mal an anderen Orten gesehen, wo Konzerte stattgefunden haben.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut, aber Sie waren doch in regelmäßigen Abständen in Chemnitz.

Zeuge Uwe Menzel: Ich war in relativ - - Ja.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wir haben ja jetzt auch diverse „Pennen“, wie Sie sich auszudrücken pflegten, identifiziert.

Gut. Also, Jan Werner und Michael P. und Antje P. haben wir besprochen. - Was sagt Ihnen der Name M. St.?

Zeuge Uwe Menzel: Kenne ich nicht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Noch nie - -

Zeuge Uwe Menzel: Also, die ist mir namentlich natürlich bekannt aus Veröffentlichungen, aber - - Also, ich kann die - -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aus welchen Veröffentlichungen?

Zeuge Uwe Menzel: Zeitungen, aus dem Internet, hier NSU-Watch etc. pp.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut, aber die ist Ihnen sozusagen erst aus Publikationen bekannt jetzt seit der Enttarnung des NSU nach 2011. Vorher war sie Ihnen nicht bekannt.

Zeuge Uwe Menzel: Nicht bewusst. Also, sie ist mir nicht bewusst bekannt gewesen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut.

Zeuge Uwe Menzel: Ich muss das immer dazusagen, weil da hat man auf einer Feier mal 70, 80 Leute getroffen, und nur, weil ich mal jemandem Hallo gesagt habe, kenne ich ja nicht den seine Lebensgeschichte, geschweige denn seinen Namen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Was sagt Ihnen der Name M.-F. B.?

Zeuge Uwe Menzel: Jetzt aus diesem NSU-Namenswirrwarr ist das schon irgendwo - - aber ich kann den nicht zuordnen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aus dem NSU-Namenswirrwarr? Also, in dem Kontext ist er Ihnen bekannt, aber - -

Zeuge Uwe Menzel: Natürlich, stand ja öfter mal in irgendwelchen Publikationen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber auch erst in Publikationen nach 2011. Vorher kannten Sie den Namen nicht?

Zeuge Uwe Menzel: Den Namen selber nicht, nee.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Hendrik L.?

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Inwiefern hatten Sie mit ihm zu tun? Was hat er für - -

Zeuge Uwe Menzel: Wir hatten auch ein relativ freundschaftliches Verhältnis.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Freundschaftliches Verhältnis. - In welchen Kreisen war Hendrik L. in Chemnitz integriert?

Zeuge Uwe Menzel: Mehr oder weniger in den gleichen wie Werner auch.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Auch „Blood & Honour“.

Zeuge Uwe Menzel: Nicht als Mitglied.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Er war kein Mitglied, -

Zeuge Uwe Menzel: Nicht, dass ich wüsste.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - aber Sympathisant.

Zeuge Uwe Menzel: Nicht, dass ich wüsste.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sagt Ihnen C. R. etwas?

Zeuge Uwe Menzel: Vom Namen her jetzt nicht. Ich bräuchte dann auch ein Bild dazu irgendwie, dass ich - - Bin nicht so besonders gut bei Namen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut, wir müssen es jetzt akustisch machen. - Also der Name C. R., Chemnitz, sagt Ihnen nichts?

Zeuge Uwe Menzel: Kann schon sein, dass ich den kenne, aber vom Namen her sagt mir das jetzt grade nichts.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Minute.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich würde gerne noch die vier Namen abfragen. Ich denke, das geht in der Zeit noch gut. – M. F. aus Chemnitz?

Zeuge Uwe Menzel: M. F. sagt mir was, ich habe jetzt aber kein Gesicht dazu.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Was klingt denn da an? In welchem Zusammenhang könnten Sie ihn getroffen haben, -

Zeuge Uwe Menzel: Keine Ahnung.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - gekannt haben?

Zeuge Uwe Menzel: Keine Ahnung.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also nur der - -

Zeuge Uwe Menzel: Auch im Umfeld da irgendwie.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut, also der Name kommt Ihnen bekannt vor, auch im Zusammenhang mit Chemnitz, Sie können ihn aber nicht weiter einordnen.

Zeuge Uwe Menzel: Kann ihn nicht zuordnen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Können ihn nicht zuordnen. – K. „M.“ D.?

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Da sagen Sie relativ schnell Ja. Inwie- -

Zeuge Uwe Menzel: Na, wegen „M.“.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wegen „M.“. Inwieweit ist sie Ihnen bekannt?

Zeuge Uwe Menzel: Bei der habe ich auch mal geschlafen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Bei ihr haben Sie auch übernachtet.

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Und woher kannten Sie sie, wenn Sie bei - -

Zeuge Uwe Menzel: Auch aus diesem Umfeld da unten.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aus dem Umfeld - - Aus welchem Umfeld? Wer - -

Zeuge Uwe Menzel: Chemnitz.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja. - Über wen haben Sie sie kennengelernt?

Zeuge Uwe Menzel: Keine Ahnung. Konzerte.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Zu Konzerten. Gut. Also, Sie kennen „M.“ von Konzerten und aus dem Umfeld. Gehörte sie zu „Blood & Honour“?

Zeuge Uwe Menzel: Nein.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Nicht direkt. Sie bewegte sich im Umfeld, aber sie war nicht Mitglied.

Zeuge Uwe Menzel: Sie bewegte sich im Freundeskreis.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Im Freundeskreis von „Blood & Honour“. – T. Sch.?

Zeuge Uwe Menzel: Kann ich jetzt so spontan nicht sagen, weiß ich nicht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Kennen Sie gar nicht, den Namen.

Zeuge Uwe Menzel: Das weiß ich nicht. Also, jetzt im Moment sagt er mir nichts.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Und M. D.?

Zeuge Uwe Menzel: M. D. - nee, ist mir jetzt nicht bewusst. Spitznamen dazu?

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Nee, Spitznamen nicht, aber Kamerad von André Eminger. Mit denen hatten Sie ja auch Kontakt, mit den Eminger-Brüdern.

Zeuge Uwe Menzel: Vielleicht mal kennengelernt, aber der Name sagt mir jetzt nix.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Name sagt Ihnen nichts, okay. - Dann gebe ich ab an die SPD-Fraktion.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Nein. Wir sind am Ende der zweiten Runde, und ich frage den Zeugen und seinen Vertreter: Pause?

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Wieder zehn Minuten?

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Okay. - Wir gehen in eine zehnminütige Pause.

(Unterbrechung von 12.02 bis 12.16 Uhr)

Der Ton läuft, meine Damen und Herren. Wir gehen in die dritte Runde der Befragung und beginnen wieder mit der SPD-Fraktion und damit mit Frau Gossmann-Reetz. Bitte schön.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Herr Menzel, wir wissen, dass Sie im Jahr 2002 an der 20-Jahr-Feier der „Vandalen“ teilgenommen haben. Wie gestalteten sich derartige Feierlichkeiten?

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Uwe Menzel: Ja, indem Leute eingeladen wurden zu einer Feier und dann da gefeiert haben.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. Auf welchem Wege sind solche Einladungen gelaufen?

Zeuge Uwe Menzel: Persönlich.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Persönlich, über - - Also nur mündlich, man ist vorbeigefahren, man hat sich einen Brief geschickt, man hat sich eine SMS - -

Zeuge Uwe Menzel: Man hat sich irgendwo getroffen mal, und dann: Mensch, du, denk mal dran, in einem Monat ist eine Feier.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und solche Feiern, wie laufen die ab? Sie waren da ja nicht nur einmal, bei den „Vandalen“. Also, was ist typisch für deren Feierlichkeiten?

Zeuge Uwe Menzel: Zum damaligen Zeitpunkt typisch war: Essen, Trinken, Polizeieinsatz.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Essen, Trinken, Polizeieinsatz. Aha, Polizeieinsatz - warum?

Zeuge Uwe Menzel: Weil die Berliner Polizei der Meinung war, immer dann irgendwann aufzutauchen, die Leute alle festzusetzen, stundenlang zu kontrollieren.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was sind denn die „Vandalen“?

Zeuge Uwe Menzel: Sie selber nennen sich „Ariogermanische Kampfgemeinschaft“.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. Und wer gehörte zu deren Gästen in dieser Zeit?

Zeuge Uwe Menzel: Viele Leute.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut, dann nennen Sie mal. Wir haben ja auch viel Zeit.

Zeuge Uwe Menzel: Ich zum Beispiel, Jan Werner, Starke und viele andere.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Na, machen Sie mal weiter mit Namen. Die waren auch alle bei dieser Feier 2002, dieser 20- -

Zeuge Uwe Menzel: Das weiß ich nicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aus dem Berliner Raum, wer gehörte da mit dazu?

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Uwe Menzel: „Pinocchio“ wird mit Sicherheit immer da gewesen sein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was ist mit Herrn Jean Rene B.? Jean Rene B.?

Zeuge Uwe Menzel: Der war mit Sicherheit auch da.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Bendix W.?

Zeuge Uwe Menzel: Den kenne ich persönlich nicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): War der mal da, bei diesen Feiern?

Zeuge Uwe Menzel: Das weiß ich nicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie lesen doch sonst so viel Zeitung.

Zeuge Uwe Menzel: Ja und? Mit ist der Name bewusst, also bekannt, aber ihn als Person - - Ist mir nicht bekannt, dass wir uns mal vorgestellt wurden.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Hendrik L.?

Zeuge Uwe Menzel: Der war mit Sicherheit auch schon mal auf einer „Vandalen“-Feier, aber ob er da mit bei war, weiß ich nicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und Michael P.?

Zeuge Uwe Menzel: Zu dem Zeitpunkt könnte es sein, dass der da auch mit bei war.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Maik Eminger?

Zeuge Uwe Menzel: 2000, sagen Sie?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): 2002 war die 20-Jahr-Feier.

Zeuge Uwe Menzel: Kann sein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also nach unseren Unterlagen war der da, Sie auch.

Zeuge Uwe Menzel: Ich habe aber leider keine Unterlagen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Deswegen helfe ich Ihnen ja weiter.

Zeuge Uwe Menzel: Ja, danke schön.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Zwei weitere Chemnitzer Skinheads sollen da gewesen sein - also Inge, über den wir vorhin schon mal gesprochen haben -

Zeuge Uwe Menzel: Kann schon sein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - und R. - - R. Sche.?

Zeuge Uwe Menzel: Das kann auch sein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Da hatten Sie ja zu der Zeit doch noch Kontakt zu den Leuten von „C85“, ne?

Zeuge Uwe Menzel: Habe ich an irgendeiner Stelle das Gegenteil behauptet, dass ich zu den Leuten Kontakt hatte?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Vorhin hatte ich so den Eindruck, dass Sie bei bestimmten Szenen versuchen, sich so ein bisschen zu distanzieren ab einem bestimmten Zeitpunkt.

Zeuge Uwe Menzel: Mhm.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Na, dann war das ein falscher Eindruck. Gut.

Zeuge Uwe Menzel: Ja, das war es.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie sieht es denn aus mit D. G.?

Zeuge Uwe Menzel: Wenn Sie jetzt den meinen, den ich denke, dass Sie meinen: Ja, den kenne ich.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Der war auch mit da. - Mit diesen aufgezählten Personen, worüber haben Sie sich mit denen denn mal unterhalten?

(Der Zeuge lacht.)

Zeuge Uwe Menzel: Entschuldigung, aber - - Über alles und nichts.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was ist denn alles und nichts in der Szene?

Zeuge Uwe Menzel: Ach, Ficken, Saufen, Kloppen, Musik. Die anderen wahrscheinlich meistens über Fußball, was mich nicht so interessiert hat.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ist Ihnen neben den Brüdern Eminger auch die Frau von André Eminger bekannt?

Zeuge Uwe Menzel: Nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wissen Sie, wie die heißt?

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Uwe Menzel: Nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wann hatten Sie das letzte Mal Kontakt zu einem der Emingers?

Zeuge Uwe Menzel: Ich glaube, vor ein paar Wochen hat er mir mal einen Brief geschrieben, André.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Haben Sie mit dem Eminger mal über BKA-Durchsuchungen gesprochen, mit Maik?

Zeuge Uwe Menzel: Kann sein, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, wir wissen ziemlich genau, dass Sie mit Maik Eminger über Ihre BKA-Vernehmung gesprochen haben.

Zeuge Uwe Menzel: Das kann schon durchaus möglich sein. Aber Sie haben ja grade gesagt: von einer BKA-*Durchsuchung*.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Oder - - Ja.

Zeuge Uwe Menzel: Na ja, ist schon was anderes, eine Durchsuchung und eine Vernehmung.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): An was haben Sie denn noch Erinnerung von den beiden Sachen?

Zeuge Uwe Menzel: Na, ich werde ihm wahrscheinlich das erzählt haben, was mir da von den BKA-Leuten erzählt wurde, so grob.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und wurden Sie von Herrn Eminger über die Wohnungsdurchsuchung bei Familie Eminger - André Eminger - unterrichtet?

Zeuge Uwe Menzel: Nee, also jedenfalls nicht, dass ich mich daran erinnern könnte. Er hat mir lediglich mal erzählt, wie die Verhaftung von seinem Bruder in seinem Haus ablief.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was hat er denn da berichtet?

Zeuge Uwe Menzel: Dass wohl GSG-9-Beamte sich da abgeseilt hätten und dann aufs Grundstück wären und dann unter anderem den kleinen Sohn erst mal schön aus dem Kindersitz getreten hätten. Ob Absicht oder nicht, hat er selber jetzt nicht gesagt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und waren Sie am 7. Mai 2011 bei einem Skinhead-Konzert in Salchow?

Zeuge Uwe Menzel: Kann durchaus möglich sein.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Salchow sagt Ihnen was, Mecklenburg-Vorpommern.

Zeuge Uwe Menzel: Mhm.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das ist unweit von Anklam, ne?

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wo auch Inge lebt. - Beschreiben Sie uns mal den Konzertort.

Zeuge Uwe Menzel: Na, ist so ein kleines Nest mit - was wird da wohnen? - 20 - kann ich schlecht abschätzen -, vielleicht 20, 25 Häusern, vielleicht ein bisschen mehr; ich habe es jetzt nicht mehr so - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie betonen jetzt so die Häuser. Da soll es so ein „nationales“ Wohnprojekt geben, richtig?

Zeuge Uwe Menzel: Da wohnen Leute in einem Haus zusammen, das stimmt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wer wohnt denn da zusammen?

Zeuge Uwe Menzel: Ich weiß jetzt nicht, wie er richtig heißt. Schm. und „We.“.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Schm. und bitte was?

Zeuge Uwe Menzel: „We.“.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): „We.“, mhm. - Was ist denn das für ein Wohnprojekt?

Zeuge Uwe Menzel: So ein Zweifamilienhaus, wo zwei Familien drin wohnen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das ist ein „Hammerskin“ gewesen, -

Zeuge Uwe Menzel: Nicht, dass ich wüsste.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - der eine. - Das Konzert da in Salchow: Sie sagen, Sie können sich dunkel erinnern. Oder - -

Zeuge Uwe Menzel: Mein Gott, ich war in meinem Leben vielleicht auf 200 Konzerten. Ich kann da leider nicht jede einzelne Konzertaktivität bis ins letzte Detail durchexerzieren. Es kann sein, dass ich an diesem Tag dort war.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. Also, ich helfe Ihnen weiter: Sie waren da und die beiden Eminger-Brüder wohl auch. Kommen da vielleicht Erinnerungen hoch?

Zeuge Uwe Menzel: Ja, ist durchaus möglich, dass die da waren.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber können Sie sich an Kontakt zu ihnen erinnern?

Zeuge Uwe Menzel: Wenn wir uns gesehen haben, werden wir uns unterhalten haben.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Worüber unterhalten Sie sich denn mit den Eminger-Brüdern?

Zeuge Uwe Menzel: „Na, wie geht's dir so? Was macht die Familie?“ - „Und bei dir so? Alles schick?“

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sind Sie von unserem Brandenburger Verfassungsschutz mal direkt angesprochen worden?

Zeuge Uwe Menzel: Nee. Also nicht, dass ich wüsste.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gar niemals.

Zeuge Uwe Menzel: Also beim Verfassungsschutz weiß ich es nicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Bei wem wissen Sie es denn?

Zeuge Uwe Menzel: Beim Staatsschutz und beim LKA.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Die haben Sie angesprochen?

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Die haben - - In welcher Art und Weise?

Zeuge Uwe Menzel: Na ja. Na, was werden die wohl schon wollen? Entweder ein Ermittlungsverfahren oder versuchen, einen anzuwerben als Spitzel.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie machen die denn das?

Zeuge Uwe Menzel: Aus meiner Erfahrung, wie ich es bei anderen Leuten so erlebt habe, manchmal dummdreist. Dann kommt man meistens über Sachen wie: „Na ja, bei dir sieht's ja finanziell auch nicht so besonders gut aus. Man könnte ja theoretisch da mal so ein bisschen helfen“, und - -

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie sagten gerade: aus der Erfahrung bei anderen Leuten. Wie war es denn bei Ihnen? Wie haben sie es denn bei Ihnen versucht?

Zeuge Uwe Menzel: Also in den 90er-Jahren öfter mal wirklich auf die Doofe. Also wirklich auf die „Na ja, du hast ja nicht viel Geld und - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und das war dann LKA oder Staatsschutz, oder was - -

Zeuge Uwe Menzel: Nee, das müsste Staatsschutz gewesen sein, also hier der Potsdamer.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wann und wie oft passierte so was?

Zeuge Uwe Menzel: In den 90ern vielleicht zwei-, dreimal.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Können Sie sich da noch an die Personen erinnern, die Sie angesprochen haben?

Zeuge Uwe Menzel: Gott, wie hieß denn der? Das war damals ein Rothaariger. F. - kann das sein?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und der hat Sie angesprochen. Bei welcher Gelegenheit denn?

Zeuge Uwe Menzel: Bei einer Vernehmung, nehme ich mal ganz stark an. Im Rahmen von Vernehmungen kamen dann immer mal so Angebote: „Na du, Mensch, wie sieht's denn aus?“, und: „Könntest dir hier ein bisschen Zubrot verdienen.“ - Das habe ich abgelehnt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber waren relativ freundliche Angebote.

Zeuge Uwe Menzel: Bei mir waren es relativ freundliche Angebote.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - In den 90er-Jahren zwei- bis dreimal, sagen Sie.

Zeuge Uwe Menzel: Ungefähr so, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ungefähr. - Sind Sie mal von nachrichtendienstlichen Behörden angesprochen worden?

Zeuge Uwe Menzel: Ich kann es jetzt wirklich nicht festmachen, weil ich kann mich nicht erinnern, ob das jetzt wirklich - - ob die Leute sich als LKA vorgestellt haben oder nicht. Aber meines Wissens war es dann nur noch mal das LKA, was so eine Andeutung gemacht hat.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. - Dann danke schön erst mal.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): So. Ich frage die CDU-Fraktion: Inzwischen Fragebedarf? - Dann geht es weiter mit der Fraktion der Linken. Herr Dr. Schöneburg, bitte.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ich setzte noch mal an bei der Vernehmung vom 15.02.2001 zur „Nationalen Bewegung“; da sind wir ja abrupt unterbrochen worden, nachdem Sie Herrn M. S. belastet haben. Können Sie sich noch erinnern, worüber Sie gesprochen haben mit dem Kriminalbeamten KOK M. K. (LKA BB)?

Zeuge Uwe Menzel: Ich weiß nicht. Ich weiß im Endeffekt nicht mehr, wegen was er mich genau vorgeladen hat. Aus meiner Erinnerung heraus ging es meistens darum, ich solle mir Asservate abholen, die man bei mir beschlagnahmt hatte. Und auf dem Weg hat man halt immer wieder Kontakt mit mir gesucht und hat dann bei der Gelegenheit gesagt: „Ach übrigens ...“, und: „Hier, guck mal ...“, und: „Sag mal was dazu ...“.

Ich habe damals im ersten Moment nicht wirklich gewusst, was die von mir wollten. Im Nachhinein habe ich mir irgendwann mal gedacht: Vielleicht haben die damit gerechnet, dass ich in irgendeiner Form komisch reagiere.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ich habe das Gesprächsprotokoll hier; da ist es ziemlich eindeutig aufgelistet. Also, neben dem, dass Sie gefragt worden sind nach dem M. S.-Telefonat, was wir vorhin schon diskutiert haben, -

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - sind Sie gefragt worden nach einem Telefonat zwischen Herrn Stefan R. und M.. K. zur NaBe. Darin sind Sie auch sehr gesprächsfreudig gewesen.

Zeuge Uwe Menzel: Wer ist denn M. K.?

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): M. K., das ist jemand gewesen, der in einem Telefonat zur „Nationalen Bewegung“ Aussagen gemacht hatte zu Stefan R., und Sie haben davon erfahren, und Sie haben das ja Herrn KOK M. K. (LKA BB) erzählt.

Zeuge Uwe Menzel: Wer ist denn M. K.? Ich habe in diesen Protokollen, die jetzt im Internet rumschwirren - - da habe ich schon immer diesen M. K. - - und wusste immer nicht - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ich kann Ihnen das vorhalten aus dem Gesprächsprotokoll:

„Es wurde gefragt, ob es im Umfeld der Person **S.S.**“

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

- Sven Sch. -

„Hinweise auf die ‚**Nationale Bewegung**‘ gibt. Diese verneinte er zunächst,“

- also Sie -

„gab aber auf Nachfrage zur Person **Stefan R.** an, dass dieser ihm von einem Telefonat berichtete, welches Herr **Stefan R.** mit einem **M. K.** geführt hatte. Den Namen **M. K.** benannte er auf Nachfrage, wer der Anrufende gewesen sein soll. Er stellte das von **Stefan R.** widergegebene Gespräch wie folgt dar:

In dem Telefonat sprach der Herr **M. K.** davon, dass alle aus Stahnsdorf zu den Bullen mußten und zur ‚**nationalen Bewegung**‘ befragt wurden. Herr **M. K.** äußerte, dass sie *‚aber nicht wüssten, wer die (Täter) sind. Ha, ha, ha ...‘*

Das haben Sie erzählt.

Zeuge Uwe Menzel: Keine Ahnung.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja, so was verdrängt man auch, -

Zeuge Uwe Menzel: Nö.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - wenn man die eigenen Kameraden anschwärzt.

Zeuge Uwe Menzel: Wen habe ich angeschwärzt? Also jetzt mal ganz schön ruhig bleiben!

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ich bin ganz ruhig. Sie werden ja ein bisschen aufgeregt.

Zeuge Uwe Menzel: Diese Nachfrage, das läuft doch wahrscheinlich darauf hinaus, dass ein Polizist dasitz und sagt: „Hier, da gab es ein Telefonat. Mit wem hat der denn telefoniert?“ - „Keine Ahnung.“ - „Könnte das der ...“ - wie auch immer - „gewesen sein?“ - „Klar kann er es gewesen sein.“ - Und dann steht am Ende im Protokoll: „Der hat ...“, und so.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Na ja, klar.

Zeuge Uwe Menzel: Also, das habe ich schon öfter mal - - Im Nachhinein ist mir das schon ein paarmal auf die Füße gefallen - na, schönen Dank.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Gut.

Zeuge Uwe Menzel: Aber Fakt ist: Ich weiß jetzt aus der Erinnerung nicht mehr, wer M. K. ist.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Sie haben das Protokoll natürlich unterschrieben, also - -

Zeuge Uwe Menzel: Ja, klar.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber gut, wir machen das noch mal kurz weiter. Wenn Sie sich nicht erinnern können, worüber Sie da gesprochen haben mit der Polizei, und meinen, Sie haben nur Asservate abgeholt, dann -

Zeuge Uwe Menzel: Nee, nee.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - helfe ich Ihrer Erinnerung mal -

Zeuge Uwe Menzel: Nee, nee, ich habe - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - Augenblick, ich bin dran! -

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - auf die Sprünge. Also, das ganze Protokoll kommt mir nicht vor wie eine Beschuldigtenvernehmung, sondern wie eine Sachverständigenbefragung. Also, Sie sind befragt worden zu „Landser“, zu „Macht & Ehre“, „Hate Society“, zu Konzerten in der Slowakei und Hamburg, zu „Noie Werte“, zu „Nordmacht“, zum Unterschied zwischen Black-Metal-Musik und Metal-Musik, zu Verbindungen zwischen Gruftmusik und rechter Szene. Sie sind zu „Landser“ noch intensiver befragt worden. Sie sind zur Situation in der Szene befragt worden, zur Durchsuchung bei Christian W., Sven Sch. und I.S. Sie haben sich geäußert zu diesen Aussagen von Polizisten, dass es die Durchsuchung vom 17.01. ist usw. usf. Sie haben nach einem Aussteigerprogramm gefragt, Sie haben Ihre Handynummer ausgehändigt.

(Der Zeuge lacht.)

Also, es kommt mir vor - - Sie haben ja vorhin verneint, dass Sie vertraulicher Mitarbeiter gewesen sind, -

Zeuge Uwe Menzel: Also, oh, oh, oh!

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - aber es kommt mir so vor, als ob Sie vertrauliche - -

Zeuge Uwe Menzel: Nee, nee, nee, nee.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - - Vertrauensperson gewesen sind.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Uwe Menzel: Also, da wollen wir jetzt mal hier - - Ich habe mich nicht einmal kaufen lassen - nicht ein einziges Mal! -, und ich habe mich auch auf keine Deals eingelassen, die mir immer mal wieder netterweise untergeschoben wurden.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Na gut.

Zeuge Uwe Menzel: Nicht ein einziges Mal. So viel Zeit muss schon sein.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber es ist schon -

Zeuge Uwe Menzel: Ich weiß nicht, aber - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - bemerkenswert, welche Themenfelder Sie da so abgegrast haben mit der Polizei.

Zeuge Uwe Menzel: Na ja, die Themenfelder werde ja wohl nicht ich aufs Tablett gebracht haben. Das werden dann wahrscheinlich die LKA-Leute gewesen sein.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Na ja, aber ich rede zu den Themen, oder ich rede nicht zu den Themen. - Gut. Machen wir hier einen Break.

Wir kommen mal auf die Durchsuchung, also machen noch mal einen Zeitsprung nach hinten, zum 09.07.2000. Das haben Sie vorhin ja schon mal angedeutet: dass Sie da geweckt worden sind mit einer Pistole im Gesicht.

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Woran können Sie sich denn da erinnern bei dieser Durchsuchung?

Zeuge Uwe Menzel: Die kamen, haben gesagt, sie kommen wegen einer - Gott, wie haben die sich ausgedrückt? - Mordvorbereitung, irgend so was in die Richtung, haben die Bude auf links gedreht, dann wurde ich mitgenommen.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Und was haben sie dort gefunden?

Zeuge Uwe Menzel: Die haben zwei Schusswaffen gefunden.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Was für Schusswaffen?

Zeuge Uwe Menzel: Eine Tokarew und ein Kleinkalibergewehr.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Also, nach dem Durchsuchungsprotokoll eine Faustfeuerwaffe, Pistole mit Magazin und Tasche, Ceska 52 - das ist die dann -, dann eine Faustfeuerwaffe, Revolver, Schreckschuss mit sechs Patronen, -

Zeuge Uwe Menzel: Das kann sein, ja.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - ein Kleinkalibergewehr, Tesching mit Tasche - das ist dieses Gewehr, was Sie benannt haben -, einen Schlagring, schwarz, eine Armbinde mit Hakenkreuz, ein Paar Lederhandschuhe mit Metalleinlage, Teleskopschlagstock, Kabelende und einen Schlagstock aus Leder. - Das sind sozusagen die gravierendsten Sachen.

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Wozu brauchten Sie denn die ganzen Sachen alle? Für den Tag X?

Zeuge Uwe Menzel: Unter anderem.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Und wofür noch?

Zeuge Uwe Menzel: Selbstschutz.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Wovor denn?

(Der Zeuge lacht.)

Zeuge Uwe Menzel: Vor Ihren Kumpels.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Also, meine Kumpels - -

Zeuge Uwe Menzel: Na ja, ich will jetzt nicht verallgemeinern, aber ich sage mal: Gerade die Jüngeren aus Ihrer Partei haben wahrscheinlich noch intensivere Kontakte zur örtlichen Antifa-Szene. Und da bei uns -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Das ist aber ein ziemliches - -

Zeuge Uwe Menzel: - damals öfter mal auch Todesdrohungen reinfalterten - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber das ist ein ziemliches Waffenarsenal, was Sie da vorgehalten haben.

Zeuge Uwe Menzel: Ja, gut, die Schreckschusswaffe war alt, die lag da schon ewig im Schrank.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Woher hatten Sie denn die Ceska 52?

Zeuge Uwe Menzel: Die hat mir damals jemand hier aus Potsdam verkauft.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Wer?

Zeuge Uwe Menzel: Die hat mir damals hier jemand aus Potsdam verkauft.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja, wer denn?

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Uwe Menzel: Weiß jetzt nicht mehr, wie der Name war. Aber das ist ja alles abgeurteilt worden.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): In dem Gerichtsverfahren - ich habe das Urteil zurate gezogen - behaupten Sie später, dass ein verstorbener „Raul“ aus Potsdam Ihnen die 1998 verkauft hätte.

Zeuge Uwe Menzel: Genau.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): 1998?

Zeuge Uwe Menzel: 97. Ich denke mal eher, dass es 97 war.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Nach Aussagen von Herrn Szczepanski sollen Sie sich aber noch anderweitig nach einer scharfen Pistole umgesehen haben.

Zeuge Uwe Menzel: Genau.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Später.

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Wo haben Sie sich denn da umgesehen?

Zeuge Uwe Menzel: Szczepanski fing halt irgendwann in regelmäßigen Abständen immer an: „Wir müssen uns bewaffnen“, „Wir müssen uns bewaffnen“, bla, bla, bla, und hat irgendwann mal fallen lassen, dass er wohl durch seinen Haftaufenthalt durchaus auch Kontakte ins kriminelle Milieu gezogen hat und dass er eventuell durchaus in der Lage wäre, auch Schusswaffen zu besorgen.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Und haben Sie sich eine besorgt?

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Und von wem?

Zeuge Uwe Menzel: Ich wollte - - Also, er hat zu mir gesagt: Du, Mensch, frag doch mal den Ralf L.; der hat da irgendwas angeleiert, da ist bestimmt auch was für dich mit bei. - Da haben wir uns, soweit ich mich entsinnen kann, in seinem Ladengeschäft getroffen.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ralf L. und Sie.

Zeuge Uwe Menzel: Ja. - Und Carsten wuselte immer mit lang, und wir fingen dann irgendwann an, uns zu unterhalten, und er meinte, ja, na ja, er will da was kaufen. Und

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

ich habe halt gesagt, ich wollte einen Trommelrevolver. Mir waren Automatikpistolen - weiß ich nicht - - Ich war ja nie bei der Armee, hatte ja nie irgendwie eine Ausbildung an sonen Sachen; mir war das irgendwie suspekt. Ich fand einen Trommelrevolver logischer von der Abfolge her, also von der Anfälligkeit für eventuell so was wie Ladehemmungen und so, weil - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber Sie hatten doch schon die Ceska gehabt. Wozu brauchten Sie noch den Trommelrevolver?

Zeuge Uwe Menzel: Ja, aber ich wollte was mit mehr Durchschlagskraft haben.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Okay. - Und wie ging es weiter? Haben Sie den Trommelrevolver bekommen?

Zeuge Uwe Menzel: Nee. Da ist so ein bisschen - - Das ist mir dann später irgendwann mal so ein bisschen bewusst geworden; da hatte ich das Gefühl, dass mich Szczepanski irgendwie rollen wollte, -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Hat Szczepanski - -

Zeuge Uwe Menzel: - weil er hat mir gegenüber immer diesen Eindruck erweckt: „Na ja klar, der Ralf L. kauft sich was, und bei demselben kriegst du auch was anderes“, und: „Klar, Trommelrevolver, kein Problem, kriegen wir hin.“

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Und von wo sollte Ralf L. die Waffen besorgen?

Zeuge Uwe Menzel: Das haben sie mir zum damaligen Zeitpunkt nicht gesagt.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Haben Sie schon mal was gehört von einem Tätowierstudio „Utgard“?

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Und F. L.?

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Und dass der sozusagen Waffen beschaffen konnte?

Zeuge Uwe Menzel: Ich wusste aber nicht, dass der in irgendeiner Form involviert war.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Okay. Also, der Waffenhandel mit Ralf L. und der Pistole, die er über „Utgard“ besorgen wollte, der ist ja nicht zustande gekommen. Haben Sie sich danach noch mal - -

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Uwe Menzel: Doch, doch, der ist zustande gekommen.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Na, ich denke, den Trommelrevolver haben Sie nicht bekommen.

Zeuge Uwe Menzel: Nee. Das war dieses Gewehr, was sich der Ralf L. damals gekauft hat.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Und warum haben Sie das Gewehr dann bekommen?

Zeuge Uwe Menzel: Na ja, er hat sich ja ein anderes Gewehr gekauft.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Also, wenn - -

Zeuge Uwe Menzel: Dieses Ding - - Also, soweit ich es noch in Erinnerung habe, sind die ja bei dieser Waffenübergabe festgenommen worden - oder kurz danach -, und ich weiß nicht mehr, ob wir uns auf einen bestimmten Tag verabredet hatten bei ihm, bei Szczepanski im Laden, oder ob der Szczepanski mich irgendwie angerufen hat oder angeschrieben hat. Das weiß ich nicht mehr aus der Entfernung.

Fakt ist: Ich bin irgendwann danach bei Szczepanski im Laden gewesen, und er hat mir dann aufgeregt erzählt: Du, Mensch, stell dir vor, die haben die verhaftet, mit Polizei, allem Drum und Dran. Aber du, da liegt was für dich, hol dir das mal ab. - Da hat er mir eine Adresse gegeben, dann bin ich da hin. Der Typ selber wusste nicht wirklich, worum es ging, der hat gesagt: „Ja, da steht irgendwie eine Tasche oder ein Beutel. Ist die für dich, oder was?“ - also die Tasche. Ich sage: „Ja, das ist hier - - Carsten hat gesagt ...“ - „Ja, gut, dann nimm die mit.“

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Und da war das Kleinkalibergewehr drin.

Zeuge Uwe Menzel: Da war dann dieses Kleinkalibergewehr drin.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Also, ich fasse noch mal zusammen: Es war so gewesen, dass Sie über Ralf L. den Trommelrevolver bestellt haben, -

Zeuge Uwe Menzel: Na ja, ich habe nur - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - das Geschäft ist gescheitert, weil die Polizei dazwischen gegangen ist, und Sie haben dann als Ausgleich von Ralf L. dieses Kleinkalibergewehr bekommen.

Zeuge Uwe Menzel: Das ist die große Frage, weil - ich habe mich das danach oft gefragt - Carsten grätschte bei diesen Gesprächen immer seitlich rein. Und ich hatte ja mit Carsten über diesen Trommelrevolver gesprochen. Er hat ihm gegenüber gesagt, dass ich so was haben möchte.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber er hat Sie dann mit Ralf L. zusammengebracht.

Zeuge Uwe Menzel: Er hat mich dann mit Ralf L. zusammengebracht. Aber er war ja im Vorfeld auch bei diesen Gesprächen dabei. Und Ralf L. selber hat auf diese Trommelrevolvergeschichte immer gar nicht so richtig reagiert gehabt. Ich habe das dann einfach so hingenommen: Na gut, der weiß ja Bescheid; Carsten wird ihm das ja gesagt haben, das passt schon. - Man muss sone Gespräche ja jetzt auch nicht unendlich in die Länge ziehen. Und mir ist dann so im Nachhinein bewusst geworden, wo dann eben auch diese Pressemitteilung kam, dass da eben so ein Waffendeal aufgefliegen ist etc. pp. - - stand ja da drin, was gefunden wurde.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ich meine - -

Zeuge Uwe Menzel: Und da ist mir dann schon komisch geworden, dass da kein Trommelrevolver stand.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Das ist klar. - Okay, das haben wir auseinanderklamüsert. Aber dass Sie jetzt sagen, dass der Ralf L. überhaupt nicht in den Geschäften mit drin war, das scheint mir nicht so glaubhaft zu sein, weil - -

Zeuge Uwe Menzel: Nee, nee, nee, nee.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Nee, lassen Sie mich aussprechen! Also, Sie haben ja jetzt so ein bisschen die Rolle von Ralf L. runtergespielt und die von Szczepanski sozusagen aufgewertet. Es gibt eine TKÜ vom 20.04.2000, einen Mitschnitt, ein Telefonat, was Sie mit Ralf L. geführt haben, also sozusagen drei Wochen vor dem Waffendealgespräch in dem Geschäft von Szczepanski - drei Wochen davor -:

„Ralf L. teilt mit, dass das alte Angebot nicht mehr stehe. ‚Er‘ [...]“

- Anmerkung: F. L. ist mit „Er“ gemeint -

„wolle nachfragen und sich melden, wenn er die Preise habe. - XM meint, Angeln [...] seien zur Zeit teuer. Je nach Preis werde XM entweder eine oder zwei kaufen.“⁸

Also, Sie haben - - „Angeln“, sagen die Auswerter jedenfalls, steht als Synonym für Waffen.

Zeuge Uwe Menzel: Kann sein, dass das da mal so benutzt wurde.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Und dann haben Sie, drei Wochen bevor Sie bei Szczepanski im Laden waren, schon mit Ralf L. drüber verhandelt, ob

⁸ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BB-14/b Band I, Blatt 65.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Sie nicht sozusagen ein oder zwei Pistolen oder Gewehre - jedenfalls ein oder zwei Waffen - erhalten könnten über F. L.

Zeuge Uwe Menzel: Also, hat er denn den Namen F. L. dadrin benutzt?

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja, ja.

Zeuge Uwe Menzel: Da kann ich mich ehrlich gesagt nicht dran erinnern.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber Sie können sich an das Gespräch erinnern, dass Sie es geführt haben. Dann muss es ja so gewesen sein, dass Sie schon vorher viel aktiver mit Ralf L. über Waffengeschäfte gesprochen haben.

Zeuge Uwe Menzel: Ich habe ja nicht behauptet, dass ich mit dem gar nicht darüber gesprochen habe.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja, doch, Sie haben das ein bisschen kleingeredet.

Zeuge Uwe Menzel: Wir haben darüber gesprochen, aber Carsten war halt an den entscheidenden Punkten auch immer mittenmang.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Er war mittenmang gewesen. Aber was Sie machen, ist natürlich - kann ich ja auch verstehen -, dass Sie auf den Carsten Szczepanski, der ja aus Ihrer Sicht ein Verräter gewesen ist, die Hauptlast schieben und andere sozusagen entlasten.

Zeuge Uwe Menzel: Na ja, gut, aber mit Ralf L. bin ich jetzt auch nicht mehr befreundet, also - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Gut. - Also, Sie haben das Kleinkalibergewehr bekommen.

Zeuge Uwe Menzel: Ich habe dieses Kleinkalibergewehr bekommen.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Und haben Sie sich danach dann trotzdem noch eine Pistole beschafft, eine weitere?

Zeuge Uwe Menzel: Nein.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Dann will ich Ihnen mal einen Vorhalt machen, auch eine Äußerung von Szczepanski:

„Im Laufe der [sic!] Konzerts“

- am 10.06.2000 -

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

„berichtete Uwe MENZEL, dass er inzwischen eine neue Pistole erworben habe. Das von RALF L. übergebene Kleinkalibergewehr bezeichnete MENZEL als ‚Spielzeug‘. MENZEL bekundete Interesse am Erwerb von Kleinkaliberpistolen.“⁹

Zeuge Uwe Menzel: Keine Ahnung.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Also danach, nach dem gescheiterten Geschäft Anfang Mai, -

Zeuge Uwe Menzel: Nee. Also nicht, dass ich wüsste

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - haben Sie sich noch eine Pistole besorgt.

Zeuge Uwe Menzel: Nee, die hatte ich ja vorher schon.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Na, die Ceska. Die hatten Sie ja seit 98 angeblich.

Zeuge Uwe Menzel: Eine andere hatte ich nicht.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Also danach wäre es so gewesen, dass Sie sich die Ceska besorgt haben auf dem Konzert in Mecklenburg-Vorpommern am 10.06.2000.

Zeuge Uwe Menzel: Nee, die hatte ich schon länger.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Sie wissen, dass das erste Opfer der NSU-Mordserie im September 2000 mit einer Ceska erschossen worden ist?

Zeuge Uwe Menzel: Und?

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Na ja, ich frage Sie ja nur, ob Sie das wissen. Ein „Und?“ will ich überhaupt nicht hören. - Ich habe noch -

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Wir sind am Ende.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - eine abschließende Frage.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ah ja. Das ist gut.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Bei dem zitierten Auszug aus dem Telefongespräch mit Ralf L. vom 20.04.2000, da geht das Gespräch weiter:

⁹ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: 2000-DBM-Teil 2-Apr-Jun.pdf, Seite 145.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

„XM: Die andere Sache ist momentan das Problem. Ich habe das ganz unter der Hand angesprochen. Die, die dafür in Frage kommen, sind momentan, haben so ein paar Sachen offen, richtig wilde Sachen, und denen ist es im Moment zu heiss.“

Was kann man sich denn darunter vorstellen? Haben Sie da eine Erinnerung dran?

Zeuge Uwe Menzel: Keine Ahnung.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Was sind denn das für Personen gewesen, die dafür infrage kommen?

Zeuge Uwe Menzel: Ich habe keine Ahnung. Ich weiß nicht, auf welchen Themenkomplex das jetzt abzielt.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Auf Waffenhandel offensichtlich. Das war im Kontext des Waffendeals gewesen, den Sie mit Ralf L. angeschoben haben.

Zeuge Uwe Menzel: Der Ralf L. war ja nun immer - ich vermute mal, im Namen von Szczepanski - auf der Suche nach Leuten, die auch mal ein bisschen zwischenknüppeln. Und - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja, aber Sie sagen:

„Die andere Sache ist momentan das Problem. Ich habe das ganz unter der Hand angesprochen. Die, die dafür in Frage kommen, sind momentan, haben ein paar Sachen offen, richtig wilde Sachen, und denen ist es im Moment zu heiss.“

Wer sind diejenigen, die die „wilden Sachen offen haben“, und denen es „zu heiß“ ist?

Zeuge Uwe Menzel: Keine Ahnung. Weiß ich nicht mehr.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Gut. - Danke schön.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann geht es weiter mit Herrn Wiese. Bitte.

Abgeordneter Wiese (AfD): Herr Menzel, haben Sie mit Herrn Szczepanski nach seiner Enttarnung noch Kontakte gehabt?

Zeuge Uwe Menzel: Nein.

Abgeordneter Wiese (AfD): Diese Waffenkäufe oder diese vermeintlichen Waffenbesorgungen, haben Sie die nach der Enttarnung von Szczepanski fortgesetzt?

Zeuge Uwe Menzel: Nein.

Abgeordneter Wiese (AfD): Hat abrupt aufgehört, oder wie?

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Uwe Menzel: Nach dieser Geschichte hat keiner mehr in irgendeiner Form versucht - - Da haben alle versucht, sich irgendwie gerade zu halten, weil wir ja wussten, dass wir unter permanenter Beobachtung stehen.

Abgeordneter Wiese (AfD): Okay. - Das war's meinerseits.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann sind wir bei Frau Nonnemacher.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Herr Menzel, ich würde da auch noch mal auf den NaBe-Komplex zurückkommen. Sie haben ja vorhin mir gegenüber geäußert, dass Sie da gar nichts mit zu tun hatten und auch gar keine Ahnung von haben. Wir haben aber die Gesprächsprotokolle des LKA von Ihrer Befragung 15. Februar 2001, und danach haben Sie dem LKA gegenüber angeboten, weitere Informationen zu einem Telefonat des „Blood & Honour“-Kaders Stefan R. bezüglich der „Nationalen Bewegung“ zu besorgen. Ich zitiere mal den Satz aus den LKA-Protokollen:

„Er erklärte sich bereit, das Telefonat zwischen **M. K.** und **Stefan R.** noch einmal mit **Stefan R.** zu besprechen.“¹⁰

Zeuge Uwe Menzel: Also, auch wenn Ihnen das wahrscheinlich nicht geläufig sein wird: Ich war zum Beispiel früher immer jemand, der, wenn Polizei zu einem gesagt hat: „Du, aber wenn du irgendwas weißt, dann meldest du dich bei uns“ - - Und dann habe ich immer gesagt: Ja, klar, mach ich. Logisch. Kein Thema. - Aber gemacht habe ich es nicht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also Sie haben das einfach nur mal so angeboten.

Zeuge Uwe Menzel: Einfach nur, um meine Ruhe zu haben. Das stimmt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Und als dann bei Ihnen im Jahr 2000 Waffen gefunden wurden - die „Nationale Bewegung“ war damals seit rund einem halben Jahr aktiv -, da haben Sie der Polizei ein paar Tage später noch freiwillig eine Maschinenpistole übergeben.

Zeuge Uwe Menzel: Mhm.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Was fällt Ihnen dazu ein?

Zeuge Uwe Menzel: Na ja, die Polizei hatte Fotos gefunden, wo wir mit der Maschinenpistole drauf waren, und war natürlich jetzt auf der Suche nach dem Ding. Ich bin entlassen worden, und die meinten zu mir: Du brauchst dir aber keinen Kopf zu machen. Bis wir das Ding haben, nehmen wir jede Bude in Potsdam auseinander. Wir werden hier alles auf links drehen. - Da ich ja wusste, dass das keine schussfähige

¹⁰ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: E0051-B.pdf, Seite 119.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Waffe war - - Das war eine Dekowaffe. Keine offizielle Dekowaffe - ja, stimmt -, sie war aber definitiv nicht beschussfähig.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut, auf jeden Fall - -

Zeuge Uwe Menzel: Da habe ich mir gesagt: Okay, bevor die jetzt hier noch völlig durchdrehen, versuche ich, das Ding zu besorgen. - Ich hab's besorgt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie haben auf jeden Fall diese Maschinenpistole am 10. Juli 2000 der Polizei übergeben.

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. - Dann würde ich Sie gerne noch mal mit einem anderen Vorhalt bzw. zweien vertraut machen, und zwar ein Interview in „The Aryan Law & Order“, Ausgabe 1, Seite 34, 35. Ich zitiere:

„Ich unterstütze selbstverständlich jeden Versuch White Power NS-Skinheads zu Organisieren um eine geschlossene Front Innerhalb unserer Bewegung zu schaffen, die unsere Botschaft Stolz nach außen trägt. Sei es in Kameradschaften in Überregionalen Organisationen (wie B&H oder Hammerskins) oder in Regionalen Skinhead Gangs (Die aber nicht durch Kopflose, Sinnlose Gewalt sondern durch gezielte Schläger unsere Feinde in Schrecken versetzt)“¹¹

Ende dieses Zitats. - In einem weiteren Interview - in „Landser“ Nummer 5 - sagen Sie:

„Unsere Gang besteht aus 10 bis 15 Skins und ein paar normalen Gewalttätern.“¹²

Wer war Ihre Gang, und wer waren diese 10 bis 15 Skins?

Zeuge Uwe Menzel: Das war damaliger Freundeskreis.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Na ja, Sie haben von „regionalen Skinhead-Gangs“ und „Unsere Gang besteht aus zehn bis 15 Skins und ein paar normalen Gewalttätern“ gesprochen. Wer waren diese Leute?

Zeuge Uwe Menzel: Keine Ahnung, wen ich damit gemeint habe.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also, das haben Sie in den Interviews einfach nur mal so gesagt, dass Ihre Gang aus 10 bis 15 Skins und normalen Gewalttätern besteht - also die anderen sind die speziellen Gewalttäter -, aber Sie können sich nicht daran erinnern, wen Sie damit gemeint haben.

Zeuge Uwe Menzel: Nö.

¹¹ Anmerkung Stenografischer Dienst: Fehler im Original.

¹² Anmerkung Stenografischer Dienst: Das Zitat konnte nicht verifiziert werden.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Das ist bedauerlich. - Dann hatten wir in einer der ersten Runden über „Terrormachine Brandenburg“ gesprochen. Da würde ich auch gerne aus einem Interview - „Blood & Honour“-Magazin Deutschland Nummer 9 - noch mal vorhalten:

„Wir grüßen alle Bands, mit denen wir zusammen gespielt haben oder guten Kontakt pflegen, sowie all unsere Freunde.“¹³

Da werden jetzt speziell aufgeführt die „Proissenskins Potsdam“, „Blood & Honour“, „Hammerskins“, „Vandalen“ und „Terrormachine Brandenburg“. Was sagen Sie: Ist das eine Gruppe gewesen, eine Organisation?

Zeuge Uwe Menzel: Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Was verbirgt sich dahinter? Was war das denn, wenn Sie sie speziell grüßen: „Unsere Bands, mit denen wir zusammen gespielt haben, unsere guten Freunde, mit denen wir Kontakt pflegen“? Was waren „Terrormachine Brandenburg“ für gute Freunde?

Zeuge Uwe Menzel: Das Problem ist: Wenn ich Ihnen jetzt sage, was das war, glauben Sie es mir sowieso nicht. Also, ich kann es gern probieren.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich würde gern - -

Zeuge Uwe Menzel: Ich habe öfter mal - -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich habe gefragt, was „Terrormachine Brandenburg“ für eine - -

Zeuge Uwe Menzel: Ich habe früher in Interviews öfter mal Nebelgranaten geworfen, grade auch für die Antifa; die ist auch oft genug darauf angesprungen. Und ich vermute mal, dass es eine von diesen Nebelgranaten war.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie vermuten das, oder Sie wissen das?

Zeuge Uwe Menzel: Also, ich gehe fest davon aus, weil mir eine Gruppe, die sich „Terrormachine“ nannte, nicht bekannt ist.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wir haben noch mehr Interviews, die Sie gegeben haben, -

Zeuge Uwe Menzel: Na klar, ich habe das auch regelmäßig - -

¹³ Anmerkung Stenografischer Dienst: Das Zitat konnte nicht verifiziert werden.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - zum Beispiel im „Landser“, Ausgabe 5, Seite 9, da grüßen Sie auch wieder speziell - unter anderen Organisationen - „Terrormachine Brandenburg“.

Zeuge Uwe Menzel: Ja. Wird wahrscheinlich aus einem ähnlichen Zeitraum sein, oder?

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja.

Zeuge Uwe Menzel: Na ja, dann haut's doch hin.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. - Also, Sie bleiben dabei, dass Sie „Terrormachine Brandenburg“ nicht kennen, -

Zeuge Uwe Menzel: Nee.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - dass Sie keine Organisation kennen -

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - oder keine Band, dass die anderen Organisationen, die Sie dort begrüßt haben, aber alle real sind?

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Nur diese eine ist dann sozusagen eine von Ihnen vermutete Nebelkerze im Wind. - Gut.

Dann würde ich Sie gerne noch mal nach Andreas „Mucke“ G. fragen. Den haben Sie vorhin schon erwähnt, da waren wir bei der „C 85“ in Chemnitz. Welche Rolle spielte Andreas „Mucke“ G. bei „Blood & Honour“?

Zeuge Uwe Menzel: Weiß nicht, wie ich das definieren soll. Der war halt so ein bisschen für Technik zuständig.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Welche Technik?

Zeuge Uwe Menzel: Konzerttechnik.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Konzerttechnik. Keine weitere Technik, sondern Konzerttechnik.

Zeuge Uwe Menzel: Konzerttechnik.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Bei „Blood & Honour“? Das war seine Hauptfunktion, dass er sich um Konzertmusik und -technik gekümmert hat?

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Keine sonstigen Aktivitäten.

Zeuge Uwe Menzel: Nicht, dass ich wüsste.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. - Dann würde ich Sie gerne noch nach einigen Nationalisten, Skinheads oder Kameraden fragen, ob Sie die kennen und aus welchen Zusammenhängen. Was sagt Ihnen der Name Tino Brandt?

Zeuge Uwe Menzel: Oh Gott, wenn ich jetzt sage, was ich dazu - - Diesen Kinderficker habe ich leider nie kennengelernt.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Denken Sie daran, was ich vorhin zu Ihnen gesagt habe.

Zeuge Uwe Menzel: Okay: Diesen verurteilten Pädophilen habe ich leider nie kennengelernt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also, Sie kannten ihn nicht persönlich.

(Der Zeuge schüttelt den Kopf.)

Warum sagen Sie „leider“?

Zeuge Uwe Menzel: Na ja, wenn man's damals gewusst hätte, hätte man ihn vielleicht richtig kaputtschlagen können.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Kannten Sie M. „R.“ De.?

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): In welchem Zusammenhang?

Zeuge Uwe Menzel: Wir kannten uns schon, bevor B&H in Deutschland existierte, auch vom Sehen, Konzerten etc. Er war ja in Konzertorganisationen verwickelt, also war selber Konzertorganisator, und hat meines Wissens damals so eine Managerfunktion, wenn man es so nennen will, von „Oithanasie“ gemacht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Können Sie ungefähr sagen, seit welcher Zeit Sie ihn kennen? Weil Sie sagten: vor „Blood & Honour“.

Zeuge Uwe Menzel: Mitte 90er-Jahre. Also, vorher kann ich mich an ihn nicht erinnern. Muss vielleicht auch so 95, 96, 97, irgendwie in diesem Dreh - - Es kann auch sein, dass ich ihn erst im Zusammenhang mit „Blood & Honour“ kennengelernt habe; aber meines Wissens nach kannten wir uns Anfang der 90er-Jahre noch nicht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Okay. - André Kapke?

Zeuge Uwe Menzel: Nee.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Kennen Sie gar nicht.

Zeuge Uwe Menzel: Ich kenne ihn vom Namen her. Kann auch sein, dass man sich mal über den Weg gelaufen ist; aber wir sind uns nicht persönlich bekannt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also Sie kennen ihn vom Namen her. Was hatte er für eine Funktion, wenn Sie ihn vom Namen her kennen?

Zeuge Uwe Menzel: Weiß ich nicht. Ich kenne den so aus den ganzen Veröffentlichungen, dass er irgendwie beim „Thüringer Heimatschutz“ gewesen sein soll.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): „Thüringer Heimatschutz“, okay. Sie hatten von ihm gehört, aber Sie kannten ihn nicht persönlich.

Zeuge Uwe Menzel: Ich habe von ihm gehört nach diesem ganzen NSU-Kram.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Keine persönliche Bekanntschaft.

Zeuge Uwe Menzel: Nee.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Holger G.?

Zeuge Uwe Menzel: Den habe ich irgendwann mal vor zehn Jahren oder so kennengelernt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): In welchem Zusammenhang?

Zeuge Uwe Menzel: Bei einer Party.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): In Potsdam?

Zeuge Uwe Menzel: Nee. Weiß gar nicht, wo das war. Mecklenburg? Keine Ahnung.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): In Mecklenburg-Vorpommern.

Zeuge Uwe Menzel: Kann sein. Ich weiß es nicht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Was für eine Party war das?

Zeuge Uwe Menzel: Vermute mal, eine Geburtstagsfeier.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja - -

Zeuge Uwe Menzel: Na, ich weiß jetzt nicht, ... (akustisch unverständlich).

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut, ja. - Wir hatten vorhin über „Vandalen“-Partys gesprochen. War es irgendwie eine - -

Zeuge Uwe Menzel: Nee, nee. Das war eine private Geschichte irgendwie.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Es war eine private Geschichte.

Zeuge Uwe Menzel: Ich kannte den vom Namen her natürlich auch. Also später wusste ich dann, dass der das ist.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. Also, Sie sind ihm persönlich vor ca. zehn Jahren im - -

Zeuge Uwe Menzel: Das habe ich jetzt einfach mal so als Zeitspanne - - Aus den 90er-Jahren kannte ich ihn definitiv nicht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - - vor ungefähr zehn Jahren in Mecklenburg-Vorpommern bei einer privaten Geburtstagsfeier begegnet, nicht bei einem Treffen irgendeiner Kameradschaftsorganisation.

Zeuge Uwe Menzel: Nicht, dass ich wüsste.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ralf Wohlleben?

Zeuge Uwe Menzel: Den habe ich persönlich nie kennengelernt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Kennen Sie persönlich nicht.

Zeuge Uwe Menzel: Nee.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. - C. Sch.?

Zeuge Uwe Menzel: Sagt mir - - Ach, der eine von denen da. - Nee, kenne ich persönlich nicht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Kennen Sie persönlich nicht. - Ma. Br.?

Zeuge Uwe Menzel: Sagt mir nix.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sagt Ihnen nichts. - Bei André Kapke, von dem - -

Zeuge Uwe Menzel: Der Name ist mir - - Ist ja ein relativ außergewöhnlicher Name.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja, gut. – Ma. Br. haben Sie - -

Zeuge Uwe Menzel: Sagt mir - - Habe ich jetzt kein Gesicht oder Bild zu.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber der Name, sagt Ihnen der Name was?

Zeuge Uwe Menzel: Nicht wirklich.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): S. R.?

Zeuge Uwe Menzel: Den kenne ich nur aus dieser Dokumentation.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aus welcher Dokumentation?

Zeuge Uwe Menzel: Na, wo er ein Interview gegeben hat.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wie bitte?

Zeuge Uwe Menzel: Wo er ein Interview gegeben hat.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also, er hat ein Interview gegeben - -

Zeuge Uwe Menzel: Für sonen NSU-Film, Dings, -Dokumentation.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. Kennen Sie nicht persönlich, haben Sie keinen Kont- -

Zeuge Uwe Menzel: Nicht, dass ich wüsste, dass ich den mal - -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): M. H.?

Zeuge Uwe Menzel: Sagt mir gar nix.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sagt Ihnen gar nix. – A. Sch.?

Zeuge Uwe Menzel: Sagt mir nix.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): T. T.?

Zeuge Uwe Menzel: T. T.? Nee.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Und R. „T.“ W.?

(Heiterkeit des Zeugen)

Zeuge Uwe Menzel: Nee.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ganz gewiss nicht. Von dem haben Sie nicht - -

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Uwe Menzel: Also, wie gesagt, das Problem bei der Geschichte ist: Ich habe in meinem Leben so wahnsinnig viele Leute kennengelernt - auf Konzerten, wie auch immer, „Hallo!“, „Hallo!“. Die Namen in dem Zusammenhang sagen mir definitiv gar nix. Ich könnte nicht wirklich beschwören, dass ich niemandem von denen, die ich jetzt als „Die kenne ich nicht“ benannt habe, nicht mal vielleicht irgendwo über den Weg gelaufen bin. Das mag alles sein, keine Ahnung; so groß ist die Szene ja nun doch nicht. Aber wissentlich, namentlich - keine Ahnung - sagen mir die Namen nix.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. - Dann hätte ich noch von einigen weiteren Rechtsextremisten und Rechtsextremistinnen gewusst, ob Sie die kennen und in welchem Zusammenhang. Silvia E. (F.)?

Zeuge Uwe Menzel: Ja, die kenne ich.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Die kennen Sie. Aus welchem Zusammenhang kennen Sie sie? Wann haben Sie sie getroffen?

Zeuge Uwe Menzel: Ich habe die mal vor vielen, vielen Jahren kennengelernt, da war die irgendwie - - Die kannte irgendjemanden, der jemanden kannte. Sie meinte, wir würden uns noch aus KW kennen; da konnte ich mich damals nicht dran erinnern. Sie meinte auch, sie war mit Szczepanski befreundet und, und, und. Konnte mich nicht daran erinnern. Die meinte, wir hätten uns mal bei einem Fußballturnier irgendwie in KW kennengelernt. Daran konnte ich mich aber nicht erinnern.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Und wann haben Sie sie dann bewusst kennengelernt, wenn Sie sagen, an KW konnten Sie sich nicht erinnern?

Zeuge Uwe Menzel: Das muss Mitte der 2000er gewesen sein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Mitte der 2000er.

Zeuge Uwe Menzel: Also nicht „Mitte der 2000er“, sondern wirklich 2004, 2005, irgendwas in dem Dreh.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): War sie da schon verheiratet?

Zeuge Uwe Menzel: Ja. Müsste doch. Ja klar.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Die letzte Minute läuft, Frau Nonnemacher.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja. Ich würde gern die Namen noch zu Ende bringen, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ja, okay.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Thomas Richter?

Zeuge Uwe Menzel: „Corelli“, wa?

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Mhm.

Zeuge Uwe Menzel: Nee.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Kennen Sie nicht persönlich, hatten Sie keinen Kontakt zu, -

Zeuge Uwe Menzel: Nee.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - haben Sie nie getroffen.

Zeuge Uwe Menzel: Ob ich ihn mal getroffen habe, weiß ich nicht; aber ich hatte keinen Kontakt mit ihm. Also, er ist mir als Gesicht - - Ich habe irgendwann mal ein Foto gezeigt gekriegt, da war er mir jetzt nicht geläufig.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Da war er Ihnen nicht geläufig. – R. „M.“ M.?

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja, den kennen Sie offensichtlich. Woher?

Zeuge Uwe Menzel: Auch damals Chemnitzer Umfeld. Kam ja aus Zwickau, mit seiner komischen Band. Der hat dann auch mal da - - Die hießen ja ursprünglich „Zwickauer Biere - zweiundnoinzig Pfennig“ und haben mal Mitte der 90er-Jahre auf einem Konzert gespielt, wo ich auch war.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber - -

Zeuge Uwe Menzel: Und er hat ja später selber auch Konzerte organisiert, und in dem Zusammenhang haben wir dann auch mal bei ihm da irgendwie in soner Gartensparte gespielt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber Sie sagen, Chemnitz? Sie haben ihn dort dann häufiger getroffen?

Zeuge Uwe Menzel: Na, nicht häufiger getroffen, aber er gehörte halt zu diesem Freundeskreis. Der Freundeskreis war ja jetzt nicht auf Chemnitz' Grenze beschränkt, sondern das war ja - - Das ist ja so: Wenn man sagt: „Potsdam und Umland“, würde man da sagen: „Chemnitz und Umland“.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Okay.

Zeuge Uwe Menzel: Und da sind auch mal so Sachen wie Zwickau halt relativ vor der Tür.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. Aber Sie haben ihn dort auch getroffen.

Zeuge Uwe Menzel: Ich habe ihn auch dort mal getroffen, ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): K. D.?

Zeuge Uwe Menzel: Sagt mir persönlich nix.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Bernd „Pernod“ P.?

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja.

Zeuge Uwe Menzel: B&H.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Hm?

Zeuge Uwe Menzel: B&H Franken, glaube ich.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Das haben Sie gleich so eingeordnet. Haben Sie ihn getroffen?

Zeuge Uwe Menzel: Wir haben uns öfter mal gesehen, ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wo haben Sie ihn getroffen?

Zeuge Uwe Menzel: Der war auch mal hier in Potsdam/Berlin und dann auf diversen Treffen oder Konzerten, unter anderem auch mal in England.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie haben ihn in England getroffen?

Zeuge Uwe Menzel: Mhm.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Anlässlich welcher Reise? Was haben Sie da - -

Zeuge Uwe Menzel: Das war ein Konzert. Da hat er auch irgendwie gespielt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Und Sie haben ihn in „Blood & Honour“-Zusammenhängen getroffen?

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Können Sie sich an konkrete Projekte erinnern, die Sie mit ihm dann abgewickelt haben?

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Uwe Menzel: Nee. Ich habe mit dem keine Projekte abzuwickeln gehabt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Mhm. - Und dann: A. Sc.?

Zeuge Uwe Menzel: Der sagt mir nur vom Namen was, weil ich mal einen Artikel über den gelesen habe.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber der hat ja viel Musik gemacht, -

Zeuge Uwe Menzel: Na ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - war ja sehr bekannt auch als Musiker. Den haben Sie nicht - -

Zeuge Uwe Menzel: Aber nicht bei mir.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Nicht bei Ihnen?

Zeuge Uwe Menzel: Nee.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Den haben Sie auch nie getroffen.

Zeuge Uwe Menzel: Nicht, dass ich wüsste.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Auch nicht auf irgendwelchen Konzerten?

Zeuge Uwe Menzel: Wie gesagt - ich kann mich da nur wiederholen -: Ich habe in meinem Leben Tausende Leute kennengelernt, und es wird mit Sicherheit auch Hunderte Fotos von mir mit irgendwelchen Leuten geben, an die ich mich ... (akustisch unverständlich).

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also der übliche Zusatz: Sie können es nicht ausschließen, aber - -

Zeuge Uwe Menzel: Also, ich kann es natürlich nicht ausschließen, dass ich den mal getroffen habe, aber wissentlich jetzt als die Person: Nee. Und ich muss auch ganz ehrlich sagen: Das Gesicht kam mir auch nicht sonderlich bekannt vor. Der war ja nun auch im Fernsehen zu sehen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Dann bin ich so weit durch. - Danke, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt ist vereinbart, dass wir in eine Mittagspause gehen. Ich will aber mal in die Runde fragen: Wenn es nur noch ganz wenige Fragen gibt, wäre es natürlich sinnvoller, wenn wir das vielleicht vor der Mittagspause noch abhandeln und den Zeugen entlassen können. Ich frage mal die einzelnen Fraktionen ab und bitte um ein Zeichen, wie lange etwa.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

(Abgeordneter Dr. Schöneburg [DIE LINKE]: Fünf Minuten!)

SPD-Fraktion? - Nichts mehr. - Die Linken: fünf Minuten. - Die CDU? - Nichts. - Herr Wiese?

Abgeordneter Wiese (AfD): Nee.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Und Frau Nonnemacher?

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Vielleicht ein oder zwei Fragen, also nicht lange.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Wollen wir es dann zu Ende bringen?

(Zurufe: Ja!)

Ich glaube, das lohnt sich dann. - Dann würde ich weitergeben an die Linken-Fraktion.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ich habe nur eine Nachfrage, die ist mir vorhin sozusagen runtergerutscht; aber Sie haben ja auf die Nachfrage von Frau Gossmann-Reetz sozusagen Ihr inniges Verhältnis zu den „Vandalen“ geschildert. Warum haben Sie denn eigentlich nicht über diese Schiene sich die Waffen, die Sie zu Ihrer Selbstverteidigung und für den Tag X brauchen, besorgt, sondern sind den Weg über Ralf L. gegangen?

Zeuge Uwe Menzel: Ganz ehrlich?

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Uwe Menzel: Wirklich ehrlich?

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ganz ehrlich.

Zeuge Uwe Menzel: Wenn ich geahnt hätte, dass ich darüber eine Waffe kriege, hätte ich es gemacht. - Ehrliche Antwort.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ganz ehrlich: Kann ich Ihnen nicht abnehmen, aber - -

Zeuge Uwe Menzel: Also, jetzt wirklich - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): ... (akustisch unverständlich).

Zeuge Uwe Menzel: Das möchte ich jetzt einfach nur noch mal wirklich sagen: Wenn ich zu diesem Zeitpunkt geahnt hätte, dass ich über diesen Weg - das war ja nicht über die „Vandalen“, das war ja - - Das habe ich ja noch nicht mal gewusst. Ich hätte - - Ich bin noch nicht mal auf die Idee gekommen, den F. L. zu fragen. Gut, das habe ich ja

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

wirklich erst im Nachhinein dann - was heißt „im Nachhinein“? -, also im Verlauf des Ganzen überhaupt so geschnitten, in welche Richtung - - Aber da habe ich ja noch nicht mal gewusst, von wem der die überhaupt haben will. Und der hat sie ja, soweit ich weiß, auch lediglich vermittelt, also der hat nur gesagt: Na ja, hier gibt es einen, der hat, und da ist einer, der will. - Er selber hatte damit ja nix zu tun, hat aber dafür eine ordentliche Strafe abkassiert.

Hätte ich zu diesem Zeitpunkt auch nur den ansatzweisen Verdacht gehabt, dass ich über die Leute da an irgendwas hätte rankommen können zu dem Zeitpunkt, hätte ich natürlich die selber gefragt, hätte ich den Ralf L. nicht gefragt. Beziehungsweise: Ich hatte ja zu dem Anfangszeitpunkt auch gedacht, weil Szczepanski da mal anfang, er würde besorgen, er könnte besorgen, er könnte aus dem Knast und kennt da Leute, dass die das dann auch über irgendwelche anderen Leute - - Da bin ich gar nicht - - Da wäre ich ja nicht im Leben drauf gekommen, wo das angeleiert wurde.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Danke.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Ich will mal übernehmen und weitermachen mit einem Bandprojekt von Ihnen, und zwar mit „Aryan Brotherhood“.

Zeuge Uwe Menzel: Mhm.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Wer war denn noch so bei dem Bandprojekt dabei?

Zeuge Uwe Menzel: Christian W.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Und ein D. S.?

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Wie war denn Ihr Verhältnis zu D. S.?

Zeuge Uwe Menzel: Freundschaftlich.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Freundschaftlich. Und zwischen D. S. und Jan Werner?

Zeuge Uwe Menzel: Bis 99 freundschaftlich.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Wieso nur bis 99?

Zeuge Uwe Menzel: Na, da gab es einen Frauentausch.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Hat D. S. in weiteren Bands gespielt?

Zeuge Uwe Menzel: Ich glaube, der hat zu der Zeit in allen Bands gespielt.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Welche sind Ihnen da besonders präsent?

Zeuge Uwe Menzel: Na ja, „Celtic Warrior“, „Razors Edge“. Aber im Endeffekt hat er für jeden und alles gespielt, wenn die irgendjemand brauchten zur Aushilfe.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Auch gerne, wenn ausländische Bands da waren, richtig?

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Waren deswegen seine Kontakte ins Ausland auch gut? Also, waren das längerfristige Projekte?

Zeuge Uwe Menzel: Nee. Er war sozusagen derjenige - - Na ja, also, die haben ausländische Bands angefragt, haben gesagt: „Hier“, und dann haben die gesagt: „Nee, geht grade nicht, einer von uns sitzt im Knast“, oder wie auch immer, „wir können nicht spielen.“ Und dann wurde immer gesagt: Ey, wir können deutsche Musiker stellen. - Und er war einer von denen, sodass dann zum Beispiel - - Gab auch mal - - Da ist dann, glaube ich, bloß der Sänger - - der Gitarrist gekommen oder der Sänger und der Schlagzeuger und so, und dann wurden immer Ersatzmusiker gestellt, dass das halt für die Konzerte funktioniert hat.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Das heißt, er war de facto jedes Wochenende unterwegs und hat in wechselnden Bands gespielt.

Zeuge Uwe Menzel: Man könnte es so sagen, ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Können Sie auch noch was zu dem Verhältnis zwischen D. S. und Christian W. sagen?

Zeuge Uwe Menzel: Auch mehr oder weniger freundschaftlich. Ja, würde ich schon freundschaftlich nennen.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Wenn D.S. so viel in Bandprojekten unterwegs gewesen ist, war er dann trotzdem in Potsdam und bei „Blood & Honour“ mit präsent?

Zeuge Uwe Menzel: Nee. Also, er war mit Sicherheit - - Wir waren ja befreundet; deshalb - klar - war der auch mal hier präsent. Aber der war kein B&H-Mitglied.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Keins. - War D. S. im Sommer 98 mit in Ungarn?

Zeuge Uwe Menzel: Das kann durchaus möglich sein, ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Das kann durchaus möglich sein? Dann würde ich Ihnen - -

Zeuge Uwe Menzel: Ich weiß es jetzt tatsächlich aus der Entfernung nicht mehr.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Dann würde ich Ihnen gerne mal einen Vorhalt machen aus der Telekommunikationsüberwachungsmaßnahme bei Jan Werner. Jan Werner hat - - In den TKÜ-Protokollen ist eine Nachricht enthalten, in der drinsteht:

„DU SOLLST BEI D. S. IN DAS PAKET DIE R.E. TEXTE UND DAS UNGARN VIDEO MIT REINTUN“¹⁴

Zeuge Uwe Menzel: Na, dann kann das schon sein.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Ist Ihnen denn ein Ungarn-Video bekannt?

Zeuge Uwe Menzel: Also ich habe selber keins gesehen.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Sie haben keins gesehen. Wissen Sie davon, dass Jan Werner ein solches hatte?

Zeuge Uwe Menzel: Der hatte viele.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Der hatte viele?

Zeuge Uwe Menzel: Die haben öfter mal mitgeschnitten auf irgendwelchen Konzerten.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): War er selbst derjenige, der mitgeschnitten hat?

Zeuge Uwe Menzel: Das weiß ich nicht.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Könnte D. S. derjenige sein?

Zeuge Uwe Menzel: Glaube ich nicht, weil der hat ja gespielt.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Und was ist mit Andreas G.?

Zeuge Uwe Menzel: Es ist nicht auszuschließen, sagen wir mal so. Aber: Weiß ich nicht. Keine Ahnung.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay. - Das heißt also, bei Jan Werner waren dann auch durchaus Videos anzufinden von unterschiedlichen Konzerten.

Zeuge Uwe Menzel: Das war damals relativ üblich gewesen.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Hat er irgendwas zu einem Ungarn-Video gesagt?

Zeuge Uwe Menzel: Ich kann mich nicht erinnern.

¹⁴ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: 2 StE 8-12-2 Ordner 13.pdf, Seite 72.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Wie wurden diese Videos denn gemacht? Waren das dann Mitschnitte nur der Bands, oder waren das Mitschnitte, die auch das Publikum gezeigt haben, um die Stimmung einzufangen zum Beispiel?

Zeuge Uwe Menzel: Es gibt ja noch aus der Zeit - - gibt es ja noch 40, 50, 60 - - Damals über „NS 88“ gab es eine Liste mit Konzertmitschnitten. Die sind ja auch teilweise heute bei YouTube abrufbar. Also: Klar wurde da auch mal durchs Publikum gefilmt.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Auch durchs Publikum.

Zeuge Uwe Menzel: Ist durchaus vorgekommen.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Und das war kein Problem in der - -

Zeuge Uwe Menzel: Es gab Videos, da war wahrscheinlich das Stativ aufgebaut, was statisch wirklich die ganze Zeit komplett nur auf die Bühne gezeigt hat, um wahrscheinlich auch den Ton halbwegs vernünftig mit raufzukriegen. Dann gab es Musikvideos, also Konzertvideos, wo dann Leute wirklich mit zwei oder drei Kameras - - Eine Kamera hat dann hauptsächlich den Ton mitgeschnitten - das war dann meistens die, die sie hinten aufgestellt haben, dass die von der Anlage vorne den kompletten Sound richtig gekriegt hat -, und die anderen haben sie dann sozusagen dazugeschnitten. Gab ja in Skandinavien Leute, die mit Videos viel zu tun hatten.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay. Aber Sie wissen auch nichts darüber, dass dieses Ungarn-Video gelöscht wurde oder so was in der Richtung.

Zeuge Uwe Menzel: Nein, keine Ahnung.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Keine Ahnung. - Da Sie ja selber auch bei dem Konzert im August dabei gewesen sind: Können Sie sich an die Videoaufnahmen dort erinnern, dass welche gemacht wurden?

Zeuge Uwe Menzel: Nee.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Haben Sie gar nicht mitbekommen.

Zeuge Uwe Menzel: Habe ich nicht mitbekommen.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay. - Dann war es das meinerseits.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann kommen wir zum Abschluss noch mal zu Frau Nonnemacher. Bitte schön.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön, Herr Vorsitzender. - Herr Menzel, Sie haben in einem Interview mit „The Aryan Law & Order“, also dieser von Emingers rausgegebenen Postille, im Juni 2000 gesagt, dass der Kampf um Ihre

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Rasse für Sie an erster Stelle steht. Wörtlich werden Sie zitiert: „The Order‘ zeigt uns den Weg, wir müssen ihn nur gehen.“

„The Order“ ist eine rassistisch motivierte Terrororganisation aus den USA. Wie sind Sie diesen Weg gegangen? Zum Beispiel, indem Sie eine terroristische Vereinigung direkt oder indirekt unterstützt haben?

Zeuge Uwe Menzel: Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Diese Aussage „Wir müssen den Weg nur gehen“, was hat das bedeutet?

Zeuge Uwe Menzel: Gut, ich könnte jetzt sagen, das war Floskel, aber das glauben Sie mir sowieso nicht. Also - - Es war aber so.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Das war eine Floskel. Gut. - Sie haben in den zahlreichen Interviews ja oft irgendwelche Gruppen und Freunde begrüßt. Ich frage jetzt noch mal: Hatten Sie Kontakt zu den Gruppen „Atlantic City Skinheads“, „Atlantic City Boys“ und „White Aryan Resistance“?

Zeuge Uwe Menzel: Die „Atlantic City Skins“ waren ja aus dem Umfeld der „Blue Eyed Devils“. Und nat- - Na ja, Kontakt. Was heißt denn „Kontakt“? Die waren mal hier, und man hat zusammen gesoffen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Die waren mal hier bei Ihnen in Potsdam.

Zeuge Uwe Menzel: Die waren auch mal hier in Potsdam.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Waren die sonst woanders noch, wo Sie sie getroffen - -

Zeuge Uwe Menzel: Das waren ja Teile einer Musikgruppe. Als Teil dieser Musikgruppe waren die hier.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Okay. Und die anderen beiden? „Atlantic City Boys“?

Zeuge Uwe Menzel: Müsste eigentlich das Gleiche sein. Also, ist mir jetzt nicht - - Weiß ich jetzt nicht, ob da ein Unterschied bestanden hat zwischen ACS und ACB. Keine Ahnung.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Und „White Aryan Resistance“?

Zeuge Uwe Menzel: WAR? Also nicht, dass ich wüsste, dass wir Kontakt zu WAR hatten.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ist Ihnen bewusst oder ist Ihnen nicht bewusst?

Zeuge Uwe Menzel: Ist mir nicht bewusst.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ist Ihnen nicht bewusst. Aber Sie schließen es auch nicht aus.

Zeuge Uwe Menzel: Nee, tatsächlich nicht. Aber da ich kein Englisch kann, wird der Kontakt wahrscheinlich meinerseits eher nicht wirklich vorhanden gewesen sein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. - Dann noch eine weitere Frage: Sie haben in einem Interview mit „White Supremacy“ gesagt, dass ein „Proissenheads“-Mitglied bei „Noie Werte“ spielen würde. Wer war das, und ab wann hat er dort gespielt?

Zeuge Uwe Menzel: Das war Christian W.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Hm?

Zeuge Uwe Menzel: Das war Christian W.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Christian W.

Zeuge Uwe Menzel: Mhm.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Und wissen Sie, ab wann der dort gespielt hat?

(Der Zeuge überlegt.)

Zeuge Uwe Menzel: Das muss ja - - Ist der mal 98 oder 99 irgendwann eingesprungen für die, weil die hatten keinen Schlagzeuger mehr? - Von wann ist denn das Interview ungefähr? Haben Sie da ein Datum, so Pi mal Daumen?

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Moment, da müsste ich mal nachgucken in meiner Buchhaltung. - Nummer 23. Nee, kann ich Ihnen kein Datum zu sagen.

Zeuge Uwe Menzel: Also, das muss ja dann so irgendwann 99 rum gewesen sein oder vielleicht davor, ein bisschen danach. Er ist auf jeden Fall damals als Aushilfsschlagzeuger - - sollte eigentlich auch fest in die Band übernommen werden; das hat aber dann arbeitsmäßig und so nicht geklappt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Okay. Als Aushilfsschlagzeuger ist er etwa 99 dort gewesen.

Zeuge Uwe Menzel: Also, ich kann es jetzt nicht wirklich genau datieren.

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Okay, gut. - Dann habe ich jetzt keine weiteren Fragen. Danke.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Meine Damen und Herren, das war die letzte Fragerunde. Mir bleibt wie üblich eine letzte Frage, und zwar geht es um eine eventuelle Vereidigung des Zeugen. Gibt es jemand aus den Reihen, der eine Vereidigung beantragen möchte? - Ich sehe, das ist der Fall.

Dann muss ich jetzt die Öffentlichkeit ausschließen, auch den Zeugen und seinen Anwalt bitten, den Raum zu verlassen, weil wir einen Beschluss herbeiführen müssen, ob Herr Menzel vereidigt wird oder nicht.

(Ausschluss der Öffentlichkeit: 13.16 Uhr - Der Zeuge und sein Rechtsbeistand verlassen den Sitzungssaal.)

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

(Wiederherstellung der Öffentlichkeit: 13.21 Uhr - Der Zeuge und sein Rechtsbeistand betreten den Sitzungssaal.)

Untersuchungsausschuss 6/1
28. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

15.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Herr Menzel, bleiben Sie bitte gleich stehen. Ich muss Ihnen mitteilen, dass der Ausschuss einstimmig beschlossen hat, Sie zu dem Beweisthema, also dem Beweisbeschluss, zu vereidigen. Ich muss Sie an der Stelle fragen: Möchten Sie einen Eid mit religiöser Beteuerung leisten?

Zeuge Uwe Menzel: Nein.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann werde ich Ihnen die Eidesformel vortragen, und Sie antworten dann bitte mit: „Ich schwöre es.“ Zuvor aber - das muss ich auch sagen - haben Sie die Gelegenheit, eventuell jetzt noch mal Ihren Aussagen etwas hinzuzufügen oder etwas zu korrigieren.

Zeuge Uwe Menzel: Ich wüsste jetzt nicht, was.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Gut.

Zeuge Uwe Menzel: Ach so: Ich habe übrigens nie 38 000 D-Mark angeboten gekriegt. Das habe ich vergessen. Da stand ja auch mal in irgend soner - -

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Schöneburg [DIE LINKE]: Hat Sie doch gar keiner gefragt!)

- Nö, aber wollte ich bloß mal gesagt haben.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Okay. Dann nehmen wir das zur Kenntnis. - Also, Sie heben bitte die rechte Hand.

(Der Zeuge hebt die rechte Hand.)

Sie schwören, dass Sie nach bestem Wissen die reine Wahrheit gesagt und nichts verschwiegen haben.

Zeuge Uwe Menzel: Ja.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): „Ich schwöre es.“

Zeuge Uwe Menzel: Ich schwöre es.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Danke. Damit sind Sie vereidigt, und ich kann Sie hiermit entlassen. Vielen Dank. Auch Ihrem Rechtsbeistand: Danke schön.

Damit schließe ich diesen Teil unserer Sitzung. Wir fahren um 14.10 Uhr mit dem zweiten Teil der heutigen Sitzung fort, dann öffentlich mit den nächsten beiden Zeugen in diesem Raum. Pause bis 14.10 Uhr.

(Unterbrechung von 13.32 bis 14.10 Uhr)

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Vernehmung des Zeugen Gordian Meyer-Plath

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Meine Damen und Herren, ich bitte Platz zu nehmen. Ich begrüße als unseren heutigen zweiten Zeugen sehr herzlich Herrn Meyer-Plath. Danke für Ihre Geduld; Sie mussten etwas warten. Das ist bei uns aber nicht unüblich, dass wir etwas über die Zeit hinausgeraten.

Herr Meyer-Plath, Sie kennen sich mit Untersuchungsausschüssen gut aus. Deshalb wissen Sie, dass ich Sie zunächst belehren muss:

Als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuss unterliegen Sie der Wahrheitspflicht. Das heißt, die von Ihnen gemachten Angaben müssen vollständig sein und der Wahrheit entsprechen. Sie dürfen weder falsche Angaben machen noch wesentliche Umstände, die mit dem Beweisthema im Zusammenhang stehen, verschweigen. Sofern Sie an bestimmte Dinge keine Erinnerung mehr haben, müssen Sie auch dies deutlich zum Ausdruck bringen. Der Untersuchungsausschuss ist nach § 22 UAG grundsätzlich berechtigt, einen Zeugen am Ende seiner Aussage zu vereidigen. Über eine Vereidigung Ihrer Person wird insoweit noch zu befinden sein.

Falsche Aussagen vor dem Untersuchungsausschuss sind strafbewehrt. Dabei kommt es nicht darauf an, ob Sie Ihre Aussage beeidigen müssen oder nicht. Falsche uneidliche Aussagen sind nach § 153 Strafgesetzbuch strafbedroht und werden mit Freiheitsstrafe zwischen drei Monaten und fünf Jahren sanktioniert. Im Falle der Annahme einer Strafbarkeit eines Meineides wird der Strafrahmen des § 154 Strafgesetzbuch, der eine Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr vorsieht, Anwendung finden. - Das sage ich nicht, weil ich Ihnen misstrauere, sondern weil mich das Gesetz zu dieser Belehrung verpflichtet.

Ferner darf ich Sie auch über Ihre Rechte gemäß § 19 UAG belehren. Danach sind Sie berechtigt, die Auskunft auf solche Fragen zu verweigern, deren Beantwortung Ihnen selbst oder einem der in § 52 Absatz 1 StPO bezeichneten Angehörigen die Gefahr zuziehen würde, wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit verfolgt zu werden. - So weit die Belehrung.

Jetzt bitte ich Sie um einige Angaben zu Ihrer Person. Nennen Sie uns bitte Vor- und Zunamen, Alter und Beruf sowie Wohnort.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Mein Name ist Gordian Meyer-Plath. Ich bin 49 Jahre alt und Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz und bin über die Adresse des Landesamtes für Verfassungsschutz auch zu laden.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Vielen Dank. - Wir beginnen mit der Befragung. Mir obliegt es, ein, zwei einleitende Fragen zu stellen, sozusagen als Warm-up in die Fragerunde, die dann von den Fraktionen vorgenommen wird.

Ich würde Sie bitten, uns zunächst kurz Ihren beruflichen Werdegang zu schildern mit Schwerpunkt auf Ihre Tätigkeit in den 90er-Jahren. Bitte.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Ich bin 1968 geboren und habe eine Schullaufbahn bis zum Abitur durchlaufen, habe Ende 1993 mein Examen abgelegt - als Magister mit dem Hauptfach Mittelalterliche und Neuere Geschichte; die Nebenfächer: amerikanische Philologie sowie öffentliches Recht - und habe nur wenige Monate später, also im April 1994, als Angestellter in der Verfassungsschutzabteilung Brandenburgs angefangen, war dort zunächst im Auswertungsbereich als Referent eingesetzt für den Bereich des Rechtsextremismus, habe dies bis zum Dezember 1996 gemacht, bin dann gewechselt in das Beschaffungsreferat, also das Schwesterreferat, was die Bekämpfung des politischen Extremismus anging, ebenfalls als Referent. Das ist die Zeit, in der ich auch mit der Quelle „Piatto“ persönlichen Umgang hatte.

Das endete im Oktober 1998, wo ich beurlaubt wurde auf eigenen Wunsch, um - zunächst war geplant: für eine Legislaturperiode - als wissenschaftlicher Mitarbeiter einer gerade in den Deutschen Bundestag gewählten Abgeordneten zu arbeiten. Diese Zeit endete aber vorher, nämlich im April 2001, als ich mich bewarb als Referatsleiter im Innenministerium, wieder in der Verfassungsschutzabteilung, für das Auswertungsreferat. Diese Stelle trat ich, glaube ich, am 15. April 2001 an und war dies dann ununterbrochen bis zum August 2012, wo ich zunächst abgeordnet wurde an das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen als kommissarischer Leiter, und seit dem 1. August 2013 bin ich zum Präsidenten des Landesamtes für Verfassungsschutz ernannt.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Vielen Dank. - Die zweite Frage meinerseits bezieht sich auf die Vorbereitung, Ihre Vorbereitung dieser Sitzung. War es Ihnen möglich, noch mal Akteneinsicht zu nehmen? Wie haben Sie sich vorbereitet auf Ihre Aussage?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Wie Sie schon angedeutet haben, Herr Vorsitzender, ist dies nicht der erste Untersuchungsausschuss in dieser Angelegenheit, wo ich als Zeuge zur Verfügung stehe. Das war bereits am 15. April 2013 vor dem 2. Untersuchungsausschuss der 17. Wahlperiode des Deutschen Bundestages, am 7. Oktober 2013 vor dem Untersuchungsausschuss 5/1 des Thüringer Landtages und zuletzt am 11. Dezember 2017 vor dem 1. Untersuchungsausschuss des Sächsischen Landtages jeweils in öffentlicher Sitzung - - Und für jede dieser Vernehmungen als Zeuge habe mich vorbereitet - hier in der Verfassungsschutzbehörde Brandenburgs, indem ich mir die relevanten Akten, insbesondere die, wo auch mein Name an verschiedenen Stellen vorkommt, noch einmal angeguckt habe.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Vielen Dank. Damit ist mein Wissensdurst erst mal befriedigt. - Wir starten jetzt die Fragerunde. Wir beginnen mit der Fraktion der SPD. Frau Gossmann-Reetz, bitte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Herzlich willkommen, Herr Meyer-Plath. - Ich würde den ersten Teil meiner Befragung gerne auf diesen ersten Abschnitt Ihrer Tätigkeit im Brandenburger Verfassungsschutz richten wollen, sprich Ihre Arbeit im Referat Auswertung bis Dezember 1996. Sie sagten, Sie kamen als frischer

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Hochschulabsolvent dorthin, in die Abteilung. Wie wurden Sie auf diese Tätigkeit dann vor Ort vorbereitet?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Mein Eintritt in den Brandenburger Verfassungsschutz fand in einer sehr dynamischen Aufwuchsphase statt. Ich war nach meiner Erinnerung der 54. Mitarbeiter, der eingestellt wurde. Das heißt, es kamen zu diesem Zeitpunkt sehr viele neue Mitarbeiter. Am selben Tag wie ich fing auch ein anderer Mitarbeiter in dem Auswertungsbereich Rechtsextremismus an. Es war absolut üblich, dass neue Mitarbeiter zu dieser Zeit kamen, die bisher auch keine Verfassungsschutzausbildung hatten, im höheren Dienst sowieso nicht; das heißt, das war ein Training on the Job. Es ging sofort los, allerdings flankiert dann von einem Einführungslehrgang höherer Dienst, wie ihn die damalige Schule, heute Akademie für Verfassungsschutz, anbot, den ich dann ab September 1994 besuchte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie sagten gerade, es war eine dynamische Aufwuchszeit. Welchen Eindruck hatten Sie damals so von der Behörde? Schildern Sie uns mal die Bedingungen zu der damaligen Zeit. Warum war es eine dynamische Zeit?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Also, jeder Mensch hat wahrscheinlich heute - aber auch Anfang der 90er - ein bestimmtes Bild von einem Inlandsnachrichtendienst. Als ich zum ersten Mal die Tür in dem Gebäude, als ich zu meinem Arbeitsplatz geführt wurde, durchschritt: Das war nicht ganz die Vorstellung, gebe ich zu. Das wirkte alles sehr, ich will nicht sagen, chaotisch, aber es waren halt viele Büros, in denen Menschen hin- und herliefen; viele Akten natürlich noch, es gab ja so gut wie keine computerbasierte Arbeit. Also, es wirkte etwas hemdsärmelig, wenn mir der Ausdruck gestattet ist. Da ich aber ja auch keine Vergleichsmöglichkeiten außer meiner Vorstellung hatte, hatte mich das auch überhaupt nicht gestört, und ich habe mich mit vollem Elan reingestürzt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Vielleicht können Sie die Arbeitsstimmung noch ein bisschen genauer schildern. Ich glaube, vielen ist auch nicht mehr gewahr, welche Zeiten damals herrschten. Wir haben ja auch noch einen Systemwechsel gerade ein paar Jahre vorher in diesem Land gehabt. Es gab jahrelang auch kein Verfassungsschutzgesetz. Also, vielleicht schildern Sie noch mal diese Arbeitssituation, in die Sie da frisch reinkamen.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Also, die Arbeitssituation für einen neuen Mitarbeiter im Auswertungsbereich hängt natürlich sehr stark von dem Team ab, in dem Sie drin sind. Das war eben ein Team unter Leitung von Herrn Milbradt, den Sie in diesem Ausschuss ja auch schon kennengelernt haben, ein sehr fordernder Vorgesetzter, der eine hohe Schlagzahl, was die Auswertungsarbeit - - vorgab.

Im Bereich Rechtsextremismus war von Anfang an eine sehr hohe Dynamik drin, und in diesem Bereich spielten jetzt auch Fragen, wie Sie sie andeuten, Frau Abgeordnete, so Richtung Selbstverständnis: „Was macht ein Inlandsnachrichtendienst in einer

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Region mit Stasivergangenheit?“ - - was wahrscheinlich eher in den Bereichen Spionageabwehr eine Rolle spielte. Das hatte mich erst einmal gar nicht so berührt.

Später dann, als ich auch die Öffentlichkeitsarbeit unterstützte, also dann auch sehr viel draußen im Land unterwegs war, wurde ich sehr viel mehr mit dieser Thematik auch konfrontiert, mit der Frage: Passt überhaupt ein Nachrichtendienst in eine Nachwendegesellschaft? - Hier, im Bereich Rechtsextremismus, ging es wirklich um die tägliche Arbeit, die Versuche, angemessene Lagebilder für eine ja doch sehr bedrückende Lage Mitte der 90er zu finden: Wie sieht eigentlich der Rechtsextremismus aus im Land? Wie funktioniert er? Wie gewaltbereit ist er? Wo sind die Schwerpunkte? Wo muss man genauer hingucken? - Das war vom ersten Tag an sehr, sehr fordernd.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie war denn, als Sie da reinkamen, April 1994, der Zugang zu den Informationen dieser rechtsextremistischen Szene?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Der war geprägt von verschiedenen Informationsquellen - letztendlich nicht völlig anders als heute, nur quantitativ und auch qualitativ stark verbesserungswürdig.

Natürlich waren wir angebunden an den Informationsfluss der Polizei im Staatsschutzbereich und natürlich auch an den Verfassungsschutzverbund. Uns erreichten also Meldungen etwa des Bundesamtes für Verfassungsschutz und unserer Partnerbehörden, insbesondere der von Berlin, mit der uns ja sehr viele überlappende Extremismusalagen im Bereich Rechtsextremismus beschäftigten. Das Mittel des G 10 war damals, was den Bereich des Rechtsextremismus angeht, noch gar nicht in Betrieb in Brandenburg und die für uns heute ja überhaupt nicht wegzudenkende Informationsquelle des Internets, der sozialen Netzwerke ebenfalls nicht. Das heißt, klar: Zeitungen, Medien: eine wichtige Informationsquelle; Polizei, Verfassungsschutz und - im Entstehen begriffen - auch Zugangslagen von menschlichen Quellen; das allerdings, als ich anfang, wirklich noch sehr rudimentär und auch sehr stark eben auf die Quellenmeldungen anderer Behörden beschränkt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Rudimentär heißt in dem Fall was?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Also, ich habe jetzt keine genaue Erinnerung mehr daran, ob es da überhaupt schon Quellen gab. Es könnte sein, dass es damals bereits Quellen in der Phase der Übergabe des Bundesamtes für Verfassungsschutz an die Brandenburger Verfassungsschutzbehörde gab, weil ja auch - Sie hatten es angedeutet - die Gesetzeslage es lange gar nicht erlaubte, solche nachrichtendienstlichen Mittel überhaupt anzuwenden, also der Bund in diese Lücke gesprungen ist. Aber das war sicherlich eine Anzahl von Quellen im Bereich Rechtsextremismus, die zu der Phase noch an einer Hand abzuzählen war.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie sagten gerade, Sie wissen nicht, ob zu dieser Zeit vom Bundesverfassungsschutz Quellen übergeben worden sind oder Informationsquellen. Hat das später regelmäßig stattgefunden?

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Also jetzt auch nicht in hohen Quantitäten; aber es kam immer mal wieder vor nach meiner Erinnerung.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Auch unter den Ländern? Gibt es das so auch, -

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Ist denkbar, selbstverständlich.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - dass überführt wird? - Es ist denkbar.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Gerade durch Wohnortwechsel ist das zum Teil zwingend, wenn es weitergehen soll. Ich kann mich aber jetzt an keinen Fall in den 90er-Jahren erinnern, dass wir von einer anderen Landesbehörde eine Quelle übernommen hätten.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Und dann kam ja im September 1994 plötzlich eine neue Quelle, sagen wir, sozusagen - - nicht ganz ins Haus, aber doch deren Informationen. Was änderte sich dann dadurch, durch diese neue Quelle „Piatto“?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Für einen Auswerter im Bereich Rechtsextremismus brach ein anderes Zeitalter an. Das waren exklusive Zugänge zu verschiedenen Szenen, zu denen „Piatto“ eben Zugang hatte, also zu dem ganzen Bereich Skinheadorganisationen, Skinheadstrukturen, zu denen er Zugang hatte. Das waren natürlich auch Informationen über die Szenen im Land, zu denen er Zugang hatte, insbesondere die im südlichen Berliner Umland. Dadurch, dass er aber auch überregional vernetzt war, kamen auch viele Informationen, die nicht nur für das regionale, sondern bundesweite Lagebild von Bedeutung waren, insbesondere durch seine Kontakte zu Berliner und sächsischen Rechtsextremisten. Also, das war ein Quantensprung.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber es war ja eigentlich, ich sage mal, eine große Überraschung, dass sich jemand Inhaftiertes an Sie wendet. Wurde das innerhalb der Behörde oder mit Ihren Kollegen diskutiert, also nicht nur auf Arbeitsebene, sondern, ich sage mal, auch kollegial? War das ein Thema?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Die genauen Anwerbungsmodalitäten - Stichwort: Selbstanbieter und wie es dann weiterging -, die wurden im Beschaffungsbereich behandelt. Als Auswerter war man da nicht mit eingebunden.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): War Ihnen nicht bekannt, wie es dazu kam.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Das war mir nicht bekannt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Natürlich war klar, dass - - Anders, als das in anderen Bereichen üblich ist, wo also die Auswertung in der Regel nicht weiß, wer konkret die menschliche Quelle ist, ließ sich das hier, was sich ja sehr stark eben auf die Auswertung des Schriftwechsels, den „Piatto“ mit anderen Rechtsextremisten hatte, bezog - - ja gar nicht vermeidbar, dass der Auswerter oder die Auswerter, die damit zu tun hatten, auch wussten, wer die Quelle war. Aber wie genau die Zusammenarbeit der Beschaffung, die Anwerbung war, das war den Kollegen der Auswertung nicht bekannt, zumindest mir nicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. Okay. - Aber beim Verfassungsschutz gilt ja schon der Grundsatz, dass die Auswertung die Beschaffung steuert. Inwieweit haben Sie dann Einfluss darauf genommen, welche Informationen der Beschaffer - also in diesem Fall nennen wir ihn Herrn Dieter Borchert - von „Piatto“ erhoben hat?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Also, ich würde das gar nicht auf Personen zurückschreiben, sondern die Auswertung arbeitet mit *der* Beschaffung zusammen und steuert sie. Das heißt, wenn jetzt entweder aus der Berichterstattung der Quelle selbst oder aber auch durch andere Fragestellungen, die die Auswertung hatte, Bedarf gesehen wurde: „Beschaffung, bitte gib uns mehr Informationen darüber, darüber, darüber“, dann entscheidet die Beschaffung: Kann sie das, und wie macht sie das? - Aber natürlich kann man auch, wenn man jetzt Erfahrungen gerade auch mit der Auswertung einer menschlichen Quelle hat, sagen: Das und das, was ihr hier anbringt, ist überhaupt nicht von Interesse; das bringt uns nicht weiter. Andere Dinge hingegen wären aus Sicht der Auswertung wünschenswert zu intensivieren. - Auch ganz konkrete Fragestellungen, wenn es passt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aus dieser Situation heraus musste man Herrn Szczepanski ja schon sehr vertrauen. Es ließ sich als Auswertung ja schwer verifizieren, was er an Informationen geboten hat, oder?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Was meinen Sie mit „verifizieren“? Auf den Wahrheitsgehalt?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Nun, ich sagte gerade schon, die überregionalen Aspekte gaben uns ja die Möglichkeit, diese Informationen mit dem Bund, mit den anderen Ländern gegenzuprüfen. Wir haben diese Meldungen ja an die Partner versandt, und da ist es absolut üblich im Verfassungsschutzverbund: Wären das jetzt Meldungen gewesen wären, die deren Lagebildern, deren Einschätzung von Strukturen oder Personen völlig widersprochen hätten, dann hätten die gesagt: Da stimmt was nicht; prüft das mal nach. - Aber diese Meldungen kamen nicht. Im Gegenteil: Sie wurden als wertvolle Ergänzung der dort ohnehin schon vorhandenen Lagebilder empfunden.

Insofern hatten wir als Auswerter den Eindruck: Das, was da kommt, ist sehr authentisch, zumal es ja auch, wenn Sie so wollen, größtenteils Informationen aus

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

erster Hand waren. Wenn Sie einen Brief eines Rechtsextremisten haben, der darin Dinge äußert, dann können Sie natürlich noch einen gewissen Restzweifel daran haben: „Sagt der dem ‚Piatto‘ jetzt die Wahrheit?“, aber es ist schon ein gewisses Indiz, dass da auch eine Substanz hinter ist.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Obwohl: Ich stelle es mir sehr schwer vor, eine inhaftierte Quelle zu steuern. Was haben Sie unternommen, um das zu tun?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Die Auswertung steuert die Beschaffung ja in Hinsicht davon, dass sie sagt: Was sind unsere Interessensschwerpunkte? Was interessiert uns und was nicht? - Das ist letztendlich unabhängig von der Situation der Quelle, ob sie durch Einschränkungen räumlich begrenzt ist, ob sie bestimmte Zugangslagen nicht hat, nicht mehr hat. Das sind dann Dinge, die die Beschaffung klären muss, um zu sagen: Können wir die Informationen, die die Auswertung haben will, auf diesem Wege gewinnen oder nicht?

Insofern: Die Steuerung findet statt durch die klare Ansage an die Beschaffung: Was wollen wir haben und was vielleicht auch weniger?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Damals hat der brandenburgische Verfassungsschutz ein Postfach eingerichtet. War das auch Auftrag Ihrer Abteilung?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Nein. Die Frage von Beschaffungslogistik: „Was brauche ich, um mit einer Quelle sicher zu kommunizieren?“, ist eine ausschließliche Beschaffungsfrage. Das heißt, was dort entschieden wurde - ich glaube, 95; das habe ich aber nur den Akten entnommen, dass dieses Postfach angemietet wurde -, ist eine reine Beschaffungsfrage.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das haben Sie durch die Akten erfahren. Das war Ihnen damals als Auswertung nicht klar.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Da habe ich keine Erinnerung dran, wie jetzt genau die Modalitäten waren, ob mir das bekannt war, wie Postverkehr zwischen Beschaffung und „Piatto“, zwischen den anderen Extremisten und „Piatto“ stattgefunden hat. Das weiß ich nicht mehr. Aber auf jeden Fall ist die Frage der Beschaffungslogistik - Fahrzeuge, Telefone, Postfächer und Ähnliches - eine reine Beschaffungsarbeit, wo sich die Auswertung auch nicht einmischt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aha.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Das wundert Sie?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja, es wundert mich schon ein bisschen. Aber gut. - Also, wenn Sie als Auswerter so viele Informationen bekommen von einem Inhaftierten - und ich glaube, dass er inhaftiert war, muss Ihnen ja klar gewesen sein -

, -

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - dass man sich dann schon mal die Fragen nach der Logistik dahinter stellt oder die auch hinterfragt oder innerhalb Ihrer Behörde diskutiert, das würde ich schon voraussetzen.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Ich bin mir sicher, dass das im Beschaffungsbereich und auch mit der Amtsleitung, also der Abteilungsleitung, diskutiert wurde. Aber die Auswertung hat andere Schwerpunkte, was ihre Aufgabe angeht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Also, wir stellen fest: Sie haben zumindest gewusst, dass ein inhaftierter Mensch hier Möglichkeiten hat, intensiven Postverkehr zu betreiben. Wer hat denn dann entschieden, welche Materialien von dieser Quelle beschafft werden sollen? Weil Sie gerade sagen, Sie haben auch gesagt, in welche Richtungen Sie Informationen haben wollen.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Ja. Also, wenn es etwa um die konkrete Frage: „Wollen wir eine bestimmte Skinhead-Publikation haben?“ - - dann wurde das der Beschaffung mitgeteilt: Wir haben Interesse daran.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Ob die das über die Quelle X, über die Quelle Y, über einen Ermittler, der in einen Szeneladen geht und so etwas kauft - - das sind dann die Fragen, die die Beschaffung klären muss: -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ah, verstehe.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: - Wie kriegen wir eigentlich diese Informationen? Ist „Piatto“ der Beste, der das haben kann? - In der Zeit war er es häufig.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Minute, bitte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. - Sie sagten gerade: Schriftstücke - ich nehme an: Fanzines. Was für Dinge waren das noch? Also, ging es da in der Zeit teilweise auch um Musik sehr viel, um T-Shirts, Devotionalien? Was spielte da alles eine Rolle, was Sie als Auswertung interessiert hat?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Also Schriftstücke: sicherlich sehr wichtig. Es ging aber natürlich gerade auch um Informationen die Zukunft betreffend, also Fragen: Gibt es Erkenntnisse über die Planung von Veranstaltungen, Konzerten und Ähnliches? - Das waren Dinge, die uns natürlich sehr stark interessierten. Tonträger auch; da weiß ich aber nicht, ob das in dieser Phase eine Rolle spielte, ob „Piatto“ in der Haftsituation überhaupt Tonträger haben konnte, haben durfte. Das ist mir jetzt, was diesen Zeitraum 94/95 angeht, nicht so präsent. Aber die Schriftstücke auf jeden Fall.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Und haben Sie diese Schriftstücke, diese Materialien im Original erhalten?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und wie sind Sie damit dann umgegangen? Sind die dann bei Ihnen verblieben, oder sind die an die Quelle zurückgegangen?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Das kam drauf an. Es gab durchaus häufig die Aussage der Beschaffung: Wertet das schnell aus, weil es muss wieder zurück in den Kreislauf. Es wäre nicht zu erklären, wenn „Piatto“ nicht mehr im Besitz bestimmter Schriftstücke oder anderer Dinge wäre.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wem gegenüber hätte man das erklären müssen?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Na, zum Beispiel gegenüber einem Autor, der eine Antwort auf seinen Brief erwartet und der dann sagt: Ich habe den Brief gar nicht bekommen. Hm, merkwürdig. - Das heißt, die Auswertung war zum Teil auch unter einem gewissen Zeitdruck, diese Dinge auszuwerten, in der Regel dann bei relevanten Dingen durch Kopien oder durch das schnelle Verfassen von Deckblattmeldungen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Frage!

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Moment, das hieße ja, dass der Verfassungsschutz die Briefe vor „Piatto“ hatte.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Das kann in Einzelfällen der Fall gewesen sein, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sind Sie da sicher? Wie gesagt, das lief ja über ein Postfach. Er war ja nun im Gefängnis, inhaftiert, und der V-Mann-Führer konnte dieses Postfach öffnen.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Gehe ich von aus, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ist er dann erst zu „Piatto“ oder erst zur Beschaffung damit?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Das wird unterschiedlich gewesen sein. Das kann mal so, mal so gewesen sein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mhm.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Damit müssen wir es jetzt erst mal bewenden lassen. - Wir wechseln zur CDU-Fraktion. Herr Dr. Redmann. Wir haben hier ein Zeitregime - 15 Minuten -, und ich versuche es einzuhalten.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Alles klar.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Herr Dr. Redmann, bitte.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Herzlich willkommen, Herr Meyer-Plath.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Guten Tag.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ich möchte an das anknüpfen, was meine Kollegin auch schon eingangs fragte. Auf eine Frage antworteten Sie, dass Ihnen nicht erinnerlich sei, dass in dem Zeitraum, in dem Sie im Landesamt für Verfassungsschutz waren, Brandenburg Quellen von anderen Landesbehörden übernommen hätte. Ist es Ihnen denn erinnerlich, dass in dem fraglichen Zeitraum Brandenburg Quellen von Bundesbehörden übernommen hat?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Also der fragliche Zeitraum: Sagen wir jetzt, die 90er-Jahre so?

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ja.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Also da kann ich mich an jetzt nicht exorbitant viele, aber an eine Handvoll Fälle erinnern.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Gibt es auch Fälle im Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand, den wir hier haben als Untersuchungsausschuss, in denen das Landesamt Quellen vom Bund übernommen hat?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Das kann ich Ihnen nicht beantworten. Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Okay. - Ist „Piatto“ vorher von einer Bundesbehörde geführt worden?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Nein. Wenn das die Frage war: Nein.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Sie beschrieben im Bundestagsuntersuchungsausschuss, dass Sie Ende 1996 ins Beschaffungsreferat wechselten, weil dieses im Gegensatz zum Auswertungsreferat noch nicht so gut gelaufen sei. Was genau lief da noch nicht so gut? Also, gab es einfach zu wenige V-Mann-Führer oder Anwerber, oder gab es handfeste qualitative Mängel?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Das konnte ich so nicht beurteilen. Meine Aussage aus dem Berliner Untersuchungsausschuss bezog sich darauf, dass der Personalabteilungsleiter, Personalreferatsleiter - ich muss in diesen beiden Welten immer hin- und her- - also der Personalreferatsleiter mit diesem Ansinnen auf mich zugekommen ist und mich gefragt hat, ob ich zu einem Wechsel bereit wäre, und diese Begründung angegeben hatte, dass dort sozusagen die Aufbauarbeit noch nicht so

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

weit fortgeschritten war wie - aus seiner Sicht - im Auswertungsreferat. Das habe ich durchaus als Kompliment für die Arbeit des Auswertungsreferates damals entgegengenommen, was meinen Enthusiasmus, in einen anderen Bereich zu wechseln, dann ja auch nicht gemindert hat.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Und wenn Sie heute mit der Erfahrung, die Sie inzwischen ja in Ihrem beruflichen Werdegang gesammelt haben, darauf zurückblicken: Können Sie da die Einschätzung des Personalreferatsleiters teilen?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Auf jeden Fall war die Zugangslage nach wie vor ausbaufähig. Auswertung kann nur das auswerten, was es auszuwerten gibt. Natürlich kann Auswertung in vieler Hinsicht auch proaktiv laufen, aber eben mit bestimmten Grenzen. Insofern: Ja, die Beschaffung konnte besser werden.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Uns ist in den Akten aufgefallen, dass Sie bereits am 09.12.1996 eine Deckblattmeldung unterschrieben haben. Das hat uns gewundert, weil Sie zu diesem Zeitpunkt ja noch Auswerter waren. Können Sie sich das erklären?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Nein.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ist es tatsächlich unüblich, oder wäre es ein unüblicher Vorgang, dass ein Auswerter eine Deckblattmeldung unterschreibt? Also, wer unterschreibt die Deckblattmeldungen in der Regel?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Der V-Mann-Führer, also der Verfasser dieser Meldung, der ja auf Erkenntnisse einer Quelle zurückgreift. Ich weiß nicht, ob das eine Frage des Übergangs war, dass ich zwischen Auswertung und Beschaffung möglicherweise vorher schon, obwohl ich noch nicht offiziell umgesetzt war, bereits für ein paar Tage dort eingesetzt war. Das kann ich Ihnen aber nicht mehr sagen aus der Erinnerung.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Sie hatten ja dann danach, 1997, die Aufgabe, gemeinsam mit Ihrem Kollegen Dieter Borchert „Piatto“ zu treffen und ihn auch abzuschöpfen. Wie war Ihr Verhältnis zu Dieter Borchert?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Kollegial. Also, ich hatte keine Probleme im Umgang mit Dieter Borchert

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Sie waren ja damals noch ein sehr junger Mitarbeiter, obgleich Sie vorher schon eine andere Tätigkeit hatten. Wir haben von anderen Zeugen gehört, dass Dieter Borchert durchaus etwas zu - ich würde es mal etwas salopp ausdrücken - Allüren neigte und durchaus dazu neigte, auch andere Mitarbeiter als Schreibkräfte zu benutzen, obwohl sie dazu eigentlich viel zu qualifiziert waren. Wie gestaltete sich, sagen wir mal, die Arbeitsaufteilung bei Ihnen, als Sie mit Dieter Borchert zusammenarbeiteten? Hatten Sie das Gefühl, dass Sie auf Augenhöhe mit ihm zusammenarbeiteten - und durften zum Beispiel auch selbst Fragen stellen bei den Gesprächen mit „Piatto“ -, oder gab es da eher eine klare Koch-und-Kellner-Aufteilung?

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Meine Aufgabe im Beschaffungsreferat als Referent war ja sehr viel weitergehend als jetzt nur die Unterstützung in der V-Mann-Führung im Fall „Piatto“. Insofern war das ein Teilaspekt, und für diesen Teilaspekt hatte ich, denke ich, gebührenden Respekt von Dieter Borchert, gerade durch meinen Auswertungsvorlauf. Er wusste, dass ich, was die Erkenntnislage „Piatto“ angeht, voll im Stoff stehe. Insofern war das dann in der Frage der Abschöpfungsgespräche ein echtes Teamwork, was ohnehin in der Führung von V-Personen aus meiner Sicht, wenn es die Ressourcen zulassen, einer Einzelführung auf jeden Fall vorzuziehen ist, gerade bei sehr wertigen Quellen, wo ja in der Führung die Fragen der Informationsübergabe, aber auch der sonstigen Themen, die vom V-Mann kommen, die ja sehr häufig auch seinen Privatbereich betreffen, Probleme im privaten Bereich - - Hier immer die Spanne aufrechtzuerhalten, ist natürlich sehr viel besser, wenn man zu zweit ist, wo der andere dann eben auch schon sich überlegen kann: „Wie wird das verschriftet? Wie kann man das machen?“, Dinge vielleicht auch mal ein bisschen sacken lassen, um in einer zweiten Befragungsrunde - nicht unähnlich wie hier - dann auch noch mal zu vertiefen.

Insofern waren diese Abschöpfungsgespräche - - an die habe ich sehr, sehr gute Erinnerungen, weil hier zwei Leute mit „Piatto“ zu tun hatten, die sein Erkenntnisaufkommen sehr gut eben auch aufnehmen konnten, was bei mir an diesem Auswertungsvorlauf lag. Das war ja auch die Idee des Gefechts.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ich will noch mal auf die Abschöpfungsgespräche zu sprechen kommen. Wie sind die abgelaufen? Wie erinnern Sie sich? Also, wie war die Art des Umgangs mit der V-Person?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Es ging natürlich darum - ich habe darüber ja auch im Berliner Untersuchungsausschuss viel ausgesagt -, einen begrenzten Zeitraum - denn wir waren immer unter Zeitdruck, gerade 97 noch, 98 dann etwas weniger - - dass „Piatto“ nur wenige Zeit außerhalb der JVA verbringen konnte, und diese Zeit eigentlich mindestens drei Dinge immer zu erfüllen waren, nämlich einmal Kontakte mit der Szene, dann aber auch sein sonstiges Privatleben, was er hatte, was sich ja auch innerhalb dieses Ausgangs oder der kurzen Hafturlaube gestalten musste, und dann die Abschöpfung, die möglichst zeitnahe Abschöpfung, die natürlich elementar ist, gerade bei dynamischen Lagen.

Deswegen war eine ganze Menge Logistik notwendig, um das so effizient wie möglich zu gestalten. Das heißt, es war in der Regel so, dass ich nur zu den Abschöpfungsgesprächen dazukam, die möglichst weit außerhalb seines Wirkungsbereichs JVA Brandenburg oder der Einsatzbereiche, die er dann extremismusrelevant hatte, durchgeführt wurden, um dann wieder schnell zur JVA zurückgebracht zu werden, was in der Regel Dieter Borchert machte. Im Vertretungsfall allerdings - gerade in diesem Sommer 98 - habe ich das dann auch selber gemacht, mit aller Logistik, die dann im Nachrichtendienst sowieso noch der Fall ist - das kennen Sie aus dem Berliner Untersuchungsausschuss ja auch -: Kennzeichenwechsel und diese ganzen Dinge, die für die operative Sicherheit elementar sind.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Ich weiß, ich bin im Berliner Untersuchungsausschuss - oder eher danach - kritisiert worden, ich wäre so eine Art Fahrdienstleiter oder persönlicher Fahrer von „Piatto“ gewesen. Die Treffs im Auto, die Modalitäten auch der Abschöpfung zum Teil im Auto waren für die operative Sicherheit notwendig. Anders hätte man das nicht geschafft.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Mich würde noch mal konkret die Situation der Abschöpfung selbst, also die Art und Weise der Abschöpfung in diesem konkreten Fall, interessieren. Wurde zum Beispiel gezielt gefragt, oder war das eher so ein Smalltalk, bei dem man dann bei Gelegenheit die Informationen bekam? Oder war das schon sehr punktgenau, und es war auch klar, dass man in einem kurzen Zeitraum sehr viele Informationen übermitteln wollte?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Ja, das war eine Druckbetankung, und zwar gegenseitig: einerseits durch die Informationen, die von „Piatto“ an uns flossen, und andererseits mit den Fragen - Fragen, die aus dem Gespräch selber kamen, Fragen, die wir mitgebracht hatten, Fragen, die die Auswertung mitgegeben hatte, Lichtbildvorlagen, konkrete Fragen zu Personen, zu Strukturen, zu Ereignissen. Das waren sehr, sehr intensive, anstrengende Gespräche.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Wurden - Sie sprachen gerade von Fragen - auch explizit Aufträge an ihn vergeben dann bei diesen Gesprächen?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Ja. Es wurden insbesondere - - mussten häufig Entscheidungen getroffen werden, was etwa seinen - - den Zeitansatz beim wiederum nächsten Ausgang bedeuten würde. Es gab ja häufig konkurrierende Ereignislagen: eine Veranstaltung der Struktur XY dort, eine andere dort. Was ist uns wichtiger? Was ist der Auswertung wichtiger? - Das musste abgewogen werden. Er musste dazu sagen: Ist es plausibel, wenn ich da nicht hingehe, sondern dahin gehe? Kann ich das der Szene erklären? - Hier waren immer auch Fragen der operativen Sicherheit mit zu denken.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Und diese Aufträge, die an ihn vergeben wurden, die stammten dann, wenn ich Sie richtig verstanden habe, von der Auswertung.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Ja. Wenn Sie natürlich sozusagen ein Ereignis, was die Auswertung noch gar nicht kennen konnte, weil es etwas war, was „Piatto“ jetzt exklusiv bei diesem Gespräch brachte - - und ad hoc eine Entscheidung getroffen wurde: „Wie gehen wir damit um?“, dann war damals in der Regel keine Rückkopplung mit der Auswertung möglich, und es wurden dann auch von der Beschaffung selber Schwerpunkte gesetzt.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Wir haben den Akten entnehmen können, dass „Piatto“ im November 1997 förmlich als V-Mann verpflichtet werden sollte, was aber dann unterblieb zu dem Zeitpunkt, weil es gegen ihn den Anfangsverdacht einer Schutzgelderpressung gab. Wissen Sie, wie das Verfahren der Verpflichtung weiterging?

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Nein, da habe ich keine Erinnerung dran. Ich erinnere mich an die Frage dieser Schutzgelderpressung. Dass daran aber die Frage seines Status geknüpft wurde, da habe ich keine eigene Erinnerung dran.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ist Ihnen irgendwie erinnerlich, dass später noch mal das Thema der Verpflichtung irgendwie aufkam?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Nein.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Können Sie sich vorstellen, dass die Verpflichtung schlicht vergessen wurde? Also, hat dieser Status so eine Relevanz, dass jedem immer klar ist, hier ist jemand noch nicht verpflichtet, der eigentlich verpflichtet werden müsste? Oder ist das etwas, was auch dann - - und deshalb vielleicht absichtlich hintangestellt wurde? Oder kann es auch etwas sein, was schlicht vergessen wurde?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Man kann aus bestimmten Gründen von einer Verpflichtung absehen. Ob das aber ein bewusster Akt war, das zu tun - - Das hätte auch dokumentiert werden müssen, wenn man sich dagegen entscheidet. Aber das kann ich Ihnen nicht mehr sagen.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Wie erschien Ihnen das Verhältnis von Dieter Borchert. und Carsten Szczepanski?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Professionell.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Professionell oder auch darüber hinausgehend zum Beispiel freundschaftlich, zugewandt? Glauben Sie, die beiden hatten füreinander Sympathien?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Das kann ich Ihnen nicht beantworten. Das war auch eine Frage, die sich im Berliner Untersuchungsausschuss - - für Aufmerksamkeit sorgte, als ich offenbarte, dass ich mich mit „Piatto“ geduzt habe. Das ist allerdings - - In dem Zusammenhang muss man gucken: Wie passt das zusammen? Sind das Menschen relativ gleichen Alters, die hier in einer doch extremen Situation eine Geschäftsbeziehung haben? Das heißt, man muss sich nicht vorstellen, als ob mit „Piatto“ geredet wurde wie: „Du bist hier der Straftäter, und jetzt erzähl uns gefälligst mal was“, sondern das war schon ein Umgangston, der eben auch von gegenseitigem Respekt geprägt war. Da wurde auch mal gelacht.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Wenn wir uns so die Briefe anschauen, die „Piatto“ und Dieter Borchert - - also „Piatto“ an Dieter Borchert schrieb, dann entsteht der Eindruck, dass das Verhältnis zwischen den beiden äußerst eng und auch vertraut war. Kannten Sie diese Briefe, die „Piatto“ an Dieter Borchert schrieb, entweder als Auswerter oder dann als Co-V-Mann-Führer?

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Ich habe sie jetzt im Rahmen der Vorbereitung auf diese Sitzung gesehen. Ich kann mich nicht erinnern, sie damals gesehen zu haben, kann das aber nicht ausschließen.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): In den Briefen wird ja oft das C18-Logo verwendet, und es finden sich darin auch so Formulierungen wie: „Es wird 88-mal nur das Beste gewünscht“ und Ähnliches. Das wirkt ja durchaus ein bisschen distanzlos und geht jetzt vielleicht auch über das rein Professionelle, was Ihr Eindruck war, hinaus. Sie sagten ja, Sie haben die Briefe sich auch angeschaut. Wie würden Sie das vor dem Hintergrund Ihrer heutigen Erfahrung bewerten?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Das ist schwierig. Ich denke, dass „Piatto“ gegenüber vielen der Beobachtungsobjekte, von denen hier die Rede war, selber eine Distanz hatte, die eben dann offensichtlich in diesem Schriftverkehr mit Dieter Borchert eine ironische Distanz auch war. Also, ich lese aus diesen Briefen ein hohes Maß an Ironie, was dafür spricht, dass die beiden ein Verhältnis hatten, die gegenseitige Ironie zu verstehen, was aber, wenn man doch über Jahre eben eine solche V-Mann-Führer-V-Mann-Beziehung hat, nicht ausbleibt, dass man sich so kennt, dass man auch weiß, unter Umständen auch das Mittel des Humors einzusetzen, so schwierig dieser Humor sicherlich für Dritte dann nachvollziehbar ist.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Frage bitte.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Also würden Sie zum Beispiel diese Formulierung, die ich da gerade ansprach - „88-mal nur das Beste“ -, in den Bereich der Ironie einordnen?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Das wäre jetzt meine Bewertung, ja.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Sie waren - -

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ja, gut, die allerletzte.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Sie waren damals ja noch sehr jung und das erste Mal in dem Bereich Beschaffung, V-Mann-Führung tätig. Wie würden Sie - - Fühlten Sie sich damals in dieser Funktion, die Sie da hatten, angemessen gefordert, oder hatten Sie damals vielleicht auch selbst den Eindruck, dass das, was Sie damals taten, vielleicht vor dem Erfahrungshintergrund, den Sie hatten, eine Überforderung war?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Nein, das hatte ich nicht, weil meine Vorgesetzten mir das auch zugetraut haben. Ich hatte gerade auch den Eindruck: Dieser Aspekt meiner Arbeit, der mit der Unterstützung der Führung von „Piatto“ zu tun hatte, das ist so mit das Wertvollste, was der Brandenburger Verfassungsschutz aktuell macht. Also, ich bin sozusagen wirklich am Puls dessen, was diese Behörde aktuell ausmacht. Das war natürlich auch ein hoher Grad der Motivation, das Feedback der Auswertung, die sagte: „Ja, das sind hochgradig wertige Informationen, die ihr hier bringt“, auch von

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

der Abteilungsleitung. Insofern fühlte ich mich geborgen in dem, was ich tat, sowohl was die Bedeutung anging, aber auch, dass ich meine Arbeit gut mache. Aber das müssen andere entscheiden.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Danke.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Wir sind bei der Fraktion der Linken. Frau Johlige.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. - Auch von mir herzlich willkommen in unserem Ausschuss. Ich muss jetzt noch mal ein bisschen zurückspringen, weil das ging mir gerade zu schnell an ein paar Stellen. Ich habe ein paar Sachen einfach noch nicht vollständig verstanden.

Ich bin noch bei dem Postfach. Wir haben jetzt dieses Postfach, und der V-Mann-Führer leert das. Dann ist ja immer noch die Frage: Wie kommt eigentlich diese Post in die JVA?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Das weiß ich nicht. Das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich habe selber keine Post in die JVA gebracht. Also, dieser Kreislauf, der sich ja aus der bisherigen Diskussion ergeben hat - es schreibt jemand an das Postfach, der V-Mann-Führer lehrt es, bringt es zur Behörde oder zu „Piatto“, je nachdem -, wie das ablief, kann ich Ihnen nicht sagen. Daran war ich nicht beteiligt.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Also, wir haben einen Brief, wo Szczepanski an seinen V-Mann-Führer schreibt:

„Was ich Dir noch vorschlagen wollte ist, ob es nicht organisatorisch besser wäre wenn ich denn Dir fortan ‚nur‘ noch Kopien aushändige. Die bräuchte ich nicht zurück und Du hättest mehr Zeit zur Sichtung.“¹

Das heißt, man kann ja auch davon ausgehen, dass, wenn man das so liest, Szczepanski in seinem Haftraum wahrscheinlich dann die Fanzines, Briefe usw. gelagert hat, was im Endeffekt ja mit den Regelungen in der JVA nicht wirklich übereinstimmt.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Es kann auch sein, dass er Post auch direkt bekommen hat, also dass er nicht - - Man konnte ja auch an die JVA ihm schreiben. Deswegen hat wahrscheinlich „Piatto“ sich auch Gedanken um diese Modalitäten gemacht. Was jetzt mit den Materialien, dem Schriftgut, CDs und Ähnlichem - - wie das in der JVA gehandelt wurde, das kann ich Ihnen nicht sagen.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Die Frage, die sich mir dann stellt, ist, ob der Verfassungsschutz damit nicht „Piatto“ vor allem mit dem Postfach erst irgendwie die Möglichkeit geschaffen hat, in der JVA quasi ein Konvolut von Fanzines anzulegen, die er dann auch möglicherweise hätte weiterverticken können oder Ähnliches.

¹ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: Piatto Komplex, 1996.pdf, Seite 1.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Also, ein Großteil - ich weiß jetzt nicht die Prozentzahl - von diesen Fanzines waren ja auch nicht strafrechtsbewehrt. Ein Teil sicherlich; aber kann ich Ihnen jetzt im Einzelfall auch nicht sagen.

Das Postfach: Soweit ich das eben aus Beschaffungssicht sehe, war es notwendig für die Kommunikation. Wir leben ja in einer Zeit ohne Handys, wo also tatsächlich noch mit Briefen viel gearbeitet wurde. Und es ermöglichte die Kommunikation von „Piatto“ mit Extremisten unter den Augen des Verfassungsschutzes, dass man also sehen konnte: „Wer schreibt ihm? Was schreibt er ihm?“, was durchaus als nachrichtendienstlicher Gewinn zu werten ist.

Ob er ein großes Lager und einen Handel mit diesen Dingen dann gemacht hat, weiß ich nicht. Er bekam ja sicherlich keine großen Stückzahlen da geschickt, sondern es waren Einzelexemplare, die er zu seiner Habe genommen hat. So kann ich mir das vorstellen.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Die Frage ist ja, was dann bei Haftraumkontrollen zum Beispiel passierte. Das muss ja aufgefallen sein.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Ja, aber da, glaube ich, finden sich in der Akte ja auch durchaus Dinge, wo „Piatto“ sich über Haftraumkontrollen erregt - aus seiner Sicht wahrscheinlich berechtigt - und wo dann wahrscheinlich auch Dokumente entfernt wurden, andere aber auch nicht. Also, er lebte schon ständig auch in dem Bewusstsein, dass solche Haftraumkontrollen passieren können.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Waren Ihnen da Absprachen mit der JVA bekannt?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Nein.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Wie legendiert man denn eigentlich so ein Postfach? Also, er hatte dieses Postfach; das ist auf seinen V-Mann-Führer sozusagen angemeldet. Hat sich da jemals irgendwie in der Szene mal jemand gefragt, wie eigentlich jemand aus einer JVA heraus so ein Postfach betreiben kann?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Das ist mir nicht bekannt.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Das ist Ihnen nicht bekannt. Okay. - Dann würde ich ganz gern zu einem anderen Komplex kommen. Der Kontakt des Verfassungsschutzes, als Szczepanski in der JVA einsaß, lief ja über V-Mann-Führer oder Verfassungsschützer, die als Sozialarbeiter legendiert waren. Da haben wir in den Akten zwei Sozialarbeiter, einmal Wolf Egbert Schulz und dann Dieter Borchert. Da würde mich interessieren, wie die Zusammenarbeit zwischen der Auswertung und diesen Sozialarbeitern war. Also, wurden da auch mündlich Informationen ausgetauscht, wenn es mal schnell gehen musste, oder lief das dann immer über schriftliche Mitteilungen?

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Beides.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Beides. - Was uns so ein bisschen wundert, ist: Szczepanski hatte eine Telefonerlaubnis für den Sozialarbeiter Wolf Egbert Schulz. Allerdings finden wir in unseren Akten keine Aufzeichnungen von diesen Telefonaten. Also, die durften jede Woche zehn Minuten miteinander telefonieren; aber wir haben dazu nichts. Wir wissen nicht, was bei den Telefonaten lief. Ist das üblich? Oder wissen Sie da, wo die Aufzeichnungen sind?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Ich könnte mir vorstellen, dass diese Aufzeichnungen in Form von Treffberichten - - dass sie dort eingeflossen sind oder, wenn extremismusrelevante Erkenntnisse dort geflossen sind, in Deckblattmeldungen geflossen sind. Aber da kann ich Ihnen sonst keine weiteren Erläuterungen zu machen, weil ich diese Gespräche nicht selber geführt habe.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Aber die Informationen von Wolf Egbert Schulz haben Sie bekommen.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Mir sagt dieser Name nichts.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Darf ich sagen, wer das war? - Also, wir wissen ja, wer Wolf Egbert Schulz war. Dürfen wir das sagen, um die Erinnerung anzu- -

(Zurufe von Vertretern der Landesregierung: Nein! - Zuruf: Referatsleiter hoch: Ja!)

- Dürfen wir nicht. Okay. Aber er ist doch über Referat- -

(Zuruf: Ist schon die Ebene!)

- Ist schon Referatsleitung?

(Frau Melbert [MIK]: Mir sagt der Name jetzt auch nichts! Ich weiß nicht, wer dahintersteckt!)

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Ich höre den Namen zum ersten Mal, ganz ehrlich!

(Abgeordnete Gossmann-Reetz [SPD]: Könnte ein Referent ihm das mal zeigen? - Gegenruf der Abgeordneten Vandré [DIE LINKE]: Soll ich machen?)

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Ja, mach mal.

(Abgeordnete Vandré [DIE LINKE]: Ihm oder dem Ministerium?)

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ich würde vorschlagen, beiden.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

(Dem Zeugen und Vertretern der Landesregierung werden Unterlagen vorgelegt.)

- Also: Genehmigung erteilt. Frau Johlige, Sie dürfen.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Nach unserer Erkenntnis war das Herr O [REDACTED]. Wie gesagt, es gab die Telefonerlaubnis. Wenn Ihnen sozusagen der Name nicht bekannt ist, wundert uns das jetzt schon ein bisschen, weil: Wozu gab es dann die Telefonerlaubnis?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Also, ich kann mir, ehrlich gesagt, nicht vorstellen, dass Herr Schulz - Herr O [REDACTED] - selber Gespräche mit „Piatto“ geführt hat. Ich denke, dass es - - Sie hatten ja zwei genannt, die diese Telefonerlaubnis hatten.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Nee. Die Telefonerlaubnis gab es nur für Wolf Egbert Schulz.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Okay. - Dann kann ich Ihnen dazu nicht mehr sagen. Also, ich habe - - Wie gesagt, für die Auswertung spielte das ja eh nicht die Rolle, diese Gespräche. Insofern kann ich es auch nicht ausschließen, dass diese Gespräche auch geführt wurden. Aber wer sie genau geführt hat, das weiß ich nicht.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Aber - - Na ja, gut. Okay.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Es ging ja darum, das zu legendieren: Mit wem spricht „Piatto“ in diesem Moment? Und wer dann auf der anderen Seite am Hörer war, ist dann wahrscheinlich nicht entscheidend.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Das Problem, das wir darin sehen, ist, dass Herr Borchert als legendierter Sozialarbeiter auch Zugang zur JVA erhalten hat und gleichzeitig sein Referatsleiter auch noch mal eine Telefonerlaubnis hatte. De facto sind es also ja zwei Quellen oder zwei Verbindungen, die zu Herrn Szczepanski da durchgezogen wurden in die JVA rein, die ja dann auch bei Ihnen in der Auswertung aufgetaucht sein müssen, in den Erkenntnissen.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Die Übermittlung der Erkenntnisse an die Auswertung erfolgt ja nicht durch einen einzelnen Mitarbeiter, sondern durch die Beschaffung als solche. Also, da wird nicht unterschieden, wer an den Treffs teilgenommen hat, wer die Informationen konkret entgegengenommen hat. Das ist eine reine beschaffungsinterne Frage. Die Beschaffung kriegt Deckblattmeldungen, die in der Regel vom Leiter unterschrieben werden, diese Übermittlungsschriften an die Auswertung. Insofern spielte das jetzt für die Auswertung überhaupt keine Rolle.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Okay. - Dann würde ich ganz gern zu Herrn Borchert kommen. In der Zeit, als Sie in der Auswertung waren, hatten Sie da irgendwie den Eindruck - - Also, Sie haben gesagt, das war eine sehr hochwertige Quelle, sodass man davon ausgehen kann, dass die Informationen wahrscheinlich

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

auch sehr hochwertig waren. Trotzdem stellen wir uns so ein bisschen die Frage: Warum wurden denn jetzt genau Sie zugeordnet dieser Quelle? Damit es zwei gibt, weil es so eine hochwertige Quelle war? Oder gab es da noch andere Gründe?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Das war - - So wurde mir das dann auch vom Referatsleiter geschildert: Das Erkenntnisauftauchen von „Piatto“ ist so hoch, und die Möglichkeit, ihn auch eben zu Dingen zu befragen, die einen Auswertungshintergrund sinnvoll machen, wurde als so wertvoll erkannt, zu sagen: Ja, da schicken wir den mit. - Denn es ist natürlich eins, als Beschaffer, sozusagen als reiner Auftragsmittler zu pendeln, oder ob ich in der Lage bin, selbstständig eben auch dann gleich auf die Erkenntnisse zu reagieren und viel tiefer zu fragen. Das war der Vorteil, den ich eben durch diesen jahrelangen Vorlauf gerade auch seiner Erkenntnisse hatte.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Und wie hat er darauf reagiert, als er das erfahren hat? Also, wir haben so ein bisschen ein Bild von ihm bekommen in den letzten Zeugenbefragungen. Wenn wir das so richtig verstanden haben, dann war er ja schon relativ stolz, dass er hier die Topquelle führen darf. Wie hat er denn reagiert, als er erfahren hat, dass da jetzt ihm noch jemand Weiteres an die Seite gestellt wird?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Also, ich habe den Eindruck, dass er das als Bereicherung empfunden hat.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Woran machen Sie das fest?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Das sind Signale des kollegialen Miteinanders, wo man sagt: Ich mache das gern. - Ich glaube, ich hätte durchaus gespürt, wenn er den Eindruck hätte, dass er das als unerfreuliche Bereicherung gesehen hätte.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Okay. - Nach unseren Akten - - Sie haben, glaube ich, ausgesagt - - Bei einem Untersuchungsausschuss im Bundestag haben Sie ausgesagt, dass Sie sich 37 Mal insgesamt mit Szczepanski getroffen haben. Also, damit kennen Sie ihn ja ganz gut. Können Sie uns mal beschreiben, was aus Ihrer Sicht das so für ein Mensch war? Was ist so Ihre Zusammenfassung für uns?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Ja, das ist eine sehr komplexe Frage, Frau Abgeordnete. Selbst aus 37 Treffs, die ja nun zum Teil dann eben auch - - Ich habe bei Ihren Fragen, Herr Dr. Redmann, ja geschildert, in welchen Situationen diese Gespräche stattfanden. Wie viel Zeit da ist, sozusagen in den Menschen hineinzugucken, das ist schwierig - plus natürlich den zeitlichen Abstand. Also, ich habe mich in einem Raum mit ihm nicht unangenehm gefühlt. Also, es war nicht so, dass ich die Minuten gezählt habe, wann ich endlich die Anwesenheit von „Piatto“ wieder verlassen kann. Insofern war das ein junger Mensch, über den ich halt viel wusste durch das Extremismusrelevante, von dem ich aber eben auch merkte, wie er eben bereit war, durch viele Informationen und sehr konkrete Informationen über handelnde Personen und Strukturen dieser Szene auch zu schaden. Denn natürlich spielt immer, wenn Sie mit einer V-Person zu tun haben, die Frage: „Ist das eigentlich jemand, der jetzt im Herzen sozusagen noch voll in der Szene ist und nur wegen

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

bestimmter Dinge, die er jetzt durch die Zusammenarbeit gewinnt, bereit ist, Informationen zu geben, oder gibt es da bereits auch eine Distanz, die sich in der Regel in Jahren dann sowieso entwickelt, zur Szene bei V-Personen?“ - - Das ist schwer zu sagen. Also, ob er tief in seinem Herzen geläutert war von all dem, was er vorher ja als Straftäter und Extremist angerichtet hatte, das vermag ich nicht zu sagen. Aber sein Handeln war halt eine Form, zu helfen, den Extremismus in Brandenburg und deutschlandweit erheblich einzudämmen.

Ansonsten - ich hatte es angedeutet -: Da wurde auch gelacht. Es wurde ja zum Teil auch - - Es ist ja ein Gesprächsthema. Herr Vorsitzender, Sie sagten am Anfang, als Sie mir die ersten Fragen stellten zum Lockermachen, so ungefähr - - Natürlich wird auch über Privates gesprochen. Es wird über Fußball gesprochen, über Filme, über Musik. Und da saß mir ein Mensch gegenüber, der eben auch ganz normale Interessen hatte, also Interessen, wie wir sie in dem Alter vielleicht auch gehabt haben.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Fußball: Welche Mannschaft?

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Frage, bitte.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Hertha und Chelsea.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Hertha und Chelsea. Okay.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Chelsea eigentlich für einen Rechtsextremisten undenkbar. Stichwort: Judenverein, Schwulenverein, alles Mögliche - und er schwärmte für Chelsea.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Okay. - Galt das auch für seinen V-Mann-Führer?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Hertha und Chelsea?

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Mhm.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Bei Chelsea weiß ich es gar nicht. Ich weiß, dass er auch Hertha gut fand, ja. Ob er es immer noch - -

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Er fand Hertha gut. - Wissen Sie, ob er, also der V-Mann-Führer in dem Fall, in irgendeiner Art und Weise in der Fanszene aktiv war?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Nein. Also, ich weiß es nicht, halte es aber für sehr unwahrscheinlich.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Also, ich stelle die Frage aus einem bestimmten Grund. Wir haben in einem Vermerk den Hinweis, dass Dieter Borchert Szczepanski schon von vorher aus Berlin kannte. Da fragen wir uns natürlich die ganze Zeit: Woher haben die beiden sich eigentlich gekannt? Und ist es nicht sogar ein Ausschussgrund, dass dieser Mensch dann die Quelle führt, wenn die sich vorher schon kannten?

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Also, ich weiß nicht, wo diese Information herkommt und wie belastbar sie ist. Ich halte das auch für sehr unwahrscheinlich - - und wäre auch nicht professionell. Je nachdem, welchen Bekanntheitsgrad sie gehabt hätten, hätte „Piatto“ ja Erkenntnisse über das Privatleben und Ähnliches gehabt. Also, ich kann mir das nicht richtig vorstellen.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Also, das haben wir aus der Akte, die der V-Mann-Führer beim OLG München dabei hatte und die uns ja inzwischen freundlicherweise zur Verfügung gestellt wurde. Wir können Ihnen das auch zeigen.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Das ist dann aber wirklich die letzte Frage.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Tut mir leid; -

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Nein, kein Problem.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): - aber es passte jetzt so gut.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Wir haben ja schon einige Zeitüberschreitungen heute gehabt.

(Der Zeuge liest in den ihm vorgelegten Unterlagen.)

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Ja, kann ich insofern sagen - - Was heißt „kennt“? Hier steht nicht „privat“. Sie wissen wahrscheinlich - da verrate ich, glaube ich, kein Geheimnis -, bei welcher Behörde Dieter Borchert vorher gearbeitet hat, bevor er nach Brandenburg gewechselt ist. Also, er hat bei einer Berliner Sicherheitsbehörde gearbeitet. Deswegen ist also das „Kennen“ im Sinne von: „Ja, ich weiß, wer das ist“ - - Das halte ich für sehr wahrscheinlich, da Piatto ja auch für die Berliner rechtsextremistische Szene eine große Rolle gespielt hat in der Zeit. Daraus ein persönliches Kennverhältnis zu nehmen, kann ich daraus nicht ablesen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann ist jetzt Herr Wiese von der Fraktion der AfD dran. - Bitte schön.

Abgeordneter Wiese (AfD): Guten Tag, Herr Meyer-Plath.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Guten Tag.

Abgeordneter Wiese (AfD): Herr Meyer-Plath, Sie haben vorhin geschildert, es wurde bei den Treffen gelacht, und man hat über vieles - auch Privates - gesprochen. Sicherlich hat man das eine oder andere Alkoholische zu sich genommen.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Nein!

Abgeordneter Wiese (AfD): Nicht?

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Ganz klares Nein.

Abgeordneter Wiese (AfD): Gut. - Aber Sie sind sich nähergekommen. So habe ich das jetzt verstanden. - Na ja, wenn man über Privates spricht, wenn man dies und jenes macht - - Sie können ja nicht sagen: „Bis hierher und dann ist Schluss“.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Nein, da möchte ich wirklich widersprechen, Herr Abgeordneter. Das ist - - V-Mann-Führung heißt natürlich, es geht um die professionelle Abschöpfung von Inhalten und Auftragserteilungen. Dass Sie das aber flankieren müssen, damit das fluppt, dazu gehört eben auch ein Austausch über Dinge außerhalb dessen. Das ist aber kein Näherkommen im Sinne von Sympathieentwicklung über diesen professionellen Umgang hinaus.

Abgeordneter Wiese (AfD): Na, dann schreite ich gleich mal zu dem Hauptpunkt, der mir am Herzen liegt. Es gibt ja fünf Deckblattmeldung zu dem Trio. Können Sie mir das mal mit eigenen Worten schildern, wie diese zustande kamen?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Ich hatte auch im Berliner Untersuchungsausschuss und in allen anderen gesagt, dass ich an den ganzen Zusammenhang, den die Quelle „Piatto“ mit den untergetauchten Rechtsextremisten aus Thüringen hatte, keinerlei Erinnerung mehr hatte, als der NSU dann im November 2011 bekannt wurde. Ich habe also keine Erinnerung an diese konkreten Treffen. Ich kann das nur der Akte entnehmen.

Darin kann ich entnehmen, dass von diesen fünf Meldungen, von denen Sie sprechen, ich, glaube ich, bei drei Treffs, die denen zugrunde lagen, dabei war. Aber ich habe daran keine Erinnerung mehr, an diese konkreten Treffs, als diese Informationen flossen, kann halt nur sehen, dass diese Informationen zum Teil von mir - da, wo ich teilgenommen habe - oder von Dieter Borchert - wo er dabei war -, verschriftet wurden. Ich habe aber keine Erinnerung mehr an diese konkreten Treffs.

Abgeordneter Wiese (AfD): Welche drei waren denn das?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Ich habe jetzt selber keinen Aktenrückhalt. Das war das Erste - da erinnere ich mich jetzt aus der Akte heraus -, bei dem überhaupt „Piatto“ von sich aus damals gesagt hat: Es gibt untergetauchte sächsische Rechtsextremisten - oder von Skinheads war die Rede -, die versuchen, eben unterzutauchen und dann die Dinge zu machen, die Sie alle kennen. Und später dann die Meldung, wo es um eine Konkretisierung ging: Was versuchen die eigentlich? Da war in der Zwischenzeit aber schon diese Zuspitzung durch die Waffenbeschaffung außerhalb meiner Zeit gewesen, danach aber eben die Frage: Was ist dabei rausgekommen, aus deinen Bemühungen, herauszukriegen, wie diese Waffenbeschaffung läuft? - Das ist aber jetzt reines Aktenstudium. Die Akten haben Sie wahrscheinlich vor sich.

Abgeordneter Wiese (AfD): Ich habe jetzt hier keine. Das sehen Sie ja. Ich habe nur eine Frage; das ist schon genug. - Die Frage ist dann eigentlich: War das der Grund, warum der dann hauptsächlich in Sachsen eingesetzt wurde? Oder was gibt es denn

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

da für Gründe? Warum nicht in Brandenburg, wenn man hier in Brandenburg was abschöpfen möchte, so relevante Dinge?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Also, meine Erinnerung ist nicht, dass er hauptsächlich in Sachsen eingesetzt wurde. Er war sporadisch auch in Sachsen. Das waren Dinge, die aber auch die Brandenburger sehr interessierten, insbesondere die Entwicklung der damals sehr virulenten „Blood & Honour“-Bewegung, also zu gucken: „Wie gestaltet die sich?“ - da gab es ja Spaltungen -, und die Frage: „In welche Richtung gehen wir? Eher Richtung Militanz, eher Richtung kommerzielle Aktivitäten?“. Das war auch aus Brandenburger Sicht relevant, und das war auch der Grund, warum er sporadisch an sächsischen Veranstaltungen teilgenommen hat, insbesondere eben solchen, bei denen er viele Extremisten treffen konnte, also bei überregionalen Veranstaltungen.

Abgeordneter Wiese (AfD): Sie haben gerade gesagt: nicht überwiegend. Aber er hat ja im offenen Vollzug als Praktikant in Sachsen gearbeitet. Da muss es ja einen Grund gegeben haben.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Das war nach meiner Zeit.

Abgeordneter Wiese (AfD): Das war nach Ihrer Zeit. - Hatten Sie zu der damaligen Zeit noch mit anderen Quellen des brandenburgischen Verfassungsschutzes bzw. anderer Dienste und Behörden zu tun?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Mit anderen Quellen des Brandenburger Verfassungsschutzes, ja. Ich war sowohl unterstützend in der V-Mann-Führung als auch in der Werbung tätig.

Abgeordneter Wiese (AfD): Und waren die dann tätig auch im Zusammenhang mit NSU, oder - -

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Nein.

Abgeordneter Wiese (AfD): Mhm. - Wir geben dann mal weiter.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann sind wir bei Frau Nonnemacher. Bitte schön.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön, Herr Vorsitzender. - Schönen guten Tag, Herr Meyer-Plath. Wir hatten uns ja auch schon separat begrüßt.

Ich würde vielleicht mal weitermachen bei dieser Chemnitz-Geschichte. In einem Vermerk des Brandenburger Verfassungsschutzes wird am 30. Januar 1998, also zwei Tage nachdem die drei Skinheads, die Bombenbauer - das Bombenbauer-Trio - in Jena untergetaucht sind, angekündigt, dass sich „Piatto“ am 8. Februar mit den Köpfen der Skinhead-Szene in Chemnitz treffen werde, die die Organisation überregionaler Skinhead-Kontakte und Tonträgerproduktionen - - dafür verantwortlich seien. Wie kommt dieser enge zeitliche Zusammenhang? Wieso soll ein Brandenburger

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Informant, der immer noch inhaftiert ist, im sächsischen Chemnitz Informationen gewinnen, und zwar gerade zu dieser Zeit?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Das kann ich Ihnen nicht mehr genau beantworten. Ich weiß nicht, ob das jetzt die allererste Frage war, wo „Piatto“ Sachsenbezüge hatte - das glaube ich eher nicht -, sondern dass das eher schon eine Folge von Informationsbedürfnissen sowohl der Brandenburger als auch der sächsischen als auch der Bundesbehörden war, zu sagen: In dieser Szene, da passiert eine Menge; dann wollen wir jede Information bekommen, die wir haben können.

Ich glaube nicht - und das wird auch der Hintergrund Ihrer Frage sein, vermute ich -, dass dies in irgendeinem Zusammenhang bereits mit dem Unterrauchen Thüringer Rechtsextremisten stand. Zumindest war das sicherlich dem Autor auch des Schriftstücks, was Sie vor sich haben, nicht bewusst.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also, wir haben den Vermerk des brandenburgischen Verfassungsschutzes - der stammt vermutlich von Dieter Borchert - vom 30.01.98, dass sozusagen am 08.02.98, eine gute Woche später, sich „Piatto“ mit den Köpfen der Skinhead-Szene in Chemnitz treffen wird. Das halten Sie für eine pure Koinzidenz wegen anderer Dinge? Da denken Sie, dass das mit dem Unterrauchen des Trios zwei Tage vorher in keinem Zusammenhang steht?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Dazu müsste man recherchieren, wann der Brandenburger Verfassungsschutz - und da nicht nur die Auswertung, sondern auch der Beschaffungsbereich - von diesem Unterrauchen überhaupt Kenntnis hatte. Das würde Ihre Frage wahrscheinlich mehr beantworten als meine Einschätzung dazu.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): In einem Vermerk des Verfassungsschutzes Brandenburg vom 25. Februar 98 wird angekündigt, dass „Piatto“ am 21. März 98 auftragsgemäß an einem Treffen mit der „Blood & Honour“-Szene in Chemnitz teilnehmen werde. Warum bekam „Piatto“ im Februar 98, also knapp einen Monat nach dem Unterrauchen des Trios, den Auftrag, erneut nach Chemnitz zu reisen? Hat das mit der Suche nach dem Trio zu tun?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Ich vermute: nein. Ich vermute, dass es eher genau um diese Phase ging, die ich geschildert habe, als bei „Blood & Honour“ Spaltungstendenzen vorhanden waren, Richtungsstreitigkeiten, und ein hohes Interesse daran bestand, das mitzuverfolgen, in welche Richtung das geht. Das spielte ja auch für die Berlin-Brandenburger „Blood & Honour“-Sektion eine große Rolle. Das wird im Mittelpunkt gestanden haben. Denn ein Bezug zu NSU und Fragen in dem Bereich ist mir aus der Zeit eben nicht Erinnerung, das andere hingegen schon, dass das eine ganz wichtige Erkenntnisfrage war: Wie geht es mit der sehr gewaltbereiten Skinhead-Szene Ostdeutschlands weiter?

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wir haben uns mal den Antrag der Nebenklageanwälte im NSU-Prozess angeschaut. Die haben das auf ihrer Homepage veröffentlicht. Ich zitiere mal aus dieser Quelle:

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

„Es fehlen in der Gerichtsakte Schriftstücke des Verfassungsschutzes Brandenburg aus der Zeit 3. Februar bis März 1998, aus denen sich ergibt, was aufgrund der an alle Nachrichtendienste am 3. Februar 1998 verschickten Anfrage des TLfV zu Erkenntnissen zu den drei Untergetauchten [...] veranlasst wurde. Weiter fehlen Dokumente dazu, auf welcher Erkenntnisgrundlage und aufgrund welcher internen Analysen der damalige Leiter des Verfassungsschutzes Brandenburg, Hans-Jürgen Förster, am 14. März 1998 gegenüber der Presse das untergetauchte Trio als ein Beispiel für eine Entwicklung der rechten Szene hin zum Terrorismus anführte [...].“

Ende dieser Quelle aus dem Antrag der Nebenklägeranwälte.

Also, fünf Tage später war „Piatto“ im Dienste des Verfassungsschutzes Brandenburg in Chemnitz, wo sich das Trio versteckte; keine drei Wochen später steuerte ihn der Verfassungsschutz daher. Welche Aufträge hatte er konkret bekommen?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Also, ich weiß auch nicht - und kann das auch Ihrer Frage erst mal nicht entnehmen -, ob „Piatto“ tatsächlich in Chemnitz war oder ob er sich mit führenden Köpfen der Chemnitzer Szene getroffen hat. Das habe ich jetzt nicht genau verstanden. Ich erinnere mich aber auch nicht daran. Er hat sich häufig auch mit führenden „Blood & Honour“-Leuten jetzt nicht unbedingt in Chemnitz getroffen.

Die Auftragslage - ich versuche es noch mal - ist tatsächlich: „Blood & Honour“ war für die Region, aber auch deutschlandweit eine der bedeutendsten rechtsextremistischen Gruppierungen. Er hatte Kontakt zu einer Vielzahl von ihnen. Da mehr rauszukriegen, wo auch immer die sich gerade treffen, ist mir sehr plausibel, dass das auch die Auftragslage war. Zu den sonstigen Äußerungen kann ich nichts sagen. Die kenne ich nicht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber dass am 3. Februar 1998 der Thüringer Verfassungsschutz, die Landesverfassungsschutzbehörde diese Anfrage verschickt hat, ob Erkenntnisse zu dem untergetauchten Trio vorliegen, das war Ihnen bekannt.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Das weiß ich nicht mehr. Diese Dinge werden ja an die Auswertung gesteuert. Inwieweit das dann auch der Beschaffung zur Kenntnis gegeben wurde, weiß ich nicht mehr.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also das wissen Sie nicht, und Sie können nicht sagen, welche Aufträge der Brandenburger Verfassungsschutz konkret an „Piatto“ in diesem Zeitraum gegeben hat.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Ich vermute aus der Erinnerung, dass es sich um „Blood & Honour“ - - ging und allem, was damit zusammenhing. Hätte er - um das weiterzuspinnen; ich versuche mich etwas in Ihren Kopf hineinzusetzen - dort Erkenntnisse bekommen über die Untergetauchten, hätte er die sehr wahrscheinlich

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

auch gemeldet, so wie er es ja dann im Sommer getan hat, als er nach meiner Bewertung dann erstmals selber von den Untergetauchten erfahren hat.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich würde Ihnen gerne noch einen weiteren Vorhalt machen. Das ist ein Verfassungsschutzvermerk, Meyer-Plath, am 30.03.98 aus dem Ordner B4 iV B 73, Datei 1. Halbjahr 1998 auf Seite 54. Ich zitiere:

„Laut Antje P. läßt sich das Gedeihen der Skinheadszone Chemnitz auch dadurch erklären, daß Mitglieder der Szene Kontakte zum sächsischen Verfassungsschutz haben. Antje P. geht davon aus, daß der Verfassungsschutz in Sachsen davon überzeugt ist, diese Personen als Quellen zu führen. In Wirklichkeit aber würden diese Personen lediglich versuchen, den Erkenntnisstand des Verfassungsschutzes heraus zu bekommen. Auf diesem Wege sei die Szene in Chemnitz in der Lage, Exekutivmaßnahmen vorhersehen zu können. Darüber hinaus kann die Szene Veranstaltungen besser planen und durchführen.“

Ende des Vorhalts dieser Notiz. - Was sagen Sie dazu?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Da bitte ich um eine etwas konkretere Frage, Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wenn die Neonazi-Szene in Chemnitz laut Antje P. Exekutivmaßnahmen vorhersehen könne, weil sächsische Verfassungsschutzquellen ein falsches Spiel spielen würden, ist diese Erkenntnis des Brandenburger Verfassungsschutz - der Vermerk stammt ja von Ihnen - an den sächsischen Verfassungsschutz weitergegeben worden oder dort angekommen?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Davon gehe ich aus. Das ist ja eine Meldung, wo man sofort kollegial an die Beschaffungsbereiche des Landes, was davon betroffen ist, zugeht, um zu gucken: Hier gibt es diese Äußerung. Ob die einen Wahrheitsgehalt hat, lasse ich mal dahingestellt sein, was Antje P. da möglicherweise erzählt. Aber ich gehe fest davon aus, dass hier auf der Ebene gerade der Leitungen der Beschaffungen darüber gesprochen wurde.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also, Sie gehen davon aus, dass das angekommen ist. - Könnte die von „Piatto“ überbrachte Information von Antje P. die Erklärung dafür sein, dass das untergetauchte Trio in seinem Chemnitzer Versteck nicht verhaftet werden konnte und beim sächsischen Verfassungsschutz keine Quellenkontakte zum Trio registriert sind?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Das ist reine Spekulation.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Das ist reine Spekulation.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Bitte zum Ende kommen.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Denn wir wissen ja nicht, ob die Aussage von Frau Antje P. irgendeinen Wahrheitsgehalt hatte.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Deshalb die Frage: Wissen Sie aus Ihrer heutigen Funktion als Präsident des Landesamtes in Sachsen, ob diesem Hinweis in Form einer Überprüfung der Chemnitzer Verfassungsschutzquellen nach der Selbstenttarnung des NSU nachgegangen wurde?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Über diese Aktivitäten habe ich keine Aussagegenehmigung.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Das ist ausgesprochen schade. - Dann gebe ich mal weiter an die SPD-Fraktion.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Bevor wir in die zweite Runde starten, möchte ich eine Frage anhängen, die mir eigentlich schon auf der Seele lastet, seitdem ich mich mit dem Thema beschäftige. Sie haben eingangs erwähnt, dass man Sie auch mal so als V-Mann-Fahrdienstleiter bezeichnet hat. Ich erinnere, meine Thüringer Kollegin Frau Marx hat das, glaube ich, auch so geäußert. Mich interessiert in Bezug auf die Sicherheit der Quelle vor Enttarnung: Wie ist denn das logistisch gelaufen, wenn die Quelle „Piatto“ aus der Strafvollzugsanstalt abgeholt wurde und jetzt beispielsweise zu einem Nazi-Konzert gefahren wurde? Da bestand doch eine ganz hohe Gefahr, dass irgendjemand auf die Idee kommt: „Wer fährt den denn da?“, und damit diese Quelle eventuell verbrannt worden wäre. Wie ist das gelaufen?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: In jedem Einzelfall anders, immer lageangepasst: Wie kriegt man es hin? Wird er zu einem öffentlichen Verkehrsmittel gebracht? Wird er in die Nähe eines anderen Rechtsextremisten oder einer anderen Rechtsextremistin gebracht, mit der er dann gemeinsam dort hinfährt? Wird er sogar in die Nähe des Veranstaltungsorts gebracht, aber eine Legende ausgedacht, wenn er gefragt werden sollte: „Wie bist du denn jetzt eigentlich dahingekommen?“, wie er das macht? Das war sehr, sehr unterschiedlich. Auf jeden Fall merkt man eben auch an der Auswahl der Trefflokale, die in den Akten vorhanden sind, wie sehr man darauf geachtet hatte, möglichst auch eine große räumliche Distanz zu den Einsatzgebieten herzustellen, um eben gerade Zufallsenttarnungen - ein anderer geht in dasselbe Lokal - zu vermeiden.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Es wäre in der Zeit, als Sie involviert waren, auch nicht mal eine gefährliche Situation gewesen, dass mal jemand gefragt hat, dass Ihnen das dann von der Quelle im Nachgang geschildert wurde und man gesagt hat: „Mensch, da müssen wir mehr aufpassen“?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Ist mir nicht Erinnerung.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Okay, vielen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur zweiten Runde. Es beginnt die SPD-Fraktion mit Frau Gossmann-Reetz. Bitte schön.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. - In einem Vermerk vom 30.03.1998 schreiben Sie, dass durch Szczepanski bekannt wurde, dass Henning K. rege Kontakte zu zwei Potsdamer Polizisten unterhält und von diesen Informationen erhält. Ist Ihnen dieser Vorfall erinnerlich?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Dann würden wir einen Vorhalt machen. Meine Mitarbeiter geben Ihnen gleich das Originalstück.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt.)

Ich zitiere daraus. Ich nenne erst mal die Quelle: UA61\B4 iV B 73, das ist die bearbeitete Fassung 97_98, 1. Halbjahr 1998, Seite 54.

„Der Quelle [...]“

- also, hier geht es um Piatto - - Sie haben es, ne? Haben Sie es?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Ja, aber ich habe es noch nicht gelesen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. - Ich zitiere daraus:

„wurde am 28.03.1998 folgender Sachverhalt bekannt.“

Oder wollen Sie in Ruhe - -

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Nee, so ist es noch schöner.

(Heiterkeit)

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wundervoll.

„Der bekannte Rechtsextremist Henning K[...] aus Kirchmöser/Brandenburg an der Havel soll nach eigenen Angaben über gute Kontakte zu 2 Kriminalpolizeibeamten aus dem Bereich des Polizeipräsidiums Potsdam verfügen.

Bei dem einen Polizisten handelt es sich um den Bruder [...]“

- das lasse ich jetzt weg, also eine Dame -

„die in der Skinheadszone Brandenburg a. d. H. aktiv ist. Über diesen Polizisten hatte K[...] erfahren, daß die Polizei davon ausging, daß für das am 28.03.1998

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

in Kirchmöser geplante Skinheadkonzert ein Sammlungsraum Magdeburg sein sollte.

Über noch intensivere Kontakte soll K[...] zu einem weiteren Kriminalpolizeibeamten aus dem Bereich des PP Potsdam verfügen. Dieser Polizist soll K[...] deshalb mit Informationen versorgen, weil K[...] im Besitz mehrerer Fotos ist, auf dem dieser Polizist den Hitlergruß entbietet und andere für ihn kompromittierende Handlungen vollführt. Dieser Polizist soll ihm im Voraus Informationen über polizeiliche Maßnahmen liefern. Darüber hinaus steht K[...] der Polizeibeamte für Personen- und Kfz-Abfragen zur Verfügung.“

Kommen die Erinnerungen wieder?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Weil uns natürlich schon interessiert, welche Maßnahmen man nach derartigen Quellenmeldungen ergreift.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Also, das ist ja sozusagen der Vorspann zu der Meldung, -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Genau.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: - die mir die Abgeordnete Nonnemacher vorgehalten hat.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Deswegen bin ich jetzt hierhergesprungen.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Also, ja: eine brisante Meldung; gleich mehrere Sicherheitsbehörden offensichtlich mit undichten Stellen versorgt. Das ist wahrscheinlich auch der Grund, warum dann im weiteren Verlauf hier Verfügungen auf Abteilungsleiterebene sind. Das heißt, hier - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Erläutern Sie das.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Offensichtlich - ich erkenne das an der Paraphe, aber auch an der Schrift - hat sich hier der damalige Abteilungsleiter, also der Behördenleiter, dieses Falles angenommen, gerade wahrscheinlich wegen der Brisanz. Was dann aber weiter unternommen wurde, das weiß ich nicht. Ich vermute, dass es hier bei dieser Brisanz Gespräche eben auf der Ebene der Präsidenten gegeben hat, sei es im Bereich der Polizei oder im Bereich des Verfassungsschutzes.

Im Verfassungsschutz ist es bei der Frage von Frau Nonnemacher sicherlich einfacher, weil hier der Quellenschutz nicht zu beachten war. Man konnte sozusagen diese Information direkt an den sächsischen Verfassungsschutz weitergeben. Hier wird natürlich zu beachten gewesen sein: Wie kann diese Information fließen, ohne die Quelle „Piatto“ zu gefährden? Aber über den weiteren Fortgang habe ich keine

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Erkenntnisse, was daraus passiert ist. Aber wenn ich sehe, dass sich der
Abteilungsleiter Dr. Förster - darf man ja sagen, denke ich -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: - damit befasst hat, dann wird da auch was passiert
sein. Davon gehe fest aus.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Na ja, klar. Für uns wäre jetzt natürlich
spannend, ob die Identitäten jetzt ermittelt wurden und welche Aufträge Sie vielleicht
bekommen haben, hier weiterzuhaken und ob da weitere Quellen reingesteuert
worden sind. - Dann frage ich mal anders: Ist Ihnen der Fall „Protectal“ erinnerlich?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Nur dadurch, dass Sie mir gerade das gegeben haben.
Da steht nämlich in meiner Schrift: „Weitere Vorgehensweise im Fall ‚PROTECTAL‘“.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Genau.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Ich vermute, dass das eine Arbeitsbezeichnung war,
die vom Beschaffungsleiter ausgegeben wurde: Wie gehen wir mit diesen undichten
Stellen um? - Aber der Name hätte mir jetzt, wenn Sie mir den einfach so gesagt
hätten, nichts gesagt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also wir gehen davon aus, dass es sich bei
„Protectal“ um eine Person handelt.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Ich denke - - Ich kann es nicht ausschließen, aber ich
halte es eher für wahrscheinlich, dass man sozusagen dem Sachverhalt „undichte
Stellen im Bereich des Polizeipräsidiums Potsdam“ so eine Fallbezeichnung gegeben
hat.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Schauen Sie mal aufs Aktenzeichen noch
mal.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Das ist eine 370 004.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Da oben.

(Abgeordnete Gossmann-Reetz [SPD] wendet sich an einen
Fraktionsmitarbeiter.)

Zeigst du ihm mal, was wir meinen?

(Ein Fraktionsmitarbeiter begibt sich zum Platz des Zeugen und zeigt diesem
eine Textstelle in den Unterlagen.)

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Das sagt mir gar nichts.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Kann das vielleicht auch ein nicht erfolgreicher Anwerbeversuch sein, dass damit - -

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Sagt mir gar nichts.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Also, es ist ja offensichtlich - - wird daraus ja dann auch durch Änderung ein Fall „Piatto“.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Dann springe ich jetzt noch mal zurück zu dem alten Thema V-Mann-Führung „Piatto“. Fangen wir noch mal beim V-Mann-Führer an. Also, uns wurde bei einigen Zeugenvernehmungen hier der Eindruck geschildert, als würde es sich bei diesem V-Mann-Führer Dieter Borchert um einen sehr selbstbewussten Typen handeln, der damals auch lästige Arbeit delegierte. Haben Sie das auch so in Erinnerung?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: „Lästig“ ist im Auge des Betrachters. Es ging auch hier um Effizienz, und es ging nach meiner Erinnerung um den Umgang moderner Office-Anwendungen für einen Menschen, der damit nicht aufgewachsen ist.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: So habe ich das verstanden. Es hätte vermutlich länger gedauert, wenn Dieter Borchert das alles selber in elektronischer Form zu Papier gebracht hätte, als wenn er sich - - die Dienste anderer entgegengenommen hätte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, Sie halten es - -

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Das ist allerdings in sehr viel größeren Behörden wahrscheinlich auch gar nicht unüblich, dass ein V-Mann-Führer etwas auf Kassette spricht oder Ähnliches und dann ein Schreibpool arbeitet.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also verstehe ich Sie richtig: Sie halten das mehr für ein Generationsproblem als ein Persönlichkeitsproblem?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Frau Abgeordnete, da müssen Sie - - Ich kann nicht in den Kopf reingucken. Ich halte das für eine -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich habe Sie nach Ihrer Bewertung befragt.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: - ja - Gemengelage aus diesen verschiedenen Motiven.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. Gut. - Dieter Borchert führte ja Herrn Szczepanski über sechs Jahre. Ist das nicht ein sehr, sehr langer Zeitraum?

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Ja, das ist ein Thema, was den Verfassungsschutzverbund auch im Rahmen vieler Reformen, auch nach NSU, immer wieder umgetrieben hat. Grundsätzlich gilt heute etwa ein Wechsel nach fünf Jahren. Mit dem Wort „grundsätzlich“ verbinden sich dann aber eben auch Aspekte: Kann es Gründe geben, das nicht zu tun? Die mag es im Einzelfall geben. Ich halte aber auch so eine fünfjährige Zeit für einen guten Zeitpunkt, zu überlegen, hier jemand anders ranzuführen. Oder aber - und das hatte ich vorhin schon gesagt - ist natürlich eine Führung mit zwei Personen, die dann auch nicht immer dieselben sein müssen, sondern dass mal die Partner sozusagen wechseln, einer möglicherweise für die Kontinuität sorgt, ein anderer eben dann auch für eine gewisse Fluktuation - - für angemessen. Aber es kann auch Gründe geben, es kann Fälle geben, wo eine V-Person sagt: Ich möchte keinen anderen treffen - aus Sicherheitsgründen, wie auch immer.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Klar.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Dann muss man überlegen: Lasse ich mich darauf ein? Spiele ich in dem Fall nach den Regeln der Quelle? Ist mir das so wertvoll, dass ich darauf eingehe, oder nicht? Das sind dann schwierige Entscheidungen für die Beschaffungsleitung.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gab es denn hier mal Erwägungen, diesen V-Mann auszuwechseln oder abzuziehen von diesen - -

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Den V-Mann-Führer.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - - den V-Mann-Führer von dieser V-Person?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Ist mir nicht bekannt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Glauben Sie, dass die beiden besonders gut zusammengepasst haben für den Zweck?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Wie gesagt, es war ein professionelles Agieren, wo ich - - Also, es hat auf jeden Fall nicht nicht gepasst. Sonst hätte „Piatto“ wahrscheinlich auch irgendwo dichtgemacht. Einem Menschen, den ich nicht ausstehen kann, dem gebe ich sicherlich nicht denselben Gehalt an Informationen wie einem anderen. Insofern: Es hat funktioniert.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Haben Sie noch Erinnerungen daran, woran das vielleicht lag, also auch im zwischenmenschlichen Bereich? Oder was machte diese professionelle Beziehung auch aus, dass sie so effektiv war?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Also einmal die große Erfahrung von Dieter Borchert, der diesen Beruf schon länger als in Brandenburg durchgeführt hat. Aber wie das bei Menschen ist: Da kommt einiges dazu. Frau Abgeordnete Johlige hatte schon das

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Stichwort Hertha. Wenn es so Punkte gibt, wo es emotionale Berührungspunkte gibt, dann ist das sicherlich hilfreich.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Aber, wie gesagt, die hohe Professionalität von Dieter Borchert im Umgang mit menschlichen Quellen hatte er eben schon aus der Berliner Behörde mitgebracht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): War das eine nachrichtendienstliche Behörde?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Ich weiß nicht, ob ich das sagen darf. Bestimmt darf ich es nicht sagen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich gucke hinter Sie. Ich gucke mal an Ihnen vorbei.

(Zuruf von einem Vertreter der Landesregierung)

- Darf nicht gesagt werden. Gut. - Wissen Sie noch, wie es zu diesem Namen „Piatto“ kam? Wer hat den vergeben?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Weiß ich nicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie war denn das damals? Also, wie wurden denn solche Fallnamen vergeben?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Also, da darf ich jetzt aus dem Nähkästchen plaudern. Aber deswegen bin ich ja auch hier.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Ich habe bei der Frage von Herrn Abgeordneten Wiese geantwortet, dass ich auch selber in Forschung und Werbung tätig war, also auch bei der Frage: Wie werden neue V-Leute gewonnen? - Das beginnt mit der Auswahl eines Fallnamens.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Moment. Das beginnt schon -

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Genau. Also, wenn ich sozusagen die erste - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - vor dem ersten Treff?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Die erste Überlegung, die ich mache, dass ich Sie werben will - - lege ich einen Vorgang an, und der braucht zu dem Zeitpunkt auch schon eine Fallbezeichnung. Und als Historiker und Philologe hatte ich große Fantasie,

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

wie ich solche Fälle auswählen könnte, wurde aber gebremst; denn das kann man leider nicht freihändig machen. Es gibt da im nachrichtendienstlichen Verbund NADIS Auswahl. Wenn ich einen Buchstaben G anfangen möchte, dann gibt mir das eine bestimmte Fallbezeichnung vor, aus der ich dann auswählen kann, und eine von denen muss ich nehmen. Das soll eben auch verhindern, dass etwa in Stuttgart und in Bremen zwei V-Leute mit denselben Fallbezeichnungen rumlaufen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ah.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Das ist sehr sinnvoll, aber fantasieeinschränkend.

(Heiterkeit)

Bei der „Piatto“-Auswahl war ich, wie gesagt, ja noch in der Auswertung, und er entstand 94. Deswegen hatte ich darauf keinen Einfluss.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - War Ihnen bekannt, dass seitens von Dr. Förster Bedenken gegen die Führung von „Piatto“ bestand?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Ja. Es gab eine Vielzahl von Besprechungen. Ich denke, man kann es auch aus der Akte lesen, dass sich der Abteilungsleiter sehr, sehr viele Gedanken darüber gemacht hat, ob mit einer solchen Person zusammengearbeitet werden kann, in welcher Form. Insofern war das ein sehr ständiges Thema - mit dem Ergebnis allerdings, dass Dr. Förster an der Zusammenarbeit mit „Piatto“ immer festgehalten hat, solange er da war. Aber er hat sich sehr, sehr viele Gedanken darum gemacht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Dann noch mal genau: Also, zu der Zeit, als Sie auch V-Mann-Führer waren, gab es jemals Hinweise - egal ob jetzt in Ihrer Zeit als Beschaffung oder in der Auswertung -, dass Szczepanski über eine Möglichkeit verfügte, Waffen zu besorgen oder damit zu handeln?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Also in meiner Zeit nicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gar keine?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Er war ja zur kompletten Zeit, als ich mit ihm zu tun hatte, noch Häftling.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Da war er auch schon Freigänger, ne? Ja, na klar, Sie haben ihn ja rumgefahren. Also, in der Zeit - -

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Hafturlaube hatte er.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja, gut. Hafturlaub, stimmt. - Es gab - -

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Aber natürlich kann ich nicht völlig ausschließen - - Ich kann es nicht ausschließen. Ich hatte nie irgendeinen Hinweis.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja, gut. Das ist immer so eine blöde Frage: Können Sie ausschließen?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Nein, kann ich nicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber sagen wir: Die Möglichkeit hätte theoretisch bestanden, Sie halten es aber eigentlich für -

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - ausgeschlossen. - Wie umfangreich berichtete Szczepanski zu der Band „Landser“² und in welchem Zeitraum?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: „Landser“!

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): „Landser“.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Die würden sich verbitten, hier - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja, ich weiß.

(Heiterkeit)

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Entschuldigung. - Ja, sehr viel. Das Ganze mündete ja nach meiner Erinnerung - aber auch das sind letztendlich jetzt Erinnerungen aus dem Aktenstudium; aber letztendlich ist ja auch mein Aktenstudium für die Vorbereitung des Berliner UAs schon wieder eine ganze Weile her, aber jetzt noch mal bei der Auffrischung in den Fall „Odeon“ - in dem Versuch, große Mengen von „Landser“-Tonträgern auf dem Weg - ich meine, es wären die USA gewesen - nach Deutschland zu verhindern. Aber überhaupt auch das Umfeld von „Landser“ war regelmäßig Inhalt der Berichterstattung von „Piatto“. Daran erinnere ich mich.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und wie umfangreich? Also, Sie sagten: eher so tangiert. Oder hat er da richtig gute Informationen liefern können in dem Verfahren?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Richtig gute Informationen. Letztendlich welche, auf deren Grundlage überhaupt dann eben auch Verfahren laufen konnten, die dann auch in Exekutivmaßnahmen gemündet sind.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Können Sie da noch mal was - -

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Nicht mehr genau. Also, ich meine, es spielte 98. Und es ging ja hier insbesondere darum: Wie komme ich an diesen Vertriebsweg ran? Gibt

² Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Abgeordnete spricht den Namen der Band englisch aus.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

es dort Zwischenhändler? Wo werden die Booklets hergestellt? Wo werden die Tonträger gepresst? Wie ist der Vertriebsweg? Wer sind schon erste Endabnehmer? Und eben immer die Frage: Wie kann ich das eben in Exekutivmaßnahmen münden lassen? Federführend war hier in meiner Erinnerung das Bundesamt für Verfassungsschutz, weil es auch noch andere Erkenntnisquellen gab. Aber „Piatto“ - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber von „Piatto“ kamen hier schon sehr entscheidende Hinweise.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Von „Piatto“ kamen hier sehr entscheidende Sachen. Das ist zumindest meine Erinnerung.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Können Sie etwas zu einem entsprechenden Behördenzeugnis des BfV Ende Oktober 98 sagen?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Noch mal einen Sprung zu der anderen Geschichte. Sie sagten, dass Sie auch in der Anwerbung tätig waren. Gab es mal einen Versuch, Henning K. anzuwerben? Wissen Sie das?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Weiß ich nicht, nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay, gut. - Dann war es das erst mal. Danke schön.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann geht es weiter mit der CDU-Fraktion. Herr Dr. Redmann, bitte schön.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Herr Meyer-Plath, ich würde gern auf den Bereich C18 zu sprechen kommen. Welche Bedeutung maß nach Ihrer Erinnerung die Auswertung C18 oder „Combat 18“ Anfang der 90er-Jahre bei?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Nach meiner Erinnerung war es zu dem Zeitpunkt ja insbesondere eine in Großbritannien aktive Struktur, die allerdings in Deutschland Anhänger hatte, die sich der besonderen Radikalität von C18 eine gewisse Bewunderung, vielleicht auch eine Nachahme versprochen haben. Hier ist damals - - Aber letztendlich bis heute gibt es diese Verehrung von C18 und von dem, wofür C18 stand, sodass immer die Frage ist: Gibt es Rechtsextremisten in Deutschland, die sich dem möglicherweise nähern wollen, auch den Aktionsformen? Das spielte damals eben auch schon eine Rolle.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Wissen Sie, ob „Piatto“ Mitglied von C18 war oder - C18 hat sich ja dann aufgespalten in NSA und NSM - ob er gar Mitglied war einer dieser Nachfolgeorganisationen?

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Also ich weiß, dass er mit führenden Protagonisten in Briefkontakt stand. Ob er ihn auch mal persönlich getroffen hat - ich spreche hier insbesondere von S. S. -, das weiß ich nicht mehr. Ob es da überhaupt bei C18 eine Mitgliedschaft gibt, das vermag ich nicht zu sagen. Aber er stand auf jeden Fall in Kontakt und konnte Informationen über C18 dadurch gewinnen, auch über diese Spaltung, kann ich mich erinnern.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Sie sagten gerade, dass es auch in Deutschland viele Bewunderer von C18 gab. Würden Sie sagen, dass „Piatto“ auch zu diesen Bewunderern zählte?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Also dadurch, dass er durch sein Informationsverhalten dafür gesorgt hat, dass relevante Informationen zu C18 über das Bundesamt für Verfassungsschutz vermutlich auch englische Behörden erreicht haben, wäre es nicht stringent, ein Verehrer zu sein und gleichzeitig die Ausbreitung durch diesen Informationsstand zu verhindern.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Seit 1996 beschreibt „Piatto“ ausführlich, wie sich die C18-Szene in Großbritannien entwickelt - mit den Infos aus erster Hand, die Sie gerade schon angesprochen haben, von S. S.- und welche Bemühungen insbesondere in Königs Wusterhausen es bereits seit 1996 gab, eine unabhängige C18-Einheit aufzubauen.

In einem Brief vom 10.09.1997 fragt Szczepanski dann Dieter Borchert, an wen er sich ranhängen soll, an das „Sargent-Camp“ oder die „Wilf-Seite“ - also die angesprochene Spaltung. Inwieweit hat der Verfassungsschutz das Interesse „Piatto“ an C18 hervorgerufen oder dann auch noch verstärkt? Oder was das schon in ihm sozusagen drin?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Ich vermute, dass er C18-Interesse auch schon weit vor seinem Haftantritt und damit auch seiner Zusammenarbeit mit dem Brandenburger Verfassungsschutz hatte. Ich kann mich an diese Trennung erinnern. Wie das weitergegangen ist, ob wir überhaupt da mit Bund und englischen Partnerdiensten dieser Frage nähergetreten sind, daran habe ich keine Erinnerung mehr. Was natürlich Alarmglocken hervorgerufen hat, war die Frage: „Gibt es tatsächlich C18-Anhänger in Königs Wusterhausen und Umgebung? Wer ist das?“, um darüber mehr zu erfahren.

Natürlich muss man - und das ist wahrscheinlich auch Hintergrund Ihrer Fragen - - musste „Piatto“ denen gegenüber natürlich schon zu erkennen geben, dass er C18 jetzt nicht für total scheiße hält.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ja, natürlich. - Erinnern Sie sich noch, wie die Frage damals beantwortet wurde?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Wie gesagt, das weiß ich nicht mehr. Ich weiß auch nicht mehr, welcher Flügel damals interessanter war. Es war sicherlich jetzt auch für den Brandenburger Verfassungsschutz nicht die allerrelevanteste Frage. Aber ich bin

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

mir sicher, dass das mit dem Bund rückgekoppelt wurde, dann aber über die Auswertung.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Gab es dann durchaus Situationen, in denen dann der Bund auch über die Auswertung Einfluss auf die Steuerung „Piattos“ nahm?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Also, es gab sicherlich gerade auch in dem von Frau Gossmann-Reetz angesprochenen Fall „Odeon“ natürlich eine enge Zusammenarbeit auch mit dem BfV. Und die Frage oder auch die Hinweise des BfV: „Was würde uns jetzt hier mehr interessieren?“ - - Aber letztendlich zog sich das durch die gesamte Phase der Zusammenarbeit mit „Piatto“ durch, dass der Bund immer wieder auch zu erkennen gegeben hat: Hier sind Interessen, bitte berichtet darüber mehr, wenn möglich. - Da gab es auch aufseiten sowohl der Auswertung und der Beschaffung einen sehr engen Draht.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Erinnern Sie sich noch an das Fanzine „United Skins“?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Ja.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Als Herausgeber ist da durchgehend Carsten Szczepanski angegeben. Inwieweit hat Szczepanski diese Funktion tatsächlich ausgefüllt nach Ihrer Erinnerung?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Darüber habe ich auch im Berliner Untersuchungsausschuss ausgesagt. Also, sicherlich in den Ausgaben, die vor seinem Haftantritt herausgegeben wurden, wird er auch diese Funktion tatsächlich erfüllt haben. Meine Erinnerung ist, dass dann später man sich dieses Nimbus weiterhin in der Szene bedient hat, dass sogar Szczepanski noch in Haft in der Lage ist, ein Fanzine herauszugeben, dass dies aber tatsächlich von anderen Rechtsextremisten gemacht wurde außerhalb der Haft.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Sie gehen also nicht davon aus, dass er dieses Fanzine noch aus der JVA heraus redaktionell herstellen konnte.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Also, er wird Zuschriften erhalten haben, sicherlich auch über das Postfach, dann aber dies wiederum an diejenigen, die das dann herausgegeben haben, in irgendeiner Form zukommen lassen haben. Aber daran habe ich keine Erinnerung mehr, wie das genau möglicherweise funktioniert haben kann. Zumindest - und das hatte die Justiz ja auch gestellt - wurde das Zine nicht in der JVA selber hergestellt.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Der Zeuge Milbradt hat in seiner Zeugenvernehmung ausgesagt, dass Szczepanski durchaus jedenfalls redaktionell Einfluss auf das Fanzine „United Skins“ hatte und der Verfassungsschutz ihm aufgegeben habe, auf nicht strafbare Inhalte zu achten. Vor dem Hintergrund dessen, was Sie gerade ausgesagt haben, erscheint das dann nicht unplausibel, diese Aussage des Herrn Milbradt?

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Wahrscheinlich ist die Frage: Was ist gemeint mit „redaktionellem Einfluss“? Er hat ja auch selber Beiträge verfasst. Insofern hat er dann, glaube ich, auch redaktionellen Einfluss genommen allein durch die Übersendung von Beiträgen.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Wussten Sie, wer dann redaktionell hauptverantwortlich war während der Zeit, in der er inhaftiert war?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Das weiß ich nicht mehr. Möglicherweise steht es in der Akte, also gerade auch in den Auswertungsvermerken. Aber das weiß ich nicht mehr.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Wussten Sie, dass es im April 1997 eine Unterredung auf der Leitungsebene mit Ihrem Kollegen Dieter Borchert gab, um über seine Beteiligung an der Herstellung des „United Skins“ zu sprechen?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Das habe ich der Akte entnommen; aber ich habe keine Erinnerung mehr daran, wie das damals gelaufen ist. Es ist im zeitlichen Zusammenhang mit der Überprüfung in der JVA, wo es ja auch noch um andere rechtsextremistische Publikationen, „Weisser Wolf“ und ähnliche, ging. Und dass in diesem Zusammenhang dann Dieter Borchert gefragt wurde, habe ich der Akte entnommen.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Sie haben also keine eigene Erinnerung daran, dass sich im Anschluss daran etwas verändert hat oder Sie vielleicht möglicherweise sogar Anweisungen erhalten haben, sich in Bezug auf die Erstellung des Fanzines in bestimmter Weise zu verhalten?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Kann ich mich nicht erinnern.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Dann habe ich erst mal in dieser Runde keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann kommen wir zur Fraktion der Linken. Frau Vandre.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Entschuldigung. Könnten wir eine kurze Pause einlegen?

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Natürlich.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Danke.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Kurze Pause, dann geht es weiter mit der Fraktion der Linken.

(Abgeordnete Johlige [DIE LINKE]: Was heißt denn „kurz“?)

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

- Ich vermute, Sie - -

(Zuruf der Abgeordneten Johlige [DIE LINKE])

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Also, ich war so optimistisch, dass ich glaubte, dass wir eine größere Pause erst nach der Befragung von Herrn Meyer-Plath machen; aber da scheint es Zweifel zu geben.

(Abgeordnete Johlige [DIE LINKE]: Ich denke, wir brauchen noch zwei Stunden!)

- Oh! Dann würde ich den Vorschlag machen, dass wir jetzt nicht nur Herrn Meyer-Plath die Gelegenheit geben, den Raum zu verlassen, sondern eine Pause einlegen. Reichen 30 Minuten? Ich frage in die Runde. - Dann fahren wir um 13.45 Uhr fort.

Ich unterbreche die Sitzung.

(Unterbrechung von 13.15 bis 13.50 Uhr)

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich bitte, Platz zu nehmen. Es fehlt allerdings noch Frau Nonnemacher. Deshalb würde ich gern noch einen Augenblick warten, bevor wir mit der Befragung fortsetzen mit der Fraktion der Linken. Ich hoffe, alle haben die Pause genossen und sich gestärkt.

Es geht weiter. Wir setzen die Befragung fort mit der Fraktion der Linken. Frau Vandre ist dran. Bitte schön.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Meyer-Plath, sagt Ihnen der Name „Chelsea Headhunters“ etwas?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Nein.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Das ist sehr schade, weil wir haben die Pause genutzt und auch noch mal geguckt, welche Klientel Chelsea, der Fußballclub, so unter sich vereint. Die Headhunters sind eine Gruppierung, die durchaus auch mit dem heutigen Untersuchungsausschussthema in Verbindung stehen, weil auch sie C18-Unterstützer waren und damit durchaus im Zusammenhang gesehen werden können. Also sind Ihnen die Verbindungen von Carsten Szczepanski über diese Fußballgruppierung, Fangruppierung hin zu C18 auch nicht bekannt gewesen.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Nein.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Ich muss Ihnen in dem Punkt Ihrer Darstellung zu C18 vielleicht auch ein Stück weit widersprechen. Und zwar: Im Rahmen der sogenannten „German-British Friendship“ war Carsten Szczepanski eigentlich eher

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

einer der ersten Stunde, der daran mitgearbeitet hat, dass C18 auch in Deutschland etabliert wurde. Und die Frage, die sich für mich stellt: Wenn Carsten Szczepanski also seine Kontakte zu C18 ausgebaut hat, in „United Skins“ auch darum geworben hat und er gleichzeitig dann ab 94 dann als V-Mann tätig war, inwiefern ist es dann nicht auch eher so zu interpretieren, dass Carsten Szczepanski im Rahmen seiner V-Mann-Tätigkeit auch erst zu einer Etablierung von C18 in Deutschland mit ein Wesentliches beitragen konnte?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Also, meine Bewertung ist, dass durch die Erkenntnisse, die er über C18 sowohl im internationalen Kontext als auch über Ansätze einer Etablierung möglicherweise in Deutschland berichtet hat - - spricht eher dafür, dass er dazu beigetragen hat, das zu verhindern als zu betreiben.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Worauf stützen Sie das?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Na, wenn ich etwas betreibe, dann versuche ich, das vor den Sicherheitsbehörden zu verbergen, und nicht, es ihnen mitzuteilen.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Wenn man aber zum Beispiel auch den Blick ausweitet zu den „B & H“-Strukturen, die in Deutschland ja etabliert wurden, und das ja auch unter Mitwirkung und unter Wissen von V-Leuten, wie wir ja jetzt auch wissen durch die Enttarnung des Zeugen, von Stephan Lange auf Bundesebene als V-Mann des Bundesamtes, dann stellt sich schon die Frage, wenn die Spitze dieser Organisationsstrukturen durch V-Leute untersetzt ist, inwiefern auch die Tätigkeit im Rahmen von einer V-Mann-Tätigkeit dazu beigetragen oder sie eventuell auch protegiert haben und welches Interesse die Nachrichtendienste daran hatten.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Ich kann das nur - - für „Piatto“ sprechen, nicht für Quellen anderer Behörden. Dort bewerte ich es so, dass die Informationen, die er zu C18 gegeben hat, dazu beigetragen haben, ein Lagebild über C18 zu haben und damit möglicherweise auch Bekämpfungsansätze zu finden.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Mich würde in Bezug auf - - wenn wir zurückkommen zu „Piatto“, interessieren, wie es gelingen konnte - - Sie haben vorhin ausgeführt, dass Sie auch vorbesprochen haben vor Treffen oder bei Treffen in Bezug auf Veranstaltungen, die anstanden, wo er teilnehmen sollte, wie diese Teilnahme gewährleistet werden kann, sodass auch keine Verdachtsmomente entstehen. Und ich habe mich gefragt, inwiefern das überhaupt gelingen konnte bei „Blood & Honour“, einer sehr elitär agierenden Struktur, die mit Mitgliedschaften gearbeitet hat - - und nach unserem Kenntnisstand Carsten Szczepanski zu keinem Zeitpunkt Mitglied von „Blood & Honour“ gewesen ist.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Ich denke, dass die Vorgeschichte von Szczepanski und dann letztendlich auch seine Verurteilung ihm eben in der Szene schon einen besonderen Status verliehen haben. Ich habe das auch im Berliner Untersuchungsausschuss versucht zu erklären: einerseits diejenigen, die sagten, der Mann ist aus ihrer Sicht zu hart bestraft worden als jemand, der nicht Hand angelegt

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

hat an das Opfer, und andere, die im Gegenteil sogar das besonders begrüßt haben, seine Tat. Aus beiden haben sich diese Sympathiewerte in der Szene für ihn noch mal erhöht, und das erklärt vielleicht auch, warum „Blood & Honour“ jemanden von diesem Stellenwert an Treffen teilnehmen lässt. Wie das genau - - Welchen Mitgliederstatus man haben muss oder ob man einen Rechtsextremisten hat, der sozusagen für einen bürgt und sagt: „Der ist okay, der kann dabei sein“, das entzieht sich jetzt meiner Kenntnis, wie das damals war.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Würden Sie im Allgemeinen sagen, dass Carsten Szczepanski eine Quelle war, die sich an Absprachen hielt?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Soweit ich das beurteilen kann, ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Das heißt also, wenn Sie Anweisungen gegeben haben, dann ist er denen im Allgemeinen auch nachgekommen.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Das ist meine Erinnerung, ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Das ist sehr spannend, weil ich würde damit nämlich direkt gerne zu den Quellenmeldungen kommen, die Carsten Szczepanski zum untergetauchten Trio weitergeleitet hat und gemeldet hat. Es ist ja eine Reihe von Quellenmeldungen, die am 19.08. beginnen mit der Meldung, dass laut Antje P. drei sächsische Skinheads zurzeit wegen verschiedener Straftaten auf der Flucht vor der Polizei sind. Und die nächste Meldung ist dann schon vom 9. September 1998. Da konkretisiert sich ja auch noch mal die Angabe von Carsten Szczepanski. Und zwar handelt es sich ja dabei um die Quellenmeldung, die nach einem Konzert in Hirschfeld entstanden ist, welches am 05.09.1998 stattgefunden hat. Und im Zuge dessen ist die Meldung weitergeleitet worden und bekannt geworden, dass ja den persönlichen Kontakt zu den drei sächsischen Skinheads Jan Werner haben soll, der auch ihnen zum Beispiel Waffen besorgen soll, dafür gesorgt hat, dass sie untertauchen können usw. usw.

Bisher war die Annahme, dass Carsten Szczepanski selbst bei diesem Konzert gewesen ist. Wir haben aber einen Vermerk vom 05.09. gefunden, in dem drinsteht, dass sich die Quelle auftragsgemäß gemeldet habe bei ihren V-Mann-Führern und es zur Absprache kam, dass sie nicht an diesem Konzert teilnehmen wird. Können Sie das bestätigen?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Das kann ich nicht aus eigener Erinnerung bestätigen. Ich kann das nur der Akte entnehmen, dass es hier ein Telefonat gegeben hat mit Dieter Borchert, wo wegen der wahrscheinlich möglichen Lage, die in dieser Konzertauflösung passieren könnte, was sich ja später, denke ich, auch genauso -

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Bestätigt.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Gordian Meyer-Plath: - ergeben hat, es besser wäre, wenn „Piatto“ nicht dran teilnimmt. Das habe ich der Akte entnommen, ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Darauf zielte auch meine Frage ab: inwiefern Sie Carsten Szczepanski als Person einschätzen, der auch den Anweisungen, die Sie als V-Mann-Führer gegeben haben, nachgekommen ist.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Also, wenn ich das der Akte entnehme, dann ist das in dem Fall genau so passiert.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay. - Die Frage, die sich dann daraus stellt, ist dann natürlich, wie er überhaupt an diese Informationen gelangen konnte. Und wenn man sich die Deckblattmeldungen anguckt zu diesem Tag, zu genanntem 5. September 1998, dann ist das ja ein Bild, welches Carsten Szczepanski nicht nur auf die „Blood & Honour“-Szene Sachsens wirft, sondern auch auf die Brandenburgs, weil: Wir wissen, dass mit Henning K., Christian W., Uwe Menzel und sonstigen Personen de facto die gesamte „Blood & Honour“-Führungsriege Brandenburgs vertreten war bei diesem Konzert. Und für uns stellt sich das so dar - - oder stellt sich jetzt die Frage, inwiefern diese Information von Jan Werner durch Dritte an Carsten Szczepanski gelangt sein kann. Haben Sie dazu Erkenntnisse?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Nein. Ich weiß auch nicht, in welchem Moment der Anreise ihn dieses Telefonat erreicht hat. War er sozusagen schon kurz davor? Das kann man möglicherweise - - Ich weiß nicht, ob das in dem Vermerk urzeitscharf formuliert ist; das kann ich Ihnen jetzt aus der Erinnerung an die Lektüre - wir reden sowieso nur von Lektüreerinnerung - nicht mehr genau sagen. Ansonsten wäre er sozusagen schon fast da gewesen. Es ist ja durchaus denkbar, dass er in der Region geblieben ist und diese Information, die sich ja nach meiner Erinnerung auch auf dieses Konzert selber - Festgenommene und Ähnliches - beziehen - - dass dies Erkenntnisse sind, die er am nächsten Tag bei einem Treffen mit genau diesen Personen dann auch gewonnen hat. Das ist aber jetzt eine Theorie von mir. Ich kann Ihnen das nicht sagen. Das würde man vielleicht durch den Vermerk noch mal angucken können, wann dieses Telefonat stattgefunden hat.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Das hat um 15.30 Uhr in Frauendorf stattgefunden. Das wissen wir. Das kann man auch dem Vermerk entnehmen. Der Punkt - -

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Das wäre dann eine Nähe schon zum Ereignis, oder?

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Ja, es war auch schon eine Nähe zum Ereignis. Also, er hatte auch die Auflage - zumindest kann man das dem Vermerk entnehmen - - oder es geht daraus hervor, dass Sie vorher die Absprachen in Bezug auf Sicherheitsvorkehrungen getroffen haben und dann eben der Auftrag kam, sich dem Konzert direkt fernzuhalten, weil, so wie es auch jetzt im Nachhinein dargestellt

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

wird in zahlreichen Publikationen, de facto alle Inlandsgeheimdienste von dem Polizeiaufkommen und von dem Konzert auch selbst wussten.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Ich vermute, dass Informationen über dieses Konzert auch geflossen sind, und zwar im Vorfeld, und damit überhaupt auch Quellen, vermutlich auch „Piatto“ - aber das kann ich nicht aus eigener Erinnerung sagen -, überhaupt zu der Verhinderung dieses Konzerts geführt haben.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Sie haben vorhin selber auch gesagt oder es ist im Rahmen der Vernehmung bereits rausgekommen, dass Carsten Szczepanski auch insbesondere in das Umfeld von „Blood & Honour“ gesteuert wurde, auch um nachvollziehen zu können, inwiefern die Spaltungstendenzen in „Blood & Honour“ sich manifestieren und voranschreiten. Da spielt ja insbesondere die Beziehung zwischen Sachsen und Brandenburg eine besondere Rolle. Können Sie zu dieser aus Ihrer Perspektive noch mal ein paar Ausführungen machen, wie sie sich für Sie darstellte vor dem Hintergrund dessen, was Carsten Szczepanski Ihnen zugetragen hat?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Nein, das ist zu lange her. Also, ich weiß, dass es grundlegende Differenzen auch persönlicher Art gab, aber eben auch letztendlich Ausrichtungsfragen: Was soll „Blood & Honour“ eigentlich sein? Eher Ideologietransfer und auch Geldgewinnung durch Konzerte? Oder soll es eher in eine militante Richtung gehen? Das sind ja auch Meldungen, die Szczepanski dann selber abgegeben hat, glaube ich, auch über die Frage, wie sich gerade auch Antje P. dazu verhalten hat, zum bewaffneten Kampf und Ähnliches. Das ist so das Wissen, das ich aus dem Aktenstudium habe. Aber Genaueres kann ich Ihnen da nicht mehr sagen, wie genau die Konfliktlinien zwischen der Berlin-Brandenburger Sektion und der sächsischen waren.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Also, nach unseren Kenntnissen ging die Konfliktlinie vor allem zwischen Stephan Lange als „Blood & Honour“-Divisionsleiter auf der einen Seite und auf der anderen Seite Jan Werner. Und dabei handelte es sich auch durchaus um inhaltliche oder aber auch finanzielle Differenzen aufgrund dessen, dass Jan Werner ja auch seinen eigenen Versand mit Movement Records organisierte.

Ist Ihnen - - Das heißt also, offiziell wurde dann ja auch am 3. Oktober 1998 Sachsen allein ausgeschlossen aus der „Blood & Honour“-Division Deutschlands. Das Spannende daran ist, dass Brandenburg, zumindest der Potsdamer Teil um Brandenburg - weil es gab ja noch die Südsektion -, dabei die ganze Zeit zu Sachsen gehalten hat. Und wenn man sich genauer auch noch die persönliche Konstellation anguckt zum Beispiel mit Henning K., der hier bereits aufgrund seines Verhältnisses zu Polizeibeamten eine Rolle gespielt hat, dann fällt auf, dass er nicht nur bei „Blood & Honour Brandenburg“ organisiert war, sondern gleichzeitig bei Movement Records gearbeitet hat. Das heißt, Szczepanski hat also durchaus auch im Umfeld von einer Personengruppe agiert, die in direkter Verbindung, kontinuierlich, zu „Blood & Honour Sachsen“ stand, also dem Ort, an dem das NSU-Trio 1998 untergeschlupft ist. Haben Sie deswegen oder haben Sie im Zuge dessen versucht,

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

die Erkenntnislage auch auf weitere Personen, die damit in Kontakt standen, also Uwe Menzel, Henning K., auszuweiten? Sind sie Teil Ihrer Ermittlungen geworden?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Also, ich glaube, eine Recherche nach den Namen Henning K., Uwe M, Christian W. und anderen in den Deckblattmeldungen von „Piatto“ wird viele Treffer finden. Das heißt, es ist ganz klar: Das waren für die Brandenburger Sektion, aber jetzt auch unabhängig von „Blood & Honour“ überhaupt für den Brandenburger Rechtsextremismus wichtige Protagonisten, und es war wichtig, dass „Piatto“ über sie berichtet hat.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Und welche Erkenntnisse würden Sie für sich darunter subsumieren in der Zusammenarbeit zwischen Brandenburg und Sachsen?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Der Verfassungsschutzbehörden oder der „B & H“-Sektionen?

(Vereinzelt Heiterkeit)

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Der „B & H“-Sektionen. In welchem Näheverhältnis standen die zueinander?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Das wird wechselhaft gewesen sein. Das sind Konflikte, persönliche Vorwürfe, auch eben gerade, was diesen finanziellen Bereich angegangen ist. Da kann ich jetzt nicht wirklich antworten auf das, was Sie wollen.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay. - Weil: Unserer Erkenntnis nach war das ein so enges Verhältnis, dass tatsächlich auch im Rahmen der Spaltung zum Beispiel die Sachsen davon gesprochen haben, dass definitiv die Brandenburger ihre verlässlichsten Partner wären und da vor allem auch das Vertrauen gegenüber Uwe Menzel und Henning K. ausgesprochen haben.

Wenn man das in das Gesamtbild einfügt, finde ich schon, dass sich daraus zumindest die Frage zusammenführen lässt oder fokussieren lässt, inwiefern die Meldungen Carsten Szczepanskis über die Information von Jan Werner, dass er auf der Suche nach Waffen sei - die ja höchst vertraulich sind -, nicht genau auch in diesem Umfeld zu finden sind und dementsprechend auch stärker hätten mit einbezogen werden müssen.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Ich kann Ihnen nicht folgen. Wenn sozusagen die Brandenburger „Blood & Honour“-Sektion, zu der ja dann Henning K. und andere Personen gehören, die sich sozusagen in diesem Konflikt eher auf die sächsische Seite gestellt haben -

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Genau.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Gordian Meyer-Plath: - als auf die Person, der sie wahrscheinlich gerade besonders Bereicherung und Ähnliches vorgeworfen haben, was die Berliner Sektion angeht - - So. Da ist also offensichtlich - - sind diese Brandenburger den Sachsen näher als den anderen Brandenburgern und den Berlinern.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: So. Und „Piatto“ berichtet über das alles. - Wunderbar. Also, ich weiß nicht, wo das Problem ist. Er berichtet über diesen Konflikt zwischen den beiden, und er liefert sie beide sozusagen an die Sicherheitsbehörden.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Na, eben ja nicht.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Wo denn nicht?

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Der Punkt ist doch, dass es bisher immer - - die Meldung von Jan Werner auf Carsten Szczepanski fokussiert ist, -

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Ja. - Ah!

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): - dass Carsten Szczepanski die Informationen erhalten hat. Aber wenn er sie durch Dritte erfahren hat, dann bedeutet das, dass diese Dritten auch Informationsträger und, wie ich jetzt versucht habe, nachzuweisen, auch Vertrauenspersonen der Sachsen gewesen sind. Das heißt also, wenn Sie mit der Information betraut werden, dass Jan Werner, der sächsische Leiter von „Blood & Honour“, auf der Suche nach Waffen ist und er in einem ständigen und steten Verhältnis - guten Verhältnis - zu den Brandenburgern steht, zur brandenburgischen Sektionsleitung, dann wendet er sich doch offenkundig vermutlich zuallererst an die brandenburgische Sektionsleitung. Was aber nicht vorkommt, ist, dass Szczepanski darüber berichtet, dass auch die Brandenburger damit in Verbindung stehen könnten. Und das ist die Fehlstelle, die ich gerade versuche nachzuweisen.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Jetzt habe ich es verstanden. Aber das ist doch nur Ihre Theorie, und es ist nicht meine Aufgabe als Zeuge, die zu bewerten. Ich habe keinen Zweifel daran, dass die Information, die „Piatto“ bekommen hat, von diesen beiden selber stammt. Vielleicht nicht auf dem Konzert, weil er da nicht war; aber er wird schon Zeit in Sachsen verbracht haben, um sich vor oder nach dem Konzert genau über diese Themen auseinanderzuhalten. Das heißt, die Theorie, nur ein Dritter kann ihm das gesagt haben, das ist Ihre, und die zu bewerten ist nicht meine Aufgabe.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Ich versuche nur nachzuvollziehen und rauszufinden, inwiefern Sie sich daran erinnern können, wie die Informationsweitergabe zustande gekommen ist, weil wir wissen, dass auch ein Großteil der Informationen, die Carsten Szczepanski vor allem während der Haftzeit erhalten hat, eben auch im Zusammenhang mit den Besuchen von Henning K. stehen.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Auf jeden Fall. Auf jeden Fall hat er auch Informationen von denen bekommen. Aber ich habe diese Meldung, über die jetzt hier gerade gesprochen worden ist, nicht verfasst, weil ich an dem Treffen nicht teilgenommen habe. Aber hätte sozusagen - - Die Frage ist ja im Raum: Wenn er es von Henning K. erfahren hätte, hätte er es ja auch sagen können; denn er hat ja viel anderes über Henning K. und was er von ihm erfahren hat, berichtet. Also mir scheint, wenn ich mir das erlauben darf, die Theorie jetzt nicht ganz schlüssig.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Ich finde - was auf jeden Fall aus den Deckblattmeldungen und aufgrund der Verbindung zwischen Brandenburg und Sachsen hervorgeht und auch zu konstatieren und festzuhalten ist -, dass eine alleinige Fokussierung auf die Rolle Carsten Szczepanskis in der Brandenburger Neonazi-Szene eine zu kurz greifende ist, weil die Brandenburger Neonazi-Szene aus einer viel, viel größeren Gruppierung bestand, die auch wesentliche Verbindungen hatte und nicht zuletzt dann auch 2000 selbst in Bezug auf Waffendeals oder aber Waffenbeschaffung und den versuchten Angriff auf Demonstrationen in den Fokus der Ermittlungsbehörden geriet - wie Uwe Menzel.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Aber wem werfen Sie das vor? Mir? Oder - -

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Ich versuche rauszufinden, wie Sie damals mit den Informationen, die Carsten Szczepanski geliefert hat, umgegangen sind. Und da Nachfragen zu stellen, wie die Informationen zustande gekommen sind, ist mein gutes Recht als Abgeordnete, -

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Absolut.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): - und Sie hier dazu zu befragen.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Natürlich.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dafür bleibt jetzt noch eine gute Minute, Frau Vandre.

(Abgeordnete Johlige [DIE LINKE]: Dann warten wir auf die nächste Runde!)

- Gut. Also verschieben Sie auf die nächste Runde. - Dann sind wir bei Herrn Wiese.

Abgeordneter Wiese (AfD): Herr Meyer-Plath, hatten Sie mit Szczepanski unter Ihrem Klarnamen zu tun, oder hatten Sie einen Arbeitsnamen, Tarnnamen, wie immer man es nennen mag?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Ich hatte einen Tarnnamen.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Wiese (AfD): Sie hatten ja vorhin erzählt, dass Sie mit Szczepanski fast ein freundschaftliches Verhältnis hatten.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Nein, das habe ich nicht erzählt.

Abgeordneter Wiese (AfD): Entschuldigen Sie, so habe ich es verstanden.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Aber es ist mein Recht als Zeuge, darauf hinzuweisen, dass das nicht das ist, was ich gesagt habe.

Abgeordneter Wiese (AfD): Gut. - Ja, es ist ja - - Zumindest hatten Sie ein gutes Verhältnis. Können wir uns darauf einigen?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Nein, das ist nicht die richtige Bezeichnung.

Abgeordneter Wiese (AfD): Na ja, Sie haben gesagt, man hat gelacht, man hat hier das eine oder andere gemacht.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Ja, das gehörte zum Teil - -

Abgeordneter Wiese (AfD): Also, einen, den ich nicht mag, mit dem lache ich nicht.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Na ja, es gehört - - Doch.

Abgeordneter Wiese (AfD): Dann können Sie hier mal rumfragen, ob ich mit vielen lache oder nicht.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Es gehört zum Teil - - Es ist Teil einer professionellen Treffabwicklung, eine Atmosphäre zu schaffen, in der die Informationen gut fließen können. Das heißt nichts über persönliche Sympathien.

Abgeordneter Wiese (AfD): Dann haben Sie auch seine Freundin nicht kennengelernt.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Nein.

Abgeordneter Wiese (AfD): Nicht. - Sagt Ihnen der Name C. S. etwas?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Ja.

Abgeordneter Wiese (AfD): Aha. Und in welchem Zusammenhang?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Aus seinen Berichten.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Wiese (AfD): Aus seinen Berichten?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Ja.

Abgeordneter Wiese (AfD): Aha. - Dann wissen Sie auch, dass diese Ex-Freundin - - soll ja auch auf der Garagenliste gestanden sein.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Wiese (AfD): Das wissen Sie nicht. - In welchem Zusammenhang hat er denn über seine Freundin berichtet, über diese C. S.?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Also, wenn wir jetzt über dieselbe reden - das ist jetzt ein bisschen schwierig durch die Abkürzung -, dann war das eine Person, die eben auch in der Brandenburger Skinhead-Szene eine Rolle spielte und die deswegen wert war, über sie auch berichtet zu werden.

Abgeordneter Wiese (AfD): Gab es weitere Quellen des Brandenburger oder der Verfassungsschutzbehörden oder Polizeibehörden, welche in Kontakt zu dem sogenannten Trio waren oder als Personen Kontakt hatten?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Ich glaube, solche Fragen, Herr Vorsitzender, müssten wir dann in geheimer Sitzung besprechen.

Abgeordneter Wiese (AfD): Was soll da noch geheim sein? - Sie wissen, diese Geschichten sind ja in München auch behandelt worden.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Na ja, aber das sind Fragen auch zur Zugangslage anderer Behörden. Für die kann ich in offener Sitzung nicht aussagen.

Abgeordneter Wiese (AfD): Im Münchener Prozess haben Sie aber offen ausgesagt.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Das kann ich jetzt nicht im Einzelnen bewerten, was Sie damit genau meinen.

Abgeordneter Wiese (AfD): Na ja, Sie konnten sich nicht hinter dem verstecken, was Sie jetzt versuchen, hier zu tun. Sie mussten vor den Richtern Klartext reden. Und warum Sie heute nicht Klartext reden wollen, das verstehe ich nicht. Ich kann mir auch die Protokolle von München holen.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Na ja, es ist die Frage, ob das genau die identische Fragestellung in München war, die Sie jetzt gestellt haben. Also, zu V-Personen anderer Behörden habe ich auch in München bestimmt nichts gesagt.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Wiese (AfD): Gut. - Laut des Zeugen Michael Ackrath wurde jede Deckblattmeldung an das BfV und die betroffenen Länder versandt. Gab es auch Meldungen des BfV anderer Länder an Brandenburg in diesem Zusammenhang?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: In welchem Zusammenhang?

Abgeordneter Wiese (AfD): Ja, in dem Zusammenhang mit dem Trio.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Also dadurch, dass das Trio - -

Abgeordneter Wiese (AfD): NSU.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Ja, ja.

Abgeordneter Wiese (AfD): Et cetera.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Das Trio selbst in dieser Zusammensetzung ist den Sicherheitsbehörden ja erst durch ihr Auffliegen bekannt geworden. Insofern gab es auch vorher keine Meldungen dazu.

Abgeordneter Wiese (AfD): Letzte Frage: Handyaustausch am 25.08.98. Da wurden Sie ja vom Herrn Binninger im Bundestag schon gefragt, und da ist mir aufgefallen, dass Sie ausweichende Antwort gegeben haben. Da hätte ich gerne mal gewusst: Was ist dadrunter zu verstehen?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Könnten Sie das etwas detaillierter fragen?

Abgeordneter Wiese (AfD): Na ja, im Protokoll Nummer 64 - vielleicht war das auch jemand anders; aber hier steht: Meyer-Plath -, bei der Meyer-Plath-Befragung: ausweichende Antwort zu Vorgabe Binninger, dass er hier praktisch mit „Piatto“ zusammen gewesen ist bei dem Handyaustausch.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Zitieren Sie wörtlich aus dem Protokoll?

Abgeordneter Wiese (AfD): Nein, ich habe das zusammengefasst.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Ja, ich würde dann - -

Abgeordneter Wiese (AfD): Aber auch da können wir das Protokoll nachreichen. Dann müssen wir Sie halt noch mal vorladen.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Ja, aber ich - - Wenn Sie mir etwas vorhalten, dann muss ich es schon im Wortlaut haben.

Abgeordneter Wiese (AfD): Ich kann ja - - Wissen Sie - -

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Das bestätige ich: Wenn Sie einen Vorhalt machen, dann zitieren Sie bitte wörtlich.

Abgeordneter Wiese (AfD): Gut. Dann ziehe ich das zurück und gebe die Frage weiter.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Okay. - Dann sind wir bei Frau Nonnemacher.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön. - Herr Meyer-Plath, in der letzten Runde, als ich frageberechtigt war, haben wir geendet mit einem Verfassungsschutzvermerk, den Sie verfasst haben, vom 30. März 98, den ich Ihnen auch voll vorgehalten habe. Es ging um das Gedeihen der Skinhead-Szene Chemnitz. Ich zitiere noch mal in Ausschnitten:

„Antje P. geht davon aus, daß der Verfassungsschutz in Sachsen davon überzeugt ist, diese Personen als Quellen zu führen. In Wirklichkeit aber würden diese Personen lediglich versuchen, den Erkenntnisstand des Verfassungsschutzes heraus zu bekommen. Auf diesem Wege sei die Szene in Chemnitz in der Lage, Exekutivmaßnahmen vorhersehen zu können.“

Ich entwickle das jetzt noch mal weiter. Ich hatte Sie gefragt, ob das nach Sachsen an die Verfassungsschutzbehörden gesteuert worden ist. Sie haben gesagt, Sie gehen davon aus, dass das auf Leitungsebene weitergeben worden ist und bekannt war. Und dann war ja die Frage: Warum gab es sozusagen beim Verfassungsschutz keine Quellenkontakte zum Trio? Man hätte ja sonst erwarten können, dass der sächsische Verfassungsschutz dann schon genaue Hinweise auf das Trio gehabt hätte. Und ich hatte Sie gefragt, ob Sie aus Ihrer heutigen Funktion heraus als Leiter der Verfassungsschutzbehörde in Sachsen wissen, ob diesen Hinweisen in Form einer Überprüfung der Chemnitzer Verfassungsschutzquellen nach der Selbstenttarnung des NSU nachgegangen worden ist. Das ist ja eine ganz zentrale Frage bei der Aufklärung des NSU. Daraufhin hatten Sie gesagt, Ihre Aussagegenehmigung würde das nicht hergeben.

Wir haben uns jetzt in der Mittagspause die Aussagegenehmigung des Staatsministeriums des Inneren des Freistaats Sachsen noch mal angeguckt. Da steht in Punkt zwei, dass das für dienstliche Angelegenheiten bezüglich Ihrer Tätigkeit im Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen praktisch analog gilt, sodass wir diese Ansicht eigentlich nicht teilen können. Und da es ja hier um eine ganz zentrale Frage geht: „Hätte man sozusagen schon im März 1998, als man nah an dem Trio dran war, sozusagen den Zugriff machen können?“, würde ich Sie noch mal fragen, ob das überprüft worden ist.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Im März 98 war man nah am Trio dran?

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Na ja, wenn hier gesagt worden ist, was Antje P. weitergegeben hat, dass der sächsische Verfassungsschutz der Meinung ist, er hat Quellen in der Szene, dass diese Quellen aber nur dazu dienen würden, den Erkenntnisstand des Verfassungsschutzes herauszubekommen, und dass dadurch die Szene in Chemnitz in der Lage sei, Exekutivmaßnahmen vorhersehen zu können, dann ist das doch eine ganz zentrale Frage, ob damals sozusagen fragliche Quellen des sächsischen Verfassungsschutzes valide waren, ob sozusagen dort Hinweise auf das Trio nicht weitergegeben worden sind. Und ich wollte fragen, ob Sie das überprüft haben.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Also, ein Bezug zum Trio wird aus dem Schriftstück ja überhaupt nicht deutlich. Es ist ja eher eine allgemeine Frage überhaupt zur Szene Chemnitz. Ein Trio-Bezug ist daraus ja überhaupt nicht herstellbar.

Ich gehe davon aus, dass auf Leitungsebene - dadurch bin ich dankbar, dass mir das Schriftstück noch mal im Original vorgehalten wurde, wo eben die Verfügung des Abteilungsleiters da war - - Ich bin mir sicher, dass es dort Gespräche gegeben hat, aber ich kann es nicht verifizieren. Ich kann es auch aus heutiger Sicht nicht belegen, ob es damals Kontakte gegeben hat, die weitere Veranlassung gegeben haben etwa zur Überprüfung des sächsischen Quellenbestandes oder Ähnliches. Ich gehe davon aus, aber ich kann es Ihnen nicht bestätigen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber es geht doch praktisch um die Frage: Hat man die Chemnitzer Verfassungsschutzquellen damals überprüft nach der Selbstenttarnung des NSU? Das Trio war ja zu dieser Zeit in Chemnitz.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Aber soweit ich weiß, wussten das die sächsischen Behörden nicht. Aber unabhängig davon ist ja die Frage: Welchen Wert haben die sächsischen Behörden dieser Aussage von Frau Anje P. beigemessen? - Das kann ich nicht beurteilen. Man wird das zur Kenntnis genommen haben und geguckt haben: „Wie wahrscheinlich ist das?“, mit den Quellen da eine Überprüfung - in welcher Form auch immer - gemacht haben; man wird das ernst genommen haben. Ich kann Ihnen da aber weiter keine Erkenntnisse zu mitteilen, wie die sächsischen Behörden damals gehandelt haben.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich frage ja auch nicht nach damals, sondern nach der Situation sozusagen nach Selbstenttarnung des NSU. Sind Sie da dieser Einschätzung, diesem Hinweis von Frau Antje P., den Sie ja selber gezeichnet haben - - Sie haben ja im Brandenburger Verfassungsschutzbericht selber diese Einschätzung von Frau Antje P. sozusagen aufgezeichnet. Es ist nach Sachsen weitergegeben worden. Hat man das denn retrospektiv noch mal überprüft, ob sozusagen der sächsische Verfassungsschutz Quellen in der Chemnitzer Szene hatte, die diese Information gar nicht weitergegeben haben?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Also, selbstverständlich hat auch im Freistaat Sachsen eine Aufarbeitung sämtlicher Akten stattgefunden, die irgendeinen Bezug zu den

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Untergetauchten gehabt haben können. Ob da jetzt dieser Sachverhalt noch mal eine Rolle spielte, das weiß ich nicht. Ich weiß nicht, ob genau auch dieses Schriftstück - - oder in welcher Form überhaupt Sachsen damals unterrichtet wurde. Das weiß ich nicht. Ich hatte zumindest, als ich in Sachsen das Amt übernommen habe, an diesen Vorgang keinerlei Erinnerung mehr.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber das ist doch eine ganz zentrale Frage. Es gibt doch sozusagen möglicherweise Hinweise, dass Vertrauensleute des sächsischen Verfassungsschutzes dort ein falsches Spiel gespielt haben. Sie sind ja auch bei der Vernehmung jetzt beim NSU-Untersuchungsausschuss in Sachsen sozusagen gefragt worden, ob Sie ausschließen können, dass es irgendeinen Quellenzugang zum Trio gegeben hat. Das ist doch genau die Frage: Gab es damals schon einen Quellenzugang zum Trio? Da haben Sie gesagt, Sie können einen Quellenzugang ausschließen. Deshalb frage ich, ob nach der Selbstenttarnung diesem Hinweis noch mal nachgegangen worden ist.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Ja, aber wenn es keinen Quellenzugang zum Trio gab, dann kann man auch Ihrer Theorie nicht weiter folgen. Dass generell V-Leute möglicherweise falsch spielen - und das wäre ja die Warnung gewesen, die hier 98 an die sächsischen Kollegen weitergeht -, das kann immer sein. Solche Sachen spielen in der Szene häufig eine Rolle, auch dass das behauptet wird. Deswegen ist es wichtig, dass die sächsischen Behörden das damals bekommen haben, wovon ich ausgehe, in welcher Form auch immer; war wahrscheinlich Chefsache. Und welche Untersuchungen die dann gemacht haben: Die werden es selber bewertet haben, weil sie sehr viel näher dran sind an einer Aussage einer Rechtsextremistin, die ein Brandenburger Verfassungsschutz so ja gar nicht bewerten kann. Wichtig ist, dass er es übermittelt, und ich gehe davon aus, dass das auch passiert ist. Aber ich kann es Ihnen nicht belegen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wir reden ein ganz klein wenig aneinander vorbei, glaube ich. Die Aussage, dass es keinen Quellenzugang gab, die stammt doch von Ihnen. Das entnehmen wir doch den Protokollen der Zeugenvernehmung Meyer-Plath im 2. NSU-Untersuchungsausschuss Sachsen im Dezember 2017.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Zum Trio.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie haben gesagt -

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Zum Trio!

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - es gab keinen Quellenzugang zum Trio, -

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Zum Trio.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - und ich frage Sie: Haben Sie sozusagen diese Einschätzung von Frau Antje P. aus dem März 98, dass damals Leute Quellen waren, die aber nur sozusagen darauf aus waren, Exekutivmaßnahmen in Chemnitz zu verhindern und sozusagen die Erkenntnislage des Verfassungsschutzes rauszubekommen, noch mal explizit in Sachsen geprüft?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Es ist natürlich geprüft worden: „Welche Zugangsmöglichkeiten gab es?“, und es ist darauf geprüft worden, ob Hinweise zum Trio kamen. Das war aber offensichtlich nicht der Fall. Deswegen die Frage, ob man da jetzt retrograd Quellen daraufhin überprüft, ob sie mehr hätten wissen können - - kann ich mir nicht richtig vorstellen. Damals ist es sicherlich bei den sächsischen Behörden zur Kenntnis genommen worden, was da aus Brandenburg kam. Aber, wie gesagt, den NSU-Bezug oder den Trio-Bezug, der wird daraus ja nicht deutlich. Ihre Theorie ist offenbar, dass es Quellen gab, die alles über das wussten, aber dem sächsischen Verfassungsschutz nicht gesagt haben.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich habe jetzt erst mal gar keine Theorie dazu, sondern wir haben Ihren Vermerk, was Frau Antje P. dazu gesagt hat. Und diese Aussage - - Wenn man die ernst nimmt, heißt das, der sächsische Verfassungsschutz hat Quellen, die aber nicht an den Verfassungsschutz berichten, sondern die die Szene schützen.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: So behauptet sie.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Deshalb hätte man - - frage ich Sie, ob untersucht worden ist: „Welche Quellen waren das damals?“, ob man die vernommen hat, ob sie wirklich was wussten. Es geht ja um die Verantwortung, ob damals sozusagen schon das Trio hätte enttarnt werden können.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Also, es sind natürlich die Quellen noch mal betrachtet worden im Sinne davon: Welche Zugangslage hatten sie, und haben Sie Informationen gegeben, die irgendwie auf das Trio hätten Rückschlüsse machen können? - Das ist passiert. Das war nicht der Fall. Aber sie sind nicht noch mal aufgesucht worden und befragt worden.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Warum nicht?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Da gab es keinen Anlass für. Ich bin mir nicht sicher, ob dieser Sachverhalt, den Sie mir vorhalten, ob der den sächsischen Behörden zu dem Zeitpunkt bekannt war oder noch bekannt war. Ich weiß nicht, welchen Aktenrückhalt es dazu gibt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber Sie haben ja gerade eben gesagt, dass dieser Vermerk, den Sie gefertigt haben, nach Sachsen weitergegeben worden ist.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Nein, ich sage, ich gehe davon aus. Ich weiß es nicht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich möchte gern noch- -

(Abgeordnete Johlige [DIE LINKE] meldet sich zu Wort)

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Frau Nonnemacher. - Worum geht's?

(Abgeordnete Johlige [DIE LINKE]: Könnten wir ganz kurz eine Zwischenfrage stellen?)

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja, bitte.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann habe ich es jetzt verstanden.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber das geht dann wieder zurück.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ja. Und es geht nicht von Ihrer Zeit ab, Frau Nonnemacher. - Bitte.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Ich wollte nur hinterherfragen, weil wir gerade bei den Quellen waren, um welche Quellen es sich denn da handelte und wo sie angesiedelt waren.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Wie gesagt: Es gab keine Quellen - das habe ich im sächsischen Untersuchungsausschuss gesagt -, die einen Zugang zum Trio hatten. Über den Bestand der sächsischen Quellen zu dem Zeitpunkt kann ich in offener Sitzung nichts sagen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Frau Nonnemacher macht weiter.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Herr Meyer-Plath, nachdem wir sozusagen Ihren Vermerk über die Aussage von Frau Anntje P., die Weitergabe nach Sachsen und diese Möglichkeit, dass da Quellen des sächsischen Verfassungsschutzes falsches Spiel betrieben haben und möglicherweise Informationen über das Trio nicht an den sächsischen Verfassungsschutz weitergegeben haben - - werden Sie das jetzt, nachdem wir das hier diskutiert haben, noch mal explizit prüfen lassen und diese Quellen auch noch mal befragen, ob sie Kenntnisse dazu hatten?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Darüber kann ich Ihnen in diesem Rahmen keine Auskunft geben. Überprüfen ja, weil mich jetzt im Nachgang interessiert, ob dieser Hinweis, über den wir hier sprechen, in Schriftform weitergeleitet wurde, ob das möglicherweise mündlich auf Leitungsebene übermittelt wurde. Dem werde ich nachgehen.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also, ich fokussiere das so intensiv, weil wir haben ja hier in Brandenburg als Untersuchungsausschuss den Auftrag, auch die Verantwortung des Landes Brandenburg bei der Aufdeckung oder Nichtaufdeckung des Trios und bei der Verhinderung der zehn Morde zu untersuchen. Und wir stehen ja auch als Land Brandenburg im Fokus, ob die Weitergabe der „Piatto“-Informationen im September 1998 - Stichwort: Quellenschutz - an Thüringen und Sachsen so den Qualitäten entsprochen hat, dass man dem Trio hätte habhaft werden können. Wir reden ja hier über unsere Verantwortung als Land Brandenburg. Deshalb würde ich doch sehr anregen, dass vielleicht hier auch eine Verantwortung besteht, diese Situation im März 1998 noch mal zu überprüfen. Vielleicht hätte man da auch schon den Hinweisen nachgehen müssen.

Gut. - Ich komme zu einem anderen Thema: schriftlicher „Piatto“-Bericht, Bericht vom Urlaub 3. bis 5. Juli 1998, Ordner B 4, Datei 1998-VS-NfD, Seite 38. Ich möchte Ihnen diesen Vorhalt vorlesen:

„Freitag, 03. Juli 1998

Die Fahrt nach Chemnitz-Rabenstein erfolgte im Beisein des Betreibers des sogenannten ‚Greenlands‘-Shops (Hauptstraße, 14776 Brandenburg), K. M. [...].

[...]

Während der Autofahrt nach Chemnitz bot M. die Möglichkeit an, daß ‚gute Kameraden‘ mit ihm zusammen als Gäste auf einen der drei von ihm besuchten Schießplätze gehen könnten. Auch hielt er es für machbar, Faustfeuerwaffen für 800,- DM (pro Stück) besorgen zu können, da: ‚es immer Jäger gäbe die Geld bräuchten‘.“

Ende dieses Vorhalts; ein schriftlicher Bericht von „Piatto“. - Wie sind Sie damit umgegangen, dass Ihnen „Piatto“ berichtet hat, dass die Szene über einen Brandenburger Szene-Shop-Betreiber problemlos an solche Waffen herankommen konnte?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Das weiß ich nicht mehr.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Das wissen Sie nicht mehr. - Sie können sich da nicht dran erinnern, an diesen Vermerk.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ist nicht damit aber jetzt im Zusammenhang mit den viel zitierten „Bums“-Vorgängen eigentlich aktenkundig, dass praktisch im selben Zeitraum „Piatto“ schon die Möglichkeit gehabt hätte, an solche Waffen ranzukommen? Halten Sie das für bedeutsam?

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Wie gesagt, ich habe an dieses Schriftstück, was sie mir vorhalten, keine Erinnerung, an diesen ganzen Sachverhalt nicht. Ich weiß nicht, ob man aus dem schließen kann, dass er da rangekommen wäre. Also, da sagt einer, dass er das könne, und sagt das dem „Piatto“.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Na ja, offensichtlich ist „Piatto“ mit diesem Klaus M. gemeinsam nach Chemnitz gefahren, offensichtlich er selber mit dieser Person. Es geht nicht aus der Notiz hervor, dass da Dieter Borchert oder Sie mitgefahren sind. Es heißt ja auch „Bericht zum Urlaub“. Und er erzählt, dass ihm sozusagen Faustfeuerwaffen angeboten worden sind von einem Brandenburger Szeneangehörigen. Also, halten Sie diese Nachricht nicht doch für relevant, wenn man später auf die „Bums“-Anfrage von Jan Werner, wenn man das damit in Zusammenhang stellt?

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Bitte dann zum Ende kommen.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Also, ich kann daraus nur schließen: Es gab für Rechtsextremisten Möglichkeiten, an Waffen ranzukommen. Das bestätigt dieser Vermerk. Ob das jetzt im Zusammenhang mit den Gesprächen, auf die Sie anspielen, die Jan Werner geführt hat - - das kann ich nicht beurteilen, diesen Schluss. Dass Waffen in der Szene sind und dass Rechtsextremisten in der Lage sind, sich Waffen illegal zu beschaffen, das ist, denke ich, etwas, worauf jetzt nicht nur diese Meldung einen Hinweis gibt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. - Und an die Tatsache, dass diese Waffen speziell Szczepanski angeboten worden sind, da haben Sie keine Erinnerung?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: So wie Sie es mir vorgelesen haben, spricht das nicht dafür, dass die konkret ihm angeboten wurden. Aber - -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Natürlich.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Sie können es - - Wenn Sie es noch mal vorlesen?

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Es sei gestattet.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön.

„Während der Autofahrt nach Chemnitz bot M. die Möglichkeit an, daß ‚gute Kameraden‘ mit ihm zusammen als Gäste auf einen der drei von ihm besuchten Schießplätze gehen könnten. Auch hielt er es für machbar, Faustfeuerwaffen für 800,- DM (pro Stück) besorgen zu können [...].“

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Das ist aber kein konkretes Angebot an „Piatto“.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. Diese Interpretation nehme ich jetzt so zur Kenntnis und übergebe dann.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): So, wir kommen in die Runde drei. Die SPD-Fraktion. Frau Gossmann-Reetz.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich würde jetzt den Komplex Deckblattmeldung 140 unseren Freunden der Linken überlassen und springe noch mal in einen anderen Bereich. Wenn man die Deckblattmeldungen von Szczepanski liest, erfährt man ja einiges über rechtsextremistische Musik. Eine Deckblattmeldung finde ich in diesem Zusammenhang sehr interessant. In der von Ihnen verfassten Deckblattmeldung 22/97 vom 04.03.1997 schreiben Sie Folgendes:

„Die Band ‚Dolly D.‘ wird von der Quelle als ‚rechte‘ Band bezeichnet, die Band ‚Test A‘ sei hingegen unpolitisch.“

Kam es öfter vor, dass Sie mit Dieter Borchert zusammen Szczepanski nutzten, um Musik auswerten zu lassen?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Na, eine Bewertung von Bands - - Er wurde schon gefragt, wie er bestimmte Bands einschätzt, wo man die zuordnen muss, im „Blood & Honour“-Kontext etwa. Aber es ist ja auch manchmal für Außenstehende gar nicht einfach, jetzt bestimmte Bands zu kategorisieren, wenn es jetzt etwa unpolitische Oi!-Musik ist oder gar Red-Skin-Musik oder Ähnliches. Da ist natürlich jemand, der sich damit auskennt, jemand, den man um eine Bewertung hier auch bittet.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, das war nicht Sache der Auswertung, sondern das hat man sozusagen - -

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Na ja, das muss natürlich dann nicht eins zu eins geglaubt werden; aber es ist ja erst einmal ein Fingerzeig.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und Szczepanski war so eine Art Musiknarr und hatte da eine gewisse Kompetenz.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Würde ich schon sagen, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und beide Bands hier, „Dolly D.“ und „Test A“ sind sogenannte Oi!-Punk-Gruppen. War er auch so ein Fan dieser Oi!-Musik? Können Sie das erinnern?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und haben Sie von Herrn Szczepanski auch mal Musik aus anderen Phänomenbereichen geliefert oder identifiziert bekommen?

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Also, es hatte immer letztendlich etwas mit klar rechtsextremistischer Musik bzw. eben auch in dieser Oi!-Szene zu tun, die ja dann etwas differenzierter zu betrachten ist.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Ich würde es erst einmal dabei belassen und es dann den Linken überlassen, mit der Deckblattmeldung 140 weiterzumachen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Zuvor ist aber die Fraktion der CDU dran.

(Abgeordneter Dr. Redmann [CDU]: Keine weiteren Fragen!)

- Keine weiteren Fragen. - Dann sind wir bei der Fraktion der Linken. Bitte schön.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Wir sind gerade noch ein bisschen irritiert, was jetzt noch gemeint war.

(Abgeordnete Gossmann-Reetz [SPD]: Na, ihr wart doch unterbrochen worden!)

- Wir waren da, glaube ich, fertig, oder? - Na ja, dann mache ich erst mal was anderes, und Isa überlegt noch.

Ich habe noch so ein paar Kleinigkeiten, die sich so eingeschlichen haben aus verschiedenen Komplexen, wo noch ein paar Fragen bei mir offen sind. Das eine, das haben wir noch nicht so richtig angeschnitten. Was ich mich die ganze Zeit frage, ist: Wenn so ein V-Mann im offenen Vollzug ist und vom Verfassungsschutz ein Handy bekommen hat - in der JVA darf man ja kein Handy haben -: Was passiert eigentlich mit dem Handy? Wo bleibt das?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Das hing wahrscheinlich jetzt von der Phase seines Vollzugsplans ab. Wenn er nächteweise auch außerhalb war, dann war es halt bei ihm. Ansonsten gehe ich davon aus - also ich weiß es nicht -, dass er es bei der JVA abgegeben hat. Aber ich weiß es wirklich nicht, wo genau das Handy dann jeweils sich befunden hat.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Also, wir hatten ja sozusagen eine Phase, wo der V-Mann-Führer, in der Regel Dieter Borchert, ihn abgeholt hat von der JVA und wieder hingebraucht hat. Wir haben keinerlei Anhaltspunkte, dass das Handy in der JVA abgegeben wurde. Das heißt, uns stellt sich schon die Frage, ob das Handy möglicherweise täglich dann dem V-Mann-Führer übergeben wurde.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Also mir wurde es nie übergeben. Möglicherweise Dieter Borchert; das weiß ich aber nicht.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Okay. Das fragen wir ihn dann. - Zweiter Punkt, den ich ganz gern noch ein bisschen vertiefen würde, ist die Frage: Sie haben uns ja vorhin geschildert, was das so für ein Mensch ist. Was mir immer noch unklar ist, auch nach der Beschäftigung mit den vielen Akten, ist, was eigentlich die Motivation von Szczepanski war, so umfangreiche Informationen zu liefern. Können Sie da eine Einschätzung sagen, was aus Ihrer Sicht seine Motivation war?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Ja. Ich habe das auch im Berliner Untersuchungsausschuss schon versucht. Letztendlich wahrscheinlich eine Mischung aus verschiedenen Aspekten. Einerseits gab es Äußerungen von ihm, er würde sich sozusagen von der Szene im Stich gelassen fühlen nach seiner Verurteilung - zumindest von bestimmten Protagonisten -, andererseits sicherlich auch der Gedanke an die Zukunft: Wie geht das mit mir irgendwann mal weiter? Kann möglicherweise eine Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz meine Haftzeit verkürzen? Und er hat natürlich auch Geld für seine Informationen bekommen. - Das wären so die drei Aspekte, die ich mir vorstellen könnte.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Aber wenn er tatsächlich aussteigen wollte - - Also, er hatte ja auch in seinen Bewährungsaufgaben, dass er sich eigentlich nicht mehr mit einer bestimmten Personengruppe quasi treffen darf. Auch in der Zeit, als er im Knast war, wäre es eigentlich für ihn wesentlich sinnvoller gewesen, sich tatsächlich von der Szene zu lösen. Unterstellen wir mal, er wollte sich wirklich von der Szene lösen: Hat dann der Verfassungsschutz nicht eigentlich durch die Steuerung dafür gesorgt, dass er keine Chance hatte, auszusteigen?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Also, das hängt natürlich von dieser unterstellten Sache ab. Diesen Eindruck hatte ich nicht, dass er dort jetzt - - Es ist natürlich ein komplexer Sachverhalt in der Frage: Wann beginnt eigentlich ein Ausstieg? Und ist die detaillierte Berichterstattung über das komplette rechtsextremistische Umfeld nicht eine Form des inneren Ausstieges? Ohne eine Distanzierung davon kann ich ja so gar nicht arbeiten. Aber in der Tat ist es, denke ich, wichtig in so einer V-Mann-Führung, immer wieder mal das Thema Kompettausstieg auch zu thematisieren; denn es muss ja irgendwann ein Ende haben.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Haben Sie das gemacht irgendwann?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Das ist nach meiner Erinnerung dort nicht passiert, ist aber etwas, was wir in unseren Vorschriften regelmäßig auch tun: dass man immer wieder mal sagt: Wie soll das eigentlich mal in drei Jahren aussehen? Da ist sicherlich auch eine gewisse Verantwortung gegenüber den V-Personen notwendig. Aber das war in den 90ern noch nicht da. Aber ich hatte - - Wie gesagt, Sie unterstellen einen Ausstiegswillen. Man kann es so interpretieren, dass all das, was er für die Sicherheitsbehörden getan hat, irgendwo auch eine Form des Ausstieges war.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Das hieße, dass er für Sie nicht den Eindruck gemacht hat, dass er aussteigen wollte aus der Szene, sondern dass es irgendwie eine andere Motivation gegeben haben muss.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Na ja, irgendwie ist es ein Ausstieg. Und das ist ja das Schwierige dann auch in der Darstellung nach außen: Wie soll einer, der sozusagen innerlich ausgestiegen ist, indem er breit über die Szene berichtet, dazu aber Kontakt halten muss mit der Szene nach außen, zeigen, dass er sich von der Szene abgewandt hat? Aus diesem Circulus vitiosus ist dann ein schwerer Ausstieg möglich.

(Abgeordnete Gossmann-Reetz [SPD]: Darf ich mal zwischenfragen?)

- Ja, mach mal.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Meinen Sie das so, er hätte sich nicht von der Ideologie getrennt, aber von der Szene?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Ja, das ist schwer zu sagen. Also, man schaut in den Menschen nicht rein - die Gedanken sind frei -, ob er innerlich geläutert war, eine andere Aussicht habe. Für ihn war allerdings diese Szene, so wie sie sich ihm dargestellt hat, so, dass er ihr erheblich geschadet hat, und das ganz offensiv.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und sie ihm, in seinem Bild sie ihm - damals durch den vermeintlichen Verrat.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Sie ihm auch, ja. Aber das bezog sich natürlich jetzt nur auf diesen engen Kreis, der im Rahmen seines Prozesses eine Rolle spielte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber zu persönlichen politischen Überzeugungen können Sie uns heute rückblickend wenig sagen.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. Danke.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Ich frage da so genau, weil, ich sage mal, wir haben ja inzwischen auch schon so ein gewisses Bild gewonnen. Und die Frage, die sich ja so ein Untersuchungsausschuss am Ende immer stellen muss, wenn man sich mit einem rechtsextremistischen Intensivtäter einlässt als Behörde, ist ja schon die Frage, ob die Tätigkeit tatsächlich mehr Nutzen als Schaden bringt. Wenn ich mir das angucke - - Also, er hat aus dem Knast raus, wo er eigentlich nicht in der Lage gewesen wäre, „United Skins“ weiter herausgeben können.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Das ist Ihre Bewertung, dass das so ist.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Das ist meine Bewertung. Da haben wir tatsächlich auch eine unterschiedliche Bewertung. Da würde ich möglicherweise auch im Keller ganz gern noch was vorhalten zu dieser Frage.

Also, der Verfassungsschutz hat ihm einen Laden finanziert, wo er rechtsextremistische Devotionalien verkaufen konnte, wo später auch ein Waffengeschäft abgewickelt wurde. Also, damit hat der Verfassungsschutz ja eigentlich dafür gesorgt, dass die Szene in Brandenburg, sagen wir mal, auch ein Stück gestärkt wurde durch die Tätigkeit Szczepanskis. Und deswegen stellt sich mir schon die Frage: Wie weit kann so eine Unterstützung einer V-Person dann eigentlich gehen?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Stellen Sie sie sich oder mir?

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Ihnen natürlich auch. Ich meine, es ist Ihre Chance, mein Bild geradezurücken.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Ich kann nur für die Phase sprechen bis zum Oktober 1998, und in dieser Phase habe ich keinen Zweifel daran, dass mit diesen Informationen - - dem Rechtsextremismus in Brandenburg, in Deutschland erheblich geschadet hat durch die Informationen, die „Piatto“ geliefert hat, und deswegen die Rechnung in diesem Bereich für mich so ist, dass sich das sehr gelohnt hat.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Und Sie würden das auch nicht so einschätzen, dass die Tätigkeit von Szczepanski, was ich gerade jetzt aufgezählt habe, zu einer Stärkung der Szene sogar noch mit beigetragen hat.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Ich denke, dass sich die Szene ohne „Piatto“ in ähnlicher Form entwickelt hätte, nur ohne Kenntnis der Sicherheitsbehörden und ohne Interventionsmöglichkeiten.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Okay.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann kommen wir zu Herrn Wiese.

Abgeordneter Wiese (AfD): Herr Meyer-Plath, welcher V-Mann-Führer hat sich am 25.08.1998 mit Carsten Szczepanski getroffen?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Das kann ich Ihnen aus der Erinnerung nicht sagen. - Am 25.08.?

Abgeordneter Wiese (AfD): 25.08.1998.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Das weiß ich nicht. Das kann ich gewesen sein. Aber ich weiß es nicht mehr. - Ist das eine, wo die - -

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Wiese (AfD): Noch mal - ich habe ja vorhin schon mal die Frage gestellt -: Aus der Akte ergibt sich, dass Sie das gewesen sind.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Okay. Dann werde ich es gewesen sein, ja. Aber ich habe hier keinen Aktenrückhalt. Deswegen kann ich Ihnen das nicht - - Aber wenn es da steht, dann war ich dabei.

Abgeordneter Wiese (AfD): Wie viele Handys hatte denn der Herr „Piatto“? Wissen Sie das?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Also, die Behörde hatte ihm eins zur Verfügung gestellt. Das weiß ich aus der Akte.

Abgeordneter Wiese (AfD): Wenn Sie sich mit ihm getroffen haben, hat er immer nur eins dabei gehabt.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Ob er da überhaupt immer eins dabei gehabt hat, habe ich auch keine Erinnerung dran. Also, ich habe zumindest keine Erinnerung, ihn mit mehr als einem Handy gesehen zu haben.

Abgeordneter Wiese (AfD): Gut. - Ich gebe gern weiter.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Frau Nonnemacher, bitte.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön. - Herr Meyer-Plath, in früheren Runden ist noch mal über Ihren Kollegen Dieter Borchert und dessen Verhältnis zu Herrn Szczepanski gesprochen worden. Sie haben da gesagt bei dem Briefwechsel zwischen V-Mann-Führer und V-Mann, dass diese Briefe in einem hohen Maß von Ironie geprägt worden seien. Ich würde Ihnen jetzt gerne noch mal einen solchen Brief vorhalten, wo Carsten Szczepanski an Dieter Borchert schreibt. Also, da ist das Logo ein vermummter Kämpfer mit Sturmgewehr - - ist in dem Brief eingedruckt mit der Losung von Combat 18: „Whatever it takes“. Dadrunter steht „Terrormaschine“, und dann unterschreibt Carsten Szczepanski den Brief an seinen V-Mann-Führer: „Mit den besten Grüßen & 88 Carsten“. - Finden Sie, dass das von satirischem Umgang miteinander geprägt ist, wenn also wirklich ein martialischer Kämpfer mit Sturmgewehr auf einer Korrespondenz zwischen V-Mann-Führer und V-Mann zu sehen ist?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Das ist, denke ich, sehr stark im Auge des Betrachters. Wenn gleichzeitig Informationen fließen, um genau solche Umtriebe wie von diesen Organisationen, die solche Bilder verwenden, zu verhindern, dann muss man das, denke ich, vor diesem Hintergrund sehen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also Sie würden einen solchen Brief immer noch als eine ironische Distanzierung durchgehen lassen.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Es geht nicht darum, ob ich das durchgehen lasse, sondern: Da ist einer mit einem V-Mann-Führer in Kontakt, dem er regelmäßig Informationen gibt über solche Strukturen. Das ist, denke ich, im Kern der Sache. Welche Form er da nimmt und ob das dann sozusagen eben schon eine Form der Ironie ist, das dann genau mit diesen Bildern zu verzieren, mag mir nicht gefallen, mag Ihnen nicht gefallen; aber für mich steht im Vordergrund, dass diese Informationen gedient haben, diesen Strukturen näher zu rücken.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): „Piatto“ hat ja die Namen und Adressen deutscher Rechtsextremisten an den Verfassungsschutz geliefert, die sich an einem Postfach der Terrorgruppe „Combat 18“ als Interessenten in England gemeldet hatten. Also, da ist ja auch immer wieder die Frage: Was für eine Stellung hatte er dabei? Wie kommt er zu solchen Adressen, die er dann weitergibt? - Haben Sie sich in der Verfassungsschutzbehörde nicht einfach mal die Frage gestellt oder über mögliche Risiken debattiert, die diese sehr engen Verflechtungen zu „Combat 18“, zu einer Terrorgruppe, mit sich bringen, die ihre eigene Quelle unterhält?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Und zu welchem Ergebnis sind Sie da gekommen?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Dass es natürlich von hohem Interesse ist, herauszukriegen, welche Leute in Deutschland sich an „Combat 18“ wenden, um mit ihnen in Kontakt zu treten - das ist ja der Schlüssel dazu, dass Sie die Gründung solcher Strukturen in Deutschland rechtzeitig erkennen -, und dass es das Risiko wert ist.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Haben Sie nicht auch Gefahren dadrin gesehen, die in der Förderung der Aktivitäten einer solchen Terrorgruppe möglicherweise bestehen?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Wir waren uns sicher, dass, wenn welche einen Weg suchen, um mit „Combat 18“ in Kontakt zu treten, dann werden sie es tun, unabhängig davon, ob jetzt ein V-Mann der Mittler ist. Es hätte andere Wege gegeben. Insofern war es uns wichtig, zu sagen: Wenn wir diesen Weg mitbekommen, dann ist damit etwas für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland getan. Denn es hätte sonst einen anderen gegeben, der diese Adressen in irgendeiner Form gemakelt hätte.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wie haben Sie die Aktivitäten von Carsten Szczepanski bezüglich „Combat 18“ überwacht, wohl wissend, dass da ein gewisses Gefährdungspotenzial auch gegeben war?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Wir kannten ja seinen Schriftwechsel mit „Combat 18“. Wir wussten, was er schreibt und was er von denen bekommt. Insofern war er überwacht.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Das ist genau die Frage: Wo ist der Schriftwechsel komplett abgelegt?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Die Originale sind sicherlich wieder zurück zur Habe von Szczepanski gegangen, und der Inhalt findet sich in den Deckblattmeldungen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wir haben an anderer Stelle von Ihnen auch eine Aussage, dass sozusagen Szczepanski plastiktütenweise Briefe geliefert hätte, also dass er sozusagen in der ganzen Behörde bekannt war, was sonst nicht unbedingt bei allen Quellen der Fall war, weil er eine so umfangreiche Korrespondenz geliefert hat. Uns liegen aber nur einige Briefe überhaupt vor. Also, wo diese Plastiktüten an Briefen sind, das ist irgendwie die Frage.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Das war ja schon aus den Fragen von Kollegen hier im Kreis deutlich geworden: Da war Zeitdruck; der musste die wieder zurückhaben.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Und sind die nicht in Kopie verwahrt worden? Also, wenn Sie gerade die Aktivitäten in dieser Richtung überwachen wollten, hätte man sich da nicht Kopien anfertigen müssen zu diesen Vorgängen?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Das gibt es in Einzelfällen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also, wir haben - -

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Da finden Sie ja in der Akte doch einiges. Ich erinnere mich zum Beispiel an den ganzen Vorgang Knast- und Kerkerkameradschaften, KKS, Korrespondenz, die er mit anderen inhaftierten Rechtsextremisten geführt hat und wo er mitbekommen hat, dass sich in bestimmten JVA's in Brandenburg sogenannte Knast- und Kerkerkameradschaften liefern. Dort weiß ich, dass in der Akte Kopien genau dieses Schriftwechsels vorhanden sind - da, wo das notwendig war. Ansonsten sind die Inhalte dieser Briefe dann in Deckblattmeldungen eingeflossen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also, ich kann, wie gesagt, nur konstatieren, dass uns in diesem Umfang das Material da nicht zur Verfügung steht. Plastiktütenweise Briefe sind dort nicht eingegangen.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Sie sind übermittelt worden. Ob sie dann alle relevant waren, ist ja auch noch eine ganz andere Frage. Die wurden ja dann dort erst ausgewertet.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. - Ich gebe erst mal weiter.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): So, wir sind am Ende der Fragerunde drei. Ich frage in die Runde: SPD-Fraktion? - Kein Fragebedarf. - CDU? - Kein Fragebedarf. - Linke? - Frau Johlige, bitte.

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Danke. - Ich habe noch einen Komplex, wo wir vorhin auch schon mal waren, aber dann passte das irgendwann nicht mehr. Das ist der ganze Komplex der professionellen V-Mann-Führung von Herrn Borchert. Da würde ich Sie ganz gern vor allem noch mal dazu befragen, wie solche - - Also, ich habe das jetzt alles verstanden: In der Regel hat man sich entweder im Auto getroffen und ist von A nach B gefahren oder hat sich in irgendeiner Kneipe getroffen und hat da irgendwo die Abschöpfungsgespräche gemacht. Mich würde noch interessieren: Gab es da noch weitere Trefforte? Also, hat Herr Borchert zum Beispiel Herrn Szczepanski auch zu Hause besucht?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Das weiß ich nicht.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Würden Sie das für eine professionelle Quellenführung halten, wenn ein V-Mann-Führer seine Quelle zu Hause besucht?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Das hängt vom Einzelfall ab, vom Szenario sozusagen: Wie glaubwürdig wäre es jetzt, wenn eine andere Person dazustieße, zu erklären: „Wer ist dieser Mann, der sich in meiner Wohnung befindet?“ Das kann ich pauschal nicht sagen. Das hängt vom Einzelfall ab.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Das wundert uns sowieso insgesamt ein bisschen. Die Frage ist: Hat ein V-Mann-Führer in der Regel auch Kontakte zu anderen Szeneangehörigen außer zu seiner Quelle? - Sie sind der Verfassungsschützer.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Nein. Er hat Kontakte zu seinen Quellen. In der Regel reichen die Ressourcen der Verfassungsschutzbehörden nicht aus, dass ein V-Mann-Führer sich nur mit einer Quelle trifft. Aber dass er sonstige Umfeldpersonen trifft, ist eigentlich eher zu vermeiden. Man muss sich allerdings für diesen Fall eine Legende überlegen, um zu sagen: Wie ist das? Warum bin ich hier gerade mit dieser Quelle unterwegs? Wer bin ich in diesem Zusammenhang?

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Was könnte so eine Legende sein?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Sozialarbeiter.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Ich muss mal ganz kurz gucken, wo die Stelle ist. - Wir haben in einem Brief den Hinweis darauf, dass Herr Borchert auch von der Ex-Freundin von Herrn Szczepanski, also C.S. - - sich irgendwie mit der getroffen hat und CDs erhalten hat. Ist das ein normales Vorgehen?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Normal nicht, nein. Möglicherweise ist hier seine Legende genutzt worden, um die Übermittlung bestimmter Gegenstände unter den besonderen Voraussetzungen zu ermöglichen. Aber normal ist es nicht.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Ist das bei Herrn Borchert öfter vorgekommen, dass er solche Botengänge für Szczepanski gemacht hat?

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Das weiß ich nicht.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Okay. - Zu Herrn Borchert würde mich zusätzlich noch interessieren, ob es irgendwie mal Kritik an seiner Quellenführung gab, vor allem hinsichtlich der Frage der Bezahlung oder des Geldausgebens für Szczepanski.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Habe ich keine Erinnerung dran. Will ich aber nicht ausschließen, dass die Frage der Entlohnung von V-Personen, die ja leistungsbezogen sein muss - - könnte ich mir vorstellen, dass es da schon auch Gespräche, aber dann eben mit seinem Vorgesetzten, gab. Aber ich habe da keine Erinnerung dran.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Wie läuft das so? Also, wird vorher festgelegt, wie viel der V-Mann bekommen darf? Und kann dann der V-Mann-Führer sagen: „Okay, das war jetzt eine besonders super Information, da gebe ich ein bisschen mehr“, -

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Ja.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): - und kann sich später absegnen lassen?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Also, es hängt in der Tat eigentlich davon ab, welche Leistung konkret erbracht wurde. Wie wertig sind diese Informationen, die jetzt gerade geflossen sind? Manchmal ist das aber auch erst im Nachgang möglich, zu bewerten, wie wertvoll das war. Dann kann das auch im Nachgang noch mal prämiert werden. In der Regel pendelt sich bei einer Quelle, die so regelmäßig hochwertige Informationen liefert, dann ein gewisser Standard ein.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Dann habe ich noch eine letzte Frage oder einen letzten kleinen Komplex. Das ist die Frage: Bei Herrn Borchert - - Sie waren ja sicherlich mal in seinem Büro in der Behörde. Können Sie uns was zur Einrichtung seines Dienstzimmers sagen?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Also, ich weiß, dass über die vielen Jahre es mehrfach Umorganisationen und Umzüge gab. Also, ich habe jetzt kein Einzelbüro vor Augen, sondern wir alle sind regelmäßig in andere Dienstgebäude gezogen, wieder umgezogen. Ich kann mich auch nicht erinnern, ob Herr Borchert ein Einzelbüro hatte oder ob er es jeweils mit Kollegen geteilt hat, was ja im gehobenen Dienst nicht ungewöhnlich ist. Deswegen habe ich da jetzt kein konkretes Büro vor Augen.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Na, ich frage vor allem nach Besonderheiten von besonderen Bildern, die eigentlich nicht in ein Büro gehören oder so.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Also bei - - Sowohl bei Auswertern wie bei V-Mann-Führern werden natürlich die Gegenstände, die aus der Szene kommen, bearbeitet. Insofern liegen dort Schriftstücke von kurdischen extremistischen Organisationen,

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Plakate, Tonträger und Ähnliches - - sind sicherlich Gegenstand der Dienstzimmer. Da habe ich aber jetzt keine konkrete Erinnerung, wie das jetzt jeweils bei diesem Kollegen aussah, zumal es verschiedene Konstellationen mit verschiedenen Mitarbeitern gab. Da habe ich kein klares Bild.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Okay, danke.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann schaue ich in die Runde. - Frau Nonnemacher nickt. Dann sind wir schon wieder bei Frau Nonnemacher.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja, so schnell geht das. - Herr Meyer-Plath, ich habe noch einige wenige Fragen. - Mit welchem Namen ist Ihr Kollege Dieter Borchert gegenüber den leitenden Angestellten der Justizvollzugsanstalt Brandenburg aufgetreten, also beispielsweise gegenüber dem JVA-Leiter Höflich oder dem Leiter für Sicherheit und Ordnung namens O. S.?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Das weiß ich nicht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Entzieht sich Ihrer Kenntnis. - Wurden die JVA-Mitarbeiter und -Mitarbeiterinnen, die von Szczepanskis Verfassungsschutzkontakten wussten, schriftlich zur Geheimhaltung verpflichtet?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Auch das weiß ich nicht. Ich kann das der Akte nicht entnehmen, dass es solche Verpflichtungserklärungen gegeben hat.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wir haben einen Vermerk des Verfassungsschutzes Brandenburg, der von Ihnen gezeichnet ist. Da haben Sie zusammen mit Ihrem Kollegen Dieter Borchert die JVA besucht, um auf das Prozedere von Postkontrollen usw. aufmerksam zu machen. Ist Ihnen da bei solchen Besuchen wirklich nicht kenntlich gewesen, ob die entsprechenden Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zur Geheimhaltung verpflichtet worden sind?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Nein. - Bin ich da wirklich mit Dieter Borchert zusammen gewesen?

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Hm?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Bin ich da wirklich mit Dieter Borchert zusammen gewesen?

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja. - Ich kann Ihnen das gerne noch vorhalten. Vermerk des Verfassungsschutzes Brandenburg, Meyer-Plath, 13.03.97, Ordner B 4 iV B 73, Datei 1997, Seite 93. Ich zitiere:

„Am 12.3.1997 suchten V/4.01“

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

- in Klammern: Dieter Borchert -

„und der Unterzeichner den Leiter der JVA Brandenburg, Herrn HÖFLICH, auf, um sich über das Prozedere der Postkontrolle für die Quelle im Fall ‚Piatto‘ abzustimmen. An dem Gespräch waren auch Herr K. E. und Herr O. S. beteiligt.

[...]

Bis zum Ende der verschärften Postkontrolle ist diese zentral bei Herrn O. S. angesiedelt, der diese textlich für die Quelle nur pro forma durchführt.“

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Also, eine förmliche Verpflichtung ist mir nicht bekannt und wäre ja auch sonst in den Akten gewesen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. Eine schriftliche Verpflichtung ist Ihnen nicht bekannt, haben Sie gesagt. - Dann habe ich noch eine weitere Frage: Kannten Sie den Auswerter mit dem Arbeitsnamen „Michael Ackrath“, der heute für das Bundesamt für Verfassungsschutz arbeitet?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Ich kenne diesen Arbeitsnamen nicht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sagt Ihnen nichts? - Gut, dann - -

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Also, ich kenne viele Auswerter, die im Brandenburger Verfassungsschutz gearbeitet haben; aber ich kenne diese Bezeichnung nicht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Diesen Arbeitsnamen kennen Sie nicht. - Könnten Sie vielleicht Ihre Kollegin vom MIK kurz fragen, wer sich dahinter verbirgt?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Das kann ich. Aber ich weiß nicht, ob sie mir antworten wird.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann bitte ich Frau Melbert, mal ihr Ohr zu reichen.

(Frau Melbert [MIK] begibt sich zum Platz des Zeugen und spricht mit ihm.)

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Also, durch diese Informationen weiß ich jetzt, um welche Person es sich handelt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja?

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Ja, die kenne ich.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Kennen Sie. - Welchen Eindruck hatten Sie von der Arbeit des Kollegen, der sich hinter dem Arbeitsnamen „Michael Ackrath“ verbirgt?

Untersuchungsausschuss 6/1
24. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

20.04.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Also, das ist ein Kollege, der über einen sehr langen Zeitraum in sehr verschiedenen Auswertungsbereichen gearbeitet hat, auch in Beschaffungsbereichen. Insofern ist das ein Eindruck, der schwierig über so einen langen Zeitraum jetzt festzustellen ist. Ein sehr engagierter Auswerter, der mit einem hohen Engagement an seine Aufgabe herangegangen ist; keine Frage.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also, Sie halten ihn für hochengagiert in seinem Tätigkeitsbereich und auch für zuverlässig und vertrauenswürdig.

Zeuge Gordian Meyer-Plath: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. - Das war es dann. Danke schön.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ich schaue in die Runde: Gibt es weitere Fragen an den Zeugen Meyer-Plath? - Das scheint nicht der Fall zu sein.

Dann kommen wir zur Frage einer notwendigen Vereidigung. Aus meiner Sicht ist sie nicht notwendig. Widerspricht dem jemand aus der Runde? - Das ist nicht der Fall. Dann wird auf eine Vereidigung verzichtet.

Ich bedanke mich sehr herzlich bei Ihnen fürs Kommen, für Ihre Geduld und für Ihre Kondition. Ich wünsche Ihnen eine gute Heimfahrt ins schöne Land Sachsen.

Wir setzen unsere Sitzung in 30 Minuten, also um 15.32 Uhr, fort. Das Publikum kann hier im Raum verbleiben. Wir wechseln in den Raum 1.070 und machen dort weiter. - Vielen Dank erst mal. Ich unterbreche die Sitzung.

(Unterbrechung von 15.03 bis 15.43 Uhr)

LANDESAMT FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ
Postfach 100 242 | 01072 Dresden

Landtag Brandenburg
Alter Markt 1
14467 Potsdam

Eingegangen

25. April 2019
IA 6/1 6-1210
Erled. *Ablege*

Ihr/-e Ansprechpartner/-in
Steffi Mai

Durchwahl
Telefon +49 351 8585-111
Telefax +49 351 8585-500

praesident@
lfv.smi.sachsen.de*

Ihr Zeichen
P-UA 6/1 6/24

Ihre Nachricht vom
5. April 2019

Aktenzeichen
(bitte bei Antwort angeben)
024-S-600001-0000-
0002/2019

Dresden,
17. April 2019

Antwort zum Protokoll der Aussage vor dem Untersuchungsausschuss 6/1

Anlage

- | | | |
|-----------------------------------|---------------------------------------|---|
| <input type="checkbox"/> Brief | <input type="checkbox"/> Durchschlag | <input type="checkbox"/> Abschrift |
| <input type="checkbox"/> Kopie | <input type="checkbox"/> Muster | <input type="checkbox"/> Pläne |
| <input type="checkbox"/> Rechnung | <input type="checkbox"/> Personalakte | <input checked="" type="checkbox"/> Korrektur |

Mit der Bitte um

- | | | |
|---|--|---|
| <input checked="" type="checkbox"/> Kenntnisnahme | <input type="checkbox"/> Bearbeitung | <input type="checkbox"/> zu unserer Entlastung zurück |
| <input type="checkbox"/> Stellungnahme | <input type="checkbox"/> Weiterleitung | <input type="checkbox"/> zu Ihrer Information |
| <input type="checkbox"/> Rücksprache | <input type="checkbox"/> Rückgabe | <input type="checkbox"/> unter Hinweis auf unser |
| <input type="checkbox"/> Anruf | <input type="checkbox"/> Verbleib | Gespräch |

Anmerkungen

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der Anlage übersenden ich Ihnen die Erklärung von Herrn Meyer-Plath zu o.g. Protokoll.

Mit freundlichen Grüßen

Steffi Mai
Steffi Mai
Büro des Präsidenten

Hausanschrift:
Landesamt für Verfassungsschutz
Sachsen
Neuländer Straße 60
01129 Dresden

www.verfassungsschutz.sachsen.
de

*Kein Zugang für elektronisch signierte
eMails für vorverbleibende elektronische



Anlage 1

Folgende Korrekturen bitten wir vorzunehmen:

Seite 72

Absatz 1, Zeile 9 – Das Wort „Spanne“ durch das Wort „**Aufmerksamkeitsspanne**“ ersetzen.

Seite 99

Absatz 5, Zeile 5 – Das Wort „gestellt“ durch das Wort „**festgestellt**“ ersetzen.

Seite 111

Absatz 8, Zeile 1 – „**Ja, aber ich** ---.“ streichen.

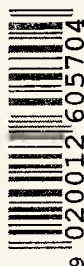
Seite 121

Absatz 1, Zeile 5 – In dem Wort „**Komplettausstieg**“ fehlt der Buchstabe „l“.

Absatz 3, Zeile 2 – Zwischen den Worten „wir“ und „in“ das Wort „**heute**“ einfügen.

Seite 124

Absatz 2, Zeile 1 – Das Wort „ist“ durch das Wort „**liegt**“ ersetzen.



Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

(Fortsetzung des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Öffentlich: 13.33 Uhr)



Vernehmung des Zeugen Jörg Milbradt

Herzlich willkommen, Herr Milbradt. Bevor wir Sie befragen, muss ich Sie belehren.

Als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuss unterliegen Sie der Wahrheitspflicht. Das heißt, die von Ihnen gemachten Angaben müssen vollständig sein und der Wahrheit entsprechen. Sie dürfen weder falsche Angaben machen noch wesentliche Umstände, die mit dem Beweisthema im Zusammenhang stehen, verschweigen. Sofern Sie an bestimmte Dinge keine Erinnerung mehr haben, müssen Sie auch dies deutlich zum Ausdruck bringen. Der Untersuchungsausschuss ist nach § 22 UAG grundsätzlich berechtigt, einen Zeugen am Ende seiner Aussage zu vereidigen. Über eine Vereidigung Ihrer Person wird insoweit noch zu befinden sein.

Falsche Aussagen vor dem Untersuchungsausschuss sind strafbewehrt. Dabei kommt es nicht darauf an, ob Sie Ihre Aussage beeidigen müssen oder nicht. Falsche uneidliche Aussagen sind nach § 153 Strafgesetzbuch strafbedroht und werden mit Freiheitsstrafe zwischen drei Monaten und fünf Jahren sanktioniert. Im Falle der Annahme einer Strafbarkeit eines Meineides wird der Strafrahmen des § 154 Strafgesetzbuch, der eine Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr vorsieht, Anwendung finden.

Das sage ich nicht, Herr Milbradt, weil ich Ihnen misstraue, sondern weil mich das Gesetz zu dieser Belehrung verpflichtet.

Ich möchte Sie aber auch über Ihre Rechte belehren. Gemäß § 19 UAG sind Sie berechtigt, die Auskunft auf solche Fragen zu verweigern, deren Beantwortung Ihnen selbst oder einem der in § 52 Absatz 1 StPO bezeichneten Angehörigen die Gefahr zuziehen würde, wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit verfolgt zu werden. - So weit die Belehrung.

Jetzt bitte ich Sie um einige Angaben zu Ihrer Person. Nennen Sie uns bitte Vor- und Zunamen, Alter, Beruf und Wohnsitz.

Zeuge Jörg Milbradt: Ich heiße Jörg Milbradt und bin 74 Jahre alt. Mein Beruf ist der eines Diplomphilologen. Meine letzte Arbeitsstelle war die Verfassungsschutzbehörde des Landes Brandenburg, in der ich bis Februar 2004 tätig war. Nunmehr lebe ich als Rentner in [REDACTED].

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Vielen Dank. - Eine Information an die Kolleginnen und Kollegen: Herr Milbradt hat gebeten, vor der Befragung ein persönliches Statement abzugeben. Das sei ihm gestattet. - Bitte, Herr Milbradt, wir hören zu.

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

Zeuge Jörg Milbradt: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Am 19. Januar 2017 habe ich vor dem 3. Untersuchungsausschuss der 18. Wahlperiode des Deutschen Bundestags umfänglich zu der auch heute wieder zu behandelnden Materie ausgesagt. Ich werde in meinen folgenden Darlegungen zwangsläufig vieles wiederholen müssen, was ich vor dem Bundestagsausschuss vorgetragen habe.

Meine Erklärung umfasst drei Themenkomplexe. Zunächst sei mir erlaubt, kurz meine Tätigkeit bei der brandenburgischen Verfassungsschutzbehörde zu umreißen, da ich hoffe, dass daraus ersichtlich wird, in welchem Umfang und in welchem Grade ich im Hinblick auf den Untersuchungsgegenstand dieses Ausschusses, der mich geladen hat, hier und heute auskunftsfähig bin.

Im September 1991 habe ich meine Arbeit als Referent für Auswertung beim Arbeitsstab Verfassungsschutz im Ministerium des Innern des Landes Brandenburg aufgenommen. Der anfangs winzige Personalkörper dieses Stabes - er bestand zunächst aus kaum mehr als einem halben Dutzend Personen - wuchs sich allmählich zu einer regelrechten Ministerialabteilung aus. Als sich Referatsstrukturen herausbildeten, habe ich zunächst faktisch und ab Juli 1994 mit förmlichem Auftrag das Referat Auswertung geleitet.

Im April 2001 wurde ich umgesetzt an die Spitze eines neu gebildeten Referats für Grundsatz- und Präventionsfragen des politischen Extremismus, Kommunikation. Seither war ich nicht mehr unmittelbar mit dem Auswertungsgeschäft befasst, mittelbar aber doch. Zum einen hatte ich in meiner neuen Funktion umfangreiche Berichte und Analysen zu erstellen, für die ich selbstverständlich Unterlagen des Auswertungsreferates beiziehen musste; aber eigene Recherchen und Rechercheaufträge im Auswertungsbereich gehörten nicht mehr zu meinem Metier.

Zum anderen hatte ich seit November 1996 zusätzlich die Funktion des stellvertretenden Leiters der Abteilung Verfassungsschutz inne. Deshalb hat mich der jeweilige Abteilungsleiter nach seinem Ermessen mit ausgewählten Informationen zu sämtlichen Aspekten der Verfassungsschutzarbeit versorgt und von Fall zu Fall mit mir Handlungsoptionen und strategische Entscheidungen der Verfassungsschutzbehörde erörtert - das noch umfänglicher, nachdem ich im April 2001 zum ständigen Vertreter des Abteilungsleiters ernannt worden war. Zu ergänzen ist, dass ich von Oktober 1999 bis Januar 2000 während der Vakanz des Leitungspostens kommissarisch die Verfassungsschutzabteilung selber geleitet habe.

Im Februar 2004 endete meine Tätigkeit im Ministerium des Innern des Landes Brandenburg. Seither hatte ich zunächst keine Berührung mehr mit den Akten des Verfassungsschutzes und den Vorgängen, die in ihnen fixiert sind.

Die Materie, mit der ich mich im Ministerium beschäftigt habe, ist mir in den verfloßenen 14 Jahren verständlicherweise ferngerückt. Erst als mich vor rund einem Jahr die Ladung vor den Bundestagsuntersuchungsausschuss erreicht hatte, habe ich Gelegenheit gesucht, mich neuerlich in die einschlägigen Akten einzulesen, um meine inzwischen recht verblassten Erinnerungen aufzufrischen. Zur Vorbereitung auf die

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

heutige Sitzung habe ich nochmals Einsicht in die Akten genommen. Dass ich dabei bei weitem nicht alle Erinnerungslücken schließen konnte, dürfte begreiflich sein.

Wichtiger aber ist nach meinem Dafürhalten, dass mir, wenn auch eine nicht geringe Menge an Detailwissen sich aus meinem Gedächtnis verloren hat, die maßgeblichen Problemkonstellationen und Konfliktlinien der damaligen Verfassungsschutzarbeit sehr wohl noch oder wieder gegenwärtig sind. Auf sie möchte ich nun im Folgenden eingehen.

Vom ersten Tage meiner Arbeit im Innenministerium war mir bewusst, dass sich die Verfassungsschutzarbeit in erster Linie auf eine Herausforderung konzentrieren müsse: auf den Rechtsextremismus. Zumal in seiner gewaltförmigen Ausprägung bedrohte er unübersehbar die Sicherheit des Landes und seiner Bewohnerinnen und Bewohner. Darüber hinaus erwies er sich als ein soziales und sozialpsychologisches, als ein gesellschafts- und bildungspolitisches Problem höchst beunruhigenden Ausmaßes.

So ist der brandenburgische Verfassungsschutz dieses Problem mit aller Energie, mit allen ihm an die Hand gegebenen Mitteln und mit hohem Engagement angegangen. Aus diesem Grunde kann ich den in der Öffentlichkeit mehrfach erhobenen Vorwurf, der Verfassungsschutz habe den Rechtsextremismus verharmlost, nachlässig und mit untauglichen Mitteln beobachtet und sein Erstarken hingenommen, ja womöglich durch fehlerhafte Operationen gar noch begünstigt, jedenfalls für die brandenburgische Behörde keineswegs gelten lassen. Er ist in meinen Augen ganz und gar unzutreffend.

Lediglich an zwei Beispielen, die im mittelbaren Zusammenhang mit dem heutigen Untersuchungsgegenstand stehen, will ich die durchaus wirkungsvollen Bemühungen der damaligen Verfassungsschutzarbeit illustrieren.

Zu Anfang der 90er-Jahre des vergangenen Jahrhunderts wurde zwischen den Verfassungsschutzbehörden folgende Frage diskutiert: Können oder sollen jene mehr oder weniger unstrukturierten Cliquen junger Leute, die sich selbst als Feinde von Menschen ausländischer Herkunft, von politisch Andersdenkenden und von ihnen missliebig erscheinenden sozialen Gruppen fühlen und deshalb bei Gelegenheit, zumeist spontan, solche Menschen angreifen, verletzen oder gar töten, Beobachtungsgegenstand des Verfassungsschutzes sein, obwohl ihnen doch die Merkmale der Organisiertheit, einer gefestigten ideologischen Gesinnung und eines planvollen Handelns fehlen? Genüge es denn nicht, dass einerseits die Strafverfolgungsbehörden, andererseits die Sozialarbeit sich mit diesen Gruppen befassen?

Die brandenburgische Verfassungsschutzbehörde, für die ich in dieser Sache oftmals das Wort öffentlich ergreifen durfte, hat vehement die gegenteilige Auffassung verfochten, nämlich die, dass hier eine neue Form rechtsextremistischer Personenzusammenschlüsse zutage trete, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden müsse. Hier ist nicht der Ort, die Gründe für diese Auffassung, die im Übrigen nach und nach allmählich allgemein akzeptiert wurde, auszubreiten. Nur einen Grund

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

will ich nennen: Die Grenzen zwischen losen Cliques von Ausländerfeinden, miteinander vernetzten Skinhead-Gruppen und Skinhead-Organisationen mit eindeutig rassistischer Gesinnung und neonazistischen Personenzusammenhängen sind durchaus fließend - auch heute noch. Für den Verfassungsschutz kommt es darauf an, dieses gesamte Spektrum im Blick zu behalten.

Für die brandenburgische Behörde hat namentlich eine Quelle überaus reichhaltige und detaillierte Informationen zu allen Segmenten dieses Spektrums geliefert: die Quelle „Piatto“. Auf sie werde ich noch zurückkommen.

Zuvor aber liefere ich das zweite angekündigte Beispiel: „Bringt die Beobachtungstätigkeit des Verfassungsschutzes überhaupt einen erkennbaren Nutzen?“, wird nicht selten gefragt. Lässt sie nicht bloß mehr oder minder geheime Aktenberge anschwellen, und sind die Verfassungsschutzberichte, die die Öffentlichkeit erreichen, nicht mehr oder minder belanglos? Ich antworte: Ein greifbarer Nutzen neben manch anderem schlägt sich in Vereinsverböten nieder, durch welche die Formierung der rechtsextremistischen Szene gestört und deren propagandistische Wirkung eingedämmt wird.

Die Dossiers, auf die sich die Verbotsverfügungen inhaltlich stützen, werden überwiegend vom Verfassungsschutz erstellt. So fußte etwa das gerichtsfeste Verbot, das der Innenminister des Landes Brandenburg 1997 gegen die „Kameradschaft Oberhavel“ ausgesprochen hat, zu ganz wesentlichen Teilen auf Daten, die die Quelle „Piatto“ geliefert hatte. Informationen derselben Quelle halfen dabei, das 1995 gegen die „Direkte Aktion/Mitteldeutschland“ verhängte Verbot durchzusetzen, und von ihr, dieser Quelle, stammten auch substantielle Erkenntnisse über die „Blood & Honour Division Deutschland“, gegen die der Bundesinnenminister 2000 eine Verbotsverfügung erlassen hat.

Im Schlussteil meiner Erklärung möchte ich zu ebendieser Quelle „Piatto“, Carsten Szczepanski, einige Feststellungen treffen. Dabei lenke ich den Blick nochmals zurück auf die Anfangsphase des brandenburgischen Verfassungsschutzes. Wie erwähnt, hat der brandenburgische Verfassungsschutz von Anbeginn sein Ermittlungsinteresse auf den Rechtsextremismus konzentriert. Anfangs musste er sich dabei auf die Analyse öffentlich zugänglicher Informationen und die Berichte anderer Behörden beschränken, da ihm der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel zunächst nicht gestattet war. Erst nachdem das Gesetz über den Verfassungsschutz im Land Brandenburg vom 5. April 1995 in Kraft getreten war, konnte die Verfassungsschutzbehörde sich Schritt für Schritt die Ressourcen für nachrichtendienstliche Mittel beschaffen und darangehen, menschliche Quellen zu gewinnen.

Dieser Anfang gestaltete sich für die noch junge und kleine Behörde mühsam und schwierig. So war allen Beteiligten und gerade auch mir selbst durchaus schmerzlich bewusst, dass wir unseren Auftrag, die rechtsextremistischen Spektren auszuleuchten, angesichts der erwähnten praktischen Beschränkungen zunächst nur unvollkommen erfüllen konnten, während wir gleichzeitig wahrnehmen mussten, dass die rechtsextremistische Szene sich verbreiterte und verfestigte.

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

In dieser Situation erhielt die Behörde im Juli 1994 das Angebot des Untersuchungshäftlings Carsten Szczepanski, Informationen aus der militanten rechtsextremistischen Szene zu liefern. Sofern wir unterstellen durften, dass dieses Angebot ernst gemeint war und wir substanziell wertvolle Erkenntnisse zu gewärtigen hatten - diese Annahme hat sich dann auch nach gehöriger Prüfung als zutreffend erwiesen -, musste uns eine solche Möglichkeit, Licht in die Hintergründe und Abgründe der Szene zu gewinnen, hochwillkommen sein.

Dem stand allerdings entgegen, dass Szczepanski nicht nur eine langjährige Karriere als militanter Rechtsextremist aufwies, sondern beschuldigt wurde, an einem versuchten Mord aus rassistischen Motiven beteiligt gewesen zu sein, und seinem Prozess entgegensah. Aus diesem Grunde wäre die Verfassungsschutzbehörde selbstverständlich niemals und unter keinen Umständen von sich aus werbend auf Szczepanski zugegangen. Nun aber hatte er sich selbst angeboten.

Der damalige Leiter der Verfassungsschutzabteilung, Herr Pfaff, hat - so darf ich sagen - das Für und Wider einer positiven Reaktion auf dieses Angebot skrupulös abgewogen und in seine Überlegungen auch seine engsten Mitarbeiter, zu denen ich zählen durfte, einbezogen. Schließlich hat er sich dafür entschieden, diesen derart eröffneten operativen Zugang zur Szene zu nutzen. Wie hochproblematisch diese Entscheidung war, ist keinem Beteiligten verborgen geblieben. Aber die vernünftigen Gründe dafür überwogen und haben auch mich persönlich überzeugt.

Zugespitzt formuliert: Der Einsatz Szczepanskis als Quelle war im Hinblick auf seine Person und seine Vita ein offenkundiges moralisches Übel. Aber es wäre aus damaliger Sicht ein noch größeres, objektives Übel gewesen, auf seine Dienste zu verzichten, da sich die Behörde in diesem Falle wissentlich und sehenden Auges eines wirksamen Mittels begeben hätte, den Rechtsextremismus in Brandenburg einzudämmen. So fiel die Entscheidung zugunsten des kleineren Übels.

Noch während Szczepanskis Zuverlässigkeit als Informant geprüft wurde, ist der brandenburgische Innenminister, Herr Ziel, über diese heikle Quelle informiert worden, nach Ausweis der Akten spätestens 1995.

Herr Minister Ziel hat, so seine öffentliche Bekundung im Nachhinein, Rat von verschiedener Seite eingeholt, etwa von Herrn Ignatz Bubis, dem damaligen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland. Herr Bubis sollte ihm selbstverständlich keine Entscheidung abnehmen, sondern als moralische Autorität das moralische Dilemma bewerten. Bubis habe gesagt: Ihr Brandenburger könnt nicht nur, ihr müsst diese Quelle nutzen.

Herr Minister Ziel hat außerdem die Parlamentarische Kontrollkommission des Landtags Brandenburg über den Fall unterrichtet. Auch die PKK hat sich mit dem Einsatz dieses Informationsbeschaffers einverstanden erklärt. Jahre später hat sie das in einer einvernehmlich formulierten Presseerklärung öffentlich bestätigt. Zudem haben der Vorsitzende der PKK und der PDS-Vertreter in der Kommission in jeweils eigenen Erklärungen deutlich gemacht, dass auch in der Rückschau diese Entscheidung gerechtfertigt gewesen sei. In gleichem Sinne hat sich Herr

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

Innenminister Schönbohm über die Verfahrensweise seines Vorgängers später geäußert.

Da also die eben erwähnten hohen Repräsentanten von Legislative und Exekutive allesamt übereinstimmend den Einsatz der Quelle Szczepanski gebilligt haben, erscheint es mir - gelinde gesagt - seltsam, wenn heute der Vorwurf erhoben wird, dieser Quelleneinsatz sei schlechterdings unverantwortlich gewesen, ja ein handfester Skandal. Begreiflich wird mir diese Meinung nur, wenn man die heutigen Beurteilungsmaßstäbe anlegt. Die sind aber auf die Lage von vor einem Vierteljahrhundert gar nicht anwendbar; denn die gesellschaftlichen, politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen von heute und die von damals unterscheiden sich sehr erheblich.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Herr Milbradt, darf ich Sie ganz kurz unterbrechen? Mit Blick auf die Uhr bitte ich Sie, sich etwas kürzer zu fassen, wenn möglich, weil wir wollen auch direkte Fragen stellen. Der Vortrag ist ja eigentlich der, der uns schon vorliegt, weil er in Berlin fast wortgleich gehalten wurde.

(Abgeordnete Gossmann-Reetz [SPD]: Ich möchte das gern vollständig hören! - Abgeordnete Nonnemacher [B90/GRÜNE]: Ich bin an den Ausführungen auch sehr interessiert!)

Zeuge Jörg Milbradt: Also allen liegt es offenbar nicht vor.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Gut. Entschuldigung. Dann fahren Sie fort.

Zeuge Jörg Milbradt: Ich wollte ohnedies jetzt zum Schlussteil überleiten. Er nimmt nur noch eine halbe Seite in meinem Manuskript ein.

Auf die breit gestreuten und gewichtigen Erkenntnisse, die Szczepanskis Berichte dem brandenburgischen Verfassungsschutz ermöglicht haben, gehe ich nicht im Einzelnen ein. Erwähnt sei lediglich, dass diese Berichte den Verfassungsschutz auch in die Lage versetzt haben, die Polizei auf geplante Straftaten hinzuweisen und ihr Ansätze zur Aufklärung begangener Straftaten zu liefern. Dies trifft nun eben auch auf den NSU-Komplex zu.

Bekanntlich hat die Quelle „Piatto“, wie in einer Meldung der brandenburgischen Verfassungsschutzbehörde vom 9. September 1998 festgehalten, deutliche Hinweise auf namentlich benannte Kontaktpersonen des NSU-Trios in Chemnitz gegeben. Da diese Hinweise einen allseits seit langem gesuchten Ansatz zum Aufspüren des Trios boten, hat die brandenburgische Verfassungsschutzbehörde mit der thüringischen vereinbart, dass die von der Quelle „Piatto“ gelieferten Informationen in geeigneter Weise dem Landeskriminalamt Thüringen übermittelt werden. „In geeigneter Weise“ heißt in diesem Falle „ohne nachverfolgbare Angaben zur Herkunft der Information“, denn das war zum Schutze der Quelle, von der ja auch noch weitere Informationen hierzu erwartet werden konnten, unabdingbar.

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

Wie ich den Akten entnommen habe, ist die in Rede stehende Information absprachegemäß von Bediensteten des thüringischen Landesamtes für Verfassungsschutz mündlich im LKA Thüringen vorgetragen worden. Ob dort aus dieser Information die richtigen und erforderlichen Folgerungen abgeleitet wurden oder nicht, steht auf einem anderen Blatt. Aber immerhin gab es damals bereits und auch in der Folgezeit Observationen und Telefonüberwachungsmaßnahmen verschiedener Sicherheitsbehörden, die sich gegen die von „Piatto“ benannten Chemnitzer Kontaktpersonen Jan Werner und Antje P. richteten. So ist für mich nicht ersichtlich, welche rein operativen Maßnahmen darüber hinaus die Informationen aus Brandenburg hätten auslösen können oder sollen.

Dass alle diese Maßnahmen nicht die Ergreifung der Bombenbauer aus Jena zu bewirken vermochten, fand ich beklagenswert - ohne dass damals, wie man weiß, bekannt war, dass dieses Trio eben nicht nur mit Waffen hantiert hatte, sondern bereit war, eine Serie von Morden zu begehen; das ist ja bekanntlich erst 2011 ans Licht gekommen. Ich war zu diesem Zeitpunkt - seit langem kein Verfassungsschutzmitarbeiter mehr - genauso entsetzt wie unzählige andere Menschen in diesem Land und erschüttert darüber, dass die Sicherheitsbehörden das Trio nicht früher aufzuspüren in der Lage gewesen waren.

Vorwürfe jedoch, dass der Verfassungsschutz Brandenburg hätte mehr tun können und müssen, um die Ergreifung dieser drei Personen zu bewirken, gehen ins Leere; denn, wie gesagt, alles, was die Informationen aus Brandenburg haben auslösen können, ist durch die Maßnahmen anderer Sicherheitsbehörden auch geschehen. - So weit meine Erklärung.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Vielen Dank, Herr Milbradt. Ich bitte noch mal um Entschuldigung für die Unterbrechung; aber Sie haben mir beispielsweise - das spart jetzt wieder Zeit - meine einführenden Fragen schon vorweg beantwortet.

Ich habe nur noch eine Frage: Haben Sie Carsten Szczepanski mal persönlich getroffen, mit ihm gesprochen?

Zeuge Jörg Milbradt: Niemals. Als Auswerter war das auch nicht meine Aufgabe. Ich kenne Carsten Szczepanski lediglich aus den Akten.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Gut. - Dann beginnen wir jetzt mit der Befragung durch die Fraktionen. Es beginnt die SPD-Fraktion. Frau Gossmann-Reetz, bitte schön.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Herzlich willkommen, Herr Milbradt. - Das war ja eine sehr umfassende Erklärung, und ich glaube, es tun sich jetzt erst mal tausend Fragen auf zu diesen Themen.

Sie haben ja auch selber schon die beiden Deckblattmeldungen angesprochen, die Hinweise zu dem untergetauchten Trio gegeben haben. Und eine andere Deckblattmeldung von „Piatto“ besagte ja, dass Jan Werner der mutmaßliche Waffenbeschaffer für dieses Trio sein soll. Und in diesen Zeitraum fällt ja auch eine,

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

ich sage mal, schon fast weltbekannte SMS, die sogenannte „Was ist mit den Bums“-SMS. Die soll ja der Brandenburger Verfassungsschutz nicht gesehen, die soll ihn nicht erreicht haben.

Ich würde Sie aber trotzdem ganz gerne als so erfahrenen Auswerter, der Sie ja waren, mal befragen wollen. Sie sagten auch, Sie haben später auch noch Analysen angefertigt. Deswegen, wie gesagt, würde ich gern mal Ihre Erfahrung nutzen wollen heute, weil diese Geschichte um die SMS, die treibt uns um. Das ist ja mit ein Grund, dass wir diesen Untersuchungsausschuss hier heute haben, und ganz viel konzentriert sich auf diese Frage.

Wie würden Sie vorgehen, wenn Sie als Auswerter von einem Neonazi so eine SMS lesen würden: „Was ist mit den Bums“?

Zeuge Jörg Milbradt: Die nächstliegende Interpretation in diesem Zusammenhang ist freilich die, dass es sich um Waffengeschäfte handeln könnte. Diese Interpretation wird ja auch dadurch gestützt, dass Szczepanski in verschiedenen Quellenmeldungen selbst und ohne Anlass durch die Behörde mitgeteilt hat, dass der Chemnitzer Jan Werner Waffen für dieses Trio sucht und dabei offenbar die Hilfe Szczepanskis in Anspruch nehmen wollte oder sich von ihm Hilfe erhoffte, sodass die Frage von Werner an Szczepanski „Was ist mit den Bums“ wohl so zu deuten ist: Kannst du nun Waffen beschaffen oder nicht? Wie weit bist du mit deinen Bemühungen gediehen?

Szczepanski als gewiefte Quelle hat die Frage, ob er Waffen beschaffen könne, vermutlich - das ist jetzt meine Analyse und Interpretation - nicht mit einem klaren Nein beantwortet, sondern um neue Erkenntnisse zu gewinnen, hat er wahrscheinlich hinhaltend geantwortet oder Ausflüchte gemacht, aber sich jedenfalls so geäußert, dass weitere Nachfragen von der gleichen Kontaktperson, also Jan Werner, nicht ausgeschlossen waren. Und so berichtete er dann auch in weiteren Meldungen, dass Jan Werner immer noch keine Waffen gefunden, besorgt habe, worin ja inklusive auch gesagt ist, dass er, Szczepanski, auf keinen Fall solche Waffen beschafft hat oder Wege zur Waffenbeschaffung eröffnet habe.

Was die SMS angeht, ist hier schon öfter in verschiedenen Hinsichten problematisiert worden, warum diese SMS von der Verfassungsschutzbehörde seinerzeit nicht zur Kenntnis genommen worden ist.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Darauf würde ich gerne später eingehen. Entschuldigung, dass ich Sie unterbreche.

Zeuge Jörg Milbradt: Gut. Aber dann will ich nur sagen, dass Szczepanski auch nach dieser SMS, wenn man es chronologisch betrachtet, noch darauf hingewiesen hat, dass Jan Werner weiter nach Waffen sucht und weiter noch keinen Erfolg habe.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Chronologisch sehe ich das jetzt etwas anders, weil die Deckblattmeldung, dass Jan Werner Waffen besorgen soll, kommt erst nach der „Bums“-SMS. Und wir haben uns diese TKÜ-Maßnahme, in der diese SMS auftaucht, noch mal genauer angeguckt.

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

Zeuge Jörg Milbradt: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Der Schäfer-Bericht hat ja damals erstmals diese SMS erwähnt. Die hatten die TKÜ-Maßnahmen von Jan Werner, der ja der mutmaßliche Waffenbeschaffer gewesen sein soll für das Trio, durchgesehen nach Hinweisen auf Waffen - und nur darauf hin.

Wir haben uns jetzt - deswegen, wie gesagt, will ich da Ihre Erfahrung jetzt mal nutzen - die gesamten 400 Seiten TKÜ, die uns von Jan Werner vorliegen, noch mal von vorne bis hinten angeguckt. Also, er war, wie gesagt, sehr nah am NSU-Trio dran. Ich finde in diesen 400 Seiten nicht einen Hinweis auf dieses Trio; ich finde auch keinerlei Hinweise sonst irgendwie auf Waffen. Ist Ihnen der Begriff „Bums“ für Waffen in Ihrer Tätigkeit mal untergekommen?

Zeuge Jörg Milbradt: Nein. Wie gesagt, diese Interpretation dieser SMS ist freihändig, sie kann sich nicht auf weitere Informationen stützen. Aber es ist mir und anderen kompetenten Fachleuten keine Möglichkeit eingefallen, wie man denn sonst plausibel „Bums“ erklären könnte, zumal ja eben diese SMS sich, wie gesagt, kombinieren lässt mit den Angaben Szczepanskis, dass Jan Werner eben sich nach Waffen umtue.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Dann versuchen wir es mal weiter. Also, wie gesagt, wir haben uns jetzt nicht nur nach Waffen mal diese TKÜ angeguckt, sondern wir haben auch mal geguckt: Mit wem unterhält sich Jan Werner in der Zeit, also mit wem hat er alles Kontakt? Dazu gehören Damen und Beziehungsprobleme - sehr aufschlussreich für die damalige Zeit. Und dann geht es in erster Linie natürlich um Treffpunkte für Konzerte, damit die Polizei da nicht wieder einfallen kann. Aber ich muss sagen, zum großen Teil geht es um den CD-Handel. Wenn ich das richtig verstehe, hat der Brandenburger Verfassungsschutz den Szczepanski ja auch, sage ich mal, in diesen CD-Handel ein bisschen „reingeschubst“.

Zeuge Jörg Milbradt: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das war auch sein Metier. Und auch die gesamten Kontakte zwischen Jan Werner und Carsten Szczepanski gehen nach meinen Schlussfolgerungen, die ich hier lesen kann, immer nur um CDs. Da geht es darum: Der eine hat 30 CDs davon, tauscht 10 gegen die. Dann berichtet Jan Werner, dass Carsten Szczepanski bei ihm war und auch noch 30 „Fortress“ - - was überhaupt gar keine rechtsradikale Musik ist. Also, Szczepanski hat anscheinend sehr breit mit Musik gehandelt.

Und dann gibt es - also auch genau um diese Tage rum - SMS, die heißen: „IST DAS PAKET AN H[...] UNTERWEGS?“, „WO BLEIBEN DIE CDS? DU HAST DEIN WORT GEGEBEN“. Dann taucht „HALLO. WAS IST MIT DEN BUMS“ und unmittelbar am nächsten Tag „WAS IST DENN NUN MIT DEN ONKELZ?“ und später noch mal an jemand anderen „WAS IST MIT DEN ONKELZ?“ - -

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

Wenn ich das jetzt semantisch vergleiche, „Was ist mit den Onkelz“, „Was ist mit den Bums“ - es heißt „mit *den* Bums“ und „Bums“ mit einem m -, dann habe ich langsam den Verdacht: Vielleicht könnte „Bums“ auch was anderes sein, diese - -

s

Zeuge Jörg Milbradt: Das kann ich natürlich nicht ausschließen. Wobei: Ob zwei oder ein m, lässt sich bei einer SMS - - Na ja, gut, kann man feststellen, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Na ja, das war im August 1995 - - Entschuldigung, 98. Mich hat diese Schreibweise stutzig gemacht, weil Jan Werner sonst orthografisch auch relativ fit ist. Und daraufhin habe ich mal geguckt: Was gibt es denn unter dem Begriff „Bums“? Und da gibt es, 1998 erschienen, auch eine CD.

(Abgeordnete Gossmann-Reetz [SPD] hält eine CD hoch.)

Oil-Punk, aus dem Hooligan-Bereich - zwar links, aber durchaus Musik aus der Hooliganszene und genau in diesem Jahr erschienen, mit dieser Schreibweise. - Halten Sie diese Überlegung für schlüssig?

Zeuge Jörg Milbradt: Für möglich; denn, wie gesagt, eine eindeutige Interpretation des „Bums“ gibt es nicht. Es gibt nur Spekulationen, die mehr oder weniger plausibel sind. Und die von Ihnen angestellten sind sicherlich nicht völlig unplausibel.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wir haben uns ja daraufhin noch mal angeguckt, wie die Ermittlungsarbeiten in dem Zusammenhang waren zu dieser SMS. Als Kronzeuge wurde vom BKA, ob es sich bei „Bums“ um Waffen handelt oder um CDs - die Frage wurde so gestellt - ausgerechnet Henning K. - später P. - befragt. Das ist der, der von Szczepanski von Anfang an verraten worden ist. Der wurde abgeschöpft, der hat auch Szczepanski schon im Gefängnis besucht, und der wird befragt und sagt in seiner Aussage - ohne dass erst mal nach CDs gefragt wird -: Nee, da kann es sich nicht um CDs handeln. - Sinngemäß jetzt, bitte keine wortwörtlichen Zitate. Und daraufhin sagt er: Wenn ich nachträglich so darüber nachdenke, dann kann es sich nur um Waffen handeln. - Und das von einem hochrangigen „Blood & Honour“-Vertreter. Seitdem ist diese These in der Welt. Wie bewerten Sie das als sehr erfahrener Auswerter?

Zeuge Jörg Milbradt: Also, die These, dass der „Bums“ sich auf Waffen beziehen könne, wurde auch unabhängig von den Äußerungen von Herrn K. in der Verfassungsschutzbehörde gewonnen. Aber wie jetzt schon mehrfach gesagt - ich kann es nur noch ein weiteres Mal wiederholen -: Sicherheit über die Interpretation ist nicht zu gewinnen, sondern nur verschiedene Grade von Plausibilität.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mhm. - Ich bin auch noch mal darüber gestolpert, dass „Piatto“ selber erst mal nur einen Hinweis zum Trio gab. Dass Jan Werner Waffen besorgen soll, das erscheint viel später, also erst nach der SMS. Und er war zu der Zeit Freigänger.

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

Zeuge Jörg Milbradt: Er war Freigänger. - Es war nicht wesentlich später. Diese SMS
- ich gucke noch mal -

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen.)

war im August 98, und die Hin- -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Genau, die Deckblattmeldung 19.08. bezieht sich nur auf Untertauchen und Pass, -

Zeuge Jörg Milbradt: Und - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - und die andere kommt erst nach dieser SMS, am 09.09.98.

Zeuge Jörg Milbradt: Ja gut, das - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Da tauchen zum ersten Mal - - Da erfährt „Piatto“ selber erstmals, dass überhaupt Waffen gesucht werden.

Zeuge Jörg Milbradt: Er meldet es - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Von der Logik her - -

Zeuge Jörg Milbradt: Er meldet es zum ersten Mal, dass er danach sucht. Aber der Unterschied zwischen Ende August und Anfang September ist ja nicht so erheblich, dass man daraus nun weitgehende Schlüsse ziehen könnte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aus der Deckblattmeldung 09.09. ist zu erschließen, dass Szczepanski diese Information darüber, dass Jan Werner Waffen sucht, am Rande eines Konzertes erfahren hat. Wir können jetzt - nach diesen Unterlagen - aber ermitteln, dass „Piatto“ selber nicht auf diesem Konzert war, also auch keinen Kontakt zu Jan Werner direkt hatte.

Zeuge Jörg Milbradt: Dann kann er natürlich telefonischen Kontakt haben; denn anders kämen ja nicht die Informationen zu Jan Werner, die sich auch auf andere Punkte beziehen - - gewonnen haben. Szczepanski war ja damals noch in Haft, aber Freigänger, und so waren natürlich seine Reisen außerhalb der Haftanstalt zeitlich begrenzt, und so hat er viele Informationen dann eben nur durch Telefonkontakte gewinnen können.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber hätte die strafverfolgende Behörde hier nicht mal die gesamte TKÜ auswerten müssen?

Zeuge Jörg Milbradt: Bitte?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Hätte die Strafverfolgungsbehörde, BKA, nicht diese ganze TKÜ in Gänze mal auswerten müssen?

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

Zeuge Jörg Milbradt: Ich habe Sie jetzt akustisch insofern nicht verstanden: Wer hätte sie auswerten müssen?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): BKA, also die Ermittlungsbehörde.

Zeuge Jörg Milbradt: Ja, sicherlich. Sicher.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich vermute fast, das ist hier unterblieben. - Danke erst mal.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Das Fragerecht wechselt zur CDU-Fraktion. - Herr Lakenmacher, bitte.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Vielen Dank. - Herr Milbradt, wann haben Sie das erste Mal von dem untergetauchten Trio aus Jena erfahren?

(Der Zeuge blättert und liest in seinen Unterlagen.)

Zeuge Jörg Milbradt: Das war durch eine - - Das war durch Meldungen aus dem BfV aus dem Jahre 1998, als dieses Trio untergetaucht war, während die thüringische Polizei bei ihm nach Waffen und Bombenmaterial suchte. Das war also zu Beginn des Jahres 98.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Haben Sie seinerzeit der Fahndung und Suche nach dem Trio irgendeine - also in Ihrem Arbeitsbereich - Priorität eingeräumt, oder haben Sie gesagt: „Na ja, das ist zunächst einmal nicht unsere Sache“?

Zeuge Jörg Milbradt: Es gab in der Tat keinerlei Anhaltspunkte - im Übrigen auch später nicht und bis heute nicht -, dass dieses Trio belastbare Kontakte oder Beziehungen nach Brandenburg hätte. Die Suche nach dem Trio war in erster Linie natürlich Sache der Polizei. Die Verfassungsschutzbehörden konnten in dieser Situation zunächst ja erst mal nichts anderes tun, als ihre Quellen zu sensibilisieren, sich umzuhören, ob sie irgendetwas über dieses Trio in Erfahrung bringen könnten. Und da war eben die Quelle „Piatto“ eine, die wesentliche Informationen lieferte, die sonst anderswoher nicht gewonnen werden konnten.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Haben Sie seinerzeit alle Quellen aus dem rechtsextremen Bereich sensibilisiert im Hinblick auf das Trio?

Zeuge Jörg Milbradt: Also, wie gesagt, damals hatten wir noch keine Anhaltspunkte dafür, dass sie sich in Brandenburg aufhalten könnten. Vielmehr gab es ja Quellenmeldungen anderer Sicherheitsbehörden, dass das Trio beabsichtige, außer Landes zu gehen - das hat „Piatto“ ja dann später auch in der eigenen Quellenmeldung bestätigt -, nämlich nach Südafrika. Seinerzeit waren diese drei Leute natürlich als militante Rechtsextremisten auffällig; aber dass sie Morde planten und später auch ausführten, war damals natürlich noch nicht bekannt.

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Also, haben Sie Aufträge an die Quellen herausgegeben bzw. veranlasst, sich kundig zu machen, wo das Trio sein könnte?

Zeuge Jörg Milbradt: Ja, und zwar insofern, als das BfV Fotos dieser drei an alle Verfassungsschutzbehörden sandte mit der Bitte, sie den Quellen vorzulegen. Und das ist auch in Brandenburg geschehen - mit negativem Ergebnis.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Es gibt ein Antwortschreiben an den Thüringer Verfassungsschutz vom 18. Februar 1998. Dort ist handschriftlich vermerkt, dass eine Quellvorlage von Fotos nicht erfolversprechend sei. Lag Ihnen dieser Vermerk vor, ist Ihnen der bekannt?

Zeuge Jörg Milbradt: Der ist mir bekannt. Das hat, wenn ich mich recht entsinne, ein Sachbearbeiter niedergeschrieben. Das war eine vorläufige Meinungsbildung, die dann durch die tatsächliche Vorlage der Fotos einige Monate später überholt worden war.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Der Grund der Aussichtslosigkeit, ist Ihnen der noch bekannt oder haben Sie nach dem recherchiert?

Zeuge Jörg Milbradt: Der Grund der Aussichtslosigkeit in der Beurteilung dessen, der diese Notiz niedergelegt hatte, war, dass es keinerlei Anhaltspunkte - wie schon gesagt - dafür gab, dass das Trio irgendetwas mit Brandenburg und Personen in Brandenburg zu tun haben könnte.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Mhm.

Zeuge Jörg Milbradt: Ist natürlich kein Schluss, der zu dem Urteil führen könnte, dass es absolut unmöglich sei; aber es gab eben keinerlei Indizien, die dafür sprachen. Und die Vorlage der Fotos einige Monate später hat ja dann eben auch noch einmal gut dokumentiert und belegbar gezeigt, dass tatsächlich keine Quelle in Brandenburg etwas mit diesen drei Personen anfangen konnte. Das Einzige, was aus Brandenburg substanziell zu diesem Trio und zu dessen Aufklärung beitragen konnte, waren die bekannten Meldungen von „Piatto“.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Mhm. - Sie haben vor dem Bundestagsuntersuchungsausschuss ausgesagt, „Piatto“ habe den Auftrag erhalten, sich nach dem Trio umzuhören, habe aber, um nicht aufzufallen, nicht insistieren können. Wieso konnte er bei anderen, wie beispielsweise Bendix W., auf Kontaktaufnahme insistieren, ohne aufzufallen?

Zeuge Jörg Milbradt: Zu Bendix W. hatte er selbst Kontakt aufgenommen, und als bekannter Rechtsextremist war das also auch für den Empfänger dieser Kontaktaufnahme, Bendix W. ■■■ unverdächtig, während Szczepanski, wenn er in Chemnitz allzu nachdrücklich nach diesem Trio gefragt hätte, natürlich hätte begründen müssen, warum er sich so lebhaft für dieses Trio interessiert. Und dazu hätte er nichts sagen können.

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

Da Sie schon auf meine Vernehmung beim Bundestagsuntersuchungsausschuss anspielen, muss ich auch das noch einmal aufgreifen: In diese Zeit fällt die Beschlagnahme einer großen Menge strafbewehrter CDs durch die Polizei. Diese Beschlagnahme erfolgte aufgrund eines Hinweises von „Piatto“, und die Chemnitzer Szene fragte sich, wie die Polizei diese Beschlagnahme vorbereiten konnte. Es kam der Verdacht auf, dass Szczepanski eventuell Hinweisgeber sein könnte. Dieser Verdacht blieb bestehen, wenn er sich auch nicht verhärtet und verdichtet hat. Aber ein gewisses Misstrauen ihm gegenüber war seither in der Szene - jedenfalls in Chemnitz - unübersehbar. Und das war ein weiterer Grund dafür, warum er nicht insistierend nach Personen und Gegenständen fragen konnte, für die er ein eigenes Interesse nicht glaubhaft machen konnte.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Herr Milbradt, es gibt einen Vermerk aus dem Auswertungsreferat vom 14. September 1998. Dort spricht der Unterzeichner und Verfasser von dem Trio als Rechtsterroristen und schreibt, dass der Einsatz von Waffen jedenfalls nicht auszuschließen sei, wie der Fall Kay Diesner zeige. Dieser Vermerk soll zunächst auch dem Abteilungsleiter und dem Referatsleiter - Referat 4 ist das dann, also V/4 - vorgelegt werden, und beide werden jedoch gestrichen. Können Sie sich erinnern: Warum wurde das - - Wurden die von Ihnen gestrichen, und wenn ja, warum? Also zur Vorlage und Unterzeichnung?

Zeuge Jörg Milbradt: Mit dem Abteilungsleiter habe ich selbst diesen Vermerk mündlich besprochen; das ist auch auf dem entsprechenden Aktenstück vermerkt. Und V/4 ist das Beschaffungsreferat gewesen, und da sind diese Erkenntnisse ohnedies schon vorgelegen. Es war also nicht nötig, dass die Auswertung diese Schlussfolgerung noch einmal dem eigenen Beschaffungsreferat hätte unterbreiten müssen.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Dann gibt es einen handschriftlichen Vermerk von Ihnen vom 15. September 1998. Dem ist zu entnehmen, dass von hiesiger Seite nichts zu unternehmen sei, da es bereits Observationen von Sachsen und Thüringen gebe. Auch die Polizei solle nur auf Nachfrage informiert werden. Die Angelegenheit, so schreiben Sie, sei mündlich mit dem Abteilungsleiter erörtert worden. Können Sie schildern: Warum sollte er nur mündlich informiert werden und nicht eben der Vermerk schriftlich vorgelegt werden?

Zeuge Jörg Milbradt: Das ist nicht üblich, dass ein Sachbearbeiter entscheidet, wie mit einem Vermerk umzugehen ist und wem er vorzulegen ist. Das fällt in die Obliegenheiten des Referatsleiters, und das war ich. Ich hielt eine mündliche Erörterung für angemessen.

Zu dem anderen Punkt: Wenig später ist auch die Informationsweitergabe neu und anders bewertet worden. Wie Ihnen sicherlich bekannt ist, hat wenige Tage später eine Besprechung in Potsdam stattgefunden, die vom Beschaffungsleiter veranlasst worden war und an der Teilnehmer aus Sachsen und Thüringen teilnahmen. Dort ist vereinbart worden, dass die insoweit dann umfassend unterrichteten thüringischen Verfassungsschützer ihrerseits das LKA Thüringen mündlich über die Erkenntnisse in Kenntnis gesetzt - - werden sollte. Und das ist dann ja auch geschehen.

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Seinerzeit waren ja Sachsen und Thüringen jeweils mit Auswertern zugegen, wenn Sie sich erinnern, Brandenburg aber nicht. Können Sie sagen, warum?

Zeuge Jörg Milbradt: Ja. Ich sagte schon, dass der Beschaffungsleiter aus Brandenburg diese Besprechung anberaumt hatte. Er hatte mich davor über dieses Vorhaben in Kenntnis gesetzt und dabei betont, dass es sich ausschließlich um operative Belange handeln werde und nicht um die Gewinnung oder Bewertung von Erkenntnissen. Erst im Nachhinein habe ich dann erfahren, dass aus Thüringen und Sachsen tatsächlich auch Auswerter beteiligt waren. Ich hatte also keinen Grund, zunächst an den Angaben des Beschaffungsleiters zu zweifeln, und blieb guten Glaubens, dass es tatsächlich nur um reine und spezielle Beschaffungsangelegenheiten gehen würde.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Wer hat dann im Ergebnis am Ende entschieden? Also, wer hatte so die Letztentscheidungsbefugnis darüber, ob es eine Weitergabe von Quelleninformationen gibt: die Beschaffung oder die Auswertung?

Zeuge Jörg Milbradt: Sagen wir es so: Die Auswertung kann solche Informationen weitergeben, muss sich aber der Zustimmung des Beschaffungsreferates versichern, wenn es sich eben um Quelleninformationen handelt. Und wenn das Beschaffungsreferat ein Veto einlegt, ist das dann auch für die Auswertung verbindlich, es sei denn, der Abteilungsleiter selbst fällt ein anderes Urteil.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Also, es muss letztlich einen Konsens geben.

Zeuge Jörg Milbradt: Ja.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Mhm.

Zeuge Jörg Milbradt: Und in diesem Falle war es eben so, dass die Beschaffung - und das schien mir auch und erscheint mir bis heute angemessen - festgelegt hat, dass die thüringischen Verfassungsschützer - durch die brandenburgischen informiert - sich ihrerseits mündlich an die Polizei in Thüringen wenden und mündlich die Informationen weitergeben.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Haben Sie denn aus dem Beschaffungsreferat erfahren, dass das Trio angeblich in Chemnitz aufhältig ist?

Zeuge Jörg Milbradt: Natürlich, das war ja aus den Quellenmeldungen „Piattos“ ersichtlich, und die Quellenmeldungen haben natürlich der Auswertung vorgelegen. Die Auswertung hat sich damit befasst und ihre Schlüsse daraus gezogen und hat auch diese Meldungen dann an andere Verfassungsschutzbehörden von Fall zu Fall weitergeleitet.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Was mich wundert, ist, dass dies in keiner Deckblattmeldung oder auch in keinem Treffvermerk auftaucht. Können Sie - -

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

Zeuge Jörg Milbradt: Wer oder was?

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Dass Sie Kenntnis hatten. Die Kenntnis darüber, dass das Trio in Chemnitz ist.

Zeuge Jörg Milbradt: Das steht doch in den Quellenmeldungen „Piattos“. „Piatto“ hatte zwar zunächst gesagt, es handelt sich um sächsische Skinheads; aber der Schluss, dass es sich tatsächlich um das gesuchte thüringische Trio handele, drängte sich auf. Ich habe ihn selbst auch gezogen und deswegen auch die Steuerung dieser Deckblattmeldung nicht nur an das BfV und an Sachsen, wo die Meldung ja gewonnen worden war, sondern eben auch an Thüringen veranlasst.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Vielen Dank.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann gehen wir zur Fraktion der Linken. - Frau Vandre.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Hallo, Herr Milbradt! Schön, dass Sie heute bei uns im Untersuchungsausschuss sind und uns vielleicht auch als Auswerter etwas Licht in unsere Fragen bringen können aus Ihrer Perspektive und wir auch darauf zurückgreifen können.

Neben der von Frau Gossmann-Reetz bereits angeführten „Bums“-SMS ist ja Carsten Szczepanski vor allem dafür bekannt, die ausgänglichen Informationen oder die anfänglichen Informationen zum Verbleib des Trios aus Jena geliefert zu haben. Da sind ja insbesondere die Deckblattmeldungen von Relevanz. Die würde ich gerne mit Ihnen mal chronologisch durchgehen wollen, um den jeweiligen Kenntnisstand auch abzuklopfen und sie zu kontextualisieren.

Die erste Deckblattmeldung ist ja vom 19.08.1998, und in der heißt es - ich zitiere - - Sie brauchen wahrscheinlich die Fundstelle dazu; die findet sich in 231-S-370013-228_1998_VSNfD_bwp.pdf auf Seite 6. Entschuldigung, das muss ich jetzt ein paar Mal machen, einfach fürs Protokoll. Und in dieser Deckblattmeldung heißt es ja:

„Laut Antje P. sind drei sächsische Skinheads (zwei Männer und eine Frau) zur Zeit wegen verschiedener Straftaten auf der Flucht vor der Polizei. Dieser Fall sei medienbekannt. Die drei, von denen einer anonym Artikel für die Publikation ‚White Supremacy‘ geschrieben habe, wollen sich angeblich innerhalb der nächsten drei Wochen mit ‚geliehenen Pässen‘ nach Südafrika absetzen und dort in neue Identitäten schlüpfen.“

Können Sie sich noch daran erinnern, was Sie mit diesem Vermerk gemacht haben, als Sie ihn auf den Tisch bekommen haben?

Zeuge Jörg Milbradt: Ja, natürlich. Ich habe diesen Vermerk weitergeleitet an das Bundesamt für Verfassungsschutz, an die sächsische Landesbehörde, an die Berliner Landesbehörde - mit Blick auf andere Inhalte derselben Meldung - und wenige Tage später - nämlich da, als mir, wie schon gesagt, klar wurde, dass es sich nicht um

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

sächsische Skinheads handle, sondern um das gesuchte thüringische Trio - auch an das Landesamt Thüringen.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay. - Die nächste Meldung danach ist einen halben Monat später erst entstanden, am 09.09., in der Fundstelle 231-S-370013-245_1998_VSNfD_bwp.pdf, Seite 5. Und das ist ja die berühmte Deckblattmeldung, in der drinsteht:

„Einen persönlichen Kontakt zu den drei sächsischen Skinheads [...] soll Jan WERNER haben. Jan WERNER soll zur Zeit den Auftrag haben, ‚die drei Skinheads mit Waffen zu versorgen‘. Gelder für diese Beschaffungsmaßnahme soll die ‚Blood & Honour‘-Sektion Sachsen bereitgestellt haben. Die Gelder stammen aus Einnahmen aus Konzerten und dem CD-Verkauf.

Vor ihrer beabsichtigten Flucht nach Südafrika soll das Trio einen weiteren Überfall nach dem Erhalt der Waffen planen, um mit dem Geld sofort Deutschland verlassen zu können.

Der weiblichen Person des Trios will Antje P. ihren Paß zur Verfügung stellen.

Antje P. und WERNER sollen unabhängig voneinander und ohne Wissen des anderen für die drei tätig sein.“

Wenn ich das jetzt mit den anderen Deckblattmeldungen vergleiche, die auch noch mal auf das Trio verweisen - da gibt es noch drei weitere aus dem gleichen Zeitraum bis zum 13.10.1998 -, ist auffällig daran, dass die Information mit den sächsischen Skinheads erst ab der vierten Deckblattmeldung, das heißt also ab dem 29.09. abgeändert wurde. Das hat mich schon das erste Mal ein bisschen stutzig gemacht.

Haben Sie da - - Also, Sie haben gerade gesagt, Sie haben sich rückversichert und haben festgestellt, dass es sich nur um die Thüringer handeln kann, und das dann auch den Thüringern mitgeteilt. Aber es scheint ja so, dass zumindest die Abteilung Beschaffung und die Quellenmeldung selbst noch keine Kenntnis davon haben, oder?

Zeuge Jörg Milbradt: Die Beschaffung sehr wohl, aber die Quelle ist offenbar noch nicht sofort darauf hingewiesen worden, sondern erst durch Kontakte mit ihrem Quellenführer etwas später; aber jedenfalls so, dass - wie Sie es ja eben erwähnt haben - sich das in einer späteren Deckblattmeldung niederschlägt.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Und noch etwas, was mir aufgefallen ist - auch im Vergleich zu den anderen drei oder vier Quellenmeldungen -, ist, dass diese vom 09.09. auffällig häufig im Konjunktiv formuliert ist - da steht immer: Informationen *soll* Jan Werner haben, er *soll* Kontakt zu den sächsischen Skins haben, er *soll* mit Waffenbeschaffung beauftragt sein -, wohingegen es heißt, dass Antje P. ihnen den Pass zur Verfügung stellen *will*, also der Konjunktiv durchbrochen wird. Und wenn man sich jetzt anguckt, dass wir auch einen Hinweis darauf haben bzw. einen Vermerk gefunden haben, der das Konzert am 05.09.1998 in Hirschfeld vorbereitet hat, dann geht aus diesem hervor - - Ich zitiere wieder, B 4\NfD zum Piatto

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

Komplex\elektronische Dokumente\Band 1b\1998-VS-NfD.pdf, Seite 56. Das ist ein Vermerk, in dem drinsteht, dass Carsten Szczepanski vorbereitet wurde auf das Konzert am 05.09., und dann steht da drin als Anmerkung:

„Aufgrund der Polizeipräsenz und der Gewaltbereitschaft der Konzertbesucher wurde die Quelle am 05.09.1998, gegen 15.30 Uhr, nachdem sie sich vereinbarungsgemäß aus Frauendorf meldete, angewiesen, dem Konzert fernzubleiben.“

Wir wissen jetzt aus Publikationen, dass so gut wie alle Inlandsgeheimdienste von diesem Konzert wussten und damit zu rechnen war, dass dort bei diesem Konzert auch Polizeipräsenz anzutreffen sei. Und das Konzert fand zu einem Zeitpunkt statt, an dem ja Carsten Szczepanski auch gerade dabei war, seine Zweidrittel-Haftstrafe zu erwirken, das heißt früher aus dem Gefängnis entlassen zu werden. Und Sie selbst haben am 02.07.1999 die Zuverlässigkeit Szczepanskis herausgestellt. Wenn ein solcher Vermerk gemacht wird, lässt er darauf schließen, dass Carsten Szczepanski dem dann auch nachgekommen ist und nicht bei dem Konzert war?

Zeuge Jörg Milbradt: Das kann ich jetzt nicht beantworten. Nein, dazu fehlen mir jetzt die Informationen, die es zuließen, dass ich dort eine definitive Antwort geben könnte. Aber aus dem Verkehr zwischen dem Quellenführer und der Quelle muss ich schließen, dass er in der Regel den Anweisungen seines Quellenführers auch gefolgt ist.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Und er würde dann auch dem Konjunktiv entsprechen, erklären, warum der zu finden ist in der Deckblattmeldung vom 09.09.

Zeuge Jörg Milbradt: Ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Weil? - Also, der Punkt ist: Sie sagen, er ist als zuverlässig einzustufen, am 02.07.1999. Carsten Szczepanski kann kein Interesse daran haben, durch die Polizei aufgegriffen zu werden in Hirschfeld, zu einem Zeitpunkt, in dem gerade ein Gutachten über seine Sozialprognose und die Lösung seiner Person -

Zeuge Jörg Milbradt: Richtig.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): - aus dem Umfeld der rechten Szene Gegenstand sein muss, damit er überhaupt entlassen werden kann. Von dem her stellt sich das für uns eher so dar, dass Carsten Szczepanski überhaupt nicht bei dem Konzert war. Dann stellt sich aber die Frage: Wie kam Carsten Szczepanski dann zu dieser Information, und wem hätte Werner das erzählen können?

Zeuge Jörg Milbradt: Die Information kann natürlich auch telefonisch übermittelt worden sein.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Wenn man sich aber anguckt, was Carsten Szczepanski dann über das Konzert berichtet, dann stellt man sehr schnell fest, dass

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

auf dem Konzert am 05.09.1998 die komplette Potsdamer Neonaziszene vertreten war, und zwar: Henning K. - „Blood & Honour Brandenburg“-Mitglied und Mitarbeiter bei „Movement Records“, das heißt also de facto dem Label von Jan Werner -, Jan Werner selbst, seine Freundin aus Berlin – S. F. -, dann Christan W. aus Potsdam - ebenfalls „Blood & Honour Brandenburg“-Mitglied und „Landser“-Schlagzeuger und dann auch bei den „Proissenheads“ Schlagzeuger gewesen -, seine Freundin Manuela W., Dirk S. - auch von „Blood & Honour Brandenburg“ - genauso wie Dirk H. - „Blood & Honour Brandenburg“ -, Thomas Starke und Uwe Menzel - „Proissenheads“. Und genau von den Erlebnissen, die diese Neonazis auf dem Konzert gemacht haben, berichtet Carsten Szczepanski auch sehr, sehr ausführlich.

Zeuge Jörg Milbradt: Ich kann dazu nichts Definitives sagen, aber ich halte es für möglich, dass Szczepanski das entweder durch mündliche Kontakte nach verschiedenen Seiten hin erfahren hat oder eben doch am Rande des Konzertes aufgetaucht ist - oder nur zu Beginn und vorher mit Anreisenden gesprochen hat und sich dann zurückgezogen hat. Aber ich betone: Das sind Spekulationen, weil ich über den tatsächlichen Verlauf dieses Konzertes und den genauen Zeitpunkt der Anwesenheit oder Abwesenheit Szczepanskis an diesem Tage jetzt keine Auskunft geben kann mangels Kenntnis.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Dann möchte ich Ihren Blick als erfahrener Auswerter gerne noch mal von Carsten Szczepanski wegleiten und genau auf die „Blood & Honour“-Szene Brandenburgs führen. Also, da habe ich ja gerade schon gesagt: Christian W. zentrale Figur, Henning K. zentral, Dirk H., der dann nach Christian W. auch Sektionsführer in Brandenburg gewesen ist, im Übrigen auch mit Jan Werner und Thomas Starke 1997 in den USA gewesen ist und mit Uwe Menzel und gemeinsam mit einer Pumpgun posiert hat, „Blue eyed Devils“, die US-amerikanische Neonaziband, getroffen hat, sie auch nach Deutschland geholt hat.

Die Frage, die ich mir stelle - - Wenn man sich die Verbindungen anguckt - - Sie kriegen ja unzählige Deckblattmeldungen - von Konzerten, von jedem Wochenende -, und es ist immer der gleiche Personenkreis, der aufeinandertrifft, es sind immer die gleichen Leute, die sich jedes Wochenende sehen, austauschen und in einem regen Kontakt stehen - und wir sprechen hier über zwei Sektionen, nämlich Chemnitz und Brandenburg, also Sachsen und Brandenburg, die ja nicht nur durch regelmäßigen Austausch in Verbindung standen, sondern die sich auch, nachdem Sachsen aus der „Blood & Honour Deutschland“-Division rausgeschmissen wurde - - haben die sich die Treue geschworen und haben gesagt: Brandenburg und Sachsen werden zusammenhalten. Und im Übrigen sind zentrale Figuren von „Blood & Honour Brandenburg“ die zuverlässigen, mit denen Sachsen weiter zusammenarbeiten möchte, und das sind Uwe Menzel und Henning K., die da im Fokus stehen.

Wenn man dann noch hinzufügt, dass bei Uwe Menzel im Sommer 2000 Waffen gefunden wurden - und zwar aufgrund einer Telekommunikationsüberwachung -, die dazu dienen sollten, eine linke Demonstration in Potsdam im Juli 2000 anzugreifen, dann erweitert sich das Bild durchaus dahin gehend, dass man sagen kann, dass Uwe Menzel und Jan Werner nicht nur Geschäftsfreunde, Geschäftspartner bei „Movement Records“ gewesen sind, dass sie nicht nur eine jahrelange Freundschaft gepflegt

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

haben, indem der eine dem anderen Beziehungstipps hat zukommen lassen, sondern indem sie auch noch im gleichen Neonaziumfeld aktiv gewesen sind, über die gleiche Ideologie verfügten und anscheinend auch das gleiche Interesse an der Beschaffung von Waffen hatten - und bei Uwe Menzel eben auch eine Ceska zum Beispiel.

Zeuge Jörg Milbradt: Wobei das Interesse an den Waffen ja unterschiedlich begründet war: Jan Werner wollte sie ja offenbar nicht für sich beschaffen, sondern für das Trio wie gesagt, und es ist ja auch nicht bekannt, dass er damit jemals Erfolg gehabt hat, während Menzel tatsächlich in den Besitz von Waffen gelangt ist und auch Pläne für ihren Einsatz kundgetan hat. Und die Aufklärung darüber ist ja auch wiederum weitgehend Szczepanski zu verdanken gewesen.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Nur eine Gegenfrage: Aber macht es einen Unterschied, wenn es sich um die gleiche Struktur handelt, die de facto die gleichen ideologischen Grundsätze verfolgt, die die gleiche Radikalisierung durchgemacht hat auch in den 90er-Jahren - die Erfahrung von rassistischen Pogromen, auf der Straße stehen und die De-facto-Abschaffung des Asylrechts gemeinsam mit der Lancierung von rassistischen Parolen auf den Straßen herbeizuführen - - die für sich begreifen, dass sie in den Untergrund gehen wollen, dass sie das Konzept der „leaderless resistance“ praktizieren wollen? Dann macht es doch gar keinen Unterschied, aus welchem Grund sie die Waffen haben, sondern es geht doch darum, dass genau der Waffenbesitz und das Zurverfügungstehen dieser Waffen bei der gleichzeitigen ideologischen Grundlage, zur Tat übergehen zu müssen - - ist es doch so oder so ein immenses Gefahrenpotenzial.

Zeuge Jörg Milbradt: Selbstverständlich. Aber trotzdem möchte ich daran festhalten, dass es einen Unterschied macht, ob jemand beabsichtigt, selbst Waffen anzuwenden, also für Straftaten zu nutzen, oder nur Zwischenträger sein will. Die ideologische Grundlage ist natürlich trotz alledem die gleiche; da haben Sie völlig recht.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Aber das trifft eben nicht bei Jan Werner und bei Uwe Menzel zu, weil Jan Werner hat dem Trio Waffen beschafft - das geht ja auch aus den Deckblattmeldungen von Carsten Szczepanski hervor -, um Überfälle zu begehen. Und sie waren ja schon im Untergrund. Deswegen war es genau der vorher auch im „White Supremacy“ proklamierte Kampf aus dem Untergrund heraus, in kleinen nationalrevolutionären Zellen.

Zeuge Jörg Milbradt: Sicherlich. Die ideologische Grundlage war die gleiche, aber Jan Werner ist, soweit ich weiß, niemals Waffenbesitz oder die Weitergabe von Waffen nachgewiesen worden.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Er hat sie aber gesucht.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Minute, bitte.

Zeuge Jörg Milbradt: Gesucht hat er sie, natürlich, ja, aber, wie Sie wissen, nicht für sich - jedenfalls nach den Angaben, die uns vorliegen -, sondern um sie weiterzugeben. Aber mir ist noch nicht ganz deutlich geworden, -

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Nur fürs Protokoll: trotzdem aber um Menschen zu schaden.

Zeuge Jörg Milbradt: - worauf Ihre Frage jetzt fokussiert ist.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Sie haben Sie schon beantwortet. Vielen Dank.

Zeuge Jörg Milbradt: Gut.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann fragt jetzt Frau Nonnemacher weiter.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön, Herr Vorsitzender. - Schönen guten Tag, Herr Milbradt! Ich wollte vielleicht vorabschicken: Wir hatten letzte Woche die Herunterstufung von Dokumenten aus der sogenannten Schutzakte „Piatto“ beantragt. Das ist letzte Woche abgelehnt worden. Jetzt haben wir auf neuerlichen Antrag sehr kurzfristig eine heruntergestufte Fassung bekommen, heute sozusagen zur Mittagspause. Ich möchte aus diesen Dokumenten einiges fragen; das wird leider jetzt nicht ganz so systematisch sein, als wenn wir Zeit gehabt hätten, das länger vorzubereiten.

Die erste Frage geht auf einen Abschlussvermerk - hier steht: Bearbeiter: Milbradt, 5. Juli 2000 -, da steht drin - ich zitiere -:

„Die Quelle gab weiterführende Hinweise auf den Verbleib dreier flüchtiger Rechtsterroristen aus Thüringen, vgl. Bericht vom 13.10.98 [...]“

Auf welcher Grundlage haben Sie das untergetauchte Trio bereits am 5. Juli 2000 als Rechtsterroristen bezeichnet oder einklassifiziert?

Zeuge Jörg Milbradt: Nachgewiesen war zu diesem Zeitpunkt den drei Personen ja, dass sie mit Waffen und Bomben hantiert hatten, und sie waren zuvor schon militant aufgefallen, bevor sie in den Untergrund abtauchten, sodass jedenfalls die Gefahr, dass sie die Waffen, die sie sich zunächst beschafft hatten, anderweitig beschaffen würden und auch anwenden wollten, durchaus als gegeben angesehen werden musste. Und deswegen halte ich die Einschätzung dieser Personen als Rechtsterroristen oder als des Rechtsterrorismus verdächtig auch schon zu diesem Zeitpunkt für gerechtfertigt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Weil Sie hatten ja vorhin auf die Frage vom Kollegen der CDU gesagt, es gab dort eine Bemerkung „Rechtsterrorismus“, wo Sie sozusagen mit Ihrem Abteilungsleiter noch diskutiert haben, ob das gerechtfertigt sei. Aber auf der anderen Seite sind Sie schon 98 der Meinung gewesen, die drei Flüchtigen aus Thüringen sind als Rechtsterroristen einzustufen.

Zeuge Jörg Milbradt: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Okay. - Eine andere Frage. Uns liegt hier ein Papier vor von Juli 2000, Ministerium des Innern. Da geht es um „Bewertung

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

der Gefährdungslage der ehemaligen Quelle PIATTO“. Da wird aufgeführt unter Gefährdung:

„alle Interviewpartner und mit Grüßen bedachte Personen, die in den verschiedenen Ausgaben von ‚United Skins‘ genannt oder erwähnt sind“

Warum sind alle Interviewpartner des „United Skins“ und alle darin begrüßten Personen ein potenzielles Risiko für Carsten Szczepanski? Welche Rolle spielte Szczepanski beim „United Skins“?

Zeuge Jörg Milbradt: Szczepanski hat „United Skins“ entweder selbst herausgegeben oder war an der Herausgabe beteiligt. Und nachdem in der Öffentlichkeit bekannt geworden war, dass er Quelle des Verfassungsschutzes war, musste man natürlich annehmen, dass alle Personen, über die er dem Verfassungsschutz Mitteilung gemacht hat - und das waren natürlich eben auch seine Interviewpartner und die Mitarbeiter an „United Skins“ -, auf Rache sinnen könnten und er aus diesem Grunde durch sie gefährdet sein könnte.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wenn es um alle Interviewpartner und begrüßte Personen geht, da könnte man doch sagen: Carsten Szczepanski ist da schon sehr zentral gewesen bei „United Skins“ und nicht nur Mitarbeiter. Würden Sie dem zustimmen?

Zeuge Jörg Milbradt: Das ist insofern unterschiedlich zu bewerten, als er, solange er in Freiheit war oder wieder in Freiheit war, die Zügel in der Hand hatte, aber in der Zeit seiner Haft natürlich dieses Heft nicht in vollem Umfang steuern oder gar herausgeben konnte, sondern nur Ratschläge oder Tipps oder Beiträge liefern konnte. Denn die Haft hat ihm natürlich nicht erlaubt, ohne Weiteres dieses Fanzine weiterzuführen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Die Haft hat ihm nicht erlaubt, das Fanzine weiterzuführen; aber wir haben doch auch schon eine ganze Menge Hinweise herausgearbeitet, dass er trotzdem maßgeblich tätig sein konnte.

Zeuge Jörg Milbradt: Ja, er hat Beiträge geliefert und sich offenbar eben auch mit den nicht identifizierten Personen darüber beraten, wie die Hefte zu gestalten seien, solange er selbst nicht die Gestaltung in den eigenen Händen halten konnte aufgrund seiner Haft.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. Aber ich halte noch mal fest: Sie haben eingeschätzt, dass sozusagen alle Leute, die mit „United Skins“ zu tun hatten - sei es als Interviewpartner, sei es als Leute, die über „United Skins“ Grüße abgegeben haben -, sozusagen für „Piatto“ ein Risiko dargestellt haben.

Zeuge Jörg Milbradt: Diese und natürlich auch alle anderen Rechtsextremisten, die annehmen mussten, dass Szczepanski über sie dem Verfassungsschutz berichtet hat.

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ein anderes Thema in den uns heute Mittag übergebenen Unterlagen: Kontakte zu Rechtsextremisten im Ausland. Hier steht drin - ich zitiere -:

„Besonders eng waren seine Verbindungen nach Großbritannien, insbesondere zu den Gruppen ‚National Socialist Movement‘ (NSM) und ‚Combat 18‘, weiterhin zu den militanten Aktivisten Charlie und S [REDACTED] S.

Da PIATTO als Kontaktmann für deutsche NSM-Interessenten fungierte, führte er [also eine weite] Korrespondenz [...].“¹

Welche besonderen engen Verbindungen zu dieser NSM und vor allen Dingen zu „Combat 18“, mithin zu den militanten Aktivisten hat Carsten Szczepanski denn konkret unterhalten?

Zeuge Jörg Milbradt: Wie Sie schon sagten: Es waren Korrespondenzen. Ich kann jetzt aus dem Gedächtnis nicht rekonstruieren, wann und ob es Besuche dieser Personen auch in Deutschland gegeben hat, die auch zu Begegnungen mit Szczepanski geführt haben könnten; aber denkbar ist es. Aber Einzelheiten, wie gesagt, habe ich jetzt nicht präsent, sodass es zunächst also bei der Aussage bleiben muss, dass die Kontakte wesentlich schriftlicher Natur waren.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Was hat denn Carsten Szczepanski als Kontaktmann für deutsche NSM-Interessenten konkret gemacht?

Zeuge Jörg Milbradt: Nun, er hat seinerseits berichtet, wie er die rechtsextremistische Szene und deren Entwicklung in Deutschland einschätzt. Und er hat seinerseits Informationen erbeten und erhalten, wie sich die Lage in Großbritannien entwickelt, und über alles dies dann eben dem Verfassungsschutz in Meldungen berichtet.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Auch für deutsche Interessenten hat er als Kontaktmann fungiert?

Zeuge Jörg Milbradt: Ja, allerdings ist nicht bekannt, dass es Ableger der britischen Organisation in Deutschland gegeben hat. Aber die Vernetzung in diesen Szenen - muss ich im Plural sagen - lief natürlich so, dass man sich füreinander interessierte und sich gegenseitig in seinen Absichten und Ansichten bestärkte. Dadurch hat sich dann auch dieses Netz eben über Jahre entfalten können.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Diese Interessenten haben sich ja praktisch an Carsten Szczepanski - - auch während der Haft an ihn gewandt über ein Postfach, was Szczepanski gemeinsam mit dem Verfassungsschutz sozusagen in Brandenburg an der Havel geführt hatte: NSM, Postfach 2224, PA1 Deutsches Dorf in D-14776 Brandenburg an der Havel. Ist das richtig? Können Sie das so bestätigen?

¹ Anmerkung Stenografischer Dienst: Der Originalwortlaut im zweiten Satz lautet: „[...] führte er insoweit Korrespondenzen [...]“.

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

Zeuge Jörg Milbradt: Das kann ich jetzt aus dem Gedächtnis nicht sagen. Aber es klingt plausibel.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Könnte man nicht auch daraus schlussfolgern, dass, indem Carsten Szczepanski Anlaufstelle sogar für deutsche Interessenten war, er sozusagen auch zur Verbreitung dieses Interesses und zur Verbreitung und Stärkung dieser Organisation beigetragen hat?

Zeuge Jörg Milbradt: Ich verstehe, wie man zu diesem Schluss kommen kann, aber sein Interesse, solange er als Quelle für den Verfassungsschutz tätig war, war in erster Linie, Informationen zu sammeln, und nicht, die Szene zu bestärken. Aber ist natürlich klar, wenn er Informationen weiterleitete oder vermittelte, dass es natürlich dann auch zu der ideologischen Festigung solcher Interessenten geführt haben mag.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): War Carsten Szczepanski auch Kontaktmann für deutsche „Combat 18“-Interessenten? Hat er da auch Adressen weitergeleitet, auch an den Verfassungsschutz weitergeleitet?

Zeuge Jörg Milbradt: Also, von Interessenten im engeren Sinne würde ich da nicht sprechen wollen. Es gab Interessenten insofern, als sie an dem Treiben von „Combat 18“ Interesse nahmen und auch eine gewisse Vorbildfunktion „Combat 18“ zubilligten. Aber die Gründung sozusagen einer eigenen Sektion „Combat 18“ auf deutschem Boden ist jedenfalls durch Szczepanski nicht befördert worden und hat meines Wissens auch nicht stattgefunden.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber er war Kontakthanlaufstelle auch für deutsche Interessenten.

Zeuge Jörg Milbradt: Für Leute, die Interesse hatten, darüber mehr zu erfahren, ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Mhm. - Aus den genannten Unterlagen jetzt noch eine andere Stelle - neues Thema; wie gesagt: ein bisschen sprunghaft -: Aus einem Vermerk hier geht hervor - auch vom 5. Juli 2000 -, dass „für die Quelle eine Telefonerlaubnis beantragt und ihr ein Funktelefon zur Verfügung gestellt“ worden ist. Hatte Carsten Szczepanski schon in der Untersuchungshaft ein Handy des Verfassungsschutzes?

Zeuge Jörg Milbradt: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja. Können Sie sich genauer erinnern, den Zeitraum noch mal eingrenzen?

Zeuge Jörg Milbradt: Ja, das habe ich zwar nicht im Kopf, aber in meinen Notizen. Augenblick, bitte.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen.)

Im November 97 hat er ein Handy vom Verfassungsschutz ausgehändigt bekommen.

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): November 97 sagen Sie?

Zeuge Jörg Milbradt: 97.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Hier steht was an dieser Textstelle:

„Nach der Urteilsverkündung am 13.2.95 ist ein zweiwöchiger Besuchsrythmus [sic!] festgelegt worden [...].“

Und das hat auch mit dem Funktelefon - - steht in unmittelbarem Zusammenhang damit. Das hieße, es müsste eigentlich sogar noch früher gewesen sein, also noch Anfang 95 sogar.

Zeuge Jörg Milbradt: Davon ist mir nichts bekannt. Also, worauf berufen Sie sich jetzt, wenn ich noch mal meinerseits fragen darf?

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE):

„Ohne Zusagen auf Einflußnahmen in schwebende Verfahren sind in diesem Zeitraum erstmalig Gegenleistungen in geringem Umfang erbracht worden. Um eine aktuelle Berichterstattung zu gewährleisten, wurde für die Quelle eine Telefonerlaubnis beantragt und ihr ein Funktelefon zur Verfügung gestellt. [...] Nach der Urteilsverkündung am 13.2.95 ist ein zweiwöchiger Besuchsrythmus [sic!] festgelegt worden, der auch nach Verlegung der Quelle zur Strafverbüßung in die JVA Brandenburg beibehalten wurde.“

Also, das wird ja in einem Zusammenhang aufgeführt, und da ist jetzt die Rede schon von Februar 95. Hatte Herr Szczepanski schon so früh ein Handy des Verfassungsschutzes?

Zeuge Jörg Milbradt: Davon ist mir nichts bekannt. Ich kenne nur das Datum, das ich eben erwähnte: November 97.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): November 97. - Dann möchte ich noch eine andere Stelle aus diesen uns heute Mittag übergebenen Unterlagen zitieren:

„[Er] nimmt deshalb den nachrichtendienstlichen Status eines *Informanten* ein. Dem Vorschlag zur Statusveränderung zum VM wurde offenbar wegen erhobener Schutzgelderpressungsvorwürfe innerhalb der Haftanstalt - vorerst (?) - nicht näher getreten.“

Wurde Carsten Szczepanski irgendwann förmlich verpflichtet, oder war er bis zum Schluss immer im Status eines Informanten?

Zeuge Jörg Milbradt: Das Letztere. Das habe ich auch mit gewisser Verwunderung erst beim Aktenstudium zur Vorbereitung der Aussagen vor den Untersuchungsausschüssen festgestellt. Er blieb bis zum Schluss seiner Zusammenarbeit mit der Verfassungsschutzbehörde im Status des Informanten.

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ah ja. Also er ist nie förmlich verpflichtet worden.

Zeuge Jörg Milbradt: So ist es.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Hat aber trotzdem entsprechende Zuwendungen -

Zeuge Jörg Milbradt: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - und Handy und alle Möglichkeiten bekommen.

Zeuge Jörg Milbradt: Denn ungeachtet seines Status war es ja, wie schon mehrfach betont, eine äußerst ergiebige Quelle des Verfassungsschutzes.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Noch eine andere Textstelle:

„Für die weitere Zusammenarbeit stellte sich nunmehr dringend die Frage einer praktikablen Legendierung.

Ende Januar 2000 bot sich der Quelle durch ein freies Angebot die Möglichkeit, ein Ladengeschäft in exponierter Lage eröffnen zu können, in dem sie Szenezeitschriften, esoterische Bücher, Kleidung etc. anzubieten gedenkt. Aufgrund der dynamischen Entwicklung der Quelle und der Stützung ihrer Legendierungsbemühungen wurde ...“

Der Rest ist dann geschwärzt, sodass ich leider nicht fortfahren kann zu zitieren.

Ist sogar das Ladengeschäft eine Legendierung - - hat das sogar als Legendierung für Carsten Szczepanski gedient?

Zeuge Jörg Milbradt: Ja, also einen solchen Laden hat er im April 2000 eröffnet in Königs Wusterhausen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aha. Und er hat das sozusagen als - - im Rahmen seiner Tätigkeit für den Brandenburger Verfassungsschutz diesen Laden als Legendierung eröffnet?

Zeuge Jörg Milbradt: Ja, damit ihm die Möglichkeit erhalten blieb oder sogar noch erweitert wurde, umfängliche Kontakte in die Szene nach allen Seiten hin auszubauen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Frage, bitte.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja, aber das finde ich ja jetzt gerade sehr interessant. Das übersteigt ja praktisch den Status eines Informanten aber doch sehr erheblich. Das ist ja fast der Status eines verdeckten Ermittlers, wenn man ihm

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

einen eigenen Laden zur Legendierung zur Verfügung stellt und ihn dann gezielt einsetzt.

Zeuge Jörg Milbradt: Ich hatte schon erwähnt, dass ich in meiner Zeit als Auswerter eigentlich davon ausgegangen bin, dass er als Quelle förmlich verpflichtet worden sei. Aber wie ich nachträglich feststellte, ist das eben nicht geschehen. Aber faktisch hat er wie eine verpflichtete Quelle gearbeitet.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Und noch darüber hinaus praktisch.

Zeuge Jörg Milbradt: Was heißt - - Was meinen Sie mit „darüber hinaus“?

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Na ja, wenn man - - Ich denke, einer Quelle stellt man jetzt nicht unbedingt auch ein eigenes Ladengeschäft zur Verfügung.

Zeuge Jörg Milbradt: Ja gut, zur Verfügung gestellt hat der Verfassungsschutz ihm das nicht. Er hat dieses Geschäft aus eigenem Antrieb eröffnet. Aber der Verfassungsschutz war darüber informiert und hat es zugelassen aus seinen Erkenntnisinteressen heraus.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Hat er finanzielle Zuwendungen bekommen für die Eröffnung dieses Geschäftes?

Zeuge Jörg Milbradt: Er hat finanzielle Zuwendungen für die gesamte Zeit seiner Quellentätigkeit bekommen. Aber wofür er dieses Geld im Einzelnen verwandt hat, kann ich nicht nachvollziehen, also auch nicht, inwieweit Mittel des Verfassungsschutzes in die Eröffnung des Ladens geflossen sind. Ganz sicher bin ich mir, ohne dass ich das jetzt belegen kann, dass er nicht Geld bekommen hat für bestimmte festgelegte Zwecke, also beispielsweise Eröffnung eines Ladens, oder eines anderen Zweckes wegen, sondern als Entlohnung für seine Informationsdienste allgemein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Okay. - Danke schön erst mal.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann kommen wir jetzt zur zweiten Fragerunde. - Wir beginnen mit der SPD-Fraktion. Frau Gossmann-Reetz.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Herr Milbradt, brauchen Sie eine Pause?

Zeuge Jörg Milbradt: Mir ist das gleichgültig.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Wir können weitermachen, ja?

Zeuge Jörg Milbradt: Ja.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Danke. - Frau Gossmann-Reetz, bitte.

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut, danke. - Herr Milbradt, können Sie ausschließen, dass Szczepanski noch für andere Nachrichtendienste oder Polizeibehörden gearbeitet hat?

Zeuge Jörg Milbradt: Auf diese Frage bin ich auch schon vor dem Bundestagsuntersuchungsausschuss angesprochen worden. Ich kann es nicht ausschließen - erstens -, und zweitens: Ich habe keine Indizien dafür. Ich weiß, dass diese Spekulationen angestellt worden sind und noch angestellt werden, und es werden dafür auch vermeintliche Indizien angeführt. Aber allesamt erscheinen mir diese Indizien nicht sehr überzeugend, sodass es bei dem Fazit bleiben muss: Ich weiß es nicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. - Sie haben ja jetzt schon mal in Ansätzen Ihre Sicht auf die Wertigkeit dieser Quelle hier verdeutlicht. Uns liegt auch eine Beurteilung von Ihnen vor, in der Sie sagen, dass „Piatto“ im bundesweiten Maßstab eine herausragende Quelle war, also auch im Vergleich zu anderen Quellen, Landesbehörden. Woran haben Sie diese bundesweite Bedeutung festgemacht?

Zeuge Jörg Milbradt: Zunächst muss ich sagen: Ich weiß jetzt nicht, ob Sie tatsächlich eine Bewertung von mir zitieren oder eine, die das Bundesamt für Verfassungsschutz getroffen hat. Aber sachlich begründet war diese Einschätzung so oder so -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ist von Ihnen.

Zeuge Jörg Milbradt: - von mir -, eben weil Szczepanski Kontakte nicht nur in Brandenburg hatte, sondern in die verschiedensten Regionen Deutschlands und - wie auch schon hier heute erwähnt - über Deutschland hinaus ins Ausland, nach Großbritannien, USA, Schweden usw.

Er hat Informationen zu den verschiedensten Spektren des Rechtsextremismus geliefert, angefangen von den unorganisierten Skinhead-Szenen zu den Skinhead-Organisationen, zu Fanzines, zu CD-Vertriebswegen und -Herstellungswegen, zu Konzertorganisationen, zur NPD. Also, er hatte ein überaus breites und insofern mit anderen Quellen nicht vergleichbares Spektrum von Zugängen, die er auch offensiv genutzt hat, um der Verfassungsschutzbehörde Informationen zur Verfügung zu stellen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie schreiben in Ihrem Vermerk ja auch, dass er alle relevanten Einsatzgebiete abdecken würde - außer „Combat 18“, haben wir heute gehört. Musste denn die Szene nicht Verdacht schöpfen, wenn Herr Szczepanski stets bei sämtlichen Veranstaltungen auftauchte?

Zeuge Jörg Milbradt: Nein, er galt in der Szene bei denen, die von seiner Quelleneigenschaft nichts wussten, als Schlüsselfigur in der Skinhead-Szene und in der Konzertszene. Deswegen blieb es unverdächtig, dass er bei den verschiedensten Konzerten auftauchte.

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ist es zutreffend, dass Herr Szczepanski auch Hinweise zum „Landser“-Verfahren lieferte?

Zeuge Jörg Milbradt: Bitte?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ist es zutreffend, dass Herr Szczepanski auch zum „Landser“-Verfahren - -

Zeuge Jörg Milbradt: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was können Sie da noch wiedergeben?

Zeuge Jörg Milbradt: Muss ich jetzt einen Augenblick nachschlagen.

(Der Zeuge blättert und liest in seinen Unterlagen.)

Er hat Planungen zur CD-Pressung und zu Tourneep länen dieser Band geliefert - auch zur Einschleusung von CDs aus den USA nach Deutschland - und hat darüber berichtet, sodass diese Berichte eingeflossen sind in Maßnahmen, die sich dann durch die Strafverfolgungsbehörden gegen die Band gerichtet haben.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ist er deswegen an Jan Werner und Frau Antje P. von Ihnen auch herangesteuert worden? Weil maßgeblicher Produzent der „Landser“ war ja auch Jan Werner, 98.

Zeuge Jörg Milbradt: Dass er von uns dorthin gesteuert worden wäre, ist nicht ganz zutreffend. Er hatte schon lange Kontakt zu diesen Personen und hat im Rahmen seines Praktikums, das er während seiner Haft absolvierte, sich selbst darum bemüht, einen Einsatz in Chemnitz zu erlangen. Im Rahmen dieses Praktikums wurde ihm dieser Einsatz auch zugebilligt. Die Verfassungsschutzbehörde hat diesen Kontakt nach Chemnitz nicht vermittelt oder ihm nahegelegt, ihn zu nutzen. Aber es war der Verfassungsschutzbehörde selbstverständlich hochwillkommen, dass er diesen Kontakt hatte und ihn dann auch durch Anwesenheit in Chemnitz ausbauen konnte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wir sprechen jetzt von Januar 98?

Zeuge Jörg Milbradt: Ja, auch.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und dort hat Jan Werner, obwohl er noch in Haft war, ein Praktikum gemacht. Oder - -

Zeuge Jörg Milbradt: Er, also Szczepanski, hat ein Praktikum gemacht seit August 98 beim Europäischen Bildungswerk für Beruf und Gesellschaft in Brandenburg an der Havel. Im Rahmen dieses Praktikums hat er auf Anregung seiner selbst ein Praktikum eben bei der Firma P. in Chemnitz angetreten. Das ist von der Qualifizierungsgesellschaft offenbar auch gebilligt worden und von der Haftanstalt natürlich auch.

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie muss ich mir das vorstellen? Dass jemand von der Haftanstalt täglich nach Chemnitz fährt? Oder - -

Zeuge Jörg Milbradt: Ja. Er hat ja in dieser Zeit bereits Freigang bekommen und ist dann öfter nach Chemnitz gefahren, allerdings dann eben auch wieder zurück in die Haft.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Jeden Tag?

Zeuge Jörg Milbradt: Nein, nein, jeden Tag natürlich nicht. Aber über die Frequenzen seiner Besuche kann ich jetzt mangels Kenntnis keine Auskunft geben.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Hatten Sie später den Eindruck, dass Ihre Behörde - oder vielleicht kommen Sie rückblickend zu dem Schluss - diese Quelle ein bisschen übersteuert hat, wenn Sie sagen, in sämtlichen - -

Zeuge Jörg Milbradt: Nein, die Kontakte hatte er weithin selbst. Die einzige Steuerung, wenn man so sagen kann, die vom Verfassungsschutz selbst nachdrücklich befördert wurde, war sein Eintritt in die NPD. Die Grundkontakte hatte er schon, und die brauchte er nur zu nutzen. Wenn er sie ausbaute, tat er das im eigenen Interesse, sodass die Verfassungsschutzbehörde da gar keine Steuerungsfunktion übernehmen musste.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): In Ihrem Vermerk 1999 sagen Sie, dass der Verfassungsschutz von „Piatto“ - ich nenne es mal vorsichtig - abhängig sei. Daher komme ich jetzt so ein bisschen auf diese Vermutung, dass sich da ein gegenseitiges Abhängigkeitsverhältnis gebildet hat zwischen der Behörde und ihrem V-Mann.

Zeuge Jörg Milbradt: Ich weiß nicht, wie Sie jetzt Abhängigkeit definieren möchten. Die Verfassungsschutzbehörde war - in Führungsstrichen - abhängig von Informationen Szczepanskis, weil eine andere Quelle oder andere Erkenntniszugänge diese Informationen nicht lieferten. Da hatte er ein gewisses Alleinstellungsmerkmal für sich beanspruchen können.

Szczepanski war von der Verfassungsschutzbehörde insofern abhängig, als sein Tun und Lassen mit der Quellenführung abzusprechen gewesen war. In der Regel hat er sich auch daran gehalten, soweit nachvollziehbar. Nur am Schluss ist er über Regeln, die ihm der Verfassungsschutz vorgegeben hat, hinausgegangen. Das hat ja dann auch zu seiner Abschaltung geführt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, hat Szczepanski seine Einsatzgebiete selber vorgeschlagen, oder haben Sie geführt? Wie muss ich mir das vorstellen?

Zeuge Jörg Milbradt: Bis auf die NPD, die ich schon nannte, waren alle anderen Einsatzgebiete solche, in denen Szczepanski ohnedies tätig war oder in die er aus eigenem Antrieb eingedrungen ist.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. Gut. - Danke schön erst mal.

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Wir machen weiter mit der CDU-Fraktion. Herr Lakenmacher, bitte.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Vielen Dank. - Herr Milbradt, Sie haben ja gerade auch schon das Praktikum erwähnt, das Praktikum bei der Firma P. Sie haben auch erwähnt, dass es eine Absprache gab. Können Sie sagen, mit wem diese Absprache getroffen wurde?

Zeuge Jörg Milbradt: Ich muss Sie bitte, mir zu sagen, welche Absprache Sie meinen.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): In seiner Vernehmung durch das Bundeskriminalamt am 31.01.2013 hat „Piatto“ ausgesagt, er habe damals Kontakt zu Antje P. gehabt.

Zeuge Jörg Milbradt: Ja.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Zitat:

„Für die habe ich in Abspreche [sic!] mit dem LfV Brandenburg damals auch gearbeitet.“

Können Sie sagen, mit wem diese Absprache seitens des Verfassungsschutzes hier getroffen wurde?

Zeuge Jörg Milbradt: Absprache ist in diesem Falle so zu verstehen - nach meiner Interpretation -, dass der Verfassungsschutz davon in Kenntnis gesetzt wurde, dass er, Szczepanski, dort zu arbeiten beabsichtige und dass der Verfassungsschutz das gebilligt hat. Solche Absprachen traf er dann mit seinem Quellenführer, die er natürlich dann wiederum seinem Referatsleiter Bericht erstattet hat.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Dieses Praktikum diene ja auch der vorzeitigen Haftentlassung.

Zeuge Jörg Milbradt: Ja.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Nachweislich sogar.

Zeuge Jörg Milbradt: Ja.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Wurde mit der Justizvollzugsanstalt Kontakt aufgenommen, um dieses Praktikum bzw. um den Arbeitsvertrag ohne Überprüfung durch die Justizvollzugsanstalt zu ermöglichen?

Zeuge Jörg Milbradt: Jetzt muss ich wieder eine Informationsfrage stellen: Was heißt „ohne Überprüfung durch die Haftanstalt“ in diesem Zusammenhang? Also, die Haftanstalt hat die - -

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Wir hatten hier mehrere Zeugen aus der Justizvollzugsanstalt, und eine Erinnerung an dieses Praktikum bzw. eine Erinnerung an eine Absprache konnte hier niemand vorweisen. Da waren die Erinnerungen letztlich bei null.

Zeuge Jörg Milbradt: Gut, aber das Praktikum selbst und die Ausgestaltung des Praktikums konnten, solange er in Haft war, natürlich nur mit Zustimmung der Haftanstalt so ausgestaltet werden.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Nach Aussage der Zeugen aus der Justizvollzugsanstalt Brandenburg an der Havel war es durchweg so, dass sie sagen: Ein solches Praktikum wäre letztlich nicht genehmigungsfähig gewesen in Limbach-Oberfrohna.

Zeuge Jörg Milbradt: Aber da er es angetreten hat, -

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Ja.

(Heiterkeit)

Zeuge Jörg Milbradt: - muss die Haftanstalt ja davon Kenntnis haben; denn sie hat ihm ja das Praktikum überhaupt erst ermöglicht durch die Einräumung freier Zeiten und der Aktivitäten, die dann als so weit positiv gewertet wurden, dass eine vorzeitige Haftentlassung überhaupt in Betracht kam.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Genau. Dieser lebensnahen Logik folge ich ja auch,

(Heiterkeit)

sage Ihnen aber noch mal, dass diese Kenntnis hier so nicht festzustellen war.

Zeuge Jörg Milbradt: Gut, aber ich kann natürlich nicht für die Bediensteten der Haftanstalt sprechen, zumal ich keinen einzigen von ihnen persönlich kenne.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Vielen Dank.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Herr Zeuge, halten Sie es denn für denkbar, dass das Praktikum legendiert worden ist gegenüber der Justizvollzugsanstalt?

Zeuge Jörg Milbradt: Nein. Das halte ich für so gut wie ausgeschlossen; denn die Haftanstalt musste natürlich im Groben Kenntnis davon haben, was Szczepanski während seiner Haftzeit außerhalb der Haftanstalt anstellt. Natürlich hat sie nicht alle Einzelheiten seiner Kontakte und seiner Aktivitäten gewusst; aber wie sich ein Praktikum gestaltet, darüber musste sie nach meiner Beurteilung zwangsläufig Kenntnis besitzen.

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Das ist schon richtig, dass sie darüber hätte Kenntnis besitzen müssen. Nur war hier der Fall so, dass Limbach-Oberfrohna ja nicht gleich um die Ecke ist, alleine der Transport dorthin und wieder zurück an ein und demselben Tag - er musste ja abends wieder in der Justizvollzugsanstalt sein - eigentlich ein Ding der Unmöglichkeit ist und es eigentlich auch völlig widersinnig ist, einen Praktikumsplatz zu machen, der so weit entfernt ist von der Haftanstalt. Insofern fand ich es durchaus plausibel, die Darstellung der anderen Zeugen, dass ein solch unpraktisch gelegenes Praktikum gänzlich unmöglich ist.

Deshalb noch mal meine Frage: Mir ist schon klar, dass sie eigentlich hätten Bescheid wissen müssen. Aber ist es denn aus Ihrer Sicht denkbar, dass das Landesamt für Verfassungsschutz gegenüber der Justizvollzugsanstalt mit einer anderen Angabe agierte?

Zeuge Jörg Milbradt: Nein, die Verfassungsschutzbehörde hat der Haftanstalt gegenüber keinen Einfluss auf die Gestaltung des Praktikums genommen.

Einen Punkt darf ich noch präzisieren: Er musste nicht zwangsläufig jeden Abend wieder in der Haftanstalt angekommen sein. Er bekam auch Freigang über mehrere Tage - in welchem Umfang, kann ich jetzt nicht nachvollziehen. Aber grundsätzlich ist diese Aussage wohl richtig.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ich komme jetzt mal noch zu einem anderen Komplex. Und zwar geht es mir um Briefe, die zwischen dem V-Mann-Führer und der Quelle geschrieben und ausgetauscht wurden, also zwischen V-Mann-Führer und „Piatto“. Ist diese Korrespondenz auch der Auswertung vorgelegt worden?

Zeuge Jörg Milbradt: Also, ich kenne nur Schriftstücke, die Szczepanski an den Quellenführer gerichtet hat, nicht umgekehrt. Diese Schriftstücke sind in der Regel dann Quellenmeldungen beigefügt worden, die der Auswertung zugeleitet worden sind. Ob sämtlich und lückenlos, das kann ich nicht sagen.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Wenn Sie sich diese Briefe, die Szczepanski an den V-Mann-Führer geschrieben hat, anschauen, hatten Sie da nicht den Eindruck, dass das Verhältnis zwischen den beiden vielleicht überraschend eng war?

Zeuge Jörg Milbradt: Nein, der Quellenführer - das darf ich hier wohl sagen - ist ein sehr erfahrener Beschaffer, sodass ich ihm gegenüber diesen Verdacht nicht äußern könnte und würde.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): In diesen Briefen wird der V-Mann-Führer von Szczepanski wiederholt gebeten, neutral aussehende CDs in die - -

Zeuge Jörg Milbradt: Bitte?

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): In diesen Briefen wird der V-Mann-Führer von der Quelle, also von „Piatto“, wiederholt gebeten, neutral aussehende CDs in die

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

Justizvollzugsanstalt zu senden. Zum Beispiel schreibt Szczepanski am 9. Mai 1996 in einem Brief an den V-Mann-Führer - ich zitiere -:

„Du mußt mir bitte unbedingt Bescheid geben, wenn du die ca. 70 CDs von meiner Ex-Tante Christiane erhalten hast! Das ist absolut wichtig. Ich werde dann nämlich einen Paketschein beantragen, damit Du mir einen Teil der CDs ganz offiziell zusenden kannst. Der andere Rest geht dann an eine Person die auch 'nen Paketschein beantragen wird. So ist das Problem mit der Einbringung auch schon weggefallen.“²

Bei 70 CDs, die in die JVA gebracht werden sollten, hört sich das doch stark danach an, dass es über den Eigenbedarf an CDs hinausgeht, also nach CD-Handel in der Justizvollzugsanstalt, und zwar mit der aktiven Unterstützung des Verfassungsschutzes.

Gehörte das nach Ihrer Erfahrung zum Auftrag der Beschaffung, solchen Handel auch mit zu ermöglichen? Hat die Auswertung davon Kenntnis gehabt, und wie sind Sie mit dieser Kenntnis dann umgegangen gegebenenfalls?

Zeuge Jörg Milbradt: Ich kann mich nicht erinnern, dass ich diese Informationen bekommen hätte. Ausschließen kann ich es nicht mit Blick auf die lange Zeit, die zwischen dem heutigen Tag und diesem Ereignis liegt; aber auffällig ist es in der Tat.

Ich weiß auch nicht, welchen Zweck konkret dann die Quellenführung verfolgt hat, wenn sie dieser Bitte gefolgt ist. Ich weiß ja auch nicht, ob sie ihr gefolgt ist. Also, mir ist dieser Vorgang als Ganzer nicht gegenwärtig. Es kann ja auch ebenso gut sein - wenn ich jetzt spekulieren darf und muss -, dass dieser Bitte nicht entsprochen worden ist.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Anfang April 1997 - also ein kleines bisschen später - gab es dann ein Gespräch zwischen Ihnen, Herrn Keseberg, Herrn O [REDACTED] und dem V-Mann-Führer, in dem es darum ging, ob der V-Mann-Führer bei der Herstellung eines Fanzines helfen könne. Können Sie sich daran erinnern, an dieses Gespräch?

Zeuge Jörg Milbradt: Konkret nicht, nein. Aber ich habe nur die Erinnerung natürlich, dass Szczepanski, wie ich schon bei anderer Gelegenheit heute sagte, an der Fortführung seines „United Skins“ interessiert war und ihm auch während seiner Haftzeit immerhin die Möglichkeit gegeben war, Einfluss zu nehmen auf die Gestaltung dieser Hefte, ohne dass er - wie heute schon erwähnt - die Redaktionsleitung sozusagen innegehabt hätte, weil ihm das die Umstände natürlich nicht erlaubt haben.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Erinnern Sie sich noch, wie der Verdacht aufgekomen ist, dass der V-Mann-Führer an der Herstellung dieser Fanzines beteiligt gewesen ist?

² Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: Piatto Komplex, 1996.pdf, Seite 22.

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

Zeuge Jörg Milbradt: Wie meinen - - Wie hätte er beteiligt sein können? Also, die technische Herstellung hat ganz gewiss nichts mit dem V-Mann-Führer zu tun. Und auf den Inhalt hat er insofern Einfluss genommen, als Szczepanski angewiesen wurde, keine offenkundig strafbaren Inhalte in dieses Heft aufzunehmen. Diese Weisung ist ihm durch den Quellenführer übermittelt worden, ja.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Der V-Mann-Führer hat damals auch bestritten, dass er an der Erstellung dieser Fanzines beteiligt gewesen sei, hat da also jede Beteiligung verneint. Haben Sie irgendwelche Maßnahmen ergriffen, um das zu überprüfen, ob das wirklich stimmt?

Zeuge Jörg Milbradt: Zu meiner aktiven Zeit kam niemals der Verdacht auf, dass der Quellenführer aktiv in die Herausgabe dieser Hefte eingegriffen hätte durch Unterstützung und Förderung. Darum gab es auch keinen Anlass für eine Überprüfung, denn das wäre ja absolut unprofessionell gewesen.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ich würde es dann hierbei erst mal bewenden lassen und weitergeben und dann nachher noch mal fragen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann geht das Fragerecht wieder zur Fraktion der Linken. Frau Vandre fragt.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Danke schön, Herr Vorsitzender. - Ich habe noch eine Verständnisfrage, und zwar anknüpfend bei Frau Gossmann-Reetz. Frau Gossmann-Reetz hat die Bewertung Carsten Szczepanskis vorhin angesprochen, und Sie haben die Gegenfrage gestellt, was für eine Bewertung das gewesen sei, ob von der Abteilung V oder aber durch das BfV. Da würde ich gerne mal ganz naiv fragen: Warum sollte denn das BfV Carsten Szczepanski bewerten, wenn es sich um eine Quelle der Abteilung V gehandelt hat?

Zeuge Jörg Milbradt: Dass die Quelle aufgrund ihrer Vita heikel war, stand ja, wie ich auch schon erwähnte, allen deutlich vor Augen. Es gab auch in der Abteilung V immer wieder kritische Überlegungen, ob man die Quelle weiterführen könne und müsse und solle. So ist dann erklärlich, dass auch das Bundesamt für Verfassungsschutz sich dafür eingesetzt hat, dass die Quelle, solange es rechtlich und faktisch möglich war, weiter Dienste dem Verfassungsschutz anbieten solle und könne. Dazu diente auch diese Bewertung, die im Übrigen aus Brandenburg nicht angefordert worden ist, sondern die das BfV aus eigenen Stücken verfasst hat.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay. Das heißt also, wir können festhalten: Das Bundesamt für Verfassungsschutz wusste de facto von der V-Mann-Tätigkeit von Szczepanski. Dann ist die Frage, ab welchem Zeitpunkt und vor allem, wenn sie die Bewertung selber vorgenommen hat, wie sie dann zu der Kenntnis gekommen ist.

Zeuge Jörg Milbradt: Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat sämtliche Quellenmeldungen erhalten, allerdings natürlich immer mit dem Quellennamen „Piatto“.

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

Ob das Bundesamt für Verfassungsschutz durch irgendwelche Schlussfolgerungen oder Kombinationen die tatsächliche Identität dieser Quelle sich hat erschließen können, vermag ich nicht zu beurteilen. Darum ging es bei dieser Bewertung auch gar nicht, sondern es ging eben um die Quelle „Piatto“ mit ihrem Erkenntnis- und Informationsaufkommen. Das war Gegenstand der Bewertung.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay. Aber Sie haben persönlich auch keine Hinweise darauf, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz vor der Enttarnung schon wusste, dass es sich bei der Quelle „Piatto“ um Carsten Szczepanski handelte.

Zeuge Jörg Milbradt: Keine sicheren Hinweise; aber ausschließen kann ich es auch nicht.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay. Danke schön. - Dann würde ich noch mal auf das von mir vorhin Ausgeführte zurückkommen, das Sie ja damit beendeten, dass Sie die Frage stellten oder gerne wissen wollten, worauf meine Frage abzielte.

Ich würde das gerne mal zugespitzt formulieren. Zugespitzt und unter Berücksichtigung der Indizien, die ich vorhin angeführt habe, die wir natürlich auch als Personen, die sich in die Akten reinlesen und versuchen, das Ganze in den Kontext zu setzen auch mit den aktuellen Rechercheerkenntnissen, führt das für uns zumindest zu der Erkenntnis, dass in Bezug auf die Meldung über den „Nationalsozialistischen Untergrund“ ganz viele andere Brandenburger Neonazis viel dichter am NSU dran gewesen sind, als Carsten Szczepanski es war, und zwar nachgewiesen über die Verbindungen von Uwe Menzel, Henning K., über Christian W. und all die Verbindungen, die ich vorhin schon zitiert habe, zu den Chemnitzern, in denen ja die drei de facto nicht nur angekommen sind und irgendwie mal so ein bisschen gedeckt wurden, sondern wo sie strukturelle Unterstützung erhalten haben, eins zu eins in dem ideologischen Umfeld waren, sich seit mehreren Jahren persönlich kannten und der NSU de facto dann auch noch im sogenannten Fritz-Heckert-Kiez in der „C 85“ - zurückbeziehend auf „Combat 18“ -, in der Hausnummer 85 untergekommen ist und Teil dessen geworden ist. Die waren Teil der Neonazistruktur in Chemnitz dann im ersten Halbjahr 1998, bis sie dann 2000 nach Zwickau umgezogen sind. Und durch die Verbindungen, die Chemnitz zu Potsdam hatte, war die „Blood & Honour“-Szene Potsdams unmittelbar in Verbindung mit genau dieser Struktur.

Für mich ist das, was ich vorhin zitiert habe - die Deckblattmeldung -, genau der Hinweis darauf, dass Carsten Szczepanski darüber berichtet hat; aber die handelnden Akteure waren die anderen.

Zeuge Jörg Milbradt: Und was fragen Sie mich jetzt?

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Das ist meine Hypothese, die ich Ihnen gerne präsentieren wollte und zu der ich Sie befragt habe. Deswegen auch die Frage nach dem Konjunktiv und die Frage der Bewertung darüber und auch die Frage danach, wie Sie überhaupt die „Blood & Honour“-Szene Potsdams bewertet haben.

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

Ich meine, Uwe Menzel ist eine Person, die seit 1996 - - Nee, seit 19- - Bandgründung, glaube ich, 93; 95 haben sie sich „Proissenheads“ genannt. Sie haben hier in Potsdam in einem Jugendprojekt im Sinne der akzeptierenden Jugendarbeit in städtischen Räumen geprobt. Uwe Menzel ist noch letztes Jahr, 2016/2017, in Tema aufgetreten, das heißt auf *dem* größten Neonazikonzert, und ist immer noch eine aktive Person. Und diese personellen Kontinuitäten der „Blood & Honour“-Szene Brandenburgs und Sachsens müssen Ihnen doch als Auswerter aufgefallen sein.

Zeuge Jörg Milbradt: Ja natürlich haben wir das im Blick gehabt. Namentlich die Potsdamer, aber auch darüber hinausgehend andere brandenburgische Szenen waren eben vor allem auch durch die Informationen, die Szczepanski geliefert hat, sehr wohl auf unserem Schirm und sind, wie Sie wissen, in unzähligen Quellenmeldungen auch Gegenstand von Erörterungen und Berichten. Und wie Sie wissen, hat Szczepanski letztlich auch dazu beigetragen, dass Personen aus diesem Spektrum dann auch strafrechtlich verfolgt werden konnten.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Gegen Uwe Menzel lief auch ein §-129a-Verfahren. Das wurde dann aber fallen gelassen. Die „Blood & Honour“-Nachfolgeverfahren wurden auch nicht mit aller Konsequenz durchgeführt, weil die Generalbundesanwaltschaft sich geweigert hat, das Strukturverfahren zur Nachfolgeorganisation zu übernehmen. Also, das ist - -

Mit Verlaub: Wenn über zwanzig, dreißig Jahre die gleichen Personen in einem Neonazispektrum unterwegs sind, wie es ein Uwe Menzel war, stellt sich natürlich für uns die Frage, wie Sie mit den Informationen darüber auch umgegangen sind als Verfassungsschutz. Und da war es mir wichtig, zu betonen, dass eben die Informationen nicht nur über Carsten Szczepanski von Relevanz sind, sondern auch alle anderen damit in Verbindung Stehenden.

Zeuge Jörg Milbradt: Sicherlich. Wenn Informationen aus den Meldungen Szczepanskis für die Strafverfolgungsbehörden von Belang sein konnten, wurden sie auf geeignete Weise ja auch an die Strafverfolgungsbehörden geliefert. Es gab, wie ich gerade eben sagte, auch Strafverfolgungsmaßnahmen gegen Personen aus diesem Spektrum zu verschiedenen Zeiten und aus verschiedenen Anlässen. Welchen Ausgang diese Verfahren hatten, lag natürlich nicht unter dem Einfluss der Verfassungsschutzbehörde.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Die abschließende Bewertung wird dann auch uns, glaube ich, nach Abschluss des Untersuchungsausschusses noch obliegen, weil wir uns natürlich auch mit der „Nationalen Bewegung“ auseinandergesetzt haben und mit §-129a-Verdachtsmomenten gegen Uwe Menzel usw. usf.

Es ist nur auffällig, dass, wie gesagt, nicht nur die Spur zu Carsten Szczepanski führt, sondern eigentlich auch darüber hinaus. Das war mir wichtig, heute herauszuarbeiten und nach vorne zu stellen.

Zeuge Jörg Milbradt: Wenn ich dazu noch etwas kommentieren darf: Alle diese genannten Personen - außer Szczepanski -, die ja auch in zahlreichen

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

Deckblattmeldungen und Ermittlungen auftauchen und deren Handlungen fixiert sind, haben jedenfalls zu meiner Zeit keinen Anhaltspunkt dafür geliefert, dass sie genauere Kenntnis oder überhaupt Kenntnis von dem Vorgehen des NSU-Trios gehabt hätten. Wenn sie Kenntnis davon gehabt haben, ist das jedenfalls nicht dem Verfassungsschutz von irgendeiner Seite mitgeteilt worden oder ließ sich aus den Mitteilungen anderer Personen erschließen.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Aber Sie haben schon auch die allgemeinen Fanzines ausgewertet.

Zeuge Jörg Milbradt: Ja, selbstverständlich.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Weil nämlich zum Beispiel im „White Supremacy“ 3 aus dem Jahr 2000 genau die Verbindung zwischen Chemnitz und Potsdam an der Person Uwe Menzel deutlich wird, indem er genau jene Neonazis grüßt als Allererstes nach seiner eigenen Person, also „C85“, in der sich das Trio befand bis 2000.

Zeuge Jörg Milbradt: Aber es war damals jedenfalls die Identifikation als NSU meiner Erinnerung nach aufgrund der eben von Ihnen beschriebenen Sachverhalte nicht möglich.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ich will nur noch mal versuchen, die These meiner Kollegin so auf den Punkt zu bringen, weil die ist mir, glaube ich, ein bisschen - -

Zeuge Jörg Milbradt: Können Sie bitte etwas lauter sprechen?

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ich will die These meiner Kollegin noch mal versuchen auf den Punkt zu bringen - also eine Hypothese, ein Ermittlungsansatz, glaube ich. Wenn es so ist, was sie in der vorherigen Runde zitiert hat, dass es auch wahrscheinlich ist, dass Carsten Szczepanski in Hirschfeld auf dem Konzert nicht war - Sie haben gesagt, das kann man sozusagen annehmen, weil er sehr steuerungswillig war, und wenn ihm sein V-Mann-Führer bei dem Treffen sagt, dass er da nicht hingehen soll, oder er ihm telefonisch sagt, dass er nicht hingehen soll, weil so viel Polizeipräsenz da ist, kann man davon ausgehen, dass er nicht hingegangen ist; Sie haben dann auch gesagt, vielleicht war er am Rande dieser Geschichte, aber man muss der Hypothese nachgehen, dass er in Hirschfeld nicht war -, dann hat er Informationen bekommen aus Hirschfeld zu dem NSU-Trio oder dass Jan Werner Waffen sucht. Dann ist die These doch naheliegend, dass er von jemandem, der auf dem Konzert war, diese Informationen bekommen hat und die dann weitergegeben hat.

Das würde bedeuten - und deswegen gibt es einen Ansatz dafür -, dass vielleicht die Neonazis, die jetzt gerade geschildert worden sind oder die namentlich genannt worden sind, wie Henning K. oder Uwe Menzel oder andere, die auf dem Konzert waren, viel näher dran waren an Jan Werner und an dem NSU-Trio und diese Informationen weitergegeben haben an Carsten Szczepanski. Damit würde sich der Kreis der Verdächtigen, die dem NSU-Trio sozusagen Hilfe geleistet haben, aus

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

Brandenburg erweitern. - Das ist, glaube ich, die These, die Isabelle hier versucht hat herauszuarbeiten.

Zeuge Jörg Milbradt: Das erschließt sich mir nicht, denn sehr viel wahrscheinlicher ist entweder, dass Szczepanski die Informationen durch Herrn Werner direkt, aber möglicherweise telefonisch eben erhalten hat - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber warum spricht er denn dann im Konjunktiv?

Zeuge Jörg Milbradt: Bitte?

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Warum spricht er denn immer im Konjunktiv? „Jan Werner soll ...“, „Jan Werner soll ...“, „Jan Werner soll ...“.

Zeuge Jörg Milbradt: Das ist eine Formulierung - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Das lässt doch darauf schließen, dass es noch eine dritte Quelle gibt, dass es ein Zeuge vom Hörensagen ist.

Zeuge Jörg Milbradt: Die Formulierung stammt natürlich von dem V-Mann-Führer. Warum er zwischen Konjunktiv und Indikativ gewechselt ist, mag stilistische Gründe haben, aber daraus jetzt sachlich einen Unterschied zu konstruieren, schiene mir doch allzu sehr gewagt.

Aber ich wollte noch anfügen: Ich hatte ja schon gesagt, dass es gut möglich ist, dass Szczepanski bei diesem Konzert am Rande aufgetaucht ist oder nur am Anfang, um sich einem möglichen Polizeizugriff zu entziehen. Aber auch das hätte ihm ja Gelegenheit gegeben, mit Jan Werner zu sprechen.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber die Alternative ist doch genauso wahrscheinlich, dass er sozusagen nicht auf dem Konzert war, weil ihm das untersagt worden ist durch seinen V-Mann-Führer, und dass er dann in den Tagen zwischen Konzert und dem nächsten Treffen mit seinem V-Mann-Führer die Information bekommen hat von einem Potsdamer über das Ansinnen von Jan Werner. Das scheint mir genauso plausibel zu sein wie die Variante, die Sie jetzt gerade zum Besten gegeben haben.

Zeuge Jörg Milbradt: Das ist unwahrscheinlich, weil Szczepanski den Informationsgeber ganz sicher auch genannt hätte; denn es ist kein Grund ersichtlich, warum er gerade in diesem Punkte den Informationsgeber hätte verschweigen sollen, während er doch sonst immer in aller Detailfreude über Personen berichtet hat, die ihm dies und jenes mitgeteilt haben. Entsprechend lang sind die Personenlisten, die in seinen Meldungen auftauchen.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber sein Hauptinformant und sozusagen sein Hauptbesucher im Strafvollzug in Brandenburg war Henning K. gewesen - Henning K.; Entschuldigung.

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

Zeuge Jörg Milbradt: Ja, aber das sehe ich jetzt nicht als Gegenbeweis oder als Stützung Ihrer Hypothese an, sondern für mich bleibt die Konstellation, die ich eben beschrieben habe, die wahrscheinlichste.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Herr Milbradt, bevor wir zur Fraktion der Grünen wechseln, frage ich Sie: Wir grillen Sie, salopp ausgedrückt, hier jetzt seit zwei Stunden. Möchten Sie eine kleine Pause machen?

Zeuge Jörg Milbradt: Darf ich eine Gegenfrage stellen: Für wie lange prognostizieren Sie die Dauer dieser Vernehmung?

(Heiterkeit)

Wenn sie noch eine halbe Stunde dauert, braucht es keine Pause. Wenn sie noch zwei Stunden dauert, wäre sie mir willkommen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ich gucke mal in die Runde. Ich glaube, zwei Stunden können wir definitiv ausschließen. Aber eine halbe Stunde könnte es schon noch dauern.

(Abgeordneter Dr. Redmann [CDU]: Eine Fragerunde haben wir noch!)

- Also eine letzte Fragerunde. Wenn Sie sich die noch ohne Pause zutrauen?

Zeuge Jörg Milbradt: Na gut, dann akzeptiere ich gerne eine Pause.

(Abgeordnete Gossmann-Retz [SPD]: Die Grünen sind noch in dieser Runde dran!)

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Jetzt kommt erst mal noch Frau Nonnemacher. Können Sie sich vorstellen, dass dann noch eine zweite folgt?

(Abgeordnete Nonnemacher [B90/GRÜNE]: Ja!)

Zeuge Jörg Milbradt: Na gut, dann würde ich eine Pause gerne nutzen wollen.

(Abgeordnete Nonnemacher [B90/GRÜNE]: Ja, das könnte ich mir auch vorstellen!)

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann schlage ich vor, wir machen eine Viertelstunde Pause. Länger möchte ich das nicht in die Länge ziehen.

Zeuge Jörg Milbradt: Danke.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann geht es weiter mit Frau Nonnemacher in Runde zwei.

(Unterbrechung von 15.36 bis 15.52 Uhr)

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht weiter. Wir sind am Ende der zweiten Fragerunde bei Frau Nonnemacher angelangt. Sie haben das Wort, bitte schön.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön. - Herr Milbradt, ich hoffe, Sie konnten sich ein bisschen erholen.

Wir waren, als wir das letzte Mal hier zusammen gesprochen haben, bei dem Ladengeschäft in Königs Wusterhausen stehen geblieben, Frage: Legendierung dieses Geschäftes.

Ich möchte Ihnen jetzt noch einige Treffvermerke des Verfassungsschutzes Brandenburg vorhalten. Der eine ist vom 31.01.2000, Datei 2000 43-226. Ich zitiere:

„Ferner wurde mit der Quelle eine Immobilie in der Cottbusser Straße 50 in Königs Wusterhausen besichtigt. Hier hat die Quelle die Möglichkeit, Räumlichkeiten (ca. 35 qm) zu einem monatlichen Mietpreis in Höhe von ca. 350,- DM anzumieten.“

Ende des Zitates.

Der nächste Treffvermerk, Verfassungsschutz Brandenburg, 10. Mai 2000, Datei 2000 43-226:

„Lt. beigefügtem Vorschlag zur Gothaer Multirisk-Police vom 24.03.2000 wird [...] nach Entscheidung durch AL V die Kostenübernahme der Betriebs- u. Betriebshaftpflichtversicherung bestätigt.“

Und der letzte Treffvermerk, Verfassungsschutz Brandenburg, vom 06.06.2000, Datei 2000 43-226:

„Im Rahmen des Treffs wurden auf Bitten der Quelle gemeinsam Getränke von einem Großhandelsbetrieb in Luckenwalde zum Weiterverkauf in dem Laden der Quelle in Königs Wusterhausen abgeholt.“

Noch mal meine Frage: Haben Sie alle Ihre Informanten und V-Leute so intensiv bei ihren Betätigungen unterstützt wie Herrn Szczepanski?

Zeuge Jörg Milbradt: Ich antworte gleich darauf. Zunächst muss ich aber bemerken, dass die Treffvermerke mir als Auswerter in der Regel nicht vorgelegt worden sind, ich sie also auch nicht kenne. - Das vorweg.

Konkret zu Ihrer Frage: Die Sorge um die Quelle und deren Unterstützung bei Aktivitäten, wie sie von Ihnen gerade in Erinnerung gerufen worden sind, ist nicht vergleichbar mit dem, was man anderen Quellen hat angedeihen lassen, da - wie ich schon oft erwähnte - eben die Quelle „Piatto“ eine herausragende war und insofern auch mit anderen Quellen des brandenburgischen Verfassungsschutzes nicht ohne Weiteres zu vergleichen gewesen ist.

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. Also, die Frage der Legendierung kann man dann auch aufgrund dieser Treffvermerke nochmals bejahen.

Zeuge Jörg Milbradt: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich würde jetzt gerne noch mal zu dem Punkt Steuerung der Quelle „Piatto“ durch den Verfassungsschutz kommen. Da würde ich Ihnen gerne auch einen Vorhalt machen. Es handelt sich um einen Vermerk des Verfassungsschutzes Brandenburg, Unterzeichner O■■■■■, Leiter Beschaffung, vom 11.03.1997: Gespräch mit Herrn Leitenden Oberstaatsanwalt und Frau Staatsanwältin M., Ordner B 4, Datei 8_1997_Vermerke-PIATTO-308-532-Seite91-92. Ich zitiere:

„Gegenstand des Gespräches war in erster Linie die Verkürzung de[r] Haftstrafe des Informanten auf eine sogenannte Halbstrafe.

Die Vertreter der Staatsanwaltschaft machten deutlich, daß sie der Reduzierung der Strafe grundsätzlich positiv gegenüberstünden, wobei LOStA L[*unkenntlich gemacht*] einschränkte, wenn der Informant sich erkennbar von der rechten Szene getrennt hätte.

[...]

Weiter gaben die Vertreter der Abteilung V zu verstehen, daß eine Lösung des Informanten aus der rechten Szene weder im Interesse unserer Abteilung, noch in dem der öffentlichen Sicherheit liegen würde, weil man zur Gefahrenabwehr auch auf seine Informationen angewiesen sei.“

Waren Sie als Leiter des Auswertungsreferates an dieser Entscheidung beteiligt, Szczepanski gezielt als Quelle in der rechtsextremistischen Szene zu halten?

Zeuge Jörg Milbradt: Mittelbar, weil ich als Auswertungsleiter den Wert der Quelle immer wieder auch betont und bestätigt habe und damit das Interesse der Behörde als ganzer, ihn weiterhin als Quelle nutzen zu können.

Zu diesem Gespräch darf ich vielleicht von mir aus noch hinzufügen, dass der Wunsch Szczepanskis zur Entlassung nach der Hälfte der Strafzeit von ihm selbst kam und vom Verfassungsschutz ausdrücklich nicht unterstützt wurde, weil diese sehr weitgehende Verkürzung der Strafe in der Szene zwangsläufig den Verdacht hätte aufkommen lassen, dass er mit einer Sicherheitsbehörde zusammenarbeitet und deswegen diese Vergünstigung, die unüblich ist, bekommen hätte. Darum hat der Verfassungsschutz nachdrücklich dafür plädiert, dass erst eine Entlassung nach zwei Dritteln der Haftstrafe sinnvoll sei. Dem hat sich dann auch die Strafvollstreckungskammer angeschlossen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): War dem Betroffenen Szczepanski eigentlich bewusst, dass sein quellenbedingter Verbleib in der rechtsextremistischen Szene mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer späteren Haftentlassung geführt hat und damit eigentlich auch nachteilig für ihn war?

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

Zeuge Jörg Milbradt: Nein, dafür wüsste ich keine Indizien zu nennen. Aber Szczepanski wusste natürlich, dass die Entlassung nach der Hälfte der Zeit recht ungewöhnlich gewesen wäre. Natürlich war sie aus seinem persönlichen Interesse heraus - als sein Antrag - sehr gut verständlich und nachvollziehbar. Aber er musste erkennen, dass das nicht in Betracht kommen könnte, weil das ja letztlich dann auch eine Gefährdung seiner Person hätte bedeuten können, weil er dann als Informant des Verfassungsschutzes oder einer Sicherheitsbehörde in der Szene leicht hätte in Verdacht kommen können.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wir entnehmen dem Vermerk, dass die Vertreter der Staatsanwaltschaft sehr geneigt waren, diesem Antrag auf vorzeitige Haftentlassung zu folgen. Haben Sie direkt Einfluss auf die Strafverfolgungsbehörden genommen, dem nicht zu folgen?

Zeuge Jörg Milbradt: Ich weiß nicht, ob ich das als Einfluss qualifizieren darf. Aber die von mir eben wiedergegebene Meinung, dass die Entlassung zur Hälfte der Strafdauer ihn selbst gefährdet hätte und natürlich auch damit den Verlust der Quelle für die Verfassungsschutzbehörde hätte bedeuten können, das wurde deutlich vonseiten des Verfassungsschutzes dargestellt. Ich war an diesen Gesprächen nicht beteiligt, aber ich hatte Kenntnis von ihnen. Sie sind aus Sicht der Verfassungsschutzbehörde insgesamt auch die einzig sinnvolle Intention gewesen seinerzeit.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. Also, Sie haben diese Bedenken vorgetragen bei den Entscheidungsträgern -

Zeuge Jörg Milbradt: Nicht ich, aber die Behörde.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - aber die Behörde -, und dem ist dann auch gefolgt worden.

Zeuge Jörg Milbradt: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also, Sie haben da schon als Verfassungsschutz Einfluss genommen.

Zeuge Jörg Milbradt: Sie sagen es: Einfluss. Es war ein Rat oder, besser gesagt, eine Darstellung der Interessenlage sowohl des Verfassungsschutzes als auch - im wohlverstandenen Sinne - des Interesses von Szczepanski selbst. Das wurde vorgetragen und wurde akzeptiert. Ob der Vortrag selbst schon als Einflussnahme gewertet werden soll, das lasse ich jetzt dahinstehen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. Also, Ihre Intervention wurde akzeptiert. Das können wir so festhalten.

Zeuge Jörg Milbradt: Die Meinung wurde akzeptiert und wurde so von der Strafvollstreckungskammer dann auch zu eigen gemacht.

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): War das Auswertungsreferat - und damit Sie als dessen Leiter - für die Arbeitsaufträge an die Quelle „Piatto“ verantwortlich?

Zeuge Jörg Milbradt: Im Ganzen nicht. Die Aufträge hat die Beschaffung formuliert und weitergegeben. Die Auswertung - und das ist auch eine ihrer genuinen Aufgaben - hat natürlich die Beschaffung immer wieder hingewiesen auf Auswertungs- und Erkenntnisinteressen und die Beschaffung gebeten, sie in geeigneter Form der Quelle nahezubringen, aber nicht direkt durch Einwirkung auf die Quelle, sondern immer über den Weg oder, wenn man so will, den „Filter“ des Beschaffungsreferates.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Über den Filter. - Aber gesteuert haben im Endeffekt Sie.

Zeuge Jörg Milbradt: Bitte?

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gesteuert haben aber im Endeffekt Sie.

Zeuge Jörg Milbradt: Was die Strategie angeht und die Ausrichtung der Interessengewinnung, schon, ja. Aber die einzelnen operativen Schritte sind natürlich von der Beschaffung selbstständig bestimmt worden und gelangten auch in allen Details nicht zur Kenntnis der Auswertung.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Kann davon ausgegangen werden, dass nahezu alle rechtsextremistischen Aktivitäten von Szczepanski ab August 1994 unmittelbar oder mittelbar aus Aufträgen des Verfassungsschutzes resultierten, insbesondere da er sich auch in Haft befand?

Zeuge Jörg Milbradt: Nein, denn viele dieser Aktivitäten hat Szczepanski von sich aus unternommen. Aber die Verfassungsschutzbehörde war darüber unterrichtet und hat sie gebilligt oder hingenommen und hat nur insofern steuernd eingegriffen, als sie ihm auferlegt hat, bestimmte beabsichtigte Aktivitäten zu unterlassen. Aber eine Steuerung, wie gesagt, in bestimmte Aufgabenfelder und -bereiche ist nicht erfolgt, mit Ausnahme des Eintritts in die NPD.

Aber im Einzelnen ist es natürlich vorgekommen, dass, wenn Szczepanski die Organisation eines Konzertes gemeldet hat, ihm nahegelegt wurde, Näheres über das Konzert eventuell durch eigene Teilnahme in Erfahrung zu bringen - als Beispiel gesagt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Szczepanski hat ja während seiner Quellentätigkeit unter anderem das Heft „United Skins“ herausgegeben; er hat Kontakte zu führenden Mitgliedern der britischen Terrorgruppe „Combat 18“ gepflegt; er hat in Königs Wusterhausen ein Ladengeschäft eröffnet - das haben wir ja jetzt hier schon mehrfach dokumentiert -; er ist in die NPD eingetreten, und er hat sich als Organisationsleiter in den NPD-Landesvorstand wählen lassen. Sie sagen, nur die Aktivität NPD-Eintritt und NPD-Landesvorstand war direkt auf Initiative des Verfassungsschutzes?

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

Zeuge Jörg Milbradt: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Die Szenehefte, das hat er sozusagen betrieben mit Ihrem Einverständnis und Ihrem Wissen, aber Sie haben das nicht aktiv gefördert.

Zeuge Jörg Milbradt: So kann man es insgesamt zusammenfassen, ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja. - Sie haben es aber auch nicht unterbunden.

Zeuge Jörg Milbradt: Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gerade das Steuern in die NPD rein und in NPD-Leitungsfunktionen auf Auftrag des Verfassungsschutzes: Würden Sie so weit gehen, zu sagen, dass der Brandenburger Verfassungsschutz mit dem Steuern seiner Quelle in eine Leitungsfunktion bei der NPD mitverantwortlich war für das Scheitern des NPD-Verbotsverfahrens?

Zeuge Jörg Milbradt: Ein klein wenig muss ich ausholen. Der Verfassungsschutz hat Wert gelegt, dass er, Szczepanski, in der NPD keine Funktion übernahm, bei der er auf die Ideologie und die Ausrichtung der NPD einen steuernden Einfluss gehabt hätte. Als Organisationsleiter hatte er nur praktische Aufgaben, also Umsetzung dessen, was der Parteivorstand an Aktivitäten beschlossen hatte. Insofern hat er eine steuernde Funktion und Wirkungsweise in der NPD nicht entfaltet und sollte es auch ausdrücklich nicht. Aber der Quelleneinsatz ist ja insgesamt beim ersten Verbotsverfahren gegen die NPD zur Ursache dessen geworden, dass das Verfahren dann schon sozusagen auf der halben Strecke gescheitert ist. Neben vielen anderen Quellen in der NPD kann man natürlich auch Szczepanski in diese Reihe von Quellen stellen, die dem Bundesverfassungsgericht als Hinderungsgrund für die Weiterverfolgung des Verfahrens galten.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich habe hier noch mal so einen Vermerk vorliegen, dass die Quelle ausführlich über den Parteitag des NPD-Landesverbandes Berlin-Brandenburg am 23.01.2000 berichtete:

„Im Laufe der Veranstaltung wurde die Quelle in den Landesvorstand gewählt. Hier hat sie u.a. die Funktion des Landesorganisationsleiters der NPD inne.“³

Also, das würden Sie nicht als eine Führungsaufgabe par excellence ansehen: Organisationsleiter eines Landesverbandes Berlin-Brandenburg?

Zeuge Jörg Milbradt: Ich habe Sie wieder akustisch nicht ganz verstanden.

³ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: 2000 43-226-VSnfd-bwpsmd.pdf, Seite 18.

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie haben vorhin so ein bisschen gesagt: Na ja, das war nur organisatorisch, aber nicht ideologisch. - So eine Position würden Sie nicht als eine wichtige Schlüsselfunktion ansehen?

Zeuge Jörg Milbradt: Natürlich ist es eine Führungsfunktion, aber eben keine, die die ideologische Ausrichtung der NPD per se beeinflusst hätte, sondern der Verfassungsschutz hat Wert gelegt, dass, wenn er, Szczepanski, in der NPD in höhere Ränge aufsteigt, eben nur eine solche Funktion übernehmen solle und dürfe, bei der er im Wesentlichen auf praktische Organisationsaufgaben beschränkt blieb.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Wir gehen in die letzte Minute.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/BRÜNE): Ja. - Herr Szczepanski selbst hat bei der BKA-Zeugenvernehmung am 31.01.2013 gesagt - ich zitiere -:

„Ich hatte damals Kontakt zur Antje P. Für die habe ich in Absprache [sic!] mit dem LfV Brandenburg damals auch gearbeitet.“

Wie sehen Sie denn da „Absprache“? Also, war das jetzt eine Steuerung der Quelle nach Chemnitz, Oberfrohna? Oder war es ein Dulden? Was ist denn hier die „Absprache“ mit dem LfV?

Zeuge Jörg Milbradt: Eine Steuerung war es nicht. Es war ein Dulden. Mehr noch: Es war eine ausdrückliche Billigung. Den Kontakt zu dem Laden hat Szczepanski von sich aus gesucht und gefunden bzw. zu diesem Zeitpunkt nur bestärkt.

Wie schon bei anderer Gelegenheit heute erwähnt, hat er diesen Kontakt im Rahmen seines Praktikums, das ihm von der Haftanstalt eingeräumt war, genutzt, um in dem Laden von Antje P. zu arbeiten. Das war durchaus auch im Sinne des Verfassungsschutzes. Aber eine Steuerung dorthin war gar nicht nötig, wie gesagt, denn er selbst, Szczepanski, hat das vorgeschlagen und betrieben und hatte damit dann auch den Weg nach Chemnitz gefunden.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber Sie würden mir zustimmen, dass hier die Grenze zwischen Steuerung und Duldung doch sehr volatil ist, wenn Sie vorhin gesagt haben, dass auch ein mehrtägiger Hafturlaub damit verbunden war, und wir hier das Zeugnis einer Sozialarbeiterin haben, die sagt, sie wusste gar nichts von solchen Dingen, und es sei absolut unüblich gewesen, dass ein so weit entferntes Praktikum angetreten worden sei.

Zeuge Jörg Milbradt: Wie gesagt, Szczepanski hat sich diesen Praktikumsort selbst ausgesucht, und das wurde sowohl von der Gesellschaft, die das Praktikum zu verantworten hatte, als auch von der Haftanstalt hingenommen oder gebilligt. Der Verfassungsschutz hat da keine Steuerungsfunktion übernehmen müssen, weil das, wie gesagt, aus dem Blick des Verfassungsschutzes eher im Selbstlauf so gekommen ist.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Im Selbstlauf. Okay. - Danke schön.

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen, beim Boxen würde man sagen: Ring frei, Runde drei. Wir sind jetzt in der dritten Fragerunde. - Es beginnt die SPD-Fraktion. Bitte schön.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Milbradt, es gab im Februar 1998 ein Schreiben vom Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz an andere Behörden, um Fotos von dem untergetauchten Trio vorlegen zu können. Wir haben hier einen handschriftlichen Vermerk auf Lichtbildern:

„laut Rücksprache mit V/4.1 Quellenvorlage der Fotos derzeit nicht
erfolgversprechend“⁴

Wir entnehmen daraus, dass der Brandenburger Verfassungsschutz seinen Quellen erst mal diese Bilder von diesem Trio nicht vorgelegt hat gleich zu der damaligen Zeit. Können Sie uns sagen, warum das unterblieb?

Zeuge Jörg Milbradt: Das ist eine Feststellung aus dem Beschaffungsreferat, das dieses Urteil im Blick auf die Ergiebigkeit seiner Quellen getroffen hat. Und wie ich heute schon an diesem Tisch sagen durfte, ist dann diese Fotovorlage einige Monate später doch erfolgt und hat, wie für uns nicht überraschend war, kein positives Ergebnis gebracht. Das heißt also: Keine Quelle konnte mit diesen Fotos irgendetwas anfangen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. - Dann sagten Sie auch in Ihrem Vortrag ganz am Anfang, dass es ja Observationsmaßnahmen gab gegenüber Antje P. und auch Werner. Können Sie uns noch mal sagen, wie es zu diesen Observationsmaßnahmen kam? Wie kamen die zustande? Wurden die durch Ihre Hinweise alleine ausgelöst, oder bestanden schon welche?

Zeuge Jörg Milbradt: Sowohl als auch. Ich kann nicht alle diese Maßnahmen einzeln aufzählen, weil sie nicht von Brandenburg veranlasst wurden, schon gar nicht von Brandenburg unternommen. Das waren die Verfassungsschutzbehörden Thüringen, Sachsen und BfV einerseits und verschiedene Polizeidienststellen in Sachsen andererseits, die diese Observationsmaßnahmen und zum Teil auch Telekommunikationsüberwachungsmaßnahmen unternommen haben.

Von diesen Maßnahmen hat die brandenburgische Verfassungsschutzbehörde auch nicht umfassend Kenntnis erlangt seinerzeit, sondern erst bei der Aufarbeitung des gesamten Komplexes in den letzten Jahren. Aber dass es solche Maßnahmen grundsätzlich gab, wussten wir insofern, als - wie bekannt - das Handy von Szczepanski als eines, das auf das Ministerium des Innern des Landes Brandenburg eingetragen ist, bei einer solchen Überwachungsmaßnahme aufgefallen ist und deswegen auch eingezogen werden musste.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie sagten ja, dass - - Oder ich fragte gerade, ob manche Observationsmaßnahmen erst durch Ihren Hinweis zustande kamen. Es

⁴ Anmerkung Stenografischer Dienst: Das Zitat konnte nicht verifiziert werden.

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

gab ja ein Treffen zwischen Behörden. Gab es Observationsmaßnahmen, die aufgrund dieses Treffens und der Hinweisübergabe bei diesem Treffen zustande kamen? Wissen Sie davon?

Zeuge Jörg Milbradt: Das kann ich jetzt nicht definitiv beantworten, weil es verschiedene Observationsmaßnahmen verschiedener Behörden - Verfassungsschutzbehörden einerseits und Polizeibehörden andererseits - gab. Ob eine von ihnen durch die Mitteilung aus Brandenburg direkt ausgelöst worden ist, das vermag ich jetzt nicht zu beantworten.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wenn die Verfassungsschutzbehörden der Meinung waren, dass Informationen an Strafverfolgungsbehörden - sprich: Polizei - herangetragen werden mussten, in welcher Form geschah das zu der damaligen Zeit üblicherweise?

Zeuge Jörg Milbradt: Bei der Besprechung in Potsdam, die vom Beschaffungsleiter anberaumt worden war, war ja vereinbart worden, dass die Informationen an das LKA Thüringen weitergeleitet werden sollten und dass diese Weitergabe durch Bedienstete des thüringischen Landesamtes erfolgen solle. Das ist dann auch geschehen. Allerdings hat der Leiter des thüringischen LKA gesagt, er könne mit diesen Informationen operativ nichts anfangen, denn sie könnten nicht aktenkundig gemacht werden, wenn nicht die brandenburgische Verfassungsschutzbehörde einen schriftlichen Bericht dafür abfasse. Und das hat die brandenburgische Verfassungsschutzbehörde nicht tun können und nicht tun wollen, weil damit eine Quellengefährdung einhergegangen wäre. Aber es hätte natürlich beim LKA Thüringen nahegelegen, das übliche Verfahren anzuwenden, nämlich dieses, dass der LKA-Chef oder wer sonst im LKA sich hingesetzt hätte und selbst einen Vermerk verfasst hätte mit der Einleitung: „Dienstlich wurde bekannt, dass ...“ usw. Warum das unterblieb - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das wäre möglich gewesen.

Zeuge Jörg Milbradt: Bitte?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das wäre möglich gewesen.

Zeuge Jörg Milbradt: Wäre möglich gewesen und ist aus mir nicht bekannten Gründen unterblieben.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, gegen Werner liefen ja schon Maßnahmen der TKÜ zu der damaligen Zeit.

Zeuge Jörg Milbradt: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Von Thüringen aus.

Zeuge Jörg Milbradt: Ich kann jetzt - - Die thüringischen Maßnahmen, ja, die liefen seit August 98, wenn ich das jetzt richtig erinnere.

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und Observationsmaßnahmen gegen Frau Antje P. sind dann von einer Verfassungsschutzbehörde ausgelöst worden.

Zeuge Jörg Milbradt: Also, ich kann jetzt die einzelnen Maßnahmen, die seinerzeit gelaufen sind, nicht allesamt hier überblicken. Ich kann nur sehen, dass das LKA Thüringen eine Telekommunikationsüberwachung ab 4. August 98 gegen Jan Werner hatte -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, die lief bereits und lief auch fortführend, ja?

Zeuge Jörg Milbradt: - ja - und ab 14. August eine G-10-Maßnahme gegen weitere Personen aus dem Umfeld des Trios. Eine Observation gab es ab September 98 sowohl von den Landesbehörden Thüringen als auch Sachsen gegen Antje P., und das auf Hinweis von „Piatto“.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wann wurde die von Sachsen initiiert?

Zeuge Jörg Milbradt: Bitte?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wann, sagten Sie gerade, wurde von Sachsen die Observationsmaßnahme begonnen?

Zeuge Jörg Milbradt: Nach den Unterlagen, die ich mir notiert hatte, war das am 16. September 98.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also einen Tag nach dem Treffen mit Ihnen.

Zeuge Jörg Milbradt: Ja, und zwar eben auf Hinweis von „Piatto“ hin. Der Hinweis war ja schriftlich den Behörden in Sachsen, in Thüringen schon bekannt. Aber die Besprechung hatte dann ergeben, dass es sinnvoll sei, eben auch weitergehende Maßnahmen - in diesem Falle also die Observation - zu beginnen von Sachsen aus.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay, also: Eine lief, eine wurde am nächsten Tag ausgelöst. - Welche weiteren Ermittlungsansätze gegen Antje P. und Werner hätten Ihrer Meinung nach durch ein Behördenzeugnis - wenn sie es denn ausgesellt hätten; warum sie es nicht getan haben, haben wir gehört - ausgelöst werden können? Was hätte mehr geschehen können?

Zeuge Jörg Milbradt: Letztlich eigentlich nichts. Jedenfalls wüsste ich es nicht. Aber ich habe jetzt nicht die Fantasie und die Kompetenz eines leitenden Polizeibeamten.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay, danke.

Zeuge Jörg Milbradt: Aber es hätte vielleicht als Unterstützung für schon laufende oder weitere Maßnahmen dienen können. Ich entnehme auch, dass diese Maßnahmen auch über den Zeitraum, den ich eben nannte, im September 98 von den

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

beiden Verfassungsschutzbehörden fortgesetzt wurden, und zwar auch diese auf den Hinweis von „Piatto“ hin.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Vielen Dank.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann wandern wir zur CDU-Fraktion. Herr Dr. Redmann, bitte.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ich habe zunächst mal noch eine Nachfrage zu dem Komplex, den Sie mit Frau Kollegin Nonnemacher schon erörtert haben, und zwar zu dem Verbotsverfahren. Mich wundert so ein bisschen diese Unterscheidung, die Sie vorgenommen haben, also einerseits ideologische Funktion innerhalb der NPD, andererseits diese organisatorische Funktion. Beim Verbotsverfahren geht es ja auch nicht nur darum, ob eine Partei beabsichtigt, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu beseitigen, sondern auch gerade darum, ob sie dies in einer aktiv-kämpferischen Art macht. Und das ist ja dann etwas, was schon weniger Ideologie und mehr Organisation ist, also die Art und Weise, wie eine Partei agiert.

Ist das etwas, was damals erörtert wurde innerhalb des Verfassungsschutzes, also wie man sicherstellt, dass er, sagen wir mal, den politischen Stil der NPD nicht mit prägt und steuert?

Zeuge Jörg Milbradt: Ja. Und zu Ihrer ersten Bemerkung: Ich meine schon, dass die ideologische Ausrichtung - und Zuspitzung - erst das Fundament dann auch für praktische Maßnahmen, die sich gegen die Verfassungsordnung richten, sein kann und muss; denn ohne dieses ideologische Fundament würden solche Aktivitäten gar nicht entfaltet werden, sodass es letztlich auch und gerade auf die ideologische Ausrichtung ankommt.

Wenn Szczepanski Organisationsleiter war, hat er praktisch also nur organisatorisch die Aufträge des Landesvorstandes ausgeführt, welche praktischen Maßnahmen, Veranstaltungen, Mitgliederwerbung oder dergleichen zu befolgen sind. Aber er hat damit keinen direkten Einfluss auf das ideologische Fundament nehmen sollen und wollen und können.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Dann würde ich mal ein bisschen springen und zu einem ganz anderen Komplex kommen, nämlich ziemlich ans Ende: Erinnern Sie sich noch an den Ablauf der Entpflichtung/Enttarnung „Piattos“?

Zeuge Jörg Milbradt: Ja, im Groben ja. Die Entpflichtung fiel zeitlich fast mit der Enttarnung zusammen, aber sie sind nicht beide ursächlich miteinander verbunden.

Entpflichtet wurde er, ohne dass es eine förmliche Verpflichtung gab - also aus dem Informantenstatus entlassen und damit die Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz beendet -, weil er entgegen einer Weisung eine Waffe in seiner Wohnung aufbewahrte, die er an einen anderen Interessenten - Sie haben den Namen häufig erwähnt - weitergeben sollte.

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Können Sie den abkürzen, den Namen, den Sie meinen?

Zeuge Jörg Milbradt: Ja, das ist auch der polizeibekannte, also kann ich Ihnen sagen: Es war Menzel.

Wie gesagt, er hatte die ausdrückliche Weisung, keine Waffe anzufassen. Und obwohl er die Waffe nicht benutzt und auch nur weitergegeben hat, wurde ihm das aus Sicht der Strafverfolgungsbehörden und damit auch des Verfassungsschutzes zum Verhängnis, obwohl - und das darf nicht verschwiegen werden - gerade auch seine eigene Einschaltung in dieses Waffengeschäft erlaubt hat, diese gesamte Personengruppe hochzunehmen; denn er hatte darüber dann die entsprechenden Hinweise an den Verfassungsschutz und der an die Polizei gegeben. Trotz alledem blieb es dabei, dass allein schon die Aufbewahrung einer Waffe ihm eine Strafe eingebracht hat - zwar nur eine Geldstrafe, aber immerhin eine Strafe.

Hinzu kam, dass er von einem anderen Rechtsextremisten beschuldigt wurde, er, Szczepanski, habe ihn, diesen Rechtsextremisten, darin unterstützt oder aktiviert, einen Anschlag vorzubereiten. Das mag insofern stimmen, als Szczepanski im Kontakt mit diesem Rechtsextremisten war, aber, wie auch aktenkundig ist, sich selbst vorbehalten hat, den Zeitpunkt eines möglichen Anschlages selbst zu bestimmen. Das hieß, solange er Quelle war, er hätte einen solchen Zeitpunkt nie nennen wollen, aber das natürlich seinem Gesprächspartner so nicht gesagt. Aber auch dies war ein zu weit gehendes Verhalten von Szczepanski. Das führte dann dazu, dass er als Quelle abgeschaltet wurde.

Wie gesagt, das fiel zeitlich zusammen mit der Enttarnung Szczepanskis in der Szene von Königs Wusterhausen. Dort wurde von Polizeibediensteten gegenüber Privatpersonen der von dieser Privatperson geäußerte Verdacht, Szczepanski könne für eine Sicherheitsbehörde als Informant arbeiten, bestätigt. Damit war dann die Quelleneigenschaft Szczepanskis nicht mehr geheim zu halten, und alles Weitere folgte dann daraus, also entsprechende Presseberichte und die Übernahme Szczepanskis in ein Zeugenschutzprogramm.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Gerade dieser ja fast zeitliche Zusammenfall von Entpflichtung und Enttarnung lässt natürlich vermuten, dass es vielleicht gar nicht so sehr die Vorfälle waren, die Sie uns gerade schilderten, die zur Entpflichtung führten, sondern vielmehr die Sorge darum, dass „Piatto“ in Kürze enttarnt werden könnte, und man dann zu diesem Zeitpunkt gerne schon darauf verweisen möchte, dass er bereits entpflichtet ist und es sich nicht mehr um einen aktiven V-Mann handelt. Ist denn diese Sorge, dass er enttarnt werden könnte, Ihnen schon zum Zeitpunkt der Entpflichtung mal aufgekommen mit konkreten Hinweisen?

Zeuge Jörg Milbradt: Nein. Also, die Abschaltung ist am 30. Juni 2000 erfolgt, und die Aufdeckung der Quelleneigenschaft Szczepanskis ist dann im Laufe des Juli vonstattengegangen. Am 30. Juni war davon, dass Szczepanskis Identität enttarnt werden könnte, noch nichts bekannt. Und es war auch kein Anhaltspunkt vorhanden, dass das in Kürze geschehen könnte.

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Dann will ich noch mal nachhaken an der Stelle: Gab es denn vielleicht Hinweise, dass Pressevertreter oder andere Personen sich nach Carsten Szczepanski oder der Quelle „Piatto“ erkundigt haben?

Zeuge Jörg Milbradt: Das ist im Zusammenhang mit der Enttarnung Szczepanskis geschehen. Aber das ist, wie gesagt, Tage oder Wochen nach der Abschaltung der Quelle geschehen.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): In dem rechtsradikalen Fanzine „Foiersturm“ Nummer 10 ist auf Seite 42 ein Bericht über die Enttarnung „Piattos“ abgedruckt. Darin heißt es:

„Die offizielle Version für die Enttarnung sei, dass der damalige Landtagsabgeordnete Stefan Ludwig vor der Enttarnung im Verfassungsschutz gewesen sei und dort von der Quelleneigenschaft Carsten Szczepanskis erfahren habe.“⁵

Können Sie sich daran erinnern, und können Sie sich diese These erklären?

Zeuge Jörg Milbradt: Ich kann mir diese These nicht erklären, denn sie ist sachlich unzutreffend. Der Abgeordnete Ludwig ist vom Verfassungsschutz über keine Quellenidentität jemals unterrichtet worden.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Gab es denn zu der Zeit einen Kontakt zwischen dem Verfassungsschutz und Herrn Ludwig?

Zeuge Jörg Milbradt: Das kann ich jetzt nicht nachvollziehen; weiß ich nicht.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Können Sie sich erinnern, dass Sie in dienstlichen Angelegenheiten mit Herrn Ludwig Kontakt hatten?

Zeuge Jörg Milbradt: Persönlich nicht, nein.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Wollen Sie darüber noch mal nachdenken, wenn Sie so entschieden antworten?

Zeuge Jörg Milbradt: Brauche ich nicht. Ich hatte - - Persönliche Gespräche mit Herrn Ludwig habe ich meiner Erinnerung nach nie geführt.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Das finde ich überraschend, kann jetzt an der Stelle aber nicht in öffentlicher Sitzung weitermachen und würde gerne in geheimer Sitzung die Befragung fortsetzen.

Zeuge Jörg Milbradt: Also, ich kann nur sagen: Wenn Herr Ludwig sich an den Verfassungsschutz gewandt hatte, hat er natürlich mit dem Abteilungsleiter Kontakt gehabt. Es ist kaum vorstellbar, dass der noch mit anderen Personen direkt Kontakt

⁵ Anmerkung Stenografischer Dienst: Das Zitat konnte nicht verifiziert werden.

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

gehabt hätte. Und wenn ich mich recht entsinne, war Herr Ludwig zu diesem Zeitpunkt schon lange nicht mehr Mitglied der PKK. Insofern kann ich das nicht weiter kommentieren.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Sie bleiben bei dem Antrag, Herr Dr. Redmann?

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ich bleibe bei dem Antrag, ja.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Gut.

(Abgeordnete Nonnemacher [B90/GRÜNE]: Können wir das am Schluss machen?)

Dann würde ich vorschlagen, dass wir das genauso machen wie in der vorherigen Zeugenbefragung: dass wir jetzt weitermachen mit der Befragung und uns dann in interner Runde noch weiter beschäftigen. - Ist damit der Fragebedarf erst mal erschöpft bei der CDU-Fraktion?

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ja.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Wir wechseln zur Fraktion der Linken.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Vielen Dank. - Ich habe noch ein paar kleine Nachfragen. Und zwar: Eben wurde ja schon angesprochen, dass Carsten Szczepanski dann auch im Zuge eines Waffengeschäftes zu einer Geldstrafe verurteilt wurde. Mit ihm verurteilt wurden ja Uwe Menzel und Tino W. Unserer Erkenntnis nach stand damit aber auch ein Ralf L. in Verbindung. Ist der Ihnen auch in Bezug auf diese Waffen-Deals aufgefallen?

Zeuge Jörg Milbradt: Ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Und können Sie sich erklären, warum er nicht näher in Betracht gezogen wurde, um verurteilt zu werden?

Zeuge Jörg Milbradt: Nein, dazu weiß ich nichts. Aber der Name ist mir wohl bekannt in diesem Personenzusammenhang und mit den Waffengeschäften und den Überlegungen, die Waffen auch einzusetzen. Aber wie das Gericht zu seinen Schlüssen kam, das kann ich nicht nachvollziehen.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Haben Sie Kenntnis über eine TKÜ aus Berlin, in der auch zwischen Uwe Menzel und Ralf L. genau das Gespräch in Bezug auf Preise und Angeln usw. vonstattengegangen ist?

Zeuge Jörg Milbradt: Daran kann ich mich nicht erinnern; aber es ist möglich, dass ich seinerzeit davon Kenntnis hatte. Aber ich weiß es heute nicht.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Sagt Ihnen der Name „Rollkommando Terrormaschine“ irgendetwas?

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

Zeuge Jörg Milbradt: Bitte?

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): „Rollkommando Terrormaschine“.

Zeuge Jörg Milbradt: Ja, der Name, dieser Begriff ist mir vorgekommen, allerdings kann ich ihn jetzt nicht eindeutig zuordnen. Ich kann mich nur erinnern, dass er mich einmal beschäftigt hatte.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Auch nicht, wenn ich Ihnen sage, dass er in Bezug zu den genannten Personen steht, also Carsten Szczepanski - -

Zeuge Jörg Milbradt: Ja, aber Einzelheiten sind mir jetzt auf Anhieb nicht Erinnerung.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay. - Dann würde ich Sie bitten, vielleicht noch mal gesondert Ausführungen dazu zu tätigen, inwiefern Sie die Geschäftsbeziehung zwischen Carsten Szczepanski und Jan Werner in Ihrer Tätigkeit im Blick hatten. Ist Ihnen die gesondert aufgefallen?

Zeuge Jörg Milbradt: Ja. Wie bekannt, war Jan Werner im CD-Handel stark engagiert, und wie bekannt, hat Szczepanski durch seine Hinweise polizeiliche Maßnahmen veranlasst, die diese Geschäfte nachhaltig gestört haben durch Beschlagnahme.

Wie ich schon an anderer Stelle heute erwähnt hatte, hatte ja genau dieser Umstand Szczepanski bei Werner in den Verdacht gebracht, dass er eventuell Hinweisgeber an eine Sicherheitsbehörde sein könnte. Gleichwohl scheint Werner diesen Verdacht für nicht so gravierend oder so eindeutig gehalten zu haben, dass er den Kontakt zu Szczepanski abgebrochen hätte, aber er ist ihm offenbar mit größerer Vorsicht fortan begegnet.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Aber gleichzeitig scheint ja Carsten Szczepanski auch Nutznießer der Geschäftsbeziehung zu Jan Werner gewesen zu sein.

Zeuge Jörg Milbradt: In welchem - -

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Also, zumindest in dem Kontext, wie wir das nachvollziehen können, ist, wie gesagt, benannter Henning K. Mitarbeiter von „Movement Records“. Da gibt es in der TKÜ von Jan Werner am 20.08.98 eine SMS von Szczepanski, in der es heißt:

„IST DAS PAKET AN HENNING UNTERWEGS? CS@“

Das deutet ja darauf hin, dass sie auf jeden Fall über den Mittelsmann Henning K. zumindest Geschäftsbeziehungen gehabt zu haben scheinen.

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

Zeuge Jörg Milbradt: Ja, aber, wie gesagt, genau diese Beziehungen waren ja dann eben auch Anhaltspunkt für die Hinweise, die Szczepanski gegeben hat und die in der Folge Strafverfolgungsmaßnahmen ausgelöst haben.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Aber Henning K. als Person ist bei Ihnen nicht besonders in den Fokus geraten?

Zeuge Jörg Milbradt: Diese Person ist mir sehr wohl noch rememberlich als eine neben anderen Schlüsselfiguren der Skinhead-Musikszene, über die Szczepanski regelmäßig berichtet hat.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Ist Ihnen auch noch rememberlich, dass es 1997 ein Verfahren gegen Henning K. gegeben haben soll aufgrund dessen, dass er Wehrsportübungen im Raum Rathenow absolviert haben soll? Zumindest soll es da polizeiliche Ermittlungen gegeben haben, zumindest nach öffentlichen Recherchebeiträgen.

Zeuge Jörg Milbradt: Daran kann ich mich nicht erinnern; aber es ist möglich. Ich habe dieses Detail jetzt nicht präsent.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay. - Gut, dann hat sich, glaube ich, erst mal mein Fragebedürfnis erschöpft. - Danke.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann landen wir bei Frau Nonnemacher. Bitte schön.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön. - Herr Milbradt, es geht wieder um die Steuerung der Quelle „Piatto“ in gewisse Kreise des Rechtsextremismus.

Ich würde Ihnen gerne hier mal ein Beispiel für den Auftragsumfang, den „Piatto“ sozusagen zu bewältigen hatte, vorlesen. Es ist ein Treffvermerk Verfassungsschutz Brandenburg, Unterzeichner G., 28.03.2000, Datei 2000 43-226:

„Darüber hinaus wurde mit der Quelle die Teilnahme an folgenden Veranstaltungen besprochen:

- [am] 24.03.00
Vorstandssitzung des NPD-KV Spreewald in Calau
- [am] 24.03.00
Veranstaltung des Bezirksverbandes Berlin mit Horst MAHLER [am] S-Bahnhof Buch. Erwartete Teilnehmerzahl ca. 120 Personen.
[...]
- [am] 25.03.00
Veranstaltung des NPD-KV Oderland
- [am] 25.03.00

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

Stadtverbandsgründung der NPD Schwedt“

- [ebenfalls am] 25.03.00
Konzert mit den Gruppen ‚Frontalkraft‘, ‚Neue Argumente‘, ‚Sturm und Drang‘ und ‚Doitschtum‘ im Raum Niesky/Sachsen. Hier war ein Treffen mit dem bekannten Rechtsextremisten Nick G. geplant.
 - [am Folgetag] 26.03.00
Besuch bei R. G.in Freidorf
Besuch des D. B[...] in Fürstenwalde
Besuch der Skinheadband ‚Barbaren‘ in Eisenhüttenstadt.
 - [am] 27.03.00
- einen Tag später -

NPD-Mitglieder-Versammlung des KV Hellersdorf-Marzahn unter Teilnahme des Landesvorstandes in Berlin“

Also, man bekommt ja fast Mitleid mit dem „Piatto“, wenn man guckt, was der hier für ein Arbeitspensum irgendwie zu bewältigen hatte. Meinen Sie nicht, dass diese fast 100-prozentige Steuerung seiner rechtsextremistischen Aktivitäten durch den Verfassungsschutz eher dem Status eines verdeckten Ermittlers denn eines Informanten nahekommt?

Zeuge Jörg Milbradt: Gut, ich brauche sicherlich nicht zu erläutern, dass rechtlich ein verdeckter Ermittler und ein Informant zwei ganz verschiedene Personen sind. Ein verdeckter Ermittler ist ja immer ein Bediensteter einer Sicherheitsbehörde - sei es der Polizei, des Verfassungsschutzes -, der einen Beamtenstatus hat.

Aber das beiseitegelassen: Ihre Aufzählung belegt nicht, dass Szczepanski auf alle diese Veranstaltungen und Aktivitäten vom Verfassungsschutz erst hingewiesen wurde und aufgefordert wurde, sie zu unternehmen, sondern sie belegt nur und naheliegenderweise, dass aller Wahrscheinlichkeit nach alle diese Aktivitäten von ihm selbst vorgeschlagen worden sind und von seinem Quellenführer als gut und richtig befunden wurden und ihm deswegen zugesagt wurde, dass er diese Aktivitäten tatsächlich unternehmen sollte; denn von vielen dieser Aktivitäten hat der Verfassungsschutz eben gerade erst dadurch Kenntnis erhalten, dass Szczepanski sie ihm gegenüber als möglich genannt hat und vorgeschlagen hat, dass er diese Aktivitäten unternimmt. Das, wie erwähnt, wurde dann offenbar gebilligt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich möchte noch mal darauf hinweisen, dass in diesem von mir zitierten Treffvermerk wörtlich steht: „Darüber hinaus wurde mit der Quelle die Teilnahme an folgenden Veranstaltungen besprochen“; da steht nicht: „Herr Szczepanski hat folgende Veranstaltungen ins Spiel gebracht: ...“, sondern es wurde mit ihm besprochen. Das ist ja praktisch ein tagesausfüllendes Programm unter Einschluss sämtlicher Abendaktivitäten.

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

Zeuge Jörg Milbradt: „Besprochen“ heißt - -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also, das sehen Sie nicht als ein Indiz, dass der Verfassungsschutz seinen Informanten praktisch mit einem Fulltimejob irgendwie den ganzen Tag beschäftigt und gezielt irgendwohin in Stellung gebracht hat?

Zeuge Jörg Milbradt: Nein, das sehe ich nicht so; denn „besprochen“, dieser Begriff, erzwingt nicht die Interpretation, die Sie eben gegeben haben, sondern lässt durchaus auch die Interpretation, die ich vorgetragen habe und für richtig halte, zu, nämlich dass Szczepanski das ins Gespräch gebracht hat und er sich im Gespräch mit dem Quellenführer die Zustimmung und Billigung abgeholt hat.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. - Dann kommen wir noch mal zu einer weiteren Frage von Interpretation: Was ist Steuerung, und was sind freiwillige Aktivitäten? Sie hatten ja vorhin darauf hingewiesen, dass nur das Vorgehen zur NPD und zum NPD-Landesvorstand von Ihnen gesteuert worden ist. Jetzt handelt es sich noch mal um einen Brief des Carsten Szczepanski an den V-Mann-Führer vom 10.09.97, Ordner B 4, Ordner Anfrage UA_61 vom 31_01_2018⁶. Szczepanski schreibt an seinen V-Mann-Führer - ich zitiere -:

„Überlege Dir bitte mal bis zum 15. September an wen ich mich mehr ranhängen soll, an das sog. ‚S.-Camp‘ oder an die ‚Wilf-Seite‘.“

Es geht hier wieder um die Terrorgruppe „Combat 18“, wo sozusagen „Piatto“ seinen V-Mann-Führer mit dem Arbeitsnamen Dieter Borchert gezielt fragt, wie er sich in einem Konflikt innerhalb dieser Terrorgruppe positionieren soll. Deutet das nicht auf eine sehr, sehr enge Abstimmung seiner Aktivitäten mit dem brandenburgischen Verfassungsschutz hin? Wie würden Sie das interpretieren?

Zeuge Jörg Milbradt: Ja, diese Abstimmung hat stattgefunden. Wenn er seinem Quellenführer diese Frage vorlegt, kann ich davon ausgehen, dass der Quellenführer sie dann auch beantwortet hat, also ihm geraten hat, welche der beiden alternativen Aktivitäten er unternehmen soll. Insofern hat eine Steuerung stattgefunden, ganz sicherlich. Aber der Ursprungsort dieser Aktivitäten war ja doch der Kopf von Szczepanski selbst, der von sich aus diese beiden Möglichkeiten ins Gespräch gebracht hat und nur um einen Hinweis gebeten hat, welche den Vorzug verdiene. Wenn Sie das schon Steuerung nennen wollen, dann mögen Sie es tun; dem würde ich dann auch nicht widersprechen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut, also - -

Zeuge Jörg Milbradt: Darf ich noch einen Punkt -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Entschuldigung.

⁶ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: Vermerke PIATTO 1997, Seite 445.

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - von mir aus hinzufügen? Eine Steuerung von Szczepanski hat natürlich auch damals und in dem Punkte stattgefunden, dass er ausdrücklich aufgefordert wurde, in Chemnitz weiter, soweit es ihm möglich war, Informationen über das von ihm benannte Trio aus Thüringen - oder, wie er meinte, Sachsen - zu beschaffen. Das war ein Auftrag, der ihm in der Tat auf Initiative des Verfassungsschutzes aufgegeben worden ist.

Ich will nicht ausschließen, dass es in dem einen oder anderen konkreten Fall auch einen vergleichbaren Auftrag gegeben hat, einen bestimmten Sachverhalt aufzuklären; aber im Gros der in Rede stehenden Fälle ging die Initiative von Szczepanski selbst aus.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut, aber Sie haben jetzt in diesem Fall das auch so gesehen, dass es sich hier bei „Combat 18“ durchaus um eine Steuerung und nicht nur um ein dulndendes Zuschauen handelt, genauso wie Sie jetzt sagen, er hatte den Auftrag, sich weiterhin in Chemnitz nach dem Trio umzuschauen, während aber die Organisation seines Praktikums in dem nahegelegenen Laden allein auf seiner Eigeninitiative beruhte.

Zeuge Jörg Milbradt: Ja, aber mit Zustimmung natürlich hat der Verfassungsschutz sein Erkenntnisinteresse in geeigneter Form auch Szczepanski gegenüber deutlich gemacht. Das ist klar. Insofern kann man auch von einer Steuerung sprechen, als er, wenn mehrere Möglichkeiten zur Wahl standen oder mehrere Aufklärungsfelder sich ihm anboten, den Hinweis bekommen hat, welchen Aktivitäten er Priorität zumessen solle.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Noch mal bezüglich der Aktivitäten mit „Combat 18“. In dem Fanzine „United Skins“ Nummer 9 vom etwa - - 25.07.96 ist die erschienen - findet sich ein mehrseitiger Bericht über „Blood & Honour“ und „Combat 18“. Da geht es unter anderem darum, dass Brandbomben fliegen, dass Anschriften von roten, also offensichtlich von linksgerichteten Menschen zusammengestellt worden sind, Zeitungsverkaufsstände zerschlagen - - und es geht um klare Gewaltaktivitäten in diesen Berichten. Warum haben Sie als Verfassungsschutz Brandenburg nicht unterbunden, dass Ihr V-Mann Kontakte mit einer britischen Terrorgruppe unterhält und denen ein Forum in Deutschland bietet und Sie da sozusagen auch noch steuernd eingreifen? Halten Sie das nicht für hochproblematisch?

Zeuge Jörg Milbradt: Zunächst: Dieses Fanzine „United Skins“ mit der Nummer, die Sie erwähnt hatten, ist zu einer Zeit erschienen, als Szczepanski in Haft war und, soweit ich sehe, gerade erst die ersten Freigänge unternehmen konnte. In dieser Zeit - wie ich schon mehrfach heute erwähnt habe - hatte er nicht die alleinige Verantwortung für die Gestaltung von „United Skins“, sondern die Herstellung und der Vertrieb dieses Heftes geschahen außerhalb der Haftanstalt, von anderen Personen, und er konnte nur mit Rat und Beiträgen etwas dazu beisteuern.

Zweitens: Die Aufklärung von „Combat 18“ war im hohen Interesse des Verfassungsschutzes, weil diese Organisation als besonders gewaltbereit und damit

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

als gefährlich angesehen werden musste. Alle Erkenntnisse, die zur Aufklärung dieser Organisation und deren Ausstrahlung auf Deutschland gewonnen werden konnten, waren für den Verfassungsschutz selbstverständlich hochinteressant, um in der Folge dann auch tatsächliche Gewalttaten, die etwa von dieser Gruppe ausgehen könnten, von vornherein zu unterbinden. Insofern wurde in der Tat Szczepanski darin unterstützt, wenn er sein Aufklärungsinteresse auf diese Gruppe gelenkt und fokussiert hat.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wir haben ein weiteres Brandenburger Szeneheft, den „Nationalen Beobachter“. Dort wird in der Doppelausgabe Nummer 19 ebenfalls ein Bericht über „Combat 18“-Chef Charlie Sargent gebracht. Es wird wieder eine Kontaktadresse angegeben, bei der man auch Informationsbroschüren bestellen kann. Diese Kontaktadresse ist genau das Postfach, was nach Erkenntnissen des brandenburgischen Landeskriminalamts aus dem Jahr 1999 einem Borchert, Dieter und einem Szczepanski, Carsten - also dem V-Mann „Piatto“ und seinem V-Mann-Führer - zuzuordnen sind.

Wussten Sie, dass ein Postfach des brandenburgischen Verfassungsschutzes als Kontaktanschrift für eine Organisation diente, in der sich praktisch zerstrittene Terroristenflügel organisierten, und wie bewerten Sie das?

Zeuge Jörg Milbradt: Ich bewerte das als positiv, weil genau diese Maßnahme dazu diente, Interessenten, deutsche Interessenten von „Combat 18“ ausfindig zu machen, zu identifizieren; denn über dieses Postfach sollten ja diese Interessenten sich selbst zu erkennen geben. Damit rückten dann diese Personen in den Fokus der Sicherheitsbehörden. Das war höchst erwünscht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Noch mal ein weiterer Treffvermerk, um den Umfang der Steuerung der Quelle „Piatto“ zu dokumentieren. Treffvermerk Verfassungsschutz Brandenburg, Unterzeichner G., vom 02.02.2000, Datei 2000 43-226:

„Ferner hatte die Quelle

- am Freitag, den 28.01.2000, eine Versammlung der JN in Cottbus,
- am Samstag, den 29.01.2000, die Kreisvorstandssitzung des NPD-Kreisverbandes Spreewald
- am Samstag, den 29.01.2000, die NPD-Veranstaltung in Leibsch
- am Sonntag, den 30.01.2000, die NPD-Veranstaltung des Kreisverbandes Nord in Berlin
- am Montag, den 31.01.2000, die konstituierende Sitzung des neuen Vorstandes des NPD-Landesverbandes Berlin-Brandenburg und
- am Dienstag, den 01.02.2000 ein Treffen von unabhängigen Kameradschaften in Blankenfelde

besucht.

[...]

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

Die Quelle muss in dieser Position nun erheblich mehr Zeit aufbringen, um die Aufträge zu erfüllen.“

Sehen Sie darin nicht eine Vollbeschäftigung der Quelle „Piatto“ durch den brandenburgischen Verfassungsschutz?

Zeuge Jörg Milbradt: Nein, denn die ist rechtlich schon nicht erlaubt gewesen, und deswegen hat der Verfassungsschutz auch dergleichen nicht betrieben. Ich räume ein, dass natürlich „Piatto“ etliche Zeit hat aufwenden müssen, um all diesen Vorhaben nachzukommen. Aber dass er damit sozusagen vollbeschäftigter Bediensteter des Verfassungsschutzes geworden wäre, kann ich nicht bestätigen; denn wie Sie wissen, hat er, um seinen Lebensunterhalt zu verdienen, eigene Geschäfte betrieben - Sie haben den Laden in Königs Wusterhausen erwähnt - und seine sonstigen kommerziellen Interessen auch schon anklingen lassen, sodass eine Vollbezahlung und Bestreitung des Lebensunterhaltes von Szczepanski durch den Verfassungsschutz durch die Angaben, die Sie vorgetragen haben, nicht belegt sind.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ich muss mich kurz einschalten: Die Zeit ist eigentlich abgelaufen. Wenn es keinen weiteren Fragebedarf aus der Runde gibt, dann kann aber Frau Nonnemacher fortsetzen. Wird noch Fragebedarf angezeigt von den anderen Fraktionen? - Das ist nicht der Fall. - Bitte, Frau Nonnemacher, Sie dürfen weitermachen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja, ich würde gern noch ein weiteres Beispiel ansprechen. In der „United Skins“ Nummer 11, über das „Piatto“ den Verfassungsschutz Brandenburg ausweislich einer Deckblattmeldung vom 06.10.97 informiert hat, findet sich ein Bericht über den Polizistenmörder Kay Diesner. Haben Sie diese Hefte ausgewertet in der Auswerteabteilung? Und wie stehen Sie dazu, dass in einem Heft, was herausgegeben wird von einem V-Mann des Verfassungsschutzes, sozusagen Propaganda zugunsten eines rechtsextremistischen Polizistenmörders betrieben wird?

Zeuge Jörg Milbradt: Mir ist dieses Heft bekannt. Es ist auch ausgewertet worden. Die Kontakte zu Diesner dienten auch und vor allem zu diesem Zeitpunkt der Beglaubigung Szczepanskis als einer Schlüsselfigur der rechtsextremistischen Szene, als die er sich dann auch gegenüber anderen darstellen konnte, um wiederum von diesen Dritten weitere Erkenntnisse abzuschöpfen.

Diesner war seinerzeit bereits in Haft, konnte also selbst nicht mehr durch Gewalttaten oder andere strafbare Aktivitäten unmittelbar gefährlich werden. Insofern war der Kontakt zu ihm auch kein Mittel, um den Rechtsextremismus, ganz global betrachtet, zu fördern oder zu verbreitern, sondern er diente allein dem Zweck, den ich eben nannte: der Bestätigung der Person Szczepanskis als einer Schlüsselfigur der rechtsextremistischen Szene.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ein allerletztes Beispiel und dann, denke ich, haben wir ein umfangreiches Bild gewonnen: In der gleichen Ausgabe „United Skins“ Nummer 11, über das „Piatto“, wie gesagt, dem Verfassungsschutz

Untersuchungsausschuss 6/1
22. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.03.2018
Stenografischer Dienst

berichtet hat, findet sich ein Bericht „Vorbereitung zur Notwehr ist kein Terrorismus“. Wie haben Sie 1997 bewertet, dass in einem Szenemagazin eines brandenburgischen V-Manns zur Bewaffnung und zur militärischen Vorbereitung eines angeblich legitimen Widerstandes ermuntert wurde?

Zeuge Jörg Milbradt: Wenn ich mich recht entsinne, war es dieser Artikel, der den Verfassungsschutz dazu veranlasst hat, Szczepanski dringend darauf hinzuweisen, dass, soweit er darauf Einfluss habe, keine strafbaren Texte in diesem Heft erscheinen sollten.

Ich darf aber noch mal darauf hinweisen, dass dieses Heft zu diesem Zeitpunkt, als Szczepanski in Haft war, nicht in seiner alleinigen Verantwortung entstanden ist und deswegen nicht ihm allein oder womöglich ihm gar nicht zuerst genau dieser Artikel zuzurechnen gewesen ist.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Vielleicht noch ein letzter Vorhalt - den ich auch nicht in seiner vollen Länge zitieren werde -: Herr Wegesin schreibt an Staatssekretär Lancelle am 19.06.2000:

„Die Quelle hat bisher regelmäßig monatliche Zuwendungen erhalten. Sie hat vor einigen Monaten ein kleines Einzelhandelsgeschäft eröffnet und bestreitet zurzeit bis zum Anlaufen des Geschäftes einen erheblichen Teil des Lebensunterhaltes aus den Zuwendungen.“⁷

Denken Sie, dass das noch mit einem Informantenstatus vereinbar ist?

Zeuge Jörg Milbradt: Das ist eine rechtliche Beurteilung, von der ich mich zu dispensieren bitte, weil ich kein Jurist bin.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Keine weiteren Fragen. - Danke schön.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Gut. - Gibt es noch Fragen aus der Runde? - Dann unterbreche ich die Sitzung. Der Ausschuss zieht sich in den Keller zurück. Ich bin guter Hoffnung, dass wir vielleicht um 17.15 Uhr dann mit dem letzten heutigen Zeugen hier in öffentlicher Sitzung weitermachen können.

Ich bitte alle, den Raum zu verlassen, also auch unsere Gäste. Den Ausschuss bitte ich so schnell wie möglich in den Keller.

(Unterbrechung des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Öffentlich: 16.55 Uhr - Folgt Sitzungsteil Zeugenvernehmung, Geheim)

⁷ Anmerkung Stenografischer Dienst: Das Zitat konnte nicht verifiziert werden.

Untersuchungsausschuss 6/1
32. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

31.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Vernehmung des Zeugen Jörg Milbradt

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit Blick in die Runde glaube ich, wir können fortfahren.

Ich begrüße sehr herzlich unseren zweiten heutigen Zeugen, Herrn Milbradt. Sie sind nicht zum ersten Mal unser Gast. Deshalb kennen Sie das Prozedere, und Sie wissen auch, dass ich Sie zunächst belehren muss, und zwar jedes Mal, wenn Sie hier erscheinen. Deshalb beginne ich jetzt damit.

Als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuss unterliegen Sie der Wahrheitspflicht. Das heißt, die von Ihnen gemachten Angaben müssen vollständig sein und der Wahrheit entsprechen. Sie dürfen weder falsche Angaben machen noch wesentliche Umstände, die mit dem Beweisthema in Zusammenhang stehen, verschweigen. Sofern Sie an bestimmte Dinge keine Erinnerung mehr haben, müssen Sie auch dies deutlich zum Ausdruck bringen.

Der Untersuchungsausschuss ist nach § 22 UAG grundsätzlich berechtigt, einen Zeugen am Ende seiner Aussage zu vereidigen. Über eine Vereidigung Ihrer Person wird insoweit noch zu befinden sein.

Falsche Aussagen vor dem Untersuchungsausschuss sind strafbewehrt. Dabei kommt es nicht darauf an, ob Sie Ihre Aussage beeidigen müssen oder nicht. Falsche uneidliche Aussagen sind nach § 153 Strafgesetzbuch strafbedroht und werden mit Freiheitsstrafe zwischen drei Monaten und fünf Jahren sanktioniert. Im Falle der Annahme einer Strafbarkeit eines Meineides wird der Strafrahmen des § 154 Strafgesetzbuch, der eine Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr vorsieht, Anwendung finden.

Neben dem Hinweis auf Ihre Pflichten obliegt es mir aber auch, Ihnen Ihre Rechte zu erklären. Nach § 19 UAG sind Sie berechtigt, die Auskunft auf solche Fragen zu verweigern, deren Beantwortung Ihnen selbst oder einem der in § 52 Abs. 1 StPO bezeichneten Angehörigen die Gefahr zuziehen würde, wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit verfolgt zu werden. - So weit die Belehrung.

Da Sie ja nicht zum ersten Mal hier sind, können wir auch gleich mit der Fragerunde beginnen. Wir beginnen mit der SPD-Fraktion. Das Wort hat Frau Gossmann-Reetz.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Herzlichen Dank. - Herzlich willkommen auch wieder bei uns im Ausschuss. Danke, dass Sie da sind.

Nachdem wir die ehemaligen Abteilungsleiter Herrn Förster, Herrn Lieber und Herrn Wegesin hier im Ausschuss auch gehört haben, zeichnet sich für uns doch ein neues Bild von der Quelle „Piatto“ ab. Die Bewertungen über diese Quelle waren auch sehr unterschiedlich.

Untersuchungsausschuss 6/1
32. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

31.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Herr Förster meinte, es wäre eine wertige Quelle gewesen. Es wurde auch oft in den Abteilungsleiterrunden am Freitag thematisiert, was diese Quelle bringt. Er sagte aber auch, dass er sehr, sehr große Bauchschmerzen gehabt hätte, diese Quelle zu führen, und dass diese Meinung auch in Ihrer Abteilung V durchaus bekannt war, dass er dieser Quelle extrem kritisch gegenüberstand.

Herr Lieber sagte, dass die Informationen von Herrn Szczepanski eigentlich kaum ausgereicht hätten für den Aufwand der Quellenführung, dass hier Kosten und Nutzen überhaupt nicht zueinander in Bezug standen und es eine schlechte Quelle gewesen wäre.

Und Herr Wegesin bezeichnete dann auch noch Herrn Szczepanski als einen bis zuletzt absolut überzeugten Rechtsextremisten.

Ich würde Sie gern noch mal fragen, wie Sie diese Quelle bewerten im Gegensatz zu diesen Aussagen.

Zeuge Jörg Milbradt: Ich beginne mit dem Informationsaufkommen, das die Behörde seinerzeit Szczepanski verdankte. Da kann ich nur betonen, was ich auch bei anderer Gelegenheit schon ausgesagt habe: dass ich und alle Fachleute in der Abteilung Verfassungsschutz gleichermaßen - in Klammern gesagt: die Abteilungsleiter zähle ich nicht zur Fachebene - der Meinung waren, dass die Informationen sehr wesentlich, wertvoll waren, uns überaus viele Ansatzpunkte für weitere Ermittlungen und Aufklärung gaben und darüber hinaus auch Anhaltspunkte dafür, dass wir den Strafverfolgungsbehörden Hinweise geben konnten, die zur Verhinderung oder zur Aufklärung von Straftaten dienten.

Inwieweit Szczepanski ein überzeugter Rechtsextremist geblieben ist, ist für mich schwer einzuschätzen. Ich hatte ja schon bei der ersten Vernehmung gesagt, dass ich ihm persönlich nie begegnet bin. Das gehört auch nicht zu meinen Aufgaben. Mir ist bekannt, dass Carsten Szczepanski später - ich glaube, im Münchner Prozess - ausgesagt habe, er sei in der Zeit, in der er als Informant des Verfassungsschutzes gearbeitet habe, kein überzeugter Rechtsextremist mehr gewesen, sondern habe es nur vorgespielt, um weiter an Informationen zu kommen. Ob diese Aussage zutreffend ist, kann ich nicht beurteilen. Hundertprozentig ist sie sicherlich nicht zutreffend. Also mindestens Restbestandteile einer extremistischen Gesinnung unterstelle ich Szczepanski. Vielleicht waren es auch mehr als Restbestände; aber, wie gesagt, eine zuverlässige Abwägung dazu kann ich schwerlich vornehmen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie haben Sie denn die Haltung dieser Abteilungsleiter gegenüber dieser Quelle noch in Erinnerung? Also, haben die ihre Einschätzung, sage ich mal, in ihrer Abteilung deutlich kundgetan?

Zeuge Jörg Milbradt: Was die Einschätzungen der Abteilungsleiter Wegesin und Dr. Förster angeht, waren sie mir so auch geläufig. Zu Herrn Dr. Förster möchte ich erwähnen, dass er auch damals seine sogenannten Bauchschmerzen durchaus

Untersuchungsausschuss 6/1
32. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

31.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

artikuliert hat, sich aber nie dazu verstanden hat, die Zusammenarbeit mit dieser Quelle einzuschränken oder gar abzubrechen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Den Satz bitte noch mal.

Zeuge Jörg Milbradt: Herr Dr. Förster hat keine Schritte unternommen, um die Zusammenarbeit mit dieser Quelle einzuschränken oder gar abzubrechen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und hat das auch nicht mit Ihnen diskutiert oder Ihnen mitgeteilt, dass er das eigentlich vorhätte.

Zeuge Jörg Milbradt: Daran kann ich mich nicht entsinnen, nein. Wie gesagt nur, dass er die Quelle als hochproblematisch ansehe; das hat er durchaus gesagt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Hatten Sie Sorge, dass er irgendwann sich über Ihre und andere Meinungen hinwegsetzt und diese Quelle abschaltet?

Zeuge Jörg Milbradt: Nicht wirklich, nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay.

Zeuge Jörg Milbradt: Ich hatte eher den Eindruck, dass diese Aussagen ihm selber zur Gewissensklärung dienten, aber nicht pragmatische Folgen haben müssten - die ja auch nicht eingetreten sind.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber die Verantwortung und die letzte Konsequenz - handeln - - Aufgabe vom Abteilungsleiter wäre es gewesen - -

Zeuge Jörg Milbradt: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wenn er der Überzeugung gewesen wäre, dass die Quelle nicht zu führen ist, wäre es seine Verantwortung und seine Aufgabe gewesen, zu sagen: „Hier ist Stopp!“, und die Abschaltung zu veranlassen.

Zeuge Jörg Milbradt: Ganz so ist es. Also, irgendein Bediensteter der Abteilung, mich eingeschlossen, hätte ihm da nicht reinreden können oder gar ein Veto einlegen können. Allenfalls wäre zu erwarten gewesen, dass bei dieser wichtigen Quelle er den Staatssekretär und den Minister noch ins Vertrauen gezogen hätte und womöglich ein Votum von ihnen erbeten hätte; aber es wäre nicht zwingend gewesen.

Was die Einschätzung von Herrn Lieber angeht, überrascht sie mich. Sie ist mir aus seinem praktischen Handeln niemals deutlich geworden.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Können Sie das weiter erläutern?

Untersuchungsausschuss 6/1
32. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

31.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Jörg Milbradt: Mit der Quelle wurde in der Amtszeit von Herrn Lieber - in Anführungsstrichen - „normal“ weitergearbeitet, so wie zuvor und später auch, ohne dass ich mich erinnern könnte, dass Herr Lieber das wesentlich problematisiert hätte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Herr Förster zeigte sich auch verwundert, dass Szczepanski das Mittel der Revision vom Verfassungsschutz damals ausgedreht worden ist in der Haftzeit. Können Sie uns dazu noch mal ein paar Erinnerungen von Ihrer Seite mitteilen?

(Der Zeuge überlegt.)

Nach der Verurteilung.

Zeuge Jörg Milbradt: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, Szczepanski hatte sich ja angeboten, und dann kam das Urteil, und er wollte eigentlich in Revision gehen und hat die zurückgezogen. Und da sagte Herr Förster, das wäre auf Anraten des Verfassungsschutzes Brandenburg erfolgt, und er wäre darüber sehr verwundert gewesen.

Zeuge Jörg Milbradt: Also das muss ja dann vor seiner Zeit gewesen sein. Ich muss noch mal sehen. - Ja, 95, das war zur Amtszeit von Herrn Pfaff. Ich kann mich nicht mal an die Tatsache erinnern, dass eine solche Revision im Gespräch war, und noch viel weniger, dass dann auf Szczepanski Einfluss ausgeübt worden wäre. Also, ich kann es nicht ausschließen, aber Erinnerung daran habe ich nicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Herr Szczepanski konnte sich nicht daran erinnern, aber, wie gesagt, Herr Förster stellte gestern diese Behauptung so auf: dass es vom Verfassungsschutz ausgegangen wäre.

Zeuge Jörg Milbradt: Wie gesagt, ich kann mich weder erinnern an den Plan Szczepanskis, eine Revision zu verfolgen, noch daran, dass ihm dieser Plan ausgedreht worden wäre.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Na ja, also, Herr Szczepanski hat die Revision wirklich zurückgenommen. Das stimmt schon.

Zeuge Jörg Milbradt: Also er hat sie eingelegt, ja. Aber - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wir wissen bloß nicht, warum. Haben Sie da noch irgendwie Erinnerungen dran, wie es dazu kam oder welche Überlegungen dazu geführt haben?

Zeuge Jörg Milbradt: Nein, absolut nicht. Ich könnte mir nur denken - aber ich will mich nicht allzu weit ins Spekulative verirren -, dass die Revision als aussichtslos

Untersuchungsausschuss 6/1
32. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

31.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

beurteilt wurde und ihm deshalb angeraten wurde, sie nicht weiterzuverfolgen. Aber, wie gesagt, das ist Spekulation.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Als Strafrechtler hat das halt Herr Förster anders gesehen.

Zeuge Jörg Milbradt: Damals war ja noch Herr Pfaff Abteilungsleiter.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Rückwirkend.

Zeuge Jörg Milbradt: Er ist auch Jurist.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. - Wir würden Ihnen gerne einen Vermerk vorlegen.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt.)

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Können wir erfahren, was das ist?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Fürs Protokoll: Das ist B 4, 2016-12-06 B4-VS NfD, 55-004-S-530 003-0000-0036_2018 VS-NfD, Nr. 1, Seite 2.

Welche Erinnerung haben Sie an diesen Vermerk?

Zeuge Jörg Milbradt: Zunächst die Erinnerung, dass er schon bei der ersten Vernehmung hier eine Rolle spielte und ich bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen habe, dass auf der Besprechung der Beschaffer der Verfassungsschutzbehörden Brandenburg, Sachsen und Thüringen die Weitergabe an die Polizei erörtert und ein Verfahren festgelegt wurde, das meiner Kenntnis nach dann auch befolgt wurde, sodass das, was in diesem von mir handschriftlich festgehaltenen Vermerk ausgedrückt ist, durch diese Ereignisse überholt wurde.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Können Sie darauf noch mal eingehen? Vielleicht lesen Sie noch mal Ihre handschriftlichen Anmerkungen bezüglich der Observation vor, dass wir die auch richtig interpretieren.

Zeuge Jörg Milbradt:

„Weiteres ist z. Zt. von hier aus nicht erforderlich, da SN + TH bereits Observation miteinander vereinbart haben.“

Das heißt - ich kommentiere -, die Verfassungsschutzbehörden dieser beiden Länder waren über unsere Erkenntnisse unterrichtet und haben für sich die praktischen Schlussfolgerungen bereits gezogen.

„Weitergabe an Polizei kommt nur in Betracht, wenn SN + TH von sich aus darum ersuchen. Dies ist gegenwärtig nicht der Fall.“

Untersuchungsausschuss 6/1
32. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

31.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Ich kommentiere: Später war es der Fall, und dann wurde, wie ich eben erwähnte, auch das Verfahren der Weitergabe festgelegt.

„Die Angelegenheit wurde insgesamt mit AL V erörtert.“

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Da steht: „sollte erörtert werden.“

Zeuge Jörg Milbradt: „Die Angelegenheit wurde in“ - das ist jetzt überschrieben -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja, genau, das ist unser Problem.

Zeuge Jörg Milbradt: - „mündlich mit AL V erörtert“, steht bei mir.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay, kleinen Moment.

Zeuge Jörg Milbradt: Ein „sollte“ sehe ich hier nicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das ist ein bisschen sehr schwierig zu erkennen für uns. - „Wurde“, ah ja. Also, Sie sagen - - Dieser Vermerk „Die Angelegenheit wurde erörtert“ ist von Ihnen.

Zeuge Jörg Milbradt: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das heißt, Sie haben mit Herrn Förster diese Angelegenheit mündlich erörtert.

Zeuge Jörg Milbradt: Richtig.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Dem widersprach er gestern. Gestern sagte er zumindest, er könne sich nicht daran erinnern, und ist davon ausgegangen, dass Sie eine mündliche Unterredung und Unterrichtung von ihm auch eventuell verhindern wollten, -

Zeuge Jörg Milbradt: Was?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - weil Sie Angst hätten, dass die Quelle abgeschaltet werden könnte.

Zeuge Jörg Milbradt: Nein. Wenn ich schreibe „wurde erörtert“, dann ist das auch geschehen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Können Sie uns erklären, warum Nummer 3 durchgestrichen worden ist? Ist das auch von Ihnen erfolgt?

Zeuge Jörg Milbradt: Da muss ich jetzt gucken.

Untersuchungsausschuss 6/1
32. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

31.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

(Der Zeuge liest in den zuvor vorgelegten Unterlagen.)

Also, wer den Strich vollzogen hat, weiß ich nicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD):

„Herrn Abteilungsleiter V z. K. mit der Bitte um weitere Veranlassung“

Zeuge Jörg Milbradt: Jetzt suche ich erst mal den Vermerk. Wo ist der hier? - Ach so, ja. Ich hatte die untere Nummer 3 gesehen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ach so. Nee, die obere, genau.

Zeuge Jörg Milbradt: Ich hatte ja schon bei der ersten Vernehmung erklärt, dass ein direkter Zugang eines Sachbearbeiters zum Abteilungsleiter ungewöhnlich ist und nicht dem normalen Verfahren dient. Und wie mit einem Vermerk wie diesem umzugehen ist, entscheidet der Referatsleiter, in dessen Referat der Sachbearbeiter arbeitet. Wie ich mich entschieden habe, habe ich in dem handschriftlichen Vermerk festgelegt. Ich habe es mit dem Abteilungsleiter mündlich erörtert und im Übrigen es im Augenblick mit der Unterrichtung der Landesbehörden für Verfassungsschutz in Sachsen und Thüringen bewenden lassen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie sagten, es ist verabredet worden, wie weiter mit den Informationen umgegangen werden soll, bei diesem Treffen.

Zeuge Jörg Milbradt: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was ist denn nach Ihrer Erinnerung damals alles - -

Zeuge Jörg Milbradt: Da muss ich noch mal darauf zurückkommen, dass ich ja schon hier auch ausgesagt hatte, dass ich an diesem Treffen nicht teilgenommen habe, sondern nur nachträglich über das Ergebnis vom Beschaffungsleiter unterrichtet wurde. Nach seiner Aussage - und alles deutet darauf hin, dass sie auch absolut zuverlässig ist - wurde verabredet, dass das thüringische Landesamt für Verfassungsschutz das LKA Thüringen in geeigneter Weise in Kenntnis setzt. Das hieß in diesem Falle: mündlich.

Bekannt ist auch - und oftmals schon erörtert worden -, dass das LKA Thüringen mit einer mündlichen Unterrichtung nicht zufrieden war, sondern eine schriftliche Unterlage anforderte, die ihm aber aus Quellenschutzgründen nicht gegeben wurde und nicht gegeben werden konnte.

Unverständlich ist für mich weiterhin - auch das hatte ich wohl schon gesagt -, dass im LKA Thüringen nicht eigenständig ein Vermerk gefertigt wurde: „Dienstlich wurde bekannt, dass ...“ usw. Ein solcher Vermerk hätte als Grundlage für weitere

Untersuchungsausschuss 6/1
32. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

31.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

straßprozessuale oder auch sonst nachrichtendienstliche Aktionen durchaus dienen können.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also verstehe ich Sie richtig, dass Sie damit den damaligen § 17, woraus die Pflicht erwächst, wann Sie Meldung an Strafverfolgungsbehörden machen müssen, erfüllt haben und erfüllt gesehen haben.

Zeuge Jörg Milbradt: Zu dem Zeitpunkt gab es keine eigenständigen Erkenntnisse über Straftaten beim Verfassungsschutz Brandenburg, sondern nur Hinweise, wo sich die ohnedies wegen bekannter Straftaten gesuchten drei Thüringer aufhalten. Die Kenntnis hierüber ist auf dem eben von mir erwähnten Wege auch der Polizei in Thüringen übermittelt worden.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Können Sie uns noch mal etwas zu Ihrem damaligen Verhältnis zu Herrn Ackrath sagen?

Zeuge Jörg Milbradt: Zu wem?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Arbeitsname Ackrath.

Zeuge Jörg Milbradt: Der Name sagt mir nichts.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Dann würde ich noch mal einen Mitarbeiter bitten, Ihnen den Klarnamen zu nennen, der hier bitte nicht genannt wird.

(Ein Vertreter der Landesregierung begibt sich zum Platz des Zeugen und legt ihm ein Schriftstück vor.)

Zeuge Jörg Milbradt: Ach so, mhm.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wir nennen ihn weiterhin „Herr Ackrath“, bitte.

Zeuge Jörg Milbradt: Ja. - Es war ein Mitarbeiter in meinem Referat für einige Jahre.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie war das Verhältnis zwischen Ihnen? Können Sie uns das beschreiben?

Zeuge Jörg Milbradt: Es ist nicht ganz einfach für mich, einen Bediensteten meines eigenen Referates jetzt zu beurteilen oder gar kritisch zu beurteilen, weil ich das auch als unfair verstehen würde. Ich wage trotzdem folgende Sätze: Dieser Mitarbeiter ist erst auf mein Votum hin überhaupt in der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg eingestellt worden; denn sein beruflicher Vorlauf hat ihn jedenfalls nicht offensichtlich für eine Tätigkeit im Verfassungsschutz prädestiniert. Aber bei seiner Vorstellung machte er auf mich den Eindruck eines sehr engagierten und energisch handelnden Mannes. Das hat mich dann dazu bewogen, für seine Einstellung zu plädieren. Den eben geschilderten Eindruck hat er auch später bestätigt.

Untersuchungsausschuss 6/1
32. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

31.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Welchen Eindruck?

Zeuge Jörg Milbradt: Dass er ein energischer und engagierter Mitarbeiter war. Allerdings - und jetzt gehe ich an die Grenze dessen, was ich sagen kann und sagen will - blieb hinter ebendiesem Eifer, den er an den Tag legte, sein Urteilsvermögen doch erkennbar zurück. Das war im Übrigen auch ein Grund dafür, dass seine mehrmaligen Versuche, in den Status eines Referenten aufzusteigen, allesamt gescheitert waren.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Na gut, manchmal sind ja Menschen vielleicht überambitioniert, aber haben deswegen trotzdem noch einen richtigen Riecher.

Zeuge Jörg Milbradt: Manchmal einen richtigen und manchmal einen nicht ganz so richtigen, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das macht es dann schwierig, wenn die Leute vielleicht einen guten Riecher haben und man sie dann vielleicht trotzdem bremsen möchte.

Herr Ackrath schien hier in seiner Zeugenvernehmung sehr aufgebracht und hatte einige - es schien uns so - Vorbehalte gegenüber dem Brandenburger Verfassungsschutz. Können Sie uns das erläutern, woher das Ihres Erachtens kommt?

Zeuge Jörg Milbradt: Nein.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Wir sind schon ein bisschen über die Zeit, wollte ich zwischendurch sagen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut, dann gebe ich gleich ab.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Bitte beantworten Sie trotzdem die Frage.

Zeuge Jörg Milbradt: Also, eine mögliche Erklärung habe ich ja schon gerade geliefert, nämlich dass seine Aufstiegswünsche in dieser Behörde nicht erfüllt worden sind, sondern erst an anderer Stelle und in einer anderen Behörde.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie beschreiben ihn als sehr ambitionierten Mitarbeiter, positiv formuliert. Wie sind Sie denn mit seinen Warnungen bezüglich terroristischer Bestrebungen umgegangen, die er ja wohl sehr massiv geäußert haben will in Ihrer Behörde?

Zeuge Jörg Milbradt: Das hat er auch getan, ja, und ich habe sie auf das Maß, ich will nicht sagen, zurückgestutzt, auf das Maß beschränkt, das mir bei verantwortlicher Abwägung aller Umstände angemessen erschien.

Untersuchungsausschuss 6/1
32. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

31.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Danke erst mal.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Wir sind bei der CDU-Fraktion. Herr Lakenmacher bitte.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Vielen Dank. - Herr Zeuge, Sie haben berichtet, dass Sie entschieden haben, den Vermerk dem Abteilungsleiter nicht vorzulegen, sondern nur mündlich zu berichten, und zwar höchstpersönlich durch Sie. Sie haben es so begründet, das sei dem Umstand geschuldet, weil er ein einfacher Sachbearbeiter war. Ist das der einzige Grund, oder welche Gründe führten noch zu dieser Entscheidung?

Zeuge Jörg Milbradt: Ich hatte schon gesagt, dass dieser Sachbearbeiter - ich hatte es angedeutet - zu Überspitzungen und Übertreibungen neigte und dass ich es als meine Aufgabe ansah, eine abgewogene Darstellung des Sachverhaltes zu liefern und mit dem Abteilungsleiter zu erörtern.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Also das beziehen Sie auch und gerade auf den Inhalt des Vermerks, der ja dann schon Waffen beinhaltet und die - -

Zeuge Jörg Milbradt: Dann müsste er mir noch mal zugereicht werden, -

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Ja, okay.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt.)

- Vielen Dank.

Zeuge Jörg Milbradt: - damit ich das noch mal eruierend evaluieren kann.

(Der Zeuge liest in den vorgelegten Unterlagen.)

Die Tatsachen, die hier geschildert sind, sind ja allesamt Auszüge aus anderen Dokumenten und insofern zutreffend.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Dann frage ich mich aber in diesem Einzelfall, auch wenn der Mitarbeiter ein Stück weit übermotiviert war und vielleicht dazu neigte, Übertreibungen zu tätigen: Warum haben Sie in diesem konkreten Fall den Vermerk nicht vorgelegt, den schriftlichen Vermerk, wenn er, so jetzt Ihre Einschätzung, dann doch sachlich schlicht und ergreifend richtig ist und keine Übertreibungen beinhaltet?

Zeuge Jörg Milbradt: Nun, ich habe, wenn ich mich recht entsinne, bei dem Gespräch mit dem Abteilungsleiter auch den gesamten Kontext erörtert, der natürlich aus diesem Vermerk nicht hervorgeht.

Und noch einmal gesagt: Vermerke eines Sachbearbeiters werden dem Abteilungsleiter immer dann zugeleitet, wenn der Referatsleiter der Meinung ist, er soll

Untersuchungsausschuss 6/1
32. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

31.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

unkommentiert und so, wie er vorliegt, dem Abteilungsleiter zur Kenntnis gebracht werden. Und ich meinte in diesem Falle, meine eigenen Kommentare dazu wären gegenüber dem Abteilungsleiter wichtig und von Gewicht, und habe deswegen die Sachverhalte, die in diesem Vermerk festgehalten sind, eben in den größeren Kontext und in die Abwägung, was weiter zu geschehen habe, gestellt.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): In welchen größeren Kontext über den Vermerk hinaus haben Sie das denn gestellt? Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Jörg Milbradt: Nein. Ich kann mich jetzt an die Einzelheiten dieses Gesprächs, das ich im Jahre 1998, also vor 20 Jahren, mit dem Abteilungsleiter hierüber geführt habe, nicht mehr erinnern.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Haben Sie dem Abteilungsleiter die Bewertung des Sachbearbeiters in diesem Vermerk so mitgeteilt und auch mitgeteilt, dass Sie diese Bewertung teilen? Oder haben Sie die nicht geteilt? Beziehungsweise Sie reden ja immer davon, dass Sie es in einen größeren Kontext gestellt haben. Sind Sie dann der Meinung, dass die Bewertung so nicht zutreffend ist?

Zeuge Jörg Milbradt: Welche Bewertung meinen Sie jetzt?

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Die Bewertung in dem schriftlichen Vermerk des Sachbearbeiters, der ja von Rechtsterroristen, von einer rechtsterroristischen Szene spricht und davon, dass nicht grundsätzlich auszuschließen sei, dass von der Schusswaffe Gebrauch gemacht wird. Ich frage das deshalb, weil der Abteilungsleiter gestern berichtet hat, wenn er davon positiv Kenntnis bekommen hätte und diesen Vermerk so gelesen hätte, dann hätte es bei ihm dazu geführt, dass es eine Ermessensreduzierung auf null gegeben hätte und die Informationen sofort auch der Polizei weitergeleitet worden wären, die ja dann, wie Sie wissen, anderen Prinzipien unterliegt.

Zeuge Jörg Milbradt: Ja, über die Unterrichtung der Polizei hatten wir ja gesprochen. An sich gibt die Bewertung keinen neuen Sachstand oder Erkenntnisstand wieder. Dass die drei Geflüchteten wegen des Besitzes von Sprengstoff, womöglich auch Waffen, geflohen waren, war allseits bekannt. Deswegen war die Möglichkeit, dass sie irgendwann und irgendwie von den Sprengmitteln oder Waffen auch Gebrauch machen könnten, auf der Hand liegend. Aber es gab - -

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Und das haben Sie dem Abteilungsleiter auch so mitgeteilt?

Zeuge Jörg Milbradt: Weiß ich jetzt nicht mehr, ob ich das definitiv so gesagt habe. Aber es war eigentlich bekannt, um welche Persönlichkeiten es sich bei den drei Geflüchteten handelte, und auch, dass sie bewaffnet oder mit Sprengmitteln versehen waren. Das war allseits bekannt. Nur war es rein spekulativ, zu denken oder anzunehmen, wann, wo und wie sie etwa von diesen Mitteln Gebrauch machen würden.

Untersuchungsausschuss 6/1
32. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

31.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Können Sie sich - -

Zeuge Jörg Milbradt: Was ich noch hinzusetzen kann: Insofern trifft die Feststellung des Sachbearbeiters zu, dass grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden konnte - selbstverständlich nicht -, dass von den betroffenen Personen Waffen und Sprengmittel auch eingesetzt würden. Aber hier ist es ja in der Tat vorsichtig genug formuliert: „nicht grundsätzlich ausgeschlossen“.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Können Sie sich daran erinnern, wie die Reaktion des Abteilungsleiters ausfiel?

Zeuge Jörg Milbradt: Nein, kann ich mich nicht mehr erinnern.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Sie haben zudem ausgeführt, dass eine Weiterleitung an V/4 nicht nötig gewesen sei, weil dem Beschaffungsreferat die Informationen sowieso vorgelegen hätten.

Zeuge Jörg Milbradt: Ja.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Dieser Vermerk geht über die bloße Faktenwiedergabe hinaus und enthält vielmehr eine Art Gefahrenanalyse mit dem Hinweis, dass das Trio sicherlich auch die Waffen einsetzen könnte. Weiterhin haben Sie geschildert, dass vor allem die Beschaffung, gegebenenfalls der Abteilungsleiter über die Weitergabe von Informationen im Hinblick auf den Quellenschutz entschied. Wäre die Weitergabe dieser Analyse an die Beschaffung - das ist dann meine Frage - nicht hier angezeigt gewesen, gegebenenfalls auch um dann deren Einschätzung bezüglich der Weitergabe der Informationen zu beeinflussen?

Zeuge Jörg Milbradt: Nein, dafür sah ich keine Notwendigkeit; denn das, was hier als „grundsätzlich nicht ausgeschlossen“ gekennzeichnet ist, war selbstverständlich auch Kenntnisstand des Beschaffungsreferates, ohne dass es noch mal mit der Nase darauf gestoßen werden musste.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Mhm. Okay. - Dann komme ich noch mal zur Quellenbewertung und zur Nachrichtenehrlichkeit der Quelle „Piatto“. Welche Mittel standen Ihnen denn zur Verfügung, um diese Nachrichtenehrlichkeit hier zu überprüfen?

Zeuge Jörg Milbradt: Letztlich nur der Abgleich mit Informationen, die aus anderen Quellen, im weitesten Sinne jetzt gesprochen, gewonnen werden konnten. Resümierend kann ich sagen, dass mir keine - jedenfalls nicht auf Anhieb - Informationen erinnerlich sind, die einer Mitteilung der Quelle „Piatto“ widersprochen und sie damit widerlegt hätten.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Aber nach meiner Einschätzung ist es ja auch so, dass zunächst kein überregionaler Bezug bestand, und ich frage mich halt: Wie

Untersuchungsausschuss 6/1
32. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

31.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

konnte so eine Überprüfung dann stattfinden, wenn zum Beispiel das Bundesamt für Verfassungsschutz den Wahrheitsgehalt eben nicht durch eigens generierte Informationen bestätigen konnte? Also, wie fand dann die Überprüfung statt? Weil man hatte ja zunächst nur selbst generierte Erkenntnisse.

Zeuge Jörg Milbradt: Es gab natürlich zu Veranstaltungen, über die „Piatto“ berichtet hat, oder Treffen von Personengruppen durchaus auch Meldungen anderer Quellen, zumeist gerade nicht aus Brandenburg.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Welche? Erinnern Sie sich? Können Sie da nähere Angaben machen?

Zeuge Jörg Milbradt: Das sind sehr viele. Es gab ja Skinhead-Treffen, überregionale Skinhead-Treffen in dichter Folge, über die „Piatto“ berichtet hat. Und über dieselben Treffen haben dann auch Quellen anderer Verfassungsschutzbehörden berichtet. Das war dann ein Anhaltspunkt, um die Ehrlichkeit und auch den Umfang der Informationen von „Piatto“ - - ein Urteil zu gewinnen.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Sind Sie heute rückblickend der Meinung: „Das war ausreichend“?

Zeuge Jörg Milbradt: Andere Möglichkeiten sah ich nicht und sehe ich heute nicht, die Informationen abzugleichen. Natürlich sind alle anderen Informationen, die etwa auch noch einfließen, also Polizeimeldungen über aufgelöste Versammlungen oder dergleichen oder strafprozessuale Maßnahmen gegen einzelne Teilnehmer, auch uns zur Kenntnis gelangt und sind in die Gesamtbeurteilung mit eingeflossen, das schon; aber damit, glaube ich, habe ich die Möglichkeiten des Verfassungsschutzes einer Bewertung und Abgleichung auch nahezu erschöpfend beschrieben.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): In Ihrem Vermerk vom 05.07.2000 - das ist B 4 iV B 73, Matrix-Liste Abteilung 5, Nr. 42 - schreiben Sie - ich zitiere -:

„Durch Berichte der Quelle konnten erste Ansätze zur Bildung einer neonazistischen paramilitärischen Gruppierung ‚Rollkommando/Terrormachine‘ in Berlin und Brandenburg aufgeklärt und niedergehalten werden [...].“

Können Sie uns darlegen, wie genau diese Gruppierung niedergehalten wurde?

Zeuge Jörg Milbradt: Wenn Sie erlauben, muss ich in meinen Notizen blättern.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Ja, bitte.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen.)

Zeuge Jörg Milbradt: Soweit ich mich entsinne - aber ich versuche, es noch zu sehen -, wurden Informationen von unserer Behörde an die Polizei weitergeleitet. Ich versuche, jetzt zu finden, wann und wie das geschehen ist.

Untersuchungsausschuss 6/1
32. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

31.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Nehmen Sie sich Zeit!

(Der Zeuge blättert weiter in seinen Unterlagen.)

Zeuge Jörg Milbradt: Das kann ich im Augenblick aus dem Gedächtnis noch nicht eruieren. Augenblick. - Ja. Am 11.09.1999 wurde von dem geplanten Anschlag in Berlin auf ein Antifa-Café, das Café „Pesthund“, ein Hinweis an die Polizei gegeben, habe ich mir hier notiert. Ich kann jetzt nicht im Einzelnen aus der Erinnerung sagen, wie und mit genau welchem Inhalt dieser Hinweis erfolgt ist; aber wenn ich das hier in meinen Notizen festgehalten habe, kann ich mich dafür verbürgen, dass wenigstens in dieser allgemeinen Form diese Tatsache auch zutrifft.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Okay.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Wir machen weiter mit der Fraktion der Linken. Herr Dr. Schöneburg.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Herr Milbradt, ich habe erst mal eine allgemeine Frage: Gab es damals schon, was es jetzt ja gibt für die Landtagsabgeordneten, auch innerhalb eines Ministeriums einen Pressespiegel, 1993/94 oder 98?

Zeuge Jörg Milbradt: Wessen Pressespiegel?

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Einen Pressespiegel des Innenministeriums, der Behörde.

Zeuge Jörg Milbradt: Ja, es gab Pressespiegel.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ist Ihnen bekannt, dass Herr Förster ein Interview gegeben hat im März 1998?

Zeuge Jörg Milbradt: Ist mir jetzt auf Anhieb nicht erinnerlich.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Vielleicht mache ich Ihnen daraus eine Vorhaltung, -

Zeuge Jörg Milbradt: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - und dann können Sie sich vielleicht wieder dran erinnern. Ich zitiere aus der 41. Sitzung des Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages, Seite 116. Darin heißt es - es wird zitiert aus dem Interview vom März 1998 -:

„Es gebe in der rechten Szene Personen, die bewaffnet und auch zu schweren Straftaten bereit seien, warnte der Verfassungsschützer.“

Untersuchungsausschuss 6/1
32. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

31.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Herr Förster. - Jetzt wortwörtliches Zitat aus dem Interview:

„Ich sehe eine Entwicklung zum Terrorismus. Diese beschränke sich nicht nur auf durchgeknallte Einzeltäter wie den Polizistenmörder Kay Diesner. Bei Durchsuchungen seien in den vergangenen Monaten zunehmend Waffen und Sprengstoff entdeckt worden. Als Beispiele nannte Förster den Fund von vier Rohrbomben bei Neonazis in Jena und von Bombenbausätzen bei der ‚Kameradschaft Treptow‘ in Berlin.“

Ist Ihnen das wieder erinnerlich?

Zeuge Jörg Milbradt: Ja, und ich darf gleich was hinzufügen: Auf die Gefahr des Rechtsterrorismus hat auch ausdrücklich der Verfassungsschutzbericht der Jahre 2000 und 2001 hingewiesen, zu einer Zeit, als beispielsweise das Bundesamt für Verfassungsschutz von solchen Ansätzen zum Rechtsterrorismus noch nichts erkennen wollte.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Gut, aber ich insistiere jetzt noch mal auf dem Jahr 1998, und zwar auf dem März 1998, wo Ihr Vorgesetzter, Herr Förster, darauf Wert legt oder darauf hinweist, dass es Formen von Terrorismus geben kann. Als Beispiel nennt er den Polizistenmord von Kay Diesner und die Bombenbastler aus Jena, also das spätere NSU-Trio.

Zeuge Jörg Milbradt: Mhm.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Gut. - Jetzt - -

Zeuge Jörg Milbradt: Also, diese Tatsachen waren ja auch öffentlich bekannt.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja. - Jetzt halte ich Ihnen noch mal etwas vor aus dem Vermerk von Herrn Ackrath, den wir jetzt schon ein paarmal diskutiert haben, aber wo entscheidende Passagen noch nicht für die Öffentlichkeit hier zitiert worden sind. Zunächst beginnt der Vermerk mit der Rekapitulation der Deckblattmeldungen zu dem NSU-Trio. Die erste Deckblattmeldung vom 19.08.1998:

„Laut Antje P. sind drei sächsische Skinheads (zwei Männer und eine Frau) zur Zeit wegen verschiedener Straftaten auf der Flucht vor der Polizei. Dieser Fall sei medienbekannt. Die drei, von denen einer anonym Artikel für die Publikation ‚White Supremacy‘ geschrieben habe, wollen sich angeblich innerhalb der nächsten drei Wochen mit geliehenen Pässen nach Südafrika absetzen und dort in neue Identitäten schlüpfen.“

Das war die erste Deckblattmeldung.

Die vom 09.09.1998, auf die sich dann auch der Vermerk von Herrn Ackrath bezieht, hat folgenden Inhalt:

Untersuchungsausschuss 6/1
32. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

31.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

„Einen persönlichen Kontakt zu den drei sächsischen Skinheads (siehe Deckblattmeldung vom 19.08. [...]) soll Jan WERNER haben. Jan WERNER soll zur Zeit den Auftrag haben, ‚die drei Skinheads mit Waffen zu versorgen‘. Gelder für diese Beschaffungsmaßnahme soll die ‚Blood & Honour‘-Sektion Sachsen bereitgestellt haben. Die Gelder stammen aus Einnahmen aus Konzerten und dem CD-Verkauf.

Nach der Entgegennahme der Waffen - noch vor der beabsichtigten Flucht nach Südafrika - soll das Trio einen weiteren Überfall planen, um mit dem Geld sofort Deutschland verlassen zu können.

Der weiblichen Person des Trios will Antje P. ihren Paß zur Verfügung stellen.

P. und WERNER sollen unabhängig voneinander und ohne Wissen des anderen für die drei tätig sein.“

Das sind die beiden Deckblattmeldungen.

Da stellt sich für mich die Frage - Sie haben ja vorhin gesagt, das ist nur Allgemeines, allgemeine Angaben, die sozusagen jeder wusste -, ob nicht zwischen der ersten Deckblattmeldung und der nächsten Deckblattmeldung doch ein qualitativer Unterschied da ist. In der zweiten von mir zitierten Deckblattmeldung werden konkrete Straftaten benannt, die geplant werden, und das Trio ist sozusagen erweitert durch die Unterstützer Jan Werner und Frau P. Das widerspricht aber doch dem ein bisschen, was Sie vorhin gesagt haben, dass es nur sozusagen allgemein bekannte Dinge waren.

Zeuge Jörg Milbradt: Diese Inhalte der Deckblattmeldung waren natürlich nicht allgemein bekannt. Sie waren aber, weil wir eine entsprechende Unterrichtung vorgenommen haben, den Verfassungsschutzbehörden von Thüringen und Sachsen und dem Bundesamt für Verfassungsschutz bekannt; denn alle diese Meldungen sind den genannten Behörden zugeleitet worden.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Gut. - Jetzt halte ich Ihnen noch mal vor, was dann Herr Ackrath dazu geschrieben hat:¹

„Anmerkung zu dieser Quellenmeldung: Es wird angeregt, erneut in dieser Angelegenheit das BfV, das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen und das Landesamt für Verfassungsschutz Thüringen zu kontaktieren. Eine Möglichkeit, zu den drei Gesuchten zu gelangen, könnte darin bestehen, wenn die oben genannten P. und Werner durch Spezialkräfte observiert würden.“

Was ja dann auch geschehen ist.

¹ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die nachfolgenden Zitate konnten nicht verifiziert werden.

Untersuchungsausschuss 6/1
32. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

31.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

„Ferner könnte die Quelle zu weiteren Erkenntnissen in dieser Angelegenheit befragt werden. Auch sollte zusammen mit V/4 geprüft werden, ob und, wenn ja, welche Informationen an die Polizei weitergeleitet werden können.“

Und jetzt kommt noch die Anmerkung, auf die ich besonderes Augenmerk lege:

„Inwiefern die drei Gesuchten bei einem Scheitern des Überfalls auch von der Schusswaffe Gebrauch machen und eventuell Menschen töten könnten, ist hier nicht bekannt. Der Fall Kay Diesner zeigt aber, dass Derartiges in der rechtsextremen/rechtsterroristischen Szene nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden kann.“

Wenn ich das lese und in den Zusammenhang stelle mit dem Interview, was ich auszugsweise Ihnen vorgehalten habe und was Sie ja kannten, dann stellt sich mir die Frage - das ist jetzt hypothetisch, das ist jetzt wirklich eine Vermutung -, ob Sie nicht sozusagen die Vorlage dieses Vermerks deswegen blockiert haben, weil klar ist, dass der Behördenleiter natürlich ein Behördengutachten erstellen lässt und der Polizei die Information zukommen lässt. Wenn er nämlich schon im März 1998 davon ausgegangen ist, dass Kay Diesner und die drei Rohrbombenbauer Terroristen sind und Beispiele dafür sind, dass diese Szene sich radikalisiert und terroristische Formen annimmt, dann muss doch klar sein, wenn der Ackrath auf diese Beispiele Bezug nimmt, dass der Behördenleiter dann sagt: Nach § 17 des Verfassungsschutzgesetzes ist die zuständige Staatsanwaltschaft zu informieren.

Zeuge Jörg Milbradt: Der hier von Ihnen zitierte Kenntnisstand des Sachbearbeiters deckt sich ja vollkommen mit dem, den, wie Sie selbst gesagt haben, Herr Dr. Förster bereits Monate vorher in einem Pressespiegel der Öffentlichkeit vorgestellt hat.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja, ja, aber - -

Zeuge Jörg Milbradt: Insofern war Herr Dr. Förster über genau diesen Umstand oder diese Beurteilung nicht nur in Kenntnis, sondern hat diese Kenntnis ja auch öffentlich gemacht, und zwar schon Monate vorher, sodass es einer Nachhilfe durch den Sachbearbeiter nicht mehr bedurfte.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Nee, nee, der Sachbearbeiter spitzt ja die Sache zu und erweitert sie. Er nimmt das Beispiel Kay Diesner und sagt, dass die drei Bombenbauer aus Jena jetzt zu einem Trio mutiert sind, das im Untergrund agiert, das Banküberfälle begehen will und sich falsche Pässe besorgen möchte, um sich nach Südafrika abzusetzen. Das ist ja eine neue Qualität.

Zeuge Jörg Milbradt: Na ja, und - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Und wenn der Behördenleiter davon erfährt, ist es doch naheliegend, dass er sagt, da ist die Polizei zu informieren.

Untersuchungsausschuss 6/1
32. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

31.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Jörg Milbradt: Die Quellenmeldungen hat natürlich der Abteilungsleiter auch gekannt, die hier zitiert werden; denn die waren von solchem Gewicht, dass er sie selbstverständlich zugeleitet bekommen hat. Die operativen Maßnahmen, die daraufhin eingeleitet worden sind, waren zunächst solche der Verfassungsschutzbehörden Thüringen und Sachsen, wie hier schon mehrfach erwähnt, und später, und zwar wenig später, dann auch die ebenfalls mehrfach erörterte Unterrichtung des LKA Thüringen.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber der Behördenleiter hat uns gestern gesagt, als er den Vermerk das erste Mal gesehen hatte - - Die Frage ist Ihnen ja schon gestellt worden oder es ist Ihnen schon vorgehalten worden, dass er uns gesagt hat, er hätte sofort - - nach § 17 Verfassungsschutzgesetz wäre er verpflichtet gewesen, das der entsprechenden Strafverfolgungsbehörde mitzuteilen, und zwar nicht nur mündlich mitzuteilen, sondern in Form eines Behördenzeugnisses, dass dann auch entsprechende strafprozessuale Maßnahmen ergriffen werden können. Denn bei der mündlichen Weitergabe und dem Weg, den Sie vorhin skizziert haben, ist es ja fraglich, ob entsprechende strafprozessuale Maßnahmen eingeleitet werden können.

Zeuge Jörg Milbradt: Dann muss ich natürlich die Frage aufwerfen, warum der Abteilungsleiter nicht aus der Kenntnis dieser Quellenmeldungen heraus ebendiesen Schluss gezogen hat und darauf hätte warten müssen, dass ein Sachbearbeiter sie ihm souffliert.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Warum haben Sie denn den Souffleur gestoppt?

Zeuge Jörg Milbradt: Ich habe nicht - - Was habe ich gestoppt?

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Na, Sie haben die Weitergabe dieses Vermerkes gestoppt, -

Zeuge Jörg Milbradt: Ja, weil die - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - weil Sie durchgestrichen haben, dass es an den Abteilungsleiter geht.

Zeuge Jörg Milbradt: Weil die Tatsachen dem Abteilungsleiter allesamt bekannt waren und natürlich auch die Schlussfolgerungen, die man daraus ziehen kann.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Da wird man aber ein bisschen argwöhnisch.

Zeuge Jörg Milbradt: Bitte?

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Doppelt hält doch besser. Also, Sie streichen das weg, Sie unterbinden die Vorlage eines Vermerks mit der Begründung: „Der Abteilungsleiter weiß das schon“? Das ist ja sehr fragwürdig.

Untersuchungsausschuss 6/1
32. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

31.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Jörg Milbradt: Beziehungsweise - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Die Ergänzungsfrage: Warum haben Sie dann Ihre mündliche Unterrichtung des Abteilungsleiters nicht irgendwo in einem Vermerk dokumentiert?

Zeuge Jörg Milbradt: Weil - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Weil, ich meine, dieser eine Satz hier: „wurde mit ihm erörtert“, das kann ja vieles gewesen sein.

Zeuge Jörg Milbradt: Weil die mündliche - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ich habe die Vermutung - - Ich bin da argwöhnisch. Mit der Vorgeschichte, die ich jetzt skizziert habe, und dann das sozusagen Unterdrücken des Vermerks, die Nichtweitergabe des Vermerkes und dann nur dieser lapidare Satz: „wurde erörtert“, da habe ich ganz andere Vorstellungen, was da erörtert worden ist.

Zeuge Jörg Milbradt: Ich kann nur wiederholen: Alle Quellenschutzmeldungen, aus denen hier zitiert wird, hatten auch dem Abteilungsleiter vorgelegen. Dass die Gefahr rechtsterroristischer Anschläge nicht auszuschließen sei, wusste der Abteilungsleiter, wie er in seinem von Ihnen zitierten Presseinterview ja öffentlich bekannt gegeben hat, sodass ein wesentlicher Erkenntnisschritt mit der Vorlage dieses Vermerks beim Abteilungsleiter in seiner schriftlichen Form unabhängig von meiner mündlichen Unterrichtung für mich nicht erkennbar war und auch jetzt, nach Ihren Darlegungen, nicht erkennbar ist.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Gut. - Sie haben ja vorhin gesagt, dass Sie keine Veranlassung gesehen haben, nach § 17 Verfassungsschutzgesetz zu handeln. Aber wenn ich Ihnen jetzt noch mal vorgelesen habe, wie konkret diese Deckblattmeldung war, dass weitere Banküberfälle vorgesehen sind, dass man mit falschen Pässen agieren wollte, ist es nicht so, wenn ich jetzt den § 17 Verfassungsschutzgesetz lese, dass Sie dann selbst schon verpflichtet gewesen wären, ohne sozusagen Absprachen zu treffen mit den verschiedenen Landesämtern, hier die Strafverfolgungsbehörden, also die Staatsanwaltschaft in Thüringen oder die Staatsanwaltschaft in Sachsen oder unsere Staatsanwaltschaft, zu informieren? Ich halte Ihnen noch mal § 17 im Wortlaut vor:

„Die Verfassungsschutzbehörde übermittelt den Staatsanwaltschaften und, vorbehaltlich der staatsanwaltschaftlichen Sachleitungsbefugnis, der Polizei von sich aus die ihr bekanntgewordenen Informationen einschließlich personenbezogener Daten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, daß die Übermittlung zur Verhinderung oder Verfolgung von Staatsschutzdelikten erforderlich ist. Delikte nach Satz 1 sind die in den §§ 74 a und 120 des Gerichtsverfassungsgesetzes genannten Straftaten [...].“

Untersuchungsausschuss 6/1
32. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

31.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Ich denke schon - ich bin ja als Strafverteidiger lange Jahre unterwegs gewesen -, dass hier hinlängliche, konkrete Informationen vorlagen. Und dann sagt eben § 120 Gerichtsverfassungsgesetz aus, dass bei Nichtanzeige von Straftaten nach § 138 des Strafgesetzbuches, wenn die Nichtanzeige eine Straftat betrifft, die zur Zuständigkeit des Oberlandesgerichts gehört, das sozusagen gemeldet werden muss. Und § 138 Strafgesetzbuch sieht als Katalogstraftat einen schweren Raubüberfall vor. Da hier der terroristische Hintergrund nicht ausgeschlossen werden kann, wäre es auch in der Zuständigkeit des Oberlandesgerichts gewesen.

Also, wenn ich das sozusagen so subsumiere, den Vermerk von Ackrath, die Deckblattmeldungen, und das in den gesetzlichen Zusammenhang stelle, dann hätten Sie aus Ihrer Funktion heraus tätig werden müssen, ohne sozusagen auf - - Sie hätten nicht mal auf die Initiative von Thüringen warten dürfen, sondern Sie hätten selber tätig werden müssen und die Strafverfolgungsbehörden so, dass es verwertbare Informationen sind, also in Form eines Behördengutachtens, informieren müssen.

Zeuge Jörg Milbradt: Verzeihen Sie, wenn ich Ihnen da widersprechen muss. Die Zuständigkeit nach Ländern darf nicht einfach übersprungen werden. Da es sich bei diesem Sachverhalt um einen solchen handelt, der die Länder Thüringen und Sachsen betraf, hätten nach den behördlichen Usancen und auch Vorschriften die Landesbehörden von Sachsen und Thüringen, die von uns ja vollumfänglich informiert worden waren, in dem Maße tätig werden können und müssen, wie sie es nach eigener Abwägung und Beurteilung der Lage für nötig erachtet haben. Es - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Also, ich habe Ihnen ja den - -

Zeuge Jörg Milbradt: Darf ich zu Ende entsprechen?

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja, Sie dürfen zu Ende sprechen.

Zeuge Jörg Milbradt: Es war nicht die Aufgabe der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg, sächsische oder thüringische Strafverfolgungsbehörden von sich aus sozusagen im Übersprung zu informieren, es sei denn, es drohe eine unmittelbare Gefahr. Die war nicht erkennbar, sondern nur allgemeine Schlussfolgerungen, die zwar gewichtig waren, aber von der unmittelbaren Vorbereitung einer Straftat jedenfalls nichts hergaben.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Also, von diesem Vorbehalt, den Sie jetzt eben geschildert haben, dass man, wenn es andere Länder betrifft, diese nicht überspringen darf, steht in dem Gesetz, in dem Verfassungsschutzgesetz nichts. § 17 ist eine allgemeine Verpflichtung, und der hätten Sie nachkommen müssen. Und es ist auch nicht sozusagen wenig konkretisiert gewesen, was dort beschrieben worden ist in den Deckblattmeldungen, sondern es gab eine konkrete Gefahr, nämlich konkrete weitere Banküberfälle, auch in einem überschaubaren Zeitraum, weil die sich nach Südafrika absetzen wollten. Insofern überzeugt Ihre Interpretation jetzt überhaupt nicht.

Untersuchungsausschuss 6/1
32. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

31.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Jörg Milbradt: Verzeihen Sie mir, dass ich Ihnen abermals widerspreche.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Das würde ich aus Selbstschutzgründen auch machen.

Zeuge Jörg Milbradt: Das Brandenburgische Verfassungsschutzgesetz regelt im Grundsatz nur den Verkehr zwischen brandenburgischen Behörden und nicht den mit den Behörden anderer Länder. Insofern gibt es keine Pflicht des brandenburgischen Verfassungsschutzes, Strafverfolgungsbehörden anderer Länder von sich aus und unter Umgehung der zuständigen Behörden der anderen Länder zu informieren.

Zweitens. Es gab - ich kann nachsehen, ab wann - Observationen sowohl der Polizeien als auch der Verfassungsschutzbehörden in Chemnitz, die bei den in den Deckblattmeldungen genannten Personen ansetzten, aber jedenfalls, wie Sie alle wissen, nicht dazu führten, dass man der drei Gesuchten aus Thüringen habhaft werden konnte. Insofern sind die Präventionsmaßnahmen der Polizei durchaus auch gelaufen, und es trifft nicht zu, dass Brandenburg sie etwa verhindert hätte, denn es gab sie ja.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Bitte zum Ende kommen.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Es geht aber um die entscheidende Frage, ob entsprechende Informationen, eine verwertbare Information an die Strafverfolgungsbehörden gegeben worden ist und nicht an die Geheimdienste.

Im Übrigen ist es so, dass meines Erachtens sogar schon nach § 138 Strafgesetzbuch eine Nichtanzeige von Straftaten vorliegt. Da braucht man nicht mal ins Landesverfassungsschutzgesetz gucken. Und es ist ja abstrus, wenn man meint - - Man kann das ja weiterdenken, Ihre Argumentation. Dann würde die Brandenburger Behörde Kenntnis haben von der Mordserie und dass das NSU-Trio sozusagen das Mördertrio ist für die zehn Morde, die stattgefunden haben, aber aufgrund dessen, dass Sie die Länder nicht überspringen können, dürfen wir keine verwertbaren Informationen an Strafverfolgungsbehörden weitergeben. Das ist eine absurde Argumentation.

Zeuge Jörg Milbradt: Die habe ich auch nicht angestellt. Ich habe gesagt, dass dann die von uns unterrichteten Verfassungsschutzbehörden der zuständigen Länder tätig werden müssten - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Was ist, wenn die nicht tätig werden?

Zeuge Jörg Milbradt: Bitte?

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Was ist, wenn die nicht tätig werden?

Zeuge Jörg Milbradt: Dann hat - -

Untersuchungsausschuss 6/1
32. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

31.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Dann haben Sie Ihre Pflicht und Schuldigkeit getan, oder - - Das versteht doch kein Mensch!

Zeuge Jörg Milbradt: Ich verstehe sehr wohl das Zusammenspiel der verschiedenen Landesbehörden und deren Kompetenz, selbst zu entscheiden, was sie tun und was sie lassen. Und ich kann nicht erkennen, dass es die Pflicht einer Landesbehörde wäre, in Verfahren in anderen Ländern von sich aus und ohne Abstimmung einzugreifen.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber so eine Einstellung hat dazu geführt, dass das NSU-Trio zehn Jahre lang wüten konnte und morden konnte, mordend durch Deutschland ziehen konnte.

Zeuge Jörg Milbradt: Nein, auch da muss ich Ihnen widersprechen. Ich hatte Ihnen ja gesagt, dass die hier genannten P. und Werner observiert worden sind, dass außerdem auch Telefonüberwachungsmaßnahmen verschiedener Behörden liefen, sowohl der Polizei als auch der Verfassungsschutzbehörden aus Thüringen und Sachsen und des Bundes. Alle diese Maßnahmen haben eben zur Feststellung des Trios nicht geführt. Wo hierbei ein Versäumnis der brandenburgischen Verfassungsschutzbehörde liegen sollte, erschließt sich mir in keiner Weise.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Es geht aber jetzt hier nicht um die geheimdienstliche Tätigkeit, sondern es geht darum, dass die Strafverfolgungsbehörden, die Straftaten verfolgen, nämlich das Bombenbasteln und mögliche Banküberfälle, Überfälle auf Edeka-Läden und dann Morde verfolgen müssen, in Kenntnis gesetzt werden über das von Ihnen exklusiv gewonnene Wissen. Und dieser Weg ist verbaut worden.

Zeuge Jörg Milbradt: Nein.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Damit müssen wir jetzt erst mal abschließen.

Zeuge Jörg Milbradt: Ich will nur abschließend sagen: Die Polizei in Thüringen ist unterrichtet worden, und die Polizei in Sachsen hat eigene Maßnahmen gegen P. und Werner gefahren, auch unter dem Verdacht, dass Straftaten vorbereitet werden könnten, und hat bei diesen Maßnahmen jedenfalls keine verwertbaren Erkenntnisse gewonnen; sonst hätte man ja das Trio früher dingfest machen können.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Das Fragerecht wechselt jetzt zu Herrn Wiese. Bitte schön.

Abgeordneter Wiese (AfD): Ich habe mal eine Frage zu den Deckblattmeldungen, dem generellen Umgang mit den Deckblattmeldungen. Welche Brandenburger Deckblattmeldungen wurden an das BfV übermittelt? Wurden generell alle Deckblattmeldungen übermittelt?

Untersuchungsausschuss 6/1
32. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

31.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Jörg Milbradt: An das BfV - -

Abgeordneter Wiese (AfD): Und wurden dann auch die Treffberichte übermittelt?

Zeuge Jörg Milbradt: Nein, nur die Deckblattmeldungen. Die Treffberichte blieben intern.

Abgeordneter Wiese (AfD): Also, Sie haben alle Deckblattmeldungen - -

Zeuge Jörg Milbradt: ... an das BfV gesandt und je nach Zuständigkeit dann auch an ausgewählte Landesbehörden für Verfassungsschutz.

Abgeordneter Wiese (AfD): Damit ich das richtig verstehe: Sie haben also alle Deckblattmeldungen übermittelt, und dann gab es noch mal Separierungen von den Deckblattmeldungen?

Zeuge Jörg Milbradt: Bitte?

Abgeordneter Wiese (AfD): Sie haben gesagt, Sie haben an verschiedene Stellen das dann - -

Zeuge Jörg Milbradt: An andere Verfassungsschutzbehörden übermittelt, -

Abgeordneter Wiese (AfD): Ah, an andere Verfassungsschutz- - Das ist akustisch bei mir nicht ganz - -

Zeuge Jörg Milbradt: - wenn erkennbar ist, dass deren Interessen oder deren Untersuchungssphäre betroffen sein könnte.

Abgeordneter Wiese (AfD): Das Treffen im September mit dem thüringischen Verfassungsschutz in Potsdam, wie wurde denn da das Referat Auswertung eingebunden? Was für eine Vorbereitung hat man da getroffen?

Zeuge Jörg Milbradt: Gar nicht. Ich hatte es schon bei der ersten Sitzung darstellen können und bitte um die Erlaubnis, es zu wiederholen. Diese Besprechung war von dem Beschaffungsleiter der brandenburgischen Behörde einberufen worden. Er hatte mich davor von diesem Treffen in Kenntnis gesetzt, hinzugefügt, dass es aber nicht um den Abgleich und die Bewertung von Erkenntnissen gehe, sondern allein um die Planung operativer Schritte. Mit dieser Auskunft hatte ich mich dann zufriedengegeben. Erst im Nachhinein habe ich erfahren, dass aus Sachsen und Thüringen auch Auswerter mit dabei waren.

Das Ergebnis dieser Besprechung hat mir der Beschaffungsleiter wiederum mündlich mitgeteilt. Das wichtigste Fazit war ja dieses, dass das thüringische Landesamt für Verfassungsschutz eben in Abstimmung mit uns das LKA Thüringen über unsere Erkenntnisse in Kenntnis setzen sollte, was nach Auskunft der thüringischen Kollegen dann auch geschehen sei.

Untersuchungsausschuss 6/1
32. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

31.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Wiese (AfD): Gut. - Jetzt habe ich noch eine Frage zu der Enttarnung von der Quelle „Piatto“. Gab es da eine behördeninterne Untersuchung zur Enttarnung? Wurde denn auch geklärt, wie der „Spiegel“ an die Informationen für seinen Artikel „Der Führer der Meute“ vom 10.07.2000 gelangt ist?

Zeuge Jörg Milbradt: Können Sie den letzten Satz bitte wiederholen? Der war akustisch für mich nicht verständlich.

Abgeordneter Wiese (AfD): Gut. Ich war zu weit weg wahrscheinlich. - Ich wiederhole noch mal das Ganze: Hat es behördeninterne Untersuchungen zur Enttarnung der Quelle „Piatto“ gegeben, und wurde insbesondere geklärt, wie der „Spiegel“ an die Informationen für seinen Artikel „Der Führer der Meute“ vom 10.07.2000 gelangt ist?

Zeuge Jörg Milbradt: Es gab und gibt Indizien, dass die Enttarnung der Quelle „Piatto“ möglicherweise von einer Polizeidienststelle ausgelöst worden ist. Welche es sein könnte, hat sich uns nicht erschlossen. Mir sind auch keine polizeilichen Ermittlungen dazu bekannt, die das hätten aufdecken können. Insoweit kann ich auch nicht rekonstruieren, wie der Journalist Berg des „Spiegels“ seinerzeit an seine Erkenntnisse gelangt ist.

Aber wenn ich das in Klammern hinzufügen darf: Es wäre ja nicht das erste Mal gewesen, dass der „Spiegel“ über seine Journalisten sich Zugänge zu Informationen verschafft, die für andere nicht ohne Weiteres nachvollziehbar sind.

Abgeordneter Wiese (AfD): Die Wege sind nicht nachvollziehbar oder die Verbindungen „Spiegel“ zu Quellen sind nicht nachvollziehbar?

Zeuge Jörg Milbradt: Dass der „Spiegel“ zu einer Quelle direkten Kontakt hätte, dafür kenne ich keine Indizien. Aber welche Kontakte er darüber hinaus im Umfeld von Königs Wusterhausen, zu Bewohnern von Königs Wusterhausen oder Polizisten in und um Königs Wusterhausen hatte, weiß ich nicht, und es konnte auch seinerzeit nicht bekannt werden; es wurde jedenfalls nichts bekannt. Und eigenständige Untersuchungen gegen Journalisten sind nicht Sache des Verfassungsschutzes.

Abgeordneter Wiese (AfD): Na ja, aber aus der Behörde muss es ja gekommen sein.

Zeuge Jörg Milbradt: Aus irgendeiner, aber nicht, dass es aus unserer Behörde gekommen wäre; das halte ich für ausgeschlossen. Ich hatte ja schon meine Vermutung geäußert, die ich auch ausdrücklich nur als bloße Vermutung zur Kenntnis zu nehmen bitte, dass es aus irgendeiner Polizeidienststelle gekommen sein könnte. Wobei dann auch wieder natürlich die Frage sich anschließt: Wie konnte eine Polizeidienststelle auf die Quelleneigenschaft Szczepanskis stoßen? Und auch dazu gäbe es nur allenfalls windige Hypothesen, aber keine belegbaren und beweisbaren Schlussfolgerungen oder Fakten.

Untersuchungsausschuss 6/1
32. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

31.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Wiese (AfD): Ja, aber meine Frage hatte begonnen mit: ob es behördeninterne Untersuchungen gab. Hypothetisch kann ja alles sein, aber irgendjemand muss das doch aufgefallen sein. Da muss doch einfach irgendwo die Alarmglocke - - Es geht ja nicht bloß alleine um das, sondern da hängt ja vieles dran.

Zeuge Jörg Milbradt: Ja. Nun, eine solche Untersuchung kann der Verfassungsschutz selbst ja nicht anstellen, ausgenommen die, die sich auf den Innenbereich erstreckt. Denn Geheimnisverrat ist eine Straftat, und die Verfolgung von Straftaten ist Sache der Strafverfolgungsbehörden.

Abgeordneter Wiese (AfD): Und die wurden nicht tätig.

Zeuge Jörg Milbradt: Mir ist jedenfalls nichts davon bekannt. Also, ich kann das jetzt nicht definitiv beantworten.

Abgeordneter Wiese (AfD): Und wie hat man dann reagiert?

Zeuge Jörg Milbradt: Was seinerzeit von der Polizei unternommen worden ist, um das aufzuklären, entzieht sich meiner Kenntnis. War mir auch damals nicht bekannt.

Abgeordneter Wiese (AfD): Also noch mal: Das war mehr oder weniger, so wie ich es vorhin verstanden habe, üblich, dass der „Spiegel“ hin und wieder so einen Durchstecher gefunden hat, der ihm für Artikelverfassung zur Seite gestanden ist.

Zeuge Jörg Milbradt: So was ist in der Geschichte des „Spiegels“ nicht nur einmal vorgekommen, ja.

Abgeordneter Wiese (AfD): Nein, in Ihrer Behörde, meine ich jetzt.

Zeuge Jörg Milbradt: Bei unserer Behörde nicht. Außerdem hatte ich schon gesagt, dass der „Spiegel“ seine Kenntnisse jedenfalls nicht aus unserer Behörde hat ziehen können.

Abgeordneter Wiese (AfD): Gut.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Geht es noch weiter?

Abgeordneter Wiese (AfD): Nee, lassen wir es momentan dabei. Wir haben ja vielleicht noch eine Runde.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann sind wir bei Frau Nonnemacher. Bitte schön.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön, Herr Vorsitzender. - Herr Milbradt, ich möchte erneut auf diesen 14. September 1998 zurückkommen, weil ich denke, wir sind hier im Auge des Sturms und im absoluten Zentrum unseres Untersuchungsauftrages, auch wenn da jetzt schon viel zu gefragt worden ist.

Untersuchungsausschuss 6/1
32. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

31.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Sie haben von Ihrem Mitarbeiter Ackrath einen umfänglichen schriftlichen Vermerk, in dem er auch selber noch mal darauf hinweist:

„Beiliegende Auszüge aus hier vorliegenden Quellenmeldungen informieren höchstwahrscheinlich über drei aus Thüringen stammende Rechtsterroristen, die polizeilich gesucht werden.“²

Also, er führt verschiedene Quellenmeldungen, Deckblattmeldungen zusammen, er führt hinterher - - er bewertet das und macht ganz konkrete Vorschläge.

Sie sagen, Sie haben diesen Mitarbeiter selber eingestellt; der sei eifrig, der sei fähig gewesen. Im weiteren Verlauf ging er Ihnen wegen Übereifer ein bisschen auf die Nerven.

Dann haben Sie über sich einen Behördenleiter. Ich zitiere mal eines Ihrer Eingangsstatements: Die Leitung zähle ich nicht zur Fachebene. - Also, die Behördenleitung war halt die Leitung, aber fachlich: Na ja.

(Der Zeuge lacht.)

- Haben Sie vorhin gesagt; das ist mir genau aufgefallen.

Dann haben Sie einen Behördenleiter, von dem Sie wissen, dass er ein sehr starkes Augenmerk auf Rechtsterrorismus hat in diesem selben Jahr, von dem Sie wissen, der ist Jurist und ist extrem pingelig, was eine Ausrichtung der Verfassungsschutzbehörde an Rechtsgrundsätzen angeht, und von dem Sie wissen, dass er sich wahnsinnig schwer damit tut, einen V-Mann wie „Piatto“ in seiner Behörde zu haben.

Das ist jetzt sozusagen das Setting. Sie kriegen das eine rein - - Und in dieser Sache frage ich Sie noch mal: Wäre es bei der Bedeutung dieser Vorgänge nicht eine Selbstverständlichkeit gewesen, das an den Behördenleiter weiterzuleiten? Was ist das für ein formales Argument: Sie bestimmen als Referatsleiter, ob das weitergegeben werden muss, und basta, und: „Der wusste ja schon Bescheid“? Wäre nicht bei solchen zentralen Sachen - - reden Sie miteinander. Sie hätten ja eine eigene Darstellung zusätzlich schreiben können. Oder Sie hätten ja das weiterleiten können und weitere Dinge - -

Also, ich muss einfach noch mal sagen: Es ist mir vollkommen unverständlich. Bei bedeutsamen Vorgängen, da liegt doch der Schlüssel zum Erfolg in der Kommunikation und von mir aus auch in der Wiederholung, auch wenn Sie das für redundant halten. Ich verstehe Ihre Haltung nicht.

Zeuge Jörg Milbradt: Gut, muss ich noch mal in denselben Sachverhalt einsteigen.

² Anmerkung Stenografischer Dienst: Das Zitat konnte nicht verifiziert werden.

Untersuchungsausschuss 6/1
32. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

31.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

„Fachebene“: Ich hätte besser sagen sollen „Arbeitsebene“. Ich wollte keineswegs infrage stellen, dass der Abteilungsleiter selbstverständlich fachlich versiert ist und im Fach steht.

Zweitens. Wie ich schon mehrfach beteuert habe, haben dem Abteilungsleiter alle diese hier in Auszügen wiedergegebenen Quellenmeldungen vorgelegen. Er hat sie zur Kenntnis genommen und hat sich über sie sein eigenes Urteil bilden und aus ihnen die nötigen Schlussfolgerungen ziehen können.

Überdies habe ich mit ihm über die Ansatzpunkte für den Verdacht von rechtsterroristischen Ansätzen und Aktivitäten mündlich gesprochen. Er hat nicht verlangt, dass dazu noch ein weiterer Vermerk erstellt werde oder ihm vorgelegt werde, weil die Sachverhalte und die Beurteilung der Sachverhalte ihm ja gegenwärtig waren oder spätestens durch mein Gespräch mit ihm gegenwärtig wurden, wobei das Letztere vermutlich gar nicht nötig war, weil, wie gesagt, er diese Vermerke, die Quellenmeldungen und auch die Meldungen anderer über rechtsterroristische Aktivitäten und Ansätze sehr wohl kannte, gerade auch deswegen gut kannte und verinnerlicht hatte, weil er, wie Sie ja eben festgestellt haben, gerade auf diesem Phänomenbereich sehr engagiert war und das in seinen Kräften Stehende tun wollte, was zur Eindämmung dieser Gefahren dienlich sein könnte. Insofern kann auch Ihre Darstellung mich nicht davon überzeugen, dass dem Abteilungsleiter irgendeine wesentliche Erkenntnis oder Schlussfolgerung vorenthalten worden wäre.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also, wenn ich Ihren Argumentationsstrang so anhöre, dann frage ich mich: Warum bedarf es überhaupt eines Auswertungsreferates und eines Leiters des Auswertungsreferats, wenn der Behördenleiter ja aus vorliegenden Deckblattmeldungen mal seine eigenen Schlüsse ziehen kann? Das ist doch nicht kohärent.

Sie haben einen Auswerter in Ihrem Referat, der eine exzellente Analyse vorgelegt hat - ich gestehe zu, dass man hinterher immer schlauer ist; bitte missverstehen Sie es nicht -, der eine exquisite Analyse vorgelegt hat, die jetzt retrospektiv sozusagen die Sache absolut richtig analysiert hat, die vielleicht der Schlüssel zum Schloss hätte sein können, dass diese ganze Mordserie überhaupt passiert. Und da finde ich Ihre Argumentation weiterhin einfach extrem formalistisch.

Der Behördenleiter hat gesagt, wären ihm diese Zusammenhänge so vorgelegt worden, hätte er einen Ermessensspielraum von null gehabt, das an die Polizei weiterzuleiten; er hätte es umgehend weiterleiten müssen. Wir hatten eben einen anderen Zeugen, einen Abteilungsleiter aus dem BfV, der sich auch dahin gehend geäußert hat, dass man das an die Polizei hätte weitergeben müssen. Und es ist eine Quelle aus Brandenburg, für die wir doch auch die Verantwortung tragen.

Sehen Sie nicht, dass dieser § 17, aus dem Kollege Dr. Schöneburg ja eindeutig zitiert hat, es eigentlich auch von Ihnen verlangt hätte, dass das weitergegeben wird?

Untersuchungsausschuss 6/1
32. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

31.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Jörg Milbradt: Noch mal: Ihnen kann ich insofern recht geben, dass der Abteilungsleiter selbstverständlich nicht über die Inhalte aller Quellenmeldungen alles wusste und ihm dazu nichts weiter mehr zu sagen wäre. Aber hierbei handelt es sich ja um Quellenmeldungen, deren Inhalt von herausragender Bedeutung war. Und da durfte ich unterstellen und unterstelle auch weiterhin, dass der Abteilungsleiter gerade diese Quellenmeldungen sehr aufmerksam zur Kenntnis genommen hat und daraus seine Schlüsse ziehen konnte.

Was Sie jetzt als exquisite und dem Abteilungsleiter vorenthaltene Einschätzung ansehen, kann ja nach dem Stand der Dinge nur die Anmerkung in dem Papier, das mir vorliegt, sein:

„Inwiefern die drei Gesuchten bei einem Scheitern des Überfalls auch von der Schusswaffe Gebrauch machen und eventuell Menschen töten könnten, ist hier nicht bekannt. Der Fall Kay Diesner zeigt aber, dass Derartiges in der rechtsextremistischen/rechtsterroristischen Szene nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden kann.“³

Ich bitte Sie: Was an diesen zwei Sätzen sollte dem Abteilungsleiter nicht bekannt gewesen sein zu dem Zeitpunkt, wo ich mit ihm gesprochen habe, oder auch schon vorher, als er das zitierte Presseinterview gab, wo er genau diese Schlussfolgerungen - - oder nicht Schlussfolgerungen, diese Möglichkeiten ins Gespräch gebracht hat? Also, ich sehe weiterhin absolut nicht, was dem Abteilungsleiter vorenthalten worden wäre.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut, das lasse ich jetzt mal so stehen. - Wir kommen auf die Konsequenzen, die ja auch in der Auswertung, in der Analyse des Auswerters Ackrath anklingen, dass eine Überwachung der Kontaktperson Jan Werner und Antje P. vorgeschlagen wird. Sie sagen: Na ja, da sind doch Überwachungen erfolgt. - Welche Polizeidienststellen haben denn Jan Werner und Antje P. ab Mitte September 98 bis wann lückenlos überwacht, also Telefonüberwachung, Postkontrolle, Observation, das komplette Programm? Das ist doch gerade nicht erfolgt.

Zeuge Jörg Milbradt: Doch - also, ich kann jetzt nicht alle Daten nennen -, es gab von Februar 98 bis Februar 2000 verschiedene Telefonüberwachungsmaßnahmen des Landeskriminalamtes Thüringen, und zwar gegen die hier genannten Personen und auch noch gegen weitere in Sachsen. Von August bis September 98 gab es Telekommunikationsüberwachungsmaßnahmen ebenfalls von Thüringen gegen Werner. Das thüringische Verfassungsschutzamt hat G-10-Maßnahmen vom August bis zum Oktober 98 gegen die Personen aus dem Umfeld des Trios gemacht. Und eine Observation sowohl des LfV Sachsen als auch des LfV Thüringen ist im September gegen Antje P. vorgenommen worden, im September weitere Observationsmaßnahmen der beiden Behörden aufgrund der Hinweise, die „Piatto“ geliefert und wir den Behörden in Thüringen und Sachsen zugeleitet hatten.

³ Anmerkung Stenografischer Dienst: Das Zitat konnte nicht verifiziert werden.

Untersuchungsausschuss 6/1
32. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

31.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Diese Maßnahmen haben sich dann ja auch fortgesetzt. Im Oktober und November gab es Telekommunikationsüberwachungsmaßnahmen gegen Antje P., ebenfalls in diesem Zeitraum von der gleichen Behörde solche Maßnahmen gegen Michael P. Das sächsische Landesamt hat im Oktober 98 Werner observiert. Und dabei habe ich dann noch - - Das will ich noch hinzufügen: Es gab Observationen im März 99, ebenfalls vom thüringischen Landesamt, gegen Werner und andere Personen in Chemnitz, die damit in Zusammenhang stehen, im Jahre 2000 eine Observation gegen eine weitere mögliche Kontaktperson und im September bis Oktober gegen wiederum eine weitere Person durch die Polizei aus Thüringen bzw. Sachsen.

Also, mir kann niemand verdeutlichen, welche operativen Maßnahmen zur Beobachtung der Kontaktpersonen in Chemnitz unterlassen worden wären, sodass die Frage, ob an dieser Unterlassung die brandenburgische Verfassungsschutzbehörde schuld sein könnte, gegenstandslos wird.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Die Vielzahl der von Ihnen jetzt vorgetragenen Maßnahmen zeigt doch auch, dass das Stückwerk war. Es ist sehr viel vom Landesamt für Verfassungsschutz dabei, aber es hätte doch gerade in die Hand von Strafverfolgungsbehörden in Thüringen und Sachsen gelegt werden müssen, versehen mit einem ordentlichen Behördenzeugnis. Glauben Sie nicht, dass die Information, dass dem untergetauchten Rechtsterroristen-Trio auch Raubüberfälle zuzuordnen sind, dann noch mal ganz andere Ermittlungsstränge irgendwie aktiviert hätte?

Herr Milbradt, könnte es sein, dass Ihre Vorgehensweise, den Behördenleiter Herrn Dr. Förster nicht schriftlich und auch offensichtlich nicht umfassend zu informieren, damit zusammenhängt, dass Sie eine ganz andere Einschätzung der Rechtsterrorismusgefahr selber hatten, und vor allen Dingen, dass Sie Ihre Quelle „Piatto“ nicht gefährden wollten?

Zeuge Jörg Milbradt: Zunächst zum zweiten Teil Ihrer Frage: Die Beurteilung des Einsatzes der Quelle „Piatto“ lag in letzter Instanz innerhalb der Behörde beim Abteilungsleiter. Wie schon mehrfach dargestellt wurde, hatte er, wie er sagte, Bauchschmerzen, hat aber trotzdem niemals Abstand von der Nutzung dieser Quelle genommen, sodass ich ihm gegenüber gar - welch absurde Vorstellung - die Quelle „Piatto“ nicht habe schützen müssen.

Rufen Sie mir bitte noch mal in Erinnerung: Was war der erste Teil Ihrer Frage?

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Der erste Teil war eine Erwiderung auf Ihre verschiedenen Beiträge, wer wann was abgeholt hat.

Zeuge Jörg Milbradt: Ach so, ja, die Polizei ... (akustisch unverständlich).

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich habe gesagt, es hätte in die Hände der Polizei gehört, versehen mit einem ordentlichen Behördenzeugnis. Und auch die

Untersuchungsausschuss 6/1
32. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

31.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Information, dass dem Trio Raubüberfälle zuzuordnen sind: Da war ja nun schon ermittelt worden auch in dieser Hinsicht. Meinen Sie nicht, dass das ganz andere Ermittlungsstränge noch mal ergeben hätte?

Zeuge Jörg Milbradt: Wie gesagt, das thüringische Landeskriminalamt ist auf Veranlassung unserer Behörde durch die thüringische Verfassungsschutzbehörde unterrichtet worden, und die Observationsmaßnahmen gegen P. und Werner waren zu einem großen Teil ja auch vom Landeskriminalamt Sachsen aus verschiedenen Gründen unternommen worden. Und wenn bei diesen Observationen weitere Anhaltspunkte für die in den Quellenmeldungen geäußerten Verdächtige aufgekommen wären, hätte natürlich die Polizei in Sachsen entsprechend gehandelt; da bin ich mir sicher. Also insofern bleibe ich bei meiner Einschätzung, dass keiner der beteiligten Behörden eine Kenntnis vorenthalten worden ist, bei deren Übermittlung sie hätte anders handeln können und müssen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Noch mal zu diesem Treffen am 17. September 98, das ursprünglich in Dresden stattfinden sollte, dann aber in Potsdam stattgefunden hat, zwischen den verschiedenen Landesämtern und geplant auch mit dem BfV. Sie haben ja eben selbst geschildert, es haben weitere Auswerter teilgenommen. Wäre das nicht eigentlich zwingend gewesen, dass Sie als Referatsleiter, als stellvertretender Leiter der Verfassungsschutzbehörde da auch teilgenommen hätten und dass dann nur ein mündlicher Austausch mit Herrn Odendahl - - und dann ist wieder gut. Wird das der Bedeutung eines solchen Falles und der Bedeutung, was immerhin zu einem Treffen von verschiedenen Behörden führt, gerecht?

Zeuge Jörg Milbradt: Im Nachhinein kann ich das anders beurteilen als vorher. Ich hatte ja gesagt und muss es wiederholen: Als Herr Odendahl zu diesem Treffen einlud, hat er mich davon unterrichtet, dass es nicht um die Bewertung oder Erweiterung von Erkenntnissen gehe, sondern lediglich um operative Schritte. Warum trotz alledem Auswerter aus Sachs- - Und er hat ausdrücklich gesagt - das muss ich hinzufügen -, dass eine Beteiligung der Auswertung aus diesem Grunde, eben genannten Grunde nicht nötig und angemessen sei.

Mit dieser Auskunft habe ich mich zufriedengegeben; denn grundsätzlich musste ich ja dem Urteilsvermögen meines Kollegen - - eine zutreffende Beurteilung zutrauen. Und die operativen Schritte, die besprochen worden sind, waren ja im Wesentlichen die, dass eben die Polizei in Thüringen unterrichtet werden sollte, und das ist ja dann auch geschehen. Insofern hätte eine Beteiligung der Auswertung in Brandenburg sicherlich sinnvoll erscheinen können - im Nachhinein beurteilt -, aber ich habe Ihnen ja erklärt, warum es sie nicht gegeben hat.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Frage, bitte.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Warum hat der Brandenburger Verfassungsschutz praktisch im selben Zeitraum, Oktober 98, die Enttarnung Szczepanskis für eine Lieferung mit „Landser“-CDs riskiert, aber nicht für die

Untersuchungsausschuss 6/1
32. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

31.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Fahndung nach untergetauchten Rechtsterroristen, die sich bewaffnen wollten und die einen weiteren Überfall planten? Ist das nicht ein gewisses Missverhältnis?

Zeuge Jörg Milbradt: Es war nicht von vornherein abzusehen, dass diese Beschlagnahmung der „Landser“-CDs einen Verdacht auf Szczepanski als mögliche Quelle des Verfassungsschutzes lenken würde. Es ist dann aber so gekommen. Aber immerhin war der Verdacht ja dann nicht so stark, dass er sozusagen zum Ausschluss Szczepanskis aus der Szene und zu seiner Ächtung geführt hätte. Es blieb also nur ein sozusagen mulmiges Gefühl bei seinen Kontaktpersonen übrig.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich möchte noch eine Frage anschl- -

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wir haben bei der letzten Zeugenvernehmung heute Nachmittag darüber diskutiert, dass ja möglicherweise ein Behördenzeugnis durch das BfV es ein wenig unwahrscheinlicher gemacht hätte, dass der Bezug zu „Piatto“ hergestellt wird. Warum haben Sie von einer solchen Möglichkeit nicht Gebrauch gemacht?

Zeuge Jörg Milbradt: Also, ich kann natürlich nicht von einer Möglichkeit Gebrauch machen, die in der Entscheidungskompetenz des Bundesamtes für Verfassungsschutz lag. Ich weiß aber, dass sehr wohl auch im Bundesamt das erwogen wurde, aber im Landeskriminalamt Thüringen, das dann als Gesprächspartner galt, sei gesagt worden, auch ein solches Behördenzeugnis reiche als Aktenbeleg für die dortige Behörde nicht aus. Und darum hat man offenbar im BfV darauf verzichtet.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wo ist diese Information zu finden, dass ein Behördenzeugnis durch das BfV nicht ausreichend gewesen sei? Können Sie uns da helfen, wo das vermerkt ist?

Zeuge Jörg Milbradt: Ja, Augenblick. Da muss ich in meinen Notizen suchen. - Augenblick, bitte.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Das wäre freundlich.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen.)

Zeuge Jörg Milbradt: Ich finde jetzt keine Daten, die das belegen, kann das also nur aus der Erinnerung rekonstruieren.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also wir haben so einen Vermerk nicht. Das wäre sehr aufschlussreich, ihn zu haben. Also, falls Sie da noch was finden in Ihren Unterlagen - -

Untersuchungsausschuss 6/1
32. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

31.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Jörg Milbradt: Also, ich finde nichts mehr, denn ich bin nicht mehr Angehöriger der Behörde seit fast anderthalb Jahrzehnten.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja gut, aber Sie haben ja irgendwas vor sich liegen. - Gut, ich gebe dann erst mal ab.

(Abgeordnete Gossmann-Reetz [SPD]: Pause? Fünf Minuten?)

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ich frage mal: Herr Milbradt, wollen wir eine kurze Pause einlegen, -

Zeuge Jörg Milbradt: Nein.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): - bevor wir in die nächste Fragerunde gehen? - Dann geht das Fragerecht an die SPD-Fraktion.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich hätte gern eine Pause gehabt, aber gut.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ich dachte, das war für den Zeugen gedacht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sowohl als auch.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Der braucht sie offensichtlich nicht. - Dann geht es weiter.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut, Herr Milbradt, dann kriege ich keine Pause und befrage Sie weiter. - Jetzt geht es um die Zeit, wo Szczepanski schon aus der Haft entlassen war und auch unter Bewährungsauflagen stand. Wie ist denn damals der Brandenburger Verfassungsschutz mit Strafverfahren gegen Herrn Szczepanski umgegangen, die gegen ihn erhoben worden sind in dieser Zeit, also Ermittlungsverfahren?

Zeuge Jörg Milbradt: Können Sie mir freundlicherweise sagen, auf welches Verfahren Sie Bezug nehmen?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, es gab Strafverfahren sowohl gegen Herrn Szczepanski und dessen V-Mann-Führer.

Zeuge Jörg Milbradt: Was?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Verdacht der Bildung einer kriminellen Vereinigung bzw. Mitgliedschaft in einer Vereinigung nach § 129, dann - - Wir würden Ihnen - -

Untersuchungsausschuss 6/1
32. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

31.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Jörg Milbradt: Können Sie mir sagen, in welchem Zeitraum dieses Verfahren lief?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Dezember 99. - Und im Zusammenhang mit anderen Ermittlungsverfahren liegt uns auch ein Fax von Ihnen an das LKA Brandenburg vom 28.02.2000 vor, in dem Sie sinngemäß die Einstellungen von Maßnahmen einfordern. Wir würden Ihnen auch das vorlegen wollen. Das kommt jetzt.

Zeuge Jörg Milbradt: Nein, das habe ich vorliegen. Danke schön.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das haben Sie.

Zeuge Jörg Milbradt: Also, mir sind jedenfalls in der Erinnerung keine laufenden Verfahren gegen Szczepanski zu diesem Zeitpunkt präsent. Und worauf zielt jetzt Ihre Frage mit Bezug auf dieses Schreiben vom 28.02.?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut, dann gehen wir erst mal auf das Fax ein. Ich lese es mal noch mal vor - wir hatten die Quelle hier schon mehrfach ⁻⁴

„Die brandenburgische Verfassungsschutzbehörde bearbeitet die rechtsextremistische Szene in und um Königs Wusterhausen intensiv, auch unter Einsatz operativer Mittel. Einbezogen in diese Bearbeitung sind die einschlägigen Szeneangehörigen, darunter auch der von Ihnen genannte Carsten SZCZEPANSKI. Ihre Besorgnis, dass eventuell operative Maßnahmen von Seiten der Polizei mit hiesigen Maßnahmen kollidieren könnten, ist berechtigt.“

Und jetzt kommt der relevante Absatz:

„Ich bitte Sie deshalb, vom Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel – soweit die Polizei grundsätzlich hierzu befugt ist – gegen Personen aus der rechtsextremistischen Szene Königs Wusterhausen abzusehen; sollten Sie im Einzelfall den Einsatz solcher Mittel gleichwohl als unerlässlich ansehen, bitte ich um konkrete Abstimmung.“

Und auf der zweiten Seite des Schreibens - -

Zeuge Jörg Milbradt: Verzeihung, dass ich unterbreche. Der nächste Satz ist aber entscheidend, den Sie jetzt nicht vorgelesen haben.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Dann lesen Sie diesen bitte vor.

Zeuge Jörg Milbradt:

⁴ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: Ordner B 5 Vorinhaltsverzeichnis - Anlagen zu Ziff. 23 - 25, B5 i.V. B148 Ergänzungsberichte, VS NfD, UA6-1, BB B5, Ergänzung Band 1+2, UA6-1, BB B5, Ergänzung Band 1.pdf, Seite 174 f.

Untersuchungsausschuss 6/1
32. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

31.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

„Reguläre polizeiliche Ermittlungen in strafprozessualen Verfahren werden hingegen durch hiesige Interessen keineswegs gehindert.“

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. - Dann frage ich Sie jetzt noch mal auf Ihren Bereich: Welche nachrichtendienstlichen Mittel sollte die Polizei hier einstellen?

Zeuge Jörg Milbradt: Nicht einstellen. Sie hat ja erwogen, welche zu unternehmen. Welche, weiß ich natürlich nicht - heute nicht. Ob ich es damals wusste, welche seinerzeit erwogen wurden, kann ich nicht rekonstruieren. In erster Linie muss man natürlich an Observationen denken oder auch an den Einsatz eigener V-Leute der Polizei. Aber immerhin hatte ich ja die Klausel angefügt: Sollte die Polizei solche Maßnahmen als unerlässlich ansehen, möge sie sie bitte mit uns abstimmen. - Da die Polizei eine solche Abstimmung nicht gesucht hat, musste ich daraus schließen, dass sie keine solche Maßnahme seinerzeit für unerlässlich hielt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was verstehen Sie unter „konkreter Abstimmung“ zwischen Ihrer Behörde und der Polizei?

Zeuge Jörg Milbradt: Dass die Polizei uns mitteilt, welche Maßnahmen gegen wen sie erwägt, und von uns zu hören verlangt, ob wir das kommentieren können und, wenn ja, wie.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Auf der zweiten Seite des Schreibens ist ja noch handschriftlich vermerkt:

„Am 3.03. Herrn KHK Becker, 4 K Potsdam, fernmündlich informiert. Einsatz entfällt.“

Unterschrift: A.

Das heißt, der Verfassungsschutz sorgt dafür, dass Polizei tätig wird oder nicht tätig wird.

Zeuge Jörg Milbradt: Nein. Dieser Vermerk stammt ja nicht von mir, sondern von einem Sachbearbeiter. Ich kann nicht rekonstruieren, um welchen Einsatz es sich handelt, der da entfällt. Es wird hier ja nicht ins Einzelne gegangen, sodass dieser Vermerk für mich mehr Fragen aufwirft als beantwortet.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie bewerten Sie denn das juristisch?

Zeuge Jörg Milbradt: Was?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Dass der Verfassungsschutz hier darum bittet, Einsätze einzustellen bzw. von Einsätzen abzusehen, -

Zeuge Jörg Milbradt: Na, von nachrichten- - dem Einsatz - -

Untersuchungsausschuss 6/1
32. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

31.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - vom Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel -

Zeuge Jörg Milbradt: Richtig.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - abzusehen, und dann die Polizei Ihnen antwortet, dass ihr Einsatz entfällt.

Zeuge Jörg Milbradt: Wie gesagt: Ich weiß nicht, um welchen Einsatz es sich handelt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das ist, glaube ich, unerheblich. Es geht mir darum, dass die Polizei wirklich auf Wunsch des Verfassungsschutzes ihre Ermittlungen nicht fortsetzt. Wie bewerten Sie das juristisch?

Zeuge Jörg Milbradt: Strafprozessuale Ermittlungen, wie ich ausdrücklich in diesem Schreiben festgehalten habe, waren von unserer Bitte und Anregung in keiner Weise berührt, sondern lediglich eventuelle nachrichtendienstliche Verfahren der Polizei, die ja nach Polizeirecht nicht im Zentrum der polizeilichen Arbeit stehen, sondern sozusagen nur ein zusätzliches oder am Rande stehendes Mittel polizeilicher Arbeit sind. Eine Bitte ist keine Anweisung. Und wie eine Behörde auf die Bitte einer anderen reagiert, liegt wiederum bei ihr. Irgendeine Anordnungsbefugnis gegenüber der Polizei hat der Verfassungsschutz selbstverständlich nicht und hat sie sich auch niemals angemaßt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Halten Sie es auch nicht für möglich, dass Sie mit diesem Fax eigentlich auch die Informantentätigkeit von Herrn Szczepanski gegenüber dem LKA bzw. diesem 4. Kommissariat der Polizei Potsdam preisgegeben haben?

Zeuge Jörg Milbradt: Nein, das sehe ich nicht. Ich räume ein, dass geistig wache Polizeibeamte sich die Frage vorlegen könnten, ob es so sei. Aber dass gerade Szczepanski hier namentlich genannt ist, ist der Ausfluss dessen, dass die Polizeibehörde ausdrücklich nach ihm gefragt hatte. Ich weiß jetzt nicht mehr - es geht ja auch aus diesem Schreiben nicht hervor -, in welchem Zusammenhang und mit welcher Zuspitzung die Polizei gerade den Namen Szczepanski ins Spiel gebracht hat und ob dieses Ins-Spiel-Bringen Szczepanskis etwa schon Ausfluss eines bei der Polizei vorhandenen Verdachts oder einer Mutmaßung war, dass Szczepanski eine Quelle des Verfassungsschutzes sein könnte. Ich habe darum diesen Vermerk so neutral formuliert, dass dieser mögliche Verdacht - ob er bestanden hat, weiß ich ja nicht - weder gestützt noch von vornherein als völlig abwegig dargestellt wurde. Und auch beim heutigen Lesen dieses Vermerks wüsste ich jetzt keine Formulierung in diesem Schreiben, die ich anders und besser hätte treffen können.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wir würden Ihnen gleich mal vorlegen, auf was für ein Ermittlungsverfahren das Ganze sich hier beruft. Es geht hier um ein Strafverfahren gegen Herrn Szczepanski und um eine Hausdurchsuchung.

Zeuge Jörg Milbradt: Die hat ja dann auch stattgefunden.

Untersuchungsausschuss 6/1
32. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

31.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber wesentlich später.

Zeuge Jörg Milbradt: Nein. Am 7. März 2000. Und mein Schreiben datiert vom 28. Februar. Das nenne ich nicht „wesentlich später“.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. Wir würden Ihnen das jetzt trotzdem noch mal vorlegen, um den Zusammenhang herzustellen für Sie - - und gegen wen auch alles ermittelt wird, weil Sie vorhin etwas irritiert waren. Da steht noch mal, wer die Verdächtigen sind. Und dann würde ich Sie bitten, auf den vierten Namen zu achten.

Zeuge Jörg Milbradt: Und diese Hausdurchsuchung am 7. März belegt ja, dass die Polizei sich in ihren strafprozessualen Maßnahmen nicht - -

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt.)

Ah ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, wir wollen auch noch mal darauf - -

Zeuge Jörg Milbradt: Dieses Schreiben war mir nicht mehr präsent, aber es macht jetzt die Zusammenhänge klar. In dem Schreiben kündigt die Polizei ja an, dass sie nachrichtendienstliche Mittel einzusetzen gedenke gegen Szczepanski und weitere Personen. Und darauf reagiert mein Schreiben. Ob die Polizei trotz alledem solche Maßnahmen ergriffen hat, weiß ich nicht. Jedenfalls hat sie sie nicht mit uns - - Wenn ja, hätte sie sie nicht mit uns abgestimmt. Aber - in Anführungsstrichen - „normale“ polizeiliche Ermittlungen sind ja vorangetrieben worden, und eine Folge davon war ja die eben erwähnte Hausdurchsuchung samt Beschlagnahme des PC bei Szczepanski am 7. März 2000.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich will aber noch mal darauf zurück- - Wenn Sie solche Faxe in ein Polizeipräsidium rüberschicken - und ein Fax, wissen wir alle, ist für viele Mitarbeiter offen auch zugänglich in so einer Polizeibehörde - und diese Namen dabei nennen, haben Sie damit den V-Mann nicht auch gefährdet?

Zeuge Jörg Milbradt: Da ausdrücklich nach Szczepanski gefragt worden ist, bin ich auch nur gerade auf ihn eingegangen. Und wenn dieses Schreiben höher eingestuft worden wäre, hätte das ja umgekehrt bei der Polizeibehörde den Verdacht entstehen lassen oder gegebenenfalls verstärken können, dass es hier doch um Quelleninteressen des Verfassungsschutzes gehe, und diesen Eindruck wollte ich selbstverständlich nicht hervorrufen oder gar bestärken.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Deswegen VS-NfD eingestuft.

Zeuge Jörg Milbradt: Richtig.

Untersuchungsausschuss 6/1
32. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

31.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay, danke schön.

Vorsitzende: Wir machen weiter mit der CDU-Fraktion. Herr Lakenmacher.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Dann nahtlos die Frage: Gehörte so ein Schreiben, so ein Fax zum Üblichen?

Zeuge Jörg Milbradt: Also, wenn die Polizei fragt - und das ist ja geschehen - -

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Wie oft kam das vor, dass die Polizei gefragt hat?

Zeuge Jörg Milbradt: Mit Blick auf eigene Maßnahmen eher selten, aber es ist nicht völlig unüblich.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Und dann war es auch üblich, so ein Fax abzusetzen.

Zeuge Jörg Milbradt: Jedenfalls ist es in keiner Weise ein Ausnahmefall.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Und damit üblich. Okay. - Es gab ja so im Mai 2000 ein gewisses Misstrauen gegen den Szczepanski. Zum Beispiel fordert Herr Wegesin vom BfV die Überwachung einer Nummer von Szczepanski, die aus der bisherigen BfV-Telekommunikationsüberwachung ausgenommen wurde, weil sie allein der Kommunikation mit dem Verfassungsschutz Brandenburg dienen sollte. - Das ist Ihnen bekannt.

Zeuge Jörg Milbradt: Aber der Zusammenhang ist etwas anders, als Sie ihn dargestellt haben.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Ich bin noch nicht fertig, ich bringe es noch zu Ende. Sie können dann ausführen. - Und anscheinend hatte Herr Wegesin ja Hinweise, dass sich Szczepanski nicht an diese Vorgabe hielt und darüber hinaus auch am Verfassungsschutz vorbei agierte und mit diesem Handy, was ihm zur Verfügung gestellt wurde, da Szenekontakte hält und eben nicht nur mit dem Verfassungsschutz kommuniziert. Hat er mit Ihnen darüber jemals gesprochen?

Zeuge Jörg Milbradt: Sie meinen, Herr Wegesin?

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Ja.

Zeuge Jörg Milbradt: Kann ich mich jetzt nicht konkret daran erinnern, aber ich kann es auch nicht ausschließen.

Was das Handy angeht, so ist das in der Tat durch Szenekontakte, die wiederum vom BfV durch Telekommunikationsüberwachungsmaßnahmen belegt worden sind, bekannt geworden. Und das BfV hat dann darauf hingewiesen, dass dieses Handy

Untersuchungsausschuss 6/1
32. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

31.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

also in seine Maßnahme geraten sei. Im Übrigen hat denselben Telefonverkehr auch das thüringische Landeskriminalamt überwacht. Deswegen musste dann dieses Handy aus dem Verkehr gezogen werden. Ob Szczepanski definitiv die Weisung erhalten hatte, dieses Handy ausschließlich für Kontakte mit dem Verfassungsschutz, also mit seinem V-Mann-Führer, zu benutzen oder nicht, weiß ich nicht.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Da sage ich Ihnen: Das geht aus dem Vermerk des Herrn Wegesin bzw. dessen Antrag zur Überwachung an das BfV eindeutig hervor.

Zeuge Jörg Milbradt: Gut, dann war es so, und dann hat Szczepanski in diesem Falle das, was ihm als Vorgabe gegeben war, missachtet. Ja, das muss dann eingeräumt werden.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): War Ihnen das bekannt?

Zeuge Jörg Milbradt: Was genau?

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Dass es dieses Misstrauen gab.

Zeuge Jörg Milbradt: Also, Misstrauen wird natürlich durch ein solches - -

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Misstrauen gegenüber einem V-Mann ist immer gut. - Ich sage mal, dass es diese Zweifel gab, dass er diese Anordnung, dieses Handy nur zur Kommunikation mit dem Verfassungsschutz zu nutzen, hier bricht.

Zeuge Jörg Milbradt: Also, bevor das Handy aufgefliegen ist, gab es dieses Misstrauen jedenfalls bei mir nicht. Ob es das bei seinem V-Mann-Führer oder in der Beschaffung gab, weiß ich nicht. Aber jedenfalls durch den von Ihnen erwähnten Umstand muss spätestens zu diesem Zeitpunkt natürlich dieses Misstrauen aufkommen.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Hatten Sie jemals Misstrauen - wie gesagt, Misstrauen ist immer angebracht -, aber jemals Zweifel daran, dass der Szczepanski hier auch, sage ich mal, den Rahmen, den der Verfassungsschutz Brandenburg für ihn gesteckt hatte im Zuge seiner Tätigkeit, überschreitet?

Zeuge Jörg Milbradt: Prinzipiell ja, obwohl ich jetzt auf Anhieb keine Tatsachen nennen könnte, die diesen Verdacht gestützt haben. Aber bei seinen weitgespannten Aktivitäten hätte ich das von vornherein niemals ausschließen können und wollen.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Weitgespannte Aktivitäten: Wie meinen Sie das?

Zeuge Jörg Milbradt: Seine Kontakte in die rechtsextremistische Szene und auch seine eigenen Aktivitäten waren ja weit über Königs Wusterhausen hinaus ausgebreitet. Sie reichten in die verschiedensten Regionen Deutschlands und ins Ausland. Und ein Umstand, der mindestens seine Unvorsichtigkeit belegt hat, war ja

Untersuchungsausschuss 6/1
32. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

31.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

eine Tatsache, die vielleicht auch schon in anderem Zusammenhang hier in Rede stand, nämlich dass er sich beteiligt hatte an einer Postkarte, die aus Schweden an den damaligen Abgeordneten Stefan Ludwig geschickt worden ist. Das war mindestens, allermindestens ein unkluges Verhalten von Szczepanski, eigentlich auch ein unprofessionelles; denn er hat ja damit rechnen müssen, dass diese Postkarte Ermittlungen auslösen würde, die dann auch ihn betreffen könnten.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Jetzt sagen Sie „unprofessionell“. Ich habe ja vorhin erwähnt: Misstrauen gegenüber einem V-Mann ist immer angebracht.

Zeuge Jörg Milbradt: Ist richtig.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Wann ist denn der V-Mann professionell?

Zeuge Jörg Milbradt: Wenn er sich an die Vorgaben des Verfassungsschutzes hält und auch darüber hinaus alle vernünftig gebotenen Vorsichtsmaßnahmen beachtet. Das ist ein Teil der Professionalität.

Der andere Teil ist natürlich der, wie er seine Informationen gewinnt und weitergibt. Aber das ist dann ein weites Feld, auf das sich wahrscheinlich Ihre Frage jetzt nicht bezogen hat.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Vielen Dank.

Vorsitzender Rupprecht: Wir machen weiter mit der Fraktion der Linken. - Keine weiteren Fragen. - Herr Wiese auch nicht. - Dann Frau Nonnemacher, bitte.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Herr Milbradt, wir haben vorhin über die Einschätzung zum Rechtsterrorismus gesprochen. Ich frage Sie: Warum deutete es aus Sicht des brandenburgischen Verfassungsschutzes im Jahr 2000 auf Gewaltfreiheit hin, wenn Nazis schwarze Listen mit persönlichen Daten von Parlamentariern, Richtern, Juden, engagierten Christen und Linken verbreiteten, um sie psychisch zu terrorisieren - das steht so im Verfassungsschutzbericht 2000 -, und wie passt das mit der Feststellung des Verfassungsschutzes in dem gleichen Bericht zusammen, wonach mittels schwarzer Listen unter anderem - zumindest unterschwellig - zur Gewalt bis hin zu Morden gegen politische Gegner aufgerufen wird?

Zeuge Jörg Milbradt: Ganz habe ich Ihre Frage nicht verstanden, aber ich versuche trotzdem zu antworten. Im Verfassungsschutzbericht des Jahres 2000 kann man lesen:

„Im Jahre 2000 fand die Polizei bei Neonazis mehrfach Waffen bzw. Sprengstoff, so auch in Brandenburg [...].“

Und dann kommen Einzelbelege; ich überspringe diesen Absatz.

Untersuchungsausschuss 6/1
32. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

31.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

„Auch in anderen Bundesländern gelangen den Strafverfolgungsbehörden z. T. spektakuläre Waffen- und Sprengstofffunde in der Neonaziszene. Die Meldungen hierüber lösten in der Öffentlichkeit eine Diskussion aus, ob sich in Deutschland bereits ein Rechtsterrorismus herausbilde.“

Ich überspringe noch einen Absatz.

„[Es] liegt eine ernstzunehmende Gefahr darin, dass Rechtsextremisten sich zunehmend Waffen und Sprengstoff mit der Absicht beschaffen, sie gegen politische Gegner einzusetzen. Hier zeichnen sich Ansätze zum Rechtsterrorismus ab.“

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Darf ich da gerade ergänzen? Sie haben wunderbar - das Zitat hätte ich in anderer Zusammenfassung Ihnen auch vorhalten können - aus dem Verfassungsschutzbericht zitiert; aber da steht zum Beispiel auch drin:

„Straftaten, die bis nahe an die Schwelle des Terrorismus führen, werden in der Regel von Einzeltätern oder nicht hinreichend gefestigten Kleingruppen begangen und entspringen keiner strategischen Planung.“

Ich glaube, das ist wichtig für das, worüber wir reden. Wie war sozusagen beim brandenburgischen Verfassungsschutz der Blick auf den Rechtsterrorismus?

Zeuge Jörg Milbradt: Also, Taten von Einzeltätern mit terroristischer Qualität waren bekannt, zumindest die Tat von Kay Diesner. Es gab aber zu der Zeit keine gesicherten Erkenntnisse, dass es feste Gruppenstrukturen mit terroristischer Absicht - wie es auf der linksextremistischen Seite etwa die RAF gewesen ist - gegeben haben könnte, sodass - - Und zu diesem Zeitpunkt war ja auch noch nicht bekannt, dass das heute NSU-Trio genannte Personenkonglomerat terroristische Aktivitäten entfaltet hat. Man wusste nur oder konnte annehmen, dass sie dazu möglicherweise in der Lage gewesen sein könnten. Aber Belege hatte man damals dafür ja nicht, mit Ausnahme des Umstandes, dass sie, wie ich schon erwähnte, Sprengstoff und Waffen gebunkert hatten und sich der Strafverfolgung durch Abtauchen in den Untergrund entzogen haben. Aber dass sie terroristische Planungen verfolgten, war damals keiner Sicherheitsbehörde bekannt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Na ja, ich meine, wir haben vorhin über die Einschätzung des Verfassungsschutzbehördenleiters Dr. Förster gesprochen - es wurde aus dem Artikel von März 98 zitiert -, der daraus andere Schlüsse gezogen hat. Wir haben hier aus den Einschätzungen des Auswerter Ackrath zitiert. Warum entstand aus spektakulären Waffen- und Sprengstofffunden, die im Verfassungsschutzbericht 2000 erwähnt wurden, kein Terrorismusverdacht? Was dachte man denn, was die Neonazis mit Waffen und Sprengstoff machen wollten? Ein Feuerwerk? Warum ist da nicht - - Warum wird immer von „Straftaten nahe am Terrorismus“ gesprochen? Warum ist das nicht als Terrorismus eingeschätzt worden?

Untersuchungsausschuss 6/1
32. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

31.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Jörg Milbradt: Es ist als Ansatz zum Rechtsterrorismus eingeschätzt worden, weil von konkreten Planungen zum Einsatz dieser Waffen und Sprengstoffe damals nichts bekannt war, geschweige denn von Taten, die diesen Planungen hätten folgen können.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Mhm. - Was unterscheidet terrornahe Kleingruppen ohne Führungspersönlichkeiten, wie sie im Verfassungsschutzbericht 2000 erwähnt werden, vom führungslosen Widerstand, wie ihn die Nazis propagiert haben?

Zeuge Jörg Milbradt: Das eine war ein ideologisches Konstrukt und zugleich eine Aufforderung an die Szene, solche Aktivitäten zu unternehmen. Das andere war die Feststellung - nach damaligem Kenntnisstand -, was in der Szene tatsächlich sich herausbildet und was in der Szene geschieht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber was unterscheidet zum Beispiel terrornahe Einzelkämpfer, die ja hier im Verfassungsschutzbericht 2000 auch erwähnt worden sind, vom rechtsterroristischen „Lone Wolf“-Konzept?

Zeuge Jörg Milbradt: Hier muss man an das Strafgesetzbuch erinnern. Demnach gehört per definitionem zum Terrorismus eine terroristische Vereinigung. Und eine Einzelperson ist keine Vereinigung.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Mhm. - Was meinen Sie: Warum hat sich der Verfassungsschutz Brandenburg im Jahr 2000 förmlich geziert, rechtsterroristische Bestrebungen zu diagnostizieren? Könnte das daran liegen, dass sein V-Mann „Piatto“ so nah an Waffenbeschaffungen von Herrn Menzel oder auch an Rohrbombenplanungen des Nick G. dran war?

Zeuge Jörg Milbradt: Das Gegenteil ist der Fall. Die brandenburgische Verfassungsschutzbehörde war im Jahre 2000 eine der wenigen oder vielleicht sogar die einzige Verfassungsschutzbehörde, die öffentlich von Ansätzen zum Rechtsterrorismus gesprochen hat, während andere Behörden allenfalls von dem Verdacht, dass sich rechtsterroristische Strukturen bilden könnten, gesprochen haben. Insofern hat die brandenburgische Verfassungsschutzbehörde sich gerade nicht geziert, bestimmte Feststellungen zu treffen, sondern sie ist im Vergleich zu anderen Verfassungsschutzbehörden vorgeprescht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Vorgeprescht. - Es gab also nach Ihrer Beobachtung keine Vorgaben von politischer Seite, dass die Diagnose „Rechtsterrorismus“ vermieden werden sollte?

Zeuge Jörg Milbradt: Nein, ist mir nicht bekannt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gar nicht. - Gut, dann hätte ich Sie gerne noch was anderes gefragt. Wir hatten bei Ihrer ersten Vernehmung hier vor dem Ausschuss über die Steuerung von „Piatto“ gesprochen. Über die Problematik von

Untersuchungsausschuss 6/1
32. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

31.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Steuerung von V-Personen insgesamt ist ja hier sehr viel diskutiert worden, so nach dem Motto: Steuert man sie irgendwo rein und unterhält damit sozusagen noch kriminelle Aktivitäten?

Sie hatten uns berichtet, dass „Piatto“ eigentlich fast gar nicht gesteuert worden ist, im Wesentlichen nur in die NPD hinein. „Piatto“ hat allerdings auch den Auftrag erhalten, weitere Erkenntnisse zu einem geplanten Anschlag von Rechtsextremisten auf ein Antifa-Café in Berlin-Prenzlauer Berg in Erfahrung zu bringen. War das ein Ausnahmefall, oder ist „Piatto“ doch weitergehend gesteuert worden, als Sie es uns hier ursprünglich dargestellt haben?

Zeuge Jörg Milbradt: Ja, ich antworte sogleich darauf. Es sei mir gestattet, zu dem vorgehenden Gesprächspunkt noch einen ganz kleinen Nachtrag zu liefern: Im Jahre 2000 hat das BfV öffentlich festgestellt, dass derzeit kein Rechtsterrorismus in Deutschland feststellbar sei, und demgegenüber waren die Einschätzungen der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg das, was ich „vorpreschen“ nannte, als wir öffentlich von Ansätzen zum Rechtsterrorismus sprachen.

Nun zu Ihrer eigentlichen Frage. Möglicherweise entstehen Missverständnisse daraus, wie man den Begriff „Steuerung“ definiert. Aufträge hat Szczepanski selbstverständlich vom Verfassungsschutz erhalten, durch die Beschaffung zuallererst und direkt, aber auch dann öfter auf Veranlassung der Auswertung über die Beschaffung. Das nenne ich nicht Steuerung, wenn es nur um Informationsbeschaffung geht.

Steuerung nenne ich, wenn er zu einem vorher nicht geübten Verhalten bewogen werden soll, das über die Erkenntnisgewinnung hinausgeht, die klare Erkenntnisgewinnung. Also: Der Eintritt in eine Organisation, das nenne ich Steuerung. Wenn er aber den Auftrag erhält: „Erkundige dich bitte nach diesen und jenen Personen und nach deren Plänen“, so ist das keine Steuerung, sondern ein normaler Auftrag an eine Quelle.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also auch, dass der V-Mann „Piatto“ hier nach unserer Aktenlage auftragsgemäß den militanten Rechtsextremisten Nick G. ausgekundschaftet hat, das würden Sie als einen ganz normalen Auftrag - -

Zeuge Jörg Milbradt: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Und dass er damit sozusagen auch noch in den Fokus der Strafermittlungsbehörden gerückt ist, ob er auch mit an einem Sprengstoffattentat beteiligt ist, das ist ein ganz normaler Auftrag für den Verfassungsschutz.

Zeuge Jörg Milbradt: So erst mal nicht. Dass er Informationen zu Nick G. liefert und dessen Pläne auskundschaftet, ist ein normaler Vorgang. Inwieweit er dabei im Kontakt mit Nick G. zu seiner eigenen Abtarnung eigene terroristische Planungen ins Gespräch bringt, ohne dass er je die Absicht gehabt hätte, sie zu verfolgen, ist etwas anderes. Das ist immerhin ein riskantes Verhalten. Und dieses riskante Verhalten ist

Untersuchungsausschuss 6/1
32. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

31.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

ihm ja auch zum Verhängnis geworden, als Nick G. dann später der Polizei gegenüber angegeben hatte, Szczepanski habe ihn erst angestiftet zu strafbaren Handlungen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wir haben hier in mehreren Sitzungen umfangreich aus Unterlagen zitiert, woraus hervorgeht, dass Szczepanski mit einem Programm versehen war, also: Geh zu der Versammlung, geh dahin, geh dorthin, mach das. - Das ist also ein straffes Programm für einen Fulltime-Job mit Achtstundentag, auch am Wochenende. Das ist hier mehrfach Gegenstand gewesen.

Sie würden also bei Ihrer Aussage bleiben, der sei fast nicht gesteuert worden, sondern das seien alles Eigenaktivitäten - -

Zeuge Jörg Milbradt: Nein, er hat ja Aufträge bekommen, wie ich sagte.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut, also da unterscheiden Sie: Steuerung ist nur in die NPD, in den NPD-Vorstand rein, -

Zeuge Jörg Milbradt: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - aber ein straffes Wochenprogramm mit lückenlosen Aufträgen, dies und dies zu machen, das ist keine Steuerung.

Zeuge Jörg Milbradt: Nein, jedenfalls dann nicht, wenn angenommen werden kann, dass Szczepanski auch von sich aus, wenn er keine Quelle des Verfassungsschutzes gewesen ist, solche Aktivitäten unternommen hätte, oder sie ihm jedenfalls nicht ferngelegen haben. Bei der NPD - -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber er hat sie ja nicht spontan übernommen, also er ist ja nicht spontan dahin gegangen, sondern er hat ja praktisch ununterbrochen Aufträge gehabt. Wie wollen Sie das denn noch differenzieren?

Zeuge Jörg Milbradt: Natürlich, das war eine hypothetische Frage. Aber Sie fragten ja, was Steuerung sei. Steuerung ist ein Verhalten, auf das die Quelle von sich aus nicht ohne Weiteres gekommen wäre, während die Erteilung von Aufträgen zu Handlungen, die er möglicherweise auch von sich aus und ohne Auftrag unternommen hätte, nach meinem Begriff keine Steuerung darstellt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Okay, das lasse ich jetzt mal so stehen. - Ich habe noch Fragen zum Komplex „Abschaltung von „Piatto““. „Piatto“ wurde nach Ihrer Aussage, die Sie hier am 22. März 2018 getroffen haben, abgeschaltet, weil er entgegen einer Weisung eine Waffe in seiner Wohnung aufbewahrte, die er an einen anderen Interessenten, Uwe Menzel, weitergeben sollte. Zum Zeitpunkt der Abschaltung von „Piatto“ am 30. Juni 2000 hatte die Polizei aber noch gar keine Kenntnis von der fraglichen Waffe, weil sie die Wohnung von Menzel erst am 9. Juli 2000 durchsuchte. Was war denn der wirkliche Grund, warum „Piatto“ am 30. Juni 2000 abgeschaltet wurde, obwohl Sie ihm am 9. Juni 2000 noch eine

Untersuchungsausschuss 6/1
32. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

31.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

uneingeschränkte Steuerbarkeit und eine uneingeschränkte Nachrichtenehrlichkeit bescheinigt haben?

Zeuge Jörg Milbradt: Es trifft zu, dass Szczepanski diese Waffe nur deponiert hat, um sie dann weiterzugeben. Und diese Weitergabe diene ja auch letztlich dazu, dass der Empfänger dadurch in strafprozessuale Maßnahmen geraten ist und dafür dann auch strafrechtlich verfolgt wurde.

Gleichwohl hatte Szczepanski die strikte Weisung, niemals, unter keinen Umständen Waffen in die Hand zu nehmen - von benutzen gar nicht zu reden -, und über diese Maßgabe hatte er sich mit der kurzfristigen Lagerung einer Waffe in seiner Wohnung - oder jedenfalls in seinem Wirkungsbereich - hinweggesetzt. Und das war ein Grund, warum die Abschaltung für notwendig erachtet wurde.

Außerdem wurde zu diesem Zeitpunkt bekannt, dass Nick G. Szczepanski, wie gerade eben von mir erwähnt, beschuldigte, er, Szczepanski, habe ihn, Nick G., erst zum Einsatz von Sprengmitteln veranlasst. Ob das nun eine Schutzbehauptung von Nick G. war oder nicht, sei dahingestellt. Und Nick G. hat auch nicht erwähnt, dass es zwar solche Absprachen gegeben hat, aber Szczepanski ausdrücklich darauf bestanden hat, dass er - und er allein - über den Zeitpunkt des Einsatzes dieser Mittel entscheiden solle und wolle, und dass er unter diesen Umständen selbstverständlich niemals das Okay für den Einsatz gegeben hätte, aber Nick G. zu diesem Zeitpunkt natürlich glauben sollte, dieser Einsatz sei möglich und irgendwie doch in Planung. Aber im Grunde diene das Ganze ja nur dazu, Nick G. zu enttarnen, und das ist ja dann auch gelungen. Nick G. ist deswegen ja auch den Strafverfolgungsbehörden zugeführt worden.

Vorsitzender Rupprecht: Letzte Frage, bitte.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie haben ja jetzt den zweiten - offensichtlich wesentlich gewichtigeren - Grund genannt, weil, wie gesagt, die Waffe für Menzel ist ja erst nach der Abschaltung überhaupt gefunden worden.

Sie haben den Fall mit Nick G. geschildert, weil der Szczepanski belastet hat. War das nicht für Sie irgendwie auch eine bisschen bittere Sache? Sie haben ihm ja den Auftrag gegeben - Sie sagen, es ist keine Steuerung, sondern Sie haben ihm den Auftrag gegeben -, bei Nick G. sozusagen - - den auszuspähen und auszuforschen. Und genau wegen dieses Auftrages und der Aussage eines militanten Rechtsextremisten musste er dann abgeschaltet werden, obwohl er ihn auftragsgemäß ausgeforscht hat.

Zeuge Jörg Milbradt: Ja, das - - Für sich genommen war das aus meiner Sicht bedauerlich. Aber Sie hatten ja auch schon gesagt, dass der zweite Umstand hinzukam, sodass die Abschaltung dann unerlässlich wurde. In den Akten ist auch festgehalten, dass die Überlegung zur Abschaltung Szczepanskis bereits am 19. Juni vom Abteilungsleiter dem Staatssekretär vorgetragen worden ist. Damit fiel noch keine Entscheidung, sondern die kam dann eben erst elf Tage später, am 30. Juni.

Untersuchungsausschuss 6/1
32. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

31.08.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Eine Frage noch.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wie erklären Sie sich die Bewertung der Quelle „Piatto“ aus Eigeninitiative durch das BfV, von der Sie uns am 22. März 18 hier berichtet hatten?

Zeuge Jörg Milbradt: Ich kann das nicht mehr rekonstruieren. Ich hatte das entsprechende Schreiben vor Augen, als ich mich vor mehr als anderthalb Jahren auf die Befragung durch den Untersuchungsausschuss des Bundestages vorbereitete, und habe mir damals nur den Umstand, dass es dieses Schreiben gab, und dessen Inhalt eingeprägt, aber nicht mehr dessen Veranlassung.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Dann würde ich Sie gern, wenn der Ausschussvorsitzende erlaubt - danach bin ich wirklich fertig - - Sie hatten uns hier erläutert, dass Herr Cremer vom BfV Ihnen frühzeitig signalisiert habe, dass das BfV eine Abschaltung von „Piatto“ sehr bedauern würde.

Zeuge Jörg Milbradt: Ich weiß nicht, ob ich den Namen Cremer in diesem Zusammenhang ins Spiel gebracht habe; ich kann mich nicht daran erinnern. Ich sehe das im Zusammenhang mit dem Schreiben, auf das ich eben Bezug genommen hatte, bei dem aus der Bewertung, dass Szczepanski eine ganz wesentliche - und zwar bundesweit wesentliche - Quelle sei, natürlich der Schluss erfolgte, dass seine mögliche Abschaltung dann einen bedeutenden Erkenntnisverlust für die Verfassungsschutzbehörden bedeuten müsste. Aber, wie gesagt, dass die Person des Herrn Cremer dabei eine Rolle spielte, ist mir nicht Erinnerung.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Okay. Danke.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann gucke ich mal in die Runde. Bitte weiteren Fragebedarf anzeigen. - Das ist nicht der Fall.

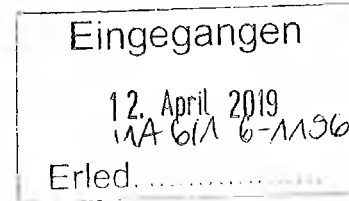
Dann bleibt mir wieder die letzte Frage, nach der Notwendigkeit einer Verteidigung, die ich persönlich nicht sehe. Widerspricht jemand in der Runde? - Dann bleiben Sie unverteidigt. Herr Milbradt, ich danke fürs Kommen und für Ihre gute Kondition. Glückwunsch!

Allen anderen ein schönes Wochenende! Wir sehen uns wieder am 27. und 28.09. Da finden die nächsten Sitzungen statt. Ich wünsche allen Anwesenden ein schönes Wochenende und zunächst mal einen schönen Restfreitag. Danke schön und bis zum nächsten Mal!

(Schluss: 17.30 Uhr)

Holger Rupprecht
Vorsitzender UA 6/1

Landtag Brandenburg
Untersuchungsausschuss UA 6/1 – Ausschusssekretariat
Alter Markt 1
14467 Potsdam



Sehr geehrter Herr Dr. Jendro, sehr geehrte Damen und Herren,

den Entwurf des Protokolls meiner Aussagen vor dem Untersuchungsausschuss UA 6/1 habe ich erhalten und nehme zu ihm wie folgt Stellung:

Zum einen verweise ich auf Versehen bei der Wiedergabe des gesprochenen Wortes, die aus meiner Sicht zu berichtigen sind; zum anderen gehe ich auf datenschutzrechtliche Probleme bestimmter Passagen ein; drittens behandle ich in einer Erklärung, die im Falle der Veröffentlichung des Protokolls diesem beigefügt werden sollte, diejenigen Einzelheiten in meinen Aussagen, von denen mir entweder bereits am Tage meiner Aussage oder im nachhinein klar geworden ist, daß sie auf Trübungen meines Erinnerungsvermögens beruhten, und die deshalb von mir berichtigt werden.

1.

Vernehmung 22.03.2018

S. 80 oben (1. Aussage Milbradt): ... vor dem 3. Untersuchungsausschuss ...

S. 88 oben, Zeile 4: „s“ ist zu *tilgen*

S. 102 Mitte (2. Aussage Milbradt): Aber es ist natürlich klar, wenn er Informationen ...

S. 109 Mitte (3. Aussage Milbradt): ... Quellenführer, der natürlich dann wiederum ...

S. 115 oben (Bemerkung der Abgeordneten Vandré): ... in Themar aufgetreten ...

S. 123 unten (4. Aussage Milbradt, Anfang): Der Verfassungsschutz hat Wert darauf gelegt ...

S. 129 unten (2. Aussage Milbradt, letzter Absatz): Polizeibediensteten gegenüber einer Privatperson der von dieser Privatperson ...

S. 136 oben (3. Aussage Abgeordnete Nonnemacher): Diese Aussage (beginnend mit: - von mir aus hinzufügen) habe ich, **Zeuge Jörg Milbradt**, vorgetragen, nicht Frau Nonnemacher

Vernehmung 31.08.2018

S. 69 unten (3. Aussage Milbradt): Ich weiß aber, dass das sehr wohl im Bundesamt ...

2.

Vernehmung 22.03.2018

S. 118 oben (Bemerkung des Abgeordneten Dr. Schöneburg): Da der Vortragende selber berichtigt „Henning K.“, erschließt sich mir nicht, weshalb die irrtümliche Nennung des vollen Namens in einem für die Öffentlichkeit bestimmten Protokoll nicht getilgt worden ist.

Vernehmung 31.08.2018

S. 47 f. (Aussagen des Zeugen Milbradt samt Fragen und Bemerkungen des Vorsitzenden Rupprecht und der Abgeordneten Gossmann-Reetz von S. 47 unten „Allerdings – und jetzt gehe ich an die Grenze dessen ...“ bis S. 48 Mitte „sondern erst an anderer Stelle und in einer anderen Behörde.“): Ich hatte selbst ausdrücklich darauf hingewiesen, wie riskant meine hier gekennzeichneten Darlegungen sind; aus Gründen des Datenschutzes und der Persönlichkeitsrechte scheint mir ihre Veröffentlichung nicht vertretbar.

3. Erklärung

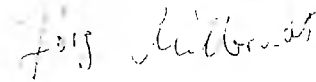
zu Vernehmung 22.03.2018, S. 113 unten, und Vernehmung 31.08.2018, S. 83 Mitte bis unten:

Bei meinen Darlegungen meinte ich mich zu erinnern, daß das Bundesamt für Verfassungsschutz in einem Schreiben an die Verfassungsschutzbehörde Brandenburg den eminenten nachrichtendienstlichen Wert der Quelle „Piatto“ hervorgehoben und deren mögliche Abschaltung als sehr bedauerlich eingeschätzt habe. Nachträglich ist mir bewußt geworden, daß diese Bewertung der Quelle „Piatto“ von Herrn Cremer, seinerzeit Leiter der Abteilung Rechtsextremismus im Bundesamt für Verfassungsschutz, mir gegenüber bei einem Zusammentreffen aus anderem Anlaß mündlich vorgetragen wurde und daß ich selbst den Inhalt seiner Darlegungen in einem internen Vermerk festgehalten habe. Somit gibt nicht ein Schreiben des Bundesamtes für Verfassungsschutz, sondern ein von mir gefertigter Gesprächsvermerk die damalige Auffassung des Bundesamtes für Verfassungsschutz wieder.

zu Vernehmung 22.03.2018, S. 130 unten:

Noch während meiner Vernehmung am 22.03.2018 hatte ich, nachdem mir in einem nicht im vorliegenden Protokoll festgehaltenen Teil der Befragung gewisse Tatsachen ins Gedächtnis gerufen worden waren, eingeräumt, daß mir ein Kontakt mit dem Abgeordneten Ludwig zunächst entfallen, dann aber doch wieder, auch in bestimmten Einzelheiten, Erinnerung geworden ist. Auf den Inhalt des in Rede stehenden Gesprächs mit dem Abgeordneten Ludwig habe ich dann in meiner Aussage in der Vernehmung vom 31.08.2018, S. 77 Mitte, Bezug genommen. In diesem Zusammenhang bekräftige ich meine Aussage in der Vernehmung vom 22.03.2018, S. 130, daß von mir gegenüber Herrn Ludwig die Identität keiner Quelle des Verfassungsschutz offenbart worden ist.

Mit freundlichen Grüßen



Jörg Milbradt

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Vernehmung des Zeugen Henning P. (Henning K.)

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Meine Damen und Herren! Ich hoffe, alle haben sich in der Pause gut gestärkt, sodass wir jetzt in unsere dritte - und letzte - Runde heute gehen können.

Ich begrüße Herrn P. Wir haben beide gerade darüber gesprochen, dass wir uns für diese Anrede - zum Schutz Ihrer Person - entschieden haben; so steht es auch auf dem Zettel vor Ihnen.

Herr P., willkommen in diesem Ausschuss! Ich werde Sie zunächst belehren. Bitte gut zuhören.

Als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuss unterliegen Sie der Wahrheitspflicht. Das heißt, die von Ihnen gemachten Angaben müssen vollständig sein und der Wahrheit entsprechen. Sie dürfen weder falsche Angaben machen noch wesentliche Umstände, die mit dem Beweisthema im Zusammenhang stehen, verschweigen. Sofern Sie an bestimmte Dinge keine Erinnerung mehr haben, müssen Sie auch dies deutlich zum Ausdruck bringen. Der Untersuchungsausschuss ist nach § 22 UAG grundsätzlich berechtigt, einen Zeugen am Ende seiner Aussage zu vereidigen. Über eine Vereidigung Ihrer Person wird insoweit noch zu befinden sein.

Falsche Aussagen vor dem Untersuchungsausschuss sind strafbewehrt. Dabei kommt es nicht darauf an, ob Sie Ihre Aussage beeidigen müssen oder nicht. Falsche uneidliche Aussagen sind nach § 153 Strafgesetzbuch strafbedroht und werden mit Freiheitsstrafe zwischen drei Monaten und fünf Jahren sanktioniert. Im Falle der Annahme einer Strafbarkeit eines Meineides wird der Strafrahmen des § 154 Strafgesetzbuch, der eine Freiheitsstrafe von einem Jahr vorsieht, Anwendung finden. - Das sage ich nicht, weil ich Ihnen misstrauere, sondern weil mich das Gesetz dazu zwingt, so eine Belehrung vorzunehmen.

Ich darf Sie aber auch über Ihre Rechte belehren: Sie sind nach § 19 UAG berechtigt, die Auskunft auf solche Fragen zu verweigern, deren Beantwortung Ihnen selbst oder einem der in § 52 Absatz 1 StPO bezeichneten Angehörigen die Gefahr zuziehen würde, wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit verfolgt zu werden. - So weit meine Belehrung.

Auf persönliche Angaben verzichte ich aus Gründen des Schutzes des Zeugen. Ich werde auch keine einleitenden Fragen stellen, sondern es gibt jetzt eine Fragerunde der Fraktionen: immer 15 Minuten; dann wechselt das Fragerecht. Es beginnt mit der Fraktion der SPD. Frau Gossmann-Reetz ist die Erste, die fragt. Bitte schön.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Herzlich willkommen in unserem Ausschuss, Herr P.! Ich begrüße Sie recht herzlich. - Ich habe als erste Frage: Haben Sie mit jemandem vor dieser Zeugenvernehmung gesprochen, sich ausgetauscht über den heutigen Termin?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nur mit meiner Frau.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. Also mit niemandem, mit dem Sie früher vielleicht zu diesem Thema zu tun hatten, und auch mit keinem Rechtsbeistand.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. - Dann frage ich Sie: Seit wann kennen Sie Carsten Szczepanski?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Seit Anfang der 90er-Jahre.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wann und wo haben Sie den denn kennengelernt?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Der hat damals ein Fanzine gemacht, aus der Skinheadszene. Das hatte ich mal über sein Postfach bestellt, und dadurch habe ich ihn dann kennengelernt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Welches Fanzine war denn das? Wissen Sie das noch?

(Der Zeuge überlegt.)

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nee, da bräuchte ich einen Denkanstoß. Also, ich weiß, dass er es gemacht hat; aber wie es genau hieß, weiß ich nicht mehr.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): „United Skins“?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja, genau. Danke.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Da haben Sie an dieses Postfach geschrieben.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie ging es dann weiter?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Dann hat man mal das Heft bestellt. Dann hat man sich bei irgendeiner Feier mal persönlich kennengelernt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie haben ihn also schon, bevor er im Gefängnis war, kennengelernt.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Jawoll.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ah ja. - Und welchen Rang oder welche Stellung hatte dieser Carsten Szczepanski zu der damaligen Zeit in der rechten Szene?

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Henning P. (Henning K.): Wo ich ihn kennengelernt habe, da hat er in Königs Wusterhausen gewohnt, mit seiner Lebensgefährtin zusammen. Er hat wohl einige Sachen organisiert dort, im Raum Königs Wusterhausen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was sind denn so „Sachen“?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Irgendwelche Feiern, Konzerte hat er organisiert. Von der Sache mit dem Ku-Klux-Klan hat man dann aus den Medien erfahren, dass er damit zu tun hatte und irgendwelche Leute aus Amerika eingeladen hatte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das haben Sie aber nicht direkt mitbekommen, solche Sachen.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nee.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Und dann kam er in Haft. Hat sich dann was an seiner Stellung in der Szene geändert?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Durch die lange Haftstrafe, sage ich mal, ist er vielleicht so ein bisschen als kleiner Held gefeiert worden. „Er soll standhaft bleiben“, und diverse Bands haben Lieder über ihn gemacht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was waren das für Lieder? Kennen Sie da noch Titel oder so?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nee, wüsste ich jetzt nicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und welche Bands waren das?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Na, aus der Skinheadszene halt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Namen haben Sie da keine mehr?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Schade. Wenn Ihnen noch einer einfällt, einfach merken und noch mal nennen. - Sie haben dann aber Szczepanski regelmäßig auch in der Haft besucht.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ist das richtig?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Jawoll.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie kam es denn dazu?

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Henning P. (Henning K.): Na, er hat in Brandenburg an der Havel eingesessen. Ich komme aus Brandenburg an der Havel - oder: einem Nachbarort -, und für mich war es ein Leichtes, ihn dort zu besuchen. Es war ein Weg von zehn Minuten mit dem Pkw.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): War das so eine innere Verbundenheit auf der persönlichen Ebene, oder ist das eine szenetypische Geschichte, dass man, sage ich mal, Kameraden in Haft beisteht?

Zeuge Henning P. (Henning K.): War halt - -

(Der Zeuge überlegt.)

Nee, es war schon so, dass ich - - Ja, ich konnte ihn relativ gut leiden zu diesem Zeitpunkt. Und wir haben uns auch immer - - Oder: Er hat mir öfter geschrieben, ich habe ihm geschrieben. Und dann habe ich ihn halt des Öfteren besucht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gab es Leute, die Sie aufgefordert haben, ihn zu besuchen?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Oder die Sie unterstützt haben oder Ihnen zugeraten haben, ihn zu besuchen?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nee. Also - - Nee.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Sie haben auch mal mit Familie P. zusammen Carsten Szczepanski in Haft besucht. Wie kam es denn dazu?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Die Familie P. - - Also, ich wüsste nicht - - Ich glaube, dass bloß Frau Antje P. mit bei war. Ich wüsste nicht, dass Herr P. mit bei war.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mhm.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Also, bin ich mir jetzt nicht hundert Prozent sicher. - Er hat dann seine Besuchszeiten beantragt. Wie viele Personen er - - Zweimal im Monat durfte er wohl zu diesem Zeitpunkt Besuch empfangen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Woher kennen Sie denn Frau Antje P.?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Auch durch die damalige Skinheadszene.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Heißt? Also, Sie sind ihr vorher schon öfter begegnet.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie gut kannten Sie sich oder kennen Sie sich immer noch?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Kennengelernt haben wir uns auch mal auf irgendeinem Konzert. Wenn man sich mal getroffen hat, hat man mal ein Bier zusammen getrunken und ein bisschen erzählt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber solche Besuche waren schon dazu da, um, ich sage mal, inhaftierte Kumpels oder Kameraden in der Szene auch zu halten, also um so ein Bündnis aufrechtzuerhalten. Verstehe ich das richtig?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Also, ich habe ihn mehr als Freund angesehen. Das hat außerhalb der - - also nicht so direkt mit der Szene, sage ich mal.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Worüber haben Sie sich denn mit ihm unterhalten, wenn Sie bei ihm zu Besuch waren?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Kann ich jetzt auch nicht mehr nachvollziehen. Mit wem man jetzt befreundet ist, was man für Freundinnen hat usw. Da ist das ja, glaube ich, mit seiner damaligen Lebensgefährtin und dem Kind auseinandergegangen. Da war er auch ziemlich geknickt gewesen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wann war denn das? Wissen Sie das noch?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Das Jahr kann - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): War das schnell nach der Inhaftierung, oder - -

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ich glaube, da war er noch in Königs Wusterhausen in U-Haft.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mhm. Okay. - Haben Sie Herrn Szczepanski ab und zu was mitgebracht in die JVA?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja. CDs.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was machte der damit?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Na, hat er sich angehört.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Angehört. - Das war von jedem nur eine, aber nicht von - -

Zeuge Henning P. (Henning K.): Das wurde auch kontrolliert und war alles - -

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Von wem? Ich habe, wie gesagt, damals niemanden im Gefängnis besucht. Wie ging das ab? Also, man geht da ans Tor. Und dann?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Erst hat man einen Sprecherschein gekriegt, sage ich mal. Dann wurde man da abgeholt. Dann ist man durchs Gefängnis geführt worden, zum Besucherraum, wurde vorher kontrolliert. Persönliche Sachen wurden eingeschlossen. Wenn man was bei hatte für den Gefangenen, musste man das abgeben; das wurde kontrolliert. Und dann hat man sich im Raum - - Da sind vielleicht, weiß ich nicht, Platz für - - Also, da waren auch noch andere Gefangene, die zu diesem Zeitpunkt einen Sprecher hatten.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wo hatten Sie denn die CDs alle her, die für Herrn Szczepanski waren?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Teilweise habe ich welche von Herrn Michael P. gekriegt. Und dann hat er mir geschrieben, meinetwegen, ob ich die und die besorgen könnte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Herr Michael P. hat für Herrn Szczepanski CDs besorgt?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und die haben Sie reingebracht?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Hatten Sie Kontakt zu Herrn Dieter Borchert, zu dem Sozialarbeiter von Herrn Szczepanski?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein. Da sagt mir auch der Name überhaupt nichts.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mhm. - Also, Dieter Borchert sagt Ihnen nichts, und Sie haben den nie getroffen?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Also, vom Namen her sagt er mir nichts. Ich möchte es aber nicht - - Also, ist ja auch schon - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und vielleicht einen anderen Sozialarbeiter von Herrn Szczepanski?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nee. Würde ich jetzt so verneinen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mhm, okay. - Und jetzt noch mal zu dem Verhältnis zwischen Ihnen und Herrn Szczepanski: Also, Sie würden sich als enge Freunde bezeichnen? Oder Kumpels? Oder - -

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Henning P. (Henning K.): Als gute Kumpels.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie haben Sie denn damals das wahrgenommen, als Sie herausgefunden haben oder gehört haben, dass das ein V-Mann war?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Na, man war ganz schön niedergeschlagen. Aber da in der Zwischenzeit oder auch vor Szczepanski schon - - Ja, gut, waren zwar Leute, die man aus der Szene vom Hörensagen kannte. Aber mich hat das schon ganz schön mitgenommen. Ich war menschlich ganz schön von ihm enttäuscht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gab es vorher schon mal Gerüchte, dass Herr Szczepanski ein „Verräter“ sein könnte?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Also, ich glaube nicht, nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das war für Sie auch überhaupt nicht vorzustellen, von der Art her, dass - -

Zeuge Henning P. (Henning K.): Wenn man diverse Sachen im Nachhinein vielleicht - - könnte man sagen: Ja, okay. - Aber zu dem Zeitpunkt hat man das vorher nicht mitbekommt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was glauben Sie: Warum hat er das gemacht?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Das ist ja eine hypothetische Frage.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Na ja, klar. Aber Sie sind jemand, der ihn gut kannte, und das ist ja nun auch nicht so etwas, was man mal so eben macht, sondern das hat ja über Jahre stattgefunden.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ich müsste mir jetzt einen Reim darauf machen. Ich könnte mir vorstellen, dass es vielleicht durch die Trennung von seiner Freundin kam. Die hat ja auch dann gleich, kurz darauf, einen Freund gehabt, der auch aus der Skinheadszene kam.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wer war das?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Vom Namen her - - Ich wusste bloß, dass der aus Neuruppin kam.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. Aber eine Idee, warum jemand aus der Szene zum Verfassungsschutz geht und jahrelang verrät - -

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nee, kann ich nicht beantworten. Das wäre - - Also, ich kann es mir bloß so vorstellen, dass er enttäuscht war von - - vielleicht auch im

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Nachhinein von, ich sage mal, dieser Skinheadszene, weil er ja von seiner Freundin, die ihn betrogen hat - - Also, anders - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Fühlte er sich sonst vielleicht verraten von der Szene?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Glaube ich nicht. Also, die haben ihn, so wie ich das mitgekriegt habe, auch unterstützt mit CDs, mit Heften. Haben sie ihm zugeschickt. Was erstaunlicherweise auch immer bei ihm angekommen ist.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Warum „erstaunlich“?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Na, wenn da Post aus England kommt und er kriegt da irgendwelche Hefte, dann ist das doch erstaunlich.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wenn die im Knast ankommen, meinen Sie?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja, sehen wir ähnlich. - Und welchen Kontakt hatte Szczepanski zu Herrn Jan Werner?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ich glaube, das ging alles über Familie P. Herr Jan Werner war ja damals, zu dem Zeitpunkt, Leiter von „Blood & Honour Sachsen“, und man kannte ihn halt. Ich denke mal, dass sie auch - also, das ist auch wieder hypothetisch - im Briefverkehr standen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie kennen doch Jan Werner auch ganz gut.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): In welchem Verhältnis standen Sie damals zueinander?

Zeuge Henning P. (Henning K.): In einem guten, freundschaftlichen Verhältnis.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und beruflich?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Wie „beruflich“?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Haben Sie nicht mit Jan Werner mal beruflich zusammengearbeitet?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein, definitiv nicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mhm. „Movement Records“?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nee.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mhm.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Also, das war so eine Geschichte: Wir wollten mit einem Bekannten von mir, der auch nicht mehr in Deutschland lebt, eigentlich mal eine CD veröffentlichen und hatten den Namen eigentlich so im Hinterkopf als - - Eigentlich war das von mir und vom Bekannten die Erfindung. Und dadurch hat - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was für eine Erfindung?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Na, der Name „Movement Records“. So wollten wir das eigentlich nennen dann. Herr Jan Werner hat mich bloß gefragt, ob er das nutzen kann. Hat er dann auch gemacht. Aber dass daraus irgendwelche geschäftlichen Beziehungen entstanden sind, kann ich nicht sagen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und haben Sie mit ihm mal zusammen Konzerte organisiert?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was waren das für Konzerte?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Auch Skinheadkonzerte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Erzählen Sie davon mal. Was waren das für Konzerte? Wie groß waren die? Und wie haben Sie da mit Herrn Jan Werner zusammengearbeitet?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ach, da gab es - - Das war noch vor „Blood & Honour“-Zeiten. Ich hatte gute Kontakte nach England. Da habe ich die Bands halt vermittelt oder über Dritte vermitteln lassen, und dann haben wir die Bands manchmal vom Flughafen abgeholt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mhm.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Und er hat meistens den Saal besorgt, die Räumlichkeiten, wo die Konzerte veranstaltet wurden.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie eng war denn das Vertrauensverhältnis zwischen Ihnen und Herrn Jan Werner?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Relativ gut.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Heißt was?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Vertrauensverhältnis ist immer - - Ja, also, wir haben uns - - Er hat sich mir gegenüber, wenn er mich mal besucht hat oder mal bei mir war, korrekt verhalten, hat sich ordentlich benommen.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aus unseren Akten geht hervor, dass Sie sich am 25.01.2012 morgens mit Jan Werner über eine Hausdurchsuchung des BKA bei ihm unterhalten haben. Ist Ihnen das noch rememberlich?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Das kann durchaus sein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, Sie gehörten damit zu den Ersten, die er angerufen hat. Wie kam es denn dazu?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Na, weil ich mit ihm immer noch zu diesem Zeitpunkt, also wo er - - Er hat ja die „Landser“-CD veröffentlicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mhm.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Und nach seiner Haft stand er auch in der Szene halbwegs so als Verräter da. Also, mir gegenüber hat er sich korrekt verhalten - immer.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und warum ruft er als Erstes Sie an?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Kann ich nicht - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Na ja, er hat danach noch bei Frau Antje P. angerufen, bei Herrn Menzel; das sind ja nun alles gewichtige Größen. Aber Sie standen auf seiner Liste auf Platz eins, Sie wurden zuerst informiert. Können Sie sich - -

Zeuge Henning P. (Henning K.): Warum das so war, kann ich nicht sagen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Können Sie nichts zu sagen. Okay. - Dann würde ich jetzt mit der ersten Runde beenden und erst mal an - -

(Abgeordneter Lüttmann [SPD]: Eine ganz kurze Nachfrage noch!)

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ich wollte gerade loben, dass Sie im Zeitrahmen geblieben sind.

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Ist wirklich nur eine kurze Nachfrage. - Weil Sie von den CDs gesprochen haben, die Sie ins Gefängnis gebracht haben: Das waren, wenn ich es so verstehen darf, einzelne CDs?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Nicht jetzt Pakete von verschiedenen CDs einer Band, -

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nicht Pakete, sondern einzelne.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Lüttmann (SPD): - sondern einzelne. Und waren das CDs mit Bands aus dem rechtsextremen Spektrum, wo Sie vielleicht auch gedacht haben: „Na, mal sehen, ob ich die hier überhaupt durchkriege“? Sie haben ja eben auch gesagt: Merkwürdig, dass er alles bekommen hat.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Also, es waren durchaus einschlägige Texte und einschlägig bekannte Bands, diese CDs.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Nur rechtsextrem oder auch aus anderen Richtungen?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Auch in eine unpolitische Richtung halt, aber die meisten rechtsextrem. Die Sache war ja da - also, das hört sich jetzt vielleicht ein bisschen dumm an -: Im Osten sprach noch nicht jeder Englisch oder richtig gut Englisch. Und wenn da - - Ja, dann waren die Kontrollen auch mal nicht so, sage ich mal. Oder: Die wussten nicht, was das - -

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Was das eigentlich genau ist.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Okay. Danke erst mal.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann machen wir weiter mit der CDU-Fraktion. Herr Dr. Redmann, bitte.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Da habe ich gleich im Anschluss daran eine kleine Nachfrage, und zwar: Kann es sein, dass auch andere extremistische Sachen, sagen wir mal, linksextremistische CDs, darunter gewesen sein können?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Zum Beispiel?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Also, ich glaube mich zu erinnern, dass da mal eine CD von „Slime“ mit bei war, einer bekannten Hamburger Punkband, und auch so ein Liedermacher aus der linken Ecke her; weiß ich aber nicht mehr, wie der genau heißt.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Wir haben darüber spekuliert und fanden die Überlegung relativ abwegig, dass jemand, der so stark im rechtsextremen Milieu verhaftet ist, auch linksextreme CDs handeln könnte. Können Sie mir das erläutern? Ist es da rein das Profitinteresse, dass also, sagen wir mal, der Handel mit vielleicht sogar verbotenen oder nicht so einfach zu beschaffenden CDs dann im Vordergrund steht?

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Henning P. (Henning K.): Also mit dem Handeln, das kann ich nun nicht sagen. Aber was ins Gefängnis - - Weil, wenn man sich die Texte mal anhört oder hinterfragt: Es sind ja auch viele sozialkritische Texte bei diesen linksextremistischen Bands mit bei.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Sagen Ihnen die Gruppierungen C18 oder NSM was?

Zeuge Henning P. (Henning K.): C18, ja.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Und wie weit war C18 in den 90er-Jahren in Brandenburg verbreitet nach Ihrer Erinnerung?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Durch Herrn Szczepanski sehr - - Er hat das richtig publik gemacht, ja.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Also, er war derjenige, der C18 in Brandenburg in den 90ern etabliert hat?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja, durch seine guten Kontakte nach England halt.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Wissen Sie, wie es zu diesen Kontakten kam, also woher Szczepanski so gute Kontakte nach England hatte?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Es ging ja los mit Bands. Und dann - - Wie sie sich nun genau kennengelernt haben, kann ich nicht sagen oder nachvollziehen.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Wenn Sie jetzt an C18 in den 90er-Jahren denken: Erinnern Sie sich da an bestimmte Aktionen, Treffen oder Gespräche?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nee. Also, in meiner Gegenwart nicht.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Woher hatten Sie dann Kenntnis von C18? Also, Sie haben nur mal darüber gehört, oder - -

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja. Und er hat auch öfter mal drüber gesprochen und war wohl mit jemandem aus dem Führungskader von C18 sehr gut befreundet gewesen.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ist in dem Zusammenhang mal der Name ██████ Sargent gefallen?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja. - Nein, ██████ nicht. Charlie.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Charlie Sargent?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja. Ich glaube, das sind zwei Brüder.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Mhm.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Kann auch sein, dass ich da jetzt was verwechsle. Aber ich glaube, das waren zwei Brüder. Es gab da zu dem Zeitpunkt wohl zwei Lager. Die hatten sich wohl in England auch zerstritten gehabt.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ja.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Da ging es wohl um Geldsachen.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Einer der beiden Sargents war am 26.09.1998 bei einem Konzert in Munzig dabei, an dem Sie auch teilgenommen haben. Haben Sie den dabei kennengelernt? Oder sind Sie da ins Gespräch gekommen?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Also, ich - -

(Der Zeuge überlegt.)

Also, bewusst glaube ich das nicht.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): War Ihnen bewusst, dass der anwesend war bei dem Konzert?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Also, hatte sich das rumgesprochen?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): War der so eine Kultfigur, die da in irgendeiner Weise im Mittelpunkt stand?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein, glaube ich nicht.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Haben Sie sich da irgendwie mal drüber unterhalten?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Es kann sein, dass Herr Szczepanski hinterher mal erwähnt hat, dass der da war.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Können Sie sich erinnern, welchen Sinn oder Zweck dieser Besuch hatte?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nee.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Sagen Ihnen die „Turner Diaries“ etwas?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Was verbinden Sie damit?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Durch die Medien, wenn man das mal verfolgt hat, diese Tagebücher. Ich selber habe sie nicht gelesen.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Wie verbreitet waren die damals in der rechtsextremen Szene in Brandenburg? Also, hatten die - -

Zeuge Henning P. (Henning K.): Also, ich glaube nicht, dass sie allzu - - Es gab ein paar politische Aktivisten, wo ich mir vorstellen könnte, dass die sie gelesen haben. Aber - -

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Haben Sie grob in Erinnerung, worum es da ging?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nee. Ich habe sie ja nicht gelesen.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Aber vielleicht wurde mal drüber gesprochen.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nee, also nicht bewusst.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Sie haben gerade schon selbst diese Spaltung von C18 in Großbritannien angesprochen. Hat das dann auch in Brandenburg zu einer Spaltung der Szene in verschiedene Lager geführt, oder war das eher nur so ein Thema in diesen Skinzines?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ich glaube, das war erst mal nur Thema in den Zines. Einer hat den anderen beschuldigt, Geld wohl unterschlagen zu haben oder - - Also, dass das in Brandenburg irgendwie - - Ich kenne zwar einige Leute, die da - aus Potsdam zum Beispiel Herrn Menzel oder so - bei „Blood & Honour“ waren, oder andere Leute von „Blood & Honour Brandenburg“, aber ich selber war nie bei irgendeiner Versammlung oder so mit bei gewesen.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Also gab es nach dieser Spaltung in Großbritannien nicht eine Polarisierung innerhalb der Brandenburger Szene, sodass die sich dann auch kritisch gegenüberstanden, die einen, die eher zu dem einen Lager - - und die anderen, die zum anderen Lager gehörten? Das ist nicht bis Brandenburg durchgeschlagen?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ich glaube nicht. Und wenn, glaube ich, dass die Brandenburger eher auf der anderen Seite standen, weil der andere Flügel ja mehr die Musikseite gemacht hat, unter Wilf Browning.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Welche Bedeutung hatten diese Zines für die Szene, insbesondere im Hinblick auf die Verbreitung des C18-Gedankens? Sie sagten, die „Turner Diaries“ und so wurden eher nicht so gelesen, die Zines dagegen schon.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Henning P. (Henning K.): Also, ich kenne viele Leute, die auch in England „Blood & Honour“-Hefte bestellt haben und dann gelesen haben, ja. Aber dass es direkte C18-Hefte oder so was gab? Da soll es wohl mal ein Buch gegeben haben, das die rausgebracht haben.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Mhm.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Aber die meisten Leute haben bloß das Heft von „Blood & Honour“ gelesen.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Sie haben Carsten Szczepanski mal einen von Ihnen verfassten Konzertbericht überlassen. War der dafür bestimmt, in einem dieser Zines zu erscheinen?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ich glaube eher nicht. Ich habe ihm dann in Haft meinetwegen, wenn ich auf einem Konzert war oder so, mal so einen Bericht darüber geschrieben, wie es war. Aber dass er mich gefragt hat: „Kann ich das im Heft verwenden?“ - eigentlich nicht.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Es gab ja durchaus das Gerücht, dass das Fanzine „Der Weisse Wolf“ in der JVA Brandenburg hergestellt wurde. Haben Sie das Gerücht auch gehört damals?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Das war kein Gerücht. Das war so.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Damit hat sich meine nächste Frage, ob das für realistisch gehalten wurde, erledigt.

(Heiterkeit)

Zeuge Henning P. (Henning K.): Also, ich weiß bloß, dass der Herausgeber auch in Brandenburg in Haft gesessen hat.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Wer war das nach Ihrer Kenntnis?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ich glaube, der Herr Maik F.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Mhm.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Der ist dann aber nach Bayern gezogen und hat das Heft dann an irgendjemanden wohl abgegeben, weitergegeben.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Wissen Sie, warum - - Wissen Sie, ob Carsten Szczepanski damit etwas zu tun hatte, mit dem „Weissen Wolf“?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Na, ich denke mal, da die zusammen in Haft waren, werden die mal sich gegenseitig unterstützt haben. Aber das wäre auch hypothetisch.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Also, ich könnte das jetzt nicht mit Gewissheit sagen. Die werden sich schon unterstützt haben, weil das „United Skins“ ja doch bekannter war.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): War Carsten Szczepanski an der Erstellung des „United Skins“ beteiligt nach Ihrer Kenntnis?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja, natürlich.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Auch noch, als er in Haft saß?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Auch in Haft, ja.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Wissen Sie, wie er das gemacht hat? Das ist ja durchaus merkwürdig, wie so was geht in Haft.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Also, er hatte mir das mal erklärt, dass das über die Gefängnisdruckerei wohl läuft, dass er das da wohl hat machen lassen. Die, sage ich mal, Leute, also aus der Szene, haben ihm Berichte zugeschickt, Fotos, und er hat das dann zusammengestellt und ...

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): ... im Gefängnis drucken lassen.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Im Gefängnis drucken lassen.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Und dann auch verschickt aus dem Gefängnis raus, oder - -

Zeuge Henning P. (Henning K.): Und auch aus dem Gefängnis - - Ja.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Haben Sie sich mal gefragt, wie so was im Gefängnis erlaubt sein kann, also wie so was so einfach geht, dass einer die Gefängnisdruckerei dazu nutzt, um so ein Magazin wie „United Skins“ herzustellen?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nee. Also, man fand das schon witzig. Er hat immer irgendwelche plausiblen Erklärungen gehabt.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Zum Beispiel? Erinnern Sie sich da an irgendeine plausible Erklärung?

Zeuge Henning P. (Henning K.): „Ach, die gucken da nicht hin, was ich mache“, und - - Ja, so ungefähr. Nach dem Motto: „Die überfliegen das nur oder lesen die Zeilen und Texte nicht.“

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Man könnte es natürlich auch so sehen, dass er damals erhebliche Privilegien im Gefängnis hatte, dass ihm so was möglich war. Ist in dem Zusammenhang auch mal der Verdacht aufgekommen, dass er diese Privilegien mit Absicht eingeräumt bekommt aus bestimmten Gründen, zum Beispiel, weil er mit den Behörden irgendwie zusammenarbeitet?

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein, zu dem Zeitpunkt nicht. Definitiv nicht.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Er hat auch nie irgendwie was in der Richtung mal erwähnt.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein. Das einzige Seltsame, was in der Szene dann ein bisschen komisch war: dass er relativ früh - bei der langen Haftstrafe - Freigänger wurde.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Entschuldigung, können Sie den letzten Satz noch mal wiederholen?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Dass er bei der langen Haftstrafe, die er gekriegt hat, relativ schnell Freigänger wurde.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Mhm. Das ist aufgefallen.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Das fanden einige Leute schon recht komisch, haben das aber - - Auch dafür hat er immer irgendwelche plausiblen - - wegen guter Führung und bla, bla, bla. Hat er immer Erklärungen gehabt, und die Leute haben ihm geglaubt.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Wissen Sie, wieso Carsten Szczepanski ausgewählt wurde, um das NSM-Postfach für Deutschland zu betreiben?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Oder auch: Von wem?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Das kann ich mir bloß so vorstellen, dass er seine guten Kontakte zu den Engländern halt - -

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Also, diese Aufgabe müsste ihm ja von jemandem aus der britischen Szene letztlich übertragen worden sein, ne?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja, wäre logisch.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Und wer waren da die konkreten Ansprechpartner von ihm in der britischen Szene? Erinnern Sie sich daran?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein. Also, er hat mal gesagt, dass er zu dem Charlie Sargent guten Kontakt hat. Und ich kann nur sagen, dass ich mal welche von der Band „Razors Edge“ zu ihm zum Sprecher gefahren habe in die JVA Brandenburg.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Das habe ich jetzt, glaube ich, inhaltlich nicht ganz verstanden. Sie haben die Band wohin - -

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Henning P. (Henning K.): Also, zwei Bandmitglieder -

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ja?

Zeuge Henning P. (Henning K.): - habe ich Herrn Szczepanski zum - - also zum Sprecher in die JVA Brandenburg.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Was ist „Sprecher“?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Na, Sprecher.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ach so.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Zum Besuchstermin. Heißt ja „Sprecher“.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ach, zum Besuchstermin. Gut, danke. Jetzt habe ich es verstanden. Ich habe da ein bisschen auf der Leitung gestanden.

Charlie Sargent haben Sie gerade erwähnt. Sagen Ihnen die Namen Williams oder auch Dennis Mahon etwas?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Wie?

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Williams oder auch Dennis Mahon?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nee.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Die hat er nie erwähnt.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein. Also, könnte sein, dass er sie erwähnt hat. Aber mir sind sie jetzt nicht geläufig, die Namen.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Sind Ihnen aus der Szene damals noch mehrere Personen bekannt, die solch internationale Kontakte hatten wie Carsten Szczepanski, oder war das was Besonderes?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Es gab schon ein, zwei, drei, vier, also eine Handvoll Leute, sage ich mal, die gute Kontakte auch ins Ausland hatten.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Wer zum Beispiel?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Der bekannte Th. H. zum Beispiel, der mir sofort einfällt. Dann war ja noch Marcel Schilf, der eigentlich Deutscher war und eigentlich auch aus Brandenburg stammte.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Sie sind in der letzten Minute.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Gut. Einen neuen Komplex würde ich jetzt nicht mehr anfangen und das Fragerecht weitergeben.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann sind wir wieder genau in der Zeit. Wir wechseln zur Fraktion der Linken. Frau Johlige, bitte.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Herzlich willkommen auch von mir im Ausschuss. - Ich würde ganz gern gleich an ein paar Stellen einhaken, wo es mir gerade zu schnell ging. Sie hatten eben die Band „Razors Edge“ erwähnt.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Können Sie mir zu der mehr sagen?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Die war zu dem Zeitpunkt wohl auch mit in dieses C18-System - - oder waren wohl - - Die kommen ja aus Birmingham. Da gab es wohl auch eine Sektion von diesen, und die waren da wohl involviert.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Und die sind öfter dann in Deutschland aufgetreten.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Die sind öfter in Deutschland aufgetreten.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Haben da auch manchmal deutsche Musiker mitgespielt?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Wer?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Zwei Mann aus Nauen, die ich vom Namen her jetzt - - Also, einer war D. S. gewesen. Und der andere, der Gitarrist - wüsste ich jetzt nicht vom Namen her.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Der D. S. hat ja auch in anderen Bands gespielt, oder?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Fallen Ihnen da noch welche ein?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Oh Gott!

(Der Zeuge überlegt.)

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): „Independent“?

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Henning P. (Henning K.): Das war ihre erste Band, glaube ich, „Independent“ aus Nauen. Und er hat dann in etlichen als Gastmusiker wohl gespielt.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Der war dann wahrscheinlich auch auf ziemlich vielen Konzerten.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Zu diesem Zeitpunkt ja.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Okay. - Und war der dabei, als Szczepanski in der JVA besucht wurde?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Wer? Der Herr D. S.?

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Mhm.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Nicht? Also, das waren dann andere Bandmitglieder.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Da waren bloß ich und die beiden Engländer mit bei zu dem Zeitpunkt.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Okay. - Haben Sie öfter mal Szeneangehörige zu ihm in die JVA mitgenommen?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Zwei Freunde von ihm aus KW; die waren ihn in der Anfangszeit öfter mal besuchen.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Wer?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Der Herr Meu., glaube ich, und Herr Schä.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Also, das war für mich halt günstig. Die sind dann auch, glaube ich, mit dem Zug nach Brandenburg gekommen, und dann ist es ja immer bloß ein - - Ja.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Wie muss ich mir das vorstellen? Also, ich muss das immer alles genau verstehen. Wie haben Sie denn davon erfahren, von dem Besuchstermin? Hat er Ihnen da geschrieben? Hat er Sie angerufen?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Telefon war zu dem Zeitpunkt noch nicht so. Also, es gab bloß Festnetz, meistens. Wenn, dann hat er mir mal einen Brief geschickt: Dann und dann - - Also, diese Besuchserlaubnisscheine habe ich ja auch von ihm zugeschickt gekriegt. Und dadurch - - Und dann hat er mir geschrieben, meinetwegen: „Könntest du dich mal mit dem und dem in Königs Wusterhausen in Verbindung

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

setzen? Die wollen mich dann und dann besuchen. Könntest du denen zeigen, wo das ist?". Wenn ich Zeit hatte, habe ich ihm den Gefallen getan.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Also, es war schon, kann man schon sagen, relativ eng zwischen Ihnen in der Zeit, -

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): - wenn Sie ihm da sozusagen auch immer so geholfen haben.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Was war denn Ihre Motivation? War das jetzt wirklich nur so eine Freundschaft, oder gab es da irgendwas anderes im Hintergrund?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nee, war wirklich bloß so ein freundschaftliches Ding, sage ich mal.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Eine gute Freundschaft.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Ist ja auch schön, wenn man gute Freunde hat. - Wir haben von einem Zeugen gehört, der auch in der JVA einsaß, dass Herr Szczepanski auch Mitglieder für die HNG versucht hat zu werben.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Hatten Sie mit denen mal Kontakt?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein, also nicht bewusst. Also, mit der HNG oder mit dem - -

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Mit der HNG, ja.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nee, hatte ich nicht.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Aber Sie wissen schon, dass er das sozusagen - -

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Also könnte man schon sagen, dass er auch versucht hat, in der JVA noch politisch tätig zu sein.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja, definitiv.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Und Bestandteil seiner Arbeit war dann wahrscheinlich auch die Arbeit an den Fanzines.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja. Die Zeit hat er ja gehabt.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Und das hat er Ihnen - - Also, was ich mich vorhin, als Sie das erzählt haben: „Ja, klar, das ist da hergestellt worden“ - - Woher wissen Sie denn das?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Na, weil er das gesagt hat.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Das hat man dann so einfach bei den Besuchszeiten erzählt.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Gab es denn da noch irgendwie so Sachen, wo Sie sagen: „Das ist ja ganz schön stark, dass man das im Knast hinkriegt!“?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ist mir jetzt - - Nee, eigentlich nicht.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Was ich mich die ganze Zeit frage, ist - vielleicht können Sie mir das beantworten -: Er hatte ja draußen ein Postfach, wo er sozusagen auch Post hinbekommen hat. Können Sie sich irgendwie erklären, wie dann die Post aus diesem Postfach in die JVA reinkam?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Das wissen Sie nicht?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Und die zweite Frage, wo ich mich immer frage, wie das funktioniert hat, ist: Als er Freigänger war, hatte er ja auch ein Handy.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): In der JVA sind aber Handys verboten, haben wir uns von der JVA-Leitung sagen lassen. Wissen Sie, wo das Handy blieb, wenn er abends zurückkam?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Wissen Sie nicht.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Darüber hat er auch nie - - Er hat bloß gesagt, er nimmt das mit. Ich weiß nicht, ob er das, wo er Freigänger war, abgeben musste. Wenn ich mich daran erinnere, waren die - - Wo er Freigänger war, das ist ja ein anderer

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Trakt, sage ich mal, ein Extragebäude. Da sind die Kontrollen dann auch nicht mehr so, wie es in der geschlossenen JVA ist.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Er wurde ja Freigänger, weil er ein Praktikum bei der Familie P. in Limbach-Oberfrohna gemacht hat. Wissen Sie davon was? Haben Sie davon mal was mitbekommen?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ich weiß von dem Praktikum. Aber ich habe das eigentlich ein bisschen anders in - - Ich habe gedacht, dass das erst später war. Wo er Freigänger war, da kann er ja nicht für die gearbeitet haben. Der kann ja nicht am Tag morgens drei Stunden da runter, nach Sachsen, fahren. Wo er Freigänger war, musste er ja abends wieder in die JVA.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Genau das fragen wir uns auch.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Also, ich habe gedacht, dass das so zeitlich ein bisschen nicht passen würde, nicht sein kann.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Na ja, er hat dort erst ein Praktikum gemacht; zumindest wurde das - -

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ich habe gedacht, dass das eventuell - - dass das nach seiner Haftentlassung war. So habe ich das in Erinnerung.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Also, das ist auch so ein Punkt, der uns sehr wundert. Aber Sie haben zumindest nicht mitbekommen, dass er, als er Freigänger war, regelmäßig sozusagen erst mal drei Stunden Auto gefahren ist, wohin auch immer, und abends dann zurück.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nee.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Hatten Sie Kontakt mit ihm, als er Freigänger war?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Was hat er da so gemacht, wenn er da rauskonnte?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Er hat sich ab und zu - - Ich habe ihn - - Er hat mich gefragt, ob ich - zu dem Zeitpunkt hat er noch kein Fahrzeug gehabt - ihm mal das Auto borgen könnte. Und wenn das jetzt von meinen Schichten her - - sage ich: Ja, ich würde dich dann abholen. - Und dann - -

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Dann sind Sie wo hingefahren?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Na, ich habe ihm dann das Auto überlassen für den Zeitraum.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Ach so, einfach nur das Auto. Aber Sie waren da nicht zusammen unterwegs.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nee.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Nicht baden im Sommer oder so.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nee.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Nicht. Okay. - Ich glaube, das war es aus meiner Sicht erst mal zu dem Komplex. - Willst du weitermachen?

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Es sind noch sieben Minuten.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay. Danke schön. - Hat Herr Szczepanski Ihnen gegenüber mal erwähnt, was er vorhat, wenn er aus dem Gefängnis entlassen wird?

(Der Zeuge überlegt.)

Irgendwelche Vorstellungen, was er dann machen will? Er hat ja auch ein kleines Kind gehabt.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Hat er ja dann auch umgesetzt. Er wollte einen szenetypischen Laden machen, mit Szene-Sachen, CDs. Also praktisch, was auch Familie P. in Sachsen gemacht hat, wollte er so übernehmen und das auch in Königs Wusterhausen - - oder hat es ja dann auch gemacht.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Er hat die Idee bei Familie P. wahrscheinlich auch bekommen und gesagt: Hey, das wäre was für mich.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Also, nehme ich mal an, dass es so war, ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Waren Sie mal in dem Laden drin?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Einmal, ja.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Einmal. - Können Sie sich an den Laden erinnern und uns ein bisschen beschreiben, wie der aussah und was man da so bekommen hat?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Also, wie ich das in Erinnerung habe - ist ja nun auch schon ein Weilchen her -, war der Laden relativ klein gewesen. Da waren ein paar T-Shirts von irgendwelchen Bands, ein paar CDs im Angebot.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Konnten Sie sich erklären, wie er so unmittelbar nach der Haftentlassung das Geld dafür hatte, einen eigenen Laden aufzumachen?

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nee.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Nee? Auch nicht hinterfragt zu dem Zeitpunkt?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein. Na ja, er hat ja dann immer irgendwelche plausiblen - - Weiß ich nicht, ob er dann - - So, wie ich das in Erinnerung habe, war er ja bei Familie P. angestellt, über den Laden irgendwie. Ob er da dann wirklich Geld verdient hat oder bekommen hat, weiß ich nicht.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Können Sie uns sagen, welche Bedeutung der Laden in Königs Wusterhausen hatte? Waren da viele Leute, oder war es eher schwer, den aufzumachen?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Kann ich wirklich nicht sagen, weil - - Gut, ich war einmal dagewesen. Und das war es auch.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay. - Dann würde ich gerne noch mal zu der Frage Jan Werner kommen wollen. Können Sie sagen, wie häufig Sie Jan Werner getroffen haben oder gesehen haben? Weil Sie meinten, dass das ein guter Freund von Ihnen gewesen ist in der Zeit.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Damals oder jetzt?

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Damals.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Bei Konzerten haben wir uns regelmäßig gesehen. Dann ging es auch los mit Telefonieren. Ab und zu haben wir telefoniert.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Sind Sie dann auch häufiger nach Chemnitz zu ihm hingefahren?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Ja? Das heißt also, Sie kannten dann wahrscheinlich auch seine Freundin S. F.?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Die war ja auch häufiger in Potsdam, zumindest nach dem, was wir gelesen haben. Hat die auch mit Jan Werner zusammengearbeitet bei „Movement Records“?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Das kann ich nicht beantworten. Ich glaube, die hat hier in Potsdam gewohnt, ich glaube, in Michendorf sogar. Kann ich aber nicht mehr - -

(Abgeordnete Johlige [DIE LINKE]: Kann es sein, dass die S. F. später mal mit diesem D. S. zusammen war?)

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

- Ja.

(Abgeordnete Johlige [DIE LINKE]: Wann war das ungefähr?)

- Vielleicht um die Jahrtausendwende. Zeitlich genau definieren kann ich das nicht mehr.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Ich würde gerne noch mal auf die Frage von „Movement Records“ zurückkommen. Sie haben ja gerade schon gehört, dass wir gehört haben, dass Sie dort gearbeitet haben. Ich würde Ihnen gerne dazu mal was vorlesen, was auch die Grundlage unserer Annahme unterstützt. Und zwar haben wir eine Deckblattmeldung von Carsten Szczepanski vom 06.10.97. In der heißt es:

„Die neueste CD der Band ‚Thorshammer‘ ist von ‚Movement Records‘, [...],“

- dann kommt das Postfach -

„produziert worden. Für dieses Label sind maßgeblich das Ehepaar P. und Jan WERNER [...] und [Herr P.] tätig.“¹

Das ist das, was Carsten Szczepanski dem Verfassungsschutz berichtet hat. So zieht sich das dann die ganze Zeit durch. Es geht weiter mit - zum Beispiel - der Herstellung der CDs für „Landser“, und da ist Ihr Name auch immer in Verbindung gebracht. Können Sie sich das erklären?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein, kann ich nicht. Also damit habe ich definitiv nichts zu tun.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Also auch, dass Sie bei der Produktion der CD von „Thorshammer“ mitgemacht haben, stimmt nicht?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein. Die Band ist aus der Stadt Brandenburg. Der Sänger kam ursprünglich aus Berlin. Wir sind nach wie vor auch gut befreundet, also die ehemaligen Bandmitglieder. Aber dass ich da was produziert oder irgendwie gearbeitet habe - - Wäre ja durch meine eigene Arbeit gar nicht möglich gewesen.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay. - Es gibt tatsächlich noch ganz, ganz viele andere Vermerke - ich teile Ihnen die auch mal mit -, zum Beispiel vom 08.02.1996. Da sollen Sie mitgeteilt haben,

„daß die Gruppe ‚Landser‘ eine CD mit 14 neuen Musiktiteln geplant hat. Diese CD soll bei Marcel SCHILF in seinem NS-88-Studio gepreßt werden. Die

¹ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: Ordner B 4, Ordner 3, 1997_DBM-Piatto-1370-1509-wwkps-VS-NfD.pdf, Seite 103.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Auflagenstärke ist mit 5.000 Exemplaren geplant und soll über das ‚Förderwerk Mitteldeutscher Jugend‘ (FMJ) vertrieben werden.“²

Das ist so ein Punkt. Das heißt, Sie müssen ja auch im Kontakt zu Marcel Schilf gestanden haben, zumindest laut der Aussage. Standen Sie das?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja. Also, ich kenne ihn noch aus frühesten Kindertagen, wo er noch in Brandenburg gewohnt hat. Er ist ja dann aus gesundheitlichen Gründen und familiären Gründen - - konnte er nach Dänemark, aus der ehemaligen DDR.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Dann wissen Sie auch, dass er „Blood & Honour Skandinavien“ mit aufgebaut hat - wesentlich.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Und Sie hatten dann auch über die Kindheit hinaus Kontakt zu ihm.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Die letzte CD von „Landser“ wurde dann ja bei „Movement Records“ hergestellt.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Aber nicht offiziell.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): „Aber nicht offiziell“?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Na, das heißt, da stand bei der Herstellung - - Auf der CD selber stand kein Label oder Vertrieb drauf.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Klar. - Hatten Sie damit was zu tun?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Nicht? Weil unseren Infos nach sollen Sie 98 im Besitz des Demotapes der neuen „Landser“-CD gewesen sein und die auch direkt von Christian W. übergeben bekommen haben. Stimmt das?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Wenn man das so - - Ja, das ist richtig. Aber ich habe sie nicht von Christian W. Ich glaube mich zu entsinnen, dass ich die von - - Wo Jan Werner mal bei mir war, hat er mir die vorgespielt, auf Kassette noch alles, und er hat mir erlaubt, dass ich sie mir überspielen dürfte.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Frage, bitte.

² Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: Ordner B 4, Ordner 3, 1996_DBM-Piatto-1344-1369-wwkps-VS-NfD.pdf, Seite 4.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Henning P. (Henning K.): Von Christian W., glaube ich - -

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Nicht?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ist mir nicht bewusst, nee.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay. Dann würde ich an dem Punkt erst mal Schluss machen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann geht es weiter mit Herrn Galau. Bitte.

Abgeordneter Galau (AfD): Vielen Dank. - Auf meiner Fragenliste sind jetzt ganz viele Löcher. Was ich fragen wollte, ist zum großen Teil schon gefragt worden. - Sie waren ja durch die Szene logischerweise auch ständig auf irgendwelchen Konzerten mit unterwegs.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordneter Galau (AfD): Mich würde mal interessieren, ob Sie sich an ein Konzert in Hirschfeld 1998 erinnern können; am 5. September war das.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordneter Galau (AfD): Waren Sie da auch mit dabei?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordneter Galau (AfD): Wissen Sie, ob Herr Szczepanski auch mit dabei war?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein. Also: Ich bin der Meinung, dass er nicht dabei war.

Abgeordneter Galau (AfD): Okay. Nehmen wir erst mal so - -

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nee, er war definitiv nicht mit dabei. Würde ich so sagen.

Abgeordneter Galau (AfD): Okay. Gut. - Zu den vielen Beziehungen untereinander haben wir jetzt schon ganz viel gehört. Was mich mal interessieren würde: Klar, in der Szene ging es natürlich neben Musik mit Sicherheit auch um viele andere Dinge, unter anderem vielleicht auch um das Thema bewaffneter Widerstand, bewaffneter Kampf. Ist das eine Sache, die bei Ihnen, sage ich jetzt mal, auch mit diskutiert wurde, mit gelaufen ist?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Diskutiert wurde dadraüber schon. Viele haben ja dann nach England geguckt, weil die ja da zu dem Zeitpunkt auch diese C18-Sachen mit irgendwelchen Nagelbombenanschlägen und, und, und gemacht haben.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Galau (AfD): Also hat man da schon vielleicht ein bisschen bewundernd draufgeschaut, sich hier in Deutschland aber irgendwie noch nicht so richtig getraut, oder wie habe ich das zu verstehen?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Hm.

(Der Zeuge überlegt.)

Abgeordneter Galau (AfD): Na ja - -

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ich denke mal, irgendwelche Leute werden sich das wohl schon eher getraut haben als andere.

Abgeordneter Galau (AfD): Ich meine, wenn wir jetzt mal zurückgucken, gerade auch auf das Jahr 1998: Da ist ja das Thema mit Waffen, denke ich mal, dann irgendwann doch ernst geworden. Ab wann ist Ihnen sozusagen bekannt geworden, dass unter der Hand quasi in der Szene auch mit Waffen gehandelt wurde?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Also, bewusst - - Also, gesagt, ausgesprochen hat das so direkt nie einer. Es gab aber immer Leute, die irgend- - Man hat das ja immer bloß über zweite, dritte, vierte Kanäle gehört.

Abgeordneter Galau (AfD): Hatten Sie Kenntnis darüber, wenn man Waffen haben wollte, wen man da in der Szene hätte ansprechen können?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ich glaube eher, so was kommt nicht aus der Szene. Da hätte man andere Leute ansprechen müssen, können.

Abgeordneter Galau (AfD): Gut, dann stelle ich die Frage anders. Sie haben natürlich recht: Klar, man geht damit in der Szene vermutlich nicht hausieren. Aber zumindest konkrete Namen hat man ja vielleicht hier oder da mal gehört. Wenn man eine Waffe hätte haben wollen, an wen hätte man sich da wenden können? Also ganz im Konjunktiv. Sind Ihnen da Namen konkret bekannt?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein.

Abgeordneter Galau (AfD): Keine. Mhm.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Also, ich kann mir denken, worauf Sie hinauswollen. Der Herr Szczepanski hat aber gesagt, er hat im Gefängnis irgendwelche Leute kennengelernt, die, wenn mal was ist - - Hat er vielleicht zwei, drei Mal erwähnt, wo er bei mir im Auto gesessen hat, dass er - - Wenn ich was bräuchte, könnte er was besorgen. Oder über dritte Ecken. Zum Beispiel.

Abgeordneter Galau (AfD): Da wollte ich drauf hinaus, genau. - Ist jemals der Name Jan Werner gefallen im Zusammenhang mit Waffen?

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein.

Abgeordneter Galau (AfD): Nie?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nie.

Abgeordneter Galau (AfD): Hat Herr Szczepanski Ihnen mal Waffen angeboten?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordneter Galau (AfD): Zum Kauf?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Er hat gesagt, er könnte welche besorgen.

Abgeordneter Galau (AfD): Aber direkt angeboten oder - -

Zeuge Henning P. (Henning K.): Direkt angeboten nicht. Immer unter dem Motto: „Wenn du mal eine Pistole brauchst“, oder so ungefähr, denn er hat da im Gefängnis irgendwelche Leute, Kontakte, die er dann aktivieren könnte.

Abgeordneter Galau (AfD): Brauchten Sie eine?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein.

Abgeordneter Galau (AfD): Gut. Wollen wir den Komplex erst mal hier an der Stelle lassen. Mal gucken.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Dazu könnte ich vielleicht noch sagen - -

Abgeordneter Galau (AfD): Hm?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ich bin ja in der DDR groß geworden. Gerade in der Wendezeit wäre das ein Leichtes gewesen. Bei uns war eine riesige Sowjeteinheit. Die haben für - - Schnaps gegen Waffen getauscht. Also, wenn man sich da hätte was besorgen wollen, hätte man das über die Kanäle schon damals machen können.

Abgeordneter Galau (AfD): Ich glaube, das hat man sogar auch außerhalb der Szene gehört. Diese Gerüchte standen ja auch in der Zeitung. - Da mal eine Frage zu: Interessant ist ja, dass zu diesem Zeitpunkt immer wieder Waffentypen, zum Beispiel vom Typ Ceska oder so - wie soll ich sagen? - gehandelt wurden; zumindest sind zu dieser Zeit solche Waffen immer wieder aufgetaucht. Waren das übliche Waffen, von denen man gehört hat? Kennen Sie sich damit ein bisschen aus?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Damit kenne ich mich überhaupt nicht aus. Kann ich auch nichts zu sagen.

Abgeordneter Galau (AfD): Okay, gut. - Ich wäre dann erst mal so weit und würde an Frau Nonnemacher weitergeben.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Frau Nonnemacher, bitte.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön. - Schönen guten Tag, Herr P.! Ich würde eines gerne noch vorwegschicken: Die Kollegen haben Sie ja jetzt schon nach allerlei Sachen gefragt, wo man sagen kann: Na ja, belastet er sich möglicherweise selber? - Ich wollte einfach nur noch mal darauf hinweisen, dass die meisten Delikte aus dem Zeitraum, über den wir jetzt reden, wirklich verjährt sind, sodass Sie jetzt nicht Angst haben müssen, -

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ist mir bewusst.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - wir stellten Ihnen irgendwelche Fragen, um Sie da in Probleme zu bringen.

Sie haben uns erzählt, dass Sie Carsten Szczepanski aus Königs Wusterhausen schon kannten, bevor er inhaftiert worden ist, -

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - also praktisch vor Mai 1994.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Können Sie sagen, welche Leute damals schon, vor 94, seine bedeutendsten Weggefährten gewesen sind? Fallen Ihnen da Namen ein?

Zeuge Henning P. (Henning K.): In Königs Wusterhausen war das eine relativ große Clique. Aber Namen könnte ich jetzt definitiv nicht sagen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Oder irgendwie Organisationen, Gruppierungen, mit denen er besonders viel zu tun hatte?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nee. Im Nachhinein hat man das dann mit der Geschichte, dass er so einen deutschen Ku-Klux-Klan aufbauen wollte - - Das hat man aber mehr oder weniger dann auch über die Medien erfahren. Aber sonst - -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also, das haben Sie aus der Presse erfahren, -

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - aber nicht direkt mitgekriegt oder so.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): In der JVA Brandenburg: Können Sie uns sagen, zu welchen Häftlingen Carsten Szczepanski besonders innige Kontakte gepflegt hat?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nee, hat er auch nie - - Also, mir ist nicht bewusst, dass er das jetzt irgendwie genau erzählt hat. Er hat erzählt, dass er irgendwie - - Weiß ich nicht, ob irgendeiner, so ein Alt-Nazi, da noch eingesessen hat; zu dem hat er wohl irgendwie was mal - - kennengelernt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber da fällt Ihnen jetzt auch der Name nicht ein.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein. Und das Einzige, was - - dass dieser Herr Maik F. halt auch dort - -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Herr Maik F., der Herausgeber vom „Weissen - -

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nee, das hat er so nicht gesagt. Aber dass er zu dem einen guten Kontakt hat, -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja.

Zeuge Henning P. (Henning K.): - weil der auch aus dem gleichen - - oder aus der Nähe von Königs Wusterhausen stammte.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Okay. Also, Herrn Maik F. hat er namentlich erwähnt. An andere Namen können Sie sich jetzt nicht erinnern.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wen haben Sie selber denn - außer Carsten Szczepanski - im Gefängnis besucht?

Zeuge Henning P. (Henning K.): In Brandenburg an der Havel?

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Wüsste ich jetzt nicht jemanden.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Na ja, das ist ja die Frage. Also, haben Sie nur ihn besucht, weil Sie so - -

Zeuge Henning P. (Henning K.): In Brandenburg - -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Hm?

Zeuge Henning P. (Henning K.): In Brandenburg habe ich bloß ihn besucht, ja.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Es gab ja, wie gesagt, über die HNG, die „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene“, sozusagen Aufrufe, inhaftierte Szenemitglieder zu besuchen oder den Briefkontakt zu halten. Haben Sie über solche Kontakte auch andere Häftlinge besucht -

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - oder zu anderen Häftlingen Briefkontakt gehalten?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Überhaupt nicht, nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Überhaupt nicht. Also, Ihre Besuche galten ausschließlich Carsten Szczepanski, weil Sie den schon aus der Zeit vor der Haft kannten -

Zeuge Henning P. (Henning K.): Jawoll.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - und zu ihm auch ein persönliches Verhältnis aufgebaut hatten?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Mit der HNG: Sagt Ihnen der Name Silvia F. (E.) was - oder Silvia F. (E.) später?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Hatten Sie mit der Kontakt?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Später dann.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Können Sie sagen, in welchem Zusammenhang Sie Kontakt mit ihr hatten?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Weitaus später. Also, die ist ja mit dem - - hat dann den Herrn Maik F. geheiratet.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wie bitte? Wen?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Den Herrn Maik F., glaube ich. Oder? War das nicht so? Die Silvia F. (E.)?

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Hm?

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Henning P. (Henning K.): Das war Anfang der 2000er. Da hatte ich über meine damalige Freundin - - sind wir die mal besuchen gefahren, nach - - Aber das war dann schon nach der Enttarnung von Herrn Szczepanski.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Nach der Enttarnung? Okay.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Mit der Einzigen, die ich persönlich kannte - - war die Mar. Da. Und die hatte ich auch einmal zu Herrn Szczepanski gefahren, wenn ich mich recht - -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Die hat ihn auch besucht.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Wenn ich mich recht erinnere.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber jetzt noch mal zu - - Also, Silvia F. (E.) hat dann Herrn Maik F. geheiratet, -

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - der den „Weissen Wolf“ herausgegeben hat - und hat mit ihm wo gelebt? Wo hatten Sie die beiden besucht?

Zeuge Henning P. (Henning K.): In Bayern.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): In Bayern. Mhm. - Und weitere Aktivitäten von Silvia F. (E.) oder Silvia F. (E.), -

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein, sind mir - -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - was die sonst in der Szene gemacht hat, das ist Ihnen nicht geläufig.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sagt Ihnen der Name des Ladens „Greenland“ oder „Greenlands“ in Brandenburg an der Havel etwas?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gar nicht? Obwohl Sie in Brandenburg gelebt haben und sich dort gut auskannten? Der Name sagt Ihnen gar nichts?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Vom Namen her sagt mir das überhaupt nichts.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Herr Galau hatte schon nach Waffen gefragt. Können Sie sich erinnern, wer aus der Szene in Brandenburg Waffen hatte oder nach Waffen gesucht hat?

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein, kann ich nichts zu sagen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also, Sie wussten nur, dass Szczepanski gesagt hat, okay, über seine Kontakte im Gefängnis könnte er Waffen besorgen, wenn sie denn jemand bräuchte. Aber sonst aus der Szene, haben Sie jetzt keine Erinnerung daran, -

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - dass dort Waffen gesucht wurden oder mit Waffen gehandelt worden ist.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Bloß dann hinterher aus den Medien, die Geschichte irgendwie auch mit Herrn Menzel da. Das habe ich aber auch aus den Medien erfahren.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Okay. Also nicht durch eigene Berührung.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nee.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Haben Sie gewusst, wer sich aus der Brandenburger Szene an Wehrsportübungen beteiligt hat?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gar nicht. - Oder gab es Leute aus der Szene, die in der Zeit bei der Bundeswehr Wehrdienst geleistet haben? Ist Ihnen da was bekannt?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein, wüsste ich jetzt nicht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich würde gerne noch mal zu diesen Besuchserlaubnissen fragen. Sie haben vorhin erzählt, dass Sie die zwei Musiker von „Razors Edge“ nach Brandenburg gefahren haben -

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - und dass die dort Carsten Szczepanski im „Sprecher“, wie Sie so schön sagten, besucht haben. Wie war das mit diesen Besuchserlaubnissen? Sie sagten, Carsten Szczepanski hätte Ihnen teilweise Besuchserlaubnisscheine zugeschickt und gesagt: „Transportiere die Leute mal da hin!“?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nee. Also, ich habe bloß meinen von ihm persönlich zugeschickt gekriegt. Dann hat er einen Brief noch mit geschrieben oder einen Brief dazugepackt; da stand meinerwegen drin, Person X würde mich besuchen kommen,

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

„Könntest du den mitnehmen? Die haben den gleichen Termin wie ich.“ - Ich glaube, bis zu drei Personen durften. Eine Stunde war, glaube ich, die Dauer.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber wenn diese englischen Musiker - - wenn Sie die da hingefahren haben freundlicherweise: Wer hatte denn dann die Besuchserlaubnis? Wer hatte das denn - -

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ich weiß nicht, ob er die nach - - Also, die hatten welche. War auch genehmigt. Ich weiß nicht, ob die an der Pforte, sage ich jetzt mal, von der JVA hinterlegt wurden oder dass das genehmigt wurde oder ob die sie dabei hatten. Das kann ich nun nicht - -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie haben ja auch erwähnt, dass Sie diese andere Frau, von der HNG, auch mal zu Szczepanski gefahren haben.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Also, ich bin mir nicht sicher, ob das Szczepanski war oder F. Also, ich weiß es nicht genau.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ob Sie die - -

Zeuge Henning P. (Henning K.): Also, ich hatte die bloß mal vorher, im Vorfeld, irgendwo kennengelernt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Sie hat dann gefragt, ob sie bei mir übernachten könnte; sie hätte am nächsten Vormittag - - Und die kam, glaube ich, aus Trier oder Ulm oder - - Jedenfalls war es eine weite Anreise - - ob sie bei mir schlafen könnte die eine Nacht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber woher die die Besuchserlaubnis hatte, wissen Sie auch nicht, oder - -

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nee.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): War das denn üblich? Es gab doch da bestimmte Auflagen: Besuch zweimal im Monat. Und dann sagten Sie: bis zu drei Personen. Wenn man Sie so reden hört, hat man den Eindruck, dort wurde sehr freigiebig mit diesen Besuchserlaubnissen hantiert. Kam Ihnen das ungewöhnlich vor?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Na ja, zweimal im Monat ist nicht viel, sage ich mal. Ich weiß nicht, ob das vielleicht öfter nun stattgefunden hat. Also, mir ist bloß was bekannt, dass er - - Meistens war ich einmal im Monat da und dann immer irgendwelche Auswärtigen, wo er noch in der geschlossenen JVA gesessen hat.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also, Sie waren einmal im Monat, so als Faustregel, da. Und hatten Sie dann - -

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja. Es kann auch mal sein, dass ich vielleicht zwei Monate nicht da war. Aber - -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber in der Regel waren Sie einmal im Monat da, also der eine Termin, und dann gab es noch einen anderen Termin.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Hatten Sie, wenn Sie hingegangen sind, noch Mitbesucher dabei, oder sind Sie meistens allein hingegangen?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Also, bewusst ist mir jetzt die Geschichte mit den Engländern und den zwei Mann aus Königs Wusterhausen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Okay. - Dann haben Sie vorhin erwähnt, Sie haben Carsten Szczepanski manchmal, als er dann Freigang hatte, mit dem Auto mitgenommen, weil er da ja noch kein eigenes Auto hatte. Ab wann hatte er denn ein eigenes Auto?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Also, zeitlich kann ich das - - wo er dann im offenen Vollzug war. Ich glaube, das war ein Golf, den er dann hatte. Ich kann mich da aber nicht - -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. Aber als er im offenen Vollzug war, hatte er auf einmal ein eigenes Auto. Wo hat er das denn hergehabt?

(Der Zeuge überlegt.)

Oder: Wie hat er das denn finanziert?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Es war ein altes Fahrzeug. Ich sage mal, der Wert oder der Kaufpreis wird nicht sehr hoch gewesen sein. Also, von daher - -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber hat es Sie nicht gewundert, woher der sich auf einmal, sozusagen während der noch im Gefängnis war, ein Auto - -

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein. Er hat bloß gesagt, er möchte ein bisschen mobiler sein als bisher. Er ist ja dann oft nach Berlin gefahren oder weiß der Geier wohin.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber woher er als Gefangener das Geld hatte, sich ein Auto zu besorgen, um ein bisschen mobiler zu sein, das - -

Zeuge Henning P. (Henning K.): Habe ich nicht hinterfragt. Aber wenn Sie mal auf den Parkplatz geschaut hätten: Da fallen einem die Augen raus, was da für Autos gestanden haben von irgendwelchen anderen Gefangenen.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also, da war das sozusagen noch niedriges Preisniveau.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja, ganz unterstes, würde ich sagen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ganz unterstes Niveau. - Noch mal zu den Besuchen von Ehepaar P. Oder: Sie haben ja gesagt, Ihrer Erinnerung nach war nur Frau Antje P. mit dabei. Sie haben ja nicht in unmittelbarer Nähe gewohnt. Sie haben in der Nähe von Brandenburg an der Havel gewohnt, P. in der Nähe von Chemnitz. Wie kam es dann dazu, dass Sie da gemeinsame Besuche abgehalten haben?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Man hat sich halt öfter auf irgendwelchen Feiern oder Fußballturnieren getroffen, auf Konzerten.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also, das ist genauso wie mit Jan Werner: Sie haben das Ehepaar P. auf diversen Konzerten oder Veranstaltungen in der rechten Szene persönlich kennengelernt -

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - und dann gemeinsam die Besuche bei Szczepanski organisiert.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Und mit dem Praktikum? Wenn Sie die P. persönlich kannten und mit den P. - oder wenigstens mit Frau Antje P. - häufiger bei Carsten Szczepanski im Gefängnis waren, dann müssen Sie doch die Geschichte mit dem Praktikum eigentlich genauer mitgekriegt haben. Haben Sie da mal drüber gesprochen, dass ihm das angeboten wird? Oder die Frage: Wer hat das genehmigt aus der JVA?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Also, Herr Szczepanski hatte mir erzählt, er könnte - - Ja, weiß ich nicht, wie das einzuordnen ist. Ich weiß es halt wirklich jetzt zeitlich nicht mehr. Er hat bloß gesagt, wenn er da ein Praktikum macht - - weiß ich nicht, ob er dann früher entlassen werden könnte oder sich das dann auf den Arbeitsvertrag bei P. bezogen hat. Das kann ich nun nicht ein- -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber Sie haben ja in der vorigen Runde selbst gesagt: Der kann doch nicht als Freigänger jeden Tag nach Sachsen gefahren sein. Das kann doch gar nicht sein. Hin und zurück, der wäre ja laufend, ununterbrochen auf der Piste gewesen.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Genau.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also, Sie sagen, eigentlich kann er das doch erst gemacht haben, nachdem er entlassen worden ist. Aber wenn Sie mit P.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

näheren Kontakt hatten, müsste Ihnen doch eigentlich klar sein, wann das gewesen ist.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nee, haben wir nicht drüber gesprochen. Kann ich zeitlich nicht einordnen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Können Sie zeitlich überhaupt nicht mehr einordnen?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Minute, bitte.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ist Ihnen irgendwie bekannt, bei wem Carsten Szczepanski die Erlaubnis beantragt hat?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Na, ich denke mal - oder vielleicht hat er es mir auch erzählt -, bei der - - musste er die Unterlagen einreichen bei der Leitung der JVA.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Und die hat das dann genehmigt.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Die hat dann entschieden, ob - - Er hat auch erzählt, er muss irgendwelche Voraussetzungen erfüllen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut, aber wenn es die JVA genehmigt hat, dann muss es ja doch in der Zeit gewesen sein, wo er noch eingesessen hat, also nicht nach der Haftentlassung. Das Rätsel, wie er da hingefahren und zurückgekommen ist, das bleibt ja bestehen.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Meines Erachtens ist das nicht mal theoretisch möglich. Vielleicht hatten die auch noch irgendeine Scheinadresse von ihrem Geschäft, dass sie irgendwo - - oder irgendwo im Land Brandenburg noch einen Laden angemeldet hatten. Anders - - Ja, ich weiß auch nicht, wie sie das ...

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): ... hingekriegt haben.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Hingekriegt haben sollen, ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Okay. Danke.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann gehen wir in die zweite Runde. - Wir beginnen wieder mit der SPD-Fraktion. Frau Gossmann-Reetz, bitte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie hatten vorhin gesagt, dass Sie sich sehr deutlich daran erinnern können, dass ein Konzert in Hirschfeld stattgefunden hat.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie wussten plötzlich auch ganz klar, dass Herr Szczepanski definitiv nicht da war. Wieso ist Ihnen diese Erinnerung so klar, und woran machen Sie Ihre Erinnerung fest, dass Herr Szczepanski nicht dabei war?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Weil das Konzert aufgelöst wurde und wir alle polizeilich zugeführt wurden.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und Herr Szczepanski?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Also, ich kann mir nicht vorstellen, dass er - - Also, ich weiß, dass zum Beispiel Herr Menzel da mit war, weil wir die Nacht in Cottbus in einer Zelle verbracht haben. Aber an Herrn Szczepanski - - kann ich mich dran nicht erinnern. Ich wüsste nicht, dass der vor Ort war.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie waren in Cottbus in einer Zelle?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Können Sie das noch zusammenbringen? Wie kam das? Hirschfeld und Cottbus liegen jetzt nicht ganz so nah beieinander.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ich bin der Meinung, dass die uns eingesackt haben und dann alle in so eine Großraumzelle nach - - Ich weiß nicht genau, ob das Cottbus war oder irgendeine andere Stadt. Die haben uns irgendwo in eine Großraumzelle verfrachtet und die Nacht dann - - und den nächsten Tag dann irgendwann rausgelassen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ist Ihnen das häufig so passiert?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Eher weniger.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. - Wie setzte sich denn die „Blood & Honour“-Gruppe Brandenburg zusammen? Wie waren die aktiv? Wie gestaltete sich deren Zusammenarbeit? Was machten die so? Wie wurden die aktiv?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ich weiß, dass aus Potsdam ein paar - - Ein paar kannte ich auch bloß vom Sehen, vom Hörensagen. Und einige kannte ich halt. Was die nun - - Ich war nicht dabei gewesen, bei „Blood & Honour“, und kann da - - Ich weiß bloß, dass es einmal hier eine Fraktion gab und in Südbrandenburg wohl eine. Mehr kann ich dazu - - Dass die sich regelmäßig getroffen haben.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was haben die so gemacht, und was hatten die für einen Ruf?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Die haben wohl viele Konzerte organisiert.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Konzerte.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das war die Hauptaktion.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Fanden Sie das gut, dass die Konzerte machen, oder hätten Sie sich gewünscht, dass „Blood & Honour“ andere Dinge tut?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nee. Also, ich fand, das mit den Konzerten war okay, weil die immer gut organisiert waren, gut abliefen meistens.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie haben ja damals bei Ihrer BKA-Vernehmung sehr deutlich gemacht - wie auch eben hier -, dass Sie mit „Blood & Honour“ nicht viel zu tun hatten, dass zwar Uwe Menzel Mitglied war, Sie selber aber nicht.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Also, das Nicht-mit-zu-tun-Haben ist ja relativ zu sehen. Also, man hat schon mit den Leuten zu tun gehabt. Man kannte sich ja vorher schon.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mhm.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Irgendwann hatten sie mich auch mal angesprochen. Aber das war halt alles - - war nichts für mich, so in der Form.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Warum nicht?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Weil es mir zu strukturiert war.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wieso? Also, was war da zu - -

Zeuge Henning P. (Henning K.): Also, ich kann bloß sagen, zu welchen Konzerten - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Konzerte machen und Musik machen: Was ist daran strukturiert?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja, aber von der Sektion Berlin halt - - Also, früher hat man sich mit seinen Kumpels in einer Kneipe getroffen, hat was getrunken, und dann war das ja schon - - Dann haben sie irgendwelche Clubhäuser angemietet und das - - Ja, das war halt nicht meins. Und deswegen - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Vereinsmeierei - für Sie?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja, wollte ich nicht mitmachen.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): In Ihrer BKA-Vernehmung haben Sie sehr deutlich betont, dass Sie damit nichts zu tun haben. Wir finden in unseren Unterlagen immer ganz andere Hinweise darauf. Ich möchte mal ein paar Sachen auch zitieren:

„Laut Henning K[...], soll Christian W. (Fürstenwalde) nach wie vor der Anführer von B&H-Brandenburg sein.“³

Das ist am 07.07.97 gesagt worden.

Dann gab es ein Sektionstreffen von „Blood & Honour Sachsen“ im Juli 98. Davon wird berichtet:

„Positiv bewertet die ‚Blood & Honour‘-Sektion Sachsen jedoch die Zusammenarbeit mit der ‚Blood & Honour‘-Sektion Brandenburg. Besonders die Band ‚Proissenheads‘ wird als ehrlicher und kameradschaftlicher Kooperationspartner angesehen. Auch Henning K[...] wird als positiver Faktor beurteilt.“⁴

Nächster Bericht:

„Da sich B&H-Brandenburg mit WERNER solidarisch erklärte und laut K[...], MENZEL und Christian W. am 07.10.1998 ihre Auflösung beschloß, fragte die Quelle LANGE, ob er Rauswurf WERNERs denn eine gute Entscheidung gewesen sei.

[...]

Auch die ehemalige Sektion-Brandenburg ist sich über ihre Zukunft noch nicht im Klaren. Ralf L. will möglicherweise in die Berliner Sektion eintreten. K[...] befürwortet ‚autonome Strukturen‘ mit deutlicher ‚Anti-Antifa‘-Ausrichtung.“⁵

Was sagen Sie denn dazu?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Das kann ich mir nicht erklären. Also, ich war nie Mitglied bei „Blood & Honour“. Ich weiß auch nicht, wie die dadrauf kommen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Na ja, aber Sie waren so dicht an diesen Führungspersonen dran, und es wird regelmäßig von Ihnen berichtet, also auch Ihre Position, Ihre Haltung zu der Ausrichtung der „Blood & Honour“-Sektion. Hier wird auch teilweise gesagt, Sie finden es nicht gut, dass nur Musik gemacht werde, weil Sie sich anscheinend mehr eine aktive Rolle gewünscht haben. Ich würde sagen, bei

³ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: B 4, 2016-12-01 B4-VS NfD, Ordner III, 1997-DBM.pdf, Seite 73.

⁴ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: B 4, 2016-12-01 B4-VS NfD, Ordner III, 1998-DBM-Teil 1-Jan-Juli.pdf, Seite 156.

⁵ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: B 4, 2016-12-01 B4-VS NfD, Ordner IIIa, 1998-DBM-Teil 2-Aug-Dez.pdf, Seite 97.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

dieser Nähe muss man schon von einer faktischen Mitgliedschaft, wenn auch vielleicht nicht durch irgendein Ritual begründet, sprechen. Was sagen Sie dazu?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Also, ich war denen nahe gewesen, ja. Aber dass ich da Mitglied war? Nein!

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was ist denn „nah“?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ich kannte alle oder viele von den Mitgliedern, die dann zu „Blood & Honour“ gegangen sind, schon vor der Gründung von „Blood & Honour“.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mhm.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nur weil sie einen Aufnäher hatten - - Ich habe nicht an irgendwelchen Sitzungen teilgenommen. Ich habe meinen Standpunkt immer vertreten, habe denen auch gesagt, wieso ich keine Lust dazu habe, da mitzumachen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Nächstes Zitat:

„Henning K[...] kritisiert die mangelnden Aktivitäten von B&H-Deutschland. Es könne nicht angehen, daß sich B&H auf die Organisation von Konzerten beschränke; dies könne schließlich jeder.“⁶

Zeuge Henning P. (Henning K.): Weiß ich nicht, wie die zu so einer - - wer das gesagt hat oder wie so eine Aussage entstanden ist.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, für mich klingt das nach jemandem, der damals sehr deutlich forderte und auch wollte, dass „Blood & Honour“ aktiv - und auch anders aktiv als nur im musikalischen Bereich - wird.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Das kann aber nicht auf meine Person bezogen gewesen sein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie hätte denn Ihrer Meinung nach damals „Blood & Honour“ ausgerichtet sein müssen?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Das ist eine gute Frage. Kann ich nicht beantworten.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Danke schön.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann die CDU-Fraktion.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Herr Vorsitzender, wir haben keine weiteren Fragen.

⁶ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: B 4, 2016-12-01 B4-VS NfD, Ordner III, 1998-DBM-Teil 1-Jan-Juli.pdf, Seite 17.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann geht es weiter mit der Fraktion der Linken.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Danke schön. - Sagt Ihnen der Begriff „C 85“ was?

Zeuge Henning P. (Henning K.): „C 85“?

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): „C 85“. Haben Sie das schon mal gehört?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nee. „C 84“, ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): „C 84“? Was ist „C 84“?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Das ist eine unpolitische Band. Die heißt „Condemned 84“.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay. Aber „C 85“ sagt Ihnen auch nichts im Zusammenhang mit Chemnitz, mit dem Ort.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Und Sie wissen auch nicht, dass es für die Friedrich-Viertel-Straße 85 in Chemnitz steht.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nee.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay. - Wenn Sie Jan Werner besucht haben, hat er sich mit Ihnen dann auch über die Szene in Sachsen unterhalten und über die „Blood & Honour“-Sektion?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Gar nicht?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Auch keinen Austausch zu Konflikten, die da gewesen sind, oder zu Sonstigem?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Wussten Sie davon, dass es einen Konflikt zwischen Sachsen und Berlin gegeben hat, zwischen den Sektionen?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ich weiß, dass da was gemunkelt wurde, dass es da auch um - - soll es wohl auch um Geld gegangen sein.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Also hat Jan Werner nicht mal über Bernd P. geschimpft oder über sonstige Leute?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Gar nicht?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nicht in meiner Gegenwart.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay. - Ein paar Mal ist der Name Uwe Menzel jetzt auch hier schon gefallen; der ist ja auch aus Potsdam. In welcher Form sind Sie mit ihm in Kontakt gekommen?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Man hat sich, ich sage mal, nach 89 irgendwann mal kennengelernt, und er ist mit ein paar Kumpels immer nach Brandenburg übergekommen.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Der hat ja dann quasi eine ziemlich steile Karriere hingelegt, oder?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Zumindest das, was ich so vom Hörensagen aus den 90ern weiß, ist, dass er mit den „Proissenheads“ ziemlich schnell zu einer *der* „Blood & Honour“-Bands deutschlandweit geworden ist. Teilen Sie die Auffassung? Ist das so?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ich glaube, eher nicht.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Eher nicht?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Also, so lange gab es - - Ich sage mal, die Band „Proissenheads“ an sich gab es ja so lange auch nicht. Die haben sich ja dann - - hat sich ja dann tausend andere Bandnamen gegeben.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Und Nachfolgeprojekte gehabt.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Oder Nachfolgeprojekte, ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Aber zwischenzeitlich hatte ja „Proissenheads“ auch mit „Landser“ zusammen geprobt hier in Potsdam.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja, das ist mir bekannt.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Das heißt also, dass Sie sich dann wahrscheinlich häufiger getroffen haben. Wenn „Landser“ als große Band hier war, dann muss es ja auch irgendwie zumindest zu Treffen oder zu Sonstigem gekommen sein, und man hat sich vielleicht gesehen oder so.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Henning P. (Henning K.): Wir waren mal auf eine Party eingeladen. Da waren in Potsdam in so einem Proberaum - - Weiß ich nicht, wo das - - Ich glaube, das war irgendwo in Babelsberg; kann ich aber nicht - - Da waren alle anwesend, sage ich mal.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Wissen Sie, ob Uwe Menzel auch Kontakt zu Jan Werner hatte - guten?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Ja? Also, der ist auch regelmäßig - - haben die sich gesehen.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): In welcher Form hat sich das gezeigt? Auf Konzerten getroffen und man hat miteinander gequatscht? Oder - -

Zeuge Henning P. (Henning K.): Konzerte, Geburtstagsfeiern.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Also bei jeder Gelegenheit quasi.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Ich würde gerne noch mal auf den 5. September kommen, also auf diesen Abend in Hirschfeld. Zumindest wenn man die Berichterstattungen liest, dann war das ja schon ziemlich heftig, was dort passiert ist, weil ganz viel Polizei da war. Sie haben ja schon gesagt, dass Sie dann auch im Gefängnis saßen. Haben Sie noch mehr Erinnerungen an den Abend? War das bei der ersten Band, dass die Polizei reingekommen ist, oder - -

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nee, ich glaube, das war schon die zweite oder dritte Band.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Und dann stand die Polizei plötzlich im Raum.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nee, das ging ja nicht. Das war - - Da musste man, glaube ich, so eine Treppe hochgehen, und dann ist man erst in den Saal gekommen. Die Polizei ist gar nicht die Treppe hochgekommen. Ich glaube, erst waren zwei oder drei Polizisten drin gewesen. Dann gab es vor dem Saal, wie man das auch vom 1. Mai aus Kreuzberg kennt, eine Schlacht mit Pflastersteinen; da lag ein riesiger Berg. Dann ging das immer hin und her.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Das hat dann wahrscheinlich eine ganze Weile gedauert.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay. - Und wie viele wurden dann verhaftet an dem Tag? Können Sie sich daran erinnern? Sie haben ja gerade gesagt, dass Sie in einer großen Zelle saßen.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ich sage mal, in der Zelle waren vielleicht 50 bis 60 Leute.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Das ist ja schon ganz schön viel.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Und die waren alle auch von dem Konzert.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja, außer zwei betrunkene Trabantfahrer, die von der Polizei - -

(Heiterkeit)

- Ja, das hört sich komisch an. Weil man sich an so eine lustige Sache - - Die haben sich da nicht so ganz wohlgefühlt.

(Heiterkeit)

Die wollten betrunken vor der Polizei flüchten. Und - - ja.

(Abgeordnete Gossmann-Reetz [SPD]: Das machen die nie wieder!)

- Das weiß man nicht.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Wissen Sie das noch: War das gefühlt jeder, der auf dem Konzert verhaftet wurde, -

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nee.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): - oder waren das die, die von der Polizei einfach ungünstig erwischt wurden?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ich sage mal, etliche sind dann auch abgehauen, ich sage mal, mit Autos losgefahren.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Und von den Brandenburgern, waren da noch mehr dabei, die Sie kannten, die auch verhaftet wurden - oder die Glück hatten?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Kann ich nicht sagen. Ich kann sagen, dass ich mit Uwe Menzel oben noch an der Bar stand und was getrunken habe. Dann sind wir runter, und dann haben sie uns auch, ja, gefangen genommen.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Sagt Ihnen der Name Thomas Starke was?

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Es gibt das Gerücht, dass er an dem Tag den Polizeifunk abgehört hat. Stimmt das?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Kann ich nicht sagen. Aber solche Gerüchte gab es bei solchen Konzerten öfter mal, dass die Leute, irgendwelche Veranstalter sich da so - - also im Allgemeinen den Polizeifunk abgehört haben sollen.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Wissen Sie noch, von wem das Konzert organisiert war?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nee, kann ich nicht - -

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Nee? Okay. - Das Konzert ist ja nicht nur aufgrund dessen so berühmt, weil es da die Auseinandersetzung mit der Polizei gab, sondern es gab im Nachhinein auch noch eine Meldung. Und zwar gab es danach das Gerücht oder die Aussage, dass Jan Werner auf der Suche nach Waffen sei. Ist das etwas, was Sie auf dem Konzert auch gehört haben?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein, habe ich nicht gehört.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Können Sie sich erklären, wie das zustande gekommen ist?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Gar nicht?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein. Also - - Nee, wüsste ich jetzt nicht.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Und dass Jan Werner vielleicht den Auftrag von irgendjemandem bekommen hat, mal rumzufragen, dass Waffen ganz gut wären und er die gerade braucht?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nee, kann ich nicht sagen, also habe ich von ihm auch persönlich nicht gehört zu dem Zeitpunkt.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Weil: Ein paar Wochen später gab es noch mal ein Konzert, auf dem Sie wohl auch wieder waren und Jan Werner auch, und zwar in Munzig. Da hieß es dann, dass Jan Werner immer noch keinen Erfolg hatte bei der Suche nach Waffen. Also, da wurde das Thema quasi noch mal angesprochen. Aber davon haben Sie auch nichts mitbekommen.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Also, kann ich mich nicht dran erinnern. Und glaube ich auch nicht.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Warum nicht?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Zu dem Zeitpunkt hatte Herr Jan Werner gute Kontakte auch ins osteuropäische Ausland, nach Polen. Ich glaube, da ist es einfacher, von da her was zu besorgen als von woanders her.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Also, das ist jetzt meine persönliche Meinung.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Die letzte Minute dann auch schon.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Das geht schnell. - Ich will noch mal ganz kurz auf dieses Konzert in Hirschfeld zurückkommen. Da war ja Carsten Szczepanski jetzt nicht dabei. Haben Sie sich danach mit ihm mal über dieses Konzert unterhalten?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Bestimmt, ja.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Weil es was Besonderes war?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Diese Schlägerei war ja nicht alltäglich - oder: dieser Straßenkampf zwischen Polizei und Teilnehmern. Habe ich so noch nie erlebt und hinterher auch nie wieder so erlebt.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Und wenn Sie Herrn Szczepanski irgendwie erzählen wollten, dass Sie so was Tolles erlebt haben, haben Sie ihn da angerufen, oder haben Sie sich mit ihm getroffen? Oder war das dann eher Zufall, wenn man sich das nächste Mal gesehen hat?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Das war dann - - Ja, wenn man sich das nächste Mal gesehen hat. Ich weiß nur nicht, ob es da schon war mit Funktelefon.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Ich glaube, er hatte schon eins. Ich weiß nicht, ob Sie schon eins hatten. - Können Sie sich noch erinnern, welche Bands an dem Tag gespielt haben?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nee.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Okay. Dann machen wir erst mal Schluss.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Herr Galau.

Abgeordneter Galau (AfD): Viele Fragen bleiben, zumindest aus meiner Sicht, nicht mehr. - Hatten Sie eigentlich noch Kontakt zu Herrn Szczepanski nach seiner Enttarnung?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Galau (AfD): Danach nicht mehr.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein, überhaupt nicht.

Abgeordneter Galau (AfD): Hatte Szczepanski eigentlich jemals über seine alten Kontakte noch aus Westberliner Zeiten gesprochen?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein. Also, in Westberlin - - Nach seiner Enttarnung, sage ich mal, haben irgendwelche Westberliner mal erzählt: War doch ganz klar! Der hat uns bei uns auch früher schon mal angeschissen!

Abgeordneter Galau (AfD): Okay. Wissen Sie noch - - Sind da irgendwelche Namen mal gefallen aus der Westberliner Zeit?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nee, kann ich mich nicht entsinnen.

Abgeordneter Galau (AfD): Können Sie keinen weiter nennen. - Okay. Danke schön.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann sind wir bei Frau Nonnemacher. Bitte schön.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön. - Herr P., Sie haben vorhin gesagt, Marcel Schilf kannten Sie praktisch aus Kindertagen.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wissen Sie, warum die Familie von Marcel Schilf aus der DDR nach Dänemark ausgewandert ist? War das nicht ungewöhnlich? War das überhaupt möglich?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja, das war möglich. Zum einen hatte Herr Schilf starkes Asthma. Und sein Vater war - - Seine Mutter hat ihn, seinen Vater, beim Bau des Palastes der Republik kennengelernt; das war ein Däne. Daraufhin konnten die irgendwann mal - das war aber noch zu DDR-Zeiten - ausreisen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ach so, okay. Weil der Vater Däne war und mit dem Argument, dass das Kind asthmakrank gewesen ist.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Okay.

Zeuge Henning P. (Henning K.): So habe ich es in Erinnerung.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Marcel Schilf, war der bei „Blood & Honour“ aktiv?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Welchen Bezug hatte er zu „Combat 18“?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Der soll mit Herrn Browning aus England sehr gut befreundet gewesen sein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ist Ihnen bekannt, wer die „Kriegsberichter“-Videos produziert hat?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja. Das soll jemand aus Finnland gewesen sein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aus Finnland. - Wissen Sie, wer aus Deutschland daran beteiligt war?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Beispielsweise, was Konzertausschnitte oder so was betrifft?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein, kann ich nicht - -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wissen Sie nicht. - Wer hat die Zeichentrickszenen für die „Kriegsberichter“-Videos erstellt?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Kann ich nicht sagen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Können Sie auch nicht sagen. - Und wer hat das „NS-88“-Konzertvideo „Screwdriver Cottbus Germany“ gedreht oder produziert?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ich denke mal, dass das Herr Schilf produziert hat und rausgebracht, veröffentlicht hat. Aber wer das nun gedreht hat, ist - -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also, produziert: Herr Schilf; aber wer das gedreht, aufgenommen hat, wissen Sie nicht.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich hätte gerne noch mal gefragt: „Rollkommando/Terrormachine“, sagt Ihnen das was? Sagt Ihnen eine Gruppe namens „Rollkommando“ was?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ist mir jetzt nicht bekannt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie haben da nie von gehört?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Also - -

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Weil wir haben - -

Zeuge Henning P. (Henning K.): Könnte ich jetzt nichts dazu sagen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Dann würde ich Ihnen was vorhalten, was erzählen wollen aus einer Deckblattmeldung, die wir haben, vom 10. März 99, Ordner B 4, Datei 1999-DBM-Teil 1. Da steht drin:

„Am 1. Aprilwochenende 1999 beabsichtigten unter anderem L[...], K[...], SCH[...], R[...], SCHÜ[...], B[...] und H[...] sich in Königs Wusterhausen, zu einem Arbeitstreffen des ‚Rollkommandos‘ zu treffen.

Das ‚Rollkommando‘ soll derzeit folgende Strukturen aufweisen:

Koordinator für alle Städte und Einsätze:	Ralf L.
Verantwortlicher der Stadt Rathenow:	Henning K.
Verantwortlicher in der Stadt Brandenburg:	Henning K.“

Zeuge Henning P. (Henning K.): Also - -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Erinnern Sie sich?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nee, definitiv nicht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Definitiv nicht.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Also, ich weiß nicht, wie die zu so einer Aussage gekommen sind, genauso wie die von vorhin. Also, ich habe da nirgendwo mitgemacht und - - Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Okay. Der Name sagt Ihnen nichts; -

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein, überhaupt nichts.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - über die Treffen und Organisationsstrukturen haben Sie keine Ahnung. - Okay.

Dann würde ich gern noch mal fragen: „Blood & Honour Sachsen“. Wie haben Sie die Chemnitzer Szene in den 90er-Jahren um Jan Werner, um Andreas G., um das Ehepaar P. wahrgenommen? Waren die besonders umtriebige Aktivisten, oder wie kamen die Ihnen vor?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Die haben viele, sehr viele Konzerte orga- - Also, die waren schon gut organisiert, was man so mitgekriegt hat von außerhalb, und haben viele Sachen organisiert.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also, das fiel schon irgendwie auf. - Konnte man sich das irgendwie erklären, warum die nationalistische Szene im Raum Chemnitz derartig stark florierte, was beispielsweise „Blood & Honour“ und die Musikgeschäfte, was die Produktion von Heften angeht und die Anzahl der Konzerte, warum das gerade dort so besonders gut lief?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein, kann ich nicht. Warum das da ausgerechnet so war - keine Ahnung.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Haben Sie keine Theorie zu. - Haben Sie mal irgendwas gehört, dass die Chemnitzer Szene bezüglich polizeilicher Durchsuchungsaktivitäten frühzeitig gewarnt worden ist, dass die vorab Bescheid wussten?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ist da irgendwas so - -

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Oder Leute, die im Raum Chemnitz durchblicken ließen, dass sie Kontakte zum Verfassungsschutz hatten?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein, wüsste ich jetzt nicht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ist Ihnen auch nicht bekannt.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wir würden Ihnen jetzt noch mal eine Mappe mit einigen Fotos von bekannten Rechtsextremisten vorlegen. Wenn Sie uns dann vielleicht sagen könnten, wen Sie davon kennen, und vielleicht auch was dazu sagen könnten, in welchem Zusammenhang Sie die sehen? Diese Bilder sind nummeriert. Wir teilen das jetzt aus, damit auch die Kollegen sich das angucken können und dann wissen, ob Sie irgendjemand erkennen.

(Dem Zeugen sowie den Ausschussmitgliedern wird eine Bildermappe vorgelegt.)

Zeuge Henning P. (Henning K.): Die ersten sind ja aus den Medien bekannt.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Bitte noch einen kleinen Moment warten!

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ach so. Okay.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Am besten gehen Sie es einfach mal durch, von eins ab.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Henning P. (Henning K.): Eins erkenne ich aus den Medien.

(Bild 1: Uwe Mundlos)

Zwei auch.

(Bild 2: Uwe Bönnhardt)

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Können Sie noch mal Namen dazusagen?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Na, Mundlos und Bönnhardt. Aber wer nun wer ist - -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. Aber die kennen Sie nur aus den Medien.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Aus den Medien, ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Die kannten Sie nicht aus der Zeit, als Sie Jan Werner häufiger besucht haben oder so, sondern nur aus den Medien.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Also, ich kann es nicht ausschließen. Aber bewusst kenne ich sie erst nach dem - - wo die NSU-Geschichte aufgeflogen ist, sage ich mal.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber Sie können auch nicht ausschließen, dass Sie die vorher schon mal gesehen haben, bevor sie - -

Zeuge Henning P. (Henning K.): Na ja, auf Konzerten, wenn da 500 Leute sind - oder 1 000 -, kann es schon passieren, dass die mal über den Weg gelaufen sind. Aber - -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber bewusst nicht. Okay.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Bewusst nicht, nein.

Drei: Zschäpe. Aus den Medien.

(Bild 3: Beate Zschäpe)

Vier sagt mir überhaupt nichts.

(Bild 4: M. St.)

Fünf sagt mir auch nichts.

(Bild 5: André Eminger)

Sechs sagt mir nichts.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

(Bild 6: S. Em.)

Nummer sieben ist der Herr Szczepanski.

(Bild 7: Carsten Szczepanski)

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Okay. Das hätte mich jetzt gewundert.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Herr Szczepanski und Herr Starke auf der Acht.

(Bild 8 oben: Thomas Starke [links] und Carsten Szczepanski [rechts]; Bild 8 unten: Thomas Starke)

Neun sagt mir gar nichts.

(Bild 9: Thomas Richter)

Zehn ist der Herr Wohlleben. Aus den Medien kenne ich den nur.

(Bild 10: Ralf Wohlleben)

Elf auch nur aus den Medien.

(Bild 11 oben: André Kapke; Bild 11 unten: André Kapke [rechts], Uwe Mundlos [in der Mitte])

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also Mundlos?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Mhm.

Zwölf: Ja, hm.

(Bild 12 oben: Mar. Fr., Bild 12 unten: Mar. Fr. [in der Mitte])

Wüsste ich jetzt auch nicht, wo ich den einordnen sollte.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Heißt das, dass Sie ihn aber schon mal gesehen haben, oder?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Könnte sein, aber - - Wüsste ich aber jetzt auch nicht, wo ich das einordnen sollte.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Okay.

Zeuge Henning P. (Henning K.): 13 sagt mir gar nichts.

(Bild 13 oben: Th. G. [Mitte]; Bild 13 unten: Th. G. [Mitte])

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

14 sagt mir auch nichts.

(Bild 14: Ni. Sch.)

15 ist Herr Hammer, von „Noie Werte“ der Sänger.

(Bild 15 oben und Bild 15 unten: St. Ha. [Sänger])

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Können Sie da was zu sagen, woher Sie den kennen, aus welchem Zusammenhang?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Na, von der Band „Noie Werte“ halt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber nicht persönlich?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Wir haben uns schon unterhalten. Ich kenne ihn auch. Aber „kennen“ und „kennen“ sind zweierlei. „Guten Tag!“, „Guten Weg!“ und - -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber den haben Sie nicht in Brandenburg getroffen oder - -

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein, in Brandenburg war der definitiv nicht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Okay.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ich glaube, 16 ist der A. H., ein Kumpel von dem Herrn St. Ha.

(Bild 16: A. H.)

17 aus den Medien.

(Bild 17 oben und Bild 17 unten: Tino Brandt)

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Entschuldigung! Darf ich noch mal nachfragen zu Nummer 16 - A. H.-: Woher kennen Sie den?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Der hat auch bei mehreren Bands gespielt. Unter anderem hat er mal ein Konzert gespielt, irgendwo in Sachsen, mit der Brandenburger Band „Thorshammer“.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Genau. Und die kannten Sie ja gut aus Brandenburg, „Thorshammer“.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Über diese Musikkontakte kannten Sie ihn auch.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

18 sagt mir gar nichts.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Bei 17 sind wir, glaube ich.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ach so, 17. - Aus den Medien. Jetzt komme ich nicht auf den Namen. Kenne ich auch bloß aus den Medien. Vom „Thüringer Heimatschutz“.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Genau.

Zeuge Henning P. (Henning K.): 18 sagt mir gar nichts.

(Bild 18: M. Re. [links] und Th. G.)

19 sagt mir auch nichts.

(Bild 19: Ac. Sch.)

20 ist noch mal die Band „Noie Werte“, ich glaube, vor ihrer Auflösung oder vor dem letzten - -

(Bild 20: Band „Noie Werte“ - Zweiter von links: Rechtsanwalt St. H. - Dritter von links [hinten]: Andreas G.)

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wen aus der Band - da sind ja fünf Musiker abgebildet - kennen Sie da oder können Sie identifizieren? Oder: Wen kannten Sie persönlich?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ich glaube, das im Hintergrund ist der Herr Andreas G. Weil der auch aus - - eigentlich aus Chemnitz stammt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Mhm.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Und die anderen kenne ich - - Und den Herrn St. H.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Genau, den hatten Sie ja schon benannt. - Also, die beiden kennen Sie aus der Band „Noie Werte“.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Das ist die Frau Antje P., die Nummer 21.

(Bild 21: Antje P./Antje B.)

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Mhm.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ich glaube, 22 - ist ein bisschen unscharf - könnte Herr Christian W. sein.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

(Bild 22: Christian W.)

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Mhm. Können Sie zu dem noch was sagen, was Sie persönlich an Kontakt zu dem hatten hier in Brandenburg?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Er hat auch teilweise Gitarre bei „Thorshammer“ gespielt, bei der Band aus Brandenburg. Und er hat immer ganz schön den Großkotz raushängen lassen,

(Heiterkeit der Abgeordneten Nonnemacher [B90/GRÜNE])

so ein bisschen sich als Rockstar feiern lassen, weil er auch in diversen Bands mitgespielt hat.

(Abgeordnete Johlige [DIE LINKE]: In welchen Bands?)

- „Thorshammer“ ist mir jetzt bewusst. Dann hat er wohl teilweise bei „Landser“ mitgespielt, und dann bei irgendwelchen englischen Bands; wenn die mal Aushilfe brauchten, hat er auch - - Ich glaube, bei „Razors Edge“ hat er auch schon mal ausgeholfen. Oder bei amerikanischen Bands; da ist ab und zu bloß der Sänger mitgekommen, und dann haben irgendwelche deutschen Gastmusiker für die Band gespielt.

24 sagt mir nichts.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): 23! Ich bin bei 23.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ach so. - Nee, sagt mir gar nichts, 23.

(Bild 23: I. K.)

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Okay.

Zeuge Henning P. (Henning K.): 24 sagt mir auch nichts.

(Bild 24: J. K. [links], Ha. F. [rechts])

Ich glaube, das ist der Michael Regener, die 25.

(Bild 25: Michael Regener alias „Lunikoff“)

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Mhm.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Oder genannt „Lunikoff“.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wie bitte?

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Henning P. (Henning K.): Oder genannt „Lunikoff“.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Kennen Sie den persönlich?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nee.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also - -

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja, also, „Guten Tag!“, „Guten Weg!“, aber so richtig, also persönlich, nicht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Nicht.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein.

26 kenne ich nicht.

(Bild 26 oben und Bild 26 unten [Mitte]: Maik Eminger)

Auf der 27 ist der Herr Schilf zu sehen.

(Bild 27: Marcel Schilf [mit FAP-Plakat])

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Mhm.

Zeuge Henning P. (Henning K.): 28 sagt mir gar nichts.

(Bild 28: Mirko Hesse)

29 sagt mir auch nichts.

(Bild 29: Mi. v. D., früher: Mi. S.)

30 sagt mir nichts.

(Bild 30 oben [Mitte] und Bild 30 unten: Mat. F.)

31 sagt mir auch nichts.

(Bild 31: Y. R. [links, im Karo-Hemd])

32 ist der Herr Menzel - unverkennbar.

(Bild 32: Uwe Menzel [links] und T. F. [rechts])

Und der andere: Weiß ich nicht, wer das ist.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Okay. Über Menzel hatten wir schon geredet. - Dann 33?

(Bild 33: S. S.)

Zeuge Henning P. (Henning K.): Sagt mir überhaupt nichts.

34 sagt mir auch nichts.

(Bild 34: S. R.)

35 habe ich jetzt irgendwo mal einen Bericht gesehen im Fernsehen. Da wurde er interviewt. Persönlich kenne ich ihn aber nicht.

(Bild 35: S. Ro.)

Ich glaube, auf dem Bild 36, das eine ist der Herr Mü. aus Rathenow. Und Herr Stefan R.

(Bild 36: Stefan R. [links])

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Und mit denen haben Sie persönlich Kontakt gehabt?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Mit Herrn Stefan R. weniger, mit Herrn Mü., da er aus Rathenow ist, auf irgendwelchen Feiern. Und ich weiß bloß, dass er bei der NPD jetzt irgendwie aktiv ist.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Okay.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ich glaube, 37 ist - - Vom Namen her weiß ich es nicht. Ich kenne bloß seinen Spitznamen; das ist, glaube ich, der „Manole“ aus Zwickau.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Kennen Sie den persönlich? Oder haben Sie den mal gesehen, getroffen?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Getroffen mit Sicherheit. Aber so persönlich - - Ich weiß bloß, dass er in Zwickau auch öfter mal Konzerte organisiert hat zu dem Zeitpunkt, dass er da einen Laden hatte. Aber dass ich ihn kennen würde, ist übertrieben.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Okay. - Vielen Dank.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann schaue ich in die Runde, wie es mit dem Fragebedarf ist. - Frau Gossmann-Reetz möchte fragen.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Danke schön. - Zu der Band „Thorshammer“ gehörte ja auch mal ein Sven G.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ein nicht unwesentlicher Mensch in dieser Band. - Der hatte damals eine Freundin. Erinnern Sie sich an sie?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Der hat mehrere gehabt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja, gut. Dann: eine Claudia.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nee.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): An eine Claudia erinnern Sie sich gar nicht.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): 1997/98 muss das gewesen sein. Und diese Claudia hatte auch einen Bruder, der bei der Polizei arbeitete.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Also, ich kenne Sven sehr gut. Ich kenne auch seine jetzige Freundin.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Nee, um die geht es jetzt nicht.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Aber an eine Claudia kann ich mich nicht erinnern.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. - Dann möchte ich Ihnen noch mal einen Vorhalt vorlesen, B 4 iV B 73, Übergabe Piatto Bearbeitete Fassung 97_98, 1. Halbjahr 1998, Seite 54. Da werden auch Sie wieder benannt. Hier heißt es, dass Sie

„über gute Kontakte zu 2 Kriminalpolizeibeamten aus dem Bereich des Polizeipräsidiums Potsdam verfügen.

Bei dem einen Polizisten handelt es sich um den Bruder des Lebensgefährten einer Claudia [...], die in der Skinheadszone in Brandenburg a. d. H. aktiv ist. Über diesen Polizisten hatte K[...]“

- also Sie -

„erfahren, daß die Polizei davon ausging, daß für das am 28.03.1998 in Kirchmöser geplante Skinheadkonzert ein Sammlungsraum Magdeburg sein sollte.

Über noch intensivere Kontakte soll K[...] zu einem weiteren Kriminalpolizeibeamten aus dem Bereich des PP Potsdam verfügen. Dieser

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Polizist soll K[...] deshalb mit Informationen versorgen, weil [er] im Besitz mehrerer Fotos ist, auf dem dieser Polizist den Hitlergruß entbietet und andere für ihn kompromittierende Handlungen vollführt. Dieser Polizist soll ihm im Voraus Informationen über polizeiliche Maßnahmen liefern. Darüber hinaus steht K[...] der Polizeibeamte für Personen- und Kfz-Abfragen zur Verfügung.“

Was sagen Sie denn dazu?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Also, ich kenne diverse Polizisten aus meinem Wohnort, mit denen ich schon früher Fußball zusammen gespielt habe, im Jugendbereich. Aber dass ich da irgendwelche Fotos haben soll, schließe ich definitiv aus. Also, das ist ganz weit hergeholt. Also, das kann ich ausschließen. Habe ich nie besessen. Und ich kann mich auch an keine Freundin von Sven erinnern, die Claudia hieß.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Es gibt noch eine andere Meldung: Der Bruder dieser Claudia, die die Freundin des Sven G. ist, soll bei der Polizei beschäftigt sein und Sie mit Daten und Neuigkeiten aus dem Polizeibereich versorgen. - Das ist eine andere Meldung.

Dann frage ich Sie mal anders: Also, Sie wurden niemals von Polizisten oder aus dem Bereich der Polizei über geplante Durchsuchungsmaßnahmen informiert.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein, definitiv nicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Noch nie passiert?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Noch nie passiert, nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wir wissen auch aus den Akten, dass bei Ihnen am 27.10.1998 eine Durchsuchung erfolgt ist. Bei der wurden ein paar Gegenstände sichergestellt. Da ging es um ein paar CDs, einen DIN-A-4-Hefter, „No Remorse - Official Newsletter“, ein Infoheft, ein Angebotsheft, also alles relativ unwichtige Sachen. Ich muss sagen, für jemanden, der doch so weit in der rechten Szene war und auch sich für all diese Dinge interessiert hat, von „United Skins“ bis indizierten CDs, mit denen Sie auch zu tun hatten, ist das eine recht magere Ausbeute. Was wir bisher in diesem Untersuchungsausschuss erlebt haben: Solche Ausbeute hat man nur, wenn vorher, sage ich mal, eine Warnung stattgefunden hat.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ich weiß ja nicht, was Sie jetzt erwarten, was ich da zu Hause haben sollte. Ich habe eine komplette Plattensammlung; da wurde nicht eine Platte mitgenommen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mhm.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Diverse Einzelstücke. Da sind auch - - Ja, sind alles Einzelstücke gewesen. Es wurden keine Fotoalben mitgenommen. Und die Hefte, was

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

ich noch hatte, die können auch im Schrank gewesen sein. Aber da wurde auch nichts weiter beschlagnahmt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was war denn der Anlass der Durchsuchung?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Weiß ich nicht mehr, kann ich nichts dazu - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wieso? Hatten Sie häufiger Durchsuchungen?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. Und warum?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Warum hat man Durchsuchungen?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Weiß ich nicht. Ich hatte noch keine.

(Heiterkeit)

Zeuge Henning P. (Henning K.): Die kamen mit einem Beschluss an, und dann waren zwei Polizisten, immer aus Brandenburg - - waren immer die gleichen mit dabei.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ein Beschluss ist ja begründet. Was war denn die Begründung, warum man bei Ihnen regelmäßig durchsucht hat?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Weiß ich nicht, was sie einmal - - Kann ich nicht mehr sagen, was sie gesucht haben.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Dann übergebe ich mal an Herrn Lüttmann.

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Ich möchte Ihnen mal eine CD vorlegen

(Dem Zeugen wird eine CD vorgelegt.)

und Sie fragen, ob Sie diese CD kennen bzw. ob Sie diese Band kennen.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein, kenne ich nicht.

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Gut. - Können Sie sich vorstellen, warum ich Ihnen die CD vorlege, wenn Sie den Bandnamen sehen?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nee.

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Es spielt ja in unserem Untersuchungsausschuss eine SMS eine Rolle, zu der Sie auch schon vernommen worden sind, die da lautet: „Hallo. Was ist mit den Bums“. Sie haben dann in der Vernehmung ja gesagt, was Ihre

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Theorie dazu ist, oder zunächst keine Theorie gehabt, aber dann doch eine Theorie. Eine Frage, die wir uns gestellt haben, ist eben, ob eventuell auch der CD-Handel dabei eine Rolle gespielt haben könnte, bei der Frage. Es gibt ja diese Band mit dem Namen „Bums“. Könnten Sie sich so etwas vorstellen, dass es sich bei der SMS um eine Frage nach einer CD gehandelt hat?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein.

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Wie ist Ihre Erklärung?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Also jedenfalls nicht um eine Band. Also - -

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Okay.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Frau Gossmann-Reetz möchte fortsetzen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wurden Sie jemals vom Verfassungsschutz oder von Sicherheitsbehörden angesprochen, für sie tätig zu werden?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja, mehrfach.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): In Ihrer Vernehmung haben Sie gesagt, Sie seien bisher nur einmal angesprochen worden.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Das war die Vernehmung vom - - Ich denke mal, das ist die vom BKA. Da wurde ich in Berlin auf dem Alexanderplatz einmal angesprochen, wo ich in den Zug steigen wollte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie wollten zur Vernehmung gerade gehen, -

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - oder wo wollten Sie denn da gerade hin?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ich wollte von meiner damaligen Freundin nach Hause fahren. Da wurde ich auf dem Bahnsteig in Berlin-Alexanderplatz angesprochen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Von welcher Sicherheitsbehörde?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Die haben sich nicht namentlich und Behörde vorgestellt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. Und die anderen Male?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Einmal wurde ich auch angesprochen; aber kann ich auch nicht sagen, von was für einer Behörde die waren.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): In welchem Zusammenhang? Wo und wann war das?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Da wurde ich mal unscheinbar mit einem Fahrzeug angehalten. Es handelte sich um das gleiche Fahrzeug, das ich öfter mal - - Ich habe gedacht, das ist eine normale Kontrolle. Und dann wurde ich von einem Herrn in Zivil angesprochen. Die haben sich nicht namentlich vorgestellt irgendwie.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sondern? Was haben die gesagt?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Es war eine Person. Der hat mich gefragt, ob ich mir vorstellen könnte, mir etwas dazuzuverdienen, wenn ich Informationen über die rechte Szene, so sinnwörtlich, preisgebe.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und was haben Sie daraufhin gesagt?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Was das für eine beschissene Frage ist, „Kann ich mir nicht vorstellen“.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Danke schön.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann frage ich weiter: Bei der CDU?

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Wir haben keine Fragen mehr.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann Frau Johlige.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Ich würde dann erst mal da anschließen wollen: Können Sie sich noch dran erinnern, wann das ungefähr war?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Einmal war es in den 90ern. Also, es muss in den 90ern gewesen sein.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Das in Berlin?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nee. Berlin war - - Die Freundin hatte ich Anfang der 2000er. Und das andere war in den 90ern. Aber wann genau? Vielleicht Mitte der 90er.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Können Sie sich vorstellen, was die von Ihnen wollten?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Na, Informationen über die damalige rechte Szene.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Und was hat Sie dafür qualifiziert? Ich sage mal, Sie haben uns bisher so ein bisschen - - Sie haben uns mitgeteilt, dass Sie eigentlich relativ viel wissen, so über alles Mögliche. Immer dann, wenn es sozusagen Sie betraf, ist es sehr, sehr unkonkret geworden. Ich habe so ein bisschen den Eindruck

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

bekommen, Sie waren ein ziemliches Unschuldslamm, was aber ganz viel wusste. Wie war denn Ihre Einstellung damals?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Wie „Einstellung“? Na, ich war schon rechts gewesen und habe in Brandenburg - - Wir haben damals, Anfang der 90er, ein paar Konzerte organisiert.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Wie viele so?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Eine Handvoll. Ich sage mal, fünf, sechs.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Wo waren die?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Brandenburg an der Havel.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Alle?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Alle.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Und wie viele Leute kamen da immer so?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Das größte war 1 500 Personen.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Oh, das ist ja doch schon - -

Zeuge Henning P. (Henning K.): Auf der Freilichtbühne in Brandenburg.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Was kamen da so für Bands?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Englische und deutsche Bands. Und schwedische.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Welche?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Aus England waren „No Remorse“ und „Skullhead“, aus Deutschland „Bomber“ und „Radikahl“. Aus Schweden waren „Dirlewanger“ und noch eine Band da; weiß ich aber nicht mehr, wie die hieß.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Kurze Frage: War „Storm“ dabei? Haben Sie die auch mal mit organisiert als schwedische Band?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein, glaube ich nicht.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Nein? Können Sie sich nicht erinnern?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein. Die zweite schwedische Band war „Division S“.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay. Aber an „Storm“ selbst können Sie sich nicht erinnern -

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): - und dass Sie da - -

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): In welchem Zeitraum waren die Konzerte?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Das war 91 bis 94.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Danach nicht mehr.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nee.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Warum nicht?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Weil es ja - - Ich habe die erste Zeit, wo das anfang, Jan Werner Konzerte zu organisieren, noch ein bisschen was vermittelt. Und dann - -

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Also, Sie haben dann - -

Zeuge Henning P. (Henning K.): Und dann war das im Land Brandenburg - - Die wollten das ja im Land Brandenburg machen. Da war es schier unmöglich. Da wurde, glaube ich, diese MEGA gegründet.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Quasi, weil in Brandenburg alle Konzerte verboten wurden oder so, haben Sie dann Ihr Know-how an Jan Werner weitergegeben.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja. Was heißt „Know-how“? Man kannte halt Bands.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Muss man ja erst mal kennen. Also, ich kenne jetzt nicht so viele Bands. - Und haben Sie da auch eine Gegenleistung von Jan Werner für bekommen, oder war das so - -

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nö, überhaupt nicht.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Weil, ich sage mal, mit so Konzerten hat man ja, glaube ich, auch ganz gut verdient, oder?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Also wir persönlich nicht. Damals hat ein Konzert, ich sage jetzt mal, 30 Mark Eintritt gekostet. Dann mussten die Flüge der Bands bezahlt werden. Zu dem Zeitpunkt hat das Drumherum, sage ich mal - - Das Catering haben immer Externe übernommen, das, womit man richtig Geld verdient. Dann musste die Anlage noch bezahlt werden. Und wenn was übriggeblieben ist, hat das

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

meistens - - wurde das auf die Bands - - Wir haben unsere Unkosten gekriegt, was weiß ich, wenn wir Fahrtkosten hatten oder Telefonkosten.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Wenn ich jetzt mal rechne, dann sind 1 500 Besucher mal 30 Mark 45 000 Mark. Das war damals irre viel Geld, wenn ich mich recht erinnere. Flüge waren damals schon noch ein bisschen teurer. Aber, sagen wir mal, 5 000: Da ist ja doch ein bisschen was übriggeblieben, oder?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Das haben die Bands gekriegt.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Das haben alles die Bands gekriegt?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja. Bei uns jedenfalls.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Okay. - Und als Sie dann keine Konzerte mehr organisiert haben, sind Sie ja auch immer mal zu Konzerten gefahren. Also, wir hatten vorhin Hirschfeld. Nehmen wir mal das als Beispiel: Wie sind Sie denn da hingekommen?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nach Hirschfeld? Mit Auto. Ich glaube, auch mit Jan Werner und seiner Freundin. Und ich glaube, Herr Menzel hat noch im Auto gesessen. Also nach Hirschfeld speziell.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Ist Jan Werner da auch festgenommen worden?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Kann ich nicht sagen. Weiß ich nicht mehr.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Wie sind Sie zurückgekommen?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Die damalige Freundin von Herrn Christian W. hat uns am Tag danach - weil das für Herrn Menzel beschwerlich ist, so eine Zugreise - aus Cottbus abholt, hat mich nach Hause gefahren und dann Herrn Menzel.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Wer war die Freundin?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ich kenne bloß den Vornamen: M■■■■.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): W■■■■?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ich kenne sie bloß - -

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Okay. - Sie sind in der Zeit wahrscheinlich öfter mal zu Konzerten gefahren. Waren Sie mal bei einem Konzert in Ungarn?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein, definitiv nicht.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Es soll im Sommer 1998 ein Konzert in Ungarn gegeben haben, wo unter anderem Herr Menzel war. Wissen Sie, wer da noch mit war?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nee, kann ich nichts zu sagen.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Haben Sie noch nie von gehört?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Kann sein, dass mal jemand was erzählt hat. Aber mir ist es nicht bewusst. Also, ich war selber nicht da. War auch noch nie in Ungarn bei einem Konzert. Also, bewusst hat mir da - - könnte ich nichts darüber erzählen.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Herr P., ich bin immer noch gedanklich in Hirschfeld, und zwar, weil die Meldung, die wir von dem Abend haben, sehr explizit ist, also sehr eindeutig. Wie gesagt, aus der Meldung geht hervor, dass ein Trio in Chemnitz untergetaucht ist und dass Herr Jan Werner auf der Suche nach Waffen für das Trio ist. Wir wissen auch, wer vor Ort gewesen ist. Und zwar wissen wir, dass - das haben Sie ja auch schon gesagt - Herr Jan Werner da war, seine Freundin S. F., Thomas Starke, Christian W., Uwe Menzel, die Freundin von Christian W., Sie, Dirk H., Dirk S. - und das war es.

Aus unserer Sicht stellt sich die Frage: Einer von denen muss, wenn Herr Szczepanski nicht vor Ort gewesen ist, Herrn Szczepanski davon berichtet haben, dass Jan Werner auf der Suche nach Waffen ist, und damit die Information preisgegeben haben. Können Sie sich vorstellen, wer von den Leuten das gewesen ist?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Keine Ahnung?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Gar nicht?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Sie waren ja, haben Sie uns vorhin gesagt, relativ eng mit Jan Werner befreundet. Sie kannten auch Familie P. relativ gut. Wie oft haben Sie sich denn mit Jan Werner getroffen, gerade in der Zeit? Uns interessiert vor allem immer so die Zeit ab 98. Da war er, glaube ich, noch mit S. F. zusammen.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ich weiß, dass ich bei der Verlobungsfeier war von S. F. und von Herrn Jan Werner.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Wie viele Menschen waren da so?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Da waren, glaube ich, 150, 100; das lässt sich immer schwer sagen.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Wann war das ungefähr?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Kann ich auch zeitlich nicht mehr eingrenzen. Ich weiß, dass es Sommer war und ein relativ warmer Sommer war.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Wo war das?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Das war irgendwo bei Dresden gewesen.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Wie oft haben Sie sich in der Zeit mit ihm getroffen?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Das war die Zeit, wo „Blood & Honour“ relativ aktiv war. Da habe ich mich relativ - - Da hat er ja keine Zeit gehabt.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Also nicht so oft?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nicht so oft.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Haben Sie manchmal telefoniert?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ich denke mal, ja.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Oder sich SMS geschrieben oder so?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Auch, ja? Also, Sie hatten damals auch schon ein Handy?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja. Aber dass das so intensiv - -

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Wissen Sie noch Ihre damalige Handynummer?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nee.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Schade. - Und mit Familie P.? Oder mit Frau Antje P.? Wie oft haben Sie sich in der Zeit mit denen getroffen?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ganz, ganz wenig. Frau P. ist ja in der Zeit - - Weiß ich nicht. Die war ja dann schon Mutter, und da haben wir uns ganz wenig nur noch gesehen.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Ich frage das so intensiv; denn das waren ja - - Wir sind ja hier ein NSU-Untersuchungsausschuss. Wir wollen natürlich rauskriegen, was damals passiert ist. Wir wissen, dass Jan Werner und Frau Antje P. wahrscheinlich zum Unterstützungsnetzwerk gehören. Wenn dann jemand sagt, er

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

kenne die, sei mit Jan Werner eng befreundet, und Frau Antje P. kenne er auch, dann fragen wir uns natürlich schon, ob Ihnen da mal was aufgefallen ist?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Wie gesagt, zu dem Zeitpunkt war der Kontakt - - also, mit Frau Antje P. fast gar nicht. Und Herr Jan Werner war auch ein bisschen weniger geworden.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Er hat auch nie sich mal irgendwie gebrüstet oder so: „Ich helfe da ein paar Untergetauchten“, oder so?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Also, ist mir nicht bewusst. Nein.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Hat man denn in der Szene über die drei geredet, die da untergetaucht sind?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Vielleicht zum damaligen Zeitpunkt, aber kurzzeitig, mal. Aber bewusst ist mir das auch nicht.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Aber das war doch schon eine „Nummer“. Also, ich finde das nicht so richtig glaubwürdig. So viele Menschen aus der Szene sind ja nicht untergetaucht. Und Sie haben uns ja vorhin sehr intensiv auch über die Szene in Sachsen berichtet, wo Sie sehr viel wussten. Es wundert uns natürlich dann schon, wenn an der Stelle gar keine Erinnerung da ist.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Also, mir ist wirklich nicht bewusst, dass darüber erzählt wurde.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Das müssen wir dann mal so stehen lassen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann frage ich weiter: Herr Galau?

Abgeordneter Galau (AfD): Keine Fragen mehr.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Frau Nonnemacher.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön. - Herr P., Sie haben eben den Kolleginnen erzählt, dass Sie fünf oder sechs Konzerte in Brandenburg an der Havel organisiert haben, in den frühen 90ern, und auch auf das Konzert hingewiesen, wo „Bomber“, „Radikahl“, „Division S“ und so aufgetreten sind.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wir sehen gerade, es gibt dazu auch eine DVD, Brandenburg 1992, unter dem Label „NS 88“ von Ihrem Freund Schilf herausgegeben. Wissen Sie, wer dieses Video damals gedreht hat?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja. Es waren zwei Personen. Einmal war es Herr Schilf selber, und der andere war ein J. H. aus Brandenburg an der Havel.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ah ja. Also, die beiden haben das gedreht, Sie haben das Konzert organisiert in Brandenburg, -

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - und Herr Schilf hat dann sozusagen das verlegt.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ohne dass er uns aber gefragt hat oder die Bands gefragt hat.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Hat er einfach so gemacht, ohne - -

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie haben ziemlich viel über „Blood & Honour“ gesprochen. Können Sie uns vielleicht noch mal aufzählen, welche Mitglieder von „Blood & Honour“ Ihnen in den 90er-Jahren bekannt waren, ob in Brandenburg oder in Sachsen oder sonst wo? „Blood & Honour“ - welche Namen kommen Ihnen da ins Gedächtnis?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Oh Gott! Aus Brandenburg - oder: Land Brandenburg - waren Herr Menzel, Herr Bü., Herr Wis. (?), Herr I. S., Herr Sven Sch., Herr Dirk H., Herr Stefan R. - Das waren die, die ich so kannte.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Das waren die aus Brandenburg, die Ihnen einfallen und die Sie auch kannten?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Und aus Sachsen?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Herr Starke, Herr Jan Werner, Frau Antje P. war, glaube ich, bloß dabei; er war, glaube ich, nicht dabei. Ich weiß auch nicht, ob Herr Andreas G. mit dabei war. - Das sind die, die ich kannte.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Und außerhalb von Sachsen und Brandenburg? Fallen Ihnen da noch Namen ein?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Na ja, ein paar Mann aus Berlin. Herr Richter, Frau Dor. B., Herr Lange. Und dann ein paar Mann, die man halt bloß vom Spitznamen her kannte.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Können Sie die Spitznamen auch noch nennen?

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Henning P. (Henning K.): Oh Gott! - Das war einmal „Onkel“. Der hieß so. Warum? Hm.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): War der aus Brandenburg?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nee, Berlin.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aus Berlin, okay.

Zeuge Henning P. (Henning K.): Dann die damalige Freundin, glaube ich, von Herrn Lange. Die kannte ich bloß unter „Katja“.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Und Herr He.? War der auch Mitglied?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Wer?

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Herr He.? War der Mitglied?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Wüsste ich jetzt nicht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Dann habe ich noch eine Frage zu den Verbindungen nach Chemnitz, zu der Chemnitzer Szene. Sagt Ihnen der Name M.-F. B. was?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sagt Ihnen im Chemnitzer Raum der Name C. R. was?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ich überlege. - Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Auch nicht?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein. K. Wi. kenne ich, glaube ich, noch.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aus Chemnitz, oder?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Aus Chemnitz oder aus Dresden. Aber C. R.? - Nee.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Alles klar. Das war es dann. Danke schön.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ich schaue in die Runde: Gibt es bei der SPD-Fraktion noch Fragebedarf? - CDU? - Frau Vandre.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Herr P., wir haben Ihnen ja heute einige Vorhalte gemacht. Ich muss nach der Aktenlage, die wir haben, feststellen, dass das, was Sie heute hier dargestellt haben, sich nicht so wirklich mit der Aktenlage deckt. Sie haben

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

gehört, dass wir die Kenntnis haben, dass Sie im Umfeld von „Movement Records“ mitgearbeitet haben, dass Sie sehr viele Kenntnisse über „Blood & Honour“ haben. Sie wurden mehrmals angesprochen, vom Verfassungsschutz. Bei Ihnen wurden mehrere Hausdurchsuchungen durchgeführt. Und Sie haben selber zugegeben, dass Sie auch internationale Kontakte hatten und Bands organisiert haben.

Wir wissen, dass Jan Werner definitiv auf der Suche nach Waffen gewesen ist. Wir wissen durch Sie auch, dass Carsten Szczepanski nicht da war. Komischerweise sind Sie ausgerechnet mit Jan Werner, seiner Freundin und Uwe Menzel, die beste Freunde waren, zusammen nach Hirschfeld zu betreffendem Abend gefahren. Carsten Szczepanski hat übrigens auch darüber berichtet, dass Sie wegen Landfriedensbruchs ein Ermittlungsverfahren hatten, genauso wie Herr Menzel. Das heißt, er hat sehr wohl alle Erfahrungen, die Sie hier geschildert haben über den Abend, auch seinem V-Mann-Führer geschildert und dargelegt.

Deswegen noch mal die Frage: Haben Sie mit Herrn Szczepanski über den betreffenden Abend in Hirschfeld gesprochen?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ist mir nicht bewusst. Ich kann - - Ich kann Ihnen - - Wenn Sie das jetzt so sagen, wie das so - - werde ich ihm das wohl erzählt haben, was da los war, von der Prügelei, von der Straßenschlacht, sage ich mal. Aber - - ja.

Abgeordnete Vandré (DIE LINKE): Also räumen Sie ein, dass Sie mit ihm darüber gesprochen haben?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Über das Konzert, ja.

Abgeordnete Vandré (DIE LINKE): Wann denn?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Bei einem Besuch, danach. Ich weiß nicht, ob er da schon Freigänger war. Ich glaube, 1998 könnte er schon Freigänger gewesen sein. Weiß ich nicht genau.

Abgeordnete Vandré (DIE LINKE): Okay. Danke.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Ich habe auch noch eine Kleinigkeit, die jetzt gar nichts damit zu tun hat. Ich würde ganz gern noch mal auf dieses „Rollkommando/Terrormaschine“ zurückkommen; denn das ist auch so ein Punkt, wo Sie sozusagen immer eine Rolle spielen, quasi in jeder Nachricht, die wir dazu haben. Ich sage mal, das ist ja eine Begrifflichkeit, die schon irgendwie dafür spricht, dass man die nicht so schnell vergisst. Sind Sie ganz sicher, dass Sie nie was von „Rollkommando Terrormaschine“ gehört haben?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Definitiv nicht.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Sie sind aber schon Fußballfan?

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ja.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Welcher Verein?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Hamburger Sport-Verein und BFC Dynamo.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Waren Sie da auch in der Fanszene?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Wie jetzt?

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Na, sind Sie regelmäßig ins Stadion gegangen?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Wie die Zeit, meine Arbeit es erlaubt, ja.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Hatten Sie da auch Kontakte zu anderen Hooligans, oder waren Sie lieber allein unterwegs?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Viele Leute, die zum Fußball, zum Beispiel beim BFC, waren, kannte ich schon von DDR-Zeiten. Man sieht sich, trifft sich und erzählt halt, ja.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Wie war das damals, in der Zeit: Kam es da regelmäßig auch zu Prügeleien oder so im Stadion?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein, im Stadion überhaupt gar nicht.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Oder auf dem Weg dahin oder danach?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein. Also, die haben sich, hat man dann gehört, irgendwo mal verabredet. Aber so Wald- und Wiesenschlägereien.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Sie würden ausschließen, dass Sie sich gemeinsam mit diesem „Rollkommando“ verabredet haben, in ein Stadion zu gehen, um sich da mit Ausländern zu prügeln?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Definitiv, ja.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Schließen Sie definitiv aus?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Definitiv, ja.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Okay. Danke.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann frage ich weiter: Herr Galau? - Frau Nonnemacher? - Ich gucke in die Runde: Gibt es noch Fragebedarf? - Das ist nicht der Fall.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Dann kommen wir zum Ende, und ich stelle die Frage nach einer notwendigen Vereidigung. Aus meiner Sicht ist sie nicht notwendig. Aber ich höre, es gibt andere Meinungen.

Dann muss ich jetzt die Öffentlichkeit bitten, den Saal zu verlassen - Sie bitte auch, Herr P. -, weil wir jetzt darüber entscheiden müssen, ob Sie vereidigt werden oder nicht.

(Ausschluss der Öffentlichkeit: 17.20 Uhr)



(Wiederherstellung der Öffentlichkeit: 17.21 Uhr)

Bitte nehmen Sie noch mal Platz. - Der Ausschuss hat mich mehrheitlich aufgefordert, Sie zu vereidigen.

Dann biete ich Ihnen die Möglichkeit, Ihre Aussage noch mal kurz durchzugehen. Wollen Sie noch etwas ergänzen, etwas korrigieren, -

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): - bevor Sie den Eid sprechen?

Dann frage ich Sie: Wollen Sie den Eid mit religiöser Beteuerung sprechen, also zum lieben Gott?

Zeuge Henning P. (Henning K.): Nein.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Wenn Sie ohne schwören wollen, dann lese ich Ihnen jetzt die Eidesformel vor, und Sie sagen bitte anschließend - heben die rechte Hand -: „Ich schwöre es.“

Sie schwören, dass Sie nach bestem Wissen die reine Wahrheit gesagt und nichts verschwiegen haben.

(Der Zeuge hebt die rechte Hand.)

Zeuge Henning P. (Henning K.): Ich schwöre es.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Danke schön. Damit sind Sie vereidigt.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Ich bedanke mich bei Ihnen fürs Kommen und wünsche Ihnen noch einen schönen Tag.

Die Sitzung schließe ich mit dem Hinweis darauf, dass wir uns am 11. Juni um 9 Uhr pünktlich wieder hier treffen.

Allen ein schönes Wochenende! Genießen Sie alle die Sonne noch ein bisschen.

(Schluss: 17.23 Uhr)

Holger Rupprecht
Vorsitzender UA 6/1

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Zu TOP 4: Vernehmung der Sachverständigen Prof. Dr. Erardo Cristoforo Rautenberg (Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg), Prof. Dr. Hajo Funke (Kontur-Verlag UG), Dirk Laabs (Verlagsgruppe Random House GmbH) und Dr. Gideon Botsch (Moses Mendelssohn Zentrum) zum Beweisbeschluss B 3 (Organisierte rechte Gewalt im Land Brandenburg 1991 bis heute)

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

So, meine Damen und Herren, wir sind aus meiner Sicht vollzählig. Ich bitte jetzt die Herren mit der Kamera, möglichst zum Ende zu kommen, verweise noch mal auf das Verbot von Ton- und Filmaufnahmen während der Sitzung - die Fotoaufnahmen sind jetzt zu Beginn gemacht worden -, bitte auch die Mobiltelefone auf stumm stellen oder ausschalten.

Herzlich willkommen, meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Sachverständige! Liebe Vertreter der Medien und liebe Gäste! Ich begrüße Sie zur 4. Sitzung des Ausschusses und begrüße besonders herzlich die vier heute anzuhörenden Sachverständigen, Herrn Prof. Dr. Rautenberg, Herrn Prof. Funke, Herrn Laabs und Herrn Dr. Botsch. Herzlichen Dank, dass Sie sich hier heute zur Verfügung stellen.

Ich muss Sie jetzt zunächst einmal belehren. Das wird für die meisten von Ihnen nichts Neues sein, da Sie schon öfter vor Untersuchungsausschüssen gesprochen haben; das muss so sein. - Ich verlese die Belehrung.

Als Sachverständige vor dem Untersuchungsausschuss unterliegen Sie der Wahrheitspflicht. Sie haben das Gutachten unparteiisch und nach bestem Wissen und

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

Gewissen zu erstatten. Der Untersuchungsausschuss ist nach § 22 UAG grundsätzlich berechtigt, einen Sachverständigen am Ende seiner Aussage zu vereidigen. Über eine Vereidigung Ihrer Person wird insoweit noch zu befinden sein.

Falsche Aussagen vor dem Untersuchungsausschuss sind strafbewehrt. Dabei kommt es nicht darauf an, ob Sie Ihre Aussagen beideln müssen oder nicht. Falsche uneidliche Aussagen sind nach § 153 Strafgesetzbuch strafbedroht und werden mit Freiheitsstrafe zwischen drei Monaten und fünf Jahren sanktioniert. Für einen Meineid droht § 154 Strafgesetzbuch eine Mindeststrafe von einem Jahr an. - Ich sage Ihnen das nicht, weil ich Ihnen misstrauere, sondern weil mich das Gesetz zu dieser Belehrung verpflichtet.

Ferner habe ich Sie auch über Ihre Rechte gemäß § 19 UAG zu belehren. Danach sind Sie berechtigt, die Auskunft auf solche Fragen zu verweigern, deren Beantwortung Ihnen selbst oder einen der in § 52 Abs. 1 StPO bezeichneten Angehörigen die Gefahr zuziehen würde, wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit verfolgt zu werden. - So weit zur Belehrung.

Ich komme jetzt kurz zur Vernehmung der Person. Ich bitte Sie nacheinander, Ihren Vornamen, Ihren Zunamen, Ihr Alter, Ihren Beruf sowie Ihren Wohnort zu nennen. Wir beginnen mit Herrn Prof. Dr. Rautenberg.

**Sachverständiger Prof. Dr. Erardo Cristoforo Rautenberg
(Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg):**

Rautenberg, Erardo Cristoforo, 63 Jahre alt, wohnhaft in [...] und tätig als Generalstaatsanwalt des Landes Brandenburg.

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Vielen Dank. - Dann bitte Herr Prof. Funke.

Sachverständiger Prof. Dr. Hajo Funke (Kontur-Verlag UG):

Mein Name ist Hans-Joachim Konrad Funke, geboren am 18.11.44, vor 72 Jahren. Ich bin in [...] wohnhaft und Professor an der Freien Universität Berlin im Ruhestand, aber aktiv.

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Herr Laabs, bitte.

Sachverständiger Dirk Laabs (Verlagsgruppe Random House GmbH):

Mein Name ist Dirk Laabs. Ich bin 43 Jahre alt, Beruf Journalist und wohnhaft in [.....]

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

Danke. - Und Herr Dr. Botsch.

Sachverständiger Dr. Gideon Botsch (Moses Mendelssohn Zentrum):

Gideon Botsch. Ich bin 46 Jahre alt, wohnhaft in [...] und Politikwissenschaftler.

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Vielen Dank. Dann ist diesem Punkt auch Genüge getan. - Wir kommen zu den vier Eingangsstatements. Wir beginnen mit Herrn Prof. Rautenberg. Das Thema lautet „Organisierte rechte Gewalt im Land Brandenburg von 1991 bis heute“. Den Sachverständigen sind mehrere Fragen zugegangen, an die sie sich bei Ihrem Vortrag halten sollten. - Ich würde Sie bitten, Herr Prof. Rautenberg, zu beginnen.

**Sachverständiger Prof. Dr. Erardo Cristoforo Rautenberg
(Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg):**

Meine Damen und Herren, ich habe ein Papier erstellt, das ich nachher auch verteilen werde. Es ist wie folgt gegliedert: A. „Rechte Gewalt“ bis zur zweiten Migrationskrise, I. Das Phänomen, II. Die Reaktionen; B. Exkurs: Die Vernichtung der Justizakten betreffend Carsten S.; C. Rechtsextreme terroristische Vereinigungen?, I. Vorbemerkungen, II. Die terroristische Vereinigung „Freikorps Havelland“, III. Die dubiose Vereinigung „Nationale Bewegung“; D. Rechtsextreme kriminelle Vereinigungen?, I. Die unter Punkt 2 des Beschlusses vom 11. August 2016 aufgeführten Gruppierungen, II. Anklage wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung in Nauen; E. Was ist zu tun?

Ich werde bei meinem Vortrag einen Teil des Manuskriptes nicht vortragen; das kann dann nachgelesen werden.

Ich beginne mit

A. „Rechte Gewalt“ bis zur zweiten Migrationskrise

I. Das Phänomen

Lassen Sie mich allgemein mit der „rechten Gewalt“ im Land Brandenburg beginnen, wobei ich lieber von Gewalttaten aus rassistischer und fremdenfeindlicher Motivation spreche. Das Begriffspaar „Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“ findet sich in einem Rahmenbeschluss des Rates der EU vom 28. November 2008 und nun auch in Artikel 7a unserer Landesverfassung.

Gewaltstraftaten aus rassistischen und fremdenfeindlichen Motiven entwickelten sich nach der Wiedervereinigung vor allem in den neuen Bundesländern zu einem Massenphänomen. Den Ausbruch nationaler Emotionen im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung der Nation hatten organisierte Rechtsextreme aus den alten Bundesländern als Chance zur Verbesserung ihres bis dahin geringen politischen

Einflusses begriffen und zum Anlass für eine intensive Agitation ihrer nationalistischen Ziele genommen. Dabei spielte ihnen die erste Migrationskrise in die Hände; denn die Wiedervereinigung fiel in eine von 1988 bis 1993 andauernde Phase der Zuwanderung einer Vielzahl von Asylsuchenden aus der Dritten Welt in die Europäische Union, von denen fast zwei Drittel in der Bundesrepublik ankamen, wo sie nach 1990 auch auf die neuen Bundesländer verteilt wurden. - Ich kürze das jetzt ab.

Da die Migrationswelle nicht nur eine Überforderung der Bevölkerung in den neuen Bundesländern darstellte, sondern auch der in den alten, der das Zusammenleben mit Ausländern vertrauter war, und der Staatshaushalt in Bedrängnis geriet, wurde schließlich im Mai 1993 der Zugang zum politischen Asyl in Deutschland durch Änderung des Grundgesetzes - Artikel 16a - stark eingeschränkt. Die gesellschaftspolitische Auseinandersetzung vor und nach dem umstrittenen „Asylkompromiss“ wurde von den Rechtsextremisten für ausländerfeindliche Hetze genutzt, die brennende Asylbewerberheime und sonstige schwerste ausländerfeindliche Gewalttaten im gesamten Bundesgebiet zur Folge hatten. Die Intensität der Gewaltanwendungen schien häufig in einem Zusammenhang mit dem Ausmaß der von den Tätern empfundenen Fremdheit ihrer Opfer zu stehen, sodass gerade in den Taten zum Nachteil von Opfern mit einer anderen Hautfarbe eine Vernichtungstendenz zum Ausdruck kam, die vermuten ließ, dass die Täter ihnen das Menschsein aberkannten. Die Täter dieser rassistischen und fremdenfeindlichen Straftaten waren zumeist Jugendliche und Heranwachsende. Diese wurden bis Ende der 90er-Jahre von einer Jugendkultur geprägt, die von rechtsextremistischen Vorstellungen dominiert war.

II. Die Reaktionen

Polizei und Justiz in Brandenburg waren anfangs mit dem Phänomen überfordert, weil sie sich in einer Umbruchphase befanden. Seitens der Politik wurde nach meinem Eindruck parteiübergreifend zunächst der Versuch unternommen, das Phänomen zu deckeln, um das Land vor einem Negativimage zu bewahren, woran sich auch der Verfassungsschutz beteiligte.

Am 31. Juli 1996 erschien im „Tagesspiegel“ ein Interview mit mir, in dem ich nach einer neuen Gewaltstraftatenwelle mit einer Verlautbarung des brandenburgischen Verfassungsschutzes konfrontiert wurde, wonach die Zahl der Gewaltstraftaten gesunken sei. Dem habe ich widersprochen und die Auffassung vertreten, dass es nicht ausreichen würde, dieses Kriminalitätsphänomen nur mit Mitteln der Polizei und Justiz zu bekämpfen, sondern dass ein breites gesellschaftliches Bündnis diesen Kampf unterstützen müsse. Das Interview brachte mir viel Kritik ein; ich war sozusagen zum Nestbeschmutzer geworden. Rechtsanwalt R. .aus [.....] warf mir in der „Neuen Juristischen Wochenschrift“ vor - ich zitiere -, „über eine verschwindende Minderheit Jugendlicher und Heranwachsender und deren ‚gewalttätigen Rechtsextremismus‘“ - in Anführungszeichen - „wie über eine soeben auferstandene SA“ geredet zu haben - Zitat Ende. Justizminister Bräutigam brachte jedoch mir gegenüber während einer Veranstaltung im Herbst 1996 zum Ausdruck, dass es richtig gewesen sei, das Problem öffentlich zu thematisieren, und gestand mir sogar ein, nach schweren

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

Gewaltstraftaten bereits mehrfach auf eine Aktuelle Stunde im Landtag hingewirkt zu haben, was an allen im Landtag vertretenen Parteien gescheitert sei.

Als die Ausländerbeauftragte Almuth Berger Ende des Jahres einen Runden Tisch im MASGF einberief, dem auch ich angehörte und der sich mit möglichen Gegenmaßnahmen befasste, versuchte man die Teilnehmer auf Regierungskurs zu bringen, indem nach einigen Treffen anstelle der Referatsleiterin Berger ein Staatssekretär von Ministerin Hildebrandt den Vorsitz übernahm. Das ließ sich die Runde jedoch nicht gefallen und drohte mit Auflösung, wonach Almuth Berger wieder den Vorsitz übernahm.

Im Mai 1997 wurde dann aber das „Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ und im Juni 1998 das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ beschlossen. Damit bekannte sich Brandenburg als erstes Bundesland dazu, mit rassistischen und fremdenfeindlichen Gewalttaten ein Problem zu haben, das es zu lösen galt. Im Jahr 2000 erschien in der „Zeit“ ein Interview mit Manfred Stolpe, in dem dieser freimütig einräumte, das Problem anfangs unterschätzt zu haben.

Nachdem ich 1996 Generalstaatsanwalt geworden war, begann ich ab 1998 bei meiner Behörde - mit Zustimmung des Datenschutzbeauftragten - eine Liste von „Gewaltstraftaten zum Nachteil von Personen aus rechtsextremistischer, fremdenfeindlicher oder antisemitischer Motivation“ mit den persönlichen Daten der Täter zu führen, um den Verfahrensverlauf zu überwachen, gegen Wiederholungstäter den Verfolgungsdruck erhöhen und möglicherweise Hinweise auf zugrunde liegende Organisationsstrukturen erhalten zu können sowie wissenschaftliche Auswertungen zu ermöglichen. Letztere sind auch erfolgt, die Ergebnisse unter „Allgemeine Informationen, Rechtsextremismus“ auf der Internetseite der Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg abrufbar.

Die Führung dieser Liste wurde 2013 eingestellt, weil die Gewaltstraftaten erheblich zurückgegangen und Polizei und Justiz nicht mehr von den Mängeln der Aufbauphase beeinträchtigt waren. Bereits 2007 wurde mit dem Sammelband „Rechtsextremismus in Brandenburg“ eine letztlich positive Zwischenbilanz der bisherigen Anstrengungen von staatlichen Institutionen und der Zivilgesellschaft gezogen, und 2009 wurden die Anstrengungen Brandenburgs im Kampf gegen den Rechtsextremismus im „Spiegel“ gewürdigt. Dies ist nun seit der zweiten Migrationskrise leider Schnee von gestern; die Gewaltstraftaten sind auch in Brandenburg wieder stark angestiegen.

Meine bis zur zweiten Migrationskrise zu ziehende positive Bilanz wird jedoch dadurch getrübt, dass mein Verhältnis zum brandenburgischen Verfassungsschutz während der Zeit besonders belastet war, als dieser von Heiner Wegesin geleitet wurde. Dies betraf den Zeitraum von Januar 2000 bis zum Dezember 2004. In dieser Zeit ereignete sich der Fall Toni S. Dieser war seit Anfang 2000 für den brandenburgischen Verfassungsschutz als V-Mann tätig. Er hatte den Auftrag, Informationen über die Produktion der volksverhetzenden CD „Noten des Hasses“ der rechtsextremen Musikgruppe „White Aryan Rebels“ zu sammeln, die unter anderem Mordaufrufe erhielt, darunter auch gegen meine Person. Angeblich, um die Produktionswege des

Tonträgers zu ermitteln, genehmigte und unterstützte der brandenburgische Verfassungsschutz Toni S. bei der Produktion in dem Zeitraum 2001 bis 2002. Es handelte sich dabei um die 2 000 Stück umfassende Zweitauflage des Tonträgers. Toni S. wurde am 11. November 2002 vom Landgericht Berlin zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren auf Bewährung verurteilt, wobei die Verurteilung unter anderem auf dem Vertrieb der CD „Noten des Hasses“ beruhte. Das Verfahren gegen den V-Mann-Führer von Toni S. wurde vom Landgericht Cottbus am 24. Februar 2005 wegen geringer Schuld nach § 153 Absatz 2 StPO eingestellt. Der Beschluss ist veröffentlicht worden, denn ich hatte auf eine begründete Entscheidung hingewirkt. Zu diesem Komplex verhält sich der Bericht des NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages.

Abgesehen von der Amtszeit von Heiner Wegesin war das Verhältnis der Staatsanwaltschaft zu allen anderen Leitern des brandenburgischen Verfassungsschutzes insgesamt gut. Ich führe dies darauf zurück, dass diese im Unterschied zu Wegesin ausschließlich ehemalige Justizjuristen waren und bei diesen ein besonderes Gespür für nicht zu überschreitende Grenzen vorzusetzen sein dürfte. Doch dieses Gespür hat beim ersten Leiter des brandenburgischen Verfassungsschutzes, Wolfgang Pfaff, der zuvor jahrelang als Bundesanwalt tätig gewesen war, leider in einem Fall versagt, indem während dessen Amtszeit Carsten Szczepanski als V-Mann mit dem Decknamen „Piatto“ verpflichtet wurde. Dieser war 1995 vom Landgericht Frankfurt (Oder) wegen versuchten Mordes zu einer Freiheitsstrafe von acht Jahren verurteilt und im Dezember 1999 nach Verbüßung von zwei Dritteln seiner Strafe auf Bewährung entlassen worden.

Über das Verhältnis Szczepanskis zum seit 2011 aufgedeckten NSU-Komplex enthält der Bericht des Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages vom 22. August 2013 detaillierte Ausführungen. Dieser kommt zu dem Schluss, dass wegen der Verurteilung wegen versuchten Mordes niemals eine Verpflichtung als V-Mann hätte geschehen dürfen. Ich habe dies kürzlich in einem Interview als Ausdruck völliger Hilflosigkeit angesichts der Größe des damaligen Problems mit rassistisch und fremdenfeindlich motivierten Gewalttaten und rechtsextremistischer Propaganda bezeichnet. Doch habe ich dem Einspruch meiner Interviewerin nicht widersprochen, dass es sich auch um einen - ich zitiere - „Freilandversuch ohne Sicherungsnetz“ gehandelt haben könnte.

Ob Carsten Szczepanski an der Aufklärung von Straftaten wesentlich mitwirkte, ist mir nicht bekannt. Im zweiten, sogenannten Dolgenbrodt-Verfahren, in dem der Angeklagte beschuldigt worden war, am 1. November 1992 gegen Bezahlung durch einige Dorfbewohner ein Asylbewerberheim einen Tag vor dem Bezug mit einem Molotowcocktail in Brand gesteckt zu haben, wurde Szczepanski zwar von der damaligen Sitzungsvertreterin der Staatsanwaltschaft als Kronzeuge präsentiert, doch die Verurteilung nicht auf seine Aussage gestützt. Dies hat Andreas Müller, damals Berichterstatter der erkennenden Strafkammer des Landgerichts Frankfurt (Oder), in seinem 2013 erschienenen Buch „Schluss mit der Sozialromantik! Ein Jugendrichter zieht Bilanz“ in einem eigenen Kapitel ausführlich geschildert.

B. Exkurs: Die Vernichtung der Justizakten betreffend Carsten Szczepanski

Ich möchte dazu jetzt hier meine Ausführungen nicht vortragen. Ich wollte nur sagen, dass ich nach Prüfung der ganzen Angelegenheiten der Meinung bin, dass diese Vernichtung nicht zu beanstanden ist. Sie können das anders sehen, aber ich habe Gründe für meinen Standpunkt im Einzelnen dargelegt.

Ich komme nun zu Punkt

C. Rechtsextreme terroristische Vereinigungen?

I. Vorbemerkungen

Rassistische und fremdenfeindliche Gewalttaten stellten in den 90er-Jahren zwar einen Flächenbrand dar, doch handelte es sich zumeist um sehr junge Täter, die spontan, unter Alkoholeinfluss in Gruppen agierten und bei denen nicht vom Vorhandensein einer Organisationsstruktur gesprochen werden konnte. Dies hat nicht nur die Auswertung der von mir geführten Auflistung ergeben. Zu diesem Ergebnis gelangt man auch nach Lektüre der 2009 erschienenen Broschüre „Abkehr von rechtsextremistisch motivierter Gewalt - Einsichten von Strafgefangenen“. Der Journalist Frank Schauka hatte Mitglieder der „Wohngruppe Schönnagel“ in der JVA Brandenburg über ihre kriminelle Karriere befragt, die vielfach mit Alkoholmissbrauch und dem Konsum rechtsextremer Musik begann. Gleichwohl war natürlich mit der Möglichkeit zu rechnen, dass bei Einzelnen eine Entwicklung zum Terrorismus erfolgte, wie es dann bei Mitgliedern des NSU der Fall gewesen sein durfte. Dies ist aber auch in Brandenburg geschehen.

II. Die terroristische Vereinigung „Freikorps Havelland“

2004 hatte die Staatsanwaltschaft Potsdam ein Ermittlungsverfahren gegen eine Gruppe junger Männer eingeleitet, denen zur Last gelegt wurde, unter dem Namen „Freikorps Havelland“ mit Brandanschlägen auf asiatische und türkische Imbissbuden und Geschäfte zwischen August 2003 und Mai 2004 das Ziel verfolgt zu haben, das Havelland - ich zitiere - „ausländerfrei“ zu machen. Der Generalbundesanwalt hatte dieses Verfahren nicht übernommen, weil es aus seiner Sicht von minderer Bedeutung war, sodass die Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung ermittelte. Nach meiner Pressemitteilung vom 18. August 2004 unter der Überschrift „Erstes Verfahren wegen terroristischer Vereinigung im Land Brandenburg“ kam mir zu Ohren, dass die Hausleitung des Innenministeriums nicht darüber glücklich sei, dass es in Brandenburg rechtsextremistischen Terrorismus geben solle, und sich die Kritik auf meine Person bezog, und zwar in dem Sinn: Nun macht unser Generalstaatsanwalt auch noch aus Jugendlichen und Heranwachsenden Terroristen.

Nach der Anklageerhebung im November 2004 verurteilte das Brandenburgische Oberlandesgericht jedoch am 7. März 2005 elf der zwölf Angeklagten unter anderem wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung. Es war bundesweit die erste Verurteilung nach der Neufassung des § 129a StGB im Dezember 2003, wonach unter anderem auch Brandstiftungen als Straftaten einer terroristischen Vereinigung anzusehen sind, wenn diese Taten dazu bestimmt sind - ich zitiere -, „die Bevölkerung auf erhebliche Weise einzuschüchtern.“ Die entscheidende Rechtsfrage war, ob es ausreichte, dass - wie im Fall der ausländischen Brandanschlagsopfer - nur Teile der Bevölkerung eingeschüchtert werden sollen. Das hatte der Generalbundesanwalt wohl bezweifelt, weil er andernfalls das Verfahren vermutlich übernommen hätte. Und auch der damalige Staatssekretär im brandenburgischen Innenministerium, Eike Lancelle, der als Zuschauer an der Urteilsverkündung teilnahm, war nach meiner Wahrnehmung als Sitzungsvertreter über die Verurteilung sichtlich überrascht. Doch auch der Bundesgerichtshof schloss sich auf die Revision des Angeklagten in seinem Urteil vom 18. Mai 2006 der Auffassung an, dass es sich bei dem „Freikorps Havelland“ um eine terroristische Vereinigung gehandelt hat.

Dass man im brandenburgischen Innenministerium bis zu dem Urteil des Brandenburgischen Oberlandesgerichts das „Freikorps Havelland“ nicht als eine terroristische Vereinigung ansah, lässt sich aus einer Passage des bereits erwähnten Berichts des NSU-Untersuchungsausschusses folgern - will ich jetzt nicht vortragen.

Weshalb das Bundesamt für Verfassungsschutz dazu kam, bis zur Verurteilung der Täter die Brandanschläge des „Freikorps“ unerwähnt zu lassen, ist mir nicht bekannt. Entweder wurden diese vom brandenburgischen Verfassungsschutz gar nicht als mögliche terroristische Anschläge gemeldet, oder es fand darüber eine Kommunikation mit dem Ergebnis statt, sie nicht in Zusammenhang mit Terrorismus zu bringen. Im Verfassungsschutzbericht des Landes Brandenburg für das Jahr 2003, der im Mai 2004 erschien, findet das „Freikorps“ keine Erwähnung, weil zu diesem Zeitpunkt die Anschlagsserie auch noch nicht aufgeklärt war. Im Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2004, der im Mai 2005 erschien, findet die Verurteilung dann Erwähnung.

III. Die dubiose Vereinigung „Nationale Bewegung“

Vom 7. auf den 8. Januar 2001 wurde ein Brandanschlag auf die Trauerhalle des Jüdischen Friedhofs in Potsdam verübt. In der Nähe des Tatortes wurde ein Bekennerschreiben aufgefunden, das mit „Die Nationale Bewegung“ unterzeichnet war und antijüdische Hetze enthielt. Bereits zuvor hatte sich die „Nationale Bewegung“ zu Straftaten bekannt, wie dem Brandanschlag auf einen fahrbaren türkischen Imbissstand in Stahnsdorf am 21. September 2000. Auch hatte die „Nationale Bewegung“ unter dem 29. März 2000 ein Drohschreiben an ein führendes Mitglied der sogenannten „Kampagne gegen die Wehrpflicht“ und unter dem 13. November 2000 einen offenen Brief an die „Märkische Allgemeine Zeitung“ gerichtet.

Bereits am 12. Januar 2001 übernahm der Generalbundesanwalt das Verfahren. Zwar deutete das Bekennerschreiben auf eine Vereinigung hin, doch reichten die Gesamtumstände noch nicht aus, um einen Anfangsverdacht wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung im Sinne des § 129a StGB alter Fassung zu bejahen, sodass die Übernahme wegen besonderer Bedeutung des Falles erfolgte. Die Täter wurden nicht ermittelt. Die Akten des 122 Aktenstücke umfassenden Verfahrens sind beim Generalbundesanwalt noch vorhanden.

Zu den Merkwürdigkeiten dieses Verfahrens gehört, dass die „Nationale Bewegung“ nach dem Brandanschlag auf die Trauerhalle nicht mehr in Erscheinung trat, der damalige Leiter des Verfassungsschutzes, Heiner Wegesin, nach meiner Erinnerung Einwände dagegen erhob, das Verfahren dem Generalbundesanwalt zur Übernahme anzubieten, und dann das Bekennerschreiben im Internet veröffentlichen ließ, worin die Bundesanwaltschaft eine Behinderung ihrer Ermittlungen sah. Daher will ich nicht verhehlen, dass mir Zweifel gekommen sind, ob es die Vereinigung „Nationale Bewegung“ tatsächlich gegeben hat.

D. Rechtsextreme kriminelle Vereinigungen?

I. Die unter Punkt 2 des Beschlusses vom 11. August 2016 aufgeführten Gruppierungen

Dazu war ich ja auch konkret gefragt worden. Gegen keine dieser Gruppierungen ist ein Verfahren wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung im Sinne des § 129 StGB eingeleitet worden, wofür die Staatsanwaltschaft Potsdam zuständig gewesen wäre. Das ist auch nicht zu beanstanden, weil sich ein entsprechender Anfangsverdacht nicht begründen ließ. Allerdings sind gegen Mitglieder dieser Gruppierungen wegen anderer Straftaten Verfahren geführt worden. Was die unter Punkt 2 des Beschlusses genannte Gruppierung „Bewegung Neue Ordnung/Schutzbund Deutschland“ betrifft, ist mir erinnerlich, dass gegen führende Mitglieder Verfahren wegen Volksverhetzung liefen und im Juli 2006 zugleich mit der Zustellung der Verbotsverfügung nach § 3 des Gesetzes zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts Durchsuchungen bei den Beschuldigten erfolgten. Dies war ein vorbildliches Zusammenwirken zwischen der Staatsanwaltschaft, der Polizei und dem Verfassungsschutz, der damals von Winfriede Schreiber geleitet wurde.

Mitglied des „Schutzbundes“ war unter anderem Maik E., dessen Zwillingsbruder André E. zurzeit im sogenannten NSU-Verfahren in München vor Gericht steht und damals im Kontakt zum „Schutzbund“ stand. Die Hauptakten des Verfahrens gegen die Mitglieder der Gruppierung „Schutzbund Deutschland“ wegen Volksverhetzung sind als archivwürdig eingestuft worden und befinden sich noch bei der Staatsanwaltschaft Neuruppin. Über dieses Verfahren kann Oberstaatsanwältin Lodenkämper als zuständige Abteilungsleiterin umfassend Auskunft geben.

Abschließend möchte ich bemerken, dass nach meinem Eindruck die brandenburgischen Innenminister von der Möglichkeit, gegen rechtsextremistische

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

Gruppierungen mit Verbotsverfügungen vorzugehen, extensiv Gebrauch gemacht haben.

II. Die Anklage wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung in Nauen

Das betrifft nun das laufende Verfahren. Sie haben vermutlich der Presse entnommen, dass das Landgericht das Hauptverfahren mit Beschluss vom 25. Oktober 2016 eröffnet hat und die Hauptverhandlung am 24. November 2016 beginnen soll. Der Generalbundesanwalt hat dieses Verfahren nicht übernommen, und das ist natürlich jetzt - - müsste man jetzt im Einzelnen begründen; das will ich mir sparen, denn es ist äußerst schwierig, die Zuständigkeit des Generalbundesanwalts nachzuvollziehen. Und um das zu belegen, möchte ich Ihnen mal vortragen, was der frühere Generalbundesanwalt Kay Nehm 2001 in einem Vortrag vor der Juristischen Studiengesellschaft Regensburg ausgeführt hat. Ich zitiere ihn:

„Die Zuständigkeit des Generalbundesanwalts für die Verfolgung extremistischer Straftaten mit Staatsschutzqualität ist alles andere als klar und übersichtlich. Die Schwierigkeiten haben ihre Ursache in der undurchsichtigen verfassungsrechtlichen Kompetenzverteilung im Staatsschutzrecht.“

Deshalb spare ich mir Ausführungen dazu.

Ich komme zum letzten Punkt „Was ist zu tun?“. Die zweite Migrationskrise im wiedervereinigten Deutschland hat zu einem erschreckenden Anstieg von rassistischen und fremdenfeindlichen Gewalttaten geführt. Doch Polizei und Justiz sind anders als in den 90er-Jahren in Brandenburg nun handlungsfähig, und dort ist auch eine Zivilgesellschaft entstanden, die sich zur Wehr setzt. Schließlich ist die Jugendkultur nicht mehr von rechtsextremen Vorstellungen dominiert. Doch vermute ich, dass viele Täter von heute von der rechtsextremen Jugendkultur der 1990er-Jahre geprägt wurden, wie dies auch bei den Mitgliedern des NSU der Fall gewesen sein dürfte.

Da offensichtlich ein Zusammenhang zwischen Migrationskrise und derartigen Gewalttaten besteht, muss in erster Linie die Migrationskrise gelöst werden. Die Aufnahme von Hunderttausenden Flüchtlingen von September bis Dezember 2015 steht einer Nation, die den industriell betriebenen Mord von Millionen zu verantworten hat, zwar gut zu Gesicht, doch hat der Bund, der diese meines Erachtens richtige Entscheidung getroffen hat, auch für deren Umsetzung Sorge zu tragen und die dafür erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Fraglich ist, wie es mit der Behandlung der Flüchtlingsproblematik weitergehen soll. Während es mir rechtlich problematisch erscheint, für Kriegsflüchtlinge und Asylsuchende eine jährliche Obergrenze festzusetzen, sollte andererseits Klarheit darüber bestehen, dass kein Staat eine unbegrenzte Zahl von Asylantern und Flüchtlingen aufzunehmen vermag, worauf kürzlich auch der Historiker Heinrich August Winkler in einem Interview mit dem „Focus“ hingewiesen hat.

(Frau Gossmann-Reetz [SPD] und Dr. Redmann [CDU]: Das geht zu weit!)

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

Zwar ist wichtig, dass das Grundgesetz für das Asylrecht keine Obergrenze vorsieht,

(Frau Gossmann-Reetz [SPD]: Das geht hier gar nicht!)

doch dies setzt nicht den römischen Rechtsspruch „Ultra posse nemo obligatur“ außer Kraft - „Über das Können hinaus wird niemand verpflichtet“. Grenzen für die Aufnahme werden gesetzt durch die Finanzkraft des Staates, die auch den Umfang der zur Verfügung stehenden Integrationsressourcen bestimmt,

(Frau Gossmann-Reetz [SPD]: Ich möchte Sachverstand über die Vergangenheit jetzt hier hören!)

Ich fühle mich jetzt nicht berufen, mich in diese Auseinandersetzung einzumischen,

(Frau Gossmann-Reetz [SPD]: Das tun Sie aber hier gerade!)

doch dürfte zutreffen, dass die Fremdenfeindlichkeit in der Furcht vor Überfremdung, in der Furcht vor „Entheimatung“, wie es Stefan Berg vom „Spiegel“ einmal ausgedrückt hat, wurzelt. Wichtig ist mir auch der Hinweis, dass Fremdenfeindlichkeit nicht notwendig mit Rassismus und Nationalismus einhergeht. Das beste Beispiel hierfür finden wir in der deutschen Geschichte. Als nach dem Zweiten Weltkrieg Deutsche aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten in das Gebiet diesseits der neuen Oder-Neiße-Grenze flüchteten, wurden sie nicht überall willkommen geheißen, sondern vielfach schlecht behandelt und beschimpft, was heute vielfach vergessen ist. Deshalb habe ich auch keinen Zweifel, dass es zu Übergriffen kommen würde, wenn man in ein brandenburgisches Dorf mit 100 Seelen 50 Sachsen einquartieren würde.

(Heiterkeit)

Ich wollte auf die allgemeine Problematik hinweisen. - Die von Fremdenfeindlichkeit ausgehende Gefahr wächst indes, wenn Rassismus und Nationalismus hinzutreten, wie dies derzeit leider der Fall ist.

Einig sollten wir uns sein, dass jeder Asylsuchende und Flüchtling, der sich in Deutschland aufhält - ob berechtigt oder unberechtigt -, Anspruch auf Schutz vor Straftaten, insbesondere Gewaltstraftaten hat. Die Strafverfolgungsbehörden in Brandenburg haben sich jedenfalls vorgenommen, derartige Straftaten mit der gebotenen Schnelligkeit und Härte zu verfolgen. - Danke schön.

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Rautenberg. - Ich habe Sie, obwohl etwas Unruhe entstanden ist, nicht unterbrochen, habe Sie ausreden lassen, bitte aber insgesamt auch jetzt die weiteren Sachverständigen sich an den Beweisbeschluss zu halten, auch aus zeitlichen Gründen. - Vielen Dank.

Wir kommen zum zweiten Vortrag; ich bitte Herrn Laabs.

Sachverständiger Dirk Laabs (Verlagsgruppe Random House GmbH):

Dann würde ich mal bitten, weil ich eine kleine Präsentation vorbereitet habe, die sich hoffentlich mit dem Beweisbeschluss deckt - - Wir warten mal, bis es angeht.

(Die nachfolgenden Ausführungen erfolgen anhand einer Powerpoint-Präsentation - siehe Anlage)

Ich denke, die wesentliche Figur, wenn man sich über das Jahrzehnt - vor allem die 90er-Jahre - in Brandenburg und die rechtsextremistische Szene unterhält, ist natürlich Carsten Szczepanski alias „Piatto“, wie er später hieß. Ich habe hier eingangs den journalistischen Begriff „die Topquelle“ benutzt; allerdings ist hier auch schon eingeführt worden - - Jetzt ist die Frage, ob es mit der Fernbedienung funktioniert.

(Frau Gossmann-Reetz [SPD]: Können Sie das Mikro ein Stück rannehmen, bitte?)

- Ja. - Also, es ist ja schon eingeführt worden hier, dass es 1999 auch die Einschätzung des Verfassungsschutzes Brandenburg selber war, dass „Piatto“ die mit Abstand beste Quelle war, dass sie sogar sich auch bundesweit nicht scheuen musste - - jedem Vergleich standhielt. Und das ist jetzt auch mein Ausgangspunkt, um durch diesen Fall „Piatto“ mal durchzugehen, um ein paar Punkte in Erinnerung zu rufen.

„Piatto“ ausgezeichnet haben seine besonders früh aufgebauten internationalen Kontakte; das hat ihn besonders gemacht. Mitnichten hat seine Wirkung sich nur auf Brandenburg beschränkt, sondern er hat, wie wir ja wissen, schon 1991 Kontakte aufgebaut zu Dennis Mahon vom „White Aryan Resistance“, also einem ehemaligen Ku-Klux-Klan-Mitglied, dem der Klan oder der Klan, indem er war, nicht radikal genug war und der sozusagen den bewaffneten Widerstand aufgebaut hat. Ich bin da anderer Meinung als Herr Rautenberg. Ich glaube, was man verstehen muss, auch wenn man den NSU verstehen muss: Der Rassismus ist kein Instrument, sondern das Ziel. Der Rassismus ist nicht das Instrument für Nationalisten, nationale Ziele durchzusetzen, sondern genauso, wie wir es jetzt beim Dschihadismus erleben, ist dieser transnationale Rassismus, der unter anderem durch Dennis Mahon sozusagen begründet worden ist, wirklich die treibende Kraft in dieser Szene gewesen, letztendlich auch die treibende Kraft hinter den NSU-Morden. Das muss man wissen; das ist auch bei der Figur „Piatto“ wichtig.

Also, er hatte Kontakte zu Dennis Mahon; Dennis Mahon hatte enge Kontakte zu Tom Metzger, also einer der führenden Figuren, die diesen „White Aryan Resistance“ - kurz: WAR - gegründet haben. Er hatte außerdem - darauf komme ich später noch - Kontakt zu anderen Gruppen. Aber, um auch klarzumachen, dass dieses Konzept von Tom Metzger jetzt nicht irgendwie nur in den USA stattgefunden hat, sondern auch relativ schnell den Weg nach Deutschland gefunden hat, hier ein Auszug aus einem Konzept, was 1993 in Deutschland kursiert ist, mit der Überschrift „Die Zeit ist reif für den WEISSEN ARISCHEN WIDERSTAND DEUTSCHLAND“. Da heißt es unter anderem:

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

„Der Name einer Widerstandsgruppe dort, der WHITE ARYAN RESISTANCE von Kamerad Tom Metzger hat nicht nur uns sehr gefallen [...] Wir wollen hier keinen neuen Verein gründen (der dann sowieso ganz schnell wieder verboten würde).“

„Jede Kameradschaft, jede Gruppe, jede Organisation, jeder Freundeskreis, jede Partei, jeder Einzelkämpfer, der aktiv etwas für unsere Sache tut, befindet sich im WEISSEN ARISCHEN WIDERSTAND DEUTSCHLAND!“

Also eine Selbstermächtigung zu handeln. - Jetzt gucken wir uns mal den NSU-Brief an, eine Formulierung daraus. Da heißt es nämlich genau gleichlautend:

„Der NSU ist keine abstrakte Sache. Jeder Kamerad gehört dazu, sofern er den Mut findet zu handeln.“

Also auch wieder der Gedanke der Selbstermächtigung. Das ist wirklich ganz wichtig, weil wir das in anderen Terrorismusformen eben auch haben, dass der Terrorismus dann besonders gefährlich wird, wenn es keine Strukturen, Hierarchien mehr gibt, sondern so eine Art Inspiration reicht, um zuzuschlagen, was auch die Bekämpfung später sehr schwierig macht.

Außerdem hat Carsten Szczepanski sozusagen dieses Wissen von Mahon nicht nur passiv konsumiert, sondern er hat ja selber dann einen Ku-Klux-Klan aufgebaut in Berlin und teilweise in Brandenburg, 1991 schon. Er hat außerdem - da kommen wir später zu - sehr früh Kontakte nach England aufgebaut, und zwar zu den absoluten Topleuten, den gefährlichsten Neonazis Englands, und da haben Sie hier Tony Williams, er hatte Kontakte zu Charlie Sargent und seinem Bruder, und er hatte Kontakte zu David Myatt, also wirklich zu den gefährlichsten Neonazis in der Zeit.

Die zusammen haben unter anderem die „National Socialist Movement“ gegründet. Dabei hatten die eben auch Kontakte - - oder haben sogar gegründet „Combat 18“ und „Blood & Honour“. Also, das ist eine komplizierte Geschichte, aber er hatte wirklich das faszinierende Talent, immer da zu sein, wo es spannend wurde - sage ich jetzt mal - aus nachrichtendienstlicher Sicht.

Außerdem hatte Carsten Szczepanski eben, schon bevor es „Blood & Honour“ überhaupt gab, Kontakt zu späteren „Blood & Honour“-Topbands, die er ja auch nach Brandenburg zu Konzerten gebracht hat. Er hatte Kontakte natürlich zu der Band „Landser“ - könnte man jetzt ein bisschen flapsig sagen: Wer hatte das nicht? -, er hatte Kontakte zu Stephan Lange, also der Führungsebene „Blood & Honour“, und natürlich, wie wir später gleich noch mal sehen werden, die dann später entstehende Sachsen-Division „Blood & Honour“, außerdem noch zu den „Hammerskins“ und natürlich schon auch 91/92 - sehr früh - „Nationalistische Front“, „Nationalen Einsatzkommandos“ und der FAP. Also, der Mann sieht jetzt nicht nur so aus, er war nicht die Spinne im Netz, aber hatte überall seine Finger mit drin.

Außerdem - genau, das ist wichtig -: Er hat diese Ideologie, dass also die rassistische Ideologie des Klans, wo man denkt: „Was hat das mit uns zu tun, dass ein

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

Geheimbund, der nach dem Bürgerkrieg Schwarze gelyncht hat?“, aber diese Idee des Rassenkrieges hat er mit nach Deutschland getragen, und das ist auch die Grundidee von „Blood & Honour“ und allen Organisationen, über die wir hier reden. Deswegen noch mal die Betonung: Rassismus ist das Ziel, nicht das Instrument - vielleicht für einige, aber für die meisten ist das irgendwann das Ziel geworden. Man sieht das hier: Das ist eine Schallplatte von Ian Stuart, der neben seiner Band „Skrewdriver“ eben noch die Band „The Klansmen“ hatte, wo er sich sogar abbilden lässt, wie er einem Klanmitglied die Hand schüttelt.

Mit seiner Zeitschrift „Das Feuerkreuz“ hat Carsten Szczepanski das 1991 auch nach Deutschland getragen, handgeschrieben, selbst kopiert. Daraus ist dann später der Gedanke - ich sagte es eben - „Blood & Honour“ geworden. Wir sehen das später - dazu komme ich noch mal -, dass sich das dann auch in Zeitschriften aus Sachsen wie „White Supremacy“, wo Mundlos auch einen Beitrag verfasst haben soll, widerspiegelt. Und dahinter, in der extremen Ausprägung, steht immer der Gedanke „White Aryan Resistance“; wird man später auch noch mal sehen.

Also, noch mal zusammengefasst: Er war ideologisch immer da, wo es seit 1991 interessant wurde, er hatte immer genau dort Kontakte, wo es personell und logistisch interessant wurde, und er war immer an der richtigen Stelle, da, wo ein Nachrichtendienst sagen würde: Da würde ich ihn hinhaben. Und er war 20 Jahre alt, und es gab noch nicht das Internet. Es ist meiner Meinung nach völlig ungeklärt, wie er an jemand wie Dennis Mahon kommen konnte. Er sagte damals in einer Aussage, er hätte ihn einfach angerufen. Es gibt andere Quellen, wo eben klar gesagt wird, Mahon war auf einer Art Rekrutierungsfeldzug in Europa. Und sozusagen dieses Verbindungsstück fehlt noch, ist aber mutmaßlich in Berlin, in den NF-Strukturen oder sonst wo zu suchen, aber es ist sehr viel koordinierter, als uns jetzt Szczepanski glauben machen will.

Jetzt ist die Frage, die Sie sich stellen sollten - meiner Ansicht nach - und wir uns alle stellen sollten: War das Zufall, dass der Mann immer da auftaucht, wo es - - und zwar immer da auftaucht, bevor es richtig gefährlich wird? Oder war es Glück? Und hat er sich angeblich wirklich - meine These habe ich ja so in dem Buch „Generation Hoyerswerda“ dargelegt - freiwillig als V-Mann gemeldet und war das alles Zufall? Dazu muss man ja wissen, dass die Verfassungsschutzämter Abteilungen unterhalten, die sich Werbung und Forschung nennen. Das heißt, man observiert V-Mann-Kandidaten, man hört sie ab, man befragt das Umfeld, man weiß genau, was die gemacht haben, aber uns wird im NSU-Komplex immer wieder so, wenn es dann um zentrale Figuren geht - - haben die sich immer freiwillig aus dem Gefängnis gemeldet. Ich habe da meine Zweifel. Das habe ich eben gesagt: Es ist bei Michael See so gewesen, bei Carsten Szczepanski so gewesen; die haben sich alle freiwillig irgendwann gemeldet oder sind irgendwo aufgetaucht und sagen: Wir wollen jetzt V-Mann werden. - Da sind Zweifel angebracht, aber solange es keinen Gegenbeweis gibt, müssen wir mit dieser Unsicherheit leben.

Was auch wichtig ist - das war ja auch eben das Thema -: Die reden nicht nur, sondern handeln auch. Dennis Mahon sitzt eine, ich glaube, 40-jährige Haftstrafe ab, weil er Briefbomben an einen Gleichberechtigungsbeauftragten verschickt hat, und ist nur

durch eine sehr aufwendige FBI-Operation überhaupt gestellt worden. Zu den anderen Taten der Kontakte von Carsten Szczepanski kommen wir noch gleich. Er hat also selber auch - und das ist auch wichtig - nicht nur geredet, sondern selber Vorkehrungen getroffen, den bewaffneten Kampf zu führen. Da muss man sich meiner Meinung nach - - Das ist die Frage, inwiefern es im Rahmen eines Untersuchungsausschusses eines Landtages nur in Brandenburg geht, weil, ich glaube, die Geschichte spielt ja zum größten Teil auch in Berlin, wenn man sich die Anfänge von Szczepanski anguckt. Wie Sie wissen, wurde 1991 - - ist man auf ihn aufmerksam geworden dadurch, dass er eben „Das Feuerkreuz“ verlegt hat. Man ist dann auf seine Wohnung gestoßen, fand dort eine Bombenwerkstatt. Er konnte wegkommen. Ist ein bisschen so wie später mit dem Trio in Jena.

Dann schaltete sich das BKA, LKA Berlin ein, und irgendwann rief der Verfassungsschutz Brandenburg an und sagte, ja, man wisse, wo er ist; er hält sich bei einer Person in Brandenburg auf. Dort wird er nach einigen Komplikationen gefasst - also, BKA bekam erst die falsche Adresse -, aber irgendwann hatte man ihn. Und dann sagte er aus, drei Tage lang, gesteht umfassend ohne Anwalt, sagt alles, was er weiß, sagt, ihm ist alles über den Kopf gewachsen. Also, dieses Bombenmaterial in seiner Wohnung wird gar nicht so sehr thematisiert. Und dann würde man denken: „Na gut, jetzt passiert irgendwas juristisch“, aber: Er darf gehen. Er geht aus der Tür raus, und es passiert nichts. Und es ist nicht so, weil es ja oft im NSU-Komplex immer dann so dargestellt wird: Man war auf dem rechten Auge blind. Es war das BKA involviert, das LKA Berlin involviert; man hat es nicht leichtgenommen, sondern man hat ja eine große Mühe in diese Aufarbeitung des beginnenden KKK gesetzt. Man hat dann nur juristisch, ich sage mal, merkwürdig gehandelt. Und diese Handlung wirft sozusagen Fragen auf. Er konnte dann nämlich weiter den Ku-Klux-Klan aufbauen, also bescheiden - er war ja nicht besonders groß -, aber er hat Mitglieder geworben, er war unterwegs, er hat genau dieses - - Man muss dazu wissen: Man hat in seiner Wohnung Anleitungen zu dem Kampf im Untergrund gefunden, zu denen er sagt: Es war nur ein Text von Dennis Mahon, den er übersetzt hat. - Okay. Aber er hat danach gehandelt.

Machen wir mal weiter; dann kommen jetzt ein paar Fotos. Es sind dann aus dem Umfeld dieser verschiedenen Ku-Klux-Klans, zu denen eben die Berliner Version von Szczepanski gehörte, drei schwere Straftaten begangen worden. Ein Hamburger Klan-Mitglied bringt einen ehemaligen Seemann um. Mysteriöserweise findet man diverse Briefe in seiner Wohnung, wo er sämtliche Klans in den USA angeschrieben hat und um Kontakt gebeten hat. - Das ist die Zeit vor dem Internet. Wo hat man diese Adressen her? Dann bringt ein direkter Freund von Carsten Szczepanski einen Obdachlosen in Berlin um, schlägt ihn, prügelt ihn mit einem Baseballschläger tot. Und dann - das wissen Sie alle; das ist weit dargestellt - ist Szczepanski dabei, als S. E., ein Lehrer aus Nigeria, fast totgeprügelt wird am Scharmützelsee. - Das alles kriegt das BKA mit, das alles kriegt auch die Bundesanwaltschaft mit, urteilt aber in jedem einzelnen Fall, dass es nichts mit dem KKK, also nichts mit der Organisation, zu tun hat, und macht etwas Verblüffendes, sagt nicht: „Okay, dann gucken wir mal weiter, vielleicht können wir es erhärten“, sondern stellt die ganze Ermittlung gegen den KKK ein und verweist den Fall - auch den Fall mit den Rohrbomben bzw. dem Bombenmaterial aus Szczepanskis Berliner Wohnung - an die Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder).

Also, das alles wird quasi - - Ich will nicht sagen, es wird nicht mit besonderem Nachdruck - - diese Steilvorlage, die man ja einfach, die man eigentlich da geliefert bekommen hat, verfolgt. Also es passiert nichts. Jetzt kann man fragen: Ist es denkbar in einem Rechtsstaat Bundesrepublik, dass sich Staatsanwaltschaften und Richter beeinflussen lassen von Strafverfolgungsbehörden oder Nachrichtendiensten? Da muss man leider sagen, dass der „Corelli“-Bericht von Jerzy Montag ein ganz klares Beispiel zeigt, dass das passiert ist, und zwar genau in der Zeit. Das BfV hat damals „Corelli“ - Thomas Richter -, die Quelle, die ja auch bekannt sein dürfte - - hatte noch Strafverfahren anhängig. Da hat sich erst das BfV beim BKA starkgemacht, dass das unter den Tisch fällt, und dann das BKA direkt - ein BKA-Beamter - beim Oberstaatsanwalt. Und das ist unter den Tisch fallen gelassen - - wobei man natürlich sagen muss - es ging damals, glaube ich, um Propagandadelikte -: Das war bei Weitem nicht so drastisch wie das, was bei Szczepanski vorlag. Allerdings muss man auch sagen, dass das BfV auch mit V-Männern wie Michael See zusammengearbeitet hat, der äußerst brutal zwei Menschen zusammengetreten hat, von dem inzwischen einer verstorben ist und der andere immer noch im Behindertenheim sitzt. Also, insofern: „Piatto“ war kein Betriebsunfall, das war System, weil man nur so an die Informationen rankam. Dessen bin ich mir sicher. Und man kann es, finde ich auch, fast schon abschließend beweisen.

Also er bleibt auf freiem Fuß. Er kann weiter sein kleines Nazirock-Label aufbauen, seine Kontakte nach England pflegen. Das ist die Keimzelle von „Blood & Honour“. Dann macht die Nebenklage - also die Vertreter von S. E.- Druck, dass also was passiert, weil Szczepanski gleich in den ersten Aussagen immer genannt wird als einer, der bei dieser Tat am Scharmützelsee dabei war. Passiert natürlich erst mal nichts; es vergehen Monate. Er soll dann vernommen werden, und genau in dem Moment, wo er vernommen werden soll von Brandenburger Behörden, Brandenburger Kripobeamten, wird er verhaftet und nach Berlin gebracht. Und dort wird er wegen minder schweren Vergehen aus den Jahren 91 - es gab eine kleine Rangelei beim Hertha-BSC-Spiel gegen St. Pauli und außerdem hatte er Imbisswagen angegriffen -- wird ihm der Prozess gemacht 93. Das bekommt angeblich in Brandenburg niemand mit, und es passiert nichts; er kann weiter in aller Ruhe eines der größten „Blood & Honour“-Konzerte - oder Vorphasen von „Blood & Honour“-Konzerten in Brandenburg - organisieren.

Dann kommt es - Sie wissen das - 1994 zur Anklage. Er kommt in Haft und bietet sich angeblich selber an, weil er sich verraten fühlt von seinen Kameraden, was zu dem Zeitpunkt noch gar nicht klar war. Also: Jetzt habe ich diesen V-Mann im August 94, abgesehen davon - das ist übrigens interessant; das muss nichts bedeuten -, dass sowohl „Corelli“ als auch Michael See und Tino Brandt in Thüringen alle im Spätsommer 1994 geworben worden sind. Also, wie war die Bedrohungslage Ende 94/95? Was war so ein Kontakt, so ein Mann, von dem die Sicherheitsbehörden wussten, er hat Kontakte in die USA und nach England, wert? Einiges, weil ich glaube, die Zäsur, die jetzt gleich kommt, wird unterschätzt.

Am 19. April 1995 sprengt eine kleine Zelle von „White Supremacy“ ein Regierungsgebäude in Oklahoma in die Luft. Das war damals - - Man muss

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

wirklich - - Das war vor dem 11. September. Das war ein Einschnitt. Das war wirklich ein Einschnitt; das war der größte Terroranschlag seit dem Krieg mehr oder weniger auf westlichem Boden sozusagen. Das hat wirklich das Denken verändert. 168 Tote, davon 19 Kinder, weil eine Kindertagesstätte in diesem Gebäude war, 349 Gebäude betroffen, weil die Bombe so gewaltig war, 600 Millionen Dollar Schaden. Es war eine kleine Zelle, und es war eine kleine Zelle, die geprägt war von dem White-Aryan-Resistance-Gedanken, und es war eine Zelle, die Kontakt hatte zu Dennis Mahon. Der war in Oklahoma, und es gibt Kontakte - ist bis heute nicht geklärt: Wusste er was? Wusste er nichts? Das ist ein bisschen schwierig da, die Beweisführung. Aber jetzt ist die Frage: Haben die Dienste in Brandenburg nicht gewusst, wen sie da hatten, welche Kontakte er hatte? Haben andere Dienste wie das BfV das nicht gewusst? - Das ist zu klären.

Herr Gordian Meyer-Plath hat ja in seiner Aussage vor dem Bundestag gesagt, dass die Quelle erst richtig heiß wurde im Sommer 1998. Ich denke, das kann man erst dann beurteilen, wenn man - das werden ja dann hoffentlich Sie sein - alle Treffberichte von „Piatto“ von 1994 bis 98 gelesen hat. Es ist also - ich habe es eben gesagt - die große Frage: Wussten sie nicht, wen man da hatte? - Ich habe da so meine Zweifel, weil er schrieb englischsprachige Briefe aus dem Gefängnis heraus und hatte weiterhin Kontakte in die USA.

Wir wissen, dass er dann ja schon relativ früh eine Sonderbehandlung erfahren hat: Er durfte seine Magazine verlegen, er hatte relativ früh Freigang - trotz der hohen Haftstrafe -, wobei man sich auch da sicherlich angucken muss - da hat er sich nie zu geäußert - - Den Scharmützel-Fall muss man sich insofern genauer angucken, weil Carsten Szczepanski ja danebenstand und in dem Sinne ja nicht selber an einer Körperverletzung teilgenommen hat. Acht Jahre ist ein drakonisches Urteil; mich hat immer interessiert, warum er keine Revision eingelegt hat. - Aber gut, das kann nur er beantworten.

„Piatto“ ist dann sofort wieder im Gespiel aus dem Gefängnis heraus. Das ist sein Talent. Im September 1998 - ich gehe in der Chronologie kurz nach vorne - baut er sofort wieder Kontakte nach England aus, zu den gefährlichsten britischen Neonazis, die auch nach Brandenburg kommen im September. Das ist zum einen S. [REDACTED] S. - das ist der Bruder von Charlie Sargent; Combat 18 -, Tony Williams, der Vordenker von „National Socialist Movement“ kommt nach Brandenburg, und die sind verantwortlich für ihre Webpage, für ein Konzept, was David Myatt geschrieben hat, wo es um den Rassenkrieg geht. Darin heißt es unter anderem - das ist jetzt Englisch:

„... creating tension and terror within ethnic communities and damaging or destroying their property“

- das ist jetzt die Ansage -

„and their homes by fire bombs and/or explosive devices. Part of this involves attacking individuals and killing some of them.“

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

Blaupause NSU, würde ich jetzt mal sagen. - Interessanterweise ist David Myatt dann später Islamist geworden.

Nach diesem Konzept handelt David Copeland, wie er sich hat inspirieren lassen von Williams und Myatt usw., und begeht dann 99 die Nagelbombenanschläge in London. Das heißt, er war wieder - - Und diese Williams, Sargent waren in Brandenburg. Das halte ich für unterschätzt. - Ich beeile mich. Die Inspirationsquelle für diese Menschen - das werden Sie auch wissen - waren die „Turner Diaries“, auch für Copeland, geschrieben von William Pierce; das überspringen wir mal, ist meiner Meinung nach aber auch sehr wichtig, ideologisch.

Jetzt taucht er auch fast in der genau selben Zeit, August - und jetzt kommen wir zum Kern -, in Sachsen auf bei „Blood & Honour“ und stellt Kontakt her zu Jan Werner, zu unter anderem Antje P., zu Andreas G. Also, er ist wirklich zielgenau in dem Moment, wo es heiß wird, wieder da, wo es drauf ankommt. Uns wird gesagt, es war Zufall - möglicherweise.

Wie ist der Ablauf gewesen? Dazu muss man wissen, dass genau im Juni ein Treffen stattfindet bei „Blood & Honour“ Sachsen, wo Antje P. - das ist die Frau rechts - sagt: Es reicht jetzt, wir müssen in den Untergrund gehen und Anschläge begehen.

Das ist die Quellenmeldung, 14. Juni 1998. „Piatto“ kommt nach Chemnitz, BfV sagt: Ach, das hat die nicht so ernst gemeint. - Man hat das als harmlos eingeschätzt, aber Fakt ist, dass unmittelbar danach „Piatto“ aus dem Gefängnis heraus intensiven Kommunikationskontakt nach Limbach-Oberfrohna, woher P. kommt, und nach Chemnitz zu Werner aufbaut - direkt danach. Das ist also möglicher Startpunkt. Es ist unklar, welche sächsische Quelle, also welcher sächsische V-Mann von diesem Treffen berichtet hat und was er noch berichtet hat. Das halte ich persönlich für einen der größten schwarzen Flecken in dieser Geschichte. Weil der war ja offenbar unmittelbar an dem direkten Umfeld des NSU dran, aber wir wissen nichts, nicht, wer er war, nicht, was er noch berichtet hat.

Ist es denkbar, was das BfV sagt, dass das alles nur harmlos war? Jan Werner war ein Hardcorevertreter der White-Supremacy-, White-Aryan-Resistance-Ideologie, und er hat es auch öffentlich dargestellt. Er hat den „White Supremacy“ rausgebracht - okay -, wo unter anderem auch der Brandenburger Uwe Menzel, genannt „Uwocaust“, Interviews gegeben hat, antisemitische Interviews, den Holocaust verleugnet oder sogar sich darüber freut; Uwe Mundlos hat dort berichtet. Aber Jan Werner hat eben auch vorher schon eine Zeitschrift rausgebracht, die hieß „Foier frei!“, und nach dem Mord eines bekennenden weißen arischen Widerständlers, Kay Diesner, hatte er folgendes Titelblatt mit verantwortet. Darauf steht: „Trotz allem: Wir Arbeiten Weiter ...“ - Weißer Arischer Widerstand.

Jetzt gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder das BfV hat es nicht mitgekriegt - dann hätten sie ihren Job verfehlt -, oder sie haben es mitgekriegt und erzählen jetzt in öffentlichen Aussagen die Unwahrheit. Da steht das Urteil noch aus. Das heißt, wir haben es mit Leuten zu tun, die diesem Konzept, was in Oklahoma gezeigt worden ist und kein Spaß ist, folgen. Und in diese sich aufheizende Situation kommt also der

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

brandenburgische V-Mann „Piatto“. - Es gibt auch Bilder von Werner mit Waffen, also das ist ja bekannt. - Er berichtet, wie Sie wissen, ab dem 19. August über diese Zelle.

Dann: Parallel, in denselben Tagen, gerät er in eine Telefonüberwachung der thüringischen Polizei, weil die eben relativ schnell rausgefunden haben, wer die Unterstützer des NSU oder - damals hieß es noch nicht NSU - des Trios im Untergrund, Bönnhardt, Zschäpe, Mundlos, sein könnten. Auch „Piatto“ oder in dem Fall Carsten Szczepanski gerät in den Blick. Also, er wird sozusagen - - Seine Telefonnummer taucht auf, er fängt, glaube ich, ab dem 15. August an, mit Werner zu kommunizieren, und man würde denken, jetzt ist er ja in der Falle, weil alle abgehörten Unterstützer des NSU haben relativ offen über die Unterstützungshandlung kommuniziert.

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Herr Laabs, darf ich ganz kurz unterbrechen?

Sachverständiger Dirk Laabs (Verlagsgruppe Random House GmbH):

Ich sehe schon, ja. Na klar.

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Mit Blick auf die Uhr und auch mit Blick auf den Beweisbeschluss -

Sachverständiger Dirk Laabs (Verlagsgruppe Random House GmbH):

Ja.

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

- möchte ich Sie darauf hinweisen, dass Sie bitte mit der Zeit haushalten.

Sachverständiger Dirk Laabs (Verlagsgruppe Random House GmbH):

Okay. Ich bin fast fertig, ja.

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Und ich frage Sie: Beschränken Sie sich jetzt ausschließlich auf „Piatto“ und das, was ringsherum ging?

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

Sachverständiger Dirk Laabs (Verlagsgruppe Random House GmbH):

Fast, ja.

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Es gab ja noch eine Reihe mehr Fragen, die wir gestellt haben.

Sachverständiger Dirk Laabs (Verlagsgruppe Random House GmbH):

Ja, kann ich ja dann in der - -

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Dafür wird dann keine Zeit mehr bleiben.

Sachverständiger Dirk Laabs (Verlagsgruppe Random House GmbH):

Okay, nein, ich beschränke mich dann nur auf „Piatto“ aus Zeitgründen, wenn das okay ist, und ich gebe Gas.

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Ja.

Sachverständiger Laabs (Verlagsgruppe Random House GmbH):

(Zuruf)

Was? - Ich mache das, was ich habe, und das ist dann von mir aus okay.

Sie wissen es alle, da gibt es diese Schlüssel-SMS: „Hallo. Was ist mit den Bums“, 28. August, 19:21 Uhr, zutage getreten oder zuerst gesehen von der Schäfer-Kommission in Thüringen. Also Jan Werner schickt an „Piatto“, der gerade Freigang hat, eine SMS. Danach gibt es vier Telefonate mit unterdrückter Rufnummer. Es sieht so aus, als gebe es - - Um 19:30 Uhr kommt ein Gespräch offenbar durch, man erreicht sich, aber das ist sozusagen nicht zu ersehen, da ist die, ist sozusagen die Quelle ein bisschen unklar. Werner telefonierte danach manisch, versucht, jemanden in Brandenburg zu erreichen. Wäre mal interessant zu wissen, wer das ist.

Das Problem ist, dass dann, wie man hier sieht, die Akten nicht vollständig sind. Genau an dem Tag fehlen Akten. Das heißt, wenn man sich die Thüringer Akten anguckt, es ist wirklich so, es sind fortlaufende SMS-Nummern und dann auf einmal, Paginierung ist vollständig, aber es fehlen einfach SMSen. So.

Jetzt wissen Sie, ist der Stand, dass an dem Tag „Piatto“ sozusagen sein Handy abgegeben hat und man ihm neue gegeben hat, ausgerechnet an dem Tag. Warum ist das so? Man behauptet seitens des LfV Brandenburg oder seitens ehemaliger Mitarbeiter, dass das BfV das LfV gewarnt hat, dass „Piatto“ in Gefahr ist, enttarnt zu werden. Die Handys werden ausgetauscht, man hat ... (akustisch unverständlich) angeblich diese SMS nicht wahrgenommen. Und jetzt, das behauptet jetzt die Nebenklagevertretung in München, hätte der V-Mann-Führer Dieter Borchert in diesem Punkt gelogen zu haben, weil es am Nachmittag noch ein abgehendes Gespräch gab, um 16:25 Uhr, und Dieter Borchert hatte mehrfach gesagt, um 16:00 Uhr hätte er das ausgetauscht. Ob das jetzt ein endgültiger Beweis ist, das, glaube ich, da steht die Beweisaufnahme erst am Ende, am Anfang, Entschuldigung. Es gibt einen Vermerk, behauptet die Nebenklage - das wird man sich sicherlich noch einmal genauer angucken müssen -, dass „Piatto“ bis 20:00 Uhr mit Dieter Borchert zusammen war und dass man gemeinsam zwei neue Handys gekauft hat. So. - Dazu komme ich gleich.

Jetzt, ist, glaube ich, der entscheidende Punkt, eigentlich ganz simpel: Gordian Meyer-Plath hat im Bundestag gesagt, als er darauf angesprochen worden ist:

„Ich habe bei der Vorbereitung auf den heutigen Termin in der Aktenlage gefunden, dass dies“

- also die Warnung -

„wohl ein Hinweis des Bundesamtes für Verfassungsschutz war - was auf welchen Wegen, habe ich ... nicht mehr erinnerlich -, und mitbekommen, dass eine TKÜ-Maßnahme des thüringischen LKA, meine ich, eben gegen den Betroffenen Werner lief und in dessen Rahmen das ebenso rausgekommen war.“

Das ist eigentlich ganz simpel. Also es muss den Vermerk geben.

Wenn es einen Vermerk gibt, wo das BfV sagt: „Passt auf, eure Quelle ist in Gefahr, aufzufliegen“, ist der Sachverhalt, glaube ich, klar. Da müssten sich die Akten ja finden. Es müsste auch kein Problem sein, das vorzulegen. Man muss sagen, vom Ablauf her, das darf man nicht vergessen, ist es theoretisch absolut denkbar. Am 15. August taucht er auf. Wie auch immer kriegt das BfV das mit und sagt: Okay, du musst deinem V-Mann beim nächsten Mal sagen und die Handys austauschen, weil der in Gefahr ist, aufzuploppen. - Das Komische ist, dass man nicht ihm untersagt, mit Werner zu kommunizieren, sondern ihm neue Handys gibt und weiter mit ihm kommuniziert.

Man müsste jetzt diese ganzen Fragen klären: Wer war die Kollegin vom BfV, die Meyer-Plath erwähnt? Wie hat die von der TKÜ-Maßnahme erfahren? Usw. Was war der Auslöser? Wer hat das wirklich wem gesagt? Das ist ja alles völlig unklar und auch im Bundestag unklar gewesen, geblieben.

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

Dann ist natürlich die Frage in dem Vermerk, den jetzt die Nebenklage zitiert hat in München, ob auf diese Warnung des BfV Bezug genommen worden ist.

Eine Sache muss man aber auch feststellen, bei aller Kritik am Verfassungsschutz: Das thüringische LKA hätte in dem Fall alles verändern können, weil sozusagen die Unterstützung, Handlungen - habe ich eben gesagt - in den SMSen verhandelt worden sind, man hat aber offenbar diese Daten nicht ordentlich ausgewertet.

Dann stellt sich noch eine logische Frage: Wenn man tatsächlich weiß, dass „Piatto“ dabei ist, aufzufliegen, warum rufe ich nicht einfach an und sag: Benutz das Telefon nicht mehr. - Gut, aber das müssen andere Leute klären.

Dann hat die Nebenklage in einem öffentlichen Antrag bereits im Mai darauf hingewiesen, dass - das ist eine technische Frage - Werner noch mal von dem angeblich abgeschalteten Handy einen Tag nach dieser Bums-SMS eine Werbe-SMS bekommen hat. Ist die Frage: Ist das technisch möglich, wenn es ausgestellt ist? Das muss aber ein Gutachter klären, der nicht ich bin.

Dann gehen wir weiter. - Es gibt, Sie wissen es, er hat neue Handys, er verabredet sich, „Piatto“ nimmt Kontakt mit Werner auf, es wird offensichtlich ein Treffen in Brandenburg vorbereitet, am 5. September. Und wieder finden - - also rund um dieses Datum fehlen in den Thüringer Akten - das sieht man ganz gut - die entsprechenden SMS- und Telekommunikationsdaten, also ganz gezielt rausgenommen. So.

Ich beeil mich. Gehen wir mal weiter.

Warum ist dieser ganze Punkt so wichtig, vielleicht jetzt auch für das Publikum, dass man das auch immer wieder sagt? Die Herkunft der NSU-Waffen ist größtenteils unklar. Bis auf die Ceska weiß man nicht, woher sie kamen. Bei Mord I und Mord III sind zwei Waffen zum Einsatz gekommen. Bei Mord I war nicht die Ceska tödlich, sondern die kleinere. Die Rechtsanwälte der Familie Şimşek wollen deswegen wissen: Woher kam diese Waffe? Die Pistole Bruni ist eine umgebaute Schreckschusswaffe. Das ist ein entscheidender Punkt, zumal - Sie wissen das - „Piatto“ belastet wird von einem ehemaligen Brandenburger Neonazi, der gesagt hat, „Piatto“ hätte in der Szene Waffen angeboten. Das ist Ihnen ja bekannt.

Noch als letzten Punkt, der entscheidende, die Abläufe, das hat die Nebenklage in dem Antrag im Mai sehr gut herausgearbeitet, sind die Abläufe: Was passiert nach dem Treffen am 5. September in Brandenburg? Also es ist am Rande eines „Blood & Honour“-Konzerts in Hirschfeld. Angeblich erfährt dort „Piatto“ am Rande alles über die Zelle, also dass die Überfälle begehen wollen, dass die - also Zschäpe, Mundlos, Böhnhardt - Waffen brauchen, dass sie weitere Überfälle begehen wollen. Wobei immer die Frage war: Warum weitere? Warum Plural? Das fließt ja dann ein in die entscheidende Frage: Hat der Verfassungsschutz Brandenburg wirklich da zum ersten Mal davon erfahren? Klar. Und das fließt ja ein in eine Quellenmeldung, und die Abläufe danach sind weitestgehend ungeklärt; Sie wissen das. Wer hat wann wen getroffen? Wer wurde wann informiert? Wer wurde eingeschaltet? Das ist in Thüringen

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

nicht aufgeklärt worden, es ist durch die Nebenklage oder durch den Prozess in München weitestgehend nicht aufgeklärt worden. Okay.

Machen wir mal weiter. Der Vorsitzende guckt mich böse an. - Gut.

Sie wissen, dass es dann zu den entsprechenden Meldungen von „Piatto“ kam, wo er eben über die - - Das ist ja auch - - kann man auch alles nachlesen. Gehen wir mal zum Ende, um klarzumachen, wo das Problem bestand.

(Eine Besucherin zum Mitarbeiter der SPD-Fraktion: Seien Sie doch mal ruhig! Sie können sich hier nicht unterhalten! Wir möchten die Sitzung verfolgen. - Frau Gossmann-Reetz [SPD]: Jetzt reicht es aber! - Vorsitzender Rupprecht [SPD]: Nehmen Sie bitte wieder Platz!)

Also, „Piatto“ berichtet eben weiter, unter anderem im September: Ein spannendes Wochenende gehabt, also trifft Williams und Sargent in Schenkendorf, und einen Tag später trifft er Werner in Munzig, und der sucht immer noch Waffen. Okay.

Er berichtet - das geht auch meines Erachtens weitestgehend unter -, am 10. Oktober 1998 ist er bei einem „Blood & Honour“-Treffen, wo er davon berichtet, dass zwei Thüringer anwesend waren. Da habe ich mich gefragt, wer das war und warum die Namen da nicht stehen. An dem Abend ist noch ein Konzert, wo Werner in einem Ruckerheim wiederum „Piatto“ trifft, Clan MC, also auch wiederum der Clan, einer der Chefs des Oswald Pohl, den „Piatto“ übrigens schon seit den frühen Neunzigern kennt aus Berlin, NF, also da schließt sich für „Piatto“ der Kreis. Dann beginnen - - Wenige Tage später beginnt vom LfV Sachsen die „Operation Pappmaschee“. Also Werner wird abermals, weil man natürlich schon den Kreis jetzt sozusagen kleiner gezogen hat um die Unterstützer, observiert. Dann wird am 18. Oktober 1998 ein „Landser“-Transport gestoppt, weil mutmaßlich Szczepanski darüber berichtet hat, dass diese Gruppe um Werner die verbotene „Landser“-CD aus Tschechien erwartet.

Das war meiner Ansicht nach der entscheidende Fehler vom LfV Brandenburg, weil dadurch ist „Piatto“ verbrannt.

Danach berichtete er über nichts mehr - - Also das ist, glaube ich, keine - - relativ, meiner Ansicht nach, leicht zu erklären: Er hat sich einfach verraten, weil er - - Die konnten dann durchgehen: Wer wusste von dem Transport? Waren wahrscheinlich nicht so viele. Und dann ist er als V-Mann-Kandidat aufgeploppt, weil die rechte Szene ja sehr paranoid ist - wie wir ja wissen zu Recht -, was V-Leute anbelangt.

Woher wissen wir das? Wir wissen das aus den Notizen von Thomas Starke aus Chemnitz, der auf einer Seite seines Notizbuches schreibt: „Achtung vor“ - dann kommt eine Reihe von Namen - „Carsten Szczepanski“.

Warum ist das so bitter? Wir wissen das natürlich. Weil am 18.12. der NSU beginnt, noch nicht unter dem Namen, aber er beginnt, Straftaten zu begehen. Es wird in Chemnitz ein Edeka überfallen, zwei der engsten Unterstützer aus Chemnitz haben bei Edeka gearbeitet und kannten die Abläufe. Das ist auch ein Punkt, der immer so

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

ein bisschen unter den Tisch fällt. Aber: „Piatto“ berichtet nicht mehr, sondern er berichtet dann nur noch in der Folge, 99, über - ich sage mal - Randentwicklungen aus Sachsen.

Das in aller Kürze - Herr Vorsitzender, Entschuldigung - also die Präsentation „Piatto“.

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Herr Laabs, ich stelle fest, dass Sie unseren Beweisbeschluss sehr frei interpretiert haben, sich komplett fokussiert haben auf die Person „Piatto“. Es sei Ihnen gestattet im Nachgang.

Ich hoffe, dass die weiteren Vortragenden dann auch das berücksichtigen, was wir als Fragen vorgegeben haben. Ich würde gern weitermachen mit Herrn Dr. Botsch. Bitte.

Sachverständiger Dr. Gideon Botsch (Moses Mendelssohn Zentrum):

Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Verehrte Abgeordnete! Sie haben uns vier Fragen vorgelegt. Ich will, um Redundanzen zu vermeiden, mir erlauben, den jeweils zweiten Teil der Frage, nämlich nach dem konkreten Verhalten der Sicherheitsbehörden, unberücksichtigt zu lassen, auch, weil es sich meiner eigenen Expertise entzieht, vielmehr versuchen, die Entwicklung organisierter rechter Gewalt in Brandenburg aus politikwissenschaftlicher und zeithistorischer Perspektive in groben Zügen nachzuzeichnen.

Ich habe Ihnen, Herr Welfens, gestern noch mal das Manuskript zugeschickt, vielleicht können Sie das zu den Akten nehmen und den Abgeordneten zur Kenntnis geben; denn ich habe es ein bisschen - Berufskrankheit - mit Fußnoten untersetzt. Das mag vielleicht hilfreich sein.

(Powerpoint-Präsentation)

Bedienen Sie die Powerpoint-Präsentation für mich? - Gehen Sie auf Folie 3, bitte.

In Frage 1 erbitten Sie ein Lagebild zu organisierter rechtsextremer Gewalt im Land Brandenburg. Das Rechtsextremismus-Phänomen - das muss man vielleicht vorab sagen - hat verschiedene Ausprägungen. Gewalt ist nur eine Dimension. Dabei wird aus rechtsextremistischen Kreisen sowohl Gewalt gegen Sachen als auch gegen Menschen angewendet und sie bewegt sich in einem Kontinuum zwischen völlig spontan bzw. situativen Gewalthandlungen und langfristig vorbereiteten terroristischen Attentaten. Das ist sozusagen die Spannbreite, zwischen der alles Mögliche vorkommen kann.

Können wir Folie 4 haben?

Ich möchte keine ausgefeilte wissenschaftliche Definition von organisierter Gewalt geben. Ich meine aber, sozusagen als ein Minimum, um von organisierter politischer Gewalt sprechen zu können, müssen immerhin folgende Charakteristika gegeben

sein: Erstens natürlich eine bewusste politische Zielsetzung im rechtsextremistischen Sinne, eine mindestens grobe Vorauswahl der Zielobjekte, Elemente planhafter Vorbereitung etwa in technischer oder logistischer Hinsicht, die Beschaffung von Tatmitteln vor Beginn der eigentlichen Gewalthandlung, und typischerweise geht organisierte politische Gewalt von einem Gruppenzusammenhang von drei oder mehr Personen aus. Es gibt natürlich heute dieses Einzeltäter-, Lone-Wolf-Phänomen gerade auch im Rechtsextremismus als Sonderfall, da möchte ich jetzt nicht drauf eingehen. Das ist, wie gesagt, weder eine juristische noch eine exakte wissenschaftliche Definition, aber es hält vielleicht ein Minimum organisierter politischer Gewalt fest, und solche rechtsextreme und rassistische Gewalt im Gebiet des heutigen Landes Brandenburg hat es - Herr Prof. Rautenberg hat darauf hingewiesen - bereits vor 1989 gegeben, erst im Laufe der 1990er wurde aus einer diffusen rechten Skinhead-Subkultur der späten DDR eine rechtsextreme politische Bewegung.

Einen entscheidenden neuen Impuls erhielten diese Bestrebungen seit Anfang 1990 durch das Auftreten organisierter neonazistischer Akteure, die auf langjährige Erfahrungen der alten Bundesrepublik zurückgreifen konnten im Land Brandenburg. Da sind besonders die „Deutsche Alternative“ und die bereits erwähnte „Nationalistische Front“, nach der Sie sich auch in Frage 2 erkundigen, hervorzuheben.

Können wir Folie 5 haben, bitte?

Insoweit sich Ihre Frage zu 1 auf den Zeitraum 91 bis 2011 bezieht, lässt sich diese Zeit in fünf Abschnitte unterteilen: Von 1991 bis 92 erlebt Brandenburg - wie auch die Bundesrepublik insgesamt - eine massive rechtsextreme Gewaltwelle mit sowohl spontaner als auch aber organisierter Gewalt, teilweise in Fortsetzung von Gewalttaten und rechtsextremen Mobilisierungen, die Ende 1989 einsetzten.

1993 bis 1995 erleben wir dann einen langsamen Rückgang rassistischer und rechtsextremer Gewalttaten, parallel dazu die Auflösung einiger organisatorischer Strukturen, teils durch Verbot und andere repressive Maßnahmen erzwungen. Das ist sozusagen der Stand bis 95, ein Rückgang, schwächere Organisation.

Ab 1996 bis etwa 1999 dann den Aufbau neuer organisatorischer Strukturen und Netzwerke, die ideologische und sachliche Vorbereitung auf schwere und auch terroristische Gewalttaten. Ich spreche in diesem Zusammenhang von einer prototerroristischen Latenzphase, die aus meiner Sicht eine besondere Bedeutung hat. Das ist, glaube ich, im Vortrag von Herrn Laabs auch gerade deutlich geworden, und ich werde deswegen gleich noch vertiefend darauf zurückkommen.

In den Jahren 2000 bis ca. 2007 haben wir einen hohen Stand politisch motivierter rechter Gewalttaten, die begleitet werden von terroristischen oder zumindest prototerroristischen Aktivitäten, dann ab 2008 ein relativ geringes Aufkommen organisierter Aktivitäten, vor allem im Kontext der NPD und der Jungen Nationaldemokraten oder regional begrenzt, besonders im Südosten des Landes. Den Höhe-, aber auch den Wendepunkt rechtsextremer Mobilisierung bildet zunächst das Jahr 1992. Neben erfolgreichen, unmittelbar politischen Kampagnen der extrem

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

Rechten fand diese Mobilisierung zunehmend im lebensweltlich geprägten subkulturellen Umfeld statt, besonders in der Skinhead-Subkultur. Ein herausragendes Ereignis war das in diesen Kreisen legendäre Konzert „Rock gegen Kommunismus“ Ende Mai 1992 in Kirchmöser bei Brandenburg an der Havel. Das hatte fast 1 500 Teilnehmer.

Eine Wende zeichnet sich nach dem antisemitischen Brandanschlag auf die KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen im Herbst 1992 ab. Ab ca. 1993 geriet die rechtsextreme Szene zunehmend unter Druck, sowohl seitens zivilgesellschaftlicher Kräfte als auch staatlicher Behörden, etwa durch Parteiverbote, aber auch in eine interne organisatorische Krise.

Doch ab 1996 gelang den Akteuren im rechtsextremen Lager nach und nach eine organisatorische und politische Regeneration. Deren Bedingungen müssen uns in besonderem Maße beschäftigen; denn mit Abschluss dieser Phase entstand um die Wende zu den 2000ern eine brandgefährliche Situation, in der auch unser Bundesland sich hart am Rande des Rechtsterrorismus befand.

Ich darf hier nur auf die prototerroristischen und terroristischen Aktivitäten von Gruppen wie den „Nationalrevolutionären Zellen Königs Wusterhausen“, der „Nationalen Bewegung Potsdam“, die Herr Rautenberg erwähnte, das ebenfalls von Herrn Rautenberg eingeführte „Freikorps Havelland“ verweisen, aber zudem auch an die teils engen Verbindungen vergleichbarer auswärtiger Gruppen nach Brandenburg erinnern. Die wurden beispielsweise im Zusammenhang mit dem Plan eines Anschlags auf die Grundsteinlegung der Münchner Synagoge 2003 offenbar.

Noch bis Mitte der 2000er-Jahre waren erhebliche besorgniserregende Vorgänge in Brandenburg zu beobachten. In den Jahren 2003 und 2004 kam es begleitend zu den Anschlägen des „Freikorps Havelland“ - der Verein „Opferperspektive“ hat das gründlich dokumentiert - zu einer solchen Häufung von Übergriffen auf ausländische Imbissbuden und Gastronomiebetriebe, also nicht die Aktion des „Freikorps Havelland“, dass man schon von systematischem Vorgehen sprechen kann. 2005 etwa kündigten Potsdamer Neonazis einen „Summer of Hate“ an, sie verübten mehrere schwere Übergriffe auf politische Gegner oder vermeintliche politische Gegner. Und das geschieht etwa zeitgleich mit den NSU-Morden am 9. Juni in Nürnberg an Ismail Yasar und am 15.06.2005 in München an Theodoros Boulgarides. Ich nenne diese Akte organisierter Gewalt, um Ihnen zu verdeutlichen - und viele von Ihnen werden sich daran erinnern -: Im Zeitraum der Mord- und Anschlagsserie des NSU hat es auch in Brandenburg ein erhebliches Bedrohungspotenzial gegeben, und dies blieb keineswegs latent.

Nach 2007, also dem Jahr, in dem der NSU mit der Hinrichtung der Polizeibeamtin Michèle Kiesewetter in Heilbronn am 25. April seinen letzten bislang bekannt gewordenen Mord begangen hatte, beruhigte sich auch im Land Brandenburg die Situation etwas.

In letzter Zeit nehmen dann infolge flüchtlingsfeindlicher Kampagnen von neuen Akteuren, etwa der Alternative für Deutschland und anderen, sowie der

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

Straßenproteste auch wieder Gewalttaten zu - wir sind schon an den Vorfall, also an den Komplex Nauen erinnert worden -, eben auch Gewalttaten, die teilweise in einem organisierten Kontext zu sehen sind, und es wurden auch in Brandenburg gezielt Anschläge verübt.

Ich darf besonders auf die zeitlichen Parallelen zum NSU-Komplex aufmerksam machen. Die Latenzphase, also 96 - 99, in der die späteren terroristischen und prototerroristischen Gewalttaten quasi vorbereitet wurden, entspricht ziemlich exakt der Phase, in der der NSU aus der Legalität heraus, oder der spätere NSU, im Rahmen der Kameradschaft Jena bzw. des Thüringer Heimatschutzes agierte bzw. zwar bereits in die Illegalität abgetaucht war, Januar 1998, aber noch nicht zu terroristischen Taten im engeren Sinne schritt - also grob gesprochen.

Die Phase der prototerroristischen und terroristischen Gewalt setzt auch in Brandenburg ziemlich parallel mit den rassistischen Tatserien des NSU ein, und das Abebben der Gewalt lässt sich dann auch wieder parallel zu deren Ende feststellen. Daraus darf natürlich kein unmittelbarer Zusammenhang konstruiert werden. Es scheint mir doch wichtig, diese zeitliche Parallelität im Blick zu behalten.

Ich möchte daher in Beantwortung Ihrer zweiten Frage und bezüglich der dort genannten Organisationen die Prozesse in der Latenzphase seit 1996 etwas genauer in den Blick nehmen und wäre Ihnen dankbar, wenn Sie die Folie 6 aufrufen würden.

Vergegenwärtigen Sie sich bitte mit mir nochmals die Situation in Brandenburg und bundesweit um die Mitte der 1990er-Jahre. Beginnend mit den großen Demonstrationen in Sachsenhausen Ende September und Anfang Oktober 1992 regten sich immer öfter öffentliche Proteste gegen Rechtsextremismus und Gewalt. Nach und nach formierten sich zivilgesellschaftliche Kräfte und politische Initiativen, welche die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus auch in entlegeneren Regionen des Landes unterstützten. Die staatlichen Behörden, die sich ja teilweise noch im Aufbau befunden hatten, fingen nun an, zielgerichtet zu intervenieren. Dies gilt insbesondere für die Polizei, die den Repressionsdruck erhöhte, aber auch für die Staatsanwaltschaft, wo ja 1996 Herr Dr. Rautenberg das Amt des Generalstaatsanwalts übernahm.

Folie 7, bitte.

Seit Ende 1992 waren neonazistische Organisationen verboten worden. - Ich habe Ihnen die in Ihrer Frage 2 genannten hier mal schwarz hervorgehoben. - 1992 beginnt das mit dem Verbot der „Nationalistischen Front“, dann der „Deutschen Alternative“, 1994 die „Wiking-Jugend“, 95 die „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“. Das sind Kernstrukturen des neonazistischen Lagers, schwere Schläge, von denen sich nach unserer Auffassung das rechtsextreme Lager zunächst mal erholen musste. Im selben Jahr dann das erste Verbot durch das Innenministerium des Landes Brandenburg. Verboten werden die NF-Nachfolgeorganisation „Direkte Aktion/Mitteldeutschland“ und angeschlossene Verbände. Etliche Aktivisten, besonders Gewalttäter, befanden sich in Haft. Die NPD als älteste und stabilste rechtsextreme Partei befand sich bundesweit noch in einer tiefen Führungskrise und überhaupt Krise, anhaltende

Führungsstreitigkeiten. In Brandenburg war die NPD ja im Vergleich zu den anderen neuen Ländern nie besonders einflussreich, auch zu ihrer Hochphase nicht.

Auch das internationale Rechtsrock-Netzwerk, von dem wir im Vortrag von Herrn Laabs schon mehr erfahren haben, war 1993 in eine Krise und in heftige Richtungsstreitigkeiten geraten. Einerseits expandierte der Rechtsrock-Sektor ganz erheblich, also auch, was die Geschäfte anging, andererseits begannen auch die deutschen Behörden, dieses Bedrohungspotenzial offenbar ernst zu nehmen und ihm mit repressiven Maßnahmen zu begegnen. Anfang 1993 starteten die ersten großangelegten bundesweiten Ermittlungsverfahren gegen Bands, gegen Verlage, Musiker und Versanddienste, und auch diese sceneinternen Blättchen, die man Fanzine oder Fanzines nennt, die sozusagen Kommunikationsmedien von Fankulturen sind und die es natürlich auch im Rechtsrock-Bereich gab. In Brandenburg betraf dies offenbar nur das Fanzine „United Skins“ von Carsten Sz., der damals noch nicht als V-Mann „Piatto“ bei der brandenburgischen Verfassungsschutzbehörde geführt worden sein soll. Ob ihn bereits ein anderer Dienst angesprochen hatte, darüber hat ja Herr Laabs die verschiedenen Pro- und Kontrahinweise schon diskutiert; das entzieht sich auch meiner Kenntnis.

Unter diesem Druck kristallisierten sich aus der Masse der jungen Menschen, die zu Beginn der 1990er von der radikal-nationalistischen Mobilisierungswelle berührt worden waren, mit Beginn der prototerroristischen Latenzphase, also ab 1996 etwa, gesinnungsfeste Kerne rechtsextremer Aktivisten heraus, für die eben die typischen Charakteristika - jung, schwierige Situation und politische Delinquenz, Alkohol- und Drogenkonsum usw. - in der Form nicht mehr unbedingt galten.

Ich möchte mit Blick auf den gewaltbereiten Neonazismus einige Charakteristika dieser prototerroristischen Latenzphase kurz beschreiben, bitte mithilfe der Folie 8.

Es kommt zu einer Verfestigung rechtsextremistischer Gesinnungskerne, zunächst im lokalen Rahmen, ihrer Zusammenfassung zu regionalen Dachstrukturen und der Kontaktaufnahme zu überregionalen, teils internationalen rechtsextremen Netzwerken, einer Ideologisierung im völkisch-neorassistischen Sinne und - auch hier würde ich Herrn Laabs voll zustimmen, Rassismus ist hier das Ziel, nicht instrumentell zu sehen - zu einer Radikalisierung und einer Intensivierung der Gewalt in Form auch von Bewaffnung und von prototerroristischen Tendenzen. Besonders gut oder eindrucksvoll lassen sich diese Prozesse anhand des sogenannten Rechtsrock-Spektrums studieren. Christian Dornbusch und Jan Raabe als die vermutlich besten Kenner dieser Szene sprechen für die Zeit ab Mitte der 1990er von „eklatanten Veränderungen in der Skinhead- und Rechtsrock-Szene“. Während einerseits eine breite Hörerschaft entstanden sei, hätte die Repression auch zur Herausbildung klandestiner Strukturen geführt, die ehemals politisch aktiven Skinheads sich enger und verbindlicher zusammengeschlossen. Ausdruck dessen war unter anderem die lokale Selbstorganisation im Verein, so Dornbusch und Raabe. Hierzu wäre dann in Brandenburg beispielsweise die Kameradschaft „United Skins“ um Carsten Sz. zu rechnen.

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

Ein anderes Konzept verfolgte demnach die 1994 gegründete deutsche Sektion des internationalen neonazistischen Netzwerks „Blood & Honour“, als sie sich „unter bundesweiter Koordinierung durch die Gründung regionaler Sektionen ab Mitte der 1990er zunehmend ausgedehnt habe“. Es ist vielleicht ganz interessant zu wissen, dass Dornbusch und Raabe das bereits 2002 geschrieben haben.

Ein genaues Datum für den Beginn der Tätigkeiten in Brandenburg liegt mir nicht vor. Maßgebliche Bands, so insbesondere die verbotene Formation „Landser“, die den „Vandalen“ nahestand und als Berlin-Brandenburger Band-Projekt gelten kann, und auch die Potsdamer Band „Proissenheads“ bildeten sich zwar bereits in der ersten Hälfte der 1990er, kamen aber erst mit Unterstützung des „Blood & Honour“-Netzwerkes zu voller Wirkung.

Die Jahre 97/98 bezeichnen Kwiatek und Weiss im Beitrag zur „Generation Hoyerswerda“ als Höhepunkt von „Blood & Honour“ in Deutschland. Zu diesem Zeitpunkt haben „Blood & Honour“-Strukturen in Brandenburg bereits bestanden, der Verfassungsschutz vermutet, irgendwann 1994, aber, wie gesagt, ich habe kein Datum.

Auffallend ist allerdings, dass sich in unserem Bundesland gleich zwei regionale Sektionen bildeten, die eng mit Berlin vernetzte Sektion Brandenburg, zu der auch die „Proissenheads“ um Uwe Menzel - nicht Uwe Mundlos, Uwe Menzel, Spitzname „Uwocaust“; wir haben heute schon ein Bild von ihm hier gesehen - zu rechnen sind, und die im Südosten aktive Sektion Südbrandenburg um die Band „Senfheads“ aus Senftenberg.

Fanzine und Kameradschaft „United Skins“ von Carsten Sz. bzw. „Piatto“ wurden offenbar nicht geschlossen in die „Blood & Honour“-Struktur überführt, müssen aber zu deren Netzwerk eindeutig gerechnet werden. So erklären sich etwa die engen Kontakte von Sz. und anderer Brandenburger Neonazis nach Chemnitz, unter anderem aus Verbindungen zum dortigen „Blood & Honour“, dessen engerer Kern dann ja mithalf, das Leben des NSU-Trios im Untergrund zu organisieren.

Kann ich die Folie 9 haben?

Ich werde Sie mit weiteren Bildern aus der Szene im Weiteren verschonen und will auch hierauf nicht eingehen.

Diese Beziehungen zwischen Brandenburg, Sachsen und anderen Ländern sind in den einschlägigen Fanzines ganz gut dokumentiert, dessen Auszug aus dem „Blood & Honour“-nahen Fanzine „Donnerbalken“ aus Potsdam von 1996, der das nur beispielhaft illustrieren soll, ohne dass ich jetzt mehr dazu sagen möchte.

In Brandenburg und anhand der berlin-brandenburgischen und brandenburgisch-sächsischen „Blood & Honour“-Verbindung lässt sich die allgemeine Tendenz dieser prototerroristischen Latenzphase gut verdeutlichen. Sowohl die Liedtexte, das äußere Erscheinungsbild und das Auftreten, die Fanzine-Inhalte als auch die eher intern ventilierten Botschaften sprechen für eine massive Ideologisierung und Fanatisierung des rechtsextremen und neonazistischen Milieus. Die im „Blood & Honour“-Kontext geknüpften Kontakte spielen hier eine maßgebliche Rolle. So erhielten die „Blood & Honour“-Aktivisten innerhalb Deutschlands engere Anbindung an tradierte Netzwerke im Kern des postfaschistischen rechtsextremen Milieus. Ein Weg, auf dem das geschah, war die Rechtsberatung, die sich die Nazi-Skinhead-Netzwerke bei bekannten Szeneanwälten einholten. Dabei spielte das „Deutsche Rechtsbüro“ eine besondere Rolle, das seit längerem über ein Postfach in Birkenwerder, Landkreis Oberhavel, zu erreichen ist.

Christoph Kopke sieht einen Schwerpunkt des „Deutschen Rechtsbüros“ in der „Sammlung und Dokumentation der Rechtslage im Bereich der Rechtsrock-Szene. Damit solle den in den letzten Jahren verstärkten“ - Stand ist 2007 - Bemühungen der Strafverfolgungsbehörden und Jugendschutzeinrichtungen, die Verbreitung von Hassmusik einzudämmen, entgegengewirkt werden.“ - Zitat Ende.

Es darf insofern nicht verwundern, dass das „Deutsche Rechtsbüro“ 2002 auf der Empfängerliste der sogenannten NSU-Spende stand. Ermittlungen in diese Richtung - wie gesagt, ich betone noch mal: Postfach in Birkenwerder - sind aus mir unbekannten Gründen offenbar nicht ernsthaft verfolgt worden. Das können Sie im Artikel der „Welt“ von 2013 nachlesen.

Ob bei der Durchsuchung des Zimmers von Uwe Böhnhardt - - Übrigens im Januar 1998 soll dort eine Broschüre „Das Deutsche Rechtsbüro informiert“ aufgefunden worden sein.

Die Kontakte in diese Milieus dürfen auch zur Anknüpfung oder Verfestigung von Verbindungen zur inneren Kernstruktur des völkisch-rassistischen und neonazistischen Milieus geführt haben, möglicherweise etwa zu der in Ihrer Frage zu 2 erwähnten „Artgemeinschaft e.V.“

Neben diesen Verbindungen in Deutschland ermöglichte die Einbindung der Aktivisten der Rechtsrock-Szene in die „Blood & Honour“-Strukturen Kontakte zu internationalen Neonazinetzen, die in den USA schon seit Jahrzehnten, in Großbritannien oder Schweden mindestens seit mehreren Jahren in Richtung terroristische Aktivitäten wiesen. In diesen Ländern waren die Ideen zur Bildung kleiner, relativ autonom agierender, aber auf ein Netzwerk aufbauender Untergrundzellen bereits vorangeschritten, teils war man zur Tat übergegangen.

Im Kommunikationsraum, den die von „Blood & Honour“ gesteuerten oder mit dem Netzwerk verbundenen Medien und Fanzines bildeten, wurden diese Konzepte unter dem Label „Combat 18“ auch in Deutschland verbreitet. In Brandenburg geschah dies beispielsweise in den Zirkularen „Der weisse Wolf“ und „United Skins“, beide im Umfeld

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

von Carsten Sz. bzw. „Piatto“ - sein V-Mann-Name -, zu nennen wäre aber auch der „Nationale Beobachter“ aus Frankfurt an der Oder.

Uwe M., „Uwocaust“, sowie der brandenburgische Sektionschef von „Blood & Honour“, Dirk H. aus Lehnin, reisten im Frühjahr 1997 in die USA. Mit ihnen fuhr der Kern der Chemnitzer „Blood & Honour“-Aktivisten, aus denen sich ab dem folgenden Jahr auch die Unterstützernetze des NSU bildeten. Mit Thomas St. dürfte mindestens eine V-Person, in diesem Fall des Berliner LKA, mitgereist sein. Ob sich unter den insgesamt elf Teilnehmern der Reise auch V-Leute brandenburgischer Behörden befanden, ist mir nicht bekannt. Durch die Vorbilder in den USA ermuntert und angeregt, setzte sich jedenfalls ca. 1997 auch in Deutschland eine zunehmende Bewaffnung - man kann fast sagen - Tendenz zur Militarisierung der deutschen „Blood & Honour“-Netzwerke ein, wobei Brandenburg keineswegs am Rand stand. Ich verweise hier insbesondere auf Waffen und Sprengstoff, die die Polizei im Sommer 2000 im Umfeld der Gruppen um Carsten Sz. aus Königs Wusterhausen und um Uwe Menzel aus Potsdam auffand.

In gleicher Richtung wie die Entwicklung im Rechtsrock verliefen auch die Prozesse im neonazistischen Kameradschaftsspektrum nach dem Verbot der wichtigsten Neonaziparteien. Dessen Regeneration erfolgte zeitgleich zu den Entwicklungen im Skinhead-Milieu und teils mit deutlichen Überschneidungen auf ähnliche Weise. Lokale Netzwerke verdichteten sich zu örtlichen Kameradschaften, in Brandenburg beispielsweise die „Kameradschaft Oberhavel“, die bereits 1997 vom hiesigen Innenministerium verboten worden war. Lokale Kameradschaften schlossen sich dann recht bald zu regionalen Kameradschaftsverbänden zusammen, wie etwa dem „Kameradschaftsbund Barnim“, einem Vorläufer des „Märkischen Heimatschutzes“, oder sie koordinierten ihre Aktivitäten durch Dachstrukturen, zum Beispiel in Aktionsbüros.

Um das Jahr 2000 herum fand ein bedeutender Teil dieser Szenen eine mal lose, mal festere Anbindung an die NPD. Hierfür sind die Aktivitäten des kürzlich verstorbenen NPD-Funktionärs Frank Schwerdt von herausgehobener Bedeutung. Schwerdt hatte sich 1991 an der Gründung eines Vereins „Die Nationalen e. V.“ beteiligt. Seit Mitte 1990er war er als Netzwerker zwischen alten rechtsextremen Milieuverbindungen, NPD und Kameradschaftsspektrum im Berlin-Brandenburger Raum und in den späteren 1990ern auch in Mitteldeutschland, so in Teilen von Sachsen-Anhalt und Thüringen, fast allgegenwärtig. Von herausragender Bedeutung war das „Nationale Medienprojekt“, dessen Kern die „Berlin-Brandenburger Zeitung“ - BBZ - bildete. Es darf nicht verwundern, dass sich immer wieder punktuelle Verbindungen zur „Kameradschaft Jena“, zum „Thüringer Heimatschutz“ und zu dessen Aktivisten inklusive Uwe Mundlos aufzeigen lassen. Dass Uwe Bönnhardt gelegentlich als Fahrer Schwerdts Geld verdiente, hat dieser einräumen müssen.

1997 lösten „Die Nationalen e. V.“ sich selbst auf und überführten den Verein in die NPD. Wegen ihrer engen Verbindung zur „Kameradschaft Oberhavel“ fürchteten sie wohl staatliche Repressionen oder ein Verbot. Christoph Kopke zufolge waren „Die Nationalen e. V.“ - ich zitiere noch mal -

„ein wichtiger Motor, der die Organisation von Angehörigen des lebensweltlichen Milieus [im Rechtsextremismus] in explizit politische Gruppen wesentlich belebte. [...] In der Krise der ‚nationalen Opposition‘ Mitte der 1990er-Jahre, als organisatorische Strukturen durch staatliche Intervention zerschlagen wurden,“

- so fährt Kopke fort -

„während die NPD im Neonazi-Spektrum noch nicht als Ersatzorganisation akzeptiert wurde und auch selbst noch mit ihrer Öffnung gegenüber Neonazis zögerte, sorgten [Schwerdt und seine Mitstreiter] für ein Mindestmaß an Kontinuität und stellten einen überregionalen Organisationsrahmen zur Verfügung.“

Als NPD-Funktionär hat Schwerdt weiter am Aufbau des Kameradschaftsnetzwerkes mitgewirkt und seine Anbindung an die NPD befördert. Hier in Brandenburg galt er unter anderem als Mentor des „Märkischen Heimatschutzes“ - zu Ihrer Frage 2 -; bei dessen Gründung im November 2001 stand ganz offensichtlich der „Thüringer Heimatschutz“ Pate - die Dachstruktur, der das NSU-Trio auch angehört hatte und an deren Aufbau Schwerdt offenbar auch beteiligt war.

Gegen Ende der Latenzphase gelang es auch, die „Heimattreue Deutsche Jugend“ zum funktionalen Ersatz für die verbotene „Wiking-Jugend“ zu machen. Motor waren damals Kräfte aus dem Berlin-Brandenburger Raum. Maik E., auf dessen Privatgelände 2011 sein Zwillingbruder André E. wegen des Vorwurfs der Unterstützung des NSU-Trios verhaftet wurde, gilt als einer der Brandenburger Aktivisten der HDJ. Es wäre interessant, zu wissen, ob die brandenburgische Verfassungsschutzbehörde auch in dieser Organisation oder ihrem unmittelbaren Umfeld über V-Leute verfügte. Wenn dies der Fall sein sollte, wäre ferner zu fragen, ob und in welchem Umfang sich die V-Person oder V-Personen am Auf- und Ausbau der HDJ beteiligten, denn mit der HDJ gelang es dem neonazistischen Lager, die empfindliche Lücke zu schließen, die durch das Verbot der „Wiking-Jugend“ 1994 gerissen worden war.

Ich stelle diese Frage auch vor dem Hintergrund von Beobachtungen, die im Bereich des polizeilichen Staatsschutzes während der Restrukturierungsphase des rechtsextremen Lagers gemacht wurden; denn in diese entscheidende Phase fällt ja auch die Ausarbeitung eines Thesenpapiers des Bundeskriminalamts, das sich kritisch mit dem Einsatz von V-Personen der Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern auseinandersetzte. In diesem bereits auf den 3. Februar 1997 datierten Papier wird frühzeitig die Frage aufgeworfen - ich zitiere nach Dirk Laabs -, „ob bestimmte Aktionen oder innovative Aktivitäten dieser Quellen“ - also der V-Leute der Verfassungsschutzämter - „überhaupt in der späteren Form stattgefunden hätten“ - Zitat Ende -, stattgefunden hätten nämlich, wenn diese Personen nicht für den Verfassungsschutz tätig geworden wären.

Die Beschäftigung mit der Latenzphase ab 1996 wirft in der Tat die Frage auf, welche Rolle die beteiligten Nachrichtendienste spielten, denn an entscheidenden Positionen begegnen uns immer wieder Aktivisten, die nach heutigem Kenntnisstand als V-Personen tätig waren. Im Land Brandenburg ist die auffälligste Persönlichkeit in dieser Hinsicht natürlich der V-Mann, über den wir schon viel gehört haben heute, den die brandenburgische Verfassungsschutzbehörde seit 94 unter dem Tarnnamen „Piatto“ führte. Wir müssen aber befürchten, dass auch in anderen Zusammenhängen V-Leute an maßgeblicher Position beteiligt waren, als sich das rechtsextreme Lager in dieser Phase sowohl regenerierte als auch radikalisierte. Also, die Frage gilt etwa für „Blood & Honour“, für die Kameradschaftsszene, für „Die Nationalen e. V.“ ganz besonders, für die „Heimattreue Deutsche Jugend“ und andere, die stabile Strukturen dort aufbauten, wo zuvor keine bestanden hatten bzw. wo zuvor keine mehr bestanden - durch Repression und anderen Druck - oder auch noch nie welche bestanden hatten.

Und damit komme ich zu Ihrer dritten Frage. Dass die Verfassungsschutzbehörden auf Grundlage nachrichtendienstlich gewonnener Informationen durchaus von einer Gefährdungslage ausgingen und eine einigermaßen realistische Gesamteinschätzung gehabt haben, hat Dirk Laabs in einem Aufsatz vor anderthalb Jahren überzeugend aufgezeigt. Die Öffentlichkeit stellt hier freilich die Frage, ob der Einsatz von V-Leuten in diesem Umfang nötig gewesen wäre oder ob sich eine realistische Gefahrenabschätzung auch aus öffentlich zugänglichen Quellen zumindest für die Spezialistinnen und Spezialisten gewinnen ließ, die professionell - etwa als Journalisten oder Wissenschaftler oder im Präventionsbereich - mit dem Thema konfrontiert waren, bzw. auch für die zivilgesellschaftlich Engagierten, einschließlich sogenannter antifaschistischer Recherchenetzwerke. Ich kann diese Frage nicht umfassend oder abschließend beantworten. Aber um nicht im rein hypothetischen Bereich zu verbleiben, werde ich einige kurze Schlaglichter auf den Erkenntnisstand geben, der außerhalb der Lagebeurteilung von Polizei und Verfassungsschutz zugänglich war. Vollständigkeit ist natürlich keineswegs angestrebt.

1996 erschien ein Buch unter dem Titel „Drahtzieher im braunen Netz“ - ein aktueller Überblick über den Neonazi-Untergrund in Deutschland und Österreich - und im weiteren Untertitel „Ein Handbuch des antifaschistischen Autorenkollektivs“ - ein sperriger Titel. Ich möchte Sie besonders auf den Begriff „Untergrund“ in diesem Titel aufmerksam machen. Tatsächlich warnt das Buch über weite Strecken vor - Zitat - „Vorbereitungen für terroristische Neonazi-Aktionen und organisierten Ansätzen zum Aufbau einer Terrorstruktur“ - Zitat Ende. Seine Informationen bezogen sich oft auf Entwicklungen im Land Brandenburg. Wie viele Produkte solcher antifaschistischer Recherchen - so das Selbstverständnis dieser zwischen Laienjournalismus und politischem Engagement angesiedelten Publizistik - ist das Buch nicht frei von Zuschreibungen und Mutmaßungen und auch schwer überprüfbaren Faktenbehauptungen. Doch gerade im Rückblick und vor dem Hintergrund des heutigen Wissens um den NSU und sein Umfeld zeigt sich, dass gerade dieses Buch von vergleichbar hoher Qualität ist und viele der hier angedeuteten Spuren sich nachträglich als richtig erwiesen haben. Im Land Brandenburg kam aus dieser Richtung noch das unregelmäßig erscheinende Zirkular „Hinter den Kulissen“ hinzu, das frühzeitig und mit erstaunlichem Gespür genau auf diejenigen Zirkel und

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

Netzwerke aufmerksam gemacht hat, die sich im weiteren Verlauf als bedeutsam für die Entstehung organisierter rechter Gewalt erwiesen.

Gehörten nun solche Recherchegruppen mithin zu den Ersten, die auf die Gefahr eines entstehenden rechten Terroruntergrunds aufmerksam machten, so waren sie sicherlich nicht die Einzigen. So analysierte Bernd Wagner im Rahmen des „Bulletin“ - Schriftenreihe des Zentrums Demokratische Kultur - die Entstehung einer äußerst gewalttätigen rechtsextremen Alltagskultur in den neuen Ländern, die den Hintergrund für die terroristischen und prototerroristischen Gewalttaten bildete. Seine Ergebnisse leitete er sehr oft auf Erfahrungen aus den Kommunen des Landes Brandenburg ab. Wenn Sie noch mal in die entsprechenden Ausgaben des „Bulletins“ gucken, werden Sie das sehen.

1998 gründete sich die zivilgesellschaftliche Initiative „Opferperspektive e. V.“, die wie kein anderer Akteur im Land Brandenburg auf rechtsextreme Gewalttaten und vor allem auf deren Opfer aufmerksam machte. Für die öffentliche Wahrnehmung von massiven Kapitalverbrechen, nach der Sie sich in Frage 3 erkundigen, war und ist die „Opferperspektive“ im Land Brandenburg von herausragender Bedeutung. Hinzu kamen gut und gründlich arbeitende Journalistinnen und Journalisten, für die stellvertretend auf den Autor des Berliner „Tagesspiegel“, Frank Jansen, verwiesen werden darf. Jansen recherchierte ausgiebig und beharrlich zu Tötungsdelikten und anderen schweren Gewalttaten und veröffentlichte im Jahr 2000 gemeinsam mit seiner Kollegin Heike Kleffner - damals bei der „Frankfurter Rundschau“ - die bekannte Liste über Todesopfer rechter und rassistischer Gewalt. Von Anfang an nahmen Taten aus dem Land Brandenburg hier zahlenmäßig eine herausragende Stellung ein.

Nun muss ich sozusagen zur Schande meiner eigenen Disziplin eingestehen: Aus dem Kernbereich der akademischen, insbesondere politikwissenschaftlichen Rechtsextremismusforschung finden wir fast keine zeitgenössischen Prognosen aus der Latenzphase und der darauf folgenden Phase prototerroristischer Gewalt, die auf die Gefahr eines neuen Rechtsterrorismus hindeuteten. Die politikwissenschaftliche Rechtsextremismusforschung unterschätzte die Brisanz des Themenfelds offenbar systematisch. Sie orientierte sich teilweise an einem Credo von Eckhard Jesse, dem Nestor der generischen Extremismus Forschung, der 1996 an prominenter Stelle behauptet hatte - Zitat -, Sensibilität gegenüber Gefahren von rechts habe sich in eine Hypersensibilität gesteigert; der Blick nach rechts sei überscharf entwickelt - Zitat Ende. Und mir fällt dann auch eigentlich nur ein Text von damals hauptberuflich im akademischen Wissenschaftsbetrieb arbeitenden Fachkollegen ein, der in dieser Zeit zu einer realistischen Einschätzung kam: ein Beitrag zu den „Blättern für deutsche und internationale Politik“ von Hajo Funke und Lars Rensmann. Der Artikel erschien übrigens im Septemberheft 2000, also gut eine Woche, bevor der NSU am 9. September in Nürnberg Enver Şimşek, das erste Opfer der rassistischen Mordserie, erschoss. Und dort schreiben die Berliner Politikwissenschaftler - Zitat -:

„Neben einem quantitativen Anstieg rechtsextremer Gewalt ist vor allem eine Veränderung hinsichtlich der Intensität und Brutalität des Vorgehens zu verzeichnen. Dazu zählt etwa die gestiegene Bereitschaft, sich mit Pistolen, Maschinengewehren und Sprengstoff zu bewaffnen. Auch die lokale Gewalt

informeller Gruppen bewegt sich am Rand des Terrorismus. Brandanschläge auf Flüchtlingsheime werden häufig gezielt geplant.“

Auch Funke und Rensmann stützen sich dabei auf Beobachtungen, die zu einem bedeutenden Teil im Land Brandenburg gemacht wurden. Zu diesem Zeitpunkt war aber der gesamten Öffentlichkeit noch nicht bekannt, dass sich bereits eine Zelle formiert hatte, schwere Gewalttaten vorbereitete. Ich möchte damit verdeutlichen, dass die Gefahren eines neuen, aus dem Spektrum der Neonazikameradschaften und des „Blood & Honour“-Netzwerkes hervorgehenden Rechtsterrorismus auch ohne den Einsatz von nachrichtendienstlichen Mitteln in einem begrenzten Kreis der Fachöffentlichkeit gesehen und einigermaßen realistisch beschrieben worden sind.

Ich komme damit zur nächsten Folie und zu Ihrer vierten Frage, sehr geehrte Abgeordnete, auf die ich nur noch kurz eingehen möchte. Eine genaue Kenntnis des rechtsextremistischen Lagers, seiner Ideologie, Propaganda und Praxis halte ich nach wie vor für die Voraussetzung, um realistische Lageeinschätzungen und Zukunftsprognosen zu ermöglichen. Da die wissenschaftliche Analyse- und Prognosefähigkeit nach wie vor unterentwickelt ist, kommt ihr aus unserer Sicht hohe Bedeutung zu. Wir sind dem Landtag und der Landesregierung daher besonders dankbar, dass sie unser Institut mit ergänzenden Mitteln zum Ausbau einer Forschungs- und Dokumentationsstelle ausgestattet hat, und hoffen, dass diese Mittelzuweisung auf Dauer gestellt bleibt.

Für unbedingt notwendig halte ich die dauernde und sichere Ausstattung der „Opferperspektive e. V.“ mit den für ihre Arbeit nötigen Mitteln durch das Land. Hilfreich wäre die Stärkung der Kommunikation zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren wie der „Opferperspektive“ und den Sicherheitsbehörden, namentlich der Polizei. Wir haben hier sehr gute Erfahrungen gemacht im Arbeitskreis unseres Todesopfer-Projekts; zu denken wäre aber beispielsweise an die Einrichtung einer Art Clearingstelle - etwa beim Polizeipräsidenten oder beim LKA -, die im Konfliktfall schnell und unbürokratisch Rückkopplung erlaubt, denn der relativ erfolgreiche brandenburgische Weg der Prävention von Rechtsextremismus hängt seit Jahren im erstaunlich hohen Maß - also im Vergleich zu anderen Ländern - vom Austausch zwischen einzelnen Akteuren ab. Kommunikation, Transparenz und Lernfähigkeit sind zentrale Elemente dieser spezifisch brandenburgischen demokratischen Kultur.

In Zusammenhang mit der NSU-Aufklärung würde ich mir wünschen, dass das Innenministerium und die hiesige Verfassungsschutzbehörde sehr gründlich überlegen, an welcher Stelle Geheimhaltung wirklich dem Schutz unserer Demokratie dienlich ist. Brandenburg hat oft in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus den Mut bewiesen, eigene und unorthodoxe Wege zu gehen, die sich dann allerdings auf mittlere Sicht als die richtigen erwiesen haben. Wir hätten die Chance dazu auch im Falle der Aufklärung des NSU-Komplexes. Jenseits der Frage, ab welchem Moment Quellenschutz zu Täterschutz werde oder die Aufklärung des hoch kriminellen NSU-Komplexes behindere, gibt es aus meiner Sicht Fragen, die das Innenministerium, die der Verfassungsschutz ohne Verlust schon jetzt beantworten könnten. Nach meiner Auffassung muss im Mittelpunkt die Frage stehen, warum Nachrichtendienste sich Mitte der 1990er-Jahre dafür entschieden haben, offenbar

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

systematisch V-Leute an Positionen einzusetzen, wo es schlechterdings keine relevanten extremistischen oder terroristischen Strukturen mehr gab oder teilweise auch nie gegeben hatte. Dies geschah nämlich - ob beabsichtigt oder nicht - in einer Weise, dass diese V-Leute letztendlich maßgeblich Anteil hatten, entsprechende Strukturen erst zu schaffen. Die aktengestützte Aufklärung dieser übergeordneten Frage dient sowohl dem historischen Verständnis über die Entfaltung des rechtsextremen Lagers in Brandenburg wie der Vermeidung künftiger Fehler durch die brandenburgische Verfassungsschutzbehörde, auch mit Blick auf andere terroristische Gefahrenpotenziale. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Vielen Dank, Herr Dr. Botsch. - Ich will kurz informieren, dass wir uns im nichtöffentlichen Teil, der also vor diesem öffentlichen Teil stattfand, entschlossen haben, die vier Vorträge hintereinander zu hören. Dabei möchte ich auch gerne bleiben. Also, jetzt ist Kondition gefragt; wir wollen erst danach in eine Pause eintreten. - Ich bitte Herrn Prof. Dr. Funke ums Wort.

Sachverständiger Prof. Dr. Hajo Funke (Kontur-Verlag UG):

Wenn ich noch einmal um Aufmerksamkeit bitten darf - ich versuche auch zu kürzen und in Ihrer Zeit zu bleiben, die Sie gewährt haben, und werde die Teile auslassen, die schon in ähnlicher Weise vorgetragen wurden. Daran sieht man auch zugleich, wie eng wir uns sozusagen austauschen. Das gilt in unterschiedlichem Maße natürlich für die einzelnen Personen.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Abgeordnete, meine Damen und Herren! Ich beziehe mich ebenfalls auf die von Ihnen vorgegebenen vier Fragen, spitze das ein wenig zu und kann in dem schriftlichen Teil, der in den nächsten Tagen eingehen wird, das umfänglicher begründen, sodass es teilweise zugespitzt erscheint, aber Sie können ja nachfragen. Ich beziehe mich auf die Studien von Gideon Botsch, Christoph Kopke, Dirk Laabs, Stefan Aust, Lars Rensmann, auf mein eigenes Buch „Brandstifter“ von 93, mit Kemper und Klier zur Lage in Oranienburg 97/98, das Gerichtsgutachten zum Londoner Prozess zwischen David Irving und Deborah Lipstadt 2000, „Paranoia und Politik“, Begleitstudien in Brandenburg und jüngst zur Staatsaffäre NSU vor einem Jahr.

Im Folgenden gehe ich zunächst auf das Lagebild ein, zweitens auf die äußerst radikalen neonazistischen Organisationsangebote - da kann ich erheblich kürzen -, ihre Ausdehnung im Laufe der 90er-Jahre zu proto- oder präterroristischen Radikalisierungen, im vierten Teil die Jahrtausendwende und seither und schließlich fünftens die Konsequenzen, die ich für Sicherheitsbehörden und Gesellschaft sehe.

Ich glaube, dass es sinnvoll ist, - sehr viel stärker als bisher - unabhängige sozialwissenschaftliche Analyse einzubeziehen, investigativen Journalismus und auch einen Teil der Antifa-Aktivitäten, insbesondere von „apabiz“ oder „a.i.d.a.“ in Bayern, um nur prominente Beispiele zu nennen, die uns sehr viel in der Analyse der Dinge weitergebracht haben.

Zum ersten Punkt: Die Ausdehnung der gewalttätigen rechtsextremen Struktur nach 90 ist ohne die zugrunde liegende gesellschaftliche und politische Umbruchphase, also weit vor der Debatte um die Flüchtlinge und das entsprechende Einstellungspotenzial, das es zuvor schon gegeben hat, in Brandenburg kaum zu verstehen; denn die zügige Radikalisierung in einen gewalttätigen und ins Alltagsterroristische - also da bitte ich um eine gewisse Flexibilisierung im Terrorkonzept der entsprechenden Institutionen - oder ins Präterroristische oder Prototerroristische gehenden Rechtsextremismus ist auch Resultat prekärer gesellschaftlicher, ökonomisch-sozialer und politisch-kultureller Prozesse, und auf die gab es dann entsprechende rechtsextreme Angebote.

Als sich Anfang der 90er-Jahre die Gewaltbewegung, wie mein Kollege Bernd Wagner - ein sehr kundiger Mann, der schon die Situation in den späten 80er-Jahren hat angemessen und klug erforschen können - - ungeheuer ausdehnte, hing dies mit diesem zerstörerischen Umbruchprozess zusammen - in ökonomischer, sozialer und kultureller Hinsicht. Ich erinnere da nur einen Moment lang an „Die Arbeitslosen von Marienthal“, die großartige erste Studie zu den Wirkungen von Arbeitslosen nach der Weltwirtschaftskrise in einem kleinen Kaff bei Wien, also in Marienthal. Und sie hat gezeigt, welche ungeheuren sozialen und psychischen Erschütterungen sozusagen in der Situation, in der ein ganzes Dorf wegen eines ökonomischen Scheiterns eines Unternehmens zusammenklappte - - wie weit das ging. Und wir haben ähnliche, auch von Dietmar Sturzbecher mehrfach beschriebene sehr genaue Studien, Jugendstudien in Sonderheit, wie Familien entgleiten und auch die Kinder entgleiten, orientierungslos wurden, dann in dieser - wie es in der Wissenschaft heißt - anomischen Situation. Das heißt, die alten Strukturen galten nicht mehr und die neuen waren nicht anerkannt oder nicht gegeben, je nachdem. Es wurde ja auch mit falschen Versprechungen operiert. Die waren so gravierend, dass man eben aus dieser Desorientierung dann durch ein Angebot von Szenen aus Ostdeutschland und Westdeutschland schnell in die Gewalt ging und die auch rassistisch ausgerichtet wurde.

Es ist schon erinnert an Hoyerswerda und die „Generation Hoyerswerda“, die durch Hoyerswerda, durch Rostock-Lichtenhagen und andere, auch hiesige brandenburgische Phänomene mobilisiert wurde und sich durch Kaderstrukturen ausrichtete. Rostock-Lichtenhagen, Mölln, Solingen, Lübeck - diese Ereignisse feuerten die Quasilegitimität dieser subkulturellen Gewaltbewegung an; es war zu den ersten Morden gekommen und zu einer exzessiven Ausdehnung der Gewaltstraftaten, oft mit der Parole: Wir tun, wovon die anderen nur reden; wir machen ernst. - Und da hinein kam die Bereitschaft in Faschoszenen aller Bezirksstädte der ehemaligen DDR und die Ausrichtung von vor allem auch aus Westdeutschland kommenden neonazistischen Kadern und ihren Strukturen. Diese Kombination, diese Fusion hat die Gewalt und auch die Ausrichtung dieser Gewalt getriggert. Es waren aus der NPD ausgetretene aktionistische, kompromisslose Neonationalsozialisten, die sich an dem historischen Nationalsozialismus orientierten, um Michael Kühnen, um Christian Worch und andere, die Einfluss gewannen. Und sie stießen auf einen wachsenden Resonanzboden an vielfach zunächst nur desorientierten Jugendlichen, die sich dann aber sozusagen rassistisch ausgerichtet haben. Über 28 % der 12- bis 14-jährigen männlichen brandenburgischen Jugendlichen teilten wenig später - nämlich zur

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

Jahrtausendwende - ganz oder teilweise die Aussage, Ausländer gehörten „aufgeklatscht und rausgehauen“ - wörtliches Zitat.

Diese Situation des Umbruchs, der Desorientierung und der Bereitschaft zur Aggression nutzten jene neonationalsozialistischen Gruppen und Kader, und zwar die radikalsten, die überhaupt denkbar waren. Es war die heute interessanterweise noch nicht erwähnte „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“, die eng mit der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation verbunden war. Und immer wieder geht das Gerücht - selbst von David Irving, der mir das mitteilte -: Die waren durchsetzt von irgendwelchen anderen Diensten - ein Gerücht, aber ein Gerücht, das sich sehr stark hielt -, also die da auch im Ausland tätigen.

Man sah sich - und das ist das Entscheidende -, und zwar sozusagen überzeugt als Rassisten, die das Ziel des Rassismus hatten, in der Tradition der SA und des revolutionären Flügels der historischen NSDAP. Man strebte eine, so Michael Kühnen, zweite nationalsozialistische Revolution an, sah aber gleichzeitig in Hitler eine „Heilsgestalt der arischen Rasse“. Zweite Revolution - was heißt das? Ich teste das immer gern so in Gesprächen. Es war bei Michael Kühnen etwas Doppeltes. Er hat nämlich zugleich gesagt: „Wir sind in der Kampfzeit für das Jahr 1933 im Aufbau des Nationalsozialismus“, und hat zugleich gesagt: „Ich will aber weitergehen als Hitler, nämlich wie die SA, die dann gestürzt wurde im folgenden Jahr, den revolutionären Prozess nach dem Machtantritt Hitlers weiterzuführen.“ Und deswegen ist es die ultimative Radikalität in historischer nationalsozialistischer Tradition, die Michael Kühnen, Christian Worch und die GdNF - die „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“ - auszeichnete.

Und so kam es schon 91 zu Kontakten mit „Blood & Honour“. Wie sich die Radikalisierung in den frühen 90er-Jahren entwickelte, zeigt ein Video, das wir als Sachverständige im Londoner Prozess Irving-Lipstadt einführten und das ich von dem Gründer der „Opferperspektive“, Kai Wendel, zugespielt bekommen hatte, dem ich jetzt hier auch noch mal gerne danke. Da konnte David Irving als Holocaustleugner und Rassist gezeichnet werden. Was war das? In Halle an der Saale am 9. November 1991 - also ein bisschen weiter weg von Brandenburg, aber nicht so weit weg, dass nicht viele Brandenburger dabei waren, von den Neonazis - gab es eine Heerschau aller neonazistischen Kleingruppen, die noch nicht verboten waren. Eingeführt in die Kundgebung hatte Christian Worch. Er rief David Irving als ersten Redner auf. Dieser wurde von einer skandierenden Menge unterbrochen, als er an die großen „Helden“ erinnerte, die im Namen der deutschen Revolution tätig waren. Als er den großen Deutschen - ich zitiere; ironisch - Rudolf Heß als „Märtyrer des Friedens“ feierte, skandierte die Menge wiederholt: „Sieg Heil!“. Und dabei, wie ich gerade in „Generation Hoyerswerda“ gelesen habe, Thomas Richter - „Corelli“ -, wenn ich es richtig gesehen habe, mit erhobener Hand. Der kam ja aus Halle.

Danach sprach dann natürlich auch ein Neonazi, der auch aus anderen Gründen eine schwierige Person ist, auch ein V-Mann zuzeiten war, Th. Di., vom „von Ausländern überfluteten Deutschland“ und rief - - Und das ist ja das Interessante; es ging ja nicht um eine Migrationskrise, sondern um das neue Deutsche Reich, um ein Gebiet von der Maas bis an die Memel, so Dienel. Und die Aggression zeigte sich in dem Demonstrationmarsch danach. „Wir kriegen dich, wir kriegen euch alle!“ - ein Kampfruf in diesen Phasen, auch in Brandenburg. Mit von der Partie war der entscheidende Mann des britischen „Blood & Honour“-Netzwerks, der Sänger Donaldson.

Aus dieser GdNF-Struktur mit ihrer eben kurz gezeichneten ideologischen Ausrichtung entstand dann strategisch für das Gebiet der DDR und dann eben Ostdeutschlands die „Deutsche Alternative“, die schon erwähnt worden ist und weswegen ich es hier kurz halte. Sie war in den Kreisstädten, sie hat aufgebaut auf den Faschostrukturen, die die Punks an die Seite geschoben haben in den späten 80er-Jahren der alten DDR. Westdeutsche Nationalsozialisten verbanden sich immer mehr mit den Faschos Ostdeutschlands für ein „Viertes Reich“, also eine neue, schärfere ideologische Ausrichtung im Sinne des historischen Nationalsozialismus auf „Neu“, auf das „Vierte Reich“.

Von erheblichem Einfluss war natürlich die schon erwähnte „Nationalistische Front“. Auch da gibt es dann einen Bezug zu einem der zentralen V-Leute des Bundesamts für Verfassungsschutz - bis zu ihrem Verbot eine elitäre, sich elitär gebende neonationalsozialistische Kaderpartei in der nationalrevolutionären Tradition des Nationalsozialismus. Die Brüder G. und O. Str. waren da wichtig; aggressiver Befreiungsnationalismus, militante Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Infragestellung des Holocaust. Und diese „Nationalistische Front“ - ich ergänze das noch einmal - hatte Strukturen in Berlin-Charlottenburg, Verbindungen nach Ostberlin, insbesondere zu der Hooliganszene um die Fußballclubs FC Union und BFC Dynamo sowie über spätere Freie Kameradschaften. Sie kreiste gewissermaßen - das ist das Bild von Bernd Wagner - um Berlin herum, kreisförmig, mit späteren Kameradschaften in Kremmen, in Velten, in Hohen Neuendorf, Hennigsdorf sowie im Süden Berlins, in Königs Wusterhausen und nach Nordost oben in die Region Schwedt, Gartz, Eberswalde.

Eine kleine dieser Unterorganisationen, auch um sich zu schützen - das gelang dann in der Regel nicht -, war dann die „Sozialrevolutionäre Arbeitsfront“, das „Förderwerk Mitteldeutsche Jugend“, später „Direkte Aktion/Mitteldeutschland“. Wichtige Akteure: Andreas P., der immer zu erwähnende und hier schon erwähnte Frank Schwerdt, ein Menschenfänger, der mit spezifischen Ausrichtungen - dazu komme ich gleich noch mal in einem Halbsatz - - und Carsten S. Es gab die Bands „Volkstreue“ in Beeskow, „Querschläger“ in Fürstenwalde, „Proissenheads“ - schon erwähnt -, Uwe Menzel, und alle bezogen sich - je länger, desto mehr - auf „Blood & Honour“ und „Hammerskins“, deren deutsche Gründung auch sehr zusammenhängt mit einem zentralen V-Mann des Bundesamts für Verfassungsschutz. „Senfheads“, „Aryan Brotherhood“, „Sturm und Drang“, „Frontalkraft“, „Elite 88“, „Independent“ und Jörg Hähnel waren - wie Frank Renniecke - dabei.

Die „Nationale Alternative“, auch eine Unterorganisation oder Nachfolgeorganisation der GdNF, war von Bedeutung, die „Hammerskins“, ganz wichtig aber „Die Nationalen“ seit Anfang 1992 um Frank Schwerdt, weil er die Heimat der 12- bis 14-Jährigen organisierte - für den Hort zu alt, für die Jugendeinrichtung zu jung. Und „Die Nationalen“ - - Dieser Menschenfänger Frank Schwerdt, den ich immer wieder mal dann auch erlebt habe, band diese Kameradschaften gewissermaßen zusammen. Und nun kommt der Punkt - an die Vertreter der Sicherheitsbehörden, die links hinter mir sitzen, soweit ich das weiß; Sie sind unbekannt hier; nicht dass ich Sie identifizieren will -: Diese Leute hatten Kontakt untereinander, diese verschiedenen Organisationen, und es hat nicht so viel geholfen, dass die Verbote tatsächlich als Versuch interpretiert werden konnten, das einzudämmen.

Nach wenigen Jahren - das hast du dann ja auch erwähnt - waren sie wieder da, und zwar weil unterhalb eine Schwemme an rechtsradikaler Einstellungsbereitschaft unter Jugendlichen da war und diese von den Neonazigruppen in verschiedenen Varianten umorganisiert wurde. Und da ist Frank Schwerdt ganz zentral mit den „Nationalen“, die gegründet wurden, nachdem die Verbote drohten oder stattgefunden hatten - - Das heißt, es gab eine Unterlaufensstrategie; die waren so überzeugt, dass sie sich von Verboten gar nicht hindern ließen. Und schon nach wenigen Jahren - und das ist mein Punkt - über Frank Schwerdt, „Die Nationalen“ und später dann über die NPD - - Er hat dann die NPD benutzt als Dachorganisation, die einen gewissen Schutz bot. Das Gleiche hat Tino Brandt in Thüringen gemacht, und anderswo ist das auch geschehen. Und die NPD - und nun kommt der Punkt - war dazu bereit. Seit Anfang der 90er-Jahre waren die „Jungen Nationalen“, also die Jugendorganisation, schon rechts, nein, neonazistisch ausgerichtet, und wenig später mit dem Machtantritt von Udo Voigt auch die Gesamtpartei in eine neonazistische Richtung - - und blieb es dann im Grunde bis heute. Es gab vorher schon Ansätze - da ging es mehr um Holocaustleugnung -, aber die sozusagen entscheidende Bewegungsrichtung der Partei fand seit 96 mit dem Machtantritt, vorbereitet durch die „Jungen Nationaldemokraten“, statt, und deswegen konnte Frank Schwerdt mit seinen Truppen, seinen Jungs auch in die Nähe der NPD mit seinen Kameradschaften gehen.

Nun kurz zu einem dritten Punkt, den Terrorpotenzialen - auch da nur eine Ergänzung zu dem, was Gideon gesagt hat -: „Wir sind im Krieg mit dem System“ - ein Zitat -, „Das Neonaziwerk ruft zum bewaffneten Kampf gegen Politiker und Journalisten auf“. Wo steht das? - Im „Tagesspiegel“ vom 9. August 2000, also weit vor der offiziellen, öffentlichen Wahrnehmung, dass es um Terror gehen könnte. Das war ja eine Debatte auch innerhalb des BfV und der Sicherheitsbehörden auf der Bundesebene, ob man die Terrorgefahr tatsächlich öffentlich präsentiert, operativ in die Institutionen der Sicherheitsbehörden eingibt oder nicht. Man hat sich dann entschlossen, kurz nach dem ersten Mord - an Enver Şimşek -, das nicht zu tun, natürlich zufällig, nach bisherigem Stand.

Am 09.08. zitiert also Frank Jansen, soweit ich erinnere, einen zehnsseitigen Aufruf zum bewaffneten Kampf aus der Szene der Neonazis, von „Blood & Honour“ und anderen. Ich zitiere:

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

„Unsere revolutionäre Bewegung sollte sich auf die Rekrutierung politischer Soldaten konzentrieren,“

- ein „loaded“ Begriff, „politischer Soldat“ -

„die bereit zur Schlacht sind.“

„Die Zeit des Redens ist vorbei. Wir haben eine Ebene erreicht, wo jede Art von Aktion keiner Aktion vorzuziehen ist.“

Also ganz ähnlich, wie es am Beispiel von „Piatto“ von Dirk Laabs beschrieben worden ist. - Und dass das schon Thema war, habe ich in einem längeren Teil in der schriftlichen Darlegung - - Das war es schon 1991. Und da Dirk Laabs das ausführlich am Beispiel „Piatto“, einem zentralen Gegenstand vermutlich auch des hiesigen Untersuchungsausschusses - - lasse ich das. Ich sage nur: Es war schon 1991 Thema. Es war Thema durch die Kontakte zwischen der Nazi-Skinhead-Band „Kreuzritter für Deutschland“ und „Skrewdriver“. Es gab einen Kontakt, ein Treffen zwischen Donaldson und Dennis Mahon in Deutschland. Und Carsten S. war da interessiert, wie schon genauer beschrieben.

Und am Ende dieser 90er-Jahre, kurz vor dem „Aufpoppen“ von „Piatto“, dem offiziellen, nach außen dringenden Aufpoppen von „Piattos“ Rolle, beschreibt - und das nach einer Nachzeichnung von Bernd Wagner - - noch einmal ihn als jemand, der sozusagen andere Neonazis provoziert zu Straftaten und vor allem zu Sprengstoffattentaten, nämlich den Neonazi Nick G. Darüber gibt es eine eigene Broschüre aus dem Umfeld von Bernd Wagner, die sehr erkenntnisreich ist.

Dass der Verfassungsschutz diesen Mann, „Piatto“, so lange akzeptiert hat, ist ein Skandal. Dieser Skandal wurde mehrfach intern diskutiert, unter anderem von Förster, der zeitweilig Verfassungsschutzpräsident war. Und der sagt: „Das ist ja entsetzlich“ - so sinngemäß vor dem Untersuchungsausschuss des Bundestages, dem ersten. Meyer-Plath, der befragt wurde, hat das im Grunde nicht interessiert. Er war von dem Quantensprung an Wissen überzeugt. Nur, was der Quantensprung im Einzelnen ist, den Meyer-Plath erlebt hat, das wissen wir noch nicht vollständig. Aber es ist, denke ich, eine Aufgabe, dass Sie es rauskriegen und mithilfe von investigativen Journalisten und mithilfe des OLG in München. Das nächste Jahr wird hinsichtlich „Piatto“ und der Rolle des Verfassungsschutzes in Brandenburg spannend, denn - Dirk Laabs hat Recht -: „Die Aufklärung dieses Falls steht erst am Anfang.“ - Ich zitiere aus „Generation Hoyerswerda“.

Ich ziehe daraus die Konsequenz, die Praxis, die sich verselbstständigt hat meines Erachtens, systematisch und umfassend aufzuklären. Es war ja kein Einzelfall und es war ja auch kein Zufall, sondern es war eine systematische Strategie des Verfassungsschutzsystems - unterschiedlich, wesentlich vom BfV getragen. Und es führte ja dazu, dass - auf Brandenburg übertragen gedacht - das LKA sich über den LfV beschwert hat, und zwar jetzt nicht die über die - ich lasse Sie ganz außen vor; keine Sorge -, sondern das BKA hat 96 in mehreren Anläufen - ein fast einzigartiger Vorgang - vor dem Brandstiftereffekt der V-Leute des BfV mit Namensnennung

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

gewarnt, das heißt, vor der triggernden, verstärkenden, radikalisierenden Rolle von V-Leuten zur Radikalisierung einer rechtsextremen, gewaltbereiten Bewegung.

Was ist dann darauf erfolgt? Es ist in einer weiteren Geheimsitzung ein „Jetzt-erst-recht“ erfolgt, nämlich die Ausdehnung der V-Leute-Praxis in der sogenannten „Operation Rennsteig“ in einem Geheimtreffen im März 1997 in oder bei München mit den Strategen des LfV Thüringen, den Strategen des LfV Bayern, einer Organisation, die ich nicht identifizieren kann, deswegen lasse ich das weg - die hat ein Kürzel, das mir nicht geklärt wurde; vielleicht gibt es einige, die das wissen -, und M. und M. T. - mit Klarnamen - aus der entsprechenden Abteilung des Bundesamts für Verfassungsschutz. Und genau das, was die rausbekommen haben, hat dann „L. L.“ - einer der Decknamen - in der „Aktion Konfetti“ bewusst, wie wir jetzt wissen, geschreddert. So ist der Zusammenhang. Das Systematische musste auch systematisch geschreddert werden. Und da hat es eine Verselbstständigung gegeben, dadurch, dass - auch im Fall Ra. Ma. beschreibbar - sozusagen im Grunde der Verfassungsschutz nicht der Sache gedient hat, sondern Teil des Problems war, weil er entscheiden konnte ohne Kontrolle, wann er etwas weitergibt und wann nicht. Und damit ist es in das Belieben gesetzt. Das Beispiel ist, Fromms Wunsch nicht nachzukommen - durch die anderen Sicherheitsbehörden -, die Terrorwarnung operativ in die Sicherheitsbehörden einzuspeisen - ausgerechnet Mitte September 2000. Das heißt, solange es ins Belieben des Verfassungsschutzes gestellt ist, wissen wir etwas - oder die zuständigen Behörden - oder wir wissen es nicht. Wir können kaum damit arbeiten.

Mit anderen Worten: Der Verfassungsschutz braucht eine systematische Kontrolle, die funktioniert. Das, was wir an Kontrolle hinsichtlich des Bundesamts auf der Ebene des Bundsparlaments haben, reicht nicht, auch die neuen Veränderungen nicht. Letztlich weiß das auch jeder, der sich mit der Sache befasst hat, auch im neuen Untersuchungsausschuss im Bundestag. Wenn wir aber keine systematische Kontrolle haben, keine interne Fachaufsicht und keine legale Kontrolle und keine öffentliche Kontrolle - natürlich in dem Maße, in dem auch Geheimhaltung gewährt werden muss -, dann ist der Verfassungsschutz einer systematischen Aufklärung nicht dienlich.

Ich komme also deswegen zu der Bitte und dem Appell, dass Sie trotz Ängstlichkeiten, die ich auch hier beobachte - in allen Untersuchungsausschüssen, die ich kennengelernt habe -: Gehen Sie den Hinweisen nach, nach denen „Piatto“ zuvor von einem anderen Amt für Verfassungsschutz in den frühen 90er-Jahren geführt worden sein mag - etwa dem BfV -; gehen Sie ihnen nach.

Zweitens: Ist zureichend geklärt, warum die direkten Verweise auf den späteren NSU und sein Handeln schon im Jahr 98 nicht den Zuständigen - etwa der Polizei - angemessen übermittelt worden sind?

Drittens: In welchem Kontaktnetz stand „Piatto“ neben Jan Werner, neben Mahon? War es gegebenenfalls so, dass wie im Fall Thüringen, im Fall M. Verfassungsschützer, wer im Einzelnen auch immer, das Umfeld und das NSU-Trio selbst in seinen Aktivitäten gekannt haben, und was heißt das für die Strafvereitelung im Amt?

Und schließlich viertens: Was geschieht eigentlich in Brandenburg dann mit - - Das ist das, was ich eben als Skizze genannt habe, damit nicht nur der V-Leute-Einsatz eingeschränkt und kontrolliert wird, sondern auch, ob, was gegenwärtig an Kontrolle des zuständigen Parlaments geschieht, geeignet ist, nun gefährliche Verselbstständigungen auszuschließen.

Ich komme nur zu einer ganz kurzen Skizze dessen, was seit 2000 passiert ist. Wir haben bis 2004, bis 2005 eine hohe Welle von Gewaltakten, die schon Ende der 90er begonnen hat, eine Verstetigung der Gewaltzahlen, dann einen Rückgang und seit 2014 einen Anstieg so sehr, dass die Opferberatungsstellen in ihren Zahlen sagten: „Das ist höher als je in unserer Auflistung“, und die begann im Jahr 2001.

Das heißt - um dann zum Schluss zu kommen -, es gibt drei Dinge, die mir wichtig sind aufgrund dessen, was ich vorgetragen habe und was vorgetragen worden ist: Die Sicherheitsbehörden sind durch die Wiederkehr der Gewaltwelle, die an die aus den frühen 90er-Jahren erinnert, gefordert, um die jetzige rechtsradikal unterstützte Gewaltwelle einzudämmen. Sie haben ihre Erfahrungen, sie sind besser aufgestellt - Herr Rautenberg hat das für sich und andere beschrieben -, aber die Gewaltzahlen sind höher als je seit 2001.

Zweitens: Der Verfassungsschutz braucht eine - bundesweit, aber auch in Brandenburg - systematische Selbstaufklärung. Mithilfe eines solchen Untersuchungsausschusses geht das gewiss besser, auch um die Verstrickungen, die es geben mag, angemessen aufzudecken, damit überhaupt gewusst wird, wie Kontrolle und Transparenz gerade auch durch die parlamentarischen Gremien gegenüber und hinsichtlich des Verfassungsschutzes gestaltet werden können. Solange es eine Mentalität der Geheimhaltung gibt und keine systematische Kontrolle, rate ich vom Einsatz von V-Leuten ab. Sie sind oft genug Teil des Problems gewesen und nicht Teil der Lösung. Und dann ist es immer noch besser, man ordnet sozusagen solche Aufklärung dem Staatsschutz zu, weil dort die Kontrollmöglichkeiten erheblich besser sind, und die Vorfeldaufklärung guten investigativen Journalisten, die in diesem Raum sind, und den wissenschaftlichen Einrichtungen.

Und schließlich drittens: Zivilgesellschaft, Politik und Öffentlichkeit tun gut daran, den Zusammenhang der Entfesselung von Ressentiments gegen Flüchtlinge, Migranten und Muslime und ihre Umsetzung in Gewalt - einer der Gründe für die Gewaltwelle - systematisch anzugehen und ihre gesellschaftlichen Ursachen anders als bisher auch durch eine Veränderung im Sinne guter Politik - sozial sensibler Politik - anzugehen. Schon 2011 hat Hans-Gerd Jaschke, ein Kollege, hinsichtlich des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ gesagt: Das reicht nicht. Es gibt eine tiefgreifende Unzufriedenheit in der Brandenburger Bevölkerung mit der Demokratie. Das hänge

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

von vielen Faktoren ab: geringem politischen Interesse, oft niedrigem sozioökonomischen Status, der Selbsteinschätzung als Verlierer der Wiedervereinigung und, und, und. Das heißt, um das Gefühl, das immer noch da ist - „Wir sind Bürger zweiter Klasse“ -, abzuwenden, braucht es eine Erneuerung der Politik, auch im Sozialen, damit das „Tolerante Brandenburg“ auch Toleranz herstellen kann, gegenüber der jetzigen Gewaltwelle. - Schönen Dank.

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Vielen Dank, Herr Prof. Funke; danke auch den Vorrednern. - Ich unterbreche die Sitzung jetzt bis 13.30 Uhr für eine Pause. Wir setzen dann fort mit den Fragerunden. Ich wünsche allen Erholung und guten Appetit! - Danke.

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

So, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Wir gehen über in die Phase zwei unserer öffentlichen Sitzung. Wir kommen zu den Fragerunden. Wir beginnen mit der zahlenmäßig stärksten Fraktion, der SPD. Bitte schön.

Abgeordneter Lüttmann (SPD):

Herzlichen Dank. - Also, zunächst möchte ich mich sehr herzlich für diese geballte Fachkompetenz hier bedanken. Ich glaube, jeder der einzelnen Vorträge hat aus den verschiedenen Bereichen sehr wichtige Impulse gebracht, sowohl für heute wie auch für die weitere Arbeit. Insbesondere Herrn Botsch möchte ich auch noch mal für die Arbeit danken, die dort bei der Aufarbeitung und bei der Feststellung der Todesopfer geleistet wurde; das war ja ein sehr wichtiger Schritt, der da auch vorgenommen wurde, hier in Brandenburg diese Statistik zu bereinigen. Also, ich weiß, dass auch in Oranienburg, meinem Heimatort, da Fälle untersucht wurden und klargestellt wurden. Ich glaube, das war sehr, sehr wichtig, dass das gemacht wurde.

Hajo Funke, auch dir vielen Dank - mir natürlich lange bekannt aus der Arbeit auch im Forum gegen Rassismus. Herr Laabs: Fand ich sehr interessant. Es war natürlich in der Tiefe schon etwas vorwegnehmend, was wir sicherlich weiterhin hier bearbeiten, denn das ist ja der Hauptgegenstand unseres Untersuchungsausschusses, uns mit der Figur „Piatto“ und den Einzelheiten dazu beschäftigen; da erwarten wir ja noch mindestens zwei weitere Berichte, und insofern: Das Thema wird uns weiter begleiten. Und Herr Dr. Rautenberg, ich glaube, es ist Ihnen schwergefallen, das so in der Kürze darzustellen, was Sie alles sozusagen in dem Bereich erlebt und mitgemacht haben in den letzten 25 Jahren.

Meine erste Frage geht in die Richtung - hat vielleicht auch was mit der Beschreibung „erster Migrantenkrisen“ und „zweiter Migrantenkrisen“ zu tun -: Tatsächlich gibt es ja erschreckende Parallelitäten zwischen den 1990er-Jahren und heute, und es gibt ja teilweise - so beobachte ich das zumindest auch in meinem Heimatort - sogar direkte personelle Wiederkehrer. Also, jemand, der vielleicht in den 1990er-Jahren als Jugendlicher gewalttätig gewesen ist oder in diesen Kameradschaften, in den „Freien

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

Kräften“ unterwegs gewesen ist, taucht vielleicht heute auch wieder in Pegida-Demonstrationen und anderen Zusammenhängen auf. In diesem Zusammenhang würde mich natürlich interessieren, vielleicht auch abstrahierend aus der Geschichte der letzten 25 Jahre, wie Sie es einschätzen - eigentlich geht die Frage so ein bisschen an alle -, ob es vielleicht auch heute wieder sein könnte - also, denke mal, ausschließen wird das niemand -, aber in welchem Grad - - Oder welches Wissen haben Sie, dass im Untergrund sich auch heute wieder Rechtsterrorismus bildet bzw. vorhanden ist?

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Die Frage richtete sich an alle. Wer möchte zuerst antworten? - Herr Prof. Rautenberg.

**Sachverständiger Prof. Dr. Erardo Cristoforo Rautenberg
(Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg):**

Ja. - Wenn Sie von Rechtsextremismus sprechen, ist es natürlich so, dass - -

(Lüttmann [SPD]: Rechtsterrorismus!)

- Bitte?

(Lüttmann [SPD]: Rechtsterrorismus!)

- Rechtsterrorismus sprechen, dann ist es natürlich so, dass da die Zuständigkeit eindeutig beim Generalbundesanwalt liegt, und ich denke, dass dort auch die gesamte Situation sehr genau beobachtet wird, sodass ich eigentlich auch nach dem NSU-Skandal glaube, dass sich solche Fehler, wenn es denn zu Fehlern gekommen ist - wovon ich ausgehe -, nicht so ohne Weiteres wiederholen werden. Die Sicherheitsorgane sind entsprechend sensibilisiert, und gerade auch beim Generalbundesanwalt vermag ich das festzustellen; ich war ja dort auch mal eine Zeit lang selbst tätig.

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Herr Laabs, bitte.

Sachverständiger Dirk Laabs (Verlagsgruppe Random House GmbH):

Ich finde, das schlagendste Beispiel dieses Wiederkehrers - ist ein treffender Begriff - ist ja das Reker-Attentat, wo man jemanden hat, der früher FAP - also mit die brutalste Partei, wo ja auch ganz viele von den Akteuren, mit denen wir heute zu tun haben, aktiv waren - - der dann irgendwie unter dem Eindruck der aktuellen Situation in so einen Handlungsdruck gerät. Und was ich so mitkriege aus Gesprächen mit Neonazis, ist, dass man den Handlungsdruck, den sie momentan empfinden, und dieses Gefühl „Wir werden jetzt gerufen von der breiten Masse der Bevölkerung“ - - der ist extrem. Auch untereinander sich zu beweisen; man redet nicht nur, weil jetzt natürlich ganze Lebensmodelle auf dem Prüfstand stehen. „Wenn nicht jetzt“ - aus deren Sicht; immer

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

aus der Weltsicht der Rechtsextremisten -, „Wenn ich jetzt nichts tue, wann dann?“ - Ich glaube, das macht die gefährliche Situation aus.

Aber man darf ja nicht vergessen: Es wurde ja, insbesondere von Herrn Botsch, dargestellt, dass - - Diese Entwicklung ging über eine lange Zeit; das ist ja das Paradoxon. Also, wenn man jetzt sozusagen mit polizeilichen Mitteln gegen die rechte Szene vorgeht, kann es sein, dass sich in sieben Jahren daraus eine rechte Terrorszene entwickelt. Und gerade der Druck in der Mitte der 90er hat die Szene sozusagen zusammengeschweißt. Damit will ich nicht sagen, man soll nichts machen; das ist aber ganz typisch auch für die islamistische Szene gewesen, dass sich dann so ein harter Kern bildet - im Gefängnis; die, die es wirklich meinen. Das kann jetzt wieder passieren. Also, ob es jetzt genauso abläuft wie NSU - - Aber man braucht einen sehr langen Atem. Wer weiß, was in vier Jahren als Thema wichtig ist. Das ist ja das Problem. Insofern ist es so ein bisschen eine Zwickmühle; es ist nicht leicht zu lösen. Also, man will ja nicht nichts machen, aber durch den Druck, den die Szene jetzt erfährt, werden sich wieder Leute sozusagen - - wird so ein Verdichtungsprozess stattfinden. Das war in der linken Szene ja nicht anders. Die RAF war ja nicht 68 aktiv, sondern vier Jahre später.

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Herr Prof. Funke, bitte.

Sachverständiger Prof. Dr. Hajo Funke (Kontur-Verlag UG):

Ich widerspreche ungern, Dirk Laabs,

(Heiterkeit)

aber in diesem Fall schon. Wenn man noch anders - - systematisch nicht nur die Kleinstparteien verboten hätte, sondern gleich nachgearbeitet hätte - und daran hat es Mitte der 90er-Jahre gemangelt, weil nur Bräutigam als Minister und Sie darauf aufmerksam gemacht haben - - Ich habe Herrn Stolpe persönlich gefragt: „Machen Sie doch was!“, weil wir in Oranienburg das oder jenes erlebt haben. Und Herr Stoltenberg - - Herr Stolpe - Entschuldigung, nicht Stoltenberg - sagte in seinem sonoren Ton: „Mhm, haben Sie wohl irgendwie Recht“, aber die Konsequenz war noch nicht da, auch von den Innenministern. Im Grunde braucht es dann so etwas wie die Entscheidung des dann agierenden Innenministers 2005, nachdem in Halbe die Ehre der Soldaten so furchtbar von Neonazis in den Dreck gezogen ist: Jetzt reicht's! - Sie brauchen also, anders gesprochen, einen nicht so zufällig entstehenden politischen Willen. Und wenn Sie den haben, dann machen Sie Freital, dann klären Sie Nauen, dann klären Sie den Fall in dem kleinen Ort in Niedersachsen, und dann ist die Szene anders angegriffen und unter Druck.

So, das ist der eine Teil. Das ging jetzt etwas zu lang, und ich sehe schon am skeptischen Blick meines Nachbarn, dass er auch davon nicht überzeugt ist, aber ich würde dann weiter nacharbeiten.

Die eigentliche Frage von dir, Björn: Natürlich gibt es diese terroraffinen Netzwerke, wie es in einem Aufsatz gestanden ist, und natürlich gibt es die genannten Fälle - Nauen, Freital usw. Also, Zuspitzung aus einem Kontext, so wie der Fall des Reker-Attentäters Frank S. Und es gibt entsprechende Organisationen: Es gibt den „III. Weg“, es gibt „Die Rechte“, es gibt die ehemaligen „Spreelichter“ im Südosten Brandenburgs, die in neuer Form - halbkodiert, nicht erfasst oder doch erfasst - sozusagen drauf und dran sind und eigentlich mehr an schweren Straftaten zu begehen wünschen. Das gilt gerade für den „III. Weg“.

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Herr Dr. Botsch, bitte.

Sachverständiger Dr. Gideon Botsch (Moses Mendelssohn Zentrum):

Es gibt natürlich eine Reihe von Parallelen, die an die frühen 90er erinnern. Es gibt eine Reihe von Unterschieden, die man hervorheben muss in den aktuellen flüchtlingsfeindlichen Kampagnen. Das Sagbare, das öffentlich Sagbare, was ja dann auch sozusagen die Stimmung schafft, in der sich eine bestimmte Klientel ermächtigt fühlt, tätig zu werden und zu handeln, hat sich durch die Entwicklung der letzten drei Jahre verschoben. Wir haben eben auch parlamentarische Kräfte, die in eine entsprechende Richtung, also in einer feindseligen Stimmung gegen Zugewanderte, im Parlament diese Dinge ansprechen, aussprechen. Das schafft eine Stimmung im Land, wo wir dann sehen, dass sich Leute wieder ermächtigt fühlen. Die sind möglicherweise nicht mehr ganz identisch. Also, wir haben natürlich sehr oft das Phänomen, dass wieder Personen und auch Gruppierungen, Freundeskreise, Netzwerke auftauchen, die aus den frühen 1990ern bekannt sind. Das höre ich sowohl von Engagierten aus der Zivilgesellschaft als auch aus dem Bereich der Polizei. Das sind die alten Bekannten. Aber es gibt eben auch ganz neue, neue Akteure auch.

Ergänzend vielleicht zu dem, was Hajo Funke gesagt hat, wäre noch auf die anders auftretende, selbst genannte „Identitäre Bewegung“ hinzuweisen. Es gibt auch eine Veränderung, also wenn wir schon sozusagen im Unterschied zu dem Terrorismus den Rechtsterrorismus bis 1990 sehen, dass es da sehr viel gefügtere Strukturen gibt und jetzt, also ab den 1990er-Jahren dann, diese Untergrundzellenkonzepte, wie Dirk Laabs sie vorgestellt hat, wirksam wurden. In der Zwischenzeit gibt es natürlich Möglichkeiten, sich das Know-how zu verschaffen - Wie baue ich eine Bombe? Wie führe ich ein Messerattentat durch? -, die sehr viel niedragschwelliger sind, noch weniger organisatorische Vorkenntnisse und Rahmen verlangen. Ich persönlich gehe davon aus, dass mit dem Abebben dieser Mobilisierungswellen, das wir jetzt im Moment erleben, wir tatsächlich befürchten müssen, was einige sagen: Das hat nicht gereicht, wir müssen weitermachen. - Kleine Gruppen sicherlich, kleine Kerne, aber ich denke, da können wir uns gefasst machen in den nächsten Monaten, dass da einiges auf uns zukommen könnte, und auch von der langen Wirkung her. Deswegen ist umso wichtiger gewesen - und das hat mich sehr beeindruckt -: der Ermittlungserfolg der brandenburgischen Polizei im Zusammenhang mit Nauen. Auch in Freital wird jetzt nicht nach § 129, sondern nach § 129a - also beim

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

Generalbundesanwalt - eine terroristische Vereinigung in unserem Nachbarland Sachsen zur Anklage gebracht. Also, ich denke, wir haben diese Strukturen und wir müssen damit rechnen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Von mir jetzt ganz kurz etwas zum Verständnis für unsere Gäste: Es gibt hier ein strenges Zeitregime bei den Fragerunden. Ich will deshalb der SPD anzeigen, dass noch neun Minuten Fragezeit bleiben, dann wechselt das Fragerecht zur nächsten Fraktion. - Danke.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD):

Dann möchte ich mich erst mal ganz herzlich bei Ihnen, Herr Botsch, bedanken, weil Sie noch mal darauf hingewiesen haben, wie sehr die gesamte Öffentlichkeit damals diese sehr eindeutigen Hinweise nicht ernst genommen - - und auch nicht wahrhaben wollte. Ich glaube, dass das zeigt, dass die damalige Einschätzung eines sehr begrenzten Fachkreises sehr wohl richtig war und dass damit heute auch hier in diesem Untersuchungsausschuss so ein bisschen der investigative Journalismus, der damals immer beschimpft worden ist, rehabilitiert werden konnte. Ich sage: Dafür besonderen Dank.

Auch noch mal auf den Hinweis, was das sogenannte „Rechtsbüro“ in Birkenwerder betrifft - - dass wir das hier auch noch mal in Erinnerung gerufen haben - wir haben da ja auch Vertreter, mit denen ich schon in Stadtverordnetenversammlungen saß: Herrn Mi. oder einen Rechtsanwalt, der heute Herrn Wohlleben vertritt, und auch Herrn Z., der mit dem Tattoo aufgefallen ist - und wir uns klarmachen müssen, dass hier etwas passiert, dass hier wieder Strukturen diese Rückkehrer betreuen, versorgen und wahrscheinlich auch im Gefängnis weiter betreuen werden.

Meine Fragen habe ich ganz speziell an Herrn Funke und Herrn Botsch. Es klingt so ein bisschen danach, als wenn die Sicherheitsbehörden dafür gesorgt haben, dass rechte Strukturen aufgebaut werden konnten, und ich würde Sie gerne nach Ihrer Einschätzung nach den Beweggründen fragen. War es eine Naivität, oder war da auch ein gewisser Vorsatz nach Ihren Einschätzungen heute?

Und die zweite Frage an Herrn Funke - oder an dich, lieber Hajo -: Du sagtest, wenn die V-Leute weiter eingesetzt werden sollten, müsste hier eine deutlichere Kontrolle, eine parlamentarische Kontrolle einsetzen. Wie kann die gelingen und wie kann man ausschließen, dass V-Leute, wenn man sie weiterhin einsetzt, wirklich Konstrukteure eines neuen terroristischen Regimes werden?

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Ich würde vorschlagen, Herr Prof. Funke beginnt.

Sachverständiger Prof. Dr. Hajo Funke (Kontur-Verlag UG):

Zur zweiten Frage zuerst: Das ist natürlich denkbar, aber es bedeutet - - Das ist sozusagen ein komplexer Prozess zwischen dem Verfassungsschutz, wenn es sich um Verfassungsschutz-V-Leute handelt, und den Kontrollbereitschaften dieser Leute, Fachaufsicht eingeschlossen, Exekutive - ist bereit zu dieser Kontrolle -, also die vorgesetzten Institutionen, und auf der anderen Seite der Mut der Parlamentarier in der Parlamentarischen Kontrollkommission bzw. im PKGr im Bundestag, analog gesprochen. Das heißt, es ist sozusagen - - Beide Institutionen des legalen Sektors wie die des exekutiven müssen sozusagen diese Bereitschaft zeigen. Das ist nicht mit dem Rubrum „Fehlerkultur“ getan, sondern es muss tatsächlich eine Bereitschaft sein, und das geht nicht ohne ein Mindestvertrauen. Daran ist ja der Sondergutachter de facto gescheitert im Bundestag, in Fragen „Corelli“. Er hat sich darauf verlassen - und das ist ein kompetenter Staatsanwalt - und hat dennoch nicht das bekommen, was ihm versprochen wurde. Das heißt, das geht nur, wenn der Verfassungsschutz selbst und die entsprechenden exekutiven vorgeordneten Instanzen das innerlich als sinnvoll akzeptieren. Wenn sie auf der Geheimhaltungskultur mit Fehlerkultur beharren, dann sind sie gescheitert.

Und es ist so - das hat eine Historikerstudie zum BfV beschrieben -: Diese Geheimhaltungskultur, diese Kultur oder Unkultur der Geheimhaltung, des Sich-Verselbstständigens, des Ausnahmezustands einer Institution in der Demokratie ist früh gebildet worden und ist nie fundamental reformiert worden. Ich bin sehr gespannt, wie die Herren hinter mir, links von mir - also, interessanterweise - das eigentlich wirklich auch sehen. Also, das ist eine etwas lange Vorbemerkung dazu, dass ich dennoch glaube, dass es möglich ist. Aber Sie brauchen mehr und anderes. Die Strukturen sind vorgeordnet, aber es funktioniert dennoch nicht, und das haben wir dramatisch gesehen.

Nun zur ersten Frage: Das beste Beispiel ist Tino Brandt und das Landesamt für Verfassungsschutz. Warum? Weil die in ihrem Untersuchungsausschuss das minutiös rekonstruiert haben und auch unter einer sehr entschiedenen Leitung der beiden Untersuchungsschüsse - jetzt ist der zweite dran. Da ist klar, dass ein Teil der Verfassungsschützer an der gewaltenteiligen Demokratie vorbei dafür gesorgt hat, dass der absolute Quellenschutz für den Schwerverbrecher und Kinderschänder Tino Brandt gewahrt wurde, in der entscheidenden Zeit. Und die Beweggründe - da habe ich lange nachgedacht, und auch alle, die ich sozusagen sprechen konnte - Herrn Nocken und Herrn R. usw. und andere -, befragt, und einer der Whistleblower hat wirklich gesagt: An uns, an der Polizei, wurde vorbeigeliert. Und sie haben ihn geschützt, sie haben es hingekriegt über Druckmechanismen, auch gegenüber der Staatsanwaltschaft - so was kann in Brandenburg nicht passieren, hoffentlich -, tatsächlich ihn zu schützen, trotz des schweren Verbrechens in Gräfenhain im Januar 1997. Und da sind die Beweggründe vielfältig. Sicher wollen Sie die Kontrolle haben, sicher ist es eine Verselbstständigung: „Wir sind ganz wichtig“; es gibt auch die Erpressungsmöglichkeiten, wenn man an T. B. denkt und die Gründe, warum er jetzt in Haft ist, also diesen Kindesmissbrauch. Ich glaube, dass er Erpressungspotenzial gehabt haben mag. Ein weiterer Grund - ein sehr zentraler womöglich -: der

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

Thüringensumpf vor dem Sachsensumpf. Das Dritte ist, dass es in Teilen des Verfassungsschutzes von Thüringen weit rechtsstehende, historisch-revisionistische Kreise gab. Herr Roewer hat selbst bestritten oder infrage gestellt, dass der Zweite Weltkrieg durch Hitler ausgelöst wurde, also verursacht wurde. Und wenn man so etwas hat, das heißt rechtsorientierte, revisionistische und damit de facto rechtsradikale Kreise an der Spitze eines Amts, dann müssen Sie sich natürlich nicht wundern. Und dann kommt ein Habitus hinzu, der eher charismatisch antidemokratisch ist als demokratisch rechtsstaatlich, durch Herrn R. Und dann haben Sie ein Package von verschiedenen Faktoren, aus denen sich so etwas erklären lassen mag, ohne dass ich das durch Interviews mit allen geklärt hätte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD):

Eine direkte Nachfrage oder nicht mehr?

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Na gut. Wir sind - -

Sachverständiger Prof. Dr. Hajo Funke (Kontur-Verlag UG):

Wir haben noch zwei Minuten.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD):

Ja.

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Eine direkte Nachfrage, bevor Herr Dr. Botsch dann antwortet.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD):

Direkt dazu: Beim thüringischen Verfassungsschutz leuchtet mir das ein, aber hatten wir im Brandenburger Verfassungsschutz meines Erachtens auch diese Tendenzen oder diese Personen mit drin?

Sachverständiger Prof. Dr. Hajo Funke (Kontur-Verlag UG):

Das weiß ich nicht. Ich weiß nur, dass Förster an der Frage „Piatto“ gescheitert ist.

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Herr Dr. Botsch, bitte.

Sachverständiger Dr. Gideon Botsch (Moses Mendelssohn Zentrum):

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

Frau Gossmann, soweit sich Ihre Frage auf die Sicherheitsbehörden bezog, wenn ich das richtig verstanden habe: Mein durchaus faktengestützter Eindruck ist, dass wir zunächst mal bei der Polizei ab einem bestimmten Zeitpunkt ein sehr deutliches Interesse sehen, einen repressiven Druck auszuüben auf die Szene, und zwar in einer Intensität, die einen als - - wo man manchmal denkt, das geht wirklich bis an den Rand dessen, was möglich ist, wenn Sie an die täterorientierten Maßnahmen denken. Das ist meines Erachtens alles im rechtsstaatlichen Bereich geblieben, aber wo man denkt: Hui! So drastisch kann der Rechtsstaat, wenn es ihm ernst ist. Für den polizeilichen Bereich ist das unser Eindruck. Das ist nicht sofort und auch nicht überall und nicht immer und nicht in jedem Einzelfall - - aber es ist sozusagen die generelle Tendenz, die Richtung ab Mitte der 1990er etwa gewesen. Wir haben ja auch hier einfach eine sehr konsequente Verbotspolitik gehabt, anders als in anderen Ländern - möglicherweise einer der Gründe, warum wir in Brandenburg doch eine nicht ganz so gespannte Situation haben wie andernorts, möglicherweise. Und das sage ich in aller Vorsicht. Gespannt ist die Situation, wie wir in den letzten beiden Jahren ja sehr deutlich erleben mussten.

Was den Verfassungsschutz angeht, so übertrifft das teilweise tatsächlich sowohl meine Kenntnis als auch meine Expertise, denn wissenschaftlich habe ich mich mit diesen Dingen nicht beschäftigt. Ich könnte hier nur mutmaßen. Ich könnte mir vorstellen, dass es eine Palette von Erklärungen gibt, und vielleicht ist so ein „Package“-Gedanke - „Da kommen Dinge zusammen“ - am günstigsten. Ich würde aber im Nebel stochern, und das wollen Sie nicht von mir, gerade für Brandenburg.

Was ich mir wünschen würde - das kann ich nur noch mal bekräftigen -: In einer Behörde wie dem Verfassungsschutz wird darüber reflektiert, was da passiert, das heißt, das muss aktenmäßig auffindbar sein. Und mir geht es tatsächlich - - Also, ich finde es gar nicht so interessant, zu sagen: Wer ist jetzt noch V-Mann oder nicht V-Mann oder - - Das ist sicherlich - - Da kann man dann Toto spielen. Aber die interessante Frage ist doch eigentlich: Warum hat man das in Kauf genommen oder gemacht? Klar könnte ich mir vorstellen, dass das Kalkül einer Verfassungsschutzbehörde ist: Wenn ich eine Struktur habe, kann ich sie erkennen, dann kann ich sie beobachten. Wenn ich nur ein Netzwerk, eine wabernde Subkultur habe - also, ich brauche Mitgliederlisten usw. -, dann ist mir das ganz angenehm, wenn dann Mitgliederlisten entstehen, die ich einsehen und kopieren kann usw. Aber das ist spekulativ.

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

So, das Fragerecht wandert weiter zur Fraktion der CDU.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU):

Wir haben ja gehört, dass insbesondere in der Phase der prototerroristischen Latenz, wie Sie sie bezeichneten, Herr Botsch, die Netzwerkstrukturen und die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Tätern entweder unbekannt waren oder ignoriert wurden. Und in den Verfassungsschutzberichten usw. findet sich ja gar nichts dazu. Gleichzeitig ist festzustellen, dass auch nach § 129a nur sehr verhalten

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

ermittelt bzw. angeklagt wurde. Es ist in den letzten Jahren deutliche Zunahme zu erkennen.

Für beide Bereiche die Frage: Woran liegt das? Also für den Bereich der Sicherheitsbehörden: Hat man sich nur auf einzelne Täter konzentriert und deshalb die Netzwerkstrukturen gar nicht erkannt und ist deshalb von so Feierabendtätern da irgendwie ausgegangen? Oder ist das etwas, was man ignorieren wollte? Also: Eine braune RAF durfte es irgendwie nicht geben? Gab es da irgendwie Scheuklappen in dem Bereich?

Und im Hinblick auf die Justiz die gleiche Frage: Hat sich etwas verändert an den Kriterien, nach denen man terroristische Vereinigungen staatsanwaltschaftlich beurteilt? Übt man das Ermessen heute anders aus, oder woran ist - - Ich meine, die Gesetze haben sich ja nicht verändert seit den 90er-Jahren, und trotzdem wird heute mehr nach § 129a dann auch ermittelt. Wo ist da die Ursache zu finden?

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Herr Dr. Redmann, Sie haben die Adressaten für die Fragen nicht genannt.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU):

Ach ja. Also, natürlich an Herrn Prof. Rautenberg und ansonsten, denke ich, an Herrn Botsch und auch Herrn Laabs und Herrn Funke, soweit sie sich angesprochen fühlen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Also doch alle. - Dann beginnt vielleicht Herr Prof. Rautenberg.

**Sachverständiger Prof. Dr. Erardo Cristoforo Rautenberg
(Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg):**

Ja. Also, es hat schon eine Gesetzesänderung gegeben beim § 129a, und das Verfahren, was wir dann gegen das „Freikorps Havelland“ führten, war eben ein Verfahren, was vor dieser Neufassung des § 129a auch nicht möglich war. Aber es war eben deutlich spürbar damals - und deshalb kann ich das schon bestätigen -, dass ich so den Eindruck hatte, es war nicht unbedingt erwünscht, dass man jetzt Terrorismus im Land hat. Das hat uns natürlich nicht beirrt, und die Polizei hat in diesem Bereich auch wirklich ganz toll gearbeitet. Der Generalbundesanwalt - das hat mich auch ein bisschen geärgert - hatte wohl Angst, eine Niederlage mit der Anklage zu erleiden - so hatte ich den Eindruck -, und dann haben wir es eben selbst gemacht, und das hat eben auch funktioniert. Aber es ist natürlich so, dass diese Organisationsdelikte wie der § 129a - Bildung einer terroristischen Vereinigung - oder § 129 - Bildung einer kriminellen Vereinigung - eben eine gewisse Organisationsstruktur voraussetzen, die man nachweisen muss und die eben im Fall des § 129a sich auf bestimmte Straftaten erstrecken muss, die geplant sind. Also, man muss sich das so etwa vorstellen wie im Vereinsrecht. Da wird sozusagen ein Plan geschmiedet, was man vorhat, und diese starke Organisationsform nachzuweisen ist

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

einfach immer ausgesprochen schwierig. Es ist jetzt nicht so - auch beim Generalbundesanwalt -, dass die da nun regelmäßig zurückgeschreckt sind, sondern das Hauptproblem ist immer, dass man Anhaltspunkte für eine derartige Struktur, wie sie dieses Delikt des § 129a voraussetzt, einfach nicht findet, sondern dass es eben doch mehr situative Straftaten sind.

Jetzt im Fall Nauen haben wir eben den hinreichenden Tatverdacht dafür ermitteln können, dass es eben doch eine festere Struktur ist. Außerhalb dieses Bereichs sind wir dann eben daran gehindert, nach diesen Vorschriften vorzugehen; dann befassen wir uns eben mit den Begleitstraftaten, also den Propagandadelikten, die natürlich alle auch verfolgt worden sind. Aber wie gesagt: Die Organisationsdelikte erfordern eben bestimmte Voraussetzungen, die eben verhältnismäßig schwer festzustellen sind, und ich glaube, dass es da inzwischen natürlich auch längst keine Scheu mehr gibt, diese Vorschriften auch anzuwenden.

Man muss natürlich auch andererseits sehen - und da sind wir als Staatsanwaltschaft auch gefordert -: Ich meine, wir dürfen auch nicht irgendwelche symbolische Aktivität entfalten, so nach dem Motto: Wir klagen an, und die Gerichte machen nicht mit, was nicht in Ordnung ist, wenn wir selbst im Grunde erkennen können, dass das nicht zu einer Verurteilung reicht, sondern wir müssen wirklich nur die Fälle anklagen, wo wir uns sicher sind, dass es auch zu einer Verurteilung kommt. Manchmal trügt uns da die Annahme. Aber das ist unsere Marschrede, und deshalb versuchen wir uns daran auch zu halten.

Vorsitzender Rupp (SPD):

Herr Laabs, möchten Sie auch antworten?

Sachverständiger Dirk Laabs (Verlagsgruppe Random House GmbH):

Ja. - Herr Abgeordneter, darf ich auf Ihr Zeitkontingent kurz noch zum Block davor was sagen?

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU):

Ja.

Sachverständiger Dirk Laabs (Verlagsgruppe Random House GmbH):

Okay. - Ich würde zwei Sachen - - finde ich wichtig festzuhalten, weil es da auch um öffentliche Quellen geht. Es ist ein Missverständnis, dass rechter Terror im Jahr 2000 kein Thema war - im Gegenteil. Also, mich hat das selber sehr überrascht, als ich dann irgendwann im Zuge von Recherchen auf ein Band stieß über eine ARD-Sondersendung, Sonderbrennpunkt, 20.15 Uhr, eine Woche vor dem ersten NSU-Mord: „Rechter Terror in Deutschland“. Außer Kontrolle, alle gucken zu - wie kann das sein? Diskussionssendung, ich glaube, in der MAN-Fabrik in Nürnberg, warum auch immer. Das heißt, es war kein Nischenthema. Und ich muss mir selber - - Ich war damals schon sozusagen journalistisch aktiv, und es ist auch bei mir überhaupt nicht

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

verfangen. Also, es ist, glaube ich, noch ein bisschen schlimmer, um das jetzt mal zu werten. Es ist nicht so, dass es kein Thema war. Es war Thema. Aber niemand hat sich danach daran erinnert. Selbst die Ermittler jetzt im NSU-Ausschuss im Bundestag, die ja aus Nürnberg auch kamen, konnten sich nicht daran erinnern, dass das ein Riesenthema war. Es hing mit Düsseldorf zusammen - Aufstand der Anständigen, Fackelmärsche, „Blood & Honour“-Verbot. Es war ein Riesenthema. - Insofern: Das vielleicht so ein bisschen als kleine Anmerkung, Korrektur.

Und dann noch zu dem Thema „Warum V-Männer?“: Herr Maaßen, Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, hat im Interview mit Stefan Aust und mir für die ARD ganz offen seine Strategien, die Strategie des Geheimdienstes - er sagt ja nicht Geheimdienst -, Nachrichtendienstes offengelegt. Warum V-Leute? V-Leute werden gezielt an terroristische Organisationen rangespielt, weil man mitbekommen will, wenn solche Taten geplant werden. Und dann brauche ich militante Neonazis, die wirklich so an die gefährlichen Akteure rankommen - ganz simpel. Also, insofern, glaube ich, muss man da gar nicht so rumraten, was die Strategie war, sondern er hat es ja ausführlich erklärt in dem Film.

Und vielleicht noch zu der Frage jetzt, die Sie eben gestellt haben, ob man in der Phase - es geht ja um 96 bis 99 - die Struktur nicht kannte. Das Schlimme war ja: Man kannte die Struktur in- und auswendig; man kannte sie in- und auswendig in Thüringen. In Thüringen wurde übrigens ein 129er-Verfahren geführt, aber die Staatsanwaltschaft hat dann aus nicht erklärlichen Gründen nicht durchgezogen in den Thüringer Heimatschutz, und man muss sich ja vorstellen: Man hat eine vollständig aufgeklärte Struktur in Thüringen, die drei Leute absondert und die auf eine vollständig aufgeklärte Struktur in Sachsen trifft und so was durchzieht. Währenddessen sind sie umstellt und unterwandert von V-Leuten. Insofern: Es ist keine Versagung der Aufklärung. Man muss immer noch rausfinden: Warum hat man nicht gehandelt? - Das ist, glaube ich, schon wichtig, das zu unterscheiden.

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Herr Prof. Funke.

Sachverständiger Prof. Dr. Hajo Funke (Kontur-Verlag UG):

In dem Sinn und auch für uns Beobachter, Frank Jansen in Brandenburg: Natürlich, wir haben ja darüber geschrieben - du hast es zitiert 2000 im Londoner Prozess -: Die Netzwerkstrukturen waren bekannt. Der Beste in der frühen Zeit der 90er-Jahre war Bernd Wagner, der die noch aus der Umbruchzeit und von vorher kannte. Und ich verstehe bis heute nicht, warum die Sicherheitsbehörden da nicht aktiver waren. Ich verstehe es nicht, außer wenn es so war wie in dem Fall dessen, was Maaßen als Strategie im ARD-Interview angeboten hat. Das heißt, dass es etwas - - eine bewusste Entscheidung gab, etwas zu thematisieren oder nicht, mit all den Folgen, vor denen wir und weswegen wir diesen Untersuchungsausschuss haben, nämlich eine Mordserie.

Mitte September 2000 - parallel oder nach dem ersten Mord des NSU - gab es auf der Bundesebene ein Koordinationsgespräch - und nicht nur eins übrigens -, wo Fromm, der damalige Chef des Bundesamts, gesagt hat: Wir müssen das Thema aufgreifen, so wie vorher schon in der ARD, wie ich auch gerade höre und nicht mehr erinnere, und dann in die Institutionen geben. Das muss ja nicht alles öffentlich sein, aber es muss operativ strategisch sein. Und die Mehrheit hat entschieden: Nein!

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Herr Dr. Botsch.

Sachverständiger Dr. Gideon Botsch (Moses Mendelssohn Zentrum):

Ja, ist natürlich die Frage, was mir noch zu sagen bleibt. § 129a ist ein Breitschwert, kein Skalpell, demokratiethoretisch und rechtsstaatlich nicht unproblematisch, sparsam anzuwenden - Herr Rautenberg hat ein paar juristische Gründe genannt, warum -, und man muss auch nicht alles, was organisierte rechtsextreme Gewalt ist, terroristisch nennen. Hier scheint mir ein Problem nämlich aufzutauchen, das mit unserer Wahrnehmung von Terrorismus, gerade in der Bundesrepublik, zu tun hat. Paradigmatisch waren internationaler Terrorismus - Stichwort: palästinensische Organisationen, Flugzeugentführungen, La Belle, Derartiges; Sie erinnern sich an diese Dinge -, aber paradigmatisch war vor allem, sozusagen aus „home-grown terrorism“, die RAF als das Beispiel für Terrorismus. Wer sich ein bisschen besser auskannte, kannte noch den sogenannten Feierabendterrorismus, der den revolutionären Zellen zugeschrieben wurde. Das hängt mit einer Terrorismusdefinition zusammen, die lange, lange Zeit gültig war und die im Prinzip sagte: Terrorismus liegt dann vor, wenn die Funktionsweise des Staates, hohe Repräsentanten der Politik, die Verkehrs- und Energieinfrastruktur oder Repräsentanten der Wirtschaften betroffen sind. Die Vorstellung, dass sozusagen gesellschaftliche Minderheitengruppen Objekt von terroristischen Aktivitäten werden können, ist in Deutschland nicht verbreitet gewesen, auch nicht nach dem Bekanntwerden der amerikanischen Vorbilder sozusagen, die ja lange vor Oklahoma schon sich tatsächlich gegen Minderheiten - Afroamerikaner, Juden - gerichtet haben, tödlich gerichtet haben, oder etwa auch in unserem Wahrnehmungsbereich diese Serie von Morden an Migranten in Schweden.

Ich denke, der ganze Komplex „Freikorps Havelland“ ist tatsächlich in der Hinsicht eine paradigmatische Wende, die allerdings offensichtlich bundesweit nicht gleichermaßen ernst genommen und nachvollzogen wurde. Mir hat mal ein hochrangiger brandenburgischer Polizeibeamter gesagt: Ich glaube, nach den Erfahrungen „Freikorps Havelland“, wenn wir das hier gehabt hätten - wir hätten das früher gemerkt. Vielleicht auch nicht nach dem ersten oder zweiten Mord, aber wir hätten früher eins und eins zusammengezählt. - Und ich neige dazu, anzunehmen, so wie ich Brandenburg kenne, dass da was dran ist.

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Es verbleiben siebeneinhalb Minuten. - Bitte schön.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU):

Vielen Dank. Dann werde ich jetzt sehr schnell reden. - Ich habe vier Fragen. Ich würde sagen, Herr Rautenberg beginnt und alle vier Experten geben mit Antwort.

Frage eins: Gab es Fälle, in denen die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft durch den Verfassungsschutz behindert wurden? Sind solche Fälle bekannt oder Fälle, in denen der Verfassungsschutz oder eben auch andere Dienste versucht haben, hier Verfahren der Staatsanwaltschaft zu beeinflussen?

Dann konkreter zur Entscheidung der Haftkammer des Landgerichts Potsdam zu den Hafterleichterungen und zur vorzeitigen Freilassung von „Piatto“: Im Verfahren ist ja dem „Piatto“ dort zugutegehalten worden, dass er jetzt ein Praktikum hat, dass er sich einen Job sucht und dass er sich angeblich von der rechten Szene losgesagt haben soll. Meine Frage: Welche Rolle spielten der Verfassungsschutz oder andere Dienste in dem Haftprüfungsverfahren? Welche Erkenntnisse gibt es da? Und: Hätten sich angesichts der heutigen Betrachtung und der heutigen Erkenntnislage - klar, das war damals eine Entscheidung unter den damaligen Erkenntnissen, ex ante zu sehen; keine Frage -, aber wenn man es jetzt so ex post sieht, mit heutiger Erkenntnislage, hätte es eine vorzeitige Haftentlassung des „Piatto“ dann geben dürfen?

Dann noch die Frage: Welcher Zusammenhang wird zwischen der Personalausstattung beim Verfassungsschutz und beim polizeilichen Staatsschutz und der Qualität der Ermittlungsergebnisse der verwertbaren Strafverfolgung gesehen? Also, wie war das damals? Ist das im Laufe der Zeit besser geworden? Und war das damals ausreichend zum Erkennen rechtsterroristischer Strukturen und Netzwerke?

(Abgeordneter Lakenmacher)

Dann meine letzte Frage noch. Herr Laabs, Sie hatten das mit der Waffenbesorgung angesprochen. Klar, wir wissen nicht, wo die ungeklärten Fälle jetzt liegen und wo die Waffen dort herkommen. Meine Frage aber, gerade auch konkret an Sie: Welche Denkalternativen haben Sie? Welche Möglichkeiten ziehen Sie in Betracht, wo die Waffen herkommen könnten? - Vielen Dank.

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Wir beginnen mit Herrn Prof. Rautenberg.

**Sachverständiger Prof. Dr. Erardo Cristoforo Rautenberg
(Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg):**

Ja, die Frage, ob es zu Beeinflussungen oder Behinderungen der Ermittlungen durch den Verfassungsschutz gekommen ist, die kann ich Ihnen im Prinzip nicht beantworten, weil es jedenfalls keine - ich sage mal - offiziellen, also massiven Einwirkungen etwa auf meine Person gegeben hat, dass ich bestimmte Ermittlungen nicht führen sollte. Das hat sich also niemand getraut. Was jetzt sozusagen unterschwellig gelaufen ist, das kann ich nicht beurteilen. Das betrifft, glaube ich, in erster Linie dann auch das Verhältnis Polizei - Verfassungsschutz. Da hat es nach meiner Erinnerung schon gelegentlich Spannungen gegeben, dass die Polizei also mit der Zusammenarbeit nicht immer zufrieden war, das habe ich irgendwie noch so in Erinnerung, ist aber jetzt schon sehr lange her.

Und jetzt konkret zu dem Fall Piatto und die Haftentscheidung: Also, das war etwas, wo die Generalstaatsanwaltschaft jetzt nicht unmittelbar berührt war, jedenfalls so, dass ich das - - dass mir das jetzt präsent ist, was da im Einzelnen stattgefunden hat. Das habe ich also sozusagen nicht auf dem Schirm. Das Problem ist natürlich, gerade was diesen Komplex angeht - ich habe den ganzen Untersuchungsbericht des Bundestages durchgearbeitet, ich habe natürlich auch Bücher gelesen, die sich damit befassen: Was ich jetzt noch an Erinnerungsstücken habe, ist eigentlich, dass damals in dem Dolgenbrodt-Prozess die Sitzungsvertreterin in der Zweitaufgabe eben mit diesem Kronzeugen kam - das war allerdings noch vor meiner Zeit als Generalstaatsanwalt -, und das hat der Richter Müller in seinem Buch, das ich in meinem Vortrag auch zitiert habe, dargelegt, wie das abgelaufen ist, mit dem Ergebnis, dass jedenfalls die Verurteilung des Täters im Dolgenbrodt-Verfahren dann nicht auf dieser Aussage beruhte. Aber sonst kann ich zu diesem Komplex wenig sagen.

Was jetzt die Ausstattung angeht, würde ich schon meinen, dass es sich dadurch entscheidend gebessert hat im Vergleich zur Anfangslage; gar keine Frage. Und ich habe auch schon deutlich gemacht, dass, insbesondere dann was die Verbote von Kameradschaften anging, das Innenministerium sehr konsequent vorgegangen ist. Und ich sage auch: Die anfängliche Skepsis - ich sage es jetzt mal ganz offen -, die Minister Schönbohm gegenüber den zivilgesellschaftlichen Organisationen wie dem Aktionsbündnis ursprünglich hatte, die hat sich im Laufe der Zeit dann auch wirklich gelegt. Und wenn Sie einmal das Geleitwort lesen, was Herr Schönbohm zu dem Buch „Rechtsextremismus in Brandenburg“ geschrieben hat - besser kann man das eigentlich nicht zusammenfassen, sodass also - - Bitte?

(Zuruf: Das war nach 2005!)

- Ja, gut. 2007, ja. Aber immerhin.

Also, ich sage mal: In dem Bereich hat das also einen ganz entscheidenden Fortschritt gegeben. Was jetzt die Ausstattung des Verfassungsschutzes angeht, da bin ich - - da kann ich gar nichts zu sagen. Aber bei der Polizei ist natürlich schon klar und - - dass ich da schon dafür werbe, dass wir ausreichend Polizei haben, um jetzt gerade in diesem Bereich auch vernünftig ermitteln zu können. Die Staatsanwaltschaft ist dann sozusagen ohne Arme, wenn sie da keine guten Leute hat. Und die müssen eben auch über entsprechende Erfahrung verfügen, sonst sind wir da auch aufgeschmissen. Aber wir haben eigentlich in der Vergangenheit doch in vielen Fällen sehr engagierte Polizeiarbeit gehabt, und ich hoffe, dass das dann auch so weitergeht.

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Herr Laabs - mit der Bitte um Kürze, denn die Fragezeit ist eigentlich schon fast um.
Bitte.

Sachverständiger Dirk Laabs (Verlagsgruppe Random House GmbH):

Jetzt bin ich - - Ich antworte in aller Kürze, vielleicht in anderer Reihenfolge - also die letzte Frage zuerst: Es gibt zumindest bei einer Waffe Hinweise, dass die Waffe aus Kroatien stammt und in sehr geringer Stückzahl hergestellt worden ist, eine Maschinenpistole. Und das lässt so ein bisschen vermuten, dass sie einem kroatischen Söldner - - Es waren ja viele Neonazis dort im Bürgerkrieg als sogenannte Söldner, Freiwillige im Einsatz. Also das ist ein ganz interessanter Ansatzpunkt. Das war ja Anfang der frühen 90er ein großes Thema.

Dann Ausstattung Staatsschutz versus Verfassungsschutz: Die bittere, bittere Realität des NSU-Komplexes ist ja, dass man polizeilich den Thüringer Heimatschutz in den 90ern im Griff hatte. Das Problem war - ich habe es eben kurz gesagt: Die Staatsanwaltschaft hat nicht angeklagt, und man hat eben, unter anderem weil man den V-Mann Brandt schützen wollte, die polizeiliche Arbeit sabotiert. Denn staatsanwaltschaftliches Handeln wird ja auch dann behindert, wenn die Polizei nicht ermitteln kann bzw. bei Durchsuchungen nichts vorfindet, weil die V-Leute gewarnt werden und ihre Kameraden warnen. Und das war natürlich ganz extrem in Thüringen der Fall. Das ist im Falle von Brandt ja durch mehrere Fakten belegt. Es gibt dieses Tonband, wo er das selber berichtet. Es gibt Zeugen, die das berichten, es gibt mehrere Polizeibeamte, die das berichten, sie hätten da nie was gefunden. Also das ist da relativ gesichert. Im Fall von Corelli ist es aktenkundig, das habe ich eben erwähnt, dass BfV und BKA Druck oder vielleicht auch höflichen Druck auf den Oberstaatsanwalt gemacht haben, der das dann auch mit sich hat machen lassen. Es besteht bei vielen anderen der Anfangsverdacht, vor allem in Sachsen, dass das so gelaufen ist, das liegt im Wesentlichen mit der Justizgeschichte von gerade NSU-Umfeld-Akteuren zusammen. Ich sage mal, wenn jemand 35 Strafermittlungsverfahren hat, und es kommt nie zur Anklage, dann ist da so ein Anfangsverdacht zumindest gegeben.

Vielleicht abschließend noch zu Piatto, Hafterleichterung: Der Kernpunkt, der Witz ist ja, dass dieses Praktikum, was sozusagen als Zeichen, dass er sich wieder

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

resozialisieren will - -. ja ausgerechnet in dem „Sonnentanz“-Laden der „Blood & Honour“-Aktivisten P. war. Also, das ist ja schon fast komisch. Die waren also schon nah an der Wahrheit, die haben sich nicht mal die Mühe gemacht, sage ich jetzt, seitens des Verfassungsschutzes irgendeine Legende zu bilden, sondern sind einfach bei der Wahrheit geblieben. Und man hat das - - Das ist meiner Einschätzung nach im Bundestagsuntersuchungsausschuss noch ein bisschen diffus geblieben, wer da was wie wusste. Aber dass da Einfluss genommen worden ist - - Ich habe das ja eingangs dargestellt, das Timing war entscheidend. Und man hatte schon den Eindruck, der musste jetzt raus.

Und noch als letzten Satz: Jemand, der sehr einflussreiche Neonazipostillen im Gefängnis verfasst, das würde ich jetzt mal nicht als - - so beurteilen, dass er sich in Haft vorbildlich verhalten hat. Mit anderen Worten: Wäre der für eine frühzeitige oder zumindest eine Freilassung auf Bewährung infrage gekommen? - Das können dann Juristen besser beurteilen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Herr Dr. Botsch.

Sachverständiger Dr. Gideon Botsch (Moses Mendelssohn Zentrum):

Also, dass Ermittlungen durch den Verfassungsschutz behindert worden seien, entnehme ich in einigen konkreten Fällen auch für das Land Brandenburg der Literatur und der medialen Berichterstattung, ohne eigene Kenntnisse darüber zu haben. Das können Sie zum Teil - - Einige davon sind in dem Buch „Generation Hoyerswerda“ erwähnt. Ich meine zumindest, dass das polizeilicherseits teilweise so wahrgenommen wurde, Verfassungsschutz und Polizei haben nicht immer konkret dieselben Interessen. Das kann man sich vorstellen. Wie gesagt, ich kann dazu nichts sagen, was möglicherweise die Motivation gewesen sein mag. Das betrifft vor allem Ermittlungsverfahren, Razzien vor allem, also Haussuchungen, die vorher in der

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

Szene bekannt waren und dann offensichtlich die Ermittlungsergebnisse beeinträchtigt haben mögen, zumindest was das Land Brandenburg angeht.

Zu den anderen drei Fragen, 2 bis 4, liegen mir auch keine Erkenntnisse vor, oder ich kann dazu nicht sachkundig Auskunft geben. Da Sie zur vierten Frage und ganz konkret auch nach Denkalternativen gefragt haben, fände ich einen möglichen interessanten Ansatz, doch noch mal genauer hinzugucken, welche Kontakte aus diesem breiteren Feld „Blood & Honour“-Netzwerke nach Polen und nach Tschechien gingen. Sie haben das ja auch an diesem Auszug aus dem „Donnerbalken“ gesehen, dass man dann eben dort ganz gezielt auch seine polnischen Freundinnen grüßt und auf Fotos abbildet. Aber das ist auch Spekulation.

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Das Fragerecht geht weiter zur Fraktion DIE LINKE.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE):

Danke, Herr Vorsitzender. - Ich will eine halbe Minute meines Fragerechts dafür nutzen, allen vier Anzuhörenden zu danken. Ich finde, das war bis jetzt die qualitativ ergiebigste Anhörung. Und ich fand es auch gut, dass jeder so sein Feld beackert hat, deswegen auch meinen Dank an Herrn Laabs, auch wenn das jetzt nicht sozusagen mit den vier Fragen zusammenhing; aber Sie haben uns so viele Anhaltspunkte für unsere zukünftige Arbeit gegeben, dass das allemal das Abweichen von der Tagesordnung wert war.

Eine kleine Bemerkung: Die Frage zu der Strafvollstreckung ist ja schon beantwortet worden, aber - weil Herr Laabs das angesprochen hat - kurios ist ja noch, dass im Beschluss der Strafvollstreckungskammer als Bewährungsaufgabe drinsteht, sich rechtsradikalen Kreisen fernzuhalten - und der arbeitet bei „Sonnentanz“. Also da schließen sich natürlich auch einige Fragen an.

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

Aber ich möchte jetzt erst mal ein paar vertiefende Fragen an Herrn Prof. Rautenberg stellen, so von Jurist zu Jurist. Es ist ja schon gesagt worden - Herr Laabs hat darauf hingewiesen, auf die Konzeption der V-Leute, wie sie Herr Maaßen jetzt noch mal in dem Interview vor Kurzem genannt hat -, und jetzt ist ja auch sinniert worden durch alle: Warum ist das denn fehlgelaufen? Also ich glaube schon, dass es nicht wegen bestimmter Fehlleistungen ist oder wegen einer fehlenden Kultur der Fehleranalyse und so. Ich würde eher die These vertreten, dass gerade das Desaster der Mordserie die V-Mann-Problematik generell infrage stellt.

Und jetzt kommt meine Frage an Sie, Herr Rautenberg. Sie haben ja im Clinch gelegen mit Herrn Wegesin - 2000, 2004. Sie haben dort eine Position entwickelt gehabt, auch rechtswissenschaftlich, strafrechtswissenschaftlich publiziert, dass Sie sagten: V-Leute dürfen eigentlich keine Straftaten begehen. Und die fallen nicht unter irgendwelche Rechtfertigungsgründe. - Halten Sie an dieser jetzt ja Minderheitenposition noch fest und würden Sie sie auch kurz begründen?

Sachverständiger Prof. Dr. Erardo Cristoforo Rautenberg (Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg):

Ja, daran halte ich fest.

Wenn Sie gestatten, möchte ich noch eines zur vorigen Frage nachtragen - Behinderung durch den Verfassungsschutz: der Fall Toni S. Der hat ja seinen Wohnsitz in Brandenburg. Und da haben die Berliner einen Durchsuchungsbeschluss erwirkt. Es ist üblich, wenn eine Staatsanwaltschaft im Bereich der anderen eine Durchsuchung macht, dass man vorher bei dem Kollegen anruft. Das hat einfach den Grund, damit, wenn Pressenanfragen kommen, man sagt: Das sind nicht wir, das sind die anderen. - Dann fand diese Durchsuchung statt, und man fand nichts. Und dann haben irgendwie die Berliner vermutet, dass diese Durchsuchung in irgendeiner Weise zur Kenntnis des Beschuldigten gekommen sein könnte, und haben noch mal durchsucht, aber diesmal ohne den Anruf zu machen. Und da haben sie was gefunden. Dann gab es eine politische Auseinandersetzung darüber, dass die Berliner entgegen

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

der üblichen Praxis vorher nicht angerufen hätten. Und dann habe ich dazu gesagt: Wenn man als Staatsanwalt feststellt, dass offenbar irgendwo eine Lücke ist, würde ich auch nicht anrufen. Das versteht sich von selbst. - Also da haben wir so einen Fall in der Tat gehabt.

Und jetzt zur V-Mann-Problematik. Es ist so - das ist meine persönliche Auffassung: V-Leute sind Grenzgänger. Und die Kontrolle, ob sie diese Grenze sozusagen einhalten oder gelegentlich überschreiten, ist aus meiner Sicht de facto kaum möglich.

Ich habe mich nach dem ersten NPD-Verbotsverfahren gefragt, als dieses daran scheiterte, dass offenbar jede Menge V-Leute in der Führungsebene der NPD saßen, dass ich mir kaum vorstellen konnte, dass die NPD davon nichts gewusst hat. Sondern meine Vermutung war eher, dass diese V-Leute vielleicht nur V-Leute waren, die Teile ihres Wissens weitergegeben haben bzw. vielleicht auch Sachen weitergegeben haben, die für die NPD eher günstig waren.

Also, wie gesagt: Wie wollen Sie jemanden, der in einer anderen, ich sage einmal, in einer verfassungsfeindlichen Struktur eingebunden ist, da also sozusagen ständig Kontakt hat, wie wollen Sie überprüfen, ob das, was er macht, wirklich dazu dient, sozusagen die Staatsschutzinteressen wahrzunehmen, oder ob es nicht auch dazu dient, einen gegenteiligen Effekt auszulösen. Diese Kontrolle ist aus meiner Sicht faktisch nicht möglich.

Und deshalb habe ich damals auch die Auffassung vertreten, V-Leute dürfen keine Straftaten begehen, habe mich da an meinen früheren Chef Rebmann gehalten, der bei der Frage verdeckte Ermittler, als das diskutiert wurde, auch gesagt hat: Auch V-Leute, also verdeckte Ermittler der Polizei dürfen keine Straftaten begehen. - Wenn sie denn Straftaten begehen, und es ist aus einer Situation entstanden, die man nachvollziehen kann, dann hat unser Strafrecht oder unser Strafprozessrecht genügend Möglichkeiten, darauf zu reagieren - man muss die dann nicht gleich alle einsperren. Aber die Entscheidung darüber hat dann die Justiz zu treffen, wenn sie

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

davon Kenntnis erhält, und nicht der Verfassungsschutz, dem man dann sozusagen so einen Freibrief ausstellt.

Und vor allem: Wenn man das dann noch - wie es jetzt geschehen ist - ins Gesetz schreibt, dass sozusagen eine bestimmte Form von Straftaten erlaubt sind, dann, muss ich sagen, ist das schon hirnrissig, weil natürlich die andere Seite sieht: Da ist die Schwelle. Und jetzt haben wir jemanden, den haben wir im Verdacht, den werden wir natürlich jetzt zu einer Straftat auffordern, die nicht unterhalb der Schwelle liegt, sondern oberhalb der Schwelle. Und wenn er dann anfängt zu zucken, dann ist der Verdacht schon mal erhärtet. - Also ich halte das jetzt für eine ziemlich logische Position. Und deshalb ist - - bin ich da also eben ausgesprochen skeptisch.

Es ist etwas anderes, wenn Informationen, die sozusagen aus der Szene kommen, abgeschöpft werden. Aber wenn man Leute sozusagen anstellt, wie das jetzt von Herrn Funke geschildert worden ist, dass sie also direkt in solche Organisationen eingeschleust werden, kann das funktionieren; es ist möglich, dass das gutgeht. Aber das Risiko, dass das schiefgeht, ist extrem groß. Und das Problem ist: Man kann es - - oder ich sehe jedenfalls keine Möglichkeit, das wirksam zu kontrollieren.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE):

Also sind Sie der Meinung - ich fasse noch mal zusammen -, Straftaten sollten V-Leute nicht begehen, da sollten auch keine Regelungen getroffen werden, die als Rechtfertigungsgrund gelten. Aber in der Konsequenz - was Sie zunächst gesagt haben, mit dem Grenzgängertum, das haben Sie auch in dem Interview in „Generation Hoyerswerda“ ausgeführt - sind Sie eigentlich ein Gegner des Stützens auf V-Leute?

**Sachverständiger Prof. Dr. Erardo Cristoforo Rautenberg
(Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg):**

Ich persönlich, aufgrund meiner Erfahrungen, bin das.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE):

Dann habe ich noch eine weitere Frage, die geht jetzt an Sie, Herr Rautenberg, und an Herrn Laabs, weil der ja den Fall Piatto so ausführlich geschildert hat.

Wir haben schon in der letzten Sitzung des Untersuchungsausschusses darüber diskutiert, da haben die Gutachter oder die Anzuhörenden auch gesagt, dass Piatto einen „Quantensprung“ für den Brandenburger Verfassungsschutz bedeutet hat. Auf meine Nachfrage hin konnte mir aber keiner sagen, worin der Quantensprung besteht. Da haben alle gesagt: Der Quantensprung in den Erkenntnissen, die man gewonnen hat, das basiert auf einer Aussage des Brandenburger Verfassungsschutzes. - Den haben wir dazu noch nicht gehört.

Nach Ihrer Darstellung ist ja kein Quantensprung zu verzeichnen. Sie haben ja gesagt: Szczepanski - keinerlei Aufklärungserfolge auf Seiten der Justiz damit verbunden. Und an Herrn Laabs würde ich auch die Frage stellen, ob es aus seiner Sicht des Falles Piatto einen Quantensprung gegeben hat. Aber erst mal: Aus der Strafverfolgungssicht, haben Sie ja gesagt, da ist eigentlich nichts passiert, da ist nichts Verwertbares geliefert worden.

**Sachverständiger Prof. Dr. Erardo Cristoforo Rautenberg
(Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg):**

Also jedenfalls nicht, dass mir das zu Ohren gekommen ist. Das Einzige, was ich eben weiß, ist Dolgenbrodt, wo man aber nicht drauf zugegriffen hat. Und ich kann das natürlich nicht beurteilen, was er für Beiträge geleistet hat. Ich habe in diesem Interview auch darauf hingewiesen - das ist mir auch sehr wichtig -, dass damals die Bedrohung durch diese vielen rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten erdrückend groß war und wir natürlich alle, die wir da in diesem Sicherheitsapparat arbeiteten, uns ständig gefragt haben: „Wie kriegen wir das irgendwie in den Griff?“, und dass natürlich auch der Verfassungsschutz in dieser Klemme gesteckt hat. Und anders kann ich es mir eigentlich nicht erklären, dass es zu dieser Auswahlentscheidung kam, weil der Herr

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

Pfaff, den ich noch aus meiner Zeit bei der Bundesanwaltschaft kenne und der inzwischen verstorben ist, schon jemand war, der die Sachen normalerweise eigentlich sehr gut abgewogen hat. Aber in diesem Fall muss er irgendwie dann doch Anlass gesehen haben, dieses Risiko einzugehen; und ich kann mir das nur aufgrund der Gesamtumstände, die damals herrschten, erklären, wo man im Grunde jeden Tag von irgendeiner neuen Gewalttat überrascht wurde.

Es ist damals ja auch so gewesen, wenn so etwas passierte: Ich habe dann zum Teil bei den ermittelnden Polizeibehörden angerufen, da war oft so die Vorstellung - - oder die Polizei sagte: Ausländerfeindlicher Hintergrund ist nicht erkennbar. - Da habe ich gesagt: Dann sagt wenigstens: „kann nicht ausgeschlossen werden“ zu Beginn der Ermittlungen. Das war also alles eine Situation, wo man wirklich auf schwankendem Boden stand. Nur vor diesem Hintergrund kann ich mir das erklären.

Und was er nun letztlich aus Sicht des Verfassungsschutzes an Vorteilen gebracht hat, das kann nur der Verfassungsschutz beantworten. Also, aus strafrechtlicher Sicht habe ich da jedenfalls kein Wissen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Herr Laabs, bitte.

Sachverständiger Dirk Laabs (Verlagsgruppe Random House GmbH):

Ja. Herr Abgeordneter, vielleicht einen kleinen Schritt zurück: Also im Selbstverständnis der Verfassungsschutzbehörden ist es immer wichtig, glaube ich, zu betonen, dass die selber sagen: Wir sind keine Strafverfolgungsbehörden; wir sammeln Informationen. Wir sind nicht dafür da, sozusagen Polizeiarbeit zu machen - dürfen wir auch gar nicht, heißt es ja immer.

Ich glaube, man muss sich insgesamt auch noch mal vor Augen halten, dass es eine Kontinuität gibt: Die verschiedenen Verfassungsschutzbehörden in der

Bundesrepublik haben in der rechten Szene immer auf V-Leute gesetzt. Das ging nicht in den 90ern los, das war in den 60ern, 70ern, 80ern, 50ern so. Man hatte, glaube ich, ein sehr viel schärferes Bild von der rechten Szene, als wir glauben wollen - allein durch die V-Leute, und die haben nicht alle gelogen. Die wissen schon auch, wie man professionell Quellen führt - sprich: Die werden observiert, es gibt dann Quellen drumherum usw. Das heißt, man wusste, das ist eine Szene, wo extrem viel geredet wird. Und es geht immer darum, die - ich hätte jetzt als Hamburger beinahe gesagt - „Schnacker“ von denen zu trennen, die was machen. Und das höre ich auch immer so, wenn man sich mit Leuten, die sich damit professionell beschäftigen, unterhält. Das ist übrigens bei Islamisten genauso. Man hat eine Riesengruppe von Leuten, die reden. Und ich will jetzt rauskriegen: Welche von den vielen machen Ernst? Dafür brauche ich - - meint man, diese V-Leute zu brauchen. Man meint sie nicht - - sozusagen - - Der Verfassungsschutz sieht sich, glaube ich, gerade auf Bundesebene nicht dafür da, um eben diese - ich sage mal - lokalen Straftaten aufzuklären, sondern die großen Netzwerke. Und da habe ich jemanden wie Piatto, und was wissen wir über den? Ich weiß auch, dass es Kollegen von mir auch anders sehen; aber von Piatto wissen wir, dass er ehrlich oder unter Inkaufnahme eines sehr großen Risikos Nachrichten über eine sehr gefährliche Gruppe in Sachsen zeitnah berichtet hat. Er ist der einzige V-Mann, der überhaupt dem NSU nahekam, von dem wir es wissen - es gibt noch jemand anderen, der das behauptet. Aber er hat darüber berichtet, über die Waffen, über die Überfälle. Insofern: Wenn man es jetzt mal ganz nüchtern sieht, ohne es zu bewerten, moralisch zu bewerten, hat der erst mal seinen Job erfüllt. Dass er dann nicht mehr darüber berichten konnte - habe ich vorhin dargestellt -, lag wahrscheinlich an einem Führungsproblem.

Insofern ist Piatto und das Wenige, was wir wissen - - Wir wissen ja nicht, was er über die englische und amerikanische Szene wirklich berichtet hat, jedenfalls ich nicht. Ich weiß nicht, vielleicht haben Sie schon andere Akten einsehen können - das würde mich natürlich für Sie sehr freuen. Aber sozusagen das, was wir von Piatto wissen, da muss man schon nüchtern sagen: Er hat ja geliefert auf eine Art - im Gegensatz zu Tino Brandt, wo immer klar war, er lügt. Das kann man auch nachvollziehen, dass er bestimmte Sachen einfach nicht gesagt hat. Piatto ist ein Sonderfall, und da muss man

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

sich wirklich angucken und dann vielleicht auch die entsprechenden Zeitzeugen hier vor Ort fragen: „Was habt ihr denn mit dem Quantensprung gemeint?“ und dahinter vielleicht nicht gleich sozusagen einen Marketing-Gag vermuten. Also ich glaube schon: Der war gut geführt, hatte ich den Eindruck - ich habe es ja dargestellt -, tauchte immer da auf, wo er gebraucht worden ist. Und noch - - Oder man müsste dann durchgehen: Hat der - - Kann man ihm Lügen nachweisen? Hat er irgendwas zurückgehalten? - Das ist dann aber so die Feinarbeit, die letztendlich nur Sie im Ausschuss leisten können.

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Noch sechseinhalb Minuten.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE):

Dann vielleicht daran noch mal anknüpfend, an Herrn Laabs und an Herrn Prof. Funke: Weil die Aussage von Herrn Meyer-Plath vor dem Bundestagsuntersuchungsausschuss war ja ungefähr so gewesen: War sozusagen sein Wunsch gewesen, da nach Oberfrohna oder Chemnitz sein Arbeitsverhältnis zu machen - was natürlich völliger Unsinn ist. Keine JVA hätte jemanden im Freigang zum Praktikum nach Chemnitz gelassen, wo er dann drei Stunden hinfährt und drei Stunden zurückfährt und dann vielleicht zwei Stunden arbeitet. Das ist also alles Humbug.

Aber sind Sie der Meinung oder - - Wie sehen Sie das, alle beide: Ist der denn dort hingesteuert worden durch den Brandenburger Verfassungsschutz? Wir hatten in der letzten Sitzung hier - - da hat Herr Wolff gesagt, so etwas - hinsteuern und so - wäre eigentlich gar nicht möglich, das unterstellt er dem nicht; er hat also die Legende von Herrn Meyer-Plath noch mal wiedergeben. Wie sehen Sie die Sache? Ist er da hingesteuert worden, und was war aus Ihrer Sicht sozusagen die Zielrichtung? An Herrn Laabs und Herrn Funke.

Sachverständiger Dirk Laabs (Verlagsgruppe Random House GmbH):

Ich denke, dass der Hauptpunkt - - Was ja auffällt, wenn sich Verfassungsschützer in Ausschüssen oder öffentlich äußern: Die meisten leugnen, dass deutsche Verfassungsschutzbehörden operativ tätig sind. Sondern sie sagen: Wir sind reine Nachrichtendienste und keine Geheimdienste. - Das stimmt so nicht und hat ja Maaßen öffentlich auch mehr oder weniger bestätigt, dass sie operativ tätig sind und Leute steuern. Das ist ja auch logisch. Das findet sich auch in vielen Fundstellen und vielen Untersuchungsausschussberichten, in Hessen, in ganz anderen Zusammenhängen, dass immer wieder V-Leute - - gesagt worden ist, sie haben bestimmte Aufträge bekommen von ihrem V-Mann-Führer. Insofern: Das muss man - - Das vorweg. Und übrigens ist es auch im Fall von Piatto so, dass er auch ausgesagt hat: Sie haben mich gebeten, in die NPD einzutreten. - Insofern ist das da auch aktenkundig und auch eingeführt ins Verfahren in München.

In dem Fall von: Ist er da zufällig hin? Ich habe es ja dargestellt: Natürlich deuten alle Hinweise darauf - - alles spricht dagegen, dass es Zufall war, alles: das Timing, das Personengeflecht, seine Umstände, die Distanz nach Chemnitz. Ist der letzte Bew- - Also wie ist der letzte Beweis zu führen? Der letzte Beweis wäre natürlich ein Vermerk, ein operatives - - sozusagen operativer Vermerk aus dem Landesamt für Verfassungsschutz Brandenburg, wo das so schwarz auf weiß dasteht. Gibt's den? Kann man den finden? Das wird hoffentlich Ihr Untersuchungsausschuss zeigen. Aber ich würde rein von der Logik sagen: Alles andere, wie man so schön sagt - vor Gericht -, ist lebensfremd, meiner Ansicht nach.

Und wir haben natürlich generell - vielleicht noch abschließend - das Problem, dieses - - dass dann uns als - - ich sage jetzt mal, die wir uns professionell damit beschäftigen: Am Ende haben wir ja nur die Quellen Akte, Zeitzeugen. Und wenn es die Akte nicht gibt oder es sie nicht öffentlich gibt, hat man nur noch die Zeitzeugen. Wenn die nicht an der Aufklärung partizipieren, hat man - - bleibt man mit dieser Frage zurück. Und so ist es ja in 90 % der offenen Stellen im NSU-Komplex.

Sachverständiger Prof. Dr. Hajo Funke (Kontur-Verlag UG):

Ich kann ganz kurz sein: Ich stimme dem zu. Wir wissen es nicht, aber es liegt nahe. Es ist absolut untypisch, dass jemand sechs Stunden nachts, tags, wie immer, vielfach als V-Mann-Führer - wie auch immer im Einzelnen - ihn dahin fährt, wieder abholt, zum Zentrum von „Blut und Ehre“, zum Zentrum von Blood & Honour - duzend, wissend, informierend, engagiert, alles Meyer-Plath, ohne Skrupel, wie er auch einbekannte im Untersuchungsausschuss. Also ich folge da Dirk Laabs.

Die Nachfrage ist natürlich: Wenn man das so bewusst gesteuert hat und dann ein so umfassendes Wissen hat, was um alles in der Welt hat man dann getan, damit man nichts getan hat oder jedenfalls nicht das Angemessene? Und da wird es dann wirklich schwierig. Und ich erwähne nur, wie dramatisch oder wie umfangreich das war: Mirko Hesse, ein zentraler V-Mann von M. und tutti quanti aus der Abteilung 2 des Bundesamts, auch einbekannt im ersten Untersuchungsausschuss, Mirko Hesse war sehr nah bei den „Hammerskins“, er war auch in dem Gründungsprozess dabei. So, das ist die - - Dann haben wir den Piatto, dann haben wir den Corelli, der wiederum mit anderen - KKK zum Beispiel in Baden-Württemberg - zu tun hatte, Achim Schmid, von dem mir die Chefin des Landesamts für Verfassungsschutz noch öffentlich versichert hat, sie kenne keinen V-Mann des LfV Baden-Württemberg, der A. Schm. heiße, obwohl es schon bekannt war.

So, also was ist die Logik und die Zielangabe dieses Systems der Erfassung, der Erfassung der Szenen, des Eindringens, der Infiltration und zum Teil eben auch - im Falle Thüringens nachgewiesen - der Steuerung im Sinne einer forcierenden Radikalisierung? Die bisherige Erklärung liegt - - Man will möglichst viel wissen. Man will ein inneres Auge haben. Das ist ja nun auch klar. Man hatte ein inneres Auge. Aber offenbar ging es dann um Straftaten, und dann war man ja auch in der Falle. Man war dann in der Falle, dass man nun versuchen muss, darüber zu schweigen. Denn es wäre sonst Strafvereitelung im Amt denkbar, wenn die Behörden, die entsprechend zuständigen Behörden das überhaupt ins Auge fassen und der öffentliche Druck dazu da ist, oder sogar Beihilfe zum Mord.

Sachverständiger Dirk Laabs (Verlagsgruppe Random House GmbH):

Ja, der Staat wird da sehr schnell zum Komplizen gemacht natürlich. Aber ich wollte noch eine Sache - - weil die ist, glaube ich, an der Stelle wichtig - - weil ich ja weiß, was Carsten Szczepanski dazu sagt: Der streitet das alles ab. - Das ist jetzt vielleicht wichtig so fürs Protokoll. Er streitet ab, dass es um Waffen ging; er streitet ab, er ist da hingesteuert worden; er streitet ab, dass es da irgendeinen Plan gab, das vielleicht mal als - - um die mir bekannte Position des Zeitzeugens noch mal hier vorzutragen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

So, die Zeit ist um. Das Fragerecht wandert zur AfD-Fraktion.

Abgeordneter Galau (AfD):

Ja, vielen Dank. - Ich bin auch erst mal beeindruckt und erschlagen von der Vielfalt der Informationen, die wir hier heute bekommen haben. Ich denke mal, da haben wir noch viel auszuwerten danach.

Nachdem wir jetzt so viel aus der Praxis gehört haben, komme ich doch noch mal auf einen kleinen, ja, auf einen theoretischen Ansatz zurück. Wir haben ja hier nun zwei Leute mehr oder minder aus der Praxis, zwei Leute dann doch eher aus dem Forschungsbereich sitzen; und da würde ich gerne mal was sozusagen zur Methodik noch mal wissen: wie sich Ihr Erkenntnisgewinn zur Entwicklung der rechtsextremen Szene, insbesondere zur Entwicklung des Rechtsextremismus, gestaltet.

Denn es gibt ja verschiedene Möglichkeiten der Analyse. Also zum einen kann man im Rahmen einer Feldanalyse quantitativ Fragebögen auswerten oder qualitative Befragungen machen im Interviewrahmen, Längsschnittstudien machen. Wir hatten ja den Herrn Botsch schon vorhin mal gehört, der das ja gemacht hat. Oder haben Sie nur Schriften ausgewertet aus dem Bereich? Das wäre die erste Frage.

Das Zweite, was mich interessieren würde: Wir haben ja eben auch sehr viel über den Rechtsextremismus, Terrorismus gehört. Wie unterscheidet sich eigentlich für Sie der Extremismus vom Radikalismus? Also diese Begriffsabsetzung würde mich auch mal interessieren.

Und eine letzte Frage wäre jetzt erst mal in der ersten Runde: Welche wissenschaftlichen Zugänge kommen aus Ihrer Sicht für die Beschreibung und Erforschung des Phänomens Rechtsextremismus am ehesten in Betracht? Also da gibt es politikwissenschaftliche Zugänge, soziologische, juristische und kriminologische Zugänge, psychologische, genderorientierte, pädagogische Zugänge, also all das, was jetzt die Methodik für Sie ausmacht.

Ich glaube, da sind unsere beiden Forscher, denke ich, am ehesten gefragt. Aber vielleicht können Herr Laabs und Herr Rautenberg dazu auch was sagen. - Vielen Dank.

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Also richten sich die Fragen an alle vier.

Abgeordneter Galau (AfD):

An alle.

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Gut. – Dann würde ich einfach mal wieder von mir aus gesehen von rechts nach links durchgehen. Herr Prof. Rautenberg, bitte.

**Sachverständiger Prof. Dr. Erardo Cristoforo Rautenberg
(Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg):**

Also die wissenschaftliche Einordnung und Bewertung überlasse auch ich gern den Wissenschaftlern. Die Wissenschaft ist sich ja nicht immer einig. Also ist man gut beraten als Praktiker, sich herauszuhalten aus dieser Diskussion.

Die Erkenntnisse, die man gewonnen hat oder die ich gewonnen habe, beruhen also auf den Erfahrungen, die man im Rahmen der Strafverfolgung gewonnen hat - wobei ich mich allerdings bemüht habe, auch in gewisser Weise Ursachenforschung zu betreiben, weil man natürlich wissen muss: Wie reagiert man darauf? Also die Kriminalität, die rassistischen und fremdenfeindlichen Straftaten der 90er-Jahre oder bzw. die bis in die 2000er-Jahre hineinreicht - das hatte ich gesagt -, wurde weitgehend von Jugendlichen und Heranwachsenden begangen, also insbesondere diese Gewalttaten, und da will man natürlich schon wissen: Was sind die Ursachen gewesen? Wie kommen die Jugendlichen und Heranwachsenden dazu, das zu machen bzw. was gibt es für Möglichkeiten, darauf angemessen zu reagieren? Und da hat man eben doch versucht, auch wissenschaftliche Erkenntnisse einfließen zu lassen. Also beispielsweise eine Frage war, wenn jemand wegen einer rechtsextremistischen Gewalttat, dass also jemand geprügelt worden ist aus rassistischen oder fremdenfeindlichen Motiven aus einer Clique heraus, wenn der verurteilt wird zu einer Jugendstrafe und die wird zur Bewährung ausgesetzt, ob die Bewährungsaufgabe, dass er sich von seiner früheren Gruppe jetzt fernhält, ob das Sinn macht oder nicht. Da hat man eben aufgrund der Auswertung der Verfahrensverläufe festgestellt: Das macht schon Sinn. Wenn man diese Bewährungsaufgabe nicht macht, ist die Wahrscheinlichkeit, dass der eben wieder zur Clique kommt und dann geht es weiter, sehr groß.

Das sind solche Einzelerkenntnisse, die man gewonnen hat. Und natürlich hat man wissenschaftliche Ergebnisse auch realisiert. Aber in erster Linie - das muss ich ganz offen sagen - sind wir mit der Bewältigung der Kriminalität, mit der Aufklärung der Straftaten und der Anklage schon ziemlich ausgelastet. Also große Analysen können wir uns wirklich nicht leisten. Dafür haben wir auch nicht das entsprechende Personal. Deshalb müssen wir uns da auf die Wissenschaft stützen. - Danke schön.

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Herr Laabs, bitte.

Sachverständiger Dirk Laabs (Verlagsgruppe Random House GmbH):

Die wissenschaftliche Frage nach der Begrifflichkeit würde ich auch tatsächlich den Akademikern überlassen. Ich bin hier der einzige ohne Titel, wie ich gerade sehe, aber das ist schon okay.

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Trotzdem willkommen.

Sachverständiger Dirk Laabs (Verlagsgruppe Random House GmbH):

Zu der Frage, die ja berechtigt ist, also wie gewinnt man seine Kenntnisse, ist völlig klar; ich kann natürlich nicht zu sehr ins Detail gehen, weil, wir haben ja auch Quellenschutz ironischerweise, paradoxerweise bei den Journalisten. Aber es ist schon so, dass ich versuche, außer jetzt die öffentlich zugänglichen Untersuchungsausschussberichte und Quellen immer auch Zeitzeugen direkt zu fragen, dass man eben nicht nur durch Zusammenfassung von Behörden oder sonst wie oder meinetwegen Parlamenten dann sein Wissen da gewinnt. Und natürlich ist immer, ist es auch so, dass, wenn man jetzt Akteure, mit Akteuren aus der rechten

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

Szene spricht, die natürlich manchmal mit Journalisten offener reden als mit Strafverfolgungsbehörden - ist auch klar -, und es ist halt so, dass - das muss man auch, das werden Sie wissen, ich betone es noch mal -, die Szene glaubt nicht, was Unrechtes zu tun, sie wähnt sich im Recht. Die haben auch diesen ganz klaren missionarischen Anspruch. Das ist auch nicht ungewöhnlich für solche Szenen. Und die wollen ja bekehren, deswegen reden sie auch sehr offen über, erstaunlich offen über ihre Gedankenwelt. Und daraus kann man dann eben auch sehr viel lernen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Herr Prof. Funke.

Sachverständiger Prof. Dr. Hajo Funke (Kontur-Verlag UG):

Also es geht, Herr Galau, um Erfahrungswissenschaft. Das heißt, wir müssen Daten sammeln und sie dann interpretieren. Und wir sammeln Daten in den Organisationsstrukturen, auch klassisch-politologisch, in den Netzwerkanalysen, also die Verbindung, alles, was wir vorhin gemeinsam unterschiedlich dargestellt haben. Aber wichtig ist auch die soziologische Ausweitung, weil wir ja Ursachenvermutungen stützen müssen. Und da ist sozusagen die Soziologie eines Dietmar Sturzbecher, die Soziologie des Pfeiffer-Instituts in Hannover sehr, sehr wichtig gewesen, um sozusagen die Dynamik und die Integration in den Rechtsextremismus bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu erfassen und die Dynamik zu verstehen und damit dann auch unterschiedlich starke Identifizierungsgrade festzustellen, die es dann erlauben, mit Bewährungshilfe tatsächlich sie herauszulösen und anderen Bedingungen, also Polizei vor Ort, einer guten Sozialperspektive außerhalb des Rechtsextremismus vor Ort in den Kommunen. Das heißt, die Fragen dehnen sich aus und man versucht natürlich dann auch, entsprechende Antworten zu diskutieren oder sogar vorzugeben, wenn der empirische Stand genügend groß ist. Also es kommen dann auch kommunalpolitische Analysen hinzu, unter welchen Bedingungen - Oranienburg zum Beispiel, Wittenberge, wo wir das gemacht haben -, sind günstig dafür, dass es ein Abschwellen oder ein Eindämmen dieser rechtsextremen Szenen

gibt. Soziologisch, individualpsychologisch, da kommen also Individualpsychologen heran, zum Beispiel, das kann man auch mit Soziologen machen wie die Christel Hopf, die analysiert hat Familie und Rechtsextremismus und die Bedingungen geklärt hat, unter denen Leute rechtsextrem sind und im Grunde fast ethnozentrisch immun sind dann, wenn sie eine gute Kindheits- und Jugendprognose haben. Das ist eine sehr faszinierende und sehr optimistisch machende Einschätzung, weil dann Demokratie matters. Sie können dann Leute aus den verschiedenen rechtsextrem orientierten Szenen als Jugendliche und Kinder herausziehen. Also es hängt sehr von den Fragen ab, sie gehen erfahrungswissenschaftlich vor. Das geht durch Feldbeobachtung, das haben wir in Oranienburg und Leegebruch gemacht - zum wütenden Widerstand des Innenministeriums damals, es war zu früh, das war 2000, und anderer -, also eher qualitativ, und Sturzbecher hat es quantitativ gemacht. Wenn man das zugleich nutzt, dann kommt ein ziemlich dichtes Bild heraus. Wenn man dann die eigenen Fragen auch begrenzt, wir haben nicht über alles, wir haben es nicht repräsentativ, aber es ist für Leegebruch bei Oranienburg repräsentativ oder es ist für Oranienburg repräsentativ, dann können wir sehr weit sozusagen in der Beurteilung der Szene kommen und dann auch entsprechende Folgerungen, Empfehlungen für die lokalen politischen Akteure ziehen.

Abgeordneter Galau (AfD):

Entschuldigung, da hätte ich gleich noch eine Nachfrage. Und zwar gerade noch mal, was den kommunalpolitischen Ansatz anbelangt, was Sie eben gesagt haben: Sehen Sie denn aus Ihrer Sicht einen Zusammenhang zwischen der Entfernung - sage ich jetzt mal - aus der Metropolregion hinein in die Peripherie, dass da so bestimmte Demografiedefizite dann ausscheiden?

Sachverständiger Prof. Dr. Hajo Funke (Kontur-Verlag UG):

Also es gibt die Studien von Stöss und Niedermayer, die quantitativ sind und die zeigen, dass, je weiter sie in den 90er-Jahren in Sonderheit und Anfang des letzten Jahrzehnts vom Zentrum, vom Speckgürtel entfernt sind, die Bereitschaft zu aggressiven Reaktionen auf soziale Entbehrungen - ich verkürze das sehr - größer ist

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

und die Bereitschaft zur rechtsextremen Orientierung auch. Aber sie haben jetzt wiederum vermieden, die Ursachen in den Familien anzugehen. Das schaffen sie mit ihren - nicht Sie, sondern die Studien von Stöss und Niedermayer - - Das müssen dann wieder andere machen, und die kommen dazu, dass das autoritäre Potenzial zuweilen - in jener Zeit - größer war.

Das heißt wiederum in der Konsequenz, Sie brauchen die soziale Adressierung, Sie brauchen die psychologische Adressierung, und natürlich brauchen Sie dann zur Analyse der Gefahren für eine neue Welle auch die öffentlichen Debatten. Also, entfesseln Sie Ressentiments gegen Flüchtlinge, die nun Objekt der Migrationsdebatten sind, oder machen Sie es nicht? Und das macht natürlich einen Unterschied aus. Nicht dass die einzelnen Parteien, also eine rechtspopulistische wie die, die Sie repräsentieren, unmittelbar für die Gewalt verantwortlich ist, aber sie ist schon daraufhin zu befragen, ob sie Ressentiments entfesselt oder nicht. Das variiert innerhalb der AfD sehr stark. Sie sind schon auch Gegenstand der Analyse.

Abgeordneter Galau (AfD):

Dann frage ich auch noch mal direkt - -

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Herr Botsch bitte noch.

Abgeordneter Galau (AfD):

Ich würde nochmal ganz kurz fragen, wo wir gerade dabei sind, weil Sie ja sagen, dass wir das jetzt entweder entfesseln oder nicht entfesseln. Die Frage stellt sich ja dann auch: Wenn wir es nicht tun würden, würde dann diese Debatte innerhalb der Bevölkerung unterbleiben?

Sachverständiger Prof. Dr. Hajo Funke (Kontur-Verlag UG):

Nein, man kann sie anders führen. Man muss sie nicht in der Beschwörung, dass dieser Flüchtling oder diese Flüchtlingsgruppe von Natur aus oder ähnlich eine Gefahr für die Demokratie und für das Zusammenleben darstellt. Da gibt es große Variation, aber das ist ein eigenes Thema, das wissen Sie auch, ob man das fair macht gegenüber den Anwohnern wie gegenüber den Flüchtlingen oder eher mit abwertenden Konnotationen. Und Teile der Debatten sind dann abwertend, und da entsteht das Problem.

Noch zur Definition - es sei denn, du machst das -: Rechtsextremismus ist ja auch durch die Verfassungsschutzbehörden sozusagen eingeführt, und deswegen sind viele Sozialwissenschaftler daran interessiert, mit diesem Begriff zu arbeiten. Den Begriff „rechtsradikal“ vertritt etwa Michael Minkenberg, der damit eher - ganz ähnlich in dem, was es umschreibt - vergleichbare Phänomene, zum Beispiel die jetzt wieder aktuell gewordenen rechtsradikalen Tendenzen in den Vereinigten Staaten, in Frankreich und in Deutschland zu vergleichen und gesellschaftliche Ursachen zu definieren, wie etwa zu viel Modernisierungserfahrung, gegen die man dann in einem Gegenpush sozusagen sich wehrt und damit den Boden für rechtsradikale Tendenzen bereitet. Michael Minkenberg in Frankfurt (Oder) macht das vorzüglich.

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Nun aber doch Herr Dr. Botsch.

Sachverständiger Dr. Gideon Botsch (Moses Mendelssohn Zentrum):

Ja, bezüglich der Unterscheidung zwischen Radikalismus, Extremismus möchte ich mich dem anschließen, was Hajo Funke gesagt hat. Das kann man ganz gut bei Michael Minkenberg nachlesen, wo da die Unterscheidung zu treffen ist oder getroffen werden kann. Das ist aber auch ein bisschen an Zugriffsweisen orientiert, wie sie etwa

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

der Verfassungsschutz hat. „Rechtsextremismus“ ist kein ordinär wissenschaftlicher Begriff, sondern einer, den die Wissenschaft aufgegriffen hat und seit vielen Jahrzehnten versucht zu füllen - mit gemischten Ergebnissen; viele Fachkollegen sind sehr unglücklich mit dem Begriff. Das ist auch einer der Gründe, warum Michael Minkenberg versucht, mit Begriffsvarianten besser zurande zu kommen, etwa mit „Rechtsradikalismus“.

Was die Frage der Zugangsweise betrifft, kann man sagen, dass der Zugang zum Gesamtphänomen des Rechtsextremismus sehr breit variiert, dass es da sehr viele verschiedene disziplinäre wie methodologische Zugänge, auch sehr viele unterschiedliche Quellen gibt, keine einheitliche Linie, keine klare disziplinäre Zuordnung. Das ist auch berechtigt soweit, weil das natürlich dann eine breitere Palette an Ergebnissen, interessantere Ergebnisse gibt, natürlich auch viel Abweichung und in der Praxis manchmal auch Schwierigkeiten, die Begriffe zu vereinheitlichen. Das betrifft etwa die Einstellungsforschung, meines Erachtens noch nicht abschließend befriedigend gelöst. Ich glaube, das sehen auch viele Einstellungsforscher so. Insofern ist ganz stark die Frage: Welche Materialien ziehe ich heran? Mit welchen Methoden werte ich sie aus? - Eine Frage nach den Erkenntnisinteressen, die ich formuliere.

Hier würde ich sagen, können wir wissenschaftliches Vorgehen nochmal von anderen Zugangsweisen absetzen, journalistischen beispielsweise oder solchen, die primär von einer politischen Absicht getragen sind, was vollkommen legitim ist, von einer politischen Absicht getragen zu sein. Nur, als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind wir immer gehalten zu sagen: Wir stellen offene Fragen. - Fragen ist unser Metier, und die Antworten können uns selber auch überraschen. Was müssen wir dazu tun? Wir müssen unsere Erkenntnisinteressen formulieren, dabei möglicherweise normative Grundpositionen nach dem Gebot von Max Weber auch markieren, also sozusagen Dinge, die unser Erkenntnisinteresse möglicherweise trüben könnten. Wir müssen Fragestellungen reflektiert entwickeln, wir müssen methodisch kontrolliert vorgehen und über diese Methode Rechenschaft abgeben, und wir müssen intersubjektiv nachvollziehbar formulieren. Das sind so die im Prinzip - - Das wird nicht immer erfüllt, da kann man jetzt sagen, da kann man schlechte oder

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

gute Wissenschaft machen. Aber das ist sozusagen das, wo Sie sagen können, da sind so die Unterschiede.

Wenn Sie mich persönlich fragen: Ich bin Politikwissenschaftler mit einer stark historisch zeitgeschichtlichen Orientierung. Das heißt, mein primäres Material sind Quellen, die ich quellenhermeneutisch befrage. Das heißt, mein Erkenntnisinteresse ist mit Droysen und Max Weber ein erkennendes Verstehen - daran orientiert -, im Unterschied zu analytischen Verfahren, wie sie oft in der quantitativen Sozialforschung stattfinden, denen ich persönlich nicht zuneige.

Und da möchte ich nochmal das ergänzen, was Herr Laabs in Bezug auf die Frage von Herrn Dr. Schöneburg bezüglich der möglichen Quellen erwähnt hat: Ja, die behördlichen Aktenmaterialien sind eine wesentliche und wichtige Quelle, Zeitzeugen sind eine zweite wesentliche und wichtige Quelle, aber gerade für meine eigene wissenschaftliche Arbeit ist das Primärmaterial, das Originalmaterial das Textuelle - in einem weiteren Sinne -, und darin natürlich das schriftliche Primärmaterial von besonderer, herausragender Bedeutung. Und ich meine, wenn wir dieses Material schon im Zeitverlauf in den 1990ern ernster genommen hätten, dann hätten wir auf die Dinge, auf die Herr Laabs hingewiesen hat, nämlich Rassismus als Ziel, schon früher reagieren können, dann hätten wir es früher erkannt. So, wie es sicherlich in den aktuellen Debatten außerordentlich wichtig ist, sich mit den Originalen, den primären Materialien auseinanderzusetzen. Das betrifft etwa auch die - - Wenn sie die Bewertung neuerer Phänomene wie etwa die Bewertung Ihrer Partei im Zusammenhang mit Rechtsextremismus betreffen, dass Sie da hingucken müssen, was dort produziert wird. - Habe ich Ihre Frage damit beantwortet?

Abgeordneter Galau (AfD):

Ich denke, schon.

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Die Zeit würde noch für eine Frage reichen, aber nicht für die Antworten. Deshalb bitte aufheben für die nächste Runde. - Das Fragerecht geht zur Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abgeordnete Nonnemacher (GRÜNE/90):

Danke schön, Herr Vorsitzender. - Meine Herren, auch von meiner Seite nochmal herzlichen Dank für die hochkonzentrierten Informationen, die Sie uns hier gegeben haben. Ich möchte zunächst bei Herrn Prof. Rautenberg anfangen und an das anknüpfen, was Dr. Schöneburg auch gefragt hat.

Wir haben vorhin schon rausgearbeitet: Sie halten Straftaten von V-Personen für nicht zu vertreten. Sie lehnen es ab, wenn praktisch gesetzlich noch die Grenze aufgezeigt wird: Das könnt ihr machen, und das dürft ihr auf gar keinen Fall mehr machen. - Sie haben sich hier auch zu einer Distanz zum V-Personen-Wesen insgesamt bekannt. Ich möchte nochmal aus einem Interview, was Sie anlässlich des NPD-Verbotsantrages gegeben haben, zitieren:

„Ein neuer Verbotsantrag würde aber, nach dem Scheitern des letzten, erfordern, dass man diese Spitzel abzieht. Ich meine, dass der Schaden gering wäre, wenn man sie abziehen würde.“

Das ist auch eine Aussage, die Sie, denke ich, weiterhin so aufrechterhalten würden.

Jetzt komme ich nochmal zum Quellenschutz in Verbindung mit dem V-Leute-Wesen. Gerade in Strafverfahren haben Staatsanwaltschaften ja immer wieder mit Vertrauensleuten der Polizei zu tun, deren Quellenschutz im Unterschied zum Quellenschutz bei V-Leuten des Verfassungsschutzes eingeschränkt ist. Ihre Informationen dürfen ja im Verfahren einfließen und herangezogen werden. Führt das

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

nach Ihrer Beobachtung dazu, dass die häufig oder häufiger als andere V-Leute enttarnt werden und auffliegen? Wie ist da Ihre Beobachtung?

**Sachverständiger Prof. Dr. Erardo Cristoforo Rautenberg
(Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg):**

Also da fehlen mir einfach die Erfahrungen, weil solche Verfahren eben doch verhältnismäßig selten vorkommen. Es ist jedenfalls so: Wenn man einem Zeugen nicht in die Augen gucken kann, weil seine Identität verschleiert wird, ist der Beweiswert - da gibt es auch, glaube ich, gar keine unterschiedliche Auffassung - geringer, als wenn er eben diese Tarnung bei der Vernehmung nicht hat.

Denn bei der Frage, wie eine Zeugenaussage zu bewerten ist, kommt es ja auch darauf an, dass man Reaktionen auf Fragen erkennt. Wenn da nur die Stimme zu hören ist und die vielleicht sogar noch verzerrt ist, dann ist das alles abgeschnitten. Das heißt, so ein Zeuge hat einen geringeren Beweiswert. Und Fälle, wo sich eine Verurteilung dann ausschließlich darauf stützt, sind verhältnismäßig selten. Da müssen andere Beweismittel sozusagen noch hinzutreten, damit es reicht, also ein sehr, ein Beweismittel, was man sicherlich gelegentlich braucht, dessen Stellenwert aber nicht, in der Praxis nicht sehr hoch anzusetzen ist.

Was jetzt die V-Leute angeht, stimmt das. Also da habe ich eine kritische Einstellung zu. Man kann mir natürlich entgegenhalten, dass ich vom Verfassungsschutz keine Fachahnung habe, also deshalb da Dilettant bin; das ist richtig, ich habe also so eine Behörde noch nie geleitet und habe das auch nicht vor und werde es jetzt auch nicht mehr können. Aber es sind einfach meine bisherigen persönlichen Erfahrungen. Was die nun für einen Stellenwert haben, das ist Ihnen überlassen. Ich persönlich bin eben aufgrund meiner Berufserfahrung sehr skeptisch und finde es eben richtig, dass man sowohl für die V-Leute als auch die verdeckten Ermittler der Polizei den Grundsatz hat, dass sie keine Straftaten begehen dürfen, als Grundsatz, und wenn sie sie dann situationsgemäß begehen und das wird bekannt, dann muss man das eben im

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

Rahmen der Würdigung dieser Straftat entsprechend bewerten. Aber das ist dann eine justizielle Frage. Wobei man natürlich sagen muss, dass die Justiz in vielen Fällen von Straftaten auch von V-Leuten gar nichts erfährt. Das setzt ja erst mal voraus, dass man sie erfährt.

Wenn wir erfahren, dass so etwas geschieht, dann sind wir verpflichtet, zu ermitteln, dann müssen wir den Sachverhalt aufklären und dann müssen wir natürlich auch, wie in jedem anderen Fall, sehen, unter welchen Umständen so eine Straftat begangen worden ist und ob der Täter eben besondere Interessen verfolgt hat, die mit seinen persönlichen Interessen nicht zu tun hatten. Das würde ja alles mit einfließen, und dann würden wir eben eine Entscheidung treffen.

Aber Freiräume für Straftaten einzuräumen, da bin ich also strikt dagegen und meine, dass das der falsche Weg ist. Aber das ist meine persönliche Meinung, und es gibt sicherlich genügend, die das anders sehen.

Abgeordnete Nonnemacher (GRÜNE/B 90):

Danke schön. - Falls jemand noch was beizutragen hat zu der Frage, ist die Enttarnung von polizeilichen Vertrauensleuten ein häufiges Phänomen, nur zu. Sonst würde ich weiter Herrn Prof. Rautenberg befragen. - Also offensichtlich nicht.

Herr Prof. Rautenberg, Sie haben eindrücklich geschildert und ausführlich geschildert damals die Ermittlungen gegenüber Freikorps Havelland als terroristische Vereinigung, dass sie dafür stark kritisiert worden sind sowohl von der Presse - so Stichwort: Nestbeschmutzung -, aber auch, dass Sie auf erheblichen Widerstand aus dem Innenministerium gestoßen seien. Wie hat sich denn dieser Widerstand geäußert? Wer aus dem Innenministerium hat denn versucht, Sie in welcher Form zu beeinflussen? Wie wurde der Druck ausgeübt auf die Staatsanwaltschaft, eventuell auf polizeiliche Ermittlungen, und von welcher Ebene im Innenministerium ging das aus?

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

**Sachverständiger Prof. Dr. Erardo Cristoforo Rautenberg
(Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg):**

Also von irgendwelchem massiven Druck kann keine Rede sein. Ich habe also deutlich gemacht, dass mir das sozusagen von Polizeibeamten irgendwie auf dem Weg mitgeteilt worden ist, dass man das nicht sehr gern sieht, diese Ermittlungen in Richtung des Freikorps, weil es Jugendliche und Heranwachsende sind. Aber mehr ist da nicht geschehen. Es war einfach nur, dass man gemerkt hat, das ist nicht unbedingt erwünscht, und man hat auch gemerkt, dass viele damit gerechnet haben, dass es einen Freispruch gibt. Und dann wäre für mich die Luft wahrscheinlich eng geworden zur damaligen Zeit. Das war mir auch klar. Das hätte ich wohl nicht im Amt überlebt. Aber sonst ist es nicht zu irgendwelchen Einwirkungen gekommen, auch nicht auf die Polizei, bzw. die Polizisten, die da ermittelt haben, die haben sich auch nicht so leicht durch politische Vorgaben einschüchtern lassen. Das war wirklich eine Truppe, die hat einfach Straftaten aufgeklärt und war da sehr engagiert. Das sind mehr – ich sage mal – bestimmungsmäßige Sachen, die mir damals allerdings schon aufgefallen sind.

Abgeordnete Nonnemacher (GRÜNE/B 90):

Na ja, wenn Sie sagen, bei einer gegenteiligen Einordnung, dass dann nach 139, nein, 129a vorgegangen wird durch die anderen Gerichte, wäre es für Sie politisch eng gewesen, das ist ja schon ein erheblicher Druck. Also dass Sie sagen, die Stimmung sei ein bisschen schwierig gewesen, also das möchte ich ja doch noch mal hinterfragen. Aber - -

**Sachverständiger Prof. Dr. Erardo Cristoforo Rautenberg
(Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg):**

Bei der ganzen Problematik Toni Stadler war das genauso, nicht. Es war ja damals so, dass diese Auffassung, V-Leute dürften Propagandamaterial verteilen, das war nicht nur die Auffassung des brandenburgischen Innenministeriums, das war auch die Auffassung des Bundesinnenministeriums, damals von Herrn Schily geleitet, und das

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

wurde, wie ich allerdings erst später erfahren habe, auch an der Bundesschule für Verfassungsschutz gelehrt. Und ich habe dann in einem Schreiben an meine Kollegen und den Generalbundesanwalt diese Rechtsauffassung geschildert und habe mitgeteilt, dass ich diese Rechtsauffassung nicht teile, und habe die Kollegen gebeten um Stellungnahmen. Und dann haben wir bei der nächsten Tagung in Karlsruhe beim Generalbundesanwalt darüber diskutiert, und alle Kollegen haben sich der Meinung angeschlossen. Wenn das anders gelaufen wäre, wäre es auch wieder eng geworden, nicht. Also das habe ich jetzt mehrfach erlebt in meiner Amtszeit. Aber, ich sage mal, die Massivität, da kann ich jetzt keine Unterschiede feststellen. Das ist schon im Bereich des Erträglichen geblieben; denn man wird ja schließlich auch dafür bezahlt, dass man das aushält.

(Heiterkeit - Beifall aus den Zuschauerreihen)

Abgeordnete Nonnemacher (GRÜNE/B 90):

Haben Sie eigentlich auch entsprechende Rückmeldungen oder Zeichen der Missbilligung aus dem Justizministerium in Brandenburg erhalten? Oder nur aus dem Innenministerium?

**Sachverständiger Prof. Dr. Erardo Cristoforo Rautenberg
(Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg):**

Damals bei Toni Stadler aus dem Justizministerium, weil man eben diese Rechtsauffassung für falsch hielt.

Abgeordnete Nonnemacher (GRÜNE/B 90):

Und bei den Freikorps-Ermittlungen?

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

**Sachverständiger Prof. Dr. Erardo Cristoforo Rautenberg
(Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg):**

Beim Freikorps war das nicht der Fall.

Abgeordnete Nonnemacher (GRÜNE/B 90):

Sie haben bei den Ermittlungen zum Freikorps Havelland mehrfach ausdrücklich die Polizei gelobt, die gut ermittelt hätte. Was hat in Ihren Augen diese gute Ermittlung ausgezeichnet, wer war da beteiligt an den guten Ermittlungen? Vielleicht können wir die Herren und Damen nochmal hier als Zeuginnen und Zeugen gebrauchen. Und sind Ihnen weitere Ermittlungen bei Rechtsextremismusfällen bekannt, wo Sie sagen: Das war wirklich hervorragende Arbeit durch die Polizei.

Sachverständiger Prof. Dr. Erardo Cristoforo Rautenberg (Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg):

Also da könnte ich Ihnen jetzt nicht eine Liste vorlegen, und ich kann Ihnen jetzt auch keine Namen nennen, das ist jetzt zu lange her. Ich habe einfach nur festgestellt, dass, weil ja die, das Verfahren Freikorps Havelland bei meiner Behörde geführt wurde, also es hat die Generalstaatsanwaltschaft geführt und zwei meiner Mitarbeiter haben das bearbeitet und ich war dadurch mit einbezogen, und von denen habe ich einfach diese positive Meldung bekommen, dass die Arbeit sehr gut war. Und das hat sich ja dann dadurch auch realisiert, dass es zu einer Verurteilung gekommen ist. Das ist ja wichtig, dass die polizeiliche Arbeit dann in so einem Fall auch einwandfrei ist, und die Arbeit der Polizei ist oft wichtiger als die der Staatsanwaltschaft; denn wenn da was schiefgeht, bei der polizeilichen Arbeit, ist das oft nicht mehr zu heilen.

Abgeordnete Nonnemacher (GRÜNE/B 90):

Herr Prof. Rautenberg, Sie hatten heute Vormittag ausgeführt, dass Sie eine Liste der einschlägigen rechtsextremistischen Straftaten geführt haben, die auf der Homepage der Generalstaatsanwaltschaft abrufbar ist und bis 2013 geht. Halten Sie es nicht für sinnvoll, dass jetzt in Anbetracht der massiven Zunahme von rechtsextremistischen Straftaten gerade seit 2014 diese Liste weitergeführt wird?

**Sachverständiger Prof. Dr. Erardo Cristoforo Rautenberg
(Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg):**

Also das war ein enormer Aufwand, diese Liste zu führen. Und wir haben sie ja auch personenbezogen geführt, das heißt, mit den Daten der Beschuldigten. Hintergrund war eben auch, dass es in der damaligen Situation - die Führung dieser Liste begann 1998 - aus meiner Sicht nötig war, diese Straftaten auch genau zu kontrollieren. Und deshalb war das für mich auch so eine Art Kontrollliste über die Arbeit meiner Staatsanwälte und auch die Arbeit der Polizei - ganz klar.

Ich habe mich damals auch gelegentlich in die Ermittlungen eingemischt, was ich heute nicht mehr machen muss und was eben dem Umstand geschuldet ist, dass wir einfach da jetzt über funktionierende Strukturen verfügen. Ob mir die Datenschützerin nochmal so die Erlaubnis geben würde, weiß ich nicht, denn das ist natürlich datenschutzrechtlich auch nicht unproblematisch. Zumal wir damals ja auch das Phänomen hatten, dass oft Jugendliche mit einer Gewaltstraftat in Erscheinung traten, die dann später gar nicht mehr in Erscheinung treten. Und diese Namen hatten wir natürlich weitergeführt, bis zum Ende des Verfahrens. Also das ist datenschutzrechtlich nicht ganz unbedenklich, so eine Liste zu führen. Damals habe ich das allerdings für erforderlich gehalten.

Heute würde ich das nicht mehr für erforderlich halten, weil wir jetzt über andere Möglichkeiten verfügen, um uns diese Verfahren oder diese Personengruppe - das haben wir jetzt auch gehört - kontrolliert vorzunehmen. Es sind vor allem auch nicht mehr diese Jugendlichen, die in Gruppen - ich sage mal - ziemlich ungesteuert agieren, sondern - haben wir heute gehört - wir haben jetzt vielleicht eher mit Strukturen zu tun. Da gibt es also andere Möglichkeiten, sich der Sache anzunehmen.

Abgeordnete Nonnemacher (GRÜNE/B 90):

Danke schön. - Das ist eine Punktlandung, dass Herr Laabs gerade zurückkommt, weil ich bei dem jetzt sozusagen weiterfragen wollte. Herr Laabs, Sie hatten heute Vormittag aus einem Brief zitiert, der vermutlich in der Zwickauer Wohnung gefunden worden ist:

„DER NSU IST KEINE ABSTRAKTE SACHE. JEDER KAMERAD GEHÖRT DAZU SOFERN ER DEN MUT FINDET ZU HANDELN UND SEINEN BEITRAG ZU LEISTEN.“

Das Problem - Sie haben, glaube ich, von Selbstermächtigung gesprochen - ist auch von den beiden Kollegen, von Herrn Prof. Funke und von Dr. Botsch, angesprochen worden, deshalb die Frage an Sie drei: Was ist Ihr Eindruck? Ist der NSU eher ein Trio, ein Netzwerk oder ein Sammelbegriff für Aktivitäten im politischen Untergrund? Und welche Schlussfolgerungen sollte man für die Ermittlungsarbeit daraus ziehen? Oder sind falsche Schlussfolgerungen gezogen worden?

Sachverständiger Dirk Laabs (Verlagsgruppe Random House GmbH):

Ich denke, man muss da unterscheiden, welchen Maßstab man anlegt. Wenn man hier unten den juristischen Maßstab - 129a, eine feste Organisation usw. -, dann ist die Definition, wie wir sie jetzt in München erleben - NSU: drei Personen, zwei tot, also NSU gibt es nicht mehr - korrekt. Aber ich denke, die Beweisaufnahme nicht nur in

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

München, sondern auch in Ausschüssen, und auch Recherchen haben ergeben, dass eine breitgetragene Bewegung dahinterstand. Ich denke, dass der enge juristische Begriff der Definition einer terroristischen Vereinigung hier so ein bisschen in die Irre führt, weil ich jetzt nicht erkennen kann, dass die Beiträge von einigen der Angeklagten, wenn es auch um die Waffenbeschaffung geht, kleiner gewesen wären - ausdrücklich nicht juristisch gesprochen.

Wenn man das vergleicht, wie man teilweise in den 70er-Jahren gegen Linksextremisten oder Linksterroristen vorgegangen ist - da reichte es ja, eine Waffe von A nach B zu transportieren, und man war Mitglied -, dann geht man hier eindeutig anders vor. Ich sage damit nicht, dass das eine besser oder schlechter ist, aber ich denke, diese Diskussion „Trio oder nicht Trio?“ beruht auch darauf, dass manchmal die Juristen und Nichtjuristen miteinander diskutieren.

Ich sehe mich als Chronist - ich bin kein Jurist -, und als Chronist muss ich niemanden anklagen. Mir ist es auch relativ egal, ob eine Tat verjährt ist. Wobei man zum Beispiel ganz klar sagen kann, dass die Chemnitzer natürlich in der Anfangsphase zum entstehenden NSU dazugehörten - was denn sonst? Und alles andere ist ein Rückschluss der Anklagebehörde aus - sage ich mal - forensischen Gründen. Es gibt ja auch eine kriminalistische Wahrheit, die man vor Gericht wahren muss. Und ich glaube, da muss man einfach trennen. Und da reden manchmal auch in der Öffentlichkeit zwei Lager aneinander vorbei. Insofern ist es ja belegt, dass die Bewegung größer war.

Ob es - - Das ist natürlich gerade in der rechten Szene - wenn ich den Gedanken noch - - Das macht es ja so schwer, immer zu unterscheiden: Wo übertreiben die, und wo ist es ernst? Sind sie das wirklich, was sie vorgeben zu sein? - Es ist nicht so leicht, wie im Nachhinein vielleicht auch von uns als Journalisten manchmal so getan wird. Das ist eine Szene, wo viel behauptet wird. Das gibt es in anderen Zusammenhängen auch. Und dann genau gucken, gibt es jetzt - - Aber sozusagen, dass es ein Netzwerk gab, steht völlig außer Frage. Ob jetzt alle Mitglieder von den Taten wussten, steht auf

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

einem völlig anderen Blatt. Aber ich glaube, man darf sich das da auch nicht zu schwer machen.

Sachverständiger Prof. Dr. Hajo Funke (Kontur-Verlag UG):

Netzwerk, breite Bewegung, Chemnitz - also ich kann das nur bestätigen.

Was die Trennung zwischen Jurist und Nichtjurist angeht: Das ist leider bedenklich, weil, wenn man es zu eng macht, wie es der GBA in München macht, dann wird zu viel ausgeschlossen. Und die Systematik des Ausschließens - - Ich war auf einer Richterakademietagung hier in Brandenburg, da sagte mir einer aus dem Amtsbereich des GBA: Wenn wir die V-Leute-Problematik einbeziehen, dann ist das ein Fass ohne Boden. - Das lässt sich deuten. Also das heißt, natürlich ist das notwendig, und die Nebenkläger haben das ja durchgesetzt, dass bestimmte Rechtsextreme in Chemnitz und Zwickau und V-Leute in Chemnitz und Zwickau und anderswo mit vernommen werden. Das hat ja seinen Sinn: weil sie zur Gesamtbeurteilung der Taten und der Mittäter natürlich von Bedeutung sind. Wenn man das zu eng fasst, schließt man zu viel aus. Das gilt insbesondere für Heilbronn. Deswegen ist Binninger aus Baden Württemberg auch so interessiert zu sagen: Wer waren denn die unmittelbaren Täter? - Sie waren definitiv nicht Uwe und nicht Uwes und nicht Beate, sondern andere, jedenfalls nach allen Zeugenaussagen, die dann aber von dem regionalen Staatsanwalt nicht ernst genommen wurden, sondern einfach an die Seite geschoben wurden. Also da ist viel politische Machination drin, und das dient nicht dem Rechtsstaat und der Aufklärung.

Sachverständiger Dr. Gideon Botsch (Moses Mendelssohn Zentrum):

Der Begriff „Untergrund“ springt einen für die 90er-Jahre in der Beschäftigung mit dem Thema an. Er ist allgegenwärtig - eher in der beobachtenden, kritischen Literatur, aber durchaus in den eigenen Redeweisen. Da wird man eher „Widerstand“ lesen: „Weißer Arischer Widerstand“, „Nationaler Widerstand“ usw. - Aber auch „Untergrund“ taucht auf, ich glaube, '93 beim Antrag, die FAP zu verbieten. Klare Ansage von einem der

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

zentralen Strippenzieher des rechtsextremen, neonazistischen Milieus jener Jahre, dem verstorbenen Rechtsanwalt J. R., Vorsitzenden der von Ihnen in Frage 2 abgefragten „Artgemeinschaft“: Ja, wenn das passiert, dann werden die Leute in den Untergrund gehen, dann wird sich ein Untergrund entwickeln. Und dann wird es hier um harte Ziele gehen. - Das sagt er zu einem Journalisten. Ich glaube, der Satz geht dann weiter - ich zitiere aus dem Gedächtnis -: Richter, Staatsanwälte, Polizisten, Politiker, Sie. - Das ist allgegenwärtig.

Man hat fast das Gefühl, das Ganze funktioniert wie so ein Franchise-Unternehmen. Das drängt sich auch bei Combat 18 auf: Ist das eine feste Organisation in Deutschland? Eher nicht, eher bedient man sich eines Labels. Trotzdem können wir natürlich bei einer Reihe von Tatkomplexen relativ sicher sein, dass sie mindestens unter maßgeblicher Beteiligung der beiden Verstorbenen und der Überlebenden aus dem NSU-Trio vollzogen wurden. Dies Zitat bezieht sich, glaube ich, auf den NSU-Spendenbrief, was Sie gebracht haben, Herr Laabs, wo dieser Satz drinsteht: Jeder, der sich entschlossen hat zu handeln, ist im Nationalsozialistischen Untergrund. -

Das ist aber viel wishful thinking, denke ich, und trotzdem hat man sich so aufeinander bezogen: Wenn der Kay Diesner wehrlose ältere Herren und Polizeibeamte mit schlimmen Folgen über den Haufen schießt, dann ist der einer von uns. - Das ist auch eine Szene und das funktioniert auch wie eine Szene, was mir als Begriff fast lieber wäre als der etwas unbestimmte [Begriff] „Netzwerk“. Dann sagt man eben: Okay, ich brauche ein Handy. - Und dann fragt man eine Bekannte, eine 17-jährige Freundin von einem Kameraden hier: Mach mal eine Unterschrift unter einen Handyvertrag.

Dann habe ich das Ding und fragt mich nicht. So. Und man weiß aber, man kommuniziert sehr viel, die Dinge sind kommuniziert, die Mordaufrufe, die sind allgegenwärtig. Sie sind in der Musik, die hört man täglich. Morgens steht man auf und schiebt sich erst mal die Landser-CD oder die Zillertaler Türkenjäger in den CD-Player und dann hört man den Mordaufruf. Man hört ihn in einer Bestialität und Brachialität und Brutalität mit der interessanten Variante, dass in der zweiten Hälfte der 1990er tatsächlich nicht mehr davon gesprochen wird, wie man jemanden mit Springerstiefeln

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

und Stahlkappen niedertritt oder mit Baseballkeulen niederschlägt, sondern jetzt spricht man von Sprengstoff, jetzt spricht man von Handgranaten, jetzt spricht man von Gewehr mit Zielvorrichtung und man bildet Pistolen mit Schalldämpfer ab. All diese Symbolwelt ist da. Sie ist komplett vorhanden. Sie breitet sich vor uns aus, und nach dem Motto von Heinrich Heine „Der Gedanke geht der Tat voraus wie der Blitz dem Donner“ musste man damit rechnen. Das Bittere ist eigentlich, dass wir heute sehen: Man hätte das ernster nehmen müssen und genauer verstehen müssen, was da passiert, und - wie ich vielleicht ergänzen darf - man hätte es verstehen können.

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Die erste Fragerunde ist damit beendet. - Die Präsidentin dieses Landtags hat alle Ausschussvorsitzenden darauf hingewiesen, auf das Wohlbefinden ihrer Ausschussmitglieder und Gäste zu achten, was Pausenzeiten angeht. Deshalb frage ich, bevor wir in die zweite Runde gehen: Wollen wir eine kurze Pause machen oder weitermachen? - Kopfschütteln heißt weitermachen? - Das scheint mehrheitlich so zu sein. Dann starten wir in die zweite Runde. Wir sind wieder bei der SPD-Fraktion.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD):

Gestatten Sie mir vor meiner nächsten Frage mal noch einen Kommentar, vor allen Dingen auch an Herrn Rautenberg: Sie haben vorhin gesagt, dass Sie bei Ihren Ermittlungen damals das Gefühl hatten, eventuell - ja - boykottiert zu werden, eventuell aus Richtung Verfassungsschutz. Ich möchte mal anmerken: Das, was da gelaufen sein könnte, kann aber auch aus Richtung Staatsanwaltschaft, Polizei oder Verfassungsschutz gekommen sein, sowohl Berlin und Brandenburg. Aber ich werde da noch mal genau hingucken, und dann können wir uns vielleicht noch mal darüber unterhalten.

Meine erste Frage ist ein bisschen provokativ an alle Sachverständigen, auch an Herrn Funke. War es denn damals eigentlich ein Einzelfall, dass Leute aus dem rechtsradikalen Bereich - wir sind ja heute dabei, uns ein Lagebild noch mal zu

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

verschaffen von damals - Waffen haben wollten? Oder war es nicht doch eher so, dass in der ganzen Szene es Leute gab, die auf Waffen heiß waren, dass es auch zum guten Ton schon gehörte und dass der Verfassungsschutz ständig mit Menschen zu tun hatte, die Waffen haben wollten? Also die provokante Frage dahinter: Ist es vielleicht auch deswegen mit durchgerutscht, weil es so eine selbstverständliche Haltung war in diesen Kreisen, oder ist es so, wie hier oft in der Öffentlichkeit gesagt wird: Da war ein ganz besonderer schwerer Fall, der alle hätte aufmerksam machen müssen? Ich will das aus Ihrer Sicht noch mal abgewogen haben.

Die zweite Frage ist: Gibt es nach Ihrer Ansicht wirklich konkrete Belege, die wir weiterverfolgen sollten, dass Brandenburger Rechtsextremisten das Umfeld der NSU radikalisiert haben? Also gibt es da etwas, wo Sie uns noch mal vielleicht wirklich hinweisen möchten?

Und auch an Herrn Rautenberg noch mal: Ich finde das - - Also ich bin sehr beruhigt darüber, wie sehr Sie die Polizeiarbeit loben. Aber war es wirklich so, dass die Brandenburger Polizei auch, nicht doch an manchen Punkten blind war auf dem rechten Auge, weil das ja in anderen Bundesländern durchaus so war, wenn ich die Verfolgungsarbeit noch mal mir genauer angucke? - So weit erst mal meine drei Fragen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Wer beginnt mit der Beantwortung? - Herr Prof. Rautenberg.

**Sachverständiger Prof. Dr. Erardo Cristoforo Rautenberg
(Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg):**

Also diese Affinität von Rechtsextremen zu Waffen, das kann man, glaube ich, voraussetzen, dass das so ist. Die Frage ist ja nur, was mit diesen Waffen geplant ist.

(Abgeordnete Gossmann-Reetz [SPD]: Klar.)

Sind damit irgendwelche Schießübungen geplant? Macht man da sozusagen, macht man sich da irgendwie stark mit, oder hat man mit diesen Waffen konkrete Straftaten gegen Personen vor? - um jetzt diese Überleitung zu finden zum Terrorismus. Und dafür meine ich jedenfalls in Brandenburg keine Anzeichen gefunden zu haben, dass das also so in diese Schiene hineinläuft. Und wir hatten ja auch - - Bei der Freikorps Havelland hatten wir ja auch eben die Brandstiftung als Katalogtat und nicht jetzt etwa die Brandstiftung mit dem Hintergedanken, dass da auch Menschen bei zu Tode kommen können, also diese Schwelle, dass diese Schwelle überschritten werden sollte, dafür hatten wir eigentlich, in Brandenburg jedenfalls, nach meinem Wissen keine Anhaltspunkte. Aber dass eben entsprechende - ich sage mal - Sprüche geklopft wurden, das natürlich zuhauf. Aber da beziehe ich mich mal wieder darauf, was Herr Laabs gesagt hat, das ist dann eben sehr schwer abzuschätzen: Wann wird es jetzt ernst? Und natürlich ist dann, wenn diese Sprüche ständig kommen, wenn auch die Musik eigentlich sehr eindeutig auf so einen Einsatz der Waffen gegen Personen hindeutet, dass man schon, dass man damit rechnen muss, dass so etwas passiert, nicht.

Aber es sind, diese gewaltverherrlichenden CDs sind eben die ganzen 90er-Jahre über gelaufen, also, und es sind auch Personen ganz konkret bezeichnet worden, die jetzt liquidiert werden sollten, unter anderem meine Person ja auch. Und deshalb, wenn ich das jetzt mal so aus meinem Blickwinkel betrachte, ich will jetzt hier auch nichts verraten, wie ich mich absichere, aber dass ich jetzt nun mich um die Häuserecken herumgedrückt habe, weil ich damit gerechnet habe, jetzt geht es dir an den Kragen, diese Einschätzung habe ich nicht gehabt. Dass es dann natürlich irgendwann ernst werden könnte, das haben eigentlich alle und das hat man auch in der Kommunikation - ich sage - mit NGOs oder mit Journalisten hat man das ja ständig als Thema behandelt, dass es so sein könnte, nicht. Aber dass es jetzt wirklich so ernst wird, also dieses Gefühl habe ich in Brandenburg nicht gehabt, dass da so eine gewisse Schwelle war, jetzt, was auch damit zusammenhängt aus meiner Sicht, dass man ja Anfang der 90er-Jahre diese Straftaten, die uns besonders bewegt haben, also Gewalt gegenüber Personen - darauf beschränkte sich auch meine Auflistung, Gewalt

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

gegenüber Personen -, dass das ja auch dazu geführt hat, dass innerhalb der Gesellschaft die Ablehnung solcher Taten sehr stark zugenommen hat.

Also in der Bevölkerung ist ja anfangs, sind diese Skinheads durch die Straßen gezogen und haben viele Leute verprügelt und es wurde noch nicht mal die Polizei gerufen. Das war ja so die Situation. Die Leute haben dann die Gardinen zugezogen und wollten da gar nichts mitbekommen. Und dann ist doch mit der Zeit ein Prozess in Gang gekommen, dass die Bevölkerung es eben nicht gut fand, dass man Leute halb totschießt. Und deshalb hat dieser Wandel dazu geführt, dass es doch Ablehnung gegen Gewalt gegen Personen gab, dass sich da eine breite Front entwickelte. Und ich glaube, das war jetzt für die Szene auch vielleicht mit ein Grund, sich von dieser Art, den Rassismus und die Fremdenfeindlichkeit zu zeigen, etwas distanziert hat, weil sie gemerkt haben, dass sie da im Grunde genommen gegen eine immer stärkere Wand laufen.

Also um es jetzt noch mal zusammenzufassen: Diese persönliche Bedrohung durch derartige Straftaten habe ich also in Brandenburg nicht festgestellt. Es hat natürlich Leute gegeben, wo das anders gelaufen ist; das ist schon richtig. Aber jetzt wirklich die Sorge vor Terrorismus in der Weise, dass jetzt Leute liquidiert werden, diese Sorge - um es auf den Punkt zu bringen -, die habe ich also nicht konkret gehabt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD):

Also mich persönlich wundert das, wenn ich daran denke, dass der Verfassungsschutz damals schon eine Wehrsportgruppe, die Jahre zuvor auch wirklich öffentlich hingerichtet hat schon in Brandenburg - ich erinnere da an eine Gruppe aus Senftenberg -, im Verfassungsschutzbericht immer noch als Spinner abgetan hat und man sie nicht ernst genommen hat. Wie konnte das damals passieren? Ich verstehe es einfach heute nicht mehr.

**Sachverständiger Prof. Dr. Erardo Cristoforo Rautenberg
(Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg):**

Also, jetzt mit Einzelfällen?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD):

Das ist eine Frage an den Verfassungsschutz. Nehmen Sie es als Anmerkung. Vielleicht erst mal die anderen drei zu meiner Frage. - Danke schön.

Sachverständiger Dirk Laabs (Verlagsgruppe Random House GmbH):

Sie wissen ja, Frau Abgeordnete, dass das Wort Waffenaffinität und Neonazis sehr negativ besetzt ist, weil das häufig die öffentliche Ausrede war, warum man nichts gemacht hat gegen Neonazis, die Waffen besitzen: weil das dazugehört. Ich denke, wenn man sich den konkreten Fall wieder anguckt, sprich mögliche Waffen oder die Fragen nach Waffen von 1998 aus der sächsischen Szene heraus in Richtung Piatto, mutmaßlich: Man wusste das ganz genau einzuschätzen, man sieht ja, was danach losgegangen ist.

Sie haben eben gesagt: Hätte man darauf aufmerksam werden müssen? - Es waren ja alle, die Sicherheitsbehörden waren ja alarmiert. Es waren alle vor Ort: BfV, LfV Sachsen. Es gab sofort Sitzungen, also es war denen klar.

Piatto hat einmal über Blood & Honour gesagt: Die waren selbst den meisten Nazis zu rechts. - Und es ist noch nicht so richtig - - Die waren selbst den meisten Nazis zu rechts, also zu radikal. - Mit anderen Worten, weil die Akteure, die wir da vor Augen haben, auch optisch nicht so rüberkommen: Die waren wirklich Hardcore, überzeugte Nationalsozialisten, die wollten ihre Ziele mit Gewalt durchsetzen. Wenn die bei einer geheimen Sitzung darüber sprechen, Anschläge zu begehen, und sich danach nach

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

Waffen umhören - ich glaube, mehr Einladung brauchten die Verfassungsschutzbehörden nicht. Sozusagen, man war aufmerksam.

Und ich würde auch, weil sehr oft Verfassungsschutzberichte zitiert werden - - Das, was der - - Also jedenfalls die, die ich kenne. Die Diskrepanz zwischen dem, was in so einen Bericht reingeschrieben wird, und dem, was die wissen, ist riesengroß. Selbst das, was sie im Parlament sagen, und das, was sie wissen, ist riesengroß. Ich glaube, selbst das, was sie dem Staatssekretär sagen, und was sie wissen, da ist immer noch eine Restdiskrepanz da. Ich höre das in jedem Ausschuss wieder: Man hat das nicht gewusst, weil es nicht im Bericht stand. - Da würde ich skeptisch sein und an den konkreten Fall - - Man hat es gesehen, man hat viel gemacht, und es immer noch völlig unklar, wie man den Ball aus der Hand verlieren konnte. Es ist im Endeffekt immer noch völlig ungeklärt.

Weil die Musik eben noch einmal zur Sprache kam: Warum hat man darauf nicht gehört? - Das ist ein ganz klassisches Phänomen: Die meisten Terroristen kündigen wirklich an, was sie machen werden. Und es wird nicht zugehört. Das war bei den Hasspredigten vor dem 11. September ganz genauso. Da hat man ganz öffentlich durchdekliniert, wer warum wie umgebracht werden soll. Und auch da war der Verfassungsschutz schon vor Ort. Da habe ich auch einmal jemanden gefragt: Na ja, Sie hatten ja keinen öffentlichen Auftrag, in einer Moschee zu ermitteln. - Da hat der gesagt: Ich brauche keinen öffentlichen Auftrag, sondern ich gucke in die Verfassung. - Mit anderen Worten: Man darf sich da nicht auf das falsche Gleis locken lassen.

Sachverständiger Prof. Dr. Hajo Funke (Kontur-Verlag UG):

Gern noch einige kurze Ergänzungen: Herr Rautenberg, es gibt ja die Liste - nicht nur Ihre, sondern auch die Liste, die Frank Jansen und ihr noch einmal nachgearbeitet habt. Es gab in den 90er-Jahren jede Menge Tote, gerade in Brandenburg. Brandenburg hatte die zweitstärkste Todesquote. Insofern wundere ich mich, dass Sie nicht Angst hatten; ich hatte Angst. Aber ich freue mich, dass Sie keine Angst hatten. Und wir hatten - -

**Sachverständiger Prof. Dr. Erardo Cristoforo Rautenberg
(Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg):**

Ich wollte nur sagen: Aber die Taten waren ja meist situativ.

Sachverständiger Prof. Dr. Hajo Funke (Kontur-Verlag UG):

Ja, gut, gut. - Ja, es war nicht diese klassische Terrorfunktion. Die gab es zwar auch, die hat sich aber anders vorbereitet, wenn man so will, und hat auch anders getätigt. Carsten S. war nach meiner Definition 1991 ein Terrorist. Also das nur - - Was man da wusste oder nicht, dazu hat Dirk Laabs das Nötige gesagt.

Aber noch mal: Es gibt gewissermaßen verschiedene Wahrnehmungsszenen. Ich gebe Ihnen zwei Beispiele aus meiner Erfahrung aus Oranienburg und Umgebung: Wir haben 1997 - vor jetzt gerade fast 20 Jahren - das Forum gegen Rassismus und rechte Gewalt gegründet. Die wütendste Kritik kam von jemandem - ich sage jetzt nicht die Namen - aus dem Landratsamt. Der sagte: Nun kümmert euch mal um die exponentiell höhere Kriminalität von Ausländern. - Breitbandschuss. Wir haben es dann dennoch gemacht, aber wir waren im Konflikt mit denen, die nicht sehen wollten oder die es gelegnet haben oder die es verharmlost haben. Und das waren bestimmte Institutionen.

Und das war noch im Jahr 2000 so, als ich im Innenausschuss des Bundestags - ich saß neben Fromm und Jesse und allen - gesagt habe: 20 Autominuten von hier ist in Leegebruch - ich habe das „Schönbruch“ genannt, um es etwas zu kodieren; das war aber nicht doppeldeutig gemeint - - Was meinen Sie, was das für einen Aufstand gab? Vom Innenministerium, vom Verfassungsschutz - die sind mir nachgestiegen - und von Leuten im Kreistag. Der stellvertretende Landrat wollte mich dann in eine Art staatsanwaltschaftliche Vernehmung bringen. Ich habe dann die Zahlen rausgekratzt, die es gab, und die Szene beschrieben. Dennoch sollte ich in die Enge gedrängt

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

werden. Am Ende sagte einer, der dort wohnte: Das ist viel schlimmer, als der Funke das gesagt hat; ich erlebe es täglich.

So, das heißt, es gab eine Abwehr, und die war unterschiedlich. Die war in der Gesellschaft, die war in den Institutionen, die war bei den Kommunen. Man wollte das lieber begöschten, verharmlosen. Das war so, das war zehn Jahre lang so. Das fing '97 mit den Vorläufern von Bräutigam und Rautenberg erst an und war noch nicht einmal im Jahr 2000 durch, schon gar nicht bei dem damaligen Innenminister. Den kannte ich noch als Innensenator aus Berlin. Also das muss man einfach dazusagen, wie die Abwehr funktioniert hat - und deswegen die Relativierung und Verharmlosung und auch Leugnung.

Das hat natürlich die Szene gewusst und dann geschaut, wie sie sich stärker ausdehnen kann. Es war nie so schlimm wie in Thüringen, aber es war auch in Brandenburg erheblich, gerade im ersten Jahrzehnt. Ich erinnere an die Äußerung von Stolpe.

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Herr Botsch.

Sachverständiger Dr. Gideon Botsch (Moses Mendelssohn Zentrum):

Waffenaffinität im Rechtsextremismus ist immer gegeben. Die sammeln alle Waffen, die wollen alle Waffen haben. Ich denke, es ist immer dann - und das ist jetzt keine reine Abfolge, sondern das haben wir in vorangegangenen Phasen rechtsterroristischer Gewaltpunktion auch erleben können - doch ein anderes Muster zu erkennen, wenn man einerseits politische Verlautbarungen hat, die darauf hinweisen, dass man den nationalen Widerstand aktivieren will, dass man da offensichtlich mehr machen will als bisher - denken Sie an die „Deutschen Aktionsgruppen“ von Manfred Roeder, der dann 1980 auch sagt: Jetzt sind der Worte genug, jetzt müssen Taten folgen -, und zweitens natürlich, wenn man ganz gezielt

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

ganz bestimmte Materialien beschafft oder vielleicht auch bearbeitet, also nicht nur sozusagen im Keller halt eine Kiste Polenböller hat, sondern anfängt, sie zu delaborieren, weil man damit etwas machen will, eine Zündvorrichtung bastelt, eine Telefonzelle in die Luft sprengt, um zu gucken, ob das funktioniert, oder eben dann tatsächlich Dinge beschafft, die Zielvorrichtungen, Schalldämpfer usw. haben. Da merkt man doch, da ist etwas anderes als nur die Freude daran, so ein Stück kaltes Metall in der Hand zu haben. Das betrifft Waffen.

Radikalisierung. Sie fragten ganz gezielt: Gibt es aus dem Land Brandenburg heraus Personen oder Strukturen, die eine Radikalisierung befördert haben? - Unbedingt, massiv. Ich habe kurz nachgedacht, ich weiß gar nicht, wo ich damit anfangen soll. Vielleicht, um es allgemein zu sagen, es auf eine abstrakte Ebene zu heben: Wir haben eine diffuse Fremdenfeindlichkeit und eine diffuse rechtsextremistische Orientierung in Teilen der Jugend, und wir haben dann eine zunehmende Politisierung, Radikalisierung und auch Überführung in Gewalt. Wir haben eben nicht mehr sozusagen den Skinhead von 1988 oder 1990, der sagt: Dreckig, brutal und gewalttätig. - Sondern wir haben die „Blood & Honour“-Band von 1998 oder 1999, die sagt: Wir haben jetzt den Sprengstoff Semtex vom Besten. - Das ist das, was ich damit meine.

Irgendwann Mitte der 1990er - man könnte fragen, wann, das könnte man genauer eruieren und diskutieren - wird im Prinzip sozusagen der „heilige Rassenkrieg“ auf europäischem Boden ausgerufen. Das ist die Basisideologie, das ist die Rahmenideologie, übrigens auch im Unterschied zu den argumentativen Strängen, die wir im Moment hören. Wir hören im Moment relativ wenig vom „heiligen Rassenkrieg“ - das gibt es schon auch noch -, sondern wir hören relativ viel vom gebotenen Widerstand gegen die Überfremdung oder so etwas, den großen Austausch. Die Dinge sind verwandt und trotzdem - - Hier wird gesagt: Jetzt müssen wir handeln, und jetzt müssen wir gucken, dass wir etwas tun. Es geht um das Überleben unserer Rasse. Und das ist nur zu sichern - - Unsere weißen, arischen Kinder haben nur dann eine Chance, wenn wir jetzt zur Tat schreiten, wenn wir jetzt diesen Bürgerkrieg auslösen, weil sozusagen mit jedem Jahr, das weiter voranschreitet, eigentlich mit jedem Tag,

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

wo eine rassistisch unerwünschte Mischehe mehr kommt, die Situation dramatischer wird, weil mehr weiße Bluts substanz verloren geht. - Entschuldigen Sie bitte, dass ich das so sage. Das ist die Gesinnungs- und Denkwelt. Dieser Gesinnungs- und Denkwelt, die vielleicht nicht einmal so sehr ideologisch ist, entspricht eine Praxis.

Jetzt könnten wir ansetzen, könnten wir sagen: Wer sind die Träger dieser Radikalisierung? Eine ganz, ganz entscheidende Struktur, die in Brandenburg ihre Basis hat ab 1991 halt durch die Nationalistische Front, 92 verboten, aber wir sehen, dass sozusagen kaum eine Organisation so wirkungsreich geblieben ist in den neuen Ländern wie die Nationalistische Front, und auch die Reichweite können wir relativ gut eruieren, wenn wir uns angucken, wen denn das Propagandamaterial erreicht hat.

92 verboten, die Nachfolgeorganisationen arbeiten weiter. Teilweise können Sie richtig sehen, dass Freundeskreise und Netzwerke überführt werden, übergehen, quasi so organisch übergehen in die Gruppierungen, die dann, ja, selbst den Rechten zu rechts sind sozusagen wie die Blood & Honour-Strukturen, wo Sie die Leute dann eben als junge Leute, als ganz junge Leute finden, als Empfänger des „Klartext“ der Nationalistischen Front, und drei Jahre später bilden sie die Kameradschaft United Skins im Prinzip faktisch 1 : 1. Da kommen auch noch ein paar hinzu, aber sie spielen eine zentrale Rolle.

Dann tatsächlich Brandenburg als ein Motor des Einzugs der Combat 18-Richtung in Blood & Honour, also sozusagen in dem krassesten Flügel, wenn Sie so wollen und ich Dirk Laabs da so richtig wiedergebe, noch mal der krassere, ja. So, das ist in Brandenburg befördert worden durch Piattos Zeitschrift „Der weiße Wolf“, die eine der frühesten und eine der ersten Fanzines ist, die für Combat 18 wirbt und dieses Konzept für richtig hält, dieses Konzept vertritt.

Also die Liste ist lang. Die HDJ, die an die Stelle der Wiking-Jugend tritt. Das ist die Einheit Berlin, die sich später Einheit Preußen nennen wird, weil sie eben nicht nur Berliner sind, die sagen: Jetzt können wir doch - der verstorbene Alexander Scholz -,

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

Mensch, aus dieser Organisation können wir die Nachfolge machen. Also, die Liste ist lang.

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Es reicht noch für eine ganz kurze Nachfrage, es sind noch anderthalb Minuten.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD):

Ich will da nur nachfragen: Sie sagen, zur Radikalisierung hat das alles beigetragen. In dem Buch „Generation Hoyerswerda“ schreiben Sie, dass nach dem Abtauchen das Land Brandenburg wenig relevant war für diesen Komplex. Woher kommt diese Einschätzung und teilen Sie die heute auch noch?

Sachverständiger Dr. Gideon Botsch (Moses Mendelssohn Zentrum):

Ja, das Buch ist ja noch nicht so alt. Es ist tatsächlich weniger relevant, es ist tatsächlich so, dass ein paar Sachen zusammenkommen. Es ist vielleicht nicht nur an dem Abtauchen festzumachen, es ist vielleicht auch festzumachen daran, dass eben doch bestimmte, ja, bestimmte Strukturen dann eher nach Mecklenburg oder Sachsen übergehen im Blood & Honour-Bereich, in der HDJ und in anderen Feldern. Piatto ist nicht mehr, Landser wird irgendwann als kriminelle Vereinigung verboten usw.

(Zuruf der Abgeordneten Gossmann-Reetz [SPD])

Ja, das hat etwas zu tun damit, dass hier in Brandenburg eine konfrontative Politik gemacht wird, die sagt: Wir wollen Spielraum begrenzen, beschränken.

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

So, und das Fragerecht geht an die CDU-Fraktion.

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU):

Vielleicht im Anschluss an den Waffenkomplex, Herr Prof. Rautenberg, vielleicht können Sie aus Ihrer Erfahrung mal schildern, wie jemand regelmäßig oder, ja, häufig vorgeht, der sich tatsächlich Waffen beschaffen will. Ich frage deshalb, weil, die Ceska ist ja offenbar über die Schweiz, also über das Ausland besorgt worden. Ist das typisch für diese Zeit, also wenn man sich Waffen besorgen wollte, dass man tatsächlich Auslandskontakte haben musste, oder gibt es auch in Deutschland ausreichend illegale Waffen, sodass es eigentlich unüblich war, dass man die Auslandskontakte brauchte und insofern man durchaus sich in Deutschland umhören konnte?

**Sachverständiger Prof. Dr. Erardo Cristoforo Rautenberg
(Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg):**

Die Frage kann ich hier nicht beantworten, da habe ich, fehlt mir der Sachverstand. Also ich würde schon sagen, dass man sich solche Waffen besorgen kann, ohne ins Ausland zu gehen. Das ist, glaube ich, bekannt. Das ist allgemein bekannt. Inwieweit das jetzt im Ausland einfacher ist? Man muss ja dann erst mal über eine Grenze kommen, das ist immer ein Risiko. Deshalb denke ich schon, dass Leute, die sich illegale Waffen besorgen, die sich vermutlich im Inland besorgen in entsprechenden Kreisen. Davon gehe ich aus. Also ein Waffenerwerb im Ausland, dass man da hinfährt, um dann mit der Waffe über die Grenze zu gehen, das ist etwas, was doch mit einem erhöhten Risiko verbunden ist und was man nicht ohne Not eingeht.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU):

Dann habe ich noch eine letzte Frage an Herrn Laabs, und zwar: Wie beurteilen Sie die Rolle der Justizvollzugsanstalten bei der Radikalisierung Rechtsextremer und auch die, ja, Anwerbung von weiteren Gesinnungsgenossen? Ich frage deshalb, weil wir wissen, dass der „Weiße Wolf“ in der Druckerei da in Brandenburg/Havel auch hergestellt worden ist. Es ist also zu vermuten, dass es da auch mehrere gab, die daran irgendwie beteiligt waren. So ganz alleine wird man das vielleicht auch gar nicht

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

gemacht haben können, zumindest gab es Mitwisser. Kann man da Schwerpunkte feststellen in Brandenburg, also gab es Justizvollzugsanstalten vielleicht, die sich als so ein Nest herausgebildet haben, oder ist es grundsätzlich in Justizvollzugsanstalten zu der Zeit ein Phänomen gewesen, dass sich dort rechtsextreme Strukturen entwickelt haben?

Sachverständiger Dirk Laabs (Verlagsgruppe Random House GmbH):

Ich kann jetzt eher für Thüringen sprechen, weil, da habe ich auch mit Zeitzeugen gesprochen. Es war tatsächlich so, oder man kann es auch aus den Quellen in Sachsen sehen, dass man von Seiten der JVA - ich spreche jetzt für die 90er -, ich sage mal, Deutsche, biologisch Deutsche zusammengelegt hat und getrennt hat von ausländischen Gefangenen, um sozusagen Konflikte zu vermeiden. Und das hat natürlich oft genau die gegenteilige, den gegenteiligen Effekt gehabt, dass man also zusätzlich radikalisiert wird im Gefängnis. Man sieht das bei sehr vielen Akteuren aus dem NSU-Umfeld, die ja inhaftiert waren in den frühen 90ern, zwei, drei Jahre. Keiner von denen ist dadurch sozusagen zur Besinnung gekommen, sondern hat eher noch sehr viel mehr Kontakte im Gefängnis aufgebaut. Hier gab es auch die Hilfe von außen, Ernst Haag, HNG usw.

Wie das jetzt im Spezifischen, in jedem einzelnen Gefängnis, also in jeder einzelnen JVA in Brandenburg aussieht, das müssten Sie wahrscheinlich dann hier durch eine Beweiserhebung auch klären. Aber sicherlich war das schon sehr extrem, wie das bei Piatto gelaufen ist, dass er also mehr oder weniger zwei Magazine da verlegen konnte und agitieren konnte.

Ich wollte noch - wenn ich darf - zu der Waffengeschichte noch eine Sache anmerken: Da spielt natürlich eine große Rolle dieser Mischbereich deutsches organisiertes Verbrechen und rechte Szene. Das ist ja ein sehr großer Mischbereich auch zu den Rockern. Man sieht es ja immer wieder, dass die sozusagen dann zu den Rockern rüberwechseln, oder man sieht das auch bei den Angeklagten; also André Eminger sitzt mit einer Rockerweste und liest MC-Zeitschriften in der Pause. Bei Wohlleben

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

weiß man, es gab Kontakte zu Rockerclubs. Also darüber gibt es natürlich dann Möglichkeiten, an Waffen ranzukommen – das noch mal –, ohne das man ins Ausland muss – als Gedankenansatz.

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Herr Dr. Redmann?

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU):

Danke schön.

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Das war es. Dann wandert das Rederecht wieder zur Fraktion DIE LINKE.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE):

Ich habe ein paar kleine Fragen, und dann gebe ich an meine Kollegin Frau Johlige weiter.

Übrigens glaube ich, Brandenburg an der Havel ist der Knast oder das Gefängnis gewesen, wo die Probleme am meisten konzentriert waren. Da war ja noch der Umstand oder ist noch der Umstand zu beachten, dass da noch ein paar verurteilte Altnazis saßen, die von DDR-Gerichten verurteilt waren, und dann kamen die jungen Nazis Anfang der 90er-Jahre dazu. Und das war natürlich hochexplosiv.

Aber ich habe noch eine andere Frage an Herrn Laabs, es ist ein bisschen eine hypothetische Frage mehr, weil, ich glaube, wenn ich Ihren Vortrag richtig verstanden habe, würden Sie ja die These doch aufstellen - der ich auch beipflichten würde, wenn Sie sie aufstellen -, das Szczepanski alias Piatto schon vor 94 für einen anderen Dienst gearbeitet hat. Dafür gibt es eine Menge Anhaltspunkte, mehr Anhaltspunkte als

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

Gegenargumente, weil vorhin gesagt worden ist, das ist so. Würden Sie auch sagen, oder würden Sie auch für tragfähig halten die These oder Hypothese, dass er nicht nur für einen inländischen Geheimdienst gearbeitet hat, sondern aufgrund seiner Auslandskontakte da auch Kontakte zu ausländischen Geheimdiensten infrage kommen, oder ist das völlig abwegig? Oder muss man sich konzentrieren, wenn wir als Ausschuss das aufklären wollen, auf das Bundesamt oder wen auch immer?

Sachverständiger Dirk Laabs (Verlagsgruppe Random House GmbH):

Gut, da würde ich jetzt spekulieren müssen. Aber ich habe es ja dargestellt und deswegen auch nicht ohne Hintergedanken, weil das manchmal ein bisschen so unterging in der Auseinandersetzung mit Piatto, wie wichtig seine ausländischen Kontakte waren und wie hochrangig und natürlich jetzt, wenn ich mir jetzt im Nachklang der Aufarbeitung der Nagelbombenanschläge in London, die da auch eine ziemliche Verwüstung angerichtet haben, mir die Interessen der britischen Sicherheitsbehörden vorstelle, oder eben amerikanischer Sicherheitsbehörden nach Oklahoma, kann ich mir schon vorstellen, dass es da sozusagen den Wunsch gegeben hat, mit ihm zu reden.

Ob er für irgendwen gearbeitet hat, ist eine völlig andere Frage. Ich will jetzt auf keinen Fall spekulieren. Aber Sie haben Recht, das sage nicht nur ich, wenn man sich die Fakten anguckt, gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder Berliner und Brandenburger Justiz- und Strafverfolgungsbehörden haben unglaublich versagt und weggeguckt an ganz merkwürdigen Stellen, weil sie eben nicht auf dem rechten Auge blind waren, sondern intensiv gegen ihn ermittelt haben, oder aber es steckt was anderes dahinter. Die Problematik wird sein, das zu untermauern mit Fakten, also die Zeitzeugen zu finden. Die werden zum Teil verstorben sein; wir sprechen von den frühen 90er-Jahren. Also das sehe ich so ein bisschen als die Problematik an. Aber sein Verhalten, also jetzt mal das, was er - - Es wurde auch, ich glaube, Meyer-Plath wurde auch gefragt: Warum hat er das gemacht? Warum ist Szczepanski dieses Risiko eingegangen? Und dann hat er sehr blumig geantwortet: Ja, hätte er sich auch immer gefragt, fühlte sich, glaube ich, verraten von der Szene.

Das hat man bei anderen V-Leuten auch, diese Frage. Da muss ich ganz ehrlich sagen: Das widerspricht wiederum der Lebenserfahrung. Das reicht halt nicht. Also das Risiko, das der Mann eingegangen ist, und das sozusagen immer wieder, immer wieder - das reicht nicht als Erklärung, dass er irgendwie ein Problem mit der Szene hatte. Insofern ist eben die Frage - es ist im Kölner Bezug mit einem V-Mann die Frage aufgekommen, und die neue - - also nur mal als Gedankenansatz -, ob es noch eine Mischform, also eine andere Form von V-Leuten - - Ich glaube, früher hat man das ja hauptamtlich genannt. Das müsste man dann aber im Einzelnen klären. Ich kann nur darauf hinweisen, dass im neuen Gesetz für das Bundesamt für Verfassungsschutz dem Amt ausdrücklich zugebilligt wird, geheime Mitarbeiter zu führen. Und das sind nicht V-Leute. Aber das ist jetzt wiederum von mir nur eine Anregung, und ich würde jetzt ungern „on the record“ sozusagen hier spekulieren, aber diese Fragen drängen sich einfach auf.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE):

Da drängt sich mir gleich noch eine Frage an Herrn Prof. Rautenberg auf: Gibt es eine Koordination bei der Quellenarbeit zwischen Polizei und Geheimdiensten, wenn man da sozusagen Überschneidungen feststellt? Wird da miteinander gesprochen oder agiert da jeder Dienst oder jede Institution für sich?

**Sachverständiger Prof. Dr. Erardo Cristoforo Rautenberg
(Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg):**

Also nach meiner Kenntnis tauschen sich die Staatsschützer und auch der Verfassungsschutz schon regelmäßig aus. Nur, in welchem Umfang das geschieht, das weiß ich natürlich nicht. Aber es finden durchaus regelmäßige Kontakte statt, was auch vernünftig ist, um jetzt Gefährdungen einzuschätzen.

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE):

Dass Quellen sozusagen für beide Dienste agieren oder so, da - -

**Sachverständiger Prof. Dr. Erardo Cristoforo Rautenberg
(Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg):**

Das halte ich eher für unwahrscheinlich. Also ich weiß es nicht, aber ich halte es eher für unwahrscheinlich, weil man schon versucht, seine eigene Quelle so weit wie möglich bedeckt zu halten, was ja auch verständlich ist.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE):

Gut, dann habe ich noch eine dritte Frage, die richtet sich an Herrn Prof. Funke, vielleicht kann Herr Laabs auch noch etwas dazu beitragen. Wir haben dieses Thema auch schon gestreift: ob Ihnen Fälle bekannt sind, in denen von Diensten oder von der Polizei Waffen und Sprengstoff an V-Personen ausgehändigt bzw. vermittelt wurden, mit dem Ziel der Identifizierung und Aufklärung von sogenannten tatgeneigten Abnehmern oder um sich in der Szene selbst sozusagen zu etablieren.

Sachverständiger Dirk Laabs (Verlagsgruppe Random House GmbH):

Da fällt mir nur der historische Fall aus Berlin ein. Man weiß ja, dass die ersten Waffen in der linken Szene von einem Mitarbeiter des Verfassungsschutzes kamen. In Thüringen gibt es Fälle, allerdings von der Polizei, wo Sprengstoff in die Szene reingetragen worden ist und man sehen wollte, wer das kauft. Das ist natürlich auch ein probates Mittel und auch nicht ungewöhnlich, dass man sehen will: Wer redet nicht nur - ich hatte es eingangs gesagt - und wer macht wirklich etwas? - Aber jetzt jenseits des historischen Falls - vielleicht weiß da Hajo Funke mehr -, dass man wirklich beweisen kann und nicht nur den Verdacht hat - das ist ein Riesenunterschied, weil es ein schwerer Vorwurf ist -, dass die Waffen wirklich genuin vom Staat letztendlich kamen, so weit sind wir noch nicht. Das kann noch kommen.

Sachverständiger Prof. Dr. Hajo Funke (Kontur-Verlag UG):

Es gibt diesen Bericht von Bernd Wagner und anderen über den Fall Piatto, Nick G. Da ist es schon so gewesen, dass - in welchem Auftrag auch immer - aber jedenfalls der mit dem Verfassungsschutz unter Vertrag stehende Piatto entsprechendes Material besorgt hat und - so die These - mit der Anregung verbunden hat, nun mal gegen bestimmte benannte Gegner in der Antifa-Szene loszuschlagen. Das war 1999/2000, und das wäre ein solcher Fall. Wobei man hier klären kann oder anderswo, wie Piatto zu seiner Entscheidungsbildung gekommen ist, dies zu tun, mit welchen Instrumenten und welchen Kontakten er dann sowohl Waffen wie auch die Forcierung dieser zweiten Gruppe betrieben hat, ehe die dann, aus welchen Gründen auch immer, gezögert hat und er sie dann wohl - das ist die These in diesem Bericht - zur Verfolgung freigegeben hat. Jedenfalls wurde dann kurz danach ein Zugriff auf diese Nick G.-Gruppe gemacht, der dann sowohl vor Gericht kam als auch verurteilt wurde, ohne dass der Instigator, also Mister Carsten S., entsprechend verurteilt wurde. Das ist eine sehr problematische, prekäre Konstellation gewesen. Das wäre ein Beispiel.

Natürlich gibt es diese anderen Beispiele. Es geht ja nicht darum: Ist der Staat Komplize des Rechtsextremismus? - Aber gibt es innerhalb der Verfassungsschützer Leute, die in der Wirkung solche Eskalationen nicht haben verhindern können und wollen?

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE):

Ich kann da gerade anschließen. Ich habe ein paar kleinere Fragen. Viele globalere Fragen sind schon gestellt worden. Herr Laabs, Sie haben in Ihrem Vortrag vorhin darauf hingewiesen, dass bisher teilweise noch unklar ist, woher die Waffen kamen, die vom NSU genutzt wurden. Da hatten Sie ausdrücklich auf Mord eins und drei hingewiesen, wo zwei Waffen quasi genutzt wurden. Da würde mich interessieren: Gibt es da Thesen oder Vermutungen, woher diese Waffen gekommen sein könnten? Gibt es Erkenntnisse, wie viele verschiedene Waffen überhaupt im Einsatz waren? Wenn

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

Sie diesen Punkt noch einmal ein bisschen ausführen könnten, wäre ich Ihnen sehr dankbar.

Sachverständiger Dirk Laabs (Verlagsgruppe Random House GmbH):

Man muss dazusagen, dass die Waffen, die man beim NSU gefunden hat, qualitativ alle sehr minderwertig waren. Deswegen darf man auch die zweite Mordwaffe - - da muss man wissen, es war ein sehr kleines Kaliber, eine umgebaute Schreckschusswaffe, glaube ich. Das heißt, die würde auch in normalen Waffendatenbanken nicht ohne Weiteres auftauchen. Deswegen ist es auch klar, dass man das nicht so nachvollziehen kann. Es waren osteuropäische Waffen dabei, auch die Tatwaffen vom Kiewewetter-Mord waren ja ganz - ich glaube, die eine war ein Wehrmachtswaffennachbau - - die auch tragischerweise funktioniert haben, aber das war, glaube ich, gar nicht sicher. Dann gab es noch andere Ceskas, also auffällig viele osteuropäische Waffen, was natürlich, wenn ich mich in Sachsen versteckt halte, an der Grenze zu Tschechien, auch Sinn macht.

Man darf nicht vergessen: Es gab sehr viele Lastenkraftwagen- - professionelle LKW-Fahrer im NSU-Umfeld - zwei, drei, die auch oft ins Ausland gefahren sind. Ich sage mal, eine alte Ceska oder eine andere Marke zu kaufen, ist nicht besonders problematisch. Der Umstand, dass jetzt in dem Fall das zuständige BKA nicht in jedem Fall den Weg rekonstruieren konnte, muss jetzt erst einmal nichts heißen. Die Qualität der Waffen lässt wiederum auch auf das Netzwerk schließen. Man kann offenbar nicht - - Es gibt ja auch die Theorie, dass die eine Waffe nicht funktioniert hat, also dass man, als Mundlos und Böhnhardt mit der Polizei konfrontiert waren, schießen wollten, aber die eine MP sei quasi kaputt gegangen, gibt es die These. Die Qualität der Waffen spricht auch dafür. Die sind mit relativ großen, fast absurd anmutenden Revolvern bei dem einen Banküberfall dann auch fotografiert worden, oder mit kleinen Handfeuerwaffen. Also das war so querbeet. Das war jetzt nicht die professionelle Ausstattung, die man sich so vorstellt und durchaus bei anderen kriminellen Gruppen vorfinden kann. Also wenn ich heute - ohne mir die Waffen genau angeguckt zu haben

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

- die Fotos von einer Durchsuchung bei einem Reichsbürger gesehen habe: Die Qualität der Waffen hatten die Waffen des NSU nicht.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE):

Ist noch Zeit?

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Ja.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE):

Gut. - Dann habe ich noch eine Frage vor allem im Bereich Piatto. Was ich mich, seitdem ich mich mit dem ganzen NSU-Komplex beschäftige, immer frage, ist: Wenn es denn stimmt, dass Piatto einen gewissen Stellenwert für den Verfassungsschutz hatte, dann frage ich mich, warum er dann für eine „Landser“-CD quasi preisgegeben wurde. Gibt es da bei Ihnen oder vielleicht bei einem der anderen Herren einen Erklärungsansatz? Weil ich finde das, auch nach dem, was Sie uns vorhin geschildert haben, welche Qualität dahinterstand, immer noch wenig nachvollziehbar. Wir werden sicherlich den Verfassungsschutz auch noch fragen, aber da würde mich Ihre Einschätzung noch interessieren.

Sachverständiger Dirk Laabs (Verlagsgruppe Random House GmbH):

Also ich habe Herrn Meyer-Plath ja nur als Zeugen erlebt ein paar Mal öffentlich. Ich kann mir vorstellen, dass seine Arroganz gegenüber dem Objekt eine Rolle spielen könnte.

(Sachverständiger Prof. Dr. Funke [Kontur-Verlag UG]: Das ist Subjekt.)

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

Also dass man den Gegner dann doch unterschätzt - ja -, dass man sozusagen unterschätzt, man darf also in der rechten Szene, und das sieht man auch gerade aus den Briefen von Uwe Mundlos, die er ins Gefängnis geschrieben hat, waren V-Männer immer das Top-Thema. Also Mundlos hat geradezu paranoid, und die schlaueste Antwort hatte er mal aus dem Knast gekriegt von jemand, der hat geschrieben: Weißt du, der Staat wird erst dann richtig nervös, wenn sie keinen V-Mann irgendwo drin haben. Das war fast schon ein Plädoyer, einer muss sich anwerben lassen, damit sie nicht nervös werden.

(Zuruf)

- Ja, genau. - Also man war sozusagen gegen Aufklärung, gab es. Also wenn man sich mal, es gab ja dieses Tonband, was im Zuge des ersten Ausschusses des Bundestages publik geworden ist, wo also Thorsten Heise mit Tino Brandt mehr oder weniger verhört und ihn so abfragt, wie das alles so gelaufen ist als V-Mann, und auf dem Tonband gibt es noch eine zweite Stelle, wo er einen Abtrünnigen, da ging es wohl um Geld, in die Mangel nimmt, wo einem so klar wird, wie die auch arbeiten, wie die auch mit Druck arbeiten. Und ich glaube, dass man nicht unterschätzen darf und das weiß, das wurde auch in den Ausschüssen immer thematisiert, dass die Testballons steigen lassen. Also ich lasse eine Information in die Szene und gucke mal, wer mich danach fragt. Da kann ich mir dann vorstellen, wer der V-Mann ist. Das sieht man ja auch an den Zeitschriften der rechten Szene, da war das dauernd Thema. Und die lagen sehr oft auch richtig mit ihren Vermutungen, wer V-Mann ist. Insofern kann ich mir vorstellen, dass man da einfach unvorsichtig war, dass man nicht geahnt hat, dass er schon vielleicht auf dem Kieker war, weil er natürlich, es ist ja die Frage, warum haben die sich nicht gefragt, dass er so schnell aus dem Gefängnis kommt mit so einer harten Haftstrafe, und dann kann es einfach ein professioneller handwerklicher Fehler gewesen sein, würde ich jetzt mal vermuten. Aber vielleicht war es ja auch anders. Das werden die Zeugen ja dann eventuell hier erzählen. Und dann wird man, gut, dann ist die Frage, ob man gierig wird, dann ist die Frage, ob man mal ein wirkliches Ergebnis liefern muss, eine CD-Lieferung. Und um diese Landser-CD, wo ja fünf V-Leute involviert waren in die Produktion – das muss man ja immer wissen:

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

fünf V-Leute, mehrere vom Bundesamt, und man hat da seelenruhig mit zugeguckt, weil einem natürlich die CD selber egal war. Es ist so wie: Es wird immer Drogen geben, und so - - Wer jetzt die CD macht, war denen egal. Man ist dann für einen relativ kleinen Erfolg ja tatsächlich ein großes Risiko eingegangen.

Und jetzt noch einmal zu - das will ich noch mal sagen, das ist nämlich extrem spannend: Man arbeitet, weil es so viele V-Leute gibt in der rechten Szene, arbeitet man um die herum. Also die wissen schon, dass sie die nicht alle sozusagen ausstoßen können und alle sind, dann bleiben nicht viel übrig. Und im Falle von Piatto war es ja so, dass er sich herangewandt hat an die P. von irgendwann. Und das zeigt mir eben – müsste man auch mal fragen –, hatte ich das Gefühl, das war eine sehr enge Führung. Beklagt sich P., der gerade abgehört wird, also dass er pleite ist und dringend Geld braucht. Und, ich glaube, ein paar Minuten später ruft Szczepanski an und sagt, er kauft ihm CDs ab für Summe X, 1 500. Da sagt dann der P.: Ach, ich könnte dich küssen, du bist meine Rettung. Also das kann jetzt wieder Zufall sein oder das ist eine gute V-Mann-Führung, um ihn wieder ranzubringen. Und dann war er auch wieder so ein bisschen dabei, aber richtig was gesagt hat man ihm nicht.

Also was ich damit sagen will, ist: Das ist ein Handwerk wie jedes andere auch. Es ist ein kompliziertes Handwerk, man wird ja auch desinformiert. Man weiß auch nicht immer, glaube ich, als Verfassungsschutzbehörde, ob eine Quelle nachrichtenehrlich ist. Dann macht man auch das, was die Staatssicherheit, das MfS, auch gemacht hat, man setzt Quellen auf Quellen an. Das hat mich dann doch auch oft erinnert an Studien von anderen Akten. Wenn man dann nervös wird, dann sagt man: Okay, wir brauchen eine andere Quelle, die die Quelle überwacht und so. Und dann ist man in dieser Paranoia-Ringschaltung, sage ich mal.

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Weitere Fragen?

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE):

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

Herr Funke hatte, glaube ich, auch noch - -

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Aha.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE):

Es sah so aus.

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Herr Prof. Funke.

Sachverständiger Prof. Dr. Hajo Funke (Kontur-Verlag UG):

Ich hatte gerade die Assoziation, die fünf V-Leute noch mal in Erinnerung zu rufen und ob es eine doppelte Agenda in jener Szene gab, nämlich dass man einmal das Landserverfahren durchgezogen haben wollte und zugleich aber den Beginn des NSU-Trios umso besser beschatten konnte, jedenfalls de facto beschattet hat. Da spielt natürlich dann R. M. eine große Rolle und Thomas Starke und die drei anderen, auf die ich jetzt angeblich nicht komme.

Also das heißt, wenn man schon - - Dirk Laabs hatte jetzt eben sozusagen aus der Binnensicht, wie er sich das vorstellt, eines guten Verfassungsschutzes argumentiert und sich vorgestellt, wie das wohl optimal geht. Und nun optimiere ich das noch mal und sage: Ja, wir brauchen das doch für das Trio; denn die sind die nächste Stufe, die gezündet wird, parallel zu den Hammerskins, parallel zu Blood & Honour, so, und das Trio darin, und in Zwickau und in Chemnitz. Also wenn ich Verfassungsschützer wäre - vielleicht gibt es dann noch Kommentare, die dann auch hier vom Verfassungsschutz kommen -, dann würde ich es vielleicht so gemacht haben, um genauer zu erfassen,

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

um die wirklichen Kernstrukturen intern und international zu erfassen. Aber die große Problematik ist, dass sie ab einem bestimmten Punkt in der Falle sind, weil, wenn die dann zuschlagen und noch mal zuschlagen, was machen Sie dann als jemand der letztlich auch dem demokratischen Rechtsstaat gegenüber verantwortlich ist? Das ist die Problematik. Deswegen ist es so wichtig, dass das aufgeklärt gehört, damit das nicht wieder passiert.

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Eine ganz kurze Nachfrage wäre noch möglich.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE):

Danke.

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Dann sind wir wieder bei der AfD-Fraktion.

Abgeordneter Galau (AfD):

Erst mal zwei Verständnisfragen: Wir hatten einmal die Frage vorhin noch mal zum Thema der Waffenbeschaffung, und da hatte der Prof. Funke auf den Fall Piatto/Nick G. hingewiesen, wonach dort also möglicherweise auch Material beschafft wurde, und hatte das Jahr im Prinzip 99/2000 angesprochen. Nun kann ich mich aber entsinnen, der Herr Laabs hat vorhin gesagt, dass eigentlich der Piatto ja schon im Jahr 98 verbrannt war, nachdem diese Geschichte mit der tschechischen CD-Lieferung hochgekommen ist. Und da frage ich mich: War der denn immer noch sozusagen im Geschäft aktiv und hat ihn jetzt sozusagen nur an eine andere Gruppe herangeführt, die mit den anderen nichts zu tun hatte, dass der das nicht wissen konnte, oder? Ja, das ist erst mal die eine Frage.

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

Und vielleicht gleich noch hinterher, da kann sich der Herr Funke schon mal gedanklich darauf vorbereiten. Er hat vorhin, glaube ich - wenn ich es richtig verstanden habe, korrigieren Sie mich -, einen Satz gesagt in der Richtung, dass Sie die beiden NSU-Leute Mundlos und Böhnhardt nicht unbedingt für die Täter von Heilbronn halten. Habe ich das richtig verstanden? Wenn ja, ob Sie das vielleicht noch einmal etwas näher erläutern könnten? - Danke.

Sachverständiger Prof. Dr. Hajo Funke (Kontur-Verlag UG):

Also den Zuruf habe ich von Herrn Laabs bekommen: Er ist in Sachsen verbrannt 98 nach seiner Einschätzung, aber aufgefliegen ist er erst im Jahr 2000, und das war davor. Also diese Sache mit Nick G. war davor. Ich glaube, am Anfang des Jahres 2000. Aber ich könnte nachgucken, wenn Sie - -

(Zuruf des Abgeordneten Galau [AfD])

Doch, schon, aber - -

Sachverständiger Dirk Laabs (Verlagsgruppe Random House GmbH):

Man sieht es auch bei Corelli. Corelli, also Thomas Richter, kursierten schon Steckbriefe in der Szene: Der ist ein V-Mann. Das heißt nicht, dass man ihn gleich abschaltet, man behält da relativ lange die Nerven, einfach weil diese V-Mann-Vorwürfe sehr, sehr verbreitet sind, also man versucht es auch auszusitzen. Man sagt dann: Ich bin es nicht. Und der Restzweifel bleibt dann immer.

Aber das ist wirklich ganz faszinierend, weil man sich auch oft fragt: Wo bleiben sozusagen, warum werden die nicht zur Rechenschaft gezogen, warum dürfen die weitermachen? Das liegt wirklich daran, dass es so viele sind. Man sieht es auch in Thüringen. Es waren so viele V-Leute, Brandt, D. usw., und den wenigsten ist was passiert. Also das - - Also ich stelle mir das auch sehr schwierig vor, mich in dieser Szene zu bewegen, weil ich nie weiß, wem ich trauen kann.

Sachverständiger Prof. Dr. Hajo Funke (Kontur-Verlag UG):

Die zweite Frage bezieht sich auf die Täterschaft in Heilbronn, also den Mord an Kiewewetter und der schweren Verletzung von ihrem Kollegen. Der Stand ist, dass die beiden Uwes sich irgendwo in der Region bewegt haben mögen, aber nicht am Tatort, und alle Phantombilder zeichnen nicht ein ähnliches Phantombild, das zu den beiden Uwes passt, ab. Da die aber meines Erachtens stärker zu gewichten wären, als dies der GBA heute tut, gehe ich davon aus, dass man, wenn man die Phantombilder einigermaßen als seriös interpretiert, was der Untersuchungsausschuss Bund tut, der Untersuchungsausschuss Baden-Württemberg nicht oder jedenfalls kaum, aber mit Binninger jemand aus der Szene, aus der Polizeiszene aus Baden-Württemberg, also als Polizist, sich mit dem Fall sehr, sehr engagiert befasst hat und auch sagt: Warum sind diese Phantombilder und die Zeugenaussagen, die unabhängig voneinander gemacht worden sind, nicht ernst genommen worden, nicht eingeführt worden?

Darauf gibt es keine zureichende Antwort des operativ leitenden GBA-Anwalts, auch nicht, als er jetzt im Sommer 2016 im zweiten Untersuchungsausschuss des Bundestags einvernommen worden ist.

Abgeordneter Galau (AfD):

Da stellt sich mir natürlich schon die Anschlussfrage: Wie kommt es dann aber, dass die Waffe oder, ich glaube, sogar beide Waffen dieser beiden Polizisten dann später im Wohnmobil aufgefunden wurden? Wie sind die dann dahingekommen, wenn die beiden Uwes das möglicherweise gar nicht gewesen sind? Hat da jemand vielleicht eine Idee, eine Erklärung?

(Zuruf: Das müssen Sie Herrn Laabs fragen!)

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Sie müssten sich nur einigen.

Sachverständiger Prof. Dr. Hajo Funke (Kontur-Verlag UG):

Ich hab's angefangen ... (akustisch unverständlich). Nein, aber das weiß ich nicht.

Abgeordneter Galau (AfD):

Herr Laabs?

Sachverständiger Dirk Laabs (Verlagsgruppe Random House GmbH):

Nein, also, ich wollte - - Der offizielle - - Der Stand der Beweiserhebung in München und Stand der Anklage ist, dass die beiden das alleine waren. Das Beweismittel Nummer eins ist eine DNA-Antragung, Blutspur von Michèle Kiesewetter auf einer Jogginghose, die im ausgebrannten Haus in Zwickau in der Frühlingsstraße gefunden worden ist, wo man also ein Taschentuch mit der DNA Mundlos, glaube ich, und Haare von Bönnhardt und Mundlos in der Hose gefunden hat. Das heißt, das sind die Beweismittel. Es gab einen Gutachter vor Gericht, der hat behauptet - das ist aber umstritten -, dass dieser Blutropfen nur in dem Moment der Anschleuderung entstanden sein kann, also im Moment des Schusses. Das ist das, was an objektiven Beweismitteln da ist.

Im Widerspruch dazu gibt es diese Zeugenaussagen, die sehr schlüssig sind, und die Phantombilder. Dazu äußert sich in dem Sinne der Prozess nicht, sondern es wird gesagt, eventuell kann es um andere Personen gegangen sein.

Das ist der Sachstand. Mehr ist objektiv nicht bekannt, muss man klar sagen. Es stellen sich sehr viele Fragen, aber Fakt ist eben auch, dass die beiden Waffen im Wohnmobil gefunden worden sind, die sind ja den beiden erschossenen Polizisten - oder: einer

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

hat ja überlebt, [...]- entwendet worden. Die eine Waffe lag auf dem Boden der Duschkabine und die andere Waffe auf dem Tisch, verbrannt. Das sind die Fakten. Und die Waffe - jedenfalls eine Polizeiwaffe, nicht die Polizeiwaffe - taucht in der Bekenner-DVD vom NSU im letzten Bild auf. Das ist der Sachstand. Und darüber hinaus weiß ich leider auch nichts. Wenn ich wüsste, wie die dahingekommen ist, hätte ich es ggf. schon publiziert.

Abgeordneter Galau (AfD):

Ja, ich würde natürlich sehr gerne weiterspekulieren. Aber ich glaube, dann gäbe es hier auch einen Aufstand bald.

Ich komme vielleicht noch mal zurück auf das, wo ich vorhin angefangen habe, doch mal etwas theoretischer. Das geht dann auch noch mal an alle vier: Welche Erkenntnisse über Entwicklungsverläufe rechter Gewalttäter und Besonderheiten der rechtsextremistischen Nachwuchsrekrutierung haben Sie gewonnen, vielleicht auch im Unterschied zur Gewinnung von V-Leuten für den linksextremistischen Bereich oder für den islamistischen Bereich? Gibt es aus Ihrer Sicht Erkenntnisse oder gibt es so einen typischen Rekrutierungsprozess in der rechtsextremistischen Szene? Und wie könnte man den beschreiben?

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Wer soll antworten?

(Galau [AfD]: Einfach wer sich berufen fühlt; geht an alle vier!)

Dann einigen Sie sich bitte, meine Herren.

Sachverständiger Dr. Gideon Botsch (Moses Mendelssohn Zentrum):

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

Die gucken mich alle so an, also fürchte ich, sie meinen, ich soll anfangen. - Ja, es gibt eine ganze Reihe von Studien, die Gewaltkarrieren im Rechtsextremismus untersuchen. Es gibt eine begrenzte Anzahl von Versuchen, das zu parallelisieren zu islamistischen Radikalisierungskarrieren, mit unterschiedlichen Ergebnissen. Meistens, weil es sich um schwere Gewalttaten handelt, findet man quasi eine hyperkriminelle Karriere, die erst mal mit einer allgemeinen Kriminalität beginnt und sich dann politisiert, ähnlich wie im Fall Böhnhardt. Aber Sie finden natürlich auch ideologische Überzeugungstäter. Im Einzelnen, also da müsste ich Sie auf die Literatur verweisen.

Was die Rekrutierungswege angeht, habe ich vor einiger Zeit versucht, das idealtypisch aufzusplitten in lebensweltliche, kognitive und familiäre Einstiegsprozesse, die sich in der Realität meistens mischen. Lebensweltliche hängen eben damit zusammen, dass man sich in einer bestimmten Umgebung bewegt, möglicherweise neu dazukommt oder diese Umgebung sich selbst radikalisiert und man sich in diesem Prozess radikalisiert. Kognitive hängen mit der Beschäftigung mit einem bestimmten Thema zusammen - ein klassischer Fall wäre vielleicht Anders Breivik, der sich in sein Thema reinarbeitet und reinsteigert. Familiäre sind sozusagen Auftragsgeschichten, vor allem familiäre Auftragsgeschichten in rechtsextremistischen Herkunfts- oder auch Gründungsfamilien, wo der Einstieg sozusagen darüber läuft, dass Papa, Mama oder auch ein Großvater oder eine Großmutter so etwas mitgibt. Das ist aber, wie gesagt, idealtypisch ein Versuch gewesen, da sozusagen mal Schneisen reinzuschlagen. In den letzten Jahren habe ich nicht so viel an Forschung dazu gesehen, die solche individuellen Karrieren angeht. Die erste gab es, glaube ich, Ende der 70er, und dann einen relativen Boom in den 1990ern. In den 2000ern kleckerte noch ein bisschen was nach.

Sachverständiger Prof. Dr. Hajo Funke (Kontur-Verlag UG):

Auch aus meiner Erinnerung: Es gab eine Studie vom Landesamt für Verfassungsschutz, glaube ich, in Berlin zu Gewaltkarrieren, aber ich habe das jetzt nicht gut auf dem Schirm, kann aber darauf verweisen.

Ansonsten würde ich nur ergänzen: Es gibt ideologische Vordispositionen im Elternhaus oder in der Umwelt. Das ist auch häufig in den 90er-Jahren in Brandenburg gewesen, dass aus den Szenen, aus den Gruppen, aus den Jugendgruppen so etwas entsteht und sich radikalisiert. Letztlich ist auch die Frühphase, mittlere Phase des „Thüringer Heimatschutzes“ sicher so zu beschreiben.

Was die Familien anlangt, gibt es zwei Gabelungen: Das eine ist, dass man das von den Eltern und Großeltern - bei Mundlos beim Großvater zum Beispiel - schon sozusagen aufgesogen bekommen hat - also dieser, Mundlos -, und es gibt ergänzend oder alternativ dazu auch so viele Zerrüttungen in den Herkunftsfamilien oder Gewalterfahrungen. Das ist im Fall Böhnhardt auch der Fall gewesen, da habe ich einmal mit den Lehrern - oder besser: einer Lehrerin - gesprochen: sein toter Bruder, der vermutlich durch Gewalt umgekommen ist, und, und, und ... und auch eine sehr prekäre Ausgangssituation in der Familie, eine sehr prekäre pubertäre oder frühpubertäre Situation mit Arbeit und Nicht-Arbeit - also dieser Komplex besonders stark bei ihm. Wenn dann ein ideologischer Ausweg angeboten wird, noch erst recht durch die Szene in dem Stadtteil in Jena, ist es vorgezeichnet. Also unterschiedliche familiäre Herkunftsbedingungen: einmal die Vorideologisierung oder auch umgekehrt die autoritäre und Gewalterfahrung, die sehr nahelegen - das zeigen auch diese Sturzbecher-Studien, auch die Pfeiffer-Studien -, dass man in diese Gewaltkarriere einsteigt und das unterstützt wird von den rechtsextremen Szenen, und dafür gibt es eben diese Berichte und diese Studien aus den späten 90er-Jahren.

Sachverständiger Dirk Laabs (Verlagsgruppe Random House GmbH):

Vielleicht noch ein ganz kurze Beobachtung: Sehr viele der zentralen Akteure aus dem NSU-Umfeld, auch der V-Leute, haben damit angefangen, dass sie Flüchtlingsheime angegriffen haben oder eben Jugendzentren. Das war sozusagen fast wie so ein Einstiegsritus. Insofern das Echo auch zu heute.

**Sachverständiger Prof. Dr. Erardo Cristoforo Rautenberg
(Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg):**

Ich hatte in meinem Beitrag schon die Studie bzw. das Buch von einem Journalisten erwähnt, der Mitglieder einer Wohngruppe in der JVA Brandenburg interviewt hat, die sich vom Rechtsextremismus abgekehrt hatten. Das waren alles strafgefangene Gewalttäter mit einer Alkoholproblematik. Die Therapie ist praktisch über die Alkoholtherapie dann gelaufen. Die haben ihren persönlichen Lebensweg beschrieben. Da war eben einmal dieses Alkoholproblem auffällig, dann diese Gruppenbildung, weil man sich in der Familie aus irgendwelchen Gründen unverstanden gefühlt hat. Und dann kommt als sehr stark integrativer Faktor die rechtsextreme Musik hinzu. Daraus hat sich das sozusagen entwickelt. Deshalb ist es, meine ich, auch so wichtig gewesen, das mal aufzuzeichnen, einfach von Leuten, die sagen, wie es war, und denen man das auch abnehmen kann.

Ich bin einmal in diese Wohngruppe eingeladen worden und habe gedacht: Na ja, da werden jetzt alle etwas Ähnliches erzählen.

Das war allerdings nicht so. Die haben alle das sehr individuell geschildert und es wich eben auch ab. Aber es gab eben diese Gemeinsamkeiten. Und das Highlight war, dass einer dann sagte am Ende seines Beitrages, er sei ja wegen eines Brandanschlags verurteilt worden, den hätte er nicht begangen, aber er säße zu Recht hier, denn er hätte andere Sachen gemacht, die seien gar nicht bekannt. Und da habe ich ihm hinterher gesagt: Wissen Sie, also so geht es nun nicht, so geht es nicht - -

(Heiterkeit - Zuruf)

- Nein, nein, ich habe schon - - Wir haben dann ein Wiederaufnahmeverfahren eingeleitet von Amts wegen und der ist dann auch freigesprochen worden; der war es wirklich nicht.

Nein, ich meine, es ist schon interessant. Wenn solche Leute einem erzählen, wie sie zu Gewalttätern wurden, dann ist das natürlich extrem glaubhaft.

Sachverständiger Prof. Dr. Hajo Funke (Kontur-Verlag UG):

Vielleicht noch ein Satz zur Ergänzung, wenn ich darf: Es gibt diese sehr lesenswerte, immer noch, Studie, Selbststudie oder Beschreibung - besser - von

(Zuruf)

Hasselbach - genau, danke - „Die Abrechnung“. Und es gibt auch sehr viel Material, zum Teil auch veröffentlicht, zum Teil nicht, von der Bernd-Wagner-Exit-Gruppe, die sozusagen die Ausstiege beschreiben. Und in der Rekonstruktion kann man sehen, wie die Einstiege waren und dass es Ausstiegsmöglichkeiten gibt, wenn man es klug macht und bezogen auf den gesunden Anteil, wenn man so will, dieser zum Teil pathologiebasierten Persönlichkeiten. Und in meinem Buch „Paranoia und Politik“ habe ich diese ganzen Studien sehr ausführlich zitiert, deswegen habe ich die noch im Kopf.

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Sie haben noch vier Minuten.

Abgeordneter Galau (AfD):

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

Ich hatte auch noch mal gefragt nach den Unterschieden, nach möglicherweise linksextremistischen Einstiegen und nach islamistischen Einstiegen. Gibt es da eigentlich qualitative Unterschiede und wenn ja, wie gestalten die sich?

Sachverständiger Prof. Dr. Hajo Funke (Kontur-Verlag UG):

Sehr kompliziert, weil jede Ideologie - obwohl Dirk Laabs jetzt mehrfach auf die Islamisten verwiesen hat - hat ihre eigene Spezifikation, nicht. Also die Ideologie der RAF war eine andere als die der BAF oder wie man sie nennen mag.

Abgeordneter Galau (AfD):

Darf ich einmal ganz kurz dazwischenfragen: Sie hatten auch gesagt, bei den Rechtsextremisten zum Beispiel, dass da auch häufig Gewalterfahrungen mit dabei sind.

Sachverständiger Prof. Dr. Hajo Funke (Kontur-Verlag UG):

Ja, ich weiß schon. Ich wollte noch einen Satz dazusagen: Bei der RAF-Generation, da gibt es auch Dispositionen in den Herkunftsfamilien, etwa bei Enßlin sehr rigide, postnationalsozialistische Eltern, Auseinandersetzungen, autoritäre Dispositionen, und dann eben auch ein ideologisches Angebot, das aber ganz anders aussieht als das der Rechtsextremisten, sondern das sagt: Wir müssen den Kapitalismus mit einem Mal stürzen, und wir wollen die Revolution und dabei die Realitäten verkennen, auch die Moral, die sie eigentlich als Ausgangspunkt hatten und diese Moral sich in eine Todesmoral, Unmoral verkehrt.

Also ich will damit nur skizzenhaft andeuten, dass es ganz unterschiedliche und zum Teil ähnliche autoritäre oder Vordispositionen dieser individuellen zu solcher Eskalation zur Radikalisierung bereiten Personen gibt.

Sachverständiger Dirk Laabs (Verlagsgruppe Random House GmbH):

Also wenn ich noch darf: Wenn man sich jetzt Terroristen anguckt, ich habe mich, bevor ich mich mit dem NSU beschäftigt habe, sieben Jahre mit Islamisten beschäftigt nach dem 11. September, und die Schnittmenge ist doch verblüffend groß - Rechtsextremismus, RAF-Mitglieder, RZ und Islamisten, weil sie ja alle glauben, sie gehören der Avantgarde an, die eine Mehrheit, die es nicht besser weiß, mehr oder weniger befreit.

Ich habe es vorhin gesagt, das ist wirklich wichtig: Die denken, die sind im Recht, die denken nicht, sie sind im Unrecht. Und das ist so eine Schnittmenge, dass man also so, ja, natürlich auch dicht am Größenwahn gebaut logischerweise und natürlich auch die Erfahrungen, auch wenn natürlich jetzt der Anteil von Frauen bei RAF usw. sehr viel größer war und auch in der rechten Szene eine große Rolle spielt, benutze ich trotzdem mal das Wort „Bruderschaft“ als Ersatzfamilie vielleicht. Also das ist extrem wichtig, diese Gruppendynamik ist extrem wichtig im Terrorismus. Du hast eine Ersatzfamilie, du machst - man kennt das auch aus anderen, die Bataillone im Osten, die Untersuchung -, du machst es für deinen Kameraden und nicht sozusagen nur für die Sache. Das ist extrem wichtig, und das ist eine große Schnittmenge bei diesen ganzen Formen der Radikalität.

Sachverständiger Prof. Dr. Hajo Funke (Kontur-Verlag UG):

Und noch ein Satz: Wahnideologie, im Falle des Rechtsextremismus die Paranoia: Die töten uns, also müssen wir.

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

So, damit wandert das Rederecht wieder zur Fraktion der Grünen. Bitte.

Abgeordnete Nonnemacher (GRÜNE/B 90):

Ja, danke schön. – Ich habe vorhin mal so ein bisschen überlegt, wir haben ja heute zahlreiche Hinweise bekommen und Stichwörter, wo es sich lohnt, weiterzuarbeiten. Ich sage nur „Deutsches Rechtsbüro“ oder Zweifel an der Existenz der nationalen Bewegung, ganz interessante Themen, die wir heute hatten.

Herr Laabs hat uns ja eine ganze Menge - sage ich mal - noch offener Fragen rund ums Handy präsentiert. Sie haben ausgeführt, dass an diesem 25. August 98, Sie sagten: Jan Werner telefonierte manisch und just an diesem Tag würden sehr viele Akten fehlen. Da habe ich jetzt vorhin gemerkt, dass mir das eigentlich gar nicht so ganz klargeworden ist. Wo genau fehlen diese Akten? Und können Sie uns irgendwelche sachdienlichen Hinweise geben, wo wir eventuell Akten noch bekommen könnten?

Sachverständiger Dirk Laabs (Verlagsgruppe Random House GmbH):

Ja also, also das Zweite kann ich nicht, also das geht, das ist ja bekannt, öffentlich bekannt und auch thematisiert worden, das geht zurück auf die Thüringer Zielfahndung des LKA, die haben Jan Werner abgehört und haben eben auch sozusagen, da kriegt man eine Liste, welche Telefonate er geführt hat, wer ihn angerufen hat und welche SMSen hin und her gegangen sind. Diese Liste ist durchnummeriert. Das heißt, jeder Posten kriegt eine Nummer und Datum, Uhrzeit und auch Geokoordinaten, wo er sich befunden hat. Und in den Akten in Thüringen sind sozusagen diese Telefonlisten durchpaginiert, also da gibt es keine sozusagen auf den ersten Blick erkennbaren Lücken. Aber anhand der fortlaufenden sozusagen Telefonpostennummern kann man erkennen, dass Sachen fehlen an zwei entscheidenden Stellen. Das eine ist unmittelbar am Tag, nachdem diese SMS „was ist mit den Bums“ geschrieben worden ist, und rund um das Wochenende, wo er sich mit Piatto getroffen haben muss, am 15. September, fehlen in großem Umfang trotz der Durchpaginierung Seiten.

Jetzt stellt sich die Frage: Gibt es diese Akte noch, Aktenteile noch in Thüringen? Wann sind die entnommen worden? Wer hat sie entnommen? Warum wurden sie

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

entnommen? Und natürlich dann die Frage: Kann man das überhaupt noch klären? Man hat das, glaube ich, in Thüringen so ein bisschen versucht und ich habe das da auch verfolgt. Bei aller Akribie und bei allem Aufklärungswillen sind natürlich auch, ist natürlich auch der Thüringer Ausschuss dann bei - ich sage mal -, bei den Stellen, wo es hart auf hart kommt, dann auch gescheitert. Insofern - ich sage mal - - Ja, da kann ich nichts zu sagen, ich kann nur spekulieren, ob es das noch gibt.

Fakt ist: Ich habe das, wir haben das früh schon im Buch geschrieben, dass ich das sehr auffällig fand, dass genau um diesen Tag herum zielgenau auf einmal diese Telefondaten fehlen.

Ob sie jetzt als Brandenburger Ausschuss - muss ich jetzt ehrlich sagen - eine Antwort aus Thüringen kriegen,

(Abgeordnete Nonnemacher [GRÜNE/B 90]: Das geht.)

obwohl ja, das vermag ich nicht zu beantworten.

Abgeordnete Nonnemacher (GRÜNE/B 90):

Danke schön trotzdem noch mal für die Einordnung.

Eine nächste Frage an Herrn Prof. Funke. Sie hatten heute Vormittag angesprochen, dass Sie manche Arbeitsbereiche vom Verfassungsschutz lieber auf den Staatsschutz übertragen würden. Vielleicht könnten Sie noch einmal erläutern, um welche Arbeitsfelder es sich da handelt und wieso.

Sachverständiger Prof. Dr. Hajo Funke (Kontur-Verlag UG):

Wir haben das nicht gelöste Problem - Herr Rautenberg hat es gerade vorhin noch einmal angesprochen -, dass die V-Leute de facto nicht kontrollierbar sind, und wenn Sie keine Straftaten machen können, sind sie nicht so viel Wert, jedenfalls nach der Ansicht vieler Verfassungsschützer, und umgekehrt geht es bis dahin - Dirk Laabs hatte es zitiert -, dass man sie auch hineinführen will in die spannendsten und dann auch gefährlichsten Szenen. So. Das ist eine so gravierende Problematik, dass auch nach den heutigen Debatten hier in diesen letzten acht Stunden - oder wie lange wir hier sitzen - ich immer skeptischer werde, dass der V-Leute-Einsatz erträglich, rechtsstaatlich erträglich gestaltet werden kann. So. Wenn das aber so ist, das heißt, wir gegenwärtig nicht einmal in Thüringen, obwohl man es da versucht hat, von einer umfassenden Kontrolle des V-Leute-Einsatzes ausgehen können - jedenfalls habe ich dazu noch nichts Angemessenes gehört, auch von der Leitung des Amts nicht -, dass man dann diesen V-Leute-Einsatz zurückfahren muss, wenn das aber - und das ist noch diplomatisch formuliert.

Aus dieser Erkenntnis, dass man die - - nachdem der Verfassungsschutz ungeheuer versagt hat und die Mordserie nicht hat verhindern können, obwohl sie sehr gut informiert war - das haben wir von Herrn Laabs sehr stark gehört -, ergibt sich fast logisch, dass das Ausmaß dessen, was wir dem Verfassungsschutz zumuten, reduziert werden muss. Und das ist auch diplomatisch formuliert, weil man dann ins Detail gehen muss: Wie kann so ein Übergang passieren?

Vor diesem Hintergrund sage ich: Beim Staatsschutz kann man besser innerinstitutionell zuzahlen und sagen: Wir haben eine justizielle Kontrolle, wir haben eine legale Kontrolle, und wir haben damit auch eine wie immer ausgestaltete - etwa über diesen Weg - öffentliche Kontrolle. Und wir haben eine bessere Ausbildung, jedenfalls haben wir eine gute Ausbildung im Schnitt, was den Staatsschutz angeht. Wir haben auch Erfahrungen, es gibt negative und gute Erfahrungen. - Das ist sozusagen die Perspektive. Mehr habe ich nicht sagen wollen.

Abgeordnete Nonnemacher (GRÜNE/B 90):

Danke schön. - Noch eine weitere Frage an Sie. Sie haben jetzt eine ganze Reihe Untersuchungsausschüsse begleitet, intensiv beobachtet, sich damit auseinandergesetzt. Sie haben uns heute Vormittag auch schon mal Mut zugesprochen und gesagt, Sie wittern auch hier Ängstlichkeit.

Was, würden Sie sagen, sind so die gravierenden Probleme, die Sie bei den bisherigen Untersuchungsausschüssen gesehen haben? Was würden Sie uns raten? Wir stehen ja noch ganz am Anfang, wir sind erst dabei, in die Beweisaufnahme einzusteigen. Was würden Sie uns raten, welche Fehler wir vermeiden sollten und welchen Weg wir einschlagen sollten?

Sachverständiger Prof. Dr. Hajo Funke (Kontur-Verlag UG):

Also ich bin sehr angeregt dadurch, dass Sie das so machen, und ich gespannt, ob Sie das weiter so machen, ob Sie den Mut aufbringen, und der ist ja - das ist schon habituell, persönlichkeitsmäßig - unterschiedlich ausgeprägt.

Natürlich erwarte ich - wie auch von den anderen Ausschüssen -, dass Sie möglichst weit kommen. Aber dann müssen Sie es wollen. Sie müssen es mindestens als Koalition von einem Teil, vielleicht sogar von dem verbreiteten Teil wollen. Und Sie müssen dann keine Angst vor den Mächtigen haben - also das ist im Lutherjahr ja formulierbar.

Jetzt die Schwächen - das fällt mir jetzt schwer, so kurz, wie Sie es brauchen: Also ich habe gesehen, dass man am Ende des ersten Untersuchungsausschusses Bund nachgelassen hat. Das konnte man - - Das ist auch beschrieben worden, von Dirk Laabs schärfer als von mir. Und zwar, als es um den Verfassungsschutz ging. Jetzt im zweiten Untersuchungsausschuss wissen wir sehr viel mehr, weil die Bereitschaft da ist und wir mehr Wissen aus ganz verschiedenen Quellen haben, auch durch investigative Journalisten. Das heißt, es gibt einen Prozess von mehr Wissen zu

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

generieren für die heiklen Stellen, die heute glücklicherweise sehr umfassend angesprochen worden sind.

Wenn man jetzt die einzelnen Untersuchungsausschüsse durchgeht - das will ich jetzt nicht machen, ich will nur ein negatives Beispiel, in meiner Sicht, versteht sich - - Das ist der Untersuchungsausschuss in Baden-Württemberg. Das ist nicht gegen Personen gerichtet, vor allem nicht die, die anwesend sind - nicht, dass Sie das falsch verstehen. Aber es gab dann doch eine unzureichende Bereitschaft, wirklich alles erfassen zu wollen. Das ist eine umfangreiche Geschichte, dazu könnte ich einen Vortrag machen und mehr. Ich ziehe mich sozusagen zurück hinter die Position von Clemens Binninger, der aus seiner Kompetenz heraus eine ähnliche Einschätzung teilt.

Positiv ist der Thüringer; es hängt sehr an einer Gruppierung von zwei, drei, vier Leuten innerhalb des Untersuchungs- -, das reicht schon, die tatsächlich insistiert haben, und dann die Leitung - das ist an Herrn Rupprecht gerichtet, an Sie persönlich, nur weil ich jetzt den Blick und - - dass Sie es persönlich auch wollen und riskieren. Bei Dorothea Marx - ist ja die gleiche Partei - ist es vorbildlich gelungen, und das Ergebnis ist vorbildlich. Man hat das, was man kriegen konnte - nicht alles -, doch gekriegt, auch mit durchaus kompetent formulierten Zuspitzungen in der Gesamtbeurteilung des Landesamtes für Verfassungsschutz und der entsprechenden Institutionen, die sich rechtsstaatlich nicht genügend eingefügt haben. Das ist ein positives Beispiel. Ohne den Thüringer Untersuchungsausschuss - der ist meines Erachtens auch spannender, auch im Ergebnis, als der Untersuchungsausschuss Bund, obwohl der sehr wichtig war, sowohl der erste wie der zweite - wären wir heute nicht so weit. Also, Sie haben die Entscheidung: Wollen Sie nach Stuttgart gucken oder wollen Sie nach Erfurt gucken? - It's up to you.

Vielleicht noch eine Bemerkung, weil ich es sonst nicht mehr unterkriege: Eine Dimension - und da beziehe ich mich ja auf die Güte dieses Untersuchungsausschusses, insofern passt es sogar - ist, dass im nächsten Jahr in Erfurt auch diese tiefste Unterseite des Tino-Brandt-Verhaltens mit Thema wird, nämlich: Was ist mit den Kindesmorden der organisierten, deutschen organisierten -

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

gewissermaßen - Kriminalität im Umfeld von Böhnhardt? - Das ist eine Dimension, die deswegen wichtig sein kann, weil es womöglich gegenseitigen Druck gibt von denen, die diese Verbrechen begangen haben. Das sage ich nur so angedeutet. Andere gehen da weiter, aber für diesen Zweck reicht das. Es ist sinnvoll, mindestens das im Hinterkopf zu haben, dass es auch diese Dimension des Verbrechens gegeben hat, und zwar in Thüringen und womöglich auch anderswo.

Ein Letztes, wenn ich darf, zu Herrn Rautenberg noch mal: Ja, die Migrationswelle ist eine Herausforderung; aber es gibt gute Studien von Andreas Zick, früher von Heitmeyer, die nächste kommt am nächsten Montag von der Friedrich-Ebert-Stiftung, wo gezeigt wird, unter welchen Bedingungen Leute disponiert sind, gegen Fremde zu sein - in Anführungsstrichen -, auch wenn sie nicht fremd sind, gegen Minderheiten zu sein, weil sie sozusagen die Schwachen verurteilen, weil sie aus ihrer Gesinnung heraus ein autoritäres Sündenbockverhalten an den Tag legen. Das ist ja Ihnen auch nicht unbekannt, und ich glaube, dass man das mitgewichten muss. Die Überforderung hängt dann sehr davon ab, wie stark die Politik und die Polizei und die Finanzierung sinnvoll und optimal gestaltet wird. Man kann diese Probleme bewältigen in unserem Rechtsstaat, wenn er so demokratisch ist, wie er sich selbst gibt und wie es Merkel auch haben wollte. So, in dieser Frage. Ich wollte das nur noch mal - - damit es gesagt ist.

Abgeordnete Nonnemacher (GRÜNE/B 90):

Eine letzte Frage an Herrn Dr. Botsch: Sie hatten vorhin, als Sie über die prototerroristische Latenzphase referiert haben, gesagt, man müsse leider akzeptieren, dass die wenigsten aufklärerischen Impulse in dieser Zeit aus der Forschung, aus der Wissenschaft gekommen sind, im Gegensatz zu entsprechenden Antifa-Aktivitäten oder journalistischen Bemühungen. Ich denke, das ist auch gelobt worden hier in Brandenburg, dass wir sozusagen die Liste der rechtsextremistischen Morde, Todesopfer noch einmal haben überprüfen lassen. Was denken Sie, was könnten wir von politischer Seite weiter dazu beitragen, um die Rechtsextremismusforschung zu beflügeln und zu befördern?

Sachverständiger Dr. Gideon Botsch (Moses Mendelssohn Zentrum):

Das wird Sie jetzt nicht überraschen, wenn ich sage, das ist immer eine Ressourcenfrage. Das ist ja klar. Natürlich: Möglichkeiten, Geld, Stellen, räumliche Ressourcen, technische Ressourcen. Das, was wir uns vorgenommen haben, die dokumentarische Seite zu verbessern, wird uns herausfordern in den nächsten Jahren.
- Sitzen Sie im Haushaltsausschuss oder - -?

Das ist natürlich das A und O, das muss ich sagen. Aber ich meine, der Zustand ist aus meiner Sicht - - Ich sehe das vielleicht etwas sehr scharf, aber ich halte tatsächlich den Zustand der Rechtsextremismusforschung für bundesweit nicht so glänzend, wie es auf den ersten Blick zu sein scheint. Wir haben so gravierende und erhebliche Forschungslücken an so vielen Punkten, dass man im Grunde genommen gar nicht weiß, wo man konkret ansetzen und anfangen soll mit der Forschung. Uns fehlt auch ein Nachwuchs, der in irgendeiner Weise das Gefühl haben kann, dass er, wenn er sich auf dieses Thema spezialisiert, auch irgendeine Chance hat, im akademischen Bereich tätig zu werden, also nicht in einer entstehenden Landschaft von Präventions- und Fachberatungsgremien, aber im akademischen Bereich sind Sie besser beraten, wenn Sie sich nicht auf Rechtsextremismus konzentrieren, sondern lieber spätestens nach der Abschlussarbeit dann ein anderes Feld einschlagen.

Ich habe auch einen sehr positiven Blick auf unsere Erfahrungen in der Todesopfer-Untersuchung aus zwei Gründen: Zum einen ist hier vom Land Brandenburg auf eine wirklich beeindruckende und überzeugende Weise die Voraussetzung geschaffen worden, die Dinge wirklich anhand des Akten- und Quellenmaterials zu prüfen in einer Weise, mit der wir bei allem Wissen um die Bereitschaft, im Land Brandenburg aufzuklären, nicht mal wir so gerechnet hätten - also der Dank geht durchaus auch zurück, den Sie, Herr Lüttmann, heute früh ausgesprochen hatten -, und wir auch eine Atmosphäre hatten, in der sozusagen dieser Aufklärungswille auch bei den Beteiligten nicht wissenschaftlichen Institutionen, die wir in einem Expertenarbeitskreis

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

zusammenfassen konnten - zwei der Teilnehmer sitzen auch heute in meinem Rücken. Das war eine unglaublich gute Erfahrung, und ein Teil dieser Erfahrung ist, dass wir, dass unsere Forschungsfreiheit nicht beschränkt wurde. Forschungsfreiheit setzt eben auch immer voraus, dass wir die Möglichkeit haben, nicht nur die Themenfelder, sondern auch den Weg, wie wir sie beforschen und den Weg, mit welchen Mitteln, mit welchen Quellen wir sie beforschen und welchen Output das haben wird, bestimmen können, dass wir nicht im engeren Sinne Auftragsforschung leisten. Die Vorstellung, dass Wissenschaft beispielsweise die Funktion einer nachrichtendienstlichen Aufklärung übernehmen könne oder das vielleicht besser machen könne, die geht meines Erachtens daran vorbei, dass das dann möglicherweise im Sinne von Auftragsforschung Eingriffe in die Freiheit der Forschung mit sich bringen würde, was ich für sehr negativ halten würde.

Ja. Also das als kurze Zusammenfassung, was ich für sinnvoll halte. Mein Eindruck ist, dass hier 25 Jahre lang sehr wichtige Forschungsarbeiten entstanden sind zum Rechtsextremismus auf allen möglichen Feldern, aber dass wir bedauerlicherweise auf der Ebene der rechtsextremen Akteure, der Handelnden und Agierenden, immer wieder darauf angewiesen sind, auf sehr gut gearbeitete oder schlechter gearbeitete Arbeiten zurückzugreifen, die journalistisch sind oder eben einen sehr deutlichen, also wo ein nicht wissenschaftliches Motiv mitschwingt oder mitspielt. Das merkt man, glaube ich, immer, wenn man zu dem Thema forscht. Die Forschungsarbeiten fehlen. Informationen holen wir fast alle, auch fast alle Fachkollegen, dann aus der Expertise von professionellen oder halbprofessionellen Journalisten. Und deswegen so ein Blick auf die Akteure, das wäre eigentlich das, was ich für nötig hielte.

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

So, damit haben wir die zweite Fragerunde absolviert. Ich frage der Reihe nach: Gibt es weiteren Fragebedarf bei der SPD-Fraktion? - Das ist nicht der Fall. Bei der CDU? - Nicht. Bei den Linken? - Ja. Dann bitte.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE):

Ich schere jetzt ein bisschen aus, aber ich habe tatsächlich noch ein paar Fragen. – Einerseits habe ich, Herr Prof. Dr. Rautenberg, noch eine Frage. Frau Nonnemacher hat das eben auch schon mal kurz angedeutet, die Frage nach der Nationalen Bewegung, wo Sie ja schon eine - sagen wir mal - These, die ich bisher noch nicht so gehört hatte, vertreten haben, indem Sie quasi infrage gestellt haben, ob diese Gruppe existierte. Da hätte ich schon eine Nachfrage, weil, nach meiner Kenntnis gab es ja in dem Zusammenhang mit den Straftaten auch Hausdurchsuchungen, wo, was wieder mal einer der Fälle sein könnte, wo der Verfassungsschutz ein paar Leute gewarnt hat. Also da gab es ja schon ein paar konkrete Menschen, die zumindest in Verdacht waren. Insofern würde mich schon noch mal interessieren, ob Sie das ein bisschen ausführen können, wie Sie das meinten, also ob Sie quasi es eher so meinen, dass es keine feste Gruppe war, sondern eher so eine - keine Ahnung - Bewegung aus dem Milieu heraus, oder wie wir das einordnen dürfen die These, die Sie da vorhin in den Raum gestellt haben.

**Sachverständiger Prof. Dr. Erardo Cristoforo Rautenberg
(Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg):**

Das Verfahren liegt mir einfach im Magen, weil es eben ungeklärt ist und weil ich eben weiß, dass der Generalbundesanwalt, der sehr intensiv ermittelt hat, ohne Ergebnis, und dass es eben Merkwürdigkeiten gibt. Also angefangen - das habe ich eben noch in Erinnerung -, dass die Übernahme des Verfahrens durch den Generalbundesanwalt vom Verfassungsschutz nicht erwünscht war. Das ist - ich sage mal - sehr ungewöhnlich, weil, der Generalbundesanwalt entscheidet, ob er eine bestimmte Kompetenz hat oder nicht; da hat man nicht, gar keinen Einfluss drauf.

Und das Zweite ist eben, dass ich aus den Kreisen der Bundesanwaltschaft weiß, dass man sich dann gewundert hat, dass dieses Bekennerschreiben vom brandenburgischen Verfassungsschutz ins Internet eingestellt worden ist, womit natürlich die Ermittlungen aus Sicht der Bundesanwaltschaft sehr behindert worden

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

sind. Das sind einfach Merkwürdigkeiten, die ich niedergelegt habe, weil mir das schon wichtig ist, dass man da vielleicht noch mal nachhakt.

Ich kann das nicht, das ist nicht meine Zuständigkeit. Aber - wie gesagt - beim Generalbundesanwalt sind die Akten noch vorhanden, und es ist wohl mit großem Aufwand ermittelt worden. Ja, also da bleibt einfach ein Fragezeichen hinter. Mehr wollte ich gar nicht sagen. Aber ich fände es schon gut, wenn man in diesem Komplex seitens des Landtages ermittelt, dass man diesen Fall mit einbeziehen sollte. Das war mir nur wichtig, weil, wie gesagt, es ist, in meiner ganzen Amtszeit ist sowas eben nicht vorgekommen. Und die Vereinigung Nationale Bewegung, Bekennerschreiben, das ist sozusagen etwas, wo man als jemand, der mal bei der Bundesanwaltschaft selbst gearbeitet hat, alle Laternen angehen, weil, wenn Bekennerschreiben vorliegen, deutet das normalerweise auf eine sehr feste Organisationsstruktur hin, zumal, wenn das Bekennerschreiben eben auch durchaus nicht stümperhaft gemacht ist; sowas gibt es natürlich auch. Also es war schon, es sah schon danach aus, und der Generalbundesanwalt hat sich mit der Sache eben auch sehr lange beschäftigt. Und das macht er eben auch nicht, wenn er dazu nicht Anlass hat.

Und ich meine, ein Anschlag auf eine jüdische Trauerhalle mit antijüdischer Hetze, das ist auch etwas, was man jetzt nicht einfach so ablegt, wenn da Fragezeichen übrig bleiben.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE):

Okay, vielen Dank. Ich glaube, dann können wir das jetzt auch ein bisschen anders einordnen.

Eine zweite Frage habe ich noch, dann bin ich auch - zur Beruhigung der anderen Ausschussmitglieder - am Ende meines Wissensdurstes.

Wir hatten vorhin schon mal angedeutet den gesamten Bereich der Frage der Kontinuitäten von den 90er-Jahren bis heute. Der eine oder andere weiß das, ich

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

beschäftige mich sehr, sehr intensiv mit der Gruppe in Nauen, was ein bisschen was damit zu tun hat, dass wir da auch so ein bisschen mit betroffen waren. Und was mir in dem Zusammenhang schon aufgefallen ist, ist, dass wir, dass diejenigen, die in den 90er-Jahren - sagen wir mal - so die Szenegrößen waren, zwar jetzt nicht mehr im Vordergrund stehen, aber quasi so jetzt ein bürgerliches Image haben und quasi aber schon auch im Hintergrund wirken und quasi so ein bisschen das Hinterland der Szene sind. Also es geht zum Beispiel das Gerücht, dass bei einem relativ bekannten Nazi aus den 90er-Jahren die Farbe angerührt wurde, mit der unser Büro dann beschmiert wurde, also wo es schon scheinbar auch noch Verbindungen gibt. Da würde mich interessieren, welche Erkenntnisse da bei Ihnen allen da sind, die also solche Kontinuitäten, gar nicht so sehr, dass Leute dann in der ersten Reihe wieder auftauchen, oder anders formuliert: Was wurde eigentlich aus den 90er-Jahre-Nazis? Sind die alle jetzt irgendwie raus oder ist es ähnlich wie in Nauen, dass die zwar - sagen wir mal - eine bürgerliche Existenz haben, aber schon in bestimmter Richtung auch noch für die Szene arbeiten und - sagen wir mal - auch das Gedankengut noch versuchen mit in ihren Möglichkeiten zu verbreiten?

**Sachverständiger Prof. Dr. Erardo Cristoforo Rautenberg
(Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg):**

Ich denke, dass es, wenn ich jetzt einmal eine Parallele ziehe so zu den späten 60er-Jahren, die linke Szene, wenn man das jetzt mal so als Vergleich - ich setze jetzt nicht gleich -, vergleiche, dann hat man schon die Entwicklung: bei einem Teil eine völlige Abkehr, bei einem anderen Teil irgendwie eine Verfestigung und dann eben auch bei einem Teil so diese - ich sage mal -, das, was Sie so beschrieben haben, so im Hintergrund irgendwie zu agieren. Und ich denke, oder ich habe mich auch gefragt: Was ist eigentlich aus dieser Generation Hoyerswerda geworden?

Ich habe darauf natürlich auch keine eindeutige Antwort, weil das letztlich wiederum Forschung voraussetzt; aber es ist sicherlich klar, dass ein Teil dieser Leute ihre Gesinnung behalten haben, dass sie jetzt nicht mehr auf der Straße, wenn sie betrunken sind, irgendwelche Personen verprügeln - weil sie Familienväter sind, weil

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

sie einen ganz anderen Lebensbereich haben -, aber dass sie natürlich eventuell im Hintergrund in irgendeiner Weise noch aktiv sind. Dass das für einen Teil zutrifft, davon bin ich überzeugt.

Sachverständiger Dirk Laabs (Verlagsgruppe Random House GmbH):

Also ich finde, man kann das am besten beim NSU-Prozess in München sehen: Es gibt einen einzigen Fall, ein einziges ehemaliges Mitglied der Szene, das da kooperiert - aus der Thüringer Szene heraus. Die meisten, ob sie jetzt noch aktiv sind oder nicht, oder halb drin oder halb draußen, reden und kooperieren nicht, wollen sich nicht erinnern, helfen nicht. Da ist auch nichts irgendwie von einer staatsbürgerlichen Pflicht, die sie auf einmal entdecken, sondern es sind oft alte Freunde, die sie belasten würden, das wollen sie nicht.

Mir sind noch zwei andere - - eins hat sich mir sehr eingeprägt. Ich kam einmal am Rande einer NSU-Veranstaltung mit einer Jugendgruppe aus Sachsen, Limbach-Oberfrohna, ins Gespräch, die einen Preis gekriegt hat. Die haben erzählt, die wurden angegriffen von einem Sohn des Ehepaars P. Das ist dann so wie eine Dynastie, die sich dann fortsetzt. Es gibt da große Kontinuitäten. Wenn man auch sieht, was die Szene immer noch macht, um Ralf Wohlleben zu unterstützen - die Kontinuitäten sind schon enorm. Das fällt auch auf. Dann ist eben die Frage: Kann man eigentlich wirklich so ganz aussteigen? Und wie sieht das dann aus? - Das sieht man tatsächlich am besten beim Prozess.

Sachverständiger Dr. Gideon Botsch (Moses Mendelssohn Zentrum):

Interessant fand ich: Das Bundesamt für Verfassungsschutz zitiert um 2000 herum eine mir nicht vorliegende Vergleichsstudie zum Verbleib der Aktivisten und Mitläufer der drei wichtigen verbotenen neonazistischen Parteien. Die FAP hat sozusagen die geringsten Quoten. Die in unserem Land sehr bedeutsame „Deutsche Alternative“ hat eine mittlere Quote. Und die in unserem Land besonders bedeutsame „Nationalistische Front“ hat eine erschütternde Quote von Verbleib über das Verbot

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

hinaus. Ich glaube, das geht auf der Kaderebene bis in die 90 % - legen Sie mich nicht fest, müsste ich selbst noch einmal nachlesen. Das fand ich schon mal einen ganz interessanten Hinweis.

Jetzt sind wir natürlich 15 Jahre weiter. Es gibt da unterschiedliche Verläufe. Natürlich bricht vieles weg. Ich denke, mit der aktuellen Mobilisierung lässt sich doch erkennen, dass Leute plötzlich wieder auftauchen. Möglicherweise sind sie nach Jahren, in denen sie andere Prioritäten hatten - Familie, Beruf usw. -, fühlen sie sich jetzt in der Situation: „Jetzt müssen wir wieder“, oder: „Jetzt wollen wir wieder“, oder: „Jetzt können wir wieder“. Und dann haben sie aber Akteure, die immer wieder auftauchen. Mal hört man ein paar Jahre lang nichts von ihnen, und plötzlich sind sie wieder da. Da könnte ich für das Land Brandenburg sicherlich ein paar namentlich benennen. Andere kennen wir möglicherweise gar nicht, und kein Mensch kennt die - oder so. Aber ich finde immer interessant, wo etwas zusammenkommt, wo sozusagen die altgedienten Aktivisten mit jüngeren Leuten in Berührung kommen, wo Generationen überbrückt werden. Immer da, denke ich, müssen wir besonders besorgt hingucken, wo diese Strukturen bestehen. Auch da könnte man ein paar, die hier im Land Brandenburg aktiv sind, sicherlich namhaft machen. Ein paar sind aber auch in Ihrer Frage 2 schon erwähnt.

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Gut. - Dann frage ich bei der Fraktion der AfD nach: Gibt es noch Fragebedarf?

Abgeordneter Galau (AfD):

Ja. - Prof. Funke hat ja die Hoffnung geäußert, dass wir in diesem Ausschuss vielleicht ein bisschen mehr Mut aufbringen, Fragen zu stellen, die vielleicht in anderen Untersuchungsausschüssen nicht gefragt werden. Es ist natürlich immer so ein bisschen schwierig, weil man natürlich gerade in diesem Bereich ganz schnell irgendwo in einen Bereich kommt, wo man sehr viel spekuliert. Nun hat vielleicht nicht gerade jeder Lust, sich hier den goldenen Aluhelm verleihen zu lassen mit

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

irgendwelchen Fragen; aber ich versuche es mal trotzdem, auch aus den Dingen, die vorhin noch einmal genannt wurden:

Können Sie sich vorstellen, dass es - sage ich jetzt mal - unterhalb der Ebene der Verfassungsschutzämter - wir reden im Augenblick hauptsächlich erst einmal über die hier in Brandenburg, in Sachsen, Thüringen, vielleicht jetzt noch Baden-Württemberg, das sind zumindest die, die hier so genannt wurden -, da drunter vielleicht noch weitere geheimdienstliche Ebenen gibt, wo, sage ich jetzt mal - auch unter dem Hintergrund, Sie hatten es vorhin mal kurz erwähnt, dass der thüringische Verfassungsschutz ja selber ein bisschen im Ruf stand, ideologisch gesehen nicht unbedingt gerade in der Mitte angesiedelt zu sein - - dass es also im Prinzip Dienste gibt, die auf die rekrutierten V-Leute gerne zurückgreifen, so nach dem Motto: Da gilt im Grunde genommen eigentlich eine rechtsextreme Gesinnung weniger als Malus, sondern vielleicht eher als Bonus, dass man für diese Leute Verwendung findet eben für Aufgaben, die völlig fernab von dem sind, was wir hier im Augenblick eigentlich gerade besprechen. - Ich drücke mich jetzt einmal sehr vorsichtig aus - weil es gibt ja wirklich sehr viele Spekulationen, was da eigentlich im Hintergrund noch alles gelaufen sein könnte - und hoffe, dass Sie mich verstanden haben und vielleicht irgendwo eine passende Antwort finden. - Danke.

Sachverständiger Prof. Dr. Hajo Funke (Kontur-Verlag UG):

Da bin ich total überfragt. Die Spekulationen, die wir hier diskutiert haben, bezogen sich auf reale Prozesse und gewissermaßen eine Hypothesenbildung: Wie kann man es erklären, was wir an Fakten ausgebreitet vorfinden durch die bisherigen Untersuchungsausschüsse - und auch durch Ihren? Das heißt, die Hypothesenbildung oder auch gewisse Spekulationen sind notwendig, um überhaupt in der Fülle des Materials sozusagen Schneisen zu denken und zu sehen, ob da die Empirie - - Also man geht ja immer doppelt vor: Man guckt sich die Empirie an und geht ins Detail und - das ist Erkenntnisinteresse - fragt zugleich: Müssen wir nicht doch in diese Szene des Verfassungsschutzes, in diese Szene des Innenministeriums noch stärker hineinschauen, um zu verstehen, warum etwas auch in Ihren Fällen, die Sie

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

beschrieben haben - „Nationale Bewegung“ -, so oder so abgelaufen ist? - Das heißt, es ist nicht eine Spekulation der Spekulation, sondern eher interessierte Fragen, die man nicht ganz ohne erste Überlegungen, Spekulationen oder Hypothesen weiterführen kann. Es ist legitim, zu fragen und nicht zu sagen: „Das sind alles Verschwörungstheoretiker.“ Das sind Sie ja dann auch nicht, weil Sie keine Theoretiker sind - aber das nur nebenbei.

Wenn mir jemand vom BKA auf einer Tagung in der Polizeiakademie bei Hiltrup gesagt hat: Ach, wenn Sie noch Fragen zu dem Möglicherweise-in-den-Tod-getrieben- worden-Sein von Herrn Florian Heilig haben, dann sind Sie ein Verschwörungstheoretiker. - Da sage ich: Ich stelle legitime Fragen. - Und ich hoffe, das tun Sie auch.

Sachverständiger Dirk Laabs (Verlagsgruppe Random House GmbH):

Ganz kurz noch: Den zweiten Teil kann ich nicht beantworten, aber zum ersten: Ich finde das einen sehr guten Punkt. Es geht nicht um die Fragen, die man stellt - da stellen wir nämlich seit fünf Jahren dieselben -, sondern um die Antworten. Will man die Antworten wirklich bekommen? Wenn natürlich Bedienstete des Staates, viele Beamte nicht partizipieren am Aufklärungsprozess - wie wir das in Hessen gerade erleben -, gibt es für den Staat ja Mittel und Wege, Druck zu machen. Und das ist, glaube ich, eine Frage dessen, wie dringend ich die Antworten wirklich haben will.

Abgeordneter Galau (AfD):

Gut. - Nun kommen wir mal wieder weg von dem Spekulieren. Ich hätte dann doch noch mal eine Frage, wo es also auch um einen Fakt ging, und zwar: Uns ist hier auch ein Artikel noch mal in der Broschüre „Tolerantes Brandenburg‘ - Herausforderungen einer institutionalisierten Rechtsextremismusprävention auf Landesebene“ untergekommen. Da sind die Autoren die Herren Kohlstruck, Rolfes und Schubarth; ich weiß nicht, ob Sie die kennen. Da führen die Autoren auf Seite 232 aus,

„dass rechtsextreme Positionen als Äußerungen im gesellschaftlichen Meinungsstreit in den grundrechtlichen Schutzbereich der Meinungsfreiheit fallen. Über diesen juristischen Aspekt hinaus sind [...] unter einer politikwissenschaftlichen Perspektive rechtsextreme Positionen Teil der Meinungs- und Deutungskonflikte, wie sie für eine liberale rechtsstaatliche Demokratie konstitutiv sind. Die Möglichkeit, auch radikale Positionen im Meinungsstreit äußern zu können, ist geradezu [...] Kriterium für die Qualität der Rechtsstaatlichkeit und des konkreten Grundrechtsschutzes der Bürger.“

Da wollte ich noch einmal gerade jetzt unsere beiden Theoretiker fragen, wie sie zu dieser Auffassung stehen.

Sachverständiger Prof. Dr. Hajo Funke (Kontur-Verlag UG):

Ich kenne diesen Text nicht, ich habe ihn jetzt gehört. Prinzipiell ist die Meinungsfreiheit sehr weit gedeckt und hat aber in Deutschland, anders als in Amerika, und das mit gutem Grund, seine Grenzen bei Verhetzung und dergleichen. Und darum geht es im Falle von Rechtsextremismus

Sachverständiger Dr. Gideon Botsch (Moses Mendelssohn Zentrum):

Ich bin kein Theoretiker, das vielleicht vorab. - Ja, das ist ein bisschen banal, was da steht. Die Grenzen findet die Meinungsäußerung in den begründeten Rechten anderer, die durch diese Meinung verletzt, beleidigt sein könnten. Da gibt es einen strafrechtlichen Schutz und natürlich in den Ihnen bekannten Paragraphen, in Propagandadelikten, den Volksverhetzungsdelikten, der Leugnung des Holocaust.

Ich meine, dass der kollektive Schutz vor kollektiver Beleidigung als Minderheit in Deutschland unterentwickelt ist, auch nach dem, was wir eigentlich europäischerseits verpflichtet sind. Eine entsprechende Rüge hat Deutschland ja im Zusammenhang mit der Causa Sarrazin kassieren müssen; zu Recht, wie ich finde. Da muss man sicherlich nachbessern. Ansonsten ist es selbstverständlich so, dass ein breites Spektrum an

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

rechtsextremistischen Äußerungen nicht strafbewehrt ist. Eine gesellschaftliche Auseinandersetzung damit, eine gesellschaftliche Tabuisierung von rechtsextremistischen Äußerungen ist eine ganz andere Frage, denn da geht es um Deutungshoheit, um Diskussionsverläufe usw., die sozusagen in einer deliberativen und deliberativen Demokratie anderen Gesetzmäßigkeiten unterliegen als dem Strafrecht.

Abgeordneter Galau (AfD):

Wir sind durch.

Vorsitzender Rupprecht (SPD):

Dann frage ich zum Schluss die Fraktion der Grünen. - Keine weiteren Fragen. Danke erst mal in die Runde.

Es bleibt noch eine Frage zu klären, nämlich die einer eventuellen Vereidigung der Sachverständigen. Vorliegend sind meines Erachtens keine Gründe ersichtlich, die eine Vereidigung der gehörten Sachverständigen geboten erscheinen lassen. Ist jemand in der Runde anderer Meinung? - Das ist nicht der Fall. Dann wird hiermit auf eine Vereidigung verzichtet.

Ich bedanke mich sehr herzlich bei unseren vier Sachverständigen für ihr profundes Wissen, das sie hier vorgetragen haben, und für ihr Durchhaltevermögen.

(Beifall)

Das gilt übrigens auch für alle Kolleginnen und Kollegen und für die Gäste, die immer noch dabei sind. - Vielen Dank.

Ich schließe damit die heutige Sitzung mit dem Hinweis darauf, dass am 19. Dezember um 10.15 Uhr im gleichen Raum dann die 5. Sitzung unseres Untersuchungsausschusses stattfindet.

Untersuchungsausschuss 6/1
4. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

18.11.2016
Stenogr. Dienst/welf

Ich wünsche allen einen schönen Abend und ein schönes Wochenende.

Holger Rupprecht

Vorsitzender UA 6/1

Untersuchungsausschuss 6/1
9. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

28.04.2017
Stenogr. Dienst/welf

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Zu TOP 4: Vernehmung der Zeugen Irene Stari (Staatsanwaltschaft Potsdam), Prof. Dr. Erardo Rautenberg (Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg) und Wolfgang Siegmund (Bundesanwalt beim Bundesgerichtshof) zum Beweisbeschluss B 124 (Nationale Bewegung)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herzlich willkommen zum öffentlichen Teil unserer heutigen Sitzung des Untersuchungsausschusses. Wir haben zuvor schon in interner Runde gesessen. Diesmal sind wir erstaunlicherweise pünktlich zu Beginn des öffentlichen Teils fertig geworden.

Vernehmung des Zeugen Prof. Dr. Erardo Rautenberg

Ich begrüße die Gäste sehr herzlich, ich begrüße die Medienvertreter, ich begrüße noch einmal die Mitglieder des Ausschusses und die Referenten. Ganz besonders begrüße ich den ersten heute zu vernehmenden Zeugen - herzlich willkommen, Herr Prof. Dr. Rautenberg. Sie sind der erste von drei Zeugen, die wir heute anhören werden. Es folgen dann Frau Irene Stari, Staatsanwältin bei der Staatsanwaltschaft in Potsdam, und Herr Wolfgang Siegmund, Bundesanwalt bei der Generalbundesanwaltschaft [sic!]¹ in Karlsruhe.

¹ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die korrekte Bezeichnung lautet: Bundesanwalt beim

Untersuchungsausschuss 6/1
9. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

28.04.2017
Stenogr. Dienst/welf

Wir beginnen mit Herrn Dr. Rautenberg. Sie kennen das Prozedere; Sie sind ja auch nicht zum ersten Mal in unserem Ausschuss. Ich muss Sie jetzt zunächst erst einmal belehren.

Als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuss unterliegen Sie der Wahrheitspflicht. Das heißt, die von Ihnen gemachten Angaben müssen vollständig sein und der Wahrheit entsprechen. Sie dürfen weder falsche Angaben machen noch wesentliche Umstände, die mit dem Beweisthema im Zusammenhang stehen, verschweigen. Sofern Sie an bestimmte Dinge keine Erinnerung mehr haben, müssen Sie auch dies deutlich zum Ausdruck bringen. Der Untersuchungsausschuss ist nach § 22 UAG grundsätzlich berechtigt, einen Zeugen am Ende seiner Aussage zu vereidigen. Über eine Vereidigung Ihrer Person wird insoweit noch zu befinden sein.

Falsche Aussagen vor dem Untersuchungsausschuss sind strafbewehrt. Dabei kommt es nicht darauf an, ob Sie Ihre Aussage beeidigen müssen oder nicht. Falsche uneidliche Aussagen sind nach § 153 Strafgesetzbuch strafbedroht und werden mit Freiheitsstrafe zwischen drei Monaten und fünf Jahren sanktioniert. Im Falle der Annahme einer Strafbarkeit eines Meineides wird der Strafrahmen des § 154 Strafgesetzbuch, der eine Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr vorsieht, Anwendung finden. - Das sage ich nicht, Herr Prof. Dr. Rautenberg, weil ich Ihnen misstrauere, sondern weil mich das Gesetz zu dieser Belehrung verpflichtet.

Ferner habe ich Sie auch über Ihre Rechte gemäß § 19 UAG zu belehren. Danach sind Sie berechtigt, die Auskunft auf solche Fragen zu verweigern, deren Beantwortung Ihnen selbst oder einem der in § 52 Abs. 1 StPO bezeichneten Angehörigen die Gefahr zuziehen würde, wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit verfolgt zu werden. - So weit die Belehrung.

Jetzt bitte ich Sie, zunächst Angaben zu Ihrer Person zu machen. Nennen Sie uns bitte Vornamen, Zunamen, Alter, Beruf und Wohnort.

Zeuge Prof. Dr. Erardo Rautenberg: Mein Name ist Erardo Rautenberg, 64 Jahre alt, wohnhaft in [...], Generalstaatsanwalt.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Vielen Dank. - Herr Dr. Rautenberg, wir vernehmen Sie zum Thema: Welche Rolle haben die Sicherheitsbehörden bei den Ermittlungen zur „Nationalen Bewegung“ gespielt? - Ich bitte Sie, zu überlegen, ob Sie ein Eingangsstatement abgeben wollen und wir Sie dann befragen. - Sie nicken.

Zeuge Prof. Dr. Erardo Rautenberg: Würde ich gern tun.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann sind Sie dazu hiermit berechtigt. Ich bitte Sie ums Wort.

Untersuchungsausschuss 6/1
9. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

28.04.2017
Stenogr. Dienst/welf

Zeuge Prof. Dr. Erardo Rautenberg: Meine Damen und Herren Abgeordnete! Herr Vorsitzender! Am 18. November des vorigen Jahres bin ich dazu als Sachverständiger gehört worden, was jetzt Thema des Untersuchungsausschusses ist, nämlich organisierte rechte Gewalt im Land Brandenburg 1991 bis heute.

Was rechtsextreme terroristische Vereinigungen betrifft, hatte ich auf zwei Fälle in Brandenburg hingewiesen, zum einen auf das von meiner Behörde geführte Verfahren gegen Mitglieder des sogenannten Freikorps Havelland und das Verfahren gegen - ich zitiere jetzt aus meinem schriftlichen Statement - „die dubiose Vereinigung ‚Nationale Bewegung‘“. Das ist ja auch Gegenstand meiner heutigen Vernehmung. Dazu will ich mich jetzt nun näher äußern. Ich hatte zwar Angaben gemacht in meinem Statement, aber eben nur sehr kurze.

Von dem Brandanschlag auf die Trauerhalle des Jüdischen Friedhofs in Potsdam vom 7. auf den 8. Januar 2001 wurden die Generalstaatsanwaltschaft und das Ministerium der Justiz und für Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg am 8. Januar zunächst fernmündlich vom Leitenden Oberstaatsanwalt in Potsdam unterrichtet. Es folgte dann ein Telefaxbericht des Leitenden Oberstaatsanwalts in Potsdam am 9. Januar 2001. Dieser endete mit folgender Passage. - Ich möchte kurz einschieben: Dieser gesamte Vorgang ist geheimschutzbewehrt; aber das Ministerium hat mir mitgeteilt, dass Berichte, die in dieser Sache erstattet sind, sicherlich nicht darunter fallen, und der Meinung bin ich auch. Deshalb nehme ich darauf Bezug und möchte daraus jetzt kurz zitieren. - Dieser Bericht des Leitenden Oberstaatsanwalts in Potsdam vom 9. Januar 2001 endete wie folgt:

„Erst kurz nach 14.00 Uhr bei der persönlichen Übergabe einer angeforderten Akte betreffend eine ausländerfeindliche Tat wurde durch die Polizeibeamten meiner Dezernentin eine nähere Schilderung des Vorfalls gegeben, der sie veranlasste, sich sofort zum Tatort zu begeben. Wegen der Bedeutung der Tat begab sich auf meine Bitte auch der zuständige Abteilungsleiter zur Brandstätte. Ein so mäßiger Informationsfluss zwischen den zur Aufklärung des Verbrechens berufenen Behörden, der von der Polizei zu vertreten ist, halte ich für bedenklich.“²

Zitat Ende. - Die Schwere der Tat und das Auffinden eines Bekennerschreibens einer „Nationalen Bewegung“ ließ sofort den Verdacht einer in die Zuständigkeit des Generalbundesanwalts fallenden Straftat aufkommen. Daher unterrichtete der Leitende Oberstaatsanwalt in Potsdam unverzüglich und unmittelbar den Generalbundesanwalt. Das ist auch so üblich. Da wird also nicht der Dienstweg eingehalten, sondern der Generalbundesanwalt erhält von der ermittelnden Staatsanwaltschaft unmittelbar Kenntnis von einem Sachverhalt, der in dessen Zuständigkeit fallen könnte. Dieser übernahm dann das Verfahren am 12.01.2001.

Zuvor rief mich der Leiter der Verfassungsschutzabteilung des Innenministeriums an und kritisierte, dass das Verfahren dem Generalbundesanwalt zur Übernahme angeboten worden sei. Dies sei unnötig, man könne doch dieses Verfahren selbst

² Anmerkung Stenografischer Dienst: Das Zitat konnte nicht verifiziert werden.

Untersuchungsausschuss 6/1
9. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

28.04.2017
Stenogr. Dienst/welf

bearbeiten. Ich habe ihn darauf hingewiesen, dass wir verpflichtet seien, den Generalbundesanwalt über Verfahren, die in seine Zuständigkeit fallen könnten, zu informieren, und kein Recht hätten, auf die Entscheidung über die Übernahme Einfluss zu nehmen. Anschließend führte ich noch ein Telefonat mit dem Leitenden Oberstaatsanwalt in Potsdam. Wir kamen aber zu dem Ergebnis, die Angelegenheit auf sich beruhen zu lassen. Ich habe noch folgenden Satz des Leitenden Oberstaatsanwalts in Erinnerung, den ich Ihnen jetzt nicht vorenthalten möchte. Er hat gesagt: Das ist doch nur Blödsinn. - Und damit haben wir dann die Sache auf sich beruhen lassen.

Der Generalbundesanwalt übernahm wie gesagt am 12. Januar 2001 das Verfahren wegen der besonderen Bedeutung des Falles. Er machte also von seinem Evokationsrecht Gebrauch. Ende Januar, Anfang Februar 2001 dehnte er die Ermittlungen dann aber auf den Vorwurf der Bildung einer terroristischen Vereinigung aus.

Die Übernahme des Verfahrens wurde offenbar auch in einer dpa-Meldung kritisiert und dabei auf eine Verlautbarung des Leitenden Oberstaatsanwalts in Neuruppin Bezug genommen. Dieser wurde daraufhin von meinem Vertreter am 15. Januar 2001 um Stellungnahme gebeten. Der Leitende Oberstaatsanwalt in Neuruppin erklärte daraufhin in einem Bericht vom 16. Januar 2001, dass am 11. Januar 2001 sein jährliches Gespräch mit Pressevertretern in Wustrau stattgefunden habe. Im Laufe des Gespräches habe Frau H. von dpa - sie ist nun, glaube ich, [REDACTED] - gefragt, ob er mit der Übernahme des Potsdamer Verfahrens durch den Generalbundesanwalt einverstanden sei. - Das ist also mehr so ein Hintergrundgespräch gewesen. - Er habe erklärt, dass er sich nicht über andere Verfahren äußere, dann aber wohl zum Ausdruck gebracht, dass auch die brandenburgischen Staatsanwaltschaften solche Verfahren führen könnten.

Wie jetzt die Meldung, die Anlass für die Berichterstattung gegeben hat, aussah, das konnte ich nicht rekonstruieren. Es muss aber irgendeine kritische Note gehabt haben, sonst hätte mein Vertreter nicht diesen Bericht angefordert.

Über den weiteren Verlauf des Verfahrens des Generalbundesanwalts habe ich keine näheren Erkenntnisse. Da es sich aber um das erste vom Generalbundesanwalt übernommene Verfahren mit Terrorismusverdacht handelte, habe ich mich während der jährlichen Staatsschutztagung in Karlsruhe nach dem Stand erkundigt.

Dabei erfuhr ich, dass der brandenburgische Verfassungsschutz offenbar das Bekenntnisschreiben der „Nationalen Bewegung“, was am Brandort vorgefunden worden war, eigenmächtig ins Internet eingestellt hatte, worüber man dort verärgert war und die Ermittlungen beeinträchtigt sah.

Auffällig war weiter, dass man nach diesem Brandanschlag nichts mehr von der „Nationalen Bewegung“ hörte und der Generalbundesanwalt offenbar auch keinerlei Fortschritte erzielte.

Untersuchungsausschuss 6/1
9. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

28.04.2017
Stenogr. Dienst/welf

Anfang Mai 2003 informierte dann der Generalbundesanwalt die Staatsanwaltschaft Potsdam, dass von einem Journalisten der Hinweis gegeben worden sei, im Februar 2001 sei eine von der Polizei im Zusammenhang mit der „Nationalen Bewegung“ geplante Durchsuchung bei der rechten Szene in Brandenburg von einem V-Mann des Verfassungsschutzes an ein Mitglied dieser Szene verraten worden, was durch eine Tü - also eine Telefonüberwachung - aufgefallen sei.

Eine Überprüfung führte zu dem Verfahren 477 Js 20542/03 der Staatsanwaltschaft Potsdam gegen den V-Mann Christian K. wegen Geheimnisverrat, was am 18.09.2003 zu dessen rechtskräftiger Verurteilung führte. Es wurde festgestellt, dass der V-Mann-Führer den V-Mann in einem Telefonat vom 6. Februar über die für den 17.02.2001 geplante Durchsuchungsaktion unterrichtete. Am selben Tag fand dann das in der Tat abgehörte Telefonat des V-Manns Christian K. mit Sven S. statt. Die Durchsuchung wurde daraufhin auf den 07.02. vorgezogen, aber nichts gefunden.

Dieser Vorgang war Gegenstand einer umfangreichen Presseberichterstattung durch den „Tagesspiegel“ und die „Märkische Allgemeine Zeitung“. Diese Berichterstattung ging sehr ins Detail. Offenbar lagen der Presse auch Dokumente vor. Es wurde im Laufe dieses Verfahrens auch der Vorwurf erhoben, die Staatsanwaltschaft hätte diese Dokumente an die Presse durchgestochen. Ich habe mich dagegen dann verwahrt. Es gibt dafür auch keinerlei Anhalt. Uns war dieser ganze Vorfall vorher völlig unbekannt.

Aus allen diesen Umständen ergeben sich meine Zweifel, ob es diese Vereinigung „Nationale Bewegung“ tatsächlich je gegeben hat. Ich bin schon der Meinung, dass der Generalbundesanwalt sorgfältig ermittelt hat; das belegt schon der Umfang der Akten. Ich hatte ja vor meinem Auftritt hier als Sachverständiger beim Generalbundesanwalt angerufen und gefragt, ob es die Akten noch gebe, und habe dann erfahren, dass sie da seien und es sich, ich glaube, um 112 Bände handle - also sehr umfangreiche Akten. Wäre das nicht der Fall gewesen, hätte ich diesen Vorfall auch nicht hier angesprochen. So aber meine ich, dass eigentlich Ermittlungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind. Ich möchte auch noch ergänzen: Ich persönlich bzw. die brandenburgische Staatsanwaltschaft hat hier überhaupt keine rechtliche Befugnis, selbst irgendwie tätig zu werden, weil das in die Zuständigkeit des Generalbundesanwalts fällt. Der hat seine Ermittlungsmöglichkeiten ausgeschöpft, sodass ich eigentlich jetzt persönlich nur noch die Möglichkeit sehe, dass dieser Untersuchungsausschuss die damals mit dem Vorgang befassten Mitarbeiter des Verfassungsschutzes vorlädt, sie befragt und vielleicht dadurch eine Klärung dieses Sachverhalts erfolgen kann, der für mich, wie gesagt, weiterhin völlig unklar geblieben ist. - So weit mein Statement.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Rautenberg. - Ich beginne mit der Fragerunde. Sie haben ja im Prinzip den Anlass dafür gegeben, dass wir uns mit der „Nationalen Bewegung“ jetzt so relativ schnell beschäftigen. Sie haben uns alle verblüfft mit Ihrer Aussage, die Sie selbst jetzt auch noch mal zitiert haben, Ihren Zweifel daran, ob es diese Vereinigung tatsächlich gegeben hat. Für mich nicht ganz nachvollziehbar - bitte noch mal etwas genauer erklären -: Wie kommen Sie zu dieser Erkenntnis?

Untersuchungsausschuss 6/1
9. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

28.04.2017
Stenogr. Dienst/welf

Zeuge Prof. Dr. Erardo Rautenberg: Ich denke, ich habe das klargemacht: zunächst einmal die Merkwürdigkeit bei der Übernahme des Verfahrens durch den Generalbundesanwalt, dass der Verfassungsschutz dagegen offenbar Bedenken hatte, also das nicht wollte, was ich nicht verstanden habe damals.

Natürlich muss man sehen, dass, wenn der Generalbundesanwalt ermittelt und wenn er wegen des Vorwurfs der terroristischen Vereinigung ermittelt, er auch mit erheblichem Aufwand ermittelt, er jedenfalls damals bedeutend besser ausgestattet war als unsere Staatsanwaltschaft, sodass wir eigentlich immer froh waren, wenn der Generalbundesanwalt so einen Schritt tut. Das ging eigentlich - - In den anderen neuen Bundesländern war das eigentlich ähnlich, dass man sich davon eben doch sorgfältigere Ermittlungen erhoffte, sodass mich diese Äußerung gewundert hat. - Das war das Erste.

Das Zweite war, dass eben die „Nationale Bewegung“ von diesem Tag an - also seit diesem Brandanschlag - einfach vom Boden verschwunden war, also dass man nichts mehr davon hörte. Dann die Auffälligkeit, dass das Bekennerschreiben der „Nationalen Bewegung“ ins Internet gestellt worden war. Man kann sich also vorstellen, man hätte jetzt bei einer Durchsuchung bei irgendeinem dieses Bekennerschreiben als Datei gefunden, dann hätte der sagen können: Ja, das habe ich mir runtergeladen. - Das heißt, das war als Beweismittel nicht mehr zu gebrauchen. Und dann schließlich die Merkwürdigkeit mit dem verratenen Durchsuchungstermin. - Dies alles zusammengekommen hat bei mir einfach Zweifel verbleiben lassen, und die wollte ich Ihnen, wenn es um diesen Komplex geht, der Thema des Untersuchungsausschusses ist, nicht vorenthalten.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Sie haben in Ihren Ausführungen hingewiesen auf häufige, ich sage jetzt mal, Missverständnisse, Probleme in der Kommunikation zwischen den handelnden Behörden. Das ist für einen Außenstehenden relativ schwierig nachvollziehbar. Es gab also unterschiedliche Bewertungen der Sachverhalte, und es war wohl eine nicht einfache Zusammenarbeit. - Teilen Sie diese Einschätzung konkret, und ist sie festzumachen an Personen? Oder wie würden Sie das im Rückblick einschätzen?

Zeuge Prof. Dr. Erardo Rautenberg: Ich hatte in meinem Statement als Sachverständiger schon ausgeführt, dass es in der Zeit, während der Herr Wegesin Leiter des Verfassungsschutzes war, nicht nur in diesem Fall, sondern auch in anderen Fällen - ich nenne nur die Sache mit Toni K.; das habe ich auch ausgeführt - zu Differenzen gekommen ist und die Zusammenarbeit insgesamt nicht gut war.

Was in diesem Fall jetzt noch zu erwähnen war - das bezog sich nun auf die Polizei -: Das war damals, ich sage mal, so ein Dauerproblem mit der Polizei, dass die Staatsanwaltschaft großen Wert darauf gelegt hat, über Fälle, die jetzt ausländerfeindlich oder irgendwie terroristisch sein könnten, unverzüglich informiert wird. Insbesondere der Behördenleiter in Potsdam reagierte da ausgesprochen

Untersuchungsausschuss 6/1
9. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

28.04.2017
Stenogr. Dienst/welf

empfindlich, wenn er nicht sogleich informiert wurde über so einen Vorfall. In diesem Fall war es eben auch so, dass er sich da aufgeregt hat.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Wenn es die „Nationale Bewegung“ nicht gegeben hat - Sie zweifeln ja an der Identität oder überhaupt an dem Vorhandensein dieser Organisation; es geht ja hier nicht nur um den Brandanschlag in Potsdam, sondern es geht nach meiner Kenntnis um insgesamt 21 Taten und 15 Bekennerschreiben -: Wer steckt dann aus Ihrer Sicht dahinter, wenn es diese Bewegung gar nicht gegeben hat?

Zeuge Prof. Dr. Erardo Rautenberg: Das kann ich Ihnen nicht beantworten; ich weiß es nicht. Es ist jedenfalls so, dass mit der schwersten Straftat dieser Serie - die waren ja nicht alle von gleicher Qualität - und der Übernahme durch den Generalbundesanwalt - - hört sie schlagartig auf. Und irgendetwas Konkretes über die „Nationale Bewegung“ ist seitdem nicht mehr zutage getreten. Und das halte ich eben für eine Auffälligkeit.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Für Sie ein Punkt zu zweifeln, ist ja, dass nach der Übernahme durch den Generalbundesanwalt abrupt die Tätigkeit dieser Organisation endete. Kann das nicht auch daran liegen, dass mit dieser Übernahme ja eine Strafandrohung von bis zu zehn Jahren im Raum stand, soweit ich weiß, und dass man einfach vielleicht kalte Füße gekriegt hat? Könnte das auch eine Begründung sein, warum man dann von dieser Organisation oder dieser Bewegung nichts mehr gehört hat?

Zeuge Prof. Dr. Erardo Rautenberg: Das kann alles sein. Ich habe nur wie gesagt über die genauen Ermittlungen des Generalbundesanwalts außer dem, was ich Ihnen gesagt habe, keinerlei Detailkenntnisse. Also, da wird Ihnen der Kollege aus Karlsruhe Näheres sagen können, wie sich die Sache gestaltete.

Das, was ich jedenfalls erfahren habe, lässt - - Ich habe ja auch nicht gesagt, dass es so ist. Ich habe gesagt, dass ich daran zweifle. Es ist eine Sache, die mir unklar geblieben ist; das möchte ich auch noch mal betonen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ich will es damit bewenden lassen. - Wir gehen jetzt in die Fragerunde der Fraktionen. Wir haben eine Reihenfolge, die sich an der zahlenmäßigen Stärke der Fraktionen ausrichtet. Die SPD beginnt. Wir haben für heute eine Zeit von zehn Minuten pro Fraktion festgelegt. Ich bitte die SPD-Fraktion zu beginnen. Wer möchte? - Herr Lüttmann, bitte.

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Ja, ich denke, einige meiner grundsätzlichen Fragen sind durch Ihre Fragen, Herr Vorsitzender, sicherlich jetzt schon ein Stück weit angesprochen. Nichtsdestotrotz versuche ich das jetzt noch mal für mich nachzuvollziehen, woher sozusagen Ihre Bemerkung auch im November vergangenen Jahres hier im Ausschuss gekommen ist.

Ihre Bemerkung, sozusagen die Infragestellung der Organisation „Nationale Bewegung“, die gab es ja damals eigentlich auch schon. Wenn man sich den Vorgang

Untersuchungsausschuss 6/1
9. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

28.04.2017
Stenogr. Dienst/welf

insgesamt anguckt, ist ja damals auch am Ende offen geblieben, ob es sich jetzt um eine Organisation vergleichbar einer Truppe, die sich häufiger getroffen hat und all diese Taten durchgeführt hat oder die zumindest lose in Kontakt standen - man kann ja in den Akten sehr gut nachvollziehen, wie viele Personen auch im Zuge des Verfahrens durch den Generalbundesanwalt verhört wurden und auch zwischenzeitlich verdächtigt waren, einzelne oder mehrere dieser Taten begangen zu haben - - um noch mal zu konkretisieren, auch wenn es ein Stück weit jetzt gerade schon gesagt wurde, aber für mich wäre es noch mal wichtig: Die Zweifel beziehen sich zum einen darauf, dass es aus Ihrer Sicht gut sein kann, dass wirklich, sagen wir mal, jede dieser 21 Taten auch von jemand anders begangen worden sein kann, allerdings vielleicht mit demselben ideologischen Hintergrund, irgendwo einer „Nationalen Bewegung“ zuzugehören, also dass das die eine Möglichkeit wäre, sozusagen alternativ zu dem Dasein einer festen terroristischen Struktur.

Und das Zweite - auch als Frage formuliert - wäre sozusagen der Zweifel oder die Hinterfragung der Rolle der Verfassungsschutzbehörden, also einmal des Landesverfassungsschutzes, aber vielleicht auch des Bundesverfassungsschutzes. Also, das würde ich gleich mal mit anschließen wollen als Frage - dass Sie sozusagen ein Fragezeichen setzen -, ob eventuell durch den Landesverfassungsschutz Vertrauenspersonen in der Nähe der „Nationalen Bewegung“ aktiv gewesen sein könnten - einiges davon ist ja dann auch der späteren Berichterstattung zu entnehmen; haben Sie auch schon angesprochen - bzw. auch den Bundesverfassungsschutz möglicherweise. Gibt es für Sie aus der Hinsicht Hinweise? Also, die zwei Fragen: einmal der Zweifel in Richtung „Es können alles Einzeltaten gewesen sein“ und die zweite Frage in Richtung: Es könnten sozusagen Interessen bestanden haben vonseiten Landes- oder Bundesverfassungsschutz, hier einen gewissen Schleier um die Angelegenheit zu legen.

Zeuge Prof. Dr. Erardo Rautenberg: Das will ich nicht näher konkretisieren, dann würde ich spekulieren. Ich habe ja nur gesagt, die Sache ist für mich unklar. Und da ich die Akten des Generalbundesanwalts nicht kenne und auch keinen Zugriff darauf habe, ist eigentlich dieser Untersuchungsausschuss die einzige Institution, die sich jetzt im Augenblick darüber Klarheit verschaffen könnte.

Ich kann einfach nur sagen: Das, was ich weiß, also was ich zu diesem Komplex erfahren habe, hat bei mir einfach Zweifel geweckt. Die will ich jetzt auch gar nicht näher ausführen; das wäre wirklich Spekulation. Aber die Sache weist eben Merkwürdigkeiten auf, und deshalb ist die „Nationale Bewegung“ für mich eine dubiose Sache gewesen.

Was eben auch - - Ich sage mal, man hat ja eine gewisse Erfahrung mit Fällen, wo Leute sich zusammenfinden zu irgendeiner Vereinigung - also, wenn man das mal unterstellt, dass es so eine Vereinigung gegeben hat; das bedeutet, es sind mehrere Personen im Spiel - und was dann passiert, wenn man sich sozusagen wieder auflöst. Nach meiner Erfahrung redet irgendwann immer einer. Das ist jedenfalls auch eine Ungewöhnlichkeit so von der Erfahrung eines Ermittlers. Das ist sehr unwahrscheinlich, dass darüber nicht irgendwann jemand das Schweigen bricht und

Untersuchungsausschuss 6/1
9. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

28.04.2017
Stenogr. Dienst/welf

sich irgendwie äußert dazu. Und das ist in dem Fall ja offenbar - jedenfalls soweit ich weiß - auch nicht passiert.

Wenn jetzt in den Akten des Generalbundesanwalts was anderes steht, dann kann ich dazu nichts sagen, weil ich die nicht kenne.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Frau Gossmann-Reetz, bitte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das heißt: Sie, der sehr oft mit diesem Themenkomplex in Brandenburg zu tun hatte und auch in Verfahren viel in der Szene, sage ich mal, sein Ohr hatte, dem ist niemals passiert, dass er aus dieser Szene diesen Begriff beschrieben bekommen hat? Habe ich Sie jetzt richtig verstanden? Daraus schließen Sie das?

Zeuge Prof. Dr. Erardo Rautenberg: Ja. Also, ich persönlich - - Wir haben natürlich - - Das ist doch klar: Nach den ganzen Erfahrungen mit rechtsextremistisch motivierter Gewalt war die Befürchtung, dass das irgendwann mal in Richtung Terrorismus gehen könnte. Die war natürlich präsent. Und jetzt hat man sozusagen einen Anschlag, der in diese Richtung geht, und noch dazu ein Bekennerschreiben, was ja nun auch auf Bekennerschreiben anderer terroristischer Vereinigungen wie der RAF hindeutet; die haben ja immer Bekennerschreiben geschrieben. Das schien mir offenbar auch von der Diktion in die gleiche Richtung zu gehen. Und da hatte man schon den Eindruck: Wir haben jetzt eine neue Qualität erreicht. - Natürlich war man interessiert daran, ob es da nun noch irgendwelche weiteren Hinweise drauf geben würde. Die kamen eben nicht, und es kamen auch keine weiteren Anschläge. Und das war irgendwie auffällig.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Weitere Fragen? Es ist noch Zeit.

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Nur eine kurze Nachfrage. Also, zum einen vielleicht erst mal noch eine kurze Feststellung: Es war ja nicht der letzte, sondern es gab dann noch Vorfälle am 30.01., dann der letzte, der sich der „Nationalen Bewegung“ zugeordnet hat. Aber das ist jetzt ein Detail, was trotzdem ja in der zeitlichen Nähe - -

Zeuge Prof. Dr. Erardo Rautenberg: Entschuldigung, das ist mir zum Beispiel jetzt nicht bekannt. Es war nämlich so: Ich hatte ja gesagt, der Generalbundesanwalt hatte das Verfahren zunächst nur übernommen wegen besonderer Bedeutung des Falles, also wegen eines Brandanschlags auf eine jüdische Einrichtung. Das war der Grund.

Es ist dann - hatte ich gesagt - nach meinem Berichtsstand Ende Januar/Anfang Februar das Verfahren ausgeweitet worden auf den Vorwurf der Gründung einer terroristischen Vereinigung. Der Generalbundesanwalt hat dann mitgeteilt, nachdem er diese Ausweitung vorgenommen hatte, dass jetzt alles, was in die Richtung der „Nationalen Bewegung“ gehen würde, ihm unmittelbar zu übersenden sei. Das heißt, dass man jetzt auch gar nicht mehr entschieden hat, die Sache nun vorzulegen oder nicht, sondern damit war das klar. Also, dieser Vorfall, den Sie jetzt erwähnen, ist mir

Untersuchungsausschuss 6/1
9. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

28.04.2017
Stenogr. Dienst/welf

jetzt nicht präsent. Das kann seinen Grund damit haben, dass die Sache eben unmittelbar an den Generalbundesanwalt gegangen ist.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Es sind noch zwei Minuten.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Dann würde ich Sie noch ganz gern fragen, wie Sie die damalige Aussage von Herrn Wegesin einschätzen, der nach dieser Veröffentlichung im „Spiegel“ gesagt hat, er spricht überhaupt nicht von rechtem Terror und will davon auch nicht sprechen. Wie haben Sie das damals - - und wie schätzen Sie es heute rückblickend ein?

Zeuge Prof. Dr. Erardo Rautenberg: Das war eine aus meiner Sicht völlig absurde Behauptung. Also, wenn man einen Anschlag auf eine Totenhalle des Jüdischen Friedhofs hat - Punkt 1 - und zweitens ein Bekennerschreiben, was eben eindeutig auf eine terroristische oder auf eine rechtsextreme Motivation der Urheber schließen lässt, dann ist der Verdacht, dass es sich um Terrorismus handeln könnte, einfach gegeben. Das ist klar. Und der Generalbundesanwalt ist bei der Übernahme von Verfahren nun auch nicht leichtfertig. Das heißt, er prüft da schon sehr genau, wie wir ja im Fall „Freikorps Havelland“ erfahren haben, wo er das Verfahren nicht genommen hat. Deshalb: Wenn er das Verfahren übernimmt, kann man eigentlich das Vorliegen eines begründeten Verdachtes nicht ernsthaft infrage stellen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Eine letzte Frage wäre noch möglich.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Hatten Sie in dem Zusammenhang jemals das Gefühl, dass der Brandenburger Verfassungsschutz oder andere Verfassungsschutzbehörden hier eine Aufklärung behindern?

Zeuge Prof. Dr. Erardo Rautenberg: Ja, das Gefühl schon, aber damit kann man auch nicht viel anfangen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wenn Sie Hinweise gehabt hätten, nehme ich mal an, wären Sie damit auch tätig geworden. Aber haben Sie danach gesucht?

Zeuge Prof. Dr. Erardo Rautenberg: Nein. Man muss ja in der Zusammenarbeit einfach auch davon ausgehen, dass jeder seine Arbeit macht und dass der Verfassungsschutz einem strafrechtlich relevante Sachen auch zugänglich macht. Und wenn man jetzt keine konkreten Anhaltspunkte hat, das anzuzweifeln, dann muss man das eben so hinnehmen, wie es ist.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber Sie hatten keine Zweifel?

Zeuge Prof. Dr. Erardo Rautenberg: Nein. Ich habe schon gesagt: Gefühl hatte ich schon, dass das nicht ganz optimal läuft; das hatte ich ja in meinem auch Statement näher begründet, wofür ja der Fall Toni K. auch exemplarisch steht. Aber, wie gesagt, das hilft ja nicht weiter, weil man ja weiter die Zusammenarbeit durchführen musste.

Untersuchungsausschuss 6/1
9. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

28.04.2017
Stenogr. Dienst/welf

Vorsitzender Rupprecht (SPD): So, damit ist die Fragezeit - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Nur eine Verständnisfrage: Meinen Sie Toni K. oder Toni S. in dem Fall?

Zeuge Prof. Dr. Erardo Rautenberg: Bitte?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Toni K. oder Toni S.?

Zeuge Prof. Dr. Erardo Rautenberg: Toni S.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Toni S., gut. Danke.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Gut, dann ist das geklärt.

Zeuge Prof. Dr. Erardo Rautenberg: Toni S., ja.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Das Fragerecht wechselt zur CDU-Fraktion. Wer beginnt? - Herr Dr. Redmann, bitte.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Zunächst mal möchte ich klarstellend darauf hinweisen, dass dieser „Spiegel“-Artikel, auf den Sie sich bezogen haben, vor dem Brandanschlag auf die jüdische Trauerhalle erschienen ist. Insofern kann dieser Zusammenhang, den Sie, weil Sie wahrscheinlich auch nicht wussten, wann der jetzt erschienen ist, jetzt aber Ihre Ausführung so im Raume entstand - - Insofern gilt der in jedem Falle nicht. Die Äußerungen von Herrn Wegesin waren vorher.

Herr Zeuge Rautenberg, Sie haben bei Ihren Aussagen als Sachverständiger hier im Ausschuss Hinweise geliefert, die dieser Ausschuss sehr ernst nimmt und auch sehr ernst genommen hat, denen er auch sehr gewissenhaft nachgegangen ist, natürlich vor allen Dingen deshalb, weil Sie als Generalstaatsanwalt natürlich auch eine gewisse Amtsautorität mitbringen, in besonderer Weise glaubhaft sind, man Ihnen nicht unterstellen würde, Anhänger einer Verschwörungstheorie zu sein oder alte Rechnungen begleichen zu wollen. Insofern sind wir diesen Hinweisen auch nachgegangen.

Dabei verwundert schon, dass zumindest Ihre Darstellung auch heute aus meiner Sicht nicht ganz vollständig ist. Wenn Sie darauf hinweisen, dass der Verfassungsschutz seinerzeit die Ansicht vertreten hat, dass es sich hierbei nicht um den Verdacht einer terroristischen Vereinigung handelt, dann ist es richtig. Sie haben aber, wie ich finde, ausgelassen, zu betonen, dass es seinerzeit eine sehr intensive juristische Diskussion darum gab, was eine terroristische Vereinigung ist. Der Begriff der terroristischen Vereinigung war damals noch sehr stark geprägt vom RAF-Terrorismus, also von Anschlägen auf den Staat, seine Institutionen, seine Amtsträger, sodass also diese Weiterentwicklung des terroristischen Begriffs - so, dass wir heute ganz selbstverständlich natürlich auch von Rechtsterrorismus sprechen, wenn Anschläge auf einfache Personen, also auf normale Bürger stattfinden -, seinerzeit,

Untersuchungsausschuss 6/1
9. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

28.04.2017
Stenogr. Dienst/welf

sagen wir mal, noch in der Entwicklung war. Diese Auslassung, finde ich, gehört zur Vollständigkeit zumindest dazu, wenn man verstehen will, welche Position seinerzeit der Verfassungsschutz in Brandenburg vertreten hat.

Außerdem haben Sie ausgeführt, die Serie der vermeintlichen „Nationalen Bewegung“ sei unterbrochen worden durch die Veröffentlichung des Bekennerschreibens. Das ist unzutreffend. Die Serie der „Nationalen Bewegung“ hat im Jahr 2000 hauptsächlich stattgefunden, und zwar in sehr kurzer Regelmäßigkeit. Fast monatlich gab es Vorfälle, die man dieser Bewegung zugeordnet hat. Die letzte Ihnen bekannte Tat war der Brandanschlag. Es gab danach noch den 30.01. Die Veröffentlichung fand aber erst in der zweiten Jahreshälfte, im September 2001, statt. Insofern war zu diesem Zeitpunkt die Serie der „Nationalen Bewegung“ schon längst unterbrochen. Es wäre insofern doch viel naheliegender, davon auszugehen, dass die öffentliche Berichterstattung auch über die Übernahme der Ermittlungen durch den Generalbundesanwalt letztlich zu einer gewissen Einschüchterung der Personen geführt hat und insofern ein Zusammenhang mit der Veröffentlichung beim Verfassungsschutz wohl kaum zu sehen ist.

Ich würde Sie gerne mal fragen, warum Sie in Ihren Ausführungen zumindest auf diese Bestandteile, die jetzt Ihre These nicht unbedingt stützen, aber zur Vollständigkeit doch dazugehören, bislang nicht eingegangen sind.

Zeuge Prof. Dr. Erardo Rautenberg: Ich möchte Sie ungern belehren, aber was eine terroristische Vereinigung ist, ergibt sich aus dem Gesetz. Und da ist auch nicht von Rechts- oder Linksterrorismus die Rede, sondern es geht darum, dass sich eine Personengruppe dauerhaft zusammenfindet, um bestimmte Straftaten zu benennen. Und diese Straftaten sind im Einzelnen aufgeführt: Katalogtaten. Eine solche Katalogtat ist ein Brandanschlag. Deshalb gibt es über den Begriff des Terrorismus eigentlich überhaupt gar keinen Zweifel. Die Rechtsprechung ist von der Rechtsprechung bezüglich des Linksextremismus entwickelt worden, und die gilt natürlich genauso für den Rechtsterrorismus.

Ich weiß jetzt nicht - - Das höre ich auch heute das erste Mal, dass der Verfassungsschutz gemeint hat, dass man über die rechtliche Bedeutung des Terrorismusbegriffes streiten könnte. Das ist mir völlig neu. Die Rechtsprechung ist völlig gesichert. Man hat den Tatbestand ja dann auch etwas modifiziert; aber im Kernpunkt ist das, was unter terroristische Vereinigung im Sinne des § 129 a fällt, längst geklärt gewesen. Also, das ist meiner Meinung nach nicht richtig.

Sie sagen, dass möglicherweise die Übernahme durch den Generalbundesanwalt zu einer Einschüchterung geführt haben könnte. Das mag durchaus sein. Wie gesagt, ich weiß es nicht. Für mich bleibt dieses Verfahren ein Stachel in der Wunde. Die einzige Institution, die da noch etwas Licht hineinbringen könnte, ist dieser Untersuchungsausschuss. Deshalb habe ich meine Zweifel hier vorgetragen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Weitere Fragen?

Untersuchungsausschuss 6/1
9. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

28.04.2017
Stenogr. Dienst/welf

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Herr Zeuge Rautenberg, Sie gelten als ein profunder Kenner der rechtsradikalen Szene aus Ihrer langjährigen Arbeit heraus. Insofern wird Ihnen sicherlich bekannt sein, dass auf rechtsradikalen Internetforen - „Nationales Infotelefon“ zum Beispiel - seinerzeit, also zur Zeit der Anschläge durch die - so es sie denn gab - „Nationale Bewegung“, Konzepte verbreitet wurden unter dem Titel „Nationale Bewegung“, sodass nach dem ja auch dann späteren Verständnis auch von Sachverständigen in diesem Zusammenhang der Eindruck entstanden ist, dass es sich bei der „Nationalen Bewegung“ eher um einen Oberbegriff handelt, um ein Konzept, das verbreitet wurde in der extremistischen Szene, von dem sich dann unterschiedliche Personen möglicherweise angesprochen fühlten und dem gefolgt sind und dann unterschiedliche Taten, die aber zumindest nicht personell im Zusammenhang stehen, verübt haben. Das ist eine Sache, die inzwischen auch als geklärt gelten kann.

Insofern ist doch überhaupt die Annahme, die „Nationale Bewegung“ hätte es als solche nicht gegeben - das war ein Kernpunkt Ihrer Aussage als Sachverständiger -, etwas, was, wenn man sich mit der Materie im Detail beschäftigt, auch wenig verwundert. Denn wenn es ein Oberbegriff ist, den sich Einzelne zu eigen machen - dieses Konzept -, gibt es natürlich diese Bewegung als Gruppe, als Organisation ohnehin nicht. Insofern verstehe ich da Ihre Verwunderung nicht.

Zeuge Prof. Dr. Erardo Rautenberg: Wissen Sie was? Sie tragen jetzt Dinge vor, mit denen ich nicht Anlass hatte, mich näher zu beschäftigen. Wir haben das Verfahren damals abgegeben. Und alles, was man dann dazu ermittelt hat, entzieht sich meiner Kenntnis. Wir hatten damals genug eigene Aufgaben. Ich habe die Sache eben dann nur weiter verfolgt und habe - und das möchte ich auch noch mal sagen - meine Zweifel geäußert und habe auch dem Ausschuss dargelegt, auf welche Umstände sich diese Zweifel gründen.

Wenn sich jetzt aus den Ermittlungen des Generalbundesanwalts irgendetwas anderes ergeben sollte, dann wäre es gut, wenn man das zur Kenntnis bekäme, weil dieser Vorfall, insbesondere der Brandanschlag, doch zu einer sehr großen - wie soll ich sagen -, einer gewissen Verstörung geführt hat - seinerzeit und eigentlich heute auch noch.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ich möchte noch mal zum sogenannten V-Mann-2-Verfahren kommen. Das hatten Sie am Rande erwähnt, obwohl es jetzt mit der NaBe natürlich allenfalls mittelbar zu tun hat.

Bei der Durchsicht der Akten sind uns auch einige Ihrer Entscheidungen aufgefallen, die bei uns Fragen aufwarfen. Und zwar ist es ja so, dass seinerzeit gegen den V-Mann wegen Geheimnisverrats durchaus ermittelt wurde und der auch verurteilt wurde. Können Sie noch mal darstellen, warum letztlich die Ermittlungen gegen den V-Mann-Führer, der an den V-Mann Dienstgeheimnisse verraten hat - so zumindest unser Stand - - warum sich nach Ihrer Auffassung damals der V-Mann-Führer nicht strafbar gemacht hat und Sie deshalb das Ermittlungsverfahren eingestellt haben?

Untersuchungsausschuss 6/1
9. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

28.04.2017
Stenogr. Dienst/welf

Zeuge Prof. Dr. Erardo Rautenberg: Ja. Die Position im Verhältnis V-Mann-Führer zum V-Mann, der verpflichtet ist, bedeutet, dass der V-Mann die Pflicht hat, wenn er Informationen vom V-Mann-Führer bekommt, die jetzt ihn persönlich betreffen - - dass er diese Informationen nicht weitergeben darf.

Es war so - und so hat der Verfassungsschutz damals argumentiert -: Der V-Mann ist vom V-Mann-Führer über diese Aktion informiert worden, damit der V-Mann sich sozusagen aus dieser Szene zur fraglichen Zeit heraushält. Das ist als Grund für die Information genannt worden. Der V-Mann war verpflichtet, diese Information für sich zu behalten. Das hat er nicht getan, und deshalb ist das Verfahren gegen ihn auch fortgesetzt worden. Aber bei dem V-Mann-Führer hat man eben da kein strafrechtlich relevantes Verhalten gesehen, und deshalb ist es eingestellt worden.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ich könnte nur noch eine direkte Nachfrage zulassen. Die Zeit ist um.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ich komme dann in der nächsten Runde noch mal dran.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Okay, Sie kommen ja dran. - Dann geht das Fragerecht zur Fraktion der Linken. Herr Dr. Schöneburg, bitte.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Als Erstes eine konkrete Nachfrage zu dem letzten Sachverhalt, den Sie geschildert haben: Ist die Position, die die Generalstaatsanwaltschaft dann bezüglich der Nichtstrafbarkeit des V-Mann-Führers eingenommen hat, mit dem Ministerium diskutiert worden, mit der Fachaufsicht?

Zeuge Prof. Dr. Erardo Rautenberg: Also das habe ich jetzt nicht mehr in Erinnerung, weil ich habe mich jetzt konkret auf diese Sache vorbereitet. Dieser Komplex Geheimnisverrat ist ein Annex. Aber da bin ich jetzt nicht - - Das habe ich jetzt nicht im Gedächtnis. Aber, ich sage mal, es spricht natürlich viel dafür, dass man sich da mit dem Ministerium abgestimmt hat.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Genau, okay. - Justizministerin war zu dem Zeitpunkt Frau Richstein gewesen. Gehe ich da richtig in der Annahme? Justizministerin war Frau Richstein?

Zeuge Prof. Dr. Erardo Rautenberg: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Gut, okay. - Jetzt komme ich zu meinen eigentlichen Fragen: Sie haben Ihre Zweifel auf Merkwürdigkeiten gestützt, die Sie genannt haben - drei in etwa -, unter anderem, dass der Verfassungsschutzchef sozusagen nicht erfreut darüber war, dass das Verfahren an den GBA abgegeben wurde oder der GBA es übernommen hat. Dann haben Sie darauf hingewiesen, dass Sie erst im Mai 2003 erfahren haben von dieser Durchsuchungsmaßnahme als exekutive Maßnahme.

Untersuchungsausschuss 6/1
9. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

28.04.2017
Stenogr. Dienst/welf

Da würde ich noch mal nachhaken wollen. Damit verknüpft sich für mich eine vierte Merkwürdigkeit. Man muss sich vorstellen: Mitte Januar übernimmt der GBA das Verfahren. Der bewirkt auch - das habe ich aus den Akten entnommen - Beschlüsse bei Gerichten zur Telefonüberwachung, zu anderen strafprozessualen Maßnahmen. Und dann haben wir die Merkwürdigkeit, dass parallel dazu in Brandenburg zwar geplant am 17.02., dann durchgeführt am 07.02., eine polizeiliche Durchsuchungsaktion stattfindet auf der Grundlage des Polizeigesetzes mit präventiven Zielstellungen genau bei den 19 Leuten, die im NaBe-Verfahren sozusagen benannt waren, oder bei 19 Leuten, wo der Großteil Beschuldigte im NaBe-Verfahren sind.

Konterkariert das nicht sozusagen die Ermittlungsarbeit des GBA? Ich meine, formal kann man sagen, das waren jetzt präventive Maßnahmen auf Grundlage des Polizeigesetzes. Aber es macht mich völlig stutzig, dass ein Verfahren vom GBA geführt wird und die Brandenburger Polizei dazu parallel sozusagen gegen NaBe-Leute vorgeht. Das kriegt noch ein besonderes Gschmäckle, wenn man dann hört oder von Ihnen erzählt bekommt - oder wir haben es nachgelesen -, dass am 06. die Szene sozusagen gewarnt wird durch den V-Mann Christian K. Wie sehen Sie das? Ist es üblich, dass die Polizei dann sozusagen in Ermittlungsmaßnahmen hineingrätscht?

Zeuge Prof. Dr. Erardo Rautenberg: Ich kann Ihnen jetzt nicht sagen, ob die Aktion der Polizei mit dem Generalbundesanwalt irgendwie abgestimmt war oder nicht. Ihrer Frage entnehme ich, dass das nicht der Fall war. Das wäre in der Tat eine weitere Merkwürdigkeit. Ich bin bisher davon ausgegangen, dass das abgestimmt war.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Wir haben in den Unterlagen des GBA nichts dazu gefunden.

Zeuge Prof. Dr. Erardo Rautenberg: Das ist mir neu. Also, der GBA nimmt den Geheimschutz schon ziemlich ernst. Da ich selbst dort gearbeitet habe, habe ich jetzt aber nun nicht ständig am Telefon gehangen und gefragt: „Gibt es was Neues?“ oder: „Was ist rausgekommen?“, sondern mich hat eigentlich nur interessiert, ob es irgendwelche Ermittlungsergebnisse gibt. Aber über die Details der Ermittlungen des Generalbundesanwalts bin ich nicht informiert worden. Und das ist auch richtig so.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Der Generalbundesanwalt hat parallel dazu Beschlüsse erwirkt zur Durchsuchung von Beschuldigtenwohnungen. Die Brandenburger Polizei hat am 07.02. sozusagen die gleichen Beschuldigten aufgesucht und hat Durchsuchungsmaßnahmen ergriffen. - Also das nur mal zum Background.

Eine zweite Frage habe ich noch - die knüpft auch an das an, was Herr Redmann zu Ihren Kenntnissen über die rechtsradikale Szene gesagt hat -: Ist Ihnen im Zusammenhang mit dem NaBe-Verfahren aufgefallen, dass „Blood & Honour“-Funktionäre - „Blood & Honour“ waren schon verboten - wie Christian K. und Sven Sch. involviert waren? Ich stelle die Frage auch vor dem Hintergrund, dass Carsten Szczepanski 1998 in der „Blood & Honour“-Szene in Chemnitz platziert worden ist und

Untersuchungsausschuss 6/1
9. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

28.04.2017
Stenogr. Dienst/welf

insofern hier sogar eine Brücke zu sehen ist oder jedenfalls die Vermutung naheliegt, dass durchaus da eine Verbindung sogar zu den NSU-Morden vorhanden ist, wenn „Blood & Honour“-Funktionäre bei der „Nationalen Bewegung“ tätig werden - und herausgehobene „Blood & Honour“-Funktionäre.

Zeuge Prof. Dr. Erardo Rautenberg: Dazu kann ich nichts sagen. Da habe ich keine Kenntnisse dienstlich gewonnen.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Gut. - Haben Sie Erkenntnisse darüber, dass rechtsradikale Einstellungen in der Brandenburger Polizei zu dem damaligen Zeitpunkt eine Rolle gespielt haben?

Zeuge Prof. Dr. Erardo Rautenberg: Also, ich kann mich jetzt an Konkretes nicht erinnern. Aber es ist natürlich so, dass in einer pluralistischen Gesellschaft in jeder Organisationsform dieser Prozentsatz vorhanden ist. Deshalb wird es auch bei der Polizei möglich gewesen sein. Aber ich habe jetzt nicht konkret irgendeine Vorstellung, dass ich sagen könnte: Es war in einem bestimmten Fall so. - Das wüsste ich jetzt nicht.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Wir sind darauf gestoßen, dass in dem Zusammenhang mit der Ermittlung im NaBe-Komplex zwei Kriminalbeamte - zwei Beamte des K4 - sozusagen in der rechtsradikalen Szene verankert waren.

Zeuge Prof. Dr. Erardo Rautenberg: Ich weiß es nicht. Also, ich habe davon keine Kenntnisse. Das war nicht meine Zuständigkeit.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Gegen die ist dann in anderer Sache ermittelt worden. Wegen Unterschlagungsvorwürfen ist man bei denen in die Wohnung gegangen, hat die Wohnung durchsucht und hat dann festgestellt, dass die sich da mit entsprechenden Posen haben ablichten lassen und dass da rechtsextremistische Devotionalien in der Wohnung waren. Aber von dem Verfahren gegen die beiden Beamten haben Sie auch keine Kenntnis?

Zeuge Prof. Dr. Erardo Rautenberg: Jedenfalls kann ich mich jetzt nicht daran erinnern.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Gut. - Haben wir noch Zeit?

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ja, noch drei Minuten.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Zum BfV haben Sie schon gesagt, dass Sie keine Kenntnis hatten, dass das BfV mit in die NaBe-Geschichten involviert war.

Zeuge Prof. Dr. Erardo Rautenberg: Ich habe natürlich jetzt im Nachhinein vieles gelesen, auch den Bericht des Untersuchungsausschusses des Bundestages. Das habe ich jetzt alles gelesen. Aber es geht ja darum, was ich damals zur Kenntnis bekommen habe. Und da habe ich davon nichts zur Kenntnis bekommen. Wir hatten

Untersuchungsausschuss 6/1
9. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

28.04.2017
Stenogr. Dienst/welf

damals mit der ganzen Aufbauarbeit und vor allem auch mit den rechtsextremistischen Gewalttaten leider genug zu tun. Wofür man nicht zuständig war, da hatte man auch überhaupt keine Zeit, sich damit näher zu befassen.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Okay. Das reicht erst mal.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann geht das Fragerecht zur Fraktion der AfD. Herr Wiese, bitte.

Abgeordneter Wiese (AfD): Herr Prof. Rautenberg, ich bedanke mich bei Ihnen für den Hinweis, die betreffenden Mitarbeiter des Verfassungsschutzes als Zeugen zu laden, zwar nicht - so interpretiere ich das - für diesen Untersuchungsausschuss, sondern da müsste es einen neuen geben. - Meine Frage ist: Können Sie einen Bezug von NaBe zum NSU erkennen? Das ist nämlich das Thema des Untersuchungsausschusses.

Zeuge Prof. Dr. Erardo Rautenberg: Also ich persönlich kann diesen Bezug nicht erkennen, weil ich, wie gesagt, nur eine ganz begrenzte Wahrnehmung von diesen Verfahren habe.

Abgeordneter Wiese (AfD): Es wurde jetzt gerade angesprochen, dass hier Unterlagen und Sonstiges aufgetaucht sind. Ich habe mich gerade mit meinem Referenten unterhalten. Diese Unterlagen - oder die Informationen - wurden am 06.01.2001, wie ich das vernommen habe, gefunden. Da geht auch die Aussage heraus, dass man die ganze Geschichte durchgestochen hätte. Es wurde vorhin von Frau Johlige angesprochen, dass man unseren Referenten praktisch als Zeugen hören müsste. Ich kann da aber auch nichts erkennen, denn Herr U. hat dort in Borkwalde nicht gewohnt, nicht vor 2001.

(Frau Gossmann-Reetz [SPD]: Nicht im öffentlichen Teil!)

Haben Sie gewisse Erkenntnisse, dass dort irgendetwas vom Verfassungsschutz deponiert wurde oder deponiert werden konnte oder, oder, oder? Ich kann die Zusammenhänge nicht zusammenbringen;

(Frau Gossmann-Reetz [SPD]: Schon wieder Interna!)

so, wie Sie es ja auch gesagt haben.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ganz kleinen Moment, bitte. Herr Wiese, bitte zitieren Sie nicht aus unserem internen Bereich in der öffentlichen Sitzung.

Abgeordneter Wiese (AfD): Ich habe jetzt nur meine Frage gestellt.

(Frau Gossmann-Reetz [SPD]: Nein!)

Untersuchungsausschuss 6/1
9. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

28.04.2017
Stenogr. Dienst/welf

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Halten Sie sich bitte daran. - Jetzt Herr Prof. Dr. Rautenberg.

Zeuge Prof. Dr. Erardo Rautenberg: Also, kann ich nichts zu sagen. Ich stelle fest, dass ich hier zwar als Zeuge geladen bin, aber Neuigkeiten erfahre.

(Heiterkeit)

Abgeordneter Wiese (AfD): So ist es bei uns. Wir sind eine neue Partei und bringen was Neues.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann ist Frau Nonnemacher dran. Bitte.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön, Herr Vorsitzender. - Herr Prof. Rautenberg, waren Sie als Generalstaatsanwalt mit juristischen Prüfungen und Verfahren befasst, die sich aus dem NaBe-Verfahren ergeben haben, beispielsweise was den Verdacht auf Indiskretionen, Strafvereitelung im Amt oder ähnliche Dinge betrifft? Und wenn ja: Inwieweit waren Sie da genau befasst?

Zeuge Prof. Dr. Erardo Rautenberg: Das liegt jetzt extrem lange zurück. Ich habe jetzt keine konkrete Erinnerung. Ich habe mich jetzt auf den Beweisgegenstand vorbereitet, der ja jetzt die „Nationale Bewegung“ betraf. Da habe ich auch versucht, mich kundig zu machen aus dem, was ich habe. Aber darüber hinausgehend könnte ich Ihnen jetzt aus dem Stand nichts sagen. Es liegt jetzt alles zu lange zurück.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. - Ist der Handlungsspielraum, den die Polizei und den die Staatsanwaltschaften haben, Ihrer Meinung nach ausreichend, wenn es bei Ermittlungsverfahren um Nachrichtendienste bzw. deren Mitarbeiter oder V-Leute geht, die zu Verdächtigen werden? Was wäre Ihrer Meinung nach gegebenenfalls zur Stärkung der Ermittlungsbehörden gegenüber Nachrichtendiensten nötig?

Zeuge Prof. Dr. Erardo Rautenberg: Tja, das ist eine ganz schwere Frage. Da müsste man die Interessen der Strafverfolgung abgrenzen gegen die Interessen der Nachrichtendienste. Da traue ich mir wirklich kein Statement zu.

Es ist einfach schlicht und ergreifend so: Wenn aus dem Bereich des Verfassungsschutzes, insbesondere V-Männer, Straftaten begangen werden, ist die erste Frage, die sich stellt, ob die Strafverfolgungsbehörden davon überhaupt Kenntnis bekommen. Vielfach wird das nicht der Fall sein; denn dazu müsste das irgendwie an die Staatsanwaltschaft oder die Polizei herangetragen werden. Wenn es zu solchen Strafanzeigen kommt, dann hängt es natürlich sehr davon ab, um was für eine Straftat es sich handelt und ob der V-Mann jetzt in irgendwelchen, ich sage mal, Situationen gehandelt hat, wo er im Auftrag des Verfassungsschutzes tätig war.

Der klassische Fall, der mir so in Erinnerung ist, auch aus der Literatur, ist sozusagen der V-Mann, der in einer Demonstration mitläuft und dann irgendwie „Heil Hitler!“ mit

Untersuchungsausschuss 6/1
9. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

28.04.2017
Stenogr. Dienst/welf

ruft, weil alle in der Gruppe das tun. Und wenn man den dann sozusagen ermittelt hat, ist die Frage, wie man damit dann umgeht. Da würde ich sagen: Nach meinen Erfahrungen werden solche Verfahren dann oft eventuell gegen eine Geldauflage oder eben so eingestellt; also dass man der Meinung ist: Das war jetzt in dieser Situation noch hinnehmbar, ohne dass man es jetzt anklagen muss. Damit wäre der V-Mann auch aufgedeckt. - Das sind alles solche Probleme. Aber wie man da jetzt gesetzgeberisch mehr Klarheit hineinbekommt, das ist fraglich.

Ich habe allerdings 2003 in einem Beitrag zu der Frage der Strafbarkeit von V-Leuten am Ende geschrieben, dass offensichtlich über die Grenzen der Strafbarkeit von V-Leuten innerhalb des Verfassungsschutzes Unklarheiten bestehen.

Es war damals beim Verfassungsschutz die Meinung vorherrschend, dass - wie im Fall Toni S. - der Verfassungsschutz verdeckt irgendwelche volksverhetzenden Schriften verteilen darf, weil er da irgendwie die Vertriebswege aufdecken will. Es hat sich dann ergeben, dass das eine Grenzüberschreitung des Verfassungsschutzes war. Aber ich hätte mir eigentlich gewünscht - damals schon -, dass man sich da über die Grenzen der Strafbarkeit nähere Gedanken macht. Und das ist nicht passiert.

Wir haben ja dann einen weiteren Fall gehabt, nämlich wo ein V-Mann im Zusammenhang mit einer terroristischen Vereinigung tätig geworden ist. Das hat dann zu einer Verurteilung und auch zu einer Gesetzesänderung geführt. Das ist eine Problematik, die, glaube ich, derzeit etwas im Fluss ist, also die Frage der Grenzen der Strafbarkeit.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön. - Ich würde trotzdem gern noch mal auf die, sagen wir mal, zahlreichen Indiskretionen und gegenseitigen Vorwürfe zurückkommen, die rund um diese NaBe-Ermittlungen aufgebracht worden sind. Wir haben hier entsprechende Presseberichte - kann man heute noch gut nachlesen - aus dem Jahr 2003, dass einerseits der Innenminister Vorwürfe gegen die Staatsanwaltschaft Potsdam erhoben hat, auf der anderen Seite aus der Staatsanwaltschaft heraus auch Vorwürfe erhoben worden sind wegen Strafvereitelung.

Wie haben Sie sich in diesem Feld positioniert? Wie beurteilen Sie die Tatsache, dass es nur zu einer Verurteilung des V-Mannes kam, aber sonst zu keinen weiteren strafprozesslichen Konsequenzen?

Zeuge Prof. Dr. Erardo Rautenberg: Wie gesagt, der ganze Verfahrensablauf von damals: Ich habe mich jetzt nicht so konkret darauf vorbereitet, weil das nicht mit der „Nationalen Bewegung“ unmittelbar zusammenhängt.

Es ist allerdings richtig: Es hat solche Vorwürfe gegeben. Ich erinnere mich auch, dass diese Vorwürfe sogar auch aus dem Landtag kamen, also dass uns vorgeworfen wurde, dass wir Aktenteile der Presse zugespielt hätten. Das war schon ein sehr schlimmer Vorwurf. Zum Teil war das auch klar zu widerlegen, weil wir diese Aktenteile, die wir angeblich der Presse zugespielt haben sollten, zu dem Zeitpunkt

Untersuchungsausschuss 6/1
9. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

28.04.2017
Stenogr. Dienst/welf

auch gar nicht hatten. Deshalb war das eine sehr unerfreuliche Angelegenheit. Der Behördenleiter in Potsdam hat sich seinerzeit ausgesprochen darüber geärgert. Man musste auch immer sehen, dass in der Auseinandersetzung nicht irgendwie zu viel kaputt geht, denn man musste ja auch weiter zusammenarbeiten.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gab es damals in den Reihen Ihrer Staatsanwaltschaft Staatsanwälte oder Oberstaatsanwälte, die eine andere Auffassung vertreten haben, was den Problemkomplex Geheimnisverrat angeht?

Zeuge Prof. Dr. Erardo Rautenberg: Wie gesagt, das kann ich Ihnen jetzt aus - - Dann müsste ich in meine Vorgänge noch mal gucken. Das habe ich jetzt so nicht im Kopf. Aber natürlich, wenn es um solche schwierigen Fragen geht, gibt es auch einen offenen Austausch darüber. Wie das damals ausgegangen ist oder wie die Details waren, das habe ich nicht in Erinnerung. Dazu müsste ich in die Akten gucken, sofern ich die zur Verfügung habe.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Frage, bitte.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja. - Ich muss noch mal ein bisschen nachhaken, auch wenn Sie leider zu diesen Rahmenbedingungen jetzt nicht mehr ganz so frische Erinnerungen haben.

Hat Herr Innenminister Schönbohm die Indiskretionsvorwürfe, die er gegen die Staatsanwaltschaft Potsdam erhoben hat, aufrechterhalten, nachdem die angedrohten Ermittlungen gegen den Chef des Landeskriminalamtes und gegen einen V-Mann-Führer im Geschäftsbereich des Innenministeriums verworfen worden sind?

Zeuge Prof. Dr. Erardo Rautenberg: Keine Erinnerung. Keine Erinnerung; also das liegt jetzt einfach zu lange zurück. Ich hatte jetzt hier den Auftrag, mich zur „Nationalen Bewegung“ zu äußern. Aber dieser ganze Komplex mit dem Geheimnisverrat ist ein eigenständiger Komplex. Da habe ich mich jetzt auch nicht vorbereitet. Da kann ich Ihnen nur sagen, was ich jetzt derzeit noch in Erinnerung habe.

In Erinnerung habe ich, dass es Auseinandersetzungen mit dem Innenministerium gab. Ich hatte in meinem Statement als Sachverständiger auch schon deutlich gemacht, dass es während der Amtszeit von Herrn Wegesin diese Auseinandersetzung gab, und zwar auch in anderen Fällen. Das ging auch so weit - das hatte ich damals auch gesagt -, dass ich auch mit meiner Versetzung in den einstweiligen Ruhestand gerechnet habe, weil doch auch die Vorwürfe gegen meine Person stark vorgetragen wurden, insbesondere auch zu der Frage, was V-Leute letztlich dürfen und was nicht im Fall von Toni S. Da hatte es ja eine Auseinandersetzung gegeben, die dann sogar auf das Verhältnis von Brandenburg zu Berlin übergriff, weil die Berliner Staatsanwaltschaft dann Toni S. angeklagt hatte. Das wurde in Brandenburg damals als Angriff auf brandenburgische Verfassungsschutzarbeit gesehen. Letztlich ist Toni S. verurteilt worden.

Untersuchungsausschuss 6/1
9. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

28.04.2017
Stenogr. Dienst/welf

Ich habe damals die Position der Berliner Kollegen auch unterstützt. Ich habe das jetzt nicht öffentlich getan, dann wäre wahrscheinlich gleich Schluss gewesen. Aber ich habe mich jedenfalls auch nicht dazu hinreißen lassen, das in irgendeiner Weise zu kritisieren.

Ich darf auch noch mal in Erinnerung rufen: In dem Verfahren Toni S. war ein Durchsuchungsbeschluss der Berliner Kollegen erwirkt worden, und wie es üblich ist, wenn eine Staatsanwaltschaft eines Landes in einem anderen Land einen Beschluss vollstreckt, dann ruft man den Leiter der Behörde, in dessen Geschäftsbereich sich diese Durchsuchung abspielen soll, an und informiert ihn. Das hat den Grund, dass er bei Presseanfragen nicht aus allen Wolken fällt und erst mal alle Leute in seinem Bereich befragt, was da los ist, sondern dass er gleich sagt: Das ist nicht meine Zuständigkeit, das ist die der Kollegen in dem anderen Bundesland.

Und in dem Fall war es eben so, dass offenbar die Information über diese Durchsuchung irgendwie an den Verfassungsschutz gelangt ist. Ich weiß nicht, ob man das auch routinemäßig weitergegeben hat, was man eigentlich bei normalem, gutem Verhältnis miteinander auch tut. Und dann war jedenfalls da nichts gefunden worden. Das hat dazu geführt, dass die Berliner noch einen Beschluss erwirkt haben, und dann haben sie nicht in Brandenburg angerufen und angekündigt, dass was kommt. Und dann hat man was gefunden. Und dann wurde hinterher auch von mir verlangt, ich sollte mich dagegen verwahren. Da habe ich mich geweigert. Ich habe gesagt: Wenn mir so was passieren würde, dass ich das Gefühl haben würde, dass man einen Durchsuchungstermin an Leute weitergibt, die damit irgendwie Unsinn anstellen, würde ich beim nächsten Mal auch nicht noch mal anrufen. - Und darüber darf man sich dann auch nicht wundern. - Also, das war schon eine sehr schwierige Zeit.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Die Zeit ist leider schon deutlich überschritten. Sie sind ja aber noch mal dran, wenn Sie wünschen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja, aber die 10-Minuten-Regelung!

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Gut, die war in der Obleuterunde so abgesprochen. - Bevor wir in die zweite Runde starten, noch mal von mir kurz der Hinweis: Ich bitte die Fragesteller, den Beweisbeschluss immer im Auge zu behalten - aus Gründen der Effizienz, damit wir nicht zu weit von dem eigentlichen Beschluss abweichen. Herr Prof. Dr. Rautenberg hat berechtigt mehrmals darauf hingewiesen, dass er zu einem bestimmten Thema hier geladen worden ist. - Wir kommen zur SPD-Fraktion. Herr Lüttmann, bitte.

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Vorab: Ich glaube auch, dass viele der Dinge - das lässt sich ja schon feststellen - wahrscheinlich wirklich gleich an die nächsten zwei Zeugen weitergefragt werden müssen.

Ich würde zu zwei Dingen Stellung nehmen. Zum Ersten gab es sozusagen den Hinweis auf den „Spiegel“-Artikel. Das ist natürlich richtig, dass der - und auch dort die Aussage, ob man von Terrorismus sprechen könne oder nicht - vor der Tat im Januar

Untersuchungsausschuss 6/1
9. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

28.04.2017
Stenogr. Dienst/welf

2001 lag. Dennoch gibt es - und das ist auch einem Dokument zu entnehmen, welches wir hier offen besprechen können - ein Schreiben des Bundesamtes für Verfassungsschutz an den Landesverfassungsschutz, in dem folgendermaßen zu lesen ist. Ich zitiere:

„In den ersten Stellungnahmen des Brandenburgischen Innenministeriums hieß es Pressemeldungen zufolge, der jüngste Anschlag bedeute zwar eine neue Qualität, von Terrorismus könne jedoch nicht gesprochen werden. Die ‚Potsdamer Neuesten Nachrichten‘ zitieren am 10. Januar den Sprecher des Innenministeriums mit den Worten: ‚Von Terrorismus sprechen wir ganz bewusst noch nicht.‘ Abweichend von dieser Auffassung“ -

- und das ist jetzt sozusagen das Ende des Zitats im Zitat -

„kann jedoch hinsichtlich der ‚Nationalen Bewegung‘ durchaus von rechtsterroristischen Bestrebungen gesprochen werden. Nach der seit Jahren geltenden Definition der Verfassungsschutzbehörden ist Terrorismus der nachhaltig geführte Kampf für politische Ziele, die mithilfe von Anschlägen auf Leib, Leben und Eigentum anderer Menschen durchgesetzt werden sollen, insbesondere durch schwere Straftaten etc.“³

Das ist die Einschätzung des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Wenn dem so ist, dann ist zumindest der Bundesverfassungsschutz zu diesem Zeitpunkt mit der Definition von Terrorismus schon ein Stück weiter gewesen. - Das vielleicht noch mal, um das an der Stelle ins Protokoll zu geben.

Zum Zweiten die Frage: Verfahren Geheimnisverrat. Meiner Erinnerung nach - und vielleicht erinnert Sie das auch daran - hat der Leitende Oberstaatsanwalt Junker das Verfahren geführt, und Sie haben sich in Randberichten diesen Einschätzungen sozusagen angeschlossen. Die Dienstaufsicht damals lag - das hat der Kollege auch schon festgestellt - beim Justizministerium. Dort sind keine Einwände vorgetragen worden. Wäre es in der Hinsicht dann für uns vielleicht interessant, den Leitenden Oberstaatsanwalt und die entsprechende Dienstaufsicht, sprich die damalige Justizministerin oder den Staatssekretär zu hören?

Zeuge Prof. Dr. Erardo Rautenberg: Also, es ist üblich, dass zunächst mal die zuständige Behörde, wenn jetzt irgendeine rechtliche Frage zu klären ist, ihren Standpunkt darlegt. Dann prüfen wir das noch mal, ob es vertretbar ist oder nicht vertretbar ist.

Ich habe in meiner bisherigen Amtszeit immer Wert darauf gelegt, dass ich mich in dem Augenblick, wo es bestimmte Spielräume gibt, in die Entscheidung der Staatsanwaltschaft auch nicht einmische. Wenn wir also keine durchgreifenden Bedenken haben, dann wird das auch im Prinzip so gebilligt. Und dann geht es, wie gesagt, mit dieser Stellungnahme ins Ministerium.

³ Anmerkung Stenografischer Dienst: Das Zitat konnte nicht verifiziert werden.

Untersuchungsausschuss 6/1
9. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

28.04.2017
Stenogr. Dienst/welf

Wenn Sie sagen, dass das alles einvernehmlich war, wüsste ich jetzt nicht, weshalb man da noch mal nachbohren müsste. Aber das ist natürlich Ihre Entscheidung.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Keine weiteren Fragen der SPD-Fraktion? - Dann machen wir weiter mit der CDU-Fraktion. Herr Dr. Redmann.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Zeuge Rautenberg, Sie haben die Veröffentlichung des Bekennerschreibens als eine besondere Merkwürdigkeit in diesem Zusammenhang, die Sie veranlasst hat, uns zu raten, dem weiter nachzugehen, genannt. Ist Ihnen bekannt, ob im Zusammenhang mit der „Nationalen Bewegung“ zuvor bereits Bekennerschreiben veröffentlicht worden sind?

Zeuge Prof. Dr. Erardo Rautenberg: Das ist mir nicht bekannt.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Dann will ich vielleicht versuchen, Ihrem Erinnerungsvermögen ein bisschen zu helfen. Der „Spiegel“ hat bereits im Oktober 2000 ausführlich aus einem Bekennerschreiben zitiert, die „MOZ“ am 1. Februar 2001 aus mehreren weiteren Schreiben. Sogar Herr Platzeck wurde am 22.09.2000 in der „MAZ“ zitiert, wie er aus einem Bekennerschreiben vorlas. Können Sie sich an diese Umstände jetzt durch den Vorhalt erinnern?

Zeuge Prof. Dr. Erardo Rautenberg: Kann ich mich jetzt nicht erinnern. Die Auffälligkeit war ja, dass der Generalbundesanwalt ein Verfahren übernommen hat und dann das dazugehörige Bekennerschreiben - und das bezog sich auf den Brandanschlag, um den es ging - veröffentlicht wurde. Das ist in der Tat eine Merkwürdigkeit.

Wenn ich jetzt höre - ich höre es ja nur -, dass die Polizei eine Durchsuchung gemacht hat bezüglich der „Nationalen Bewegung“, ohne diese mit dem Generalbundesanwalt abzusprechen, ist das eine weitere Merkwürdigkeit.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Gibt es Ihrer Ansicht nach und auch vor dem Hintergrund Ihrer beruflichen Erfahrung vielleicht auch andere Möglichkeiten der Erklärung für die Veröffentlichung des Bekennerschreibens durch den Verfassungsschutz?

Zeuge Prof. Dr. Erardo Rautenberg: Wenn die Staatsanwaltschaft ein bestimmtes Verfahren wegen einer Straftat führt, dann ist es eigentlich üblich, dass weder die Polizei noch der Verfassungsschutz irgendwelche Sachen veröffentlichen, ohne dass vorher darüber eine Absprache getroffen worden ist. Es kann natürlich sein, dass so eine Veröffentlichung im Einzelfall auch durchaus hilfreich ist. Aber dass das sozusagen ohne Kenntnis der ermittelnden Staatsanwaltschaft, die letztlich verantwortlich für das Verfahren ist, geschieht, das ist in der Tat eine ungewöhnliche Sache.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Aus einem Vermerk des Verfassungsschutzes geht hervor, dass seinerzeit die Veröffentlichung des Bekennerschreibens durchaus

Untersuchungsausschuss 6/1
9. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

28.04.2017
Stenogr. Dienst/welf

diskutiert wurde innerhalb des Hauses und dort die Motivation dafür darin lag, dass, nachdem die Serie zumindest schon für eine geraume Zeit unterbrochen war, man sich erhoffte, durch die Veröffentlichung des Bekennerschreibens, über das ja presseöffentlich auch schon berichtet wurde, dafür zu sorgen, dass eine gewisse Bewegung stattfindet, also sich die „Nationale Bewegung“ in irgendeiner Weise regt, also Leute darüber sprechen, telefonieren und bei dieser Gelegenheit vielleicht zufällig auch Telefongespräche abgehört werden können usw. Halten Sie diese Motivation für die Veröffentlichung des Bekennerschreibens nicht für nachvollziehbar?

Zeuge Prof. Dr. Erardo Rautenberg: Also, das ist aus meiner Sicht eine völlig abwegige Position. Wir haben ein Ermittlungsverfahren, das führt der Generalbundesanwalt. Und der Generalbundesanwalt richtet seine Ermittlungen natürlich in erster Linie darauf, ob es Hinweise auf die Verfasser des Bekennerschreibens gibt. Und wenn man jetzt bei einer Durchsuchung, bei einem Verdächtigen - und man hat ja durchsucht - das Bekennerschreiben in irgendeiner Form vorfindet, ist das natürlich ein erhebliches Beweismittel, was dadurch völlig an Wert verliert, wenn vorher dieses Bekennerschreiben vom Verfassungsschutz ins Internet gestellt worden ist. Auf so eine Idee kann man eigentlich ernsthaft nicht kommen. Das ist eine - also ich würde das so sehen - massive Behinderung der staatsanwaltlichen Ermittlung. Und mir ist auch in meiner ganzen Amtszeit, jedenfalls was das Verhältnis zur Polizei angeht, so etwas auch noch nie untergekommen, dass eine Polizeibehörde so etwas macht, ohne das mit der Staatsanwaltschaft abzusprechen. Die haben nicht die Befugnis dazu, sich in diese Ermittlungen einzuschalten. Ermittlungsbehörde war der Generalbundesanwalt, und mit den Ermittlungen beauftragt war das Landeskriminalamt. Das sind die beiden Stellen, die da zu entscheiden haben, aber nicht der Verfassungsschutz; der kann sich nicht so in die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft einmischen.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Nun ist es doch aber so, dass der Verfassungsschutz schon einen gewissen anderen Auftrag auch hat als die Justizbehörden und es beim Verfassungsschutz auch nicht nur bzw. nicht im Schwerpunkt darum geht, Straftaten aufzuklären, die in der Vergangenheit liegen, sondern vor allen Dingen auch Aufklärung zu leisten, um möglicherweise Straftaten zu verhindern, die noch in der Zukunft geschehen könnten. Könnte in diesem Zusammenhang nicht auch das Verhalten des Verfassungsschutzes vor dem Hintergrund des unterschiedlichen Auftrages der Behörden erklärt werden?

Zeuge Prof. Dr. Erardo Rautenberg: Also, ich halte das wirklich für abwegig. Ich glaube, Sie werden keinen Staatsanwalt finden, der das in irgendeiner Weise für richtig halten würde.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ich möchte noch einmal zu dem V-Mann-2-Verfahren kommen. Sie haben zwar gesagt, dass es nicht im Untersuchungsauftrag - also der Untersuchungsauftrag umfasst ist es vielleicht schon -, nicht in Ihrer Ladung erwähnt wurde, aber es ist ja schon ein Punkt, den Sie auch selbst angesprochen haben heute als eine Merkwürdigkeit, die Sie dazu veranlasst hat, in den Raum zu stellen, dass es die NaBe vielleicht gar nicht gab und hier möglicherweise

Untersuchungsausschuss 6/1
9. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

28.04.2017
Stenogr. Dienst/welf

Fehlverhalten des Verfassungsschutzes auch vorliegt. Insofern glaube ich, ist - da es auch von Ihnen selbst angesprochen wurde - es auch legitim, da Ihre Äußerungen zu hinterfragen.

Sie haben seinerzeit - - Sie haben auf meine Frage vorhin geantwortet, dass Sie also den V-Mann eher insofern zu einer Art Verwaltungsinternum hinzurechnen, als es kein Geheimnisverrat ist, dem V-Mann selbst solche Informationen weiterzuleiten. Insofern würde ich gern fragen: Wie ist denn Ihr Blick grundsätzlich auf die Vertrauenswürdigkeit von V-Leuten - vor dem Hintergrund, dass die ja in der Regel Szeneangehörige sind, die sich selbst häufig schwerwiegende oder manchmal sogar sehr schwerwiegende Straftaten zuschulden kommen lassen haben. Inwiefern ist es vor dem Hintergrund dieser Personengruppe gerechtfertigt, davon auszugehen, dass es sich um - mehr oder weniger - vertrauenswürdige Bedienstete handelt, die gleichzustellen sind mit anderen Mitarbeitern des Verfassungsschutzes, beispielsweise V-Mann-Führern?

Zeuge Prof. Dr. Erardo Rautenberg: Rechtlich ist es eben so geregelt, dass die eben die Pflicht haben, solche Informationen, die sie vom V-Mann-Führer bekommen, nicht an Dritte weiterzugeben; da sind sie ja drauf verpflichtet. Und das ist auch Gegenstand der Verurteilung des V-Mannes gewesen. Dass natürlich die Gefahr besteht, dass V-Männer, wie in dem Fall geschehen, sich daran nicht halten, weil sie eben zu sehr in der Szene stecken, das hatte ich, glaube ich, letztes Mal als Sachverständiger hinreichend ausgeführt. Das ist in der Tat eine Schwachstelle des ganzen Systems.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ich stelle also fest, dass nach Ihrer Auffassung ein V-Mann im Hinblick auf den Geheimnisverrat zu behandeln ist wie ein Beamter, sodass man ihm also Dienstinterna quasi schrankenlos mitteilen kann.

Zeuge Prof. Dr. Erardo Rautenberg: Ich müsste jetzt im Einzelnen präsent haben, worauf das Amtsgericht seine Verurteilung gestützt hat, aber soweit ich das in Erinnerung habe, war es ein Verstoß gegen die Verpflichtung, die dem V-Mann abgenommen worden war. Darauf ist das gestützt worden, der Vorwurf des Geheimnisverrats. Und das Urteil ist rechtskräftig. Also, dazu wird sich Näheres in der Argumentation finden. Die kann ich Ihnen jetzt nicht aus dem Stand abspulen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann sind wir mit dem Fragerecht wieder bei der Fraktion der Linken. Herr Dr. Schöneburg.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Es juckt natürlich in den Fingern, jetzt mit Ihnen eine strafrechtsdogmatische Diskussion über Geheimnisverrat und Täterschaft und Teilnahme zu führen, aber das gehört nicht hierher. Ich glaube auch nicht, dass es schon sozusagen über Fragen hierhergehört, seine eigene Position nur deutlich zu machen. Ich will nur festhalten, dass ich nach dem, was Sie gesagt haben, natürlich der Auffassung bin, dass die einzige Berechtigung der Veröffentlichung des Bekennterschreibens darin gelegen hätte, wenn der Generalbundesanwalt das abgesprochen hat mit dem Landesamt dort, mit dem Verfassungsschutz des Landes Brandenburg. Ansonsten hat es überhaupt keine Berechtigung. Also, das muss man

Untersuchungsausschuss 6/1
9. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

28.04.2017
Stenogr. Dienst/welf

scharf kritisieren. Aber wir wollen jetzt nicht künstlich die Befragung in die Länge ziehen; wir haben keine weiteren Fragen mehr.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann sind wir bei der Fraktion bei der AfD. Herr Wiese, haben Sie weitere Fragen?

Abgeordneter Wiese (AfD): Ich habe noch zwei Fragen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Bitte.

Abgeordneter Wiese (AfD): Herr Prof. Rautenberg, einfache Fragen: Wie erklären Sie sich den Umstand, dass sämtliche Ermittlungsverfahren trotz der Vielzahl an Aktivitäten, registrierten Anschlägen und Spuren - DNA - pp. einschließlich der an den Tatorten hinterlassenen Bekennerschreiben der „Nationalen Bewegung“ ohne Ergebnis - also ganz umfassend ohne Ergebnis - verliefen?

Darf ich die zweite gleich mit nachschieben?

Zeuge Prof. Dr. Erardo Rautenberg: Ja.

Abgeordneter Wiese (AfD): Aus welchen Gründen haben nach Ihrer Auffassung trotz umfangreicher Taten-, Fakten- und Spurenlage die Ermittlungen gegen die „Nationale Bewegung“ keine Ergebnisse zu den Tätern, dahinterstehenden Strukturen und Planungen der Tat erbracht?

Zeuge Prof. Dr. Erardo Rautenberg: Die Frage kann ich Ihnen nicht beantworten. Da ich aber an der Beantwortung der Frage interessiert bin, habe ich das dem Untersuchungsausschuss als Fragestellung vorgetragen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): War es das, Herr Wiese?

Abgeordneter Wiese (AfD): Ja.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann ist Frau Nonnemacher dran.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön, Herr Vorsitzender. - Herr Prof. Rautenberg, ich knüpfe noch mal an den Fragenkomplex, den Herr Redmann eben bezüglich der V-Leute aufgeworfen hat, an. Ist Ihrer Meinung nach ein Rechtsextremist, der für den Verfassungsschutz als sogenannte Vertrauensperson arbeitet, so vertrauenswürdig, dass er über geplante Hausdurchsuchungen in der Neonaziszene informiert werden sollte oder informiert werden darf, insbesondere wenn die entsprechende Hausdurchsuchung gar nicht seine eigene Tätigkeit berührt, also somit nicht mit Quellenschutz argumentiert werden kann?

Zeuge Prof. Dr. Erardo Rautenberg: Soweit ich weiß, war das die Rechtsauffassung, auf die man sich damals gestützt hat. Ich kann Ihnen das jetzt aber im Einzelnen auch nicht näher ausführen. Da kann man sicherlich drüber diskutieren.

Gehen wir mal von einem V-Mann aus, der sich an die Regeln hält: Dann kann es natürlich passieren, dass er genau zum Zeitpunkt der Durchsuchung vor Ort ist, wird dann also mit - wie soll ich sagen - festgenommen, und im Zuge dieser Aktion fliegt dann seine Identität als V-Mann irgendwann auf. Und damit könnte natürlich irgendein verfassungsschutzmäßiges Interesse massiv gestört sein; das ist der Hintergrund dieser Regelung. Aber das ist jetzt mehr eine Rechtsfrage. Ich habe mich damit jetzt auch nicht vertieft beschäftigt. Jedenfalls war es damals die Rechtsauffassung, die man durchaus vertreten konnte. Hätte man da eine andere Meinung vertreten, hätte man sich, glaube ich, auch erst mal bundesweit abstimmen müssen, wie ich das ja im Fall Tonis S. getan habe, mit der Frage, ob der Verfassungsschutz volksverhetzende Schriften verdeckt verteilen darf, unter Bezugnahme auf seinen Auftrag. Und da habe ich ja die anderen Generalstaatsanwälte angeschrieben, dass das brandenburgische Innenministerium diese Auffassung vertritt, ich sie für falsch halte, und da haben mir ja alle dann auch zugestimmt.

Aber diese Frage ist jetzt noch komplexer, und ich denke, wir hatten aber damals das irgendwie als Argumentation nachvollziehen können, dass der Verfassungsschutz ein Interesse daran hat, dass seine V-Leute bei solchen Aktionen nicht sozusagen mit aufgedeckt werden. Allerdings das Risiko - und das ist ja das, was Herr Redmann auch angedeutet hat -, dass so ein V-Mann eben nicht die Zuverlässigkeit besitzt wie ein offizieller Mitarbeiter des Verfassungsschutzes und dann eben wegen seiner Nähe zur Szene sowas durchsticht, das ist natürlich gegeben und hat sich in dem Fall auch realisiert.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Zwei Nachfragen zu dem Komplex: Auf der Liste der 19 Personen, bei denen die Hausdurchsuchungen vorgesehen waren, stand ja nun dieser V-Mann explizit nicht drauf, sodass - das hatte ich ja vorhin schon gesagt - in diesem Fall ja der naheliegende Quellenschutz eigentlich gar nicht infrage gekommen ist.

Aber eine weitere Nachfrage: Sie haben gesagt, man war damals der Auffassung, das sei gängige Rechtsauffassung. Auf welche rechtliche Grundlage hat sich denn diese Ansicht gestützt?

Zeuge Prof. Dr. Erardo Rautenberg: Das kann ich Ihnen jetzt aus dem Stand nicht beantworten. Also da müsste ich mich wirklich dann wieder mit der Sache befassen. Kann ich Ihnen jetzt nicht beantworten.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber ich möchte noch mal nachfragen: Wir haben es bei dem entsprechenden V-Mann, um den es hier geht, Christian K., nicht damit - - Da geht es nicht darum, dass er selber gefährdet gewesen wäre durch diese Untersuchung. Wie bewerten Sie dann die Tatsache, dass er darüber informiert worden ist?

Zeuge Prof. Dr. Erardo Rautenberg: Gut, man kann natürlich argumentieren, dass er sich zum fraglichen Zeitpunkt der geplanten Durchsuchungsaktion nicht dort aufhält;

Untersuchungsausschuss 6/1
9. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

28.04.2017
Stenogr. Dienst/welf

denn dann wäre er natürlich mit in die Aktion eingebunden worden in irgendeiner Weise. - Das ist sicherlich eine Argumentation, die man auch nachvollziehen kann.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wir haben vorhin herausgearbeitet - und Sie haben es auch in Ihrem Eingangsstatement erwähnt -, dass diese fragliche V-Person wegen Geheimnisverrats rechtskräftig verurteilt worden ist, man an ihn also sehr hohe Maßstäbe angelegt hat, ihn praktisch behandelt hat wie einen regulären Mitarbeiter, dass aber der V-Mann-Führer des brandenburgischen Verfassungsschutzes, der ihn ja zu diesem Geheimnisverrat sozusagen aufgefordert haben soll, in keinster Weise belangt worden ist. Wie finden Sie das vonseiten der Verhältnismäßigkeit?

Zeuge Prof. Dr. Erardo Rautenberg: Also, wir haben sicherlich nicht festgestellt, dass der V-Mann-Führer letztlich den Verrat der Durchsuchung an die Szene beabsichtigt hat, sondern - wie ja gerade ausgeführt - hat der V-Mann-Führer sich nach meiner Erinnerung auf den Standpunkt gestellt, dass er seinen V-Mann davon abhalten wollte, sich zur fraglichen Zeit an den Durchsuchungsorten aufzuhalten. Aber der V-Mann-Führer - - Jedenfalls war das die Position, die letztlich auch nur zur Einstellung führen konnte, dass er natürlich nicht beabsichtigt hat, dass die Szene informiert wird. Wenn man ihm das hätte nachweisen können, dass er sozusagen den V-Mann informiert hat, in der Hoffnung, der würde das weitergeben, dann wäre er natürlich strafrechtlich auch zu verfolgen gewesen. Aber dieser Beweis war nach den Ermittlungen, soweit ich in Erinnerung habe, eben gerade nicht zu führen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Da kommen wir wieder zurück auf den Komplex, den ich schon in der ersten Runde abgefragt hatte, sozusagen die Indiskretion, Fälle von Geheimnisverrat oder Fälle von Strafvereitelung im Amt, wo ja gerade weitere Ermittlungen nicht angestellt worden sind. War der Verzicht auf Ermittlungen in allen Verdachtsfällen von Geheimnisverrat Ihrer Ansicht nach alternativlos, oder hätte es da auch juristischen Spielraum gegeben, sich anders zu verhalten?

Zeuge Prof. Dr. Erardo Rautenberg: Das kann ich Ihnen jetzt nach diesen vielen Jahren nicht mehr beantworten. Also, ich habe Ihnen das ja noch mal geschildert, wie wir das in solchen Fällen zu machen pflegen, nicht dass es von oben - ich sage mal - eine Anweisung gibt, was rauskommen soll - das wird ja oft immer gedacht, dass es so läuft; so läuft es eben nicht -, sondern zunächst einmal muss die Behörde, die die Ermittlungen führt, sich selbst klar werden, und als Generalstaatsanwaltschaft hat man dann die Aufgabe, zu überprüfen, ob das rechtlich vertretbar ist. Und in dem Fall ist es ja dann auch noch weitergegangen ans Ministerium, wenn ich das richtig in Erinnerung habe. Und wenn dann diese Verfahrensweise gebilligt worden ist, dann wird sie auch so durchgezogen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Herr Prof. Rautenberg, der Untersuchungsausschusssachverständige Herr Böhm hat uns hier vorgetragen, dass es in den Jahren bis 2011 im brandenburgischen Verfassungsschutz Pi mal Daumen 50 V-Leute gegeben hat, die also für den brandenburgischen Verfassungsschutz

Untersuchungsausschuss 6/1
9. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

28.04.2017
Stenogr. Dienst/welf

gearbeitet haben. Was denken Sie, welche Auswirkungen hätte das Ihrer Einschätzung nach auf den Erfolg von polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen in rechtsextremistischen Fällen, wenn sämtliche dieser 50 V-Leute sozusagen über Durchsuchungen und Ermittlungen gewarnt und informiert worden wären?

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Also, ich lasse die Frage zu, aber erinnere noch mal an den Beweisbeschluss. Wir sind jetzt sehr allgemein. Aber bitte beantworten Sie die Frage.

Zeuge Prof. Dr. Erardo Rautenberg: Das ist jetzt wirklich spekulativ. Also, der Umstand, wie viele V-Leute für den Verfassungsschutz tätig gewesen sein sollen, ist für mich auch eine Neuigkeit gewesen; das habe ich vorher nicht gewusst. Aber man muss natürlich schon - das möchte ich auch noch mal betonen, jetzt auch bezüglich des Verfassungsschutzes - die damalige Situation mit den wirklich erschreckenden Zahlen von rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten vor Augen haben und vor allem die Erfahrung einer rechtsextremistisch dominierten Jugendkultur, dass ich sogar als Staatsanwalt, was ich vorher nie gedacht habe, in Schulen gerufen wurde, um mit den Schülern über Demokratie zu diskutieren, weil offenbar dafür nicht sehr viel Sympathie bestand, und man diese Jugendkultur einfach gespürt hat und aus dieser Jugendkultur sich ständig Straftaten entwickelten und dass wir das Gefühl hatten, das irgendwie alles nicht in den Griff zu bekommen, und dass natürlich auch der Verfassungsschutz in dieser Situation versucht hat, irgendwelche Mittel zu finden, gegenzusteuern. Das war in der damaligen Situation schon eine verzweifelte Lage, und man sollte jetzt auch nicht einfach unterstellen, dass nun alle V-Leute Durchsuchungen verraten haben. Das ist jetzt rein spekulativ; das würde ich jetzt auch nicht als Regelfall einfach unterstellen. Ich sage da nur, das Risiko besteht natürlich.

Wir haben natürlich, ich sage mal, bei der Aufklärung der Straftaten versucht, uns zunächst mal an die Zeugen zu halten, die also den Vorfall beobachtet hatten. Und das waren ja so die Beweismittel erster Güte. Unser Problem war ja vor allem, dass wir wegen der Aufbausituation Probleme hatten, dass diese Straftaten oder die erforderlichen Ermittlungen zügig durchgeführt wurden. Durchsuchungsaktionen waren also eher die Ausnahme. Es ging darum, die Täter zu ermitteln und zeitnah vor Gericht zu stellen, und das ist ja schon in vielen Fällen leider nicht gelungen.

Wenn man jetzt zu solchen Durchsuchungsaktionen schreitet - - Das waren jetzt schon besondere Verfahren. Inwieweit da V-Leute irgendwie eine Rolle gespielt haben, das kann ich Ihnen nicht beantworten.

Also, ich möchte insofern den Verfassungsschutz schon etwas in Schutz nehmen, was jetzt die Zahl angeht. Also, das ist schon irritierend; aber die Verzweiflung war damals groß. Und ich habe ja mit einigen Leitern des Verfassungsschutzes darüber auch gesprochen, über diese schwierige Situation, und weiß auch, dass man sich da auch keinen rechten Rat wusste, wie man dieses Phänomen in den Griff kriegen sollte.

Untersuchungsausschuss 6/1
9. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

28.04.2017
Stenogr. Dienst/welf

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ich muss leider Ihren Frageeifer wieder bremsen, Frau Nonnemacher, aber es kann sein, dass Sie gleich wieder dran sind. Wir kommen nämlich in eine dritte Runde, wenn denn Fragebedarf besteht. - Ich frage bei der SPD an. - Kein Fragebedarf. - Bei der CDU? Nicht. - Bei den Linken? Kein Fragebedarf. - AfD? - Herr Wiese hat eine Frage; dann ist er noch dran.

Abgeordneter Wiese (AfD): Eigentlich habe ich zwei. - Herr Professor Rautenberg, halten Sie die Legende, wonach der V-Mann Christian K. am 06.01.2001 in Borkwalde zufällig einem Gespräch oder Telefonat zweier Beamter über den geplanten Einsatz zugehört haben könnte, und - ich mache gleich die nächste Frage noch mit dazu, dann geht es einfacher - wenn das so gewesen wäre, halten Sie das für üblich, dass solche Einsätze von Beamten in öffentlichen Kneipen erörtert werden?

Zeuge Prof. Dr. Erardo Rautenberg: Das fällt mir jetzt spontan ein, dass das irgendwann Thema war, ob ein Gespräch zwischen zwei Polizeibeamten belauscht worden sei. Wenn ich mich richtig entsinne, haben wir das für nicht glaubhaft gehalten.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Und schon sind wir wieder bei Frau Nonnenmacher. - Bitte schön.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Na schön; dann ist das ja fast ohne Pause passiert. - Ich würde gerne noch mal auf dieses Bekennerschreiben zurückkommen, was vom Verfassungsschutz auf seiner Homepage - - also ins Internet gestellt worden ist. Ist Ihnen noch Erinnerung, wann das genau vom Verfassungsschutz veröffentlicht worden ist?

Zeuge Prof. Dr. Erardo Rautenberg: Nein, das ist mir nicht mehr Erinnerung. Ich habe das bei einem dieser Gespräche in Karlsruhe, wenn ich mich entsinne, erfahren, dass das dazu gekommen ist. Und 2001 war - im November, glaube ich - wieder die Staatsschutztagung. Und da habe ich einfach gefragt, ob es was Neues gibt. Wenn ich mich recht entsinne, wurde mir das dann gesagt, und ich habe dann auch die Verärgerung damals verspürt, dass man das eben ins Internet gestellt hat. Aber den Zeitpunkt kann ich Ihnen nicht sagen; dieses Detailwissen habe ich nicht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie hatten berichtet, dass der GBA und die Behörde darüber verärgert waren, und sagten, es ist irritierend, wenn so was sozusagen nicht in Absprache mit der Staatsanwaltschaft passiert. Wissen Sie, ob der GBA sozusagen interveniert hatte und darum gebeten hat, das wieder zu entfernen? Und ist dem dann Folge geleistet worden?

Zeuge Prof. Dr. Erardo Rautenberg: Das gehört zu den Detailkenntnissen, über die ich nicht verfüge. Und ich habe auch darauf, wie gesagt, nicht nachgebohrt. Mich hatte eigentlich nur interessiert: Gibt es konkrete Ermittlungsfortschritte? - Das war offensichtlich nicht der Fall. Und diese Sache mit der Veröffentlichung, die wurde einem ja auch als Grund genannt, weil das eben - aus Sicht der Bundesanwaltschaft - zu einer Behinderung der Ermittlungen geführt hat.

Untersuchungsausschuss 6/1
9. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

28.04.2017
Stenogr. Dienst/welf

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. - Danke schön.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): So. Wir sind damit am Ende der Fragerunden. Und bevor ich das Thema Vereidigung anspreche, frage ich die Mitglieder des Ausschusses: Wünscht jemand, dass sich Herr Professor Dr. Rautenberg bis zum Ende der Ausschusssitzung zur Verfügung hält, um eventuell weiter befragt zu werden? Dann bitte ich um ein Zeichen. - Das scheint nicht der Fall zu sein. - Dann bedanke ich mich sehr herzlich.

Wir kommen jetzt zu der Frage der Vereidigung. Ich halte eine Vereidigung des Zeugen für entbehrlich. Ist jemand anderer Meinung in der Runde? - Dann wird hiermit auf eine Vereidigung verzichtet. - Ich danke Ihnen sehr herzlich für Ihr Kommen, Herr Professor Dr. Rautenberg.

Wir machen eine kurze Pause von zehn Minuten und starten dann wieder. Wir haben gesagt, Mittagspause dann erst nach der nächsten Zeugin, Frau Dr. Stari, im Anschluss in zehn Minuten; kurz mal die Zeit, durchzuatmen. - Danke zunächst und speziell Dank an Sie.

(Unterbrechung der Sitzung: 11.55 Uhr)

(Fortsetzung der Sitzung: 12.07 Uhr)

Untersuchungsausschuss 6/1
40. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2019
Stenografischer Dienst

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Es ist 13 Uhr. Die Reihen füllen sich allmählich wieder. Ich glaube, wir können trotzdem schon beginnen.

Vernehmung des Zeugen Mathias Rhode

Wir kommen zu unserem Zeugen Herrn Rhode, den ich hiermit noch mal sehr herzlich in unserer Runde begrüße, genauso Herrn RA [REDACTED] [REDACTED] als seinen Rechtsbeistand.

Bevor wir beginnen, belehre ich Sie, Herr Rhode: Als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuss unterliegen Sie der Wahrheitspflicht. Das heißt, die von Ihnen gemachten Angaben müssen vollständig sein und der Wahrheit entsprechen. Sie dürfen weder falsche Angaben machen noch wesentliche Umstände, die mit dem Beweisthema in Zusammenhang stehen, verschweigen. Sofern Sie an bestimmte Dinge keine Erinnerung mehr haben, müssen Sie auch dies deutlich zum Ausdruck bringen.

Der Untersuchungsausschuss ist nach § 22 UAG grundsätzlich berechtigt, einen Zeugen am Ende seiner Aussage zu vereidigen. Über eine Vereidigung Ihrer Person wird insoweit noch zu befinden sein.

Falsche Aussagen vor dem Untersuchungsausschuss sind strafbewehrt. Dabei kommt es nicht darauf an, ob Sie Ihre Aussage beeidigen müssen oder nicht. Falsche uneidliche Aussagen sind nach § 153 Strafgesetzbuch strafbedroht und werden mit Freiheitsstrafe zwischen drei Monaten und fünf Jahren sanktioniert. Im Falle der Annahme einer Strafbarkeit eines Meineides wird der Strafraum des § 154 Strafgesetzbuch, der eine Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr vorsieht, Anwendung finden.

Neben dem Hinweis auf Ihre Pflichten obliegt es mir aber auch, Sie über Ihre Rechte aufzuklären: Gemäß § 19 UAG sind Sie berechtigt, die Auskunft auf solche Fragen zu verweigern, deren Beantwortung Ihnen selbst oder einem der in § 52 Abs. 1 StPO bezeichneten Angehörigen die Gefahr zuziehen würde, wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit verfolgt zu werden. - So weit die Belehrung.

Bevor wir mit der Befragung beginnen, würde ich Sie bitten, uns kurz Ihren beruflichen Werdegang zu schildern. Bitte schön.

Zeuge Mathias Rhode: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Sehr geehrte Abgeordnete! Mein Name ist Mathias Rhode. Ich bin 57 Jahre alt, gebürtig in Niedersachsen. Ich bin 1991 zum Studium nach Berlin gekommen und habe dort mein Erstes und Zweites Staatsexamen abgelegt. Ich habe dann in der Senatsverwaltung für Inneres im Bereich Verfassungsschutz angefangen und bin 2006 im Wege der Personalrotation nach Brandenburg gekommen, ins Innenministerium. Seit diesem Zeitpunkt bin ich dort als Leiter des Grundsatzreferats tätig.

Untersuchungsausschuss 6/1
40. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2019
Stenografischer Dienst

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Vielen Dank. - Etwas zur Vorbereitung auf diese Sitzung: Wie haben Sie sich vorbereitet? Haben Sie noch mal Akteneinsicht genommen? Haben Sie mit Kollegen gesprochen? Wie haben Sie sich vorbereitet?

Zeuge Mathias Rhode: Ich habe mich durch Aktenstudium vorbereitet, habe mit meinem Rechtsbeistand gesprochen und habe auch mit Kollegen gesprochen, um noch mal die Abläufe - - in seiner zeitlichen Abstimmung noch mal präsent zu haben.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Damit sollten Sie gut vorbereitet sein.

Zeuge Mathias Rhode: Ich hoffe.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Wir können mit der Befragung beginnen. Es beginnt die SPD-Fraktion. Frau Gossmann-Reetz stellt die ersten Fragen. Bitte schön.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Herzlich willkommen, Herr Rhode, in unserem Ausschuss. - Sie sagten gerade, Sie haben sich bei der Vorbereitung mit Kollegen unterhalten. Welche Kollegen waren denn das?

Zeuge Mathias Rhode: Das waren Herr F., Frau M. und Frau Dr. Wagner.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mhm. Okay. - In welcher Art und Weise waren Sie denn nach der Enttarnung - oder: Selbstenttarnung - des NSU an der Zuarbeit zu den Ermittlungsbehörden der Abteilung 5 involviert und zuständig?

Zeuge Mathias Rhode: Ich habe die Deckblattmeldungen, die ich vom Auswertungsreferat und vom Beschaffungsreferat bekommen habe, jeweils an den GBA bzw. das BKA übermittelt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Waren Sie, als es um den Untersuchungsausschuss im Bund ging, auch schon involviert in Aktenfreigabe, - weiterleitung und - -

Zeuge Mathias Rhode: Nein. Ist mir nicht Erinnerung.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber Ihnen war damit also bekannt, in welcher Art und Weise und welche Akten dem Verfahren zugeführt worden sind von der Abteilung 5?

Zeuge Mathias Rhode: Soweit ich es gemacht habe. Das ist bei uns auch im Referat aufgeteilt gewesen. Aber soweit ich das gemacht habe, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie war das aufgeteilt? Können Sie das uns - -

Zeuge Mathias Rhode: Also, es ist teilweise auch durch Frau M. gemacht worden. Durch mich ist es gemacht worden. Also, das ist sehr unterschiedlich gewesen.

Untersuchungsausschuss 6/1
40. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2019
Stenografischer Dienst

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und wer hat dann jeweils entschieden, was geschwärzt werden müsste oder was freigegeben werden kann und wie die Akten im Verfahren eingeführt werden?

Zeuge Mathias Rhode: Gerade in Bezug auf die Deckblattmeldungen hat das Beschaffungsreferat das entschieden. Das war also keine Entscheidung von mir, was geschwärzt werden wird.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und wer war da hauptsächlich zuständig - wissen Sie das noch? - von Ihren Mitarbeitern?

Zeuge Mathias Rhode: Wer war Referatsleiter? Ich glaube - -

(Der Zeuge überlegt.)

Es war ein Referatsleiter im Bereich Beschaffung.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mhm. - War Herr Gordian Meyer-Plath noch da und zuständig?

Zeuge Mathias Rhode: Der war aber Auswertungsreferatsleiter. Der war nicht im Bereich Beschaffung tätig.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Haben Sie dem GBA schon im November 2011 auch Deckblattmeldungen und Protokolle einer G-10-Maßnahme gegen Maik Eminger zukommen lassen?

Zeuge Mathias Rhode: Habe ich, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. - Welche weitergehenden Austausche mit dem GBA und dem BKA sind Ihnen denn noch erinnerlich? Hier geht es uns vor allen Dingen um Ihre Erinnerungen in Bezug auf die Informationsaustausche mit den Ermittlungsbehörden bezüglich des Handys von Szczepanski und - - Ja, bleiben wir erst mal an dem Punkt.

Zeuge Mathias Rhode: Bei dem Punkt bin ich insofern beteiligt gewesen, als ich die Zuarbeit auch des Beschaffungsreferates, ich sage mal, untechnisch gesprochen, in Form gebracht habe, und ich habe es dann an den GBA und das BKA übersandt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): In was haben Sie es getan?

Zeuge Mathias Rhode: Ich habe es in Form gebracht, die Zuarbeit.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was heißt das genau? Also, was sind dann Ihre Aufgaben? Sie bekommen - -

Untersuchungsausschuss 6/1
40. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2019
Stenografischer Dienst

Zeuge Mathias Rhode: Ich habe inhaltlich nichts an den Zuarbeiten geändert, sondern habe praktisch nur - wie soll ich sagen? - halt den Schriftverkehr gemacht letztendlich, ohne inhaltlich was zu machen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber Sie haben inhaltlich noch mal draufgeguckt, -

Zeuge Mathias Rhode: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - sozusagen die Fachaufsicht, sage ich mal, geführt, -

Zeuge Mathias Rhode: Ja, richtig.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - und sind der gerecht geworden.

Zeuge Mathias Rhode: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Im weiteren Verlauf kam es ja dann zu einem Treffen zwischen dem GBA, dem BfV und dem BKA in Karlsruhe. Wer hat denn aus Ihrer Behörde an diesem Treffen teilgenommen?

Zeuge Mathias Rhode: Frau Dr. Wagner.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Hatten Sie mit Frau Dr. Wagner Gespräche geführt über dieses Treffen?

Zeuge Mathias Rhode: Nein. Ich kenne nur den Vermerk, der auch in der Akte drin ist.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Diesem Gesprächstermin in Karlsruhe gingen ja Auskunftersuchen des BKA hinsichtlich des von Carsten Szczepanski genutzten Handys voraus.

Zeuge Mathias Rhode: Genau.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und im Antwortschreiben von Frau Schreiber - damals -, welches durch Sie angefertigt wurde, wird der Hergang des Austausches, des Telefonaustausches, versucht zu rekonstruieren und der Frage nachgegangen, ob Szczepanski die „Bums“-SMS von Jan Werner erreicht haben könnte. Können Sie uns kurz darlegen, anhand welcher Akten Sie diesen Hergang rekonstruiert haben?

Zeuge Mathias Rhode: Wie gesagt, soweit ich das weiß, ist das aus den Akten im Beschaffungsreferat rekonstruiert worden, soweit sie vorhanden gewesen sind.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Hm.

Zeuge Mathias Rhode: Da ich gar keine eigenen Akten in dem Zusammenhang habe.

Untersuchungsausschuss 6/1
40. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2019
Stenografischer Dienst

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): In dem Schreiben heißt es weiterhin:

„Im Zusammenhang mit den offenen Fragen regen wir an, die ehemalige Quelle ‚Piatto‘ als Zeugen zu vernehmen. Die ehemalige Quelle befindet sich nach wie vor im Zeugenschutzprogramm des LKA Brandenburg.“¹

Heißt das, dass der Brandenburger Verfassungsschutz null Bedenken hatte, was die Vernehmung von Herrn Szczepanski angeht?

Zeuge Mathias Rhode: Da er sich im Zeugenschutzprogramm nach wie vor befunden hat, war aus unserer Sicht, zumindest was den GBA angeht, kein Problem - also soweit ich das beurteilen kann.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Warum grenzen Sie es jetzt auf den GBA ein? Oder habe ich das jetzt falsch verstanden?

Zeuge Mathias Rhode: Nein, also, auf das Gespräch, auf das Gespräch insgesamt, was beim GBA geführt wurde.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. Aber einer Befragung stand Ihre Behörde völlig offen gegenüber, -

Zeuge Mathias Rhode: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - und Sie haben gesagt: „Da wollen wir unterstützend tätig sein“, und es gab gar keine Bedenken.

Zeuge Mathias Rhode: Also mir sind keine Bedenken bekannt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mhm. - Jetzt zurück zu dem Gespräch in Karlsruhe: Hat Frau Dr. Wagner Ihnen über weitere Themen berichtet, die da eventuell noch mal angesprochen worden sind, am Rande berührt worden sind?

Zeuge Mathias Rhode: Ist mir nicht erinnerlich, nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aus Frau Dr. Wagners Gesprächsvermerk vom 30.01. geht hervor, dass weiterhin Gegenstand des Gesprächs waren „die Anhörung (BfV) und Vernehmung (BKA) des im o. g. Verfahren als Zeugen benannten Carsten Szczepanski und die gegenseitige Abstimmung und Unterrichtung“.

Zeuge Mathias Rhode: Also, wie gesagt, ich kenne nur den Inhalt dieses Vermerks.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Dann schildern Sie uns doch mal bitte Ihre Erinnerung an die zu erteilende Aussagegenehmigung von Herrn Szczepanski.

¹ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: Ordner B 6_B 121, Werner Teil I.pdf, Seite 243.

Untersuchungsausschuss 6/1
40. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2019
Stenografischer Dienst

Da gab es ja im Vorfeld ein bisschen Hin und Her; so möchte ich es mal sagen. Können Sie uns das mal erläutern? Was passierte da?

Zeuge Mathias Rhode: Also, bei der Aussagegenehmigung war es ja so, dass das OLG uns eine Aussagegenehmigungsbitte übersandt hat bezogen auf den Zeitraum 97/98 - - Ach, Szczepanski meinen Sie. Entschuldigung!

(Der Zeuge überlegt.)

Also, bei der Aussagegenehmigung - - Wenn ich mich richtig erinnere, war ich gar nicht daran beteiligt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wer wäre denn zuständig in Ihrer Behörde für so eine Aussagegenehmigung für jemanden, der im Zeugenschutz sich befindet?

Zeuge Mathias Rhode: Also normalerweise macht das das Beschaffungsreferat, weil die - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Die müssen die Aussagegenehmigung - -

Zeuge Mathias Rhode: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mhm.

Zeuge Mathias Rhode: Beziehungsweise die Aussagegenehmigung wird dann auch von uns, praktisch auf Anraten des Beschaffungsreferats, gemacht. Aber, wie gesagt, die fachliche Bewertung obliegt dem Beschaffungsreferat.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber - - Ich frage noch mal: Sie waren überhaupt nicht involviert, Sie haben auch keine Erinnerungen, und Sie haben dazu jetzt auch keine Akten gelesen in der Vorbereitung?

Zeuge Mathias Rhode: An die Aussagegenehmigung Szczepanski?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja.

Zeuge Mathias Rhode: Habe ich keine Erinnerung dran, nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gar keine.

Zeuge Mathias Rhode: Nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Eine Frage habe ich mal zu einer Gefährdungsanalyse: Diese Vorbereitung hat der Zeugenschutz gemacht. Aber wäre es dann üblich, noch mal vom Zeugenschutz bei Ihnen eine aktuelle Gefährdungsanalyse anzufragen bezüglich des im Zeugenschutz befindlichen Menschen?

Untersuchungsausschuss 6/1
40. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2019
Stenografischer Dienst

Zeuge Mathias Rhode: Grundsätzlich würde es andersrum laufen: Wir müssten beim Zeugenschutz eine Gefährdungsanalyse letztendlich beantragen, weil das obliegt der Polizei und nicht unserer Bewertung.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Überhaupt nicht Ihrer Bewertung, wie die Szene auf jemanden eventuell noch - -

Zeuge Mathias Rhode: Gut, das stimmt. Wir können unseren Beitrag dazu leisten; aber letztendlich die Gefährdungseinschätzung als solche erfolgt durch das LKA.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Erfolgt das regelmäßig bei Personen, die im Zeugenschutz sind, oder immer nur bei bestimmten?

Zeuge Mathias Rhode: Das weiß ich nicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das wissen Sie nicht.

Zeuge Mathias Rhode: Weiß ich nicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. - Dann würde ich gerne zu der Aussagegenehmigung von Ihrem Mitarbeiter vor dem OLG kommen. Inwieweit war denn Ihre Abteilung mit der Terminvorbereitung zu dieser Zeugenaussage - sowohl beim Deutschen Bundestag als auch beim OLG - betraut?

Zeuge Mathias Rhode: Also, ich in Person war überhaupt nicht damit betraut. Ich habe da gar nichts in dem Zusammenhang mit zu schaffen gehabt. Die Vorbereitung des Zeugen ist nicht durch mich erfolgt. Ich weiß nur, dass es Gespräche innerhalb des Beschaffungsreferats gegeben hat.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wer ist denn in so einem Fall zuständig und betraut?

Zeuge Mathias Rhode: Eigentlich immer das Fachreferat und nicht das Grundsatzreferat.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also wäre hier die verantwortliche Person Frau Dr. Wagner gewesen.

Zeuge Mathias Rhode: Richtig.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Die muss dann Anweisung geben, wer sich darum zu kümmern hat und wie zu verfahren ist.

Zeuge Mathias Rhode: Genau.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Verstehe ich das richtig?

Zeuge Mathias Rhode: Ja, ist richtig.

Untersuchungsausschuss 6/1
40. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2019
Stenografischer Dienst

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. - Dann schildern Sie uns mal bitte Ihre Erinnerung zur Sperrerklärung von der mitgeführten Handakte.

Zeuge Mathias Rhode: Soweit ich mich erinnern kann, habe ich einen Anruf von Herrn F. bekommen am 29. Juli, der mir mitgeteilt hat, dass es Probleme mit dieser Handakte gegeben hat. Ich wusste zu dem Zeitpunkt nicht, dass der Herr G. eine Handakte mitgenommen hatte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Moment! Das war an dem Tag, an dem die Vernehmung stattgefunden hat?

Zeuge Mathias Rhode: Genau.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Da sind Sie angerufen worden?

Zeuge Mathias Rhode: Genau. - Ich wusste nicht, dass Herr G. da eine Handakte mithatte. Herr F. und ich haben uns dann besprochen, wie wir damit umzugehen haben. Dann ist ja das Verfahren so durchgeführt worden durch das OLG, dass die Kopie gefertigt wurde. Daraufhin habe ich mein Einverständnis erklärt, dass die Akte sichergestellt werden kann durch das OLG, habe aber darum gebeten, dass wir die Kopie zur Verfügung gestellt bekommen. Weil, wie gesagt, ich kannte die Akte nicht.

Daraufhin haben wir uns - ich glaube, es muss der nächste Tag dann schon gewesen sein oder im Laufe der nächsten Tage - zusammengesetzt und haben gemeinsam überlegt, wie wir jetzt mit dem Vorgang umgehen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wer hat sich da zusammengesetzt?

Zeuge Mathias Rhode: Frau M., Herr F., Frau Dr. Wagner und ich als Vertreter von Herrn W., der zu dem Zeitpunkt erkrankt gewesen ist.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und da lag Ihnen die Handakte sofort schon vor?

Zeuge Mathias Rhode: Das weiß ich aus der Erinnerung nicht, ob die - - Ja. Ja, doch. Also, die Kopie zumindest davon; die hat uns vorgelegen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Die Kopie?

Zeuge Mathias Rhode: Ein Exemplar ist ja beim OLG geblieben.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Eigentlich sollte die Kopie beim OLG geblieben sein.

Zeuge Mathias Rhode: Oder wir haben das Original dann gekriegt - so rum, ja.

Untersuchungsausschuss 6/1
40. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2019
Stenografischer Dienst

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und wer hat die Ihnen zugeführt? Wie ist die in Ihr Haus gekommen? Wissen Sie das noch?

Zeuge Mathias Rhode: Ich glaube, der Herr F., der beim OLG gewesen ist, hat die mitgebracht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Der was?

Zeuge Mathias Rhode: Der Herr F. hat die mitgebracht aus München.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Herr F. war in München?

Zeuge Mathias Rhode: Also soweit ich mich erinnere, ja. Aber ich weiß es nicht genau.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mhm.

Zeuge Mathias Rhode: Ich weiß nur, dass ich mit Herrn F. telefoniert habe. Oder er hat die Mitteilung vom Anwalt gekriegt, der Herrn G. begleitet hat. Das kann auch sein, dass ich jetzt da was durcheinanderbringe.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Machen wir mal langsam. Sie sagten, das OLG hat in Brandenburg angerufen.

Zeuge Mathias Rhode: Ich denke, der Rechtsanwalt hat angerufen, der Herrn G. in München begleitet hat.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Herr Götzl sagte uns, das Gericht hätte sich mit dem MIK in Verbindung gesetzt.

Zeuge Mathias Rhode: Mit mir nicht. Dann mit Herrn F. wahrscheinlich in Verbindung gesetzt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mhm.

Zeuge Mathias Rhode: Und hat dann gesagt, dass es Probleme mit der Akte gibt. Darauf hat Herr F. Kontakt zu mir aufgenommen. Wir haben dann, im Laufe der nächsten Tage, vielleicht auch schon am nächsten Tag, überlegt, wie wir mit der Situation jetzt umgehen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und was war dann Ergebnis dieser Überlegung?

Zeuge Mathias Rhode: Ergebnis dieser Überlegung war, dass wir eine Sperrerklärung abgeben werden, müssten aus bestimmten Gründen. Daraufhin ist wohl auch noch mal Kontakt zu Herrn RA Butz Peters aufgenommen worden, und er hat, soweit ich das weiß - da war ich aber auch nicht dran beteiligt -, wohl aus seiner Sicht auch zu einer Gesamtspernung der Akte geraten.

Untersuchungsausschuss 6/1
40. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2019
Stenografischer Dienst

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wer hat denn mit Herrn RA Butz Peters gesprochen?

Zeuge Mathias Rhode: Das weiß ich nicht. Also ich war es nicht. Ich kann es nicht sagen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Welche Überlegungen führten denn zu der Entscheidung, hier zu sperren?

Zeuge Mathias Rhode: Der Hauptgrund für diese Überlegung waren die eingestuften Deckblattmeldungen und praktisch das Mandatsverhältnis Zeuge - Rechtsbeistand. Und als dritter Punkt waren noch für uns wichtig die Fremdstücke, die in der Akte enthalten gewesen sind.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und das war Grund genug für Sie zu sagen, Sie sperren die gesamte Akte?

Zeuge Mathias Rhode: Aus den damaligen Überlegungen: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber Sie selber sagten ja vorhin, Sie waren damit beauftragt oder involviert, die Deckblattmeldungen in das Verfahren einzuführen. Dann müsste Ihnen doch eigentlich klar gewesen sein, dass diese Deckblattmeldungen in dieser Handakte längst offen im Verfahren sind.

Zeuge Mathias Rhode: Das war mir zum damaligen Zeitpunkt nicht bekannt. Weil: Als ich das übersandt habe, war das Übersendungsschreiben an das BKA bzw. den GBA sogar Geheim eingestuft - wegen der G-10-Erkenntnisse. Es ist danach erst auf VS-NfD herabgestuft worden.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Von wem?

Zeuge Mathias Rhode: Bitte?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Von wem ist das herabgestuft worden?

Zeuge Mathias Rhode: Durch die Abteilung. Ich glaube, das war ich sogar selber, der es herabgestuft hat.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also haben Sie es ja doch gewusst.

Zeuge Mathias Rhode: Aber nur auf VS-NfD, nicht auf offen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mhm.

Zeuge Mathias Rhode: Nur auf VS-NfD. Damit war es immer noch eine Verschlussache.

Untersuchungsausschuss 6/1
40. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2019
Stenografischer Dienst

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mhm, okay. - Und die Mandatsbeziehung? Inwieweit ist argumentativ belegbar, dass das zu einem Sperrvermerk führt? Inwieweit ist da - -

Zeuge Mathias Rhode: Das war ja ein Grund. Wir hatten uns überlegt: In diesem Mandatsverhältnis Zeuge - Rechtsbeistand sind ja auch Fragen aufgeschrieben zur Vorbereitung des Zeugen G. vor dem Termin in München, die auf bestimmte Arbeitsweisen der Verfassungsschutzbehörde Brandenburgs Rückschlüsse hätten zulassen können. Das war der Grund, warum wir gesagt haben: Auch das Mandatsverhältnis ist eine Begründung für die Sperrerklärung.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Können Sie mir das genauer erklären, inwieweit diese Fragen, die der Rechtsanwalt mit seinem Mandanten bespricht, Hinweise auf die Arbeitsweise des Verfassungsschutzes geben?

Zeuge Mathias Rhode: Durch die Art der Fragen auf bestimmte Einzelaspekte der Tätigkeit im Bereich der Quellenbeschaffung.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber es müssen ja alles Fragen gewesen sein, die in der Verhandlung dann eine Relevanz hätten haben können, also eh in öffentlicher Verhandlung besprochen werden müssten und sollten.

Zeuge Mathias Rhode: Ja, aber in der Gesamtschau der Akte - halt auch mit den VS-Stücken - wäre ein Stück weit die Arbeitsweise der Verfassungsschutzbehörde Brandenburgs aufgedeckt worden, und das wollten wir verhindern.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber wenn Ihnen in dem Moment schon die Kopie vorlag, dann wissen Sie, dass es um drei Deckblattmeldungen - - gab, die eigentlich klar waren. Es waren drei.

Zeuge Mathias Rhode: Es waren aber Verschlussachen nach wie vor. Die waren eingestuft.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich gebe erst mal weiter.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann sind wir jetzt bei der CDU-Fraktion. Herr Lakenmacher, bitte schön.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Vielen Dank. - Herr Rhode, welcher neue Schaden, welcher Nachteil für den Bund oder für das Land Brandenburg hätte denn durch den Inhalt der Handakte eintreten können, gerade wenn man sich vergegenwärtigt, wie viele Details ja schon veröffentlicht waren zu dem Zeitpunkt zur Anwerbung und zur Führung von V-Leuten, von V-Männern, auch durch den umfangreich dargelegten Komplex „Piatto“ im Bericht des Untersuchungsausschusses des Bundestages aus dem Jahr 2013? Weil: Sie wussten, Sie haben das damals, seinerzeit an BKA und BfV übermittelt, die Deckblattmeldungen. Und Sie wussten, denke ich, ja auch, dass gerade diese Inhalte aus den Deckblattmeldungen mit

Untersuchungsausschuss 6/1
40. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2019
Stenografischer Dienst

Einfluss genommen haben auf den Abschlussbericht des Bundestagsuntersuchungsausschusses. Oder wussten Sie das nicht?

Zeuge Mathias Rhode: Ich persönlich wusste es nicht, nein. Ich bin nach wie vor davon ausgegangen, dass es VS-NfD gewesen ist.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Sagen Sie heute, Sie hätten es wissen müssen? Oder: Hätten Sie die Möglichkeit gehabt, sich bei jemandem zu erkundigen? Ich habe heute gehört: Frau M. war die zuständige Vertreterin im Bundestagsuntersuchungsausschuss. Sind Sie der Meinung, sie hätte Ihnen das darlegen müssen?

Zeuge Mathias Rhode: Im Nachhinein würde ich sagen: Ich hätte es wissen müssen, ja.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Ja?

Zeuge Mathias Rhode: Ja. Im Nachhinein, ja.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Und dann wäre die Beurteilung möglicherweise eben auch anders ausgefallen?

Zeuge Mathias Rhode: Ja.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Okay. - Gab es ganz zu Beginn, als es um die Frage ging, wie mit der Handakte zu verfahren ist, Überlegungen fernab von der vollständigen Sperrung, also Alternativen dazu?

Zeuge Mathias Rhode: Kann ich mich in dem Sinne nicht dran erinnern, nein. Also, ich glaube, wir sind auch, nachdem vom Rechtsanwalt noch mal gesagt wurde - so wie ich das mitbekommen habe -, die gesamte Akte zu sperren, und unsere Überlegungen dabei eine zentrale Rolle gespielt haben, zu der Auffassung gekommen: Die gesamte Akte sollte gesperrt werden.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Mhm.

Zeuge Mathias Rhode: Also, über Teilsperrungen ist mir nichts in Erinnerung.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Gut. - Ich würde Ihnen gerne einen Auszug aus der vorliegenden Akte zeigen, hier am Laptop - Frau Kempkes zeigt es Ihnen -, verbunden mit der Frage, ob Sie die Schrift, die Sie da jetzt sehen, erkennen und zuordnen können.

(Dem Zeugen wird ein Notebook vorgelegt. - Der Zeuge und sein Rechtsbeistand nehmen Einsicht.)

Fürs Protokoll: Die Fundstelle gibt es gleich.

Untersuchungsausschuss 6/1
40. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2019
Stenografischer Dienst

Zeuge Mathias Rhode: Wenn ich das richtig sehe, ist es rot.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Ja.

Zeuge Mathias Rhode: Dann müsste es vom Staatssekretär sein - von damals -, der mit der Sperrerklärung auch befasst gewesen ist. Dann müsste es Herr Kahl gewesen sein.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Herr Kahl. - War er die letztendliche, die letzte Entscheidungsinstanz in dem - -

Zeuge Mathias Rhode: Ja.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Das wissen Sie ganz genau?

Zeuge Mathias Rhode: Ja.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Höher ging es nicht?

Zeuge Mathias Rhode: Nein. Soweit ich es weiß, nicht, weil ich glaube, die grundsätzliche Erteilung der Aussagegenehmigung macht immer der Staatssekretär.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Okay. - Das war es erst mal. Danke.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann gebe ich weiter an die Fraktion DIE LINKE. Bitte, Frau Vandre.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Die Fundstelle, die Ihnen eben gezeigt wurde, die handschriftlichen Vermerke oder Anmerkungen, die Sie gerade als potenzielle Anmerkungen des Staatssekretärs - aufgrund der Farbe Rot - identifiziert haben: Können Sie sich daran erinnern, welche Auswirkungen oder welche Relevanz sie in Bezug auf die Überarbeitung der Sperrerklärung hatten?

Zeuge Mathias Rhode: Ich kann nur so weit aus meiner Erinnerung dazu beitragen, als ich glaube mich zu erinnern, dass es ein Gespräch mit Herrn Kahl gegeben hat zum Thema Sperrerklärung. Das haben Frau Dr. Wagner und ich geführt, wenn mich meine Erinnerung nicht trügt. Diese Anmerkungen, die habe ich auch erst hinterher, jetzt beim Aktenstudium, gesehen.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Das heißt, die waren Ihnen zum damaligen Zeitpunkt nicht bekannt.

Zeuge Mathias Rhode: Nein.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay. - Dann hätte ich noch eine Frage zu dem Anwalt. Sie haben gerade gesagt, dass der Rechtsbeistand des Mitarbeiters des Verfassungsschutzes Dieter Borchert vor dem OLG - - dass sein Plädoyer sich auch auf Gesamtspernung bezog.

Untersuchungsausschuss 6/1
40. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2019
Stenografischer Dienst

Zeuge Mathias Rhode: So wurde mir das zugetragen, ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): So wurde es Ihnen zugetragen. - Sie haben sich aber mit ihm nicht darüber unterhalten?

Zeuge Mathias Rhode: Nein. Ich habe gar keinen Kontakt zu Herrn RA Butz Peters gehabt.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Kennen Sie den Vermerk, den er angefertigt haben soll?

Zeuge Mathias Rhode: Nein, ist mir nicht bekannt.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Ist Ihnen auch nicht bekannt.

Zeuge Mathias Rhode: Nein.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Kennen Sie die Vollmacht, die Herrn RA Butz Peters erteilt wurde als Rechtsbeistand?

Zeuge Mathias Rhode: Nein, ist mir auch nicht bekannt.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Ist Ihnen nicht bekannt.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Wenn sich das Ministerium bzw. die Abteilung auf die Expertise von Herrn RA Butz Peters bezogen hat oder das sozusagen ausschlaggebend war, stellt sich mir die Frage, ob Sie nicht selber fachliche Expertise im Haus haben und nicht mehr den Überblick. Also, Herr RA Butz Peters konnte doch die Details gar nicht kennen.

Zeuge Mathias Rhode: Herr RA Butz Peters hat auch nur den Beitrag zum Mandatsverhältnis Zeuge - Rechtsbeistand beigetragen. Die anderen Erwägungen, die wir getroffen haben, also Verschlussache nach wie vor bzw. Erkenntnisse, die die Arbeitsweise des Verfassungsschutzes Brandenburg berühren könnten, haben wir natürlich selber überlegt.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber das haben Sie vorhin anders gesagt. Sie haben gesagt, dass die Expertise - -

(Der Zeuge schüttelt den Kopf.)

- Doch. Da brauchen Sie nicht mit dem Kopf zu schütteln.

(RA [REDACTED] [REDACTED]: Gucken Sie ins Stenografische Protokoll!)

Untersuchungsausschuss 6/1
40. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2019
Stenografischer Dienst

- Können wir gleich machen. - Also, Sie haben gesagt, dass Herr RA Butz Peters die Sperrung der Gesamtkarte und nicht nur des Teils, der seine Fragen betrifft, angeraten hat. Das haben Sie gesagt.

Zeuge Mathias Rhode: Nachdem wir - also nicht ich, sondern wir - unsere Argumente ausgetauscht haben, für uns eine Begründung gemacht haben und Herr RA Butz Peters dann seinen Teil beigetragen hat, war klar, dass die gesamte Karte gesperrt werden muss.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Also relativieren Sie die Aussage, die Sie vorhin getroffen haben.

Zeuge Mathias Rhode: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Gut. - Ist Ihnen bekannt gewesen, dass Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter von Ihnen Kontakt zum OLG und zur Bundesanwaltschaft hatten?

Zeuge Mathias Rhode: Inwiefern?

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Während an dem Sperrvermerk gearbeitet worden ist.

Zeuge Mathias Rhode: Nein, das ist mir nicht bekannt.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Wäre es nicht möglich gewesen, dass man sich über das OLG oder über die Bundesanwaltschaft darüber erkundigt, inwieweit die Deckblattmeldungen in welcher Form Aktenbestandteil geworden sind?

Zeuge Mathias Rhode: Im Nachhinein - gebe ich Ihnen recht -: Hätte man machen können, ja. Ist aber, soweit ich weiß, zum damaligen Zeitpunkt nicht gemacht worden.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Danke.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Noch Fragebedarf bei der Fraktion? - Nein. Dann geht es weiter mit Herrn Wiese.

Abgeordneter Wiese (AfD): Guten Tag, Herr Rhode!

Zeuge Mathias Rhode: Guten Tag!

Abgeordneter Wiese (AfD): Herr Rhode, Sie haben vorhin gesagt, Sie hatten die Fachaufsicht, aber keine Korrektur an der Sperrerklärung durchgeführt bzw. auch gar keinen Einfluss genommen. Wie muss ich das denn verstehen? Fachaufsicht: Sie schauen drüber? Über was haben Sie denn drübergeschaut? Was haben Sie denn korrigiert?

Untersuchungsausschuss 6/1
40. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2019
Stenografischer Dienst

Zeuge Mathias Rhode: „Fachaufsicht“ ist der falsche Begriff. Das Grundsatzreferat ist eigentlich zuständig für den Verkehr mit Behörden, mit Einzelpersonen außerhalb der Abteilung. Deswegen ist das in meinem Referat bei Frau M. und bei mir zusammengelaufen. Frau M. hat mir dann praktisch die Sperrerklärung - den Entwurf - vorgelegt. Ich habe drübergeguckt, fand das schlüssig, was dort drinstand, fand das rechtlich auch nachvollziehbar. Deswegen habe ich das in Vertretung für Herrn W. damals unterschrieben und an Herrn Kahl weitergeleitet.

Abgeordneter Wiese (AfD): War denn da die Stellungnahme von dem Herrn Anwalt Butz Peters noch bei?

Zeuge Mathias Rhode: Kann ich mich nicht dran erinnern. Aber ich glaube, nein.

Abgeordneter Wiese (AfD): Können Sie mir erklären, wie so was passieren kann, dass die plötzlich verschwindet?

Zeuge Mathias Rhode: Da bin ich leider der falsche Ansprechpartner, weil ich habe die nie gesehen.

Abgeordneter Wiese (AfD): Waren Sie in die Vorbereitung der Zeugen involviert?

Zeuge Mathias Rhode: Nein.

Abgeordneter Wiese (AfD): Nicht.

Zeuge Mathias Rhode: Nein.

Abgeordneter Wiese (AfD): Können Sie mir sagen, wie das - - bei wem das gelaufen ist?

Zeuge Mathias Rhode: Also des Zeugen Dieter Borchert jetzt?

Abgeordneter Wiese (AfD): Ja.

Zeuge Mathias Rhode: Das wird im Beschaffungsreferat von Frau Dr. Wagner passiert sein.

Abgeordneter Wiese (AfD): Bei Frau Dr. Wagner.

Zeuge Mathias Rhode: Ja.

Abgeordneter Wiese (AfD): Danke schön. Das war's.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann sind wir bei Frau Nonnemacher. Bitte schön.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Schönen guten Tag, Herr Rhode!

Zeuge Mathias Rhode: Hallo!

Untersuchungsausschuss 6/1
40. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2019
Stenografischer Dienst

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wir haben jetzt - mehrere Kollegen - herausgearbeitet, dass Sie sozusagen in Vertretung des erkrankten Verfassungsschutz-Abteilungsleiters - - sein Stellvertreter waren und damit in der Verfassungsschutzbehörde sozusagen die oberste verantwortliche Instanz für diese Sperrerklärung gewesen sind, bevor es an den Staatssekretär Kahl gegangen ist, der es dann gegengezeichnet und auch weiterversandt hat.

Sie sagen, Sie sind nach Abwägung aller Umstände zu der Erkenntnis gekommen, dass die gesamte Handakte von 159 Seiten unter diese Sperrerklärung hätte fallen müssen, obwohl Sie ja hätten wissen müssen, dass Sie die ganzen Deckblattmeldungen, die „Piatto“ mit NSU-Bezug sozusagen gemacht hat - - Sie haben die ja selber weitergeleitet.

Zeuge Mathias Rhode: Das ist richtig. Aber ich hatte vorhin schon gesagt: Die sind als Verschlussache weitergeleitet worden und nicht als offenes Dokument.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wir haben hier vorliegen den Entwurf des Schreibens VS Brandenburg, Bearbeiter: Herr Rhode, an GBA wegen Deckblattmeldungen, November 2011, Ordner B 168. Da werden genau aufgeführt fünf Quellenmeldungen und ein Protokoll einer G-10-Maßnahme: Deckblattmeldungen „Piatto“ vom 29. September 1998, 19. August 1998, 9. September 1998, 16. September 1998 und die G-10-Maßnahme gegen Maik Eminger. Handschriftlich steht darunter: „Das Schreiben wird auf VS-NfD herabgestuft!“ - von Ihnen gezeichnet. Außerdem steht hier: „[Wir] übersenden [...] Ihnen die anliegenden Unterlagen zur weiteren Verwendung.“ Also, zumindest Sie als der Hauptbearbeitende hätten doch sagen müssen, da ist ein gewisser Widerspruch: Wir haben das weitergeleitet zur weiteren Verwendung. - Sie hätten doch wenigstens diesen Teil einer näheren Prüfung unterziehen müssen.

Zeuge Mathias Rhode: Haben wir auch gemacht. Ich bin damals, als ich die Sperrerklärung abgezeichnet habe, immer noch davon ausgegangen, dass die fünf Deckblattmeldungen plus der Auszug aus der G-10-Maßnahme nach wie vor als Verschlussache eingestuft sind und nicht offen sind und auch nicht offen vom GBA an das OLG München weitergegeben worden sind. Das war mir zum damaligen Zeitpunkt nicht bekannt. Hätte ich das zum damaligen Zeitpunkt gewusst, hätte ich mich wahrscheinlich anders verhalten.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Und es war Ihnen nicht bewusst, dass diese einschlägigen Deckblattmeldungen Gegenstand des Abschlussberichtes des NSU-Bundestagsuntersuchungsausschusses vom 22. August 2013 waren?

Zeuge Mathias Rhode: In dem Umfang nicht, nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Und es war Ihnen nicht bekannt, dass der Zeuge Dieter Borchert in öffentlicher Sitzung vor dem OLG München sozusagen auch mit Deckblattmeldungen konfrontiert worden ist?

Untersuchungsausschuss 6/1
40. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2019
Stenografischer Dienst

Zeuge Mathias Rhode: Ich wusste nicht, welche Deckblattmeldungen das sind, nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sehen Sie da nicht gewisse Kommunikationsdefizite in Ihrer Behörde?

Zeuge Mathias Rhode: Im Nachhinein vielleicht, ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich würde Ihnen gerne noch mal einen weiteren Vorhalt machen. Das ist: MIK Brandenburg, Unterzeichner: Staatssekretär Kahl, an OLG München, Sperrerklärung gemäß § 96 StPO, vom 11.08.2015, Ordner B 168 - also diese Sperrerklärung, um die es geht.

„Die Geheimhaltungsbedürftigkeit aller Unterlagen in dem Ordner erscheint unter Berücksichtigung des Verfahrenszwecks (Klärung eines strafrechtlichen Vorwurfs in einem Strafverfahren und nicht Untersuchungsausschuss), und vor allem des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes zwingend, zumal kein Interesse ersichtlich ist, das das Geheimhaltungsinteresse des Verfassungsschutzes Brandenburg zurücktreten lassen könnte. Es gibt keinen plausiblen Grund, der es rechtfertigen könnte, dass Dritte Einblick in diese Unterlagen erhalten.“

RA [REDACTED]: Könnten wir diesen Vorhalt einmal sehen, bitte?

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Selbstverständlich.

Herr Ellinger (Referent B90/GRÜNE): Als Originaldokument oder als - -

RA [REDACTED]: Wenn es nicht als Original- - Ich hätte gedacht, dass Sie es als Originaldokument - -

Herr Ellinger (Referent B90/GRÜNE): Wir können auch das Original suchen. Kein Problem!

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann warten wir einen Moment, bis es gefunden ist. Das geht von der Redezeit ab.

(Abgeordneter Lakenmacher [CDU]: Genau!)

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich glaube, Sie wollten sagen: „Es geht nicht von der Fragezeit ab.“

(Heiterkeit)

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Korrekt! Das war ein Test, Frau Nonnemacher.

(Abgeordnete Gossmann-Reetz [SPD]: Was wird gesucht?)

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Die Sperrerklärung.

Untersuchungsausschuss 6/1
40. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2019
Stenografischer Dienst

(Abgeordnete Gossmann-Reetz [SPD]: Die Sperrerklärung selber?)

- Mhm. Er hat sie gerade gefunden.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt. - Er und sein Rechtsbeistand nehmen Einsicht.)

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann vielleicht die Frage noch mal formulieren, Frau Nonnemacher.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Diese sehr weitgehende Sperrerklärung, die sich auf alles bezieht: Hier steht: von Verhältnismäßigkeitsgrundsätzen. - Wir hatten vorhin der früheren Leiterin der Verfassungsschutzbehörde, Frau Schreiber, auch die Frage gestellt. Nach dem Auffliegen des NSU hat sie ja sofort die Weitergabe dieser Deckblattmeldungen und sämtlicher Materialien angeordnet, umgehend angeordnet. Sie hat Ihnen sozusagen den Auftrag gegeben, das noch weiterzuleiten.

Wir haben sie auch gefragt, ob sie da in einem Interessenskonflikt gestanden hätte zwischen Geheimschutz und Quellenschutz und Aufklärungsinteresse an einer wirklich sehr, sehr schlimmen rechtsterroristischen Straftat. Sie hat keinen Moment gezögert und hat gesagt: „Natürlich steht das Aufklärungsinteresse der Allgemeinheit dort im Vordergrund“, und sie hat sofort so gehandelt.

Finden Sie in Anbetracht der Tatsache, dass Sie einen Teil der Unterlagen, die hier gesperrt werden, selber weitergegeben haben, und unter Abwägung von Verhältnismäßigkeit diese Sperrerklärung wirklich im Nachhinein nicht hochproblematisch?

Zeuge Mathias Rhode: Ich möchte dazu nur so viel sagen: Sie sehen ja daran, dass wir die Sperrerklärung im November 2015 dann auch aufgehoben haben, dass wir uns auch weiterentwickelt haben, sage ich mal. Nachdem bekannt war, dass die Gründe, die zur Sperrerklärung geführt haben, nicht mehr vorliegen, sind wir ja unmittelbar an das OLG herantreten und haben gesagt: Die Sperrerklärung wird aufgehoben.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja. Aber dass Sie sich, als Sie die Sperrerklärung entworfen und verfasst haben - unter Ihrer maßgeblichen Beteiligung! -, die Prüfung, die Abwägung irgendwie zu leicht gemacht haben, wenn dann sozusagen zurückkam vonseiten des Generalbundesanwaltes und der Nebenklagevertreter, die schwerste rechtliche Formfehler bei dieser Erklärung gesehen haben, Abklärung von Staatswohlinteressen, und dann wird ein Mandantenverhältnis begründend hervorgebracht - - Dann zu sagen: „Na ja gut, hinterher haben wir eingesehen, dass das so irgendwie nicht geht“ - - Es gehört doch auch zu Ihren Pflichten, solche Abwägungen vorzunehmen, bevor eine solche Sperrerklärung herausgegeben wird.

RA [REDACTED]: Frau Abgeordnete, wenn ich dort noch mal etwas sagen darf als Zeugenbeistand: Ich verstehe Ihre Bewertung. Ich kann das nachvollziehen. Aber

Untersuchungsausschuss 6/1
40. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2019
Stenografischer Dienst

es ist eine Bewertung. Es ist nicht Aufgabe des Zeugen, hier über Bewertungen und Beurteilungen, auch seines Verhaltens im Späteren, Auskunft zu geben, sondern Sie befragen ihn über die Wahrnehmung der Tatsachen in der damaligen Zeit. Dazu hat er Ihnen Auskunft gegeben. Wie Sie das bewerten, wird vielleicht auch Aufgabe Ihres Abschlussberichtes sein - oder in anderen Gestalten; da bin ich mir nicht ganz sicher. Aber es ist nicht Gegenstand einer Zeugenvernehmung.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Herr Anwalt, ich nehme Ihre Darlegung zur Kenntnis und frage Herrn Rhode noch mal: Sie waren damals sozusagen stellvertretender Behördenleiter. Sind Sie der Ansicht, dass Sie dieser Abwägung der Verhältnismäßigkeit in ausreichendem Maße nachgekommen sind?

Zeuge Mathias Rhode: Aus heutiger Sicht bzw. auch aus damaliger Sicht: Zum Zeitpunkt, als die Sperrerklärung abgegeben worden ist, haben wir, hat die Abteilung - und ich auch insbesondere - nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt, ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. - Ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Wir gehen in die nächste Fragerunde. Frau Gossmann-Reetz, bitte schön.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Herr Rhode, ich würde Sie gern fragen: Haben Sie im Nachgang zu den Zeugenvernehmungen von Dieter Borchert vor dem Oberlandesgericht mal mit ihm persönlich gesprochen?

Zeuge Mathias Rhode: Nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): War das irgendwo Gegenstand, sein Verhalten vor den Ausschüssen oder vor dem Gericht?

Zeuge Mathias Rhode: Ich gehe davon aus, dass das mit Sicherheit auch mal Thema gewesen ist, dass wir über den Zeugen Dieter Borchert gesprochen haben.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Bei seiner ersten Vernehmung ist er ja sehr hart vom Richter auch gerügt worden aufgrund seines Verhaltens. War das mal Gegenstand, zu überlegen, wie diese Behörde nach außen wirkt, wenn sich ein Mitarbeiter so vor einem Gericht verhält?

Zeuge Mathias Rhode: Das ist Thema gewesen, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Zu welchen Konsequenzen hat das geführt?

Zeuge Mathias Rhode: Also die Konsequenz - - Ich war daran nicht beteiligt, aber - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wer denn? Wer war denn dann beteiligt?

Zeuge Mathias Rhode: Frau Dr. Wagner.

Untersuchungsausschuss 6/1
40. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2019
Stenografischer Dienst

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, weiter höher war das überhaupt nicht Thema, -

Zeuge Mathias Rhode: Ist mir nicht bekannt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - wenn in so einem prominenten Fall ein Mitarbeiter der Behörde so gerügt wird -

Zeuge Mathias Rhode: Ist mir nicht - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - und nach Hause geschickt wird, dass er seinen ordentlichen Aufgaben mal nachkommen soll, sich auch angemessen auf einen Gerichtsprozess vorzubereiten hat.

Zeuge Mathias Rhode: Ist mir nicht erinnerlich, dass das auf höherer Ebene mal ein Thema gewesen ist.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mhm. - War mal Thema, wie es dazu kommen konnte, dass sich dieser Mitarbeiter, der ein langjähriger Mitarbeiter ist, so verhält? Wir haben ihn ja hier selber erlebt. Hier hat er wesentlich flüssiger und freier erzählt. Warum konnte er nicht ähnlich, wie er hier aufgetreten ist, auch die Behörde vor dem Oberlandesgericht vertreten?

Zeuge Mathias Rhode: Das entzieht sich meiner Kenntnis. Ich kann nur mutmaßen, dass er von der Situation vielleicht überfordert gewesen ist.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das war aber auch kein Thema -

Zeuge Mathias Rhode: Nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - mal zwischen Mitarbeitern und Ihnen?

Zeuge Mathias Rhode: Nein, bei mir nicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Dann würde ich noch mal weitergeben.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Herr Dr. Redmann für die CDU-Fraktion.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Guten Tag, Herr Zeuge!

Zeuge Mathias Rhode: Guten Tag!

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Werden alle Dokumente des Verfassungsschutzes automatisch in einen Verschlusssachengrad eingestuft?

Zeuge Mathias Rhode: Nein.

Untersuchungsausschuss 6/1
40. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2019
Stenografischer Dienst

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Was sind denn die Voraussetzungen für die Einstufung von VS-Dokumenten, also von Verschlusssachen?

Zeuge Mathias Rhode: Die Voraussetzungen sind, dass besonders vertrauenswürdige Informationen zu schützen sind, sei es, dass durch eine Offenlegung das Staatswohl gefährdet ist oder private Interessen oder Leib und Leben anderer Personen.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Und ist die Einstufung dann dauerhaft? Wie regelmäßig ist die zu überprüfen?

Zeuge Mathias Rhode: Nein. Überprüft wird sie nur aus gegebenem Anlass. Also, sie wird nicht dauerhaft überprüft.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Und was ist ein „gegebener Anlass“?

Zeuge Mathias Rhode: Zum Beispiel so, wie aus dem Schreiben, das zitiert wurde - - dass ich das Schreiben an den GBA auf VS-NfD herabgestuft habe.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): In der Sperrerklärung heißt es, die Akte sei geheimhaltungsbedürftig, da Dokumente eingestuft seien. Ist dieser Satz Ihrer Meinung nach richtig?

Zeuge Mathias Rhode: Ja. Die Einstufung richtet sich nach dem höchsten Verschlusssachengrad des Akteninhalts.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Aber ist es nicht vielmehr so, dass Dokumente eingestuft werden, wenn sie geheimhaltungsbedürftig sind, und nicht Dokumente geheimhaltungsbedürftig sind, weil sie eingestuft sind?

Zeuge Mathias Rhode: Sie werden eingestuft, weil sie geheimhaltungsbedürftig sind.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Sie werden eingestuft, weil sie geheimhaltungsbedürftig sind - ja. Aber in Ihrer Sperrerklärung heißt es genau andersrum: Die Akte sei geheimhaltungsbedürftig, da die Dokumente eingestuft seien.

Zeuge Mathias Rhode: Das sagte ich ja vorhin: Das richtet sich nach der höchsten Einstufung des einzelnen Dokuments. Wenn eines Geheim eingestuft wird, muss die gesamte Akte Geheim eingestuft werden.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Das ist gerade so ein bisschen wie „Und täglich grüßt das Murmeltier“. Das ist das, was unserem Untersuchungsausschuss hier ein bisschen das Leben zur Hölle gemacht hat, mit den Dokumenten, weil Sie da so eine Orchideenansicht vertreten, anders als beispielsweise der Parlamentarische Beratungsdienst, der eindeutig dargelegt hat, dass jedes Dokument für sich einzustufen ist, weil man die Geheimhaltungsbedürftigkeit von Dokument zu Dokument zu betrachten hat.

Untersuchungsausschuss 6/1
40. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2019
Stenografischer Dienst

Zeuge Mathias Rhode: Ja. Aber wenn sich die Dokumente in einer Akte befinden, dann richtet sich die Einstufung dieser Akte nach dem jeweiligen einzelnen Dokument, was am höchsten ist.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Das ist ja hier der konkrete Fall: Wir haben hier eine Handakte, wo ein Mitarbeiter ein Sammelsurium angelegt hat von allen möglichen Dingen, die er mal so - - Und die Akte gibt es ja auch nur deshalb, weil er wahrscheinlich einen Deckel aus Pappe brauchte, wo er sie alle zusammenhalten konnte. Er hätte ansonsten ja auch jedes Dokument in eine Hand nehmen können und hintragen können. In dem Moment, wo er jedes Dokument in eine Hand genommen hätte, wäre nach Ihrer Auffassung also ein Dokument beispielsweise Geheim einzustufen gewesen, und ein anderes Dokument wäre dann als NfD oder vielleicht auch gar nicht einzustufen gewesen. In dem Moment aber, wo er eine Pappe drummacht, weil es sich leichter tragen lässt, wird aus der gesamten Akte ein Geheim eingestuftes Dokument. - Habe ich Sie da richtig verstanden?

Zeuge Mathias Rhode: Nein. Es ist ja ein Vorgang, der Vorgang OLG München. Ob er es nun in der Hand hält oder ob er es im Aktendeckel hat, das wäre egal gewesen.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Er hat für sich, zur Unterstützung der Zeugenaussage, verschiedene Dokumente aus verschiedenen Akten herausgenommen und mitgenommen zu dieser Zeugenaussage.

Zeuge Mathias Rhode: Damit ist ein neuer Vorgang entstanden, ja.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Damit ist ein neuer Vorgang entstanden, der sich nach dem höchsteingestuften Dokument - - Dieser Ansicht sind Sie bis heute?

Zeuge Mathias Rhode: Das richtet sich nach der Verschlussanweisung. An die sind wir gebunden.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Aber das ergibt sich auch nirgends aus der Verschlussanweisung, an keiner Stelle. Vielleicht interpretieren Sie sie so seit vielen Jahren; aber es ergibt sich aus ihr nicht.

Zeuge Mathias Rhode: Also, das ist Standard im Verfassungsschutzverbund.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Das ist also Standard im Verfassungsschutzverbund, und dieser Standard hat eine Rechtsgrundlage?

Zeuge Mathias Rhode: In der VSA.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): An welcher Stelle denn? Wo entnehmen Sie das denn der Verschlussanweisung?

Zeuge Mathias Rhode: Ich kann die Verschlussanweisung nicht auswendig. Das kann ich Ihnen jetzt nicht beantworten.

Untersuchungsausschuss 6/1
40. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2019
Stenografischer Dienst

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ich bin deshalb ein bisschen überrascht, weil wir diese Frage hier im Untersuchungsausschuss so ausführlich diskutiert haben und auch immer wieder - unabhängig von dem Prozess in München und dieser Handakte - die Frage hoch- und runterdiskutiert worden ist. Dass diese Auffassung offenbar immer noch im Innenministerium besteht, macht mich, ehrlich gesagt, ein bisschen sprachlos. Aber gut, das ist vielleicht etwas, was Sie auch noch mal intern auswerten sollten.

Ich habe zu dem Vorgang erst mal keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann sind wir bei der Fraktion der Linken. Frau Vandre, bitte.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Ich bin immer noch bei der Beauftragung des Rechtsbeistandes Butz Peters. Können Sie mir allgemein schildern, wie die Beauftragung eines Anwaltes durch eine Behörde - in diesem Fall: durch den Verfassungsschutz - vonstattengeht? Sind Sie, ist das Grundsatzreferat damit betraut?

Zeuge Mathias Rhode: Im Prinzip schon. Im konkreten Fall waren wir damit nicht betraut.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Das heißt, für gewöhnlich wird offenkundig, dass ein Mitarbeiter Ihrer Abteilung einen Rechtsbeistand braucht, und Sie beauftragen die Person? Oder Sie schlagen Ihrem Mitarbeiter einen Rechtsbeistand vor, und der stimmt dann zu und beauftragt die Person? Oder wie läuft das?

Zeuge Mathias Rhode: Nein, die Beauftragung erfolgt eigentlich grundsätzlich durch die Abteilung. Wenn der Mitarbeiter einen Rechtsbeistand braucht, kommt er auf uns zu, auf den Vorgesetzten, und dann wird das Prozedere so, wie Sie das beschrieben haben, vollzogen.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Aha. Also, die Beauftragung erfolgt durch die Abteilung?

Zeuge Mathias Rhode: Ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Das heißt also, dass auch in der Vollmacht für den Rechtsbeistand quasi - nicht nur quasi, sondern de facto - die Behörde unterschreibt und nicht die Person, die Einzelperson.

Zeuge Mathias Rhode: Also, soweit ich das weiß, ja. Ich kann mich jetzt an keinen Vorgang erinnern, wo ich mal eine Vollmacht unterschrieben hätte; aber so müsste es eigentlich laufen, ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay. Wir haben uns das gefragt, weil nämlich nicht Herr Dieter Brochert auf der Vollmacht unterschrieben hat, sondern eine andere Person.

Zeuge Mathias Rhode: Ja, ja, das ist so.

Untersuchungsausschuss 6/1
40. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.01.2019
Stenografischer Dienst

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Dann halten wir also fest, dass RA Butz Peters der durch den Verfassungsschutz und durch das Innenministerium beauftragte Anwalt in mehrfachen Fällen ist. - Danke.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Weiterer Fragebedarf? - Dann sind wir bei Herrn Wiese.

Abgeordneter Wiese (AfD): Herr Vorsitzender, nach den Ausführungen von Herrn Redmann und der Antwort des Zeugen bin ich jetzt sprachlos. Momentan keine Fragen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Frau Nonnemacher? - Keine weiteren Fragen. Dann gucke ich in die Runde und frage: Gibt es weiteren Fragebedarf aus irgendeiner Fraktion? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommt meine Frage nach der Notwendigkeit der Vereidigung: Ist jemand der Meinung, dass der Zeuge vereidigt werden sollte? - Das ist nicht der Fall. Dann wird darauf verzichtet.

Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Rhode, fürs Kommen. Ihrem Rechtsbeistand gleichfalls Dank!

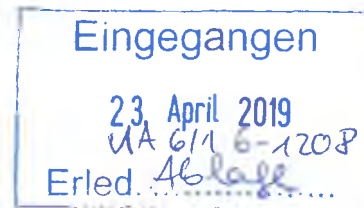
Wir unterbrechen für zehn Minuten und beschäftigen uns dann mit unserem für heute letzten Zeugen. - Danke.

(Unterbrechung von 13.49 bis 14.00 Uhr)

Mathias Rhode
Ministerium des Innern und für Kommunales
Henning-von-Tresckow-Straße 9-13

23. April 2019

Landtag Brandenburg
Untersuchungsausschuss 6/1
Ausschusssekretariat
Alter Markt 1
14467 Potsdam



Protokoll meiner Aussage vor dem Untersuchungsausschuss 6/1 am 11. Januar 2019

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach Durchsicht des Protokolls meiner Aussage vor dem Untersuchungsausschuss 6/1 am 11. Januar 2019 möchte ich zur Klarstellung meiner Äußerungen im Zusammenhang mit dem Mandatsverhältnis auf der Seite 97 folgende Erklärung abgeben:

„Das Mandatsverhältnis besteht zwischen dem Zeugen und seinem Rechtsbeistand. Die Vergütungsvereinbarung wird zwischen der Dienststelle – hier Ministerium des Innern und für Kommunales – und dem Rechtsbeistand abgeschlossen.“

Mit freundlichen Grüßen

gez. Mathias Rhode

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

(Der Zeuge betritt den Sitzungssaal.)

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Stadler, nehmen Sie bitte Platz. Wir beginnen mit der Vernehmung unseres letzten heutigen Zeugen.

Vernehmung des Zeugen Toni Stadler

Bevor die Befragung beginnt, belehre ich Sie jetzt. Ich bin der Vorsitzende des Ausschusses, und das ist meine Pflicht, und das tue ich jetzt.

Als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuss unterliegen Sie der Wahrheitspflicht, das heißt, die von Ihnen gemachten Angaben müssen vollständig sein und der Wahrheit entsprechen. Sie dürfen weder falsche Angaben machen noch wesentliche Umstände, die mit dem Beweisthema im Zusammenhang stehen, verschweigen. Sofern Sie an bestimmte Dinge keine Erinnerung mehr haben, müssen Sie auch dies deutlich zum Ausdruck bringen.

Der Untersuchungsausschuss ist nach § 22 UAG grundsätzlich berechtigt, einen Zeugen am Ende seiner Aussage zu vereidigen. Über eine Vereidigung Ihrer Person wird insoweit noch zu befinden sein. Falsche Aussagen vor dem Untersuchungsausschuss sind strafbewehrt. Dabei kommt es nicht darauf an, ob Sie Ihre Aussage beeidigen müssen oder nicht. Falsche uneidliche Aussagen sind nach § 153 Strafgesetzbuch strafbedroht und werden mit Freiheitsstrafe zwischen drei Monaten und fünf Jahren sanktioniert. Im Falle der Annahme einer Strafbarkeit eines Meineides wird der Strafrahmen des § 154 Strafgesetzbuch, der eine Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr vorsieht, Anwendung finden.

Neben dem Hinweis auf Ihre Pflichten obliegt es mir aber auch, Sie über Ihre Rechte aufzuklären: Gemäß § 19 UAG sind Sie berechtigt, die Auskunft auf solche Fragen zu verweigern, deren Beantwortung Ihnen selbst oder einem der in § 52 Absatz 1 StPO bezeichneten Angehörigen die Gefahr zuziehen würde, wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit verfolgt zu werden. - So weit meine Belehrung.

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Wir beginnen mit der Befragung. Es gibt einen 15-Minuten-Rhythmus, das heißt, jetzt stehen der SPD-Fraktion 15 Minuten zur Verfügung, dann wechselt das Fragerecht zur nächsten Fraktion, so lange, bis dann kein Fragebedarf mehr da ist. - Ich bitte Frau Gossmann-Reetz zu beginnen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Schönen guten Tag, Herr Stadler. Ich würde Sie vorab gerne fragen wollen, wie Sie sich auf die heutige Vernehmung vorbereitet haben. Haben Sie noch mal Rücksprache gehalten mit Mitarbeitern aus dem Verfassungsschutz, oder wie sah diese aus?

Zeuge Toni Stadler: Mir wurden keine Akten zugeschickt oder so. Ich habe mich nicht vorbereitet.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Haben Sie noch mal ein Gespräch geführt?

(Abgeordnete Johlige [DIE LINKE]: Können Sie das Mikro mal anmachen, bitte?)

- Genau.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Lassen Sie das Mikro an. Sie müssen es nicht ein- und ausschalten.

Zeuge Toni Stadler: Jetzt leuchtet es grün. Das ist richtig, ne?

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Sobald es oben rot leuchtet, ist alles in Ordnung. Und bitte schön dicht an sich heranziehen, damit wir Sie alle gut verstehen können.

Zeuge Toni Stadler: Also, mir wurden keine Akten zugeschickt, dass ich mich hätte vorbereiten können oder so.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Haben Sie sich noch mal mit jemandem unterhalten?

Zeuge Toni Stadler: Nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie haben keine Gespräche geführt?

Zeuge Toni Stadler: Nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie haben auch nicht mit Menschen aus der Zeit damals sich noch mal vorher unterhalten -

Zeuge Toni Stadler: Nein, überhaupt nicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - oder Ihre Erinnerung aufgefrischt? - Gar nicht. Na gut. - Dann fangen wir so an: Wie sind Sie denn damals überhaupt in die rechte Szene gekommen? Können Sie uns das ein bisschen beschreiben?

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Toni Stadler: Jeder Mensch ist die Summe seiner Erfahrungen, und man macht seine Erfahrungen. War noch jung gewesen und - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie sahen denn diese Erfahrungen aus?

Zeuge Toni Stadler: Da kommt eben eins zum anderen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja, ist ja nicht bei jedem Menschen so. Es hat manchmal etwas mit Fügung oder Schicksal oder auch mit den Menschen zu tun, mit denen man zusammenkommt. Wie war denn das bei Ihnen?

Zeuge Toni Stadler: Ja, man hat eben - - Wenn man jung ist, ist man eben entsprechend impulsiv, man ist begeisterungsfähig, man hat einen bestimmten Gerechtigkeitssinn, und dann, wie gesagt, kommt eben eins zum anderen. Man lernt Leute kennen, die man gut findet, die man sympathisch findet.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was waren das für Leute bei Ihnen?

Zeuge Toni Stadler: Äußere ich mich nicht dazu im Einzelnen. Werde Ihnen hier keine Namen nennen von vor 20 Jahren oder so - oder noch länger her.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Was hat Sie denn begeistern können damals?

Zeuge Toni Stadler: Ich weiß nicht: Geht das jetzt allgemein um - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja.

Zeuge Toni Stadler: Ich habe gedacht, -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das machen wir auch noch.

Zeuge Toni Stadler: - das ist ein Untersuchungsausschuss, wo ich Fragen beantworten muss. Ich habe eigentlich nicht gedacht, dass ich mich hier unterhalten muss über vor 25 oder 30 Jahren, wo man mal als Jugendlicher unterwegs war. Das ist doch lächerlich.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das hat in dem Zusammenhang schon was damit zu tun, weil wir uns ja mit der Zeit auseinandersetzen und uns auch ein Bild machen müssen: Wie ging es den Menschen damals, die in diesem Land lebten, wie ging es den Menschen, die in der Verwaltung arbeiteten, und wie kam eins zum anderen? Wir betrachten genauso die Lebenswirklichkeit der Verfassungsschutzmitarbeiter wie die von Ihnen, und in dem Zusammenhang wollen wir vorab gern hören: Wie war die Zeit damals, und wie war Ihre, sage ich mal, Lebensrealität, Ihre Wahrnehmung? Was führte dazu?

Zeuge Toni Stadler: Ja, ich weiß, was Sie meinen. Das habe ich Ihnen gerade schon versucht zu erläutern: Man ist die Summe seiner Erfahrungen. Man macht seine

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Lehrausbildung, man kommt weiter, man fängt seinen ersten Beruf an, seinen Job, geht arbeiten, macht seine Erfahrungen, lernt ein paar Leute kennen, und dann kommt eben eins zum anderen. Was wollen Sie da jetzt - - Es ist nicht so, dass ich mich beworben habe oder das zum Beruf erkoren habe oder so.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Nee, eben. Genau davon gehe ich aus: dass Sie sich nicht beworben haben. Deswegen ist es ja umso interessanter: Was sind es für Dinge, die Menschen a) in die Szene bringen? Und dann: Welche nächsten Schritte sind es, in welchem Zusammenhang bekommt man dann Berührung mit dem Verfassungsschutz?

Zeuge Toni Stadler: Das müssen Sie den Verfassungsschutz fragen. Ich habe mich da nicht beworben, -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Nee, nee.

Zeuge Toni Stadler: - ich habe mich da auch nicht freiwillig gemeldet.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut, dann - -

Zeuge Toni Stadler: Ich hätte auch nichts dagegen gehabt, wenn die mich in Ruhe gelassen hätten.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Dann beschreiben Sie, wie Sie nicht in Ruhe gelassen worden sind.

Zeuge Toni Stadler: Na, man wird eben angesprochen. - Ach so, bevor wir da weitermachen: Ich habe übrigens heute ein Schreiben bekommen; werden Sie sich hier vorn gerade schon unterhalten haben, wie ich das gehört habe. Da steht drin, dass ich mich über diese Sachen - - Explizit steht hier drin - das habe ich vorhin in die Hand gedrückt bekommen -, dass ich mich nur in geheimer Sitzung äußern darf zu diesen Sachen, was LfV betrifft. - Steht hier drin, und das ist für mich erst mal bindend. Daran halte ich mich.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Dann würde ich gerne vom Innenministerium - -

Vorsitzender Rupprecht (SPD): So steht es nicht drin. Entschuldigung, ich schalte mich jetzt mal ein.

Zeuge Toni Stadler:

„Angaben zu Sachverhalten, die in der Zusammenarbeit mit der Verfassungsschutzbehörde gewonnene Erkenntnisse betreffen und deren grundsätzliche Arbeitsweise offenlegen würden, dürfen nur in [...] geheimer Sitzung gemacht werden“.

Was Sie mich gerade gefragt haben, das ist ja eine Arbeitsweise vom LfV.

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Herr Stadler, wir haben hinter Ihnen die Vertreter des Innenministeriums sitzen.

Zeuge Toni Stadler: Ja.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Die sind bei jeder Sitzung hier anwesend und achten streng darauf, dass die Fragen, die wir stellen, auch gestellt werden dürfen. Ansonsten geben die uns ein Zeichen, und dann werden die Fragen zurückgestellt und in nichtöffentlicher oder sogar in geheimer Sitzung dann behandelt. So ist das Prozedere hier.

Also, Sie können sich die Fragen ruhig gefallen lassen. Wenn etwas nicht zu Ihrer Aussagegenehmigung passt, dann wird sich der Herr hinter Ihnen, Herr Kasüschke, sofort melden und sagen: Die Frage darf hier nicht gestellt werden. - Okay?

Zeuge Toni Stadler: Ich verstehe Sie vollumfänglich und weiß auch, was Sie meinen. Hier geht es aber um mich. Mir wurde damals zugesichert: Vertraulichkeit. Mir wurde gesagt, absolut oberste Priorität hat Vertraulichkeit, dass ich nicht zu reden habe und in der Öffentlichkeit zu tratschen habe über Sachen, über die ich mich unterhalten habe. Das wurde mir damals gesagt, und das habe ich auch zweimal unterschrieben. Darauf verlasse ich mich erst mal. Es geht hier um mich.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Sie können sich - -

Zeuge Toni Stadler: Deswegen: Ich werde mich äußern zu meinen privaten Sachen, zu allen Sachen in Dortmund oder wenn Sie mich fragen - weiß ich - Szene-Interna; meinetwegen, ist mir auch völlig wurst. Aber alles, was LfV betrifft, werde ich mich öffentlich nicht äußern. Sage ich Ihnen so, wie es ist. Ich mache nicht dicht oder so, aber ich äußere mich dazu nicht öffentlich.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Gut. Lassen Sie uns trotzdem erst mal fortfahren. Wie gesagt, es wird angezeigt, wenn Fragen in nichtöffentlicher Sitzung - -

(Zuruf der Abgeordneten Johlige [DIE LINKE])

- Bitte?

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Kann das Innenministerium nicht erst mal klarstellen?

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ja, vielleicht sagt Herr Kasüschke etwas. Danke.

Herr Kasüschke (MIK): Die Aussagegenehmigung ist vom MIK gefertigt worden. Die Abteilung 5, also der Verfassungsschutz, hat maßgeblich dazu beigetragen. Hier steht die Passage drin, die Sie formuliert haben - ein „und“: „... und deren grundsätzliche Arbeitsweise offenlegen würden.“ Dieses „und“ ist kumulativ zu verstehen, also nicht: entweder, wenn ich irgendetwas über den Verfassungsschutz sage, dann ist schon das Veto da, sondern nur: „und deren grundsätzliche Arbeitsweise“.

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Diese Passagen aus der Aussagegenehmigung sind nicht nur bei Ihnen so, sondern auch bei anderen Zeugen so gewählt worden, unter anderem bei der ehemaligen Quelle „Piatto“. Und da war eben auch komplett die Möglichkeit, hier alle Fragen zu stellen, bis zu einem Punkt, beispielsweise wenn es um Aspekte des Zeugenschutzes geht, die mit diesem Untersuchungsgegenstand - -

Zeuge Toni Stadler: Aber der hat doch nicht öffentlich ausgesagt, der Szczepanski.

Herr Kasüschke (MIK): Hm?

Zeuge Toni Stadler: Szczepanski hat doch nicht öffentlich ausgesagt.

Herr Kasüschke (MIK): Doch, hat öffentlich ausgesagt.

Zeuge Toni Stadler: Ja?

Herr Kasüschke (MIK): Ja.

Zeuge Toni Stadler: Ja, gut, ich verstehe Sie schon. Das ist das Gleiche, was Sie auch gerade gesagt haben. Aber wie gesagt: Ich halte mich erst mal daran, was mir damals gesagt wurde. Ich werde mich zu LfV-Sachen nicht öffentlich äußern. Sie können mich alles fragen, ich beantworte Ihnen alle Fragen, egal zu was, aber nicht öffentlich. Das mache ich nicht. Also zu dieser Frage explizit, was zum Beispiel die Anwerbung betrifft und wie die auf mich zugekommen sind, was da für Gespräche stattgefunden haben, wie das war. Dazu werde ich mich öffentlich nicht äußern.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Herr Dr. Redmann dazu, bitte.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Herr Zeuge, ich habe den Eindruck, dass Sie den Charakter dieser Veranstaltung hier verkennen. Das ist hier nicht irgendwie eine freiwillige Sache oder so, wo Sie jetzt für sich entscheiden können, was Sie sagen oder nicht. Das ist hier ein Untersuchungsausschuss des Landtages Brandenburg, und Sie sind hier verpflichtet, auszusagen, im Rahmen der Aussagegenehmigung. Und wenn der Vertreter des Innenministeriums klarstellt, in welchen Bereichen Sie aussagen können und in welchen nicht - das ist ja gerade geschehen -, dann können Sie nicht von sich aus das eingrenzen und sagen, Sie sagen jetzt von sich aus weniger. Wenn Sie das doch tun, zwingen Sie uns, Maßnahmen anzuwenden, die uns nach dem Untersuchungsausschussgesetz durchaus zustehen, nämlich Ordnungsgelder zu beantragen. Das ist etwas, auf das wir gerne verzichten möchten, aber Sie können nicht von sich aus Ihre Aussagebereitschaft beschränken über ein Maß hinaus, das rechtlich zulässig ist.

Zeuge Toni Stadler: Ja, ist gut. Ich verstehe Sie vollumfänglich. Ist in Ordnung. - Also, können wir erst mal festhalten: LfV Brandenburg ist ein Waschweiberverein. Das gilt alles nicht, was einem ursprünglich gesagt wird. Da müssen Sie demnächst Ihren V-Leuten Handbücher verteilen: Okay, kann passieren, dass du in zehn, zwanzig Jahren in die Öffentlichkeit gezerrt wirst; da kannst du über alles plaudern. - Das kann man ja dann vorher auch mal feststellen.

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Gut, zu Ihrer Frage. Angesprochen: Ja klar, wie das halt - - Da müssen Sie das LfV fragen. Man wird angesprochen, es werden einem verschiedene Sachen nahegelegt, wie und was passieren kann, und dann, sagen wir mal, kommt man in eine Situation. Jeder Mensch versucht, im Leben aus jeder Situation das Beste zu machen. Irgendwann gewöhnt man sich daran auch, es ist ein Gewöhnungsprozess dann, und dann ist man eben da drin.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie sagten gerade, der Verfassungsschutz sagt einem Dinge, die dann passieren können. Das hört sich so ein bisschen wie eine Drohung an. Womit hat der Verfassungsschutz denn Ihnen gedroht?

Zeuge Toni Stadler: Na, Sie wissen doch. Sie haben doch entsprechende Erkenntnisse. Da wird über verschiedene Erkenntnisse gesprochen, wird einem gesagt, was man weiß und was man nicht weiß und hin und her, und dann kommt das halt, kommt eins zum anderen. Das ist jetzt auch schon 20 Jahre her - oder fast 20 Jahre. So genau weiß ich es jetzt auch nicht mehr.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wann sind Sie denn das erste Mal vom Verfassungsschutz angesprochen worden? Also, wo war das? War das bei Ihnen zu Hause? War das beim Einkaufen? Wann ist das erste Mal jemand vom Verfassungsschutz - -

Zeuge Toni Stadler: Unterwegs auf einem Parkplatz irgendwo, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Auf einem Parkplatz?

Zeuge Toni Stadler: Mhm.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und was waren das für Menschen? Wie viele?

(Der Zeuge macht eine Handbewegung.)

- Zwei. Und was haben die gesagt?

Zeuge Toni Stadler: Das weiß ich nicht mehr - das ist fast 20 Jahre her -, was da genau der Wortlaut war.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Na ja, was erinnern Sie denn noch?

Zeuge Toni Stadler: Was ich Ihnen gerade gesagt habe: Man kommt - - Natürlich wird man angesprochen, wird ein Ausweis gezeigt: „Hallo, wir sind die und die.“ Was man lesen kann im Internet und wie das halt so vor sich geht. „Haben Sie nicht mal Bock?“, und: „Wir müssen uns mal unterhalten“, und: „Machen Sie sich mal keine Sorgen.“ So läuft das halt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Macht man sich dann aber doch, ne?

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Toni Stadler: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Können Sie sich an die Namen der beiden erinnern?

Zeuge Toni Stadler: Das waren mit Sicherheit ja keine Klarnamen gewesen. Weiß ich aber jetzt nicht mehr, wie die hießen. Es war einer dabei, den habe ich danach nie wiedergesehen, zum Beispiel.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und den anderen haben Sie aber wiedergesehen.

Zeuge Toni Stadler: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wer war das?

Zeuge Toni Stadler: Bartok.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Der Bartok. Mit dem hatten Sie dann später öfter zu tun.

Zeuge Toni Stadler: Genau.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - An was können Sie sich noch erinnern? Waren die beiden unangenehm? Oder haben die Druck ausgeübt? Oder war das mehr ein Angebot? Und womit konnten sie, also diese beiden Leute, Sie - in Anführungsstrichen - „überzeugen“, für den Verfassungsschutz tätig zu werden oder Informationen zu geben?

Zeuge Toni Stadler: Man geht ja nicht davon aus, dass man für die offiziell tätig wird. Man wird ja erst mal gefragt: „Was weißt du denn darüber? Hast du hier mal was gesehen?“ Ich habe ja keine Berichte abgeliefert. Ich habe Fragen beantwortet, in der ganzen Zeit.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay, gut. - Wurde Druck auf Sie ausgeübt?

Zeuge Toni Stadler: Und übrigens habe ich auch Fragen nur wahrheitsgemäß beantwortet, anders, wie das manchmal behauptet wird. Ich habe ja dafür unterschrieben, dass ich keine Falschbehauptung mache, niemanden fälschlich belaste oder dass das, was ich sage, den Tatsachen entsprechen muss. Das habe ich gemacht. Ich habe aber nicht dafür unterschrieben, dass ich nun über alles und jeden da plaudere von mir aus.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Na ja, es geht hier nicht um Plaudern. Wie gesagt, das ist ja jetzt hier kein Spaßverein, sondern hier ist ein Untersuchungsausschuss, der sich mit der Arbeit des Verfassungsschutzes auseinandersetzt, und nur darum geht es. Wir würden gern herausfinden: Wie hat der Verfassungsschutz damals gearbeitet? Wie ist der mit Ihnen umgegangen? Und um

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

auch rückblickend mal das Licht darauf zu werfen: Ist der ordentlich mit Ihnen umgegangen, rechtmäßig?

Zeuge Toni Stadler: Ja, ich gehe mal von aus. Es wird einem ja nicht alles gesagt dort. Es wurde eben gesagt: Pass auf, bei uns läuft das so, eine Hand wäscht die andere. Du tust was für uns, wir können ein bisschen was für dich tun, wenn du mal Probleme hast. - So in etwa ging das.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Und Sie hatten Probleme, wo die für Sie etwas tun konnten?

Zeuge Toni Stadler: Wenn man in dem Business tätig ist, hat man immer Probleme.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. Ich bin in dem Business nicht tätig. Was für Probleme hat man denn?

Zeuge Toni Stadler: Man hat immer Probleme. Man hat immer irgendwelche polizeilichen Maßnahmen zu befürchten oder steckt gerade in irgendwelchen polizeilichen Maßnahmen drin oder hat - - Ich habe ja nun keine Familie gehabt. Ich habe keine familiären Probleme, privaten Probleme gehabt oder so. Aber was eben - - Man kennt den und den, und man hat da was und hier was. Ist halt so.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das hört sich dann für mich schon so ein bisschen nach Druck an.

Zeuge Toni Stadler: Anders geht's ja nicht. Wie stellen - - Wie soll sonst gearbeitet werden?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Geld.

Zeuge Toni Stadler: Ja, und?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Manche brauchen keinen Druck, sondern nur das Versprechen an Geld oder Vorteilen.

Zeuge Toni Stadler: Von allem ein bisschen was, sage ich mal.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Und Sie haben dann später auch eine Verpflichtungserklärung unterschrieben.

Zeuge Toni Stadler: Ja. Musste ich ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Warum mussten Sie?

Zeuge Toni Stadler: Na, wurde hingelegt. „Pass auf, hier musst du - - Unterschreibe mal das hier.“

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was wäre denn passiert, wenn Sie die nicht unterschrieben hätten?

Zeuge Toni Stadler: Weiß ich nicht, was dann passiert - - Das weiß ich nicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Hatten Sie Angst davor, dass etwas passieren könnte?

Zeuge Toni Stadler: Nein, habe ich nicht Angst gehabt. Aber ich weiß auch nicht mehr, warum; ist so lange her. Aber ich habe es dann irgendwie unterschrieben und - - Ich weiß nicht. Wie ich gerade gesagt habe: Man versucht immer, das Beste aus jeder Situation zu machen, und ich habe da für mich entschieden: Okay, da kannst du was für dich Gutes rausholen. - Und dann habe ich das halt gemacht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Hatten Sie zu dem Zeitpunkt dieser Anwerbung schon Ihren Laden „Top One“ eröffnet?

Zeuge Toni Stadler: Da muss ich mal überlegen. - Ich glaube, ja, gerade so. - Oder? - Nein, kurz danach. Oder es war gerade in dem Zeitraum. Ich weiß aber nicht mehr genau, ob es jetzt schon der Fall war oder nicht; aber auf jeden Fall war das in dem Zeitraum gewesen. Genau.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Hat der Verfassungsschutz Sie dabei unterstützt, diesen - -

Zeuge Toni Stadler: Nein, gar nicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gar nicht. Das haben Sie alles alleine gemacht.

Zeuge Toni Stadler: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber die finanzielle Hilfe dabei war schon - -

Zeuge Toni Stadler: Es war auch so gewesen - was immer behauptet wird, in Guben oder so -: Ich habe nie in Guben gewohnt oder ich habe auch nie in Guben - - Ich habe da keine Verwandtschaft oder so, dass ich da mal temporär übernachtet hätte oder so was. Das war einfach nur ein Kollege. Ich kannte einen guten Kollegen, der hat den Laden vorher geführt. Der hat mich gefragt, ob ich nicht Interesse habe, den zu übernehmen. Da habe ich dann kurzentschlossen gesagt: Ja, gut, dann mache ich das. - Dann habe ich einen Verkäufer reingesetzt, der aus Guben kam. Ich selber war ein-, zweimal die Woche da gewesen und habe da - weiß ich nicht - Kasse gemacht und ein paar Sachen hingebraht. Also, es ist gar nicht so, dass das mein Hauptgeschäft war. Das Hauptgeschäft war ja diese ganze CD-Produktion und so was alles gewesen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Die was?

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Toni Stadler: Das Hauptgeschäft war ja diese ganze CD-Produktion, wo man Geld mit verdient hat, und nicht, dass man gewartet hat, ob einer mal in den Laden geht und ein T-Shirt kauft.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Wer war denn der Verkäufer in dem Laden?

Zeuge Toni Stadler: Bernd B.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Herr Bernd B. - War das der einzige Mitarbeiter in diesem Laden, -

Zeuge Toni Stadler: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - oder gab es da noch mal andere später?

Zeuge Toni Stadler: Ja, temporär. Wenn er mal nicht konnte, hat irgendein anderer sich mal reingestellt hinter die Kasse. - Primär.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Und dass Sie Ihren Führerschein wiederbekommen hatten, hat Ihnen da der Verfassungs- -

Zeuge Toni Stadler: Den habe ich dann auch irgendwann wiedergekriegt, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Hat Ihnen der Verfassungsschutz dabei geholfen?

Zeuge Toni Stadler: Wurde mir so gesagt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das können Sie nicht genau nachvollziehen, oder - -

Zeuge Toni Stadler: Mir wurde gesagt, dass man wohl bei der Führerscheinstelle in Cottbus war und sich dort mal kundig gemacht hat: Der Stadler kommt ja nächste Woche seinen Führerschein abholen; kriegt er den denn wieder, oder kriegt er den nicht wieder? Gibt es da Probleme? - Und dann hat die Frau da ein bisschen Angst gekriegt, und dann hat sie mir den Führerschein wiedergegeben.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mussten Sie dafür irgendeinen Test machen oder was bezahlen, um diesen Führerschein wiederzubekommen?

Zeuge Toni Stadler: Ja, natürlich. Das volle Programm.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und wer hat das finanziert?

Zeuge Toni Stadler: Habe ich alleine bezahlt, weil das - - Das ging ja - - Du musst dort eine MPU machen, und wenn Zeit verstrichen ist, dann muss man auch den kompletten Führerschein noch mal neu machen, nach zwei Jahren oder so. - Natürlich

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

habe ich das alleine bezahlt. Mir ging's doch gut. Ich habe einen spektakulären Laden gehabt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. Sie haben zu der Zeit aber schon Geld vom Verfassungsschutz erhalten, nicht?

Zeuge Toni Stadler: Temporär, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aus unseren Unterlagen geht hervor, dass Sie neben den monatlichen Zuwendungen vom Verfassungsschutz auch die Reparaturkosten nachher von Ihrem Auto bezahlen konnten und einen neuen PC, und eigentlich auch, dass die Führerscheinprüfung aus diesen Geldern finanziert worden ist.

Zeuge Toni Stadler: Das weiß ich nicht mehr. Na ja, das müssen Sie sich so vorstellen: Das ist doch alles temporär. Da wird - - „Pass auf, hier sind mal ein paar hundert Euro“, „Da kriegst du mal ein bisschen Geld.“ Ich habe auch nie für irgendwas unterschrieben. Man hat immer ein Kreuz gemacht irgendwo, und dann hat man was gekriegt. Das muss natürlich dann irgendwie gerechtfertigt werden, und dann wurde eben gesagt: „Pass auf, das ist für das, das ist für das“, dass erst mal irgendwie bei der Abrechnung ein Grund drinsteht. Was nun genau für was war und wo zugeordnet wurde, das war doch nebensächlich.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Aber schon ganz schön lukrativ, so ein Job. Also - -

Zeuge Toni Stadler: Absolut lukrativ. Sonst hätte ich es ja nicht gemacht.

(Herr Dr. Treffke [MIK] meldet sich zu Wort.)

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Entschuldigung. Unterbrechung.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay, das Ministerium.

(Der Zeuge lacht.)

Herr Dr. Treffke (MIK): Nur vorsorglich wollte ich intervenieren.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja, ja, ja.

Dr. Treffke (MIK): Es ist noch kein konkreter Anlass, aber genauso wie bei dem Zeugen „Piatto“ würde jetzt natürlich auch bei Herrn Stadler gelten, dass wir uns über konkrete Zahlungen, konkrete Geldzuwendungen - - kann der Zeuge sich hier nicht äußern. Im Allgemeinen schon.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay.

Zeuge Toni Stadler: Sehen Sie, habe ich doch recht gehabt.

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ich bitte, das zu beachten, auch die folgenden Fragenden.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich habe Sie nicht nach einer Summe gefragt.

Zeuge Toni Stadler (lacht): Klar!

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Es sind noch zwei Minuten, Frau Gossmann-Reetz.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Na gut, dann nutzen wir die zwei Minuten. - Sie hatten eben schon den Namen Bartok erwähnt. Das war Ihr V-Mann-Führer. Der hat Sie auch später weiter betreut. Wie war denn das Verhältnis zwischen Ihnen beiden im Laufe der Zeit, also am Anfang, und wie hat sich das so entwickelt?

Zeuge Toni Stadler: Es ging ja nur anderthalb bis zwei Jahre insgesamt, glaube ich, so. Und das ist natürlich - - Man lernt sich kennen, und man wird dann immer enger ein bisschen. Man versteht sich gut, und ein Vertrauensverhältnis wird aufgebaut. Man gewöhnt sich dran, wie ich es vorhin schon gesagt habe.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, Sie sagen, das war ein Vertrauensverhältnis zwischen Ihnen beiden.

Zeuge Toni Stadler: Das muss ja auch so sein. Anders geht es ja nicht. Ist ja nun nicht irgendwie eine - - Weiß ich nicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja, aber worauf beruht dieses Vertrauen? Unterhält man sich dann auch schon mal über Privates, oder ist das schon - -

Zeuge Toni Stadler: Ja, mitunter.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mitunter. - Sie fühlten sich also auch gut geführt und anständig behandelt? Oder - -

Zeuge Toni Stadler: Ich habe mich auf jeden Fall so weit gut gefühlt, dass ich eigentlich nie gedacht hätte, dass so was wie heute zum Beispiel mal passieren wird, also dass ich jetzt in die Öffentlichkeit gezerrt werde. Es wurde mir eigentlich zugesichert, dass so was definitiv nicht passieren wird.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie fanden denn solche Treffen statt zwischen Ihnen und Herrn Bartok? Also, wie hat man sich verabredet? Wie kamen Sie an die Informationen?

Zeuge Toni Stadler: Konspirativ.

(Ein Vertreter des MIK meldet sich.)

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das heißt? - Okay, MIK.

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Hinten ist der Arm hoch. - Die Frage wird zurückgezogen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. - Haben Sie sich zu zweit, zu dritt oder mit ihm alleine getroffen?

Zeuge Toni Stadler: Meistens alleine.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und was war dann Gegenstand bei diesen Treffen?

Zeuge Toni Stadler: Ja, da wurden Fragen - - Da wurden bestimmte aktuelle Sachen, Ereignisse, die eben dem Verfassungsschutz zur Kenntnis gekommen sind - - mal nachgebohrt: „Pass auf, was weiß denn die Szene in Cottbus darüber?“, oder: „Hast du davon mal was gehört?“, und: „Wie läuft das?“, oder: „Weißt du da irgendwie ...?“ - So in der Richtung. Ich habe, wie gesagt, Fragen beantwortet. Es ist nicht so, dass ich da irgendwelche Berichte geschrieben habe und abgegeben habe.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also Sie haben nur erzählt, geschrieben hat dann wahrscheinlich Herr Bartok.

Zeuge Toni Stadler: Nein, Herr Bartok hat gefragt, ich habe geantwortet.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Frage, bitte!

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. Und wie lange dauerte so ein Treffen ungefähr immer?

Zeuge Toni Stadler: Unterschiedlich. Stunde bis zwei Stunden.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich hatte eben schon mal gefragt. Also, Sie haben sich über Szene-Sachen ausgetauscht, aber auch über Privates. Also, es wurde - -

Zeuge Toni Stadler: Ach, na ja, was heißt „Privates ausgetauscht“? Er hat mir nicht seine familiären Probleme erzählt oder wo er herkommt, was er macht, wo er in Urlaub hinfährt oder so. Aber die haben sich natürlich schon kundig gemacht, ob privat alles in Ordnung ist, ob ich irgendwie - weiß ich - - Familie irgendwie, Mutter krank oder so. Haben sie sich dann schon ein bisschen Sorgen gemacht oder: „Was ist los?“ - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber es kam nie so weit - - Oder: Kam es mal so weit, dass Sie auch den Klarnamen von Herrn Bartok erfahren haben?

Zeuge Toni Stadler: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): In welchem Zusammenhang?

Zeuge Toni Stadler: In Berlin bei der Staatsanwaltschaft.

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ach so. Aber nicht von ihm selber.

Zeuge Toni Stadler: Da kam dann aus Cottbus ein Staatsanwalt an, ganz hoch intelligent, haut den Aktenordner auf den Tisch mit dem Klarnamen von Bartok dran. Da habe ich das erste Mal gewusst wie er richtig heißt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay, gut. - Danke erst mal.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): So, dann wechselt das Fragerecht jetzt zur CDU-Fraktion. Wer macht es? - Herr Lakenmacher macht es.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Willkommen im Ausschuss! Sagen Sie, Sie haben gerade berichtet, dass bei diesen Treffen - - Sie haben ausschließlich auf Fragen geantwortet, ja?

Zeuge Toni Stadler: Ja.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Also, er hatte immer so einen Fragenkatalog dabei. Stelle ich mir das so vor?

Zeuge Toni Stadler: Na ja, Fragenkatalog - - Zettel oder irgendwie oder aus dem Gedächtnis heraus halt, was - -

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Und da ging es irgendwie um konkrete Ereignisse der letzten Woche, der letzten Wochen oder konkret um Personen?

Zeuge Toni Stadler: Na ja, so ungefähr, ja. Also, es gibt ja immer Sachen - -

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Es gibt schon wieder einen Einspruch.

(Der Zeuge wendet sich an Herrn Dr. Treffke [MIK])

Zeuge Toni Stadler: Eigentlich geht das nicht, was wir hier machen, würde ich sagen. Ich wollte es nicht machen. Ich habe Ihnen gesagt, ich will das nicht öffentlich machen, -

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Gut, wir haben ja einen Kontrollmechanismus.

Zeuge Toni Stadler: - aber der Mensch von der CDU hat mich ... (akustisch unverständlich) und hat gesagt, dass ich die Situation hier verkenne.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Herr Stadler, wir haben ja den Kontrollmechanismus, und wenn jetzt ein Zeichen gegeben wird, dann wird die Frage zurückgezogen, und es gibt die nächste Frage. - Bitte.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Na ja, ich stelle die Frage zurück, sagen wir es mal so.

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Gut. - Gab es auch Treffen, wo vorformulierte Berichte vorgelegt wurden?

Zeuge Toni Stadler: Vorformulierte Berichte?

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Ja.

Zeuge Toni Stadler: Wie? Von Bartok?

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Ja.

Zeuge Toni Stadler: Wie vorformuliert? Wie meinen Sie das? Also vorformulierte Berichte, wo ich dann nur gesagt habe: „Ja, das stimmt“, oder wie?

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Ja, dass er Ihnen irgendwie einen Bericht vorformuliert vorgelegt hat, und Sie sollten nur nicken oder das bejahen oder so.

Zeuge Toni Stadler: Nein. Gar nicht.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Haben Sie Berichte vorformuliert?

Zeuge Toni Stadler: Ich habe keine Berichte vorformuliert, und er hat auch keine vorformulierten - - Das haben die doch im Büro, im Ministerium, geschrieben, die Berichte. Er hat sich nur Notizen gemacht die ganze Zeit.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Es war immer ein Frage-Antwort-Spiel sozusagen.

Zeuge Toni Stadler: Na ja, so mehr oder weniger.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Und gab es konkrete Arbeitsaufträge im Hinblick auf bestimmte Personen oder Sachverhalte, Konzerte oder Ähnliches, Treffen in der Szene?

Zeuge Toni Stadler: Ja, natürlich. Da gab es natürlich - -

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Bitte die Frage zurückstellen!

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Genau, ja. - Ja, Herr Vorsitzender, mache ich. So ist es.

Aber dann noch mal abstrakt: Was waren so die Themen dieses Frage-Antwort-Spiels?

Zeuge Toni Stadler: Es ging natürlich in erster - - Ich war ja nun nicht der Einzige gewesen. Es wurde einem auch immer suggeriert: „Pass auf, mach dir mal keine Sorgen; du bist ja nicht der Einzige, brauchst kein schlechtes Gewissen haben. Es gibt noch den und den und den und den; Namen sagen wir natürlich nicht, aber dort haben wir noch welche, zum Beispiel in der NPD Cottbus.“ War für die uninteressant.

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Da haben sie wahrscheinlich ihre eigenen Leute gehabt. Ich war dort eh nicht Mitglied gewesen. Das war für die uninteressant. Es ging hauptsächlich um, sage ich mal, größtenteils, primär Musikszene Berlin und so.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Wie konkret wurden Sie darüber informiert und unterrichtet, dass gegen Sie jetzt ein Ermittlungsverfahren läuft? Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Toni Stadler: Mir wurde nicht primär gesagt, dass gegen mich ein Ermittlungsverfahren läuft. Sie meinen jetzt die Sache mit der Hausdurchsuchung von der Cottbuser Staatsanwaltschaft, ne?

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Mhm.

Zeuge Toni Stadler: Die Cottbuser da, ne?

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Ja.

Zeuge Toni Stadler: Mir wurde nicht gesagt, dass ein Ermittlungsverfahren läuft. Mir wurde gesagt: „Na ja, nun pass mal auf, es gibt immer ein Fadenkreuz, und da wandern Leute, ständig. Es gibt Leute, die kommen immer mehr in die Mitte, und dann wandern sie wieder raus aus der Mitte.“ Und ich bin im Moment einer, der immer mehr in die Mitte gewandert ist. „Also pass ein bisschen auf demnächst“, und so. So wurde das gesagt.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Also so ein Hinweis: Verhalte dich mal ruhig.

Zeuge Toni Stadler: Genau.

(Der Zeuge wendet sich an Vertreter der Landesregierung)

Darf ich das sagen?

(Der Zeuge lacht)

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Ich habe auch Kontakt zu ihnen. - Sagen Sie, wurde Ihnen dann so mitgeteilt, welche Staatsanwaltschaft zum Beispiel gegen Sie ermittelt oder das Verfahren führt? War Ihnen das bekannt?

Zeuge Toni Stadler: Ja, Brandenburg, wurde gesagt, dass das vom LKA Brandenburg wohl irgendwie ausgeht, die Ermittlungen.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Aber das hat Ihnen dann auch Bartok berichtet.

Zeuge Toni Stadler: Ja.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Okay. - In welcher Regelmäßigkeit fanden die Treffen statt? Oder gab es überhaupt eine Regelmäßigkeit?

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Toni Stadler: Ja, zweimal, dreimal im Monat.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Und immer an verschiedenen Orten.

Zeuge Toni Stadler: Ja. Genau. - Und nicht im Wald!

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Nie?

Zeuge Toni Stadler: Nie im Wald.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Nie im Wald. Okay, halten wir fest.

Zeuge Toni Stadler: Nie im Wald. Finde das Klischee immer so schön.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Okay. - Über welche Ermittlungsverfahren hatten Sie einen Kenntnisstand oder wurden Sie in Kenntnis gesetzt? Waren Ihnen mehrere bekannt?

Zeuge Toni Stadler: Nein. Wie gesagt, das war nur die eine Option gewesen. Wurde gesagt - - Es ging ja damals um diese Veröffentlichung von der WAR - glaube ich, nach meiner Erinnerung zumindest -, und da wurde mir nur gesagt: „Pass ein bisschen auf; da wird ermittelt, und da gibt es jetzt demnächst ein paar Aktionen und so. Die Polizei wird da aktiv werden, und du bist da mit drin im Fadenkreuz“, wie ich es vorhin erklärt habe, und: „Pass ein bisschen auf deswegen.“

Das ist auch eine Sache, von der ich ausgegangen bin. Ich meine: Die wollten was von mir, und ich habe dann natürlich auch für meinen Teil erwartet, dass mir mal im Ernstfall auch geholfen wird. Davon gehe ich mal aus; sonst hätte ich das da nicht gemacht.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Also, Sie haben dann auch in der Folge dieses Hinweises sich entsprechend im Verhalten angepasst. Also, Sie haben aufgepasst - kann man das so sagen?

Zeuge Toni Stadler: Ja, natürlich. Ich habe mich mit den Leuten da nicht unterhalten, weil ich mich jetzt moralisch besonders wertvoll fühlen wollte, sondern weil ich für mich selber auch Nutzen daraus ziehen wollte. Das ist ja klar.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Wie sah das dann konkret aus, dieses Aufpassen?

Zeuge Toni Stadler: Na ja, wenn du in dem Business tätig bist, dann hat man immer bestimmte Sicherheitsvorkehrungen. Man hat mehrere SIM-Karten, man tauscht Garage oder einen Keller mit dem Nachbarn, dass eben nicht auf seinen Namen bestimmte Räumlichkeiten laufen. Man passt beim Autofahren auf, ob man observiert wird oder nicht; gibt es ja auch Möglichkeiten. Und man sieht immer zu, dass man morgens früh um sieben oder um sechs wach ist oder sich zumindest den Wecker stellt, dass man nicht überrascht wird von einer Hausdurchsuchung oder so. Es ist

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

halt - - Das sind Sicherheitsvorkehrungen, die man macht, die man sowieso macht. Und wenn einem dann so was gesagt wird, passt man eben noch besonders auf.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Das hört sich für mich schon nach einem Leben unter Stress an.

Zeuge Toni Stadler: Das ist Stress, ja.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Das ist Stress.

Zeuge Toni Stadler: Auf jeden Fall. Deswegen bin ich auch froh, dass es vorbei ist.

(Der Zeuge lacht.)

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Okay. - Sagen Sie, noch mal zu dem Laden und zur Ladeneröffnung. Sie sagten ja, wenn ich es richtig verstanden habe, es war letztlich Ihre Idee, den Laden zu eröffnen.

Zeuge Toni Stadler: Wie ich das vorhin Ihrer Kollegin gesagt habe: Es war nicht eine Idee. Ich hätte nie von mir aus gesagt, ich mache jetzt einen Laden auf, weil ich darauf Bock habe. Das hat sich so ergeben. Ein Kollege hat mir gesagt, dem der Laden vorher gehört hatte: Pass auf, ich mache das Ding zu in Guben, aus den und den Gründen. Ich mache woanders was auf. Wenn du Interesse hast, kannst du den übernehmen. - Dann habe ich eben, spontan, wie man war, ein bisschen naiv und blauäugig - - „Ja klar, kein Problem, dann mache ich das.“

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Also ein glücklicher Umstand für Sie damals.

Zeuge Toni Stadler: Genau, so. Ich hätte von mir aus nie irgendwie gesagt, ich hätte mich da gekümmert. Ich hatte andere Sachen, andere Sorgen gehabt.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Und wenn ich es zeitlich richtig auf die Reihe kriege, dann war der Plan der Ladeneröffnung oder diese Begebenheit, dass Sie das übernehmen konnten - - den gab es bei Ihnen schon vor der Anwerbung.

Zeuge Toni Stadler: Ja, ich weiß, auf was Sie hinauswollen. Sie wollen darauf hinaus, dass ich den Laden aufgemacht habe, nur um eben besonders - - irgendwie noch mehr Informationen abzuschöpfen für - - Aber: Nein. Das hat - -

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Und dann auch vielleicht ganz konkret die Frage, ob und inwieweit der Verfassungsschutz oder der Bartok darauf hingewirkt haben oder - -

Zeuge Toni Stadler: Nein, überhaupt gar nicht. Also, da kann ich Ihnen hundertprozentig - - Es hat ihn sogar, glaube ich, selber überrascht, wo ich dann gesagt habe, ich mache den Laden auf oder so. Also, das war definitiv überhaupt gar nicht der Fall.

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Und es ist auch auszuschließen, dass Ihr Bekannter, von dem Sie es übernommen haben, irgendwie Kontakte hatte zum Verfassungsschutz und das über den Weg lief?

Zeuge Toni Stadler: Gehe ich erst mal nicht von aus.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Aber es ist nicht völlig auszuschließen.

Zeuge Toni Stadler: Ist nicht völlig auszuschließen; aber ich glaube, der wäre zu uninteressant gewesen. Ich weiß es nicht, aber - -

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Warum ist das Ihre Einschätzung?

Zeuge Toni Stadler: War keiner, der, sage ich mal so, in der Szene jetzt groß drin war. War mehr so ein bisschen Fußball-Hooligan-Typ gewesen, also war jetzt nicht einer, der Szene- - Wenn ich mich mit dem unterhalten habe - - Man kriegt ja mit, wenn man sich mit Leuten unterhält, inwieweit die Ahnung von verschiedenen Sachen haben. Er hat da nicht - - Der hat mich immer - - Ich war derjenige, der ihm Fragen beantwortet hat und nicht umgedreht. Also, er hat keine Informationen gehabt, die für mich wichtig waren oder - -

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Fragen wozu beispielsweise?

Zeuge Toni Stadler: Na ja, was so abgeht halt, was wir hier - - Veranstaltungen dort, Konzertchen da. „Eine neue CD-Produktion kommt raus.“ - „Boah, cool!“ Und solche Sachen halt. Da habe ich mehr Wissen gehabt wie der. Deswegen denke ich nicht - -

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Entschuldigung, dass ich Sie unterbreche. Könnte man ja auch draus schlussfolgern, dass er Sie vielleicht zu einer Zeit abgeschöpft hat und das weitergegeben hat.

Zeuge Toni Stadler: Kann man auch draus - - Natürlich. Damit muss man immer rechnen. Natürlich.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Also, es ist nicht völlig auszuschließen, sagen wir es mal so. Okay. - Wie war denn die Reaktion damals von Bartok, als Sie das berichtet haben, dass Sie den Laden übernehmen?

Zeuge Toni Stadler: „Cool! Geschäftstüchtig! Einwandfrei!“

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Nur unter dem Aspekt „geschäftstüchtig“ oder auch im Hinblick auf Informationen, die er sich dann erhofft hat?

Zeuge Toni Stadler: Ach, ich weiß nicht, ob das so - - Wissen Sie, Sie müssen sich das so vorstellen: Ein Laden in Guben ist nun nicht - - Da kann man erst mal kein Geld mit verdienen. Und dann ist die Szene in Guben, ich sage mal, auch nicht so, dass - weiß ich nicht - die VIPs - - oder so wichtig oder interessant - - mehr oder weniger als Blagen, die temporär da ein bisschen rumkoffern. Aber das ist meiner Meinung nach

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

jetzt nicht irgendwie eine gefährliche oder großartig organisierte Szenegruppe da oder so.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Der Bartok hat auch nicht irgendwie versucht, da einzugreifen, was das Sortiment, was Sie verkaufen, oder Ähnliches betrifft?

Zeuge Toni Stadler: Nein, nein.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Hat er mal nachgefragt: „Was wird da angeboten und was nicht?“?

Zeuge Toni Stadler: Na klar fragt er mal, ... (akustisch unverständlich). Ich gehe auch davon aus, dass er vielleicht auch mal da war, wo ich nicht da war. Kann sein, weil ich war ja so gut wie nie da. Aber er hat nicht irgendwie darauf eingewirkt: Das musst du verkaufen oder das nicht.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Okay. Danke.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann geht es weiter mit der Fraktion der Linken. Wer fängt an? - Frau Johlige.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Danke schön. - Auch von mir ein herzliches Willkommen im Ausschuss. Ich will jetzt mal vorwegschieben, dass ich ein bisschen irritiert bin, dass die Kollegen vom Innenministerium heute scheinbar andere Maßstäbe ansetzen als bei der Vernehmung von „Piatto“, wo wir deutlich mehr Freiheiten beim Fragerecht hatten. Zumindest wollte ich dieser Irritation mal kurz Ausdruck geben.

Ich würde aber gleich bei dem Laden bleiben wollen. Was wurde denn in dem Laden überhaupt verkauft?

Zeuge Toni Stadler: Ach, ich weiß nicht. Ich habe das alles so - - Ich beantworte Ihnen die Frage, aber ich weiß nicht, was Ihnen daran so viel Freude macht, sich an dem ollen verkackten Laden so aufzugeilen. Das ist ein Scheiß-Klamottenladen gewesen, wo zu 80, 90 Prozent irgendwelche Sportsachen und Hooligan-Klamotten, was damals angesagt war, verkauft wurden. Da hat man unterm Ladentisch noch ein paar CDs gehabt und so für die jungen Pimpfe, die da rumgesprungen sind. Da hat man noch ein bisschen Geld mit gemacht. Das war doch jetzt nicht irgendwie ein Szenetreffpunkt gewesen oder jetzt irgendwie ein hoch konspiratives Geschäft oder so. Das war ein bisschen - - Das ist nicht so spannend, wie Sie sich das vorstellen - oder wie Sie das vielleicht gerne hätten.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Also, ich geile mich sowieso nicht auf an solchen Sachen.

(Der Zeuge lacht)

Das heißt aber schon, dass dort auch unterm Ladentisch CDs gehandelt wurden, die möglicherweise indiziert waren oder zumindest nicht vollständig legal waren?

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Toni Stadler: Das war ein kleiner Laden, wie so eine Ecke, und der war komplett vollgestellt mit Kleiderständen, mit den ganzen Klamotten und Regalen. Da mussten die CDs, sage ich mal - - Dreist sagt man zwar „unterm Ladentisch“; die haben natürlich unterm Ladentisch gestanden, weil man kann sie ja nicht irgendwie in den Gang stellen oder so. Und ja, es waren mit Sicherheit auch indizierte Tonträger dabei gewesen. Durchaus möglich, ja.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Und davon wusste Ihr V-Mann-Führer, oder haben Sie ihm das verschwiegen?

Zeuge Toni Stadler: Das weiß ich nicht, ob er davon was weiß. Solche Sachen habe ich ihm ja nicht gesagt: Du, ich verkaufe jetzt exakt die und die CD im Laden. - Das ist ja uninteressant.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Okay. - Nur, damit ich es mir noch mal ungefähr vorstellen kann: Zu dem Zeitpunkt, als Sie angeworben wurden, was war da Ihre Rolle in der Szene? Also, was haben Sie in der Szene gemacht zu dem Zeitpunkt?

Zeuge Toni Stadler: Weiß ich nicht. Was habe ich gemacht damals? - Ich habe die entsprechenden Leute gekannt, war ein bisschen unterwegs. Ich war weder politisch aktiv gewesen, noch war ich irgendwie eine Führungspersönlichkeit, dass ich dort irgendwie Leute irgendwo - - Keine Ahnung.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Gut, wir reden ja erst mal über die rechte Szene. Das ist für mich jetzt erst mal politisch. Aber der Verfassungsschutz ist ja aus irgendeinem Grund auf Sie zugegangen. Das wird ja nicht gewesen sein, dass Sie irgendjemand gewesen sind, der mal ein bisschen irgendwo unterwegs war. Also: Sind Sie zu Konzerten gegangen? Wen kannten Sie da? Für wen hat sich möglicherweise der Verfassungsschutz interessiert?

Zeuge Toni Stadler: Das weiß ich nicht. Also, das sind Sachen, da müssen Sie mal - - Das kann Ihnen der Verfassungsschutz mit Sicherheit sagen, warum der Stadler interessant war. Vielleicht weil ich nicht vorbestraft war oder so cool war. Keine Ahnung. Das weiß ich nicht.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Okay. - Also, Sie waren eigentlich unpolitisch zu dem Zeitpunkt und - -

Zeuge Toni Stadler: Ich war nicht unpolitisch. Das ist doch Quatsch. Das habe ich doch gar nicht gesagt. Ich habe nur gesagt, dass ich politisch nicht aktiv war.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Sie sind auch nicht zu Demos gegangen oder zu - -

Zeuge Toni Stadler: Ich bin - - Natürlich, auf Demonstrationen sind wir alle gegangen. Aber ich war jetzt nicht irgendwie bei der NPD oder in irgendeiner Partei Mitglied oder - -

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Und Sie waren vermutlich regelmäßig bei Rechtsrockkonzerten?

Zeuge Toni Stadler: Ja.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Okay. - Zu dem Laden noch mal. Ich habe es, glaube ich, noch nicht vollständig verstanden. Hatten Sie den Laden schon, als Sie angeworben wurden, oder war das - -

Zeuge Toni Stadler: Das kann ich zeitlich nicht mehr einordnen; habe ich schon gesagt. Es muss aber in dem Zeitraum gewesen sein, entweder kurz vorher oder kurz nachher oder genau zu dem Zeitpunkt. Das kann ich nicht mehr genau einordnen. Es war aber definitiv nicht auf Intervention vom LfV. Kann ich meine Hand für ins Feuer legen. Es ist nicht so gewesen, dass die gesagt haben: Pass auf, mach mal da einen Laden auf.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Also, ich kann Ihnen sagen: Wir interessieren uns so sehr für den Laden, weil wir das schon bei einer anderen V-Person erlebt haben, dass ein Laden finanziert wurde -

Zeuge Toni Stadler: Ja.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): - und das dann sozusagen als Honigtopf genutzt wurde. Deswegen fragen wir natürlich an der Stelle ein bisschen genauer nach.

Sind denn Geldzuwendungen vom Verfassungsschutz in den Laden geflossen?

Zeuge Toni Stadler: Nein.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Nein. - Den haben Sie ganz alleine finanziert, obwohl es in Guben schwierig war, wie Sie vorhin gesagt haben.

Zeuge Toni Stadler: Ich habe Ihnen doch gesagt, dass - - Gucken Sie mal, wenn ich Ihnen hundert Euro gebe und Sie kaufen sich davon eine Fahrkarte, dann habe ich auch nicht Ihre Fahrt nach - weiß ich nicht - Dortmund finanziert oder so.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Mhm. - Machst du weiter?

Zeuge Toni Stadler: So, es geht weiter!

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Hallo! - Waren Sie mal in dem Laden von Carsten Szczepanski?

Zeuge Toni Stadler: Kann ich mich nicht erinnern. Ich glaube, nicht. Nein.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Also Sie waren auch nicht in anderen rechten Läden unterwegs und sind auf die Idee gekommen - -

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Toni Stadler: Ich war schon in anderen Läden, aber bei Szczepanski, glaube ich, war ich nicht gewesen.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Sondern bei welchen waren Sie denn? Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Toni Stadler: Ach, weiß ich nicht. Irgendwo in Halle mal oder mal in Berlin in Szeneläden oder mal - - Alle möglichen.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): In Sachsen auch?

Zeuge Toni Stadler: Sachsen? Glaube nicht.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Also auch nicht im „Sonnentanz“-Laden bei Familie P.?

Zeuge Toni Stadler: Wurde ich schon in Düsseldorf gefragt: War ich nicht gewesen. Kenne auch die P.-Leute nicht. Keine Chance.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay, alles klar. Hätte ja sein können. - Gut. Dann komme ich zu einem anderen Thema. Wir hatten heute schon ein Thema, und zwar der Austausch des PC. Sagt Ihnen das noch was? Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Toni Stadler: Ganz spektakulär. Der Welfrieden war gefährdet.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Können Sie dazu ein bisschen was sagen, wie das ablief?

Zeuge Toni Stadler: Vor 20 Jahren gibt mir eine Dienststelle einen alten, gebrauchten Schrott-PC, spendet den.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Gespendet war der?

Zeuge Toni Stadler: Natürlich ist der gespendet. Ich habe ja nichts dafür bezahlt.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Ich dachte, der war vorübergehend geliehen.

Zeuge Toni Stadler: Nein. Ich habe ihn zumindest nicht zurückgegeben.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Sie haben ihn nicht zurückgegeben?

Zeuge Toni Stadler: Nein.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Auch spannend. - Okay. Also, Sie haben - -

Zeuge Toni Stadler: Konnte ich ja nicht mal. Wurde ja beschlagnahmt.

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Wissen Sie noch, wann Sie den PC bekommen haben?

Zeuge Toni Stadler: Nein. Ich habe mir das nicht im Kalender notiert und habe den Kalender aufgehoben.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Wie lange entfernt war das von der Durchsuchung? Wissen Sie das?

Zeuge Toni Stadler: Kurz vorher.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Kurz vorher?

Zeuge Toni Stadler: Ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): „Kurz vorher“ im Sinne von wenigen Tagen, wenigen Wochen?

Zeuge Toni Stadler: Da brauchen wir nicht um den Brei rumquatschen. Natürlich hat er mir den PC gegeben und gesagt: Pass auf, wenn was ist - - Wie ich gesagt habe. Wenn er mir keinen gegeben hätte, hätte ich mir woanders einen organisiert. Er hat gesagt: Pass auf, wir haben genügend Rechner bei uns zu stehen, alte Dinger, die wir wegschmeißen. Da kann ich dir einen geben. - Wenn nicht, hätte ich mir woanders einen geholt.

Dazu ist außerdem noch zu sagen: Stellen Sie sich mal nicht so vor - - Das ist damals alles bar gelaufen, geschäftlich, alles bar. Per Briefpost Bestellung gekommen, bing, bing, bing. Da waren überhaupt keine relevanten Kundendaten drauf, wie das gerne konstruiert wird. Das war damals Anfang der 2000er-Jahre, Ende 99, Betriebssystem Windows 98 noch drauf. Ein paar E-Mails hat man mal gecheckt und hat ein bisschen im Internet gesurft, mit einem 56K-Modem noch in der Zeit. Es ist nicht so, dass der Rechner nun irgendwie - - dass irgendwelche spektakulären Riesendaten, wie das heutzutage der Fall ist, drauf waren. War total irrelevant. Ich wollte halt bloß nicht, dass ein schöner, neuer Rechner, den man sich gekauft und eingerichtet hat, nun gleich wieder weg ist. Und wenn er einmal weg ist, dann bleibt er ja meistens weg, bei der Polizei.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Na ja, aber es ist ja trotzdem ein Grund gewesen, dass Sie Ihren eigenen oder den anderen PC woanders untergestellt haben.

Zeuge Toni Stadler: Ja, natürlich, weil ich nicht wollte, dass mein eigener Rechner, den ich mir mühsam eingerichtet habe und gerade neu gekauft habe, nun bei der Polizei dann irgendwo spurlos verschwindet.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Wo haben Sie ihn untergestellt?

Zeuge Toni Stadler: Nachbarkeller.

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Nachbarkeller?

Zeuge Toni Stadler: Ja, immer abends. Bevor ich ins Bett gegangen bin, wurden immer solche Sicherheitsvorkehrungen getroffen.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Mhm. - Haben Sie noch mehr Technik vom Verfassungsschutz bekommen?

Zeuge Toni Stadler: Mir nicht erinnerlich.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Nicht erinnerlich?

Zeuge Toni Stadler: Ich denke, nicht. Nein. - Ja doch, na klar, ein Smartphone haben sie mir gegeben.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Ein Smartphone?

Zeuge Toni Stadler: Nein, nicht ein Smartphone; gab es ja damals noch gar nicht.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Handy.

Zeuge Toni Stadler: Handy.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Und das Handy haben Sie auch so im Alltag benutzt?

Zeuge Toni Stadler: Nein.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Nein? Sondern?

Zeuge Toni Stadler: Das habe ich nur benutzt, um erreichbar zu sein.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Und wie kann es dann sein, dass trotzdem das Handy in einer TKÜ-Maßnahme des Landeskriminalamtes Berlin aufgetaucht ist?

Zeuge Toni Stadler: Das müssen Sie die Leute fragen. Das weiß ich nicht.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Aber eigentlich müssen Sie ja dann auch die Nummer zumindest weitergegeben haben.

Zeuge Toni Stadler: Die habe ich nicht weitergegeben. Definitiv nicht. Da bin ich mir hundertprozentig sicher. Warum denn? Da würde ich mich ja selber mit gefährden.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay. Also Sie sagen, Sie haben keine Information dazu. - Nach unseren Informationen hatten Sie nicht nur den Laden und dann außerdem den PC, der bei Ihnen auch stand, sondern Sie hatten noch eine Art Lager. Ist das richtig?

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Toni Stadler: Ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Können Sie sich daran erinnern, in welchem Kontext Sie das Lager eingerichtet haben?

Zeuge Toni Stadler: Ja, kann ich. Das war in dem Kontext, dass dann, wenn man immer mehr hat, immer mehr hat - - Wenn man geschäftlich tätig ist, dann macht man das ja nicht, um stehen zu bleiben, sondern um sich immer weiterzuentwickeln. Sprich, man hat immer mehr Ware gehabt, hat immer größere Chargen, immer größere Mengen entsprechend gekauft und wieder verkauft. Und da ist irgendwann der Platz zu eng geworden. Da habe ich mir halt ein Lager in Cottbus zugelegt. Das war ein alter Kollege, der hat eine Baufirma gehabt, großes Büro, der hat gesagt: Komm, ich habe hier noch einen Raum frei; wenn du Interesse hast, kannst du dein Zeug reinstellen. - Das war es. Ich wurde nicht angehalten vom LfV, dass gesagt wurde: Richte dir mal ein Lager ein!

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Wissen Sie noch, wann Sie das eingerichtet haben?

Zeuge Toni Stadler: Nein.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Nicht mehr? - Wusste Ihr V-Mann-Führer von dem Lager?

Zeuge Toni Stadler: Ich denke, ja. Ich gehe davon aus, dass das mal Gespräch war. Bestimmt.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Aber da war er nicht.

Zeuge Toni Stadler: Nein.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Hat auch nicht mal begutachtet, was Sie noch so - -

Zeuge Toni Stadler: Nein, hat er nicht.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay. - In Ihrer Beschuldigtenvernehmung am 31.07.2002 haben Sie zum Lager gesagt: Nach den dringlichen Warnungen „[...] räumte ich alles (CDs, Kontoauszüge, Fotos, Disketten, Unterlagen) aus meiner Wohnung und dem Geschäft in meinen Bunker. D. und Dieter Bartok erzählten mir auch, dass jemand vom VS bei der Durchsuchung dabei ist und evtl. belastendes Material verschwinden lassen kann. Der Mann wurde mir beschrieben; er war auch bei der Durchsuchung dabei. Sie erklärten mir, dass es so in Brandenburg üblich ist.“¹

¹ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: Ordner UA61, B 72, Band III.pdf, S. 69 (elektr. Zählung).

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Das ist ja schon ziemlich heftig, wenn der Verfassungsschutz dann Ihnen den Tipp gibt und zum anderen sagt: Sie müssen sich aber keine Sorgen machen, dass sie bei der Durchsuchung dabei sein werden.

Zeuge Toni Stadler: ... (akustisch unverständlich)

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): War das so?

Zeuge Toni Stadler: Was fragen Sie - - Da müssen Sie das LfV fragen. Was soll ich dazu sagen? Sie haben jetzt vorgelesen, was ich damals in Berlin ausgesagt - - Erst mal kann ich mich daran gar nicht mehr erinnern. Aber ist ja egal; es wird schon stimmen, wenn es da steht. - Sie lesen mir vor. Was soll ich jetzt dazu sagen? Was wollen Sie von mir dafür wissen? Es ist schon ganz schön heftig. Na klar ist es heftig. Wie gesagt, ich habe mir das nicht ausgesucht. Von mir aus hätten sie mich auch in Ruhe lassen können.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Aber Sie bestätigen die Aussage von damals.

Zeuge Toni Stadler: Wenn das da so steht, wird das schon seine Richtigkeit haben.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay. Alles klar. - Dann würde ich da erst mal einen Punkt machen.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Wie lange haben wir noch?

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Fünf Minuten.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Dann würde ich ganz gern noch mal zu Herrn Bartok kommen. Können Sie uns sagen, wie so Ihr Verhältnis miteinander war? Also, war das eher so Bruder-Bruder oder Vater-Sohn?

Zeuge Toni Stadler: Kollegial.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Kollegial.

Zeuge Toni Stadler: Kollegial.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Fanden Sie ihn nett?

Zeuge Toni Stadler: Cool.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Cool. Okay. - Und hat er Ihnen neben dem Frage-Antwort-Spiel auch persönliche Ratschläge gegeben, fürs Leben oder so?

Zeuge Toni Stadler: Na ja, klar. Wenn man über einen so langen Zeitraum jemanden kennt und näher kennt - und gerade unter diesen konspirativen Umständen -, ist doch klar, dass man sich da entsprechend ein bisschen nähert und persönlich - - und Vertrauensverhältnis wird aufgebaut. Man kriegt ja mit: Kann man sich auf denjenigen

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

verlassen oder nicht? Das geht ja schon bei den Treffen los. Und natürlich wird das dann immer enger mit der Zeit. - Weiter!

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Hat er Ihnen jemals Ausstiegsoptionen aus der rechten Szene eröffnet?

Zeuge Toni Stadler: Nein. Nicht, dass ich wüsste.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Also, Ihnen ist nie irgendwie angeboten worden nach dem Motto: „Junge, wenn du da irgendwie doch rauswillst, dann würden wir dir helfen“, oder so?

Zeuge Toni Stadler: Mir wurde nur gesagt: Pass auf, wenn das Ding hier mal schiefgeht, wenn das alles mal auffliegt, da brauchst du dir keine Sorgen zu machen. Wir kümmern uns dann um dich. - Was natürlich nicht passiert ist.

(Der Zeuge lacht.)

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Aber Sie hatten jetzt auch nie selbst Ausstiegsgelüste?

Zeuge Toni Stadler: Nein. - Zu dem Zeitpunkt nicht, zumindest.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Wann denn dann?

Zeuge Toni Stadler: Ja, vielleicht irgendwann mal, aber zu dem Zeitpunkt damals war ich rundrum glücklich, alles okay. Warum soll ich da aussteigen?

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Dann frage ich noch mal nach der Motivation. Wenn man sozusagen fest in so einer Szene verankert ist und da auch keine Lust hat auszusteigen, wieso arbeitet man dann mit dem Verfassungsschutz zusammen? Das habe ich noch nicht vollständig verstanden.

Zeuge Toni Stadler: Ja, ich eigentlich auch nicht so richtig. Ich weiß auch nicht, was damals der Grund eigentlich war. Kann ich Ihnen nicht sagen.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Aber dann frage ich mal andersrum: Wie fühlt man sich denn da, -

Zeuge Toni Stadler: ... (akustisch unverständlich).

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): - wenn man sich mit - -

Zeuge Toni Stadler: Das ist eine Belastung, eine mentale Belastung. Ja, stimmt schon. Ich würde es auch nicht noch mal machen.

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Also, ich meine, man kommt ja mit Leuten zusammen, die man sozusagen regelmäßig sieht, die wahrscheinlich auch irgendwie Freunde sind.

Zeuge Toni Stadler: Richtig. Genau.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Und dann erzählt man zwei Tage später dem V-Mann-Führer, was die so erzählt haben.

Zeuge Toni Stadler: Ja gut, wie ich eingangs schon gesagt habe: Es ist ja nicht so, dass ich über alles und jeden da berichtet habe. Viele Sachen habe ich ja gar nicht erzählt, was mir im Nachhinein sehr übelgenommen wurde. Es gab auch viele Sachen, die man entschärfen konnte. Es gibt ja viele Ereignisse, die zum Beispiel sehr heftig, sehr krass gesehen wurden. Ich wurde gefragt: Pass auf, wie verhält sich das da? - Da konnte man dann ein paar Sachen auch mal richtigstellen: Den könnt ihr in Ruhe lassen, das ist Pillepalle.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Das heißt, Sie waren auch nicht immer nachrichtenehrlich. - So heißt es im - -

Zeuge Toni Stadler: Nein. Wie ich eingangs gesagt habe: Wenn ich etwas gesagt habe, habe ich nie die Unwahrheit gesagt.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Aber Sie haben Sachen verschwiegen.

Zeuge Toni Stadler: Aber ich habe nicht unterschrieben, dass ich über alles und über jeden plaudere. Das habe ich ja nicht gemacht, nein. Aber wenn ich explizit gefragt wurde zu irgendeiner Sache und ich habe geantwortet, habe ich immer ehrlich geantwortet.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Und wenn Sie nicht dazu antworten wollten, haben Sie gesagt: „Weiß ich nicht“?

Zeuge Toni Stadler: Ich habe zu allem geantwortet eigentlich. Musste ich ja.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Minute, bitte.

Zeuge Toni Stadler: Letzte Minute noch, hier. Beeilung!

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Na ja, ich will ganz gern schon bei dem Punkt bleiben, weil das für uns auch nicht ganz unwichtig ist, um einzuschätzen, was sozusagen Ihr Wert für den Verfassungsschutz war.

Haben Sie da Sachen auch mal - - Also, wenn Sie von einem Konzert erfahren haben, haben Sie das dann vorher Ihrem V-Mann-Führer erzählt oder erst danach, wenn es stattgefunden hat?

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Toni Stadler: Natürlich gibt es Gespräche: Und, was steht an am Wochenende? Was machst du am Wochenende? - Ja, fahre ich auf ein Konzert. - Natürlich habe ich es dann gesagt. Klar.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Okay. Also in der Hinsicht waren Sie aber schon nachrichtenehrlich.

Zeuge Toni Stadler: Nur - - Wieso soll ich denn nicht ehrlich gewesen sein? Das tue ich die ganze Zeit bestreiten hier. Ich war immer nachrichtenehrlich! Sie werden nicht einen einzigen Punkt finden, wo ich irgendwo gelogen habe oder die Unwahrheit gesagt habe. Das wird es nicht geben. Ich habe Sachen nicht gesagt, wo ich der Meinung war, dass es eben zu dem Zeitpunkt - - für mich selber entschieden, dass ich diese Info nicht weitergebe.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Was könnten das für Sachen sein?

Zeuge Toni Stadler: Da gibt es verschiedene.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Zum Beispiel?

Zeuge Toni Stadler: Verschiedene. - Verschiedene!

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Na, was - - „Verschiedene“ heißt ja - -

Zeuge Toni Stadler: Verschiedene Sachen; zum Beispiel - weiß ich nicht - irgendwelche Sachen, wo ich der Meinung war, wenn ich danach nicht gefragt werde, werde ich dazu erst mal auch nichts sagen. Und das habe ich auch nicht gemacht. Aber wenn ich gefragt wurde, war ich immer ehrlich, habe ich nie gelogen.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Okay.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Das Fragerecht wechselt zu Herrn Wiese.

Zeuge Toni Stadler: Ich denke, jetzt ist Pause. „Eine Minute“.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Bitte?

Zeuge Toni Stadler: Ist nicht Pause jetzt?

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Wir haben jetzt keine Pause.

Zeuge Toni Stadler: Ah, okay.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Wir haben jetzt eine Runde, die drehen wir auf jeden Fall noch, und dann können wir uns über eine Pause unterhalten. - Herr Wiese, bitte.

Abgeordneter Wiese (AfD): Guten Tag. - Sie sind ein erfrischender Typ.

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Toni Stadler: Was bin ich?

Abgeordneter Wiese (AfD): Erfrischend.

Zeuge Toni Stadler: Das denke ich doch.

Abgeordneter Wiese (AfD): Ja, eben. Und ich denke, wir kommen auch zurecht. - An wie viele V-Mann-Führer können Sie sich denn erinnern während - -

Zeuge Toni Stadler: Bitte?

Abgeordneter Wiese (AfD): An wie viele V-Mann-Führer können Sie sich denn erinnern in Ihrer Karriere?

(Der Zeuge lacht)

Zeuge Toni Stadler: In meiner Karriere.

Abgeordneter Wiese (AfD): Na ja.

Zeuge Toni Stadler: Nein. - Zwei, drei. Also, ich habe Kontakt gehabt mit insgesamt vielleicht drei, vier Leuten davon.

Abgeordneter Wiese (AfD): Die Namen dürfen Sie jetzt wieder nicht sagen, oder?

Zeuge Toni Stadler: Bitte?

Abgeordneter Wiese (AfD): Die Namen dürfen Sie ja sagen, oder?

Zeuge Toni Stadler: Nein, darf ich nicht sagen.

Abgeordneter Wiese (AfD): Dürfen Sie nicht? - Doch. Er nickt.

Zeuge Toni Stadler: Das geht ja - - Das sind ja - -

Abgeordneter Wiese (AfD): Na, einfach - -

Zeuge Toni Stadler: Das sind ja keine Klarnamen.

Abgeordneter Wiese (AfD): Ja, macht ja nichts.

Zeuge Toni Stadler: Man spricht sich mit Vornamen an: Pass auf, hier ist der Dirk, das ist der - weiß ich nicht - Dieter, das ist der Peter, das ist der Fritze. - So läuft das da.

Abgeordneter Wiese (AfD): Ich bin der Franz. - Genau. - So, und wenn Sie mir jetzt ein paar Namen sagen können, dann kann ich mir hier Notizen machen.

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Toni Stadler: Ich habe keine - -

Abgeordneter Wiese (AfD): Sie haben keine Namen?

Zeuge Toni Stadler: Ich habe keine Namen. Das merke ich mir so lange nicht. Das ist ja auch irrelevant. Ich habe ja nicht vorgehabt, die Leute zu Hause zu besuchen oder so oder mit denen in Urlaub zu fahren.

Abgeordneter Wiese (AfD): Gut. - Machen wir es andersrum: Wann hatten Sie denn zum ersten Mal Kontakt mit Szczepanski?

Zeuge Toni Stadler: Mit Szczepanski?

Abgeordneter Wiese (AfD): Mhm.

Zeuge Toni Stadler: Weiß ich nicht mehr. Ich habe den auch nur ein- oder zweimal gesehen in meinem ganzen Leben.

Abgeordneter Wiese (AfD): Sie wissen auch nicht, wann Sie den getroffen haben und in was für einem Zustand?

Zeuge Toni Stadler: Ich habe den einmal getroffen, irgendwie, ich glaube, mal auf einer Demo in Königs Wusterhausen. Da gab es mal eine Demo, da war er Ordner, glaube ich, oder so. Und dann habe ich ihn danach irgendwo noch mal gesehen, glaube ich, in einer Kneipe oder auf einem Konzert mal oder so. Aber ich habe mit ihm nicht so einen mordsengen Kontakt gehabt oder so. Und wo es hätte interessant werden können, war er nicht mehr da.

Abgeordneter Wiese (AfD): Wieso? Wo war er denn?

Zeuge Toni Stadler: Na, er war - - Weiß ich nicht.

Abgeordneter Wiese (AfD): Abgetaucht?

Zeuge Toni Stadler: Abgetaucht.

Abgeordneter Wiese (AfD): Was hat der denn für eine Stellung gehabt? So wie Sie den jetzt geschildert haben, war er im Ordnungsdienst tätig, war er in der Kneipe tätig. Was hat er denn für eine Stellung gehabt, oder was für eine Bedeutung hatte Szczepanski in der Brandenburger Szene?

Zeuge Toni Stadler: Also, aus einer Erinnerung heraus war es so: Szczepanski war immer so ein bisschen der Guru für die ganze Jugend gewesen. Also alles, was, sage ich mal, JN oder NPD war, die kannten alle Szczepanski. Szczepanski hier, Szczepanski da und Carsten usw. So war der, so ein bisschen - - Ich selber kannte ihn gar nicht. Ich selber habe zu ihm zum damaligen Zeitpunkt gar nicht so einen Kontakt gehabt. Ich habe ihn dann irgendwann mal kennengelernt, oder er wurde mir, wie

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

gesagt, irgendwann mal vorgestellt: Guck mal, das ist der Carsten. - Aber andere Leute kannten den wesentlich länger als ich.

Abgeordneter Wiese (AfD): Und für Sie, was hat der für einen Stellenwert gehabt? So als Kumpel oder - -

Zeuge Toni Stadler: Ja. Er hat ja dann auch irgendwie einen Laden, glaube ich, aufgemacht. Da war er immerzu. Ich habe nichts gegen ihn gehabt, aber es war jetzt auch nicht irgendwie einer, der - - Er war ja ein sehr ruhiger und meiner Meinung nach ein bisschen introvertierter Mensch gewesen, und es war jetzt nicht so, dass ich mit ihm - - Ich kannte ihn zu wenig, um ihn einschätzen zu können.

Abgeordneter Wiese (AfD): Sie haben keine geschäftlichen Beziehungen dann aufgebaut?

Zeuge Toni Stadler: Ich glaube, da war mal was gewesen, irgendwie mal. Klar, bei solchen Sachen - - Man unterhält sich immer über irgendwelche Sachen: Kommst du an irgendwelche Sachen ran, die ich jetzt nicht habe? Oder: Ich habe vielleicht was, was du gebrauchen kannst. - Solche Sachen sind immer Thema. Aber um was es da genau ging, weiß ich jetzt auch nicht mehr; zu lange her.

Abgeordneter Wiese (AfD): Haben Sie die Enttarnung von Szczepanski im Sommer 2000 mitbekommen?

Zeuge Toni Stadler: Ja. War ein großes Thema. Natürlich.

Abgeordneter Wiese (AfD): Gab es im Vorfeld der Enttarnung irgendwelche Gerüchte?

Zeuge Toni Stadler: Eigentlich nicht.

Abgeordneter Wiese (AfD): Das kam überraschend für alle?

Zeuge Toni Stadler: Ja.

Abgeordneter Wiese (AfD): Und wie schätzen Sie das ein? Warum kam das plötzlich?

Zeuge Toni Stadler: Bitte was?

Abgeordneter Wiese (AfD): Warum kam das plötzlich? Wenn er so der große Guru war, das wäre doch für einen V-Mann das Ideale gewesen.

Zeuge Toni Stadler: Ja. Ich kannte Leute, die wiederum ihn sehr gut kannten, die natürlich sehr enttäuscht waren und sich dann aufgeregt haben. Aber sonst - - Klar, war schon ein Thema gewesen. Aber was soll man machen? Ist halt so. Das wird bei mir ähnlich gewesen sein.

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Wiese (AfD): Also, es gab nicht vorher oder danach Gerüchte, warum, weshalb der aufgefliegen ist?

Zeuge Toni Stadler: Das ist auch zu lange her. Ich kann mich da an Einzelheiten nicht mehr erinnern. Fakt ist, dass er - - Ich weiß, dass es dann irgendwie - - Durch eine Pressestelle ist er wohl enttarnt worden oder so, war irgendwie das Gerücht. Aber was da jetzt genau - - Ist zu lange her; weiß ich nicht mehr. Das war auch für mich jetzt nicht so wichtig und interessant gewesen.

Abgeordneter Wiese (AfD): Die Pressestelle, wissen Sie die noch?

Zeuge Toni Stadler: Nein. Wie es meistens ist: Irgendein Journalist ist wohl dahintergekommen und hat das dann eben veröffentlicht, dass er fürs LfV arbeitet, und dann - -

Abgeordneter Wiese (AfD): Hatte der Kontakt mit der Presse?

Zeuge Toni Stadler: Das weiß ich doch nicht!

Abgeordneter Wiese (AfD): Ja, ich frage ja nur!

Zeuge Toni Stadler: Woher soll ich denn das wissen? Ich weiß das nicht.

Abgeordneter Wiese (AfD): Es könnte ja sein, dass Ihnen was eingefallen ist. - Jetzt habe ich mal eine andere Frage: Welche Kontakte hatten Sie denn während Ihrer V-Mann-Tätigkeit in Polen?

Zeuge Toni Stadler: In Polen?

Abgeordneter Wiese (AfD): Mhm.

Zeuge Toni Stadler: Ich habe da eine Werbeagentur gehabt.

Abgeordneter Wiese (AfD): Was hatten Sie dort?

Zeuge Toni Stadler: Ich kannte eine Werbeagentur gut, in Polen. Deswegen habe ich da Kontakte gehabt.

Abgeordneter Wiese (AfD): Aha. Und sonst nichts. Die haben für Sie gearbeitet, Sie haben da Aufträge gegeben.

Zeuge Toni Stadler: Ich habe da ein paar Aufträge abgegeben, genau, habe das machen lassen da, und dann - -

Abgeordneter Wiese (AfD): Wie wurden die denn bezahlt?

Zeuge Toni Stadler: Bar.

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Wiese (AfD): In bar. - Wusste Ihr V-Mann-Führer davon, dass Sie mit denen Geschäfte haben?

Zeuge Toni Stadler: Ich weiß gar nicht, ob er das wusste. Kann ich gar nicht genau sagen, ob er das wusste oder nicht. Das kann ich Ihnen nicht genau sagen, ob er das - - Das weiß ich wirklich nicht mehr.

Abgeordneter Wiese (AfD): Und das Volumen des Umsatzes, den Sie mit denen gemacht haben, wissen Sie auch nicht so genau.

Zeuge Toni Stadler: Sie müssen sich das so vorstellen: Ich habe natürlich auch ein großes Eigeninteresse daran gehabt, dass die Geschäfte laufen und weitergehen. Deswegen habe ich natürlich auch Sachen, die die Sachen primär betreffen, jetzt nicht unbedingt immer gleich, wenn es nicht unbedingt sein musste, rangetragen.

Abgeordneter Wiese (AfD): Ist Ihnen was bekannt über die finanzielle Unterstützung aus Polen für die Produktion einer „Landser“-CD?

Zeuge Toni Stadler: Finanzielle Unterstützung?

Abgeordneter Wiese (AfD): Ja. Aus Polen.

Zeuge Toni Stadler: Ja, da gab es damals verschiedene Geld- -

Abgeordneter Wiese (AfD): Geldgeber?

Zeuge Toni Stadler: - -wege und -quellen und hin und her. Aber wie das im Einzelnen gelaufen - - Hätten Sie mich das damals gefragt, hätte ich Ihnen das noch beantworten können; aber das weiß ich jetzt wirklich nicht mehr.

Abgeordneter Wiese (AfD): Wie bitte?

Zeuge Toni Stadler: Hätten Sie mich das damals gefragt, hätte ich Ihnen eventuell ein paar nähere, genauere Infos zu geben können. Das weiß ich jetzt aber wirklich nicht mehr nach so langer Zeit. Also, es gab verschiedene - - So was wird immer international -

Abgeordneter Wiese (AfD): ... gehandelt.

Zeuge Toni Stadler: - gehandelt und auch finanziert, über verschiedene Kanäle, weil einer alleine kann es nicht stemmen. Aber wie das im Einzelnen war, weiß ich nicht mehr.

Abgeordneter Wiese (AfD): Können Sie mir mal sagen, weil wir jetzt gerade beim Geschäftlichen sind: Welche Rolle hatte denn der Verfassungsschutz beim CD-Handel, insbesondere bei „Noten des Hasses“, bei der CD, die damals hergestellt wurde?

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Toni Stadler: Ja, was soll er für eine Rolle gespielt haben? Weiß ich nicht. Die ist da produziert worden, und ich habe - - Ja, die ist produziert worden, und ich bin auch der Meinung, dass das da gewusst wurde von den Leuten, dass die Kenntnis davon hatten.

Abgeordneter Wiese (AfD): Von wem? Vom Verfassungsschutz?

Zeuge Toni Stadler: Ja, also, die hatten Kenntnis davon.

Abgeordneter Wiese (AfD): Haben die das angestoßen, oder - -

Zeuge Toni Stadler: Nein, die haben das nicht angestoßen, um Gottes willen.

Abgeordneter Wiese (AfD): Und wie kommt man auf so was, dass man so was herstellt und dann in den Handel bringt?

Zeuge Toni Stadler: Warum werden Musik-CDs produziert? Weil es Leute gibt, die sich das gerne anhören, weil damit Geld verdient wird.

Abgeordneter Wiese (AfD): Ja, aber „Noten des Hasses“ ist ja nicht gerade so was - -

Zeuge Toni Stadler: Da gibt es immer noch genug Leute, die das hören. Kann man sich jetzt hunderttausendfach im Internet runterladen und sich anhören.

Abgeordneter Wiese (AfD): Wie bitte?

Zeuge Toni Stadler: Kann man sich im Internet hunderttausendfach anhören und runterladen.

Abgeordneter Wiese (AfD): Diese CD?

Zeuge Toni Stadler: Ja, natürlich. Und das machen auch genügend Leute, ob Sie es glauben oder nicht.

Abgeordneter Wiese (AfD): Mhm. Da bin ich jetzt erstaunt. Ich kenne das nicht. Für mich sind das - - Gut. - Welche Kontakte hatten Sie denn zur Freiheitlichen Arbeiterpartei?

Zeuge Toni Stadler: Ich hatte gar keine. Ich war da weder Mitglied gewesen, noch hatte ich dort direkten Kontakt. Ich kannte natürlich Leute, genauso wie man NPD-Leute kennt oder andere; aber ich war da nicht Mitglied oder so.

Abgeordneter Wiese (AfD): Waren Sie bei der Gründung der „Wanderjugend Gibor“ beteiligt? Oder können Sie was zu dieser Wanderjugend sagen?

Zeuge Toni Stadler: Ja, das ist eine Wanderjugend gewesen. Die sind ein bisschen durchs Gebirge gekraxelt und - - Ich kann dazu - - Ja, was soll ich dazu sagen? Gab es, ja.

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Wiese (AfD): Sonst? Die waren sauber.

Zeuge Toni Stadler: Ja, es gab eine „Wanderjugend Gibor“. Ich bin auch wie viele tausend andere - - tausend nicht, aber wie viele, viele andere auch ab und zu mal mitgelaufen, habe da mitgemacht und gut. Wir haben aber keine Weltrevolution geplant, keine Sorge.

Abgeordneter Wiese (AfD): Nein, nein. Sie sind ja jetzt „clean“, ne?

Zeuge Toni Stadler: Damals auch.

Abgeordneter Wiese (AfD): Damals auch. - Darf ich Sie fragen, ob es Anweisungen vom V-Mann-Führer gab zum Umgang mit Waffen, insbesondere Schusswaffen?

Zeuge Toni Stadler: Nein.

Abgeordneter Wiese (AfD): Haben Sie jemals damit Kontakt gehabt?

Zeuge Toni Stadler: Bitte?

Abgeordneter Wiese (AfD): Haben Sie jemals Kontakt gehabt mit Händlern, die Waffen verteilt haben oder Waffen gekauft haben, verkauft haben?

Zeuge Toni Stadler: Nein, nie. Ich weiß, es gibt genügend Leute, denen würde das schön ins Konzept passen, wenn es so was gegeben hätte; aber gab es nicht.

Abgeordneter Wiese (AfD): Hatten Sie Kontakt oder Kontakte zu Frank Schwerdt?

Zeuge Toni Stadler: Ja.

Abgeordneter Wiese (AfD): Gab es eine Zusammenarbeit mit ihm?

Zeuge Toni Stadler: Was heißt „Zusammenarbeit“? Wo fängt Zusammenarbeit an, wo hört Zusammenarbeit auf?

Abgeordneter Wiese (AfD): Sie haben ihn kennengelernt.

Zeuge Toni Stadler: Man kennt ihn gut. War ja nun überall - - Jeder kannte den gut.

Abgeordneter Wiese (AfD): Was hat er denn für ein Geschäft gemacht? Von was hat er gelebt?

Zeuge Toni Stadler: Schwerdt hat ein Haus gehabt in Alt-Heiligensee. Das ist mir bekannt.

Abgeordneter Wiese (AfD): Also, ich habe auch ein Haus, aber ich habe immer Kosten.

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Toni Stadler: Weiß ich nicht. Der ist ja nun mittlerweile verstorben. Über Verstorbene redet man ja eigentlich nicht.

Abgeordneter Wiese (AfD): Na ja, aber da kann man ja mal kurz fragen. - Hatten Sie in den Jahren 2000/2002 Kontakt zu Thüringen?

Zeuge Toni Stadler: Vor 2002, Thüringen? Ja, ich hatte in jedes - -

Abgeordneter Wiese (AfD): Nein. Zwischen 2000 und 2002.

Zeuge Toni Stadler: Ich hatte in jedes Bundesland in dieser Republik Kontakt vor 2002. Ich war auch in jedem Bundesland schon gewesen in meinem Leben.

Abgeordneter Wiese (AfD): Sie sind ja dann irgendwann mal umgezogen nach Dortmund, ne?

Zeuge Toni Stadler: Ja.

Abgeordneter Wiese (AfD): Sind Sie dort auch in der Szene gewesen, oder - -

Zeuge Toni Stadler: Ich bin sofort zu den lokalen Akteuren gegangen, habe mich da vorgestellt: „Ich bin es, der CD-V-Mann aus Cottbus, Stadler. Ich mache jetzt bei euch mit. -

Abgeordneter Wiese (AfD): Sehr gut.

Zeuge Toni Stadler: - Was liegt an?“

Abgeordneter Wiese (AfD): Das finde ich gut. - Gibt es aus Ihrer Erinnerung heraus noch Namen von der brandenburgischen Szene, die auch nach Nordrhein-Westfalen - oder Dortmund - umgezogen sind?

Zeuge Toni Stadler: Ist mir keiner bekannt.

Abgeordneter Wiese (AfD): Wissen Sie auch nicht? - Na gut, dann gebe ich mal weiter.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann kommen wir zum Abschluss der ersten Runde. Frau Nonnemacher fragt. Bitte schön.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön. - Guten Tag, Herr Stadler. Sie haben eingangs erzählt, dass die Zahlungen vom Verfassungsschutz lukrativ waren, aber dass Ihr Hauptwerb der CD-Handel war.

Zeuge Toni Stadler: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wenn haben Sie mit dem CD-Handel angefangen?

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Toni Stadler: 2000er-Jahre in etwa, denke ich mal.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): „2000er-Jahre“ ist ziemlich viel. Können Sie sich auf ein Jahr - -

Zeuge Toni Stadler: 2000.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Im Jahr 2000?

Zeuge Toni Stadler: Ungefähr müsste das gewesen sein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Frühjahr, Sommer, Herbst oder Winter?

Zeuge Toni Stadler: Weiß ich nicht mehr.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): So ungefähr: Anfang des Jahres, Mitte des Jahres, Ende des Jahres?

Zeuge Toni Stadler: Es ist nicht so, dass man sagt: „Ich fange jetzt mit dem CD-Handel an“, dann fange ich mit dem CD-Handel an und mache mir ein großes Kreuz im Kalender. So was ist ein Entwicklungsprozess.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut, aber wann hat es denn angefangen?

Zeuge Toni Stadler: Na ja, 2000 ungefähr. Lass es Frühjahr oder Sommer gewesen sein. Ich lege mich da jetzt nicht fest, um mich dann irgendwie festnageln zu lassen. Es war irgendwann, es hat auf alle Fälle angefangen. ... (akustisch unverständlich)

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Okay. Ungefähr Frühjahr oder Sommer. Gut. - Bevor jetzt die Herren nervös werden: Ich frage ganz allgemein. Haupterwerb CD-Handel: In welchem Verhältnis stand denn ungefähr Ihr Einkommen aus dem CD-Handel zu den Zahlungen des Verfassungsschutzes?

Zeuge Toni Stadler: Das weiß ich nicht mehr.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): War das ein Zehntel oder ein Fünftel oder die Hälfte oder - - Wie war da das Verhältnis?

Zeuge Toni Stadler: Weiß ich nicht. Es ist ja wie bei jedem, der unternehmerisch tätig ist: Du hast gute Monate, du hast schlechte Monate. Man lebt teilweise mehrere Monate von einem sehr guten Monat. Das kann man gar nicht ganz genau beziffern. Von meinen aktuellen Sachen könnte ich auch nicht genau beziffern, wie viel ich jetzt exakt jeden Monat habe.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Und wenn Sie Durchschnittswerte anlegen? Man hat ja ungefähr einen Überblick: Was verdient man ungefähr im Jahr, auch wenn es mal mehr - -

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Toni Stadler: Ich weiß schon, worauf Sie hinauswollen. Sie wollen darauf hinaus, was nun wichtiger war, ob eventuell mehr oder weniger nur durch Gelder des LfV - - diese CD-Produktion getragen hat. Dem ist nicht so, kann ich Ihnen sagen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich wollte jetzt auf gar nichts Spezielles hinaus. Ich habe Sie gefragt, welcher Anteil die Zahlungen des Verfassungsschutzes an Ihren sonstigen Einkünften ungefähr hatten oder in welchem Verhältnis das stand.

Zeuge Toni Stadler: Weiß ich nicht mehr. Kann ich Ihnen nicht sagen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. Okay. - Sie haben als Geschäftsmann ja ziemlich extreme, rechtsextreme Bands im Programm gehabt, „Landser“, „D.S.T.“, „White Aryan Rebels“. Wie umfänglich haben Sie darüber den Verfassungsschutz informiert?

Zeuge Toni Stadler: Wie ich es eingangs auch schon gesagt habe: Erst mal grundsätzlich von mir aus, wenn es nicht unbedingt sein musste, gar nicht, und wenn ich drauf angesprochen wurde, habe ich definitiv nur die Tatsachen und Wahrheiten gesagt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber wenn Sie drauf angesprochen wurden: -

Zeuge Toni Stadler: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also, Sie haben denen jetzt nicht sozusagen von sich aus Ihr Verlagsprogramm erläutert?

Zeuge Toni Stadler: Genau.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Es fällt ja so ein bisschen auf, dass der Verfassungsschutz bei manchen strafrechtlich relevanten CDs Sie aufgefordert hat, den Handel damit zu unterlassen und das sein zu lassen. Bei anderen war die Behörde in einem gewissen Umfang mit dem Handel einverstanden. Können Sie uns irgendwie erläutern: Was gab es da für Kriterien? Wo hieß es: „Lass die Finger davon!“? Wo hieß es: „Na ja, das geht“?

Zeuge Toni Stadler: Ich sage mal so: Wie explizit da die Regelungen waren, kann ich wirklich nicht mehr sagen - oder ob es da überhaupt irgendwelche Regeln gab. Das weiß ich nicht mehr. Aber es ist schon so, dass ich mir auch nichts hätte sagen lassen. Also, wenn ich der Meinung war, ich möchte diese Produktion machen, dann hätte ich die gemacht, völlig egal, ob das LfV - - Ich hätte es erst mal gar nicht gesagt, und wenn mir dann gesagt worden wäre: „Nee, lass da mal die Finger von! Mach das nicht!“, hätte ich es wahrscheinlich trotzdem gemacht.

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich sage jetzt mal so ein bisschen salopp: Zwischen den erlaubten Handelsbeziehungen mit bestimmten Titeln und den unerlaubten - - Das war für Sie egal. Das hat Sie nicht weiter - -

Zeuge Toni Stadler: Wenn man etwas macht, muss man es richtig machen oder gar nicht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wie viel CDs haben Sie eigentlich insgesamt in Ihrer Zeit so produziert?

Zeuge Toni Stadler: Das waren ja immer Koproduktionen. Ich selber habe vielleicht zwei oder drei gemacht, aber man war ja immer an anderen Produktionen beteiligt gewesen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. Also für zwei bis drei haben Sie sozusagen alleine verantwortlich gezeichnet. Und bei den Koproduktionen mit anderen Leuten: Wie viel waren das ungefähr? Wie viel verschiedene Titel haben Sie mitproduziert?

Zeuge Toni Stadler: Einzelne Alben: vielleicht vier, fünf, sechs Stück.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Und in welcher Auflage jeweils?

Zeuge Toni Stadler: Damals um die 3 000.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Pro Titel? - Das heißt sechs, sieben Stück in Koproduktion und drei eigene?

Zeuge Toni Stadler: Die Cover halt. Mir wurde gesagt: Pass auf, kannst du Cover drucken lassen? In Deutschland können wir das nicht. Bei dir in Polen, hast du da Möglichkeiten? - Sage ich: Klar, geht! - Da habe ich das gemacht. Und wenn das zuverlässig geklappt hat, wird man immer wieder darauf angesprochen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber wie viel CDs, so in Stückzahl, haben Sie ungefähr vertrieben?

Zeuge Toni Stadler: Das kommt schon hin, wie Sie gerade die Rechnung gemacht haben. - Ich selber vertrieben, verkauft?

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Mhm.

Zeuge Toni Stadler: Och, das weiß ich nicht. Selber? Es gibt ja von jedem Album vielleicht - - Ist ja begrenzt, lokal. Gibt ja so viel auch nicht. Vielleicht ein paar hundert.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also Sie sagen, die Auflagen waren ungefähr 3 000 Stück pro Titel, aber verkauft haben Sie nur ein paar hundert.

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Toni Stadler: Nicht mal, vielleicht 50. - Na ja, klar. Ich habe doch nur die - - Man kriegt entsprechend sein Layout geliefert, was man dann abgibt. Dann macht man eine Korrektur dazu, und das schickt man dann ab in die Druckerei. Dann holt man den Kram ab, und dann schicke ich entweder jemanden los mit dem Auto, die irgendwo abzuliefern, oder ich schicke die Cover, die großen Kartons, direkt dann dahin. Deswegen habe ich doch erst mal nichts mit dem Verkauf zu tun.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber wir haben ja in unseren Akten durchaus auch Vermerke, dass es - Stückzahl also im vierstelligen Bereich - wirklich in den Tausenderbereich reinginge -

Zeuge Toni Stadler: Was denn?

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - im Vertrieb, was Sie vertrieben haben.

Zeuge Toni Stadler: Nein. Was Sie meinen, ist: Ich habe auf Auftrag hin eventuell selber CDs verschickt, wo mal gesagt wurde: Pass auf, schick mal denen und schick mal denen, schick mal denen ein paar Hundert, da, denen fünfzig oder so. - Hat ja nichts damit zu tun, dass ich die selber verkauft habe. Da habe ich im Auftrag gehandelt sozusagen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber das ging dann schon mal in den vierstelligen - -

Zeuge Toni Stadler: Ja. Das ging dann schon mal höher, ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wie viele CDs hatten Sie denn in Ihrem Lager in Cottbus so vorrätig?

Zeuge Toni Stadler: Waren auch einige. Müssen Sie mal die Beschlagnahmungsprotokolle lesen. Da steht das doch alles drin.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja, aber Sie können es mir ja vielleicht auch sagen.

Zeuge Toni Stadler: Ja, waren schon einige. Ich weiß es nicht mehr. Ich - -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Was heißt denn „einige“? Wenn das ein großes Lager war - -

Zeuge Toni Stadler: Dann schon vierstellig, natürlich; aber wie viel jetzt, weiß ich nicht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Schon vierstellig. Gut. Also über 1 000. Aber höherer vierstelliger Bereich? 5 000, 6 000?

Zeuge Toni Stadler: Ja, so in der Ecke rum. Bestimmt 2 000, 3 000; vielleicht waren es 4 000. Keine Ahnung.

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Das war sozusagen der Bestand in Ihrem Lager dort.

Zeuge Toni Stadler: Genau.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Waren Sie eigentlich bei der Durchsuchungsaktion der Staatsanwaltschaft Cottbus am 31. März 2002 in Ihren Räumen selber anwesend?

Zeuge Toni Stadler: Ja, war ich.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Waren Sie anwesend. - Und waren bei der Durchsuchung auch Verfassungsschützer?

Zeuge Toni Stadler: Weiß ich nicht. Wurde mir vorher gesagt, dass da wahrscheinlich auch einer mit dabei sein - - wenn so was ist, dass Verfassungsschutz auch immer mit dabei ist; aber mir hat sich keiner vorgestellt sozusagen. Also mir hat sich keiner vorgestellt: Hallo, ich bin der Verfassungsschutz.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber das - -

Zeuge Toni Stadler: Deswegen kann ich Ihnen nicht sagen, ob da einer dabei war oder nicht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut, also das - -

Zeuge Toni Stadler: Und na klar war ich da auch selber anwesend, haben wir doch vorhin schon besprochen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Da war aber jetzt nicht Ihr V-Mann-Führer Herr Bartok oder Herr „Borchert“ oder so dabei.

Zeuge Toni Stadler: Nein, nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Niemand, den Sie kannten.

Zeuge Toni Stadler: Keiner, den ich kannte. Genau.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Kannten Sie nicht. - Wie konkret sind Sie vom Verfassungsschutz vor diesen Durchsuchungsmaßnahmen gewarnt worden?

Zeuge Toni Stadler: Wie ich das vorhin schon gesagt habe: Fadenkreuz, Mitte rein, Mitte raus. „Sie sind im Moment da in der Mitte und müssen in nächster Zeit damit rechnen, dass bei Ihnen Maßnahmen erfolgen.“

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. - Sie haben bei früheren Vernehmungen berichtet, dass auf Betreiben des Verfassungsschutzes mehrere

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Ermittlungsverfahren gegen Sie eingestellt worden seien. Welche Verfahren waren das denn, und welche Polizeidienststellen oder welche - -

Zeuge Toni Stadler: Das weiß ich nicht, das müssen Sie - - Fragen Sie doch den Verfassungsschutz! Sie fragen mich hier Sachen, zu denen ich gar nicht - - wo ich mir Sachen aus den Fingern saugen muss oder wo ich nur konstruieren kann: „eventuell“, „weiß ich nicht“. Das sind Sachen, die können Sie doch den Verfassungsschutz fragen, und die - -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich frage jetzt aber gerade Sie, und ich möchte wissen, welche Ermittlungsverfahren das waren, ob Sie das wissen und ob Sie -

Zeuge Toni Stadler: Ich weiß es nicht. Kann ich Ihnen nicht sagen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - uns die Polizeidienststelle oder die zuständige Staatsanwaltschaft sagen können.

Zeuge Toni Stadler: Kann ich nicht sagen, müssen Sie die Leute fragen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wissen Sie nicht. Okay. - Sind Ihnen nach Ihren Aussagen im Berliner Verfahren - im Prozess gegen die „White Aryan Rebels“-CDs - Schutzmaßnahmen für Ihre Person angeboten worden?

Zeuge Toni Stadler: Na, was heißt „angeboten“? Mir wurde gesagt, dass nach dem Verfahren, wenn ich dann freigesprochen bin oder auch nicht - - Ich weiß gar nicht. Wie war denn das gewesen? Na, auf jeden Fall soll ich mir keine Sorgen machen, ich komme auf alle Fälle erst mal sicher da raus, aus Berlin. Das wurde mir gesagt, dass das festgestellt wurde.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber spezielle Schutzmaßnahmen, -

Zeuge Toni Stadler: Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - Schutzprogramme?

Zeuge Toni Stadler: Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sind Ihnen nicht angeboten worden. - Warum sind Sie eigentlich von hier aus nach Dortmund gezogen?

Zeuge Toni Stadler: (flüstert) Das ist meine Privatsache. Verrate ich Ihnen nicht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut - aus privaten Gründen, -

Zeuge Toni Stadler: (flüstert) Ja.

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - nicht wegen des CD-Handels, beispielsweise.

Zeuge Toni Stadler: Nicht wegen des CD-Handels, und ich habe mich auch nicht, wie ich das vorhin gesagt habe, bei der Szene vorgestellt - falls Sie gedacht haben, das war ernst gemeint.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wann hatten Sie zuletzt Kontakt zu einem Vertreter des brandenburgischen Verfassungsschutzes?

Zeuge Toni Stadler: Das war in Berlin gewesen, einen Tag oder zwei Tage nach der Festnahme in Marzahn, wo dann - - Es war auch nicht so gewesen, dass ich jetzt dort von mir aus irgendwie zusammengebrochen bin und gesagt hätte: Hier, ich bin fürs LfV - - etc. Mir wurden Presseberichte vorgeknallt: Sie sind berühmt geworden, Herr Stadler. - Damals ist das ja hoch- und runtergegangen. Und da habe ich gesagt: Na ja, gut, dann wissen Sie auch, dass ich mich hier nicht äußern werde zu diesen ganzen Sachen. - So, und das war am Wochenende, Sonntag, glaube ich, Sonntagmittag oder Montagmittag. Freitag- oder Samstagnacht war ja das Konzert gewesen, wo wir in Gewahrsam gekommen sind, und dann - entweder war es Sonntagnachmittag oder war es Montagmittag - - Auf jeden Fall habe ich gesagt: Ich werde, bevor mir nicht - - Ich habe unterschrieben, ich habe mich verpflichtet zur Verschwiegenheit und werde mich hier nicht äußern.

Daraufhin sind dann zwei vom LfV aus Potsdam nach Berlin gefahren. Da gab es einen großen Konferenzsaal, da saßen dann der Staatsschutz drin, da saßen dann die Oberstaats- - Der Heinke war drin, die Mendrina. Und da kamen die beiden aus Potsdam rein mit einem hochroten Kopf und haben gesagt: Okay, rede, sag aus. Du kriegst von uns hier die Genehmigung, kannst über alles babbeln. - So, und deswegen habe ich auch gebabbelt. Wenn die gar nicht gekommen wären - was mir am liebsten gewesen wäre - oder gar nichts gesagt hätten, hätte ich mich auch nie zu irgendwas geäußert. Dann hätte ich mir einen Anwalt genommen und fertig.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. Also, Sie waren sozusagen - -

Zeuge Toni Stadler: Aber das war das letzte Mal.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Nachdem Sie verhaftet worden sind, waren Sie da mit dabei, mit Oberstaatsanwalt Heinke, mit Frau Staatsanwältin Mendrina in Berlin, -

Zeuge Toni Stadler: Genau.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - und dann kamen zwei - -

Zeuge Toni Stadler: Dann kamen die zwei rein und - -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Herr Bartok und?

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Toni Stadler: Und noch ein anderer.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Was hatte der für einen - -

Zeuge Toni Stadler: Weiß ich nicht mehr, wie der hieß. - Auf jeden Fall kamen die beiden rein und haben mir explizit gesagt: Okay, rede! Packe aus, rede, das ist in der Situation das Beste für alle, vor allen Dingen auch für dich. Rede! - Und wenn mir das nicht gesagt worden wäre, hätte ich auch nicht geredet. Aber wenn mir das gesagt wird, da sage ich natürlich: Na klar.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Und das war der letzte Kontakt?

Zeuge Toni Stadler: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Auch nicht nach dem Urteilsspruch? Sie sind immerhin zu zwei Jahren auf Bewährung verurteilt worden; -

Zeuge Toni Stadler: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - das war ja vorher nicht ganz absehbar.

Zeuge Toni Stadler: Doch.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Kam da hinterher noch jemand auf Sie - - Doch?

Zeuge Toni Stadler: Na ja, zwei Jahre - - Das waren zwei Jahre Haft auf vier Jahre Bewährung. Vier Jahre Bewährung, das ist schon was, ne? Also, da kenne ich Gewalttäter, die weniger gekriegt haben.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja, aber ich habe gesagt, es stand ja nicht unbedingt fest, und da sagten Sie: Doch. - War das vorher ausgehandelt? Waren Sie - -

Zeuge Toni Stadler: Na ja, ich bin davon ausgegangen. Mir wurde das so suggeriert. Man unterhält sich ja auch mit dem Staatsanwalt. Und das LKA, die Vernehmungen, die da stattfinden - - Ich war ja nun auch nicht nennenswert vorbestraft oder irgendwelche Sachen, bin auch kein Gewalttäter. Und daraufhin - auch weil so oder so abzusehen war, dass ich nach der ganzen Sache nicht mehr zurückkehren kann in irgendeine Szene und da weitermachen kann, also keine Wiederholungsgefahr besteht - war schon davon auszugehen, dass ich auf jeden Fall mit einer Bewährungsstrafe da wegkomme.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut, also, das war Ihnen klar, dass es auf jeden Fall eine Bewährungsstrafe sein wird. Aber hatten Sie denn nach dem Urteilsspruch dann noch mal Kontakt zum Verfassungsschutz, -

Zeuge Toni Stadler: Nein, nein. Ich hätte mich ja gefreut, -

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - dass die doch noch mal gesagt haben: „Hier, Schutzprogramm“, oder so was?

Zeuge Toni Stadler: - wenn sie sich noch mal gemeldet hätten oder vorbeigekommen wären.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Hm?

Zeuge Toni Stadler: Ich hätte mich ja gefreut, wenn sie noch mal vorbeigekommen wären.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sind sie aber nicht.

Zeuge Toni Stadler: Ja. Mit einer schönen Abfindung oder so.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): In dem Gespräch nach der Verhaftung - das war der letzte Kontakt zu Herrn Bartok und einem weiteren Mitarbeiter des Verfassungsschutzes.

Zeuge Toni Stadler: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. - Was für militante Bestrebungen haben Sie in der rechtsextremistischen Szene mitbekommen?

(Der Zeuge lacht.)

Haben Sie was mitbekommen, was Waffenbeschaffung angeht, Wehrsportübung, Schießtrainings oder Ähnliches?

Zeuge Toni Stadler: Nein, war absolut nicht mein Genre.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Bombenbau?

Zeuge Toni Stadler: War nicht mein Genre.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gar nichts. Also, Sie hatten in der ganzen Zeit - -

Zeuge Toni Stadler: Ja, es gab ein paar Spinner - natürlich -, vielleicht wollen Sie darauf hinaus. Es gab immer ein paar Spinner, die irgendwelche Zines machen oder im Internet dann angefangen haben, irgendwelche Bombenbauanleitungen zu veröffentlichen, weil sie sich wichtigmachen wollen. Das ist genauso wie - weiß ich nicht - - In der linken Szene gibt es genau das Gleiche. Die Antifa und so macht auch Zeichnungen, wie man Dinge, Gegenstände zerstören kann.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut, aber Sie haben jetzt - -

Zeuge Toni Stadler: Ich hatte auch nie was - -

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie waren nie mit jemandem zusammen, der Sie hier konkret angesprochen hat, er könnte Ihnen eine Waffe besorgen, oder Sie haben nie an einer Wehrsportübung teilgenommen oder hatten intensiven Kontakt mit Leuten, die das regelmäßig betrieben haben.

Zeuge Toni Stadler: Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wie lange haben Sie eigentlich Ihren CD-Handel betrieben?

Zeuge Toni Stadler: Bis Sommer 2002.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): 2002. Also danach nie - -

Zeuge Toni Stadler: Danach ging es ja nicht mehr.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ah ja, also danach nicht mehr.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Minute, Frau Nonnemacher.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. - Welche Organisationen oder Personen in Brandenburg aus der rechten Szene, mit denen Sie Kontakt hatten, waren damals besonders gewaltbereit oder militant?

Zeuge Toni Stadler: Gewaltbereit und militant?

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Mhm.

Zeuge Toni Stadler: Da kann ich Ihnen einen Spezialisten nennen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Bitte, tun Sie das.

Zeuge Toni Stadler: M. N. aus Guben. N. hat immer die Jungs angestiftet. Die sind nach Cottbus gefahren, wenn Fußballspiele waren - St. Pauli, FC Energie Cottbus. Sind extra hingefahren und haben die Busse angegriffen, mit Steinen beschmissen, die Fenster entglast, weil die wollten sozusagen St.-Pauli-Fans zusammenschlagen. Das war ein ganz, ganz schlimmer Finger.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Mhm. - Weitere?

Zeuge Toni Stadler: Nein, mir nicht bekannt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Weitere Namen sind Ihnen nicht bekannt.

Zeuge Toni Stadler: Also mir ist keiner bekannt, der meiner Meinung nach irgendeine Straftat begangen hätte und der dafür, sage ich mal, so eine höhere Haftstrafe oder

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

was bekommen hätte. Ist mir keiner bekannt. Propagandadelikte ohne Ende, natürlich, aber keine Gewalttäter oder so.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Letzte Frage: Sie waren in der „Reservistenkameradschaft Guben“ aktiv?

Zeuge Toni Stadler: Ja, -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja. Wie viele Leute waren da Mitglied, -

Zeuge Toni Stadler: - ganz spektakulär.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - und wie viele davon waren sehr ausländerfeindlich eingestellt?

Zeuge Toni Stadler: Ausländerfeindlich war gar keiner eingestellt.

(Der Zeuge lacht.)

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Herr Stadler, ich muss jetzt an der Stelle - Frau Nonnemacher ist ja gleich fertig - Sie noch mal darauf hinweisen - ein Kollege hat es schon gemacht: Sie sind hier nicht in einer Spaßveranstaltung.

Zeuge Toni Stadler: Ja.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Sie sind hier vor einem Ausschuss und ich erwarte von Ihnen ein respektvolles Verhalten, ansonsten habe ich Möglichkeiten, Sie empfindlich daran zu erinnern, dass das ein Ausschuss ist.

Zeuge Toni Stadler: Okay.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Das geht bei Ordnungsgeld bis in eine Höhe von 2 000 Euro.

Zeuge Toni Stadler: Oh!

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Das wollte ich bloß mal so nebenbei sagen. Bitte benehmen Sie sich so, wie ich das von Ihnen erwarte. Okay?

Zeuge Toni Stadler: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut, vielleicht kann der Zeuge die Frage noch zu Ende beantworten.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Genau.

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wie viele Leute waren dort Mitglied? Und Ihrem Lachen entnehme ich, dass sozusagen die Mitgliedschaft begründend war, dass man ausländerfeindlich und rassistisch gewesen ist.

Zeuge Toni Stadler: Quatsch, totaler Blödsinn. Ich habe - - Sechs, sieben Leute müssen Mitglied sein. Das ist auch wieder so eine Sache, die nicht auf meinem Mist gewachsen ist. Ich wurde angesprochen - das war von irgendeinem Stabsunteroffizier, den ich mal kennengelernt hatte in einer Kaserne, wo ich noch bei der Bundeswehr war. Der hat mich mal angesprochen: Wie sieht es denn aus? Ich habe vor, mit dem und dem eine Reservistenkameradschaft hier in Brandenburg - - Hast du schon was gehört vom Reservistenverein? Wir wollen jetzt auch eine hier gründen. Hast du nicht Bock, mitzumachen? Man braucht ja auch mindestens sechs oder sieben Leute dafür; wie viel, weiß ich nicht mehr genau. Und wenn du mitmachst, dann sind wir genügend Leute und dann können wir das Ding gründen. - Und da habe ich ihm gesagt: Okay, dann mache ich eben mit.

So. Dann wollte irgendwann keiner mehr Vorsitzender machen, und da haben sie mich gefragt, ob ich das machen will: Du musst auch mal ein bisschen Verantwortung übernehmen, kannst auch ruhig mal was machen. - Und da habe ich das dann eben gemacht. So. Da waren Leute drin im Alter zwischen - weiß ich nicht - 18 und 68.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. - Ich mache dann danach weiter an der Stelle.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): So, dann gehen wir jetzt in die zweite Fragerunde.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Der Zeuge wollte eine Pause machen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Wollen wir eine Pause machen? Das ist jetzt eine Frage an Sie.

Zeuge Toni Stadler: Zehn Minuten Pause wäre gut, ja.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Gut. Dann machen wir zehn Minuten Pause, beginnen dann mit der zweiten Fragerunde.

Zeuge Toni Stadler: Jo.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Und Sie denken an das, was ich Ihnen eben gesagt habe.

Zeuge Toni Stadler: Jawohl! Unbedingt!

(Unterbrechung von 15.08 bis 15.16 Uhr)

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Bitte Platz nehmen! Wir beginnen mit der zweiten Fragerunde, und es beginnt wieder die SPD-Fraktion. Frau Gossmann-Reetz macht sich schon bereit. Los geht's. Bitte schön.

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Stadler, ich würde ich Sie ganz gern noch mal befragen zu Ihrem Verhältnis zu Herrn Mirko Hesse. Woher kannten Sie den, und wie war Ihr Verhältnis?

Zeuge Toni Stadler: Ich habe den mal über eine andere, dritte Person kennengelernt. Ist ja eine bekannte Szenegröße, also kein Unbekannter. Vom Namen her kannte den eigentlich jeder, der was damit zu tun hat. Wurde mir mal vorgestellt, und dann ist man eben nach und nach geschäftlich irgendwie zusammengekommen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wissen Sie noch, wo das genau war, wo Ihnen der Herr Hesse vorgestellt worden ist und von wem?

Zeuge Toni Stadler: Bei sich zu Hause, in Langburkersdorf da, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und Sie waren bei ihm zu Hause.

Zeuge Toni Stadler: Ich war bei ihm zu Hause, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie kam es denn dazu?

Zeuge Toni Stadler: Mich hat mal einer dorthin mitgenommen. Ich weiß nicht mehr, wer das war und wann das genau war, aber mich hat einer, der ihn gut kannte, mal mit dorthin genommen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie sagten gerade, Herr Hesse war sehr bekannt.

Zeuge Toni Stadler: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Bundesweit vernetzt?

Zeuge Toni Stadler: Bitte?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Bundesweit vernetzt in der Szene.

Zeuge Toni Stadler: Ja, denke schon.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Eine echte Größe. Ist es zutreffend, dass Herr Hesse mal der Sektionsleiter der sächsischen „Hammerskins“ war?

Zeuge Toni Stadler: Nach meinem Kenntnisstand ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und Sie haben nachher mit ihm zusammen produziert?

Zeuge Toni Stadler: Ja, was heißt „zusammen produziert“? Er hat mir quasi - wie ich das vorhin schon mehrfach gesagt habe - Aufträge gegeben, wenn was gemacht werden sollte im Printbereich, und dann habe ich das für ihn gemacht.

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. Und als er nachher in Haft kam, haben Sie sozusagen auch einen Teil von seinen Sachen übernommen?

Zeuge Toni Stadler: Nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, Sie haben ihn nicht beerbt -

Zeuge Toni Stadler: Nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - zum Teil in der Zeit, wo er inhaftiert war. Sondern? Brach dann das Verhältnis völlig ab?

Zeuge Toni Stadler: Ja, Kontakt - - Also, mir wurde wieder über Mittelsmänner dann suggeriert: „Halte erst mal die Füße still“, und: „keinen Kontakt aufnehmen zu ihm“. - Macht man ja normalerweise, dass man mal jemanden besucht in der Haftanstalt. Wurde mir von abgeraten.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Von wem wurde Ihnen abgeraten?

Zeuge Toni Stadler: Leuten aus der Szene.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aus der Szene. Nicht vom Verfassungsschutz.

Zeuge Toni Stadler: Nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Wie war Ihr Verhältnis zu S.W.?

Zeuge Toni Stadler: Auch gut. Ich weiß gar nicht, wie habe ich ihn kennengelernt? Ja, die sind mal damals - - Ich habe den auch gut kennengelernt, irgendwann mal auf einem Konzert oder auf einer Veranstaltung und so. Kannte ich auch gut, die waren ja auch beide dick gewesen. Also Hesse und S.W.waren ja beide dick.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ist es zutreffend, dass Sie nachher auch Teilhaber an dem Laden bei Herrn S. W. geworden sind?

Zeuge Toni Stadler: Nein, Blödsinn.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mhm.

Zeuge Toni Stadler: Der war doch Piercer, soweit ich weiß, oder? Der hat doch ein Piercingstudio gehabt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie bitte?

Zeuge Toni Stadler: Der hat doch kein Textilgeschäft gehabt, soweit ich weiß. Der hat doch ein Piercing- - Also, ich weiß nur, der hat mit einem Kollegen zusammen ein Tätowierstudio aufgemacht, wo er als Piercer gearbeitet hat. Das ist mein letzter

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Kenntnisstand. Mir ist gar nicht bewusst, dass er ein Textilgeschäft gehabt haben soll oder nicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und Sie waren mit Herrn S.W., Herrn Hesse und Herrn G. auch im Sommer verreist?

Zeuge Toni Stadler: Nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Auf Mallorca?

Zeuge Toni Stadler: Ich war nur mit Herrn G. verreist.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mit wem?

Zeuge Toni Stadler: Ich war nur mit Herrn G. verreist.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Nur Herr G.?

Zeuge Toni Stadler: Richtig.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und haben Sie die anderen beiden Herren getroffen?

Zeuge Toni Stadler: Die haben da unten gearbeitet. Die - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ah. Wie kam es denn zu dieser Reise?

Zeuge Toni Stadler: Das war auch nur Zufall gewesen, also dass die - - Ich habe zwar gewusst, dass die temporär da unten sind und dort auch - - Die haben da ja keinen Urlaub gemacht, die haben da ja beide gearbeitet.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was haben die da gearbeitet?

Zeuge Toni Stadler: Steakhaus. Als Kellner hat der S. W., glaube ich, gearbeitet.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Hatte der Verfassungsschutz Interesse daran, dass Sie da hinreisen?

Zeuge Toni Stadler: Nein, also, es ist nicht so gewesen: Pass auf, reise mal da hin! - Ich habe gesagt: Ich mache jetzt mal Urlaub ein paar Tage, fliege da runter. - Und das war's gewesen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Haben Sie da vor Ort den Laden „Schwarzbrenner“ besucht?

Zeuge Toni Stadler: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Warum?

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Toni Stadler: Ja, warum geht man im Urlaub in eine Kneipe?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Entweder - -

Zeuge Toni Stadler: Warum geht man im Urlaub in eine Gastronomie? Natürlich geht man in eine Gastronomie, um sich ein bisschen zu entspannen, um Alkohol zu trinken, um andere Leute kennenzulernen usw. usf.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Oder jemanden zu treffen, den man gerne treffen möchte?

Zeuge Toni Stadler: Ich weiß nicht, auf was Sie hinauswollen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Haben Sie Herrn M. F. dort getroffen?

Zeuge Toni Stadler: Ach ja, das habe ich auch gelesen. Der Name selber ist mir gar nicht bekannt: M. F.. Sage ich Ihnen so, wie es ist. Aber ich kann schon im Nachhinein, wenn man drüber nachdenkt - - Ich weiß schon, wer wahrscheinlich gemeint ist. Die haben da auch ganz normal - - Die haben dort Urlaub gemacht, und da hat man sich getroffen. Mir war aber zu dem Zeitpunkt überhaupt nicht bekannt oder bewusst, dass das nun irgendwie eine spezielle Szenegröße ist - aber war er damals wahrscheinlich auch noch gar nicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mhm. War Ihnen überhaupt nicht bewusst. Den kannten Sie nicht, und Sie wissen auch nicht, dass Sie den da getroffen haben.

Zeuge Toni Stadler: Ich habe vorher - - Wie gesagt, der Name ist mir nicht bekannt, aber ich weiß schon, auf was Sie hinauswollen wahrscheinlich. Ich weiß, dass wir dort im „Schwarzbrenner“ - - Das war nun auch ein bisschen eine Szenekneipe, wo sich aus Deutschland die Rechten da so ein bisschen getroffen haben, ihre Musik hören konnten, und da habe ich unter anderem eben auch den mal getroffen. Ist aber nicht so, dass ich mit dem Telefonnummer ausgetauscht habe oder dass wir uns irgendwie getroffen - - War einfach nur temporäre Urlaubsbekannntschaft, mehr war es nicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber der spielte doch auch bei „Hate Society“. Also, ich meine, die Band war Ihnen ja nun auch gut bekannt.

Zeuge Toni Stadler: Dass der bei „Hate Society“ spielt, das ist mir was Neues.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Haben Sie heute Kontakt zu Herrn M.F.?

Zeuge Toni Stadler: Nein. Auch damals habe ich keinen Kontakt zu M. F. gehabt. Wenn ich im Urlaub, temporär, jemand mal kennenlernen in einer Kneipe, dann heißt das nicht, dass das gleich mein Freund ist oder dass ich zu dem Kontakt habe. Ich habe auch noch andere Leute da kennengelernt und getroffen, mit denen zusammen Bier getrunken.

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich springe noch mal zurück zu dem Laden von Herrn S. W. in Bautzen: Sie haben überhaupt keine geschäftlichen Beziehungen zu diesem Geschäft gehabt.

Zeuge Toni Stadler: Meine letzte Information ist: Er hat zusammen mit seinem Kumpel ein Tätowierstudio aufgemacht. Wie gesagt, sein Kollege tut dort tätowieren, er kümmert sich um das Piercen. Das ist meine letzte Info, die ich hatte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und haben Sie da mal irgendwas hingeliefert?

Zeuge Toni Stadler: Ja, die haben natürlich dort in Ihrem Laden auch - - Haben mich gefragt: Wenn du Interesse hast, kannst du hier ein paar T-Shirts hinhängen und so; die können wir mit verkaufen für dich. - Aber mehr nicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das haben Sie gemacht.

Zeuge Toni Stadler: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also gab es doch zumindest geschäftliche Beziehungen, aber - -

Zeuge Toni Stadler: Aber zu einem Tätowierstudio. Ich habe keinen Laden beliefert oder so.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay, gut. - Dann würde ich erst mal weitergeben.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann sind wir wieder bei Herrn Lakenmacher.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Vielen Dank. - Aus den Akten, aus den Deckblattmeldungen ergibt sich, dass Sie auch Kontakte nach Hessen hatten. Ist das richtig?

Zeuge Toni Stadler: Unter anderem.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Unter anderem. Können Sie uns berichten, wie diese Kontakte nach Hessen zustande kamen?

Zeuge Toni Stadler: Ich habe irgendwann in den 90er-Jahren meine Lehrausbildung dort gemacht, in Hessen. Daher habe ich da Kontakte. Ich habe drei Jahre da gewohnt, in Hessen, in Südhessen.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Wo in Hessen?

Zeuge Toni Stadler: Hanau, Main-Kinzig-Kreis.

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Hanau. - Und Ihre Hessen-Kontakte, wo waren die ansässig? Nur da in der Region oder auch anderswo in Hessen?

Zeuge Toni Stadler: Alles Raum Südhessen. Berufsschule - lernt man halt entsprechend Leute kennen, Kontakte; paar Seilschaften hier, paar Seilschaften da. War alles so im südhessischen Raum, Offenbach, Hanau.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Okay. - Wie lange haben diese Kontakte bestanden?

Zeuge Toni Stadler: Was heißt „wie lange“? Also nach der Lehrzeit noch, meinen Sie jetzt? Darüber hinaus oder - -

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Ja, konkret also auch: bis zum Jahr 2006?

Zeuge Toni Stadler: Durchaus, ja. Nee, was? 2006?

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Ja.

Zeuge Toni Stadler: Nein!

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Das wäre zu lang.

Zeuge Toni Stadler: Also grundsätzlich gilt erst mal: Ich habe nach 2002 - - Ich habe am 11.11.2002 meine Gerichtsverhandlung gehabt, habe da meine vier Jahre Bewährung gekriegt und habe seitdem definitiv keine Kontakte mehr. Werden Sie auch nichts finden. Ich weiß, da gibt es genügend Leute, die suchen und stochern, um irgendwas zu konstruieren - gibt es nichts. Ich habe seit meiner Verhaftung, Sommer 2002 - - Seitdem habe ich keine Kontakte mehr.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Auch nicht nach Hessen.

Zeuge Toni Stadler: Nein.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Okay. - Ihre Halbschwester, die hatte ja auch Kontakte nach Hessen, richtig?

Zeuge Toni Stadler: Ach ja, kommt die Story hier - um Gottes willen. Meine Schwester, Halbschwester, die hat eine Lehrausbildung in Hessisch Lichtenau gemacht, Technische Zeichnerin gelernt. Hessisch Lichtenau bei Kassel. Junges Mädel, die hat ihre Berufsschule in Kassel, hat auch dort, wenn die abends mal - - Die gehen ja abends mal auf eine Disko oder so was, nach Kassel, in die große Stadt. So. Das sind die Kontakte. Und die habe ich zweimal besucht in meinem Leben oder dreimal. Das war irgendwann 2006 rum, 2004, weil sie da gerade ihre Lehre gemacht hat. Das war es gewesen. Da bin ich aber auch nicht in Kassel gewesen, ich bin nur direkt nach Hessisch Lichtenau gefahren, habe sie da besucht - wie man das halt so macht unter Geschwistern -, und dann bin ich wieder nach Hause nach Dortmund gefahren.

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Okay.

Zeuge Toni Stadler: Ich habe dort keinerlei Leute kennengelernt oder getroffen oder irgendwelche Seilschaften - -

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Oder über sie kennengelernt.

Zeuge Toni Stadler: Nein, auch nicht - um Gottes willen.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Würden Sie uns den Zunamen, den Nachnamen Ihrer Schwester zur damaligen Zeit nennen, also 2000 bis 2002?

(Abgeordnete Johlige [DIE LINKE]: Öffentlich?)

- Ist meine Frage, ja. Aber wird jetzt konterkariert.

Zeuge Toni Stadler: Die hat den gleichen Familiennamen wie ich.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Auch zur damaligen Zeit.

Zeuge Toni Stadler: Ja, -

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Danke.

Zeuge Toni Stadler: - die hat jetzt nicht geheiratet oder so.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Und können Sie was zu den Szenekontakten Ihrer Schwester sagen?

Zeuge Toni Stadler: Jetzt hören Sie doch auf mit Szenekontakten meiner Schwester! Die hätte - -

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Entschuldigung, die Fragen stelle hier immer noch ich! Also, Sie können hier sagen, ist Ihnen nicht bekannt, aber Sie haben jetzt hier nicht meine Fragen zu kommentieren, ja?

Zeuge Toni Stadler: ... (akustisch unverständlich). Sie können doch nicht einfach jemandem, einem jungen Menschen vorwerfen, dass er nun - -

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Ich habe hier gar nichts vorgeworfen, ich habe Ihnen eine Frage gestellt. Also, Entschuldigung, jetzt - -

Zeuge Toni Stadler: Sie hätten aber auch fragen können: -

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Kleinen Moment!

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Entschuldigung, Herr Zeuge, jetzt ist mal gut! Herr Vorsitzender?

Zeuge Toni Stadler: - „Hatte Ihre Schwester Szenekontakte oder nicht?“

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Bitte mal beide ruhig. Herr Kasüschke meldet sich hinten. Bitte schön.

Herr Kasüschke (MIK): Das ist jetzt nicht grundsätzlich aus dem Gegenstand heraus, sondern ich finde es einfach so: Wenn es hier um dritte Personen geht, sollte man aus meiner Sicht hier nicht zu persönliche Fragen stellen, zumindest nicht in öffentlicher Sitzung. Da würde ich schon empfehlen, dass man dann nichtöffentlichen Charakter herstellen sollte bzw., wenn wir nach unten gehen, sich die Fragen dafür aufhebt. Also, in der Aussagegenehmigung steht es so drin: Wenn es um den persönlichen Lebensbereich Dritter geht, sind die Aussagen hier nichtöffentlich vorzunehmen.

Zeuge Toni Stadler: Sehen Sie, ich habe recht.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Herr Lakenmacher, weitere Fragen?

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Wenn es Ihnen darum geht, bitte. Okay. - Dann bin ich durch.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Gut. Dann geht es weiter mit der Fraktion der Linken und Frau Johlige. Bitte.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Ich würde ganz gern noch mal zu dieser Reise nach Mallorca zurückkommen. Sie haben gesagt, Sie haben da Urlaub gemacht, ein paar Leute getroffen. Was ich mich frage, ist: Wenn es denn so war, wenn es reiner Urlaub war, wieso hat dann der Verfassungsschutz einen Teil der Reise bezahlt?

Zeuge Toni Stadler: Hat er das?

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Geht aus unseren Akten hervor.

Zeuge Toni Stadler: Ist mir nicht bekannt, dass der Verfassungsschutz gesagt hat: Hier hast du Kohle, mach mal Urlaub! - Ist mir wirklich nicht mehr bekannt, würde ich doch sagen.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Okay. - Dann würde ich ganz gern zu einem anderen Komplex kommen.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Nur eine kurze Nachfrage, bevor ein neuer Komplex anfängt: Sie haben vorhin auf die Frage von Frau Nonnemacher gesagt, dass Sie Ihren V-Mann-Führer nach der Entpflichtung nicht mehr gesehen haben. Aus unseren Akten geht jedoch hervor, dass Sie bei Ihrer Vernehmung vor dem Gericht in Cottbus am 9. Januar 2003 Ihren V-Mann-Führer noch mal gesehen hätten. Ist das richtig?

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Toni Stadler: Ja, das stimmt, aber aus dem Fenster heraus.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Aus dem Fenster raus.

Zeuge Toni Stadler: Also, ich habe mich mit ihm nicht unterhalten oder so. Ich habe nur gesehen aus dem Fenster raus: Ah, da läuft er. Mehr nicht.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay. Aber das haben auch die Beamten, die bei Ihnen waren, mitbekommen, dass Sie Ihren V-Mann-Führer erkannt haben.

Zeuge Toni Stadler: Ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay, danke.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Gut. - Dann würde ich jetzt ganz gern noch mal zu einem anderen Komplex kommen, nämlich zu Ihren geschäftlichen Tätigkeiten und inwieweit der Verfassungsschutz darüber informiert war und wie der das fand. Aus unseren Akten geht hervor, dass es im November 2001 ein Treffen gab zwischen Ihnen und Mitarbeitern des Verfassungsschutzes, wo Sie einerseits befragt wurden über Ihre geschäftlichen Kontakte und wo Sie andererseits eindringlich aufgefordert wurden, sämtliche geschäftliche Aktivitäten Ihrem V-Mann-Führer mitzuteilen. Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Toni Stadler: Nein.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Ich würde Ihnen das ganz gern vorlesen. Das ist aus der Akte B4, Herabstufungen, 004-S-530003-0000-0119-2018 NfD, 1. Teillieferung Matrix Liste 8 vom 07_08_2018, Z84, Seiten 112 bis 116. Das Zitat ist:

„Im Verlaufe des Treffs wurde die Quelle ausführlich zu ihren geschäftlichen Aktivitäten befragt. Sie wurde eindringlich dazu aufgefordert sämtliche geschäftliche Aktivitäten, egal wie unwichtig sie der Quelle erscheinen mögen, dem VMF mitzuteilen.“

Zeuge Toni Stadler: Ja, was ist das?

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Daran können Sie sich nicht erinnern.

Zeuge Toni Stadler: Nein.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Nicht. - Dann würde ich ganz gern Ihnen mal die geschäftlichen Aktivitäten, um die es so ging in der Zeit, kurz sagen, und Sie sagen mir jeweils, ob darüber der Verfassungsschutz informiert war oder nicht.

Unseren Akten können wir entnehmen, dass Sie unter anderem die Herstellung von Mousepads mit Adolf Hitler für S. W. vorhatten. Wusste darüber Ihr V-Mann-Führer Bescheid?

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Toni Stadler: Sauspitze, S. W. - ist mir gar nicht mehr bekannt!

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Herstellung von Mousepads mit Adolf Hitler für S. W., genau.

Zeuge Toni Stadler: Wer hat das ausgesagt, wenn der Verfassungsschutz das nicht gewusst hat?

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Wie gesagt, das haben wir in unseren Akten, dass das Teile Ihrer geschäftlichen Aktivitäten waren.

Zeuge Toni Stadler: Nein, ist mir gar nicht bekannt, dass ich Mousepads für S. W. - - Warum? Für was soll der Mousepads brauchen? Der hat doch kein Geschäft gehabt, wo er Mousepads verkauft.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Aber haben Sie denn Mousepads mit Adolf Hitler hergestellt?

Zeuge Toni Stadler: Das haben damals viele gemacht, ja.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Sie auch.

Zeuge Toni Stadler: Ich auch, ja.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Und wusste das Ihr V-Mann-Führer?

Zeuge Toni Stadler: Das kann ich mir gut vorstellen, -

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Toni Stadler: - weil ist kein relevantes Geschäft gewesen, das war nur als Gag nebenbei, denke ich mal. Da ging es ja nicht um Geld bei so was. Verdient man ja kein Geld mit so was.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Dann hätten wir noch die Herstellung von Hitler- und Waffen-SS-Plakaten -

Zeuge Toni Stadler: Ja.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): - für R. Sch. und M. Se., steht es - -

Zeuge Toni Stadler: Du, ich kann Ihnen das wirklich nicht mehr genau sagen, was ich nun explizit genau - - ob oder wann ich was denen erzählt habe. Das weiß ich nicht mehr. Also, wie gesagt, wenn es nicht unbedingt notwendig war oder ich nicht drauf angesprochen wurde, habe ich das in der Regel auch nicht gesagt. Das weiß ich noch. Aber ob das jetzt bei dem nun genau der Fall war, weiß ich nicht mehr.

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Ich mache mal weiter. Dann hätten wir noch die Herstellung einer CD der Band „Offensive“.

Zeuge Toni Stadler: Ja.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Wusste das der Verfassungsschutz?

Zeuge Toni Stadler: Davon gehe ich aus, ja.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Davon gehen Sie aus. - Herstellung einer CD des Bandprojekts von „Razors Edge“ und „Kraftschlag“?

Zeuge Toni Stadler: Weiß ich nicht. Das weiß ich nicht. Kann ich im Einzelnen nicht sagen. Ich will jetzt auch nicht irgendwie sagen: „Ja, das war so“, „Das war nicht so.“ Das weiß ich wirklich nicht mehr, ob das - -

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Herstellung einer CD der Band „Noie Werte“?

Zeuge Toni Stadler: Keine Ahnung. Weiß ich nicht. Sie können mir jetzt noch eine halbe Stunde die Liste vorlesen.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Mhm, mache ich.

Zeuge Toni Stadler: Das weiß ich nicht mehr.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Wir hätten dann auch noch die Herstellung einer CD von „Iron Youth“?

Zeuge Toni Stadler: Ich weiß nicht, ob ich in - - über was genau und zu welchem Zeitpunkt und ob ich überhaupt das LfV dann informiert habe. Das kann ich Ihnen nicht sagen.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Sie sagen mir aber auch immer, wenn Sie irgendwas dann doch nicht hergestellt haben?

Zeuge Toni Stadler: Doch nicht hergestellt, ja.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Ja? Okay. - Dann hätten wir noch die Herstellung eines „Blood & Honour“-Magazins.

Zeuge Toni Stadler: Habe ich definitiv nicht hergestellt.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Okay. Allerdings haben Sie da dem Verfassungsschutz zugesichert, wenn Sie es herstellen, vor dem Druck des Magazins eine Druckvorlage auszuhändigen.

Zeuge Toni Stadler: Kann ich mich nicht erinnern. Ich habe ja auch keine engeren Kontakte oder Beziehungen gehabt zu „Blood & Honour“. Also kann ich mir nicht

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

vorstellen, dass da irgendjemand mal an mich herangetreten ist, ein Magazin herzustellen.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Dann hätten wir noch die Herstellung einer CD der Band „White Aryan Rebels“.

Zeuge Toni Stadler: Bitte?

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Eine - -

Zeuge Toni Stadler: „White Aryan - - Die WAR, oder was?

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Mhm.

Zeuge Toni Stadler: Na, war doch Thema gewesen. Klar.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Okay. - Wir gehen mal davon aus: Von einem Teil dieser geschäftlichen Aktivitäten hat der Verfassungsschutz gewusst.

Zeuge Toni Stadler: Ich sage mal so: Ihnen geht es ja nur darum, das LfV möglichst schön dick durch den Kakao zu ziehen, ne? „Alles Scheiße!“, „Alles Nazis da!“ und „Das hätten sie alles nicht machen dürfen!“

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Na, na, na. Sachte, sachte!

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Das ist jetzt Ihre Unterstellung.

Zeuge Toni Stadler: Ja. - Also, ich sage es mal so: Ich habe natürlich das - - Wenn mir nicht das Gefühl gegeben worden wäre, dass es auch vertraulich alles zugeht dort, über was man sich da unterhält - das ist ja nun keine Polizei, die arbeiten nicht nach dem Legalitätsprinzip etc. -, hätte ich mich mit denen gar nicht unterhalten. Also gehe ich schon davon aus, dass ich denen mehr erzählt habe, als ich zum Beispiel einem Polizeibeamten erzählt hätte oder so.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Uns geht es halt schon darum, rauszubekommen - das eine oder andere dürfte auch eine Straftat gewesen sein -, inwiefern Sie der Verfassungsschutz daran gehindert hat, Straftaten zu begehen.

Zeuge Toni Stadler: Ja, kann ich mir schon vorstellen. Klar wurde immer wieder interveniert: „Pass auf!“, „Mach mal lieber das nicht!“, „Mach mal lieber das!“, „Pass da ein bisschen auf!“, „Hier, das ist eigentlich nicht in Ordnung!“ und so. Solche Gespräche gab es schon. Aber wie ich schon eingangs gesagt habe: Ich hätte mir auch nicht - - Wenn mir gesagt worden wäre: „Pass auf! Das machst du nicht! Das darfst du nicht! Das widerspricht unserer Vereinbarung hier!“, das hätte für mich keine Relevanz gehabt. Ich hätte es trotzdem gemacht damals.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Aber es hat stattgefunden.

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Toni Stadler: Was denn?

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Dass der Verfassungsschutz Ihnen gesagt hat: Das wäre eine Straftat, das machst du bitte nicht.

Zeuge Toni Stadler: Auch, ja. Natürlich.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Können Sie uns sagen, welche Kriterien - - Oder: Waren da Kriterien zu erkennen, wann der Verfassungsschutz gesagt hat: „Das bitte nicht“, und: „Das kannst du machen“?

Zeuge Toni Stadler: Na gut, das sind ja nun alles, sage ich mal, Propagandadelikte gewesen. Die sind ja nun ein bisschen auch in dieser Republik - - Auf dem ganzen Planeten ist das noch nicht mal eine Straftat, was da gemacht worden ist. Es war ja nicht so, dass hier irgendwelche Waffengeschäfte getätigt - - dass ich Kenntnis hatte von irgendwelchen Waffengeschäften oder von irgendwelchen Gewalttaten oder so was, sondern einfach nur alles Propagandadelikte.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Schlimm genug, oder?

Zeuge Toni Stadler: Ein bisschen CDchen hier verkaufen, da ein Konzertchen, da mal ein Aufnäherchen, da mal ein T-Shirt, das ein bisschen, weiß ich, grenzwertig ist oder so. Ich würde es nicht noch mal machen, wie gesagt; aber damals war es eben für mich nicht weiter schlimm.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Na, ich will dann schon mal sagen, dass Propagandadelikte eben auch Straftaten sind.

Zeuge Toni Stadler: Ist so, ja.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Wie gesagt, uns geht es auch darum, rauszufinden, inwiefern der Verfassungsschutz bei seinen V-Leuten Straftaten zugelassen hat oder nicht eingegriffen hat. Das ist dann schon auch unser Job hier.

Ich würde ganz gern zu dem noch eine Frage kurz nachschieben. Ich hatte Ihnen eben vorgelesen: „Razors Edge“. Kannten Sie Dirk S. aus Nauen?

Zeuge Toni Stadler: Nee.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Der hat ja bei „Razors Edge“ gespielt.

Zeuge Toni Stadler: Also, der Name Dirk S. sagt mir nichts, nein.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Okay.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Ich würde gerne zu der Produktion der CD „WAR“ kommen, also „Ran an den Feind“, nee, „Noten des Hasses“. Können Sie mir sagen,

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

wie sich die Produktion und der Vertrieb gestaltet haben, also wer für was zuständig war? Weil Sie haben das ja nicht alleine gemacht.

Zeuge Toni Stadler: Hesse hat die CDs gepresst, ich habe die Cover gemacht, dann wurde alles zusammengeführt, und dann wurde verschickt.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Wie viele waren das ungefähr?

Zeuge Toni Stadler: 3 000.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): 2 000?

Zeuge Toni Stadler: 3 000.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): 3 000. - Die sind dann alle relativ schnell weggegangen, oder?

Zeuge Toni Stadler: Alle sofort, ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Alle sofort?

Zeuge Toni Stadler: Ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Und daraufhin haben Sie entschieden, noch mal eine zweite Pressung zu machen.

Zeuge Toni Stadler: Habe ich nicht entschieden, nein. Es gibt das Gerücht - -

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Haben Sie kollektiv entschieden, dass - -

Zeuge Toni Stadler: Es gibt das Gerücht, dass angeblich da noch was gemacht werden sollte. Da wird sich natürlich bei einem Bier auch mal drüber unterhalten. ... (akustisch unverständlich) Berlin gemacht. Das wäre ja cool, können wir machen. Verkauft sich ja gut. - Aber es ist nie ernsthaft geplant gewesen. Deswegen wurde auch nichts gefunden bei den ganzen Durchsuchungen.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Aber Ihre Aussagen am 25.07.2002 sprechen da eine andere Sprache, weil da durchaus schon der Vertrieb für die zweite Pressung in Erwägung gezogen wurde, und zwar, dass 200 Stück an Sven Sch. gehen sollten, 200 Stück nach Schweden, 100 nach Ungarn, 100 nach Berlin.

Zeuge Toni Stadler: Das war meiner Meinung nach - - Das ist die erste Pressung gewesen. Wenn noch gar nichts hergestellt ist, kann man sich ja nicht schon über den Vertrieb Gedanken machen. Das, was Sie meinen mit diesen einzelnen Stückzahlen da, das wird um die erste Auflage gegangen sein.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Oh ja, stimmt. Entschuldigung!

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Toni Stadler: Jawohl.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Das ist richtig.

Zeuge Toni Stadler: Sehen Sie!

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Das war die erste Pressung. Aber: Sie haben eine zweite Pressung in Erwägung gezogen und haben auch überlegt, wo das realisiert werden könnte, oder?

Zeuge Toni Stadler: Wie gesagt, es gab ein paar Biertischgespräche, ob eventuell da noch mal was gemacht werden könnte; aber es ist nie konkret geworden - definitiv nicht.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Aber Sie haben mit Ihrem V-Mann-Führer darüber gesprochen.

Zeuge Toni Stadler: Ja, kann sein. Das Gleiche, was ich Ihnen jetzt sage, wahrscheinlich dann. Es wurde schon mal angedeutet, es könnte da eventuell irgendwann mal was gemacht werden. Aber es ist nie irgendwo zu konkreten Sachen, zu konkreten Handlungen gekommen oder zu ernsthaften Planungen.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Aber wie hat er darauf reagiert?

Zeuge Toni Stadler: Keine Ahnung. Weiß ich nicht mehr.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Na ja, aber die CD war ja auf jeden Fall bundesweit in aller Munde und hat auch zu viel medialer Öffentlichkeit geführt.

Zeuge Toni Stadler: Ja. Weiß ich nicht mehr. Keine Ahnung. Ich weiß nicht mehr, was er nun genau dazu gesagt hat.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Also bei uns in den Akten steht drin, dass Sie überlegt hatten, die eventuell auch in der Slowakei zu pressen.

Zeuge Toni Stadler: Kann sein. Ich weiß doch nicht, wie die - - Das ist jetzt schon 20 Jahre her. Für mich sind das belanglose Kleinigkeiten. Da wird sich szeneintern unterhalten. Der quatscht was, der quatscht was. Am Telefon wird gelabert. Da können Sie nicht erwarten, dass ich die ganzen Einzelheiten dazu jetzt noch eins zu eins weiß.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Also Sie erinnern sich nicht.

Zeuge Toni Stadler: Nein.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Auch nicht, dass Ihr V-Mann-Führer eventuell mit in die Slowakei wollte, um sich vor Ort ein Bild zu machen darüber, -

Zeuge Toni Stadler: Nein.

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): - wie die Produktionsbedingungen sein könnten, Sie über Konten gesprochen haben, über die das laufen kann?

Zeuge Toni Stadler: Das weiß ich nicht; ist mir nicht mehr in Erinnerung.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Gar nicht.

Zeuge Toni Stadler: Nein.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Auch nicht, dass Sie in der Vernehmung gesagt haben, dass der V-Mann-Führer gesagt hat, er muss erst noch die Genehmigungen dafür einholen, dass die CD gepresst wird.

Zeuge Toni Stadler: Ist mir absolut unbekannt.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Absolut unbekannt? Das ist aber das, was Sie gesagt haben.

Zeuge Toni Stadler: Kann ja sein. Aber wie lange ist das jetzt her? 18 Jahre?

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay. - Dann würde ich da erst mal einen Punkt machen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann geht es weiter mit Herrn Wiese. Bitte schön.

Abgeordneter Wiese (AfD): Ich hätte gerne mal gewusst - vielleicht können Sie sich noch erinnern -: War Ihr Anwerbezeitpunkt vor oder nach der Enttarnung von Szczepanski?

Zeuge Toni Stadler: Danach.

Abgeordneter Wiese (AfD): Danach. - Wurden Sie da von der Enttarnung nicht abgeschreckt?

Zeuge Toni Stadler: Nein. Aber ich habe mir schon gedacht dabei: Jetzt haben sie Szczepanski nicht mehr; jetzt suchen sie sich einen neuen Trottel.

Abgeordneter Wiese (AfD): Wie bitte?

Zeuge Toni Stadler: Ich habe mir meinen Teil natürlich schon dabei gedacht. Ich meine, es war ja bekannt, dass Szczepanski weg war. Dann habe ich mir so gedacht: Na ja, gut, jetzt suchen sie wieder einen neuen Trottel.

Abgeordneter Wiese (AfD): Und den haben Sie dann freiwillig gemacht.

Zeuge Toni Stadler: Den haben sie dann gefunden. Den habe ich dann freiwillig gemacht, ja.

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Wiese (AfD): Na ja, gut. - Haben Sie denn von Ihrem V-Mann-Führer Anweisungen erhalten, Informationen über Jan Werner einzuziehen oder zu besorgen?

Zeuge Toni Stadler: Nein.

Abgeordneter Wiese (AfD): Nicht. - Hatten Sie Kontakte zum Umfeld von Jan Werner?

Zeuge Toni Stadler: Ich hatte den Werner einmal getroffen, einmal, aber auch nur Sichtkontakt gehabt sozusagen, nicht mit ihm irgendeine geschäftlichen Verbindungen gehabt. Seine Telefonnummer habe ich auch nicht gehabt etc.

Abgeordneter Wiese (AfD): Mhm. - Ja, das wär's eigentlich. Danke schön.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann sind wir bei Frau Nonnemacher.

Zeuge Toni Stadler: Oh! Jetzt wird es wieder spannend.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön, Herr Vorsitzender. - Ja, Herr Stadler, wir waren stehen geblieben bei der Reservistenkameradschaft Guben. Da haben Sie mir gesagt, das waren sechs bis sieben Leute, Alter 18 bis 68, und ein Stabsunteroffizier der Bundeswehr hätte Sie angesprochen. - Waren Sie da in der Nähe bei der Bundeswehr?

Zeuge Toni Stadler: Wo in der Nähe?

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Na, in der Nähe von Guben.

Zeuge Toni Stadler: In Doberlug-Kirchhain war ich gewesen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): In Doberlug-Kirchhain waren Sie bei der Bundeswehr. - Wann war das?

Zeuge Toni Stadler: 91, 92, direkt nach der Lehre.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): 91 bis 92. - In dieser AG „Schießsport“ der Reservistenkameradschaft Guben sind Sie auf einen hauptamtlichen Mitarbeiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz aufmerksam geworden. Wie haben Sie erfahren, dass der beim Verfassungsschutz arbeitet?

Zeuge Toni Stadler: Wir hatten mal irgendwo einen - - Man macht dort immer so Märsche. Wir hatten irgendwann mal - - Das war aber nicht - - Überregional war das organisiert - - einen 30-Kilometer-Marsch gehabt, irgendeinen Leistungsmarsch oder Durchschlageübung, was das war. Dort unterhält man sich ja mit den Leuten, die da mit - - Der war ja nicht bei uns in Guben. Da fragt man: „Was machst du beruflich?“, und so. Und da haben wir mitgekriegt oder hat er eben gesagt, er arbeitet beim LfV.

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Beim LfV oder beim BfV?

Zeuge Toni Stadler: Beim LfV.

(Zeuge überlegt.)

Oder BfV. Er hat auf jeden Fall gesagt, dass er beim Verfassungsschutz arbeitet. Das ist natürlich eine Sache, wo alle aufhorchen. Deswegen ist mir das noch in Erinnerung.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also, das erzählt man sich so bei Reservistenmärschen -

Zeuge Toni Stadler: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - durch die Botanik. Das bringt einen dann doch näher.

Nach unseren Erkenntnissen hier ist das ein BfV-Mitarbeiter gewesen. Wie ging denn der so mit den anderen Leuten in der Gruppe um?

Zeuge Toni Stadler: Wie gesagt, ich habe den ja nur einmal getroffen, bei diesem Marsch. Der war ja nicht bei uns in der Ortsgruppe Mitglied gewesen. Ich habe den nur einmal kurz gesehen, mehr nicht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Hat dieser Mitarbeiter des BfV Schießtrainings geleitet, -

Zeuge Toni Stadler: Nein. Nicht, dass ich wüsste.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - die auch Rechtsextremisten zugutekamen?

Zeuge Toni Stadler: Nicht, dass ich wüsste.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also, er war - -

Zeuge Toni Stadler: Ich habe den wirklich nur einmal getroffen, auf diesem - - Da sind ja nun unsere Leute dabei gewesen, auf so einem Marsch. Dann unterhält man sich. Man ist da ja auch ein bisschen kameradschaftlich. Da wurde das gesagt. Danach habe ich den nie wieder gesehen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Nie mehr gesehen? Also, Sie sind mit ihm diesen Marsch gelaufen -

Zeuge Toni Stadler: Ja. Ich weiß gar nicht, ... (akustisch unverständlich)

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - und sind da nett ins Gespräch gekommen.

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Toni Stadler: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber so eine Reservistenkameradschaft trifft sich ja eigentlich regelmäßig, und Schießtraining gehört ja auch dazu.

Zeuge Toni Stadler: Ich habe Ihnen doch gerade gesagt, dass der gar nicht - - Der war doch in einer ganz anderen Ortsgruppe als wir. Der war doch nicht bei uns in der Ortsgruppe gewesen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also, der war sozusagen nur zu Besuch und hat kein Schießtraining durchgeführt.

Zeuge Toni Stadler: Meiner Meinung nach nicht, nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wie ist der denn sonst mit den - - Hatte der da Kontakt auch mit anderen Rechtsextremisten?

Zeuge Toni Stadler: Frau Nonnemacher, reiten Sie doch auf diesem belanglosen Scheiß so lange rum! Ich habe Ihnen gesagt - -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Auf was ich rumreite, ist meine Sache, Herr Stadler! Und ich stelle Ihnen die Frage, und Sie beantworten sie bitte.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Herr Zeuge, ich erinnere Sie an meine Worte und auch, was den Jargon angeht.

Zeuge Toni Stadler: Ich fasse noch mal zusammen: Wir, eine Reservistenkameradschaft, Landesverband Brandenburg, hatten mehrere einzelne Gruppen, irgendwo. Hier in Potsdam gibt es eine, Potsdam-Mittelmark, Guben, Cottbus hat eine. Überall gibt es einzelne Gruppen, wo ein paar Leute - weiß ich nicht, zwischen sechs und fünfzehn Leuten - Mitglied sind.

Da gibt es einen Marsch; eine überregionale Veranstaltung ist das dann, wo alle, die Zeit und Lust haben, an diesem Marsch teilnehmen können. Wir treffen uns dort. Dann gibt es ein Ziel, eine Karte: „Dort müsst ihr hin! Ihr müsst in der Zeit ankommen!“, und dann wird das gemacht.

Und unterwegs habe ich einen - ich weiß nicht mal mehr, wie der heißt; ich könnte mich nicht mal erinnern, wie er aussieht, wenn er jetzt vorbeigehen würde - - der uns eben dort im Zuge dieses Marsches gesagt hat, er arbeitet übrigens für den Verfassungsschutz. Das hat er gesagt, mehr nicht. So was ist natürlich was, was in Erinnerung bleibt, weil das erzählt ja nicht jeder.

Danach - meiner Meinung nach - habe ich ihn nie wieder gesehen. Der hat uns weder besucht bei uns in der Dings oder hat - - Ich weiß: Es gab eine AG „Schießsport“. Darauf wollen Sie wahrscheinlich hinaus.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Genau.

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Toni Stadler: Wie die ganzen einzelnen Verbindungen da waren, weiß ich auch nicht mehr genau, ob das irgendwie Südostbrandenburg war oder Süd. Das war dann irgend so eine Gruppe Südost. Und da gab es eine AG „Schießsport“. Das hat auch der ältere Herr bei uns, der Herr Lindner - - Der war selber nicht mal bei der Bundeswehr gewesen; der war nur förderndes Mitglied. Der war Sportschütze gewesen und hat das eben ins Leben gerufen. Der hat eben gesagt: Passt auf, habt ihr nicht Lust, eine AG „Schießsport“ zu machen? Da kann man sich dann treffen, Cottbus, unter der Schwimmhalle. Die haben da einen Sportschützenstand. Da kann man dann alle paar Wochen mal hin, wenn die da Zeit haben, wenn wir dort reinkommen. Dann können wir ein bisschen mit - - Ihr braucht keine - - Er hat selber Kleinkaliberwaffen. So, und da hat man dann mitgemacht: Na gut, Gruppenzwang, okay.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. Ich hatte aber gefragt, ob dieser hauptamtliche Mitarbeiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz Mitglied der AG „Schießsport“ der Reservistenkameradschaft in Guben gewesen ist -

Zeuge Toni Stadler: Das weiß ich nicht mehr.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - und nicht irgendwo in Doberlug-Kirchhain oder sonst wo auf dem Planeten, sondern in Guben.

Zeuge Toni Stadler: Ist mir nicht bekannt. Ich weiß es nicht. Müsste ich Ihnen - - Ich weiß nicht mehr, wie die - - Das ist zu lange her. Ich weiß nicht mehr, wie das - - Hätten Sie mich damals gefragt, hätte ich Ihnen das exakt sagen können. Das weiß ich wirklich nicht mehr, wer da Mitglied war und wie da die Verbindungen sind.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Und dass ein Mitglied der AG „Schießsport“ kein Schießtraining durchgeführt hat, das finden Sie - -

Zeuge Toni Stadler: Na ja, was heißt „Schießtraining“? Schießtraining ist eigentlich, wenn mir einer zeigt, wie geschossen wird. Das brauchte uns keiner zeigen. Wir haben dort einfach - - Das ist dort einfach ein Übungsschießen, wie es so ist auf einem Schießstand. Geht man hin, unterschreibt dort Sicherheits- - Dann gibt es da eine Scheibe, auf die man schießt, dann wird ausgewertet, wer der Beste war, und fertig.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. Also, daran hat er dann doch schon teilgenommen?

Zeuge Toni Stadler: Das kann durchaus sein; aber ich weiß es nicht mehr genau.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. - Haben Sie von „Combat 18“-Aktivitäten in Deutschland erfahren -

Zeuge Toni Stadler: Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - oder von den Vorbereitungen zur Gründung einer „Combat 18“-Zelle?

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Toni Stadler: Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Haben Sie nicht. - Welche Verbindungen hat es zwischen der rechtsextremistischen Szene und dem Rocker-Milieu gegeben? Was ist Ihnen da konkret bekannt geworden?

Zeuge Toni Stadler: Da gibt es immer Leute, die eben die entsprechende Affinität haben. Gibt es immer Verbindungen, Querverbindungen hier und Querverbindungen dort, in alle möglichen Richtungen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja, es gibt immer irgendwas mit kreuz und quer. Aber haben Sie zum Beispiel was mitbekommen an personellen Schnittmengen zwischen der rechtsextremistischen Szene und dem Motorradclub „Bandidos“?

Zeuge Toni Stadler: Damals ich selber nicht, nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie selber nicht, aber andere Leute, die Ihnen davon erzählt haben?

Zeuge Toni Stadler: Durchaus. Das ist ja bekannt. Da braucht man nicht Mitglied in der Szene zu sein, um zu wissen, dass es da Schnittmengen gibt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie sagten, Sie nicht, aber jemand anders. Was ist Ihnen da speziell berichtet worden?

Zeuge Toni Stadler: Weiß ich nicht mehr. Also ich selber, ich war nie Mitglied bei den „Bandidos“. Ich habe auch keinen Support dort gemacht. Ich kannte auch meiner Meinung nach, meines Wissens keine Leute da.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sind Ihnen namentlich Rechtsextremisten aus der Szene bekannt, die Mitglied oder Unterstützer bei den „Bandidos“ oder bei einem Supporterclub der „Bandidos“ geworden sind?

Zeuge Toni Stadler: Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gar niemand?

(Der Zeuge schüttelt den Kopf.)

Und welche Rechtsextremisten möglicherweise Kontakt zu den „Bandidos“ in Thüringen, etwa im Bereich Jena und Weimar, hatten? Sind Ihnen da Namen bekannt?

Zeuge Toni Stadler: Überhaupt nicht. Ich bin in meinem ganzen Leben auch nie in Jena gewesen.

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Welche Rechtsextremisten hatten Kontakt zu den „Bandidos“ oder zu Supporterclubs der „Bandidos“ im Bereich Dortmund?

Zeuge Toni Stadler: Keine Ahnung. Ich kenne nicht mal - -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Da haben Sie sich doch so nett der Szene vorgestellt. Da haben Sie doch vielleicht was gehört.

Zeuge Toni Stadler: Da habe ich Ihnen ja gesagt - - noch mal darauf hingewiesen, dass das nur ironisch und nicht ernst gemeint war.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also, Sie wissen nicht, welche Rechtsextremisten in Dortmund Kontakt zu den „Bandidos“ hatten.

Zeuge Toni Stadler: Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass die „Bandidos Dortmund“ Kontakte zu Rechtsextremisten haben. Glaube ich nicht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Okay. - Welche Rechtsextremisten hatten Kontakt zu den „Bandidos“ oder einem Supporterclub der „Bandidos“ in Kassel?

Zeuge Toni Stadler: Ich war in meinem ganzen Leben nie in der Stadt Kassel gewesen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ah ja. Da kommen wir noch mal drauf.

Gut. - Die Ceska-Mordserie des NSU ging ja jahrelang durch die Presse. Es war ja jahrelang kein Rechtsextremismusbezug bekannt geworden. Haben Sie mal mitbekommen, dass die Mordserie in der Szene thematisiert worden ist, dass darüber gesprochen worden ist bei Kameradschaftsabenden, auf Konzerten, in Songs oder wie auch immer?

Zeuge Toni Stadler: Da kommt man doch immer aufs Gleiche wieder hinaus. Ich habe Ihnen doch jetzt schon mehrere Male gesagt, dass ich seit 2002 keinerlei Kontakte zu irgendwelchen Szeneleuten habe. Woher soll ich dann wissen, ob das da ein Thema war?

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Na ja, vielleicht war es vorher Thema.

Zeuge Toni Stadler: Nein, überhaupt nicht. Ich habe seit 2002 null, keinerlei Kontakte irgendwohin.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Okay. - Als der NSU-Mord in Dortmund passierte, wohnten Sie ja ganz in der Nähe. Können Sie sich noch erinnern, wie Sie den Mord zur Kenntnis genommen haben? Haben Sie zum Beispiel vermutet, dass es sich da auch um Rechtsextremisten handeln könnte?

Zeuge Toni Stadler: Nein, gar nicht.

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Können Sie sich noch dran erinnern, dass Sie von dem - -

Zeuge Toni Stadler: Also, es wurde ja immer suggeriert: „Na ja, der Stadler hat in der Nähe gewohnt. Da muss er doch was wissen.“ Das würde ja schön ins Konzept passen. Nein! In der Großstadt ist, sage ich mal, ein Kilometer Entfernung schon weit. Das ist auch eine Ecke gewesen, wo ich nie fußläufig vorbeigegangen bin, weil da gab es keinen Supermarkt und keinen Arzt, dass man jetzt da zufällig mal fußläufig vorbeiläuft.

Mir wurde das dann irgendwann mal - - Das ist ja ein bisschen durch die Medien gegangen, durch die Mainstreammedien. Und da wurde ich mal angesprochen von irgend so einem - - Das war so ein kleiner Spanier. Der hat mir gesagt: „Ey, hast du schon gehört? Bei uns in der Ecke hier, Uhlandstraße, um die Ecke im Büdchen, wurde auch einer erschossen. Muss wohl irgendwas mit Mafia zu tun haben.“ So war das, eben so die Szene. Aber war überhaupt gar nicht - -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wie haben Sie das aufgenommen oder eingeordnet, dass zwei Tage später, zwei Tage nach dem NSU-Mord in Dortmund, mit derselben Waffe in Kassel ein Mann ermordet worden ist?

Zeuge Toni Stadler: Das ist traurig genug. Aber ich - - Es ist - - Ich weiß nicht. Sie müssen sich vorstellen: Die Dortmunder Nordstadt, das ist Kriminalitätspflaster Nummer eins. Vor meiner Haustür sind in den Jahren, wo ich da gewohnt habe, drei Morde passiert, direkt vor meiner Haustür - Leute erschossen, Leute erstochen. Die Polizei fährt da hoch und runter. Schlägereien; jeder Zweite, der dort wohnt, wurde dort entweder mal überfallen oder ausgeraubt. Da nimmt man solche Sachen nicht so - - dass das nun was ganz Außergewöhnliches, Spektakuläres ist.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Eine Rechtsextremistin hat als Zeugin vor dem hessischen NSU-Untersuchungsausschuss ausgesagt, dass sie einige Zeit vor dem NSU-Mord in Kassel in dem Internetcafé gewesen sei, das zum Tatort wurde. War dieses Internetcafé in der Szene bekannt? Kannten Sie das?

Zeuge Toni Stadler: Ich war nie in Kassel gewesen, wie gesagt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wissen Sie von irgendwelchen Rechtsextremisten, dass sie aus dem Raum Kassel kamen oder zeitweise dort gelebt haben?

Zeuge Toni Stadler: Mir nicht bekannt, nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aus der Funkzelle des Kasseler Tatortes soll Ihre Halbschwester angerufen worden sein. Waren Sie am 6. April 2006 in Kassel?

Zeuge Toni Stadler: Nein.

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Definitiv nicht. Waren Sie sonst - -

Zeuge Toni Stadler: Aber es kann sein - - Das Datum weiß ich nicht, kann ich nicht erinnern. Aber wenn ich dort war, war ich definitiv nicht in Kassel, sondern dann war ich, wie ich vorhin schon gesagt habe, in Hessisch Lichtenau gewesen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): In Lichtenau. Aber Sie waren nie in Kassel direkt?

Zeuge Toni Stadler: Nein. Ich war während meiner Bundeswehrzeit mal auf dem Hauptbahnhof in Kassel gewesen, bin dort umgestiegen. Sonst nie.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Und am 6. April 2006 waren Sie definitiv nicht in Kassel.

Zeuge Toni Stadler: Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wir haben vorhin - ich weiß nicht, wer gefragt hat - über Jan Werner gesprochen. Kannten Sie die rechtsextremistische Szene in Chemnitz? Sie haben uns ja vorhin erzählt, dass Sie eigentlich in allen Bundesländern waren in Ihrer Zeit, wo Sie CDs vertrieben haben, dass Sie überall hingekommen sind, dass Sie Jan Werner einmal getroffen haben. Wie ist das mit Antje P.?

Zeuge Toni Stadler: P. kenne ich gar nicht. Ich weiß aber - wenn Sie darauf hinauswollen -: In Chemnitz bin ich öfter mal durchgefahren, wenn ich den Hesse besucht habe. Der Einzige, der mir jetzt in Erinnerung ist, den ich aus Chemnitz kenne, ist der Hendrik L., der den Laden da hat. Weiß gar nicht, wie der heißt; „Backstreet Noise“, glaube ich.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Hendrik L.

Zeuge Toni Stadler: Mhm.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Den kennen Sie.

Zeuge Toni Stadler: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Den haben Sie auch öfter in Chemnitz getroffen?

Zeuge Toni Stadler: Den habe ich ein oder zwei Mal nur getroffen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): In Chemnitz?

Zeuge Toni Stadler: In Chemnitz, ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): In welchem Zusammenhang?

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Toni Stadler: In seinem Laden da. Ich habe ihn da besucht, mir mal angeguckt, was er so verkauft und so.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Okay. Also, Sie haben ihn in seinem Laden aufgesucht.

Zeuge Toni Stadler: Genau.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Haben Sie Andreas G. dort getroffen?

Zeuge Toni Stadler: Kenne ich nicht. Der Name sagt mir auch gar nichts.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Und P.: Weder Herr noch Frau P.? Antje und Michael P.?

Zeuge Toni Stadler: Ist mir wirklich völlig unbekannt. Wurde ich in Düsseldorf auch schon gefragt. Ist mir nicht bekannt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sind Ihnen auch nicht vom Hörensagen bekannt oder nur nicht persönlich bekannt?

Zeuge Toni Stadler: Auch nicht - - Also „Sonnentanz“, der Name sagt mir schon was. Ist bekannt, ne?

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Mhm.

Zeuge Toni Stadler: Aber ich war selber nie in dem Laden gewesen, und mir sind auch die Besitzer nicht - - also die Inhaber sind mir nicht bekannt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber „Sonnentanz“ können Sie spontan nennen. Also scheinen Sie dann doch irgendwie von dem Ehepaar P. schon mal gehört zu haben.

Zeuge Toni Stadler: Na, der Name „Sonnentanz“ ist ja bekannt als Laden, aber darüber hinaus nichts weiter.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Welche Aktivitäten der rechtsextremistischen Szene in Chemnitz haben Sie mitbekommen? Also, Sie wussten zum Beispiel, dass es dort einen Laden in der Nähe gab. Was haben Sie sonst von den - -

Zeuge Toni Stadler: Ich kannte den L., und den Laden habe ich besucht. Ich weiß auch, dass Chemnitz nun nicht - - dass es da auch entsprechend eine große Szene gibt. Aber ich habe selber keine Kontakte dahin gehabt oder gepflegt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Auch nicht im Rahmen von Musikveranstaltungen?

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Toni Stadler: Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Konzertorganisationen?

Zeuge Toni Stadler: Man war auf Konzerten gewesen - war ja nun viel Sachsen -, aber die waren nicht in der City von Chemnitz.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Haben Sie dahin eigentlich geliefert?

Zeuge Toni Stadler: Wohin?

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Nach Chemnitz.

Zeuge Toni Stadler: Nein.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Minute bitte.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Hatten Sie den Eindruck, dass die Chemnitzer Szene - wenn Sie jetzt Herrn Hendrik L. oder so kannten - über gute Verfassungsschutz- und Polizeikontakte verfügte?

(Der Zeuge lacht.)

Zeuge Toni Stadler: Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Das können Sie nicht beantworten. Okay. - Noch mal die Frage nach Kontakten nach Thüringen: Welche Brandenburger Rechtsextremisten hatten Kontakte nach Thüringen?

Zeuge Toni Stadler: Ist mir nicht bekannt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Nichts.

Zeuge Toni Stadler: Ich weiß nicht, auf was Sie hinauswollen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Irgendwelche Geschäftspartner von Ihnen?

Zeuge Toni Stadler: Ich weiß nicht. Die Frage kommt vielleicht aus dem Antifa-Katalog oder so, keine Ahnung. Ich weiß nicht, wer. Können viele sein. Es gibt ja viele Bands in Brandenburg. Es gibt viele Leute in der Szene in Brandenburg. Da werden mit Sicherheit viele Leute auch dann entsprechenden Kontakt nach Thüringen haben. Aber wer das nun im Einzelnen ist oder wie, kann ich jetzt nicht mehr sagen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Okay. - Dann gebe ich erst mal weiter.

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Das war das Ende der zweiten Runde. Diese ging etwas schneller. Deshalb werden wir nicht gleich wieder eine Pause machen, sondern wir gehen in die dritte Runde. Frau Gossmann-Reetz legt los.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Herr Stadler, können Sie uns mal Ihre Erinnerung an Lars B. wiedergeben?

Zeuge Toni Stadler: Lars B. habe ich irgendwann mal kennengelernt, in den 90er-Jahren. Wie genau, weiß ich gar nicht mehr.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Über Herrn Hesse vielleicht?

Zeuge Toni Stadler: Nein, nein, über den Hesse gar nicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Nicht?

Zeuge Toni Stadler: Den G. H. habe ich erst viel später kennengelernt. Lars B. kannte ich schon ein bisschen länger als ihn.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Versuchen Sie sich mal zu erinnern, woher.

Zeuge Toni Stadler: Veranstaltungen. Wir waren auf Veranstaltungen viel unterwegs gewesen früher, auch in Berlin und überall. Da hat man sich irgendwann mal kennengelernt. War ja nun auch irgendwie ein Kader gewesen, mit dem man sich dann auch unterhalten hat. Dann war er irgendwann mal nach Norwegen abgetaucht. Dann kam er irgendwann wieder, und dann hat man sich wieder getroffen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Warum ist der abgetaucht?

Zeuge Toni Stadler: Der ist - - Da gab es ja damals, glaube ich - - irgendwas wurde hier gesucht oder so. Oder irgendwie vor der Strafverfolgung ist er abgehauen nach Norwegen oder nach Schweden, auf jeden Fall nach Skandinavien irgendwohin. Dann war er weg.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Hatten Sie Kontakt in der Zeit, als er in Skandinavien war?

Zeuge Toni Stadler: Nein, gar nicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gar nicht.

Zeuge Toni Stadler: Nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was war er? Der Kopf eines Kaders?

Zeuge Toni Stadler: Er war eine bekannte Szenegröße. Leute, die ein bisschen bekannt sind, die so ein bisschen Leute führen, die sind natürlich dann auch - - Mit denen unterhält man sich ja eher als mit irgendeinem - -

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Klar. - In welchem Bereich war er da hauptsächlich unterwegs, in welcher Gruppierung, in welchem - -

Zeuge Toni Stadler: Na, in Berlin. War ein, sage ich mal in Führungsstrichen, „Nazikader“ in Berlin. Fertig.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und in Brandenburg?

Zeuge Toni Stadler: Ist mir nicht bekannt, dass er in Brandenburg irgendwelche - - Also, Cottbus war er nicht irgendwie.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Na ja, der war ja auch bei den „White Aryan Rebels“, ne?

Zeuge Toni Stadler: Was war er bei den „White Aryan Rebels“? Nein. Was soll das sein, „White Aryan Rebels“? Das ist doch keine Organisation oder keine Gruppe.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das war eine Band.

Zeuge Toni Stadler: Ein Bandname, ja, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja.

Zeuge Toni Stadler: Das ist aber nur ein Bandprojekt gewesen, ein temporäres. Es ist ja nicht so, dass er - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was hatte denn Herr Lars B. mit denen zu tun?

Zeuge Toni Stadler: Das ist ja nicht als eingetragener Verein angemeldet worden oder so.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Nein, nein. Ich meinte jetzt die Band.

Zeuge Toni Stadler: Soweit ich weiß, war er da wohl der Bandleader oder Sänger, hat gesungen und - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und Sie haben mal das Cover für die gemacht?

Zeuge Toni Stadler: Nee, das Cover hat er schon selber gemacht. Ich habe es nur gedruckt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was haben Sie gemacht?

Zeuge Toni Stadler: Das Cover hat er schon selber gemacht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ah ja.

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Toni Stadler: Ich habe es nur gedruckt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie haben das gedruckt. Und dann?

Zeuge Toni Stadler: Na, wie ich das vorhin schon gesagt habe: Das wurde ja in Kooperation hergestellt. Also, einer hat die CDs gemacht, einer hat die Cover gemacht. Dann wurde das zusammengeführt, und dann wurden die Sachen verschickt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und welche Rolle nahm Herr Lars B. bei der „Weißen Arischen Bruderschaft“ ein?

Zeuge Toni Stadler: Mir ist nicht bekannt, dass er bei der Organisation „Weiße Arische Bruderschaft“ ist.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wussten Sie, dass die Staatsanwaltschaft in Berlin im Mai 2002 eine Anzeige gegen Sie und Herrn Lars B. erstattet hat wegen Bildung einer bewaffneten Gruppe?

Zeuge Toni Stadler: Ist mir nicht bekannt, nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Da ging es genau auch um WAB.

Zeuge Toni Stadler: Bildung einer bewaffneten Gruppe, da braucht man ja erst mal Waffen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mhm.

Zeuge Toni Stadler: Haben wir definitiv nicht gehabt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Diese WAB hat ein Klubhaus in Berlin betrieben, oder?

Zeuge Toni Stadler: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Waren Sie da mal?

Zeuge Toni Stadler: Einmal, glaube ich, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Einmal.

Zeuge Toni Stadler: Aber vor der - - Da war das noch nicht mal eröffnet gewesen. Ich war mal dagewesen, wo das renoviert wurde.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und was hatte Herr Lars B. damit zu tun?

Zeuge Toni Stadler: Na, wie ich schon gesagt habe: Das ist eine Kaderpersönlichkeit. Das ist eine Führungspersönlichkeit, ein Kader. Er hat schon die Zügel in der Hand

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

gehabt, hat das dort alles organisiert, die Renovierung und das Klubhaus. Es gibt ja viele Leute, die Klubhäuser gründen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Na ja, das war ja eine Bruderschaft, die dieses Klubhaus da betrieben hat in dem Sinne. - Was hatte denn diese Bruderschaft für Ziele?

Zeuge Toni Stadler: Die haben jedenfalls nicht die Weltrevolution geplant, wenn Sie das meinen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sondern?

Zeuge Toni Stadler: Das war eine - - was man halt macht, ein Klubhaus. Da treffen sich die Leute. Die wollen ein bisschen zusammensitzen. Da wird Musik gemacht. Klar, es waren keine Pastorentöchter, logisch. Musik gehört, auch mal vielleicht eine Band eingeladen, die da ein bisschen rumträllert.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was fällt Ihnen noch dazu ein, zu dieser Zeit -

Zeuge Toni Stadler: Nichts weiter.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - und Herrn Lars B.?

Zeuge Toni Stadler: Mir fällt dazu nichts weiter ein. Wie gesagt, das Klubhaus selber hatte ja - - Wo ich verhaftet wurde, hat das noch nicht mal existiert. Da wurde gerade renoviert innendrin.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was sagt Ihnen der Name A. T.?

Zeuge Toni Stadler: Kann ich jetzt nicht einordnen erst mal.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aus Luckenwalde.

Zeuge Toni Stadler: Wie noch mal, der Name?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): A. T.

Zeuge Toni Stadler: Sagt mir jetzt nichts. Kann höchstens sein - - Luckenwalde, ne?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja.

Zeuge Toni Stadler: Ich musste einmal als Zeuge zu einer Gerichtsverhandlung nach Luckenwalde oder Finsterwalde. Es kann sein, dass der das war. Sonst, persönlich, kenne ich den gar nicht. Ich habe den da zum ersten Mal gesehen und danach auch nie wieder. Wenn es der ist, den Sie meinen; ich weiß nicht, ob das der ist.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was wissen Sie noch über den? Was erinnern Sie mit dem Namen?

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Toni Stadler: Ich bin zu einer Gerichtsverhandlung gefahren, wo mir gesagt wurde: Du sollst aussagen. - Ich habe den zum ersten Mal da sitzen sehen. Ich kannte den vorher nicht und habe den auch hinterher nie wiedergesehen oder getroffen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und warum mussten Sie zu der Gerichtsverhandlung?

Zeuge Toni Stadler: Weil der wohl auf einer Liste stand, wo „White Aryan Rebels“-CDs hingeschickt worden sind. Der stand auf einer Liste drauf. Ich habe die CDs ja damals verschickt und sollte eben bestätigen, ob ich die ihm geschickt habe oder nicht. Da ich ihn aber persönlich nicht kannte und mir auch der Name nicht rememberlich war, habe ich das natürlich nicht bestätigt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Hatte Herr Lars B. mit dem Mann Kontakt?

Zeuge Toni Stadler: Das weiß ich nicht. Keine Ahnung. Müssen Sie Lars B. fragen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. Danke.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Damit sind wir bei der CDU-Fraktion. Herr Dr. Redmann? - Keine Fragen. Dann sind wir wieder bei den Linken. - Frau Vandre.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Ich würde da anfangen, wo ich aufgehört habe, bei der zweiten Pressung von „Noten des Hasses“.

Sie haben ja vorhin gesagt, dass Sie in Ihrer Beschuldigtenvernehmung - - dass vorher Ihr V-Mann-Führer und eine weitere Person, die Sie nicht erkannt haben, aus dem Verfassungsschutz Ihnen gesagt haben, Sie sollen auf jeden Fall reden bei der Vernehmung, und Sie das dann auch gemacht haben. Deswegen gehe ich davon aus, dass das, was Sie in der Vernehmung gesagt haben, auch der Wahrheit entspricht. Ich würde es trotzdem noch mal gerne kurz vorlesen und zitieren, um daraufhin Fragen zu stellen.

Wie gesagt, ich hatte Sie vorhin danach gefragt, wie Ihr V-Mann-Führer damals auf die Frage „zweite Pressung“ reagierte. Dazu führten Sie aus am 25.07.2002:

„Zuerst meinte er zu mir, dass ich ‚die Füße still halten‘ soll bevor er es nicht absegnet. Er wollte dies erstmal in höheren Ebenen klären.“

Und weiter:

„Nach diesen drei Wochen war alles abgeklärt. Es sollte über Thomas P. laufen. Ich sollte von Thomas P. eine Kontonummer organisieren. Auf dieses Konto hätten wir zusammen, Dirk und ich, das Geld in mehreren kleinen Beträgen überwiesen. Dazu war geplant, von verschiedenen Banken aus Einzahlungen zu tätigen.“

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Dirk ermahnte mich, es auf diesem Wege zu machen und keine eigenständigen Schritte dahingehend zu unternehmen. Er äußerte auch mir ggü., dass es so abgesichert ist. Das war vor ca. vier Wochen.“²

Das heißt also, dass Ihr - - Ich frage anders: „Dirk“ meint hier Ihren V-Mann-Führer. Richtig?

Zeuge Toni Stadler: Ich kann es - - Wenn Sie mir das vorlesen, wie Sie gesagt haben, und ich habe das damals ausgesagt, dann wird da schon irgendwas dran sein. Aber, wie gesagt, ich habe daran wirklich keine Erinnerung mehr. Ich habe auch keinen Grund, hier - - Wenn mir das in Erinnerung wäre, würde ich Ihnen das erzählen. Ich habe ja auch über andere Sachen hier geredet. Aber mir ist das wirklich nicht mehr erinnerlich.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Aber wenn Sie das so hören, dann können wir davon ausgehen, dass Sie damit Dirk Bartok meinten.

Zeuge Toni Stadler: Denke ich. Das könnte ich mir vorstellen, ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Sie haben auch was zu der Slowakei gesagt. Da haben Sie in der gleichen Vernehmung ausgeführt:

„Dieses wurde auch angestrebt und unterstützt von den Potsdamern.“

„Die Potsdamer“ meint den Verfassungsschutz?

Zeuge Toni Stadler: Mhm.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE):

„Dirk hatte die Idee, dass er auch dorthin kommt. Er wollte möglicherweise meine Angaben selbst überprüfen und aus der Ferne sich ein Bild machen. Er wollte nicht mit Thomas P. und mir zusammen in die Slowakei fahren. Er hatte aber wohl noch nicht alle Genehmigungen dafür vorliegen.“³

Weiter haben Sie ausgeführt:

„Nach ca. einem Monat wurde mir gesagt, dass die Ämter für Verfassungsschutz sich untereinander abgesprochen hatten und diese den Produktionsweg kontrolliert verfolgen lassen wollten. Ich sollte die Informationen hierzu liefern.“⁴

Zeuge Toni Stadler: Kann sein.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Kann sein?

² Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: Ordner UA61, B 72, Band III.pdf, S. 21.

³ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: Ordner UA61, B 72, Band III.pdf, S. 22.

⁴ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: Ordner UA61, B 72, Band III.pdf, S. 153.

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Toni Stadler: Wie gesagt, ich weiß es nicht mehr.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Na ja, das war ja dann schon eine bundesweite Dimension, wenn auch die anderen Verfassungsschutzämter involviert gewesen wären.

Zeuge Toni Stadler: Na gut, das wurde ja in Berlin gemacht, diese Aussage. Da muss man auch mal grundsätzlich dazu sagen: War ja damals auch alles ein bisschen heikel gewesen. Berlin, die Festnahme und die Enttarnung etc., das war ja nun auch nicht alles so ganz in Ordnung gewesen. Es lag natürlich im ureigensten Interesse von der Berliner Staatsanwaltschaft sowie von dem LKA in Berlin, dass möglichst der Verfassungsschutz Brandenburg scheiße dasteht, um eben auch ihre eigene Maßnahme ein bisschen zu rechtfertigen nach dem Motto: Ja, ja, die haben alles falsch gemacht. Wir hier sind diejenigen, die - - Es gab ja damals so einen Zwist, wenn Sie sich daran erinnern können. Deswegen wurden da schon viele Sachen auch ein bisschen dramatischer und spektakulärer dargestellt, als es eigentlich der Fall war. Aber egal.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Was war denn in Ihrer Wahrnehmung nicht in Ordnung damals?

Zeuge Toni Stadler: Was?

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Was war denn in Ihrer Wahrnehmung damals nicht in Ordnung?

Zeuge Toni Stadler: Ich weiß noch: In den Vernehmungen wurden ja, sage ich mal - in Berlin, dort vor dem LKA -, viele Sachen so aufgeschrieben: Ja, und hier machen wir es so, und das schreiben wir so, das schreiben wir so. Hier hast du zu unterschreiben! - Teilweise habe ich da einige Sachen gar nicht unterschrieben, weil die so was von lächerlich und an den Haaren herbeigezogen waren. Da habe ich mich geweigert, das zu unterschreiben. Das war auch der Fall gewesen, und nicht nur einmal.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): War Ihr Anwalt dabei?

Zeuge Toni Stadler: Nein.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Nein. - War der Verfassungsschutz zu dem Zeitpunkt der Aussage noch dabei, oder waren die nur am Anfang dabei?

Zeuge Toni Stadler: Wie ich vorhin gesagt habe: das einzige Mal bei diesem Treffen, wo sie mir gesagt haben, ich soll babbeln und auspacken und es ist egal. Danach habe ich nie wieder welche gesehen.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Das war aber nicht am Tag der Beschuldigtenvernehmung, oder - -

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Toni Stadler: Ich habe mehrere Beschuldigtenvernehmungen gehabt, ohne Ende. Die haben mich alle zwei Tage da angekartt.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Wissen Sie noch, wie viele insgesamt?

Zeuge Toni Stadler: Vernehmungen?

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Ja. In der Phase, als dann auch die Entpflichtungserklärung kam.

Zeuge Toni Stadler: Einmal die Woche bestimmt. Vier Monate Moabit und da bestimmt einmal die Woche, mindestens.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Ich würde gerne noch kurz bei der Vernehmung vom 25.07. bleiben. Wissen Sie auch noch, was der Verfassungsschutz oder die Verfassungsschutzbehörden machen wollten mit den Informationen, die Sie zutragen sollten?

Zeuge Toni Stadler: Nein. Hat mich auch nicht interessiert.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Also, Sie haben ausgesagt:

„Es war geplant, die 2.000 CDs an der Grenze Österreich/Deutschland beschlagnahmen zu lassen, um der Szene einen finanziellen und ideologischen Schaden zuzufügen. Um meine Zusammenarbeit geheim zu halten, sollte ich aber aus einer Strafverfolgung herausgehalten werden.

So war es mit BARTOK abgesprochen. Ich sollte aber über sämtliche Schritte und evtl. Änderungen Informationen liefern, was ich auch getan hätte.“⁵

Zeuge Toni Stadler: Ich weiß es nicht mehr. Weiß ich wirklich nicht mehr. Keine Ahnung.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Sie wissen es auch nicht?

Zeuge Toni Stadler: Nein. Man muss dazusagen: Die Zeit damals war natürlich auch sehr, wie Sie sich vorstellen können, mental anstrengend und psychologisch anstrengend: so viele Informationen, und jeder kam an, jeder wollte was von mir. Da gehen natürlich verschiedene Sachen auch unter. Sehen Sie mir bitte nach, dass ich mich nicht mehr an alles genau erinnern kann.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Sie haben außerdem noch gesagt:

„Soweit wie ich weiß, sollten die Verfassungsschützer der beteiligten Bundesländer und des BfV informiert werden.

⁵ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: Ordner UA61, B 72, Band III.pdf, S. 153.

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Dirk erzählte mir nach einem Treffen, dass nach Aussage eines anderen LfV's, evtl. Thüringen oder Sachsen, die Sache eingestellt werden sollte, da es zu brisant ist.

Der WEGESIN soll sich dagegen ausgesprochen haben, da es sich um eine professionelle Arbeit handelt und keine Gefahr besteht.“⁶

Zeuge Toni Stadler: Kann sein. Wie gesagt, ist mir wirklich nicht mehr Erinnerung, diese Aussage.

Abgeordnete Vandré (DIE LINKE): Welche Rolle hat denn Herr Wegesin in Ihrer V-Mann-Tätigkeit gespielt?

Zeuge Toni Stadler: Habe ich nie persönlich kennengelernt.

Abgeordnete Vandré (DIE LINKE): Aber Sie haben immer wieder von ihm gehört?

Zeuge Toni Stadler: Es ist ja nun bekannt gewesen, dass das ein Behördenleiter ist. Aber sonst: Ich habe keinerlei Kontakt mit ihm gehabt oder gesehen oder irgendwas.

Abgeordnete Vandré (DIE LINKE): Also hat Ihr V-Mann-Führer Ihnen auch berichtet - oder im Gespräch mitgeteilt -, welche Absprachen er mit seinem Chef oder mit Herrn Wegesin hatte.

Zeuge Toni Stadler: Es kann schon sein, dass mitunter mal irgendwelche Informationen dann auch weitergereicht wurden: „Pass mal auf! Das und das!“

Abgeordnete Vandré (DIE LINKE): An Sie?

Zeuge Toni Stadler: Na ja, nichts Internes oder so. Aber mal gesagt: „Pass auf!“

Abgeordnete Vandré (DIE LINKE): Das ist ja schon ziemlich intern, wenn Sie in Erfahrung bekommen, welche Landesämter informiert wurden, dass das BfV eventuell dran ist.

Zeuge Toni Stadler: Wie gesagt: An das, was Sie hier vorgelesen haben, kann ich mich wirklich nicht mehr erinnern.

Abgeordnete Vandré (DIE LINKE): Schon komisch, weil es halt aus Ihrer Vernehmung ist. Deswegen frage ich ja auch.

Zeuge Toni Stadler: Sie müssen überlegen: Altkanzler Kohl oder Franz Beckenbauer können sich noch nicht mal an Sachen erinnern, die zwei Jahre her sind - wichtige Sachen! Jetzt erwarten Sie nicht, dass ich nach fast 20 Jahren mich an irgendwelchen - für mich eigentlich belanglosen - Scheiß erinnere.

Abgeordnete Vandré (DIE LINKE): Für uns ist es nicht belanglos, -

⁶ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: Ordner UA61, B 72, Band V.pdf, S. 54.

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Toni Stadler: Für Sie ist es nicht belanglos, weil Sie müssen natürlich Ihr Feindbild pflegen; ist ja klar. Aber ich kann mich nicht daran erinnern.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): - immerhin sitzen wir hier in einem Untersuchungsausschuss, der zum Ziel hat, die Verstrickungen auch der Brandenburger Behörden und deren Kenntnisse über die erfolgten NSU-Morde zu wissen und in Erfahrung zu bringen. Das ist unsere Aufgabe. Der Aufgabe gehen wir hier nach. Sie sind der geladene Zeuge, deswegen stelle ich Ihnen die Frage.

Zeuge Toni Stadler: Das können Sie ja machen. Aber ich kann - -

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Ich lese Ihnen die Fragen vor, die sich daraus ergeben. Um Sie zu zitieren: Sie haben vorhin gesagt, der Mensch ist die Summe seiner Handlungen und seiner Entscheidungen.

Zeuge Toni Stadler: Nee. Ich habe gesagt: Der Mensch ist die Summe seiner Erfahrungen.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Die Summe Ihrer Entscheidungen und Handlungen hat Sie heute hierhergebracht, auch die Erfahrungen, die damit einhergehen. Das, was wir Ihnen hier vorhalten, sind die Kenntnisse, die wir über Ihre Tätigkeit haben. Die legen wir Ihnen hier heute vor, und da müssen Sie sich auch unsere Fragen gefallen lassen.

Zeuge Toni Stadler: Das lasse ich mir doch auch gefallen, sonst wäre ich doch gar nicht gekommen.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Das war keine Frage, sondern eine Feststellung.

(Der Zeuge lacht.)

Vorsitzender Rupprecht (SPD): So. Wir sind bei Herrn Wiese.

Abgeordneter Wiese (AfD): Ich habe noch eine Frage. Nach Ihrem Umzug nach Dortmund: Wurden Sie dort noch mal von Sicherheitsbehörden wegen Zusammenarbeit oder Informationen angesprochen?

Zeuge Toni Stadler: Nein.

Abgeordneter Wiese (AfD): Nicht mehr? Es ist also nach wie vor Brandenburg zuständig gewesen?

Zeuge Toni Stadler: Bitte?

Abgeordneter Wiese (AfD): War nach wie vor Brandenburg zuständig für Sie, für die Führung? Oder war dann, wenn Sie nach Dortmund gegangen sind - -

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Toni Stadler: Ich bin, weiß ich nicht, Ende 2002 nach Dortmund gezogen. Wie ich vorhin auch schon gesagt habe: Ich habe doch seit - - gar keinen Kontakt mehr gehabt zu irgendwelchen Brandenburgern.

Abgeordneter Wiese (AfD): Okay. Danke schön.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Frau Nonnemacher.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön. - Herr Stadler, zu welchen zwischenzeitlich enttarnten V-Leuten hatten Sie Kontakt? Ich habe da als Ersten Mirko Hesse auf meiner Liste. Über den hatten wir ja heute schon gesprochen. Zu dem hatten Sie -

Zeuge Toni Stadler: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - intensiven geschäftlichen Kontakt. Der Mallorca-Urlaub usw.

R. M. - -

Zeuge Toni Stadler: Der Hesse war gar nicht in Mallorca.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Hm?

Zeuge Toni Stadler: Hesse war ja gar nicht in Mallorca.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Der war nicht mit - -

Zeuge Toni Stadler: Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Dann habe ich das falsch - - Gut. Aber Sie hatten zu ihm auf jeden Fall geschäftliche Kontakte.

R. M.?

Zeuge Toni Stadler: Habe ich auch nie in meinem Leben gesehen oder kennengelernt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Nie persönlich getroffen. - Thomas Richter?

Zeuge Toni Stadler: Der Thomas Richter, ne?

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Mhm.

Zeuge Toni Stadler: Nein, auch nie.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Haben Sie nie persönlich getroffen.

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Toni Stadler: Nie persönlich kennengelernt oder gesehen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Thomas Starke?

Zeuge Toni Stadler: Auch nicht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ac. Sch.?

Zeuge Toni Stadler: Auch nicht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): M. S.?

Zeuge Toni Stadler: Auch nicht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Und last, but not least: Tino Brandt?

Zeuge Toni Stadler: Tino Brandt auch nicht, nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Auch nicht. Okay. - Danke schön.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann gucke ich in die Runde und frage: Gibt es weiteren Fragebedarf? Ich frage mal der Reihenfolge nach: Bei der SPD-Fraktion? - Nicht. - Bei der CDU-Fraktion? - Auch nicht. - Dann sind wir bei der Linken-Fraktion. Da gibt es weiteren Fragebedarf. Bitte, Frau Johlige.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Wir waren jetzt ein bisschen überrascht. Wir haben noch ein paar Sachen. - Sie haben bei Ihrer Vernehmung im Untersuchungsausschuss in NRW auf die Frage, ob Sie „Combat 2000“ kannten, gesagt, dass Sie davon schon mal gehört haben.

Zeuge Toni Stadler: Mhm.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Können Sie uns da noch ein bisschen was zu erzählen?

Zeuge Toni Stadler: Ja, ich glaube - - Da können Sie jeden in diesem Saal fragen. Combat - - Was haben Sie gesagt: „Combat 2000“, oder - -

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): 2000.

Zeuge Toni Stadler: Ach, „Combat 2000“!

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Mhm.

Zeuge Toni Stadler: Ach das! Entschuldigung. Dann habe ich mich vertan. Ich habe gedacht, Sie fragen mich hier nach „Combat 18“, weil das kennt ja nun jeder, hat ja nun jeder gehört.

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Ja, das ist ein Zine meiner Meinung nach gewesen, nicht? Ein Zine ist das gewesen, ne?

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Mhm. Wer waren die Hersteller?

Zeuge Toni Stadler: Das weiß ich nicht mehr. Durch meine Hände sind so viele Zines gegangen damals. In der damaligen Zeit gab es ja noch kein Internet, zumindest noch nicht in der Relevanz wie heute. Die Informationen sind ja alle über Zines gelaufen.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Wir haben ja vorhin schon mal über Herrn G. gesprochen.

Zeuge Toni Stadler: Ja.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Kann es sein, dass der gemeinsam mit einem M. S. der Hersteller war?

Zeuge Toni Stadler: Wenn, dann nur temporär. Also, ich kann mir nicht vorstellen, dass die das langfristig beide zusammen gemacht hätten. Wenn, dann vielleicht temporär mal. Aber sonst - -

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Temporär? Wie lange?

Zeuge Toni Stadler: Na ja, vielleicht, dass sie mal gesagt haben: Wir machen mal irgendwie was zusammen, ein Heft oder so. Aber - -

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Hatten die kein gutes Verhältnis miteinander, oder wieso können Sie sich das nicht vorstellen?

Zeuge Toni Stadler: Weil ich nicht glaube, dass das - - wenn einer - - dass die beiden - - Ich traue denen das nicht zu, dass die beide zusammen ein Zine machen, was, sage ich mal, so lange Relevanz hat, dass es so interessant ist, dass es sich lohnt.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Woher kannten Sie die beiden?

Zeuge Toni Stadler: Na, weil es beide Cottbuser waren.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Und können Sie uns über die noch ein bisschen mehr erzählen?

Zeuge Toni Stadler: Seidel hat sich meiner Meinung - - Also, wenn ich jetzt ein bisschen recherchiere - - Das sind keine Leute, also meiner Meinung nach zumindest - - Was jetzt ist, weiß ich nicht. Aber zu dem Zeitpunkt - - Der M. S. ist ja wesentlich jünger wie ich, Herr G. wesentlich älter wie ich. Keine Leute, die jetzt irgendwie eine Gefahr für die Demokratie dargestellt haben oder so.

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Können Sie sich erinnern, wann das zum ersten Mal erschienen ist, dieses Zine?

Zeuge Toni Stadler: Nein.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Es ist aber schon so, dass da antisemitische Parolen verbreitet wurden, Bombenbauanleitungen usw.

Zeuge Toni Stadler: Das kann schon sein, ja.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Ist es zutreffend, dass Sie dem Verfassungsschutz mitteilten, dass Herr G. und Herr M. S. antisemitische Parolen in Cottbus riefen, die ein jüdisches Paar dann bei der Polizei anzeigte?

Zeuge Toni Stadler: Wer soll das noch mal gewesen sein?

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Herr G. und Herr M. S.

Zeuge Toni Stadler: Die Story kenne ich. Aber damit hat Herr M. S. nichts zu tun gehabt. Ich glaube, das war nur G. gewesen.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Nur G. - Können Sie darüber noch ein bisschen mehr erzählen?

Zeuge Toni Stadler: Nein. Das war auch vor - - Also, zu dem Zeitpunkt, wo das passiert ist, kannte ich den G. zum Beispiel noch gar nicht. Deswegen kann ich dazu auch gar nichts sagen. Aber die Story kenne ich; die ist bekannt gewesen.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): War Ihnen bekannt, dass die Staatsanwaltschaft Cottbus im selben Zeitraum wie gegen Sie auch gegen G. und M. S. wegen der Produktion dieses Zines ermittelte?

Zeuge Toni Stadler: War mir nicht bekannt, nein.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Am 21.03.2002 wurde bei Ihnen durchsucht. Wissen Sie, ob da parallel noch weitere Durchsuchungen stattfanden in Cottbus?

Zeuge Toni Stadler: Mir ist nur bekannt, dass meine Wohnung und der Laden noch durchsucht wurden, glaube ich. Das war die Cottbuser, ne? Welches Datum war das?

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): 21.03.2002.

Zeuge Toni Stadler: 21.03., März - ja, dann muss das Cottbus gewesen sein, genau.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Was wurde da noch durchsucht?

Zeuge Toni Stadler: Also, mir ist nur bekannt, dass bei mir - - Da war ja auch, nach meinem Kenntnisstand, Sachsen mit dabei gewesen, Kommissar „Daumenlos“, also

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

ein Hauptkommissar ohne Daumen aus Sachsen, Staatsschutz; daran kann ich mich erinnern. Der war dabei gewesen und Cottbuser noch. Im Laden war wohl eine Durchsuchung und bei mir zu Hause. Sonst weiß ich nichts.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Haben Sie in dem Zusammenhang Ihrem V-Mann-Führer vorgeworfen, dass er Sie vor dieser Durchsuchung nicht gewarnt hat?

Zeuge Toni Stadler: Nein. Ist mir nicht in Erinnerung, dass ich da irgendwie mich beschwert hätte oder so.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Hat er Sie vor anderen Durchsuchungen gewarnt, beispielsweise bei G. und M. S.?

Zeuge Toni Stadler: Nicht direkt. - Bei G. und M. S.? Nein, ist mir gar nicht bekannt. Also, mich hat er auch nicht direkt - - immer halt so durch die Blume, indirekt zu verstehen gegeben: „Ein bisschen aufpassen!“ und so.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Sozusagen in zeitlicher Nähe, oder - -

Zeuge Toni Stadler: Genau.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Unseren Akten können wir entnehmen, dass es auch Absprachen zwischen dem Verfassungsschutz und der Staatsanwaltschaft Cottbus gegeben haben soll, die das Verfahren gegen G. und M. S. betrafen. Deshalb fragen wir auch, weil Herr Bartok möglicherweise nicht über Ihre Durchsuchung, sondern über die Durchsuchung bei G. und M. S. unterrichtet war. Da würde ich Ihnen ganz gern einen Vorhalt machen: B 36, Band III, Seite 113. Da hat Herr Wegesin im Verfahren gegen den V-Mann-Führer Bartok Folgendes bei der Staatsanwaltschaft Cottbus ausgesagt:

„Eine Warnung vor strafprozessualen oder auch gefahrenabwehrrechtlichen Maßnahmen, z. B. Wohnungsdurchsuchungen, kommt nach der Rechtslage - und genauso ist die Weisungslage - nur in Betracht, wenn nach der gesamten Erkenntnislage der Verfassungsschutzbehörde klar ist, dass eine Quelle nicht Zielperson dieser Maßnahmen (Tatverdächtiger, Beschuldigter u. ä.) ist. Jegliche andere Handhabung des Quellenschutzes zöge die Gefahr nach sich, dass sich Mitarbeiter des Verfassungsschutzes selbst i. S. d. §§ 257 ff. StGB strafbar machen könnten. Wenn überhaupt, erfolgen gezielte Hinweise über strafprozessuale Einzelmaßnahmen oder über ein eingeleitetes Verfahren überhaupt nur dann, wenn nach Rücksprache mit den zuständigen Strafverfolgungsbehörden, d. h. den Staatsanwaltschaften oder - vorbehaltlich der staatsanwaltschaftlichen Sachleitungsbefugnis - mit den Polizeibehörden darüber Einvernehmen erzielt wird. Das kann im Einzelfall nach Maßgabe der Strafverfolgungsbehörde nur dann der Fall sein, wenn erkennbar unverdächtige nachrichtendienstliche Quellen zur Wahrung des Quellenschutzes aus Ermittlungsverfahren ‚herausgehalten‘ werden sollen.“

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Hatten Sie den Verdacht, dass möglicherweise G. oder Herr M. S. Informanten der Behörde sein könnten?

Zeuge Toni Stadler: Verdacht? Ich weiß nicht. Vorstellen kann man sich natürlich alles. Aber ich habe sie eigentlich nicht verdächtigt.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Also, Herr G. hat das behauptet im September 2003 gegenüber Polizeibeamten in Cottbus.

Zeuge Toni Stadler: Was hat er behauptet?

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Dass ein möglicher Informant des Verfassungsschutzes Herausgeber des „Combat 2000“-Magazins, in dem Bombenbauanleitungen gedruckt wurden, war.

Zeuge Toni Stadler: Das hat Gittel 2003 behauptet? Oder wer?

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Mhm.

Zeuge Toni Stadler: Wie gesagt, ich habe ja keinen Kontakt mehr seit 2002 zu irgendwelchen Leuten. Aber - -

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Also, Sie hatten auch nie wieder nach Ihrer Enttarnung Kontakt zu ihm.

Zeuge Toni Stadler: Nein.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Okay. Danke.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann geht mein Blick in die Runde: Herr Wiese? - Frau Nonnemacher? - Dann eine Frage von Frau Gossmann-Reetz.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie sagten zwischendurch, Sie hätten ein relativ gutes Verhältnis zu Herrn Bartok über diese Zeit gehabt. Wie würden Sie denn dessen politische Einstellung bewerten? Hat der sich da Ihnen gegenüber mal geäußert?

Zeuge Toni Stadler: Eigentlich nicht, nein. Ich denke mal - - Ach, weiß ich nicht. Konservativ oder nicht: Keine Ahnung. Kann ich nicht einschätzen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Kam nichts, -

Zeuge Toni Stadler: Nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - also dass Sie irgendwie einen Eindruck hatten?

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Toni Stadler: Er hat mir auch nicht erzählt, dass er - - Ich kann mir auch nicht vor- - Ich glaube auch, dass da Neutralität oberstes Gebot ist. Kann man sich vorstellen. Also, er hat mir nie irgendwie erzählt, dass er sich zu einer politischen Richtung besonders hingezogen fühlt oder so. Hat er nie gemacht, nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. Danke schön.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Frau Vandre, bitte.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Ich habe noch eine Frage. Als eine Person, die Rechtsrockmusik vertrieben hat und selber einen Laden aufgebaut hat, kennt man sich ja innerhalb der Szene. Der Name „Movement Records“ wird Ihnen garantiert ein Begriff sein.

Zeuge Toni Stadler: Wie noch mal, bitte?

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): „Movement Records“.

Zeuge Toni Stadler: „Movement Records“, ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Von Jan Werner.

Zeuge Toni Stadler: Ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Wissen Sie, wer außer Jan Werner noch bei „Movement Records“ mitgearbeitet hat?

Zeuge Toni Stadler: Nein, definitiv nicht. Würde ich sonst sagen, aber ist mir nicht bekannt.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay, das ist Ihnen nicht bekannt. - Dann war es das erst mal.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Erneut ein Blick von mir in die Runde: Gibt es weiteren Fragebedarf? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommt meine letzte Frage: Gib es jemanden, der eine Verteidigung des Zeugen beantragen will?

(Abgeordnete Vandre [DIE LINKE]: Ja!)

Dann muss ich die Nichtöffentlichkeit herstellen. Wir müssen einen Beschluss dazu fassen. Ich bitte also die Gäste und auch den Zeugen, den Saal kurz zu verlassen. Wir fassen einen Beschluss. Dann wird feststehen, ob ich Sie am Ende vereidige. Also bitte verlassen Sie uns einen Moment, Herr Stadler.

(Ausschluss der Öffentlichkeit: 16.23 Uhr)

Untersuchungsausschuss 6/1
34. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.10.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Dann frage ich in die Runde: Wer von den Ausschussmitgliedern ist dafür, dass wir den Zeugen vereidigen? Ich bitte um ein Handzeichen. - Das ist auf jeden Fall die Mehrheit. Dann werde ich ihn jetzt vereidigen.

Dann bitte ich, den Zeugen wieder hereinzuholen und die Öffentlichkeit wiederherzustellen.

(Wiederherstellung der Öffentlichkeit: 16.24 Uhr)

Herr Stadler, nehmen Sie bitte noch mal Platz. Der Ausschuss hat mehrheitlich beschlossen, dass ich Sie vereidigen soll, was ich hiermit machen will.

Ich frage Sie zunächst, ob Sie Ihre Aussagen noch ergänzen oder korrigieren wollen, die Sie getätigt haben.

(Der Zeuge schüttelt den Kopf.)

Dann frage ich Sie, ob Sie den Eid mit oder ohne religiöse Beteuerung leisten wollen.

Zeuge Toni Stadler: Ohne.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann lese ich Ihnen jetzt die Eidesformel vor:

Sie schwören, dass Sie nach bestem Wissen die reine Wahrheit gesagt und nichts verschwiegen haben.

Bitte heben Sie jetzt die rechte Hand und sagen Sie: „Ich schwöre es.“

(Der Zeuge hebt die rechte Hand.)

Zeuge Toni Stadler: Ich schwöre es.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Danke. Damit sind Sie vereidigt, und ich kann Sie entlassen.

Ich schließe die heutige Sitzung mit dem Hinweis darauf, dass wir am 22. November um 9.30 Uhr die nächste Sitzung haben werden. Vielen Dank allen und noch einen schönen Resttag!

(Schluss: 16.25 Uhr)

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

(Beginn des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Öffentlich: 9.45 Uhr)

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße unseren heutigen Zeugen, Herrn Szczepanski, und seinen Rechtsbeistand Frau L. - herzlich willkommen in unserem Ausschuss! Ich begrüße gleichfalls die uns per Ton angeschlossenen Gäste und Medienvertreter in den anderen beiden Räumen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Vernehmung des Zeugen Carsten Szczepanski
(Beweisbeschluss B 156)

Wir beginnen mit der Befragung von Herrn Szczepanski.

Ich werde Sie zunächst belehren:

Als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuss unterliegen Sie der Wahrheitspflicht. Das heißt, die von Ihnen gemachten Angaben müssen vollständig sein und der Wahrheit entsprechen. Sie dürfen weder falsche Angaben machen noch wesentliche Umstände, die mit dem Beweisthema in Zusammenhang stehen, verschweigen. Sofern Sie an bestimmte Dinge keine Erinnerung mehr haben, müssen Sie auch dies deutlich zum Ausdruck bringen. Der Untersuchungsausschuss ist nach § 22 UAG grundsätzlich berechtigt, einen Zeugen am Ende seiner Aussage zu vereidigen. Über eine Vereidigung Ihrer Person wird insoweit noch zu befinden sein.

Falsche Aussagen vor dem Untersuchungsausschuss sind strafbewehrt. Dabei kommt es nicht darauf an, ob Sie Ihre Aussage beeidigen müssen oder nicht. Falsche uneidliche Aussagen sind nach § 153 Strafgesetzbuch strafbedroht und werden mit Freiheitsstrafe zwischen drei Monaten und fünf Jahren sanktioniert. Im Falle der Annahme einer Strafbarkeit eines Meineides wird der Strafrahmen des § 154 Strafgesetzbuch, der eine Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr vorsieht, Anwendung finden.

Ich sage das, Herr Szczepanski, nicht, weil ich Ihnen misstrauere, sondern weil das Gesetz mich zu dieser Belehrung verpflichtet.

Ich darf Sie aber auch über Ihre Rechte informieren: Gemäß § 19 UAG sind Sie berechtigt, die Auskunft auf solche Fragen zu verweigern, deren Beantwortung Ihnen selbst oder einem der in § 52 Absatz 1 StPO bezeichneten Angehörigen die Gefahr zuziehen würde, wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit verfolgt zu werden. - So weit meine Belehrung.

Auf Angaben zu Ihrer Person verzichte ich in diesem Falle aus gegebenem Anlass.

Ich möchte, bevor wir mit der Befragung beginnen - das geht fraktionsweise im 15-Minuten-Rhythmus -, ganz kurz daran erinnern, dass Sie, Herr Szczepanski, der wichtigste Zeuge für uns sind; deshalb ist das ein besonderer Tag für uns, weil ein Großteil unseres Untersuchungsauftrags sich mit Ihnen und Ihrer Tätigkeit beschäftigt.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Ich bitte Sie sehr herzlich, uns bei der Aufklärung von noch vielen offenen Fragen zu unterstützen, und hoffe auf Ihre Bereitschaft dazu.

Ich will Sie als Eingangsfrage nur fragen: Haben Sie sich - - Oder: Wie haben Sie sich auf die heutige Runde vorbereitet?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich habe mich eigentlich gar nicht darauf vorbereitet. Ich wollte mich eigentlich komplett überraschen lassen. Ich wollte mir nicht zu viele Gedanken vorher machen, ich wollte eigentlich für mich selber ganz ruhig und sachlich - - verhalten.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Sie haben also nicht noch mal Kontakt zum Verfassungsschutz Brandenburg aufgenommen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nein.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Gut. - Dann, Herr Szczepanski, beginnen wir jetzt. Die Befragung beginnt die SPD-Fraktion. Frau Gossmann-Reetz, bitte schön.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Schönen guten Morgen, Herr Szczepanski.

Zeuge Carsten Szczepanski: Guten Morgen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Bevor ich Sie jetzt auch chronologisch mal befragen werde, habe ich eine Frage: Gibt es etwas, was Sie vorab diesem Ausschuss mitteilen möchten?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. - Dann würde ich chronologisch sehr früh beginnen wollen mit der Frage, wie damals in West-Berlin der Einstieg in die rechte Szene eigentlich für Sie gekommen ist. Sie sind ja in Berlin-Neukölln groß geworden, -

Zeuge Carsten Szczepanski: Mhm.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - mit sozialdemokratischen Eltern, habe ich lesen können. Wie war damals der Weg für einen jungen Menschen, in diese Szene überhaupt zu geraten?

Zeuge Carsten Szczepanski: Es war für mich - - hat es sich so entwickelt, dass ich über die Musikszene und die Mode reingekommen bin, zuerst in die Skinheadbewegung, und dass eben aus der Musik- und Konzertgeschichte - - wurde es dann halt zusehends so, dass ich immer weiter politisiert wurde, bis am Ende das für mich eigentlich - - Ja, es war ein fließender Übergang von dieser Skinheadszone dann in die rechte Szene.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie groß war die Szene damals in West-Berlin? Können Sie das noch beschreiben aus der heutigen Sicht?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, es war damals in West-Berlin so, dass die Szene halt zersplittert war in verschiedene Stadtbezirke und dass die Mitglieder der Skinheadszenen anfangs teilweise auch untereinander nicht befreundet waren, sondern eher das Gegenteil der Fall war: dass da gewisse Gang-Mentalitäten vorherrschten. Wie groß? Ich würde es vielleicht - also rein auf die Skinheadszenen - - vielleicht 100 Personen so geschätzt. Und in der Politszene war es auch so, dass die relativ zersplittert war in unterschiedliche politische Ansichten. Aber da vermag ich nicht zu schätzen, wie groß die war.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Wie ist es Ihnen eigentlich dann so schnell gelungen, internationale Kontakte zu bekommen und auch bundesweit, sage ich mal, schon eine Größe zu werden?

Zeuge Carsten Szczepanski: Auch das fing zunächst mit der Musikszene an. Wir haben halt bundesweit Konzerte besucht. Das war damals - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wer „wir“? - Entschuldigung.

Zeuge Carsten Szczepanski: Die Szene. Also, man hat sich ausgetauscht, ist dann eben zu Konzerten gefahren, hat sich mit Leuten unterhalten, hat sich vernetzt. Und so war es dann auch bei mir in der Politszene später. Ich habe mir viele Sachen angeguckt, war dann in der NPD und in der „Nationalistischen Front“ selber Mitglied.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber war das nicht sehr viel später erst, nach Ihrer Haft?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das war dann später, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Nein, wir sind jetzt noch vor Ihrer Haft in der Zeit West-Berlin, bevor Sie ja - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, ja, das war - - Doch, das war die Zeit, wo ich in der NF Mitglied war.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay, in der NF.

Zeuge Carsten Szczepanski: Und da gab es halt auch schon ein bestehendes Netzwerk, was man mit genutzt hat zu Fahrten zu Abenden, wo man sich getroffen hat.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wer waren damals Ihre politischen Ziehväter?

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, ich war nicht der typische Hitlerfan. Ich habe mich damals für die Politik der Strasser-Brüder interessiert, was dann für mich damals auch der Hauptgrund war, in die NF zu gehen und nicht zum Beispiel in die FAP.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mhm.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gab es da Persönlichkeiten, die Sie noch namentlich benennen können, die Sie da sehr beeindruckt oder mitgenommen haben?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich - - Sie meinen jetzt, geschichtlich gesehen, also politisch?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Nein, ich meine jetzt auch vor Ort, -

Zeuge Carsten Szczepanski: Ach so, okay.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - wirklich im persönlichen Kontakt auch in der Szene.

Zeuge Carsten Szczepanski: Okay. - Ja, ich hatte damals eben Kontakt zu Herrn Andreas P. zum Beispiel, bei dem ich dann später auch eingezogen bin. Das war so - na ja, ich möchte jetzt nicht sagen, „Ziehvater“, aber auch jemand, zu dem man halt aufgucken konnte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Der hatte ja schon Kontakt zu den „Vandalen“, nicht? Das war ja schon eine Nummer.

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und in der Zeit haben Sie dann ja auch begonnen, Ihr Fanzine rauszugeben, „Das Feuerkreuz“. War das Ihre Idee?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das war ein bisschen später dann schon. Das war eigentlich so eine allgemeine Idee, dass eben gesagt worden ist, man bräuchte halt irgendwie so ein - - wie so eine Art Stadtmagazin, aber halt natürlich bezogen auf die Szene.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wo war das bei Herrn Andreas P., wo haben Sie da gelebt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das war in Wedding, in der Koloniestraße, meine ich.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie sind - - Also, das war bei Herrn Andreas P.

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und die Wohnung hatte Herr Andreas P. ja vorher schon.

Zeuge Carsten Szczepanski: Die hatte er vorher schon, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Sie hatten ja dann noch mal eine Wohnung im Prenzlauer Berg. Das war Ihre Wohnung, richtig?

Zeuge Carsten Szczepanski: Es war nicht meine Wohnung. Ich war da als Mieter drin, weil die Herrschaften, die da gewohnt haben, hatten, glaube ich, einen Auslandsaufenthalt oder waren länger im Urlaub und haben das dann halt untervermietet für einen gewissen Zeitraum.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wer hat Ihnen diese Wohnung organisiert damals?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, das war eine Zeitungsannonce. Ich habe mich da selber vorgestellt -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay.

Zeuge Carsten Szczepanski: - und habe, ich meine, die Dame damals kennengelernt. Ja, und dann ging das recht unkompliziert.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, ich frage deswegen, weil Sie hatten ja - Sie sagen, Sie waren also erst in der Wohnung und dann bei Herrn Andreas P. oder andersrum?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nein, anders, umgekehrt: erst bei Herrn Andreas P.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Umgekehrt: erst bei Herrn Andreas P. und dann in der Prenzlauer Wohnung. Gut. - Und in der Wohnung hatten Sie dann aber eine Hausdurchsuchung. Können Sie sich an die erinnern?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, aber meiner Erinnerung nach erst zu dem Zeitpunkt, als ich da schon gar nicht mehr wohnte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): In der Wohnung fanden sich oder fand die Polizei damals unter anderem Rohrbombenkörper, ein Nitromethan-Gemisch und auch Ausgaben dieses Fanzines „Feuerkreuz“. Wie haben Sie von dem Bau von Rohrbombenkörpern erfahren und - - Wie kam es dazu?

Zeuge Carsten Szczepanski: Es gab damals so eine Art - wie nennt man das jetzt? - Schulungsheft, Schulungsmaterial. Die sind damals kursiert in der Szene, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sind Sie mit dem Thema erst durch Herrn Andreas P. in den Kontakt gekommen, oder war das zeitlich versetzt?

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Vom Zeitpunkt her war das so ein Zeitraum, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wer hat denn Ihnen diese Bauanleitungen, von denen Sie gerade gesprochen haben, zukommen lassen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das weiß ich nicht mehr. Also - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das wissen - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee. Es kann sein, dass das bei irgendeiner Veranstaltung auslag oder - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und was haben Sie mit diesen Rohrbomben damals bezweckt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich habe mir da, ehrlich gesagt, keine Gedanken drüber gemacht, und ich meine, der Karton stand auch noch unberührt da. Also, da ist nichts zusammengebaut worden.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, Sie haben völlig gedankenlos Rohrbomben gebaut.

Zeuge Carsten Szczepanski: Gebaut habe ich sie nicht, nein. Ich sage ja, der Karton - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja, aber die Utensilien dafür gehabt -

Zeuge Carsten Szczepanski: Die - - Genau.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - und auch Anleitungen dafür gehabt und auch Anleitungen übersetzt für Kameraden.

Zeuge Carsten Szczepanski: Übersetzt für Kameraden?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Nicht? Später in Fanzines?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ach so, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das war das - - Also, man baut völlig gedankenlos - - oder man sammelt völlig gedankenlos Rohrbombenteile.

Zeuge Carsten Szczepanski: Na ja, was heißt „gedankenlos“? Man war halt in der Szene schon so, dass man gesagt hat, man will für diesen Tag X vorbereitet sein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und das wollten Sie auch.

Zeuge Carsten Szczepanski: Zu dem damaligen Zeitpunkt schon, ja.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie hatten ja zu der damaligen Zeit schon, 1989 - vorher also -, einen Brandanschlag auf einen Falken-Bus verübt.

Zeuge Carsten Szczepanski: Mhm.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): So ganz gedankenlos scheint mir das damals nicht mehr gewesen zu sein.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, wobei ich bei dem Zeitpunkt - - war ich, ich meine, 16.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. Gut. Oder nicht gut. - Sie sind dann nach Königs Wusterhausen anschließend?

Zeuge Carsten Szczepanski: Mhm.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was haben Sie da für eine rechte Szene vorgefunden zu der damaligen Zeit?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, die Szene in Königs Wusterhausen war damals relativ stark. Meiner Empfindung nach war die Szene dort eben einheitlich, also eine Gruppierung, hat sich nicht, wie in Berlin, aufgeteilt zwischen verschiedenen Bewegungen, Vereinen, Parteien. Und meiner Erinnerung nach war es in Königs Wusterhausen immer so, dass die Szene schon autark war, also für sich abgeschlossen als eigenständige Gruppe.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Können Sie mir ein bisschen was zu Ihren Erinnerungen über die „United Skins“ in Königs Wusterhausen sagen? Wie waren - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Das war so der Überbegriff für die Szene dort.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und wissen Sie noch, wer die gegründet hat und wie die aufgebaut war? Können Sie das ein bisschen genauer schildern, bitte?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, es war aus meiner Erinnerung raus eine bunte Zusammensetzung aus Skinheads, Fußballhooligans - also, die Personengröße lag vielleicht bei 40 Leuten ungefähr, geschätzt - und war halt, wie gesagt, im Gegensatz zu der Szene in Berlin relativ bunt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wer waren die Führungspersönlichkeiten damals, zu der damaligen Zeit?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also der erste Kontakt, den ich damals hatte nach Königs Wusterhausen, war der Herr Ralf L. Das war auch so der Kontakt, den ich, na ja, bis zum Ende, bis zum Ausstieg dann auch hatte. Und meiner Meinung nach war der Herr Ralf L. schon so die zentrale Ansprechfigur.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wissen Sie, wann diese Kameradschaft „United Skins“ da in Königs Wusterhausen sich gegründet hat und wer dafür verantwortlich war?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also ich meine, dass mir mal erzählt worden ist, dass es die bereits zu DDR-Zeiten gab als lose Gruppierung.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. Und welche Aufgabe hatte Herr Ralf L. in diesem Verbund?

Zeuge Carsten Szczepanski: „Aufgabe“ möchte ich es nicht nennen. Er war halt, wie gesagt, Ansprechpartner, war halt der, der so Kontakte gehalten hat in andere Städte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und in welche Städte?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also speziell jetzt nach Berlin, Potsdam, Brandenburg, also schon eher so diese Land-Brandenburg-Städte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Auch schon in andere Bundesländer zur damaligen Zeit?

Zeuge Carsten Szczepanski: Na ja, es gab nach - - Ich meine, es war nach Bayern - - hatte er auch schon ganz gute Kontakte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und der Name Maik F.?

Zeuge Carsten Szczepanski: Maik F. war auch aus der Szene in KW, kam aber eher so aus der Skinhead-interessierten Bewegung.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und hatte, sage ich mal, was für eine Position oder auch Aufgabe - in Führungsstrichen bitte gesehen - bei den „United Skins“?

Zeuge Carsten Szczepanski: Da war er anfangs eher nicht so die zentrale Person, und ich meine, ich habe Herrn Maik F. auch erst richtig kennengelernt während der Zeit in der JVA.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Der ist ja danach auch nach KW gezogen, nicht? Und - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, genau. Ich meine, er war ursprünglich aus KW, war dann auch in - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und ist dann da auch wieder hin.

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und - ich springe mal kurz vor - nach dieser Haftentlassung von Maik F., haben sich damals die „United Skins“ noch mal stärker radikalisiert in KW? Würden Sie das so beschreiben?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das würde ich auf jeden Fall bejahen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und dieses Fanzine „United Skins“, war das so was wie das offizielle Blatt dieser Kameradschaft und - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, ein wenig schon. Das war halt ein - - auch wieder eine Art Mitteilungsmagazin mit Konzertberichten, Fußballberichten, Fotos.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie wurde denn das damals vertrieben, zu der damaligen Zeit?

Zeuge Carsten Szczepanski: Es gab in Königs Wusterhausen ein Postfach, und das war in dem Magazin abgedruckt. Und die Leute, also die Leute von außerhalb, konnten es bestellen, bzw. die Leute innerhalb hatten alle so eine Handvoll Exemplare, die sie dann verteilt haben.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und wer hat dieses Postfach betrieben?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das war ich.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das waren Sie. - Sie alleine?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, ich meine, dass der Herr Ralf L. damals eine Postvollmacht hatte; ich meine, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also Sie beide waren eigentlich so die Köpfe von „United Skins“ zu der damaligen Zeit -

Zeuge Carsten Szczepanski: Später dann, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - und haben das auch vertrieben.

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das dann mehr auf dem Postweg, oder war das dann mehr so - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, auf dem Postweg kamen kaum richtige Bestellungen rein. Das war mehr so: Wenn man irgendwo hingefahren ist, zum Fußball, hat man eine Handvoll mitgenommen oder auf einem Konzert verteilt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Waren auch Frauen in dieser Kameradschaft aktiv?

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Können Sie uns da Namen nennen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Es gab eine Frau B. M., die war aktiv dabei - nenne ich es mal jetzt. Dann gab es die Freundin von Frau L., die war noch dabei.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wer war das?

Zeuge Carsten Szczepanski: Und dann gab es - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wer war das, die Freundin von - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich weiß den Namen leider nicht mehr.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Noch mal zurück zu der Ausrichtung dieser „United Skins“. Also, Sie sagten, die waren schon homogener, wie gesagt zwar auch zusammengewürfelt, aber, sage ich mal - - Wenn wir jetzt von den führenden Köpfen sprechen: Welche Ausrichtung verfolgten die „United Skins“ damals noch politisch gesehen? War das schon Richtung „Blood & Honour“ oder eher „Combat 18“ oder „Hammerskins“?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also zu dem Zeitpunkt, wo ich die, ich nenne es mal jetzt, Gemeinschaft dort kennengelernt habe, war das noch gar nicht so politisiert. Es bestanden halt schon Kontakte nach Berlin zu den „Blood & Honour“-Leuten oder zu den „Hammerskins“, aber es war ja auch so, dass diese Kameradschaft zum Beispiel ein Amateurfußballteam betrieben hat, Fußballturniere ausgetragen hat. Also, es war auf keinen Fall so, dass das jetzt rein eine politische Kameradschaft war.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Frage bitte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. - Wie haben die sich denn weiterhin organisiert, als Sie in Haft gekommen sind? Also, Sie sagten, nachher war auch Herr Maik F. inhaftiert. Wie hat sich dann diese Szene in KW weiterentwickelt? Wissen Sie das?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, ich weiß es halt nur durch Besuche bei mir während der Haftzeit, dass sich die Szene stark entwickelt hat, auch von den Mitgliederzahlen her. Aber wer dann da vor Ort im Endeffekt die Fäden in der Hand hielt, das kann ich nicht beantworten.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Die Besuche, wer war das?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das waren Herr Ralf L., Herr H. - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Herr Henning K. (P.)?

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Zum Beispiel. Obwohl: Herr Henning K. (P.) war - - Eigentlich gehörte er zur Stadt Brandenburg und gar nicht nach KW.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Der hatte auch wenig Bezug dahin.

Zeuge Carsten Szczepanski: Doch, er hatte schon Bezug; das ist halt diese Vernetzung, die ich anfangs meinte, in die anderen Städte. Aber er hat halt nie in Königs Wusterhausen gewohnt.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ich muss an der Stelle jetzt abbrechen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja, wie gesagt, die Anschlussfrage ist: -

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Das ist dann die allerletzte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - Wurden bei diesen Besuchen also auch Strategie und Ausrichtung mit Ihnen besprochen?

Zeuge Carsten Szczepanski: In der Haft?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja.

Zeuge Carsten Szczepanski: Nein, nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Warum haben die Sie dann besucht?

Zeuge Carsten Szczepanski: Rein, um mich zu unterstützen vor Ort, auch mit Besuchen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay, gut. - Dann danke.

Zeuge Carsten Szczepanski: Sehr gern.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Bis zur zweiten Runde.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Jetzt wechselt das Fragerecht zur CDU-Fraktion. Herr Lakenmacher, bitte schön.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Morgen, Herr Szczepanski.

Zeuge Carsten Szczepanski: Guten Morgen.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Herr Szczepanski, wie entstand Ihr Interesse am Ku-Klux-Klan? Können Sie das beschreiben?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, das war für mich damals ein Gebiet, was erst mal natürlich neu war, spannend war. Dieser ganze Background des Ku-Klux-Klan mit

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

diesen Verschwörungen, diesen Geheimbünden im Hintergrund, das wirkte auf mich damals sehr anziehend, sehr neu und halt auch geheimnisvoll.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Und gab es in Berlin und in Brandenburg schon entsprechende Strukturen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Meines Wissens nicht, nein. Ich habe damals - - Ich habe es mir relativ einfach gemacht: Ich habe ein Postfach in den USA angeschrieben, hatte mich erkundigt nach Kontakten und - -

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Können Sie sagen, bei wem oder wo und wie erkundigt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das war damals die Ku-Klux-Klan-Gruppe von Herrn Mahon.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Und die Adresse hatten Sie irgendwie aus einem Magazin, oder - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, genau. Und ich kann mich noch dran erinnern, dass er total begeistert war, dass er Post aus Deutschland bekommen hat, aber auch gesagt hat, dass es da eben noch keine Kontakte vor Ort gibt.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Der Szeneaussteiger Ingo H. beschreibt in einem seiner Bücher einen Angriff auf die sogenannte Gründgens-Villa, der gemeinsam mit dem Ku-Klux-Klan durchgeführt wurde - so steht es im Buch -, und die KKK-Mitglieder seien in Kutten und mit Maschinenpistolen - so steht es dort wortwörtlich - losgestürmt. Wussten Sie von diesem Angriff? Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nein. Das höre ich jetzt zum ersten Mal.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Hören Sie zum ersten Mal? Okay. - Also, da haben Sie überhaupt keine Erinnerung dran, wer da beteiligt gewesen sein könnte.

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee. Also, ich kann es mir, ehrlich gesagt, für die damalige Zeit auch nicht vorstellen. Ich meine, es gibt natürlich - oder: es gab damals - verschiedene Klan-Gruppierungen, die ja auch in ihrer Glaubensrichtung weit auseinandergingen, aber - - Also: Nee.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Dieser Angriff soll im August 1991 stattgefunden haben - vielleicht mal so zur zeitlichen Einordnung.

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, tut mir leid, also - -

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Im August 91, 1991: Gab es da schon lose KKK-Strukturen in Berlin oder Brandenburg oder in Deutschland? Oder feste?

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, wir waren in Berlin ja im Endeffekt mit unserem Ku-Klux-Klan-Interesse drei Leute.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Drei. - Können Sie noch erinnern, wer diese drei Leute waren?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, das war der Herr N. Z., und dann war es noch ein sehr guter Freund von Herrn N. Z.; aber den Namen weiß ich jetzt nicht.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Aber Berliner?

Zeuge Carsten Szczepanski: Berliner, ja, ja.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Berliner, mhm. - Was dann Ihr Interesse und später ja auch Ihre Aktivitäten für den Ku-Klux-Klan betrifft: Wie und wen haben Sie versucht, ab wann anzuwerben? Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, ich kann mich noch dran erinnern, dass wir das Thema in Königs Wusterhausen angesprochen hatten. Wir hatten dann zwischenzeitlich Herrn Mahon auch zu Besuch in Berlin, und es gab dann die Idee, einen Fernsehbeitrag zu machen. Ich meine, das war „Spiegel TV“ damals. Und während der Vorbereitungen zu diesem TV-Bericht hatte ich so für mich schon den Eindruck, dass die Szene vor Ort das eher belustigend fand, den Gedanken, da mit Bettlaken durch die Gegend zu rennen und sich Löcher ins Kopfkissen zu schneiden. Ich denke, das war - - Das Interesse war halt kurzzeitig da, aber ist nicht wirklich - - es mündete nicht in festen Strukturen oder in einer großen Organisation.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Also nicht irgendwie manifest ideologisch untersetzt, sondern eher so, um Aufsehen zu erregen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Und dieser Kontakt zum „Spiegel“, wer hat den aufgenommen? Wie kam der zustande?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, dass Herr N. Z. damals einfach angerufen hat beim Sender und sich telefonisch mit einem Redakteur unterhalten hat. Es gab dann noch ein Treffen, ein erstes Treffen, das er alleine wahrgenommen hat; beim zweiten Treffen war ich dabei. Und am Tag, als das aufgenommen worden ist, war es dann so, dass, ich meine, drei oder vier Fernsehleute vor Ort waren und die auch völlig entsetzt waren, wie laienhaft das alles wirkte und wie wenig Material davon eigentlich verwendbar war.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Aber Sie haben es trotzdem verwendet und ausgestrahlt.

Zeuge Carsten Szczepanski: Klar.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Wenn Sie das so nebeneinanderlegen, also Ihr Wissen darum, wie die tatsächlichen Strukturen waren und die Anhängerschaft, und was dann am Ende da für ein Beitrag ausgestrahlt wurde: Würden Sie sagen, das spiegelte das Tatsächliche wider, oder war es - ich nenne es mal so salopp - hochgeputscht?

Zeuge Carsten Szczepanski: Es war hochgeputscht. Und das haben die Reporter und der Kameramann vor Ort auch selber gesagt, so sinngemäß: Wir werden das Beste draus machen, aber so viel ist es ja nicht, dass wir jetzt hier wirklich eine Riesendoku draus machen können.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Ja. - Sagen Sie, der - - Es gab ja diese Kreuzverbrennung in Halbe. Wer hat die geplant, und wie kam die Idee zustande und dann die Umsetzung?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, das wäre - - Also, die Grundidee dazu kam von Herrn Mahon.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Ja.

Zeuge Carsten Szczepanski: Der meinte, wenn wir schon was mit dem Fernsehen machen, dann muss es auch große Bilder geben. Und der Reporter - ich weiß da leider den Namen nicht mehr -, der war auch hellauf begeistert. Klar: Feuer, im Wald, dunkel, viele Leute, die rumstehen und dementsprechend kostümiert sind. Also, der war dann nicht so, dass er uns gebremst hat, sondern der fand das schon klasse.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Na, ob seines Beitrages.

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau, ja, ja. Klar.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Okay. Ja, das musste man ja noch mal klarstellen. - Gut.

Sagen Sie, der Teilnehmerkreis bei dieser Kreuzverbrennung, wie setzte der sich zusammen? War das fest abgesprochen, vielleicht sogar mit dem Reporterteam? Oder - - Sie haben da ja vielleicht auch versucht, quantitativ viele Leute zu bewegen, da teilzunehmen.

Zeuge Carsten Szczepanski: Wir haben es zumindest versucht, quantitativ Leute zusammenzubekommen. Das ist uns an diesem Abend nicht gelungen. Ich meine, es waren sieben, acht Leute vor Ort.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Sie sagten, Sie haben versucht, Leute zusammenzubekommen. Also, viele haben auch gesagt: „Da wollen wir nicht dabei sein, weil da ist das Fernsehen dabei“? Oder - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Zum einen wegen dem Fernsehen, zum einen wegen der amerikanischen Thematik, sage ich mal. Und es war halt auch so, dass, wie

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

gesagt, die Szene in Königs Wusterhausen nicht komplett politisiert war und dass die Leute, die vielleicht mehr an Fußball, Party, Kneipe interessiert waren, da von vornherein gesagt haben: Das machen wir nicht.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Sagen Sie, im Rahmen des Ermittlungsverfahrens des Generalbundesanwaltes gegen den Ku-Klux-Klan wurde bei Ihnen in der Wohnung im Prenzlauer Berg ja Sprengstoff gefunden - war ja schon Thema. Wo konnte man Anfang der 90er in Berlin diesen Sprengstoff erhalten? Erinnern Sie sich?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, mich zu erinnern, dass da kein Sprengstoff dabei war. Die Flüssigkeiten, die ich da in der Wohnung hatte - also, ich war auch in Chemie nie wirklich gut -, die hatte ich von einer Mitarbeiterin aus einem Ostberliner Chemielabor bekommen.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Wie kam dieser Kontakt zustande? Können Sie sich da erinnern? Und warum exakt diese Flüssigkeit? Also, das hatte ja einen Hintergrund.

Zeuge Carsten Szczepanski: Der Kontakt kam auch über Herrn Ralf L. zustande. Das war eine junge Frau damals. Warum jetzt die Flüssigkeiten am Ende dadrin waren, die dadrin waren - ich vermag es nicht mehr zu sagen.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Aber welche Zielrichtung hatte das, diese Flüssigkeit zu erhalten und zu deponieren?

Zeuge Carsten Szczepanski: Es hieß natürlich schon, dass das explosiv ist, wenn man es zusammenmischt. Ich meine auch, dass die sehr gut verpackt waren mit irgendwie gelbem Klebeband, ganz dick und so. Also, ich habe selber nie reingeguckt in die eigentlichen Flaschen. Da hätte alles und nichts drin sein können.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Sie waren eher so derjenige, der den Lagerraum zur Verfügung gestellt hat?

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau. Also, Lagerraum - -

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Für wen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Es stand bei mir im Schlafzimmer.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Für wen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Für - aus damaliger Sicht - die Szene, falls man's halt mal braucht.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Gab es da jemanden, der da besonders umtriebig war und gesagt hat: „Wir müssen diese Flüssigkeit lagern hier in - -

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Die junge Frau arbeitete bei Berlin-Chemie, oder wo?

Zeuge Carsten Szczepanski: Den Namen der Firma hat sie mir nie gesagt. Es war irgendwas mit Chemie, und es war in Ostberlin. Das weiß ich noch.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Weil es gibt ja eine Firma in Ostberlin: Berlin-Chemie.

Zeuge Carsten Szczepanski: Okay. Halte ich für möglich, aber ich weiß es nicht mit Gewissheit.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Okay. - Können Sie sonst, was Sprengstoff oder eben Bestandteile zur Herstellung von Sprengstoff betrifft, sagen, was es damals so für Wege gab, an Sprengstoff bzw. an Inhaltsstoffe zur Herstellung von Sprengstoff zu kommen? Gab es da spezielle Ansprechpartner in der Szene?

Zeuge Carsten Szczepanski: Meines Wissens nicht. Es gab im Umland von Königs Wusterhausen Leute, die die alten Schlachtfelder abgelaufen sind und versucht haben, da Waffen zu bergen, Panzerfäuste zu bergen.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Also rund um Halbe so, -

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): - Kesselschlacht und - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Und die haben da auch was gefunden?

Zeuge Carsten Szczepanski: Da wurde teilweise auch was gefunden, ja.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Und dann gelagert?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, ich kann mich an ein konkretes Beispiel erinnern, da hat mir der Herr Schr. aus Senzig was zugeworfen. Ich hab's gefangen und hatte dann so alten Panzerfaustsprengstoff in der Hand, der irgendwie - - Ja, es sah komisch aus. Ich hätte nicht gewusst, was es ist, bis er mir das gesagt hat. Und es lag - -

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Okay. Aber noch explosiv sozusagen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, muss man von ausgehen.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Oder eine leere Hülse?

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, nee, also nur rein den Sprengstoff.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Okay.

Zeuge Carsten Szczepanski: Das wurde aber auch nicht speziell gelagert, das hat er in der Wohnung gehabt.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Okay. Das ist eine andere Art der speziellen Lagerung. - Hatte der noch mehr?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich kann mich dran erinnern, dass der jedes Wochenende irgendwie buddeln war und da alles Mögliche ausgebuddelt hat.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Also mit Erfolg - in seinem Sinne - losgezogen ist.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, schon.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Okay. - Haben Sie auch mal solche Versuche unternommen, da alte Munition zu - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich war zweimal mit zum Buddeln, wie wir es genannt haben, aber - - Ja, ich weiß nicht. Ich kann mich erinnern, einmal hatten wir irgendwelche Uniformteile und so ein verrostetes Bajonett gefunden. Aber ich fand das jetzt nicht so spannend.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Okay. - Und während dieser Suchen: Wurden Sie da beobachtet? Gab es da irgendwelche - - Oder waren Sie da völlig frei? Haben Sie sich völlig unbeobachtet gefühlt da in den Wäldern in Dahme-Spreewald?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, das war schon relativ - - Also, was heißt relativ? Es war frei; doch, ja, würde ich sagen.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Was diese, sage ich mal, alte Panzerfaustmunition oder auch diese Flüssigkeit, die Sie bei sich gelagert haben, betrifft: Gab es da schon konkrete Planungen, was wann damit geschieht oder wann es eingesetzt wird?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nein, nein. Das war halt so dieses Denken, dass das politische System halt irgendwann kaputt ist und man sich für den Tag X halt vorbereiten muss, Sachen lagern muss. Es gab auch Leute, die haben sich damals schon Decken und Kerzen aufgehoben und gesammelt.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Frage bitte.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Waren Sie auch dieser Überzeugung, dass das politische System irgendwann so erodiert sein wird, dass man sich so wappnen müsste?

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Zum damaligen Zeitpunkt ja.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Warum? Können Sie es beschreiben? Was führte dazu, zu dieser Überzeugung?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das Gefühl, dass halt viele Dinge nicht gut funktionieren. Das Gefühl, dass eben - ein Beispiel - die Arbeitslosenzahlen hochgehen und, und, und. Und eben auch das Gefühl, dass ja jedes politische System irgendwann nicht mehr funktioniert und einfach kaputtgeht.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Wobei das System zumindest in dem Gebiet, Beitrittsgebiet Ost, sage ich mal, in der ehemaligen DDR, ja dann noch relativ jung war.

Zeuge Carsten Szczepanski: Gut. Ich bin aber ja aus Westberlin.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Und insofern schon länger in dem älteren System, und das war dann Ihre Überzeugung. - Wie sehen Sie das heute? Sind Sie immer noch der Überzeugung?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nein.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Das ist jetzt wirklich die letzte Frage.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Ja.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich bin nicht mehr der Überzeugung.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Danke schön.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): So, wir machen weiter mit der Fraktion der Linken. Herr Dr. Schöneburg fragt.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Danke schön. - Herr Szczepanski, ich gehe noch mal ein bisschen zurück, oder ich gehe mal in Ihre private Vita: Sind Sie immer noch Hertha-Fan?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich möchte zu meinem heutigen Leben eigentlich nichts sagen.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Gut. Aber damals waren Sie Hertha-Fan gewesen, -

Zeuge Carsten Szczepanski: Damals war ich Hertha-Fan.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - in den 80er-, 90er-Jahren.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Sind Sie auch zu den Heimspielen immer gegangen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Gelegentlich schon, ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Und waren Sie da organisiert in Fanstrukturen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, gar nicht.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Waren Sie Sympathisant oder Mitglied von „Zyklon B“?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nein.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Nein. - Kannten Sie aber „Zyklon B“?

Zeuge Carsten Szczepanski: „Zyklon B“ war meiner Erinnerung nach die Fangruppe aus Berlin-Spandau.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Und was - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Eine Gruppierung, die aber nicht so der Skinhead-Szene zugeneigt war, sondern mehr diesem englischen Begriff der „Casuals“ nachhing, also nach außen hin nicht erkennbare junge Menschen, die dadrin waren.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Kannten Sie aus diesen Zusammenhängen, also aus Ihrer Fußballleidenschaft heraus oder aus anderen Zusammenhängen vor 1990, Ihren späteren V-Mann-Führer Dieter Borchert oder Herrn „Dieter Borchert“?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nein.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Weil ich habe in einer Akte gelesen, in einer Notiz: Der hat gesagt, er kannte Sie aus Ihren Westberliner Zeiten.

Zeuge Carsten Szczepanski: Okay. Nee, wüsste ich - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Kannten Sie nicht?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Gut. - Dann mache ich jetzt den Sprung wieder zum KKK-Komplex, also Ku-Klux-Klan. Sie haben gesagt, den Kontakt zu Dennis Mahon haben Sie hergestellt.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Und wie sind die Reisekosten von Dennis Mahon hier nach Königs Wusterhausen bzw. nach Berlin finanziert worden?

Zeuge Carsten Szczepanski: Es war so, dass er von uns Geld bekommen hat, das wir ihm geschickt haben, und ich meine, mich erinnern zu können, dass er gesagt hat, dass er den Großteil des Geldes eben von seiner übergeordneten Klan-Gruppierung bekommen hat.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Also Sie haben da nichts beigesteuert.

Zeuge Carsten Szczepanski: Doch, doch. Wir haben auch gesammelt und auch was gezahlt, ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): In welcher Höhe war das ungefähr gewesen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, es waren 200 Mark - ungefähr.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Okay. - Sie haben ja erzählt, dass Sie nach dieser Wohnungsdurchsuchung im Dezember 1991 sich quasi nach Brandenburg, nach Königs Wusterhausen abgesetzt haben. Bei wem haben Sie denn da gewohnt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich habe zuerst bei Herrn E. O. gewohnt und danach bei Frau Mei.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Bei Herrn E. O. gab es ja - Sie werden sich sicherlich dran erinnern - Ende Februar 1992 eine Hausdurchsuchung im Zusammenhang mit einem Ermittlungsverfahren, das der Generalbundesanwalt zum KKK-Komplex geführt hat. Können Sie sich an diesen Vorgang noch erinnern, an diese Hausdurchsuchung? Oder: Was können Sie dazu noch sagen aus Ihrer Erinnerung heraus?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, da hätte ich schon bei der Frau Mei. gewohnt, als die Hausdurchsuchung war.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Also, aus den Unterlagen geht hervor, dass Sie bei Herrn E. O. waren. Sie sind ja auch in Gewahrsam genommen worden an dem Tag.

Zeuge Carsten Szczepanski: 92?

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): 92. Am 22.02.1992. Sie sind in Gewahrsam genommen worden und waren danach noch drei Tage in Polizeigewahrsam und sind befragt worden durch Beamte des BKAs. Die haben wir hier schon als Zeugen gehört.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Okay. Das mag dann so gewesen sein. Vielleicht war es auch in dem Übergang. Also, ich habe auch, als ich mit Frau Mei. damals zusammen war, dann trotzdem noch gelegentlich bei Herrn E. O. geschlafen bzw. auch umgekehrt: Ich habe bei Frau Mei. geschlafen, als ich eigentlich noch bei Herrn E. O. gewohnt habe. Das war so ein - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Gut. - Aber können Sie sich an die Hausdurchsuchung und an die Gewahrsamsnahme erinnern?

Zeuge Carsten Szczepanski: Dunkel.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Dann bringen Sie doch mal ein bisschen Licht ins Dunkel.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich kann mich dran erinnern, dass bei Herrn E. O. auch so diese typischen Sachen mitgenommen worden sind, die eben aus dieser Buddelgeschichte stammten: Uniformen und so Materialien halt.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Mich interessiert ja mehr, was mit Ihnen passiert ist. Also, man muss sich ja dran erinnern können, wenn man drei Tage in Polizeigewahrsam gewesen ist.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja. Ich meine, dass am zweiten Tag die Polizeibeamten mich befragt hätten. Aber das ging auch relativ schnell vorüber, meine ich. Ich hätte jetzt aus der Erinnerung auch nicht gewusst, dass es drei Tage waren.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja, es waren drei Tage gewesen. Am 22. sind Sie in Gewahrsam genommen worden, und am 23., 24., 25. sind Sie vernommen worden durch BKA-Beamte. Das kann auch nicht so schnell vorübergegangen sein.

Zeuge Carsten Szczepanski: Aber ich meine, dass die Vernehmung - - dass ich da schon wieder zu Fuß hingelaufen bin am zweiten Tag.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Okay. - Und worüber ist in der Vernehmung gesprochen worden?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, das war auch diese Ku-Klux-Klan-Geschichte. Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Und haben Sie sich da kooperativ verhalten, oder haben Sie gemauert - wie man es so umgangssprachlich sagt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, ich habe eher gemauert.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Die Beamten haben gesagt, sie haben mit Ihnen Videos angeschaut. Können Sie sich daran erinnern?

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Sie haben auch mit Ihnen diskutiert über die Funde aus Ihrer Wohnung, aus der Wohnungsdurchsuchung vom Dezember 1991, woher die Chemikalien stammen.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, aber ich meine, das ist so am Rande gestreift worden. Das war jetzt nicht - - Also, aus meiner heutigen Erinnerung - 20 Jahre später - meine ich, dass das nur so ein Nebenpunkt gewesen ist an diesem Tag. Es ist bei mir nicht so in Erinnerung geblieben, dass das jetzt wirklich bei der Befragung, ich will nicht sagen, unwichtig war, aber nicht so wichtig, dass das jetzt im Vordergrund stand.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Na, und was war dann wichtig? Dann müssten Sie sich an das Wichtige ja erinnern können.

Zeuge Carsten Szczepanski: Das Wichtige war - meiner Erinnerung nach - halt dieses Gespräch über den Ku-Klux-Klan.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Und was haben Sie da berichtet?

Zeuge Carsten Szczepanski: Aber ich kann mir jetzt auch - - Also, dass wir Videos geguckt haben - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Was haben Sie da berichtet über den Ku-Klux-Klan?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich habe damals berichtet über den Kontakt zu Herrn Mahon, meine ich. Ich kann mich noch vage daran erinnern, dass die Beamten wissen wollten, ob er denn noch in Deutschland ist oder ob er schon wieder zurückgereist ist. Das stand so im Vordergrund, würde ich sagen.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Das war alles gewesen?

Zeuge Carsten Szczepanski: An was ich mich jetzt so heute noch erinnere, ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ich machen Ihnen mal einen Vorhalt aus einem Artikel aus dem „Spiegel“, der offensichtlich auch sehr quellenfundiert ist. Also, die „Spiegel“-Autorin oder der „Spiegel“-Autor hatte auch Einsicht in die Generalbundesanwaltschaften. Da wird geschrieben:

„Bei den Vernehmungen durch Beamte des Bundeskriminalamtes (BKA) zur Ku-Klux-Klan-Feier Anfang der neunziger Jahre in Königs Wusterhausen packte er über Hintermänner in den USA und Sympathisanten in Deutschland aus. Als ein Ermittler ihm daraufhin in Aussicht stellte, bei weiterer Kooperation mit einer ‚Dienststelle‘ könne das Verfahren nach Paragraph 153 e der Strafprozessordnung wegen ‚tätiger Reue‘ eingestellt werden, löste das endgültig seine Zunge.“

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, an so einen Verlauf kann ich mich nicht erinnern.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ist Ihnen da so ein Versprechen gemacht worden, dass, wenn Sie aussagewillig sind, das Verfahren nach § 153 Strafprozessordnung eingestellt wird?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nein. Also, ich kann mich nicht mehr dran erinnern. Ich meine aber auch, dass die Beamten, die mich vor Ort befragt haben, dass das kein BKA war.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Doch, es waren BKA-Beamte. Die hatten wir ja auch hier zur Vernehmung.

Zeuge Carsten Szczepanski: Okay.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Da können Sie sich sicher sein.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ah.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Können Sie es ausschließen, oder können Sie sich nur nicht daran erinnern, dass Ihnen so eine Versprechung gemacht worden ist?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, wie gesagt, wir sind jetzt 20 Jahre später. Ich kann mich nicht erinnern.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Sie können sich nicht erinnern. Also, Sie können es nicht ausschließen, dass - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Nein.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ich mache Ihnen den Vorhalt - - Ich setze den Vorhalt noch mal fort. Weiter heißt es im Text:

„Vor allem, was es mit vier Rohrbombenkörpern und den für Sprengsätze geeigneten chemischen Substanzen auf sich habe, die das BKA in einer von ihm angemieteten Berliner Wohnung gefunden hatte, wollten die Ermittler wissen. Der Mann“

- also Sie -

„bot laut Vernehmungsprotokoll prompt an, ein paar Erkundigungen einzuziehen: ‚Ich werde mich in der nächsten Zeit auf den Weg machen, um in der Skin-Szene nach dem Anbieter der Chemikalien Ausschau zu halten.‘ Sogar ‚neues Material‘ wollte er beschaffen.“

Können Sie sich daran noch erinnern?

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, eigentlich auch nicht mehr. Also, ich kann mich daran erinnern, dass halt danach gefragt worden ist. Ich wüsste aber jetzt nicht mehr zu sagen, ob ich damals irgendjemanden belastet habe oder nicht. Kann ich - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Was haben Sie sich denn erhofft, wenn Sie gesagt haben, dass Sie nach Material suchen werden?

Zeuge Carsten Szczepanski: Was ich mir erhofft habe?

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Was haben Sie sich erhofft in der Vernehmung?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, wie gesagt, ich kann mich nur noch dunkel erinnern; aber ich kann mich nicht dran erinnern, dass mir irgendein Angebot gemacht worden ist, dass ich - - auch nicht, dass ich noch Material irgendwie besorgen soll oder so.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Doch, das war ja ein Zitat aus dem Vernehmungsprotokoll.

Zeuge Carsten Szczepanski: Okay. - Weiß ich heute nicht mehr.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Also, Sie sagen, Sie können nicht ausschließen, dass Ihnen nach § 153 ein Angebot gemacht worden ist, das Verfahren einzustellen. Ist Ihnen durch die Vernehmungsbeamten eine Vertraulichkeitszusage gemacht worden, dass - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Weiß ich auch nicht mehr. Wie gesagt, ich hätte jetzt nicht mal gewusst, dass es das BKA war.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Also dass Sie sozusagen Informationen liefern und dafür die Verfahren gegen Sie niedergeschlagen werden, eingestellt werden oder der Verfolgungsdruck -

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, ich meine, mich - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - eingestellt wird?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich kann mich nicht dran erinnern und ich meine auch nicht, dass das so klar gesagt worden ist. Also, wüsste ich nicht, nee.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Mich verwundert daran, dass - - Oder: Ich tendiere dazu, das zu bejahen, dass es so eine Vertraulichkeitszusage gegeben hat, weil Sie danach doch Aktivitäten gezeigt haben, die ich mir eigentlich sonst nicht vorstellen könnte, wenn man drei Tage in Gewahrsam war und so mit der Polizei konfrontiert worden ist. Weil: Sie haben danach angefangen, das Fanzine, also „United Skins“, zu produzieren; drei Hefte 1992. Sie haben in Gusow dieses große Konzert

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

organisiert. Sie waren - darauf werden wir sicherlich noch kommen - in Wendisch Rietz aktiv gewesen. Und jeweils ist der Verfolgungsdruck sozusagen -

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, ich kann mich - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - sehr bescheiden gewesen.

Zeuge Carsten Szczepanski: Was ich noch ziemlich genau weiß: dass ich ein Schreiben über die Einstellung des Verfahrens bekommen habe. Und ich meine, dass der Grund für die Einstellung war, dass wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation ermittelt worden ist, aber festgestellt worden ist, dass es keine Organisationsstrukturen gab. Das, meine ich, war dann der Punkt, warum es dann eingestellt worden ist.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Mir drängt sich eher auf, dass das BKA sozusagen das Versprechen eingelöst hat, einfach das Verfahren nach § 153 einzustellen, weil Sie entsprechend aussagewillig waren, -

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, wie gesagt, also - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - wenn man die Aussagen der BKA-Beamten liest.

Zeuge Carsten Szczepanski: Wenn wir ehrlich sind und jetzt zurückschauen, waren ja die organisatorischen Strukturen auch nicht so, dass man sagen kann, dass es eine feste Gruppe oder eine feste Struktur gab. Also, weiß ich nicht.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Sie haben ja vorhin gesagt, dass Sie sich erinnern können, dass Sie mit drei Personen versucht haben, den Ku-Klux-Klan zum Laufen zu bringen. Da haben Sie gesagt, dass einer der N. Z. gewesen wäre, -

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - und an den Dritten konnten Sie sich nicht erinnern. Sagt Ihnen der Name T. D. etwas in dem Zusammenhang?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee. Also, wenn ich jetzt auf einen - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Oder B■■■■ P■■■■?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich hätte jetzt Jens gedacht oder gesagt. Aber ich bin mir echt nicht mehr sicher. Das war: 1,75 Meter, blond, Seitenscheitel.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Aber - -

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber drei Leute sind ja schon mal eine kleine Struktur.

Zeuge Carsten Szczepanski: Na ja, eine ganz kleine.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Haben Sie gewusst, dass der N. Z. am 29. August 1992 in Berlin einen Obdachlosen totgeschlagen hat?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich habe davon gewusst, dass Herr N. Z. in Haft sitzt, wusste aber nicht, dass das Opfer zu Tode gekommen ist. Nein.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber es entsprach doch auch der Ideologie des Ku-Klux-Klans, solche Taten zu begehen.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, schon. Auch. Klar.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Und in Wendisch Rietz sind doch auch Parolen des Ku-Klux-Klans gerufen worden im Zusammenhang mit der Verfolgung des nigerianischen Lehrers.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, aber teilweise von Leuten, die ich zwar kannte, aber die ich persönlich wieder eher zu dieser Sauf-und-Trink-Gruppierung zählen würde.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Also, ich habe so das Gefühl, dass Sie das so ein bisschen verniedlichen, die Rolle des Ku-Klux-Klan. Sie sagen sozusagen, auch im Zusammenhang mit der Kreuzverbrennung wird das alles so ein bisschen so als Event dargestellt, wo RTL dran interessiert ist, da so einen Budenzauber zu entwickeln. Aber wenn man dann hört, dass Obdachlose umgebracht worden sind, dass ein Lehrer fast zu Tode gejagt wurde, sind das doch knallharte Straftaten, die unter dem Ku-Klux-Klan-Motto und -Logo begangen worden sind.

Zeuge Carsten Szczepanski: Aber ich glaube und denke, dass diese Verbrechen auch passiert wären, wenn es diesen Ku-Klux-Klan-Hintergrund, wie Sie es gerade genannt haben, oder diese Bestrebungen nicht gegeben hätte. Da bin ich schon überzeugt von. Allein aus der Ideologie heraus.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Gut. - Danke schön.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann wechseln wir zu Herrn Wiese von der AfD-Fraktion. Bitte schön.

Abgeordneter Wiese (AfD): Tag, Herr Szczepanski.

Zeuge Carsten Szczepanski: Guten Tag.

Abgeordneter Wiese (AfD): Herr Szczepanski, wie ist denn Ihr schulischer Werdegang gewesen?

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Mein schulischer Werdegang?

Abgeordneter Wiese (AfD): Ja.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich habe einen Realschulabschluss.

Abgeordneter Wiese (AfD): Wie gut ist denn - - Oder: Welche Fremdsprachen sprechen Sie denn?

Zeuge Carsten Szczepanski: Englisch und Französisch.

Abgeordneter Wiese (AfD): Das haben Sie damals in der Schule gelernt.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, wobei Französisch mit Vier minus abgeschlossen. Insofern ist da jetzt nicht - -

Abgeordneter Wiese (AfD): Aber Englisch war so gut, dass Sie mit Mahon schriftlich verkehren konnten?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, in Schulenglisch. Ja, das ging schon.

Abgeordneter Wiese (AfD): Schulenglisch.

Zeuge Carsten Szczepanski: Mhm.

Abgeordneter Wiese (AfD): Mahon hat kein Deutsch gesprochen.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, er hat so ein paar Brocken sich angeeignet, aber - -

Abgeordneter Wiese (AfD): Aber das reichte nicht zum Unterhalten?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, nee, das nicht.

Abgeordneter Wiese (AfD): Aha.

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, fließend Deutsch konnte er nicht, nein.

Abgeordneter Wiese (AfD): Und wie oft haben Sie dem geschrieben?

(Der Zeuge überlegt.)

Zeuge Carsten Szczepanski: Vermag ich nicht mehr zu sagen. Einige Male. Aber wie oft genau, weiß ich nicht mehr.

Abgeordneter Wiese (AfD): Und wer hat Ihnen dann den englischen Text von seinem Antwortschreiben übersetzt?

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Das war mit Lexikon und Wörterbuch und viel Fantasie.

Abgeordneter Wiese (AfD): Aha. Und das hat dann ausgereicht, dass Herr Mahon dann nach Königs Wusterhausen gekommen ist. - Wie lang war der denn da?

Zeuge Carsten Szczepanski: Warum er da war?

Abgeordneter Wiese (AfD): Nein: Wie lange war er da?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ach, wie lange! - Ich meine, er war vier, fünf Tage da, also knapp eine Woche vielleicht. Maximal.

Abgeordneter Wiese (AfD): Und mit welcher Erkenntnis sind Sie nach seinem Besuch ins Leben geschritten? Oder: Wie haben Sie dann Ihr Leben aufgebaut?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, dieses Gefühl, was sich für mich da entwickelt hat, war eine gewisse Entzauberung von diesem ganzen Geheimnisvollen, Geheimbundartigen und vielleicht die Erkenntnis, dass er eben eigentlich auch ein ganz normaler Mensch war.

Abgeordneter Wiese (AfD): Es ist ja auch - ich gebe jetzt nur das wieder, was ich noch so in Erinnerung habe - - Sie wollten ja hier Hintermänner usw. auch benennen. Nach vier, fünf Tagen Ku-Klux-Klan-Hintermänner benennen: War da nicht ein bisschen mehr Angabe als Wissen dabei?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich sage ja, ich kann mich an diese Äußerung nicht erinnern. Eine Erkenntnis war ja auch schon vorab, dass eben in Berlin und Umland da - zumindest von dieser Klan-Gruppierung - keine Mitglieder vor Ort waren.

Abgeordneter Wiese (AfD): Mhm. - Jetzt möchte ich gern einmal wissen, wie Sie auf die Idee kommen, Rohrbomben zu bauen. Also, als Jugendlicher hat man ja viele Sachen im Kopf, aber ich denke, 91 oder so in der Zeit, ist ja das Fernsehprogramm noch nicht so schlimm gewesen, dass man hier auf Rohrbomben kommt.

Zeuge Carsten Szczepanski: Wie gesagt, ich hatte die Materialien in meiner Wohnung, aber ich habe nichts gebaut - im technischen Sinne.

Abgeordneter Wiese (AfD): Hätten Sie sich das zugetraut?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich hatte auf meinem letzten Zeugnis auch in Chemie eine Vier. Also, ich hätte es mir wahrscheinlich nicht zugetraut.

Abgeordneter Wiese (AfD): Aber Sie haben, so wie Sie vorhin erzählt haben, mit Sprengstoff dann doch - - Auf den Suchfeldern haben Sie sich dann Sprengstoff zuschmeißen lassen.

Zeuge Carsten Szczepanski: In der Wohnung von Herrn Schr. dann, ja, genau. Das war nicht auf den Feldern.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Wiese (AfD): Waren denn mit diesen Rohrbomben noch andere Waffen im Umlauf?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, jetzt in Königs Wusterhausen?

Abgeordneter Wiese (AfD): Überhaupt, in Ihrem Tätigkeitsfeld - so als Schüler, nach der Schule. Wie oft sind Sie denn mit Waffen in Kontakt gekommen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Na ja, ich bin in Neukölln groß geworden, und da wird man - wurde man - relativ schnell mit Gewalt konfrontiert. Es gab damals in Neukölln, ich meine, zwei Straßengangs. Also, es war - - Man konnte dem gar nicht entfliehen.

Abgeordneter Wiese (AfD): Können Sie den Jahrgang noch zuordnen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Wann das war?

Abgeordneter Wiese (AfD): Mhm.

(Der Zeuge überlegt.)

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich war in der Oberschule. Ich meine, da war ich 14, 15.

Abgeordneter Wiese (AfD): Und da haben Sie schon Waffen gehabt.

Zeuge Carsten Szczepanski: Nicht gehabt. Sie haben ja gefragt, ob ich damit Berührung - -

Abgeordneter Wiese (AfD): Aber Kenntnis - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau, Kenntnis bekommen, ja. Und wenn einem, weiß ich nicht, gerade so an Stellen wie dem Hermannplatz vor dem Karstadt halt ein Messer unter die Nase gehalten wird oder so: Das sind halt auch Sachen, die einen gerade in jungen Jahren dann natürlich auch prägen und wo man dann versucht, für sich selber zu sagen: Wenn ich das längere Messer in der Tasche habe, habe ich vielleicht eine Chance, dem Ganzen zu entkommen oder zumindest mit heiler Haut davonzukommen.

Abgeordneter Wiese (AfD): Und dann haben Sie sich mehr für Schusswaffen und Bomben usw. interessiert - um dem Ganzen zu entgehen.

Zeuge Carsten Szczepanski: Das Interesse an Waffen in der rechten Szene war allgemein sehr groß und - ich würde jetzt schon fast sagen - allgegenwärtig.

Abgeordneter Wiese (AfD): Sie haben vorhin auch mal kurz den Satz - zumindest habe ich es so verstanden - fallen lassen, Sie wollten vorbereitet sein für den Tag X.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Abgeordneter Wiese (AfD): Können Sie das ein bisschen näher erläutern?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, im Prinzip sah das natürlich für jeden anders aus, wie ich schon sagte. Der eine hat schon angefangen, Decken und Kerzen zu horten, der Nächste hat sich eben irgendwelche anderen Sachen zurechtgelegt - seien es halt diese Bodenfunde, die er da ausgebuddelt hat. Also, das war sehr weiträumig, dieses Feld.

Abgeordneter Wiese (AfD): Können Sie mir mal sagen, was so Ihre bleibenden Ereignisse in den Jahren 1990/91/92 waren?

Zeuge Carsten Szczepanski: Meine bleibenden Ereignisse?

Abgeordneter Wiese (AfD): Ja, was in dieser Szene so szenetypisch gewesen wäre.

Zeuge Carsten Szczepanski: Mag ich jetzt kein konkretes Beispiel irgendwie hervorholen.

Abgeordneter Wiese (AfD): Haben Sie keine. - Ab wann haben Sie denn für das Amt gearbeitet?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich habe den Kontakt zum Amt gesucht, als ich in Untersuchungshaft war.

Abgeordneter Wiese (AfD): Was für ein Jahr?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das war 91 oder 92, meine ich.

Abgeordneter Wiese (AfD): Ich frage deswegen, weil Sie vor dem Oberlandesgericht München angegeben haben, dass Sie schon 91 - das haben Sie mehrmals betont - für das Amt gearbeitet haben.

Zeuge Carsten Szczepanski: Dann war meine Untersuchungshaft auch 1991.

Abgeordneter Wiese (AfD): Welche Untersuchungshaft war denn das? Sie hatten ja mehrere wahrscheinlich.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich hatte mehrere. Ich meine, es war die Untersuchungshaft zum Strafverfahren wegen versuchten Mordes.

(Abgeordnete Johlige [DIE LINKE]: Die war viel später! Die war 94!)

Abgeordneter Wiese (AfD): Jetzt frage ich, Entschuldigung. - Das war also 91 - - hatten Sie diese Untersuchungshaft.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine ja. Ich meine, ich bin verhaftet worden, da war ich 21 Jahre alt. Weil: Ich kann mich auch noch daran erinnern, dass es dann noch darum ging, ob ich nach Erwachsenenstrafrecht oder Jugendrecht verurteilt werde. Also muss es eigentlich 91 gewesen sein.

Abgeordneter Wiese (AfD): Sie haben jetzt an der Reaktion der Mitkollegen mitbekommen: Das Datum passt nicht ganz, also der Jahrgang passt nicht ganz. Kann das nicht 92 gewesen sein?

Zeuge Carsten Szczepanski: Es kann auch 92 gewesen sein, klar. Ich sagte ja: 91, 92. Aber ich meine, 1994, das wäre zu spät.

Abgeordneter Wiese (AfD): Müssen Sie wissen; ich weiß es nicht.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, ja, nee, ich sage ja: Ich war 21, und das war die Untersuchungshaft in Königs Wusterhausen.

Abgeordneter Wiese (AfD): Jetzt haben Sie Ihrer eigenen Aussage nach schon 91 für das Amt gearbeitet. Wer war denn dann Ihr Betreuer, Führer? Oder mit wem haben Sie da zusammen gearbeitet?

Zeuge Carsten Szczepanski: Wie gesagt - -

RAn S. L.: Jetzt muss ich mich mal einschalten. Herr Szczepanski hat ja eine Aussagegenehmigung. Ich weiß nicht, ob die Ihnen auch vorliegt. Da ist es so, dass es jetzt zumindest insofern eingeschränkt ist, als dass grundsätzlich zu einzelnen Personen keine Aussagen gemacht werden. Ich will das nur allgemein mal sagen - das fängt ja jetzt an, in den Bereich reinzukommen -: Allgemeine Aussagen sind zulässig, aber nicht zu einzelnen Personen. Insofern würde ich dann die Fragen - - Müssen wir eben gucken. Ich kann die auch gerne dem Herrn Vorsitzenden mal zur Verfügung stellen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Die haben wir.

RAn S. L.: Die haben Sie auch.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ja, ja.

RAn S. L.: Gut.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ich frage in die hintere Reihe. Wir haben nämlich vorhin Kontakt gehabt auch zum Thema Aussagegenehmigung. - Bitte schön.

Herr Dr. Treffke (MIK): Ja, so weit noch mal von uns: Wir hatten ja im Vorfeld, kurz vor der Sitzung, noch mal einen telefonischen Kontakt zur Klarstellung der Aussagegenehmigung. Also, von uns aus spräche jetzt nichts dagegen, wenn der Zeuge hier Ausführungen dazu macht. Wir würden dann im Einzelfall, wenn es wirklich

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

sehr, sehr konkret werden würde, den Fingen recken. Aber so, in der Form, haben wir es ja schon mehrfach, mit mehreren Zeugen durch.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Alles klar. So war es abgesprochen. Dann: Bitte beantworten Sie die Frage.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, wie gesagt: Ich kann mich daran erinnern, dass der erste Kontakt in der Untersuchungshaft in Königs Wusterhausen war, dass zwei Wochen, maximal drei Wochen nach meinen Schreiben an die Behörde jemand zu Besuch kam, ein erstes Gespräch mit mir führte und dass beim zweiten Gespräch der gleiche Herr anwesend war und dann mein späterer V-Mann-Führer. Allerdings bin ich, wie gesagt, mit den Jahreszahlen jetzt wahrscheinlich nicht mehr so mit der Erinnerung hinterher. Aber es war auf jeden Fall in der JVA KW.

Abgeordneter Wiese (AfD): Na ja, das mit den Jahreszahlen würde mich jetzt halt schon noch interessieren, wenn Sie sich erinnern könnten, weil beim Oberlandesgericht hatten Sie sich ja auch sehr detailliert erinnern können zu bestimmten Teilen.

Zeuge Carsten Szczepanski: Zu bestimmten Teilen, ja, genau.

Abgeordneter Wiese (AfD): Ja, deswegen frage ich.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich vermag es jetzt - - Wie gesagt, ich - -

Abgeordneter Wiese (AfD): Also, halten wir mal fest: 91 haben Sie bereits für das Amt gearbeitet.

Zeuge Carsten Szczepanski: 91, da war ich 21, da war ich in der U-Haft und habe da den Kontakt aufgenommen zum Amt.

Abgeordneter Wiese (AfD): 91 war ja auch Ku-Klux-Klan?

Zeuge Carsten Szczepanski: Hätte ich jetzt früher eingeordnet, ehrlich gesagt.

Abgeordneter Wiese (AfD): Na, ich frage Sie ja jetzt.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, das war früher.

(Abgeordneter Dr. Schöneburg [DIE LINKE] meldet sich zu Wort.)

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Entschuldigung.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Wenn falsche Vorhalte gemacht werden, dann sollte man die auch monieren. Wenn jetzt hier gesagt wird, dass 91 die U-Haft in Königs Wusterhausen war, dann ist das einfach de facto falsch. Die war 94 gewesen. Deswegen ist das jetzt hier ein völlig falscher Pfad, der beschriftet wird. Wenn der Kollege Wiese sich nicht vorbereitet und nicht weiß, wann die U-Haft war

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

wegen Wendisch Rietz, dann kann er aber nicht den ganzen Ausschuss damit belasten.

Abgeordneter Wiese (AfD): Werter Kollege Schöneburg, ich habe nicht gesagt, dass es 94 war. Ich habe gefragt, wann er in Untersuchungshaft war. Und dann weise ich auch Ihre Vorwürfe zurück - ich behaupte sogar: politisch motivierte Vorwürfe -, ich hätte mich nicht vorbereitet. Ich hatte schon öfters mal den Vor-

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Also, den Dialog würde ich jetzt gerne unterbrechen. Herr Wiese, Sie haben noch eine Minute. Fragen Sie bitte weiter.

Abgeordneter Wiese (AfD): Ich möchte aber auch klarstellen, dass ich mich hier nicht beleidigen lasse.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Fragen Sie weiter.

(Abgeordnete Gossmann-Reetz [SPD]: Das geht so nicht! - Abgeordneter Lakenmacher [CDU]: Wer ist denn der Vorsitzende?)

Abgeordneter Wiese (AfD): Wie ist denn diese Führung dann zustande gekommen mit Ihrem Führer oder wer das auch immer war?

Zeuge Carsten Szczepanski: Wie gesagt, beim zweiten Gespräch mit den Beamten ist mir der Herr B. vorgestellt worden. Dieser war dann auch bis ganz kurz vorm Ende immer meine Kontaktperson.

Abgeordneter Wiese (AfD): Gut.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann wechselt das Fragerecht zu Frau Nonnemacher von der Fraktion der Grünen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön, Herr Vorsitzender. - Guten Tag, Herr Szczepanski. Guten Tag, Frau Rechtsanwältin.

Noch mal ganz kurz zu den Jahreszahlen: Sie sagen, Sie haben 1991 in der Untersuchungshaft in Königs Wusterhausen gesessen wegen des Mordversuches an dem Lehrer Steve E. Dieser Mordversuch hat aber erst im Mai 1992 stattgefunden. Wie können Sie sich das erklären? Saßen Sie gegebenenfalls wegen eines anderen Deliktes in Königs Wusterhausen in Untersuchungshaft?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, dass es wegen dieser Tat - - Also, es gab zwei Tatvorwürfe. Beim ersten wurde ein Ermittlungsverfahren geführt - ich meine, wegen gefährlicher Körperverletzung. Das ist dann eingestellt worden.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Entschuldigung, darf ich nachfragen: gefährliche Körperverletzung wegen des Mordversuches an Steve E.?

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber wie kann das sein, wenn ich Ihnen sage, dass dieser Mordversuch erst im Mai 92 stattgefunden hat?

Zeuge Carsten Szczepanski: Wie gesagt, aus meiner Erinnerung heraus war es um 91 herum - kann auch nach 92 reingegangen sein -, weil ich meine, dass damals die Frage halt noch im Raum stand mit 21 Jahre alt und Erwachsenenstrafrecht oder Jugendstrafrecht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Kann es nicht sein, dass es sich bei einer Untersuchungshaft im Jahre 1991, die Ihnen ja offensichtlich gut in Erinnerung geblieben ist - gerade wegen der Altersgrenze der 21 Jahre -, da um ein anderes Delikt, um einen anderen Vorgang handelt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Kann ich nicht ausschließen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Können Sie nicht ausschließen. Aber Sie können sich erinnern, dass Sie sich bereits bei der ersten Untersuchungshaft 1991 dem Verfassungsschutz angeboten haben?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, es war die Untersuchungshaft, die dann letztendlich zu der Haftstrafe führte.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut, also die Untersuchungshaft wegen des Mordversuches an Steve E., -

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - die dann aber erst 1994 stattgefunden hat. - Also: Haben Sie irgendeine Erklärung? Ich finde, Ihre Erinnerung ist in vielen Punkten sehr gut. Können Sie sich erklären, wieso Sie praktisch um Jahre danebenliegen in Ihrer Erinnerung?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee. Das ist jetzt fast 20 Jahre her. Dass ich da mit den Jahreszahlen vielleicht durcheinanderkomme, mag man mir verzeihen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. - Gehen wir ein bisschen weiter zurück. Ich würde noch mal auf die Zeit Ihrer Berufswahl gerne eingehen. Was war Ihr ursprünglicher Berufswunsch? Sie haben sich bei der Deutschen Bundespost beworben. Aber Sie sollen in einer Vernehmung - in Ihrer BKA-Vernehmung - gesagt haben, dass Sie sich auch bei der Polizei und der Bundeswehr beworben haben. Ist das richtig?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das ist korrekt, genau. Und eine Bewerbung als Krankenpfleger, meine ich, hatte ich auch noch gestellt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Bei welchen Einheiten oder bei welchem Bundeswehrkommando oder bei welchen Polizeidienststellen hatten Sie Ihre

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Bewerbungen eingereicht, und bei welchem Krankenhaus hatten Sie sich um eine Krankenpflegerausbildung bemüht?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, die Bewerbung bei der Bundeswehr hätte ich damals nach Hannover geschickt. Aber das ist jetzt, wie gesagt, noch länger her. Und die Krankenpflegestelle wäre auch in Westberlin gewesen. Ich meine, dass das in Tegel war, aber - -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): In Tegel. - Und die Polizeidienststellen, wo haben Sie Ihre Bewerbungen für die Polizei hingeschickt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, die hätte ich sogar direkt in Neukölln abgegeben.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Hatten Sie bei den Bewerbungen Vorstellungsgespräche? Hatten Sie konkreten Kontakt mit Polizeidienststellen oder mit Bundeswehr?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, von der Bundeswehr kam relativ schnell eine Absage, eine schriftliche. Bei der Polizei, meine ich, kam nicht mal die. Die Post hat damals relativ zügig geantwortet und mich eingeladen. Ja, da habe ich dann halt zugegriffen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also, von der Polizei haben Sie keine positive Rückmeldung erfahren.

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie waren nie zu einem Vorstellungsgespräch; Sie sind dort nicht angenommen worden.

Zeuge Carsten Szczepanski: Nein. Ich kam, glaube ich, nicht mal in den engeren Kreis irgendwie.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. Und Sie haben dann die Ausbildungsstelle bei der Post angenommen, -

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - damals immerhin noch einem Staatsunternehmen. War das für Sie mit Ihrer politischen Einstellung nicht eigentlich ein Widerspruch?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, definitiv war es das, klar. Aber auf der anderen Seite war es auch ein Beruf, wo man als Beamter einen sicheren Job gehabt hätte, auch damals schon mit einer relativ guten Bezahlung.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie wollten sozusagen als Angehöriger der rechten Szene diesen Staat abschaffen. Sie haben Sprengstoff bevorratet in Erwartung des Tages X, wenn der Staat zusammenbricht, aber auf der anderen Seite haben Sie sich bei der Deutschen Bundespost als Postbeamter beworben.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, ich habe damals sehr viel dumme und falsche Sachen gemacht in meinem Leben. Klar, dass das nicht logisch ist und nicht zusammenpasst. Das ist mir heute auch bewusst. Klar, logisch.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Herr Szczepanski, Sie sind aus Ihrem Elternhaus herausgeworfen worden, also von Ihren Eltern, und sind dann zu Andreas P. von der „Nationalistischen Front“ gezogen.

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie haben uns vorhin auch erläutert, dass Sie Mitglied der „Nationalistischen Front“ und Mitglied der NPD waren. Könnten Sie bitte noch mal datieren: Wann sind Sie Mitglied der „Nationalistischen Front“ geworden, wann sind Sie Mitglied der NPD geworden?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich bin - - Ich muss ganz kurz nachdenken. Wie gesagt, Jahreszahlen sind ja scheinbar nicht so in Erinnerung geblieben. Ich meine, ich bin 87 zu Hause rausgeworfen worden. Das war auch so der Zeitraum, wo ich in die „Nationalistische Front“ eingetreten bin.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also 1987. Und die NPD?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das war auch so in dem Zeitraum, vielleicht ein bisschen früher. Ist heute schwer zu sagen, weil es zwischen diesen beiden Gruppierungen auch eine relativ große Schnittmenge an Leuten gab, die halt irgendwie zu beidem gehört haben.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Woher kannten Sie Herrn Andreas P., und wie kam es, dass er Sie aufgenommen hat? Also, ein 17-Jähriger, der sozusagen eine Bleibe sucht - - Sie müssen ja schon irgendeine Beziehung zu ihm gehabt haben.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich kannte Herrn Andreas P. durch die NF-Veranstaltungen in Berlin. Es gab auch durch die NF damals so Fahrten nach Westdeutschland, die unternommen worden sind, sogenannte Gewaltmärsche, wo man innerhalb von soundso viel Tagen soundso viel Kilometer schaffen musste und wo man halt auch Leute kennenlernt und ein bisschen besser kennenlernt.

Herr Andreas P. hatte halt damals auf mich so, ich weiß nicht, ob man es Vorbildcharakter nennen kann, aber zumindest so ein Charisma, dass man also auch echt beeindruckt war.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wie lange haben Sie bei ihm gewohnt?

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Aus der Erinnerung heraus würde ich sagen, es waren vielleicht zwei, drei Monate.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Zwei, drei Monate. - Sie sagten, Sie sind 1987 aus Ihrem Elternhaus rausgeflogen. Dann haben wir vorhin identifiziert, dass Sie diese andere Wohnung im Prenzlauer Berg hatten, -

Zeuge Carsten Szczepanski: Mhm.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - die Sie über Zeitungsannonce wegen Verreisen der Eigentümer dann genommen haben.

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Und aus dieser Wohnung sind Sie ja dann im Dezember 91 geflohen, aus der zweiten. Also, Sie haben nur zwei bis drei Monate bei Herrn Andreas P. gewohnt bis ins Jahr 87. Was war in der ganzen Zeit bis 91?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich hatte zwischendurch auch noch eine eigene Wohnung, meine erste eigene Wohnung in Neukölln, in der Herrfurthstraße damals. Aber wann ich die hatte? Irgendwo zwischendrin.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Okay.

Zeuge Carsten Szczepanski: Das war so eine Einzimmerwohnung mit Außentoilette. Na ja, so eine typische erste Wohnung.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja, hatte ich auch mal. - Sie sind also - - Zwei bis drei Monate haben Sie bei Herrn Andreas P. gewohnt 1987. Danach hatten Sie eine eigene Einzimmerwohnung in Neukölln in der Herr- -

Zeuge Carsten Szczepanski: Herrfurthstraße.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - Herrfurthstraße - und danach diese Wohnung im Prenzlauer Berg, die Sie im Dezember 91 überstürzt verlassen haben, bevor diese Durchsuchung wegen Ihres Sprengstoffzubehörs anstand.

Zeuge Carsten Szczepanski: Für mich war es damals - ich mag mich jetzt vielleicht täuschen - aber keine Flucht in dem Sinn. Ich meine, dass dieser Untermietsvertrag ganz einfach ausgelaufen ist und dieses Ehepaar, was da gewohnt hat, einfach zurückkam, dass zumindest die Rückkehr nahe bevorstand und ich dann von Herrn E. O. das Angebot hatte: Na ja, wenn du da sowieso rausmusst, aus der Wohnung, kannst du ja auch eigentlich schon vorher kommen. - So habe ich das jetzt noch in Erinnerung.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also, Sie haben nicht die Erinnerung, dass Sie im Dezember 91 aus dieser Wohnung in Berlin geflohen sind nach Königs

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Wusterhausen wegen anstehender Ermittlungen gegen Sie, die dann in einer Durchsuchung der Wohnung mündeten?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, den Eindruck hatte ich nicht. Und ich glaube, ich wäre dann auch nicht von Berlin nach Königs Wusterhausen geflohen, sondern bedeutend weiter weg als 20 km vor die Stadt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Okay. Sie haben aber Ihre sämtlichen Dinge in dieser Wohnung zurückgelassen. Wie erklärt sich das?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, ich bin damals dann mit zwei, drei Taschen, glaube ich, zu Herrn E. O. gezogen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber Sie haben eine ganze Menge Ihrer persönlichen Dinge in der Wohnung zurückgelassen.

Zeuge Carsten Szczepanski: Schon, ja, doch.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Obwohl Sie sagten, es war praktisch ein regulärer Auszug, weil die ursprünglichen Wohnungsbesitzer aus einem längeren Auslandsaufenthalt zurückkamen.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, es war nur ein Auslandsaufenthalt, ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber warum haben Sie das denn dann nicht geräumt? Warum haben Sie die Dinge einfach zurückgelassen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich habe, ehrlich gesagt, keine Ahnung. Sinnvoll ist es eigentlich nicht, sein Zeug dazulassen, zumal dann auch noch der Karton dastand. Also, hätte ich das so realisiert, hätte ich wahrscheinlich eher den Karton mitgenommen und die Socken dagelassen und nicht umgekehrt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also, Sie sind sozusagen regulär aus dieser Wohnung ausgezogen wegen Rückkehr der Wohnungsbesitzer, -

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau, das war von vornherein klar im Prinzip.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - haben aber - haben Sie uns ja eindrücklich erzählt - diese Chemikalien mit den gelb umwickelten Bändern, die Sie von Berlin-Chemie oder wem auch immer, von dieser Laborantin bezogen haben - - die haben Sie beim Auszug sozusagen vergessen.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja. Also, es erschien mir in dem Augenblick jetzt nicht so wichtig. Oder vielleicht konnte ich mich in dem Augenblick auch gar nicht mehr dran erinnern, dass der Karton - ich meine, er stand unter dem Bett - da noch steht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. Lassen wir mal das Sprengstoffzubehör. - Kommen wir noch mal zu Herrn Andreas P. Also, Sie haben bei

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Herrn Andreas P. nur relativ kurze Zeit gewohnt, aber er hatte für Sie einen Vorbildcharakter. Sie haben ihn bewundert. Sie waren auch Mitglied der „Nationalistischen Front“ geworden. Welche rechtsextremistischen Aktivitäten von Herrn Andreas P. haben Sie mitbekommen und an welchen haben Sie sich beteiligt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ui. Also, es gab zum einen - - Man kann es unterteilen in diese lokalen Aktivitäten, die direkt in Berlin veranstaltet worden sind. Das hat angefangen mit Flyerverteilen. Oder im Fußballstadion, da gab es damals diese Propagandaschnipsel. Das waren so zwei Finger breite Zettel, die man dann beim Torschrei zu Tausenden oder zu Hunderten in die Menge geworfen hatte. Das wurde halt gemacht. Oder es gab halt Musikabende. Es gab, wie gesagt, Fahrten nach Westdeutschland, wo dann irgendwelche Sonnenwendfeiern und was es da alles halt so gab - -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Welche Rechtsextremisten haben Sie über Herrn Andreas P. kennengelernt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Uui. Ich habe einmal durch Herrn Andreas P. Leute in der Skinhead-Szene kennengelernt, weil Herr Andreas P. damals noch, meine ich, Mitglied in einer Band war und bundesweit halt Leute in Westdeutschland in dieses Schulungszentrum, was es damals gab - in, ach Gott, Detmold, war das, glaube ich, oder zumindest so im Umkreis von Detmold - -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ein Schulungszentrum in Detmold. War das von der „Nationalistischen Front“? Oder wer betrieb dieses Schulungszentrum?

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau, das war von der „Nationalistischen Front“. Das war quasi so das Hauptquartier. Ich meine, dass das in der Nähe von Detmold war, ja. Das war damals auch bundesweit bekannt. Es ging viel durch die Presse. Ich meine, es war überhaupt so die erste - nach meinem Kenntnisstand damals -Immobilie, die in rechter Hand war.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie haben eben gesagt, Sie haben Mitglieder der Skinhead-Szene kennengelernt und Herr Andreas P. hätte in einer Band gespielt. Welche Mitglieder der Skinhead-Szene haben Sie kennengelernt? Haben Sie da Namen? Und wie war der Name der Band?

Zeuge Carsten Szczepanski: Die Band hieß „Kraft durch Froide“. Das war meines Wissens die erste Band in Berlin überhaupt und auch bundesweit eine der ersten rechten Skinhead-Bands, die es damals gab.

Wen ich damals direkt über Herrn Andreas P. kennengelernt habe, weiß ich jetzt heute nicht mehr zu sagen. Es gab halt durch ihn Kontakte zur Szene in Spandau zum Beispiel, die für sich relativ unabhängig und geschlossen war, und auch zu Leuten, die in Britz, Buckow, Rudow gewohnt haben, die Neuköllner Szene. Aber das darf man sich halt nicht so vorstellen wie heute, so mit festen Strukturen, sondern, wie gesagt, das waren mehr so Gangs, Straßengangs, nur dass die halt anders gekleidet waren und andere Musik gehört haben.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Frage bitte.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Haben Sie in Detmold in diesem Schulungszentrum Thomas Richter kennengelernt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, das halte ich für möglich, dass das dort war. Herr Richter war - - Ich hatte relativ lange Kontakt zu Herrn Richter. Und ich meine, dass er auch zumindest im Umfeld der NF tätig war, ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wie lange hatten Sie Kontakt zu Herrn Richter?

Zeuge Carsten Szczepanski: Kann ich nicht mehr sagen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Herr Vorsitzender, ich würde vielleicht gern noch eine Frage stellen, dann wäre der Komplex um Herrn Andreas P. so weit abgearbeitet.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Okay.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Was wissen Sie über die späteren Rokeraktivitäten von Andreas P., unter anderem beim „Clan MC“ und „Gremium MC“?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, ich weiß, dass sich Herr Andreas P. irgendwann zunächst von der Band verabschiedet hat.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): „Kraft durch Froide“.

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau. Die ist dann, glaube ich - - Ich weiß gar nicht, wer dann da später für ihn eingestiegen ist. Die Band hat noch weiterbestanden ohne ihn. Und ich weiß, dass er sich irgendwann auch aus dieser ganzen Skinhead-Szenerie verabschiedet hat, weil ihm das so nach eigener - - Na ja, „eigener Aussage“ ist jetzt übertrieben; aber er hat es halt so dargestellt, dass die Leute halt mehr zum Saufen und Trinken zu gebrauchen sind, aber nicht wirklich für politische Aktivitäten, also konsequente Aktivitäten.

Ich weiß, dass Herr Andreas P. dann auch umgezogen ist von Berlin, ich meine, nach Sachsen oder Sachsen-Anhalt. Und ich meine, dass er später dann in einem MC auch Mitglied war.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Hatte dieser MC Kontakt zum KKK, zum Ku-Klux-Klan?

Zeuge Carsten Szczepanski: Weiß ich nicht, kann ich nicht sagen. Tut mir leid.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Wir gehen dann in die zweite Fragerunde. Wir haben noch Zeit für zwei Fraktionen, dann sind zwei Stunden Befragung um, und wir gehen dann in eine Mittagspause. Die SPD-Fraktion und die CDU-Fraktionen kommen noch vor der Mittagspause dran, und dann unterbreche ich. - Bitte, Frau Gossmann-Reetz.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wir haben vorhin noch mal die Jahreszahlen geklärt: Die Tat war im Mai 1992; danach gab es ein Strafverfahren wegen dieser schweren Körperverletzung, was fallengelassen worden ist, und in U-Haft sind Sie dann 1994 gekommen.

Zeuge Carsten Szczepanski: Okay. Danke.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Damals wurde, wenn ich es richtig erinnere, auch noch mal geguckt, weil Sie bei der Tat schon 21 waren, ob es trotzdem eine Möglichkeit gibt, Sie nach Jugendstrafrecht zu beurteilen, ob Sie die Reife eines 21 Jahre alten Mannes gehabt hätten zu dem Tatzeitpunkt.

Zeuge Carsten Szczepanski: Okay. Na gut, das meinte ich vorhin mit diesen 21.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich glaube, dadurch ist - - So habe ich es jetzt richtig verstanden. - Jetzt die Frage: Wenn Sie sagen, Sie sind das erste Mal mit dem Brandenburger Verfassungsschutz - den haben Sie hier immer „das Amt“ genannt - in Berührung gekommen: Hatten Sie vorher Kontakte zu anderen Geheimdienstbehörden?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nicht wissentlich, nein. Ich hätte ja, wie gesagt - - Bei der Vernehmung bin ich auch nicht davon ausgegangen, dass das BKA-Beamte waren.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. Sondern? Wovon sind Sie da ausgegangen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich dachte, es wäre lokale Polizei, also maximal LKA.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wo sind Sie denn hingebracht worden? Wissen Sie noch, wo diese Vernehmung war, die Sie gerade meinen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, die war direkt in Königs Wusterhausen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie sind aus der Wohnung heraus auf das Revier in Königs Wusterhausen gebracht worden?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Direkt hin?

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine auch, dass eben die Vernehmung - - dass ich da auch hingelaufen bin. Aber es kann natürlich auch sein, dass das die Folgevernehmung war.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also dass Sie vielleicht nicht da übernachtet haben.

Zeuge Carsten Szczepanski: Übernachtet ja, aber ich meine, es waren zwei Tage. Also, ich erinnere mich an zwei Tage. Dass ich zwei Tage in Haft geschlafen habe, daran - - weiß ich nicht mehr.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. Aber wir kommen auf den relevanten Punkt: Sie sagen, Sie hatten vorher keinen Kontakt zu Geheimdienstbehörden, die Sie versucht haben anzuwerben oder die Ihnen Zusagen gemacht haben.

Zeuge Carsten Szczepanski: Richtig, genau.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): 94 war das erste Mal, dass Sie in eine derartige, sagen wir mal, Beziehung zu einer Geheimdienstbehörde gekommen sind.

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. - Dann würde ich jetzt genau auf diese Zeit kommen wollen. Wir sind jetzt im Jahre 1994. Sie sind in Untersuchungshaft in Königs Wusterhausen. Können Sie die Zustände und Bedingungen der damaligen Untersuchungshaft 1994 beschreiben, bitte?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja. Also, es war für mich anfangs so, dass ich bei der Verhaftung noch relativ - na ja, „entspannt“ klingt jetzt doof, aber nicht so geschockt war. Ich weiß noch, dass die mir den Haftbefehl vorgelesen haben und kurz gesagt haben, worum es geht, die Beamten.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und wo war das noch mal?

Zeuge Carsten Szczepanski: Bitte?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wo war das?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das war bei meiner damaligen Freundin in der Nähe von Friedersdorf - ich weiß gar nicht mehr, wie das Dorf heißt -, also auch im Raum Königs Wusterhausen.

Ich habe mir da anfangs überhaupt gar keine Sorgen drum gemacht, weil ich immer noch im Hinterkopf hatte, dass das Ermittlungsverfahren schon hinter mir liegt, dass das Ermittlungsverfahren eingestellt worden ist. Ich bin damals für mich selber davon ausgegangen: Na ja, das dauert ein, zwei Tage, und dann wird sich das schon aufdecken.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Es war dann so, dass ich beim Haftrichter das auch so gesagt habe: dass das Verfahren ja schon hinter mir liegt und dass das ja auch schon eine Weile her sei. Ich kann mich noch erinnern, dass er sinngemäß gesagt hat: Nee, jetzt geht es erst richtig los. - Da habe ich wahrscheinlich mit großen Augen geguckt, wie das sein kann, dass man erst die Einstellung kriegt und dann zu Hause verhaftet wird. Und dann wurde mir erklärt, dass eben dieses neue Ermittlungsverfahren versuchten gemeinschaftlichen Mord zum Inhalt hat und keine Körperverletzung. Das war natürlich der Augenblick, wo mich innerlich der Schlag getroffen hat. In dem Augenblick habe ich auch realisiert, dass das mehr als ernst ist.

Ich wurde dann in die JVA Königs Wusterhausen gebracht. Ich meine, die Untersuchungshaft war insgesamt ungefähr ein Jahr. Ich bin von der JVA KW in die JVA Cottbus gebracht worden. Der Prozess war in Frankfurt, und der Strafantritt war dann in der JVA Brandenburg.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut.

Zeuge Carsten Szczepanski: Die Haft in Königs Wusterhausen an sich: Es war ein sehr kleines Gefängnis, ein sehr enges Gefängnis, überbelegt. Das war teilweise - ich möchte jetzt nicht sagen: beeindruckend -, aber schon auch prägend, wenn man sieht, wie die Menschen da miteinander umgegangen sind, wenn man sieht, was da alles während meiner Haftzeit alleine passiert ist. Das war unter anderem, dass da ein Transporter mitten auf den Gefängnishof gefahren ist, die Tür aufgebrochen hat und, ich meine, vier, fünf rumänische Häftlinge einfach durch die offene Tür spaziert sind. Die waren dann weg. Es gab Häftlinge, die sind einfach über die Mauer geklettert. Also, das war - - Abenteuerlich mag jetzt - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie sprechen jetzt von Königs Wusterhausen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, ja, genau. - Abenteuerlich mag jetzt vielleicht doof klingen, aber es war wirklich abenteuerlich. Aber ich habe auch in der U-Haft noch nicht mit so einem Strafmaß gerechnet, sonst wäre ich wahrscheinlich auch durch die offene Tür gelaufen, ist ja klar.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Noch mal zu diesen Haftbedingungen. Sie sagten: sehr kleine Hafträume. Mit wie vielen Menschen waren Sie da in einer Zelle?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das war unterschiedlich. Das waren zwei, drei Personen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Waren Sie immer in einem Raum, oder wechselte das permanent?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das wechselte.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und wie würden Sie die Bedingungen damals beschreiben?

Zeuge Carsten Szczepanski: Na ja, wie kann man sich das vorstellen, wenn man noch nie im Gefängnis gesessen hat? Kleine dunkle Zellen; die Fenster auch dementsprechend klein. Wie gesagt: ein sehr altes Gefängnis. Duschen, sanitäre Anlagen - - Es war halt kein Hotel und keine Pension, das ist schon klar; aber es war schon eher schlecht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Hatten Sie Kontakt in dieser Einrichtung, mit Menschen draußen auf der Straße zu sprechen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, das ging.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ging das in allen JVAs? Oder in welchen ging das von den drei, die Sie benannt haben?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das ging eigentlich nur in Königs Wusterhausen. Cottbus war für sich abgeschlossen. Ich habe da auch nur Zellen erlebt, die halt in den Gefängnisinnenhof gehen. Und Brandenburg genauso.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. Aber in Königs Wusterhausen war das durchaus möglich. Und hat so was auch stattgefunden? Haben Sie so was erlebt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das hat stattgefunden. Das hat zwischen allen Gefangenen auch stattgefunden. Ich meine, mich erinnern zu können, dass quasi jede Zelle auch - - Nee, das ist nicht richtig. Also, die Hälfte der Zellen hatte Kontakt zur Straßenseite und die andere Hälfte der Zellen in den Innenraum.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Wie verbrachten die Häftlinge den Tag in Königs Wusterhausen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Es gab 23 Stunden Einschluss, eine Stunde Hofgang. Dann gab es einen Fernsehraum, der genutzt werden konnte. Aber ich meine, das ist so im Lotterieverfahren vergeben worden, die Plätze da.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Sie sagten vorhin, Sie haben auch schon da, in Königs Wusterhausen, Besuch bekommen.

Zeuge Carsten Szczepanski: Mhm.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wer gehörte damals alles zu Ihren Besuchern?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das war auch so die Szene aus Königs Wusterhausen, also von Herrn Ralf L., Frau B. M.; Herr E. O. war auch da. Das war abwechselnd. Ich kann mich dran erinnern, es war ja dann auch - - In der U-Haft musste man ja diese Besuchsgenehmigung vorher noch stellen, aber - -

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie ging das? Mussten die Besucher die stellen, oder konnten Sie die stellen? Wie lief das ab?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, in der U-Haft war es so, dass die Besucher die stellen mussten - ich meine, bei der Staatsanwaltschaft in Frankfurt - und die dann einen Besuchsschein und einen Besuchstermin bekommen haben.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Hatten Sie Möglichkeiten, sich da zu verständigen mit denjenigen, wer Sie besucht, oder kam das von außen völlig unvorbereitet auf Sie zu?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, es kam von außen. Es war aber schon so, wenn ich mich jetzt mit Herrn Ralf L. getroffen habe, man sich verabschiedet hat, dass man dann gesagt hat: Na ja, nächstes Mal kommt der oder die.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. Also, Herr Ralf L. hat damals schon sehr engmaschig den Kontakt zu Ihnen gehalten.

Zeuge Carsten Szczepanski: Schon, ja, doch.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und wie kamen Sie dann auf die Idee, einen Verfassungsschutzbericht anzufordern?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das geschah aus Interesse darüber, weil ich für mich zum einen sehen wollte, wie so ein Verfassungsschutzbericht aufgebaut ist, und ich zum großen Teil natürlich einfach auch neugierig war.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie hatten keine weiteren Gedanken bis dahin?

Zeuge Carsten Szczepanski: Anfangs nicht, nein. Es war damals auch so in der Szene, dass diese Verfassungsschutzberichte - die gab es ja immer in Buchform - gesammelt worden sind und quasi wie Auszeichnungen oder Siegerurkunden betrachtet worden sind, wenn man halt ...

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): ... dadrin erwähnt wurde.

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ging Ihnen das damals auch so?

Zeuge Carsten Szczepanski: Schon, ja. Klar.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie wollten jetzt mal wissen, was über Sie da drinsteht?

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, es war interessant zu sehen, ob was drinsteht und - - Ja, schon.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie gut war denn der Bericht nach Ihrer damaligen Bewertung?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich weiß es nicht mehr. Ich meine, ich hätte den aus dem Land Brandenburg angefordert. Und ich meine, dass da - aber das ist, wie gesagt, 20 Jahre her, -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): 26.

Zeuge Carsten Szczepanski: - 26 sogar - mehr so der Bereich aus Cottbus und Senftenberg und so beschrieben worden ist.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. Und dann haben Sie diesen Bericht gelesen und sich noch mal an den Verfassungsschutz gewandt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich habe mich an dem Zeitpunkt an den Verfassungsschutz gewandt, als für mich klar war, dass ich aus dieser ganzen Szene aussteigen will. Da habe ich einen Brief hingeschrieben und habe quasi sinngemäß angefragt, ob sie an Informationen interessiert sind.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Warum haben Sie das gemacht?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich wusste, dass in dem Augenblick, wo ich diesen Brief schreibe, für mich der Ausstieg aus der rechten Szene definitiv und endgültig ist. Ich hätte mir auch einfach die Haare lang wachsen lassen können oder für mich selber einfach nur Abschied nehmen können aus dieser ganzen Szene. Aber ich wollte es für mich so machen, dass es endgültig ist, dass es auch keinen Weg zurück gibt in diese Szene. Es war für mich auch einfach ein Teil der versuchten Wiedergutmachung, dass ich für mich sagen kann: Okay, du hast in deiner Vergangenheit, in deiner Jugend so viel Mist gebaut und Straftaten begangen; versuchst du zumindest so ein kleines bisschen zurückzugeben.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber Herr Szczepanski, dann könnte man auch ein Exit-Programm machen und öffentlich seine Kameraden verraten und öffentlich Zeugenaussagen machen und sich nicht verdeckt als V-Mann anbieten.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, diese Exit-Geschichte kam, glaube ich, ein bisschen später auf, zumindest habe ich es später wahrgenommen. Für mich war es damals, wie gesagt, einfach die Entscheidung: Was kannst du jetzt machen, womit du definitiv raus bist aus der Geschichte?

Weil ja vorhin der Name Ingo H. fiel: Ich wollte jetzt auch nicht so ein Ingo H.-Typ sein, der dann irgendwie über die Lande fährt und sein Buch verkauft und Fernsehinterviews gibt und so.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was wollten Sie denn für ein Typ sein?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich wollte einfach einen radikalen Schlusstrich mit der Möglichkeit, dass es keine Möglichkeit mehr gibt, da irgendwie noch mal reinzurutschen. Weil wenn man, wie gesagt, 23 Stunden in Haft ist, dann reflektiert man ja schon. Man überlegt: Wie bin ich in meinen damals ja noch relativ jungen Jahren so weit oder so tief gesunken, dass ich mittlerweile in Haft sitze? - Wie gesagt, man geht seinen eigenen Lebensweg halt noch mal ein Stück zurück, schaut, wo hat man Fehler gemacht, was für Fehler.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber Herr Szczepanski, Sie waren 23 Jahre alt, und Ihr Brief damals an den Verfassungsschutz liest sich schon etwas anders. Der liest sich - finde ich; nach meiner Bewertung - nicht so, als wenn da jemand aussteigen möchte - - sondern jemand, der etwas kokett mehr Wissen anbietet, also auch damit spielt, dass er mehr Wissen als der Verfassungsschutz hat, also sich wirklich anbietet und auch sein Wissen erst mal anbietet, so: „Ich weiß mehr als ihr.“ Das ist schon fast ein flapsiger Ton dadrin.

Zeuge Carsten Szczepanski: Das war auch so, dass mein Wissen gegenüber dem, was man zum Beispiel in diesen Verfassungsschutzberichten nachlesen konnte, auch ein anderes Wissen war. Das ist schon richtig; doch, das stimmt schon.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Diesem Wert waren Sie sich durchaus bewusst.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, doch.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Frage bitte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und wenn Sie da diesen hohen Wert abgeben wollen, was haben Sie sich denn als Gegenwert davon erhofft in der Situation?

Zeuge Carsten Szczepanski: Was ich mir erhofft habe in dem Augenblick? Wie gesagt, Hauptmotivationsgrund war halt der Schlusstrich. Das Zweite, was mir in den Sinn kam, war, wie gesagt, auch eine Teilwiedergutmachung, wobei man das nicht wiedergutmachen kann. Da muss man, glaube ich, auch nicht drüber diskutieren. Das ist einfach so. Aber - - Ja, das waren so die zwei Motivationsgründe für diesen Brief.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie bedanken sich in diesem Brief für die kostenlose Werbung, die der Verfassungsschutz für Sie betreibt. Das klingt, entschuldigen Sie, nicht nach einem Ausstieg.

Zeuge Carsten Szczepanski: Das war aber die Motivation dahinter.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Herr Lüttmann hat noch eine allerletzte Frage angekündigt. Bitte.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Ich wollte nur noch mal kurz diesen Widerspruch hinterfragen, weil Sie eben gesagt haben, dass es ja quasi eine Auszeichnung war, im Verfassungsschutzbericht erwähnt zu sein, und Sie wollten mal schauen, ob Sie vielleicht drin sind, und im nächsten Augenblick quasi entscheiden Sie, damit komplett zu brechen. Das ist ja doch sehr abrupt, sehr spontan; klingt jedenfalls so.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, wobei man sagen muss: Die Haft dauerte ja ein wenig länger. Das war ja jetzt nicht binnen 14 Tagen. Es gab auch während der Haft Geschichten, wo ich gesagt habe: Na, wenn das die Szene ist, wie sie sich selber darstellt, sich aber hintenrum ganz anders verhält und benimmt - -

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Was für Geschichten?

Zeuge Carsten Szczepanski: Zum Beispiel hat mich meine damalige Lebensgefährtin noch besucht in der Haft, die ja auch Teil der Szene war. Da gab es halt die Begegnung, dass ich gesehen habe, wie sie mit ihrem - zu dem Zeitpunkt schon neuen - Freund ankam, der auch Mitglied der Szene war, die beiden sich küssend voneinander verabschiedet haben und mir noch während dieses Besuchstages Sachen vorgespielt worden sind. Das war halt so eine Schlüsselszene, wo ich gedacht habe: Na ja, da kann es ja mit Ehre und Treue und allem Drum und Dran nicht weit her sein. - Das sind halt so die Sachen, die auch dazu beigetragen haben.

Es gab auch noch die Verhandlung wegen diesem Skinhead-Konzert, das ich mitorganisiert habe. Die Verurteilung da lautete ja: ein Jahr ohne Bewährung. Ich habe zum Beispiel während der Verhandlung selber keine Aussage gemacht, bin aber von allen Mitangeklagten beschuldigt und belastet worden. Das war auch so eine Schlüsselszene, wo ich gesagt habe: Hätten jetzt alle den Mund gehalten, wäre es wahrscheinlich nicht so empfindlich geworden.

Das kam halt alles sehr schnell auf mich ein und auf mich zu und hat definitiv auch dazu beigetragen, dass ich gesagt habe: Ich will damit in Zukunft nichts mehr zu tun haben.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Gut. - Dann wechselt das Fragerecht zur CDU-Fraktion, und wir beenden damit Teil eins der Befragung.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Vielen Dank. - Ich schließe da gleich mal unmittelbar an, Herr Szczepanski. Also, Sie gingen insgesamt davon aus, dass diese Szene, der Sie sich zugehörig fühlten, einen gewissen Zusammenhalt hat.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, natürlich, klar.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Gingen Sie davon aus, oder haben Sie das an anderen Beispielen beobachten können?

Zeuge Carsten Szczepanski: Schwer zu sagen. Also, ich ging für mich davon aus - wie gesagt, das waren jetzt zwei Beispiele, einmal mit der Untreue in der Beziehung und dem Aussageverhalten vor Gericht - - dass ich mir dann, wie gesagt, Fragen

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

gestellt habe: Wie kann denn so was sein, dass man das eine predigt und versucht zu leben, aber hintenrum ganz anders ist?

Wie gesagt, das kam dann alles zusammen und hat mich dann natürlich auch noch darin bestärkt, zu sagen: Das, was man sich eigentlich erhofft hat, auch dieses Anderssein als der normale Bürger, das gibt es gar nicht. Das ist im Endeffekt alles Quatsch.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Gab es in der Vollzugsanstalt in Königs Wusterhausen noch Kontakte zu Szenemitgliedern, also exklusive Ihrer Freundin? Davon haben Sie ja berichtet. Also auch Insassen, meine ich jetzt.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, in Königs Wusterhausen gab es zwei Häftlinge, die ich damals der rechten Szene zugeordnet hätte im weitesten Sinne, keine Skinheads, mehr so normale Rechte. Aber ansonsten war das ein sehr buntes Insassenvölkchen.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Und hat Ihr innerer Umbruch auch mit dem Kontakt zu den Insassen zu tun oder eher mit denjenigen, die Sie, ich sage mal, aus Ihrer Sicht damals von draußen kannten und die sich aus Ihrer Sicht unzulänglich - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Es war definitiv beides. Ich habe während der Haftzeit in Königs Wusterhausen auch mit rumänischen und asiatischen Gefangenen - - in einer Zelle verbracht, viel Zeit verbracht auch. Das war das, was ich vorhin meinte mit dem „prägend“: Es prägte halt schon. Wenn man auf engstem Raum 23 Stunden zusammensitzt, sich irgendwann mit den Menschen unterhält, dann lernt man auch von denen, und man hat dann irgendwann die Erkenntnis: Bis hierher warst du ganz schön auf dem falschen Weg.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Oder eng fokussiert.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, auch mit Scheuklappen versehen. Wenn man halt in so einer Art Blase lebt, aus der man sich auch gar nicht rausbewegt, dann ist es halt auch schwer, sich eine neutrale oder andere Meinung zu bilden.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Das erinnert ja fast an die Szenerie in einem bekannten amerikanischen Film. Wissen Sie, was ich meine?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nein.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): „American History X“.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ach so, ja. Ich finde den Film auch gar nicht schlecht, muss ich sagen.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Okay.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Das ist in weiten Teilen natürlich ein Spielfilm; aber ich glaube, dass der Filmemacher da auch gute Gespräche geführt hat im Vorfeld.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Herr Szczepanski, nachdem Sie sich, wie Sie es ja beschrieben haben, innerlich losgesagt haben und dann den Kontakt zum Verfassungsschutz aufgenommen haben, sind Sie zunächst weitere sechs Jahre intensiv in der Szene tätig gewesen, wenn auch sozusagen im Dienste für den Verfassungsschutz. Haben Sie gegenüber dem Verfassungsschutz geäußert, dass Sie sich auch Hilfe beim Ausstieg wünschen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, dass wir das in den ersten Gesprächen schon festgelegt hatten, dass eben meine Motivation der Ausstieg ist. Und ich meine, dass damals schon gesagt worden ist: Wir gucken mal, wie lange das Ganze funktioniert und ob es Sinn macht für beide Seiten. - Das Ziel war klar: der Ausstieg. Der Weg dahin war relativ vage.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Das Ziel für Sie war mit der Ausstieg. Das Ziel des Verfassungsschutzes ist ja auch klar. Das war ja nicht nur, Sie beim Ausstieg zu befördern, -

Zeuge Carsten Szczepanski: Natürlich.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): - sondern auch, Informationen zu erlangen - aus meiner Sicht legitim - und Sie als Quelle sozusagen zu gewinnen und zu führen. Inwieweit wurde diese Motivation auch seitens des Verfassungsschutzes kommuniziert?

Zeuge Carsten Szczepanski: Der Informationsgewinn?

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Ja.

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, für mich war das von vornherein klar, dass ich, wenn ich mich da anbiete, halt auf gut Deutsch auch abliefern muss.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Wurde das explizit auch so formuliert?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, die genaue Wortwahl mag ich jetzt natürlich nicht mehr wiedergeben. Aber für mich war das schon so, dass jeder halt was von diesem Deal im Endeffekt hat; klar.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Haben Sie es als Deal gesehen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich habe es später als Job betrachtet.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Als Job, als Deal, ja. Und dabei ist das, was Sie zu erbringen haben, klar: Informationen.

Zeuge Carsten Szczepanski: Mhm.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Und was war sozusagen der Gegendeal, das, was Ihnen entgegengebracht wurde? Was haben Sie da erwartet? Was wurde Ihnen auch offeriert?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich kann mich dran erinnern, dass meine erste und einzige richtige Forderung, wenn man das so nennen möchte, war, dass ich eine Einzelzelle bekomme. Das war selbst in Königs Wusterhausen so. Das habe ich dann später in Cottbus und vor allen Dingen in Brandenburg wiederholt. Das war quasi so mein Verlangen: Ich wollte Ruhe haben. Ich wollte auch keinen mehr sehen. Das ist mir auch in Aussicht gestellt worden, ist aber bis zur Haftentlassung nicht geschehen, also in keinem der Gefängnisse.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Haben Sie da mit Nachdruck drauf hingewiesen, dass das so versprochen, aber nicht eingelöst wurde?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Und was wurde da entgegnet?

Zeuge Carsten Szczepanski: „Es muss Haftraum frei sein“, „Wir müssen das mit der JVA absprechen“, so diese Ausflüchte halt, „Noch ein bisschen Geduld“ und - - Na ja. Es gab auch einmal - kann ich mich noch erinnern - zu diesem Thema - - da hatte ich eine Vernehmung durch eine Staatsanwältin. Ich meine, dass das schon in Brandenburg war. Die hatte ja auch gesagt oder mir sogar versprochen, dass das wohl zu machen wäre. Aber im Nachhinein - na ja.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Das erfolgte immer mündlich.

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Wurde da auch entgegnet, dass es deshalb schwer zu bewerkstelligen ist, weil es vielleicht auffallen würde und Sie eben nicht auffallen sollten als einer, der eine Sonderrolle einnimmt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das Thema mit dem Auffallen kam auch auf. Aber das war, meine ich, erst Thema, als es später um die Haftentlassung ging. Ich hatte einen Antrag auf Halbstrafe gestellt damals. Ich meine, dass das so in den Zeitraum fiel, wo es hieß: Wenn du jetzt auf Halbstrafe gehen würdest, dann wärest du so gut wie verbrannt, weil man das niemandem erklären kann.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Sie haben ja einen Monat nach der Kontaktaufnahme zum Verfassungsschutz in Brandenburg auch den Verfassungsschutz Berlin angeschrieben. Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Können Sie es sich vorstellen, dass es so war? Weil: Es war so.

Zeuge Carsten Szczepanski: Okay. - Nee, weiß ich nicht mehr. Ich erinnere mich an einen Brief, den ich geschickt habe, und ich meine, dass das - -

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Nach Berlin, meinen Sie jetzt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, nee, nach Brandenburg, also nach Potsdam. - Ich meine auch, dass dann gesagt worden ist, ich solle tunlichst keine Briefe mehr schreiben.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Also, an Briefe oder eine Kontaktsuche Richtung Verfassungsschutz Berlin können Sie sich gar nicht erinnern.

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Oder an einen Kontakt überhaupt zum Verfassungsschutz Berlin?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, nee, kann ich mich nicht mehr erinnern.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): In einem Brief aus dem Jahr 1995 spricht der Abteilungsleiter Verfassungsschutz Brandenburg davon, Sie stünden in Kontakt mit Verfassungsschutzämtern - also Plural.

Zeuge Carsten Szczepanski: Kann ich mir nicht erklären.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Gut. - Dann springe ich mal. Sie haben in Ihrer Vernehmung durch das Bundeskriminalamt im Jahr 2013 den Verdacht geäußert, Ralf L. sei ein V-Mann. Wie kamen Sie dazu?

Zeuge Carsten Szczepanski: Herr Ralf L. hatte zwei oder drei Gerichtsverfahren und ist aus seinen Gerichtsverfahren relativ gut bei weggekommen, ohne wirklich jetzt irgendwie Haft bekommen zu haben oder oder oder. Das kam mir dann doch ein bisschen merkwürdig vor.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Aber das war so der einzige Hintergrund? Oder hatten Sie im Vorfeld - wann auch immer - schon solche Verdachtsmomente oder Grund für so einen Verdacht?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, eigentlich nicht. Es gab ein Mitglied der Szene - oh Gott, ich meine, der hieß Silvio J.-

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Silvio J.?

Zeuge Carsten Szczepanski: - genau, Silvio J. -, bei dem sich eigentlich alle einig waren, dass er in irgendeiner Art und Weise regelmäßig bei der Polizei ist. Das war

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

so - - Aber das war quasi so ein offenes Geheimnis: „Wenn du was machst, dann nicht mit dem“, und: „Erzähl dem nichts“, und - - Na ja.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Also, der war im Verdacht.

Zeuge Carsten Szczepanski: Der war im Verdacht, ja.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Okay. - Aber können Sie sich sonst an Silvio J. erinnern? Hatten Sie näher mit ihm zu tun?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich hatte auch mit ihm zu tun. Also, mit all den Jahren jetzt dazwischen: Er war schon so jemand, der versucht hat, sich darzustellen, der Wunder von irgendwelchen Aktionen und Anschlägen und keine Ahnung was geredet hat. Aber er war halt nicht so die hellste Kerze auf der Torte, war aber zum einen bei diesen Freizeit-Skinheads dabei und auch bei diesen eher politischen Skins.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Erinnern Sie sich, dass er im Zusammenhang mit einer Tat in Dolgenbrodt stand? Können Sie - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, dass das der Brandanschlag auf das Asylbewerberheim war.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Genau.

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Assoziieren Sie das noch mit Silvio J.?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Okay. - Sie haben ohne Rücksprache mit Ihrem Anwalt die Revision gegen das Urteil wegen versuchten Mordes zurückgenommen.

Zeuge Carsten Szczepanski: Mhm.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Können Sie das begründen? Wieso? Was war Ihre Motivation?

Zeuge Carsten Szczepanski: Die Motivation? Ich meine, dass das in Absprache mit dem Amt damals erfolgte.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Können Sie da erinnern, mit wem Sie das vielleicht persönlich abgesprochen haben?

Zeuge Carsten Szczepanski: Der Kontakt da war, meine ich, nur der V-Mann-Führer Dieter Borchert. Hintergrund war die Verlegung in den Strafvollzug, weil die Haft in Cottbus - - Es war vielleicht ein bisschen angenehmer als in Königs Wusterhausen, aber es war auch denkbar schlecht dort.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Inwiefern denkbar schlecht?

Zeuge Carsten Szczepanski: Die Haftbedingungen an sich. Es gab - - Ich meine, dass die Besuche dort vom Amt auch irgendwie nicht so leicht zu bewerkstelligen waren.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Aber Fakt ist, dass die Revision bzw. die Rücknahme der Revision nach und in Absprache mit dem Verfassungsschutz erfolgte.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, ja. Ich hätte es wahrscheinlich - - Ich weiß nicht, ob ich es hätte laufen lassen. Im Endeffekt war auch da der Gedanke: Man will irgendwann abschließen, man will es vom Tisch haben, man will auch, wie gesagt, neu anfangen. So eine Revisionsfrist kann ja auch, ich weiß nicht, ein Jahr betragen. Da war halt der Gedanke: Strafantritt, und dann ist die Sache erst mal formal erledigt.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Frage noch.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Nein, bin durch. - Danke.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Gut. - Meine Damen und Herren, dann würde ich jetzt gerne die Sitzung unterbrechen, und zwar bis 12.30 Uhr. Ich glaube, die Zeit wird reichen, um uns zu stärken und dem Zeugen Zeit zu geben durchzuatmen. - Wir sehen uns um 12:30 Uhr. Ich unterbreche hier.

(Unterbrechung von 11.44 bis 12.30 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es fehlt zwar noch eine Fraktion, aber wir hatten uns geeinigt: Um halb geht es weiter.

Nehmen Sie bitte wieder Platz, Herr Szczepanski, Frau RAin S. L. Wir machen weiter. Bedienen Sie sich bitte auch gern da vorne; ich weiß nicht, ob Sie das schon getan haben.

Wir setzen die Fragerunde fort mit der Fraktion der Linken. Herr Dr. Schöneburg fragt.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ich komme noch mal auf die U-Haft zurück. Wir haben ja jetzt darüber gesprochen gehabt, wie Sie den Anbahnungsversuch unternommen haben, Kontakt aufzunehmen mit dem Brandenburger Verfassungsschutz. Wir haben das Schreiben vom 8. Juli 1994 diskutiert. Das endet mit dem Satz von Ihnen:

„Und vielleicht [sic!] könnten Sie auch etwas für mich tun.“¹

Das war ja die Aufforderung gewesen.

¹ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: Piatto Komplex\1994.pdf, Seite 3.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Wie hat sich das weiter gestaltet? Wie kam denn die erste Kontaktaufnahme persönlich mit dem Verfassungsschutz zustande? An was können Sie sich da erinnern?

Zeuge Carsten Szczepanski: Der erste persönliche Kontakt war, wie gesagt, der Besuch eines Mitarbeiters des Amtes bei mir in der JVA. Das Gespräch fand ganz normal im Besuchszimmer der JVA statt. Ich habe diesen Herrn, der da zu Besuch kam, insgesamt zweimal gesehen. Beim zweiten Mal hat er mir dann den späteren V-Mann-Führer vorgestellt.

Das erste Gespräch: Man kann sagen, es war ein vorsichtiges Abklopfen und ging, wenn ich mich jetzt festlegen müsste, vielleicht eine Stunde.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Und ist da schon über Vergünstigungen und über Leistungen, die Sie sozusagen anbieten konnten, gesprochen worden?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nein. Es wurde darüber gesprochen - - auch die Motivation für meinen Brief damals, wo die herkommt. Es wurden auch so ein paar persönliche Dinge abgefragt. Ich kann mich daran erinnern, dass das Gespräch beendet wurde sinngemäß mit der Aussage, dass, wenn es interessant ist, ich noch mal Kontakt bekommen würde.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Gut. Und was interessant ist, hat sich daran - - Woran hat sich das festgemacht, was interessant ist? Haben Sie ihnen was angeboten?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, ich habe es so verstanden, dass, wenn das Amt an meinen Informationen oder an einer Zusammenarbeit interessiert ist, sie mir dann halt noch mal Bescheid sagen würden bzw. es dann zu weiteren Kontakten käme.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Und wie ist das dann weitergegangen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Kurz danach gab es dann ein zweites Gespräch. Da war der Herr B. dann schon dabei, ist mir vorgestellt worden. Es hieß dann, dass er derjenige sei, der den Kontakt hält und in Zukunft dann auch mein Ansprechpartner ist.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Gut. Und wann haben Sie die ersten Informationen an den Verfassungsschutz gegeben?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das war auch bei dem zweiten Gespräch. Ich kann mich dran erinnern, dass die von mir ein paar Briefe bekommen haben, die ich in die JVA bekommen hatte.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Also, der Zeuge „M. M.“, den wir hier schon gehört haben - das war der erste Verfassungsschutzmitarbeiter, der mit Ihnen Kontakt aufgenommen hat -, hat gesagt, dass Sie die Adressen von den Beziehern des Fanzines „United Skins“ angeboten haben.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Kann sein, dass das auch ein Thema war, ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Die haben Sie dann auch angeboten, die haben Sie dann auch überliefert.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, mag sein; weiß ich nicht mehr, kann sein. Ich meine, dass ich auch ihm erzählt habe, wie das Magazin vertrieben wird: einmal über diese Verteilgeschichten - über Konzerte und Fußballspiele - und einmal eben über das Postfach.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Gut. - Wann ist denn das erste Mal über Gegenleistung gesprochen worden, die Sie erhalten? Also, Sie haben vorhin ja gesagt, der Einzelhafteraum, das war für Sie eine wichtige Forderung gewesen.

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Gab es noch andere Forderungen und andere Zugeständnisse, die gemacht worden sind?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nein, konkret nicht. Für mich war, wie gesagt, diese Voraussetzung mit dem Einzelhafteraum wichtig. Aber andere Geschichten gab es am Anfang da noch nicht, nein.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ab wann haben Sie Geld bekommen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Geld bekommen - - Ich meine, das war dann erst im weiteren Verlauf auch von dem V-Mann-Führer, also nicht in den ersten beiden Gesprächen.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ist Ihnen denn Geld schon in Aussicht gestellt worden, wenn Sie diese Beziehung eingehen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee. Geld war in dem Augenblick - ich rede von den ersten beiden Gesprächen - kein Schwerpunkt.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ab wann haben Sie Geld bekommen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das war auch noch in Königs Wusterhausen; vielleicht beim - geschätzt - vierten, fünften Treffen.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Und in welcher Höhe sind Sie entlohnt worden?

(Herr Dr. Treffke [MIK]: Da würde ich jetzt aber intervenieren wollen!)

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ja, bitte.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Herr Dr. Treffke (MIK): Da sind wir in dem Bereich, den wir vorhin angesprochen haben. Hier würde ich jetzt intervenieren. Das können wir dann in einer geheimen Sitzung machen.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber Herr Meyer-Plath hat im Bundestagsuntersuchungsausschuss - und das ist ja zum Teil auch veröffentlicht worden - davon gesprochen, dass mindestens 50 000 D-Mark Ihnen zur Verfügung gestellt worden sind über die ganzen Jahre hinweg. Ist das in etwa die Summe?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): War mehr, ne?

Zeuge Carsten Szczepanski: Weniger.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Gut. Das können wir ja dann noch in geheimer Sitzung klären. - Was mich so ein bisschen umtreibt, ist die Frage, ob Ihnen eine vorzeitige Haftentlassung versprochen worden ist, vielleicht nicht in Königs Wusterhausen, aber später möglicherweise.

Zeuge Carsten Szczepanski: Nicht direkt. Es war bei meinem Antrag auf Halbierung der Haftstrafe eher das Gegenteil empfohlen worden: dass ich eben da keine große Unterstützung erwarten kann aufgrund der Tatsache, dass es mich bei dem Verbrechen und bei dem Straftatbestand auch unglaublich machen würde, wenn ich nach vier Jahren aus der Haft entlassen werde. Also, da hatte ich eher so das Gefühl, dass da keine Hilfe zu erwarten ist.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Wir haben aus den Unterlagen entnommen, dass es Gespräche gab zwischen dem Verfassungsschutz und dem Justizministerium, wo die Frage diskutiert worden ist, ob eine Halbstrafe für Sie infrage kommt und weil so eine Versprechung gemacht worden ist - entweder vom Verfassungsschutz oder von Frau Staatsanwältin Marx, die im Dolgenbrodt-Prozess ermittelt hat und Sie besucht hat; Sie haben vorhin auch drauf hingewiesen. Insofern: Da Sie auch mit Nachdruck diese Halbstrafe zunächst erst mal angegangen sind, kann ich mir nur vorstellen, dass Sie darin bestärkt worden sind durch Versprechungen des Verfassungsschutzes oder der Staatsanwaltschaft.

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, wie gesagt, eher das Gegenteil, was das Amt betrifft. Und das Gespräch mit der Staatsanwältin: Auch da war das mit dem Haftraum halt ein Thema, ein wichtiges Thema für mich; aber Halbstrafenentlassung habe ich nicht erwartet, ganz ehrlich nicht.

Gerade die Frau Marx, die ist in dem Prozess auch - na ja, wie soll ich es beschreiben? - recht hart aufgetreten, zu Recht sicherlich auch größtenteils. Aber das wäre jetzt auch nicht die Person gewesen, wo ich gedacht hätte: Erst steckt sie mich für acht Jahre ins Gefängnis, und dann komme ich nach der Hälfte raus. Nee.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Was war denn Ihr Motiv gewesen, sich als Belastungszeuge für den Dolgenbrodt-Prozess anzubieten?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich habe es auch als Teil von meinem Job gesehen. Wie gesagt, diese Einzelhaftunterbringung war da auch noch mal ein Thema. Ich weiß auch gar nicht mehr - - Ich meine, das wäre schon in der JVA Brandenburg gewesen. Ich meine, dass ich gefragt worden bin, ob ich da aussagen würde und ob das für mich quasi okay wäre, wenn die Frau Marx das macht.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber wäre da sozusagen nicht die Gefahr oder bestand da nicht die Gefahr, dass Ihre Legende auffliegt, gerade wenn Sie als Belastungszeuge in diesem Dolgenbrodt-Prozess in Erscheinung treten und Ihre V-Mann-Tätigkeit dann möglicherweise thematisiert wird? Dann ist ja Ihre gesamte Wiedergutmachungsschiene abrupt beendet.

Zeuge Carsten Szczepanski: Das wäre dann abrupt beendet gewesen. Jetzt war es aber halt so, dass es diesen Herrn Silvio J. betroffen hat, der - wie gesagt vorhin - jetzt nicht so den guten Stand hatte, dass man ihn da irgendwie hätte decken müssen oder für ihn aussagen müssen oder so. Das war nicht so.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Also, der war so schlecht angesehen, da konnte man ihn durchaus als jemand aus der Szene belasten.

Zeuge Carsten Szczepanski: Sozusagen, ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Okay. - Sie haben vorhin erzählt, dass Sie in der U-Haft Gespräche geführt haben nach draußen, von der Zelle aus. Mit wem haben Sie sich denn da eigentlich unterhalten?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das war auch der damalige Bekannten- und Freundeskreis. Die Entfernung vom Gehweg zur Gefängnismauer, das waren vielleicht -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Drei Meter.

Zeuge Carsten Szczepanski: - drei Meter, ja, vier Meter vielleicht. Das waren halt so die Besuche, die man zwischendurch bekommen hat.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Haben Sie auch versprochen, dass Sie aus den Besuchen sozusagen Informationen abschöpfen, die Sie dann dem Verfassungsschutz zur Verfügung stellen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, klar.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Mich hatte vorhin beeindruckt, dass Sie gesagt haben, dass sozusagen Ihr Motiv war, den Verfassungsschutz anzuschreiben und sich anzubieten, dass Sie Schluss machen wollten mit Ihrer Stellung in der Szene und dass Sie Wiedergutmachungsleistungen erbringen wollten.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Das macht mich doch ein bisschen nachdenklich, weil ich finde, da gibt es einen Widerspruch zwischen dem, dass man aussteigen will, aber dass man sich gleichzeitig verpflichtet, jahrelang in der Szene weiter aktiv zu sein. Das ist doch ein unheimlicher Gewissenskonflikt, den man da eingeht. Wenn ich aussteigen will, steige ich doch radikal aus und sage: „Schluss aus damit!“, und ich sitze meine acht Jahre ab, und dann hat sich der Fall für mich erledigt.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, aber - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Und ich Sorge in den acht Jahren dafür, dass ich wieder resozialisiert werde, dass ich integriert werde, mache meine Ausbildung - die Sie ja dann auch gemacht haben - und habe mit dem ganzen Kram nichts mehr zu tun. - Also: Wie kann man aussteigen, indem man einsteigt, noch aktiver einsteigt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das Problem ist: Wenn man - also zum damaligen Zeitpunkt - in einer ostdeutschen JVA sitzt, mit Szeneleuten in Kontakt kommt und man weiß, dass auch in den Gefängnissen rechte Aktivisten einsitzen und auch weiterhin aktiv sind, dann ist das nicht so einfach, zu sagen: Lasst mich in Ruhe, ich habe damit nichts mehr zu tun, ich mache hier mein Ding. - So einfach ist das nicht. Klar, es ist ein Gewissenskonflikt. Natürlich, klar.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Haben Sie sich eigentlich mal bei Steve E. entschuldigt, bei dem Opfer des versuchten Mordanschlags?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nicht persönlich, über meinen Anwalt damals.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Wer war Ihr Anwalt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Oh Gott, der ist vor kurzem verstorben. Herr - - Ich weiß es nicht mehr, wie er hieß.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Da gucken wir noch mal in die Akte. - Wenn Sie Abstand genommen haben von Ihrer rechten Einstellung - was ich Ihnen jetzt auch einfach mal unterstelle, dass das stimmt -, warum schreibt man denn dann, wenn man mit seinem V-Mann-Führer korrespondiert, also mit Herrn Borchert oder Dieter Borchert - - warum fängt man denn dann Briefe an mit „Heilie-Heilo“ und beendet sie mit „88 Carsten“, oder mit: „Es grüßt dich dein Skin Carsten Szczepanski“? Also, das sind ja Dinge, die sozusagen - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich kann mich jetzt an einzelne Briefe natürlich nicht mehr erinnern, aber - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber warum macht man mit dieser Klausel „88“, wo wir ja alle wissen, was sie bedeutet - - Warum beendet man damit einen Brief an einen Beamten des Verfassungsschutzes?

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Das vermag ich jetzt echt nicht mehr zu beantworten. Ich weiß nicht, wie es dazu kam, in welcher Situation ich den Brief geschrieben habe.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Na ja, es waren mehrere Briefe. Die haben alle so geendet.

Zeuge Carsten Szczepanski: Hm. Weiß ich nicht mehr.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Dann hatten wir hier vor ein paar Wochen, vor Monaten Zeugen gehabt, die mit Ihnen zusammen den Haftraum geteilt haben. Da war ein früherer Strafgefangener dabei gewesen, der hatte eine linke Auffassung gehabt. Der berichtete uns und legte uns auch ein dickes Buch vor, was Sie ihm geschenkt haben zur Entlassung, mit einem Zitatenschatz drin, also so ein Zitatenschatz. Da war eine Widmung von Ihnen drin: Von deinem braunen Bruder Carsten für meinen roten Bruder XXX. - Muss man so was schreiben, wenn man seine Legende aufrechterhalten will im Knast?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, ich vermag mich jetzt an dieses Buch nicht zu erinnern, auch an keinen linken Mitgefangenen, ehrlich gesagt.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Der kam von der Küste oben.

Zeuge Carsten Szczepanski: In Brandenburg?

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja, in Brandenburg.

Zeuge Carsten Szczepanski: Okay. - Also: Kann ich mich nicht dran erinnern, an gar keinen Linken eigentlich. Die JVA in Brandenburg war schon eher der anderen Seite - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber das Buch haben wir hier alle gesehen und Einsicht genommen, und da haben wir auch den Spruch gelesen.

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, ich würde es auch gerne mal sehen, weil ich kann mich echt nicht dran erinnern.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Gut, wir haben es natürlich nicht einbehalten. - Andrea?

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Ist nicht mehr viel Zeit.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Noch zwei Minuten, ja.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Genau. - Ich habe noch eine Nachfrage zu etwas, was mir vorhin ein bisschen zu kurz gekommen ist. Da springe ich jetzt noch mal ein bisschen zurück in die Zeit vor der Haft. Es gab ja dieses Konzert in Gussow, was Sie organisiert haben, 19. Juni 1993. Können Sie uns darüber noch ein bisschen was erzählen?

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, ich meine, es war nicht - - War das Gussow? Ich meine, das wäre auch in Dolgenbrodt gewesen, in diesem Zelt. Also, wir hatten für diesen Abend ein Konzert geplant - das war das zweite Konzert für mich -, und es kam irgendwie dazu, dass die ursprüngliche Location das Konzert abgesagt hat und wir das dann auf dieses Dorf verlegt haben, auf das Grundstück von dem damaligen Bürgermeister des Dorfes. Dessen Sohn war auch quasi Mitorganisator von der ganzen Sache. Das war so ein altes DDR-Armeezelt. Im Endeffekt war es dann so, dass wir von der Teilnehmerzahl am Ende völlig überrollt waren. Wir hatten mit 100, 200 Leuten gerechnet. Anwesend waren dann letzten Endes fast 1 000. In der Nachfolge bin ich dann auch dafür verurteilt worden.

Wie ich ja vorhin schon sagte: Das war auch so ein Punkt für mich, wo ich dann so abgehakt habe, nachdem ich dann von den Mitangeklagten beschuldigt worden bin, dass das alles meine Idee war und ich das ganz allein gemacht habe und so.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Frage bitte.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Können Sie sich noch erinnern, welche Bands da gespielt haben? Das waren ja schon „Blood & Honour“-Bands, oder?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das waren zwei „Blood & Honour“-Bands aus England. Dann hat eine Band aus Erfurt gespielt, meine ich. Und die anderen beiden - - Ich meine, es waren fünf Bands gewesen.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): War da die Band „Razors Edge“ dabei?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Haben da nur Engländer gespielt, oder waren da auch deutsche Musiker dabei?

Zeuge Carsten Szczepanski: In der Band - - Die war damals, zu dem Zeitpunkt, komplett englisch.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Komplette englisch. Heute nicht mehr, ne?

Zeuge Carsten Szczepanski: Heute nicht mehr, nein. - Ich meine aber, dass die eine Personalunion mit der anderen englischen Band hatten. Das war „Close Shave“. Ich meine, der Gitarrist oder so wäre in beiden Bands gewesen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): So, dann sind wir bei Herrn Wiese. Bitte schön.

Abgeordneter Wiese (AfD): Herr Szczepanski, ich hätte gerne mal etwas gewusst zu Ihrem Praktikum und der Tätigkeit im Laden von der Familie P. Wie kam denn dieses Praktikum zustande?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das Praktikum kam zustande - - Also, die Familie P. hat mich auch besucht in der Haft. Und an einem der Besuchstage hatte Herr Michael

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

P. mir angeboten, mir quasi einen Arbeitsvertrag zu geben von seiner Firma, seinem Laden.

Abgeordneter Wiese (AfD): Und wie oft waren Sie - - Haben Sie den Laden öfter besucht vorher? Sie hatten ja Freigang.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich hatte Freigang, und ich war, meine ich, vielleicht zwei-, dreimal vorher in dem Laden.

Abgeordneter Wiese (AfD): Öfters nicht?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nicht vor dem Praktikumsvertrag oder Arbeitsvertrag. Ich weiß es nicht mehr.

Abgeordneter Wiese (AfD): Ich komme wieder zurück auf das Oberlandesgericht München. Da hatten Sie von fünfmal gesprochen, auch von Besuchen an freien Wochenenden. Im Laden waren Sie bei dem Ehepaar P. fünf- bis sechsmal.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, ob es jetzt dreimal war oder fünfmal, das mag beides sein.

Abgeordneter Wiese (AfD): Okay. - Hat die JVA eine Prüfung des Arbeitgebers gemacht, des Praktikumsplatzes, das Sortiment geprüft?

Zeuge Carsten Szczepanski: Meines Wissens nicht, nein.

Abgeordneter Wiese (AfD): Also, es war dort nicht bekannt, dass dann diese Antje und Michael P. - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich gehe nicht davon aus, nein.

Abgeordneter Wiese (AfD): Handelte es sich bei dem Praktikum und der anschließenden Einstellung nicht um eine reine Alibiveranstaltung?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, schon; klar. Es sollte schon dafür sorgen, dass ich halt einen Arbeitsvertrag habe und nachweisen kann, dass ich geregelt arbeiten gehen könnte.

Abgeordneter Wiese (AfD): Und Sie sind dann jeden Tag dorthin gefahren? Oder wie oft? Wie muss ich mir das vorstellen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, ich bin nicht jeden Tag hingefahren. Wie gesagt, das war gelegentlich. Aber wie oft und wie lange, kann ich jetzt auch nicht mehr sagen. Es war schon eine gewisse Art von Regelmäßigkeit da; aber die gab es halt auch schon davor.

Abgeordneter Wiese (AfD): Sie haben dann die andere Zeit genutzt für was?

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Die andere Zeit draußen während des Freigangs?

Abgeordneter Wiese (AfD): Ja.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ach, eigentlich für ganz normale Dinge, die man macht, wenn man Jahre auf seine Freiheit verzichten muss und inhaftiert ist. Das fängt an, dass man einfach mal eine Stunde geradeaus läuft zum Beispiel, weil man das schon gar nicht mehr kennt. Das geht darüber hinaus, dass man vielleicht irgendwas isst oder trinkt, was man lange nicht hatte. Ganz alltägliche Dinge.

Abgeordneter Wiese (AfD): Und wo haben Sie Ihre Freizeit verbracht?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das war ganz unterschiedlich. Das war in der Stadt Brandenburg, das war auch mal in Potsdam oder in Königs Wusterhausen. Das war unterschiedlich.

Abgeordneter Wiese (AfD): Wenn Sie bei der Familie P. oder bei dem Ehepaar P. gearbeitet haben, was haben Sie denn da für Aufgaben wahrgenommen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich sollte Kontakte herstellen für Kunden, die CDs und Schallplatten kaufen wollten.

Abgeordneter Wiese (AfD): Und da haben Sie die Leute angeschrieben, oder - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Angeschrieben, angerufen, aufgesucht.

Abgeordneter Wiese (AfD): Aber es war dann - - Stundenzahl sehr gering.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, ja, schon.

Abgeordneter Wiese (AfD): Das ist für mich schon ein bisschen unverständlich, dass man in dieser Praktikumsarbeit keine weiteren Kontrollen gemacht hat, weil Sie müssten ja eigentlich begleitet werden zu der Arbeitsstelle, oder nicht?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das kann ich Ihnen nicht beantworten.

Abgeordneter Wiese (AfD): Sie sind ganz komplett frei gewesen. Sie konnten gehen meinetwegen um 8 Uhr morgens und sind dann um 16 Uhr oder 18 Uhr wieder zurückgekommen.

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Abgeordneter Wiese (AfD): Und es ist niemandem aufgefallen, dass Sie - - Oder wollte man das nicht sehen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das kann ich Ihnen auch nicht beantworten. Das weiß ich nicht, ob die JVA das nicht sehen wollte oder nicht sehen konnte. Da bin ich der falsche Ansprechpartner.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Wiese (AfD): Wie ist denn das zu verstehen, wenn Sie heute sich vorbereiten auf die Entlassung? Sie haben ja gesagt, Sie konnten eigentlich - - außer dem Praktikumsplatz hatten Sie keine andere Möglichkeit. Der Praktikumsplatz wurde dann in der Woche fünfmal besucht pro forma oder dreimal? Oder wie waren die Arbeitszeiten?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das kann ich jetzt auch beim besten Willen nicht mehr beantworten, ob es drei-, vier- oder fünfmal war. Ich meine, dass es am Anfang, zu Beginn auch keinen regelmäßigen Ausgang gab, sondern dass sich das nach und nach aufgebaut hat.

Abgeordneter Wiese (AfD): Wie oft haben Sie denn in dieser Zeit Ihren V-Mann-Führer getroffen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Minimum einmal die Woche.

Abgeordneter Wiese (AfD): Und wie ist das Treffen so abgelaufen? Haben Sie da Anweisungen bekommen, Forderungen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich weiß jetzt nicht, inwiefern ich darauf eingehen darf.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Sie dürfen.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich darf. Gut. - Es gab regelmäßig Treffen, mindestens einmal in der Woche. Es gab zum einen die Übergabe meiner Aufzeichnungen, die ich mir so gemacht habe, und es gab halt Gespräche. In diesen Gesprächen wurde halt thematisiert, was jetzt interessant wäre, was jetzt nicht so interessant ist.

Abgeordneter Wiese (AfD): Sie haben also Vorschläge gemacht.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja. Also, für mich war es immer so: Ich habe Sachen für mich gesammelt, gespeichert, abgegeben, und danach war es für mich dann auch gelöscht. Ich mag jetzt nicht sagen, wie viel Prozent der Informationen interessant waren oder spannend waren oder vielleicht auch brisant waren. Das war - - Ich möchte nicht sagen, dass es mir egal war, aber es war nicht meine Aufgabe.

Abgeordneter Wiese (AfD): Sind Sie öfters bei diesen Gesprächen auch in die Vergangenheit zurückgegangen, zum Beispiel die Geschichte, wo wir vorher hatten, mit Ku-Klux-Klan?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, ich würde mehr sagen, dass es eigentlich eher aktuelle Gespräche waren. Ja, doch.

Abgeordneter Wiese (AfD): Wie stark war denn zu der Zeit, in der Sie eingesessen sind, die Szene allgemein in dem Umfeld?

Zeuge Carsten Szczepanski: Im Land Brandenburg?

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Wiese (AfD): Ja.

Zeuge Carsten Szczepanski: Es gab einige Schwerpunkte für die Szene, einige Städte, und es gab Landstriche, wo nicht so wahnsinnig spannende Dinge passiert sind. Aber es gab auf jeden Fall einige Hochburgen. Ich meine, dass die rechte Szene damals auch relativ stark war, die rechtsextreme Szene auf jeden Fall.

Abgeordneter Wiese (AfD): Die Hochburgen waren wo?

Zeuge Carsten Szczepanski: Unter anderem in Potsdam, Brandenburg; dann in Oranienburg gab es eine sehr starke Szene, später auch im Raum Teltow-Fläming, Königs Wusterhausen natürlich auch; Senftenberg.

Abgeordneter Wiese (AfD): Sind Sie in dieser Zeit auch öfters nach Berlin gefahren?

Zeuge Carsten Szczepanski: Öfters? Also, ich war auch in Berlin.

Abgeordneter Wiese (AfD): Oder hatten Sie in Berlin zu tun? So.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich hatte auch in Berlin zu tun, ja.

Abgeordneter Wiese (AfD): Darf ich fragen, was da so das ... (akustisch unverständlich) war?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das war halt auch - - Jede Art von Informationsgewinnung, die ich machen konnte und gewährleisten konnte, habe ich halt gemacht. Es gab auch in Berlin so Kameradschaftsabende und Treffen.

Abgeordneter Wiese (AfD): Gut. - Das wäre es fürs Erste.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann machen wir weiter mit Frau Nonnemacher. Bitte schön.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön, Herr Vorsitzender. - Herr Szczepanski, Sie haben eine Aussagegenehmigung des Landes Berlin. Können Sie ansonsten hier frei von der Leber weg reden, oder haben Sie sonst eine Verschwiegenheitsverpflichtung gegenüber anderen Sicherheitsbehörden? - Brandenburg, Entschuldigung.

Zeuge Carsten Szczepanski: Brandenburg.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja. Weil ich hatte gerade nach Berlin - - Entschuldigung.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich habe eine Aussagegenehmigung aus Brandenburg. Die ist, wie ich finde, ein bisschen eingeschränkt. Aber aus Berlin wüsste ich jetzt nicht, nee.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich habe mich eben versprochen. Ich sagte: Die Aussagegenehmigung ist Brandenburg.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ach so.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich habe gefragt, ob Sie weitere Verschwiegenheitsverpflichtungen gegenüber anderen Sicherheitsbehörden eingegangen sind.

Zeuge Carsten Szczepanski: Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie hatten zu keinem Zeitpunkt Kontakt zu sonstigen Sicherheitsbehörden, zum Beispiel Militärischer Abschirmdienst.

Zeuge Carsten Szczepanski: Nicht dass ich wüsste. Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Bundesnachrichtendienst?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): BfV?

(Der Zeuge schüttelt den Kopf.)

Waren Sie sonst als Informant tätig für andere Behörden, zum Beispiel für ein Landeskriminalamt oder für die Polizei?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nein, auch nicht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ganz sicher nicht. - Ich möchte noch mal zurückkommen auf diese zeitliche Diskrepanz, die wir vorhin schon mehrfach aufgearbeitet haben. Sie sagten, die erste Kontaktaufnahme zum brandenburgischen Verfassungsschutz wäre Ihres Erachtens 1991, aber im Zusammenhang mit dem Mordversuch an Steve E.

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Da haben wir jetzt herausgearbeitet, dass der Mordversuch aus dem Mai 92 datiert und die Untersuchungshaft dazu im Frühjahr 1994 dann stattgefunden hat.

Sie haben uns hier aber dreimal geschildert, dass Sie sich sehr eindrücklich an diese Untersuchungshaft erinnern können, weil Sie seien damals 21 Jahre alt gewesen und es sei um die Frage Jugendstrafrecht oder Erwachsenenstrafrecht gegangen.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau. So hatte ich es in Erinnerung: dass ich 21 war zu dem Zeitpunkt. Aber wenn die Tat an sich 92 war, klar, dann trübt mich da mein Erinnerungsvermögen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber Sie sind ja nun am 22. Februar 1992 - das ist ja eher in diesem Zeitraum, wo Sie gerade 22 geworden waren - in Königs Wusterhausen verhaftet worden, in der Wohnung von E. O., durch das BKA. Da können Sie sich dran erinnern.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, dunkel.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Dunkel. - Wo haben Sie denn damals eingessen, in welchem Gewahrsam?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, wie ich vorhin schon sagte, dass das in KW direkt war.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja, in KW. Aber in welchem Gewahrsam?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ach so. Polizeigewahrsam war das, meine ich.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): In Polizeigewahrsam.

Zeuge Carsten Szczepanski: Aber ich kann mich, wie gesagt, auch nur an zwei Tage erinnern, nicht an drei.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Nach unseren Unterlagen sind Sie nach der Verhaftung erst mal wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Können Sie sich daran erinnern, wie das abgelaufen ist?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, kann ich nicht. Wie gesagt, ich bin der Meinung, ich wäre über Nacht da gewesen und wäre dann am nächsten Tag nach der Vernehmung gegangen. Also, so habe ich es in Erinnerung.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber die Vernehmung durch das BKA dauerte ja mehrere Tage, drei Tage, und dazwischen waren Sie noch mal auf freiem Fuß. Ist Ihnen das erinnerlich?

Zeuge Carsten Szczepanski: Dass es drei Tage waren? Nein. Wie gesagt, ich kann mich daran erinnern, dass ich zu einer Vernehmung noch hingelaufen bin, da aber aus dem Gewahrsam schon entlassen worden war.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber das ist ja genau das, was ich anspreche: Sie sind zu einer Vernehmung hingelaufen, waren aber schon entlassen. Das heißt, zwischen Ihrer Verhaftung und dem Gewahrsam und der Vernehmung durch das BKA - immerhin zu einem Terrorismusverdacht - waren Sie sozusagen auf freiem Fuß.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Das ist richtig. - Was haben Sie denn in dieser Periode, in dieser Zeitspanne zwischen Ihrer Ingewahrsamnahme und der eigentlichen Vernehmung durch die BKA-Beamten - - Wie haben Sie diese Zeit verbracht? Mit wem haben Sie da Kontakt aufgenommen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nach meiner Verhaftung, aber vor der Befragung durch die Polizei?

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja. Wenn Sie selber sagen, Sie sind zu Fuß zu der Vernehmung gegangen - da waren Sie schon nicht mehr in Gewahrsam; -

Zeuge Carsten Szczepanski: Bei der zweiten Vernehmung, genau.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - das heißt, Sie sind dann irgendwie frei gewesen und sind zu dieser Vernehmung gelaufen -: Was haben Sie in der Zeit gemacht, und mit wem haben Sie da Kontakt aufgenommen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das weiß ich nicht mehr. Also, ich meine, mich erinnern zu können, dass ich von der Wohnung des Herrn E. O. relativ früh am Tag zur Befragung gelaufen bin. Aber mit wem ich mich unterhalten habe zwischen der Entlassung und dem zweiten Termin zur Befragung, vermag ich nicht mehr zu sagen. Weiß ich nicht mehr.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Haben Sie in dieser Spanne vor der eigentlichen Beschuldigtenvernehmung des BKA Kontakt zu einer Sicherheitsbehörde gehabt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Warum sind Sie eigentlich zu einer Beschuldigtenvernehmung in einem Terrorismusverfahren - das ist ja nun schon ein bisschen eine größere Hausnummer - ohne Rechtsanwalt hingegangen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, ich habe das schlichtweg einfach nicht ernst genommen, glaube ich. Für mich war das im Endeffekt dieser Karton, der halt in der Wohnung verblieben ist, mit diesen Plastikbänderolen drum. Aber, wie gesagt, das war jetzt für mich nicht so bedrohlich, dass ich da gesagt habe: Jetzt brauche ich einen Anwalt oder Pipapo.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Und es kann nicht sein, dass Sie sozusagen schon in dieser Zeit, Februar 92, als Sie kurzzeitig verhaftet worden sind, sich darüber Gedanken gemacht haben, mit einer Sicherheitsbehörde in Zusammenarbeit zu treten?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee. Also, habe ich gar keine Erinnerung dran.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie sind ja nun in der Wohnung von E. O. verhaftet worden. Mit welchen politischen Aktivitäten hatten Sie im Zusammenhang mit E. O. zu tun, und was hatte E. O. mit Waffen zu tun?

Zeuge Carsten Szczepanski: E. O. war auch Teil der „United Skins“ Königs Wusterhausen, war eher nicht so der Skinheadtyp, sondern auch so eher der politische Typ. Und, ja, was hatte ich mit ihm zu tun? Also, ich war sein Untermieter. Und, ja, wie man sich dann halt so kennenlernt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): So von Untermieter zu Mieter. - Hat Herr E. O. speziell Waffen beschafft, oder hatte er Waffen gelagert?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, Herr E. O. gehörte auch zu den Wochenendausgräbern auf den Feldern.

(Heiterkeit)

Und ich meine, dass er auch eine Sammlung an Utensilien hatte, was vom Bajonett über einen alten Karabiner bis zu irgendwelchen Medaillen reichte.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Die hatte er aber von seinen Grabungsaktionen, nicht im Zuge von Waffenkäufen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, nee, das waren so Waldfundstücke.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wissen Sie von Panzerfäusten?

Zeuge Carsten Szczepanski: Panzerfaust: Das hatte ich ja vorhin erwähnt mit diesem Sprengstoff, der mir da zugeworfen worden ist. Das war aber nicht Herr E. O., das war der Herr Schr.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Herr Schr., okay. - Herr Szczepanski, von welchen Ku-Klux-Klan-Gruppen in Deutschland haben Sie Kenntnis erlangt in dieser Zeit?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, ich meine, dass wir damals den Stand hatten, dass es in Deutschland drei Organisationen gibt und zwei davon in Süddeutschland, meine ich, angesiedelt waren und eine irgendwie im Hamburger Raum.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Die beiden in Süddeutschland: Können Sie das etwas näher präzisieren? Wo war das?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich weiß es nicht mehr hundertprozentig. Ich meine, dass das auch dieses Umfeld von der einen rechtsextremen Band war, „Hate Society“. Die haben auch CDs veröffentlicht. Ich meine, dass das das Umfeld war von denen.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Kannten Sie den international aktiven Szenemusiker Achim Schmid aus Schwäbisch Hall, der bei den Bands „Höllenhunde“ und „Celtic Moon“ gesungen hat und der eine eigene KKK-Gruppe gegründet hat?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, sagt mir gar nichts, weder die Bands noch die Person.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Haben Sie von Kreuzverbrennungen im Raum Jena mitbekommen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nein, auch nicht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sagt Ihnen nichts. - Sagt Ihnen der Name Alfred Kaiser etwas, gegebenenfalls im Zusammenhang mit Wehrsportübungen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Alfred Kaiser? - Nee, wüsste ich jetzt so nicht zu sagen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Auch nicht in Bezug auf KKK-Aktivitäten oder in Bezug auf Wehrsport in der Region.

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wissen Sie nicht. - Herr Szczepanski, wie lange haben Sie das Musiklabel „United Skins Records“ bzw. den Versand „United Skins Services“ betrieben?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, es hat genau für einen Plattenrelease gereicht. Ich meine, dass nach der ersten Schallplatte dann auch schon meine Inhaftierung erfolgte.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Waren Sie nicht aus der Haft heraus in der Lage, die Geschäfte weiterzubetreiben?

Zeuge Carsten Szczepanski: Na ja, als ich inhaftiert worden bin, ist der Großteil der Schallplatten in der Wohnung verblieben. Wie ich es ja vorhin angedeutet habe: Das Ende der Beziehung hat nicht so lange auf sich warten lassen. Und meines Wissens wurden sämtliche Tonträger, die noch da waren, von meiner ehemaligen Lebensgefährtin dann verkauft. Also, ich hatte da zu dem Zeitpunkt auch keine Möglichkeit mehr, das irgendwie zu sichern.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Könnten Sie es zeitlich vielleicht doch noch mal ein bisschen genauer einordnen, also von der Gründung des Geschäfts, des Vertriebes an? Sie sagten, Sie haben einen Release herausgegeben. Wann war das genauer?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, ich kann mich noch erinnern, dass wir im Winter nach Prag gefahren sind, um die Schallplatten abzuholen. Aber - wie gesagt, mit den

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Jahreszahlen habe ich es jetzt nicht so - ich meine, als ich verhaftet worden bin, waren von den 500 Platten vielleicht noch 300, 350 da. Also, es war relativ am Anfang.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie sprechen jetzt von der Verhaftung 1994, ja?

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Im Zusammenhang mit dem Mordversuch.

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Nicht von einer davor.

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, nee, von der.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. - Welche Tonträger haben Sie denn herausgebracht?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das war eine Single-Schallplatte der Band „Noie Werte“.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie hatten Kontakte zu St. Ha. und dieser Band „Noie Werte“. Woher kannten Sie die? Woher kamen diese guten Kontakte?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich habe den Herrn St. Ha. auf irgendeinem Skinheadkonzert mal kennengelernt und habe ihn dann noch ein paarmal wiedergesehen. Er hat sich damals zur Verfügung gestellt, hat mir zwei Aufnahmen seiner Band ausgehändigt. Der Rest war dann relativ unspektakulär: Wir haben die Platten halt in Prag bestellt bei der Firma, haben die selber abgeholt, und dann hat der Herr St. Ha. seinen Anteil an Schallplatten bekommen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wer ist denn „wir“? Mit wem waren Sie denn da tätig? Mit wem sind Sie nach Prag gefahren? Mit wem haben Sie - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Mit Herrn Henning K. (P.).

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Mit Herrn?

Zeuge Carsten Szczepanski: Herrn Henning K. (P.).

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Mit Herrn Henning K. (P.). - Sonst noch jemand dabei gewesen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, da waren wir alleine.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wie kam es denn, dass Sie als Berliner - und Brandenburger später - einen Tonträger einer baden-württembergischen Band produziert haben? Warum haben Sie nicht eher was produziert - - Es gab doch hier in der Nähe auch genug Bands.

Zeuge Carsten Szczepanski: Weil „Noie Werte“ damals in der Szene einen sehr guten und auch schon großen Namen hatte, auch mit vielen internationalen Kontakten, die ich mir natürlich dann auch - - die ich dann nutzen wollte, um die Platten zu verkaufen. Also, es war jetzt gar nicht die Frage: „Muss es was Brandenburgisches sein?“, es war einfach der Name der Band.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie hatten vor allem „Noie Werte“-Videos und -CDs, -Tonträger im Angebot. Hatten Sie mit „Noie Werte“ einen speziellen Vertrag? Hatten Sie die unter Vertrag?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, ich hatte - - Wir hatten, glaube ich, so einen Minivertrag schriftlich mal aufgesetzt. Da stand aber nur drin, dass wir halt das Recht haben, einmalig die Songs zu nutzen für eine Veröffentlichung, und die Anzahl der Freiemplare für die Band.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Frage bitte.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Dieser St. Ha., mit dem Sie dort viel Kontakt hatten, hat in Ihrem Szeneheft „United Skins“ Nummer 6 einen Nachruf auf den „Blood & Honour“-Gründer I. St. D. veröffentlicht. War St. Ha. Mitglied von „Blood & Honour“?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wie ging das weiter, als Sie in Haft waren? Wer hat dann den Vertrieb und das Label weiter betreut?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, ich kann es ja nur vom Hörensagen erzählen. Ich habe das so verstanden, dass, wie gesagt, meine damalige Lebensgefährtin da die Sachen noch quasi abverkauft hat.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber nur Restbestände? Ist das nicht weitergeführt worden? Gab es nicht auch neue Tonträger, die produziert worden sind?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nicht dass ich wüsste.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Eine letzte Frage vielleicht, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Bitte.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Es gibt eine CD „C.O.T.L.“ von Uwe Menzels Band „Aryan Brotherhood“. Die ist bei „United Skins Records“ erschienen,

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

allerdings erst in den Nullerjahren. Hatten Sie damit was zu tun, oder wissen Sie, wer damals unter dem Label firmierte?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, das höre ich zum ersten Mal. Nee, sagt mir nichts.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sagt Ihnen nichts. - Okay. Danke schön.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Wir gehen in Runde drei und sind wieder bei der SPD-Fraktion. Frau Gossmann-Reetz, bitte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wir hatten hier im Laufe des Gesprächs schon mal das Thema, dass Sie von Herrn M. M. aufgesucht worden sind in der Untersuchungshaft; zweimal hat er Sie besucht. Wie ist er Ihnen gegenüber aufgetreten? Was war das für ein Verhältnis?

Zeuge Carsten Szczepanski: Wie ist er aufgetreten? Das war halt, wenn ich ihn jetzt beschreiben müsste, so aus der Erinnerung heraus, ein großer, bärtiger Typ.

(Der Zeuge überlegt.)

Wie ist er aufgetreten? Also, er ist jetzt nicht irgendwie aufgetreten wie so ein typischer Schreibtischbeamter, der von morgens bis abends nur an der Schreibmaschine sitzt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sondern?

Zeuge Carsten Szczepanski: Na ja, mehr wie ein Typ, der schon nahbar war, wie jemand, der auch auf der Straße vielleicht unterwegs ist und arbeitet, und nicht unbedingt wie ein Schreibtischmensch.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also jemand, mit dem man gut ins Gespräch gekommen ist.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, schon.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Hat er irgendwie Druck auf Sie ausgeübt, oder - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. - Dann sagten Sie, es ist relativ schnell dazu gekommen, dass der Herr M. M. Ihnen Ihren zuständigen V-Mann-Führer vorgestellt hat, damals Herr Borchert. Schildern Sie uns doch mal Ihre Erinnerung an diesen V-Mann-Führer Borchert. Wie haben Sie ihn kennengelernt? Wie war da das Auftreten Ihnen gegenüber?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, das Auftreten von Herrn B. war anfangs so, wie man sich halt vorstellt, wenn man auf fremde Leute trifft. Er war nett, er war höflich. Er wirkte auf mich wie so ein typischer Sozialarbeiter, also jetzt auch nicht wie jemand,

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

der nur hinterm Schreibtisch sitzt und den Computer füttert. Wie gesagt, nette Erscheinung.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und Ihnen gegenüber? Also, wie war das Verhältnis?

Zeuge Carsten Szczepanski: Am Anfang war es neutral. Also, es war jetzt nicht irgendwie so, dass er da hart oder fordernd aufgetreten ist oder den „dicken Mann“ gemacht hat oder so, gar nicht. Wie gesagt, es hatte mehr so dieses Sozialarbeiterfeeling. Also, in der Situation damals war es angenehm.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das hört sich eher so an, als wäre er empathisch aufgetreten und nicht als der tonangebende, dominante Gesprächspartner.

Zeuge Carsten Szczepanski: Richtig. Ich hatte also nie das Gefühl, dass er irgendwie was anderes, Besseres oder so ist. Gar nicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Haben Sie damals die Sprecher immer angemeldet für ihn?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, anfangs hat er, glaube ich, den Sprechschein beantragt und später dann ich.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und wo haben Sie sich dann mit ihm getroffen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das war anfangs noch im Besuchsraum der JVA.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was heißt „Besuchsraum“ damals? Also, wie viele Leute waren dadrin? Wie stellt man sich das vor?

Zeuge Carsten Szczepanski: Immer nur zwei. Ein Besucherpärchen war quasi - - passte da nur rein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Waren noch andere Personen mit im Raum oder nur Sie beide?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich wurde runterbegleitet vom JVA-Personal, war dann aber drin mit ihm alleine.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie lange dauerten diese ersten Treffen ungefähr?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das ist schwer zu sagen. Wie gesagt, ich würde jetzt so eine Stunde meinen.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und hat Herr Borchert Ihnen von draußen Sachen in die Haft mitgebracht?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, hat er, zumindest noch in der JVA Königs Wusterhausen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): In der U-Haft?

Zeuge Carsten Szczepanski: Mhm.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was hat er denn da mitgebracht?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich kann mich noch dran erinnern, dass er zum Beispiel Kakaopulver mitgebracht hat oder Schokolade halt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Auch Gehacktes?

Zeuge Carsten Szczepanski: Bitte?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Auch Gehacktes?

Zeuge Carsten Szczepanski: Auch Gehacktes.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das hat er Ihnen mitgebracht?

Zeuge Carsten Szczepanski: Aber das war erst wesentlich später, in der JVA Brandenburg.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das konnte er Ihnen einfach so mit reinbringen? Das hat stattgefunden?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Haben Sie gerne Mettbrote gegessen, oder - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Es wurde tatsächlich gebraten.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ah ja. Also, es war kein Synonym für irgendwas anderes, -

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, es war - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - sondern es hat sich hierbei wirklich um Hackfleisch gehandelt.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Haben Sie ihm auch Sachen übergeben, die für Szeneangehörige draußen waren?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee. Was ich ihm übergeben habe, waren halt so meine Notizen, CDs, die ich mitgebracht habe, oder mal ein T-Shirt oder - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das haben Sie ihm gegeben oder er Ihnen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich ihm.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie haben Ihm ein T-Shirt gegeben?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja. Ich meine, das war damals - - Fragen Sie mich bitte nicht, wie die Band hieß.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Doch.

(Heiterkeit)

Zeuge Carsten Szczepanski: Das war auch eine Band aus dem Potsdamer Bereich, meine ich. Die hatten, noch bevor sie die CD draußen hatten, schon - auf Neudeutsch - Merchandise draußen. Und da wurde halt gefragt, ob ich da mal was mitbringen könnte, wenn ich da mal in der Gegend bin. Das habe ich dann auch getan.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, Sie waren auf einem Freigang, haben da ein T-Shirt gekauft und haben das hinterher Herrn Borchert gegeben. Und was sollte der damit machen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Keine Ahnung.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Oder verstehe ich es jetzt falsch?

Zeuge Carsten Szczepanski: Keine Ahnung, was er damit gemacht hat.

(Zuruf: Anziehen! - Heiterkeit)

- Ich hoffe nicht, dass er es getragen hat.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das hat mir jetzt echt den Faden geklaut. - Wie haben Sie denn das Fanzine „United Skins“ weitergeführt in der Zeit?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das war eine Mischung aus Ablichtungen und Fotokopien, die man halt draußen gemacht hat, in Königs Wusterhausen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Moment. Wir sind jetzt in welcher Haft?

Zeuge Carsten Szczepanski: Brandenburg.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): In Brandenburg.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und wer hat die Kopien draußen gemacht?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das war diese Gemeinschaft der „United Skins“.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): So. Und wie kamen die dann zu Ihnen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Auch über Besuche.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Über welche Besuche?

Zeuge Carsten Szczepanski: Von Leuten wie Herrn Ralf L. zum Beispiel oder Frau B. M.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Die konnten Ihnen Papiere mit in die Haft reinbringen.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, das ging.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und ist das auch über Herrn Borchert gelaufen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, der hat sie eher von mir dann bekommen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und haben Sie die Originale Herrn Borchert gegeben, oder haben Sie Kopien angefertigt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee. Wie gesagt, die Originale gingen nach Königs Wusterhausen und wurden dort kopiert.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und was haben Sie Herrn Borchert gegeben?

Zeuge Carsten Szczepanski: Die fertigen Hefte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Die fertigen Hefte. Mhm. - Hatten Sie Möglichkeiten, in einer der Hafteinrichtungen zu kopieren?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, die Möglichkeit gab es durchaus.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): In welcher? Und wie lief das?

Zeuge Carsten Szczepanski: Es war so, dass in der JVA Brandenburg eine gefängniseigene Druckerei vorhanden war, wo zum Beispiel das Magazin vom „Weissen Wolf“ hergestellt worden ist. Das wurde halt direkt dort vervielfältigt.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wer hat denn das gemacht?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das war der Herr Maik F. damals.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Der hat die Texte vor Ort verfasst und vervielfältigt.

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): In der Haft.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Schöneburg [DIE LINKE])

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und wie ging der Vertriebsweg dann weiter? Also, wie hat Herr Maik F. das dann weitergemacht?

Zeuge Carsten Szczepanski: Der wird es wahrscheinlich auch bei Besuchen dann mit rausgegeben haben. Verschicken hat sich ja nicht so angeboten.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und Ihre Zeitung in der Zeit, Ihre „United Skins“, wie lief das weiter? Bleiben wir erst mal bei Ihrem Fanzine.

Zeuge Carsten Szczepanski: Das lief dann ähnlich wie vor meiner Inhaftierung. Die gingen dann über Konzerte, Fußballspiele. Und ein paar Bestellungen gingen auch noch an das Postfach ein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das Postfach, wie wurde das geleert?

Zeuge Carsten Szczepanski: Von Herrn Ralf L.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Von Herrn Ralf L.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Der hat regelmäßig das Postfach geleert -

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - und hat die Sachen zu Ihnen in die Haft gebracht.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, teilweise halt. Teilweise hat er es auch selber dann abgetippt, wenn irgendwelche Interviews oder so gekommen sind.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie sagten, Sie konnten auch Kopien anfertigen. Was haben Sie denn kopiert und für wen haben Sie kopiert?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, ich habe dadurch, dass ich in einem anderen Gefängnisteil war, keinen direkten Zugang zur Druckerei gehabt. Wenn ich was kopieren wollte, war das eben im Büro des - - Ach Gott, ich weiß den Namen nicht mehr. Vom JVA-Personal der zuständige Bereichsleiter.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Herr K. E.?

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Bei Herrn K. E. sind Sie dann ins Büro gegangen und haben gesagt: Ich muss mal eben den Kopierer nutzen.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich habe halt gefragt: Kann ich kurz was kopieren? - Das waren jetzt aber auch keine Bücher oder Wälzer, die man da kopiert hat. Das waren wirklich nur so einzelne Sachen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich habe in einer der Unterlagen gelesen, dass Sie Ihren V-Mann-Führer auch um Zigaretten gebeten haben, damit Sie Kopien bezahlen können. Was hatte es denn damit auf sich?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das waren dann aber Sachen, die in dem anderen Hafthaus, in der Druckerei, gelaufen sind.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und wie lief das dann mit den Zigaretten? Können Sie mir das beschreiben?

Zeuge Carsten Szczepanski: Man kann sich das so vorstellen: Die JVA hatte verschiedene Häuser. Die waren - baulich war es ein Gebäude - halt getrennt durch eine Gitteranlage zwischen den einzelnen Abteilungen. Es war ohne Probleme möglich, von einem Hafthaus zum anderen Hafthaus Sachen zu übergeben oder zu überreichen aufgrund der Tatsache, dass die Kantine genau zwischen den Hafthäusern lag, und jeder, der halt in die Kantine ist, kam quasi am anderen Hafthaus vorbei. Wie gesagt, das war nicht vermauert oder so. Das war halt ein großer Zugang, und durch das Gitter ging das dann relativ unproblematisch.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Hat sich Ihr V-Mann-Führer, Herr Borchert, für Sie mit Szeneangehörigen getroffen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, dass wir da einmal drüber gesprochen haben und wir so verblieben sind, dass er sagen soll, dass er mein Sozialarbeiter ist und mein späterer Bewährungshelfer.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Dann würde ich Ihnen zwei Sachen zitieren wollen aus Schreiben, die Sie an Herrn Borchert gerichtet haben. Das war einmal am 10. September 1997, da schreiben Sie an Herrn Borchert:

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

„Sonst erstmal nichts Neues. Vergiß’ bitte nicht, den dicken H[*unkenntlich gemacht*] anzurufen und Dir den Umschlag geben zu lassen.“²

Und dann schreiben Sie auch noch am 09.05.1996 an ihn:

„Du mußt mir bitte unbedingt Bescheid geben wenn Du die ca. 70 CDs von meiner Ex-Tante [...] erhalten hast! Das ist absolut wichtig.“³

Zeuge Carsten Szczepanski: Hat er aber, glaube ich - - Was heißt „glaube ich“? Hat er nie erhalten.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber das klingt doch schon sehr danach, dass Sie ihm Aufträge gegeben haben, dass er sich mit anderen Leuten trifft und Dinge für Sie - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Na ja, wie gesagt, wir sind so verblieben, dass er sagt, dass er eben mein Bewährungshelfer ist - oder mein späterer Bewährungshelfer - und mein Sozialarbeiter. Aber in welchem konkreten Fall das jetzt war, weiß ich nicht mehr. Aber es kann schon sein, dass mit dem - wie sagten Sie? - „dicken H“ -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): „H“.

Zeuge Carsten Szczepanski: - Herr Henning K. (P.) gemeint war. Das kann durchaus sein. Ja, klar.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und der hat dann bei Herrn H. einen Umschlag abgeholt für Sie.

Zeuge Carsten Szczepanski: Wenn Sie mir das so vorhalten: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das halten Sie für möglich, und so was hat es auch gegeben.

Zeuge Carsten Szczepanski: Das halte ich für möglich, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wenn Sie mit Herrn Borchert dann darüber gesprochen haben, welche Informationen Sie bringen sollen: Hat er Sie angewiesen, oder haben Sie ihm Vorschläge gemacht? Wie lief das ab?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das war so ein fließender Übergang. Ich hatte ja vorhin dieses Beispiel mit dem T-Shirt. Das war halt so eine, ich möchte es jetzt nicht „Anweisung“ nennen, mehr eine Bitte. Der Übergang war da fließend. Man hat halt das, was man an Informationen hatte, gehört hatte, weitergegeben. Ich meine, es kam auch einmal eine Anfrage von ihm zu irgendeiner Kameradschaft im Norden von

² Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: Ordner B 4, Herabstufungen, Anfrage UA 6_1 vom 31_01_2018, 11_1997_Vermerke-PIATTO-308-532-Seite138-Page445-VSnfd-bwpsmd.pdf.

³ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: Ordner Piatto Komplex, 1996.pdf, Seite 22.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Brandenburg; aber ich weiß da jetzt auch den Namen nicht mehr. Da war halt konkret gefragt, ob ich da jemanden kenne oder da irgendwie irgendwas an Informationen gewinnen könnte. Also, da kann ich mich noch dran erinnern. Das war noch - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das mit dem T-Shirt will mir noch nicht so ganz aus dem Kopf. Sie bestellen ein T-Shirt in die Haft und geben es - - Oder nee, Sie haben es draußen erworben.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich habe es draußen gekauft, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Warum geben Sie ein T-Shirt an den Verfassungsschutz? Erklären Sie es mir mal.

Zeuge Carsten Szczepanski: Das kann ich Ihnen nicht erklären, es tut mir leid.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber die Erinnerung haben Sie noch.

Zeuge Carsten Szczepanski: Die Erinnerung habe ich noch, ja, weil das auch irgendwie so merkwürdig halt war.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Frage bitte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Können Sie sich denn noch an den Namen Egbert Schulz erinnern, Wolf Egbert Schulz?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, das war auch ein Inhaftierter.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Nicht ganz.

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, in den Akten findet sich eine Telefonerlaubnis für Sie für diesen eben genannten Sozialarbeiter Wolf Egbert Schulz, und zwar vom 21.10.94, also noch in Ihrer Untersuchungshaft. Die Staatsanwältin Frau Marx genehmigte Ihnen zweimal wöchentlich Telefonate mit ihm. Es soll sich um einen Berliner Sozialarbeiter handeln.

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, ich hatte in der Haft keinen Berliner Sozialarbeiter. Ich denke, es wird Herr B. gewesen sein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Nee, kann nicht ganz sein. Auch die Wohnanschrift ist Berlin-Neukölln.

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, also, sagt mir so gar nichts.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Dann danke erst mal.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann wechselt das Fragerecht. Die CDU-Fraktion ist dran. Bitte, Herr Lakenmacher.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Szczepanski, Sie haben vorhin berichtet, dass es durchaus möglich war im geschlossenen Vollzug, auch Kopien an den Borchert zu übergeben. Jetzt fanden die Besuche ja in einem Besuchsraum statt.

Zeuge Carsten Szczepanski: Mhm.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Und da gab es dann jeweils Personenkontrollen Ihrer Person als auch der Besucher.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Können Sie das noch mal schildern? Wie sahen diese Kontrollen aus, also Ihrer Person als auch, soweit Sie es einschätzen können, der Besucher?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, es war so, dass die Kontrollen von allen Gefangenen sehr sporadisch stattfanden. Es war so, dass - - Ich habe teilweise zum Beispiel einen Aktenordner dabeigehabt mit Unterlagen, konnte Sachen ausheften, einheften, übergeben. Das hat irgendwie niemanden interessiert dort.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Also, „sporadisch“ meint Stichkontrollen? Ab und zu mal jeder Zehnte, jeder Fünfte?

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau, so ungefähr, ja.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Also eher so Zufallsprinzip?

Zeuge Carsten Szczepanski: Richtig.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Meinen Sie, es war auch Zufall, oder gab es da schon gezielt vielleicht dann doch Kontrollen, weil man sagte: „Der und der Häftling bekommt jetzt Besuch von dem und dem“?

Zeuge Carsten Szczepanski: Schon. Ich denke gerade, dass die Insassen mit BtM-Hintergrund öfter kontrolliert worden sind. Aber - - Also, ich habe es ja über einen längeren Zeitraum mitbekommen, und es war eher sporadisch.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Sie haben berichtet, Sie konnten zum Beispiel mit einem Ordner in den Besuchsraum gehen.

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Oder Sie haben ihn übergeben bekommen von einem Besucher und konnten ihn mit hineinnehmen in die Haftanstalt, unkontrolliert.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, meinen eigenen Ordner konnte ich auch mitnehmen vom Zellenraum zum Besuch - und auch wieder zurück.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Und dann durchaus Unterlagen, Schriftstücke vom Besucher erhalten, dort einordnen und wieder mitnehmen.

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Hatten Sie den Eindruck, dass die Kontrollen sich anders gestalteten je nach Besucher, zum Beispiel, ich sage es mal konkret, ob Sie nun der Borchert oder Ralf L. besucht hat?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, das war kein Unterschied.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Es war also unsystematisch sozusagen.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja. Also, es war relativ lasch gehandhabt, möchte ich mal sagen. Und ob da jetzt Herr Michael P., Herr Ralf L. oder der Herr Borchert saß, das machte keinen Unterschied, glaube ich.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Weil Sie es jetzt so wertend sagen: Haben Sie es schon damals als lasch empfunden?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, definitiv.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Also, man hätte auch durchaus Fanzines oder Ähnliches in den und aus dem Besuchsraum schmuggeln können? Ich nenne es mal „schmuggeln“. Transportieren.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, „transportieren“ klingt besser, weil beim Schmuggeln muss ich was verstecken. Das war da - -

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Es war eher offen.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Also, es hätte auch ein Ordner voll mit Fanzines sein können.

Zeuge Carsten Szczepanski: Richtig.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Fand das mal so statt? Ihrerseits.

Zeuge Carsten Szczepanski: Auch. Es gab einzelne Seiten, die man halt schon kopiert und rausgegeben hat oder abgetippt oder geschrieben hat, und die wurden dann natürlich auch so „rausgeschmuggelt“, raustransportiert.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Während dieser Besuche, war das da ähnlich lasch, oder hatten Sie schon das Gefühl, dass da ständig ein Auge auf Sie geworfen wurde, was da stattfindet?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, der Besuchsraum in der JVA Brandenburg - es gab einen großen Besuchsraum, in dem vielleicht 30, 40 Besucher Platz hatten -, der wurde kontrolliert von, ich meine, zwei JVA-Bediensteten. Es gab noch private Besuchsräume, die eigentlich für Ehepartner, Lebensgefährtinnen und so waren. Und ich meine, es gab auch einen Besucherraum für Übernachtungen.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Aber Sie haben vornehmlich denjenigen genutzt, der für 40 Personen - in etwa - war.

Zeuge Carsten Szczepanski: In der Regel, ja.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Okay. Und dann zwei JVA-Bedienstete - das ist nicht so viel.

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Was glauben Sie - rückblickend oder vielleicht sogar mit positiver Kenntnis zum damaligen Zeitpunkt -: Wer wusste in der Justizvollzugsanstalt um Ihre V-Mann-Tätigkeit?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, dass der Sicherheitschef der JVA in diesem - ich meine, es war Haus 3 - - dass der Bescheid wusste.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Erinnern Sie den Namen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich kann Ihnen - - Weiß ich nicht mehr.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Okay.

Zeuge Carsten Szczepanski: Bei diesem Bereichsleiter bin ich mir bis heute unsicher, ob er was wusste, ob er sich was gedacht hat. Weiß ich nicht.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Was waren so die Kriterien, an denen Sie das festgemacht haben?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, bei dem Sicherheitsbeauftragten war es schon so, dass - ich hatte ja eine Postkontrolle - ich mir bei ihm die Briefe abgeholt habe und die teilweise halt auch unverschlossen, also nicht kontrolliert waren.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Wenn Sie diese Treffen hatten mit dem V-Mann-Führer, mit dem Borchert: Wie liefen diese Treffen ab? Haben Sie Platz genommen und gleich loserzählt, oder hat er Ihnen final Fragen gestellt zu irgendwelchen Personen, zu Sachverhalten? Wie stelle ich mir das vor?

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich habe es so in Erinnerung, dass wir - - Also, wir haben uns - in Anführungsstrichen - normal unterhalten, halt über bestimmte Themen, die man so als JVA-Gefangener wahrscheinlich nicht hat. Aber es waren eher ungezwungene Treffen, also auch von der Gesprächsatmosphäre her. Und es war auch so eine Mischung aus „Das sind meine Erkenntnisse“ und „Das sind meine Nachfragen dazu“, also dieses Geben und Nehmen halt.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Also, man würde das eher als freundschaftlich-locker betiteln können, Ihr Verhältnis?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, schon. Doch.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Oder haben Sie Ihren V-Mann-Führer als Autorität empfunden?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, gar nicht. Das war das, was ich vorhin auch meinte mit diesem „Sozialarbeitertyp“: Das war immer sehr freundschaftlich und nett und - - Ja.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Aus Ihren Briefen gewinnt man teilweise den Eindruck, dass Sie auch durchaus dominant waren, was dieses Verhältnis betrifft, also eine bestimmende Rolle eingenommen haben in dem Verhältnis zu Ihrem V-Mann-Führer. Können Sie das so bestätigen? Die Briefe geben das eindeutig her, muss ich so sagen.

Zeuge Carsten Szczepanski: Aus meiner Empfindung heraus eigentlich nicht, nee. Ich weiß auch nicht, ob ich in der Lage gewesen wäre, ihm Anweisungen oder so zu geben oder irgendwo Bitten mir erfüllen zu lassen. Weiß ich nicht. Also, das Gefühl hatte ich eigentlich nicht. Es war schon irgendwie so, dass es, wie ich ja vorhin sagte, quasi gleichgestellt war.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Gleichgestellt? Also so auf einer Ebene.

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Also einer Arbeitsebene. Wie Mitarbeiter.

Zeuge Carsten Szczepanski: Sozusagen.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): „Wir verfolgen ein gemeinsames Ziel, und da arbeiten wir jetzt - -“

Zeuge Carsten Szczepanski: Das beschreibt es ganz gut.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Hat er auch mal was berichtet aus seinem Dienstgeschehen, aus seiner Behörde, von seinem Chef, dass der irgendwie was einfordert oder dass er sich da irgendwie rechtfertigen müsste als V-Mann-Führer oder

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Ähnliches? Oder: „Da müssen wir mal aufpassen, bei dem und dem Sachverhalt“, „So weit dürfen wir nicht gehen“, oder so was?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, eigentlich nicht. Also, ich überlege gerade mal. - Er hat halt über zu viel Stress auf der Arbeit geklagt. Aber das war jetzt nicht so, dass ich das jetzt irgendwie, keine Ahnung - - so das Gefühl hatte, dass das jetzt irgendwie dramatisch wäre oder so. Wie man sich halt beschwert über seinen Job.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): So zeitlich, vom Zeitaufwand, oder wie hat - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau, genau.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Auch mal seine Person betreffend, was seine Stellung in der Behörde betrifft oder so? Haben Sie da was in Erinnerung?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, gar nicht. Es war jetzt auch nicht so, dass er irgendwie von zu Hause oder vom Job berichtet hat.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Haben Sie beim Verfassungsschutz nachgefragt, ob er Ihre Tätigkeiten, also die Fanzine-Produktion, die Kontaktaufnahmen und die Korrespondenz mit verschiedenen Szene-Anhängern und Ähnliches unterstützt, wünscht oder duldet?

Zeuge Carsten Szczepanski: Er als Person?

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Er als Person und die Behörde, wie die Behörde das wertet oder sieht oder ob die sagen: „Na, da drücken wir mal ein Auge zu“ - zum Beispiel.

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, ich meine, es war eigentlich für beide Seiten klar, dass so ein Magazin natürlich auch für beide Seiten irgendwie was bedeutet, zum einen die Informationen durch irgendwelche Konzertberichte von auswärtigen Leuten, Szeneinterviews. Es war, ich denke, schon klar, dass das ein relativ wichtiges Instrument war in dem Augenblick.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Instrument kann es ja für die Behörde dann nur sein - weil das ist ja deren Auftrag - zur Informationsgewinnung.

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Und nur so haben Sie es gewertet.

Zeuge Carsten Szczepanski: So habe ich es gewertet, ja.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Und Sie hatten den Eindruck, das ist auch immer nur das Ziel und die Wertung der Behörde und Ihres V-Mann-Führers.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja. Weil: Ich hätte mir sonst die Mühe und die Arbeit damit auch nicht gemacht. Ich hätte zu diesem Zeitpunkt kein eigenes Szenemagazin gebraucht, um mich da irgendwie, keine Ahnung, zu profilieren oder aufzuwerten oder so. Nicht mehr zu dem Zeitpunkt.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Dann war das ja letztlich ein ziemlich ideales Werkzeug zur Informationsgewinnung. Sie waren sozusagen die Kontaktperson, die die Informationen sammelt, druckt, verbreitet. Also, eine bessere Stellung hätte es nicht geben können. Oder wie sehen Sie es?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich sehe das heute auch so - habe es damals eigentlich auch so gesehen -, weil über dieses Instrument des Magazins war es halt auch möglich, Leute anzuschreiben, die man vielleicht noch gar nicht kannte, einfach um zu erfragen: Hier, wir haben ein Magazin. Wollt ihr was aus eurer Gegend schreiben, einen Szenebericht abgeben oder so? - Und in der Regel waren die Leute da ja auch hellauf begeistert. Also, das war schon auf jeden Fall ein nützliches Werkzeug.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Hatten Sie mal den Eindruck, dass einige aus der Szene da doch mit Skepsis reagiert haben und dachten: „Hm, wir sind uns nicht ganz sicher“, oder wurde das unreflektiert angenommen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Es wurde meiner Meinung nach angenommen. Ich weiß aber, dass es später, mit den Jahren, als dann dieser Konkurrenzkampf zwischen „Blood & Honour“ und „Hammerskins“ war, Versuche gab, uns für eine Seite einzunehmen mit diesem Magazin, dass wir quasi halt nur für und über „Blood & Honour“ schreiben oder eben dementsprechend für die „Hammerskins“.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Bitte die letzte Frage.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Wie haben Sie während dieser Tätigkeit und diesem Werkzeug „Fanzine“ das damals empfunden? Hatten Sie die Empfindung, das befördert die rechte Szene doch noch, vielleicht mehr als dass Sie Informationen liefern können und Informationen für den Verfassungsschutz gewonnen werden können? Also, hatten Sie so Überlegungen, ob da so eine rote Linie überschritten wird zwischen Förderung der Szene und des Rechtsextremismus und Informationsabschöpfung? Weil: Das ist ja so der Grat.

Zeuge Carsten Szczepanski: Das ist der Grat. In meinen Augen ist diese rote Linie nicht überschritten worden. Wir haben halt in diesem Heft Sachen dargestellt, die eben - - Die waren ja vorhanden. Wir haben halt quasi - - Ja, wie eine Vereinszeitschrift war das quasi. Wir haben aus den verschiedenen Städten berichtet. Und ich meine, dass dieses Heft uns Kontakte ermöglicht hat, die wir sonst vielleicht nicht gehabt hätten.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Aber eben nicht darüber hinaus Kontakte hergestellt hat, also die Szene vielleicht noch gefestigt hat?

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Dafür war die Auflage, glaube ich, zu klein. Also, mag ich mir nicht vorstellen, nee.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Okay. Danke.

Zeuge Carsten Szczepanski: Gerne.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Wir gehen zur Fraktion der Linken. Herr Dr. Schöneburg.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Na ja, eine Vereinszeitschrift stärkt auch den Verein. Das ist jedenfalls meine Position. - Ich habe noch eine Nachfrage; dann gebe ich an meine Kollegin Frau Johlige weiter. Sie haben vorhin ja den Fall geschildert, dass Sie ein T-Shirt an Herrn Dieter Borchert weitergegeben haben. Hat er auch mal ein T-Shirt für Sie mitgebracht?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, er hat mir auch Textilien mal mitgebracht.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Was war das für ein T-Shirt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Weiß ich nicht mehr, was das war.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Vielleicht kann ich Ihnen auf die Sprünge helfen. Ich mache Ihnen mal einen Vorhalt aus dem Schreiben an Dieter Borchert vom 12.01.1996:

„Was ich Dir noch vorschlagen wollte ist, ob es nicht organisatorisch besser wäre wenn ich denn Dir fortan ‚nur‘ noch Kopien aushändige.“

- was wir vorhin schon diskutiert haben -

„Die bräuchte ich nicht zurück und Du hättest mehr Zeit zur Sichtung.“⁴

Dann schreiben Sie weiter, am 18.07.1996:

„Von COMBAT 18 müßte zu 100% ein T-Shirt und eine CD ans Postfach gekommen sein. Beides benötige ich hier sehr dringend und darum würde ich Dich bitten daß Du mir beides in der nächsten Woche mitbringst.

Und dann wollte ich Dich noch fragen,“

- darauf ist meine Kollegin schon eingegangen -

„ob Du mir beim Sprecher Zigaretten kaufen könntest? Diese würde ich zum Bezahlen von Fotokopien sehr gut gebrauchen können.“⁵

⁴ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: Ordner Piatto Komplex, 1996.pdf, Seite 1.

⁵ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: Ordner B 4, Herabstufungen, Anfrage UA 6_1 vom 31_01_2018, 1_1996_Vermerke-PIATTO-Seite28-Page197-VSnfd-bwpsmd.pdf.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Also hat Ihnen Herr Borchert ein „Combat 18“-T-Shirt in den Knast mitgebracht.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, wenn ich das damals so geschrieben habe, dann habe ich zumindest darum gebeten, ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Hat er auch gemacht sicherlich.

Zeuge Carsten Szczepanski: Mag sein.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Danke schön.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Ich würde da gleich mal einhaken. Aus dem Vorhalt geht ja auch hervor, dass Herr Dieter Borchert Zugang zu dem Postfach hatte.

Zeuge Carsten Szczepanski: Das war aber dann ein Postfach in der Stadt Brandenburg. Das war nicht das Postfach in Königs Wusterhausen.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Das heißt, zu dem Postfach in Königs Wusterhausen hatte Herr Ralf L. Zugang - hatten Sie vorhin gesagt.

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Und wie kam es dann zu dem Postfach in Brandenburg an der Havel?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das haben wir dann auch als Kontaktmöglichkeit genutzt für das Heft, dass wir halt Sachen dahin haben schicken lassen wie Interviews oder so, die vielleicht ein bisschen umfangreicher waren, oder ich mal ein Magazin bestellt habe oder so.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Und das hat Herr Dieter Borchert eingerichtet.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja. Also, ich gehe davon aus.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Okay. Und das haben Sie dann sozusagen als Kontakt angegeben, -

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): - und darüber konnte man Sie erreichen. - Hat Herr Dieter Borchert Ihnen das, was da ankam, ungeöffnet zur Verfügung gestellt, oder hat er als Erstes mal geguckt, was angekommen ist?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, die Sachen waren geöffnet.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Und die sind dann wie zu Ihnen gekommen?

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Auch über die Besuche in der JVA.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Das heißt, der Verfassungsschutz hat schon Botengänge für Sie vorgenommen, indem er quasi - ich sage es mal platt - Nazipropaganda in den Knast gebracht hat.

Zeuge Carsten Szczepanski: Na ja, weniger die Propaganda in Form von Heften oder CDs, sondern mehr halt Briefe. Aber es war, wie gesagt, auch so, dass ich damit auch einverstanden war, dass die halt vor Ort gleich geöffnet und gelesen werden. Also, ich wusste schon, dass meine Post jetzt nicht in dem Sinne privat ist.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Und Sie haben dann Briefe, wenn die angekommen sind, beantwortet. Und die sind dann wie rausgegangen? Auch wieder über Herrn Dieter Borchert, oder - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Teilweise ja. Teilweise habe ich sie auch ganz normal über die Post der JVA geschickt. Also, das hat sich so die Waage gehalten, würde ich sagen.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Okay. - Ich würde noch mal ein bisschen auf das Verhältnis zwischen Ihnen und Herrn Dieter Borchert zurückkommen. Sie haben gesagt: Sozialarbeitertyp. Hat er Ihnen auch - - Also, ich kann mir das immer so schlecht vorstellen: Worüber redet man da? Redet man da auch privat? Redet man da auch über Fußball? Oder trifft man sich und ist sofort dienstlich?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, das war eher ein lockerer Umgang miteinander. Man hat schon auch privat gesprochen, klar. Aber - -

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Worüber so?

Zeuge Carsten Szczepanski: Über alles Mögliche. Wie es einem halt in der JVA ergeht. Wie Sie schon gerade sagten: über Fußballergebnisse oder so.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Sie waren ja beide Hertha-Fans, oder?

Zeuge Carsten Szczepanski: Wir waren, ja.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Okay. - War Herr Dieter Borchert mal bei Ihnen zu Hause?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nach der Haftentlassung, meinen Sie?

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Mhm.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, er hat mich auch zu Hause besucht. Ja, doch, ich meine ja.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Einmal, zweimal, fünfmal?

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, zwei-, dreimal vielleicht. Also gefühlt jetzt.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Können Sie sich da irgendwie noch an Anlässe erinnern?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee. Ich meine, es wäre auch unmittelbar nach der Haftentlassung gewesen. Und - - Nee, da gab es eigentlich keinen speziellen Anlass, glaube ich.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Okay. - Man hat sich ja dann über Jahre quasi regelmäßig gesehen. Hat er Sie denn auch mal irgendwo hingefahren?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, klar.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Wie muss ich mir das vorstellen? Also, er holt Sie an der JVA ab und - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Es gab ja anfangs die Ausgänge, die halt unregelmäßig waren; da wurde ich zum Beispiel gefahren. Das waren aber auch ganz unterschiedliche Sachen, also von einer Fahrt in die Stadt bis zu irgendeiner Eisdiele vielleicht oder irgendeinem Burger-Laden oder so.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Und hat er Sie auch mal, gerade wenn jetzt nur ein halber Tag Ausgang oder nur ein Tag - - zu irgendwelchen Treffen mit Menschen, mit denen Sie sich halt treffen wollten, gefahren?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee. Also, ich kann mich dran erinnern, dass er mich zum Beispiel irgendwo an einer Bushaltestelle abgesetzt hat oder am Bahnhof oder so. Aber dass er mich quasi direkt vor die Haustür gefahren hat, wüsste ich jetzt so auf die Schnelle eigentlich nicht.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Okay. Na ja, es muss ja wahrscheinlich manchmal schnell gehen, wenn man nicht so viel Zeit hat oder so. - Aber das muss ich mir jetzt nicht so vorstellen, dass er Sie irgendwo hingefahren hat und erst mal draußen gewartet hat oder so.

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, nee. Die ersten Ausgänge, das waren, wie gesagt, Stunden oder zwei Stunden.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Was ich noch nicht vollständig verstanden habe: In einer Haftanstalt ist es ja schon so, dass sich eigentlich ganz viel „rumschweigt“. Nun habe ich verstanden, dass die Legende war, dass er Ihr Sozialarbeiter ist.

Zeuge Carsten Szczepanski: Mhm.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Gab es da irgendwann mal Situationen, wo Sie den Eindruck hatten: „Jetzt wird es gefährlich“, „Jetzt glaubt mir das jemand nicht“, oder so?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, überhaupt nicht.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Also, er war schon überzeugend.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, definitiv.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Okay.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Frau Johlige?

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Ja?

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Darf Herr Lüttmann eine Zwischenfrage stellen?

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Ja.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Bitte. - Das geht nicht von Ihrer Zeit ab.

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Nur weil es gerade so gut passt: Ich versuche das immer noch zu verstehen, auch mit den Briefen, die rein- und rausgingen, mit den Möglichkeiten, Fanzines nach draußen zu bringen, mit den Ausgängen, mit den Möglichkeiten, draußen Leute zu treffen. Sie haben gerade mehr oder weniger gesagt, dass niemand da Verdacht geschöpft hat. Also, ich kann mir das gar nicht vorstellen - ich möchte echt noch mal danach fragen -, dass sich dann nicht doch jemand fragt: „Wie kann jemand so viele Vergünstigungen haben, der gerade für acht Jahre wegen versuchten Mordes im Gefängnis sitzt?“, also dass da nie, sage ich mal, auch in der Szene jemand sich gefragt hat, warum Sie diese Sachen machen können.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich kann - - Die Frage wäre auch für mich mal interessant und spannend zu erfahren. Aber ich kann es mir im Nachhinein auch nicht erklären. Es hat funktioniert. Es hat keine Aufmerksamkeit irgendwie erregt. Wie gesagt, es ging einfach. Es waren halt viele Umstände, die dazu auch vielleicht beigetragen haben, seien es halt die laschen Kontrollen bei den Besuchen, Post, die halt so durchgegangen ist, die nicht geöffnet worden ist. Vielleicht waren es zu wenig JVA-Beamte, die auf zu viele Gefangene aufpassen mussten. Ich denke, da wird es ganz viele Faktoren geben. Vielleicht ist auch viel Glück dabei gewesen, dass es so lange eben nicht aufgefallen ist.

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Also dass es quasi ein Normalitätszustand war.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, auch das, klar. Und ob das heute noch so funktionieren würde - keine Ahnung.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Frau Johlige macht weiter.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Wie kam es denn zu Ihrem - - Also, Sie haben ja das Abitur nachgemacht und haben auch eine Weiterbildungsmaßnahme gemacht. Hat da Herr Dieter Borchert so ein bisschen gedrückt nach dem Motto: „Tu mal was für dein Leben“, oder wie kam es dazu?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, dass da - - Die ursprüngliche Idee kam vom Sozialdienst der JVA. Da hatten wir eine lokale Sozialarbeiterin. Ich hatte anfangs in der JVA Brandenburg sehr lange Arbeitsverbot. Ich durfte also nicht irgendwie in der Küche arbeiten oder so und habe dann Zellenarbeit zugewiesen bekommen. Das heißt, ich musste dann da Brillenscharniere zusammenschrauben. Da hatte ich mich irgendwie mal beschwert, und da kam es dann zu dem Punkt, dass man gesagt hat: Na ja, dann mach doch irgendwie Schule weiter. - Ich meine, so war das - grob -, dass die Idee da von der Frau kam.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Okay. - Und diese Weiterbildungsmaßnahme, wie muss ich mir das vorstellen? Das war ja eine Weiterbildung als Mediengestalter oder - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau. Da gab es dann Ausgang für. Das war in der Stadt Brandenburg. Ich bin quasi morgens in die Ausbildungseinrichtung gefahren und nachmittags wieder zurück.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Das hat auch tatsächlich - - Also, das war kein Alibi.

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, nee, das hat so stattgefunden.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Muss man ja nachfragen.

Zeuge Carsten Szczepanski: Klar.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Und stand dieses Praktikum mit dieser Weiterbildungsmaßnahme irgendwie in Verbindung? Wir fragen uns halt die ganze Zeit: Wie kam es zu diesem Praktikum?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, im weitesten Sinne. Herr Michael P. hatte dann irgendwann gefragt - aber ich meine, das war schon relativ spät -, ob ich für seine CDs irgendwie mal Cover entwerfen könnte oder so. Also, das war ein Thema.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Und das haben Sie auch gemacht, Cover entwerfen.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich habe ein Cover entworfen für eine Weihnachts-CD, halt im nationalen Stil.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): In der JVA?

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, nee, das war danach.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Okay. Na ja, wir sind ja noch beim Praktikum, wie es dazu kam.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ach so.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Weil das war ja, während Sie in der - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Das habe ich jetzt gemeint, diese Verbindung von der Ausbildung hin zum Praktikum bei P.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Aber Sie waren - - Also, Sie saßen in der JVA.

Zeuge Carsten Szczepanski: Mhm.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Und eine der Begründungen dafür, dass Sie regelmäßig Ausgang bekommen haben, war dann dieses Praktikum - zumindest nach dem, was wir so nachvollziehen können.

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau, ja.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Dann sagen Sie aber: Das war Alibi, das fand eigentlich gar nicht statt.

Zeuge Carsten Szczepanski: Das Praktikum eigentlich nicht, nein. Die Schulung und die Fortbildung, die hat auch wirklich stattgefunden.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Okay. Und wer kam auf die Idee, dass das Praktikum gerade bei der Firma P. - - Ich meine, ist ja nicht der nächste Weg und so.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, dass Herr Michael P. mir das damals angeboten hat. Aber ich kann mich auch nicht dran erinnern, dass da irgendwie ernsthaft nachgefragt worden ist, warum das jetzt Chemnitz sein muss und nicht irgendwas Lokales.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Hat der Verfassungsschutz da nachgeholfen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Weiß ich nicht. Also, wenn Sie mich nach einer Einschätzung fragen: Ich kann mir vorstellen, dass es einfach niemanden interessiert hat.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Bei so einem Praktikum wird ja in der Regel eine Praktikumsvergütung gezahlt. Ist da Geld geflossen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, nee.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Das war sozusagen ein unbezahltes Praktikum.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Später hatten Sie dann aber einen Arbeitsvertrag bei der Firma P.

Zeuge Carsten Szczepanski: Richtig, genau.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Ist da Geld geflossen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Da habe ich Geld bekommen, einen Monatslohn. Ich meine, es war ein Monatslohn von 800, 900 - ungefähr.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Netto?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Und was haben Sie dafür gearbeitet?

Zeuge Carsten Szczepanski: Im Prinzip, wie gesagt, versucht, die CDs, die Tonträger von Herrn Michael P. zu vertreiben. Ich bin da dementsprechende Szeneläden angefahren, habe gefragt: Habt ihr da Interesse dran oder nicht? - Aber das war sehr überschaubar.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Dann frage ich mich aber: Warum gibt jemand bei 800, 900 Mark netto - werden es ja wahrscheinlich 1 500 brutto gewesen sein - 1 500 brutto im Monat dafür aus, dass jemand andere Szeneläden anfährt und das dann überschaubar ist mit dem Vertrieb?

Zeuge Carsten Szczepanski: Der Vertrag hat auch nicht sehr lange Bestand gehabt.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Wie lange?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, ich habe tatsächlich auch nur einmal Geld bekommen. Dann gab es ein Gespräch mit Herrn Michael P. - sinngemäß -, wo er mir gesagt hat, er hat sich das ein bisschen anders vorgestellt, und das würde sich nicht rechnen.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): War das dann eigentlich auch ein Fake-Job, um früher aus der Haft entlassen zu werden?

Zeuge Carsten Szczepanski: Jein. Also schon irgendwie, weil man einen Arbeitsvertrag halt vorlegen konnte. Ich meine, dass ich den Arbeitsvertrag auch bei der psychologischen Begutachtung dann erwähnt habe in der JVA. Also, es war sicherlich nicht schädlich.

(Abgeordneter Dr. Schöneburg [DIE LINKE]: Darf ich kurz noch mal einhaken?)

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Sie haben gesagt, dass Sie einen Monat bezahlt worden sind, einen Monat gearbeitet haben.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Der Arbeitsvertrag ist datiert auf April 1999. Dann haben Sie also nur den April oder den Mai für Herrn Michael P. gearbeitet.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Die Anhörung zum Zweidritteltermin war aber im November 1999 gewesen. Da haben Sie also einen Arbeitsvertrag vorgelegt, der de facto gar nicht mehr bestanden hat?

Zeuge Carsten Szczepanski: Richtig.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Und Ihr Betreuer, also Ihr V-Mann-Führer, Dieter Borchert, hat davon gewusst.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Okay. Danke.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Minute.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): In dieser Runde keine Fragen mehr.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann geht es weiter mit Herrn Wiese.

Abgeordneter Wiese (AfD): Herr Szczepanski, gab es denn V-Mann-Richtlinien oder Informationsrichtlinien? Existierte so was?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nein, es gab keine festen Richtlinien in dem Sinne, dass man gesagt hat: Das und das geht, das und das geht nicht. - Das gab es nicht.

Abgeordneter Wiese (AfD): Sie hatten ein Mobiltelefon?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja.

Abgeordneter Wiese (AfD): Wie ist denn die Nutzung - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Bitte?

Abgeordneter Wiese (AfD): Wie ist denn die Nutzung abgelaufen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Wie die Nutzung des Telefons abgelaufen ist?

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Wiese (AfD): Ja. Ich gehe mal davon aus, dass Sie das in der Strafanstalt wahrscheinlich nicht benutzt haben.

Zeuge Carsten Szczepanski: Nein, das war ein Telefon für die Ausgänge und Freigänge.

Abgeordneter Wiese (AfD): Haben Sie noch Erinnerungen an den Austausch von dem Mobiltelefon am 25. August?

Zeuge Carsten Szczepanski: Am 25. August? Nee, tut mir leid.

Abgeordneter Wiese (AfD): Nicht mehr? Ist nicht so tragisch. - Sie haben gerade erzählt, dass Sie 900 Mark bekommen waren. Sie waren in Sachsen. Keiner kann sich erklären, warum Sie so weit gefahren sind, warum Sie dort eine Tätigkeit hatten, die keine Tätigkeit war. Hat denn Ihr V-Mann-Führer mal einen Hinweis gegeben über ein flüchtiges Trio in Chemnitz?

Zeuge Carsten Szczepanski: Es war bei der Erkenntnisgewinnung in Chemnitz so, dass ich alles - - Also, wie kann man sich das vorstellen? Ich habe alles an Informationen, was auf mich eingepresselt ist teilweise, in Berichten festgehalten und habe die eben dem Herrn Dieter Borchert zur Verfügung gestellt. Aber das kann, wie gesagt, über die politische Szene, die Skinheadszone, Fußballhooligans, was es alles gab, Tonträger usw. usf. - - Das war halt, na ja, so ein buntes Potpourri an Informationen.

Abgeordneter Wiese (AfD): Von Sachsen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, also speziell aus der Chemnitzer Ecke.

Abgeordneter Wiese (AfD): Jetzt muss ich doch noch mal nachfragen - jetzt kommt auch bei mir die Verwunderung -: Sie waren nur einen Monat dort tätig, oder ist der Vertrag nur für einen Monat gewesen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich wurde für einen Monat bezahlt, meine ich.

Abgeordneter Wiese (AfD): Und wie lange waren Sie denn in Chemnitz?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich war immer wieder mal in Chemnitz.

Abgeordneter Wiese (AfD): Ohne Bezahlung meine ich.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ach so, ohne Bezahlung. - Ja - -

(Der Zeuge überlegt.)

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Wiese (AfD): Machen wir mal den Zeitraum ab dem Vertrag, den Sie hatten. Vertrag war dann - - Sie haben nur einmal die Bezahlung bekommen, und dann sind Sie für lau dort hingefahren.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich bin auch für lau dort hingefahren, genau. Ich kannte Herrn Michael P. ja schon vor der Vertragsgeschichte, und ich hatte auch noch Kontakt zu ihm nach der Vertragsgeschichte. Also, der Kontakt zu Familie P. war nicht speziell auf diesen Vertrag ausgerichtet oder so. Es gab vorher Kontakte und nachher auch.

Abgeordneter Wiese (AfD): Wie aktiv waren Sie denn in Chemnitz?

Zeuge Carsten Szczepanski: Wie aktiv?

Abgeordneter Wiese (AfD): Ja. Sie haben jetzt gerade gesagt, was Sie alles gesammelt haben, was Sie alles weitergegeben haben. Das ist jetzt für mich ein bisschen viel auf einmal, wenn ich sage, man macht dort nur ein Praktikum, fährt am Morgen hin, am Abend wieder zurück - wenn es denn so sei; das weiß ich auch noch nicht. Sind Sie jeden Tag zurückgefahren, oder?

Zeuge Carsten Szczepanski: Wie gesagt, das fing mit den Haftvergünstigungen an, dass ich ja zunächst nur einzelne Stunden rausdurfte. Dann bin ich natürlich nicht nach Chemnitz gefahren.

Abgeordneter Wiese (AfD): Mhm.

Zeuge Carsten Szczepanski: Im späteren Verlauf der Hafterleichterungen dann halt schon. Wenn da zum Beispiel ein Konzert war und ich hatte das Wochenende frei, dann konnte ich da auch hinfahren.

Abgeordneter Wiese (AfD): Mhm. - Um noch mal auf dieses flüchtige Trio zurückzukommen: Wie weit hatten Sie da Informationen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich kann aus der Erinnerung heraus nicht mehr genau sagen, was für Informationen ich zu den dreien damals abgeliefert habe. Für mich war das zu dem Zeitpunkt ein Themenpunkt, eine News von vielen. Also, ich wüsste es jetzt echt nach all den Jahren - -

Abgeordneter Wiese (AfD): Da gab es ja auch noch die Aussage, dass die nach Südafrika entweichen wollten.

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau, genau.

Abgeordneter Wiese (AfD): Was wissen Sie denn darüber?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, ich weiß noch, dass es hieß, dass Frau Antje P. wohl irgendwie Reisepässe zur Verfügung gestellt hat oder verliehen hat. Daran kann ich mich noch erinnern. Und die Infos - - Ich kann jetzt auch die einzelnen Erkenntnisse

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

nicht mehr den einzelnen Personen zuordnen. Das kriege ich nicht mehr hin. Es war halt *auch* Thema, aber ein Thema von vielen.

Abgeordneter Wiese (AfD): Hatten Sie mit diesen dreien auch Kontakt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nein, keinen persönlichen Kontakt.

Abgeordneter Wiese (AfD): Woher hatten Sie denn dann diese Informationen über dieses Trio?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, ich hatte in Chemnitz ganz guten Kontakt zu Herrn Werner, zu der Familie P., zum Herrn Starke. Das waren so, im Nachhinein betrachtet, die Hauptinformationsquellen.

Abgeordneter Wiese (AfD): Und die kannten diese drei oder wussten von diesen dreien?

Zeuge Carsten Szczepanski: Wie gesagt, ich vermag es heute nicht mehr zu sagen, wer mir welche Informationen gegeben hat.

Abgeordneter Wiese (AfD): Pauschal, einfach - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Aber es kam aus diesem Kreis heraus, ja.

Abgeordneter Wiese (AfD): Können Sie aufgrund der Aussagen zuteilen, wie viele Informationen die hatten, wie weit da integriert waren, wie weit die - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, das nach 20 Jahren noch zu - - mich daran zu erinnern, ist - - Nee. Wie gesagt, ich wüsste jetzt auch nicht mehr, wer was wie wo gesagt hat. Dafür waren es halt einfach zu viele Informationen. Allein so ein Konzertbesuch mit drei, vier Leuten, die man vielleicht kennt, mit denen man spricht - - Das waren am Ende vielleicht vier, fünf Seiten, die man dann irgendwie aufgeschrieben hat. Also, nee, dafür ist es echt zu lange her.

Abgeordneter Wiese (AfD): Okay, danke.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Frau Nonnemacher macht weiter. Bitte schön.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Herr Szczepanski, es ist vorhin schon mal von den Kolleginnen die Frage aufgetaucht: Wer war der Sozialarbeiter Wolf Egbert Schulz aus Berlin, für den Sie während der Untersuchungshaft eine Telefonerlaubnis für zwei Telefonate wöchentlich beantragt haben?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, in Erinnerung zu haben, dass das eben die Telefonnummer von Herrn Dieter Borchert war und dass er auch der Sozialarbeiter war. Also, ich hatte sonst keinen anderen.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich darf Ihnen da noch mal einen Vorhalt machen. Wir haben hier: Verfügung Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) vom 21.10.1994, Ordner B 65, Seite 148⁶. Ich zitiere:

„Aufgrund eines Telefonates mit dem Sozialarbeiter Wolf Egbert Schulz aus Berlin stammend sowie eines Schreibens des Untersuchungshäftlings Szczepanski wurde geprüft, ob eine Telefonerlaubnis mit dem Sozialarbeiter zweimal wöchentlich auf Kosten des Untersuchungshäftlings erfolgen kann. Der Genehmigung steht in Anbetracht einer späteren sozialen Integration nichts im Wege.

[...]

Hiermit wird dem Antrag des Untersuchungshäftlings Carsten Szczepanski auf Führung eines Telefongesprächs zweimal wöchentlich für die Dauer von 10 Minuten auf seine Kosten mit dem Sozialarbeiter Wolf Egbert Schulz, wohnhaft 12043 Berlin, Karl-Marx-Str. 127, unter der Rufnummer“

- dann folgt eine Handynummer -

„und ohne Überwachung stattgegeben.“

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, ich würde trotzdem bei meiner Meinung bleiben und sagen, dass das Herr Dieter Borchert war.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Dass das Herr Dieter Borchert war.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie haben selber diese Telefonate bei der JVA-Leitung beantragt. Wieso war das nötig? Herr Dieter Borchert war doch sowieso als Sozialarbeiter legendiert und konnte Sie auch aufsuchen. War das sozusagen eine Verdopplung der Kontaktzeiten auf verschiedenen Wegen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee. Ich meine, dass das einfach nur ein Tarnname war und ich mit dieser Telefonerlaubnis dann auch sehr einfach telefonieren konnte. Das war dann also keine große Aktion mehr. Vielleicht war das, damit die anderen JVA-Mitarbeiter da irgendwie den Namen nicht erfahren. Das kann ich nicht sagen. Aber - - Also, ich meine, definitiv war das Herr Dieter Borchert.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. Also, Sie sind sich sicher, dass es Herr Dieter Borchert war. - Wir hatten vorhin auch schon mal das Thema, dass Sie aus der Haft heraus an das Landesamt für Verfassungsschutz Berlin geschrieben haben. Da haben wir eine Formkarte für abgehende Post vom 26.09.94 in unseren Unterlagen. Warum oder was haben Sie dem Landesamt für Verfassungsschutz Berlin geschrieben?

⁶ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die korrekte Fundstelle lautet: Ordner B 65, MAT_A_BB-14, MAT_A_BB-14a_Band_II.pdf, Seite 148.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Es kann natürlich sein, dass ich mir auch dort den Verfassungsschutzbericht angefordert habe - jetzt, wo Sie gerade sagen, es wäre eine Karte gewesen. Das halte ich für möglich.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also das ist ja interessant; da muss ich noch mal nachfragen. Sie haben sozusagen im Frühsommer den Verfassungsschutzbericht des Landes Brandenburg sich schicken lassen.

Zeuge Carsten Szczepanski: Mhm.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie haben dann sich angeboten, für den Verfassungsschutz Brandenburg zu arbeiten. Sie hatten dann, im Zeitraum August/September 94, diese erwähnten drei Gespräche mit Herrn M. M. und dann später mit Herrn Dieter Borchert und haben dann am 26.09.94 noch mal an das Landesamt für Verfassungsschutz Berlin geschrieben, um sich möglicherweise einen weiteren Verfassungsschutzbericht eines anderen Bundeslandes anzufordern. - Das können Sie mir gerne noch ein bisschen ausführlicher erklären.

Zeuge Carsten Szczepanski: So groß zu erklären gibt es da nicht viel. Das war einfach Langeweile. Also, gerade in der U-Haft in Königs Wusterhausen war man über jeden Fetzen Lesestoff wirklich dankbar. Also, das ist das Einzige, was für mich Sinn macht, weil ich meine, ich habe dort keine persönlichen Briefe hingeschickt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Und auf die Anforderung des Verfassungsschutzberichtes des Landes Berlin sind dann keine weiteren Kontakte entstanden.

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee. Ich meine, ich hätte den Bericht nicht mal bekommen. Aber das vermag ich jetzt nicht mit Sicherheit zu sagen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber Sie hatten nicht eine weitere Kontaktaufnahme zu einer weiteren Behörde im Sinn?

Zeuge Carsten Szczepanski: Mh-mh. (Der Zeuge verneint.)

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Dann würde ich gern noch mal auf den 9. Mai 1992 zurückkommen, den Tag des Mordversuches in Wendisch Rietz. Wie viele Mitglieder des Ku-Klux-Klan oder wie viele KKK-Sympathisanten waren an diesem Mordversuch in Wendisch Rietz beteiligt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Es waren insgesamt vor Ort - - Ich meine, wir sind mit zwei Autos da gewesen, wobei die Anwesenden nicht unbedingt Ku-Klux-Klan-Sympathisanten waren, sondern aus dem Umfeld der „United Skins“ KW. Es können aber auch drei Autos gewesen sein. Aber bei zwei Autos bin ich mir relativ sicher. Also acht Personen, neun Personen vielleicht.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Acht bis neun Personen? Und wenn es drei Autos waren, dann waren es entsprechend 13 bis 14 Personen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Dann waren es eher 12, ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Können Sie noch Namen nennen, wer dort dabei war?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja. Ich war - - Mit K. Mü. saß ich im Auto, der auch verurteilt worden ist. Dessen Freundin oder Lebensgefährtin war mit dabei. Dann kann ich mich noch erinnern an Herrn - - Ach Gott, wie hieß er? Aus Senzig. Mi. Sch. oder Sch[REDACTED]. Ein Be. war mit dabei; da weiß ich den Nachnamen aber auch nicht mehr. Also, das sind die Namen, die mir jetzt noch im Kopf sind.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Könnten Sie uns bitte noch mal Ihre damalige Tatbeteiligung aus heutiger Sicht schildern? Wie haben Sie sich im Verlauf dieses Mordversuches verhalten?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich war Teil einer Gruppe. Es war so, dass das Opfer bereits in der Diskothek war. Ich kann mich an den Verlauf so erinnern, dass die Stimmung schon bei unserer Ankunft merkwürdig war, ich möchte jetzt nicht sagen, aufgeheizt, aber irgendwie - - also nicht schön. Es war nicht so: Man fährt auf die Disko und freut sich, dass man Spaß hat.

Die Situation in der Disko ist meiner Erinnerung nach binnen weniger Minuten eskaliert. Herr K. Mü. hat auf das Opfer eingeschlagen, eingetreten später, hat Herrn S. E. vor die Tür gezogen und ihn in den See geworfen. Das war der Ablauf der Tat. Wir sind dann relativ - - eigentlich in der nächsten Sekunde in die Autos gesprungen und weggefahren.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie sagten, die Stimmung war sehr aufgeheizt. Sind Sie mit der festen Absicht sozusagen da hingefahren, ein solches Opfer auch zu finden?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nein. Wir waren an diesem Abend auch das erste Mal dort. Wir kannten die - „Disko“ klingt so hoch- - aber diesen Klub, diesen Dorfklub vorher nicht. Wir hatten auch keinerlei Erfahrung, was uns da erwartet oder welche Art von Gästen da so hingehen. Das war halt so eine Fahrt übers Land, wie das damals so war, mit dem Ziel, irgendwelche Dorfdiskos zu besuchen. Ich meine, wir waren vorher auch noch in einer anderen Diskothek, und ich meine, danach sogar auch noch.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie haben jetzt nur geäußert, Herr K. Mü. hat auf das Opfer eingetreten und hat versucht, ihn in den See zu werfen. Wie ist die Beteiligung der anderen? Was wurde speziell gerufen - es sollen Ku-Klux-Klan-Parolen gebrüllt worden sein -, und wo ist Ihre eigene Beteiligung?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, an die Ku-Klux-Klan-Parolen kann ich mich nicht erinnern. Es gab Rufe wie „Hau drauf!“ und „Macht das vor der Tür!“. Es gab

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

auch - - Also, die ganze Szenerie ging ganz schnell vorbei. Das waren vielleicht von drinnen nach draußen nur drei, vier Minuten. Ich kann mich noch daran erinnern, dass ich neben dem Türsteher stand und dass der noch geäußert hat: Macht den Scheiß doch draußen! - Dann ging es aber auch schon nach draußen. Wie ich später erfahren habe, ist dann ein Türsteher auch hinterhergesprungen, hat ihn wieder rausgezogen und Nothilfe geleistet.

Meine eigene Tatbeteiligung, meine Schuld war halt die, dass ich auch Teil der Gruppe war, das Ganze auch nicht irgendwie unterbunden habe. Ich habe es auch nicht versucht zu beenden. Im Endeffekt war das dann auch der Tatvorwurf vor Gericht, dass es eben ein gemeinschaftlicher Mordversuch war.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wie viel Schmerzensgeld haben Sie insgesamt an S. E. bezahlt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das kann ich Ihnen gar nicht so genau sagen. Ich weiß, dass es ein Schmerzensgeld gab, das irgendwie gesamtschuldnerisch aufgebracht werden sollte. Und ich weiß, dass der Herr K. Mü. bezahlt hat; aber ich weiß jetzt nicht zu sagen, in welcher Höhe und wie viel. Herr K. Mü. war ja unmittelbar, am nächsten Tag, verhaftet worden, hatte also zu dem Zeitpunkt dann auch schon mehr Haft abgesessen, als ich es hatte, und wurde auch weit vor mir entlassen. Aber ich weiß nicht, wie viel er bezahlt hat. Ich kann es nicht sagen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Haben Sie schon Zahlungen geleistet, bevor Sie ins Zeugenschutzprogramm aufgenommen worden sind und dann das Land zusagen in Vorleistung für die Schmerzensgeldzahlung gegangen ist?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, dass mir von meinem JVA-Konto damals Geld abgebucht worden ist. Aber ich vermag jetzt nicht zu sagen, wann und wie viel das war. Aber ich meine, ich habe da die Erinnerung, dass da mal was gegangen ist, ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gab es irgendwelche Rechtsextremisten, bei denen Sie den Verdacht hatten, dass sie für eine andere Polizei- oder Verfassungsschutzbehörde arbeiten könnten, und wenn, wer war das, und aufgrund welcher Anzeichen haben Sie das vermutet?

Zeuge Carsten Szczepanski: Es war einmal der besagte Herr Silvio J. Später hatte ich den Eindruck, dass eben bei Herrn Ralf L. vielleicht auch was gelaufen ist.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Genau. Da hatten Sie gesagt: Der war so häufig in irgendwelchen Prozessen und ist immer ohne Haftstrafe rausgegangen.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, genau.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Das war sozusagen der Grund. - Das sind die einzigen beiden, die Ihnen einfallen?

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Das sind so die einzigen beiden, die mir einfallen, aus meinem Umfeld damals, ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie haben vorhin Thomas Richter im Zusammenhang mit dem Detmolder Zentrum erwähnt, dass Sie den gut kannten. Hatten Sie bei ihm vermutet, dass er mit dem Verfassungsschutz zusammenarbeitet?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, gar nicht. Also, der wirkte eigentlich auf mich wie ein Hundertprozentiger. Da wäre ich wahrscheinlich nie drauf gekommen, nee.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Da wären Sie nie drauf gekommen. - Sie hatten zu Beginn Ihrer Informantentätigkeit angekündigt, dass Sie Informationen zur Russenmafia und über die „Afrikanische Widerstandsbewegung“ liefern würden. Welche Informationen hatten Sie da?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, nach Südafrika, kann ich mich noch erinnern, gab es damals Kontakte. Aber ich kann das jetzt zeitlich gar nicht mehr eingrenzen.

Russenmafia: Hatte ich nie irgendeinen Kontakt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber Sie haben - dazu haben wir zumindest Unterlagen - eine Anlaufstelle für Söldner in Südafrika erwähnt. Da haben wir entsprechende Vermerke. Wo soll das gewesen sein in Südafrika, und was hat diese Anlaufstelle dort für Aktivitäten betrieben?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also wo und wann, das kann ich nicht mehr sagen; aber ich meine, dass es damals von südafrikanischer Seite aus Interesse gab, Menschen anzuheuern für Söldnerdienste.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Für Söldnerdienste wo?

Zeuge Carsten Szczepanski: In Südafrika.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Und welche deutschen Rechtsextremisten haben in Südafrika oder in anderen Ländern als Söldner angeheuert?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, dass eben - ach Gott - der Herr Nick G. damals in Südafrika war. Aber, wie gesagt, zeitlich kann ich es jetzt nicht mehr sagen. Aber der hat zumindest selber auch davon berichtet. Das war so der Ansprechpartner.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Was hat Nick G. davon berichtet? Was hat er dort konkret gemacht?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, er hat dort an Schießübungen teilgenommen, hat an Safaris wohl teilgenommen und hat da, meine ich, auch einen Zeitraum über gelebt oder gewohnt. Das ist das, was mir so in Erinnerung geblieben ist.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber Schießübungen sind ja jetzt, sagen wir mal, eine vorbereitende Tätigkeit für einen Söldner. Wo ist er denn eingesetzt worden?

Zeuge Carsten Szczepanski: Weiß ich nicht mehr, kann ich nicht mehr sagen. Keine Ahnung.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie haben am 1. September 1994 gegenüber dem Verfassungsschutz ein Versteck erwähnt, das bei einer Hausdurchsuchung bei Ihnen unentdeckt geblieben sein soll. Um welche Hausdurchsuchung handelt es sich, und was war in diesem Versteck, und wo befand sich das Versteck?

Zeuge Carsten Szczepanski: Keine Ahnung, was ich damit gemeint habe. Wann war das? 94?

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): 94. Ich kann Ihnen das gerne auch noch mal in Auszügen vorhalten, Vermerk VS Brandenburg, 01.09.1994, Ordner Piatto Komplex, Datei 1994, Seite 77. Da geht es um die „Afrikanische Widerstandsbewegung“:

„Die zweite Liste enthielt die Adresse bzw. das Postfach in Kapstadt, an die sich potenzielle Söldner wenden konnten.

[...] Die Adresse bzw. Telefon-Nummer der vorgenannten Anlaufstelle in Kapstadt befindet sich laut Aussagen von S. in einem Versteck, daß [sic!] seinerzeit bei den Durchsuchungsmaßnahmen bei ihm zuhause nicht gefunden wurde.“

Zeuge Carsten Szczepanski: Keine Ahnung. Kann ich mich nicht mehr dran erinnern.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Okay.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Bitte zum Ende kommen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): In Ihrer Zeit in der JVA, zu welchen rechtsextremistischen Mitgefangenen hatten Sie in den Justizvollzugsanstalten Kontakt?

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Neben Herrn Maik F. gab es noch rechte Skinheads, die, meine ich, aus der Ecke Oranienburg stammten.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): In Brandenburg?

Zeuge Carsten Szczepanski: In Brandenburg in der JVA, ja. - Das waren, meine ich, zwei oder drei Personen. Dann war eben Herr Maik F. mein - quasi - Ansprechpartner

⁷ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die korrekte Fundstelle lautet: Ordner Piatto Komplex, 1994.pdf, Seite 8 f.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

für das andere Hafthaus. Dann gab es halt - wie soll man das erklären? - Gefangene mit rechtem Gedankengut, die äußerlich nicht irgendwie zu irgendeiner Szene gehörten.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Die beiden aus Oranienburg, können Sie die noch namentlich benennen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, leider nicht mehr.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. Dann mache ich in der nächsten Runde weiter.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Wir sind am Ende der dritten Runde. Wir haben wieder etwa zwei Stunden gebraucht. Ich werde die Sitzung unterbrechen. Reicht diesmal eine halbe Stunde?

(Zurufe: 20 Minuten!)

- 20 Minuten? Gut. - Dann machen wir um 14.50 Uhr weiter. Einverstanden? - Gut. Ich unterbreche die Sitzung bis 14.50 Uhr.

(Unterbrechung von 14.25 bis 14.50 Uhr)

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir machen jetzt weiter mit der dritten Fragerunde. Als Ziel sind wieder zwei Stunden angesetzt - also bitte daran denken -; dann sind es aber auch schon sechs.

Herr Szczepanski, Frau RAIN S. L., bitte Platz nehmen. Wir machen weiter mit Runde drei der Befragung. Wir sind wieder bei der SPD-Fraktion. Frau Gossmann-Reetz beginnt. Bitte schön.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich habe noch mal eine kleine Nachfrage zu einer Stelle, zu der ich Sie vorhin befragt habe: zu der Person K. E. Sie sagten, Sie konnten zu ihm ins Büro kommen und Kopien machen. Das heißt, die Mitarbeiter der JVA bzw. die Leitung wussten, dass Sie für den Verfassungsschutz arbeiten?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, wie gesagt, ich bin mir bei dem Sicherheitsbeamten relativ sicher.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Bei welchem?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich weiß den Namen nicht mehr. Das war halt der Herr, der für die Sicherheit und Ordnung im, ich meine, es war Haus 3, zuständig war. Und beim Bereichsleiter - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Herr R. Z.?

(Der Zeuge überlegt.)

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Kann sein, aber ich weiß es nicht mehr mit Gewissheit zu sagen. Und beim Bereichsleiter war ich mir nicht sicher.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und bei Herrn K. E.?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das war der Bereichsleiter.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Da waren Sie sich nicht sicher, ob er das weiß.

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und wieso durften Sie dann einfach in seinem Büro Kopien machen? War das für alle Häftlinge möglich?

Zeuge Carsten Szczepanski: Generell ja. Ich meine, das ist auch relativ gut genutzt worden.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wussten Sie von Absprachen zwischen Verfassungsschutz und JVA bezüglich Ihrer Person?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was Postkontrolle angeht, was Umgang angeht, was Zugang des Sozialarbeiters zu Ihnen angeht?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nicht im Einzelnen, nein. Ich habe, wie gesagt, teilweise meine Post durch den Sicherheitsbeamten vor Ort bekommen, teilweise unverschlossen, teilweise offen. Das war ähnlich wie bei den Kontrollen bei den Besuchen: Gab es irgendwie kein Maß der Dinge.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das wechselte von Person zu Person oder nach Nase? Oder - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Gute Frage. Ich weiß es nicht zu sagen. Es war auch so, dass normale Häftlinge, wenn die normale Anträge gestellt haben auf technische Geräte, Bücher, irgendwas - - dass das auch sehr unterschiedlich gehandhabt und bearbeitet worden ist. Manch einer hatte Glück, oder der war vielleicht sympathischer als der Nächste, der hat dann länger gewartet. Aber da jetzt zu sagen, was eventuell auf irgendwelchen Absprachen beruht - - Kann ich nicht sagen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay, danke. - Dann würde ich gerne übergehen zu der Zeit, als Sie dann Freigänger waren. Sie wurden bis dato nur von Herrn Borchert betreut. Sie haben dann einen zweiten V-Mann-Führer bekommen.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau, ich hatte insgesamt - ich muss kurz nachdenken - einmal eine junge Frau dabei. Die war aber vom Gefühl her jetzt eine Handvoll Mal dabei.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Welche Aufgabe hatte die bei diesen Treffen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich hatte das Gefühl, das ist so die - jetzt nicht die Praktikantin, aber jemand, der vielleicht lernt und sich das mal anschauen soll.

Dann hatte ich - ach, jetzt weiß ich den Namen des Herrn nicht mehr - einen männlichen Kollegen von Herrn Dieter Borchert mit dabei, und am Ende war es dann noch ein dritter Herr. Der war aber dann schon - - Den habe ich einmal mit Herrn Dieter Borchert, meine ich, zusammen getroffen, und das war dann der, der Herrn Dieter Borchert quasi abgelöst hat.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. Und der Name von dem Zweiten fällt Ihnen jetzt erst mal nicht ein.

Zeuge Carsten Szczepanski: Nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Können Sie ihn beschreiben?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja. Schlank, dunkelhaarig, relativ kurzhaarig, meine ich, eher etwas schlaksig.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und wieso hatten Sie plötzlich einen zweiten V-Mann-Führer? Wurde Ihnen das erklärt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): In was unterschied sich der zweite V-Mann-Führer?

Zeuge Carsten Szczepanski: Der Erinnerung nach war er sehr viel sachlicher. Ich hatte das Gefühl, dass er auch schon sehr gut in die Materie eingearbeitet und eingelesen ist. Ich hatte auch das Gefühl, dass die Nachfragen, die er hatte, sehr viel präziser und auf den Punkt gebracht waren. Kurzum: Im Vergleich zu der Kollegin, die vorher da war, war er mehr so der Experte, denke ich.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Handelte es sich dabei vielleicht um Herrn C. M. oder Herrn G. M.?

(Der Zeuge überlegt. - RAn S. L.: Da muss ich jetzt noch mal intervenieren: Das ist vielleicht dann eine Frage, die im Geheimschutzraum gestellt werden sollte!)

- Nein, das sind beides Arbeitsnamen.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

(RAn S. L.: Das sind Arbeitsnamen?)

- Das sind beides Arbeitsnamen, nicht der Klurname.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich weiß das echt nicht mehr. Also: Möglich, ja, aber ich kann es nicht mit Bestimmtheit sagen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ist Ihnen auch nicht noch mal untergekommen später, in Dokumentationen oder so, die Sie gesehen haben, der Mann.

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich würde Ihnen gern kurz ein Bild zeigen.

(Abgeordnete Gossmann-Reetz [SPD] begibt sich zum Platz des Zeugen und legt ihm ein Foto vor.)

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Wie gestaltete sich das Verhältnis zwischen Ihnen und diesem V-Mann-Führer?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das Verhältnis ...

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Im Unterschied vielleicht auch zu Herrn Dieter Borchert.

Zeuge Carsten Szczepanski: Er war nicht so der kumpelhafte Typ, eher sachlich. Ich möchte jetzt nicht sagen, dass er irgendwie kühl war in dem Sinne; aber es war schon ein anderer Schlag Mensch.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Hat dieser V-Mann-Führer Sie öfter gefahren?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, ich meine, dass das Fahren zum großen Teil durch Herrn Dieter Borchert erfolgt ist und dass sein Kollege quasi immer dazugestoßen ist.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ah ja. Okay. - Ich würde Ihnen etwas aus einem Treffvermerk vom 30.01.1998 vorlesen. In dem heißt es:

„Im Laufe des Gesprächs berichtete die Quelle über die Fortschreibung ihres Vollzugsplanes. Danach darf die Quelle ab Februar 1998 die JVA ohne Begleitung zu den Ausgängen verlassen.

Die nächsten Ausgänge finden am 31.01.1998, 08.02.1998, 10.02.1998, 14.02.1998 und 16.02.1998 statt.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Aus hiesiger Sicht erscheinen besonders die folgenden Ausgänge interessant:

Am 08.02.1998 wird die Quelle mit den Köpfen der Skinheadszenen Chemnitz zusammentreffen, die für die Organisation überregionaler Skinkonzerte und für die Produktion hochwertiger Skinmusikträger verantwortlich sind.“⁸

Haben Sie solche Einsatzgebiete von sich aus vorgeschlagen, oder wurden Ihnen die vom Verfassungsschutz vorgegeben?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine auch da, dass es eigentlich so eine Mischung war. Ich kann mich daran erinnern, dass zum Beispiel bei Konzerten gesagt worden ist: „Das wäre ganz interessant“, oder auch: „Das wäre nicht so spannend“. Also, das war wie so ein Abstimmen aufeinander.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Es ist für uns schon interessant, dass der Brandenburger Verfassungsschutz Sie hier gezielt in ein anderes Bundesland - ich würde es mal nennen - steuerte. Das war ja, glaube ich, schon neu. Bisher hatten Sie, glaube ich, hauptsächlich aus Brandenburg berichtet, von Konzerten und aus der Szene aus Brandenburg. Hier werden Sie ja gezielt darum gebeten - oder Sie haben es vorgeschlagen; das weiß ich nicht -, Informationen aus einem anderen Bundesland, sprich auch aus Chemnitz zu organisieren. Erinnern Sie sich daran?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, dunkel halt. Ich meine, es war so ein Abstimmen: Könntest du dir vorstellen, da hinzufahren und da mal zu gucken? - So in der Art und Weise. Es wurde jetzt nicht gesagt: „Hier ist dein Fahrschein“, oder: „Ich fahr dich da hin“, und: „Jetzt mach mal“. So war es halt nicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Dann versuchen wir mal, einen kurzen Exkurs in diese Chemnitzer Szene zu vollziehen. Wer gehörte denn Ihrer Erinnerung nach zu dieser Chemnitzer Szene, die Sie da - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Also die Leute, zu denen ich Kontakt hatte, das waren eben Familie P., dann Jan Werner, der Herr Starke und dann noch ein jüngeres Skinhead-Pärchen, die in Limbach, meine ich, wohnten. Das waren so die - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wissen Sie noch Namen von diesem Pärchen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Vornamen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, auch nicht mehr.

⁸ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: Ordner B 4 iV B 73, Übergabe Piatto Bearbeitete Fassung 97_98, 1. Halbjahr 1998.pdf, Seite 18.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was ist mit Hendrik L.?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, ich meine, das war nicht Hendrik L.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): T. Ro.?

Zeuge Carsten Szczepanski: T. Ro. sagt mir was, könnte ich jetzt aber kein Gesicht zuordnen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Genannt „[REDACTED]“.

Zeuge Carsten Szczepanski: Bitte?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Der „[REDACTED]“.

Zeuge Carsten Szczepanski: Der [REDACTED]? - Nee, sagt mir nichts.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Herr T. Ro. wurde in der Szene „[REDACTED]“ genannt.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ach so, okay.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Und die Richter-Brüder?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, weiß ich jetzt auch nicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Die Spitznamen nenne ich jetzt nicht. – I. W.?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, sagt mir jetzt auch nichts mehr.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): „[REDACTED]“ genannt.

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und Andreas G., also „[REDACTED]“?

Zeuge Carsten Szczepanski: Andreas G. war, glaube ich, ein enger Freund von Thomas Starke, wenn ich mich nicht ganz täusche.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mhm. Wann haben Sie die denn kennengelernt?

Zeuge Carsten Szczepanski: P. kannte ich ja schon - - Oder hab ich den während meiner Inhaftierung kennengelernt? Ich muss kurz nachdenken. - Also, P. kannte ich am längsten. Werner habe ich - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Dem sind Sie das erste Mal wann begegnet?

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich bin echt gerade am Überlegen, ob es erst in der U-Haft war oder vorher bei einer Fahrt nach Chemnitz war, auf einem Konzert. Ich meine, wir hätten uns vorher flüchtig gekannt und dann halt auch durch die Besuche während der Haftzeit die Freundschaft quasi vertieft.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also waren Sie vor Ihrer Inhaftierung schon mal in Chemnitz?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Warum?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, dass das auch ein Skinhead-Konzert war, was da stattfand.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. Und die anderen, über die wir gerade gesprochen haben, woher kannten Sie die?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, in der Regel halt über Herrn Michael P.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, der hat Sie immer wieder anderen Leuten vorgestellt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und einen Hendrik L.? Den grüßen Sie ja auf Ihrer Solidaritätsplatte schon, die Sie da mit der Band „Noie Werte“ 93 herausgebracht haben. Meinten Sie damals schon Hendrik L.?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, dass die Grüße hinten auf der Platte von der Band waren.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. Also nicht von Ihnen persönlich?

Zeuge Carsten Szczepanski: Mh-mh. (Der Zeuge verneint.)

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): War Ihnen auch nicht bewusst, wer damit gemeint ist als Mitherausgeber.

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, das war eine größere Auflistung an Namen, meine ich.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. Wann haben Sie Herrn Werner kennengelernt und bei welcher Gelegenheit?

Zeuge Carsten Szczepanski: Herrn Werner habe ich durch Herrn Michael P. kennengelernt. Ich meine, das wäre auch im Umfeld eines Konzertes gewesen. Herr Werner war damals bei „Blood & Honour Sachsen“ Mitglied und hat in der Eigenschaft

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

halt Konzerte organisiert, Fahrten veranstaltet zu anderen Konzerten, in andere Bundesländer, und war quasi der Kontaktmann für „Blood & Honour“.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und was entwickelte sich da für ein Verhältnis zwischen Ihnen und Herrn Werner?

Zeuge Carsten Szczepanski: Wir haben uns immer wieder mal auf Veranstaltungen und Konzerten gesehen. Ich hatte, ich möchte jetzt nicht sagen, ein gutes Verhältnis, aber ich habe ihn schon regelmäßig gesehen, sagen wir mal so.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und die Vertrauensebene zwischen Ihnen?

Zeuge Carsten Szczepanski: War relativ gut, meine ich. Also - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und die geschäftlichen Beziehungen zwischen Ihnen, wie sind die entstanden?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das kam halt auch über Herrn Michael P., weil Herr Werner in seiner Eigenschaft auch CDs produziert hat, „Blood & Honour“-CDs, die dann teilweise in dem Laden von Herrn Michael P. gelandet sind.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und was hatten Sie damit zu tun?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich sollte gucken, ob ich halt auch Sachen verkaufen kann.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das Verkaufen war also die einzige geschäftliche Beziehung zu diesem Label „Movement Records“?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, also ich würde es nicht mal als so eine feste Beziehung darstellen wie zu Herrn Michael P. und seinem Label; der hatte ja dann noch ein eigenes Label. Aber, ja, ich denke schon, dass er mir da vertraut hat.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und Sie haben schon zu Haftzeiten CDs von Herrn Werner weitervertickt, sage ich mal.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, genau.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie regelmäßig waren da Ihre geschäftlichen Beziehungen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Es war auch eher unregelmäßig.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Heißt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich kann es halt jetzt nicht wirklich mehr ausmachen. Ich könnte jetzt nicht mal mehr sagen, wie viele CDs von P. waren oder von Werner.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Das weiß ich nicht mehr. Wenn ich Zahlen nennen müsste: vielleicht 30, 40 CDs oder so. Aber - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): In der ganzen Zeit?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Einzelstücke, 30 Einzelstücke?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, also verschiedene CDs. Also nicht 30 von einer Sorte und das dann mal 10 oder so, sondern insgesamt. Aber das ist jetzt halt echt nur noch eine Schätzung.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wer gehörte denn alles zu diesem Label „Movement Records“?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, dass der Chef eben der Werner war. Starke und sein Freund mit „G“ - G [REDACTED]? Wie hieß er? Ich habe den - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Andreas G.

Zeuge Carsten Szczepanski: Die waren so die Handlanger.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Welche Rolle spielte der Henning K. (P.) dabei?

Zeuge Carsten Szczepanski: Der Herr Henning K. (P.) hat auch regelmäßig bei Werner eingekauft und Sachen abgenommen, aber ich würde es jetzt nicht so einschätzen, dass er da Geschäftspartner im eigentlichen Sinne war.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also hatte er nichts mit dem Label selber aktiv zu tun, sondern hat höchstens weitervertickt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie oft waren Sie denn in Chemnitz zu der Zeit? Also, Sie haben den Auftrag, da in diese Szene reinzuhorchen.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich vermag es wirklich nicht mehr zu sagen. Teilweise gab es, wie gesagt, Fahrten zu Konzerten. Teilweise gab es auch reine Privatfahrten zu dem P.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Womit haben Sie die gemacht, diese Privatfahrten?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das war unterschiedlich. Ich meine, ich hatte teilweise Bus und Bahn genommen; ich hatte teilweise das Fahrzeug von Herrn Henning K. (P.) zur Verfügung, das ich nutzen konnte.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Frage bitte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und Ihr eigenes - - Wann hatten Sie ein eigenes Auto?

Zeuge Carsten Szczepanski: Mein eigenes Auto hatte ich noch in Königs Wusterhausen. Das ist aber - - Ach nee, das war schon nach der Haftentlassung. Das ist einem Brandanschlag zum Opfer gefallen, ist ausgebrannt. Das war, ich meine, kurz nach meiner Entlassung.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Hatten Sie einen Wagen, der Ihnen vom Verfassungsschutz mitfinanziert worden ist?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine nein. Ich hatte irgendwie so eine Ratenzahlung mit dem Autohaus, in dem der Herr H. gearbeitet hat, auch Mitglied der „United Skins“, und der hat mir da irgendwie so eine Abzahlungsmöglichkeit eingeräumt. Und ich kann mich noch daran erinnern, weil der Wagen ausgebrannt ist, noch bevor der Wagen eigentlich abbezahlt war.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Und wenn Sie in Chemnitz waren: Bei wem haben Sie übernachtet zu der damaligen Zeit?

Zeuge Carsten Szczepanski: Bei P.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Bei P. selber. - Okay, ich darf jetzt nicht selber weitermachen. Dann gebe ich erst mal ab.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ja. Und ich gebe weiter an die CDU-Fraktion. Herr Lakenmacher.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Szczepanski, ich möchte mal ein bisschen zu einem anderen Themenkomplex kommen, nämlich zu „Combat 18“. Ab wann haben Sie sich für „Combat 18“ interessiert?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ab wann? Das war noch während der Haftzeit.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Ich weiß es nicht.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, ja, das war keine Frage, es war eigentlich ein Ausrufezeichen dahinter. - Es war noch während der Haftzeit. Ich hatte da auch Briefkontakt zu zwei - -

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Welche Haftzeit jetzt konkret?

Zeuge Carsten Szczepanski: In Brandenburg. - Ich hatte da Kontakt zu zwei Brüdern aus England, die später - -

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Wie kam dieser Kontakt zustande? Irgendwo muss es ja mal eine Initialzündung gegeben haben. Irgendwo muss es begonnen haben.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja. Das war - - Ich muss ganz kurz nachdenken, -

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Ja, nur die Ruhe.

Zeuge Carsten Szczepanski: - wie das mit der Chronologie war. Ich habe Herrn Marcel Schilf kennengelernt über Herrn Henning K. (P.). Schilf hatte damals auch ein sehr rechtes, man kann schon sagen, NS-Label, und über den habe ich dann Kontakt nach England bekommen zu den Gebrüdern Sargent, hießen die.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Und das war während der Haftzeit in Brandenburg an der Havel?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Können Sie es ungefähr auf ein Jahr beziffern?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, nicht mehr wirklich. Es war, ich meine, schon relativ früh, als das mit „Combat 18“ aufkam. Und das war auch noch zu dem Zeitpunkt, wo es eine „Combat 18“-Gruppierung gab. Die haben sich ja später dann aufgesplittet, zerstritten und gegenseitig attackiert. Aber jetzt das Jahr zu nennen - - Nee.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Und wie lief das ab? Sie sagten, es lief über den Schilf.

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau. Der erste Kontakt lief über den Schilf.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Und der hat Ihnen eine Adresse gegeben, und Sie haben daraufhin einen Brief geschrieben, oder - - Können Sie sich erinnern, wie - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau, ich habe einen Brief geschrieben. Ich meine, zuerst an den älteren der Brüder geschrieben zu haben. Das war dieser Charlie Sargent. Der hat mir, glaube ich, den Kontakt zu seinem Bruder vermittelt. Der dritte Kontakt dahin war eben der Herr Browning. Den habe ich, ich meine, auch auf einem Konzert im Land Brandenburg kennengelernt.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Und ist es so - - zumindest geht das aus einigen Aussagen hervor; zum Beispiel laut Hennig K. (P.)-, dass Sie mit dem Charlie Sargent im Ergebnis eng befreundet waren?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also befreundet ist jetzt wieder zu viel gesagt. Ich habe ihn nie persönlich kennengelernt. Wir haben telefoniert. - Halt, stopp, ich habe ihn doch persönlich kennengelernt: Wir hatten einmal Besuch von den Brüdern, noch in Königs Wusterhausen, und ansonsten telefoniert und geschrieben.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Können Sie zu dem Besuch was sagen? Wie kam der zustande? Haben Sie eine Einladung ausgesprochen, oder haben die sich selbst eingeladen? Und welches Ziel hatte dieser Besuch?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also wer da wen eingeladen hat, weiß ich jetzt nicht mehr. Ich weiß noch: Es war eine Wohnung in Königs Wusterhausen. Ich wüsste nicht mal mehr zu sagen, in welcher Wohnung. Aber, ja, es war halt so ein Kennenlern- und Freundschaftsbesuch. Ich weiß auch gar nicht mehr, wie lange das geplant war.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Und der Schilf, der dann den Kontakt vermittelt hat, war der so eine Art Eintrittskarte, oder hätten Sie den auch einfach so anschreiben können? Also, brauchte es sozusagen eine Empfehlung in der Szene?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja. Ich würde schon mit Ja antworten. Ich denke, ich hätte ihn auch so anschreiben können. Aber ob dann der Kontakt wirklich zustande gekommen wäre oder ob die zurückgeschrieben hätten - Spekulation halt.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Also so hatten die gleich mehr Vertrauen.

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Und was hat den Schilf prädestiniert, als Eintrittskarte zu fungieren?

Zeuge Carsten Szczepanski: Er hatte sehr gute Kontakte nach England, speziell nach London, zu den Leuten da. Er hatte auch sehr gute Kontakte zu der damaligen Band „Skrewdriver“, war mit denen schon befreundet. Und ich hatte schon den Eindruck, dass sein Wort irgendwie gezählt hat.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Zu wem hatten Sie noch Kontakt aus der britischen „Combat 18“-Szene, und wie kam das dann jeweils zustande?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, es wären noch zwei Leute gewesen, mit denen ich Briefkontakt hatte, und ein - -

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Können Sie die Namen erinnern?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee. Ich weiß noch, ich hatte außerdem noch Kontakt zu einem Magnus. Das war ein älterer Herr, der sehr ausführliche, sehr lange Briefe geschrieben hat auf Deutsch. Ich weiß jetzt nicht mehr, ob es ein Deutschstämmiger war, der nach England gezogen ist, aber das war auch eine Person, die - anfangs zumindest - die Flügel dort zusammengehalten hat.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Also, die Flügel existierten von Anbeginn.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Es war auch da so, dass es eben in der englischen Szene eine reine Skinheadszenen gab, dann eine fußballorientierte Szene und halt eine Politszene.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Waren Sie Mitglied von „Combat 18“ oder später dann eben NSM?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich war Ehrenmitglied der NSM.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Wie wurde man das? Wie kam das zustande?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das kam zustande, indem man eines Tages einen Brief aufmacht und eine Ehrenmitgliedsnadel von einem der Brüder bekommt. Das sieht nach viel aus, war aber im Endeffekt nix. Und auch bei „Combat 18“ war es so, dass es keine Mitgliedschaften im eigentlichen Sinne gab. Es war auch so angedacht, dass es eigentlich eine Bewegung sein soll, der man sich anschließen kann, die aber eben keine festen Strukturen hat.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Diese Ehrenmitgliedschaft, wie kam die zustande? Wie haben Sie das damals gewertet? Warum wurde Ihnen diese Ehrenmitgliedschaft zuteil? Wurde das auch irgendwie begründet?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, gar nicht. Ich hatte mit dem jüngeren Bruder sehr lange Kontakt und auch sehr ausgiebigen Kontakt. Im Nachhinein betrachtet ist es wahrscheinlich ähnlich wie mit dem Dennis Mahon, dass die sich über Kontakte in andere Länder halt einfach gefreut haben und das damit wahrscheinlich auch ein bisschen hochgespielt haben.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Haben die in den Briefen dann auch Äußerungen getätigt wie: „Du bist jetzt unser Ansprechpartner, unser Mann in Deutschland oder in Ostdeutschland zum Aufbau von ‚Combat 18‘ in Deutschland“, oder Ähnliches?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, nee. Und diese Ehrenmitgliedschaft in der NSM war dann schon zu einem Zeitpunkt, als „Combat 18“ in Großbritannien völlig zerstritten war und sich zwei Flügel herauskristallisierten. Ich habe dem eigentlich nichts beigemessen.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Dieses offizielle NSM-Postfach in Deutschland wurde ja auf Ihren Namen bzw. zusammen mit dem Verfassungsschutz geführt. Wie kam das zustande?

Zeuge Carsten Szczepanski: Weiß ich gar nicht mehr. Ich meine, wir hätten das Postfach der NSM, was früher das Postfach der „Blood & Honour“-Leute war, in London genutzt.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Nee, ich meine das in Deutschland. Können Sie sich daran erinnern?

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Im Fanzine war wohl angegeben: Wenn man sich an NSM in Deutschland wenden wollte, sollte man sich an dieses Postfach wenden. Können Sie sich daran erinnern, dass auch mal so mit - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, nicht mehr wirklich. Also, ich meine, wie gesagt, dass wir das Postfach in London angegeben hatten, eben weil es auch wichtig erschien, wenn man halt das offizielle, alte „Skrewdriver“-Postfach nutzen kann. Aber dass wir es umgekehrt gemacht haben, wüsste ich jetzt nicht mehr, nee.

(Abgeordnete Gossmann-Reetz [SPD]: Darf ich dazu eine Zwischenfrage stellen?)

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Darf sie?

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Selbstverständlich, Frau Kollegin.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Logistisch ist mir nicht ganz klar - wenn Sie sagen, dass Sie ein Postfach in London genutzt haben -: Wie kamen Sie da ran? Wie hat man das von hier aus gemacht?

Zeuge Carsten Szczepanski: Im Endeffekt haben die uns die Briefe - - Aber wie gesagt, das war völlig - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wer, „die“?

Zeuge Carsten Szczepanski: Bitte?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wer, „die“?

Zeuge Carsten Szczepanski: Die Gebrüder Sargent wollten sie uns dann quasi rüberschicken; wie so ein Nachsendeantrag quasi. Aber, wie gesagt, ich habe dieser NSM-Geschichte nichts beigemessen. Ich wusste auch, dass es vielleicht drei, vier Leute sind, die das Ganze unterstützen; denn nach der Spaltung von „Combat 18“ war es tatsächlich so, dass die Fraktion um Herrn Browning die wesentlich größere und stärkere Fraktion war und der andere Flügel, wenn man es denn so benennen will, eigentlich nur noch so der Rumpf war.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann macht Herr Lakenmacher weiter.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Vielen Dank. - Herr Szczepanski, im September 1997 haben Sie einen Brief an Ihren V-Mann-Führer geschickt. Ich zitiere:

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

„Überlege Dir bitte mal bis zum 15. September an wen ich mich mehr ranhängen soll, an das sog. ‚Sargent-Camp‘ oder an die ‚Wilf-Seite‘.“⁹

Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich kann mich dran erinnern, dass wir uns die Frage gestellt haben, was wohl interessanter wäre, informativer wäre. Wie gesagt, die beiden Flügel in England, die waren heillos zerstritten, und es war meiner Meinung nach schon so, dass irgendwann der Punkt gekommen wäre, an dem man sich für eine Seite hätte entscheiden müssen.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Was war die Antwort? Können Sie sich erinnern, was auf Ihre Frage hin als Antwort kam?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, mich erinnern zu können, dass es hieß, dass die Schilf/Browning-Seite interessanter wäre.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Können Sie nachvollziehen und erinnern, was den Verfassungsschutz bewogen hat, so zu antworten und sich für diese Seite zu entscheiden?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich denke - das ist meine Vermutung -, es war eben zum einen die Position von Schilf, die er hatte, mit seiner Tonträgerproduktion, mit den Konzerten und halt eben der Umstand, dass seine Fraktion die stärkere war.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Und im Ergebnis wahrscheinlich, wenn ich das so anfügen darf, was für Deutschland mehr Relevanz hat.

Zeuge Carsten Szczepanski: Auch das, klar. Durch seinen Kontakt zu Herrn Henning K. (P.) zum Beispiel lag das auf der Hand, ja.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Wie hat der Verfassungsschutz reagiert, als Sie das erste Mal vom „Rollkommando/Terrormachine“ berichtet haben?

Zeuge Carsten Szczepanski: Wie hat er reagiert? Also, ich kann mich daran erinnern, dass wir uns anfangs darüber lustig gemacht haben - in Bezug auf das „Roll“ und auf den Herrn Menzel bezogen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ich möchte jetzt nicht sagen, dass es nicht ernst genommen worden ist; aber der Gedanke, dass Herr Menzel bei irgendeinem Sturmkommando unauffällig agiert, das ist ein Paradoxon.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Welchen Personenkreis fassen Sie denn unter diesem Rollkommando zusammen?

⁹ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: Ordner B 4, Herabstufungen, Anfrage UA 6_1 vom 31_01_2018, 11_1997_Vermerke-PIATTO-308-532-Seite138-Page445-VSndf-bwpsmd.pdf.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Für mich war das ganz klar Herr Menzel und sein Bekanntenkreis, den er so hatte, auch mit der Band, die er damals hatte. Ich meine, die hieß - oh Gott - nicht „Spreegeschwader“ - -

(Der Zeuge überlegt.)

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): „Proissenheads“ vielleicht?

Zeuge Carsten Szczepanski: „Proissenheads“, genau. Das war seine Band. Dieses Umfeld war halt das „Rollkommando“.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Also verstehe ich Sie richtig, dass das Interesse seitens des Verfassungsschutzes da nicht besonders groß war?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, also aus der Erinnerung heraus war es jetzt nicht so, dass ich irgendwie den Eindruck hatte: Oh Gott, da entsteht irgendwie was Schlimmes, Bedrohliches. - Ich meine, im Endeffekt war es auch so, dass halt ein paar T-Shirts gedruckt worden sind, die es dann irgendwie bei den „Proissenheads“ zu kaufen gab. Aber das war, glaube ich, auch schon - -

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Sozusagen eher die Security für „Proissenheads“ bei Konzerten?

Zeuge Carsten Szczepanski: Sozusagen, genau. Auch so ein bisschen nach englischem Vorbild, halt diese „Skrewdriver“-Security, die es ja gab und die ja berüchtigt war.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Frage bitte.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Letzte Frage: Hatten Sie in diesem Rollkommando irgendeine Funktion inne?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Oder kam mal ein Begehren, dass Sie sich da aktiv mit einbringen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, gar nicht. Nee, nee. Also, wie gesagt, Herr Menzel ist, glaube ich, auch nicht so die Person, der man das zutraut.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Danke.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Wir machen mit der Fraktion der Linken weiter. Frau Vandre fragt heute zum ersten Mal.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Hallo Herr Szczepanski.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Hallo.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Mich würde noch interessieren: Hatten Sie mehr Kontakt zu Herrn Michael P. oder eher zu Frau Antje P. auch?

Zeuge Carsten Szczepanski: Was die Besuche in der JVA angeht, war es eher Herr Michael P. Ich habe Frau Antje P. aber auch relativ regelmäßig gesehen, auch durch die Besuche da. Also: definitiv Herrn Michael P. öfter, aber Frau Antje P. halt auch.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Das heißt, man hat sich trotzdem ausgetauscht und ist miteinander ins Gespräch gekommen.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Sie haben vorhin gesagt, dass Sie Herrn Michael P. vor der Untersuchungshaft flüchtig gekannt haben. Können Sie sich erklären, wie es dann dazu kam, dass Herr Michael P. den Kontakt während Ihrer Haftzeit vertieft hat und sich dann ja doch ein sehr enges Verhältnis entwickelte?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, ich habe durch ein Gespräch mit Herrn Henning K. (P.) erfahren, dass Herr Michael P. mich in einer gewissen Art und Weise als Märtyrer gesehen hat, weil ich halt die hohe Haftstrafe bekommen habe und ins Gefängnis gegangen bin. Ich meine, er hätte mir auch auf irgendeiner von seinen CDs ein Lied geschrieben, und damit hat er sich dann quasi um eine Freundschaft bemüht. Er wollte mich unterstützen, und so kam dann eins zum anderen.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Wissen Sie noch, welches Lied das war oder was für eine CD?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, ich weiß es nicht mehr. Ich meine, seine Band hieß - - Ich muss ganz kurz überlegen. Das war so eine dunkelbraune/schwarze CD. Aber ich weiß nicht mehr, wie sie hieß. Keine Ahnung.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay. Und die Betreuung über die HNG haben Sie auch von Familie P. bekommen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, die HNG hatte ich fast unmittelbar nach meiner Inhaftierung, nach der Verhaftung angeschrieben.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Wo haben Sie von der gehört? Oder war die Ihnen vorher schon als Struktur zur Unterstützung - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Die war bekannt. Ich meine auch, dass das die einzige wirklich funktionierende Organisation damals war, die überhaupt Gefangenearbeit geleistet hat.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay. Aber Familie P. waren da nicht Ihre Betreuungspersonen, -

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, nee.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): - sondern das war tatsächlich eher privater Kontakt und nicht strukturell.

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay. - Herr Michael P. hatte ja im Laufe der Zeit nicht nur den einen Laden in Limbach-Oberfrohna, sondern er hatte ja ziemlich viele Läden in Sachsen, oder?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, mich erinnern zu können, dass er einen zweiten Laden aufmachen wollte, aber ob es dazu gekommen ist, vermag ich jetzt nicht zu sagen.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Wir sind insgesamt auf vier Läden gestoßen, die mit ihm in Verbindung gebracht werden können, und zwar in Aue, in Altenburg, in Borna und in Limbach-Oberfrohna.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich kenne den in Limbach-Oberfrohna. Das war dieser „Sonnentanz“. Die anderen Läden kenne ich nicht.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Der in Aue soll wohl auch „Sonnentanz“ geheißen haben, der in Altenburg „Outlaw“ und der in Borna, was auch in der Nähe von Leipzig ist, „Checkpoint“.

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, sagt mir nix.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Also waren Sie auch nicht in den anderen Läden unterwegs -

Zeuge Carsten Szczepanski: Nein.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): - und können die auch nicht zeitlich verorten.

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay. - Trotzdem sind ja vier Läden für eine Person schon ziemlich viel. Die sind ja auch immer Anlaufpunkte für die Szene. Das heißt, mir tut sich da so ein bisschen das Bild auf, dass es in Sachsen schon eine ziemlich starke Skinhead-Szene gegeben hat zu der Zeit.

Zeuge Carsten Szczepanski: Definitiv, ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Also, Sie teilen die Einschätzung. Und welchen Stellenwert hatte insbesondere Chemnitz gehabt?

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Aus meiner Empfindung heraus war Chemnitz schon ein Zentrum für Sachsen, also zum einen, was diese „Blood & Honour“-Bewegung anging, zum anderen die Unterstützung durch lokale Hooligans, durch Skinheadkonzerte an den Wochenenden. Also, ich meine schon, man kann da von einer Hochburg sprechen.

Abgeordnete Vandré (DIE LINKE): Hat sich das neben einschlägigen Szeneveranstaltungen auch im Stadtbild oder im Lebensumfeld, also im Alltag ausgedrückt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Kann ich so jetzt nicht mehr sagen. Wie gesagt, ich habe mich da auch in einer Art Blase bewegt. Dass ich normal nach Chemnitz zum Einkaufen gefahren bin oder so, das war halt nicht so der Fall.

Abgeordnete Vandré (DIE LINKE): Es gibt ja auch Gerüchte darüber oder zumindest einige Aussagen, dass es im sogenannten Fritz-Heckert-Kiez auch eine WG von Leuten aus dem Umfeld der Skinheadorganisation „Blood & Honour Chemnitz“ gegeben hat. Ist Ihnen das bekannt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Weiß ich jetzt nicht mehr zu sagen. Wie gesagt: Ich habe die Szene da als sehr stark in Erinnerung gehabt, und ich meine, dass das auch für „Blood & Honour“ ein Schwerpunkt dort war.

Abgeordnete Vandré (DIE LINKE): Sagt Ihnen die Friedrich-Viertel-Straße 85 was?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, so nicht.

Abgeordnete Vandré (DIE LINKE): Vielleicht unter der anderen Bezeichnung „C 85“?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee.

Abgeordnete Vandré (DIE LINKE): Noch nie gehört?

Zeuge Carsten Szczepanski: Sagt mir jetzt so leider nichts mehr, nein.

Abgeordnete Vandré (DIE LINKE): Auch nicht in Verbindung mit T. Ro.?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee.

Abgeordnete Vandré (DIE LINKE): Also ist Ihnen nicht bekannt, dass in der Friedrich-Viertel-Straße 85 unter anderem T. Ro. gewohnt hat und sie sich zum Beispiel auch nach außen hin dargestellt haben, dass sie diesen Wohnort als „C 85“ in Replik oder in Bezugnahme auf „Combat 18“ unter Bezug auf ihre Hausnummer verwendet haben?

Zeuge Carsten Szczepanski: Kann ich mich überhaupt nicht dran erinnern, nein.

Abgeordnete Vandré (DIE LINKE): Okay. - Waren Sie der Einzige aus Brandenburg, der häufiger in Sachsen unterwegs gewesen ist?

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Herr Henning K. (P.) war auch relativ regelmäßig dort. Teilweise waren wir auch zusammen dort. Aus Königs Wusterhausen gab es immer wieder mal Wochenendfahrten quasi, wo man sich dann halt für Fußballturniere getroffen hat oder so. Es gab eine eigene Fußballmannschaft aus Königs Wusterhausen, die dann auch Spiele in Chemnitz gemacht hat, gegen Chemnitzer Mannschaften, die auch aus der Szene waren. Das war eigentlich ein Kommen und Gehen.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Also so eine gemeinsame Wochenendgestaltung.

Zeuge Carsten Szczepanski: Quasi, ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay. Und wie hat man sich dafür verabredet?

Zeuge Carsten Szczepanski: Man hat sich in Königs Wusterhausen - - Das ist ja ein Dorf. Also, man läuft sich über den Weg und tritt sich auch schon mal auf die Füße. Das war relativ unkompliziert, denke ich.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Da einfach gemeinsam, kollektiv hinzufahren und das Wochenende zu verbringen.

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau. Es gab da auch teilweise größere Fußballturniere, die über zwei Tage gingen, wo dann der Platz von Eintracht Königs Wusterhausen angemietet worden ist, wo dann gespielt wurde.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Wenn man regelmäßig gemeinsam auf Veranstaltungen fährt und regelmäßig die gleichen Leute sieht, entstehen dann da auch zwischenmenschliche Beziehungen, Kontakte, Freundschaften?

Zeuge Carsten Szczepanski: Der Leute untereinander?

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich denke schon.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Ja?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich denke schon. Man hat natürlich immer Leute, die man vielleicht sympathischer findet, die man offener findet, an die man leichter rankommt, und Leute, wo man sagt: Na ja, der ist mir jetzt nicht so sympathisch. - Das gibt es ja überall.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Wie ist es da mit Uwe Menzel und den Potsdamern von den „Proissenheads“? Zumindest nach unserer Kenntnislage waren die auch ziemlich häufig in Chemnitz unterwegs. Wie würden Sie ihn in diesem Umfeld verorten? Kann man da von einem freundschaftlichen Verhältnis mit den „Blood & Honour“-Strukturen in Sachsen sprechen?

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, definitiv. Also, ich würde - - Die Verbindungen von den Potsdamer Leuten nach Chemnitz, die waren nicht schlechter als die von Königs Wusterhausen nach Chemnitz. Das war schon gut organisiert. Und auch da gab es halt einen Austausch, dass man sich besucht hat, Konzerte besucht hat, veranstaltet hat. Das gab es schon.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Also dass die „Proissenheads“ zum Beispiel ja auch bei „Movement Records“ von Jan Werner ihre CD rausgebracht haben.

Zeuge Carsten Szczepanski: Zum Beispiel, ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Oder auch Grüße in Fanzines wie zum Beispiel „White Supremacy“ usw. usf.

Zeuge Carsten Szczepanski: Mhm.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay. - Wie lange habe ich noch?

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Gut sechs Minuten.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay. - Herr Szczepanski, Sie sind ja hier heute auch als Zeuge geladen, weil Sie als einer der wenigen V-Männer ja doch einige Informationen auf das NSU-Trio geliefert haben. Damals in den Akten kommuniziert hieß es ja noch, dass ein sächsisches Trio untergetaucht sei. Können Sie sich daran erinnern, wann Sie das erste Mal von diesem vermeintlichen sächsischen Trio gehört haben?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich kann es zeitlich nicht mehr festmachen, nein.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Nicht mehr festmachen. - Laut unserer Aktenlage soll das im August 1998 gewesen sein. Es gibt dann eine Phase von mehreren Deckblattmeldungen, die nach einem Gespräch zwischen Ihrem V-Mann und Ihnen verfasst wurden. Die würde ich gerne mit Ihnen gemeinsam durchgehen, um zu gucken, welche Erinnerung daran bei Ihnen vielleicht wachgerufen werden.

Die erste Deckblattmeldung ist vom 19.08.1998. In der wird berichtet:

„Laut Antje P. sind drei sächsische Skinheads (zwei Männer und eine Frau) zur Zeit wegen verschiedener Straftaten auf der Flucht vor der Polizei. Dieser Fall sei medienbekannt. Die drei, von denen einer anonym Artikel für die Publikation ‚White Supremacy‘ geschrieben habe, wollen sich angeblich innerhalb der nächsten drei Wochen mit ‚geliehenen Pässen‘ nach Südafrika absetzen und dort in neue Identitäten schlüpfen.“¹⁰

Wissen Sie, wer die Publikation „White Supremacy“ gemacht hat?

¹⁰ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: Ordner B 4, 2016-12-01 B4- VS NfD, Ordner IIIa, 1998-DBM-Teil 2-Aug-Dez.pdf, Seite 33.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, dass die auch aus dem Potsdamer Raum kam, aber bin mir jetzt unsicher. Ich meine, das war auch eine „Blood & Honour“-Lektüre.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Nicht aus Chemnitz?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, es wäre Potsdam gewesen. Aber ich mag mich täuschen.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Laut unseren Recherchen kommt sie eher aus dem Chemnitzer Raum, weil da auch ganz viel Bezug auf „Movement Records“ zum Beispiel drin ist und auch Thomas Starke eingeräumt haben soll, dass er mit beteiligt war, und auch T. Ro.

Zeuge Carsten Szczepanski: Dann mag das so gewesen sein, ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay. Also, das ist das erste Mal, dass Sie davon hören. - Ich habe ja gerade vorgelesen, dass Sie die Informationen von Antje P. erhalten haben. Wie geht man damit um, wenn man so eine Information erhält, dass da drei Skinheads untergetaucht sind?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich habe ja vorhin versucht, es ein bisschen zu erklären: Für mich war ja die Aufgabe die Erkenntnisgewinnung. Ich für mich selber habe die Informationen nicht gewertet. Ich habe das, was ich erfahren habe, weitergegeben und habe mir in dem Augenblick auch keine Gedanken gemacht, was an Informationen wichtig sein könnte, wo vielleicht andere Mitarbeiter des Amtes dann dem nachgehen. Keine Ahnung.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Aber hat es Ihr Interesse dahin gehend geweckt, dass Sie auch bei folgenden Gesprächen, zum Beispiel mit Familie P., immer mal wieder nachgehakt haben, oder war das auf Gesuch des Verfassungsschutzes, dass Sie da noch mal nachgefragt haben?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, ich meine, das wäre in der Folge ganz normales Gesprächsthema gewesen.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Mit wem?

Zeuge Carsten Szczepanski: Mit P. und Werner.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Mit P. und Werner haben Sie sich dann regelmäßig darüber ausgetauscht.

Zeuge Carsten Szczepanski: „Regelmäßig“ - also jetzt nicht jede Woche; aber wenn man sich gesehen und unterhalten hat, dann sind halt auch solche Informationen - - konnte man da gewinnen.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Hatten Sie den Eindruck, dass - - Also, da steht ja drin, dass sie an der Publikation „White Supremacy“ beteiligt gewesen sein sollen; wir wissen heute, dass es anscheinend Uwe Mundlos war, der einen Artikel dadrin veröffentlicht hat. Da ist beschrieben, dass sie sich nach Südafrika absetzen wollen. Und es gibt die Aussage von Hendrik L. vor dem Oberlandesgericht in München, dass es anscheinend nicht so war, dass die drei tatsächlich verschwunden waren, sondern man hätte sich immer wieder in der Stadt, in Chemnitz, gesehen. Können Sie diese Einschätzung teilen, oder hatten Sie das Gefühl, dass sie weg sind?

Zeuge Carsten Szczepanski: Woran ich mich heute noch erinnere, ist halt der Umstand, dass die Frau Antje P. mir sagte, dass sie ihren Reisepass verleiht. Also, die Info habe ich so noch im Kopf behalten. Aber zu welchem Zeitpunkt sie mir das gesagt hat - ich weiß es nicht mehr.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): In der Deckblattmeldung vom 19.08. steht ja, dass sie tatsächlich schon auf der Suche nach Pässen sein sollen und planen, sich abzusetzen. Die nächste Deckblattmeldung ist vom 9. September 1998. Da wird festgehalten:

„Einen persönlichen Kontakt zu den drei sächsischen Skinheads (siehe Deckblattmeldung vom 19.08.1998 [...] soll Jan WERNER haben. Jan WERNER soll zur Zeit den Auftrag haben, ‚die drei Skinheads mit Waffen zu versorgen‘. Gelder für diese Beschaffungsmaßnahme soll die ‚Blood & Honour‘-Sektion Sachsen bereitgestellt haben. Die Gelder stammen aus Einnahmen aus Konzerten und dem CD-Verkauf.

Vor ihrer beabsichtigten Flucht nach Südafrika soll das Trio einen weiteren Überfall nach dem Erhalt der Waffen planen, um mit dem Geld sofort Deutschland verlassen zu können.

Der weiblichen Person des Trios will Antje P. ihren Paß zur Verfügung stellen.

P. und WERNER sollen unabhängig voneinander und ohne Wissen des anderen für die drei tätig sein.“¹¹

Zeuge Carsten Szczepanski: Mhm.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Also, da ist ja der Bezug mit Südafrika drin. Bei dieser Deckblattmeldung passiert ja was Spannendes. Beim ersten Mal haben Sie die Information anscheinend von Antje P. gehabt, und hier steht jetzt, dass Jan Werner Kontakt haben soll - das heißt, das ist ja eine zweite Person, die noch dazugekommen ist - und dass „Blood & Honour“ Sachsen sie mit Einnahmen aus Konzerten und aus dem CD-Verkauf versorgt und dass Jan Werner plant, sie mit Waffen versorgen zu

¹¹ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: Ordner B 4, 2016-12-01 B4- VS NfD, Ordner IIIa, 1998-DBM-Teil 2-Aug-Dez.pdf, Seite 61.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

wollen. Können Sie sich noch an den Kontext erinnern, in dem Sie diese Informationen erhalten haben?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, beim besten Willen nicht mehr.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Und wenn ich Ihnen sage, dass an dem Wochenende vor dem 09.09., also vor dem Verfassen der Deckblattmeldung, ein Konzert stattgefunden hat in Hirschfeld am 05.09.1998, können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, ich kann mich an Konzerte dort erinnern, aber die zeitliche Festmachung ist mir echt unmöglich.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Das Konzert in Hirschfeld soll wohl, auch laut Berichterstattung im Nachhinein, ziemlich eskaliert sein, weil die Polizei davon Wind bekommen hat und dann auch in das Konzertgelände eingedrungen ist, es gestürmt hat, und dort vorher auch Skinheads mit „Sieg Heil!“ und „Nationaler Widerstand!“ skandierend durch das Dorf gezogen seien und man auch gehört hat, dass Steine flogen. Können Sie sich an diese Situation erinnern? Weil das ist ja schon eine sehr prägende Erfahrung.

Zeuge Carsten Szczepanski: Kann ich mich aber auch nicht - - also nicht zeitlich zumindest. Es gab bei Konzerten immer wieder Probleme mit der Polizei oder mit Mitgliedern der linken Szene zum Beispiel - oder, oder, oder. Wie gesagt, ich kann es zeitlich nicht mehr einordnen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Bitte zum Ende kommen.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich halte es für möglich, dass der Herr Werner mir auf einem dieser Konzerte diese Informationen gegeben hat. Das ist auch wahrscheinlich. Aber wann? - Ich weiß es echt nicht mehr.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay. Dann danke erst mal.

Zeuge Carsten Szczepanski: Gern.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann sind wir bei Herrn Wiese. Bitte.

Abgeordneter Wiese (AfD): Danke. - Herr Szczepanski, sind Ihnen Fotos von dem Trio vorgelegt worden?

Zeuge Carsten Szczepanski: Sie meinen jetzt, aus der Szene heraus?

Abgeordneter Wiese (AfD): Wer auch immer.

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee. Ich überlege gerade, ob das im Nachgang irgendwann geschehen ist. Aber ich meine nicht, nein.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Wiese (AfD): Ihr V-Mann hat Ihnen auch keins gezeigt.

Zeuge Carsten Szczepanski: Bitte?

Abgeordneter Wiese (AfD): Ihr V-Mann hat Ihnen auch keins gezeigt. - V-Mann-Führer meine ich.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine nicht, nee; aber ich mag es nicht mit Bestimmtheit sagen.

Abgeordneter Wiese (AfD): Jetzt habe ich noch die Frage: Wie kommt denn Jan Werner auf die Idee, Sie nach Waffen zu fragen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Die Frage sollten Sie vielleicht Herrn Werner stellen.

Abgeordneter Wiese (AfD): Na ja, irgendwie muss man ja einen Bezug haben. Ich stelle ja nicht irgendjemandem die Frage.

Zeuge Carsten Szczepanski: Na ja, es war schon so, dass er mir in einigen Dingen vertraut hat, denke ich. Und ich denke auch, dass er nicht ausschließlich mich gefragt hat, sondern dass das sicherlich auch so eine generelle Frage war.

Abgeordneter Wiese (AfD): Waren Sie bekannt, dass Sie Zugang zu Waffen haben?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nein.

Abgeordneter Wiese (AfD): Oder hatten Sie Zugang?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nein.

Abgeordneter Wiese (AfD): Nicht. - Nur diese Rohrbombe.

Zeuge Carsten Szczepanski: Was?

Abgeordneter Wiese (AfD): Nur diese Chemikalie für die Rohrbombe.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, aber das war da auch schon Jahre her.

Abgeordneter Wiese (AfD): Ja, ja. - Wurden denn auf den Konzerten von „Blood & Honour“ die Spenden für dieses Trio gesammelt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Es wurden auf „Blood & Honour“-Konzerten allgemein Spenden gesammelt. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass da eine Spendendose mit einem Verwendungszweck stand. Also, das war nicht der Fall.

Abgeordneter Wiese (AfD): Wie groß war denn die Skinheadszone in Chemnitz? Können Sie das in etwa einschätzen?

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Wenn ich es schätzen müsste - -

Abgeordneter Wiese (AfD): Oder wissen Sie die Zahl?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nein, ich weiß sie nicht. Aber sie war groß, vielleicht knapp 100 Leute, würde ich jetzt schätzen, nach 20 Jahren.

Abgeordneter Wiese (AfD): Hatten Sie Hinweise aus Chemnitz - - oder: dass in Chemnitz der mögliche Aufenthaltsort des flüchtigen Trios wäre? Und haben Sie die weitergegeben?

Zeuge Carsten Szczepanski: Wie gesagt, auf den Vorhalt gerade: Das waren halt die Informationen, die ich bekommen habe, und die Informationen habe ich dann auch so weitergegeben.

Abgeordneter Wiese (AfD): Mhm. - Okay.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann macht Frau Nonnemacher weiter. Bitte schön.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön, Herr Vorsitzender. - Herr Szczepanski, am 13. Januar 98 waren Sie nach einer Unterbrechung wieder im offenen Vollzug - 13. Januar 98. Am 26. Januar sind Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe untergetaucht, und am 30. Januar 98 hat der Verfassungsschutz Brandenburg vermerkt, dass Sie die Woche drauf, am 8. Februar 98, nach Chemnitz fahren, um sich dort mit den Köpfen der Skinheadszone zu treffen. Mit welchen konkreten Aufgabenbeschreibungen, mit welchen konkreten Aufträgen sind Sie nach Chemnitz geschickt worden?

Zeuge Carsten Szczepanski: Es gab keine konkreten Arbeitsanweisungen in dem Sinn. Meine Aufgabe, wie gesagt, war die Informationsgewinnung. Aber konkrete Aufträge in dem Sinne? Also, ich habe es nicht so wahrgenommen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut, aber wenn vermerkt ist, Sie sollen sich mit den Köpfen der dortigen Skinheadszone treffen, klingt das doch sehr konkret. Da ist ja nicht gesagt, dass Sie mal irgendwelche Freundschaftsbesuche bei Ehepaar P. absolvieren sollen, sondern da steckte doch eine ganz konkrete Zielgerichtetheit dahinter.

Zeuge Carsten Szczepanski: Eigentlich nicht. Also, es waren die Besuche bei P. Wie gesagt, die Daten sind so weit weg mittlerweile; ich könnte jetzt auch nicht im Einzelnen sagen, welcher Besuch das war. Ich war da, ja, habe versucht, Informationen abzugreifen, klar. Aber dass es zu diesem Datum einen speziellen Auftrag gab, mich mit einer speziellen Frage zu beschäftigen, da kann ich mich nicht dran erinnern, nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie sind in den Folgemonaten wiederholt, immer wieder nach Chemnitz gefahren. War das auch nur allgemein Informationsbeschaffung? Auch da keinerlei konkrete Auftragslage?

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich würde sagen: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Hatten Sie vom Verfassungsschutz den Auftrag, zu Jan Werner Kontakt aufzunehmen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Der Kontakt zu Herrn Werner entstand ja durch Herrn Michael P. Und, na ja, den Auftrag - - Also, ich hatte schon das Empfinden und das Gefühl, dass die Infos von Herrn Werner interessant sind, sagen wir es mal so. Es gab aber jetzt meiner Erinnerung nach keine direkte Anweisung: Jetzt fährst du dahin und versuchst den Kontakt zu vertiefen oder setzt ihm die Pistole auf die Brust, um noch irgendwas an Informationen zu bekommen. - Das war es eigentlich nicht, nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja, das ist jetzt so ein bisschen Feinauslegung. Sie haben in Ihrer BKA-Vernehmung vom 31. Januar 2013 die Formulierung verwendet, Sie hätten über die Familie P. - ich zitiere - „Kontakt zu Jan WERNER herstellen können“. Das klingt ein bisschen so, als ob Sie die Familie P. just dazu benutzt hätten, um dieses Ziel zu erreichen, Jan Werner zu kontaktieren. War das Ihr selbstgestecktes Ziel, oder hatten Sie den konkreten Auftrag des Brandenburger Verfassungsschutzes, Jan Werner zu kontaktieren?

Zeuge Carsten Szczepanski: Wie gesagt, nach meiner Erinnerung kam der Kontakt über P. zustande, so wie Sie es gerade auch vorgelesen haben, aber ich kann mich heute nicht daran erinnern, eine klare Arbeitsanweisung bekommen zu haben: Triff dich mit dem Werner. - Tut mir leid.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Seit wann konkret hatten Sie denn Kontakt zu Jan Werner?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, es gab in der Stadt Brandenburg ein Open-Air-Konzert der Szene, und ich meine, also der Erinnerung nach, dass ich ihn da zum ersten Mal - - mich mit ihm unterhalten habe zumindest. Das war, ich meine, auch so ein Zwei-Tages-Festival direkt in der Stadt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Können Sie sagen, in welchem Jahr das gewesen ist, das Konzert in Brandenburg?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): War das vor 98, vor Ihren regelmäßigen Ausflügen nach Chemnitz?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das war davor. Ich meine, das war davor.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): War das vor Ihrer Haft?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das war auch vor der Haft, ja.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also, Sie kannten ihn sozusagen schon länger.

Zeuge Carsten Szczepanski: „Kannten“ im Sinne von: Ich habe mich mit ihm unterhalten, ich weiß, wer es ist.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wir haben jetzt schon häufig über dieses ominöse Praktikum und den anschließenden Arbeitsvertrag in dem „Sonnentanz“-Laden gesprochen. Das Praktikum muss ja auch im Jahre 1998 stattgefunden haben.

(Abgeordneter Dr. Schöneburg [DIE LINKE]: Februar 1999!)

- Hm? Wann hat das Praktikum stattgefunden?

(Abgeordneter Dr. Schöneburg [DIE LINKE]: Februar/März 1999!)

- 99. - Haben Sie noch Erinnerung daran, wie die Aufnahme dieses Praktikums - - Sie haben uns geschildert, dass der Herr Michael P. Ihnen bei Besuchen in der JVA-Brandenburg dieses Angebot gemacht hat. Haben Sie das Angebot mit dem brandenburgischen Verfassungsschutz besprochen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja. Ich meine, ja. Doch, doch.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wurde Ihnen da empfohlen, auf so etwas einzugehen, so ein Angebot anzunehmen und möglicherweise auszubauen, wo Sie ja vorher auch schon in Chemnitz gewesen sind, um diese Kontakte zu intensivieren?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, es war für mich in der Situation damals eben der Vorteil, diesen Praktikumsvertrag bei der JVA vorlegen zu können. Und ich kann mich noch daran erinnern, dass ich mit Herrn Dieter Borchert da auch drüber gesprochen habe. Ich meine, seine Reaktion war so im Sinne von: Ja, warum nicht? Ist ja praktisch.
- So salopp gesagt. Aber es gab jetzt - - Also, hätte ich jetzt Nein sagen wollen, dann wäre es wahrscheinlich auch okay gewesen, denke ich.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut, also Sie fühlten sich da nicht gedrängt, -

Zeuge Carsten Szczepanski: Nein, nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - oder es war nicht die Idee des Verfassungsschutzes, dieses vielleicht vage Angebot dann auszubauen, sondern Sie hatten das Gefühl, Sie konnten das selbst entscheiden.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, das Gefühl hatte ich.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Im März 1998 haben Sie berichtet, dass Antje P. Ihnen gesagt habe, dass Personen aus der Chemnitzer Skinheadszone Kontakt zum sächsischen Verfassungsschutz hätten und die dortige Szene deshalb in der Lage sei, Exekutivmaßnahmen vorherzusehen. Können Sie sich an so was erinnern?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, dass mir das damals erzählt worden ist und dass es wohl Kontakte der Szene gab, ja. Aber jetzt im Einzelnen bringe ich es wahrscheinlich auch nicht mehr zusammen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber Sie haben davon gehört, und Sie können sich aber nicht daran erinnern, von welchen konkreten Personen aus der Skinheadszone Antje P. damals gesprochen hat?

Zeuge Carsten Szczepanski: Richtig, genau. Das vermag ich jetzt - - Also, weiß ich nicht mehr, nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sind Ihnen irgendwie Hinweise bekannt, dass Szeneangehörige Kontakt zu Polizei und Verfassungsschutz unterhalten haben, sonstige Hinweise?

Zeuge Carsten Szczepanski: In Sachsen jetzt?

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja.

Zeuge Carsten Szczepanski: Nein. Es war - - Einmal kann ich mich so dunkel daran erinnern, dass wir uns unterhalten haben - ich meine, es war mit Herrn Ralf L. damals - über die Möglichkeiten, die die sächsische Szene hat, Konzerte zu veranstalten. Und da wurde dann so salopp gesagt: So gut, so problemlos in der Regel, wie das da mit den Konzerten immer läuft - wer weiß, wer da geschmiert worden ist. - Das war so - - Aber ob das jetzt wirklich ernst gemeint war - -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. - Also, Sie hatten ja zum Beispiel hier in Brandenburg gesagt, dass der Herr Silvio J. - - dass dem sozusagen bei allen in der Szene in KW der Ruf vorausseilte: Um Gottes willen, der ist irgendwie ein Informant der Polizei -

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - oder wem auch immer. - Und als Sie doch sehr häufig sich in Chemnitz aufgehalten haben, sind zumindest solche Sprüche auch an Sie gekommen? Da hat man auch drüber geredet, vielleicht so nach dem Motto: „Na, der oder der könnte“, oder - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, mir fällt jetzt niemand ein, der so der sächsische Silvio J. gewesen wäre. Nein.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber Sie waren ja nun sehr häufig beim Ehepaar P.; Sie haben auch geschildert, dass Sie zu den beiden freundschaftliche Kontakte hatten, dass die Sie häufig in der JVA besucht haben, Sie bei Ihren Besuchen in Chemnitz oder in Limbach auch dort genächtigt haben. Also, das waren ja schon sehr intensive Kontakte. Und wenn Frau Antje P. nun einen solchen Verdacht äußert: Da sind Sie gar nicht irgendwie ein bisschen mehr eingeweiht gewesen? Soll ich Ihnen diesen Vermerk vielleicht noch mal vorhalten, -

Zeuge Carsten Szczepanski: Gern.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - was Frau Antje P. berichtet haben soll? - Das ist VS-Vermerk, Meyer-Plath, 30.03.98, Order B4 iV 73¹²:

„Laut Antje P. lässt sich das Gedeihen der Skinheadszone Chemnitz auch dadurch erklären, daß Mitglieder der Szene Kontakte zum sächsischen Verfassungsschutz haben. P. geht davon aus, dass der Verfassungsschutz in Sachsen davon überzeugt ist, diese Personen als Quellen zu führen. In Wirklichkeit aber würden diese Personen lediglich versuchen, den Erkenntnisstand des Verfassungsschutzes heraus zu bekommen. Auf diesem Wege sei die Szene in Chemnitz in der Lage, Exekutivmaßnahmen vorhersehen zu können. Darüber hinaus kann die Szene Veranstaltungen besser planen und durchführen.“

Zeuge Carsten Szczepanski: Würde ja zu dem passen, was ich gerade sagte: dass eben Konzerte beispielsweise in Sachsen relativ problemlos liefen im Vergleich zu anderen Bundesländern. Wenn ich das damals quasi so zu Protokoll gegeben habe, dann war das die Information, die ich so bekommen habe.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber keinerlei konkrete Namen, keinerlei konkreter Verdacht, kein Gerücht in der Szene: „Der und der oder die und die könnte es gewesen sein“?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Hinten gibt es einen Einwurf.

Herr Dr. Treffke (MIK): Weil Sie jetzt schon häufiger mal nach Gerüchten und so was gefragt haben, sehe ich mich jetzt schon genötigt, mal nur kurz anzumerken: Bisher hat der Zeuge ja immer gesagt, er hat keine Ahnung. Ich möchte nur kurz mal zu bedenken geben, was wäre, wenn der Zeuge ein Gerücht aus der Szene hier in der öffentlichen Sitzung transportieren würde, was das eben auch bei der betroffenen Person auslösen würde. Insofern würde ich anregen, wenn solche konkreten Fragen nach einzelnen Namen, denen vielleicht in der Szene nachgesagt wird, dass sie Quelle sind, gewesen sein können oder sollten, dass wir das eventuell auch eher in einer geheimen Sitzung dann machen.

¹² Anmerkung Stenografischer Dienst: Die korrekte Fundstelle lautet: Ordner B4 iV 73, Übergabe Piatto Bearbeitete Fassung 97_89, 1. Halbjahr 1998.pdf, Seite 54.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Da der Zeuge keine konkreten Namen erinnern kann, betrachte ich das mal als einen allgemeinen freundschaftlichen Hinweis und werde das selbstverständlich berücksichtigen.

Welchen Eindruck hatten Sie von Antje P.? Welche politischen Ziele hat sie verfolgt? Welche Rolle spielte sie bei „Blood & Honour“? War sie militant?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, ich würde Frau Antje P. als die politischere Person bezeichnen, sehr viel politischer als ihr Ehemann. Sie war halt auch in der politischen Skinheadszene verwurzelt, hat da auch Kontakte gepflegt - ja, also was man so „gefestigt“ nennt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie würden sie aber als die militantere und stringentere von den beiden ansehen.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, definitiv, schon.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Und was denken Sie, welche Ziele hat Herr Michael P. so vorwiegend verfolgt, und wie war seine Einstellung zu militanten Aktionen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, er war natürlich auch politisch - klar, gar keine Frage -, aber er hat das, was er gesagt hat, auch immer mehr oder weniger mit einem Augenzwinkern gesagt. Der war da jetzt nicht so strikt und streng. Er war auch mehr so der Fußball-Typ, würde ich mal behaupten. Er hat natürlich durch seine CDs auch sehr gerne Geld verdient, klar. Also, ich hatte den Eindruck, dass er vielleicht nicht so - ich nenne es mal - verbohrte ist wie seine Ehefrau.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Frage bitte.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Und welchen Eindruck hatten Sie von Jan Werner? Welche politischen Ziele hatte er? War für ihn ein Kampf im Untergrund prinzipiell vorstellbar?

Zeuge Carsten Szczepanski: Durch seine Tätigkeiten für „Blood & Honour“ definitiv.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Welche Rolle spielten Diskussion und Vorbereitung für einen bewaffneten Kampf im Untergrund in dieser Szene in Chemnitz?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich denke, das war in Chemnitz ähnlich wie in anderen deutschen Städten. Auch da ist man davon ausgegangen, dass das politische System irgendwann zusammenbricht, man vorbereitet sein muss und Geld sammelt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Letzte Frage: Wurde dort in der Neonaziszene darüber diskutiert, den politischen Kampf mit Überfällen zu finanzieren?

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Es gab Diskussionen darüber, inwiefern sich die sogenannten Turner-Tagebücher für einen echten politischen Kampf eignen, inwiefern das Vorbild sein kann, inwiefern das ein Fahrplan sein könnte. Das war schon Thema. Ich weiß nicht, ob es speziell in Chemnitz so war, aber es war auch Thema in Chemnitz, ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Okay, danke schön.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): So, dann gehen wir jetzt in die fünfte Fragerunde, und wir starten mit der SPD-Fraktion. - Frau Gossmann-Reetz, bitte schön.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Können Sie noch?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich kann noch, ja, ja. Alles gut.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Herr Szczepanski, ich würde ganz gern noch mal zurückkommen zu diesem Konzert in Hirschfeld, das meine Kollegin Frau Vandre angesprochen hat. Nach unserer Aktenlage wurden Sie von Ihrem V-Mann-Führer damals aufgefordert, diesem Konzert in Hirschfeld fernzubleiben. Frau Vandre berichtete ja, dass es da auch zu Exzessen gekommen ist, dass geräumt worden ist, dass auch Bekannte von Ihnen bis nach Cottbus in Gewahrsam genommen worden sind.

Wie gesagt, Sie hatten den Auftrag, fernzubleiben, da mit diesem Polizeieinsatz zu rechnen gewesen sei. Können Sie sich irgendwie dran erinnern, ob Sie dieser Aufforderung nachgekommen sind?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich kann mich, wie gesagt, an das spezielle Konzert nicht erinnern; aber wenn mir das so vehement gesagt worden ist, dann wäre ich wahrscheinlich auch weggeblieben, klar.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Da geht meine Frage hin, deswegen versuche ich auch, so ein bisschen in Ihrer Erinnerung zu stochern. Lassen Sie uns - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, ich hätte so einen entsprechenden Hinweis schon ernst genommen, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. - Sie waren ja Freigänger zu der Zeit. Gab es so was öfter, dass Ihr V-Mann-Führer Sie vor so was gewarnt hat?

Zeuge Carsten Szczepanski: Es gab ganz zu Beginn und auch im Laufe der Zeit immer wieder den Hinweis, dass ich auf mich aufpassen soll und dass ich halt nichts unnötigerweise riskiere.

Ich kann mich an eine Sache erinnern, wo ich in einem Auto saß, vollgepackt mit Angehörigen der Szene, und versucht habe, den Standort eines Konzerts durchzugeben. Das war halt denkbar knapp. Zum einen war das Konzert verboten. Es gab einen Ausweichort, der aber konspirativ gehalten worden ist. Und erst während

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

der Fahrt wurde quasi gesagt, wo es hingehet. Und da wurde dann auch im Nachgang gesagt: Wenn halt so eine Information - - Wenn man die nicht weitergeben kann in so einer Situation, dann sollte man es lieber sein lassen, also nicht das eigene Leben riskieren.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie habe ich das zu verstehen? Also, Sie sitzen da in einem Auto mit mehreren Skins, sage ich mal, oder Mitgliedern der Szene, Sie haben ein Handy des Verfassungsschutzes dabei, und Sie erfahren auch von anderen Rechten den Ort des Konzertes, -

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - und von dem Handy aus haben Sie dann auch die Information an Ihren V-Mann-Führer weitergegeben.

Zeuge Carsten Szczepanski: Richtig, genau.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Und wenn Sie von Ihrem V-Mann-Führer gewarnt wurden vor solchen Geschichten: Lief das dann - - Hat der Sie angerufen, hat der nur SMS geschickt? Wie lief das so im Allgemeinen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Besprochen haben wir so was eigentlich nur bei den Treffen. Also so viel telefoniert hat man in so einer Situation natürlich nicht. Man hat versucht, die Information abzusetzen, und hat halt tunlichst versucht, dabei nicht erwischt zu werden.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay, also hauptsächlich SMS, sagen Sie.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, wir wissen aus den Akten, dass Sie sich gegen 15.30 Uhr an diesem Tag aus Frauendorf dann bei Ihrem V-Mann-Führer gemeldet haben. Kommt da vielleicht eine Erinnerung? Hirschfeld, Frauendorf; Sie sind dann statt nach Hirschfeld nach - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, diesen Abend - - Ich weiß es nicht mehr. Nee, keine Ahnung.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber Sie müssten doch eigentlich relativ kurzfristig dann auch Ihren Kollegen oder Szeneangehörigen abgesagt haben.

Zeuge Carsten Szczepanski: Im Prinzip schon, ja. Und auch mit einem guten Grund.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja, deswegen versuche ich so ein bisschen, Ihre Erinnerung zu kitzeln.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, ja, ich versuche auch echt, mich daran zu erinnern, aber ich habe da - -

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, alle fahren nach Hirschfeld - ob Sie an dem Tag alleine oder mit jemandem zusammen gefahren sind, kann ich jetzt nicht nachvollziehen -, aber auf jeden Fall sind Sie auch über den Treffort informiert, und Sie sagen kurzfristig ab, und hinterher wird die ganze Bagage hopsgenommen und in Gewahrsam genommen und Sie nicht. Das müsste Ihnen doch noch irgendwie - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Eben drum habe ich da, wie gesagt, gar keine Erinnerung dran. Es ist die Frage, ob das wirklich so gewesen ist. Also - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie haben Sie denn sonst so was gerechtfertigt, wenn Sie nicht zum Konzert gekommen sind?

Zeuge Carsten Szczepanski: Tja, also - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also kurzfristig absagen, und dann gibt es eine Polizeimaßnahme.

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, ich kann mich nicht daran erinnern, dass es wirklich zu so einem Vorfall gekommen ist, weil im Endeffekt hätte man sich damit die ganze Glaubwürdigkeit auch ruiniert, wenn man der Einzige ist, der mehr oder weniger rechtzeitig wekommt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Na ja, also Herr Henning K. (P.) konnte sich hier im Ausschuss noch sehr gut erinnern, soweit ich weiß, dass alle in Gewahrsam genommen worden und dann nach Cottbus gebracht worden sind. Also, anscheinend - - Da Sie da nicht mit registriert worden sind, gehen wir mal davon aus, dass Sie wirklich nicht da waren, weil sonst wären Sie auch mit in Gewahrsam gekommen.

Zeuge Carsten Szczepanski: Wie gesagt, ich kann mich echt nicht dran erinnern. Also - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie berichten hinterher Ihrem V-Mann-Führer aber ganz dezidiert, wer alles an diesem Konzert teilgenommen hat. Ich darf die Namen mal vorlesen: Werner war anwesend, Christian W., Förster, Henning K. (P.), Menzel, Dirk H., D. S., Starke. - Also, Sie können die Konzertteilnehmer ganz genau identifizieren, waren selber nicht da und werden selber an dem Tag auch nicht inhaftiert.

Zeuge Carsten Szczepanski: Aber das klingt ja eher bei der Aufzählung der Namen so, als wäre ich vor Ort gewesen. Also jetzt - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber als Einziger dann nicht Gewahrsam genommen.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich weiß auch nicht mehr, wie viele Leute da gewesen sind. Es gab Konzerte, da waren bis zu 1 000, 1 200 Leute. Ob man die alle in Gewahrsam genommen hat - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Nein, wahrscheinlich nicht.

Zeuge Carsten Szczepanski: Eben.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber wir fragen uns, ob Ihnen vielleicht jemand berichtet haben könnte über dieses Konzert, der da gewesen ist.

Zeuge Carsten Szczepanski: Kann natürlich auch sein, klar. Das kann ich nicht ausschließen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Versuchen wir mal, noch weiter in die Erinnerung zu gehen: Sie haben an dem Tag auch berichtet, dass Thomas Starke den Polizeifunk abgehört haben soll.

Zeuge Carsten Szczepanski: Na ja, aber auch das wäre ja eher ein Zeichen, dass ich vor Ort gewesen bin.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber, wie gesagt, Sie hatten ganz genaue strikte Anweisung, nicht da zu sein. Deswegen bohre ich da jetzt so weiter.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, ja. Aber, wie gesagt, ich will da jetzt auch nichts Falsches sagen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Andere sagen auch, dass Sie nicht da waren. Sie können aber trotzdem berichten, dass Menzel und Henning K. (P.) in Polizeigewahrsam geraten sind. Deswegen vermuten wir schon, dass Ihnen jemand berichtet haben könnte an dem Tag.

Zeuge Carsten Szczepanski: Wie gesagt, ich kann es mir heute nicht mehr erklären. Ich weiß es nicht mehr.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie gesagt, wir bohren an der Stelle - - Ich werde jetzt noch ein bisschen weiter an diesem Tag bleiben, weil wir schon ein starkes Interesse daran haben: Von wem haben Sie die Information? Denn andere sagen, Sie sind nicht da gewesen; Sie haben die Anweisung, nicht zu erscheinen, und Sie haben hinterher absolut genaues Detailwissen. Deswegen sind wir hochinteressiert daran: Wer hat Ihnen dieses Wissen vermittelt von diesem Konzert in Hirschfeld?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, denkbar wäre halt, dass das aus dem Personenkreis Henning K. (P.)/P./Werner mir im Nachgang erzählt worden ist. Aber ich weiß jetzt auch nicht, wann die Information - - wann ich die weitergegeben habe an Herrn Borchert und wann das Konzert war, wie viel Zeit dazwischenlag. Sieht man das?

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): 05.09. - das sind wie viele Tage? Nur vier Tage dazwischen: vom 05. bis 09.09.

Zeuge Carsten Szczepanski: Wäre schon denkbar, dass man dann vielleicht mit Herrn Henning K. (P.) oder so telefoniert hat und die dann berichtet haben, was da passiert ist.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Die wenigen Tage nach dem Konzert geben Sie nämlich gegenüber dem Verfassungsschutz Brandenburg die Information ab, dass Werner auf der Suche nach Waffen sein soll. Deswegen unsere Frage: Haben Sie diese Information vielleicht gar nicht von Herrn Werner direkt bekommen, sondern von einem Dritten? Da ist halt wirklich die Frage, ob Sie sich irgendwie noch daran erinnern können: Haben Sie mit Herrn Werner gesprochen oder mit einem anderen, der an diesem Tag bei dem Konzert anwesend war? Weil es genau in die Zeit trifft, wo Sie zum ersten Mal über dieses Trio berichten. Deswegen - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Wie gesagt, ich weiß es nach 20 Jahren wirklich nicht mehr, wie die Informationen an dem Tag, an diesem speziellen Abend zustande gekommen sind. Es ist einfach zu lange her.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich würde dann jetzt erst mal an die nächste Fraktion abgeben.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Gut. - Herr Lakenmacher, es kann weitergehen.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich möchte noch mal auf die Frage zurückkommen, die ich vorhin am Ende stellte: der Brief, den ich da verlesen habe, aus dem Jahr 1997, wo Sie Ihren V-Mann-Führer darum bitten, zu entscheiden, welcher Seite Sie sich bei „Combat 18“ zuwenden sollten. Sie haben ja dazu auch ausgeführt.

Jetzt mache ich Ihnen mal einen Vorhalt. In einem Brief an Norman K. aus Bayern schreiben Sie im Januar 1999, dass Sie ihm sehr gerne ein Treffen mit S██████ Sargent und/oder Leuten der NSM vermitteln könnten oder ihn auch selbst trafen.

Das steht ja zu dieser Entscheidung von 1997, sich eher dem anderen Lager hinzuwenden, ein Stück weit im Widerspruch, sodass ich mir die Frage stelle: Haben Sie das dann eigenständig so entschieden, auch das andere Lager mit zu bedienen und da eine Verbreitung zu bewerkstelligen, oder - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, ich kann mich noch dran erinnern, dass es auch Bemühungen aus Deutschland gab, die beiden Flügel irgendwie zu versöhnen. Und ich meine auch, mich erinnern zu können, dass die Brüder angeboten haben, sich zu erklären - weil es gab da auch Vorwürfe, dass irgendwie Geld verschwunden ist und ganz komische Geschichten gelaufen sind -, und dass die gesagt hätten, sie würden auch rumkommen, Sachen erklären, ihre Meinung darstellen und quasi versuchen, die Fronten irgendwie zu klären.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Aber nachdem 97 ja die Entscheidung für Sie fiel und beantwortet wurde, dass Sie sich eher der Wilf-Seite zuwenden sollten - das war ja die Aussage seitens des Verfassungsschutzes -, geht ja jetzt hieraus hervor, dass Sie doch noch 1999 für S██████ Sargent tätig waren, sage ich mal, und dort dessen Ideen mit verbreitet haben, Kontakte geknüpft haben.

Zeuge Carsten Szczepanski: Kontakte geknüpft: Schon, ja. Ideen verbreitet: Wie gesagt, zu dem Zeitpunkt war es dann auch so, dass sein Flügel, wie ich es nenne, auch keine Unterstützung mehr groß hatte. Es war dann auch so, dass der ältere Bruder inhaftiert worden ist wegen einem Tötungsdelikt und, ich glaube, dann auch relativ zügig zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt worden ist. Also, da war halt für den Part, glaube ich, nicht mehr viel zu wollen.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Hat der S██████ Sargent denn das irgendwie mitbekommen, dass Sie, sage ich mal, mehr in Richtung Browning-Lager agieren? Und gab es da mal eine Reaktion?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, ich meine, er hat es nicht mitbekommen, bis zum Ende nicht.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Ich möchte noch mal zurückkommen auf diese Ehrennadel, von der Sie da berichtet haben. Ich frage mich immer noch: Was ist so das Motiv, so eine Ehrennadel an Sie auszugeben? Ich finde das auch ein bisschen widersprüchlich. Sie sagten so, es war für Sie auch überraschend. Aber das ist mir noch nicht glaubhaft genug, muss ich ehrlich sagen.

Zeuge Carsten Szczepanski: Es war, wie gesagt, ähnlich überraschend, dass man einfach den Ku-Klux-Klan anschreiben kann und da plötzlich irgendwelche Titel angeboten werden. Also ich denke, die haben halt in der Situation, in der sie steckten, versucht, noch irgendwie das Ganze für sich aufzublasen und mit Kontakten nach Schweden, Deutschland sich halt größer zu machen, als man eigentlich ist.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): War Ihnen bekannt, dass auch Personen in Schweden beispielsweise so eine Ehrennadel unverhofft bekommen haben?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, ich - - Jein. Ich weiß, dass es in Schweden ähnlich war wie in Großbritannien, die Szene also extrem gespalten war, und dass auch da versucht worden ist, die Leute halt irgendwie bei der Stange zu halten.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Okay. - Ich komme mal zu einem anderen Komplex, nämlich zu den Waffen. Wie weit war das Thema bewaffneter Widerstand in der Szene in Brandenburg verbreitet?

Zeuge Carsten Szczepanski: Es war in Brandenburg ebenso stark verbreitet wie, ich denke, im restlichen Deutschland. Ein Großteil der ganzen Szene hat es unterstützt, und ich denke auch, diese Verliebtheit in Waffen, dieses Kämpferische, das gehört einfach ein Stück weit in diese Szene rein. Ob man da jetzt irgendwelche Wikinger oder Wehrmachtssoldaten verehrt - das gehörte einfach dazu. Auch da gab es aber

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

halt Leute, die quasi die Vergangenheit verherrlicht haben, und dann gab es aber auch Leute, die halt, wie gesagt, nachts irgendwo im Wald buddeln gehen und versuchen, da irgendwelche Karabinerteile auszugraben. Also, es ist schwer zu sagen, inwiefern das Ganze ernst gemeint war und wer es im Endeffekt ernst genommen hat.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Sie haben ja vorhin schon auf die „Turner-Tagebücher“ mit hingewiesen. Wurden diese „Turner Diaries“ in Brandenburg gelesen und verbreitet?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, also, es gab in Königs Wusterhausen, meine ich, zwei Exemplare, die rumgereicht worden sind. Ich meine, Herr Henning K. (P.) hat es mir auch mal angeboten, aber da kannte ich es schon. Das war schon präsent, ja.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Also: zwei Exemplare in Königs Wusterhausen. Es war doch eher eine Seltenheit? Also, wurden die so als Rarität und - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Es war was Besonderes. Seltenheit: Weiß ich jetzt nicht, wie oft das überhaupt verlegt worden ist und wie viele Exemplare da überhaupt nach Deutschland verkauft worden sind. Aber es war in dem Sinne was Besonderes, ja.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): In einigen Ausgaben von „United Skins“ zitieren Sie ja das Buch, die „Turner Diaries“. Warum?

Zeuge Carsten Szczepanski: Warum? Das „Turner-Tagebuch“ war damals, wie gesagt, schon Bestandteil der rechten Szene. Es war auf jeden Fall Diskussionsstoff. Und ich meine, dass ein Großteil der Leute dieses Thema und wie es in diesem Buch verkauft, also geschrieben worden ist, einfach auch gepackt hat.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Haben Sie persönlich sich damals mit diesem Tagebuch verbunden gefühlt und sich damit identifizieren können?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, ich habe es gelesen. Ich kann mich daran erinnern, dass das ein Buch war, was auf jeden Fall beim Lesen heftige Reaktionen ausgelöst hat. Und ich denke, dass ähnlich wie diese Einstiegsdroge der Musik auch dieses Buch Leute schon verführen kann und dass es auf jeden Fall für die Szene ein wirklich wichtiger Bestandteil auch war. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass es etwas Ähnliches wie die „Turner-Tagebücher“ noch mal gegeben hätte. Also, wüsste ich jetzt nicht zu sagen.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Und wenn Sie sagen, es war ein Mittel der Verführung - und Sie haben ja mehrfach die „Turner Diaries“ in Ihrem Magazin mit eingebunden und zitiert -, dann wollten Sie da auch verführen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Na ja, es war halt, wie das bei Zitaten so ist: Man versucht halt, Sachen interessant zu machen - klar, logisch.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): War das Ansinnen vielleicht auch, an eine bestimmte Klientel innerhalb der Szene Brandenburgs heranzukommen oder diese herauszufiltern?

Zeuge Carsten Szczepanski: Auch. Es war schon so, dass dieses Heft so aus der damaligen Überlegung für viele Leute interessant sein sollte. Wir hatten, wie gesagt, Fußballberichte, Konzertberichte, politische Themen. Und, ja, das war schon Sinn der Sache: möglichst viele Leute zu erreichen.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Können Sie sich an Reaktionen aus der Szene erinnern, gerade im Hinblick auf Veröffentlichungen aus diesen „Turner-Tagebüchern“?

Zeuge Carsten Szczepanski: Im Einzelnen nicht mehr. Ich denke, die Leute, die im Endeffekt das Heft bekommen haben, es auch gelesen haben, die werden die Inhalte wahrscheinlich schon vorher gekannt haben. Es wurde auch oft in Liedtexten zum Beispiel aus den Tagebüchern zitiert; das gab es also auch. Ich denke, wie gesagt, das war auf jeden Fall schon Thema.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Sie sollen dem Henning K. (P.) mehrfach angeboten haben, über Ihre Kontakte, über - ich nenne es mal - JVA-Kontakte Waffen besorgen zu können. Haben Sie Ihrem V-Mann-Führer, dem Verfassungsschutz hiervon erzählt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also ich kann mich nicht daran erinnern, dass ich Herrn Henning K. (P.) Waffen angeboten habe oder ihm wirklich Waffen hätte vermitteln können.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Sie haben im Juli 1998 berichtet, dass Sie mit einem Devotionalienhändler aus Brandenburg an der Havel zum „Sonnentanz“-Laden nach Limbach/Oberfrohna gefahren seien und dieser Ihnen auf der Fahrt erzählt habe, dass er Ihnen oder Ihren Freunden jederzeit Langwaffen für 800 DM von Jägern besorgen könne. Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich kann mich an diesen Händler erinnern, ja. Das war auch ein Händler, der das CD-Sortiment von Herrn P. und von Herrn Werner im Angebot hatte. Ich meine, es wäre - - War das direkt in der Stadt Brandenburg? Ich meine, ja. Und ich meine, mich auch erinnern zu können, dass ich mit ihm zu P. gefahren bin, weil er - - Ich meine, er wollte irgendwie eine große Bestellung an CDs aufgeben. Also, ich habe den Herrn vielleicht zwei-, dreimal gesehen. Und das war halt - - Für mich war es gut, dass er bei Herrn Michael P. bestellen wollte, in dem Zusammenhang, dass ich sagen kann: „Hier, guck, ich habe hier einen Händler für dich, der will was kaufen“, und so, was ja eigentlich meinem Praktikumsarbeitsvertrag entspricht.

Also, ich weiß nicht, ob ich das damals wirklich so ernst genommen habe. Das war halt auch eine Info, die ich halt von dem Herrn bekommen habe, die ich weitergegeben

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

habe, aber ich konnte das nicht gewichten. Ich konnte nicht wissen, ob der Herr wirklich diese Kontakte und Möglichkeiten hat oder ob es einfach nur Prahlerei war.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Also, Sie würden für sich ausschließen, dass Sie dann Kontakte vermittelt haben, nachdem Sie ja im September erfahren haben, dass Jan Werner gerade Waffen sucht.

Zeuge Carsten Szczepanski: Richtig, genau.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Können Sie ausschließen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das schließe ich aus, ja.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Dann gebe ich erst mal ab. - Danke.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann geht es zur Fraktion der Linken. Frau Vandre.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Herr Szczepanski, wir waren gerade dabei, die Deckblattmeldungen aus dem September 1998 zu rekonstruieren; meine Kollegin Inka Gossmann-Reetz hatte ja dann weitergemacht. Es gibt mindestens noch eine weitere Meldung aus dem September 98, laut der Sie das Trio erwähnt haben, und zwar dann aber nicht mehr das sächsische, sondern das thüringische Trio, und zwar im Zusammenhang mit einem Konzert in Munzig. Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, auch nicht mehr. Wie gesagt, ich habe diese Information, die ich bekommen habe, halt weitergegeben, und in dem Augenblick, wo ich es weitergegeben habe, war es für mich dann auch quasi aus dem Speicher gelöscht.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Auch nicht, wenn ich Ihnen sage, dass dieses Konzert am Folgeabend des Tages stattgefunden hat, an dem die Polizei Ihren Kameradschaftsabend der „United Skins“ in Königs Wusterhausen aufgelöst hat?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Das war auch keine Besonderheit, dass das passiert ist?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nicht wirklich, nein.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Nicht wirklich? - Also, das Konzert in Munzig stand unter dem Motto „Gedenken an I. St. D.“, und laut unserer Information waren da auch wieder 500 Besucher anwesend und einige Bands wie „Max Resist“ aus den USA und „Storm“.

Zeuge Carsten Szczepanski: „Max Resist“ kann ich mich an ein Konzert erinnern. „Storm“ war, meine ich, die Band aus Schweden. Und ich meine, dass ich das Konzert selber gesehen habe. Es war, glaube ich, deshalb was Besonderes, weil die

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

amerikanische Band das erste Mal überhaupt, glaube ich, in Deutschland gespielt hat und das Konzert deshalb auch so stark besucht war.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay. Und können Sie sich auch noch an Besonderheiten mit „Storm“ erinnern, an die schwedische Band? War das alltäglich, dass die da war, oder waren die eher seltener vor Ort?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, die waren nicht alltäglich, aber ich meine, ich habe selber drei oder vier Konzerte mit „Storm“ erlebt. Es war halt zu dem damaligen Zeitpunkt keine Band wie die amerikanische. Sie war bekannt, sie war schon groß, und das Besondere an der Band in dem Sinne war, dass sie halt teilweise ihre Lieder auf Deutsch gesungen hat.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Wissen Sie, wer die Band „Storm“ organisiert hat?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, an dem Abend war das auch „Blood & Honour Sachsen“.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Also die Organisation von Jan Werner.

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Das heißt also - - Ich meine, mich zu erinnern, gelesen zu haben, dass Jan Werner auch in seinem Label sehr stark für „Storm“ geworben hat oder sie auch hierhergeholt hat und die deswegen auch ein ziemlich enges Verhältnis hatten. Ist Ihnen das erinnerlich?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, es war - - Ich hatte schon den Eindruck, dass die sich relativ gut kennen, klar.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Eine weitere Band an dem Abend war übrigens „Gesta Bellica“ aus Italien, und „Senfheads“ sollen da auch gespielt haben.

Zeuge Carsten Szczepanski: „Senfheads“: Kann ich mich auch noch dunkel dran erinnern. Der italienische Name sagt mir was; aber wüsste ich jetzt nicht.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Wüssten Sie nicht. Aber auch, dass über die Kombination der Bands Erinnerungen an den Abend wieder wach werden?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich versuche, mich gerade dran zu erinnern. Aber wahrscheinlich habe ich die italienische Band einfach nicht gesehen an dem Abend.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Ja, weil es waren an dem Abend auf jeden Fall laut Ihren Aussagen in den Deckblattmeldungen auch wieder die gleichen Personen anwesend: Henning K. (P.), Werner, Starke, P., Andreas G., Menzel, Hendrik L. - also Potsdam/Chemnitz.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau. Und auch die Leute, mit denen ich halt dort vor Ort den Kontakt hatte.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Ja. Und in dem Kontext ist dann wahrscheinlich auch die Information zu bewerten, dass Jan Werner bei seinem Versuch, Waffen zu beschaffen, bisher noch keinen Erfolg gehabt hat.

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau. Wenn das in dem zeitlichen Zusammenhang so eng beieinander ist, die Information, dann gehe ich auch davon aus, dass die Info vom Konzert stammt.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Wie gesprächig war Jan Werner eigentlich?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, ich hielt ihn für sehr gesprächig. Ich hatte auch den Eindruck, dass er eben mit den Konzerten versucht, sich selber ein bisschen mehr Selbstvertrauen zu verschaffen, sich selber so ein bisschen aufzubauen. Er war gesprächig, definitiv.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Und wahrscheinlich auch ein Stück weit einen Namen in der Szene zu machen, weil das ja schon ein großes Business sein konnte, so mit tausend Leuten auf Konzerten.

Zeuge Carsten Szczepanski: Definitiv. Und irgendwann war es halt so, dass seine Geschäfte - so nenne ich es mal - auch dementsprechend gut liefen, und wenn tausend Leute 25 Euro Eintritt bezahlen, dann vielleicht noch eine CD kaufen, drei Bier trinken, dann ist ja klar, dass man da irgendwann auch gut von leben kann.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Hatte Jan Werner - - Also, wenn Sie sagen, dass er relativ gesprächig war: War er das so allgemein, um sich quasi als Mittelpunkt bei Konzerten oder bei Veranstaltungen darzustellen, oder insbesondere auch zu seinen engeren Vertrauten?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, ich habe das so in Erinnerung, dass der Werner irgendwie immer am Quasseln war, also egal, in welcher Situation und in welchem Umfeld. Er hat auch viel von seiner Arbeit erzählt. Ich meine, er war damals mit einem Lkw oder Transporter irgendwie unterwegs und hat da gearbeitet und hat auch erzählt, wann er welche Süßigkeiten-Pakete mitgenommen hat, weil die vom Laster gefallen sind, also so belanglose Sachen. Doch, er hat viel und auch gern erzählt.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay. - Wie würden Sie es bewerten: Mit wem teilt Jan Werner so eine Information wie: „Da sind übrigens gerade drei in unserem Umfeld untergetaucht; wir versorgen die mit Geld, und wir sind auf der Suche nach Waffen für die“? Ist das eine exklusive Information für Sie?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ist eine schwierige Frage. Es klingt nach einer exklusiven Information, aber - wie ich ja schon gerade sagte - er war halt viel am Reden, und ich meine, dass er das wahrscheinlich auch vielen anderen erzählt hätte oder hat.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Also, bei uns hat sich so ein bisschen der Eindruck ergeben, dass Jan Werner auf jeden Fall ein sehr enges Vertrauensverhältnis zu Uwe Menzel hatte. Und wir wissen zum Beispiel auch, dass Uwe Menzel, Henning K. (P.), Jan Werner und seine Freundin zusammen nach Hirschfeld angereist sind und auch dann vor Ort den Abend zusammen verbracht haben.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja. Na ja, also, das kann ich mir schon vorstellen, klar.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Wenn ich Ihnen die Information gebe, dass zum Beispiel Uwe Menzel und Henning K. (P.) am 5. September verhaftet wurden, und zwar, wie wir hörten, nachdem Herr Henning K. (P.) und Herr Menzel gemeinsam ein Bier an der Bar getrunken hatten, und dann zusammen eine Nacht in Cottbus verbracht haben in der Untersuchungshaft: Ist das was, was Ihnen bekannt ist oder was Sie schon mal gehört haben?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, ich weiß, dass sowohl Menzel als auch Henning K. (P.) schon Schwierigkeiten hatten, na klar. Aber jetzt speziell wieder auf das Datum könnte ich es nicht festmachen. Das war jetzt auch eher - das klingt halt immer doof - , aber nichts Besonderes.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Eine Nacht in Unter- - Also eine Nacht im Knast zu verbringen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Ist regelmäßig vorgekommen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also bei Henning K. (P.) definitiv, und bei Menzel schon, ja, doch.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Was wäre denn passiert, wenn das bei Ihnen passiert wäre, dass Sie aufgrund einer polizeilichen Maßnahme aufgegriffen werden, in einer Zeit, in der Sie eigentlich gerade zu einer Halbzeitstrafe rauskommen wollten?

Zeuge Carsten Szczepanski: Dann wäre der offene Vollzug wahrscheinlich gestrichen gewesen.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Das ist also schon ein ziemlich großes Risiko, zu einem Konzert zu gehen, bei dem alle Inlandsgeheimdienste vorher Informationen von haben, dass da die Polizei einreiten wird.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja. Das war wahrscheinlich, so im Nachhinein betrachtet, auch nicht besonders schlau.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): In Kombination mit dem, dass wir die Aussage haben, dass Sie sich aus Frauenhof um 15.30 Uhr noch mal gemeldet hatten und auch mit Ihrem V-Mann-Führer vorher diverse Strategien für den Abend entwickelt haben,

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

meinen Sie nicht, dass es dann wahrscheinlicher ist, dass Sie gar nicht bei dem Konzert waren? Weil auch Ihr V-Mann-Führer hat gesagt, dass Sie eigentlich eine sehr verlässliche V-Person gewesen sind, die sich an die Weisungen gehalten hat.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, deswegen bin ich auch echt immer noch am Überlegen, ob ich da war oder nicht. Wie gesagt, ich halte es für möglich, dass die Informationen aus zweiter Hand gekommen sind; aber es waren halt so viele Konzerte, so viele Informationen mit der Zeit. Also - -

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Haben Sie sich mit den genannten Personen, also mit Henning K. (P.) - mit dem scheinen Sie ja auch häufiger kommuniziert zu haben -, im Nachhinein Wochenenden gemeinsam ausgewertet?

Zeuge Carsten Szczepanski: Man hat natürlich über Dinge gesprochen. „Ausgewertet“ klingt so bürokratisch.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Das meine ich auch gar nicht so, aber ich kenne das schon, dass man so im Nachhinein vielleicht von einem Wochenende darüber redet, was man noch so erlebt und gehört hat.

Zeuge Carsten Szczepanski: Schon, definitiv, klar. Man hat dann auch, weiß ich nicht, gesagt: „Die Band war aber scheiße, das hat sich gar nicht gelohnt“, und: „Die waren super“, und: „Haste gesehen, wie viel Leute da waren?“. Das gab es schon, ja, klar.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Ja? Und das auch regelmäßig? - Wer waren da Ihre Hauptkontaktpersonen, mit denen Sie das gemacht haben?

Zeuge Carsten Szczepanski: Da war Henning K. (P.) definitiv eine Hauptkontaktperson, und dann halt so der Personenkreis aus Königs Wusterhausen: Ralf L., H., B. M.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay. - Ich hätte erst mal noch ein paar kleinere Fragen. Und zwar ist mir vorhin in Bezug auf die Fragen aufgefallen, die schon gestellt wurden - - Ich springe jetzt noch mal ganz gewaltig, und zwar in das Jahr 1992: Sagt Ihnen der Begriff „German-British Friendship“ was?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, das war ein Projekt von Herrn St. Ha. - den wir ja vorhin schon erwähnt haben - und Herrn I. St. D. Das war eigentlich ein Musikprojekt, in dem Mitglieder beider Bands zusammen gespielt haben und, ich meine, auch CDs unter dem Namen veröffentlicht haben.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Und versucht haben, „Blood & Honour“ auch ein Stück weit nach Deutschland zu bringen.

Zeuge Carsten Szczepanski: Schon, ja.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Über Musikprojekte. Und den Informationen nach waren Sie da eine Person, die sehr, sehr schnell dann auch Kontakt mit I. St. D. hatte und schon Anfang der 90er, also in den frühen 90ern - 91, 92 -, dann auch für sich entdeckt hat, „Blood & Honour“ eventuell mit zu verbreiten in Deutschland. Stimmt das?

Zeuge Carsten Szczepanski: Jein. Also, das zu verbreiten in dem Sinne eigentlich ja nicht, weil wir gerade mit diesem Personenkreis aus Königs Wusterhausen ja immer versucht haben, uns aus diesen ganzen Organisationen rauszuhalten. Wir wollten da schon mit den „United Skins“ neutral bleiben und uns nicht für irgendeine Seite entscheiden, so wie es dann später mit „Combat 18“ ja passiert ist.

Ich denke, für mich, muss ich heute sagen, war die Musik auf jeden Fall so der Einstieg in diese ganze Szene. Klar: Zu dem damaligen Zeitpunkt war das halt - - Das gab es halt vorher nicht, und da hat man sich schon von beeindruckt lassen, ja, klar.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Wahrscheinlich auch, weil man dann internationale Kontakte hatte und, ich meine, Anfang der 90er noch mal eine andere Situation auch mit Kontakten nach Großbritannien, in die USA, aus Brandenburg heraus.

Zeuge Carsten Szczepanski: Klar, das war schon mit ein Punkt.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Dann noch eine Frage: Vorhin gab es eine Frage zu Thomas Richter, und da hatten Sie gesagt, dass Sie ihn auch kennen. Thomas Richter war ja dann auch später V-Mann für das Bundesamt für Verfassungsschutz. Ist Ihnen das bekannt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das wusste ich nicht, nein.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Das wussten Sie nicht. - Können Sie sich - - Oder: Waren Sie mal im Schulungszentrum von der NF in Detmold?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Auch zum Geburtstag von Thomas Richter 1993?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, ich war zweimal da für diese Gewaltmärsche. Und einmal war irgend so eine Bundesschulung. Aber ich meine, Geburtstagsparty war da nicht.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Geburtstagsparty nicht. Also können Sie sich auch nicht daran erinnern, wenn ich sage, dass da wohl einiges schiefgegangen sein soll und das Schulungszentrum auch in Mitleidenschaft gezogen wurde und Thomas Richter sich danach mit M. Schö. zerstritten haben soll?

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee. Also, das wäre vielleicht doch in Erinnerung geblieben, aber - - Nee. Als ich da war, war es relativ gesittet, wenn man dieses Wort benutzen kann.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Minute bitte.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Das war es auch erst mal tatsächlich.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann geht es weiter mit Herrn Wiese. Bitte.

Abgeordneter Wiese (AfD): Herr Szczepanski, ist Ihnen bekannt, dass im Jahr 98 bei „Blood & Honour Sachsen“ die Unterschlagung oder das Wegkommen von Geldern ein Thema war?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja. Also, ich hätte es jetzt wieder nicht an dem Jahr festmachen können, aber ich weiß, dass es auch bei „Blood & Honour Sachsen“ Diskussionen ums Geld gab.

Abgeordneter Wiese (AfD): Wissen Sie da noch Details? Um wie viel ging es da?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich weiß jetzt keine Summe mehr. Ich meine, es war ein erheblicher Geldbetrag. Ich meine, dass auch Herr Michael P. damals mal mit einem spitzen Bleistift nachgerechnet hat, wie so die Einnahmen hätten aussehen müssen bei der Personenanzahl. Ja, ich meine, es ging da um ein konkretes Konzert, wo im Endeffekt nach dem Konzert eigentlich zu wenig Geld da war.

Abgeordneter Wiese (AfD): Gab es da dann einen Schuldigen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Meines Wissens ist das im Sand verlaufen. Also, es wurde da niemand für belangt im Nachhinein.

Abgeordneter Wiese (AfD): Ja, aber es gab keine Namen, die hier rumgegeistert sind.

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, nee. Wie gesagt, es war jetzt auch nicht so, dass auf irgendjemanden gezeigt worden ist. Es war halt so eine - - Also, was ich mitbekommen habe, war halt diese Nachrechnung von Herrn Michael P., der dann meinte, bei so vielen Leuten und so vielen Getränken hätte eigentlich mehr Geld da sein müssen.

Abgeordneter Wiese (AfD): Sagt Ihnen der Name Rita B. etwas?

Zeuge Carsten Szczepanski: Rita B. sagt mir was.

Abgeordneter Wiese (AfD): Was verbinden Sie mit dem Namen?

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich überlege gerade. Ich meine, dass das auch jemand aus dem HNG-Umfeld war, wenn ich mich richtig entsinne - so aus der Erinnerung heraus.

Abgeordneter Wiese (AfD): Adlershof, Berlin?

Zeuge Carsten Szczepanski: Weiß ich nicht mehr, ob es Berlin war; kann ich jetzt nicht sagen. Also, der Name sagt mir was, und ich habe den Link zur HNG irgendwie im Kopf.

Abgeordneter Wiese (AfD): Dann frage ich einfach mal die nächste Frage, vielleicht fällt Ihnen dann noch was ein: Sie hatten ja Kontakte. Waren die nur nach Sachsen, oder hatten Sie auch nach Baden-Württemberg Kontakte?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich hatte eigentlich bundesweit Kontakte und halt auch Kontakte nach Schweden, England, USA. Da gab es jetzt kein räumliches Limit in dem Sinne, dass ich da irgendwie Schwerpunkte hatte oder so.

Abgeordneter Wiese (AfD): Also mit Baden-Württemberg verbinden Sie momentan nichts.

Zeuge Carsten Szczepanski: Na, ich sagte ja vorhin, dass es zwei Ku-Klux-Klan-Gruppen in Süddeutschland gab. Aber ob das jetzt Bayern oder Baden-Württemberg war, weiß ich nicht mehr.

Abgeordneter Wiese (AfD): Sie hatten am 25.08.98 eine SMS bekommen vom Herrn Jan Werner: „Was ist mit den Bums?“

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, diese Frage habe ich auch in München gestellt bekommen. Ich habe die SMS nicht bekommen.

Abgeordneter Wiese (AfD): Hatte ich erwartet.

Zeuge Carsten Szczepanski: Und wo die SMS angekommen ist, vermag ich nicht zu sagen. Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Wiese (AfD): Aber im Anschluss, danach, wurden ja die Handys getauscht.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, mich erinnern zu können, dass die vor der SMS getauscht worden sind.

Abgeordneter Wiese (AfD): Dann kommt noch die nächste Frage: Warum fragt Sie Herr Werner nach „den Bums“? Und um was, um welche Waffe sollte es sich handeln?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich fürchte, da müssen Sie Herrn Werner fragen. Wie gesagt, ich kann auf SMS, die mich nicht erreicht haben, jetzt halt schwer irgendwas spekulieren.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Wiese (AfD): Später haben Sie aber nicht nachgefragt, um was es da ging, wenn Sie sich so nicht erinnern. Es ist ja nicht so was Einfaches. Es ging ja - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich kann ja schlecht im Nachhinein auf eine SMS reagieren, die ich nicht bekommen habe.

Abgeordneter Wiese (AfD): Herr Werner hat aber auch nicht bei Ihnen nachgefragt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Bitte?

Abgeordneter Wiese (AfD): Der Herr Werner hat aber auch nicht bei Ihnen nachgefragt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nein, also, ich kann mich da nicht dran erinnern. Und, wie gesagt, mich hat keine SMS erreicht.

Abgeordneter Wiese (AfD): Können Sie mir mal ein bisschen schildern, wie die Zeit nach der Haftentlassung war? Nicht umfangreich, einfach so die relevanten Dinge.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, wie fühlt man sich, wenn man Jahre im Knast war und dann entlassen wird? Das war natürlich Erleichterung - das ist ja klar -, Freude und halt das Gefühl, wieder frei zu sein. Man kann aufstehen, wann man will, man kann rausgehen, wann man will - alles Sachen, die halt jahrelang beschränkt waren, teilweise unmöglich waren -, und das Gefühl, nach fünf Jahren Haft einfach sagen zu können: So, ich gehe jetzt zur Eisdiele. - Das war dann schon was Besonderes.

Abgeordneter Wiese (AfD): Wie schätzten Sie denn Ihre finanzielle Situation nach der Haftentlassung ein, die finanzielle Abhängigkeit von Honoraren des brandenburgischen Verfassungsschutzes nach Ihrer Haftentlassung?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich fürchte, da kann ich Ihnen jetzt hier auch nicht drauf antworten.

Abgeordneter Wiese (AfD): Wie war denn Ihre Einkommenssituation insgesamt? Wie hoch waren denn die Einnahmen durch das eröffnete Ladenlokal in Königs Wusterhausen? Und welchen Anteil hatten Sie vom V-M-Führer? Erhaltene Zahlungen - Gesamteinkommen? Also, das war ja ein Topf: Der V-Mann-Führer hat Ihnen Geld gegeben, der Laden hat anscheinend Geld gebracht.

Zeuge Carsten Szczepanski: Der Laden hat Geld gebracht, klar. Der war auch gut besucht. Und, ja, es war okay. Ich wüsste jetzt nicht mehr, welchen Umsatz ich da hatte.

Abgeordneter Wiese (AfD): Ungefähr.

Zeuge Carsten Szczepanski: Das kann ich beim besten Willen nach 20 Jahren nicht mehr sagen.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Wiese (AfD): Und die Zahlungen vom V-Mann-Führer?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich sagte ja gerade: Zu den Zahlungen kann ich aufgrund meiner - -

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Sie haben recht.

Abgeordneter Wiese (AfD): Ja, aber fragen darf man ja.

(Abgeordnete Johlige [DIE LINKE]: Es ist doch mehrmals gesagt worden, dass er dazu keine Auskünfte geben kann!)

- Ich mische mich bei Ihnen auch nicht ein. - Das Letzte ist: Können Sie uns die Enttarnung 2000 beschreiben, als Sie als V-Mann aufgefliegen sind?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja. Die Enttarnung: Ich war gerade in Königs Wusterhausen in meiner Wohnung und erhielt einen Anruf von einem „Spiegel“-Reporter, der zu mir sagte, er wisse, dass ich für den Verfassungsschutz arbeite. Er hätte gerne ein exklusives Interview, und er würde - sinngemäß - in einer halben Stunde vor dem Laden stehen und mir gern ein paar Fragen stellen.

Abgeordneter Wiese (AfD): Und? Kam er dann?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich bin natürlich nicht hingegangen.

Abgeordneter Wiese (AfD): Sie haben aber nicht nachgefragt, wer Sie da enttarnt hat oder woher er die Information hat.

Zeuge Carsten Szczepanski: Nein. Ich war in dem Augenblick natürlich geschockt, klar. Man rechnet ja mit allem, aber nicht mit so was. Nee, ich habe ihn nicht gefragt, wo es herkommt.

Abgeordneter Wiese (AfD): Haben Sie eine Meinung, wer Sie da enttarnt hat?

Zeuge Carsten Szczepanski: Es gab da so viele Gerüchte und Möglichkeiten. Ein Gerücht war, dass ich eben von Polizeibeamten enttarnt worden bin. Aber inwiefern das der Wahrheit entspricht, weiß ich nicht.

Abgeordneter Wiese (AfD): Mehr gab es nicht?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, das war so das Gerücht, was sich eigentlich am längsten gehalten hat.

Abgeordneter Wiese (AfD): Und die, wo sich nicht so lange gehalten haben?

Zeuge Carsten Szczepanski: Da gab es das Gerücht, dass dieser besagte „Spiegel“-Reporter irgendwie Kontakte hat und ihm diese Story eben angetragen worden ist.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Aber das war halt alles sehr vage. Da jetzt für mich zu entscheiden, wer mich da hat auffliegen lassen - ich weiß es nicht; ich will es, glaube ich, auch gar nicht wissen.

Abgeordneter Wiese (AfD): Können Sie uns dann wenigstens sagen, wie der Redakteur hieß?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ach herrje. Nee, ich weiß es nicht mehr. Das war so ein Allerweltsname, meine ich.

Abgeordneter Wiese (AfD): Na ja, so viele Hubers, Meiers gibt es da bei denen nicht.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, es war ein kurzer, knackiger Name.

Abgeordneter Wiese (AfD): Hieß der Berg?

Zeuge Carsten Szczepanski: Wie?

Abgeordneter Wiese (AfD): Hieß er Berg?

Zeuge Carsten Szczepanski: Berg wäre möglich, ja. Das wäre denkbar. Aber, wie gesagt: Schon ein bisschen her.

Abgeordneter Wiese (AfD): Okay. Danke schön.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): So, liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt ist eigentlich genau der Zeitpunkt, wo wieder zwei Stunden um sind. Wir können jetzt die Runde noch beenden, bevor wir eine Pause machen, oder wir brechen jetzt ab und Frau Nonnemacher beginnt dann mit der nächsten Runde, solange Herr Szczepanski anzeigt, dass er noch kann. - Wollen wir die Runde noch zu Ende machen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, klar. Oder?

(Heiterkeit)

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann bitte, Frau Nonnemacher.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke. Ihre Kondition ist ja wirklich sehr gut. - Herr Szczepanski, ich möchte noch mal zurückkommen zu dem Fragekomplex „Combat 18“. Da hat der Kollege Herr Lakenmacher von der CDU ja schon eine ganze Menge Fragen gestellt. Sie hatten auf eine dieser Fragen gesagt, Sie haben zu den Sargent-Brüdern Kontakt aufgenommen unter Vermittlung von Marcel Schilf, auf den Sie sich bezogen haben, auch als Empfehlung, und das sei während der Haft gewesen; ich glaube, 94 oder so.

Zeuge Carsten Szczepanski: Das war während der Haft, ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Haben Sie diese Kontaktaufnahme mit „Combat 18“, mit den Sargent-Brüdern im Auftrag des Verfassungsschutzes gemacht?

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee. Also, ich meine, das war so gewesen, dass ich, wie gesagt, auf Anraten von Herrn Schilf da hingeschrieben habe. Ich war mir in dem Augenblick auch nicht sicher, ob die zurückantworten, wie die antworten und was da für ein Kontakt zustande kommt. Das war halt auch wieder eine Art der Informationsgewinnung, die man halt einfach auf gut Glück versucht. Hat ja auch geklappt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut, aber das war ja jetzt sozusagen ein neuer Kontakt, den Sie bis dato noch nicht hatten, den Sie sozusagen selber aufgenommen haben - und das in einer Zeit, wo Sie sozusagen Informationen für den Verfassungsschutz besorgen sollten bzw. Ihre vorhandenen Informationen abgeschöpft werden sollten. Haben Sie denn, bevor Sie das gemacht haben, nicht mit Ihrem V-Mann-Führer darüber gesprochen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, ich kann mich nicht dran erinnern, dass wir uns vorher darüber unterhalten haben, ob da eine Kontaktaufnahme erfolgen soll. Also, ich meine, das habe ich aus eigenen Stücken gemacht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber sozusagen die Ergebnisse sind ja dann umgehend mitgeteilt worden; -

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - wir haben das ja auch dokumentiert, dass Sie sozusagen noch gefragt haben, welcher Gruppierung Sie sich da eher zuwenden sollen.

Wie kam es dazu, dass Sie die Adressen der deutschen „Combat 18“-Interessenten erhalten haben, die an ein britisches Postfach der Organisation geschrieben haben? Wer hat Ihnen diese Adressen weitergeleitet?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, das wäre der jüngere Bruder der Sargents gewesen, der S[REDACTED].

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aha. Also, der S[REDACTED] Sargent hat es Ihnen sozusagen ermöglicht, dass die Anfragen, die dort eingingen, direkt an Sie weitergeleitet worden sind.

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Was haben Sie denn für einen Auftrag von S[REDACTED] Sargent oder anderen Leuten in England erhalten, wie Sie mit diesen Adressen der deutschen „Combat 18“-Interessenten umgehen sollten? Sollten Sie da persönlich Kontakt aufnehmen, sollten Sie Informationsmaterial weiterschicken? Oder wie sollten Sie sich diesen Interessierten gegenüber verhalten?

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, ich meine, dass wir drüber geschrieben hatten, dass die eine Ausgabe von dem Magazin bekommen und man quasi dadurch irgendwann mal so eine Art Datenbank mit interessierten Menschen hat. Es war auch so, dass der Sargent meinte, dass ihm da auch die Zeit und die Lust fehlen würden, jetzt jeden Interessenten anzuschreiben. Das war halt auch so bedingt: Dieses Postfach in London war halt in der Szene bekannt und berühmt-berüchtigt. Es war halt das Postfach von „Skrewdriver“, von „Blood & Honour England“, also quasi die - - so das erste Postfach, was überhaupt so benutzt worden ist.

Nach der Spaltung war es halt so, dass Herr Sargent wohl noch die Postfachschlüssel hatte und deshalb dieses dann nutzen und weiterbenutzen konnte. Ich meine, dass da auch Leute noch hingeschrieben haben, die irgendwie Autogramme von irgendwelchen Bands wollten oder eine CD bestellen wollten - so was alles, so ein Sammelpostfach für jedes Anliegen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber was haben Sie jetzt faktisch getan? Haben Sie einzelne Interessenten angerufen, haben Sie denen Magazine geschickt, haben Sie denen Infomaterial geschickt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Wir haben Magazine vom „United Skins“ rausgeschickt, das haben wir gemacht. Aber ich mag jetzt nicht abschätzen, wie viele das waren.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie haben Magazine von „United Skins“ verschickt, nicht von den Publikationen der Engländer?

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau. Also, ob die Engländer selber noch Material rausgeschickt haben an die deutschsprachigen Interessenten, weiß ich nicht; ich denke schon. Aber - - Das war halt so: Hier hast du Adressen von Leuten, die vermeintlich ähnlich denken; schick denen doch mal ein Heft, vielleicht machen die dann ein Abo oder kaufen eine CD oder fahren mal zu einem Konzert oder so.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Was hat sich denn aus den Interessensbekundungen von deutschen Interessenten an „Combat 18“ ergeben? Haben Sie da Rückmeldungen bekommen, haben die eigene Gruppierungen gegründet? Inwieweit ist das denn weiterverarbeitet worden in der Szene?

Zeuge Carsten Szczepanski: Es war, wie gesagt, kein reines „Combat 18“-Postfach. Es war Postfach für viele Gruppen und Organisationen. Ich vermag jetzt nicht zu sagen, wie viele „Combat 18“-Interessenten vielleicht auf CD-Besteller kamen oder so. Also, das weiß ich nicht mehr.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Es ist Ihnen auch nicht bekannt, ob daraus irgendwelche Strukturen in Deutschland entstanden sind.

Zeuge Carsten Szczepanski: Nein.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Welche Kontakte haben Sie zu dem bayerischen Neonazi-Kader Norman K. gepflegt und inwieweit ist es dabei auch um „Combat 18“ gegangen?

(Der Zeuge überlegt.)

Zeuge Carsten Szczepanski: Norman K.? Ich meine, ich hatte mal irgendwie Kontakt zu ihm, aber diese „Combat 18“-Geschichte war dabei kein Thema. Ich meine, dass diese „Combat 18“-Geschichte tatsächlich mehr Thema war im Land Brandenburg, Sachsen natürlich. Aber - - Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich würde Ihnen da gerne noch mal einen Vorhalt machen. Das ist: Carsten Szczepanski an Norman K., 05.11.99, Lieferung vom Innenministerium Bayern auf B22¹³:

„Einig sind wir uns dabei wohl, daß wir Combat 18 freundlich sind [...].

Im übrigen war Charlies jüngerer Bruder, S. [REDACTED] Sargent, zu Besuch bei uns in Deutschland [...]. Auch der Chef der NSM, Tony Williams, ist desöfteren zu Besuch in Deutschland. [...]

Ich kann Dir sehr gerne ein Treffen mit S. [REDACTED] Sargent und/oder Leuten der NSM vermitteln oder meinetwegen können wir uns auch gerne mal treffen.“

Hat - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, wir haben uns nicht getroffen, und ich meine, dass der Name von dem NSM-Chef da auch nur ein Pseudonym war von den Sargent-Brüdern. Aber ich kann mich auch nicht dran erinnern, dass von dem Norman da eine Antwort kam.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. Also, Sie können nicht sagen, ob der Norman K. dieses Angebot, einen Kontakt zu „Combat 18“-Leuten herzustellen - - ob er darauf angesprungen ist oder ob er das angenommen hat.

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, das kann ich nicht sagen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wissen Sie von Kontakten zwischen Norman K. und Matthias F.?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie haben von Neonazis aus ganz Deutschland Adressen aus dem „Combat 18“-Postfach erhalten. Waren Sie so eine Art zentrale Schnittstelle zwischen dem zentralen Ansprechpartner des „Combat 18“

¹³ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die korrekte Fundstelle lautet: Gesamtübersicht Beweisbeschlüsse, B22, Schr_an_Vorsitz_v_23.06.2017_v_Bay.Staatsministerium_B22 Asservate.pdf, Seite 2.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

in Deutschland, oder gab es weitere Aktivisten hier in Deutschland, die dort auch einen Kontakt herstellten?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich glaube, Sie haben da in dem Punkt eine falsche Vorstellung von dem Namen „Combat 18“. „Combat 18“ sollte ja so organisiert werden, dass es eigentlich keine Strukturen gibt, möglichst wenig Verbindungen, das Ganze eher zellenartig, ohne große Verlinkungen oder Vernetzungen.

Wie gesagt, dieses Postfach, aus dem ich die Briefe bekommen habe, weitergeleitet bekommen habe, war halt auch ein Postfach für viele andere Organisationen. Also, es war - ich wiederhole das noch mal - kein „Combat 18“-Postfach.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Okay. - Aber selbst wenn es verschiedene Anliegen bedient hat: Gab es weitere Ansprechpartner hier in Deutschland für diese Leute, sowohl was den Flügel von Charlie Sargent als auch den Flügel von Wilf Browning betraf?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, ich kann das jetzt von der Sargent-Seite aus sagen: Ich weiß nicht, ob er die Briefe vielleicht vorsortiert hat, andere Briefe jemand anderem geschickt hat. Das kann schon sein. Würde ja eigentlich auch Sinn machen, dass jemand, der jetzt weiter weg wohnt, nicht unbedingt von jemandem angeschrieben wird, der eben in Brandenburg wohnt. Aber, wie gesagt, die weitergeleiteten Briefe waren teilweise auch CD-Bestellungen oder T-Shirt-Wünsche, halt solche Geschichten.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ist Ihnen bekannt, ob zum Beispiel Szeneprominente wie Ch. W. oder Th. H. auch Kontakte in diese Richtung hatten?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also bei Th. H. bin ich mir relativ sicher. Ich habe Th. H. auch auf einem Konzert in Westdeutschland gesehen, wie er mit Wilf Browning zusammen war. Das heißt, die persönliche Verbindung war auf jeden Fall da.

Mit Ch. W. hatte ich mich - ich meine, das war am Rande einer Demonstration - kurz drüber unterhalten, und ihm war das alles zu englisch, also diese Verbindung mit gewaltbereiten Fußballfans und gar nicht so diese Skinheadbewegung oder NS-Bewegung, sondern dass man halt diese Casuals da überzeugt. Das war nicht so seins.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Und hatten „Blood & Honour“-Kader wie Jan Werner oder Bernd P., S. Li. Kontakte zu „Combat 18“?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja. Der Herr Werner war letzten Endes sehr gut befreundet mit dem Browning; der war ja halt, wie gesagt, der Gegenflügel zu den Sargents. Und ich meine, dass da auch Tonträger veröffentlicht worden sind, denn es wurde halt nicht nur die „Combat 18“-Bewegung, nenne ich es mal, gespalten, sondern auch teilweise Bands. Und ich weiß noch, dass Herr Browning zum Beispiel die Band „No Remorse“ übernommen hat. Und ich meine, dass die auch unter anderem für Werner gespielt haben.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Und gab es Kontakte zu M. De.?

(Der Zeuge überlegt.)

Zeuge Carsten Szczepanski: M. De.? Der Name sagt mir jetzt so nichts. Marcel Schilf, wie gesagt, war - - Aber De.?

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): De. nicht, okay.

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut, dann wäre ich gerne noch mal zurückgekommen auf das Verfassungsschutzpostfach.

Zeuge Carsten Szczepanski: Mhm.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wir haben es ja mit mehreren Postfächern zu tun, vielleicht müssen wir da auch noch mal ein bisschen sortieren. Sie haben uns ja eindrücklich geschildert, dass es in Königs Wusterhausen das Postfach von „United Skins“ gab auf Ihren Namen, -

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - wo auch Herr Ralf L. Zugriff hatte, der das auch bedient hat, haben Sie gesagt. Und es gab dieses berühmte Postfach Nummer 22 24 in Brandenburg an der Havel, was Ihr V-Mann-Führer Dieter Borchert sozusagen eingerichtet hat und was auch auf dessen Namen lief und auch auf Ihren Namen lief.

Zeuge Carsten Szczepanski: Mhm.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sind diese beiden Postfächer - - Liefen die eigentlich die ganze Zeit über parallel?

Zeuge Carsten Szczepanski: Meines Wissens ja, schon.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Warum hat Ihr V-Mann-Führer dieses Postfach eigentlich eingerichtet? Welchen Zweck sollte das von Anfang an haben?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, dass der Hauptgrund damals gewesen ist, dass wir gesagt haben: Wir entlasten den Briefverkehr in die JVA.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Na ja, -

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Frage bitte.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - für jemand, der mal bei der Post tätig werden wollte, ist das ja ein sehr kollegiales Ansinnen. - Hat Ihr V-Mann-Führer Ihnen die Post aus dem Postfach in die Haftanstalt mitgebracht, geöffnet oder ungeöffnet?

Zeuge Carsten Szczepanski: Geöffnet. In der Regel habe ich die - - Also, ich gehe davon aus, dass ich alle Briefe bekommen habe. Ich war beim Leeren natürlich nicht dabei. Wir sind aber damals so verblieben, dass eben offensichtliches NS-Material und was dabei gewesen ist, bei ihm verbleibt, dass er das nicht mitbringt, sondern rein wirklich nur die Anschreiben.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Okay. - Haben Sie die Post, die dort einging, beantwortet, und erfolgte der Versand dann manchmal oder immer über Ihren V-Mann-Führer?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich habe die Post beantwortet, und der Postversand erfolgte teilweise über die JVA, teilweise über Herrn Dieter Borchert. Also, ich würde jetzt aus der Erinnerung raus sagen, es hat sich die Waage gehalten.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Das ist jetzt die allerletzte.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Die allerletzte Frage, gut. - Wie häufig wurde die Broschüre „Drowning Browning“, die einen „Combat 18“-Bezug hatte, über dieses Postfach versandt? Was schätzen Sie: Wie oft wurde die bestellt, und wie oft wurde die versandt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Boah, keine Ahnung, kann ich Ihnen nicht sagen. In der Selbstdarstellung wahrscheinlich ganz oft, aber was da im Nachhinein wirklich versandt worden ist - - Ich habe es aus der „United Skins“-Magazin-Ansicht ja selber gesehen: Man verschickt ein paar Hefte, man verteilt ein paar Hefte, und die Leute denken, Wunder wie viele Tausend Stück da jetzt irgendwie im Umlauf sind und so. So ist es eigentlich nicht - nicht automatisch.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. - Bevor der Vorsitzende ungemütlich wird:

(Vereinzelt Heiterkeit)

Sie können aber rein qualitativ sagen, sie wurde verschickt, -

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - auch wenn Sie es nicht quantifizieren können.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, ja, schon.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Okay, danke schön.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Vorsitzender Rupprecht (SPD): So, liebe Kolleginnen und Kollegen, zwei Stunden sind wieder um, sogar ein bisschen mehr. Wir gehen in eine Pause in der Hoffnung, dass Herr Szczepanski sich in der Lage fühlt, danach dann noch mal mit uns weiterzu- -

Zeuge Carsten Szczepanski: Eine Runde machen wir noch.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Gut. Denn wir müssen dann auch noch überlegen, ob wir eventuell noch mal die Räumlichkeit wechseln, wenn noch Bedarf besteht, in den Keller zu gehen - bitte jetzt mal in der Pause überlegen.

(Abgeordnete Johlige [DIE LINKE]: Wir würden erst mal hier weitermachen!)

- Ja, ja. Also, wir machen erst mal hier weiter.

Wie lange wollen wir Pause machen, wieder 20 Minuten? - Dann würde ich sagen: 17.25 Uhr geht es weiter.

(Unterbrechung von 17.04 bis 17.28 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir machen weiter. Herr Szczepanski und Frau RAin S. L. nehmen wieder Platz.

Ich habe noch einen Hinweis an die verbliebenen Medienvertreter im anderen Raum: Wir - das heißt, die Obleute, mein Stellvertreter und ich - werden, wenn wir hier fertig sind, bereit sein, noch Fragen zu beantworten; das machen wir dann im Raum 1.050. Wir kommen dann rüber und gucken, ob noch jemand da ist, der noch Bedarf hat, und dann schauen wir mal.

Jetzt machen wir hier weiter. Wir gehen in die nächste Runde. Die SPD-Fraktion, in diesem Fall mal Herr Lüttmann, beginnt. Bitte.

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich habe zunächst eine ganz allgemeine Frage: Wir hatten in den vergangenen Sitzungen ab und zu über die Musikszene gesprochen. Sie waren ja auch an Musik interessiert, im CD-Handel tätig etc. Und eine Frage, die in den letzten Sitzungen immer wieder aufkam: Haben Sie eigentlich damals lediglich, sage ich mal, rechtsradikale Musik gehört oder rechtsextreme, oder hatten Sie auch in andere Richtungen Interesse an radikaler Musik, vielleicht auch linksradikale Musik damals sogar gehört? Gab es da Überschneidungen, gab es da auch Bands aus diesem Spektrum, die Sie gehört haben oder die Sie interessiert haben?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, es gab natürlich auch Tage, wo man einfach nur das Radio angemacht hat, klar. Aber dass ich jetzt auch konkret Punkbands gehört habe, ist mir jetzt eigentlich nicht so in Erinnerung geblieben.

(Abgeordnete Gossmann-Reetz [SPD]: „Slime“!)

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Genau. Die Band „Slime“ wurde hier als ein Beispiel genannt - oder andere, die vielleicht auch in Ihren Kreisen durchaus gehört wurden.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, gab es sicherlich auch Leute, die „Slime“ gehört haben. Aber war jetzt für mich nicht so attraktiv.

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Okay. - Dann würde ich gerne noch mal auf das heute schon angesprochene „Rollkommando/Terrormachine“ zurückkommen. Sie sagten vorhin: Na ja, eher nicht so bedeutsam. - Aber ich würde trotzdem gerne noch mal nachfragen wollen. Aus den Akten geht Folgendes hervor:

„Am 1. Aprilwochenende 1999 beabsichtigen unter anderem Ralf L., Henning K. (P.), Sb., M. R., R. Sch., M. Br. und H. sich in Königs Wusterhausen zu einem Arbeitstreffen des ‚Rollkommandos‘ zu treffen.“¹⁴

Sind Ihnen weitere Mitglieder dieses „Rollkommandos“ bekannt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, wie ich ja vorhin schon sagte, war das so das Umfeld von Herrn Menzel.

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Und ist es auch er gewesen, der so zu den aktivsten Mitgliedern dieses „Rollkommandos“ gehörte oder sogar irgendwie sozusagen der Chef - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Kann man sicherlich so sagen; aber, ich meine, Herr Menzel war auch in allen anderen Dingen der Aktivste, meine ich. Also, würde ich schon - -

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Wo er dabei war, da war er dann immer auch sozusagen an führender Stelle.

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Sie haben auch berichtet, dass Ralf L. und die Berliner wie H. L. sehr aktiv waren in dieser Szene, in diesem Unternehmen.

Zeuge Carsten Szczepanski: Diesem „Rollkommando“?

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Mhm.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, dass der Kontakt von Ralf L. zu Menzel auch sehr gut war, gefestigt war. Aber, wie gesagt, Herr Menzel ist halt Herr Menzel und - - Also, ich kann jetzt nicht für Herrn Ralf L. sagen, wie ernst er das genommen hat, aber - -

¹⁴ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: Ordner B 4, 2016-12-01 B4- VS NfD, Ordner IIIa, 1999-DBM-Teil 1-Jan-Mai.pdf, Seite 94.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Gab es einen Zusammenhang zu den Anschlagplänen von Ralf L. und H. L. auf ein Antifa-Café in Prenzlauer Berg?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, das glaube ich nicht. Also, wie gesagt, ich habe Herrn Menzel ja kennengelernt; aber ich traue ihm das nicht zu.

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Okay. - Dann bleiben wir noch mal bei Herrn Menzel. Sie haben jetzt gerade schon einiges dazu gesagt, aber noch mal so ganz allgemein Ihre Einschätzung: Welche Erinnerung haben Sie an Herrn Menzels Aktivitäten in der rechtsextremen Szene? Also, welchen Ruf genoss er? Sie haben gerade gesagt: so ein bisschen der Anführer oder - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Er war auf jeden Fall im Bereich Potsdam der Ansprechpartner und Anführer. Er war, meine ich, auch bei „Blood & Honour“ und hatte halt mehrere Bands und Kontakte in allen möglichen Städten. Und seine Band, die „Proissenheads“, hatte damals auch schon einen relativ großen Namen, also relativ.

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Wie haben Sie ihn kennengelernt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, dass ich ihn vom Sehen schon sehr früh gesehen habe; ich meine, dass das sogar bei einem Fußballspiel war. Aber richtig kennengelernt dann über Herrn Henning K. (P.), der uns vorgestellt hat.

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Und welche Beziehung hatten Sie? Waren Sie befreundet, oder wäre das zu viel gesagt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das wäre auch zu viel gesagt. Also, der Kontakt war da, der war auch okay, aber er war jetzt nicht zu vergleichen mit Henning K. (P.), Ralf L. oder P. zum Beispiel.

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Welche Spitznamen für Herrn Menzel sind Ihnen erinnerlich?

Zeuge Carsten Szczepanski: Oh Gott, vermag ich jetzt gar nicht mehr zu sagen. Da waren aber jede Menge, und - - Ja.

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Wir haben hier „Uwocaust“ und „Rippchen“ gefunden in den Unterlagen.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, „Uwocaust“ wäre sogar auch eine Band gewesen oder ein Bandprojekt.

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Sein Name, wenn er dann unterwegs ist in Bandsachen, ja. - Pfl egte Herr Menzel damals Kontakte zu den rechtsextremen Rockern der „Vandalen“, wissen Sie das?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, dass es zumindest die Bekanntschaft untereinander gab. Und ich meine, mich zu erinnern, dass ein Bandmitglied von den

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

„Proissenheads“ auch da irgendwie involviert war. Ob der jetzt Vollmitglied war oder so, weiß ich nicht mehr, aber ich meine, dass es da personelle Überschneidungen gab.

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Wie eng waren die Kontakte von Herrn Menzel nach Chemnitz, insbesondere zu Herrn Werner, Herrn Starke, Herrn Hendrik L., Familie P., T. Ro.?

Zeuge Carsten Szczepanski: Die waren -

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Sehr eng.

Zeuge Carsten Szczepanski: - gut. Also gefestigt, ja.

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Haben wir heute ja auch schon so ein bisschen rausgehört. - Haben Sie sich auch in Chemnitz mal mit Herrn Menzel getroffen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, dass wir uns auch da vor Ort auf Konzerten gesehen haben, ja.

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Und können Sie sich vorstellen, dass Herr Menzel zum Unterstützerumfeld des Trios in Chemnitz gehört hat?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, meiner Meinung nach eher nicht. Herr Menzel ist halt auch jemand, der sehr viel redet, sehr viel prahlt und - - Also, na ja, ich kann es mir nicht vorstellen.

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Jetzt ist ja interessant, was Herr Menzel über Ihre Rolle gesagt hat. Ich weiß nicht, ob Ihnen das so präsent ist, deswegen würde ich es gerne mal zitieren.

Zeuge Carsten Szczepanski: Mhm.

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Im Jahr 2012 hat Herr Menzel in einer BKA-Vernehmung ausgesagt:

„Wenn ich jetzt mal was sagen darf:

Meiner Meinung nach (und das können Sie in Ihren Akten mal überprüfen) wurden die Strukturen, die es in der rechten Szene gab, immer wieder durch V-Leute radikalisiert. Das war zum Beispiel Carsten SZCZEPANSKI. Er war derjenige, der den Leuten immer wieder nahegebracht hat, man müsse sich bewaffnen. Er war auch derjenige, der die Strukturen in Königs Wusterhausen aufgebaut hat.

Ich bin sehr froh, dass nicht so viele auf ihn hereingefallen sind. Sie können mal seine Akten durchforsten, sich seine ‚spektakulärsten‘ Erfolge ansehen und sich dann die Frage stellen, was davon erst durch ihn initiiert wurde.“¹⁵

¹⁵ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: Ordner B 6_B 121, Werner Teil I.pdf, Seite 344

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Was sagen Sie dazu?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, ist natürlich eine Meinung und eine Ansicht, mit der ich leben muss, die ich wahrscheinlich auch nicht anders erwarten würde. Und allein schon bei seinem Punkt, dass ich die Strukturen in Königs Wusterhausen geschaffen habe - - allein daran sieht man schon, dass er da nicht die Wahrheit spricht. Denn die Strukturen gab es, wie gesagt, vor mir, vor meinem Umzug nach KW, und diese Gruppierungen, wie gesagt, gab es schon zu DDR-Zeiten. Also, allein daran - - Also, ich bemesse dem jetzt nicht - -

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Also, dass Sie die Szene radikalisiert haben, das würden Sie an der Stelle zurückweisen.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, klar.

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Ist ja interessant, dass Herr Menzel im Jahr 2000, damals, nach Ihrer Enttarnung, etwas anderes gesagt hatte, nämlich damals sagte er - ich zitiere wieder -:

„Niemand von uns, schon gar nicht die Kameraden aus KW, hätten auch nur eine Sekunde gedacht, dass Carsten ein Verräter ist. Wir wussten zwar, dass es einen Verräter geben musste, da einige Sachen schiefgegangen waren; aber dass es ausgerechnet er war, ist uns selbst heute noch vollkommen unverständlich. Fakt ist, dass durch Carsten viele Leute vor Gericht kommen werden. Unter anderem ist er für folgende Fahndungserfolge der Polizei verantwortlich: Eine Rohrbombe wurde in Berlin gefunden, in KW wurden Leute verhaftet, die ein Gewehr mit Zielfernrohr und Schalldämpfer bei sich hatten, in Potsdam wurden zwei Handfeuerwaffen und eine Maschinenpistole sichergestellt.“¹⁶

Damals in „White Supremacy“ 2000, Nummer 3, Seite 26.

Das ist ja eigentlich ein totaler Widerspruch, wo man sich dann die Frage stellt, auch jetzt aus den Worten von Herrn Menzel: Haben Sie die Leute nun aufgewiegelt oder berichteten Sie über ihre Machenschaften? Das ist der Widerspruch, der ja auch weiterhin hier bestehen bleibt.

Zeuge Carsten Szczepanski: Das beantwortet sich ja eigentlich auch schon selbst, finde ich. Und, wie gesagt, ich kann da von Leuten aus der Szene jetzt auch nicht wirklich was anderes erwarten, denke ich. Also, ich kann mir nicht vorstellen, dass es von der Seite da noch eine sachliche Schilderung gibt, also, glaube ich nicht.

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Ich würde von meiner Seite abschließend gern noch die Frage stellen - Sie haben ja gesagt, Ihre Mitarbeit sozusagen oder Ihre V-Mann-Tätigkeit war eben auch, um vielleicht ein Stück weit Reue abzuleisten oder so ein Stück weit zu versuchen, das wiedergutzumachen, was Sie vorher Schlechtes

¹⁶ Anmerkung Stenografischer Dienst: Das Zitat konnte nicht verifiziert werden.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

gemacht haben -: Würden Sie sagen, dass Sie während Ihrer V-Mann-Tätigkeit vollumfänglich nachrichtenehrlich waren? Also, haben Sie alles weitergegeben, oder haben Sie auch eventuell - doch in alter Verbundenheit zur Szene - bei dem einen oder anderen mal gesagt: „Das berichte ich jetzt mal nicht“, oder: „Da schaue ich jetzt mal nicht so genau hin“?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee. Also das, was ich erfahren habe, habe ich berichtet. Und dass ich da jetzt jemanden hätte schonen wollen - - Also, für mich war dieser Break endgültig. Also, nee, es gab für mich da keinen Grund oder Anlass, jetzt irgendjemanden oder irgendetwas zu decken oder nicht zu erwähnen oder so.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber Herr Szczepanski, wenn Sie sagen, dieser Break war für Sie endgültig: Sie haben sich ja dann sogar noch nach Ihrer Haftentlassung noch mal in die Szene reinsteuern lassen - möchte ich es mal nennen - und bis in den Landesvorstand der NPD. Also, auch da haben Sie nachher dafür gesorgt, dass Strukturen wiederaufgebaut worden sind und in KW sogar parteiliche Strukturen entstanden sind. Es wird von Bewohnern von KW auch so bezeichnet, dass es vorher eher unstrukturiert in der rechten Szene vonstattenging und Sie erst die Strukturen nachher wieder mitaufgebaut haben. Das widerspricht sich jetzt.

Zeuge Carsten Szczepanski: Es widerspricht sich dann, wenn es stimmen würde. Also, es gab zum Beispiel die NPD-Struktur im Landkreis Dahme-Spreewald, die gab es auch vor meiner Haftentlassung. Die war durch das Ehepaar G. - meine ich, war der Name - auch schon gut organisiert und hatte auch viele Kontakte, eine eigene Infrastruktur. Also, da jetzt irgendwie zu sagen, ich hätte die NPD-Struktur da vor Ort aufgebaut, das ist so einfach nicht wahr.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Dann habe ich noch eine Nachfrage zu einem Postfach - ich meine, es war das in Brandenburg an der Havel -: Das lief auch auf den Namen F. B.?

Zeuge Carsten Szczepanski: Sagt mir jetzt nichts, nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sagt Ihnen nichts. Okay. - Und dann haben wir noch die Auskunft, dass Sie in der Haft öfter mit einem Leitz-Ordner unterm Arm rumgelaufen sein sollen.

Zeuge Carsten Szczepanski: Mhm.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was befand sich in diesem Hefter?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das war ja das, was ich vorhin schon kurz erwähnte: zum einen zur Tarnung normale Gerichtsunterlagen und eben Dinge, die ich halt beim Besuch mit rausgeben wollte, bzw. dann bei der Rückkehr in die Zelle halt auch Sachen, die ich bekommen habe.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und die konnten Sie nicht liegenlassen, weil so ein Haftraum auch offen stehen bleibt, wenn man ihn verlässt? Oder was war der Grund, dass Sie es mit sich rumtrugen in der Haftanstalt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Na ja, halt zur Tarnung der - - Also, wenn ich jetzt einen Brief quasi rausgeben wollte, dann ist der in den Ordner gewandert, und dann habe ich den Ordner beim Besuch halt mitgenommen, den Inhalt übergeben und mit einem etwas dünneren Ordner dann wieder den Rückweg angetreten.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mhm. - Als Sie nachher enttarnt worden sind, sind Sie ja mit einer Lebensgefährtin zusammen ins Zeugenschutzprogramm gegangen. Ist das richtig?

Zeuge Carsten Szczepanski: Da kann ich jetzt auch nicht drauf antworten.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. Dann müssen wir das so - - Dann sind mir so zwei Sachen heute noch aufgefallen in den Gesprächen mit Ihnen: Sie haben mehrfach von „wir“ gesprochen, wenn es um die Auswertung Ihrer Erkenntnisse und Ihrer Berichte ging. Woran liegt es, dass Sie da immer, ja, fast von einer Arbeitsgemeinschaft gesprochen haben?

Zeuge Carsten Szczepanski: Es hat sich streckenweise auch so angefühlt. Also, es war schon so, dass die Informationen entweder kurz besprochen worden sind oder halt im Nachgang noch mal Nachfragen kamen. Wie gesagt, es war halt schon so ein Gefühl, dass man halt - - Ich weiß nicht, ob man das jetzt als Team bezeichnen kann; aber es war jetzt nicht so dieses Gefühl, dass ich da jemanden über mir stehen habe, dem Rechenschaft schuldig bin und da jetzt wöchentlich meine Anweisungen bekomme. So hat es sich halt nicht angefühlt.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Frage bitte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das hört sich fast so an, als hätte es sich so angefühlt, als sei man ein Mitglied des Verfassungsschutzes. Oder: Mitarbeiter.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, Mitarbeiter. Schon, klar.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und dem haben Sie sich gegenüber moralisch auch verpflichtet gefühlt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Schon.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mhm. Okay. - Es war also kein reiner Deal für Sie?

Zeuge Carsten Szczepanski: Es war - - Wie gesagt, am Anfang war es für mich die Möglichkeit, auszusteigen. Und es war dann halt, wie ich es ja vorhin schon sagte, auch irgendwann eine Art von Job.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Na ja, ich würde es fast Herrschaftswissen nennen, oder?

Zeuge Carsten Szczepanski: Herrschaftswissen?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Na ja, so - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Das klingt - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ob in der Szene oder auch dem - - Also, Sie waren ja auf beiden Seiten immer der, der mehr wusste als alle anderen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ist das jetzt die letzte Frage -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): - oder eine Bemerkung?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das - - Wusste ich mehr als andere? Keine Ahnung. Ich glaube es beinahe nicht, weil ich denke mal, dass ich auch nicht der einzige Informant war oder der einzige Mitarbeiter. Und ich glaube auch nicht, dass ich die einzige Quelle war. Also, das kann ich mir zumindest nicht vorstellen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Eine abschließende Frage: Finden Sie, dass der Verfassungsschutz verantwortlich mit Ihnen umgegangen ist?

Zeuge Carsten Szczepanski: Zu dem Zeitpunkt der Zusammenarbeit denke ich das schon, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann macht Herr Lakenmacher weiter. Bitte schön.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Szczepanski, darf ich selbstverständlich davon ausgehen, dass Sie im geschlossenen Vollzug niemals, auch nicht zeitweise, ein Handy besessen haben?

Zeuge Carsten Szczepanski: Richtig.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Gut. Das war ja dann während der Zeit des offenen Vollzugs anders; das haben wir ja heute auch schon gehört. - Können Sie sich erinnern, wo Sie Ihr Handy gelassen haben, wenn Sie dann zurückgegangen sind in den offenen Vollzug?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, in der Regel hat es Herr Dieter Borchert wieder an sich genommen.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Also Herr Dieter Borchert hat ausgesagt, dass er sich nicht daran erinnern könne, ein Handy von Ihnen und für Sie verwahrt zu haben.

Zeuge Carsten Szczepanski: Hat er.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Hat er.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Er hat es getan.

Zeuge Carsten Szczepanski: Wie gesagt, in der Regel hat er es wieder eingesammelt. Es gab auch eine vereinzelte Mitnahme in die JVA im offenen Vollzug; aber das war nicht die Regel.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Und das erfolgte dann nach Absprache und irgendwie anlassbezogen? Oder hat er es vergessen? Oder wie kam das dann zustande?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee. Das waren dann zum Beispiel die Fahrten, wo ich eben alleine zurückgegangen bin in die JVA.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Gut. Aber wir können festhalten: Er hat es - das war die Regel - an sich genommen -

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): - von Ihnen und verwahrt.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Okay. Das ist schon mal eine Aussage. - Haben Sie das Handy eventuell auch mal anderen Szenemitgliedern überlassen oder gegeben, dass die mal telefonieren können, wohin auch immer?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, ich denke, das ist vorgekommen. Klar.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Können Sie sich da an Einzelfälle erinnern?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee. Also, jetzt wüsste ich nicht, wann ich wem mein Handy geliehen habe. Aber es kam halt schon vor. Es hätte ja auch komisch ausgesehen, wenn jemand fragt: „Kann ich kurz dein Handy benutzen?“, und ich dann sage: Nee, das geht nicht. - Also das - - Nee.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Hatten Sie ein Schließfach für das Handy?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ein Schließfach? Nee.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Nicht. - Hat Herr Borchert erwähnt, was dann, wenn er es wieder eingezogen hat, das Handy, oder für Sie verwahrt hat - - wo das dann verbleibt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee. Ich bin davon ausgegangen, dass es dann wahrscheinlich irgendwo in irgendeinem Büro liegt oder so. Aber ich habe auch nicht nachgefragt, ehrlich gesagt.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Können Sie sich erinnern: Hat er es dann immer ausgeschaltet, oder blieb es an? Gab es da irgendwie eine Regel, oder - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, die Handys waren immer aus am Ende, also am Ende des Freigangs oder des offenen Vollzuges.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Also, können Sie sich an so eine Szenerie erinnern, dass er das, wenn Sie es übergeben haben, vor Ihnen aus gedrückt hat - nicht, um es Ihnen zu zeigen -, aber dass das so ein Automatismus war?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, ich kann mich jetzt nicht konkret dran erinnern. Ich meine eher, dass ich die selber schon ausgeschaltet hatte, und dann einfach nur noch schnell in die Hand gedrückt und wieder reinmarschiert.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Wobei den Zugang, die PIN, die hatten selbstverständlich beide.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Darüber hinaus auch noch andere Personen? War Ihnen da was bekannt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Denen ich mein Handy geliehen habe?

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Nee, die die PIN hatten, um das Handy -

Zeuge Carsten Szczepanski: Ach so!

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): - anzumachen.

Zeuge Carsten Szczepanski: Von meiner Seite aus nicht. Ich weiß natürlich nicht, ob das noch irgendwo in irgendeinem Ordner stand oder so. Keine Ahnung.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Ist Ihnen, was das Telefonieren betrifft oder das SMS-Schreiben oder Ähnliches, jemals irgendwie bei diesem Handy aufgefallen, dass es da vielleicht irgendwelche Fremdaktivitäten, Abhöraktivitäten gab oder so? So was kann ja technisch vorkommen, vor allem zu damaliger Zeit.

Zeuge Carsten Szczepanski: Wüsste ich jetzt mit Bestimmtheit nicht zu sagen. Also, ich kann mich auch dran erinnern, dass das Gerät ausgewechselt worden ist, -

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Ja.

Zeuge Carsten Szczepanski: - auch mehr als einmal. Aber welchen Hintergrund das dann seinerzeit hatte - -

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Können Sie sich erinnern, wann das Gerät ausgewechselt wurde?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee. Das war von Zeit zu Zeit, hätte ich jetzt gesagt. Also, ich meine, es gab auch mehr als eine Auswechslung.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Und gab es da immer einen speziellen Grund, oder war das so die Regel: „Nach einem halben Jahr macht man das“, oder so?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich habe einmal, meine ich, gefragt und hatte dann aber nur so eine Antwort im Sinne von: „Ja, ist jetzt besser“, und das hat dann für mich natürlich auch gereicht. Ich kann da ja - -

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Haben nicht weiter hinterfragt.

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, nee.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): An diesen Austausch des Handys Ende 1998, können Sie sich an den konkret erinnern?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, auch nicht mehr.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Können Sie sich erinnern, wenn dann so ein Austausch des Handys stattfand: Was wurde zum Beispiel mit den Kontakten, die dadrauf waren - - Wie wurden die übertragen? Also, es war ja noch nicht so technisch, dass man die über - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Na ja, importieren war nicht so einfach.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Genau.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, dass wir - ich mag mich vielleicht täuschen -, aber dass wir gar nicht so groß Nummern gespeichert hatten. Also, ich hatte auch immer so eine kleine Telefonliste dabei mit so ein paar Nummern drauf, aber - -

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Sie meinen eine handschriftliche.

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau, ja. Und - -

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Die haben Sie geschrieben, die Liste?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, ja, -

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Für sich.

Zeuge Carsten Szczepanski: - das war meine eigene Telefonliste, die ich halt so in der Hosentasche dabei hatte. - Aber ich wüsste jetzt nicht, wie oder wann da Kontaktadressen oder so kopiert worden sind. Weiß ich nicht mehr.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Sie hatten ja dann immer eine neue Nummer, wenn es zu so einem Austausch kam.

Zeuge Carsten Szczepanski: Mhm.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Gab es da Nachfragen in der Szene? Weil: Ihre Nummer wechselte ja dann relativ häufig.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja. Also, ein Argument war halt immer, dass man eben entdeckt worden ist mit seinem Handy und das eingezogen worden ist von der JVA. Das war auch schlüssig, denke ich. Das war ja nicht genehmigt. Und dann zu sagen: „Ich habe eine neue Nummer; die haben mich letzte Woche erwischt“, ich denke, das war ganz okay.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Mhm. - Und wie stelle ich mir das vor? Also, jetzt gab es so einen Handytasch. Jetzt haben Leute in der Szene Ihre Nummer von diesem alten Handy. Haben Sie dann immer sofort eine Anrufaktion gemacht und gesagt: „Hier, ich habe jetzt eine neue Nummer, da hast du sie auf dem Display“, oder so? Wie fand das statt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, jetzt bei Leuten wie Herrn Henning K. (P.) zum Beispiel, dem habe ich halt immer sofort die aktuelle Telefonnummer dann auch gegeben, auch aufgrund der Situation, dass er mich ja gelegentlich abgeholt hat, wir uns getroffen haben. Also: Ja, schon, also die neue Nummer dann weitergegeben.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Also, bei einigen wichtigen Personen haben Sie es sofort gemacht.

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Und hatten Sie Sorge, was das eingezogene Handy betrifft, dass da irgendwelche Anrufe, Informationen, SMS Sie nicht mehr erreichen können, und das dann auch dem V-Mann-Führer mitgeteilt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nein, eigentlich nicht. Also, ich habe sowieso alles an Informationen, egal ob Briefform oder Telefonate, weitergegeben und hatte da keine Befürchtung, dass da jetzt irgendein Anruf eingeht, der eben von Herrn Dieter Borchert nicht irgendwie - - weiß ich nicht, die Mailbox abgehört werden sollte oder die SMS gelesen oder so. Das war eigentlich kein Thema.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Na ja, wobei: Wenn er es gleich ausmacht, besteht die - - Also, bei lebensnaher Betrachtung - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Jetzt bei einem Gerätetausch, meine ich, mit neuer Nummer. Also, ich hatte jetzt nicht irgendwie die Befürchtung, dass auf der alten Nummer vielleicht - - die irgendwie weiterbenutzt wird oder so. Da bin ich auch gar nicht drauf gekommen, ehrlich gesagt.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Na, aber vielleicht - - Ich meine, es ist ja bei lebensnaher Betrachtung so: Wenn ich jetzt mein Handy tausche oder einen Nummerntausch vornehme, dann hätte ich schon die Sorge, dass mich jemand anrufen könnte, mir eine Information sendet, auf die Mailbox spricht oder Ähnliches, und die erreicht mich nicht mehr, weil es ist ja nicht mehr meine Nummer.

Zeuge Carsten Szczepanski: Wie gesagt, ich weiß nicht, ob ich damals davon ausgegangen bin, dass die Information dann irgendwo landet oder ob derjenige sich dann noch mal meldet in neuerer Zeit. Da habe ich nicht drüber nachgedacht, und das war auch nicht - -

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Und wurde das zwischen Ihnen und dem V-Mann-Führer irgendwie besprochen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee. Also, es ist nicht so, dass das irgendwie angekündigt worden ist im Vorfeld, so von wegen: „Neue Nummer nächste Woche“, oder so. Nee.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): War auf den Handys selbstverständlich eine Mailbox eingerichtet?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, ja, aber ich weiß es nicht mehr genau.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Dann liegt es ja noch näher, dass auf der Mailbox des dann getauschten Handys, was Sie abgeben, mal was landet, was als Information nicht mehr zur Verfügung steht.

Zeuge Carsten Szczepanski: Richtig, genau.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Also, da gab es ja dann, sage ich mal, eine Arbeitslücke.

Zeuge Carsten Szczepanski: Kann man natürlich jetzt so sagen, klar. Ich weiß aber auch nicht, wie gesagt, was mit den abgeschalteten Handys und Nummern passiert ist. Da habe ich keine Kenntnis drüber, das weiß ich nicht.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Danke schön.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Herr Szczepanski, wie war es denn, wenn Sie das Handy nicht zur Verfügung hatten? Also, Sie haben sich ja nun auch nicht jeden

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Tag gesehen. Sind Sie dann davon ausgegangen, dass zumindest geschaut wird, ob was auf der Mailbox eingegangen ist?

(Der Zeuge überlegt.)

Es würde ja sogar auffällig sein, wenn ich also ein Handy habe und kriege einen Anruf und jemand spricht mir auf die Mailbox und tagelang ist da völlig Funkstille.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja gut, die Situation war natürlich bekannt, dass ich halt in der JVA sitze. Dass man da jetzt telefonisch nicht jeden Tag erreichbar ist oder so, das ist ja auch klar. Aber ob ich damals davon ausgegangen bin, dass sich jemand um das Handy kümmert, wenn ich selber nicht - -

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Oder konkreter: Gab es jemals den Fall, dass jemand Ihnen auf die Mailbox gesprochen hat und Sie darüber von Ihrem V-Mann-Führer erfuhren, also dass er Ihnen davon berichtete, dass da jemand Ihnen auf die Mailbox gesprochen hat, und Sie nicht selbst die Mailbox abgehört haben?

Zeuge Carsten Szczepanski: Aus der Erinnerung heraus würde ich - - Nee, kann ich mich zumindest nicht dran erinnern.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Eine SMS? Gab es so was mal?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, kann ich mich auch nicht dran erinnern, dass da irgendwie Informationen oder Gespräche dann quasi aufgelaufen sind. Nee, eigentlich nicht.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann sind wir bei der Fraktion der Linken. Herr Dr. Schöneburg.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Danke. - Herr Szczepanski, schon vorhin haben Sie berichtet - - oder sind Sie gefragt worden nach dem Laden, der eröffnet worden ist nach Ihrer Haftentlassung. Wer kam denn auf die Idee, diesen Szeneladen zu installieren in Königs Wusterhausen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Die Idee hatte ich mit Herrn Ralf L. zusammen.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Und wie ist das dann kommuniziert worden mit dem Verfassungsschutz?

Zeuge Carsten Szczepanski: Es war ein Thema, das ich angesprochen habe, und es gab da jetzt kein Veto dagegen oder - - Also, ich hatte nicht den Eindruck, dass das irgendwie nicht passen würde. Ich meine, salopp gesagt, das war okay.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Der Chef des Verfassungsschutzes, der damalige, Herr Wegesin, hat uns in der letzten Sitzung gesagt, dass es ihnen sogar

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

entgegenkam, dass sie das als eine Art Honigtopf gesehen haben, als ein Zentrum, wo man, sagen wir mal, viele Informationen abschöpfen kann.

Zeuge Carsten Szczepanski: Mhm. Das kann ich mir vorstellen, ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Hat der Verfassungsschutz da eine Anschubfinanzierung gegeben für den Szeneladen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich darf jetzt zu Geldsachen hier nichts aussagen.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Okay. War einen Versuch wert gewesen. - Ist in dem Szeneladen über Waffengeschäfte gesprochen worden?

Zeuge Carsten Szczepanski: Es gab einen Umstand, für den ich dann ja auch verurteilt worden bin. Das war, ich meine, ein abgesägtes Kleinkalibergewehr, das sich in meinem Laden zeitweise befand. Ich weiß jetzt nicht mehr, ob es von Herrn Menzel an Herrn Ralf L. war oder umgekehrt, jedenfalls hat das in dem Laden stattgefunden.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Und haben Sie das Gewehr übergeben?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich war in der Nähe - ich war im Laden -, aber es befand sich in so einem weißen Turnbeutel, so einer Jutetasche.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber Sie waren nicht der Waffendealer.

Zeuge Carsten Szczepanski: Nein, in dem Sinne nicht. Nein. Wie gesagt, ich weiß nicht mehr, ob es von Ralf L. an Menzel ging oder umgekehrt, aber - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Es ging von Ralf L. an Menzel nach der Aktenlage.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, okay.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber Sie sind deswegen ja verurteilt worden 2002, zu einer Geldstrafe meines Wissens.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, das fand ich auch, wenn ich das so sagen darf, nicht sonderlich gerecht.

(Heiterkeit der Abgeordneten Johlige [DIE LINKE])

Das war halt mein Laden in dem Sinne, und irgendwie - - Ich habe das Urteil jetzt nicht mehr im Kopf, aber - - Ja. Mitgefangen, mitgehangen.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Na ja, nicht „mitgefangen, mitgehangen“; ist, glaube ich, nicht das richtige Wort. Also, ich bin auch Strafrechtler

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

und habe mir das angeguckt und habe gesagt: Normalerweise, nach Aktenlage, hätten Sie nicht verurteilt werden können, weil Sie nicht der Waffendealer waren.

Zeuge Carsten Szczepanski: Okay.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber Sie haben das einfach über sich ergehen lassen. Was sind denn da die Motive gewesen, dass Sie das haben über sich ergehen lassen? Sie haben ja selber eben gesagt, das ist ungerecht, dass Sie - - Warum haben Sie sich nicht einen Verteidiger genommen und haben sozusagen dieses Konstrukt ad absurdum geführt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, dass wir da das Gespräch hatten auch mit Herrn Dieter Borchert, dass wir gesagt haben: Lass einfach geschehen, so dölle wird's schon nicht kommen. - Ich meine, ich war an einem Verhandlungstag auch durch mit der Geschichte und habe dann eine Geldstrafe bekommen, meine ich.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Wer hat denn die Geldstrafe bezahlt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich habe einen Teil bezahlt, und der restliche Teil - - Ach so.

(Heiterkeit)

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Na ja, aber es ist ja naheliegend, dass man dann, wenn der Verfassungsschutz Ihnen sagt: „Lass das mal durchlaufen, das wird schon nicht so schlimm kommen“, -

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich habe jetzt schon zu viel gesagt.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - dass die dann für die Folgen aufgekommen sind. Liegt ja in der Natur der Sache. Brauchen Sie nicht beantworten; das beantwortet sich von selbst.

Zeuge Carsten Szczepanski: Danke.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ich habe hier eine Deckblattmeldung, die will ich Ihnen mal vorhalten, ob die denn so stimmt - aber die stimmt sicherlich so -, wo es ein Gespräch gab, das Sie weitergegeben haben, in Ihrem Laden zwischen Herrn Ralf L. und Herrn Menzel, wo es um Waffengeschäfte ging. Das ist die Deckblattmeldung vom 10.05.2000. Darin heißt es - Zitat -:

„Am Montag, dem 08.05.00, fand ein Gespräch in Königs Wusterhausen statt, an dem u. a. Uwe MENZEL und Ralf L. teilnahmen. In diesem Gespräch wurde bekannt, dass Uwe MENZEL bei Ralf L. einen Revolver zum Preise von DM 800,- bestellt habe. Diese Waffe beabsichtige MENZEL zum Zweck der Selbstverteidigung einzusetzen.“

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Ralf L. berichtet, dass er am Freitag, dem 12.05.00, ein Gewehr und einen Revolver zum Preise von insgesamt DM 2.000,- im Tätowierladen UTGART in Berlin erwerben werde. Ralf L. berichtete weiter, dass ihm F. L.“

- das ist der Ladeninhaber gewesen -

„berichtet habe, dass F. L. Waffengeschäfte mit Arabern betreibt. [...]

Ralf L. gab bekannt, dass er ein Kleinkalibergewehr, das er seinerzeit von F. L. erworben habe, bei R. M. in Zossen ‚zwischengelagert‘ habe.“¹⁷

Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Carsten Szczepanski: Dunkel, ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Diese Waffe, dieses Kleinkalibergewehr, hat da offensichtlich auch mit eine Rolle gespielt, -

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - was dann übergeben worden ist. Warum waren Sie denn in dieses Gespräch eingebunden?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, es war einfach nur - - Dass die Wahl auf den Laden fiel, das war ja irgendwie schon naheliegend, als Anlaufpunkt für die Szene.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Und da haben die Ihnen so weit vertraut, Menzel und Ralf L., dass die in Ihrer Gegenwart über Waffengeschäfte gesprochen haben.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): War Menzel sozusagen - - Ist Ihnen bekannt gewesen, dass Menzel auch noch in anderen Waffengeschäften tätig war?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nicht im Einzelnen. Auch er war halt jemand, der unbedingt Waffen wollte und das cool fand und aufregend fand. Aber im Einzelnen nicht, nein.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Hat er auch Waffen angeboten, also versucht, Waffen zu dealen, also anderen anzubieten?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, ich kann mich jetzt nicht dran erinnern, dass er uns - der Szene in dem Fall - damals konkret Waffen angeboten hat.

¹⁷ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: 2000-DBM-Teil 2-Apr-Jun.pdf, Seite 79.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Also, wir haben eine TKÜ; das ist ein Gespräch zwischen Ralf L. und Menzel, was aufgenommen worden ist, vom 20.04.2000. Darin heißt es:

„Ralf“

- also Ralf L.-

„teilt mit, dass das alte Angebot nicht mehr stehe. ‚Er‘ [...] wolle nachfragen und sich melden, wenn er die Preise habe. XM meint, Angeln [...] seien zur Zeit teuer. Je nach Preis werde XM entweder eine oder zwei kaufen.“

Dann wörtlich weiter:

XM: Die andere Sache ist momentan das Problem. Ich habe das ganz unter der Hand angesprochen. Die, die dafür in Frage kommen, sind momentan, haben so ein paar Sachen offen, richtig wilde Sachen, und denen ist es im Moment zu heiss.“¹⁸

Das deutet ja auf Angeln sozusagen als Synonym - hat uns jedenfalls Herr Wegesin gesagt - für Waffen.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja. Aber es klingt ja so, als hätte Ralf L. Menzel was angeboten und der hätte dann im weiteren Verlauf auch was angeboten. Also, habe ich das jetzt richtig verstanden?

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Menzel meint, „Angeln“ seien im Moment zu teuer, und je nach Preis werde Menzel entweder eine oder zwei kaufen.

Zeuge Carsten Szczepanski: Das wäre ja das, was ich gerade meinte: dass er eher jemand war, der etwas gesucht hat, aber nicht unbedingt jemand, der was anbietet.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Und ist Ihnen vielleicht - - Haben Sie eine Idee, wer die beiden sind, denen die Sache zu heiß geworden ist, die große Dinger vorhaben?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee. - Wann war das?

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Im April 2000, 20.04.

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee. Wüsste ich jetzt nicht zu sagen.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Nun ist es ja so gewesen, dass offensichtlich die Waffengeschäfte - also mit dem Kleinkalibergewehr - und der Kauf im Studio Utgard sozusagen durch Ihre Information verhindert worden sind. Ist Ihnen

¹⁸ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BB-14/b Band I, Blatt 65.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

dann später noch mal bekannt geworden, dass Menzel trotzdem eine Waffe erworben hat?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nein. Also, das Kleinkalibergewehr hatte er ja dann in seinem Besitz, und ich meine, mich erinnern zu können, dass Herr Ralf L. beim Kauf oder Transport einer Waffe dann verhaftet worden ist. Das war so mein letzter Stand dazu.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Na, Ihr letzter Stand war noch ein bisschen konkreter gewesen. Ich halte Ihnen noch mal eine Deckblattmeldung von Ihnen über Herrn Menzel vom 14.06.2000 vor. Darin heißt es - Sie werden zitiert -:

„Im Laufe des Konzerts berichtete Uwe MENZEL, dass er inzwischen eine neue Pistole erworben habe.“

Also zwei Monate oder anderthalb Monate später.

„Das von Ralf L. übergebene Kleinkalibergewehr bezeichnete MENZEL als ‚Spielzeug‘. MENZEL bekundete Interesse am Erwerb von Kleinkaliberpistolen.

Das Interesse an Kleinkaliberpistolen begründete MENZEL damit, dass der Besitz von Kleinkaliberpistolen unter keiner ‚sehr hohen Strafe‘ stehe.“¹⁹

Können Sie sich daran wieder erinnern?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich kann mich nicht daran erinnern; aber es klingt so, als wäre das schon auch wirklich so gefallen, die Information. Woran ich mich erinnern kann, ist, dass dieses Kleinkalibergewehr - - Es war jetzt auch nicht wirklich hochqualitativ irgendwie. Ich habe das ja dann in der Verhandlung mitbekommen, dass das auch nicht besonders zielsicher gewesen wäre, weil das auch völlig verhunzt worden ist durch dieses Absägen. Aber ich wüsste jetzt nicht - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber offensichtlich hat Menzel noch einen anderen Vertriebsweg gefunden, um sich eine Pistole zu beschaffen.

Zeuge Carsten Szczepanski: Dann war das so, ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Und bei der Hausdurchsuchung, die am 09.07.2000 bei Ihnen stattgefunden hat, ist ja auch eine Pistole aufgefunden worden, unter anderem eine Ceska. Liegt jedenfalls der Schluss nahe - muss nicht so sein; er hat ja noch weitere Pistolen gesucht -, aber der Schluss liegt nahe, dass es die Ceska gewesen ist, die er über diesen Konzertweg bekommen hat.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, die Vermutung liegt nahe.

¹⁹ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: 2000-DBM-Teil 2-Apr-Jun.pdf, Seite 145.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Was gibt es denn aus Ihrer Sicht noch für Synonyme für Waffen in Ihrer Szene - oder: in Ihrer ehemaligen Szene?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, ich glaube, dass es da keine einheitliche Codierung für gab. Das hat wahrscheinlich jeder für sich so umschrieben, wie er das in dem Augenblick für richtig und unauffällig gehalten hat. Ich meine, seien wir doch mal ehrlich: So eine Telefonüberwachung, wenn da über „Angeln“ gesprochen wird, die gerade teuer sind, da weiß doch jeder, was gemeint ist. Also, es ist ja nicht mal besonders gut getarnt oder versteckt.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Spielzeug auch, ne?

Zeuge Carsten Szczepanski: Eben. Also, ich wüsste nicht, dass es da so ein einheitliches Codewort für gab. Nee.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Wie viel Zeit habe ich noch?

(Herr Borkowski [Landtagsverwaltung]: Fünf Minuten!)

Dann stelle ich noch ein paar Einzelfragen, die sich so ergeben haben aus dem, was wir bis jetzt hier stundenlang erörtert haben. Also, die sind jetzt ein bisschen systemlos.

Mir ist in der Akte aufgefallen, dass Herr Henning K. (P.) - - dort sozusagen der Verdacht geäußert worden ist - oder eigentlich nicht der Verdacht, sondern eigentlich klar benannt worden ist -, dass Herr Henning K. (P.) Kontakte zur Polizei hatte, wo ihm sozusagen Informationen zugeflossen sind, wann mögliche Polizeimaßnahmen stattfinden. Ist Ihnen davon etwas bekannt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, ich meine, dass es da mal so Andeutungen gab, die aber wenig konkret waren. Ich könnte mich jetzt an keinen Fall erinnern, wo er irgendwie gesagt hat: Ich habe jetzt mein Zimmer leergeräumt, weil ich morgen Besuch erwarte.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Hat er möglicherweise aber mit diesen Beziehungen geprahlt oder damit sozusagen was angedeutet?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee. Herr Henning K. (P.) war - im Gegensatz zu Herrn Werner - eher still und verschlossener.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Also, einer der Polizisten soll Herr A. G. gewesen sein.

Zeuge Carsten Szczepanski: Sagt mir jetzt so auch nichts mehr, der Name.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Okay. - Dann habe ich noch eine Frage zum Strafvollzug. Sie haben ja erzählt, dass die dieses Praktikum dort angeboten haben. Wir hatten Ihre zuständige Sozialarbeiterin als Zeugin gehabt, Frau I. V., und die hat uns gesagt, dass Sie - - dass der normale Werdegang ist, dass man diesen

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Praktikumsvertrag sozusagen in der JVA vorlegen muss. Und sie hat gesagt, sie hätte einem Praktikumsvertrag nie zugestimmt oder einem solchen Vorhaben nie zugestimmt, wenn das sozusagen über 440 km - Hin- und Rückreise - entfernt ist. Wie erklären Sie es sich denn dann, dass dem trotzdem zugestimmt worden ist?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, entweder ist einfach nicht aufgepasst worden vonseiten der JVA, oder, wie gesagt - - Aber das ist halt Spekulation.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Also, Stein und Bein hat sie geschworen, dass das normalerweise nicht bei ihr durchgegangen wäre. Ergibt sich ja nur, dass der Verfassungsschutz möglicherweise einen Wink gegeben hat, dass das im Interesse liegt.

Zeuge Carsten Szczepanski: Möglicherweise war das so, klar. Aber, wie gesagt, es wäre jetzt Spekulation. Ich meine, ich habe den Vertrag auch ganz normal beim Bereichsleiter abgegeben, und ich meine, der hätte dann so diesen Sozialdienst passiert, dann wäre er zu den Sicherheitsbeamten gegangen. Also - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja. Aber wäre ja keiner auf die Idee gekommen, einem Praktikum zuzustimmen, wo Sie sozusagen sechs Stunden am Tag unterwegs sind, um dahin zu fahren und wieder zurückzukommen.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, schon.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Denn das ist ja abartig.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ist halt die Frage, ob - - Ich hatte nicht das Gefühl, dass die Sozialarbeiterin da irgendwie misstrauisch war oder - - auch nicht neugierig oder so.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja, klar. Das würde sich ja erklären, wenn sie einen Wink bekommen hat.

Zeuge Carsten Szczepanski: Wäre eine mögliche Erklärung, ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Also, die naheliegende Möglichkeit wäre das, nach dem gesunden Menschenverstand.

Gut. - Sie haben vorhin gesagt, also schon heute Vormittag, dass Sie wissen, dass der „Weisse Wolf“ sozusagen vollständig in der JVA Brandenburg an der Havel produziert worden ist. Haben Sie darüber mit Ihrem V-Mann-Führer gesprochen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Gut, danke. - Dann habe ich keine weiteren Fragen.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Können wir wechseln, ja? - Gut. Dann ist Herr Wiese wieder dran.

Abgeordneter Wiese (AfD): Herr Szczepanski, Sie haben vorhin auf meine Frage nach der SMS - „Was ist mit den Bums?“ - geantwortet, dass das nicht bei Ihnen eingegangen ist. Jetzt wäre meine Frage: Was hätten Sie denn geantwortet auf diese SMS, wenn sie bei Ihnen eingegangen wäre? Was verstehen Sie denn unter „Bums“?

Zeuge Carsten Szczepanski: Was soll ich denn auf so eine Frage antworten? Auf eine SMS, die vor 20 Jahren - -

(RAn S. L.: Ich beanstande diese Frage! Also wirklich, das ist Spekulation!)

Abgeordneter Wiese (AfD): Wie bitte?

(Abgeordneter Dr. Schöneburg [DIE LINKE]: Das ist Spekulation! - RAn S. L.: Das ist spekulativ, was Sie hier von dem Zeugen erwarten!)

- Herr Schöneburg, wieso mischen Sie sich ein, wenn erwachsene Leute sich unterhalten?

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Herr Wiese! Bitte!

Abgeordneter Wiese (AfD): Ja, da müssen Sie vorher einschreiten, nicht nachher.

(RAn S. L.: Herr Vorsitzender, ich beanstande diese Frage!)

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ja. Ich akzeptiere das. - Neue Frage bitte.

Abgeordneter Wiese (AfD): Gut. - Dann habe ich noch mal eine Frage zu meiner vorhergehenden Frage: Die Person Rita B., an die Sie sich ja auch nur im Zusammenhang mit der HNG erinnert haben: Wissen Sie etwas über die früheren politischen Aktivitäten der Rita B., vielleicht Ende der 80er-, Anfang der 90er-Jahre?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nein. Also, wie gesagt, ich habe sie in Erinnerung zusammen mit der HNG, aber was sie in der 80ern gemacht hat, weiß ich nicht, nein.

Abgeordneter Wiese (AfD): Auch nicht, wenn ich Ihnen sage, dass sie eventuell bei den Berliner Republikanern war?

Zeuge Carsten Szczepanski: Auch dann weiß ich das nicht, nein.

Abgeordneter Wiese (AfD): Letzte Frage: Sagt Ihnen der Name Frank Schwerdt etwas?

Zeuge Carsten Szczepanski: Frank Schwerdt, der Name ist relativ oft gefallen. Es war auch ein Mitglied der Berliner rechten Szene, Rechtsanwalt, und auch eine Schlüsselfigur zur damaligen Zeit.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Wiese (AfD): Okay. Danke schön.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Frau Nonnemacher, bitte.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön. - Herr Szczepanski, ich war das letzte Mal stehen geblieben bei diesem Verfassungsschutz-Postfach 22 24 und möchte da noch mal anschließen. In der Publikation „The Order“ ist zum Beispiel nachzulesen: Sie können das bestellen unter „p.o. box 22 24“ unter dem Stichwort Anti-Antifa Brandenburg. - Das ist das Verfassungsschutz-Postfach. Wie wurde diese Kontaktanschrift genutzt? Wie sah die Arbeit der Anti-Antifa aus?

Zeuge Carsten Szczepanski: Die Anti-Antifa hatte sich damals zum Ziel gesetzt, Adressen, Namen, Telefonnummern von Menschen zu sammeln, die der rechten Szene quasi im Weg standen, Gegner der rechten Szene.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja, aber wenn das sozusagen als Adresse eines Verfassungsschutz-Postfaches genutzt wurde, haben Sie sich dann bemüht gefühlt, sozusagen diese Funktion der Anti-Antifa wahrzunehmen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nein, eigentlich nicht. Wie gesagt, es gab da - - Ich meine, das Postfach wurde teilweise auch komplett ohne Namen genutzt. Also, welcher Name da jetzt wann irgendwie in Benutzung war, kann ich jetzt so gar nicht sagen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. Aber auf jeden Fall kann man sagen, die Leute, die sich da hingewandt haben, diese Adressen sind sozusagen vom Verfassungsschutz abgeschöpft worden. Sie haben da aber nicht weiter proaktiv mit gearbeitet, mit diesen Adressen.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich gehe davon aus, dass, wenn da in der Richtung dort was ankam, das auch irgendwo genutzt worden ist, klar.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Frau Kollegin Gossmann-Reetz hatte eben schon mal zu etwas angefragt, ich möchte es aber noch mal etwas vertiefen. Als Inhaber dieses Postfaches 22 24 waren nach Erkenntnissen des Landeskriminalamtes nicht nur Sie und Ihr V-Mann-Führer, Herr Dieter Borchert, eingetragen, sondern auch ein F. B., als dessen Adresse die JVA Brandenburg angegeben war. Können Sie sich vorstellen, wer sich dahinter verbirgt, hinter diesem Pseudonym? Sind Sie das?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, also, das höre ich heute auch zum ersten Mal. Aber ich meine, in bin dort auch auf keinen F. B. gestoßen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Es gab dann noch eine weitere Person mit dem Nachnamen B., die ausweislich einer Deckblattmeldung vom 21. April 1998 das Postfach der Kameradschaft „United Skins“ in Königs Wusterhausen geführt hat. Können Sie sich das erklären, wie da der Name B. noch mal auftauchte?

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, das Postfach in Königs Wusterhausen, also mein Postfach, hatte ich selber eingerichtet, und ich meine, dass ich Herrn Ralf L., wie gesagt, später Postvollmacht und einen Schlüssel gegeben habe - es gab zwei Schlüssel. Und wie da noch ein anderer Name reinkommt - - Auch das höre ich jetzt zum ersten Mal.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. Also, Ihrer Erkenntnis nach müsste sozusagen das Postfach in Königs Wusterhausen kontinuierlich auf Ihren Namen gelaufen sein.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Über die ganzen Jahre hinweg.

Zeuge Carsten Szczepanski: Davon bin ich ausgegangen, ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. - Dann habe ich noch Fragen zur Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.: Was für eine Organisation war das? Welche Aktivitäten hat sie entfaltet? Für was stand sie politisch?

Zeuge Carsten Szczepanski: Die HNG war eine der älteren deutschen rechten Gruppierungen. Sie hatte sich als primäres Ziel die Unterstützung von Gefangenen aus der rechten Szene gemacht und hat Brieffreundschaften vermittelt, hat Briefmarken oder Büromaterial gestiftet. Ich meine, es wurden auch gelegentlich Schreibmaschinen vermittelt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wer waren besonders aktive Mitglieder der HNG?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich persönlich hatte kurzen Kontakt mit der Vorsitzenden des Vereins. Ich weiß den Namen nicht mehr. Die damalige - -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): U. M.?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja. Mit der hatte ich Briefkontakt. Und dann gab es in der Folge einen Kontakt zu einer Silvia.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Silvia E. (F.)?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, Silvia E. (F.), genau. - Das hat sich dann so weit entwickelt, dass sie erst mich besucht hat, später Herrn Maik F. Und ich meine, dass sie eines Tages sogar nach Königs Wusterhausen gezogen ist und dann in einer Beziehung mit Herrn Maik F. war.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja, sie hat den auch geheiratet. - Können Sie uns über die Aktivitäten von dieser Frau Silvia E. (F.), verheiratete F., die

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

zeitweise sogar im Bundesvorstand der Hilfsorganisation war, noch mal was Näheres berichten, was für Aktivitäten sie entfaltet hat, wie Sie sie politisch eingeschätzt haben?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, Sie war politisch weit rechts einzuordnen, einzuschätzen, mehr so diese völkische Bewegung, weniger diese Skinhead-/Hooligan-Geschichte. Das war auch nicht so ihr Ding. Also, sie gehörte eher zu den Angehörigen der rechten Szene, die mehr auf Kultur, Werteerhaltung und so was ihren Schwerpunkt gelegt haben.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie haben vorhin gesagt, Sie standen zu ihr in Briefkontakt. Mit wem haben Sie noch Briefkontakt gehalten?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, welcher Kontakt jetzt im Einzelnen über die HNG gekommen ist, vermag ich heute nicht mehr zu sagen. Es waren viele Briefe, es waren auch viele Kontakte, aber auch von unterschiedlicher Intensität. Dem einen hat man vielleicht ein-, zweimal geschrieben und der Frau Silvia E. (F.) halt regelmäßig. Da gab es dann auch Besuche. Aber das jetzt im Nachhinein zu sagen, ist fast unmöglich.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Okay. - Frau Silvia E. (F.) hat sie besucht. Wer hat sie sonst noch über den HNG-Kontakt besucht?

Zeuge Carsten Szczepanski: Es gab - - Aber ich meine, das wäre in Verbindung mit Frau Silvia E. (F.) gewesen. Ich meine, sie hatte auch mal noch jemanden mitgebracht, aber da weiß ich jetzt auch keinen Namen mehr.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): War N. P. in der HNG?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, ich meine, dass der Name auch in dem Zusammenhang gefallen ist, ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wissen Sie, was für Aktivitäten von ihm ausgegangen sind? Pläne zur Vereinsgründung? Sagen Ihnen die Namen „Aktionsbündnis Nationales Deutschland“ oder „Nationalpolitisches Forum“ etwas?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, das sagt mir jetzt so nichts.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Oder der Name „Freiheitliche Nationale Deutsche Partei“? Klingelt da irgendwas?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nein, auch nicht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wissen Sie, ob sich Silvia E. (F.) und N. P. gekannt haben oder politisch zusammengearbeitet haben?

Zeuge Carsten Szczepanski: Vermag ich heute auch nicht mehr zu sagen. Also, ich würde jetzt Herrn N. P. auch nicht mehr einschätzen können. Ich habe jetzt gerade auch kein Gesicht dazu. Der Name, ja, und auch im Zusammenhang mit der HNG; aber im Einzelnen weiß ich es gerade nicht.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Fallen Ihnen noch weitere Aktivisten der HNG ein, über die Sie uns berichten können, zum Beispiel M. Ham., der für Ihr Magazin „United Skins“ geschrieben hat?

Zeuge Carsten Szczepanski: M. Ham. - stimmt, das war auch ein Kontakt über die HNG. Aber der war - - Wie war der einzuordnen? Also, er war nicht so aufgestellt, positioniert wie Frau Silvia E. (F.), sondern hatte auch schon ein breiteres Interessenspektrum, also auch eher in diese Skinheadszone und so. Das, meine ich, war jetzt nicht so, dass er sich da negativ drüber geäußert hat. Es gab ja in dieser ganzen Szenerie auch immer wieder Leute, die diese ganze Skinhead-Bewegung strikt abgelehnt haben und teilweise auch verurteilt haben. Aber jetzt im Einzelnen das noch zuzuordnen, ist schwierig.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also, welche Aktivitäten er entfaltet hat, das könnten Sie jetzt nicht sagen.

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee. Ich meine, dass er auch irgendwie mal so ein Mitteilungsblatt hatte, so eine Art Rundschreiben. Aber im Einzelnen - -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Kommen wir jetzt noch mal zu Ihrer Tätigkeit für den Verfassungsschutz: Was würden Sie schätzen, welchen Anteil an Ihrer Arbeit in der rechtsextremistischen Szene haben Verfassungsschutzaufträge oder mit dem Verfassungsschutz abgestimmte Aktivitäten ausgemacht?

Zeuge Carsten Szczepanski: Wie viele Aufträge?

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja, Ihre Tätigkeit in der Szene: Inwieweit wurde die dadurch bestimmt, dass Sie einen Auftrag vom Verfassungsschutz hatten -

Zeuge Carsten Szczepanski: Ach so.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - oder dass Ihre Aktivitäten mit dem Verfassungsschutz abgestimmt waren?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, der Großteil der abgelieferten Informationen entstand eher durch Zufall, durch die Gegebenheiten. Aber das jetzt irgendwie in Prozentsatz auszumachen, was jetzt klare Nachfragen oder Bitten waren, ob man da mal irgendwie die Fühler ausstrecken kann - - Ich meine eigentlich, dass das Gros der Informationen schon eher auf Zufall im Endeffekt entstanden ist.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Auf was im Endeffekt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Auf Zufall.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Auf Zufall. - An welche Szeneaktivitäten können Sie sich so erinnern, die Sie während Ihrer Informantentätigkeit auf eigene Faust, also ohne Rücksprache initiiert haben?

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, beim Anschreiben von Leuten war ich schon so frei, zu sagen: Den schreibe ich jetzt an, den finde ich vielleicht interessant, das könnte vielleicht in der Folge interessant werden. - Das habe ich schon selber entschieden. Und das wäre jetzt auch im Nachhinein betrachtet technisch nicht möglich gewesen, jeden Brief vorher abzustimmen oder jedes Telefonat - - vorher um Erlaubnis zu fragen oder so. Das wäre so nicht machbar gewesen, denke ich.

Wie gesagt, im Endeffekt habe ich halt versucht, zu erfahren, was es zu erfahren gibt, auch möglichst so, dass eben niemand denkt, dass ich zu neugierig bin, dass mein Wissensdurst da irgendwie auffällt oder - - Weil das wäre natürlich verheerend gewesen in dem Augenblick.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber Sie haben uns ja heute Mittag eindrücklich geschildert, dass Ihre Motivation 1994 in der Untersuchungshaft die war, sich aus der Szene zurückzuziehen, einen klaren Schnitt zu machen und durch Ihre Arbeit für den Verfassungsschutz auch so eine Art aktive Reue zu betreiben.

Zeuge Carsten Szczepanski: Mhm, genau.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wie verträgt sich das mit dieser Intention, wenn Sie dann Eigenaktivitäten entfalten, die sozusagen nicht auf die Informationsgewinnung für den Verfassungsschutz ausgerichtet sind?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das verträgt sich insofern, dass ich für mich, ich möchte jetzt nicht sagen, eine innerliche Befriedigung hatte, aber zumindest so für mich selber das Gefühl hatte: Mit jedem Kontakt, den ich aufbaue, wo ich irgendwas erfahren kann, Informationen weitergeben kann, schade ich dieser Szene. - Das war mir bewusst, und das war in dem Augenblick auch, ich möchte jetzt nicht sagen, ein gutes Gefühl, aber es war auch ein Gefühl, das Richtige zu machen. Ich denke, das war halt das, was ich in dem Augenblick machen konnte.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also kann man aber trotzdem sagen, dass praktisch Ihre Intention zu hundert Prozent auf die Gewinnung von Informationen für den Verfassungsschutz ausgerichtet war, nur die Form, ob es sich jetzt um eine strikte Auftragstätigkeit -

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - oder mehr um eine frei gestaltete Mitarbeitertätigkeit mit Ihrer eigenen Schwerpunktsetzung - - Das ist ... (akustisch unverständlich). Aber da Sie ja kein Eigeninteresse mehr hatten, war die Informationsgewinnung doch eigentlich in jedem Fall gegeben.

Zeuge Carsten Szczepanski: Die Informationsgewinnung war gegeben, klar. Und, wie gesagt, man hatte halt in der JVA auch viel Zeit. Und wenn man die dann nutzt, indem man da halt noch einen Brief schreibt oder Kontakte knüpft, lag das nahe.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Frage bitte. - Entschuldigung, Sie waren noch nicht ganz fertig.

Zeuge Carsten Szczepanski: Da lag das auch nahe, dass man die Zeit halt dafür nutzt. Aber, wie gesagt, im Vorfeld jede Informationsgewinnung abzusprechen, das ist in der Praxis, glaube ich, nicht möglich.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Okay. - Ausweislich unserer Verfassungsschutzakten hat die Behörde Sie beauftragt, gezielt Kontakt zu militanten Neonazis aufzunehmen. Zu welchen militanten Rechtsextremisten oder Gruppierungen haben Sie den Kontakt hergestellt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Es gab - - Also, woran ich mich heute erinnere, war die Bitte darum, eine Kameradschaft im Norden vom Land Brandenburg - - Kontakt herzustellen, bzw. die Nachfrage, ob es möglich ist, dort irgendwie Informationen zu bekommen oder Kontakt herzustellen. Die Kameradschaft hatte auch einen Namen, aber den weiß ich heute nicht mehr. Das war irgendwas relativ Martialisches. Es ist dann aber auch so gewesen, dass da irgendwie kein Kontakt zustande kam und das dann aber auch so zur Kenntnis genommen worden ist, dass, wenn es nicht geht, es halt nicht geht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Das war eine freie Kameradschaft?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Barnim? Oder - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich weiß es wirklich nicht mehr. Ich meine, das war irgendwie so ein recht kriegerischer Name. Aber wäre Spekulation.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Okay. - Welche Rolle - -

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Nun die allerletzte.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Welche Rolle spielte Nick G. in der rechtsextremistischen Szene und für Ihre Verfassungsschutzarbeit?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nick G. war sehr interessant aufgrund seines vermeintlichen Backgrounds und seiner internationalen Kontakte. Herr Nick G. war laut eigener Aussage in Südafrika; er war in Nordirland; er war in England. Und das war natürlich schon interessant, klar.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Okay, da würde ich dann danach gerne wieder anschließen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): So, dann frage ich jetzt in die Runde: Gibt es Fragebedarf bei der SPD-Fraktion? - Herr Lüttmann, bitte.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Ja, ich kann das vielleicht für Frau Nonnemacher ein Stück weit mit übernehmen, weil ich wollte jetzt auch nach Nick G. fragen. Und zwar wäre meine erste Frage, welche Erinnerungen Sie an die Rohrbombenpläne des Nick G. haben.

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, ich kann mich dran erinnern, dass wir - „wir“ in dem Fall: Herr Ralf L. und ich - nach Berlin gefahren sind, dort Herrn Nick G. auf einer Art Kameradschaftsabend - wie man das ja immer so schön nannte - getroffen haben und er da einen relativ langen Monolog hielt und dass da auch das Thema Bewaffnung mit eine Rolle spielte und der Umstand, dass er halt in Nordirland und in Südafrika war. Das Thema Rohrbomben hat er dort, meine ich, auch angesprochen.

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Sind Sie an Herrn Nick G. herangesteuert worden, oder war das auch Eigeninitiative?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, Nick G. habe ich auch über Ralf L. kennengelernt. Ich meine, mich erinnern zu können, dass das sinngemäß mit den Worten war: Den musst du mal kennenlernen, den musst du dir mal anhören, das ist so ein ganz verrückter Hund. - Also sinngemäß. Und, ja, habe ich natürlich nicht Nein gesagt und habe dann Herrn Nick G. kennengelernt.

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Trifft es zu, dass Herr Nick G. im Rahmen eines Kameradschaftstreffens im März 2000 über deponierte Panzerminen in Sachsen berichtete?

Zeuge Carsten Szczepanski: Kann ich jetzt so nicht mehr sagen. Wie gesagt, vom Thematischen her würde es passen. Den Zeitpunkt weiß ich halt auch nicht mehr; aber Herr Nick G. war halt schon jemand, der viel, gern und ausführlich über Waffen gesprochen hat.

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Nach den Brandanschlägen auf Ihr Auto Anfang März 2000 wurden konspirative Pläne zu Vergeltungsanschlägen auf Angehörige der Antifa KW bekannt. Wessen Idee war es, solche Anschläge zu verüben?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, die Anschlagpläne, wenn man das so nennen möchte - - Also, ich würde es gar nicht Anschlagpläne nennen. Es war halt die Überlegung - - Oder anders angefangen: Die erste Überlegung war: Wer könnte es gewesen sein? - Da war die Meinung halt relativ schnell gefasst, dass es eben wohl Mitglieder der Antifa gewesen wären. Und meiner Erinnerung nach haben wir dann auch festgestellt, dass die Antifa in Königs Wusterhausen eigentlich nicht in der Lage dazu ist, einen solchen Anschlag auszuführen. Und so blieb im Endeffekt der Verdacht bei uns, dass das eben Berliner Linksaktivisten oder Antifaschisten oder Autonome waren.

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Es gibt hierzu eine Deckblattmeldung - ich zitiere -:

„Am 02.04.2000 fand nach einer NPD-Veranstaltung ein konspiratives Treffen zwischen Ralf L., Nick G., Marc H., Guido W., Ronny M. und Christian R. statt.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Hier soll Ralf L. Anschlägepläne unterbreitet haben, indem Dreiergruppen gebildet werden und Nick G. die Rohrbomben beisteuern sollte.“²⁰

Die Beteiligten an dem Treffen, insbesondere Herr Nick G., werfen Ihnen, Herr Szczepanski, vor, dass Sie die Anschlägepläne vorangetrieben haben.

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, woran ich mich jetzt nach diesem Vorhalt erinnern kann, ist, dass dieses Treffen in meiner Wohnung stattgefunden hat und dass Herr Ralf L. vorher noch drauf bestanden hat, dass wir unsere Handys abgeben, die Akkus rausnehmen und die Fenstervorhänge zuziehen. Also daran kann ich mich jetzt, nachdem Sie mir das vorlesen, erinnern.

Die Information, dass Nick G. Rohrbomben beisteuern wollte: Weiß ich heute nicht mehr, aber es würde zur Person Nick G. passen.

Ronny, der an dem Tag - - Ja, der war, glaube ich, schon dabei. Das war also auch wieder eher so ein Menzel-Typ, der eben zu allem irgendwie eine Meinung hat, aber auch eine schwierige Person. Also, in dem Augenblick, als Herr Ralf L. darüber gesprochen hat und ich gesehen habe, dass der Ronny vor Ort mit dabei sitzt, da war für mich schon so im Hinterkopf: Na ja, muss man jetzt nicht so wahnsinnig ernst nehmen.

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Wurden Sie nach Ihren Meldungen über die Anschlägepläne aufgefordert, diesen Aktivitäten fernzubleiben, nachdem Sie die Meldungen an den Verfassungsschutz gegeben hatten?

(Der Zeuge überlegt.)

Oder, im Gegenteil, mehr darüber in Erfahrung zu bringen? Das wäre ja die Alternative. Also, was war quasi die Reaktion?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich versuche gerade, mich zu erinnern, wie das im Folgegespräch abgelaufen ist. Also, es stand jetzt nicht ernsthaft zur Debatte, dass ich an irgendwelchen Anschlägen teilnehme, und ich glaube, das wäre vom Amt weder gewollt gewesen, noch hätte man das gedeckt, glaube ich. Also, das kann ich mir nicht vorstellen.

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Gut, zu dem Komplex hätte ich sonst keine weiteren Fragen. - Ich würde gern noch einmal zur Enttarnung kommen. Also einmal - - Sie haben ja selber schon ein bisschen angedeutet, wie Ihre Reaktion war, als Sie unterrichtet wurden, dass sozusagen Ihr Verhältnis als V-Mann nicht fortgeführt wird. Aber wie würden Sie Ihre Reaktion, als Sie das am 20.06.2000 erfahren haben, jetzt noch mal zusammenfassend beschreiben?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, es schwankte zwischen „überraschend“ bis „leicht panisch“, aber auch immer mit dem Hintergedanken im Kopf, dass man eigentlich

²⁰ Anmerkung Stenografischer Dienst: Das Zitat konnte nicht verifiziert werden.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Jahre Zeit hatte, sich auf so eine Situation zumindest innerlich, gedanklich vorzubereiten. Für mich persönlich war es klar, dass das nicht ewig so weitergeht, dass es irgendwann einen Fehler gibt, ich irgendwann zu neugierig bin oder, oder, oder. Aber in dem Augenblick, als es so weit war, war es natürlich erst mal eine Überraschung, klar.

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Ich muss mich korrigieren: Das war am 20.06. natürlich noch nicht das endgültige Ende, sondern das war die Unterbrechung des Kontakts. - In dem Zusammenhang: Es liest sich aus unseren Akten so, dass Sie nach dem Kontaktabbruch - oder: dem offiziellen Kontaktabbruch - sich mit Ihrem V-Mann-Führer dennoch noch einmal getroffen haben. Können Sie etwas dazu sagen, wie es zu diesem Treffen kam und worum es da ging am 23.06.2000?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, es kam noch zu zwei Treffen. Beim vorletzten Treffen mit Herrn Dieter Borchert und einem anderen Kollegen des Amtes. Und das allerletzte Treffen war dann ohne Herrn Dieter Borchert. Das war dann dieser - - Aber ich weiß da auch den Spitznamen nicht mehr.

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Sie haben laut Vermerk über bevorstehende Anschlägepläne des Ralf L. und H. L. berichtet. Hatten Sie damit die Intention, noch mal Ihre Wertigkeit als Quelle zu unterstreichen, um weitermachen zu wollen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, also eigentlich nicht. Für mich war auch jede Information erst mal nur eine Information. Ich habe also für mich selber nicht gewertet.

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Das heißt also, Sie haben das dann hingenommen. Wurde Ihnen vom Verfassungsschutz eine alternative Beschäftigung in Aussicht gestellt, oder wurden Absprachen getroffen über Ihre eventuelle weitere Verwendung?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nein, gar nicht. Also, es wurde jetzt nicht irgendwie - ich nenne es jetzt mal salopp - über eine Versetzung oder so gesprochen. Gar nicht, nein.

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Okay. - Und einen wirklichen Plan B - das habe ich jetzt gerade Ihren Worten entnommen - hatten Sie aber nicht, sondern jedenfalls nur die Gedanken, aber so richtig dann nicht.

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Dann wäre abschließend noch für mich die Frage, ob Sie Ihren früheren V-Mann-Führer oder andere Mitarbeiter des Verfassungsschutzes nach Ihrer Enttarnung noch einmal getroffen haben.

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, gar nicht. Also, es gab noch mal eine Vernehmung, meine ich, durch Mitarbeiter des Bundesamtes, aber das ist auch schon einen längeren Zeitraum her.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Wenn Sie jetzt so drauf zurückschauen - ist natürlich jetzt sicherlich eine schwierige Frage, aber würde mich trotzdem interessieren -: Bereuen Sie es, mit dem Verfassungsschutz zusammengearbeitet zu haben, oder sagen Sie: „Es war die richtige Entscheidung“?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das ist eine Frage, die ich mir seit sehr langer Zeit auch stelle, also auch damals schon gestellt habe. Im Endeffekt: Wirklich bereut habe ich es nicht. Ich denke, das war für mich der Ausstieg, den ich haben wollte: konsequent und mit einem dicken Schlusstrich drunter. Dass das jetzt im Endeffekt Jahre später erst passiert ist, das war dann halt so. Aber: Nein, bereuen tue ich es nicht.

Abgeordneter Lüttmann (SPD): Danke schön.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ich frage die CDU-Fraktion: Gibt es Fragebedarf?

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Wir haben keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann frage ich die Fraktion der Linken. - Es geht los mit Frau Johlige.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Ich würde ganz gerne da anschließen, wo Herr Lüttmann gerade aufgehört hat, bei der Frage - jetzt auch so ein Stückchen in der Rückschau -, was das mit der V-Mann-Tätigkeit eigentlich auch für Sie bedeutet hat. Weil, ich sage mal: Sie wollten eigentlich aussteigen und sind dann ja eigentlich durch den Verfassungsschutz über Jahre noch in der Szene festgehalten worden.

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau. Das war für mich selber, wie gesagt, so die Motivation, dieser Szene möglichst noch zu schaden, so lange, wie es halt geht. Niemand wusste, ob dieses Zusammenarbeiten Monate anhält oder Jahre. Und das war so - - Damit habe ich es auch für mich selber gerechtfertigt im Endeffekt, dass ich gesagt habe: Du gibst dich hier mit Leuten ab, mit denen du eigentlich nichts zu tun haben willst; aber im Endeffekt war es für mich auch so ein bisschen halt die Wiedergutmachung.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Aber was macht das denn mit einem, wenn man eigentlich - - Also, ich meine - - Auch wenn man sich anguckt, was Sie sozusagen an Informationen geliefert haben: Sie haben ja quasi trotzdem - - Ihr ganzes Leben, Ihr gesamtes Sozialumfeld war ja immer noch die Szene. Und eigentlich, zumindest, was wir so einschätzen können, nach dem, was wir einschätzen können, gab es ja nichts anderes außer der Szene. Ich meine, das macht ja was mit einem.

Zeuge Carsten Szczepanski: Klar, man wird natürlich innerlich auch ein Stück weit kalt, wenn man Leute - - also Informationen beschafft von Leuten, die einem vertrauen, die einem glauben, auch an einen glauben. Aber, wie gesagt, für mich war das damit gerechtfertigt, dass ich mir gesagt habe: Du willst da raus, du willst da konsequent raus, kein so ein halbes Zurückziehen. - Das war halt für mich das, was ich machen und nutzen konnte, um eben dieser ganzen Szenerie auch Schaden zuzufügen oder

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

es zumindest zu beobachten und für mich auch - - dass eben nicht noch weiterer großer Schaden entsteht. Das war so für mich die - -

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Sie haben es ja schon angedeutet: Das sind ja alles Menschen, denen man regelmäßig begegnet, die einem vertrauen; sonst würden sie bestimmte Sachen nicht erzählen.

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Hatten Sie mal so was wie einen Verräterkomplex? Also, gab es so Situationen, wo man gesagt hat: „Ey, das kannst du eigentlich nicht machen“?

Zeuge Carsten Szczepanski: Es gab die Situation, dass ich mich gefragt habe: Warum vertrauen dir die Leute so sehr, dass sie dir solche Sachen anvertrauen, dass sie dir die erzählen? Es gab auch die Situation, dass ich mich - gerade bei so Leuten wie Werner oder so - gefragt habe: Ihr kennt mich eigentlich nur vom Hörensagen oder auf Empfehlung und erzählt aber Geschichten, die man eigentlich ja nicht erzählt. - Also, das ist ja eigentlich schon Wahnsinn gewesen.

Ja, schwierig zu beantworten. Aber ich glaube, Verräterkomplex so eigentlich nicht. Wie gesagt: Ich habe für mich selber so argumentiert, dass es so funktioniert, und, wie gesagt, ich weiß auch nicht, wenn jetzt die Geschichte mit dem „Spiegel“ nicht gewesen wäre, ob das noch Monate oder Jahre so weitergegangen wäre. Habe ich mir, ehrlich gesagt, noch keine Gedanken drüber gemacht. Aber - - Also, im Endeffekt war es dann auch so was - - Es war, klar, erschreckend in dem Augenblick, als der Anruf kam, aber es war auch so ein Stück weit Erlösung, dass man gewusst hat: Okay, jetzt ist Feierabend, jetzt ist aus, jetzt ist vorbei.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Können Sie mir ein, zwei Beispiele bringen für die Geschichten, die Sie meinen, wo Sie dachten, dass es jetzt - - Also: „Die kennen mich eigentlich gar nicht, aber die erzählen mir solche Sachen, die man gar nicht erzählt“, hatten Sie gerade gesagt.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, gerade so Leute wie Nick G., wenn die über irgendwelche Waffengeschichten erzählen, oder Werner, wenn er erzählt, dass er zigtausend Mark mit seinen Konzerten verdient hat und das alles ja praktischerweise Schwarzgeld ist, weil man es ja nicht versteuert, das wären so Beispiele, wo ich mir dann denke: Okay. - Ich habe mich innerlich für die Information bedankt, habe die weitergegeben, aber das war halt schon so die Frage, die man sich selber stellt: Warum vertrauen die Leute einem so?

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Aber gab es denn irgendwie mal Angebote seitens des Verfassungsschutzes, die das ja eigentlich wussten, dass Sie aussteigen wollten, irgendwie zu sagen: „Das könnte sozusagen ein Ausstiegsweg sein, tatsächlich dann raus“, oder hat der Verfassungsschutz eher ganz kalt gesagt: „Wir benutzen den, solange er funktioniert“?

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, es war schon so gesagt, dass es - - So lange, wie es geht, geht's; und wie lange es geht, das weiß niemand. So war das dann halt. Also, es war jetzt nicht irgendwie so, dass eben gesagt worden ist: Jetzt vielleicht ein Aussteigerprogramm oder so. - Das war kein Thema.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Ist Ihnen nie angeboten worden?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nein.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Gab es denn irgendwie was wie einen Plan B, falls das mal zu Ende ist?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, überhaupt nicht.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Ich habe - - Dieser Laden, den Sie eröffnet haben, war das Ihr Plan B, perspektivisch eine Existenzsicherung zu haben, oder war die Idee vom Verfassungsschutz?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, die Idee, den Laden aufzumachen, waren halt finanzielle Gründe. Dass der nach meinem Ausscheiden - - ich da weiterhin irgendwie arbeiten könnte oder so - nee, nee, das war klar, dass das nicht auf Dauer ist.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Na ja, ich frage, weil wir hatten hier beim letzten oder vorletzten Mal einen Verfassungsschützer, der uns erklärte, der Verfassungsschutz hätte ganz viele linke Kneipen aufgemacht in der Hoffnung, dass irgendwann mal die Rote Armee Fraktion vorbeikommt. Insofern fragen wir uns schon, ob der Laden auch so was war, quasi bewusst einen Anlaufpunkt zu schaffen, um dort Informationen abzuschöpfen.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich denke schon, klar. Ich denke schon. Das war aufgrund der T-Shirts - so Musik-T-Shirts, „Lonsdale“-T-Shirts - und CDs auch gar nicht anders zu werten, denke ich.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Mhm. - Uns liegt von Herrn Dieter Borchert die Information vor, dass der Laden schon auch für Ihre Existenzsicherung nach dem Ende der V-Mann-Tätigkeit dienen sollte. Können Sie sich das vorstellen, oder ist das eine Fehlinformation?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also - -

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Also, hätten die Umsätze überhaupt gereicht?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das vielleicht schon, aber Herr Dieter Borchert hätte wissen müssen, dass ich aus der Szene raus- und wegwill und mich nach dem Ausscheiden beim Verfassungsschutz nicht mit rechtem Merchandising hätte irgendwie weiterbeschäftigen wollen. Ich glaube, die Info, die ist schon bei ihm angekommen.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Also können wir faktisch davon ausgehen, dass der Verfassungsschutz Sie tatsächlich so lange benutzt hat, wie es ging, und Ihnen eigentlich nicht die geringste Zukunftsperspektive gelassen hat.

Zeuge Carsten Szczepanski: Das klingt nicht sehr freundlich, aber es ist schon zutreffend, ja.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Okay. - Das waren eigentlich meine wichtigsten Punkte.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Ich habe noch ein paar kleine Fragen, die ich gerne thematisieren würde. Und zwar: Sie haben vorhin ausgeführt, dass C18 ja in Zellenstruktur organisiert war. Das heißt also: schon Zellen, die für sich agieren, aber schon auch zusammenkommen, wenn es gemeinsame Aktionen gibt. „Blood & Honour“ unterscheidet sich ja davon eigentlich ziemlich resolut, nämlich mit einer ziemlich hierarchischen Struktur, -

Zeuge Carsten Szczepanski: Mhm.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): - zumindest, was ich vom Hörensagen so mitbekommen habe. Es war sogar zumindest auch so, dass man ein Anwärterverfahren durchlaufen musste und dass man auch nicht so leicht reingekommen ist. Können Sie mir erklären, wie es dann dazu kam, dass Sie gefühlt bei allen wichtigen Treffen dabei waren, zumindest von den Deckblattmeldungen her?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ist eine sehr gute Frage. Die kann ich Ihnen heute so auch gar nicht mehr beantworten, glaube ich. Also, es ist ja immer so: Das eine ist der Anspruch, wie irgendetwas sein soll, funktionieren soll, und das andere ist dann das, wie es tatsächlich gelebt wird oder veranstaltet wird. Und zwischen diesen beiden Dingen ist die Diskrepanz dann doch teilweise enorm.

Ein Beispiel: Es gab „Combat 18“-T-Shirts, was ja der Grundidee dieses „Combat 18“ eigentlich auch völlig -

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): ... widerspricht.

Zeuge Carsten Szczepanski: - entgegensteht. Ich kann mich ja nicht anonym irgendwo bewegen und dann aber gleichzeitig ein deutlich erkennbares T-Shirt tragen. Das ist also - - Wie gesagt: Anspruch und Wirklichkeit gehen da auseinander.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Aber das hat ja auch zu massiven Auseinandersetzungen geführt, genau dieser Anspruch und die Wirklichkeit.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Also ja auch in Baden-Württemberg und mit Aktivisten, mit Andreas G. usw. usf.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Klar. Aber ich glaube, das zieht sich seit - - Ich weiß nicht, ob es heute noch so ist, aber das zog sich ja auch über Jahre und Jahrzehnte hinweg, dass diese Szene eben nicht einheitlich war, sondern teilweise so zerstritten, zerfasert, dass es teilweise auch schon unübersichtlich war, zu sagen, wer gehört wohin, was vertritt der und der. Und - - Ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Aber Sie waren ja da sehr dicht dran. Also, in Ihren Urlaubsberichten zum Beispiel, da wird offensichtlich, dass Sie schon im Juli 98 davon berichteten, wie sich gerade die Kräfteverhältnisse in der „Blood & Honour Deutschland“-Division formierten.

Zeuge Carsten Szczepanski: Mhm.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Und da gibt es ja zum Beispiel auch von Ihnen die Ausführung, dass in der Situation, in der nicht so ganz klar ist, ob die Sachsen weiterhin in der Division bleiben, sie sich ganz klar Richtung Brandenburg auch orientiert haben und sogar - - Ich zitiere aus dem Urlaubsbericht vom 3. Juli 98:

„Ausdrücklich ausgesprochen hat sich die sächsische B&H-Szene für eine Zusammenarbeit mit der Brandenburger B&H-Sektion. Die Band ‚Proissenheads‘ wird als ehrlich und kameradschaftlich eingeschätzt und gilt als absolut unterstützenswert. Auch die Ansicht von Uwe Menzel, dass er auch für andere Skindheadorganisationen als B&H spielen würde, legt einer Zusammenarbeit keinen Stein in den Weg. Auch Henning K. (P.) wird als eine weitere Möglichkeit zur Zusammenarbeit beurteilt. Im Allgemeinen wird B&H Brandenburg als sachsenfreundlich angesehen.“²¹

Das ist der Schluss, zu dem Sie kommen. Also, da sind ja zwei Faktoren drin. Erstens: Sie haben genau diese Spaltung mitbekommen und darüber berichtet als Urlaubsbericht.

Zeuge Carsten Szczepanski: Mhm.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Und zweitens: Brandenburg und Sachsen waren doch sehr, sehr stark aneinander. Das setzt sich ja auch so durch die Vernehmung heute fort.

Zeuge Carsten Szczepanski: Würde ich auch jetzt so im Nachblick noch bestätigen. Also, es war schon so, dass die Personen sich relativ oft, regelmäßig getroffen haben, gemeinsame Sachen gemacht haben und - - Ja, also, definitiv.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Und nachdem sich das andeutete, wurde ja dann Sachsen auch tatsächlich aus dem „B&H Deutschland“-Treffen am 3. Oktober 98 rausgeschmissen aufgrund von Differenzen. Ist Ihnen das noch präsent?

²¹ Anmerkung Stenografischer Dienst: Das Zitat konnte nicht verifiziert werden.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Es ist mir noch präsent, dass es geschehen ist - wann, wüsste ich jetzt auch nicht zu sagen. Aber ich meine, dass da in der Folge auch Grabenkämpfe mit der Berliner „Blood & Honour“-Fraktion entstanden sind. Und das war teilweise schon heftig, wie da die Leute miteinander auch umgegangen sind. Also, in der Auseinandersetzung zwischen links und rechts kann man das vielleicht noch erwarten; aber so in der Auseinandersetzung rechts gegen rechts ist das schon - - Das war schon hart.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Hat es die befreundeten Sektionen noch stärker zusammengeschweißt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Vermag ich jetzt so nicht mehr zu beurteilen. Also, ich meine, dass das freundschaftliche Verhältnis zueinander da zumindest keinen Schaden erlitten hat und dass das - - Ja, es hat sich, glaube ich, nicht verändert.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Nach unseren Informationen wurden Sie dann sogar darauf angesetzt, ich glaube, von Herrn Meyer-Plath, rauszufinden, wie es denn weitergeht -

Zeuge Carsten Szczepanski: Mhm.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): - mit Sachsen und Brandenburg. Und nach unseren Informationen haben Sie dann, eine Woche nachdem dieser Rausschmiss erfolgt ist, am 10.10. an einem Treffen in Wilsdruff teilgenommen.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, Wilsdruff war der Wohnort von - jetzt muss ich kurz nachdenken - entweder Herrn Starke oder Herrn Werner. Das war zumindest für mich damals so dieser Großraum Chemnitz.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Mhm. Und können Sie sich an die Stimmung oder daran erinnern, wie die Situation war? Und wer ist da zusammengekommen, um darüber zu beraten, wie es weitergeht?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, das war eine Handvoll Menschen, die da waren. Aber an einzelne Stimmungen - - Weiß ich heute nicht mehr.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Wir kommen langsam zum Ende, bitte.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Ich habe noch eine Frage. Also, wir wissen aus der Deckblattmeldung, dass Herr Starke teilgenommen hat, Familie P., Herr Werner, Herr Andreas G., was nicht verwunderlich ist. Aber es waren anscheinend noch zwei Thüringer anwesend. Können Sie sich daran erinnern, wer das war?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee. Also, ich kann mich dran erinnern, dass auch Leute da waren, die ich so nicht kannte und die auch nicht zu den Leuten gehörten, die ich in Chemnitz oder in Sachsen bis dahin angetroffen habe. Aber ich vermag nicht zu sagen, wer das war.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Auch nicht, warum - - Sie haben auch nicht hinterfragt, warum jetzt Thüringen auf einmal mit dabei ist?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Weil das ist zumindest, wenn man die Akten rekonstruiert, sehr komisch, dass auf einmal Thüringer dabei sind.

(Der Zeuge zuckt mit den Schultern.)

Außer die drei Thüringer Neonazis, die in Sachsen untergetaucht sind.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, vermag ich aber heute nicht mehr - - Also, ich kann mich auch an kein Gesicht mehr erinnern, was da irgendwie noch war, den ich nicht kannte.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Auch im Nachhinein nicht durch Presseberichterstattung, Enttarnung von Tino Brandt oder sonstigen Personen, Bilder von Mundlos, Bönnhardt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, also, ich meine, die waren es nicht. Es waren auch mehr so Skinheads, typische „Blood & Honour“-Skinheads.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay. Dann danke schön.

Zeuge Carsten Szczepanski: Gerne.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): So, dann sind wir bei Herrn Wiese. - Kein Fragebedarf. - Frau Nonnemacher, bitte.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön. - Wir waren bei der Steuerung in die militante Szene stehen geblieben, Stichwort: Nick G., aber auch Kay Diesner. War das nicht besonders herausfordernd für Sie? Sie mussten sich ja sozusagen auch so einen Anschein von Militanz geben. Sie konnten dem ja nicht einfach sagen: Ey, erzähl mir mal was über Bomben und Sprengstoffpläne. - Wie - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Man kann das in zweierlei Form beantworten. Zum einen: Allgemein hatte ich da, glaube ich, durch meine lange Haftstrafe und den Ruf, der mir da vorausgeeilt ist, wie so ein Vorabvertrauen. Und im Speziellen bei Herrn Nick G. war es so, dass man da eigentlich gar nicht nachfragen musste; der ist von sich aus am Erzählen gewesen, am Selbstdarstellen. Also, da war es eigentlich einfach.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber es gab ja auch Situationen, wo Sie praktisch durch die Geschichte, die Sie dort erzählen mussten, sozusagen in die Nähe kamen, selber Straftaten zu befördern. Haben Sie das nicht als Problem empfunden?

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, für mich war klar, dass ich keine Straftaten begehe oder fördere. Für mich war der Umstand, dass ich halt aufkläre, Informationen beschaffe und dadurch im Idealfall Straftaten verhindert werden. Das war so mein Gedanke dazu.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wir haben hier schon häufiger Zeugen gerade nach Ihrer Entlassung aus der Haft befragt. In diesem Zeitraum nach der Haftentlassung bis zur Enttarnung, in diesem guten halben Jahr, hatten Sie ja ein unglaubliches Arbeitspensum zu absolvieren. Also, wir haben hier teilweise so Auftragslisten: dann und dann zu der NPD-Veranstaltung, zu der NPD-Veranstaltung. Also, man hat das Gefühl, Sie hatten einen Arbeitstag, den man in acht Stunden kaum bewältigen kann. Wie sehen Sie das selber? Waren Sie nicht eigentlich eher so was wie ein hauptamtlicher Mitarbeiter statt ein Informant?

(Der Zeuge lacht.)

Zeuge Carsten Szczepanski: Was den Zeitaufwand betrifft, wahrscheinlich schon. Und das ist auch mit ein Grund, warum ich heute beim besten Willen zeitliche Abfolge und so nicht mehr einordnen kann. Es waren nach meiner Auffassung sehr viele Informationen, es waren viele Berichte, viele Meinungen, die man eingefangen hat. Also, das Arbeitspensum war schon umfangreich.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sind Sie nach Ihrer Enttarnung durch das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ noch einmal in der rechtsextremistischen Szene aktiv geworden, außerhalb Brandenburgs, beispielsweise in Mecklenburg-Vorpommern?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nein, überhaupt nicht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Nie mehr.

Zeuge Carsten Szczepanski: Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich würde gerne noch ein paar Namen noch mal abklären, zum Beispiel auch in Sachsen, im Raum Chemnitz. Einige haben wir ja hier schon aufgerufen und befragt, aber was sagt Ihnen der Name M. St.?

(Der Zeuge überlegt.)

Zeuge Carsten Szczepanski: M. St.? M. St. Sagt mir jetzt so aus der Erinnerung heraus erst mal gar nichts. Also, M. St. ist jetzt nicht so ein ungewöhnlicher Vorname gewesen. M. St. - kann ich mich nicht dran erinnern. Also, wüsste ich jetzt nicht zu sagen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Okay. – Ma. F. B.? Auch in Chemnitz.

Zeuge Carsten Szczepanski: Weiß ich jetzt auch nicht mehr.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Klingelt nichts. - Thomas Starke?

Zeuge Carsten Szczepanski: Thomas Starke kannte ich, habe ich getroffen. Der Kontakt zu Starke kam auch über P., Werner zustande, auch über Henning K. (P.) teilweise.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also, den haben Sie auch mehrfach aktiv getroffen, -

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - und der war Ihnen bekannt. - André Eminger und Maik Eminger?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, sagt mir jetzt auch nichts.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sagt Ihnen nichts. - Hendrik L.?

Zeuge Carsten Szczepanski: War mir bekannt, habe ich nicht so oft gesehen oder getroffen wie P. und Werner, war aber das gleiche Umfeld.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Mhm. – Ca. R.?

Zeuge Carsten Szczepanski: R., Ca. - Nee, sagt mir jetzt so nichts.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Weiterhin aus diesem Kontext im Raum Chemnitz: M. Fr.?

Zeuge Carsten Szczepanski: Mh-mh. (Der Zeuge verneint.)

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): K. D.?

(Der Zeuge überlegt.)

Zeuge Carsten Szczepanski: D.? Also, D. meine ich schon mal gehört zu haben, aber eher als - -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Unter dem Spitznamen „[REDACTED]“?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, ich hätte jetzt mit einem männlichen Vornamen gedacht; aber das mag mich jetzt auch täuschen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Okay. - Und T. Sch.? Sagt Ihnen die Person was?

Zeuge Carsten Szczepanski: T. Sch. war, meine ich, auch „Blood & Honour“-Umfeld, befreundet mit Werner und Starke. Aber hätte ich jetzt auch kein Gesicht mehr zu.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut, aber der Name sagt Ihnen was -

Zeuge Carsten Szczepanski: Der Name: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - im Zusammenhang „Blood & Honour“. Können Sie sagen, dass Sie den getroffen haben oder - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Also zumindest flüchtig, ja, schon.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Mhm. - Und noch einen: M. Re.?

(Der Zeuge überlegt.)

Zeuge Carsten Szczepanski: M. Re.? Kann ich jetzt auch nicht zuordnen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Jetzt aus anderen Regionen, welche Rechtsextremisten Sie in Thüringen kannten und zu welchen Sie Kontakt haben: Sagt Ihnen der Name Tino Brandt etwas?

Zeuge Carsten Szczepanski: Tino Brandt sagt mir etwas, klar. Tino Brandt war aber politisch, meine ich, eher dem FAP-Spektrum zuzuordnen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Hatten Sie mit ihm persönlich Kontakt, oder - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich habe ihn gesehen, aber ich meine, wir hatten nie ein persönliches Gespräch.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): M. De.- „Blood & Honour“?

(Der Zeuge überlegt.)

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, De. kommt mir auch bekannt vor, aber so richtig den Zusammenhang habe ich da jetzt nicht vor Augen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ralf Wohlleben, hatten Sie zu dem Kontakt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, auch nicht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): C. Sch.?

Zeuge Carsten Szczepanski: C. Sch.? Nee, sagt mir jetzt auch nichts.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Und M. B.?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nein.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Und A. Sch.?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sagt Ihnen auch nichts. - Also in der Richtung eher weniger.

Haben Sie zu folgenden Rechtsextremisten und Rechtsextremistinnen Kontakt gehabt oder kannten Sie die: Matthias F.?

Zeuge Carsten Szczepanski: Maik F.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Matthias.

Zeuge Carsten Szczepanski: Matthias F., nee, sagt mir jetzt - - weiß ich jetzt nicht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): I. K.?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Thomas Richter hatten Sie ja -

Zeuge Carsten Szczepanski: Mhm.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - von sich aus schon hier mehrfach angesprochen, -

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - schon in frühen Jahren, Detmold, das haben wir auch gehört. – Ra. „[REDACTED]“ M.?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, sagt mir jetzt so auch nichts.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): K. D.?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Und A. Schm.?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, sagt mir jetzt auch nichts.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sagt Ihnen auch nichts. - Gut. Dann hätte ich gerne noch mal gewusst: Wie oft sind Sie inzwischen im Rahmen von NSU-Aufklärung vernommen und befragt worden und vor allen Dingen von wem?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich war als Zeuge in München; ich meine, es waren Befragungen an zwei Tagen. Und - -

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

(Der Zeuge überlegt.)

Ich meine, das war es auch mit den Vernehmungen. Also, ja, meine ich jetzt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): BKA?

(Der Zeuge überlegt.)

Zeuge Carsten Szczepanski: Weiß ich jetzt nicht mehr, nee.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sonstige Vernehmungen oder so fallen Ihnen nicht ein.

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, jetzt - - Also, nee, eigentlich nicht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut, danke schön.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Durch, Frau Nonnemacher?

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Gut. Dann frage ich die SPD-Fraktion: Gibt es Fragebedarf?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Eine kurze habe ich noch.

Sie sagten vorhin, als wir über das Wort „Angeln“ sprachen und „Spielzeug“, dass das völlig logisch wäre,

(Der Zeuge nickt.)

was damit gemeint wäre. Bei dem Thema mit der SMS „Was ist mit den Bums?“: Halten Sie es für selbstverständlich, dass es sich, wenn dieses Wort benutzt worden ist in der Szene, dabei um Waffen handelt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Kann ich natürlich auch nur spekulieren. Aber könnte sein, klar.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): War es ein typischer Begriff, der öfter gefallen ist, oder - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Also dass jemand „Bums“ gesagt hat - -

(Vereinzelt Heiterkeit)

Also, kann ich mich jetzt nicht dran erinnern, dass das ein gängiges Wort war, was irgendwie - -

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

(Abgeordneter Dr. Schöneburg [DIE LINKE]: Eher in einem anderen Zusammenhang! - Vereinzelt Heiterkeit)

- Ja, aber - - Ja, vielleicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja, gut. - Es tauchte hier im Untersuchungsausschuss auch eine Theorie auf, was vielleicht auch damit gemeint sein könnte, weil wir uns die TKÜ-Maßnahmen von Jan Werner angeguckt haben, also seine gesamte Kommunikation. Und er hat ja hauptsächlich oder fast ausschließlich, muss ich sagen, über Beziehungen oder über CD-Handel kommuniziert.

Zeuge Carsten Szczepanski: Mhm.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, bei Jan Werner haben wir bisher nichts über Waffen finden können.

Zeuge Carsten Szczepanski: Okay.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sehr viel über CD-Handel, auch mit Ihnen, dass Sie da teilweise Kartons abgeholt haben sollen, gebracht haben sollen. Und da fanden sich unter anderem auch SMS wie: „Was ist mit den Onkelz?“ - Onkelz mit Z geschrieben; die ging nicht an Sie, die ging an andere Leute. Und deswegen hatten wir überlegt: „Was könnte noch mit ‚Bums‘ gemeint sein, wenn er nur über CDs redet?“, und sind da auch auf eine Möglichkeit gekommen: dass es auch eine Musikgruppe gab zu der Zeit, die „Bums“ hieß.

Zeuge Carsten Szczepanski: Okay.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ist Ihnen die jemals untergekommen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ist mir nicht bekannt gewesen, nein. Also, eine Band „Bums“ habe ich, glaube ich - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, genau zu der Zeit, als diese CD an Sie geschickt worden ist, hat auch diese Band, die aus dem Fußball-Bereich ist, eine CD veröffentlicht. Und deswegen war die Frage: Kann Jan Werner auch diese CD von Ihnen angefordert haben? Aber wenn Sie die nicht kennen, dann - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, sagt mir jetzt so nichts.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Dann würde ich sie Ihnen einmal vorlegen, vielleicht kommt einem ja die Erinnerung. Aber dann haben wir die Theorie auch abgeschlossen.

(Abgeordnete Gossmann-Reetz [SPD] begibt sich zum Platz des Zeugen und legt ihm eine CD vor.)

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Carsten Szczepanski: Ach herrje!

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Dortmund, Fußballszene.

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, der Name legt es ja schon irgendwie nahe, aber ich kann mich jetzt - - Die CD sieht halt aus wie eine von vielen CDs. Also, ich würde jetzt nicht sagen, dass mir die schon mal untergekommen ist. Weiß ich nicht. Kann sein, aber -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie können es nicht - -

Zeuge Carsten Szczepanski: - mit Bestimmtheit kann ich es nicht sagen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie können es nicht ausschließen, Sie können es aber auch nicht - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Richtig, genau.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. Gut. - Danke schön.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): War's das?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das war's.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann sind wir noch mal bei der CDU-Fraktion. Jetzt Fragebedarf? - Die Linken, bitte.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Eine ganz kleine, die ich vorhin vergessen habe: Haben Sie Ihrem V-Mann-Führer jemals was geschenkt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ob ich ihm was geschenkt habe?

(Abgeordneter Dr. Schöneburg [DIE LINKE]: Ein Bild!)

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Ein Bild zum Beispiel.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ein Bild? Ich muss mal kurz nachdenken; aber ich kann mich jetzt nicht dran erinnern, dass ich ihm was geschenkt habe. Also, wüsste ich jetzt so aus der - -

(Der Zeuge überlegt.)

Wüsste ich jetzt nicht, dass ich ihm was geschenkt habe. Also, ich glaube nicht.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Okay.

Untersuchungsausschuss 6/1
27. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

11.06.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Herr Wiese, Fragebedarf? - Frau Nonnemacher? - Dann frage ich jetzt noch mal abschließend in die Runde: Gibt es noch irgendjemanden, der eine Frage stellen möchte? - Das scheint nicht der Fall zu sein.

Dann kommt meine normale Abschlussfrage nach einer eventuellen Vereidigung des Zeugen. Aus meiner Sicht ist die Vereidigung nicht notwendig. Widerspricht dem jemand aus der Runde? - Das ist nicht der Fall. - Herr Szczepanski, dann kommen Sie ohne Vereidigung davon. Ich bedanke mich sehr herzlich für Ihr Kommen, auch bei Ihnen, Frau RAin S. L., und beglückwünsche Sie zu der Kondition, die Sie an den Tag gelegt haben.

Damit kann ich die heutige Sitzung schließen und verweise auf den Freitag: Da geht es um 9.30 Uhr weiter. Ich bitte die Obleute, mit mir gemeinsam noch einmal kurz den anderen Raum aufzusuchen, falls noch Medienvertreter etwas wünschen.

Ihnen eine gute Heimreise, alles Gute weiterhin!

Zeuge Carsten Szczepanski: Danke schön, vielen Dank.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Das war's für heute.

(Schluss: 19.10 Uhr)

Holger Rupprecht
Vorsitzender UA 6/1

[REDACTED]

[REDACTED]

Vernehmung des Zeugen Carsten Szczepanski

Einen schönen guten Morgen, Herr Szczepanski! Ich begrüße Sie in unserer Runde; Sie kennen sich ja hier aus, sind nicht zum ersten Mal hier. Ich begrüße auch den Rechtsbeistand. Frau Rechtsanwältin, herzlich willkommen in unserer Runde!

Zeuge Carsten Szczepanski: Guten Morgen!

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Obwohl Sie jetzt bereits das zweite Mal hier sind, Herr Szczepanski, muss ich auch diesmal eine Belehrung voranschicken. Ich beginne:

Als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuss unterliegen Sie der Wahrheitspflicht. Das heißt, die von Ihnen gemachten Angaben müssen vollständig sein und der Wahrheit entsprechen. Sie dürfen weder falsche Angaben machen noch wesentliche Umstände, die mit dem Beweisthema in Zusammenhang stehen, verschweigen. Sofern Sie an bestimmte Dinge keine Erinnerung mehr haben, müssen Sie auch dies deutlich zum Ausdruck bringen. Der Untersuchungsausschuss ist nach § 22 UAG grundsätzlich berechtigt, einen Zeugen am Ende seiner Aussage zu vereidigen. Über eine Vereidigung Ihrer Person wird insoweit noch zu befinden sein.

Falsche Aussagen vor dem Untersuchungsausschuss sind strafbewehrt. Dabei kommt es nicht darauf an, ob Sie Ihre Aussage beeidigen müssen oder nicht. Falsche uneidliche Aussagen sind nach § 153 Strafgesetzbuch strafbedroht und werden mit Freiheitsstrafe zwischen drei Monaten und fünf Jahren sanktioniert. Im Falle der Annahme einer Strafbarkeit eines Meineides wird der Strafrahmen des § 154 Strafgesetzbuch, der eine Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr vorsieht, Anwendung finden.

Neben dem Hinweis auf Ihre Pflichten obliegt es mir aber auch, Ihnen Ihre Rechte darzulegen. Gemäß § 19 UAG sind Sie berechtigt, die Auskunft auf solche Fragen zu verweigern, deren Beantwortung Ihnen selbst oder einem der in § 52 Abs. 1 StPO bezeichneten Angehörigen die Gefahr zuziehen würde, wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit verfolgt zu werden. - Soweit meine Belehrung.

Bevor wir jetzt in die Runde der Befragung durch die Fraktionen einsteigen, möchte ich eine Frage vorwegschicken. Herr Szczepanski, haben Sie in der Zwischenzeit nach Ihrer ersten Vernehmung mit jemandem über diese Vernehmung gesprochen, eventuell mit Behörden? Oder haben Sie noch mal Akteneinsicht nehmen können? Wie haben Sie sich auf die heutige Sitzung vorbereitet?

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, ich habe mit niemandem gesprochen und auch keine Akten zu Gesicht bekommen. Ich habe mich in dem Sinne eigentlich gar nicht vorbereitet.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Gut. Das nehme ich so zur Kenntnis. - Wir beginnen mit der Befragung durch die Fraktionen im üblichen Rhythmus - 15 Minuten -, dann wechselt das Fragerecht. Wir beginnen mit der SPD-Fraktion. Frau Gossmann-Reetz, bitte schön.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Danke schön, Herr Vorsitzender. - Schönen guten Morgen!

Zeuge Carsten Szczepanski: Guten Morgen!

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wir würden noch mal ein paar Nachfragen stellen wollen, und ich würde jetzt gerne mal anfangen mit der Person Stefan S. Welche Erinnerungen verbinden Sie mit dieser Person?

Zeuge Carsten Szczepanski: Stefan S. Also, der Name kommt mir bekannt vor; ich könnte es jetzt aber nicht zuordnen, ehrlich gesagt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie hatten mit ihm Briefkontakt. Also, Stefan S. war damals aus Hamburg, Buxtehude, und Sie haben sich schon sehr früh mit ihm über KKK ausgetauscht. Hilft das Ihren Erinnerungen etwas - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Leider nicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, Sie haben während Ihrer Haftzeit mehrfach - -

(Der Zeuge schüttelt den Kopf.)

- Da klickert nichts?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): „Blood & Honour Nordmark“, sagt Ihnen das was in dem Zusammenhang mit dem Namen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, auch nicht mehr.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Und das Fanzine „Hamburger Sturm“?

Zeuge Carsten Szczepanski: Der „Hamburger Sturm“, an den kann ich mich erinnern. Das war auch so ein Do-it-yourself-Magazin, meine ich, so im DIN-A5-Format, das zumindest aus der Umgebung Hamburg stammte, ja.

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und dieses Blatt in Verbindung mit dem Namen Stefan S. sagt Ihnen jetzt auch nichts mehr; da kommt nichts.

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Na gut. - Dann würde ich weiterfragen wollen, welche Erinnerungen Sie an die geplanten Anschläge von H.L. und Ralf L. auf das linke Projekt „Pesthund“ im Prenzlauer Berg noch haben.

Zeuge Carsten Szczepanski: Prenzlauer Berg? Also, ich kann mich dran erinnern, dass Herr Ralf L. damals über einen Anschlag gesprochen hat, aber ich meine, er hat - zumindest aus der Erinnerung heraus jetzt - damals kein konkretes Ziel benannt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): „Pesthund“ sagt Ihnen nichts?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, nach Darstellung des Brandenburger Verfassungsschutzes sollen Sie mit Ihren Informationen auch dafür gesorgt haben, dass dieser Anschlag verhindert werden konnte.

Dann frage ich mal weiter: Welche Erinnerung haben Sie an den Waffendeal zwischen Ralf L. und F. L.?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, ich meine, mich erinnern zu können, dass Herr Ralf L. ein Gewehr erstanden hat und - - Ja. Ich meine, das war das.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Können Sie sich noch erinnern, wie es zu dem Kontakt zwischen diesen beiden Personen kam?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, ich möchte es jetzt nicht beschwören, aber ich meine, die hatten beide schon längeren Kontakt miteinander. Aber ich wüsste jetzt nicht zu sagen, wie der damals zustande gekommen ist oder wie lange der bestand.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Unterhielt Herr F.L. Kontakt zu den „Vandalen“?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Waren Ihnen Mitglieder von den „Vandalen“ außer Herrn F.L. bekannt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja. Namentlich kann ich mich noch an Herrn Christian W. erinnern und Herrn „L“ - wobei das, glaube ich, nicht sein richtiger Name ist. - Ja, das waren so die, wo ich heute noch einen Namen zuordnen könnte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Haben Sie nicht beim letzten Mal auch gesagt, dass Herr Andreas P. dazugehört hätte?

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, aber Herr Andreas P. war dann, glaube ich, zu dem Zeitpunkt schon lange in Sachsen oder Sachsen-Anhalt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber hatte der mit den anderen Kontakt? Gehörte das als Gruppe - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Das kann ich Ihnen nicht sagen; weiß ich nicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber Sie waren kein Bindeglied, sage ich mal, zwischen Herrn Ralf L. und Herrn F.L. in dem Sinne.

Zeuge Carsten Szczepanski: Nein. Ich hatte auch - - Also, man hat sich mit den „Vandalen“ - - Die hat man mal gesehen irgendwo, auf Veranstaltungen oder so, aber ich war da jetzt nicht so tief in der Materie drin.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Welche Erinnerung haben Sie an die NSF in Schweden?

Zeuge Carsten Szczepanski: An die NSF in Schweden? Ich meine, dass das so eine Art - im weitesten Sinne - Schwesterorganisation zu „Combat 18“ war, dass dort sich Leute gesammelt hatten, die halt der extremen Rechten angehört haben, und dass es relativ deckungsgleich mit der „Blood & Honour“- und Skinhead-Szene in Schweden war.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie kam es denn zu den Kontakten zwischen diesen schwedischen Rechtsterroristen und den Rechtsextremen aus Königs Wusterhausen und Mittenwalde, dass die so zusammenstießen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, es gab damals eine Band, die hieß „Storm“, und die hat auf „Blood & Honour“-Konzerten gespielt. Und über diese Konzerte kam dann auch ein Kontakt zustande, der dann auch in der Folge gepflegt worden ist.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie hatten auch Kontakt zu dieser Gruppierung, ne?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie kam das zustande?

Zeuge Carsten Szczepanski: Auch über den Sänger der Band damals.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): „Storm“.

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. Sie haben mit denen - - Wann ist denn dieser Kontakt zustande gekommen?

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

Zeuge Carsten Szczepanski: Oje. Also mit Jahreszahlen - haben wir ja festgestellt - habe ich es ja nicht mehr so. - Ich könnte es jetzt an keinem Datum festmachen. Ich meine, persönlich habe ich drei Konzerte von der Band gesehen; aber wann das war, weiß ich nicht mehr.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber Sie haben da auch bei denen in Schweden -

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau, wir haben -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - mal eine Party mitgemacht, oder?

Zeuge Carsten Szczepanski: - die auch besucht. Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Auf wessen Einladung? Wie kam das zustande?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich weiß den Namen vom Sänger - - Ich meine, K. hieß der. Der hatte damals die Einladung ausgesprochen. Und: Ja, klar, nach Schweden nimmt man das natürlich gerne an.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Klar. - Mit wem sind Sie da hingereist?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, mit Herrn Henning K. (P.) und dessen Freundin damals. Und es war noch ein weiterer Brandenburger dabei, aber da weiß ich den Namen nicht mehr; war auch aus der Skinhead-Szene.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Es war ja ziemlich nach Ihrer Entlassung.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, ja. Ich meine, das war um Silvester rum.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also waren Sie ziemlich zackig wieder in der Szene drin und auf Reisen.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Welche Erinnerungen haben Sie an die „National-Revolutionären Zellen“?

Zeuge Carsten Szczepanski: An die „National-Revolutionären Zellen“? Könnte ich jetzt so aus der Erinnerung auch nicht mehr zuordnen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Es geht nämlich noch mal um diesen Anschlag auf das Lokal „Pesthund“; ich springe noch mal zurück. Da wurde diese Gruppe von Personen, die ich Ihnen benannt habe, deren Anschlag verhindert worden ist, genau so betitelt: „National-Revolutionäre Zellen“.

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, ich meine - - Ich kann es mir, ehrlich gesagt, nicht vorstellen, gerade bei Herrn Ralf L., ob der sich so einen Namen gegeben hätte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Warum nicht?

Zeuge Carsten Szczepanski: Weil Herr Ralf L. eigentlich auch mehr so aus dieser ganzen Skinhead-Ecke stammte und das doch eher so nach einer rein politischen Gruppierung klingt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das erklären Sie mir mal genauer. Also - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, es klingt eher so, als wenn - - Oder ich fange mal anders an: Die Skinhead-Szene war ja nicht bis ins Mark durchpolitisiert in dem Sinne. Die Leute haben damals schon Wert darauf gelegt, sich auch von - in Führungsstrichen - „Politaffen“ zu unterscheiden und sich zu distanzieren. Und den Namen, den Sie mir da gerade vorgelesen haben - - Also, hätten Sie mich gefragt, ob das zu Ralf L. passt, hätte ich wahrscheinlich „Nein“ geantwortet.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Na gut. - Dann würde ich Ihnen mal einen „Tagesspiegel“-Artikel vom 20.06.2000 von Herrn Jansen vorlesen; vielleicht können Sie mir dann erklären, wer dahintersteckt.

„Mit einem Anschlag auf das ‚Pesthund‘-Lokal wollten die Neonazis ein Fanal setzen: In der ‚Reichshauptstadt‘ hätte der bewaffnete Kampf begonnen. Die Beinahe-Attentäter werden nämlich von Sicherheitsexperten der Gruppierung ‚National-Revolutionäre Zellen‘ zugerechnet, die im Mai 1999 in einem ‚Interview aus dem Untergrund‘ terroristische Aktionen angekündigt hatte. [...]

Den harten Kern der ‚National-Revolutionären Zellen‘ bilden nach Informationen des Tagesspiegels drei Berliner Neonazis und zwei Brandenburger aus dem nahen Königs Wusterhausen. Ein dort lebender Rechtsextremist, der zumindest zum Umfeld der ‚Zellen‘ gezählt werden muss, wurde jetzt im Mai verhaftet. Der Mann wollte von einem Mitglied der Berliner Neonazi-Gruppe ‚Vandalen‘ ein halbautomatisches Gewehr kaufen. [...]

[...] Bei einer Durchsuchungsaktion fanden Polizei und Staatsanwaltschaft in einem Keller eine Rohrbombe. Sie sollte, so glauben die Strafverfolgungsbehörden, ebenfalls als Vergeltung für die Brandanschläge auf Wagen von Königs Wusterhausener Rechtsextremisten gezündet werden - unter dem Auto eines Linken.“

Zeuge Carsten Szczepanski: Na ja, wie ich letztes Mal ja schon sagte: Bei Rohrbomben denke ich persönlich immer an Herrn G., Nick G.. Aber ob da wirklich eine Struktur hinter diesen fünf Personen stand oder die sich den Namen jetzt einfach so gegeben haben - keine Ahnung.

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Geht mir ähnlich bei diesen Rohrbomben; natürlich denken wir dann alle an Nick G.. Aber wir fragen uns jetzt schon, was Sie glauben, wer hinter den anderen Personen steht.

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, ich weiß es halt nur von Ralf. L. Wer da von den Berlinern dabei war, kann ich - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was wissen Sie von Ralf L.?

Zeuge Carsten Szczepanski: Dass er das Gewehr kaufen wollte. - Aber wer da aus Berlin jetzt noch involviert war - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Na, wir wundern uns so ein bisschen. Sie haben ja relativ dezidiert über diese Personen auch berichtet, aber der Begriff „National-Revolutionäre Zellen“ kommt gar nicht vor; aber es gibt Terroristen, die aus dem Untergrund in einem Fanzine mit diesem Begriff arbeiten.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, aber ich könnte mir vorstellen, dass es diesen Begriff, wenn der in der Szene selber so verwendet worden ist - - einfach so, ich will nicht sagen, zur Tarnung, aber um die Sache vielleicht größer darzustellen, gewählt worden ist. Also, ich habe ihn, wie gesagt, überhaupt gar nicht in Erinnerung.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. Also, Sie haben den nicht - - Sie können sich nicht erinnern, Sie haben ihn nicht gehört, sage ich mal, und Sie waren auch nicht Mitglied.

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. - Dann würde ich erst mal weitergeben. Danke schön.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann wechselt das Fragerecht zur CDU-Fraktion. Herr Lakenmacher, bitte schön.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Vielen Dank. - Ich möchte noch mal zurückkommen auf dieses Selbstanbieten beim Verfassungsschutz. Sie haben hier in Ihrer ersten Vernehmung gesagt, dass Sie dem Verfassungsschutz zunächst so aus Langeweile geschrieben hätten und dass Sie sich dann später angeboten haben, zusammenzuarbeiten, weil Sie einen endgültigen Bruch mit der Szene wollten. Können Sie noch mal beschreiben, wie es zu diesem Stimmungsumschwung kam, also von der Langeweile dann bis hin zum endgültigen Bruch und zur Selbstanbietung? Was war so der Auslöser, der Anlass?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, man hat natürlich in seiner Haftzeit sehr viel Zeit, nachzudenken. Dazu kamen dann halt die Umstände, dass meine damalige Lebensgefährtin quasi mit einem Kameraden aus der Szene fremdgegangen ist, dann eine neue Beziehung aufgebaut hat. Und es gab dann noch zwei Aussagen gegen

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

mich aus der Szene von Leuten, die versucht haben, eben ihre eigene Verantwortung quasi abzuschieben. All dies war dann halt irgendwann so das Komplettpaket.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): War diese Inkenntnissetzung des Fremdgehens der Freundin nicht erst 95?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das war in der Untersuchungshaft in Königs Wusterhausen.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Zu dem Zeitpunkt hatten Sie das erfahren.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Okay. - Sie sagten:

„Ich habe mich an dem Zeitpunkt an den Verfassungsschutz gewandt, als für mich klar war, dass ich aus dieser ganzen Szene aussteigen will.“¹

Also, diese Klarheit kam aufgrund der eben geschilderten Umstände zustande.

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau, die Umstände, dass man halt über seine Taten und sein Tun nachdenkt und dann auch - also für mich war das zumindest so - irgendwann zu dem Schlusspunkt kommt, dass das Opfer auch hätte sterben können in dem Augenblick. Und das war so für mich der Punkt, wo ich gesagt habe, das geht halt zu weit, viel zu weit.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Wenn ich es richtig rekapituliere, dann war also dieser Meinungsumschwung bzw. diese Klarheit, die Sie dann gefunden haben, endgültig auszusteigen - - das vollzog sich dann alles so im Zeitraum von vier Wochen.

Zeuge Carsten Szczepanski: Kann ich jetzt so nicht sagen, ob es vier Wochen waren. Aber es kam dann schon relativ Schlag auf Schlag, ja.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Was ich mich oft frage: wieso Sie dann weiterhin, ich sage mal, doch so tief in der Szene geblieben sind. Sie sagten zwar, dass Sie Informationen für den Verfassungsschutz beschaffen wollten, aber wäre es für eine Lösung aus der Szene nicht ebenso vertretbar gewesen, sage ich mal, oberflächlich in der Szene zu bleiben? Weil Sie sind ja doch tief dringeblichen, sage ich mal.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, ist eine gute Frage. - Ja, schon. Klar.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Weil je tiefer Sie drinblieben, je höher war ja letztlich auch die Gefährdungslage für Sie.

¹ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: Protokoll der 27. Sitzung (nichtöffentlich/öffentlich) des UA 6/1 vom 11.06.2018, Seite 49.

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

Zeuge Carsten Szczepanski: Je höher waren die Gefährdungslage und auch mein Bestreben, das möglichst nicht an mich ranzulassen, also für mich selber. Klar, war auch schwierig. Eigentlich wollte man mit den Leuten und Menschen nichts zu tun haben. Aber wie ich es ja schon gesagt habe: Man hat halt oder ich habe halt versucht, Dinge wiedergutzumachen, auch wenn man das natürlich im Nachhinein nicht miteinander aufrechnen kann.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Also, diese weiterhin doch tiefe Verwurzelung auch deshalb, weil Sie sagten, Sie wollen eine hohe Qualität an Informationen liefern?

Zeuge Carsten Szczepanski: Schon, ja.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Ja. - Ich kann mir jetzt auch vorstellen, dass die Situation der Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz nach Ihrer Haftentlassung in gewisser Weise schwieriger wurde. Sie hatten plötzlich mehr Möglichkeiten, in der Szene aktiv zu sein, möglicherweise auch eben die Verpflichtung durch den Verfassungsschutz, in der Szene aktiv zu sein. Wie sind Sie dann mit dem Umstand umgegangen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Mit dem Umstand, dass ich noch immer in der Szene war, obwohl ich eigentlich von der Szene nichts mehr wissen wollte?

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Genau, also mit dieser Ambivalenz sozusagen.

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, ich habe es für mich persönlich als reinen Job dann abgetan.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Ein reiner Job. Aber von der Motivation her und der Ideologie her, da hatten Sie sich komplett verabschiedet. Kann man das so sagen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, schon. Doch, doch. Auf jeden Fall. Meine Motivation war halt, wie gesagt - - Ja, jetzt klingt das vielleicht blöd, wenn man sagt, man wollte vielleicht möglichst Schaden verhindern oder der Szene schaden; aber dieser Wiedergutmachungsgedanke, den hatte ich da schon noch. Also, es war für mich jetzt nicht die Frage: „Ich bin aus der Haft raus, und jetzt hat es sich für mich erledigt; das war's.“ Die Frage habe ich mir eigentlich nicht gestellt, nee.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Und wie stelle ich mir das dann nach der Haftentlassung vor? Also, Sie konnten ja nicht immer zeitnah oder vorab irgendwelche Aktionen mit dem Verfassungsschutz absprechen. Inwieweit haben Sie sozusagen - als dann doch in der Szene verblieben - autonom agiert mit dem Motiv, Informationen zu erlangen und dann weiterzugeben? Und wie war das für Sie innerlich? Weil letztlich: Die Motivation aufgrund einer Ideologie bestand ja nicht mehr.

Zeuge Carsten Szczepanski: Richtig. Es war - -

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Aber das stelle ich mir einfach schwierig vor. Ich will es einfach versuchen zu verstehen.

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, wenn man das als Job oder Aufgabe betrachtet, dann war es sicherlich ein schwieriger Job - auf jeden Fall. Die Frage, wie autonom das war, kann ich jetzt natürlich nach all den Jahren nur schwer auseinanderklamüsern. Es war halt so, dass ich alles, was irgendwie im Zusammenhang mit der rechten Szene war, jeden Schnipsel, jede Info, quasi gespeichert habe, abgeliefert habe und danach für mich dann auch gelöscht habe - also aus dem Kopf auch gelöscht habe.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Also, Sie haben schon jede Information, die da so bei Ihnen landete, auch nachträglich dann weitergegeben.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, definitiv.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Uns liegt ein Antrag des Verfassungsschutzchefs vom 15. Mai 2000 vor, auch Ihre Verfassungsschutz-Handynummer - ich nenne es mal so - in eine G-10-Maßnahme aufzunehmen, Sie das Handy weisungswidrig auch zu konspirativen Gesprächen mit Angehörigen der rechten Szene - - zu nutzen. Können Sie beschreiben: Warum haben Sie Ihr - ich nenne es jetzt mal - Diensthandy dann auch innerhalb der Szene genutzt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, das war mein einziges Handy, was ich hatte. Das stand gar nicht zur Frage.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Also, das haben die vorher auch schon immer getan.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, ja.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Also, es war letztlich selbstverständlich. Das war Geschäftsgrundlage.

Zeuge Carsten Szczepanski: Sozusagen ja. Geschäftsgrundlage.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Ja, okay.

Zeuge Carsten Szczepanski: Da gab es jetzt keinen Grund, das irgendwie nicht zu nutzen.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Okay. - Weiter heißt es in der Antragsbegründung, es bestünden Anhaltspunkte, dass Sie über diesen Anschluss auch Ziele der rechtsextremistischen Szene verfolgen, die über Ihren Auftrag, also den Auftrag des Verfassungsschutzes, hinausgingen. Was könnte damit gemeint sein? Also, das ist jetzt so die Information, die wir aus den Akten haben.

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, es gab keinen klaren Auftrag. Es gab gelegentlich Bitten oder Nachfragen, wo es dann hieß: „Kennst du die und die Gruppe? Ist es

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

möglich, da irgendwie mal eine Info einzuholen?“, oder so; das gab es. Aber dass ich jetzt während der ganzen Zeit einen klaren Auftrag hatte, das gab es so nicht. Nein.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Aber es gab so Einzelaufträge.

Zeuge Carsten Szczepanski: Sozusagen, ja.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Können Sie sich an einen erinnern, um mal so ein Beispiel zu nennen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja. Es ging einmal um eine neugegründete Kameradschaft im Norden von Brandenburg, die wohl interessant gewesen war, wo ich aber keinerlei Kontakte irgendwie hatte und auch sonst niemanden, der da irgendwie jemanden kannte. Das ist dann in der Folge aber auch so hingenommen worden, akzeptiert worden.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Können Sie sich noch an weitere Einzelaufträge erinnern?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja. Einmal ging es um die Fußballmannschaft, diese „United Skins Königs Wusterhausen“. Da kamen einmal Nachfragen, zum Beispiel wer da jetzt mitspielt, ob es ein reiner Freizeitverein ist oder ob das auch alles politisch ist. Was damals halt interessant war, war der NPD-Stützpunkt von Herrn Go. zum Beispiel. - Das waren so einige Sachen.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Und war es ein politischer Fußballverein, wenn man so will?

Zeuge Carsten Szczepanski: Eigentlich nicht, nein.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Okay.

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, es waren Leute, die politisch aktiv waren, zusammen mit Leuten aus der Skinhead-Szene und der örtlichen Dorf-Fußball-Szene; aber es war jetzt kein reiner Politverein.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Wollte gegen die überhaupt jemand spielen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Doch, doch. Es gab durchaus Turniere, ja.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Okay. - Für die erste Fragerunde: Danke.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann geht das Fragerecht zur Fraktion der Linken. Herr Dr. Schöneburg, bitte.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ich springe jetzt mal. Es ist so, dass wir jetzt nur ein paar Nachfragen noch mal haben, die thematisch nicht unbedingt immer zusammenhängen.

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

Sie haben uns das letzte Mal geschildert, dass Sie in Brandenburg in der Haft auch zusammen saßen mit Maike F., -

Zeuge Carsten Szczepanski: Mhm.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - und Sie hatten uns geschildert, dass er dort den „Weissen Wolf“ produziert hat. Haben Sie sich mal mit ihm oder mit anderen unterhalten über den Tod seines Bruders, A.F., -

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - in der Nacht vom 19. zum 20. Februar 1999 in Rostock?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, gar nicht.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Gar nicht?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nein.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Wissen Sie etwas über den Tod von dem Bruder?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich wusste, ehrlich gesagt, nicht mal, dass er einen Bruder hat - oder hatte.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Nach den Akten haben Sie sich mit J.-W.K. sogar darüber unterhalten.

Zeuge Carsten Szczepanski: Wüsste ich jetzt nicht mehr zu sagen. Also, an Herrn J.-W.K. erinnere ich mich natürlich. Aber dass Herr M.F. einen Bruder hatte, der verstorben ist? Nee, wüsste ich jetzt nicht.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Er soll Opfer einer Messerstecherei in einer Disko in Rostock gewesen sein.

Zeuge Carsten Szczepanski: Okay.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Es gab sogar eine Traueranzeige im „Weissen Wolf“.

Zeuge Carsten Szczepanski: Wüsste ich jetzt nicht mehr, nee.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Gut. - Was können Sie zu Ihrer HNG-Zusammenarbeit mit Silvia E. (F.) sagen?

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

Zeuge Carsten Szczepanski: Silvia E. (F.) war so eine Art Gebietsbeauftragte, meine ich, damals für die HNG, hat mich in der Haft auch mehrfach besucht, auch Herrn Fischer und, ich meine, Herrn D. und Herrn J.-W./K. damals auch. Sie ist später dann mit Herrn Fischer, meine ich, zusammengekommen.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Wissen Sie, warum - - War sie beteiligt gewesen an der Produktion des „Weissen Wolfes“?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine nicht, nein. Ich meine nicht.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Und wissen Sie, warum der Maik F. die Produktion am „Weissen Wolf“ aufgegeben hat?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, das weiß ich leider nicht.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Haben Sie mal gehört, dass die beiden frustriert gewesen sind, dass es sozusagen nur so eine „spaßhafte“ rechte Szene in Brandenburg gegeben hat und dass sie richtige Dinge machen wollten?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, Herr Maik F. war auf jeden Fall, wenn man das so sagen darf, ernsthaft an der Sache. Dem hätte ich wahrscheinlich so einen Organisationsnamen, wie wir vorhin gehört haben, eher zugetraut. Er war auf jeden Fall niemand, der so rein aus der Proll-, Sauf-, Skinhead-Ecke kam. Und Frau Silvia E. (F.) - durch ihre HNG-Mitgliedschaft - war auch eher ernsthaft dabei, ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Hat diese Ernsthaftigkeit etwas zu tun mit ihrem Umzug nach Nürnberg 2001?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das weiß ich nicht, nee. Mein letzter Stand war, dass Frau Silvia E. (F.) nach Königs Wusterhausen gezogen ist, zu Herrn Maik F.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Haben Sie mal den neuen Herausgeber des „Weissen Wolfes“, David Petereit, kennengelernt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Sagt mir jetzt so nichts, nein.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Also da haben Sie überhaupt keine Erinnerung daran.

Zeuge Carsten Szczepanski: Der Name sagt mir jetzt nichts.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Weil unter seiner Herausgeberschaft ist ja dann diese Danksagung an den NSU, Heft 1/2002, erschienen mit dem Wortlaut: „Vielen Dank an den NSU, es hat Früchte getragen. Der Kampf geht weiter!“ Da ist Ihnen aber nichts bekannt.

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee.

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Haben Sie nach Ihrer Haftentlassung 1999 Konzerte in Mecklenburg-Vorpommern organisiert?

Zeuge Carsten Szczepanski: In Mecklenburg-Vorpommern? Nee.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Gut. - Dann gebe ich an meine Kollegin weiter.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Danke schön. - Ich habe noch ein paar Nachfragen zu dem, was wir vorhin in der Fragerunde mit Frau Gossmann-Reetz gehört haben. Und zwar haben Sie vorhin die Band „Storm“ erwähnt und dass Sie die dreimal auf Konzerten gesehen haben. Können Sie sich noch erinnern, wo Sie die gesehen haben?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, es war einmal in Sachsen - das war ein „Blood & Honour“-Konzert -, zusammen mit einer amerikanischen Band. Dann war es zweimal im Süden von Berlin, in Brandenburg.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Haben Sie noch Erinnerungen an das Konzert in Sachsen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Dunkel. Es war sehr gut besucht, was vielleicht, wenn ich das jetzt, nach all den Jahren, schätzen müsste, 500 Leute waren. Ich meine, es lag schon Schnee, weil wir über die Autobahn wirklich im Schrittempo gefahren sind. Und „Storm“ war eine der Opener-Bands.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Kann es sein, dass es ein Ian-Stuart-Donaldson-Gedenkkonzert gewesen ist?

Zeuge Carsten Szczepanski: Möglich. Aber mit Sicherheit weiß ich es nicht mehr.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Sie haben gerade Schnee erwähnt. Das passt nicht so ganz, weil das Konzert, das wir gefunden haben, was in Sachsen stattgefunden hat und bei dem „Storm“ gespielt hat, war am 26.09.1998.

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, ich weiß noch, dass „Max Resist“ dabei waren, als Hauptband, und noch eine zweite amerikanische Band; ich meine, das waren „Blue Eyed Devils“. Und ich meine, es lag Schnee.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Können Sie sich daran erinnern, was Sie vorher gemacht haben, vor dem Konzert?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Weil: Vor dem Konzert, was ich meine, gab es eine Auseinandersetzung in Potsdam, bei der Sie auch dabei waren. Und zwar waren „Storm“ mit hier in Potsdam bei den sogenannten „Langen Kerls“, und im Rahmen dessen soll Christian W. verhaftet worden sein.

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich kann mich daran erinnern, dass wir in Potsdam waren und die Schweden auch dabei waren. Aber ich meine, da hat tatsächlich die Sonne geschienen.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay. Aber es könnte auch sein, dass es dementsprechend ein anderes Datum gewesen ist.

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, würde ich jetzt davon ausgehen, ja.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Weil: Das Konzert, was ich meine, am 26.09., war, wie gesagt, das Ian-Stuart-Donaldson-Gedenkkonzert und soll in Munzig stattgefunden haben.

Zeuge Carsten Szczepanski: Wer hat da noch gespielt?

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Wir gucken ganz kurz nach.

(Abgeordnete Vandre [DIE LINKE] und ein Fraktionsmitarbeiter suchen auf einem Notebook.)

Stellen wir zurück und machen wir gleich noch mal.

Dann frage ich erst mal allgemein zu „Strom“ weiter. Sie haben vorhin den Sänger der Band erwähnt. Mich würde interessieren, wie Sie - - Sie haben ja gesagt, dass Sie Silvester 99/2000 in Schweden waren und sich daran erinnern können, dass Henning K. (P.) dabei gewesen ist. War Jan Werner auch dabei?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich mag es nicht mit Bestimmtheit sagen. Möglich wäre es. Es waren etliche Deutsche dabei, aber auch Norweger und Dänen. Also: schwierig.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Weil das war doch das Label von Jan Werner, also „Movement Records“, das „Storm“ regelmäßig eingeladen hat, oder?

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Wir haben jetzt die Bands rausgefunden, die in Munzig gespielt haben. Das war, wie gerade schon gesagt - oder wie Sie auch richtig gesagt haben -, „Max Resist“, und es war noch eine italienische Band mit dem Namen „Gesta Bellica“, außerdem „Senfheads“ und noch eine Nachwuchsband aus Italien. Und es waren circa 500 Zuschauer anwesend - laut Ihren Ausführungen damals.

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, die Menge würde passen. Aber italienische Bands hätte ich jetzt da nicht in Erinnerung gehabt.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay. Aber Sie haben ja gesagt: Das war auch ein Konzert von „Blood & Honour“.

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

Zeuge Carsten Szczepanski: Mhm.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Was ja auch naheliegend ist, wenn „Storm“ von „Movement Records“ eingeladen wurde. Können Sie sich daran erinnern, wie die Arbeitsteilung bei solchen Konzerten vonstattenging? Gab es Leute, die regelmäßig die gleichen Aufgaben erfüllt haben?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, aus meiner Erinnerung heraus hatte da Herr Werner absolut das Heft in der Hand. Wie sehr er da Aufgaben delegiert hat? Schwierig zu sagen. Herr Starke war halt damals auch noch mit involviert. Ich meine, der hat teilweise die Security mit eingeteilt. Aber ich glaube schon, dass Herr Werner - - Also, ich würde sagen, dass Herr Werner da der absolute Chef war.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Also, es gab jetzt keine regelmäßigen oder immer wiederkehrenden, gleichen Personenkreise, die zum Beispiel auch für Getränke zuständig waren.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ach so. Nee, das weiß ich nicht. Keine Ahnung.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Oder an der Kasse saßen.

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, das hat abgewechselt. Gerade so die Kassenleute, das waren nicht die gleichen.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Können Sie sich noch erinnern, wer in Munzig an der Kasse gegessen hat?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee. Wie gesagt, ich kann mich nicht mal dran erinnern, dass italienische Bands da gespielt haben.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Vielleicht noch ein anderer Hinweis: Es war ursprünglich angekündigt, dass das Konzert in der Nähe von Chemnitz stattfinden sollte. Dann hat es aber, wie gesagt, in Munzig, das heißt also eher in der Nähe von Dresden, stattgefunden.

Zeuge Carsten Szczepanski: Weiß ich nicht mehr.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Keine Erinnerung?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee. Also, ich meine, das war auf so einem Dorf. Und die Location, das war, meine ich, ein weißes, älteres Haus, so ein Bürgerhaus oder so. Aber das ist auch alles echt lange her.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Vielleicht hilft Ihnen das noch in der Erinnerung: Wir wissen, dass auf jeden Fall Henning K. (P.), Jan Werner, Thomas Starke, Antje P., Andreas G., Uwe Menzel, M. R., „Furchi“, Nico und „Laschi“ dabei gewesen sein sollen. Auffällig ist - verständlicherweise -: Christian W. war nicht da aufgrund dessen, dass er, wie gesagt, vorher in Potsdam in Gewahrsam genommen worden war.

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, wie gesagt, schwer zu sagen, ob wir vom gleichen Konzert sprechen.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Es war auf jeden Fall das Konzert, zu dem Sie danach gesagt haben:

„Am Rande des Konzerts erfuhr die Quelle, daß Jan WERNER bei seinen Versuchen, die drei flüchtigen Neonazis aus Thüringen mit Waffen zu versorgen, noch nicht erfolgreich war und die Versuche fortsetzt.“²

Das war genau das Konzert, wo Sie das letzte Mal Informationen zu Jan Werner und der Frage der Waffenbeschaffung geliefert haben.

Zeuge Carsten Szczepanski: Bei diesem Konzert?

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Bei diesem Konzert in Munzig am 26. September 1998.

Zeuge Carsten Szczepanski: Okay. - Ich habe es nicht in Erinnerung, wie gesagt. Also, ich kann mich daran erinnern - - an zwei US-Bands. „Senfheads“? Weiß ich jetzt auch nicht mehr, ob die dabei waren. Der Menzel war auf fast jedem Konzert dabei irgendwie. Das ist jetzt - - In dem Sinne war das auch nichts Besonderes.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Aber auch nicht, dass es ein Ian-Stuart-Donaldson-Gedenkkonzert war.

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, weiß ich echt nicht mehr. Nee.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Das passierte - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Möglich wäre es, klar. Aber - -

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Wodurch zeichneten sich die Ian-Stuart-Donaldson-Gedenkkonzerte denn aus? Gab es da vorher Reden, oder - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, im Prinzip waren es die gleichen Rechtsrockkonzerte, die stattgefunden haben, wie vorher und nachher auch. Offiziell sollte Geld gesammelt werden. Aber da ich meine, dass Ian Stuart Donaldson auch keine Verwandten oder so hatte in dem Sinne, die unterstützt worden sind - - Schwer zu sagen, was dann mit der gesammelten Kohle gemacht worden ist.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Also, es hieß, es soll Geld gesammelt werden, um an ihn zu gedenken.

Zeuge Carsten Szczepanski: Sozusagen, ja.

² Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: Ordner B 4, 2016-12-01 B4- VS NfD, Ordner IIIa, 1998-DBM-Teil 2-Aug-Dez.pdf, Seite 87.

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Mhm. Okay. - Dann würde ich da erst mal einen Punkt machen. Danke.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann geht es weiter mit der Fraktion der Grünen. Frau Nonnemacher, bitte schön.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön, Herr Vorsitzender. - Guten Tag, Herr Szczepanski.

Zeuge Carsten Szczepanski: Guten Tag.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie haben uns ja im Juni hier erzählt, dass Sie sich schon seit sehr langer Zeit die Frage stellen, ob es eine richtige Entscheidung war, für den Verfassungsschutz gearbeitet zu haben. Wenn man sich so Ihre Biografie anguckt, dann gibt es eine ganze Menge schwerwiegender Befunde.

Wenn der Verfassungsschutz Sie nicht dazu bewegt hätte, die Revision gegen das Urteil wegen versuchten Mordes zurückzunehmen, wäre die achtjährige Haftstrafe möglicherweise reduziert worden; diese Ansicht hat hier sogar ein früherer Verfassungsschutzleiter, Dr. Förster, vertreten.

Als es um eine mögliche Entlassung zum Halbstrafenzeitpunkt ging, hat der Verfassungsschutz sich dagegen ausgesprochen, damit Sie sich nicht in der Szene verdächtig machen. Möglicherweise hätten Sie Chancen gehabt, zum Halbstrafenzeitpunkt entlassen zu werden wegen Ihrer Aussagen im Dolgenbrodt-Prozess.

Eine Resozialisierung mit Abkehr von der Szene hat nie stattgefunden. Ganz im Gegenteil: Sie sind immer stärker in die Szene eingesteuert worden.

Nach Ihrer Entlassung aus der Haft hat Ihnen der Verfassungsschutz zu einer Legendierung verholfen mit dem Laden in Königs Wusterhausen. Damit haben Sie praktisch - über die Kontakte zur Szene und mit den Geschäften mit dem Laden - Ihre Existenzgrundlage in der rechtsextremen Szene weiterhin gehabt.

Dann wurden Sie weisungsgemäß an den militanten Rechtsextremisten Nick G. gesteuert. Als der Sie belastet hat, wurden Sie abgeschaltet.

Und dann gab es noch den „Spiegel“-Bericht, der zu Ihrer Enttarnung führte, wo auch zu vermuten ist, dass da doch Informationen auch aus Verfassungsschutzkreisen dahintersteckten.

Wie sehen Sie das in der Gesamtsicht? Hat sich diese Zeit für Sie gelohnt? Wie sind Sie behandelt worden, wenn Sie doch gerade Kollegen Lakenmacher gegenüber wieder bekräftigt haben, dass doch eigentlich Ihr Sich-zur-Verfügung-Stellen damit begründet war, dass Sie aussteigen wollten?

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, die Frage, ob es sich gelohnt hat: Ich weiß nicht, das klingt so - - Die Frage habe ich mir nicht gestellt. Also, ich denke, dass es für mich damals die richtige Entscheidung war, dass es für mich auch die richtige Entscheidung war, die Szene auf diese Art und Weise zu verlassen - mit dem Wissen, dass es kein Zurück mehr geben wird.

Also, „gelohnt“ - - Ich kann zumindest sagen: Ich habe versucht, mein Bestmögliches zu tun, um eben gegen die rechte Szene etwas zu tun, nach meinem Können damals. Aber die Frage, ob es sich „gelohnt“ hat, weiß ich nicht, habe ich mir so nicht gestellt, ehrlich gesagt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich hatte auch eher so gefragt, ob es eine richtige Entscheidung war. Das waren ja Ihre Überlegungen.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, es war die richtige Entscheidung. Ich denke schon.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Obwohl Sie sozusagen, statt rauszukommen, immer tiefer reingeraten sind?

Zeuge Carsten Szczepanski: Na ja, gut. Die Frage war ja: Wenn man Informationen besorgen will, wie bekommt man diese Informationen? Dass man sich da auch in der Szene bewegen muss, um Informationen und Sachen abzufischen oder aufzuklären oder einfach an Infos zu gelangen, das war mir schon klar. Dass die Leute nicht ankommen und sagen: „Wir machen das und das und das“, ist ja logisch.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber ich hatte ja jetzt mehrere Beispiele genannt, zum Beispiel den zurückgezogenen Revisionsantrag oder die Frage mit der Halbstrafenentlassung. Da kann man ja sagen: Es hat sich für Sie ja eigentlich eher negativ ausgewirkt, dass Sie für den Verfassungsschutz tätig waren. Als einfacher Häftling hätten Sie ja durchaus Chancen auf so was haben können.

Zeuge Carsten Szczepanski: Na ja, also, ich meine, die Zahl der Revisionen, die in Deutschland wirklich Aussicht auf Erfolg haben, ist ja verschwindend gering. Das sind ja nur wenige Prozente. Von daher wäre das jetzt Spekulation, zu sagen: Hätte man es noch durchlaufen lassen - - Ich war auch heilfroh, aus der U-Haft rauszukommen und dann in Strafhaft zu sein. Das war auch - - Also, von der JVA Cottbus in die JVA Brandenburg, da waren schon Welten dazwischen, allein von der Größe der Zellen zum Beispiel, von der Struktur der JVA. Von daher: Ja, ich würde schon sagen, die Entscheidung war die richtige.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aha. Gut. - Dann hätte ich noch ein paar andere Fragen, unter anderem zu dem Verfassungsschutzpostfach. Ihr V-Mann-Führer, den wir hier unter dem Arbeitsnamen „Dieter Borchert“ kennen, hatte für Sie ein Postfach in der JVA Brandenburg an der Havel angelegt. Sie haben dieses Postfach beispielsweise im englischen Szenemagazin „The Order“ als Kontaktadresse der „Anti-Antifa Brandenburg“ beworben. Was machte die Anti-Antifa in Brandenburg?

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, ich meine, dass das Postfach nicht in der JVA war, sondern in der Stadt Brandenburg.

Die Anti-Antifa war damals ein Schlagwort, um Adressen, Telefonnummern der linken Szene zu sammeln.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wenn jetzt Szeneangehörige Infomaterial von Ihnen haben wollten oder Ähnliches von der Anti-Antifa, haben Sie das dann persönlich verschickt, nachdem Ihnen Ihr V-Mann-Führer die Post gebracht hatte, oder hat auch Ihr V-Mann-Führer Material verschickt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, ein Teil ging über Besucher in der JVA raus und ein Teil auch über Herrn Borchert.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also, er hat das dann verschickt für Sie.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): In Ihrem Auftrag.

(Der Zeuge nickt.)

Wie verhielt sich das mit der Broschüre gegen Wilf Browning? „Drowning Browning“ - das war ja damals der Vertreter von einem der zerstrittenen „Combat-18“-Flügel. Auch sie konnten über Ihr gemeinsames Verfassungsschutzpostfach bestellt werden. Also, diese Broschüre konnte über dieses Postfach bestellt werden. Haben Sie diese Broschüre auf Bestellung verschickt oder auch Ihr V-Mann-Führer?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, das war - - So wie mit der gewöhnlichen Post ging auch das teilweise über normale Besucher in der JVA raus, teilweise auch über Herrn Borchert, ja. Also, es war quasi immer die Frage: Wer kommt als Nächstes?

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. Aber Herr Borchert hat sozusagen diese Broschüre auch verschickt in Ihrem Auftrag -

Zeuge Carsten Szczepanski: Auch, ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - oder hat die selbst verschickt. - Wie habe ich mir das vorzustellen, wenn Sie sagen: „Das ging über Besucher raus“? Also, Sie hatten dann Exemplare vorrätig, die Sie Besuchern zustecken konnten? Vielleicht können Sie noch mal schildern, wie Sie denen das Material dann mitgegeben haben.

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, in der Regel hatte ich Briefpost immer in meinem Aktenordner einsortiert, Aktenordner mit eben meinen Unterlagen zu der Inhaftierung damals. Und, ja, ich konnte die dann ganz normal übergeben. Es gab ja - hatten wir ja schon drüber gesprochen - einmal die recht privaten Besuchszimmer und einmal diesen großen Besucherraum. Also, ich hatte nie den Eindruck, dass da wirklich streng kontrolliert wird.

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut, also Sie hatten sozusagen Broschüren auch in Ihrer Zelle vorrätig, die Sie dann im Besucherraum übergeben konnten.

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wissen Sie noch, ob Ihr V-Mann-Führer analog zum Postamt auch Ihr Handy ausgewertet hat, während Sie in Haft waren, also die SMS, die dort eingegangen sind?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, er hat es nicht gesagt. Aber ich bin natürlich schon davon ausgegangen, dass dieses Diensthandy halt auch ausgewertet wird, klar. Also, ich für mich selber bin davon ausgegangen, dass ich da nicht wirklich privat mit bin.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Obwohl wir vorhin gehört haben, dass Sie nur eines hatten -

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - und das für alle Anrufe genutzt haben. Also, das war Ihnen klar: -

Zeuge Carsten Szczepanski: Schon.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - Da guckt immer einer mit oder hört mit.

Zeuge Carsten Szczepanski: Na ja, also, dass die Wahrscheinlichkeit nicht gerade gering ist, ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Das Verfassungsschutzpostfach in Brandenburg haben Sie auch als Kontaktadresse für das „National Socialist Movement“ in Deutschland beworben. War diesbezüglich in die Kontaktpflege zu Interessenten auch Ihr V-Mann-Führer eingebunden?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ob er eingebunden war -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja. Also, wir haben - -

Zeuge Carsten Szczepanski: - in die Kontaktpflege?

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Na ja, wenn Anfragen kamen sozusagen, Bitten um Material oder Bitten um Antworten.

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, ich meine, speziell auf diese NSM-Geschichte gab es, glaube ich, eine oder zwei Anfragen von Leuten. Das war so unbedeutend eigentlich. In Großbritannien war das quasi die Abspaltung von „Combat 18“. Also, selbst in Großbritannien war das eigentlich keine Organisation. Das waren die beiden

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

Sargent-Brüder, die das dann - - diesen Namen genutzt haben - wahrscheinlich ähnlich wie diesen Namen mit den Zellen -, um halt sich möglichst groß darzustellen. Also, dass da wirklich Organisationsstrukturen hinter standen, habe ich so nicht festgestellt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut, aber die wenigen Anfragen und Wünsche nach Informationen, sind die auch von Herrn Borchert dann beantwortet worden?

Zeuge Carsten Szczepanski: Na, beantwortet worden eher nicht. Es kann natürlich sein, dass er in dem speziellen Fall die Briefpost mit rausgenommen hat. Aber es ist mir jetzt unmöglich, zu sagen, wer welchen Brief mit rausgetragen hat und wo der hinging. Also - -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gab es außer Ihnen, Herr Szczepanski, noch weitere Kontaktpersonen des deutschen Ablegers des „National Socialist Movement“, oder war das Ihr alleiniges Projekt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Na ja, wie gesagt, ich hatte Kontakt zu den beiden Sargent-Brüdern, und ansonsten steckte da nichts dahinter.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also, Ihnen ist nicht bekannt, dass in Deutschland sonst noch eine -

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - weitere Kontaktperson -

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, nee.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - vorhanden war?

Sie haben uns hier am 11. Juni erzählt, dass Sie Ihre Informantentätigkeit irgendwann als Job angesehen hätten. Ich kann das mal zitieren, da steht: „Ich habe es später als Job betrachtet.“³ Das haben Sie ja heute auch mehrfach so bestätigt oder so auch diesen Ausdruck verwandt.

Könnten Sie das noch mal ein bisschen näher ausführen? Wie viel Zeit hat dieser Job in Anspruch genommen, und wie wichtig war der Job zur Finanzierung Ihres Lebensunterhaltes?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meinte das mit „Job“ eher in Hinsicht auf die Tatsache, dass ich Kontakte zu Menschen gepflegt habe, mit denen ich eigentlich - - mit denen ich nichts zu tun haben wollte, ohne „eigentlich“, und das versucht habe aus einer Job-Perspektive zu sehen.

³ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: Protokoll der 27. Sitzung (nichtöffentlich/öffentlich) des UA 6/1 vom 11.06.2018, Seite 54.

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

Und wie viel Zeit das in Anspruch genommen hat? Es war ja quasi, na ja, rund um die Uhr, kann man schon fast sagen. Also, wenn irgendwelche Konzerte am Wochenende waren oder irgendwelche Treffen oder so, dann war halt das Wochenende belegt. Also, es war schon sehr zeitintensiv.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja, ich denke, das deckt sich auch mit dem, was wir bei der vorigen Vernehmung auch Ihnen vorgehalten haben, was Sie alles für Termine wahrgenommen haben; das war ja zeitweise ein wirklich extrem straffes Programm.

Trotzdem haben Sie vorhin zu Herrn Kollegen Lakenmacher gesagt, Sie hätten dann ab und zu mal einen Auftrag gehabt. Das ist doch ein gewisser Widerspruch. Auf der einen Seite sagen Sie: „Das war ein Fulltime-Job, ich habe eigentlich die ganze Zeit zu tun gehabt“, auf der anderen Seite sagen Sie: Na ja, so wild war es dann auch wieder nicht.

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, nee, das habe ich vorhin anders gesagt. Ich habe gesagt, dass es vonseiten des Verfassungsschutzes kein eigentliches, übergeordnetes Ziel gab, sondern gelegentlich eben spezielle Nachfragen gekommen sind zu Sachverhalten oder Gruppierungen oder Personen. Das war gelegentlich der Fall. Aber es war schon so, dass alles, was ich irgendwie aufgesaugt habe, eben auch dann weitergegeben worden ist. Und das war eben das Zeitintensive - ob das jetzt ein Konzert war, ein Fußballspiel, ein NPD-Treffen, irgendein Gedenkmarsch oder, oder, oder. Das war ja - - Die Spanne war sehr weit.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Minute bitte, Frau Nonnemacher.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also, Sie haben sozusagen einen Fulltime-Job betrieben, aber es steckte keine systematische Planung durch den Verfassungsschutz dahinter.

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee. Wie gesagt, das beschreibt es ganz gut, ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aha. - Dann hätte ich noch eine letzte Frage; die Zeit neigt sich hier dem Ende zu. - Sie haben am 11. Juni angemerkt, dass Ihre Aussagegenehmigung aus Brandenburg ein bisschen eingeschränkt sei. Können Sie uns beschreiben, worin die Einschränkung besteht bzw. wie Sie die Einschränkung sehen? Oder: Über was - ganz grob thematisch angerissen, ohne Details - können Sie hier nicht sprechen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, ich habe auch heute eine Aussagegenehmigung. Ich weiß jetzt nicht: Darf ich die vorlesen, oder - -

(Zuruf eines Vertreters der Landesregierung: Die liegt dem Ausschuss vor!)

- Ach so, okay.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

Also, es geht zum einen - ich muss mal eben schauen - um die Wahrung meiner Identität natürlich.

„Angaben zu Sachverhalten, die in der Zusammenarbeit mit der Verfassungsschutzbehörde gewonnene Erkenntnisse betreffen und deren grundsätzliche Arbeitsweise offenlegen würden, dürfen nur in nicht öffentlicher bzw. geheimer Sitzung gemacht werden.

Umstände aus dem persönlichen Lebensbereich Dritter [...] sind nur in geheimer Sitzung zulässig.“

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Okay. - Dann gebe ich erst mal ab.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Vielen Dank, Frau Nonnemacher. - Bevor wir in die zweite Fragerunde gehen, habe ich noch mal eine Frage an Sie, Herr Szczepanski, die mich von Anfang an bezüglich Ihrer Person bewegt: Was glauben Sie, wie wäre Ihr Leben verlaufen, wenn es nicht zu dieser Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz gekommen wäre? Sie hätten Ihre Haftzeit entweder voll oder nur zu einem Teil abgesessen, wären entlassen worden. Hätten Sie Ihren Entschluss, sich zu trennen, einfach so umsetzen können, oder hätte es da vielleicht auch Probleme gegeben?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich denke - und das war ja auch mit ein Grund, warum ich mich an den Verfassungsschutz gewandt habe -, der Ausstieg „ohne“ wäre wahrscheinlich schon denkbar und möglich gewesen. Aber ich denke auch heute noch, es wäre sehr viel schwieriger gewesen und hätte aufgrund meiner tiefen Verflechtung und der ganzen Verbindung vielleicht nicht funktioniert oder vielleicht nicht auf Dauer funktioniert. Es ist schwer zu sagen, wie das Leben anders verlaufen wäre. Ich weiß es nicht.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ich wollte da anknüpfen an das, was Herr Lakenmacher gefragt hat. Mir ging es um diese Motivation. Das hat dabei also auch eine Rolle gespielt.

Zeuge Carsten Szczepanski: Definitiv, definitiv. Ich denke auch, dass die Entscheidung, es auf diese Art und Weise zu machen, zumindest für mich die richtige Entscheidung war.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Gut. - Dann geht es jetzt mit der SPD-Fraktion weiter. Frau Gossmann-Reetz, bitte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich würde noch ein paar ergänzende Fragen hinsichtlich eines Themenkomplexes stellen wollen, den wir beim letzten Mal schon angerissen hatten, und zwar zu dem Bereich „Rollkommando/Terrormachine“. Sie haben letztes Mal gesagt, dass es sich hier um den Personenkreis Menzel und „Proissenheads“ handeln würde. Das bestätigen Sie?

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie haben dann auf die Frage von Herrn Lakenmacher dieses „Rollkommando/Terrormachine“ als Security von „Proissenheads“ beschrieben.

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Welche Aufgaben hatten die denn noch? Also, sind die nur bei diesen „Proissenheads“-Konzerten in Erscheinung getreten, oder wie hat sich diese Gruppe noch verstanden?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, das war halt eine Security-Gruppe von den „Proissenheads“ bei Shows, wo die Band aufgetreten ist.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): War das die einzige Funktion dieser Gruppierung?

Zeuge Carsten Szczepanski: Meiner Erinnerung nach ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Weil Sie sagten, dass das Vorbild des „Rollkommando/Terrormachine“ die berühmte „Skrewdriver“-Security war.

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Die haben sich ja schon anders verstanden.

Zeuge Carsten Szczepanski: Jein. Also, die haben auch noch andere Sachen und Aktionen sicherlich gemacht. Aber die „Skrewdriver“-Security stand in erster Linie vor der Bühne, wenn die Band gespielt hat. Dass es da natürlich Personalunion zu „Blood & Honour“ und später „Combat 18“ gab, das ist ja - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie haben sie damals ein bisschen auch dargestellt als eine Gruppe, die auch Sturmkommando-Aktionen auf politische Gegner plant.

Zeuge Carsten Szczepanski: Das habe ich im Juni gesagt?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Nee, damals gegenüber dem Verfassungsschutz, -

Zeuge Carsten Szczepanski: Ach so.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - in Ihren Berichten.

Zeuge Carsten Szczepanski: Weiß ich jetzt nicht mehr, ob ich das - -

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das ist ja schon ein Widerspruch, ob wir es mit einer Security-Gruppe zu tun hatten oder wirklich mit einer, sage ich mal, Terrorgruppierung, die Anschläge plant.

Zeuge Carsten Szczepanski: Aus meiner Erinnerung, heute, habe ich es als Security-Gruppe bei Konzerten in Erinnerung.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, wir wundern uns so ein bisschen, weil auch keiner der Zeugen hinterher sich irgendwie an diesen Begriff „Rollkommando/Terrormachine“ erinnern konnte. Wo ist bei Ihnen, in Ihrer Erinnerung, dieses Label mal aufgetaucht?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, dass die Leute damals entsprechende T-Shirts sogar anhatten.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wissen Sie, wie lange es diese Gruppierung so gab?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, keine Ahnung.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und wer gehörte noch mal dazu?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das Umfeld von Uwe Menzel halt. Aber wer jetzt im Einzelnen - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Können Sie Namen nennen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Weiß ich jetzt natürlich auch nicht mehr.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Können Sie sich noch an jemanden erinnern, der so ein T-Shirt trug?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, dass Christian W. zum Beispiel auch so ein T-Shirt anhatte an einigen Abenden.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Welcher Christian W.?

Zeuge Carsten Szczepanski: Christian W. - Weil das nämlich in dem Augenblick so völlig fehlplatziert wirkte. Er war halt relativ klein, und der Rest der Leute war eher relativ groß.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber dieser Begriff „Rollkommando/Terrormachine“ kam aus dieser Gruppierung, und das haben sie sich selber gegeben. Oder haben Sie sie so bezeichnet?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, die haben sich so benannt damals.

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Dann eine ganz andere Frage: Sie haben, auch beim letzten Mal, erzählt, dass Sie nach Ihrer Enttarnung noch mal in Kontakt mit dem Verfassungs- - Also, auf die Frage von Herrn Lüttmann, ob Sie mit dem Verfassungsschutz in Kontakt standen, haben Sie gesagt: Nee, so gar nicht. - Es gab aber noch mal eine Vernehmung, und da glaubten Sie, durch Mitarbeiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz; aber das wäre schon eine Weile her. Können Sie sich an diese Vernehmung noch erinnern und uns sagen, wann das ungefähr stattgefunden hat?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, wie gesagt, mit Jahreszahlen habe ich es ja nicht so.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Na, war das kurz nach der Enttarnung oder viel später?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das war kurz nach der Enttarnung.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Kurz danach? Also vor der Aufdeckung des NSU.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Und was war noch mal Gegenstand bei dieser Befragung?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das weiß ich heute auch nicht mehr. Ich meine, es gab ein paar allgemeine Fragen. Es ist möglich, dass es auch da noch mal um Herrn Nick G. ging, meine ich. Aber da bin ich mir jetzt auch nicht mehr so sicher. Ich meine auch, dass die Befragung nicht so wahnsinnig lange ging.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gab es nach der Enttarnung des NSU auch noch mal eine Befragung, eine zweite, durch das Bundesamt für Verfassungsschutz?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nein, ich meine nicht, nee.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Nur damals, kurz nach Ihrer Enttarnung, sagen Sie?

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und wurden Ihnen in dem Zusammenhang Vorgaben gemacht, wie Sie sich bei zukünftigen Vernehmungen zu verhalten hätten?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee. Es war - - Also, ich meine - wie gesagt, wenn ich jetzt drüber nachdenke -, dass es um den Nick G. ging und so ein paar allgemeine Fragen zu Königs Wusterhausen. Aber ansonsten - - Also, ich kannte die Leute auch nicht; ich habe die vorher noch nie gesehen.

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie kam es denn zustande? Wie kam es zu dieser Vernehmung?

Zeuge Carsten Szczepanski: Technisch gesehen?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja.

Zeuge Carsten Szczepanski: Na ja, ich war da schon im Zeugenschutzprogramm -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mhm.

Zeuge Carsten Szczepanski: - und wurde dann halt von der Zeugenschutzstelle quasi vorgeladen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Eine gewisse Beeinflussung oder, wie gesagt, Vorgaben für zukünftige Berührungen mit Behörden gab es in dem Zusammenhang nicht.

Zeuge Carsten Szczepanski: Nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ist Ihnen auch noch nicht passiert.

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Eine Nachfrage habe ich noch zu dem, was Sie eben gesagt haben. Sie haben gesagt, Sie hatten durch dieses In-die-Szene-Steuern mit Menschen zu tun, mit denen Sie eigentlich nichts zu tun haben wollten; Sie hätten sich also innerlich gelöst. Wie erklären Sie sich, dass Sie dann noch mal eine Beziehung mit einer NPD-Funktionärin eingegangen sind?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das ist auch eine sehr gute Frage. Also, ich habe die Frau damals kennengelernt auf einem NPD-Treffen, meine ich, einem Kreistreffen. Und ich meine, dass sie damals Kreisschatzmeisterin oder so war. Und, ja - - Erklären kann ich es mir eigentlich so jetzt, im Nachhinein betrachtet, nicht. Das ist halt so passiert.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mhm. Also, für mich klingt das schon noch nach einer bestimmten Nähe zu einer Ideologie, wenn ich mich so einem Menschen nahe fühle und so eine tiefe Beziehung eingehe.

Zeuge Carsten Szczepanski: Das ist ja dann Ihre Ansicht der Dinge. Ich kann - - Also, wie gesagt, für mich war das keine Beziehung, die ich geführt habe, *weil* sie Kreisschatzmeisterin war oder so. Das war völlig losgelöst von dem. Also, es hätte jetzt auch eine neutrale Person sein können oder - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): War es ja nicht.

Zeuge Carsten Szczepanski: War es nicht, richtig.

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie sind schon eine sehr intime und nahe Beziehung eingegangen mit einem Menschen, der einer Ideologie nachhängt, die Sie angeblich abgelehnt haben. Das wäre für mich unvorstellbar, mit so jemandem so zusammenzuleben.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, wie soll ich es beschreiben? Das Gefühl war halt da. Und das war - - Ja, das war halt so. Ich habe in dem Augenblick nicht drüber nachgedacht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Es war ja nicht nur ein Augenblick. Es war ja kein - Entschuldigung! - One-Night-Stand.

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, war es nicht, richtig. Aber ich habe es ausgeblendet. Also, wie gesagt, im Endeffekt hätte es auch ein anderes Parteibuch sein können oder gar kein Parteibuch. Da habe ich mir dann in dem Augenblick keine Gedanken drüber gemacht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Danke erst mal.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Weiter geht es mit der CDU-Fraktion. Herr Lakenmacher, bitte.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Vielen Dank. - Herr Zeuge, Sie sagten zum Thema „National Socialist Movement“ und „Combat 18“ aus, dass Sie dem Thema nicht viel beigemessen hätten. Sie sagten - ich erinnere mich -, es wären vielleicht drei, vier Leute gewesen, die das Ganze unterstützten, und sagten ja auch heute noch mal aus bzw. es wurde deutlich, dass Sie dem nicht viel Bedeutung geben. Sie haben es so ein bisschen heruntergespielt, würde ich sagen.

Ich möchte einen Vorhalt dazu machen, und zwar aus dem „United Skins“-Magazin Nummer 13. Dort schreibt ein Leser in einem Leserbrief - ich zitiere -:

„Das Aufputschen der C18-Problematik tut in einem deutschen Zine nicht not. Aus vielen Gesprächen weiß ich auch, dass dieses Thema immer mehr Kameraden langweilt.“⁴

Zitat Ende. - Das Heft 13 kam frühestens im Dezember 1998 raus. Wenn das alles so bedeutungslos gewesen ist - so wie Sie es in Ihrer letzten Vernehmung als auch heute hier darstellen -, frage ich mich, warum der Verfasser dieses Leserbriefes sich so ausführlich und explizit darüber beschwert und warum dann gerade in diesem Heft 13 die Ausrichtung so stark in Richtung C18 stattfand.

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, der Leser hat ja mit seinem Leserbrief quasi gerade das auch bestätigt, dass es für Deutschland damals eigentlich ausgeblendet werden sollte und dieser interne Streit in England, also in London, nicht relevant ist.

⁴ Anmerkung Stenografischer Dienst: Das Zitat konnte nicht verifiziert werden.

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

Ich denke, dass das auch ein Grund war, warum diese NSM-Sache halt auf wenig bis keine Gegenliebe getroffen ist. Auch in Großbritannien war es dann ja so, dass das ja eingeschlafen ist.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Ich frage Sie ganz direkt: Hatten Sie ein Interesse, sage ich mal, das Thema C18 so ein bisschen auch über das Heft hochzupushen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Hochzupushen nicht. Da Informationen zu bekommen und auf dem aktuellen Stand zu bleiben, natürlich schon, klar.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Na, und auf dem aktuellen Stand zu halten. Also, das Interesse ging ja dann, ich meine, über das Fanzine dahin, die Szene auf dem aktuellen Stand zu halten.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, aber diese Verbreitung hatte das Heft jetzt nicht, dass das wirklich viele Leute erreicht hat oder Massen erreicht hat. Das Thema C18 war damals schon interessant und spannend für viele Leute. Und - - Jetzt habe ich den Faden verloren.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Wir sind bei „Combat 18“.

Zeuge Carsten Szczepanski: Genau. Aber das war jetzt nicht so, dass diese Streitigkeiten in Deutschland wirklich eine Rolle gespielt haben, fand ich. Der Browning, der war auch auf Konzerten in Deutschland. Die Sargents waren auch in Deutschland und haben Leute besucht, Konzerte besucht. Also ich meine, dass das - - Ich will auch nicht sagen, dass es neutral war; es gab schon Leute, die sich für eine Seite entschieden haben. Aber der Großteil der Szene, dem dürfte der Streit wohl eher egal gewesen sein.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Warum haben Sie es dann nicht einfach ignoriert, das Thema „Combat 18“?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also fürs Heft jetzt ignoriert?

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Mhm.

Zeuge Carsten Szczepanski: Weil es schon ein wichtiges Thema war. Und durch die Meinungen - wie von dem Leser damals - war das für mich auch eine Art der Informationsgewinnung, ganz einfach, um zu sehen: Wo stehen die Leute? Interessiert es sie? Sind sie ernsthaft daran interessiert, Strukturen dieser Art zu schaffen? Oder ist das nur ein erweitertes „Blood & Honour“-Szenario? - Also, das war schon Mittel zum Zweck im Endeffekt.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Okay. - Vielen Dank.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Wir machen weiter mit der Fraktion der Linken. Frau Vandre fragt.

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Genau. Ich habe noch drei kleine Nachfragen, und zwar erstens bezüglich des vorhin zitierten „Tagesspiegel“-Artikels. Ich weiß, wir springen jetzt ein bisschen. Aber noch mal kurz zusammengefasst: Es geht um die „National-Revolutionären Zellen“ und um die Frage, inwiefern in Brandenburg und in Berlin genau solche Strukturen gebildet wurden.

Wir sind über einen Punkt gestolpert, und zwar: Nach unseren Akten ist genau an dem Tag, an dem dieser Artikel rauskam, am 20.06.2000 - - wurden Sie von Herrn Giebler und von Ihrem V-Mann-Führer darüber unterrichtet, dass der Kontakt zwischen Ihnen und dem Verfassungsschutz bis zur Klärung des Sachverhaltes mit Nick G. bezüglich der Rohrbombe abgebrochen wird. Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Carsten Szczepanski: Dass der Kontakt von mir -

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Und dem Verfassungsschutz.

Zeuge Carsten Szczepanski: - zum Verfassungsschutz abgebrochen worden ist?

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Genau.

Zeuge Carsten Szczepanski: Temporär?

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Hm?

Zeuge Carsten Szczepanski: Temporär oder endgültig?

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Temporär. Aber später folgte ja dann auch die Auflösung quasi des Verhältnisses, einen Monat später.

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, dass es eine temporäre - - Nee. Also, das ist mir nicht mitgeteilt worden, dass wir temporär irgendwie nicht mehr zusammengearbeitet haben oder den Kontakt abgebrochen haben oder so.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Also, es gab kurz vor der Entpflichtung auch keinen kurzen Kontaktabbruch.

Zeuge Carsten Szczepanski: Nein.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Nicht. Okay. - Die zweite Frage, die ich noch habe, bezieht sich noch mal auf das „Rollkommando/Terrormachine“. Sie haben ja gerade ausgeführt, dass es sich eher um eine „Proissenheads“-Security handelte. Ich würde Ihnen da gerne noch mal ein paar Vorhalte machen aus Ihren Meldungen, und zwar:

Erstens haben Sie darüber berichtet, dass im April 99 ein Arbeitstreffen stattgefunden hat - mit beteiligt: Uwe Menzel, P.K., Ralf L., I. S-, Henning K. (/P.), H.. Es wurden unter anderem Aktionen gegen Antifaschistinnen besprochen.

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

Dann gab es auch Aktionen, Übergriffe, und zwar am 1. Mai, auf „Brandenburg Süd“, und zwar auf einen Block von Linken, und dann auch noch später, am 11. Mai, Auseinandersetzungen mit Ausländern, als Ausländer gesehenen Personen, beim Fußballspiel BFC Berlin - Türkspor. - Können Sie sich daran erinnern, dass Sie darüber berichtet haben?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, nicht im Einzelnen. Es könnte sein. Es wird wahrscheinlich so gewesen sein, wenn ich es damals so weitergegeben habe. Aber jetzt im Einzelnen - - Also, Auseinandersetzungen beim Fußball waren halt auch immer ein Thema, gerade bei diesen beiden Vereinen natürlich. Und dass es Treffen gab, war auch keine Besonderheit in dem Sinne. Also: Ja, möglich.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Aber so gesehen war es ja dann nicht nur eine Security-Tätigkeit, die auf Konzerte beschränkt war, sondern das hört sich eher danach an, als ob auch Aktionen sukzessive geplant wurden.

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, ich meine, dass H., Ralf L. und der Rest der Königs Wusterhausener Leute da nicht dazugehört hat organisatorisch.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Wer hat denn dazugehört?

Zeuge Carsten Szczepanski: Wie gesagt, ich meine, mich an Herrn Christian W. im T-Shirt zu erinnern. Sonst kann ich es nicht mit Bestimmtheit sagen. Ich weiß es einfach nicht mehr. Also, es waren schon recht kräftige Gestalten auf jeden Fall.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Und P.K.?

Zeuge Carsten Szczepanski: Weiß ich nicht mehr. Nee, ich glaube nicht. Aber ich weiß es echt nicht mehr.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Zumindest nach unserer Aktenlage hört es sich fast so an, als ob er auch zum Beispiel am 1. Mai vor allem die Aktion gegen die Fußballfans von „Brandenburg Süd“ mit aufgestachelt hat und mit daran beteiligt war.

Zeuge Carsten Szczepanski: Möglich, ja. Aber, wie gesagt, ich kann nach 20 Jahren jetzt echt nicht mehr sagen, wie sich das damals verhalten hat.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Jetzt habe ich noch eine kleine Nachfrage: Sagt Ihnen der Name J. A. etwas?

Zeuge Carsten Szczepanski: A.? Nee, so jetzt aus der Erinnerung heraus nicht, nein.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Sehr, sehr früh „Blood & Honour“-Funktionär, aus Sachsen. Der muss schon gleich am Anfang, bei der Gründung von „Blood & Honour“, dabei gewesen sein, soll auch im Umfeld von Familie P. agiert haben.

Zeuge Carsten Szczepanski: Also vom Namen her sagt er mir jetzt nichts, nee.

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Aus Aue.

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Hat dann sogar auch ein Verfahren - - oder war Mitbeschuldigter im Verfahren in Bezug auf die Weiterführung von „Blood & Honour“.

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, weiß ich nicht mehr.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Also nie bewusst in Erscheinung getreten.

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, ich weiß es nicht mehr - sagen wir mal so.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Okay. Alles klar. - Danke schön.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann macht Frau Nonnemacher weiter. Bitte schön.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön, Herr Vorsitzender. - Herr Szczepanski, hatten Sie in der JVA Brandenburg Kontakt zu R. S. von der Gefangenenzzeitung?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, ich meine, wir hatten Kontakt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wie sah der aus?

Zeuge Carsten Szczepanski: Keine Ahnung. Ich meine, wir hatten irgendwie uns unterhalten. Ich habe mir auch Exemplare der Zeitung, glaube ich, bei ihm abgeholt. Aber über was im Einzelnen wir uns damals unterhalten haben, das kann ich nicht mehr sagen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Hat R.S. ab und zu Kopien für Sie gefertigt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, nee.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Hat er irgendwie mit dazu beigetragen, dass Sie „United Skins“ produzieren konnten?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee, auch nicht. Also, der war auch jetzt nicht irgendwie Sympathisant oder so. So wie ich mich erinnere, war das ein ganz normaler Strafgefangener.

s

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): War für Sie die Herausgabe von „United Skins“ eine wichtige Grundlage für Ihre Informantentätigkeit, weil Sie dadurch viel Kontakt zu vielen Personen bekommen haben?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das definitiv. Und es war für mich auch ein leichteres Arbeiten, weil ich immer sagen konnte: „Ich hätte gern mal einen Bericht aus deiner

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

Ecke für das Heft“, oder so oder mal ein Interview oder, keine Ahnung, Konzertberichte, Fußballberichte. Das kann man natürlich mit so einer Sache dann viel besser argumentieren, als wenn man sagt, man ist einfach nur neugierig.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Hat das der Verfassungsschutz auch so gesehen? Hat der Sie beraten oder beauftragt in diese Richtung, was die Produktion der „United Skins“-Hefte anging?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, „beauftragt“ würde ich es nicht nennen. Ich denke, dass auch der Verfassungsschutz dadurch natürlich seine Informationen gewinnen konnte und dass es sicherlich auch im Sinne war, dass eben Kontakte gepflegt und so auch ausgebaut werden konnten durch dieses Magazin.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also, „beauftragt“ sagen Sie nicht. Aber beraten? Über die Inhalte oder die Themen oder die Gestaltung?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee. Also, wie gesagt, wenn es so, in diese Richtung, irgendwelche Nachfragen gab, dann wurde das halt persönlich besprochen. Aber ich würde jetzt nicht so weit gehen und sagen, dass der Verfassungsschutz den und den Artikel wollte oder verlangt hat oder so. Also, ich glaube, man hat gerne die Informationen genommen, die das Heft abgeworfen hat, ohne jetzt zu sagen: „Mach mal so oder so.“

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Hat der Verfassungsschutz jeweils ein Exemplar zur Ansicht bekommen, bevor „United Skins“ in den Druck gegangen ist?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich möchte noch mal zurückkommen auf Ihre Nachrichten zum untergetauchten Trio. Sie haben uns das letzte Mal erzählt, dass Sie sich in diesem Zusammenhang noch daran erinnern können, dass Antje P. ihren Reisepass verleiht oder verleihen wollte. Sind Ihnen seit der Sitzung im Juni, seit der Vernehmung hier im Untersuchungsausschuss, möglicherweise weitere Erinnerungen gekommen, von denen Sie uns berichten könnten, was das flüchtige Trio, „Blood & Honour“-Kader Jan Werner oder die Chemnitzer Neonaziszene angeht? Ist Ihnen da vielleicht so - - dass die Sitzung im Juni so eine Art Refresher war, der die Erinnerungen ein bisschen aufgeweckt hat?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ein bisschen sicherlich schon, aber doch eher so in meinem privaten Bereich. Aber Sie können sich vorstellen, dass ich auch heilfroh war, als es zu Ende war und ich für mich damit eigentlich schon abgeschlossen hatte.

Also, nee. Jetzt, so im Nachgang, wüsste ich nicht, was ich da noch irgendwie - -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also keine neuen Relikte im Gedächtnis.

Zeuge Carsten Szczepanski: Tut mir leid.

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich möchte noch eine weitere Frage stellen: Als Sie 1999, Ende 99, aus der Haft entlassen worden sind, haben Sie eine neue Beziehung aufgenommen, zu einer Lebensgefährtin aus der rechtsextremen Szene; Frau Gossmann-Reetz hat danach auch gefragt. Haben Sie ihr gegenüber offenbart, dass Sie für den Verfassungsschutz arbeiten?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wann hat Ihre Lebensgefährtin von Ihrer Verfassungsschutz Tätigkeit erfahren?

Zeuge Carsten Szczepanski: Das kann ich nicht beantworten, das weiß ich nicht. Ich vermute, durch die Zeitung.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Das können Sie nicht beantworten? Waren Sie denn damals nicht mehr mit ihr - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich weiß nicht, wann sie es mitbekommen hat. Keine Ahnung. Also, ich vermute mal, erst als es aufgefliegen worden ist.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also von Ihnen nicht?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nein, nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Dann hätte ich gern noch gewusst: Gab es nach Beginn Ihrer Verfassungsschutz Tätigkeit irgendwelche rechtsextremistischen Aktivitäten, die Sie sozusagen auf eigene Kappe unternommen haben, wo Sie Ihr eigenes Ding gemacht haben, was nicht in irgendeiner Beziehung stand zu Aufträgen oder zum Interesse des Verfassungsschutzes?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ähm - - Na ja, wie gesagt, ich habe halt immer Schwierigkeiten mit Ihrem Begriff der „Aufträge“. Es war für mich klare Sache, dass all das, was ich erlebe, erfahre, mitbekomme, dass ich das weitergebe und diese Informationen quasi zur Verfügung stelle. Aber was dann im Endeffekt mit diesen Informationen passiert oder welche Informationen relevant waren oder was im Endeffekt vergebliche Liebesmüh war, also diesen Kenntnisstand hatte ich nie. Also, ich wusste nie, ob das, was ich abliefere, irgendwo verstaubt oder ob es jetzt irgendwie wirklich spannend war.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also, da ist keine Trennung möglich? Sie können jetzt nicht irgendwie Beispiele anführen, wo Sie sagen: Da bin ich aber wirklich - - habe ich mein eigenes Ding gemacht. Oder - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee. Die Trennung gab es nicht, nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Dann habe ich noch eine letzte Frage: Sie haben uns ja hier mehrfach, immer wieder geschildert, dass Ihre Motivation, beim Verfassungsschutz anzuheuern, war, aus der Szene rauszukommen. Und: Sie wollten

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

den Ausstieg schaffen. Sie wollten sich von der Ideologie distanzieren. - Warum haben Sie dann Ihre Honorare nicht dazu verwendet, um dem Steve E. das Schmerzensgeld zu bezahlen, das ihm gerichtlich zugesprochen wurde?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ich meine, dass Herr S.E. das Schmerzensgeld bezahlt bekommen hat. So - -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja, vom Verfassungsschutz, aber nicht von Ihnen. Das ist doch ein Unterschied!

Zeuge Carsten Szczepanski: So mein letzter Stand.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber wenn Sie sozusagen von Anfang an „auf Ausstieg“ waren, wieso war Ihnen das dann nicht mehr ein Anliegen, sozusagen auch da einen Schlusstrich zu ziehen?

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, es wäre mir ein Anliegen gewesen. Aber, wie gesagt, da bin ich bis jetzt davon ausgegangen, dass das beglichen worden ist.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann schaue ich in die Runde. - Die SPD-Fraktion hat weitere Fragen. Bitte, Frau Gossmann-Reetz.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich muss einfach noch mal nachhaken von vorhin. Sie sagten, Sie seien kurz nach Ihrer Entlassung vom Bundesverfassungsschutz noch mal vernommen worden, also schon nach Ihrer Enttarnung.

Zeuge Carsten Szczepanski: Mhm.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wir haben nur die Information, dass Sie 2012 noch mal mit dem Bundesverfassungsschutz gesprochen haben, in Potsdam-Eiche.

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, ich - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz: Zwischen diesen beiden Jahresangaben liegen über zehn Jahre Unterschied. Jetzt ist die Frage für mich: War Ihnen vielleicht nicht ganz klar, mit wem Sie wann reden, oder wie kommt es jetzt zu dieser - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, meines Wissens war dieses Gespräch nach meiner Enttarnung mit zwei Herren vom Bundesverfassungsschutz. Also, das war mein - oder: ist mein - Wissensstand. Und ich meine, das waren vielleicht - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Versuchen Sie noch mal zu rekonstruieren. Also: Sie sind mit denen zusammengetroffen. Haben die sich Ihnen vorgestellt als Leute vom Bundesverfassungsschutz?

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das haben die so gesagt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja. Und ich meine, es wäre zwei, drei Monate nach der Enttarnung gewesen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ungefähr.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Dann müssten wir da, glaube ich, noch mal nachhaken bei dem Amt. - Und an das Gespräch 2012 können Sie sich gar nicht erinnern?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Da waren Sie noch mal hier in Potsdam zu einem Gespräch.

(Der Zeuge überlegt.)

Das war nach der Enttarnung des NSU.

Zeuge Carsten Szczepanski: Das waren auch Vertreter vom Verfassungsschutz?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Es ist die Frage, wie sie sich bei Ihnen vorgestellt haben. Das interessiert uns.

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, ich kann mich nicht daran erinnern, dass es außer diesem ersten Gespräch noch mal ein Gespräch mit dem Verfassungsschutz gab. Also - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber erinnern Sie sich an ein Gespräch 2012? Nach der Enttarnung des NSU? Mit einer Behörde in Potsdam?

Zeuge Carsten Szczepanski: Nee. Ich habe mittlerweile zu so vielen Dingen und Sachverhalten ausgesagt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber 2012 ist noch mal ein ganz anderer Zeitraum.

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja, ja. Aber ich weiß es wirklich nicht mehr. Also, Verfassungsschutz wüsste ich jetzt nicht, dass da noch mal 2012 ein Gespräch war.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Vielleicht mit dem LKA, BKA? Haben Sie eine andere Erinnerung an dieses Jahr, wer mit Ihnen gesprochen haben könnte?

Untersuchungsausschuss 6/1
35. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

22.11.2018
Stenografischer Dienst

Zeuge Carsten Szczepanski: Also, vor dem LKA gab es noch gelegentliche Zeugenaussagen. Ich war auch noch mal in Berlin bei einem Prozess; ich meine, das war gegen Herrn Nick G.. In dem Vorfeld habe ich auch noch mal ausgesagt. Aber für mich war das kein Verfassungsschutzgespräch.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ist es sonst üblich, dass sich die Personen bei solchen Gesprächen immer eindeutig zu erkennen geben, von woher sie kommen und was Anlass des Gespräches ist, oder - -

Zeuge Carsten Szczepanski: Na ja. Also, zumindest bei der Vorstellung sollte man ja schon sagen und erfahren, woher derjenige kommt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sehe ich auch so. Aber das findet auch statt?

Zeuge Carsten Szczepanski: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. Dann danke erst mal. Ich glaube, wir haben dann eine Frage an das Amt.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ich schaue in die Runde: CDU-Fraktion? - Keine weiteren Fragen. Fraktion DIE LINKE? - Auch nicht. - Frau Nonnemacher? - Ebenfalls nicht.

Dann kommt von mir die abschließende Frage nach einer eventuell notwendigen Vereidigung. Gibt es jemanden in der Runde, der eine Vereidigung für notwendig hält? - Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann verzichten wir auf die Vereidigung.

Ich bedanke mich beim Zeugen und bei der Frau Rechtsanwältin.

Wir unterbrechen die Sitzung für 15 Minuten. Danach stellen wir die Öffentlichkeit her, das heißt, die Gäste, die uns bisher nur zugehört haben, dürfen uns dann besuchen. Ich lade sie dazu herzlich ein. 15 Minuten Pause!

(Abgeordnete Johlige [DIE LINKE]: Wir bleiben hier?)

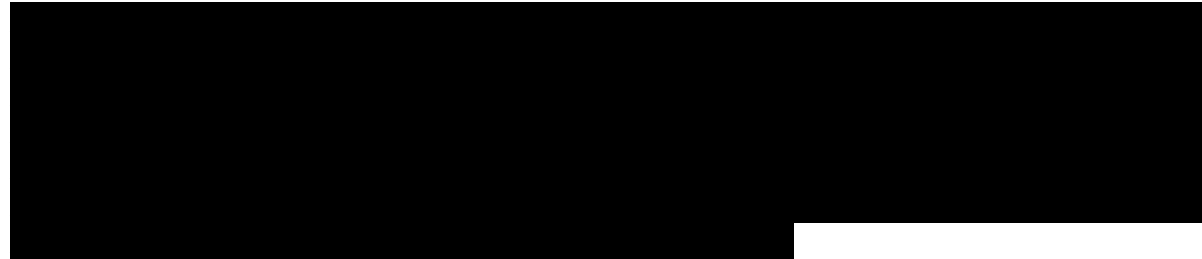
- Wir bleiben hier, in diesem Raum.

(Unterbrechung von 10.29 bis 10.45 Uhr)

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

(Wiederbeginn des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Öffentlich: 11.41 Uhr)



(Unterbrechung von 11.46 bis 11.58 Uhr)

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte Platz zu nehmen. Ich glaube, wir sind vollzählig oder fast vollzählig.

Vernehmung des Zeugen Heiner Wegesin

Dann beginnen wir jetzt mit der Befragung des Zeugen Heiner Wegesin. Herr Wegesin, ich begrüße Sie herzlich in unserem Ausschuss und werde Sie vorab belehren. Als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuss unterliegen Sie der Wahrheitspflicht. Das heißt, die von Ihnen gemachten Angaben müssen vollständig sein und der Wahrheit entsprechen. Sie dürfen weder falsche Angaben machen noch wesentliche Umstände, die mit dem Beweisthema im Zusammenhang stehen, verschweigen. Sofern Sie an bestimmte Dinge keine Erinnerung mehr haben, müssen Sie auch dies deutlich zum Ausdruck bringen. Der Untersuchungsausschuss ist nach § 22 UAG grundsätzlich berechtigt, einen Zeugen am Ende seiner Aussage zu vereidigen. Über eine Vereidigung Ihrer Person wird insoweit noch zu befinden sein.

Falsche Aussagen vor dem Untersuchungsausschuss sind strafbewehrt. Dabei kommt es nicht darauf an, ob Sie Ihre Aussage beeidigen müssen oder nicht. Falsche uneidliche Aussagen sind nach § 153 Strafgesetzbuch strafbedroht und werden mit Freiheitsstrafe zwischen drei Monaten und fünf Jahren sanktioniert. Im Falle der Annahme einer Strafbarkeit eines Meineides wird der Strafrahmen des § 154 Strafgesetzbuch, der eine Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr vorsieht, Anwendung finden. Ich sage das nicht, Herr Wegesin, weil ich Ihnen misstrauere, sondern weil mich das Gesetz zu einer entsprechenden Belehrung verpflichtet.

Ich darf Sie über Ihre Rechte belehren gemäß § 19 UAG. Danach sind Sie berechtigt, die Auskunft auf solche Fragen zu verweigern, deren Beantwortung Ihnen selbst oder einem der in § 52 Absatz 1 StPO bezeichneten Angehörigen die Gefahr zuziehen würde, wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit verfolgt zu werden. - So weit meine Belehrung.

Jetzt die Vernehmung zu Ihrer Person. Nennen Sie uns bitte Vornamen, Zunamen, Alter, Beruf und Wohnort. - Bitte immer drücken. Ja.

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

Zeuge Heiner Wegesin: Mein Name ist Heiner Wegesin. Ich bin am 03.10.1953 geboren, werde also bald 64 Jahre. Mein Wohnort ist [REDACTED]. Mein Beruf ist: Ich bin Direktor im Bundesnachrichtendienst.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Vielen Dank. - Wir beginnen jetzt mit der Befragung. Ich möchte Sie eingangs kurz nach Ihrem beruflichen Werdegang befragen. Würden Sie uns den bitte in Kürze schildern?

Zeuge Heiner Wegesin: Sehr gerne. - Ich bin von Hause aus Volljurist, nach einigen beruflichen Vorläufen 1988 in den öffentlichen Dienst des Bundes gegangen beim Bundesamt für Verfassungsschutz, hatte weitere berufliche Verwendungen im Bundeskanzleramt, dort zuletzt als Sicherheits- und Geheimschutzbeauftragter, bin dann, wie bekannt, 2000 in die Dienste des Landes Brandenburg gewechselt als Leiter der Verfassungsschutzabteilung, bin am 31.12.2004 in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden, war zwischenzeitlich als Rechtsanwalt und IT-Consultant tätig und bin am 15. April 2006 wieder in Bundesdienste eingetreten, also in ein Beamtenverhältnis als Direktor beim Bundesnachrichtendienst, habe dort annähernd sechs Jahre die Abteilung Internationaler Terrorismus und Organisierte Kriminalität geleitet und unter anderem auch aufgrund gesundheitlicher Probleme dann eine andere Aufgabe übernommen. Und das ist eine leitende juristische Tätigkeit im Bereich des sehr breit angelegten Projektes - man liest darüber gelegentlich in der Presse - der Aufarbeitung der Geschichte des BND, die dann schon einen auch wieder nahe an den Nationalsozialismus heranbringt - ein persönliches Interessengebiet. Das mache ich noch heute. Nächstes Jahr gehe ich in den Ruhestand.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Vielen Dank. - Herr Wegesin, wie haben Sie sich auf die Zeugenvernehmung vorbereitet? Hatten Sie die Möglichkeit, noch mal Einblick in Akten zu nehmen, und welche Behörden oder Mitarbeiter haben Sie dabei unterstützt?

Zeuge Heiner Wegesin: Ich bin nach der Ladung durch den Ausschuss durch die Kollegen des Ministeriums des Innern darauf aufmerksam gemacht worden, dass es naheliegt und dass der Ausschuss naheliegend auch davon ausgeht, dass die Zeugen Akteneinsicht nehmen. Diese Akteneinsicht ist mir gewährt worden. Sie umfassten sowohl die Akten, die dem Ausschuss zugeleitet worden sind, als auch diejenigen, die ihm nicht zur Verfügung gestellt wurden. Ich habe mir einen Nachmittag Zeit genommen, diese Dinge noch mal durchzugehen und meine Erinnerung aufzufrischen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann sind wir der Hoffnung, dass viele Erinnerungen gegenwärtig sind. - Wir beginnen mit der konkreten Befragung durch die Fraktionen. Das Rederecht geht zunächst an die Fraktion der SPD, wechselt dann nach zehn Minuten - so viel auch für Sie als Prozedere - an die nächste Fraktion, bis dann der Fragebedarf irgendwann erschöpft ist. Wir beginnen mit der SPD-Fraktion. Frau Gossmann-Reetz.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Herzlich willkommen, Herr Wegesin. - Ich muss gleich eine Nachfrage stellen zu dem, was Sie gerade sagten. Sie sagten, Sie

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

haben Akteneinsicht nehmen können, auch in Akten, die uns nicht zur Verfügung stehen?

Zeuge Heiner Wegesin: Ich kann das im Einzelnen nicht auseinanderhalten, muss ich ehrlich sagen: Was hat der Ausschuss bekommen, was hat der Ausschuss nicht bekommen? Insofern kann ich Ihnen sozusagen über das Delta, was Sie möglicherweise nicht gesehen haben, was Sie natürlich interessieren würde, nicht kompetent Auskunft geben. Mir ist nur gesagt worden, weil ich den Eindruck hatte, es handelt sich um die Originalakten, dass ich alles gesehen habe, und ich habe selbst auch mal auf der anderen Seite des Tresens in Parlamentarischen Untersuchungsausschüssen gesessen und weiß, dass nicht alle Ausschüsse immer alles bekommen. Aber beanspruchen Sie mich bitte nicht für das besagte Delta. Das kann ich im Einzelnen nicht sagen. Ich meine, ich habe alles gesehen, was damals an Originalakten zur Verfügung stand und was wir da selber zu Papier gebracht haben.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wunderbar. - Dann würde ich Sie erst mal allgemein befragen wollen zu Ihrem Tätigkeitsraum 2000 bis 2004 als Abteilungsleiter. Was umfassten diese Tätigkeiten? Wenn Sie mal einen kurzen Abriss geben, was man zu der Zeit als Abteilungsleiter Verfassungsschutz für Aufgaben hatte.

Zeuge Heiner Wegesin: Es ist ja ein Januskopf: Auf der einen Seite sind Sie eben Abteilungsleiter, das heißt also arbeitsteilig eingebunden in die Ministerialorganisation, wie alle Nachbarabteilungen. Funktional ist der Verfassungsschutz aber eine Landesoberbehörde. Es gibt ja auch Bundesländer, wo das eine nachgeordnete Behörde des Innenministeriums ist. Und dieser Januskopf prägte sich auch aus insoweit, als dass ich natürlich im Ministerium tätig war, aber gleichzeitig auch funktional eben die Aufgaben eines wirklichen Landesverfassungsschutzchefs ausübte mit einem auch hohen Grad an Selbstständigkeit.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie umfangreich wurden Sie täglich über die Arbeit in dieser Behörde informiert, also bis in welche Ebene ging das, um über - - Welche Details? Wie kann ich mir das vorstellen?

Zeuge Heiner Wegesin: Es war eine kleine übersichtliche Bude von damals rund 100, irgendwann mal 110, und jeder hat so seinen Führungsstil. Ich habe mich eigentlich immer bemüht, so einen Laden von vorne zu führen, abgesehen davon, dass man die Gesamtverantwortung trägt. Ich habe mich nicht mit Quellen getroffen, und ich habe nicht jede Nacht im Observationsauto gesessen, aber ich habe den Verfassungsschutz als Spätberufener als Passion gewählt und habe solche Tätigkeiten im Gegensatz zu vielen Kollegen, die heute die Behörde leiten, doch gemacht: Quellen geführt, Observationen gefahren, Nächte vor irgendwelchen RAF-Löchern gefroren. Also, vor diesem Hintergrund meine ich schon, ziemlich tief auch in die letzte Bilge dieses Ladens reingekrochen zu sein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, okay, Sie hatten Einsicht in die Arbeit. Aber wann wurden aktuelle Sachen oder Vorfälle an Sie als Abteilungsleiter herangetragen?

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

Zeuge Heiner Wegesin: Das war unterschiedlich. Ich denke, von Interesse ist wahrscheinlich der Unterrichtsgrad über Quellen, Quellenführung, Vorkommnisse. Grundsätzlich ist es so im Verfassungsschutz - daran habe ich mich auch gehalten -, dass der Referatsleiter für die Beschaffung die operative Verantwortung für das tägliche Geschäft, für die Quellenführung, für die Vermeidung von Vorkommnissen etc. pp. hat. Ich hatte Anlass, im Laufe meiner Tätigkeit - auch aus verschiedenen Pannen, die es gegeben hat, zweifelsohne; wir brauchen nur den Namen Toni Stadler zu erwähnen - die Tätigkeit insofern zu verfeinern, als dass ich mich über jeden Quellentreff schriftlich habe unterrichten lassen, ja, über jeden Quellentreff und über jede Quelle, die geführt wurde. Die Zugangslage war so übersichtlich, dass man in der Tat im Prinzip jede Quelle, ihre operative Reichweite, ihren persönlichen Hintergrund grundsätzlich kannte. Und ich habe das im Laufe der Zeit aus gegebenem Anlass, weil wir auch damals wirklich Probleme hatten, qualifiziertes Beschaffungspersonal zu bekommen - das ist ein großes Problem für Landesbehörden, die nicht wie die Bundesbehörden auf Leute mit einem eigentlichen beruflichen Ausbildungsvorlauf, gerade im gehobenen Dienst, zurückgreifen können, sondern auf Quereinsteiger angewiesen sind, häufig Polizeibeamte - - Ich habe mir das dann sehr im Detail angeguckt, ja. Also insofern kann ich mich nicht rausreden: Ich habe das nicht gewusst. - Ich hätte es wissen müssen, falls ich etwas nicht mitbekommen habe.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und auf welcher Ebene wurde sich zur aktuellen Situation im Bereich Rechtsextremismus mit anderen Sicherheitsbehörden auf Landesebene und nachher auf Bundesebene - aber erst auf Landesebene - ausgetauscht?

Zeuge Heiner Wegesin: Das hat sich sehr intensiviert. Ich hatte den Eindruck, als ich die Aufgabe übernahm, dass der Verfassungsschutz hier im Lande Brandenburg irgendwo ein Fremdkörper sei. Das ist dem Land nicht vorzuwerfen. Aufgrund des historischen Hintergrundes - Stichwort: MfS, aber auch viele andere Dinge - ist natürlich die Rolle einer solchen Institution in den neuen Bundesländern kritisch gesehen, hinterfragt worden, in Brandenburg sicherlich kritischer vielleicht als in anderen neuen Bundesländern. Vor dem Hintergrund gab es am Anfang Berührungsprobleme. Aber ich muss sagen - ich würde mal so sagen -: Auch vor dem Hintergrund „Nationale Bewegung“ und anderer Dinge ist die Zusammenarbeit sehr intensiv geworden. Sie hat sich dann - - Das hängt auch häufig mit kollegialen Beziehungen zusammen; ich konnte mit dem damaligen Chef des LKA - das war schon der Leistungsträger im Bereich des Staatsschutzes hier in Brandenburg -, Axel Lüders, wunderbar, und wir haben hinterher eigentlich wöchentliche Lagebesprechungen gehabt und haben sogar unsere operativen Zugangslagen koordiniert und abgesprochen. Das würde ich mal so ab 2002/2004 sehen. Wir als Verfassungsschutz hatten damit überhaupt keine Probleme, ich auch gar nicht. Ich kannte die Kooperationsmechanismen des Bundes. Hier in Brandenburg hatte die Polizei am Anfang ein bisschen Manschetten. Mit den Staatsanwaltschaften habe ich mich sehr bemüht, aber es war ein schwieriges Terrain.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Zusammenarbeit mit dem Bundesverfassungsschutz - wie sah das aus?

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

Zeuge Heiner Wegesin: Die war eng. Das war nicht schwer. Ich bin ein Kind dieser Behörde; ich habe da lange gearbeitet. Das Bundesamt hat uns in vielen Bereichen, wo wir nicht tätig werden konnten - - Wann haben wir angefangen, zum Beispiel Fernmeldeüberwachung nach dem G 10-Gesetz zu betreiben? Das war sehr schwierig hier in Brandenburg. Wir haben uns nach Kräften unterstützt. Die Zusammenarbeit war eine sehr enge. Wobei ich auch sagen muss, was operative Zugangslagen angeht und den Austausch „Wer führt welche Quelle in welcher Organisation?“. Da gab es nicht viel. Die Probleme besichtigen wir heute beim Thema NSU.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber es gab welche. Also, Sie haben sich schon über Quellen ausgetauscht.

Zeuge Heiner Wegesin: Nicht konkret. „Ich habe den Mann in dem Objekt - ja, nein“. Und es gab eine Schnittstelle, wo man sich vorsichtig begegnete. Das waren natürlich dann vom BfV beobachtete Organisationen, die eben überregional tätig waren, die natürlich auch ihre organisationellen Wurmfortsätze hier im Land hatten. Da hat man sich grundsätzlich abgestimmt, aber nicht: Ich gehe da nicht rein, nimmst du den Kreisverband, hast du jemanden im Landesverband? - Das gab es nicht, zu keiner Zeit, damals nicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie sagten, Sie haben sich mit der Polizei, mit der Landespolizei, LKA ausgetauscht. Haben Sie sich da über verdeckte Ermittler ausgetauscht, mal einen Wink gegeben, gesagt: „Äh“?

Zeuge Heiner Wegesin: Ja. Allerdings erst recht spät. Wir wollten ja - - Also, aus Sicht des Verfassungsschutzes wollten wir natürlich verhindern, dass die geführten Quellen a) kriminell werden, vielleicht sogar ohne unser Wissen kriminell werden und diese Klientel, die Sie da führen - Sie besichtigen das ja beim Thema Christian K. - - Die Leute wurden nicht nur in staatschutzrechtlicher Hinsicht kriminell - das ist immer eine sehr kritische Größe für den Verfassungsschutz. Das wollten wir wissen. Aber natürlich wollten wir auch im Prinzip keine Doppelarbeit leisten. Es gibt nichts Schlechteres, als wenn eine Polizeibehörde im Rahmen ihrer Gefahrenabwehraufgaben Quellen führt - das tun sie in unterschiedlicher Intensität -, und der Verfassungsschutz stolpert im gleichen Beobachtungsobjekt rum, und möglicherweise weiß die eine nicht, was die andere tut. Wir hatten zum Schluss Mechanismen, wo wir die Quellen nicht konkret mit Namen preisgegeben haben, aber schon sichergestellt haben, dass wir nicht an der gleichen Person dran waren, und Ähnliches. Es gibt da so ein paar Mechanismen, zum Beispiel: Hast du eine Quelle im Landesverband XY? - Ja. - So. Und dann hat man angefangen, Geburtsdaten auszutauschen: Führst du einen, der am 31. geboren ist? - Nein. - Gott sei Dank. Alles gut. - Und dann so weiter. Wir sind nicht übereinander gestolpert. Aber der Abstimmungsgrad, um Ihre Frage abschließend zu beantworten, war, glaube ich, gemessen an anderen Bundesländern, zum Schluss ein sehr enger. In der Regel haben sich die Landeskriminalämter und die Verfassungsschutzbehörden der Länder - bis auf ein paar rühmliche Ausnahmen - belauert, gelegentlich auch misstraut. Das wollten wir nicht, und ich meine, da waren wir auch so schlecht nicht.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Die letzte Minute läuft.

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): In welchem Zeitraum und wann ungefähr hat sich denn diese Zusammenarbeit in der Form entwickelt in Brandenburg?

Zeuge Heiner Wegesin: Na ja, man muss Vertrauen fassen, man muss, auch was die eigenen Mitarbeiter angeht, da strategisch Richtung reinbringen und sie sensibilisieren und eng drübergucken, bis man die alleine laufen lassen kann. Und ich würde meinen: Also, 2000 angefangen - - Ich würde mal sagen: Ab Ende 2002 waren wir eigentlich ganz gut. Es hat so ein paar Fälle gegeben, wo wir uns zusammengerauft haben. Das war einmal der Fall Szczepanski. Nachdem der in den Zeugenschutz kam, nachdem er als Quelle aufgefliegen war - das machte das LKA -, da waren sie sauer und ... (akustisch unverständlich), sie waschen unsere schmutzige Wäsche. Und was uns wirklich - in Anführungszeichen -zusammengeschweißt hat, war ein islamistischer Verdachtsfall, wo auch der Generalbundesanwalt ein Ermittlungsverfahren in Cottbus eingeleitet hat, auf den wir aufmerksam geworden waren, weil eine Quelle uns gesagt hatte, dass dort militante Vorbereitungshandlungen laufen. Das haben wir dann sofort natürlich der Polizei gemeldet, und da haben wir äußerst eng zusammengearbeitet und Wochenenden im Lagezentrum des LKA verbracht. Das war schon schön.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gab es auch Zeiten, in denen sich, -

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Wir gehen in die Verlängerung, wollte ich bloß sagen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - sagen wir mal, Polizei und Verfassungsschutz eher misstrauisch behandelten oder auch in Konkurrenz getreten sind? Haben Sie solche Entwicklungen - -

Zeuge Heiner Wegesin: Sicherlich. Man muss sagen, dass natürlich die Tätigkeit des Verfassungsschutzes für Strafverfolgungsbehörden, für die Polizei einfach von der Rolle und vom Selbstverständnis her - also, ich habe das nun alles wirklich über viele Berufsjahre erlebt, sogar jetzt im Terrorabwehrzentrum des Bundes - - Das muss gelernt sein, das muss eingeübt sein, wechselseitiges Verständnis. Das beruht sehr häufig auf persönlichen Kooperations- und Vertrauensverhältnissen. Mit den Landes- - also, mit den Staatsschutzorganisationseinheiten der Polizeipräsidien war das nicht immer so leicht, was auch damit zu tun hatte, dass sich natürlich damals die Landespolizei in Brandenburg in einem ungemein tiefgreifenden Reorganisationsprozess befand. Hast du mit einem geredet, war der morgen nicht mehr da. Es wurde stabil, als sich dann damals zwei Polizeipräsidien, Potsdam und Frankfurt (Oder), herausbildeten und wir auch, also Polizeipräsidenten, Verfassungsschutzchef, von oben herab her gesehen haben - wir haben natürlich auch misstrauisch geguckt: Was macht denn der Verfassungsschutz mit dem LKA? Das gefällt uns aber gar nicht - - Ich habe mich bemüht, das auch in diesem Bereich voranzutreiben. Ich denke, das ist gelungen. Also vieles, was wir jetzt besichtigen bei „Nationale Bewegung“, was ich hier wahrgenommen habe, das war für uns auch Lehrstoff, Dinge besser zu machen.

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und wie würden Sie heute die damalige rechte Szene beurteilen? Hat sich in dem Zeitraum gerade etwas noch mal radikalisiert in Brandenburg?

Zeuge Heiner Wegesin: Na ja, wir haben natürlich ein latentes Problem. Wir haben im Parteibereich natürlich ein völlige Veränderung, Marginalisierung; Stichwort: NPD, auch wenn sie leider nicht verboten werden konnte. Die DVU ist eigentlich weg. Haben Probleme mit dem Thema Rechtspopulismus und der Abgrenzung, aber ich will nicht über aktuelle Dinge reden.

Die militante Szene hat sich insofern verändert, als dass die damals sehr starke Skinhead-Bewegung heute natürlich eigentlich nicht mehr so da ist, was einfach damit zu tun hat, dass sich Formen juveniler Lebensweise eigentlich wirklich auch verändern. Eine grundsätzliche Militanz ist da, eine grundsätzliche Xenophobie ist da. Also, ich würde mal sagen: Die Ingredienzen und die Latenz des Problems - die sehe ich eigentlich in einem ziemlichen Horizontalflug. Die Erscheinungsformen haben sich verändert.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich meine jetzt damals, 2000. Ich bin jetzt noch mal beim Zeitpunkt 2000. Haben sich da für Sie Hinweise ergeben, dass sich die Szene radikalisiert?

Zeuge Heiner Wegesin: Ja. Es war damals eindeutig so, dass wir zwei Dynamikstränge hatten, einmal im Bereich der Kameradschaften, die sich als etwas elitärer sahen, die auch etwas selbstdisziplinierter waren, aber nicht minder mit etwas höherer krimineller Intelligenz und Energie. Und dann hatten wir natürlich die Fraktion der Keulenträger, der Skinheads, die häufig im Bereich der Alltagskriminalität schlicht und einfach zuschlugen und militant waren. Und wenn man die Zahlen sieht - - Ich kenne jetzt die Zahlen heute nicht, die Phänomenzahlen, im Vergleich zu damals, aber ich muss sagen: Die Zuspitzung, die damals auch im Zusammenhang NPD-Verbot erfolgte - - Also, ich muss sagen: Ich habe den Rechtsextremismus damals als schon ein Phänomen erachtet, was für mich gefährlicher war als beispielsweise der islamistische Terrorismus oder etwas anderes.

Ich hatte auch, gerade was die neuen Länder anging - mit einigen regionalen Schwerpunkten -, schon den Eindruck, dass der Rechtsextremismus einen Tabukreis verlässt und möglicherweise in politische Gestaltungsprozesse eindringen kann. Das hat mir Sorge gemacht.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Frage bitte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Welche Erinnerung haben Sie an die „Blood & Honour“-Sektion? Also, hier für diesen Bereich zu der damaligen Zeit?

Zeuge Heiner Wegesin: Bitte?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): An „Blood & Honour“.

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

Zeuge Heiner Wegesin: Ja, „Blood & Honour“ - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Zu der damaligen Zeit.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja. - „Blood & Honour“ wurde dann ja verboten, eine - - schon die gefährlichste Struktur im Bereich der organisierten Skinheads, vom Organisationsgrad, sagen wir, von der Professionalität her, gegenüber den ansonsten ja eher bandenmäßig geprägten Strukturen ein anderes Kaliber, auch mit Vertretern in Brandenburg - natürlich -; aber ihre Rolle hier in der brandenburgische Szene war eigentlich nicht ausgeprägt. Es war mehr eigentlich die - - Also, die Zuschreibung „gefährlich und schlimm“ ist eher in außerbrandenburgischen Kontexten zu sehen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Bitte zum Ende kommen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wer waren für Sie die führenden Köpfe hier für Brandenburg, in diesen Bereich gehörend?

Zeuge Heiner Wegesin: Sven Sch. und Konsorten. Weitere Namen erinnere ich nicht; zwei, drei. Es steht ja auch in den Akten: War ja auch unter anderem der Versuch, den Herrn Christian K. in diesem Bereich aufklärerisch tätig sein zu lassen, weil wir schon - -

(Frau Unmack [MIK] meldet sich zu Wort)

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Es gibt es einen Hinweis, Entschuldigung.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Frau Unmack (MIK): Ich bitte darum, wie vorhin auch schon, die Klarnamen und die Namen überhaupt nicht zu nennen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Herr Wegesin, - -

Frau Unmack (MIK): Wir sind in öffentlicher Sitzung.

Zeuge Heiner Wegesin: Gerne. Ich bitte da um Belehrung: Welche Klarnamen?

Frau Unmack (MIK): Namen, habe ich ja jetzt gesagt.

Zeuge Heiner Wegesin: Generell?

Frau Unmack (MIK): Ja.

Zeuge Heiner Wegesin: Auch von extremistischen Personen?

Frau Unmack (MIK): Die nicht bekannt sind.

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

(Heiterkeit)

Zeuge Heiner Wegesin: Also, Frau Kollegin, ich nehme das selbstverständlich zur Kenntnis und werde mich da um Bescheidung bemühen. Ich habe mich aber durch Googeln darauf vorbereitet, zum Thema Sven Sch. und „Blood & Honour“ und möglicherweise auch über die Rolle des BfV - zu der ich nichts sagen werde, weil ich nichts darüber weiß - befragt zu werden. Dass ich den Namen Sven Sch. erwähne, der bekannt - - und öffentlichkeitswirksam sich extremistisch engagiert hat, das bringt mich nicht um den Nachtschlaf. Aber vielen Dank für den Hinweis.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Das ist schon mitunter ein bisschen merkwürdig, weil es Namen sind, die allen bekannt sind. Aber wir haben uns mal auf so ein Prozedere geeinigt, das möglichst zu vermeiden. Also: Wenn es Ihnen gelingt, bitte ich Sie darum.

(Abgeordnete Nonnemacher [B90/GRÜNE]: Wir waren damit konfrontiert, aber wir haben das nicht beschlossen!)

Zeuge Heiner Wegesin: Ich werde nur noch den Anfangsbuchstaben erwähnen - außer meinem eigenen Namen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Das Fragerecht wechselt zur CDU-Fraktion.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Schöneburg [DIE LINKE])

- Bitte?

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Weil Frau Nonnemacher das gerade gesagt hat: Ich bin auch der Auffassung, dass die Namen, die hier öffentliche Personen sind - - dass da rechtlich der Nennung der Namen nichts entgegensteht. Das sind fünf, sechs Leute, die können wir auch mit Klarnamen benennen, als dass wir hier so ein Verwirrspiel machen und immer: „Uwe Menzel Punkt“ - - Das ist doch fürchterlich.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Liebe Kollegen, wenn das jetzt eine Diskussion wird, muss ich die Öffentlichkeit leider ausschließen. Ich glaube, wir einigen uns auf ein Maß, dass wir jetzt keinen Anstoß mehr nehmen von irgendeiner Seite. - Wir machen weiter mit der CDU-Fraktion. Herr Lakenmacher, bitte.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Wegesin, Sie haben ja vorhin schon eine Äußerung getätigt im Hinblick auf die Organisationsstruktur hier auch in Brandenburg - der Verfassungsschutz als Abteilung. Halten Sie die Organisation, so wie sie bestand und immer noch besteht - der Verfassungsschutz als eine Abteilung im Innenministerium -, für glücklich, für optimal, oder sehen Sie dort Veränderungsbedarf?

Zeuge Heiner Wegesin: Das ist ein Gelehrtenstreit, der so alt ist wie der Verfassungsschutz selbst. Es gab mal eine Zeit, da war nur eine einzige Landesbehörde überhaupt Ministerialabteilung: die niedersächsische. Der Rest waren nachgeordnete Behörden. Heute haben Sie die Ministeriallösung mindestens in der

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

Hälfte der Bundesländer; viele haben nachgeordnete Behörden. Ich sehe da eigentlich keinen großen Unterschied. Das wird politisch zu bewerten sein. Manche ziehen die Landesamtslösung vor, weil die Aufsichtsbehörde dann weiter weg ist von möglichen Skandalen, also aus Gründen politischer Hygiene.

Ich kenne manchen Landeskollegen oder Landesverfassungsschutzleiter, der sich als Präsident - Ministerium ist weit weg - toller vorkam; er konnte was machen. Ich habe die Ministeriallösung immer bevorzugt, weil es kurze Wege gab und ich den Verfassungsschutz immer so in politischen Kontexten gesehen habe, auch in seinen tagtäglichen Aufgaben, dass die Einbindung in ein Ministerium und die Einbindung des Leiters auch in die politische Organisation des Ministeriums für mich Vorteile hatte. Also ich bevorzuge letztere und sehe keinen Änderungsbedarf in Brandenburg.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Vielen Dank. - Ist es so, dass sich dann so ein Behördenpräsident nicht nur toller vorkommt? Hat er dann auch mehr Beinfreiheit - ich nenne es mal so -, also er und auch seine Behörde?

Zeuge Heiner Wegesin: Also, ich hatte sehr viel Beinfreiheit, muss ich sagen, obwohl zum Teil eng geführt wurde. Meine persönliche Auffassung ist, dass das eher von persönlichen Konstellationen abhängt. Natürlich sind Sie als Ministerialabteilungsleiter und faktischer Behördenleiter enger eingebunden, und, wenn es knirscht, enger berichtspflichtiger und eher verantwortlich. Ich habe das ja nun am eigenen Leibe kennengelernt. - Ich bin da eigentlich leidenschaftslos.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Vielen Dank. - Sie haben erwähnt, dass es Schwierigkeiten gab, qualifiziertes Personal, vor allem im Bereich Beschaffung, anzuwerben. Wie sahen dort dann die Maßnahmen aus? Gab es Schulungen für die Mitarbeiter, und wenn ja, in welchem Umfang?

Zeuge Heiner Wegesin: Es gibt - das liegt in der einzelnen Behörde; ich habe meine Mitarbeiter angehalten, davon reichhaltig Gebrauch zu machen - die Bund-Länder-Einrichtung der Schule für Verfassungsschutz, die demnächst mit der des Bundesnachrichtendienstes fusioniert, wo es Fortbildungskurse für die entsprechenden Fachbereiche und Fortbildungsmaßnahmen und fachliche Austausche gibt. Aber bei den Landesbehörden ist es eben nicht so, dass vornehmlich der gehobene Dienst, der ja nun wirklich die Fußarbeit im Einzelnen macht, wie im Bund an der Fachhochschule des Bundes studiert und die Hälfte seines Fachhochschulstudiums dann eine wirklich fachliche Vorbereitung auf die Aufgaben des Verfassungsschutzes oder eben des Bundesnachrichtendienstes ist, sondern Sie haben häufig Quereinsteiger aus der allgemeinen Verwaltungslaufbahn. In manchen Ländern gab es eine große Tradition - ich nenne Nordrhein-Westfalen -, wo 80 % der Mitarbeiter aus dem Polizeibereich kamen, häufig aus dem Staatsschutzbereich. Das war in Brandenburg damals nicht der Fall, da haben wir überhaupt erst mit angefangen, Polizeibeamte auch für unsere Aufgaben zu interessieren. Aber natürlich sind es im Wesentlichen Selbstgelernte, mit all den Problemen, die daraus erwachsen können - ohne dass ich sagen möchte, dass dort unqualifizierte Leute tätig waren. Aber es ist Learning by Doing zu einem großen Teil gewesen, ja.

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Dann noch mal konkret zum Bereich der Beschaffung bzw. Quellengewinnung. Was versteht der Verfassungsschutz unter Forschung vor der Anwerbung?

Zeuge Heiner Wegesin: Na ja, Forschung heißt - abstrakt gesprochen -: Sie haben eine Organisationsstruktur, in Verfassungsschutzssprech: eine Bestrebung, die Sie mithilfe menschlicher Quellen aufklären wollen. Da schauen Sie: Wer bewegt sich dort? Da haben Sie denktheoretisch zwei Möglichkeiten: eine Vertrauensperson einzuschleusen, von außen kommend, oder - wie das so im Schlapphutdeutsch heißt - „rauszubrechen“, das heißt also ein dort bereits tätiges Mitglied für die Zusammenarbeit zu gewinnen. Dann schaut man sich an: „Wo sind Motivationslagen, dass man solche Personen für eine Zusammenarbeit gewinnen kann? Wer ist möglicherweise geeignet?“ etc. pp. Vielleicht kriegen Sie auch einen Tipp, und das konzentriert sich dann auf eine Person, und das ist dann die Forschung, das heißt also: die Abklärung dieser Person, bevor Sie sich dann entschließen. Das war im Übrigen eine Chefentscheidung des Behördenleiters, eine Person anzusprechen oder nicht anzusprechen und sie dann zu werben.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Da sind wir schon wieder beim Thema Beinfreiheit. Sie sprachen vom „Rausbrechen“. Wo sind die Grenzen dieses Rausbrechens bzw. wie weit ist die Beinfreiheit, die da der Verfassungsschutz, die Mitarbeiter haben, um so eine Person rauszubreaken und dann zu gewinnen als Quelle?

Zeuge Heiner Wegesin: Die Freiheiten waren damals weitgehender als heute - nach Bundesrecht; das brandenburgische Verfassungsschutzgesetz ist diesbezüglich ja noch nicht novelliert worden, wie ich gesehen habe. Also, erstens: Sie dürfen keine Person gewinnen und führen, die steuernden Einfluss in dieser Organisation hat. Der Verfassungsschutz hat eine beobachtende Aufgabe. Er darf diese Organisation nicht kontrollieren, beeinflussen oder in irgendeine Richtung bringen. Steuernder Einfluss - ist die Frage: Wo beginnt das? Wo hört das auf? Fängt das an, wenn Sie schon ein Vorstandsmitglied in der NPD rekrutieren - ja, nein? - Beurteilungsfrage. Großes Problem. Man hat sich im Bereich des NPD-Verbots ja nicht daran gehalten. - Steuernder Einfluss.

Dann, zweitens, natürlich kriminelle Vorbelastung. Heute ist bundesgesetzlich ganz klar geregelt, welche Straftaten nicht in Betracht kommen und einer Rekrutierung entgegenstehen. Beispielsweise bei Herrn S., der später ja hier aufgefliegen ist und eine gewisse Berühmtheit, auch im NSU-Verfahren, erlangt hat, würde die heutige Bundesrechtslage der Rekrutierung entgegenstehen, weil die Person damals wegen eines Tötungsdeliktes vorbestraft war.

Im Prinzip wollten Sie Personen gewinnen, von denen Sie sicher sein konnten, dass sie zumindest keine Gewaltdelikte begehen, weil das hochproblematisch ist; die können Sie als Quelle nicht gebrauchen. Das sind die Grenzen. Und natürlich: Welche Zugangslage hat sie? Ist sie nachrichtenehrlich und nachrichtentreu oder erzählt sie Ihnen nur, weil sie ein bisschen Geld sehen will, irgendwelchen Unsinn? - Das sind

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

alles solche Qualitätskriterien. Die No-Gos sind: kriminelle Vorbelastungen in ganz erheblichen Bereichen, kein steuernder Einfluss und keine Gewaltneigung.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Mit anderen Worten: Ein C. S. wäre heute als Quelle undenkbar.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja, eindeutig.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Der Verfassungsschutz Brandenburg hat damals Quellen gewonnen, auch besagte Person. Welche Mittel wurden zum Rausbrechen, zum Gewinnen als Quelle damals angewandt?

Zeuge Heiner Wegesin: Also, am besten geht es mit Geld. Kann ich sagen als jemand, der nun wirklich 30 und mehr Jahre in diesem Bereich tätig war. Wenn es jemanden gibt, der für Judaslohn tätig wird, ist das eine Grundlage, auf der man sich sehr gut einigen kann.

Schwierig sind ideologische Motivationslagen, weil diese Personen eben einen Überzeugungsüberschuss haben, bestimmte Tabus, persönliche Schwierigkeiten, die Selbstbetrachtung als Verräter oder die Stigmatisierung in der Organisation; je mehr diese, sagen wir, ideologisch getriebene Motivationslagen hineinkommen, desto schwieriger wird es. Aber Sie können sich das zum Teil wirklich eigentlich gar nicht aussuchen. Die Quellengewinnung ist schon schwierig, in allen Milieus und im rechten Milieu immer gewesen, weil dort das Thema Verräter natürlich eine ganz andere Stigmatisierung hat als in irgendwelchen extremistischen Diskussionszirkeln, wo man auf hoher Ebene Ideologie durchhechelt.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Zur Anwerbung noch eine konkrete Nachfrage: Gibt es eine Summe, die einem V-Mann-Führer monatlich oder pro Treffen zur Verfügung stand, die er selbstverständlich verwenden konnte? Gibt es da so eine Maximalsumme, wo man sagt: „Okay, bis dahin darfst du gehen, bis dahin darfst du zahlen“? Gab es darüber hinaus dann aber auch das Begehren von V-Mann-Führern, diese Summe, wenn es sie dann gab, zu überschreiten und zu sagen: „Hier brauche ich ein bisschen mehr Geld, um die Quelle zu gewinnen, zu halten oder bestimmte Informationen zu erlangen“?

Zeuge Heiner Wegesin: Also, ob der Einkommenssituation der Klientel, die wir als Quelle gewinnen wollten: Die hat nicht viel, und da gab es nicht viel, und wir haben auch nicht viel gezahlt. Also insofern: pekuniäre Probleme oder irgendwelche Kostenlinien - da haben wir nie ein konkretes Problem gehabt. Eins muss man allerdings sagen - das ist so -: Man darf Quellen nicht Zuwendungen in einem solchen Bereich gewähren, dass sie ausschließlich ihren Lebensunterhalt davon bestreiten. Witzigerweise - da sitzen ganz wenige Leute - versteuern die Verfassungsschutzbehörden - das wird haushaltsmäßig verrechnet - die Geldmittel, die sie für Quellen einsetzen, pauschal mit 10 % Einkommensteuer.

(Der Zeuge lacht)

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

Und das will heißen: Vom Verfassungsschutz soll niemand wirklich leben können als Quelle.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Eine letzte Frage ist noch möglich. - Gut. - Bevor das Fragerecht wechselt, möchte ich mitteilen, dass Herr Stohn soeben in der SPD-Fraktion als stellvertretendes Mitglied des Ausschusses die Rolle von Herrn Lüttmann übernommen hat - nur falls sich jemand wundert, dass da das Schild „Lüttmann“ steht und Stohn dahinter sitzt. - Dann wechselt das Fragerecht zur Fraktion der Linken.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Herr Wegesin, ich hätte erst noch zwei, drei Nachfragen zu dem allgemeinen Eingangsstatement Ihrerseits - also Nachfragen verständnismäßig. Wenn Sie mir nachsehen, dass ich gerade als auch praktizierender Jurist wissen will, was das schwierige Terrain war mit der Staatsanwaltschaft, was Sie da geschildert haben.

Zeuge Heiner Wegesin: Na ja, das schwierige Terrain ist eigentlich, ich sage mal, wirklich rollenbedingt - und ich sage das völlig leidenschaftslos als jemand, der mit Staatsanwaltschaften, auch gerade in meiner letzten Aufgabe als Abteilungsleiter Internationaler Terrorismus in diesem Fall mit der Generalbundesanwaltschaft auf Tagesbasis zusammengearbeitet hat.

Die Rolle des Staatsanwaltes ist natürlich die nach dem Legalitätsprinzip, dass jegliche Tätigkeit einer Verfassungsschutzbehörde und von Quellen des Verfassungsschutzes, die irgendwo in die Nähe einer Straftat kommen, problembehaftet ist. Was soll er denn machen? Er kann ja nicht weggucken. Das ist das eine. Manche Verfassungsschutzbehörden sehen es als problematisch an, dass die Staatsanwaltschaft überhaupt kein Verständnis für die Arbeit des Verfassungsschutzes hat. Staatsanwälte haben natürlich auch ein Problem damit, wenn Sie ein Behördenzeugnis schreiben und irgendeine Information auf den Tisch packen, wo der Staatsanwalt bitte tätig werden muss, weil Sie zureichende Anhaltspunkte für begangene Straftaten haben, und ihm dann sagen: Also damit musst du jetzt klarkommen. Wo wir das herhaben, sagen wir dir nicht. - Das ist natürlich schwierig für eine Staatsanwaltschaft.

Auf der anderen Seite gibt es den Quellenschutz, und das ist ein gesetzliches Institut. Das muss sich durch konkrete kollegiale Zusammenarbeit, Verständnis für die wechselseitigen Aufgaben des Gegenübers ergeben. Damals war die konkrete Situation so, dass wir im Bereich des Staatsschutzes in den Staatsanwaltschaften bis auf ein, zwei Ausnahmen, die ich jetzt nicht namentlich erwähne, weil die Kollegen einen beruflichen Vorlauf beim GBA, beim Generalbundesanwalt hatten und das kannten, Probleme gehabt, weil Staatsanwalt nicht mit Verfassungsschutz zusammengearbeitet hatte und natürlich auch ein erheblicher Teil meiner Mitarbeiter, selbst wenn sie einen Verfassungsschutzvorlauf aus früherem, vorangegangenen beruflichen Tun hatten, das nicht so kannten. Das war bisschen schwierig. Das ist punktuell dann besser geworden in Brandenburg. Ich sage jetzt nicht, mit welcher Behörde es besonders gut ging, mit welcher es manchmal ein bisschen schwierig war; ein ausgeprägtes Misstrauen hat es nicht gegeben, sondern vielleicht ein Nebeneinanderagieren, wo man etwas enger hätte zusammen agieren können. Als ein

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

Gegeneinander habe ich das nie verstanden, nie gesehen. So war auch das Selbstverständnis nicht. Ich hatte wirklich gute, kollegiale Beziehungen zum Leiter jeder Staatsanwaltschaft, auch zur Generalstaatsanwaltschaft Brandenburg. Das war wichtig. Bei wirklichen Problemen hätte ich zum Leiter gehen und sagen können: Wir haben hier ein Problem. - So weit ging es schon.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Na ja, der Generalstaatsanwalt hat es bei seiner Anhörung hier ein bisschen anders geschildert. Der hat gesagt, dass er ein Problem mit Ihnen und mit Ihrer Behörde hatte, und das wäre der einzige Zeitraum gewesen, wo er ein Problem hatte mit der Verfassungsschutzbehörde; davor und danach nicht mehr.

Zeuge Heiner Wegesin: Also, ich habe das natürlich, als ich die Ladung erhielt, mit großer Aufmerksamkeit gelesen. Ich sage dazu nur einen Satz: Ein erheblicher Teil der Tatsachenbehauptungen des Kollegen vermag ich mir nicht zu erklären. Die daraus konstruierte Verdachtslage, was das Thema „Nationale Bewegung“ angeht, vermag ich schon gar nicht nachzuvollziehen. Ich kann mich an eine in der damaligen Zeit wirklich kritische Kooperation so eigentlich gar nicht erinnern; die Generalstaatsanwaltschaft hat ja kaum selbst konkrete Verfahren geführt. Dass der Kollege eine bekannte, auch in meinen Branchenkreisen bekannte, ihm zustehende honoräre kritische Auffassung zum Institut der Nachrichtendienste hat, sei ihm herzlich gegönnt. Was die fachliche Bewertung der Tätigkeit und der Qualität der Tätigkeit der von mir geleiteten Behörde in der Zeit angeht, muss ich leider sagen, da komme ich naturgemäß wirklich zu einem anderen Urteil und habe gewisse Restzweifel. Bei der großen Wertschätzung, die ich für Herrn Rautenberg habe, und bei all dem Glück, was ich ihm jetzt wünsche in seiner gesundheitlichen Situation, und bei dem angestrebten Wahlamt, da gibt es einen Punkt, da kann ich ihm nicht folgen - ohne dass ich böse wäre.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Jetzt durchbreche ich mal meine Systematik, weil ich wollte eigentlich vom Allgemeinen zum Speziellen kommen, aber da wir uns da jetzt ja warmgelaufen haben gerade, muss ich natürlich noch mal nachfassen. Also, wir sitzen ja heute eigentlich nur hier und behandeln die NaBe, weil Herr Rautenberg in der Sitzung, als er als sachverständiger Zeuge angehört worden ist, die These vertreten hat oder die Frage - - die Hypothese aufgestellt hat, dass die NaBe eigentlich nur ein Konstrukt sein könnte und dass das sozusagen etwas ist, was gefakt worden ist vom Verfassungsschutz. Und bestätigt worden ist das - - also indirekt bestätigt worden - nicht in unserer Sitzung hier, als wir den Bundesanwalt beim Generalbundesanwalt Siegmund gehört haben; das hat er dann in der Sitzung hier nicht bestätigt, aber er hat 2003 ja einen Vortrag gehalten - den kennen Sie ja auch -,

Zeuge Heiner Wegesin: Ja, den kenne ich.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - wo er vom „Celler Loch“ gesprochen hat, was ja die gleiche These bedient.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja, das ist richtig.

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Insofern jetzt meine Frage - ich springe jetzt wirklich, aber - -

Zeuge Heiner Wegesin: Ja, gerne.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Meine Frage: Was ist aus Ihrer Sicht da dran? Jetzt: Butter bei die Fische. Also konkret!

Zeuge Heiner Wegesin: Also, da ist überhaupt nichts dran. Das Phänomen NaBe, was ein Einzeltäter gewesen sein kann vom konkreten Tatgeschehen her oder eine Gruppierung - das weiß bis heute niemand -, das ist nicht aufgeklärt worden. Die Äußerungen von Herrn Siegmund damals haben ja dazu geführt, dass auf Ebene des Ministers da sehr deutlich nachgefasst worden ist: Was denn nun? Celler Loch - ja, nein? Und wenn das so sei - außer einer unsubstanzierten Bauchverdachtslage eines Staatsanwaltes -, dann bitte ermitteln oder nicht ermitteln. - Wir haben uns ja damals ganz erheblich gewehrt, und wie ich finde, zu Recht. Das war eine leichtfertige Nummer; das wollten wir nicht auf uns sitzen lassen. Und das haben wir guten Gewissens getan, weil da nichts dran war.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Da muss ich jetzt noch mal nachfragen: Die Vorwürfe gingen ja weiter. Die waren ja nicht nur sozusagen, dass es gefakt sein könnte, dass möglicherweise der Verfassungsschutz mit drin hängt, sondern es waren ja dann die Einzelvorwürfe, die gemacht worden sind an Ihrer Ermittlungstätigkeit, dass Ihre Arbeit quasi infrage gestellt worden ist, indem darauf gedrungen worden ist, dass Sie verneint hätten, dass es eine terroristische Vereinigung sein könnte zunächst erst mal, dass Sie gegen die Abgabe an den GBA gewesen sind und dass - wie ich dazu stehe, sage ich nachher noch; ich bin da durchaus differenziert - Sie mit dem Veröffentlichen des Bekennerschreibens kriminalistisch sich sozusagen anfängerhaft verhalten hätten und damit weitere kriminalistische Nachforschungen/Ermittlungen konterkariert hätten. - Das waren drei Vorwürfe. Es gibt noch mehr; es gibt noch den Vorwurf - den will ich jetzt auch noch gleich nennen -, dass das Behördenzeugnis, was Sie ausgestellt haben, im Zusammenhang mit Christian K., also auf dessen Nachrichten die Deckblattmeldungen basieren, nicht das Papier wert wäre, auf das dieses Zeugnis geschrieben worden ist.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja, das ist wieder so eine typische staatsanwaltschaftliche Fehlperzeption; das muss ich jetzt einfach mal sagen. Wenn Sie ein solches Behördenzeugnis schreiben - - Uns war selbst klar, dass das möglicherweise unsubstanziert oder Quatsch war, weil die Quelle was gehört haben soll, wo jemand eine Selbstbezeichnung in Sachen NaBe abgegeben hat. Dann ist einfach die Frage, wenn Ihnen so was als Verfassungsschutz zu Ohren kommt, selbst wenn Sie es für wahrscheinlich unsubstanziert und gelogen halten: Was machen Sie damit? Halten Sie es zurück oder teilen Sie es der Polizei mit? - Wir haben es der Polizei mitgeteilt, weil das Thema NaBe damals nun wirklich sehr hochrangig war und eine intensive Ermittlungstätigkeit passierte. Und wie machen Sie das? Sie schreiben das als Behördenzeugnis. Ich kann Ihnen sagen - daran erinnere ich mich sehr deutlich -, dass wir gesagt haben: Leute, hier habt ihr das, nehmt das bitte zur Kenntnis. Wir können

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

dafür die Hand nicht ins Feuer legen, aber wir können als Verfassungsschutz, wenn wir auch nur einen Hinweis auf diese Organisation bekommen und jemand sich angeblich selbst bezichtigt, nicht sagen: „Das lassen wir jetzt mal verschwinden.“ - Dass das nicht auf die Goldwaage zu legen ist, das haben wir nie behauptet. Und dass eine Polizei sagt: „Was sollen wir mit dem Wisch? Haben wir einen Hinweis mehr, den wir abarbeiten müssen!“, dass man damit nicht zufrieden ist, das kann ich umgekehrt auch verstehen; aber uns war wichtig, diesen Hinweis der Polizei zu geben. Und das Institut ist das Behördenzeugnis, und das wollten wir auch nicht konkreter machen als das, was wir wirklich meinten, aus dieser Information herauszuziehen. - Das ist das eine.

Das andere ist dann das Thema, der Herr Wegesin habe sich angeblich dagegen geäußert, dass der Generalbundesanwalt das übernimmt. - Also, ich erinnere mich an eine solche konkrete Äußerung nicht - Punkt. Zweitens gebe ich zu erwägen: Was soll's denn, wenn der Verfassungsschutzchef sagt: „Wir hätten es aber gerne lieber im Lande gelassen“ oder: „Der Generalbundesanwalt zieht das Verfahren an sich“? Also, ich kenne den Generalbundesanwalt nun wirklich rauf und runter, durch intensive Zusammenarbeit, im Übrigen auch schon vor meiner Zeit hier in Brandenburg. Was stört es eine Staatsanwaltschaft, wenn ein Verfassungsschutzchef sagt: „Das hätten wir aber lieber hier“? Also, das als versuchte Einflussnahme zu nehmen - - Ich sage das hypothetisch für den Fall, dass ich das geäußert hätte.

Letzter Punkt: Ich war außer dem Staatssekretär seinerzeit der einzige politische Beamte dieses Ministeriums, und es gab seinerzeit - wie ich finde, nicht völlig unsubstanziert - eine politische Bewertung auf der Ebene des Ministeriums, dass die Staatsanwaltschaften ein bisschen mehr im Bereich Rechtsextremismus tun könnten und da nicht die letzte ermittlerische Kreativität und Dynamik zu jeder Zeit an allen Orten dabei war und es eine Art Grundhaltung gab: Also, jetzt muss schon der GBA ran; wir in Brandenburg arbeiten unsere kriminellen Phänomene im Bereich des Rechtsextremismus selbst auf, das können wir auch selbst. - So eine Haltung hat es gegeben. Es mag sein, dass sich das geäußert hat. Als politischer Beamter hatte ich die Haltung des Hauses zu vertreten. Aber konkret an eine Äußerung: „Also, ich habe jetzt was dagegen, dass Karlsruhe das an sich zieht!“ - - die hat es meines Erachtens nicht gegeben. Ich hätte sie auch für irrelevant gehalten.

Was war da noch? Mir ist das leider entfallen - weil ich mich in Rage rede -, was Herr Rautenberg da angeführt hatte -

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Wir sind schon in der Verlängerung. Bitte beachten.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Wie bitte?

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Wir sind schon in der Verlängerung.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Heiner Wegesin: - als Kriterium.

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Dann mache ich noch mal eine Schlussfrage - also in meiner Runde -: Ich bin natürlich der Meinung - was ich bis jetzt aus den Akten gelesen habe oder was wir aus den Akten gelesen haben -, dass das Behördenzeugnis gar nicht so unsubstanziert ist. Ich habe mich gewundert, dass dieser Ermittlungsspur nicht vehementer nachgegangen wurde. Daran anknüpfend: Es gibt ja eine Einschätzung Ihres Hauses damals - glaube, es war Herr Milbradt gewesen, der das kundgetan hat - in einem Vermerk, dass man, wenn man der NaBe auf die Spur kommen will, näher sozusagen an diejenigen rangehen muss, die wir vorhin benannt haben - auch bei „Blood & Honour“ -, dass es im Umfeld da zu suchen ist - Uwe Menzel, „Proissenheads“, Sven Sch. -, und das deckt sich auch mit einem Vermerk des LKA, die sozusagen unter so einem §-129-a-Vermerk geschrieben haben, dass man da in die Richtung gehen muss. Warum ist denn der Generalbundesanwalt nicht in die Richtung gegangen? Oder: Warum ist da nicht weiter Ermittlungstätigkeit aktiviert oder verstärkt worden?

Zeuge Heiner Wegesin: Das müsste man natürlich den seinerzeit zuständigen Kollegen in Ausübung seiner staatsanwaltlichen Sachleitungsbefugnis bei den Ermittlungen fragen, warum man das nicht gemacht hat. Ich muss sagen - auch nach Aktenstudium damals -, das halte ich eher für eine - - Wir haben damals alle wahnsinnig rumgerätselt: Wer ist das? Sind das Personen? Ist das eine Person? Kommt das aus Brandenburg? Kommt das möglicherweise aus Berlin? Es gab ein paar Alleinstellungsmerkmale. Also, die Bekennerschreiben waren relativ gut gemacht, also man bekam unfallfrei Haupt- und Nebensatz einschließlich Satzzeichen hin; das war nicht so typisch für die rechtsextreme Szene. Es war eine gewisse Perfidie da. Also, wenn das heute jemand wäre, würde ich sagen: Identitäre Bewegung oder irgendwie so, also ein bisschen Leute mit Kopf, nicht so die üblichen Keulenträger. Das konnten wir wenig Leuten zuordnen, aber eigentlich alles, was wir damals zu Papier gebracht haben - „Da müsste man mal nachgucken“, so war das ja im Tenor -, waren Verdachtslagen, wo man sagen muss: In die Richtung könnte es gehen. - Konkret haben wir es nie gewusst. Wir wissen es bis heute nicht.

Jetzt komme ich noch zu einem Thema - - Nein, ich habe es vergessen; vielleicht kommen wir noch darauf zurück.

(Abgeordneter Dr. Schöneburg [DIE LINKE]: Bekennerschreiben!)

- Bitte?

(Abgeordneter Dr. Schöneburg [DIE LINKE]: Bekennerschreiben!)

- Bekennerschreiben, ja. Hinsichtlich des Bekennerschreibens kann ich sagen - so ist auch die Aktenlage -, dass wir großen Wert drauf gelegt haben - und mein Kollege Jörg Milbradt, dem ich da blind vertraute; einer der besten Mitarbeiter und Kollegen, die ich je gehabt habe, was diese Dinge angeht - - Wir haben ausschließlich Dinge veröffentlicht, die öffentlichkeitsbekannt waren oder die aus pressefreien Polizeimeldungen kamen. Also, uns war nicht nachvollziehbar - weil es ging ja wohl um das Bekennerschreiben damals bei dem Brandanschlag auf die jüdische Totenhalle hier in Potsdam -, dass wir da Täterwissen preisgegeben hätten oder der

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

Staatsanwaltschaft einen Ermittlungsnachteil eingebrockt hätten. Aus unserer Sicht waren das öffentlichkeitsklare Tatsachen, die wir auch in die Öffentlichkeit gebracht haben mit einem gewissen Spin, weil wir merkten, dass die Leute in der rechtsextremen Szene sauer waren auf die „Nationale Bewegung“, weil sich einfach die Ermittlungstätigkeit, aber auch die präventiv-polizeiliche Tätigkeit intensivierte - man stand den Leuten auf den Füßen -, und wir die Hoffnung hatten, durch Preisgabe dieser öffentlichkeitsbekannten Informationen durch den Verfassungsschutz vielleicht jemanden zu haben, der uns einen Tipp gibt: „Ich habe da gehört ...“ - Man ist ja sonst ermittlungsmäßig damals überhaupt nicht weitergekommen. - Das war der eigentliche Sinn.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Wir wechseln mit dem Fragerecht zur AfD-Fraktion.
- Herr Wiese, bitte.

Abgeordneter Wiese (AfD): Herr Wegesin, auf die Gefahr hin, dass Sie noch einmal in Rage geraten, eine Frage - ich mache es einfach -: Haben Sie Herrn Giebler den Auftrag gegeben, die Durchsuchung am 17.02. zu verraten?

Zeuge Heiner Wegesin: Nein.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann wechseln wir weiter zu Frau Nonnemacher.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön, Herr Vorsitzender. - Herr Wegesin, ich würde gern anknüpfen an die Fragen von Herrn Dr. Schöneburg. Es geht um das Behördenzeugnis. Sie haben sich gerade eben dahin geäußert: Na ja, wir wussten, dass es auch hätte Quatsch sein können, und wir haben es nicht auf die Goldwaage gelegt. Wir haben die Information so halt an die Polizei weitergegeben. - Ich möchte hier noch mal zitieren aus dem Behördenzeugnis:

„Dienstlich wurde hier durch eine zuverlässige und stets nachrichtenehrlich berichtende Quelle bekannt, dass mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit der M. K. als Täter oder Mittäter an dem Anschlag auf die Trauerhalle auf dem jüdischen Friedhof in Potsdam am 8. Januar 2001 in Betracht kommt.“¹

Also, da ist ja schon zwischen der Aussage: „Na ja, es gab Hinweise, das darf man nicht auf die Goldwaage legen“ und dieser Aussage - „mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit einer total nachrichtentreu berichtenden Quelle“ - ein ganz schöner Spannungsbogen. Könnten Sie das vielleicht noch mal erklären, wie das kommt, dass Sie auf der einen Seite sagen: „Na ja, so genau haben wir es nicht genommen“, aber dann dieses wortwörtliche Zeugnis - - Das ist doch eine große Diskrepanz.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja, da ist eine gewisse Diskrepanz da; das gebe ich auch ehrlich zu. Es ist so, dass Sie häufig den Inhalt des Behördenzeugnisses - ich weiß jetzt nicht ganz konkret, ob es in diesem Fall so war - mit demjenigen, der das

¹ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: GBA Sachakten Band VI, Blatt 456 (elektronische Zählung).

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

empfängt, abstimmen. Und dann kann es durchaus sein - das ist mir nicht ganz fremd -, dass Sie dann etwas zuspitzen, um eine solche Verdachtskonkretion zu erreichen, selbst wenn Sie das nicht so ganz glauben, dies aber der Polizei, wenn sie Antragsteller ist, oder vielleicht dem Staatsanwalt ermöglicht, eine Verdachtskonkretion zu erreichen, die hinreicht, um ermittlungsrichterliche Maßnahmen zu rechtfertigen und auszulösen.

Es ist immer ein großes Problem: Es gibt Ermittlungsrichter, da können Sie mit einem Behördenzeugnis eines Nachrichtendienstes kommen, die gucken da einmal drauf und sagen: Pah, weiß ich nicht. - Der Alltag ist heute etwas anders, gerade im islamistisch-terroristischen Bereich. Ohne Behördenzeugnisse der Nachrichtendienste liefen eine ganze Menge Leute rum, die heute mit langen Haftstrafen drinsitzen. Aber Tatsache ist immer: Es gibt eine Ebene, wo Sie denken: Reicht das? Reicht das nicht? - Uns erschien das damals - - Die Quelle hat es behauptet, das war eine klare Tatsachenbehauptung. Natürlich hatten wir Zweifel. Und dann steht da Staatsanwalt oder Polizist und sagt: Ja, wat denn nu? Schreib es mir möglichst konkret auf. - Und das sorgt dann dafür, dass Sie da manchmal zwei, drei oder vier Rädchen mehr anziehen, ohne den Richter täuschen zu wollen. Letztendlich wollen sie bei dem Kerl durchsuchen oder ihn befragen etc. pp. Das will der Verfassungsschutz dann so gerne wie die Polizei. Dann spitzt man manchmal zu. Ich gebe zu, dass es im Hinblick auf das, was ich gesagt habe - - dieses um eine grenzwertig zugespitzte Sache sich handeln mag. Aber es hat mich nicht um den Nachtschlaf gebracht, dass dann möglicherweise ein weiterer Rechtsextremist, weil der Verfassungsschutz den Mund ein bisschen vollgenommen hat, mit einer Ermittlungsmaßnahme überzogen würde. Da haben wir andere Dinge gedreht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Darf ich nachfragen - Sie haben gerade eben gesagt, dass Sie sich in der Abstimmung dieses Behördenzeugnisses um eine gewisse Zuspitzung bemüht haben -: Mit wem haben Sie das denn abgestimmt und die Formulierungen gewählt?

Zeuge Heiner Wegesin: Kann ich Ihnen konkret nicht mehr sagen. Ich habe das selbst auch nicht durchgeführt, sondern die Behördenzeugnisse werden und wurden auch damals im Verfassungsschutz wie folgt zusammengebaut: Für die Tatsachenseite ist die Beschaffung und die Auswertung - - Also, es kommt eine Quelleninformation, die wird von der Auswertung begutachtet, mit anderen vorhandenen Erkenntnissen abgeglichen. Dann haben Sie den Tatsachenstoff. Und den Entwurf konkret für das Behördenzeugnis macht dann der Justiziar in der Behörde, und der Behördenleiter unterzeichnet in der Regel.

Ich kann mich nicht dran erinnern, eine solche Abstimmung durchgeführt zu haben. Ich weiß aber, dass wir damals beim Thema NaBe diskutierten: Die Polizei sah das kritisch, was wir da berichteten. Ist das so? Also, wenn wir da was erreichen wollen, dann schreibt es uns konkret auf. - An eine derartige - - ohne dass ich weiß, mit wem vielleicht wer - - An eine derartige Kritikalität, die damals auch eine Rolle spielte - - und dass wir dann bemüht waren, möglichst hilfreich zu sein, daran kann ich mich erinnern; an konkreten Absprachen nicht. Sie waren üblicherweise nicht meine Ebene, sondern

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

das machte Milbradt oder der Abteilungsjustiziar, und ich prüfte das dann abschließend, habe es natürlich unterzeichnet, trug die Verantwortung.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Der Referatsleiter Beschaffung, Herr Giebler, den wir eben gerade vernommen haben und der ja auch Kontaktperson zur Polizei gewesen ist, hat uns hier versichert, er hätte überhaupt keine Ahnung von diesem Behördenzeugnis - er konnte sich da überhaupt nicht dran erinnern -, und hat uns berichtet, Sie hätten eigentlich solche Entscheidungen immer selbstständig und alleine und ohne Rücksprache mit irgendwelchen Untergebenen getroffen. Wie stehen Sie dazu?

Zeuge Heiner Wegesin: Dass er keine Kenntnis davon hatte, ist aus den geschilderten Verfahrensabläufen und Arbeitsteiligkeiten und Zuständigkeiten klar. Die Beschaffung liefert die Information, die hat das gewissenhaft aufzuschreiben - in der Regel der V-Mann-Führer -, Beschaffungsreferatsleiter hat das zu überprüfen, es geht über seinen Schreibtisch, und dann ist er fertig mit dem Ding. Und was mit der Information geschieht, das entzieht sich dann seiner Zuständigkeit. Wie gesagt, Schritt 2 ist: Das geht in die Auswertung, die das auch noch mal selbst prüft. Das ist immer ein Gegencheck, dafür gibt es die Auswertung, die das möglicherweise eben auch mit vorhandenen anderen Kenntnissen, die dort anliegen und dokumentiert sind, abgleicht. Ich habe keine Behördenzeugnisse selbst geschrieben, sondern die gingen diesen arbeitsteiligen Weg. Ich habe sie dann eben abschließend geprüft, unterzeichnet oder manche auch nicht unterzeichnet, weil sie mir zu allgemein erschienen oder es andere Gründe gab - manchmal auch solche des Quellenschutzes -, die dann in der Schlussabwägung dazu führten, dass wir bestimmte Erkenntnisse nicht in ein Strafverfahren einbringen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie haben uns vorhin erläutert, dass Sie als Behördenleiter über die Verpflichtung jeder einzelnen Quelle selbst entschieden haben und ja auch die Verantwortung letztendlich durch das Gegenzeichnen tragen. Wussten Sie im Januar 2001, dass das Behördenzeugnis, was Ihre Verfassungsschutzbehörde ausgestellt hat für die Ermittlungskommission, dass der zugrundeliegende Hinweis von Christian K. kam?

Zeuge Heiner Wegesin: Das wusste ich, ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Auf welcher Informationsbasis haben Sie, wie gesagt, diesen V-Mann so als extrem nachrichtentreue Quelle empfohlen?

Zeuge Heiner Wegesin: Na ja, man muss sagen: Was er ansonsten berichtete, war brauchbar, für uns nachvollziehbar und im Kontext, wie gesagt, eines Gesamtlagebildes, was die Verfassungsschutzbehörde erarbeitete, durchaus wertvoll. Wir waren natürlich immer bemüht - und das ist eigentlich standardnachrichtendienstliches Handwerk -, sich nicht nur, was Informationen angeht, auf eine bestimmte ausschließliche Zugangslage, eine Quelle, zu verlassen, sondern entweder mehrere Quellen zu haben, die das bestätigen, oder anderes Informationsaufkommen, was es schon ermöglicht, den Nachrichtenwert und die Nachrichtenehrlichkeit einer Quelle halbwegs zuverlässig einzuschätzen. Abgesehen

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

natürlich von einer riesen Hornochserie des Durchstechens, von der wir heute wissen, dass sie von meiner Behörde ausgegangen ist, durch einen Bediensteten - schon eine ziemliche Panne; wollen wir gar nicht schönreden -, war der Kamerad K. damals nicht so schlecht, was er aus seinen regionalen und organisatorischen Zusammenhängen berichtete. Das war nicht unbrauchbar. Deswegen haben wir uns ja auch dann erst mal entschieden, zu sagen, selbst nach der Durchstecherei: Ja, wir führen den weiter - mit Bauchschmerzen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wie lange war der Hinweisgeber Christian K. zum damaligen Zeitpunkt schon V-Mann?

Zeuge Heiner Wegesin: Das, muss ich ehrlich sagen, kann ich nicht erinnern. Ich weiß auch gar nicht, ob der schon Quelle war, als ich die Tätigkeit übernahm, oder ob das eine Quellengewinnung ist, die ich quergeschrieben habe. Es war aber einige Zeit, ich würde meinen: ein Jahr plus x. Also, wir meinten schon: „Ist nicht jemand, den man neu hat, und jetzt erzählt er ganz was Aufregendes“, sondern da lag eine gewisse Zeitspanne hinter, die schon zu der Einschätzung kam: Was er erzählt, ist nachrichtentreu. Der Punkt war ja gar nicht - was diese Information angeht -: Stimmt die Information? Wir haben schon geglaubt, dass sie Selbstbezichtigung dieser betreffenden Person so gefallen sein kann. Nur: Ob die angibt und sich da zum Betreiber und Haupttäter der „Nationalen Bewegung“ aufschwingt, weil sie angeben oder sich wichtigmachen will, ob das eine Ente ist, das wussten wir nicht. Da waren wir sehr unsicher. Die Tatsache, dass diese Äußerung dieser Person gegenüber Christian K. so gefallen ist, das haben wir schon für sehr wahrscheinlich gehalten. Das muss man auseinanderhalten.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit. - Gut. Ich würde jetzt gerne noch mal zurückkommen zur Situation im Innenministerium. Sie haben ja die Leitung der Verfassungsschutzabteilung 2000 übernommen; da war die Leitung verwaist sozusagen. In was für einer Verfassung haben Sie denn die Verfassungsschutzbehörde als Leiter bei Ihrem Amtsantritt angetroffen?

Zeuge Heiner Wegesin: Schwierig, schwierig. - Also, ich hatte den Eindruck, da gibt es eine Außenwahrnehmung und eine Binnenwahrnehmung. Die Außenwahrnehmung war, dass es der Verfassungsschutz nicht leicht hat in Brandenburg, aus verschiedenen Kontexten. Das hatte mir sogar der Herr Ministerpräsident, Herr Stolpe, bei dem ich mich vorstellen durfte, bevor ich ernannt wurde, auch selbst gesagt; das war das eine. Das schlug sich schon auf die Mitarbeiter ein bisschen durch, die sich, glaube ich, ein bisschen verloren vorkamen.

Ich hatte auch ein bisschen den Eindruck - ohne wirklich meinen Vorgängern im Amte da irgendwie zu nahe treten zu wollen -, dass ein Problem ein bisschen auch darin bestand, dass das Leiter gewesen waren, die sozusagen nicht vom Fach waren. Das war mir wichtig, da eine gewisse Fachlichkeit reinzubringen und auch eine sehr enge Vernetzung mit Partnerbehörden, gerade auch mit Verfassungsschutzbehörden, um ein bisschen Selbstbewusstsein zu erzeugen und um da eine Richtung reinzubringen. Man muss auch sagen, dass wir auf der Ebene der Referatsleiter und mancher anderer

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

Vorgesetzter einen deutlichen Personalwechsel durchgeführt haben, weil dort zum Teil Personen tätig waren, die überwiegend da waren, weil es eine Planstelle A 15 oder A 16 im Verfassungsschutz gab und man im Ministerium keine bessere Aufgabe für den Betreffenden fand. Das ist für so eine Tätigkeit in einer solchen Behörde nicht gerade eine Supervoraussetzung.

Also: Ich fand, ich übernahm eine schwierige Tätigkeit, und ich hatte schon die Wahrnehmung, dass man da ein, zwei Jahre arbeiten muss, um in Augenhöhe anderer Behörden, die ein bisschen besseres Startkapital in den neuen Bundesländern hatten, zu kommen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Verlängerung, Frau Nonnemacher?

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja, selbstverständlich. - Hat die Hausspitze des Innenministeriums Einfluss auf die Arbeit der Verfassungsschutzbehörde genommen und, wenn ja, inwiefern?

Zeuge Heiner Wegesin: Eigentlich sehr wenig. Ich hatte da eine erhebliche Handlungsfreiheit. Ich habe natürlich eng berichtet. Das habe ich als Beamter so gelernt, da wirklich nicht selbstherrlich durch die Gegend zu laufen und gerade als politischer Beamter, wenn ich möglicherweise politische Implikationen sah, die für die Hausspitze wichtig sein müssten, kein Geheimgeschäft zu betreiben, sondern mich abzustimmen, natürlich auch unter dem Aspekt der Eigenabsicherung; daran denkt ja jeder Beamte auch. Natürlich ist dann äußerst intensiv nachgefragt worden und sehr genau hingeguckt worden, als - natürlich hatten wir Skandale - es eben politische Implikationen gab und natürlich man auch in der Parlamentarischen Kontrollkommission Rede und Antwort zu stehen hatte. Aber allgemein hatte ich schon ein hohes Maß an Handlungsfreiheit und, ich muss auch sagen, fühlte ich mich von der Leitung des Hauses - das betrifft den Minister, aber auch den Staatssekretär - schon unterstützt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Welche zentralen politischen Zielrichtungen und Arbeitsaufträge haben Ihnen denn der Minister Schönbohm und sein Staatssekretär Lancelle mit auf den Weg gegeben? Und ich frage noch mal weiter: Wir haben eben bei einer Zeugenvernehmung gehört, dass bei einer Ernennung zum Referatsleiter der Minister der Person gegenüber geäußert haben soll: Sie haben ja gar kein CDU-Parteibuch. - Haben Sie den Eindruck gehabt, dass das in Ihrer Behörde ausschlaggebend war? Oder noch mal konkreter gefragt: Hatten denn alle Referatsleiter in Ihrer Verfassungsschutzbehörde ein CDU-Parteibuch?

Zeuge Heiner Wegesin: Nein. Ich habe da auch eine derartige Einflussnahme, ehrlich gesagt, nicht kennengelernt. Wenn Sie es genau wissen wollen: Meine Stellvertreter - ich hatte ja mehrere - hatten teilweise SPD-Parteibücher. Also, das spielte wirklich konkret dann keine Rolle. Dass natürlich in einem Ministerium, wo die Union als neu in Regierungsverantwortung eingetretene Partei besichtigt - das ist natürlich so, dass ein erheblicher Teil des Personals mit einem bestimmten parteipolitischen Hintergrund besetzt war - darauf achtet, dass die Arithmetik sich etwas verändert, das ist klar. Also, wer das nicht glaubt - Das ist ja heute noch nicht anders; das wäre ja naiv, dem

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

abschwören zu wollen. Aber eine konkrete - - Also, sagen wir so: „Ich hätte gerne jemanden gehabt, und der hat das falsche Parteibuch“, das hat es nie gegeben. Und umgekehrt: Mir ist auch jemand mal angedient worden, sogar mehrere Personen, die gerne nach Brandenburg kommen wollten, weil es nette Planstellen gab, und die einen CDU-Hintergrund hatten, und da habe ich gesagt: Nee. - Da hat es nie ein Problem mit gegeben. Also: viele Probleme - da nicht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Welchen Stellenwert hatte der Kampf gegen den Rechtsextremismus für Innenminister Schönbohm und den Staatssekretär Lancelle? Sie haben ja vorhin auch geäußert, dass Sie sich der Bedeutung des Rechtsextremismus und teilweise des Übergangs in terroristische Erscheinungsformen durchaus bewusst waren. Gab es da Auseinandersetzungen mit der Hausleitung um Prioritätensetzung, welche Extremismusform vorrangig zu verfolgen sei?

Zeuge Heiner Wegesin: Nein, grundsätzlich nicht. Herr Minister Schönbohm, aber auch Staatssekretär Lancelle vertraten eine Null-Toleranz-Linie und sahen auch den Verfassungsschutz eigentlich nicht nur als ein analytisches Beobachtungsinstrument, was Phänomene beschreibt und so eine Art - wie soll ich sagen? - Landesamt für politische Bildung mit etwas kruden, komischen Sacherhebungskompetenzen ist. Nein, sondern sie sahen den Verfassungsschutz als einen Teil des wehrhaften Staatsschutzinstrumentariums, und das sollten wir machen.

Es hat ganz zum Schluss - das darf ich sagen - mit dem Staatssekretär, nicht mit dem Minister, Diskussionen gegeben, wie der Rechtsextremismus im Vergleich zum islamistischen Terrorismus und zum Islamismus zu gewichten sei. Da meinte man, sich auf den Islamismus stürzen zu müssen. Und wir haben nach 2001 uns große Mühe gegeben bei allem, was irgendwie islamistisch sein konnte - da mussten wir lange suchen, bis wir die erste Moschee in Brandenburg fanden -, zu schauen, ob es dort einen islamistischen Hintergrund gab. Wir hatten das sehr gut im Griff. Und vor dem Hintergrund hat es zwischen Herrn Lancelle und mir ein paar Diskussionen gegeben, ob man den Rechtsextremismus zu sehr priorisiere oder nicht. Meine persönliche Auffassung war, dass es da keinen Paradigmenwechsel geben darf und dass auch konkret im Jahre 2004/2005 das Thema Rechtsextremismus so bedeutsam war, dass der Schwerpunkt der vorhandenen Ressourcen im Verfassungsschutz wie auch seiner Berichterstattung und seiner Analytik weiterhin dem Rechtsextremismus zu gelten hatte.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Frage, bitte.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja. - Hatte Ihre Versetzung in den Ruhestand 2004 damit zu tun, dass Sie diese Linie konsequent der Hausleitung gegenüber vertreten haben und das nicht goutiert wurde, oder worin sehen Sie die Gründe?

Zeuge Heiner Wegesin: Das hat sicherlich mit eine Rolle gespielt. Ob es die maßgebliche war oder nicht, das weiß ich nicht. Tatsache ist, dass es zwischen dem Herrn Staatssekretär und mir persönlich schwierig geworden war. Das hängt vielleicht

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

auch mit Stilen zusammen, wie man miteinander umgeht, wie engagiert man remonstriert oder nicht remonstriert. Mich hat diese Entscheidung damals, ehrlich gesagt, ein bisschen überrascht, und im Detail - da ist ja auch niemand begründungspflichtig bei politischen Beamten - ist mir das nie so ganz mitgeteilt worden. Ich hatte das zur Kenntnis zu nehmen und die Koffer zu packen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Vielen Dank erst mal, Herr Wegesin. - Ein Hinweis an alle in der Runde: Ich habe eben mit meinem Stellvertreter, dem Kollegen Lakenmacher, beschlossen, dass wir unserer Fürsorgepflicht nachkommen in diesem Moment und wir, bevor die zweite Fragerunde beginnt, in eine Mittagspause gehen. Wir sind seit über vier Stunden hier zugange. Ich bitte dafür um Verständnis, auch bei Ihnen, Herr Wegesin. Wir treffen uns wieder um 14 Uhr und setzen hier die Befragung fort. - Vielen Dank für das Verständnis und allen einen guten Appetit.

(Unterbrechung von 13.15 bis 14.06 Uhr)

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Jetzt kann es gleich losgehen. - Wir haben nämlich ein Problem mit unserem letzten heutigen Zeugen, dem Bundesanwalt Beck. Der ist mit dem Auto hier und hat sieben Stunden Fahrt vor sich und hat darum gebeten, ob wir eventuell seine Vernehmung vorziehen wollen; das hat jetzt Herr Welfens mit den Obleuten besprochen. - Es besteht allgemeine Zustimmung. Das bedeutet: Nach der Befragung von Herrn Wegesin werden wir zunächst Herrn Beck hier hören und gehen dann in den Keller und machen weiter mit Herrn Giebler. So weit richtig von mir dargestellt? - Danke.

Dann, Herr Wegesin, geht es jetzt weiter. - Das Fragerecht geht wie in der ersten Runde zunächst an die SPD-Fraktion. Frau Gossmann-Reetz, bitte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich würde gerne zurückkehren zu dem Fall NaBe noch mal ganz konzentriert und Sie nach Ihrer Einschätzung fragen, wie Sie heute, aus der heutigen Sicht die Zusammenarbeit zwischen dem LKA, dem Polizeipräsidium Potsdam und dem GBA bewerten.

Zeuge Heiner Wegesin: Also, ich muss sagen, der Fall NaBe war eigentlich Anlass, die Kooperationsbemühungen zu verstetigen und auch auf wirklich feste Besprechungstermine, Austausch von Lagebildern etc. pp. hinzuzubewegen; will heißen: Aus meiner Sicht damals, auch aus meiner mitgebrachten Sicht, wie Sicherheitsbehörden, auch Strafverfolgungsbehörden miteinander kooperieren, war das damals ein bisschen schwierig. Schwierig war es natürlich auch deswegen, weil natürlich die Ermittlungen der Generalbundesanwalt an sich zog, aber die Ermittlungsbehörden des Landes Brandenburg - was ja möglich ist nach dem Strafprozessrecht - weiter ermittelten, nicht das BKA die Ermittlungen an sich zog. Das war ein bisschen schwierig - ich glaube, auch für den Generalbundesanwalt -, bestimmte Besonderheiten, die jedes Land und jede Polizei, sicherlich auch jeder Verfassungsschutz hat, richtig hinzubekommen.

Trotzdem muss ich sagen: Unterm Strich war man bemüht - aus der Sicht der von mir geleiteten Institutionen mag man vielleicht sogar fast von einem gewissen Übereifer

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

sprechen -, rauszukriegen, wer dahinterstand. Das war eine Blackbox; man wusste das nicht; die Straftaten waren spektakulär. Gott sei Dank hatte es keine schlimmen Personenschäden oder so bis dahin gegeben; aber das war irgendwo ein weißer oder, sagen wir, ein brauner Rabe - um in der politischen Farbe zu bleiben -, den niemand kannte. Und natürlich war auch der Druck in der Öffentlichkeit, gerade hier in der Landesöffentlichkeit, was die Medien angeht, aber auch vonseiten der politischen Leitung - „Jetzt kriegen Sie mal schön raus, wer das ist!“ - sehr hoch, und es war irritierend, dass man da nicht weiterkam.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie bewerten Sie vor diesem Hintergrund jetzt die Anweisung des GBAs an das LKA Brandenburg damals, dass - und jetzt zitiere ich - „seitens der Polizei an die Abt. V des Ministerium [sic!] des Innern keine Angaben zum Auskunftersuchen zu machen sind“ - da ging es um die polizeilichen Maßnahmen vom 19.07.2003 - „sondern bei erneuter Anfrage an die Generalbundesanwaltschaft zu verweisen ist“²?

Zeuge Heiner Wegesin: Na ja, der Punkt ist gewesen: Natürlich - - Und ich muss sagen, die Ursache hat natürlich schon der Verfassungsschutz durch diese sehr bedauernswerte und ärgerliche Durchstecherei dieser Durchsuchungsmaßnahme - - obwohl das eine landespolizeiliche Maßnahme im Bereich der Gefahrenabwehr war und damals keine vom Generalbundesanwalt beantragte Durchsuchung zur Verfolgung eines konkreten Tatverdachts. Aber das spielt ja in dem Umfeld und war gesamttaktisch angelegt, schon in der Ermittlungsbemühung herauszubekommen - - Und natürlich hatte es Irritationen mit der Generalbundesanwaltschaft gegeben, die ich nicht geringreden möchte, aber die ich nicht überschätzen möchte. Mir ist in meinem späteren Berufsleben - - Es gibt immer, gerade unter dem Fahndungsdruck, solche Dinge, und dann ist es auch mal möglich, dass der Staatsanwalt die Polizei anweist, die Kontakte zum Verfassungsschutz, die als nicht unproblematisch empfunden werden, nicht selbst vorzunehmen, sondern dem Staatsanwalt in Ausübung seiner staatsanwaltlichen Sachleitungsbefugnis - er führt und leitet die Ermittlungen - zu überlassen. Das findet der Verfassungsschutz manchmal nicht schön; aber das gibt es eigentlich durchaus. Es mag natürlich hinzukommen - ich schilderte das - aus der Sicht des Generalbundesanwalts, dass er mit Landesbehörden zu tun hatte, von denen er nicht wusste: „Sind sie sich grün?“, „Was machen sie?“ und er sagt: „Da wahre ich mir die Informationshoheit“. - So beurteile ich das.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, ich staune jetzt darüber, dass Sie dadurch so wenig irritiert waren, weil immerhin haben Sie ein Behördenzeugnis ausgestellt, was einen sehr eindeutigen Hinweis gegeben hat. Das wurde für wertlos befunden - möchte ich es mal bitte nennen -; da waren aber, wie gesagt, sehr klare Hinweise. Und das LKA hat überhaupt nicht diesen Hinweis verfolgt. Und auch der Name, eines M. K., der dadrin fällt - - Nicht mal dessen Wohnung wurde dann infolge der Ermittlungen weiter durchsucht. Es wurde alles, was also von Ihrer Abteilung als Hinweis kam, entweder verschoben oder überhaupt nicht verfolgt.

² Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: GBA Sachakten Band XII, Blatt 193 (elektronische Zählung).

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

Zeuge Heiner Wegesin: Ja, ich muss selbst sagen - - Das erläuterte ich ja eben, was wir wiedergeben konnten. Und das konnten wir nicht auf sich beruhen lassen. Ich stelle die Gegenfrage: Was wäre gewesen, wenn der Verfassungsschutz eine Selbstbezeichnung einer Person, so unsubstanziert sie sein mag, sie habe die Straftaten der „Nationalen Bewegung“ begangen - immerhin einige Brandanschläge, die auch schlimm hätten ausgehen können, gerade auf diese beiden Dönerbuden und anderes - nicht gemacht - - Was wir gemacht haben, war ja, dass wir schlicht und einfach mitgeteilt haben: Einer Quelle von uns ist durch die Person X mitgeteilt worden: Wenn die wüssten! Ich bin die „Nationale Bewegung“; ich habe das gemacht. - Wir wussten selbst nicht und waren selbst nicht sicher, ob diese Selbstbezeichnung tatsächlich zutraf oder nicht. Wir fanden es wichtig, diese Selbstbezeichnung weiterzugeben, weil die Hinweislage war null; man wusste überhaupt nichts. Die Spurenlage an den Tatorten war äußerst dürrig; die Bekennerschreiben waren für die rechte Szene schon recht gut und intellektuell gemacht, aber auch nicht zurückführbar. Und dann sagt jemand: Ich bin die „Nationale Bewegung“; ich habe es gemacht. - Wir hatten selbst, wie gesagt, unsere Zweifel, weil wir der Person eigentlich gar nicht die Perfidität und die Täterintelligenz zutrauten, diese Straftaten ausgeführt zu haben.

Ich kann mich nicht daran erinnern, und deswegen wird in meiner Erinnerung auch keine Irritation wach darüber, wie die Polizeibehörden und die Ermittlungsbehörden die Hinweislage, die wir gegeben haben, tatsächlich abgearbeitet haben. Wissen Sie, das ist dann auch ein bisschen so, ehrlich gesagt, für den Verfassungsschutz: „Wir haben was beigetragen“, „Wäre toll gewesen“, „Das hätten wir gerne als Erfolg gehabt, wenn dieser Hinweis wirklich substantiiert geworden wäre“, „Wir, der Verfassungsschutz“ - ob wir das in der Öffentlichkeit hätten abfeiern dürfen, ist eine zweite Frage - „hätten da was gemacht.“

Aber im Prinzip - - Als Verfassungsschützer denken Sie erst mal so: Ich habe mich freigemacht; ich habe diese Information weitergegeben, und dann mag, bitte schön, derjenige, der diese strafrechtlich zu verfolgen hat und in Ermittlungsmaßnahmen umzusetzen hat, sehen, was daraus wird. - Also, ich habe damals nicht so sehr die Empfindung gehabt - - Meine Erinnerung geht dahin: Na ja, die Polizei hat das sehr kritisch gesehen, was wir da berichtet haben - „Hm? Wirklich? Aber: Ja, gut“ -, hat es entgegengenommen. - Aber meine Erinnerung geht nicht dahin, dass ich da noch mal nachgefragt habe: Wir haben Ihnen doch einen bedeutenden Hinweis gegeben, was ist denn jetzt daraus geworden? Warum machen Sie nichts? - Das war irgendwann, wie gesagt - - Wenn man da seinen Informationstakt getätigt hat, ist die eigene Zuständigkeit dann ja auch irgendwo zu Ende.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Dann würde ich gerne Ihre Erinnerung mal wecken an Irritationen, die Sie 2003 durchaus geäußert haben, nämlich auch gegenüber einer Staatsanwältin, bei der Sie einen - - Da gibt es einen Vermerk von Ihnen - leider undatiert - - dass Sie sagen:

„Die NaBe-Verdachtspersonen“

- und Sie beziehen sich da auf mehrere Personen -

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

„wurden aus kriminaltaktischen Gründen aus dieser Durchsuchung“

- da geht es um die am 17.01. [sic!] -

„herausgehalten. Die NaBe Verdachtspersonen sollten mit zeitlichem Verzug durchsucht werden, um durch die von der ersten Maßnahme erhoffte Verunsicherung der Szene zu profitieren.“³

Also, für mich heißt das - was ich in den Akten alles habe finden können -, dass Sie damals daran glaubten. Und wie gesagt, auch mir erschließt sich langsam dieses Bild, dass konkrete Verdachtspersonen gewarnt werden sollten und genügend Zeit bekommen haben, belastendes Material beiseitezuschaffen.

Zeuge Heiner Wegesin: Jetzt müsste ich eigentlich fast mal zurückfragen: Spielen Sie jetzt konkret auf diese Durchsuchung am - wann war das? - 07.02.2001 an?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Am 17.02. [sic!], ja.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Die dann vorgezogen - -

Zeuge Heiner Wegesin: Da ist es ja so gewesen, dass ein Bediensteter meiner Behörde, Herr S., besagter Quelle den Hinweis gegeben hat auf die Durchsuchung und auf ihren Zeitpunkt: Kunstfehler, Verletzung der Dienstpflicht etc. pp.; das tut man nicht. Egal, das war geschehen, damit sind wir konfrontiert worden, weil dieses Wissen und die Verbreitung an die Szene in einem abgehörten Telefongespräch, was diese Quelle geführt hat, der Polizei zu Wissen gekommen ist, und wir wurden natürlich umgehend unterrichtet und auch gefragt: Was soll das denn? - Das ist das eine. Das Gespräch war am 06.02., wenn ich mich erinnere, 2001.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja.

Zeuge Heiner Wegesin: Die Durchsuchung war geplant für den 17.02., wenn ich das recht erinnere. Die Maßnahme, die dann getroffen wurde - ich habe dann selbst auch in den Überlegungen, in der polizeilichen Besprechung mitgesessen -, war: „Okay, wir ziehen die Maßnahme vor, wir machen das sofort; die Szene wird dann noch nichts weggeschafft haben, sondern eigentlich erst denken: am 17.02.“, also: den Überraschungseffekt ausnutzen. - Das bringt die Zahnpasta nicht in die Tube zurück, wenn eine polizeiliche Durchsuchungsmaßnahme der Szene durch den Verfassungsschutz wie auch immer mitgeteilt worden ist. Ich will das jetzt nicht alles verharmlosen; verstehen Sie mich da nicht falsch. Die Durchsuchung, die als „Aktion Wasserschlag“, wie man so in der Polizei sagt, geplant war - also: „Wir verunsichern die Szene; vielleicht rührt sich dann was; vielleicht redet jemand“ etc. pp. -, war ja gezielt so angelegt, dass nicht die eigentlichen Verdachtspersonen, die man

³ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: Register 3b_Gruppierung Nationale Bewegung_652-665-bwp-VS NfD.pdf, Seite 664.

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

möglicherweise verdächtigte, sondern eigentlich das Umfeld bedrängt werden sollte; das ist klar.

Und nach Durchführung der Dursuchung - - Das war auch, ehrlich gesagt, einer der Gründe, warum wir uns dann hinsichtlich dieser Durchstecherei, abgesehen davon, dass wir sie als Vorkommnis berichtet haben an die Leitung unseres Hauses natürlich - und was mit der Parlamentarischen Kontrollkommission gewesen ist, das ist dann eine weitere Folgefrage -, weil wir gesagt haben - - Das war auch die Beurteilungslage der Polizei, im Übrigen auch die Berichtslage der Medien damals, wenn Sie sich die Zeitungen angucken; da ist wirklich was bei rumgekommen. Man hat da jede Menge Szenematerial rausgeholt, von Waffen, nicht scharfen Schusswaffen, von Propagandamaterialien, eigentlich alles Mögliche, was darauf schließen ließ, dass die Szene vielleicht in Teilbereichen vorgewarnt war, aber eigentlich mit dem 17.02. rechnete und sehr verwundert war, als am frühen Morgen des 07., also zehn Tage vorher, vor dem eigentlich durchgestochenen Zeitpunkt, die Polizei massiv aufschien und die Durchsuchungen durchführte. - Das ist meine Erinnerung.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, Herr Wegesin, das Ganze ist ein bisschen dubios. Es wird von Ihrer Abteilung eine Warnung abgegeben; Sie nennen es „durchstechen“.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja, „durchstechen“.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Nach Aktenlage sieht es eher so aus, als wäre es angewiesen worden.

Zeuge Heiner Wegesin: Von wem?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Von Ihrem Untergebenen Herrn Giebler, der wiederum auch damals durchblicken ließ, dass diese Order von Ihnen kam. Und die Warnung wird ausgesprochen von einem V-Mann an einen anderen, der in der gleichen Zeit von der Polizei umworben wird. Dort gibt es einen KOK, der seit Wochen und Monaten mit dem ein sehr vertrauensvolles Verhältnis pflegt, uns auch erzählt, er wollte ihn beschützen. Es ist auch mehrfach klar geworden, dass dessen Material auch verschwinden konnte aufgrund der Warnung, nämlich aus der Wohnung des Herrn K., und dieser KOK uns hier auch noch erzählt, dass er nachher bei der Polizei beschäftigt worden ist oder beauftragt worden ist, das Leck bei der Polizei zu suchen. Also, dieses ganze Konstrukt, Herr Wegesin, wirkt wirklich mehr als irritierend auf uns.

Zeuge Heiner Wegesin: Das mag - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und ich kann Ihnen das langsam nicht mehr abnehmen, -

Zeuge Heiner Wegesin: Gut.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - was Sie hier erzählen.

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

Zeuge Heiner Wegesin: Gut, dann - -

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Wir sind in der Verlängerung; darauf wollte ich bloß hinweisen.

Zeuge Heiner Wegesin: Gut. - Dann stelle ich noch mal den Sachverhalt so dar, wie er sich aus meiner Sicht zugetragen hat, wie ich die klare Erinnerung habe und wo ich glaube, dass Sie dort eine Erkenntnislage gewonnen haben, die nicht der Wahrheit entspricht.

Erstens. Ermittlungsmaßnahmen der Polizei oder der Strafverfolgungsbehörden, von denen der Verfassungsschutz, ob zuständig, an Besprechungen beteiligt oder wie auch immer Kenntnis erhält, werden einer Quelle nicht übermittelt - Punkt! So war die ständige Weisungslage, die Vorschriftenlage in der Behörde und auch meine klare Weisungslage.

Ich erinnere mich, ich bin mir sehr sicher und meine das auch nach erneutem Aktenstudium, wo dieses ja durchaus auch beleuchtet worden ist, dass Herr Giebler die Weisung gegeben hat, Quellen zu sagen: „Macht euch sauber! In der Szene passiert wieder was, die Polizei ist unterwegs!“ - über Stichworte. Das ist zulässig, dass sie Quellen anweisen, sich rechtstreu zu verhalten, weil sie in der Szene sind und weil sie möglicherweise auch Zielperson einer polizeilichen Maßnahme werden. Das ist ein feiner, aber ein sehr wichtiger Unterschied. Wenn Sie eine polizeiliche Maßnahme als V-Mann-Führer einer Quelle konkret sagen, sodass sie sich oder Angehörige der Szene darauf einstellen können, diese Maßnahme zu unterlaufen, dann bewegen Sie sich schon im Bereich einer strafbaren Handlung. Und ich weise mit aller Deutlichkeit zurück, eine solche Weisung je gegeben zu haben, sie geduldet zu haben. Und nach allem, was Herr Giebler mir gesagt hat, was die Aktenlage seinerzeit war und wie wir es auch der PKK berichtet haben, hat es außer der Ermächtigung des Gebens eines allgemeinen Hinweises: „Legt die Ohren an! Es gibt polizeiliche Maßnahmen! Ihr wisst das; das ist zulässig“ - - Jeder Satz mehr wäre falsch gewesen.

Dass dann tatsächlich herausgekommen ist, nachdem dieser betreffende Bedienstete fünf oder sechs falsche dienstliche Erklärungen abgegeben hat, nach denen wir ihn gefragt hatten unter Belehrung auf seine Dienstpflichten, er habe der Quelle diese Maßnahme nicht durchgestochen und dass die Quelle dann hinterher in einer Ermittlung gesagt hat: „Nee, nee, das habe ich schon von meinem V-Mann-Führer gekriegt“, das ist eine schlimme Panne. Ich möchte das gar nicht rechtfertigen; aber diese Panne ist dann bitte wirklich in dem weisungswidrigen Verhalten des V-Mann-Führers zu sehen. Ich bedauere heute - das kann ich Ihnen durchaus sagen -, dass ich damals vielleicht aus bestimmten Gründen die Dinge erst mal ein bisschen habe laufen lassen. Ich kann Ihnen sagen, wie ich das heute in meinem Verantwortungsbereich handhaben würde und es damals vielleicht hätte machen sollen: Die Quelle wäre nach der Durchstecherei, sprich am 06. - - Am 07. hätte die ihre Abschalterklärung gekriegt und hätte nicht mehr für den Verfassungsschutz gearbeitet, und der betreffende Kollege, auch wenn ich ihm damals Glauben geschenkt habe, er habe diese Information nicht vorgenommen, hätte den

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

Beschaffungsbereich verlassen und hätte sich im Bereich der Auswertung um die Sortierung der NPD- und DVU-Mitgliederkartei kümmern können. Das bedaure ich. Aber ich weise noch mal, um das klar zu sagen, zurück, dass ich die Weisung gegeben habe, dass eine polizeiliche Maßnahme einem V-Mann des Verfassungsschutzes mitgeteilt wird. Wir reden hier immerhin über die Verletzung des Dienstgeheimnisses - mindestens - und über wesentliche andere Dinge auch.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Richtig, Herr Wegesin. Ich muss noch mal ergänzen: Dieser V-Mann-Führer hat ein Disziplinarverfahren dafür bekommen, für eine Erklärung, die ihm, wie er nachher mehrfach zu Protokoll gegeben hat, „in die Feder diktiert worden ist“ von seinem Vorgesetzten. Und der Vorgesetzte wurde dafür nicht belangt, und auch Sie wurden dafür nicht noch mal herangezogen. Also, ich muss schon sagen, das ist ein dolles Stück, was wir hier hören. Wie kann es sein, dass dieser V-Mann-Führer für eine Erklärung, von der überall bestätigt worden ist, dass sie ihm diktiert worden ist, belangt worden ist und seine Vorgesetzten auch nicht - -

Zeuge Heiner Wegesin: Ich bestreite entschieden, dass das dem V-Mann-Führer diktiert worden ist. Dem V-Mann-Führer ist gesagt worden, dass er diese allgemeine Warnung, die nicht dazu dient, polizeiliche Ermittlungsmaßnahmen zu torpedieren oder zu unterlaufen oder die Szene davor zu warnen, die ausschließlich dazu dient, dass Quellen des Verfassungsschutzes, die sich in Ermittlungsbereichen bewegen, rechtstreu verhalten - - Das ist zulässig, das macht man, das wird heute noch getan. Aber ich bestreite entschieden - und ich weiß auch nicht, wo Sie das herhaben; das würde mich schon sehr interessieren; das irritiert mich -, dass der Herr Wegesin die Weisung gegeben hat, dass diese Durchsuchungsmaßnahme einer Quelle übermittelt wird. Das war nicht die Weisungslage an Herrn Giebler; die Äußerungen von Herrn Giebler, die mir bekannt sind - ich weiß nicht, was er heute gesagt hat - und wie sie sich mir auch aus den Akten erschlossen haben, als ich sie Anfang Juli hier gesehen habe, waren ganz klar so, dass auch Herr Giebler klar dem V-Mann-Führer die Weisung erteilt hat, ausschließlich diese allgemeine Warnung vorzunehmen und nicht diese konkrete Warnung. Und Herr Giebler wurde dann auch beauftragt, das wirklich aufzuklären.

Wir haben das dann hinterher leider, leider, leider erst im Rahmen der Äußerungen der Quelle verifizieren können, und daraufhin hat es auch diese Disziplinarmaßnahme gegeben. Und was die Disziplinarmaßnahme angeht, Frau Abgeordnete, darf ich sagen: Die hat nicht der Verfassungsschutz geführt, sondern die hat der Abteilungsleiter Z, der Verwaltungsabteilungsleiter des Ministeriums, geführt. Also nicht wir selbst; wir haben uns da auch nicht sauber gemacht. Und Sie insinuierten damit ja auch, dass das Disziplinarverfahren damals, was mit einer sehr milden Maßnahme geendet hat für den Betreffenden - - Aus meiner Sicht hätte man da mehr verfolgen müssen. Sie laufen als Verfassungsschutz vor die Wand, wenn Ihre V-Mann-Führer Sie belügen. Das geht nicht; das geht wirklich nicht, auch in einer so heiklen Frage. Man muss auch in einem Verfassungsschutz dann die Möglichkeit haben - und die hätte damals bestanden -, dass wir in einem Verfassungsschutz - einem V-Mann-Führer - und es war ein relativ junger Mann; er war auch ein bisschen ein Heißsporn - mal so ein Hinweis rausrutscht, dass man das zur Kenntnis nimmt und dann als

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

Behördenleitung versucht zu korrigieren, indem man sofort die Polizei unterrichtet und sonst was macht und auch den Betroffenen unterrichtet. Das kann passieren.

Aber die Tatsache, dass ich die Weisung gegeben haben soll, diese Information an die Szene durchzustechen, das weise ich zurück. Das gibt die Aktenlage nicht her, das war nicht so, und der Herr Giebler hat diese Weisung dem Herrn „Sandmann“ auch nicht gegeben, sondern Herr „Sandmann“ - aus welcher Motivationslage auch immer - hat diese Informationsmaßnahme unter Verletzung seiner Dienstpflichten selbst vorgenommen und hat die Abteilungsleitung über zwei Jahre belogen, dass das so gewesen sei, mit der Konsequenz, dass der Abteilungsleiter auch in der Parlamentarischen Kontrollkommission gesessen hat, einschließlich seines Ministers und seines Staatssekretärs, und gesagt hat: „Glauben wir jetzt unserem Bediensteten oder glauben wir dem V-Mann?“, der sicherlich auch, insbesondere, nachdem wir ihn abgeschaltet hatten mit einem ziemlichen Knall am 18.07.2002, weil er einen Eigentumsdelikt begangen hatte, den Verfassungsschutz hätte anschwärzen wollen. Das ist keine sehr schöne Lage; das möchte ich von einem Bediensteten nicht wissen. Und deswegen hat der Herr auch den Verfassungsschutz verlassen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Der Herr - -

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Allerletzte Frage, bitte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja. - Der Herr, von dem Sie gerade sprechen, sagt aber weiterhin, dass der Herr Giebler sich mit ihm und diesem V-Mann sogar noch mal persönlich getroffen hat und massiv Druck ausgeübt hat auf Herrn K., massiv, also wirklich unter Druck gesetzt -

Zeuge Heiner Wegesin: Ja, das ist richtig.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - wegen dieser Behauptung.

Zeuge Heiner Wegesin: Das ist richtig. - Wissen Sie, wir hatten damals die Lage - Sie müssen das einfach nachvollziehen -: Wir bekommen die Information von der Polizei: „Leute, wir haben einen Telefonanruf abgehört, wo eine Person, die für euch arbeiten mag“ - wir haben natürlich nicht gesagt, ist das unser V-Mann oder nicht - „durchsticht, dann und dann ist die Durchsuchung da und da.“ Da haben Sie ein Vorkommnis, dem Sie nachgehen müssen. Und Herr S. hat von Anfang an gesagt: Nein, ich habe das nicht durchgestochen. - Dass er gemeinsam mit der Quelle kollusiv eine kleine Geschichte erfunden hat, die Quelle habe das bei irgendeinem Kneipengespräch von einem Polizisten in der Kneipe auf- -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Da war Herr Giebler dabei.

Zeuge Heiner Wegesin: Eine ziemliche Räuberpisto- - Bitte?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Da war Herr Giebler dabei, als diese Geschichte erfunden worden ist.

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

Zeuge Heiner Wegesin: Das entzieht sich meinem Wissen; das bestreite ich.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Beim zweiten Treffen.

Zeuge Heiner Wegesin: Bitte?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Beim zweiten Treffen, bei dieser zweiten Erklärung war Herr Giebler dabei.

Zeuge Heiner Wegesin: Herr Giebler hatte folgende Weisungslage - und nach meiner Erkenntnislage hat er das auch so durchgeführt -: sich selbst mit der Quelle zu treffen. Normalerweise tut der Beschaffungsleiter dieses nicht, sondern sucht nur selbst Quellen auf und befragt sie, wenn es einen besonderen Anlass gibt. Und der Auftrag lautete, mit dem V-Mann-Führer die Quelle aufzusuchen und - Sie entschuldigen den deutlichen Ausdruck - auf den „Pott“ zu setzen und bitte schön zu sagen, wo er das herhat. Und Herr Giebler hatte den Auftrag, dieses sehr deutlich und sehr massiv zu tun, damit wir wussten: Was ist denn da eigentlich passiert? - Das war die Zielrichtung dieser Maßnahme und nichts anderes.

Dabei ist nicht verabredet worden - zumindest ist das nicht meine Informationslage und ist auch nicht die Aktenlage, so wie ich sie gesehen habe, und auch das, was mir Herr Giebler je - - gesagt worden, dass da drei Herren gesessen und gesagt hätten: Oh Mann, großer Mist; der Abteilungsleiter hat gesagt, wir sollen jetzt hier bitte schön irgendwas machen, damit wir da runterkommen, und jetzt denken wir uns mal die Geschichte aus. - Die Geschichte, die haben sich der Bedienstete S. und die Quelle ausgedacht, weil sie auf einmal gemerkt hatten: Mist, die Polizei oder auf jeden Fall die Sicherheitsbehörden haben davon Kenntnis erhalten, weil das Telefongespräch abgehört worden ist. Was machen wir jetzt? - Ärger für beide: Ärger für die Quelle - möglicherweise; sie hat ja auch hinterher ein Strafverfahren dafür bekommen - und natürlich auch großer Ärger für den Bediensteten S., zumal der Bedienstete S. auf die deutliche Frage auch mir gegenüber: „Wie bitte schön erfährt die Quelle davon und gibt das weiter, dass eine Durchsuchung stattfindet? Hast du der das gesagt, ja oder nein?“ von Anfang an und stets und ständig gesagt hat: Nein, ich habe diese Information nie weitergegeben.

Als es dann eng wurde, nachdem es entsprechende Presseberichterstattung gab, haben wir den Bediensteten erneut befragt durch den Justiziar meiner Abteilung - ich habe auch selbst dienstliche schriftliche Erklärungen abgefordert; das ist ein übliches dienstrechtliches Instrument in jeder Behörde, nicht nur im Verfassungsschutz -: „Wir war das bitte?“ - unter Hinweis auf die beamtenrechtliche oder dienstrechtliche Wahrheitspflicht. Er hat immer gesagt: „Ich habe das nicht weitergegeben; ich habe das nicht weitergegeben“, bis die Beweislage so klar - - dass es ein Disziplinarverfahren gegeben hat mit einem für den Herren sehr milden Ausgang; das darf ich sagen. Ich hätte ihn einen Dienstgrad niedriger gesetzt. Das war milde, aber bitte: Das war nicht mein Ding. Mit der Einleitung des Disziplinarverfahrens und der Umsetzung des Herrn aus der Behörde war für mich die Geschichte, was den Herrn konkret angeht, selbst erst mal beendet.

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

Die weiteren Folgen bis hin dazu, dass wir uns hier heute unterhalten und - ich kann das durchaus verstehen - Ihnen die Sache nach wie vor komisch vorkommt - - Ja, das nehme ich Herrn S. übel; mehr ist da nicht gewesen. Die Weisungslage war ganz klar: Durchsuchungsmaßnahmen werden nicht vom Verfassungsschutz in die Szene durchgestochen, ein absolutes No-Go - eine ärgerliche Panne, darf nicht vorkommen. Mag man mir auch durchaus vorwerfen. Dem Vorwurf würde ich mich widersetzen wollen - aber ich kann ihn mir nicht von der Backe streifen -: Wie war Ihre Amtsführung damals, dass so etwas passiert ist? Was ist passiert, dass da nicht sofort gleich Klarheit gewesen ist? - Irgendwann sind Sie mit Ihrem Latein am Ende, wenn im Prinzip nur zwei Personen denktheoretisch sagen können, wie es gewesen ist: Entweder die Quelle erzählt Ihnen die Wahrheit oder Ihr Bediensteter erzählt Ihnen die Wahrheit. Im Zweifel setzen Sie dann erst mal auch auf den Bediensteten. Und wenn dann herauskommt, dass er Sie belogen hat über zwei, drei Jahre: ärgerlich.

Das ist das Einzige, was ich dazu sagen kann. Aber ich lasse mir wirklich nicht hier den Knopf an die Backen nähen, dass Herr Wegesin eine Weisungslage gegeben hat, solches rechtswidriges Tun vorzunehmen. Und ich bin mir auch sehr sicher, dass Herr Giebler nicht diese Weisungslage gegeben hat, sondern dass es sich um eine dienstwidrige Eigenmächtigkeit des V-Mann-Führers gehandelt hat, die dadurch verschlimmert wurde, dass er sie gegenüber seinen Vorgesetzten über zwei Jahre verheimlicht hat. - Das ist für mich der Sachverhalt damals gewesen und auch heute noch.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Danke schön.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Wir machen weiter mit der CDU-Fraktion.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Wegesin, ich möchte noch mal zurückkommen auf das Behördenzeugnis. Wusste der Generalbundesanwalt, welche Quelle Urheber der Information aus dem Behördenzeugnis war?

Zeuge Heiner Wegesin: Nein.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Zu keinem Zeitpunkt.

Zeuge Heiner Wegesin: Nein. - Also, wir haben es ihm nicht mitgeteilt. Häufig ist das so; das ist so ein wenig dieser Schleiertanz, sage ich mal etwas flapsig, in der Kooperation der Behörden. Wenn es ein Behördenzeugnis gibt, dann wird das ja ausgestellt auf eine stets zuversichtlich berichtende Quelle aus unterrichteten Kreisen. Wie auch immer: Manchmal gibt es sogar Behördenzeugnisse von Nachrichtendiensten, wo aus der Fernmeldeüberwachung eine Information weitergegeben wird, und die Wendung, woher denn diese Information stamme, ist so schleierhaft, dass man möglicherweise auch den Schluss ziehen könne, es sei eine menschliche Quelle gewesen. Man versucht da wirklich den Quellenschutz hochzuhalten.

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

Vor dem Hintergrund haben wir - - Und das tut man auch nicht, seine Quelle auch gegenüber der Staatsanwaltschaft preisgeben, sondern gibt nur diese Information und versucht durch weitere Zuschreibungen, die ja eben schon thematisiert wurden, möglichst zu erreichen, dass diese Information als glaubhaft rüberkommt. Aber die Person der Quelle wird im Klarnamen - - und wird überhaupt nicht preisgegeben. Und so hat es sich nach meinem Wissen auch hier verhalten. Es mag sein, dass Herr Siegmund irgendwo darauf geschlossen hat: Von wem kommt das denn? Wer? Wie? - Es hat ja jede Menge Fernmeldeüberwachungs-/Telefonüberwachungsmaßnahmen und sonst was gegeben. Wenn dann ein Staatsanwalt fragt: „Der Herr Sowieso, ist das Ihre Quelle?“, wird der Verfassungsschützer vielsagend lächeln und nichts sagen.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Nachdem dieselbe Quelle dann am 6. Februar die Durchsuchung verraten hat, wurde darüber der Generalbundesanwalt informiert?

Zeuge Heiner Wegesin: Ja, das wusste er.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Wissen Sie noch, wann?

Zeuge Heiner Wegesin: Das kann ich nicht sagen. Es muss recht zeitnah gewesen sein. Ich muss mal überlegen, ob ich daran - - Ich weiß noch: Der Leiter der Sonderkommission NaBe, Herr K., meine ich, hat mir damals gesagt - das war völlig klar -, dass er den Generalbundesanwalt unterrichtet hat, und ich meine, das war sehr zeitnah, schon um den 06. Am 07. sind ja die Durchsuchungen dann vorgezogen worden, und es hatte eine Menge Erörterungen gegeben, wie man diese Durchstecherei, diese wirklich ärgerliche Panne, möglichst konterkariert, einsatztaktisch konterkariert, sodass der Schaden, das heißt das Beiseiteräumen von zu erwartenden Konfiskaten, bei der Durchsuchung - - und Gegenmaßnahmen der Szene zu unterlaufen.

Ich meine mich zu erinnern, dass Herr Siegmund bei diesen Erörterungen - ich meine, er sei gar nicht in Potsdam gewesen - nicht dabei war, sondern diese Erörterungen dann durch die Soko NaBe, durch die zuständigen Einsatzleitungen des Polizeipräsidiums Potsdam festgelegt worden sind. Es hat eine gemeinsame Dienstbesprechung gegeben am 06. oder auch am 07. - vielleicht am 07. -, wo ich und mein Vertreter Herr Milbradt dabei waren, um notfalls auch zu beraten oder sonst was. Ich weiß sogar noch: Weil die ein Fahrzeugproblem hatten, hatte ich für die Durchsuchung ein schlechtes Gewissen - - hatten wir wirklich schon den Polizeikollegen noch Fahrzeuge von uns angeboten, damit es nicht heißt, die Polizei - die natürlich da an zehn Einsatzorte wollte - kommt nicht dahin. Das wurde aber nicht in Anspruch genommen. Da war Herr Siegmund nicht dabei; aber Herr Siegmund ist zeitnah unterrichtet worden, das weiß ich.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Herr Wegesin, war dem GBA bekannt, dass eben diejenige Person, die hier die Durchsuchung verraten hat, dieselbe ist, die letztlich als Quelle für das Behördenzeugnis verwandt wurde?

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

Zeuge Heiner Wegesin: Das weiß ich ehrlich gesagt nicht. Im Lichte meiner Ausführungen halte ich es eher für unwahrscheinlich, da wir ja, wie wortreich ausgeführt, Herrn Siegmund nicht die Identität des Hinweisgebers, auf dessen Hinweis das Behördenzeugnis beruhte, mitgeteilt haben. Dass er das geschlossen haben mag, das kann ich nicht ausschließen; wir reden da ja auch nicht über einen Riesenpersonenkreis. Und Polizeibeamte und auch Staatsanwälte machen sich, wenn der Verfassungsschutz mit einem Hinweis kommt, aber seine Quelle nicht preisgeben kann oder will, weil Quellenschutz herrscht, schon häufig Gedanken und Rückschlüsse: Wo kommt es denn eigentlich her? Wer war das denn? - Das ist normal; das ist eine Krux und ein Spannungsverhältnis, was Sie in jedem Fall haben, wenn der Verfassungsschutz oder ein Nachrichtendienst - beim BND ist das nicht anders - in ein Ermittlungsverfahren hinein Hinweise gibt, die auf einer menschlichen Quelle beruhen, die im Umfeld des Tatgeschehens oder der mutmaßlichen Täter platziert ist.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Vielen Dank. - Der Herr K. wurde ja am 27. März 2001 vernommen. Ist Ihnen bekannt, wer diese Vernehmung durchgeführt hat, was Inhalt dieser Vernehmung war und wer die Aussagegenehmigung beantragt hat, vor allem wann diese Genehmigung beantragt wurde?

Zeuge Heiner Wegesin: Daran kann ich mich nicht erinnern, muss ich ehrlich sagen. Ich weiß auch nicht - er war ja noch Quelle, und er war insoweit natürlich auch zur Wahrung des, in Anführungszeichen, „Dienstgeheimnisses“ nach wie vor verpflichtet; das war Gegenstand der nachrichtendienstlichen Verpflichtungserklärung -, ob und wann wir eine Aussagegenehmigung erteilt haben. Ich kann nur in Retrospektive sagen: Im Lichte dessen, was da passiert war, hätten wir die geben müssen.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Gut. - Danke.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Gut. - Dann gehen wir weiter zur Fraktion der Linken. Herr Dr. Schöneburg, bitte.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Danke schön. - Ich will noch mal versuchen, so ein bisschen, für uns jedenfalls, Licht ins Dunkel des 06.02. zu bringen; -

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - das haben Sie ja nicht anders erwartet sicherlich. Können Sie uns noch mal schildern, wie der 06.02. aus Ihrer Sicht abgelaufen ist?

Zeuge Heiner Wegesin: Ja. - Also, wir wussten, dass es eine polizeitaktische Maßnahme im Rahmen des polizeilichen Gefahrenabwehrrechtes geben wird zur Durchsuchung der Szene im Umfeld, also „Aktion Wasserschlag“: Wir nehmen die Szene mal unter Wind; die fühlen sich dann dadurch gestört und vielleicht geben sie preis - - weil wir Szenediskussionen wahrgenommen hatten, dass diese ganze NaBe-Geschichte die Rechten nervte, weil sie dadurch einfach vermehrt unter Wind genommen wurden. Wir wussten davon. Wir haben ja dann auch - - oder sind gebeten

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

worden, auch von uns aus eine Liste von Personen einzusteuern, die man möglicherweise durchsuchte. Das ist ja dann ein - - Wir haben ja dann eine Liste gemacht, ich weiß nicht, mit zehn, elf Leuten; da sind einige von ausgewählt worden, andere auch nicht. Ist Sache der Polizei. - Das war der 06.02. Und dann bin ich, glaube ich - das war das Vorfeld des 06.02. -, irgendwann - ich meine, mich zu erinnern, es sei in den Mittagsstunden oder am frühen Nachmittag - - unterrichtet worden.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Von wem?

Zeuge Heiner Wegesin: Ich glaube, Herr Milbradt hat mich unterrichtet, dass die Polizei ihn unterrichtet habe, dass ein Telefonanruf aufgezeichnet worden war, in dem eben - - aus dem sich ergab, dass die Quelle Kenntnis von der konkreten Durchsuchungsmaßnahme und ihrem Zeitpunkt hatte und dies offenkundig an die Szene weitergegeben hat.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Darf ich Sie mal kurz unterbrechen?

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Also, mir ist erinnerlich aus den staatsanwaltschaftlichen Vernehmungen, die ja stattgefunden haben 2003, dass Herr Giebler, der sozusagen auch nach Aussage von Herrn Siegbert K. in dieser Zeit eigentlich kontinuierlich an den Sitzungen der Soko NaBe teilgenommen hat,

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - dass der sozusagen -

Zeuge Heiner Wegesin: Das kann - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - das hat er auch so geschildert der Staatsanwältin in der staatsanwaltschaftlichen Vernehmung - nach der Sitzung zu Ihnen gekommen ist und gesagt hat, dass am 17.02. diese exekutive Maßnahme stattfinden soll.

Zeuge Heiner Wegesin: Es kann auch Herr Giebler gewesen sein. Ob es Herr Milbradt war oder Herr Giebler: Ich muss Ihnen sagen - ich will mich da nicht auf Erinnerungslücken hin rausreden; aber danke für Ihre Hinweislage -: Es mag wirklich Herr Giebler gewesen sein, weil Herr Giebler die ganze Zeit quasi Verbindungsmann - was auch nahelag als Beschaffungsleiter - zur Soko NaBe war und dann zu mir kam und auf jeden Fall berichtete: Wir haben ein schönes Vorkommnis, unsere Quelle hat die Maßnahme durchgestochen. - Das ist mir im Laufe des 06.02. mitgeteilt worden. Das mag Herr Giebler gewesen sein. Herrn Milbradt hatte ich häufiger mitentsandt als Stellvertreter. Auf jeden Fall wusste ich da: Da ist was aufgeplatzt.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Und haben Sie dann Herrn Giebler gesagt - so in der Form, wie Sie es jetzt geschildert haben -, dass er nicht die Quelle

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

warnen soll, sondern dass er - - oder nicht die Weisung erteilt haben soll, aber Sie gesagt haben: „Es ist vielleicht was im Busche, -

Zeuge Heiner Wegesin: Na ja, meine Reaktion war natürlich: -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - was als Information weitergegeben wird“?

Zeuge Heiner Wegesin: - Was ist da gewesen? Wie passiert so was? - Natürlich auch die Frage an den Beschaffungsleiter, -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Nee, nee.

Zeuge Heiner Wegesin: - an den Referats- - Bitte?

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ich bin ja noch dabei jetzt, aufzuschlüsseln, wie sozusagen die Quelle dazu gekommen ist, dann Herrn Sven Sch. anzurufen. Also, bei der Staatsanwaltschaft ist gesagt worden, dass Herr Giebler sozusagen zu Ihnen kam und gesagt hatte: Am 17.02. ist diese Razzia. Und dann sagt er - und so haben Sie es auch gesagt bei der Staatsanwaltschaft -, dass Sie dann gesagt haben: Nicht eine Warnung ist auszusprechen, nicht eine konkrete Warnung ist auszusprechen, sondern - so wie Sie es jetzt gerade geschildert hatten - sozusagen: „Da ist etwas im Busche“, -

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - oder - ich sage es jetzt mal so umgangssprachlich -, dass Sie das Herrn Giebler gesagt haben und dass Herr Giebler dann zu Herrn „Sandmann“ gegangen ist - -

Zeuge Heiner Wegesin: Jetzt - - Jetzt - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Na ja, Sie waren schon einen Schritt weiter gewesen; Sie waren schon bei der Referatssituation.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja, ja, ich war einen Schritt weiter; ich vollziehe das nach. - Was Sie schildern, hat sich und hätte sich - aber ich bin sicher, hat sich auch - wie folgt abgespielt: Ich bin immer im Großen und Ganzen auch als Behördenleiter darüber unterrichtet worden, welche Ermittlungsmaßnahmen, auch flankierenden Maßnahmen, indirekten Maßnahmen stattfinden. Ich bin daran beteiligt gewesen, habe meinem Auswertungsleiter und Stellvertreter, auch Herrn Milbradt, gesagt: Stellt mal eine Liste zusammen, gebt den Polizeikollegen das, was stattfindet. - Und ich habe natürlich auch autorisiert, was, wie ich eben schon intensiv geschildert hatte, de lege artis ist: dass die Quellen eine abstrakte Warnung erhalten, dass wieder mal polizeiliche Maßnahmen anstehen und sie sich bitte so verhalten mögen, dass, wenn sie Gegenstand einer Durchsuchung werden - was man nie weiß -, sich so verhalten, dass wir hinterher eine Quelle haben, die sich einer Straftat schuldig gemacht hat, und

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

dann gibt es Ärger. Sondern die haben sozusagen die Ohren anzulegen und brav wie der Fisch im Wasser in der Szene mitzuschwimmen.

Das war die Weisungslage, und das war ja auch die Lage, mit der dann Herr S. loszuziehen hatte und der Quelle zu sagen hatte auf Stichwort - - Man kann das durch so eine Stichwortvereinbarung machen, wo der Quelle vorher gesagt wird: Pass auf, wenn wir dieses Stichwort sagen, heißt das wieder: Es gibt Maßnahmen im Umfeld der rechten Szene; verhalte dich bitte rechtstreu als Quelle, damit es keinen Ärger gibt.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Gut. - Jetzt step by step.

Zeuge Heiner Wegesin: Step by step.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Step by step. - Ich fasse noch mal zusammen: Also, Herr Giebler kommt aus der Sitzung, sagt Ihnen: „Da ist eine Durchsuchung fällig“, also am 17.02., die Sie ja schon so ein bisschen mit vorbereitet hatten, indem Sie die Liste - -

Zeuge Heiner Wegesin: Ja, ja, von der ich Kenntnis hatte.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): War, klar. Aber jetzt ist die Entscheidung gefallen.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Dann sagen Sie Herrn Giebler - also, jetzt sozusagen keine Warnung direkt, aber wie es üblich gewesen ist -: Macht euch mal - - Seid drauf vorbereitet, da ist etwas im Busch. - Das soll sozusagen - -

Zeuge Heiner Wegesin: „Haltet euch sauber!“, ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): „Haltet euch sauber!“, das soll der Quelle mitgeteilt werden.

Zeuge Heiner Wegesin: Ich weiß nicht, ob Herr Giebler diese Maßnahme -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): So. Und jetzt - -

Zeuge Heiner Wegesin: - vorgeschlagen hat oder ob ich sie eingebracht habe. Es war eine übliche Maßnahme, die wir erörtert haben und die ich freigegeben habe, ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Gut. - Jetzt gibt es einen Knackpunkt dabei: Herr Giebler hat - - Und jedenfalls - - Er konnte uns das heute nicht sagen, weil er sich an gar nichts mehr erinnern kann; also, das war sozusagen ein Totalversagen gewesen seinerseits. Aber er hat das gegenüber der Staatsanwaltschaft gesagt - und das hat ja auch so Herr „Sandmann“ bestätigt in seiner zeugenschaftlichen Vernehmung hier vor dem Untersuchungsausschuss -: Er hat ihm mitgeteilt den 17.02., dem Herrn „Sandmann“. Und da ist für mich das Problem, dass, wenn ich will,

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

dass nur allgemein gewarnt wird - - Warum gebe ich denn dann demjenigen, der den warnen soll, das Datum vom 17.02.2001 mit auf den Weg?

Zeuge Heiner Wegesin: Das ist in der Tat - - Da stellen Sie in der Tat eine Frage, die man abwägen muss, nämlich die Frage: Wie weit in der Hierarchieebene geben Sie eine Information weiter? Das heißt: Der Beschaffungsreferatsleiter auch an seine V-Mann-Führer - ja oder nein? - Ich sage es mal so, wie es meinem Selbstverständnis entspricht: Ich möchte eine Beschaffung führen, in der auch die V-Mann-Führer einen solchen Grad an Verlässlichkeit aufweisen, dass man ihnen so etwas sagen kann, weil sie einfach, je umfassender sie informiert sind, natürlich - ohne Preisgabe dieser Information; ich sage das zum siebenundzwanzigsten Mal - verantwortlich ihre Quelle handeln und steuern können.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber dann sage ich doch demjenigen, der die Quelle handeln und steuern soll: „Du kriegst zwar das Datum“, aber ich belehre ihn darüber: „Das hat du nicht mitzuteilen“, -

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - wenn ich auf Nummer sicher gehen will.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja, „auf Nummer sicher gehen“.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Und das findet sich in keiner zeugenschaftlichen Vernehmung bei der Staatsanwaltschaft, dass das sozusagen von Herrn Giebler ins Feld geführt worden ist. Deswegen hat Herr „Sandmann“, um den Decknamen zu gebrauchen, bei uns gesagt in der Vernehmung vor der Sommerpause: Für ihn war klar gewesen, war verpflichtend gewesen, dass er dieses Datum auch mitzuteilen hat.

Zeuge Heiner Wegesin: Also, bei allem, was Herr „Sandmann“ - ich verstehe ja, dass er sich so einlassen mag - - Da kann ich Ihnen nur - - Ich habe mir das hinterher noch mal angeguckt - also zu aktiven Zeiten, jetzt aktuell nicht -, den Inhalt des Disziplinarverfahrens, das mein Abteilungsleiterkollege M. als Abteilungsleiter Z eingehend und selbst geführt hat. Und da kann ich nur sagen: Herr „Sandmann“ lügt bis zum heutigen Tage, wenn er meint, er sei angewiesen worden, diese Information weiterzugeben. - Nein, eben gerade nicht. In einer ordentlich geführten nachrichtendienstlichen Beschaffung weiß der Quellenführer ganz genau, wo die rote Linie ist, ob er es weiß oder nicht. Und wenn die Beschaffung noch besser geführt ist, hat man auch das Vertrauenspotenzial, das bis zum Bediensteten, der unmittelbar an der Schnittstelle zur Quelle sitzt, mitzuteilen, damit er das kann. Das wird dann ein bisschen schwierig, wenn Sie ihren eigenen Leuten nicht mehr trauen können und Informationen nicht weitergeben, weil Sie Sorge haben, dass die entweder so blöd sind oder weisungswidrig handeln, sie der Szene mitzuteilen. Dann wird es wirklich schwierig.

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

Also, ich muss da wirklich sagen: Nein, bis auf diese stichwortauslösende Warnung bin ich mir sicher, dass Herr Giebler keine weiteren Weisungen gegeben hat und auch insoweit - und das war auch damals - - er war selbst betroffen - Herr Giebler als Beschaffungsleiter durch seinen Mitarbeiter hintergangen worden ist. Das hat ihn ja auch selbst in Schwierigkeiten gebracht, weil wir haben das auch im Verfassungsschutz nicht leichtgenommen, dass eine solche Maßnahme, mag es auch nicht unmittelbar eine Ermittlungsmaßnahme bei der - - im Ermittlungsverfahren NaBe gewesen ist, sondern nur eine flankierende polizeirechtliche Maßnahme. - Eine wirklich hässliche Panne; will ich gar nicht schönreden.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Gut.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Die letzte Minute läuft.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja. - Haben Sie gewusst, dass der Herr Untermieter war bei Herrn Christian K.?

Zeuge Heiner Wegesin: Kann ich mich nicht wirklich dran erinnern. Ich wusste - das war ja auch Teil des Aufklärungsauftrages von K. -, dass es persönliche Beziehungen von K. zu S. gab, und natürlich haben wir auch versucht, beim Thema „Blood & Honour“ Informationen herauszubekommen durch Herrn K. Dass er bei ihm Untermieter war oder welcher Intensität oder Natur die persönliche Beziehung zwischen dem V-Mann und Herrn S. war, -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Hätte es Herr Giebler wissen müssen?

Zeuge Heiner Wegesin: - weiß ich nicht. - Bitte?

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Hätte Herr Giebler als Referatsleiter Beschaffung es wissen müssen, wenn seit einem Dreivierteljahr Herr Sven Sch. Untermieter ist bei Herrn Christian K.?

Zeuge Heiner Wegesin: Ich sage mal so: Also, wer es zunächst hätte wissen müssen, ist der V-Mann-Führer, der nur den unmittelbaren persönlichen Kontakt zur Quelle hat, wenn er die Quelle ordentlich geführt hat. Es ist schwierig: Die Quellen sagen Ihnen auch nicht mehr alles und belügen Sie zum Teil auch. Im Prinzip - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber - -

Zeuge Heiner Wegesin: Also: Professionell geführt, alles klappt, hätte der V-Mann-Führer das wissen müssen; natürlich hätte es auch Herr Giebler wissen müssen, weil schon eine Untermieterschaft oder ein wirkliches Zusammenleben in einer Wohnung zu einer immerhin exponierten Szenepersönlichkeit bei einem V-Mann in mehrfacher Hinsicht, was die Quellensicherheit betrifft, was ihre Befangenheit betrifft etc. pp., äußerst relevant ist, was dazu führt, dass sie sich von der Quelle trennen oder der Quelle die Weisung geben: „Schmeiß den raus“ oder: „Trenn dich von ihm“ oder wie auch immer. Es ist ein operativ-taktisch gravierender Sachverhalt, von dem man Kenntnis hätte haben sollen.

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja. - Es ist ja aber den Deckblattmeldungen auch zu entnehmen, dass es bekannt war in Ihrer Behörde -

Zeuge Heiner Wegesin: Mag sein.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - und dass sogar die V-Mann-Führer, die vor Herrn „Sandmann“ Herrn Christian K. geführt haben, gesteuert haben, sich die inkriminierte oder nicht inkriminierte -

Zeuge Heiner Wegesin: Mag sein.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - CD-Sammlung von Herrn Sven Sch. haben zeigen lassen.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja, mag sein. - Ich kann Ihnen nur sozusagen meine postmortale Lagebeurteilung geben. Ich kann Ihnen auch nicht sagen - ich habe es auch nicht den Akten entnehmen können -, ob möglicherweise zu einem früheren Zeitpunkt dieses Zusammenleben oder diese Untermieterschaft schon thematisiert worden ist in der Beschaffung und man aus bestimmten Gründen, was durchaus sein kann, zu der Lagebeurteilung gekommen ist: Na prima, ist eigentlich kein Problem; der K. hält sich hinreichend fern, ist nicht abhängig - also: Herr S. steuert nicht Herrn K., um die Verfassungsschutzbehörde zu manipulieren oder was zu verschleiern oder ihr falsche Informationen zu geben. - Man kann das auch so beurteilt haben - ich weiß es schlicht und einfach nicht -, dass man gesagt hat: Na ja, prima; wohnt er zur Untermiete, ist unsere Quelle näher dran, kriegt mehr mit, ist hinreichend distanziert; können wir hinnehmen, kriegen wir mehr raus. - Diese Beurteilungslagen sind möglich. Ich kann Ihnen da wirklich nicht mehr zu sagen.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber dass dann klar ist - abschließender Satz, Statement von mir -, dass doch der Christian K., wenn er von einem Durchsuchungstermin erfährt von seinem V-Mann-Führer, dass er das auch seinem Untermieter sagt, der inkriminierte CDs im Keller haufenweise gestapelt hat, das ist doch wohl logisch.

Zeuge Heiner Wegesin: Das ist ein weiterer Grund, warum diese Informationspreisgabe, diese pflichtwidrige Weitergabe der Durchsuchungsmaßnahme in concreto so, wie sie erfolgte, nicht hätte passieren dürfen. Klarer Fall.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Dann hätte aber auch das Strafverfahren erweitert werden müssen. Also, wenn wir beide von Jurist zu Jurist, von Strafrichter zu Strafrichter reden, dann ist der Geheimnisverrat mindestens durch dolus eventualis gegeben, also zumindest als Anfangsverdacht.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja. Also, das Problem damals war - - Ich weiß nicht - - Erstens - - Gut, die Staatsanwaltschaft hat das gemacht, wie es ist. Die rechtliche Konstruktion war, glaube ich, folgende - weswegen auch nur die Quelle K. ja dann

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

wegen Verletzung des Dienstgeheimnisses, § 353a [sic!] StGB, glaube ich, bestraft worden ist und nicht der V-Mann-Führer -: Die Quelle war durch die Verpflichtungserklärung des Verfassungsschutzes quasi Geheimnisträger geworden, sie war - also, die Quelle erst mal als solche, auch wenn es ihr nicht gesagt werden durfte - - Die Weitergabe vom V-Mann-Führer an die Quelle war strafrechtlich nicht relevant, weil sie einem Geheimnisträger weitergegeben worden ist; sie war dienstrechtlich relevant und ein schwerer Verstoß gegen die Dienstpflicht.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber wenn ich weiß, -

Zeuge Heiner Wegesin: Aber - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - dass der das auf alle Fälle weitergibt, dann sitzt diese Argumentation auf tönernen Füßen.

Zeuge Heiner Wegesin: Also, ich weiß nicht. Ich sage es Ihnen ganz offen: Wenn der Herr „Sandmann“ noch einen wegen Verletzung des Dienstgeheimnisses drübergekriegt hätte, wäre mir das recht gewesen. Ich war stinksauer. Das wäre mir wirklich egal gewesen. Warum die Staatsanwaltschaft die juristische Konstruktion und den Tatvorwurf der Verletzung des Dienstgeheimnisses nur gegenüber der Quelle thematisiert hat und das Strafverfahren ja entsprechend auch so gelaufen ist und mit einer Verurteilung geendet ist und bei Herrn „Sandmann“ - - weiß ich nicht. Das ist aus meiner Sicht die Konstruktion. Wie gesagt, ich hätte nichts dagegen gehabt, wenn - - Es hätte dem Verfassungsschutz wiederum wehgetan: Ein Bediensteter macht sich strafbar. Ich fand das so daneben, was damals passiert ist - also bitte. Aber es ist eben nicht passiert, weil die Staatsanwaltschaft die juristische Konstruktion, wie ich sie gerade grob umrissen habe, offenkundig auch so gesehen hat. Wenn nicht, wenn man sagte, man hätte Herrn „Sandmann“ auch wegen § 353a [sic!] - - muss ich schlicht und einfach mit der beamtenrechtlichen oder mit der üblichen Zuständigkeits Guillotine antworten: Ich war nicht der Staatsanwalt.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Wir sind jetzt bei Herrn Wiese. Bitte schön.

Abgeordneter Wiese (AfD): Herr Wegesin, ich möchte Ihnen erst mal ein Kompliment aussprechen: Sie haben hervorragend vorgetragen; das MIK ist sehr zufrieden.

(Abgeordneter Dr. Schöneburg [DIE LINKE]: Jetzt gibt es eine Eins von der AfD!)

Jetzt frage ich mich - - Wie bitte?

(Abgeordneter Dr. Schöneburg [DIE LINKE]: Nichts!)

Jetzt frage ich mich nur noch - Sie haben jetzt gerade geschildert, was für eine Gurkentruppe unter Ihnen war -: Wer ist denn da eigentlich der Verantwortliche gewesen für das? Sie lehnen ja immer alles ab; Sie können nichts dafür, Sie machen nichts. Aber irgendeiner sollte doch sich mal den Mantel der Verantwortung anziehen.

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

Zeuge Heiner Wegesin: Also, vielleicht habe ich mich da falsch ausgedrückt, Herr Wiese: Als Leiter der Verfassungsschutzbehörde trage ich und habe ich die Verantwortung dafür zu tragen, dass eine derartige schwerwiegende Panne passiert ist - Punkt, Ende, aus. Da will ich mich auch gar nicht von freisprechen. Es ist ein ärgerliches Vorkommnis. Allein bestreite ich, dass sie zumindest auf meiner Ebene und auch auf der Ebene von Herrn Giebler durch eine rechtswidrige Weisung getragen war. - Das ist das Erste.

Das Zweite: Wenn Sie meinen Ausführungen entnehmen, dass ich mich exkulpieren möchte, indem ich die von mir geleitete Abteilung, meine Mitarbeiter als „Gurkentruppe“ bezeichne, dann bedauere ich das, dass Sie zu der Schlussfolgerung kommen, dass Sie meinen, dass ich dieses so vorgetragen habe. Der Verfassungsschutz Brandenburg war damals keine Gurkentruppe. Ich habe meine Mitarbeiter geschätzt. Ich habe auch Herrn Giebler geschätzt; er war ein sehr engagierter Beamter, im Übrigen mit einer der Wenigen mit einem fachlichen Verfassungsschutzvorlauf; er kam von der Landesbehörde Niedersachsen.

Die Verantwortung - selbstverständlich - trägt der zuständige Abteilungsleiter. Ob Sie mir jetzt sagen wollen, dass es ein Unterlassen gegeben hat oder ein schuldhaftes Unterlassen irgendwelcher Maßnahmen auf meiner Seite gegeben hat, die verhindert haben, dass dieser Verrat passiert ist - - mögen Sie zu dem Schluss kommen. Sie werden verstehen, dass ich das nicht so sehe. Aber: „Gurkentruppe“ - nein. Es hat niemand die Verantwortung zurückgewiesen. Sie wissen, dass ich dafür auch in der Parlamentarischen Kontrollkommission die Verantwortung übernommen habe. Das ist damals eingehend beleuchtet und erörtert worden, etwas später, 2003, nachdem es auch entsprechend in die Presse kam. Ich lege Wert darauf, dass ich mich nie da habe exkulpieren wollen. Das ist eine ärgerliche Panne; die ist passiert. Auf welcher Ebene? Durch Fehlverhalten von Bediensteten der von mir geleiteten Behörde. Und damit hat sich das, ja.

Abgeordneter Wiese (AfD): Danke.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann sind wir bei Frau Nonnemacher.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön. - Herr Wegesin, Sie haben vor einigen Minuten gesagt, Sie bedauern, dass Sie nach Bekanntwerden des Geheimnisverrates nicht sofort die Quelle Christian K. abgeschaltet haben und den V-Mann-Führer „Sandmann“ in ein anderes Referat oder in eine andere Aufgabe gesteckt und versetzt haben. Was hat Sie damals in dieser Situation bewogen, trotz der erheblichen Probleme an der Quelle Christian K. festzuhalten? Was war das hohe Interesse, wo Sie damals offensichtlich schon gegen gewisse Prinzipien gehandelt haben und heute ganz klar sagen: „Das hätte ich anders machen sollen“? Was war das besondere Interesse, was der brandenburgische Verfassungsschutz an Christian K. hatte?

Zeuge Heiner Wegesin: Unsere Zugangslage in dieser Region, also im Wesentlichen Potsdam, Potsdam-Mittelmark, sagen wir, die ländliche Peripherie von Potsdam, was die rechte Szene anging, war eine eher bescheidene. K., der bis dahin in vielen

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

Bereichen nicht schlecht, sondern durchaus, wie ich sagte, mit einem nennenswerten - - auch durch anderes Informationsaufkommen bestätigtes Lagebild für uns generiert hatte, war eine nicht unwertvolle Quelle. Wir haben uns damals, insbesondere da zu dem Zeitpunkt - durch die Schutzbehauptung - - habe ich von der Polizei erfahren - ja eigentlich gar nicht klar war: „Was war da passiert?“, dafür entschieden - sicherlich mit Bauchschmerzen -, K. weiterhin zu führen, weil wir ein Wegbrechen dieser Zugangslage eigentlich nicht in Kauf nehmen wollten, zumal auch die polizeiliche Zugangslage in diesem Bereich eher bescheiden, eher dürftig war und wir es für notwendig hielten, dann K. weiterzuführen, egal wie er sich eingelassen hatte. Er hat ja auch erst sehr viel später zugegeben, wenn ich das richtig erinnere, in einer polizeilichen Vernehmung oder in einer staatsanwaltschaftlichen Vernehmung, dass er durch einen Bediensteten des Verfassungsschutzes unterrichtet worden war. Wir haben den dann, wenn ich mich richtig erinnere, abgeschaltet - weil wir sagten: „Jetzt ist wirklich einer über den Durst eingetreten“ - im Juli 2002, weil er ein Eigentumsdelikt begangen hatte und generell Straftaten von Quellen auch im nicht staatsschutzrelevanten Bereich, sondern im Bereich der allgemeinen Kriminalität problematisch sind und wir gesagt haben: Jetzt ist endgültig Schluss.

Was den Mitarbeiter S. angeht, so muss ich sagen: Er hat ja vehement bestritten. Und zum damaligen Zeitpunkt, weil Christian K. nichts gesagt hatte, konnten wir ihn auch nicht widerlegen, haben ihn erst mal unter Zubilligung eines Vertrauensvorschusses - - Nein, ich habe nur die allgemeine Information gegeben, wo der K. herhat, dass konkret am 17.02. in diesen und jenen Bereichen durchsucht werden will. „Weiß gar nicht, woher der das hat“: Wie weit schenken Sie einem Bediensteten erst mal Vertrauen oder nicht Vertrauen? Das ist dann wirklich eine Frage. Und natürlich ist das, was ich ebenso als Maßnahme geschildert habe, wie ich heute eher geneigt wäre, das zu machen gegenüber einem Bediensteten, der steif und fest behauptet - nehmen Sie mal an, das ist wirklich so, und Quellenführer können häufiger mal in schwierige Situationen kommen -, es war nicht so - - dass Sie also auf eine solche Situation hin erst mal eine Umsetzung vornehmen, die dieser Beamte, weil er engagierter Außendienstler war und eigentlich nichts anderes machen wollte, als eine herbe Zurücksetzung, als eine Diskriminierung unter Annahme einer vagen Verdachtslage empfunden hätte. Also: Auch das ist ambivalent.

Heute hätte ich, wie gesagt - - Den zieht man erst mal von der Straße ab, dann klärt man das in aller Ruhe auf, versucht ihn nicht zu diskriminieren oder zu benachteiligen. Aber ich bin da heute etwas strenger geworden. Das ist bei mir heute so, wie wenn es einen polizeilichen Schusswaffengebrauch gegeben hat, und der betreffende Beamte wird auch erst mal abgezogen, gibt die Waffe ab, und es gibt ein Verfahren, bis die Lage geklärt ist.

Wir haben uns damals entschieden, weil wir meinten, Herrn S. noch trauen zu können - - Ich hatte keine Anhaltspunkte; ich war vorher von ihm nicht belogen worden. Giebler hatte, wenn ich mich erinnere, ein leicht ambivalentes Verhältnis dazu noch, hielt ihn aber für einen tüchtigen, engagierten Beamten. Das war er, er war vielleicht eigentlich eher etwas übereifrig, aber nicht jemand, den Sie zum Jagen tragen müssen. Wir haben gesagt: „Wir lassen den weiterlaufen, und die Quelle lassen wir weiter laufen, weil sonst in einem bestimmten Bereich“ - den wir für wichtig hielten - „die Lichter

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

ausgehen, auch wenn es einen Vorfall gegeben hat.“ - Ein bisschen haben wir uns vielleicht auch alle damit beruhigt, dass wir gesagt haben: Großer Mist, ist passiert; darf nicht passieren. - Aber durch das Vorziehen der Untersuchungsmaßnahme ist ja, was die Sicherstellung von relevanten Asservaten angeht, Gott sei Dank nichts passiert, so ärgerlich das ist. Manchmal ist man dann auch froh, wenn bestimmte Dinge erst mal zeitweise vorbei sind; das gebe ich zu.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. - Also, ich fasse noch mal zusammen: Sie haben trotz Bauchschmerzen die Quelle Christian K. weitergeführt -

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - und haben sie dann erst am 18.07.2002 abgeschaltet wegen eines neuerlichen Eigentumsdeliktes -

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - mit der Erwägung, dass jetzt das Fass zum Überlaufen gebracht worden sei und es jetzt reicht, -

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - aber nicht aus der Erwägung heraus, dass er als Quelle auch nicht mehr ergiebig gewesen ist. Das ist so richtig.

Zeuge Heiner Wegesin: Jetzt muss ich mich vage erinnern. Und wenn Sie mir jetzt einen Vorhalt machen, dass das anders gewesen sei, dann habe ich mich getäuscht. Ich meine, auch eine Erwägung sei mit gewesen, dass K., insbesondere, nachdem Giebler ihn so hart rangenommen hat - „Wo hast Du denn das her? Wer hat dir das denn gesagt? Wie kommst du denn dazu, dass weiterzusagen?“ -, eigentlich auch als Quelle nicht mehr, sagen wir, die sonderlich ergiebige Veranstaltung war. Insgesamt hat man gesagt - also, in einer Gesamtbeurteilung -: „Er bringt vielleicht nicht mehr so viel“ - ich meine mich daran zu erinnern - „und jetzt begeht er auch noch einen Diebstahl“ - war es, glaube ich - „und wird dadurch polizei- - Schluss damit!“

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie hatten also an Christian K. ja auch das besondere Interesse, an die Szenegröße Sven Sch. ranzukommen und an „Blood & Honour“, und sagten aber, es war Ihnen persönlich nicht bekannt, dass zum Beispiel ein Untermietverhältnis zwischen den beiden bestanden hat. Sie sagten aber auch: Der V-Mann-Führer hätte das wissen müssen. - Das ist - -

Zeuge Heiner Wegesin: Darf ich das noch mal - -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Moment. Darf ich kurz meine Frage zu Ende - -

Zeuge Heiner Wegesin: Gerne. - Entschuldigung. Ich wollte Sie nicht unterbrechen.

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Weil das ist vielleicht - - dann können Sie insgesamt antworten.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja, gerne.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie sagten - also, ich habe es so gehört -: Der V-Mann-Führer hätte es wissen müssen. - Da frage ich nach: Wie viel V-Mann-Führer gab es denn eigentlich für die Quelle Christian K.? Wir hatten nämlich schon öfter mal das Problem, dass es sich uns so darstellte, als ob es mehrere gewesen seien. Sie sagten ja auch, sie haben den Beteuerungen von „Sandmann“ Glauben geschenkt, er hätte keinen Verrat begangen. Wie viel V-Mann-Führer waren denn da überhaupt im Einsatz, an der Quelle dran?

Zeuge Heiner Wegesin: Also, ich kann Ihnen nicht konkret sagen, wie viele und ob außer Herrn „Sandmann“ - - die Quelle geführt haben. In der Regel ist es so, weil es ja wirklich auch ein Vertrauensverhältnis ist, dass ein V-Mann-Führer oder eine Quelle ausschließlich oder im Wesentlichen nur von einem V-Mann-Führer geführt wird. Auch V-Mann-Führer gehen mal in Urlaub und es gibt Vertretungen. Es gibt auch bestimmte Konstellationen - in der Regel weist das dann der Beschaffungsleiter an -, wo mal ein anderer V-Mann-Führer mitgeht oder zeitweise die Führung übernimmt. Das ist auch ein bisschen eine Kontrolle. Wird ein Verhältnis zwischen Quelle und V-Mann-Führer zu eng, dann habe ich noch mal ein zusätzliches Kontrollelement drin; das ist dann vielleicht ein älterer, erfahrener V-Mann-Führer, der sich das auch noch mal anschaut. Das will ich bei K. nicht ausschließen. Ich weiß es im Einzelnen nicht. Es ist aber nicht unwahrscheinlich, dass in der Tat, auch weil K. ja einige Zeit gelaufen ist, mal andere ihn geführt haben. Ich kann auch nicht ausschließen, dass K. erst von einem anderen V-Mann-Führer geführt worden ist und dann sozusagen an Herrn „Sandmann“ übergeben worden ist.

Jetzt muss ich zurückspringen. Ich hatte einen Punkt, wo ich meinte, noch eine Richtigstellung vornehmen zu sollen, als ich Sie unterbrach.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich glaube, Sie wollten noch mal einhaken: Das hätte der V-Mann-Führer wissen müssen über das Untermietverhältnis.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Da wollten sie noch mal - -

Zeuge Heiner Wegesin: Also, ich sage ja - und komme auf das zurück, was ich auf Fragen von Herrn Dr. Schöneburg ausgeführt hatte -: Eine konkrete Erinnerung daran, ob der das wusste, hätte wissen müssen - - weiß ich nicht. - Wenn ein V-Mann-Führer eine Quelle wirklich gut im Griff hat und gut führt, weiß er über die Lebens- und Untermietverhältnisse, mit wem er also sozusagen in Wohngemeinschaft lebt, Bescheid. Das sollte er schon wissen. Ad eins.

Ad zwei: Wenn es sich um eine Szenegröße handelt, um eine Zielperson, auf die die Quelle angesetzt ist, sollte die es eigentlich schon noch mehr wissen. Und dann gabelt

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

sich das auf in zwei mögliche Abwägungen, von denen ich weiß, wie sie vorgenommen worden sind: Das, was mir Herr Dr. Schöneburg vorgehalten hat, spricht eher dafür, dass man eine Lagebeurteilung vorgenommen hat: Kein Problem, der K. ist selbständig, der kommt damit klar, die Quelle beeinflusst ihn nicht und der sitzt da nahe dran. - Na ja, gut, dann nehmen wir das eigentlich hin. - Oder die andere Alternative wäre gewesen, man sagt der Quelle: „Distanzier dich! Zieh aus! Schmeiß den raus“ - von der Zielperson - „sonst können wir dich nicht mehr führen!“ Oder man schaltet die Quelle ab, weil eine tatsächlich so persönliche Nähe zur Zielperson gegeben ist, dass zu besorgen ist, dass die Quelle nicht mehr die notwendige Distanz und die notwendige Unabhängigkeit hat, über eben jene Zielperson zu berichten. Das kommt dann wirklich im Einzelnen darauf an.

Wie das damals gewesen ist, wie hinsichtlich dieser Mitwohnerschaft die Informationslage in der Beschaffung war und welche Erwägungen da vorgenommen worden sind, vermag ich im Einzelnen nicht zu sagen. Ich habe keine Erinnerung daran - um das mal von der anderen Seite einzugrenzen -, dass das so zu meiner Aufmerksamkeit gelangt ist, dass ich in diese Abwägung, die ich gerade geschildert habe, eingetreten wäre oder Anlass gehabt hätte, einzuschreiten, weil ich meinte, auch dem Beschaffungsleiter Weisungen dahingehend erteilen zu müssen, wie man diesen Umstand jetzt abwägt und berücksichtigt.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Frau Nonnemacher, wir sind schon zwei Minuten in der Verlängerung. Den Hinweis wollte ich bloß geben, -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja. - Danke, danke.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): - ohne dass Sie angemeldet haben.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön. - Herr Wegesin, war Ihnen bekannt, dass gegen die Szenegröße Sven Sch. in der Community auch ein Informantenverdacht bestand, dass der Verdacht bestand, er sei selber V-Mann?

Zeuge Heiner Wegesin: Daran kann ich mich nicht erinnern, wie sein Ruf in der Szene war, wie auch die Zuständigkeit für B&H, was die Bundesspitze anging, eher beim BfV lag; das Vereinsverbot wurde dann ja auch vom Bundesministerium des Innern ausgebracht. Das vermag ich im Einzelnen wirklich nicht mehr zu sagen, wie da die Verdachtslage in der Szene zu Herrn Sch. war.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. - Sie hatten eingangs geschildert, dass Sie sich mit anderen Behörden eigentlich gut ins Benehmen gesetzt hatten, dass man doch so ein bisschen abgeklopft hat: Das ist dein V-Mann, das ist mein V-Mann. - Haben Sie die Zielperson des brandenburgischen Verfassungsschutzes, diese Szenegröße Sven Sch., darauf abgeklopft, ob der möglicherweise für jemand anders tätig war?

Zeuge Heiner Wegesin: Nein, haben wir nicht. - Ich muss Ihnen auch sagen: Die Kooperationslage unter den Verfassungsschutzbehörden damals, auch wenn es eine sehr enge Zusammenarbeit zwischen dem Bund und so war, wäre wahrscheinlich

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

nicht so gewesen, dass man uns das gesagt hätte. Das ist, wie Sie wissen, eine generelle Problemlage, die die Quellenschutzlage oder die Informationslage über von anderen Behörden geführte Quellen im Verfassungsschutzverbund föderal, also im Verhältnis Bund-Länderbehörden, wie auch zu Länderbehörden untereinander - - Und ich habe das immer als defizitär empfunden, muss ich sagen. Sie sehen ja jetzt erst, dass im Gefolge des Themas NSU es einen Mechanismus gibt, dass die Quellenlagen bis runter auf die Quelle selbst abgeglichen werden. Es ist unheilvoll gewesen, dass es das nicht gegeben hat. Sie können das besichtigen am NPD-Verbot, wo in einem Landesverband der Landesvorsitzende von einem Land als Quelle geführt worden ist und der stellvertretende Landesvorsitzende von einer Bundesbehörde geführt worden ist und das Bundesverfassungsgericht sich dann irritiert anschaut: „Ach so, der Verfassungsschutz hat doch überhaupt keine steuernde Wirkung auf die Organisation“, wobei es in Wirklichkeit so war, dass, wenn man das sieht, wenn der Verfassungsschutz in manchen Landesgremien seinen V-Leuten gesagt hätte: „Bleibt mal bitte weg“, das zur Beschlussunfähigkeit des Gremiums geführt hätte.

Also, diese Nichtkooperationslage besichtigen Sie auch hier. Wir haben - ich weiß bis heute gar nicht, wie es so ist; Sie kennen ja die Äußerung der Bundesbehörde zu Herrn Sch., die ist ja auf Presseanfrage und auch auf parlamentarische Anfragen hin entsprechend unter Hinweis auf den Quellenschutz beantwortet worden - nichts davon gewusst. Und bei der damaligen Kooperationslage hätte man uns das nicht gesagt; das kann ich sagen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Allerletzte Frage, bitte.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Da ich jetzt zu der „Nationalen Bewegung“ weiter fragen wollte, verzichte ich erst mal und übergebe an die Kollegen der SPD. Sonst ist das jetzt eine Frage aus dem Zusammenhang. - Danke schön.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann gehen wir jetzt in die dritte Fragerunde. Wir beginnen wieder mit der SPD-Fraktion.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Da Sie das gerade ins Spiel gebracht haben, dass Herr Sch. für den Bundesverfassungsschutz tätig war: Ihre Abteilung hat aber selber mal überlegt, den Herrn Sch. anzuwerben?

Zeuge Heiner Wegesin: Das mag sein, das schließe ich nicht aus. Er wäre sicherlich - ob seiner, sagen wir, „Statur“ in der Szene - eine interessante Quelle gewesen. Ob und in welcher Intensität wir ein Forschungsvorhaben - das klingt so komisch im nachrichtendienstlichen Kontext; ich entschuldige mich für das Fachdeutsch - - oder wir ihn geforscht haben und geguckt haben, ob wir ihn anwerben, vermag ich nicht zu sagen. Ich kann nur einräumen: Er wäre eine interessante Quelle, wenn er denn geeignet wäre, gewesen. Er hatte gute Zugangslagen.

Allerdings muss man sagen, unter heutigen - - Steuernder Einfluss, ja?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja.

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

Zeuge Heiner Wegesin: Also, er war ja nun eine große Figur bei „Blood & Honour“. Das hat man damals manchmal nicht so eng gesehen, den steuernden Einfluss. Das stand zwar in den Dienstvorschriften vieler Verfassungsschutzbehörden. Heute steht es sogar im Bundesverfassungsschutzgesetz - im brandenburgischen Gesetz noch nicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Na, wir haben es als Anweisung sehr früh übernommen.

Zeuge Heiner Wegesin: Kann ich nur empfehlen, reinzuschreiben.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Intern ist es gut geregelt, kann ich Ihnen sagen.

Zeuge Heiner Wegesin: Okay.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich habe hier eine dienstliche Erklärung und mache Ihnen einen Vorhalt. Also, ausweislich der dienstlichen Erklärung des Leiters der Abteilung 5 im Innenministerium Brandenburg, Heiner Wegesin, vom 04.08.2003 und 06.08.2003 ist Sven Sch. zu keinem Zeitpunkt V-Mann, Informant oder Tippgeber des brandenburgischen Verfassungsschutzes gewesen.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Vielmehr soll im Rahmen eines Forschungs- und Erhebungsverfahrens erarbeitet worden sein, dass seitens Sven Sch. keine Zuverlässigkeit für eine nachrichtendienstliche Zusammenarbeit zu erwarten sei.

Zeuge Heiner Wegesin: Okay.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Deshalb wäre auch keine Ansprache erfolgt.

Können Sie sich jetzt, nach diesem Vorhalt, vielleicht erinnern, worin diese Unzuverlässigkeit bestand?

Zeuge Heiner Wegesin: Das weiß ich nicht. Mir war also auch die Tatsache, dass wir ihn geforscht haben, wie gesagt, nicht präsent.

Wenn ich mich an Sch. erinnere - ich kann Ihnen aber nicht sagen, ob das jetzt wirklich der relevante Kontext war -, könnte ein Hindernis einer Anbahnung darin gelegen haben, dass er durchaus schlagkräftig und gewaltgeneigt war. Das war ja bekannt. Das ist eigentlich ein absolutes No-Go. Das mag der Grund gewesen sein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay.

Zeuge Heiner Wegesin: Aber ich kann es wirklich nicht sagen.

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Dann würde ich auf eine andere Szene-Größe kommen wollen, und zwar Herrn Uwe Menzel; ich denke, man kann hier durchaus den Klarnamen verwenden. Wie würden Sie den in der rechten Szene einordnen, damals?

Zeuge Heiner Wegesin: Muss ich Ihnen sagen: Nach meiner Versetzung in den einstweiligen Ruhestand sind mir, ehrlich gesagt, die konkreten Szene-Zusammenhänge, die ich damals stolz war zu wissen - - An Menzel - - Zu Menzel fällt mir nichts ein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das ist bedauerlich, weil gerade auch Christian K., über den wir hier schon mehrfach gesprochen haben und den Sie für eine sehr zuverlässige Quelle halten, gegenüber dem Bundesanwalt ausgesagt hat, dass er von Ihrer Abteilung gezielt auf Herrn Menzel angesetzt worden ist.

Zeuge Heiner Wegesin: Mag sein, mag sein. Ich muss Ihnen einfach sagen, wie die Arbeitsteiligkeiten, so wie ich sie gehandhabt habe, und ich glaube, wie sie allgemein üblich häufig waren - - Als Leiter - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. Dann - -

Zeuge Heiner Wegesin: Als Leiter einer Verfassungsschutzbehörde billigen Sie den Einsatz der Quelle. Sie genehmigen das Forschungsvorhaben. Die Quelle wird angebahnt. So. Dann berichtet Quelle.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Dann berichtet - -

Zeuge Heiner Wegesin: Dann berichtet Quelle, wer im Einzelnen warum, wie, wann dann - - Da gucke ich mir das Berichtsvorhaben an.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. Dann würde ich - -

Zeuge Heiner Wegesin: Weiß ich nicht. Also, das - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Dann versuche ich mal, ein bisschen noch Erinnerungen hervorzukramen -

Zeuge Heiner Wegesin: Ja, vielleicht ist das besser.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - über Herrn Menzel. - Ein Schreiben, Heiner Wegesin an den Leiter der Abteilung IV, vom 30.06.2000:

„Die beigefügten Protokolle vom 20.04. bis 17.05.00 liefern Indizien dafür, dass MENZEL gezielt Waffen zu beschaffen suchte. Auf Grund eigener, nicht gerichtsverwertbarer Erkenntnisse muss ich unterstellen, dass MENZEL bereits in den Besitz einer oder mehrerer Waffen gelangt ist.

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

Nach hier vorliegenden nicht gerichtsverwertbaren Angaben aus der Szene, die durch das beigefügte Protokoll vom 29.06.00 bestätigt werden, hat in der Nacht zum 29.06.00 ein Brandanschlag auf den Pkw des Dirk H[...] [...] stattgefunden; er sei der ‚Antifa‘ zuzuschreiben.“⁴

Also, ich zitiere jetzt wörtlich.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Können Sie uns sagen, wer die Quellen Ihrer nicht gerichtsverwertbaren Erkenntnisse damals waren?

Zeuge Heiner Wegesin: Das weiß ich nicht. Das kann ich Ihnen nicht mehr sagen. Sorry, das ist wirklich nun gut 17 Jahre her. Die einzelnen Hinweislagen - - Natürlich ist das grundsätzlich so, dass derartige Hinweise, die an andere Behörden gehen, vom Behördenleiter unterzeichnet werden. Natürlich schaue ich mir das an, das heißt, die Hinweislage, die mir meine Auswertung gibt: Von welcher Quelle kommt das? Es mag K. gewesen sein. - Und dann unterzeichne ich das. Also auch auf Vorhalt: Tut mir leid, ich habe daran keine Erinnerung.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Könnte es sein, dass der V-Mann „Piatto“ Hinweise zum Waffengeschäft gegeben hat?

Zeuge Heiner Wegesin: Sagen Sie noch mal den Zeitpunkt lieberweise, der - - Dann kann ich vielleicht rückfolgern.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): 2000, Juni 2000.

Zeuge Heiner Wegesin: Also 2000. - Das mag - - Das mag gewesen sein, weil - - Ich kann jetzt nicht mehr den Monat sagen, -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): April bis Juni.

Zeuge Heiner Wegesin: - als durch Preisgabe - - also als „Piatto“ durch eine Presseindiskretion - konkret: die des „Spiegel“ - aufgefliegen ist und er dann aus dem Verkehr gezogen wurde.

Es ist eine Hinweislage, die klingt mir auch ein bisschen nach „Piatto“, weil er gerade sehr gut unterwegs und unterrichtet war, was militante Aktionen der rechtsextremistischen Szene gegen die - in Führungszeichen - „linke“ Antifa anging. Mag sein, dass das von ihm kommt, aber ich kann es Ihnen nicht sagen. Es ist durchaus möglich, weil ich meine, dass „Piatto“ zu der Zeit noch für uns tätig war.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, es wäre möglich, dass „Piatto“ die Hinweise auf die Waffengeschäfte und vielleicht Herr K. die Hinweise auf diese Antifa-Geschichte, mit diesem Brandanschlag, geliefert haben könnten?

⁴ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BB-14 b Band I, Blatt 47.

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

Zeuge Heiner Wegesin: Könnte sein. Ich kann Ihnen das wirklich nicht sagen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wissen Sie, wer daraufhin Hausdurchsuchungen bei Herrn Menzel angeordnet und durchgeführt hat? Ist Ihnen das noch rememberlich? Vielleicht kommt da was.

(Der Zeuge überlegt)

Zeuge Heiner Wegesin: Ich weiß: Wir haben einen Hinweis gehabt.

(Der Zeuge überlegt)

Ja, den haben wir gegeben. Dann hat es eine Durchsuchung gegeben. Ob das Menzel war, weiß ich nicht. - Eine Hinweislage von „Piatto“; dann sind mehrere Rohrbomben aufgefunden worden. Ich weiß nicht, ob das die Zielperson Menzel war. - Das ist die einzige konkrete Verdachtslage, an die ich mich jetzt ganz konkret erinnere.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und Sie wissen, wer die Hausdurchsuchungen damals gemacht hat?

Zeuge Heiner Wegesin: War das das LKA Brandenburg?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja.

Zeuge Heiner Wegesin: In Berlin?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Nee, Brandenburg.

Zeuge Heiner Wegesin: In Brandenburg? - Das war dann, glaube ich - - Ja, ich meine, das wäre dann „Piatto“ gewesen. Also, ich erinnere mich konkret an eine - es mag diese gewesen sein - Unterrichtsaktion, wo mich dann der Leiter des LKA angerufen hat und gesagt hat: „Das ist ein gravierender Verdacht. Stimmt das wirklich?“, und durchsucht und ich ihm gesagt habe - - Wie gesagt, wir waren damals am Anfang einer später immer enger werdenden kollegialen, fast freundschaftlichen Kooperationslage, wo ich gesagt habe: Wir nehmen das verdammt ernst. Den Hinweisgeber halten wir für wirklich relevant. Also, bitte bemüht euch drum! Weil wir eigentlich im Prinzip Sorge hatten, dass mit diesen gefährlichen Tatmitteln in der Tat Straftaten begangen werden. Und damals - es war, glaube ich, im regionalen Kontext Königs Wusterhausen, da, die Ecke - ging es zwischen der Antifa, der militanten Antifa und der rechtsextremen Szene durchaus zur Sache, wobei der maßgebliche Aggressor von der rechten Seite kam. Da wollten wir zwischengehen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja. - Aber ich frage noch mal nach: Ist Ihnen vielleicht rememberlich, wer vom LKA damals Vernehmungen -

Zeuge Heiner Wegesin: Nee.

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - oder Hausdurchsuchungen durchgeführt hat?

Zeuge Heiner Wegesin: Nee, nee. Normalerweise ist das im Prinzip auch so, dass ich das im Einzelnen nicht hätte wissen müssen, sondern - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, es war Ihnen nicht bekannt, dass Herr KOK M.K. die damaligen Hausdurchsuchungen gegen Herrn Menzel geleitet hat, und es ist Ihnen auch nicht bekannt, dass Herr KOK M.K. und Herr M.W. (LKA BB) den „Piatto“ vernommen haben?

Zeuge Heiner Wegesin: Nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das wissen Sie nicht, dass Ihr V-Mann von den Herren vernommen worden ist?

Zeuge Heiner Wegesin: Nein.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich frage deshalb, weil mir im Zuge dieser Akten ein Fundstück aufgefallen ist. Da spricht Herr KOK M.K. mit Herrn Menzel am 15.02.2001, also kurz nachdem Sie das Behördenzeugnis ausgestellt haben. In dem Gespräch wird Herr Menzel zum Telefonat zwischen Herrn Stefan R. und M. K. - also, hier geht es wieder um das Behördenzeugnis - befragt.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und weiter:

„Er erklärte sich bereit, das Telefonat zwischen K[...] und R[...] noch einmal mit R[...] zu besprechen.“⁵

Weiterhin wurden ihm Bekennerschreiben von der „Nationalen Bewegung“ vorgelegt.

Können Sie sich erklären, warum ein Herr KOK M.K. vom LKA wichtige Ermittlungsansätze mit einem Rechtsextremisten wie Herrn Menzel bespricht?

(Der Zeuge überlegt)

Zeuge Heiner Wegesin: Also, ich würde - wie Sie - da durchaus erst mal aufmerken, -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Danke.

Zeuge Heiner Wegesin: - wenn das so passiert. Auf der anderen Seite mag es Gründe geben, so etwas zu tun. Das ist eine ermittlungstaktische Frage im Einzelfall, ob möglicherweise Täterwissen einem anderen Täter preisgegeben wird und wie die Polizei ihren Informationsvorsprung gegenüber einem anderen Kriminellen opfert, um

⁵ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: E0015-B.pdf, Blatt 119.

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

vielleicht etwas herauszubekommen. Dass das eher die Ausnahme als die Regel ist - sicherlich ja. Aber was den Herrn KOK M.K. da, in der konkreten Situation, bewogen haben mag? Ich kenne die Vernehmung nicht. Ich kenne den ermittlungstaktischen Kontext nicht und kann dazu nichts sagen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber Sie haben ja gerade gesagt: „opfern“. Also, Sie bestätigen mir damit: Es werden ja wirklich - „Täterwissen“ nannten Sie es gerade - wichtige Informationen aus der Ermittlungsarbeit in die rechtsextreme Szene getragen.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja, richtig.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Die letzte Minute läuft.

Zeuge Heiner Wegesin: Es mag dafür Gründe geben. Das ist sicherlich eher die Ausnahme. Ich möchte mich da aber eigentlich noch nicht mal in die Rolle des sozusagen sachverständigen Zeugen begeben. Ich kenne die polizeiliche Arbeit sehr gut. Ich war ihr eigentlich immer sehr nahe. Ich bin aber kein Polizeibeamter. Und ich kenne auch den konkreten Kontext nicht, warum so etwas, was zunächst erst mal einen gewissen Aufmerksamkeitswert - - erfolgt, dass man in der Tat polizeiliches Wissen in einen Vorhalt gibt gegenüber einem anderen Tatverdächtigen. Dafür mag es Gründe geben. Es gibt durchaus Gründe, dass man das gelegentlich macht, beispielsweise wenn man das beweisrechtlich schon so abgesichert hat, dass man es - das heißt also, im Gericht schon - sozusagen in der sicheren Tasche hat und dann durchaus verwenden kann, um einen anderen Verdächtigen zu konfrontieren. Dafür mag es Gründe geben. Ich kann dazu nichts sagen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das glaube ich Ihnen. Aber wenn Herr Menzel - - Also, dass Herr Menzel dann in der Szene darüber gesprochen hat, belegt eine weitere Deckblattmeldung - dann aus Ihrem Haus wieder, von Herrn Christian K. - , wo er sagt:

„Uwe MENZEL gibt an, er sei von der Polizei unter Druck gesetzt worden, mit ihr zusammenzuarbeiten. Unter anderem wollten sie von MENZEL wissen, ob in der Szene über die ‚Nationale Bewegung‘ geredet werde. Sie hätten ihm dafür eine Summe von 38.000,- DM geboten.“

Das ist eine Deckblattmeldung aus Ihrem Hause.

Können Sie sich erklären, warum dann Uwe Menzel nicht mehr im Fokus der Ermittlungen der Einsatzkommission NaBe stand?

Zeuge Heiner Wegesin: Ich muss Ihnen sagen, dass ich die Verdachtslage der Soko NaBe zu Menzel im Einzelnen nicht kannte, auch nicht beurteilen kann. 38.000 D-Mark ist ein Pappenstiel, für damalige Verhältnisse.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Kein Pappenstiel oder ein Pappenstiel?

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

Zeuge Heiner Wegesin: Kein Pappenstiel!

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Kein Pappenstiel?

Zeuge Heiner Wegesin: Ist kein Pappenstiel.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja. - Na gut. Ich muss mit den Vorhalten später weitermachen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann macht die CDU-Fraktion weiter.

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Wir haben erst einmal keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann geht es weiter mit der Fraktion DIE LINKE.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ich möchte noch mal zum Steckenpferd zurückkommen, zum Geheimnisverrat.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja?

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber erst mal nur allgemein die Frage: So eine Warnung, so eine codierte Warnung, wenn die herausgegeben worden ist, ist das immer von Ihnen abgesegnet worden? Ist das immer über Ihren Tisch gegangen?

Zeuge Heiner Wegesin: Nein, nein. Also, ich sage mal so: Wenn ich ein derartiges Vertrauen in die Professionalität des Beschaffungsleiters habe, dass er damit verantwortlich umgeht - die können nicht dreimal am Tag anrufen: „Jetzt kommt was!“, „Jetzt kommt was!“, „Jetzt kommt was!“; das sollte schon mit Sorgfalt gehandhabt werden -, und wenn ich auch keinen Anlass dazu habe, daran zu zweifeln, dass das wirklich eben in der Form geschieht, die ausschließlich dazu führt, dass sich die Quelle rechtskonform verhält, um nicht in polizeiliche Maßnahmen hineinzulaufen und „aufzuplatzen“, dann kann der Beschaffungsleiter dieses selbst tun. Und ich meine ich zu erinnern, dass mein Vertrauensverhältnis zu Herrn Giebler damals so gewesen ist, dass er das durchaus in eigener Zuständigkeit anordnen konnte.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Das kollidiert aber ein bisschen mit dem, was uns Herr Giebler heute Vormittag erzählt hat. Da hat er sich nämlich bezeichnet als „Marionette“, als „Galionsfigur“, die nur - - Also, „Galionsfigur“ hat er dann relativiert, weil „Galionsfigur“ nicht der richtige Begriff dafür ist. Er hat dann als „Marionette“ sich gefühlt, die sozusagen nur auf Weisung von Ihnen gehandelt hat und auch nicht irgendwas sagen konnte. Und im Zusammenhang mit - - Wenn es denn so gewesen ist, dass er den Durchsuchungstermin mit Ihnen besprochen hat, dann hätte er Ihnen nur das erzählt, und dann hätte er von Ihnen sozusagen die Weisung entgegengenommen, was er zu machen hat. - Das widerspricht ein bisschen dem Bild von dem verständigen und allein agierenden und autonomen Referatsleiter, das Sie gerade gezeichnet haben.

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

Zeuge Heiner Wegesin: Ja, ja, das ist natürlich - - das mag so sein. Das ist - - Da räume ich einen Widerspruch ein. Ich glaube, dass das Selbstverständnis von Herrn Giebler dann heute vielleicht ein anderes ist, als es damals sein Selbstverständnis und, ich glaube, auch seine tatsächliche Position war. Er war da durchaus selbstständig, voller Selbstvertrauen und war hinterher todunglücklich, dass aufgrund bestimmter Umstände - aufgrund einer Umorganisation - er nicht permanent die Leitung des Beschaffungsreferates bekam, sondern jemand anders. Also, dass er das arme Würstchen gewesen sei, das mit jeder Hinweislage, die in einem halbwegs ordentlich geführten Verfassungsschutz auch der Beschaffungsleiter selbst vornehmen kann, von Herrn Wegesin sanktionieren müsste - - Vielleicht ist das seine Wahrnehmung. Meine Wahrnehmung war damals eine andere.

Ich habe mich schon etwas intensiver auch um Einzelmaßnahmen in der Beschaffung gekümmert, als vielleicht andere Kollegen das tun oder hätten tun müssen, weil ich schon den Eindruck hatte, dass unsere Beschaffung in manchen Dingen noch etwas „eierte“ und hinunter bis in operativ-taktische tagesaktuelle Fragen eine gewisse Flankierung da ist. Aber - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Haben Sie Kenntnis - -

Zeuge Heiner Wegesin: Diese Selbststilisierung von Herrn Giebler möchte ich mir nicht zu eigen machen.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Gut. - Aber Sie haben von Zeit zu Zeit von solchen codierten Warnungen Kenntnis erlangt -

Zeuge Heiner Wegesin: Sicherlich.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - oder sie abgesegnet.

Zeuge Heiner Wegesin: Sicherlich. Eigentlich war es üblich - und das ist eigentlich im Berichtswesen so gewesen, sage ich mal -, dass mir ein Beschaffungsleiter sagt: Das und das und das und das liegt an.

Ich habe - weil folgende Maßnahmen, von denen ich ja auch häufig gewusst habe, anliegen - die Quellenführer angewiesen, diesen codierten Warnhinweis herauszugeben, damit nichts passiert. Häufig - - Also, ob das damals so war, weiß ich nicht. Weil wir Probleme hatten, haben wir dann eigentlich gesehen, dass, wenn es solche Warnhinweise gab, ich das spätestens in der Retrospektive erfahren hätte, weil nämlich über jeden Quellentreff und jeden Quellenkontakt ausführlich schriftlich Protokoll zu führen war, und dieses war mir vorzulegen.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Können Sie sich - -

Zeuge Heiner Wegesin: Später.

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Können Sie sich in dem Kontext erinnern an eine zweite codierte Warnung gegenüber dem V-Mann „Backobst“ alias Christian K.?

Zeuge Heiner Wegesin: Nein.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Weil: Sowohl „Backobst“ als auch „Sandmann“ haben uns bestätigt, dass zweimal so eine codierte Warnung oder eine Warnung ausgesprochen wurde.

Zeuge Heiner Wegesin: Es kann sein, dass es vorher oder hinterher noch mal eine gegeben hat.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber Sie können sich nicht erinnern, ob da - -

Zeuge Heiner Wegesin: Ich kann mich nicht konkret - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Die muss vorher gewesen sein, am 25.01. oder im Herbst 2000.

Zeuge Heiner Wegesin: Ich kann mich nicht daran erinnern. Also, ich erinnere mich nur an diese konkrete, codierte Warnung im Kontext der dann, sagen wir, überschießenden oder pflichtwidrigen Informationsweitergabe, indem nicht dieser abstrakte Hinweis, sondern ein konkreter Hinweis auf die Durchsuchung erfolgt ist. Ich erinnere mich also nur, wenn Sie so wollen, an diese schiefgegangene codierte Warnung, wenn man das so ausdrücken will, an eine weitere nicht. Es mag durchaus weitere gegeben haben.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Sie haben vorhin so ein bisschen Ihr Verständnis ausgedrückt für die doch harte Befragung des V-Mannes „Backobst“ alias Christian K. durch Ihren Referatsleiter, Herrn Giebler. Das verwundert mich ein bisschen, weil wir sozusagen als logisch denkende Leute - - Uns muss doch klar sein, dass, wenn in den Vormittagsstunden des 06.02. Herr Giebler zu Ihnen kommt und sagt: „Da ist eine Razzia geplant“, wenn Sie dann sagen: „Okay, codierte Warnung“ - - Herr Giebler geht dann zu Herrn „Sandmann“ und sagt ihm eine codierte Warnung oder sagt ihm, er ist zu warnen - oder: codierte Warnung; das ist noch offen -, und dann macht offensichtlich Herr „Sandmann“ das. Und am Nachmittag oder gegen Abend erfahren Sie - und Herr Giebler auch -, dass es diese Telefonüberwachung gab und dass Christian K. den Sven Sch. gewarnt hat.

Zeuge Heiner Wegesin: Mhm.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Dann ist doch logisch, also, zu 99,9 % ist doch klar, wer die Warnung sozusagen initiiert, ausgelöst hat, dass es „Sandmann“ gewesen sein muss. Deswegen kann man doch nicht ein Verständnis dafür haben, dass der jetzt sozusagen auf den Christian K. einprügelt - in einer Pizzeria in Werder eine Woche später - und von ihm noch wissen will, wer ihm das gesagt hat. Das ist

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

doch absurd, eigentlich. Das ist doch ein absurdes Spiel. Wer soll denn noch in diesem Zeitfenster von vielleicht einer Stunde - oder zwei Stunden oder 30 Minuten - die Information von der Durchsuchung dem Christian K. gegeben haben?

Zeuge Heiner Wegesin: Also, dieser zeitliche Kontext, dieser kurze zeitliche Kontext ist mir heute nicht geläufig. Ich weiß nicht, ob er mir damals geläufig war; ich glaube eigentlich, eher nicht.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber wir haben ihn doch vorhin diskutiert, und danach haben Sie Verständnis geäußert, dass der den so hart angefasst hat.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja, natürlich, weil einfach Folgendes passiert war: Es gab den Umstand, dass die Quelle K. konkret von der Durchsuchung Kenntnis erlangt hatte und dieses in die Szene weitergegeben hat. Diese Information lag wohl unumstößlich sicher auf dem Tisch. Das Telefongespräch war abgehört worden. Damit waren wir konfrontiert. - So. Jetzt gibt es ja eigentlich nur -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Es gibt nur eine.

Zeuge Heiner Wegesin: - zwei Alternativen, zwei Sachverhaltsalternativen: Entweder die Quelle, wie behauptet, hat das woanders her erfahren, sei es auch großer Unsinn, und hat das weitererzählt. Oder unser Bediensteter hat das weitergegeben. Diese beiden Alternativen gibt es.

Der Bedienstete ist befragt worden. Er hat steif und fest behauptet und erklärt: Ich war das nicht! Ich war das nicht! Ich war es wirklich nicht! - Natürlich liegt das eigentlich ziemlich nahe. Das ist erst mal die Erkenntnislage.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit - ich würde mal Ihre Formulierung aufgreifen aus dem Behördenzeugnis.

Zeuge Heiner Wegesin: Kann so sein, muss nicht so sein. Muss ich Ihnen wirklich sagen. Ich will mich jetzt nicht herausreden; das macht es nicht schöner. Aber dass polizeiliche Ermittlungsmaßnahmen durchaus mal szenebekannt wurden, ohne dass der Verfassungsschutz überhaupt die Hand im Spiel hatte - aus welchen Gründen auch immer; ich will auch niemandem zu nahe treten -, das war leider in Brandenburg ein nicht gänzlich unbekanntes Phänomen. Ich sage das einfach mal so, ohne wirklich jemandem zu nahe treten zu wollen. In diesem konkreten Fall haben wir Mist gebaut, und dazu stehen wir auch.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Na ja, aber - -

Zeuge Heiner Wegesin: Kurzum: Die Alternative, dass K. das woanders herhat und erzählt, war nicht von einem gänzlich anderen Planeten. Dann sitzen Sie da als Leiter und sagen: Ja, was denn nun? War es unserer? - Nein, nein, nein! Bloß nicht! Bloß nicht! Beschaffungsleiter! - Auch Herr „Sandmann“ vehement: Nein!

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

Und dann kam die Folgeweisung. So? Belügt die Quelle uns? Wo hat sie es her? Sie behauptet, sie hat es aus diesem ominösen Kneipengespräch. „Pippi Langstrumpf“? - Was weiß ich. Hat es ja hinterher einen netten, satirischen „Spiegel“-Artikel drüber gegeben. Stimmt die Story oder stimmt die nicht? Und da habe ich dem Beschaffungsleiter gesagt: Geh raus! Rede mit der Quelle! Was ist da gewesen? Wir wollen dann schon wissen, was wirklich ist.

Deswegen ist ja Herr Giebler rausgeritten und hat die Quelle auf den Pott gesetzt.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Das haben Sie uns ja schon gesagt. Aber wenn am Vormittag erst dieser Termin sozusagen preisgegeben worden ist, dann ist es schon merkwürdig, dass man so einer „Pippi-Langstrumpf“-Story glauben will. Aber gut.

Was mich dann natürlich noch verwundert hat, ist, dass Sie dann ruhighalten, und die Polizei ermittelt intern, nach innen, und versucht, ihr Leck zu finden, und der Verfassungsschutz sagt: Okay, lasst die mal ermitteln.

Zeuge Heiner Wegesin: Na ja - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Sie werden jetzt sagen, Sie haben ja dem „Sandmann“ geglaubt und deswegen - - bei Ihnen ja nicht ermittelt worden ist.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja, genau das will ich sagen.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Klar.

Zeuge Heiner Wegesin: Genau das will ich sagen.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ich finde es trotzdem ziemlich krass und ziemlich krude.

Zeuge Heiner Wegesin: Bitte?

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ich finde es ziemlich krude, dass man da ermitteln lässt, obwohl man eigentlich weiß - mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit -, wer das Leck gewesen ist.

Zeuge Heiner Wegesin: Also, Sie mögen das krude finden, und ich verstehe Ihre Kritik, dass ich damals meinem Mitarbeiter Glauben geschenkt habe, er auch erklärt hat - ich weiß gar nicht, ob er damals schon eine dienstliche Erklärung abgegeben hat - - er auf jeden Fall - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aktenkundig?

Zeuge Heiner Wegesin: Weiß ich nicht. - „Sandmann“: Ich bin es nicht gewesen! - Punkt eins.

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

Es gab bis zum damaligen Zeitpunkt auch keinen Grund, Herrn „Sandmann“ keinen Glauben zu schenken. Er besaß das Vertrauen seines Vorgesetzten, und ich als weiterer höherer Vorgesetzter hatte auch keine Anhaltspunkte, dass, wenn er versichert, er habe diese Information über den codierten Hinweis nicht weitergegeben - - das sei nicht so gewesen.

Man mag das kritisch sehen, dass ich das damals so gesehen habe, dass ich damals so reagiert habe und gesagt habe: Okay, ich glaube dir erst mal, mein lieber „Sandmann“. Dann ist das so nicht gewesen. Trotzdem: Wo weiß die Quelle das her? Bitte! „Sandmann“ ist inkriminiert. Ich nehme den nächsthöheren, auch etwas lebensälteren, auch zum wirklich harten Anfassen einer Quelle befähigten Beschaffungsleiter. Das sind keine - - Wir sind hier nicht im Nonnenkloster, wenn man mit Quellen spricht. „Geh raus und versuche, rauszukriegen, was war!“

Dass es polizeiintern Ermittlungen gegeben hat, aufgrund welcher Hinweise - - Ich weiß nicht, ob ich das damals gewusst habe. Und ich sage Ihnen: Wenn ich es gewusst hätte, wenn die Polizei bei sich Anhaltspunkte sieht, dass es möglicherweise -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Die haben ja keine Anhaltspunkte gehabt.

Zeuge Heiner Wegesin: - dort eine Informationspanne gegeben hat, so what? Dann wird sie ermitteln, und dann muss sie ermitteln.

Wenn Sie mich fragen: „Tut es Ihnen dann nicht leid?“, oder: „Haben Sie kein schlechtes Gewissen, dass Ihr Mann das war, und an falscher Stelle wird ermittelt und Polizeibedienstete werden Verdächtigungen unterzogen?“ - gut, sei es so. Ich bleibe dabei, ohne jemanden konkret bezichtigen zu wollen: Die Tatsache, dass die Szene manchmal - auch wenn es der Verfassungsschutz nicht war - etwas im Voraus wusste, war in Brandenburg kein gänzlich unbekanntes Phänomen.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Gut. - Noch eine Frage zu dem Komplex.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Die letzte, bitte.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja, gut. - Sie haben gesagt, dass so was, solche Warnungen, solche konkreten Warnungen, wie sie jetzt Herr „Sandmann“ gegeben hat an dem 17.02., in Ihrer Behörde die Ausnahme gewesen ist. Nun habe ich entnommen, ohne jetzt - - Da brauchen die Beamten des Verfassungsschutzes jetzt nicht den Arm zu heben; wir wollen nicht das Verfahren Stadler hier schon vorziehen. - Aber im Kontext von Warnungen: Bei Stadler ist es doch auch vorgekommen, dass der V-Mann-Führer „Bartok“ gewarnt hat vor exekutiven Maßnahmen und dann sogar ein gesäuberter Computer ihm zur Verfügung gestellt worden ist.

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

Zeuge Heiner Wegesin: Also, dass man einer Quelle - - Moment! Stadler? Wenn das Gegenstand dieses Untersuchungsausschusses ist; aber ich will mich da gar nicht rausreden.

Was bei Stadler konkret an Hinweisen gelaufen ist durch Herrn „Bartok“, weiß ich nicht. Die Tatsache, dass man einer Quelle einen Computer zur Verfügung stellt, ist eine nicht gänzlich übliche Maßnahme. Häufig haben die Typen noch nicht mal Kohle, um sich was Anständiges dahinzustellen.

Wenn beispielsweise Quelle, was damals auch schon vorkam, wenn wir auch erst in den Anfängen - aber in der Musikszene war das ja durchaus schon gang und gäbe - des internetbasierten Extremismus waren - - Stellen Sie einer Quelle auch schon mal einen Computer hin, weil sie ja sozusagen Tatwer- - wie soll ich sagen? - Handwerkszeug ist, wo sie ihre Informationstätigkeit für den Verfassungsschutz mit ausübt. Also, das allein ist noch - -

Stadler ist ein dickes Ding; da will ich mich gar nicht rausreden. Aber das allein bringt die Welt noch nicht zum Untergang.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Hinten wird die Hand gehoben. Ich weiß Bescheid. - Das Fragerecht geht weiter zu Herrn Wiese.

Abgeordneter Wiese (AfD): Ich verzichte darauf. Danke.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann sind wir bei Frau Nonnemacher.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Die verzichtet nicht. Danke schön. - Herr Wegesin, ich möchte auf den Beginn unseres „Gespräches“, sagen wir mal, zurückkommen. Da haben wir über die „Honigtopf“-Theorie, die Theorien von Herrn Rautenberg und über das Celler Loch geredet.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie haben das vehement von sich gewiesen, dass der Brandenburger Verfassungsschutz in der Zeit, in der Sie ihn geleitet haben, im Großraum Potsdam einen „Honigtopf“ aufgestellt hat. - Das ist richtig, ja?

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut.

Zeuge Heiner Wegesin: Ich sage Ihnen mal was zum Thema „Honigtopf“ allgemein - oder „Honeytrap“ oder „Honeypot“ -: Das entspricht eher - - Das können Sie eher bei John le Carré nachlesen, als dass ein kleiner, mittelständischer Verfassungsschutz solche Operationen macht, dazu überhaupt befähigt wäre. Das ist schon relativ komplex.

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

Wir haben es nicht gemacht. Wir hätten es wahrscheinlich auch nicht gekonnt. Und Sie kommen ja sofort - - Sie sind ja sofort in höchsten rechtlichen Nöten, was den gesetzlichen Beobachtungsauftrag des Verfassungsschutzes angeht, wenn er - auch nur zum Schein oder um Szenegrößen anzulocken oder wie auch immer - eine Bestrebung, die er aufzuklären hat, sozusagen künstlich kreiert. Das ist außerhalb - - Dazu ist er nicht befugt. Und Sie sind sehr schnell auch in strafrechtsrelevanten Kategorien. Also: Nein. Wir durften es nicht, und wir haben es nicht gemacht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also, der „kleine, mittelständische“ Verfassungsschutz Brandenburg hat es nicht gemacht.

Ich frage jetzt nur noch mal wirklich sicherheitshalber: Sie halten es auch für völlig ausgeschlossen, dass ohne Ihre Kenntnis andere Mitarbeiter aus dem brandenburgischen Verfassungsschutz so etwas gemacht haben könnten?

Zeuge Heiner Wegesin: Das möchte ich ausschließen, ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Da es sich bei dem Bundesamt ja nicht um ein KMU handelt, noch folgende Anschlussfrage: Als Akteur der „Nationalen Bewegung Friedeburg“ ist der V-Mann „Corelli“ des Bundesamtes für Verfassungsschutz aufgefallen. Halten Sie es für vorstellbar, dass das Bundesamt die „Nationale Bewegung“ im Raum Potsdam als einen „Honigtopf“ installiert hat?

Zeuge Heiner Wegesin: Das möchte ich, nach allem, was ich - - Erstens weiß ich es nicht, habe ich dazu kein Wissen. Zweitens: Nach allem, was ich weiß, wen ich kenne - - Wie gesagt, ich entstamme dieser Behörde. Der damalige Abteilungsleiter „Rechtsextremismus“ ist ein enger Kollege, fast auch Freund von mir. Ich kenne den damaligen Behördenleiter sehr gut. Das möchte ich eigentlich definitiv ausschließen, obwohl da manches „sportlich“ gelaufen sein mag im Bereich Rechtsextremismus, damals. Aber das Thema NaBe? Nein, das möchte ich definitiv ausschließen.

Ich muss auch sagen: Die Tätigkeit des BfV insgesamt hier im Berlin-Brandenburger Raum zum damaligen Zeitpunkt war eine relativ zurückgenommene. Man hat sich dort schon ziemlich auf die örtlichen Behörden in Berlin und auch hier auf uns verlassen.

Also, ich möchte das definitiv ausschließen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. - Danke schön.

Zeuge Heiner Wegesin: Aber wie gesagt: Ich kann hier nur - um das ganz trennscharf zu sagen - meine Vermutungslage äußern. Ich habe dazu keinerlei Erkenntnisse. Aber ich halte es für abwegig.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich möchte noch weiter fragen. Aber ich würde Sie bitten: Könnten Sie ein bisschen mehr ins Mikrofon hineinsprechen?

Zeuge Heiner Wegesin: Ja. Entschuldigung!

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich kann Sie nicht so ganz gut verstehen.

Zeuge Heiner Wegesin: Entschuldigung!

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Das wäre sehr nett.

Zeuge Heiner Wegesin: Meistens sagt man: „Schrei nicht so!“ Aber wenn Sie mich jetzt nicht verstehen, dann helfe ich dem gern ab.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Das Hörvermögen ist schon etwas alteriert.

„Nationale Bewegung“: Wir haben auf der Internetseite des „Nationalen Infotelefon“, das oft aus Brandenburg schwerpunktmäßig berichtet hat - - Da war um die Jahrtausendwende, so um 2000 herum, ein Strategiepapier zum Aufbau einer „Nationalen Bewegung“ veröffentlicht. Hinter diesem „Nationalen Infotelefon“ stand ein norddeutscher Rechtsextremist. Wissen Sie oder vermuten Sie, dass in deren Umfeld V-Leute gearbeitet haben könnten, V-Leute, die eventuell das Strategiepapier zum Aufbau einer „Nationalen Bewegung“ geschrieben und in Umlauf gebracht haben könnten?

Zeuge Heiner Wegesin: Also, ich weiß nicht - es war ja nicht unser Beobachtungsobjekt -, ob und in welchem Umfang V-Leute anderer Verfassungsschutzbehörden dort tätig gewesen sind. Dazu habe ich keine Erkenntnis.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Hat der brandenburgische Verfassungsschutz in Ihrer Amtszeit, Herr Wegesin, das „Nationale Infotelefon“ und insbesondere die Internetseite dieses „Nationalen Infotelefon“, mit zahlreicher Berichterstattung aus Brandenburg, regelmäßig ausgewertet?

Zeuge Heiner Wegesin: Ich gehe eigentlich davon aus, weil wir uns derartige Dinge schon genau angeguckt haben und weil wir versuchten, auch einen fachlichen Schwerpunkt dahin zu legen, also nicht schriftliche, sondern internetbasierte oder auch mit modernen Telekommunikationsmitteln betriebene Extremismusbestrebungen uns genau anzuschauen. Aber ich kann Ihnen im Einzelnen nicht mehr aus der Erinnerung sagen, in welchem Umfang wir uns darum gekümmert haben, ob sich eher der Bund darum gekümmert hat, weil es ja eine bundesweit tätige Veranstaltung war. In der Regel haben wir uns eigentlich darauf beschränkt - das war so eine Art natürlicher Arbeitsteilung; so ist es ja auch im Gesetz angelegt -, dass wir uns eben nur um regionale Bestrebungen in oder mit engem Bezug zum Land Brandenburg kümmern.

Natürlich ist es so, dass, auch wenn es eine bundesweit tätige Organisationsstruktur ist - - Wenn sie zu Brandenburg und über Brandenburg berichtet, dann liegt es natürlich auch in unserer Zuständigkeit, das anzugucken. Mag sein, dass wir das getan haben. Ich habe an das „Nationale Infotelefon“, obwohl ich mich eigentlich, auch nachdem ich nicht mehr beruflich für Rechtsextremismus tätig bin, immer bemüht habe, da unterrichtet zu sein - - Ich kann dazu nichts sagen.

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber ist das nicht ein bisschen erstaunlich? Hier, im Großraum Potsdam, agiert seit Beginn der 2000er eine „Nationale Bewegung“ mit zahlreichen Delikten; wir haben ja die Deliktliste immer vorliegen. Das kulminiert dann in dem Brandanschlag auf die jüdische Trauerhalle. Aber davor sind ja auch schon eine Vielzahl Brandanschläge auf Imbisse, türkische Imbisse bis hin zu eher Propagandadelikten, Transparente auf der Autobahn usw. - -

Zeuge Heiner Wegesin: Hm, hm.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also, es materialisiert sich auf einmal eine „Nationale Bewegung“, zu deren Aufbau auf diesen Internetseiten des „Nationalen Infotelefon“ aufgerufen wird. Dann passiert das hier im Großraum Potsdam, und Sie haben praktisch das nicht verfolgt, die ideologische Basis?

Zeuge Heiner Wegesin: Natürlich werden wir das verfolgt haben. - Zum Thema „Nationale Bewegung“ muss ich sagen: Sie ist ja erst mal sofort durch Straftaten hervorgetreten. Das war sozusagen - - So entstand sie. So wurde sie überhaupt eigentlich erst wahrgenommen, jenseits irgendwelcher Strategiepapiere. Von Anfang war das also auch eine polizeiliche und staatsanwaltliche Zuständigkeit, die es gab.

Wir haben uns auch intensiv darum gekümmert. Für uns war bis zum plötzlichen Aufhören der Straftaten - ich glaube, das Letzte war irgendeine Bedrohung einer Veranstaltung hier in Potsdam, und dann brach es ja ab - die „Nationale Bewegung“ insofern eine Blackbox - wirklich, wir hatten keine Erkenntnislage dazu -, als dass wir sagten: Vom Modus Operandi her, von den Straftaten her kann das ein Einzeltäter gewesen sein.

Uns fiel auf - und wir haben ein wenig in diese Richtung auch weitergedacht -, dass es dazu überhaupt - wirklich jeden Stein, jede Zugangslage, die wir hatten, jedes Papierchen, jede Quelle zimal befragt -, weder bei der Polizei noch bei uns irgendeinen Szenehinweis gab. Es ist das Übliche - eigentlich - unter Rechtsextremisten, egal welcher Couleur - ob es die, sagen wir, eher kameradschafts- - also die wirklichen Neonazis sind, die unmittelbar eigentlich im nationalsozialistischen Kontext fußen, oder auch damals gerade die Skinheads -, dass sie mit ihren Straftaten prahlen. Da gab es nichts!

Und wir dachten - - Also, auffällig ist - die Straftaten, die auch andere als solche begangen haben -: Der Modus Operandi zeugt von einer gewissen Intelligenz. Durchaus clever gemacht, auch in der Propaganda- und Öffentlichkeits-, in der Fanalwirkung. Das war schon planvoll. Das lag schon über dem Durchschnitt, sagen wir, der kriminellen Energie und der - Sie nehmen es mir nicht übel - kriminellen Professionalität, die rechts, so schlimm das sonst war und so brutal und niederträchtig und abstoßend das sonst war, an den Tag gelegt wurde. Das fiel auf. Eine gewisse Eloquenz - aber auch so, was die Stigmatisierung angeht - der Bekennerschreiben. Und wir haben uns damals wirklich gedacht: Wer ist das? Welche Leute kennen wir denn überhaupt - oder: gibt es in der Szene -, denen man diese Eigenschaften, diese Tät ereigenschaften zuschreiben kann? - Wir haben da niemanden gefunden. Dann

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

haben wir gedacht: Ist das möglicherweise, weil es da eher etwas - - Leute gab, die ein bisschen mehr auf der Latte hatten, in Berlin? Ist das vielleicht jemand, der aus Berlin heraus hier in Brandenburg agiert und tätig wird?

Wir haben es wirklich nicht gewusst. Und wir wissen auch bis zum heutigen Tage nicht - - Und das war uns auch ein Phänomen, warum diese Straftatenserie plötzlich abbrach. War man doch bei den Ermittlungen irgendwo halbwegs näher, wo diese sehr vorsichtig agierenden Täter - - Auch dies ist eigentlich unüblich für Rechts. Die gehen raus und machen ihr Ding, und wenn sie bestraft werden, kriegen sie halt einen über und dann fahren sie auch mal ein. Das wird dann getragen wie eine Auszeichnung. Die Leute waren da ja relativ offen zugegen.

Und dies hier war doch schon recht luzide, auf Nichtrückverfolgbarkeit etc. pp. angelegt, dass man gesagt hat: Waren wir doch so nahe dran, dass der gesagt hat: „Oh! Hör lieber auf!“? Oder was war der Grund?

Also, für uns - - Mit „für uns“ meine ich die Ermittlungsbehörden, weil: Wir haben da häufig noch länger drüber diskutiert. Da muss man gar nicht Mitarbeiter anweisen: „Kümmert euch mal weiter um die ‚Nationale Bewegung‘!“ Die war Gespräch - „Was war denn da?“, „Wer war denn das?“ -, sagen wir, auch in den regelmäßigen Lagebildrunden, die wir mit den Polizeikollegen vornehmen - - auch des LKAs hatte - - was da gewesen ist.

Es ist so. Wir waren es nicht. Das sage ich noch mal. Definitiv!

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Frage, bitte. - Oder?

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Oder weiter.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Sie wünschen?

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja, ich möchte weitermachen. - Ist Ihnen bekannt, wer für das „Nationale Infotelefon“ aus Brandenburg berichtet hat?

Zeuge Heiner Wegesin: Das weiß ich nicht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Herr Wegesin, bei der insgesamt ja sehr spärlichen Informationslage bezüglich dieses Phänomens „Nationale Bewegung“: Sie haben es am 30. Oktober 2000 in einem Schreiben an den Generalbundesanwalt als „abwegig“ bezeichnet, dass es sich bei der „Nationalen Bewegung“ um eine terroristische Vereinigung handeln könnte. Woher kommt diese Aussage, wenn Sie praktisch überhaupt keine Erkenntnisse ermittelt hatten? Zweitens: War das Ihre persönliche Einschätzung, oder war das die Auffassung der Hausspitze, die Sie nach außen vertreten haben?

Zeuge Heiner Wegesin: Also - -

(Der Zeuge überlegt)

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

Sowohl als auch. Die Tatsache, dass dieses keine terroristische Bestrebung im fachlichen Sinne des Verfassungsschutzes - wir reden jetzt nicht hier über eine Subsumtion unter den § 129a - sein - - sondern terroristische Bestrebung im Hinblick auf die Zielrichtung der Straftaten, im Hinblick auf die organisationelle Form der „Nationalen Bewegung“ - - Wie gesagt, wir neigten sehr stark - - Unsere Arbeitshypothese war eigentlich: Eher Einzeltäter, vielleicht ein oder zwei, also keine terroristische Vereinigung oder Bestrebung im Sinne einer wirklich terroristischen Zelle, mit ähnlichen Dingen.

Es gab zwei Dinge: Erstens. Die Leitung des Hauses, die das irritierte, sagte: Das ist alles schlimm genug. Aber es sind Straftaten, es ist kein Terrorismus. Warum wird da auch der Generalbundesanwalt tätig? - Da gab es eine kritische Haltung zu. Das ist das eine. Das habe ich sicherlich mit artikuliert.

Das Zweite war - das ging im Wesentlichen auf meinen Kollegen Milbradt zurück -, dass wir fachlich zu der Auffassung neigten: Nee, Terrorismus ist das noch nicht, auch keine terroristische Organisationsstruktur. Auch der Modus Operandi der Straftaten, für sich genommen und in Gesamtheit, gibt das noch nicht her. - Ich glaube, diese Auffassung haben wir vertreten. Die haben wir auch artikuliert.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber Sie haben - -

Zeuge Heiner Wegesin: Das sehe ich auch noch nicht als eine, wie soll ich sagen, Bagatellisierung oder Banalisierung dieses Kontextes an. Das ist eine fachliche Auffassung, der man beitreten kann oder nicht beitreten kann.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber Sie haben sich zu einem Zeitpunkt, wo sich die „Nationale Bewegung“ schon zu einem Brandanschlag auf einen türkischen Imbiss bekannt hatte, immer noch gesagt, dass es sich bei diesen Sachen gegebenenfalls auch um Sachbeschädigung handeln könnte, dass es also keinerlei Grund gebe, es auch nur in die Nähe terroristischer Aktivitäten zu rücken. - Sehen Sie das nicht im Nachhinein doch kritisch, wenn man dann noch den Brandanschlag dazunimmt?

Zeuge Heiner Wegesin: Also, nicht jeder Brandanschlag ist eine terroristische Straftat, insbesondere wenn sie von einem Einzeltäter begangen wird, sondern zum Terrorismus gehören eben schon ein bestimmter Überbau, eine Militanz und insbesondere auch eine natürlich sich gegen Leib und Leben richtende Zielrichtung. Also, so schlimm eine solche Straftat ist, aber es ist kein Synonym und es ist keine Kongruenz zum Terrorismus gegeben bei einem Brandanschlag - so schlimm er ist - auf einen Imbissstand. Derartige Taten hat es viele gegeben. Die sind alle schlimm, die sind alle militant, insbesondere - - also schlimm. Und wenn sie politisch motiviert sind, ist das eigentlich noch umso schlimmer. Aber man muss schon sagen: Es ist im fachlichen Kontext nicht jedes Mal Terrorismus. Das muss man schon auseinanderhalten.

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Hat der brandenburgische Verfassungsschutz damals mit derselben Terrorismus-Definition gearbeitet wie das Bundesamt für Verfassungsschutz, oder hatten Sie unterschiedliche Definitionen?

Zeuge Heiner Wegesin: Nein, das war eigentlich gängig, wobei natürlich man sagen muss: Die damalige Phänomenologie war schon ein wenig unscharf. Sie war im Wesentlichen diktiert, die Definition, und geprägt durch den Terrorismus-Begriff der RAF und des terroristisch geprägten Linksextremismus. Und es gab - das gebe ich auch gerne zu - eine gewisse -

(Der Zeuge überlegt)

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Eine gewisse?

Zeuge Heiner Wegesin: - eine gewisse Scheu, bei aller Militanz im rechtsextremistischen Bereich auch sofort diesen Terrorismus-Begriff anzuwenden, weil man eigentlich damals unter Terrorismus wirklich die Professionalität, das totale Abtauchen, die Arbeitsteiligkeit etc. pp. - wie gesagt, das muss man sagen - in einem wirklich zeitgeschichtlichen Kontext - - Da war die RAF eigentlich sehr prägend.

Ich nehme mal den Bereich des islamistischen Terrorismus dazu, mit dem ich mich beim BND nun über Jahre intensiv befasst habe. Die Definition ist heute eine andere. Wir reden heute schon von Terrorismus auch bei einem Einzeltäter, wie wir es im Bereich haben, wenn eine Selbstradikalisierung beispielsweise erfolgt ist.

Unter dem, sagen wir - ich will mich da nicht rausreden -, erweiterten, vielleicht heute gängigen phänomenologisch-fachlichen Begriff - wie gesagt, die Legaldefinition im Strafgesetzbuch ist noch mal ganz was anderes - würde ich meinen, müsste kritisch hinterfragt werden, ob wir das heute noch mal so aufschreiben würden. Das möchte ich sagen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber ich bin - -

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Halt, Frau Nonnemacher! - Zwei Nachrichten: Eine schlechte: Die Zeit ist um, auch die der Verlängerung. Eine gute: Es gibt weiteren Fragebedarf. Sie können also sich auch noch mal beteiligen. - Aber ich muss an der Stelle jetzt mal abschließen und gebe weiter an die SPD-Fraktion.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich war vorhin bei dem Komplex LKA/Menzel.

Zeuge Heiner Wegesin: Mhm.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich müsste noch mal zurückspringen, bitte.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich hatte vorhin noch mal darauf hingewiesen, dass das LKA durchaus Hinweise hatte, dass Herr Menzel in dem

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

Komplex NaBe Bescheid weiß, zumindest Hintergrundwissen hat. Es gibt mehrere TKÜ-Maßnahmen, in denen auch klargeworden ist, dass er sich da sehr deutlich und gezielt distanziert. Wie bewerten Sie vor diesem Hintergrund folgende Anweisung des Bundesanwalts Siegmund - das ist auch durch das LKA überliefert -:

„Diese TKÜ Erkenntnisse sind Bestandteil des Verfahrens der Generalbundesanwaltschaft: [...], Bildung einer kriminellen Vereinigung.“

Da ging es um das „Landser“-Verfahren.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD):

„Es wird von hier aus gebeten, diese nur in Absprache mit OStA Siegmund beim GBA in anderen Strafverfahren zu verwenden.“⁶

Zeuge Heiner Wegesin: Mhm.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Bei Herrn Sch. wurde im Dezember 2001 durchsucht und eine Diskette mit der Aufschrift „Die Nationale Bewegung“ sichergestellt.

Wie bewerten Sie das, dass der Generalbundesanwalt hier eine „Schranke“, sage ich mal, einzieht?

Zeuge Heiner Wegesin: Kann ich mir sehr schlecht - ohne weitere Informationslagen - einen Reim drauf machen. Da bin ich sehr vorsichtig und möchte noch nicht mal, wie gesagt, eine fachliche Vermutung äußern. Staatsanwälte haben ein Bündel von Kriterien und Gründen und Abwägungsmechanismen, wann sie welche Maßnahme, die in verschiedenen Strafverfahren als Tatsachenstoff eingeführt werden kann, einführen und wie sie die Verfahren auseinanderhalten. Das kann dazu führen, dass man in eine Strafmaßnahme einen bestimmten Tatsachenstoff noch gar nicht hereingibt, weil man damit einen Ermittlungsvorsprung und Ermittlungsherrschaft aufgibt, die spätestens dann aufplatzt, wenn der Strafverteidiger Akteneinsicht bekommt und man nicht will, dass dann sozusagen doch das irgendwann an die Szene geht.

Da gibt es also zig Kriterien, die herangezogen werden. Ich habe keinen Überblick über sowohl das NaBe-Strafverfahren im Detail - ich kenne die Staatsanwaltsakten nicht; ich habe sie eigentlich nie gesehen - und das andere konkrete Strafverfahren. Deswegen kann ich da nur mit Nicht-Wissen antworten.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. - Der Hintergrund, auf den ich hinausmöchte: Der GBA war in der Verfolgung bezüglich des „Landser“-Verfahrens

⁶ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: GBA Sachakten Band VIII, Blatt 138 (elektronische Zählung).

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

und, wie gesagt, zieht hier in Brandenburg eine Schranke ein, was Informationsweitergabe angeht. Wir haben es aber hier vor Ort mit einem LKA zu tun, die durchaus Informationen zu dem NaBe-Verfahren haben, auch zu der Person Menzel, und selber, wie gesagt, ausgerechnet diese Leute auch alle in Vernehmungen haben inklusive Menzel, „Piatto“ und Co. - - Ich sagte: Durchgeführt wurden die Maßnahmen - sowohl Durchsuchungen als auch Verhöre - von Herrn KOK M.K.. In seiner Zeugenaussage bei uns erzählte Herr KOK M.K. dass Sie ihn angerufen hätten, ihn massiv unter Druck gesetzt haben.

Zeuge Heiner Wegesin: Ich?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Er beschrieb dies als Retourkutsche, da durch seine Ermittlungen zwei V-Männer des Landesverfassungsschutzes Brandenburg enttarnt worden seien.

Zeuge Heiner Wegesin: Ich soll Herrn KOK M.K. angerufen haben?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja. - Können Sie sich erklären, warum Herr KOK M.K. Ihnen diese Vorwürfe macht?

Zeuge Heiner Wegesin: Ich kann mir das nicht erklären. Ich kann mich auch an keinerlei Telefonat dieser Art erinnern. Ich würde das auch für sehr untypisch erachten; denn meine Art - und darauf legten die Polizeikollegen auch Wert; ich hätte umgekehrt auch Wert darauf gelegt - des Umgangs miteinander lief von Behördenleitung zu Behördenleitung und nicht das Hineintelefonieren in irgendwelche nachgeordneten Organisationseinheiten, wo man den Mitarbeitern Vorhaltungen macht. - Das ist jetzt die abstrakte Seite. Also, ich kann mich daran nicht erinnern. Ich möchte eigentlich auch bestreiten - - Nee, ich habe so ein Telefonat nicht geführt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, Herr KOK M.K. hat weiterhin hier im Juni angedeutet, dass eine Verleumdung aus Ihrer Abteilung gegen ihn gelaufen sei.

Zeuge Heiner Wegesin: Ich habe das auch in der Presse nachvollzogen, in der Berichterstattung hier über die Zeugenaussage. - Sagen wir es so: Ich hätte es unterbunden. Ich will aber nicht ausschließen, dass es Mitarbeiter meiner Behörde gegeben hat, die derartige Telefonate in die Polizei führen - aus einer Verärgerung heraus, weil eben die Kreise des Verfassungsschutzes gestört worden seien durch polizeiliche Ermittlungen.

Natürlich hat es - es hat ja durchaus eine Zusammenarbeit gegeben - da auch mal durchaus Kontakte auf Arbeitsebene gegeben. Das ist das eine.

Auf der anderen Seite muss ich sagen: Wissen Sie, ein Polizeibeamter, der sich auf einen Schimpfanruf vom Verfassungsschutz unter den Tisch krabbelt - na ja. Weiß ich nicht. Ich will das nicht bagatellisieren. Aber ich kann nicht ausschließen, dass es Telefonate dieser Art - -

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, es war auch ein Vermerk, den er uns vorgelegt hat, aus Ihrer Abteilung.

Zeuge Heiner Wegesin: Ein Vermerk? Dann bitte ich um Vorhalt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Bezüglich Beschwerden über ihn und seine Arbeitsweise.

(Zuruf: Es war sein eigener Vermerk!)

- Ach so, es war sein eigener. Na gut. Entschuldigung! Dann nehme ich das - -

Zeuge Heiner Wegesin: Es war sein eigener Vermerk.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Es war sein eigener Vermerk, dass Ihre Abteilung ihn verleumdet.

Zeuge Heiner Wegesin: Ich sage mal so: Dass sich Verfassungsschutz und Polizei, weil jeder seine Zugangslagen schützen will - Polizei manchmal, weil sie meinen, der Verfassungsschutz habe keine andere Aufgabe, als sozusagen Ermittlungsunterstützung bei der Polizei zu leisten -, aneinander reiben und dass man sich da beschimpft - ja, das ist so. Aber daraus sehe ich im Prinzip noch keinen Skandal. Auch wenn ein wütender Verfassungsschützer, weil ihm seine Quellen weggeschossen worden sind und er da viel Arbeit den Bach runtergehen sieht, die Polizei anruft und einem Polizeibeamten sagt, er habe da grobmotorisch im Gärtchen des Verfassungsschutzes Bäume umgelegt - ja, Gott, das kommt vor. Solche Vorhalte macht man mal. Davon geht die Welt nicht unter.

Dass ein Polizeibeamter dann sagt: „Meine Ermittlungsarbeit wird aber beeinträchtigt Komma weil ...“, dann hat er zu sagen: „Ich verbitte mir die Einmischung. Ich mache das jetzt aktenkundig.“ Dann war es das auch. Wenn er dann weitergeht und sagt: „Ich gehe zu meinem Vorgesetzten. Ich berichte, hier hat es einen Einmischungsversuch gegeben“, dann mag dieser Herr bitte zum Abteilungsleiter Verfassungsschutz kommen. Der setzt sich damit auseinander, lässt sich den Sachverhalt schildern und hört den eigenen Mitarbeiter. Dann kriegt der Mitarbeiter die Ohren langgezogen. Dann ist das aber im Prinzip auch gut. Wir reden hier also nicht über Staatsverschwörung und Strafvereitelung oder ähnliche Geschichten. Dass man sich da mal aneinander delt, das kommt vor.

Mir ist es dann lieber, dass die Leute mal miteinander reden und auch übereinander schimpfen, als dass man nebeneinander - auch das hat es gegeben; das hat es auch in Brandenburg gegeben - - liebevoll es polizeiliche Ausgrabungsarbeiten gibt, um Verfassungsschutzleute auszuheben, obwohl die - - weil man mal einfach wissen will, was das los ist, und der Verfassungsschutz bitte aus dem Garten der Polizei wegbleiben muss, weil jeder die rechtsextreme Szene als sein Hoheitsgebiet angibt. Das hat es leider gegeben. Vielleicht gibt es das sogar im Bundesgebiet manchmal heute auch noch, in anderen Bereichen.

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Danke, Herr Wegesin.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann frage ich jetzt noch mal: Gibt es bei der CDU-Fraktion Redebedarf?

Abgeordneter Lakenmacher (CDU): Nein.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Bei den Linken?

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja, ich habe noch eine Frage. - Es gab ja schon das von Herrn Lakenmacher angedeutete Treffen der Großkopf- - nee, nicht der Großkopfer, der Verantwortlichen am 27.03.2001, wo auch der Bundesanwalt beim Generalbundesanwalt, Lampe, dabei war, -

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - wo Herr Siegmund dabei war, der damals noch Oberstaatsanwalt beim Generalbundesanwalt war, -

Zeuge Heiner Wegesin: Ja, Lampe war sein Abteilungsleiter.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - und wo Ihre Führungsscrew da war. Was war denn Gegenstand dieses Treffens am 27.03.2001? Und noch expressis verbis die Frage: Ist da über den Geheimnisverrat gesprochen worden?

Zeuge Heiner Wegesin: Ich kann mich daran nicht erinnern. Es mag sein, dass das thematisiert worden ist. Es mag sogar sein, dass ich das thematisiert hatte. Weil: Sie dürfen schon glauben, dass mir das peinlich war, was da passiert war, und mir es auch peinlich war, dass das - - dass das

(Der Zeuge überlegt)

bei der Bundesanwaltschaft, der Generalbundesanwaltschaft bei ihren Ermittlungsmaßnahmen zu Störungen geführt hat. Das war mir schon peinlich. Kann sein, dass ich das angesprochen habe gegenüber Herrn Lampe; ich weiß es nicht.

Ich darf sagen: Ich hatte zu Herrn Lampe ein Bekanntschafts- und gutes Verhältnis, was daher rührte, dass ich in meiner Zeit, die ja da noch nicht lange zurücklag, als Geheimschutzbeauftragter des Bundeskanzleramtes an Ermittlungsverfahren beteiligt war. Die letzten MfS-Sekretärinnen auch im Bundeskanzleramt - da hatte Herr Lampe die Ermittlungen mit geführt. Wir kannten uns eigentlich daher.

Ich erinnere mich nur daran: Es war eigentlich ein ziemlich kollegiales Gespräch. Wir haben sicherlich auch das Thema NaBe insgesamt abgeklopft. Ich hatte den Eindruck, es war sozusagen eine Visitationsreise von Herrn Lampe, wie sie die Abteilungsleiter des GBA immer durchaus noch machen, indem sie eben auch mal mit dem ermittelnden Sachbearbeiter des Generalbundesanwaltes die Sicherheitsbehörden des Bundeslandes aufsuchen, in dem diese Ermittlungen laufen.

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

Was da ganz konkret - - Ich weiß es nicht. Ich kann mich vage erinnern: Es war ein angenehm kollegiales Gespräch mit Herrn Siegmund; das war manchmal - er fühlte sich doch vom Verfassungsschutz etwas angefasst - etwas schwieriger. Das war sehr nett. Die waren, glaube ich, sogar bei mir im Dienstzimmer, ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Nur eine kurze Nachfrage: Herr Siegmund hat uns hier berichtet, dass er erst erfahren hat von dem Geheimnisverrat durch Christian K., als der Journalist Jansen seine Veröffentlichung im „Tagesspiegel“ 2003 getätigt hat und ihn gefragt hat. Halten Sie das für wahrscheinlich?

Zeuge Heiner Wegesin: Also, ich schätze den Kollegen Siegmund, dem ich später auch noch mal beruflich begegnet bin, zu sehr, um ihm da irgendwas zu unterstellen. Ich sage Ihnen nur meine Reaktion, weil ich das auch in der Zeitung gelesen habe - irgendwo war es, glaube ich, berichtet worden -: Meine Erinnerung war - aber das ist auch letztendlich eine Erinnerung vom Hörensagen, muss ich Ihnen sagen -, dass der Leiter der Soko NaBe, Herr Kl. -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Siegbert K.

Zeuge Heiner Wegesin: - dementiere ich nicht -, diese Unterrichtung sehr eng im zeitlichen Kontext der Durchstechung durchgeführt hat. Meine ich zu wissen. Aber das ist - - Ich will mal gucken. Ich habe hier - - Sie verzeihen Sie mir das. Ich habe mir einige Punkte, die mir auffällig gewesen waren, nicht nur im Kontext der Akteneinsicht, aufgeschrieben - - ob ich was dazu habe.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

- Nein, nicht. - Also, mir ist es als komisch aufgefallen, dass Herr Siegmund es erst da, zu dem Zeitpunkt, erfahren hat. Meine Erinnerung war eine andere. Aber, wie gesagt, es ist eine vom Hörensagen, da ich Herrn Siegmund nicht unterrichtet habe und ich auch nicht ganz im Detail weiß, wie die Informationslagen zwischen ermittelndem Staatsanwalt und der Soko NaBe waren.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Na ja, aus dem Ermittlungsbericht der Staatsanwaltschaft Potsdam im Geheimnisverratsverfahren ergibt sich auch, dass er schon im März 2001 darüber informiert worden ist.

Zeuge Heiner Wegesin: Also - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Steht jedenfalls im Bericht von Herrn Junker drin.

Zeuge Heiner Wegesin: Also, ich meine - - Meine Erinnerungslage ist, dass diese Unterrichtung zeitnah erfahren worden ist und wir auch ein Feedback durch die Kollegen der Soko NaBe gekriegt haben, die gesagt haben: Der ist auch sauer, Herr Siegmund. - Aber mehr kann ich Ihnen dazu nicht sagen.

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Jetzt hat noch meine Kollegin Johlige eine Frage.

Zeuge Heiner Wegesin: Gerne, Frau Johlige.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Was mir aufgefallen ist: An diesem 27.03., wo diese Beratung war, sind ja irgendwie noch ganz viele andere Sachen passiert. Also, da fanden Durchsuchungen bei M. K., Stefan R., Dirk H. statt; da waren auch noch Befragungen. - Das hatte alles nichts mit der Beratung zu tun? Ich finde einfach, an dem Tag ist irgendwie so viel passiert, was mich einfach ein bisschen irritiert.

Zeuge Heiner Wegesin: Sagen Sie bitte noch mal das Datum.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): 27.03.

Zeuge Heiner Wegesin: Dritter. Zweitausend?

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Eins.

Zeuge Heiner Wegesin: 27.03.2001.

(Abgeordneter Dr. Schöneburg [DIE LINKE]: Als Herr Lampe da war!)

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Also als Herr Lampe da war.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja, das war - -

(Der Zeuge liest in seinen Unterlagen)

Ich müsste jetzt mal den Straftatenkatalog, wann was geschehen ist, also bei NaBe, sehen. Aber das war in der Tat, ich sage mal, ein Zeitraum - Ende Februar, März -, wo in der Tat bei NaBe sich viel ereignete, weil die Presseberichterstattung, die ganze Medienlage - „Was ist denn da los? Warum kriegen die das nicht raus?“ - etc. pp. so war - - Das war sicherlich auch mit einer der Gründe, warum Herr Lampe da war.

Denn man muss eines sehen: Der Generalstaatsanwalt oder die Generalbundesanwaltschaft ermittelt eigentlich in der Regel ziemlich in aller Ruhe mit dem Bundeskriminalamt, losgelöst von regionalen Kontexten. Und für Herrn Siegmund war es auch mal eine neue Erfahrung, dass der hier auf einmal sozusagen einer der Fische im märkischen Haifischbecken war, wo eine engagierte Presse, also die Binnenöffentlichkeit eines Landes - - wo er auf einmal Partei war: „Warum kriegen das nicht raus? Was passiert denn da?“ etc. pp. Er war auf einmal Partei. Das ist für einen Generalbundesanwalt so, in der Unmittelbarkeit und auch manchmal in der, sagen wir, märkischen Direktheit und Deftigkeit, wie man hier politisch miteinander streitet, wie Medien berichten etc. pp., ein leicht prätaumatisches Erlebnis. Auch deswegen war Herr Lampe da.

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

Damals war eine Menge los, in diesem Zeitraum: Was passiert? Wer kriegt wo was raus? Jetzt hat der Verfassungsschutz was durchgestochen. Macht das was aus? Macht das nichts aus? Man hatte sich eigentlich auch erhofft - - Das LKA ermittelte. Jeder machte da irgendwo seine eigene Strecke. Im Polizeipräsidium Potsdam hatte man eigentlich auch eine Idee: Das LKA ermittelt zwar; aber das ist auch unser Kreis. Wir kriegen da auch was zu raus, und wir werden da eingesetzt quasi nur als Hilfsbeamte. - Jeder wollte was rauskriegen, natürlich. Man stand unter Druck. Man wollte auch irgendwas machen.

Eine gewisse Irritation oder eine gewisse Enttäuschung damals gab es auch bei den Kollegen der Landespolizei, die schon die stille Hoffnung gehabt hatten - auch wenn es nur eine „Aktion Wasserschlag“ war, mit der man die Szene irritieren wollte und die polizeitaktisch mit dem Ermittlungsverfahren abgestimmt war -, trotzdem was in Sachen NaBe rauszuholen. Und nichts kam raus, außer vielen schönen Fahnen, Tatmitteln und so, den üblichen Devotionalien des braunen Sumpfes.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Noch eine Nachfrage: Ist es möglich, dass Sie - - Sie haben uns vorhin gesagt, dass die Personalie, die Quelle sozusagen nicht offengelegt wurde gegenüber der Bundesanwaltschaft. Jetzt ist es aber so, dass an dem Tag, auch an diesem 27.03., eigentlich eine Vernehmung der V-Person K. stattfand und der vernehmende Polizeibeamte KOK M.K. dann durch den GBA Siegmund rausgeholt wurde aus dieser Befragung. Und er hat dann selbst die Befragung weitergeführt.

Ist es möglich, dass an dem Tag Herr Siegmund - in welcher Form auch immer, durch Sie oder durch jemand anders - doch erfahren hat, wer die Quelle für das Behördenzeugnis war?

Zeuge Heiner Wegesin: Nee, eigentlich nicht. Und ich sage mal: Siegmund war ein junger, dynamischer Kollege. Normalerweise fragt ein Staatsanwalt eigentlich gar nicht - weil er weiß, welche Antwort er kriegt -, ob es eine Quelle war.

(Heiterkeit des Zeugen)

Kann sein, dass Siegmund das mal gefragt hat, aber sicherlich auch - -

(Der Zeuge überlegt)

Also: sicherlich auch das vermutet hat.

Man muss einfach eines wissen: So kleinteilig, wie gerade hier im Potsdamer Kontext oder auch im regionalen Kontext die Verhältnisse waren - - und das wirklich enge Mit- und auch Nebeneinander der verschiedenen Behörden in einer Szenegröße und einer Szenestruktur, die im Wesentlichen durch eine zweistellige Personenzahl - wir lassen mal die Peripherie; aber was die wirklichen Hardcore-Leute beim Rechtsextremismus angeht - gekennzeichnet war: Ich will da nicht ausschließen, dass die Polizei schon eine ziemlich klare Verdachtslage hatte, dass wir K. als Quelle führten. Häufig hatten die da ihre Vermutungslage und wussten das auch. Dass wir ihnen das nicht sagten,

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

ist eine andere Geschichte. Das lässt sich überhaupt nicht vermeiden, wenn in einem solchen organisationellen, eng verflochtenen, personell eng verflochtenen, kleinen Kontext verschiedene Behörden miteinander tätig sind.

Dass die Quelle sich auch mal irgendwo preisgibt, dass da ein Verdacht geäußert wird oder dass natürlich auch, weil alle auf dem gleichen Sachverhalt rumermitteln, ein Polizeibeamter sich eine bestimmte Information anguckt und sagt: „Na, wo kommt denn das her? Das können die eigentlich nur von dem haben. Führen die den als Quelle?“, das will ich nicht ausschließen. Aber dass wir das gesagt haben? - Nee.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Frage, bitte.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Letzte Frage; das geht möglicherweise schnell. Es ist noch mal ein Rückgriff; das hat vorhin schon mal eine Rolle gespielt. Dazu habe ich aber eine Nachfrage.

Zeuge Heiner Wegesin: Gerne.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Wir hatten vorhin schon mal darüber gesprochen, welche Mittel der Verfassungsschutz eingesetzt hat, um V-Personen zu gewinnen. Da haben Sie gesagt, vor allem Geld, und dann gibt es auch noch eine ideologische Motivation.

Ich frage mal, auch aus Erkenntnissen, die wir in der Untersuchungsausschussarbeit schon gewonnen haben: Gab es denn auch, sagen wir mal - - oder wurde auf mögliche V-Personen, die man gewinnen wollte, auch Druck ausgeübt, beispielsweise hinsichtlich irgendwelcher Straftaten, die dann möglicherweise nicht verfolgt werden, Straffreiheitsgeschichten oder anderer Sachen, also aus so einem Kontext?

Zeuge Heiner Wegesin: Also, ich sage mal ein Beispiel: Ja, solche - - Also, erstens. Das Anerbieten, mögliche Quellen aus Strafverfahren rauszuhalten, oder ihnen derartige Versprechungen zu machen, ist, a), unzulässig - dann sind wir sehr schnell im Bereich der Strafvereitelung -, zweitens auch deswegen fachlich ein No-Go, weil der Verfassungsschutz das gar nicht kann. Man sollte nicht etwas versprechen, was man nicht kann. Das wäre sehr dumm. Das wird die Quelle dann irgendwann merken, wenn sie trotzdem hinsichtlich dieser Straftat auf die Nase fällt und gegen sie ermittelt wird oder sie gar verurteilt wird.

Andere Mittel: Gebrauchen wir mal diesen schönen altmodischen Begriff des „Kompromates“, wie man das früher sagte, das heißt also, bestimmte Lagen, in denen man eine Information, die der Verfassungsschutz hat, die für die Quelle kompromittierend ist, um sie zur Zusammenarbeit zu bewegen - - ist ein Grenzgebiet. Ich sage Ihnen mal einen Fall, wo es Ärger gegeben hat, der auch stattgefunden hat: Da hatte der Verfassungsschutz festgestellt, dass eine Quelle ein Kfz besaß und Auto fuhr, obwohl sie gar keinen Führerschein hatte. Dann hat man der Quelle gesagt: „Du hast ja keinen Führerschein! Das kann aber zu Problemen führen. Wir wissen das. Weiß das die Polizei? Die weiß das wohl nicht. Wenn du für uns arbeitest, helfen wir dabei, dass du den Führerschein machst. Den bezahlen wir dir. Und dann arbeitest du

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

für uns.“ - Das ist als sehr grenzwertig empfunden worden. Das war vielleicht schon das Allerhöchste.

Aber in der Regel war es wirklich die Tatsache, dass man meinte, Leute zu finden, die noch nicht zu tief in der Szene waren, die vielleicht auch etwas zurückgesetzt wurden, die also - - Es gibt alle möglichen Motivationslagen. Manchmal ist es eine Motivationslage, dass Leute es einfach spannend finden, andere auszuspionieren - das ist sicherlich menschlich vielleicht auch niederträchtig, aber staatlich eben sanktioniert; das liegt in der Natur der Quelle -, und einen tollen Kick dabei empfinden, auch noch Geld dafür zu kriegen, dass sie andere verpfeifen, ein Herrschaftswissen haben, weil sie schon etwas tun, was über ihre sonstige Bedeutung, gerade im Kontext der Beobachtungsorganisation, hinausgeht. - Also, da gibt es alle möglichen Motivationslagen.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Also, Sie können ausschließen, dass in Brandenburg in der Zeit, wo Sie Verantwortung hatten, Quellen geworben wurden mit dem Versprechen „Schutz vor Strafverfolgung“ oder Ähnlichem? Sie haben auch Quellen nicht vor Strafverfolgung geschützt?

Zeuge Heiner Wegesin: Nein. Nein, das ist mir nicht bekannt. Das sollte auch nicht so sein. Das ist - - Wissen Sie, das ist - - Auch dieses ist - -

(Der Zeuge überlegt)

ist ein etwas heikles Thema. Nehmen wir mal ein Beispiel, dass eine Quelle möglicherweise sich im allgemeinen Bereich, nicht im Staatsschutzbereich, strafbar gemacht hat oder ein Ermittlungsverfahren hat, wo dann der Verfassungsschutz sagt: Wenn du für uns arbeitest, kannst du ja das Geld, das wir dir geben, auch nehmen, um dir einen ordentlichen Anwalt zu leisten. - Schwierig! Sollte man das machen? Sollte man das nicht machen? Eigentlich eher nicht machen.

Aber das Versprechen von Straffreiheit oder das Heraushalten aus einem Strafverfahren als Zusammenarbeit erzeugende Motivationslage einzusetzen, insbesondere wenn gegen den Betroffenen gerade im Staatsschutzbereich ermittelt wird - nein, das darf nicht sein.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Danke.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann frage ich Herrn Wiese: Noch Fragebedarf?

Abgeordneter Wiese (AfD): Nein.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann sind wir noch mal bei Frau Nonnemacher.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön. - Herr Wegesin, als wir vorhin unterbrochen worden sind, ging es um Terrorismus-Definitionen.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie haben meines Erachtens einen ganz zentralen Satz gesagt für einen NSU-Untersuchungsausschuss. Ich habe ihn möglicherweise nicht wörtlich aufgeschrieben; aber ich lese Ihnen den jetzt noch mal vor. Sie haben gesagt: „Ich gebe zu, wir hatten damals eine Scheu davor, Rechtsextremismus in Verbindung mit Terrorismus zu bringen.“

Zeuge Heiner Wegesin: Ähm, das möchte ich dann doch, um keine Kollegenschelte zu bekommen, etwas differenzieren. - Ich habe gesagt: Die damals gängige fachliche Definition war im Wesentlichen geprägt durch die Phänomenologie der RAF.

Wir haben uns zu großer Sorgfalt genötigt gesehen, weil wir das damals nicht sahen, wohl auch bei NaBe nicht sahen, dass es vergleichbare Organisationsstrukturen, aber auch ein wirklich terroristisches Bedrohungspotenzial bei einer natürlich latent zu schlimmen Straftaten neigenden rechtsextremistischen Szene, die aber sich in Augenhöhe auf dem, was wir bei der RAF gesehen hatten, bewegte - - Da sahen wir schon die Notwendigkeit, ganz genau und vorsichtig zu differenzieren.

Wissen Sie, da bewegte sich der Verfassungsschutz, der politisch ja auch eng geführt wird, natürlich auch in einem heiklen Gebiet, weil natürlich bei der damaligen, auch wirklich angespannten Diskussion - - „Aufstand der Anständigen“. Was tun wir gegen Rechtsextremismus? In welcher Art? Linksextremismus ist schlimmer als Rechtsextremismus? Auf gleicher Augenhöhe? - Da gab es ja wirklich einen Schneewittchen-Wettbewerb, was das Schlimmere sei, in der politischen Diskussion.

Wenn Sie da als Verfassungsschutz hingehen und sagen - aufgrund bestimmter Straftaten -: Wir haben jetzt auf einmal einen braunen Terrorismus - - Das war schon - - Das war schon - -

(Der Zeuge überlegt)

Das war schon eine These, mit der man damals weit herausgeschwommen wäre. Vor dem Hintergrund hat man schon sehr eng geguckt: Können wir diese Definition schon bringen, ja oder nein, in unserer fachlichen Einschätzung? - So möchte ich das mal sagen. Nicht eine generelle Scheu.

Wir haben damals - wie gesagt, gemessen an den Kontexten und Kategorien der RAF - gesagt: Ja, das ist alles sehr schlimm. Wir wissen nun alle, was im Namen des Rechtsextremismus an fürchterlichen Straftaten es gegeben hat. Aber einen terroristischen, arbeitsteiligen Kontext und die Tatsache - - auch die allgemeine Öffentlichkeit, die Bürger, aber auch den Staat als Feind, als Gegenüber so infrage zu stellen, dass man das als Terrorismus, auch in seiner Fanalwirkung, bezeichnen kann, da waren wir vorsichtig. So möchte ich das sagen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. - Aber man kann sagen - - Ich habe hier ein Zitat des Sprechers des Innenministeriums vom 10. Januar 2001. Da steht: „Von ‚Terrorismus‘ sprechen wir ganz bewusst noch nicht.“ Es gab also auch eine

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

gewisse Neigung Ihrer Hausleitung, dass man das Phänomen der „Nationalen Bewegung“ auf gar keinen Fall mit Terrorismus-Kriterien identifiziert haben wollte.

Zeuge Heiner Wegesin: Na ja, ich möchte es - - Also, in diesem Satz würde ich das Wort „noch“ betonen. Man sah die Schwelle noch nicht erreicht. Man sah die Schwelle noch nicht erreicht.

Auf der anderen Seite war zur Kenntnis zu nehmen, dass natürlich der Generalbundesanwalt das Ermittlungsverfahren an sich gezogen hat. Nach seinen Zuständigkeiten kann er das nur, wenn er die Terrorismus-Definition, zumindest was die Verdachtslage angeht, bejaht. Sonst wäre die Landes- - Sonst wäre die Zuständigkeit des GBA gar nicht gegeben gewesen. Das muss man zur Kenntnis nehmen. Das war auch ein gewisses Spannungsverhältnis. Das hat auch, glaube ich, auf der Ebene - meine ich mich deutlich zu erinnern - der politischen Leitung meines damaligen Hauses zu Irritationen geführt, dass die sagten - na ja, ich sage es mal berlinerisch-flapsig -: Ham wa't nich nen Groschen kleiner? Ist das wirklich schon Terrorismus, so schlimm die einzelne Straftat für sich betrachtet ist? - Bis hin zu der damaligen Arbeitshypothese, dass wir davon ausgingen: Das ist im Prinzip im Wesentlichen einer. Und einen Ein-Mann-Terrorismus, den gab es nicht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Herr Wegesin, diese Scheu Ihrer Hausleitung, sozusagen Rechtsextremismus mit Terrorismus in Verbindung zu bringen - wenn Sie sich noch mal vor Augen führen, dass der erste NSU-Mord am 09.09.2000 stattgefunden hat -, ist das nicht auch ein Problem, warum wir mit diesem NSU alle so große Probleme haben, warum dieses Versagen irgendwie zu konstatieren ist?

Zeuge Heiner Wegesin: Also, es gibt aus meiner Sicht - - Ich sage das jetzt mal wirklich sozusagen, obwohl ich das eigentlich gar nicht kann, indem ich, sagen wir mal, den Schlapphut abnehme und das als Staatsbürger sage; aber da komme ich ja gar nicht raus, aus der Nummer. Ich bin ja noch Staatsschützer und bin es gerne und bin es lange in meinem Berufsleben gewesen.

Erstens muss man sagen, dass die Tatsache, dass die Straftaten des NSU nicht unterbunden und auch nicht aufgeklärt werden konnten und es geschehen konnte, dass außerhalb des Wahrnehmungsbereichs aller deutschen Sicherheitsbehörden es dann doch eine terroristische Struktur gegeben hat, die allerschlimmste und erschütternde Straftaten begangen hat, das ist für mich neben vielen anderen Dingen - - Mein Kollege Fromm hat es so vor dem Bundestag gesagt: Das ist die Niederlage von uns Staatsschutzbehörden generell - das muss auch ich schlicht und einfach sagen -, dass wir das in toto nicht gesehen haben. Da will ich mich auch gar nicht herausdrehen und sagen: Das war ja gar nicht in Brandenburg! Und die Hinweislage - - Das ist eins.

Man muss allerdings redlicherweise auch sagen: Mit dem Wissen, was wir heute haben, und nachdem durch den Selbstmord nach dem Banküberfall die Sache aufklappte und man auf einmal sah, was da wirklich geschehen war - - Ein bisschen reden wir da ja auch in, wie soll ich sagen, postmortaler Bewertung. Die Bewertungslage damals und auch, sagen wir, das Gefahrenbewusstsein und auch die

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

Bereitschaft, gewisse Definitionen anzuwenden, die müssen Sie damals sehen im Nichtwissen des NSU, der gerade an seinem Anfang stand. Dass es eine terroristische, kleine, verschworene Struktur gab, der es gelang, in den Untergrund zu gelangen - mit allem möglichen Versagen von Verfassungsschutzbehörden, aber im Übrigen auch Polizeibehörden; es waren gesuchte Straftäter, die abgetaucht sind -, ist schlimm genug und erschütternd und mehr als ärgerlich. Das hätte nicht passieren dürfen. Man war damals in der Lage, eigentlich, bei gutem Willen. Ich sage das, ohne die Arbeit der Kollegen kritisieren oder diskreditieren zu wollen. Der Anspruch wäre gewesen, sage ich mal so, eine sogenannte lückenlose Verbleibskontrolle bei gefährlichen Rechtsextremisten in dem Kontext vorzunehmen, dass man sagt: Die verschwinden einfach nicht von der Bildfläche. Und wenn sie mal temporär weg sind, dann kriegt man sie auch. Natürlich hätte man sie im Prinzip auch kriegen können. Wenn Leute mit Sprengstoff hantieren und sie sind weg, dann darf das eigentlich im Prinzip nicht passieren.

Ich will jetzt nicht den brandenburgischen Verfassungsschutz rühmen. Aber es hat mal so einen Fall gegeben - war hinterher halbwegs harmlos -, wo Leute eigentlich verschwunden sind, wo wir gesagt haben: Sind die abgetaucht? Wo sind die? - Das darf nicht passieren. Das muss man leidenschaftslos konstatieren als Staatsschützer. Das tue ich auch in dem Wissen, dass sechs meiner Kollegen, also Leiter von Verfassungsschutzbehörden, über das Thema NSU gestolpert sind. - Behördenversagen, arbeitsteilig. Wie sehr wir daran beteiligt waren, weiß ich im Einzelnen nicht. Liegt auch nicht an mir. Sie untersuchen ja maßgeblich die Tatsache, wie aufgrund der damaligen Mitteilung von „Piatto“ - - warum die nicht weiterverfolgt worden ist oder konkret geworden ist. Kann ich nichts zu sagen, war vor meiner Zeit.

Insgesamt ist das eine schlimme Sache und würde vielleicht dazu führen - hätte man das Wissen damals gehabt und vielleicht auch die Sensibilisierung damals gehabt, dass es auch rechtsextremistischen Terrorismus dieses Ausmaßes, dieses Schreckens gab, in dieser wirklich menschenverachtenden Dimension - - hätte man vielleicht auch zu NaBe „Terrorismus“ gesagt. Das will ich nicht ausschließen. Aber ich weise, wie gesagt, auf den Aspekt hin, dass man das damals eigentlich nicht für möglich gehalten hat, dass so was passiert, und es gerade seinen Anfang nahm, als NaBe unterwegs war.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Herr Wegesin, -

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Die letzte Minute läuft schon wieder, wollte ich bloß bemerken.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - gab es eigentlich eine Bewertung des Bundesamtes für Verfassungsschutz, ob es sich bei der NaBe um eine terroristische Vereinigung handeln könnte?

Zeuge Heiner Wegesin: Ist mir nicht geläufig. Ich glaube, das BfV hat sich da ziemlich raus- und zurückgehalten. Wir - das sage ich noch mal abschließend; ich zitiere noch mal den Satz des Kollegen Pressesprechers von damals - sahen phänomenologisch bei den Straftaten, die vorlagen, und bei dem Erkenntnisstand - ich bleibe dabei: Wir

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

gingen eigentlich im Wesentlichen von einem Einzeltäter aus, einem sicherlich hochintelligenten - die Schwelle des Terrorismus noch nicht erreicht. Das wurde politisch natürlich entsprechend kritisch flankiert, weil es eigentlich heißt, das müssten wir brandenburgischen Sicherheitsbehörden selbst rauskriegen, das solle bitte schön unsere Staatsanwaltschaft. Und jetzt kommt der Generalbundesanwalt daher und erzeugt - bei einem sicherlich ernstzunehmenden Komplex von Straftaten - dadurch, dass er das jetzt unter dem Aspekt „Terrorismus“ als Ermittlungsverfahren auch noch an sich zieht, eine Skandalisierungswirkung, die Brandenburg unangenehm ist. - Das muss man so sehen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Haben Sie diese negative Haltung, dass der Generalbundesanwalt das Verfahren an sich gezogen hat - - Haben Sie ihm das so mitgeteilt, Ihre ablehnende Meinung und die Meinung auch des Ministers und des Staatssekretärs, dass das eigentlich hier eher unerwünscht war und Brandenburg in ein schlechtes Licht hätte rücken können?

Zeuge Heiner Wegesin: Also, ich habe ja auch zur Kenntnis genommen, dass die Tatsache, dass ich dieses geäußert habe, im Kontext der Tatsache „Fragen Sie mal den Verfassungsschutz, ob er nicht hinter NaBe steht!“ hier geäußert worden ist. Ich kann mich nicht daran erinnern, diese Bewertung dezidiert vorgetragen zu haben. Ich kann Ihnen da nur - -

Auf der anderen Seite will ich nicht ausschließen, dass ich - wie gesagt, ich war politischer Beamter - diese kritische Haltung in irgendeiner Besprechung natürlich referiert habe; dazu war ich verpflichtet. Aber ich habe nicht in Karlsruhe angerufen und habe gesagt: „Machen Sie sich bitte vom Acker!“ Muss ich Ihnen ehrlich sagen. Wie gesagt, ich habe einige berufliche Erfahrung auch schon vorher gehabt in der Zusammenarbeit mit dem Generalbundesanwalt. Der Lächerlichkeit hätte ich mich nicht preisgeben wollen. Die wissen schon sehr genau, wann sie ermitteln wollen. Die lassen sich von niemandem reinreden und machen da zur Not auch einen geraden Rücken, selbst beim Bundesjustizminister. Also, das hätte die nicht sehr beeindruckt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Haben Sie versucht, die Übernahme des NaBe-Verfahrens durch den Generalbundesanwalt zu verhindern?

Zeuge Heiner Wegesin: Nee. Wie gesagt sehe ich überhaupt keine Einwirkungsmöglichkeiten. Der zieht das Verfahren an sich, da kann das Land noch so zetern. Sie werden zur Kenntnis nehmen, dass es ja ein späteres Verfahren gegeben hat hier in Brandenburg, das der Generalbundesanwalt an sich gezogen hat. Die Landespolitik hat sich vehement dagegen geäußert und gewehrt, hat geschimpft und gezetert - und das Ermittlungsverfahren ist durchgezogen worden.

Die Tatsache, sich gegen eine solche Maßnahme wehren zu wollen und engagiert intervenieren zu wollen, verkennt ein bisschen das Selbstverständnis und die Abwägungskriterien. Ich habe es ja nun später, als Terrorismus-Abteilungsleiter, ganz aus der Nähe gesehen, in wirklich tagesaktueller Zusammenarbeit. Der GBA sitzt im Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum. Da wird heute ganz anders miteinander und offen geredet; anders kommt man dem Phänomen auch nicht bei.

Untersuchungsausschuss 6/1
12. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

07.09.2017
Stenogr. Dienst/welf

Er prüft ganz nüchtern, ob seine Zuständigkeit gegeben ist. Nach rein rechtlichen Kriterien prüft er, ob er die Verdachtslage für seine Zuständigkeit sieht. Dann prüft er die Bedeutung der Straftat. Spielt ja auch eine Rolle, ob sie von einer solchen Gravität ist, dass er das macht. Da lässt der sich von niemandem reinreden. Das beeindruckt den auch gar nicht. Da kann auch ein Minister schimpfen.

Also, vor dem Hintergrund sage ich mal: Auch die Tatsache, also, jetzt hat der Wegesin - oder: habe der Wegesin; ich bestreite das ja - da groß interveniert, um irgendwie zu sehen: Oh, oh, oh, wir haben da vielleicht, ich sage es mal umgangssprachlich, was nicht ganz so Gutes gemacht, und jetzt reiten die Karlsruher ein, und die kriegen das vielleicht eher raus als unsere Landesstaatsanwaltskollegen - - Nee, das ist ein bisschen naiv.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. - Mit dieser Naivität möchte ich mich bedanken. - Ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann frage ich in die Runde: Gibt es weiteren Fragebedarf? - Das scheint nicht der Fall zu sein.

Dann bleibt uns nur noch die Frage, ob eine Vereidigung des Zeugen notwendig ist oder nicht. Aus meiner Sicht ist das nicht der Fall. Gibt es jemanden in der Runde, der anderer Meinung ist? - Das ist nicht so.

Herr Wegesin, dann bedanke ich mich sehr herzlich -

Zeuge Heiner Wegesin: Danke.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): - und beglückwünsche Sie zu Ihrer Kondition. Das war einiges, was wir Ihnen heute zugemutet haben. Aber die Kollegen und unsere Referenten beglückwünsche ich auch.

In diesem Sinne: Ihnen noch einen schönen Tag!

Zeuge Heiner Wegesin: Herzlichen Dank.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Bevor wir mit der Befragung von Herrn Beck fortsetzen, machen wir eine Pause, aber maximal fünf Minuten. Ich habe vorhin gesagt, dass Herr Beck im Haus sitzt und noch sieben Stunden Autofahrt vor sich hat.

Fünf Minuten. - Es werden sowieso zehn, vermute ich mal.

(Unterbrechung von 16.48 bis 16.59 Uhr)

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

Vernehmung des Zeugen Heiner Wegesin

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Meine Damen und Herren, wir kommen zur zweiten Zeugenbefragung. Ich begrüße als Zeugen sehr herzlich Herrn Wegesin, der uns nicht zum ersten Mal mit seiner Anwesenheit beehrt. - Ich muss Sie trotzdem, was Sie ja schon kennen, belehren und beginne damit jetzt:

Als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuss unterliegen Sie der Wahrheitspflicht. Das heißt, die von Ihnen gemachten Angaben müssen vollständig sein und der Wahrheit entsprechen. Sie dürfen weder falsche Angaben machen noch wesentliche Umstände, die mit dem Beweisthema in Zusammenhang stehen, verschweigen. Sofern Sie an bestimmte Dinge keine Erinnerung mehr haben, müssen Sie auch dies deutlich zum Ausdruck bringen. Der Untersuchungsausschuss ist nach § 22 UAG grundsätzlich berechtigt, einen Zeugen am Ende seiner Aussage zu vereidigen. Über eine Vereidigung Ihrer Person wird insoweit noch zu befinden sein.

Falsche Aussagen vor dem Untersuchungsausschuss sind strafbewehrt. Dabei kommt es nicht darauf an, ob Sie Ihre Aussage beeidigen müssen oder nicht. Falsche uneidliche Aussagen sind nach § 153 Strafgesetzbuch strafbedroht und werden mit Freiheitsstrafe zwischen drei Monaten und fünf Jahren sanktioniert. Im Falle der Annahme einer Strafbarkeit eines Meineides wird der Strafrahmen des § 154 Strafgesetzbuch, der eine Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr vorsieht, Anwendung finden. - Sie wissen, dass ich Ihnen nicht misstrauere, sondern verpflichtet bin, diese Belehrung durchzuführen.

Ich möchte Sie am Ende auch noch über Ihre Rechte gemäß § 19 UAG belehren. Danach sind Sie berechtigt, die Auskunft auf solche Fragen zu verweigern, deren Beantwortung Ihnen selbst oder einem der in § 52 Absatz 1 StPO bezeichneten Angehörigen die Gefahr zuziehen würde, wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit verfolgt zu werden. - So weit die Belehrung.

Ich verzichte auf die Angaben zur Person, da wir Sie schon hier als Gast hatten. Ich verzichte auch auf einleitende Fragen in diesem Falle und gebe gleich das Fragerecht an die Fraktion der SPD, an Frau Gossmann-Reetz. Bitte schön.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herzlich willkommen zurück, Herr Wegesin. Ich würde Sie jetzt gern zu der Situation befragen, in der Sie damals waren, als Sie die Abteilung V übernommen haben, dass Sie uns bitte mal beschreiben a) Ihre Situation, wie Sie da reingekommen sind, wie Sie, ich sage mal, eingearbeitet worden sind, und in welchem Zustand auch die damalige Behörde für Sie war, welchen Eindruck Sie hatten.

Zeuge Heiner Wegesin: Ich habe diese Aufgabe am 15. Januar 2000 übernommen, hatte sechs Jahre Erfahrung im Verfassungsschutz, zum Schluss als Referatsleiter im Bundesamt für Verfassungsschutz, hatte aber doch über acht Jahre ein anderes Aufgabengebiet als Sicherheits- und Geheimschutzbeauftragter im Bundeskanzleramt mit Koordinierung des Personenschutzes und insbesondere eben dem Neubau des

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

Bundeskanzleramtes und der Sicherheitsorganisation im Rahmen des Regierungsumzuges.

Als diese Aufgabe an mich herangetragen wurde, habe ich mich darüber sehr gefreut, etwas überlegt, und gerade als frischer Bonn-Berlin-Umzügler habe ich dann hier angefangen. Die Behörde war irgendwo in einem Transitorium, hatte ich den Eindruck, in einem Übergang. Mein Vorgänger, Herr Lieber, war kurz nach den damaligen Landtagswahlen 1999 in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden. Die Abteilung - Schrägstrich: Behörde - wurde kommissarisch von dem mir später sehr ans Herz gewachsenen und meinem Vertreter Jörg Milbradt geführt.

Um auf das Beweisthema relativ schnell zuzusteuern: Mir wurde dann die Zugangs- und Quellenlage präsentiert. Die war bescheiden. Das Beschaffungsreferat wurde durch einen sicherlich tüchtigen Beamtenkollegen, aber einen völlig fachfremden Verwaltungsbeamten geleitet, der vorher noch nie eine sicherheitsbehördliche Verwendung, geschweige denn eine nachrichtendienstliche Expertise hatte. Herr Szczepanski war also die - ein wenig nach autosuggestivem Befinden derjenigen, die ihn führten - Star-Quelle schlechthin. Das war so die Ausgangslage.

Dann ging es relativ schnell in Fragen, wie man mit solchen Personen umgeht, wie man sie führt, wie man sie einsetzen kann, was die operativen Sicherheitsrisiken sind, ob Rechtsvorschriften beachtet werden. Damit hatte ich relativ schnell zu tun, bis Herr Szczepanski dann im Zeugenschutzprogramm verschwand.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Haben Sie sich mit Herrn Lieber mal ausgetauscht über die Behörde und auch über diesen V-Mann?

Zeuge Heiner Wegesin: Mit Herrn?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mit Herrn Lieber, mit Ihrem Vorgänger.

Zeuge Heiner Wegesin: Nein. Ich habe Herrn Lieber wirklich erst später kennengelernt. Ich hätte gerne das Gespräch gesucht, aber Herr Lieber - aus mir menschlich nachvollziehbaren Gründen - hatte sich erst mal zurückgezogen und konzentrierte sich dann auch, glaube ich, relativ schnell auf seine neue berufliche Verwendung als Rechtsanwalt in Berlin. Das Gespräch kam nicht zustande.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Kennen Sie Herrn Liebers Einstellung zu der Quelle „Piatto“ damals?

Zeuge Heiner Wegesin: Mir ist bewusst - und das ist mir deutlich gesagt worden, sogar durch Herrn Minister Schönbohm und auch Staatssekretär Lieber [sic!], aber auch schon nach der ersten Sitzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums -, dass natürlich die Frage, Herrn Szczepanski bei seinem ja nun wahrlich beeindruckenden strafrechtlichen Vorlauf aus der Strafvollzugsanstalt heraus als Selbstanbieter, der er ja wohl war, zu rekrutieren - - was das für eine schwierige Entscheidung gewesen war und dass man das dann unter Abwägung aller Risiken doch für vielversprechend und für verantwortbar hielt. Ich habe dann auch später mal - ich nehme an, es wird 2002

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

gewesen sein, aber nageln Sie mich nicht auf das Jahr fest - ein Gespräch mit Herrn Innenminister a. D. Ziel gehabt, und das hat mich durchaus sehr beeindruckt, wie schwer man sich getan hat damals. Und das ist ja schon eine Ausnahme, dass ein Innenminister diese Verantwortung ad personam auf sich nimmt und nicht etwas von sich weghält und dann zum Parlament geht und sagt: Wir brauchen diesen Mann. - Das hat mich beeindruckt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Können Sie mir noch mal konkreter sagen, wie Herr Lieber zu dieser Quelle stand, sowohl diesem moralischen Hintergrund und der Frage „ob“, aber auch zu der qualitativen Beurteilung der Quelle?

Zeuge Heiner Wegesin: Also, wie gesagt, das kann ich nicht sagen. Mit Herrn Lieber habe ich über Herrn Szczepanski nie geredet. Mir war nur klar - das war quasi das, was ich vorfand -, dass der Verfassungsschutz, nachdem Herr Szczepanski schon aus der Haftanstalt heraus operativ tätig wurde und dann eben seit relativ kurzer Zeit - ich weiß gar nicht genau, wann; aber als ich antrat, war er in Freiheit und ließ sich in Königs Wusterhausen nieder - - von den operativen Resultaten und von der Erkenntnislage, die Herr Szczepanski beisteuerte, sehr angetan war. Und ich muss auch objektiv sagen: Natürlich - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wer war davon angetan?

Zeuge Heiner Wegesin: Jeder im Verfassungsschutz, die Auswertung war hoch zufrieden, weil das Erkenntnisauftreten beträchtlich war und auch überregional im Austauschverbund der Verfassungsschutzbehörden, auch in Richtung des Bundes, Anerkennung hervorrief, weil eben auch überregionale Strukturen durch Herrn Szczepanski mit erfasst wurden und transparent wurden. Und ohne mit Herrn Lieber je darüber gesprochen zu haben, gehe ich davon aus, dass eben jeder - und auch Herr Lieber - den Erkenntnismehrwert, den der Einsatz dieses V-Manns mit sich brachte, gar nicht hoch genug einschätzen konnte. - Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, Sie haben nie gehört, dass Herr Lieber die Quelle „Piatto“ für nicht ergiebig hielt.

Zeuge Heiner Wegesin: Nein. Davon habe ich keine Kenntnis. Das hat er mir nie gesagt, -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay, das hat er uns vorhin - -

Zeuge Heiner Wegesin: - und ich weiß es auch nicht vom Hörensagen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Er hat das hier vorhin so gesagt, dass er zur Einschätzung kam, dass diese Quelle nicht sehr ergiebig sei.

Zeuge Heiner Wegesin: Mhm.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mhm. - Wie würden Sie denn Ihre Zusammenarbeit mit dem Referatsleiter Auswertung und nachher Stellvertreter, Herrn Milbradt, beschreiben?

Zeuge Heiner Wegesin: Als sehr eng, sehr vertrauensvoll. Ich habe großen Respekt vor Herrn Milbradt gehabt, weil er eben aus einem ganz anderen Hintergrund kam. Er war ein Kind der DDR, ich war ein Kind des Westens. Wir haben uns eigentlich, glaube ich, relativ schnell und gut verstanden. Und ich war auch stolz darauf, einen solch loyalen und tüchtigen Stellvertreter zu haben und als einziger Leiter einer Verfassungsschutzbehörde in einem gerade neuen Bundesland eben ein Kind aus diesen Bundesländern und nicht so eine Art Struktur zu haben. Er hat mir auch sehr viel erklärt und beigebracht. Ich bin ja nun wirklich, auch wenn ich beruflich vorher in Verfassungsschutzkontexten mit der DDR zu tun hatte und mich dafür sehr interessierte, aber nie jemand gewesen, der den Spezifika in einer Behörde in einem neuen Bundesland, die er nun zu leiten hatte, sagen wir, qua Biografie sehr nah war. Herr Milbradt hat mir da sehr geholfen. Und was ich immer geschätzt habe, war sein messerscharfer Verstand, seine intellektuelle Statur - ich würde ihn fast als Universalgelehrten bezeichnen -, aber auch eben seine Loyalität. Wiewohl er ein sehr scheuer Mensch war, aber ich habe die Zusammenarbeit sehr geschätzt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das hört sich so an, als halten Sie ihn für hochgeeignet, in diesem Bereich - Verfassungsschutz - zu arbeiten - zu der damaligen Zeit.

Zeuge Heiner Wegesin: Absolut. Also, ich lege ja sonst Wert drauf, weil ich das von der Pike auf gelernt habe und gerade heute in höchsten Positionen meines Berufes Personen sehe, na ja, die diesem Beruf nicht so ganz nahestehen, vielleicht politische Risikominimierer sind. Und man hat so seinen Berufsstolz. Herr Milbradt hatte sich diesem Gewerbe spät verschrieben, aber er musste ja keine Quellen führen. Ich glaube, das wäre nicht so sein Ding gewesen, der robuste Außeneinsatz. Aber für eine Auswertung und für die analytische Seite des Geschäfts fand ich ihn hervorragend.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, Sie halten ihn auch für jemanden, der sowohl auf der moralischen als auch auf der juristischen Seite sehr präzise gearbeitet hat und durchaus hier - ich will es wiederholen - scharfen Verstand bewiesen hat und absolute Einsicht in alle Notwendigkeiten, die dieses Amt mit sich bringt.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja. Ich habe, wie gesagt, eigentlich sehr schnell Vertrauen gefasst. Herr Milbradt war sicherlich eine Person von seiner Persönlichkeitsstatur, von seinem Persönlichkeitsprofil her, die auch in der Behörde selbst und auch in dem Ministerium manchmal als zwar hoch brillant, aber vielleicht - in Anführungszeichen - ein wenig kauzig galt. Zwischen uns hat das nie gestanden. Ich habe ihn auch in der Führung von Mitarbeitern - also auch, was man Neudeutsch Soft Skills nennt - als ausgesprochen sympathisch erlebt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber - -

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

Zeuge Heiner Wegesin: Er hat junge Mitarbeiter gefördert, sie aber auch gefordert. Ich würde jederzeit gern wieder mit ihm zusammenarbeiten.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das bedeutet aber, dass Herr Milbradt zu denjenigen gehört, denen das Prinzip des Trennungsgebots absolut klar war und auch die Notwendigkeit und die Bedeutung und die Brisanz dieses Themas klar war.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja, das hatte er verinnerlicht. Da gehe ich schon von aus. Und wissen Sie: Eine gewisse, sage ich einmal, Automatik hinsichtlich des Trennungsgebotes - gerade, was die Spezifika in Brandenburg angeht - ergab sich schon dadurch, weil wir schon den Eindruck hatten, eine funktional und, was eben die neue Rechts- und Behördenordnung in Brandenburg anging, junge, neue Behörde zu sein, die natürlich nicht auf den Schultern eines funktional belasteten Vorgängers namens MfS stand, aber die Assoziation dazu - nach dem Motto: Stasi West - war eigentlich sehr schnell da. Wir hatten auch große Akzeptanz- und Verständnisprobleme in manchen Sicherheitsbehörden und gerade in die Polizei hinein. Und wir hatten häufig keine guten Erfahrungen, was die Wahrung unserer Interessen anging, operative Sicherheit, wie Informationen, die wir in die Strafverfolgungsbehörden hineingegeben haben, behandelt wurden. Das war nicht so leicht. Das sorgt schon dafür, dass man selber ein wenig aufpasst, dass dieses Trennungsgebot beachtet wird. Mir als Bundesbeamter, der zu dem Zeitpunkt, als ich hier anfang, schon 20 Jahre in behördlichen Funktionen und eben immer auf der nachrichtendienstlichen Seite - - Ich habe meine Eintrittschance ins Bundeskriminalamt nicht genutzt, weil ich diesen Beruf schöner fand. Das war mir schon sehr klar, was das bedeutet und nicht bedeutet.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Herr Wegesin, ist Ihnen ein Fax des Herrn Milbradt an das LKA Brandenburg vom 28.02.2000 erinnerlich, in dem er sinngemäß die Einstellung aller operativen Maßnahmen im Raum Königs Wusterhausen einfordert?

Zeuge Heiner Wegesin: Nein, das ist mir nicht geläufig. Ich habe es auch nicht bei der Akte gesehen. Ich habe brav jetzt noch mal, wie der Ausschuss das erwartet - war es am 26. April? -, mich über die Akten gebeugt. Das müssten Sie mir vorhalten, und dann schaue ich es mir gerne mal an. Und dann werden Sie mich entweder erschrecken sehen, weil es so bearbeitet - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Genau das tun wir jetzt.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt.)

Ich würde jetzt parallel den Text daraus verlesen. Ich habe diesen Vorhalt schon in einer anderen Sitzung gemacht.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja, okay, gut.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich zitiere:

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

„Die brandenburgische Verfassungsschutzbehörde bearbeitet die rechtsextremistische Szene in und um Königs Wusterhausen intensiv, auch unter Einsatz operativer Mittel. Einbezogen in diese Bearbeitung sind alle einschlägigen Szene-Angehörigen, darunter auch der von Ihnen genannte Carsten Szczepanski. Ihre Besorgnis, dass eventuelle operative Maßnahmen vonseiten der Polizei mit hiesigen Maßnahmen kollidieren könnten, ist berechtigt. Ich bitte Sie deshalb, vom Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel, soweit die Polizei grundsätzlich hierzu befugt ist,“ -

Zeuge Heiner Wegesin: Okay.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD):

- „gegen Personen aus der rechtsextremistischen Szene Königs Wusterhausen abzusehen. Sollten Sie im Einzelfall solche Mittel gleichwohl als unerlässlich ansehen, bitte ich um konkrete Abstimmung.“¹

Zeuge Heiner Wegesin: Ja, was haben Sie dagegen? Die Polizei ist nicht befugt, nachrichtendienstliche Mittel einzusetzen. Die Polizei kann natürlich im Bereich der Gefahrenabwehr auch - heute im Rahmen der Terrorismusbekämpfung sehr aufgebohrte, damals im Rahmen der Strafprozessordnung und der brandenburgischen Polizeigesetze, sagen wir, -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, entschuldigen Sie, ich unterbreche jetzt - -

Zeuge Heiner Wegesin: - eher rudimentäre - operative Mittel im Rahmen der informationellen Informationsbeschaffung einsetzen; aber die Tatsache, dass der Verfassungsschutz dort mitteilt, dort tätig zu sein, wozu er gar nicht verpflichtet ist, und um Abstimmung bittet, -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Nein, nein, nein.

Zeuge Heiner Wegesin: - das halte ich für normal.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Dann haben Sie den Satz vielleicht in der Schnelle nicht richtig gelesen.

Zeuge Heiner Wegesin: Sie werden mich nicht erwischen, dass wir dieses Schreiben skandalisieren werden.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Nein, warten Sie bitte mal.

Zeuge Heiner Wegesin: Gerne.

¹ Anmerkung Stenografischer Dienst: Das Zitat konnte nicht verifiziert werden.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Hier wird überhaupt nicht davon ausgegangen, dass die Polizei hier nicht befugte Mittel einsetzt, sondern es wird hier gesagt, dass die Polizei bitte von Mitteln, soweit sie grundsätzlich auch dazu befugt ist, absehen soll.

Zeuge Heiner Wegesin: Der Verfassungsschutz - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sprich: Der Verfassungsschutz sagt der Polizei, sie sollen von ihren Mitteln, zu denen sie durchaus befugt wären, bitte in dieser Szene absehen.

Zeuge Heiner Wegesin: Das ist jetzt wieder typisch brandenburgisch! Entschuldigen Sie, dass ich jetzt mal ein bisschen temperamentvoll werde.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ja, bitte.

Zeuge Heiner Wegesin: Der Verfassungsschutz darf sehr wohl seine Auffassung auch im Hinblick auf die Ausbringung polizeilicher Mittel zum Ausdruck bringen. Ob die Polizei sich daran hält - - Der Verfassungsschutz kann sich die Welt viereckig wünschen, den Mond, und das wird es nicht sein. Dass eine Behörde - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Nein, der Verfassungsschutz bewertet hier nicht, sondern bittet, von ihren Mitteln abzusehen, und bittet die Polizei, nicht einzugreifen.

Zeuge Heiner Wegesin: Das sehe ich völlig anders. Tut mir leid. Ich kann Ihnen sagen: Wenn ich das formuliert hätte, wäre es vielleicht etwas filigraner gewesen, sodass es sogar -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie hätten Sie es denn formuliert?

Zeuge Heiner Wegesin: - auf eines Engels Nadelspitze schön geklungen hätte, aber ich sehe hier nichts drin. Also, das ist wirklich typisch - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wie hätten Sie es denn formuliert?

Zeuge Heiner Wegesin: Präventive operative Mittel, soweit sie in der polizeilichen Zuständigkeit liegen, nach Möglichkeit mit dem Verfassungsschutz abzustimmen, soweit sie dazu bereit wären. - Wenn sie alleine losmarschieren werden, sollen sie es bitte machen. Aber ich bitte Sie! Ich muss Ihnen wirklich sagen: Ich habe in diesem Beruf sehr lange gearbeitet. Ich habe mich als Leiter der Terrorismusabteilung des BND mit dem BKA gefetzt, dass die Fetzen geflogen sind, im Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum, bis wir eine Zusammenarbeit hatten, die dann irgendwann auf eine wirklich - wie soll ich sagen? - intuitive Kooperation geht. Wir reden hier -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Worum denn gefetzt?

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

Zeuge Heiner Wegesin: - über eine Spannungslage in der polizeilich-nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit, die es immer gibt. Da formuliert mal einer vielleicht etwas ungeschickter oder etwas anders. Der Punkt ist doch der - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber dann werden Sie erlauben, dass wir solche ungeschickten Formulierungen hier auch mal hinterfragen dürfen, entschuldigen Sie bitte.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja, die können Sie gerne hinterfragen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Können wir bitte mal - -

Zeuge Heiner Wegesin: Ich halte es nur - aus meiner beruflichen Erfahrung heraus - für relativ neben der Sache, daraus möglicherweise vielleicht - - Entschuldigen Sie, Sie merken, dass ich da temperamentvoll werde, weil ich da so sehr viel mitgekriegt habe und man häufig den Nachrichtendiensten sagt: „Sie beeinflussen polizeiliche Ermittlungen!“ etc. pp.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das ist der eine Fakt dieses Fax. Auf der anderen Seiten steht hier aber ein Klarnamen - -

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Darf ich mal zwischendurch, Entschuldigung, -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Moment, bitte.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): - jetzt rede ich! - einen Appell an beide richten, die Emotionen ein bisschen runterzufahren.

Zeuge Heiner Wegesin: Gut. Gerne.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Können wir gerne machen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Sachlichkeit bringt uns weiter, dem anderen nicht ins Wort zu fallen.

Zeuge Heiner Wegesin: Okay.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann wäre ich als Vorsitzender sehr zufrieden. Vielen Dank.

Zeuge Heiner Wegesin: Wir werden uns bemühen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. Dann würde ich neben dem, dass hier darum gebeten wird, von polizeilichen Maßnahmen abzusehen, auch noch mal darauf hinweisen, dass hier ein V-Mann des Verfassungsschutzes mit Klarnamen per Fax an die Polizei geschickt, gesendet wird. Verhalten Sie sich bitte dazu mal. Also, wir beide wissen, wie viele Menschen an so ein Faxgerät in einer Polizeibehörde rankommen können und dann diesen Namen lesen können.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

Zeuge Heiner Wegesin: Es ist nicht unüblich, dass der Verfassungsschutz Personen auch namentlich erwähnt, die er als Quelle führt, wenn er davon ausgehen kann, dass die Quelleneigenschaft nicht klar ist. Es fängt an bei jeder Quellenmeldung. Da steht der V-Mann, der diesen Bericht liefert, als Erstes drauf, damit nicht klar ist, wer in dem Personenkreis das ist. Im Einzelnen muss man sicherlich sehr vorsichtig damit sein, wenn man gerade im Hinblick auf solche Strukturen und Aktivitäten eine Einzelperson erwähnt. Insofern vermag ich dort Ihre Besorgnis oder Ihr Monitum, Frau Gossmann-Reetz, sehr wohl zu verstehen. Das kann man nachvollziehen. Allein ich knüpfe an meine Eloge an Herrn Milbradt an, der, was operative Sicherheit und Vorsicht angeht, eigentlich kaum zu übertreffen war.

Sagen wir es so: Ich habe heute keine Anhaltspunkte. Es mag so gewesen sein, dass darin, in der reinen Erwähnung, eine Gefährdung der operativen Sicherheit und der Integrität und der Abdeckung der Quelle gelegen hätte. Die Tatsache, dass der Verfassungsschutz Personen auch öffentlich erwähnt - - Es sind auch Personen des Verfassungsschutzes, V-Leute des Verfassungsschutzes im jährlichen Verfassungsschutzbericht erwähnt worden. Die Frage ist, ob Sie es offenlegen, dass er Quelle ist oder nicht.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Frage bitte.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Na ja, es gab ein Fax vorher von der Polizei an den Verfassungsschutz, aus dem eindeutig hervorgeht, dass das LKA gegen Herrn Szczepanski ermittelt, -

Zeuge Heiner Wegesin: Mhm.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - und daraufhin antwortet der Verfassungsschutz: „Bitte sehen Sie von Ihren polizeilichen Maßnahmen ab“, -

Zeuge Heiner Wegesin: Mhm.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - nennt auch noch mal den Namen seines V-Mannes. Und daraufhin - vielleicht haben Sie es gesehen, es ist handschriftlich ein Vermerk auf diesem Fax, können wir Ihnen vielleicht auch noch mal vorlegen - antwortet wirklich das 4. Kommissariat Potsdam, dass sie damit einverstanden sind und auf ihren Einsatz verzichten, dass der daraufhin entfällt, obwohl strafrechtlich gegen Herrn Szczepanski ermittelt wird.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt.)

Zeuge Heiner Wegesin: Wir sind ja jetzt hier nicht gleich im Bereich der Strafvereitelung, wenn ein Mitarbeiter einen solchen handschriftlichen Vermerk - - betrifft. Auf welche Maßnahmen die Polizei im Einzelnen verzichtet oder sie verschiebt oder sie anders gestaltet, das müssen Sie die Polizei fragen. Das liegt auch in der Verantwortung der Polizei, selbst wenn der Verfassungsschutz aus einer Eigeninteressenlage heraus etwas fordert, was unter polizeilichen Kontexten als

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

Zumutung empfunden wird. Dann mag man dem Verfassungsschutz zeihen, dass er seine Einflussmöglichkeiten überzieht oder versucht, einen Einfluss zu nehmen, der ihm, nachdem die Polizei dem Legalitätsprinzip natürlich strikt verpflichtet ist, nicht zusteht, aber es liegt an der Polizei, dann auf ein solches, vielleicht auch etwas unsittliches Ansinnen einzugehen oder nicht einzugehen. Das sehe ich sehr leidenschaftslos.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich möchte noch anmerken, dass nach diesem Fax, glaube ich, jedem in der Polizei klar war, welchen Job Herr Szczepanski im Verfassungsschutz hatte. - Ich gebe erst mal - -

Zeuge Heiner Wegesin: Das ist Ihr Schluss; den kann ich nicht nachvollziehen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich gebe erst mal mein Fragerecht ab.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Wir wechseln, was das Fragerecht angeht, zur CDU-Fraktion. - Herr Dr. Redmann, bitte.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Danke schön, Herr Vorsitzender. - Herr Wegesin, erinnern Sie sich noch, wann und wie Sie zum ersten Mal von der Quelle „Piatto“ gehört haben?

Zeuge Heiner Wegesin: Ich muss sagen: sehr schnell - ich glaube, am ersten, zweiten Tag meines Daseins -, da ich natürlich nicht erst mal dicke Auswertungsakten wälze, sondern mir gleich erst mal anschau, wie Zugangslagen sind: Wie sind die operativ-taktischen Führungslagen des Tages? Was steht an? - In diesem Zusammenhang - das ist mir noch geläufig, obwohl ich dazu in der Aktenlage, die mir zur Verfügung stand im Ministerium, nichts gefunden habe - ging es sehr schnell - es mag der erste oder zweite Tag meines Daseins gewesen sein - um eine Bedrohungs-, Gefährdungslage, wie immer man das sehen mag, weil seinerzeit Herr Ludwig eine Postkarte bekommen hatte, diese berühmte Weihnachtspostkarte aus Schweden, von einigen Herrschaften - Herr Szczepanski war ja auch in Schweden -, auf der Herrn Ludwig ein „fröhliches Kampfsjahr“, wenn ich das richtig wiedergebe, gewünscht wurde. Im Zusammenhang mit diesem Sachverhalt, wo ich eine Auftragslage von Herrn Staatssekretär Lancelle bekam, ein Gespräch mit Herrn Ludwig zu führen, wurde mir dann gleich gesagt, wer Herr Szczepanski ist. Das war meine erste Begegnung mit der Quelle, das heißt, die Auseinandersetzung mit der Berichtslage, die Herr Szczepanski gegeben hatte im Hinblick auf diesen Postkartensachverhalt.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Bevor ich an der Stelle noch eine Nachfrage habe, möchte ich rein chronologisch noch mal fragen: Sie haben bei der ersten Vernehmung angegeben, dass Sie ab Ende der 80er-Jahre für einige Zeit im Bundesamt für Verfassungsschutz gearbeitet haben.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Wir vermuten mal, so bis 1994 etwa, wenn es richtig ist. Oder bis wann haben Sie da gearbeitet?

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

Zeuge Heiner Wegesin: Ich habe von 1988 bis 1993 beim Bundesamt für Verfassungsschutz gearbeitet, habe dann nicht ganz zwei Jahre für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion als Referent für Innenpolitik und Referent - also Zuarbeit - in der Parlamentarischen Kontrollkommission des Bundestags gearbeitet und bin dann ins Bundeskanzleramt gewechselt. Also 88, rund fünf Jahre im Bundesamt für Verfassungsschutz, ja.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ist Ihnen in dieser Zeit zwar nicht der Name „Piatto“, aber der Name Carsten Szczepanski schon mal begegnet?

Zeuge Heiner Wegesin: Nein, allein schon aus dem Grunde nicht, weil meine fachlichen Zuständigkeiten im Bereich des Bundesamtes für Verfassungsschutz zunächst im Bereich der Spionageabwehr lagen und dann später im Bereich der Terrorismusbekämpfung der RAF. Und meine letzten zwei Jahre habe ich als Leiter der Außenstelle Berlin des Bundesamtes für Verfassungsschutz mit Querschnittsaufgaben - - weil wir eben die nachrichtendienstlichen Aufgaben, die früher die alliierten Nachrichtendienste in Westberlin gehabt hatten und dann ausgehend auf die ganze DDR, das frühere Beitrittsgebiet, was wir betreut - - übernommen hatten. Das war mein berufliches Profil. Mit Rechtsextremismus hatte ich nur in der Eigenschaft zu tun, als dass ich als Leiter der Außenstelle Berlin mit den aufwachsenden Aktivitäten des BfV im - Sie entschuldigen den Begriff, ich mag ihn auch nicht - Beitrittsgebiet zu tun hatte, aber eben nicht in operativer Tiefe und nicht in der Tiefe, dass ich Quellenberichte, dezidierte Quellenberichte der Verfassungsschutzbehörden der neuen Länder - - Da habe ich Zusammenfassungen gesehen, vielleicht auch mal Einzelmeldungen, um die sich das BfV häufig auch auf Bitten einzelner Bundesländer kümmerte. Aber ein Kontext Szczepanski, überhaupt der Kontext Brandenburg, war dort sehr gering. Der Schwerpunkt regional, wenn ich mit Rechtsextremismus zu tun hatte damals, lag in Sachsen, teilweise in Thüringen. Das war mir also alles sehr neu.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Dann würde ich gern zu dem zurückkommen, was Sie gerade schon andeuteten. Sie hatten, wie Sie sagten, den Auftrag, sich mit dem Abgeordneten Ludwig in Verbindung zu setzen.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Worin bestand dieser Auftrag, und wie wurde der ausgeführt?

Zeuge Heiner Wegesin: Also, mir sagte Herr Staatssekretär Lancelle, dass es ein Gespräch zwischen Herrn Ludwig und ihm - ich weiß nicht, ob auch mit dem Minister, das kann ich nicht sagen -, aber eben auf Leitungsebene gegeben hatte - ich weiß auch nicht, wer wen kontaktiert hatte -, dass Herr Ludwig sich Sorgen machte - ich möchte nicht von einer Verunsicherung oder Ängstigung reden; dazu kann ich nichts sagen, wie die Perzeptionslage bei Herrn Ludwig war - und dass Herr Lancelle in diesem Zusammenhang angeboten hatte, dass der Verfassungsschutz durch seinen

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

Leiter auf Herrn Ludwig zugeht und mit ihm ein Gespräch führt. Das habe ich dann getan.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Sie sind also auf Herrn Ludwig zugegangen.

Zeuge Heiner Wegesin: Auftragsgemäß. Ich hatte den Auftrag, Herrn Ludwig unverzüglich zu kontaktieren - des Vormittags - und dem Staatssekretär nachmittags über den Vollzug zu berichten, was ich dann tat.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Wie lief dieses Gespräch ab?

Zeuge Heiner Wegesin: Ich bin - ich weiß gar nicht mehr, wer mich begleitet hat, es mag Herr Milbradt gewesen sein; ich weiß auch nicht, ob jemand aus dem Staatssekretärsbüro oder jemand anderes mit gewesen ist; auf jeden Fall war ich nicht alleine - in den Landtag gefahren und habe mit Herrn Ludwig das Gespräch geführt.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Welchen Inhalt hatte dieses Gespräch?

Zeuge Heiner Wegesin: Dieses Gespräch, soweit ich mich daran erinnere, hatte den Inhalt, dass dem Verfassungsschutz der Umstand der Versendung und auch der Inhalt - der war ja nun sehr, sehr kurz - dieser Postkarte geläufig sei und dass wir nach unserer Erkenntnislage ausschließen würden, dass eine reale Gefährdungs- oder Bedrohungslage in Hinblick auf die Person von Herrn Ludwig vorliege, sondern dass wir eher von einer sicherlich nicht sehr humorvollen, sagen wir, Silvesterburlesque ausgingen, wohl wissend, dass natürlich jegliche Äußerung einer Szene gegen die andere von den betroffenen Personen, insbesondere wenn auf örtlicher Ebene solche Szenen aufeinandertreffen, Bedrohungscharakter haben kann. Das werde ich etwa gesagt haben, aber nach bestem Wissen und Gewissen. Ich bitte schon, auch im Lichte der Belehrung: Das ist 18 Jahre her. Da muss ich mich sehr anstrengen, das zusammenzukriegen und Ihnen nichts Falsches zu erzählen; das möchte ich nicht.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Erinnern Sie sich noch, wie Herr Ludwig in diesem Gespräch auf Sie wirkte? Wir hatten Herrn Ludwig auch hier im Ausschuss, und er konnte sich an so ein Gespräch nicht erinnern, möglicherweise, weil es zu beiläufig war.

Zeuge Heiner Wegesin: Ich hatte schon den Eindruck, dass Herr Ludwig das ernst nahm und dass das möglicherweise - das ist jetzt eine Bewertung von mir, es ist ein Eindruck - einen Vorlauf hat. Es war klar, dass Herr Ludwig natürlich örtlich in Königs Wusterhausen politisch, aber auch vielleicht in anderen Aktivitäten - im Einzelnen wusste ich das gar nicht, inwieweit der sich möglicherweise dort in der nicht militanten Antifa engagierte, von seiner parteipolitischen Zugehörigkeit her lag das natürlich nahe - das schon ernst nahm, nicht, wie gesagt, als eine situativ empfundene Bedrohung - es kann irgendetwas passieren. Ich glaube, ich hatte da ein bisschen eine Antenne. Ich war ja nun acht Jahre im Bundeskanzleramt für den Personenschutz zuständig gewesen, und nicht nur den des Bundeskanzlers, der gut geschützt ist, oder des Chefs des Bundeskanzleramtes, sondern beispielsweise auch von Beamten, die gefährdet waren, ich denke da nur an die Kollegen in der Wirtschaftsabteilung, die nach den

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

Aktivitäten der RAF natürlich sich Sorgen machten. Ich hatte dafür eine Antenne. Das glaube ich schon.

Ich glaube, er fühlte sich nicht punktuell bedroht, aber solche - ich möchte nicht sagen - übergrifflichen Dinge, aber solche Signale mag es schon vorher gegeben haben. Da gab es sicherlich irgendeine - ich kann es nicht genauer umreißen - Art Vorgeschichte. Es war nicht so, dass jemand gesagt hat: Ich habe hier eine Postkarte gekriegt, was soll das denn?

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Können Sie sich noch ungefähr erinnern, wann dieses Gespräch stattfand?

Zeuge Heiner Wegesin: Tja, ich müsste schauen. Ich habe am 15. Januar angefangen. Ich meine, es sei sogar gleich der erste Tag gewesen. Das wird, meine ich, ein Montag gewesen sein. Und das Gespräch wird am frühen Nachmittag gewesen sein. Ich weiß, dass ich - - Ich glaube, ich war bei Herrn Minister Stolpe und stellte mich vor. Der wollte den Verfassungsschützer - ich hatte schon mal ein Vorgespräch bei Herrn Ministerpräsidenten gehabt - selbst sehen. Das fand ich sehr - - Ich fühlte mich da geehrt. Und ich meine, es kann auf dem Rückweg von der Staatskanzlei oder so gewesen sein, dass der Büroleiter von Herrn Lancelle mich anrief und sagte: Haben Sie sich schon um die Sache Ludwig gekümmert? - Und ich habe gesagt: Jawohl, habe ich. Ich habe mit meinen Leuten gesprochen. Ich habe etwa eine Linie, was ich Herrn Ludwig sagen kann. Ich habe die Erkenntnislage, die wir haben. - Und er sagte: Ja, bitte sehen Sie zu, dass Sie das zügig machen, der Staatssekretär erwartet eine Rückmeldung bis - ich weiß nicht - 15 Uhr oder so. - Da habe ich gedacht: Donnerwetter, es geht hier ja sportlich zu in Brandenburg,

(Der Zeuge lacht.)

dass hier also Mikromanagement stattfindet, wann das Gespräch stattfindet. Wenn ich einen solchen Auftrag bekomme, dann führe ich den schon unverzüglich aus, und auf jeden Fall - das lässt sich zeitlich eingrenzen - - Ich habe dann innerhalb der Deadline, die mein Staatssekretär mir gegeben hatte, Vollzug dieses Gesprächs gemeldet. Ich meine, ich hätte ihm telefonisch darüber berichtet.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Bei dieser Postkarte, sagten Sie ja selbst, handelte es sich nach Ihrer Einschätzung um einen sehr derben Silvesterschertz - also ohne ihn an der Stelle irgendwie zu rechtfertigen, sondern vielmehr um die Bedrohungslage durch diese Formulierung einzuordnen. Wie konnten Sie denn Herrn Ludwig, dem Abgeordneten Ludwig da diese Sorge, dass es sich um nicht mehr handelt als so einen derben Scherz von Rechtsextremen, nehmen?

Zeuge Heiner Wegesin: Ich konnte ihm nur kurz sagen: Erstens, wir hatten die Schilderung von Szczepanski, der in der Tat sagte, das war - Sie entschuldigen den polizeiumgangssprachlichen Ausdruck, den man so gebraucht - Besoffenenkram, und die Einschätzung von Szczepanski, dass dieser Maßnahme keine wirkliche Bedrohungslage folgt, indem die beteiligten Personen, die dort in Schweden Silvester

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

feierten, in irgendeiner Art und Weise planten oder ernsthaft die Absicht hatten, Herrn Ludwig irgendwie ins Visier zu nehmen.

Ich konnte ihm natürlich nicht sagen: „Nach Auskunft unserer Quelle ...“, sondern ich habe ihm gesagt: Wir kennen die Postkarte. Die Personen, die diese verfasst haben, wir meinen, dass wir sie kennen. - Sehr konkreter wollte ich dann auch nicht werden. Und: Nach unserer Erkenntnislage und nach unserer Einschätzung liegt eine wahre Bedrohung nicht vor, sondern es handelt sich um einen ungehörigen und sicherlich nicht sehr geschmackvollen - - aber eben: „Jetzt erschrecken wir den mal“; so auf der Augenhöhe von „irgendetwas in den Briefkasten werfen“ oder „Klingelmännchen spielen“, sagen wir mal.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Halten Sie es für möglich, dass aufgrund der geschilderten Umstände Herr Ludwig - auch mit dem Wissen, das er ja hatte über die rechtsextreme Szene in Königs Wusterhausen - möglicherweise eine Idee, eine Ahnung, eine Vermutung aufstellen konnte, um welche Quelle es sich dabei handelt, also konkret um „Piatto“ oder Carsten Szczepanski?

Zeuge Heiner Wegesin: Also, aufgrund dieses rein situativen Vorfalls kann ich mir das eigentlich nicht vorstellen. Mir war natürlich schon relativ schnell klar, dass die Platzierung einer solchen Quelle mit einem so hohen Anreizprofil und letztendlich auch Bekanntheitsgrad in einer Kleinstadt, wo jeder jeden kennt und wo sich fast Fenster öffneten, wenn besagter kleinstadtbekannter Rechtsextremist seine Kampftöle spazieren führt, dazu führen, dass die Abdeckung einer solchen Person extrem schwierig ist. Operativ-handwerklich wäre es zu bevorzugen gewesen, Herrn Szczepanski - das ist generell so bei Quellen - in einer Siedlungsstruktur und in Lebensverhältnissen zu platzieren - Stichwort: Großstadt. Aber wo gibt es so was in Brandenburg? - Natürlich in Potsdam, aber Potsdam hatte nicht die Szene dafür, wo schlicht und einfach die - in Führungszeichen - Anonymität der Großstadt ganz einfach andere Möglichkeiten auch des Rückzuges und der Bewegungsfreiheit ermöglicht. Das war insbesondere bei der Exponiertheit und bei, sagen wir, der operativen Dynamik, die Herr Szczepanski selbst entfaltete, ein Problem. Da hatte ich nun als jemand, der auch operative Vorläufe hatte, relativ schnell Bauchschmerzen, wie das laufen könnte und dass es da möglicherweise - in welchen Kontexten auch immer - auch durch eigene Disziplinlosigkeit von Herrn Szczepanski Dekonspirationsprobleme geben könnte. Die Sorge hatte ich relativ schnell. Das sehen Sie auch in der Aktenlage.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Die Zeit ist abgelaufen. Eine letzte Frage noch?

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ich würde dann in der nächsten Runde weitermachen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Okay. - Dann wechseln wir zur Fraktion der Linken, Herr Dr. Schöneburg.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Danke schön, Herr Vorsitzender. Apropos platzieren in Königs Wusterhausen - oder: Sie hätten ihn gern woanders

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

platziert, den Szczepanski, aber es gibt keine Großstädte in Brandenburg -: Er ist ja nun bewusst auch platziert worden, zumindest ist dem Carsten Szczepanski am 17.04. - - Oder: Am 17.04.2000 hat er den Szeneladen Thule eröffnet in Königs Wusterhausen. Der ist ja zum Teil durch den Verfassungsschutz finanziert worden.

Zeuge Heiner Wegesin: Mhm.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Können Sie uns da erstens Auskunft darüber geben, wer diese Entscheidung getroffen hat, und zweitens, wie der finanziert worden ist, in welcher Höhe und welche Bestandteile?

Zeuge Heiner Wegesin: Das weiß ich im Einzelnen nicht mehr. Ich habe die Zuwendungen jetzt in der Akte gesehen, ich habe sie mir im Einzelnen nicht aufgeschrieben. Das waren dreistellige Beträge. Mal, ich glaube, eine Grundausstattung mit Zeitschriftenmaterial - da war es vierstellig. Tja, wenn man die Entscheidung trifft, eine Person so in die Szene zu bringen, dann halte ich das für okay, eine solche Anfinanzierung zu machen. Er war ja nun selber wirklich völlig mittellos und hatte durchaus, wie Sie noch wissen, Schulden gegenüber seinem Arbeitgeber, der Deutschen Post, ehemaliger Sträfling. Das ist in Ordnung, dass man das anschiebt.

Die Idee des Ladens, der auch Szeneladen sein sollte, das war eine Legendierungsidee. Da muss ich Ihnen ehrlich sagen: Die kann man so oder so sehen. Ich hätte mich damals noch nicht imstande gesehen, bei meiner Milieukennntnis, meiner Kenntnis märkischer rechtsextremistischer Strukturen, wie man das hätte anders machen können. Später hätte ich mir da vielleicht was vorstellen können, aber damals fand ich, weil man damals - das war ja eigentlich auch schon alles angedacht und vorgeplant - - Ich fand keine Anhaltspunkte, dass ich sagte - - oder wusste auch nichts Besseres, wo man sagt: Das machen wir jetzt mal ganz anders.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Also, es gab einen Vorlauf, und Sie haben es dann abgesegnet?

Zeuge Heiner Wegesin: Ja, ich habe dem zumindest nicht widersprochen. Es hat mir alles zur Genehmigung vorgelegen, also habe ich es abgesegnet, ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Gab es in dem Kontext auch Überlegungen hinsichtlich dieses Arbeitsvertrages, den Szczepanski schon in der Haft abgeschlossen hatte mit der Firma „Sonnentanz“ in Oberfrohna, in Limbach-Oberfrohna, wo ein ähnlicher Laden betrieben worden ist und er ja der Strafvollstreckungskammer gesagt hatte, dass er vorhat, sozusagen eine Dependence dieses Ladens in Königs Wusterhausen oder in der Nähe von Berlin zu errichten?

Zeuge Heiner Wegesin: Also, das habe ich jetzt zur Kenntnis genommen, muss ich sagen. Eine Erinnerung daran hatte ich nicht mehr, sondern als Lesefrucht der Aktenlage. Dass Szczepanski in Chemnitz war und ja wohl auch eine Art, -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Das ist in der Nähe von Chemnitz.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

Zeuge Heiner Wegesin: - sagen wir, Praktikum gemacht habe und angewiesen sei und man diese Ladenstruktur dupliziere, daran habe ich keine Erinnerung mehr, dass das damals bei mir irgendeinen Aufmerksamkeitswert erzeugt hat. Aus heutiger Sicht würde ich meinen: Ist eine zweischneidige Sache. Auf der einen Seite können Sie so relativ schnell sicherlich eine Art Legendierung herbeiführen, die eben für eine gewisse Aufmerksamkeit in der Szene sorgt und dass sich da nicht irgendjemand hinsetzt und macht ein Lädchen auf und hat da irgendwelche Pamphlete, und die Rechten, die ja nun sehr spezifische Interessen - Lektüre- oder Konsuminteressen - hatten, lachen sich kaputt, weil das halt nicht das Richtige ist.

Auf der anderen Seite ist das natürlich immer auch ein Ritt auf der strafrechtlichen Rasierklinge, weil die inkriminierten Inhalte und Schriften, die Sie dort darbieten, von strafrechtlicher Relevanz sein können. Dann sind Sie natürlich auch schnell in Problemlagen, dass eine Quelle des Verfassungsschutzes rechtswidriges Material vertreibt. Das ist problembehaftet.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Okay. Haben Sie da irgendwelche Vermeidungsstrategien entwickelt? Wie haben Sie es vielleicht kontrolliert, dass keine inkriminierten Schriften oder Gegenstände dort verkauft werden?

Zeuge Heiner Wegesin: Ich muss sagen: Das weiß ich im Einzelnen nicht. Wenn es richtig gelaufen ist, dann hat sich die Auswertung mal über die Inhalte gebeugt, die da vertrieben werden, was vertrieben werden kann und was nicht und was vielleicht schon als rechtsextremistisch zu bewerten ist, aber eben nicht indiziert, oder eindeutig strafrechtlich relevant ist. Wir wissen ja alle, dass es da auch eine Grauzone gab und dass es Material gab, was vielleicht strafrechtlich inkriminierungsfähig ist, es aber halt auch noch nicht war, aber trotzdem noch halbwegs interessant ist. Aber ich muss ehrlich sagen: Dass es sozusagen eine vom Verfassungsschutz gecheckte Liste im Einzelnen gab, das glaube ich nicht, dass es das gegeben hat.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber beratend sind Ihre Leute sicherlich tätig geworden.

Zeuge Heiner Wegesin: Ich gehe schon davon aus.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Rechtsberatend.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja. Rechtsberatend und eigentlich auch inhaltlich beratend, und ich hoffe auch, das einziehend, was also eindeutig - - Denn Sie haben eben den sportlichen Austausch erlebt, was polizeiliche Aktivitäten angeht. Wenn ein Nachrichtendienst gut arbeitet, versucht er, seine Quellen auch so zu führen, dass er nicht polizeiliche Aufmerksamkeit erzeugt. Das führt zu Problemen auf beiden Seiten.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Wenn man sich mit dem NSU-Komplex insgesamt oder in seiner ganzen Breite beschäftigt, sieht man manchmal auch weiße Mäuse rumlaufen. Insofern hatte ich sozusagen die Vermutung gehabt - und das würde ich Sie jetzt noch mal fragen, obwohl Sie es eigentlich schon verneint haben -,

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

ob da eventuell auch ein nachrichtendienstliches Konzept dahintersteckt, sozusagen so einen Hotspot, einen Szeneladen zu machen, weil sich da einiges trifft. Zum Beispiel hat der V-Mann und Rechtsextremist R. Ma. in Zwickau auch so einen Laden unterhalten, und der ist auch unterstützt worden durch den Nachrichtendienst, durch das Bundesamt sogar.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja, ich sage mal: Das ist eine Gemengelage, die ist insofern ambivalent, als dass Sie natürlich - schwierig genug, das im rechtlich zulässigen Rahmen zu machen - eine Quelle mit einer Infrastruktur ausstatten oder sie in eine vorhandene Infrastruktur - das mag es ja auch geben - hineinsetzen, die einfach für die Szene interessant ist. Was meinen Sie, was wir im Verfassungsschutz der 80er-Jahre für Linkskneipen aufgemacht haben in irgendwelchen Studentengegenden in der Hoffnung, dass die RAF da auftaucht. Aber ich will Ihnen nicht aus alten Dingen was erzählen.

Also, diesen Modus Operandi gibt es durchaus, ja natürlich. Aber auf der anderen Seite, wenn das natürlich ein solcher Szeneladen wird, dass die Leute aus halb Deutschland angefahren kommen und Ihr Mann sich dadurch auch extrem exponiert, dann ist das schwierig. Auf der anderen Seite: Was wollten Sie denn mit Herrn Szczepanski machen als rausgeschmissenem Postler? Was sollte er denn machen? Sollten Sie ihn auf den Großmarkt Gemüseboxen packen schicken? - Dann wird es ein bisschen schwer, sozusagen dieses besondere Anreizprofil, was er hatte und das man meinte, als man ihn rekrutierte, einsetzen zu können, zum Tragen zu bringen. Da haben Sie ein paar Bälle in der Luft. Das gebe ich zu, dass das sehr schwierig ist.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Also, bei der Verwendung von Herrn Szczepanski, da fällt mir gleich noch ein anderer Komplex ein. Er ist ja in der Zeit nach seiner Haftentlassung, als er sich in Königs Wusterhausen aufgehalten hat, auftragsgemäß herangesteuert worden an die NPD -

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - und ist Landesorganisationsleiter geworden.

Zeuge Heiner Wegesin: Das ist richtig.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Also ein hoher Funktionär der NPD. Haben Sie den Auftrag erteilt? Ist die Konzeption von Ihnen entwickelt worden?

Zeuge Heiner Wegesin: Nee. Die Konzeption ist nicht entwickelt worden, sondern: Wenn ich mich recht erinnere, kam der eines Tages an und sagte meinen Quellenführern - er hat ja nun schon durchaus einen Impact, einen Footprint, ein Profil hinterlassen in der Szene -: Die haben mich zum Landesorganisationsleiter machen wollen, und ich habe erst mal Ja gesagt. - Dann haben wir nicht Nein gesagt. So. Und das hat später beim NPD-Verbotsverfahren schon eine gewisse Rolle gespielt, als klar war, dass die Verfassungsschutzbehörden Landesorganisationsleiter - ist da ja schon

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

eher noch fast, ich will nicht sagen, ein kleines Licht, aber nichts Exponiertes - bis hin zu Landesvorsitzenden - - Quellen geführt hatten.

Bei Szczepanski kam eben hinzu, nachdem das Verfahren in diese Schieflage geriet, dass der Name Szczepanski eben bekannt war im Gegensatz zu vielen anderen Quellen. Das hat damals in den Erörterungen, die wir Verfassungsschützer mit den verfahrensführenden Anwälten der drei klagenden Verfassungsorgane hatten, eine Rolle gespielt. Ich erinnere mich noch sehr daran, weil ich im norddeutschen Verfassungsschutzverbund - das waren also die ostdeutschen Länder mit Ausnahme von Sachsen und Thüringen, Hamburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen - mit dem niedersächsischen Kollegen eine Koordinierungsfunktion hatte im Hinblick auf diese ganzen Quellengeschichten.

Unsere Position damals war: Landesorganisationsleiter ist noch kein Organ oder kein Organteil, was eine politisch gestaltende Aufgabe hat, sondern eben eher ein exekutierendes, exekutives Organ, was für die Organisation von Parteiveranstaltungen, Versendung von bestimmten Dingen und sonst was - also eher ein ausführendes Organ - zuständig ist. Das kann man so oder so sehen. Damals haben wir, als er das wurde - - ehrlich gesagt noch halbwegs im Stande der Unschuld gesehen, weil eigentlich noch niemand das NPD-Verbotsverfahren am Horizont heraufziehen sah.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Haben Sie das, also diese Maßnahme, konkret mit anderen Diensten koordiniert?

Zeuge Heiner Wegesin: Nein. Generell ist es so - das war damals so; heute mag es ein bisschen anders sein, weil wir ja nun gerade sehen und im NSU-Komplex besichtigen, dass diese Abwesenheit von Kooperation zu schlimmen Dingen führen kann -, dass man nicht nur wechselseitig sich behindert, sondern im Gesamtverbund der Verfassungsschutzbehörden unkoordinierte, zum Teil widersprüchliche Maßnahmen macht. Damals war es so, dass keine Verfassungsschutzbehörde die Klaridentität ihrer Quelle - schon gar nicht -, aber auch die Führung der Quelle strategisch, also in der grundsätzlichen Richtung, von einer anderen Behörde hätte beeinflussen lassen. Das mag mal im Einzelnen so gewesen sein, dass man sagt: Dann und dann soll ein Skinhead-Konzert im Bundesland XY stattfinden. Habt ihr jemanden in dieser Struktur oder könnt ihr jemanden da reintführen, der ...? - Und dann sagt die andere Behörde: Wir gucken mal. Ja, wir haben hier jemanden. Wir bringen den halbwegs da rein, und ihr kriegt die Informationen. - Aber grundsätzlich bestand auch im Binnenverbund striktester Quellenschutz.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Wir hatten ja vorige Woche Herrn Ludwig gehabt als Zeugen, Herrn Minister Ludwig, und der hat uns berichtet, dass mit dem Auftauchen von Szczepanski und seiner Funktion in der NPD die rechtsradikale Szene organisiert worden ist in Königs Wusterhausen und gestärkt worden ist und dass in dem Moment, wo er dann abgeschaltet wurde und ins Zeugenschutzprogramm übergegangen ist, die sozusagen wieder zusammengefallen ist. Insofern: Haben Sie das billigend in Kauf genommen, dass die Szene sozusagen dort organisatorisch vor Ort gestärkt wurde?

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

Zeuge Heiner Wegesin: Das ist natürlich eine sehr starke Bewertungsfrage. Wir haben die Problematik schon gesehen, dass Herr Szczepanski, der selbst initiativ sehr tätig wurde - aus welcher Motivationslage auch immer heraus; das ist eine andere Ebene -, schon Aufmerksamkeit auf sich zog und sicherlich auch schon ein Kristallisationspunkt für Aktivitäten war.

Dass mit dem Auftauchen von Herrn Szczepanski sozusagen ein Höhepunkt im Szenegeschehen in Königs Wusterhausen eingetreten sei und mit seiner Dekonspiration und seinem Verschwinden dieses wieder kollabiert sei, das würde ich mir nicht ganz zu eigen machen. Nach meiner Erinnerungslage war das eine virulente Szene und blieb auch noch lange nach Herrn Szczepanski eine virulente Szene, sogar mit einer leichten zunehmenden Tendenz zur Militarisierung insbesondere in der Auseinandersetzung zwischen den jungen Teilen der Antifa, die auch mal militant wurden, überwiegend, weil sie sich gegen die Rechten - in Anführungszeichen - wehrten.

Also, das kann ich so nicht ganz unterschreiben. Das mag sein. Das hat natürlich eine Dynamik, steigende Wirkung. Aber hinterher war in Königs Wusterhausen auch noch ganz schön was los, sagen wir es mal so.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Dass nicht Friedhofsruhe eingekehrt ist, ist schon klar. Aber er hat gesagt, dass die NPD an Bedeutung dann sofort verloren hatte, als Szczepanski nicht mehr vor Ort war. Und er hat auch geschildert - und das ist, glaube ich, nachvollziehbar -, dass erste Aktionen gegen die rechtsradikale Szene in Königs Wusterhausen Ende der 90er-Jahre mit TOMEK und anderen Aktivitäten schon Wirkung erzielt hätten und es in ein Tal ging und dann sozusagen ein Aufschwung zu verzeichnen war, wo Szczepanski die zentrale Figur wurde in Königs Wusterhausen.

Zeuge Heiner Wegesin: Na ja, also ich muss mal eins sagen zu TOMEK und auch zu den Aktivitäten der polizeilichen Kollegen dort: Ich komme zu einer etwas anderen Beurteilung, auch wenn man da engagiert gearbeitet hat. Wir haben nicht gesehen, dass dadurch die Szene geschwächt wurde, was kein Vorwurf gegen die Kollegen der Polizei sein soll. Nehmen Sie das, nachdem ich da eben ein paar sportliche Worte gesagt habe - - Glauben Sie bitte nicht, dass ich den Kollegen da ein Vorwurf machen will. Die Möglichkeiten der Polizei, mit ihren Mitteln im Bereich der Gefahrenabwehr dort deradikalisierend tätig zu werden, sind auch irgendwo begrenzt, was nicht heißt, dass man es nicht versuchen will und dass TOMEK - dieses Einsatzkonzept - auch seine Erfolge hatte.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber Sie haben doch die Szene auch nicht geschwächt.

Zeuge Heiner Wegesin: Bitte?

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Sie haben doch mit Ihren Mitteln die Szene auch nicht geschwächt. Sie konnten sie offensichtlich nicht schwächen. Sie haben sie sogar gestärkt partiell.

Zeuge Heiner Wegesin: Wir können jetzt, halten zu Gnaden, Herr Minister a. D., lange darüber reden, ob der Verfassungsschutz die Aufgabe hat, -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Er hat nicht die Aufgabe, ja.

Zeuge Heiner Wegesin: - eine Szene zu schwächen oder nicht zu schwächen. Er hat erst mal die gesetzliche Pflicht, informationelle Transparenz des Staates hinsichtlich verfassungsgefährdender, verfassungsfeindlicher Bestrebungen zu schaffen.

Was er an Aufklärungsmaßnahmen macht - Sie kennen das: Verfassungsschutz durch Aufklärung -, das sind natürlich auch in Richtung auf die Öffentlichkeit - - Aber er hat nicht den - - Das wird immer geglaubt, aber das darf er noch nicht mal. Er hat keinen Zersetzungs- oder Deradikalisierungsauftrag, indem er irgendwie mit V-Leuten in Szenen reingeht.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja, aber er hat auch keinen Radikalisierungsauftrag.

Zeuge Heiner Wegesin: Bitte?

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Er hat keinen Radikalisierungsauftrag.

Zeuge Heiner Wegesin: Nein, er hat auch keinen Radikalisierungsauftrag.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Das war ja genau das Problem, was ich sozusagen mit Ihnen jetzt diskutiert habe, um die NPD.

Zeuge Heiner Wegesin: Er darf natürlich nicht radikalisiert werden und er darf insbesondere nicht heute - - Damals war das eine Dienstvorschriftslage, heute ist es eine förmliche Gesetzeslage, zumindest im Bund, in Brandenburg noch nicht; aber dazu möchte ich nichts sagen. Natürlich darf er nicht Organisationen steuern, heranziehen etc. pp. Er darf nur beobachten. Er darf eigentlich nur passiver Sensor sein. Dass, wenn Sie eine dynamische Person in eine kleinstädtische, juvenil geprägte Struktur hineingeben, sich dort irgendetwas verändern mag: Ja, das mag passieren. Die Frage ist: Ab wann ist es verboten, ab wann eigentlich nicht? Nach Möglichkeit soll man versuchen, das zu verhindern. Dann wären wir aber bei der Frage, ob man Szczepanski überhaupt anwerben darf oder nicht.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Das ist genau die Kardinalfrage, ja.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja, das ist die Kardinalfrage. Ich kann Ihnen sagen: -

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Die werden wir dann in der nächsten Runde weiter erörtern.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

Zeuge Heiner Wegesin: - Nach heutiger Bundesrechtslage dürfte ich es nicht mehr. Ich würde es auch nicht mehr machen. Aber es ist ein anderes Thema. Es ist hypothetisch.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Okay. - Dann sind wir jetzt bei der AfD-Fraktion. Herr Galau setzt fort.

Abgeordneter Galau (AfD): Vielen Dank. - Wir hatten von Ihrem Vorgänger - jetzt auch im Vorgängergespräch vorhin - so ein bisschen erfahren, dass er den „Piatto“, den Szczepanski eigentlich nicht unbedingt als A-Quelle betrachtet, also irgendwie schon als wichtige Quelle, ja, aber nicht so wichtig, als dass man jetzt da wirklich von einer Top-Quelle, A-Quelle - - Er fand die Informationslage durch ihn relativ dürftig.

Nun haben Sie ja schon eine relativ beeindruckende Karriere in Ihrem Leben hinter sich und haben ja auch für diverse Dienste gearbeitet, also für das Bundesamt für Verfassungsschutz, auch für den BND und natürlich dann logischerweise auch für das Landesamt. Wie würden Sie ihn denn eigentlich einschätzen als Quelle? War er nun eigentlich eine Top-Quelle, war er keine?

Zeuge Heiner Wegesin: Na ja, er hat - - Seine Zugangslagen waren natürlich schon sehr gut durch diese Heroisierungswirkung, die seine fürchterliche Straftat hatte. Das sorgt schon für einen Heroenstatus und für Zugangsmöglichkeiten und einfach auch für einen Vertrauensvorschuss, wo Sie einer Quelle einfach mal sagen können: Horch Dich mal um. - Das ging ja auch über das Bundesland hinaus. Also, das muss man schon sagen: Sein Zugangspotenzial kraft seines Persönlichkeitsprofils, weil er eben eine widerwärtige, schlimme Straftat begangen hatte, die aber in der rechten Szene natürlich auf große Zustimmung stieß, die Tatsache, dass er dafür eingesperrt hatte, dieses - in Führungszeichen - Für-die-Bewegung-eingesessen-Haben, das sorgt noch mal für einen zusätzlichen Heldenstimulus. Und das sorgte schon dafür, dass Szczepanski über örtliche Strukturen hinaus bis hin „Blood & Honour“ und andere Geschichten - sehr lange war er dann ja draußen nicht tätig -, aber in relativ kurzer Zeit schon Dinge beibrachte, die auch, wie gesagt, in dem Lagebild, was die Verfassungsschutzbehörden untereinander austauschen, und im Gesamtlagebild des Bundes ein großes Aufmerksamkeitsprofil genossen.

Von seiner Struktur her - - Er war ja auch durchaus jemand, der umtriebig war. Ich sagte ja, dass die Umtriebigkeit eigentlich schon ein Problem darstellte, weil er sehr eigeninitiativ dann in manche Dinge reinging oder auch eben in der Öffentlichkeit machte, wo man sagte: „Füße ruhig!“, nicht nur im Hinblick auf juristisch grenzwertige Situationen - „Beobachte ich nur“, Stichwort: passiver Sensor, „oder heize ich etwas an?“ -, sondern auch im Hinblick auf operative Sicherheit und andere Dinge.

Ja, dieses Potenzial hatte er, wenngleich ich sagen muss: Das war meine innere Befindlichkeit damals. Inwieweit ich das gegenüber den Mitarbeitern zum Ausdruck gebracht habe, weiß ich eigentlich gar nicht. Ich habe immer gelernt als jemand - - wenn man seine Beschaffungsstruktur sieht und versucht, Quellen zu platzieren, nicht alle Eier in einen Korb zu legen, sprich nicht nur auf eine Quelle zu setzen. Und so ein

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

bisschen hatte ich den Eindruck: Haben wir es nicht ein bisschen kleiner? Können wir nicht ein paar andere, noch ein paar neue Quellen generieren, forschen und werben und ansprechen, nicht sozusagen: „Der Szczepanski kriegt alles raus; den schicken wir raus, und da kriegen wir irgendwie eine Information, und dann machen wir einen Treff mit dem, und dann bringt er das das nächste Mal ran“? Ein klein wenig war das für diese Behörde, die nun auf einmal meinte, einen Riesen-Nugget ausgegraben zu haben, wo es vorher vielleicht nur einmal im Jahr zwei, drei Goldstäubchen gab, ein großes Ding; das muss man sagen. Aber das, was er ranbringen konnte - und ich glaube auch, in manchen Bereichen, nicht allen Bereichen, was er erbracht hat, da kann ich dem positiven Votum meiner Vorgänger - - Herr Lieber mag das etwas kritischer gesehen haben; ich denke da eher an Gordian Meyer-Plath oder an Jörg Milbradt -, da möchte ich nicht sagen: Nee, das war nichts. Das war durchaus schon beträchtlich.

Abgeordneter Galau (AfD): Sie hatten vorhin erwähnt, dass Sie ihn ja in der Szene in Königs Wusterhausen sozusagen platziert haben, ihn dort reingebracht haben. Da stellt sich natürlich bei mir die Frage - Sie haben ja gerade auch noch mal erwähnt, dass er quasi schon fast so einen kleinen Heldenstatus in der Szene hatte -: Warum muss man so jemanden noch mal überhaupt in einer Szene platzieren? Der war doch im Prinzip schon wer, der war doch bekannt.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja. Der Punkt ist einfach der, dass völlig klar war: Der wird irgendwann entlassen. Es gab ja nun wirklich Kontakte. Er hatte ja nun bereits - im Detail habe ich das gar nicht nachvollzogen, weil es vor meiner Zeit war, ist völlig klar; das hat mir natürlich auch die Beschaffung mitgeteilt - gezielt Kontakte geknüpft. Die Szene wartete im Prinzip drauf, weil er schon aus der Haftanstalt heraus Kontakte hatte, immer Kontakte gehabt hat, vielleicht auch gezielt welche geknüpft hat, nachdem man ihn angeworben hatte, wo man sagte: Schreib dem doch mal oder schreib dem doch mal. - Im Prinzip muss es ja wohl so gewesen sein.

Wie gesagt, ich berichte vom Hörensagen, was mir meine Mitarbeiter gesagt haben, dass alle darauf warteten: Was macht er denn jetzt, wenn er rauskommt? - Da mag es - ich kann es Ihnen nicht sagen; so ist es mir geschildert worden - - von ihm aus die Idee gehabt haben: „Da gehe ich hin“, „Da passt das zusammen“, „Da kenne ich irgendwelche Leute“ etc. pp., und die Beschaffung hat gesagt - unterstützt durch eine Lageeinschätzung der Auswertung -: „Was Besseres haben wir nicht; dann soll er mal dahingehen“, und: „Da könnte was von werden“ - mit den von mir geschilderten sozusagen operativ-infrastrukturellen Problemen. Aber ich sagte ja eben: Ihn nach Potsdam zu setzen, wo die Szene eine ganz andere war und gewesen wäre und wo wir im Hinblick nicht auf Radikalität der Szene, aber auch im Hinblick auf eine mögliche Militanz der Szene nicht solche Möglichkeiten sahen - - Ich glaube auch, die Erkenntnislage, was den Potsdamer Raum - - um einfach mal abstrakt halt hier die größte Siedlungsstruktur zu nehmen, war nicht so gut.

Ehrlich gesagt ist es so: So wie die rechte Szene damals vernetzt war, hätten wir ihn in Brandenburg hinsetzen können, wo wir wollten - er war bekannt. Er hätte nicht, sagen wir mal, die Bewegungsfreiräume haben können, die man bei einer solchen Quelle eigentlich gerne hat, weil man sie dann besser steuern kann und sie sich auch

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

zurückziehen kann und nicht permanent, wie gesagt, wenn sie aus der Haustür tritt, schon einen Aufmerksamkeitswert erzeugt.

Abgeordneter Galau (AfD): Hatten Sie den Eindruck - - Ich meine, Sie hatten ihn ja nicht allzu lang.

Zeuge Heiner Wegesin: Nee.

Abgeordneter Galau (AfD): Sie hatten ihn ja nur recht kurz gehabt.

Zeuge Heiner Wegesin: Sechs Monate, dann war er weg.

Abgeordneter Galau (AfD): Ja, ja, genau. - Hatten Sie den Eindruck gehabt, dass im Laufe der Zeit ein zunehmender Kontrollverlust ihm gegenüber dann auch eingetreten ist?

Zeuge Heiner Wegesin: Ich glaube, so ganz ist das nicht von der Hand zu weisen, weil, wie gesagt, Szczepanski sehr selbstaktiv war, initiativ war, aber seine zunehmende Vernetzung und sein Aktivitätsprofil ihn auch einfach dazu zwangen, sich irgendwie reaktiv zu verhalten, also: Da passiert was. Was mache ich jetzt? - Ich kann nicht für jede Maßnahme, für jedes Verhalten meinen V-Mann-Führer anrufen und sagen: „Was soll ich denn jetzt machen?“. Das mag manchmal gehen. Manchmal geht es dann eigentlich nicht, sondern irgendwo läuft so eine Quelle ja auch in ihren sozialen Aktivitäten, in ihren vernetzten Strukturen eigentlich ein Stück weit alleine, und das wird dann eben ex post im Treff abgearbeitet: „Lass das bleiben“, „Mach das“, „Oh, pass da auf“, etc. pp.

Dieser hohe Aktivitätsschub von Szczepanski - das habe ich jetzt auch noch mal, meine ich, den Treffberichten entnommen - sorgte schon dafür, dass unsere Beschaffung da manchmal ein bisschen hinterherlief. Kontrollverlust: Das ist eine Bewertungsfrage. Aber dass der operative Einsatz einer solchen Quelle schwerer zu steuern ist, als wenn jemand irgendwo brav sitzt und nur im Wesentlichen luzide extremistische Pamphlete verfasst und die dann abends irgendwo im Szenekaffee diskutiert, das ist klar. Es wurde schwieriger, ihn zu führen.

Abgeordneter Galau (AfD): Hatten Sie Kenntnis oder den Eindruck, dass Szczepanski früher oder vielleicht dann auch zu Ihrer Zeit auch für andere Dienste tätig war?

Zeuge Heiner Wegesin: Nein, keine Erkenntnisse. Ich würde es auch ausschließen wollen. So was dürfte eigentlich auch gar nicht passieren. Aber wissen Sie, nach dieser NSU-Katastrophe bin ich sehr zurückhaltend geworden, Schutzmechanismen, die - auch wenn man strikten Quellenschutz betrieben hat - wirken sollten, als wirksam zu bezeichnen.

Normalerweise ist es so, dass Sie eine solche Quelle auch als Person im NADIS, im Nachrichtendienstlichen Informationssystem, kennzeichnen, einfach wie einen anderen Extremisten platzieren. Jede Abfrage - ohne Datenabfrage wird überhaupt

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

kein - - gar nicht mal an die Forschung und Werbung eines anderen Dienstes - - führt dazu, dass es bei Ihnen klingelt, ohne dass es der andere Dienst merkt, weil der Aufruf des Datensatzes Ihnen sagt: Aha, die Thüringer sind dran. - Dann ist der nächste Punkt: Na ja, ist aber unsere Quelle, unser V-Mann. Warum denn das? - Und dann spricht man miteinander. Das hat es nicht gegeben.

Nun hat es sehr viele Quellen gegeben von Verfassungsschutzbehörden, an denen man sich an diese eigentlich verbindliche Vorschriftenlage leider nicht gehalten hat - ein weiterer Grund, warum es zu diesem Kooperationsfiasco im Rahmen des NSU-Komplexes kam. Das ist schweres Versagen der Verfassungsschutzbehörden insgesamt.

Abgeordneter Galau (AfD): Dann hätte ich jetzt erst mal für die Runde noch eine Frage, vielleicht sogar dann auch *die* essenzielle: Schildern Sie uns doch mal aus Ihrer Sicht, wie es denn jetzt zur Abschaltung dieser Quelle kam.

Zeuge Heiner Wegesin: Das war ja ein zweistufiges Verfahren. Szczepanski war ja nun in Erörterungen in der Szene um Ralf L. pp. eingebunden. Es ging ja auch dort dann um die Frage, ob eine Waffe verbracht wurde, von wem an wen eine Kleinkaliberwaffe verbracht wurde. Es ging um einen Rohrbombeneinsatz - also „Rohrbombe“, na ja, aber immerhin, gut; wenn sie hochgeht, tut es Leuten weh - einer Rohrkonstruktion mit Schwarzpulver. Diese Dinge haben wir ja der Polizei gemeldet, weil wir konkrete Gefahrenabwehraspekte natürlich berührt sahen. Und in diesem Zusammenhang ist dann die Zusammenarbeit mit Herrn Szczepanski erst mal punktuell beendet worden, weil wir nicht ausschließen wollten - ich verweise da auf meine damalige Leitungsvorlage an den Staatssekretär -, dass möglicherweise sogar strafbare Handlungen bei Herrn Szczepanski vorlagen. Dann war es nur einige Tage später, dass Herr Szczepanski durch - ich weiß gar nicht mehr -, ich glaube, Herrn Berg vom „Spiegel“ vor seiner Wohnung angesprochen wurde, ob er für den Verfassungsschutz gearbeitet habe.

Es hat dann in der ersten Stufe eine temporäre Einstellung der Zusammenarbeit gegeben - das war auch die Weisungslage des Staatssekretärs -, bis sich die Strafrechtsslage klärt oder nicht klärt. Wir waren bemüht, das relativ schnell zu klären. Ich habe da auch ein Gespräch mit dem Generalstaatsanwalt des Landes Berlin, Herrn Karge, geführt. Aber das war alles in der Schwebe. Man wusste nicht ganz, wo es langging. Und dann explodierte die Geschichte, indem Herr Szczepanski dekonspiriert wurde und seinen V-Mann-Führer anrief und sagte: Ja, bei mir steht der „Spiegel“ vor der Tür und hat mich darauf angesprochen, dass ich doch V-Mann des Verfassungsschutzes Brandenburg sei.

Abgeordneter Galau (AfD): Dann doch noch eine Frage: Aus Ihrer Sicht, wie kommt es dazu, dass der „Spiegel“ da auf einmal Kenntnis hatte?

Zeuge Heiner Wegesin: Ich muss sagen: Ich habe bis heute keine Erklärung dafür. Wir haben es zur Kenntnis genommen. Es hat dann immer eine Bezichtigungslage im Hinblick auf die Polizei und bestimmte Polizeibeamte gegeben, Kollegen des 4. Kommissariats. Das war eigentlich nicht unsere Arbeitshypothese. Man weiß es

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

nicht. Dieses Ermittlungsverfahren ist ins Leere gelaufen. Das hat man nicht herausgefunden.

Ich möchte - - Ich kann da auch gar nicht, ehrlich gesagt, spekulieren. Wir haben zur Kenntnis genommen: Der Kerl ist hochgegangen. Es ist alles Mögliche denkbar. Wer hat davon wirklich gewusst? Wie diszipliniert war Szczepanski, auch völlig dichtgehalten zu haben? Auch das schließe ich nicht aus. Also, Herr Szczepanski - bei allem Respekt - war kein eigentlich wirklich dummer Mensch, aber er war auch nun nicht wirklich die hellste Kerze auf der V-Mann-Torte. In einem Roman von John le Carré hätte er vielleicht mal einen toten Briefkasten leeren dürfen. Viel mehr war da auch nicht dran. Also, auch da kann was passiert sein.

Irgendwann nehmen Sie das als Verfassungsschützer dann auch fatalistisch und sehen zu, wie Sie die Scherben aufkehren und Folgemaßnahmen veranlassen. Die Hauptsorge, die man dann auch als leitender Verfassungsschützer hat: ob das noch in der eigenen Badewanne war und aus der eigenen Behörde heraus etwas erfolgt ist, möglicherweise - Sie führten ja eben dieses Fernschreiben an - gar nicht mal mit bösem Willen, sondern wenn irgendwo eine Verdachtslage ist und jetzt wird er erwähnt - -

Also, wir haben es nie herausbekommen. Und ehrlich gesagt: Nachdem wir Herrn Szczepanski los waren und er aufgrund einer Leitungsentscheidung im Innenministerium in das Zeugenschutzprogramm des LKA wechselte, war für uns der Käse gegessen. Die Quelle war weg, und wir mussten was Neues machen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann sind wir jetzt bei Frau Nonnemacher. Sie beschließt die Fragerunde.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön. - Herr Wegesin, ich würde gerne noch mal zurückkommen auf die Dinge, die auch Herr Dr. Schöneburg angesprochen hat - das Reinsteuern in die NPD, das Reinsteuern nach KW -, die Schilderung von Herrn Minister Ludwig, was für Auswirkungen das Auftauchen von Szczepanski dort hatte. Da haben Sie sich geäußert: Der Verfassungsschutz darf nicht aktiv steuern, und die Quelle sollte Sensor sein.

Ich habe jetzt hier ein paar Vermerke noch mal angeschaut, Vermerke des Verfassungsschutzes Brandenburg, wo die detaillierten Einsatzpläne sind, wohin - - was mit Szczepanski an Aufträgen besprochen worden ist, was er sozusagen innerhalb von wenigen Tagen abarbeiten sollte. Das sind manchmal in drei Tagen neun oder zehn Veranstaltungen.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich würde Ihnen jetzt mal einen Vorhalt machen, damit das vielleicht auch noch mal ein bisschen plastischer ist. Vermerk des Verfassungsschutzes Brandenburg, 17.04.2000, Ordner B 4, Datei 2000 43-226:

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

„Mit der Quelle wurde der Einsatzplan für das Wochenende besprochen. Danach erhielt die Quelle den Auftrag, am

- 14.04.00 die sogenannte ‚nationalbefreite Discothek‘ in Jessern
- 15.04.00 den NPD-Bezirksparteitag Berlin,
- 15.04.00 den JN-Gründungstreff in Werder (Landkreis Dahme-Spreewald),
- 15.04.00 das Mahnfeuer am FF/O.,
- 16.04.00 ein Arbeitstreffen bei Reinhard G[...] in Freidorf

und am

- 16.04.00 ein Treffen der rechtsextremistischen Szene Königs Wusterhausen in Senzig

zu besuchen.“

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also, das ist schon ein Programm, das kann man mit einem normalen Achtstundentag eigentlich gar nicht mehr so richtig bewältigen. Warum haben Sie es zugelassen, dass Szczepanski im Auftrag der Behörde praktisch hauptberuflich als Neonazi und hauptberuflich als Informant gearbeitet hat?

Zeuge Heiner Wegesin: Also, ob er das hauptberuflich gemacht hat oder nicht, das lässt sich ja nicht aus einem solchen Auftragsprofil für ein Wochenende ableiten. Das möchte ich nun mal sagen.

Tatsache ist - das war bei allen Quellen hinterher so -, dass das Wochenende - das ist ja im Wesentlichen dann doch schon noch eine freizeitorientierte Szene, bzw. ein Großteil der Szeneangehörigen geht ja Erwerbstätigkeiten nach, im Gegensatz zu manchem Vorurteil - - dass Quellen dann in der Tat alles abgegrast haben, weil wir von solchen Veranstaltungen wussten und herausbekommen wollten: Was passiert denn da eigentlich? Was ist da los? Also, das war für uns jetzt gerade bei Szczepanski - ich darf ... (akustisch unverständlich) sagen - später eine regelmäßige Wochentätigkeit, die V-Leute, gerade was Skinhead-Konzerte und solche Dinge mit möglicher Auswirkung angeht, wirklich voll in den Einsatz zu jagen und sie wirklich zu strapazieren und nach Möglichkeit live zu berichten, weil dann hinterher polizeiliche Folgemaßnahmen da live eingesteuert worden sind, wo man hoffte, dass die Quelle nicht gerade unter den Festgenommenen ist oder was passiert. Das ist dann doch Arbeiten für eine erweiterte Gefahrenabwehr.

Die Tatsache, dass Szczepanski, weil er überall Zugang hatte - das soll jetzt nicht apologetisch klingen -, aber weil damals die Zugangslage der Behörde eine einstellige Zahl von Quellen war mit zum Teil nur örtlichen, dörflichen, kleinen Zugangslagen - - dass man dann sagt, vielleicht auch etwas auf der krassen Seite: „Den schicken wir jetzt mal überall hin“, das halte ich noch nicht für das Problem. Das halte ich - das ist zugegeben ein idealtypisches Bild - noch für sensorisch eigentlich

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

absolut in Ordnung. Es war unser gesetzlicher Auftrag, für jede dieser Veranstaltungen herauszubekommen, was da passiert. Wenn wir jemand hatten, der das abdeckt, der das zeitlich kann und der dort akzeptiert wird und gegenüber dem man auch den Mund aufmacht, dann haben wir den gerne da reingeschickt. Das würde ich heute wieder so machen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wie passt das zu Ihrer Aussage, der Verfassungsschutz darf nicht aktiv steuern, wenn Sie den praktisch tagtäglich flächendeckend ununterbrochen rund um die Uhr irgendwohin schicken?

Zeuge Heiner Wegesin: Die Quelle können wir auf die Bäume scheuchen, hoch und runter. Solange sie das mitmacht und - sich der Zusammenarbeit verpflichtet habend - das tut, dann ist das in Ordnung. Das ist nun mal ein hartes Schicksal. Das ist so.

Die Frage ist, ob dadurch Organisationen beeinflusst werden - ja oder nein -, indem Sie einen Landesvorsitzenden platzieren und dem aufschreiben, was denn mal so die nächsten strategischen, taktischen Ziele des Landesverbandes der Partei XY sein sollen. Das ist jetzt wieder das andere Extrem.

Aber hier dieses konkrete Beispiel sehe ich nun mal als eine zugegeben sehr engagierte, hochdynamische Abfolge von Informationsbeschaffung, aber notabene eben Informationsbeschaffung.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): War bei dieser wirklich extrem umfänglichen Steuerung seiner rechtsextremistischen Aktivitäten Carsten Szczepanski nicht eigentlich eher fast ein verdeckter Ermittler? Kann man das noch als Informant bezeichnen?

Zeuge Heiner Wegesin: Der Punkt ist ja der, der auch kritisch ist: Er war kein verdeckter Ermittler, natürlich nicht. Er war nicht Angehöriger des Verfassungsschutzes. Er war aufgrund der üblichen Verpflichtungserklärungen und des Rechtsgerüsts, was für den Einsatz von V-Leuten tätig ist, eingesetzt worden über eine Infrastruktur. Er war bei der Einrichtung einer Infrastruktur seines Buchladens unterstützt worden, ja; aber er war kein verdeckter Ermittler.

Der Punkt ist mir wichtig, Frau Nonnemacher: Der Verfassungsschutz darf schon - und erwartet auch - einen V-Mann dahin steuern - den V-Mann steuern, nicht die Beobachtungsobjekte steuern; das ist ein großer Unterschied -, eine Quelle dahin steuern, wo man ihn hinhaben will: Da gehst du jetzt bitte hin, und da sperrst du die Ohren auf; da berichtest du bitte schön. - Wenn das halt mal sehr schnell hintereinandergeht, weil das an Wochenenden so passiert und er von einem Vertrauensprofil in die Szene hinein profitieren kann, was ihm überall den Zugang ermöglicht, dann muss der sich halt die Hacken abrennen. Besser wäre es, man hätte mehrere, die das können. Es ist auch immer ganz gut, wenn Sie nicht nur eine Person haben. Das hat jetzt mit Nachrichtenehrlichkeit zu tun. Noch besser wäre es, wenn Sie mehrere Personen in einer Beobachtungsstruktur haben, die voneinander berichten über gleiche Ereignisse und gleiche Sachverhaltskomplexe, ohne dass diese beiden

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

voneinander wissen. Aber redundante Zugangslagen waren damals nicht so das Markenkennzeichen des Verfassungsschutzes Brandenburg. So viele Fädchen hatten wir nicht laufen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie haben eben gesagt, aufgrund der Verpflichtung bestand da eine gewisse vertragliche Bindung. Aber Carsten Szczepanski ist doch nie richtig förmlich verpflichtet worden.

Zeuge Heiner Wegesin: Das weiß ich im Einzelnen gar nicht. Dann reden wir von einem faktischen Kooperationsverhältnis. Also, die Tätigkeit, Quelle zu sein, setzt nicht konstitutiv - jetzt auf der gesetzlichen Ebene - voraus, dass so was erfolgt. Er ist dann - ich bin ja gelernter Arbeitsrechtler, da redet man vom faktischen Arbeitsverhältnis - als solcher eingesetzt worden und als solcher auch instruiert worden und auch als solcher entlohnt worden.

Also, die Abwesenheit einer förmlichen Verpflichtungserklärung: Ich weiß das im Einzelnen gar nicht, muss ich Ihnen sagen. Ich kenne die Aktenlage nicht. Ich weiß nicht, wie das im Einzelnen eingeteilt worden ist. Darauf will ich mich auch gar nicht hinausreden, weil ich es nicht weiß; allein ich erlaube mir, darauf hinzuweisen, dass die Tatsache, dass jemand so eingesetzt wird und wir finden jetzt nicht die Verpflichtungserklärung, nicht zur Rechtswidrigkeit des operativen Einsatzes dieser Quelle führt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. Also, wir haben inzwischen hier rausgefunden, dass er nie richtig formal verpflichtet worden ist.

Zeuge Heiner Wegesin: Ah ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber die faktische Tätigkeit halten Sie für ausreichend, dass ein Informant sozusagen eine solche quasivertragliche Bindung an den Verfassungsschutz dann hergestellt hat.

Aber noch mal zu dieser umfänglichen Steuerung und noch mal zu der Frage: Wird bei einer solchen umfänglichen Steuerung - - Besteht nicht die hohe Gefahr, dass die entsprechenden Szenen dadurch stabilisiert werden und von den Aktivitäten profitieren bzw. dass solche Aktivitäten den V-Mann auch in erhebliche strafrechtliche Schwierigkeiten bringen können?

Zeuge Heiner Wegesin: Natürlich können sie ihn in strafrechtliche Schwierigkeiten bringen. Das haben wir hinterher gesehen, insbesondere wenn es um die Teilnahme an Veranstaltungen, an Treffen geht, wo, selbst wenn er sich nicht beteiligt, nur durch das schlichte Dabeisein möglicherweise strafrechtlich - - macht.

Ich darf Ihnen sagen: Das hat mich im Bereich der islamistischen Terrorismusbekämpfung rauf und runter begleitet. Und das ist jetzt meine persönliche Einschätzung als jemand, der in zwei Monaten diesen Beruf an den Nagel hängt: Auch die gesetzlichen Mechanismen, die der Bund inzwischen in seine Gesetze hineingeschrieben hat - ob das so funktioniert, das weiß ich nicht. Das ist ein

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

permanentes Dilemma, von dem ich Ihnen auch sagen muss: Ich weiß nicht, wie man es rechtlich und tatsächlich auflöst. Sie können es bei Szczepanski besichtigen. Das war damals der, ich glaube, § 310a Strafgesetzbuch, die Verabredung zur Herbeiführung eines Sprengstoffverbrechens. Ja, wenn der dabeisitzt und fragt nach: „Was habt ihr denn vor und wo geht ihr denn jetzt hin?“, ist er mit einem, wenn nicht mit zwei Füßen im Strafverfahren. Das ist ein wirkliches Dilemma.

Auf der anderen Seite würde man dem Verfassungsschutz - - oder hat man ihm auch häufig vorgehalten: Ist ja wunderbar, was ihr da alles veranstaltet habt und wo ihr mit euren Quellen rumgelaufen seid. Aber wenn es wirklich brenzlig wird und es darum geht, möglicherweise schwerste Straftaten gegen Leib und Leben zu verhüten, dann kriegt ihr nichts raus. - Das ist ein Dilemma. Ich sehe das ohne Selbstmitleid. Viele Verfassungsschützer leiten daraus ein permanentes Lebensleiden ab. Aber es ist ein Dilemma, was aus meiner Sicht nicht gelöst ist. Peng.

Trotzdem haben wir es gemacht. Sie können auch nichts machen. Der Szczepanski kam angelaufen und hat gesagt: Die haben da so ein Ding und wollen da möglicherweise was hochjagen. - So. Also, die Torte flog uns ins Gesicht, weil er nicht vorher angerufen hat und er sagte: Die fangen vielleicht gleich an, möglicherweise darüber zu reden. - Und dann sagt der V-Mann-Führer: Sag, dir wird schlecht, du hättest einen Kater, hau ab. - Irgendwo ist es ja auch dann ein bisschen lebensfremd.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Da wir jetzt gerade bei dem Kontakt zu Nick G. sind: -

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - Sie haben sich ja hier auf das Rohrbombenattentat bezogen -

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - und sagen: Na ja, der Szczepanski kam angerannt und hat gesagt: Die wollen da irgendwas hochjagen.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Aber Sie haben doch „Piatto“ gezielt an Nick G. rangesteuert. Da haben wir hier mehrere Vorhalte - die kann ich Ihnen gerne machen -, -

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - dass er doch gezielt dorthin gesteuert worden ist.

Zeuge Heiner Wegesin: Da sind Sie wirklich in dem Dilemma: Inwieweit können Sie - - Sie sagen einer Person: Versuch da mal rauszukriegen, was passiert.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut.

Zeuge Heiner Wegesin: Idealerweise nimmt er Kontakt zu dieser Person auf, weil dann erfährt er es zum Nennwert. Und dann ist die Frage: Inwieweit konkretisiert sich das Geschehen insoweit, als dass diese berühmte Verabredung vorliegt und Ihre Quelle als Straftäter mit drinsitzt?

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich mache Ihnen jetzt mal einen von den beiden Vorhalten, -

Zeuge Heiner Wegesin: Gerne.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - auch damit das hier noch mal öffentlich kommt. Vermerk des Verfassungsschutzes Brandenburg, Erkenntnisse zu Nick G., 31.03.2000, Datei 2000 43-226, Seite 115 - ich zitiere -:

„Nick G. hat einen nachrichtendienstlichen Vorlauf beim LfV Sachsen. Aufgrund dieses Vorlaufes besteht nun vorrangig ein Erkenntnisbedarf der hiesigen Verfassungsschutzbehörde.

Auch aus diesem Grund erhielt die Quelle im Fall ‚PIATTO‘ den Auftrag weitere Erkenntnisse im Fall Nick G. zu beschaffen. Im Rahmen dieses Auftrages teilte die Quelle aktuell mit, dass sie Nick G. am Sonntag, den 2.4.00 gegen 16.00 Uhr zu einem Gespräch in ihrer Wohnung in der Cottbuser Str. 13 in Königs Wusterhausen erwarte.“

Das heißt: Er hatte ganz konkret den Auftrag, wurde ganz konkret an Nick G. rangesteuert. Es ist nicht so, wie Sie geschildert haben, dass er von sich aus mit der Erkenntnis angekommen ist, sondern er wurde ganz gezielt dort reingesteuert, in ein Milieu militanter Rechtsextremisten, wo es um Rohrbombenattentate ging.

Zeuge Heiner Wegesin: Richtig. Das ist die Kernaufgabe der Verfassungsschutzbehörden, so etwas durchzuführen - mit besagtem Dilemma. Dazu stehe ich. Die Gegenfrage wäre: Wenn das nicht erfolgt wäre, was hätte Nick G. denn dann gemacht? Denn man hat ja wohl irgendetwas gefunden.

In der Tat mag dann meine Erinnerung mich wirklich trügen. Oder vielleicht habe ich nicht sorgfältig - - Ich habe etwa drei Stunden über den Akten gesessen. Mich hat mehr die Dekonspirationsgeschichte und der Komplex Herr Ludwig - - weil ich da möglicherweise - - schwierige Dinge in der Fragestellung auf mich zukamen, abgedeckt. Aber die Frage, ob wir ihn da reingesteuert haben oder ob Herr Szczepanski selbst da reingegangen ist und gesagt hat: „So, ja, ich soll mich mal um Nick G. kümmern“ - - Und wenn er den direkten Weg wählt und den zu sich einlädt: So what? Wir haben die Erkenntnislage, dass dort möglicherweise militante Handlungen geplant sind, hochgefährliche Tatmittel in der Szene sind, und wir sagen dem Verfassungsschutz: Pack die Koffer und hau ab. - Sorry, bei allen Inkriminierungen und Problemen, die wir da zum Teil haben: Das ist unsere Kernaufgabe.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Frage, bitte.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Hat der Verfassungsschutz Brandenburg eigentlich im Jahr 2000 erwogen, den militanten Rechtsextremisten Nick G. selbst anzuwerben?

Zeuge Heiner Wegesin: Nicht dass ich wüsste. Nein, davon habe ich keine Kenntnis. Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich würde Ihnen, um das zum Abschluss zu bringen, was vorlegen. Da geht es um Berichte des Verfassungsschutzes, die auch die finanzielle Situation von Nick G. betreffen.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

(Abgeordnete Nonnemacher [B90/GRÜNE] begibt sich zum Platz des Zeugen und legt ihm Unterlagen vor. - Der Zeuge liest in diesen Unterlagen.)

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich will das hier nicht laut sagen.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja, okay. - Der Aspekt, den Sie da schildern und aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes nichtöffentlich machen, Frau Nonnemacher, ist sicherlich grundsätzlich geeignet, sagen wir mal, Aufmerksamkeit des Verfassungsschutzes auch im Hinblick darauf, dass man solche Lagen ausnützen könne und damit eine Zusammenarbeitsmotivation bei einer Zielperson erzeugen könne, herbeizuführen. Das kann grundsätzlich so sein. Aber ich meine, eine feste Erinnerung daran zu haben - - Also, Nick G. zu werben, ist zumindest nie zu meiner Aufmerksamkeit gelangt. Ich kann mich wirklich nicht daran erinnern, dass meine Beschaffung mir vorgeschlagen hätte, gezielt Forschungs- und Werbungsmaßnahmen in diese Richtung einzuleiten. Daran kann ich mich nicht erinnern. Ich glaube auch nicht, dass wir das getan haben. Aber, wie gesagt, 18 Jahre sind eine lange Zeit. Ich glaube es nicht.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Gut. - Dann gehen wir in die Runde zwei und sind wieder bei der SPD-Fraktion. Wer möchte fragen? Frau Gossmann-Reetz? - Los geht's.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Herr Wegesin, was können Sie vielleicht noch zu Waffengeschäften zwischen - ich denke, ich kann die Klarnamen hier nennen - Herrn Uwe Menzel und Ralf L. unter Beteiligung von Szczepanski im Mai 2000 erinnern und uns berichten?

Zeuge Heiner Wegesin: Wenn ich mich recht erinnere, ging es da wohl um eine Kleinkaliberwaffe, ein Kleinkalibergewehr, was in diesem Personenkreis zirkulierte und was Szczepanski in Verwahrung nehmen sollte oder auf jeden Fall die unmittelbare - - auch in Besitz nehmen sollte. Hinterher hat es deswegen ja ein

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

Strafverfahren gegeben. Im Detail erinnere ich mich daran nicht. Die Frage war ja auch: Was hat die Quellenführung davon gewusst oder nicht davon gewusst?

Ich erinnere mich noch Jahre später daran im Strafprozess. Herr Szczepanski ist deswegen ja, glaube ich, verurteilt worden, ich glaube, zu einer Geldstrafe - oder war es eine Bewährungsstrafe? -, aus dem Zeugenschutzprogramm heraus. Unsere Bewertung damals war, insbesondere die Bewertung der Anwälte, die Herrn Szczepanski im Zuge des Zeugenschutzprogramms beigelegt wurden - darunter ein früherer Leitender Oberstaatsanwalt eines Flächenlandes, der anwaltlich tätig war -, dass man die Dinge strafrechtlich auch hätte anders lösen können.

Ich will aber nicht ausschließen, dass Herr Szczepanski sich im Zuge des Zirkulierens dieser Schusswaffe möglicherweise strafbar gemacht hat. Das kann ich nicht ausschließen. Ich weiß das im Einzelnen nicht mehr. Es hat auch damals, ehrlich gesagt, nicht mehr so meine Aufmerksamkeit erregt, weil Herr Szczepanski war nicht mehr unser „cup of tea“, war nicht mehr unser Problem - natürlich, es war in der Führungszeit des Verfassungsschutzes geschehen -, sondern im Zeugenschutzprogramm war mit diesem Sachverhalt des Strafvorwurfs umzugehen.

Ich darf Ihnen auch sagen - das ist hier in diesen ganzen Befragungen häufig sehr verloren gegangen -: Sie müssen mal davon ausgehen, dass meine Aufmerksamkeitsspanne als Verfassungsschutzchef nicht so sehr oder nur der Rechtsextremismus war. Wir hatten auch ein 9/11 gehabt. Und in Brandenburg wusste niemand - auch nicht die Kollegen der Polizei -, was überhaupt an muslimischen Strukturen in diesem Bundesland - - hatten und was man braucht, um dort auch schnell aus-kunfts-, erkenntnis- und abwehrfähig zu werden. Das hat mich sehr viel mehr umgetrieben damals. Aber das ist keine Entschuldigung auch für eine solche Zeit. Da hat es eine Sache gegeben, die ist nicht gut gelaufen, mit einer Knarre - Sie entschuldigen den sehr umgangssprachlichen Ausdruck. Sehr viel mehr weiß ich davon nicht mehr.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Können Sie sich aber noch in dem Zusammenhang an Hausdurchsuchungen erinnern, im Zusammenhang auch mit bekannt gewordenen Anschlägsplänen in der Szene, über die wir gerade sprechen?

Zeuge Heiner Wegesin: Ja, das ist richtig. Ich muss Ihnen sagen: Operativ-taktisch, wenn das auf eine Hinweislage des Verfassungsschutzes zurückgeht oder auf eigene Erkenntnisse der Polizei, ob man da eine Schusswaffe finden darf, deren Besitz strafrechtlich relevant ist, ist das bitte schön nach Möglichkeit zu verhindern bei der Führung einer Quelle.

Aber der Verfassungsschutz freut sich sonst gelegentlich über die Durchsuchung auch bei seinen Quellen, weil die Einbindung in solche Strafverfolgungsmaßnahmen auch der Legendierung und der Solidarisierung mit der Quelle in ihren Beobachtungsstrukturen dient. Das ist dann immer ein bisschen schwierig; man legt die Ohren an: Was passiert da so? Schafft das die Quelle wirklich, wenn sie Zielperson einer solchen Maßnahme ist, sich im straffreien Raum zu halten, ja oder nein?

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

Aber die Tatsache, dass so was passiert, da muss man a) mit leben, und b), wie gesagt, kann es positive Kollateralwirkungen im Hinblick auf die Legendierung der Quelle und die Legitimation der Quelle in der Szene haben.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Hatten Sie sich in Vorbereitung auf diese Sitzung mit diesem Zusammenhang auch mal mit Akten vorbereitet?

Zeuge Heiner Wegesin: Ich habe das durchgelesen, habe das zur Kenntnis genommen. Ich fand aber die Aktenlage als solche - ich weiß nicht, ob Sie da eine andere oder eine weitgehende haben - nicht so, dass ich mehr als einmal da wirklich das sorgfältig durchzulesen - - nachverfolgt habe.

Wie gesagt, meine Bewertung war damals: In der Tat ist das eine sehr dynamische Lage gewesen. Wie gesagt, ich sagte ja schon eben auf die Fragen von Herr Galau, dass ich den Eindruck hatte, dass meine Beschaffung wirklich Schwierigkeiten hatte, situativ in Echtzeit auf Ballhöhe zu sein, was da gerade passierte. Man trifft den. Natürlich haben wir gesagt: Triff den Nick G. bitte. Der Nick G. sagt, er hat eine Rohrbombe. - Man unterrichtet das LKA. Das LKA meldet sich - glaube ich; das weiß ich gar nicht mehr. Ich erinnere mich da an Gespräche mit meinem sehr engen Kollegen Axel Lüdders - damals haben wir uns noch nicht so eng und gut verstanden -: Ja, was wollt ihr denn eigentlich? Wir haben ja nichts gefunden etc. pp. - Und dann diese Schusswaffengeschichte. Ich habe mir das angeguckt; aber, ja, sehr viel mehr kann ich Ihnen dazu nicht sagen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Dann würde ich ganz gerne noch mal zurück zu der Frage von Frau Nonnemacher gerade. Sie sagten, Sie können das nicht mehr richtig einordnen. Wir würden Ihnen jetzt noch mal den Vorhalt machen, weil in dem Zusammenhang Sie noch mal gegengezeichnet haben -

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - mit einem „einverstanden“,

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - wie ich dieses „einverstanden“ unter dieser Notiz zu verstehen habe.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt. - Er liest in diesen Unterlagen.)

Weil das sieht mir dann doch sehr nach einem - -

Zeuge Heiner Wegesin: Helfen Sie mir bitte noch mal im Detail, um was es geht: „einverstanden“. „Nach Rücksprache mit - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wir hatten eigentlich - - Die Frage, die im Raum stand, war, ob es einen Anwerbeversuch gab. Wenn ich diese Notiz, die wir jetzt hier nichtöffentlich behandeln, lese, dann sieht mir das - auch nach Erfahrungen, die

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

ich hier aus diesem Untersuchungsausschuss gewinne - schon sehr nach einem - in Anführungsstrichen - Anwerbeversuch aus.

(Der Zeuge liest weiter in den Unterlagen. - Herr Schuparis [Referent der SPD] spricht mit dem Zeugen und verweist auf eine Textstelle in den Unterlagen.)

Zeuge Heiner Wegesin: Ja, ja, „einverstanden“. - Gut. Ich muss zur Kenntnis nehmen, dass ich dann möglicherweise einen Anspracheversuch genehmigt habe, möglicherweise den Versuch einer Ansprache. Ob eine solche Ansprache -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Danke schön.

Zeuge Heiner Wegesin: - Moment mal, ich bin noch nicht fertig - zu einer Anwerbung der Person führt oder nicht, ist eine ganz andere Frage, insbesondere wenn diese Ansprache unter Observationsabdeckung stattfindet.

Der Hinweis, dass auf eine mögliche - Frau Nonnemacher wollte es nicht öffentlich machen, deswegen werde ich das auch nicht -, auf eine gewisse, sagen wir, günstige Motivationslage bei einer solchen Person - - dass das Erwähnung findet, ist egal. Eine Ansprache - - Die Möglichkeit eines Anspracheversuches, die sich operativ-taktisch günstigerweise ergeben kann, ist die eine Sache, und die Anwerbung der Quelle und die Genehmigung nach einem entsprechenden Vorlauf ist eine andere.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Kann so eine Ansprache auch unter dem Aspekt der Gefahrenabwehr stattfinden?

Zeuge Heiner Wegesin: Ja, durchaus, durchaus. Es gibt Zielansprachen. Ich darf Ihnen sagen: Wir haben hinterher - - Wobei ich ehrlich sagen muss, ich kann die Motivationslage, die taktische - - das kann ich Ihnen nicht sagen.

Aber was Sie erwähnen, Frau Gossmann-Reetz, ist richtig. Wir haben hinterher flächendeckende Aktionen hier im Brandenburger Raum, zum Teil auch im Berliner Raum gemacht in einer trilateralen Zusammenarbeit zwischen BfV, meiner Behörde und auch den Berliner Kollegen, wo wir wirklich zielgerichtet in die Szene rein sind. Manche sagen dann: „Nein, wir würden gern für euch arbeiten“. - „Wenn du einen mitnehmen kannst“, sage ich mal so sehr sportlich, „eigentlich gerne“. Aber auch im Prinzip zu sagen: We are watching you. Wir kennen euch. Wir wissen, wo ihr seid.

Eine Ansprache ist natürlich immer durchaus so eine komische Sache, wenn dann jemand auf Sie zutritt und Sie machen gerade Feierabend und kommen von der Arbeit oder was weiß ich. Das ist aber natürlich zum Teil auch gemacht worden, um - ja, klar - Personen zu sagen: Du bist im Visier. - Hier kann ich es nicht sagen, muss ich Ihnen ehrlich sagen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay.

Zeuge Heiner Wegesin: Die Tatsache, dass eine mögliche Motivationslage für eine Zusammenarbeit, ein Umstand konkret erwähnt wird, kann auch in eine andere

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

Richtung deuten - nicht ohne Risiko, darf ich postmortal sagen. Wenn Sie eine solche Person anwerben, die im Besitz eines solchen Mittels ist: Na ja gut, wenn sie das Mittel dann brav abgeliefert und Sie haben jemand Weiteres, dann ist das auch ganz nett, aber sportlich. Offenkundig haben wir daran gedacht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber es ist Ihnen ja schon bekannt, dass Herr Szczepanski nachher die ersten Hinweise gegeben hat, die dann zu der Verhaftung dieser Personen geführt haben.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja, ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie haben das vorhin als Dilemma beschrieben. Ich würde da gerne noch einmal nachhaken wollen.

Zeuge Heiner Wegesin: Gerne.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Dieses Dilemma, ich steuere diese V-Person gezielt in ein, ich möchte es hier schon fast terroristisches Milieu nennen -

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - von Freizeitaktivitäten, wie Sie es vorhin so ein bisschen bezeichnet haben, würde ich hier jetzt nicht mehr sprechen wollen - - und riskieren damit doch zwei Sachen: einmal, wie gesagt, was Sie vorhin angemerkt haben, dass dieser V-Mann in eine Täterliga rutscht, -

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - wo ich ihn auch nicht mehr vor Strafverfahren retten kann und auch nicht sollte, -

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - aber durchaus dieses Interesse verfolge, um ihn als Quelle weiterzuführen, und auf der anderen Seite auch, wenn ich ihn in die Situation bringe, hier Aussagen treffen zu müssen - auch vor Gericht -, ihn der Enttarnung preisgebe.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich würde das gerne von Ihnen noch mal genau erörtert haben, auch in der Verantwortung gegenüber dem einzelnen Menschen.

Zeuge Heiner Wegesin: Gegenüber dem einzelnen Menschen ist das eine sehr gefährliche Sache. Ich will jetzt hier nicht irgendwelche Geschichten erzählen. Aber Sie können sich vorstellen: Im Umfeld des islamistischen Terrorismus, dagegen war das damals - - Ich möchte die Kameraden von damals nicht unterschätzen in ihrer

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

Militanz und auch nicht in der Verwerflichkeit ihres Gedankengutes; aber das ist natürlich in der Tat eine sehr schwierige Gemengelage.

Natürlich tragen Sie die Verantwortung für die Quelle, was auch immer deren Motivationslage ist. Das tun Sie. Manche Nachrichtendienstler sehen darin sozusagen eigentlich zukünftige Akquisitionsrisiken nach dem Motto: Wenn wir zu viele verlieren, wer will dann noch für uns arbeiten? - Das ist die zynische Betrachtung der Seite, die ich mir nie zu eigen gemacht habe. Aber Sie tragen die Verantwortung für einen Menschen, den Sie in eine solche Situation hineinschicken dann schon ohnehin oder auch wenn er sich da weitestgehend eigeninitiativ hineinbegibt. Denn er trägt auf zwei Schultern, und ob durch eigenes Ungeschick dekonspiriert oder wie auch immer: Enttarnt kann es sehr gefährlich werden.

Ich sage: Ich rede von einem Dilemma. Ich will jetzt hier nicht Parallelfälle aufwerfen. Als Zeitungsleser kennen Sie vielleicht den Einsatz einer V-Person durch eine Polizeibehörde eines westdeutschen Bundeslandes im Kontext Amri. So. Die Storys kenne ich auch. Mir ist Gott sei Dank so was nie auf die Füße gefallen - toi, toi, toi! Aber das ist - - Ich bin auch froh, dass ich so was nicht mehr machen muss.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Sie haben jetzt schon dreimal den Begriff „welche Motivationslage auch immer“ bei Herrn Szczepanski genannt.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was glauben Sie denn: Welche Motivationslage hatte er zu Beginn und dann im Laufe des Verfahrens?

Zeuge Heiner Wegesin: Also, die Motivation - - Ich habe ihn selbst nie getroffen. Ich habe meine Mitarbeiter dazu gefragt. Ich kann aber - vielleicht wird es ein bisschen plastisch - auch das sagen, was hinterher die Kollegen des Landeskriminalamtes, die ihn im Zeugenschutz betreut haben - - Da findet ja eine ganz andere - - Das ist ja fast eine Lebensbetreuung, gerade wenn man so aus der Szene verschwindet - - gewesen sein mag. Also, die haben mir gesagt - meine Leute waren da etwas ambivalenter -, aber auch im Kern: Der Szczepanski war im Kern ein in der Wolle gefärbter Rechtsextremist. - Ich meine, allein die Straftat und tätige Reue im Strafvollzug - - Wenn man seine Kinder Thor nennt, wenn man - - Es gibt viele Indizien, dass Herr Szczepanski bei seinem Vorlauf und auch im Strafvollzug nicht in tiefer Reue von seinem Gedankengut Abstand genommen hat und zum „Westminster-Demokraten“ geworden ist.

(Abgeordneter Dr. Schöneburg [DIE LINKE]: Was soll er denn machen? Er musste doch für Sie arbeiten!)

- Ja.

(Abgeordneter Dr. Schöneburg [DIE LINKE]: Im rechtsradikalen Milieu!)

- Das ist die eine Sache.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Und massiv gesteuert.

Zeuge Heiner Wegesin: Es gibt natürlich auch andere. Sie haben häufig wirklich ein Schichttortenmodell, oder es geht ein Mischmasch von Motivationslagen durcheinander. Eine andere Motivationslage wird gewesen sein - das hat Herr Szczepanski sich ja überlegt -, das Verrätersein in Kauf nehmend sich als Selbstanbieter an den Verfassungsschutz zu wenden. Da muss er sich ja was bei gedacht haben.

Was mag die Motivationslage gewesen sein? Ich weiß es nicht, spekulativ. Haben meine Mitarbeiter gesagt: Ja, der kannte im Prinzip eigentlich seine - - Mein Gott, mit einem solchen Strafrechtsvorlauf - Sträfling, Häftling, versuchter Mörder -, das ist vielleicht eine Möglichkeit da raus oder dass ich irgendwelche Vergünstigungen kriege. - Jetzt sind wir bei dem berühmten „Bitte strapazieren Sie mich nicht“. Das weiß ich nicht. Ich habe den Kerl, wie gesagt, schon außerhalb des Knastes nur erlebt. Vergünstigungen im Haftvollzug, sei es schon während der Haftzeit im Hinblick auf eingeräumte Freiheiten, sei es auf eine Verkürzung der Haftzeit, sei es die Versprechung irgendeiner Perspektive - - Der Verfassungsschutz hilft mir, dafür verpfeife ich halt meine Kameraden, mische mich da ein.

Und dann glaube ich bei Szczepanski, so bei der Abenteuerlust, die er da an den Tag gelegt hat, der Eigeninitiative: Sehr viele Quellen genießen auch diesen Nervenkitzel: „Ich bin der Mann im Objekt. Ich weiß alles. Wenn alle wüssten, was ich weiß!“, so eine gewisse quasimanipulative Rolle im Hinblick auf „Herrschaft“: „Ich weiß das“, und: „Ich bin da ganz wichtig“ - dieses Nervenkitzelspiel, auf der einen Seite die Szene zu verraten, auf der anderen Seite wertgeschätzt zu sein, dafür was zu kriegen.

Also, aus meiner praktischen Erfahrung ist das eine Gemengelage, wo ein Element dominant sein mag oder nicht; aber häufig spielt sich das in dieser Konstellation ab. Was bei Szczepanski das dominante Element gewesen sein mag - ich weiß es nicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich bin jetzt ein bisschen überrascht. Sie stellen ihn dar als immer überzeugten Rechtsradikalen. Wir wissen aus den Unterlagen, dass Ihre Behörde mit daran gearbeitet hat, ihn dazu zu bringen, auch in der JVA dafür zu sorgen, dass deutlich wird, dass eine innere Abkehr von der Szene stattgefunden hat. Das ist mehrfach wohl bestätigt worden, dass er sich rechtstreu verhalten soll. Dazu hätte ihn der Verfassungsschutz auch angeleitet.

Sie können, wie gesagt, nichts über die Motivation des Mannes nennen, sich dort weiter in die Szene reinsteuern zu lassen und für Sie zu arbeiten. Wie sah es denn mit einer Exit-Strategie solcher Leute aus, die ihnen mal anzubieten von Ihrer Behörde?

Zeuge Heiner Wegesin: Schwierig. Die gab es zumindest zu dem Zeitpunkt, als ich die Führung von Herrn Szczepanski zu verantworten hatte, nicht.

Ich habe mal mit meinen Mitarbeitern drüber gesprochen, ob sie sich vorstellen können, wie das langfristig so weitergeht. Selbst wenn man Herrn Szczepanski etwas

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

kalmiert und der vielleicht ein bisschen was anderes macht oder sich etwas zurückhält und nicht an allen Fronten - - natürlich auch durch den Verfassungsschutz. Ich komme da auf die Frage von Frau Nonnemacher: „Den haben Sie aber richtig in die Szene hineingejagt“, wenn ich das so umgangssprachlich sage, zurück. Die Tatsache, dass ich referiere, offenkundig sich erstens rechtstreu zu verhalten und rechtsextremistische Gedanken - - weltanschaulich zu sein, sind ja auch noch mal zwei Ebenen. Das kann man ja durchaus machen. Das wird auch eine Quelle, selbst wenn sie das weiß, verstehen, dass sie sich rechtstreu zu verhalten hat, weil es sonst erhebliche Probleme auch für sie gibt. Das wird ihr ja auch deutlich klargemacht.

Was ich hier referiere, ist eine, glaube ich, gar nicht mal aktenkundig gewordene Beobachtung der Kollegen aus dem Zeugenschutzprogramm, die durchaus berichteten - - Na ja, das darf ich - weiß ich gar nicht - sagen. Ich hatte keine Zuständigkeit für das Zeugenschutzprogramm. Die paar Dinge, die man da mal so erfahren hat, gehören nicht da hin, weil er weiter in einem Zeugenschutzprogramm ist. Ich habe aber die feste Erinnerung aus Gesprächen mit Kollegen des LKA; ich denke, es wird auch ein Gespräch mit Herrn Lüdders gewesen sein, der mir sagte: Ja, im Kern ist der nach wie vor überzeugt rechtsextrem. - Aber die Überzeugung und wie man sich dann verhält, das mag was anderes sein.

Mag sein, dass das heute anders ist. Ich weiß es nicht. Ich kann Ihnen nur diesen Gesprächseindruck wiedergeben, weil mich das schon rein aus Neugier heraus - - Mein Gott, wenn man so einen Beruf hat, ist schon die Frage: Ihr seid jetzt nah an ihm dran, ihr diskutiert mit ihm Lebensentwürfe - seine Lebensgefährtin und, ich glaube, sogar gemeinsames Kind, die sind ja auch mit in das Zeugenschutzprogramm gegangen -, wie sieht denn das perspektivisch aus? Das ist das - -

(Herr Kasüschke [MIK] meldet sich zu Wort.)

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Herr Wegesin.

Herr Kasüschke (MIK): Ich würde Sie bitten, wenn es dann um das Zeugenschutzprogramm geht, jetzt hier nicht weitere Ausführungen zu machen.

Zeuge Heiner Wegesin: Nein, ich mache keine weiteren Ausführungen. Danke. Ich habe Ihnen nur meinen Eindruck wiedergegeben, und damit ist Schluss. Das weiß ich schon sehr eigenverantwortlich, Herr Kollege, dass ich einen Eindruck wiedergebe, wenn mich die Ausschussmitglieder fragen: „Was war die Motivationslage von Herrn Szczepanski?“, dass mir berichtet worden ist, dass das die Bewertung von Kollegen war. Das gefährdet den Zeugenschutz auch nicht. Ich bitte sehr. Ich bin da nicht auf der Brennsuppe dahergeschwommen, wie man in Bayern sagt. Ich verstehe Ihre Motivationslage, mich da zu belehren.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): An der Stelle muss ich darauf hinweisen: Wir sind weit über die Zeit.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. Ich verstehe das als Antwort auf die Frage, warum man ihm keine Exit-Strategie angeboten hat: Der war sowieso überzeugt.

Zeuge Heiner Wegesin: Nein, das nicht. Man hätte gerne weiter mit ihm zusammengearbeitet.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. Also, Sie wollten ihn unbedingt halten, weil er - -

Zeuge Heiner Wegesin: Ja, also - - Die faktische Einsatzzeit dieser Quelle in Freiheit ohne die Restriktionen der Strafhaft waren dann ja so lange eigentlich nicht. Deswegen ist man natürlich von einer längeren Einsatzdauer ausgegangen, und dann fängt man nicht gleich an, sich eine Exit-Strategie „ins Regal zu legen“.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich darf anscheinend nicht verlängern. Dann gut.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Nein. Wenn ich auf die Uhr gucke, sind wir schon in der dritten Verlängerung.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aha.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Das muss ich dann den anderen Kollegen auch genehmigen. Aber Herr Dr. Redmann fasst sich ja immer kurz. Bitte schön.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Keine weiteren Fragen, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ich habe es geahnt. Danke. - Dann sind wir bei der Fraktion der Linken. Herr Dr. Schöneburg, bitte.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja, ich habe noch ein paar Fragen so querbeet eigentlich, jetzt nicht mehr ganz so systematisch.

Die erste Frage: Wir haben ja darüber gesprochen oder Sie haben gesagt, dass Nick G., also die Nick-G.-Geschichte, der Auslöser war, erst mal Szczepanski zeitweilig außer Verkehr zu ziehen, und dann im Zusammenspiel mit dem „Spiegel“-Artikel am 30.06. die Abschaltung kam, -

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - an meinem Geburtstag; deshalb konnte ich mir das so gut merken.

(Heiterkeit des Zeugen)

Sie haben darauf insistiert, dass Sie die ganze Nick-G.-Problematik in Ihrem Vermerk, den Sie auch gelesen haben, vom 19.06.2000 niedergelegt haben.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

Zeuge Heiner Wegesin: Mhm.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Da möchte ich Ihnen noch eine Passage vorhalten, auf die sind Sie schon indirekt eingegangen, -

Zeuge Heiner Wegesin: Ja, gerne.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - aber die Sie Sozusagen als Jurist - - von Jurist zu Jurist.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Da heißt es unter anderem - das wären dann die letzten Abschnitte -:

„Mit der ermittelnden Staatsanwaltschaft Berlin werden unverzüglich Gespräche mit dem Ziel einer möglichst raschen abschließenden Würdigung des o. a. Sachverhaltes“

- Belastung Szczepanskis durch Nick G. beim LKA Berlin wegen Rohrbombe -

„geführt. Ich halte ein positives Gesprächsergebnis für sehr kurzfristig erreichbar. Das Gespräch mit GStA Dr. Karge“

- darauf haben Sie schon hingewiesen -

„ist für den 23.06. terminisiert.“²

Zeuge Heiner Wegesin: Ja - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja, ja, ich habe ja noch eine Nachfrage dazu, -

Zeuge Heiner Wegesin: Ja, gerne.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - zu diesem Vorhalt. Also, für mich liest sich das so, als ob man mit der Generalstaatsanwaltschaft gedealt hat, um sozusagen Szczepanski aus der strafrechtlichen Verfolgung herauszunehmen - ganz klar gesagt, ungeschminkt. Sie haben ja selber auf das Problem hingewiesen: Sie haben gesagt, Sie steuern ihn hinein, und jetzt kommt er sozusagen in eine Verabredung eines Bombenverbrechens, eines Sprengstoffverbrechens, und jetzt muss versucht werden, ihn da wieder rauszuholen.

² Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: Nr. 30_Piatto-860-1058-S1273-1275-VS nfd-bpwsmd.pdf, Seite 3.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

Zeuge Heiner Wegesin: Der Gegenstand des Gesprächs mit dem Herrn Generalstaatsanwalt war das, was jeder Verfassungsschützer machen kann: „Die Quelle hängt da drin. Seid nett zu ihr. Sie ist ja wohl mit der entscheidende Hinweisgeber auf viele Dinge, die dann verhindert werden konnten durch schnelles und zielgerichtetes Einschreiten der Polizei. Gebt ihm im Rahmen eures Ermessensspielraums“ - wir reden hier über § 153, § 154 ff. StPO - „und der Würdigung des Tatvorwurfs mal eine faire Chance.“ - Das ist die Bitte, die Sie dann da abliefern. Und ab da - - Und Herr Karge in seiner Statur als wahrhaftig schon beeindruckender Staatsanwalt hört sich das wohlervägend an, macht Ihnen keine konkreten Zusagen, sagt: Ich rede mal mit meinen Staatsschutzleuten, was da so geht, und dann werden Sie das sehen. - Das war das.

Wir waren der Auffassung oder ich war der Auffassung, weil ich Herrn Karge von früher kannte aus gesellschaftlichen Anlässen - Potsdamer Juristische Gesellschaft oder diese Geschichten -, wirklich nur gesellschaftlichen Anlässen, nicht dienstlichen Anlässen - ich hatte zu Herrn Karge auch schon mal Kontakt gehabt in meiner Zeit als Leiter der Außenstelle des Verfassungsschutzes des Bundes -, dass Herr Karge jemand ist, der, sagen wir, die Nöte des Verfassungsschutzes kennt und dem so eine Lage nicht das erste Mal unterkommt. Daher sicherlich die etwas optimistische Insinuation in dieser Leitungsvorlage.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber - -

Zeuge Heiner Wegesin: Vielleicht auch dadurch gespeist, weil Herr Lancelle durchaus dazu neigte: „Schluss mit dem Kerle“, und wir sagten: „Vielleicht kriegt man das ja hin. Erst mal beenden wir die Zusammenarbeit.“

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber meines Erachtens kollidiert das mit einer Aussage, die Sie bei Ihrer ersten Vernehmung - zum NaBe-Komplex - am 07.09.2017 vor diesem Ausschuss getätigt haben. Da haben Sie angegeben, dass Quellen des Verfassungsschutzes nach Ihrem Wissen nie vor Strafverfolgung geschützt worden sind.

Zeuge Heiner Wegesin: Na ja - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Das, was Sie jetzt geschildert haben, ist doch unter Einsatz Ihres freundschaftlichen Verhältnisses zu Herrn Karge -

Zeuge Heiner Wegesin: Freundschaftlich nicht.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - und dem Winken mit dem § 153a oder § 154 doch der Schutz vor Strafverfolgung.

Zeuge Heiner Wegesin: Also, ich hätte die herzliche Bitte - vielleicht habe ich da auch ein völlig schiefes Bewertungsbild und eine „déformation professionnelle“; hoffe ich eigentlich nicht -: Dass ein leitender Verfassungsschützer bei einer Quelle, die in diesem Schlamassel drinsitzt - und dass das strukturell fast unausweichlich so ist oder kommen kann, das habe ich ja eben wortreich geschildert -, dann zum Staatsanwalt

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

geht und sagt: „Denkt doch mal dran, der hat doch eigentlich auch was Gutes gemacht. Letztendlich seid ihr da auf erhebliche Sachverhalte aufmerksam geworden. Jetzt prüft doch mal bitte nett“, das ist doch kein manipulativer Eingriff oder die Verletzung des Trennungsgebotes, wenn die eine Behörde ihre wohlerwogene Interessenslage - und die halte ich nicht für völlig illegitim - in einem Gespräch mit einem Staatsanwalt zum Ausdruck bringt.

Ich kann Ihnen viele Gespräche fast täglicher Art sagen. Im Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum sitzt der Generalbundesanwalt mit drei Vertretern permanent da - solche Gespräche. Also, ich habe noch keinen Staatsanwalt erlebt - - Vielleicht gibt es solche, die, wenn der Verfassungsschützer oder der Nachrichtendienstler sagt: „Behandle meine Quelle gut; wir haben auch was für euch getan“, unter den Schreibtisch krabbeln und sagen: Jawohl, wir werden das sofort. - Nein, nein, nein. Also, das halte ich nicht für illegitim. Das mag man anders bewerten, aber - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber Sie werden mir zugestehen, dass ich es anders bewerte.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja. Man mag es anders bewerten. Ich halte es nach wie vor für vertretbar und sogar für legitim.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Und ich halte es für eine Beeinflussung der Justiz zugunsten Ihres V-Mannes.

Zeuge Heiner Wegesin: Da sind Sie nahe an dem amerikanischen Contempt of Justice und wie weit da Dinge gehen. Wäre eine interessante fachliche Diskussion. Ich nehme das zur Kenntnis, Herr Dr. Schöneburg, -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Das ist auch eine interessante politische Diskussion.

Zeuge Heiner Wegesin: - und verstehe, dass man das auch anders sehen kann. Das nehme ich zur Kenntnis.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Fachliche Diskussionen bitte ich außerhalb dieser Runde zu führen.

Zeuge Heiner Wegesin: Okay, alles klar.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Das ist ja keine fachliche Diskussion, das ist eine politische Diskussion, Herr Vorsitzender, natürlich mit fachlichem Einschlag. - Gut. Jetzt - -

Zeuge Heiner Wegesin: Wir sind ja schon fertig, Herr Vorsitzender. We agree to disagree. Ich denke, alles Weitere ist dann auch, glaube ich, nicht weiter hilfreich.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ich habe jetzt noch eine ganz andere Frage, die ist jetzt nicht mit einer rechtlichen Bewertung verknüpft, sondern mit einer historischen Abfolge, mit einer Chronologie. Sie haben gesagt oder wir haben festgestellt und in Ihrem Vermerk auch entsprechend gelesen, dass am 12./13. die Nick-G.-Verhaftung und die Aussage vor der Polizei stattgefunden haben, die Sie dann dazu veranlasst hat, sozusagen Ihren Vermerk vom 19.06. zu machen.

Wir haben in den Akten noch einen Vermerk gefunden von Herrn Milbradt vom 09.06.2000.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Da schreibt er - ich halte es Ihnen mal vor, nur die ersten zwei Sätze -:

„Anlässlich der Eröffnung einer Ausstellung des BfV in Rathenow“

- was auch immer das für eine Ausstellung gewesen ist -

„am 08.06.2000 sprach mich Herr Cremer, Leiter der Abteilung II des BfV“

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE):

„u. a. zu folgendem Punkt an: Seiner Kenntnis nach werde hier erwogen, die Quelle PIATTO abzuschalten.“³

Also, das Bundesamt für Verfassungsschutz wusste schon drei Tage, bevor Nick G. die Aussage gemacht hat, dass Sie erwägen, ihn abzuschalten. Das ist ein Widerspruch, den müssten Sie mir erklären.

Zeuge Heiner Wegesin: Also, es war bekannt, dass wir uns Sorge machten - deswegen auch, das habe ich in der Aktenlage wiedergefunden, Erwägungen, Besprechungen mit der Beschaffung, Herrn Szczepanski etwas zu kalmieren und in ruhigere Fahrwasser zu geben -, dass er möglicherweise enttarnt werden könnte, dass das schon für einen V-Mann ein sehr hohes risikobehaftetes Anreizprofil ist und dass Herr Cremer, mit dem ich kollegial sehr eng verbunden bin, weil er später meinen beruflichen Weg in den Bundesnachrichtendienst dann auch genommen hat - wir kannten uns aber schon, wir haben zusammen Einführungslehrgänge beim Bundesamt für Verfassungsschutz gemacht; Cremerchen kenne ich sehr lange -, sagt: „Seht zu, dass ihr den halten könnt“, weil, wie gesagt, die Erkenntnislage durchaus so war, dass Szczepanski nicht nur Sachen anbrachte, wo man sagen kann: „Jawohl, reine Landeszuständigkeit Brandenburg“, sondern auch bestimmte Erkenntnislagen, die im Gesamtlagebild des Bundes wichtig sind.

³ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: 2000 43-226-VSnfd-bwpsmd.pdf, Seite 166.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Das ist mir schon klar, dass der Bund interessiert war. Das haben wir auch in mehreren Akten gefunden.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber Nick G. belastet erst am 13.06.2000 Szczepanski in seiner Vernehmung vor der Polizei. Und am 08.06.2000 sagt der Verfassungsschutz - das Bundesamt für Verfassungsschutz -: Ihr habt vor, den abzuschalten. Macht das mal nicht. Überlegt euch das mal noch. Wir haben Interesse an der Quelle. - Also, das - -

Zeuge Heiner Wegesin: Herr Dr. Schöneburg, ich weiß ja, warum das einen Aufmerksamkeitswert bei Ihnen erzeugt; das kann ich schon nachvollziehen. Aber das ist wirklich eine zeitliche Koinzidenz. Der Bund hatte da keine anderen Erkenntnislagen. Woher sollte der die haben?

(Heiterkeit des Zeugen)

Natürlich nicht, sondern - -

(Abgeordnete Johlige [DIE LINKE]: Das ist genau die Frage! - Heiterkeit)

- Ja, nein, die hatte er nicht. Woher sollte er die haben? Meinen Sie, die sitzen im 4. K.? Also, ich weiß nicht, wie Sie sich die Zusammenarbeit von Bundesbehörden vorstellen und die Einflussnahmen von Bundesmöglichkeiten. Ich will da sehr vorsichtig sein. Seit dem NSU-Komplex hat man sich da in vielen Dingen gewundert.

Hier meine ich, nach meinem Wissen, mit gutem Wissen sagen zu können: Wir haben damals schon sehr virulent diskutiert, und die Sorge, die ist auch wirklich aktenkundig, dass der Szczepanski irgendwann hochgeht, weil der einen sportlichen Reifen fährt und sich so in der Szene betätigt.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Na gut, es bleibt aber ein Widerspruch. Es bleibt ein Widerspruch, dass es hier sozusagen konkret Kenntnis davon gab, dass er abgeschaltet werden sollte. Das ist sozusagen - - Der eigentliche Grund ist erst drei Tage später. Herr Milbradt war offensichtlich - das geht aus dem Vermerk hervor - sehr überrascht, dass er angesprochen worden ist von Herrn Cremer.

Zeuge Heiner Wegesin: Da müssen Sie vielleicht jemanden vom BfV fragen. Von dem, was von allem - - Ich halte es für eine gewisse - - Ich halte diese Passage aus meiner Sicht nur für den Ausdruck dessen, dass wir uns damals große Sorge gemacht haben, dass wir den Szczepanski nicht halten können, weil er auffliegt, weil er

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

inzwischen halt ein sehr hohes Profil hatte. Diese Sorge hat uns relativ schnell begleitet. Und dann ist die Frage, was man macht.

Ich möchte von meinem gesamten Erkenntnisstand ausschließen, dass der Bund mehr wusste als wir. Auf der anderen Seite kann ich Ihnen dann auch nur sagen, weil ich nun belehrt bin durch den Herrn Vorsitzenden, dass ich mich strikt an die Wahrheit zu halten habe, und Ihnen auch sagen kann, woran ich mich erinnere: Ich erinnere - - Ich möchte eine Erinnerung ausschließen, dass der Bund was davon wusste. Wenn Sie das so umtreibt, laden Sie das BfV.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Nein, es treibt mich nicht ganz so doll um.

Zeuge Heiner Wegesin: Ob es kommt, ist die zweite Frage.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Es treibt mich nicht ganz so doll um.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber mich treibt was anderes um. Jetzt habe ich noch ein anderes Thema.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja, gerne.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Wir haben ja schon über den Waffenfund bei Menzel gesprochen -

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - und diese Wohnungsdurchsuchung und dann auch erwähnt, dass danach ein Strafverfahren eingeleitet worden ist. Es kam ein Jahr später dann zu einer Verurteilung von Szczepanski -

Zeuge Heiner Wegesin: Mhm.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - und von Menzel und anderen vor dem Gericht in Potsdam. Mir ist in der Akte ein Vermerk des damals verantwortlichen Staatsanwalts Petersen untergekommen. Der Vermerk ist vom 10.07.2000, weil nach der Durchsuchung Menzel, Wiesner und Christian W. in U-Haft genommen worden sind. Das ist ein Vermerk aus der Strafakte, der aber zurückzuführen ist auf die G-10-Maßnahme, die damals der Bund geschaltet hatte unter Einvernehmenserklärung Brandenburgs.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ich würde Ihnen diesen Vermerk -

Zeuge Heiner Wegesin: Gerne.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - B 65/MAT_A_BB-14/MAT_A_BB-14b_Band_I.pdf, Seite 266 - vorlesen und gleichzeitig vorlegen lassen.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Vielleicht können Sie uns da weiterhelfen.

Zeuge Heiner Wegesin: Ich werde mich bemühen.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt. - Er liest in diesen Unterlagen.)

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ich lese:

„1. Vermerk

Herrn EKH G. habe ich am 10.07.2000 gegen 14.00 Uhr persönlich angewiesen, die polizeilich festgenommenen Beschuldigten Menzel, Wiesner und Christian W. aus dem Gewahrsam zu entlassen, da keine Haftbefehle beantragt würden.

Gegen 16.15 Uhr teilte EKH G. fernmündlich mit, der Beschuldigte Menzel sei entlassen worden, die Beschuldigten W. und Christian W. würden jedoch aufgrund einer Weisung des Ministerialdirigenten im Ministerium des Innern Herrn Dr. Förster zurzeit noch nicht entlassen werden, da Herr Dr. Förster hinsichtlich einer Abänderung meiner Entscheidung bei der Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg interveniere.

Nach fernmündlicher Rücksprache mit Herrn Kriminalrat Siegbert K. vom LKA bestätigte er diesen Sachverhalt.

Die Entlassung der Beschuldigten wurde am selben Tage gegen 16.45 Uhr durch Herrn Leitenden Oberstaatsanwalt Michalik gegenüber dem Abteilungsleiter des Staatsschutzes LKA - Herrn KD Junge - angeordnet, die Beschuldigten wurden sodann entlassen.“

Und dann, unter arabisch zweitens:

„Ablichtungen fertigen [...] und nebst einer Ablichtung dieser Verfügung als Überprüfungsvorgang hinsichtlich der Prüfung eines Anfangsverdachts einer Freiheitsberaubung des Ministerialdirigenten Herrn Dr. Förster Herrn AL IX vorlegen.

[...]

(Petersen)
Staatsanwalt“

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Haben Sie Kenntnis von diesem Sachverhalt? Haben Sie das mal mit Herrn Petersen besprochen?

Zeuge Heiner Wegesin: Nein.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Herr Förster ist doch derjenige, der Ihr Vorgänger im Amt war.

Zeuge Heiner Wegesin: Herr Dr. Förster war mein Vorgänger und dann Leiter der Polizeiabteilung, der Abteilung IV im Ministerium des Innern; mein Abteilungsleiterkollege, ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber für mich klingt es so, als ob man da die beiden, W. und Christian W., noch in Haft haben wollte, um irgendwelche Verabredungen mit ihnen zu treffen oder Ähnliches.

Zeuge Heiner Wegesin: Also - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Also, ist ja merkwürdig.

Zeuge Heiner Wegesin: Ich kann Ihnen da nur meine Version anbieten, wobei das eine Interpretationsversion ist. Ob Sie die hören wollen - - Ich sage Ihnen das ganz kurz: Ich kann mir höchstens vorstellen, dass man die Kerle noch nicht rauslassen wollte, weil man möglicherweise davon ausging, dass sie etwas gegen Szczepanski unternehmen, und Szczepanski damals gerade mitten im Zuge war - seine Lebenspartnerin lief noch herum, Kinder etc. pp. - - möglicherweise Racheakte dadurch abzukürzen, dass man die Kerle noch ein bisschen drinlässt, bis sie Szczepanski abgeräumt haben. - Das ist meine freie Interpretation. Zum Rest der Dinge kann ich Ihnen nichts sagen.

Der Kollege Förster war sicherlich auch niemand - für uns war der Keks gegessen; Szczepanski war weg -, der vom Herrn Abteilungsleiterkollegen Wegesin Rat entgegengenommen hätte, wie es mit der U-Haft-Dauer bestimmter Personen sei.

Ich habe also von dem Sachverhalt jetzt erstmals Kenntnis genommen im Rahmen des Vermerks.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Also, nach Ihrer Spekulation wäre es eine Art von Schutzhaft für zwei Neonazis.

Zeuge Heiner Wegesin: Dass das kein Haftgrund ist, wissen wir beide.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Das wissen wir, ja.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Frage, bitte.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

Zeuge Heiner Wegesin: Dass man manche Kerle erst rauslässt, wenn die gesetzliche Frist wirklich - - das wissen wir auch. Das ist Einsatzrealität. Aber das ist - der Herr Vorsitzende wird darauf hinweisen - ein Gelehrten- oder Interpretationsstreit, der nur entfernt mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun hat. Mir ist die Intervention des Kollegen Dr. Förster bei der Staatsanwaltschaft nicht bekannt gewesen.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Gut.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Eine letzte Frage.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Nein. Ich habe noch eine Frage, aber die ist ein bisschen länger, und aus kollegialen Gründen gebe ich dann erst mal weiter.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann ist Frau Nonnemacher an der Reihe.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön. - Herr Wegesin, ich würde gern noch mal zurückkommen zu diesem Problem „Steuerung in die militante Szene“.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Das ist ja doch sehr, sehr vielschichtig. Der V-Mann-Führer von „Piatto“ hat - vor Ihrer Amtszeit allerdings - ein Postfach angemietet, das in den Folgejahren als Kontaktpostfach für die Anti-Antifa Brandenburg genutzt worden ist und als deutsche Kontaktadresse des „National Socialist Movement“, in dem sich ein Flügel der britischen Terrorgruppe „Combat 18“ organisiert hatte. Wussten Sie von dieser Praxis? Es handelte sich ja um den V-Mann-Führer, der über viele Jahre kontinuierlich tätig war.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja, ich weiß schon. Ich muss sagen: An die Maßnahme konkret kann ich mich nicht erinnern. Die Anmietung dieses Postfachs mag Teil des Maßnahmenbündels gewesen sein zur Einrichtung einer Informationsinfrastruktur für die Quelle aus der Haft heraus. Aber ich kann Ihnen dazu nichts sagen. Ich kenne dieses Postfach nicht, und ich kenne auch im Einzelnen nicht die Motivationslage oder den dienstlich-operativen Grund, das für Herrn Szczepanski anzumieten.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Über dieses Postfach wurden ja über einen erheblichen Zeitraum bidirektionale Aktivitäten durchgeführt. Wie bewerten Sie es eigentlich, dass der Verfassungsschutz Brandenburg sozusagen einen logistischen Brückenkopf für eine terroraffine Organisation dargestellt hat?

Zeuge Heiner Wegesin: Zugegeben: Borderline. Kann man skandalisieren. Auf der anderen Seite: Postfach anmieten - na gut, kann auch jemand selbst machen. Wenn man dadurch Kenntnis - - Wenn man sich dadurch in einen Informationsstrang erheblichen Interesses einbinden kann: nicht ganz uninteressant. Ich weiß es im Einzelnen nicht, da ich diese Maßnahme nicht im Detail geprüft und dahin abgeklopft habe. Aber das sind die beiden Stichworte.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

In der Tat, jawohl, eine operative Infrastruktur, ja. Bei der Anmietung eines Postfaches falle ich da noch nicht aus dem Stuhl.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja, die Berührungsängste zu Borderline-Aktivitäten waren nicht so besonders hoch.

Ich möchte jetzt auch noch mal auf die Rohrbombengeschichte mit Nick G. zurückkommen. Sie haben vorhin gesagt: Okay, die Quelle hängt dadrin, seid nett zu ihr, denn sie hat ja auch viele entscheidende Hinweise geliefert. - Auf der anderen Seite schreiben Sie am 19.06.2000 an den Staatssekretär Lancelle - ich zitiere -:

„Aufgrund der Einlassung des Nick G. kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Quelle versucht hat, Nick G. zur Vorbereitung eines Explosionsverbrechens i. S. v. § 310 StGB anzustiften. Es liegen damit zumindest erste Anhaltspunkte für die objektive Verwirklichung dieses Tatbestandes vor.“⁴

Sie führen im Weiteren aus, dass der Einsatz der Quelle in einem militanten rechtsextremistischen Milieu nicht mehr zu verantworten ist. Sehen Sie da nicht auch nicht nur Borderline, sondern dass da Grenzen überschritten sind, -

Zeuge Heiner Wegesin: Nein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - wenn im militanten Milieu sozusagen ein V-Mann des Verfassungsschutzes Taten anstiftet oder anstiften könnte?

Zeuge Heiner Wegesin: Anstiften könnte: Ja. Ob er zu diesem Zeitpunkt angestiftet hatte oder nicht, entzog sich unserer gesicherten Erkenntnislage, weil auf der einen Seite gab es die Einlassungen der Quelle, auf der anderen Seite gab es erste Tatsachenfeststellungen, die wir im Detail gar nicht kannten. Die kannte ich nur aufgrund mündlicher Unterrichtungen im Bereich der Strafverfolgungs- und Fahndungsmaßnahmen. Es waren ja nicht nur Strafverfolgungsmaßnahmen, sondern auch Gefahrenabwehrmaßnahmen, weil man konkret die Begehung dieses Anschlages, den man möglicherweise zeitnah befürchtete, unterband. Das ist noch keine Strafverfolgung, aber das greift ineinander.

Die Tatsache, dass - - Wenn wir zur Kenntnis nehmen, dass eine Quelle - - dass sich dieses Implikations-, dieses Mitmach-, dieses Verstrickungsrisiko - so ist es, glaube ich, am besten bezeichnet - einer Quelle möglicherweise verwirklicht hat und sie sich strafrechtlichen Vorwürfen ausgesetzt sieht oder sich strafbar gemacht hat, um es klar indikativisch auszusitzen - - Das ist das Risiko, und wenn sich das Risiko verwirklicht - - Das konnte ich damals nicht ausschließen nach der vagen Erkenntnislage, die mir zur Verfügung stand. Dann habe ich diese Leitungsvorlage gemacht mit einem bestimmten Votum, dass man diese Zusammenarbeit so lange aussetzt - und das gibt, glaube ich, der Vermerk wieder -, bis der Sachverhalt sich in die eine oder andere Richtung geklärt hat. Das ist das Risiko.

⁴ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: B 4/Herabstufungen/ 53-004-S-530 003-0000-0038_2018 VS NfD_Liste 2, Nr. 30_Piatto-860-1058-S1273-1275-VS nfd-bpwsmd.pdf, Seite 2.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

Wenn man nicht möchte, dass die Nachrichtendienste in solche Milieus menschliche Quellen hineinbringen, dann streichen Sie bitte die Terrorismusbekämpfung aus dem Aufgabenkatalog aller Nachrichtendienste. Das ist dann die Konsequenz. Es ist ein - - Ich habe das wortreich geschildert: Das kann in die eine oder andere Richtung gehen. Aber wenn man der Auffassung ist, dass das Risiko, dass mit staatlicher Beförderung oder durch staatlich protegierte Personen, die zur Informationsbeschaffung in solchen Milieus eingesetzt werden - ist ein permanentes Risiko, was sich im Einzelfall schnell verwirklicht - - dann streichen Sie es aus dem Beobachtungskatalog der Verfassungsschutzbehörden, und dann seien Sie bitte gleich so sorgfältig und streichen es auch aus dem Gefahrenabwehrrecht der Polizei. Es ist leider so, dass, wenn Sie über die Straße gehen, angefahren werden können. Das sehe ich - - Da plädiere ich bei allen Dingen, die man im Einzelfall hier vorwerfen kann oder nicht - - Aber wenn man auf die Metaebene geht und sagt: „Das geht nicht“, dann möge man bitte die Konsequenzen tragen. Das sage ich in aller Deutlichkeit.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. Also, Sie würden auch heute sagen, dass dieses, ich sage mal, Mitwirkrisiko bei Reinsteuern in militante Kreise zu vertreten ist.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja. Das liegt im gesetzlichen Auftrag. Wie gesagt, ich verweise da auf die Bundesgesetzgebung. Ich will jetzt nicht auf den Gesamtkomplex der Verwirklichung milieugerechter Straftaten eingehen. Im Bundesrecht, im Bundesverfassungsschutzgesetz, finden Sie da inzwischen entsprechende Vorkehrungen - ob die hilfreich sind oder nicht, wird die Zukunft zeigen -, die dieses Risiko genau versuchen legislativ aufzufangen.

Sehr häufig kommt es doch auch vor - das ist mir praktisch passiert in meinen späteren Aktivitäten -, dass eine Quelle angelaufen kommt, die Sie lange nicht gesehen haben, und sie hat in irgendwelchen Dingen ... (akustisch unverständlich), da stehen Ihnen die Haare zu Berge - Gott sei Dank in meinen Tätigkeiten in einem Auslandsnachrichtendienst meistens außerhalb des Geltungsbereichs des deutschen Strafrechts. Das können Sie gar nicht wissen. Ich will ja auch gar nicht mit dieser Tätigkeit - das sollte ich mir selbst versagen - werben. Aber das ist ein immanentes Risiko, wenn Sie mit der verdeckten, personengestützten Informationsbeschaffung in diese Dinge hineingehen. Entweder Sie kommen gar nicht rein oder jemand sitzt drin.

Nehmen Sie einfach nur - das ist ein Organisations-, ein Teilnahmedelikt - die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung: Schwierig, schwierig. Bundesgesetzgeber hat es rausgenommen im Hinblick auf das, was Quellen dürfen - ja/nein -; hilft aber wirklich nicht am Dilemma, dass Sie in Grenzsituationen kommen. Das ist so.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ein anderes Problem aus diesem Juni 2000, was auch mit der Abschaltung der Quelle zusammenhängt: die Bestreitung des Lebensunterhaltes. Es ist ja allgemein klar, dass eine Quelle nicht hauptsächlich von den Zuwendungen des Verfassungsschutzes leben soll. Sie haben in diesem

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

Schreiben - Abteilungsleiter V an Staatssekretär Lancelle, 19.06.2000 - auch dazu etwas ausgeführt. Ich zitiere eine kurze Passage:

„Die Quelle hat bisher regelmäßige monatliche Zuwendungen erhalten. Sie hat vor einigen Monaten ein kleines Einzelhandelsgeschäft eröffnet und bestreitet z. Zt. bis zum ‚Anlaufen‘ des Geschäftes einen erheblichen Teil des Lebensunterhaltes aus der Zuwendung. Ggf. werden die Zahlungen an die Quelle zu reduzieren sein.“⁵

Ende dieses Zitates.

Dann möchte ich Ihnen in diesem Zusammenhang noch einen weiteren Vorhalt machen. Das ist ein Treffvermerk Verfassungsschutz Brandenburg, Unterzeichner G., 30.06.00, aus der Datei 2000 43-226. Ich zitiere:

„Mit der Quelle im Fall ‚Piatto‘ wurde am 30.06.2000 in einem Restaurant in Großbeeren in der Zeit von ca. 12.00 bis ca. 13.30 Uhr ein Treff durchgeführt, an dem auch V/4.1 teilnahm.

Die Quelle unterzeichnete die in der Anlage beigefügte Beendigungserklärung.

[...] Die Quelle wurde gebeten, Überlegungen dahingehend anzustellen, wie sie gedenke, künftig ihren Lebensunterhalt sicherzustellen.“

Ende des Zitates. - Finden Sie das nicht fast so ein bisschen zynisch, dass der Quelle bei der Beendigungserklärung gesagt wird, sie solle sich jetzt mal überlegen, wie sie fürderhin ihren Lebensunterhalt bestreitet, nachdem sie vorher offiziell ihren Lebensunterhalt offensichtlich nur durch den Verfassungsschutz bestritten hat?

Zeuge Heiner Wegesin: Na ja, ob das zynisch ist oder nicht, das mag man sicherlich unterschiedlich bewerten, oder ob das die übliche, na ja, Fürsorge ist, die ein Quellenführer seiner Quelle zukommen lässt nach dem Motto - ich sage es jetzt mal ein bisschen märkisch -: Mach dir mal einen Kopf, was da zukünftig sein soll. Hast du dazu eine Idee? Vielleicht können wir dir ja auch irgendeine Unterstützung, ein Incentive, einen Anfangsimpuls geben. Denk da bitte drüber nach.

Es ist in der Tat - - Oder sagen wir so: Es kann ambivalent beurteilt werden - das gebe ich durchaus zu -, dass man einer Quelle, die aus der Strafhaft kommt, erst mal quasi einen Schub gibt, um überhaupt auf die Füße zu kommen und die dann selbst zu schaffende Einkommensmöglichkeit, um nicht zu sagen, berufliche Existenz ins Laufen zu bringen. Für eine Übergangsphase mag das verantwortbar sein, dass man sagt: Gut, die Zusammenarbeit soll langfristig angelegt sein. Irgendwann soll der mal wirklich mit seinem Lädchen da so viel Geld verdienen, dass das Ausschlussmerkmal, eine Quelle soll nicht ihre Haupteinkünfte und ihren hauptsächlichen Lebensunterhalt

⁵ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: B 4/Herabstufungen/ 53-004-S-530 003-0000-0038_2018 VS NfD_Liste 2, Nr. 30_Piatto-860-1058-S1273-1275-VS nfd-bpwsmd.pdf, Seite 3.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

aus Quelleneinkünften beziehen - - verletzt worden ist. - Das kann man so oder so sehen.

Ich sage es einfach mal so: Wenn man sich zur Zusammenarbeit mit einer solchen Quelle in einer solchen Konstellation - aus der Strafhaft heraus - entschließt, wird es sehr schwer möglich sein, dem zu sagen: So, das Tor hat sich jetzt geöffnet, und was machst du heute Abend? Wie kommst du da einkommensmäßig weiter? - Das ist in der Tat schwierig. Ich halte es noch für vertretbar, wenn klar ist, dass in der Fernperspektive und möglichst schnell diese Quelle finanziell überwiegend auf eigenen Beinen steht. Ich nenne das mal Anschubfinanzierung. Dass man das anders sehen kann bei wirklich hochexakter Anwendung dieses Ausschlusstatbestandes, gebe ich gerne zu.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Letzte Minute.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Noch mal nachgefragt: Aus den beiden zitierten Passagen geht ja hervor, dass die Quelle sozusagen ihren Lebensunterhalt überwiegend oder sogar ausschließlich durch den Verfassungsschutz realisierte. Ihre Aussage, dass es sich um eine „Anschubfinanzierung vorübergehender Art“ handelt, bis dann der Lebensunterhalt durch einen Rechte-Szene-Laden bestritten werden kann, die finde ich auch ein bisschen makaber, möchte ich mal sagen. Vielleicht könnten Sie sich dazu noch mal äußern.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja, dazu kann ich mich äußern. Da komme ich auf meine Anfangsausführungen zurück, dass die Führung eines Rechte-Szene-Ladens natürlich auch ein Risiko in sich birgt. Auf der anderen Seite: Solange wir als informationelles Wasserloch, wo alle schlimmen Tiere hinkommen und Informationen ausgetauscht werden - - Das ist ein Modus Operandi. Ich sprach eben von den netten Weinlokalen in manchen Szene-Schwerpunkten der linksextremen terroristischen Szene. Das kann man beckmesserisch sehen oder nicht sehen: Das ist immer mal so gemacht worden.

Nun ist es bei Szczepanski so, dass die Zusammenarbeit zu Ende war, als er noch von dieser - ich bleibe bei diesem Begriff - Anschubalimentation überwiegend oder weitgehend lebte. Ich meinte, damals gehört zu haben: Jawohl, das läuft allmählich an mit dem Laden. - Das weiß ich aber nicht. Das ist ja rein episodisch zu sehen.

Ich halte es, wie gesagt, auch für vertretbar - ich hatte ja das Beispiel aus anderen Szenen gebracht -, dass das - die Führung eines solchen Einzelhandelsgeschäfts -, wenn das nicht rechtswidrig ist, in der Tat auch mal zur Legendierung einer Person zählt. Ich gebe zu, das ist ambivalent, wie vieles andere. Sicherlich haben wir da unterschiedliche Begriffe auch von Zynik. Bei mir ist es noch nicht im roten Bereich. Aber, wie gesagt, das kann man sehr legitim auch anders sehen. Das räume ich gerne ein.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Gut. Dann gehen wir in die nächste Runde. - Fragebedarf bei der SPD-Fraktion?

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Frau Nonnemacher, ich muss mich Ihnen anschließen: Ich halte das wirklich für zynisch und makaber, hier so zu tun, als wäre der Verfassungsschutz aus moralischer Verpflichtung dazu übergegangen, Herrn Szczepanski einen Rechte-Szene-Laden anzuschieben, aus dem er dann zukünftig seine Existenz absichern soll, und dann gleichzeitig auch von einem „Wasserloch“ zu sprechen. Mit Verlaub: Das irritiert mich massiv.

Ich habe aber noch mal eine kleine Nachfrage zu einer Aussage vorhin von Ihnen, die hat mich auch etwas irritiert. Sie sagten, „Piatto“ stand vor der Tür und sagte, der „Spiegel“ hätte bei ihm angerufen.

Zeuge Heiner Wegesin: So erinnere ich das.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Können Sie dazu noch mehr Ausführungen machen?

Zeuge Heiner Wegesin: Ich habe das in der Akte nicht gefunden, obwohl ich dachte, ich finde es. Es ist meine Erinnerung, dass ich unterrichtet wurde, dass morgens - ich glaube, als er in den Laden gehen wollte; auf jeden Fall morgens - ein Redakteur des „Spiegel“ - ich glaube, es war Herr Berg, aber es ist ja letztendlich egal - Herrn Szczepanski angesprochen habe und gesagt habe: „Herr Szczepanski, Sie sind doch V-Mann des brandenburgischen Verfassungsschutzes. Wollen Sie uns etwas dazu sagen?“, dass daraufhin Herr Szczepanski seinen V-Mann-Führer angerufen hat, ziemlich, na ja, entsetzt bis, ich weiß nicht, panisch - ich kann es nicht sagen - - und das ist natürlich ein gravierendes Vorkommnis - - und dass ich dann sofort über den Referatsleiter Beschaffung unterrichtet worden bin. - Das ist meine Erinnerung.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, dazu habe ich bis jetzt auch noch nichts in den Akten finden können. Ich reagiere deswegen so irritiert, weil es völlig im Widerspruch zu einer Aussage von Herrn Lancelle steht. Der sagte, die Abschaltung wäre begründet gewesen auf einen Anruf eines „Spiegel“-Autors im Verfassungsschutz.

Zeuge Heiner Wegesin: Dann mögen wir unterschiedliche Interessenlagen haben. Ich weiß aber selbst aus - - Ob das in dem Fall so gewesen ist, weiß ich nicht. Ich weiß aber aus Erfahrung in der Tat, dass Presseorgane - ich weiß auch, dass es beim „Spiegel“ der Fall ist; ich kenne es aber auch aus anderen Befassungen -, wenn sie etwas berichten, natürlich auch die Behörde fragen: „Wollen Sie das bestätigen oder nicht bestätigen?“, oder: „Was sagen Sie dazu?“. Das ist doch gängige publizistische Praxis. Wie sich die Behörde dann einlässt, weiß ich nicht.

Ich erinnere mich an einen solchen Anruf des „Spiegel“ nicht. Es mag ihn gegeben haben. Der wäre dann wahrscheinlich aufgeschlagen beim damaligen Pressesprecher des Ministeriums. Den müsste man befragen, den gibt es ja noch; also nicht mehr in seiner gegenwärtigen Eigenschaft, aber als Person habe ich ihn hier schon durchaus gesehen. Das mag so sein.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

Mein Unterrichtsstrang - daran habe ich eigentlich eine relativ gefestigte Erinnerung - ist der über den Anruf Szczepanski beim V-Mann-Führer und dann den Dienstweg hoch zu mir.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was meinten Sie gerade mit „unterschiedlichen Interessenlagen“? Als ich Ihnen vorhielt, dass Herr Lancelle eine andere Aussage dazu gemacht hat, sagten Sie, das beruhe auf unterschiedlichen Interessen.

Zeuge Heiner Wegesin: Dann habe ich mich falsch ausgedrückt. Es kann sein, dass es einen solchen Anruf gegeben hat; das mag sein. Meine Unterrichtung über die Konfrontation oder die Enttarnung von Herrn Szczepanski ist so, dass wir davon Kenntnis hatten - nicht aus dem Ministerium durch den Anruf eines Pressevertreters, der diesen Vorhalt machte, sondern durch die direkte Ansprache des Journalisten an Szczepanski - und Szczepanski dann sagte: Liebe Leute, ich bin hier von einem Pressevertreter angesprochen worden. Die wissen, dass ich für euch arbeite. - Das ist meine Unterrichtung damals.

Ich möchte das andere nicht ausschließen. Das kann auch überlagernd gewesen sein. Ich kann Ihnen nur meine Wahrnehmung über den Indiskretionssachverhalt berichten.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Genau, um Ihre eigene Wahrnehmung geht noch mal meine nächste Frage. Sie hatten vorhin auf meinen, ich nenne es mal, Vorwurf, dass hier in Brandenburg vielleicht das Trennungsgebot nicht eingehalten worden ist durch eine wie auch immer begründete Offenlegung eines V-Manns gegenüber der Polizei, sehr emotional reagiert und mir vorgeworfen, -

Zeuge Heiner Wegesin: Das möchte ich zurückweisen. Aber wir wollen uns hier nicht weiter streiten.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): - dass das „typisch Brandenburg“ wäre. Dazu hätte ich gerne noch mal Ihre Ausführungen: Was war denn daran typisch Brandenburg im Gegensatz zum Arbeiten anderer Bundesländer?

Zeuge Heiner Wegesin: Der Umgang der Behörden damals - ich denke, das hat sich hinterher etwas verändert; ich hoffe, Sie werden das nicht als Verschlechterung darstellen wollen - war ein sehr schwieriger, war ein manchmal konfrontativer, ein Nebeneinander. Das entsprach nicht meiner Kooperationserfahrung, die ich in Bundesbehörden oder auch als Vertreter von Bundesbehörden mit anderen Bundesländern - - Ich sagte Ihnen ja, dass ich eine Außenstelle einer Bundesbehörde geleitet habe, die dann mit den Behörden eines benachbarten Bundeslandes zusammenzuarbeiten hatte. Das empfand ich als nicht sehr gut, das muss ich sagen, nicht nur weil es in der Regel - - der Verfassungsschutz sozusagen der Aufgespießte war. Damit muss man leben: dass die Arbeit kritisch gesehen wird, gerade in den Kontexten eines neuen Bundeslandes. Das möchte ich nicht sagen. Aber es war häufig sehr konfrontativ, und ich musste schon daran arbeiten, dass meine Mitarbeiter nicht das Gefühl hatten, hier in Brandenburg herrscht das Prinzip „Hau den V-Mann“ und die Arbeit des Verfassungsschutzes, die in der Tat nicht unproblematisch ist - ich will

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

Ihnen ja gar nicht ausweichen -, werde [nicht] angemessen gewürdigt. Das wollte ich damit zum Ausdruck bringen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Da hatte ich Sie vorhin vielleicht - -

Zeuge Heiner Wegesin: Dass da vielleicht etwas Engagement bei ist, werden Sie mir nachsehen. Ich habe meinen Beruf gern gemacht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Ich hatte Sie vorhin aber ganz anders verstanden. Ich hatte vorhin verstanden, dass Sie meinen Vorwurf, dass hier der Verfassungsschutz der Polizei gegenüber - ich will es jetzt bitte - - in Richtung Geheimnisverrat - - warum, aus Versehen oder vorsätzlich, begangen hat - - dass mein Vorwurf typisch Brandenburg wäre.

Zeuge Heiner Wegesin: Nein, nein. Das möchte ich so nicht sehen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. Das ist ja gut, dass wir das noch mal klären.

Zeuge Heiner Wegesin: Gut, dann haben wir das geklärt. Falls ich mich da missverständlich ausgedrückt haben sollte, bitte ich, das wirklich zu entschuldigen. Das wollte ich nicht gesagt haben. Meine Absicht war nur - - Abschließende Anmerkung zu diesem ursprünglich vorgehaltenen Schreiben: Es ist durchaus möglich, dass der Verfassungsschutz - mit welcher Zielrichtung auch immer - eine Quelle, die er führt, namentlich erwähnt, auch im externen Schriftverkehr, solange er davon ausgeht, dass dadurch nicht die Gefahr gesteigert wird, dass die Quelle dekonspiriert wird. Das gibt es.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Danke schön. - Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ich freue mich, dass meine Ermahnung zur Sachlichkeit doch auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Vielen Dank. - Ich frage bei der CDU-Fraktion. - Kein weiterer Fragebedarf. - Bei der Fraktion der Linken? - Herr Dr. Schöneburg, bitte.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja, ich habe noch ein paar kleine Fragen, aber nur zu einem Komplex - und diesmal nicht in konfrontativer Auseinandersetzung mit Ihnen oder in einem rechtlichen Disput, sondern ich brauche Sie jetzt mal als wirklichen Verfassungsschützer, Geheimdienstler-Profi bei einer Textanalyse.

Es geht noch mal um die Waffenproblematik, um die Waffengeschäfte, die gelaufen sind, um die Hausdurchsuchungen, wo ja in der Wohnung von dem Menzel eine schussfähige Ceska 52 gefunden wurde, -

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - und das knapp zwei Monate vor dem ersten NSU-Mord, bei dem eine Ceska 83 verwendet worden ist.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Wenn man die Hintergründe liest, die Szczepanski berichtet hat, dann ist es so gewesen, dass Menzel die Pistole sich im Mai/Juni 2000 besorgt hat und nicht, wie er es im Gerichtsverfahren gesagt hat, wo er jemanden gedeckt hat, der schon gestorben - - also wo er zur Deckung jemanden benannt hat, der schon verstorben war - - Wenn man das jetzt als Hintergrundwissen hat, dann will ich Sie konfrontieren mit einer - - oder Ihnen einen Ausschnitt aus einer TKÜ vorhalten, die mit in der G-10-Maßnahme sozusagen absolviert worden ist. Den mitgeschnittenen Text wird mein Mitarbeiter Ihnen jetzt noch mal vorlegen, und ich werde ihn verlesen.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja, gerne.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt.)

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Es geht um ein Telefonat zwischen Ralf L. und dem Menzel:

„Ralf teilt mit, dass das alte Angebot nicht mehr stehe. ‚Er‘ [...] wolle nachfragen und sich melden, wenn er die Preise habe. - XM meint, Angeln [...] seien zurzeit teuer. Je nach Preis werde XM entweder eine oder zwei kaufen.

[...]

XM: Die andere Sache ist momentan das Problem. Ich habe das ganz unter der Hand angesprochen. Die, die dafür in Frage kommen, sind momentan, haben so ein paar Sachen offen, richtig wilde Sachen, und denen ist es im Moment zu heiss.“⁶

Zitat Ende. - Wir sitzen ja hier im NSU-Untersuchungsausschuss, und dieser Telefonmitschnitt datiert vom 29. Juni 2000. Wir wissen - das wissen Sie sogar besser als wir -, dass es enge Beziehungen der „Blood & Honour“-Szenen Brandenburg und Chemnitz, also Sachsen, gab.

Wäre hier nicht zu vermuten oder sozusagen eine Spur - jetzt wirklich im Nachhinein, Ihr Interpretationswissen oder Ihre Interpretationsfähigkeit nachgefragt -, dass das ein Hinweis sein könnte auf das NSU-Trio, das gerade schon die ersten EDEKA-Überfälle absolviert hatte in Chemnitz? Ist eine heikle These, ist gewagt, ist aber nicht ganz - -

Zeuge Heiner Wegesin: Ja, ist - -

⁶ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BB-14/b Band I, Blatt 65.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Und „Angeln“ steht, wenn man sich die gesamten TKÜ-Komplexe anguckt, für Waffen.

Zeuge Heiner Wegesin: Angeln steht für Schusswaffen, das ist richtig. Das ist einer der gebräuchlichen Aliud-Begriffe gewesen.

(Der Zeuge überlegt.)

Das wirft natürlich Fragen auf, in der Tat. Tja, solange man im Rahmen des Strafverfahrens nicht - - Also, ich habe das natürlich nur publizistisch verfolgt, dass dieses Trio Mundlos, Zschäpe pp. andere mit Schusswaffen versorgt hat, mit Schusswaffen gehandelt wurde. Ist hier in der Tat - - Also, ich muss sagen: Sie sehen mich nicht in der Lage, da eine Spekulation - - oder Anhaltspunkte daraus zu entnehmen, dass es da in der Tat diese Verbindung und logistische Anhaltspunkte gegeben hat, weil: Wo kam das her? Wir wissen durchaus, dass in der rechtsextremen Szene - deswegen hat uns das ja nun auch etwas umgetrieben - die Möglichkeit bestand, Waffen zu besorgen. Wo die herkamen, ist eine zweite Frage. Sie haben eben auch auf eine gleiche Herstellermarke Ceska, diesen tschechischen Fabrikanten, hingewiesen. Das war ein Waffenfabrikat, was damals sehr leicht zu bekommen war und häufig auch gehandelt wurde.

Dass das auf eine gleiche Herkunftsquelle oder auf eine Parallelität oder ein Überlappen von logistischen Strukturen, in die möglicherweise auch der NSU eingebunden war, hinweist, die Frage stellt sich sicherlich. Aber ich habe dazu keinerlei Anhaltspunkte.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber es ist eine sehr ernsthafte Frage, die man sich stellen muss, wenn man es jetzt, im Nachhinein, liest. Dass es im Strafverfahren nicht dazu gekommen ist, ist schon völlig klar. Das Strafverfahren hat nicht die Hintermänner ausfindig machen wollen.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Also, das ist ein starkes Indiz oder ein Indiz, in die Richtung zu denken.

Zeuge Heiner Wegesin: Die Frage stellt sich.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Heiner Wegesin: Das ist evident. Ob es ein starkes Indiz sei, da wäre ich in meiner persönlichen Bewertung - aber, wie gesagt, das ist meine persönlich-subjektive Bewertung - etwas zurückhaltender, zumal - das ist jetzt auch eigentlich Pressewissen - ich glaube, dass zumindest die Akquisitionsstrukturen des NSU bei der Besorgung der Schusswaffen, die in ihrem Besitz waren und die zur Verübung dieser fürchterlichen Straftaten zum Teil auch eingesetzt wurden, nicht so waren, dass man da permanente Umschlagstrukturen hatte, sondern die haben ja schon ganz schön

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

gerädelt, um an die Waffen zu kommen, die sie dann fürchterlicherweise bekommen haben.

Ich weiß es nicht, aber die Frage stellt sich; das möchte ich gerne zugeben.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Gut. - Ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Dann frage ich Herrn Galau. - Nein. - Frau Nonnemacher?

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja. - Herr Wegesin, ich würde gerne jetzt noch mal zu einem anderen Thema kommen. In die Zeit, als Sie Leiter der Verfassungsschutzbehörde waren, fällt ja auch, sagen wir mal, der zweite V-Mann-Skandal mit Toni S.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich würde Ihnen gerne einen Vorhalt zitieren aus dem Urteil des Landgerichts Berlin gegen V-Mann Toni S. vom 11.11.2002, Ordner B 5, Seite 74⁷. Ich zitiere:

„Die Kammer hat das - aus ihrer Sicht unverantwortliche und nicht nachvollziehbare - Verhalten des LfV in ganz erheblichem Umfang strafmildernd bewertet. Der Angeklagte hat die Taten, die schwerwiegen, jeweils mit Wissen und Billigung des LfV begangen und ist hierfür auch noch belohnt worden. Statt - nachdem spätestens am 31. Januar 2001 die an der Herstellung und dem Vertrieb der ersten Auflage der CD ‚Noten des Hasses‘ beteiligten Personen bekannt waren - die tatsächliche Verbreitung der CD zu unterbinden, förderte das LfV sogar noch die Vorbereitungen zu ihrer zweiten Auflage. Der Angeklagte durfte sich hierdurch sicher fühlen, zumal ihm von seinem V-Mann-Führer wiederholt zugesichert wurde, dass ihm nichts geschehen könne. Schließlich erst die Zusicherung des LfV, dass sein Warenlager in Cottbus ‚absolut sicher‘ sei, veranlasste den Angeklagten zu einem Handel mit Tonträgern, Videos, Büchern und Bekleidungsstücken mit rechtsextremistischen Aufdrucken in einem der Kammer bislang nicht bekannt gewordenen Umfang.“

Ende des Zitates. - Wie ordnen Sie das ein? Das Landgericht Berlin sagt praktisch, der Brandenburger Verfassungsschutz hat sich wie eine kriminelle Vereinigung verhalten.

Zeuge Heiner Wegesin: Sie bekommen von mir dazu eine Antwort in der Sache; ich stelle allein zur Frage, ob das zum Untersuchungsgegenstand dieses Ausschusses gehört.

⁷ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die korrekte Fundstelle lautet: B 5, Vorinhaltsverzeichnis digital.pdf, Seite 78 f.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

(Vertreter der Landesregierung: Ja!)

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja, natürlich.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ja, ich glaube schon.

Zeuge Heiner Wegesin: Gut. Dann antworte ich. Ich wollte es nur wissen. - Es ist in der Tat so, dass wir da schlecht gearbeitet haben, indem ein Handel mit Tonträgern zugelassen wurde. Das sehe ich schon als einen der Fehler meiner Amtszeit an, überhaupt in diese Szene irgendwie infrastrukturell und in Handelsstrukturen einzusteigen. Wir gingen damals davon aus - - Das hat in dem Urteil überhaupt keinen Niederschlag gefunden, das haben wir aber nun umfangreich vorgetragen. Insofern gehörte es zur Redlichkeit, sich auch die Bewertungen der Parlamentarischen Kontrollkommission, der wir ausführlich dazu vorgetragen haben seinerzeit - das ist allerdings wohl öffentlich nicht zugänglich -, zu eigen zu machen, die schon auch ein etwas anderes Bild zeichnen, weil wir versucht haben, zum Teil mit ganz erheblichem Erfolg, Exekutivmaßnahmen bei dem Vertrieb dieser Tonträger auszuführen, die dazu geführt haben, dass sie zu einem ganz erheblichen Teil einkassiert wurden und Vertriebsstrukturen offengelegt wurden, die dann anschließend in Strafverfahren abgearbeitet wurden. Dass es in der Tat Stadler gelungen war - und auch durch eine unglückliche Quellenführung -, eine Vertriebsstruktur aufzubauen, die es besser nicht gegeben hätte, da will ich gar nicht drumrum reden.

Ich darf allerdings sagen - das haben wir damals sehr ausführlich gesagt -, dass dieses Gericht nun wirklich einen Tunnelblick hatte. Ich habe mich damals selbst, persönlich als Zeuge anboten. Das war nicht gut; aber es hatte zumindest auch eine andere Kehrseite, und die findet sich in dem Urteil überhaupt nicht wieder. Das hat damals, wie Sie wissen, eher durch das Handeln der Staatsanwaltschaft - das Gericht hat den Sachverhalt abgeurteilt; ich will ja auch keine Gerichtsschelte betreiben - bis hin zu erheblichen politischen Friktionen auf der politischen Ebene geführt, weil nämlich die Seite dessen bei Fehlern, die passiert sind, die wir vorgetragen haben, überhaupt nicht gewürdigt ist. Insofern halte ich das für eine einseitige Sachverhaltswürdigung und verweise insoweit auf die seinerzeitige Würdigung der Parlamentarischen Kontrollkommission, der wir in monatelangen Sitzungen unter Gewährung vollständiger Akteneinsicht in unsere Akten dazu vorgetragen haben. Die Bewertung ist eine nachhaltige andere, und die ist mir wichtig.

Ich bin nicht stolz darauf, was uns bei Stadler danebengegangen ist. Das ist kein Ruhmesblatt. Aber das hat auch noch eine andere Seite. Das ist ja hier nun in der Tat ein Obiter Dictum, wo das Gericht mal richtig schimpfen wollte. Das mögen sie so machen. Wie gesagt, ich mache mir da Fehler durchaus zu eigen. Die Gesamtwürdigung, die vielleicht hier quasi als unwidersprochenes Schlusswort und auch im Zusammenhang mit der Tätigkeit Szczepanskis - Stichwort Szeneladen - eine Rolle spielen mag: Sie werden verstehen, dass ich das bis zum heutigen Tag anders sehe als Sie.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Also, mit dem Schlusswort kann ich mich nicht ganz einverstanden erklären, da ich noch weiter fragen wollte.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

Zeuge Heiner Wegesin: Gerne. Fragen Sie! Ich habe den ganzen Tag Zeit.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ja, wunderbar. - Hat die Verfassungsschutzbehörde Brandenburg die strafrechtlichen Ermittlungen gegen den V-Mann Toni S. und seinen V-Mann-Führer Dirk B. vollumfänglich unterstützt, und wie hat diese Unterstützung gegebenenfalls ausgesehen?

Zeuge Heiner Wegesin: Also, das Strafverfahren ist ohne jede Beteiligung der Verfassungsschutzbehörde gelaufen - ohne jede Beteiligung. Was ich damals sehr - - Was wir hätten sagen können, ist eine zweite Sache im Hinblick auf die Restriktionen, die wir durch Geheimhaltungsstufen - - etwas anderes haben. Aber die Tatsache ist, dass ohne die Einbindung der brandenburgischen Polizeibehörden die Strafmaßnahmen aufgrund anderer Hinweislagen durch die Strafverfolgungsbehörden des Landes Berlin durchgeführt worden sind und zu keinem Zeitpunkt - zu keinem Zeitpunkt! - die Ermittlungsbehörden des Landes Brandenburg, weder die Polizeibehörden noch die Verfassungsschutzbehörde, in den Stand versetzt worden sind, auf die Ausgangs- - ich rede jetzt nur über das Strafverfahren gegen Toni S. -, ihre Informationen und ihre Sicht der Dinge einzubringen. Das sorgt aus meiner Sicht für eine gewisse Einseitigkeit des Urteilspruchs bis zum heutigen Tage - ohne schlimme Pannen wegbügeln zu wollen; die hat es gegeben. Aber so, wie die Würdigung des Gerichts ist, sehe ich das anders.

Letzte Anmerkung: Hinsichtlich des Mitarbeiters des Verfassungsschutzes, der zum Schluss - da hat es ja mehrere V-Mann-Führer-Wechsel gegeben - und gerade zu dem Zeitpunkt, als die Sachen kulminierten, Herrn S. führte, ist das Strafverfahren ja abgetrennt worden, nach Cottbus abgegeben worden und dort durchgeführt worden. Dort haben wir umfänglich kooperiert. Ich habe allein - - Wir haben Akten zur Verfügung gestellt, und ich habe auch als Zeuge Tage zugebracht, meine Zeugenaussage gegenüber der Staatsanwaltschaft Cottbus durchzuführen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Das Landgericht Berlin hat ja dem Verfassungsschutz Brandenburg - -

(Abgeordnete Johlige [DIE LINKE] meldet sich zu Wort.)

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Ich wollte die Frage erst noch abwarten, Frau Nonnemacher. Also, der Beweisbeschluss B 156 - das stützt jetzt Ihr Vorgehen - umfasst den gesamten Untersuchungsgegenstand. Aber es steht eben auch drin: Insbesondere geht es um Anwerbung und Führung von Carsten Szczepanski. - Davon, von dem Kern, entfernen wir uns jetzt doch etwas. Darauf wollte ich nur hinweisen. Ich weiß nicht, ob Frau Johlige das auch so sieht.

Abgeordnete Johlige (DIE LINKE): Na ja, es geht ein bisschen in die gleiche Richtung. Wir haben mit unserem Beweisbeschluss gesagt: Wir reden heute hier über Szczepanski. - Weder der Zeuge noch alle anderen Fraktionen sind irgendwie auf Toni Stadler, der später im Untersuchungsausschuss behandelt wird, vorbereitet. Ich halte das für schwierig, weil wir natürlich dem Zeugen sozusagen nicht die Chance gegeben

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

haben, sich darauf direkt vorzubereiten. Und ich würde da einfach mal fragen wollen, ob das jetzt das richtige Vorgehen ist. Weil das kann natürlich auch dazu führen, dass wir uns, weil bestimmte Akten vielleicht noch nicht da sind - ich habe derzeit keinen Überblick über den Komplex -, möglicherweise jetzt schon Sachen vergeben, die wir eigentlich erst später im Untersuchungsausschuss intensiv aufarbeiten wollen.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Das deckt sich mit meiner Intention. - Frau Nonnemacher.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Das ist immer eine taktische Frage, wann man welchen Zeugen noch mal vorlädt. Herr Wegesin ist heute zum zweiten Mal hier, und wir haben weitere Fragen vorbereitet zum Komplex Toni S. Wir haben auch weitere Dinge, die noch mal in „NaBe“ reinspielen. Ich möchte sagen, wir haben hier Dinge, die bei der ersten Vernehmung von Herrn Wegesin noch eingestuft waren, Material, was inzwischen hier vorgehalten werden kann.

Wenn wir uns jetzt drauf einigen, dass wir Herrn Wegesin ein drittes Mal vorladen, dann soll's mir recht sein, dann unterbreche ich jetzt. Aber ich finde, unser Untersuchungsauftrag ist die Arbeit der Sicherheitsbehörden in der Zeit, und da gehört sowohl Toni S. dazu, da gehören auch weitere Betrachtungen zu „NaBe“ dazu. Ich habe da noch eine ganze Menge Fragen an Herrn Wegesin. Aber wir können das gerne gesondert behandeln und jetzt gucken, ob wir vielleicht noch was zum Mittag kriegen. Das ist mir auch recht.

Zeuge Heiner Wegesin: Also, wenn Sie weiter so gehen, dann werde ich in meiner kurz bevorstehenden Pension dafür sorgen, dass die Ladungsfähigkeit des Zeugen gefährdet sein könnte.

(Heiterkeit)

Aber nein, beiseite: Ich komme natürlich selbstverständlich gern ein drittes Mal. Selbstverständlich.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Gut, dann würde ich diesen Vorschlag gern aufgreifen und damit zu dem zurückkehren, worum es heute eigentlich gehen sollte, nämlich dem Thema Carsten Szczepanski. Ich frage in die Runde: Gibt es weiteren Fragebedarf bei der SPD-Fraktion? - Bei der CDU? - Bei den Linken? - Ich sehe keinen weiteren Fragebedarf. Das, was Frau Nonnemacher noch in petto hat, werden wir dann vermutlich bei einem weiteren Termin, auf den ich Sie damit schon vorbereiten möchte, klären.

Mir bleibt die Frage nach einer notwendigen Vereidigung des Zeugen. Ich halte das nicht für notwendig. Widerspricht jemand? - Das ist nicht der Fall. Dann wird darauf verzichtet. Ich bedanke mich für heute, Herr Wegesin, -

Zeuge Heiner Wegesin: Nichts zu danken.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): - und wünsche Ihnen noch einen schönen Tag.

Untersuchungsausschuss 6/1
26. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

04.05.2018
Stenogr. Dienst/jen

Zeuge Heiner Wegesin: Danke schön.

Vorsitzender Rupprecht (SPD): Wir unterbrechen die Sitzung für eine Dreiviertelstunde für eine Mittagspause und setzen dann mit dem dritten - und für heute letzten - Zeugen fort.

(Unterbrechung von 14.22 bis 15.05 Uhr)

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

(Wiederbeginn des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Öffentlich: 15.10 Uhr)



Vernehmung des Zeugen Heiner Wegesin

Ich begrüße Herrn Wegesin. Herzlich willkommen hier erneut im Untersuchungsausschuss! Danke, dass Sie so lange zugewartet haben. Ich bitte um Entschuldigung für den Verzug, den wir heute durchaus haben, Herr Wegesin. Deswegen will ich hier gar nicht noch länger zuwarten, sondern beginne gleich mit der Belehrung.

Als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuss unterliegen Sie der Wahrheitspflicht. Das heißt, die von Ihnen gemachten Angaben müssen vollständig sein und der Wahrheit entsprechen. Sie dürfen weder falsche Angaben machen noch wesentliche Umstände, die mit dem Beweisthema in Zusammenhang stehen, verschweigen. Sofern Sie an bestimmte Dinge keine Erinnerung mehr haben, müssen Sie auch dies deutlich zum Ausdruck bringen. Der Untersuchungsausschuss ist nach § 22 Untersuchungsausschussgesetz grundsätzlich berechtigt, einen Zeugen am Ende seiner Aussage zu vereidigen. Über eine Vereidigung Ihrer Person wird insoweit noch zu befinden sein.

Falsche Aussagen vor dem Untersuchungsausschuss sind strafbewehrt. Dabei kommt es nicht darauf an, ob Sie Ihre Aussage beeidigen oder nicht. Falsche uneidliche Aussagen sind nach § 153 Strafgesetzbuch strafbedroht und werden mit Freiheitsstrafe zwischen drei Monaten und fünf Jahren sanktioniert. Im Falle der Annahme einer Strafbarkeit eines Meineides wird der Strafraum des § 154 Strafgesetzbuch, der eine Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr vorsieht, Anwendung finden.

Neben dem Hinweis auf Ihre Pflichten obliegt es mir, Ihnen auch Ihre Rechte darzulegen: Gemäß § 19 Untersuchungsausschussgesetz sind Sie berechtigt, die Auskunft auf solche Fragen zu verweigern, deren Beantwortung Ihnen selbst oder einem der in § 52 Abs. 1 StPO bezeichneten Angehörigen die Gefahr zuziehen würde, wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit verfolgt zu werden. - So weit die Belehrung, Herr Wegesin.

Wir müssen hier nicht noch mal mit Vornamen und Zunamen und beruflichem Werdegang starten; das hatten wir ja hier in diesem Ausschuss, was Ihre Person betrifft, bereits gehört. Deswegen starten wir gleich mit der Befragung durch die Fraktionen. Wir beginnen bei der SPD-Fraktion. Frau Gossmann-Reetz, bitte schön.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Schönen guten Tag, Herr Wegesin. Herzlich willkommen zurück! - Wir wollen heute schwerpunktmäßig den Komplex Stadler, also

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

den V-Mann Stadler, mit Ihnen besprechen. Dazu die Frage: Haben Sie sich darauf noch mal vorbereitet mit Akteneinsicht für heute?

Zeuge Heiner Wegesin: Frau Gossmann-Reetz, ich habe keine Akteneinsicht genommen, einfach - ich will das gar nicht auf andere schieben - weil mir das nicht ausdrücklich angeboten worden ist. Ich meine, recht gute Erinnerungen an diesen Sachverhalt zu haben, auch wenn das sehr lange her ist. Ich weiß auch gar nicht, ob das gegangen wäre. Ich bin seit 31.07. dieses Jahres in Pension und bin auch nicht mal mehr zum Zugang zu Verschlussachen ermächtigt; aber ich will mich jetzt gar nicht auf verschlussachenrechtliche oder sonstige Dinge zurückziehen. Sie werden sich also weitestgehend auf meine hoffentlich gute und vollständige Erinnerung verlassen müssen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay, dann fangen wir gleich an mit Herrn Stadler. Können Sie sich erinnern, was dazu führte, auf die Idee zu kommen, ihn als V-Mann zu führen?

Zeuge Heiner Wegesin: Ich muss sagen, dass ich damals auf die Gewinnung von Quellen im rechtsextremen Milieu zu dem Zeitpunkt eigentlich keinen großen Einfluss genommen habe, sondern nach meiner Erinnerung - - Ich darf voraus sagen: Der Schwerpunkt meiner beruflichen Tätigkeit lag damals gar nicht so sehr in dem Geschäft, sondern ich hatte zwei Aufgaben, die mich zu einem großen Anteil dann beansprucht haben - das soll kein Herausreden sein, was die Verantwortlichkeiten angeht, auch das rechtekstremistische Beschaffungsgeschäft sorgfältig als Behördenleiter zu überwachen -: Ich war zum einen Koordinator für die norddeutschen Flächenländer für das NPD-Verbot - mit erheblichen täglichen Aufgaben, eben mit den Prozessbevollmächtigten vor dem Verfassungsgericht diese Angelegenheit zu betreiben -, und zum Zweiten: Um die Zeit des Nine-Eleven hatte ich den Auftrag von Herrn Minister Schönbohm, alsbald ein vollständiges Lagebild zum Ausländerextremismus vorzulegen.

Das heißt, es ist so gewesen: Die Beschaffung hat Herrn Stadler angesprochen, hat ihn dann auch als V-Mann verpflichtet. Natürlich hat es die üblichen Beteiligungen und die mir zur Unterschrift und zur Genehmigung vorliegende Akte gegeben; das ist völlig klar. Aber meine Aufmerksamkeitsspanne hat sich da gar nicht so drauf erstreckt. Und da ich ein erhebliches Defizit meiner Behörde - und das schließt auch meine Person damals bei der Gewinnung dieses V-Manns überhaupt ein - auch im Lichte der nachträglichen Ereignisse gesehen habe, muss ich einfach sagen: Der wurde angeboten; es hieß, wir haben hier eine gute Möglichkeit, im Bereich der rechtsextremen Musikszene weiter in Vertriebs- und Hierarchiestrukturen hineinzukommen. Und dann habe ich das laufen lassen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay. - Also, wenn ich Sie richtig verstehe, sagen Sie uns, dass Sie dafür eigentlich schon letztendlich die formale Verantwortung hatten, aber Sie sagen, Sie waren gar nicht wirklich involviert, weil Sie mit wichtigen anderen Dingen beschäftigt waren, und die Verantwortung und die Entscheidungsfindung dafür lagen auf anderer Ebene. Verstehe ich Sie so richtig?

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Heiner Wegesin: Ich trage als Behördenleiter, gerade in einer kleinen Behörde, schon die Verantwortung auch für einzelne operative Maßnahmen der V-Mann-Führung und der Beschaffung. Wie gesagt, selbst wenn ich da andere Schwerpunkte hatte, die zu der Zeit im Vordergrund standen, trage ich auch für alle Maßnahmen die Verantwortung. Ob ich im Einzelnen das beeinflusst habe oder habe durchlaufen lassen: Ich möchte mich da auf keinen Fall zulasten meiner Mitarbeiter - „die haben da irgendwas gemacht, und ich habe das halt nicht mitgekriegt“ - entlasten. Das kann man einem Behördenleiter, gerade bei überschaubaren Strukturen - und das waren sie -, nicht durchlassen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber Sie sagten gerade, Sie können sich an den Bereich Stadler sehr gut erinnern. Dann versuchen Sie doch noch mal, nachzuvollziehen: Was führte denn damals dazu, dass Herr Stadler überhaupt als V-Mann in Betracht kam, unabhängig davon, dass er vielleicht ein bisschen Wissen über die Szene hatte? Das hatten ja einige. Aber was machte diesen Menschen - - oder ließ ihn geeignet dafür aussehen, für Sie als V-Mann tätig zu werden?

Zeuge Heiner Wegesin: Meine Erinnerung daran ist - Erinnerung vager Art, bitte -, dass man die Zugangsmöglichkeiten, die Herr Stadler im Bereich der rechtsextremistischen Musikszene, insbesondere der Herstellung und des Vertriebs von Tonträgern, die damals ein großes Dunkelfeld für alle Sicherheitsbehörden waren - - Die Dinger tauchten auf Schulhöfen auf oder wurden in der Szene vertickt, aber: Wer stellt sie her? Wo werden sie gepresst? Wie geht das überhaupt vor sich? Und in diesem Bereich ist Stadler wohl aufgrund seines Vorlaufes mir als jemand geschildert worden, wo es hieß, mit dem können wir da tiefer rein. - Das ist meine abschließende Erinnerung; Details weiß ich weiter nicht.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was ließ denn Menschen dafür auch noch geeignet sein, als V-Mann tätig zu werden - unabhängig von ihrem wirklichen Fach- und Sachwissen in der Szene?

Zeuge Heiner Wegesin: Na ja, denken wir es mal vom Ende her: Ein Verfassungsschutz oder ein Nachrichtendienst trägt auch eine Gewährspflicht dafür, dass die Auswahl, was die Zuverlässigkeit, die Befolgung von Weisungen und die sonstigen Persönlichkeitsmerkmale eines V-Manns angeht - - dass die adäquat sind und dem voraussichtlichen Einsatzgebiet entsprechen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Was heißt „adäquat“?

Zeuge Heiner Wegesin: „Adäquat“ heißt, dass er sich strikt an Weisungen hält, insbesondere wenn er eingesetzt wird, in kriminelle Milieus einzudringen. Dann trägt ein Verfassungsschutz auch eine Ergebnisverantwortung jenseits aller strafrechtlichen oder sonstigen Fragen, wenn Sie wollen, eine politische oder eine Ergebnisverantwortung dafür, dass die Auswahl so erfolgt, dass so was möglichst nicht passiert. Und da sehe ich - da schließe ich auch meine Person ein - den nächsten - wenn Sie so wollen - Fehler, dass man - so wie Herr Stadler sich später dargestellt hat und wie sich die Straftaten manifestiert haben - nicht hinreichend sorgfältig gewesen ist. Es ist offenkundig jemand, der für das Einsatzgebiet, für den Aufgabenkreis,

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

vielleicht aber auch generell als V-Mann nicht geeignet war. Vielleicht wäre er geeignet gewesen, dass man sagt: Na ja, der kann für uns mal ein paar CDs ankaufen, und die nehmen wir dann gern entgegen, weil wir selber das nicht machen und er da was war. - Aber mindestens für weitergehende Aufgaben, wie man sie ihm hinterher halt zugewiesen und zugetraut hat, muss ich nachträglich sagen - und ich sage das als jemand mit insgesamt 23 Jahren Berufserfahrung im Bereich operativer nachrichtendienstlicher Tätigkeiten -: Das war wohl nicht so doll, was wir da an Auswahlorgfalt haben gelten lassen. - Das muss man auch heute, 15 Jahre danach, bei der Verantwortungszumessung mal sagen dürfen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Er wurde ja nun auch relativ lange als V-Mann geführt, zweieinhalb Jahre. Welche Möglichkeiten hätten denn bestanden, wenn Sie sagen: „Hier ist ein Fehler passiert“, rechtzeitig oder früher auf diese Fehler zu reagieren? An welcher Stelle hätte das stattfinden müssen und bei welchen Mitarbeitern?

Zeuge Heiner Wegesin: Also, da gibt es ja zwei Möglichkeiten - oder es gibt mehrere. Die einfachste ist, wenn Sie merken, der Mann ist nicht zuverlässig oder hält sich nicht an Weisungen oder ist nicht - wie man so schön in unserem kruden Jargon sagt - nachrichtenehrlich, also macht Ihnen falsche Angaben - vielleicht, weil er sich da irgendwelche Belohnungen von verspricht und ähnliche Dinge -, ihn halt rauszuwerfen und abzuschalten. Das ist das Weitestgehende.

Das andere ist, dass Sie versuchen, ihn durch andere Maßnahmen irgendwie zu überwachen - sei es, dass Sie eine zweite Quelle in seinem Umfeld haben; das ganze Spektrum nachrichtendienstlicher Mittel: Observation etc. pp. Nur kann ich Ihnen sagen: Bei den bescheidenen Ressourcen, die damals dieser Behörde zur Verfügung standen, wäre eigentlich das wirklich Richtige gewesen, zu sagen - wenn man das gemerkt hat oder hätte; ich glaube, wir haben das ja erst sehr spät gemerkt -: Danke, das war's. Wir trennen uns.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Aber an welcher Stelle muss denn das noch mal stattfinden? Also, ich frage noch mal: Muss der V-Mann-Führer Laut geben und schon eine Art Wink oder Empfehlung aussprechen? Oder ist es der Referatsleiter Beschaffung? Wer muss da wann Laut geben und trägt welche Verantwortung in dem System dafür?

Zeuge Heiner Wegesin: Also, am Ende sozusagen des Feuerwehrschauches steht ja der V-Mann-Führer. Das ist natürlich dann auch eine verantwortungsvolle Tätigkeit, weil zu großen Teilen ist das eben die einzige Kontaktperson, die die Quelle jetzt wirklich trifft. Parallel müssen natürlich die Vorgesetzten im Beschaffungsreferat schauen: Läuft da was falsch? Sind V-Mann-Führer und V-Mann - eine gewisse Nähe stellt sich dann doch vielleicht ein - zu sehr verbandelt? Hat der V-Mann-Führer die kritische Distanz, kann er das sehen?

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Das muss der Referatsleiter feststellen, oder wer?

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Heiner Wegesin: Auch der Referatsleiter.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mhm.

Zeuge Heiner Wegesin: Das ist seine unmittelbare Tätigkeit. Er macht eigentlich nichts anderes als das, als die Fachlichkeit, die Rechtmäßigkeit - - also die Fach- und Dienstaufsicht über die Führung der V-Leute. Das ist schon die erste Leit-, Führungspersönlichkeit, die darauf achten muss. Und da war mein Problem - das kann ich Ihnen sagen - bis ganz zum Schluss, bis ein Jahr bevor ich - - dass ich da niemanden hatte, mit dem ich wirklich zufrieden gewesen wäre oder der meinen Erfahrungen, die ich bei Bundesbehörden habe sammeln können, entsprochen hätte. Das soll insbesondere Herrn Giebler nicht diskreditieren. Er hat sich redlich Mühe gegeben; aber das war nicht so auf Augenhöhe, wie ich das gerne gehabt hätte. Vielleicht hätte das zu einer gewissen Vorsicht beim Einsatz von Quellen führen können. Wenn Sie ein Auto haben, was nur 120 fährt, dürfen Sie nicht davon träumen, 160 zu fahren, sondern halten sich an die Geschwindigkeit. Aber das ist ein weiteres Thema. - Im Wesentlichen obliegt das dann dem Referatsleiter.

Und abschließende Anmerkung: Eine bestimmte Verantwortung hat auch die Auswertung, die die laufenden Angaben der menschlichen Quellen, der V-Leute, daraufhin zu überprüfen hat: „Stimmen die, stimmen die nicht? Sind die zu hinterfragen? Werden wir möglicherweise belogen?“, und die auch zu prüfen hat: Sind denn die Angaben, die wir von dieser Quelle bekommen, so wertvoll, dass es Sinn macht - immerhin kostet das ja auch was -, Ressourcen einzusetzen?

Das war damals alles sehr krude. Ich kann Ihnen sagen, heute sind Meldungsbewertungssysteme installiert - ich sage das mal für die Behörde, für die ich zuletzt gearbeitet habe -, wo halbjährlich genau geguckt wird, Meldung für Meldung nach einem eingehenden System: Lohnt sich das, oder lohnt sich das nicht? - Das wird fast schon betriebswirtschaftlich exakt gemacht. Das war damals alles: Na ja, der bringt uns was. - Das war schon eine recht einfache Art, gemessen an heutigen professionellen Maßstäben des Wirtschaftens.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay, verstehe. Aber dann kommen wir doch mal zurück zu Herrn Stadler. Können Sie sich erinnern, wie die Anwerbung von Herrn Stadler zustande kam und wer die durchgeführt hat?

Zeuge Heiner Wegesin: Die Anwerbung kam ja wohl zustande durch eine Ansprache. Wenn ich mich recht erinnere, ist es ja wohl so gewesen, dass man da ein Wissen ausgenutzt hat, dass Herr Stadler Kraftfahrzeuge führte, ohne eine Fahrerlaubnis gehabt zu haben.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mhm.

Zeuge Heiner Wegesin: Eine aus meiner Sicht heute krass grenzwertige Ausnutzung einer Vorteilslage. Das würde ich heute eigentlich überhaupt nur genehmigen - ungeachtet der Frage, ob sich da eine erste Strafbarkeitsfrage stellt - -

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also, Sie haben es damals genehmigt, weil Sie wussten das vorab.

Zeuge Heiner Wegesin: Nach meinem Wissen wusste ich das eigentlich nicht vorab, sondern bin darauf erst gestoßen, als im Rahmen des Strafprozesses gegen Herrn Stadler dieses als besonders bedenkliches Vorgehen meiner Behörde gewürdigt wurde.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Auf welcher Ebene war denn das alles bekannt? Hat das nur derjenige gemacht, der die Anwerbung durchgeführt hat, oder - -

Zeuge Heiner Wegesin: Ich kann nicht sagen, ob Herr Giebler darüber unterrichtet war. Tatsache ist, dass diese Ansprachen, die Vorbereitung dieser Ansprachen, aber auch die Vorermittlungen hinsichtlich der Person eines möglichen V-Mannes - die sogenannte Forschung und Werbung, wie das so in der Fachsprache heißt - auf der Ebene der Sachbearbeiter, sprich der V-Mann-Führer, im Wesentlichen lag.

Heute - das darf ich Ihnen auch noch sagen - werden Operationspläne geschrieben, seitenlang mit Psychogramm, wo man sich die Dinge anguckt und wo auch angegeben werden muss, mit welchem Motivans, mit welchen Dingen man die Quelle anspricht und was die Motivationslage sei.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Dann erläutern Sie mir - -

Zeuge Heiner Wegesin: Aber das ist das, was wir heute machen. Damals haben die Leute sich die angeguckt, haben gesagt: „Ist halbwegs vielversprechend“, und in der Regel ist dann auch auf der Ebene der Referatsleitung gesagt worden: Ist okay. Meint ihr, ihr könnt den ansprechen? - Dann sind die halt rausgefahren und haben ihres Handwerks gewaltet. Das war damals alles relativ - gemessen gegenüber heute - aus der Lamäng.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Warum bezeichnen Sie das als grenzwertig, was damals passiert ist mit dem Fahren ohne Führerschein?

Zeuge Heiner Wegesin: Na ja, ich sage, schon Ausnutzung einer Lage, wo sehr schnell eine Schieflage herbeigedacht werden kann, die in Richtung einer Erpressung oder einer ähnlichen Geschichte geht. Also, das ist, wissen Sie, die Figur des sogenannten Kompromats, wie man dazu sagt; das heißt, der Ausnutzung eines persönlichen Lebensumstandes, der wirklich als Erpressung oder Bedrohung empfunden werden kann. Da gibt es auch keine fest gezogenen rechtlichen Grenzen. Es ist aber eine sorgfältige Güterabwägung vorzunehmen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Hat das früher öfter stattgefunden beim Verfassungsschutz Brandenburg, bei einem Anwerbeverfahren so mit den Menschen umzugehen?

Zeuge Heiner Wegesin: Das mag im Einzelnen sein. Ich kann Ihnen sagen - generell -, dass das Anspracheverhalten von Verfassungsschutzbehörden - - Es hat

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

da beispielsweise auch mal Gemeinschaftsaktionen der Bundesbehörden und mehrerer Landesbehörden gegeben - zum Beispiel mit den Berliner Landesbehörden -, wo man in die Szene hinausgegangen ist und zum Stichpunkt X den Leuten auf dem Weg zur Arbeitsstelle, auf dem Nachhauseweg oder sonst was aufgelauert hat und das Überraschungsmoment ausgenutzt hat oder durch vorherige Observation geschaut hat: Wo können wir die am besten erwischen? - Das ist schon recht robust gemacht worden. Ich will nicht ausschließen, dass es andere Situationen gegeben hat, die also, was die - sagen wir - Problematik, die ich aufriss im Hinblick auf den Umstand „keine Fahrerlaubnis, fährt aber trotzdem Auto“ - - auszunutzen. Es ging damals sehr robust zur Sache.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Also Sie sagen, das war bundesweit so üblich.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja, ich würde es so sagen. Das war - - Ich habe den Verfassungsschutz Brandenburg da nicht als, sagen wir, besonders krude oder sonst so - - Ich würde mal sagen, da haben wir uns gut im Mainstream bewegt.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wann und warum hat denn da ein Umdenken in der Bundesrepublik stattgefunden bei den Geheimdiensten?

Zeuge Heiner Wegesin: Ob es da ein zentrales Umdenken gegeben hat oder nicht - - Aber es gibt ja heute gesetzliche Regelungen auf der Bundesebene - § 9a des Bundesverfassungsschutzgesetzes -, in denen steht, welche subjektiven Voraussetzungen eine Quelle erfüllen muss oder nicht erfüllen darf im Hinblick auf ihre Vorstrafen, und natürlich gilt auch bei allen diesen Dingen das Verfassungsgebot der Verhältnismäßigkeit, das heißt die Angemessenheit, die Erforderlichkeit einer solchen Maßnahme und die Geeignetheit.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Okay.

Zeuge Heiner Wegesin: Das heißt: Kirche im Dorf lassen.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Mhm.

Zeuge Heiner Wegesin: Und natürlich hat auch ein V-Mann Persönlichkeitsrechte. Das klingt jetzt alles sehr drastisch, aber es ist nicht einfach so, dass Sie mit aller Gewalt eine, sagen wir, erpressungsfähige Information generieren können, und dann hauen Sie die der Person um die Ohren.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Gut. - Herr Wegesin, wer führte denn - -

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Frau Kollegin, wir sind drei Minuten drüber. Insofern schließe ich Ihre erste Fragerunde. Sie haben ja nachher noch Gelegenheit.

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Machen wir.

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Wir gehen zur CDU-Fraktion. Herr Dr. Redmann, bitte schön.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Guten Tag, Herr Wegesin. - Als Sie das letzte Mal hier waren, haben Sie ausgesagt, dass es ein Fehler gewesen sei, „in diese Szene“ - das ist jetzt ein Zitat aus dem Protokoll vom letzten Mal - „irgendwie infrastrukturell und in Handlungsstrukturen“ eingestiegen zu sein. Können Sie diese Einschätzung näher erläutern?

Zeuge Heiner Wegesin: Ja, die kann ich Ihnen gern erläutern. Um in derartige Strukturen einzudringen, kommen Sie fast kaum herum - jetzt sind wir wieder beim Thema „milieubedingte Straftaten“ -, irgendwie eine Quelle zu legitimieren. Sie kommen in eine Vertriebsstruktur nur hinein, wenn Sie sagen: „Ja, ich nehme soundso viel ab“, oder: „Ich werde die los“, oder: „Ich bin daran interessiert, so was zu bekommen.“ Das ist sehr ähnlich wie beispielsweise Scheinankäufe im Drogenbereich durch die Polizei. Wenn Sie sehen, wer dort eingesetzt wird im Hinblick auf die Zuverlässigkeit, die enge Rechtsbindung, die totale Weisungsgebundenheit und auch die Professionalität, dann sehen Sie, dass in diesem Bereich fast nur Undercover Agents, also hauptamtliche Quellen, die eingeschleust werden, da reingebracht werden.

Ich habe nachträglich umfassende berufliche Erfahrung bei der nachrichtendienstlichen Beobachtung derartiger Strukturen sammeln können. Ich war ja Abteilungsleiter für internationalen Terrorismus und organisierte Kriminalität beim Bundesnachrichtendienst eine große Anzahl von Jahren, wo wir solche Dinge machten. Ich sage nur mal ein Beispiel: in Amtshilfe für die Steuerstaatsanwaltschaft Nordrhein-Westfalen Ankauf dieser Liechtenstein-CD für 4 Millionen Euro. Wenn Sie sehen, wie eine solche Planung - nun ist die, bitte schön, nicht zu vergleichen mit der rechtsextremen Tonträgerszene damals - - Aber so etwas tun zu können - - Das ist so komplex - rechtlich, in der Begleitung, in der Quellenführung und auch bei dem Sicherstellen, dass Sie da keine Fehler machen, indem Sie mit Observation und anderen nachrichtendienstlichen Mitteln das wirklich flankieren -, das konnte der Verfassungsschutz Brandenburg damals nicht. Und ich bin der Auffassung - so wie ich hinterher dann doch die professionellen Strukturen international gesehen habe; die Presswerke für diese Dinge waren ja dann zum Teil in der Tschechoslowakei oder in Polen -, da haben wir uns ein bisschen überschätzt. Das ist so, als ob man mit frisch absolviertem Seepferdchen gleich sagt: Und nächste Woche die Kanaldurchquerung! - Vor dem Hintergrund bin ich heute der Auffassung, wir hätten da rausbleiben sollen.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Das ist jetzt aber eine nachträgliche Bewertung, die Sie aufgrund der Erfahrungen, die Sie dann später gesammelt haben, treffen.

Zeuge Heiner Wegesin: Da ist ein Stück postmortaler Klugscheißerei dabei. Das hätte man sich allerdings damals bei sorgfältiger Analyse vielleicht auch denken können. Wir haben damals gesagt: Na ja, das machen wir mal; da ist ein großes Dunkelfeld; da kommen auch die Strafverfolgungsbehörden nicht rein. Wir nehmen nur zur Kenntnis, dass das Zeug irgendwo hergestellt und verbreitet wird; jetzt müssen wir doch mal gucken, dass man vielleicht Presswerke stilllegt oder irgendwie halt

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Vertriebsstrukturen unterbindet, um zur Wurzel des Übels vorzustoßen. - Das ist ein frommer Gedanke, aber das rechtfertigt dann nicht die Pannen, die wir da hinterher hingelegt haben.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Sie haben ja gerade ausgeführt, dass es gar nicht so einfach ist, in diese Strukturen erst mal einzudringen, und dass es deshalb in der Regel von Hauptamtlichen gemacht wird.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Jetzt war es hier in dem Fall kein Hauptamtlicher, sondern eine V-Person. Uns liegt ein Vermerk vom 13.08.2002 vor, der diese Version oder diese Darstellung durchaus bestätigt - der ist also nach der Enttarnung erstellt worden -, in dem es dort heißt:

„Um insbesondere die Netzwerke der Produktion und die Verbreitung einschlägiger Tonträger aufzuklären, musste sich Stadler entsprechend in der Szene positionieren.“¹

Zeuge Heiner Wegesin: Das ist richtig so. Sie kommen an derartige Informationen, wenn Sie sozusagen im Ameisenprinzip das Straßenhändlerniveau, wo jeder mal sagt: „Komm hier, ich kaufe zehn Dinger, und mit einem gewissen Gewinnaufschlag verkaufe ich die weiter“ - - Wenn Sie wirklich in der Vertriebshierarchie höher wollen, dann kommen Sie in alle diese Problematiken rein. Man hat damals gesagt oder gedacht: Das kriegen wir mit Stadler hin. Der ist durch diese berühmte Entscheidung - ein weiteres Fragezeichen dahinter -, eine bestimmte CD, „Noten des Hasses“, vertreiben zu dürfen und ankaufen zu dürfen, vielleicht hinreichend legitimiert - also aus Sicht der höherhierarchischen Vertriebsstrukturen -, jemand, dem man sagen kann: „Jawoll, den machen wir“ - ich sage das mal etwas lapidar - „zum Gebietsverkaufsleiter; der kriegt nicht nur ein paar Dinger, die er dann auf eigene Rechnung verticken kann und verdient dabei ein paar Cent.“

Das ist das Prinzip, wenn Sie versuchen, mit menschlichen Aufklärungsmitteln, mit Quellen, in solche hierarchischen Vertriebs- und Produktionsstrukturen einzusteigen. Und wie gesagt: böses Leihgeld bezahlt. Der Stadler war dafür wohl nicht geeignet - ich glaube, weder intellektuell noch im Hinblick auf seine Zuverlässigkeit und Ehrlichkeit. Das müssen wir uns zurechnen lassen.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ich habe noch gar keine Frage gestellt.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Zeuge Heiner Wegesin: Jetzt habe ich so lange gewartet, jetzt verschwende ich Ihre Zeit. - Ich fasse mich kurz. Sorry.

¹ Anmerkung Stenografischer Dienst: Das Zitat konnte nicht verifiziert werden.

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Nein, nein, nein. Das ging aber genau in die Richtung, in die meine Frage jetzt geht. Und zwar versuchen wir ja auch so ein bisschen, aus diesen Missständen Lehren zu ziehen für unseren Abschlussbericht und dann auch Empfehlungen herauszuarbeiten. Wenn ich das so richtig sehe, wie Sie es beschreiben, dass also bewusst die Entscheidung getroffen wurde, dass der Stadler in diese Vertriebsstrukturen tief eindringen soll, da auch eine führende Position einnehmen soll, dann legt das ja nahe, dass er bewusst gesteuert wurde, dass er bewusst in eine Position, in eine bedeutendere Position hineingesteuert wurde, als er sich von allein, ohne die Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz, bewegt hätte. Das ist ja dann vielleicht genau der Punkt, den Sie auch eingangs sagten: Das kann man natürlich machen mit einem Hauptamtlichen; aber die Frage, ob man so etwas mit einer V-Person machen kann, also ob es zulässig ist, eine V-Person so in einen anderen Bereich aktiv reinzusteuern, die ist doch sehr fraglich. Insofern stellt sich da die Frage: Ist da die Grenze einer unzulässigen Steuerung der V-Person schon überschritten worden?

Zeuge Heiner Wegesin: In rechtlicher Hinsicht sehe ich das Problem nicht so sehr, sondern in tatsächlicher Hinsicht, die einfach mit der Geeignetheit einer Person und der Zuverlässigkeit einer Person zu tun hat, in diese Sphäre vorzudringen. Da sehe ich eigentlich eben bei Hauptamtlichen im Hinblick auf ihre Weisungsgebundenheit, im Hinblick auf ihre Professionalität - - Ich meine, im polizeilichen Bereich - und gehen Sie auch mal davon aus, in unserem Bereich - werden solche UCAs, wie wir sie nennen, Undercover Agents, nicht einfach mal losgeschickt, weil sie besonders schneidig sind oder sich was zutrauen, sondern die sind ja auch entsprechend sehr deutlich ausgebildet und sehr eng betreut. Also, mehrere Personen betreuen einen solchen UCA, und dann gibt es noch ein unabhängiges Kontroll- oder Supervision-Element, das da immer draufguckt, wie das klappt. Das ist sehr aufwendig.

Wenn Sie mich fragen: Zukunftsgerichtet empfehle ich - ob das alles so toll ist, ist eine zweite Frage - - Es gibt da ja neue gesetzliche Regelungen auf der bundesgesetzlichen Ebene, den § 9 und § 9a, der verdeckten Mitarbeitern und V-Leuten die rechtlichen Grenzen aufsteckt im Hinblick auf ihre Vorbelastungen und etwas Ähnliches. Ich sage nicht, dass das perfekt ist - ist noch halbwegs neu -; aber es sind begrenzende Elemente drin, die wir, wenn das damals Gesetz gewesen wäre, nicht beachtet haben - sagen wir es mal so. Das halte ich mal - - Wenn der Ausschuss schon Schlussfolgerungen ziehen will, wie man so was vermeiden kann, und den Verfassungsschutzbehörden Weisungs- oder, sagen wir, rechtliche Leitplanken an die Hand gibt, die penibel zu befolgen sind: Das ist nicht so schlecht.

Wir haben damals sehr - - „Ach, passt schon“, „Vielleicht kommt er rein“, „Mach mal“. Natürlich ist das ein Stück weit auch Eigeninitiative eines V-Manns. Also, wenn Sie eine Treffkadenz von zwei, drei Wochen haben, dann wird der sich schon ein Stück weit selbst überlegen, wie er weiterkommt und nicht weiterkommt. Das ist ein nächstes Defizit, dass man den nur alle zwei, drei Wochen getroffen hat. Das ist ein bisschen wenig. Aber das ist jetzt ein taktisch-praktisches Element, was vielleicht nicht so wichtig ist.

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): In dem von mir bereits angesprochenen Vermerk vom 13.08.2002 heißt es zum CD-Vertrieb von Stadler:

„Dabei wurde ihm“

- also Stadler -

„der Vertrieb indizierter und verbotener Artikel von der Verfassungsschutzbehörde ausschließlich zu Aufklärungs- und Tarnungszwecken und in einem entsprechend eng begrenzten Rahmen gestattet.“²

Können Sie vielleicht aus Ihrer Erinnerung schildern, welche Kriterien es gab für die Festlegung dieses ausweislich des Vermerks eng begrenzten Rahmens? Also, was ist da noch in Ordnung und was ist dann schon zu viel sowohl im Hinblick auf Qualität als auch auf Quantität?

Zeuge Heiner Wegesin: Die abstrakten Kriterien kann ich Ihnen, ehrlich gesagt, aus der Erinnerung, weil ich jahrelang nun wirklich auch aus den materiellen Dingen weg bin, im Einzelnen nicht schildern. Praktisch müssen Sie sich das so vorstellen: Der Verfassungsschutz war ja die Behörde, die zentral die gesamte Musikszene, jegliche Tonträger, alle Tendenzen etc. pp. fachlich flächendeckend abzudecken und auszuwerten hatte. Das heißt, wenn es richtig lief und Stadler sagte: „Ich möchte das jetzt gerne vertreiben“, oder: „Mir ist Folgendes angeboten worden. Kann ich das machen?“, dass die Beschaffung zur Auswertung hätte gehen müssen, die dann im Hinblick auf „Wie schlimm ist das wirklich?“, „Ist das strafbar?“, „Ist das nur indiziert?“ etc. pp. ein Votum hätte abgeben müssen.

Das Ganze war das Bemühen, da man natürlich in einem rechtlich hochproblematischen Bereich agierte, dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, also bitte nur das, was zur Legendierung der Quelle und zur Legitimierung der Quelle notwendig ist - -

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Fand das auch statt? Sie sagen jetzt so sehr: hätte das und das. - Aber die Frage ist ja: Hat das auch so stattgefunden?

Zeuge Heiner Wegesin: Ich muss Ihnen sagen, ich habe keine dezidierte Erinnerung daran. Die lapidare Antwort, die ich Ihnen geben kann: Das war die Idee des Gefechts. So sollte es funktionieren. Ich meine auch, dass das so stattgefunden habe, ohne dass ich Ihnen im Einzelnen Beispiele dazu geben kann.

Ich muss Ihnen auch sagen, dass ich in diesen Dingen mich sehr auf meinen Jörg Milbradt verlassen habe, weil ich glaube, dass der ein sehr, sehr gutes Fingerspitzengefühl hatte und weit besser in den Filigranitäten und Details dieser Musikszene zu Hause war als ich.

² Anmerkung Stenografischer Dienst: Das Zitat konnte nicht verifiziert werden.

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Das wäre jetzt schon meine nächste Frage gewesen. Also, diese Genehmigung dafür, welche CDs auch in welchem Umfang da verbreitet werden dürfen von der V-Person, die erteilen Sie als Abteilungsleiter? Oder die Auswertung? Oder die Beschaffung? Oder war das eine gemeinsame Entscheidung?

Zeuge Heiner Wegesin: Das musste letztendlich eine Entscheidung sein, die in der Beschaffung im Einvernehmen - also Beteiligungsnotwendigkeit und Zustimmungsnotwendigkeit - mit der Auswertung erfolgte.

Ich erinnere mich aber an einen Fall - das war, glaube ich, „Noten des Hasses“ -, wo es um eine erhebliche Zahl ging, wo ich die Zustimmung erteilt habe. Sonst, in der Regel war das Tagesgeschäft auf Referatsleiterebene. Aber ich erinnere mich an diesen einen bestimmten Fall.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): In welcher Form wurden dann diese Genehmigungen erteilt, also auch behördenintern? Wurden die dann schriftlich fixiert und dergleichen, oder war das auf Zuruf?

Zeuge Heiner Wegesin: Ich gehe mal davon aus: zu erheblichen Teilen auf Zuruf. Also, unsere Dokumentationsdichte damals, was die Schriftlichkeit anging, war gemessen an heute steinzeitlich.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Also würden Sie rückblickend auch sagen, dass es auch insoweit einen Missstand gab, als solche Entscheidungen hätten schriftlich fixiert werden müssen, auch um spätere Missverständnisse bezüglich der Weisungs- und Genehmigungslage zu vermeiden?

Zeuge Heiner Wegesin: Sie sind ja immer so lange großzügig, solange sie nicht eine Aktenlage - - oder ihnen eine fehlende Aktenlage vorgehalten wird, die eine solche lückenlose Dokumentation nahelegt.

Damals ging das, gerade in einem solchen Betrieb, häufig auf Zuruf. Das muss ich sagen. Wie gesagt, heute herrschen da - - Ich weiß nicht, wie es beim Verfassungsschutz ist. Ich kann nur aus meinen beruflichen Dingen der letzten 13 Jahre berichten: Das ist ganz anders. Da liegen inzwischen Welten dahinter.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Gut. - Ich würde dann das Fragerecht gerne weitergeben.

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Vielen Dank, Herr Dr. Redmann. - Wir kommen zur Fraktion DIE LINKE. Frau Vandre, bitte.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Vielen Dank und herzlich willkommen, Herr Wegesin, noch mal im Ausschuss. - Ich würde gerne konkret werden, und zwar auf eine Thematik zu sprechen kommen, die wir heute auch schon mit unseren anderen Zeugen an diesem Tag thematisiert haben. Insbesondere geht es mir jetzt um die Frage des Austausches eines PCs bei Herrn Stadler. Ist Ihnen das noch rememberlich?

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Heiner Wegesin: Ja, das ist mir Erinnerung - sehr deutlich -, weil das mit einem sehr plastischen Erlebnis verbunden ist - ich werde das nie vergessen -: Ich war auf dem Weg mit Herrn Staatssekretär Lancelle zu Herrn Minister Schönbohm, zu seinem privaten Wohnsitz in Kleinmachnow. Der machte so einen kleinen Urlaub. Und dann gab es die Pressemeldung - ich nehme mal an, aus dem Ermittlungsverfahren gegen Stadler, der gerade in U-Haft gegangen war, heraus -: Der Verfassungsschutz hat schlimmste Strafvereitelung begangen. Der hat nämlich dafür gesorgt, dass ein belasteter PC, auf dem wohl die ganzen Kundeninformationen und Listen - ich weiß nicht was - von Stadler waren, abgeräumt wurde und eine Hausdurchsuchung insofern ins Leere lief, als dass die ihm ein Gerät gegeben haben, ihm das hingestellt haben.

Meine Antwort war daraufhin, weil ich wusste, dass der Minister, der solche Nachrichten verfolgt, sofort Bescheid wissen will - das wäre ja auch ein ganz erheblicher Vorwurf gewesen -, dass ich meinen Herrn Milbradt anrief und sagte: Milbradt, kriegen Sie das raus. Wenn ich beim Minister bin, möchte ich möglichst schnell einen Anruf: Was ist da passiert?

Anruf halbe Stunde, Stunde später: Alles in Ordnung. Dienstliche Erklärung der Mitarbeiter: Von diesem illegitimen, belasteten PC wissen wir überhaupt nichts. Der ist in diesem berühmten Depot offenkundig gefunden worden; wissen wir nicht. Wir haben nie die Wohnungen und Lagerräume und Ähnliches von Herrn Stadler betreten, sondern irgendwann ist das - - Das war Standardausstattung für die meisten V-Leute - weil damals ein PC noch ein sehr wertvolles Gerät war -, dass einer aus Behördenbeständen denen zur Verfügung gestellt wurde. So.

Der nächste Punkt, den ich erinnere, ist, dass das in dem Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Cottbus gegen Herrn Bartok eine Rolle gespielt hat. Ich meine, mich zu erinnern, weil es eine Fülle von Schriftverkehr zwischen der Staatsanwaltschaft Cottbus, die alle Verfassungsschutzakten ungeschwärzt hatte - alles haben die eins zu eins gekriegt, alles, auf Ministerweisung - - „Wie ist das denn?“ und Ähnliches.

Ich erinnere mich - das ist der letzte Punkt - daran - ich bin ja nun ausführlich als Zeuge von der Staatsanwaltschaft Cottbus vernommen worden; morgens um 10 war ich da, und nächstens um 3 Uhr war ich wieder in Falkensee; sehr lang -, dass das ein kurzer Besprechungsgegenstand war, aber dass nach meiner Erinnerung die Staatsanwaltschaft die Erklärung des Verfassungsschutzes akzeptierte und es insofern keinerlei Strafvorwurf gab. Hätte es den gegeben, wäre das Verfahren mit Sicherheit nicht - ob der Schwere des Vorwurfs - wegen Geringfügigkeit eingestellt worden. Das wäre ein erheblich dickes Ding gewesen.

Also lange Rede, kurzer Sinn: Ein Austausch hat nicht stattgefunden. Stadler hat das Ding weggeschafft, und der Verfassungsschutz hat ein Ding hingestellt.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Herr Wegesin, auch von mir herzlich willkommen.

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Heiner Wegesin: Danke.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ich muss Sie aber gleich damit konfrontieren, was wir in der Zeugenbefragung mit Herrn Bartok heute Vormittag als Antwort bekommen haben. Der konnte sich an vieles nicht erinnern, sicherlich auch aus Schutzgründen. Aber auf die Idee ist er nicht gekommen: den Computer sozusagen als Grundausstattung für V-Männer zu bezeichnen.

Also, der Stadler hatte Geld bekommen gehabt vom Verfassungsschutz für die Anschaffung eines neuen Computers, und den Computer hat er zusätzlich bekommen. Und Herr Bartok - - Es wäre ja das Einfachste gewesen - - Wir haben ihn natürlich auch befragt und versucht, ihn ein bisschen in die Enge zu treiben, weil wir die Vermutung hatten oder vielleicht noch haben, dass der Computer deswegen hingestellt worden ist, um einen blütenweißen Computer bei einer bevorstehenden Hausdurchsuchung durch die Polizei vorzufinden. Und er ist nicht auf die Idee gekommen, zu sagen: Der Computer ist dem Stadler zur Verfügung gestellt worden, weil jeder V-Mann so ausgestattet wird.

Zeuge Heiner Wegesin: Also, nicht jeder V-Mann wurde so ausgestattet.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber der V-Mann-Führer müsste es doch eigentlich wissen?

Zeuge Heiner Wegesin: Möglicherweise. Vielleicht auch nicht. Meine - eigentlich ziemlich klare - Erinnerung daran ist - ich sagte ja damals, dass ich dann Milbradt drangesetzt habe -, dass ich gesagt habe: Stell alles auf den Kopf, ich muss dem Minister auskunftsfähig sein. - Dass das seinerzeit Herr Giebler - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Warum haben Sie denn den nicht gefragt?

Zeuge Heiner Wegesin: Bitte? Der ist gefragt worden. Die haben auch dienstliche Erklärungen abgegeben nach meiner Befassung, weil ich gesagt habe: Herr Milbradt, ich möchte dienstliche Erklärungen von den Leuten. Setzen Sie die auf den Pott! Das ist ein Vorwurf erheblicher Art. Da kann ich nicht auf irgendwelche Ausflüchte warten.

Dass dann möglicherweise - ach, das Geld für einen Computer woanders ausgegeben - - aus den Beständen des Verfassungsschutzes - wir hatten, ich schätze mal, 130, 150 PCs - halt irgendein Gerät genommen worden ist - sicherlich nicht mit der neuesten Grafikkarte und den dollsten Dingen, aber eines, mit dem man surfen kann und auf dem man ein paar Dinge machen kann - - habe ich gesagt: Gib ihm das um Himmels willen. Dass das im IT-Referat angefordert worden ist, dass das unter Beteiligung der Referatsleitung stattgefunden hat und man dann gesagt hat: „Hier hat er einen“, daran erinnere ich mich ziemlich sicher.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Das Problem ist, dass dieser Computer dann ja nicht mal kompatibel gewesen ist zur technischen Ausstattung, die ansonsten bei der Durchsuchung ein halbes Jahr später gefunden wurde.

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Aber ich würde gerne noch mal genauer nachhaken. Sie haben jetzt Ihre Ausführungen auf den Zeitpunkt beschränkt, in dem das Ganze öffentlich wurde. Das heißt also, Sie haben keinerlei Erinnerungen an den PC-Austausch oder aber die PC-Überstellung in Bezug auf den Oktober 2001, also den Zeitpunkt der Übergabe.

Zeuge Heiner Wegesin: Nein, die habe ich nicht. Ich komme jetzt einfach mal von der anderen Ecke her. Wie gesagt haben der Staatsanwaltschaft Cottbus sämtliche Unterlagen des Verfassungsschutzes - die gesamte Akte Stadler, Sachakten, Personenakten -, alles zur Verfügung gestanden auf ausdrückliche Weisung des Ministers, der sagte: Das ist schlimm genug; jetzt wollen wir uns nicht noch den Vorwurf der Vertuschung gefallen lassen. Wir warten nicht ab, bis Cottbus nach § 96 StPO Einzelnes anfordert. Bitte reden Sie mit denen. - Mein Justiziar und späterer Stellvertreter, Herr Palenda, ist da hingefahren. Wir haben alles eins zu eins abgelichtet und haben es denen gegeben. So. Das ist mein Wissen dazu.

Natürlich hat mich das schon umgetrieben, wenn jemand im sicheren Wissen, eine polizeiliche Maßnahme zu unterlaufen, etwas wegnimmt und durch ein nichtinkriminiertes Gerät ersetzt. Dann sind wir tiefrot im Bereich der Strafvereitelung. Das ist schon nicht so ohne. Und da muss ich sagen: Nach sämtlichen Ermittlungen - da wurde nicht gemauert -, nach meinen Informationen hat es da kein strafbares Handeln gegeben. Dass das Ding nicht gepasst hat - na ja, gut. Also, der Verfassungsschutz ist kein Montageservice, wenn er einem V-Mann einen Computer gibt.

Abgeordnete Vandré (DIE LINKE): Na ja, gut, das Problem besteht aber aus unserer Sicht genau darin, dass wir gerade rausfinden wollen, in welchem Zusammenhang die Übergabe des PCs erfolgte, und wir jetzt heute in Erfahrung gebracht haben bei der Vernehmung des V-Mann-Führers, dass er gesagt hat, dass er keinerlei Entscheidungen von dieser Tragweite alleine getroffen hat. Dann hatten wir hier einen Referatsleiter, der gesagt hat: Ich war nicht die Stelle, die Entscheidungen getroffen hat. - Und jetzt ist es natürlich naheliegend, dass wir Sie als Verantwortlichen diesbezüglich fragen und noch mal nachhaken wollen, wo denn - an welcher Stelle - die Entscheidung dafür getroffen wurde.

Zeuge Heiner Wegesin: Ich verstehe ja, Frau Vandré, wenn das so hochgereicht wird - sozusagen auch in der Bekundung des Nichtwissens -, dass der Abteilungsleiter dann gefragt wird. Nun muss ich Ihnen sagen: Ob ein V-Mann einen etwas abgenudelten PC kriegte oder nicht kriegte, das war wirklich nicht mein Thema.

Abgeordnete Vandré (DIE LINKE): Okay. Dann würde ich Ihnen aber gerne einen anderen Vorhalt machen auch in dem Zusammenhang.

Zeuge Heiner Wegesin: Gerne.

Abgeordnete Vandré (DIE LINKE): Wie gesagt, der Austausch oder die Übergabe des PCs soll im Oktober 2001 stattgefunden haben. Ist Ihnen bekannt, dass am

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

16.10.2001 ein Gespräch zwischen der Staatsanwaltschaft Cottbus und Herrn Giebler stattfand, bei dem Stadler als Quelle des VS Brandenburg offenbart wurde?

Zeuge Heiner Wegesin: Daran kann ich mich nicht erinnern.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Dann würde ich Ihnen gerne einen Vorhalt machen, und zwar B 4, Herabstufungen, 004-S-530003-0000-0119-2018 NfD, 1. Teillieferung 07_08_2018, Z84_B04_2001, Seiten 112 bis 116. In diesem Vorhalt heißt es:

„Das Gespräch mit dem ermittelnden StA in Cottbus, Herrn Richter, am 16.10.01, dem die Quelle offenbart wurde, war konstruktiv. Gemäß Absprache werden wir nach Abschluß der Ermittlungen kontaktiert, um den weiteren Ablauf zu besprechen.“

Das ist ein handschriftlicher Vermerk von Herrn Giebler, den er auf einer Deckblattmeldung hinterlassen hat. Hinzu kommt außerdem der Umstand, dass diese Deckblattmeldung von Ihnen abgezeichnet wurde. Ich kann Ihnen das auch gerne vorlegen.

Zeuge Heiner Wegesin: Gut, ja, was schließen Sie denn jetzt daraus? Absprachen in den Bereich der Rechtsbeugung hinein zwischen Verfassungsschutz - - Ich schaue es mir gerne mal an.

(Abgeordnete Vandre [DIE LINKE] begibt sich zum Platz des Zeugen und legt ihm Unterlagen vor.)

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Da unten, der handschriftliche Vermerk.

(Der Zeuge liest in den Unterlagen.)

Zeuge Heiner Wegesin: Ja, das ist Giebler. - Herr Giebler war nicht befugt, über das abgegebene Ermittlungsverfahren in irgendeiner Weise mit der Staatsanwaltschaft zu sprechen, Einschätzungen zu treffen oder sonst irgendetwas.

Ich verstehe einen bedrängten Referatsleiter Beschaffung, der sagt: Ich habe mich mit dem Staatsanwalt getroffen. Wird bald alles gut! Nicht so schlimm! - Das Ermittlungsverfahren ist sehr viel anders gelaufen. Das hat uns sehr viel Mühe gemacht. Ich habe das vielleicht abgezeichnet, aber ich sehe da im Hinblick auch gerade auf den PC keinerlei Relevanz. Wenn daraus geschlossen werden sollte, dass das Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Cottbus quasi larifari oder wohlwollend oder möglicherweise sogar unter Beeinflussung des Verfassungsschutzes stattgefunden habe, dann möchte ich das ausdrücklich zurückweisen. Da ist meine Wahrnehmung eine völlig andere.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Also erfolgte auch keine Absprache mit Ihnen bezüglich der Quellenoffenlegung gegenüber der Staatsanwaltschaft Cottbus durch Herrn Giebler.

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Heiner Wegesin: Dann hätte es was gegeben. Ein Referatsleiter - - Kein Mitarbeiter ist befugt, die Identität einer Quelle gegenüber einem Dritten - auch gegenüber einer Staatsanwaltschaft und gerade gegenüber einer Staatsanwaltschaft - preiszugeben. Also, dieser Kontext ist mir neu, erschließt sich mir auch nicht. Ich bin auch nicht mehr in der Zeitleiste ganz zu Hause. Ob damals schon gegen Stadler ermittelt wurde oder nicht, das weiß ich nicht. Ich halte das aber im Hinblick auf die späteren Ereignisse um Herrn Stadler für nicht so relevant.

Ich kann nur sagen: Ein Beschaffungsleiter ist nicht befugt, die Identität einer Quelle ohne Genehmigung des Behördenleiters gegenüber jemand anderem offenzulegen. Wenn und ob ich das habe durchgehen lassen - kann ich mich eigentlich nicht dran erinnern. Ist schon ein besonderes Vorkommnis.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Also es ist auf alle Fälle erfolgt. Das hat uns auch die Staatsanwaltschaft bestätigt. Wir haben den Staatsanwalt vernommen gehabt in einer vorhergehenden Sitzung, -

Zeuge Heiner Wegesin: Mhm.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - Staatsanwalt Richter aus Cottbus. Und der hat bestätigt, dass er dieses Gespräch geführt hat mit Herrn Giebler -

Zeuge Heiner Wegesin: Gut.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - und dass ihm die Quelle offenbart worden ist.

Zeuge Heiner Wegesin: Gut. Und was heißt das jetzt?

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Lassen Sie mich doch weiterreden. - Ich will Ihnen einen Vorhalt machen. Im April 2001 hat Herr Bartok dokumentiert - ich zitiere -:

„Weiterhin war hier im Zuge des Informationsaustausches mit der Polizei bekannt geworden, daß gegen die Quelle derzeit zwei Ermittlungsverfahren anhängig sind.“

Gegen Quelle Stadler.

Zeuge Heiner Wegesin: Mhm.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE):

„Gemäß der vorherigen Absprache mit V/5.1 wurde die Quelle von diesem Sachverhalt in Kenntnis gesetzt.“³

³ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: Z84_B04_2001_tv-Barte_Band II-12-142-

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Also, wir haben nicht nur, dass auf der einen Seite die Staatsanwaltschaft über den Quellenstatus von Stadler informiert wird, sondern wir haben ein halbes Jahr vorher den Sachverhalt, dass der Quellenführer, der V-Mann-Führer Herr Bartok den Stadler informiert, dass zwei Ermittlungsverfahren gegen ihn anhängig sind. Und er hat uns heute gesagt, dass er das natürlich alles auf Anweisung gemacht hat.

Zeuge Heiner Wegesin: An diesen Sachverhalt habe ich keine Erinnerung. Er befremdet mich. Ich kann nur sagen: Wenn das so war - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Das wäre ja sozusagen das, was Sie vorhin gesagt haben: Dann würde man sich ja im Bereich der Strafvereitelung befinden. Das würde ja hier zutreffen.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja, und warum ist da nicht ermittelt worden?

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja, weil das alles nur in Geheimdienstkreisen kursierte.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja, aber diese Akte hat doch der Staatsanwaltschaft zur Verfügung gestanden - vollständig. Dann hat sie das entweder übersehen, dass offenkundig eine Strafvereitelung stattgefunden hat - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Gut.

Zeuge Heiner Wegesin: Das macht es nicht besser.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Das werden wir in unserem Abschlussbericht sicherlich dann auch aufgreifen, Ihren Hinweis.

Zeuge Heiner Wegesin: Das ist richtig.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber Sie haben völlig recht: Das macht die Sache nicht besser, dass Ihre Behörde offensichtlich Herrn Stadler gewarnt hat, dass da zwei Ermittlungsverfahren gegen ihn laufen, und zwar schon im April 2001. Und dann, ein halbes Jahr später, wird ihm ein unbespielter Computer ausgehändigt.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja, gut.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Da muss man ja bösgläubig werden.

Zeuge Heiner Wegesin: Da mag man bösgläubig sein. Mir sagt das nichts. Ich bin mir auch nicht sicher, dass sich das in einen solchen Gesamtzusammenhang einordnet. Ich kann das nicht sagen. Wenn das so gewesen ist: umso schlimmer. Und wenn ich das nicht gemerkt habe: auch nicht gut.

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Gut. Herr Schöneburg, die 15 Minuten sind lange um. - Dann kommen wir zur Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Frau Nonnemacher, bitte.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Herr Wegesin, erst mal schönen guten Tag!

Zeuge Heiner Wegesin: Schönen guten Tag!

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie haben ja nun vorhin schon sehr deutliche Worte gesprochen. Ich erinnere mal an die Aussage: Wenn man sich anschickt, sich mit dem Seepferdchen an die Kanalüberquerung zu machen, -

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): - dann hätte man das besser lassen sollen.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich fasse jetzt mal kurz zusammen, was bei mir angekommen ist. Sie haben vorhin gesagt: Am Ende des Schlauches steht der V-Mann-Führer. Der ist erst mal verantwortlich, weil er am nächsten am V-Mann dran ist.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Diesen V-Mann-Führer, Herrn Bartok, hatten wir nun heute hier über mehrere Stunden zu Gast, was sehr ermüdend war. Und er hat ungefähr gefühlte 27 Mal gesagt, ihm stünde keinerlei Beurteilung über das zu, was er dort macht, und hat immer nach oben verwiesen.

Dann hatten wir den Referatsleiter Beschaffung, Herrn Giebler, hier erneut zu Gast. Der sagte ungefähr sinngemäß, er sei sowieso in diesem Referat nur kommissarisch gewesen. Eigentlich sei er für gar nichts zuständig und verantwortlich gewesen, sondern eigentlich sei der Abteilungsleiter für alle Belange der Referatsleitung selbst zuständig gewesen. Das war so sinngemäß seine Aussage, die er hier getroffen hat.

Sie haben uns nun dargelegt, dass in dieser konkreten Situation, in der Sie sich befunden haben, Ihre Aufmerksamkeitsspanne mehr auf dem NPD-Verbotsverfahren und auf den Herausforderungen des internationalen Terrorismus nach Nine-Eleven irgendwie lag.

Also, für mich hört sich das irgendwie so ein bisschen an wie ein System der organisierten Nichtzuständigkeit und ein System der organisierten Nichtverantwortlichkeit. Irgendwie hatte jede Ebene eigentlich was anderes zu tun oder war überhaupt nicht damit befasst. Wie würden Sie das denn einschätzen?

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Heiner Wegesin: Also, ein junger V-Mann-Führer wie Herr Bartok damals - - Ich glaube, er war auch etwas zu jung und zu unerfahren, um so einem „streetwise guy“, sagt man auf Englisch, also einem, sagen wir, bauernschlauem, verschlagenen Kerlchen wie Herrn Stadler, vielleicht zu begegnen. Das ist eine Nebengeschichte. Der muss dann an einer kurzen Leine geführt werden, wird man sagen können, für eigentlich alles, wo man erfahrene V-Mann-Führer - wirklich erfahrene hatte ich nur zwei - auch mal an die lange Leine lässt.

Was Herrn Giebler angeht, muss ich Ihnen ehrlich sagen: Ich weiß, dass Herr Giebler - das hat er ja nun mehrfach artikuliert - bis heute in der Tiefe seines Herzens tief verletzt ist, dass er nicht endgültig Referatsleiter geworden ist, sondern infolge einer Umorganisation und anderer Dinge ihm das und die Besoldungsgruppe A 16 vorenthalten blieben. Herr Giebler war - zwar kommissarisch, aber mit den Aufgaben betraut - voll verantwortlicher Referatsleiter - Punkte, Ende, aus! Und in diesem Umfang hatte er seine Aufgaben wahrzunehmen und stand einem permanent Bestallten, der auf die Planstelle eingewiesen ist, erst mal in nichts nach.

Ob ich dann durch eine verstärkte Fach- und Dienstaufsicht bei einem solchen kommissarischen Herrn, der immerhin aber auch auf der Ebene des höheren Dienstes etliche Jahre - ich glaube, im Verfassungsschutz Niedersachsen - gearbeitet hatte, auf die Finger hätte gucken müssen: Ja, aus Schaden wird man klug; mag so gewesen sein.

Aber von einer sozusagen organisierten Nichtzuständigkeit oder gefühlten Nichtzuständigkeit möchte ich definitiv nicht ausgehen. Herr Giebler hatte ganz klar durch Geschäftsverteilungsplan, Dienstvorschriften, Weisungen etc. pp als Referatsleiter zu gliedern. Als solcher ist er einige Zeit da rumgelaufen, seitdem er erstmals mit der Aufgabe betraut war. Zu gelebten Zeiten hätte er sich verbeten, da nur als kleiner Stellvertreter und wie ein Abwesenheitsvertreter benannt zu werden. Der trug seine Beschaffungsleiterschulterklappen schon mit großem Stolz. Alles andere ist - er hat mir das ja selbst noch mal gesagt, als wir uns hier gesehen haben - seiner tiefen Verletzung geschuldet. Ich sehe ihm das auch nicht nach. Er war ein anständiger Kerl. Vielleicht war er überfordert. Aber so war es nicht.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. Aber vom Endergebnis ist es trotzdem so gewesen, dass bestimmte Verantwortlichkeiten de facto nicht wahrgenommen worden sind, wenn wir die Auffassung der damit Befassten hier heute so eindrücklich geschildert bekommen haben.

Ich wollte Sie noch mal fragen: Hat der Verfassungsschutz Brandenburg seinen V-Mann Stadler in die militante Szene eingesteuert?

Zeuge Heiner Wegesin: Meiner Erinnerung nach eigentlich nicht, sondern er ist mir - da bin ich dann doch in der Erinnerung schon etwas fester - eigentlich relativ schnell als - in Führungszeichen - „Spezialkraft“ für diesen Musikbereich benannt worden, was nicht heißt - - Sie können die Szene ja nicht so teilen, dass er nicht auf irgendwelchen Skinheadkonzerten oder in irgendwelchen Strukturen sich bewegt hat, die sich vornehmlich gewaltorientiert definierten, also die Skinheadszene versus die

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Kameradschaftsszene; bei denen hat überall Musik eine Rolle gespielt. So ganz trennscharf kann man das nicht sagen. Aber sein Einsatzschwerpunkt, auch im Hinblick auf die gezielte Einsteuerung, sollte diese Musikszene sein.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wir haben jetzt in den Akten Unterlagen gefunden, dass der Verfassungsschutz den V-Mann Stadler dazu angehalten hat, an Wehrsportübungen teilzunehmen. Würden Sie das auch noch als auf das Musikgeschäft bezogen empfinden?

Zeuge Heiner Wegesin: Nein, natürlich nicht. Aber wenn es seiner weiteren Legendierung und Legitimierung in dieser, wie gesagt, „interwovenen“ Szene dient, da an Wehrsportübungen teilzunehmen, bitte schön. Problematisch wird das für mich in dem Augenblick, in dem ein V-Mann sich anschickt, gewaltgeneigt oder gewalttätig zu werden.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Sie haben uns vorhin geschildert, dass Sie selbst sich erinnern können, einmal eine größere Menge CDs genehmigt zu haben. Wir reden hier von Größenordnungen von bis zu 4 000 CDs. Wir haben auch Aktenvermerke, dass der V-Mann berichtet hatte, es handele sich um Auflagen von 5 000 und Wiederauflagen auch von 5 000. Warum haben Sie einen Großhändler wie Stadler in Anbetracht von solchen Mengen weiterhin als V-Mann geführt, statt den durch die Polizei aus dem Verkehr ziehen zu lassen? Ist da das Erkenntnisinteresse, was Vertriebswege angeht, überhaupt in irgendeiner Form noch zu rechtfertigen, oder haben Sie nicht die Verbreitung von rassistischer Hassmusik damit aktiv befördert?

Zeuge Heiner Wegesin: Meine Erinnerung an die Zahlen - wobei die Zahlen sind ja nur ein nachrangiger und gradueller Maßstab eines möglichen Unrechts oder einer Fehlentscheidung, meiner Ansicht nach - ist 400, aber ich will mich um die Null wirklich nicht herumdrücken. Selbst wenn das so ist, selbst wenn das so gewesen ist, kann ich nur sagen, dass das Durchlassen einer derartigen Vertriebshandlung völlig in einem Missverhältnis zur Bedeutung des aufzuklärenden Sachverhaltes steht. Das werfe ich mir auch heute vor, das zugestanden zu haben.

Die rechtliche Grundlage - über die können wir nachher reden -, die sehe ich heute auch als sehr schwankend an, aber das ist nachrangig; es ist ja passiert. Also, da würde ich heute sagen: Das war schon eine, vielleicht die gravierendste, Fehlentscheidung, die ich in solchen Leitungsfunktionen ausgeübt habe. Das hat mir persönlich leidgetan. Ich habe mich dann hinterher - da hat es ja ein Bedrohungslied gegeben bei „Noten des Hasses“, in dem alle möglichen Persönlichkeiten bedroht worden sind - bei fünf oder sechs persönlich entschuldigt. Das hat mein Minister mir dann auferlegt, wenn die sich bei ihm beschwerten, wie beispielsweise Frau Süßmuth - völlig zu Recht. Und da ist mir klargeworden, dass das wohl nicht so gut war.

Es stand - das ist für mich das entscheidende Fazit - in keinem angemessenen Verhältnis dazu, was man hätte herausbekommen können. Und der Verfassungsschutz und ich persönlich müssen uns dann auch den Vorwurf gefallen lassen - den trage ich dann auch -, deutlich mehr Schaden angerichtet zu haben als tatsächliche Informationen, die langfristig strategisch in diesem Sektor den

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Vertriebsstrukturen das Handwerk hätten legen können, herausbekommen zu haben. Das ist nicht in Ordnung gewesen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön für dieses klare Statement. - Wir sind in den Vorvernehmungen am heutigen Tage sehr intensiv auf diese Sachen eingegangen: antisemitische, rassistische Texte, „Landser“, die „White Aryan Rebels“, „Noten des Hasses“. Wir sind auf die australische Gruppe „Ethnic Cleansing“ - mit Aufrufen zum Mord - eingegangen; Sie haben den Fall der Bundestagspräsidentin Süssmuth erwähnt. Wir hatten Aufrufe zum Genozid, zum Massenmord, zum Mord an Juden, zur „weißen Revolution“. Ich habe zum Teil Texte zitiert; ich möchte es jetzt Ihnen und uns allen ersparen, das noch mal zu zitieren. Ich denke, Sie kennen die einschlägigen Passagen.

Da haben die Mitarbeiter des Verfassungsschutzes gesagt, dass sie da nichts zu sagen können, weil sie für die Bewertung nicht zuständig gewesen sind. Sie sagen heute als Abteilungsleiter, dass Sie das sehr kritisch sehen und dass Ihnen das leidtut. Aber damit kommen wir eigentlich wieder auf das zurück, was ich vorhin geschildert habe: Im Endeffekt - auch wenn es Strukturen gab -: Verantwortung zum Schutze der Verfassung wurde eigentlich nicht wahrgenommen.

Zeuge Heiner Wegesin: Was diese konkrete Entscheidung angeht, kann ich dem nichts entgegensetzen - möchte ich auch nicht. Ich persönlich habe mir damals sicherlich nicht jeden CD-Text angesehen. Also, wenn Sie ein persönliches Ranking wollen: Ich fand damals die „Noten des Hasses“ in ihrer wirklich sehr konkreten Ausprägung, was eben auch die Hassfiguren anging, wie auch in ihrer Gefährlichkeit - man kann ja nachträglich froh sein, dass sich davon niemand hat motivieren lassen, dass er versucht hat, dann wirklich gegen diese Persönlichkeiten etwas zu unternehmen - - Das war für mich das Prägende. Die anderen Musikgruppen, die genannten Tonträger: alles nicht schön, alles schlimm, alles für sich genommen tief im extremistischen und menschenverachtenden Bereich. Für mich ist „Noten des Hasses“ die Speerspitze. Das hätte nicht passieren dürfen, eigentlich auch die anderen Dinge nicht in dieser Menge. Wenn man so was überhaupt gemacht hätte - ist jetzt schwer zu sagen -: Was hätte man denn zugelassen? Aber vielleicht nur einige wenige Dinge.

Wissen Sie, wir hatten damals die etwas leichtfertige, vielleicht auch der Selbstrechtfertigung dienende Hoffnung nach dem Motto: Wir wissen ja, wo es hingeht; dann geben wir entsprechende Hinweise, das Zeug wird wieder eingesammelt, und es grassiert ohnehin. - Gleichwohl, insbesondere im Licht einer V-Person, bei der von Anfang an Zuverlässigkeits- und Ehrlichkeitszweifel angebracht waren, hätte man niemals so weit gehen dürfen. Ich bin jetzt frisch in Pension; man kann auch mal sagen, dass man gravierende Fehler begangen hat. Das tut mir heute noch von Herzen leid. Das war einer der Tiefpunkte meiner beruflichen Tätigkeit. Es gibt ein paar positive - braucht man ja nicht sagen; komme ich mit klar -, aber das war sehr daneben. Ich kann mich dafür heute auch nur - das ist vielleicht wohlfeil - in aller Form entschuldigen. Ich wünschte, das wäre nicht geschehen.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wie viel Zeit steht mir noch zur Verfügung?

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Stellvertretender Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Eine Minute, wobei ich eine aufschlagen würde.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Das ist nett, aber der Aufschlag reicht mir nicht. Ich gebe dann an die SPD ab.

Stellvertretender Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Gut, dann ist die SPD-Fraktion wieder - -

Abgeordnete Gossmann-Reetz (SPD): Wir geben auch erst mal weiter.

Stellvertretender Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Dann geben wir weiter an die CDU-Fraktion. Herr Dr. Redmann.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ich würde gern noch mal zum Thema Durchsuchung bei Stadler durch das LKA Brandenburg am 21.03.2002 kommen. Aus der Zeugenvernehmung der damals sachbearbeitenden Polizeibeamtin wissen wir, dass bei der Durchsuchung zwei Mitarbeiter des Verfassungsschutzes anwesend gewesen sein sollen. Haben Sie das angeordnet?

Zeuge Heiner Wegesin: Ich kann mich nicht erinnern, das angeordnet zu haben. Je nach Polizeibehörde war es damals gelegentlich möglich, dass Mitarbeiter des Verfassungsschutzes - die dann quasi unter fremder Flagge als Polizeibeamte einfach mitliefen und natürlich bitte nicht der V-Mann-Führer sein sollten, sondern der Quelle nicht bekannte Personen - Einblick nehmen, um auch zu sehen: „Was macht denn die Quelle so?“, also sozusagen ein zusätzliches Kontrollelement. Ich weiß, das wird sehr verschieden gesehen: Manche Polizeibehörden lehnen das überhaupt ab, viele Staatsanwälte sehen das kritisch. Ich kenne auch andere Fälle, wo - umgekehrt - der Verfassungsschutz quasi eine Einladung bekommen hat. Kann man als schwierig ansehen im Hinblick auf das Trennungsgebot. Auf der anderen Seite war das natürlich eine, sagen wir, faktisch durchaus willkommene Möglichkeit, wirklich mal zu sehen, wie es bei der Quelle aussieht, ob sie sich an die Vorgaben hält, an alle möglichen Dinge; Kontrollelement.

Ob ich das angeordnet habe, ob mir das der Kollege Lüdders, zu dem ich ein sehr enges kollegiales, hinterher sogar freundschaftliches Verhältnis hatte, angeboten hat: „Guckt euch das doch mal an“, das weiß ich nicht. Ich weiß nicht, ob ich es angeordnet habe. Es war sicherlich nicht die Praxis, nach dem Motto: Bei jeder Quelle marschieren wir mal mit ein. - Es ist eigentlich eher eine deutliche Ausnahme. Wenn es angeboten wurde, haben wir das gerne mitgenommen, weil es eben eine Kontrollmöglichkeit war, um zu sehen, wie sich eine Quelle verhält - und das natürlich möglichst oder bitte ohne das Wissen der Quelle.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Sie hatten ja mit dem Herrn Lüdders offenbar einen recht engen Draht, haben sich da eng abgestimmt. Ist denn so was von ihm öfter angeboten worden, dass da Verfassungsschützer bei Durchsuchungen dabei sein können?

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Heiner Wegesin: Nein, das glaube ich eigentlich nicht. Und wenn, wäre es auch so gewesen, dass auf der Arbeitsebene solche Kontakte laufen und das dann eben auf der Behördenleitersebene - gerade im Bereich der Polizei ist das schon eine recht weitgehende Konzession - vielleicht mitgetragen wurde. Aber dass ich zu Herrn Lüdders ein enges kollegiales Verhältnis hatte: Ja, das ist richtig.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Oder hat sich in anderer Weise da der Herr Lüdders aus Ihrer Perspektive sehr kooperativ gezeigt, wenn Verfassungsschutzquellen in den Fokus polizeilicher Ermittlungen geraten sind?

Zeuge Heiner Wegesin: Also im Sinne eines Entgegenkommens unter Verletzung polizeirechtlicher, strafrechtlicher, strafprozessualer Pflichten natürlich nicht; aber jeder Verfassungsschützer freut sich über leitende Polizeibeamte, die Verständnis für die immer heiklen, immer in rechtlichen Grenzbereichen agierenden menschlichen Quellen des Verfassungsschutzes haben. Ich habe da auch schon anderes erlebt, und das ist von Fall zu Fall unterschiedlich. Da könnte ich Ihnen auch was aus der Bundesebene erzählen. Manche - -

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Und wie wirkte sich das in diesem Fall aus, dieses Verständnis für die menschlichen Quellen?

Zeuge Heiner Wegesin: Im konkreten Fall Stadler kann ich Ihnen da kein konkretes Feedback geben, wie diese, wenn Sie so wollen, vertrauensvolle Zusammenarbeit sich ausgewirkt oder nicht ausgewirkt hat.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Haben Sie den Einsatz der beiden Verfassungsschutzmitarbeiter dann beim LKA mit Lüdders besprochen?

Zeuge Heiner Wegesin: Daran kann ich mich nicht erinnern. Ich weiß nur, dass im Einzelfall so etwas möglich sein konnte, dass er das im Einzelfall zuließ, aber konkret im Kontext Stadler kann ich da nichts zu sagen. Und, wie gesagt, das war mit Sicherheit nicht die Regel. Das war schon eine große Konzession vonseiten der Polizei, die es mal gelegentlich gab und die wir nicht aktiv eingefordert haben, nach dem Motto: Können wir mal mitgehen? - Das ist schon eine heikle Materie, wo man Polizeibeamten dann auch sehr schnell zu nahe tritt.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Ich kann die Erklärung, dass man mit einem anderen Verfassungsschutzmitarbeiter bei einer Durchsuchung von einem V-Mann dabei sein will, um auch Einblick in sein Lebensumfeld zu haben, nachvollziehen. Hier in dem Fall war es ja aber so, dass der V-Mann bei seiner späteren Vernehmung angab, von seinem V-Mann-Führer ausdrücklich darauf hingewiesen worden zu sein, dass zwei Mitarbeiter des Verfassungsschutzes bei der Durchsuchung dabei sein werden und er sich sozusagen keine Sorgen machen müsse, dass die schon alles im Griff behielten. Das würde sich ja dann mit der Erklärung, die Sie abgegeben haben, in dem konkreten Fall jetzt nicht decken.

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Heiner Wegesin: Ich erinnere mich nicht an ein derartiges Verhalten. Ich kann nur sagen, dass, wenn so etwas stattgefunden hat, es die strikte Weisungslage gab - und das war selbstverständlich; das musste jeder V-Mann-Führer wissen -, a) dass die Quelle nicht über eine Durchsuchung vorab unterrichtet wird - da sind wir ja wirklich auch im strafrechtlich hochriskanten Bereich; wir sprachen über Strafvereitelung, Verletzung des Dienstgeheimnisses und andere Dinge - - Wenn das so gewesen sein sollte, ist das ein Sachverhalt, der gravierend ist. Eigenes Wissen darüber habe ich nicht.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Wenn Mitarbeiter des Verfassungsschutzes bei polizeilichen Maßnahmen eingebettet sind - um das mal so auszudrücken -, sehen Sie da ein Problem im Hinblick auf das Trennungsprinzip?

Zeuge Heiner Wegesin: Was heißt das Trennungsprinzip? Das Trennungsprinzip heißt im Prinzip, dass ein Nachrichtendienst einer polizeilichen Dienststelle nicht angegliedert werden darf und umgekehrt. Das ist das organisationelle Trennungsgebot. Und der zweite Ausfluss des Trennungsgebotes ist, dass der Verfassungsschutz keinerlei exekutive Befugnisse hat. Die Frage ist, ob das Mithineingehen in eine angeordnete Durchsuchung und die Kenntnisnahme dessen, was da stattfindet, ohne dass man selber hoheitliche Maßnahmen vornimmt, dieses verletzt oder nicht, das heißt also, ob das Mitbetreten einer Wohnung unter Ausnutzung einer polizeilichen Durchsuchungsmaßnahme sozusagen schon die Vornahme hoheitlichen Handelns sei. Grenzfall; kann man diskutieren. Wir waren nicht die einzige Behörde, die von solchen Möglichkeiten Gebrauch machte - was keine Rechtfertigung sein soll. Aber es war nicht branchenunüblich, um das mal so zu sagen.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Erstaunlicherweise findet sich zu der Anordnung, dass da zwei Mitarbeiter an der Durchsuchung teilnehmen sollten, in den Akten kein Vermerk, also weder eine Anordnung von irgendeinem, der dazu befugt war, noch in dem Treffvermerk, den Bartok am 22.03. zu einem Telefonat mit Stadler am Tag der Durchsuchung anfertigte. Da werden dann fünf Polizeibeamte erwähnt, aber kein Verfassungsschutzmitarbeiter. Stadler hat sie aber erwähnt, dass die anwesend waren bei seiner Beschuldigtenvernehmung. Gab es dann in solchen Fällen eine Absprache, dass man das dann nicht erwähnte, dass man so was nicht verschriftlichte, weil es ein Entgegenkommen der Polizei war und man der Polizei keine Probleme machen wollte?

Zeuge Heiner Wegesin: Also nach dem Motto „Quod non est in actis, non est in mundo“ - was nicht in der Akte steht, ist nicht in der Welt. Nein, eine derartige Weisungslage gab es nicht.

Abgeordneter Dr. Redmann (CDU): Dann würde ich auch erst mal weitergeben.

Stellvertretender Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Vielen Dank, Herr Dr. Redmann. - Das Fragerecht geht an die Fraktion DIE LINKE. Herr Dr. Schöneburg, bitte.

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ich will da gleich noch mal anknüpfen. Haben Sie am 20.03.2002 an einer Besprechung teilgenommen bei der Staatsanwaltschaft in Cottbus zu dem Fall Stadler?

Zeuge Heiner Wegesin: Ich erinnere mich nur eines einzigen Kontaktes zur Staatsanwaltschaft Cottbus: nach der Festnahme von Stadler. Ich glaube, das war ja schon damals der Zeitpunkt - ich weiß gar nicht mehr ganz genau - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Die Festnahme war drei Monate später.

Zeuge Heiner Wegesin: Die war drei Monate später. - Ich kann mich an einen derartigen Termin nicht erinnern. Meine einzige Erinnerung umfasst die von mir eben geschilderte Zeugenvernehmung im Strafverfahren gegen Bartok, und das war sehr viel später, das war Anfang 2004. Ich kann mich an eine - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Es gab so eine Besprechung. Aus den Akten ergibt sich jedenfalls - - Also, das ist manchmal widersprüchlich. Es gab auch eine Fundstelle, wo Sie mit genannt worden sind, aber das war nicht zu verifizieren. Aber amtlich ist auf alle Fälle, dass es eine Besprechung gab mit den Staatsanwälten, die mit dem Fall Stadler beschäftigt waren, insbesondere Staatsanwalt Richter. Und dabei waren aus Ihrer Behörde Herr Giebler und Frau Ernst.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Am 20.03.

Zeuge Heiner Wegesin: Ich glaube - also, ich bin mir recht sicher -, dass ich da nicht dabei war, sondern dass die beiden diesen Termin wahrgenommen haben. Ich muss sagen, ich hatte schon gewisse Sorge oder Vorbehalte bei Herrn Giebler ob seiner, sagen wir, juristischen Unerfahrenheit, vielleicht auch seinem Fingerspitzengefühl, solche Kontakte wahrzunehmen, und Frau Dr. Ernst, die ich sehr geschätzt habe als einerseits sehr engagierte junge Kollegin, die für das Thema Verfassungsschutz mit einem gewissen Geschick sich interessierte, aber eben auch als wirklich gute Juristin, die bei uns im Grundsatzbereich gearbeitet hatte, als, wenn Sie so wollen, flankierende Begleitung - - So, glaube ich, ist das dann abgelaufen. Die Kollegin war ja als Referentin im Beschaffungsreferat eingesetzt - auch ganz bewusst -, um dort bestimmte, sagen wir, juristisch relevante Dinge abzudecken, die ich bei Herrn Giebler weniger abgedeckt sah.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Auf der Sitzung ist auch besprochen worden, dass am nächsten Tag diese Durchsuchung stattfindet, am 21.03., bei Stadler - die Durchsuchung, die ja so vorgegangen ist, wie Herr Redmann schon herausgearbeitet hat: dass zwei Verfassungsschützer mit dabei waren, dass aber nichts gefunden worden ist außer dem sozusagen leeren PC und ein paar vergammelten Lebensmitteln im Kühlschrank, sodass es natürlich naheliegt - da es auch Stadler in seiner Beschuldigtenvernehmung in Berlin gesagt hatte -, dass er gewarnt worden ist. Und wir haben vorhin festgestellt mit Herrn Giebler als Zeugen, dass er am gleichen Tag noch an einem Treffen mit Stadler teilgenommen hat. Also,

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

er war sozusagen erst im Gespräch, in der Sitzung mit der Staatsanwaltschaft Cottbus, da wird über den Durchsuchungstermin gesprochen, und dann trifft er Stadler. Da wird man natürlich - wenn man auch bestimmte andere Dinge kennt, die wir hier im Untersuchungsausschuss schon mal diskutiert haben, auch mit Ihnen - bösgläubig.

Zeuge Heiner Wegesin: Ich kann Ihre Bösgläubigkeit nachvollziehen - um das klar zu sagen. Ich kann aus meinem Erinnerungswissen heraus nur sagen, dass jegliche Unterrichtung Stadlers über den Umstand der Durchsuchung im tiefroten Bereich war. Das darf nicht sein. Wenn es passiert ist - ich weiß das nicht -, ist das gravierend.

Ich gebe allerdings auch zu erwägen: Wenn ich generell so sehe, was Herr Stadler dann in Beschuldigtenvernehmungen, auch im Strafprozess selbst, gesagt hat - - Ist nun Klippschulwissen jeder Verteidigung, die einen gefallenen V-Mann verteidigt und wo es um die Abgrenzung geht: „Was hat der V-Mann“ - Stichwort: aus dem Ruder gelaufen - „sozusagen auf eigene Rechnung ohne Wissen der Verfassungsschutzbehörde oder mit der Verfassungsschutzbehörde gemacht?“, dass grundsätzlich - so ist es ja auch gewesen - gesagt wird: Der Verfassungsschutz hat alles gewusst, ich habe das alles mitgetragen.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja, gut, das ist - -

Zeuge Heiner Wegesin: Ich habe da bis heute gravierende Zweifel, was da alles so erzählt worden ist.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Das versuchen wir ja auch so ein bisschen gegenzuchecken. Wir nehmen ja nicht alles für bare Münze. Deswegen will ich Ihnen mal den Vorhalt machen - -

Zeuge Heiner Wegesin: Ich beneide Sie nicht um Ihr Schicksal, das nach 15 Jahren noch auseinandersortieren zu wollen, aber - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ich will Ihnen mal konkret den Vorhalt machen - was Herr Redmann vorhin schon so aus dem Kopf getan hat -, was Herr Stadler in seiner Beschuldigtenvernehmung vom 31.07.2002 in Berlin dazu gesagt hat. Er sagte: Nach den dringlichen Warnungen - die er von seinem V-Mann-Führer bekommen hatte -

„räumte ich alles (CDs, Kontoauszüge, Fotos, Disketten, Unterlagen) aus meiner Wohnung und dem Geschäft in meinen Bunker. Dirk und Dieter erzählten mir auch, dass jemand vom VS bei der Durchsuchung dabei ist und evtl. belastendes Material verschwinden lassen kann. Der Mann wurde mir beschrieben; er war auch bei der Durchsuchung dabei. Sie erklärten mir, dass es so in Brandenburg üblich ist.“⁴

Wenn man das gegenliest und dann sieht, dass wir von unbescholtenen Zeugen von der Polizei hier erfahren haben, dass wirklich zwei Verfassungsschützer dabei waren

⁴ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: B 72, Band III.pdf, Seite 69.

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

bei der Durchsuchung, dann kann er sich das nicht ausgedacht haben oder aus den Fingern gesaugt haben. Also, das ist schon sozusagen - - Da gibt es ein paar Tatsachen, die das doch glaubhaft machen, was er gesagt hat.

Zeuge Heiner Wegesin: Also, wenn das so gewesen wäre - ich bin nicht in der Lage, durch harte Informationen Ihnen da ein Dementi angedeihen zu lassen; schlimm genug -, dann kann ich nur sagen: Das widerspricht jeglicher Vorschriften- und Weisungslage. Wir haben das ja mehrfach erörtert. Die höchste Hinweisdichte, die man - auch wenn ein V-Mann-Führer weiß, es stehen polizeiliche Maßnahmen im strukturellen, organisationellen, persönlichen Lebensumfeld einer Quelle an, und der Verfassungsschutz hat ein Interesse daran, seine Quelle abgedeckt zu halten und eben nicht bei solchen Durchsuchungsmaßnahmen oder sonstigen polizeilichen Maßnahmen negativ aufzufallen und sich zu enttarnen - - ist ein abstrakter Hinweis. Wir sagen das immer so plakativ mit dem Satz: Es ist mal wieder was los in der Szene; die Polizei macht mal wieder was; halte deine Bude sauber. - Das bis dahin, aber keinen Millimeter weiter. Und wenn das so gelaufen sein soll - schlimm genug.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Na ja, meines Erachtens ist es so gelaufen, aber ich kann mich nicht ganz damit anfreunden, dass sozusagen die Leitungsebene - ob es nun Herr Giebler ist oder ob Sie es sind - dort nicht involviert gewesen ist. Also, ich habe Ihnen ja vorhin den Vorhalt gemacht aus einer Meldung von Herrn Bartok, dass er sozusagen auf Absprache mit Herrn Giebler offensichtlich die Quelle vom Sachverhalt in Kenntnis gesetzt hat, dass gegen ihn zwei Ermittlungsverfahren laufen. Das ist ein Dokument, wo auf der Rückseite durch Sie das abgezeichnet worden ist. Sie haben vorhin gesagt, dass das für Sie völlig unvorstellbar wäre, dass eine Quelle informiert wird, dass gegen ihn Ermittlungsverfahren laufen. Ich kann Ihnen das jetzt vorzeigen, das Dokument. Das haben Sie abgezeichnet.

Zeuge Heiner Wegesin: Das würde ich gerne sehen, wobei ich Ihnen das durchaus glaube. Aber ich möchte das selbst noch einmal sehen, auch vor dem Hintergrund, dass es ein internes ... (akustisch unverständlich).

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt.)

Ja, na ja, also wenn ich das so sehe, habe ich das als kritisch angesehen. Deswegen habe ich Frau Dr. Ernst offenkundig als die zuständige Dame, die auch dabei war, um Rücksprache gebeten, weil sie schon auch meine Gewährsperson war, dass die Dinge nicht hemdsärmelig, pragmatisch, wie das eher bei Herrn Giebler als Beschaffer alter Schule - in Anführungszeichen - der Fall war, liefen, sondern rechtmäßig abliefen. Und wenn ich das so sehe: „nach erfolgter Rücksprache mit Frau Dr. Ernst“, und: „Klären Sie das mal bitte auf bei sich im Referat!“, hat Giebler dann ja wohl geschrieben, er habe eben in der Art und Weise - - oder Stadler sei nur in der Art und Weise auf Durchsuchungen und auch auf Ermittlungsverfahren hingewiesen worden, die der Praxis, die ich für rechtmäßig halte und die ich eben schilderte, entsprachen. Ich kann es Ihnen nicht sagen. Wenn das so gewesen ist, ist das ein gravierendes Vorkommnis.

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber wenn es so war - es ist ja unbestritten, dass Sie auch davon Kenntnis genommen haben -, ist es dann nicht gerade notwendig, eben keine Verfassungsschützer bei der Durchsuchung mit anwesend sein zu lassen - also auch nur, um jeden Verdacht von sich abzulenken -

Zeuge Heiner Wegesin: Na, ich sagte ja, -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - oder absichtlich zurückzuweisen?

Zeuge Heiner Wegesin: - das ist ein schwieriges Vorgehen, grenzwertig - grenzwertig vonseiten der Polizei - ohne Zweifel, das brauchen wir hier rechtlich nicht zu vertiefen -; aus der Sicht des Verfassungsschutzes ein willkommenes Kontrollelement, was man machen kann oder nicht machen kann.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja, aber die - -

Zeuge Heiner Wegesin: Auf jeden Fall: Wenn man so was überhaupt zulässt, dann muss absolut klar sein, dass die Quelle in keiner Weise davon erfährt und umgekehrt der eigentliche Zweck, nämlich der Aufklärungszweck, der Ermittlungszweck, dieser polizeilichen Maßnahme durch Verfassungsschutzhandeln in keiner Weise gefährdet wird.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja, aber hier haben Sie ja eine Situation, dass die Quelle - und Sie haben davon gewusst - in Kenntnis gesetzt worden ist, dass ein Ermittlungsverfahren läuft, dass sogar zwei Ermittlungsverfahren laufen. Und dann schicken Sie trotzdem Ihre Verfassungsschützer zu der Durchsuchung. Das ist doch - -

Zeuge Heiner Wegesin: Ich kann Ihnen die Abfolge und wann ich von diesen Dingen Kenntnis gehabt habe, leider nicht mehr sagen. Ich kann Ihnen nur sagen: Das war mein Problembewusstsein damals. Danach habe ich versucht, wirklich deutlich zu handeln, auch vieles zu unterbinden. Wenn mir dies hier durchgegangen ist oder ich das falsch interpretiert habe, dann muss ich das zur Kenntnis nehmen - ich will da nicht die Authentizität meiner Paraphe bestreiten. Ich glaube nicht, dass das so war; aber wenn es so gewesen ist, muss ich mir das zurechnen lassen - will ich mich auch gar nicht rausdrehen. Ich habe Ihnen Soll und Ist geschildert, und wenn das Ist ein anderes ist als das Soll, was ich versucht habe durchzusetzen, trage ich als Behördenleiter die Verantwortung dafür, auch heute noch.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ich will Ihnen in dem Kontext noch einen anderen Vorhalt machen: In einem Treffbericht von Bartok vom 04.03.2001 berichtet er darüber, dass das ursprüngliche Verfahren gegen Stadler in Sachsen-Anhalt anhängig war. Und da haben Sie auf den Vermerk geschrieben - ich halte Ihnen das vor, Zitat -:

„Wo bleibt der aktuelle Sachstand des Verfahrens, damit ich an geeigneter Stelle intervenieren kann? Die Erhebung von Aktenzeichen und

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zuständigkeiten bei möglichen Ermittlungsverfahren einer Quelle ist wohl kaum meine Aufgabe. Merke.“

- jetzt kommt noch ein bisschen was zum Schmunzeln -

„Der AL hilft gerne, aber etwas zielführende Vorarbeit sollte schon sein.“⁵

Also, wenn ich jetzt sozusagen diesen Gesamtkomplex sehe - bei diesen ganzen Indizien -, stellt sich mir natürlich die Frage: Mit welcher Zielrichtung wollten Sie denn intervenieren bei dem Ermittlungsverfahren?

Zeuge Heiner Wegesin: Das kann ich gar nicht sagen. Ich muss überhaupt erst mal wissen - das habe ich Ihnen ja gesagt -, was das bedeutet. Und wir waren ja damals schon divergenter Auffassung, dass Sie es als Verletzung des Trennungsprinzips ansehen, wenn der Leiter einer Verfassungsschutzbehörde mit einer Staatsanwaltschaft kommuniziert hinsichtlich eines schwebenden Ermittlungsverfahrens, auch bei einer Quelle - - kann ich Ihnen sagen: Da müssten Sie eigentlich das Terrorismusabwehrzentrum in Berlin dichtmachen, wenn Sie die Kooperationsdichte sehen, die es dort zum Teil gibt. Das ist jetzt eine flapsige Antwort, die hilft Ihnen konkret auch nicht, aber - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Na gut, aber in diesem Fall geht es um ein Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung und ähnlicher Delikte.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja, ist egal. Ich kann ja ein Gespräch mit dem Behördenleiter einer Staatsanwaltschaft führen, solange ich nicht verlange, dass in irgendeiner bestimmten Richtung - - oder solange ich - - Und da habe ich sehr viel Erfahrung sammeln dürfen, weil ich die Empfindlichkeiten und das Selbstbewusstsein, das Selbstverständnis der Staatsanwälte ganz gut kenne - das war auch mal mein ursprüngliches Berufsziel; das ist nicht so weit weg von mir -, dass man da sehr vorsichtig und diskret vorgehen muss und sehr zurückgenommen und auch, wenn man das überhaupt macht, sofort akzeptiert, wenn ein Staatsanwalt - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber Sie werden mir doch zustimmen, dass sich hier die Indizien so verdichten, dass man jetzt auf das Strafverfahren, auf das Ermittlungsverfahren gegen Stadler sozusagen im Sinne des Verfassungsschutzes Einfluss nehmen wollte. Sie haben - -

Zeuge Heiner Wegesin: Auf welches?

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Auf das Ermittlungsverfahren, was dann von der Staatsanwaltschaft Cottbus übernommen worden ist. Weil, wir haben - -

Zeuge Heiner Wegesin: Gegen Bartok?

⁵ Anmerkung Stenografischer Dienst: Zitat konnte nicht verifiziert werden.

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Nicht gegen Bartok, gegen Stadler. Entschuldigung, das war ein Versprecher von mir: gegen Stadler. Bartok kommen wir ja noch dazu.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja, gut.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Also, Sie haben sozusagen die Fakten, dass der Stadler sagte, er ist gewarnt worden vor der Durchsuchung. Sie haben den Fakt, dass zwei Verfassungsschützer an der Durchsuchung teilnehmen. Wir haben den Fakt, dass dort ein Computer steht, der leergeräumt ist, den der Verfassungsschutz ihm zur Verfügung gestellt hat. Wir haben den Fakt, dass die Wohnung gänzlich leergeräumt ist. Wir haben den Fakt, dass ein Tag davor ein Gespräch stattgefunden hat zwischen der Staatsanwaltschaft und Ihren Verfassungsschützern zu der Durchsuchung. Und wir haben die Erkenntnis, dass Stadler informiert worden ist über die zwei gegen ihn laufenden Ermittlungsverfahren. Und das alles macht mich doch - - Also, dann kann ich mir nicht vorstellen, dass Sie eben nur mal anrufen bei der Staatsanwaltschaft in Halle und mal sozusagen vorfühlen wollen oder mal Smalltalk machen, sondern dass man da - - vermute ich dahinter, dass Sie direkt Einfluss nehmen wollen auf das Ermittlungsverfahren, und zwar zugunsten von Stadler und damit auch zugunsten Ihrer Quelle und des Verfassungsschutzes.

Zeuge Heiner Wegesin: Das möchte ich zurückweisen. Das ist nicht der Fall.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Gut. Danke.

Zeuge Heiner Wegesin: Das war - - Da habe ich meine Grenzen schon sehr wohl gekannt - und, wie ich Ihnen sagen darf, auch in meiner letzten beruflichen Tätigkeit, wo dann mein Ansprechpartner der Generalbundesanwalt war. Das braucht Fingerspitzengefühl, das habe ich da, denke ich, immer bewiesen.

Was den konkreten Sachverhalt angeht mit der Staatsanwaltschaft Cottbus, da kann ich Ihnen nichts zu sagen. Ich muss Ihnen konzедieren, dass die Indizienlage so, wie Sie sie vortragen, in diese Richtung deutet, aber ich kann Ihnen auch nicht konzедieren, dass es sich dann wirklich so zugetragen hat, wie das Zusammenwirken der Staatsanwaltschaft, der durchsuchenden Polizeibehörde und der Tatsache, dass zwei Verfassungsschutzbeamte mitgehen, gewesen ist. Für mich wäre der gravierendste Sachverhalt, wenn das tatsächlich so gewesen wäre - wie gesagt, wir reden von einer Indizien- oder, sagen wir, wirklich einer - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Einem Indizienkreis.

Zeuge Heiner Wegesin: Bitte?

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ein Indizienkreis. Nicht Kette, sondern - -

Zeuge Heiner Wegesin: Ja, ist ja gut, wir sind ja hier kein Ersatzgericht. Das ist völlig klar, ich verstehe da auch Ihre - -

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Stellvertretender Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Herr Dr. Schöneburg, Ihre Fragezeit ist nicht nur schon um, sondern überschritten.

Zeuge Heiner Wegesin: Der gravierendste Sachverhalt dabei wäre - jenseits aller Dinge -, dass die Quelle auf die Durchsuchungsmaßnahme hingewiesen wird. Hinsichtlich der Ermittlungsverfahren ist das so eine Sache; sehe ich vielleicht auch als bedenklich, aber nicht so gravierend. Die Tatsache, dass ein Ermittlungsverfahren läuft, ist eine Rechtstatsache. So. Da können Sie höchstens sagen, dass sozusagen der taktische Ermittlungsvorsprung, den eine Ermittlungsbehörde hat, durch das Nichtwissen und durch die Unbefangenheit der Person, gegen die ermittelt wird, gefährdet wird. Aus meiner Sicht ist beides ein No-Go. Die Tatsache, dass eine konkrete Durchsuchungsmaßnahme einer Quelle mitgeteilt ist, wenn das so der Fall gewesen wäre - wie gesagt, Indizienlage: ja; ob es so gewesen ist, kann ich leider nicht sagen -, ist sehr krass, das räume ich ein.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ich hätte noch einen Vorhalt.

Stellvertretender Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Also, die Zeit ist wirklich um dreieinhalb Minuten überschritten; insofern bitte ich, den hintanzustellen. - Frau Nonnemacher.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Vielleicht ergibt sich das ja jetzt aus demselben. Ich möchte in dieser Indizienkette jetzt nämlich gerne fortfahren. Und zwar: Es geht genau um diese Sache, dass das Innenministerium Sachsen-Anhalt den Verfassungsschutz Brandenburg am 1. Februar 2001 darüber informiert, dass gegen Toni Stadler ein Ermittlungsverfahren eröffnet wurde und an das LKA Brandenburg abgegeben werden soll. Diese Tatsache taucht interessanterweise in einem Treffvermerk nach einem Treffen mit Stadler am 6. Februar 2001 auf. Und aus diesem Vermerk möchte ich hier nochmals zitieren - ich habe den Vorhalt schon mal gemacht: Vermerk VS Brandenburg, Treff am 06.02.01. Der Vermerk ist vom 08.02.01, Unterzeichner B., Ordner B 4, Datei Z84; das müsste hier schon mehrfach genannt sein. Da wird, wie gesagt, auf diese Information aus Sachsen-Anhalt, Staatsanwaltschaft Halle, eingegangen, und dann kommt - ich zitiere -:

„Quelle wurde in diesem Zusammenhang zugesichert, Informationen über den aktuellen Stand des Verfahrens umgehend an sie weiterzugeben.“

Und dann kommt ein handschriftlicher Vermerk von Ihnen, Herr Wegesin:

„Bitte in der Staatsschutz-Abt. d. LKA d. zuständigen Sachbearbeiter u. d. zu. Staatsanwalt erfragen, dann Rü. bei mir. Wegesin 2/3“

Hat der Verfassungsschutz Brandenburg seine V-Leute praktisch systematisch über den Stand von Ermittlungsverfahren gegen sie auf dem Laufenden gehalten? Sollen wir Ihnen das noch mal vorlegen mit dem handschriftlichen Vermerk von Ihnen?

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Heiner Wegesin: Frau Nonnemacher, ich nehme Ihnen das so ab. Da brauche ich nicht den Urkundsbeweis, um das so zu sehen. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, das erschüttert mich jetzt selbst, das nachträglich so zur Kenntnis zu nehmen - ad eins.

Ad zwei. Wenn es überhaupt so etwas gegeben hat und das nicht nur Einzelfallpanne oder sonst was war, dann - - sicherlich die Absicht, Stadler da weiter reinzusteuern. Eine Systematik sozusagen, jeder Quelle ist alles gesagt worden, das möchte ich entscheidend - - Das möchte ich nicht sagen, das war nicht der Fall - generell nicht. Das möchte ich nicht querschreiben.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Herr Wegesin, am selben Tag - wirklich am selben Tag -, am 6. Februar 2001, wo dieses Treffen des V-Mann-Führers mit der Quelle Stadler stattfand, wurde ein Razzia-Termin des V-Mannes Christian K. weitergegeben. Das ist auf denselben Tag - - Das kann man doch nicht mehr glauben, dass das Betriebsunfälle sind. Da ist doch eine Systematik dahinter, dass sozusagen Warnungen ausgesprochen worden sind.

Zeuge Heiner Wegesin: Also, Christian K., das war ja da im Umfeld, glaube ich, „Nationale Bewegung“.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Mhm.

Zeuge Heiner Wegesin: Richtig. Na ja, da war die Weisungslage nun wirklich klar gegenüber dem V-Mann-Führer, der wegen falscher dienstlicher Erklärung dieser Sache ja auch später disziplinarisch zur Verantwortung gezogen worden ist. Also zumindest im Fall Christian K. - darüber haben wir ja ausführlich gesprochen - war das nicht der Fall. Bei Stadler, muss ich sagen, ist mir das jetzt hier in dieser Gesamtgemengelage, wie Sie mir das schildern - - eine Lage, über die ich selbst erstaunt bin.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich meine, aus Ihrem handschriftlichen Vermerk geht sozusagen hervor: Bitte in der Staatsschutzabteilung des LKA mal ermitteln, wer da noch zuständig ist. Und dann ist doch wirklich die Frage: Sie haben vorhin erläutert, dass Sie ein sehr gutes Verhältnis zu Herrn Lüdders hatten und dass der Verständnis für Verfassungsschutzquellen hatte. Hat dieses Verständnis dazu geführt, dass LKA-Maßnahmen mit dem Verfassungsschutz vorher abgestimmt wurden, zum Beispiel bei Gefahrenabwehr, um keine Verfassungsschutzquelle zu gefährden? Oder sind Ermittlungsmaßnahmen unterblieben, wenn Herr Lüdders wusste, dass eine Person als V-Mann des Verfassungsschutzes da involviert war?

Zeuge Heiner Wegesin: Definitiv nein. Es ist auch so gewesen, dass es auch auf der Ebene der Behördenleiter keinerlei Informationen gab. Ich möchte Stadler da vielleicht als Ausnahme sehen, weil er V-Mann des Verfassungsschutzes ist. Also, der Schutz der Quellen des Verfassungsschutzes, der V-Leute, der hat auf jeder Ebene stattgefunden. Es ist nicht so, als ob man einem kollegial verbundenen Leiter einer Polizei-Landesoberbehörde schon mal eben eine Liste der V-Leute gibt: Für den Fall, dass was passiert, ruf mich doch an, dass wir das glattziehen. - So ist es nicht gewesen. Das ist schon ein völliges Ausnahmeverhältnis. Und ein derartiges

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

arbeitsteiliges Zusammenwirken als Regel im Verhältnis zwischen Landeskriminalamt und Verfassungsschutz möchte ich definitiv ausschließen. Das Einzige, was es dort regelmäßig gegeben hat, waren Arbeitsbesprechungen meiner Auswertung mit den Kollegen des LKA, des Staatsschutzes, weil wir beide ähnliche Berichtspflichten hatten und uns einfach über Organisationsstrukturen und aktuelle Ereignisse austauschen wollten, damit beide Behörden ein gleiches Lagebild haben.

Eine sehr enge Zusammenarbeit - - Einen einzigen anderen Fall - wie gesagt, Stadler: ich kann es wirklich nicht erinnern, ob wir da wirklich so weit gegangen sind, ihn weitergehend zu schützen - hat es mal gegeben in einem Ermittlungsfall, als durch den Hinweis einer Quelle ein nicht bevorstehender Anschlag, aber doch eine terroristische Bestrebung einzelner Personen im islamistischen Bereich, im Umfeld des islamischen Gebetsraums an der TU Cottbus, aufgedeckt wurde. Da haben wir unsere Quelle aufgedeckt; da hat es ein sehr enges Zusammenwirken gegeben, wechselseitige totale Offenheit - allerdings in einem schon laufenden Ermittlungsverfahren, was der Generalbundesanwalt durchführte, weil wir damals große Sorgen hatten, dass da was passiert. Das ist aus meiner Sicht das Einzige. Aber eine Systematik über den Fall Stadler hinaus möchte ich ausdrücklich abstreiten.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Wie bewerten Sie das denn jetzt, nachdem wir über diese Dinge gesprochen haben, dass das Innenministerium in seiner Stellungnahme an den Leitenden Oberstaatsanwalt in Cottbus im Ermittlungsverfahren gegen den V-Mann-Führer Bartok behauptet hat, die Verfassungsschutzbehörde habe zu keinem Zeitpunkt Einfluss auf das Ermittlungsverfahren gegen Stadler genommen?

Zeuge Heiner Wegesin: Na ja, eine Selbstbezeichnung nimmt man dann wohl kaum vor. Ich kann Ihnen das, was Sie hier schildern, was sich wohl abgespielt haben kann, und meine Gedankenlage bei der Überprüfung und Schlusszeichnung der Stellungnahme wie auch bei der anschließenden Zeugenvernehmung nicht schildern. Daran habe ich keine Erinnerung. Meine Bewusstseinslage ging damals deutlich dahin, dass eine Einflussnahme, eine aktive Einflussnahme: „Macht das so und nicht so!“ in Richtung der Ermittlungsbehörden im Fall Stadler nicht stattgefunden hat.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Ich habe nur eine abschließende Frage: Hat das LKA eigentlich den Verfassungsschutz informiert, wenn bei einer TKÜ-Maßnahme der Verdacht auftauchte, dass die Zielperson ein V-Mann, eine V-Person ist?

Zeuge Heiner Wegesin: Nein, eigentlich nicht. Meistens war es so, dass - -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Nein oder eigentlich nicht? Das - -

Zeuge Heiner Wegesin: Nein. Also, ich kann Ihnen den Normalfall schildern: Nein. Selbst bis zum Schluss ist es so gewesen, dass Polizeibeamte eigentlich irgendwann doch, gerade wenn TKÜs laufen, Ermittlungsmaßnahmen laufen, mitbekommen, selbst wenn sie nicht in den laufenden Telefonverkehr mit der Quelle einsteigen, dass das wohl ein Mann des Verfassungsschutzes sei. Das ist so, ja. Es gehörte wirklich

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

zum Komment, dass man da nicht nachgefragt wurde, weil es dann eine negative Antwort gab - so wie wir auch häufig mitbekommen haben, dass da offenkundig - - oder wir davon ausgingen, dass jemand eine polizeiliche Ermittlungsperson sei. Aber es ist generell so gewesen, und das ist eigentlich absoluter - wie soll ich sagen? - Branchenusus, dass sich über die konkrete Identität einer Quelle nur die Behördenleiter austauschen. Und wir haben dann hinterher uns mal Verfahren überlegt - eigentlich nach NPD - oder etwas Ähnliches, wo man sich möglicherweise austauscht nach dem Motto: „Ist der eine Quelle des Verfassungsschutzes - ja/nein? - oder eine polizeiliche Quelle?“, indem man einfach sagt: Wir lesen uns mal die Geburtsdaten unserer Quellen vor, und dann weiß man das oder nicht. - Aber die Preisgabe der Identität einer Quelle in beiden Richtungen, das war eigentlich wirklich absolutes Behördenleiterprivileg und dann eigentlich auch die Ausnahme.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Okay. - Danke schön.

Stellvertretender Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Vielen Dank, Frau Nonnemacher. - Wir kommen dann wieder zur SPD-Fraktion. Dort gibt es keine weiteren Fragen. - Dann zur Fraktion DIE LINKE. Herr Dr. Schöneburg.

(Abgeordneter Dr. Redmann [CDU]: Hier, Entschuldigung, keine weiteren Fragen! - Heiterkeit)

- Oh, Entschuldigung: Die CDU-Fraktion hat auch keine weiteren Fragen - was mir ja bewusst war. - Die SPD-Fraktion nicht. - Und DIE LINKE? - Ja, Frau Vandre - bitte schön.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Ich würde Ihnen gerne noch einen längeren Vorhalt machen, mit dem ich auch bereits Herrn Bartok und Herrn Giebler vorhin konfrontiert habe, weil ich ihn doch von außerordentlicher Brisanz empfinde und als solchen erachte und mich da auch Ihre Darstellung interessieren würde. Und zwar ist das ein Vorhalt, der sich auf die Beschuldigtenvernehmung von Toni Stadler am 25.07.2002 bezieht, und zwar insbesondere in Bezug auf die Produktionswege der zweiten Auflage von der CD „Noten des Hasses“ von „White Aryan Rebels“. Da haben Sie ja vorhin bereits gesagt, dass auch die dort enthaltenen Mordaufrufe gegen Personen des öffentlichen Lebens keine Kleinigkeit gewesen sind, sondern natürlich stark zu kritisieren ist, wenn in irgendeiner Form eine Beteiligung des Verfassungsschutzes stattgefunden hat. Und da will ich zumindest noch mal auf die Selbstaussagen von Toni Stadler kommen und zitiere hier aus B 72, Band III, Seiten 17 bis 23:

„Zuerst meinte er“

- er meinte damit Bartok -

„zu mir, dass ich ‚die Füße still halten‘ soll bevor er es nicht absegnet. Er wollte dies erstmal in höheren Ebenen klären.“

Und weiter:

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

„Nach diesen drei Wochen war alles abgeklärt. Es sollte über Thomas P. laufen. Ich sollte von Thomas P. eine Kontonummer organisieren. Auf dieses Konto hätten wir zusammen, Dirk und ich, das Geld in mehreren kleinen Beträgen überwiesen. Dazu war geplant, von verschiedenen Banken aus Einzahlungen zu tätigen. Dirk ermahnte mich, es auf diesem Wege zu machen und keine eigenständigen Schritte dahingehend zu unternehmen. Er äußerte auch mir ggü., dass es so abgesichert ist. Das war vor ca. vier Wochen.“

Weiter geht es dann in B 72, Band III, Seite 153:

„Nach ca. einem Monat wurde mir gesagt, dass die Ämter für Verfassungsschutz sich untereinander abgesprochen hatten und diese den Produktionsweg“

- spricht: von „Noten des Hasses“ der Band „White Aryan Rebels“ -

„kontrolliert verfolgen lassen wollten. Ich sollte die Informationen hierzu liefern.“

Und weiter:

„Es war geplant, die 2.000 CDs an der Grenze Österreich/Deutschland beschlagnahmen zu lassen, um der Szene einen finanziellen und ideologischen Schaden zuzufügen. Um meine Zusammenarbeit geheim zu halten, sollte ich aber aus einer Strafverfolgung rausgehalten werden. So war es mit BARTOK abgesprochen. Ich sollte aber über sämtliche Schritte und evtl. Änderungen Informationen liefern, was ich auch getan hätte.“

Und jetzt kommt noch mal ein Vorhalt, der sich auch darauf bezieht und Ihre Person betrifft - B 72, Band V, Seite 54 -:

„Soweit wie ich weiß, sollten die Verfassungsschützer der beteiligten Bundesländer und des BfV informiert werden. Dirk erzählte mir nach einem Treffen, dass nach Aussage eines anderen LfV's, evtl. Thüringen oder Sachsen, die Sache eingestellt werden sollte, da es zu brisant ist. Der WEGESIN soll sich dagegen ausgesprochen haben, da es sich um eine professionelle Arbeit handelt und keine Gefahr besteht.“

Das sind ja mehrere Ebenen, die hier aufeinandertreffen: zum einen die Frage der Beteiligung an der Produktion von „White Aryan Rebels“ in der zweiten Auflage, wo der V-Mann-Führer eine wesentliche Rolle übernehmen sollte, indem er zum einen Geld überweisen sollte - - Es gibt noch andere Aussagen, in denen es sogar heißt, dass er mit in die Slowakei fahren wollte, um sich anzugucken, wo die Produktion dann stattfinden würde. Und die zweite Ebene ist ja, dass hier ein V-Mann, ein dann ehemaliger V-Mann, der Abteilung V des Innenministeriums sehr detaillierte Aussagen zu dem Agieren des Verfassungsschutzes tätigt und auch zu vermeintlichen Positionierungen Ihrer Person. Was sagen Sie dazu?

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Zeuge Heiner Wegesin: Die Maßnahmen, die Sie da schildern, sollten letztendlich ja dazu dienen, die Möglichkeit, Einblick zu nehmen in die Produktions- und Vertriebsstrukturen, so zu erfassen, dass nicht nur 2 000 CDs irgendwo abgefasst werden, sondern dass man in der Tat die Produktionsstrukturen - - Das war immer ein großes Problem, wo man diese Dinger pressen lassen kann. Man hat sich da - das wussten wir aus der Szene - nicht in Deutschland hingetraut an irgendwelche kleinen Presswerken oder Mittelständler, weil man Sorge hatte, dass da die Polizei möglicherweise schon wartet, oder man mit derartig brisanten Materialien eigentlich nur ausländische Produktionsstätten in Anspruch nehmen kann.

Wenn Stadler in diesem Umfang über mögliche Maßnahmen - ich will das gar nicht ausschließen - der Verfassungsschutzbehörden, der Sicherheitsbehörden unterrichtet war, dann durfte das nicht sein, weil natürlich einer Quelle, auch wenn sie arbeitsteilig eingebunden ist - ich habe ja eben sehr grundsätzlich dazu gesagt, dass wir uns da offenkundig überhoben haben, in bester Absicht - - Eine Quelle hat nur in dem Umfang Informationen über beabsichtigte sicherheitsbehördliche Maßnahmen zu bekommen, als sie sich dann verantwortlich und rollenkonform verhalten kann. Wenn in der Tat derartige Strukturinformationen, was die Verfassungsschutzbehörden ermittlungstaktisch vorhatten und insbesondere welche Zugriffsmöglichkeiten dann selbstverständlich nicht durch die Verfassungsschutzbehörden, sondern durch die solchermaßen unterrichteten Polizeibehörden und sonstigen Strafverfolgungsbehörden passierten - - Das darf nicht sein. Eine Quelle darf nicht wissen, wann und wie ein Zugriff stattfindet. Die Gefahr, dass sie das durchsticht, nicht bei sich behalten kann oder eine solche Aktion schlicht und einfach - ich nenne es mal umgangssprachlich - vermässelt, ist viel zu groß.

Aber in der Tat ist so der Versuch unternommen worden, die Produktion der zweiten Auflage unter Wissen des Verfassungsschutzes so durchführen zu lassen - in der Hoffnung, dass man die 2 000 Dinger abgreift und hinterher dann wirklich auch Produktions- und Vertriebsstrukturen abschließend lahmlegen kann. Dass das nicht gelungen ist, ist bedauerlich, rechtfertigt aber - nach dem Motto „Pech gehabt!“ - nicht den Umfang, in dem man sich damals da hineinbegeben hat. Das ist aus meiner Sicht bei dem, was wir wussten, was wir konnten, wie das auch organisiert werden kann - - Ich sage Ihnen ja, ich habe hinterher beruflich in hochkomplexen Dingen die Konzepte und die Leitung gehabt, und ich würde sogar heute sagen: Das war damals jenseits meiner eigenen beruflichen Fähigkeiten; so was machst du mal nicht eben so. Das habe ich auch erst mühsam lernen müssen. Da haben wir uns drastisch verhoben und waren da recht, sagen wir, begeistert, aber unbedarft und rechtlich, glaube ich, dann auch nicht hinreichend sensibilisiert, in welche Grenzbereiche wir uns begeben, unterwegs. Das war ein veritabler Verfassungsschutzskandal.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Aber ich würde das noch mal absichten wollen. Das heißt also, Sie bestätigen die Angaben, die Stadler in seiner Beschuldigtenvernehmung so getätigt hat.

Zeuge Heiner Wegesin: Das weiß ich nicht mehr im Einzelnen, das kann ich Ihnen sagen. Das können Sie mir vorhalten. Wie weit das gewesen ist, weiß ich nicht. Ich weiß nur, dass wir den Versuch unternommen haben, die möglichen beteiligten

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Verfassungsschutzbehörden so weit einzubinden - - Also, die Idee des Gefechts war: Wir lassen die Produktion zu, wir kontrollieren das - -

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Aber das ist ja nicht nur eine Produktion, die zugelassen wurde, sondern die unter Beteiligung eines Ihrer V-Mann-Führer - - Aktionen vorgenommen hat, die durchaus als Mittäterschaft oder Mithilfe zur Produktion verstanden werden können.

Zeuge Heiner Wegesin: Das könnte man so sehen.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Wir hatten Herrn Bartok, wie gesagt, heute hier, und er hat gesagt, er hat nichts getan, was er nicht mit seinen Vorgesetzten abgeklärt hat. Deswegen ist die Frage, ob Sie über diese Schritte informiert waren, dass zum Beispiel Zahlungen - - in welcher Form Zahlungen von unterschiedlichen Stellen erfolgen sollen, dass er plant, gemeinsam mit Stadler in die Slowakei zu fahren.

Zeuge Heiner Wegesin: An die Tschechoslowakei-Fahrt fährt kann ich mich erinnern, an die finanziellen Transaktionen im Einzelnen nicht. Ich möchte auch nicht abstreiten, dass das so gewesen ist; das kann ich nicht ausschließen.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Gut, danke.

(Abgeordneter Dr. Schöneburg [DIE LINKE]: Haben wir noch Zeit?)

Stellvertretender Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Ja, bitte.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Dann habe ich noch zwei Fragen, also eines ist ein Vorhalt. Ich komme noch mal auf die Frage „Warnung“ zurück - ja, ist mein Steckenpferd heute.

Zeuge Heiner Wegesin: Zugestanden.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ich will Ihnen vorhalten, was Sie bei Ihrer Vernehmung am 27. Januar 2004 bei der Staatsanwaltschaft ausgeführt haben. Erstens:

„Eine Warnung vor strafprozessualen oder auch gefahrenabwehrrechtlichen Maßnahmen, z. B. Wohnungsdurchsuchungen, kommt nach der Rechtslage - und genauso ist die Weisungslage - nur in Betracht, wenn nach der gesamten Erkenntnislage der Verfassungsschutzbehörde klar ist, dass eine Quelle nicht Zielperson dieser Maßnahmen (Tatverdächtiger, Beschuldigter u. ä.) ist. Jegliche andere Handhabung des Quellenschutzes zöge die Gefahr nach sich, dass sich Mitarbeiter des Verfassungsschutzes selbst i. S. d. §§ 257 ff. StGB strafbar machen könnten.“⁶

⁶ Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: B 36, Generalstaatsanwaltschaft Bbg. - Band III.pdf, Seite 113.

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Das ist ja das, was Sie vorhin auch noch mal rekapituliert haben.

Zeuge Heiner Wegesin: Mhm.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ist ja auch das, was letztendlich so in etwa die Konstellation war im Fall Sandmann und Christian K.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja, richtig.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Was jetzt meine Frage erstens ist: Was macht es denn für einen Sinn, über Durchsuchungsmaßnahmen zu informieren bei Leuten, die gar nicht betroffen sind von der Durchsuchungsmaßnahme, aber der Szene angehören? Sollen die das dann in die Szene träufeln? Also, wo steckt die Ratio?

Zeuge Heiner Wegesin: Die Ratio, wenn es lege artis und fachlich korrekt abläuft, ist einzig und allein, Quellen des Verfassungsschutzes abstrakte Warnungen zukommen zu lassen, sich - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber die sind doch gar nicht Betroffene.

Zeuge Heiner Wegesin: Bitte?

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Na - -

Zeuge Heiner Wegesin: Das ist egal. Sie wissen ja gar nicht, wer betroffen ist im Einzelnen. Sie wissen im Übrigen auch nicht - das sagt Ihnen die Polizei auch nicht und hat der Verfassungsschutz auch nicht zu wissen -, wann, ob und welcher V-Mann in eine polizeiliche Maßnahme reinläuft. Das kann eine Straßenkontrolle sein, das kann alles Mögliche sein. In einer Vielzahl von polizeilichen Ermittlungsmaßnahmen, von denen der Verfassungsschutz auch nur im Ausnahmefall konkret etwas erfährt - - sondern er ist berechtigt, seine Quellen so zu sensibilisieren, dass unterhalb der konkreten Mitteilung bestimmter Maßnahmen gegen bestimmte Personen sich diese Leute konform verhalten - oder wie wir in unserem etwas kruden Sprachgebrauch sagen: flach machen und die Ohren anlegen -, damit sie nicht in eine solche Maßnahme hineinlaufen und dekonspiriert werden.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Dann geht aber diese Vernehmung noch weiter. Sie haben dann einen Ausnahmefall konstruiert. Ich zitiere noch mal - Generalstaatsanwaltschaft Bbg. - Band III, Seite 113 -:

„Wenn überhaupt, erfolgen gezielte Hinweise über strafprozessuale Einzelmaßnahmen oder über ein eingeleitetes Verfahren überhaupt nur dann, wenn nach Rücksprache mit den zuständigen Strafverfolgungsbehörden, d. h. den Staatsanwaltschaften oder - vorbehaltlich der staatsanwaltschaftlichen Sachleitungsbefugnis - mit den Polizeibehörden darüber Einvernehmen erzielt wird. Das kann im Einzelfall nach Maßgabe der Strafverfolgungsbehörde nur dann der Fall sein, wenn erkennbar unverdächtige nachrichtendienstliche

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Quellen zur Wahrung des Quellenschutzes aus Ermittlungsverfahren ‚herausgehalten‘ werden sollen.

Das bedeutet, dass derartige Warnungen nur nach einer sorgfältigen Einzelfallabwägung, die auf Behördenleitungsebene zu erfolgen hat, gegeben werden können. Die Befugnisse des V-Mann-Führers (VMF) beschränken sich einzig und allein darauf, ihre Quellen zu rechtstreuem Verhalten anzuleiten.“

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): So, das ist aber eine Ausnahme, die Sie konstruieren oder die Sie sozusagen hier beschreiben.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja, was - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Da würde sich dann meine Frage ergeben - das würde ja der Befreiungsschlag für Sie sein in gewisser Weise -: Hat es solche gezielten Hinweise im Fall Stadler also gegeben? Gab es eine Absprache zwischen der Staatsanwaltschaft Cottbus und Ihnen sozusagen - -

Zeuge Heiner Wegesin: Also mit mir nicht, nein. Daran kann ich mich nicht erinnern. Meinen Sie jetzt die Ermittlungsverfahren, über die Stadler vorab usw. unterrichtet worden sei?

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Heiner Wegesin: Weiß ich nicht. Ich halte es für eher wahrscheinlich, dass, wenn das so gelaufen ist, in der Tat ein Einverständnis vorgelegen hat - das würde ich für eher wahrscheinlich halten - und dass der erklärte Behördenleitervorbehalt in diesem Fall entweder stattgefunden hat - ich kann mich daran nicht erinnern - oder auf der Arbeitsebene dann halt nach Absprache mit den zuständigen Behörden, die dieses zugestanden haben, so erfolgt ist. Das ist eine Möglichkeit. Ich halte das für nicht ausgeschlossen, weil damals in der Person von Frau Dr. Ernst ich eine Person in diesen Dingen hatte, der ich eine solche Sensibilität und auch ein solches Urteilsvermögen sicherlich zugetraut hätte - auch wenn eine Beteiligungspflicht gemäß dem konstruierten Musterfall des Abteilungsleiters auf jeden Fall vorgelegen hätte. Dass Herr Giebler so etwas konkret in eigener Zuständigkeit durchführte, das halte ich für gewollt.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Also, Sie halten es für wahrscheinlich oder für möglich, dass nach diesem Konstrukt also die Staatsanwaltschaft Cottbus gemeinsam mit Frau Ernst - oder jedenfalls mit Mitarbeitern Ihrer Behörde - sozusagen vereinbart hat, exekutive oder strafprozessuale Maßnahmen gegen Herrn Stadler - - ihn vorab darüber zu informieren.

Zeuge Heiner Wegesin: Ich kann Ihnen aus eigener Erinnerung dazu nichts sagen, und ich möchte dann auch wirklich nicht im Wege der Spekulation, insbesondere mit Blick auf eine mögliche Belastung von Frau Dr. Ernst, so etwas insinuiieren. Ich

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

erinnere mich nicht an meine Beteiligung in diesen Fällen; das muss ich Ihnen leider sagen. Ich konzertierte Ihnen gerne, dass das ein hochproblematisches Gesamtverhalten ist, auch seitens des Verfassungsschutzes.

Ich weiß es wirklich nicht. Wenn es richtig gelaufen wäre - das kann ich nur sagen, außerhalb der Tatsache, dass ich mich daran nicht erinnere und meine, dort stets sensibel gehandelt zu haben -: Lege artis wäre so gewesen, wie ich es in meiner Vernehmung dargestellt habe. Welche Abweichung das tatsächliche Geschehen gehabt oder nicht gehabt hat, kann ich Ihnen leider nicht sagen. Ich kann Ihnen aber auch nicht sagen: Das ist völlig aus der Luft gegriffen, das ist konstruiert, das nehme ich Ihnen nicht ab. - Ich kann nicht ausschließen, dass es so gewesen ist.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Dann habe ich noch eine Frage: Wie ist es denn - - Oder: Haben Sie darauf eingewirkt, dass das Ermittlungsverfahren gegen Herrn Bartok abgetrennt und abgegeben worden ist in Berlin? Also, wir hatten hier die federführende Staatsanwältin gestern als Zeugin gehabt, Frau Mendrina, und die wollte eigentlich beide anklagen und hat dann sozusagen gesagt, sie hat Druck von oben bekommen, von der Generalstaatsanwaltschaft. Da ist mir natürlich gleich eingefallen, dass Sie letztes ja gesagt haben, dass Sie gute Beziehungen zum Generalstaatsanwalt von Berlin hatten, -

Zeuge Heiner Wegesin: Ja.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - um das Verfahren von Szczepanski in Sachen Nick G. möglicherweise einzustellen. Und deswegen ist die Frage jetzt natürlich naheliegend, ob Sie oder die Brandenburger Seite da Einfluss genommen haben.

Zeuge, Heiner Wegesin: Ja, habe ich jetzt eine sehr konkrete Erinnerung dran: Es hat damals auf der Ebene der Staatssekretäre - ich war dabei -, Innenstaatssekretär, Justizstaatssekretär des Landes Brandenburg, Innenstaatssekretär des Landes Berlin - ich erinnere mich nicht mehr genau dran, wer das war - und Justizstaatssekretär, eine Besprechung gegeben - ich meine, sie war in Potsdam -, in der die brandenburgische Seite massives Befremden darüber geäußert hat, dass unter Verletzung sämtlicher Informationspflichten diese Maßnahmen in Brandenburg ohne Wissen der zuständigen örtlichen Staatsanwalt und ohne Wissen der zuständigen Polizeibehörden über Wochen wohl stattgefunden haben, wo ein solches Selbsteintrittsrecht, im anderen Bundesland tätig zu werden, nur bei unmittelbarer Strafverfolgung, sozusagen im unmittelbaren Gefolge - der muss nicht an der Landesgrenze halten -, stattfinden kann. Darüber ist massiv Klage geführt worden.

Es ist auch massiv darüber Klage geführt worden, dass in einem aus Sicht des damaligen Landes Brandenburg von vornherein mit sozusagen Skandalisierungsabsicht betriebenen Strafverfahren - - Es sind ja seinerzeit in die polizeilichen Observations- und Durchsuchungsmaßnahmen Pressevertreter eingeladen worden, notabene Herr H. vom „Focus“, der auch den ersten Artikel geschrieben hat. Und das hat zu einer solchen - -

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Thematischen Verwicklung.

Zeuge Heiner Wegesin: Das hat dann dazu geführt, dass man dem Land Berlin sehr nahegelegt hat, zu überlegen, ob man dann das Strafverfahren gegen Herrn Bartok nicht abtritt und der örtlichen Zuständigkeit gibt. Berlin hat Verständnis dafür empfunden, dass, was immer mit Stadler war, es aber extrem problematisch sei, dass sozusagen die Ermittlungsbehörden eines benachbarten Bundeslandes gegen die Verfassungsschutzbehörde des Nachbarbundeslandes ermitteln und das Verfahren durchführen.

Die Abgabe ist dann erfolgt, und Herr Heinke hat mich angerufen - ich weiß das wie heute noch; Sie dürfen sich vorstellen, dass mir da ein Stein vom Herzen gefallen ist - und hat mitgeteilt, dass er soeben das Ermittlungsverfahren gegen Bartok an die Staatsanwaltschaft Cottbus abgegeben hat. Das war die Einflussnahmeebene, von der Sie reden.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Gut. - Wer waren die Staatssekretäre auf Brandenburger Seite? Herr Lancelle und Justizstaatssekretär - -

Zeuge Heiner Wegesin: Ich weiß nicht. War es Herr Schelter damals? Ich bin mir nicht ganz sicher.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Herr Schelter war ja Minister, nicht Staatssekretär.

Zeuge Heiner Wegesin: War er nicht eine Zeit lang Staatssekretär? Ich weiß nicht mehr, wer Staatssekretär war.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Herr Kluge?

Zeuge Heiner Wegesin: Kann sein. Ich meine sogar Abteilungsleiter. Es kann auch sein, dass Herr Dr. Lemke noch dabei war. Ich weiß es nicht. Auf jeden Fall war das auf der Staatssekretärebene. Ich habe dagesessen und halt die üblichen Sherpa- und Zuträgerdienste gemacht. Aber das war - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): ... war nicht Ihr guter Draht zum Generalstaatsanwalt, -

Zeuge Heiner Wegesin: Nee, also das - -

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): - sondern das war auf der höheren Ebene. Gut, das macht die Sache ja vielleicht nicht besser.

Zeuge Heiner Wegesin: Nein, nein. Das ist auf Staatssekretärebene - - Es ist nicht: Sie geben das ab, sondern - - Der Kollege Heinke hat sich dann später darüber beklagt, dass ihm seine Hartnäckigkeit zum beruflichen Nachteil gereicht worden ist, weil man ihm die politische Sensibilität, die ein Staatsschutzabteilungsleiter an einer Staatsanwaltschaft haben soll, aufgrund dieser Dinge nicht zugetraut hat.

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Aber er hat Ihnen, glaube ich, vergeben. Er konnte sich gestern kaum noch dran erinnern.

Zeuge Heiner Wegesin: Nö, er ist hinterher anders bedient worden. Ich habe sowohl mit Herrn Heinke als auch mit Frau Mendrina mit einer Jahreszahl im Jahr 2000, die schon eine eins vorm Komma hat, auch mal ein Bier getrunken. Es ist nicht so, dass man sich persönlich dann spinnefeind ist, auch wenn jeder seine Pflicht oder - vielleicht in meinem Falle - seine Pflichtvernachlässigung begangen hat.

Abgeordneter Dr. Schöneburg (DIE LINKE): Gut, danke schön.

Zeuge Heiner Wegesin: Bitte sehr.

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Frau Vandre hat noch eine Frage.

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Nur eine einzige Frage, weil es da widersprüchliche Aussagen gibt: Waren Sie bei der Entpflichtung von Toni Stadler am 22.07.2002 mit anwesend?

Zeuge Heiner Wegesin: Ja. Nicht unmittelbar, sondern es war so, dass wir unterrichtet worden waren, dass Stadler in U-Haft war. Dann sind - - Dann bin ich - Bartok war dabei und ein weiterer Mitarbeiter -

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Herr Borchert?

Zeuge Heiner Wegesin: - ja, Herr Borchert, glaube ich, war mit dabei - -

(Zuruf der Abgeordneten Gossmann-Reetz [SPD])

- War Giebler mit dabei? Glaube ich nicht. Den hatte ich bei so was auch nicht so gerne dabei, der regte sich dann auf und fing das Reden an.

(Heiterkeit)

Dann sind wir also über diesen Scherbenhaufen, der sich da angesammelt hatte, und was man im besagten Bunker gefunden hatte, und ähnliche Dinge unterrichtet worden. Frau Mendrina hatte den Charme einer Klapperschlange. Das war völlig klar, man war sehr empört. Dann habe ich das zur Kenntnis genommen. Herr Heinke hat die allgemeine Einführung gemacht, Frau Mendrina hat die konkrete Vorwurfslage referiert, und dann habe ich entschieden: Ja, wenn das so ist - alles sehr schlimm -: Gestatten Sie es - natürlich Kontakt zum Verfassungsschutz -, liebe Staatsanwaltschaft Berlin, dass jemand von uns, in Ihrer Begleitung selbstverständlich, damit Sie jegliche Einflussnahme oder was weiß ich - „Halt ja die Klappe!“ - sofort unterbinden können - - Und dann kriegten Borchert und Bartok den Auftrag, den gloriosen V-Mann Toni Stadler abzuschalten. Das ist dann erfolgt. Und ich habe draußen gesessen und gewartet, bis sie zurückkamen.

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

Abgeordnete Vandre (DIE LINKE): Danke.

Zeuge Heiner Wegesin: Bitte.

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher: Gut, vielen Dank. - Frau Mendrina war ja gestern hier. Ich habe das nicht so empfunden wie Sie, und ich finde es auch nicht so - - Ich finde es mindestens unsachlich, das hier so in ihrer Abwesenheit zu sagen. Will ich nur mal gesagt haben.

Zeuge Heiner Wegesin: Gut, mag so sein. Ich habe ihr das wirklich nachgesehen. Das ist kein Thema. Dass ein Staatsanwalt engagiert ist - - Sehen Sie es bitte meiner noch - ich bin ja gerade im Ruhestand; ich werde das ablegen, verspreche ich - kollegialen Flapsigkeit nach, dass, wenn jemand engagiert auftritt, ich das mit solchen Vokabeln belege. Nehmen Sie es bitte als Bekundung des Respekts und des beruflichen Engagements und bitte nicht als versuchte Ehrabschneidung.

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Wir versuchen, es so umzudeuten. Okay. Das war ja schon tätige Reue. - Frau Nonnemacher, bitte.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Danke schön. - Herr Wegesin, wir hatten in der vorherigen Runde geplaudert über den Topos „Hat das LKA Ihnen einen Hinweis gegeben, wenn bei TKÜ-Maßnahmen der Verdacht auftauchte, dass eine Zielperson V-Mann ist?“. Daraufhin hatten Sie gesagt: Nein, das war ein Behördenleiterprivileg, und es war sowieso die absolute Ausnahme.

Ich möchte Ihnen jetzt zu dem Behördenleiterprivileg noch einen Vorhalt machen. Das ist der Ordner B 35, Datei Generalstaatsanwaltschaft Bbg. - Band I, Seiten 75 und 76; Staatsanwaltschaft Cottbus an MdJ und Generalstaatsanwaltschaft vom 21.10.2002, Leitender Oberstaatsanwalt Robineck in Cottbus. Ich zitiere:

„Ergänzend dazu bemerke ich, dass das LKA Brandenburg - Herr M. W. (LKA BB) - auf Anfrage heute fernmündlich mitgeteilt hat, er habe das LfV Ende September oder Anfang Oktober 2001, nachdem die Telefonüberwachung gegen Stadler ausgewertet worden sei, darüber in Kenntnis gesetzt, dass gegen Stadler ermittelt werde.

Am 18.10.2002 fand in meinem Hause eine Besprechung mit Beamten des LKA Brandenburg statt, an der auch ein Beamter des LfV, Dez. Beschaffung, teilnahm. Zu diesem Zeitpunkt war bereits sicher, dass die Ermittlungen zu einer Anklageerhebung führen würden. Die Durchsuchung am 21.03.2002 hat zu diesem Ergebnis nichts Wesentliches (mehr) beigetragen.“

Jetzt kommt ein kurzer Absatz, und der steht auf Seite 76 - das finde ich auch noch interessant; ich zitiere wieder -:

„Im Rahmen einer weiteren Besprechung in meinem Dienstzimmer mit Beamten des LKA und des LfV - Teilnehmer war u. a. Herr Wegesin persönlich - am

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

20.03.2002, einen Tag vor der o. a. Durchsuchung, ist die Sach- und Rechtslage in dem Ermittlungsverfahren gegen Stadler erneut erörtert worden.“

Was sagen Sie zum Behördenleiterprivileg?

Zeuge Heiner Wegesin: Wenn ich dabei gewesen sein soll, ist sie mir wohl entsprochen worden. Oder nein, Entschuldigung, Frau Nonnemacher, Sie meinen die Unterrichtung von Herrn M. W. (LKA BB) an - -

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Der erste Teil des Zitates bezog sich darauf, dass Herr M. W. (LKA BB) das sozusagen unterrichtet hat.

Zeuge Heiner Wegesin: Gut. - Nein, mit dem Behördenleiterprivileg meine ich Folgendes: Es mag gelegentlich solche Unterrichtungsakte auf Arbeitsebene gegeben haben. Es ist also nicht so gewesen, als ob Herr Lüdders und ich dann nur zum Telefon gegriffen haben, sondern es war klar, dass Übermittlungen solcher Art, die im Einzelfall auch auf Arbeitsebene oder in der Regel leitender Arbeitsebene - sprich Referatsleitersebene - stattfinden, stattgefunden haben können, der Genehmigungspflicht des jeweiligen Behördenleiters unterlagen. Was dann in der Regel so hieß: Ich darf Sie da unterrichten - Herr Lüdders hat zugestimmt - über folgenden Sachverhalt. - Das mag es gegeben haben. Das ist nicht so gewesen, dass sozusagen dann nur wie so ein rotes Telefon Herr Lüdders und ich miteinander gesprochen haben, wenn man einen solchen - in beide Richtungen - Informationsakt für legitim hielt.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. - Also, ich halte fest, das Behördenleiterprivileg konnte auch delegiert werden, und die absolute Ausnahme ist hier im Fall Stadler dann zum Tragen gekommen.

Zeuge Heiner Wegesin: Ja, das konnte delegiert werden insofern, als dass dann eben der eine, der übermittelnde Mitarbeiter quasi Botenfunktion hatte, ja.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. - Ich möchte dann noch festhalten: Wir hatten vorhin herausgearbeitet, dass an dieser Sitzung am 20.03.2002 in der Staatsanwaltschaft Cottbus Herr Giebler und Frau Dr. Ernst teilgenommen haben und Sie nicht. Durch diesen Akteneintrag können wir aber sagen, Teilnehmer war unter anderem Herr Wegesin persönlich, dass wir das dann dahin korrigieren, dass Sie auch dabei waren.

Zeuge Heiner Wegesin: Ich möchte dem nicht widersprechen. Ich habe daran keine Erinnerung, aber ich zweifle nicht an der Authentizität und dem Wahrheitsgehalt der zitierten Akte.

Abgeordnete Nonnemacher (B90/GRÜNE): Gut. - Möchten Sie den Eintrag noch sehen?

(Der Zeuge schüttelt den Kopf.)

Untersuchungsausschuss 6/1
36. (nichtöffentliche/öffentliche) Sitzung

23.11.2018
Stenogr. Dienst/Jen

- Alles klar.

Zeuge Heiner Wegesin: Kein Thema.

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): Frau Nonnemacher, Sie haben keine weiteren Fragen? - Gut. Dann schaue ich mal in die Runde, ob es noch Fragebedarf seitens der Fraktionen gibt. - Das sehe ich nicht.

Ich sehe hier keine Notwendigkeit einer Vereidigung. Wird das anders gesehen? - Nein. - Dann, Herr Wegesin, herzlichen Dank, dass Sie so lange gewartet haben, -

Zeuge Heiner Wegesin: Nichts zu danken.

Stellv. Vorsitzender Lakenmacher (CDU): - dass Sie auch jetzt so gut durchgehalten und geantwortet haben. Ich entlasse Sie damit als Zeugen aus diesem Untersuchungsausschuss.

Ich weise darauf hin, dass die nächste Sitzung des Untersuchungsausschusses am 17. Dezember um 9.30 Uhr stattfinden wird. Gibt es noch Bemerkungen? - Wenn es diese nicht gibt, dann schließe ich jetzt die 36. Sitzung des Untersuchungsausschusses und wünsche ein schönes Wochenende und eine sichere Heimreise. Es hat mir Spaß gemacht.

(Schluss: 17.28 Uhr)

Übersicht der Gutachten der Sachverständigen:

1. Prof. Dr. Ralf Alleweldt

„Sicherheitsarchitektur des Landes Brandenburg von 1990 bis heute“ vom 09.09.2016

2. Antonia von der Behrens

„Schriftliches Gutachten im Anschluss an die Ladung als Sachverständige für die Sitzung des PUA 6/1 des Landtages Brandenburg“ vom 24.02.2017

3. Dr. Gideon Botsch

„Organisierte rechte Gewalt in Brandenburg 1991 bis heute“ vom 12.07.2016

„Organisierte rechte Gewalt in Brandenburg 1991 bis heute“ vom 18.11.2016 - Handout

„Organisierte rechte Gewalt in Brandenburg 1991 bis heute“ vom 18.11.2016 - Präsentation

4. Prof. Dr. Hans-Jürgen Lange

„Rechtliche und tatsächliche Strukturen des V-Mann-Wesens in Brandenburg von 1990 bis heute“
vom 14.10.2016

5. Prof. Dr. Heinrich Amadeus Wolff

„Sicherheitsarchitektur des Landes Brandenburg von 1990 bis heute“ von September 2016

„Rechtliche und tatsächliche Struktur des V-Mann-Wesens in Brandenburg von 1990 bis heute“
von Oktober 2016



Sicherheitsarchitektur des Landes Brandenburg von 1990 bis heute

Sachverständigengespräch im Untersuchungsausschuss
6/1 zur ‚Organisierten rechtsextremen Gewalt und
Behördenhandeln, vor allem zum Komplex
Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)‘

Prof. Dr. Ralf Alleweldt
FH der Polizei des Landes Brandenburg

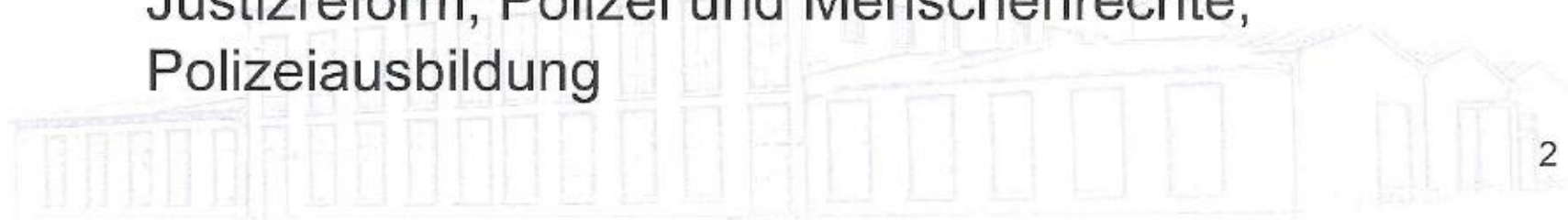
Potsdam, 9. September 2016





Vorstellung Ralf Alleweldt

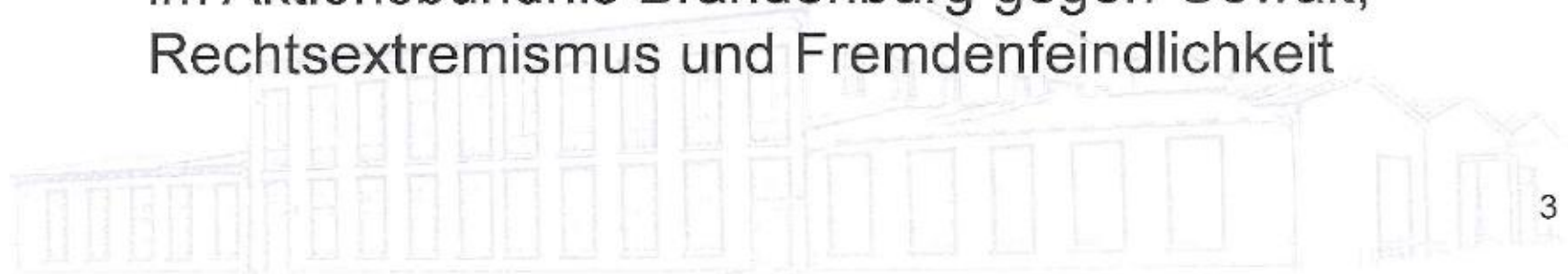
- Professor für Verfassungsrecht und Europarecht an der FH der Polizei in Oranienburg (seit 2012)
- Ich spreche **als unabhängiger Sachverständiger**, nicht für die Polizei oder eine andere Institution
- Dissertation (Heidelberg) Flüchtlingsrecht
- Habilitation (Frankfurt (Oder)) über das Bundesverfassungsgericht
- Beratungstätigkeit in Osteuropa:
Juristenausbildung (insbes. im Europarecht),
Justizreform, Polizei und Menschenrechte,
Polizeiausbildung





Vorstellung

- Vor vielen Jahren (2001) Beratung der Zuwanderungskommission über Möglichkeiten zur Beschleunigung des Asylverfahrens
- Interessen- und Forschungsschwerpunkte: Grundrechte, Europäische Menschenrechtskonvention (dort besonders: Recht auf Leben und Folterverbot), Europäische Konvention zur Verhütung von Folter
- Seit 2013 Vertreter der Landesrektorenkonferenz im Aktionsbündnis Brandenburg gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit





Sicherheitsarchitektur

1. Aufbau der Verfassungsschutzbehörden

- Aufbau der Behörden
- Aufgaben und Befugnisse
- Polizei und Verfassungsschutz





Polizeibrief der Alliierten, April 1948

2. Der Bundesregierung wird es ebenfalls gestattet, eine Stelle zur Sammlung und Verbreitung von Auskünften über umstürzlerische, gegen die Bundesregierung gerichtete Tätigkeiten einzurichten. **Diese Stelle soll keine Polizeibefugnis haben.**

3. (...) **Keine Bundespolizeibehörde darf Befehlsgewalt über Landes- oder Ortspolizeibehörden besitzen.**

- heute kein geltendes Recht (mehr), aber das geltende Recht ist dadurch inspiriert



Verfassung des Landes Brandenburg

Art. 11 Abs. 3 Der aufgrund bundesrechtlicher Vorschriften einzurichtende Verfassungsschutz des Landes unterliegt einer besonderen parlamentarischen Kontrolle. **Ihm stehen keine polizeilichen Befugnisse zu.** Er darf die Polizei auch nicht im Wege der Amtshilfe um Maßnahmen ersuchen, zu denen er selbst nicht befugt ist.





Verfassungsschutzbehörde

... in Brandenburg ist das Ministerium des Innern,
genauer: eine besondere Abteilung des
Innenministeriums (§ 2 BbgVerfSchG)

Landes- und Bundesverfassungsschutzbehörden
sind zur Zusammenarbeit verpflichtet, § 1
BVerfSchG





Aufgaben des Verfassungsschutzes

Sammlung von Informationen über (u.a.)

1. Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung,
2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten in Deutschland für eine fremde Macht,
3. Bestrebungen, die durch Anwendung von Gewalt oder deren Vorbereitung auswärtige Belange Deutschlands gefährden
4. Bestrebungen, die gegen die Völkerverständigung gerichtet sind, insbesondere das friedliche Zusammenleben der Völker (§ 3)



Aufgaben des Verfassungsschutzes

- Was macht der Verfassungsschutz mit den gesammelten Informationen?
- Er unterrichtet die Landesregierung und andere zuständige Stellen über Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung. Dadurch soll es den Stellen ermöglicht werden, diese Gefahren rechtzeitig abzuwehren (§ 1)
- „Der Verfassungsschutz ist Sammler und kein Jäger.“





- Strafverfolgung (rückblickend)
- Verhinderung von Straftaten (Teil der Gefahrenabwehr) (vorausschauend)
- Abwehr sonstiger Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung

- Gefahrenabwehr nach Ermessen, Strafverfolgung immer (Legalitätsprinzip)
- Aufgaben der Polizei im Hinblick auf Straftaten sind relativ klar





Straftaten und Verfassungsschutz

Der Verfassungsschutz betreibt nach seinem gesetzlichen Auftrag:

- keine Gefahrenabwehr
- keine Verhütung von Straftaten
- keine Verfolgung von Straftaten





Straftaten und Verfassungsschutz

Die Aufgaben des Verfassungsschutzes im Hinblick auf Straftaten sind also im Grundsatz ebenfalls klar. Der Verfassungsschutz ist grundsätzlich keine Strafverfolgungs- oder Straftatverhinderungsbehörde.

Eine andere Frage ist, ob der Verfassungsschutz bei der Bekämpfung von Straftaten mit der Polizei zusammenarbeiten darf oder muss (dazu gleich)





Verfassungsschutz und polizeilicher Staatsschutz

- Polizei hat in den letzten Jahrzehnten Befugnisse im Vorfeld konkreter Gefahren verliehen bekommen
- Überschneidungsbereiche u.a. bei gewalttätigen oder terroristischen Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung
- Polizei kann selbst beispielsweise V-Leute einsetzen
- Doppelung kann zu Koordinationsproblemen führen





Mögliche und tatsächliche Konfliktfelder

- Konflikte zwischen operativen Einheiten und analytischen Einheiten im Verfassungsschutz
- Rivalitäten zwischen Polizei und Verfassungsschutz
- Tino Brandt in München: Straftaten haben den Verfassungsschutz nicht interessiert
- Im NSU-Komplex haben Polizei und Verfassungsschutz in Thüringen wohl nebeneinander und gegeneinander gearbeitet, es kam wohl vor, dass V-Leute vor polizeilichen Maßnahmen gewarnt wurden



2. Dienst- und Fachaufsicht

- Verfassungsschutzbehörde ist Teil des Innenministeriums
- Aufsicht nur innerhalb des Ministeriums





3. Zusammenarbeit von Verfassungsschutz und Polizei

- die rechtliche Seite
- konzentriert auf die Frage: darf oder muss der Verfassungsschutz Informationen über bevorstehende oder begangene Straftaten an die Polizei weiterleiten?





Der verfassungsrechtliche Rahmen der Zusammenarbeit

1. Das informationelle Trennungsprinzip
2. Grundrechtliche Schutzpflichten





BVerfG 24.4.2013: Das informationelle Trennungsprinzip

Polizeibehörden und Nachrichtendienste haben deutlich voneinander unterschiedene Aufgaben.

Den Nachrichtendiensten kommt die Aufgabe zu, Aufklärung bereits im Vorfeld von Gefährdungslagen zu betreiben. Sie haben weitreichende Befugnisse zur Datensammlung. Diese zeichnen sich durch relativ geringe Eingriffsschwellen aus. Überdies sammeln die Nachrichtendienste Daten grundsätzlich **geheim**. Entsprechend gering sind die Möglichkeiten individuellen Rechtsschutzes.

Im Gegenzug und zum Ausgleich ist die **Zielrichtung** der Aufklärung **begrenzt**. Sie beschränkt sich im Wesentlichen darauf, **fundamentale Gefährdungen, die das Gemeinwesen als Ganzes destabilisieren können**, zu beobachten und hierüber zu berichten.



Das informationelle Trennungsprinzip

Von diesem Profil unterscheidet sich das der Polizei- und Sicherheitsbehörden grundlegend. Ihnen obliegt die Verhütung, Verhinderung und Verfolgung von Straftaten (...)

Unbeschadet gewisser Aufgaben auch dieser Behörden schon im Vorfeld von Gefahren, sind ihnen **Befugnisse** gegenüber Einzelnen **grundsätzlich nur aus konkretem Anlass** verliehen; Voraussetzung ist in der Regel, dass **Anhaltspunkte für einen Tatverdacht oder eine Gefahr** vorliegen. Diesem Aufgabenprofil entsprechen auch die Datenerhebungs- und -verarbeitungsbefugnisse dieser Behörden.





Das informationelle Trennungsprinzip

Die Rechtsordnung unterscheidet damit zwischen einer grundsätzlich offen arbeitenden Polizei und den grundsätzlich verdeckt arbeitenden Nachrichtendiensten (...). **Eine Geheimpolizei ist nicht vorgesehen.**

Regelungen, die den Austausch von Daten der Polizeibehörden und Nachrichtendiensten ermöglichen, unterliegen angesichts dieser Unterschiede gesteigerten verfassungsrechtlichen Anforderungen. Aus dem Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung folgt insoweit ein informationelles Trennungsprinzip. **Danach dürfen Daten zwischen den Nachrichtendiensten und Polizeibehörden grundsätzlich nicht ausgetauscht werden. Einschränkungen der Datentrennung sind nur ausnahmsweise und zugunsten eines herausragenden öffentlichen Interesses zulässig.**



- Polizei soll nicht beliebig entscheiden können, wo sie ermittelt
- Verfassungsschutz soll mehr Freiheit bei der Informationsgewinnung haben
- Untersucht (auch) legales Verhalten
- Soll gerade nicht jeden Straftatverdacht an die Polizei weiterleiten
- **Die Polizei soll aus der Aufklärung legaler Handlungen herausgehalten werden**
- Wichtiges Element des Rechtsstaats





Der verfassungsrechtliche Rahmen der Zusammenarbeit

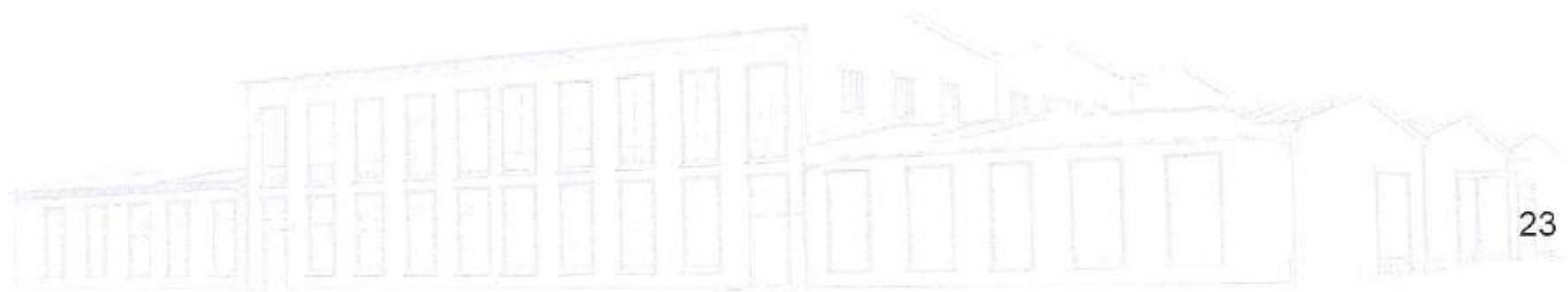
- Einerseits: informationelles Trennungsprinzip
- Andererseits: **grundrechtliche Schutzpflichten**
- BVerfG akzeptiert bereits im Urteil zum Antiterrordatei-Gesetz Ausnahmen bei konkreten Gefahren für Leib und Leben und ähnlichen Gefahren
- Grundrechtliche Schutzpflichten können Ausnahmen vom Trennungsprinzip begründen





Grundrechtliche Schutzpflichten

Art. 2 Abs. 2 GG: Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit





Grundrechtliche Schutzpflichten

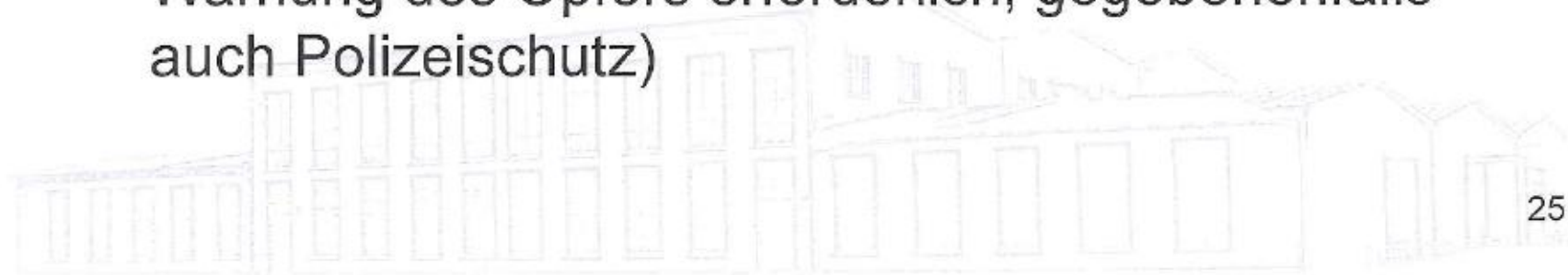
Rechtsprechung des EGMR und des BVerfG:
Der Staat muss das Leben und die körperliche
Unversehrtheit seiner Bürger schützen, indem er

1. (rechtlich) Tötungen und Gewalttaten verbietet und unter Strafe stellt (bei der Festlegung von Rechtfertigungsgründen zu beachten)
2. (faktisch) Menschen schützt, denen die Gefahr der Tötung oder einer Gewalttat droht
3. (verfahrensmäßig) eine effektive Untersuchung und Strafverfolgung durchführen, wenn ein Mensch getötet oder Opfer einer Gewalttat geworden ist.



Verfassungsrechtlicher Rahmen

- widerstreitende Verfassungskräfte:
- 1. Informationelles Trennungsgebot, BVerfG:
Weiterleitung von Informationen des
Verfassungsschutzes an die Polizei muss
Ausnahme bleiben
- 2. Grundrechtliche Schutzpflichten: Wenn eine
staatliche Behörde von einem bevorstehenden
Mord oder auch nur einer Gewalttat erfährt, greift
die grundrechtliche Schutzpflicht! (Zumindest
Warnung des Opfers erforderlich, gegebenenfalls
auch Polizeischutz)





Wie fügt sich das Verfassungsschutzgesetz Brandenburg in diese Anforderungen ein?



Übermittlungspflichten

Übermittlung von Daten des Verfassungsschutzes an die Polizei:

- Übermittlungen nach § 17 BbgVerfSchG stehen im Vordergrund: Pflicht zur Übermittlung von Informationen zur Verhinderung oder Verfolgung von **Staatsschutzdelikten**
- § 16 BbgVerfSchG: Übermittlung gestattet, wenn die empfangende Behörde die Daten zur Abwehr einer erheblichen Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder zur Verfolgung einer Straftat von erheblicher Bedeutung benötigt. (Ermessen)
- Übermittlung unterbleibt, wenn (u.a.) überwiegende Sicherheitsinteressen dies erfordern, § 19 BbgVerfSchG.



Übermittlungspflicht

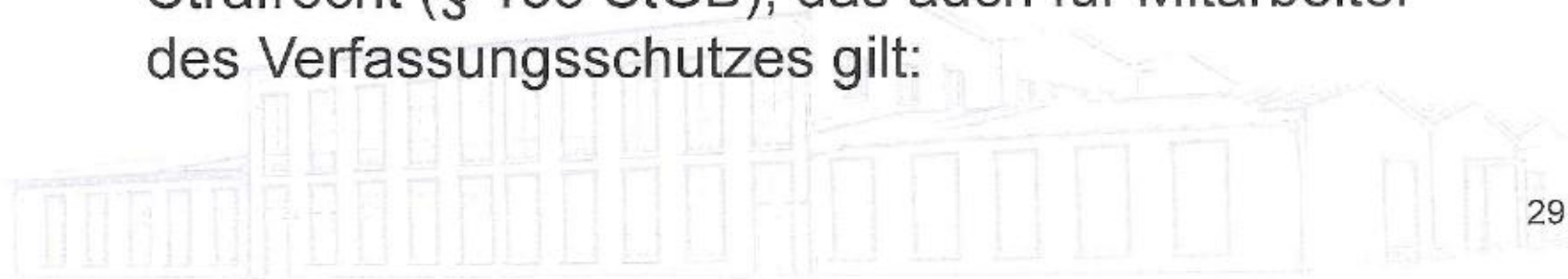
- Im Falle einer drohenden Tötung oder schweren Gewalttat gebieten jedoch die Grundrechte, dass die Verfassungsschutzbehörde Schutzmaßnahmen ergreift, d.h. im allgemeinen die Polizei verständigt.





Übermittlungspflicht

- Die Gesetzeslage sagt das **nicht ausdrücklich**. (Nicht jeder Mord ist ein Staatsschutzdelikt.) Eine gesetzliche Klarstellung wäre wünschenswert.
- Man kann und muss das Gesetz auch heute bereits grundrechtskonform anwenden: das Ermessen der Verfassungsschutzbehörde wird auf Null reduziert, andere Sicherheitsinteressen können nicht überwiegen.
- Diese Auslegung steht in Einklang mit dem Strafrecht (§ 138 StGB), das auch für Mitarbeiter des Verfassungsschutzes gilt:





Nichtanzeige geplanter Straftaten, § 138 StGB

(1) Wer von dem Vorhaben oder der Ausführung

1. einer Vorbereitung eines Angriffskrieges (§ 80), (...)
5. eines Mordes (§ 211) oder Totschlags (§ 212) oder eines Völkermordes (...),
6. einer Straftat gegen die persönliche Freiheit (...),
7. eines Raubes oder einer räuberischen Erpressung (§§ 249 bis 251 oder 255) oder (...)

zu einer Zeit, zu der die Ausführung oder der Erfolg noch abgewendet werden kann, glaubhaft erfährt und es unterläßt, der Behörde oder dem Bedrohten rechtzeitig Anzeige zu machen, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.



Strafverfolgung und Verfassungsschutz

- Frage: Muss der Verfassungsschutz bei der Strafverfolgung mitwirken, d.h. wenn der Schaden bereits eingetreten ist?
- Die Grundrechte gebieten: Straftaten gegen Leben und körperliche Unversehrtheit müssen effektiv untersucht und verfolgt werden
- Staat kann dafür zuständige Behörden festlegen
- Verfassungsschutz ist nicht zuständig, keine Strafverfolgungsbehörde
- Eine andere Frage ist, ob der Verfassungsschutz Aufklärungsmaßnahmen aktiv verhindern oder vereiteln darf.
- Das ist wohl grundrechtlich problematisch
- Rechtlich nicht klar geregelt, wenig diskutiert





4. Quellenschutz

- die rechtliche Seite





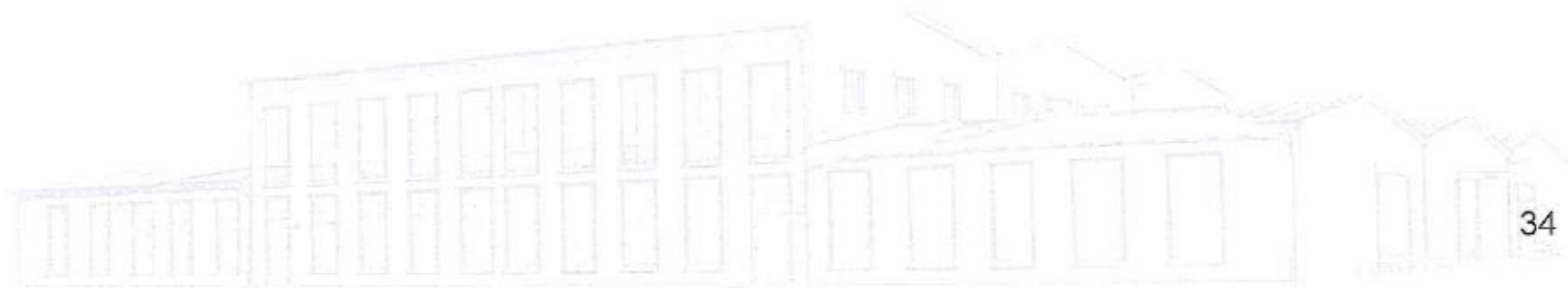
V-Leute

- V-Leute sind (z.B.) Rechtsextreme, der den Verfassungsschutz oder die Polizei mit Informationen beliefern.
- nach Auffassung der Verfassungsschutzbehörden wichtig und nicht ersetzbar
- V-Leute werden allerdings teilweise auch sehr kritisch gesehen – nicht steuerbar, nicht kontrollierbar, man bezahlt die zu bekämpfende Organisation
- V-Leute verschiedener Behörden können ungewollte die extremistische Vereinigung durch wechselseitige Aktivitäten stärken
- Thüringen versucht seit 2015, (vorläufig) ohne V-Leute auszukommen



Quellenschutz

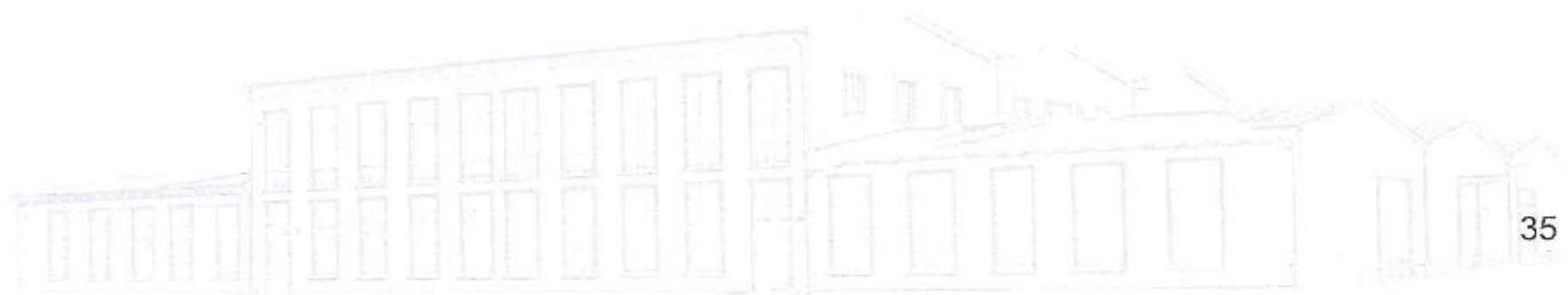
- Aus den bisherigen Überlegungen folgt: Quellenschutz darf kein absolutes Gewicht haben
- NSU-Untersuchungsausschuss des Bundes: ein anderer Umgang mit Quellenschutz (Empfehlung Nr. 47)
- Wenn es um Lebensrettung geht, muss Quellenschutz zurückstehen





5. Bereits gezogene Folgerungen

- Welche Folgerungen hat die Verfassungsschutzbehörde Brandenburg aus den bisherigen Untersuchungsausschüssen NSU gezogen?
- Von außen schwer zu sagen.





- Übermittlungspflichten bei Gefahr der Tötung oder (schweren) Gewalttat gesetzlich klarer festlegen
- Regeln, inwieweit der Verfassungsschutz strafprozessuale Maßnahmen beeinträchtigen darf
- Stärkung der parlamentarischen Kontrolle: Auf Bundesebene Ausbau der parlamentarischen Kontrolle vorgesehen, Einführung eines „ständigen Bevollmächtigten“ des parlamentarischen Kontrollgremiums mit einem „leitenden Beamten“





6. Verbesserungsmöglichkeiten

- Stärkere Regelung des Einsatzes von V-Leuten, Anwerbevoraussetzungen (Vorstrafen)
- Weitgehende Strafbefreiung von V-Leuten (so §§ 9a, 9b BVerfSchG)? fraglich, ob dies eine Verbesserung darstellt
- Fokussierung des Verfassungsschutzes auf sein Kerngebiet?
- „Sammlung von Auskünften über umstürzlerische Tätigkeiten“
- Bessere Koordinierung zwischen Verfassungsschutz und Polizei (teilweise schon geschehen);
Konfliktvermeidung





Danke für Ihre Aufmerksamkeit !

ralf.alleweldt@fhpolbb.de



Landtag Brandenburg
Untersuchungsausschuss 6/1
z.Hd. Herrn Vors. Holger Rupprecht
Postfach 601064
14410 Potsdam

Kottbusser Damm 94
10967 Berlin

Telefon 030 547 167 72
Fax 030 547 167 70

vdbehrens
@kottbusserdamm.net

Mein Zeichen

33/13 ab

Datum

21.03.2017

Bürozeiten

Mo-Fr 10-13 Uhr

Gutachten

Ladung als Sachverständige zum PUA 6/1 des Landtages Brandenburg

Sehr geehrter Herr Vorsitzende,

mit Schreiben vom 8. November 2011 wurde ich als Sachverständige zu den folgenden Fragen geladen:

- a) Welche sachlichen Bezüge gibt es zwischen dem Strafverfahren gegen Beate Zschäpe u. a. und Vorgängen mit Bezügen zum Land Brandenburg?
- b) Welche offenen Fragen können für den hiesigen Untersuchungsausschuss von Bedeutung sein?
Welche Beweismittel sind hierzu relevant?
- c) Wurden Akten von brandenburgischen Behörden an das OLG bzw. den Generalbundesanwalt wie gefordert geliefert?
- d) Wurden Aussagegenehmigungen begründet oder Auskünfte hierzu erteilt?
- e) Gab es Bitten um Herabstufungen von Geheimhaltungsgraden? Wenn ja, wie viele?
- f) Wurde diesen Bitten entsprochen?
- g) Welchen Umfang hatten die Schwärzungen in den Akten?

Diese Fragen werden im Folgenden einzeln beantwortet. Die Antworten sind mein um Fundstellen und weitergehende Fragestellungen erweitertes mündliches Gutachten vom 24. Februar 2017. Soweit sich aus den

Postbank Berlin
Kto 410 481 01
BLZ 100 100 10

Steuernummer
16/223/01347

Antworten aus meiner Sicht mögliche Ansatzpunkte für die Gestaltung der Beweisaufnahme des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses ergeben, habe ich diese Anregungen jeweils am Ende des Abschnittes kursiv gesetzt.

Für Rückfragen stehe ich gern zur Verfügung.

Antonia von der Behrens
Rechtsanwältin

**Rechtsanwältin Antonia von der Behrens
Kottbusser Damm 94
10967 Berlin**

**Schriftliches Gutachten im Anschluss an die
Ladung als Sachverständige für die Sitzung des PUA 6/1 des Landtages
Brandenburg am 24. Februar 2017**

Inhaltsübersicht

I. Zu Frage: c) Wurden Akten von brandenburgischen Behörden an das OLG bzw. den Generalbundesanwalt wie gefordert geliefert?

II. Zu Frage: d) Wurden Aussagegenehmigungen begründet oder Auskünfte hierzu erteilt?

1. Aussagegenehmigung Carsten Szczepanski
2. Aussagegenehmigung Gordian Meyer-Plath
3. Aussagegenehmigung Dieter Borchert

III. Zu Frage: e) Gab es Bitten um Herabstufungen von Geheimhaltungsgraden? Wenn ja, wie viele? und f) Wurde diesen Bitten entsprochen?

IV. Zu Frage: g) Welchen Umfang hatten die Schwärzungen in den Akten?

1. Deckblattmeldungen von Carsten Szczepanski mit Bezug zu Mundlos, Bönnhardt und Zschäpe
2. Handakte des Zeugen Dieter Borchert

V. Zu Fragen: a) Welche sachlichen Bezüge gibt es zwischen dem Strafverfahren gegen Beate Zschäpe u. a. und Vorgängen mit Bezügen zum Land Brandenburg? Und b) Welche offenen Fragen können für den hiesigen Untersuchungsausschuss von Bedeutung sein? Welche Beweismittel sind hierzu relevant?

1. V-Mann Carsten Szczepanski („Piatto“)
 - a) Aussageverhalten des Carsten Szczepanski in der Hauptverhandlung
 - b) Zeitpunkt und Umstände der Anwerbung von Carsten Szczepanski
 - c) „United Skins“: Gab es eine Unterstützung durch den brandenburgischen Verfassungsschutz bei dessen Herstellung?
 - d) Das nationale und internationale Kontaktnetz von Carsten

- Szczepanski und dessen personelle und ideologische Verbindungen zum NSU und dessen Unterstützerumfeld
2. V-Mannführer Dieter Borchert
 3. V-Mannführer Gordian Meyer-Plath
 4. Vertretung oder Unterstützung bei der Führung des V-Mannes Carsten Szczepanski
 5. Allgemeine Fragen bezüglich des V-Mannes Carsten Szczepanski und der Rolle der Abteilung Verfassungsschutz des Ministeriums des Innern des Landes Brandenburg
 - a) Akten des brandenburgischen Verfassungsschutzes zu Bönnhardt, Mundlos und Zschäpe
 - b) Steuerung von Szczepanski nach Chemnitz? Praktikum und Arbeit in dem Szeneladen der Eheleute P. in Chemnitz
 - c) Deckblattmeldungen von Szczepanski mit Bezug zu Bönnhardt, Mundlos und Zschäpe
 - aa) Parallele Meldungen von M. D. und Carsten Szczepanski („Piatto“)
 - bb) Fehlende Informationen in den fünf Deckblattmeldungen
 - d) Treffen und Kommunikation der Verfassungsschutzbehörden vom 15./17. September 1998 bis zum 21. September 1998 in Bezug auf die Quellmeldungen von Szczepanski
 - e) SMS von Jan Werner an Carsten Szczepanski am 25. August 1998 „Hallo. Was ist mit den Bums“
 - f) Quellenehrlichkeit von Szczepanski und Relevanz für Strafverfolgungsbehörden
 - g) Treffen beim Generalbundesanwalt am 28. Januar 2013
 6. Kontakt von Uwe Mundlos mit N. P. (JVA Frankfurt/Oder) und R. P. (JVA Bernau) im Jahr 1996/1997
 7. C. S. (C.N.) und Gründung einer Frauenschaft
 8. Interview mit Uwe Menzel in „Aryan Law and Order“ aus dem Jahr 2000
 9. Maik Eminger
 10. Die Nationalen e. V., Berlin Brandenburg und F. S.
 11. Deutsches Rechtsbüro: Adresse Birkenwerder
 12. Weitere Bezüge nach Brandenburg

I.

Zu Frage: c) Wurden Akten von brandenburgischen Behörden an das OLG bzw. den Generalbundesanwalt wie gefordert geliefert?

Soweit dies aus den uns vorliegenden Ermittlungsakten des Verfahrens gegen Zschäpe u. a. OLG München 6 St 3/13¹ hervorgeht, wurden sämtliche durch den GBA oder das OLG angeforderten Akte durch brandenburgische Behörden vorgelegt bzw. Erkenntnisanfragen beantwortet. Hierzu ist allerdings auf Folgendes hinzuweisen: Beim Generalbundesanwalt (GBA) werden im Gesamtkomplex „NSU“ weitere zehn Ermittlungsverfahren geführt, eines davon gegen unbekannt und neun gegen namentlich bekannte Beschuldigte.² Der Inhalt dieser zehn Verfahren ist in ihrer Gesamtheit nur dem GBA bekannt, die anderen Beteiligten des Verfahrens gegen Zschäpe u. a. haben kein Recht auf Einsicht in die Akten dieser Verfahren.³ Aus diesen Ermittlungsverfahren wurden nur dann einzelne Teile dem OLG München vorgelegt, wenn sie nach Ansicht des GBA Verfahrensbezug hatten, z. B. Protokolle der Vernehmungen von Zeugen. Es ist allerdings anzumerken, dass aus Sicht der Nebenklage weitere Erkenntnisse aus diesen Verfahren verfahrensrelevant sind, der GBA verneint dies jedoch.

Ob hinsichtlich der genannten zehn weiteren Ermittlungsverfahren die Anforderungen des GBA bzw. BKA an brandenburgische Behörden von diesen nicht oder nicht vollständig erledigt wurden, kann nur durch den GBA beantwortet werden.

Von den weiteren zehn Ermittlungsverfahren, die beim GBA mit Bezug zum NSU-Komplex geführt werden (siehe Fußnote 3), ist für den Untersuchungsausschuss aus meiner Sicht insbesondere das Strukturermittlungsverfahren gegen unbekannt relevant. In diesem Verfahren finden sich Ermittlungen zu weiteren, noch

Die Verfahrensakte umfasst den Aktenbestand der folgenden Ermittlungsverfahren des Generalbundesanwaltes (GBA): Ermittlungsakten ./ Beate Zschäpe und André Eminger - 2 BJs 164/11-2 - und die hierzu hinzuverbundenen Verfahren ./ Wohlleben - GBA 2 BJs 5/12-2, ./ H.G. - GBA 2 BJs 8/12-2, ./ C.S. - GBA 2 BJs 9/12-2 und ./ Zschäpe wegen Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion in Nürnberg 1999 GBA 2 BJs 29/13-2, sowie weitere Beiakten, wie die Akten der Mordermittlungen, Akten der StA Gera, die Zielfahndungsakten des LKA Thüringen. Wenn im Folgenden von Strafverfahren vor dem OLG München die Rede ist, sind immer nur das Verfahren und die genannten Aktenbestände gemeint.

2. Dem OLG nicht vorgelegt wurden die Akten der weiteren bei dem GBA geführten Ermittlungsverfahren im NSU-Komplex nämlich: ./ P.J., GBA 2 BJs 2/12-2, ./ Jan Werner - GBA 2 BJs 3/12-2, ./ Thomas Starke - GBA 2 BJs 4/12-2, ./ H.S. - GBA 2 BJs 6/12-2, ./ M.D. - GBA 2 BJs 10/12-2, ./ M. S. - GBA 2 BJs 11/12-2, ./ M.F.B. - GBA 2 BJs 12/12-2, ./ Andre Kapke - GBA 2 BJs 5/13-2, ./ S. E. - GBA 2 BJs 72/12-2 und ./ Unbekannt - GBA 2 BJs 74/12-2.

3. Dem OLG nicht vorgelegt wurden die Akten der weiteren bei dem GBA geführten Ermittlungsverfahren im NSU-Komplex nämlich: ./ P.J., GBA 2 BJs 2/12-2, ./ Jan Werner - GBA 2 BJs 3/12-2, ./ Thomas Starke - GBA 2 BJs 4/12-2, ./ H. S. - GBA 2 BJs 6/12-2, ./ M. D. - GBA 2 BJs 10/12-2, ./ M. S. - GBA 2 BJs 11/12-2, ./ M.F.B. - GBA 2 BJs 12/12-2, ./ A. K. - GBA 2 BJs 5/13-2, ./ S. E. - GBA 2 BJs 72/12-2 und ./ Unbekannt (gegen weitere bisher unbekannte Unterstützer und bisher unbekannte weitere Taten des NSU) - GBA 2 BJs 74/12-2.

unbekannten Unterstützern – möglicherweise also auch Personen mit Bezug zu Brandenburg und Ermittlungen zu der Herkunft der Waffen⁴ und zu möglichen weiteren, noch unbekannten Taten des NSU. Auch von Bedeutung für Brandenburg sind in jedem Fall das Verfahren gegen S. E. (GBA 2 BJs 72/12-2), wegen möglicher sich dort befindlicher Ermittlungen zu Maik Eminger, sowie die Verfahren gegen Jan Werner (GBA 2 BJs 3/12-2) und gegen Thomas Starke (GBA 2 BJs 4/12-2) von denen ebenfalls anzunehmen ist, dass sich darin weitere Ermittlungsergebnisse zu Carsten Szczepanski befinden. Die Relevanz des Verfahrens gegen Jan Werner ergibt sich schon daraus, dass die Vernehmung von Carsten Szczepanski durch das BKA nicht in dem Verfahren gegen Zschäpe u. a. erfolgt ist, sondern in dem Verfahren gegen Werner, und die Vernehmungsprotokolle dem OLG erst später vorgelegt worden sind.

II.

Zu Frage: d) Wurden Aussagegenehmigungen begründet oder Auskünfte hierzu erteilt?

Es wurden in der laufenden Hauptverhandlung in dem Verfahren gegen Zschäpe u. a. bis zum 24. Februar 2017 drei Zeugen aus Brandenburg bzw. mit Bezügen zu Brandenburg, die einer Aussagegenehmigung bedurften, gehört, und zwar die Zeugen Carsten Szczepanski, Gordian Meyer-Plath und Dieter Borchert.

II. 1. Aussagegenehmigung Carsten Szczepanski

a) Für seine Vernehmungen durch das BKA am 7. Juni 2012 (SAO 631, Bl. 13030-13049) und am 31. Januar 2013 (Nachlieferung Band 12⁵, Bl. 239-251, 252) lag dem BKA laut den Protokollen eine Aussagegenehmigung des Ministeriums des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg vom 6. April 2012 vor. Der Vernehmung beigelegt war allerdings nur eine Aussagegenehmigung von April 2004, die mit Schreiben vom 6. April 2004 gegenüber dem LKA Brandenburg für eine Aussage in einem Verfahren vor dem AG Königs Wusterhausen – 2.1 Ls 496 Js 6461/03 (9/03) – erteilt worden war. Ob es sich hierbei um die Aussagegenehmigung handelte, auf die im Protokoll Bezug genommen wurde, die allerdings vom 6. April 2012 stammen soll, ist nicht bekannt; eine Aussagegenehmigung vom 6. April 2012 findet sich in jedem Fall nicht in den hier bekannten Akten. Möglicherweise verfügte

4. Die Herkunft von nur drei der 20 Schusswaffen, über die nach bisherigen Ermittlungen Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe verfügt haben sollen, ist geklärt: Dies begriff die Ceska 83 und die der zwei Polizeiwaffen, die Dienstwaffen von Michèle Kiesewetter und Martin Arnold (vgl. BKA Vermerk v. 28.08.2012, SAO 337.1, Bl. 247 ff.).

5. Mit „Nachlieferung“ werden die Nachlieferungen zur Sachakte des OLG München in dem Verfahren gegen Zschäpe u.a. bezeichnet; siehe auch FN 6.

Carsten Szczepanski also bei seinen Vernehmungen durch das BKA nicht über die notwendige Aussagegenehmigung.

Zur Bewertung der Aussagen des Zeugen Szczepanski gegenüber dem BKA wäre es aus meiner Sicht notwendig, die der Vernehmung vorausgehende Kommunikation zwischen dem BKA und dem Ministerium des Innern des Landes Brandenburg bzw. dem Zeugenbeistand von Carsten Szczepanski, Rechtsanwältin S. L., Berlin, aufzuklären und zu prüfen, ob und wenn ja welche Aussagegenehmigung dem Zeugen Szczepanski für seine Aussagen beim BKA erteilt worden ist.

b) Der Zeuge wurde in der Hauptverhandlung vom 3. Dezember 2014 und am 13. Januar 2015 vor dem OLG München vernommen und nicht vereidigt.

Erst auf die Gegenvorstellung des Vorsitzenden Richters am OLG Götzl gegen die beschränkte Aussagegenehmigung des Ministeriums des Innern des Landes Brandenburg hin wurde eine ausreichend umfassende Aussagegenehmigung erteilt.

Auf das erste Ersuchen des Vorsitzenden nach einer Aussagegenehmigung vom 8. Oktober 2014 (SAO 630, Bl. 12966-12967, 12969)⁶ gab das Ministerium des Innern des Landes Brandenburg mit Schreiben vom 21. Oktober 2014 (SAO 631, Bl. 13266-13275) eine „Sperrerklärung gem. § 96 StPO“ ab und erteilte nur die Zustimmung zu einer audiovisuellen Vernehmung gem. § 247a StPO, deren Bedingungen wie optische und akustische Verfremdung, d. h. Stimmenverfremdung des Zeugen, und Ausschluss der Öffentlichkeit in dem Schreiben im Einzelnen ausgeführt werden. Als Begründung wird angeführt, dass anderenfalls die Offenbarung der neuen Identität des Zeugen drohe und in diesem Falle mit einer Gefahr für Leib und Leben des Zeugen und seiner Familie zu rechnen sei. Einen Antrag von Nebenklagevertretern aus der Hauptverhandlung vom 23. Oktober 2014 aufgreifend (**Anlage 1**), bat der Vorsitzende im Schreiben vom 24. Oktober 2014 das Ministerium des Innern des Landes Brandenburg, die Aussagegenehmigung abzuändern, und legte dar, dass nach seiner Auffassung auch bei einer Vernehmung in der Hauptverhandlung nicht zu besorgen sei, dass die neue Identität des Zeugen bekannt würde (SAO 631, Bl. 13284 f.). Nebenklägervertreter informierten in diesem Zusammenhang die Öffentlichkeit über die weitgehende Sperrung des Zeugen Szczepanski durch das Ministerium des Innern des Landes Brandenburg und die daraus folgenden negativen Konsequenzen für die Aufklärung.⁷

6. Die Verfahrensakte des OLG München in dem Verfahren ./Zschäpe – 6 St 3/13 –, wird hier und im Folgenden nur mit dem Hinweis auf den Sachaktenordner (SAO) und die Aktenblattzahl (Bl.) bzw. auf die Nachlieferungen zur Sachakte (Nachlieferung) mit Band und Blattzahl (Bl.) zitiert. Soweit die Akten dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss nicht vorliegen, können diese unter Angabe der genannten Fundstelle ggf. beim OLG München beantragt werden.

7. Presserklärung der Rechtsanwälte Scharmer und Dr. Stolle vom 23. Oktober 2014; unter: www.dka-kanzlei.de/news-reader/auch-ein-klingsinn-rettet-zschaepe-nicht-brandenburg-will-vernehmung-der-v-manns-piatto-in-muenchen-verhindern.html.

Mit Schreiben vom 29. Oktober 2016 teilte das Ministerium des Innern des Landes Brandenburg mit, die Bedenken hinsichtlich der Sicherheit des Zeugen seien durch das gerichtliche Schreiben ausgeräumt und der Zeuge könne doch in öffentlicher Hauptverhandlung vernommen werden, solange er seine Personalien nach § 68 Abs. 3 StPO nicht angeben müsse und vor Ort sein Schutz sichergestellt sei. Somit verfügte der Zeuge Szczepanski bei seinen Vernehmungen über eine umfassende Aussagegenehmigung in Bezug auf das Beweisthema: „Erkenntnisse des Zeugen zu der Angeklagten Zschäpe sowie Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt, Erkenntnisse des Zeugen zu ‚Blood and Honour‘, Sektion Sachsen.“ (SAO 630, Bl. 12969)

Dieses zu begrüßende Ergebnis wirft jedoch die Frage auf, warum der Zeuge anfänglich gesperrt wurde. Die Position des Ministeriums des Innern des Landes Brandenburg wurde schließlich nach einem Schreiben des OLG ohne Weiteres aufgegeben, in dem nur solche Umstände mitgeteilt wurden, die sich bereits aus dem Gesetz ergeben bzw. ohne Weiteres durch einen Anruf beim OLG hätten erfragt werden können. Zumindest wurde dadurch der Anschein erweckt, dass die Sicherheitsbedenken nur ein Vorwand waren und es dem Ministerium des Innern des Landes Brandenburg eigentlich darum ging, dass die Inhalte von Carsten Szczepanskis Vernehmung nicht öffentlich werden.

II. 2. Aussagegenehmigung Gordian Meyer-Plath

Der Zeuge wurde in der Hauptverhandlung vom 22. April 2015 vernommen und nicht vereidigt. Die Aussagegenehmigung von dem Zeugen Gordian Meyer-Plath wurde vom Sächsischen Staatsministerium des Innern in dem notwendigen Umfang erteilt; es wird davon ausgegangen, dass dies in Abstimmung mit dem Ministerium des Innern des Landes Brandenburg erfolgt ist. Die Aussagegenehmigung umfasste die folgenden Themen: „Führung des V-Mannes Carsten Szczepanski, vgl. insbes. Deckblattmeldung vom 09.09.1998, Az. V/430-068-P-370 004-140/98 VS; Deckblattmeldung vom 19.08.1998, Az. V/4.1-068-P-370 004-124(?)[sic]/98 VS; Deckblattmeldung vom 29.09.1998, Az. V/4.1-068-P-370 004-150/98 VS; Deckblattmeldung, Az. V/3.1-231-8-350 020-157/98 VS“; Entstehungszeitpunkt des sog. Feldhandbuchs („Field Manual“) von Max Hammer.“

II. 3. Aussagegenehmigung

Der Zeuge wurde in der Hauptverhandlung vom 1. Juli 2015, 29. Juli 2015, 2. März 2016 und 16. Juni 2016 vernommen und nicht vereidigt.

a) Dem Zeugen Dieter Borchert wurde eine Aussagegenehmigung zu dem Beweisthema „Führung des V-Mannes Carsten Szczepanski, vgl. insbes. Deckblattmeldung vom 09.09.1998, Az. V/430-068-P-370 004-140/98 VS;

Deckblattmeldung vom 19.08.1998, Az. V/4.1-068-P-370 004-124(?)/98 VS;
Deckblattmeldung vom 29.09.1998, Az. V/4.1-068-P-370 004-150/98 VS;
Deckblattmeldung, Az. V/3.1-231-8-350 020-157/98 VS; Deckblattmeldung, Az.
V/3.11-231-8-360 076-102/98 VS“ erteilt.

b) Diese Aussagegenehmigung wurde auf Ersuchen des Vorsitzenden Richters am OLG Götzl hinsichtlich der Person Toni Stadler vom Ministerium des Innern des Landes Brandenburg mit Schreiben vom 10. August 2015 für den Zeitraum 30. Mai 2000 bis 23. Mai 2002 erweitert.

c) Am 25. April 2016 ersuchte der Vorsitzende Richter aufgrund eines entsprechenden Antrages der Verteidigung des Angeklagten Wohlleben das Ministerium des Innern des Landes Brandenburg erneut um eine Erweiterung der Aussagegenehmigung für den Zeugen Dieter Borchert zu den Themen: Tätigkeit des Zeugen Dieter Borchert als V-Mannführer über die gesamte Zeit der Führung des V-Mannes Szczepanski und nicht nur bezogen auf die Jahre 1997/1998, – zu Fragen nach den Kontaktpersonen Nick G. und Toni Stadler des V-Mannes Szczepanski (Piatto) für die gesamte Zeit seiner V-Manntätigkeit (SAO 649, Bl. 20474 f.). Auch in diesem Falle wurde die Aussagegenehmigung entsprechend dem Ersuchen erweitert.

d) In der Hauptverhandlung vom 29. Juli 2015 hatte der Zeuge Dieter Borchert eine Handakte⁸ vor sich auf dem Tisch liegen, auf die er mehrfach während seiner Vernehmung Bezug nahm und in der er blätterte und nachlas, um einzelne Fragen zu beantworten. Auf Antrag von Nebenklägervertretern, die Unterlagen sicherzustellen bzw. zu beschlagnahmen, nahm der Senat Kontakt mit dem Ministerium des Innern des Landes Brandenburg auf. Dieses erteilte zunächst nur seine Zustimmung zu einer formlosen Sicherstellung eines Kopiensatzes der Unterlagen, soweit sie versiegelt aufbewahrt würden (SAO 642, Bl. 18332-18334; SAO 644, Bl. 19041). Das Original dieser Handakte nahm der Zeuge Dieter Borchert nach der Fertigung der Kopien durch den Senat wieder an sich. Das Ministerium des Innern des Landes Brandenburg gab anschließend am 10. August 2015 eine Sperrerklärung gem. § 96 StPO hinsichtlich der gesamten Handakte ab, „da sie in ihrer Gesamtheit Mittel und Methoden der nachrichtendienstlichen Arbeit enthält, die bei einer Weitergabe an eine Vielzahl von Beteiligten im Verfahren vor dem OLG München gegen Beate Zschäpe u. a. Nachteile für den Bund und die Länder bereiten würden.“ Die längliche Begründung des Schreibens enthielt aber entgegen den rechtlichen Anforderungen keine konkrete Begründung hinsichtlich der einzelnen – sehr unterschiedlichen – Dokumente in der Handakte des Zeugen (SAO 642, Bl. 18048-18055). Der GBA erklärte, er halte die Sperrerklärung für rechtsfehlerhaft, wenn auch die Handakte für die Tat- und Schuldfrage nicht relevant sei (SAO 642, Bl. 18264-18268).

8. Der Zeuge selber verwandte diesen Begriff nicht; er beschreibt aber wohl am treffendsten, worum es sich bei dem Konvolut von Dokumenten handelte, weshalb er im Folgenden durchgehend verwandt wird.

Nebenklagevertreter beantragten in der Hauptverhandlung vom 16. September 2015, dass der Vorsitzende Gegenvorstellung gegen die Sperrerklärung erheben möchte, und begründeten die Rechtswidrigkeit der Erklärung ausführlich (Antrag vom 16. September 2015, **Anlage 2**). Der Vorsitzende teilte die Rechtsauffassung, dass die Sperrerklärung rechtswidrig war, und teilte dies dem Ministerium des Innern des Landes Brandenburg am 26. September 2015 verbunden mit dem Ersuchen, die Entscheidung zu überprüfen, mit (SAO 642, Bl.18332-18334). Als Reaktion auf dieses Schreiben hob das Ministerium des Innern des Landes Brandenburg am 3. November 2015 die Sperrerklärung auf und übersandte die gesamte Handakte dem 6. Strafsenat des OLG in teilgeschwätzter Form (SAO 644, Bl. 19043 ff.).

Das Ministerium des Innern des Landes Brandenburg reagierte also genauso wie bei der Aussagegenehmigung für den Zeugen Szczepanski, indem es die Sperrerklärung nach Gegenvorstellung durch das Gericht zurücknahm, ohne dass sich neue Umstände ergeben hätten. Vielmehr erwecken die Begründung der Sperrung und deren anschließende Rücknahme den Anschein, dass die Behauptung, dass das „Bekanntwerden des Inhalts dieser Akten oder Schriftstücke dem Wohl des Bundes oder eines deutschen Landes Nachteile bereiten würde“, nur vorgeschoben war. Das Ministerium des Innern hatte wohl eigentlich nur ein Interesse daran zu verdecken, was die Handakte offenbarte: dass und wie der Zeuge auf seine Vernehmung vorbereitet worden war und dass er nicht die Wahrheit sagte (siehe unten unter V.2.).

III.

Zu Frage: e) Gab es Bitten um Herabstufungen von Geheimhaltungsgraden? Wenn ja, wie viele? und f) Wurde diesen Bitten entsprochen?

Es gab kein Ersuchen des 6. Strafsenates des OLG um Herabstufung von eingestuftem Dokumenten aus Brandenburg. In dem Ermittlungsverfahren gegen Zschäpe u. a. (vgl. Fußnote 2) gab es ebenfalls kein Ersuchen an das Ministerium des Innern des Landes Brandenburg um Herabstufung von Dokumenten. Allerdings waren die erwähnten fünf Deckblattmeldungen zu Szczepanski – die sich in der Verfahrensakte in unterschiedlichen Fassungen finden – ursprünglich geheim eingestuft; wann es zur Herabstufung auf den Grad „VS-Nur für den Dienstgebrauch“ jeweils gekommen ist, lässt sich anhand der Akten nicht nachvollziehen. Allerdings gibt es keine Hinweise darauf, dass das Ministerium des Innern des Landes Brandenburg einer entsprechenden Aufforderung nicht nachgekommen wäre. Anzumerken ist lediglich, dass sich eine Deckblattmeldung in der Handakte Dieter Borchert befindet, die keinen Herabstufungsvermerk trägt, also formal noch geheim eingestuft ist. Allerdings kann in der Aufhebung der Sperrerklärung bzgl. der Handakte und deren Übersendung an das OLG eine konkludente Herabstufung gesehen werden. Schließlich ist auch die entsprechende Deckblattmeldung vom 14. Oktober 1998 in einer anderen Ausfertigung in den Akten der Operation Drillinge des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV) erhalten und laut einem

Vermerk am 22. Oktober 2013 herabgestuft worden (Nachlieferung Band 27, Bl. 135).

IV.

Zu Frage: g) Welchen Umfang hatten die Schwärzungen in den Akten?

In der Verfahrensakte finden sich folgende Kopien von Originaldokumenten des brandenburgischen Verfassungsschutzes, bei denen Schwärzungen infrage kamen und auch umgesetzt wurden: die Deckblattmeldungen von Carsten Szczepanski mit Bezug zu Bönnhardt, Mundlos und Zschäpe (VI.1) und die entspernte Handakte des Zeugen Dieter Borchert (IV.2).

IV. 1. Deckblattmeldungen von Carsten Szczepanski mit Bezug zu Mundlos, Bönnhardt und Zschäpe

In der Verfahrensakte des Verfahrens gegen Zschäpe u. a. sind die hier relevanten fünf Deckblattmeldungen von Carsten Szczepanski in verschiedenen Fassungen enthalten: als Bestandteil der Akte „Drilling“ des Thüringer LfV in den Ordnern „Nachlieferung Band 26“ und „Nachlieferung Band 27“, als Anlage zu der zweiten BKA-Vernehmung des Zeugen Szczepanski am 3. Januar 2015 (Nachlieferung Band 12, Bl. 253 f. und 255 ff.) und als Bestandteil der Handakte Dieter Borchert. Bis auf zwei Deckblattmeldungen in der Handakte Dieter Borchert (siehe III.2) ist keines dieser Dokumente geschwärzt.

IV. 2. Handakte des Zeugen Dieter Borchert

Hinsichtlich dieser Akte wurden laut der Mitteilung des Ministeriums des Innern des Landes Brandenburg vom 3. November 2015 „ausschließlich personenbezogene Daten Dritter in dem Vermerk vom 17. September 1998, der vom Landesamt für Verfassungsschutz des Freistaates Sachsen erstellt wurde“, geschwärzt, da das Landesamt für Verfassungsschutz des Freistaates Sachsen diesen nur in dieser Form freigeben hätte (SAO 644, Bl. 19043). Tatsächlich finden sich außer diesen mitgeteilten Schwärzungen weitere Schwärzungen in der Akte, u. a. auf zwei Deckblattmeldungen von Szczepanski vom 9. September 1998 und 14. Oktober 1998 (SAO 644, Bl. 19135 ff. und 19347 ff.) und auf dem Vermerk zu dem Treffen vom 17. September 1998 sind u. a. auch die Namen der Teilnehmer des „IM BB“ geschwärzt (SAO 644, Bl. 19067-19071). Allerdings lässt sich an der hier vorliegenden Version dieses Vermerks nicht erkennen, ob die Dokumente sich bereits mit diesen Schwärzungen in der Handakte des Zeugen Dieter Borchert befanden oder ob diese nachträglich erfolgten.

Jedoch gab der Zeuge Dieter Borchert in der Hauptverhandlung vom 2. März 2016 auf Fragen der Nebenklage an, dass sich nach seiner Erinnerung keine Schwärzungen in seiner Handakte fanden. Sicher ausschließen konnte er Schwärzungen hinsichtlich des Protokolls vom 17. September 1998 bezüglich des Treffens der Verfassungsschutzämter (SAO 644, Bl. 19167). Er gab an, in dem Protokoll seinen eigenen Namen gelesen zu haben. In dem sich in der Verfahrensakte befindlichen Dokument sind jedoch sein Name sowie die Namen der übrigen Teilnehmer geschwärzt, zu denen neben den drei sächsischen Teilnehmern ein weiterer Teilnehmer aus Brandenburg und zwei aus Thüringen gehörten (vgl. ausführlich unten V.5.d).

Insofern wäre aus meiner Sicht durch den Untersuchungsausschuss aufzuklären, wann die Schwärzungen in der Handakte Dieter Borchert erfolgt sind und ob sie ggf. nicht mit der Erklärung gegenüber dem OLG München übereinstimmen. Auch wenn die Schwärzungen auf dem sächsischen Vermerk zum 17. September 1998 durch das sächsische LfV erfolgten, wäre zu klären, warum der Verfassungsschutz Brandenburg nicht zumindest hinsichtlich der zwei brandenburgischen Teilnehmer eine entsprechende Aufhebung der Schwärzung beim sächsischen LfV angeregt hat.

V.

Zu Fragen: a) Welche sachlichen Bezüge gibt es zwischen dem Strafverfahren gegen Beate Zschäpe u. a. und Vorgängen mit Bezügen zum Land Brandenburg? Und b) Welche offenen Fragen können für den hiesigen Untersuchungsausschuss von Bedeutung sein? Welche Beweismittel sind hierzu relevant?

In der Verfahrensakte des Strafverfahrens gegen Zschäpe u. a. befinden sich unter anderem folgende Vernehmungsprotokolle mit Bezug zu Brandenburg:

- Zwei Vernehmungsprotokolle von Carsten Szczepanski vom 7. Juni 2012 (SAO 631, Bl. 13030-13049) und vom 31. Januar 2013 (Nachlieferung Band 12, Bl. 239-251, 252) und eine undatierte Aktenauswertung des BfV zu Carsten Szczepanski (SAO 632, Bl. 16632),
- die Personenakten von Frank Schwerdt (SAO 43.22 und Vernehmung SAO 43.22, Bl. 121 ff.) und Rita B. (SAO 43.2 und Vernehmung SAO 43.1, Bl. 111 ff.) mit den sich jeweils dort befindlichen Vernehmungen vom 2. März 2012 bzw. vom 28. Februar 2012 sowie die Vernehmungsprotokolle von Henning K., vom 6. Dezember 2012 (SAO 632, Bl. 14589),
- Uwe Menzel vom 18. Juni 2012 (SAO 195, Bl. 253 ff.) und vom 15. November 2012 (Nachlieferung Band 5, pdf-Bl. 185 ff.),

- M. F. vom 23. Januar 2013⁹ (Nachlieferung Band 12, Bl. 153 ff.) und
- Toni Stadler vom 14. Dezember 2012 (SAO 608, Bl. 4644 ff.) und am 21. August 2012 (SAO 608, Bl. 4697 ff.) und eine Erkenntnismitteilung des BfV zu Stadler vom 29.02.2012 (SAO 489, Bl. 6).

Weiter finden sich in der Verfahrensakte sogenannte Erkenntnismitteilungen verschiedener Verfassungsschutzämter und Polizeibehörden zu Maik Eminger (BfV 05.01.2012; SAO 497, Bl. 212 ff.; MAD vom 25.7.2012; SAO 547.2, Bl. 8) sowie Finanzermittlungen zu seiner Person (SAO 495.11), Ermittlungen zu seinen Kontakten zu T. H./Nordheim und H. F./Hildesheim (LKA Niedersachsen vom 6.12.2011 SAO 528.6, Bl. 25 ff.) und Ermittlungen im Zusammenhang mit der Festnahme von André Eminger auf dem Hof von Maik Eminger in Grabow (BRB) am 24. November 2011 (SAO 148).

Die V-Mannführer Gordian Meyer-Plath und Dieter Borchert wurden – jedenfalls soweit bekannt – durch das BKA nicht vernommen.

Die Ermittlungen des BKA zu dem Heft „Der Weiße Wolf“ beziehen sich schwerpunktmäßig auf die Zeit der Herausgeberschaft durch David Petereit in Mecklenburg-Vorpommern, da in dessen Herausgeberschaft die Spende an den „Weißen Wolf“ in dem sogenannten NSU-Brief und die Grüße an den NSU in der Ausgabe Nr. 18 des „Weißen Wolfs“ aus dem Jahr 2002 fallen.

In der Anklage des Generalbundesanwaltes vom 5. November 2012 werden weder Carsten Szczepanski und seine V-Mannführer noch die o. g. brandenburgischen Szene-Angehörigen als Zeugen aufgeführt. Auch inhaltlich spielten die Meldungen von Szczepanski zu Bönnhardt, Mundlos und Zschäpe sowie die SMS von Jan Werner an Szczepanski „Hallo. Was ist mit den Bums“ vom 25. August 1998 keine Rolle.

In der Hauptverhandlung vor dem OLG München waren aufgrund eines Antrages der Nebenklage vom 20. Mai 2014 lediglich die genannte SMS „Hallo. Was ist mit den Bums“ und die Quellenmeldungen von Carsten Szczepanski zu Bönnhardt, Mundlos und Zschäpe aus dem Jahr 1998 Gegenstand der Beweisaufnahme; diese erstreckte sich insbesondere auf die Vernehmung der Zeugen Carsten Szczepanski, Gordian Meyer-Plath und Dieter Borchert. Die über die genannten Themen hinausgehenden Aufklärungsversuche der Nebenklage sowie weitergehende Anträge auf Aktenbeiziehung und Zeugenvernehmungen zu dem Komplex Szczepanski/Piatto

9. Allerdings hat die Vernehmung keinen Bezug zu Brandenburg; F. stammt zwar ursprünglich aus Brandenburg, war aber zu der hier fraglichen Zeit schon in Bayern wohnhaft und wurde durch das BKA befragt, weil er auf der sogenannten Garagenliste von Mundlos stand und weil das von ihm zeitweise in Bayern herausgegeben Heft „Landser“ möglicherweise auch einen sog. NSU-Brief mit einer Spende erhalten hat.

hat der Senat abgelehnt (vgl. insofern den Antrag vom 16. September 2015 (**Anlage 2**) und Gegenvorstellung vom 2. Juni 2016, **Anlage 3**).

Hinsichtlich der Chronologie von relevanten Ereignissen bzgl. der Aufklärung des Komplexes Szczepanski siehe die Übersicht in der Anlage (**Anlage 4**).

Insgesamt hat die Behandlung des Komplexes Szczepanski, konkret der Themen Quellenmeldungen zu Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe und SMS, im Verfahren vor dem OLG München im Wesentlichen nichts erbracht, was nicht schon im ersten Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages zum NSU-Komplex ermittelt worden ist. Es kann allenfalls konstatiert werden, dass durch die Beweisaufnahme in der Hauptverhandlung manche Fragestellung weiter zugespitzt, die Konstruktion der Anklage von einem abgeschotteten Trio weiter infrage gestellt und die weiter offenen Fragen aufgezeigt wurden.

Neben dem Komplex Szczepanski (siehe ausführlich IV.1-5) haben sich aus dem Verfahren gegen Zschäpe u. a. beim OLG München weitere sachliche Bezüge mit offenen Fragen, die für den Untersuchungsausschuss von Bedeutung sein können, ergeben. Diese Aspekte werden im Folgenden unter IV.6-12 behandelt.

V. 1. V-Mann Carsten Szczepanski („Piatto“)

Carsten Szczepanskis Verbindungen zum NSU-Komplex wurden bereits in den jeweils ersten parlamentarischen NSU-Untersuchungsausschüssen des Bundes und der Freistaaten Thüringen und Sachsen behandelt und waren Gegenstand der Arbeiten verschiedener Fachjournalisten; auf den Umfang der Beweisaufnahme in der Hauptverhandlung vor dem 6. Strafsenat des OLG München wurde bereits hingewiesen (unter II.). Bezüglich der Einzelheiten der Inhalte der Vernehmungen von Szczepanski in der Hauptverhandlung wird auf die entsprechenden Protokolle unter www.nsu-watch.info verwiesen; seine Angaben werden hier nur wiedergeben, soweit sie für konkrete Fragestellungen relevant sind.

Im Folgenden werden einzelne aus meiner Sicht besonders wichtige oder bisher wenig beachtete Aspekte als Anregungen für den Untersuchungsausschuss herausgegriffen. Die Hintergründe zu der Person Szczepanski in seiner Funktion als V-Mann, seine Meldungen zu Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe und zum Empfang der SMS von Jan Werner („Hallo. Was ist mit den Bums“) werden insofern als bekannt vorausgesetzt.

a) Aussageverhalten des Carsten Szczepanski in der Hauptverhandlung

Auffällig war eine erhebliche Parallele zwischen dem Aussageverhalten des Zeugen und V-Mannes Carsten Szczepanski und dem Aussageverhalten des Zeugen und V-Mannes Tino Brandt: Beide stellten in ihren Zeugenaussagen in der

Hauptverhandlung in dem Verfahren gegen Zschäpe u.a. die ideologische Radikalität und Waffenaffinität der Szene in den damaligen Jahren sehr viel offener und klarer als andere Szenezeugen, die nicht V-Männer waren, dar. Einige dieser zentralen Aussagen Carsten Szczepanskis aus den beiden Vernehmungen in der Hauptverhandlung zu der damaligen Szene lassen sich wie folgt zusammenfassen: Das Besorgen von Waffen war tagesaktuell, jeder wollte sie haben und hat davon gesprochen, das gehörte zum guten Ton dazu, sie waren wie ein Statussymbol. Wie andere über Fußball sprachen, wurde in der Szene über Waffen gesprochen. Es wurde über den Tag X gesprochen, an dem das System der Bundesrepublik wie das der Weimarer Republik zusammenbrechen und bürgerkriegsähnliche Zustände ausbrechen würden. Die Turner Tagebücher waren immer Bestandteil der Szene und wurden immer wieder, auch von den Jüngeren in der Szene, gelesen und diskutiert. Mit Waffen wollte man sich hierfür schützen und eine eigene Machtposition bilden, sich auf den Tag X vorbereiten. Blood & Honour (B&H) war der absolute Hardliner-Verband, da fanden sich Menschen zusammen, die neonationalsozialistisch eingestellt waren; die sächsische Sektion von Blood & Honour war die größte.

Sobald es jedoch um Szczepanskis eigene Rolle bei der Verbreitung rassistischer, antisemitischer und rechtsterroristischer Propaganda ging, spielte er seine Rolle und die entsprechenden Veröffentlichungen in „United Skins“ herunter (vgl. insofern die Befragung Szczepanskis in der Hauptverhandlung vom 13. Januar 2015 durch die Nebenklage). Beispielhaft ist insofern, dass Szczepanski in dieser Vernehmung auf Fragen der Nebenklage angab, Michael P. nicht die Turner Tagebücher gegeben zu haben. Dies steht im Widerspruch zu den Angaben des Zeugen Michael P., der in der Hauptverhandlung vom 16. Dezember 2014 auf Fragen des Vorsitzenden Richters am OLG Götzl angab, er hätte von Szczepanski die Turner Tagebücher erhalten: „Götzl: Sagen Ihnen die Turner Tagebücher etwas? P.: Ja, das hat der Szczepanski verbreitet, das war sein Ding. Ich habe sie nicht gelesen. Götzl: Erzählen Sie mir Näheres! P.: Er kam immer wieder mit neuen Ideen, einmal brachte er so ein Manuskript an, das könnte man vielleicht verlegen, drucken, dass es ein bisschen Geld bringt. Ich habe gefragt, um was es geht, er sagte, es ging um Widerständler, die hätten mit Waffen Widerstand gemacht. Aber ich habe mich da nicht weiter drum gekümmert. Götzl: Was haben Sie mit „das könnte man verlegen“, gemeint? Ist er da an Sie herangetreten? P.: Ja, natürlich, es waren Gedankenkonstrukte, dass man mal ein Buch verlegt. Götzl: Was haben Sie dazu gesagt? P.: Dass ich kein Interesse habe.“ Auch als Szczepanski der Kern dieser Aussage von Michael P. vorgehalten wurde, blieb er dabei, dass er die Turner Tagebücher nicht weitergeben habe.

Ebenfalls konnte oder wollte Szczepanski sich nicht erinnern, soweit es um die Frage nach Inhalten seiner damaligen Quellmeldungen zu Mundlos, Bönnhardt und Zschäpe ging. Weder wollte er wissen, auf welchen Ereignissen diese Meldungen beruhten, noch, dass er dem Amt so etwas mitgeteilt hatte. Dies ist einer weitere Parallele zu der Aussage des Zeugen Tino Brandt, der sich ebenfalls nicht mehr an die Tatsachen erinnern konnte oder wollte, die seinen Meldungen zum Trio zugrunde

lagen. Dies bedeutet, beide V-Männer konnten sich nicht an entsprechende Vorkommnisse bzw. deren Meldungen erinnern, soweit diese noch heute in einem Strafverfahren Personen konkret belastet und zur Aufklärung beigetragen hätten. Die Erkenntnisse von V-Männern haben also auch nach erheblichem zeitlichen Abstand keinen Wert für die Strafverfolgung.

Ein auffälliger Unterschied zu den Vernehmungen Brandts war, dass Szczepanski angab, er hätte aus Reue allein für Spesen für den Verfassungsschutz gearbeitet, ohne ein Honorar zu erhalten, während Brandt deutlich machte, dass er seine ideologische Einstellung nie geändert hatte und für sich und die Szene seine V-Mann Tätigkeit als vorteilhaft ansah. Die vorgebliche Reue Szczepanski war jedoch nicht glaubhaft und die Behauptung, kein Honorar erhalten zu haben, ist bereits durch die Bekundungen des Zeugen Meyer-Plath vor dem ersten Untersuchungsausschuss des Bundestages widerlegt¹⁰.

Nach dem Ergebnis der Hauptverhandlung sollte aus meiner Sicht eine Vernehmung von Carsten Szczepanski vor dem Untersuchungsausschuss eher mit Skepsis betrachtet werden. Der Eindruck, der sich in seinen Vernehmungen verdichtet hat, ist, dass er sich sehr gut überlegte hatte, zu welchen Themen und in welchem Umfang er Aussagen macht und zu welchen er keine Erinnerungen mehr hat. Nach den bisherigen Erfahrungen mit V-Männern als Zeugen und mit Szenezeugen spricht vieles dafür, dass sich das bei einer Vernehmung durch den Ausschuss nicht ändern würde; auch nicht bei einer Vernehmung in eingestufte Sitzung. Allerdings könnte sich seine Ladung möglicherweise zur Aufklärung des unter b) genannten Themas aufdrängen, soweit der Ausschuss dieses behandeln wird. Auch sollte ggf. geprüft werden, ob sich das, was Szczepanski in der Hauptverhandlung über die damals verbreitete Ideologie und Waffenaffinität berichtet hat, in seinen Meldungen finden und ob die Angaben von Michael P. bestätigt werden können, dass Szczepanski mit ihm zusammen die Turner Tagebücher verlegen wollte.

b) Zeitpunkt und Umstände der Anwerbung von Carsten Szczepanski

Es gibt verschiedene Hinweise darauf, dass Carsten Szczepanski bereits vor dem offiziellen Beginn seiner Tätigkeit als V-Mann für die Abteilung 5 des Ministeriums des Innern des Landes Brandenburg (im Folgenden: brandenburgischer Verfassungsschutz) im Jahr 1994 für einen anderen Nachrichtendienst oder bereits für den brandenburgischen Verfassungsschutz als V-Mann tätig war.

Carsten Szczepanski gab in der Hauptverhandlung vom 3. Dezember 2014 auf die Frage des Vorsitzenden Richters am OLG Götzl, in welchem Zeitraum er für den VS tätig war, an: „Für den VS? Da muss ich kurz nachdenken – das war in der U-Haft, da

10. Vgl. Bericht, BT-Drs. 17/14600, S. 288: Nach Aussage des Zeugen Meyer-Plath hat Szczepanski zwischen 1994 und 2000 insgesamt ca. 50 000 DM für seine Informationen erhalten.

hat mich der VS kontaktiert, das war 1991 rum.“ Auch in den Fragen der Verteidiger der Angeklagten Zschäpe, Rechtsanwältin S., und des Angeklagten Eminger, Rechtsanwalt K., wurde das Jahr 1991 als Jahr der Anwerbung genannt. Szczepanski beantwortete diese Fragen, ohne das Datum zu korrigieren. Die Aussage des Zeugen ist in sich widersprüchlich, denn er nannte zwar das Jahr 1991, bezog sich aber auf die U-Haft, die erst 1994 begann. Allerdings befand er sich Anfang 1992 in Polizeigewahrsam, sodass diese Angaben plausibel wären.

Neben der Angabe von Carsten Szczepanski in der Hauptverhandlung gibt es für diese Annahme verschiedene Anhaltspunkte, die sich aus dem Gang der Ermittlungen in den in den frühen 1990er Jahren gegen ihn gerichteten Verfahren und seinen zeitgleichen Szeneaktivitäten ergeben:

Carsten Szczepanski stand seit Ende der 1980er Jahre in Kontakt mit der rechten Szene in Berlin, u. a. mit dem Umfeld der Nationalistischen Front, und Anfang der 1990er Jahre mit der rechten Szene in Königs Wusterhausen. Als Westberliner war er dort einer der wenigen, die Englisch sprachen. Er baute Kontakte in die USA zu Ku-Klux-Klan-Strukturen auf und gab das rassistische Fanzine „Feuerkreuz“ heraus.

Nach einer von Szczepanski im September 1991 organisierten Ku-Klux-Klan-Kreuzverbrennung wurde gegen ihn ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung nach § 129a StGB durch die Staatsanwaltschaft Berlin eingeleitet.

Bei der Durchsuchung seiner Wohnung im Prenzlauer Berg im Dezember 1991 wegen Gefahr im Verzug wurden u. a. Patronenhülsen, Rohrbombenkörper, Elektronik, Chemikalien für Bomben und Schriftwechsel mit Bezug auf den Ku-Klux-Klan (KKK) / White Storm of Berlin sichergestellt. Anfang Februar 1992 wurde das wegen § 129a StGB geführte Ermittlungsverfahren vom Generalbundesanwalt (GBA) übernommen und in der Terrorismusabteilung des GBA durch Bundesanwalt Beese bearbeitet.

In der Folge gab es eine intensive Kommunikation zwischen GBA, BKA und den lokalen Polizeibehörden wegen des Verdachts, Szczepanski würde in Königs Wusterhausen weitere Straftaten planen und Waffen besitzen. Nach erheblichem Hin und Her war Bundesanwalt Beese überzeugt, dass es einen ausreichenden Tatverdacht für eine Durchsuchung bei Erik Otto gebe, bei dem Szczepanski damals in Königs Wusterhausen wohnte. Diese Durchsuchung erfolgte umgehend am 22. Februar 1992 durch das BKA und führte zu einer vorläufigen Festnahme von Carsten Szczepanski. Noch am Abend des 22. Februar 1992 wurde er auf dem Polizeipräsidium Königs Wusterhausen vom BKA vernommen. Die Vernehmung dauerte ca. vier Stunden, über die aber nur ein recht nichtssagendes dreiseitiges Protokoll erstellt wurde, das mit den für den nächsten Tag geplanten Vernehmungsthemen endet. Für diesen nächsten Tag, den 23. Februar 1992, gibt es

jedoch keine aktenkundigen Aktivitäten und Vernehmungen; es ist noch nicht einmal ersichtlich, wann Szczepanski förmlich aus dem Gewahrsam entlassen wurde. In den drei folgenden Tagen, vom 24. bis 26. Februar 1992, wurde Szczepanski jeweils ganztätig durch das BKA vernommen, er machte umfangreiche Angaben u. a. zum Ku-Klux-Klan und nannte Namen.

In der Folge wurde das Strafverfahren gegen Szczepanski wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung bereits am 1. September 1992 durch Bundesanwalt Beese eingestellt.

Nach der vorläufigen Festnahme im Februar 1992 und trotz des anfänglich noch schwebenden § 129a-StGB-Verfahrens war Carsten Szczepanski aktiver denn je in der Szene. Unmittelbar nach Februar 1992 begann er, das Fanzine „United Skins“ in guter Qualität zu produzieren, dessen Ausgaben in dichter Folge erschienen: Das erste Heft im Frühsommer 1992, die Nr. 2 und 3 auch noch im Jahr 1992, die Nr. 4 bis 6 im Jahr 1993 und die Nr. 7 – letzte Ausgabe vor der Untersuchungshaft – erschien im Frühjahr 1994. Die Hefte sind rassistisch und antisemitisch und geprägt von der White-pride-Ideologie, positiven Bezügen auf rassistische und antisemitische (Terror-)Organisationen wie Combat 18 (in der Hauptverhandlung am 13. Januar 2015 gab Szczepanski auf Vorhalt auch an, ein Combat-18-T-Shirt besessen und getragen zu haben), den Ku-Klux-Klan oder White Aryan Resistance von T. M.

Bereits 1992 konnte sich Carsten Szczepanski trotz unklarer finanzieller Verhältnisse ein eigenes Handy im Wert von ca. 500 DM leisten.

Am 9. Mai 1992 war Carsten Szczepanski an dem versuchten Totschlag zum Nachteil von S. E. beteiligt, wobei er unter anderem Ku-Klux-Klan-Parolen rief. Es wurde gegen Szczepanski sehr zögerlich ermittelt: Seit dem 9. Mai 1992 war bereits durch Zeugenaussagen bekannt, dass Szczepanski an dem Mordversuch beteiligt war, das Ermittlungsverfahren gegen ihn wurde jedoch erst am 14. Dezember 1992 eingeleitet. Erst am 3. Mai 1994 wurde er festgenommen und Untersuchungshaft angeordnet. Am 13. Februar 1995 schließlich wurde er wegen versuchten Mordes zu einer langjährigen Freiheitsstrafe verurteilt; einen ganz wesentlichen Anteil an dieser Verurteilung hatte die Nebenklage; ohne die entsprechende Vertretung von S.E. wäre es mit erheblicher Sicherheit nicht zu der Verurteilung von Carsten Szczepanski zu acht Jahren Haft wegen versuchten Mordes gekommen.

Noch nach den Belastungen durch Zeugen/Mittäter wegen des versuchten Mordes war Carsten Szczepanski einer der maßgeblichen Organisatoren eines großen Neonazikonzerts am 19. Juni 1993 in Gussow-Friedrichsbauhof, an dem ca. 750 Personen teilnahmen und internationale Bands aus dem B&H-Spektrum spielten (u. a. Brutale Haie, Boots Brothers, Elbsturm, Razors Edge [GB], Close Save [GB]). Mit der Organisation dieses Konzerts schaffte er den Durchbruch in der rechten Musikszene. Im Oktober 1993 folgte sogar noch eine Verurteilung durch das

Amtsgericht Tiergarten wegen eines Brandanschlag auf einen Bus der Sozialistischen Jugend Die Falken.

Nicht nur, dass die Festnahme wegen des Mordversuchs an S. E. erst nach zwei Jahren erfolgte, auch fast alle Ermittlungsverfahren aus dieser Zeit, die gegen Szczepanski liefen, u. a. wegen der Kreuzverbrennung (1991), wegen einer Brandstiftung (1992) und Verfahren wegen seiner Veröffentlichungen in „United Skins“, wurden schleppend oder gar nicht bearbeitet, bis die meisten von ihnen wegen Verfolgungsverjährung oder aus anderen Gründen eingestellt wurden.

Eine Erklärung für den geschilderten Ablauf wäre, dass Carsten Szczepanski am 23. Februar 1992 von einem deutschen Nachrichtendienst auf Bundesebene, weil er insbesondere wegen seiner internationalen Kontakte von Interesse war, oder doch schon von dem brandenburgischen Verfassungsschutz angeworben wurde. Dadurch könnte sich unter Umständen auch das erhebliche Interesse des BfV nach der Selbstenttarnung des NSU an dem Thema und der Person Szczepanski erklären (siehe die Darstellung unter IV.4.c).

Es wäre durch den Untersuchungsausschuss daher aus meiner Sicht zu klären, ob die von dem Zeugen Szczepanski genannte ungefähre Jahresangabe ein Versprecher war oder vielmehr davon ausgegangen werden muss, dass er deutlich früher angeworben wurde. Zu klären wäre auch, durch welchen Nachrichtendienst dies geschehen ist.

Wenn überhaupt, wird sich die Frage des Zeitpunkts einer ersten Anwerbung durch einen (anderen) Nachrichtendienst nur aufklären lassen, wenn sämtliche sich aus den alten Verfahrensakten ergebenden Personen, die an der Vorbereitung und Durchführung der Durchsuchung am 22. Februar 1992 sowie an den nachfolgenden Vernehmungen beteiligt waren, als Zeugen vor dem Untersuchungsausschuss gehört werden. Weitere Erkenntnisse zu dieser Frage versprechen die Akten sämtlicher gegen Szczepanski geführten Ermittlungsverfahren (auch der Verfahren nach § 86a StGB wegen Veröffentlichungen in „United Skins“), die vom Untersuchungsausschuss beizuziehen wären und systematisch im Hinblick auf den Verfahrensausgang auszuwerten wären.

Die Relevanz der Frage einer frühen V-Manntätigkeit Szczepanskis ist offensichtlich, da unter Berücksichtigung der Aktivitäten und vor allem auch der durch Szczepanski betriebenen weiteren Vernetzung und Radikalisierung der Neonaziszene das V-Leute-System als solches und damit Funktion und Legitimation des Verfassungsschutzes bewertet werden. Für den Verfassungsschutz Brandenburg ergibt sich die Relevanz auch daraus, dass es bei der Bewertung der Anwerbung Carsten Szczepanskis einen erheblichen Unterschied macht, ob Carsten Szczepanski ggf. schon vor Mitte 1994 für einen anderen Dienst gearbeitet hat und er 1994 – ggf. auch auf die Bitten des anderen Dienstes – nicht angeworben,

sondern übernommen worden ist, weil er für seinen früheren Auftraggeber nach der Inhaftierung nicht mehr interessant oder tragbar war.

c) „United Skins“: Gab es eine Unterstützung durch den brandenburgischen Verfassungsschutz bei dessen Herstellung?

Ebenso sollte die Frage des Anteils des brandenburgischen Verfassungsschutzes bei der Herausgabe des Fanzines „United Skins“ durch Carsten Szczepanski untersucht werden. In der Hauptverhandlung vom 13. Januar 2015 gab Szczepanski auf Nachfrage der Nebenklage Folgendes an: „F: Wusste der Verfassungsschutz von United Skins? A: Ja. F: Haben die das inhaltlich gesehen? A: Ja. F: Bevor sie es veröffentlicht haben? A: Ja, davor. F: Hat der VS inhaltlich mitbestimmt? A: Nein. F: Haben Sie einzelne Artikel vorher diskutiert, im Sinne Ihres Auftrags? A: Was ich heute noch bestätigen kann, dass die Berichte in der Zeitschrift, dass ich die vorher selbstverständlich vorgelegt habe.“

Der Zeuge Gordian Meyer-Plath gab in seiner Vernehmung am 22. April 2015 auf Fragen der Nebenklage an, er habe keine Erinnerung mehr daran, dass ihm die Hefte vorgelegt worden seien.

In Vorbereitung auf eine entsprechende Vernehmung der Zeugen Dieter Borchert und Gordian Meyer-Plath vor dem Untersuchungsausschuss, sollten sämtliche Treffberichte, Deckblattmeldungen, Auswertungsakten sowie Anweisungen an die beiden V-Mannführer durch ihre Vorgesetzten und die Führung des brandenburgischen Verfassungsschutzes daraufhin durchgesehen werden, ob dort z. B. entsprechende Übergaben von Entwürfen eines Hefts von „United Skins“ vermerkt sind oder ob im brandenburgischen Verfassungsschutz Hefte, möglicherweise Entwurfsfassungen, asserviert sind oder ob es etwaige andere Vermerke, Anweisungen und Schriftstücke gibt, die eine Beteiligung der V-Mannführer an der Erstellung bzw. Produktion des Fanzines „United Skins“ nahe legen.

d) Das nationale und internationale Kontaktnetz von Carsten Szczepanski und dessen personelle und ideologische Verbindungen zum NSU und dessen Unterstützerumfeld

Aus den Fanzines von Carsten Szczepanski „Feuerkreuz“ und „United Skins“ Nr. 1 (1992) bis Nr. 13 (1998/1999)¹¹ und von Fanzines anderer Herausgeber lässt sich

11. Ungefähre Erscheinungsdaten der „United Skins“-Hefte:
Nr. 1: nicht datiert, letztes Datum im Heft April 1992
Nr. 3: nicht datiert, letztes Datum im Heft Nov. 1992
Nr. 4: nicht datiert, letztes Datum im Heft Jan 1993
Nr. 5: nicht datiert, letztes Datum im Heft April 1993
Nr. 6: nicht datiert, letztes Datum im Heft Sept. 1993
Nr. 7: nicht datiert, letztes Datum im Heft Jan 1994

Szczepanskis Kontaktnetz bis zu zur Herausgabe des letzten Heftes 1998/1999 erkennen, soweit er es veröffentlicht hat, seine Nähe zu Blood & Honour sowie seine Positionierung innerhalb der (internationalen) militanten Neonaziszene.

Dieses Kontaktnetz zeigt sich an den Grüßen, Anzeigen und Beiträgen von anderen Neonazis in den Heften, aber auch daran, welche Fanzines und Konzerte besprochen wurden.

Aus dem „United Skins“ ergeben sich unter anderem die Verbindungen zu vielen Personen aus der B&H-Szene in Chemnitz, nicht nur zu bekannten Personen wie Antje P. und Jan Werner, sondern auch zu bisher weniger im Fokus stehenden Personen wie Markus R., der zum Umfeld des Ehepaares P. gehörte (vgl. u. a. die Grüße an Markus R. im „United Skins“ Nr. 12 [1998]). Auch zeigt sich eine Verbindung zu T.H., der einen Leserbrief veröffentlichte und begrüßt wurde (United Skins Nr. 9 [1996] und Nr. 10 [1997]).

Auch die Analyse von anderen Fanzines könnte das Kontaktnetz von Szczepanski aufklären, wie z. B. die Grüße in der ersten Ausgabe des Fanzines „Brauner Bär“, das von Thomas Richter (Corelli) hergestellt wurde. Eine engere Verbindung oder Zusammenarbeit zwischen Szczepanski und Richter sind allerdings nicht bekannt.

Die Nähe zu den Machern des „Weißen Wolfs“, insbesondere zu Maik F., ergibt sich nicht nur aus deren gemeinsamer Haftzeit in der JVA Brandenburg, sondern auch durch die Grüße im „Weißen Wolf“ an Szczepanski und aus einem Interview, das Szczepanski mit dem „lieben M.“ vom Weißen Wolf in der Ausgabe Nr. 10 des Heftes United Skins geführt hat¹².

Auch noch nicht ausreichend untersucht erscheinen die internationalen Beziehungen von Carsten Szczepanski und die Fragen, was der Verfassungsschutz von diesen wusste und welche Interessen in Bezug auf das Kontaktnetz u.a. von Blood & Honour Deutschland der Verfassungsschutz verfolgte.¹³ Die entsprechenden Kontakte von Szczepanski reichen bis Anfang der 1990er Jahre zurück und die Veröffentlichungen verweisen nicht nur auf Kontakte zu den Klanstrukturen von Dennis Mahon und White Aryan Resistance (WAR) und Tom M.. Schließlich hat Szczepanski internationale Kontakte für andere Rechtsextremisten hergestellt bzw.

Nr. 8: nicht datiert: letztes Datum im Heft Sept. 1995

Nr. 9: nicht datiert, letztes Datum im Heft Juli 1996

Nr. 10: nicht datiert: letztes Datum im Heft Jan. 1997

Nr. 11: nicht datiert: letztes Datum im Heft Mai 1997

Nr. 12: nicht datiert: letztes Datum im Heft Jan. 1998

Nr. 13: datiert 1999, letztes Datum im Heft Dez. 1998.

12. Generation Hoyerswerda, S. 109

13. Vgl. insofern die Darstellung des Sachverständigen Dirk Laabs vor dem Untersuchungsausschuss am 18. November 2016.

dies versucht, wie der Brief an N. P. – wohl aus dem Jahr 1995 – zeigt, in dem er diesem vorschlägt, Blood & Honour England und T. M. (White Aryan Resistance, USA) zu kontaktieren, weil dieser jetzt deutsche, nationalistische Gruppen unterstützen würde (siehe unten III.2.b, Bestandteil des Asservates-Nr. 59.65).

Das Kontaktnetz von Szczepanski – zumindest in seiner Haftzeit – lässt sich auch aus seiner Haftpost ableiten. Relevant erscheint in diesem Zusammenhang u. a. die Verbindung von E. T. aus Ludwigshafen zu Carsten Szczepanski (vgl. unten V. 7. den Brief von E. T., Anlage 10a). Zugleich gibt es Anhaltspunkte dafür, dass E. T. zu Uwe Mundlos Kontakt hatte. So teilte das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz mit Schreiben vom 3. März 1998 mit, dass durch Lichtbildvorlage in Erfahrung gebracht werden konnte, dass Uwe Mundlos Kontakt zu E. T. und dessen „Internationalem Hilfskomitee für nationale politische Verfolgte und deren Angehörige e. V.“ (IHV) hatte und in dessen Umfeld möglicherweise untergetaucht sein könnte (vgl. Nachlieferung Band 27, Bl. 115). Auch befanden sich die entsprechenden Kontaktdaten zum IHV und E. T. in dem Schriftverkehr zwischen Szczepanski, N.P. und Mundlos, der in der Garage sichergestellt worden ist (BKA Vermerk v. 05.03.2012, SAO 470, Bl. 311; Bericht, BT-Drs. 17/14600, S. 380). Das Landesamt für Verfassungsschutz Rheinland-Pfalz berichtete auf die Anfrage vom TLFV, dass keine Kontakte zwischen E. T. und Mundlos bekannt seien (Nachlieferung Band 27, Bl. 125). E. T. hatte aber nachweislich zu Personen im Umfeld der drei, wie Sven Rosemann (Zeugenvernehmung Rosemann, Nachlieferung Band 6, Bl. 433), Kontakt.

In der Hauptverhandlung vor dem OLG München wurde Szczepanski am 13. Januar 2016 zu seinen Szenekontakten befragt und gab u.a. an, mit Thorsten Heise im Kontakt gestanden zu haben und auch mit den Vandalen in Berlin, ohne jedoch konkrete Mitglieder benennen zu können oder zu wollen. Zu Thomas Richter gab Szczepanski an, sich nicht sicher zu sein, ob er ihn damals gekannt habe. Nach „H.“ und Ralf M. gefragt bekundete er, diese nicht zu kennen. Die Angabe zu „H.“ ist sehr wahrscheinlich nicht zu treffen, da der Zeuge und ehemalige V-Mann „H.“ ebenfalls in der Hauptverhandlung am 11. März 2015 gefragt worden war, ob er Carsten Szczepanski kenne, was er bejaht hatte. Die Bekundung des Zeugen „H.“ ist insofern glaubhaft, als dass beide in denselben Blood & Honour Kreisen verkehrten, so dass ein Kennverhältnis sehr wahrscheinlich ist. Dieser Umstand begründet auch Zweifel daran, ob Szczepanski in Bezug auf Ralf M. zutreffende Angaben gemacht hat.

Um ein Bild von dem Kontaktnetz Carsten Szczepanskis, soweit es sich an den Fanzines ablesen lässt, zu erhalten, könnte es sich für den Untersuchungsausschuss anbieten, ein gesondertes Sachverständigengutachten in Auftrag zu geben, das die relevanten Fanzines („Das Feuerkreuz“ und „United Skins“ von Szczepanski und anderen wichtigen rechten Fanzines aus der Zeit von 1991 bis 2000) auswertet; eine erste grobe Auswertung ist als Anlage 5 beigelegt, die aber weniger das

internationale Kontaktnetz in den Blick nimmt. Im Gegenzug dazu müsste geklärt werden, welche und wie die Fanzines im brandenburgischen Verfassungsschutz ausgewertet wurden, welche Schlüsse aus den sich daraus ergebenden Verbindungen gezogen wurden, welche Aufträge dazu und daraus für Szczepanski durch die Auswertung und die V-Mannführer des LfV Brandenburg resultierten und ob ggf. auf entsprechende Auswertungen aus dem BfV zurückgegriffen werden konnte. Ein weiterer Fokus sollte aus meiner Sicht der Kontakt von Szczepanski zu anderen V-Personen sein verbunden mit der Fragestellung, ob und ggf. wie diese V-Personen interagiert haben und ob sie sich bei ihren Aktivitäten in der rechten Szene gegenseitig unterstützt haben.

Auch müssten die Erkenntnisse – jenseits des in den Fanzines veröffentlichten Wissens – zu dem Kontaktnetz von Carsten Szczepanski von den Verfassungsschutzämtern und dem BND eingeholt werden. Der BND müsste über Informationen zu Szczepanskis internationalen Kontakten verfügen, da der Auslandsgeheimdienst ausdrücklich Interesse an Informationen zu den Verbindungen deutscher Rechtsextremisten ins Ausland hatte und hat und dies dem TLfV im Zusammenhang mit dem Untertauchen von Bönnhardt, Mundlos und Zschäpe mitgeteilt hat (vgl. Schreiben vom 5. März 1998, Nachlieferung Band 27, Bl. 138).

Die durch dieses Gutachten gewonnen Erkenntnisse müssten mit dem entsprechenden Wissen des brandenburgischen Verfassungsschutzes und des BfV über Szczepanskis Netzwerk abgeglichen werden, um zu beurteilen, wie nachrichtenehrlich Szczepanski war und wie die Nachrichtendienste die von ihm gelieferten Informationen genutzt haben und wohin er gesteuert wurde.

V. 2. V-Mannführer Dieter Borchert

Einzelheiten zu den Aussagen des Zeugen Dieter Borchert vor dem OLG München können bei NSU Watch nachgelesen werden. Die öffentliche Empörung über seinen „Auftritt“ als Zeuge war aufgrund seiner an vielen Stellen so offensichtlich nicht zutreffenden Angaben berechtigt.

Hinsichtlich der Fragwürdigkeit der Aussage des Zeugen Dieter Borchert in den Hauptverhandlungen vom **1. und 29. Juli 2015** sollen die beispielhaften Belege aus dem Antrag von Nebenklagevertretern am 16. September 2015 auf Beiziehung von Akten zu Carsten Szczepanski zitiert werden:

„Es bestehen erhebliche Zweifel an dem Wahrheitsgehalt der Aussage des Zeugen Dieter Borchert in den Hauptverhandlungen am 1. und 29. Juli 2015 und an den Umstand, dass der Zeuge ernsthaft sein Erinnerungsvermögen bemühte, um wahrheitsgemäße Angaben zu tätigen. [...]

1. Den Zeugen Dieter Borchert ließ in der Hauptverhandlung nicht nur angeblich sein Gedächtnis im Stich, sondern es ist davon auszugehen, dass er absichtlich nicht alles sagte, was er wusste. So gab er z. B. in der Hauptverhandlung vor, Umstände völlig vergessen zu haben, die er noch in seiner Vernehmung vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Bundestages erinnerte. Im Einzelnen: Dazu zählt beispielsweise der Umstand, dass Carsten Szczepanski ein Praktikum in dem Laden der Eheleute P. in Chemnitz absolviert hatte und später mit diesen auch ein Arbeitsverhältnis einging (Zeugenvernehmung Dieter Borchert, 56. Sitzung, 08.04.2013, S. 12 f.).

Dasselbe gilt für seine Angaben zur Funktion des Zeugen Meyer-Plath bei der Führung von Szczepanski. Im Untersuchungsausschuss hatte der Zeuge Dieter Borchert noch gesagt, der Zeuge Meyer-Plath sei sein Vertreter für die Führung des V-Mannes Szczepanski und wäre davor in der Auswertung eingesetzt gewesen (Dieter Borchert, Bundes-PUA, 56. Sitzung, 08.04.2013, S. 9 f.).

Unabhängig davon, ob damit die Funktion des Zeugen Meyer-Plath richtig oder vollständig beschrieben ist, ist es nicht nachvollziehbar, dass er [der Zeuge Dieter Borchert] in der Hauptverhandlung behauptete, gar nicht mehr zu wissen, welche Funktion Meyer-Plath in Bezug auf den V-Mann Szczepanski gehabt hatte (HV v. 01.07.2015).

Es ist gedächtnispsychologisch jedenfalls nicht plausibel, dass der Zeuge im Jahr 2013 bei seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuss noch Ereignisse, die rund 13 Jahre zurücklagen, erinnerte, diese aber zwei Jahre später – bei seiner Vernehmung in der hiesigen Hauptverhandlung – schlichtweg vergessen haben will. Auch eine die Gedächtnisleistung beeinträchtigende Erkrankung in der Zeit zwischen diesen beiden Vernehmungen kann als Ursache für den behaupteten Gedächtnisschwund ausgeschlossen werden, da der Zeuge verneinte, dass eine solche vorgelegen habe.

2. Auch das weitere Aussageverhalten des Zeugen Dieter Borchert in beiden Hauptverhandlungsterminen spricht dafür, dass er nicht alles sagte, was er weiß. So antwortete der Zeuge, wie schon in seiner Vernehmung im Untersuchungsausschuss, stets einsilbig mit ‚ja‘, ‚nein‘ oder wenigen Worten, um Nachfragen von Verfahrensbeteiligten zu vermeiden: Entgegen der Aufforderung des Vorsitzenden berichtete er auch nicht im Zusammenhang, sondern zwang den Senat, das Beweisthema kleinteilig abfragen zu müssen.

Auch beantwortete er Fragen regelmäßig mit ‚nein‘, wenn er dies für günstiger hielt, und schwenkte erst auf Nachfragen, warum er trotz seiner schlechten

Erinnerung nun gerade den nachgefragten Umstand ausschließen könnte, zu der Antwort um, er könne sich nicht mehr erinnern, wie es gewesen sei. Diese Art der willkürlichen Beantwortung von Fragen mit ‚nein‘ bzw. ‚ich erinnere mich nicht‘ wiederholte sich bis zur Groteske.

Der Zeuge nahm es ganz offensichtlich in Kauf, lieber vergesslich und dilettantisch zu wirken, als sein – anscheinend von ihm als problematisch eingestuftes – Wissen preiszugeben und möglicherweise widersprüchlich zum Zeugen Meyer-Plath auszusagen. Dass es im Zusammenhang mit dem V-Mann Szczepanski problematisches Wissen geben kann, zeigen verschiedene Ungereimtheiten in Bezug auf die von Szczepanski erlangten Informationen über das Trio und den anschließenden Umgang mit diesen Informationen.“ (Antrag vom 16. September 2015, Anlage 2)

In seinen zwei dieser Bewertung folgenden Vernehmungen vom 2. März 2016 und 16. Juni 2016 – die nach der Aufhebung der Sperrung seiner Handakte erfolgten –, änderte sich das Aussageverhalten des Zeugen Dieter Borchert nicht. Vielmehr zeigte sich, dass er unter denselben „Gedächtnisproblemen“ auch hinsichtlich nur sehr kurz zurückliegender Ereignissen litt. Die Aussage des Zeugen Dieter Borchert vom 2. März 2016 wurde in einer Gegenvorstellung von Nebenklagevertretern wie folgt dargestellt:

„[Die] Vernehmung des Zeugen Dieter Borchert vom 2. März 2016 [hat] gezeigt, dass der Zeuge Erinnerungslücken und allgemeine Verwirrtheit nur vortäuscht, um seiner Zeugenpflicht nicht in vollem Umfang nachkommen zu müssen.

a) Der Zeuge widerlegte in seiner letzten Vernehmung die Annahme, er sei glaubwürdig und seine Angaben glaubhaft. Auf dieser – jedenfalls danach klar unzutreffenden – Annahme gründet aber der Beschluss.

Die Vernehmung des Zeugen glitt ins Groteske ab, wenn er sich lieber als extrem langsam und verwirrt darstellte, als auf konkrete Fragen zu antworten. Ihm war förmlich die Angst anzumerken, auf eine nicht gut überlegte Antwort könnten für ihn nicht kalkulierbare Nachfragen folgen.

Dieses Aussageverhalten konnte bei der letzten Vernehmung auch nicht mehr auf das lange Zurückliegen der Ereignisse, nach denen der Zeuge gefragt wurde, geschoben werden. Denn es ging in dieser Vernehmung fast ausschließlich um Ereignisse, die nach der Selbstenttarnung des NSU im Jahr 2011 stattgefunden haben oder sogar erst wenige Wochen und nicht 17 Jahre zurücklagen.

b) Plastisch wurde dieses Verhalten gleich zu Beginn der Vernehmung, als der Zeuge scheinbar mehrere Minuten benötigte, um eine Frage der Verteidigung zu verstehen. Der Zeuge hatte auf Fragen des Vorsitzenden angegeben, ‚erst hinterher‘, gemeint war ein Zeitpunkt nach der Einziehung des Mobiltelefons von Szczepanski am 25. August 1998, von der Nichtauswertung des Telefons erfahren zu haben. An diese Antwort des Zeugen anknüpfend fragte die Verteidigung, was er mit ‚hinterher‘ gemeint habe, ‚wann er erfahren habe, dass das Telefon nicht ausgewertet worden sei‘. Nach einigem Hin und Her und Hilfe durch den Zeugenbeistand endete der Dialog mit dem Verteidiger wie folgt:

Dieter Borchert: Ich überlege gerade: hinterher, welcher Zeitpunkt mit hinterher gemeint ist.

Verteidiger: Sie haben gesagt hinterher, ich habe Sie gefragt, was hinterher bedeutet. Sie eiern hier rum.

Dieter Borchert: Ich eiere nicht, ich überlege. Hinterher bedeutet, nach, nach, hinterher bedeutet nach, nach, ich kann das jetzt nicht präzisieren. Hinterher, hinterher, nach, nach, nach dem Vorfall, nach Abgabe, nach [...]

Verteidiger: Wollen Sie mich veräppeln? Sie haben gesagt, hinterher haben Sie das erfahren, wann haben Sie das erfahren?

Dieter Borchert: Entschuldigung, ich habe Sie nicht verstanden. Ich habe, ja wann war das, hier vor vor vor äh vor meiner Ladung habe ich davon erfahren, also letztes Jahr, 2015.'

c) Eine völlig lebensfremde Erinnerungslücke hinsichtlich eines erst sehr kurz zurückliegenden Umstandes behauptete der Zeuge auf die Frage, wann er die behördlichen Dokumente, die Teil seiner am 29. Juli 2015 in die Hauptverhandlung mitgebrachten Handakte waren, erhalten hat. Der Zeuge hatte angegeben, diese Unterlagen seien ihm kommentarlos in sein Fach gelegt worden, es habe dazu auch kein Anschreiben gegeben und keine mündliche Erläuterung, was er mit diesen Unterlagen tun solle.

Obwohl diese Handakte mit den fraglichen Dokumenten bereits am 1. Juli 2015 von dem Zeugen an den Senat übergeben worden war, behauptete der Zeuge in der Verhandlung am 2. März 2016, nicht einmal mehr ganz ungefähr zu wissen, wann er die darin enthaltenen Dokumente erhalten hat, und nicht sagen zu können, ob es mehr als einen Monat – vom 2. März 2016 ausgerechnet – her sei, dass er die Dokumente erhalten habe. Diese angebliche vollständige ‚Erinnerungslosigkeit‘ lässt nur darauf schließen, dass der Zeuge Sorge hatte, jede Zeitangabe könnte problematische Fragen nach sich ziehen, und er diese Erinnerungslosigkeit vorgetäuscht hat.

d) Hinsichtlich der fraglichen SMS von Werner vom 25. August 1998 präsentierte der Zeuge völlige Ahnungs- und Erinnerungslosigkeit. Auf Nachfrage gab der Zeuge mehrfach an, erst im Jahr 2015 ‚im Vorbeigehen‘ von seiner Chefin, Frau Dr. Wagner, über diese SMS informiert worden zu sein und auf gar keinen Fall früher. Nach einem Vorhalt, er sei schon im Jahr 2013 im Bundestagsuntersuchungsausschuss zu dieser SMS befragt worden, bestätigte er dies, behauptete aber, daran nur gerade nicht gedacht zu haben, als er versichert habe, erst 2015 davon erfahren zu haben.

Dieses Nichterinnern/Nichtwissen des Zeugen ist umso weniger glaubwürdig, als diese SMS, seitdem sie im Mai 2012 das erste Mal im Schäfer-Gutachten¹⁴ erwähnt worden war, in den Medien, in den Untersuchungsausschüssen und dann auch im Ermittlungsverfahren gegen Zschäpe u. a. häufig Thema war.

Spätestens nach der Erwähnung der SMS in dem Schäfer-Gutachten hatte sich für das Innenministerium Brandenburg die Frage der möglichen Einbindung des V-Manns Szczepanski in eine Waffenbeschaffung für das Trio oder andere Neonazis gestellt, der behördenintern nachgegangen worden sein muss. Die widersprüchlichen Angaben des Zeugen Dieter Borchert zu diesem Thema lassen nur den Schluss zu, dass er in der Hauptverhandlung nicht die Wahrheit gesagt hat. [...]

Die Klärung der Bedeutung der SMS war und ist für den brandenburgischen Verfassungsschutz und damit auch für den Zeugen Dieter Borchert von erheblicher Relevanz, wie das Treffen am 28. Januar 2013 zwischen Vertretern des GBA, des BfV, des BKA und des Innenministeriums Brandenburg [beim Generalbundesanwalt in Karlsruhe im Rahmen des Ermittlungsverfahrens gegen Jan Werner] zu dem Thema der SMS und Szczepanski zeigt. Dass der Zeuge trotz dieser Relevanz des Themas als derjenige, der den V-Mann damals geführt hat und die Handys ausgetauscht haben will, auf diese SMS nicht weiter angesprochen worden sein will, ist deshalb realitätsfern und damit ein weiterer Beleg für die unzutreffenden Angaben des Zeugen.

e) Genauso wenig glaubhaft ist die Angabe des Zeugen, er könne sich nicht erinnern, an dem Treffen vom 17. September 1998 teilgenommen zu haben, obwohl auf dem Protokoll sein Name als Teilnehmer steht. Bei der Einvernahme am 1. Juli 2015 hatte der Zeuge sogar noch so getan, als wisse er überhaupt nicht, von welchem Treffen die Rede sei, als er danach

14. Schäfer, G., Wache, V., Meiborg, G., (Mai 2012). Gutachten zum Verhalten der Thüringer Behörden und Staatsanwaltschaften bei der Verfolgung des „Zwickauer Trios“, SAO 604, Bl. 2908 ff.

gefragt wurde. Zwar liegt dieses Treffen tatsächlich schon eine erhebliche Zeit zurück, jedoch war es – wie unter A.I.1.f und A.I.2.d-f dargestellt – ein ungewöhnliches Treffen, bei dem es um den wichtigsten V-Mann des Amtes ging, den der Zeuge führte, und um den Umgang mit brisanten, von dem V-Mann gelieferten Informationen.“ (Gegenvorstellung vom 2. Juni 2016, S. 30 ff., Anlage 3)

Außerdem brachte der Zeuge Dieter Borchert in die Hauptverhandlung vom 2. März 2016 eine Ausarbeitung hinsichtlich der Abläufe am 25. August 1998 zu dem Handy von Szczepanski mit, die er verlesen wollte (undatierte Ausarbeitung, **Anlage 6**).

In der kurzen Vernehmung in der Hauptverhandlung vom **16. Juni 2016** machte er keine wesentlich neuen Angaben mehr; er war lediglich erneut geladen worden, da die von der Verteidigung Wohlleben beantragte Erweiterung der Aussagegenehmigung erfolgt war und er noch zu Fragen von Waffenbeschaffung, Militanz und zu Nick G. und Toni Stadler befragt wurde.

Die wesentliche Frage erscheint in diesem Zusammenhang, warum der Zeuge Dieter Borchert in seinen Vernehmungen, und zwar beginnend mit seiner Vernehmung im ersten Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages, zum NSU-Komplex derartig auffällig auftritt und welche Informationen er hinter seinen sehr ungeschickt dargebrachten und teilweise klar unzutreffenden Angaben zurückzuhalten versucht. Sind es eher Informationen, die persönliches Versagen oder Fehlverhalten offenbaren würden, oder hat er von ihm oder von der Behörde als brisant eingeschätztes Wissen, das er nicht preisgeben will oder darf?

Dazu, wie der Untersuchungsausschuss dieses Aussageverhalten und die sich daraus ergebenden Fragen aufklärt könnte, können kaum Empfehlungen abgegeben werden; jedoch sollte die Vorgesetzte des Zeugen, Dr. Wagner, gehört werden, um aufzuklären, ob dem Zeugen die amtlichen Unterlagen aus seiner Handakte tatsächlich ohne schriftliche oder mündliche Erläuterungen in sein Fach gelegt worden sind.

Auch sollte aufgeklärt werden, ob der Zeuge Dieter Borchert unter seinem Arbeitsnamen Dieter Borchert an Szeneveranstaltungen, z. B. als Bekannter von Szczepanski, teilgenommen hat und wenn ja, in welcher Funktion und auf welcher gesetzlichen Grundlage. Entsprechende Erkenntnisse können sich aus den Treffberichten ergeben, aber auch aus Rückläufen anderer Ämter zu Teilnehmern an Szeneveranstaltungen.

V.3. V-Mannführer Gordian Meyer-Plath

Die Rolle des Zeugen Gordian Meyer-Plath in Bezug auf die Führung von Carsten Szczepanski ist bisher nicht geklärt, seine diesbezüglichen Erklärungen sind nicht plausibel.

Bereits die Funktion, die er genau innehatte, ist unklar: V-Mannführer oder nur Unterstützung des V-Mannführers und nur vertretender V-Mannführer, wie er in seiner Vernehmung in der Hauptverhandlung am 22. April 2015 behauptete. Diesen Angaben widersprechen jedoch die Bekundungen des Zeugen Dr. Hans-Jürgen Förster, der im ersten Untersuchungsausschuss des Bundes zum NSU angab: „[...] Aber ich habe Ihnen ja schon gesagt, dass ich, weil ich diesem V-Mann halt nicht getraut habe, [...] zu der ungewöhnlichen Maßnahme gegriffen [habe], dass der zwei V-Mannführer hatte. Und einer von den zweien, den ich dazu attachiert habe, war vom höheren Dienst. Das ist extrem ungewöhnlich.“ (Zeugenvernehmung Förster, 41. Sitzung des Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages, Bl. 126).

Insgesamt hatte der Zeuge Meyer-Plath sehr wenige originäre Erinnerung an die Führung oder Unterstützung der Führung von Szczepanski, und teilte entweder mit, er habe sich sein Wissen erst aus den Akten wieder anlesen müssen, oder gab an, nichts zu wissen, da er damals nicht zuständig gewesen sei und die Auswertung aller diesbezüglichen Aufgaben übernommen hätte. Auch wenn die öffentliche Wahrnehmung eine andere war, hat der Zeuge Meyer-Plath nicht mehr zur Aufklärung als der Zeuge *Dieter Borchert* beigetragen. Eine Bewertung seiner Aussage findet sich auch in der Presseerklärung der Nebenklagevertreter im Nachgang zu seiner Vernehmung (Presseerklärung vom 23. April 2015, **Anlage 7**).

Die schwache Erinnerung steht im Widerspruch zu dem damals recht jungen Alter des Zeugen Meyer-Plath – Szczepanski wurde vom brandenburgischen Verfassungsschutz angeworben, als der Zeuge Meyer-Plath gerade beim Verfassungsschutz im Juli 1994 in der Auswertung angefangen hatte – und der großen Bedeutung, die die Quelle Szczepanski für den brandenburgischen Verfassungsschutz gehabt haben soll.

Auffällig in diesem Zusammenhang sind zwei zeitliche Koinzidenzen: Die letzte bekannte Quellenmeldung von Szczepanski zu Bönnhardt, Mundlos und Zschäpe stammt vom 14. Oktober 1998 und ist von dem Zeugen Meyer-Plath unterzeichnet. Am 19. Oktober 1998 traf der Zeuge Meyer-Plath Szczepanski erneut und das letzte Mal vor seinem Weggang; er gab ihm – seinen Angaben in der Hauptverhandlung am 22. April 2015 zufolge – noch einmal den Auftrag, sich um mehr Informationen zu den dreien zu kümmern. Am 1. November 1998 verließ der Zeuge Meyer-Plath den brandenburgischen Verfassungsschutz nach nur 3,5 Jahren, um, so seine Angaben, für eine Legislaturperiode eine Stelle als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der

Bundestagsabgeordneten Katherina Reiche (CDU) anzutreten (Zeugenvernehmung Gordian Meyer-Plath, 64. Sitzung des Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages am 15.4.2013, S. 39). Am 18. April 2001 kam der Zeuge Meyer-Plath nach nur gut 2 Jahren und vor Ende der Legislaturperiode zurück in den brandenburgischen Verfassungsschutz und wurde sofort zum Leiter des Referats für Auswertung/politischen Extremismus, Schwerpunkt Rechtsextremismus, befördert.

Nach seinem Weggang aus dem Amt gibt es keinerlei Quellenmeldungen mehr von Szczepanski zu Bönnhardt, Mundlos und Zschäpe. Zeitgleich – im Dezember 1998 bzw. Anfang 1999 – kommt das letzte Heft von „United Skins“ heraus. Auffällig und nicht plausibel ist schließlich, dass der Zeuge Meyer-Plath in seiner Vernehmung in der Hauptverhandlung angab, nach seiner Rückkehr – inzwischen war sein ehemaliger hochrangiger V-Mann enttarnt worden und musste in ein Zeugenschutzprogramm übernommen werden – habe er sich nicht nach Carsten Szczepanski und dem Sachverhalt erkundigt, das Ganze sei so weit weg gewesen, dass er keine Veranlassung hatte nachzufragen, aber ganz ausschließen könne er das auch nicht. Dies ist kaum vorstellbar, war die Enttarnung eines aktiven und hochrangigen V-Mannes doch für den brandenburgischen Verfassungsschutz ein erheblicher Rückschlag, der insbesondere in dem Referat des Zeugen Meyer-Plath zu einer erheblichen Einbuße an Quellenmeldungen geführt haben muss und hektischen Versuchen, Szczepanski zu ersetzen. Gleichzeitig wird intern die Frage, wie es zu der Enttarnung kommen konnte, untersucht worden sein; eine Untersuchung und Diskussion, die sicher ein ¾ Jahr nach dem Vorfall noch nicht abgeschlossen gewesen sein wird.

Dieser gesamte Ablauf, insbesondere die anschließende Beförderung des Zeugen Meyer-Plath zum Referatsleiter, ist nicht plausibel und steht nicht in Übereinstimmung mit den üblichen Karriereverläufen in den Verfassungsschutzämtern.

Es wäre aus meiner Sicht somit durch den Untersuchungsausschuss zu klären, ob der Zeuge Meyer-Plath ab November 1998 als Vorbereitung auf seine Beförderung für einen anderen Nachrichtendienst z.B. auf Bundesebene gearbeitet hat und wenn ja, ob er dort Kenntnisse bzgl. der Auswertung der Quellenmeldungen von Szczepanski, insbesondere denen zu Bönnhardt, Mundlos und Zschäpe, sowie daran anschließende Maßnahmen erlangt hat und ob er ggf. von direkten Operationen im BfV in Bezug zu Bönnhardt, Mundlos und Zschäpe erfahren hat.

V. 4. Vertretung oder Unterstützung bei der Führung des V-Mannes Carsten Szczepanski

Der Zeuge *Dieter Borchert* gab in seiner Vernehmung vor dem Bundestagesuntersuchungsausschuss zur Frage der Führung von Szczepanski an: „Es war kurzfristig noch eine Dame dabei, weil die als Schnupperkurs da mitfuhr,

aber keinerlei [...] Aufgaben hatte.“ (Zeugenvernehmung *Dieter Borchert*, 56. Sitzung (nicht öffentlich) des Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages, S. 9).

In der Hauptverhandlung vom 1. Juli 2015 entspann sich zu dieser Frage folgender Dialog mit dem Zeugen: „Nebenklagevertreterin: Gab es noch eine weitere Person, eine weibliche Person, die bei Treffen mit Carsten Szczepanski dabei gewesen ist, außer ihnen und Meyer-Plath? *Dieter Borchert*: Lehrperson, die kurzfristig, aber hatte keine Aufgaben. NKV: Wann war das, dass sie zu Lehrzwecken mitfuhr? *Dieter Borchert*: Nein (zittrig, unsicher) kann ich nicht sagen, weiß ich nicht. NKV: Können Sie es ganz grob einordnen, wann das war? Z: Nein, gar nicht mehr.“

Es wäre somit nach meiner Auffassung zu klären, wer die Mitarbeiterin des Verfassungsschutzes war, die einen „Schnupperkurs“ gemacht hat, und was ihre tatsächlichen Aufgaben im Verhältnis zu Szczepanski waren. Es erscheint nämlich wenig plausibel, dass bei einem sensiblen und wichtigen V-Mann des Verfassungsschutzes eine in der Ausbildung befindliche Person „Schnupperkurse“ macht und somit über unmittelbares Wissen zu seiner Identität verfügt. Für eine weiter gehende Funktion dieser Mitarbeiterin spricht auch das unsichere Aussageverhalten des Zeugen Dieter Borchert bei dieser Frage.

Weiter wäre aufzuklären, durch wen der Zeuge Dieter Borchert nach dem Weggang des Zeugen Meyer-Plath bei der Führung von Szczepanski vertreten worden ist, wenn er im Urlaub oder verhindert war; dieser Mitarbeiterin oder diese Mitarbeiter wären ebenfalls als Zeugen zu hören.

V. 5. Allgemeine Fragen bezüglich des V-Mannes Carsten Szczepanski und der Rolle der Abteilung Verfassungsschutz des Ministeriums des Innern des Landes Brandenburg

a) Akten des brandenburgischen Verfassungsschutzes zu Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe

Schon aus der Verfahrensakte in dem Verfahren gegen Zschäpe u. a. ergibt sich eine erhebliche Kommunikation zwischen dem TLfV und dem brandenburgischen Verfassungsschutz nach dem Untertauchen von Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe am 26. Januar 1998.

Am 3. Februar 1998 informierte das TLfV das BfV und die übrigen Landesämter für Verfassungsschutz über das Untertauchen der drei und bat um Mitteilung der dort ggf. vorliegenden Informationen und um Mithilfe insbesondere durch die Befragung der Quellen aus der rechten Szene (TLfV v. 03.02.1998, Nachlieferung Band 27, Bl. 35). Zu diesem Zweck übersandte das TLfV am 5. Februar 1998 Lichtbilder an alle Verfassungsschutzbehörden, also auch an Brandenburg, zur Vorlage bei deren Quellen (TLfV v. 05.02.21998, Nachlieferung Band 27, Bl. 43-46 und Bl. 58).

Ebenfalls am 5. Februar 1998 übersandte das TLfV Meldedaten und Fotos eines gewissen Ma. K. aus Naumburg an das bayerische LfV und den brandenburgischen Verfassungsschutz (TLfV v. 05.02.1998, Nachlieferung Band 27, Bl. 67 ff.). Dieser Ma. K. war im Zusammenhang mit der Suche nach Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe am 3. und 4. Februar 1998 durch das TLfV ohne Ergebnis observiert worden. Aus welchem Grund er in den Verdacht geraten war, eine Kontaktperson für die Untergetauchten zu sein, und aus welchen Gründen seine Daten u. a. dem brandenburgischen Verfassungsschutz übersandt wurden, lässt sich den vorliegenden Akten nicht entnehmen.

Der Inhalt der Deckblattmeldung vom 19. August 1998 wurde dem TLfV am 2. September 1998 durch den brandenburgischen Verfassungsschutz mit dem folgenden Hinweis übersandt: „Anmerkung der Auswertung: Diese Quellenmeldung war Ihnen zunächst nicht übermittelt worden. Nach Angaben des BfV könnte es sich jedoch bei den hier genannten ‚sächsischen Skinheads‘ um Personen aus Jena handeln.“ (Nachlieferung Band 26, Teil 2, Bl. 44) Diese Anmerkung lässt auf Kommunikation zwischen dem 20. August und dem 1. September 1998 zwischen dem brandenburgischen Verfassungsschutz und dem BfV über die mögliche Identität der „sächsischen Skinheads“ schließen.

Aus dem thüringischen Schäfer-Gutachten ergibt sich schließlich, dass die Quellenmeldung von Brandt vom 20. Februar 1998, dass das Fluchtauto von Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe bei Dresden liegengeblieben sei und dass die Quelle – Tino Brandt – davon ausgehe, dass sich die drei im Raum Dresden aufhielten, da Mundlos zu der dortigen Szene Kontakt habe, am 2. März 1998 unter anderem auch an den Verfassungsschutz Brandenburg gegangen ist (Schäfer u. a., Gutachten zum Verhalten der Thüringer Behörden und Staatsanwaltschaften bei der Verfolgung des „Zwickauer Trios“, SAO 604, Bl. 3057).

Ein als vorläufiger Abschlussvermerk zum Vorgang „Drilling“ bezeichneter Vermerk des Abteilungsleiters im TLfV Schrader vom 3. Juni 1999 wurde am 15. Juni 1999 u. a. an das BfV und den Verfassungsschutz Brandenburg übermittelt (Nachlieferung Band 26, Bl. 228 ff., 231).

Diese aufgeführte Kommunikation ist nur diejenige, die sich aus der so genannten „Drillingsakte“ (Nachlieferung Band 26 und 27) des TLfV ergibt; sonstige Akten, aus denen sich weiterer Austausch ergeben würde, waren nicht Bestandteil der Verfahrensakte.

Nach meiner Auffassung sollte nicht nur der Umfang der Kommunikation zwischen dem TLfV und dem brandenburgischen Verfassungsschutz geklärt werden, sondern auch, welche jeweiligen Maßnahmen und durch wen auf die Schreiben des TLfV hin erfolgt sind. So wäre zum Beispiel zu klären, ob die Auswertung entsprechende

Aufträge an die V-Mannführer vergeben hat und wenn ja, wie diese Aufträge lauteten und was jeweils das Ergebnis war. Soweit mir bekannt, wurden z. B. die vom TLfV übersandten Fotos von Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe zumindest nicht Carsten Szczepanski, nachdem er Vollzugslockerung erhalten und somit Kontakt zur Szene hatte, vorgelegt. Sollte dies tatsächlich nicht erfolgt sein, wäre zu prüfen, warum dies nicht geschehen ist. Ebenfalls wäre zu klären, ob ihm nach seinen ersten Meldungen zu den dreien deren Bilder vorgelegt worden sind.

Um die Folgemaßnahmen abzuklären, wäre es notwendig, Kenntnis von der Aktenführung zu haben, d. h. wo die Kommunikation mit dem TLfV zu Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe abgelegt wurde, insbesondere ob es auch eine „Akte Drilling“ im brandenburgischen Verfassungsschutz gibt oder welchen Sach- und/oder Personenakten die Schreiben jeweils zugeordnet wurden. Entsprechendes müsste bezüglich der Kommunikation zwischen dem brandenburgischen Verfassungsschutz und dem BfV zu dem Thema Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe geklärt werden. Dass es diese Kommunikation schon sehr früh gegeben hat, zeigt sich u. a. an dem oben genannten Hinweis der Auswertung sowie an der Aussage des Zeugen Jörg Milbradt in der 45. Sitzung des 2. Bundestagsuntersuchungsausschusses.

b) Steuerung von Szczepanski nach Chemnitz? Praktikum und Arbeit in dem Szeneladen der Eheleute P. in Chemnitz

Im April 1998 begann Szczepanski, damals noch inhaftiert in der JVA Brandenburg, ein von der Bundesanstalt für Arbeit gefördertes Praktikum in dem Szeneladen „Sonnentanz“ der Eheleute Antje und Michael P. in Chemnitz und erhielt durch dieses Arbeitsangebot Vollzugslockerungen. Ab April 1999 war er in dem Laden angestellt und wurde im Dezember 1999 nach Verbüßung von $\frac{2}{3}$ seiner Strafe auf Bewährung entlassen.

Übereinstimmend sagten die Zeugen *Dieter Borchert* und Meyer-Plath aus, Szczepanski sei nicht nach Chemnitz gesteuert worden, vielmehr hätte sich dort die einzige Möglichkeit für ein Praktikum geboten. Es sei eine Gefälligkeit der Eheleute gewesen, die er schon länger gekannt habe. Dass diese Erklärung wegen der guten Kontakte von Szczepanski nicht nur nach Königs Wusterhausen, sondern auch nach Berlin allein schon aufgrund der Entfernung von der JVA Brandenburg bis nach Chemnitz (über drei Autostunden) nicht plausibel ist, ist selbstverständlich.

Der tatsächliche Grund für die Steuerung von Szczepanski nach Chemnitz ist nicht bekannt.

Szczepanski begann sein Praktikum nur zwei Monate nach dem Untertauchen von Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe. Zu dieser Zeit wurden die drei zumindest schon als Beispiel für eine sich entwickelnde rechtsterroristische Gefahr gesehen, zugleich gab es Informationen, die auf ihren Aufenthalt in Sachsen bzw. Chemnitz hinwiesen.

So stellte der damalige Abteilungsleiter im brandenburgischen Verfassungsschutz Dr. Hans-Jürgen Förster den Fall der drei in einem Interview vom 14. März 1998 als Beispiel für rechten Terrorismus dar: „Frage MdB Högle: Nämlich wir haben in den Unterlagen – das ist MAT A BfV-4/4, Seite 15 – eine Agenturmeldung, in der Sie [Förster] vor den Gefahren durch rechtsextremen Terror warnen ... Das ist vom 14. März 1998 ...: Es gebe in der rechten Szene Personen, die bewaffnet und auch zu schweren Straftaten bereit seien, warnte der Verfassungsschützer. Das sind Sie. Ich sehe eine Entwicklung zum Terrorismus. Diese beschränke sich nicht nur auf durchgeknallte Einzeltäter wie den Polizistenmörder Kay Diesner. Bei Durchsuchungen seien in den vergangenen Monaten zunehmend Waffen und Sprengstoff entdeckt worden. Als Beispiele nannte Förster den Fund von vier Rohrbomben bei Neonazis in Jena und von Bombenbausätzen bei der ‚Kameradschaft Treptow‘ in Berlin.“ (Zeugenvernehmungen Dr. Hans-Jürgen Förster, 41. Sitzung des Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages, S. 116).

Gleichzeitig hatte der Verfassungsschutz Brandenburg am 2. März 1998 die oben erwähnte Meldung von Brandt erhalten, dass dieser von einem Aufenthalt der drei im Raum Dresden ausgehe. Überdies gibt es spätestens seit April 1998 aktenkundige Belege dafür, dass die Sicherheitsbehörden einen Aufenthalt der drei in Chemnitz vermuteten: Aus einer TKÜ des Thüringer Landeskriminalamtes (TLKA) bei dem Zeugen Jürgen H. war bekannt geworden, dass dieser in Bezug auf die drei am 17. März und am 16., 20. und 22. April 1998 aus Chemnitz angerufen worden war (SAO 43.10, Bl. 96 f.). Einer dieser Anrufer bei Jürgen H. aus Chemnitz war aufgrund seiner Stimme von einem noch unbekannten sächsischen V-Mann als Jan Werner identifiziert worden (TLKA v. 11.08.1998, SAO 43.10, Bl. 99; ZV W. SAO 43.10, Bl. 116; Vermerk Schrader, Nachlieferung Band 26, Bl. 114 f.).

Ob die drei der Grund für den gezielten Einsatz in Chemnitz gewesen sein könnten, hängt auch von dem Zeitpunkt ab, wann das Praktikum organisiert und die damit einhergehenden Formalien erledigt wurden, was zu klären wäre.

Ein weiteres Beobachtungsobjekt wäre die personenstarke B&H-Sektion in Sachsen mit Einfluss nach Brandenburg und in andere Bundesländer oder einzelne herausragende Personen mit bundesweitem Einfluss wie Jan Werner. Eine weitere denkbare, aber spekulative Erklärung wäre auch, dass es sich um eine Auftragsarbeit für ein anderes Bundesland handelte, um z. B. die Quellenehrlichkeit von einem seiner in der B&H-Szene in Chemnitz eingesetzten V-Männer zu überprüfen.

Auch wenn der Bundestagsuntersuchungsausschuss die Frage, ob Carsten Szczepanski gezielt in Chemnitz eingesetzt wurde, nicht aufklären konnte, ist nach meiner Auffassung diese Steuerung nach Sachsen ein zentraler Aspekt, um die Rolle Szczepanskis zu verstehen.

Es sollte auch geklärt werden, was Dr. Förster damals in dem oben zitierten Interview über das Jenaer Trio gesagt hat – da der vollständige Interviewtext nicht bekannt ist – und welche Vorarbeiten und Sprechzettel ihm aus dem brandenburgischen Verfassungsschutz in Vorbereitung auf dieses Interview vorlagen, insbesondere im Hinblick auf die Bewertung des Fundes der Rohrbomben in der Garage in Jena. Des Weiteren wäre zu klären, welche Konsequenzen die Bewertung der drei als auf der Stufe von Rechtsterrorismus stehend im brandenburgischen Verfassungsschutz für die Auswertung und die Beschaffung hatte.

Dies bedeutet auch zu klären, ob Carsten Szczepanski – unabhängig davon, warum er in dem Laden der Eheleute P. eingesetzt wurde – schon in der Zeit von April bis Juli 1998 den Auftrag erhalten hat, Informationen über Bönnhardt, Mundlos und Zschäpe zu beschaffen, und wenn ja, mit welchem Erfolg bzw. wenn nein, aus welchem Grund dies nicht erfolgte.

c) Deckblattmeldungen von Szczepanski mit Bezug zu Bönnhardt, Mundlos und Zschäpe

Es sind bisher fünf Deckblattmeldungen mit Quelleninformationen von Szczepanski bekannt, die einen Bezug zu Bönnhardt, Mundlos und Zschäpe aufweisen¹⁵ und die bereits Gegenstand des sogenannten Schäfer-Gutachtens aus Thüringen, des ersten Untersuchungsausschusses des Bundes zum NSU sowie der ersten Untersuchungsausschüsse zum NSU in Sachsen und Thüringen waren.

15. Gemeint sind die folgenden Meldungen von Szczepanski:

1. DM von Meyer-Plath allein unterschrieben v. 19.08.1998: Feststellungsdatum der Quelle Szczepanski war Mitte August 1998, von Meyer-Plath unterschrieben, mit dem Inhalt: Laut P. sind drei sächsische Skinheads (zwei Männer und eine Frau), die wegen Straftaten gesucht werden, auf der Flucht; diese drei haben einen Artikel in „White Supremacy“ geschrieben und wollen mit geliehenen Pässen nach Südafrika (Nachlieferung 12, Bl. 255 f. und Nachlieferung 26, Teil 2, Bl. 43 ff.).

2. DM von Dieter Borchert allein unterschrieben v. 09.09.1998 bzw. 11.09.1998 [z. T. Datum 14.09.1998]: Feststellungsdatum der Quelle Szczepanski war Anfang September, von *Dieter Borchert* unterschrieben, mit dem Inhalt: Jan Werner hat persönlichen Kontakt zu den drei Skinheads, er soll den Auftrag haben, die drei mit Waffen zu versorgen, Gelder dafür hätte B&H-Sektion Sachsen bereitgestellt, die Gelder stammten aus Einnahmen von Konzerten und dem CD-Verkauf. Vor der beabsichtigten Flucht nach Südafrika würde das Trio einen weiteren Überfall nach dem Erhalt der Waffen planen. Der weibliche Teil des Trios will Antje P. ihren Pass zur Verfügung stellen. P. und Werner sollen unabhängig voneinander und ohne das Wissen des anderen für die drei tätig sein. Datum dieser Ereignisse nicht klar (Nachlieferung 12, Bl. 253, 254 bzw. Nachlieferung 26, Bl. 50).

3. DM von Dieter Borchert allein unterschrieben v. 16./18.09.1998: Feststellungsdatum der Quelle Szczepanski war Anfang/Mitte September, ohne Unterschrift, mit dem Inhalt: Einer von dem „sächsischen Skinhead-Trio“ soll in „White Supremacy“ Nr. 1 einen Artikel geschrieben haben (Nachlieferung 26, Bl. 264, 265).

4. DM von Meyer-Plath unterschrieben v. 29.09.1998: Feststellungsdatum der Quelle Szczepanski war Ende September, von Meyer-Plath unterschrieben, mit dem Inhalt: Auf einem Konzert in Münzig sagte Werner, dass er immer noch nach Waffen für das Trio sucht (Nachlieferung 12, Bl. 258 und Nachlieferung 27, 133 [längere Version]).

5. DM von Meyer-Plath allein unterschrieben v. 14.10.1998: Feststellungsdatum der Quelle Szczepanski war der 10. Oktober 1998, Meyer-Plath dabei, mit dem Inhalt: In Wilsdruff gab es am 10.10.1998 ein „Blood and Honour“-Sektionstreffen, die sächsische Sektion hat sich von der Dtl. Division getrennt; Werner versucht noch immer, Waffen zu besorgen (Nachlieferung 27, Bl. 135).

Im Folgenden soll deshalb in Bezug auf diese Meldungen nur punktuell auf einzelne Fragestellungen hingewiesen werden, die aus meiner Sicht besonderes relevant sind oder denen bislang noch nicht ausreichend Beachtung geschenkt wurde.

aa) Parallele Meldungen von „H.“ und Carsten Szczepanski („Piatto“)

Eine oder die zentrale Frage zu Szczepanski im Zusammenhang mit seinen Mitteilungen zu Bönnhardt, Mundlos und Zschäpe ist: Warum meldeten der V-Mann des Thüringer LfV „H.“ und Carsten Szczepanski mit nur einem Tag Unterschied, am 8. bzw. 9. September 1998, Hinweise auf einen möglichen Aufenthalt in Chemnitz und zu Blood & Honour Sachsen und insbesondere zu Jan Werner und Antje P. als das mögliche Unterstützerumfeld. Szczepanskis Meldung war nur insofern detaillierter als die von „H.“, als dass er den Auftrag Jan Werners, mit Geldern aus den B&H-Konzerten eine Waffe für die drei für einen weiteren Überfall zu beschaffen, enthielt. Hinsichtlich der Details wird auf die bereits zitierte Gegenvorstellung von Nebenklagevertretern vom 2. Juni 2016 und die dortigen detaillierten Ausführungen zu den Abläufen am 8. und 9. September 1998 verwiesen (Anlage 3).

Die Frage des Hintergrunds für die parallelen Meldungen von „H.“ und Carsten Szczepanski wird nur sehr schwierig zu klären sein und es können hier kaum Empfehlungen gegeben werden. Eine Schwierigkeit ist, dass die Personenakte „H.“ im TLFV kurz nach seiner Abschaltung vernichtet worden ist, allerdings finden sich noch Deckblattmeldungen von ihm im BfV.

Zur Klärung der Frage kommen von thüringischer Seite hierfür die Zeugen N. W., der am 8. September 1998 den V-Mann „H.“ in Vertretung des eigentlichen V-Mannführers befragt, und Jürgen Zweigert als der eigentlich zuständige V-Mannführer für „H.“ in Betracht. Der V-Mann „H.“ selber ist ein besonders schwieriger Zeuge, da er in der Hauptverhandlung vor dem OLG über mehrere Verhandlungstage hinweg und entgegen der Bekundungen seiner V-Mannführer und einer Aussagegenehmigung durch das TLFV angegeben hat, gar kein V-Mann gewesen zu sein.

Hinsichtlich der Beiziehung von Akten könnten die Deckblattmeldungen von –“H.“ relevant sein, die zum Teil noch beim BfV und mittlerweile vermutlich auch – wieder - beim Thüringer Amt für Verfassungsschutz vorliegen (vgl. SAO 641, Bl. 17681 f.). Auch wären mögliche Verbindungen zwischen „H.“ und Szczepanski zu klären.

bb) Fehlende Informationen in den fünf Deckblattmeldungen

In den Akten finden sich Hinweise darauf, dass Carsten Szczepanski weitere Informationen zu Bönnhardt, Mundlos und Zschäpe geliefert hat, die zumindest auf den im Verfahren gegen Zschäpe u. a. vorliegenden Deckblattmeldungen nicht

enthalten sind und die darauf schließen lassen, dass es weiter gehende Informationen von Szczepanski in den Akten des brandenburgischen Verfassungsschutzes zu Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe gibt.

Die erste Deckblattmeldung mit Informationen zu Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe vom 19. August 1998 enthält keinen Hinweis darauf, dass die drei in Chemnitz aufhältig sind, vielmehr heißt es dort nur, Antje P. hätte berichtet, sie seien auf der Flucht und wollten sich nach Südafrika absetzen. Jedoch findet sich in der Akte „Drilling“ des TLfV ein handschriftlicher Vermerk vom 7. September 1998 von N. W., dem dortigen V-Mannführer, der zentral in die Operation Drilling eingebunden war, der lautet: „Nach telef. Rücksprache mit dem zuständigen V-Mannführer Herrn *Dieter Borchert*, LfV Sachsen, am 7.9.98 hat die Quelle keine neuen Erkenntnisse mitgeteilt. Sie hat nur mitgeteilt, dass die ‚sächsischen Skins‘ sich im Raum Chemnitz aufhalten, so Antje P.. Neuere Erkenntnisse werden dem TLfV unverzüglich mitgeteilt.“ (Nachlieferung Band 26, Teil 2, Bl. 44, den handschriftlichen Vermerk hat der Zeuge N.W. in der Hauptverhandlung vom 11. November 2014 vorgelesen.)

Die zweite Meldung von Szczepanski zu den dreien ist auf den 9. September 1998 datiert, sodass sich die Frage stellt, auf welcher Grundlage der Zeuge *Dieter Borchert* am 7. September 1998 N. W. mitteilen konnte, dass sich die drei laut Antje P. im Raum Chemnitz aufhalten würden.

Aus den Deckblattmeldungen geht ebenfalls nicht hervor, dass Szczepanski mitgeteilt hat, dass die drei in Südafrika bei Claus N. untertauchen wollen und dass Claus N. sich zum Zeitpunkt der Meldung in Deutschland aufhielt. In einem Vermerk des brandenburgischen Verfassungsschutzes vom 17. September 1998, der offensichtlich im Nachgang zu dem Treffen der drei Landesverfassungsschutzbehörden am 15. oder 17. September 1998 gefertigt worden ist, heißt es: „Sie [gemeint ist das Trio] beabsichtigen eine Ausreise nach Südafrika. Der dortige Unterkunftsgeber ist bekannt und war kürzlich in Deutschland“ (Handakte *Dieter Borchert*, SAO 644, Bl. 19173). Handschriftlich findet sich daneben der Vermerk „ist noch ca. 10 Tage in Deutschland (17.09.1998)“ (SAO 644, Bl. 19176). Der Name des Unterkunftsgebers wird in dem Vermerk nicht genannt, muss aber aufgrund der Erkenntnisse zu dem Aufenthalt in Deutschland bekannt gewesen sein. Aus der Deckblattmeldung vom 9. September 1998 konnte die Identität des Unterkunftsgebers nicht abgeleitet werden (Nachlieferung Band 12, Bl. 253), da es dort pauschal heißt, eine Ausreise der drei nach Südafrika sei geplant. Der in Südafrika lebende rechtsextreme Publizist Claus N. hielt sich tatsächlich seit dem 12. September 1998 in Deutschland auf (SAO 503, Bl. 321 ff.) und hatte auch Kontakt zu Unterstützern von Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe wie z. B. zu André Kapke, der Claus N. erst im August 1998 zusammen mit Mario B. in Südafrika besucht hatte (SAO 503, Bl. 241, 297). Seinen Namen muss Szczepanski seinen V-Mannführern genannt haben.

In dem Vermerk des brandenburgischen Verfassungsschutzes vom 17. September 1998 ist zur Rolle Werners bei der Waffenbeschaffung festgehalten: „Werner hat nicht gesagt, dass er bereits Waffen beschafft oder geordert hat, sondern er hat mehr den Eindruck vermittelt, dass er jemanden suche, der Waffen beschaffen kann“ (SAO 644, Bl. 19174). In der korrespondierenden Deckblattmeldung heißt es hingegen nur: „Jan WERNER soll zur Zeit den Auftrag haben, ‚die drei Skinheads mit Waffen zu versorgen‘“ (Nachlieferung Band 26, Teil 2, Bl. 46). Der Sinn beider Aussagen ist derselbe, jedoch fehlt in der Deckblattmeldung die offensichtlich von dem V-Mann Szczepanski stammende und mit Unsicherheiten belegte Einschätzung, Werner hätte den „Eindruck vermittelt“. Daraus ergibt sich, dass es weitergehende Angaben - von Szczepanski oder einer bislang nicht bekannten weiteren Quelle - gegeben haben muss, die nicht in der Deckblattmeldung enthalten sind.

Schließlich geht aus den Deckblattmeldungen nicht hervor, dass Szczepanski die Informationen zu den Waffen und den Überfällen in einem Vier-Augengespräch erworben hat und dieses für einen möglichen Test seiner Person hielt. Diese Umstände sind jedoch in einem handschriftlichen Vermerk über ein Telefongespräch vom 21. September 1998 zwischen dem Abteilungsleiter Tüshaus und einem unbekannten Beamten des Verfassungsschutzes Brandenburg vermerkt (SAO 644, Bl. 19168: „Weiterleitung der Meldung sei unmittelbar gefährlich für Quelle, da Vier-Augengespräch. Es handelt sich möglw. um Test, da andere Beschaffungsform leichter“).¹⁶ Sie sind relevant, da dieser Vermerk auch so gelesen werden kann, als ob Szczepanski mit der Beschaffung von Waffen beauftragt worden ist und dieser Auftrag ein Test sein sollte.

Um die dringenden Fragen zu klären, in welchen Akten bzw. Dokumentenarten sich die oben aufgeführten in den Deckblattmeldungen fehlenden Informationen finden, müsste aus meiner Sicht mit den V-Mannführer geklärt werden, wie sie genau bei der Verschriftlichung der Informationen von Szczepanski vorgegangen sind, welche Informationen sich auf den Deckblattmeldungen und welche sich in den

16. Soweit leserlich lautet der handschriftliche Vermerk: „Vermerk 22. Auf Anfrage LfV SN am 21.09. Thema erneut erörtert, nachdem BfV am Vormittag (erstmal) vom Gang der Erörterungen informiert wurde. (Vorsorglich wurde BfV [Name geschwärzt] nach einer Obs. Unterstützung gebeten, Elkom an BfV läuft.)

TH erklärt, eine vertrauliche Umsetzung der Meldung von TH Polizei sei nach Auskunft (LKA?) nicht [schwer leserlich, könnte auch etwas anderes heißen] problematisch. Aber bei Anschlussmaßnahmen helfe auch Behördenzeugnis kaum mit Blick auf QS. Die Maßnahmen-TÜ gegen Werner läuft vermutlich noch bis 30.09. BB erklärt, Quelle könne nicht in ein Zeugenschutzprogramm. Weiterleitung der Meldung sei unmittelbar gefährlich für Quelle, da Vier-Augengespräch. Es handelt sich möglw. um Test, da andere Beschaffungsform leichter [unklar, ob die Worte nach dem Komma richtig entziffert wurden]. Am kommenden [ein Wort nicht leserlich] Wochenende nähere [ein Wort nicht leserlich, u. a.] in Aussicht. SN sagt [ein Wort nicht leserlich] Unterstützung zu. Ergebnis:

- BB hält die Forderung nach QS aufrecht. Die Meldung darf nicht in einer Weise verwertet werden, die ggf. eine Offenbarung nach außen nach sich zieht.

- TH ist federführend für die Maßnahmen, die die 3 flüchtigen [ein Wort nicht leserlich, ggf. Skins] betreffend.

- SN wird die Beobachtung B&H intensivieren. Obs. am Wochenende ... [Kopie endet dort, es fehlt mind. eine Zeile, möglw. steht am Ende dieser fehlenden Zeile: ‚9.10.‘].“

Treffberichten und möglicherweise auch noch in einer dritten Kategorie von Dokumenten befinden.

Aufgrund dieser erlangten Informationen wären die Akten, insbesondere die Treffberichte, daraufhin zu untersuchen, welche weiteren Informationen Szczepanski zu Bönnhardt, Mundlos und Zschäpe geliefert hat, die nicht in den Deckblattmeldungen enthalten sind, und ob und ggf. wie diese den anderen Verfassungsschutzbehörden mitgeteilt wurden.

Darüber hinaus sollte geklärt werden, warum Szczepanski nach der letzten Meldung vom 14. Oktober 1998 keine Informationen mehr zu Bönnhardt, Mundlos und Zschäpe geliefert hat, d. h., ob er noch entsprechende Aufträge bekommen hat und welche Angaben er dazu gemacht hat, warum er diese nicht erfüllen konnte.

d) Treffen und Kommunikation der Verfassungsschutzbehörden vom 15./17. September 1998 bis zum 21. September 1998 in Bezug auf die Quellmeldungen von Szczepanski

Die sich an die Quellmeldungen Szczepanskis anschließende zentrale Frage ist, welche Maßnahmen auf Seiten der Nachrichtendienste und der Polizeibehörden aufgrund dieser Meldungen eingeleitet worden sind, um die Festnahme von Bönnhardt, Mundlos und Zschäpe sicherzustellen, deren Gefährlichkeit ab diesem Zeitpunkt nicht mehr fraglich sein konnte, bzw. welche Maßnahmen nicht eingeleitet worden sind, obwohl diese nahegelegen hätten.

Aus den Akten ergeben sich lediglich konkrete Aktivitäten im Hinblick auf die Deckblattmeldung vom 9. September 1998 in der kurzen Zeit vom 15./17. bis zum 21. September 1998 (alle Dokumente, die im Verfahren gegen Zschäpe u. a. über den Umgang mit den Meldungen von Szczepanski bekannt wurden, stammen aus der Handakte *Dieter Borchert*). Chronologisch stellen sich diese Aktivitäten wie folgt dar:

- 8. September 1998: Meldung von „H.“ zu dem möglichen Unterstützerumfeld von Bönnhardt, Mundlos und Zschäpe in Chemnitz durch Thomas Starke, Jan Werner und Antje P.; allerdings wird diese Meldung im Zusammenhang mit den auf die Meldung von Szczepanski folgenden Maßnahmen nicht erwähnt.
- 9. September 1998: Zweite Meldung Szczepanskis zu Bönnhardt, Mundlos und Zschäpe mit dem Hinweis auf Waffenbeschaffung und Überfälle.
- 11. oder 14. September 1998: Der brandenburgische Verfassungsschutz übermittelt die fragliche Meldung an das BfV und an das thüringische und sächsische LfV. Der brandenburgische Verfassungsschutz gibt selbst in seiner Präsentation den 11. September 1998 an (Präsentation des brandenburgischen Verfassungsschutzes in der Sitzung der Parlamentarischen Kontrollkommission des Landtages Brandenburg am

12. April 2016, Folie 19), das sächsische Landesamt schreibt, es hätte die Meldung am 14. September 1998 erhalten (SAO 644, Bl. 19167).
- 15. September 1998: Der brandenburgische Verfassungsschutz datiert das Treffen der drei Verfassungsschutzämter – wohl – fälschlich auf den 15. September 1998; (vgl. Präsentation des brandenburgischen Verfassungsschutzes a. a. O., Folie 20). Wie es zu diesem Fehler kommen konnte, ist nicht ersichtlich, möglicherweise gab es an dem Datum eine Art Vortreffen oder Vorbesprechung.
 - 16. September 1998, abends: Besprechung des TLfV mit dem Präsidenten des thüringischen LKA (TLKA), deren Ergebnis war, dass das TLKA für exekutive Maßnahmen (TKÜs, Observationen) einen schriftlichen Bericht bräuchte, um Beschlüsse zu erhalten (SAO 644, Bl. 19168).
 - 17. September 1998, 11:16 Uhr (Sendebericht): Der brandenburgische Verfassungsschutz fertigte – wohl in Vorbereitung auf das Treffen der drei Verfassungsschutzbehörden im Laufe des 17. September 1998 – einen Vermerk mit dem Titel „Überlegungen zum Aufenthalt drei gesuchter Rechtsextremisten aus Thüringen“ an und faxte ihn u. a. an das TLfV, das handschriftliche Korrekturen in dem Vermerk vornahm. (Die in der Handakte *Dieter Borchert* sich befindende Kopie scheint eine Kopie aus thüringischen Akten zu sein; ggf. wurde sie aber auch vom TLfV an den brandenburgischen Verfassungsschutz mit den Änderungen zurückgeschickt.) Der Vermerk enthält – aus heutiger Sicht – recht zutreffende Schlussfolgerungen aus den Meldungen Szczepanskis zu Bönnhardt, Mundlos und Zschäpe (SAO 644, Bl. 19173 ff.).
 - 17. September 1998, Uhrzeit unbekannt, wahrscheinlich nachmittags: Treffen des thüringischen und sächsischen LfV mit dem brandenburgischen Verfassungsschutz in Potsdam; das BfV ist nicht anwesend. Ziel des Treffens ist es, Maßnahmen festzulegen, die die Quelle nicht gefährden. Ergebnis des Treffens war u. a. laut sächsischem Vermerk, dass Brandenburg nicht bereit sei, die Quellmeldung als solche für die Polizei „freizugeben“; ggf. käme aber ein Behördenzeugnis des BfV infrage; das TLfV informiere ohne Nennung der Herkunft der Information das TLKA, Antje P. werde durch das TLfV ab dem 16. September 1998 observiert und die Observation werde am 17. September 1998 vom sächsischen LfV übernommen (SAO 644, Bl. 19167).
 - 21. September 1998: Telefongespräch zwischen dem Abteilungsleiter des sächsischen LfV Tüshaus und einem unbekannten Beamten des Verfassungsschutzes Brandenburg. Laut handschriftlichem Vermerk von Tüshaus hat Brandenburg in diesem Telefonat mitgeteilt, dass auch ein Behördenzeugnis des BfV die Quelle zu sehr gefährde und dieses deshalb nicht ausgestellt gegeben werden könne (SAO 644, Bl. 19168).

Der Ausgang der von P. am 16. September 1998 begonnen Observation ist nicht bekannt. In der unmittelbaren Zeit nach dem 21. September 1998 sind nur ganz vereinzelte Maßnahmen gegen das von Szczepanski und „H.“ benannte

Unterstützerumfeld bekannt, so zwei kurzzeitige Observationen durch das sächsische LfV¹⁷ und TKÜs durch das TLKA¹⁸. Insgesamt sind diese Maßnahmen, gemessen an der Brisanz der Mitteilungen Szczepanskis, sehr kurz und ineffektiv. Insbesondere in der Zeit des ersten – bekannten – Raubüberfalls am 18. Dezember 1998 auf den Edeka-Markt in Chemnitz gibt es keine Überwachung des benannten Unterstützerumfeldes.

Es ist nicht ersichtlich, welche konkreten Maßnahmen auf die Informationen zu der Waffenbeschaffung, den von Blood & Honour stammenden Geldern, den geplanten Überfällen oder der Ausreise der drei getroffen worden sind und welche Art von Absprachen es in der Folge zwischen den drei Landesämtern und dem BfV gab. Entsprechend ist auch nicht ersichtlich, ob und ggf. was das BfV – in Absprache mit dem brandenburgischen Verfassungsschutz – an nachrichtendienstlichen Maßnahmen aufgrund der Meldungen von Szczepanski unternommen hat.

Soweit bekannt, wurde auch das sächsische LKA nicht über den Umstand informiert, dass sich drei untergetauchte Neonazis mit Geldsorgen in Chemnitz aufhalten und nach V-Mannmeldungen versuchen, sich eine Waffe zu beschaffen, und einen (weiteren) Überfall planen, sodass der Raub und versuchte Mord am 18. Dezember 1998 durch die Ermittlungsbehörden nicht mit den drei Untergetauchten in Verbindung gebracht worden ist und nicht in diese Richtung ermittelt werden konnte (vgl. zu dem Vorgehenden auch die Beweisanträge der Nebenklagevertreter [...] datiert auf den 16.03.2016, gestellt in der Hauptverhandlung vom 15.03.2016, auf Beiziehung von Aktenstücken im Zusammenhang mit dem Treffen am 17. September 1998, **Anlage 8**).

Es ist sollte aus meiner Sicht eine der zentralen Fragen des Untersuchungsausschusses sein, warum die Meldungen von Szczepanski noch nicht einmal als Behördenzeugnis des BfV an das TLKA weitergegeben worden sind und ob Quellenschutz der tatsächliche Grund für die Nichtweitergabe war. Zweifel hieran bestehen, da es am 16. Oktober 1998 eine Beschlagnahme von einer großen Lieferung von CDs aus dem Ausland aufgrund eines Hinweises von Szczepanski gegeben hat.¹⁹ Diese polizeiliche Maßnahme aufgrund von Quellenmeldungen von

17. Fall „Glockenspiel“: 25.-28.9.1998: Observation von Jan Werner und Antje P. und Fall „Pappmaché“: 15.-16.10.1998: Observation Jan Werner (Sächsischer Landtag, 3. Untersuchungsausschuss, Abweichender Bericht v. Die Linke, SPD, Grüne, S. 53).

18. TKÜ des TLKA v. 8.11.-7.11.1998 auf der Festnetznummer von Michael P. und vom 15.10. bis 15.11.1998 eine TKÜ auf dem Mobiltelefon von Michael P. (Sächsischer Landtag, 3. Untersuchungsausschuss, Abweichender Bericht v. Die Linke, SPD, Grüne, S. 39) und bei Jan Werner hatte das TLKA vom 11.8.1998-24.9.1998 eine TKÜ (Beiakte TLKA ZF 6, pdf-Seite 17 ff.).

19. Der Zeuge Gordian Meyer-Plath führte dazu im ersten Untersuchungsausschuss des Bundestages – als Beleg dafür, wie wertvoll die Quelle Szczepanski war – aus: „Oder der Fall ‚Odeon‘. Wir erfuhren am 2. Juni 1998 von Carsten Szczepanski, dass Tausende CDs von der Naziband ‚Landser‘, später auch noch der Naziband ‚Preußenheads‘, mit menschenverachtenden Texten aus den USA nach Deutschland geschleust werden sollten. Dieser Hinweis führte zu bundesweiten Ermittlungen, die am 16. Oktober 1998 zu einer erfolgreichen Beschlagnahme durch die Polizei führten. [...]“

Szczepanski steht im Gegensatz dazu, dass der angebliche Grund, warum die Informationen von Szczepanski zu Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe nicht an die Polizei weitergegeben worden sind, der Quellenschutz von Szczepanski gewesen sein soll. Es ist davon auszugehen, dass auch von dieser CD-Lieferung nur sehr wenige Personen wussten und dass die Gefahr, dass der Verdacht auf Szczepanski fallen würde, groß war. Auch nahm man mit dieser Beschlagnahme in Kauf, die Quelle zu gefährden, die sich in so großer Nähe zu dem Unterstützerumfeld von Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe befand, dass sie Informationen zu geplanten Waffenbeschaffungen und Überfällen erhielt.

Weiter wäre zu klären, aus welchem Grund so gut wie keine weiteren Maßnahmen oder Operationen der übrigen Verfassungsschutzämter (TLfV, sächs. LfV und BfV) als Reaktion auf die Meldungen erfolgt sind und ob die Bedenken des Verfassungsschutzes Brandenburg, ein Behördenzeugnis auszustellen, der Grund dafür war, dass auch durch das TLKA in der Folge der Meldung von Szczepanski keine neuen exekutiven Maßnahmen veranlasst wurden.

Wesentlich erscheint insoweit, genau zu untersuchen, was im brandenburgischen Verfassungsschutz und im BfV mit den Informationen von Szczepanski geschehen ist, welche Wege diese Meldungen genommen haben, von wem sie gelesen und abgezeichnet und welchen Akten/Operationen sie zugeordnet wurden. Weiter wären die entsprechenden Rückläufe aus dem thüringischen und dem sächsischen LfV in den brandenburgischen Verfassungsschutz zu untersuchen und der dortige Umgang mit ihnen.

Hinsichtlich der Frage, was im BfV mit den Meldungen von Szczepanski geschehen ist, wären neben der Einsichtnahme in die dort vorhandenen Akten und deren Beiziehung durch den brandenburgischen Untersuchungsausschuss die zuständigen Referatsleiter des Referats II 2 F (Rechtsterrorismus) und des Referats II 2 C und II 2 E (Observation) ggf. als Zeugen zu hören. Referatsleiter des Referats II 2 F waren [REDACTED], die beide auch schon im Bundestagsuntersuchungsausschuss als Zeugen gehört worden sind.

Schließlich wäre auch zu klären, ob der Pass von Antje P. aufgrund der Meldung Szczepanskis zur Fahndung ausgeschrieben worden ist und ob das sächsische LKA über den Inhalt der Meldung informiert wurde.

e) SMS von Jan Werner an Carsten Szczepanski am 25. August 1998: „Hallo. Was ist mit den Bums“

(Zeugenvernehmung Gordian Meyer-Plath, 64. Sitzung des Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages am 15.4.2013, S. 6).

Eine weitere zentrale Frage schließlich ist, ob die SMS von Jan Werner an Carsten Szczepanski „Hallo. Was ist mit den Bums“ vom 25. August 1998 dem brandenburgischen Verfassungsschutz und/oder dem BfV bekannt war und welche Maßnahmen daraufhin eingeleitet wurden.

Die Ungereimtheiten bzgl. der Angaben des Zeugen *Dieter Borchert* zu den Abläufen am 25. August 1998 und der um 19.21 Uhr auf dem Handy von Szczepanski eingegangenen Nachricht waren bereits Thema im ersten Untersuchungsausschuss des Bundes und in der Hauptverhandlung in dem Verfahren gegen Zschäpe u. a. Durch die Hauptverhandlung sind zu den bisher bekannten Umständen aus dem Bericht des Untersuchungsausschusses des Bundes nur wenige neue Erkenntnisse hinzugekommen, wesentlich ist jedoch die Erkenntnis aus der Hauptverhandlung, dass die Angaben des Zeugen *Dieter Borchert* zu dem konkreten Ablauf so nicht zutreffen können.

Nach den bisher bekannten Umständen erscheint folgender Ablauf am 25. August 1998 am wahrscheinlichsten:

Es kam an dem Tag zu dem Kauf eines neuen Handys nebst je einer Telefonnummer für die Zeugen Szczepanski und den Zeugen. Grund für diesen Kauf war aber nicht, wie Meyer-Plath und *Dieter Borchert* in ihren Vernehmungen in der Hauptverhandlung angaben, dass die alte Nummer von Szczepanski als Nummer des Ministeriums des Inneren bekannt geworden war, sondern die Entscheidung im Verfassungsschutz, alle Nummern neu zu legendieren (SAO 644, Bl.19130)²⁰. Am 25. August 1998 war somit das alte Handy noch bis 20.00 Uhr angeschaltet und im Besitz von Szczepanski, da das Treffen mit seinem V-Mannführer so lange dauerte (SAO 644, Bl. 19191). Bevor er zurück in die JVA ging, gab er das Handy bei dem V-Mannführer bis zum nächsten Treffen in Verwahrung; er nutzte in der Folge beide Handys noch einige Tage parallel, bis alle Kontakte seine neue Nummer hatten und er nicht mehr auf dem alten Telefon angerufen wurde. Anschließend gab er das Telefon dem Verfassungsschutz endgültig zurück, der es – wahrscheinlich – auswertete.

20. Die Begründung, das Handy hätte sofort gewechselt und eingezogen werden müssen, weil dessen Nummer als Nummer des Ministeriums des Innern in einer TKÜ des TLKA bekannt geworden sei, ist nicht plausibel. Der Zeuge Meyer-Plath gab in seinen Vernehmungen vor dem Bundestagesuntersuchungsausschuss und auch in der Hauptverhandlung an, die alte Nummer des Handys von Szczepanski sei bei einer TKÜ des TLKA als eine Nummer des Ministeriums des Innern erkannt worden, weil diese damals nicht legendiert worden war (Zeugenvernehmung Gordan Meyer-Plath, 64. Sitzung des Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages am 15.4.2013, S. 44). Jedoch hatte das TLKA erst am 3. November 1998, also mehr als zwei Monate später, Kenntnis von dem Anschlussinhaber Ministerium des Innern der Telefonnummer von Szczepanski (vgl. Beiakte TLKA, ZF2, Bl. pdf-166 mit dem entsprechenden Verbindungsnachweis 29. Oktober 1998 und dessen Übersendung an das TLKA am 3. November 1998, ZF 2, Bl. 147; bzw. Vorhalt: Deutscher Bundestag, Beschlussempfehlung und Bericht, Drucksache 17/14600, S. 410).

Sollte dieser Ablauf zutreffend sein, bedeutet dies, dass die fragliche SMS Szczepanski erreichte, als er noch mit seinem V-Mannführer zusammen war, da die SMS noch während des Treffens bei Szczepanski einging.

Für diesen Ablauf spricht nicht nur die nicht plausible und widersprüchliche Schilderung des Zeugen *Dieter Borchert*, er habe das alte Handy nebst Nummer gegen 16.00 Uhr eingezogen, es ausgeschaltet und Szczepanski habe nicht einmal seine alten Nummern auf das neue Handy übertragen; später habe er dann erfahren, dass das Handy, ohne ausgewertet worden zu sein, vernichtet worden sei (vgl. hierzu auch die Ausführungen in dem Beweisantrag der Nebenklagevertreter Rechtsanwälte vom 16.03.2016, gestellt in der Hauptverhandlung vom 15.03.2016, und vom 14.11.2016 auf Beiziehung von Aktenstücken im Zusammenhang mit der SMS und dem Mobiltelefon von Szczepanski, **Anlage 9a/b**).

Ein Indikator dafür ist auch, dass der Vieltelefonierer Szczepanski erst am 31. August 1998 Jan Werner per SMS über seinen Nummernwechsel informiert hat, aber bereits am 28. August 1998 mit dieser Nummer bei Jan Werner angerufen hatte (Beiakte zu der Verfahrensakte ./ Zschäpe u. a., Zielfahndungsakte des LKA Thüringen, ZF 2, pdf-BI. 303, 333).

Hinsichtlich der Bedeutung des Begriffes „Bums“ gab Szczepanski in seiner Befragung durch das BKA an, es wäre möglich, dass damit Waffen gemeint seien, er würde aber dabeibleiben, er hätte Werner keine Waffen angeboten (Zeugenvernehmung Szczepanski, Nachlieferung Band 12, Bl. 245). Auch dem Zeugen Henning P. fiel keine andere Bedeutung für den Begriff „Bums“ ein und er hielt es – im Nachhinein – für möglich, dass damit Waffen gemeint seien (Zeugenvernehmung Henning P., SAO 632, Bl. 14599).

Hinsichtlich des Aktenbestandes ist problematisch, dass in den sogenannten S-Records, d. h. den Verbindungsnachweisen und SMS aus der TKÜ des TLKA gegen Jan Werner (0172-3521857), kurz nach dem 25. August 1998 mehrere Seiten dieser S-Records fehlen, sodass nicht geprüft werden kann, ob es in dieser Zeit Kommunikation zwischen Werner und Szczepanski – mit der alten oder der neuen Handynummer – gegeben hat. Konkret fehlen die Protokolle aus der Zeit vom 26. August 1998, 15:31:34 Uhr, bis zum 27. August 1998, 06:58:44 Uhr (vgl. die fehlenden Verbindungen/SMS Nr. 1748 bis 1862, vgl. Beiakte ZF 2, pdf-Seite 285 f., am 25.08.1998 um 19.28 Uhr war die SMS bzgl. der Bums gekommen, vgl. Beiakte ZF 2, pdf-Seite 275 f.).

Diese Fragen bzgl. der SMS von Werner und die Frage, ob Carsten Szczepanski ggf. in die Waffenbeschaffung für Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe eingebunden war, sollten zentral behandelt werden. Hier ist auch der bereits oben zitierte Satz aus dem Vermerk des Zeugen Tüshaus vom 21. September 1998 zu beachten, der auch so verstanden werden kann, dass es an Carsten Szczepanski eine Bitte um Hilfe bei der

Waffenbeschaffung gegeben haben könnte, die dieser für einen Test gehalten habe. Zur Aufklärung, ob und wer und wie Kenntnis von der SMS hatte, wäre der Grund für den Handywechsel zu klären, es wäre zu klären, wie bei anderen V-Leuten damals mit Mobiltelefonen umgegangen wurde, wenn diese eingezogen wurden, inwieweit sich aus anderen Deckblattmeldungen von Szczepanski ergibt, dass sein Telefon von den V-Mannführern ausgewertet worden ist, und welche Aktenrückhalte es zu dem Einzug und der Vernichtung des Telefons gibt. Auch sind die noch vorhandenen Abrechnungen zu der alten und der neuen Telefonnummer auszuwerten bzw. zu klären, warum diese nicht mehr vollständig erhalten sind.

Ebenso ist zu fragen, ob das BfV Kenntnis von der SMS „Hallo. Was ist mit den Bums“ hatte, da es zu der fraglichen Zeit eine G10-Maßnahme bei Jan Werner²¹ geschaltet hatte, sodass sowohl das BfV als auch Brandenburg Kenntnis von der SMS haben mussten. Die alleinige Fokussierung auf den brandenburgischen Verfassungsschutz in der Frage der SMS erscheint deshalb nicht sachdienlich.

Auch sollte die Person Jan Werner als eine der engsten Vertrauens- und Kontaktpersonen von Carsten Szczepanski von dem Untersuchungsausschuss in den Blick genommen werden.

f) Quellenehrlichkeit von Szczepanski und Relevanz für Strafverfolgungsbehörden

Die V-Mannführer von Carsten Szczepanski haben an dessen Quellenehrlichkeit keine grundsätzlichen Zweifel geäußert. Allerdings gibt es Ungereimtheiten, insbesondere im Hinblick auf die Nationalrevolutionären Zellen (NRZ), zu denen neben Szczepanski auch Nick G. und Ralf L. gehörten. Die Nationalrevolutionären Zellen planten Anschläge, beschafften sich Waffen – u. a. ein Präzisionsgewehr – und stellten eine Rohrbombe her, die im Keller von Nick G. im Juni 2000 gefunden wurde. Durch die Beteiligung von zwei V-Männern an den Anschlagsplänen, die sich beide gegenseitig belasten, ist schwer zu klären, welche Ziele von wem verfolgt wurden und wer wen dazu angestiftet hat (vgl. 43.14, Bl. 55 f.; monitor v. 1.8.2001, S. 3, Quelle: www.apabiz.de; Nick G. „Verlorene Jahre – Eine Jugend im Hass!“; vgl. auch ein Interview der „Nationalrevolutionären Zellen aus dem Untergrund“ im Hamburger Sturm Nr. 20 von Mai 1999, bei dem nicht klar ist, ob dieses von den NRZ um den Zeugen Szczepanski gegeben wurde oder von Mundlos für den NSU; SAO 497, Bl. 377; Nachlieferung Band 20, Bl. 327). Nick G. wurde später wegen des Rohrbombenfundes verurteilt. Carsten Szczepanski wurde lediglich wegen einer Anfang 2000 bei ihm gelagerten Waffe wegen illegalen Waffenbesitzes zu einer Geldstrafe verurteilt. Insbesondere in diesem ganzen Komplex Nationalrevolutionäre Zellen und dem Rohrbombenfund wäre Carsten Szczepanskis Quellenehrlichkeit

21. Vgl. Harms/Heigl/Rannacher, Untersuchung und Evaluierung der Arbeitsabläufe und -strukturen des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen unter besonderer Betrachtung der Ereignisse im Zusammenhang mit dem sog. „Nationalsozialistischen Untergrund“, 20. Februar 2013, S. 10, 24-26.

sehr kritisch zu prüfen, da es hier sich widersprechende Schilderungen von zwei V-Männern gibt.

Es wäre aus meiner Sicht wichtig zur Bewertung von Carsten Szczepanskis V-Manntätigkeit und dem V-Leute-Wesen insgesamt zu klären, in welchem Maße Szczepanski quellenehrlich war und in wie vielen Fällen Hinweise von ihm tatsächlich zu Strafverfolgungsmaßnahmen geführt haben (vgl. insofern die Präsentation des brandenburgischen Verfassungsschutzes a. a. O., Folie 30: „Etwa 200 Piatto-Meldungen zogen strafrechtliche oder sonstige exekutive Maßnahmen nach sich.“ Bei einer absoluten Anzahl von 264 Quellentreffen [vgl. die Aufstellung des Verfassungsschutzes, SAO 644, Bl. 19180] erscheint diese Zahl sehr hoch).

g) Treffen beim Generalbundesanwalt am 28. Januar 2013

Am 28. Januar 2013 fand ein hochrangig besetztes Treffen beim GBA in Karlsruhe statt, an dem als Vertreter des GBA u. a. die Herren Bundesanwälte Griesbaum, Dr. Diemer und Dr. Bruns sowie Staatsanwalt Schmidt, für das BfV die Herren B. und A., für das BKA u. a. Herr K. und für das Ministerium des Innern des Landes Brandenburg Frau Dr. Wagner teilgenommen haben. Zu dem Treffen ist lediglich aus der Handakte *Dieter Borchert* ein als „Kurzvermerk“ bezeichnetes Protokoll der Frau Dr. Wagner vom 30. Januar 2013 bekannt (SAO 644, Bl. 19189), dem zufolge das Thema des Treffens die Anhörung und Vernehmung von Carsten Szczepanski gewesen sein soll sowie „Fragen zum Handy des Carsten Szczepanski“. Zwei Tage nach dem Treffen, am 30. Januar 2013, fand die zweite Vernehmung von Carsten Szczepanski durch das BKA statt.

Insgesamt erschließen sich die Notwendigkeit und der Zweck des hochrangigen Treffens nicht. Im Einzelnen ist vor allem nicht verständlich, warum das BfV mit zwei Mitarbeitern vertreten war, während der brandenburgische Verfassungsschutz nur durch eine Vertreterin repräsentiert war. Nicht verständlich ist überdies, dass der Zeuge *Dieter Borchert* nicht bei dem Treffen anwesend war und zudem in seiner Vernehmung in der Hauptverhandlung am 2. März 2016 angab, es sei mit ihm nicht über das Treffen und dessen Inhalt gesprochen worden, er hätte noch nicht einmal gewusst, dass es stattgefunden habe. Sollten diese Angaben zutreffend sein, wäre dies nicht erklärlich, da die SMS eines der zwei Themen des Treffens gewesen sein soll und derjenige, der am ehesten die Abläufe vom 25. August 1998 hätte aufklären können, gar nicht dazu befragt worden wäre. Bundesanwalt Dr. Diemer wurde am 9. März 2017 im zweiten NSU-Bundestagsuntersuchungsausschuss als Zeuge u.a. zu dem Treffen befragt und gab an, Grund für das Treffen sei gewesen, dass Brandenburg „länger nichts von sich hat hören lassen“, man habe wissen wollen, warum das so lange dauert, was es mit der SMS auf sich habe. Auf Nachfrage gab er an nicht zu wissen, warum auch zwei BfV-Mitarbeiter teilgenommen hätten.

In einer öffentlichen Sitzung der Parlamentarischen Kontrollkommission des Landtages Brandenburg am 12. April 2016 wurde vonseiten des Amtes für Verfassungsschutz eine Präsentation vorgestellt, in der es auf Folie 13 heißt: „14. Juli 2000: ‚Piatto‘ kommt wegen Enttarnung ins polizeiliche Zeugenschutzprogramm. VS Brandenburg hat seitdem keinen Kontakt mehr mit ‚Piatto‘“. In dem genannten Kurzvermerk vom 30. Januar 2013 heißt es, dass das BfV zugesichert hätte, das Protokoll „Anhörung“ von Carsten Szczepanski durch das BfV dem Ministerium des Innern des Landes Brandenburg zu übersenden. Wenn die Angabe in der Präsentation richtig ist, dass der brandenburgische Verfassungsschutz mit seinem ehemaligen V-Mann nach dessen Aufnahme in das Zeugenschutzprogramm des LKA Brandenburg keinen Kontakt mehr hatte, fand die Kontaktaufnahme des BfV möglicherweise unter Umgehung des brandenburgischen Verfassungsschutzes statt.

In jedem Fall erscheint der Kontakt des BfV zu Szczepanski unter weitgehendem Ausschluss des brandenburgischen Verfassungsschutzes aufgrund der Brisanz der Personale Carsten Szczepanski im NSU-Komplex für das Land Brandenburg höchst problematisch.

Es wäre aus meiner Sicht aufzuklären, was der Hintergrund für das Treffen beim GBA am 28. Januar 2013 war, ob der Verfassungsschutz Brandenburg tatsächlich nicht auf Anfragen des GBA oder des BKA reagiert hat, warum Brandenburg dort nur durch eine Vertreterin repräsentiert war, während zwei Vertreter des BfV anwesend waren, und in welcher Art und wie weitgehend steuernd vom GBA, dem BfV und ggf. vom brandenburgischen Verfassungsschutz auf die Zeugenvernehmung von Carsten Szczepanski Einfluss genommen worden ist.

Konkret wären z. B. die korrespondierenden Protokolle des GBA, des BKA, des BfV zu der Besprechung am 28. Januar 2013 anzufordern; möglicherweise gibt auch die Langversion des brandenburgischen Vermerks weiteren Aufschluss.

Ebenso wären aus meiner Sicht alle Informationen im Zusammenhang mit der Anhörung von Szczepanski im BfV anzufordern und insbesondere zu klären, welches Interesse das BfV an Szczepanski hatte, welchen Zweck die Anhörung hatte, warum die Anhörung durch das BfV und nicht durch den Verfassungsschutz Brandenburg durchgeführt wurde oder warum dieser nicht wenigstens auch anwesend war, ob der Verfassungsschutz Brandenburg vor der Anhörung über diese informiert worden ist und ob eine inhaltliche Abstimmung stattgefunden hat. Schließlich wäre die Art der Kontaktaufnahme des BfV mit Szczepanski zu klären, ob diese über das brandenburgische LKA erfolgte oder ob es einen eigenen und ggf. direkten Kontakt des BfV zu Szczepanski gab und ob dort ggf. die neue Identität von Szczepanski bekannt ist.

V. 6. Kontakt von Uwe Mundlos mit N.P. (JVA Frankfurt/Oder) und Ro. P. (JVA Bernau) im Jahr 1996/1997

Der Name Uwe Mundlos muss dem brandenburgischen Verfassungsschutz schon vor dem 26. Januar 1998 bekannt gewesen sein.

Aus den Ermittlungen in dem Verfahren gegen Zschäpe u. a. und aus den in der Garage in Jena am 26. Januar 1998 sichergestellten Briefen ergibt sich, dass Uwe Mundlos 1996/1997 in brieflichem Kontakt mit inhaftierten Rechtsextremisten in Sachsen, Bayern, Baden-Württemberg und Brandenburg stand und dieser Gruppe der Briefkontakt zur Vernetzung und dem Planen politischer Aktionen diente.

a) Aus diesen sichergestellten Briefen geht hervor, dass sich Uwe Mundlos und zum Teil auch Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe bei der Betreuung rechter Gefangener in jedem Fall in den Jahren 1996 und 1997 sehr engagierten und die drei brieflichen und persönlichen Kontakt mit den damals in Sachsen inhaftierten Thomas Starke und To. Sch. hielten. Uwe Mundlos hatte darüber hinaus Briefkontakt mit dem in der JVA Bernau in Bayern inhaftierten Ro. P. und dem in der JVA Frankfurt/Oder inhaftierten N. P.

Aus den Briefen geht hervor, dass Uwe Mundlos als Nichtinhaftierter eine wichtige Funktion bei der Vernetzung von rechten Gefangenen aus Sachsen, Bayern, Baden-Württemberg und Brandenburg hatte und ausfüllte. Dieses Kontaktnetz lässt sich anhand der sichergestellten Briefe zum Teil rekonstruieren, gezielte Ermittlungen des BKA in diese Richtung gab es nicht.

Der Briefkontakt zwischen dem damals in der JVA Frankfurt/Oder inhaftierten **N. P.** und Uwe Mundlos fand – soweit sich das durch die erhaltenen Briefe nachzuvollziehen lässt – Ende 1996 und Anfang 1997 statt. Ob es zu einem länger anhaltenden Kontakt und/oder einem persönlichen Treffen, das N.P. mehrfach in seinen Briefen für seine Zeiten des Hafturlaubes vorschlug, kam, ist nicht bekannt. Über die Person N.P. ist wenig bekannt, allerdings geht aus seinen Briefen hervor, dass er ein aktiver und ideologisch geschulter und gefestigter Rechtsextremist war, der aus der Haft heraus versuchte, sich zu vernetzen und aktiv zu sein. Zumindest 1994 war N. P. zusammen mit Carsten Szczepanski in der JVA Brandenburg inhaftiert, was sich aus in den HNG-Nachrichten veröffentlichten Adressen ergibt²².

Ro. P. war in der JVA Bernau (Bayern) inhaftiert, als Uwe Mundlos mit ihm 1996 in Briefkontakt stand (Nachlieferung Band 5, pdf-BI. 208 ff., Asservat-Nr. 59.61; Auswertungsvermerk des BfV vom 19.06.2012, SAO 470, BI. 258, 266 ff.). Ro P.s Kontakt zu Mundlos muss allerdings dem brandenburgischen Verfassungsschutz

22. Das Kennverhältnis ergibt sich nicht nur aus dem Schriftverkehr, sondern auch aus den Grüßen in dem Fanzine von Szczepanski „United Skins“ Nr. 8 und Nr. 9, die sich an einen „N. P.“ richten.

bekannt gewesen sein, da er im Jahr 1997 Mitherausgeber des „Weißen Wolfs“ war (BfV v. 25.07.2012, vgl. SAO 45.1, Bl. 311) und seinen Kontakt zu Uwe Mundlos öffentlich machte, indem er ihn im „Weißen Wolf“, Ausgabe Nr. 4 aus dem Jahr 1997, Mundlos begrüßte. Aufgrund eines Verschreibers, wie der Zeuge Ro. P. in seiner BKA-Vernehmung angab (Nachlieferung Band 5, Bl. 204 f., 219), heißt es in der Grußliste allerdings „Uwe Memdlos, Jena“. Wie auch mit N.P. führte Mundlos auch mit Ro P. einen politischen Briefwechsel. In einem Brief vom 10. März 1996 von Ro. P. an Uwe Mundlos schrieb dieser z. B. über die Art und Weise notwendiger „Vernetzung“ innerhalb der Szene (Nachlieferung Band 5, pdf-Bl. 204). Ro. P. gab auch in seiner polizeilichen Zeugenvernehmung an, dass Mundlos ihm über seine ideologische Einstellung und die Frage der Anwendung von Gewalt geschrieben habe und zwar so radikal, dass es dem Zeugen zu „heftig“ geworden sei (Zeugenvernehmungen Ro P. Nachlieferung Band 5, pdf-Bl. 202 ff.).

Auch **To. Sch.**, der von 1994 bis 1999 in der JVA Waldheim inhaftiert war und der mit Bönnhardt, Mundlos und Zschäpe befreundet gewesen war, kannte N. P. und Ro. P. (Zeugenvernehmung To. Sch. vom 06.09.2012 durch den GBA, SAO 220.2, Bl. 266 ff.). Auch war es To. Sch., der wohl den Kontakt zwischen Uwe Mundlos und Ro. P. und N. P. herstellte. Letzterer äußerte sich ausdrücklich positiv über Uwe Mundlos in einem Brief an To. Sch.; To. Sch. wiederum wies Uwe Mundlos an, vorsichtig bei dem Kontakt mit N. P. zu sein, weil dieser „erhöhte Briefkontrolle“ habe (vgl. Auswertung des Briefkontaktes BfV v. 19.06.2012, SAO 470, Bl. 258 ff.). Auch spricht wenigstens ein in „United Skins“ Nr. 12 (S. 5) abgedruckter Leserbrief von einem „To. (JVA Waldheim)“ dafür, dass er und Szczepanski sich kannten, da er unterzeichnet ist mit „Dein Kamerad To.“. Somit muss auch To. Sch. dem Verfassungsschutz Brandenburg bekannt gewesen sein.

Zu dieser Gruppe gehörte außerdem der damals ebenfalls inhaftierte **St. Fa.** aus Metzingen (Baden-Württemberg), der möglicherweise Kontakte zum Stoßtrupp Nagold hatte und sich an den politischen Aktivitäten und der Vernetzung der Gruppe beteiligte. So schrieb z. B. To. Sch. am 24. März 1996, St. Fa. habe „im Knast“ Flugblätter hergestellt und diese an Roland, also Ro. P., weitergeschickt. Weiter forderte To. Sch. Uwe Mundlos auf, sich bei dem „guten Kamerad[en]“ St. Fa. zu melden. Ob Mundlos dies gemacht hat, ist nicht bekannt.

b) Darüber hinaus ergeben sich aus dem in der Garage gefundenen Briefwechsel und den Dokumenten, dass N. P. mit Uwe Mundlos Ende 1996/Anfang 1997 einen Verein mit dem Namen „**National Politisches Forum e. V.**“ gründen wollte.

Dem vorausgegangen waren Pläne zwischen N. P. und Carsten Szczepanski, einen entsprechenden politischen „Massenverein“ mit dem Namen „Aktionsbündnis Nationales Deutschland e. V.“ oder „Aktionsbündnis Neues Nationales Deutschland e. V.“ ins Leben zu rufen. Da die entsprechenden Schreiben undatiert und die genauen Haftzeiten von N. P. nicht bekannt sind, kann nur aus deren Kontext

geschlossen werden, dass sie wahrscheinlich aus dem Jahr 1995 stammen. Carsten Szczepanski skizzierte in den Schreiben den zu gründenden Verein, fügte Mustersatzungen bei und schickte N.P. Kontaktadressen u. a. die von Norbert Riefling, Tom M. (USA) und Blood & Honour England. Im Sommer 1995 wandte sich N.P. bezüglich der Gründung des Vereins an einen Notar, der ihm am 11. August 1995 schrieb, was für die Gründung notwendig sei, und ihm eine Mustersatzung zuschickte. Wie sich diese Gründungspläne zwischen Szczepanski und N.P. weiterentwickelten, ist nicht bekannt. Rekonstruieren lässt sich nur, dass die Bemühungen in dieser Form irgendwann scheiterten bzw. beendet wurden. N.P. schickte die Unterlagen mit weiteren eigenen inhaltlichen Entwürfen für die Satzung und das Programm für den jetzt von ihm als „National Politisches Forum“ benannten Verein an Silvia F.. Silvia F., geb. E., war damals HNG-Aktivistin mit engen Kontakten zu Ursula Müller und die spätere Ehefrau von Maik F., der zusammen mit Falko Pareigis und Ro. P. für die Herausgabe des „Weißen Wolfs“ verantwortlich war. Ro. P. schickte diese Unterlagen mit der Bitte an Silvia F., sie aufzuarbeiten. Anscheinend auf weitere Bitten von N. P. sandte Silvia F. N. P.' Entwürfe und Unterlagen Anfang Januar 1997 an Uwe Mundlos, damit dieser die Aufarbeitung übernehme (Nachlieferung Band 20, S. 326; Zeugenvernehmung Silvia F., geb. Endres, Nachlieferung Band 12, 167 ff., 175; vgl. zur Person Silvia F. BfV v. 12.04.2012, SAO 498, Bl. 180).

Soweit dies leserlich ist, haben auf den handschriftlichen Entwürfen für das Programm z. T. Ro. P. und zum Teil To. Sch. einzelne Passagen gezeichnet. Dies spricht dafür, dass diese handschriftlichen Entwürfe von N.P. an diese beiden oder von Uwe Mundlos an diese gesandt wurde. Bestätigt wird dies durch die Angabe von Ro. P. in seiner Vernehmung nach Vorlage des maschinenschriftlichen Textes, er könnte sich erinnern, von Mundlos bzgl. einiger der Passagen im Programm nach seiner Meinung gefragt worden zu sein. Sollten aber tatsächlich To. Sch. und Ro. P. die Texte abgezeichnet haben, würde dies bedeuten, dass sie ebenfalls an der Gründung des Vereins beteiligt werden sollten und dass diese Entwürfe wahrscheinlich durch mehrere Postkontrollen gegangen sein müssen.

Uwe Mundlos schrieb schließlich diese handschriftlichen Entwürfe – ohne die Abzeichnungen – ab, schickte diese erneut N.P. und tauschte sich mit ihm über das weitere organisatorische Vorgehen und die inhaltliche Ausrichtung des Vereins aus.

Zu einem Eintrag des Vereins kam es nie. Jedoch agierten N.P. und Mundlos kurzzeitig unter dem Logo des Vereins und veröffentlichten mindestens ein Flugblatt mit dem Titel „Wacht auf, sonst ist es zu spät“ (Nachlieferung Band 5, Bl. 223; Asservat-Nr. 59.72.9). Das Flugblatt ist mit „National Politisches Forum e. V.“ unterschrieben und es werden die Weltanschauung und die Absichten des NPF e. V. dargestellt. Als V. i. S. d. P. zeichnete N. P. mit seiner Anschrift und als weitere Kontaktadresse ist angegeben: „Udo M., PF 150 134, 07717 Jena“. Das genannte

Postfach ist das der Kameradschaft Jena (Auswertungsvermerk BfV v. 07.01.2013, Nachlieferung Band 11, Bl. 23, 25).

c) Zu diesem Sachverhalt, der sich aus den Asservaten des Verfahrens gegen Zschäpe u. a. ergibt, hat das BKA nicht gezielt ermittelt. Im Gegenteil ist in den BKA-Auswertungsvermerken noch nicht einmal kenntlich gemacht, dass sich Schreiben von Carsten Szczepanski an N. P. unter den am 26. Januar 1998 in der Garage sichergestellten Asservaten befanden. N. P. ist aus unbekannten und unerklärlichen Gründen – soweit bekannt – noch nicht einmal vernommen worden.

Der beschriebene Komplex ist auch nicht Gegenstand der Hauptverhandlung gewesen. Anträge, die auf Aufklärung dieser Beziehungen zielten – wie der Antrag auf Aktenbeziehung der Personenakte Szczepanski aus dem brandenburgischen Verfassungsschutz – wurden durch den 6. Strafsenat abgelehnt. Die Zeugen Meyer-Plath und *Dieter Borchert* wurden befragt, was ihnen über die Person N. P. und seine Kontakte zu Mundlos und die Gründung des National Politischen Forums bekannt ist. Allerdings beantwortete der Zeuge *Dieter Borchert* diese Frage damit, dass er den Namen P. zwar schon einmal gehört habe, mehr aber nicht wisse. So äußerte sich auch der Zeuge Meyer-Plath und fügte an, N. P. sei ein Rechtsextremist aus einer brandenburgischen JVA gewesen und der Name Mundlos sei ihm in dem Zusammenhang nicht geläufig.

d) Aus dem oben Dargestellten ergibt sich, dass es regen Briefverkehr u. a. zwischen den Personen Uwe Mundlos, N. P., Ro. P., St. Fa. und To. Sch. gab und dessen Inhalt (gewalttätige) politische Ideologie und Fragen der Vernetzung und Agitation waren. Es ist nicht vorstellbar, dass der Briefverkehr nicht durch den Verfassungsschutz überwacht worden oder wenigstens deren politische Aktivitäten aus der JVA heraus den Verfassungsschutzbehörden durch V-Leute bekannt geworden ist. Es ist vielmehr mit Sicherheit davon auszugehen, dass der brandenburgische Verfassungsschutz N. P. beobachtete, und ihm Ro. P. und To. Sch. und ihre Kontakte nach Brandenburg bekannt waren. Für diese Einschätzung spricht auch die Antwort, die Gordian Meyer-Plath auf die Frage der Abgeordneten Renner im Thüringer Untersuchungsausschuss gab: „Und bei den Knast- und Kerkerkameradschaften würde mich interessieren – sie sind ja zum Teil aus der JVA Brandenburg heraus organisiert worden –, welche Beziehung es von den Knast- und Kerkerkameradschaften zu ‚Piatto‘ gegeben hat?“ Meyer-Plath: „Er hat darüber berichtet. Er hat uns Erkenntnisse darüber gegeben, an welchen ... Also an eine Brandenburger JVA kann ich mich noch erinnern, an die in Frankfurt/Oder, dass es da einen weiteren Protagonisten gegeben hat; an Thüringer kann ich mich nicht erinnern.“ (Zeugenvernehmung Meyer-Plath, 45. Sitzung des thüringischen Untersuchungsausschusses 5/1, S. 213)

e) *Nach meiner Ansicht sollten zur Aufklärung dieses Komplexes u. a. die Gefangenenakte von N. P., die Briefkartei/Briefverzeichnis und*

Besuchskartei/Besuchsverzeichnis der JVA Frankfurt/Oder für den Zeitraum der Haftzeiten von N. P. angefordert werden. Weiter sollten sämtliche Informationen des brandenburgischen Verfassungsschutzes, des sächsischen und bayrischen Landesamtes für Verfassungsschutz und des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) zu N. P., Ro. P., St. Fa. und To. Sch. und ihren Kontakten zu Uwe Mundlos sowie alle Informationen zu der Planung von Szczepanski und N. P. bzw. von N. P. Mundlos und Ro P. einen Verein mit dem Namen „Aktionsbündnis Nationales Deutschland e. V.“ oder „Aktionsbündnis Neues Nationales Deutschland e. V.“ bzw. „National Politisches Forum e. V.“ zu gründen, angefordert werden.

Außerdem sollten über den GBA Kopien der Asservate, die in der Garage gefunden wurden und aus denen sich die Kontakte und die Gründungsversuche für den Verein ergeben, angefordert werden. Es handelt sich dabei um eine orange Mappe mit schriftlichen Unterlagen (Asservat-Nr. 59.65) und um eine Mappe mit Briefen (Asservaten-Nummer 59.61).

Auch das Verhältnis zwischen N.P. und Szczepanski und ihre weiteren Verbindungen zu anderen Netzwerken in Brandenburg sollten untersucht werden, wie z. B. die Kontakte von N. P. zu Danny Sowade, dessen „Nationaler Beobachter“, ein Anti-Antifa Blatt, bis 1998 herauskam. Es wurde als „Politzine“ im „United Skins“ Nr. 11 besprochen und beworben (United Skins Nr. 11, S. 39 und S. 57), als Kontakt war ein Postfach in Frankfurt/Oder angegeben; auch fanden sich Grüße an einen „Danny S.“ in der Ausgabe.

Ob eine Befragung von sog. Szenezeugen durch den Untersuchungsausschuss geplant ist, ist mir nicht bekannt. Da N. P. bisher auch noch nicht vom BKA vernommen wurde, könnte es sinnvoll sein, ihn als Zeugen vor dem Untersuchungsausschuss zu hören.

V. 7. C.S. (C.N.) und Gründung einer Frauenschaft

Der Abteilung für Verfassungsschutz könnte auch der Name Beate Zschäpe schon vor dem 26. Januar 1996 bekannt gewesen sein.

Der aus der JVA hinein- und herausgehende Briefverkehr von Carsten Szczepanski wurde durch seine V-Mannführer bzw. die Auswertung des Verfassungsschutzes überwacht und gelesen; dies gab der Zeuge Meyer-Plath in seiner Vernehmung im Thüringer Untersuchungsausschuss an: „Da müssen wir unterscheiden zwischen der Phase, wo ich selber an der Führung von ‚Piatto‘ beteiligt war, weil da ist es die Aufgabe der Auswertung. Die muss professionell sehen, passt das in ein Gesamtbild, sind das Ausschläge in die völlig falsche Richtung, lässt sich das verifizieren, mit den verschiedensten Möglichkeiten, die es da gibt, da natürlich auch durch eine gute Zusammenarbeit mit der Polizei. Und genau das war eben die Tätigkeit, die ich vorher als Auswerter hatte. Da war das noch relativ leicht, weil die Erkenntnisse, die

er hatte, ja insbesondere die Früchte seines Postverkehrs waren. Da kann man ja sehr unmittelbar nachvollziehen, hat es der Rechtsextremist A wirklich geschrieben, ja oder nein.“ (Zeugenvernehmung Meyer-Plath, 45. Sitzung des thüringischen Untersuchungsausschusses 5/1, S. 242)

Aus zwei Briefen von bzw. an Carsten Szczepanski, die dieser in der JVA im Januar und Februar 1995 (**Anlage 10a/b**²³) geschrieben bzw. empfangen hat, geht hervor, dass er sich mit C. S. (C.N.), die eine Frauenschaft unter Beteiligung einer Frau aus Thüringen gründen wollte, überworfen hat. Die Auszüge aus diesen Briefen wurden Carsten Szczepanski von der Nebenklage in der Hauptverhandlung vom 13. Januar 2015 vorgehalten; er gab an, daran keine Erinnerung zu haben. Weitere Aufklärung bezüglich dieses Sachverhaltes erfolgte in dem Verfahren nicht.

Da die Briefe durch den brandenburgischen Verfassungsschutz ausgewertet wurden, ist damit zu rechnen, dass im Amt versucht wurde, aufzuklären, ob es zu der Gründung der Frauenschaft kam und wer daran beteiligt war; ggf. wurde auch das Thüringer LfV eingebunden. Dieses hätte mitteilen können, dass es in Thüringen in dieser Zeit vor allem zwei Frauen als potenzielle Mitglieder für eine solche „Frauenschaft“ gab: C. [REDACTED] in Bad Frankenhausen, spätere Freundin des V-Mannes M. [REDACTED], und Beate Zschäpe. Ein Kennverhältnis zwischen Carsten Szczepanski/C.S. (C.N.) und zumindest Uwe Mundlos legt ein am 26. Januar 1998 in der Garage sichergestellter Adresszettel nahe, auf dem sich neben anderen bundesweiten und brandenburgischen Adressen auch die Adressen von C.S. (C.N.) (BKA Vermerk vom 5. März 2012, SAO 470, Bl. 311 313) und einer nur mit „C.“ abgekürzten Person, - sehr wahrscheinlich Carsten Szczepanski -, befinden. Der Zettel stammt wohl aus der Korrespondenz zwischen Szczepanski und N.P. und gelangte - wie oben dargelegt - über Silvia F. zu Mundlos. Ob Uwe Mundlos und ggf. Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe im Zuge der Bemühungen um die Gründung des „National Politischen Forums e.V.“ mit diesen Personen Kontakt aufgenommen hat, ist nicht bekannt.

Dieser gesamte Komplex ist relevant, da somit möglicherweise nicht nur Uwe Mundlos, sondern auch Beate Zschäpe bereits vor dem 26. Januar 1998 der Abteilung für Verfassungsschutz bekannt waren. Zur Aufklärung dieser Umstände wären wieder in erster Linie die Erkenntnisse des brandenburgischen Verfassungsschutzes und des BfV zu der Person C.S. (C.N.) heranzuziehen; ebenso Informationen zu C. [REDACTED], um zu klären, ob sie oder Zschäpe die Frau war, mit der die Frauenschaft gegründet werden sollte.

23. Schreiben von Szczepanski an Arnulf Priem vom 13.1.1995, Seite 2: In Bezug auf C.S. (C.N.) „Und so eine Person nennt sich deutsches Skingirl und will eine Frauenschaft gründen.“; Schreiben von E. T. an Carsten Szczepanski vom 16.2.1995, Seite 2: „Dass C. ihr Amt missbraucht hat, ist mir nicht bekannt geworden, von der Frauenschaft habe ich nichts mehr gehört, dazu sollte ja eine Kameradin in Thüringen mitmachen.“

V. 8. Interview mit Uwe Menzel in „Aryan Law and Order“ aus dem Jahr 2000

Der Rechtsrockmusiker (Band „Proissenheads“) und die Neonazigröße aus Potsdam, Uwe Menzel, hat in dem Strafverfahren bisher keine Rolle gespielt, obwohl er fast alle Unterstützer des NSU kannte und eine dem NSU nahe Ideologie vertreten und propagiert hat.

Uwe Menzel ist – wie oben dargestellt – zweimal durch das BKA vernommen worden. Er hat dabei zwar angegeben, Bönnhardt, Mundlos und Zschäpe nicht zu kennen, allerdings Kontakte zu fast allen Personen aus dem sächsischen NSU-Unterstützerumfeld eingeräumt: so zu Thomas Starke, Jan Werner, Hendrik L., Jörg W., Michael und Antje P., Andréas G. (SAO 195, Bl. 255 ff.), Thomas R. und Ralf M. (Nachlieferung Band 5, pdf-Seite 195 f. [vgl. dort die Angaben zu Bild Nr. 38 „Dackel“, Bild Nr. 83 „Manole“]). Ebenfalls hatte er Kontakt zu Carsten Szczepanski, dessen Fanzine „United Skins“ er am Schluss seines Interviews ausdrücklich grüßt (Aryan Law and Order Nr. 1, S. 36, **Anlage 11**) und zusammen mit dem er wegen eines Verstoßes gegen das Waffengesetz verurteilt worden ist (SAO 195, Bl. 257). In seinen Vernehmungen durch das BKA wurde Menzel jedoch nicht nach seinen Kontakten zu Carsten Szczepanski befragt.

Mangels konkreter Erkenntnisse zu Unterstützungshandlungen wurde er jedoch nicht in der Hauptverhandlung als Zeuge vernommen.

Interessant könnte für den Untersuchungsausschuss ein Umstand bezüglich der Person Uwe Menzel sein, der – soweit ersichtlich – bisher noch nicht öffentlich thematisiert und auch nicht im Verfahren angesprochen wurde: Ein Interview von Uwe Menzel in dem Heft „Aryan Law and Order“, dem Rundbrief der Kameradschaft Weiße Bruderschaft Erzgebirge (WBE) der Brüder Maik und André Eminger.

Menzel gab in seinen BKA-Vernehmungen auch an, die Eminger-Brüder zu kennen, Maik Eminger habe ihn auch einmal besucht (Nachlieferung Band 5, pdf-Bl. 196 f.). Wovon Menzel allerdings nicht berichtete, war das mit ihm geführte Interview in der ersten Ausgabe von „Aryan Law and Order“ aus dem Jahr 2000 (Aryan Law and Order Nr. 1, S. 37 ff.), vielmehr leugnete er sogar, den WBE und das Fanzine zu kennen.

Das Interview ist fünf Seiten lang und damit deutlich länger als alle anderen Interviews in dem Heft. Menzel nennt dort die neonazistische US-amerikanische Terrororganisationen „The Order“ als Vorbild und befürwortet „gezielte Schläge“ gegen den „Feind“: „Ich unterstütze selbstverständlich jeden Versuch White Power NS-Skinheads zu Organisieren um eine geschlossene Front Innerhalb unserer Bewegung zu schaffen, die unsere Botschaft Stolz nach außen trägt. Sei es in Kameradschaften in Überregionalen Organisationen (wie B&H oder Hammerskins) oder in Regionalen Skinhead Gangs! (Die aber nicht durch Kopfloose, Sinnlose Gewalt sondern durch gezielte Schläger unsere Feinde in Schrecken versetzt)“

(Aryan Law and Order Nr. 1, S. 34 f. [Fehler im Original]). Und weiter: „Der Kampf um unsere Ra[sse] steht für mich an erster Stelle!!!! Der Genetischen Vernichtung der Weissen Menschen muß mit allen Mitteln entgegen getreten werden. ‚The Order‘ zeigt uns den Weg, wir müssen ihn nur gehen. Natürlich muß der Politisch-Nationale Kampf ebenfalls weiter geführt werden, da nur eine starke Nation unserem Volk die Existenz sichert. 14 Words.“ (Aryan Law and Order Nr. 1, S. 36 [Fehler im Original])

Das lange Interview und die dort von Menzel vertretenen Positionen sind auffällig, weil sie zu den in dieser Zeit u. a. im „United Skins“ viel diskutierten Terrorkonzepten gehören, nach denen durch gezielte Anschläge und Morde eine Situation geschaffen werden soll, die in einem „Rassenkrieg“ mündet,²⁴ und weil sie erhebliche Parallelen mit der Ideologie und den Taten des NSU aufweisen (vgl. das Zitat aus dem Interview: „durch gezielte Schläger unsere Feinde in Schrecken versetzt“).²⁵

Die Untersuchung der Verbindungen von Uwe Menzel zum NSU ist bereits in dem Einsetzungsbeschluss (Drs. 6/3993-B) als Untersuchungsgegenstand erwähnt. Aus den oben genannten Erkenntnissen über Menzel ist es aus meiner Sicht wichtig zu versuchen, seine Rolle im Blood & Honour (-Unterstützer)-Netzwerk aufzuklären, wozu maßgeblich die Kontakte und Verbindungen zu Jan Werner und Thomas Starke sowie seine Kontakte zu Maik und André Eminger gehören. Hierzu gehört insbesondere die Anforderung sämtlicher nachrichtendienstlicher Erkenntnisse des brandenburgischen Verfassungsschutzes, des sächsischen LfV und des BfV zu Uwe Menzel.

Im Falle von Menzel spräche ggf. für eine Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuss, dass er bisher noch nicht unter strafbewehrter Wahrheitspflicht vernommen wurde und ihm auch das Interview aus „The Aryan Law and Order“ noch nicht vorgehalten wurde. Allerdings lassen es sein Verhalten in den BKA-Vernehmungen und unsere generelle Erfahrung mit Szenezeugen im Prozess sehr unwahrscheinlich erscheinen, dass er wahrheitsgemäß aussagen und zur Aufklärung beitragen würde.

V. 9. Maik Eminger

Maik Eminger hat bisher in der Hauptverhandlung in dem Verfahren gegen Zschäpe u. a. so gut wie keine Rolle gespielt. Er war am 29. Juli 2014 als Zeuge geladen, hat jedoch als Bruder des Angeklagten André Eminger von seinem Zeugnisverweigerungsrecht (§ 52 Abs. 1 StPO) Gebrauch gemacht.

24. Vgl. insofern die Ausführungen des Sachverständigen Dirk Laabs und Dr. Gideon Botsch am 18. November 2016.

25. Auffällig an dem Interview sind auch die im Verhältnis zu den anderen Artikeln gehäuften Fehler bei der Groß- und Kleinschreibung, die ein bekanntes Rechtschreibproblem von Uwe Mundlos war (vgl. BKA Analyse SAO 497, 377 ff.).

Zwar tätigte das BKA einzelne Ermittlungen zu ihm und holte Auskünfte der Verfassungsschutzbehörden zu ihm ein, jedoch sind in den Verfahrensakten aus dem Verfahren gegen Zschäpe u. a. (siehe oben Fußnote 3) keine wesentlichen Bemühungen erkennbar aufzuklären, ob auch er in die Unterstützung von Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe eingebunden war. Die einzigen intensiveren Ermittlungen zu seiner Person sind Finanzermittlungen, die allerdings kein in Bezug auf das Verfahren relevantes Ergebnis erbracht haben. Allerdings könnten sie für den Untersuchungsausschuss von Interesse sein, da die Ermittlungen u. a. ergaben, dass er kein eigenes Konto hatte und es so gut wie keine Erkenntnisse über seine finanzielle Situation gibt (vgl. Finanzermittlungen in SAO 495.11.).

Diese geringen Erkenntnisse zu Maik Eminger sind umso erstaunlicher, als dass bereits unmittelbar nach der Selbstenttarnung des NSU eine Vielzahl von Informationen bekannt wurden, die auf seine rassistische Einstellung verweisen, ihn als eine Zentralfigur der Neonaziszene in und um Potsdam darstellen und seine große persönliche und ideologische Nähe zu seinem Zwillingsbruder – dem als Unterstützer von Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe angeklagten André Eminger – dokumentieren.²⁶ Maik Eminger vertrat stets mehr oder weniger offen rassistische Positionen: angefangen mit den Texten in „Aryan Law and Order“ und Veröffentlichungen im Internet²⁷ auf der Seite des „infoportal potsdam“ (BfV Erkenntnisse zu Maik Eminger vom 5. Januar 2012, SAO 497, Bl. 217) bis hin zu seinen mutmaßlichen Bezügen zu rassistisch und antisemitisch ausgerichteten Organisationen wie der Artgemeinschaft „Germanische Glaubensgemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e. V.“ (BfV SAO 497, Bl. 215), der „Heimattreuen Deutsche Jugend/HDJ“ (SAO 497, Bl. 215) und dem „Schutzbund Deutschland und Bewegung Neues Deutschland“ (LKA Sachsen v. 10.11.2011; SAO 20, Bl. 145).²⁸

Sowohl die Stellung als auch die Ideologie von Maik Eminger sind deshalb relevant, weil sie nahelegen, dass André Eminger mögliche Unterstützungsleistungen für Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe mit seinem Bruder besprochen hat und Letzterer zudem ein eigenes Motiv hatte, die drei zu unterstützen. Insbesondere in der ersten Zeit der Unterstützung der drei durch André Eminger von 1998 bis 2002 war Maik Eminger noch in Sachsen und hatte ein sehr enges, auch politisches Verhältnis zu André Eminger: Beide gründeten und leiteten mutmaßlich die bereits erwähnte „Weiße Bruderschaft Erzgebirge“ (2000-2001) und gaben zwei Ausgaben von „The Aryan Law and Order“ heraus. In der Szene der damaligen Zeit waren die Zwillingsbrüder bekannt.

26. Fröhlich, Potsdamer Neonazi im Visier Ermittler sehen Verbindung zu Mordserie, in: PNN v. 17.11.2011, www.pnn.de/potsdam/596449/.

27. Fuchs/Müller, Die weißen Brüder, in: Zeit online v. 11.4.2013, www.zeit.de/2013/16/nsu-helfer-eminger-zwillinge/komplettansicht.

28. N. N., Vernetztes Selbstbewusstsein, AIB Nr. 79 v. 21.6.2008, www.antifainfoblatt.de/artikel/vernetztes-selbstbewusstsein.

Dafür, dass Maik Eminger mindestens Kenntnis von der Unterstützung von Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe durch seinen Bruder André Eminger hatte, spricht auch Maik Emingers Nähe zu dem übrigen Unterstützerumfeld, insbesondere zu der Blood & Honour-Szene in Chemnitz. Zu Jan Werner, der 1998 der Chef der Blood & Honour-Sektion Sachsen war und in die Unterstützung der drei eingebunden gewesen sein soll, hatten sowohl Maik als auch André Eminger engen Kontakt: Beide Brüder nahmen z. B. am 13. Februar 1999 zusammen mit Jan Werner und dem weiteren Unterstützer M. F. B. am sogenannten „Tag der Ehre“ an einer Demonstration in Budapest teil (BfV SAO 498, Bl. 255). Am 25. August 2001 besuchte Maik Eminger ein Skinheadtreffen in Limbach bei Wilsdruff, das von Werner und Sebastian A. von Movement Records organisiert worden war (LfV Sachsen SAO 500, Bl. 216). Es bestand auch Kontakt zu Thomas Starke, wie sich u. a. an dem Eintrag von Maik Eminger unter „The Aryan Law and Order“ in seinem Adressbuch zeigt (Asservat, Adressbuch Starke, SAO 43.17, Bl. 390).

Auch nach Maik Emingers Wegzug aus Sachsen nach Niedersachsen im Jahr 2002 und später im Jahr 2006 nach Brandenburg war er weiterhin in Sachsen politisch aktiv und hatte zeitweise einen Nebenwohnsitz in Zwickau. Insbesondere aus den Jahren 2006/2007 liegen Informationen über seine Aktivitäten in Bezug auf die Nationalen Sozialisten Chemnitz (BfV SAO 497, Bl. 215) vor: So nahm er z. B. an einer Demonstration der NPD in Zwickau am 22. September 2007 zum Thema „Hier bleiben – Hier leben – Hier kämpfen! Wir in Zwickau“ als Ordner teil (PD Südwestsachsen v. 12.12.2011, SAO 20, Bl. 139).

Auch hatte Maik Eminger Kontakt zu dem möglichen NSU-Unterstützer und Freund von Ralf Wohlleben und André Kapke, dem Hammerskin Thomas G. aus Altenburg (BfV, SAO 498, Bl. 275 f.; BfV v. 05.01.2012, SAO 497, Bl. 215, 320). Dieser soll von Altenburg aus an dem Aufbau der „Nationalen Sozialisten Zwickau“ bzw. des „Freien Netzes Zwickau (FNZ)“ beteiligt gewesen sein (SAO 500, Bl. 230). Zum FNZ bzw. zu dessen Umfeld gehört André Eminger (BfV v. 12.04.2012, SAO 498, Bl. 165, 182; PD Südwestsachsen v. 12.12.2011, SAO 20, Bl. 138, 140 ff.) und möglicherweise auch Maik Eminger.

Nach meiner Auffassung sollte die Aufklärung der Rolle von Maik Eminger ein Schwerpunkt für den Untersuchungsausschuss sein. Aufzuklären sind seine Verbindungen zum NSU-Unterstützerumfeld und möglicherweise zum NSU bzw. zu Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe sowie seine zentrale Stellung in der Neonaziszene in Brandenburg, in der militanten Neonazi-Kleinpartei III. Weg und sein so gut wie ungestörtes Agieren in und Organisieren der Neonaziszene in und um Potsdam.

Hierfür wäre es wesentlich zu wissen, in welchem Umfang und mit welchen nachrichtendienstlichen Mitteln Maik Eminger durch den brandenburgischen

Verfassungsschutz beobachtet wurde (z. B. durch V-Männer, G-10-Maßnahmen etc.) und welche Erkenntnisse zu seinen persönlichen und politischen Verbindungen zu

- den bekannten Unterstützern von Bönnhardt, Mundlos und Zschäpe,*
- Personen insbesondere aus der sächsischen Blood & Honour und Skinhead-Szene (insbesondere zu Jan Werner, Thomas Starke, Antje und Michael P., Hendrik L., Andreas G., T. Ro, Ralf H., Gunther F. und Achim F., Carsten R., Jörg W., Hartmut T., Jörg A., Heiko C., Ingolf W.),*
- Thorsten H. aus Niedersachsen,*
- Thomas G. aus Thüringen und*
- weiteren NSU-Unterstützern aus dem Bekanntenkreis von André Eminger (insbesondere zu Mandy S., M. F. B., Matthias D., Kay S., Frank S.)*

vorliegen.

Dabei wäre auch der Frage nachzugehen, welche nachrichtendienstlichen Erkenntnisse dem brandenburgischen Verfassungsschutz, dem sächsischen Landesamt für Verfassungsschutz, dem Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz, dem Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport – Verfassungsschutz – und/oder dem BfV zu den oben genannten fraglichen Kontakten von Maik Eminger vorlagen.

Konkret sollte auch untersucht werden, aus welchem Grund Maik Eminger anscheinend trotz mehrerer Hausdurchsuchungen und Strafverfahren weiterhin als Zentrafigur der rechten Szene in und um Potsdam agieren konnte und kann, ob er faktisch in Vollzeit Politik betreibt und hierzu durch andere Rechtsextreme finanziell unterstützt wird, ob diese ggf. auch seinen Hauskauf in Mühlenfließ-Grabow finanziert haben oder ob er durch sein Tattoogewerbe seinen Lebensunterhalt finanzieren kann. Hierfür sollten insbesondere die Finanzermittlungen des BKA in Bezug auf Maik Eminger beigezogen werden (SAO 495.11).

In Bezug auf seine Nähe zu seinem Bruder André Eminger sollten die Ermittlungen des BKA gegen André Eminger und Susan Eminger (SAO 19-32.1) beigezogen werden, in denen sich auch Ermittlungen bzw. Informationen zu Maik Eminger befinden, sowie die Unterlagen zur Festnahme von André Eminger am 21. November 2011 in dem Haus von Maik Eminger (SAO 148).

Gleichzeitig sollte auch geklärt werden, ob es Anwerbungsversuche bzgl. Maik Eminger oder André Emingers oder bzgl. Maik Emingers Ehefrau durch den brandenburgischen Verfassungsschutz, das sächsische LfV oder das BfV gegeben hat und wenn ja, welche Informationen in deren Vorfeld erlangt worden sind. Aktenkundig ist bisher ein erfolgloser Anwerbungsvorgang in Bezug auf Maik Eminger durch das sächsische LfV im Jahr 2002 (SAO 20, Bl. 245).

V. 10. Die Nationalen e. V., Berlin Brandenburg und Frank Schwerdt

Frank Schwerdt, der ab 2000 Landesvorsitzender der NPD in Thüringen war, begann Mitte der 1990er Jahre mit seinem Verein „Die Nationalen e. V.“ verstärkt, die freien Kameradschaften insbesondere in Berlin, Brandenburg, Sachsen und vor allem auch in Thüringen zu organisieren. Er hatte spätestens seit Mitte des Jahres 1995 Kontakt zum Thüringer Heimatschutz (THS) und dort insbesondere zu Tino Brandt, Mario B., Ralf Wohlleben und André Kapke, die auch für die „Neue Thüringer Zeitung“, einen Thüringer Ableger der von Schwerdt herausgegebenen „Berlin-Brandenburger Zeitung“, schrieben, so z. B. in der Ausgabe April/Mai 1996 und in der Ausgabe August/September 1996 (beide Ausgaben wurden am 26. Januar 1998 in der Garage sichergestellt).

In dem Ermittlungsverfahren gegen Zschäpe u. a. ermittelte des BKA auch wegen möglicher Unterstützungsleistungen von Frank Schwerdt und Rita B. (vgl. Personenordner SAO 43.22 und SAO 43.2). Hintergrund war ein damaliger Hinweis des V-Mannes Tino Brandt, André Kapke sei mit Jana J., ehm. [REDACTED], einer damaligen engen Freundin von Kapke, am 12. Februar 1998 in Berlin gewesen, um sich nach Unterbringungsmöglichkeiten für Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe zu erkundigen. Nach seinen Angaben in seiner BKA-Vernehmung waren Frank Schwerdt Mundlos und Böhnhardt schon aus der Zeit Mitte der 1990er Jahre von einer Veranstaltung in Jena her bekannt und Mundlos hatte ihm im September/Oktober 1996 ausgeholfen, indem er ihn nach Bayern gefahren hatte. Insgesamt habe er aber keinen engen Kontakt zu Mundlos und Böhnhardt gehabt, dieser sei eher zu André Kapke und Ralf Wohlleben eng gewesen. Auch habe er von dem Untertauchen der drei gehört, die Bomben in der Garage aber nicht ernst genommen. Er gab auch an, André Kapke sei Anfang Februar 1998 bei ihm in Berlin gewesen und habe gefragt, ob er für die drei etwas tun könne, was er – Schwerdt – aber verneint hätte; anschließend sei er nicht mehr angesprochen worden (Zeugenvernehmung Schwerdt SAO 43.22, Bl. 126).

In der Hauptverhandlung gegen Zschäpe u. a. hat der Sachverhalt nur insofern eine Rolle gespielt, als dass auch André Kapke und Jana J. den Besuch bei Schwerdt Anfang Februar 1998 bestätigten.

Das Kameradschaftsnetz, das Schwerdt mit seinen Nationalen Mitte der 1990er Jahre in Berlin/Brandenburg, Thüringen und Sachsen aufbaute, wäre näher zu untersuchen sowie seine möglichen personellen Verbindungen zu Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe und dem Unterstützernetzwerk. Als möglicher Zeuge kommt hier ein Zeuge in Betracht, der durch den GBA vernommen worden ist, dem aber Vertraulichkeit zugesichert worden ist, weshalb sein Name nicht bekannt ist. Nach seinen eigenen Angaben kommt er aus dem Umfeld von Schwerdt bzw. den Nationalen e. V. und war einer derjenigen, die Mitte der 1990er Jahre die freien

Kameradschaften für die Nationalen e. V. organisierten, u. a. auch in Brandenburg (Zeugenvernehmung vom 11.07.12, SAO 220.2, Bl. 323).

V.11. Deutsches Rechtsbüro: Adresse Birkenwerder

Der sogenannte NSU-Brief, der nach den bisherigen Ermittlungen im Februar/März 2002 an verschiedene Zeitschriften (Fanzines) und Organisationen zusammen mit einer Geldspende verschickt wurde, könnte nach den in der Frühlingsstraße 26 gefundenen Notizen auch an das Deutsche Rechtsbüro gegangen sein (BKA Vermerk v. 22.01.2012, SAO 54, Bl. 77 ff.; BKA Vermerk v. 08.05.2012, SAO 45, Bl. 119 ff.). Ob der Brief tatsächlich an das Deutsche Rechtsbüro verschickt worden ist, ist aber nicht bekannt; auch fehlt auf dem fraglichen Notizzettel eine Adresse des Deutschen Rechtsbüros.

Die durch das BKA hierzu geführten Ermittlungen bzw. die Informationen vom BfV zum Deutschen Rechtsbüro als möglichem Empfänger des NSU-Briefes sind sehr oberflächlich, sodass noch nicht einmal gründlich ermittelt wurde, unter welchen Adressen das Deutsche Rechtsbüro im Frühjahr 2002 auftrat. So heißt es, das Deutsche Rechtsbüro hätte ab ca. 2007 die Postfachadresse c/o M., PF 1216, 16542 Birkenwerder genutzt. Bei M. handelt es sich um Richard M. aus Berlin, der aus dem Umfeld von Frank Schwerdt stammt und u. a. Kontakt nach Südafrika hatte.²⁹ Dieser wurde in dem Ermittlungsverfahren gegen Zschäpe nicht vernommen, obwohl ansonsten alle potenziellen Empfänger des NSU-Briefes wenigstens durch das BKA vernommen worden sind und bei einigen auch durchsucht wurde. Im Zuge einer solchen Durchsuchung wurde auch der an den „Weißen Wolf“ gerichtete NSU-Brief bei David Petereit sichergestellt.

Dass die zeitliche Einordnung der Postfachadresse des Deutschen Rechtsbüros in Birkenwerder ab ca. 2007 nicht zutreffend sein kann, zeigt sich daran, dass in der Ausgabe Nr. 18, Seite 26, des „Weißen Wolfs“ aus dem Jahr 2002, in dem sich auch die Grüße an den NSU finden, Werbung für das Deutsche Rechtsbüro veröffentlicht ist, als Kontaktadressen sind die PF-Adresse in Birkenwerder und eine in Hamburg angegeben. Aus den Jahren davor findet sich z. T. in Fanzines Werbung für das Deutsche Rechtsbüro mit der Adresse c/o M., Postfach 330441, 14174 Berlin (so z. B. in United Skins Nr. 12 (1998/1999) oder in Foier Frei Nr. 12 (1997/1998) aus Chemnitz).

Zur Aufklärung des Netzwerkes sind die Person Richard M. und seine Kontakte zu Frank Schwerdt, aber auch nach Südafrika relevant. Ob und ggf. welche

29. N. N., Die Achse Deutschland-Südafrika, AIB Nr. 99 v. 23.9.2013, www.antifainfoblatt.de/artikel/die-achse-deutschland-s%C3%BCdafrika.

Verbindungen von Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe zu dem Deutschen Rechtsbüro und dort zu Richard M. und/oder Giesela P. bestanden, ist kaum geklärt. Insofern wären von dem Untersuchungsausschuss die wenigen Ermittlungen, die es hierzu durch das BKA gibt, beizuziehen (insbesondere SAO 45, SAO 45.1, SAO 46). Auch wären die Erkenntnisse der Verfassungsschutzbehörden zu der Person M. relevant, insbesondere seine Kontakte zu Carsten Szczepanski, Frank Schwerdt und dem NSU-Unterstützerumfeld. Ob M. selber als Zeuge für den Untersuchungsausschuss relevant wäre, würde sich erst auf der Grundlage dieser weiteren Erkenntnisse bewerten lassen. Da er bisher nicht vernommen worden ist, könnte eine Vernehmung ggf. sachdienlich sein.

V.12. Weitere Bezüge nach Brandenburg

Weitere aus meiner Sicht ebenfalls wichtige Aspekte mit einem brandenburgischen Bezug, wie z. B. die Registrierung des Mobiltelefons des ehemaligen brandenburgischen V-Mannes Toni Stadler vor nach dem Mord an Mehmet Kubaşık in Dortmund in einer Funkzelle in der Nähe des Tatortes, wo Stadler allerdings auch wohnte, (vgl. SAO 608, Bl. 4649) oder die Verbindungen des „Weißen Wolfs“ in der Zeit der Herausgeberschaft von Maik F. aus der JVA Brandenburg nach Thüringen über Falko P. und ggf. in das Umfeld von Michael S., können in dem Gutachten aus zeitlichen Gründen nicht behandelt werden.

Berlin, 21. März 2017

Antonia von der Behrens

Anlagen

Anlage 1: Antrag von Nebenklagevertretern vom 23. Oktober 2015 (Antrag bzgl. Vernehmung von Szczepanski in öffentlicher Hauptverhandlung)

Anlage 2: Antrag von Nebenklagevertretern vom 16. September 2015 (Antrag auf Aufhebung der Sperrerklärung für die Handakte *Dieter Borchert* und Antrag auf Beiziehung von 8 Leitzordnern des brandenburgischen Verfassungsschutzes, wohl der Personenakte Szczepanski, mit der sich der Zeuge *Dieter Borchert* vorbereitet hat)

Anlage 3: Gegenvorstellung von Nebenklagevertretern vom 2. Juni 2016 gegen die Ablehnung des Antrag auf Beiziehung der 8 Leitzordner des brandenburgischen Verfassungsschutzes

Anlage 4: Chronologie relevanter Ereignisse in Bezug auf die Ermittlungen und Aufklärungsversuche im Komplex Szczepanski/Piatto nach dem 04.11.2011

Anlage 5: Grobsichtung und Auswertung der Hefte United Skins Nr. 1, 3-12 in Bezug auf Bezüge zum NSU-Unterstützerumfeld und rassistisch/antisemitischen und terroristischen Inhalt.

Anlage 6: Undatierte Ausarbeitung des Zeugen *Dieter Borchert*, die er in der Hauptverhandlung vom 2. März 2016 verlesen wollte.

Anlage 7: Presseerklärung von 22 Nebenklagevertreterinnen und -vertretern im NSU Prozess im Nachgang zum Verhandlungstag am 23.04.2015 und resümierend zum 200. Hauptverhandlungstag.

Anlage 8: Beweisanträge der Nebenklagevertreter Rechtsanwälte Bliwier und Kienzle und der Rechtsanwältin Dierbach datiert auf den 16.03.2016, gestellt in der Hauptverhandlung vom 15.03.2016, auf Beiziehung von Aktenstücken im Zusammenhang mit dem Treffen am 17. September 1998.

Anlage 9a/b: Beweisanträge der Nebenklagevertreter Rechtsanwälte Bliwier und Kienzle und der Rechtsanwältin Dierbach vom 16.03.2016, gestellt in der Hauptverhandlung vom 15.03.2016, und vom 14.11.2016 auf Beiziehung von Aktenstücken im Zusammenhang mit der SMS („Hallo. Was ist mit der Bums“) und dem Mobiltelefon von Szczepanski.

Anlage 10a/b: Schreiben von Carsten Szczepanski an Arnulf Priem vom 13.1.1995 und Schreiben von E.

T. an Carsten Szczepanski vom 16.2.1995, beide Bestandteil des Hauptverhandlungsprotokolls der HV vom 13. Januar 2013.

Anlage 11: Aryan Law and Order Nr. 1 aus dem Jahr 2000 (Interview mit Uwe Menzel)

Organisierte rechte Gewalt in Brandenburg 1991 bis heute

Sachverständigengespräch im Parlamentarischen
Untersuchungsausschusses 6/1 des Landtages Brandenburg:
„Organisierte rechtsextreme Gewalt und Behördenhandeln, vor allem
zum Komplex Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)“
auf Grund des Beweisbeschlusses vom 12. Juli 2016

Priv. Doz. Dr. Gideon Botsch
Moses Mendelssohn Zentrum Potsdam

Fragen

1. Welches gesellschaftliche Lagebild lässt sich für das Land Brandenburg zum Thema organisierte rechte Gewalt umreißen? Welches Bild wurde von brandenburgischen Sicherheitsbehörden in der Zeit 1991 bis einschließlich 2011 vermittelt?
2. Welche Bedeutung kann hierbei Gruppierungen wie ‚Hammerskins‘, ‚Blood & Honour‘, ‚Thüringer Heimatschutz‘, ‚Nationalistische Front‘, ‚Ku-Klux-Klan‘, ‚Nationale Bewegung Königs Wusterhausen‘, ‚Vandalen‘, ‚Artgemeinschaft‘, ‚HDJ‘, ‚Bewegung Neue Ordnung/Schutzbund Deutschland‘, ‚Die Nationalen e.V.‘, ‚Berlin-Brandenburger Zeitung‘ und ‚Märkischer Heimatschutz‘ beigemessen werden? Wie haben sich brandenburgische Sicherheitsbehörden öffentlich dazu verhalten?
3. Ab wann wurden Anzeichen für terroristische und massive Kapitalverbrechen, wie sie durch den NSU begangen wurden, öffentlich wahrgenommen? Wie haben sich brandenburgische Sicherheitsbehörden öffentlich dazu verhalten?
4. Welche Verbesserungen zur möglichen Wahrnehmung und Aufklärung des Potentials organisierter rechter Gewalt sind möglich?

Frage 1

Welches gesellschaftliche Lagebild lässt sich für das Land Brandenburg zum Thema organisierte rechte Gewalt umreißen? Welches Bild wurde von brandenburgischen Sicherheitsbehörden in der Zeit 1991 bis einschließlich 2011 vermittelt?

Elemente organisierter politischer Gewalt

- bewusste politische Zielsetzung
- Vorauswahl der Ziele
- planhafte Vorbereitung in technischer, logistischer usw. Hinsicht
- Beschaffung von Tatmitteln
- Gruppenzusammenhang (Ausnahmen, z.B. Lone Wolf)

Entwicklung rechtsextremer Gewalt 1991-2011

- | | |
|-----------|--|
| 1991–1992 | massive Gewalt, spontan und organisiert |
| 1993–1995 | langsamer Rückgang, Auflösung und Verbote organisatorischer Strukturen |
| 1996–1999 | Aufbau neuer Strukturen und Netzwerke, ideologische und sachliche Vorbereitung schwerer Gewalttaten
<i>proto-terroristische Latenzphase</i> |
| 2000–2007 | hoher Stand an Gewalttaten, (proto-) terroristische Aktivitäten |
| 2008–2011 | geringeres Gewaltaufkommen, wenig organisiert |

Frage 2

Welche Bedeutung kann hierbei Gruppierungen wie ,Hammerskins‘, ,Blood & Honour‘, ,Thüringer Heimatschutz‘, ,Nationalistische Front‘, ,Ku-Klux-Klan‘, ,Nationale Bewegung Königs Wusterhausen‘, ,Vandalen‘, ,Artgemeinschaft‘, ,HDJ‘, ,Bewegung Neue Ordnung/Schutzbund Deutschland‘, ,Die Nationalen e.V.‘, ,Berlin-Brandenburger Zeitung‘ und ,Märkischer Heimatschutz‘ beigemessen werden? Wie haben sich brandenburgische Sicherheitsbehörden öffentlich dazu verhalten?

Vereinsverbote mit Brandenburg-Bezug 1992–2011

Nationalistische Front	26.11.1992	Bund
Deutsche Alternative	8.12.1992	Bund
Wiking Jugend	10.11.1994	Bund
FAP	22.2.1995	Bund
Direkte Aktion Mitteldeutschland	5.5.1995	Brb
KS Oberhavel	14.8.1997	Brb
Blood & Honour mit White Youth	12.9.2000	Bund
KS Hauptvolk/Sturm 27	6.4.2005	Brb
ANSDAPO	4.7.2005	Brb
Schutzbund Deutschland	26.6.2006	Brb
VRBHV	18.4.2008	Bund
Heimattreue Deutsche Jugend	9.3.2009	Bund
FK Teltow Fläming	21.3.2011	Brb
HNG	30.8.2011	Bund

- Verfestigung rechtsextremistischer Gesinnungskerne im lokalen Rahmen
- Zusammenfassung zu regionalen Dachstrukturen, Kontaktaufnahme zu überregionalen und internationalen rechtsextremen Netzwerken
- Ideologisierung im völkisch-neorassistischen Sinn
- Radikalisierung
- Intensivierung der Gewalt, Bewaffnung, proto-terroristische Aktivitäten

Überregionale Kontakte im Rechts-Rock-Milieu



„Donnerbalken. Potsdamer Szeneruf“ Nr. 4, undat. [1996]. Quelle: apabiz

Frage 3

Ab wann wurden Anzeichen für terroristische und massive Kapitalverbrechen, wie sie durch den NSU begangen wurden, öffentlich wahrgenommen? Wie haben sich brandenburgische Sicherheitsbehörden öffentlich dazu verhalten?

Kinder der Einheit

Oder: Die soziale Dynamik des Rechtsextremismus

Von Hajo Funke und Lars Rensmann

Zehn Jahre hat es gedauert, bis Rechtsextremismus wie rechtsextreme Gewalt erstmals in einer breiteren Debatte in Politik und Öffentlichkeit als eigenständige und weitreichende gesellschaftliche Probleme anerkannt wurden. Dem Bombenattentat in Düsseldorf, das zehn russische Einwanderer zum Teil schwer verletzte und bei dem sicherer Hintergrund triftig vermuten lässt, ist der Rechtsextremismus seit Ende Juli in allen deutschen Medien zum „Top-Thema“ geworden. Die dabei angesprochenen, unterschiedlichen

Eine neue Qualität?

Heinz Fromm, oberster Verfassungsschützer, räumt ein, dass der Rechtsextremismus unterschätzt worden sei und Terrorismus von rechts jetzt zu einem ernsthaften Problem werden könnte. Nun sind rechtsextreme Gewalt und völkische Alltagskultur wahrlich nicht neu. Rechtsterroristen, die aus dem Untergrund operieren, gibt es nicht erst seit gestern; nicht nur der Anschlag auf das Grab Heinz Galinskis – die Täter wurden, wie so oft, nicht gefasst – dokumentiert die Professionalität und funktionierende Konspiration entsprechender Gruppen. Beim Warten auf eine feste Struktur mit „Kommandozentrale“ und langfristig organisierten Anschlägen dürfte man jedoch das Wesen eines neuen Rechtsterrorismus verkennen und die modifizierten Organisationsformen aus dem Blick zu verlieren.⁷

Neben einem quantitativen Anstieg rechtsextremer Gewalt ist vor allem eine Veränderung hinsichtlich der Intensität und Brutalität des Vorgehens zu verzeichnen. Dazu zählt etwa die gestiegene Bereitschaft, sich mit Pistolen, Maschinengewehren und Sprengstoff zu bewaffnen. Auch die lokale Gewalt informeller Gruppen bewegt sich am Rand des Terrorismus. Brandanschläge auf Flüchtlingsheime werden häufig gezielt geplant. Die unvollständige Statistik des Verfassungsschutzes verzeichnete für 1999 13 Tötungsdelikte (insgesamt über 120 in den letzten zehn Jahren), 630 Körperverletzungen und 35 Brandanschläge, Tendenz steigend.⁸ In Thüringen, wo man den Ansatz verfolgt hat, „die extreme Rechte gewähren zu lassen“ (so das späte Eingeständnis von Innenminister Chri-



Blätter für deutsche und internationale Politik

Karl O. Brodhauer
Integration und Selbstverwirklichung
Hajo Funke und Lars Rensmann
Kinder der Einheit
Die soziale Dynamik des Rechtsextremismus
Jean Crenel
Die NPD zwischen NS-Restitute
und Nationalsozialismus
Samuel Salzborn
Zur neuen Gesellschaftlichkeit
der Vertriebenenverbände
Frank Neiss
Europäische Begriffsverwirrungen
Hauke Brunkhorst
Globalisierungsgeschieden
Cordt Stierens
Wiederkehr der Fetische

9'00

Stapel 110/00 In-Absatz 110/00/00

Frage 4

Welche Verbesserungen zur möglichen Wahrnehmung und Aufklärung des Potentials organisierter rechter Gewalt sind möglich?



Priv. Doz. Dr. Gideon Botsch
Moses Mendelssohn Zentrum
Am Neuen Markt 8
14467 Potsdam
(0331) 280 94-13 | Fax: -50
botsch@uni-potsdam.de

Handout zum Sachverständigengespräch am 18.11.2016

Landtag Brandenburg, UA 6/1

„Organisierte rechte Gewalt im Land Brandenburg 1991 bis heute“

1. Organisierte rechte Gewalt liegt vor, wenn folgende Kriterien erfüllt sind:

- bewusste, rechtsextreme politische Zielsetzung
- Vorauswahl der Ziele
- planhafte Vorbereitung in technischer, logistischer usw. Hinsicht
- Beschaffung von Tatmitteln
- i. d. R. Gruppenzusammenhang
- Terroristische/proto-terroristische Aktivitäten sind als Unterform organisierter politischer Gewalt zu betrachten.

Derartige Gewalt hat es im Land Brandenburg vor, während und nach dem Zeitraum 1991-2011 gegeben.

2. In der Entwicklung organisierter rechter Gewalt in Brandenburg 1991-2011 lassen sich grob folgende Phasen unterscheiden:

1991–1992 massive Gewalt, spontan und organisiert

1993–1995 Rückgang, Verbote/Auflösung organisatorischer Strukturen

1996–1999 Aufbau neuer Strukturen und Netzwerke, ideologische und sachliche Vorbereitung schwerer Gewalttaten

→ **proto-terroristische Latenzphase**

2000–2007 hoher Stand an Gewalttaten, (proto-) terroristische Aktivitäten

2008–2011 geringeres Gewaltaufkommen, wenig organisiert

3. Die proto-terroristische Latenzphase 1996-1999 ist von besonderer Bedeutung. Ihre Charakteristika sind:

- Verfestigung rechtsextremer Gesinnungskerne im lokalen Rahmen
- Zusammenfassung zu regionalen Dachstrukturen, Kontaktaufnahme zu überregionalen und internationalen rechtsextremen Netzwerken
- Ideologisierung im völkisch-neorassistischen Sinn
- Radikalisierung
- Intensivierung der Gewalt, Bewaffnung, Vorbereitung terroristischer Aktivitäten

4. Öffentlich wahrgenommen wurden solche Formen organisierter und (proto-) terroristischer rechter Gewalt seit ca. 1996/97 u.a. durch zivilgesellschaftliche Initiativen und Vereine, Praktikerinnen und Praktiker der Rechtsextremismus-Prävention, fachlich spezialisierte Journalistinnen und Journalisten. Aus der akademischen Rechtsextremismusforschung kamen dagegen nur vereinzelte Hinweise.

5. Zur Verbesserung der Wahrnehmung und Aufklärung sind u.a. zu empfehlen:

- Stärkung der wissenschaftlichen Analyse- und Prognosefähigkeit im Land Brandenburg
- Stabile Förderung des Vereins Opferperspektive e.V.
- Stärkung der Kommunikation zwischen zivilgesellschaftlichen Initiativen und Sicherheitsbehörden
- Größtmögliche Transparenz bei Aufarbeitung des Behördenhandelns, einschließlich der Verfassungsschutzbehörde, insbesondere für die „Latenzphase“ 1996-1999

Präsentation beim Sachverständigengespräch des Parlamentarischen
Untersuchungsausschusses 6/1 des Landtages Brandenburg:

„Organisierte rechtsextreme Gewalt und Behördenhandeln, vor allem zum
Komplex Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)“

auf Grund des Beweisbeschlusses vom 12. Juli 2016 zum Thema
Organisierte rechte Gewalt im Land Brandenburg 1991 bis heute

Fragen:

1. Welches gesellschaftliche Lagebild lässt sich für das Land Brandenburg zum Thema organisierte rechte Gewalt umreißen? Welches Bild wurde von brandenburgischen Sicherheitsbehörden in der Zeit 1991 bis einschließlich 2011 vermittelt?
2. Welche Bedeutung kann hierbei Gruppierungen wie ‚HAMMERSKINS‘, ‚BLOOD & HONOUR‘, ‚THÜRINGER HEIMATSCHUTZ‘, ‚NATIONALISTISCHE FRONT‘, ‚KU-KLUX-KLAN‘, ‚NATIONALE BEWEGUNG KÖNIGS WUSTERHAUSEN‘¹, ‚VANDALEN‘, ‚ARTGEMEINSCHAFT‘, ‚HDJ‘, ‚BEWEGUNG NEUE ORDNUNG/SCHUTZBUND DEUTSCHLAND‘, ‚DIE NATIONALEN E.V.‘, ‚BERLIN-BRANDENBURGER ZEITUNG‘ und ‚MÄRKISCHER HEIMATSCHUTZ‘ beigemessen werden? Wie haben sich brandenburgische Sicherheitsbehörden öffentlich dazu verhalten?
3. Ab wann wurden Anzeichen für terroristische und massive Kapitalverbrechen, wie sie durch den NSU begangen wurden, öffentlich wahrgenommen? Wie haben sich brandenburgische Sicherheitsbehörden öffentlich dazu verhalten?
4. Welche Verbesserungen zur möglichen Wahrnehmung und Aufklärung des Potentials organisierter rechter Gewalt sind möglich?

¹ Unter diesem Namen nicht bekannt. Es existierten NATIONALREVOLUTIONÄRE ZELLEN (NRZ) mit Schwerpunkt in Königs Wusterhausen und eine NATIONALE BEWEGUNG in Potsdam, zu beiden Gruppen siehe unten.

Vortrag

– Es gilt das gesprochene Wort! –

[Folie 1]

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, verehrte Abgeordnete, meine sehr geehrten Damen und Herren,

[Folie 2]

Sie haben uns Sachverständigen vier Fragen vorgelegt, und um Redundanzen zu vermeiden, werde ich mir erlauben, den jeweils zweiten Teil der Frage, nämlich nach dem konkreten Verhalten der Sicherheitsbehörden, unberücksichtigt zu lassen. Vielmehr möchte ich versuchen, die Entwicklung organisierter rechter Gewalt in Brandenburg aus politikwissenschaftlicher und zeithistorischer Perspektive in groben Zügen nachzuzeichnen.²

² Vgl. zur Übersicht: Christoph Kopke, Die „nationale Bewegung“ in Brandenburg. Rechtsextreme Parteien, Wahlvereine, Verbände und Vereinigungen seit 1990. Ein Überblick, in: Julius H. Schoeps et al. (Hg.), Rechtsextremismus in Brandenburg. Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention. Mit einem Vorwort von Jörg Schönbohm, Berlin 2007, S. 69-89; Svenna Berger/Christoph Schulze, Zwischen Parlament, Militanz und Lifestyle. Eine kurze Geschichte extrem rechter Organisation im Land Brandenburg, in: Opferperspektive e. V. (Hg.), Rassistische Diskriminierung und rechte Gewalt. An der Seite der Betroffenen beraten, informieren, intervenieren, Münster 2015, S. 29-45; Heike Kleffner/Anna Spangenberg (Hg.), Generation Hoyerswerda. Das Netzwerk militanter Neonazis in Brandenburg, Berlin/Brandenburg: be.bra 2016. – Sofern es der Parlamentarische Untersuchungsausschuss für nötig oder wünschenswert hält, besteht die Möglichkeit, an der Forschungs- und Dokumentationsstelle Antisemitismus und Rechtsextremismus des MMZ zu den einzelnen in Frage 2) erwähnten oder zu weiteren relevanten rechtsextremistischen Organisationen detailliertere Profile zu erarbeiten. Mein Dank gilt meinen Kolleginnen und Kollegen am MMZ für die Unterstützung bei der Ausarbeitung dieses Sachverständigengutachtens.

I.

[Folie 3]

In Frage 1) erbitten Sie ein Lagebild zu organisierter rechtsextremer Gewalt im Land Brandenburg. Das Rechtsextremismus-Phänomen hat ja verschiedene Ausprägungen, von denen Gewalt nur eine Dimension darstellt. Dabei wird sowohl Gewalt gegen Sachen als auch gegen Menschen angewendet. Diese bewegt sich in einem Kontinuum zwischen völlig spontanen bzw. situativen Gewalt-Handlungen und langfristig vorbereiteten terroristischen Attentaten.

[Folie 4]

Ich möchte hier keine ausgefeilte wissenschaftliche Definition geben. Doch um von *organisierter* politischer Gewalt sprechen zu können,³ müssen immerhin folgende Charakteristika gegeben sein:

- eine bewusste politische Zielsetzung,
- eine mindestens grobe Vorauswahl der Zielobjekte,
- Elemente planhafter Vorbereitung etwa in technischer oder logistischer Hinsicht
- die Beschaffung von Tatmitteln vor Beginn der eigentlichen Gewalthandlung;
- typischer Weise geht organisierte politische Gewalt von einem Gruppenzusammenhang von drei oder mehr Personen aus.⁴

³Auch wenn Ziel und Funktion organisierter rechter Gewalt als „Terror“ beschrieben werden können, sollte Terrorismus im engeren Sinne als Sonderform organisierter politischer Gewalt verstanden werden. So sollte bspw. die so genannte Gubener Hetzjagd 1999 (vgl. Prozessbeobachtungsgruppe Guben (Hg.): Nur ein Toter mehr. Alltäglicher Rassismus in Deutschland und die Hetzjagd von Guben, Hamburg/Münster 2001; Hajo Funke, Paranoia und Politik. Rechtsextremismus in der Berliner Republik, Berlin 2002, S. 27ff.) nicht als spontane, sondern eben als organisierte politische Gewalt verstanden werden, die darauf abzielte, Schrecken zu verbreiten. Als „terroristisch“ kann man sie indes m.E. nicht bezeichnen.

⁴ Seit sowohl im Bereich des islamistischen Terrorismus als auch im Rechtsextremismus vermehrt echte Einzeltäter aufgetreten sind, wird in Ergänzung älterer Definitionen der Gruppenzusammenhang in der Zwischenzeit nicht mehr als notwendiges Kriterium des Terrorismus gesehen. Vgl. bspw. Florian Hartleb, Die Lehren aus dem Fall Breivik: Einsamer Wolf-Terrorismus als Phänomen sui generis innerhalb des Terrorismus, in: JET (20131), S. 229-261. Für schwächere Formen organisierter politischer Gewalt gilt der Befund analog.

Rechtsextreme und rassistische Gewalt im Gebiet des heutigen Landes Brandenburg hat es bereits vor 1989 gegeben. Doch erst im Lauf der 1990er wurde aus der diffusen rechten „Skinhead-Subkultur“ der späten DDR eine rechtsextreme politische Bewegung.⁵ Einen entscheidenden neuen Impuls erhielten diese Bestrebungen seit Anfang 1990 durch das Auftreten organisierter neonazistischer Akteure, die auf langjährige Erfahrungen in der alten Bundesrepublik zurückgreifen konnten. Im Land Brandenburg sind besonders die Deutsche Alternative (DA) und die NATIONALISTISCHE FRONT (NF)⁶ hervorzuheben.

⁵ Diese Entwicklungen habe ich in zwei Aufsätzen analysiert, auf die ich verweisen darf: Gideon Botsch, From Skinhead Subculture to Radical Right Movement: The Development of a 'National Opposition' in East Germany, in: Contemporary European History (CEH), Volume 21, Issue 4, November 2012, pp. 553-573; ders., Vor Hoyerswerda. Zur Formierung des Neonazismus in Brandenburg, in: Kleffner/Spangenberg (Hg.), Generation, S. 45-61.

⁶ Mit Blick auf die in Frage 2) erwähnte NF verweise ich auf meine Texte: Gideon Botsch, Nationalistische Front, in: Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart. Hg. v. Wolfgang Benz. Band 8: Nachträge und Register, Berlin: de Gruyter Saur 2015, S. 252-254; ders., „Schluß mit dem Holocaust“. Der Brandanschlag auf die KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen im Kontext rechtsextremer Geschichtspolitik, in: Christoph Kopke (Hg.), Angriffe auf die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen. Rechtsextremismus in Brandenburg und die Gedenkstätte Sachsenhausen. Hg. im Auftrag des Moses Mendelssohn Zentrums für europäisch-jüdische Studien und der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Berlin: Metropol 2014, S. 40-52; ders., „Nationalismus – eine Idee sucht Handelnde“. Die Nationalistische Front als Kadenschule für Neonazis, in: Kleffner/Spangenberg (Hg.), Generation Hoyerswerda, S. 74-97.

[Folie 5]

Insoweit sich Ihre Frage zu 1) auf den Zeitraum 1991-2011 bezieht, lässt sich diese Zeit in fünf Abschnitte unterteilen:

1991-1992: Massive rechtsextreme Gewaltwelle, mit sowohl spontaner als auch organisierter Gewalt (teilweise in Fortsetzung von Gewalttaten und rechtsextremen Mobilisierungen, die Ende 1989 einsetzten);

1993-1995: Langsamer Rückgang rassistischer und rechtsextremer Gewalttaten bei gleichzeitiger Auflösung organisatorischer Strukturen, die teils durch Verbote und andere repressive Maßnahmen erzwungen wurden;

1996-1999: Aufbau neuer organisatorischer Strukturen und Netzwerke, ideologische und sachliche Vorbereitung auf schwere und auch terroristische Gewalttaten. Ich möchte in diesem Zusammenhang von einer proto-terroristischen „Latenz-Phase“ sprechen;

2000-ca. 2007: Hoher Stand politisch motivierter, rechter Gewalttaten, begleitet von (proto-) terroristischen Aktivitäten im Land Brandenburg;

2008-2011: Relativ geringes Gewaltaufkommen; organisierte Aktivitäten finden v.a. im Kontext der NPD und Jungen Nationaldemokraten oder aber regional begrenzt, besonders im Südosten des Landes, statt.

Den Höhe-, aber auch Wendepunkt rechtsextremer Mobilisierung bildet das Jahr 1992. Neben erfolgreichen, unmittelbar politischen Kampagnen fand diese Mobilisierung zunehmend im lebensweltlich geprägten, subkulturellen Umfeld statt, besonders in der Skinhead-Subkultur. Ein herausragendes Ereignis war das in diesen Kreisen „legendäre“ Konzert „Rock gegen Kommunismus“ Ende Mai 1992 bei Brandenburg a. d. H. mit fast 1.500 Teilnehmern.⁷

⁷ Vgl. Marie Kwiatek/Michael Weiss, White Power Skinheads. Das Netzwerk von Blood & Honour Brandenburg, in: Kleffner/Spangenberg (Hg.), Generation, S. 125-138.

Eine Wende zeichnete sich nach dem antisemitischen Brandanschlag auf die KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen im Herbst 1992 ab.⁸ Ab ca. 1993 geriet die rechtsextreme Szene dann zunehmend unter Druck sowohl seitens zivilgesellschaftlicher Kräfte als auch staatlicher Behörden, etwa durch Parteiverbote, aber auch in eine interne organisatorische Krise.

Doch ab 1996 gelang den Akteuren im rechtsextremen Lager nach und nach eine organisatorische und politische Regeneration. Deren Bedingungen müssen uns in besonderem Maße beschäftigen. Denn mit Abschluss dieser Phase entstand um die Wende zu den 2000ern eine brandgefährliche Situation, in der auch unser Bundesland sich hart am Rande des Rechtsterrorismus befand. Ich darf hier nur auf die (proto-) terroristischen Aktivitäten von Gruppierungen wie den NATIONALREVOLUTIONÄREN ZELLEN (Königs Wusterhausen),⁹ der NATIONALEN BEWEGUNG (Potsdam),¹⁰ des Freikorps Havelland verweisen und zudem an die teils engen Verbindungen vergleichbarer auswärtiger Gruppen nach Brandenburg erinnern, wie sie bspw. im Zusammenhang mit dem Plan eines Anschlags auf die Grundsteinlegung der Münchener Synagoge 2003 offenbar wurden.¹¹

Noch bis Mitte der 2000er waren erhebliche, besorgniserregende Vorgänge in Brandenburg zu beobachten. In den Jahren 2003 und 2004 kam es, begleitend zu den Anschlägen des Freikorps Havelland, zu einer solchen Häufung von Übergriffen auf ausländische Imbissbuden und Gastronomie-Betriebe, dass man schon von systematischem Vorgehen sprechen muss.¹²

⁸ Vgl. Kopke (Hg.), Angriffe.

⁹ Vgl. Maik Baumgärtner, „Sieg oder Walhalla“. Die unaufgeklärten Taten der Nationalen Bewegung, in: Kleffner/Spangenberg (Hg.), Generation, S. 159-167.

¹⁰ Vgl. Heike Kleffner, „Auf vollständige Aufklärung warten wir immer noch“. Eine Spurensuche: Carsten Szczepanski und die United Skins, in: dies./Spangenberg (Hg.), Generation, S. 98-124, hier: S. 118ff.

¹¹ Vgl. Armin Pfahl-Traugber, Die neue Dimension des Rechtsterrorismus. Die Mordserie des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ aus dem Verborgenen, in: Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2011/2012 (II), S. 58-101, hier: S. 74ff. (FK Havelland), S. 76ff. (München).

¹² Vgl. Thomas Bürk-Matsunami/Beate Selders, Fremdenfeindliche und rechtsextreme Übergriffe auf Imbissbuden im Land Brandenburg. Ein Forschungsbericht, <http://www.opferperspektive.de/publikationen/studie-rechte-gewalt-gegen-auslaendische-imbissbuden-in-brandenburg> (letzter Zugriff: 17.10.2016).

2005 kündigten Potsdamer Neonazis einen „Summer of hate“ an. Sie verübten mehrere schwere Übergriffe auf politische Gegner, in etwa zeitgleich mit den NSU-Morden am 9. Juni in Nürnberg an Ismail Yaşar und am 15. Juni 2005 in München an Theodoros Boulgarides. Ich nenne diese Akte organisierter Gewalt, um Ihnen zu verdeutlichen, dass im Zeitraum der Mord- und Anschlagsserie des NSU auch in Brandenburg ein erhebliches Bedrohungspotential bestand – und auch keineswegs bloß latent blieb.

Nach 2007 – dem Jahr, in dem der NSU mit der Hinrichtung der Polizeibeamtin Michèle Kiesewetter in Heilbronn am 25. April seinen letzten bislang bekannt gewordenen Mord begangen hatte –, beruhigte sich auch im Land Brandenburg die Situation etwas. In letzter Zeit nahmen im Gefolge der flüchtlingsfeindlichen Kampagnen der AfD und anderer Akteure sowie der Straßenproteste auch wieder Gewalttaten zu,¹³ die teilweise in einem organisierten Kontext zu sehen sind, und es wurden auch in Brandenburg gezielt Anschläge verübt.¹⁴

Ich darf besonders auf die zeitlichen Parallelen zum NSU-Komplex aufmerksam machen. Die „Latenz-Phase“, in der die späteren terroristischen und proto-terroristischen Gewalttaten quasi vorbereitet wurden, entspricht ziemlich exakt der Phase, in der der NSU aus der Legalität heraus im Rahmen der Kameradschaft Jena bzw. des THÜRINGER HEIMATSCHUTZES agierte bzw. zwar bereits in die Illegalität abgetaucht war, aber noch nicht zu terroristischen Taten schritt.

¹³ Die Gewaltdelikte nach PMK-rechts bewegen sich zwischen 2007 und 2011 nach unten und steigen seit 2012 tendenziell wieder an. Diese Zahlen geben Hinweise, aber keine verlässliche Auskunft über die *organisierte* rechte Gewalt. Vgl. Politisch motivierte Kriminalität im Land Brandenburg 2015. Pressekonferenz des Ministers des Innern des Landes Brandenburg am 18. März 2016 in Potsdam, <http://www.mik.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.438574.de> ; vgl. auch <http://www.rbb-online.de/politik/beitrag/2016/03/mehr-politisch-motivierte-gewalt-in-brandenburg.html> (letzte Zugriffe: 02.11.2016). – Einen deutlichen Rückgang im Jahr 2008 gegenüber 2007 und niedrigere Werte für die folgenden Jahre registriert auch die Gewalttaten-Statistik der Opferperspektive e.V., auch wenn sie mit der Polizeilichen Kriminalstatistik nicht direkt vergleichbar ist. Vgl. <http://www.opferperspektive.de/rechte-angriffe/statistik-brandenburg/statistik-rechter-gewalttaten-in-brandenburg> (letzter Zugriff: 17.11.2016).

¹⁴ Vgl. Aktionsbündnis gegen Gewalt Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit: Flüchtlingsfeindliche Kampagnen in Brandenburg, Potsdam 2016. Online verfügbar <http://www.aktionsbuenndnis-brandenburg.de/sites/default/files/DemosInBrandenburg2015.pdf> (letzter Zugriff: 02.11.2016).

Die Phase der proto-terroristischen Gewalt setzt auch in Brandenburg ziemlich parallel mit den rassistischen Tatserien des NSU ein, und das Abebben der Gewalt lässt sich dann auch wieder parallel zu deren Ende feststellen. Daraus darf natürlich kein unmittelbarer Zusammenhang konstruiert werden, aber es scheint mir doch wichtig, diese zeitliche Parallelität im Blick zu behalten. Ich möchte daher, in Beantwortung Ihrer zweiten Frage und bezüglich der dort genannten Organisationen, die Prozesse in der Latenz-Phase seit 1996 etwas genauer in den Blick nehmen.

II.

[Folie 6]

Vergegenwärtigen Sie sich nochmals die Situation in Brandenburg und bundesweit um die Mitte der 1990er Jahre.

Beginnend mit den großen Demonstrationen in Sachsenhausen Ende September und Anfang Oktober 1992, regten sich immer öfter öffentliche Proteste gegen Rechtsextremismus und Gewalt. Nach und nach formierten sich zivilgesellschaftliche Kräfte und politische Initiativen, welche die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus auch in entlegeneren Regionen des Landes unterstützten. Die staatlichen Behörden, die sich ja teilweise noch im Aufbau befunden hatten, fingen nun an, zielgerichtet zu intervenieren. Dies gilt insbesondere für die Polizei, die den Repressionsdruck erhöhte, aber auch für die Staatsanwaltschaft, wo 1996 Herr Dr. Rautenberg das Amt des Generalstaatsanwalts übernahm.¹⁵

[Folie 7]

Seit Ende 1992 waren neonazistische Organisationen verboten worden, so 1992 die NF und die DA, 1994 die Wiking Jugend und 1995 die FAP; im selben Jahr außerdem im Land Brandenburg die NF-Nachfolgeorganisation Direkte Aktion Mitteldeutschland. Etliche Aktivisten, besonders Gewalttäter, befanden sich in Haft. Die NPD als älteste und stabilste rechtsextreme Partei befand sich bundesweit noch in einer tiefen Krise, die in anhaltenden Führungsstreitigkeiten zum Ausdruck kam; in Brandenburg war sie nie besonders einflussreich.¹⁶

¹⁵ Vgl. Christoph Kopke, Polizei und militanter Neonazismus in Brandenburg, in: Kleffner/Spangenberg, Generation, S. 170-180; „Ich habe immer damit gerechnet, dass es einen organisierten Rechtsterrorismus geben könnte“. Erardo Christoforo Rautenberg im Gespräch mit Heike Kleffner und Anna Spangenberg, in: ebd., S. 212-223.

¹⁶ Vgl. Uwe Hoffmann, Die NPD. Entwicklung, Ideologie, Struktur, Frankfurt a. M. 1999.

Auch das internationale Rechts-Rock-Netzwerk war 1993 in eine Krise und heftige Richtungsstreitigkeiten geraten. Einerseits expandierte der Rechts-Rock-Sektor erheblich, andererseits begannen auch die deutschen Behörden, dieses Bedrohungspotenzial ernst zu nehmen und ihm mit repressiven Maßnahmen zu begegnen. Anfang 1993 starteten die ersten groß angelegten, bundesweiten Ermittlungsverfahren gegen Bands, Verlage, Musiker und Versanddienste. In Brandenburg betraf dies offenbar nur das Fanzine „United Skins“ von Carsten Sz., der damals noch nicht als V-Mann PIATTO bei der Brandenburgischen Verfassungsschutzbehörde geführt worden sein soll. Ob ihn bereits ein anderer Dienst angesprochen hatte, ist nach meinem Kenntnisstand immer noch nicht geklärt.¹⁷

Unter diesem Druck kristallisierten sich aus der Masse der jungen Menschen, die zu Beginn der 1990er von der radikalnationalistischen Mobilisierungswelle berührt worden waren, mit Beginn der proto-terroristischen Latenz-Phase ab 1996 gesinnungsfeste Kerne rechtsextremer Aktivisten heraus.

Mit Blick auf den gewaltbereiten Neonazismus lassen sich als Charakteristika dieser Phase beschreiben:

[Folie 8]

- Verfestigung rechtsextremistischer Gesinnungskerne im lokalen Rahmen
- Zusammenfassung zu regionalen Dachstrukturen bei Kontaktaufnahme zu überregionalen, teils internationalen rechtsextremen Netzwerken
- Ideologisierung im völkisch-neorassistischen Sinn
- Radikalisierung
- Intensivierung der Gewalt, Bewaffnung, proto-terroristische Tendenzen

¹⁷ Vgl. Christian Dornbusch/Jan Raabe, 20 Jahre RechtsRock. Vom Skinhead-Rock zur Alltagskultur, in: dies. (Hg.), RechtsRock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien, Münster 2002, S. 19-50, hier: S. 39. – Manche Beobachter vermuten, dass Carsten Sz. bereits zuvor von einer anderen Behörde als V-Mann geführt wurde, vgl. v. a. Dirk Laabs, Die V-Mann-Karriere des Carsten Szczepanski, in: Kleffner/Spangenberg (Hg.), Generation Hoyerswerda, S. 181-197.

Diese Prozesse lassen sich anhand des so genannten Rechts-Rock gut studieren.¹⁸ Christian Dornbusch und Jan Raabe, als die vermutlich besten Kenner, sprachen für die Zeit ab Mitte der 1990er von „eklatante[n] Veränderungen in der Skinhead- und RechtsRock-Szene“. Während einerseits eine „breite Hörerschaft“ entstanden sei, hätte die Repression zur Herausbildung „klandestiner Strukturen“ geführt, die „ehedem politisch aktiven Skinheads“ sich „enger und verbindlicher zusammengeschlossen. Ausdruck dessen war unter anderem die lokale Selbstorganisation in Vereinen“. Hierzu wäre bspw. die Kameradschaft „United Skins“ um Carsten Sz. zu rechnen. Ein anderes Konzept verfolgte demnach die 1994 gegründete deutsche Sektion des internationalen neonazistischen Netzwerkes BLOOD & HONOUR, als sie sich unter „bundesweiter Koordinierung [...] durch die Gründung regionaler Sektionen ab Mitte der 1990er zunehmend“ ausgedehnt habe.¹⁹

Ein genaues Datum für den Beginn der Tätigkeiten in Brandenburg²⁰ liegt mir nicht vor. Maßgebliche Bands, so insbesondere die verbotene Formation „Landser“, die den VANDALEN nahestand und als Berlin-Brandenburger Bandprojekt gelten kann, und die Potsdamer Band „Proissenheads“ bildeten sich zwar bereits in der ersten Hälfte der 1990er, kamen aber erst mit Unterstützung des B&H-Netzwerkes zu voller Wirkung.

¹⁸ Vgl. Gideon Botsch, Gewalt, Profit und Propaganda. Konturen des rechtsextremen Musik-Netzwerkes, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 46 (2001), S. 335-344, S. 339: „Die Radikalisierung zeigt sich [...], wenn man Texte und Layout der neueren Produkte feiner seziert. Generell wandelt sich die Botschaft von Äußerungen einer allgemeinen rechtsextremen Orientierung hin zu einer mehr und mehr geschlossenen neo-nationalsozialistischen Ideologie, von diffusem xenophoben Haß zu einem völkischen Neo-Rassismus“. – Mein Befund stützte sich neben der Auswertung textueller Erzeugnisse des Rechts-Rock auch auf eine empirische Studie, deren Grundlage eine Befragung von Jugendlichen in Brandenburg bildete. Die Autoren konstatierten, „dass es offenbar Unterschiede zwischen der Suche nach ‚normalen Schlägereien‘ und dem Ausüben politisch motivierter Gewalt gibt – Unterschiede, die über ein bloßes ‚Mehr‘ an Gewalt hinausgehen und darauf hindeuten, dass hier auch explizit politische Vorstellungen eine Rolle spielen“ (zit. aus: Dietmar Sturzbecher/Detlef Landua, Jugendliche und die Anziehungskraft rechter Ideologien, in: „Gewerkschaftliche Monatshefte“ (GMH), 11/2000, S.625-636, Zitat: S. 631).

¹⁹ Dornbusch/Raabe, 20 Jahre, S. 41.

²⁰ Auch der Verfassungsschutz bleibt vage: „Seit etwa 1994 gibt es im Land Brandenburg [...] eine Sektion der ‚Blood & Honour“-Bewegung“ (Ministerium des Innern des Landes Brandenburg (Hg.), Verfassungsschutzbericht 1996. Land Brandenburg, Potsdam 1997, S. 36). – Zum Folgenden vgl. Kwiatek/Weiss, White Power; Christian Dornbusch/Jan Raabe, Mit Musik geht alles besser? Rechtsextreme Mobilisierungs- und Rekrutierungsversuche in Jugend- und Musikszene, in: Schoeps et al. (Hg.), Rechtsextremismus in Brandenburg, S. 113-124.

Die Jahre 1997/98 bezeichnen Kwiatek und Weiss [in „Generation Hoyerswerda] als „Höhepunkt“ von B&H in Deutschland.²¹ Zu diesem Zeitpunkt haben B&H-Strukturen in Brandenburg bereits bestanden. Auffallend ist, dass sich in unserem Bundesland gleich zwei regionale Sektionen bildeten: die eng mit Berlin vernetzte Sektion Brandenburg, zu der auch die „Proissenheads“ um Uwe „Uwocaust“ M. zu rechnen sind, und die im Südosten aktive Sektion Südbrandenburg um die Band „Senfheads“ aus Senftenberg. Fanzine und Kameradschaft „United Skins“ von Carsten Sz. bzw. PIATTO wurden nicht geschlossen in die B&H-Organisation überführt, müssen aber zu deren Netzwerk gerechnet werden. So erklären sich die engen Kontakte von Sz. und anderer Brandenburger Neonazis nach Chemnitz u.a. aus Verbindungen zum dortigen B&H, dessen engerer Kern dann mithilfe, das Leben des NSU-Trios im „Untergrund“ zu organisieren.

[Folie 9]²²

Diese engen Beziehungen zwischen Brandenburg, Sachsen und anderen Ländern sind z. B. in einschlägigen Fanzines gut dokumentiert; der Auszug aus dem Potsdamer B&H-nahen Fanzine „Donnerbalken“ von 1996, den Sie hier sehen, soll das nur beispielhaft illustrieren, ohne dass ich jetzt näher darauf eingehen möchte.

²¹ Kwiatek/Weiss, White Power, S. 133. – Über die Rolle der in Frage 2) erwähnten „HAMMERSKINS“ im Land Brandenburg ist noch wenig bekannt.

²² Donnerbalken. Potsdamer Szeneruf, Nr. 4, undat. [1996]. Quelle: Antifaschistisches Pressearchiv Berlin e. V. (Apabiz)/Kopie im Bestand: MMZ Forschungs- und Dokumentationsstelle Antisemitismus und Rechtsextremismus. – Bei der abgebildeten „Mandy aus Sachsen“ dürfte es sich um Mandy S. handeln, die damals vermutlich noch in Johannegeorgenstadt, seit 1997 in Chemnitz lebte und unter hinter deren Identität sich Beate Zschäpe phasenweise versteckte. Im selben Heft findet sich auch ein Konzertbericht von „Manole“ aus Zwickau, d.i. Ralph M., den das Bundesamt für Verfassungsschutz als V-Mann „Primus“ geführt haben soll und dem Unterstützungshandlungen für den NSU im Untergrund nachgesagt werden.

In Brandenburg und anhand der berlin-brandenburgischen und brandenburgisch-sächsischen B&H-Verbindungen lässt sich die allgemeine Tendenz dieser proto-terroristischen Latenzphase gut verdeutlichen. Sowohl die Liedtexte, das äußere Erscheinungsbild und Auftreten, die Fanzine-Inhalte, als auch die eher intern ventilierten Botschaften sprechen für eine massive Ideologisierung und Fanatisierung des rechtsextremen und neonazistischen Milieus. Die im B&H-Kontext geknüpften Kontakte spielen hier eine maßgebliche Rolle.

So erhielten die BLOOD & HONOUR-Aktivisten innerhalb Deutschlands engere Anbindung an die tradierten Netzwerke im Kern des post-faschistischen rechtsextremen Milieus. Dies geschah etwa über die Rechtsberatung, die sich die Nazi-Skinhead-Netzwerke bei bekannten Szene-Anwälten einholten. Dabei spielte das Deutsche Rechtsbüro eine besondere Rolle, das seit längerem über ein Postfach in Birkenwerder, Landkreis OHV zu erreichen ist.²³ Christoph Kopke sieht einen Schwerpunkt des DRB in der „Sammlung und Dokumentation der Rechtslage im Bereich der ‚Rechtsrock‘-Szene.“ Damit solle den „in den letzten Jahren verstärkten Bemühungen der Strafverfolgungsbehörden und Jugendschutzeinrichtungen, die Verbreitung von ‚Hass-Musik‘ einzudämmen, entgegengewirkt werden.“²⁴ Es darf insofern nicht verwundern, dass das DRB 2002 auf der Empfängerliste der sog. NSU-Spende stand; Ermittlungen in diese Richtung sind aus mir unbekannten Gründen offenbar nicht ernsthaft verfolgt worden.²⁵ Auch bei der Durchsuchung des Zimmers von Uwe Böhnhardt im Januar 1998 soll eine Broschüre „Das Deutsche Rechtsbüro informiert“ aufgefunden worden sein.

²³ Wohl erstmals 1996 soll ein Berliner Postfach auf den Namen von Richard M., Aktivist bei DIE NATIONALEN E.V. und Ansprechpartner für das DRB, verwendet worden sein, später dann ein ebenfalls auf ihn angemeldetes Postfach in Birkenwerder.

²⁴ Kopke, „Nationale Bewegung“, S. 83f.

²⁵ Vgl. Christian Unger, Die geheimen Spenden des NSU, in: Die WELT v. 23.8.2013 (online-Ausgabe https://www.welt.de/print/welt_kompakt/article119301917/Die-geheimen-Spenden-des-NSU.html, zuletzt besucht: 01.11.2016)

Die Kontakte in diese Milieus dürften auch zur Anknüpfung oder Verfestigung von Verbindungen zu inneren Kernstrukturen des völkisch-rassistischen und neonazistischen Milieus geführt haben, möglicherweise etwa zur in Frage 2) erwähnten ARTGEMEINSCHAFT.

Neben diesen Verbindungen in Deutschland ermöglichte die Einbindung der Aktivisten der Rechts-Rock-Szene in die BLOOD & HONOUR-Strukturen Kontakte zu internationalen Neonazi-Netzen, die in den USA schon seit Jahrzehnten, in Großbritannien oder Schweden mindestens seit mehreren Jahren in Richtung terroristischer Aktivitäten wiesen. In diesen Ländern waren die Ideen zur Bildung kleiner, relativ autonom agierender, aber auf ein Netzwerk aufbauender Untergrund-Zellen bereits vorangeschritten, teils war man zur Tat übergegangen.

Im Kommunikationsraum, den die von BLOOD & HONOUR gesteuerten oder mit dem Netzwerk verbundenen Medien und Fanzines bildeten, wurden diese Konzepte unter dem Label „Combat 18“ auch in Deutschland verbreitet. In Brandenburg geschah dies beispielsweise in den Zirkularen „Der Weiße Wolf“ und „United Skins“ von Carsten Sz. bzw. PIATTO. Zu nennen wäre aber auch der „Nationale Beobachter“ aus Frankfurt a. d. Oder.²⁶

„Uwocaust“ M. sowie der Brandenburgische Sektionschef von BLOOD & HONOUR, Dirk H., reisten im Frühjahr 1997 in die USA.²⁷ Mit ihnen fuhr der Kern der Chemnitzer B&H-Aktivisten, aus denen sich ab dem folgenden Jahr auch die Unterstützernetze des NSU bildeten. Mit Thomas St. dürfte mindestens eine V-Person – in diesem Fall des Berliner LKA – mitgereist sein. Ob sich unter den insgesamt elf Teilnehmern der Reise auch V-Leute brandenburgischer Behörden befanden, ist mir nicht bekannt. Durch die Vorbilder in den USA ermuntert und angeregt, setzte seit ca. 1997 auch in Deutschland eine

²⁶ Vom Nationalen Beobachter Frankfurt a. d. O. und dem dortigen Nationalen Presse-Archiv gibt es eine direkte Linie zu Uwe Mundlos. Norbert P. aus dem Kreis des Nationalen Beobachters soll mit ihm zusammen den Aufbau eines Nationalpolitischen Forums vorbereitet haben. Vgl. Botsch, Nationalismus, S. 96.

²⁷ Vgl. Kwiatek/Weiss, White Power Skinheads, S. 130.

zunehmende Bewaffnung, man kann fast sagen: Tendenz zur Militarisierung der deutschen BLOOD & HONOUR Netzwerke ein, wobei Brandenburg keineswegs am Rand stand. Ich verweise hier insbesondere auf Waffen und Sprengstoff, die die Polizei im Sommer 2000 im Umfeld der Gruppen um Carsten Sz. aus Königs Wusterhausen und Uwe M. aus Potsdam auffand.²⁸

In gleicher Richtung wie die Entwicklung im Rechts-Rock verliefen die Prozesse im neonazistischen Kameradschafts-Spektrum. Dessen Regeneration erfolgte, zeitgleich zu den Entwicklungen im Skinhead-Milieu und teils mit deutlichen Überschneidungen, auf ähnliche Weise: Lokale Netzwerke verdichteten sich zu örtlichen Kameradschaften – in Brandenburg bspw. die Kameradschaft Oberhavel (1997 verboten). Lokale Kameradschaften schlossen sich zu regionalen Kameradschaftsverbänden zusammen – wie dem Kameradschaftsbund Barnim, einem Vorläufer des MÄRKISCHEN HEIMATSCHUTZES – oder koordinierten ihre Aktivitäten durch Dachstrukturen, z. B. Aktionsbüros.

Um 2000 fand ein bedeutender Teil dieser Szenen dann eine mal lose, mal festere Anbindung an die NPD. Hierfür sind die Aktivitäten des kürzlich verstorbenen NPD-Funktionärs Frank Schwerdt von herausgehobener Bedeutung. Schwerdt hatte sich 1991 an der Gründung eines Vereins DIE NATIONALEN E. V. beteiligt. Seit Mitte der 1990er war er als Netzwerker zwischen alten rechtsextremen Milieu-Verbindungen, NPD und Kameradschaftsspektrum im Berlin-Brandenburger Raum, und in den späteren 1990ern auch in Mitteldeutschland, so in Teilen von Sachsen-Anhalt und Thüringen, fast allgegenwärtig. Von herausragender Bedeutung war das Nationale Medienprojekt, dessen Kern die BERLIN-BRANDENBURGER ZEITUNG (BBZ) bildete.²⁹ Es darf nicht verwundern, dass sich immer wieder punktuelle Verbindungen zur Kameradschaft Jena, dem THÜRINGER HEIMATSCHUTZ und

²⁸ Vgl. Kleffner, Aufklärung, S. 118ff.; Baumgärtner, Sieg.

²⁹ Vgl. Antifaschistisches Presse-Archiv und Bildungszentrum Berlin e. V. (Hg.), Die „Berlin-Brandenburger Zeitung“. Von der Legalität neofaschistischer Propaganda, Berlin 1997.

dessen Aktivisten inklusive Uwe Mundlos aufzeigen lassen; dass Uwe Böhnhardt gelegentlich als Fahrer Schwerdts Geld verdiente, hat dieser einräumen müssen. 1997 lösten DIE NATIONALEN E.V. sich selbst auf und überführten den Verein in die NPD. Wegen ihrer engen Verbindungen zur Kameradschaft Oberhavel fürchteten sie wohl staatliche Repression oder ein Verbot.

Kopke zu Folge waren DIE NATIONALEN E.V. ein „wichtiger Motor, der die Organisierung von Angehörigen lebensweltlicher Milieus [im Rechtsextremismus, Anm. GB] in explizit politische Gruppen wesentlich belebte. [...] In der Krise der ‚nationalen Opposition‘ Mitte der 1990er Jahre, als organisatorische Strukturen durch staatliche Intervention zerschlagen wurden, während die NPD im Neonazi-Spektrum noch nicht als Ersatzorganisation akzeptiert wurde und auch selbst noch mit ihrer Öffnung [gegenüber Neonazis, Anm. GB] zögerte, sorgten Schwerdt und seine Mitstreiter für ein Mindestmaß an Kontinuität und stellten einen überregionalen Organisationsrahmen zur Verfügung“.³⁰

Als NPD-Funktionär hat Schwerdt weiter am Aufbau des Kameradschaftsnetzwerkes mitgewirkt und seine Anbindung an die NPD befördert. Hier in Brandenburg galt er unter anderem als Mentor des MÄRKISCHEN HEIMATSCHUTZES. Bei dessen Gründung im November 2001 stand ganz offensichtlich der THÜRINGER HEIMATSCHUTZ Pate, die Dachstruktur, der das NSU-Kerntrio angehört hatte und an deren Aufbau Schwerdt offenbar auch beteiligt war.

³⁰ Kopke, „Nationale Bewegung“, S. 76f.

Gegen Ende der „Latenz-Phase“ gelang es auch, die HEIMATTREUE DEUTSCHE JUGEND zum funktionalen Ersatz für die verbotene Wiking Jugend zu machen.³¹ Motor waren damals Kräfte aus dem Berlin-Brandenburger Raum. Maik E., auf dessen Privatgelände 2011 sein Zwillingbruder Andre E. wegen des Vorwurfs der Unterstützung des NSU-Trios verhaftet wurde, gilt als einer der Brandenburger Aktivisten der HDJ.³² Es wäre interessant zu wissen, ob die brandenburgische Verfassungsschutzbehörde auch in dieser Organisation oder ihrem unmittelbaren Umfeld über V-Leute verfügte. Wenn dies der Fall sein sollte, wäre ferner zu fragen, ob und in welchem Umfang sich die V-Person(en) am Auf- und Ausbau der HDJ beteiligten, mit der das neonazistische Lager die empfindliche Lücke zu schließen vermochte, die durch das Verbot der WJ gerissen worden war.

Ich stelle diese Frage auch vor dem Hintergrund von Beobachtungen, die im Bereich des polizeilichen Staatsschutzes während der Restrukturierungsphase des rechtsextremen Lagers gemacht wurden. Denn in diese entscheidende Phase fällt ja auch die Ausarbeitung eines Thesenpapiers des Bundeskriminalamts, das sich kritisch mit dem Einsatz von V-Personen der Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern auseinandersetzte. In diesem bereits auf den 3. Februar 1997 datierten Papier wird frühzeitig die Frage aufgeworfen, „ob bestimmte Aktionen oder innovative Aktivitäten dieser Quellen [i.e.: V-Leute der Verfassungsschutz-Ämter, G.B.] überhaupt in der späteren Form stattgefunden hätten“,³³ wenn sie nicht für den Verfassungsschutz tätig geworden wären.

³¹ Vgl. Andrea Röpke, *Ferien im Führerbunker. Die neonazistische Kindererziehung der „Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ)“*, Dresden 2. Aufl. 2008; für Brandenburg vgl. auch Kopke, „Nationale Bewegung“, S. 82f.

³² Vgl. Maik Baumgärtner, *Weißer Bruderschatz. Die Netzwerke des Neonazi-Kaders Maik Eminger*, in: Kleffner/Spangenberg (Hg.), *Generation*, S. 139-147. – Zur in Frage 2) erwähnten BEWEGUNG NEUE ORDNUNG/SCHUTZBUND DEUTSCHLAND, mit der Maik E. ebenfalls in Verbindung stand, vgl. Kopke, „Nationale Bewegung“, S. 81f.

³³ Hier zit. n.: Dirk Laabs, *Der Verfassungsschutz und der NSU*, in: Wolfgang Frindte et al. (Hg.), *Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“*. Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen, Wiesbaden 2015, S. 225-257, Zitat: S. 236

Die Beschäftigung mit der Latenz-Phase ab 1996 wirft in der Tat die Frage auf, welche Rolle die beteiligten Nachrichtendienste spielten. Denn an entscheidenden Positionen begegnen uns immer wieder Aktivisten, die nach heutigem Kenntnisstand als V-Personen tätig waren. Im Land Brandenburg ist die auffälligste Persönlichkeit in dieser Hinsicht der V-Mann, den die brandenburgische Verfassungsschutzbehörde seit 1994 unter dem Tarnnamen PIATTO führte.³⁴ Wir müssen aber befürchten, dass auch in anderen Zusammenhängen V-Leute an maßgeblicher Position beteiligt waren, als sich das rechtsextreme Lager in dieser Phase sowohl regenerierte als auch radikalisierte. Das gilt etwa für BLOOD & HONOUR, die Kameradschaften, die DIE NATIONALEN E.V., die HDJ und andere, die stabile Strukturen aufbauten, wo zuvor keine (mehr) bestanden hatten.

³⁴ Vgl. Kleffner, Aufklärung [mit Informationen zum geplanten Aufbau einer Gruppe des in Frage 2) erwähnten KU-KLUX-KLAN]; vgl. auch Antonia v. d. Behrens, Gedächtnislücken und gesperrte Akten. Der brandenburgische Verfassungsschutz im NSU-Prozess, in: ebd., S. 198-209; sowie Laabs, V-Mann-Karriere; Stefan Aust/Dirk Laabs, Heimatschutz. Der Staat und die Mordserie des NSU, München 2014, S. 28ff., 434ff. und passim.

III.

[Folie 10]

Dass die Verfassungsschutzbehörden auf Grundlage nachrichtendienstlich gewonnener Informationen durchaus von einer Gefährdungslage ausgingen und eine einigermaßen realistische Gesamteinschätzung gehabt haben, hat Dirk Laabs überzeugend aufgezeigt.³⁵

Die Öffentlichkeit stellt hier freilich die Frage, ob der Einsatz von V-Leuten in diesem Umfang nötig gewesen wäre, oder ob sich eine realistische Gefahrenabschätzung auch aus öffentlich zugänglichen Quellen zumindest für die Spezialistinnen und Spezialisten gewinnen ließ, die professionell als Journalisten und Wissenschaftler oder im Präventionsbereich mit dem Thema konfrontiert waren, beziehungsweise auch für die zivilgesellschaftlich Engagierten, einschließlich so genannter antifaschistischer Recherchenetzwerke. Ich kann diese Frage nicht umfassend oder abschließend beantworten. Um nicht im rein hypothetischen zu verbleiben, werde ich einige kurze Schlaglichter auf den Erkenntnisstand geben, der außerhalb der Lagebeurteilungen von Polizei und Verfassungsschutz öffentlich zugänglich war. Vollständigkeit ist nicht angestrebt.

1996 erschien ein Buch unter dem Titel „Drahtzieher im braunen Netz. Ein aktueller Überblick über den Neonazi-Untergrund in Deutschland und Österreich. Ein Handbuch des antifaschistischen Autorenkollektivs“. Der Begriff „Untergrund“ ist bemerkenswert. Tatsächlich warnt das Buch über weite Strecken vor „Vorbereitungen für terroristische Neonazi-Aktionen“, und „organisierten Ansätze[n] zum Aufbau einer Terrorstruktur“.³⁶ Seine Informationen bezogen sich oft auf Entwicklungen im Land Brandenburg.

³⁵ Vgl. Laabs, Verfassungsschutz.

³⁶ Drahtzieher im braunen Netz. Ein aktueller Überblick über den Neonazi-Untergrund in Deutschland und Österreich. Ein Handbuch des antifaschistischen Autorenkollektivs, Hamburg 1996, S. 41. – Von einem „Terroruntergrund“ sprechen auch Dornbusch/Raabe, RechtsRock, S. 76.

Wie vielen Produkte „antifaschistischer Recherche“ – so das Selbstverständnis dieser zwischen Laien-Journalismus und politischem Engagement angesiedelten Publizistik – ist das Buch nicht frei von Zuschreibungen und Mutmaßungen, darunter auch schwer überprüfbare Faktenbehauptungen. Doch gerade im Rückblick und vor dem Hintergrund des heutigen Wissens um den NSU und sein Umfeld zeigt sich, dass gerade der „Drahtzieher“ von vergleichbar hoher Qualität ist und viele der hier angedeuteten Spuren sich nachträglich als richtig erweisen. Im Land Brandenburg kam aus dieser Richtung noch das unregelmäßig erscheinende Zirkular „Hinter den Kulissen“ hinzu, das frühzeitig und mit erstaunlichem Gespür genau auf diejenigen Zirkel und Netzwerke aufmerksam gemacht hat, die sich im weiteren Verlauf als bedeutsam für die Entstehung organisierter rechter Gewalt erwiesen.

Gehörten antifaschistische Recherche-Gruppen mithin zu den ersten, die auf die Gefahr eines entstehenden rechten „Terror-Untergrunds“ aufmerksam machten, so waren sie sicherlich nicht die einzigen. So analysierte Bernd Wagner im Rahmen des „Bulletin. Schriftenreihe des Zentrum Demokratische Kultur“ die Entstehung einer äußerst gewalttätigen rechtsextremen Alltagskultur in den neuen Ländern, die den Hintergrund (proto-) terroristischer Gewalttaten bildete. Seine Ergebnisse leitete er sehr oft auf Erfahrungen aus den Kommunen des Landes Brandenburg ab.³⁷

³⁷ Vgl. bes.: Rechtsextreme Militanz – kulturelle Hegemonie – Rechtsextreme in den Neuen Medien (= Bulletin. Schriftenreihe des Zentrum Demokratische Kultur, 2/1997); Bernd Wagner, Rechtsextremismus und kulturelle Subversion in den neuen Ländern. Studie (= Bulletin. Schriftenreihe des Zentrum Demokratische Kultur, Sonderausgabe 1998); „National befreite Zonen“. Vom Strategiebegriff zur Alltagserscheinung (= Bulletin. Schriftenreihe des Zentrum Demokratische Kultur, 1/1998).

1998 gründete sich die zivilgesellschaftliche Initiative „Opferperspektive e. V.“, die wie kein anderer Akteur im Land Brandenburg auf rechtsextreme Gewalttaten und v.a. auf deren Opfer aufmerksam machte.³⁸ Für die „öffentliche Wahrnehmung“ von „massiven Kapitalverbrechen“, nach der Sie sich in Frage 3) erkundigen, war und ist die Opferperspektive im Land Brandenburg von herausragender Bedeutung.

Hinzu kamen gut und gründlich arbeitende Journalistinnen und Journalisten, für die stellvertretend auf den Autor des Berliner Tagesspiegel, Frank Jansen verwiesen werden darf. Jansen recherchierte ausgiebig und beharrlich zu Tötungsdelikten und anderen schweren Gewalttaten und veröffentlichte im Jahr 2000 gemeinsam mit seiner Kollegin Heike Kleffner (damals Frankfurter Rundschau) die bekannte Liste über Todesopfer rechter und rassistischer Gewalt. Von Anfang an nahmen Taten aus dem Land Brandenburg hier zahlenmäßig eine herausragende Stellung ein.³⁹

Demgegenüber finden wir aus dem Kernbereich der akademischen Rechtsextremismusforschung fast keine zeitgenössischen Prognosen aus der Latenz-Phase und der darauf folgenden Phase (proto-) terroristischer Gewalt, die auf die Gefahr eines neuen Rechtsterrorismus hindeuten. Die politikwissenschaftliche Rechtsextremismusforschung unterschätzte die Brisanz des Themenfelds offenbar systematisch. Sie orientierte sich teilweise an einem Credo von Eckhard Jesse, dem Nestor der generischen Extremismusforschung, der 1996 an prominenter Stelle behauptet hatte, „Sensibilität gegenüber Gefahren von rechts“ habe sich in eine „Hypersensibilität“ gesteigert, der „Blick nach rechts“ sei „überscharf entwickelt“.⁴⁰

³⁸ Vgl. Opferperspektive e. V. (Hg.), Rassistische Diskriminierung.

³⁹ Zur Aufarbeitung der Todesopfer rechtsextremer Gewalt in Brandenburg vgl. u.a. Dorina Feldmann/Christoph Kopke/Gebhard Schultz, Todesopfer rechtsextremistischer und rassistischer Gewalt in Brandenburg (1990-2008). Zur Problematik der statistischen Erfassung politisch motivierter Kriminalität, in: Frindte et al. (Hg.), Rechtsextremismus, S. 341-358.

⁴⁰ Eckhard Jesse, Fließende Grenzen zum Rechtsextremismus? Zur Debatte über Brückenspektren, Grauzonen, Vernetzungen und Scharniere am rechten Rand – Mythos und Realität, in: Jürgen W. Falter/Hans-Gerd

Eigentlich fällt mir nur ein Text von hauptberuflich im akademischen Wissenschaftsbetrieb arbeitenden Fachkollegen ein, der in dieser Zeit zu einer realistischen Einschätzung kam: Ein Beitrag zu den „Blättern für deutsche und internationale Politik“ von Hajo Funke und Lars Rensmann. Der Artikel erschien übrigens im Septemberheft 2000, also gut eine Woche bevor der NSU am 9. September in Nürnberg Enver Şimşek, das erste Opfer der rassistischen Mordserie, erschoss. Dort schreiben die Berliner Politikwissenschaftler:

[Folie 11]

„Neben einem quantitativen Anstieg rechtsextremer Gewalt ist vor allem eine Veränderung hinsichtlich der Intensität und Brutalität des Vorgehens zu verzeichnen. Dazu zählt etwa die gestiegene Bereitschaft, sich mit Pistolen, Maschinengewehren und Sprengstoff zu bewaffnen. Auch die lokale Gewalt informeller Gruppen bewegt sich am Rand des Terrorismus. Brandanschläge auf Flüchtlingsheime werden häufig gezielt geplant.“⁴¹ Auch Funke und Rensmann stützten sich dabei auf Beobachtungen, die zu einem bedeutenden Teil im Land Brandenburg gemacht wurden.⁴²

Jaschke/Jürgen R. Winkler (Hg.), Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, Opladen 1996 (= PVS-Sonderheft 27), S. 514-529, Zitate: S. 524 u. 526.

⁴¹ Hajo Funke/Lars Rensmann, Kinder der Einheit. Oder: Die soziale Dynamik des Rechtsextremismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik (2000), S. 1069-1078, Zitat: S. 1070. – Am selben Ort schrieb ich im folgenden Jahr: „Der Einfluß des internationalen Neo-Rassismus führt zu einer stärkeren Ideologisierung, die ihrerseits eine Radikalisierung auf der Handlungsebene nach sich zieht. [...] [M]it der Veränderung der Ziele geht die der propagierten Mittel einher. An die Stelle von Springerstiefeln und Baseball-Keulen sollen verstärkt Bomben und Zielgewehre treten. Blood & Honour versucht, unter der Bezeichnung Combat 18 einen bewaffneten Arm der Bewegung aufzubauen. Die britischen und schwedischen Aktivisten des Netzwerkes leiteten 1999 den heiligen Rassenkrieg auf europäischem Boden ein: Drei Sprengstoffanschläge in London, mehrere Morde und Mordversuche in Schweden gehen unmittelbar von jenem Spektrum aus, das die rechtsextreme Musik produziert und verbreitet. [...] Mittelfristig könnten die eigenen Ankündigungen und die Aktivitäten der ausländischen Gesinnungsgenossen Zugzwang erzeugen. Waffen und Kenntnisse sind auch in Deutschland in ausreichendem Maße vorhanden.“ (Botsch, Gewalt, Profit und Propaganda, S. 342f.).

⁴² Vgl. auch Funke, Paranoia; sowie ein bei Funke durchgeführtes studentisches Forschungsprojekt: Ralph Gabriel et al., Futur Exakt. Jugendkultur in Oranienburg zwischen rechtsextremer Gewalt und Demokratischem Engagement, Berlin 2004.

Zu diesem Zeitpunkt war aber der gesamten Öffentlichkeit noch nicht bekannt, dass sich bereits eine Zelle formiert hatte und schwere Gewalttaten vorbereitete. Ich möchte damit verdeutlichen, dass die Gefahren eines neuen, aus dem Spektrum der Neonazi-Kameradschaften und des BLOOD & HONOUR-Netzwerkes hervorgehenden Rechtsterrorismus auch ohne den Einsatz von nachrichtendienstlichen Mitteln in einem begrenzten Kreis der Fachöffentlichkeit gesehen und einigermaßen realistisch beschrieben worden sind.

IV.

[Folie 12]

Auf Ihre vierte Frage, sehr geehrte Abgeordnete, möchte ich nur noch kurz eingehen.

Eine genaue Kenntnis des rechtsextremistischen Lagers, seiner Ideologie, Propaganda und Praxis halte ich nach wie vor für die Voraussetzung, um realistische Lageeinschätzungen und Zukunftsprognosen zu ermöglichen. Da die wissenschaftliche Analyse- und Prognose-Fähigkeit nach wie vor unterentwickelt ist, kommt ihr aus unserer Sicht hohe Bedeutung zu. Wir sind dem Landtag und der Landesregierung daher besonders dankbar, dass sie unser Institut mit ergänzenden Mitteln zum Ausbau einer Forschungs- und Dokumentationsstelle ausgestattet hat, und hoffen, dass diese Mittelzuweisung auf Dauer gestellt wird.

Für unbedingt notwendig halte ich die dauernde und sichere Ausstattung der Opferperspektive e. V. mit den für ihre Arbeit nötigen Mitteln durch das Land.

Hilfreich wäre die Stärkung der Kommunikation zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren wie der Opferperspektive und den Sicherheitsbehörden, namentlich der Polizei. Zu denken wäre beispielsweise an die Einrichtung einer Art Clearing-Stelle, z.B. beim Polizeipräsidenten oder beim LKA, die im Konfliktfall schnell und unbürokratisch Rückkoppelungen erlaubt.

Denn der relativ erfolgreiche Brandenburgische Weg der Prävention von Rechtsextremismus hängt seit Jahren von dem erstaunlich hohen Maß an Austausch zwischen einzelnen Akteuren ab. Kommunikation, Transparenz und Lernfähigkeit sind zentrale Elemente dieser spezifisch brandenburgischen demokratischen Kultur.

Im Zusammenhang mit der NSU-Aufklärung würde ich mir wünschen, dass das Innenministerium und die hiesige Verfassungsschutzbehörde sehr gründlich überlegen, an welcher Stelle Geheimhaltung wirklich dem Schutz unserer Demokratie dient. Brandenburg hat oft in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus den Mut bewiesen, eigene und unorthodoxe Wege zu gehen, die sich dann auf mittlere Sicht als die richtigen erwiesen haben. Wir hätten die Chance dazu auch im Falle der Aufklärung des NSU-Komplexes.

Jenseits der Frage, ab welchem Moment Quellenschutz zu „Täterschutz“ werde oder die Aufklärung des hoch kriminellen NSU-Komplexes behindere, gibt es Fragen, die das Innenministerium, die der Verfassungsschutz ohne Verlust schon jetzt beantworten können. Nach meiner Auffassung muss im Mittelpunkt die Frage stehen, warum Nachrichtendienste sich Mitte der 1990er Jahre dafür entschieden haben, offenbar systematisch V-Leute an Positionen einzusetzen, wo es schlechterdings keine relevanten extremistischen oder terroristischen Strukturen mehr gab und teilweise auch nie gegeben hat. Dies geschah nämlich, ob beabsichtigt oder nicht, in einer Weise, dass diese V-Leute letztendlich maßgeblich Anteil hatten, entsprechende Strukturen erst zu schaffen. Die aktengestützte Aufklärung dieser übergeordneten Frage dient sowohl dem historischen Verständnis über die Entfaltung des rechtsextremen Lagers in Brandenburg wie der Vermeidung künftiger Fehler durch die brandenburgische Verfassungsschutzbehörde – auch mit Blick auf andere terroristische Gefahrenpotenziale.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

[Folie 13]

Prof. Dr. Hans-Jürgen Lange

Präsident der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster

Rechtliche und tatsächliche Strukturen des V-Mann-Wesens in
Brandenburg von 1990 bis heute

*Sachverständigengespräch im Untersuchungsausschuss 6/1 zur
'Organisierten rechtsextremen Gewalt und Behördenhandeln, vor
allem zum Komplex Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)'*

Prof. Dr. Hans-Jürgen Lange

- Präsident der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster
- Wissenschaftlicher Direktor am Rhein-Ruhr-Institut für Sozialforschung und Politikberatung (Duisburg)
- Sprecher des Interdisziplinären Arbeitskreises Innere Sicherheit (Duisburg)
- Herausgeber der Schriftenreihe „Studien zur Inneren Sicherheit“ bei Springer VS
- Weitere Informationen im Internet: www.Hans-Juergen-Lange.de



Studien zur Inneren
Sicherheit

Übersicht

I. Einleitung

II. Grundzüge der bundesdeutschen Sicherheitsarchitektur

III. Verfassungsschutz in Bund und Ländern

IV. Untersuchungsausschüsse zur Thematik NSU / VS

V. Reformfelder des Verfassungsschutzes

VI. Spezielle Problematik des V-Personen-Einsatzes

VII. Eigene Bewertung und Empfehlungen

Übersicht

I. Einleitung

II. Grundzüge der bundesdeutschen Sicherheitsarchitektur

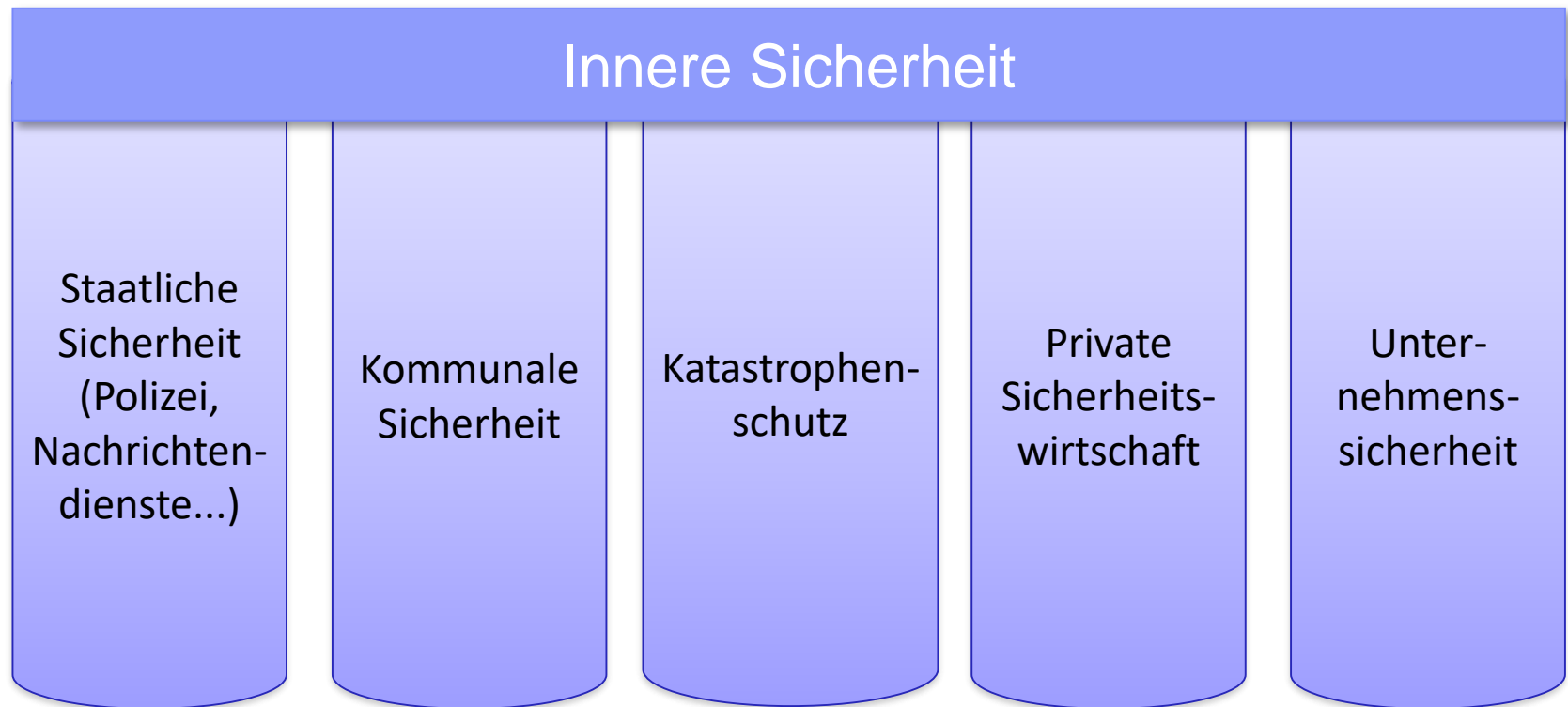
III. Verfassungsschutz in Bund und Ländern

IV. Untersuchungsausschüsse zur Thematik NSU / VS

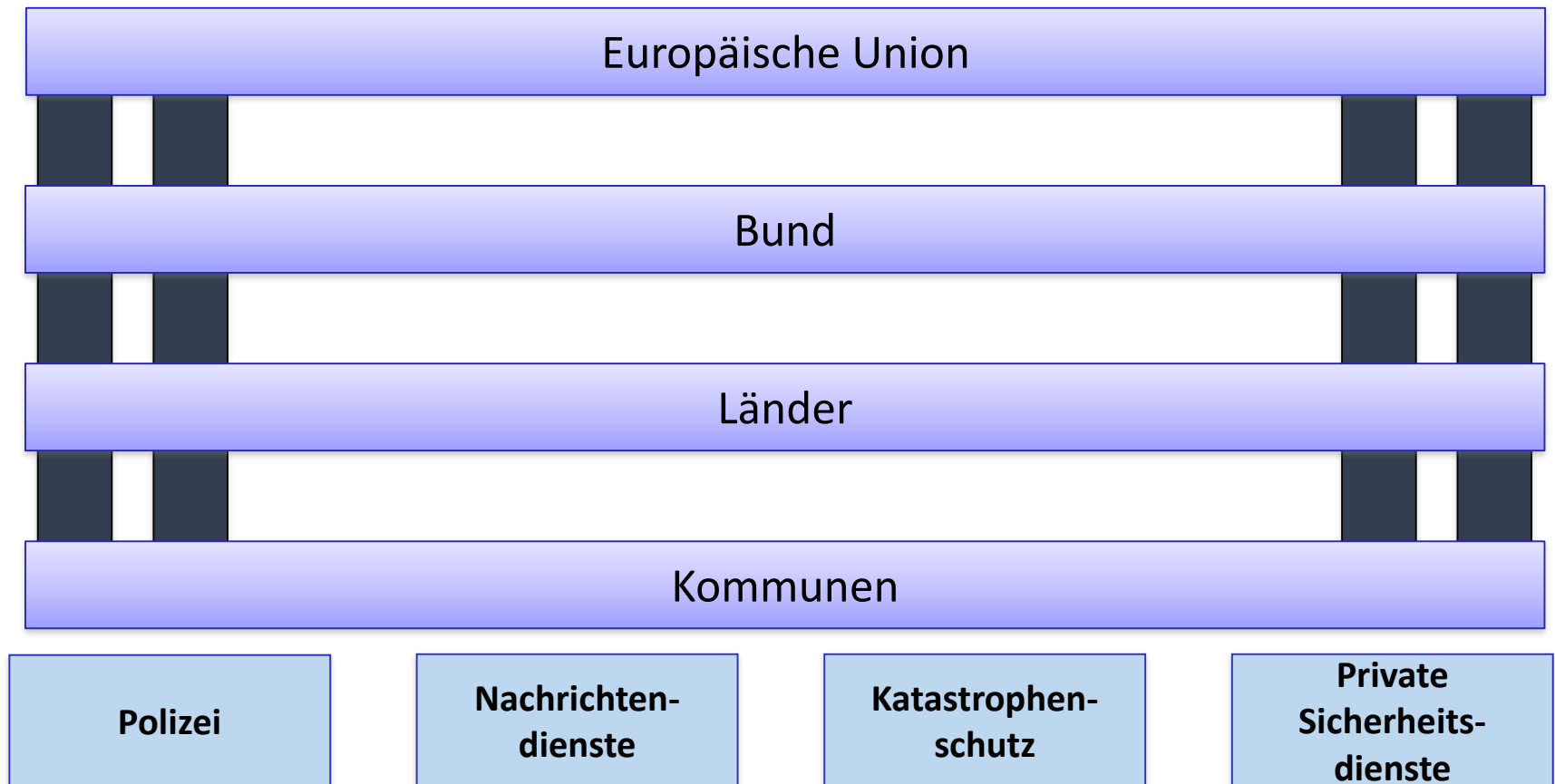
V. Reformfelder des Verfassungsschutzes

VI. Spezielle Problematik des V-Personen-Einsatzes

VII. Eigene Bewertung und Empfehlungen



Ebenen der Sicherheitsarchitektur



Sicherheitsbehörden des Bundes

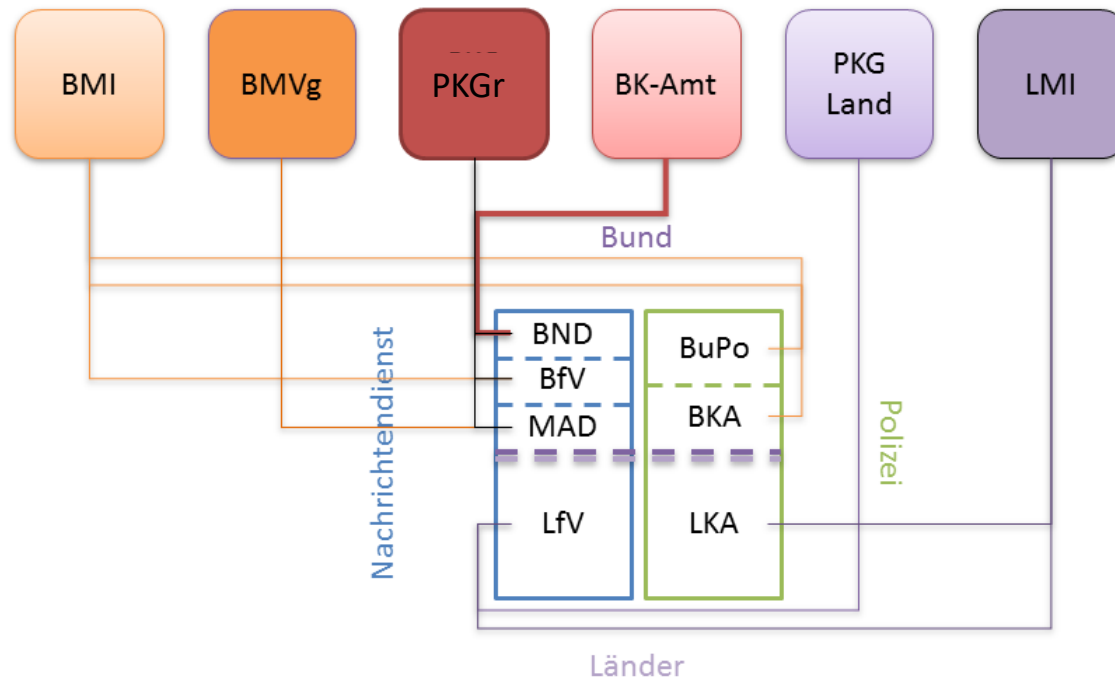
	Dienst- und Fachaufsicht	Behörde
Äußere Sicherheit	Bundeskanzleramt	BND
	Verteidigungsministerium	MAD
	Innenministerium	BfV, BKA, BPol, IBL
	Finanzministerium	Zollkriminalamt und Zollfahndungsdienst
Innere Sicherheit	Verkehrsministerium	Bundesamt für Güterverkehr, Wasser- und Schifffahrtspolizei
	Justizministerium	Generalbundesanwalt
	Präsident des Parlaments	Hausinspektion des Deutschen Bundestages

Sicherheitsbehörden der Länder

	Dienst und Fachaufsicht	Behörde
Innere Sicherheit	Innenministerium	LfV, LKA, Schutzpolizei, Kriminalpolizei, Autobahnpolizei, Wasserschutzpolizei, Bereitschaftspolizei
	Finanzministerium	Steuerfahndung
	Justizministerium	Generalstaatsanwalt, Oberstaatsanwalt, Staatsanwalt

Aufsicht und Gremien

Aufsicht



Gemeinsame Gremien / Einrichtungen

Übersicht

I. Einleitung

II. Grundzüge der bundesdeutschen Sicherheitsarchitektur

III. Verfassungsschutz in Bund und Ländern

IV. Untersuchungsausschüsse zur Thematik NSU / VS

V. Reformfelder des Verfassungsschutzes

VI. Spezielle Problematik des V-Personen-Einsatzes

VII. Eigene Bewertung und Empfehlungen

1. Behörden
2. Gremien: IMK AK IV als zentrales Abstimmungsgremium
3. Veränderungen der Rahmenbedingungen für die Arbeit der staatlichen Sicherheitsbehörden, insbes. VS
4. Zusammenarbeit zwischen Polizei und Verfassungsschutz

- AK I - Staatsrecht und Verwaltung (u. a. Verfassungsrecht, Ausländerrecht, Datenschutz, Verwaltungsrecht)
- AK II - Innere Sicherheit (u. a. Gefahrenabwehr, Bekämpfung des Terrorismus, Angelegenheit der Polizei)
- AK III - Kommunale Angelegenheiten
- AK IV - Verfassungsschutz
- AK V - Feuerwehrangelegenheiten, Rettungswesen, Katastrophenschutz und zivile Verteidigung
- AK VI - Organisation, öffentliches Dienstrecht und Personal

1. Behörden
2. Gremien: IMK AK IV als zentrales Abstimmungsgremium
3. Veränderungen der Rahmenbedingungen für die Arbeit der staatlichen Sicherheitsbehörden, insbes. VS
4. Zusammenarbeit zwischen Polizei und Verfassungsschutz

Übersicht

I. Einleitung

II. Grundzüge der bundesdeutschen Sicherheitsarchitektur

III. Verfassungsschutz in Bund und Ländern

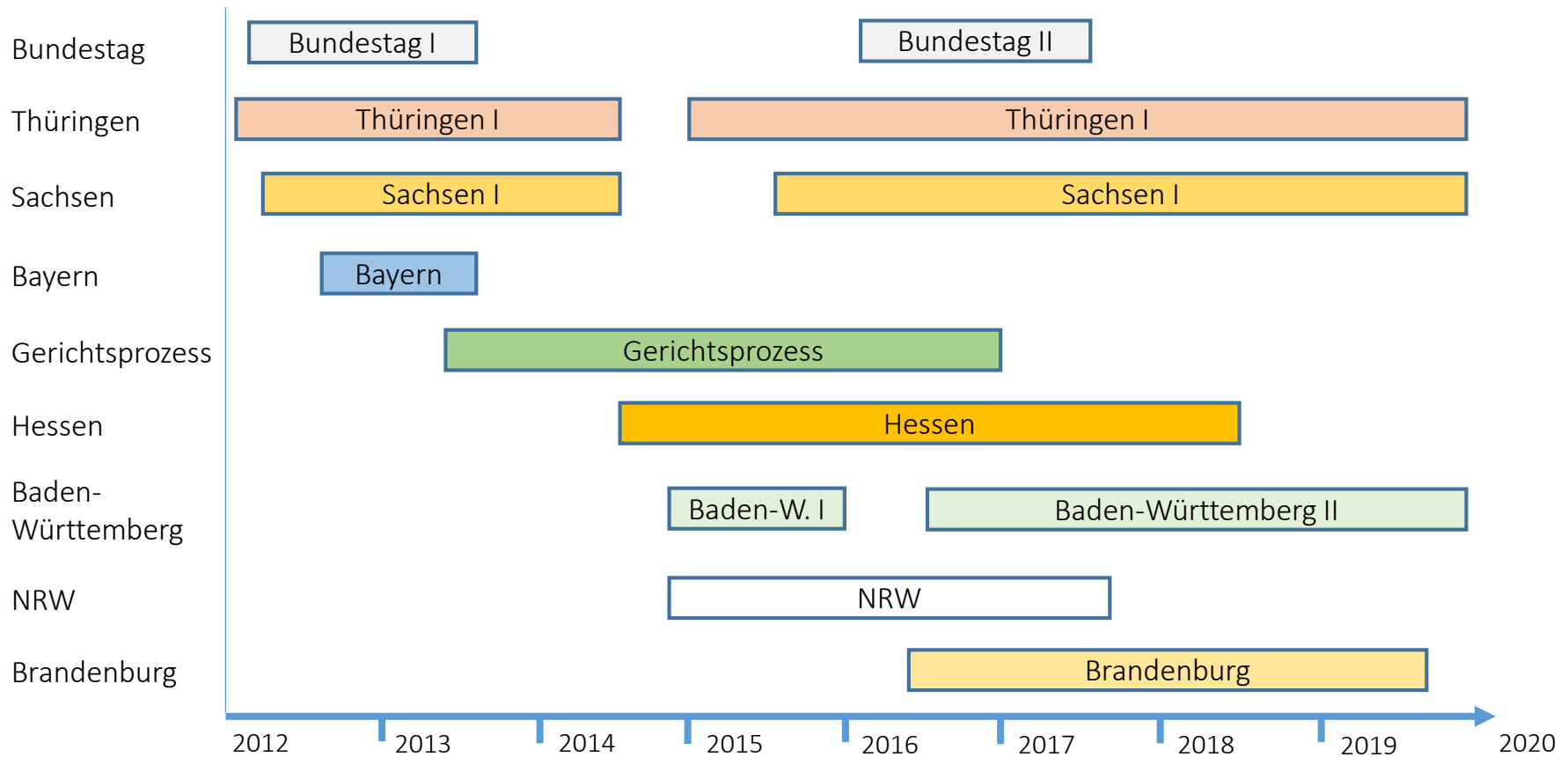
IV. Untersuchungsausschüsse zur Thematik NSU / VS

V. Reformfelder des Verfassungsschutzes

VI. Spezielle Problematik des V-Personen-Einsatzes

VII. Eigene Bewertung und Empfehlungen

Untersuchungsausschüsse



- Bund (BVerSchG)
- Baden-Württemberg (BW LVSG)
- Bayern (BayVSG)
- Thüringen (ThürVerfSchG)
- Mecklenburg-Vorpommern (LVerfSCHG M-V)
- Bremen (BremVerfSchG)
- Nordrhein-Westfalen (VSG NRW)

Übersicht

I. Einleitung

II. Grundzüge der bundesdeutschen Sicherheitsarchitektur

III. Verfassungsschutz in Bund und Ländern

IV. Untersuchungsausschüsse zur Thematik NSU / VS

V. Reformfelder des Verfassungsschutzes

VI. Spezielle Problematik des V-Personen-Einsatzes

VII. Eigene Bewertung und Empfehlungen

1. Verbesserung der Zusammenarbeit der
Verfassungsschutzbehörden
2. Verbesserung der Analysefähigkeiten
3. Verbesserung des V-Personeneinsatzes
4. Verbesserung der Fehlerkultur
5. Verbesserung der parlamentarischen Kontrolle

Übersicht

I. Einleitung

II. Grundzüge der bundesdeutschen Sicherheitsarchitektur

III. Verfassungsschutz in Bund und Ländern

IV. Untersuchungsausschüsse zur Thematik NSU / VS

V. Reformfelder des Verfassungsschutzes

VI. Spezielle Problematik des V-Personen-Einsatzes

VII. Eigene Bewertung und Empfehlungen

1. Rahmenbedingungen des Einsatzes
2. Führung von V-Personen
3. Beschaffung und Auswertung
4. Kontrolle

Übersicht

I. Einleitung

II. Grundzüge der bundesdeutschen Sicherheitsarchitektur

III. Verfassungsschutz in Bund und Ländern Untersuchungsausschüsse

IV. Untersuchungsausschüsse zur Thematik NSU / VS

V. Reformfelder des Verfassungsschutzes

VI. Spezielle Problematik des V-Personen-Einsatzes

VII. Eigene Bewertung und Empfehlungen

VII. Eigene Bewertung und Empfehlungen

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Prof. Dr. Hans-Jürgen Lange
Präsident der Deutschen Hochschule der Polizei
Zum Roten Berge 18, 48165 Münster

Prof. Dr. Heinrich Amadeus Wolff

Rudolf-Ditzen-Weg 12
13156 Berlin

„Sicherheitsarchitektur des Landes Brandenburg von 1990 bis heute“

Schriftliche Stellungnahme aufgrund des Beweisbeschlusses des
Untersuchungsausschusses 6/1 des Landtages Brandenburg vom 12.07.2016:

vorgelegt von

Prof. Dr. Heinrich Amadeus Wolff

Prof. Dr. Heinrich Amadeus Wolff

Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Recht der Umwelt, Technik und
Information an der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der
Universität Bayreuth

September 2016

A. Sachverhalt	3
B. Rechtliche Überlegungen – Teil 1: „Sicherheitsarchitektur des Landes Brandenburg von 1990 bis heute“	4
I. Die Sicherheitsarchitektur in Deutschland im Überblick	4
1. Die gegliederte Sicherheitsarchitektur in Deutschland	4
a) Trennung zwischen innerer und äußerer Sicherheit	4
b) Die Dreiteilung der inneren Sicherheit	5
c) Das Trennungsgebot	5
d) Die föderale Gliederung	9
2. Überschneidungsbereiche im Bereich der Sicherheitsbehörden	10
a) Begriff des Überschneidungsbereichs	10
b) Allgemein	10
c) Überschneidungsbereiche der Sicherheits- und Ermittlungsbehörden im Bund - Länder - Verhältnis	13
d) Überschneidungsbereiche im Land Baden-Württemberg	14
3. Die Entwicklung der deutschen Sicherheitsarchitektur	16
a) Die bereichsübergreifende Entwicklung	16
b) Gründe für die Verschiebungen	37
4. Die Kontrolle im Bereich der inneren Sicherheit	37
a) Die zwei Arten an Kontrolle	37
b) Verwaltungsinterne Kontrolle	38
c) Unabhängige verwaltungsinterne Kontrolle	38
d) Gerichtskontrolle	39
e) Parlamentarische Kontrolle	40
II. Besonderheiten in Brandenburg	44
1. Das Polizeirecht in Brandenburg	44
a) Entwicklungslinien	44
b) Die wesentlichen Aussagen des BbgPolG	44
c) Die Standardmaßnahmen	45
d) Die Informationserhebungsbefugnisse	45
e) Einzelfragen	45
2. Der Verfassungsschutz in Brandenburg	49
a) Allgemein	49
b) Die Aufgaben	50
c) Die Befugnisse	50
e) Regeln zur Informationsübermittlung	52
d) Organisation	52
e) Kontrolle	52
g) Einzelfragen	52
C. Rechtliche Überlegungen – Teil 2: Die Einzelfragen	53
D. Zusammenfassung	55
E. Literaturverzeichnis	56

A. Sachverhalt

Der Landtag Brandenburg hat am 29. April 2016 auf Antrag von 60 Abgeordneten mehrheitlich einen Untersuchungsausschuss (UA) zur "Organisierten rechtsextremen Gewalt und Behördenhandeln, vor allem zum Komplex Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)" (UA 6/1) eingesetzt (LT-Drs. 6/3993). Der Ausschuss soll umfassend aufklären, ob ein Handeln oder Unterlassen der Brandenburger Sicherheits- und Justizbehörden, einschließlich der V-Personen und der betroffenen staatlichen Stellen im Land Brandenburg die Bildung und die Taten der Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ begünstigt und/oder die Aufklärung und Verfolgung der von dieser Terrorgruppe begangenen Straftaten erschwert haben. Der Untersuchungsgegenstand umfasst 34 Fragen, die insbesondere aufzuklären sein werden.

In seiner Sitzung am 12.07.2016 hat der UA beschlossen, Beweis zu erheben mittels Durchführung eines Sachverständigengesprächs zum Thema: „Sicherheitsarchitektur des Landes Brandenburg von 1990 bis heute“ unter besonderer Berücksichtigung folgender Fragestellungen:

1. Wie sind/waren die Verfassungsschutzbehörden im Land Brandenburg aufgebaut?
2. Gibt bzw. gab es eine Dienst- und Fachaufsicht? Welche Befugnisse hat sie in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht?
3. Wie ist die Zusammenarbeit des Landesamts für Verfassungsschutz Brandenburg mit anderen Landesämtern bzw. dem Bundesamt für Verfassungsschutz sowie mit den Polizeibehörden der Länder und des Bundes rechtlich und tatsächlich ausgestaltet (insbesondere im Hinblick auf ein etwaiges informationelles Trennungsgebot)?
4. Wie wird/wurde der Quellenschutz im Verhältnis zur Kooperation zwischen den LfV bzw. dem LfV Bbg und den Ermittlungsbehörden behandelt?
5. Welche Folgerungen hat das Landesamt für Verfassungsschutz Brandenburg aus den Ergebnissen der bisherigen Untersuchungsausschüsse zum Thema „NSU“ gezogen?
6. Welche Verbesserungsvorschläge gibt es?

Durch Anhörung der Sachverständigen:

- Prof. Dr. Heinrich Amadeus Wolff, zu laden über die Universität Bayreuth, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Lehrstuhl für Öffentliches Recht VII, D-95440 Bayreuth
- Prof. Dr. Ralf Alleweldt, zu laden über die Fachhochschule der Polizei des Landes Brandenburg, Bernauer Straße 146, 16515 Oranienburg

B. Rechtliche Überlegungen – Teil 1: „Sicherheitsarchitektur des Landes Brandenburg von 1990 bis heute“

Der Beweisbeschluss ist darauf gerichtet, die Entwicklung der Sicherheitsarchitektur ab 1990 nachzuzeichnen. Dies ist mit der von der Fragestellung gebotenen Genauigkeit leider weder im vorgegebenen Zeitraum noch in dem für Gutachten für parlamentarische Gremien üblichen Umfang zu bewältigen. Die Antworten auf die Fragen erfolgen folglich skizzenhaft und beruhen auf Schwerpunktsetzungen des Unterzeichners. Angesichts der beschränkten Ressourcen, die dem Auftrag des Untersuchungsausschusses des Landes Brandenburg zugrunde lag, wurde bei der schriftlichen Ausarbeitung auf Vorarbeiten zurückgegriffen, die der Unterzeichner hinsichtlich vorausgehender Sachverständigenaufträge bzw. Aussagen als sachverständiger Gutachter für die Untersuchungsausschüsse im Zusammenhang mit den NSU-Vorfällen für den deutschen Bundestag, den Landtag des Freistaates Sachsen und den Landtag des Landes Brandenburg erstellt hat. Übernommen wurden nur Teile, die auf die Verhältnisse in Brandenburg übertragbar sind. Allerdings war aus Zeitgründen eine an sich gebotene Detailprüfung nicht immer möglich.

Diese Stellungnahme dient der Vorbereitung des Sachverständigengesprächs. Sie ist zweigeteilt: Im ersten Teil wird im Zusammenhang zum Hauptthema, Sicherheitsarchitektur des Landes Brandenburg, Stellung genommen, im zweiten Teil werden die Fragen, um deren besondere Berücksichtigung gebeten wurde, isoliert beantwortet.

I. Die Sicherheitsarchitektur in Deutschland im Überblick

1. Die gegliederte Sicherheitsarchitektur in Deutschland

a) Trennung zwischen innerer und äußerer Sicherheit

Deutschland hat eine klare Sicherheitsarchitektur.¹ Unterschieden wird zunächst zwischen innerer und äußerer Sicherheit.² Die äußere Sicherheit meint die Verteidigung. Gemäß Art. 87a GG stellt der Bund Streitkräfte zur Verteidigung auf. Die Verteidigung durch die Streitkräfte wird ergänzt durch die Existenz eines Zivilschutzes.³

Der Begriff der Verteidigung ist umstritten, die herrschende Meinung versteht ihn als Abwehr eines militärischen Angriffs von außen. Militärische Angriffe sind solche, hinter denen ein Staat oder ein staatsähnliches Gebilde steht. Terroristische Angriffe von außen werden demgegenüber nicht als Verteidigungsfall, sondern als Unglücksfall im Sinne von Art. 35 Abs. 3 GG verstanden. Terroristische Angriffe, gleich ob sie dem Linksextremismus, islamistischen Terrorismus oder Rechtsextremismus zuzuschreiben sind, und unabhängig davon, ob sie von innen oder außen geführt werden, unterfallen nicht der Verteidigung im Sinne von Art. 87a GG.

¹ S. dazu und zum Folgenden schon *Wolff*, UA-Gutachten Bund, 2012, S. 65 ff.; *ders.*, in: FS f. Schünemann, 2015, 843 ff.; *Bruch* u.a. BLK-Bericht, 2013, S. 27 ff.; *Gusy*, UA-Gutachten, 2012, S. 1 ff.

² *Götz*, in: Isensee/ Kirchhof, HStR V, 2006, § 85, Rn. 17; *Kuschewitz*, Bundesverfassungsgericht, 2014, S. 11 f.

³ *Kuschewitz*, Bundesverfassungsgericht, 2014, S. 33 f.

Der Bereich der äußeren Sicherheit hat sich, ohne dass dies begrifflich immer klargestellt wird, durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Einsatz von „Blauhelmen“ verändert. Die äußere Sicherheit erfasst nicht nur die Verteidigung im Sinne von Art. 87a GG, sondern auch die Sicherstellung internationalen Friedens im Rahmen kollektiver Sicherheitssysteme im Sinne von Art. 24 Abs. 2 GG. Auch diese Aufgabe unterfällt den Streitkräften, allerdings mit der Besonderheit, dass der Einsatz von Polizeikräften nicht ausgeschlossen ist.

b) Die Dreiteilung der inneren Sicherheit

Die innere Sicherheit umfasst den Sicherheitsbereich außerhalb der äußeren Sicherheit. Sie kann u.U. ein Tätigwerden im Ausland erfordern (z.B. bei der Abwehr terroristischer Angriffe). Sie ist geprägt von einer dreigeteilten Sicherheitsstruktur, die zwischen repressiven, präventiv-polizeilichen und präventiv-nachrichtendienstlichen Sicherheitsgewährleistungen unterscheidet.⁴

aa) Repressive Sicherheitsgewährleistung

Repressiv meint die pönale Verfolgung der Verletzung strafrechtlich geschützter Rechtsgüter. Die Besonderheit der repressiven Verfolgung liegt in der vorgesehenen Sanktion, der innerhalb der Gewährleistung des Staates eine ganz zentrale Rolle eingeräumt wird: der Strafe. Infolge der Sanktionierung sind erhebliche rechtsstaatliche Sicherungen zu Gunsten des Betroffenen vorgesehen, die deutlich über das hinausgehen, was bei präventiven Maßnahmen erforderlich ist. Repressive Maßnahmen bedürfen einer stärkeren Rechtfertigung als präventive Maßnahmen, da mit repressiven Maßnahmen immer ein Unwerturteil verbunden ist.

bb) Präventiv-polizeiliche Sicherheitsgewährleistung

Die präventiv-polizeiliche Sicherheitsgewährleistung hat demgegenüber die Aufgabe, Gefahren für polizeiliche Schutzgüter zu erkennen und deren Beseitigung zu gewährleisten.

cc) Nachrichtendienstliche Sicherheitsgewährleistung

Die Sicherheitsgewährleistung durch Nachrichtendienste unterscheidet sich von jener der Polizei durch zwei Elemente. Ihre Aufgabe besteht nicht in der Beendigung von Gefahrenlagen für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, sondern in der Informationssammlung. Außerdem ist ihr Aufgabenbereich deutlich im Vorfeld der polizeilichen Gefahr angesiedelt, d.h. im Bereich der Verdachtslagen.

dd) Der Sinn der Gliederung

Die Dreigliederung hat zwei Gründe:

- Die Aufteilung soll die Freiheitsrechte des Bürgers schützen nach dem Leitgedanken, dass diejenige Behörde, die alles weiß (Nachrichtendienste), nicht alles dürfen soll und diejenige Behörde, die alles darf (Polizei), nicht alles wissen soll.
- Durch die Aufteilung wird die Gefahrenabwehr effektiviert, weil die Teile der Sicherheitsgewährleistung jeweils derjenigen Behörde zugeordnet werden, die dafür am besten geeignet ist.

c) Das Trennungsgebot

Die Trennung der Behörden wird zum Teil durch das Trennungsgebot abgesichert.⁵

⁴ S. nur *Ibler*, in: Ennuschat u.a., Recht, 2014, § 2 Rn. 124 ff.

⁵ S. dazu und zum Folgenden schon *Wolff*, UA-Gutachten Bund, 2012, S. 17 ff.

Im Verhältnis von Polizei und Nachrichtendiensten wird von Trennungsgebot gesprochen. Der Begriff wird unterschiedlich verwendet. Gemeinsam ist allen Begriffsvarianten, dass es um eine Trennung zwischen beiden Sicherheitsstrukturen geht. Die Art der Trennung kann aber ganz unterschiedlich sein.

aa) Organisatorisches Trennungsgebot

Die unterste Stufe der Trennung ist organisatorischer Art und besagt, dass es zwei unterschiedliche Behörden geben muss (Polizei einerseits und Nachrichtendienste andererseits). Dieses organisatorische Verbot einer Zusammenlegung ist auf Bundes- und Länderebene einfachgesetzlich normiert. So heißt es etwa in § 1 Abs. 1 BNDG, dass der Bundesnachrichtendienst eine Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Chefs des Bundeskanzleramts ist. Einer polizeilichen Dienststelle darf er nicht angegliedert werden.⁶ Das Gebot ist unbestritten und schließt eine behördliche Zusammenfassung aus. In § 2 Abs. 2 BbgVerfSchG heißt es: Die Verfassungsschutzbehörde darf einer polizeilichen Dienststelle nicht angegliedert werden.

bb) Befugnisbezogenes Trennungsgebot

Die nächste Stufe des Trennungsgebots ist befugnisbezogen. Danach dürfen die Nachrichtendienste nicht mit „klassischen“ polizeilichen Gefahrenabwehrinstrumentarien ausgestattet werden. Zur Absicherung dürfen die Nachrichtendienste den Polizeibehörden auch keine Weisungen erteilen oder sie in sonstiger Weise zu eigenen Zwecken einsetzen. Solch ein befugnisbezogenes Trennungsgebot kennen die Landesverfassungen von Brandenburg und Sachsen (vgl. Art. 83 Abs. 3 S. 1 SächsVerf.). In der brandenburgischen Verfassung heißt es in Art. 11 Abs. 3: *Der aufgrund bundesrechtlicher Vorschriften einzurichtende Verfassungsschutz des Landes unterliegt einer besonderen parlamentarischen Kontrolle. Ihm stehen keine polizeilichen Befugnisse zu. Er darf die Polizei auch nicht im Wege der Amtshilfe um Maßnahmen ersuchen, zu denen er selbst nicht befugt ist.*

Einfachrechtlich umgesetzt wird dieses verfassungsrechtliche Gebot durch § 6 Abs. 4 BbgVerfSchG.

Auch der so genannte „Polizeibrief“ der Alliierten Militärgouverneure vom 14.04.1949⁷ sah eine organisatorische und befugnisbezogene Trennung von Behörden mit verschiedenen Aufgabengebieten vor. Darin wurde der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Schaffung des Grundgesetzes die Einrichtung einer Grenzschutzbehörde, einer Kriminalpolizeibehörde auf Bundesebene sowie einer nachrichtendienstlichen Staatsschutzstelle gestattet, die jedoch nicht mit Polizeibefugnissen ausgestattet werden durfte. Die rechtlichen Wirkungen des Polizeibriefs sind spätestens mit der Herstellung der vollen Souveränität der Bundesrepublik entfallen. Er ist aber heute noch insoweit von Bedeutung, als davon auszugehen ist, dass der Parlamentarische Rat keine Kompetenzordnung im Grundgesetz schaffen wollte, die den Vorgaben der Alliierten widerspricht. Historisch wird das Trennungsgebot auch auf die Erfahrungen mit der Gestapo und dem Reichssicherheitshauptamt im Dritten Reich zurückgeführt.⁸

Auch in den Fällen, in denen das befugnisbezogene Trennungsgebot nicht ausdrücklich normiert ist, ist es nicht völlig ausgeschlossen, das organisatorische Trennungsgebot als mitgedachte Voraussetzung der Schaffung von

⁶ Vgl. die inhaltsgleichen Vorschriften § 2 I BVerfSchG, § 1 IV MADG, § 2 II BVerfSchG, § 2 II NVerfSchG und § 2 I VSG NRW.

⁷ Der Wortlaut ist abgedruckt bei Gusy, ZRP 1987, 45 ff.

⁸ M. Kutscha, Die Aktualität des Trennungsgebots für Polizei und Verfassungsschutz, ZRP 1986, 194 ff.

Verfassungsschutzbehörden zugrunde zu legen. Spricht das GG oder eine Landesverfassung von einem Verfassungsschutz, hat der jeweilige Normgeber in aller Regel eine Beschränkung dieser Behörde auf den informationellen Bereich vorgenommen. Mit dieser Erkenntnis ist allerdings noch nicht notwendig das Postulat verbunden, dass den Verfassungsschutzbehörden überhaupt keine klassischen Polizeibefugnisse zugewiesen werden dürfen.

cc) Informationelles Trennungsgebot

Die strengste Stufe des Trennungsgebots bildet ein Verbot der informationellen Zusammenarbeit. Danach wäre nicht nur eine Vergleichbarkeit der Eingriffsbefugnisse oder ein Zusammenwirken bei Eingriffen unzulässig, sondern auch der Austausch von Informationen. Zum Teil wird angenommen, ein Verbot der informationellen Zusammenarbeit folge aus dem befugnisbezogenen Trennungsgebot, da dieses ansonsten „weitgehend wirkungslos“ sei, wenn zwischen den Behörden ein unbeschränkter Datenaustausch stattfinden dürfte.⁹ Eine zumindest grundsätzliche Trennung der jeweiligen Informationsbestände sei daher vonnöten.¹⁰ Der Datenaustausch müsse auf Informationen beschränkt werden, die der Datenempfänger mit den ihm zugestandenen Kompetenzen auch selbst hätte erheben dürfen („doppelter Vorbehalt“).

Ein solch strenges informationelles Trennungsgebot zwischen Nachrichtendiensten und Polizei aus Organisationsrecht ist, soweit ersichtlich, nirgends ausdrücklich geregelt. Daher wird man die Existenz eines informationellen Trennungsgebots grundsätzlich nicht annehmen können.¹¹ Für Brandenburg folgt dies schon aus dem Umkehrschluss zu Art. 11 Abs. 3 Bbg Verf.

Eine weniger strenge Stufe stellt ein informationelles Trennungsgebot dar, das keine vollständige Abschottung der Sicherheitsbereiche voneinander verlangt, sondern eine Rechtfertigung für die Weitergabe von Informationen. Nach diesem informationellen Trennungsgebot bedarf es einer sachlichen Rechtfertigung, wenn Nachrichtendienste Informationen an Polizeibehörden oder Ermittlungsbehörden weitergeben. Die Anforderungen an die Rechtfertigung steigen mit der Schwere des Eingriffs, der in der Übermittlung liegt. Ein solches informationelles Trennungsgebot bedarf zu seiner Rechtfertigung keines Rückgriffs auf die Organisationsbestimmung. Es lässt sich ohne weiteres schon grundrechtlich herleiten. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung versteht auch die Übermittlung von Daten personenbezogener Art als einen Eingriff und bedarf deshalb nach allgemeinen Abwehrrechtsgrundsätzen einer sachlichen Rechtfertigung. Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung zur Antiterrordatei ein informationelles Trennungsgebot aus den Grundrechten hergeleitet. Auf Organisationsbestimmungen hat es sich dabei nicht gestützt. Angesichts des Umstands, dass der Beschwerdeführer seine Annahme eines organisatorischen Trennungsgebots auf Organisationsbestimmungen stützte, kann man schließen, dass das Bundesverfassungsgericht bewusst auf eine organisationsrechtliche Herleitung verzichtet hat.¹² Der Passus lautet:

⁹ Karsten Baumann, Vernetzte Terrorismusbekämpfung oder Trennungsgebot?, DVBl 2005, 798, 800.

¹⁰ Claus Henning Schapper, Rechtsstaatliche Fundierung der Informationsverarbeitung bei Sicherheitsbehörden und Nachrichtendiensten, DRiZ 1987, 222, 223.

¹¹ Vgl. nur Götz, in: Isensee/ Kirchhof, HStR IV, 2006, § 85, Rn. 40; Fremuth, AöR 139 (2014), 32, 52.

¹² BVerfG, Ut. v. 24.04.2013, 1 BvR 1215/07 u.a., juris Rn. 123 = BVerfGE 133, 277 ff. (ATDG).

„(cc) Regelungen, die den Austausch von Daten der Polizeibehörden und Nachrichtendiensten ermöglichen, unterliegen angesichts dieser Unterschiede gesteigerten verfassungsrechtlichen Anforderungen. Aus dem Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung folgt insoweit ein informationelles Trennungsprinzip. Danach dürfen Daten zwischen den Nachrichtendiensten und Polizeibehörden grundsätzlich nicht ausgetauscht werden. Einschränkungen der Datentrennung sind nur ausnahmsweise zulässig. Soweit sie zur operativen Aufgabenwahrnehmung erfolgen, begründen sie einen besonders schweren Eingriff. Der Austausch von Daten zwischen den Nachrichtendiensten und Polizeibehörden für ein mögliches operatives Tätigwerden muss deshalb grundsätzlich einem herausragenden öffentlichen Interesse dienen, das den Zugriff auf Informationen unter den erleichterten Bedingungen, wie sie den Nachrichtendiensten zu Gebot stehen, rechtfertigt. Dies muss durch hinreichend konkrete und qualifizierte Eingriffsschwellen auf der Grundlage normenklarer gesetzlicher Regelungen gesichert sein; auch die Eingriffsschwellen für die Erlangung der Daten dürfen hierbei nicht unterlaufen werden.“

Diese Herleitung aus den Grundrechten überzeugt inhaltlich. Sinn und Zweck des Trennungsgebots ist nicht die informationelle Abschottung von Nachrichtendiensten und Polizei. Der eigentliche Kerngedanke des Trennungsgebots liegt in den zwei anderen genannten Funktionen und diese verlangen gerade keine informationelle Trennung. Vielmehr liegt der Informationsaustausch von den Nachrichtendiensten ausgehend gerade im Sinn des Trennungsgebots. Die Nachrichtendienste üben eine rein informationelle Hilfsfunktion für andere (dann zum Handeln Berufene) aus; sie sind – wie der Name schon sagt – „Nachrichten“-Dienst, d.h. Informationsquelle für andere.¹³ Die Informationsweitergabe von Nachrichtendiensten an Regierung und in verminderter Form auch an die Polizei ist die Kehrseite und Konsequenz des Trennungsgebots.¹⁴ Soll ihre Tätigkeit als „Nachrichten“-Dienst nicht partiell vergebens und sinnlos sein, sind sie darauf verwiesen, ihre Informationen an diejenigen weiterzugeben, die die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen in der Lage sind. Wenn das Grundgesetz selbst etwa einen „Verfassungsschutz“ vorsieht, so ist davon auszugehen, dass dieser auch einen tatsächlichen Beitrag zum Schutz der Verfassung leisten können soll.

Auch die Beschreibung des Zwecks des Verfassungsschutzes in § 1 Abs. 2 S. 2 BbgVerfSchg, nach dem die für die Gefahrenabwehr zuständigen Stellen in die Lage versetzt werden sollen, rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen zur Abwehr dieser Gefahren zu ergreifen, spricht dafür, dass das Verfassungsschutzgesetz für das Land Brandenburg ebenfalls von keinem strikten Informationsverbot zwischen Verfassungsschutzbehörden einerseits und Gefahrenabwehrbehörden andererseits ausgeht.

Auch das Verbot der Amtshilfe der Polizei zugunsten der Nachrichtendienste verlangt kein Informationsverbot. Eine mit dem Amtshilfeverbot bewirkte „Befugnisleihe“ ist zu unterscheiden von dem Fall, dass die Polizei im Rahmen ihrer regulären Arbeit und für ihre eigenen Zwecke Informationen erhebt, die auch für die Nachrichtendienste relevant sind. Die Kooperation von Behörden mit unterschiedlichen Aufgaben und Befugnissen ist für ein funktionierendes Staatswesen von essentieller Bedeutung und auch in der Praxis gang und gäbe. Das Grundgesetz selbst geht im Rahmen der Gesetzgebungskompetenzen erkennbar von einer Zusammenarbeit von Bund und Ländern aus (Art. 73 Abs. 1 Nr. 10 GG). Weiter sind die normativen

¹³ Möstl, Garantie, 2002, S. 406 f.

¹⁴ Möstl, Garantie, 2002, S. 411 f.

Anknüpfungspunkte für ein organisatorisches und ein aufgabenbezogenes Trennungsgebot im Grundgesetz schon gering genug. Ein informationelles Trennungsgebot können sie nicht begründen. Eine Umgehung des organisatorischen und funktionalen Trennungsprinzips wird durch einen punktuellen Informationsaustausch nicht bewirkt, da durch die Beschränkung der Zusammenarbeit auf bestimmte Schutzgüter der Verlust der Funktion der organisatorischen Trennung ausgeschlossen ist. Weiter wäre ein informationsrechtliches Trennungsgebot auch nicht in der Lage, die notwendigen Maßstäbe für die Frage der Reichweite einer ausnahmsweise zulässigen Zusammenarbeit zu bieten.

d) Die föderale Gliederung

Horizontal zu der Unterscheidung zwischen innerer und äußerer Sicherheit und der Dreiteilung der inneren Sicherheit liegt die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Land, die bundesstaatlich geprägt ist. Die föderale Aufteilung unterscheidet sich in allen Sicherheitsbereichen.

Im Bereich der äußeren Sicherheit besteht der Sache nach ein weitgehendes Monopol des Bundes. Die Streitkräfte werden vom Bund aufgestellt. Die Verteidigungsverwaltung insgesamt unterfällt zwar auch den Ländern gemäß Art. 87b S. 4 und Art. 87b Abs. 2 GG i. V. m. Art. 30 GG. Zentrale Bereiche der Verteidigungsverwaltung sind aber zur Bundeswehrverwaltung zusammengezogen und diese ist dem Bund unmittelbar zugewiesen gemäß Art. 87b Abs. 1 S. 1 – 3 GG.

Im Polizeirecht besteht wiederum ein weitgehendes Monopol der Länder, sowohl bei der Gesetzgebung als auch bei der Verwaltung (Art. 30 GG). Es gibt eigentlich nur drei ausdrückliche Titel für den Bund auf dem Gebiet des Polizeirechts: die Polizeigewalt des Bundestagspräsidenten gemäß Art. 40 Abs. 2 GG, der Schutz der Grenze (Gesetzgebungskompetenz: Art. 73 Nr. 5 GG – Verwaltungskompetenz: Art. 87 Abs. 1 S. 2 GG) und die Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus unter engen Voraussetzungen (Gesetzgebungs- und Verwaltungskompetenz Art. 73 Abs. 1 Nr. 9a GG). Die anderen Polizeikompetenzen des Bundes werden als Annexkompetenz aus anderen Sachbereichen hergeleitet.¹⁵ So hat sich der Bund über den Gedanken der Annexkompetenz eine Reihe von zusätzlichen Einzelkompetenzen zugewiesen und den Bundesgrenzschutz auch namentlich zu einer Bundespolizei weiterentwickelt.¹⁶ Zu nennen sind: (a) Bahnpolizei (Art. 73 Abs. 1 Nr. 6a GG/Art. 87e Abs. 1 Satz 1 GG¹⁷), (b) Luftsicherheit (Art. 73 Abs. 1 Nr. 6 GG/Art. 87d Abs. 1 Satz 1 GG¹⁸), (c) der Schutz von Bundesorganen (Natur der Sache¹⁹), (d) Gefahrenabwehr auf hoher See und im Ausland (Art. 73 Abs. 1 Nr. 1 GG/Art. 32 GG²⁰) Gefahrenabwehr im Notstands- und Verteidigungsfall (Art. 73 Nr. 10b GG/Art. 115c Abs. 1 GG und Art. 91 GG), Gefahrenabwehr außerhalb des Bundesgebiets (Art. 74 Abs. 1 Nr. 21 GG/Art. 87 Abs. 1 S. 1 GG oder Art. 32 oder Art. 74 I GG – str.²¹). Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung zur Bahnpolizei ausdrücklich darauf hingewiesen, dass das

¹⁵ E. Denninger/R. Poscher, in: Denninger/Rachor, Handbuch des Polizeirechts, 5. Auflage, 2012, B, Rn. 147; K. Graulich, in: Schenke/Graulich/Ruthig, Sicherheitsrecht des Bundes, 2014, § 1 BPolG Rn. 7; Gusy, UA-Gutachten, 2012, S. 6 ff.; Wolff, in: Möllers/van Ooyen (Hg.), Jahrbuch, 2007, S. 229, 232 f.

¹⁶ S. dazu Wolff, in: Möllers/van Ooyen (Hg.), Jahrbuch, 2007, S. 229, 232 f.

¹⁷ BVerfGE 97, 198, 222.

¹⁸ BVerfGE 97, 198, 225.

¹⁹ Kritisch Wehr, in: Nomos Bundesrecht BPolG, 2013, § 5, Rn. 2.

²⁰ Kritisch Wehr, in: Nomos Bundesrecht BPolG, 2013, § 6, Rn. 1 und § 8, Rn. 1.

²¹ Vgl. Wehr, in: Nomos Bundesrecht BPolG, 2013, § 8, Rn. 1.

Grundgesetz keine allgemeine Bundespolizei zulasse und daher die Zusammenfassung der einzelnen Annexkompetenzen in der Hand des damaligen Bundesgrenzschutzes nicht den Eindruck einer allgemeinen Polizeibehörde auf Bundesebene erwecken dürfe.²² Dabei nützt der Bund nicht jede ihm zustehende Möglichkeit; wie sonst wäre zu erklären, dass er für die ihm zustehende Schifffahrtspolizei die Wasserschutzpolizeien der Länder im Wege der Organleihe nutzbar macht.²³

Im Bereich der Nachrichtendienste besitzen die Länder über die Zuständigkeit der Landesämter für Verfassungsschutz die kompetenzielle Oberhand. Der Sache nach besteht aber ein deutliches Übergewicht der Kompetenzen des Bundes auf diesem Gebiet.

Im Bereich der Ermittlungsbehörden besteht ebenfalls ein erhebliches Übergewicht der Länder. Gemäß § 142 Abs. 1 Nr. 1 GVG ist der Generalbundesanwalt für die Strafsachen beim Bundesgerichtshof zuständig und gem. § 142a Abs. 1 GVG auch in den Verfahren, die gemäß § 120 Absatz 1 und 2 GVG erstinstanzlich dem OLG zugewiesen sind. § 120 und § 142a GVG wurden gerade zu Gunsten des Generalbundesanwalts geändert.²⁴

2. Überschneidungsbereiche im Bereich der Sicherheitsbehörden

a) Begriff des Überschneidungsbereichs

Überschneidungsbereiche werden verstanden als Berührungspunkte und Schnittstellen der Sicherheitsbehörden untereinander bzw. mit den Ermittlungsbehörden. Nicht darunter gefasst wird die Doppelfunktionalität von Informationen, die dazu führt, dass die Information der einen Behörde auch für eine andere Behörde in völlig anderem Zusammenhang Bedeutung hat (so ist die Reisekostenabrechnung des Beamten B für dessen Dienstherrn und für die Steuerbehörde ein Interesse, ohne dass dadurch ein Überschneidungsbereich in dem hier gemeinten Sinne entsteht – es greifen vielmehr nur die unter 3. genannten Zusammenarbeitsgrundsätze).

b) Allgemein

Überschneidungsbereiche im Sicherheitsbereich sind ein bekanntes Phänomen. Die gegliederte Sicherheitsarchitektur und die bundesstaatliche Kompetenzaufteilung führen dazu, dass für eine Gefährdungs- oder Verdachtslage mehr als eine Sicherheitsbehörde zuständig sein kann. Die Überschneidungsbereichsproblematik wird besonders deutlich, wenn man sich nicht auf eine einzelne Gefährdungssituation, sondern auf eine politisch motivierte Gruppe bezieht.

Je nach Gefährdungslage kann der gleiche Komplex die Zuständigkeit aller drei Arten von Sicherheitsbehörden (repressiv, präventiv-polizeilich, präventiv-nachrichtendienstlich) eröffnen. Wenn eine Gruppe Rechtsextremer in der Vergangenheit volksverhetzende Handlungen vorgenommen hat und dies in der Zukunft wiederholen möchte, sind zuständig:

- die zuständige Verfassungsschutzbehörde gemäß § 2 Abs. 1 Bbg VerfSchG,

²² BVerfG, Beschl. v. 28.01.1998, 2 BvF 3/92, BVerfGE 97, 198, 218.

²³ *Iblier*, in: v. Mangoldt/Klein/Starck, GG, 6. Aufl. 2010, Art. 89 Abs. 2 Rn. 61.

²⁴ Gesetz zur Umsetzung von Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages (NSUABTEmpfUmsG) vom 12.06.2015 (BGBl I 925 f.), wurden die Zuständigkeiten des GBA erweitert.

- das Bundesamt gemäß § 5 Abs. 2 BVerfSchG,
- die Polizeibehörden, sofern es um die Abwehr künftiger Straftaten geht,
- die Ermittlungsbehörden für die Verfolgung der vorausgehenden Straftaten.

Noch eindeutiger wird die Mehrfachzuständigkeit bei Mobilität der Gruppe. Eine durch das Land reisende, gewaltbereite, rechtsradikale Gruppe begründet die Zuständigkeiten mehrerer Landesämter für Verfassungsschutz, des Bundesamtes für Verfassungsschutz, mehrerer Staatsanwaltschaften, ggf. des GBA und mehrerer Polizeibehörden.

Die Überschneidungsbereichsproblematik wird dadurch verschärft, dass im Sicherheitsbereich Mehrfachzuständigkeiten grundsätzlich zugelassen werden. Es gibt keine Kollisionsregeln, die sicherstellen, dass für jede Gefährdungslage nur eine Sicherheitsbehörde zuständig ist. Dies wäre auch verfassungsrechtlich zweifelhaft und rechtspolitisch unerwünscht, da der Staat ein Interesse daran haben muss, Gefährdungen zumindest effektiv zu bekämpfen.

Mehrfachzuständigkeiten rufen Probleme hervor:²⁵

- Es kann zu einem Informationssplitting auf verschiedene Behörden kommen.
- Es entstehen partiell doppelte Kosten.
- Die Konzentration der Ressourcen auf eine Ermittlungszuständigkeit kann ggf. mehr Informationsgewinn erbringen, als die Ressourcenaufteilung auf zwei parallel arbeitende Behörden.
- Das Tätigwerden verschiedener Behörden folgt oft unterschiedlichen politischen Leitideen und unterschiedlichen Einsatzstrategien, mit der möglichen schlimmsten Folge, dass die beiden Sicherheitsbehörden sich gegenseitig behindern.
- Die Kontrolle wird zersplittert, keine Instanz kann den staatlichen Einsatz insgesamt mehr kontrollieren; jede Behörde ist teilweise blind.
- Es kommt zum Kompetenzgerangel, zum institutionellen Selbstschutz und zu Eitelkeiten; jede Behörde besitzt ein institutionelles Eigeninteresse. Auf diese Weise kann es rein praktisch dazu kommen, dass bei der Ermittlung zweier Behörden die Aufklärung schwerer fällt, als wenn nur eine zuständig wäre.
- Die Behörden überwachen sich wechselseitig, teilweise in völliger Unkenntnis.
- In die Grundrechte der Betroffenen wird gleich zweimal eingegriffen.

Den Nachteilen stehen Vorteile gegenüber:

- Unterschiedliche Behörden haben verschiedene Möglichkeiten, Informationen aus vertraulich arbeitenden verfassungsfeindlichen Bestrebungen zu gewinnen.
- Eine doppelte Informationsgewinnung des gleichen Zustands erlaubt, die Verlässlichkeit der gewonnenen Informationen zu überprüfen.
- Unterschiedliche Aufgabenbereiche und unterschiedliche behördliche Befugnisse rechtfertigen unterschiedliches Tätigwerden, obwohl es zu einer Parallelität kommt.

Ob die Überschneidungsbereiche möglichst klein zu halten sind oder nicht, bildet die gegenwärtig am intensivsten diskutierte Frage. Aufgrund der Erkenntnisse, die bisher durch die Untersuchungsausschüsse in Sachen der Aktivitäten des Trios zum

²⁵ S. dazu *Wolff*, in: FS f. Schünemann, 2015, 843, 850 f.

Nationalsozialistischen Untergrund aus Thüringen gewonnen wurden,²⁶ liegt die Annahme nahe, es sei ratsam, die Kompetenzbereiche strenger als bisher abzugrenzen und möglichst geringe Überschneidungsbereiche vorzusehen.²⁷ Der Bundesgesetzgeber ist mit der drittletzten Änderung zum Bundesverfassungsschutzgesetz diesen Weg gegangen und hat die Zusammenarbeit zwischen dem Bundesamt für Verfassungsschutz und den Landesbehörden deutlich intensiviert.²⁸

Will man Überschneidungsbereiche vermeiden, muss man die Aufgaben klar zuordnen. Dazu ist mitunter die Entscheidung notwendig, wem man eine Aufgabe zuweist.

Kommt es zu Überschneidungsbereichen zwischen den Befugnissen und den Aufgaben von Polizeibehörden einerseits und Nachrichtendienstbehörden andererseits und will man Überschneidungsbereiche vermeiden, so bleibt die Frage, wem man eine Aufgabe zuweist.

Diese Frage lässt sich nicht eindeutig beantworten. Prüft man mit einer gewissen Vereinfachung, so gilt:

- Die Polizeibehörden besitzen exekutive Eingriffsbefugnisse, die in der Lage sind, ablaufende Kausalverläufe zu unterbrechen, die Nachrichtendienste besitzen dies nicht. Dies weist Vor- und Nachteile auf. Der Vorteil ist, dass beim Tätigwerden der Nachrichtendienste die Freiheitsrechte der Bürger geringer beeinträchtigt werden, weil Exekutivmaßnahmen von den Nachrichtendiensten nicht drohen. Umgekehrt sind demgegenüber die Polizeibehörden leichter in der Lage, die festgestellten Gefährdungen auch unmittelbar zu beenden, sodass die Zuweisung der Polizei effizienter im Hinblick auf Veränderungen der Kausalverläufe sein dürfte.
- Die Polizeibehörden sind größere Personalkörper, die nicht nur die Aufgabe der Vorfeldermittlung besitzen, sondern den großen Bereich der Gefahrenabwehr und zum Teil den Bereich der Kriminalitätsaufklärung. Die Nachrichtendienste sind demgegenüber kleinere, konzentriertere Behörden. Dies hat für die Aufklärung des Vorfeldbereichs Vor- und Nachteile. Bei den Nachrichtendiensten liegen die Vorteile darin, die mit einer Spezialisierung einer Behörde verbunden sind. Es kommt in der Regel zu einer höheren Personaldichte für die konkrete Aufgabe, als wenn die Aufgabe Teil einer großen Behörde wäre. Weiter ist die Erfahrung kumulierter und verdichteter. Die Gefahr, dass die Behörde sich „verzettelt“ ist geringer. Vorteile bei den Nachrichtendiensten durch die Spezialisierung sind zudem, dass die Vertraulichkeit deutlicher gewährleistet wird.

Die Vorteile einer Aufgabenerledigung durch die Polizei beruhen demgegenüber darin, dass die Aufgaben mehr in der Art wie andere Verwaltungsaufgaben erledigt werden. Eine grundsätzliche isolierte Fehlentwicklung ist

²⁶ S. dazu Abschlussbericht des 2. Untersuchungsausschuss ("Terrorgruppe nationalsozialistischer Untergrund") vom 22.08.2013, BT-Drs. 17/14600; *Bruch* u.a., BLK-Bericht, 2013, S. 123 ff.; *Schäfer/Wache/Meiborg*, Gutachten zum Verhalten der Thüringer Behörden und Staatsanwaltschaften bei der Verfolgung des „Zwickauer Trios“ vom 14.05.2012, abrufbar unter http://www.thueringen.de/imperia/md/content/tim/veranstaltungen/120515_schaefer_gutachten.pdf - letzter Zugriff 10.12.2013.

²⁷ *Gusy*, ZRP 2012, 230, 231.

²⁸ Vgl. Gesetz zur Verbesserung der Zusammenarbeit im Bereich des Verfassungsschutzes vom 17.11.2015 (BGBl I 2015, 1938).

ausgeschlossen. Es tritt durch eine höhere Personalfuktuation eine höhere Transparenz ein. Die Erfahrungen aus dem Bereich der Gefahrenabwehr, die für die Vorfeldermittlung übertragbar sind und positiven Einfluss genießen können, würden übertragen werden.

- Die Einordnung der Vorfeldermittlung in die Polizeibehörden führt dazu, dass diese Aufgaben teilweise gesetzlich, teilweise im Wege des Gesetzesvollzugs mehr an der Struktur der überwiegenden Aufgaben der Polizeibehörden teilnehmen. Auch dies weist wiederum Vor- und Nachteile auf. Die Vorteile sind, dass die Transparenz größer sein dürfte, die Rechtskontrolle anders wahrgenommen würde und der besondere Charakter der Aufgabe der Vorfeldermittlung ein wenig verloren ginge. Die Vorteile bei den Nachrichtendiensten sind demgegenüber, dass die Vertraulichkeit erhöht wird und die Ernsthaftigkeit, mit der die konkrete Aufgabe wahrgenommen wird, strikter sein dürfte.
- Die Zuweisung zu Polizeibehörden folgt nach der bundesstaatlichen Kompetenzzuweisung anderen Regeln als die Zuweisung von nachrichtendienstlichen Aufgaben. Es kann daher sein, dass die gleiche Aufgabe im Überschneidungsbereich, je nachdem ob man sie gesetzlich zu einer Polizeiaufgabe oder zu einer Nachrichtendienstaufgabe erklärt, in den Kompetenzbereich unterschiedlicher Körperschaften, Land oder Bund, fällt. Die Vor- und die Nachteile, die damit verbunden sind, hängen davon ab, aus welcher Sicht man blickt.

c) Überschneidungsbereiche der Sicherheits- und Ermittlungsbehörden im Bund - Länder - Verhältnis

aa) Landesämter für Verfassungsschutz und Nachrichtendienste des Bundes

Die Schnittstellen zwischen Landesämtern für Verfassungsschutz und des Bundesamts für Verfassungsschutz sind weitreichend.²⁹ Der Aufgabenbereich der Landesämter wird durch § 3 BVerfSchG für den Bund und die Länder gemeinsam definiert. Es besteht eine weitgehende gesetzliche Aufgabenüberschneidung.

Die Abgrenzung der Landesverfassungsschutzbehörden zu den Bundesverfassungsschutzbehörden ist im § 5 BVerfSchG geregelt. Danach sind grundsätzlich die Landesbehörden zuständig (§ 5 Abs. 1 BVerfSchG). Das Bundesamt ist zuständig, sofern die Bestrebungen sich entweder gegen den Bund richten, über den Bereich eines Landes hinausgehen, sich auf Gewaltanwendung beziehen, ausländische Belange der Bundesrepublik Deutschland berühren oder das Landesamt (bzw. die Verfassungsschutzbehörde) das Bundesamt ersucht. Vom Normtext des § 5 BVerfSchG her ist eine parallele Zuständigkeit der Landesämter und des Bundesamtes daher in einer Reihe von Fällen gegeben. Auch zum MAD gilt eine weitgehende Übereinstimmung, da der MAD die Aufgabenfelder des BfV für den Bereich der Bundeswehr übernimmt. Die Überschneidungsbereiche zwischen Landesverfassungsschutzbehörden und Bundesnachrichtendienst sind demgegenüber vergleichbar mit den Überschneidungsbereichen vom BfV zum BND mit der Besonderheit, dass bei einer reinen Länderzuständigkeit der internationale Bezug tatsächlich im geringeren Maße auftreten wird.

bb) Ermittlungsbehörden der Länder und Nachrichtendiensten

Überschneidungsbereiche zwischen den Ermittlungsbehörden der Länder und den Nachrichtendiensten des Bundes und der Länder sind grundsätzlich denkbar, da Verdachtslagen sich zu polizeirechtlichen Gefahren verdichten können. Nahe liegt die

²⁹

S. dazu und zum Folgenden schon *Wolff*, UA-Gutachten Bund, 2012, S. 39 ff.

Zuständigkeit spezieller polizeilicher Stellen, die für spezielle Gefahren zuständig sind, die eine Nähe zum Verfassungsschutz oder zum Staatsschutz besitzen.

cc) Polizeibehörden der Länder und Ermittlungsbehörden des Bundes

Überschneidungsbereiche der Polizeibehörden der Länder mit den Ermittlungsbehörden des Bundes dürften selten sein, da in der Praxis zunächst die Ermittlungstätigkeit durch die Ermittlungsbehörden der Länder vorgenommen worden sein dürften, bis die Sache vom Bund übernommen wird.

dd) Polizeibehörden der Länder mit Nachrichtendienstbehörden

Überschneidungsbereiche der Polizeibehörden der Länder mit den Nachrichtendiensten des Bundes und der Länder, insbesondere mit dem BfV und MAD, aber selbst mit dem BND, sind grundsätzlich denkbar. Die Zuständigkeiten der Nachrichtendienste des Bundes sind gegenständlich deutlich weiter als die Zuständigkeit der Bundesbehörden im Polizeibereich, sodass bei der Verdichtung einer nachrichtendienstlichen Verdachtslage zu einer Gefahr der öffentlichen Sicherheit und Ordnung häufig die polizeiliche Zuständigkeit von Landesbehörden und nicht von Bundesbehörden begründet sein wird.

ee) Ermittlungsbehörden der Länder und des Bundes

Die Zuständigkeit der Ermittlungsbehörden des Bundes richtet sich nach der Zuständigkeit des GBA und des BKA. Hier gilt das Enumerationsprinzip für den Bund (§ 4 BKAG; §§ 74a, 120, 142a, 143 GVG). Eine Parallelität ist von Gesetzes wegen weitgehend ausgeschlossen.

ff) Ermittlungsbehörden der Länder und Polizeibehörden des Bundes

Überschneidungen der Ermittlungsbehörden der Länder mit der Bundespolizei sind denkbar, da die Verfolgung von Straftaten innerhalb der Zuständigkeit der Bundespolizei nicht in die Zuständigkeit der Ermittlungsbehörden des Bundes fällt. Das Bundespolizeigesetz sieht eine ausdrückliche Regelung für die Strafverfolgung durch die Bundespolizei vor, nach der auch die Zuständigkeit der sonstigen Polizei für die Strafverfolgung unberührt bleibt (§ 12 BPolG).

gg) Zusammenfassung

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass im Sicherheitsbereich über weite Bereiche Überschneidungen bestehen. Diese Überschneidungsbereiche bestehen zum einen innerhalb eines Sicherheitsbereichs (polizeilich/nachrichtendienstlich und repressiv) zwischen den verschiedenen Behörden, zum anderen überlagern sie die Sicherheitsbereiche zugleich. Die Überlagerungen sind nicht für alle Gefährdungsbereiche gleich groß, aber durchweg erheblich. Groß sind sie vor allem im Bereich des Verfassungsschutzes. Die größte Überlagerung dürfte bei einem terroristischen Akt internationalen Charakters auf einem Bahn- oder Fluggelände begründet sein.

d) Überschneidungsbereiche im Land Baden-Württemberg

aa) Überschneidungsbereiche der Polizeibehörden untereinander

Im Bereich des Polizeirechts des Landes Brandenburg bestehen zwischen den Ordnungsbehörden einerseits und Polizeivollzugsbehörden andererseits erhebliche Überschneidungsbereiche. Dies ist ein Standardproblem des dualistischen Polizeirechtes. Zu ihrer Bewältigung bestehen bestimmte Regeln der Subsidiarität der Polizei (vgl. vor allem § 2 PolG BbG/ § 2 OBG.). Eine grundsätzliche Änderung dieser Systematik erscheint nicht erforderlich.

bb) Überschneidungsbereiche zwischen Polizeibehörden und Ermittlungsbehörden

Auf der Ebene der Ermittlungsbehörden und der Polizeibehörden sind die Überschneidungsbereiche sehr unterschiedlich. Sofern die Polizeibehörden (zumindest wenn es sich zugleich um Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft handelt) tätig werden, handelt es sich nicht selten um einen Fall der repressiven Sicherheitsgewährleistung als auch um einen Fall der polizeilichen Sicherheitsgewährleistung. Häufig kann die gleiche Handlung der Polizeivollzugsbehörden sowohl der Verfolgung von Straftaten dienen als auch der Abwehr von polizeilichen Gefahren. Dieser sehr große Grenzbereich wird gegenwärtig mit folgenden zwei Prinzipien beantwortet. Zum einen kann die Handlung entweder der Strafverfolgung oder der polizeilichen Gewährleistung dienen, eine Doppelnatur wird grundsätzlich abgelehnt. Weiter entscheidet über die Zuordnung der von den Polizeibehörden selbst gesetzte Schwerpunkt der Aktion.³⁰ Die Verwaltung ist dabei nicht völlig frei, so heißt es: „Im Konflikt zwischen präventivem und repressivem Tätigwerden (in der Form der Strafverfolgungsvorsorge) muss für die Polizei der Rechtsgüterschutz stets Vorrang haben. Erkennt die Polizei durch den Einsatz der besonderen Mittel der Datenerhebung, dass alsbald eine (Sexual-)Straftat droht, so muss sie zu deren Verhinderung frühzeitig eingreifen.“³¹

Sofern die Staatsanwaltschaften handeln, ist der Überschneidungsbereich dagegen deutlich geringer. Es kann sein, dass sich aus der Verfolgung von Straftaten zugleich das Vorliegen einer polizeilichen Gefahr ergibt. In diesem Fall sind aber nicht die Ermittlungsbehörden zuständig, sie haben vielmehr nur die Möglichkeit, die relevanten Informationen den zuständigen Ordnungsbehörden und Polizeibehörden zu übermitteln.

cc) Überschneidungsbereiche von Polizeibehörden und Nachrichtendienstbehörden auf Landesebene

Die Überschneidungsebenen zwischen Verfassungsschutzbehörden und Polizeibehörden bestehen auf allen Zuständigkeitsfeldern der Verfassungsschutzbehörde, die die Aufgaben des § 3 Bbg VerfSchG erfüllen; sie verdichten sich oft zu Lagen, die die Schwelle zur polizeilichen Gefahr überschreitet.

dd) Nachrichtendienstbehörden und Ermittlungsbehörden

In der Regel besteht zwischen dem Landesamt (bzw. Verfassungsschutzbehörde) für Verfassungsschutz und den Ermittlungsbehörden eine klare Abgrenzung, die allerdings rein tatsächlich sich so nicht durchhalten lässt. Sofern das Landesamt Bestrebungen im Sinne von § 3 Bbg VerfSchG aufklärt, handelt es sich häufig um Bestrebungen, deren Mitglieder zugleich in einzelnen Fällen des Gesamtgeschehens Straftaten aufgedeckt haben. Umgekehrt können auch die Ermittlungsbehörden, wenn sie Straftaten im Einzelfall klären, mit ihren weitgehenden Mitteln Sondererkenntnisse einer Gesamtbestrebung aufdecken, die im Interesse der Verfassungsschutzbehörde ist. Es ist daher so, dass bei beiden Behörden im Rahmen ihrer eigenen Aufgabenzuständigkeit oftmals Informationen anfallen, die auch für die andere Behörde interessant sind. Die Ziele, die Kompetenzen und die Folgen sind andere als die rechtlichen Möglichkeiten der parallelen Ermittlung der Strafverfolgungsbehörden eröffnen. An der parallelen Ermittlung selbst ändert dies nichts.

³⁰ *Ib/ler*, in: Ennuschat u.a., Recht, 2014, § 2, Rn. 132 ff.

³¹ VG Freiburg, Ut. v. 27.11.2012, 3 K 1607/11, juris Rn. 56.

3. Die Entwicklung der deutschen Sicherheitsarchitektur

a) Die bereichsübergreifende Entwicklung

aa) Überblick

Die Sicherheitsarchitektur ist zurzeit in Bewegung.³² Das überkommene Gefüge hat sich verschoben, allerdings ohne dass die Pfeiler wirklich angegriffen worden wären. Als allgemeine Tendenzen lassen sich nennen:

- Seit Jahrzehnten kommt es zu einer zunehmenden Zentralisierung, insbesondere bemüht sich der Bund in kleinen Schritten um eine Stärkung seiner Kompetenzen im Sicherheitsbereich.
- Die Trennung zwischen repressiver und präventiver Sicherheitsgewährleistung verschiebt sich, weil vereinzelt die Strafbarkeit ins Vorfeld verlegt wurde.
- Die Grenzen zwischen polizeilicher und nachrichtendienstlicher Befugnisse verschieben sich, da die Polizei immer mehr nachrichtendienstliche Befugnisse erhält und zudem die Eingriffsschwelle der exekutivischen Maßnahmen nach vorn verlegt werden.
- Die Nachrichtendienste wandeln sich von Aufklärungsbehörden mit primärer Zielrichtung der politischen Information, zu Aufklärungsbehörden mit der Aufgabe spezifischer Sicherheitsgewährleistungen.
- Die letzten drei Veränderungen führen notwendig dazu, dass die Überschneidungsbereiche sich vergrößern.
- In die umgekehrte Richtung weist dagegen die Stärkung des Grundrechtsschutzes im Bereich der geheimen Grundrechtseingriffe eine reale Veränderung aus und die Verbesserung der parlamentarischen Kontrolle mitsamt einer Stärkung der Evaluation, bis hin zu einer Sensibilitätserhöhung bei den Sicherheitsbehörden selbst.
- Der Vollständigkeit halber sei noch die Privatisierung genannt.

bb) Zentralisierung

Die Zentralisierung zeigt sich an einem Anwachsen der Kompetenzen der Bundesbehörden, einer Europäisierung und einer stärkeren Verstaatlichung.

aaa) Stärkung der Bundeskompetenz

Der Bund bemüht sich permanent um die Erweiterung seiner Kompetenzen im Sicherheitsbereich, teilweise mit Erfolg.³³

In den letzten Jahren sind polizeiliche Befugnisse von den Ländern zum Bund gewandert. Den Anfang machte zunächst die Zuweisung von erheblichen Informationseingriffen an das Zollkriminalamt.³⁴ Es folgte 1992 die Übertragung der Aufgaben der Bahnpolizei und der Luftsicherheit auf den Bundesgrenzschutz. Diese Übertragung diente der Kompensation des Aufgabenwegfalls durch die Grenzöffnungen und dem Beginn einer Entwicklung hin in Richtung einer multifunktionalen Polizei des Bundes.³⁵ Das Bundesverfassungsgericht hielt diese

³² S. dazu *Wolff*, UA-Gutachten, 2012, S. 31 ff.; *Baldus*, Die Verwaltung 2014, 1 ff.; *Gusy*, VerwArch 2010, 309 ff.

³³ *Lisken/Denninger*, in: dies., Handbuch, 2012, C, Rn. 142; *Gusy*, VerwArch 2010, 309, 324 ff.; *Wolff*, in: Möllers/van Ooyen (Hg.), Jahrbuch, 2007, 229 ff.

³⁴ S. dazu BVerfGE 110, 33 ff.; s. dazu *Roggan*: NVwZ 2007, 1238 ff.; *Huber*, NJW 2005, 2260 ff.

³⁵ *Knemeyer*, Polizei- und Ordnungsrecht, 11. Aufl. 2007, Rn. 29; *Möstl*, Garantie, 2002, S. 465.

Aufgabenerweiterung zwar für verfassungsgemäß, betonte aber die Entscheidung des Grundgesetzes, die Polizeigewalt in der Zuständigkeit der Länder zu belassen. Der Bundesgrenzschutz müsse das Gepräge einer Sonderpolizei wahren und dürfe nicht zu einer allgemeinen, mit der Landespolizei konkurrierenden Bundespolizei ausgebaut werden.³⁶ Der Bund ist bemüht, diese Vorgaben extensiv auszulegen.³⁷ So hat er zunächst Mitte 1998 die Kontrollbefugnisse im Grenzhinterland deutlich erweitert.³⁸ Weiter ist es mit dem Geiste des verfassungsrechtlichen Judikats nicht recht zu vereinbaren,³⁹ dass der Bund durch Gesetz mit Wirkung zum 01.07.2005 (BGBl I 1818) den Bundesgrenzschutz in Bundespolizei unbenannt hat.⁴⁰ Dieses Zentralisierungsbestreben wurde durch die Einfügung des Art. 73 Abs. 1 Nr. 9a GG in das GG fortgesetzt, dessen einfachgesetzliche Umsetzung dem BKA erhebliche Kompetenzzuwächse bescherte.⁴¹ Weiter ist auch das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum der Sache nach als eine Erweiterung der Bundeskompetenzen zu verstehen. Begleitet werden die Kompetenzerfolge mit einer immerwährenden Diskussion, die dem Militär weitere Inlandskompetenzen zuweisen und den Föderalismus im Nachrichtendienstbereich relativieren wollen.

Jüngst hinzugekommen sind zunächst gewisse Kompetenzstärkungen zu Gunsten des Bundesgeneralanwalts⁴² und dann schließlich die Erweiterungen zu Gunsten des Bundesamtes durch das Gesetz zur Verbesserung der Zusammenarbeit im Bereich des Verfassungsschutzes.⁴³ Die Reform bildet einer von mehreren Bausteinen, mit dem die Folgerungen aus den NSU-Gewalttaten gezogen werden sollen. Dem Änderungsvorhaben gingen neben entsprechenden Diskussionen in Politik und Wissenschaft vor allem ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss auf Bundesebene und zwei Regierungskommissionen voraus. Die Antwort, die die Reform von 2015 auf die Erkenntnisse aus den NSU-Vorfällen gibt, ist verkürzt gesprochen:

- Bessere Zusammenarbeit zwischen den Inlandsnachrichtendiensten;
- Stärkung der Rolle des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV);
- Gesetzliche Regelung zu den „V-Leuten“.

Diese Folgerungen sind kompatibel zu dem, was als Mitursache für den fehlenden Erfolg bei der Verhinderung der Anschläge der NSU durch die deutschen Sicherheitsbehörden nach außen verkündet wird, sodass eine Kohärenz zwischen diagnostizierten Ursachen und Reaktionen darauf besteht. Dies erscheint grundsätzlich nicht unsinnig.

³⁶ BVerfGE 97, 198, 218; zustimmend *Sachs*, JuS 1999, 186 ff.; *Hecker*, NVwZ 1998, 707 ff.; s. a. *Ronellenfitsch*, VerwArch 90 (1999), 139 ff.

³⁷ Ausführlich *Hecker*, NVwZ 1998, 707, 708; deutlich wohlwollender *Soria*, NVwZ 1999, 270, 271.

³⁸ Vgl. dazu *Schwabe*, NJW 1998, 3698 ff.; *Soria*, NVwZ 1999, 270; *Müller-Treptiz*, DÖV 1999, 329 ff.

³⁹ A.A. die Wertung bei *Scheuring*, NVwZ 2005, 903 f.

⁴⁰ A.A. *M. Scheuring*, NVwZ 2005, 903, 904. Aus der Sicht der Zurückdrängung der Länderkompetenzen unproblematischer (politisch dagegen sehr umstritten) war demgegenüber die Schaffung der Rechtsgrundlage für die nichtmilitärische Verwendung der Bundespolizei im Ausland im Jahr 1994, *Gröpl*, DVBl 1995, 329, 335.

⁴¹ S. dazu nur *Roggan*, NJW 2009, 257 ff.; *Wolff*, DÖV 2009, 597 ff.

⁴² Gesetz zur Umsetzung von Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages (NSU-UntersuchungsausschussG) vom 12.06.2015 (BGBl I 925 f.).

⁴³ Gesetz v. 17.11.2015 (BGBl I 2015, 1938); vgl. BT-Drucksache 18/4654.

Die Reform von 2015 stärkt die Rolle des BfV erheblich. So führt eine nicht verhinderte Gewaltserie von verfassungsfeindlichen Organisationen dazu, dass die Nachrichtendienste in einer Zeit, in der vor allem um ihre stärkere rechtliche Einbindung und um die Erweiterung ihrer Transparenz gerungen wird, zusätzliche Befugnisse erhalten. Gerade aus diesem „Paradoxon“ sieht man, dass es dem Gesetzgeber vor allem darum geht, nicht abstrakt oder nach einem politischen Leitbild die Nachrichtendienste fortzubilden, oder nur auf eine Gelegenheit gewartet hat, die Nachrichtendienste „aufzurüsten“. Im vorliegenden Fall geht es wohl darum, die Befugnisse der Nachrichtendienste aufgabenbezogen an den Stellen zu verändern, an denen Schwächen aufgrund konkreter Vorfälle diagnostiziert oder vermutet werden. Dabei wird im Ergebnis die Rolle des BfV – im Verhältnis zu den Landesämtern – insgesamt aber deutlich erweitert, indem seine Zuständigkeit bei „Gewaltbezug“ auch auf landesinterne Vorgänge ausgedehnt wird und es über die Vorgaben für die gemeinsame Datennutzung sachlich mittelbar die Schwerpunktsetzung in den Ländern beeinflussen kann. Das führt zu der Frage, wie der Kompetenztitel für die Gesetzgebung:

Regelungen über „die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder ... b) zum Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes (Verfassungsschutz) und c) zum Schutze gegen Bestrebungen im Bundesgebiet, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden“ (Art. 73 Abs. 1 Nr. 10 GG)

und zur Verwaltung:

„Durch Bundesgesetz können Bundesgrenzschutzbehörden, Zentralstellen ... zur Sammlung von Unterlagen für Zwecke des Verfassungsschutzes und des Schutzes gegen Bestrebungen im Bundesgebiet, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden, eingerichtet werden“ (Art. 87 Abs. 1 S. 2 GG).

zu verstehen sind.

Verfassungsgerichtlich sind diese Titel bisher nicht in einer Weise geklärt, die eine klare Antwort auf die hier vorliegenden Erweiterungen zulassen. Die Antwort auf die Frage der Vereinbarkeit mit dem GG ist von einem Werturteil abhängig und daher nicht eindeutig. Folgende Fragen stellen sich in diesem Zusammenhang:

- ist der Gesetzgebungstitel des Art. 73 Abs. 1 Nr. 10 GG abschließend oder kann ergänzend auf den Titel „Natur der Sache“ zurückgegriffen werden, soweit der Bund ein Bundesamt errichtet, mit der Aufgabe und dem Ziel, den Bestand des Bundes selbst zu schützen;
- inwieweit begrenzt der Passus „Zusammenarbeit“ in Art. 73 Abs. 1 Nr. 10 GG den Titel: „Sammlung von Unterlagen für Zwecke des Verfassungsschutzes“.

Nach dem ersten Eindruck erscheinen die Erweiterungen nicht offensichtlich unverträglich mit dem Normtext des Art. 87 Abs. 1 GG.

Ansonsten enthält die Reform eine Vielzahl von Einzelregelungen; beschränkt man sich auf das Wichtigste gilt:

- Die Fusion von Landesämtern wird ausdrücklich zugelassen (Änderung § 2 Abs. 2 BVerfSchG): Die ausdrückliche Feststellung der Ermächtigung der Länder, gemeinsame Landesämter zu schaffen, ist ausgesprochen sinnvoll. Bei einigen Ländern besteht ein entsprechendes Bedürfnis. Es war in der Literatur umstritten, ob die Länder ohne eine entsprechende bundesrechtliche Öffnung dieses Recht erhalten; nun liegt eine zumindest deklaratorische Klarstellung vor.

- Es wird eine Zuständigkeit des BfV für Gewaltbestrebungen auch innerhalb eines Landes geschaffen (§ 5 Abs. 1 Nr. 2 BVerfSchG): Die Zuständigkeit des BfV für verfassungsfeindliche Bestrebungen wird auf den Fall erweitert, dass eine Bestrebung nicht notwendig über den Bereich eines Landes hinausgeht, d.h. sich auch nicht notwendig ganz oder teilweise gegen den Bund richtet, aber gewaltbezogen ist. Die Fallgestaltungen, in denen es tatsächlich auf § 5 Abs. 1 Nr. 2 BVerfSchG ankommt, um eine Zuständigkeit des BfV zu begründen, dürften rein praktisch ausgesprochen selten sein. Sollten sie einmal vorliegen, erscheint die Verfassungsmäßigkeit dieser Kompetenz nicht völlig unproblematisch. Die Gesetzesbegründung verweist darauf, dass die neue Kompetenz allein subsidiär sei und zudem das Benehmen des Landes voraussetzt. Im Sinne einer subsidiären ergänzenden Kompetenz wird man die Gesetzgebungskompetenz des Bundes aus Art. 73 Abs. 1 Nr. 10 b) GG herleiten können und die Verwaltungskompetenz aus Art. 87 Abs. 1 S. 2 GG auch ohne Rückgriff auf die Annexkompetenz ansehen können. Ob diese Norm mit Landesinteressen kompatibel ist, lässt sich aus der Sicht der Rechtswissenschaft schwer beantworten.
- Verbesserung der Auswertungstätigkeit des BfV (§ 5 Abs. 2 BVerfSchG): Durch § 5 Abs. 2 BVerfSchG wird die Auswertungstätigkeit nun deutlich dem BfV zugewiesen, während sie beim alten Gesetzestext mit § 5 Abs. 1 BVerfSchG den Landesbehörden zugewiesen war. Auf diese Weise wird vom Normtext her die Stellung des BfV zentral gestärkt. Das BfV bildet nun die zentrale Ermittlungseinheit für die Auswertung aller Daten des Verfassungsschutzes. Die Auswertungsbefugnis bezieht sich vom Normtext dabei auch auf Bestrebungen, deren Tätigkeit sich auf ein Land beschränkt. § 5 Abs. 2 BVerfSchG geht dabei erkennbar davon aus, dass das BfV von den Landesämtern einerseits Informationen erhält und die Landesbeamten dafür im Rahmen eines Gegenstroms die Auswertungsergebnisse des BfV erhalten. Durch § 5 Abs. 2 BVerfSchG wird der Inlandsnachrichtendienst vom Gesetzestext her deutlich zentralisiert. Dass § 5 Abs. 2 BVerfSchG eine echte Erweiterung darstellt und nicht nur den Status quo festschreibt, sieht man auch daran, dass die Gesetzesbegründung die Forderung nach personaler Aufstockung unter anderem auf § 5 Abs. 2 BVerfSchG stützt.

Es drängt sich daher die Frage auf, ob diese Zentralisation mit der Zentralstellenfunktion des BfV im Sinne von Artikel 87 Abs. 1 Satz 2 GG zu vereinbaren ist. Die grundgesetzliche Regelung der Zentralstellenfunktion des BfV sollte ursprünglich auch eine Beschränkung der Befugnisse der bundessestaatlichen Nachrichtendienste darstellen. Vom Begriff her lässt sich allerdings die Vorstellung des Flusses von Informationen der Landesbehörden zu einer Bundesbehörde und der Rückfluss der Auswertungsergebnisse der Zentralstelle zu den Landesbehörden mit der Vorstellung einer Zentrale gut vereinbaren. Der sternförmige Hin- und Rückfluss ist sachlich das, was mit dem Begriff einer Zentralstelle erfasst wird.
- Zuweisung von Koordinationsvorgaben durch das BfV (§ 5 Abs. 3 BVerfSchG): Die Vorschrift schafft einheitliche Standards für die Zusammenarbeit des BfV mit den Landesämtern, die auch die Arbeitsschwerpunkte und die Relevanzkriterien für die Übermittlung vorsehen. Durch die Festsetzung von Arbeitsschwerpunkten und die Festlegung von Relevanzkriterien für die Ermittlung von Informationen wird erheblich in die Schwerpunktsetzung der Tätigkeit der Landesämter eingegriffen. § 5 Abs. 3 BVerfSchG ermöglicht daher eine erhebliche Steuerung der Tätigkeit der Landesämter durch das BfV. Inwieweit für diese Steuerung die Zustimmung der Landesämter nötig ist, ist nicht ganz klar zu beantworten. Der Normtext spricht einerseits von

Vereinbarung, andererseits kann man sich praktisch schwer vorstellen, dass das Landesamt (bzw. die Verfassungsschutzbehörde) die Vorgaben von Relevanzkriterien für die Übermittlung, die ihm selbst nicht einleuchten, verhindern kann, wenn das BfV diese für relevant hält. Gleiches gilt für die Arbeitsschwerpunkte. Zwar gibt es – soweit ersichtlich – keine Sanktionsmöglichkeiten des BfV gegenüber den Landesämtern. Dennoch dürfte es die Arbeit von Landesämtern erheblich beeinträchtigen, wenn sie für sich selbst andere Relevanzkriterien für die Übermittlung und andere Arbeitsschwerpunkte festsetzen, als die, die das BfV ggf. in Übereinstimmung mit anderen Landesämtern gemäß § 5 Abs. 3 BVerfSchG festsetzt.

Fraglich ist, ob vom Normtext her das Veto eines Landes die Festsetzung der Arbeitsschwerpunkte und der Relevanzkriterien verhindert. Nimmt man den Begriff „Vereinbarung“ ernst, müsste es jeweils zu einer Vereinbarung des BfV mit allen einzelnen Landesämtern kommen, sodass ggf. inhaltliche Unterschiede bestehen. Sofern diese differenzierenden Vereinbarungen ins Auge gefasst werden, wäre dies bundesstaatlich unproblematischer, allerdings hinsichtlich der Effizienzgesichtspunkte nicht unmittelbar glücklich. Sollten einheitliche Verträge beabsichtigt sein, würde dies bundesstaatlich die genannten Probleme aufwerfen.

Die Kompetenzgrenzen des Art. 87 Abs. 1 GG dürften noch eingehalten sein.

- Das BfV erhält ausdrücklich die Aufgabe technische und fachliche Fähigkeiten bereitzustellen (§ 5 Abs. 4 Nr. 2 BVerfSchG): Die Servicefunktion der Bereitstellung von technischen und fachlichen Fähigkeiten gemäß § 5 Abs. 4 Nr. 2 BVerfSchG ist aus Effektivitätsgesichtspunkten und aus Ressourcengesichtspunkten gut nachvollziehbar. Inwieweit die Servicefunktion dazu dienen kann, die inhaltliche Arbeit der Landesämter zu steuern, lässt sich aus der Norm alleine nicht ersehen.
- Das BfV erhält ausdrücklich die Aufgabe, Methoden und Arbeitsweisen zu entwickeln und bereitzustellen (§ 5 Abs. 4 Nr. 3 BVerfSchG): Die Bereitstellung und Entwicklung von Methoden und Arbeitsweisen gemäß § 5 Abs. 4 Nr. 3 BVerfSchG betreffen demgegenüber zentral die Aufgabenerledigung des Verfassungsschutzes durch die Landesämter. Hier ist eine inhaltliche Einflussnahme des BfV geradezu gesetzlich vorgegeben. Die Landesämter werden von Gesetzes wegen zu so etwas wie kleinen Schwestern des BfV „herabgestuft“ und die Führungsfunktion des BfV gesetzlich verankert. Eine Zentralstelle soll koordinieren, ob sie auch führen soll, ist vom Begriff her nicht notwendig mitgegeben. Andererseits ist eine Führungsrolle mit einer Zentralstellenrolle auch nicht per se völlig unvereinbar. In der Praxis dürfte § 5 Abs. 4 Nr. 3 BVerfSchG schon praktisch sein. Die Zentralstelle sammelt und entwickelt, weiß daher mehr als die äußeren Stellen und kann daher auch ein „Feed-Back“ geben. Auch hier gilt wieder, dass die Unsicherheiten der genauen Reichweite des Art. 87 Abs. 1 GG das Ergebnis der Bewertung leitet.
- Kommunikationsverkehr mit dem Ausland (§ 5 Abs. 5 BVerfSchG): § 5 Abs. 5 BVerfSchG besitzt der Sache nach drei Funktionen: (a) Er legt die Zuständigkeit für die Kommunikation mit den befreundeten Nachrichtendiensten im Ausland fest; (b) Er weist diese Kompetenz dem BfV zu; (c) Er beschränkt die Kompetenz der Landesämter für die eigene internationale Kommunikation auf Fallgestaltungen, bei denen die Länder unmittelbar zentral betroffen sind.

Die Vorschrift ist insofern zu begrüßen, als sie den für die praktische Arbeit immens wichtigen Auslandsverkehr ausdrücklich zum Gegenstand nimmt. Hinsichtlich ihres weiteren Aussagegehaltes ist sie stark zentralistisch geprägt. Es ist von außen schwer zu beurteilen, ob dies für die Landesämter einen Kompetenzverlust darstellt oder nicht. Sollte es einen Kompetenzverlust

darstellen, müsste über die Gesetzgebungskompetenz noch einmal nachgedacht werden. Die Kompetenz aus Art. 73 Abs. 1 Nr. 10 b) GG dürfte hier nicht greifen, da es nicht um die Zusammenarbeit von Bund und Ländern geht. Der Sache nach dürfte es sich daher um die Regelung der auswärtigen Angelegenheiten gemäß Art. 73 Abs. 1 Nr. 1 GG handeln, für die der Bund die Gesetzgebungskompetenz besitzt.

- Wechselseitige Unterrichtungspflicht bei Relevanz (§ 6 Abs. 1 BVerfSchG): Die wechselseitige Unterrichtungspflicht als solche entspricht der gegenwärtigen Rechtslage. Der Maßstab für die Ermittlung wechselt vom Maßstab der „Erforderlichkeit“ zur „Relevanz“. Der Begriff der Erforderlichkeit ist ein datenschutzrechtlicher Begriff, der allgemein in allen datenschutzrechtlichen Vorschriften verwendet wird und dadurch eine gewisse Kontur erhält. Der Begriff der Relevanz ist – soweit ersichtlich – neu. Die Gesetzesbegründung⁴⁴ ist so zu verstehen, dass der Informationsfluss durch den Wechsel von Erforderlichkeit zur Relevanz erweitert werden soll und daher die Hürde der Relevanz leichter erfüllt wird als die der Erforderlichkeit. Die Erleichterung des Informationsflusses dient offenbar dem Zweck, den Informationsaustausch zu verbessern, weil gerade darin eine der Ursachen für NSU-Anschläge gesehen wird. Ob diese Absenkung zu begrüßen ist, erscheint nicht ganz unmittelbar einleuchtend. Der Maßstab der Erforderlichkeit ist niedrig genug, um einen sinnvollen Informationsaustausch zu gewährleisten. Es wird eine Sonderdoktrin für den Informationsaustausch der Nachrichtendienste eingeführt. In den anderen Sicherheitsbereichen bleibt es bei der Erforderlichkeit als unterster Maßstab für den Informationsaustausch. Es stellt sich daher die Frage, weshalb der Austausch im Nachrichtendienstbereich auf einer niedrigeren Ebene stattfinden soll als im sonstigen Sicherheitsbereich.

Die Absenkung kann sich nur über die Aufgabe der Nachrichtendienste rechtfertigen. Es ist daher die Frage zu stellen, ob die Aufklärungstätigkeit auch im Vorfeld einen vorgelagerten Informationsaustausch rechtfertigt. Da es bei der Aufklärungstätigkeit vor allem auch darum geht, aus unterschiedlichen Anzeichen Schlüsse auf ein Gesamtbild zu ziehen, kann es durchaus sein, dass die Bedeutung einer Information für die Aufgabenerfüllung am Maßstab der Erforderlichkeit nicht sicher beurteilt werden kann. Es kann sein, dass die Erforderlichkeit erst aus der Sicht dessen, der die Informationen erlangt, beurteilt werden kann, weil sie sich erst aus der Zusammenschau verschiedener Informationen ergibt. Durch die Absenkung von Erforderlichkeit zur Relevanz wird daher gewissermaßen sichergestellt, dass die Erforderlichkeit aus Blick dessen, der die Informationen von verschiedenen Stellen erhält, beurteilt werden wird und nicht aus der Sicht dessen, der die Informationen ermittelt. Für diesen ist nur entscheidend, ob denkbar ist, dass für den zu Informierenden die Information relevant sein kann. Bei einem solchen Verständnis erscheint die Absenkung des Maßstabes nicht unsinnig.

- Gemeinsame Dateien (§ 6 Abs. 2 BVerfSchG): Gemäß § 6 Abs. 2 BVerfSchG sind alle Verfassungsschutzbehörden verpflichtet, gemeinsame Dateien zu führen. Neben § 5 BVerfSchG stellt § 6 BVerfSchG eine zentrale Änderung des Reformvorhabens dar, die die Befugnisse der Verfassungsschutzbehörden erheblich ausgedehnt. Die Ermächtigung zu den gemeinsamen Dateien und die Möglichkeiten der Recherche aller Behörden in diese Informationen erweitert den Kreis der Nutzer und die Nutzungsmöglichkeiten im Vergleich zu der Lösung der 17-fachen Amtsdateivariante erheblich aus. Diese Ausweitung stellt eine

⁴⁴

BR-Drs. 123/15, S. 27.

Vertiefung des Grundrechtseingriffs dar, da die Intensität erheblich von den Nutzungsmöglichkeiten geprägt wird.

Die verfassungsrechtliche Bewertung dieser Norm wird durch den Umstand erschwert, dass nicht ganz klar ist, wann sie eigentlich eingreift. Aus dem Gesetzestext ergibt sich nicht, in welchem Umfang gemeinsame Dateien zu führen sind. Die Gesetzesbegründung⁴⁵ legt die Annahme nahe, dass faktisch alle Dateien und Informationen der Landesbehörden auch in gemeinsame Dateien eingestellt werden dürfen bzw. auch werden. Es ist gesetzestechnisch nicht besonders glücklich, dass der Umfang der Pflicht zur Führung gemeinsamer Dateien aus dem Gesetzestext nicht klar deutlich wird.

Die verfassungsrechtliche Bewertung muss sich daher vorsichtshalber an der unterstellten Möglichkeit halten, dass alle Daten der Landesämter und des BfV in die gemeinsamen Dateien eingestellt werden. Sofern gemeinsame Dateien geführt werden, werden nicht nur alle Informationen aller Verfassungsschutzbehörden zusammengeworfen, sondern es werden auch die Gefahrenbereiche des § 3 Abs. 1 Nr. 1 - Nr. 4 BVerfSchG nicht mehr differenziert. Es fallen daher zwei Abschottungskriterien weg, mit der Folge, dass die Datennutzung sich deutlich erweitert. Auf diese Weise wird die Recherchemöglichkeit aller im Nachrichtendienstbereich Tätigen von Bund und Ländern (bezogen auf den Inlandsnachrichtendienst) erheblich erweitert. Es ist – sofern die Norm richtig verstanden wird – nun irrelevant, ob in Nordrhein-Westfalen oder in Bayern recherchiert wird, da der Datenbestand identisch ist. Auf diese Weise verliert die föderale Gliederung der Nachrichtendienste ihren freiheitserweiternden Charakter. Umgekehrt ist damit eine erhebliche Effizienzsteigerung der Nachrichtendienste verbunden. Der gegebenenfalls durch die Speicherung, die Recherche und die Verwendung der Daten folgende Grundrechtseingriff wird erheblich vertieft, da der Verwendungszusammenhang und die Zugriffsmöglichkeiten von in die Dateien eingestellten Daten erheblich erweitert wird.

Eine Zweckänderung durch Einstellung von Daten, die von einer Landesbehörde oder einer Bundesbehörde erhoben werden, in den gemeinsamen Dateien, findet in beschränktem Umfang statt. Erhebt eine Landesbehörde die Information zwecks Verfolgung ihrer Aufgaben zur Wahrung des Verfassungsschutzes in ihrem Land und werden die Daten von einem anderen Land zur Wahrung des Verfassungsschutzes in diesem Land verwendet, liegt darin eine Zweckentfremdung, die allerdings angesichts der Gleichartigkeit der Aufgabe (Verfassungsschutz) von begrenztem Umfang ist. Das BVerfG spricht in seinem BKA-Urteil von „weiterer Nutzung“. Weiter wird eine Zweckänderung vorgenommen, soweit die Daten, erhoben zum Zwecke eines Aufgabenbereichs gem. § 3 Abs. 1 BVerfSchG, für einen anderen verwendet werden. Ansonsten ist die Datenzusammenführung aus dem Gesichtspunkt der Zweckänderung nicht richtig problematisch.

Problematisch ist die Zusammenführung aber aus dem Gesichtspunkt der Datenweitergabe. Vereinfacht gesprochen, gibt jede Behörde alle Daten an alle weiter, ohne jede Prüfung der Erforderlichkeit. Die Erforderlichkeit prüft nur die Behörde, die die Daten nutzt.

- Es gibt Sicherungen, vor nicht erforderlicher Nutzung. So stellt § 6 Abs. 2 BVerfSchG sicher, dass der Zugriff auf die Verfassungsschutzdaten nur zum Zwecke des Verfassungsschutzes möglich ist. Dies dürfte eine zentrale Bestimmung sein, die für die Beurteilung der Verfassungsmäßigkeit der Norm

⁴⁵ BR-Drs. 123/15, S. 28-32.

von immenser Bedeutung ist. Auch die Protokollierung gem. § 6 Abs. 3 BVerfSchG schränkt die Belastung sehr ein.

- § 9b BVerfSchG stellt eine spezielle Ermächtigung für die Anwerbung und Führung von Vertrauensleuten dar. Die Klarstellung ist zu begrüßen. Die Dichte der Regelung und der Sicherung bleibt aber hinter der zurück, die manche Länder schon kennen. Die Parallelität mit den Verdeckten Ermittlern (§ 9a BVerfSchG) ist unglücklich.
- Es wird die Aktenführung in elektronischer Form ausdrücklich zugelassen (§ 13 Abs. 4 BVerfSchG): Die Norm zeichnet die gegenwärtige Verwaltungspraxis nach. Sie will ein unbegrenztes Recherchieren elektronischer Akten verhindern und bemüht sich, die elektronische Akte, ähnlich wie die Papierakte, auf einen Vorgang zu beschränken. Dies ist ausgesprochen zu begrüßen.
- § 18 BVerfSchG wird geändert: § 18 Abs. 1b BVerfSchG bildet eine erhebliche Veränderung des Informationsaustausches zugunsten des BfV. Sofern die Erforderlichkeit für die Aufgabenerledigung gegeben ist, müssen die Daten weitergegeben werden. Grenzen für die Weitergabe finden sich nicht in § 18 BVerfSchG. Vielmehr greifen hier nur die Vermittlungsverbote von § 23 BVerfSchG. Die Vermittlungsverbote erscheinen aber ausreichend, um die Verfassungsmäßigkeit der neuen Regelung herzustellen. Die Neuregelung ist eine Folge der aus der NSU-Erfahrung folgenden Forderung nach einem besseren Informationsaustausch. Informationen, die durch erhebliche Grundrechtseingriffe bei den verpflichteten Stellen entstanden sind, dürfen bei einer wesentlichen Zweckänderung nicht weitergegeben werden. Dies folgt aus § 23 Nr. 1 BVerfSchG.
- Änderung von § 19 BVerfSchG: Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung zum Antiterrordateigesetz verdeutlicht, dass § 19 BVerfSchG nicht sehr glücklich ist.⁴⁶ Nach dem Urteil ist der Informationsaustausch zwischen Nachrichtendiensten und Polizeibehörden nur in Ausnahmefällen zulässig. Das Bundesverfassungsgericht verlangt ausdrücklich ein „herausragende[s] öffentliche[s] Interesse“⁴⁷. Dieser Gedanke wird in der Entscheidung zur Antiterrordatei wieder aufgenommen,⁴⁸ wenn darauf hingewiesen wird, dass niederschwellige Voraussetzungen wie die Erforderlichkeit für die Aufgabenwahrnehmung oder die Wahrung der öffentlichen Sicherheit für solche Datenübermittlungen verfassungsrechtlichen Anforderungen nicht genügen. Wörtlich heißt es:

Im Ergebnis stellt es sicher, dass ein Austausch von Daten zur unmittelbaren Nutzung für die Aufklärung und Bekämpfung des internationalen Terrorismus nur unter den rechtlichen Voraussetzungen der einzelnen Übermittlungsvorschriften zulässig ist. Diese müssen dann freilich ihrerseits den verfassungsrechtlichen Anforderungen genügen und können sich jedenfalls für Datenübermittlungen zwischen den Nachrichtendiensten und der Polizei nicht mit vergleichbar niederschweligen Voraussetzungen wie der Erforderlichkeit für die

⁴⁶ S. nur Gazeas, Übermittlung, 2014, 409 f.

⁴⁷ BVerfG, Ut. v. 24.04.2013, 1 BvR 1215/07 u.a., juris Rn. 123 = BVerfGE 133, 277 ff. (ATDG).

⁴⁸ BVerfG, Ut. v. 24.04.2013, 1 BvR 1215/07 u.a., juris Rn. 126 = BVerfGE 133, 277 ff. (ATDG).

*Aufgabenwahrnehmung oder der Wahrung der öffentlichen Sicherheit
begnügen.⁴⁹*

Vor diesem Hintergrund lag eine Revision der Gesetze zum Informationsaustausch zwischen Nachrichtendiensten und Polizeibehörden und insbesondere des § 19 BVerfSchG nahe. Die Neuregelung nimmt dies auf und präsentiert nun die gewünschte Neuregelung. Dies ist dem Grunde nach ausdrücklich zu begrüßen. Das Bundesverfassungsgericht hat die Bedenken an § 19 BVerfSchG mit dem informationellen Trennungsgebot hergeleitet, das es datenschutzrechtlich begründet. Die Neuregelung nimmt dies auf, indem sie nur die Informationen der Beschränkung unterwirft, die mit nachrichtendienstlichen Mitteln erhoben wurden. Dies ist der Sache nach nachvollziehbar, fraglich ist allerdings, ob die Umsetzung ganz glücklich ist.

Die Bindung der Weitergabe der Informationen, die nicht den erhöhten Beschränkungen unterliegt, an die erschwerte Voraussetzung des erheblichen Zweckes der öffentlichen Sicherheit zu binden, ist ausgesprochen zu begrüßen, insbesondere wenn man die Beschränkung auf die konkreten Behörden entfallen lässt.

- Erweiterung der Individualbeschränkung der Telekommunikationsbeziehung - § 3 Abs. 1 Nr. 7 G 10 neu: Die Regelung bezweckt, Angriffe auf Datenverarbeitungssysteme mit verfassungsfeindlichem Hintergrund in die Individualtelekommunikationsbeschränkung einzubeziehen. Von dem Aufgabenzweck der Nachrichtendienste und der Bedeutung des Angriffes auf die Infrastruktur ist dieser Einbezug sinnvoll. Die Voraussetzungen scheinen dabei ausreichend hoch genug, um den Eingriff in Artikel 10 GG zu rechtfertigen.
- Erweiterung der strategischen Kontrolle: § 5 Abs. 1 Nr. 8 G 10: Die strategische Fernmeldekontrolle soll ergänzt werden, um den Gefahrenbereich des „Cyber“-Angriffs. Das Bundesverfassungsgericht kontrolliert die Gefahrenbereiche, auf die sich die strategische Fernmeldekontrolle bezieht, mit großer Genauigkeit. Angesichts der Bedeutung der Infrastruktur und der bestehenden Verletzlichkeit der Infrastruktur des Landes, die Auswirkungen auf Wirtschaft, Privatsphäre und Staat haben, erscheint der Einbezug des Cyber-Raums in die strategische Fernmeldekontrolle angemessen. Es erscheint nicht von vornherein ungeeignet, dass die strategische Fernmeldekontrolle hier ein sinnvolles Gegenmittel darstellt. Die Erweiterung ist daher aus Gesichtspunkten der Aufgabenbeschreibung ausgesprochen zu begrüßen. Die Parallelität von „Bezug zur Bundesrepublik Deutschland“ und „erhebliche Bedeutung“ und die Parallelität von „international kriminell“ und „staatlich“ dürften die betroffene Vorgänge auf diejenigen beschränken, die nachrichtendienstlich relevant sind.
- Änderung von § 7 G 10: Bei der Anpassung der Übermittlungsvorschriften für den BND in § 7 G 10 scheint es sich um eine Klarstellung mit beschränktem Umfang zu halten. Die Weitergabe an das BSI gemäß § 7 Absatz 4a erscheint angemessen.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Die Reform des Bundesverfassungsschutzgesetzes sieht eine deutliche Stärkung des Einflusses des Bundesamtes für Verfassungsschutz gegenüber den Landesbehörden vor. Das Bundesamt soll danach Vorgaben für die Methode, für die Schwerpunktsetzung und für die Analysetätigkeit der Landesämter Vorgaben machen dürfen. Weiter wird der Verfassungsverbund erheblich gestärkt mit der Maßgabe, dass zur Realisierung dessen das Bundesamt für Verfassungsschutz ebenfalls Vorgaben machen darf.

⁴⁹ BVerfG, Ut. v. 24.04.2013, 1 BvR 1215/07 u.a., juris Rn. 126 = BVerfGE 133, 277 ff. (ATDG).

Inwieweit sich dies über Artikel 87 GG rechtfertigen lässt, ist gegenwärtig aus der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes nicht verbindlich zu entnehmen, allerdings sprechen gute Gesichtspunkte dafür, dass der Bund seine Kompetenzen nicht überschritten hat. In gewisser Weise reiht sich hier auch die neu geplante Änderung zum Bundesverfassungsschutzgesetz ein. Hier wird eine deutliche Stärkung des Bundesamtes für Verfassungsschutz innerhalb des Verfassungsverbundes vorgesehen. Abgegeben hat der Bund demgegenüber die Gesetzgebungskompetenz im Versammlungsrecht.⁵⁰

bbb) Europäisierung

Zur Zentralisierung gehört neben der Stärkung der Bundeskompetenz auch die stärkere Europäisierung des Polizeirechtes. Mit dem Vertrag von Lissabon ist gem. Art. 3 Abs. 2 EUV der Aufbau eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts als selbstständiges und gleichberechtigtes Ziel neben den Aufbau des Binnenmarkts in Art. 3 Abs. 3 EUV getreten. Die Europäisierung führt zu einer stärkeren Zusammenarbeit, aber auch zu einer stärkeren Unionalisierung dieses Politikbereichs. Der stärkere Einbezug auch der Frage der Sicherheit in die europäischen Zuständigkeiten ist ein wesentlicher Schritt für den Wandel von der Wirtschaftsunion zur politischen Union. Gleichzeitig ist die Sicherheit aber immer noch ein souveränitätssensibles Thema. Man spricht insoweit von einer Sicherheitsverbundverwaltung, die sich in Richtung weitergehender Einflussnahme der Union bewegt.⁵¹ Die Einzelheiten bedürften einer eigenen Darlegung.⁵²

cc) Vorverlagerung von Straftatbeständen

Die Strafverfolgung wurde durch Vorverlagerung der Geschehnisse, die unter Strafe gestellt werden, ebenfalls vorverlagert. Es kam vereinzelt zu einer Ausweitung der Straftatbestände in das Tatvorfeld.⁵³ Innerhalb der Strafrechtswissenschaft besteht weitgehend Einigkeit, dass sich das Strafrecht auf diese Weise vom Rechtsgüterschutz hin zum Präventionsschutz entwickelt.⁵⁴ Man spricht von Funktionalisierung und meint damit den verstärkten Einsatz als Instrument der Kriminalpolitik.⁵⁵ Durch die Stärkung der Funktion als „Präventionsstrafrecht“ würden die Grenzen zwischen Strafverfolgung und polizeilicher Prävention vermischt. Folgende Beispiele lassen sich nennen:

- Durch das am 30. August 2002 in Kraft getretene 34. Strafrechtsänderungsgesetz ist insbesondere der § 129b StGB eingefügt worden.⁵⁶
- Mit dem Gesetz zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses zur *Terrorismusbekämpfung* vom 22. 12. 2003⁵⁷ wurde § 129a ausgeweitet und in § 129b StGB sowie § 138 Abs. 2 StGB bereits die Androhung derartiger Taten unter Strafe gestellt.

⁵⁰ Christopeit/ Wolff, VR 2010, 257 ff.

⁵¹ Vgl. dazu Schöndorf-Haubold, Sicherheitsverwaltungsrecht, 2010.

⁵² Vgl. nur Götz, in: Isensee/ Kirchhof, HStR V, 2006, § 85, Rn. 44 ff.

⁵³ S. dazu Bäcker, u.a. Regierungskommission, Bericht, 2013, S. 36 ff.

⁵⁴ Joecks, in: MüKo-StGB, 2. Auflage 2011, Einleitung, Rn 110; Hassemer, *Sicherheit durch Strafrecht*, HRRS 2006, 130 ff.; zum Strafrecht s. Deckers/ Heusel, ZRP 2008, 169 ff.

⁵⁵ Joecks, MüKo-StGB, 2. Auflage 2011, Einleitung, Rn 110; Hassemer, HRRS 2006, 130 ff.

⁵⁶ BGBl. I 2002, 3390.

⁵⁷ BGBl. I S. 2836.

- Der Tatbestand der Volksverhetzung wurde um den Absatz 4 erweitert, um die rechtsradikalen Versammlungen besser bekämpfen zu können.⁵⁸
- Mit dem Gesetz zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses 2008/913/JI des Rates vom 28. November 2008 zur strafrechtlichen Bekämpfung bestimmter Formen und Ausdrucksweisen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und zur Umsetzung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 2003 zum Übereinkommen des Europarats vom 23. November 2001 über Computerkriminalität betreffend die Kriminalisierung mittels Computersystemen begangener Handlungen rassistischer und fremdenfeindlicher Art vom 16. März 2011 wurde § 130 Abs.1 StGB verändert.⁵⁹
- Weiter hat der Gesetzgeber Vorfeldkriminalisierungen in der Form vorgenommen, dass mit dem Gesetz zur Verfolgung zur Vorbereitung von schweren staatsgefährdenden Gewalttaten vom 30. 7. 2009⁶⁰ mit §§ 89a, 89b, 91 StGB neue Staatsschutzdelikte in das StGB eingefügt wurden, die als abstrakte Gefährdungsdelikte im Vorfeld terroristischer Gewaltaktionen bereits die Vorbereitung schwerer staatsgefährdender Gewalttaten, die Kontaktaufnahme zwecks Unterweisung in die Begehung von Gewalttaten sowie die Vorbereitung von entsprechenden Anleitungen erfassen.⁶¹
- Mit dem Gesetz zur Änderung der Verfolgung der Vorbereitung von schweren staatsgefährdenden Gewalttaten (GVVG-Änderungsgesetz – GVVG-ÄndG) vom 12. Juni 2015 wurde insbesondere § 89c StGB, Terrorismusfinanzierung, eingefügt.⁶²

Werden klassische Vorbereitungsstadien und Stadien der Planung von Straftaten selbst ihrerseits unter Strafe gestellt, so werden die entsprechenden neuen Straftatbestände zum Teil der Rechtsordnung, dessen Schutz der Polizei obliegt.⁶³

Weiter wird auch sonst die präventive Seite des Strafrechts gestärkt, wie an der Ausweitung der Sicherungsverwahrung zu sehen ist. Schließlich kam es immer wieder zu Versuchen, die Aufgabe der Vorbeugung der Strafverfolgung als Rechtfertigung von Eingriffsbefugnissen zu etablieren. Auf der anderen Seite wurde im Polizeibereich die Trennung zur Strafrechtsverfolgung verringert, weil die Vorbeugung von Straftaten ausdrücklichen in den Aufgabenbereich der Polizei aufgenommen wurde⁶⁴ (allerdings schon in den letzten 20 Jahren).

dd) Vernachrichtendienstlichung der Polizei

Bei der Polizei kam es zunächst einmal aufgrund des Volkszählungsurteils (BVerfGE 65, 1, 42) zu der Normierung einer Reihe von Informationserhebungs-, Weitergabe-, Speicherungs- und Zweckentfremdungsvorgängen, die früher auf einfache Amtshilfевorschriften oder die Vorstellung des einheitlichen Informationsraums einer Behörde gestützt wurden und einer gesetzlichen Grundlage bedurften. Dies betraf

⁵⁸ Gesetz vom 24.3.2005 (BGBl I 969).

⁵⁹ BGBl I S. 418.

⁶⁰ BGBl. I S. 2437.

⁶¹ S. dazu *Bader*, NJW 2009, 2853; kritisch *Gazeas/ Grosse-Wilde/ Kießling*, NSTz 2009, 593 ff.; *Puschke*, StV 2015, 457 ff.

⁶² BGBl I S. 926 f.

⁶³ *Deckers/Heusel*, ZRP 2008, 169; *Puschke*, StV 2015, 457 ff.; *Paeffgen*, GA 2003, 647 ff; *Bäcker*, in: FS f. Schenke, 2011, S. 331 ff.; positiv in der Tendenz dagegen *Sieber*, NSTz 2009, 353 ff.

⁶⁴ Z.B. § 1 Abs. 3 ASOG Bln; § 1 Abs. 1 S. 2 BbgPolG; s. dazu *Rachor*, in: Liskin/Denninger, Handbuch (2007, F, Rn. 160 f.; *Albers*, Determination, 2001, S. 116 ff.; *Möstl*, DVBl 2007, 581 ff.

auch den Polizeibereich. Daher haben alle modernen Polizeigesetze selbstständige Abschnitte über die Datenerhebung, -verarbeitung und -speicherung erhalten.

Auf dieses Informationsrecht aufbauend wurden diese Informationsrechte – teilweise zeitlich verzögert – an Eingriffsschwellen angeknüpft, die nicht in gewohnter Weise an die polizeirechtliche Gefahr klassischer Polizeigüter anknüpfte. Dies liegt weitgehend darin, dass einzelfallgesetzlich Eingriffsbefugnisse für Situationen im Gefahrenvorfeld geschaffen wurden. Teilweise liegt dies aber auch daran, dass der Begriff der öffentlichen Sicherheit nun einheitlich so verstanden wird, dass die Verletzung jeder Rechtsform zugleich eine polizeirechtlich relevante Störung darstellt.⁶⁵ Zum Teil hängt die Stärkung der Eingriffsbefugnisse im Vorfeld auch mit dem Umstand zusammen, dass wegen der Rechtfertigungsbedürftigkeit der Datenverarbeitung Rechtsgrundlagen für Situationen geschaffen wurden, die früher nicht normiert waren.

Dennoch ist der Vorgang der Vorverlagerung nicht allein mit der Normierung der Informationsgrundlagen zu erklären. Wesentlicher Grund für die Vorverlagerung ist der politisch gewollte Übergang vom Rechtsgüterschutz zum Präventivschutz. Der Schutz wird nicht mehr vom Rechtsgut her gedacht, sondern von der Gefahrenquelle. Der Beginn dieses Denkens liegt vor den Gefahren des internationalen Terrorismus und ist schon mit der Zunahme der organisierten Kriminalität ins Polizeirecht eingezogen. Organisierte Kriminalität kann nur dann erfolgreich bekämpft werden, wenn sie auch in ihren nicht-spektakulären Erscheinungsformen, d.h. in ihren organisatorischen und informationellen Strukturen erforscht werden kann.⁶⁶ Als weiterer Grund der Gefahrenvorsorge sind die verbesserten Informationstechniken und die erhöhte Mobilität zu nennen, die eine besondere Gefahrenquelle begründen, die nur mit neuen Informationseingriffen beherrschbar sind.

Die Polizei hat Informationseingriffsbefugnisse erhalten, die bis dahin nur im Bereich der Nachrichtendienste und der Strafverfolgung bekannt waren und nun auch zur präventiven Gefahrenabwehr vorgenommen werden, wie etwa die präventive Telekommunikationsüberwachung, der Einsatz verdeckter Ermittler und die Wohnraumüberwachung. Eng mit diesen beiden Umständen verbunden ist die Schaffung konkreter Eingriffsbefugnisse (meist Informationseingriffe) unabhängig vom Vorliegen einer (gesteigerten) polizeilichen Gefahrenlage, z.B. die erweiterte Möglichkeit der Verhängung von Aufenthaltsverboten, der Durchführung von Videoüberwachungen und der verdachts- und ereignisunabhängigen Personenkontrollen (Schleierfahndung) sowie der Wohnungsverweisung.⁶⁷

Sofern sich die Vorfeldverlagerung zugleich auf einen Rechtsgüterschutz bezieht, dem auch der Schutzauftrag der Nachrichtendienste zugeordnet ist, liegt darin zugleich in gewisser Form die „Vernachrichtendienstlichung der Polizei“.⁶⁸ Diese Ausdehnung vollzog sich dabei in unterschiedlichen Bereichen.

⁶⁵ Lisken/Denninger, in: dies., Handbuch, 2012, C, Rn. 133; Castillon, Dogmatik, S. 66 ff.

⁶⁶ Vgl. Pieroth/Schlink/Kniesel, Polizeirecht, 2007, Rn. 32.

⁶⁷ Denninger, in: Lisken/Denninger, Handbuch Teil E, Rn. 210 und Rn. 337; Pieroth/Schlink/Kniesel, Polizeirecht, 2007, § 4 Rn. 13 f.; Möllers, NVwZ 2000, 382 ff.

⁶⁸ Möstl, Garantie, 2002, S. 408; Kniesel, Gefahrenvorsorge, in: PFA-Schriftenreihe 3/1996, S. 63, 82 ff.; Gröpl, Nachrichtendienste, S. 301 ff.; Lang, Antiterrordateigesetz, 2011, S. 40 ff.; instruktiv zur BKA Novelle, von Denkowski, Kriminalistik 2008, 410, 412: „problematische Steigerung des Gehalts nachrichtendienstlicher Erkenntnisse in kriminalpolizeilichen Prognosen“; ein Verbot der Umrüstung der Polizei in Nachrichtendienste fordert Fremuth, AöR 139 (2014), 32, 69.

Die BKA-Novelle brachte in dieser Entwicklung dabei eine systematische Neuerung.⁶⁹ Bisher vollzog sich die Annäherung von Polizei und Nachrichtendiensten so, dass den Polizeibehörden am Anfang der 1990er Jahre Kompetenzen zu geheimen Ermittlungseingriffen oder zur „Vorbeugung“ zugewiesen wurden, die bis dahin als typische nachrichtendienstliche Informationseingriffe qualifiziert worden waren (z.B. verdeckter Ermittler, V-Mann, Observationen und Telefonüberwachung etc.).⁷⁰ Nun wechselt diese Führungsrolle bei den geheimen Informationseingriffen, zumindest soweit es die Bundesebene betrifft, von den Nachrichtendiensten zur Polizei.

ee) Von der politischen Information zur spezifischen Sicherheitsgewährleistung

aaa) Hineinwachsen in die Terroraufklärung

Durch den Anschlag des 11. September hat sich die Art der Aufgabenerledigung der Nachrichtendienste zunächst erheblich verändert, ohne dass die gesetzliche Aufgabenbeschreibung geändert wurde. Die Nachrichtendienste sind als reine Informationserhebung eigentlich dafür eingerichtet, Gefährdungslagen, insbesondere Strukturen informatorisch aufzuklären und diese bei Bedarf der politischen Leitung zu übermitteln. Für die eigentliche Gefahrenabwehr sind die Ermittlungsbehörden und Polizeibehörden zuständig.

Diese Aufgabenverteilung hatte sich in der Vergangenheit sehr bewährt. Dies lag daran, dass es keine realen Gefährdungslagen gab, bei der nicht eine Ermittlungszuständigkeit einer dieser beiden Sicherheitsbehörden gegeben war. Bisher kam kein Anschlag von einer islamistischen-terroristischen Gruppe (anders als bei dem rechtsterroristischen Bereich), die nicht schon vorher aufgefallen war. Der Anschlag vom 11. September 2001 war demgegenüber ein Novum. Er beruhte auf einer Vorbereitung einer Gruppe, die weder den Ermittlungsbehörden noch den Polizeibehörden aufgefallen war oder hätte auffallen können. Insofern fiel in den eigentlichen Aufgabenzuschnitt der Nachrichtendienste erstmals auch die Verhinderung von terroristischen Anschlägen. Dies veränderte das Selbstverständnis zunächst dahingehend, dass die Nachrichtendienste, wie die Polizeibehörden, ihre Aufgabe in der Verhinderung von Anschlägen und Gewalttaten sahen, obwohl der primäre Zweck ursprünglich in der Aufklärung von Strukturen und Bestrebungen bestand. Es kam, soweit dies von außen beurteilbar ist, zu einer stärkeren Konzentration der Nachrichtendienste auf die Gefahrenabwehr oder verdichtete Gefährdungslagen, zu einer intensiveren Orientierung auf personengenaue Kontrolle und Überwachung sowie auf die Früherkennung potentieller Gewaltanwendung.

bbb) Konkurrenz zum BKA

Trotz der Befugnis- und Aufgabenerweiterung der Nachrichtendienste wurde dem BKA mit Art. 93 Abs. 1 Nr. 9a GG der Sache nach eine Aufgabe zugewiesen, die auch den Nachrichtendiensten hätte zugewiesen werden können, allerdings für eine etwas andere formulierte Aufgabenstellung. Im Zuge dessen hat das BKA Befugnisse erhalten, die von ihren Strukturen her auf die geheime Informationserhebung ausgerichtet sind und bisher als nachrichtendienstliche Befugnisse verstanden wurden. Das BKA besitzt zurzeit insbesondere im Bereich der Telekommunikationsüberwachung, im Bereich der Rasterfahndung und im Bereich der Online-Durchsuchung Befugnisse, die dem BfV bewusst vorenthalten werden.

Die Gründe für die Wahl der polizeilichen Aufgabengewährleistung und nicht für die nachrichtendienstliche dürfte kaum seinen Grund darin haben, dass Art. 73 Abs. 1 Nr. 9a GG von Gefahr spricht. Der Grund dürfte sein, dass die Verfassungskompetenz die

⁶⁹ S. dazu ausführlich *Bäcker*, u.a. Regierungskommission, Bericht, 2013, S. 57 ff.

⁷⁰ S. dazu *Lisken*, in: *Lisken/Denninger*, Handbuch, 2012, C, Rn. 133 und F Rn. 290; *Hans Lisken*, ZRP 1994, 264 266; s.a. *Fritsche/Eisvogel*, ZFIS 1998, 195 ff.

polizeiliche Kompetenz an Bundesbehörden zulässt und die Zuweisung an die Polizei auch exekutive Befugnisse grundsätzlich gestattet. Man kann an Art. 73 Abs. 1 Nr. 9a GG sehen, dass der Bund grundsätzlich im Grenzbereich die polizeiliche Aufgabenzuweisung bevorzugt, wenn er die Wahl hat.

ccc) Ressourcen und Kompetenzzuwachs

Die Haushaltspläne der Nachrichtendienste sind geheim. Der Personal- und Finanzbestand ist schwer von außen abzuschätzen. Es ist aber davon auszugehen, dass die in der politischen Diskussion gängige Auffassung, dass die Nachrichtendienste nach dem 11. September 2001 erhebliche zusätzliche Mittel und Stellen erhalten haben, zutreffend ist. Die tatsächlichen Entfaltungsmöglichkeiten einer Behörde hängen im Wesentlichen von ihren Ressourcen ab. Auch wenn der Aufgabenbereich einer Behörde nicht verändert wird, ihr aber erheblich mehr personelle und sachliche Ressourcen zugewiesen werden, verändert dies die Bedeutung der Behörde sehr.

Die Nachrichtendienste haben über die besonderen Auskunftsmittel, und über den Einsatz der GPS, der Erweiterung der Telefonüberwachung, über die gesetzliche Schaffung der ATDG und der REDG und über die Abwehrzentren neue Kompetenzen und neue Entfaltungsmöglichkeiten erhalten, die es ihr erlauben, sowohl personenbezogen als auch strukturbezogen weitergehende Informationen zu erheben. Die geplante Änderung zum BVerfSchG wird diese noch einmal erweitern.

ddd) Erhöhte Sensibilität für die Rechtmäßigkeit

Eine gesetzlich nicht festzumachende, aber die Praxis prägende Veränderung liegt in der höheren Sensibilität der rechtlichen Grenzen der Tätigkeit der Nachrichtendienste. Die Nachrichtendienste selbst verstehen ihre Tätigkeit nicht mehr als eine Tätigkeit im rechtsfreien Raum, sondern unterwerfen sich verstärkt rechtlichen Materien und öffnen sich insofern, als die Anzahl der Mitteilungen von vergangenen Überwachungen in der Vergangenheit überproportional zunahm.

eee) Verlust der Bedeutung der institutionellen Trennung

Die Verschiebung der Grenzbereiche zwischen Polizei und Nachrichtendiensten besitzt dabei dogmatisch eine größere Bedeutung als man zunächst dachte.

(1) Der historische Ausgangspunkt

Die sicherheitsrechtliche Diskussion fußte zu Beginn des Grundgesetzes auf der Grundannahme, dass die organisatorische Aufteilung des Vorfeldbereichs an die Nachrichtendienste und des Gefahrenbereiches an die Polizei entweder verfassungsrechtlich gefordert sei oder zumindest zur Folge hätte, dass die Befugnisse der Nachrichtendienstbehörden verfassungsrechtlich anderen Maßstäben unterlägen als solche der Polizei.⁷¹

(2) Die Substitutionen der institutionellen Trennung durch den Datenschutz

Diese Vorstellung ist aufgrund des ersten nachkonstitutionellen verfassungsrechtlichen Impulses, der Entwicklung des verfassungsrechtlichen Datenschutzes, verloren gegangen.⁷² Dafür gibt es einen sachlichen Grund. Der freiheitliche Aspekt, der 1949 mit Behördentrennungen verfolgt wurde, wird heute zum großen Teil vom Datenschutz gewährleistet. Die Aufteilung in den Vorfeldbereich einerseits und den Gefahrenbereich andererseits ist ein möglicher,

⁷¹ Hoffmann-Riem, JZ 1978, 335, 336; Liskén, DRiZ 1987, 184, 188; Weßlau, Vorfeldermittlung, 1989, S. 225 ff.

⁷² BVerfGE 65, 1 ff.

aber kein von der Verfassung geforderter Weg.⁷³ Der Gesetzgeber ist bei der Schaffung von Überschneidungsbereichen freier, als ursprünglich in der Diskussion angenommen.⁷⁴ So sind dem Gesetzgeber insbesondere folgende Bereiche nicht untersagt:⁷⁵

- Der Gesetzgeber darf der Polizei Vorfeldbefugnisse zuweisen und den Nachrichtendiensten Polizeibefugnisse;
- Der Gesetzgeber darf die Überschneidungsbereiche vergrößern oder verringern;
- Der Gesetzgeber muss nicht die repressive Bekämpfung der präventiven vorziehen (muss aber die jeweils bestehenden spezifischen Anforderungen erfüllen, die durchaus unterschiedlich sind);
- Der Gesetzgeber darf unter engen Voraussetzungen den Rechtsschutz ausschließen;
- Der Gesetzgeber darf die bestehenden Befugnisse erweitern.

Das Trennungsgebot enthält kein Verbot, die Polizei mit nachrichtendienstlichen Mitteln oder Aufgaben zu betrauen, und auch kein Verbot, die Nachrichtendienste mit der Terrorabwehr zu beauftragen.⁷⁶ So hat das BVerfG das informationelle Trennungsgebot jüngst gerade nicht aus den Organisationsnormen des GG, sondern grundrechtlich hergeleitet⁷⁷ und daher unabhängig von der Organisation der Sicherheitsbehörden, d.h. unabhängig von einer Aufteilung in Polizei und Nachrichtendienste.⁷⁸ Der verfassungsrechtliche Datenschutz markiert auch den Beginn der Verrechtlichung dieses Sicherheitsbereichs.

(3) Irrelevanz der institutionellen Trennung für die Eingriffsrechtfertigung

Das BVerfG misst der organisatorischen Trennung zwischen Polizeibehörden und Nachrichtendiensten bei der Frage der verfassungsrechtlichen Rechtfertigung einer Eingriffsgrundlage wenig Gewicht bei. Es hat sich in den letzten Jahren deutlich zu den Grenzen von Informationseingriffen zu Sicherheitszwecken geäußert. Es hat dabei qualifizierte Informationseingriffe allein zur Erstellung von allgemeinen Lagebildern nicht zugelassen⁷⁹ und auch bei präventiven Informationseingriffen einen gesteigerten Anlass für den Eingriff verlangt - orientiert an den Begriffen des Polizeirechts. So heißt es bei der Entscheidung über die Rasterfahndung ausdrücklich, das Vorliegen einer konkreten Gefahr für hochrangige Güter sei auch beim Tätigwerden im Vorfeld erforderlich.⁸⁰ Bei der Entscheidung zur Online-Durchsuchung sprach das Gericht demgegenüber nicht mehr vom Gebot einer konkreten Gefahr sondern von dem Erfordernis des Vorliegens tatsächlicher Anhaltspunkte einer konkreten Gefahr.⁸¹ Zudem hat es deutlich gemacht, dass im

⁷³ Baldus, ThürVBI 2013, 25, 28 f. m.w.N.; ders., Die Verwaltung 2014, 1, 11 ff.; s.a. Schafranek, Kompetenzverteilung, 2000, S. 157; Kral, Vorfeldbefugnisse, 2012, S. 26 ff.; ausführlich Fremuth, AöR 139 (2014), 32 ff.

⁷⁴ Ausführlich Wolff, in: Papier u.a. 2016, S. 63 ff.

⁷⁵ Baldus, Die Verwaltung, 2014, 1 ff.; ders., ThürVBI 2013, 25, 28 f.

⁷⁶ Baldus, ThürVBI 2013, 25, 28 f. m.w.N.; Zöller, JZ 2007, 763, 767.

⁷⁷ Unschärf insoweit Gazeas, Übermittlung, 2014, 65.

⁷⁸ BVerfG, Ut. v. 24.04.2013, 1 BvR 1215/07 u.a., BVerfGE 133, 277, 329.

⁷⁹ BVerfGE 115, 320 (Ls 1).

⁸⁰ BVerfGE 115, 320 (Ls 1); s. dazu Volkmann, Urteilsanmerkung, JZ 2006, 918 ff.; zustimmend Schewe, NVwZ 2007, 174; kritisch Bausback, NJW 2006, 1922 ff.; Hillgruber, JZ 2007, 209, 213.

⁸¹ BVerfG, NJW 2008, 822 (Ls 1); s. zu diesem Unterschied Möstl, Stellungnahme, 2008, S. 13 f.

Bereich der Online-Durchsuchung im Bereich der Eingriffsbefugnisse die unterschiedlichen Aufgabenbereiche anders als bei der Überwachung des Fernmeldeverkehrs keine wesentlichen Unterschiede zwischen den polizeilichen und nachrichtendienstlichen Befugnissen rechtfertigen.⁸² Es ist nicht bereit, hinsichtlich den Bestimmtheitsanforderungen und hinsichtlich der Verhältnismäßigkeitsabwägungen unterschiedliche Maßstäbe danach anzuwenden, ob die Ermächtigte eine Polizei-, eine Strafverfolgungs- oder eine Nachrichtendienstbehörde ist.⁸³ Vorfeldermittlungen durch die Polizeibehörden richten sich nach gleichen oder zumindest vergleichbaren Maßstäben wie Vorfeldbefugnisse der Nachrichtendienste.⁸⁴

Daraus könnte man den Schluss ziehen, die Nachrichtendienste könnten nicht mit nennenswerten Befugnissen ausgestattet werden, um die Vorfeldbereiche aufzuklären. Zwingend dürfte diese Interpretation der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung jedoch nicht sein. Das Bundesverfassungsgericht hat mehrfach deutlich gemacht, den Spezifika des Tätigwerdens im Vorfeld von Gefahren Rechnung tragen zu wollen. So hat es auf die Besonderheiten des Handelns im Vorfeld sowohl bei der Normierung von Eingriffstatbeständen⁸⁵, als auch bei der gebotenen Prognose hingewiesen.⁸⁶ Der Gleichklang, den das Gericht zwischen Vorfeld-Informationseingriffen und Gefahrenabwehr-Informationseingriffen sieht, bezieht sich (mit einer Ausnahme bei der Online-Durchsuchung) vor allem auf die Parallelität des zu schützenden Rechtsguts, nicht aber auf eine entsprechende Parallelität der Prognose über den Eintritt der jeweiligen potentiellen Rechtsnormverletzung. Die Informationseingriffe, auch intensiver Art, setzen nach dem BVerfG nicht immer das Vorliegen einer konkreten Gefahr im polizeirechtlichen Sinne voraus, dürfen bei den Nachrichtendiensten weiter im Vorfeld ansetzen als polizeiliche Informationseingriffe und damit auch in anderer Weise in die Grundrechte eingreifen.⁸⁷

Deutlich wird dies etwa an der gesetzlichen Konstruktion der Eingriffsschwelle bei § 3 G-10 (deren Verfassungsmäßigkeit bisher nicht ernsthaft in Frage gestellt wurde). Die als Anknüpfung gewählten Strafrechtsnormen, deren Beeinträchtigung die Telekommunikationsbeschränkung erlauben, sind solche, die, sofern die (bevorstehende bzw. bewirkte) Verletzung in Frage steht, sowohl polizeiliche⁸⁸ als auch strafverfolgungsrechtliche Telekommunikationsüberwachung (§ 100a StPO) rechtfertigen würden. Nach § 3 G-10 ist eine nachrichtendienstliche Aufklärung aber deutlich vor dem polizeilichen Gefahrenbereich oder der Straftatverwirklichung möglich. Hinsichtlich der Gefahrenprognose genügt es, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, eine entsprechende Rechtsnormverletzung sei geplant. Von der Tatbestandsverwirklichung der Strafnormen (Bereich der repressiven Strafverfolgung) oder der Gefahr ihrer Verletzung (polizeiliche präventive Abwehr) ist die Situation des § 3 G-10 daher weit entfernt (1. Planung, 2. Verdacht, 3. Anhaltspunkte).

⁸² BVerfG, NJW 2008, 822, 832 (Rn. 256); s. zu diesem Unterschied *Möstl*, Stellungnahme, 2008, S. 13 f.

⁸³ BVerfG, Ut. vom 02.03.2010, 1 BvR 256/05, Rn. 232, BVerfGE 125, 260 ff.; großzügiger allerdings BVerfG, Beschl. vom 24.01.2012, 1 BvR 1299/05, juris Rn.177, BVerfGE 130, 151 ff.

⁸⁴ *Wolff*, in: FS f. Schünemann, 2014, S. 848 f.; *Baldus*, ThürVBl 2013, 25, 28 f.

⁸⁵ BVerfGE 110, 33, 55 f. (Zollkriminalamt).

⁸⁶ BVerfG, NJW 2008, 822, 829 - Rn. 225; s. zu den Folgen für die Datenübermittlung - BVerfGE 100, 313, 392 f.

⁸⁷ *Möstl*, Garantie, 2002, S. 407; *ders.*, Stellungnahme, 2008, S. 5 f.

⁸⁸ Vgl. nur § 33 Abs. 3 BbgPolG.

Das Bestehen auf eine hinreichende Verdichtung der Bedrohungslage für hochrangige Rechtsgüter durch das BVerfG ändert nichts an der grundsätzlichen Zulässigkeit der Aufklärung im Vorfeld. Zum Schutz hochrangiger Güter ist es auch bei reinen Verdachtslagen zulässig, gewissermaßen stichprobenartig auch grundrechtsempfindliche „Tiefenbohrungen“ vorzunehmen. Der Charakter der Informationsbeschaffung in Gestalt des „Stocherns im Nebel“ verlangt aber nach einer Kurzfristigkeit der stichprobenartigen Informationseingriffe und einer vollständigen Informationsabschottung bei fehlenden Ergebnissen. Eine aus der Besonderheit der Vorfeldermittlung folgende Begrenzung liegt darin, dass die stichprobenartigen Erhebungen auch dazu dienen sollen, zu prüfen, ob sich die Anhaltspunkte bei näherem Hinsehen bestätigen oder nicht.

ff) Vergrößerung der Überschneidungsbereiche

Verfließen die Grenzen zwischen polizeilichen und nachrichtendienstlichen Befugnissen, wird die Polizei immer nachrichtendienstlicher. Beschäftigen sich die Nachrichtendienste immer mehr mit Einzelercheinungen und der Abwehr und wird das Strafrecht immer mehr zum Gefährdungsstrafrecht, dann vergrößern sich notwendig die Überschneidungsbereiche der gegliederten Struktur.⁸⁹ Dieser wird verstärkt durch den Umstand, dass sich die Zusammenarbeit erhöht hat⁹⁰ (durch die Abwehrzentren und die größeren gemeinsamen Aufgabenbereiche).

gg) Stärkung Rechtsstaatlicher Prinzipien

aaa) Stärkung des Grundrechtsschutzes im Bereich der geheimen Grundrechtseingriffe.

Eine erhebliche rechtliche Veränderung im Bereich der Sicherheitsarchitektur ist durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts eingetreten, auch wenn diese formal keine Rechtsänderung darstellt. Das Bundesverfassungsgericht hat bezogen auf geheime Informationseingriffe, unabhängig um welchen Sicherheitsbereich es ging (repressiv, präventiv polizeilich, präventiv nachrichtendienstlich) deutliche Veränderungen bewirkt.⁹¹ Diese Unterscheidung

⁸⁹ S. dazu nur *Bäcker*, u.a. Regierungskommission, Bericht, 2013, S. 150 ff.; ausführlich *Söllner*, Verpolizeilichung, 2011.

⁹⁰ Ausführlich dazu *Bukow*, Vorgänge 2008, 93 ff.

⁹¹ BVerfG Ut. vom 03.03.2004, 1 BvR 2378/98 u.a., BVerfGE 109, 279 (299 ff.) (akustische Wohnraumüberwachung); BVerfG, Beschl. vom 03.03.2004, 1 BvF 3/92, BVerfGE 110, 33 ff. (ZKA); BVerfG, Ut. vom 12.04.2005, 2 BvR 581/01, BVerfGE 112, 304 ff. (GPS); BVerfG, Ut. vom 27.07.2005, 1 BvR 668/04, BVerfGE 113, 348 ff. (präventive Telefonüberwachung); BVerfG, Ut. v. 15.02.2006, 1 BvR 357/05, BVerfGE 115, 118 ff. (LuftSiG I); BVerfG, Beschl. vom 04.04.2006, 1 BvR 518/02, BVerfGE 115, 320 ff. (Rasterfahndung); BVerfG, Ut. vom 11.03.2008, 1 BvR 2074/05 u.a., BVerfGE 120, 378 ff. (automatische KFZ-Erkennung); BVerfG, Ut. vom 27.02.2008, 1 BvR 370/07 u.a., BVerfGE 120, 274 ff. (Online-Durchsuchung); BVerfG, Ut. vom 02.03.2010, 1 BvR 256/08 u.a., BVerfGE 125, 260 ff. (Vorratsdatenspeicherung); BVerfG, Ut. vom 12.10.2011, 2 BvR 236/08, u.a. BVerfGE 129, 208 (TKÜ-Neuregelung § 100a StPO u.a.); BVerfG, Beschl. v. 24.01.2012, 1 BvR 1299/05, BVerfGE 130, 151 ff. (Bestandsdatenspeicherung); BVerfG, Beschl. v. 03.07.2012, 2 PBvU 1/11, 132, 1 (LuftSiG II); BVerfG, Beschl. v. 20.03.2013, 2 BvF 1/05, BVerfGE 133, 241-(LuftSiG III); BVerfG, Ut. v. 24.04.2013, 1 BvR 1215/07 u.a., BVerfGE 133, 277 ff. (ATDG); von den Landesverfassungsgerichten s. nur VfGH SA, Ut. v. 11.11.2014, LVG 9/13 (Neuregelung des SOG LSA – u.a. Verfassungswidrigkeit der online-Durchsuchung); VfGH Thür, Ut. v. 21.11.2012, 19/19 (Bestimmtheitsgebot/Kernbereich/Mitteilungspflicht); Sachs VfGH, Ut. v. 21.07.2005, Vf. 67-II-04 (SächsVSG: enger Aufgabenzuschnitt des Sächs. VSG); Bay VfGH, Ents. V. 28.03.2003, Vf 7-VII-00 ua. (Schleyer-Fahndung); VerfG MV, Ut. v. 18.05.2000, 5/98

(geheim/offen) ist in der Rigorosität neu: Spezielle Meldepflichten, strengste Bestimmtheitsanforderungen und die Formulierung des Schutzes des absoluten Kernbereichs der Persönlichkeit gelten nur für die Normierung geheimer Informationseingriffe. Es hat dabei im Spannungsfeld Freiheit und Sicherheit die Abwägung zugunsten des Freiheitsrechts ausfallen lassen,⁹² angefangen von der Forderung nach Schutz vor additiven Grundrechtseingriffen in der Entscheidung zum GPS,⁹³ über die hohen Anforderungen an den Bestimmtheitsgrundsatz bei Vorverlagerung der Eingriffsschwelle bei der Entscheidung zum Zollkriminalamt⁹⁴ bis hin zur präventiven Telefonüberwachung.⁹⁵ Die verfassungsrechtlichen Anforderungen hat es in der Entscheidung zur Rasterfahndung⁹⁶ stark an die einfachrechtliche Ausgestaltung angeglichen, mit der Folge, dass das Vorliegen einer konkreten Gefahr für erhebliche Grundrechtseingriffe erforderlich ist. Dies hat es sachlich in der Entscheidung zur automatischen KFZ-Kennzeichen-Erkennung wiederholt.⁹⁷ Eine neue grundrechtliche Ausprägung zum Schutz neuwertiger Gefahren hat es in der Entscheidung zum Grundrecht auf Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme angenommen.⁹⁸ Bei der Entscheidung zur Vorratsdatenspeicherung hat das BVerfG verfahrensrechtlich hohe Hürde für die Ausnahme vom Verbot der Vorratsdatenspeicherung vorgesehen.⁹⁹ Jüngst hinzugekommen ist die genaue Zuordnung der Ermittlung der Verbindungsdaten gem. §§ 113 f. TKG.¹⁰⁰ In der jüngsten Entscheidung zum BKAG hat das BVerfG diese hohe Anforderung auf die langfristige Observation ausgedehnt und die Kernbereichskontrolle erheblich verschärft.

Eine zentrale Erkenntnis dieser Entscheidungen ist die diametrale Unterscheidung zwischen geheimen und offenen Informationseingriffen. In dieser Deutlichkeit war dies bisher nicht bekannt. So gibt es eine Reihe von Anforderungen, wie insbesondere Meldepflichten, Bestimmtheitsanforderungen und Schutz des absoluten Kernbereichs der Persönlichkeit, die nur bei geheimen und nicht bei offenen Informationseingriffen an die Eingriffsgrundlage gestellt werden. Schafft der Gesetzgeber geheime Informationseingriffsbefugnisse, muss er nach der nun gefestigten Rechtsprechung des BVerfG hohe Anforderungen in folgenden Bereichen einhalten:

- Bestimmtheit der Norm;

(Präventive Wohnraumüberwachung verfassungswidrig); VerfG MV, Ut. v. 21.10.1999, 2 /98 (Verfassungswidrig der verdachtsunabhängigen Identitätsfeststellung); VerfG Bdg, Ut. v. 30.06.1999, 3/98 (vorgelagerte polizeiliche Eingriffsbefugnisse); Bay VerfG, Ent. v. 11.11.1997, Vf. 22-VII-94 (BayVSG).

⁹² Tanneberger, Sicherheitsverfassung, 2014, S. 400 ff.; Kuschewitz, Bundesverfassungsgericht, 2014, S. 129 ff.; Gazeas, Übermittlung, 2014, s. vgl. zum sich daraus ergebenden System nur Patrick Gasch, Grenzen der Verwertbarkeit von Daten der elektronischen Mauerfassung zu präventiven und repressiven Zwecken, 2012, S. 94 ff.

⁹³ BVerfGE 112, 304 ff; s. dazu auch Kirchhof, NJW 2006, 732 ff.; Würtenberger, in: Kugelman, Polizei, 2010, 73, 85.

⁹⁴ BVerfGE 110, 33 ff.

⁹⁵ BVerfGE 113, 348 ff.

⁹⁶ BVerfGE 115, 320 ff.

⁹⁷ BVerfGE 120, 378 ff.

⁹⁸ BVerfGE 120, 274 ff.

⁹⁹ BVerfGE 125, 260 ff.

¹⁰⁰ BVerfG, Ut. v. 24. Januar 2012, 1 BvR 1299/05.

- Verhältnismäßigkeit der Norm – Eingriffe nur zum Schutz hoher Rechtsgüter, d.h. gesteigerter Gefahrenlagen und Verfolgung schwerer Straftaten;
- Schaffung spezieller Meldepflichten bei speziellen Freiheitsrechten;
- ausdrückliche Normierung des Kernbereichsschutzes.

Ob die strengen Voraussetzungen bei allen Neuerungen eingehalten wurden, ist umstritten.¹⁰¹ Das jüngste Urteil des BVerfG zum BKAG hat Mängel beim BKAG offen gelegt.¹⁰²

Bei offenen Informationseingriffen geht das BVerfG nicht von diesem strengen Maßstab aus und gestattet der Sache nach die vollständige Durchsuchung einer Festplatte allein auf der Basis der allgemeinen Beschlagnahmennorm des § 94 StPO.¹⁰³ Der Schutz des absoluten Kernbereichs muss hier nur auf Vollzugsebene und noch nicht auf der Gesetzesebene gewährleistet sein.¹⁰⁴ Die Entscheidung wird gern übersehen.¹⁰⁵

bbb) Stärkung der parlamentarischen Kontrolle

Eine wichtige Entwicklung im Bereich der Nachrichtendienste liegt auch in der deutlichen Stärkung der parlamentarischen Kontrolle, die erstens durch die Rechtsänderungen zu Gunsten des Parlamentarischen Kontrollgremiums erfolgte und zweitens auf der Rechtsprechung des BVerfG zum Auskunftsverweigerungsrecht auf nachrichtendienstliche Fragen aus dem Parlament heraus beruht.¹⁰⁶ In der Vergangenheit waren mehrfach verfassungsrechtliche Bedenken aus dem Gesichtspunkt des Grundsatzes der Gewaltenteilung gegen eine effektive parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste angeführt worden.¹⁰⁷ Mit der Einführung von Art. 45d GG dürften diese sich erledigt haben. Generelle verfassungsrechtliche Probleme gegen die gegenwärtige Ausgestaltung sind nicht ersichtlich. Der Bund ist gegenwärtig dabei, sein Gesetz zur parlamentarischen Kontrolle der Nachrichtendienste zu überarbeiten. Eine Anhörung vor dem Innenausschuss ist für diesen Monat geplant (BT-Drs. 18 / 9040).

ccc) Die Evaluationspflicht

Gesetzesevaluierungen sind zurzeit hoch in Mode. Evaluation meint die Überprüfung der Wirkung neu eingeführter Regelung nach einer gewissen Zeit durch unabhängige Instanzen.¹⁰⁸ Im Sicherheitsbereich sind Evaluationspflichten naheliegend. Der Grund liegt in den Besonderheiten geheimer Informationseingriffe. Bekanntermaßen legt das Bundesverfassungsgericht kategorial andere Maßstäbe für staatliche

¹⁰¹ S. nur *Schwabenbauer*, Grundrechtseingriffe, 2013 S. 182 ff.; *Bäcker*, u.a. Regierungskommission, Bericht, 2013, S. 133 ff., 139 ff., 178 ff.

¹⁰² BVerfG, Ut. v. 20.04.2016, 1 BvR 966/09 u.a. Rn. 178 ff.

¹⁰³ BVerfGE 124, 43 ff.; s. dazu *Wolff*, in: Makowicz (Hg.), Gemeinsame Werte, voraussichtlich 2016; zitiert nach dem Typoskript.

¹⁰⁴ *Gasch*, Grenzen, 2012, S. 94 ff.; *M. Baldus*, ThürVBI 2013, 25, 28 f.; *Wolff*, NVwZ 2010, 751, 754.

¹⁰⁵ BVerfGE 124, 43 ff.

¹⁰⁶ BVerfG, Beschl. v. 01.07.2009, 2 BvE 5/06, juris = BVerfGE 124, 161 ff. und BVerfG, Beschl. v. 17.06.2009, 2 BvE 3/07, juris = BVerfGE 124, 78 ff. s. dazu mit unterschiedlicher Wertung einmal *Hecker*, DVBI 2009, 1239 ff. und zum anderen *Warg*, NVwZ 2014, 1263 ff.

¹⁰⁷ *Wolff*, in: BK-GG, Art. 45d (Stand 2012), Rn. 67.

¹⁰⁸ Allgemein *Böhret/Konzendorf*, Handbuch der Gesetzesfolgenabschätzung, 2001, 272 ff.; *Sicko*, ZfRSoz 2011, 27 ff.; *Niggli*, SZK 2011, 12 ff.; kritisch zu diesem Maßstab *Wolff*, in: Gusy, (Hg.), Evaluation, 2015, 39, 50 ff.

Informationseingriffe an, je nachdem, ob diese geheim sind oder nicht.¹⁰⁹ Die Verborgenheit des geheimen Eingriffs führt zunächst zur fehlenden Rechtsschutzmöglichkeit des Betroffenen, damit verbunden aber auch dazu, dass die betreffende staatliche Tätigkeit von keinem unabhängigen Dritten genau kontrolliert wird. Die Einschaltung der G 10-Kommission gleicht das zu großen Teilen jedoch nicht vollständig aus. Verpflichtet der Gesetzgeber die Regierung und sich selbst auch dazu, nach einem gewissen Zeitraum die Praxis zu betrachten, ermöglicht dies, die positiven Effekte, die von einer Gerichtskontrolle ausgehen, teilweise zu substituieren. Es wird einer überzogenen großzügigen Rechtsanwendung genauso vorgebeugt, wie der Aufrechterhaltung sachlich überholter Eingriffsbefugnisse.

Mit den Evaluationspflichten zwingt der Gesetzgeber die durch das Gesetz ermächtigte Verwaltung nach einer gewissen Zeit, die Wirkungen des Gesetzes festzustellen bzw. die Feststellung zumindest zu dulden und sich selbst dazu, die Notwendigkeit des eingreifenden Gesetzes zu überprüfen.

Evaluationspflichten besitzen in überschaubarem Umfang Nachteile. Der auffälligste Nachteil ist die dadurch ermöglichte Vermeidung der Klärung letzter Zweifel. Ist der Gesetzgeber nicht sicher, ob das Gesetz wirklich sinnvoll ist, wirklich verfassungsgemäß ist oder tatsächlich so wirkt, wie er es sich vorstellt, kann er die Prüfung dieser Fragen zum Zeitpunkt des Gesetzesbeschlusses offen lassen, mit der Überlegung, wir versuchen es einfach mal und schauen dann, was rausgekommen ist. Nicht immer wäre eine solches Vorgehen im Sinne des Grundgesetzes. Weitere Nachteile sind die Kosten, die scheinbare Legalitätswirkung schlechter Evaluierungen und der Wandel der Gesetzgebung zum Verwalter eigener Regelungen.

Die Evaluationspflichten sind verfassungsrechtlich unproblematisch. Sie verschieben das Machtgefüge zwischen Parlament und Verwaltung nicht nennenswert, belasten die Gewaltenteilung kaum und sind positiv durch eine Kompensationsfunktion für den eingeschränkten Rechtsschutz gegenüber geheimen Eingriffsbefugnissen und durch das Demokratieprinzip gerechtfertigt. Verfassungspolitisch sind sie mehr als zu begrüßen und dürfen als eine Errungenschaft der letzten Zeit qualifiziert werden.¹¹⁰

Dabei haben sich die Anforderungen an die Evaluation mit der Zeit durchaus verändert. Der Gesetzgeber tendiert in den neueren Gesetzen zu detaillierten Vorgaben bei dem Evaluationsauftrag, insbesondere bei dem beizuziehenden externen Sachverstand. Der Gesetzgeber genügt sich nicht mehr mit einer reinen Methodenberatung.¹¹¹

hh) Privatisierung

aaa) Allgemein

Eine allgemeine Erscheinung, vor allem im Polizeirecht, die gegenwärtig aber ein wenig an Bedeutung verloren hat, liegt in der Privatisierung von Teilaufgaben der öffentlichen Sicherheit.¹¹² In den letzten Jahrzehnten hatte der Privatisierungsgedanke zeitweise erhebliches Gewicht. Es wurde schon eine neue

¹⁰⁹ Vgl. nur BVerfG, Ut. v. 16.06.2009, 2 BvR 902/06, juris, Rn. 59-64 einerseits und BVerfGE 115, 320, 365 andererseits.

¹¹⁰ Mundil/ Wolff in: Möllers/van Ooyen (Hg.), Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2012/2013, 2012, 331 ff.; Gusy/Kapitza, in: Gusy (Hg.), Evaluation 2015, 9 ff.; s. zu den Standards: Albers, in: dies./Weinzierl (Hg.), Standards 2010, 25, 29 ff.; dies., VerwArch 2008, 481.

¹¹¹ Ebenso Poscher, Stellungnahme, 2011, S. 16; Mundil/Wolff (2012), S. 331.

¹¹² S. dazu nur: Stober, NJW 2008, 2301 ff.; Kreissl, KrimJ 2009, 37 ff.; Roggan, KJ 2008, 324 ff.; Pitschas, in: ders. (Hg.), Weg, 2003, S. 27 ff.

Staatsausrichtung auf den Gewährleistungsstaat ausgerufen.¹¹³ Trotz der relativ starken Privatisierungsfeindlichkeit des Bereichs der inneren Sicherheit nahmen auch die Privatisierungstendenzen im Polizeirecht und Sicherheitsbereich zu,¹¹⁴ sogar bis in die Bereiche der Freiheitsentziehung hinein.¹¹⁵ Das private Sicherheitsgewerbe wurde rechtlich gestärkt, jedoch weitgehend in den klassischen Bereichen des Polizeirechts und den Strafvollzug.

bbb) IT-Sicherheitsgesetz

Dieser Gedanke wird in gewisser Form wieder aufgenommen durch das jüngst in Kraft getretenen IT-Sicherheitsgesetz.¹¹⁶ Ziel des IT-Sicherheitsgesetzes ist es auch, die künftigen Vorgaben der NIS-RL zu erfüllen.¹¹⁷ Das Reformvorhaben möchte eine Stärkung der IT-Sicherheit für alle Nutzer des Internets und eine Stärkung der IT-Sicherheit von kritischen Infrastrukturen erreichen. Diese Ziele verfolgt das Reformvorhaben vor allem mit folgenden Mitteln:

- eine Inpflichtnahme der Betreiber so genannter kritischer Infrastruktur,
- einer Aufgaben-, Kompetenz- und Ressourcenerweiterung des BSI,
- der Verstärkung der amtlichen Warn- und Beratungstätigkeit der Öffentlichkeit durch das BSI,
- eine Ressourcenerweiterung des BfV und BND.

Das BSI erhält neue Aufgaben und Befugnisse.¹¹⁸ Es wird zu einer zentralen Meldestelle für Störungen der IT-Sicherheit der Betreiber kritischer Infrastruktur, es wird zu einer „IT-Sicherheits-Teststelle“ und zu einer Informations- und Warnstelle.

Das BKA erhält weitergehende Ermittlungsbefugnisse für Straftaten im Bereich der IT-Sicherheit, § 4 Abs. 1 S. 1 Nr. 5 BKAG.

Das BfV und der BND erhalten neues Personal für die Lageermittlung im Bereich IT-Sicherheit.

Ordnet man das IT-Sicherheitsgesetz in die oben geschilderte allgemeine Entwicklung des Sicherheitsrechts ein, so bestätigt es die dort angelegte Entwicklung. Insbesondere gilt:

- Es kommt zu einer Vorverlagerung der Zuständigkeiten von Sicherheitsbehörden;
- Die Zuständigkeiten von Bundesbehörden – BKA/BSI – werden erweitert. Es kommt zu einer Befugniserweiterung zugunsten der Sicherheitsbehörden;¹¹⁹

¹¹³ *Franzius*, VerwArch 2008, 351 ff.; *Hoffmann-Riem*, Modernisierung von Recht und Justiz, 2001; *Schuppert*, in: Non Profit Law Yearbook 2002, 47 ff.

¹¹⁴ Vgl. *Lisken/Denninger*, in: dies., Handbuch, 2012, C, Rn. 175 ff.; *Pieroth/Schlink/Kniesel*, Polizeirecht, 2007, Rn. § 1, Rn. 31; *Götz*, in: Isensee/Kirchhof, HStR V, 2006, § 85, Rn. 41 ff.

¹¹⁵ BVerfG, Ut. v. 18.01.2012, 2 BvR 133/10 – Maßregelvollzug.

¹¹⁶ Gesetz vom 17.07.2015, BGBl I S. 1324; s. dazu: *de Wyl/Weise/Bartsch*, N&R 2015, 23 ff.; *Roth*, ZD 2015, 17 ff.; *Freund*, ITRB 2014, 256 ff.; *Ferik*, RDV 2014, 261 ff. *Roos*, MMR 2014, 723 ff.; *Leisterer/Schneider*, CR 2014, 574 ff.; *Eckhardt*, ZD 2014, 599 ff.; *Roos*, K&R 2013, 769 ff.; *Sönke/Schulz/Tischer*, ZG 2013, 339 ff.; *Heinickel/Feiler*, CR 2014, 708 ff.; *Weise / Brühl*, CR 2015, 290 ff.; *Heckmann*, MMR 2015, 289 ff.

¹¹⁷ S. dazu speziell und zugleich kritisch *Roth*, ZD 2015, 17 ff.; *Heinickel/Feiler*, CR 2014, 708 ff.

¹¹⁸ S. dazu *Roos*, MMR 2014, 723, 728.

¹¹⁹ Für die Ermittlungsbehörden s. Gesetz zur Neuregelung der Telekommunikationsüberwachung und anderer verdeckter Ermittlungsmaßnahmen sowie zur Umsetzung der Richtlinie 2006/24/EG (TKÜNReglG), vom 21.12.2007, BGBl

- Die Initiative der stärkeren Sicherheit der kritischen Infrastruktur geht von Europa aus;
- Es liegt eine starke Indienstnahme von Privaten zur Erfüllung von Sicherheitsaufgaben vor (Pflichten zur Einhaltung von Mindestanforderungen an die IT-Sicherheit / Nachweis der Erfüllung dieser Pflicht / Meldepflichten von erheblichen IT-Sicherheitsvorfällen / Einrichtung und Betreiben von Kontaktstellen);
- Es ist ein vielseitiger Informationsfluss zum und vom BSI weg vorgesehen.

b) Gründe für die Verschiebungen

Die Gründe für die Veränderung der Sicherheitsarchitektur sind vielfältig und zudem als politischer Prozess schwer einer abschließenden Rationalisierung zugänglich. Grundsätzlich ist die Sicherheitsarchitektur kein Wert an sich, sondern ein zweckgebundenes Gebäude, das eine der zentralen Aufgaben des Staates sicherstellen soll. Verändern sich die Gefährdungssituationen für die innere und äußere Sicherheit des Staates, verändert sich auch die angemessene Reaktion des Staates zur Aufgabenerfüllung. Wesentliche Gründe für die Veränderung der Sicherheitsarchitektur dürften daher auch Veränderungen der Gefährdungslagen selbst sein. Ohne Anspruch auf abschließende Aufzählung lassen sich als Gründe für die Entwicklung nennen:

- Die Gefährdungsquellen für die innere Sicherheit haben sich durch die erhöhte Mobilität und die erleichterte Kommunikation durch elektronische Fortschritte in dem Sinne verändert, dass Kriminalität und Sicherheitsgefährdungen nicht mehr so stark örtlich lokalisiert sind wie früher.
- Unterstützt wurde dies durch die Öffnung der Grenzen und die höhere Internationalität der Gefährdungsquellen.
- Die Gefährdungsquellen haben sich weiter insofern verändert, als die Urheber neue Strukturen gewonnen haben, die insbesondere durch die Verstärkung der organisierten Kriminalität, durch die Erscheinung des internationalen Terrorismus und durch die neue Erscheinung der Computerspionage auffallen.
- Weiter hat sich die Sicherheitslage insgesamt durch die Globalisierung und die stärkere Durchlässigkeit des Kapitals verändert.
- Weiter haben sich die politischen Rahmenbedingungen, gerade auf internationaler Ebene für Deutschland verändert.
- Schließlich besteht die Überzeug weiter politischer Kreise, dass die Wertsetzung der Verfassung, gerade die Zurückhaltung auf dem Gebiet des Polizeirechts für den Bund, nicht überzeugend sei.
- Maßgeblichen Einfluss besitzt weiter die vor 2001 so nicht wahrgenommene Gefahr des extremistischen islamischen Terrorismus.
- Schwer zu schaffen mit der Sicherheitsarchitektur das Phänomen des gewalttätigen Einzeltätgers, der sich ideologisch einer verfassungsfeindlich Bestrebung nahe fühlt, aber keine organisatorische Verbindung zu ihr aufweist.

4. Die Kontrolle im Bereich der inneren Sicherheit

a) Die zwei Arten an Kontrolle

Die Tätigkeit der Sicherheitsbehörden bildet Handlungen der Exekutiven, die in vielfältiger Form einer Kontrolle unterworfen sind. Es lassen sich interne

I, S. 3198 ff. – s. dazu BVerfG, Beschl. v. 12.10.2011, 2 BvR 236/08, juris = BVerfGE 129, 208 ff.

Kontrollmechanismen (abhängige und unabhängige) als auch externe Kontrollmechanismen (Gerichtskontrolle und Parlamentarische Kontrolle) unterscheiden.

b) Verwaltungsinterne Kontrolle

Die verwaltungsinternen Kontrollmechanismen unterliegen dem Prinzip der Verwaltungshierarchie. Sie gelten für alle Bereiche der inneren Sicherheit gleichermaßen. Der Vorteil der internen Verwaltungskontrolle liegt dabei darin, dass der Kontrolleur in aller Regel keinen eingeschränkten Maßstab besitzt. Er kann die Rechtmäßigkeit und die Zweckmäßigkeit der Maßnahmen überprüfen und ihm können auch im sensiblen Bereich Informationen in aller Regel nicht vorenthalten werden. Der Nachteil ist, dass er nicht unabhängig ist.

c) Unabhängige verwaltungsinterne Kontrolle

Im Bereich der Selbstkontrolle der Exekutive bestehen noch besondere Kontrollinstrumente, unabhängige Exekutivorgane können die Verwaltung hier selbst kontrollieren.

Im Bereich der Nachrichtendienste konkurrieren zwei unabhängige Kontrollinstanzen miteinander, die Bundesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit und die G 10-Kommission.

aa) Die Bundesbeauftragte für Datenschutz und der Informationsfreiheit

Die gesamte Bundesverwaltung unterliegt der Kontrolle der Bundesbeauftragten für den Datenschutz. Da der Kern der Tätigkeiten der Nachrichtendienste in der Informationssammlung liegt, besitzt eine Kontrolle, die sich gerade auf personenbezogene Informationen beschränkt, eine erhebliche Bedeutung. Die Kontrolle der Nachrichtendienste und der geheimen Informationseingriffe durch die Bundesbeauftragte besitzt auch in der Rechtspraxis, wie an den Berichten zu ersehen ist, ein großes Gewicht. Sie kann nicht unterschätzt werden. Die Bundesbeauftragte kann dabei auch Bereiche kontrollieren, die wegen der Vertraulichkeit den Betroffenen nicht mitgeteilt werden. Deutlich wird dies an § 15 Abs. 4 BVerfSchG, wonach der Betroffene die Möglichkeit hat, die Bundesbeauftragte für Datenschutz im Falle einer verweigerten Auskunft um die Kontrolle zu ersuchen.

bb) Verhältnis zur G 10-Kommission

Gemäß § 15 Abs. 5 S. 2 G 10 unterfällt die Verarbeitung von Daten, d.h. auch die Übermittlung im automatisierten Verfahren, die nach den Normen des G 10 erhoben wurden, in die Kompetenz der G 10-Kommission. Der G 10-Kommission obliegt es daher z.B. auch zu prüfen, ob hinsichtlich dieser Daten die Voraussetzungen der §§ 2 und 3 ATDG eingehalten werden. Gemäß § 24 Abs. 1 S. 3 BDSG darf die Bundesbeauftragte Daten, die der Kontrolle der G 10-Kommission unterliegen, nicht kontrollieren, es sei denn, die Kommission ersucht sie darum.

Diese Einschränkung ist unsystematisch, da sie sich nur auf die Befugnisse der G 10-Kommission nach § 15 G 10 bezieht und nicht die Befugnisse der G 10-Kommission gemäß § 8b BVerfSchG erweitert wurden.

Durch die Abgrenzung will der Gesetzgeber vermeiden, dass zwei unabhängige Kontrollinstanzen unabhängig voneinander zuständig sind.

So richtig die grundsätzliche Entscheidung eines entweder/oder im Verhältnis von unabhängigen Datenschutzbehörden und G 10-Kommission ist, so unglücklich sind die Folgen in der Praxis. Die unabhängigen Datenschutzbehörden sind kleine bis mittelgroße Behörden mit hauptamtlich Beschäftigten, während die G 10-Kommission immer ehrenamtlich tätig wird. Die Praxis zeigt daher, dass die Datenschutzkontrolle durch die unabhängigen Datenschutzbehörden intensiver ist

als die Datenschutzkontrolle durch die G 10-Kommission. Die G 10-Kommission prüft die Rechtmäßigkeit der ihrem Bereich unterliegenden Eingriffe, sie prüft aber nicht die sonstigen datenschutzrechtlichen Anforderungen. Das Bundesverfassungsgericht hat in der Antiterrordateientscheidung ziemlich deutlich gemacht, dass es mit dem gegenwärtigen Zustand (bezogen auf die Bundesebene) unglücklich ist und die Entscheidung des entweder/oder nur solange bereit ist zu akzeptieren, solange die G10-Kommission in ihrem Bereich die Datenschutzkontrolle deutlich erhöht.¹²⁰ Dort heißt es:

„Ebenfalls ist zu gewährleisten, dass im Zusammenspiel der verschiedenen Aufsichtsinstanzen auch eine Kontrolle der durch Maßnahmen nach dem Artikel 10-Gesetz gewonnenen Daten – die in einer Datei, welche maßgeblich auch vom Bundesnachrichtendienst befüllt wird, besondere Bedeutung haben – praktisch wirksam sichergestellt ist. Wenn der Gesetzgeber eine informationelle Kooperation der Sicherheitsbehörden vorsieht, muss er auch die kontrollierende Kooperation zugunsten des Datenschutzes ermöglichen.“¹²¹

Wegen der Nennung von Art. 10 GG liegt die Annahme nahe, dass hier das Verhältnis der G 10-Kommission zu den Datenschutzbeauftragten gemeint ist.

Auf Landesebene dürfte die Rechtslage parallel sein. Gemäß § 3 Abs. 1 S. 5 des Gesetzes zur Ausführung des Artikel-10-Gesetzes in Brandenburg kann die Kommission dem Landesbeauftragten für Datenschutz Gelegenheit zur Stellungnahme geben. Da diese Vorschrift dem § 15 Abs. 5 S. 2 G 10 entspricht, liegt es nahe, die Rechtslage des Bundes parallel auf die Landesebene des Landes Brandenburg zu übertragen.

d) Gerichtskontrolle

Die dogmatisch wichtigste externe Kontrolle ist die Gerichtskontrolle durch die dritte Gewalt. Alle Behörden im Bereich der Nachrichtendienste (mit Ausnahme des parlamentarischen Kontrollgremiums, der Ausschüsse der Parlamente und evtl. noch der G-10 Kommission) bilden Teile der Exekutive und sind daher gem. Art. 19 Abs. 4 GG der Garantie des effektiven Rechtsschutzes unterworfen. Es muss die Möglichkeit bestehen, als Betroffener in effizienter Weise die deutschen Gerichte anzurufen. Diese Möglichkeit besteht nach der VwGO uneingeschränkt, mit gewissen Besonderheiten im Bereich der funktionellen Zuständigkeit bei Maßnahmen des BND (§ 50 Abs. 1 Nr. 4 VwGO). Diese Möglichkeit kann man aber nur wahrnehmen, wenn die Betroffenen von ihrer Betroffenheit wissen. Viele Informationserhebungsbefugnisse der Sicherheitsbehörden, insbesondere der Nachrichtendienste, sind aber vertraulich, d.h. die Behörden sind berechtigt, nicht offen vorzugehen und auch nicht verpflichtet, den Betroffenen unmittelbar nach dem Eingriff zu informieren, sondern nur dann, wenn es erstens um Eingriffe in sensible Grundrechte geht (v.a. Art. 10 GG, Art. 13 GG, ggf. Art. 1 Abs. 1 i.Vm. Art. 2 Abs. 1 GG) und zweitens die Unterrichtung (Mitteilung) die Maßnahme selbst nicht mehr gefährdet. Dies führt der Sache nach dazu, dass durch die Vertraulichkeit die Rechtswegmöglichkeiten eingeschränkt sind.

Nach Ansicht des BVerfG besteht zwischen dem Anspruch auf Kenntnis der Maßnahme der Fernmeldeüberwachung und dem gerichtlichen Rechtsschutz aus Art.

¹²⁰ BVerfG, Ut. v. 24.04.2013, 1 BvR 1215/07, juris Rn. 216 = BVerfGE 133, 277 ff. (ATDG).

¹²¹ BVerfG, Ut. v. 24.04.2013, 1 BvR 1215/07, juris Rn. 216 u.a., BVerfGE 133, 277 ff. (ATDG).

19 Abs. 4 GG eine enge Verbindung.¹²² Begrenzungen des Anspruchs auf Mitteilung müssten sich auch an Art. 19 Abs. 4 GG messen lassen, seien aber umkehrt auch als Einschränkung des Rechtsschutzes i.S.v. Art. 19 Abs. 4 GG möglich, da Art. 19 Abs. 4 GG einer gesetzlichen Ausgestaltung bedürfe.¹²³ Wörtlich heißt es:

„Im Licht von Art. 19 IV GG ist auch die grundsätzlich bestehende Pflicht zur Vernichtung nicht mehr erforderlicher Daten zu verstehen. Die Rechtsschutzgarantie des Art. 19 IV GG verbietet Maßnahmen, die darauf abzielen oder geeignet sind, den Rechtsschutz der Betroffenen zu vereiteln (vgl. BVerfGE 69, 1 [49] = NJW 1985, 1519). Daher muss die Vernichtungspflicht für die Fälle, in denen der Betroffene die gerichtliche Kontrolle staatlicher Informations- und Datenverarbeitungsmaßnahmen anstrebt, mit der Rechtsschutzgarantie so abgestimmt werden, dass der Rechtsschutz nicht unterlaufen oder vereitelt wird.“¹²⁴

Für den Fall des Art. 10 GG gibt es in Art. 10 Abs. 2 GG für den Verfassungsschutz eine ausdrückliche gesetzliche Grundlage zur Beschränkung. Für die sonstigen Bereiche folgt die Befugnis zur Einschränkung aus Art. 19 Abs. 4 GG selbst.

Der Gesetzgeber darf den Rechtsschutz ausgestalten und darf für bestimmte Fälle von Eingriffen auch den Rechtsschutz ausschließen. So heißt es:

„Die grundgesetzliche Garantie wirkungsvollen Rechtsschutzes schließt Einschränkungen nicht aus, wenn im Einzelfall widerstreitende grundrechtlich fundierte Interessen zum Ausgleich zu bringen sind. Hierbei müssen nicht nur die betroffenen Belange angemessen gewichtet werden, vielmehr ist in Bezug auf die Auswirkungen der Regelung auch der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu beachten (vgl. BVerfG, 1993-03-02, 1 BvR 249/92, BVerfGE 88, 118 <124 f>).“¹²⁵

Ob der Gesetzgeber in allen Fällen die Grenzen der Ausgestaltungsbefugnis bzw. des Rechtfertigungsbedarfs für Eingriffe in Art. 19 Abs. 4 GG eingehalten hat, ist umstritten.¹²⁶ Nach der hier vertretenen Ansicht sind Verfassungsverstöße zumindest nicht offensichtlich. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die zu erwartende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Bundeskriminalamt hier neue Argumente bringen wird.

e) Parlamentarische Kontrolle

aa) Allgemein

Parlamentarische Kontrolle ist die Überprüfung von Regierung und Verwaltung.¹²⁷ Mit der Überprüfung wird zunächst nachvollzogen, ob sich die Regierung an die für

¹²² BVerfG, Urt. vom 14. 7. 1999 - 1 BvR 2226/94, 2420/95 u. 2437/95, BVerfGE 100, 313 ff. juris Rn. 171 f.

¹²³ BVerfG, Urt. vom 14. 7. 1999 - 1 BvR 2226/94, 2420/95 u. 2437/95, BVerfGE 100, 313 ff. juris Rn. 181.

¹²⁴ BVerfG, Urt. vom 14. 7. 1999 - 1 BvR 2226/94, 2420/95 u. 2437/95, BVerfGE 100, 313 ff. juris Rn. 181.

¹²⁵ BVerfG, Beschl. v. 23.05.2006, 1 BvR 2530/04, juris Rn. 48 = BVerfGE 116, 1; s.a. BVerfG, Urt. vom 14. 7. 1999 - 1 BvR 2226/94, 2420/95 u. 2437/95, BVerfGE 100, 313 ff. juris Rn. 293.

¹²⁶ Bäcker u.a., Regierungskommission, Bericht, 2013, S. 279.

¹²⁷ S. Magiera, in: M. Sachs (Hg.), GG, 5. Aufl. 2009, Art. 38, Rn. 35; W. Steffani, Formen, Verfahren und Wirkungen der parlamentarischen Kontrolle, in: H.-P. Schneider/ W. Zeh (Hg.), Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland, 1989, § 49, S. 1324 ff., Rn. 2 ff.

sie relevanten Vorgaben hält. Das Ausmaß der parlamentarischen Kontrolle des Bundestages über die Bundesregierung und die Bundesverwaltung ist nicht vollständig im Grundgesetz niederlegt und daher in Grenzbereichen streitig. Unstreitig ist, dass das gesamte Tätigwerden der Bundesverwaltung grundsätzlich der parlamentarischen Kontrolle unterliegt, zumindest sofern die Bundesregierung daran beteiligt ist. Auch die nachrichtendienstliche Tätigkeit untersteht unbestritten vollständig der allgemeinen parlamentarischen Kontrolle.¹²⁸

Die parlamentarische Kontrolle ist nicht unbeschränkt, sondern unterliegt gewissen Grenzen, insbesondere Grenzen aus der Gewaltenteilung (Kernbereich der Exekutive), den berechtigten Geheimhaltungsinteressen und den Grundrechten.¹²⁹

bb) Vertraulichkeitsgewährleistung

Die parlamentarische Kontrolle im Nachrichtendienstbereich leidet unter struktureller Schwierigkeit. Im Parlament gilt weitgehend das Prinzip der Öffentlichkeit. Im Bereich der Sicherheitsbehörden gilt weitgehend das Prinzip der Vertraulichkeit. Bei den nachrichtendienstlichen Tätigkeiten sind die Grenzen, die aus dem Gebot der Vertraulichkeit folgen, besonders intensiv. Daher kann aus diesem Gesichtspunkt mitunter die parlamentarische Kontrolle im Bereich der Nachrichtendienste weniger weit reichen als in Bereichen, die nicht in vergleichbarer Weise aus der Natur der Sache dem Vertraulichkeitsgebot unterliegen. Dies ist aber keine Grenze, die den nachrichtendienstlichen Tätigkeiten per se zukommt, sondern vielmehr von Fall zu Fall einzeln zu prüfen ist.

Sachliche Vertraulichkeitsanliegen sind ein sachlicher Grund, um die parlamentarische Kontrolle solange zu beschränken, wie die parlamentarischen Kontrollinstanzen nicht das gebotene Maß an Vertraulichkeit ihrerseits garantieren können. Aus diesem Grund hat das Parlament es in gewisser Form selbst in der Hand, wie weit es die parlamentarische Kontrolle ausüben will, und zwar insofern es selbst eine Vertraulichkeit garantiert.

cc) Parlamentarisches Kontrollgremium

Wegen dieser, aus der Natur der Sache folgenden, Begrenzung der parlamentarischen Kontrolle der Nachrichtendienste tritt - zusätzlich und nicht anstelle - zu der allgemeinen parlamentarischen Kontrolle die besondere parlamentarische Kontrolle über das so genannte Parlamentarische Kontrollgremium. Das Parlamentarische Kontrollgremium gewährleistet eine deutlich höhere Vertraulichkeit als die allgemeine parlamentarische Kontrolle. Dem Kontrollersuchen des Kontrollgremiums können daher in sehr viel geringerem Maße Gesichtspunkte der Vertraulichkeit entgegengehalten werden.

Die parlamentarische Kontrolle des Kontrollgremiums auf Bundesebene wurde im Jahr 2009 in erheblicher Weise reformiert. Die Reform führte zum einen zur Einfügung eines eigenen Titels im Grundgesetz, Art. 45d GG,¹³⁰ und zum anderen zur Reform des PKGrG.¹³¹

Art. 45d GG spricht von Kontrolle und meint dabei – wie Art. 45b GG - die parlamentarische Kontrolle.¹³² Die parlamentarische Kontrolle wird gegenständlich eingeschränkt auf die nachrichtendienstliche Tätigkeit des Bundes, die in der

¹²⁸ Vgl. nur *Wolff*, JZ 2010, 173 ff.

¹²⁹ *Baier*, Kontrolle, 2009, S. 39 ff.

¹³⁰ S. dazu *Wolff*, in: Möllers/van Ooyen (Hg.), Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2010/2011, Halbband 1, 2011, 97 ff.

¹³¹ Gesetz vom 29.7.2009 (BGBl I 2346); s. dazu *Christopeit/Wolff*, ZG 2010, 77 ff.

¹³² Vgl. nur BT-Drs. 16/12412, S. 1 und 4.

Wahrnehmung nachrichtendienstlicher Aufgaben liegt. Nachrichtendienstliche Aufgaben sind angesiedelt in der Vorfeldermittlung zum Schutz von Rechtsgütern von nationalem Rang, wie der verfassungsmäßigen Grundordnung oder der äußeren und inneren Sicherheit. Diese Tätigkeit betrifft den Bund, sofern sie von Bundesbehörden ausgeführt wird. Die Konkretisierung ist dem einfachen Recht überlassen, das diese in § 1 Abs. 1 PKGrG vornimmt.

Die neue Verfassungsnorm begründet eine in jeder Legislaturperiode neu zu erfüllende Pflicht des Bundestages, ein Gremium zur näher beschriebenen Kontrolle zu bestellen.¹³³ Die Existenzgarantie bezieht sich ausdrücklich auf ein Gremium und nicht auf einen Ausschuss. Das geschah bewusst.¹³⁴ Bei der Bestellung eines Gremiums ist der Bundestag in der Ausgestaltung freier als bei der Bildung eines Ausschusses.¹³⁵ Ausschüsse müssen aus dem Bundestag heraus gebildet werden. Die im Plenum vertretenen Fraktionen müssen in den Ausschüssen möglichst spiegelbildlich vertreten sein; diese haben das Recht, ihre Mitglieder dorthin zu entsenden, und die Abgeordneten haben grundsätzlich einen Anspruch darauf, bei der Gesamtverteilung der Ausschusssitze nicht willkürlich übergangen zu werden.¹³⁶ Bei einem Gremium sind die Vorgaben weniger streng. So ist es etwa gestattet, eine Wahl der Mitglieder durch die Mehrheit des Plenums zuzulassen.¹³⁷

Wie das Gremium im Gesetz gem. Art. 45d Abs. 2 GG organisatorisch auszugestalten ist, gibt Art. 45d GG nicht vor.¹³⁸ Die enge Verknüpfung zwischen der Verfassungsänderung und dem Ablösegesetz darf nicht dazu führen, die gegenwärtige Ausgestaltung als die von der Verfassung gewollte zu qualifizieren. Das parlamentarische Kontrollgremium in der gegenwärtigen Fassung ist nicht verfassungsfest.¹³⁹

Aus der Ratio der Schaffung eines Sonderinstruments für die parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste können gewisse Vorgaben für die Organisation entnommen werden. Art. 45d GG will eine bessere parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste durch das Gremium als durch die der Ausschüsse ermöglichen. Eine bessere parlamentarische Kontrolle als ein Ausschuss kann ein Gremium aber nur dann erfüllen, wenn es eine höhere Vertraulichkeit gewährleistet. Würde der Bundestag unter Berufung auf Art. 45d GG ein Gremium schaffen, das so groß ist wie etwa der Innenausschuss, das öffentlich tagen würde, für alle Mitarbeiter innerhalb des Bundestages offen und für alle Abgeordneten (mit Gaststatus) frei zugänglich wäre, und sich vom Innenausschuss etwa nur dadurch unterscheiden würde, dass eine bestimmte Fraktion keinen Mitarbeiter entsenden dürfte, würde er damit Art. 45d GG verletzen.¹⁴⁰ Wie erwähnt ist der Bund dabei, die Kontrolle zu reformieren.

¹³³ Klein, in: Maunz/Dürig, GG, Art. 45d, Rn. 23.

¹³⁴ Deutlich etwa bei H.-P. Uhl, BT-Plenarprotokoll 16/225, S. 24896 (C); N. Röttgen, BT-Plenarprotokoll 16/225, S. 24904 (C); W. Neskovic, BT-Plenarprotokoll 16/225, S. 24900 (B); M. Hartmann, BT-Plenarprotokoll 16/225, S. 24906 (D); s. dazu Klein, in: Maunz/Dürig, GG, Art. 45d, Rn. 24.

¹³⁵ Deshalb kritisch gegen die Entscheidung für ein Gremium etwa Gusy, Stellungnahme, 2009, S. 2; Kutscha, Stellungnahme, 2009, S. 1.

¹³⁶ Vgl. nur BVerfGE 112, 118, 133; BVerfGE 84, 304, 323; BVerfGE 80, 188, 222; W. Zeh, in: Schneider/Zeh, Parlamentsrecht und Parlamentspraxis, 1989, § 39, Rn. 10 ff.; Geis, in: Isensee/Kirchhof, HStR III, 2005, § 54, Rn. 58 f.

¹³⁷ Geis, in: Isensee/Kirchhof, HStR III, 2005, § 54, Rn. 22.

¹³⁸ Kritisch daher Kutscha, Stellungnahme, 2009, S. 2.

¹³⁹ Ausführlich Christopeit/Wolff, ZG 2010, 77, 84 f.

¹⁴⁰ Ausführlich Christopeit/Wolff, ZG 2010, 77, 85; vgl. Mehde, in: Epping/Hillgruber, BOK-GG, Art 45d (Stand. 1.2.2010), Rn. 13.

dd) G 10-Kommission

Von erheblicher Bedeutung für die Kontrolle ist weiter die G 10-Kommission.¹⁴¹ Sie beruht der Sache nach auf Bundesebene auf Art. 10 Abs. 2 S. 2 GG. Sie findet ihre Grundlage in § 15 G 10 und in § 8a BVerfSchG auf Bundesebene. Ursprünglich war die Kontrolle der G 10-Kommission nur für die Telekommunikationsbeschränkung vorgesehen und wurde als verfahrensrechtlicher Schutz auf die besonderen Auskunftsbefehle nach § 8a BVerfSchG erstreckt. Die G 10-Kommission ist die einzige unabhängige Kontrollstelle, die in einige zentrale Eingriffsverfahren einbezogen ist. Sie hat die Aufgabe, den spät einsetzenden Rechtsschutz im Vorfeld partiell auszugleichen. An die G 10-Kommission hat man sich mittlerweile gewöhnt, d.h. aber nicht, dass hier nicht erhebliche Verbesserungen möglich sind. Die Ausstattung, die Sitzungsperioden, die Arbeitsweise und die Prüfintensität sind von einer gerichtlichen Kontrolle weit entfernt. Es wäre zu prüfen, ob nicht die normale gerichtliche Kontrolle auch in den bisherigen Zuständigkeiten der G 10-Kommission eingeführt werden könnte.

Auf Landesebene wird die G 10-Kommission durch das Gesetz zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes geregelt. Strukturell gilt hier nichts anderes als bei der Kommission auf Bundesebene.

Ob die G 10-Kommission als ein Ausschuss der parlamentarischen Kontrolle oder der internen Verwaltungskontrolle zu sehen ist, ist nicht ganz klar. Sie besitzt eine gewisse Zwitterstellung.

¹⁴¹ S. dazu *Gusy*, Grundrechte, 2011, S. 14 ff.

II. Besonderheiten in Brandenburg

Die Sicherheitsarchitektur im Land Brandenburg lässt sich nicht isoliert betrachten, sondern nur in Hinblick auf die gesamte Sicherheitsarchitektur Deutschlands. Das Land Brandenburg besitzt starke Exekutivbefugnisse und Gesetzgebungsbefugnisse für das Polizeirecht, eingeschränkt für den Verfassungsschutz und keine Befugnisse im Bereich der auswärtigen Gewalt.

Organisatorisch kennt das Land Brandenburg Polizeibehörden i.S.v. § 72 (Polizeipräsidium und Polizeieinrichtungen) und Ordnungsbehörden (§ 3 Bbg. OBG) mitsamt der Verfassungsschutzbehörde (§ 2 Abs. 1 BbgVerfSchG).

1. Das Polizeirecht in Brandenburg

a) Entwicklungslinien

Die Entwicklungslinien des Polizeigesetzes verliefen kurz gefasst wie folgt:

- Durch Gesetz vom 20.05.1999 (GVBl. 1999, 171) wurde § 11 Abs. 3 BbgPolG eingefügt, der Personenkontrollen im öffentlichen Verkehrsraum gestattet.
- Durch Gesetz vom 19.12.2000 (GVBl. 2000, 179) wurde in § 16 BbgPolG das Aufenthaltsverbot und in § 31 Abs. 3 BbgPolG die Videoüberwachung eingefügt. Die Observation in § 32 BbgPolG, das Mithören in § 33 BbgPolG und die Einsatzmöglichkeit von V-Leuten in § 34 BbgPolG wurden erweitert.
- Im Jahr 2004 (GVBl. 2004, 2899) wurden geschaffen:
 - die Möglichkeit der Wohnraumverweisung (§ 16a BbgPolG),
 - die Befugnis, zur Eigensicherung bei Personen- und Fahrzeugkontrollen Lichtbildaufnahmen anzufertigen (§ 31a BbgPolG),
 - die Befugnisse, Anrufe über Notrufeinrichtungen aufzuzeichnen (§ 39 Abs. 5 BbgPolG).
- Im Jahr 2006 (GVBl. 2006, 188) wurden folgende Änderungen vorgenommen:
 - Die Datenerhebung bei Ansammlungen, die nicht dem Versammlungsgesetz unterfallen, wurde geändert (§ 31 BbgPolG).
 - Eingefügt wurde die präventive Wohnraumüberwachung (§ 33a BbgPolG) bezogen auf die Aufnahme des gesprochenen Wortes und auf die Anfertigung von Bildaufnahmen sowie
 - die präventive Telefonüberwachung gemäß § 33b BbgPolG und
 - die Ortung von Mobilfunkgeräten (§ 33b Abs. 3 BbgPolG) sowie
 - die automatische Kennzeichenüberwachung gemäß § 36a BbgPolG.
 - Neugefasst wurde die Befugnis zur polizeilichen Ausschreibung (polizeiliche Beobachtung in einer Datei) gemäß § 36 BbgPolG.
- Im Jahr 2011 (GVBl. 2011, S. 1 ff.) wurden die Befugnisse zur Erhebung von Verkehrsdaten und zur Standortermittlung von Mobiltelefonen zur Verhinderung schwerer Gefahren eingefügt (§ 33b Abs. 6 BbgPolG).
- Durch Gesetz vom 28. April 2014 wurde insbesondere die Regelung zur Datenerhebung durch Bestandsdatenauskunft eingefügt (GVBl. 2014/I, Nr. 20).

b) Die wesentlichen Aussagen des BbgPolG

Das Polizeirecht in Brandenburg weist auf den ersten Blick keine Besonderheiten auf. Es folgt dem Modell des dualistischen Polizeirechts, bei dem der Polizeivollzug und die Ordnungsbehörden begrifflich getrennt werden. Das Polizeigesetz hat dabei die vorbeugende Bekämpfung der Straftaten als selbstständige Ausprägung der Gefahrenabwehr durchweg eingearbeitet. Die „allgemeine Polizeiverordnung“ gibt es im brandenburgischen Polizeirecht nur in Form der ordnungsbehördlichen Verordnung. Auffallend ist, dass das Polizeigesetz den internationalen Informationsaustausch teilweise normiert. Innerhalb der Befugnisnormen enthält das

Polizeigesetz zunächst die so genannte polizeiliche Generalklausel gemäß § 10 BbgPolG, wobei die öffentliche Ordnung mit als polizeiliches Schutzgut vorgesehen ist.

c) Die Standardmaßnahmen

Zu den Standardmaßnahmen (ohne Erhebung personenbezogener Daten) zählen:

- Vorladung (§ 15 BbgPolG),
- Platzverweis, Aufenthaltsverbot etc. (§ 16 BbgPolG),
- Wohnungsverweisung und Rückkehrverbot (§ 16a BbgPolG),
- Gewahrsam (§ 17 BbgPolG),
- Durchsuchung von Personen und Sachen (§§ 21, 22 BbgPolG),
- Betreten und Durchsuchung von Wohnungen (§ 23 BbgPolG),
- Sicherstellung (§ 25 BbgPolG).

d) Die Informationserhebungsbefugnisse

Im Bereich der Informationserhebung, insbesondere mit Tendenz zum Vorfeld, enthält das Polizeigesetz Brandenburg einen eher weitgehenden Befugniskatalog. Die Verlagerung ins Vorfeld hält sich in Grenzen. Insbesondere bestehen folgende Befugnisse:

- Datenerhebung (§ 30 BbgPolG),
- Datenerhebung bei öffentlichen Veranstaltungen und Ansammlungen sowie auf öffentlich zugänglichen Straßen und Plätzen (§ 31 BbgPolG),
- Datenerhebung zur Eigensicherung (§ 31a BbgPolG),
- Datenerhebung durch Observation (§ 32 BbgPolG),
- Datenerhebung durch den verdeckten Einsatz technischer Mittel zum Abhören und Aufzeichnen des gesprochenen Wortes und zur Anfertigung von Bildaufnahmen und Bildaufzeichnungen (§ 33 BbgPolG),
- Datenerhebung durch den Einsatz technischer Mittel zur Überwachung von Wohnungen (§ 33a BbgPolG),
- Datenerhebung durch Eingriffe in die Telekommunikation, Verkehrs- und Nutzungsdatenauskunft (§ 33b BbgPolG – u.a. IMSI - Catcher),
- Datenerhebung durch Bestandsdatenauskunft (§ 33c),
- Datenerhebung durch den Einsatz von Personen, deren Zusammenarbeit mit der Polizei Dritten nicht bekannt ist (§ 34 BbgPolG),
- Datenerhebung durch den Einsatz verdeckter Ermittler (§ 35),
- polizeiliche Ausschreibung (§ 36 BbgPolG),
- anlassbezogene automatische Kennzeichenfahndung (§ 36a BbgPolG),
- Rasterfahndung (§ 46 BbgPolG).

Der verdeckte Eingriff in informationstechnische Systeme und die Quellen-Telekommunikationsüberwachung ist nicht geregelt. Das entspricht der üblichen Regelung. Die als Quellen-TKÜ bezeichnete Maßnahme meint die Installation eines Programms auf einem fremden Computer, das die Kommunikation vor der Verschlüsselung mitschneidet und an die Ermittlungsbehörde übermittelt.

e) Einzelfragen

aa) Offene und verdeckte Informationserhebung

Die Datenerhebungsbefugnisse ermächtigen sowohl zur offenen als auch zur verdeckten Erhebung. Die verdeckte Erhebung gemäß § 29 Abs. 3 BbgPolG ist nur

zulässig, sofern das Gesetz es ausdrücklich zulässt. Offen erfolgen Datenerhebungen bei Veranstaltungen gemäß § 31 BbgPolG und die Datenerhebung zur Eigensicherung gemäß § 31a BbgPolG. Verdeckt erfolgt die Datenerhebung bei § 33 (Abhören des gesprochenen Wortes), § 33a (präventive Wohnraumüberwachung), § 33b (präventive Telekommunikationsüberwachung), die Bestandsdatenauskunft gemäß § 33c, der Einsatz von V-Leuten und verdeckten Ermittlern gemäß § 34 f., die automatische Kennzeichenüberwachung gemäß § 36a und die Rasterfahndung gemäß § 46 BbgPolG.

bb) Vorverlagerung

Für das Verhältnis der Sicherheitsbehörden untereinander von besonderem Interesse ist die Frage, in welchem Umfang das BbgPolG der Polizei Eingriffsbefugnisse, insbesondere Informationserhebungsbefugnisse unabhängig von dem Vorliegen einer Gefahr vermittelt. Hier sind verschiedene Fallgestaltungen zu unterscheiden.

aaa) Gefahrenschwelle

Bei den meisten Informationserhebungsbefugnissen verlangt das Gesetz das Vorliegen einer Gefahr, häufig einer gesteigerten Gefahr (hinsichtlich des zeitlichen Zusammenhangs des bedrohten Rechtsgutes). Dies entspricht der überlieferten Form des Polizeirechts. Die Gefahr ist dabei ein Zustand, bei dem nach allgemeiner Lebenserfahrung mit hinreichender Sicherheit in naher Zukunft ein Schaden für ein polizeiliches Schutzgut eintreten kann.

bbb) Vorbeugende Bekämpfung von Straftaten

Eine in zahlreichen Vorschriften vorkommende Voraussetzung besteht darin, dass die Information notwendig ist zur vorbeugenden Bekämpfung von Straftaten. Folgende Befugnisse beziehen auch die vorbeugende Bekämpfung von Straftaten mit ein:

- § 11 Abs. 3 (bezogen auf grenzüberschreitende Kriminalität): Auskunftspflicht;
- § 12 Abs. 1 Nr. 6 (bezogen auf die grenzüberschreitende Kriminalität): Identitätsfeststellung;
- § 13 Abs. 2 Nr. 2: erkennungsdienstliche Maßnahmen;
- § 30 Abs. 1 Nr. 1: Datenerhebung;
- § 31 Abs. 1: Datenerhebung bei öffentlichen Veranstaltungen und Ansammlungen;
- § 32 Abs. 1 Nr. 2: Observation;
- § 33 Abs. 1 Nr. 2: technische Mittel zum Abhören des gesprochenen Wortes;
- § 33b Abs. 2: Nutzungsdatenauskunft;
- § 34 Abs. 1 Nr. 3: V-Leute;
- § 35 Abs. 1 Nr. 2: Einsatz verdeckter Ermittler;
- § 36 Abs. 1 Halbsatz 2: polizeiliche Ausschreibung.

Im deutschen Sicherheitsrecht wurde zeitweise diskutiert, ob unter der vorbeugenden Bekämpfung nicht nur die Verhinderung von Straftaten, das heißt eine präventive Zielsetzung, sondern auch die Vorsorge für die Verfolgung von künftigen Straftaten, das heißt eine repressive Zielsetzung zu verstehen sei.¹⁴² Das Bundesverfassungsgericht hat in der Entscheidung zur präventiven Telekommunikationsüberwachung in Niedersachsen erhebliche Bedenken gegen die Gesetzgebungskompetenz der Länder für die Vorsorge gegen Straftaten gesehen, weil es davon ausgeht, dass diese Regelung unter die Gesetzgebungskompetenz des

¹⁴² vgl. nur *Zeitler/Trurnit*, Polizeirecht, 2014, Rn. 571; *Rachor*, in: Liesken/Denninger, Handbuch Polizeirecht, F Rn. 163.

Strafrechts (Art. 74 Abs. 1 Nr. 1 GG) fällt und die StPO weitgehend als erschöpfende Regelung anzusehen ist.¹⁴³

Daher werden die Eingriffstatbestände, die mehrdeutig sind, gegenwärtig überwiegend im Sinne einer präventiven Kompetenz ausgelegt und so verstanden, dass die vorbeugende Bekämpfung von Straftaten zur Verhinderung von Straftaten ermächtigt.¹⁴⁴ Gegen diese präventive Eingriffskompetenz bestehen kompetenzrechtlich keine Bedenken, allerdings sind hohe Verfahrensvoraussetzungen und Eingriffsvoraussetzungen grundrechtlich zu verlangen, sofern es um verdeckte Ermittlungen geht.

Ob mit der Eingriffsermächtigung und Ermächtigung zum Informationseingriff zwecks vorbeugender Bekämpfung von Straftaten gegenüber der Eingriffsschwelle der polizeilichen Gefahr eine Vorverlagerung verbunden ist, lässt sich dogmatisch nicht eindeutig beantworten.¹⁴⁵ Die Verwirklichung von Straftatbeständen führt zur Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit. Die Polizei besitzt daher mit der Aufgabe, die öffentliche Sicherheit vor Gefahren zu schützen, die Kompetenz, die Begehung von Straftaten zu verhindern. Fraglich ist, ob mit dem Begriff der vorbeugenden Bekämpfung ein Bereich gemeint ist, der bereits vor der polizeilichen Gefahr beginnt. Da nicht anzunehmen ist, dass der Gesetzgeber eine unnötige Doppelung einführen wollte, liegt es nahe, bei der Verhinderung von Straftaten eine Zuständigkeit auch etwas vorgelagert vor der polizeilichen Gefahr anzunehmen.

ccc) Tatsachen, die die Annahme rechtfertigen

Darüber hinaus kennen einige Eingriffsbefugnisse die Wendung, nach der bestimmte Tatsachen eine Annahme rechtfertigen. ‚Tatsachen, die eine Annahme rechtfertigen‘ meint beweiskräftige Tatsachen, aus denen ohne eine weitere Bewertung unmittelbar auf das Vorliegen eines Sachverhalts geschlossen werden kann, der ein polizeiliches Einschreiten erfordert.¹⁴⁶

So kennt das Polizeigesetz zunächst die Wendung, dass Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass eine Person sachdienliche Angaben machen könne (vgl. § 11 Abs. 1 BbgPolG; § 15 Abs. 1 Nr. 1 BbgPolG).

Weiter enthält das Gesetz die Wendung, dass Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass eine Person eine ggf. näher umschriebene Straftat begehen wird, wobei sich die Annahme der Straftatbegehung entweder auf einen Ort oder auf eine Person bezieht:

- § 12 Abs. 1 Nr. 3 BbgPolG (Identitätsfeststellung)
- § 16 Abs. 2 BbgPolG (Platzverweis),
- § 21 Abs. 1 Nr. 5 BbgPolG (Personendurchsuchung),
- § 22 Abs. 1 Nr. 5 BbgPolG (Durchsuchung von Sachen),
- § 23 BbgPolG (Wohnungsdurchsuchung)
- § 31 Abs. 1 BbgPolG (Beobachtung von Versammlungen),
- § 35 Abs. 1 Nr. 2 BbgPolG (Einsatz verdeckter Ermittler),
- § 36 Abs. 1 Nr. 2 BbgPolG (polizeiliche Ausschreibung),
- § 39 Abs. 3 BbgPolG (Datenverarbeitung)
- vergleichbar § 36a Abs. 1 Nr. 3 BbgPolG: Begehung von Straftaten steht unmittelbar bevor (Kennzeichenüberwachung).

¹⁴³ BVerfG, Ut. v. 27.07.205, 1 BVR 668/094, BVerfGE 113, 438 ff.

¹⁴⁴ S. etwa VG Freiburg, Ut. v. 27.11.2012, 3 K 1607/11, juris Rn. 54 zu Baden-Württemberg.

¹⁴⁵ Ausführlich *Bäcker*, in: FS Schenke, 2011, S. 331, 345 ff.

¹⁴⁶ *Stephan/Deger*, Polizeigesetz von Baden-Württemberg, 2014, § 21, Rn. 8.

Weiter kommt die Formulierung vor, dass Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass Straftaten verabredet werden:

- § 12 Abs. 1 Nr. 2 BbgPolG (Identitätsfeststellung),
- § 23 Abs. 3 Nr. 1 BbgPolG (Wohnungsbetretung).

Schließlich formuliert das Gesetz noch, dass Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass eine gesuchte Sache oder eine gesuchte Person auf diese Weise gefunden werden könnte.

- § 12 Abs. 1 Nr. 2 lit c BbgPolG (Identitätsfeststellung),
- § 21 Abs. 1 Nr. 2 BbgPolG (Durchsuchung von Personen),
- § 22 Abs. 1 Nr. 2, 3 BbgPolG (Durchsuchung von Sachen),
- § 23 Abs. 1 Nr. 1 BbgPolG (Durchsuchung von Wohnungen).

Darüber verwendet das Gesetz die Formulierung, dass Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass ein Zustand vorliegt, den der Gesetzgeber für gefahrenträchtig hält, und daher die Tatsachenfeststellung der Feststellung der Gefahrensituation vorlagern möchte:

- § 67 Abs. 1 Nr. 3 BbgPolG (Schusswaffengebrauch gegen Personen),
- § 33a Abs. 1 BbgPolG (Überwachung von Wohnungen),
- § 65 BbgPolG (Fesseln von Personen).

Die Anforderung, dass bestimmte Tatsachen einen Schluss rechtfertigen, besitzen wie gezeigt unterschiedliche Bedeutungen. Zum einen kann die Wendung eine Konkretisierung des Sachverhalts sein, der gegeben sein muss, um einen Tatbestand anzunehmen. Der Sache nach handelt es sich dann um eine Beweisregelung. Im Vergleich zu den allgemeinen Anforderungen an die Überzeugungsbildung der Behörden, bildet die Formulierung „Tatsachen, die eine Annahme rechtfertigen“ eine Erleichterung. Geht es bei dem Tatbestandsmerkmal um die polizeiliche Gefahr, so bildet die Wendung, dass tatsächlich Anhaltspunkte für die Annahme einer Gefahr vorliegen müssen, streng genommen keine Vorverlagerung der Eingriffsschwelle im eigentlichen Sinne, sondern die Ermächtigung zu einer Handlung auf einer nicht vollständig gesicherten Tatsachengrundlage. Dies kann im Ergebnis allerdings die gleiche Wirkung haben wie die Absenkung der Eingriffsschwelle zeitlich oder gegenständlich unter diejenige einer Gefahr.

Ob die Formulierung „Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass künftig Straftaten begangen werden“ zugleich die Annahme einer Gefahr rechtfertigt, lässt der Zusammenhang offen. Die Literatur beantwortet die Frage, ob damit eine Vorverlagerung verbunden ist, nicht ausdrücklich, tendiert aber eher dazu, eine Identität zur Gefahr anzunehmen.¹⁴⁷ Die Ausrichtung in die Zukunft spricht allerdings eher dafür, in diesem Fall eine Vorverlagerung vor der polizeilichen Gefahrensituation anzunehmen. In diese Richtung tendiert auch die Rechtsprechung.¹⁴⁸

ddd) Tatsächliche Anhaltspunkte

Die dritte Kategorie von Eingriffsvoraussetzungen ergibt sich aus der Wendung „tatsächliche Anhaltspunkte“. Diese Formulierung kommt in folgenden Fällen vor:

- § 20 Abs. 1 Nr. 3 BbgPolG: Fortdauer des Gewahrsams ist zulässig, wenn Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass der Betroffene Straftaten gegen Leib oder Leben oder Vergleichbares begehen wird;

¹⁴⁷ vgl. *Stephan/Deger*, Polizeigesetz für Baden-Württemberg, 2014, § 21 Rn. A; *Zeitler/Trurnit*, Polizeirecht Baden-Württemberg, 2014, Rn. 624.

¹⁴⁸ VG Freiburg, Ut. v. 27.11.2012, 3 K 1607/11, juris Rn. 59.

- § 32 Abs. 1 Nr. 2 BbgPolG: Observation ist zulässig von Personen, bei denen hinreichend sichere Anhaltspunkte für die beabsichtigte Begehung von Straftaten von erheblicher Bedeutung sprechen;
- § 33 Abs. 2 Nr. 2 BbgPolG: Der Einsatz von technischen Mitteln zum Abhören des Wortes ist zulässig bei Personen, bei denen hinreichend sichere Anhaltspunkte für die beabsichtigte Begehung von Straftaten vorliegen;
- § 33a Abs. 1 Nr. 2 BbgPolG: Wohnraumüberwachung ist u. a. zulässig aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte, dass bestimmte näher aufgeführte Straftaten organisiert begangen werden sollen;
- gemäß § 33a Abs. 5 BbgPolG ist die Überwachung abubrechen, wenn Anhaltspunkte dafür bestehen, dass der Kernbereich betroffen wird;
- § 34 Abs. 1 Nr. 2 BbgPolG: Der Einsatz von V-Leuten ist zulässig bei Personen, zu denen hinreichend sichere Anhaltspunkte für die Begehung von Straftaten von erheblicher Bedeutung vorliegen.

Tatsächliche Anhaltspunkte sind bestimmte Indizien, aus denen nach polizeilicher Erfahrung auf das künftig mögliche Vorliegen eines Sachverhalts geschlossen werden kann, die ein polizeiliches Tätigwerden erfordert. Bloße Vermutungen oder allgemeine Erfahrungssätze können grundsätzlich nicht ausreichen, um das Vorliegen tatsächlicher Anhaltspunkte zu begründen. Es müssen vielmehr Tatsachen festgestellt sein, die eine solche Gefahrenprognose tragen. Dabei kann allerdings durchaus auf polizeiliches Erfahrungswissen zurückgegriffen werden.¹⁴⁹ Tatsächliche Anhaltspunkte sind unterhalb der Schwelle von Tatsachen angesiedelt.¹⁵⁰

eee) Vergleich mit den Befugnissen der Verfassungsschutzbehörde

Vergleicht man diese Eingriffsschwellen der Polizei mit denen der Verfassungsschutzbehörde für das Land Brandenburg, ist festzustellen, dass die Eingriffsschwelle des Verfassungsschutzes noch niedriger ist. Die allgemeine Eingriffsschwelle für nachrichtendienstliche Mittel ist in § 7 Abs. 1 BbgVerfSchG niedergelegt. Danach dürfen die nachrichtendienstlichen Mittel nur eingesetzt werden, wenn bei den betroffenen Einzel- oder Zusammenschlüssen tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht von Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 BbgVerfSchG bestehen. Auch wenn der Passus „tatsächliche Anhaltspunkte“ vergleichbar ist, ist doch der Schluss, auf den sich die Anhaltspunkte beziehen, deutlich verschieden.¹⁵¹ Einmal geht es darum, dass Erkenntnisse für verfassungsfeindliche Bestrebungen gewonnen werden können, im anderen Fall geht es darum, dass Anhaltspunkte für die Begehung von Straftaten vorliegen.

2. Der Verfassungsschutz in Brandenburg

a) Allgemein

Der Verfassungsschutz des Landes Brandenburg bewegt sich innerhalb der zulässigen Spannbreite der Gestaltungsbefugnisse der Länder, befindet sich aber insgesamt in einem Zustand, der nicht mehr unbedingt dem gegenwärtigen Stand der Entwicklung entspricht. Das Land Brandenburg hat sich gegen eine selbstständige Behörde entschieden, sondern vielmehr die Verfassungsschutzbehörde in das Ministerium des Inneren eingegliedert. Dies ist eine mögliche Option der Organisation. Auch große Länder wie das Land NRW haben von dieser Konstruktion Gebrauch gemacht. Die

¹⁴⁹ VG Freiburg, Ut. v. 27.11.2012, 3 K 1607/11, juris Rn. 61 unter Berufung auf BVerfG, Ut. v. 27.02.2008 - 1 BvR 370/07 -, 1 BvR 595/07, BVerfGE 120, 274.

¹⁵⁰ Stephan/Deger, Polizeigesetz, 2014, § 20, Rn. 24; s.a. Bäcker u.a., Regierungskommission, Bericht, 2013, S. 132 ff.

¹⁵¹ S. dazu (bezogen auf das BfV), Gazeas, Übermittlung, 2014, S. 84 ff.

Eingliederung in das Ministerium hat Vor- und Nachteile. Auf diese Weise ist der Verfassungsschutz stärker an die politische Leitungsebene angebunden, andererseits ist die Vertraulichkeit organisatorisch schlechter gewährleistet. Die Einhaltung des Trennungsgebotes fällt organisatorisch etwas schwerer, ist aber ohne Weiteres in dem gebotenen rechtlichen Rahmen möglich.

b) Die Aufgaben

In den Aufgabenkatalog hat das Land Brandenburg Bestrebungen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung gerichtet sind, aufgenommen (§ 3 Abs. 2 Nr. 4 BbgVerfSchG). Dies ist üblich¹⁵² aber nicht selbstverständlich,¹⁵³ wie es umgekehrt aber auch noch erweiterte Aufgabenumschreibungen gibt.¹⁵⁴

c) Die Befugnisse

aa) Die allgemeine Datenverarbeitungsbefugnis

Die Befugnisse des Verfassungsschutzes entsprechen dem Standard in Deutschland. Die allgemeinen Befugnisse bestehen zunächst in der grundsätzlichen Berechtigung der Datenverarbeitung auf dem Bereich des Verfassungsschutzes (§ 8 Abs. 1 BbgVerfSchG). Diese Norm ist in allgemeinen Datenschutzprinzipien abgebildet.

bb) Nachrichtendienstliche Mittel

Weiter besitzt die Verfassungsschutzbehörde die Befugnis zur Erhebung mit nachrichtendienstlichen Mitteln (§ 6 Abs. 3 BbgVerfSchG). Die Regelung ist von ihrer Bestimmtheit her nicht auf hohem Niveau, entsprach lange Zeit aber dem Üblichen, dürfte jetzt aber etwas veraltet sein. Viele Verfassungsschutzgesetze enthalten detailliertere Vorgaben. Die Eingriffsschwelle für die Verwendung nachrichtendienstlicher Mittel entspricht dem Üblichen (§ 7 Abs. 1 BbgVerfSchG).

Das Gesetz sieht in § 7 Abs. 4 i.V.m. Abs. 3 BbgVerfSchG verfahrensrechtliche Sicherungen für den Einsatz von V-Leuten, für die Observation und für die Überwachung des gesprochenen Wortes vor. Der Kern besteht darin, dass die Zustimmung des Ministeriums des Innern und die Beteiligung des Parl. Kontrollgremiums vorgesehen ist. Weitere Sicherung bestehen nicht. Das BVerfG hat im Urteil zum BKAG hinsichtlich der langfristigen Observation zusätzliche Anforderungen gestellt. Es müsste sorgfältig geprüft werden, ob das Brandenburgische Verfassungsschutzgesetz diesen Anforderungen aus dem Urteil genügt.

cc) Besondere Auskunftsrechte

Darüber hinaus kennt das Landesrecht an verdeckter Form die besonderen Auskunftsrechte bestimmter Unternehmen, die das Bundesverfassungsschutzgesetz durch die Terrorismusgesetze eingeführt hat (§ 14a BbgVerfSchG). Auf Bundesebene ist dieser Katalog mittlerweile zweimal sorgfältig überarbeitet worden, wovon das Landesrecht in keiner Weise Notiz nimmt. Im Einzelnen gilt:

¹⁵² Ebenso § 4 Abs. 1 VSG Hamburg HH; § 5 Abs. 1 VSG MV; § 3 NDS VSG, § 3 NRW VSG, § 5 RP VSG; § 5 SH VSG.

¹⁵³ Ohne diese Aufgabenbereiche, beispielsweise § 5 Abs. 2 Bln VSG.

¹⁵⁴ Ein Zuständigkeit auch für die organisierte Kriminalität kennt etwa: Art. 1 Abs. 1 BayVSG; § 2 Abs. 2 HessVSG; § 3 Saar VSG. Die Aufklärung der fortwirkende Strukturen und Tätigkeiten der Nachrichtendienste der DDR kennen etwa: § 4 Abs. 1 Nr. 2 VerSchG LSG, § 2 Abs. 2 Nr. 4 Verfassungsschutz Sachsen.

§ 8 Abs. 5 ff. BVerfSchG a.F. wurde mit dem Terrorismusbekämpfungsgesetz (vom 09.01.2002, BGBl I 361 ff.) in das BVerfSchG eingefügt.¹⁵⁵ Die Erweiterung der Eingriffsbefugnisse war gemäß Art. 22 Abs. 2 TBG befristet bis zum 11.01.2007. Zudem waren die Neuregelungen gemäß Art. 22 Abs. 3 TBG vor Ablauf der Befristung zu evaluieren. Auf der Grundlage einer von dem Bundesministerium erstellten internen Evaluierung¹⁵⁶ beschloss der Gesetzgeber das Terrorismusbekämpfungsergänzungsgesetz vom 05.01.2007 (BGBl I 2 ff.) (TBEG), mit dem die deutschen Nachrichtendienste auf fortgeschrittener Grundlage wiederum erweiterte geheime Informationseingriffsbefugnisse erhielten. Das TBEG sah erneut eine Befristung und eine Evaluierung bis zum 10. Januar 2012 vor. In die dann vorgenommene Evaluierung im Jahr 2011 war der Unterzeichner selbst als Beauftragter der Bundesregierung eingebunden. Auf dieser Grundlage kam es zu der Änderung des BVerfSchG im Jahr 2011,¹⁵⁷ die den §§ 8a, 8b die heutige Fassung gab. Die Regelung des § 14a BbgVerfSchG steht noch auf dem Stand von 2001. Das ist schwer verständlich. Sicher hat das Land Brandenburg dafür nachvollziehbare Gründe. Es wird auch begründen müssen, weshalb es Befugnisse aufrecht erhält, die der Bund für überflüssig gehalten und daher längst aufgehoben hat.

dd) Fehlende Befugnisse

Das Verfassungsschutzgesetz des Landes Brandenburg ist dadurch gekennzeichnet, dass die Verfassungsschutzbehörde eine Reihe von Befugnissen nicht erhält, die andere Gesetze ihren Verfassungsschutzbehörden zuweisen. Zu diesen bekannten, aber im BbgVerfSchG nicht vorgesehenen Befugnissen gehören etwa:

- Die Verfassungsschutzbehörde besitzt keine Befugnis zum Einsatz technischer Mittel zur Ermittlung des Standortes eines aktiv geschalteten Mobilfunkendgeräts (IMSI-Chatcher).
- Die präventive Wohnraumüberwachung ist nicht vorgesehen.
- Nicht vorgesehen ist der Zugriff auf zugangsgesicherte Telekommunikationsinhalte und sonstige Informations- und Kommunikationsinhalte im Internet auf dem technisch hierfür für jede Nutzerin und jeden Nutzer vorgesehenen Weg, ohne selbst Kommunikationsadressatin oder -adressat und ohne von den an der Kommunikation teilnehmenden Personen oder vergleichbaren Berechtigten hierzu autorisiert zu sein.
- Eine Quellen TKÜ und/oder Online-Durchsuchung ist nicht vorgesehen, ist beim Verfassungsschutz aber selten vorgesehen.
- Die Rasterfahndung fehlt, ist beim Verfassungsschutz aber unüblich.

¹⁵⁵ S. dazu nur den Überblick bei *Rose-Stahl*, Nachrichtendienste, 2006, S. 52 ff.; s. dazu *Bubnoff*, NJW 2002, 2672 ff.; *Sauer*, NVwZ 2005, 275 ff.

¹⁵⁶ vgl. Bericht der Bundesregierung zu den Auswirkungen der nach Art. 22 Abs. 2 des Terrorismusbekämpfungsgesetzes befristeten Änderungen des Bundesverfassungsschutzgesetzes, des MAD-Gesetzes, des BND-Gesetzes, des Art. 10-Gesetzes, des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes und des § 7 Abs. 2 des BKA-Gesetzes vom 17.06.2005, abrufbar unter https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/Sicherheit/Terrorismus/Bericht_BReg_Auswirkung_Terrorismusbekaempfungsgesetz.pdf?__blob=publicationFile.

¹⁵⁷ Gesetz zur Änderung des Bundesverfassungsschutzgesetzes (BVerfSchGÄndG) v. 7.12.2011, BGBl I 2011, 2576.

e) Regeln zur Informationsübermittlung

Die Regeln zur Informationsübermittlung sind, gemessen daran, dass sich das Verfassungsschutzgesetz Brandenburg eher auf einem alten Stand befindet, erstaunlich modern.

Soweit ersichtlich ist die Regelung in § 6 Abs. 3 S. 3 Halbsatz 2 BbgVerfSchG), nach der Informationen, die unter Verletzung des § 203 des StGB weitergegeben werden sollen, nicht entgegengenommen werden dürfen, einmalig. Das Land Brandenburg sticht hier durch eine ungewöhnliche Betonung des Rechtsstaatsprinzips hervor. Der Unterzeichner hat auf Bundesebene im internationalen Vergleich mehrfach versucht, Normen mit ähnlicher Intention zu initiieren und ist daran kläglich gescheitert.

Gegenwärtig ist allerdings Bewegung in diesen Fragenkreis gekommen, da der internationale Informationsverkehr immer stärker gesetzlich geregelt wird.

Erfreulich ist der Umstand, dass die Informationsweitergabe in § 16 BbgVerfSchG nicht so leicht möglich ist wie bei § 19 BVerfSchG a.F. Bei den Übermittlungsverboten orientiert sich das Landesrecht an der Bundesregelung. Das Verbot der Übermittlung, wenn überwiegende Sicherheitsinteressen dies erfordern (§ 19 Nr. 3 BbgVerfSchG), ist vielen unabhängigen Sachexperten ein Dorn im Auge, weil sie der Auffassung sind, die Weitergabe werde in das Ermessen der Sicherheitsbehörden gestellt.

d) Organisation

Die Sicherheitsarchitektur des Landes Brandenburg kennt die G 10-Kommission, die im Ausführungsgesetz zum Artikel 10-Gesetz geregelt ist. Sie kennt zudem das parlamentarische Kontrollgremium. Viele Länder sehen an dessen Stelle einen besonderen Ausschuss des Landtags vor. Das Land Brandenburg entschließt sich demgegenüber für eine parallele Konstruktion wie im Bund.

e) Kontrolle

Die Kontrollbefugnisse des parlamentarischen Kontrollgremiums in Brandenburg sind ausgesprochen schwach ausgestattet. Ein Zugriffsrecht auf die Behörde selbst ist nur mit Zustimmung des Innenministers möglich. Scharfe Ermittlungsbefugnisse sind nicht ausdrücklich vorgesehen. Hier sollte über eine Verschärfung nachgedacht werden. Ebenfalls keine Regelung findet sich zur Beteiligung der Verfassungsschutzbehörde an den gemeinsamen Dateien des Bundes. Weder wird von der Ermächtigung bei der Rechtsextremismus-Datei Gebrauch gemacht noch wird die Mitwirkung der Verfassungsschutzbehörden bei der gemeinsamen Datei nach der gegenwärtigen Fassung des Bundesverfassungsschutzgesetzes verankert. Ob dies zwingend nötig ist, bedürfte einer sorgfältigen Prüfung, eine ausdrückliche Mitwirkungsregelung läge aber zumindest nahe.

g) Einzelfragen

Das Gesetz betont ausdrücklich die Aufgabe der Verfassungsschutzbehörde, mittelbar der Abwehr von Gefahren durch Informationsübermittlung zu dienen (§ 1 Abs. 2 S. 2 BbgVerfSchG). Dies ist eine nicht immer vorkommende Indienstnahme der Informationstätigkeit auch zur Gefahrenabwehr. Sie erleichtert die Legitimation der Verfassungsschutzbehörden, entfernt aber die Verfassungsschutzbehörden von ihrem ursprünglichen Auftrag, einen speziellen Bezug zum Ziel der politischen Information der Regierung (BVerfG, Ut. v. 24.04.2013, 1 BvR 1215/07, Rn. 101 = BVerfGE 133, 277, bezogen auf den Bund). Die Landesregelung weicht hinsichtlich der Möglichkeiten, Einzelpersonen zu überwachen, in der Formulierung minimal von der Bundesregelung ab (§ 4 Abs. 4 BbgVerfSchG) und verdeutlicht so etwas stärker die besondere Funktion des Verfassungsschutzes.

Weiter definiert das Landesrecht die Straftaten von erheblicher Bedeutung, was sehr zu begrüßen ist (§ 4 Abs. 5 BbgVerfSchG).

Bei der Unterrichtung der Öffentlichkeit kommt die Befugnis, im konkreten Einzelfall zu unterrichten, die auf Bundesebene in § 16 Bundesverfassungsschutzgesetz niedergelegt ist, nicht ausdrücklich vor. Hier wäre eine Klarstellung schöner.

Ungewöhnlich ist auch die Transparenzregel des § 6 Abs. 5 BbgVerfSchG, die die allgemeine Datenschutzregelung auch für die Besonderheiten des Verfassungsschutzrechts übernimmt. Sie ist so weich formuliert, dass keine Effektivitätsnachteile für den Verfassungsschutz eintreten dürften. Sie ist daher ausgesprochen zu begrüßen.

Gerade das entgegengesetzte Ziel, fehlende Transparenz, verwirklicht dagegen die Regelung mit § 6 Abs. 7 BbgVerfSchG, indem die Straftaten, die verwirklicht werden können, in einer Dienstvorschrift niederlegt werden dürfen.

Systematisch nicht passend ist § 14a BbgVerfSchG eingefügt.

Weiter irritierend ist auch das Registereinsichtsrecht durch die Verfassungsschutzbehörden (§ 15 BbgVerfSchG). Dieses ist subsidiär konstruiert, während das Bundesverfassungsschutzgesetz gerade das Einsichtsrecht in die Register als einen weniger schweren Eingriff als die normale Informationsübermittlung sieht (§ 18 Abs. 4 BVerfSchG). Das Verhältnis von allgemeiner Informationserhebung und Registereinsichtsrecht sollte daher noch einmal geprüft werden.

C. Rechtliche Überlegungen – Teil 2: Die Einzelfragen

Bezogen auf die konkreten Fragen ist zu antworten:

Frage 1:

Gemäß § 2 Abs. 1 BbgVerfSchG ist die Verfassungsschutzbehörde ein Teil des Ministeriums des Inneren. Der Aufbau erschöpft sich in die Eingliederung der Gubernative.

Wie die Verfassungsschutzbehörden in der Vergangenheit aufgebaut waren, war in der vorgegebenen Zeit nicht zu ermitteln.

Frage 2:

Das Verfassungsschutzgesetz Brandenburg regelt keine ausdrücklichen Aufsichtsfragen. Es regelt die Einbindung des parlamentarischen Kontrollgremiums in den §§ 23 ff. BbgVerfSchG. Die Befugnisse des Kontrollgremiums sind im Vergleich zu anderen Regelungen schwach ausgestaltet.

Da die Verfassungsschutzbehörde Teil des Landesministeriums des Inneren ist, gibt es nur die ministerialinterne Rechts- und Fachaufsicht. Eine ausdrückliche Aufsichtsbehörde gibt es daher nicht. Es greift die Regelung in § 8 Bbg LOG. Gemäß § 8 Abs. 2 S. 2 leitet und beaufsichtigt der zuständige Landesminister sein Haus, sein Ressort.

Frage 3:

Die Verfassungsschutzbehörde des Landes Brandenburg ist innerhalb des Verfassungsverbundes des § 6 BVerfSchG eingebunden. Darüber hinaus greifen die konkreten Informationsaustauschregeln und die konkreten Vorschriften zur Zusammenarbeit bei gemeinsamen Dateien wie insbesondere der Antiterrordatei und der Rechtsextremismusdatei. Darüber hinaus gibt es ungeschriebene Formen des Zusammenwirkens wie insbesondere die Terrorabwehrzentren.

Frage 4:

Besondere gesetzliche Regelungen zum Quellenschutz gibt es auf Landesebene, soweit ersichtlich, nicht. Die Überprüfung der mit Sicherheitsfragen betrauten

Personen ist im Gesetz zur Sicherheitsüberprüfung niedergelegt. Die reine Praxis des Quellenschutzes ist aus wissenschaftlicher Sicht schwer zu beurteilen.

Frage 5:

Welche Folgerung die Behörde aus einem bestimmten Vorfall zieht, kann aus wissenschaftlicher Sicht nur beschränkt beantwortet werden. Hier scheint der Unterzeichner nicht der zutreffende Ansprechpartner zu sein.

Frage 6:

Ob eine Änderung eine Verbesserung darstellt oder nicht, hängt häufig von einer politischen Entscheidung ab, die zu treffen nicht Aufgabe der Wissenschaft, sondern der demokratisch legitimierten Entscheidungsorgane ist. Die Wissenschaft kann hier allenfalls Vorschläge möglicher Änderungen unterbreiten. Änderungen, die dem Land Brandenburg offen stünden, sind im ersten Teil dargelegt. So wären insbesondere folgende Änderungen möglich:

- Die Befugnisse der Verfassungsschutzbehörde könnten geändert werden.
- Die Verfassungsschutzbehörde könnte zu einem eigenen Landesamt ausgestaltet werden.
- § 14a BbgVerfSchG sollte dringend reformiert werden.
- Das Verhältnis von Registereinsichtsrecht und regulären Datenerhebungsbefugnissen sollte dringend reformiert werden.
- Eine sorgfältige Regelung zur langfristigen Observation sollte vorgesehen werden.
- Die Regelung zum Einsatz von V-Leuten sollte erweitert werden.
- Die Vereinbarkeit der Regelung mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum BKA-Gesetz sollte sorgfältig und selbstständig geprüft werden.
- Die Befugnisse des parlamentarischen Kontrollgremiums sollten dringend ausgeweitet werden.
- Die Mitwirkung der Verfassungsschutzbehörden an den gemeinsamen Dateien sollte ausdrücklich untersucht und festgeschrieben werden.
- Die Landesregelung fällt wohlthuend dadurch auf, dass sie Regelungen zur Weitergabe an ausländische Behörden vorsieht. Sie enthält aber keine Regelung zum Empfang von Informationen fremder Nachrichtendienste. Es läge nahe, eine Regelung zur Datenqualität und zu den rechtlichen Anforderungen an die Informationsgewinnung als Voraussetzung für die Verwendung auch für den Empfang von Daten fremder Nachrichtendienste vorzusehen. Der Unterzeichner hat auf Bundesebene entsprechende Regelungsvorschriften entwickelt.
- Eine Klarstellung des Verhältnisses von Auskunftsrecht und Mitteilungsrechten liegt nahe. Bisher ging man davon aus, dass in den Bereichen, in denen Mitteilungspflichten bestehen, keine Auskunftsrechte existieren. Das Bundesverfassungsgericht hat dies jüngst im BKA-Urteil anders gesehen.
- Die Regelungen zur Vertraulichkeit sind nicht auf förmlicher Gesetzgebungsebene vorgesehen. Die gesamte Vertraulichkeitsregelung ist weitgehend Verwaltungspraxis. Man kann sich durchaus vorstellen, dass durch eine ausgewogene und vernünftige Regelung größere Transparenz gewonnen werden kann ohne Verlust an Effizienz.
- Auf Bundesebene ist der Unterzeichner dezidiert der Auffassung, dass die G-10-Kommission personell und institutionell nicht in der Lage ist, den ihr zukommenden Rechtsschutzauftrag wahrzunehmen. Ob dies auf Landesebene gleich ist, entzieht sich seiner Kenntnis. Es läge aber nahe, zu prüfen, ob man die Zuständigkeit der G-10-Kommission nicht durch einen Gesetzesvorbehalt funktional ersetzen könnte.

- Eine immer zu diskutierende Möglichkeit zur Stärkung des Grundrechtsschutzes wäre die Institutionalisierung eines Bürgerbeauftragten mit unterschiedlichen Ausgestaltungsmöglichkeiten. Die Regelung zur Mitteilungspflicht gemäß § 12 G 10 enthält keine ausdrückliche Regelung zum endgültigen Unterbleiben der Mitteilung. In der Praxis kommt ein endgültiges Unterbleiben vor. Hier wäre zumindest ein Richtervorbehalt erforderlich. Das Land kann das Bundesrecht nicht ändern. Es verweist aber für die besondere Auskunftspflicht gemäß § 14 a Abs. 5 BbgVerfSchG auf § 12 G 10. Hier läge es nahe, eine eigenständige bessere landesrechtliche Regelung zu treffen.
- Für die langfristige Observation, den Einsatz von V-Leuten, sind keine besonderen Verfahrensvorkehrungen außer dem Einbezug der parlamentarischen Kontrollgremien vorgesehen. Auch hier wäre zu prüfen, ob nicht Mitteilungspflichten nahelägen.
- Die Verfassungsschutzaufgaben von Berlin und Brandenburg könnten in ein gemeinsames Amt zusammengelegt werden, was aufgrund der räumlichen Nähe nach läge.
- Man könnte die neue Zusammenarbeitsformen mit dem BfV vom Land aus nach einigen Jahren evaluieren und schon jetzt die Grundlagen für eine Evaluierung schaffen (Dokumentationspflichten).

D. Zusammenfassung

Die Sicherheitsgewährleistung des Landes Brandenburg liegt innerhalb der in der Bundesrepublik Deutschland üblichen Variationsbreite. Bezogen auf die Gesetzeslage des Verfassungsschutzes ist die Rechtslage allerdings veraltet.

E. Literaturverzeichnis

Literaturverzeichnis

- Albers, Marion, Funktionen, Entwicklungsstand und Probleme von Evaluationen im Sicherheitsbereich, in: Albers, Marion/ Weinzierl, Ruth (Hrsg.), Menschenrechtliche Standards in der Sicherheitspolitik, 2010, 25 ff.
- Albers, Marion, Die Determination polizeilicher Tätigkeit in den Bereichen der Straftatenverhütung und Verfolgungsvorsorge, 2001, S. 116 ff.
- Albers, Marion, Evaluation sicherheitsbehördlicher Kompetenzen: Schritte von der symbolischen Politik zum lernenden Recht, VerwArch 2008, 481 ff.
- Bader, Markus, Gesetz zur Verfolgung und Vorbereitung von schweren staatsgefährdenden Gewalttaten, NJW 2009, 2853 ff.
- Bäcker, Matthias, Kriminalpräventives Strafrecht und polizeiliche Kriminalprävention, FS Schenke, 2011, S. 331 ff.
- Bäcker, Matthias/ Giesler, Volkmar/ Harms, Monika/ Hirsch, Burkhard/ Kaller, Stefan/ Wolff, Heinrich Amadeus, Bericht der Regierungskommission zur Überprüfung der Sicherheitsgesetzgebung in Deutschland vom 28. August 2013, (abrufbar unter <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/2013/regierungskommission-sicherheitsgesetzgebung.html?nn=3316782> - letzter Zugriff 10.12.2013- im Folgenden: Regierungskommission, Bericht).
- Baier, Maximilian, Die parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste und deren Reform, 2009.
- Baldus, Manfred, Entgrenzungen des Sicherheitsrechts- Neue Polizeirechtsdogmatik, Die Verwaltung 2014, S. 1 ff.
- Baldus, Manfred, Reform des Thüringer Verfassungsschutzes - Auflösung, Zusammenlegung, Eingliederung oder Reduktion?, ThürVBl 2013, 25 ff.
- Baumann, Karsten, Vernetzte Terrorismusbekämpfung oder Trennungsgebot?, DVBl 2005, 798 ff.
- Bausback, Winfried, Fesseln für die wehrhafte Demokratie?, NJW 2006, 1922 ff.
- Blümel, Karl Heinz/ Drewes, Michael/ Malmberg Karl M/ Walter, Bernd (Hg.), Bundespolizeigesetz, 3. Aufl. 2004.
- Böhret, Carl/ Konzendorf, Götz, Handbuch der Gesetzesfolgenabschätzung, 2001.
- Bruch, Peter/ Jost, Bruno/ Müller, Eckhardt/ Vahldieck, Heino, Abschlussbericht der Bund - Länder - Kommission Rechtsterrorismus vom 30. April 2013 (abrufbar unter http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/2013/abschlussbericht-kommission-rechtsterrorismus-lang.pdf?__blob=publicationFile - letzter Zugriff 10.12.2013 – im Folgenden: Bericht, BLKR).
- Bubnoff, Eckhard von, Terrorismusbekämpfung – eine weltweite Herausforderung, NJW 2002, 2627 ff.
- Bukow, Sebastian, Zentralisiert und vernetzt. Die neue deutsche Sicherheitsarchitektur, Vorgänge: Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik 2008, 15.
- Castillon, Nicole, Dogmatik und Verfassungsmäßigkeit neuer Befugnisse zur Verdachts- und anlassunabhängigen Polizeikontrollen, 2003.
- Deckers, Rüdiger/ Heusel, Johanna, Strafbarkeit terroristischer Vorbereitungshandlungen - rechtsstaatlich nicht tragbar, ZRP 2008, 169 ff.

- Denkowski, Charles von , Gesetz zur Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus durch das BKA, Kriminalistik 2008, 410 ff.
- Eckhardt, Jens, Der Referentenentwurf zum IT-Sicherheitsgesetz – Schutz der digitalen Zukunft? - Eine erste Bestandsaufnahme, ZD 2014, 599 ff.
- Epping, Volker/ Hillgruber, Christian, Beck-online.Großkommentar-GG.
- Ferik, Levent, Aus der digitalen Agenda der Bundesregierung – das geplante IT-Sicherheitsgesetz, RDV 2014, 261 ff.
- Franzius, Claudio, Der Gewährleistungsstaat, VerwArch 2008, 351 ff.
- Fremuth, Michael Lysander, Wächst zusammen, was zusammengehört?, AöR 139 (2014), 32 ff.
- Freund, Bernhard, IT-Sicherheitsgesetz, ITRB 2014, 256 ff.
- Fritsche, Klaus-Dieter/ Eisvogel, Alexander, Freiheitlichkeit und Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland, ZFIS 1998, 195 ff.
- Gasch, Patrick, Grenzen der Verwertbarkeit von Daten der elektronischen Mauerfassung zu präventiven und repressiven Zwecken, 2012.
- Gazeas, Nikolaos, Übermittlung nachrichtendienstlicher Erkenntnisse an Strafverfolgungsbehörden, 2014.
- Gazeas, Nikolaos/ Grosse-Wilde, Thomas/ Kießling, Alexandra, Die neuen Tatbestände im Staatsschutzstrafrecht – Versuch einer ersten Auslegung der §§ 89a, 89b und 91 StGB, NStZ 2009, 593 ff.
- Geis, Maximilian Emanuel, Parlamentsausschüsse, in: Isensee/Kirchhof, HStR III, 3. Auflage, 2005, § 54.
- Götz, Volkmar, Innere Sicherheit, in: Josef Isensee/Paul Kirchhof, Handbuch des Staatsrechts, Band IV, 3. Aufl. 2006, § 85.
- Gröpl, Christoph, Das neue Recht des Bundesgrenzschutzes, DVBl 1995, 329 ff.
- Gröpl, Christoph, Die Nachrichtendienste im Regelwerk der deutschen Sicherheitsverwaltung, 1993.
- Gusy, Christoph, Gutachten für den 2. Untersuchungsausschuss der 17. WP des Deutschen Bundestages zum Beweisbeschluss S 1 vom 20.03.2012, Materialien Deutscher Bundestag, 2. UA 17 WP, MAT A S-1 zu A-Drs. 38, S. 6 ff.
- Gusy, Christoph, Das verfassungsrechtliche Gebot der Trennung von Polizei und Nachrichtendiensten, ZRP 1987, 45 ff.
- Gusy, Christoph, Reform der Sicherheitsbehörden, ZRP 2012, 230 ff.
- Gusy, Christoph, Vom neuen Sicherheitsbegriff zur neuen Sicherheitsarchitektur, VerwArch 2010, 309 ff.
- Gusy, Christoph/ Kapitza, Annika, in: Gusy (Hrsg.), Evaluation von Sicherheitsgesetzen, 2015, 9 ff.
- Hassemer, Winfried, Sicherheit durch Strafrecht, HRRS 2006, 130 ff.
- Hecker, Wolfgang, Rechtsfragen der Aufgabenübertragung an den Bundesgrenzschutz, NVwZ 1998, 707 ff.
- Hecker, Wolfgang, Anmerkung zu BVerfGE vom 17.6.2009 – 2 BvE 3/07 („BND-Untersuchungsausschuss“), in: DVBl. 2009, 1239 ff.
- Heckmann, IT-Sicherheit auf Raten?, MMR 2015, 289 ff.
- Heinickel, Caroline/ Feiler, Lukas, Der Entwurf für ein IT-Sicherheitsgesetz - europarechtlicher Kontext und die (eigentlichen) Bedürfnisse der Praxis, CR 2014, 708 ff.

- Hillgruber, Christian, Der Staat des Grundgesetzes - nur "bedingt abwehrbereit"? Plädoyer für eine wehrhafte Verfassungsinterpretation, JZ 2007, 209 ff.
- Hoffmann-Riem, Wolfgang, Abbau von Rechtsstaatlichkeit durch Neubau des Polizeirechts?, JZ 1978, 335 ff.
- Hoffmann-Riehm, Wolfgang, Stellungnahme zur Anhörung des NSA-Untersuchungsausschuss vom 16.05.2014, abrufbar unter: https://www.bundestag.de/blob/280846/04f34c512c86876b06f7c162e673f2db/mat_a_sv-2-1neu--pdf-data.pdf
- Huber, Berthold, Effektiver Grundrechtsschutz mit Verfallsdatum, NJW 2005, 2260 ff.
- Ibler, Martin, Polizeirecht, in: Ennuschat, Jörg/ Ibler, Martin/ Remmert, Barbara, Öffentliches Recht in Baden-Württemberg, 2014, § 2.
- Joecks, Wolfgang (Hrsg.)/ Miebach, Klaus (Hrsg.), Münchener Kommentar zum Strafgesetzbuch, 2. Auflage, 2012.
- Kirchhof, Ferdinand, Kumulative Belastung durch unterschiedliche staatliche Maßnahmen, NJW 2006, 732 ff.
- Knemeyer, Franz-Ludwig, Polizei- und Ordnungsrecht, 11. Aufl. 2007.
- Kniesel, Michael, Gefahrenvorsorge, operatives Polizeirecht und Kriminalitätskontrolle, in: PFA-Schriftenreihe 3/1996, S. 63, 82 ff.
- Kral, Sebastian, Die polizeilichen Vorfeldbefugnisse als Herausforderung für Dogmatik und Gesetzgebung des Polizeirechts, 2012.
- Kreissl, Reinhard, Privatisierung von Sicherheit, KrimJ 2009, 37 ff.
- Kuschewitz, Henning, Das Bundesverfassungsgericht und die neue "Sicherheitsarchitektur", 2014.
- Kutscha, Martin, Die Aktualität des Trennungsgebots für Polizei und Verfassungsschutz, ZRP 1986, 194 ff.
- Kutscha, Martin, Stellungnahme zur Anhörung vor dem Innenausschuss, Stellungnahme v. 19.05.2009, Ausschussdrucksache, A-Drs. 16(4)614; s. (<http://webarchiv.bundestag.de/cgi/show.php?fileToLoad=1270&id=1134>).
- Lang, Kathrin Luise, Das Antiterrordateigesetz, 2011.
- Leisterer, Hannfried / Schneider, Florian, Der überarbeitete Entwurf für ein IT-Sicherheitsgesetz, CR 2014, 574 ff.
- Lisken, Hans, Neue polizeiliche Ermittlungsmethoden im Rechtsstaat des Grundgesetzes, DRiZ 1987, 184 ff.
- Lisken, Hans, Vorfeldeingriffe im Bereich der "Organisierten Kriminalität" - Gemeinsame Aufgabe von Verfassungsschutz und Polizei?, ZRP 1994, 264 ff.
- Lisken, Hans/ Denninger, Erhard (Hg). Handbuch des Polizeirechts, 5. Aufl. 2012, München.
- Mangoldt, Hermann von/Klein, Friedrich/Starck, Christian, GG, Band 3, 6. Aufl. 2010.
- Maunz, Theodor/Dürig, Günther, Grundgesetz Kommentar.
- Möllers, Christoph, Polizeikontrollen ohne Gefahrverdacht - Ratio und rechtliche Grenzen der neuen Vorsorgebefugnisse, NVwZ 2000, 382 ff.
- Möstl, Markus, Die neue dogmatische Gestalt des Polizeirechts, DVBl 2007, 581 ff.
- Möstl, Markus, Die staatliche Garantie für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, 2002.
- Müller-Treptiz, Ralf, Grenzpolizeiliche Schleierfahndung im Binnenraum, DÖV 1999, 329 ff.

- Mundil/Daniel/ Wolff Heinrich Amadeus, Die Evaluation von Sicherheitsgesetzen, in: Möllers/van Ooyen (Hrsg.), Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2012/2013, 2012, S. 331 ff.
- Mundil, Daniel/Wolff, Heinrich Amadeus, Die Verlängerung der speziellen Auskunftsbefugnisse gem. § 8a BVerfSchG durch das Änderungsgesetz 2011, ZG 2012, 278 ff.
- Niggli, Marcel Alexander, Evaluation von Gesetzen und die Schwierigkeiten damit, SZK 2011, 12 ff.
- Hans-Ullrich Paeffgen, Vernachrichtendienstlichung des Strafprozesses, GA 2003, 647 ff.
- Pieroth, Bodo/Schlink, Bernhard/Kniesel, Michael, Polizei- und Ordnungsrecht, 7. Aufl. 2012.
- Pitschas, Rainer/ Stolzlechner, Harald, Auf dem Weg in deinen „neuen Rechtsstaat“, 2004.
- Poscher, Ralf, Stellungnahme zur Anhörung vor dem Innenausschuss am 17.11.2011, Ausschussdrucksache 17(4)359 G, S. 16.
- Puschke, Jens, Der Ausbau des Terrorismusstrafrechts und die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs, StV 2015, 457 ff.
- Roggan, Fredrik, Die Novelle des Zollfahndungsdienstgesetzes - Legislative Probleme mit dem Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung, NVwZ 2007, 1238 ff.
- Roggan, Fredrik, Das neue BKA-Gesetz – Zur weiteren Zentralisierung der deutschen Sicherheitsarchitektur, NJW 2009, 257 ff.
- Roggan, Fredrik, Rechtsprobleme von privatisierter Sicherheit - Überlegungen zu einem verdrängten Phänomen, KJ 2008, 324 ff.
- Ronellenfisch, Michael, Der Bundesgrenzschutz als Bahn- und Flughafenpolizei, VerwArch 1999, 139 ff.
- Roos, Philipp, Der Entwurf eines IT-Sicherheitsgesetzes: Regelungsinhalte und ihre Übereinstimmung mit dem Richtlinienvorschlag der EU-Kommission, K&R 2013, 769 ff.
- Roos, Philipp, Der neue Entwurf eines IT-Sicherheitsgesetzes, MMR 2014, 723 ff.
- Rose-Stahl, Monika, Recht der Nachrichtendienste, 2. Auflage, 2006.
- Roth, Hans-Peter, Neuer Referentenentwurf zum IT-Sicherheitsgesetz, ZD 2015, 17 ff.
- Sachs, Michael, GG Kommentar, 7. Aufl. 2014.
- Sachs, Michael, Urteilsanmerkung, JuS 1999, 186 ff.
- Sauer, Johannes, Die Ausweitung sicherheitsrechtlicher Regelungsansprüche im Kontext der Terrorismusbekämpfung, NVwZ 2005, 275 ff.
- Schäfer, Gerhard/ Wache, Volkhard/ Meiborg, Gerhard, Gutachten zum Verhalten der Thüringer Behörden und Staatsanwaltschaften bei der Verfolgung des „Zwickauer Trios“ vom 14.05.2012, abrufbar unter http://www.thueringen.de/imperia/md/content/tim/veranstaltungen/120515_schaefer_gutachten.pdf - letzter Zugriff 10.12.2013).
- Schafranek, Frank Peter, Die Kompetenzverteilung zwischen Polizei und Verfassungsschutzbehörden in der Bundesrepublik Deutschland, 2000.
- Schapper, Claus Henning, Rechtsstaatliche Fundierung der Informationsverarbeitung bei Sicherheitsbehörden und Nachrichtendiensten, DRiZ 1987, 222 ff.
- Schenke, Wolf-Rüdiger/ Graulich, Kurt/ Ruthig, Josef, Sicherheitsrecht des Bundes, 2014.

- Scheuring, Michael, 1951 bis 2005 - vom Bundesgrenzschutz zur Bundespolizei, NVwZ 2005, 903 ff.
- Schewe, Christoph S., Das Ende der präventiven Rasterfahndung zur Terrorismusbekämpfung?, NVwZ 2007, 174 ff.
- Schöndorf-Haubold, Bettina, Europäisches Sicherheitsverwaltungsrecht, 2010.
- Schulz, Sönke E/ Tischer, Jakob, Das Internet als kritische Infrastruktur, ZG 2013, 339 ff.
- Schuppert, Gunnar Folke, Gewährleistungsstaat, Zivilgesellschaft und Stiftungswesen, in: Non Profit Law Yearbook 2002, 47 ff.
- Schwabe, Jürgen, Das Erste Gesetz zur Änderung des Bundesgrenzschutzgesetzes, NJW 1998, 3698 ff.
- Schwabenbauer, Thomas, Heimliche Grundrechtseingriffe, 2013.
- Sicko, Corinna, Erfüllen Gesetzesfolgenabschätzung und Gesetzesevaluation die verfassungsrechtlichen Anforderungen an das innere Gesetzgebungsverfahren? Überlegungen anlässlich des „Hartz-IV-Regelsatz-Urteils“, ZfRSoz 2011, 27 ff.
- Ulrich Sieber, Legitimation und Grenzen von Gefährdungsdelikten im Vorfeld von terroristischer Gewalt, NStZ 2009, 353 ff.
- Söllner, Sebastian, Die Verpolizeilichung, 2011.
- Soria, José Martínez, Verdachtsunabhängige Kontrollen durch den Bundesgrenzschutz, NVwZ 1999, 270 ff.
- Steffani, W., Formen, Verfahren und Wirkungen der parlamentarischen Kontrolle, in: Schneider, Hans-Peter/ Zeh, Wolfgang (Hg.), Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland, 1989, § 49.
- Stephan, Ulrich/ Deger, Johannes, Polizeigesetz für Baden-Württemberg, 7. Auflage, 2014.
- Stober, Rolf, Privatisierung öffentlicher Aufgaben, NJW 2008, 2301 ff.
- Tanneberger, Steffen, Die Sicherheitsverfassung – Eine systematische Darstellung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, 2014.
- Volkman, Uwe, Urteilsanmerkung: Das Aus der präventiven Rasterfahndung ?!, JZ 2006, 918 ff.
- Warg, Gunter, Die Grenzen parlamentarischer Kontrolle am Beispiel des Staatswohls, NVwZ 2014, 1263 ff.
- Wehr, Matthias, Nomos Bundesrecht BPolG, 2013.
- Weise, Michael/ Brühl, Stefan, Auswirkungen eines künftigen IT-Sicherheitsgesetzes auf Betreiber Kritischer Infrastrukturen, CR 2015, 290 ff.
- Weßlau, Edda, Vorfeldermittlung, 1989.
- Wolff, Heinrich Amadeus, in: Wolfgang Kahl/ Christian Waldhoff/ Christian Walter, Bonner Kommentar zum Grundgesetz, Loseblatt, Heidelberg, Kommentierung von Art. 45d, Stand 2012.
- Wolff, Heinrich Amadeus, Vorratsdatenspeicherung – Der Gesetzgeber gefangen zwischen Europarecht und Verfassung? , NVwZ 2010, 751 ff.
- Wolff, Heinrich Amadeus, in: Makowicz (Hrsg.), Gemeinsame Werte, voraussichtlich 2016.
- Wolff, Heinrich Amadeus, Der nachrichtendienstliche Geheimnisschutz und die parlamentarische Kontrolle, JZ 2010, 173 ff.
- Wolff, Heinrich Amadeus, Neue Entwicklungen im Bund-Länder-Verhältnis im Bereich der inneren Sicherheit, in: Martin H. W. Möllers/ Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.), Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2006/2007, 2007, 229.

- Wolff, Heinrich Amadeus, in: Papier, Hans-Jürgen/ Münch, Ursula/ Kellermann, Gero (Hrsg.): Freiheit und Sicherheit, Tutzinger Studien zur Politik, Baden-Baden (Nomos), 2016, S. 63 ff.
- Wolff, Heinrich Amadeus/ Christopeit, Vera, Die Föderalismusreform und das Versammlungsrecht – eine Zwischenbilanz, VR 2010, 257 ff.
- Wolff, Heinrich Amadeus, Die Grenzverschiebung von polizeilicher und nachrichtendienstlicher Sicherheitsgewährleistung, DÖV 2009, 597 ff.
- Wolff, Heinrich Amadeus Schriftliche Stellungnahme aufgrund des Beweisbeschlusses S 1 des 2. Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages der 17. Wahlperiode vom 24.03.2012, Materialien Deutscher Bundestag, 2. UA 17 WP, MAT A S-1/1 zu A-Drs. 38.
- Wolff, Heinrich Amadeus, Deutschlands Sicherheitsarchitektur – Drei Entwicklungstendenzen, Festschrift für Bernd Schünemann, 2015, 843 ff.
- Wolff, Heinrich Amadeus, Gutachten zum Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristung in § 29 des Gesetzes über den Verfassungsschutz in NRW, 2011, in: Gusy, Christoph, Evaluation von Sicherheitsgesetzen, 2015.
- Würtenberger, Thomas, Sicherheitsarchitektur im Wandel, in: Kugelman, Dieter, Polizei unter dem Grundgesetz, 2010, 73 ff.
- Wyl, Christian de /Weise, Michael /Bartsch, Alexander, Neue Sicherheitsanforderungen für Netzbetreiber, N&R 2015, 23 ff.
- Zeh, Wolfgang, Das Ausschusssystem im Bundestag, in: Hans-Peter Schneider/ ders., Parlamentsrecht und Parlamentspraxis, 1989, § 39.
- Zeitler, Stefan/Trurnit, Christoph, Polizeirecht für Baden-Württemberg, 3. Auflage, 2014.

Heinrich Amadeus Wolff

(Die Datei wurde per Mail versandt und ist nicht unterschrieben)

Prof. Dr. Heinrich Amadeus Wolff

Rudolf-Ditzen-Weg 12
13156 Berlin

„Rechtliche und tatsächliche Struktur des V-Mann-Wesens in Brandenburg von 1990
bis heute“

Schriftliche Stellungnahme aufgrund des Beweisbeschlusses des
Untersuchungsausschusses 6 / 2 des Landtages Brandenburg vom 12.07.2016:

vorgelegt von

Prof. Dr. Heinrich Amadeus Wolff

Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Recht der Umwelt, Technik und
Information an der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der
Universität Bayreuth

Oktober 2016

Gliederung

A. Sachverhalt	3
B. Rechtliche Überlegungen	4
I. Das Institut der V-Leute	4
1. Begrifflichkeit	4
2. Einheitliches Institut – uneinheitliche Rechtslage	5
a) Allgemein	5
b) Strafverfahren	5
c) Polizei	5
d) Nachrichtendienstliche Verfahren	9
3. Die rechtspolitische Bewertung des Einsatzes von Vertrauensleuten	15
4. Der V-Mann „Piatto“ des Verfassungsschutzes des Landes Brandenburg	17
II. Die Fragen im Einzelnen	19 1918
Frage 1. Wie ist / war die Führung von sogenannten V-Leuten rechtlich und tatsächlich ausgestaltet?	19 1918
Frage 2. Gibt bzw. gab es eine Dienst- und Fachaufsicht bzgl. der Beschaffung, Führung und Auswertung der V-Leute? Welche Befugnisse hat sie in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht?	19
Frage 3: Wie wird / wurde der Quellenschutz im Verhältnis zur Kooperation zwischen den LfV bzw. dem LfV Bbg und den Ermittlungsbehörden behandelt?	19
Frage 4. Wie wird / wurde der Quellenschutz im Verhältnis zur Kooperation zwischen den LfV bzw. dem LfV Bbg und den Ermittlungsbehörden behandelt?	20 2019
Frage 5: Welche Folgerungen hat die Landesbehörde für Verfassungsschutz Brandenburg aus den Ergebnissen der bisherigen Untersuchungsausschüsse zum Thema „NSU“ gezogen?	20
Frage 6: Welche Verbesserungsvorschläge gibt es?	20

A. Sachverhalt

Der Landtag Brandenburg hat am 29. April 2016 auf Antrag von 60 Abgeordneten mehrheitlich einen Untersuchungsausschuss (UA) zur "Organisierten rechtsextremen Gewalt und Behördenhandeln, vor allem zum Komplex Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)" (UA 6 / 1) eingesetzt (LT-Drs. 6 / 3993). Der Ausschuss soll umfassend aufklären, ob ein Handeln oder Unterlassen der Brandenburger Sicherheits- und Justizbehörden, einschließlich der V-Personen und der betroffenen staatlichen Stellen im Land Brandenburg die Bildung und die Taten der Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ begünstigt und / oder die Aufklärung und Verfolgung der von dieser Terrorgruppe begangenen Straftaten erschwert haben. Der Untersuchungsgegenstand umfasst 34 Fragen, die insbesondere aufzuklären sein werden.

In seiner Sitzung am 12.07.2016 hat der UA beschlossen, Beweis zu erheben mittels Durchführung eines Sachverständigengesprächs zum Thema:

„Rechtliche und tatsächliche Struktur des V-Mann-Wesens in Brandenburg von 1990 bis heute“ unter besonderer Berücksichtigung folgender Fragestellungen:

1. Wie ist / war die Führung von sogenannten V-Leuten rechtlich und tatsächlich ausgestaltet?
2. Gibt bzw. gab es eine Dienst- und Fachaufsicht bzgl. der Beschaffung, Führung und Auswertung der V-Leute? Welche Befugnisse hat sie in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht?
3. Wie wird / wurde der Quellenschutz im Verhältnis zur Kooperation zwischen den LfV bzw. dem LfV Bbg und den Ermittlungsbehörden behandelt?
4. Wie wird / wurde der Quellenschutz im Verhältnis zur Kooperation zwischen den LfV bzw. dem LfV Bbg und den Ermittlungsbehörden behandelt?
5. Welche Folgerungen hat die Landesbehörde für Verfassungsschutz Brandenburg aus den Ergebnissen der bisherigen Untersuchungsausschüsse zum Thema „NSU“ gezogen?
6. Welche Verbesserungsvorschläge gibt es?

Durch Anhörung der Sachverständigen:

Prof. Dr. Heinrich Amadeus Wolff, zu laden über die Universität Bayreuth, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Lehrstuhl für Öffentliches Recht VII, D-95440 Bayreuth

Prof. Dr. Hans-Jürgen Lange, zu laden über die Deutsche Hochschule der Polizei, Zum Roten Berge 18-24, 48165 Münster

B. Rechtliche Überlegungen

I. Das Institut der V-Leute

Der Beweisbeschluss ist darauf gerichtet, die Entwicklung der Rechtslage zu den V-Leuten ab 1990 nachzuzeichnen. Diese Stellungnahme dient der Vorbereitung des Sachverständigengesprächs. Sie ist zweigeteilt: Im ersten Teil wird im Zusammenhang zum Hauptthema, Sicherheitsarchitektur des Landes Brandenburg, Stellung genommen, im zweiten Teil werden die Fragen, um deren besondere Berücksichtigung gebeten wurde, isoliert beantwortet.

1. Begrifflichkeit

V-Leute sind geheime, der jeweiligen Behörde nicht angehörende Informanten der Behörden, die gegen Bezahlung mit den Sicherheitsbehörden zusammenarbeiten und in der Regel wegen ihrer Zugehörigkeit zu dem Beobachtungsobjekt geheim berichten.¹ Die verdeckten Ermittler werden als zentrales Informationsinstrument zur Erhebung von Informationen aus einer Gruppe oder Szene heraus verstanden. Die Voraussetzungen für eine Eignung als V-Mann sind je nach Sicherheitsbereich unterschiedlich. Bei den Nachrichtendiensten ist die längerfristige Zusammenarbeit typischer als bei der Polizei.²

Die Vertrauensleute sind anders als die verdeckten Ermittler keine Angestellten des Staates oder Beamte. Der Umstand, dass der Informant mittelbar an der Erfüllung der dem Bundesnachrichtendienst kraft öffentlichen Rechts obliegenden Aufgaben mitwirkt, verleiht dem Beschaffungsgeschäft als solchem keinen öffentlich-rechtlichen Charakter.³ Die Rechtsbeziehung zwischen den Behörden und einer Vertrauensperson beruht auf einem privatrechtlichen Vertrag.⁴ Für die Informationserhebung werden i.d.R. Gegenleistungen erbracht. Die Höhe ist weitgehend unbekannt, mitunter dringen einzelne Zahlen nach außen. Sie dürfte aber unter den geläufigen Erwartungen liegen. V-Leute unterfallen als „andere Personen des öffentlichen Dienstes“ dem § 54 Abs. StPO und haben somit ein Aussageverweigerungsrecht.⁵ Mit der Bestellung einer V-Person werden weder die Aufgaben noch die Eingriffsbefugnisse der jeweiligen Behörde erweitert und die betreffende Person erhält selbst keine Exekutivbefugnisse. Eine Verfälschung der Willensbildung der Organisation, in die der V-Mann eingeschleust oder abgeworben wurde, wäre unzulässig.

¹ *Maluga*, in: Kutscha, Martin / Roggan, Frederik (Hg.), Handbuch zum Recht der Inneren Sicherheit, 2. Aufl. 2006, S. 387, 390; *Bernadette Droste*, Handbuch des Verfassungsschutzes, 2012, S. 266; S. dazu und zum Folgenden schon *Heinrich Amadeus Wolff*, Schriftliche Stellungnahme aufgrund des Beweisbeschlusses S 1 des 2. Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages der 17. Wahlperiode vom 24.03.2012, Materialien Deutscher Bundestag, 2. UA 17 WP, MAT A S-1 / 1 zu A-Drs. 38, S. 50 ff. und *ders.* Sachverständigengutachten, Die Entwicklung der Sicherheitsarchitektur in Deutschland und Baden-Württemberg, aufgrund eines Beweisbeschlusses des Untersuchungsausschuss des 15. Landtages Baden-Württemberg, LT-Drs. 15 / 8000, Anlage 4, S. 204 ff. (S. 489 ff. des Anlagenbandes).

² *Droste* (Fn. 1), Handbuch, 2012, S. 268 ff.

³ BVerwG, Beschl. v. 26.05.2010, Az.: 6 A 5 / 09 u.a., juris Rn. 20 = NVwZ-RR 2010, 682.

⁴ BVerwG, Beschl. v. 26.05.2010, Az.: 6 A 5 / 09 u.a., juris Rn. 21 = NVwZ-RR 2010, 682.

⁵ *Droste* (Fn. 1), Handbuch, 2012, S. 269.

2. Einheitliches Institut – uneinheitliche Rechtslage

a) Allgemein

Das Institut der V-Leute gibt es nicht nur im Recht der Nachrichtendienste. Überall dort, wo der Staat auf Informationen zur Aufklärung komplexer Umstände angewiesen ist, können die Informationen von Insidern hilfreich sein, wie immer man diese auch nennt. Im Sicherheitsbereich gibt es daher das Institut der V-Leute sowohl im Polizeirecht als auch im Strafrecht und im Nachrichtendienstrecht. Obwohl das Institut verhältnismäßig vergleichbar ist, ist die gesetzliche Regelungsdichte sehr unterschiedlich. Die gesetzlichen Regelungen sind dabei nicht sehr alt.

Gesetzliche Grundlagen gibt es für alle Sicherheitsbereiche,⁶ die Dichte ist unterschiedlich. Vor der Entscheidung des BVerfG zur Volkszählung im Jahr 1983 ging man davon aus, der Einsatz der V-Leute sei durch die Aufgabennorm ausreichend gerechtfertigt. Nach den Grundsätzen des Volkszählungsurteils bedurfte es aber einer gesetzlichen Grundlage, wegen der „Täuschung durch fehlend[e] Aufklärung“. In Folge dessen wurde das Instrument der V-Leute als solches gesetzlich geregelt.

b) Strafverfahren

Im Strafverfahren gibt es keine Regelung der Zulässigkeit des Einsatzes von V-Leuten. Der Gesetzgeber hat ausdrücklich darauf verzichtet, die Inanspruchnahme dieser Personen zu regeln. Daraus darf aber nicht geschlossen werden, dass deren Heranziehung unzulässig wäre.⁷ §§ 110 a ff StPO (Verdeckter Ermittler) sind nicht entsprechend anzuwenden.⁸ In einer Kammerentscheidung ging das BVerfG davon aus, zumindest die gezielte Nachfrage bei aussageverweigerungsberechtigten Personen durch V-Leute bedürfte einer speziellen gesetzlichen Ermächtigungsgrundlage.⁹ Wegen der Selbständigkeit der Informationserhebung im Hauptverfahren und der engen Rechtsprechung zu den Beweisverwertungsverböten ist die Regelung im repressiven Bereich daher deutlich rückständiger als im präventiven Bereich.

c) Polizei

aa) Brandenburg

Im allgemeinen Polizeirecht findet sich eine Regelung zum Einsatz von V-Leuten in § 34 PolG Bdg. Die Norm lautet:

§ 34 Datenerhebung durch den Einsatz von Personen, deren Zusammenarbeit mit der Polizei Dritten nicht bekannt ist

(1) Die Polizei kann personenbezogene Daten erheben durch den Einsatz von Personen, deren Zusammenarbeit mit der Polizei Dritten nicht bekannt ist,

1. über die in den §§ 5 und 6 genannten und unter den Voraussetzungen des § 7 über die dort genannten Personen, wenn dies zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit einer Person erforderlich ist,
2. über Personen, bei denen hinreichend sichere Anhaltspunkte für die beabsichtigte Begehung von Straftaten von erheblicher Bedeutung (§ 10

⁶ Vgl. nur *Karl Ludwig Haedge*, Das neue Nachrichtendienstrecht für die Bundesrepublik Deutschland, 1998, S. 78 ff.

⁷ *Nack*, in: *Karlsruher Kommentar zur StPO*, 6. Auflage 2008, § 110a, Rn. 9 unter Berufung auf BT-Drs 12 / 989 S. 41; BGHSt 41, 42; 45, 321, 324.

⁸ BGHSt 41, 42;

⁹ BVerfG, Beschl. v. 01.03.2000, 2 BvR 2017, NStZ 2000, 489 f.

Abs. 3 Satz 1) sprechen, wenn die Datenerhebung zur vorbeugenden Bekämpfung dieser Straftaten erforderlich ist,

3. über deren Kontakt- oder Begleitpersonen, wenn die Datenerhebung zur vorbeugenden Bekämpfung von Straftaten von erheblicher Bedeutung (§ 10 Abs. 3 Satz 1) unerlässlich ist.

Dabei dürfen auch personenbezogene Daten über andere Personen erhoben werden, soweit dies erforderlich ist, um eine Datenerhebung nach Satz 1 durchführen zu können. Als Kontakt- oder Begleitpersonen kommen nur Personen in Betracht, bei denen konkrete Tatsachen für einen objektiven Tatbezug zu den in Nummer 2 genannten Personen sprechen. Dazu gehören mögliche Auftraggeber, Helfer oder andere Personen, die in sonstiger Weise bei der Planung, Durchführung oder späteren Verwertung der Tatvorteile oder zum Schutz des Täters eine Rolle spielen können, sei es durch bewusste Unterstützung oder dadurch, dass sie ohne ihr Wissen von den in Nummer 2 genannten Personen für deren Zwecke genutzt werden. Amts- und Berufsgeheimnisträger gehören, soweit das geschützte Vertrauensverhältnis reicht, nicht zu den Kontakt- oder Begleitpersonen. Die Datenerhebung bei Personen nach den Nummern 2 und 3 ist unzulässig, soweit sie in ein geschütztes Vertrauensverhältnis eingreifen würde.

(2) Der Einsatz von Personen, deren Zusammenarbeit mit der Polizei Dritten nicht bekannt ist, darf nur durch den Behördenleiter oder einen von ihm beauftragten Beamten angeordnet werden. Eine schriftliche Begründung der Anordnung ist zu den Akten zu nehmen.

(3) Personen, gegen die sich Datenerhebungen richteten, sind nach Abschluß der Maßnahme hierüber durch die Polizei zu unterrichten, sobald dies ohne Gefährdung des Zwecks der Datenerhebung erfolgen kann. Wird wegen desselben Sachverhalts ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren gegen den Betroffenen eingeleitet, erfolgt die Unterrichtung, sobald die Ermittlungen abgeschlossen sind; die Unterrichtung kann unterbleiben, wenn der Betroffene im Rahmen des Ermittlungsverfahrens von der Maßnahme Kenntnis erlangt. Eine Unterrichtung über die Datenerhebung darf nur solange unterbleiben, bis dadurch der weitere Einsatz von Personen, deren Zusammenarbeit mit der Polizei Dritten nicht bekannt ist, oder Leib oder Leben einer Person nicht mehr gefährdet ist. Für die Benachrichtigung der in Absatz 1 Satz 2 genannten anderen Personen gilt § 29 Abs. 7.

Die Vorschrift wurde einmal geändert. Durch Gesetz vom 19. Dezember 2000 (GVBl 2000, 179) wurde die Einsatzmöglichkeit von V-Leuten in § 34 BbgPolG erweitert.

Die Rechtsgrundlagen beschränken sich darauf, den Einsatz der V-Leute grundsätzlich zu gestatten. Qualifizierende Merkmale, Standards, Kontrollpflichten und Beendigungsgründe sind gesetzlich nicht normiert.

bb) Regelungen auf Bundesebene

Im Bereich des Bundesrechts ist die Rechtslage ähnlich. Für die Zollfahndung findet sich eine Ermächtigung in § 21 ZFdG. Das BKA besitzt diese Befugnis im Rahmen seiner Zuständigkeit zur Abwehr der Gefahren des internationalen Terrorismus gemäß § 20g Abs. 2 Nr. 4 BKAG.

(1) Das Bundeskriminalamt kann personenbezogene Daten mit den besonderen Mitteln nach Absatz 2 erheben über

1. *den entsprechend § 17 oder § 18 des Bundespolizeigesetzes Verantwortlichen oder entsprechend den Voraussetzungen des § 20 Abs. 1 des Bundespolizeigesetzes über die dort bezeichnete Person zur Abwehr einer Gefahr für den Bestand oder die Sicherheit des Staates oder für Leib, Leben*

oder Freiheit einer Person oder Sachen von bedeutendem Wert, deren Erhaltung im öffentlichen Interesse geboten ist,

2. die Person, bei der Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sie Straftaten gemäß § 4a Abs. 1 Satz 2 begehen wird, oder

3. eine Kontakt- oder Begleitperson, wenn die Abwehr der Gefahr oder die Verhütung der Straftaten auf andere Weise aussichtslos ist oder wesentlich erschwert wäre. Die Maßnahme kann auch durchgeführt werden, wenn Dritte unvermeidbar betroffen werden.

(2) Besondere Mittel der Datenerhebung sind

4. der Einsatz von Privatpersonen, deren Zusammenarbeit mit dem Bundeskriminalamt Dritten nicht bekannt ist (Vertrauensperson), und

(3)...³Die übrigen Maßnahmen nach Absatz 2 Nr. 1 bis 5 dürfen, außer bei Gefahr im Verzuge, nur durch die Abteilungsleitung nach Satz 1 oder deren Vertretung angeordnet werden. Die Anordnung ist unter Angabe der maßgeblichen Gründe aktenkundig zu machen und auf höchstens einen Monat zu befristen; im Fall des Absatzes 2 Nr. 4 und 5 ist die Maßnahme auf höchstens zwei Monate zu befristen. Die Verlängerung der Maßnahme bedarf einer neuen Anordnung. Die Entscheidung über die Verlängerung der Maßnahme darf in den Fällen des Absatzes 2 Nr. 1, 2 Buchstabe b, Nr. 4 und 5 nur durch das Gericht getroffen werden. Die Sätze 4 und 5 gelten entsprechend.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Senatsentscheidung zum BKA-Gesetz vom 20.04.2016 (1 BvR 966 / 09 u.a.) die Regelung im Bezug auf die Eingriffsschwelle nicht beanstandet, allerdings beim Schutz des absoluten Kernbereichs einen Nachbesserungsbedarf gesehen. Die entsprechende Passage (Rn 170) lautet:

f) Nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit nicht in jeder Hinsicht tragfähig sind die verfahrensmäßigen Anforderungen in § 20g Abs. 3 BKAG).

aa) Keinen Bedenken unterliegt allerdings, dass die Überwachungsmaßnahmen nach dieser Vorschrift zwar jeweils nur für eine vertretbar begrenzte Zeit angeordnet werden dürfen, aber deren Verlängerung nicht durch eine Obergrenze beschränkt wird. Der Gesetzgeber konnte davon ausgehen, dass eine konkretisierte Gefahrenlage, wie sie für die Anordnung oder Verlängerung der Maßnahmen vorausgesetzt ist, in der Regel nicht für einen übermäßig langen Zeitraum vorliegt, so dass eine unverhältnismäßige Dauerüberwachung hierdurch im Allgemeinen nicht droht. Im Übrigen kann eine Begrenzung, auch wenn eine absolute Höchstdauer nicht ausdrücklich bestimmt ist, aus dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit im Einzelfall folgen, da mit zunehmender Dauer der Observationsmaßnahmen der Eingriff in das allgemeine Persönlichkeitsrecht immer intensiver wird und auch dazu führen kann, dass eine weitere Verlängerung verfassungsrechtlich nicht mehr zu rechtfertigen ist (vgl. BVerfGE 109, 279 <362>).

bb) Unter Verhältnismäßigkeitsgesichtspunkten unzureichend ist demgegenüber die Regelung des Richtervorbehalts in § 20g Abs. 3 BKAG.

§ 20g Abs. 3 BKAG sieht einen Richtervorbehalt unmittelbar für die erstmalige Anordnung der Maßnahme nur beim Einsatz Verdeckter Ermittler vor (vgl. § 20g Abs. 3 Satz 1 BKAG). In anderen Fällen erlaubt er die erstmalige Anordnung unmittelbar durch das Bundeskriminalamt selbst und fordert eine richterliche Entscheidung erst für deren etwaige Verlängerung (§ 20g Abs. 3 Satz 8 BKAG). Dies gilt einerseits für das Abhören und Aufzeichnen des nichtöffentlich gesprochenen Wortes und den Einsatz von Vertrauenspersonen oder Verdeckten Ermittlern (§ 20g Abs. 2 Nr. 2 b, 4 und 5 BKAG) sowie andererseits für längerfristige Observationen (§ 20g Abs. 2 Nr. 1 BKAG), wobei auch die Fälle eingeschlossen sind, in denen diese mittels Bildaufzeichnungen

oder dem Einsatz von technischen Mitteln wie Peilsendern (vgl. § 20g Abs. 2 Nr. 2 a, 3 BKAG) durchgeführt werden.

Diese Regelung genügt den verfassungsrechtlichen Anforderungen nur teilweise. Nicht zu beanstanden ist allerdings, dass für die Anfertigung von Bildaufnahmen sowie für nur kurzfristige Observationen - auch mittels Bildaufzeichnungen oder technischer Mittel wie Peilsender - ein Richtervorbehalt nicht vorgesehen ist. Bleiben die Überwachungsmaßnahmen in dieser Weise begrenzt, haben sie kein so großes Eingriffsgewicht, dass deren Anordnung durch einen Richter verfassungsrechtlich geboten ist (vgl. strenger für die Observation mittels GPS-Sender *Supreme Court of the United States, United States v. Jones*, 132 S. Ct. 945 [2012]; zur Überwachung eines Verdächtigen mittels GPS zurückhaltender wiederum *EGMR, Uzun v. Deutschland*, Entscheidung vom 2. September 2010, Nr. 35623 / 05, NJW 2011, S. 1333 <1336 f.>, zu Art. 8 EMRK). Demgegenüber ist eine unabhängige Kontrolle verfassungsrechtlich aber unverzichtbar, wenn Observationen im Sinne des § 20g Abs. 2 Nr. 1 BKAG längerfristig - zumal unter Anfertigung von Bildaufzeichnungen oder unter Nutzung besonderer technischer Mittel wie Peilsender - durchgeführt werden, wenn nichtöffentliche Gespräche erfasst oder Vertrauenspersonen eingesetzt werden. Diese Maßnahmen dringen unter Umständen so tief in die Privatsphäre ein, dass deren Anordnung einer unabhängigen Instanz, etwa einem Gericht, vorbehalten bleiben muss. Insoweit reicht es nicht, die Anordnung der Maßnahmen zunächst der Sicherheitsbehörde selbst zu überlassen und die disziplinierende Wirkung wegen des Erfordernisses einer richterlichen Entscheidung erst für deren Verlängerung - möglicherweise auf der Grundlage der so gewonnenen Erkenntnisse - vorzusehen. Soweit für diese Maßnahmen eine erstmalige Anordnung ohne richterliche Entscheidung vorgesehen ist, genügt § 20g BKAG einer verhältnismäßigen verfahrensrechtlichen Ausgestaltung nicht.

g) § 20g BKAG genügt schließlich auch insoweit nicht den verfassungsrechtlichen Anforderungen, als er keine Regelung zum Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung enthält.

§ 20g BKAG ermächtigt zu Überwachungsmaßnahmen von verschiedener Qualität und Nähe zur Privatsphäre. Indem die Vorschrift dabei aber auch die Erlaubnis zu längerfristigen Bildaufzeichnungen und einem auf eine lange Zeit angelegten Abhören und Aufzeichnen des nichtöffentlich gesprochenen Wortes umfasst, ermöglicht sie Überwachungsmaßnahmen, die typischerweise tief in die Privatsphäre eindringen können. Zwar handelt es sich bei diesen Maßnahmen immer um eine Überwachung außerhalb von Wohnungen. Das stellt aber nicht in Frage, dass auch insoweit - sei es im Auto, sei es abseits in einem Restaurant, sei es zurückgezogen bei einem Spaziergang - mit einiger Wahrscheinlichkeit höchstvertrauliche Situationen erfasst werden können, die dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind (vgl. Poscher, JZ 2009, S. 269 <271 f.>).

Die Vorschrift weist demnach hinsichtlich mancher Befugnisse eine Kernbereichsnähe auf, die eine ausdrückliche gesetzliche Regelung zum Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung erforderlich macht. Der Gesetzgeber hat hierzu in normenklarer Weise Schutzvorschriften sowohl auf der Ebene der Datenerhebung als auch auf der Ebene der Datenauswertung und Datenverwertung vorzusehen (siehe oben C IV 3 c bb, d). An solchen Vorschriften fehlt es, so dass § 20g Abs. 1, 2 BKAG auch insoweit mit der Verfassung nicht zu vereinbaren sind.

Danach ist die Anordnung eines verdeckten Ermittlers nach dem Bundesverfassungsgericht nur aufgrund einer richterlichen Anordnung möglich.

Unklar ist, ob auch die Forderung nach einer ausdrücklichen Regelung zum Kernbereichsschutz notwendig ist. Das Bundesverfassungsgericht bezieht diese Notwendigkeit formal auf den gesamten § 20 d BKAG, begründet die Notwendigkeit aber mit dem Hinweis, dass auch die Erlaubnis zur längerfristigen Bildaufnahme und ein auf einen langen Zeitraum angelegtes Abhören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes ermöglicht werde. Es ist die Frage, man könnte daran zweifeln, ob der Einsatz einer V-Person als Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes verstanden werden kann. Da die Informationserhebung durch einen V-Mann bei Längerfristigkeit aber zumindest dem längerfristigen Aufzeichnen des Wortes vergleichbar ist und § 20 g Abs. 2 Nr. 4 BKAG nicht ausdrücklich ausgeschlossen wurde, liegt es nahe, auch die Forderung zu einer Kernbereichsregelung auf die V-Leute zu erstrecken.

d) Nachrichtendienstliche Verfahren

aa) Klassische Form – und moderne Form

Bei den nachrichtendienstlichen Regelungen gibt es zwei Varianten, die klassische Form und die moderne konkretisierte Form.

Die klassische Form beschränkte sich darauf, den Einsatz von Vertrauensleuten als ein Beispiel der zulässigen Gegenstände der sogenannten Informationserhebung mittels nachrichtendienstlicher Mittel aufzuführen (vgl. § 8 Abs. 2 BVerfSchG a.F.). Nach diesem klassischen Modell waren die Einzelregelungen und die Verfahrensweisen in Verwaltungsvorschriften niedergelegt, die nicht öffentlich zugänglich waren.

In diesen Rechtszustand ist in jüngster Zeit Bewegung hineingekommen. Es besteht eine allgemeine Entwicklung, die Rechtsgrundlagen für den Einsatz von V-Leuten aus dem Bereich der Verwaltungsvorschriften auf die Ebene des formellen Gesetzes anzuheben. Da die allgemeinen Verwaltungsvorschriften nicht allgemein bekannt sind, kann nicht genau untersucht werden, inwieweit die gesetzlichen Vorschriften von den Verwaltungsvorschriften inhaltlich abweichen. Es darf vermutet werden, dass weitgehende Übereinstimmungen bestehen.

Auf Landesebene bestehen schon konkrete Regelungen zu den V-Leuten, insbesondere in § 6a Abs. 2 LVSG BW; § 8b BremVerfSchG, § 12 Abs. 4, Abs. 5 ThürVerfSchG, § 5 Abs. 2 VerfSchG-NRW. Gegenwärtig im Gesetzgebungsverfahren befindet sich eine ausführliche Regelung in Niedersachsen, vgl. LT-Drs. 17 / 2161, § 6b NdsVerfSchG-E. Der Bund hat in diesem Jahr in § 9b BVerfSchG eine ausdrückliche Regelung geschaffen.

Als Beispiel mag § 6a des Verfassungsschutzgesetzes des Landes Baden-Württemberg gelten. Die Norm lautet:

§ 6a Vertrauenspersonen und Verdeckt arbeitende Bedienstete

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf

- 1. Privatpersonen, deren planmäßige, dauerhafte Zusammenarbeit mit ihm Dritten nicht bekannt ist (Vertrauenspersonen) und*
- 2. eigene Mitarbeiter unter einer ihnen verliehenen und auf Dauer angelegten Legende (Verdeckt arbeitende Bedienstete)*

zur Aufklärung von Bestrebungen unter den Voraussetzungen des § 6 Absatz 2 und 5 einsetzen.

(2) Über die Verpflichtung von Vertrauenspersonen entscheidet der Behördenleiter oder sein Vertreter. Als Vertrauenspersonen dürfen Personen nicht angeworben und eingesetzt werden, die

- 1. nicht voll geschäftsfähig, insbesondere minderjährig sind,*
- 2. von den Geld- oder Sachzuwendungen für die Tätigkeit auf Dauer als alleinige Lebensgrundlage abhängen würden,*

3. an einem Aussteigerprogramm teilnehmen,
4. Mitglied des Europäischen Parlaments, des Deutschen Bundestages, eines Landesparlaments oder Mitarbeiterin oder Mitarbeiter eines solchen Mitglieds sind oder
5. im Bundeszentralregister mit einer Verurteilung wegen eines Verbrechens oder zu einer Freiheitsstrafe, deren Vollstreckung nicht zur Bewährung ausgesetzt worden ist, eingetragen sind.

Der Behördenleiter kann eine Ausnahme von Nummer 5 zulassen, wenn die Verurteilung nicht als Täter eines Totschlags (§§ 12, 213 StGB) oder einer allein mit lebenslanger Haft bedrohten Straftat erfolgt ist und der Einsatz zur Aufklärung von Bestrebungen, die auf die Begehung von in § 3 Absatz 1 des Artikel 10-Gesetzes bezeichneten Straftaten gerichtet sind, unerlässlich ist. Im Falle einer Ausnahme nach Satz 3 ist der Einsatz nach höchstens sechs Monaten zu beenden, wenn er zur Erforschung der in Satz 3 genannten Bestrebungen nicht zureichend gewichtig beigetragen hat. Auch im Weiteren ist die Qualität der gelieferten Informationen fortlaufend zu bewerten.

(3) Vertrauenspersonen und Verdeckt arbeitende Bedienstete dürfen weder zur Gründung von Bestrebungen nach § 3 Absatz 2 Nummern 1, 3 oder 4 noch zur steuernden Einflussnahme auf derartige Bestrebungen eingesetzt werden. Sie dürfen in solchen Personenzusammenschlüssen oder für solche Personenzusammenschlüsse, einschließlich strafbarer Vereinigungen, tätig werden, um deren Bestrebungen aufzuklären. Im Übrigen ist im Einsatz eine Beteiligung an Bestrebungen zulässig, wenn sie

- 1 nicht in Individualrechte eingreift,
2. von den an den Bestrebungen Beteiligten derart erwartet wird, dass sie zur Gewinnung und Sicherung der Informationszugänge unumgänglich ist, und
3. nicht außer Verhältnis zur Bedeutung des aufzuklärenden Sachverhalts steht.

Sofern zureichende tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass Vertrauenspersonen und Verdeckt arbeitende Bedienstete rechtswidrig einen Straftatbestand von erheblicher Bedeutung verwirklicht haben, soll der Einsatz unverzüglich beendet werden. Über Ausnahmen nach Satz 4 entscheidet der Behördenleiter oder sein Vertreter.

bb) Die Fragestellungen

Die zu regelnden Fragen sind immer gleich, wobei die Ausgestaltung durchaus voneinander abweichen kann. Bei einer Regelung zu V-Leuten scheinen folgende Fragen regelungsbedürftig:

- Zwischen V-Leuten und verdeckten Ermittlern sollte deutlich unterschieden werden.
- Die persönlichen Voraussetzungen als V-Mensch sollten gesetzlich geregelt werden.
 - Insbesondere sollte geklärt werden, ob auch Personen, die wegen einer Straftat von dem Gewicht eines Verbrechens verurteilt wurden, eingesetzt werden dürfen. Es bleibt dabei zu beachten, dass die Verpflichtung als V-Mann eine gewisse Nähe des Staates zu der betreffenden Informationsperson begründet und es auch andere Informationsmöglichkeiten, wie individuelle Informationen oder Informanten gibt, die als Alternative gesetzt werden können.
 - Falls man auch frühere Straftäter einbeziehen will, sollte man Grenzen für Kapitalverbrechen und ggf. zeitliche Grenzen vorsehen.
 - Auch ist zu klären, ob Minderjährige ausgeschlossen werden sollen oder nicht.

- Ebenfalls zu klären wäre, ob Personen, die ein gesetzliches Zeugnisverweigerungsrecht nach den §§ 53, 53a StPO besitzen, verpflichtet werden sollen (geregelt etwa in § 6b Abs. 9 NdsVerfSchG; § 6 Abs. 3 S. 2 BbgVerfSchG; § 6b Abs. 2 S. 2 NdsVerfSchG-E).
- Weiter ist zu klären, was gelten soll, wenn die Vertrauensleute während der Zeit Straftaten begehen.
 - Hier ist zu unterscheiden zwischen möglichen Rechtfertigungsgründen und Entschuldigungsgründen bzw. der Möglichkeit der Einstellung.
 - Weiter ist zu unterscheiden zwischen der Straftat, die in der Angehörigkeit einer kriminellen Vereinigung besteht. Hier ist auf jeden Fall eine Straffreiheit sicherzustellen.
 - Weiter ist für solche Szenen typischer Straftaten eine Straffreiheit zu erwägen, ohne die der V-Mensch in nicht sinnvoller Weise seine Tätigkeit vornehmen kann.
 - Eine Grenze sollte bei schweren Straftaten liegen, wobei zu überlegen ist, ob die schweren Straftaten zu definieren sind oder enumerativ aufgeführt werden sollten. Die Formulierung der schweren Straftat wird teilweise nicht definiert (§ 8b Bremen), teilweise werden die Straftaten enumerativ aufgeführt (§ 6b NdsVerfSchG-E).
- Weiter kann über den Einsatz entweder gestuft oder konkret entschieden werden.
 - Eine gestufte Entscheidung ist in der Form denkbar, dass zunächst die Bestrebungen bestimmt werden, bei denen der Einsatz grundsätzlich zulässig sein soll und davon dann abgesetzt der konkrete Einsatz bestimmt wird. Beide Fragen können unterschiedlichen Stellen zugewiesen werden.
 - s. etwa: Bestimmung der Bestrebung, in dem V-Leute eingesetzt werden dürfen: § 8b Abs. 5 S. 1 BremVerfSchG; § 6b Abs. 3 S. 2 NdsVerfSchG-E /
 - Das andere Modell besteht darin, nur über den konkreten Einsatz zu entscheiden.
- Wichtig ist die Entscheidung, wer über den Einsatz von V-Leuten entscheiden soll.
 - Zuständigkeitsmöglichkeiten bestehen einerseits bei der Behördenleitung oder bei einer Zustimmungsbedürftigkeit eines parlamentarischen Gremiums, wie etwa dem Landtagsausschuss oder dem Kontrollgremium oder der G 10-Kommission.
 - vgl. dazu etwa: Zustimmung des parlamentarischen Kontrollgremiums des Einsatzes der V-Personen: § 8b Abs. 5 S. 3 BremVerfSchG / Zustimmung des Einsatzes der verdeckten Ermittler durch den Fachminister: § 6b Abs. 5 S. 1 NdsVerfSchG-E
 - Ebenfalls zu regeln wäre, ob bei einer Verlängerung die Zuständigkeit wechselt; Verlängerung der Befristung nur mit Zustimmung des Verfassungsausschusses: § 6b Abs. 3 S. 7 NdsVerfSchG-§ (hier hat der Unterzeichner in der Anhörung eine Änderung vorgeschlagen)
 - Möglich ist auch, eine Berichtspflicht einer anderen Stelle gegenüber einzuführen.
 - Vgl. Unterrichtungspflicht des parlamentarischen Kontrollgremiums über den Einsatz von V-Leuten: Berichtspflicht gegenüber dem parlamentarischen Kontrollgremium im Abstand von höchstens sechs Monaten: § 8b Abs. 6 BremVerfSchG).
- Zu klären ist auch, ob es Abberufungspflichten bei der Begehung von schweren Straftaten geben soll. Üblich ist auch eine Formulierung, nach der die Beziehung zu beenden ist, sobald die V-Leute schwere Straftaten begehen

(§ 8b Abs. 7 S. 1 BremVerfSchG; § 7 Abs. 4 S. 1 NbgVerfSchG; § 6b Abs. 8 NdsVerfSchG-E; mit Ausnahmemöglichkeit durch Behördenleitung: § 12 Abs. 5 ThürVerfSchG). Beim Bund ist es durch § 9b Abs. 1 in Verbindung mit § 9a Abs. 2 S. 2 BVerfSchG n.F. geregelt.

- Schließlich ist zu prüfen, ob die Beauftragung von V-Leuten einer zeitlichen Befristung unterliegt.

Viele Landesregelungen kennen die zeitliche Begrenzung der Verpflichtung der V-Leute mit einer Verlängerungsmöglichkeit; vgl. § 8b Abs. 2 S. 2 BremVerfSchG / § 7 Abs. 2 NRW-VerfSchG / § 12 Abs. 6 S. 2 ThürVerfSchG / § 6b Abs. 3 S. 3 NdsVerfSchG-E. Gerade wenn die Entscheidung über die V-Leute behördenintern verbleibt und keine Externen einbezogen werden, ist nicht verständlich, warum gesetzlich nicht eine zeitliche Befristung eingebaut wird. Eine Beschränkung auf den Zeitraum der Werbung von einem Jahr sieht Niedersachsen vor: § 6b Abs. 6 S. 6 NdsVerfSchG-E.

- Eine wichtige Frage bildet auch die Frage, ob eine Dokumentationspflicht vorzusehen ist.

Die Landesregelungen sehen üblicherweise strenge Dokumentationspflichten vor (s. z.B. § 8b Abs. 2 S. 4 BremVerfSchG; § 7 Abs. 2 S. 3 VerfSchGNRW; Dokumentationspflicht für die Werbung, Verpflichtung und den Einsatz: § 6b Abs. 6 S. 1 NdsVerfSchG-E.) Die Nachteile der Dokumentation sind, dass im Falle einer Offenlegung die V-Leute gefährdet werden. Als Vorteil steht demgegenüber die Möglichkeit, die Gewinnung, den Auftrag und die Absprachen auch in dem Fall greifbar zu haben, dass die Vertrauensleute wegfallen oder sonstige Unstimmigkeiten entstehen. Die weiteren Nachteile sind aus rechtswissenschaftlicher Sicht nicht vollständig abschätzbar. Es ist denkbar, dass die Protokollpflicht weitere Nachteile nach sich zieht, die nicht überschaubar sind.

- Regelung zu den Führungspersonen: Sinnvoll sind auch Regelungen zum Verhältnis der V-Person und der Führungsbeamtin oder des Führungsbeamten im Verfassungsschutzamt.

So kennen einige Landesregelungen auch die grundsätzliche Pflicht, die Verbindungsperson oder die Führungsperson von V-Leuten in regelmäßigen Zeitabständen, mindestens alle vier Jahre zu wechseln (s. z.B. § 7 Abs. 2 S. 4 VerfSchGNRW; § 8b Abs. 2 S. 5 BremVerfSchG; § 6b Abs. 6 S. 3 NdsVerfSchG-E.). Dieser Wechsel erscheint sinnvoll, weil sichergestellt wird, dass es nicht zu einem zu engen Vertrauensverhältnis und zu unzulässigen Absprachen kommt. Aber auch hier gilt wie bei der Protokollpflicht, dass die Nachteile nicht vollständig übersehen werden können.

- Ebenfalls ein möglicher Regelungspunkt sind Verhaltenspflichten. Solche wären nicht unsinnig. § 8b Abs. 4 BremVerfSchG lautet sinngemäß, dass Vertrauenspersonen sich so zu verhalten haben, dass sie den Auftrag zur Informationsbeschaffung erfüllen können und ihr Verhalten keine Rückschlüsse auf ihre Tätigkeit für die Verfassungsschutzbehörde zulässt. Entsprechende Vorgaben sind allerdings auch in dem jeweiligen Vertrag möglich.
- Nach Kundgaben von in der Praxis Stehenden ist ein Problem das parallele Tätigwerden verschiedener V-Leute für unterschiedliche Dienste bei der gleichen Bestrebung. Der erste NPD-Prozess ist daran gescheitert. Daher sind Koordinationsregelungen sinnvoll. Nach sachkundiger Ansicht gibt es mittlerweile eine sog. V-Mann Datei, in der alle aktiven V-Leute des BfV und

der Landesverfassungsschutzbehörden erfasst werden. Diese Datei wird beim BfV geführt.¹⁰

cc) Die Regelung in Brandenburg

Das Verfassungsschutzgesetz des Landes Brandenburg bewegt sich zwischen dem klassischen Regelungstypus und dem modernen. Es enthält durchaus konkrete Regelungen und Vorgaben zu den V-Leuten aber bei weitem nicht eine spezifische Regelung. Die Regelung setzt sich zusammen aus §§ 6, 7 BbgVSG. Die Regelung zu den V-Leuten in Brandenburg beruht nicht auf einer isoliert auf diese Informationserhebung zugeschnittenen Normierung, sondern bildet einen Unterfall der Regelung zur Informationserhebung durch nachrichtendienstliche Mittel.

aaa) Der Normtext

§ 6 Befugnisse der Verfassungsschutzbehörde

(3) Die Verfassungsschutzbehörde darf zur Informationsbeschaffung als nachrichtendienstliche Mittel die folgenden Maßnahmen anwenden:

1. Einsatz von Vertrauensleuten, sonstigen geheimen Informanten, zum Zwecke der Spionageabwehr überworfenen Agenten, Gewährspersonen und verdeckten Ermittlern;

....

²Minderjährige dürfen nicht als Vertrauensleute, sonstige geheime Informanten, Gewährspersonen oder verdeckte Ermittler eingesetzt werden. Soweit sich Personen aus beruflichen Gründen auf ein Zeugnisverweigerungsrecht berufen können, darf die Verfassungsschutzbehörde diese nicht von sich aus für ihre Zwecke in Anspruch nehmen; Informationen, die diese Personen unter Verletzung des § 203 des Strafgesetzbuches rechtswidrig an die Verfassungsschutzbehörde weiterzugeben beabsichtigen, dürfen von dieser nicht entgegengenommen werden.

(4)

(5)

(6) .

(7) Beim Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel dürfen keine Straftaten begangen werden. Die abschließende Aufzählung der Straftatbestände, die verwirklicht werden dürfen, erfolgt in einer Dienstvorschrift nach Vorlage in der Parlamentarischen Kontrollkommission.

§ 7 Besondere Formen der Datenerhebung

(1) Die Verfassungsschutzbehörde darf zur Erfüllung ihrer Aufgaben Informationen, insbesondere personenbezogene Daten, mit den Mitteln gemäß § 6 Abs. 3 nur erheben, wenn

1. *sich ihr Einsatz gegen Personenzusammenschlüsse, in ihnen oder einzeln tätige Personen richtet, bei denen tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht der Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 bestehen,*
2. *sich ihr Einsatz gegen andere als die in Nummer 1 genannten Personen richtet, von denen aufgrund bestimmter Tatsachen anzunehmen ist, daß sie für diese*

¹⁰ Parlamentarischer Beratungsdienst des Landtages Brandenburg, Sicherheitsarchitektur in Deutschland im Hinblick auf das Bekanntwerden der Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund – NSU“, Bearbeiter Rolfdieter Bohm v. 16.08.2016, S. 33, abrufbar unter https://www.landtag.brandenburg.de/media_fast/5701/16-08-2016_Veraenderungen_Sicherheitsarchitektur_nach_NSU_6-22.pdf

bestimmte oder von diesen herrührende Mitteilungen entgegennehmen oder weitergeben,

3. *ihr Einsatz gegen andere als in den Nummern 1 und 2 genannten Personen unumgänglich ist, um Erkenntnisse über sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht oder Bestrebungen zu gewinnen, die sich durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen gegen die in § 3 Abs. 1 Nr. 1, 3 und 4 genannten Schutzgüter wenden,*
4. *auf diese Weise die zur Erforschung von Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 erforderlichen Quellen in Personenzusammenschlüssen nach Nummer 1 gewonnen werden können oder*
5. *dies zum Schutz der Bediensteten, Einrichtungen, Gegenstände und Quellen der Verfassungsschutzbehörde gegen sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten erforderlich ist.*

....

(2) Die mit den Mitteln nach § 6 Abs. 3 gewonnenen Informationen dürfen nur für den jeweiligen Erhebungszweck genutzt werden. Eine anderweitige Nutzung ist nur zulässig, wenn das zur Informationsgewinnung verwendete Mittel auch für den jeweils anderen Nutzungszweck hätte eingesetzt werden dürfen. Sie ist ferner zulässig im Rahmen von Sicherheitsüberprüfungen nach § 3 Abs. 2 und in Verwaltungsverfahren, in denen die Beteiligung der Verfassungsschutzbehörde gesetzlich vorgeschrieben ist.

(3) Das Mithören oder Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel oder sonstige Maßnahmen nach § 6 Abs. 3, die in ihrer Art und Schwere einer Beschränkung des Brief-, Post und Fernmeldegeheimnisses gleichkommen, sind zulässig, wenn dadurch Erkenntnisse über sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht oder Bestrebungen, die auf Gewaltanwendung gerichtet sind oder sonst ein kämpferisches und aggressives Verhalten gegenüber den in § 4 Abs. 3 genannten Grundsätzen erkennen lassen, gewonnen werden können. Ein solcher Eingriff bedarf im Einzelfall der vorherigen Zustimmung des Ministers des Innern, im Falle seiner Verhinderung der seines Vertreters. Die Parlamentarische Kontrollkommission ist in der jeweils nächsten Sitzung, bei Fortdauer der Maßnahmen jeweils in Abständen von drei Monaten, zu unterrichten. Die durch den Eingriff erhobenen Informationen dürfen nur nach Maßgabe des § 4 Abs. 2 des Artikel 10-Gesetzes, zur Erforschung oder Verfolgung einer Straftat nach § 129 des Strafgesetzbuches sowie für die in Absatz 2 Satz 3 genannten Zwecke genutzt werden.

(4) Beim Einsatz von Vertrauensleuten und verdeckten Ermittlern sowie bei Observationen finden die Bestimmungen in Absatz 3 Satz 3 entsprechende Anwendung, ohne daß die Identität der Vertrauensleute oder verdeckten Ermittler, auch nicht in mittelbarer Form, offenbart wird.

bbb) Die Bewertung

Gemessen an den o. g. Kriterien ist die gegenwärtige Regelung in Brandenburg nicht ohne Substanz. Sie enthält zunächst relativ hohe Anforderungen hinsichtlich der Zulässigkeit des Einsatzes der von Vertrauensleuten gemäß § 7 Abs. 4 i. V. m. § 7 Abs. 3 BbgVSG. Auch Verfahrensanforderungen sind vorgegeben (Festlegung der Anordnung und der Information). Ebenfalls befinden sich gewisse Regelungen zur Frage, welche Kategorien von Menschen als Vertrauensleute angeworben werden dürfen. Minderjährige sind ausdrücklich ausgeschlossen. Inhaber von Vertrauensberufen ebenfalls.

Auffallend ist die Regelung in § 6 Abs. 7, die davon ausgeht, dass die Vertrauensleute offenbar gewisse Straftaten begehen dürfen, diese Straftaten aber nicht selbst im formellen Gesetz, sondern in einer Dienstvorschrift aufführt. Ob dies den Anforderungen eines Rechtfertigungsgrundes genügt, ist, soweit hier ersichtlich, nicht endgültig ausdiskutiert. Es sprechen aber gute Gründe dafür, über die Parallelität zu den Amtsbefugnissen eine Regelung zu den Verwaltungsvorschriften grundsätzlich für ausreichend zu halten, auch wenn sie aus Gründen der Rechtsklarheit nicht besonders glücklich ist. Andererseits gibt es auch vernünftige Gründe dafür, dass man die Trennlinie zwischen den von einem Vertrauensmann begehbaren Taten und nicht begehbaren Taten nicht nach außen proklamiert.

Nicht geregelt sind in Brandenburg folgende Fragen:

- Das Verhältnis zwischen Vertrauensleuten und Führungsbeamten;
- Die persönlichen Voraussetzungen der Vertrauensleute, die grundsätzlich angeworben werden dürfen;
- Die Frage der Abberufungspflicht bei Begehung unzulässiger Straftaten;
- Die Frage der zeitlichen Befristung der Inpflichtnahme;
- Die Dokumentationspflicht.

Ebenfalls werden die Vorgaben des BVerfG aus dem Urteil zum BKA-Gesetz nicht eingehalten. Legt man diese wörtlich aus, wäre auch bei der Regelung der V-Leute in den Verfassungsschutzgesetzen eine gesetzliche Regelung zum Einsatz und eine Kernbereichsregelung, die zwischen Erhebung und Auswertung unterscheidet erforderlich. Man kann nun so tun, als hätte man das Urteil nicht gelesen, oder als würde es nicht für den Verfassungsschutz gelten, oder so, als müsste man es umsetzen. Die letzte Lesart liegt näher

3. Die rechtspolitische Bewertung des Einsatzes von Vertrauensleuten

Das Institut der Vertrauensleute ist rechtspolitisch sehr umstritten. Unstreitig ist, dass der Vorwurf, der Staat würde sich durch die Kooperation mit Vertrauensleuten in gewisser Form „die Hände schmutzig machen“, im Endergebnis nicht von der Hand zu weisen ist. Dabei dürfte unbestritten sein, dass als Vertrauensleute primär nicht Menschen eingesetzt werden, die ideologisch von verfassungsfeindlichen Bestrebungen entfernt sind, sondern vielmehr Personen angeworben werden, die zugleich auch berechtigterweise Gegenstand nachrichtendienstlicher Ermittlungen sein können.

Bei der Beurteilung der Zulässigkeit des Einsatzes von V-Leuten ist zu bemerken, dass Informationsgewinnung von anderen Personen als V-Leuten durchaus möglich ist. Die sogenannten Informanten können durchaus im Einzelfall erhebliche Geldsummen für die Lieferung einer Information erhalten. Im Gegensatz zu den Vertrauensleuten wird mit den Informanten keine Vereinbarung einer näheren Zusammenarbeit geschlossen.

Wie bei allen rechtspolitischen Streiten, lassen sich Argumente für und gegen das jeweilige Institut anbringen. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit lassen sich etwa folgende Argumente nennen:

Für die grundsätzliche Zulässigkeit der Vertrauensleute sprechen:

- Vertrauensleute sind nach den von wissenschaftlicher Seite her verfügbaren Informationen ein wichtiges Instrument der Informationsbeschaffung über verfassungsfeindliche Bestrebungen;
- Die Bedeutung der Aufgabe der Verfassungsbehörden rechtfertigt es, bei der Informationsbeschaffung stärkere Kompromisse einzugehen als bei anderen Verwaltungsaufgaben;

- Die Vertrauensleute scheinen gerade bei der Aufklärung von verfassungsfeindlichen Bestrebungen das adäquate Informationsinstrument. Verfassungsfeindliche Bestrebungen sind von ihrem Typ her gerade so angelegt, dass man aus dem Kreis derer, die verfassungsfeindliche Ideologien verbreiten, pflegen und fortentwickeln, wichtige Informationen erhält. Die Aufgabe der Verfassungsschutzbehörden besteht primär nicht darin, einzelne Vorgänge aufzuklären und Gefahren abzuwehren, sondern Entwicklungen zu beobachten. Gerade für die Feststellung von Entwicklungen können aber auch Aussagen von Quellen, die grundsätzlich nicht besonders vertrauenswürdig sind, wichtige Hinweise geben, da bei gleichbleibender Unzuverlässigkeit Unterschiede und Entwicklungen in den Auskünften erkennbar sein können.

Die Liste der Gründe, die gegen den Einsatz von Vertrauensleuten spricht, ist demgegenüber deutlich länger:

- Es ist unbestritten, dass die Informationsquelle der Vertrauensleute nicht sehr zuverlässig ist; Vertrauensleute haben häufig Interesse daran, den Staat nicht im Sinne einer effektiven Aufklärung zu informieren; es sind in der Regel nicht die ehrenwertesten Mitglieder der Gesellschaft, deren bisheriges Verhalten durch den Charakterzug der Redlichkeit geprägt ist; das Problem der Unzuverlässigkeit kann aufgrund einer gewissen Professionalität durch die Verbindungsbeamten der Nachrichtendienste ausgeglichen werden, aufgehoben kann dieser Nachteil allerdings nicht;
- Durch den Einsatz der Vertrauensleute macht der Staat in gewisser Form gemeinsame Sache mit verfassungsfeindlichen Bestrebungen. Der Staat bedient sich final und bewusst Personen, die er gleichzeitig mit nachrichtendienstlichen Mitteln beobachten darf, um die verfassungsfeindlichen Bestrebungen aufzuklären. Er schließt Verträge, gibt finanzielle Zuwendungen und gibt Gehör zu Personen, von denen er eigentlich Abstand halten sollte;
- Damit zusammen hängt der auf einer etwas abstrakteren Höhe angesiedelte Gesichtspunkt, dass der Staat durch die Kooperation mit Vertrauensleuten nicht ausreichend Abstand zu den Bestrebungen hält, zu denen aus rechtsstaatlichen Gründen ein Abstand gewünscht ist;
- Der Staat finanziert in gewisser Form die verfassungsfeindlichen Bestrebungen mit. Es gibt immer wieder Berichte darüber, dass die Vertrauensleute die geleisteten Zahlungen in die gemeinsame Kasse der verfassungsfeindlichen Bestrebungen geben und dadurch der Verfassungsschutz gewissermaßen das finanziert, was er beobachten und in gewisser Form auch bekämpfen soll;
- Durch die Kooperation wird der Staat in gewisser Form immer wieder angreifbar, er wird erpressbar und bekommt eigenes Interesse an dem Verhalten der verfassungsfeindlichen Bestrebungen. Durch den fehlenden Abstand kann es zu angreifbaren Situationen kommen, die die Verfassungsschutzbehörde in Schwierigkeiten bringen kann;
- Es kann im Eifer des Gefechtes auch passieren, dass der Staat anfängt, die verfassungsfeindlichen Bestrebungen zu steuern;
- Der Staat schafft Interesse bei den Vertrauensleuten, in der verfassungsfeindlichen Bestrebung zu verbleiben, weil sie ein finanzielles Interesse besitzen können.

Es ist offensichtlich, dass die Nachteile am Institut der Vertrauensleute durch entsprechende Regelungen über den Einsatz der Vertrauensleute verstärkt und abgeschwächt werden können. So kann etwa das finanzielle Interesse der Vertrauensleute durch eine Bestimmung der Höhe der maximalen Summe begrenzt werden. Die Möglichkeit der Steuerung und der Erpressbarkeit des Staates kann durch Regelungen vermindert werden, die es dem Staat ausdrücklich verbieten,

steuernd auf die verfassungsfeindlichen Bestrebungen einzugehen. Die Regelung des Vorwurfes, der Staat mache gemeinsame Sache mit verfassungsfeindlichen Bestrebungen, kann abgeschwächt werden, indem persönliche Voraussetzungen für die jeweilig anzuwerbende Vertrauensperson geschaffen werden, die dafür sorgen, dass nur in „milderen Fällen, eine Kooperation zustande kommt.

Ob ein Staat auf das Informationsmittel der Vertrauensleute zugreift oder nicht, obliegt seiner eigenen rechtspolitischen Entscheidung. Es gibt weder von Verfassungswegen noch aus dem Grundsatz des Bundesverfassungsschutzgesetzes eine Pflicht der Länder, für ihre Verfassungsschutzbehörden einen Einsatz von Vertrauensleuten zuzulassen oder nicht.

Aus dem Umstand, dass alle Länder dieses Institut kennen, kann man allerdings ein gewisses Indiz dafür herleiten, dass aus fachkundiger Sicht ein gewisser Vorrang für die Beibehaltung des Instituts spricht. Aus wissenschaftlicher Sicht überwiegen die Gesichtspunkte, die gegen den Einsatz von Vertrauensleuten sprechen. Allerdings darf nicht übersehen werden, dass auch eine wissenschaftliche Sicht trotz der Objektivität nur ein Teilausschnitt der Sichtweise ist und der Gedanke der Effektivität der Erfüllung von Verwaltungsaufgaben aus wissenschaftlicher Sicht durchaus auch zu kurz kommen kann.

Stellt man sich die Frage, bei welchem der drei Sicherheitsbereiche (Strafverfolgung / Polizei / Nachrichtendienste) das Instrument der Vertrauensleute besonders sinnvoll ist, so ist hier nur eine differenzierte Antwort möglich.

- Bei Strafverfahren ist der Einsatz von Vertrauensleuten dann sinnvoll, wenn es um Straftaten geht, die aus einem gewissen Milieu entstehen und die ohne Aufklärung des Milieus nicht aufgeklärt werden können. Bei dem Strafrecht geht es allerdings um konkrete Taten. Die Strafverfolgung ist eine wichtige Aufgabe des Staates. Durch die Vorgabe eines konkreten Zieles, Aufklärung einer Straftat und Verurteilung der Verantwortlichen, ist der Einsatz der Vertrauensleute im Strafverfahren strukturell aber ergebnisbezogener und dadurch zeitlich begrenzter. Die Vertrauensleute im Strafprozess erscheinen aus wissenschaftlicher Sicht strukturell eher auf kürzere Sicht angelegt zu sein als bei Nachrichtendiensten, auch wenn es unstreitig sein dürfte, dass in gewissen kriminellen Vereinigungen Vertrauensleute auch über Jahre hinweg für Strafaufklärung notwendig sein können.

Noch punktueller dürfte der Einsatz von Vertrauensleuten bei der Gefahrenabwehr sein. Hier scheinen die Nachteile, die den Staat treffen, wenn er sich mit Vertrauensleuten einlässt, deutlich geringer als bei den nachrichtendienstlichen Bestrebungen, da aufgrund des punktuellen Charakter Zusammenarbeit der Vorteil, den der Staat durch die Zusammenarbeit hat, deutlich einsichtiger wird.

Demgegenüber ist der nachrichtendienstliche Bereich gerade der, der von seiner Struktur her in besonderer Weise auf den Rückgriff der Vertrauensleute zwecks Aufklärung angewiesen ist. Die Nachteile für den Staat durch den Einsatz von Vertrauensleuten sind hier besonders hoch, weil er in besonders starker Weise auch auf diese Informationsmittel angewiesen ist. Der höhere Grad der Nachteile und der Vorwerfbarkeit gegenüber dem Staat ist korreliert eine höhere Effizienz und eine höhere Adäquanz dieses Informationsmittels, bezogen auf den Verdachtsbereich oder Gefahrenbereich.

4. Der V-Mann „Piatto“ des Verfassungsschutzes des Landes Brandenburg

Für den Einsatz der V-Leute des Verfassungsschutzes Brandenburg gemäß dem Untersuchungsbericht des Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages zur NSU (BT-Drs 17 / 1460, S. 283 ff.) gilt Folgendes:

Die Verfassungsschutzbehörde Brandenburg hat von 1992 bis zum Jahr 2000 den Vertrauensmann Carsten Szczepanski geführt und ihm insgesamt finanzielle Zuwendungen in Höhe von ungefähr 50.000,00 DM zukommen lassen. Die Indienstnahme des V-Mannes geschah zu einem Zeitpunkt, zu dem dieser eine achtjährige Freiheitsstrafe wegen eines rechtsextremistisch motivierten Mordversuches absaß.

Der Informationsfluss des V-Mannes wurde von der Verfassungsschutzbehörde selbst als ausgesprochen informativ bezeichnet. Der Zustand vor der Quelle und der Zustand nach der Quelle wurden als „Quantensprung“ hinsichtlich der Aufklärung der rechtsextremen Szene in Brandenburg verstanden.¹¹

Im Zeitraum von August bis Oktober 1998 lieferte der V-Mann dabei Meldungen, die einen Bezug zum Trio der NSU aufwies, die auf ausdrückliche Entscheidung der Verfassungsschutzbehörde Brandenburgs zwar innerhalb der Fassungsschutzbehörden verwendet werden konnten, aber nicht an Strafverfolgungsbehörden weitergegeben werden durften.

Der Fall Piatto macht in besonderer Weise die Zweischneidigkeit des Instituts des V-Mannes deutlich:

- Es handelte sich um eine Person, die in außergewöhnlicher Weise straffällig geworden war;
- Es wird während der Strafhaft diese Person angeworben, auf ihr eigenes Betreiben hin;
- Die Betreuung als V-Mann vermittelte dieser Person eine Einflussnahme und eine Mobilität, die er selbst nicht ohne die Unterstützung erhalten hätte;
- Inwieweit die eigene rechtsextreme Tätigkeit durch die Unterstützung von der Person ausgeweitet werden konnte, ist nicht vollständig aufklärbar;
- die Person erhielt wiederholt gewisse Privilegien im Zusammenhang mit Briefkontrollen und Strafbewährungsentscheidungen, bzw. es lassen sich Privilegien nicht ausschließen;
- Die Person war ausgesprochen hilfreich hinsichtlich der Aufklärung der rechtsextremen Szene;
- Rechtzeitig übermittelt, wären die Informationen auch zur Aufklärung der NSU-Verbrechen ausgesprochen hilfreich gewesen.
- Das geltende Informationsrecht führte dazu, dass wichtige Informationen für die Strafverfolgungsbehörden nicht weitergegeben werden konnten, weil der Verfügungsberechtigte diese Informationen zum Schutz der Quelle nicht freigab. Es lag daher in gewisser Weise das Gebrauchmachen eines Übermittlungsverbotes gemäß § 19 Nr. 3, BVerfSchG vor. Die Vorgänge um den V-Mann Piatto beruhten auf der damaligen Handhabung sowohl der Regeln zur V-Mann-Führung als auch der Informationsweitergabe. Nach den heute überwiegend geltenden Regeln würde ein V-Mann mit diesem Vorstrafenkonto nicht angeworben werden und dazu ist unwahrscheinlich, dass die Weitergabe zurückgehalten werden würde, da die Mentalität sich geändert hat.

¹¹ Vgl. BT-Drs 17 / 1460, S. 283 – 295 ff

II. Die Fragen im Einzelnen

Frage 1. Wie ist / war die Führung von sogenannten V-Leuten rechtlich und tatsächlich ausgestaltet?

Die Führung von V-Leuten durch Mitarbeiter der Verfassungsschutzbehörden beruht auf keiner gesetzlichen Regelung. Einzelheiten sind in Verwaltungsvorschriften niedergelegt. Die Verwaltungsvorschriften sind gewissermaßen schriftlich gefasste Weisungen der vorgesetzten Stelle an die Beamten. Im Verhältnis der Beamten zum Dienstherrn entfalten sie ähnliche Wirkungen wie Rechtsvorschriften. Der Inhalt dieser Verwaltungsvorschriften ist nicht bekannt. Die Verwaltungsvorschriften der Strafverfolgungsbehörde hinsichtlich der V-Leute ist dagegen bekannt. Die Informationen, die der Unterzeichner besitzt, sind ausgesprochen rudimentär. Nach Kenntnis des Unterzeichners wurde auf eine gewisse Wahrung eines Abstandes Wert gelegt und darauf Wert gelegt, dass die V-Person nicht wegen der Eigenschaft als V-Person weiter in dem entsprechenden Milieu verbleibt, die Zusammenarbeit nicht als Anregung für die Begehung von Straftaten verstanden werden kann; eine Mitwirkung der Beamten an Straftaten nicht einmal im Ansatz als möglich erscheint und die Vorteile, die der V-Mann erhielt, sich im angemessenen Verhältnis zu dem Gewinn, den dieser den Verfassungsschutzbehörden vermittelte, stehen mussten. Die Vorteile dürften weder motivierend für den weiteren Verbleib noch als Grund für die Erfindung von Informationen verstanden werden.

Frage 2. Gibt bzw. gab es eine Dienst- und Fachaufsicht bzgl. der Beschaffung, Führung und Auswertung der V-Leute? Welche Befugnisse hat sie in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht?

Auch hier gilt, dass aufgrund fehlender Rechtsvorschriften, die der Allgemeinheit zugänglich sind, verbindliche Aussagen über die Dienst- und Fachaufsicht nicht möglich sind. Die Führung von V-Leuten ist für den jeweiligen Mitarbeiter der Verfassungsschutzbehörde der Sache nach aber eine Dienstaussübung gewesen. Wie jede Dienstaussübung, unterliegt auch diese der Dienst- und Fachaufsicht. Die Führung von V-Leuten rechtfertigt weder Straftaten noch sonstige Dienstvergehen. Der Sache nach dürften für diese Bereiche keine Besonderheiten im Bereich der Dienst und Fachaufsicht bestehen. Innerhalb der Behörde besteht kein Grund, die Dienst- und Fachaufsicht zurückzunehmen, um den Quellenschutz zu ermöglichen. Es ist nicht völlig undenkbar, dass die Vertraulichkeit des Namens des V-Mannes auch gegenüber der Ausübung der Dienst- und Fachaufsicht aufrechterhalten wird. Dies darf aber an der Effektivität der Dienst- und Fachaufsicht keine Einbuße vermitteln.

Die Fachaufsicht besitzt alle Möglichkeiten, die über das dienstrechtliche Weisungsverhältnis innerhalb einer Behörde möglich ist. Der Sache nach darf die höhere Stelle die Sachentscheidung treffen und die weisungsgebundene Stelle ist verpflichtet, diese Weisung auszuführen. Beschließt die höhere Stelle das Abschalten einer V-Person, kann die Führungsperson nicht konterkarieren.

Die Befugnisse der Dienstaufsicht sind im Disziplinarrecht niedergelegt.

Frage 3: Wie wird / wurde der Quellenschutz im Verhältnis zur Kooperation zwischen den LfV bzw. dem LfV Bbg und den Ermittlungsbehörden behandelt?

Die tatsächliche Handhabung des Quellenschutzes ist schwer von außen zu beurteilen. Man kann aufgrund der Sachverhalte, die aus Gerichtsurteilen und Untersuchungsberichten sich ergeben, gewisse Rückschlüsse ziehen. Danach gilt ein kategorialer Unterschied, ob es um den Informationsfluss innerhalb der Verfassungsschutzbehörden und der Ermittlungsbehörden geht. Insgesamt wird der Quellenschutz innerhalb der Verfassungsschutzbehörden in Deutschland nach Einschätzung des Unterzeichners ausgesprochen ernst genommen. Es wird innerhalb

von Gerichtsverfahren der Verlust eines Gerichtsurteils aus Schutz der jeweiligen Quelle ohne größere Überlegung in Kauf genommen.

Frage 4. Wie wird / wurde der Quellenschutz im Verhältnis zur Kooperation zwischen den LfV bzw. dem LfV Bbg und den Ermittlungsbehörden behandelt?

Nach Wahrnehmung des Unterzeichners ist Frage 4 identisch mit Frage 3.

Frage 5: Welche Folgerungen hat die Landesbehörde für Verfassungsschutz Brandenburg aus den Ergebnissen der bisherigen Untersuchungsausschüsse zum Thema „NSU“ gezogen?

Dem Unterzeichner ist nicht bekannt, welche Folgerungen die Verfassungsschutzbehörde Brandenburg aufgrund der Ergebnisse der Untersuchungsausschüsse gezogen hat.

Frage 6: Welche Verbesserungsvorschläge gibt es?

Die Frage, welche Verbesserungsvorschläge es gibt, ist eine wertende Frage. Es kommt darauf an, wie die Prioritäten gesetzt werden. Je nachdem, ob es einen auf einen effizienten Informationsfluss von Vertrauensleuten zu den Verfassungsbehörden geht, oder andererseits um eine rechtsstaatliche Ermittlung der Verfassungsbehörden, fällt die Frage des Verbesserungsvorschlages deutlich anders aus.

Insgesamt erhält man aus wissenschaftlicher Sicht bei aller selektiven Wahrnehmung den Eindruck, dass insgesamt der Quellenschutz der Verfassungsschutzbehörden sehr ernst genommen wird. Der eigene Auftrag, der Aufklärung verfassungsfeindlicher Bestrebungen, ebenfalls sehr ernst genommen wird und ein gewisses Misstrauen an die Weitergabe der Informationen an andere besteht. Legt man dies zugrunde, wären als Verbesserungsvorschläge folgende Institute denkbar:

- Starke interne Kontrollen, ob die Weitergabemöglichkeiten von Informationen erschöpft werden;
- Evtl. Überarbeitung der Übermittlungsverbote des § 19 des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes;
- Klare rechtsstaatliche Vorgaben, die vom Parlament vertreten werden und die die rechtsstaatlichen Grenzen der Zusammenarbeit mit Menschen, die im verfassungsfeindlichen Bestreben tätig sind, bewirken. Gibt das Parlament die Grenzen vor, innerhalb deren der Staat bereit ist, zwecks Informationsgewinnung mit Personen, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden dürfen, denkbar sind, wird die Behörde von der Verantwortung befreit, selbst entscheiden zu müssen, welche Grenzen der Informationsbeschaffung im Rechtsstaat bestehen sollen. Jede Grenze, die aus rechtsstaatlichen Gründen eingeführt wird, begründet die Gefahr, dass dadurch wichtige Informationen nicht zu den Behörden gelangen, notwendig in sich. Diese Entscheidung ist institutionell eigentlich vom Parlament und nicht von den Behörden zu treffen.
- Gleiches gilt für den Bereich des Quellenschutzes. Nach einer gesetzlichen Regelung wäre es möglich, den Quellenschutz nicht absolut zu sehen, sondern eine Abwägung zwischen den Belangen der Strafverfolgung der Gefahrenabwehr und dem Quellenschutz in der gesetzlichen Informationsregelung vorzusehen.
- Geht man davon aus, die Vorgaben des BVerfG aus dem BKA Urteil würden auch hier gelten, wären Regelungen zur richterlichen Zuständigkeit und zum Kernbereichsschutz vorzusehen.

Heinrich Amadeus Wolff

(Die Datei wurde per Mail versandt und ist nicht unterschrieben)

Dokumentation ausgewählter dem Untersuchungsausschuss von Sicherheitsbehörden zur Verfügung gestellter Unterlagen

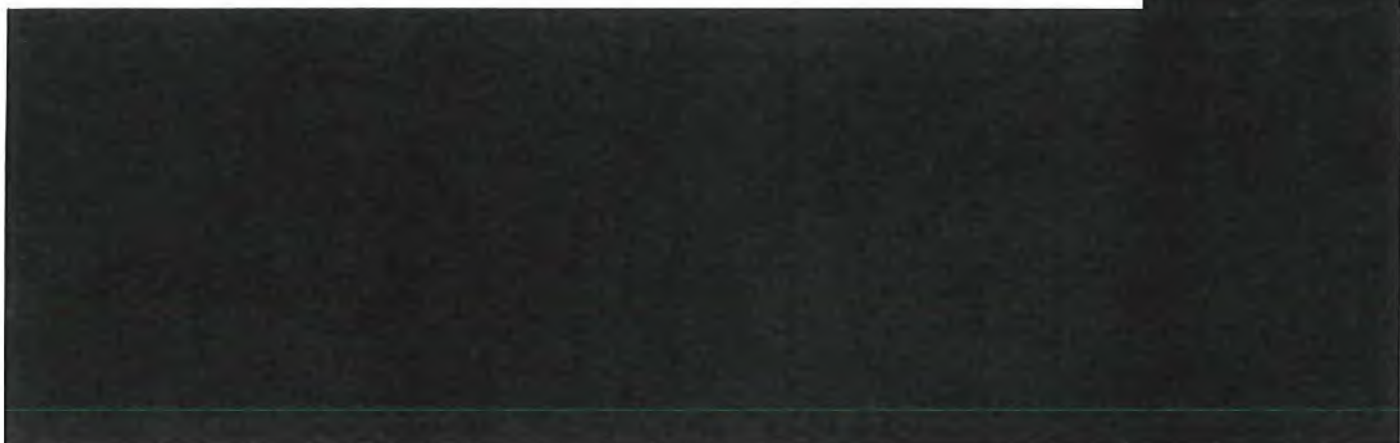
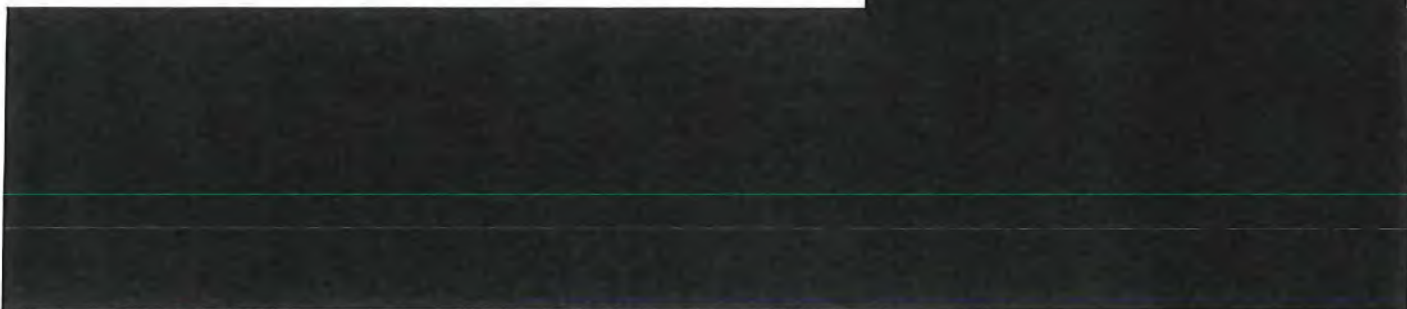
Bei den nachfolgenden Dokumenten handelt es sich um Beispiele der dem Untersuchungsausschuss von Sicherheitsbehörden zur Verfügung gestellten Unterlagen. Alle Unterlagen standen dem Ausschuss selbstverständlich in ungeschwärzter Form für seine Arbeit zur Verfügung.

Die Unterlagen enthalten eine Vielzahl von Angaben, die nach wie vor unter die Vorschriften für die Handhabung von Verschlussachen fallen und können aus diesem Grunde nicht vollständig veröffentlicht werden. Darüber hinaus enthalten die Dokumente Informationen zu Personen, die zur Einhaltung der Vorschriften zum Datenschutz und der Wahrung anderer Persönlichkeitsrechte gleichfalls nicht in der Öffentlichkeit in Veröffentlichungen oder in öffentlichen Sitzungen preiszugeben sind.

Schließlich war der Teil der Dokumente zu schwärzen, der sich auf Geschehnisse anderer nicht im Land Brandenburg tätiger Stellen und Personen bezieht und daher nicht dem Zuständigkeitsbereich oder dem Untersuchungsgegenstand des Einsetzungsbeschlusses zuzurechnen war.

Lfd-Nr./Beschluss	Akten-/Dateiname	VS-Einstufung	Pag. Zahl	Hinweis zum Inhalt
				Prüfergebnis
136/B4	136-B4Komplex-1994-S3-offen-s	VS-NfD	3	Brief Szczepanski an VS BB, 08.07.1994
				Offen Handschriftlicher Brief mit hohem Wiedererkennungswert, Persönlichkeitsrecht und Zeugenschutz, der Inhalt des Briefes kann maschinell geschrieben verwandt werden
138/B4	138-B4Komplex-1995-S58-62-offen-s	VS-NfD	58 ff.	Brief VS BB (Pfaff), 16.10.95
				Teilfreigabe mit Schwärzung
139/B4	139-B4Komplex-1995-S93-96-offen-s	VS-NfD	93 ff.	Brief VS BB (Pfaff), 28.10.95
				Teilfreigabe mit Schwärzung
140/B4	140-B4Komplex-1996-S190pag-offen-s	VS-NfD	190 (pdf 21)	Piatto-Brief 08.05.1996
				Teilfreigabe mit Schwärzung
141/B4	141-B4-1998-VS-NfD-S44-offen-s	VS-NfD	44	Vermerk über Kauf neuer Handy, 26.08.98
				Teilfreigabe mit Schwärzung
143/B4 (Piatto-Komplex)	143-B4-1998-VS-NfD-S37-offen-s	keine	37	Bericht zum Urlaub vom 15. & 16. August 1998
				Teilfreigabe mit Schwärzung

144/B4	144_B4-1998DBM-T2-Piatto-1696-1915-wwkps-VS-Nfd-S1722-1731_s	VS-NfD	1722 ff. (pdf 27 ff.)	DBM 19.08.98
				Teilfreigabe mit Schwärzung
145/B4 (Piatto-Komplex)	145_B4-1998_DBM-T2-Piatto-1696-1915-wwkps-VS-Nfd-S1751-1757_s	VS-NfD	1751 ff. (pdf 56)	DBM 09.09.98
				Teilfreigabe mit Schwärzung
146/B4 (Piatto-Komplex)	146_B4-1998_DBM-T2-Piatto_1696-1915-wwkps-VS-MNfd-S1758-1763_s	VS-NfD	1758 ff. (pdf 63)	DBM 16.09.98
				Teilfreigabe mit Schwärzung
147/B4 (Piatto-Komplex) 1996	147_B4-1998_DBM-T2-Piatto-1696-1915-wwkps-VS-Nfd-S1776-1783_s	VS-NfD	1776 ff. (pdf 81)	DBM 29.09.98
				Teilfreigabe mit Schwärzung
148/B4	148_B4-1998_DBM-T2-Piatto-1696-1915-wwkps-VS-Nfd-S1802-1808_s	VS-NfD	1802 ff. (pdf 107)	DBM 13.10.98
				Teilfreigabe mit Schwärzung
149/B41	149_B4-1998-VS-NfD-S63-offen-s	keine	63	D2-Rechnung 08.09.98
				Teilfreigabe Unternehmensrechnung, Koordinierung mit D2 erforderlich
150/B4	150_B4-1998_vs-NfD-S64-67-offen-s	keine	64-67	D2-Verbindungsübersicht
				Teilfreigabe Unternehmensrechnung, Koordinierung mit D2 erforderlich
151/B4	151_Nr.1_231-S-360007-0068-VSNfD_bwp_S.43497_s	VS-NfD	4349 7	„Vermerk“ vom 14.09.98
				Teilfreigabe mit Schwärzung
152/B44	152_B44_HandakteG geschwärzt_100-153_S109ff_s	VS-NfD	109 ff. (pdf 10)	Vermerk VS BB 17.09.98
				Teilfreigabe mit Schwärzung



Text der vorherigen Seite eines handschriftlichen Briefes (maschinelle Abschrift wegen hohem Wiedererkennungswert, Persönlichkeitsrecht und Zeugenschutz)

„Carsten Szczepanski
JVA – K.W.
Am Schloßplatz 4
15711 Königs Wusterhausen

KW, 08.07.94

Ministerium des Innern des
Landes Brandenburg
Abteilung V – Ref. 4
Henning von Tresckowstr. 9-13
14467 Potsdam

Betreff: Verfassungsschutzbericht 1993

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Zusendung des Verfassungsschutzbericht 1993. Besonders interessant fand ich Ihre Darstellung der ‚rechtsextremistischen Bestrebungen‘. Bedanken muß ich mich auch für die kostenlose Werbung die Sie meinem Skinheadmagazin ‚United Skins‘ haben zukommen lassen. Ferner haben Sie mit der Darstellung des Geburtstagskonzerts vom 19.06.93 mir bestätigt das die Feier ein Erfolg war. Allerdings verwahre ich mich gegen den Begriff ‚Neonazi‘ und ‚neonazistisches Magazin‘!

Leider ist es mir zur Zeit nicht möglich persönlich nach Potsdam zu kommen, aber sollten Sie vielleicht an einem Informationsaustausch interessiert sein, würde ich mich über eine schriftliche Reaktion Ihrerseits freuen, denn Ihr VS-Bericht scheint mir nur sehr unvollständig zu sein. Und vielleicht könnten Sie auch etwas für mich tun. Bis dahin verbleibe ich ...

... mit vielen Skinheadgrüßen

Carsten Szczepanski“

Ministerium des Innern
des Landes Brandenburg
Leiter der Abteilung V

Potsdam, den 16.10.1995
☎ 0331/8662500

TELEFAX

Eilt Sehr

bitte noch heute sofort vorlegen

An den

Leitenden Oberstaatsanwalt o.V.i.A.
beim Landgericht Frankfurt (Oder)

Frankfurt (Oder)

Carsten Szczepanski

Sehr geehrter Herr Leitender Oberstaatsanwalt,

Sz. hat nach seiner Inhaftierung Kontakt zur Abteilung V des MI aufgenommen um dort zu erfahren, ob und ggf. welche Daten über ihn gespeichert sind. Bei dieser Gelegenheit hat er um ein Gespräch gebeten.

In mehreren bisher mit ihm geführten Gesprächen hat er durch seine Auskünfte, darzustellen versucht, welche Anbindungen er an die *Rechte Szene* hatte.

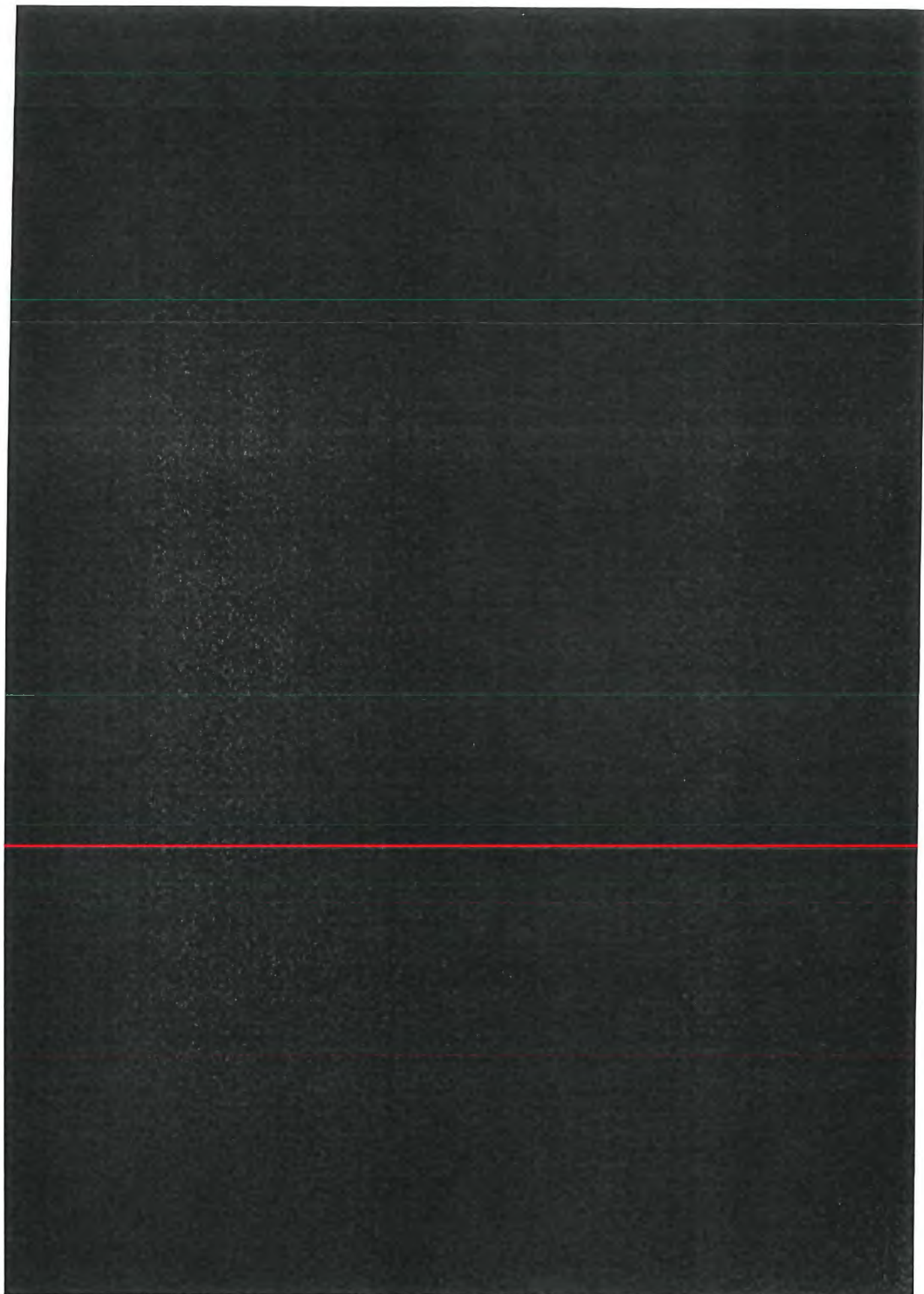
Seine Glaubwürdigkeit wird zur Zeit noch durch weitere Gespräche mit ihm überprüft.

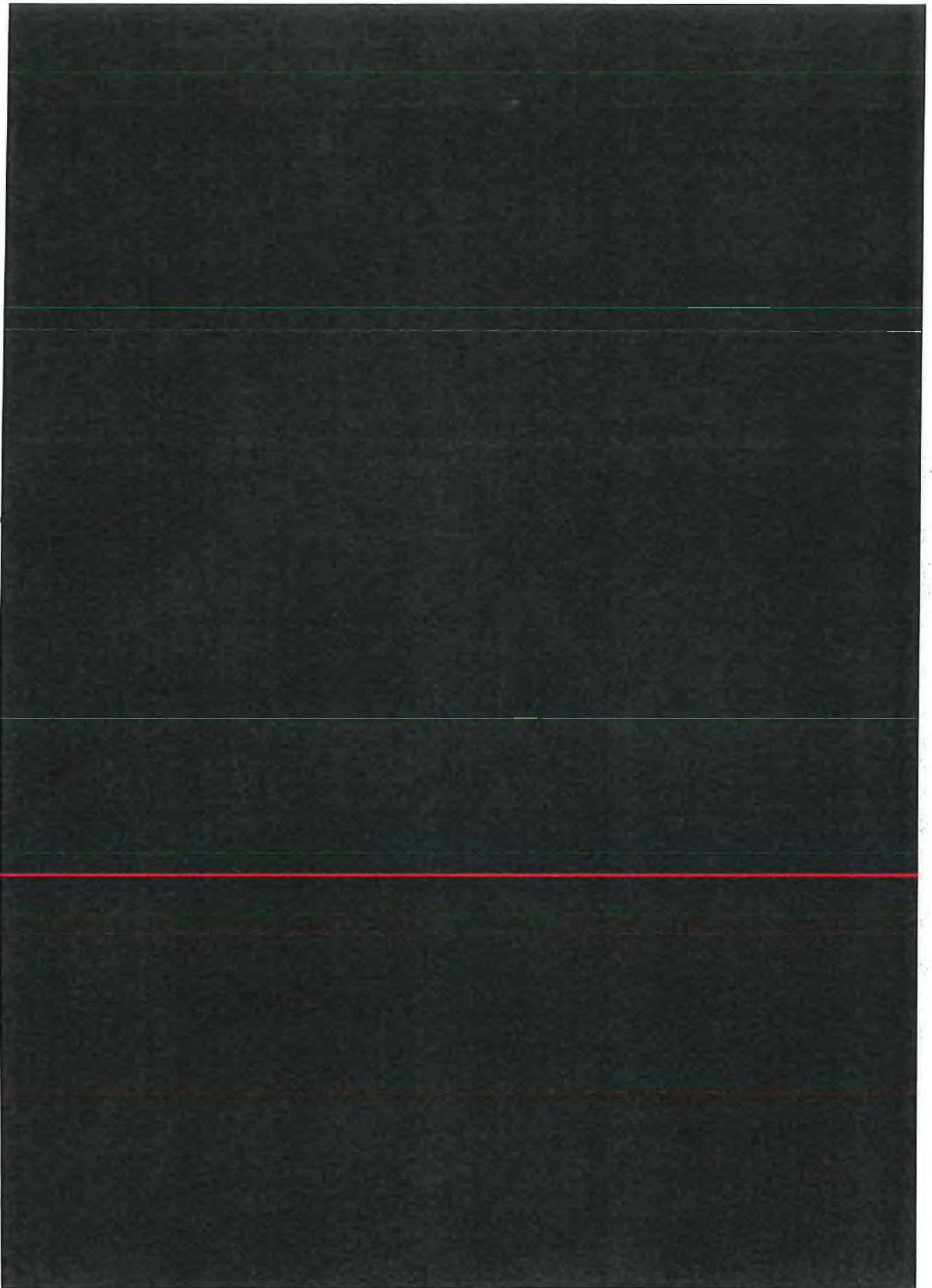
Frau Staatsanwältin Marx hat ohne unsere Zustimmung den Vorsitzenden der Großen Strafkammer in Frankfurt (Oder) hierüber unterrichtet. Eine Ermächtigung unsererseits dazu war nicht erklärt worden.

Ich widersetze mich mit Nachdruck einer öffentlichen Erörterung dieses Sachverhaltes in der Hauptverhandlung. Die Offenbarung der von seiten Sz's bestehenden Kontakte zu Verfassungsschutzbehörden führt zu aktueller Lebensgefährdung über Jahrzehnte, und zwar jetzt, während des Verweils in der Haftanstalt, als auch im Falle einer späteren Entlassung. Zu seinem Schutz werden - und das belegen vielerlei Erfahrungen - Aufwendungen in Höhe mehrerer Millionen DM entstehen. Hierfür mache ich die Justizbehörden haftbar.

Mit freundlichen Grüßen

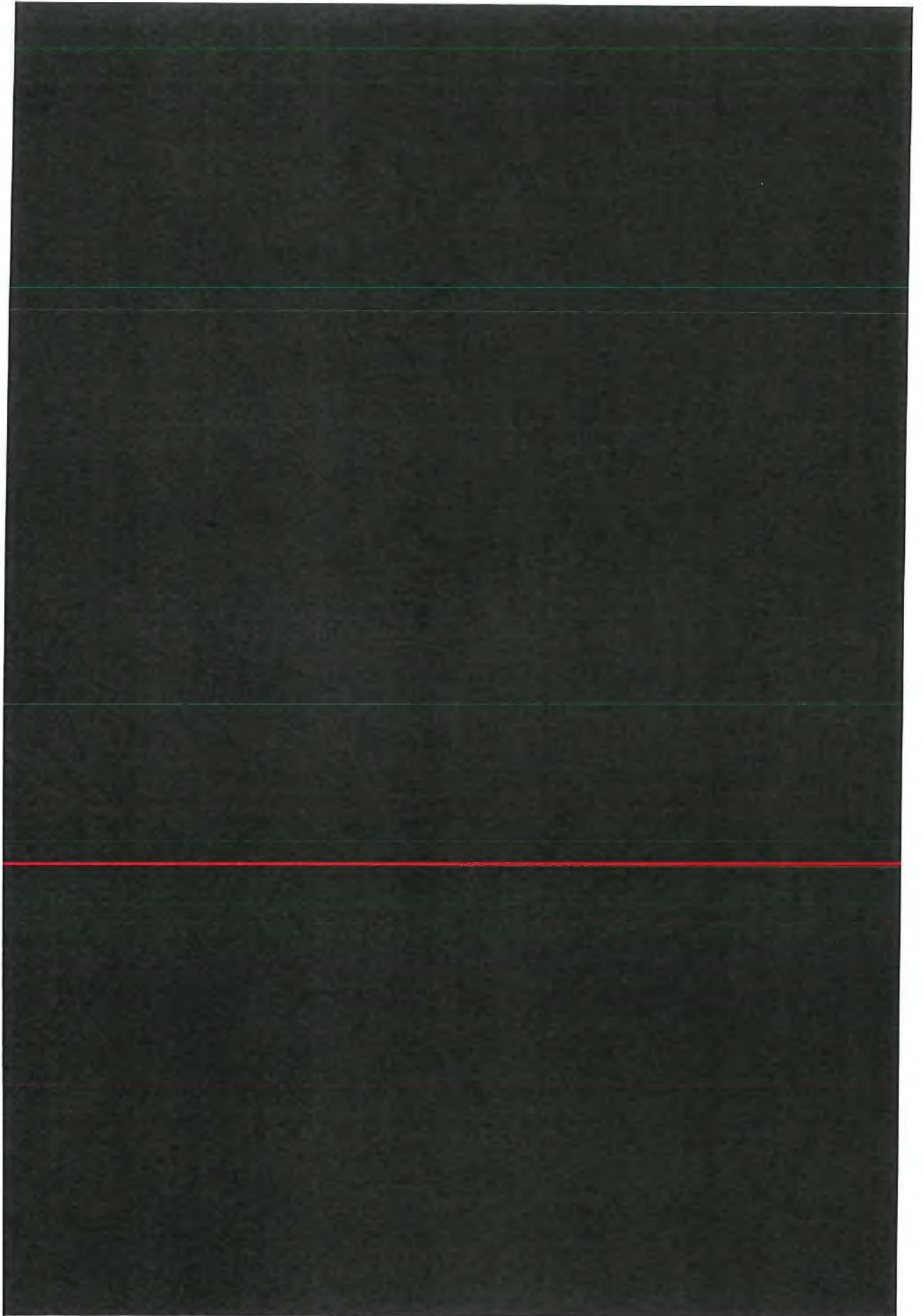
Wolfgang Pfaff

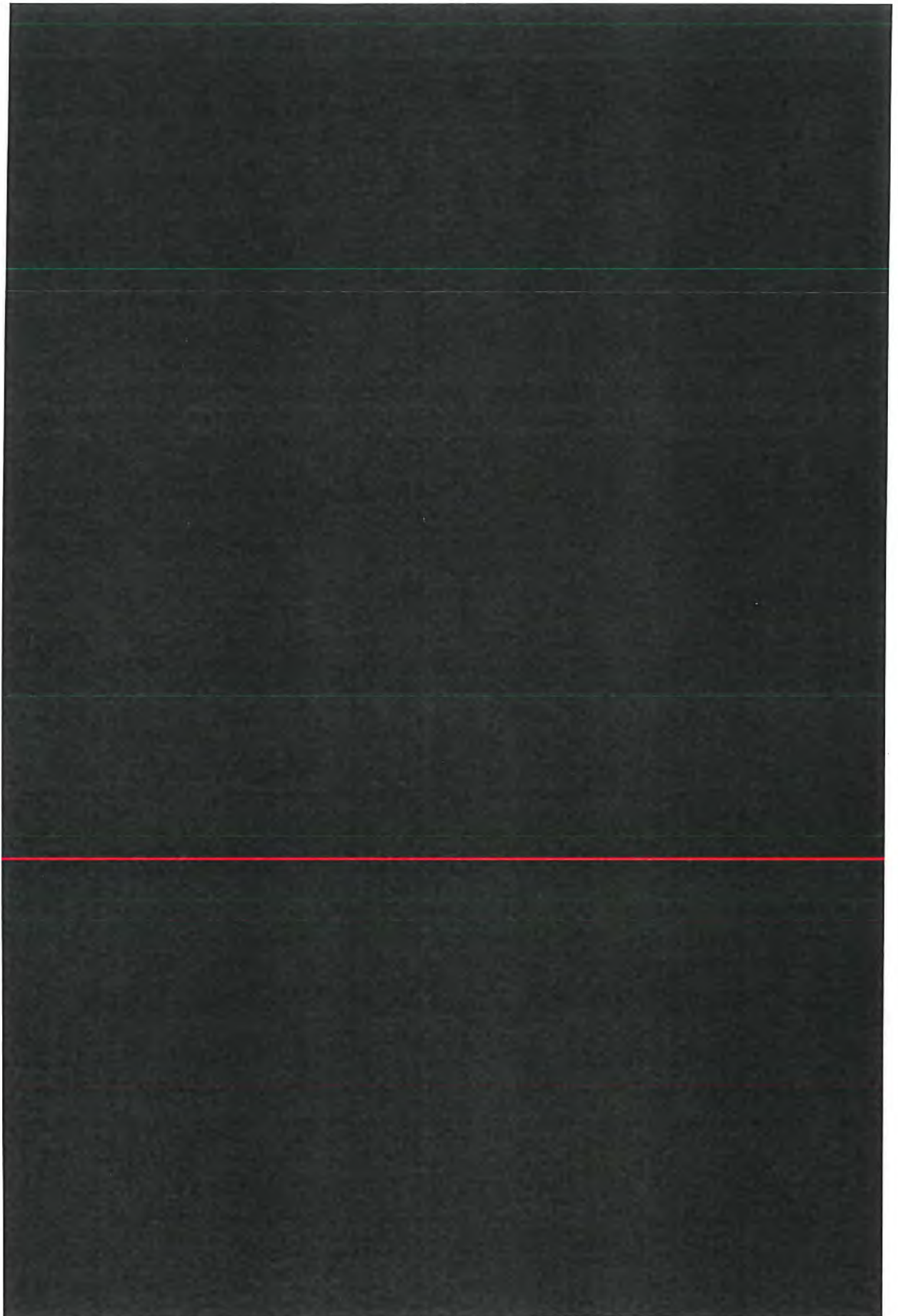




138 515







Ministerium des Innern
des Landes Brandenburg
Leiter der Abteilung V

Potsdam, den 26.10.1995
☎ 0331/8662500

An das
Ministerium der Justiz und
für Bundes- und Europaangelegenheiten
des Landes Brandenburg
z.Hd. Herrn Ministerialdirigenten Dr. Lemke

Potsdam

Strafverfahren gegen Silvio J. [REDACTED]
hier: Zeugenvernehmung des Carsten Szczepanski

Sehr geehrter Herr Dr. Lemke,

unter Bezugnahme auf mein Schreiben vom 18.10.1995 möchte ich im Hinblick auf den morgen stattfindenden Termin zur Hauptverhandlung noch einmal auf folgendes hinweisen:

Sollte durch eine der morgen zu erwartenden Zeugenaussagen eine Verbindung des Zeugen Szczepanski zu Sicherheitsbehörden, insbesondere zum Ministerium des Innern des Landes Brandenburg erkennbar werden, wird die in meinem Schreiben vom 18.10. d.J. dargestellte Gefährdung des Sz. sofort eintreten.

Das heißt, daß in diesem Fall seine „ungeschützte“ Zurückverlegung in die Justizvollzugsanstalt Brandenburg oder eine andere Justizvollzugsanstalt, in der ihm kein vollständiger Schutz gegen Angriffe gewährleistet werden kann, nicht mehr möglich ist.

Ich wäre dankbar, wenn wirksame Vorbereitungsmaßnahmen getroffen werden könnten.

Pfaff

140 111

Brandenburg den 08.05.1996
(25. Monat)

Carsten Szczepanski

Anton - Saefkow - Allee 22 / 3
14772 Brandenburg / Havel

Hallo Dieter !

Um es gleich vorweg zu nehmen, die allgemeine Situation ist wieder ruhig und es gab keinen Ärger wegen den Fotos ! Aber zu allem Überfluß hat mir irgendjemand aus Seattle (USA) am gestrigen Tage Hakenkreuzaufkleber zugeschickt. Das Theater kannst Du Dir ja ganz bestimmt vorstellen, das auch noch ein 5-Dollarschein gefunden worden ist erwähne ich mal lieber erst gar nicht. Kannst Du nicht wegen meiner Briefpost irgendetwas unternehmen ? Wenn der Sch[REDACTED] jeden dickeren Umschlag gleich wieder an den Absender zurückschickt dann geben wir unser Geld für nichts und wieder nichts aus !

Hast Du Dir etwas für den weiteren Werdegang ausgedacht ? Ich habe mich noch mal erkundigt und zur Zeit wäre es mir ohne Probleme möglich gewisse Dinge kopieren zu lassen. Entscheide Du nun ob Du das finanzieren kannst. Mir ist daß egal da es für mich kein Problem darstellt.

Für das Paket bedanke ich mich !! Ich habe es gestern ohne Probleme erhalten !

Den nächsten Sprecher habe ich für den 21.05. beantragt. Es wäre mir aber sehr dienlich wenn Du vorher noch einmal kommen könntest.

Ans Postfach muß in Kürze ein Päckchen mit Aufkleber ankommen !

Soviel erstmal für heute. Danke bitte an die Absendung der Übersetzung, des besagten Briefes und des Heftes. DANKE.

Mit den besten Grüßen & 88



" What ever it takes ! "

[REDACTED]

Ministerium des Innern

26.08.1998

Vermerk

Fall „PIATTO“

[REDACTED]

Die Quelle im Fall „PIATTO“ wurde am 25.08.1998, um 15.00 Uhr, an ihrer Arbeitsstelle in Brandenburg an der Havel abgeholt und [REDACTED] aufgenommen.

Wie [REDACTED] abgesprochen, wurden in dem D2-Shop [REDACTED] in Potsdam zwei Mobiltelefone auf den Arbeitsnamen des Uz käuflich erworben.

[REDACTED]

[REDACTED]

Nach Beendigung des Treffs gegen 20.00 Uhr setzte Uz die Quelle ~~wurde~~ vor der JVA Brandenburg ab.

[REDACTED]

143 111

Bericht zum Urlaub vom 15. & 16. August 1998

15. August, Chemnitz & Limbach/Oberfrohna:

- Das Blood & Honour eigene CD-Label Movement Records produziert weiterhin qualitativ gute Tonträger diverser internationaler „RAC“ & „WP“. Praktisch die gesamte britische Szene steht mittlerweile bei Jan Werner unter Vertrag, das baldige -auch offizielle- Ende des „ISD“-Label dürfte von daher bald zu erwarten sein.
- Da Jan Werner keinen Gewerbeschein hat, laufen die gesamten Rechnungen über die Tonträgerproduktionen über Michael und Antje P. und den Sonnentanz Laden, bzw. das Foier Frei Label.
- Zur Zeit nutzt Jan Werner ein Preßwerk in dem slowakischen Ort Ban. Bystrica zur Herstellung seiner CDs und Publikationen. Das angekündigte unabhängige Magazin der B&H Sachsen Sektion soll in der kommenden Woche ausgeliefert werden.
- Die drei sächsischen Skins (zwei Männer und eine junge Frau), die sich wegen verschiedener Delikte und Strallaten auf der Flucht befinden (siehe u.a. „Kripo Live“), wollen in den kommenden drei Wochen das Staatsgebiet der Bundesrepublik verlassen und nach Südafrika fliegen um dort neue Identitäten zu erlangen. Die drei Personen reisen mit gültigen Reisepässen anderer, nicht gesuchter, Personen.
- Die angespannte Situation zwischen den einzelnen B&H Sektionen hält nach wie vor an. Besonders tief ist die Abneigung zwischen B&H Franken (P.), Sänger der „Hate Society“) und B&H Sachsen (v.a. Jan Werner).
- Die Belziger Band „Elite 88“ soll angeblich ein privates Demoband aufgenommen haben.
- K. M., Inhaber des Gr. und Laden in Brandenburg-Stadt hat für ca. 2.500,- DM neuerliches rechtes bis rechtsextremes Material in Sachsen gekauft und bar bezahlt. Es handelt sich dabei vorrangig um bedruckte T-Shirts, Tonträger und einige Kleinartikel. M. plant auch eine Einkaufsfahrt nach Dresden und die Tschechische Republik. Auch mit dem Betreiber des Berliner Laden „Halloween“ betreibt M. seine Tausch- und Handelsgeschäfte. M. bekundet nach wie vor sein Interesse an die NPD und versucht seine Kontakt weiter auszubauen. „Fachlich beraten“ wird M. dabei von seiner 16jährigen Tochter.
- Für den Monat September sind unzählige größere und kleinere RAC/WP Konzerte geplant, was im direkten Zusammenhang mit dem Todestag von S. D. Genauere Planungen und / oder alle Daten und Orte auszumachen, ist dabei wohl gänzlich ausgeschlossen. Die Konzerte erstrecken sich über ganz Europa.
- Das wohl beliebteste bundesdeutsche Skinheadmagazin, das Foier Frei Zine, wird in der nächsten Zeit erst einmal nicht mehr erscheinen. Mangelnde Zeit und Finanzen des Herausgebers werden das Magazin auf noch unbestimmte Zeit ruhen lassen.

16. August, Olympiastadion Berlin:

- Eine Handvoll Sympathisanten der Deutschen Volks Union (DVU) verteilen vor dem Berliner Olympiastadion Faltblätter mit den in der „rechten Szene“ üblichen Parolen und Schlagworten. Die Flugblätter werden vom überwiegend jungen Fananhang gerne angenommen und noch im Stadion herumgetragen. Die Sympathisanten der DVU wirken äußerlich schäbig bis asozial. Es ist wohl auszuschließen, daß diese Personengruppe erfolgreich Wählerstimmen einfangen kann.
- Rechtslastige Anhänger des ehemaligen DDR-Serienmeister BFC Dynamo provozieren in einem der Fanblöcke leichte Auseinandersetzungen mit der Einsatzpolizei. Nach wenigen Minuten wird die Situation von der Polizei wieder beruhigt.
- Die mit den KWer Aktivisten befreundeten Zossener Skins & Hools haben eigens einen eigenen „Fanelub“ gegründet um die Heimspiele von Hertha BSC im Fanblock besuchen zu können. Der sogenannte Fanelub nennt sich „Zossener Jungens“, für den ein S. K., Zossen beim Verein als Kontaktperson gemeldet ist.
- Die „rechten“ Hools aus Frankfurt/Oder die beim Freundschaftsspiel in Babelsberg mit einem SS-Totenkopf Banner in Erscheinung traten heißen offiziell „Frankfordia Korps“ und sind beim Verein H.BSC angemeldet.

16. August, Königs Wusterhausen & Berlin:

- Ungefähr 40 bis 45 Mitglieder und nahestehende Sympathisanten der Berliner Blood & Honour - Sektion organisieren einen Spontaneinsatz zum Gedenken an Rudolf Hess. Dieser Mini - Aufmarsch sollte am Rande Ostberlins stattfinden und nur wenige Minuten dauern. Noch bevor die Polizei auftaucht wollte man bereits die Aktion beendet haben. Aus Königs Wusterhausen nahmen Mitglieder der Kameradschaft United Skins K.W. an dieser Aktion teil. Laut letzter, telefonischer Meldung durch M. H. ist nichts „Schlimmes“ passiert und alle Anwesenden kamen gut wieder nach Hause. Ein Bericht über die Aktion, die beim Besuch der KWer im B&H Clubhaus geplant wurde, wird von M.H. in den nächsten Tagen angefertigt.
 - Die Gubener Skinheadszene wünscht für die 35. Woche eine gemeinsame Wochendplanung mit den Personen aus K.W. Laut Ralf L. soll versucht werden, den Nachwuchs beider Städte durch Briefwechsel und gegenseitige Besuche etwas aneinander zu binden. Bedeutende Ereignisse sind aus dem Umfeld von B. und Sch. ansonsten nicht zu vermelden.
 - Die KWer Kameradschaft plant für den 29. August eine Fahrt nach Dresden. Am 22. unternimmt die KS eine gemeinsame Fahrt zu einen Germanischen Essen (ohne politischen Background).
 - Durch Rücksprache mit P. erfüllt Ralf L., daß die Kameradschaft Treptow nicht an der Spontandemo teilnehmen würde, da dies nur ein Verheizen von Kameraden wäre.
 - Die am Mittwoch dem 12. August auf dem KS-Abend in KW geplanten Aktionen zum Rudolf-Hess-Todestag sollten in der Nacht zum 17. August gegen 22.00 Uhr beginnen. Als erster allgemeiner Treffpunkt galt die Wohnung von Ralf L.
-

144 1110

29214

5

Ministerium des Innern

19.08.1998

DECKBLATT

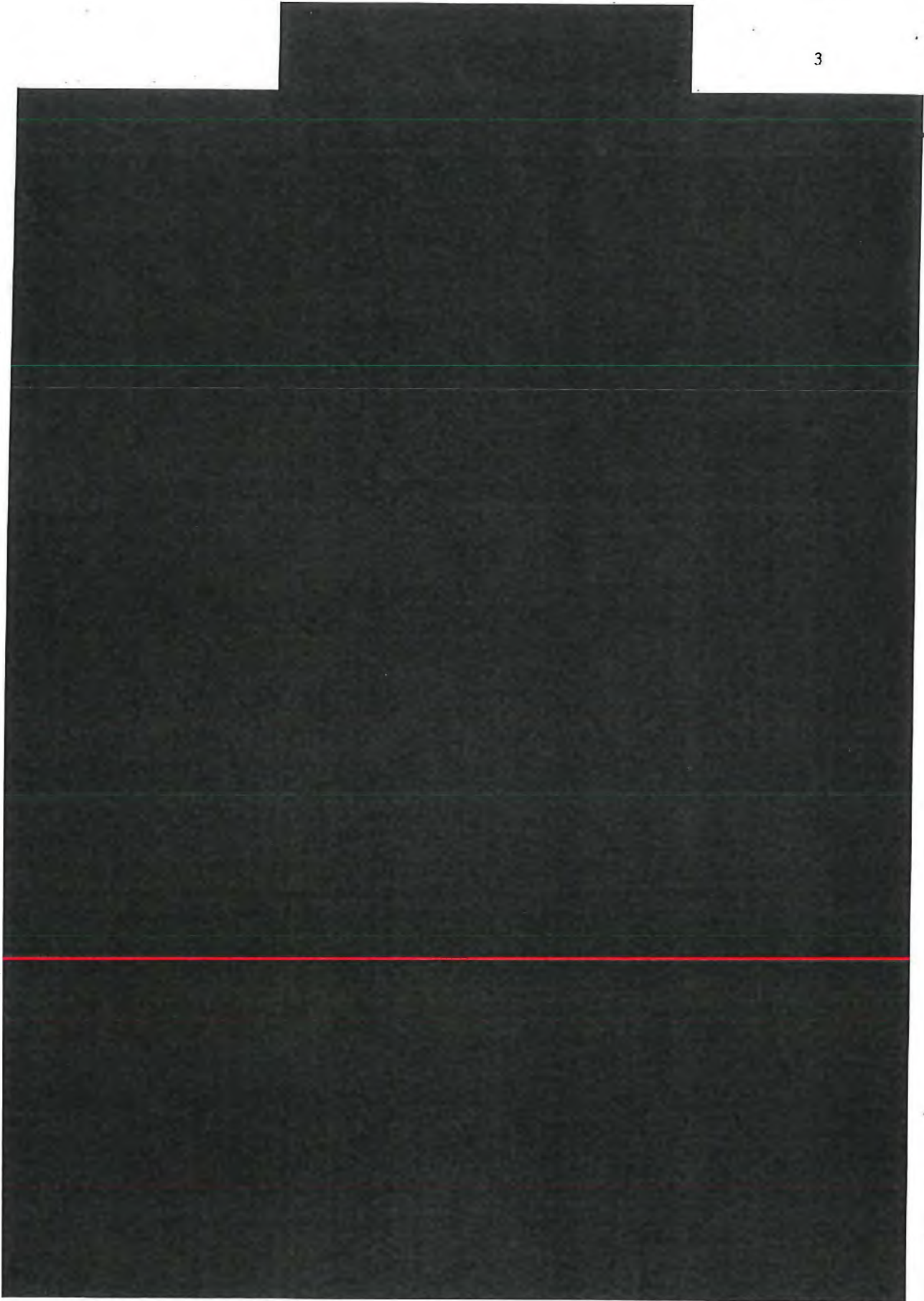
Quelle: 370 004

MEYER-PLATH

144 2/10

2



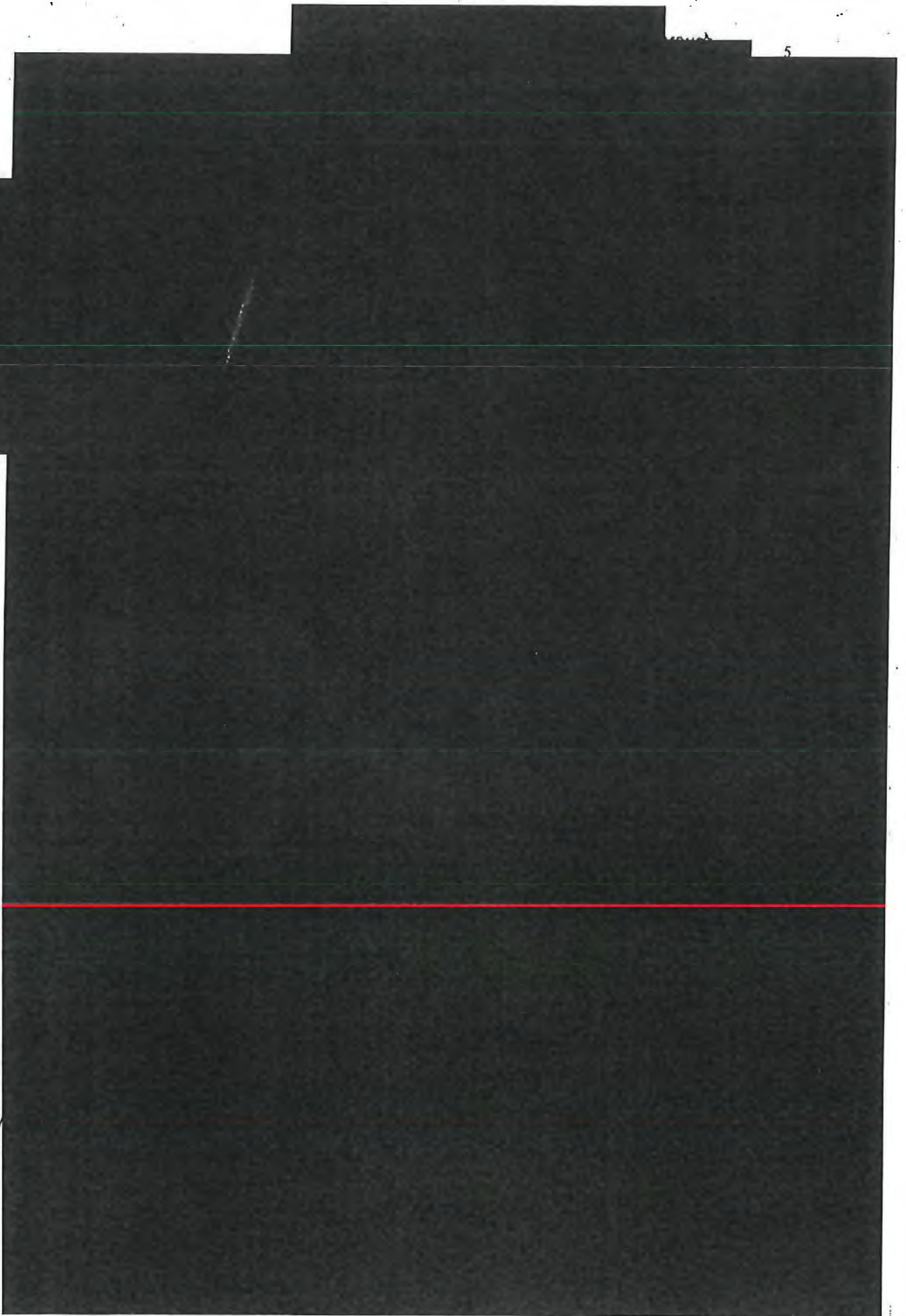


144 4110

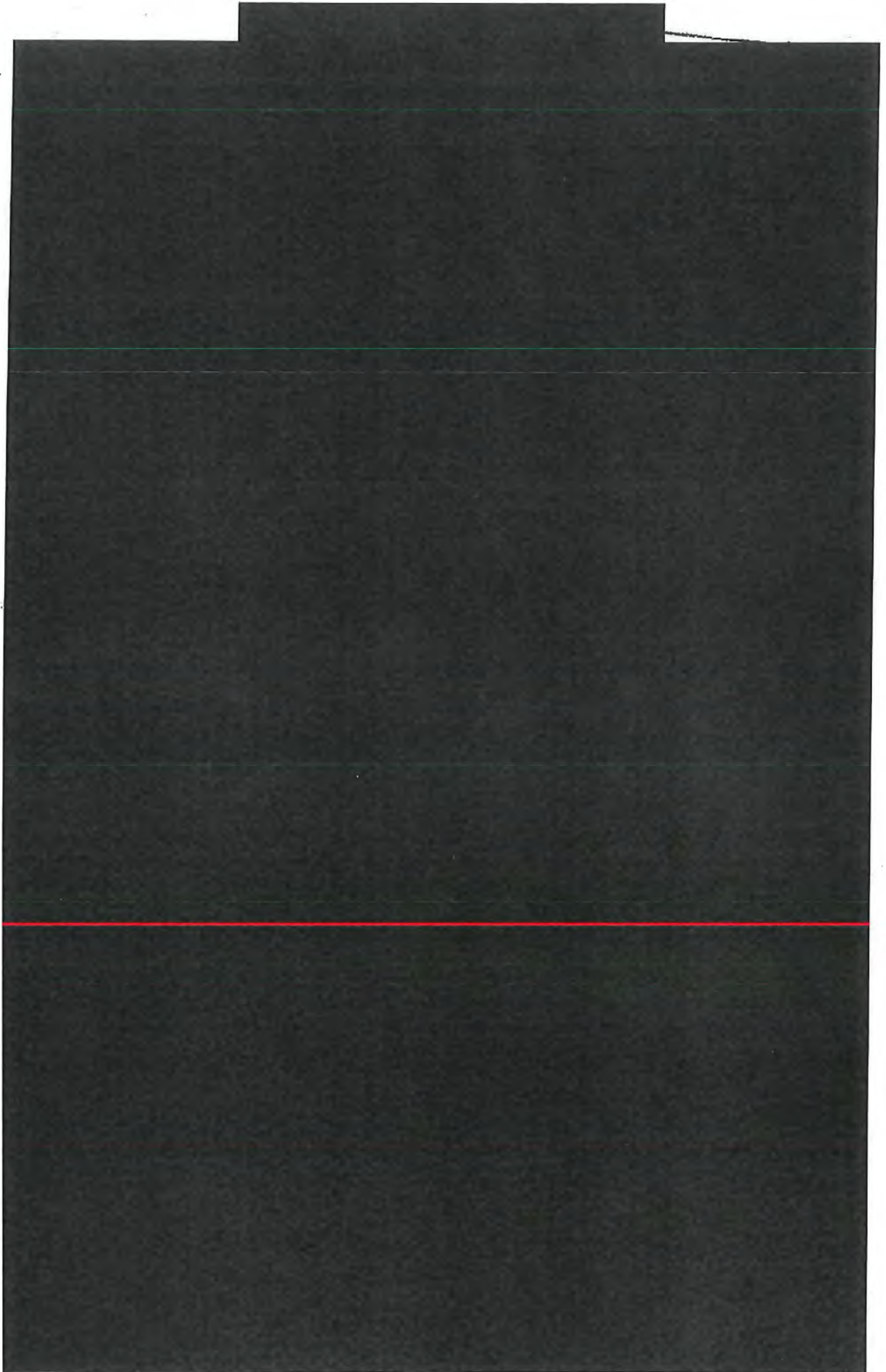
4

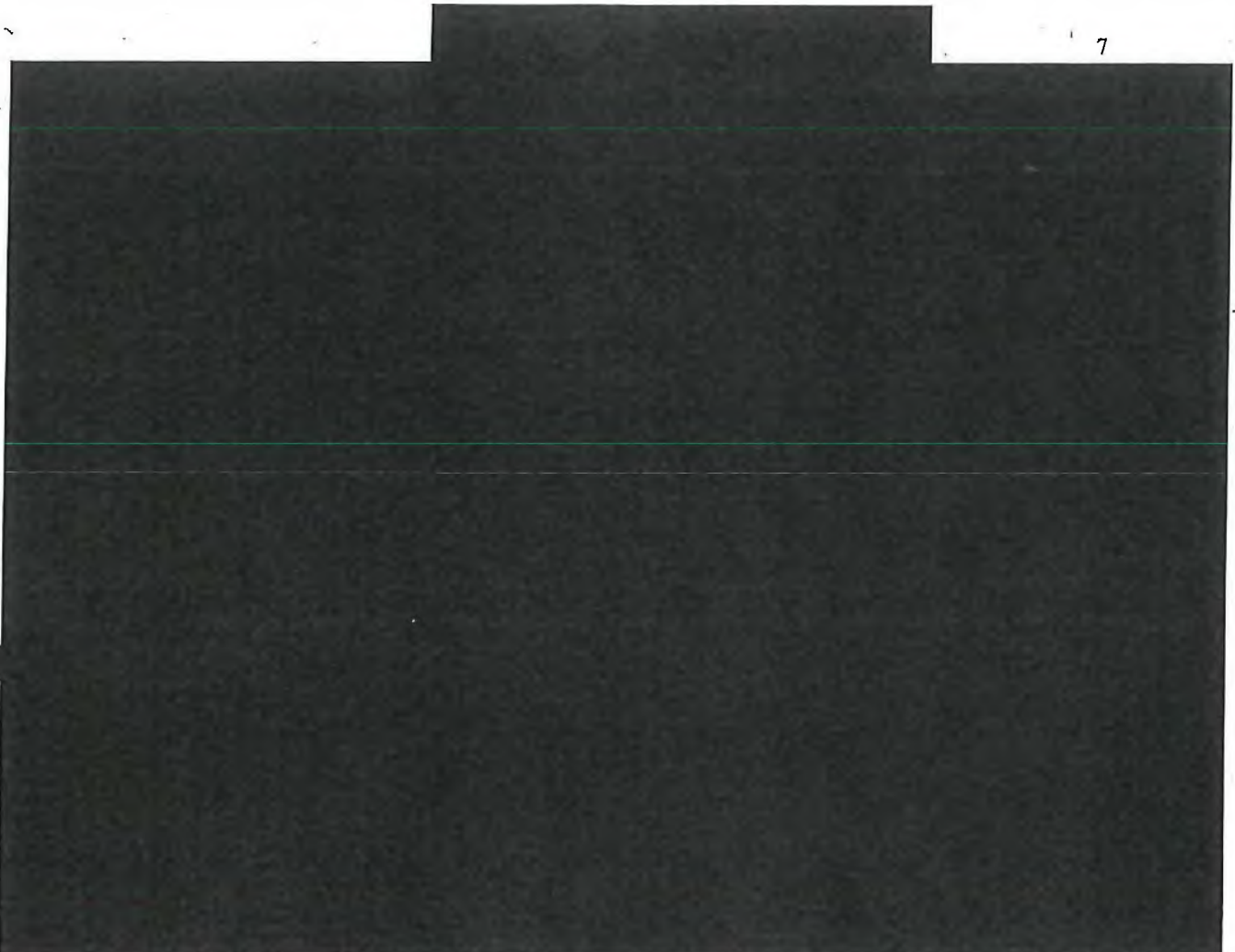


144 5110




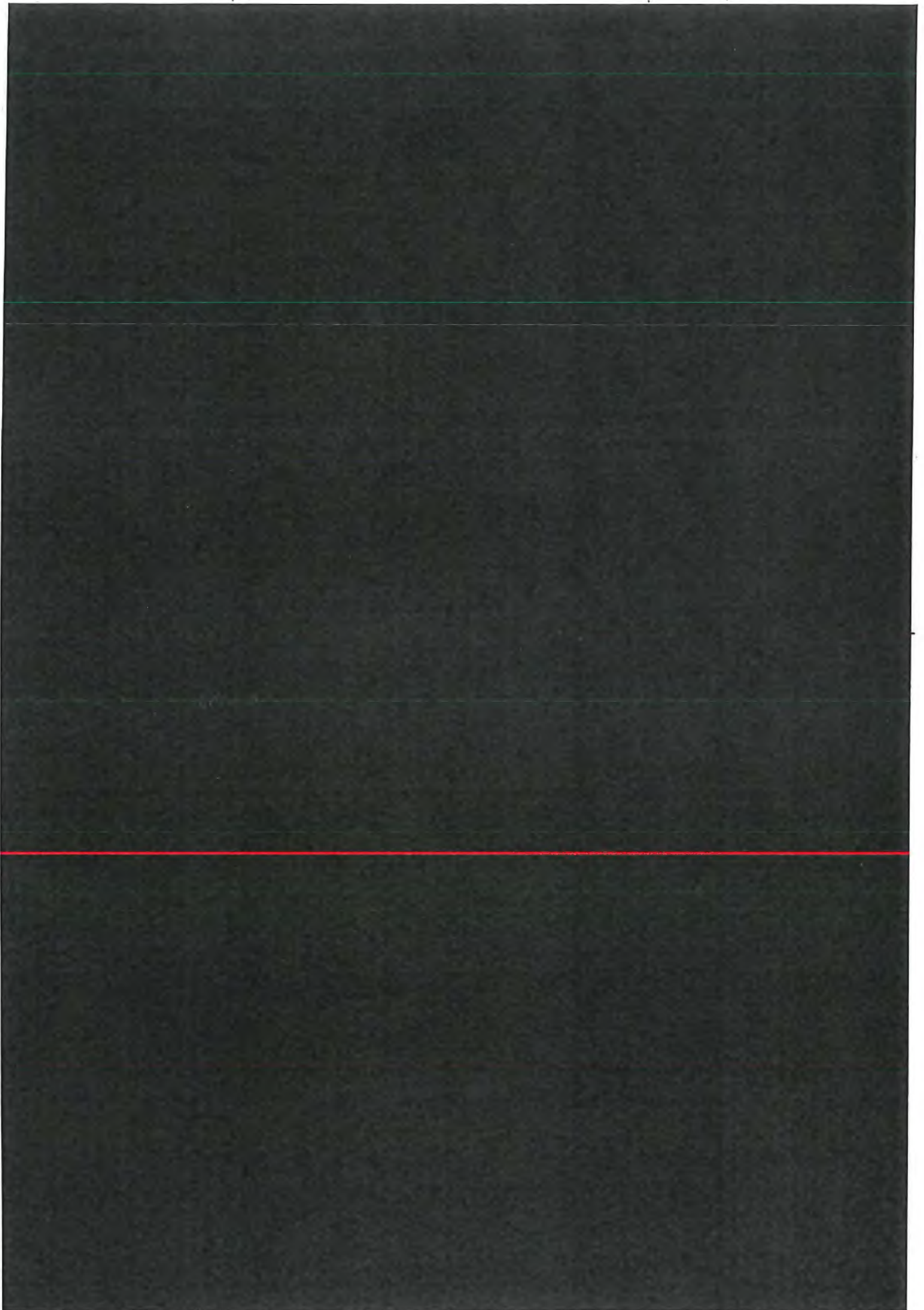
144 6110



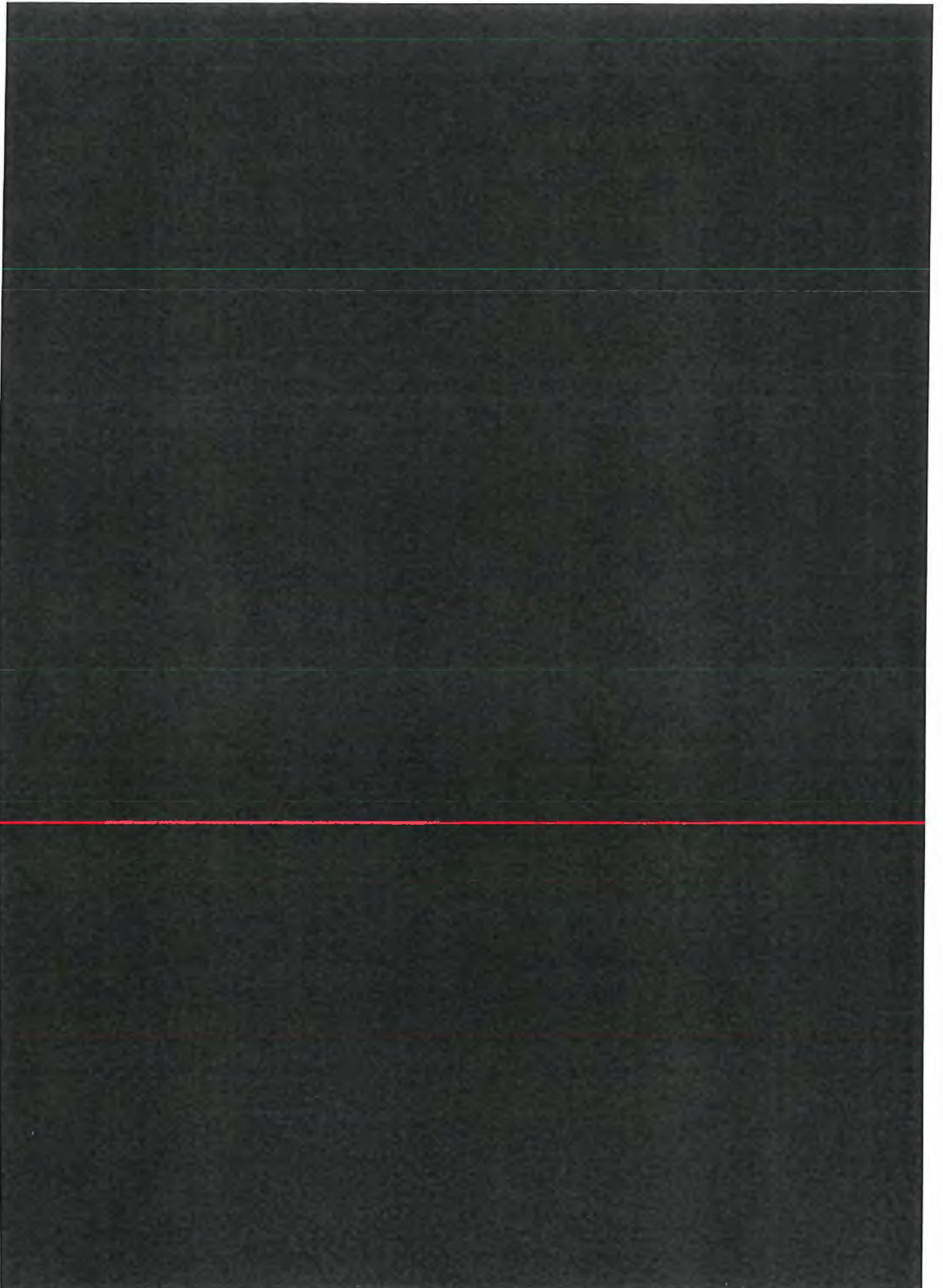


Laut Antje P [REDACTED] sind drei sächsische Skinheads (zwei Männer und eine Frau) zur Zeit wegen verschiedener Straftaten auf der Flucht vor der Polizei. Dieser Fall sei medienbekannt. Die drei, von denen einer anonym Artikel für die Publikation „White Supremacy“ geschrieben habe, wollen sich angeblich innerhalb der nächsten drei Wochen mit „geliehenen Pässen“ nach Südafrika absetzen und dort in neue Identitäten schlüpfen.

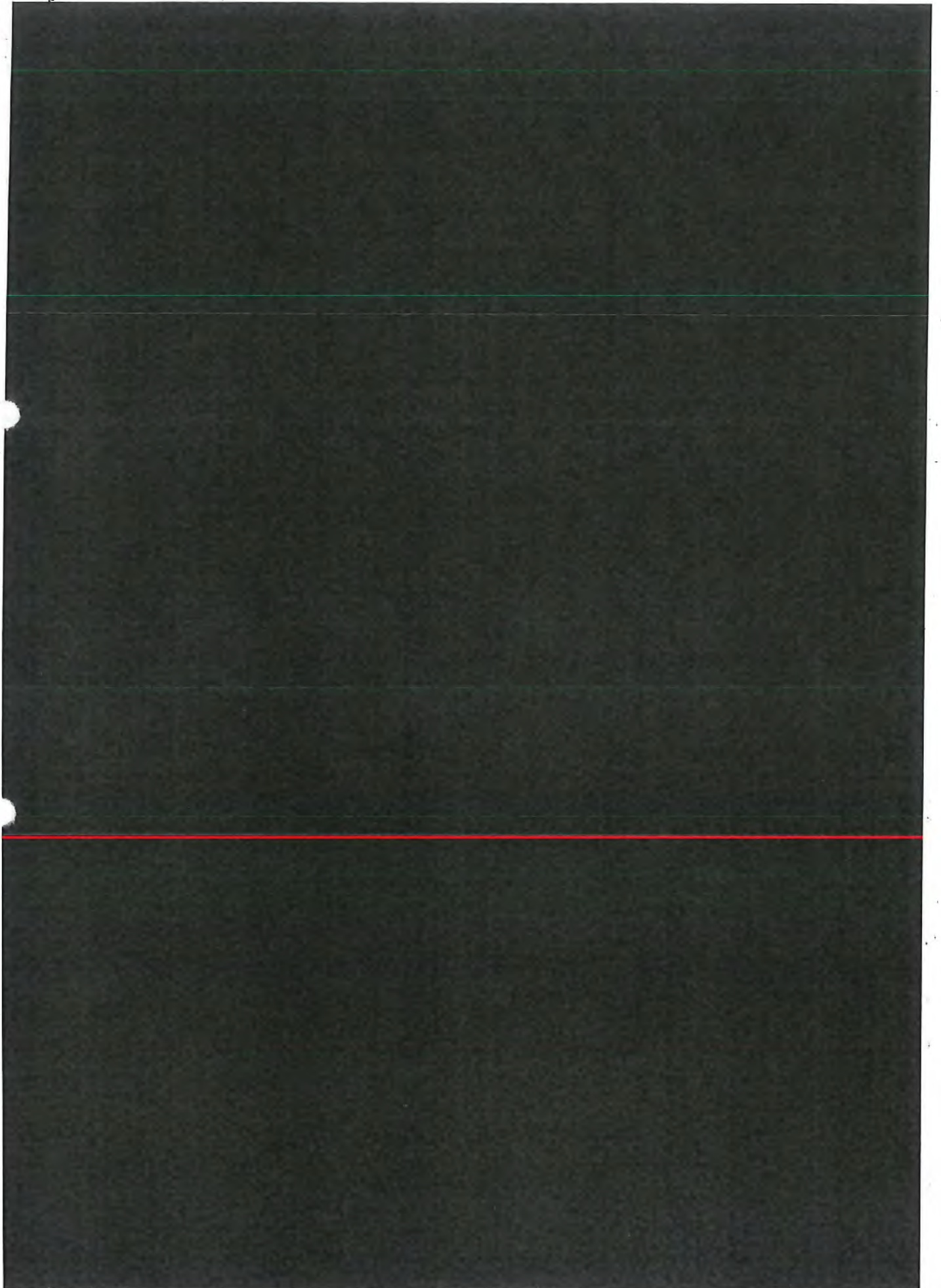




144 9110



144 10110



145 117

30 423

Ministerium des Innern

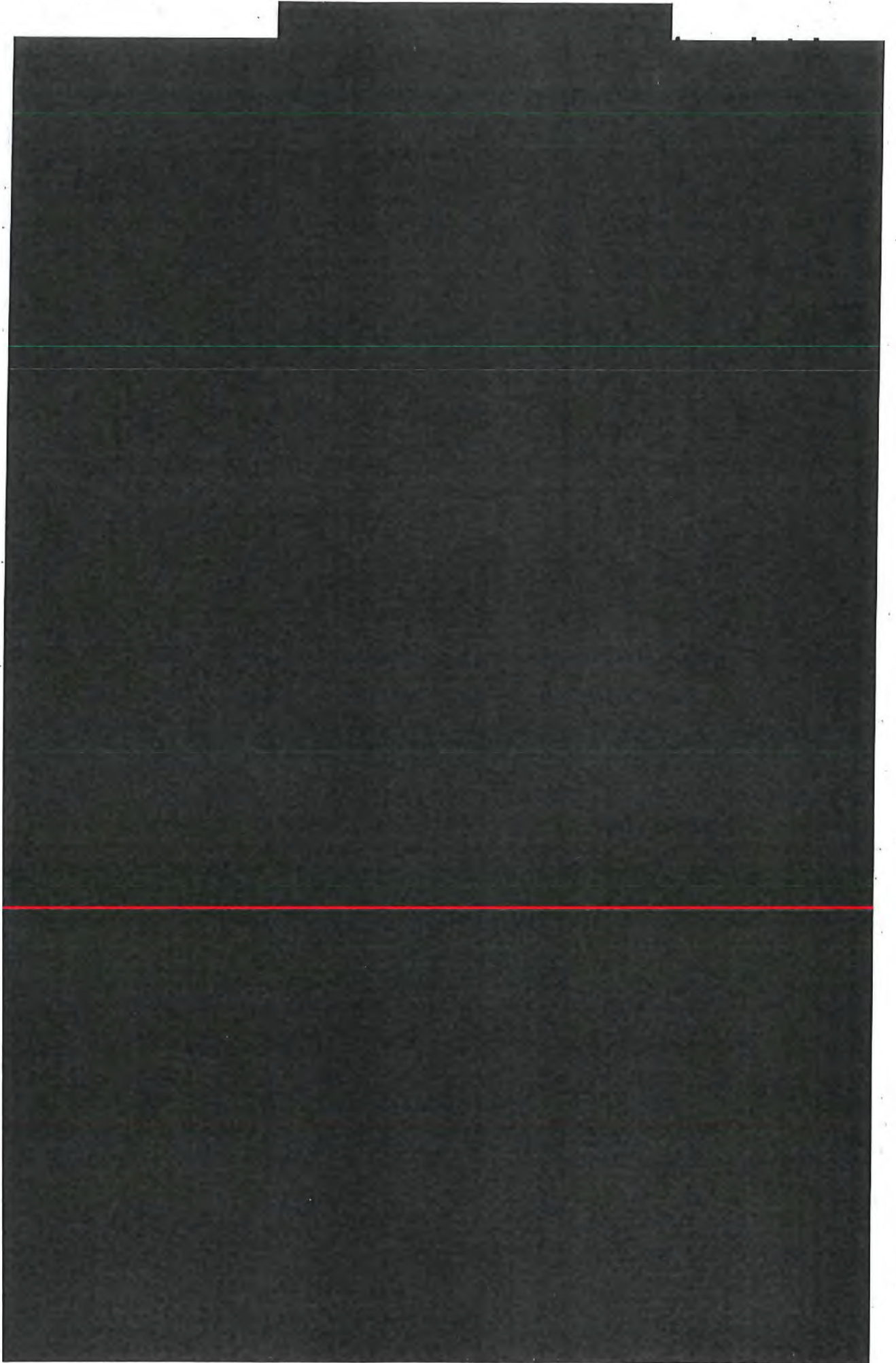
09.09.1998

DECKBLATT

Quelle: 370 004

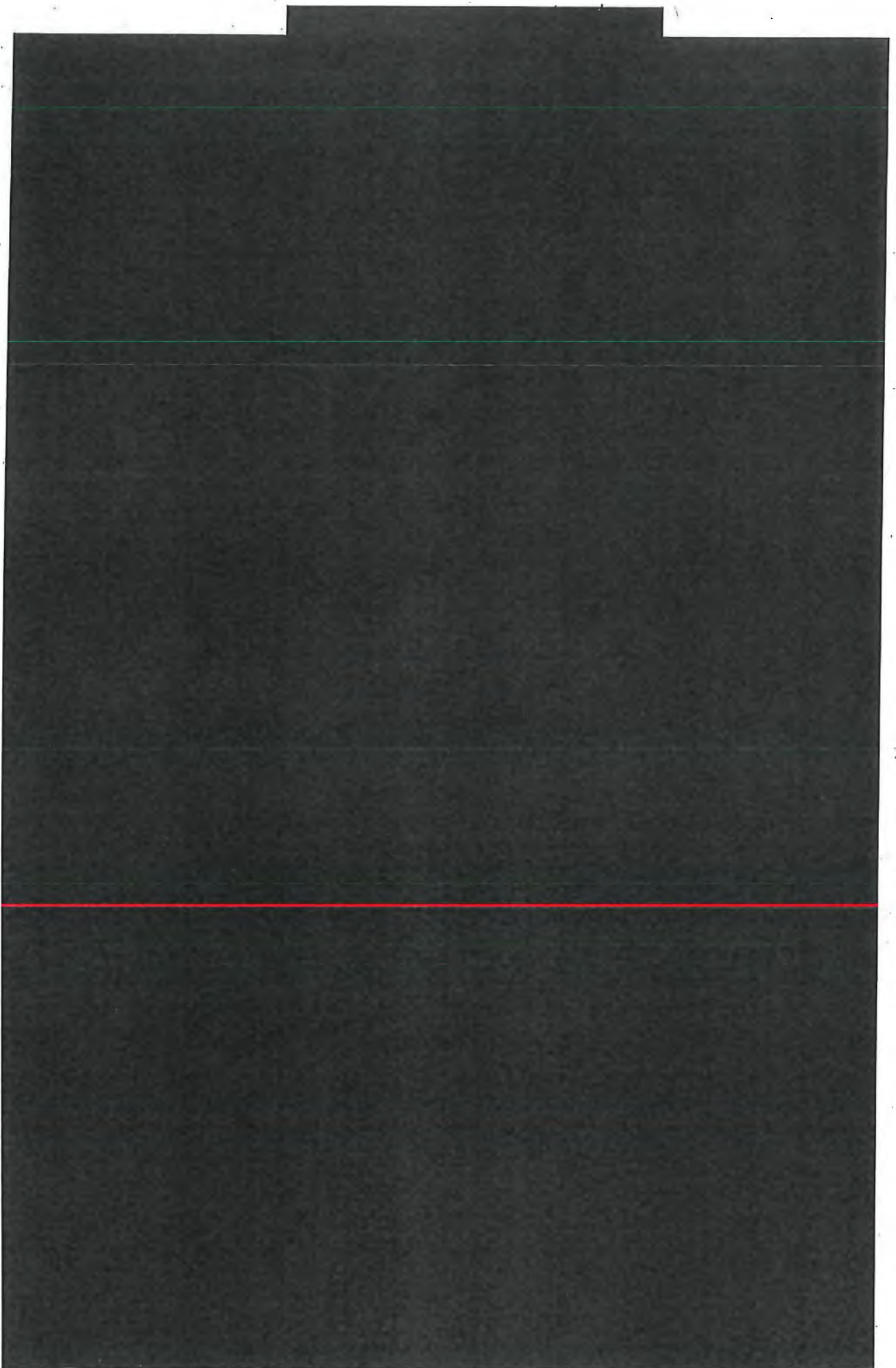
145

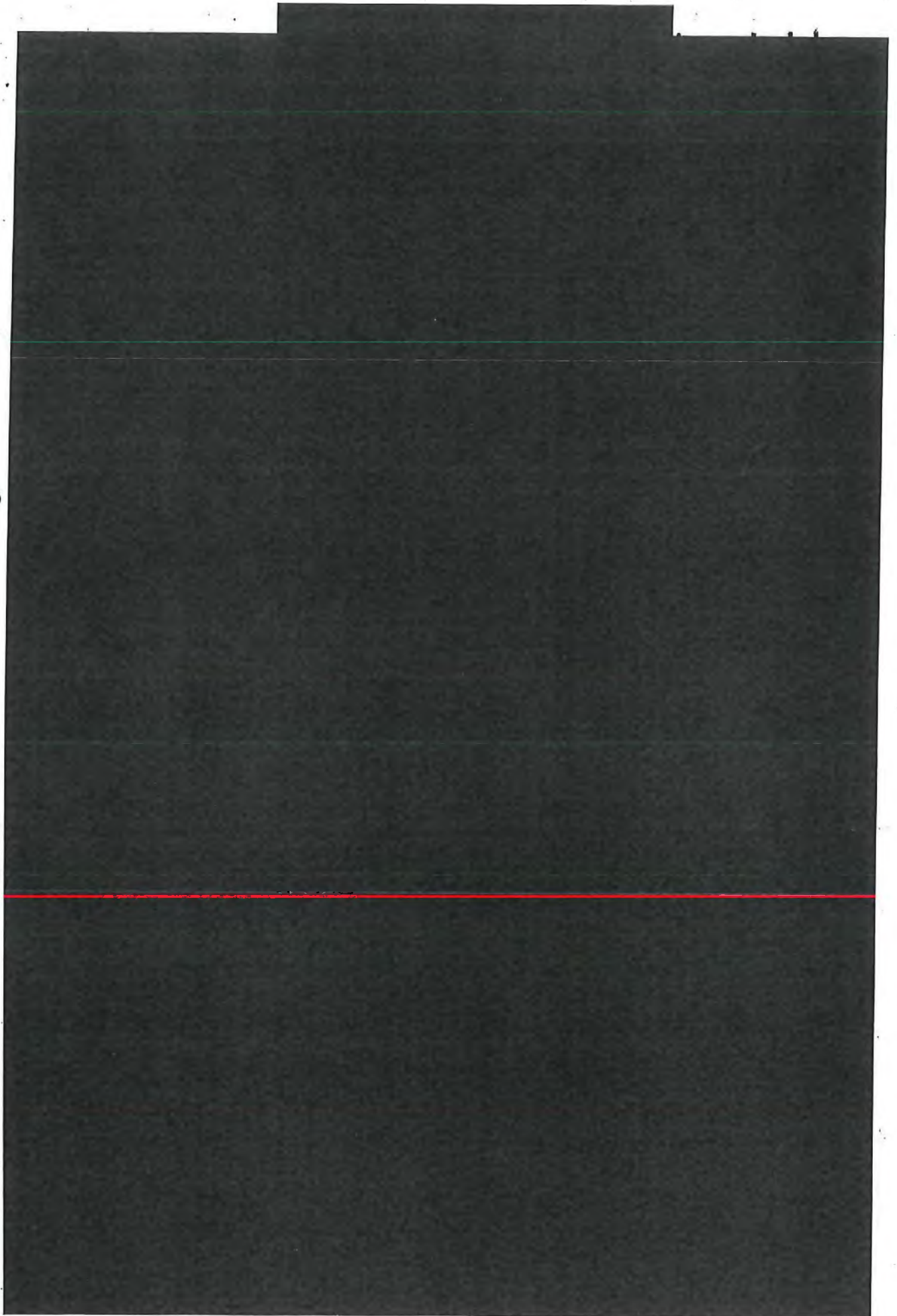
217

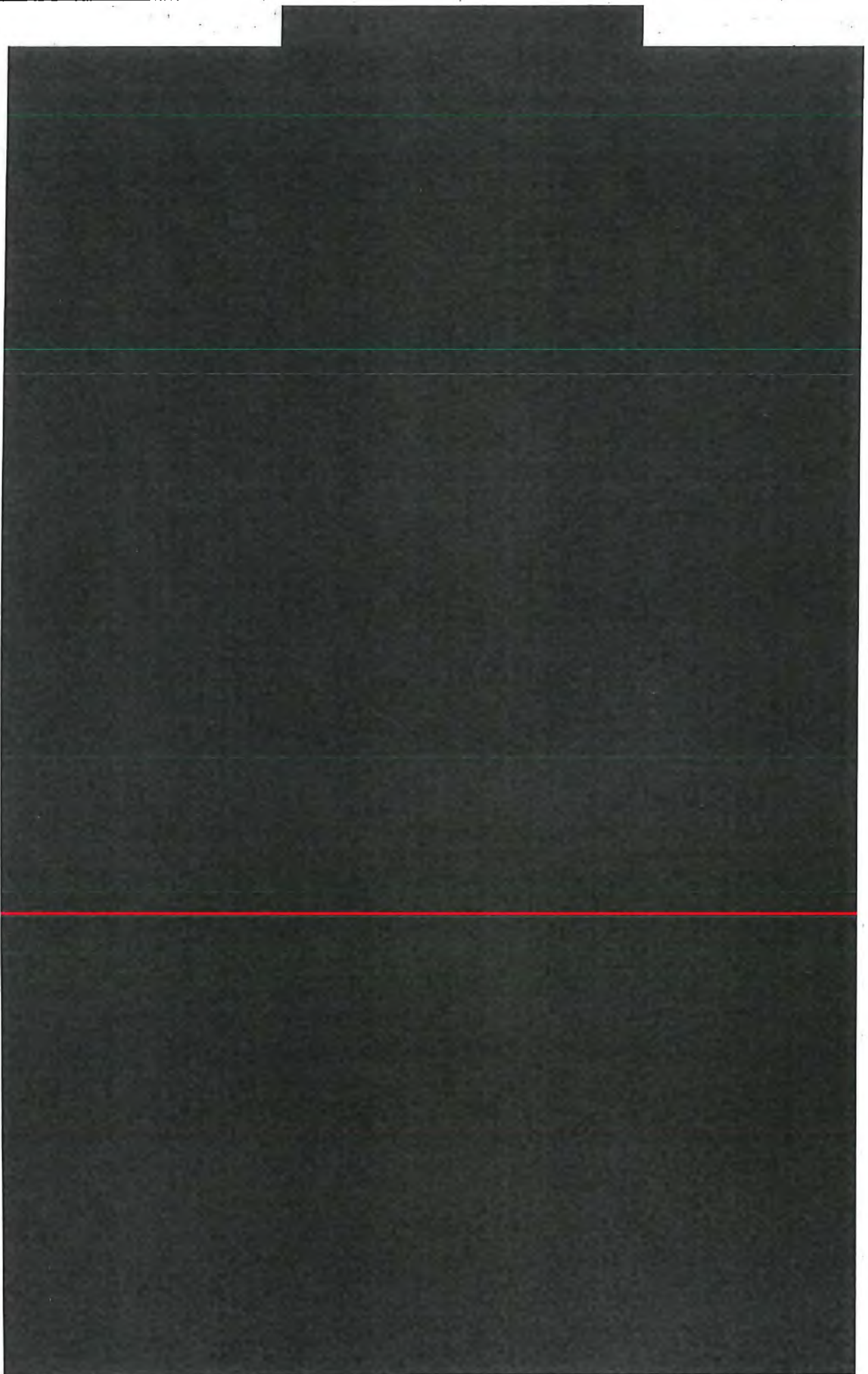


145

317







[REDACTED]

[REDACTED]

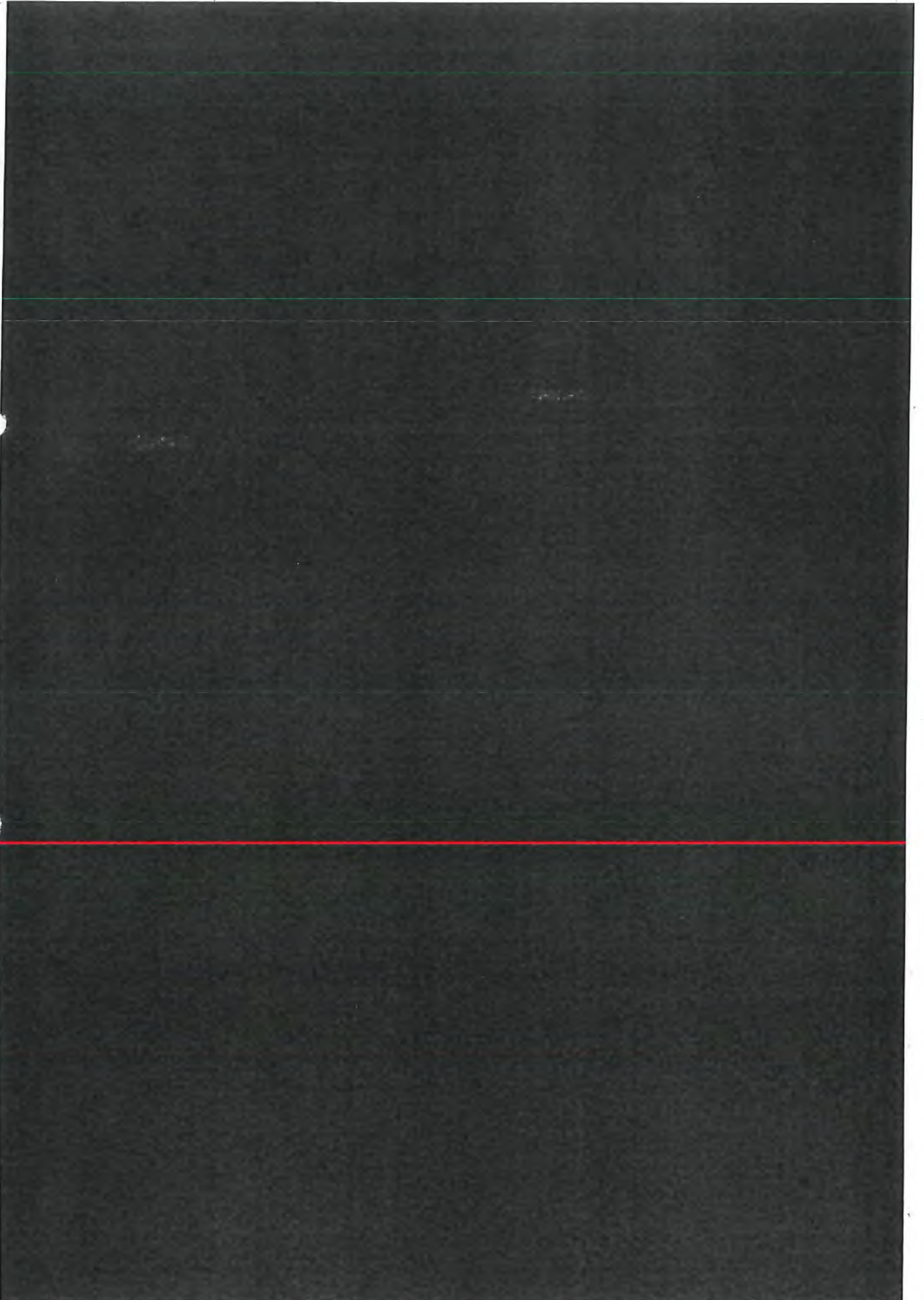
Einen persönlichen Kontakt zu den drei sächsischen Skinheads (siehe Deckblattmeldung vom 19.08.1998, [REDACTED] Seite 7) soll Jan WERNER haben. Jan WERNER soll zur Zeit den Auftrag haben, "die drei Skinheads mit Waffen zu versorgen". Gelder für diese Beschaffungsmaßnahme soll die "Blood & Honour"-Sektion Sachsen bereitgestellt haben. Die Gelder stammen aus Einnahmen aus Konzerten und dem CD-Verkauf.

Vor ihrer beabsichtigten Flucht nach Südafrika soll das Trio einen weiteren Überfall nach dem Erhalt der Waffen planen, um mit dem Geld sofort Deutschland verlassen zu können.

Der weiblichen Person des Trios will Antje P. [REDACTED] ihren Paß zur Verfügung stellen.

P. [REDACTED] und WERNER sollen unabhängig voneinander und ohne Wissen des anderen für die drei tätig sein.

[REDACTED]



146

116

30862

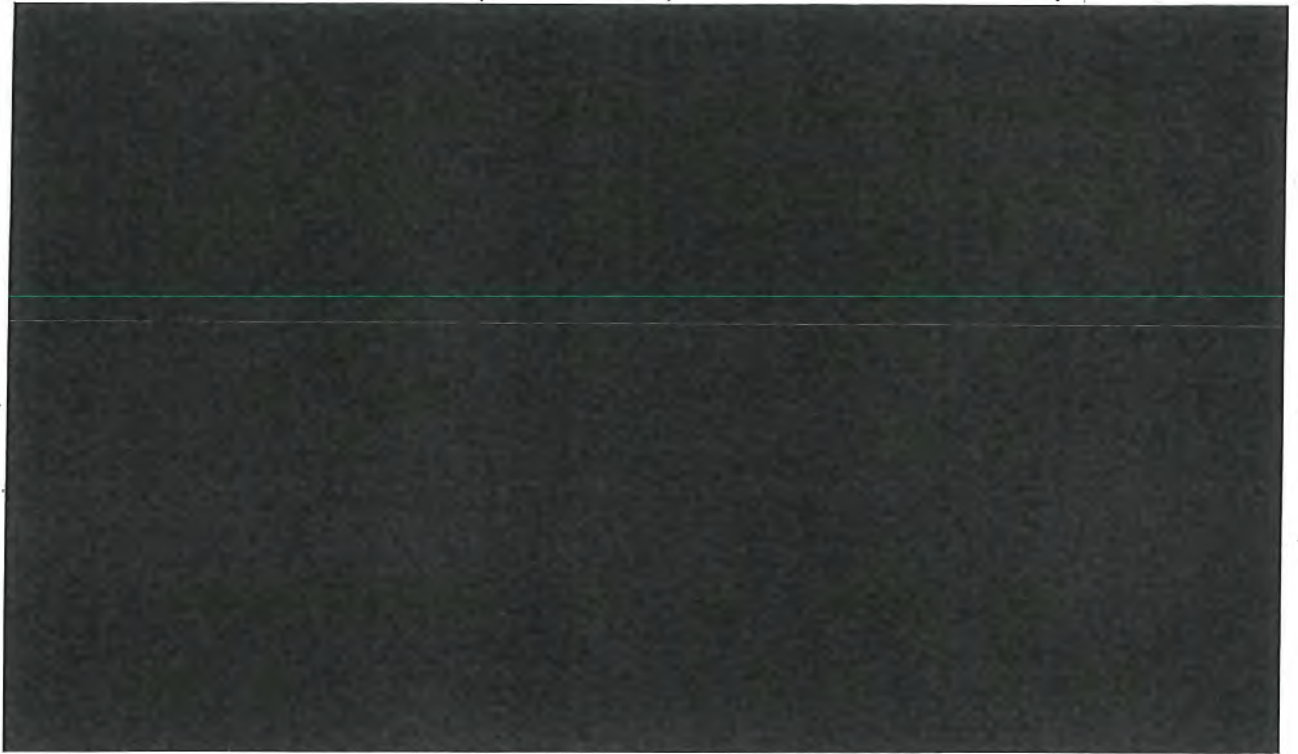
enschutzl

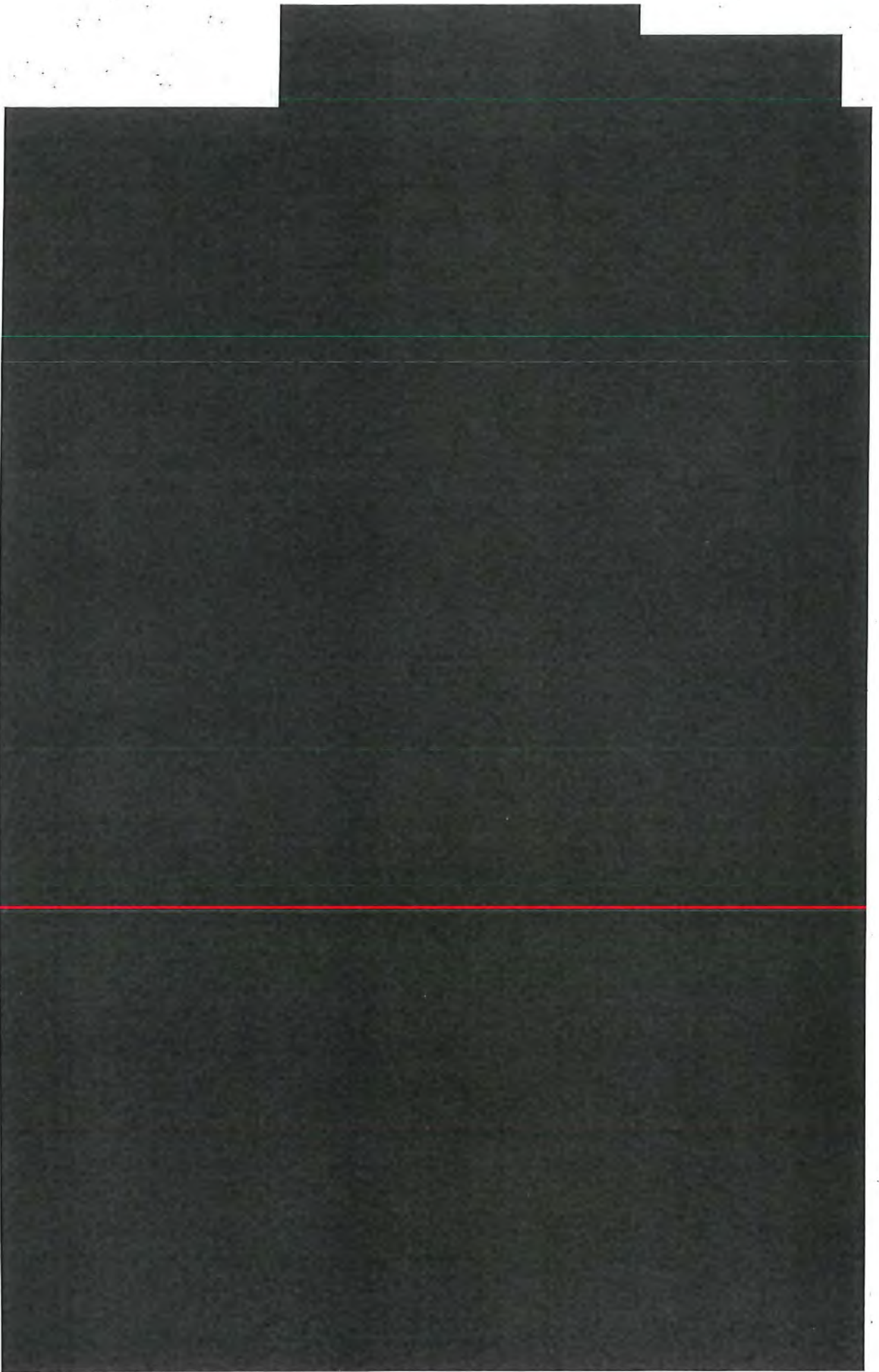
Ministerium des Innern

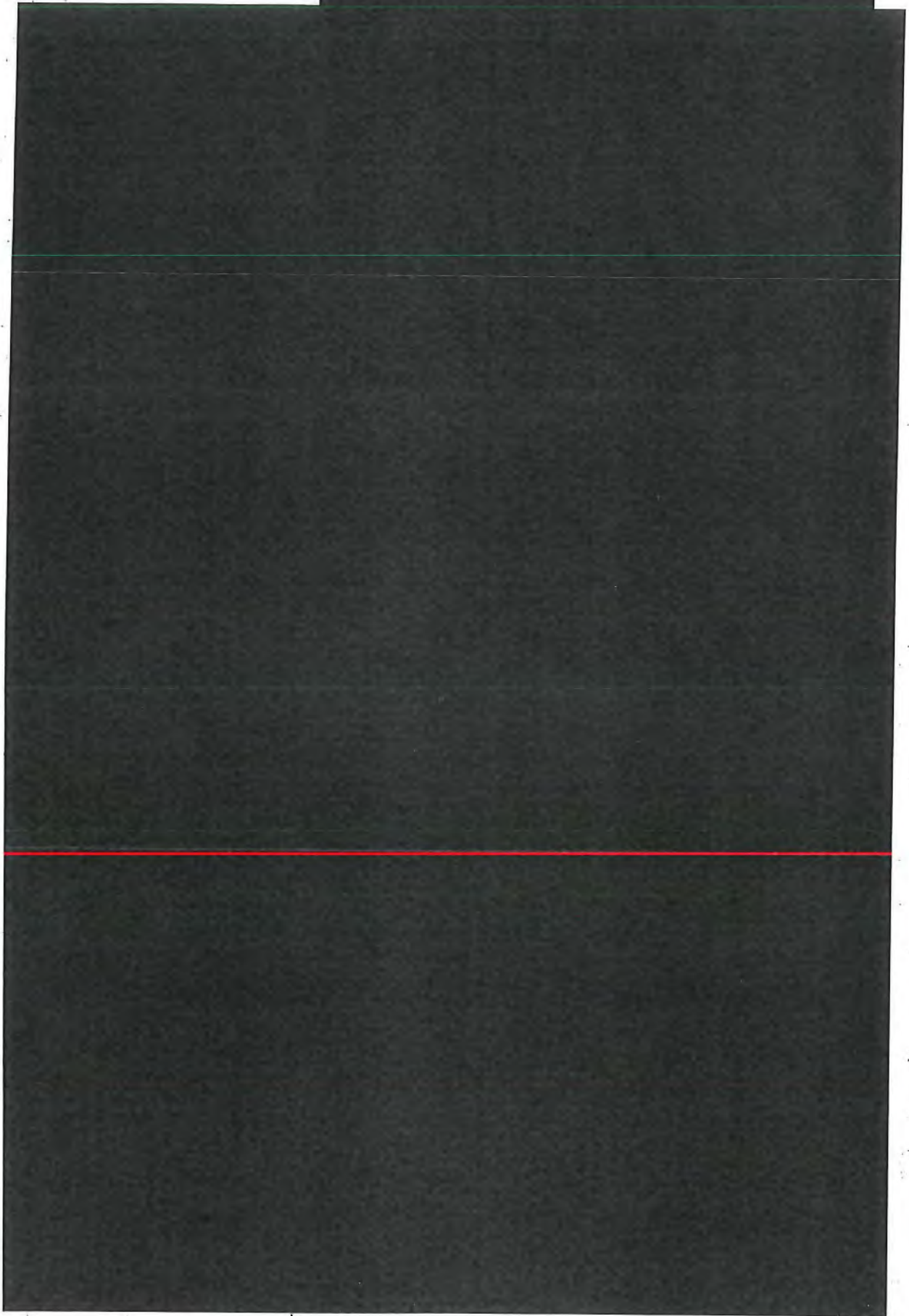
16.09.1998

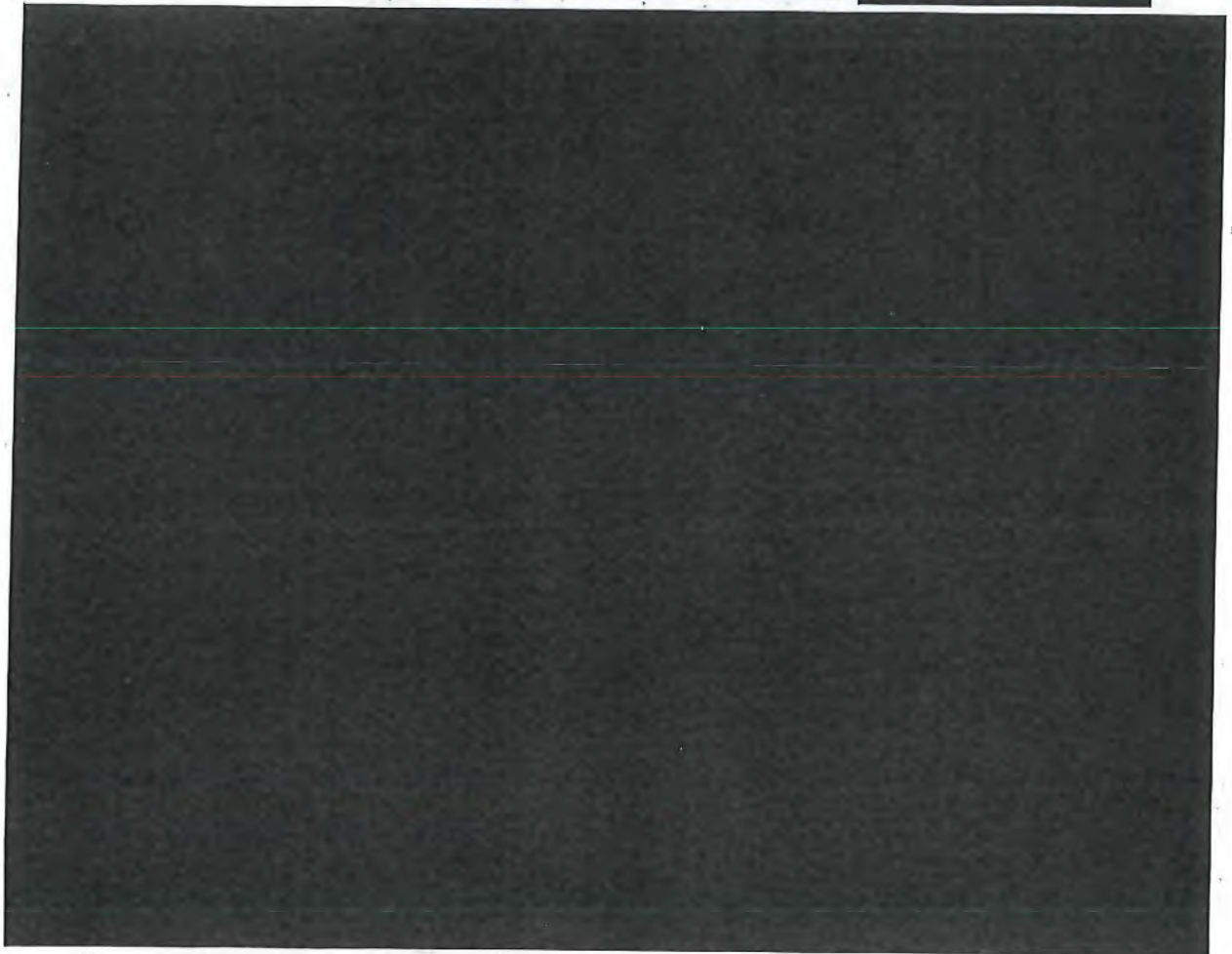
DECKBLATT

Quelle: 370 004

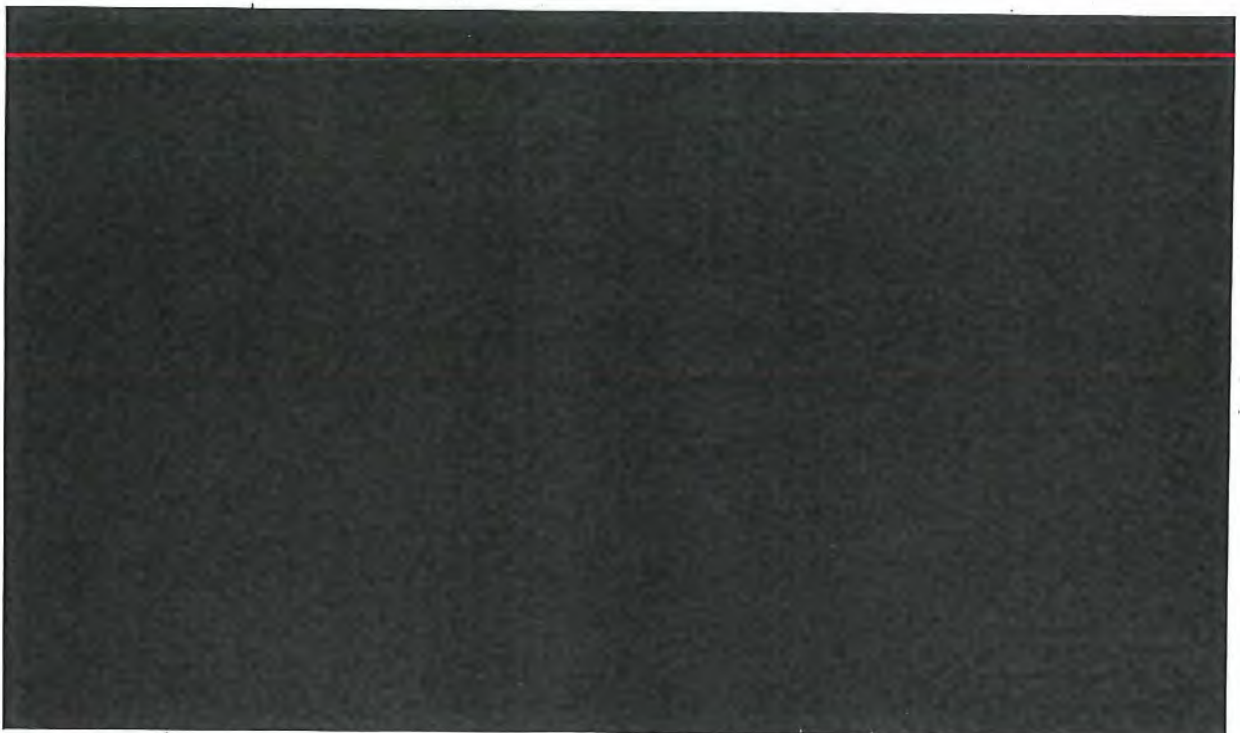


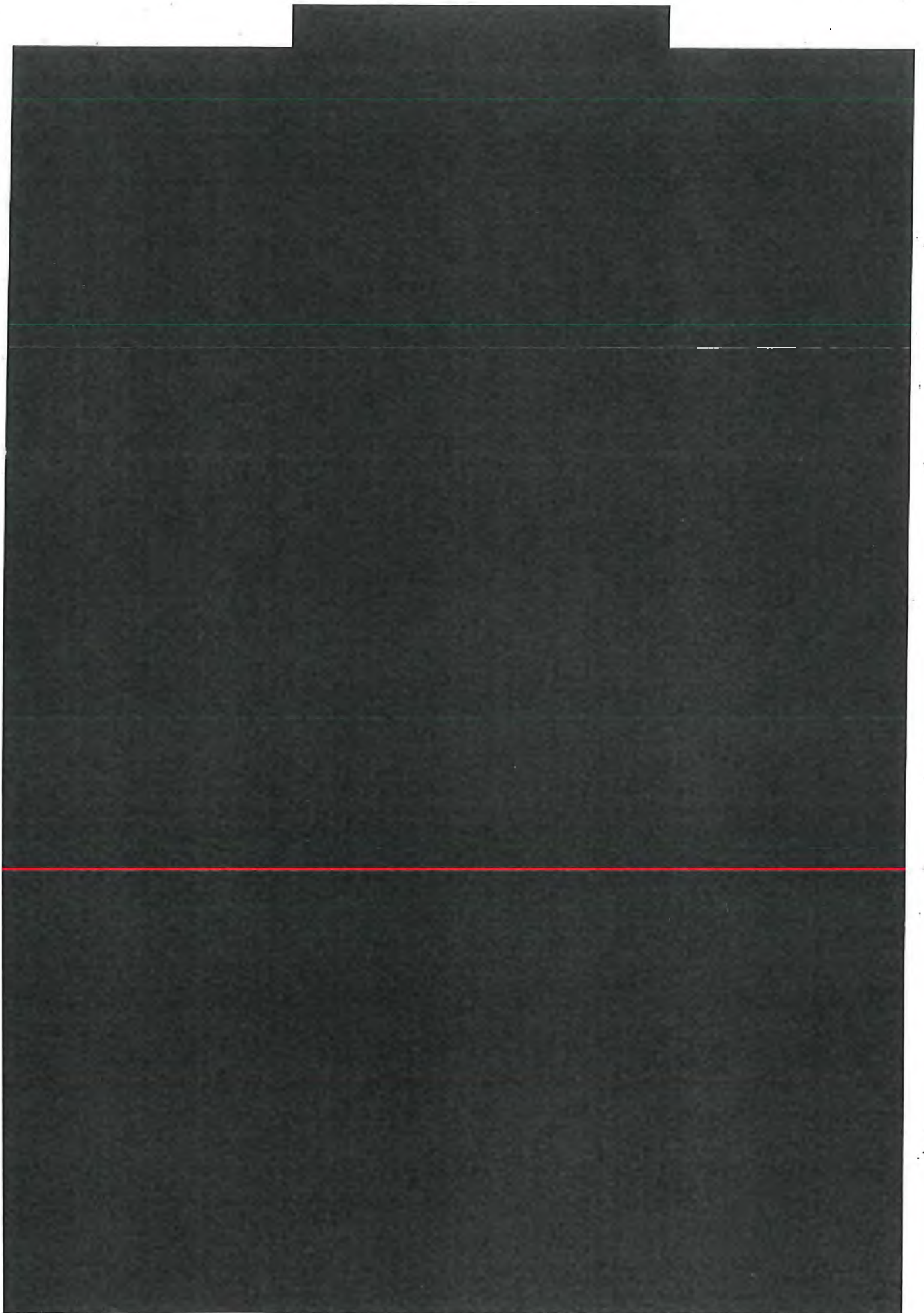






Ein Angehöriger des „Sächsischen Skinhead-Trios“ hat den Artikel auf Seite 26 der Publikation „White Supremacy“ verfaßt (siehe Anlage).





147

118

33 004

[REDACTED]

Ministerium des Innern

29.09.1998

[REDACTED]

[REDACTED]

DECKBLATT

[REDACTED]

[REDACTED]

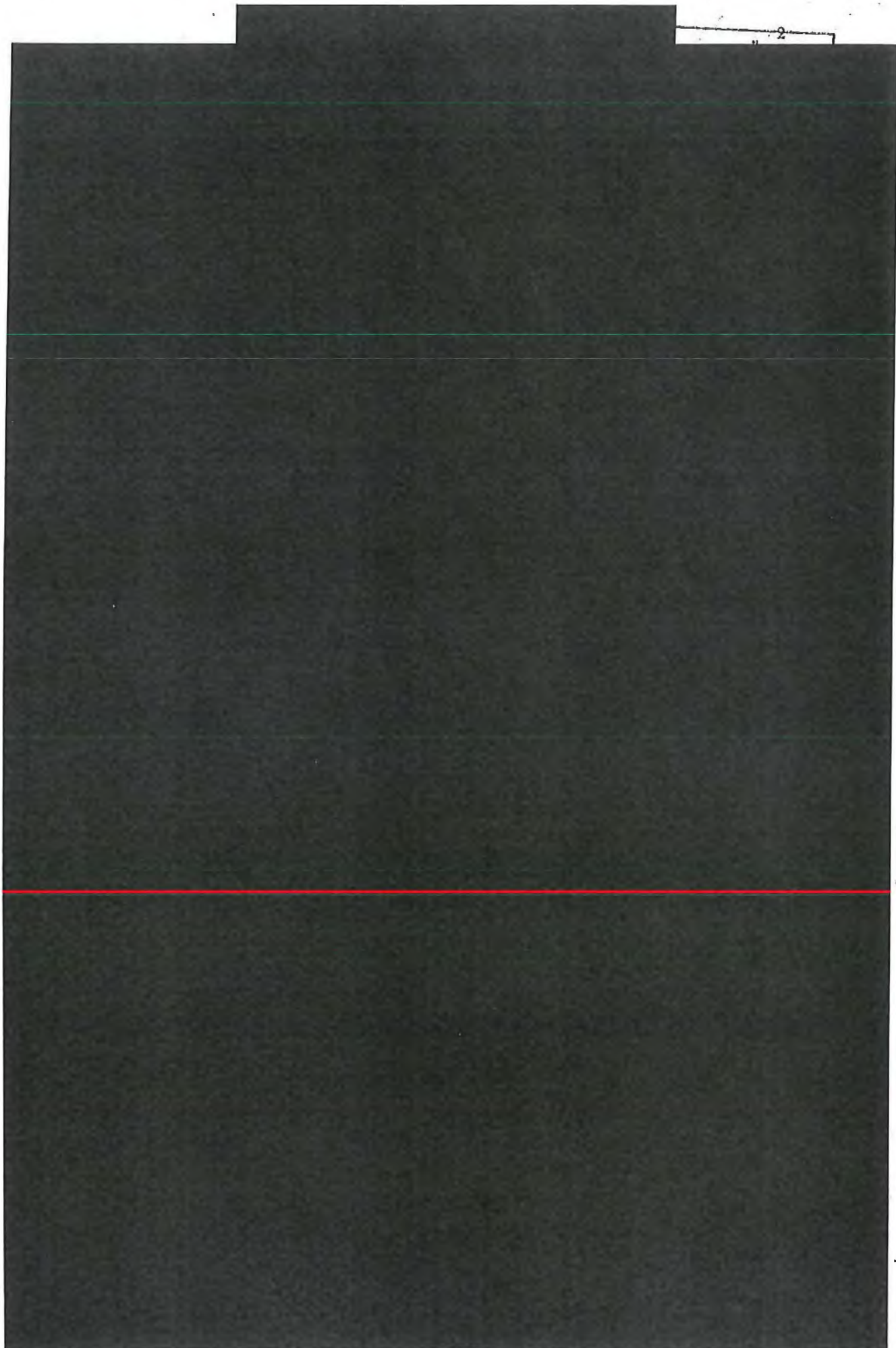
Quelle: 370 004

[REDACTED]

MEYER-PLATH

147

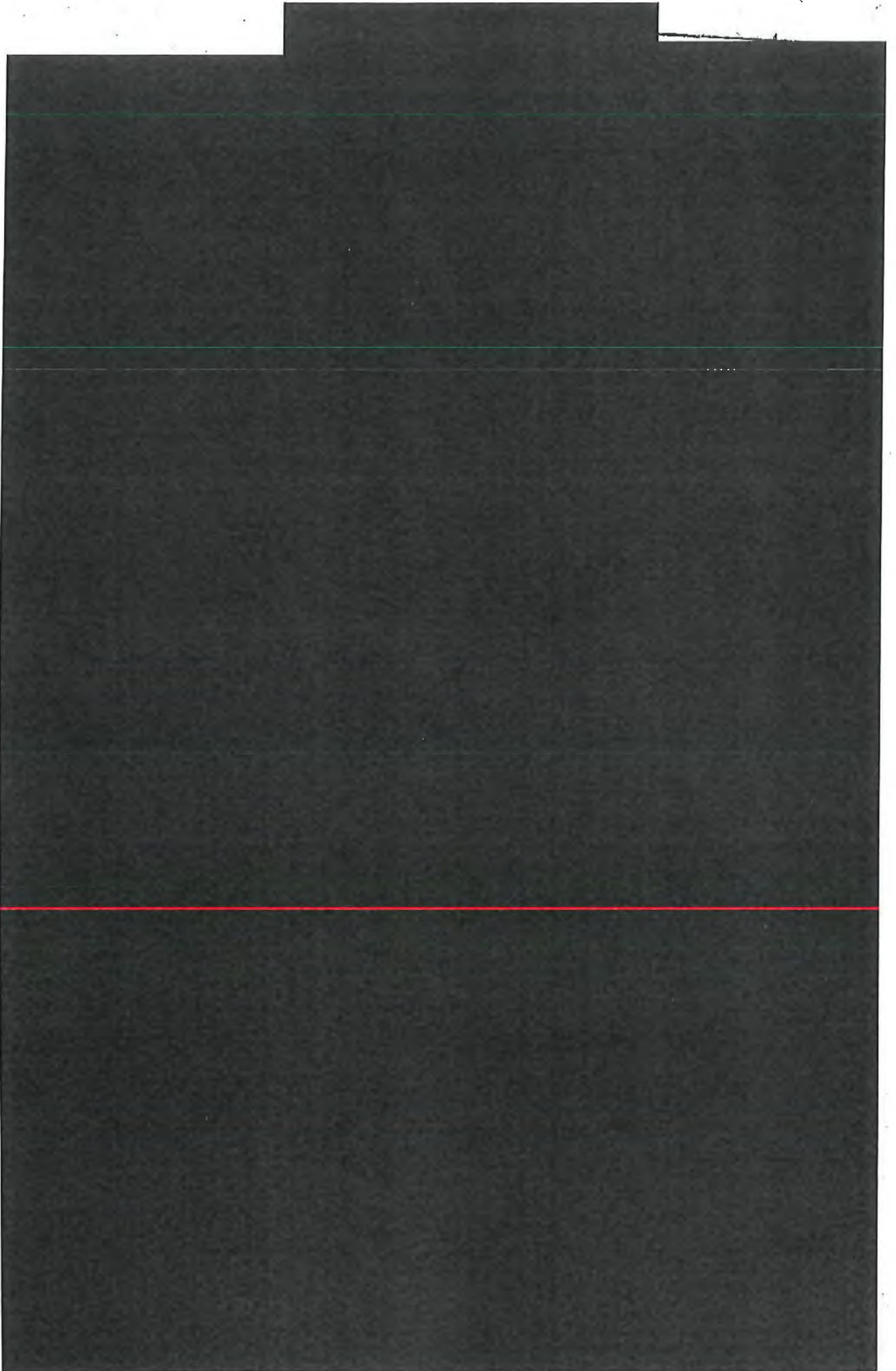
218

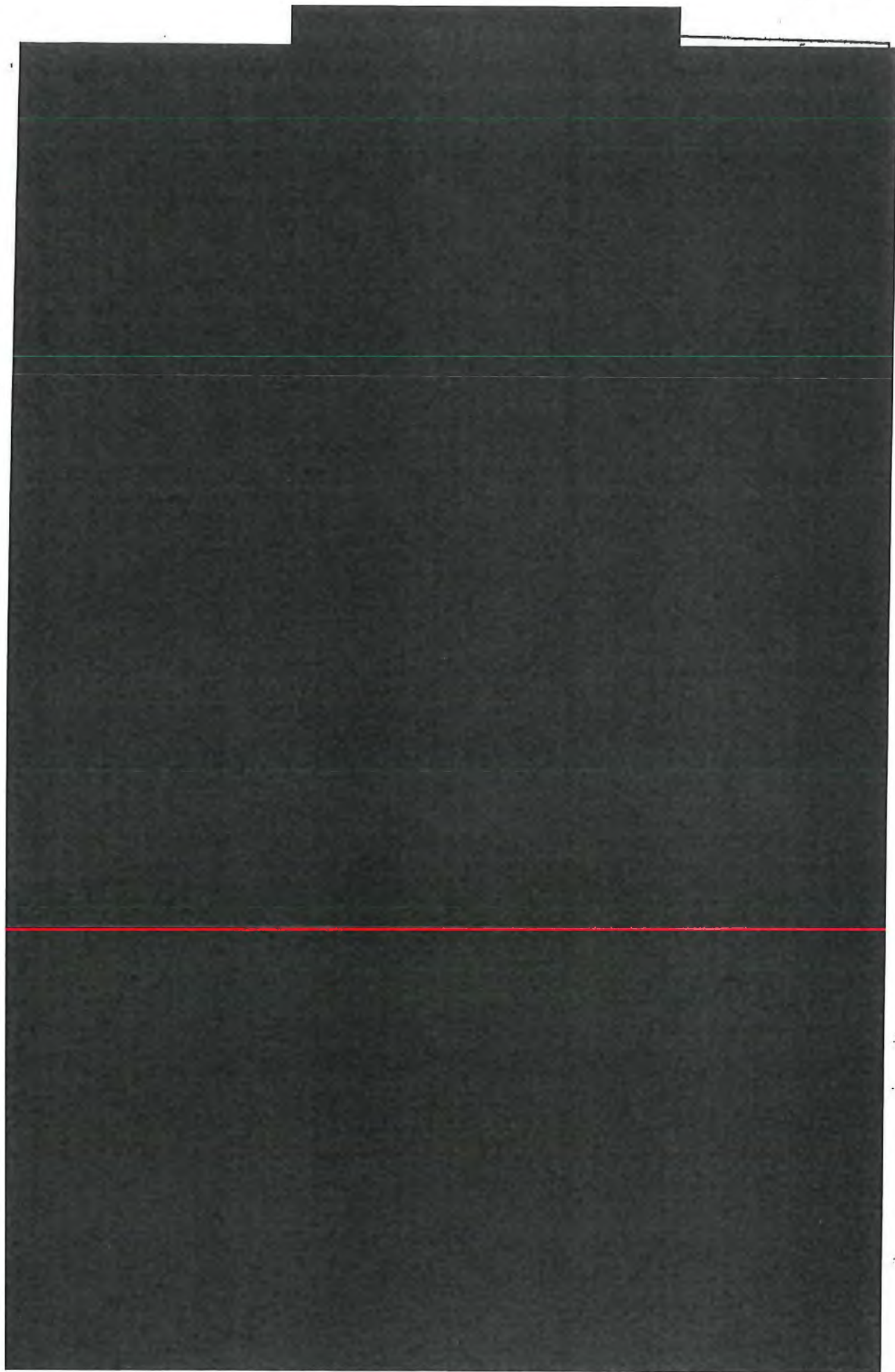


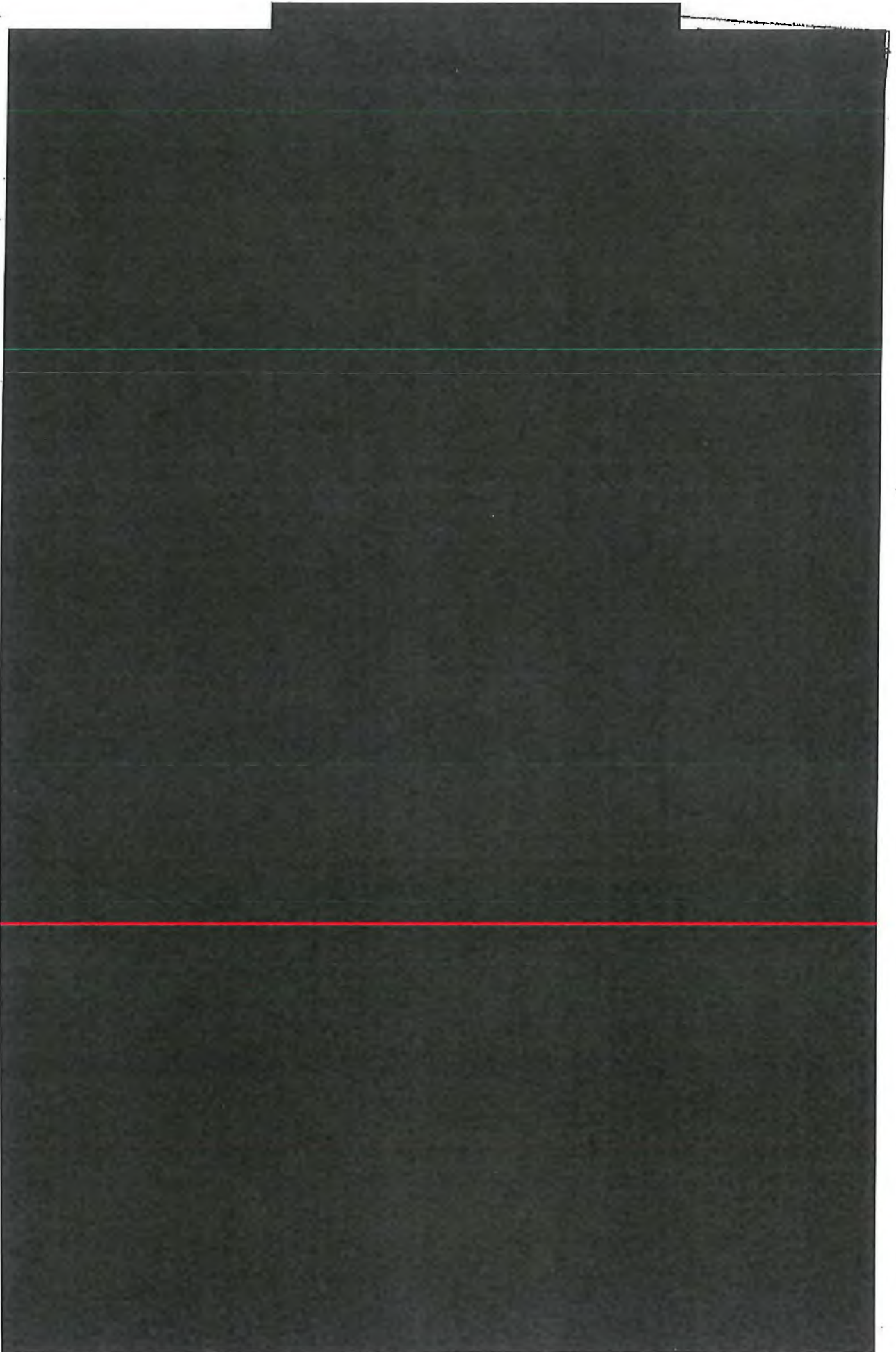
147 318

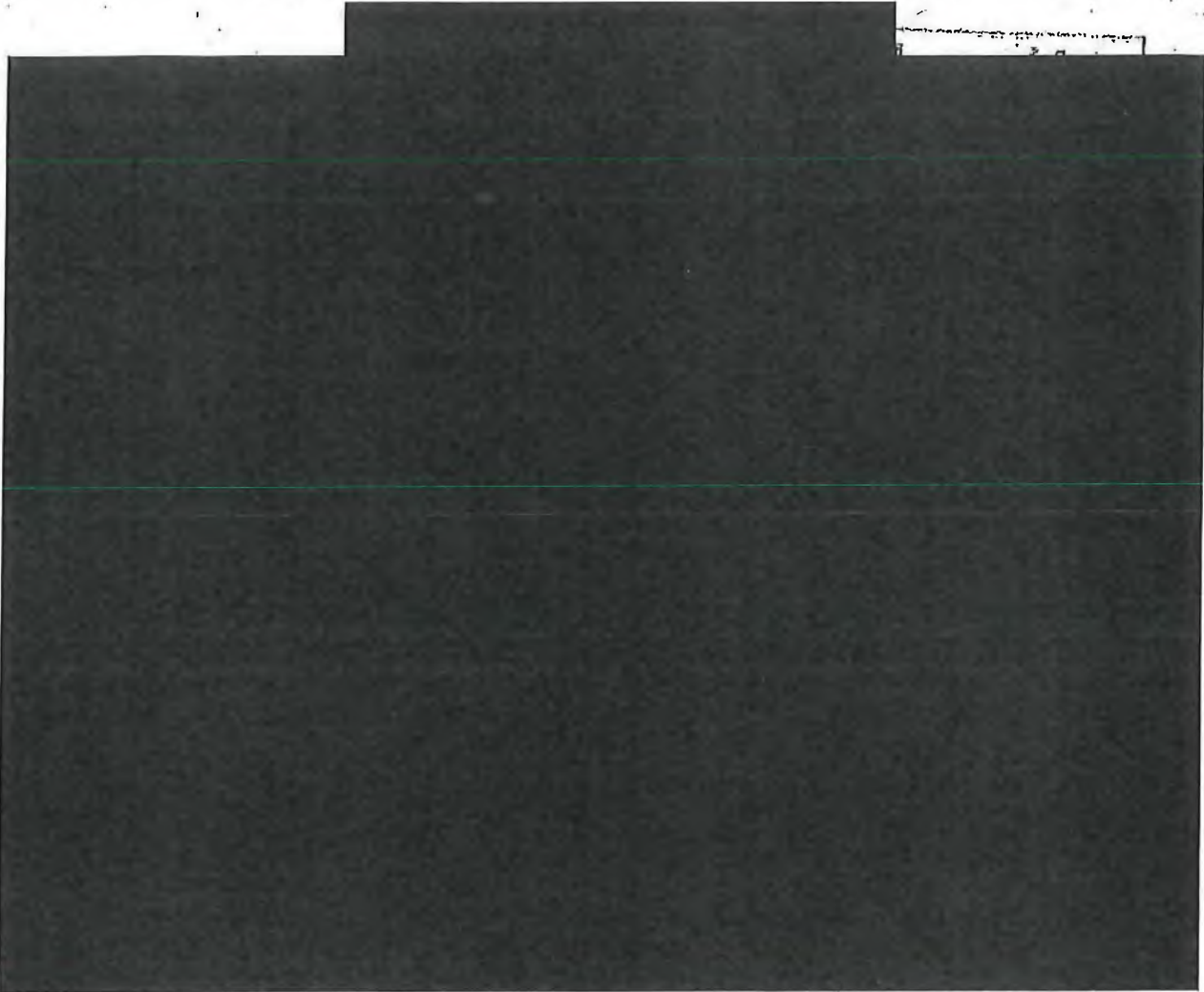
3

147 418




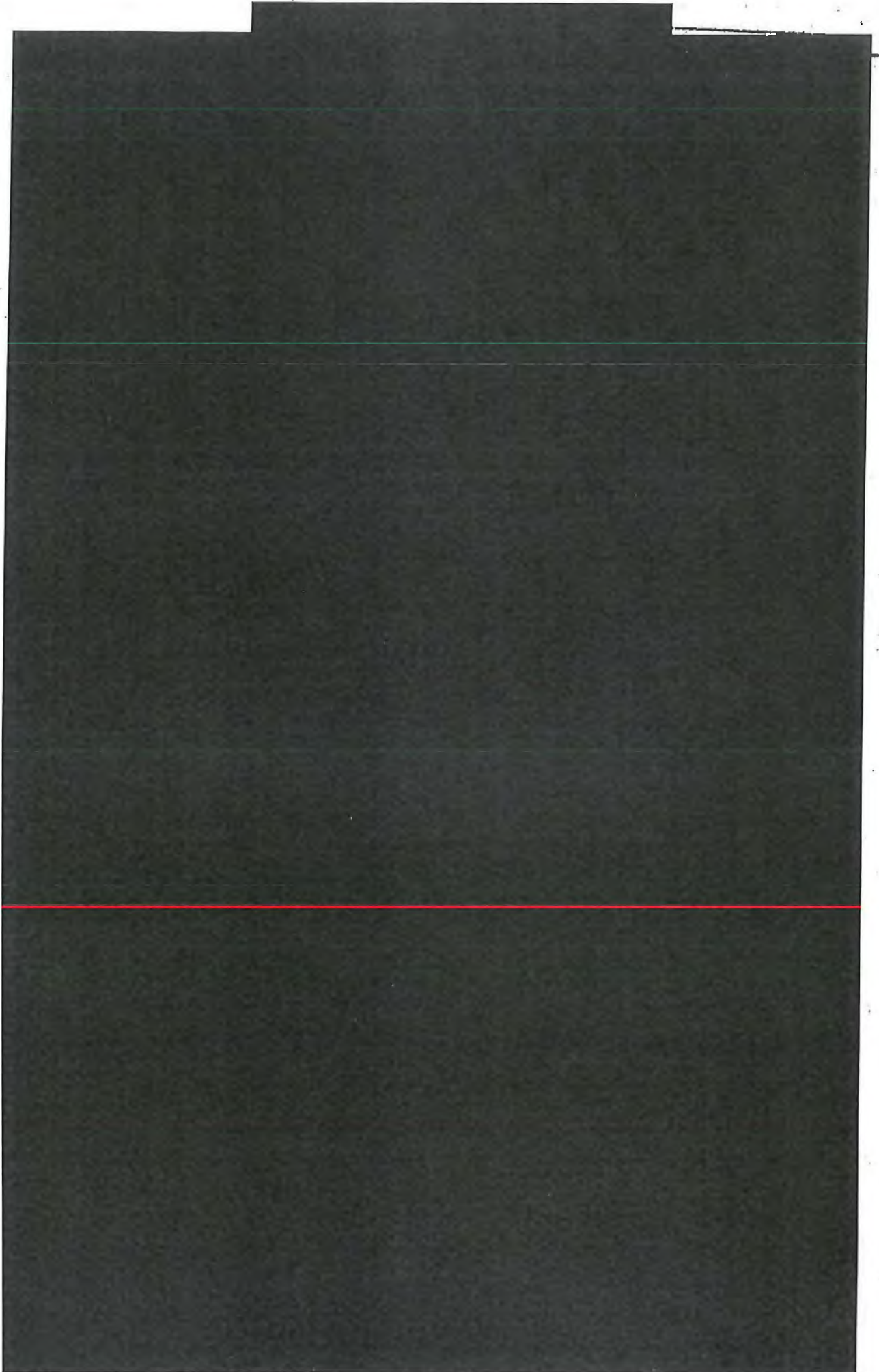






Am Rande des Konzerts erfuhr die Quelle, daß Jan WERNER bei seinen Versuchen, die drei flüchtigen Neonazis aus Thüringen mit Waffen zu versorgen, noch nicht erfolgreich war und die Versuche fortsetzt.





148

117

Nr. 33 12 8

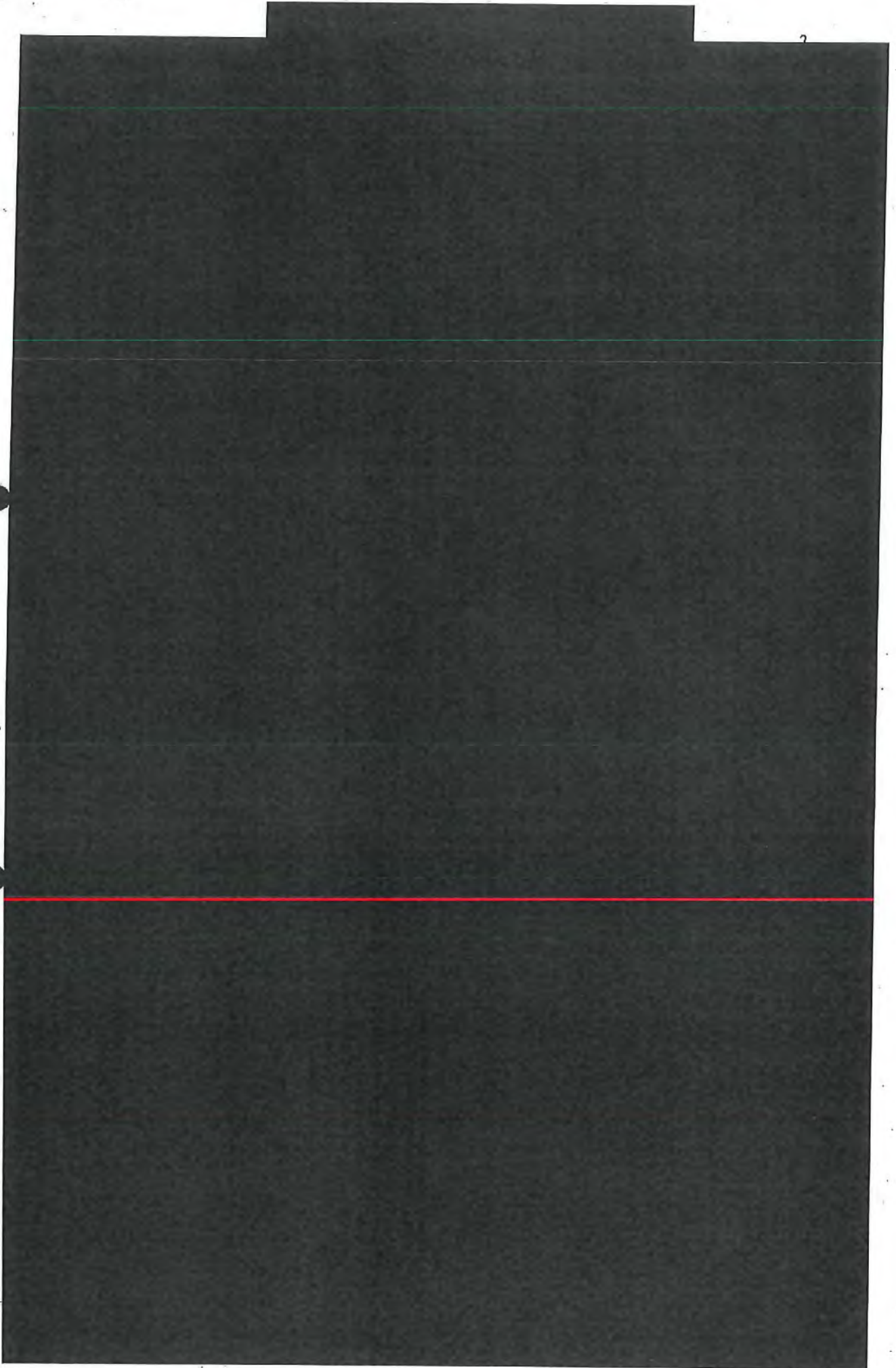
Ministerium des Innern

13.10.1998

DECKBLATT

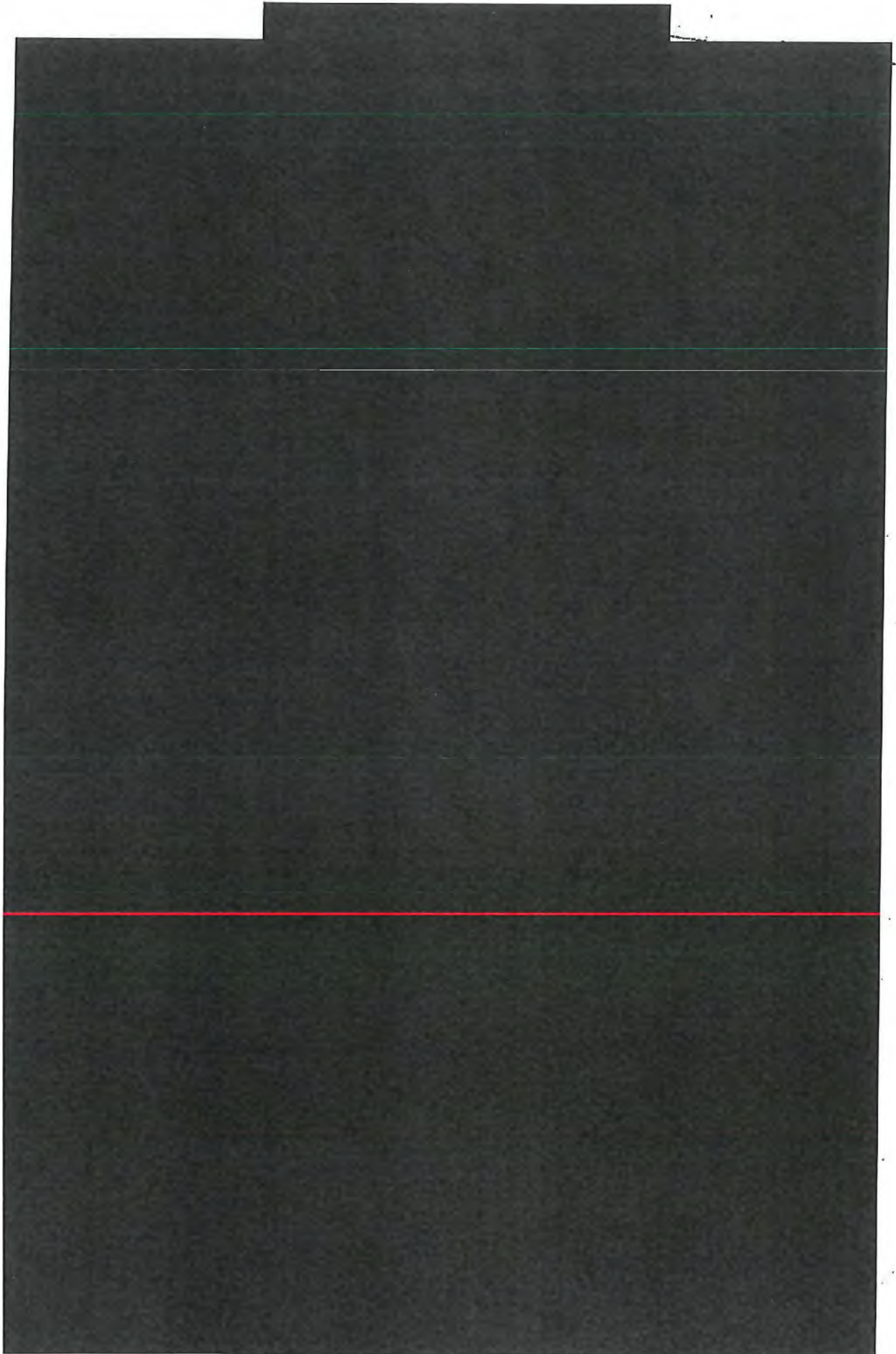
Quelle: 370 004

MEYER-PLATH



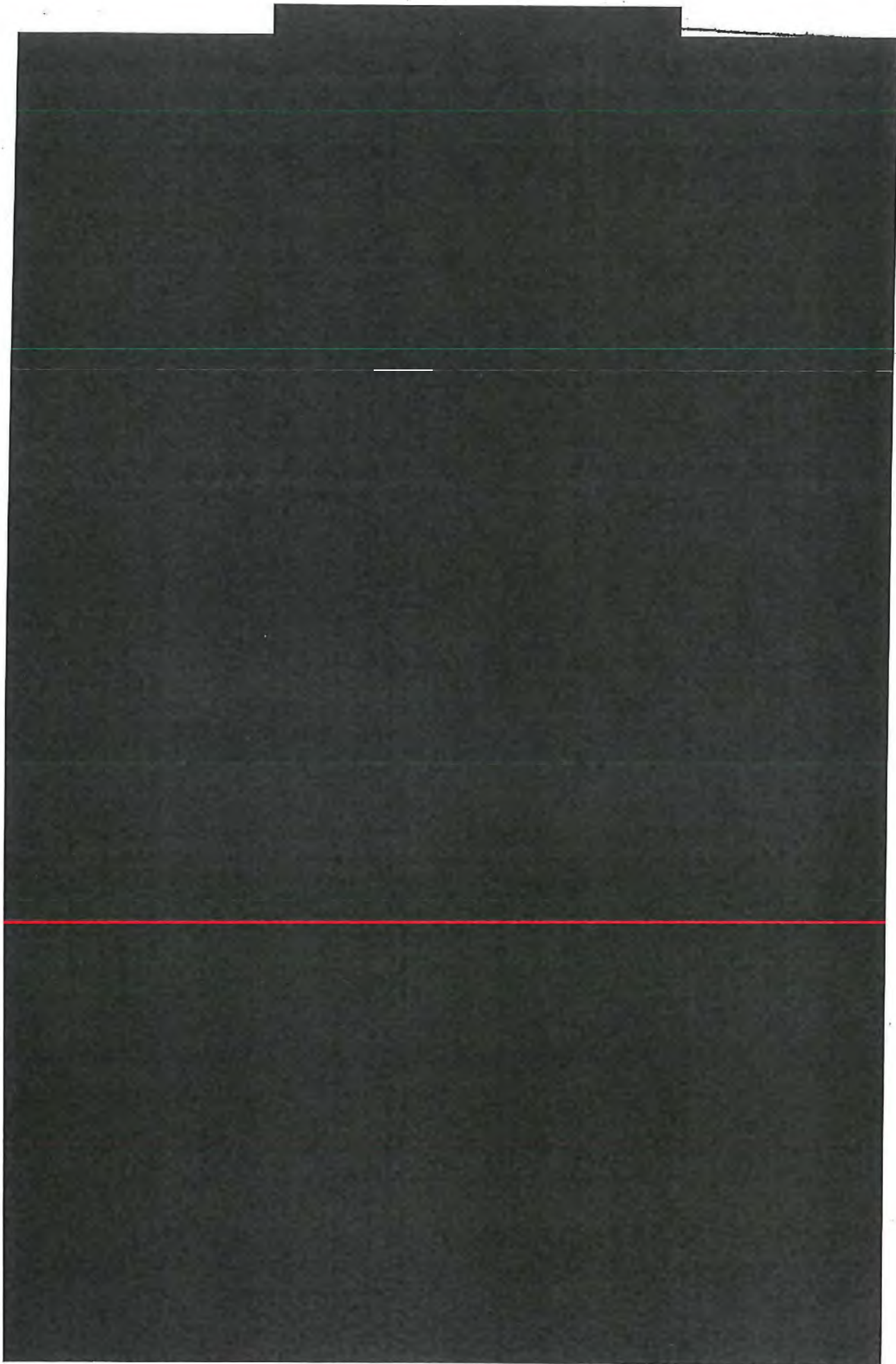
148

317



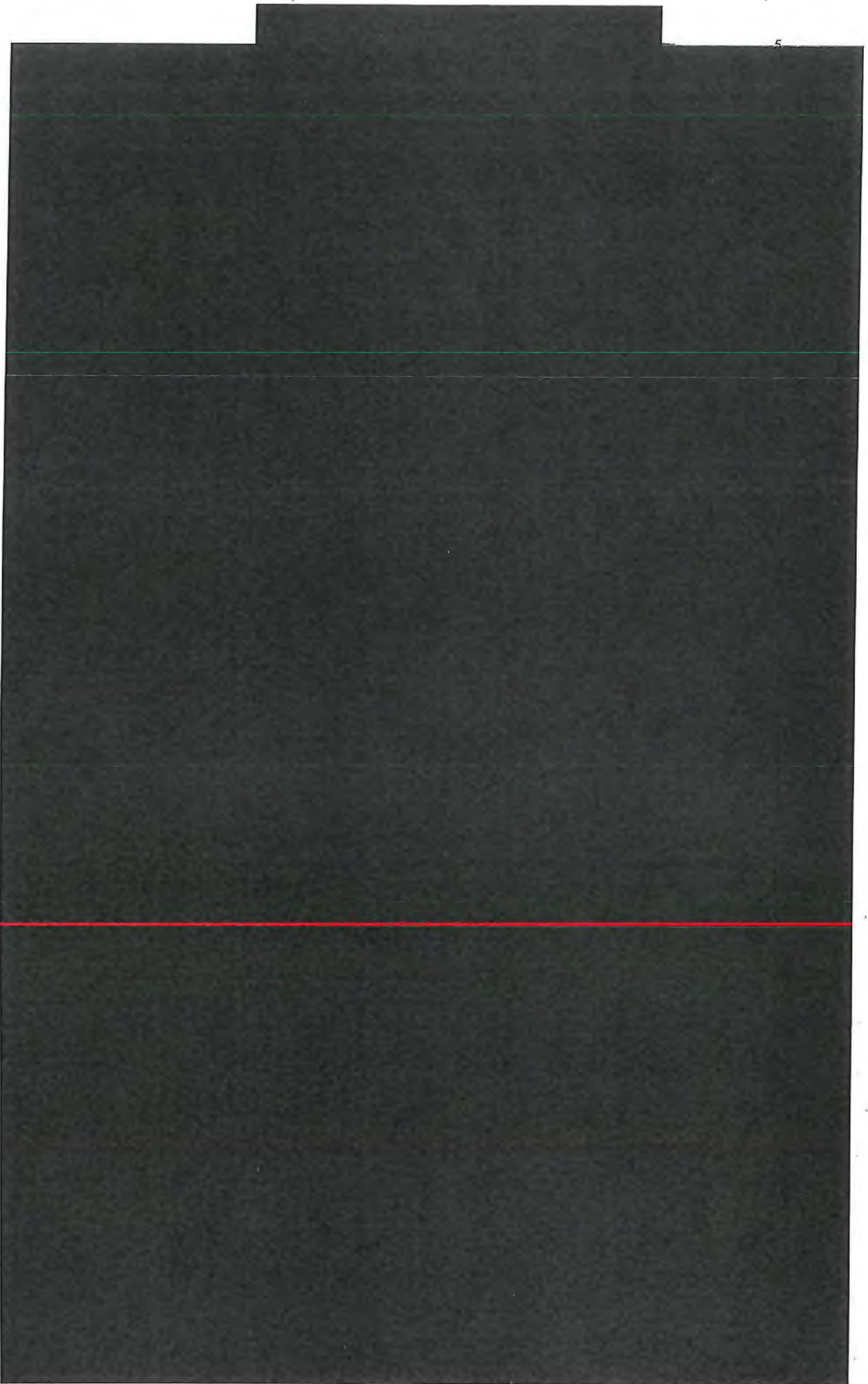
148

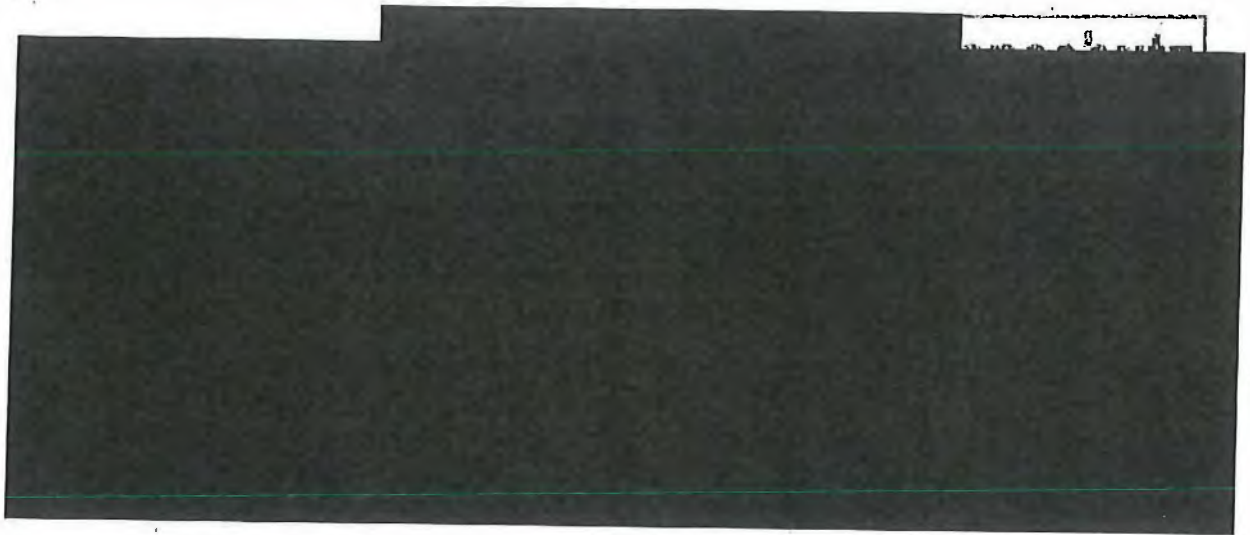
417



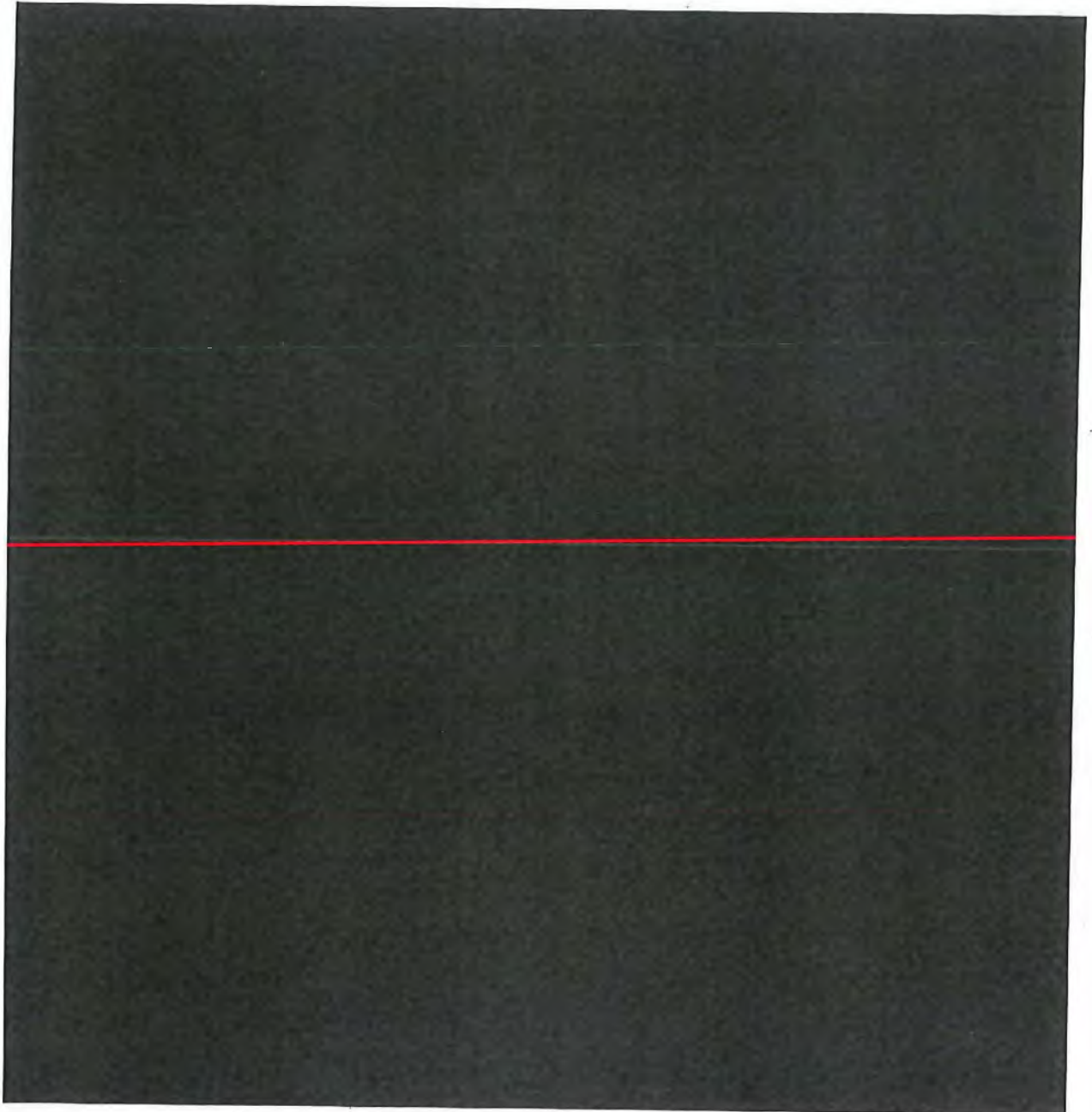
148

517





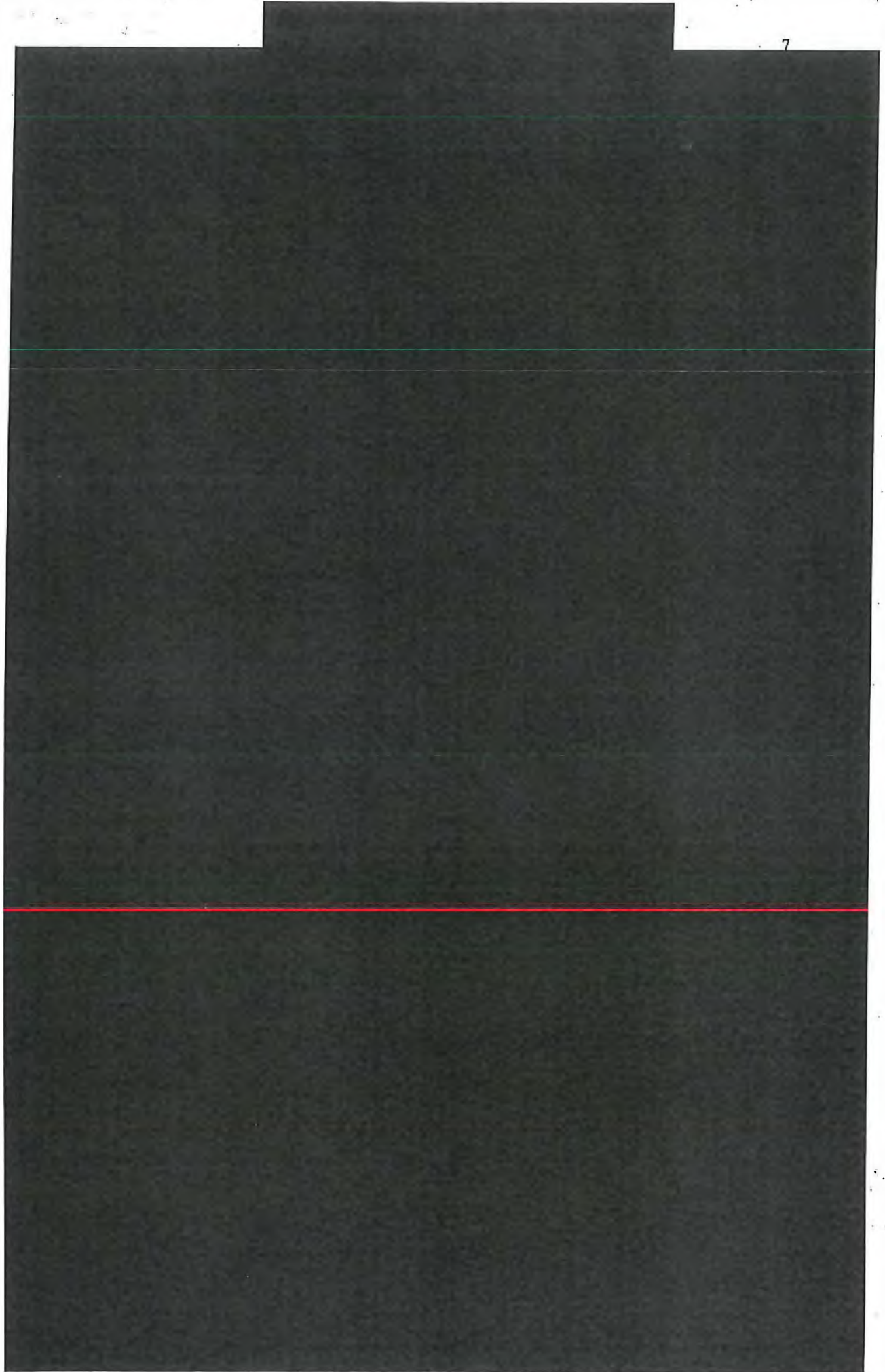
Gesprächsweise konnte die Quelle von WERNER erfahren, daß dieser immer noch auf der Suche nach Waffen für die drei flüchtigen thüringischen Neonazis ist.



148


717

7



149 111

370004

 Ministerium des Innern BB - Abteilung V -				
Eing.		09. Sep. 1998		
Noch Fragen? Rufen Sie an! 0172/1212				
ASG	ART	AOZ	ASTZ	Au

001565-10

Mannesmann Mobilfunk GmbH D2-Kundenbetreuung
40875 Ratingen

Firma
Ministerium des Innern
des Landes Brandenburg
HenningvonTresckowStr 9-13
14467 Potsdam

2/23628620S0

D2-Nummer: 0172/3922834

Rechnungs-Nummer: 2682632.0809
Datum: 08.09.98
Seite: 1

D2-Rechnung

Abrechnungszeitraum bis 31.08.98

	DM	MwSt.-Satz	Summe in DM
Übertrag Vormonat			243,89
Von Ihnen gezahlt			- 243,89
0268263210081	-243,89		
Gesprächsdauer ¹	369,63 Min		
Hauptzeit	221,73 Min		
Nebenzzeit	147,90 Min		
Basispreis (monatlich)			53,71
1 D2-Karte(n) Classic24	48,71	16 %	
1 D2-Verbindungs-Übersicht(en)	5,00	16 %	
Verbindungspreise			275,82
Anrufe zu Sondernummern	3,66	16 %	
39 D2-Message(s) +491722270000	8,97	16 %	
Gespräche - national	177,78	16 %	
Gespräche - D2 zu D2	85,41	16 %	
Zusatzleistungen			2,30
Zahlung per Überweisung/Scheck	2,30	16 %	
Zu Ihren Gunsten			- 27,07
6,0 % Umsatzbonus	-19,77	16 %	
Rabatte	-7,30	16 %	
Zu zahlender Betrag			304,76

MwSt.-Satz	Nettorechnungs-Betrag	MwSt.-Betrag	Bruttorechnungs-Betrag
16 %	262,72	42,04	304,76

Der Bruttorechnungsbetrag ist fällig am 21.09.98. Bitte überweisen Sie den zu zahlenden Betrag auf unser Konto bei der COMMERZBANK Düsseldorf, BLZ 30040000, Konto-Nr. 1712330.

Eventuell noch offene Beträge aus früheren Rechnungen bleiben sofort zahlbar.

Berücksichtigt sind Zahlungen bis zum 31.08.98.

¹ Die Verbindungsdauer ist in vollen und hundertstel Minuten angegeben. Sie setzt sich zusammen aus nationalen und internationalen Verbindungen, Anrufen zu Sondernummern sowie Verbindungen im Ausland und ist deshalb nicht auf die DM-Beträge der Verbindungspreise umrechenbar.

Unser Dank an 5 Millionen D2-Kunden: Am Sonntag, dem 30.8. konnten Sie den ganzen Tag kostenlos mobil ins D2-Netz und ins deutsche Festnetz telefonieren. Diese Verbindungen stehen daher auch nicht auf Ihrer D2-Rechnung. (Ausnahme: Anrufe zu Sonder- und Service-Nummern, Telefonate im Ausland).

D2-Verbindungs-Übersicht: siehe Rückseite!

D2 privat druckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

D2-Verbindungs-Übersicht

Nr.	Datum	Beginn	Dauer	Ziel ¹	Angerufene Nummer	Tarif	DM
Verbindungen aus dem D2-Netz							
Gespräche - national							
1	05.08	09:24				H	1,19
2	06.08	16:45				H	0,99
3		16:46				H	0,99
4		16:50				H	0,99
5		17:22				H	12,11
6		17:39				H	8,61
7		17:50				H	0,99
8		18:12				H	5,87
9		18:51				H	0,99
10	08.08	17:47				N	0,69
11	10.08	14:11				N	5,30
12		19:27				H	0,99
13	11.08	09:20				H	0,99
14		12:19				H	4,77
15		14:20				H	4,83
16		14:52				H	0,99
17		15:04				H	0,99
18		15:05				H	0,99
19		15:14				H	1,01
20		15:15				H	1,07
21		16:12				H	5,26
22		17:27				H	5,51
23		17:36				H	3,84
24		22:58				N	0,56
25	12.08	00:06				N	0,56
26		16:17				H	1,22
27		16:48				H	4,36
28	13.08	09:28				H	0,99
29		11:56				H	0,99
30		12:27				H	0,99
31		14:49				H	3,93
32		15:03				H	2,51
33	14.08	09:12				H	0,99
34		10:22				H	4,72
35	15.08	19:05				N	0,56
36	16.08	09:44				N	1,35
37		11:03				N	2,58
38		12:30				N	2,80
39		13:18				N	1,67
40		14:27				N	0,56
41		20:11				N	0,56
42	19.08	14:56				H	1,55
43		15:09				H	1,80
44	20.08	09:20				H	0,99
45		09:21				H	0,99
46		12:20				H	3,66
47		12:28				H	0,99
48		12:29				H	4,75
49		14:22				H	0,99
50		14:45				H	0,99
51		15:08				H	2,36
52	21.08	12:18				H	2,08
53		12:31				H	2,56
54		14:24				H	7,38
55		21:17				N	0,56
56		21:18				N	0,56
57	22.08	08:24				N	2,09
58		08:41				N	0,56
59		09:08				N	2,98
60		09:15				N	0,56
61		09:15				N	0,56
62		09:19				N	1,33
63		09:27				N	0,56
64		09:57				N	0,56
65		10:06				N	0,56
66		11:29				N	0,56
67		12:05				N	0,78
68		12:08				N	0,56
69		12:46				N	0,56
70		12:47				N	0,56
71		13:17				N	0,82
72		13:27				N	0,56
73		16:18				N	0,56

150 214

370004

Ministerium des Innern BB				
- Abteilung V -				
Eing.	09. Sep. 1998			
Noch Fragen? Rufen Sie an! 0172/1212				
ASG	ART	AOZ	ASTZ	AN

001565-10

Mannesmann Mobilfunk GmbH D2-Kundenbetreuung
40875 Ratingen

Firma
Ministerium des Innern
des Landes Brandenburg
Henning von Tresckow Str 9-13
14467 Potsdam

2/23628620SO

D2-Nummer: 0172/3922834
Rechnungs-Nummer: 2682632.0809
Datum: 08.09.98
Seite: 1

D2-Rechnung

Abrechnungszeitraum bis 31.08.98

	DM	MwSt.-Satz	Summe in DM
Übertrag Vormonat			243,89
Von Ihnen gezahlt			-243,89
0268263210081	-243,89		
Gesprächsdauer ¹	369,63 Min		
Hauptzeit	221,73 Min		
Nebenzelt	147,90 Min		
Basispreis (monatlich)			53,71
1 D2-Karte(n) Classic24	48,71	16 %	
1 D2-Verbindungs-Übersicht(en)	5,00	16 %	
Verbindungspreise			275,82
Anrufe zu Sondernummern	3,66	16 %	
39 D2-Message(s) +491722270000	8,97	16 %	
Gespräche - national	177,78	16 %	
Gespräche - D2 zu D2	85,41	16 %	
Zusatzleistungen			2,30
Zahlung per Überweisung/Scheck	2,30	16 %	
Zu Ihren Gunsten			-27,07
6,0 % Umsatzbonus	-19,77	16 %	
Rabatte	-7,30	16 %	
Zu zahlender Betrag			304,76

MwSt.-Satz	Nettorechnungs-Betrag	MwSt.-Betrag	Bruttorechnungs-Betrag
16 %	262,72	42,04	304,76

Der Bruttorechnungsbetrag ist fällig am 21.09.98. Bitte überweisen Sie den zu zahlenden Betrag auf unser Konto bei der COMMERZBANK Düsseldorf, BLZ 30040000, Konto-Nr. 1712330.

Eventuell noch offene Beträge aus früheren Rechnungen bleiben sofort zahlbar.

Berücksichtigt sind Zahlungen bis zum 31.08.98.

¹ Die Verbindungsdauer ist in vollen und hundertstel Minuten angegeben. Sie setzt sich zusammen aus nationalen und internationalen Verbindungen, Anrufen zu Sondernummern sowie Verbindungen im Ausland und ist deshalb nicht auf die DM-Beträge der Verbindungspreise umrechenbar.

Unser Dank an 5 Millionen D2-Kunden: Am Sonntag, dem 30.8. konnten Sie den ganzen Tag kostenlos mobil ins D2-Netz und ins deutsche Festnetz telefonieren. Diese Verbindungen stehen daher auch nicht auf Ihrer D2-Rechnung. (Ausnahme: Anrufe zu Sonder- und Service-Nummern, Telefonate im Ausland).

D2-Verbindungs-Übersicht: siehe Rückseite!

D2 privat druckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

DM

254,45

2,31

3,41

1,79

0,39

0,39

0,45

85,41

3,66

3,66

266,85

266,85

23.08 16:53

8:44 D2 zu D2

0172 3521857

N



D2-Nummer:
Seite:

0172/3922834
3

Nr.	Datum	Beginn		Tarif	DM
Übertrag von Seite 2					148,79
Gespräche - national					
74	22.08	23:46		N	1,56
75		23:52		NN	0,66
76	23.08	10:19		NN	0,56
77		10:46		NN	1,19
78		12:59		NN	2,43
79		14:14		NN	0,56
80		16:26		NN	0,68
81		16:28		NN	0,56
82		17:36		NN	1,81
83		17:43		NN	0,56
84		17:44		NN	0,96
85		18:09		NN	0,56
86		18:35		NN	7,86
87		19:41		NN	1,86
88		19:50		NN	2,23
89	25.08	15:03		H	0,99
90		15:11		H	0,99
91		15:12		H	0,99
92		15:16		H	0,99
93		16:25		H	0,99
					177,78
Gespräche - D2 zu D2					
94	04.08	14:58		H	0,69
95	05.08	08:55		H	1,77
96		11:55		H	2,35
97	06.08	09:03		H	0,69
98		11:56		H	0,69
99		14:45		H	0,69
100		16:51		H	2,07
101		16:56	14:57 D2 zu D2 0172 3521857	H	10,32
102		17:13	1:04 D2 zu D2 0172 3521857	H	0,74
103	10.08	09:00		H	8,18
104		11:56		H	0,72
105	11.08	08:59		H	1,60
106		09:09		H	2,68
107		09:30		H	0,74
108		12:11		H	0,69
109		14:52		H	1,10
110		15:03		H	0,69
111		15:11		H	1,79
112	12.08	09:20		H	1,83
113		11:58		H	0,69
114		13:50		H	0,69
115	13.08	14:55		H	5,14
116		15:06		H	0,69
117	14.08	09:07		H	1,71
118		09:14		H	1,27
119		10:27		H	1,33
120	15.08	11:23		NN	0,44
121		11:43		NN	0,42
122	16.08	08:47	1:00 D2 zu D2 0172 3521857	NN	0,39
123		10:21		NN	0,96
124		12:14	3:35 D2 zu D2 0172 3521857	NN	1,40
125		12:41		NN	0,82
126		13:55		NN	3,68
127		20:02		NN	0,39
128		20:28		NN	0,39
129		20:48		NN	0,51
130		21:25		NN	0,39
131		21:28		NN	0,39
132		21:43		NN	2,72
133	20.08	09:13		H	4,06
134		09:23		H	2,10
135		15:13		H	2,56
136	21.08	09:22		H	2,81
137		10:32		H	0,69
Übertrag auf Seite 4 (Bitte wenden)					254,45

360 007-

Potsdam, den 14. September 1998

Wehrsportgruppen, Rechtsterrorismus: allgemein

hier: Vermerk zu möglichen Bezügen dreier aus Thüringen stammenden
abgetauchten Rechtsextremisten/Rechtsterroristen

Beiliegende Auszüge aus hier vorliegenden Quellenmeldungen informieren höchst-
wahrscheinlich über drei aus Thüringen stammende Rechtsterroristen, die polizeilich
gesucht werden (vgl. o.g. Anlagen):

370 004-

19.08.1998

„Laut Antje P. sind drei sächsische Skinheads (zwei Männer und eine Frau)
zur Zeit wegen verschiedener Straftaten auf der Flucht vor der Polizei. Dieser Fall
sei medienbekannt. Die drei, von denen einer anonym Artikel für die Publikation
„White Supremacy“ geschrieben habe, wollen sich angeblich innerhalb der nächsten
drei Wochen mit „geliehenen Pässen“ nach Südafrika absetzen und dort in neue
Identitäten schlüpfen.“

Anmerkung zu diesem Auszug aus der Quellenmeldung: Hier sind lediglich drei aus
Thüringen stammende Personen bekannt.

370 004-

09.09.1998

„Einen persönlichen Kontakt zu den drei sächsischen Skinheads (siehe
Deckblattmeldung vom 19.08.1998, Seite 7) soll Jan WERNER haben. Jan WERNER soll zur Zeit den Auftrag haben,
"die drei Skinheads mit Waffen zu versorgen". Gelder für diese
Beschaffungsmaßnahme soll die "Blood & Honour"-Sektion Sachsen bereitgestellt
haben. Die Gelder stammen aus Einnahmen aus Konzerten und dem CD-Verkauf

151 212

VS- Vertraulich
amtlich geheimgehalten

Quellenschutz

Nach der Entgegennahme der Waffen - noch vor der beabsichtigten Flucht nach Südafrika - soll das Trio einen weiteren Überfall planen, um mit dem Geld sofort Deutschland verlassen zu können.

Der weiblichen Person des Trios will Antje P. ihren Paß zur Verfügung stellen.

P. und WERNER sollen unabhängig voneinander und ohne Wissen des anderen für die drei tätig sein.“


Anmerkung zu dieser Quellenmeldung:

Es wird angeregt, erneut in dieser Angelegenheit das BfV, das LfV Sachsen und das LfV Thüringen zu kontaktieren. Eine Möglichkeit, zu den drei Gesuchten zu gelangen, könnte darin bestehen, wenn die oben genannten P. und WERNER observiert würden.

Ferner könnte die Quelle zu weiteren Erkenntnissen in dieser Angelegenheit befragt werden.

Auch sollte geprüft werden, ob und wenn ja welche Informationen an die Polizei weitergeleitet werden können.

Anmerkung: Inwiefern die drei Gesuchten bei einem Scheitern des Überfalls auch von der Schußwaffe Gebrauch machen und evtl. Menschen töten könnten, ist hier nicht bekannt. Der Fall Kai DIESNER zeigt aber, daß derartiges in der rechtsextremistischen/rechtsterroristischen Szene nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden kann.



17/09/1998 11:16 +49331866

5.

1

Potsdam, den 17.09.1998

Überlegungen zum Aufenthalt drei gesuchter Rechtsextremisten aus Thüringen

Folgende Informationen liegen vor:

Die gesuchten Extremisten sollen sich in Sachsen, und zwar in der Nähe von Chemnitz aufhalten,

sie beabsichtigen eine Ausreise nach Südafrika,
der dortige Unterkunftsgeber ist bekannt,
er war kürzlich in Deutschland

namentlich bekannte Rechtsextremisten waren kürzlich nachweislich in Südafrika

die gesuchten Extremisten wollen sich vor ihrer Ausreise mit Finanzmitteln ausstatten, dafür benötigen sie Waffen, die Werner (SN) beschaffen soll,

sie benötigen auch Personalpapiere, die als Fälschungen gekauft werden sollen, für die gesuchte Frau will ggf. die P (SN) ihre eigenen Papiere zur Verfügung stellen.

P und Werner haben unabhängig voneinander Quelle über ihre Aufträge berichtet.
Es besteht die Vermutung, daß keiner etwas vom Auftrag für den anderen weiß.

Alle aus Sachsen und Thüringen Beteiligten sind aktive Angehörige der dortigen B & H - Szenen.

In beiden Szenen wird weder über den Aufenthalt der Gesuchten, noch über deren und für diese antizipierten Aktivitäten geredet.

Auffällig ist, daß die bekannten Aktivitäten von sächsischen Szenemitgliedern ausgehen. Das spricht für einen Aufenthalt der Gesuchten in Sachsen.

Da die beiden Personen, die sich erkennbar mit der Versorgung der Gesuchten befassen, offenbar gegenseitig nichts von ihren Aktivitäten wissen, muß zwangsläufig davon ausgegangen werden, daß es einen 'Dritten' gibt, der diese Aktivitäten koordiniert.

09/1998 11:16

+49331856

S.

2

Daß dieser Dritte bisher nicht erkennbar in Erscheinung getreten ist, gibt Anlaß zu weiteren Vermutungen:

1. Er kann nicht handeln oder hält es nicht für zweckmäßig, weil er seinen Aufenthalt in einem anderen Land hat als die Gesuchten und daher die örtlichen Verhältnisse nicht kennt,
2. er arbeitet bewußt konspirativ oder
3. beides.

Da bekanntermaßen enge Verbindungen zwischen

Werner (SN),

P (SN),

Starke (TH),

Ka (TH) und

L (TH)

bestehen, spricht einiges dafür, daß sich der Gesuchte in diesem Kreis befindet.

P will ihre eigenen Ausweispapiere zur Verfügung stellen. Das spricht dafür, daß sie um Hilfe gebeten worden und damit nicht die Koordinatorin ist.

Werner hat nicht gesagt, daß er bereits Waffen beschafft oder geordert hat, sondern er hat mehr den Eindruck vermittelt, daß er jemanden suche, der Waffen beschaffen kann. Das könnte auf eine entsprechende Auftragsvergabe durch ihn hindeuten und schließt somit eine koordinierende Tätigkeit nicht aus.

Viel spricht aber für die Vermutung, daß einer der drei Thüringer Szeneangehörigen der Auftraggeber sein könnte da diese ja auch in Südafrika gewesen sind. Das könnte der Vorbereitung eines Aufenthaltes gedient haben.

Soweit noch nicht geschehen, könnte eine Untersuchung der persönlichen Beziehungen oder Bindungen der Gesuchten oder eines/einer von ihnen zu Angehörigen der Thüringer Szene nützlich sein. Dazu bieten sich in erster Linie die drei genannten Thüringer Szeneangehörigen an.

Von der örtlichen Lage her bietet sich das offensichtlich alleinstehende Wohnhaus P in der Nähe von Chemnitz als Versteck an. Möglicherweise auch eine Dependence zu die-

sem Hutus, die noch abgelegener liegt. Eine ständige Beobachtung der P. und ihrer Familienangehörigen scheint ein erfolgversprechender Ansatz.

B & H SN + TH aktiv	Aktivitäten	Informations- fluß
Werner SN	Waffen	
P. SN	Ausweis	
Starke TH		Quelle BB
Ka. TH		
L. TH		